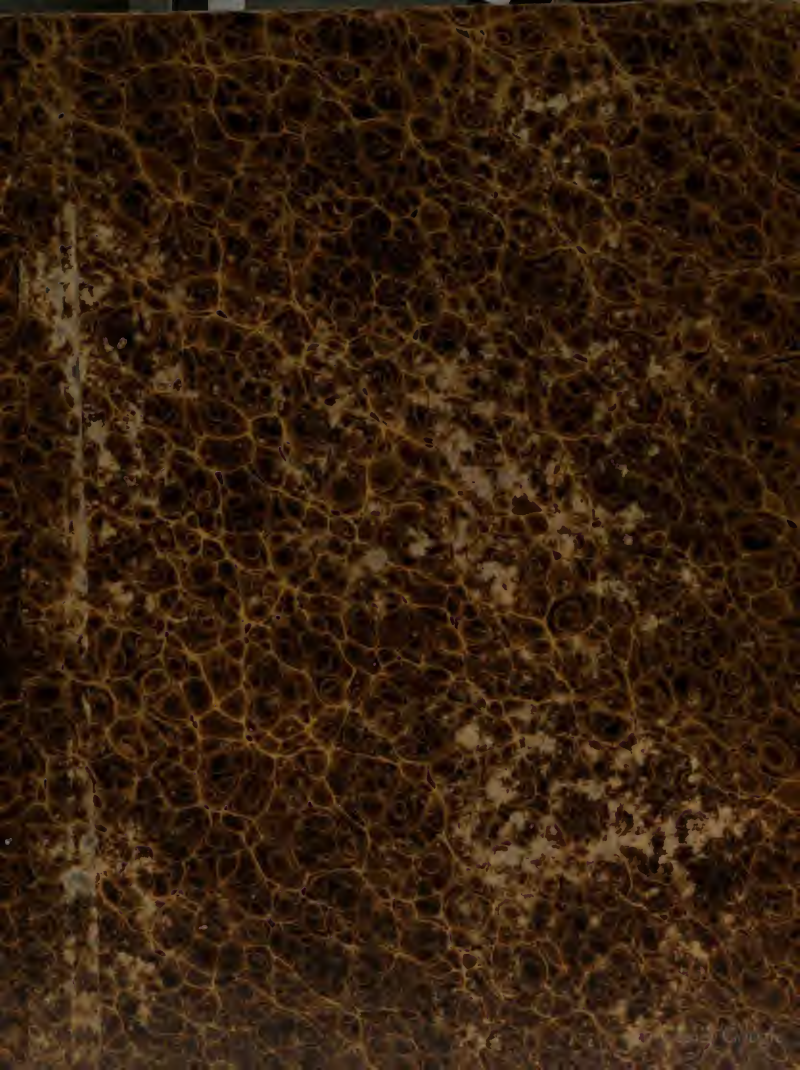
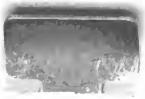


-ph. pol.
56- 1848,7/12)

Zmiliony



Digitized by Google

<36607850670010

<36607850670010

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend — **Nro. 181.** — **1. Juli 1848.**

Bayerische Staatsbibliothek München

Deutschland.

†Frankfurt, 28. Juni. Der Beschluß über die Centralgewalt ist endlich heute zu Stande gekommen. Am meisten Anstoß fand noch der Artikel von der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers. Er ging zwar mit großer Majorität durch (373 gegen 175 Stimmen), gab aber der Minorität Veranlassung, später gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Die Artikel, welche die Verantwortlichkeit der Minister und ihre Gegenzeichnung betreffen, wurden ohne Schwierigkeit angenommen, eben so derjenige, welcher die Stellung des Reichsverwesers mit der Function als Parlamentsmitglied für unvereinbar erklärt. Für die sofortige Auflösung des Bundestags nach Einsetzung der provisorischen Centralgewalt ergab sich die immense Mehrheit von 510 Stimmen gegen 35. Und der Beschluß wurde mit Jubel von der Versammlung und den Tribunen aufgenommen, ein Beweis mehr, welcher großen Popularität sich der ein gesetzfreiche deutscher Kroopag erfreute. Der Glockenschlag 12 Uhr war sein Grabgeläute. Bei dieser Abstimmung ergab sich das komische Intermezzo, daß einer der Chefs der äußersten Rechten, Fürst Lichnowsky, nachdem die Abstimmung bekannt war, erklärte: er habe nur aus Zerstreuung gegen die Auflösung des Bundestags gestimmt, und sey im Herzen für dieselbe. Einer von der Linken, welcher bei der Schlußabstimmung für das ganze Gesetz gestimmt hatte, ahmte das Beispiel des Fürsten in anderem Sinne nach, indem er erklärte: es sey aus Zerstreuung geschehen. Das ganze Gesetz hatte 450 Stimmen für und 100 gegen sich. Ein Theil der Majorität gab zu Protokoll: er habe ausdrücklich nur unter Voraussetzung der Zustimmung der Regierungen beigestimmt. Die Minorität erklärte ihrerseits: sie stimme mit Nein, weil sie in der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers einen Eingriff in die Volkssouveränität und eine Verlängerung des Revolutionszustandes erblicke. So ist die Absicht, einen möglichst einstimmigen Beschluß zu erlangen, gescheitert. Die Linke will noch ein besonderes Manifest an die Nation erlassen. Morgen findet die Wahl des Reichsverwesers statt; es ist außer Zweifel, daß sie auf den Erzherzog Johann fällt.

Frankfurt, 27. Juni. (Ausführlicher Bericht über die 25. Sitzung der constituirenden deutschen National-Versammlung.) Nachdem die Sitzung um 10 Uhr durch den Vicepräsidenten v. Soiron eröffnet worden, nahm Präsident v. Gagern von der Rednerbühne aus das Wort: Er habe eine Mission des Friedens und der Einigung zu erfüllen; er hoffe, daß sie diesmal nicht erfolglos seyn werde. Die reiche Seite habe sich auf seine Vermittelung bereit erklärt, ihre Amendements zurückzunehmen, und sich nur vorbehalten, nach der Abstimmung ihre Motive zu Protokoll zu geben. Hecscher habe nach Rücksprache mit seinen Freunden eine Erklärung abgefaßt, nach welcher er mit seinen gestrigen Aeußerungen nichts Beleidigendes gegen irgend Jemand beabsichtigt habe, und seiner Ueberzeugung nach in seinen Worten auch nichts Verletzendes gelegen habe. Diese Ansicht theile auch er (v. Gagern), und hoffe daher, die Linke werde auf den Ruf zur Ordnung verzichten, und zur Vereinbarung die Hand bieten. „Die Augen von Europa — so schloß der Präsident — sind auf uns gerichtet; wir haben eine große That zu thun; thun Sie sie im Geiste des Friedens und der Vaterlandsliebe.“ — Hecscher bestätigte im Wesentlichen die Aeußerung des Präsidenten, und erklärte, sein Amendement zurücknehmen zu wollen, aber im festen Vertrauen, daß nunmehr durch einfache Abstimmung zur Wahl geschritten werde. v. Auerswald verzichtet ebenfalls auf sein Amendement, in der Voraussetzung, daß die Realisirung desselben in einer andern Art erfolgen werde. Blum möchte ein großes Opfer bringen, wenn er den gestrigen Tag ausstreichen könnte; möchte er wenigstens Allen zur Lehre dienen, daß sie den Boden, den das Gesetz gegeben, oder den die Versammlung vereinbart habe, festhalten! In Hecschers Erklärung sey eine Lücke, die er unbeschadet seiner Ehre leicht ausfüllen könne. Es liege in seinen gestrigen Worten zwar keine Beleidigung, aber eine Andeutung, daß ein Theil der Versammlung seine Amendements im Einverständniß mit der Gallerie eindringe. Er hoffe, daß Hecscher das nicht so gemeint habe. „Die menschlichen Schicksale, wie die Meinungen, wechseln; wir können bloß unter der Voraussetzung mit einander verhandeln, daß wir uns nur ehrenhafter Mittel bedienen. Das angedeutete Mittel aber wäre ein unziemliches, und auf ein solches hinzudeuten, war um so mehr ein Unrecht, als Hecscher selbst erklärte, er habe nicht Zeit gehabt, sich mit seinen Freunden zu verständigen. Wir verzichten auf den Ordnungsruf; wir verzichten darauf, die gestrige Einführung des Vicepräsidenten zu bestreiten; wir haben den Amendements, welche von der andern Seite eingebracht wurden, ebenfalls neue entgegenstellen wollen; wir verzichten darauf. Wir wollen auch die Motivirung der Abstimmungen zu Protokoll zugeben. Wir freuen uns, daß es nicht zu Verhandlungen über die Fürsten Deutschlands gekommen ist. Sie mögen schwer und groß gesündigt haben, wir wollen nicht zurückblicken auf die Vergangenheit. Mögen sie durch aufrichtigen Anschluß an die Gegenwart das Vergangene sühnen. Das waren nicht ihre Freunde, die es dahin gebracht, daß auf dieser Tribüne der Schleier von so manchen geschichtlichen Thatsachen weggezogen wurde. Wir wollen Verzöhnung auf dem Boden des Gesetzes und der Vereinbarung.“ Nachdem durch diese Erklärungen die gestern entstandenen Differenzen beseitigt waren, schritt man zur Berathung über die Reihenfolge der Abstimmungen. Hier aber erhob sich wieder ein neuer Gegenstand des Zerwürfnisses. In die gedruckte Reihenfolge war nach Artikel 2. a) d) („die Centralgewalt hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen“) eingeschaltet worden: e) dieselbe verkündet und vollzieht alle von der Nationalversammlung zu erlassenden Gesetze. Die linke Seite widersetzte sich der Zulässigkeit dieses Passus, weil der Begriff von Gesetzen ein beschränkterer sey, als jener von Beschlüssen, hier also ein neuer Antrag zur Abstimmung gebracht würde, ohne daß er im Verlauf der Debatte eingebracht und erörtert worden wäre. Vicepräsident v. Soiron erläuterte, daß er den Antrag, als schon am vorigen Sonnabend übergeben, für zulässig zur Abstimmung erachtet und deßhalb in die Reihenfolge aufgenommen habe. Nach einigen Debatten zog Stedtmann in der Voraussetzung, daß der Antrag d) durch Mehrheit fallen werde, den Passus e) zurück, wogegen Beseler ihn wieder aufnahm. Von der linken Seite wurde ihm die Befugniß dazu bestritten. „Wenn Sie — sprach Bl um zur Rechten — auf dieser Abstimmung bestehen, dann wollen Sie keine Versöhnung; dann wollen Sie die Geschichte noch um einen Tag wie der gestrige bereichern. Thun Sie es, im Angesicht Europa's. Nur das Gesetz wollen wir; das Gesetz aber werden wir uns um kein Haar verkümmern lassen.“ v. Gagern erklärt, er sei auch für Aufrechthaltung des Gesetzes; er bitte jedoch die Linke, im Interesse der Nation, damit die Abstimmung nicht aufgehalten werde, die Reihenfolge der Fragen so anzunehmen, wie sie aufgestellt worden. Namens der linken Seite erklärt dagegen im Namen der Linken und des linken Centrums, daß sie an einer Abstimmung über Art. 2. e) Theil nehmen würden. Zuletzt zieht Beseler in der Erwartung daß d) verworfen werde, den Antrag e) zurück. Die Linke und das linke Centrum verzichten ihrerseits auf Art. 10 („Wegen Verbrechen, in und außer dem Amte begangen, ist der Präsident (Reichsverweser oder Bundesdirektor) der Anklage durch die Nationalversammlung und der gerichtlichen Bestrafung unterworfen“) und 12 („Die nähern Bestimmungen über die Verantwortlichkeit des Präsidenten (Reichsverweser oder Bundesdirektor) werden von der Nationalversammlung durch besondere Gesetze getroffen.“ Welker erläutert seinen Antrag Art. 18: („Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen“): Der Bund dürfe als Staatenhaus, als Repräsentation der Regierungen bei der Centralgewalt nicht aufhören. Er sey jedoch bereit, seinen Antrag fallen zu lassen, sobald Art. 18 („Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf“) verworfen werde. Briegleb beantragt Trennung des Art. 6 (ob Präsident oder Reichsverweser, und ob v. Gagern's Antrag auf Annahme der aufgestellten Reihenfolge in den übrigen Punkten angenommen. Schaffrath erklärt, daß die Linke bei den Punkten 1), 2), 3), 6), 11), (Verantwortlichkeit des Reichsverwe-

Digitized by Google

fers) die namentliche Abstimmung verlangt, wozu noch, gemäß früheren Uebereinkommen, die Endabstimmung durch Namensaufruf kommt. Das Resultat der Abstimmungen haben wir bereits mitgetheilt. Bei Art. 4 („Ueber Krieg und Friede und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung") war der gewöhnliche Abstimmungsmodus (Aufstehen und Sitzenbleiben) angewendet und als Resultat die Annahme mit großer Mehrheit verkündigt worden. Von der Rechten wurde jedoch Einspruch erhoben; man habe bei dem großen Lärm die Frage anders verstanden und geglaubt, es handle sich von Unterstützung der namentlichen Abstimmung. Diese Erklärungen gaben u. A. v. Bardeleben und Treskow ab, während ein anderes Mitglied der Rechten versicherte, es habe ebenfalls mit der Minorität gestimmt, aber die Frage ganz gut gehört. v. Soiron: er glaube gewiß deutlich gesprochen zu haben; allein es sey allerdings viel Lärm gewesen. v. Radowitz äußerte: es sei überzeugt, daß keine Partei die andere überraschen wolle er könne versichern, daß man auf seiner Seite die Frage nicht gehört habe. Naveaux erklärte: die Linke wolle keine Ueberraschung, und trug auf wiederholte Abstimmung an, womit jedoch ein großer Theil der Linken sich nicht einverstanden erklärte. Zuletzt und nachdem auch v. Gagern geäußert: es scheine ihm unzweifelhaft, daß auf der rechten Seite die Frage nicht gehört worden sey, entschied man indeß für eine zweite (und zwar diesmal namentliche) Abstimmung, in deren Folge, wie schon gemeldet, Art. 4 mit 408 gegen 143 Stimmen angenommen wurde.

München, 27. Juni, Abends 6¼ Uhr. So eben ersahre ich noch, daß nach heute hier eingetroffenen Briefen die von dem kgl. bayerischen Gesandten v. Abel gemeinschaftlich mit dem kgl. preußischen Gesandten v. Bismarck in Wien von der Bladake den Trieft gethanen Schritte bei der sardinischen Regierung nicht vergeblich gewesen seyen, und eine befriedigende Lösung dieser deutschen Angelegenheit in den nächsten Tagen zu erwarten stehe. (A. Z.)

München, 28 Juni. Wie man vernimmt, werden gegenwärtig im Präsenstand der Infanterie, und zwar bei allen Kompagnien der ersten und zweiten Bataillone, achtzig Mann beurlaubt.

Berlin, 27. Juni. Nachdem die Nationalversammlung gestern ihre definitive Geschäftsordnung ohne alle weitere Debatte angenommen, ging sie heute zur Neuwahl ihres Präsidenten und des Geschäftsbureau über. Für die Präsidentenwahl war unter den verschiedenen Parteien der Nationalversammlung in der Person des Herrn Grabow (Oberbürgermeister von Prenzlau) eine Art von Compromiß zu Stande gebracht worden, wie dasselbe auch bei der frühern Wahl Milde's in Ausübung gekommen war. Hr. Grabow war ein entschiedenes freisinniges Mitglied des Vereinigten Landtags, auf dem er zur Opposition der 138 Männer gehörte. Dagegen ist seine Stellung in der Nationalversammlung eine sehr gemäßigte und physiognomielose geworden. Er wurde mit 238 unter 383 Stimmen gewählt. Hr. Waldeck erhielt 110. Zu Vicepräsidenten sind die Herren v. Kirchmann (mit 223), Koch (mit 206) und Jonas (mit 203 Stimmen) erwählt worden. Bei der vierten Stelle schwankte die Wahl zwischen den Herren Phillips und Waldeck. (D. A. Z.)

Breschen, 23. Juni. Nach hier eingezogenen durchaus zuverlässigen Nachrichten befinden sich in den Grenzorten Pesten und Slupee nur kleine Kosakendetachements und in Kalisch nur 2 Bataillone Infanterie. In Kalmen der drei genannten Orte weiß Jemand etwas von Anstalten zur Errichtung russischer Lager, auch befinden sich mehrere Meilen rückwärts keine erheblichen Truppenmassen, sondern nur mobile Colonnen, welche das Land nach verschiedenen Richtungen durchziehen. Die russische Hauptmacht befindet sich vielmehr an der galizischen Grenze.

Stuttgart, 27. Juni. Der Departementschef der Justiz Fr. Römer hat im heutigen Schw. Merkur eine „offene Erklärung" an die Württemberger erlassen, aus welcher wir folgende Stellen ausheben: „Eine nahe Zukunft wird uns mögliche Selbstständigkeit der Gemeinden, angemessene Schul- und Gewerbsgesetze, Vereinfachung des Geschäftsganges, Oeffentlichkeit in allen Zweigen der Verwaltung, Theilnahme des Volkes an derselben bringen, auch der Militärstand wird, so weit seine spezielle Stellung es gestattet, sich aller staatsbürgerlichen Rechte zu erfreuen haben, den noch bevorstehenden Lasten der Bannpflicht, der Waldedienstbarkeiten und des Jagdregals wird ein baldiges Ende bereitet werden, mit den Vorrechten des Adels werden Reuteuerbarkeit, die Kammer der Standesherren und die Ritterbank in der Kammer der Abgeordneten fallen, Kirche und Universität werden nach meiner Ansicht einer besondern Repräsentation nicht mehr bedürfen, das Institut des geheimen Raths (den man ohne Verfassungsänderung nicht aufheben kann) dürfte sich um so mehr als entbehrlich herausstellen, als die Aufhebung oder Beschränkung der Administrativ-Justiz durch die National-Versammlung in Aussicht steht, die ständigen Gesandtschaften werden aufhören, so weit es noch nicht geschehen ist, und Württemberg, ein Theil Deutschlands, wird fortan nicht mehr den Beschlüssen eines Bundes unterliegen, der nur dann zu handeln pflegte, wenn es galt, die Rechte der Privilegirten zu schützen und die Rechte der Völker niederzuhalten."

Ulm, 28. Juni. (Bewaffneter Ueberfall einer Volksversammlung.) Wir haben einen furchtbaren Abend und eine angstvolle Nacht hinter uns. Der Redakteur Stifterling hatte auf gestern Abend eine Versammlung in die Bierdrauerei „zum Schiff" eingeladen, worin die Gründung eines „demokratischen Vereins" besprochen werden sollte. Die zahlreich besuchte Versammlung war im Besitzu des Oberamts-Aktuars und Oberpolizei-Kommissars in größter Ruhe und Ordnung abgehalten worden und man wollte eben zur Unterzeichnung schreiten, als auf einmal von allen Seiten Kavalleristen hereinstürzten und mit blank gezogenen Säbeln erst die Fenster, Gläser, Tische zerschlugen und dann über die wehrlosen Anwesenden herfallen. Alles will nun in wilder Flucht durch Thüre und Fenster in die Stadt; aber auch außerhalb des Hauses, wo ebenfalls ein Haufen Reiter stand, wurden die unbewaffneten Fliehenden wiederholt auf eine empörende Weise mißhandelt. Man spricht von mehrfachen starken Verwundungen, von denen eine lebensgefährlich seyn soll. Jetzt tönte nun aus allen Straßen der furchtbare Ruf: „Bürger heraus! Zu den Waffen! Sturmt das Arsenal! ꝛc." Generalmarsch wurde geschlagen, und in kurzer Zeit stand die Bürgerwehr auf ihren Sammelplätzen in Waffen; die Scharfschützen mit scharfer Ladung, der Artillerieverein mit Sensen, Latten ꝛc. und sonst wie bewaffnet. Aus allen Fenstern hingen Laternen, und immer noch kommt der laute Hilferuf durch die Straßen. Die ganze Nacht durch wurde patrouillirt, ohne daß jedoch die Ruhe in irgend einer Weise weiter gestört worden wäre. Bürger und Militär sind gleich stark erbittert über diese schändliche Frevelthat und erwarten glänzende Genugthuung. Man verlangt Auflösung des ganzen Regiments. Die ganze Stadt ist in furchtbarster Aufregung. (Nachschrift 9 Uhr Morgens.) So eben wird eine Bürgerversammlung ausgerufen.

Hamburg, 25. Juni. Es ist von den Angehörigen der Presse, in sehr ausgedehntem Maße, ein Ehrengericht angenommen worden, welches zum Comité bereits seit einigen Tagen hatte circuliren lassen. Zur Verbindung mit diesem Gesetz der Ehre tritt ein Preßverein, auch zur Betheiligung für Gebildete aller Stände bestimmt, ins Leben; ferner soll in dem Staate desselben die Constituirung einer Art Jury festgesetzt werden, welche in Preßangelegenheiten ihre Entscheidung, zunächst zur moralischen Wirkung giebt.

Rendsburg, 24. Juni. Die Schleswig-holsteinische Ztg. liefert in einer Beilage das fortgesetzte Verzeichniß der ihr eingesandten oder der ihr zur Verfügung gestellten freiwilligen Beiträge. Die Summe dieser Gaben betrug hiernach 186,251 Thlr. Cour., außer den Beiträgen für die Flotte, die 6129 Thlr. ausmachten, und die Gaben zur Verpflegung der Verwundeten, die 44,677 Thlr. betrugen. Dazu kommen die vielen Naturalien und Utensilien aller Art. (D. A. Z.)

Italien.

Von der Etsch, 25. Juni. Gestern und heute soll von Verona und Neveredo aus, mittels einer combinirten Bewegung gegen Rivoli, die Oeffnung der schon 14 Tage gesperrten Mantuastraße durch das Etschthal wiedergewonnen werden. Diese ziemlich glaubwürdige Nachricht hat die seit ein paar Tagen verbreitete Kunde über den nahen Abschluß eines Waffenstillstandes widerlegt. Der Fall von Padua hat auch jenen von Rovigo nach sich gezogen, wie heute eingetroffene Briefe bestätigen. Hat sich General Pepe nicht zeitig genung nach Venedig zur Annahme des ihm angeblich übertragenen Commando's aller dortigen italienischen Truppen begeben, so könnte er sich nun leicht den Weg versperrt sehen.

Neapel, 18. Juni. Sicilien dürfte für den König verloren seyn, da England und Frankreich die dortige provisorische Regierung förmlich anerkannt haben. Die Conte d'Aquila Bruder des Königs mit Gemahlin und Familie ist nach Malta gereist, und zufolge der Reisepäßpositionen dürfte er lange ausbleiben, und nach Brasilien oder Spanien übersiedeln. Man spricht von einem heftigen Wortwechsel mit dem König, der sich immer mehr isolirt, und sich allen Ständen, mit Ausnahme der von ihm begünstigten Lazaroni entfremdet. Nur] einem starken, thätigen und nicht zaudernden Ministerium könnte es vielleicht noch gelingen auf dem Wege der Ordnung und mit den liberalsten constitutionellen Freiheiten den wankenden Thron zu retten; wo nicht, so ist bei dem Schwanken des Königs selbst die Herrschaft des ganzen Königreichs sehr in Frage gestellt. (A. Z.)

Digitized by Google

Frankreich.

* Paris, 26. Juni. Noch immer derselbe Zustand, — zwar ist die Insurrektion jetzt nur auf die (große und volkreiche) Vorstadt St. Antoine und einige äußerste Punkte beschränkt, aber die Lage der Dinge ist dieselbe, alle Circulation ist gehemmt, der Belagerungszustand lastet mit eisernet Hand auf der unglücklichen Stadt. Die Lage eines Berichterstatters ist unter diesen Verhältnissen sehr schwierig, genaue Mittheilungen sind sehr schwer zu erhalten, die tausend und tausend circulirenden Gerüchte sind schwer zu controliren, und wir müssen uns vor der Hand darauf beschränken, bloß eine Reihenfolge von Notizen zu geben, die uns aus ziemlich verläßlichen Quellen zukommen.

Der Anblick der Nationalversammlung ist drückend traurig, die größte Niedergeschlagenheit auf allen Gesichtern, Alles macht sich Vorwürfe, — Niemand weiß, wie dieses Blutbad enden und was daraus hervorgehen wird. Die bittersten Klagen gegen die Schwäche und Unfähigkeit der (nun abgesetzten) Exekutiv-Commission werden ausgesprochen. Aechtig Verräter von der äußersten Linken haben eine Erklärung unterzeichnet, die heute in der Reforme erschienen ist, — sie provisorisch darin nochmals schriftlich, wie sie es bereits durch ihr Votum gethan haben, gegen den Belagerungszustand, erbieten sich jedoch, sich auf alle gesährliche Punkte zu begeben und durch Mittel der Güte und der Versöhnung den Kampf zu beendigen zu suchen.

Ein Decret des Regierungs-Chefs, Generals Cavaignac, vom 25. Abends besteht, Emil von Girardin sogleich zu verhaften und sein Journal: La Presse, das noch immer aufreizt und zur Verlängerung des Kampfes beiträgt, zu unterdrücken. Zu Folge dieses Decretes ist Girardin gestern Abend verhaftet und nach der Polizei-Präfektur gebracht worden. Der General-Procurator der Republik, Come, trägt dem Polizei-Präfekten auf, strenge darüber zu wachen, daß das bestehende Gesetz vom 19. December 1830 wegen der Zettelträger und Anschläge strenge gehandhabt, und daß das Gesetz über die Tagespresse vom 18. Juli 1828, das für alle politischen Journale eine Caution und eine verantwortliche Garantie vorschreibt, auf das Genaueste befolgt werde.

Der Präsident Senard hat im Namen der Nationalversammlung gestern Abend noch eine Proklamation an die in Faubourg St. Antoine verschanzten Arbeiter gerichtet, worin er sie beschwört, doch nicht den ausgetretenen Versäumdungen zu glauben, — die Republik wolle nur ihr Verderben, sie wolle ihnen Allen Brod und Arbeit geben, sie sollten nur die Waffen niederlegen, diesen drudermörderischen Kampf beendigen, die Republik werde dann ihre Devise aufrecht erhalten und mit dem Frieden und der Ordnung alle Ungerechtigkeiten des Schicksals und der alten Institutionen auszugleichen suchen. Der Ton dieser Proklamation zeigt, daß man trotz allen errungenen Siegesnachrichten in größter Besorgniß ist und um jeden Preis die Beendigung dieses Kampfes wünscht, der auf die Dauer nicht fortzuführen ist. Der Erzbischof von Paris, begleitet von seinen vier Vicaren, hat sich, im Ornate, mit dieser Proklamation zu den Insurgenten begeben, er ist gut empfangen, mit Achtung behandelt worden, hat aber eine abschlägige Antwort zurückgebracht. „Wir sind entschlossen, Alle zu sterben!“ ist die einzige Antwort der Insurgenten auf alle Vorschläge.

Der gestrige Tag war blutig, — General Regnier, einer der Quästoren der National-Versammlung, ist beim Sturm auf eine Barrikade gefallen, — zwei Obersten der Linie und der Capitain Charbonel ebenfalls. Die Anzahl der gestern Gefallenen und Verwundeten ist ungeheuer. Die Eroberung der Barrikade des Pont St. Michel hat den Truppen und der Nationalgarde 3000 Todte und Verwundete gekostet; — als dieses furchtbare Werk endlich unter dem Feuer von vier Sechzehnpfündnern zusammenstürzte, und die Truppen eindrangen, war die Barrikade leer, — nicht einer der Vertheidiger derselben konnte gefangen werden; nur der Commandant der Barrikade, Capitain Arnyot von der 12ten Legion, stand allein neben der rothen Fahne, die er vertheidigte; er wurde endlich übermannt und sogleich füsilirt.

Das reactionäre Journal: L' Assemblée nationale, das nebst Girardins „Presse“ noch fortwährend Oel ins Feuer goß, scheint auch unterdrückt worden zu seyn, — seine Bureaux sind wenigstens heute gesperrt.

Die Reforme zeigt an, daß alle Setzer und Buchdrucker von Paris heute eine Erklärung unterzeichnet haben des Inhalts, daß sie, da die alte Preßgesetzgebung wieder in Wirksamkeit getreten ist, von morgen an alle Arbeiten einstellen. Sie hätten, erklären sie, seit 24. Februar nur von der Arbeit der vielen Journale gelebt, da alle Herausgaben von größeren Druckwerken aufgehört hatten; jetzt tödte man auch diese Journale, und so geben sie lies der ihre Profession ganz auf, und suchen andere Erwerbszweige zu ergreifen.

General Cavaignac bestellt durch ein Decret, alle jene Nationalgarden zu entwaffnen, die während dieser Tage nicht auf den Sammelplätzen bei ihren Compagnien erschienen sind. — Ein Artilleriregiment von Vincennes mit 60 Kanonen ist diese Nacht in Paris angekommen.

Der General Bredot und sein Adjutant sind gestern Abend bei einem Angriffe auf den Stadtplatz, der in eine Festung der Insurgenten umgewandelt ist, gefangen genommen und von den Insurgenten sogleich als Repressalie füsilirt worden.

Alle Apotheker im Faubourg St. Antoine sind von den Insurgenten in Requisition gesetzt worden und müssen fortwährend Schießbaumwolle fabriciren, Kugelgießereien sind auf allen Straßen errichtet.

Die gestrige Nachmittagssitzung der Nationalversammlung ist durch Meldungen, Berichte und fortwährende Ausbrüche gegenseitiger Gereiztheit und leidenschaftlicher Recriminationen ausgefüllt worden. Um 3½ Uhr meldete Arnaud Marcaft von Stadthause aus, daß dieses Stadtviertel endlich ganz frei sey und General Duvivier seine Verbindung mit dem General Lamoricière bewerkstelligt habe. In der Abendsitzung erklärte der Präsident Senard, alle Gefängnisse seyen überfüllt, man müsse schleunig eine allgemeine Maßregel ergreifen. Er schlage daher im Interesse der Humanität und der allzugroßen Anzahl der Gefangenen wegen folgendes Dekret vor: Jedes mit den Waffen in der Hand gefangene Individuum wird augenblicklich deportirt. (Wohin? Nach Oceanien?) Dieses Dekret wird heute discutirt werden. — Der Deputirte Cornet wird an den Folgen seiner Verwundung sterben.

Französische Nationalversammlung. (Permanente Sitzung vom 26. Juni, Morgens 11 Uhr. Folgendes Dekret ist in der Frühsitzung heute angenommen worden: 1) Eine Commission von 15 Mitgliedern wird von den Bureaux ernannt, um durch eine Untersuchung, oder andere Mittel, die Ursache der Insurrektion, die Paris seit drei Tagen in Blut badet und die auf Vorbereitung und derselben beizüglichen Thatsachen zu ermitteln. 2) Dieselbe Commission dehnt ihre Untersuchungen auch auf das Attentat des 15. Mai aus. 3) Die ausgedehntesten Gewalten sind ihr übertragen um alle Personen, deren sie zur Aufklärung bedarf, sich vorführen, alle Documente sich mittheilen zu lassen. 4) Sie wird der Versammlung über das Resultat ihrer Untersuchung Bericht abstatten. Die Sitzung ist nach Annahme dieses Decrets wieder der suspendirt worden. Man erfährt daß drei Volksvertreter die parlamentiren wollten, von den Insurgenten gefangen worden sind.

Soeben 11½ Uhr läuft die Nachricht ein, daß auch der Vertreter Larabit, der unterhandeln wollte, von den Insurgenten als Geißel zurückbehalten wurde.

Ein Brief von den Delegirten der Arbeiter in Faubourg St. Antoine an den Präsidenten Senard ist angekommen, sie bieten die Hand zur Einstellung des Blutvergießens und erwarten Eröffnungen.

Die Nationalgarde von Cambray und Valenciennes sind soeben angekommen, sie erklären in Uebereinstimmung mit andern Departements, daß sie Paris nicht ehe verlassen, als bis die Ordnung für immer hergestellt und die Nationalversammlung gesichert ist.

Der Präsident hat den Delegirten sogleich geantwortet, sie möchten ihre Barrikaden niederreißen, ihre Waffen niederlegen und die Republik werde sie als verirrte Söhne mit väterlicher Liebe aufnehmen.

Heute Nacht sind die in den Champs elysées patrouillirenden Cuirassiere durch eine Bande mit Flintenschüssen angegriffen worden, — ein Brigadier ward getödtet, — aber die von allen Seiten herbeieilenden Truppen schlossen die Bande ein, — sie ward niedergeritten und alle Individuen derselben, 33 an der Zahl, wurden in die Seine geworfen.

In diesem Augenblicke dauern die Unterhandlungen mit den Insurgenten durch Vermittlung der gefangenen Deputirten fort, — das Feuer ist noch nicht wieder eröffnet worden.

Graf Narbonne, aus einer der angesehnsten Familien des Faubourg St. Germain ist, indem er Geld unter die mobile Garde vertheilte und sie zum Abfall aufforderte, ergriffen, von der mobilen Garde selbst in den Garten des Luxembourg-Palastes geführt und dort nebst seinen Bedienten füsillirt worden.

Man meidet die Verhaftung mehrerer Journalisten, namentlich der kleinen Journale. Der Redakteur des Père Duchêne, Laroque ist auf der großen Barrikade des Faubourg Poissonniere gefallen.

Ein soeben publicirtes Decret des Generals Cavaignac macht bekannt, daß jedes bei Errichtung einer Barrikade betretenes In-

Digitized by Google

dividuum eben so behandelt werden wird, als wenn er mit den Waffen in der Hand ergriffen worden wäre.

Louis Blanc ward gestern Abends, als er sich nach seiner Wohnung begab, auf den Boulevards von einer Abtheilung der Nationalgarde ergriffen, die ihn als den Urheber alles dieses Unheils anklagte, und Anfalt machte ihn zu fusilliren. Nur die Dazwischenkunft des Deputirten und Maire Berger und einiger Offiziere rettete ihn.

Ein Decret der Nationalversammlung verlängert die Zahlungsfrist für alle zwischen den 23. und 27. fälligen Wechsel um 5 Tage.

General Duvivier ist schwer verwundet, General Dulac ist getödtet. General Carbonel ist schwer verwundet.

Um 11½ Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident Senard läßt in größter Eile alle Deputirten zusammenrufen. Sobald Alles da ist, meldet er die Beendigung der Insurrection. Nachdem die letzte Frist um 10 Uhr abgelaufen war, wurde um 10½ Uhr der Angriff gegen die Vorstadt St. Antoine vom General Lamoricière von der Seine aus und von einer zweiten Colonne von den Boulevards aus begonnen. Ein heftiger Widerstand ward ihnen entgegengesetzt, aber nachdem die ersten Barrikaden genommen waren und die Truppen Anfalten machten ins Innere einzudringen, erschienen Parlamentäre der Insurgenten mit weißen Fahnen und erklärten sich die Vorstadt ohne Bedingungen auf die Proklamation Cavaignacs hin sich ergebe. — Der General Cavaignac hat sogleich einen Adjutanten mit dieser Nachricht an die Nationalversammlung abgeschickt und dieser sagt mündlich hinzu, daß bei seiner Entfernung vom Kampfplatze drei Bataillone ohne Widerstand in die Vorstadt St. Antoine eingerückt waren und er auf dem ganzen Wege kein Feuern mehr gehört habe.

Herr Pariset, der Bischof von Langres meldet, daß sich der Erzbischof von Paris heute Früh noch ein Mal zu den Insurgenten begeben habe, — in dem Augenblicke, wo er mit den Führern der Insurgenten unterhandelte, erfolgte auf der Seite der Truppen ein Trommelwirbel, die Insurgenten dies für einen Verrath haltend, feuerten einige Schüsse ab, die Truppen erwiderten durch ein Pelotonfeuer und der Erzbischof erhielt einen Schuß durch die Hüften. Sein Zustand ist sehr gefährlich, auf seinen Wunsch ist er sogleich mit den letzten Sakramenten versehen worden, — man fürchtet für die Operation des Herausziehens der Kugel.

Die Nachricht von der Beendigung der Insurrection wird von dem Präsidenten Senard mit den Worten geschlossen: „Endlich können wir mit freudigem Herzen ausrufen: Gott sey Dank! und es lebe die Republik!“ Die ganze Versammlung erhebt sich mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ — Die Sitzung wird bis 1 Uhr suspendirt.

12 Uhr. Der Vertreter Pouyoulat stürzt in den Saal, in dem sich ungefähr 40 Deputirte befinden, er schreit: Schändlicher Verrath! die Bataillone die in die Vorstadt St. Antoine eingerückt sind, sind umzingelt und niedergeschossen worden. Ein fürchterliches Blutbad hat begonnen.“ — Allgemeine Aufregung entsteht, — Alles eilt in den Conferenzsaal. Die beunruhigendsten Gerüchte zirculiren, — einem Adjutanten, der so eben angekommt kommt, stürzt das Pferd im Hofe todt zu Boden. — Die größte Verwirrung herrscht im Sitzungssaale, — Alles kennt mit verstörten Geschtern durch einander.

Der Präsident Senard tritt in den Saal, — er erzählt mit leiser Stimme Sachen, die sehr wenig Tröstliches haben müssen. — Ein Bataillon soll ganz vernichtet sein, — auch von den gefangenen Deputirten Druch, Cavaiat, Larabit hat man keine Nachricht. —

1½ Uhr. Nach anderthalb Stunden der ängstlichsten Erwartung wird die Sitzung endlich wieder eröffnet. Der Präsident Senard erscheint auf dem Präsidentensitze: „Bürger-Vertreter! Alles ist zu Ende!“ Allgemeiner Jubel. — Er fügt nun hinzu, daß die Nachrichten über den Verrath, der an den Truppen verübt worden seyn soll, auf einem Mißverständnisse beruhten. Ein Theil der Vorstadt St. Antoine hatte kapitulirt und ließ die Truppen einziehen, — ein anderer Theil hatte sich geweigert und auf dieser Seite habe noch ein Gefecht Statt gefunden. Endlich aber habe sich auch dieser Theil ergeben. In dem Augenblicke wo der General Cavaignac diese Nachricht expedirte war die Circulation vom Bastillenplatze bis zur **barrière du Trône** ganz frei und die Patrouillen circulirten überall ohne Hinderniß. — Der Vice-Präsident Lacrosse kommt von der **barrière du Trône**, — er hat die ganze Vorstadt durchritten. Eine Ordonnanz bringt eine Depesche: „Die Unterwerfung ist complet, die Arbeiter selbst räumen die Barricaden weg. —“

In dem Augenblicke wo der Präsident die Sitzung wieder suspendirt hat (2 Uhr) kommt eine Depesche des Generals Cavaignac die der Vice-Präsident Carbon sogleich verliest.

„Bürger Präsident! Dank der Haltung der Nationalversammlung und der Tapferkeit der Nationalgarde und der Armee, der Aufruhr ist gänzlich bezwungen. Sobald die Ruhe ganz hergestellt ist, werde ich in die Hände der Versammlung die außerordentliche Gewalt niederlegen, die sie mir für die Tage der Gefahr übergeben hat. Cavaignac.

Man erfährt, daß dieser letzte Kampf noch viel Blut gekostet hat; — von einer Kompagnie der Mobilen 150 Mann stark sind nur 7 Mann übrig.(?) Mehrere Häuser der Vorstadt St. Antoine sind abgebrannt, andere eingestürzt.

Ein Beschluß der Executiv-Gewalt unterdrückt zwölf Journale, — unter diesen: Presse, Assemblée nationale, Liberté, Napoleonien, Napoleon républicain, Vère Duchêne, Pirate Républicque, Organisation du travail und Andere, die einen aufreizenden Charakter tragen. — Die Sitzung ist suspendirt (2¼ Uhr.)

Straßburg, 27. Juni, Nachmittags 3½ Uhr. Telegraphische Depesche. Paris, 26. Juni, 4 Uhr Abends. Der Chef der vollziehenden Gewalt an die Präfecten. Die Insurrection ist vollständig besiegt. Alle Insurgenten haben die Waffen gestreckt oder die Flucht ergriffen. Die Sache der Ordnung hat gesiegt. Es lebe die Republik!

Straßburg, 27. Juni, 5 Uhr Abends. Telegraphische Depesche. Paris, 27. Juni, 8½ Uhr Morgens. Heute genießt Paris der vollkommensten Ruhe; Alles ist zur Ordnung zurückgekehrt.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth erschien so eben und ist daselbst zu haben:

Der 15. Mai 1848

von

Carl Deahna.

Preis 9 kr.

Nachricht für Auswanderer

nach

Nordamerika.

Von den Schiffs-Rhedern Herren **Lüdering & Comp.** in Bremen werden am 1. und 15. eines jeden Monats Schiffe unter neutraler Flagge nach Newyork und am 15. August, 1., 15., 30. September und 14. October nach Neu-Orleans abgehen. — Dieses bringt der Unterzeichnete mit dem Bemerken zur Kenntniß:

„daß die regelmäßigen Expeditionen der Passagiere bisher keine Störung erlitten und alle von Bremen abgegangenen Schiffe mit Auswanderern ihre Reise ohne allen Aufenthalt und ohne die geringste Belästigung fortgesetzt haben; wodurch die vielfach ausgesprengten Gerüchte von Aufbringung Bremen'scher Passagier-Schiffe hinlänglich widerlegt sind.“ —

Die Fahrpreise wurden neuerdings bedeutend ermäßiget.

Zur Vermittlung von Ueberfahrts-Gelegenheiten, so wie zur Ertheilung jeder genauern Auskunft erbietet sich

Bayreuth, den 29. Juni 1848.

Joh. Matth. Kolb,
Agent der Schiffs-Rheder Herren
Lüdering & Comp. in Bremen.

Am 11. Juli wird in Creußen das Gregorienfest gefeiert, und findet an diesem Tage im Gasthause zum goldenen Hirschen Ball statt, wozu höflichst einladet

Creußen, den 27. Juni 1848.

Christoph Welgel, Gastgeber.

Eine neue Geldbörse ist gefunden worden. Wo sie der Eigenthümer gegen Ersatz der Insertionsgebühren wieder erhalten kann, sagt die Expedition.

In der Maximilianstraße Nr. 6 werden einige Mitleser zur Bayreuther Zeitung und Intelligenzblatt für Oberfranken gesucht.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 182. — 2. Juli 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 29. Juni. Die National-Versammlung hat heute Nachmittag um 4½ Uhr den Erzherzog Johann von Oestreich mit 436 unter 546 Stimmen zum Reichsverweser gewählt. Die linke Seite ersplitterte ihre Stimmen an v. Gagern und v. Jpstein. Ersterer erhielt 52, letzterer 32 Stimmen. Eine Stimme fiel auf den Erzherzog Stephan. Von der äußersten Linken weigerten sich 25 Mitglieder, an der Abstimmung Theil zu nehmen, weil die Versammlung gestern beschlossen hatte, daß der Reichsverweser nicht verantwortlich und nicht verpflichtet seyn solle, alle Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. Als die Wahl vollendet war, verkündete der Präsident v. Gagern das Resultat mit folgenden Worten: Ich proklamire hiemit Johann, Erzherzog von Oestreich, als Reichsverweser über Deutschland! Sogleich ertönte Glockengeläute und Kanonendonner und die Versammlung brach in freimaligen Hoch aus. Herr v. Gagern sprach dann weiter: Er bewahre allfeit gehegte Liebe für unser großes Vaterland; er sey der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheit, der Wiederherstellung von Ordnung und Vertrauen! Noch einmal Johann, Erzherzog, Reichsverweser, er lebe hoch! Die Versammlung brachte ein wiederholtes Vivat. Um 5 Uhr wurde die Deputation gewählt, die dem Reichsverweser die Nachricht von seiner Wahl nach Wien bringen soll. Sie besteht aus v. Antrian, v. Rotenhan, Heckscher, Raveaux, Jucho, v. Auerswald und v. Saucken. — Es wird Sie wohl interessiren, Gagern's Rede bei Eröffnung der Sitzung vollständig zu erhalten. „Es ist die Stunde gekommen, wo ein Jahrhunderten zum ersten Male wieder das deutsche Volk berufen ist, sich eine Regierung zu setzen und an die Spitze dieser Regierung ein Haupt zu stellen. Die Einheit Deutschlands, die bisher in unserm Bewußtseyn lebte, wird dadurch eine Thatsache, die in die Welt eintritt. Wir werden ein Recht ausüben, indem wir dieß thun, ein Recht, das Niemand verletzt; denn die Ausübung unseres Rechtes wird geachtet werden auch von den benachbarten Nationen, die uns umgeben. Wir haben nie unser Recht geübt, um Andere zu knechten, sondern wir wollen in Frieden bleiben. In diesen Sinne dessen lassen Sie aus die große Handlung vornehmen, zu der wir heute berufen sind.

Frankfurt, 27. Juni. (Ausschließlicher Bericht über die 26. Sitzung der constituirenden deutschen National-Versammlung.) Mit dem gestrigen Protocoll wurde heute eine Erklärung von ungefähr hundert Mitgliedern verlesen, wonach sie dem Beschlusse der Reichsverweser solle von der Nationalversammlung gewählt werden, nur unter der Voraussetzung beigestimmt haben, daß die Regierungen in Rücksicht auf die gefährliche Lage des Vaterlandes mit diesem Beschlusse einverstanden sein würden. Die Vorstehende v. Soiron zeigte den Eingang von 136 fl. 3 kr. für die deutsche Flotte aus Diez im Nassauischen, an. Als sodann die Abstimmungen fortgesetzt werden sollten, stellte Biedermann an den Ausschuß die Frage: ob der Art. 11 (der Reichsverweser ist unverantwortlich) eine bloße und politische Unverantwortlichkeit, oder eine solche Unverletzlichkeit im Sinne habe, wie sie nur regierenden Häuptern, nicht aber Privatpersonen, selbst keinen nicht regierenden fürstlichen Personen zukehe. Falls der Artikel diesen letzten im Sinne habe, müßten er und eine große Anzahl anderer gegen denselben stimmen. Dieckmann als Berichterstatter erwiederte: die Debatte sei geschlossen; er habe also auf die Frage keine Antwort zu geben. Er erkläre nur, daß der Ausschuß an dem Artikel festhalte. Die Abstimmung werde erweisen, ob die Mehrheit republikanisch sey oder nicht. (Lebhafte Unterbrechung links.) Präsident: Wenn der Berichterstatter keine Antwort geben wolle, dürfe er auch nicht weiter diskutiren. Siedtmann und Reuwall wollen über denselben Gegenstand sprechen; die Versammlung drängt aber zur Abstimmung. Fallati kündigt im Namen seiner Freunde eine Erklärung über den Sinn ihrer Abstimmung an. Nachdem Art. 9. durch den gewöhnlichen Abstimmungsmodus und Art. 11 mit 373 gegen 175 Stimmen mittelst namentlicher Abstimmung angenommen, erklärte Mittermaier für sich und eine Anzahl seiner Genossen: sie hätten in der Ueberzeugung für den Artikel gestimmt, daß derselbe lediglich auf parlamentarische Verantwortlichkeit wegen Regierungshandlungen Bezug habe, und anderseits Rieser in Namen mehrerer Mitglieder, sie hätten nur deßwegen dagegen gestimmt, weil der Ausschuß die Erklärung verweigerte, daß die Unverantwortlichkeit sich lediglich auf solche Regierungshandlungen beziehe, welche die Contrasignatur eines verantwortlichen Ministers hätten; denn für solche Handlungen wollen auch sie die Unverantwortlichkeit. Dagegen gab nach der Abstimmung über das Gange Heldmann ebenfalls die Erklärung ab: er sey zerstreut gewesen, als er mit Ja gestimmt; er habe Rein sagen wollen. Nach verkündigten Abstimmungsresultat wurde der ganze Beschluß unter dem Titel: „Gesetz zur Einführung einer prov. Centralgewalt für Deutschland" vom Vorsitzenden förmlich promulgirt. Wir theilen es hier vollständig mit: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine prov. Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffent; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen, und nahmentlich die Oberbefehlshaber desselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Consuln zu ernennen; 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung. 5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird. 6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich. 8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen. 9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. 10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. 11) Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. 12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar. 13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf. 14) Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen. 15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

München, 29. Juni. (Dienstes-Nachrichten.) Auf die bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., eröffnete Stelle eines Regierungs-Assessors ist der dermalige Regierungssekretär 1. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg K. A. v. Weber befördert worden.

In der Allg. Ztg. werden alle Berichte von bevorstehendem Ministerwechsel für unbegründet erklärt. „Westen (schreibt sie in einer Münchener Korrespondenz vom 27. Juni) erzählte man sich in allen Zirkeln, Frhr. v. Thon-Dittmer habe seine Entlassung eingereicht, diese sey angenommen und Fürst Wallerstein interimistisch mit dem Portefeuille des Ministeriums des Innern betraut worden. Wer einigermaßen mit dem gegenwärtigen Gang der bayerischen Politik sich bekannt gemacht hat, wird nun und nimmermehr glauben, daß man höheren Orts auch nur entfernt an eine solche Kombination denkt. Ebenso bezeichnet man den bevollmächtigten Advokaten Sinckinger und Staatsrath v. Berg als Kandidaten. Letzterer hat sich durch sein Verhalten während der Märztage wohl unmöglich gemacht, und was Ersteren betrifft, so glaubt man denselben der Führung eines Portefeuille nicht gewachsen."

Digitized by Google

Das Regzs.-Bl. enthält nachstehende Bekanntmachung, die Anstellungen im Staatsdienste, insbesondere bei der reinsten Justiz, betr.: „Königliches Staatsministerium der Justiz. Zur Vervollständigung und Berichtigung der bei dem königl. Staatsministerium der Justiz vorhandenen Tabellen und Verzeichnisse der Staatsdiurnisten-Aspiranten ergeht hiemit an alle geprüften Rechtspraktikanten, Kreis- und Stadt-, dann Appellationsgerichtsacessisten, welche auch um Anstellung bei der reinen Justiz sich bewerben, die Aufforderung, sich binnen vier Wochen bei den Appellationsgerichten der Kreise, in welchem sie zur Zeit praktiziren oder funktioniren (in der Pfalz bei dem k. Generalstaatsprokurator) schriftlich anzumelden und anzugeben: 1.) in welchem Kreise sie die Konkursprüfung bestanden, 2) wo sie bisher praktizirt, funktionirt, oder den Recess gehabt haben, 3) zu welchen Stellen sie ausschließend oder doch vorzugsweise aspiriren. Die kgl. Appellationsgerichte überleiten des Rheins und der kgl. Generalstaatsprokurator der Pfalz werden hierin beauftragt, die einkommenden Anmeldungen in ein Verzeichniß nach obigen Rubriken zu bringen und solches alsbald an das kgl. Staatsministerium der Justiz einzusenden. München, den 21. Juni 1848. Heinz."

Berlin den 28. Juni. Es wurde gestern mit Bestimmtheit versichert, daß die Staatsanwalte v. Kirchmann und Temme abgesetzt seien. Nach Andern ist ihnen eine unfreiwillige Beurlaubung zu Theil geworden. Die HH. v. Kirchmann und Temme haben sich bekanntlich geweigert, auf alle Denunciationen der Verwaltungsbehörden Anklagen zu erheben. Hr. Temme, heißt es, habe seinen Abschied bereits gefordert. Der frühere Justizminister Dr. Bornemann ist zum Präsidenten des geh. Obertribunals ernannt.

Da von der Ankunft einer amerikanischen Flotte zum Schutze Deutschlands die Rede war, erklärte der Minister Camphausen, Preußen habe allerdings Schritte gethan, mit den nordamerikanischen Freistaaten in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten.

Mannheim, 18. Juni. Um übertreibenden Gerüchten vorzubeugen, melde ich Ihnen, daß gestern Abend gegen 9 Uhr in Folge der Arrestirung mehrerer Personen durch bayerische Soldaten ein Auflauf stattfand, der aber ohne Folgen blieb. Es wird erzählt, die Soldaten hätten die Arrestirten mißhandelt, was allgemeinen Unwillen hervorrief. Die Untersuchung wird wohl den Thatbestand aufklären. Aus mehreren Verfällen scheint soviel hervorzugehen, daß das bayerische Militär sehr erbittert gegen die Bewohner Mannheims ist und dieser Stimmung in manchen unüberlegten Redensarten Raum giebt. Andererseits reizt man dieses durch Absingen der bekannten Heckerschen Lieder, durch Ausbringen von Toasten auf die Republik, auf Heder u. s. w. Es sind eben zwei feindliche Elemente neben einander gelagert, welche bei dem geringsten Anlaß in Kampf gerathen können. (Z. Z.)

Rendsburg, 28. Juni. Nach den Aussagen von Reisenden, die in diesen Tagen von Stockholm hierher kamen, lauern die Kriegsrüstungen in Schweden unausgesetzt fort, und zwar zu Wasser, wie zu Lande. Die Armirung und Verproviantirung, namentlich kleinerer Kriegsfahrzeuge (Kanonenboote), wird mit einem Eifer, mit einer Eile betrieben, die auf einen andern Zweck schließen lassen, als auf Unterstützung der Dänen gegen die Deutschen. Man bringt sie in Verbindung mit der Anwesenheit einer russischen Flottenabtheilung in der Ostsee, worunter Schiffe von 150 Kanonen, die 30 bis 40 Fuß tief gehen. Rußlands Zumuthung, einen Truppencorps von Finnland aus den Durchzug durch Schweden, Dänemark zur Hülfe, zu gestatten, scheint noch unvergessen und gewisse Besorgnisse wieder rege zu machen. (W. Z.)

Italien.

Triest, 26. Juni. Nach den letzten Berichten über die Operationen unserer Armee ist diese im Venezianischen entschieden in allen Theilen im Vortheil. Die Lagunen werden streng bewacht und die Kommunikation Venedigs mit dem Festlande ist gänzlich abgeschnitten. Eine venezianische Flottille, welche mehrere Angriffe auf die an den Lagunenufern errichteten Batterien wagte, erlitt einen bedeutenden Verlust und mußte sich, nachdem ein Kanonierboot in der Bucht gesprengt und ein anderes in den Grund gebohrt worden war, mit den übrigen, ebenfalls theilweise beschädigten Fahrzeugen zurückziehen. Es handelt sich jetzt besonders darum, Malghera enger einzuschließen, zu welchem Behuf am 24. in der Nacht eine kleine Ruderflottille, bestehend aus sechs Trabaccoli, nach Lava Zuccherina beförderlich wurde, um von dort mit 400 Mann Infanterie auf dem Dile gegen Cavallino vorzurücken und, wenn möglich, das dortige Fort sammt Leuchtthurm wegzunehmen. Gelingt Dieß, so würde eine große Strecke der Lagunen, d. h. die Paludi maggiori, in die Hände der Oesterreicher gelangen. Vor Malghera haben die Venezianer mehrere Häuser in Brand gesteckt, und gegen 300 Mann sind von dort nach Venedig gegangen, woselbst sehr große Verwirrung herrschen soll. (A. Z.)

Durch den Telegraphen ist in Wien die Nachricht eingegangen, daß die Festung Palmanova sich am 25. Juni ergeben hat, wodurch, wie die öffizielle Anzeige in der Wiener Ztg. bemerkt, nicht nur der Belagerungspark der Armee in Italien wieder in den Besitz der Oesterreicher gelangt, sondern auch die Kommunikationslinie des Heeres völlig frei wird.

Genua, 19. Juni. Von der sardinischen Flotte vor Triest ist heute die Nachricht eingegangen, daß der Admiral Albini den Plan einer Beschießung der Stadt aufgegeben hat, weil er sich nach der Entfernung des neapolitanischen Geschwaders zu schwach dazu fühlt. Aus eben diesem Grunde hatte er in der Nacht vom 13. auf den 14. die Rhede von Triest verlassen und sich nach Pirano zurückgezogen. Die Blokade soll von dort aus fortgesetzt werden.

Rom, 21. Juni. Der Papst hat das Entlassungsgesuch der Minister nicht angenommen, und es scheint mithin der bisherige Stand anerkannt und der Plan, einen Gesetzlichen für das Ministerium des Auswärtigen zu ernennen, aufgegeben zu seyn.

Frankreich.

*Paris, 27. Juni. Die gestrige Abendsitzung der National-Versammlung um 3 Uhr eröffnet, war ohne Interesse. Es wurde nur die Geschäftsordnung gereget und die Jahlfrist der vom 27. Juni bis 5. Juli fälligen Wechsel um 5 Tage verlängert.

Sitzung gestern Abend 6 Uhr an war die Ruhe in ganz Paris hergestellt und man durfte die Fenster öffnen, auf der Straße herumgehen, die ganze Bevölkerung athmete auf, und bald bot die Stadt das bewegteste Bild dar.

Mit Anbruch der Nacht begann das Fortschaffen der Haufen von Leichen, die überall noch auf den Kampfplätzen lagen. Große Frachtwagen, von Kavallerie escortirt, wurden mit den Leichen beladen und fortgeführt.

Um 7 Uhr Abends verließen zwei große Postwagen der Messagerie Royales mit geschlossenen Jalousien und von drei Escadrons Kürassiere escortirt die Präfektur und nahmen den Weg nach Vincennes. Sie enthielten wahrscheinlich die bedeutendsten Gefangenen. — Mehrere Personen, die eine hohe Stellung in der Gesellschaft einnahmen, sind in Luxemburg verhaftet, man nennt darunter einen Herzog und zwei Gräfinnen des Faubourg St. Germain, die Geld an die Mobile vertheilten, um sie für Henri V. zu gewinnen.

Um Mitternacht wurde Paris durch einen Allarm aufgeschreckt. Ein heftiges Flintenfeuer und der Ruf: Aux armes! brachte in fünf Minuten die ganze Nationalgarde unter die Waffen. Man erfuhr bald, daß die Gefangenen, die man um Mitternacht in 20 Omnibus nach der Polizeipräfektur bringen wollte, im Hofe der Luxerien sich auf die Gewehrpyramiden der Nationalgarde warfen, sich der Gewehre bemächtigten und ein Feuer auf die Truppen eröffneten. Sie wurden zwar bald überwältigt, aber der Zwischenfall hat mehrere Menschenleben gekostet.

Ein ähnlicher Fall fand gegen drei Uhr Morgens in der Kaserne Franee nouvelle Statt.

Auf höheren Befehl war die Stadt die ganze Nacht illuminirt, alle Ecken der Straßen mit Posten der Nationalgarde besetzt, Patrouillen von Kavallerie und Infanterie durchzogen alle Stadttheile und die Circulation wurde von 10 Uhr Abends an eingestellt.

Der Erzbischof von Paris ist heute Nacht an den Folgen seiner Wunde gestorben.

Vor allen Häusern von Paris sitzen die Frauen und Mädchen auf den Straßen und zupfen Charpie. Alle zwei Stunden durchziehen Nationalgarden die Straßen und sammeln die gezupfte Charpie ein, um sie an die überfüllten Spitäler abzuliefern. Ueberall wird Waffe, Beitzeug, alte Leinwand zu Bandagen hergegeben, an allen Straßenecken für die Verwundeten gesammelt. Die Haltung der Bevölkerung ist bewundernswerth.

Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß am 22. ernste Unruhen in Marseille ausgebrochen sind; Barrikaden wurden errichtet, es kam zu Straßengefechten, am 23. war die Ordnung wieder hergestellt.

General Cavaignac hat gestern eine Proklamation anschlagen lassen, in der man folgende zwei Stellen bemerkt: „Seyd eben so groß nach dem Siege, Bürger Soldaten, als ihr es im Kampfe ward. Ich sehe in Paris Sieger und Besiegte, aber mein Name sey auf ewig verflucht, wenn ich jugebe, daß ein Schlachtopfer gäbe. Die Ziviljustiz verfolge ihren Lauf, sie wird handeln." — Indem ich wieder auf meinen Platz als einfacher Bürger zurücktrete, nehme ich das Bewußtseyn mit mit, daß ich während dieser schweren Prüfung der Freiheit nur gewonnen habe, was das Wohl der Republik erforderte und ich wünsche, daß mein Bei-

Digitized by Google

spiel von Jedem befolgt werde, der einst zu so schweren Pflichten berufen seyn wird.

Die Nationalgarde nimmt überall aus eigener Machtvollkommenheit Haussuchungen vor, — sie ist sogar in die Wohnung des Ministers Fiocon gedrungen und hat eine Geldkiste von dort weggetragen. Da sich nun die übertriebensten Gerüchte über diese Beschlagnahme verbreiteten, und man erzählte, es seyen bei Fiocon 200,000 Fr. in Geld gefunden worden, so wird heute im Moniteur das Protokoll der mit der Untersuchung der Kiste beauftragten Commission veröffentlicht, aus welchem hervorgeht, daß sie in derselben 7000 Fr. in Silber, 740 Fr. in Geld und zwei Sparkassabücher fanden, welche Letztere den Verwandten seiner Frau gehörend, ihm zur Aufbewahrung übergeben worden waren. Es bestätigt sich, daß General Bedeau nebst seinem Adjutanten von den Insurgenten füsilirt wurde. Er rückte mit 2 Regimentern gegen die Barrikade des Temple an, — im Augenblick der ersten Barricade ritt er nebst seinem Adjutanten auf die Insurgenten zu, um sie zur Unterwerfung aufzufordern. — Er ward umzingelt und hinter die Barrikade geführt, — hier verlangte man von ihm einen schriftlichen Befehl an die zwei Regimenter die Waffen niederzulegen. Er weigerte sich. „So wirst du erschossen!“ schrieen die Insurgenten. „Ich habe drei Kinder, entgegnete der General, aber gleichviel, — erschießt mich, — den Befehl gebe ich nicht.“ Fünf Minuten darauf fielen er und sein Adjutant unter den Kugeln der Insurgenten.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 26. Juni, um 11 Uhr Vormittags eröffnet. — Senard führt den Vorsitz. Paris ist vollkommen ruhig, die Ordnung herrscht überall, die Departements sind in dem befriedigendsten Zustande, in allen großen Städten herrscht die größte Ruhe; — dies ist das Resumé des Präsidenten. Der Exekutiv-Chef trifft alle Maaßregeln um die Ordnung aufrecht zu erhalten, die 3te und 12te Legion der Nationalgarde sind aufgelöst und wieder entwaffnet. Der Präsident schägt vor, nach der Sorge für die Wittwen und Waisen der Gefangenen, auch für die größten Ehrenbezeugungen für das Andenken der Gefallenen zu sorgen. Zu diesem Zwecke wird eine Commission von 11 Mitgliedern ernannt, die sich mit dem Leichenbegängnisse und allem Andern zu beschäftigen hat. — Der Präsident zeigt an, daß vorwährend Detachements von Nationalgarden der Departements eintreffen und daß der Vorschlag gemacht worden ist, die Nationalversammlung solle sich mit allen diesen Vertheidigern der Ordnung und der Republik in einer großen Revue vereinigen. Wird an die edige Commission verwiesen. Endlich wird die Absassung einer Proklamation an die französische Nation beschlossen und einer Commission übertragen. (Man meldet soeben, daß eine Frau, die auf einem Wagen ein Faß mit vergiftetem Branntwein führte, verhaftet und in den Hof des Palastes gebracht worden ist.)

Die Sitzung wird um 3 Uhr wieder aufgenommen. Meaulle, Berichterstatter der Commission über das Loos der gefangenen Insurgenten, schlägt ein Decret an, 1) alle Chefs, Anstifter und Leiter der Insurrection, die Gelb vertheilt, Commandos geführt, werden von den Kriegsgerichten nach der Strenge der Gesetze gerichtet; 2) alle bloßen Kämpfer, Barrikadenbauer und Theilnehmer der Insurrection werden nach den französischen Bestimmungen, mit Ausnahme der des Mittelmeeres, deportirt. Der Berichterstatter entwickelt das Decret und verlangt im Interesse der Gesellschaft, daß die Versammlung den Muth habe, in einer so außerordentlichen Krise aus dem Kreise der gewöhnlichen Legalität herauszutreten und sich durch energische Maßregeln den Dank Frankreichs und ganz Europas zu verdienen. — General Cavaignac besteigt die Tribüne — er protestirt mit Energie gegen den Commissionsbericht, in dem es heißt, er hätte darauf gedrungen, daß alle Insurgenten vor den Kriegsgerichten nach der Strenge der Gesetze gerichtet würden. Nie sey ihm das eingefallen, er wolle seinen Namen nicht befleckt wissen und sich als einen Menschen geschildert sehen, der strenger und blutiger sey, als dies die Nationalversammlung, als dies ganz Frankreich wolle. Allgemeine Bestimmung folgt seinen Worten. General Lebreton bedauert, daß gerade die bedeutendsten Männer der Versammlung (alles blickt auf Thiers) in diesem ernsten Augenblicke schweigen. Ein jeder Bürger müsse in jeder Lage der Dinge seine Pflicht thun und offen, nach seinem Gewissen seine Meinung aussprechen. Er bedauptet, die Versammlung kenne die Gefahr gar nicht, der sie entgangen, — die Pulververschwörung sey gar nichts dagegen gewesen. Er sey im Besitz von Documenten, die er im Hauptquartiere der Insurgenten an der Barriere Poissonière genommen habe, er wolle sie jetzt nicht veröffentlichen, aber die Versammlung werde schaudern, wenn er sie ihr mittheile. Er habe mit allen seinem Einflusse verhindert, daß Unsanfange ohne Urtheil erschossen wurden, er habe überall das Blutvergießen verhindert, aber eben deswegen bringe er auf die schnelle und summarische Justiz durch die Annahme des vorgeschlagenen Decretes. Die Gesellschaft, die ganze Civilisation seyn in Gefahr, und da dürfe man nicht zagen, nicht zaudern. Er erklärt zuletzt, daß er den Nationalgarden, die unter seinem Befehle die Barrikaden gestürmt und ihr Blut vergossen hätten, vollständige und schnelle Genugthuung verschroben habe und daß diese, so wie ganz Frankreich auf die Festigkeit der Versammlung zählten. Mehrere Redner drängen sich auf die Tribüne, man verlangt die Abstimmung, — Pierres schlägt noch vor, daß die Versammlung sich in ihre Bureaux zurückziehe und dann nach 2 Stunden das Decret votire oder verwerfe. Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt die Versammlung mit ungeheurer Majorität die Dringlichkeit (urgence) des Decrets. Pierres Vorschlag wird verworfen. — Die Artikel des Decretes werden zur Abstimmung getragt, die bei Besprechung noch fortdauert. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Decret mit ungeheurer Majorität votirt werden und heute noch in Kraft treten wird.

Straßburg, 27. Juni, 6 Uhr Abends. Telegraphische Depesche. Paris, 27. Juni, 4 Uhr Abends. Der Chef der vollziehenden Gewalt an die Präfecten. Die Ruhe ist in Paris wieder hergestellt. Die Nationalgarden strömen von allen Punkten Frankreichs herbei.

Straßburg, 28. Juni, 11 Uhr Morgens. Telegraphische Depesche. Paris, 28. Juni, 9 Uhr Vormittags. Der Chef der vollziehenden Gewalt an die Präfekten. Stellen Sie überall die Bewegung der Nationalgarden nach Paris, wo ihre Gegenwart unnütz wäre, ein. Danken Sie ihnen im Namen des Vaterlandes für ihren großmüthigen Eifer. (F. J.)

Großbritannien.

London, 26. Juni. Schon seit einigen Tagen sprechen die Torls von dem Sturze des jetzigen Ministeriums als gewiß und träumen davon, daß Lord Stanley, der Führer ihrer Partei im Oberhause, die Zügel der Regierung ergreifen könne. Allein sie würden von diesem Traume so schrecklich erwachen, wie jener Soldat, der sich in der Trunkenheit auf die äußerste Klippe des Königsteins zum Schlummer niederlegte und beim Erwachen ringsum sich den Abgrund sah. Lord Stanley ist ein gesetzvoller, bedächtiger Mann, der nun sogar einen geschickten nennen könnte, wenn seine Heftigkeite ihn nicht oft mißleitete; aber er ist von der rechten Mitte längst ganz auf die äußerste Rechte getreten. Seine Uebernahme des Amtes würde gewiß die große Bewegung, die auch in England nur durch Mäßigung, durch Zugeständnisse in der Bahn der Gesetzlichkeit erhalten werden kann, zu einem plötzlichen Ausbruche bringen. Die „Times“ bemerkt über den muthmaßlichen Ministerwechsel: „Die Regierung hat während dieser Parlamentssitzung Niederlagen erlitten und ist in gewissen Sachen wegen Schwankens getadelt worden. Sie mag heute Abend wieder in der westindischen Frage in der Minderheit bleiben, und wenn sie geschlagen ist, möchte sie sich vermuthlich veranlaßt fühlen, ihre Entlassung einzureichen. Aber was auch die Irrthümer und Gefahren des Ministeriums seyn mögen, so sehen wir gegenwärtig doch nichts als abschtliche Blindheit oder beklagenswerthe Thorheit in den Hoffnungen, welche irgend eine feindliche Partei auf unmittelbare Herrschaft hegen mag. Die einzige Partei, der wir einen solchen Ehrgeiz zuschreiben können, ist diejenige, welche festhält an dem allgemeinen Grundsatze des Schutzes, und welche, wie es sich neulich im Oberhause gezeigt hat, sogleich den Versuch machen würde, die Abschaffung der Kornzölle theilweise wieder aufzurichten. Lord Stanley ist ein Mann von großem Genie; aber sein Genie muß blind sein für die klarsten und bekanntesten Thatsachen, wenn er sich einbildet, er könne der Königin irgend eine Hoffnung auf eine wirksame Verwaltung darbieten. Welche Namen kann er gewinnen, die den gewerbtreibenden Theil des Landes in irgend einer Weise vertreten? Tausende lesen und bewundern die Reden Lord Stanley's und der übrigen Schutzzöllner, ohne einen Zoll breit zu deren Ansichten hinübergezogen zu werden. Aber wenn man sich die Schutzzöllner in ihrem Denken könnte, und als nothwendige Folge eine allgemeine Wahl im Herbste, so schaudert man beinahe, wenn man an die Folgen denkt: das Land in einem Paroxismus von Aufregung, die Whigs sich um Volksgunst bemühend, die sechs Punkte (der Charte) und die vier Punkte (des Hrn. Hume) um den Vorrang streitend, die League in einer neuen Thätigkeit, Westindien grollend; die irischen Verbündeten die Verwirrung benutzend, und nur Eine Sache außer allem Zweifel: daß das Ministerium sich keinen einzigen Tag nach der Eröffnung des Parlaments halten könne.

Digitized by Google

Wir beneiden fast den Muth von Leuten, welche den Ausgang eines solchen Versuches mitten unter den Flammen Europa's furchtlos betrachten können." (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Juni. Auf Wunsch des Generals v. Wrangel ist der preußische Lieutenant Roller zu Rosey zur Auswechslung mit einem dänischen Lieutenant freigegeben; er hatte vor seiner Abreise eine Audienz beim Könige. Hierauf hat der Kriegsminister aus eigenem Antriebe 20 in dänischer Gefangenschaft befindliche Preußen oder Bundestruppen zurückgeschickt, sich vom General v. Wrangel gleiche, ohne Zweifel gewährte Gefälligkeit erbittend. Den deutschen freigegebenen Kriegsgefangenen ist ein Reisegeld bewilligt; sie sollen beim Abschiede dem Arjuranten Hardou, wie dieser rapportirt, die Hand gereicht und erklärt haben: „man habe sich sehr rechtschaffen gegen sie betragen." Dasselbe habe der Lieutenant erklärt. — Es sind jetzt im Ganzen 26,104 Loth Silber als Anleihe eingeliefert. — Alle Nichtwehrpflichtigen von 22—24 Jahren sollen einberufen werden; für Kopenhagen würde dies nach der Berling'schen Zeitung, 400 Mann ergeben. (D. A. Z.)

Amerika.

New-York, 13. Juni. Gestern empfing der Senat in Washington die amtliche Anzeige, daß der Friede mit Mexico ratificirt sey. Alle Freiwilligen sind sogleich aus Mexico zurück gerufen. Bei der Anleihe von 16 Millionen Dollars wird Europa sich fast gar nicht betheiligen; die amerikanischen Staatspapiere behaupten sich indeß im Preise. In Folge der Nachrichten aus Europa ist es im Handel sehr still. Die Früchte stehen in den Vereinigten Staaten außerordentlich gut. (Bs.-Z.)

Lokales und Provinzielles.

Aus Creußen meldet man, daß Anfangs vergangener Woche in einer Mühle nahe bei der Stadt ein Gatterwerk auf die verrucheste Weise begangen worden ist. Die dortige Müllerin, eine brave Frau aus Würbenz, die ein ansehnliches Vermögen ihrem Gatten zugebracht hatte, wurde von diesem, und wie man argwöhnt, in Verbindung mit andern Verwandten, schwer verwundet und dann erdrosselt. Am Tage nach der Mordthat hatte der Mörder noch die Frechheit das Musikcorps des hiesigen Chevauxlegerregiments einzuladen und ein Scheibenschießen neben dem Grabe der Ermordeten abzuhalten. Als der Bruder der Ermordeten den Leichnam fand, erschoß sich der Mörder.

Bayreuth, am 26. Juni 1848.

Bekanntmachung.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth.

Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Wohnhaus der Zimmermeister Carefius'schen Rekikten dahier, bestehend aus einem zweistöckigen Wohnhaus in der Strohlengasse mit Hofraith, Schupfen und Schorgärtlein, Bes.-Nr. 234, belastet mit 600 fl. Steuerkapital, 1 fl. 28½ kr. Erbzins, stets Handlohn zu 1 fl. 15 kr. von der einen Hälfte des Wohnhauses, während die andere Hälfte noch zum 10ten Gulden nach Bayreuther Observanz mit der durch die Verfassung eingeräumten besonderen Vergünstigung zu verhandlohnen ist, mit 2000 fl. der Brandversicherungs-Anstalt einverleibt und auf 1784 fl. geschätzt, dem Verkaufe unterstellt, und wird Strichtermin auf

Mittwoch den 2. August l. Js. Vormittags 11 Uhr, Gerichtszimmer Nr. 8,

anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes und nach den Vorschriften des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, §. 98—102 erfolgt, sowie daß die Kaufsbedingungen im Strichtermine bekannt gegeben werden.

Der Königl. Director,
Freiherr von Waldenfels.

Scharf.

Edictal-Ladung.

Der hiesige Gerichtsunterthan Johann Gottlieb Strobel jun. zu Gettengrün hat sein Vermögen, bei der Unzulänglichkeit desselben zu Befriedigung seiner Gläubiger an letztere abgetreten und es ist auf dessen Antrag der Konkursprozeß zu demselben eröffnet worden.

Gerichtswegen werden demnach dessen sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger hierdurch geladen

den 6. Juli 1848,

welcher zum Liquidationstermin anberaumt worden, zu rechter Gerichtsstube an Gerichtsstelle allhier persönlich oder durch gesetzlich legitimirte Bevollmächtigte, bei Strafe des Ausschlusses von diesem Kreditwesen und bei Verlust der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu erscheinen, ihre Forderungen anzumelden und zu bescheinigen, desbald mit dem bestellten Konkursverweser, sowohl der Priorität halber unter sich, rechtlich zu verfahren, binnen sechs Wochen zu beschließen und sodann

den 17. August 1848

der Bekanntmachung eines Präclusivbescheids sub poena publicati sich zu versehen.

Darauf haben die angemeldeten Gläubiger in dem auf

den 7. September 1848

angesetzten Vergleichstermin sich anderweit persönlich oder durch gehörig legitimirte Stellvertreter an diesiger Gerichtsstelle einzufinden und unter sich zu Abschließung eines Vergleichs, wobei die Außenbleibenden oder sich nicht, oder nicht bestimmt Erklärenden für einwilligend werden geachtet werden, die Güte zu pflegen, bei unterbleibendem Vergleich aber

den 26. October 1848

der Publikation eines Locations-Erkenntnisses, welches hinsichtlich der Nichterschienenen, Mittags 12 Uhr für publicirt geachtet werden wird, zu versehen.

Uebrigens haben auswärtige Gläubiger zu Annahme der künftig an sie ergehenden Ladungen Bevollmächtigte hier zu bestellen.

So geschehen Bergen, Amtsbezirk Aborf, im Voigtlande, den 5. Februar 1848.

Das Patrimonial-Gericht daselbst.
Carl Groh, Director.

Anzeigen.

Die Art und Weise, wie der Einsender ✕ in Nr. 178 dieser Zeitung sich der sogenannten Winkelagenten oder Pfuscher annimmt, braucht man gerade keine Brille, um den großen Vertheidiger des Proletariats zu sehen, auch die Barrikade steht man deutlich, die der Communisten-General aus Ecken und inkompetenten Magistraten aufgebaut, dahinter jene Klasse zu vertheidigen.

Aber Herr nehmen Sie doch Verstand an und gehen Sie hervor aus diesem Versteck; sehen Sie denn nicht die Millionen Bürger, die von einer Gewerbefreiheit nichts wissen wollen. Diese Millionen Bürger würden alle gern dem Fortschritt huldigen, und jene Gewerbearistokratie verachten, wenn nicht die Bahn, worauf der Gewerbestand wandeln muß, so sehr verwahrlost wäre; denn Verdienst und nothdürftigste Ausgabe stehen nicht mehr in Maas, dabei das öftere Borgen und Bapyrschereieinbüßen, wodurch der Gewerbestand mehr zum Stillstehen, anstatt zum Fortschreiten gezwungen ist. Könnte der Herr Einsender den herabgewürdigten Arbeitslohn zu der Höhe bringen, wie ihn Amerika hat, dann Heil dir Deutschland, du würdest durch Gewerbefreiheit vollkommenen Fortschritt bekommen, und der Name Pfuscher und Proletariat hörte auf zu seyn.

Die sämmtlichen Gewerbsvorsteher Bayreuth's.

Beim Färbermeister Stammel vor dem Eremitager Thor ist eine noch gute Presse zu verkaufen, sie eignet sich für Tuchscheerer, auch für Papiermäller.

Zwei schöngelegene Zimmer mit 2 Alkoven sind an eine oder zwei Personen, mit oder auch ohne Möbel zu vermiethen. Näheres in der Expedition.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 2. Juli 1848:

Der Glöckner von Notre-Dame,

oder:

Die Zigeuner in Paris.

Großes romantisches Schauspiel in 5 Acten, nebst einem Vorspiel, „Der Kinderraub" von Ch. Birch-Pfeiffer.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 183.** **3. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 30. Juni. Die Nationalversammlung hat heute ihren Präsidenten von Gagern, sowie die beiden Vicepräsidenten v. Soiron und v. Andrian wieder gewählt. Alle drei hatten ansehnliche Majoritäten, jedoch im Verhältniß geringer, als bei der ersten Wahl. Nicht blos die Linke, sondern auch ein Theil des Centrums scheint mit der Art, wie die Präsidialgeschäfte in letzter Zeit geführt wurden, nichts weniger als zufrieden zu seyn. Im Uebrigen bot die heutige Sitzung wenig Interessantes, mit Ausnahme einer kurzen Debatte über den Antrag des Abg. Kapp aus Baden. Das Schreiben, worin er dem Präsidenten anzeigt, daß nach seiner Ansicht die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse über die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers u. s. w. die Volkssouveränität verläugnet und die Volksrechte „verdammt" habe, worauf bei der Verletzung mehrfach von der Rechten mit höhnischen Geberden begleitet, hinter dem sich aber möglicherweise nur die Betreffenden der Partei versteckt haben mag. Die Entlassung Kapp's wurde angenommen und die badische Regierung ersucht, die Ersatzwahl anzuordnen. Kolb von Speyer stellte wieder einen Antrag auf Zurücknahme des des sogenannten deutschen Einheit Hohn sprechenden Geleitsaufforderts in Oesterreich, gegen welches schon der Fünfziger-Ausschuß vergebliche Vorstellungen gemacht hatte. Wir zweifeln, ob Kolb mit seinem Antrag glücklich seyn werde. Einstweilen wurde er an den Volkswirthschafts-Ausschuß verwiesen. Morgen wird die ausführliche Polizei wieder an die Reihe kommen, indem Vogt von Gießen die Verhältnisse Frankfurts zur Sprache bringen will. Auch die Steuerfrage steht auf der Tagesordnung, und die fast verschollene Mainzer Geschichte soll durch einen Antrag des greisen Arndt wieder aufgefrischt werden. Endlich haben wir auch einen Bericht über die Wahl Hecker's in Thiengen zu erwarten, worüber aber voraussichtlich nicht debattirt, sondern vorerst Verweisung an einen Ausschuß beschlossen werden wird. Nächste Woche steht uns die Berathung über die Grundrechte bevor, die wohl eben so sehr belebt und vielleicht von eben so langer Dauer seyn wird, als jene über die Centralgewalt.

67. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 29. Juni (wahrscheinlich eine ihrer letzten Sitzungen). In Folge der heute in der Nationalversammlung vorgenommenen Wahl eines Reichsverwesers faßte die Bundesversammlung einstimmig den Beschluß, folgendes Schreiben an Seine kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu richten: „Durchlauchtigster Erzherzog! In würdigem, feierlichem Akte wurden soeben Eure kaiserliche Hoheit von der deutschen Nationalversammlung zum Reichsverweser unseres großen Vaterlandes gewählt. Die Bundesversammlung theilt mit der ganzen Nation die Verehrung für Eure kaiserliche Hoheit und die erhebenden patriotischen Gefühle, die sich an diesen große Ereignisse knüpfen, so wie das feste Vertrauen, daß diese Wahl heilverkündend und die beste Bürgschaft für die Einheit und Kraft, für die Ehre und Freiheit unseres Gesammtvaterlandes sey. Sie beeilt sich, Euerer kaiserlichen Hoheit diese Ueberzeugungen und Gesinnungen glückwünschend auszudrücken. Ganz besonders aber gereicht es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung, Euerer kaiserlichen Hoheit die Versicherung ausdrücken zu können, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für eine Wahl Euerer kaiserlichen Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären. Die deutsche Bundesversammlung ist in dieser eben so großen, als ernsten Zeit von dem wärmsten Wunsche belebt, Eure kaiserliche Hoheit möge dem allseitigen Vertrauen und der Berufung zu der erhabenen Würde baldmöglichst entsprechen und dadurch unsere Hoffnungen bestärken, die Vorsehung werde die große deutsche Nation zu neuen Zeiten des Heils und der Größe hinführen. Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen der Präsidirende: Ritter von Schmerling."

Frankfurt, 26. Juni. Die beiden Bundestagsgesandten, welche zugleich Mitglieder der Nationalversammlung sind, Welcker und v. Schmerling, stimmten gestern selbst für das Aufrufen der

München, 26. Mai. Der dem Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe vorgelegte Gesetz-Entwurf, die Abänderung einer Bestimmungen des ersten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, lautet, wie folgt: Art. 1. Da eine dem Strafgesetze äußerlich zuwiderlaufende Handlung vorzüglich begangen worden, oder ob dem Thäter desfalls Fahrlässigkeit oder kein Verschulden zur Last falle, gehört zur Thatfrage und ist nach den Umständen zu beurtheilen. Die Bestimmungen der Artikel 65 bis 70 Theil I. des Strafgesetzbuches bezüglich der Grade der Fahrlässigkeit kommen lediglich bei der Strafzumessung zur Anwendung. Art. 3. Wenn Jemand wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurtheilt worden ist, und sich später eines Verbrechens oder Vergehens schuldig macht, so ist dieser Umstand ein Erschwerungsgrund (Art. 90 Theil I. des Strafgesetzbuches), bei dessen Würdigung insbesondere auf die Zahl und Größe der früher verwirkten Strafen und auf den längeren oder kürzeren Zeitraum zwischen der früheren Bestrafung und dem neuen Verbrechen oder Vergehen Rücksicht zu nehmen ist. Art. 3. Wenn das Bewußtseyn der Strafbarkeit der Handlung in dem Verbrecher zur Zeit der begangenen That' zwar nicht gänzlich aufgehoben, aber doch durch eine dem Blödsinne nahe kommende Geistesbeschränktheit, durch Altersschwäche, durch Gemüthskrankheit, durch unverschuldete Trunkenheit oder durch andere unverschuldete Verwirrung der Sinne oder des Bestandes in so hohem Grade getrübt war, daß bei der Entscheidung der Thatfrage die Zurechnungsfähigkeit als gemindert erklärt wird, so sind die Gerichte ermächtigt, auf eine geringere als die gesetzliche Strafe zu erkennen. Dieselbe darf jedoch nicht unter das im Art. 99 bestimmte niedrigste Strafmaß herabgesetzt werden. Art. 4. Wenn in dem Falle des Art. 151 Zul. I. des Strafgesetzbuches der Getödtete selbst durch unerlaubte Beleidigungen oder Beschimpfungen den Todtschläger zum Zorne gereizt hat, soll die Strafe (Art. 151) auf acht- bis zwölfjähriges Zuchthaus gemildert werden. Art. 5. Wer, ohne die Absicht zu tödten, jedoch mit vorbedachtem Entschlusse, einem Andern eine körperliche Mißhandlung zufügt, welche dessen Tod verursacht, soll, wenn der Tod als wahrscheinlich voraus gesehen werden konnte, mit acht- bis zwölfjährigem Zuchthause, außerdem aber mit vier- bis achtjährigem Arbeitshause bestraft werden. Ist aber die Mißhandlung ohne Ueberlegung und Verbedacht in aufwallender Hitze des Zorns geschehen, so sollen die Strafen nur in dem niedrigsten Grade ihrer Dauer angewendet und nach Umständen bis zur Hälfte des niedrigsten Grades gemindert werden. Art. 6. Eine Mutter, welche in der Absicht, ihr neugebornes uneheliches Kind zu tödten, sich einer lebensgefährlichen Handlung oder Unterlassung an demselben schuldig macht, soll, wenn die lebendige Geburt oder die Lebensfähigkeit des Kindes nicht nachgewiesen ist, mit vier- bis achtjährigem Arbeitshause bestraft werden. Art. 7. Eine Weibsperson, welche erwiesener Maßen geboren und entweder durch absichtliche Vernachlässigung ihr uneheliches Kind einer möglichen eintretenden Unterstützung entzogen hat, oder die Erklärung darüber, wohin sie dasselbe gebracht habe verweigert, soll, wenn sie nicht des Kindesmordes schuldig befunden wird, wegen der Hinwegschaffung des Kindes mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft werden. Art. 8. Wenn eine der in den Artikeln 179 bis 182 Theil I. des Strafgesetzbuches erwähnten Vergewaltigungen oder Verletzungen ohne Ueberlegung und Vorbedacht in aufwallender Hitze des Zorns geschehen ist, soll die Strafe (Art. 179 bis 182) nur im niedrigsten Grade ihrer Dauer angewendet, und selbst diese nach Umständen bis zur Hälfte gemindert werden. Art. 9. Die Art. 3, 39 bis 44, 64, 106, 111 bis 117, 134 bis 136, 152, 160 bis 170 und 185 Theil I. des Strafgesetzbuches sind aufgehoben. In dem Artikel 156, Theil I. des Strafgesetzbuches werden die Worte: „und wegen der tödtlichen Wunden von der Anjang entlassen" gestrichen. Art. 10. (Vollzugsbestimmung.)

Berlin, 29. Juni. Bekanntlich war man hier allgemein der Ansicht daß die Regierung die hier erwarteten Deputirten des demokratischen Congresses in Frankfurt, sobald sie hier anlangten, ausweisen, wenn nicht gar verhaften wolle. Der Club der Volksrechte nahm hieraus Veranlassung, eine Deputation an den Minis-

Digitized by Google

ster des Innern abzusenden, um sich hierüber Gewißheit zu verschaffen. Die Deputation traf den Minister nicht an und wendete sich an Hrn. v. Mmutoli, der sie dahin bescied, daß ihm, wie er verschern könne, weder ein Auftrag zur Verhaftung noch zur Ausweisung der betreffenden Herren gewordet sey.

Köln, 29. Juni. Gestern Abend hatten wir hier einen Straßen-Krawall. Am Morgen fand sich an allen Ecken ein Placat angeheftet, durch welches in der eindringlichsten Weise zu einem großen Versammlung im Hurschen Saale auf dem Domhofe ein geladen wurde. Eine „Lebensfrage Deutschlands", so hieß es, solle verhandelt werden: „vielen Gewerben drohe ein vernichtender Schlag." Wirklich hatte sich eine übergroße Anzahl hiesiger Gewerbtreibender Abends im bezeichneten Saale eingefunden; doch waren auch Viele aus den arbeitenden Klassen erschienen, die da glaubten, daß sie Betreffendes zur Sprache komme. Vor dem Hause standen Unzählige, die keinen Eintritt finden konnten. Es ergab sich nun, daß man beabsichtige, einen Protest zu berathen gegen die in den nächsten Tagen beginnende directe Besorgung von Gütern Seitens des „Nordeuropäischen Eisenbahn-Verbandes" ohne Vermittelung von Spediteuren, so wie gegen ähnliche Einrichtungen bei der Dampfschiffahrt; ferner an die Vorstände der Dampfschiffahrts- und Eisenbahn-Gesellschaften das Verlangen zu stellen, ihre Frachtreise zu erhöhen, damit den Segelschiffern und Fuhrleuten die Concurrenz wieder möglich werde. Nachdem einige Personen über diesen Gegenstand gesprochen, wollte einer der Arbeiter das Wort nehmen, um die Verderfenng ihrer Lage in Anregung zu bringen. Bald darauf entstand in Folge des Zusammendrechens eines Stuhles ein Lärm, der rasch in einen argen Tumult und Skandal, welcher einige Fenster, Stühle, Tische u. s. w. namentlich Fahnen zertrümmert wurden, daß Alles in wilder Hast den Saal verließ. Auf dem Platze rauften sam nun aber einem Theile der aufgeregten Menge der Gedanke, vor die Wohnung des ehemaligen Minister-Präsidenten Camphausen zu ziehen und ihm eine Katzenmusik zu bringen. Wirklich zog ein großer Hause dahin und warf unter Lärmen und Toben mit Ziegelsteinen, die man von einer nahegelegenen Mauer nahm, etwa zwanzig Fensterscheiden ein. In zwei benachbarten Straßen errichteten Einzelne, meist Gassenbuben, mit dort vorfindlichen Fuhrkarren eine Art von Barrieaden, welche aber aus Nachlässigkeit, als in der Absicht, das Vorgenommene zu verhindern. Der Krawall hatte gegen etwa 10 Uhr begonnen und allenthalben in der Stadt Besorgniß erregt; bald nach Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt. — Möge man doch Aufdergreifen und Verdächtigungen aller Art standhaft das Ohr verschließen, damit sich Vorfalle wie dieser, der natürlich in allen Klassen der Bevölkerung Kölns die größte Mißbilligung erweckte, nie wiederholen! (K. Z.)

Wien, 28. Juni. Die Anwesenheit des Erzherzog Johann als kaiserlicher Stellvertreter wirkt wohlthätig auf die Stimmung in der Residenz, welche die „ewigen Wühler" trüben und untergraben möchten. Gestern hielt der Prinz Revüe über die Garnison und wurde mit Jubel empfangen. Gegen Mitternacht brachten ihm die Studierenden des polytechnischen Instituts einen Fackelzug in der Hofburg: da fuhr ein Wagen vorbei, woraus sich Pfeifen vernehmen ließ, gerade als der Erzherzog sich auf dem Balkon zeigte. Nationalgarden und Publikum umringten sogleich den Wagen und nahmen die Frevler gefangen. (!) Heute war Revüe der Nationalgarde, welche über 40,000 M. stark erschien. Einen imposanteren Anblick kann man sich kaum denken, das Plagiß starrte von Bajonetten. Dabei herrschte die herrlichste Stimmung mit kaum endenden Freudenrufen für den volksthümlichen Prinzen. Wir hoffen wieder auf eine freudige Zukunft.

Prag, 26. Juni. Es heißt allgemein, daß die Russen am 28. Juni Galizien besetzen werden. Das österreichische Militär soll sich alsdann in Böhmen zusammenziehen, um nöthigenfalls gegen Wien, jetzt auch gegen Prag operiren zu können. Man nennt sogar die Zahl der Truppen und der Führer bis ins Einzelne: 60,000 Mann zur Besetzung Galiziens bis Krakau unter Anführung des Generals Weronzeff und 40,000 Mann als Observationskorps bei Krakau unter Anführung des Fürsten Paskewitsch, für Oßgalizien General Gruber mit 32,000 Mann??

Von der Tschechischen Grenze, 26. Juni. Als getreuer Correspondent will ich denn doch auch des allgemein verbreiteten Gerüchtes gedenken, wonach Fürst Czartoryski zum Könige von Böhmen bestimmt gewesen sey. Fürst Czartoryski habe sich dagegen verbindlich gemacht, seine Partei von jeder Revolutionirung des russischen Polens abzubringen, wogegen ihm aber Galizien überlassen bliebe. Alsdann würde zwischen den beiden Staaten ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen werden. Ich mache Ihnen diese Mittheilung ohne alle Bemerkungen; so unwahrscheinlich dieselbe auch klingt, wird sie doch bei der jetzigen Bewegung und Stimmung genug leichtgläubige Seelen finden. — Eine andere, glaubwürdigere Nachricht ist, daß die ständische Verfassung Böhmens, so wie die Würde eines Oberst-Burggrafen aufgehoben werden soll. Damit wäre die politische Macht des Adels gebrochen, und es bliebe nur noch übrig, die privatrechtlichen Verhältnisse zwischen Gutsherrschaft und Bauern von dem Unrechte und der Gewalt zu befreien, die daraus fließen. (K. Z.)

Lemberg, 27. Juni. Seelen hat das dritte Reiter-Regiment ohne Waffen in den Kasernenhofe antreten müssen und man hat etwa 20 Verwundete — die Gesammtzahl der Verwundeten wird auf 60 angegeben — und mehrere andere Bürger, die bei den Greueltaten anwesend waren, zugelassen, um die Schuldigen zu bezeichnen. Diese läugnen standhaft, doch sind bereits 15 von den gravirten 50 bis 60 orteilt. Die Bürgerschaft ist mit Recht über den Gang der Untersuchung unzufrieden. Bei dem Makkawall waren am andern Tag schon einen hundert Schuldige und Unschuldige verhaftet und damals handelte es sich nur um Entwendungen um Werthe weniger Groschen, während hier das Leben von hunderten von Bürgern gefährdet war. Man besorgt deßhalb auch für heute Abend wiederholte Unruhen, namentlich sollen 6 bis 8000 Festungsbauarbeiter den Bürgern zu Hilfe zu kommen erklärt haben. Aehnliches verlautet von dem zweiten Infanterie-Regiment in Bildungen und die bayerischen Soldaten in Neu-Ulm, welche gestern Abend schon beim Bäckladenbau behilflich waren, sollen kaum mehr zurückzuhalten seyn. (D. C. J.)

Hamburg, 27. Juni. Das neulich erwähnte, einer Versammlung von Schriftstellern, Buchhändlern, Buchdruckern und anderen Preßbeflissenen vorgelegte Einverständniß spricht sich in Betreff der Betheiligten dahin aus: „Die Ehre der hamburgischen Presse niemals besteckten zu wollen durch Abfassen, Drucken, Verlegen, Verkaufen und durch Verbreiten solcher Erzeugnisse der Presse oder der Kunst, welche Religionsgesellschaften der Verspottung preißzugeben suchten, durch Darstellung unsittlicher Gegenstände ein öffentliches Aergernis veranlassen, ferner offenbar ehrenkränkende oder verleumderische Angriffe gegen Privatpersonen enthalten, endlich zu Angriffen auf das Eigenthum des Staats und Privaten oder zu öffentlicher Rebellion gegen Staatsgewalten aufreizen."

Flensburg, 24. Juni. Wrangel's Antwort an die Abenroder Deputation, welche dem General ihre Besorgniße um ihr zu Land und Wasser bedrohte Stadt vortrug, lautete wie wir aus sicherer Quelle erfahren, dahin: „Apenrade wird nicht im geringsten der Gefahr ausgesetzt sein, von den Dänen wieder besetzt zu werden; seine (Wrangels) Armee habe Befehl, unter Bedingung die Grenze des Amts Hadersleben von den Dänen überschreiten zu lassen, und gegen jeden etwanigen Landungsversuch weder er die Stadt zu schützen."

Kiel, 27 Juni. Aus zuverlässiger Quelle können wir berichten, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark jetzt definitiv abgebrochen sind. Hoffentlich wird jetzt endlich der Krieg mit der Energie geführt werden, mit der man ihn gleich Anfangs hätte führen müssen, um ihn jetzt glücklich beendigt zu sehen. — Aus Kopenhagen erzählt man sich hier fabelhafte Gerüchte: Orla Lehmann sey gehängt, Zschering gestürchet!

Schleswig-Holstein. Weder in Rendsburg noch in Kiel war am 27. Morgens bei Abgange des letzten Bahnzuges irgend eine Kriegslust von Belang eingetreten. Aus Flensburg, 26. Juni, wird der Börsenhalle geschrieben, daß die dänischen Truppen sich in den letzten Tagen bis an die Königsau zurückgezogen hätten. Zur gegenseitigen Ausweechselungen von einigen Gefangenen liegt ein kleines Dampfschiff in Flensburg bereit. Hauptman Corneli aus Aschaffenburg ist in Flensburg gestorben und am 26. aufs Feierlichste zur Ruhestätte gebracht.

Rendsburg, 26. Juni. Nach Privatbriefen aus Malmoe will man hier wissen, daß Englands Friedensvorschläge jetzt folgendermaßen lauteten: Das Herzogthum Schleswig wird in den deutschen Bund aufgenommen, die Personalunion mit Dänemark wird aufrecht erhalten bis zum Erlöschen des Mannsstammes, und die prov. Regierung bildet das künftige constitutionelle Ministerium der Herzogthümer.

Altona, 24. Juni. Heute oder morgen wird Geh.-Rath Welcker hier erwartet, um weiter nach Lauenburg zu gehen, wo er im Auftrage des Bundes eine provisorische Regierung einrichten und die jetzt bestehende schlimmsten Falls absetzen soll, wenn sie sich nicht fügen und ihre Verbindung mit dem Könige von Dänemark aufgeben will. — In Husum hat am 7. Juni das Kommerzium den Beschluß gefaßt, ein ihm zuständiges bei der Stadt Flensburg belegtes Kapital von 4500 Thlr. der provisorischen Re-

Digitized by Google

gierung Behufs der Flotte unter der Bedingung anzubieten und zur Disposition zu stellen, wenn es in den deutschen Bund aufgenommen würde. (D. Z.)

Schweiz.

Aarau, 27. Juni. (Heinrich Zschokke †.) Ein Leben reich an Wirken als groß an häuslichen und bürgerlichen Tugenden ist erloschen. Vater Heinrich Zschokke starb heute früh 10 Uhr nach langer, aber schmerzloser Krankheit in einem Alter von bald 78 Jahren. Troz schwindender Abnahme seiner Körperkräfte war sein Geist heiter und seine Willenskräfte bewundernswerth geblieben bis zu seinem Ende. (D. Z.)

Ungarn.

Pesth, 25. Juni. Gestern spät Abends ist hier der türkische Botschafter angekommen. Er hatte heute eine mehrstündige Conferenz mit unserm Premierminister, Grafen Ludwig Batthyanyi. Der Gegenstand derselben war muthmaßlich das neue Verhältniß Ungarns zu den Donaufürstenthümern. — Mehre glauben auch, daß von einer gegenseitigen directen diplomatischen Vertretung in Konstantinopel und hier die Rede gewesen. — In Weißkirchen ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Deutschen und Illyriern gekommen. Die Deutschen halten überall fest mit den Magyaren, was wohl auch für die gerechte Sache der Leztern zeugt. Dagegen erhalten die Insurgenten jezt offenen Succurs aus Serbien. Es ist ein documentirtes Factum, daß das provisorische „Nationalcomité", welches in Karlowiz seinen Sig hat, die gesäkerten Nationalgelder nach Belgrad geschickt hat, unter Garantie des serbischen Finanzministers. Auch eilen immer mehr bewaffnete Serbier aus Belgrad den Aufständischen zu Hülfe. Der Waffenstillstand ist übrigens bis auf den 28. Juni verlängert worden.

Nachrichten aus Agram vom 24. Juni melden, daß die Rückkehr des Banus einen solchen Enthusiasmus erregte, daß die Congregation sogleich erklärte, neuerdings zur Erringung eines ehrenvollen Friedens 12,000 Mann frischer Truppen zur Armee des Marschalls Radezky zu schicken. (D. A. Z.)

Italien.

Triest, 23. Juni. In unsern Journalen wird bekannt gemacht, daß die feindliche Flotte, weil sie ein von Konstantinopel kommendes Schiff visitirt hat, als in Contumaz befindlich angesehen wird!

Ein Schreiben aus Venedig vom 21. Juni versichert, das italienische Heer in Venedig betrage 20,000 Mann. Es seyen alle Stämme Italiens in seinen Reihen vertreten, Venetianer, Lombarden Toscaner, Piementesen, Römer und Neapolitaner. Die 15,000 Mann, die unter Durando sich verpflichteten über den Po zurückzugehen und drei Monate lang nicht mehr zu dienen, werden als Besazungen in die Städte der Romagna und Piemonts verwendet, um es den übrigen römischen und piementesischen Truppen möglich zu machen jene Lücke auf dem Kriegsschauplaz auszufüllen. Die lombartische Regierung ging noch weiter: sie erklärte, da Welden mit Sequester und Confiscation drohe, so verlege er einen Capitulationspunkt von Vicenza, der die Anwendung der milden Gesezze des Kaiserstaats zusichere. Jene andere Zusicherung — drei Monate lang nicht mehr zu dienen — sey also aufgehoben und nichtig!

Frankreich.

*Paris, 28. Juni. Wir haben unsern Bericht der Sizung der Nationalversammlung gestern bei Postschluß da abgebrochen, wo die Versammlung nach Verwerfung aller dilatorischen Anträge zur Abstimmung über das Gesez der Bestrafung der Insurgenten schritt. Allein noch einmal beschworen Flocon und Pascal-Duprat die Versammlung, sich nicht zu übereilen, und endlich nach einer stürmischen Unterbrechung wurde die Discussion auf 8 Uhr Abends vertagt. Bei Eröffnung der Abendsizung zeigt der Präsident an, daß der Vertreter Charpentier um den Ersazposten von Paris an den Folgen ihrer Wunden gestorben sind. Man schritt nun zur Discussion des Gesezes, — Sarrans sprach dagegen, er erhob sich gegen alle Proscriptionsgesezze, er erinnerte an die Proscriptionen nach dem 18. Fructidor, nach der Höllenmaschine, er wies nach, wie man damals die Republikaner verfolgt, in Masse deportirt habe, während es die Royalisten waren, die beide Verschwörungen organisirt hatten. Pierre Laroux erklärte, er sehe es sey beschlossen in der Hize der Leidenschaft, ohne Discussion zu voriren, keine Stimme der Menschlichkeit für verirrte Brüder erheben sich, keiner der Priester der christlichen Religion, die in dieser Versammlung saßen, sprache Worte des Friedens der christlichen Liebe. Wenn man denn auf nichts hören wolle, als auf die Stimme des Hasses, so wolle er lieber seine Entlassung geben, als an solchen Ungerechtigkeiten Theil nehmen. Man habe eine Commission eingesezt, um die Ursachen dieser Insurrektion zu ergründen; diese Commission brauche nur die Augen auf den Zustand von ganz Europa zu werfen, um diese Ursachen zu kennen, jedenfalls aber sey es logisch, erst den Bericht dieser Commission abzuwarten und dann zu richten. Man möge die Sache nicht bloß vom politischen, man möge sie vom humanitarischen Standpunkte betrachten. — Man schreitet zu Art. 1 des Decretes, die Deportanz aller Barrikadenkämpfer und Streiter der Insurrektion betreffend. Lauissidière spricht mit Heftigkeit dagegen, — er beschwört die Versammlung, sich nicht von dem Schwindel hinreißen zu lassen, der nach dem Siege alles ersaßt habe. Aber die Versammlung wird immer ungeduldiger, die Discussion wird unmöglich, — Interpellationen und Vorwürfe kreuzen sich nach allen Richtungen, Glocke und Stimme des Präsidenten verhallen gleich ungehört, eine Maße von Amendements wird vorgebracht, die meisten werden verworfen, — endlich werden alle Artikel des Decretes und die wichtigsten Amendements angenommen, welche dessagen, daß jeder Deportirte seine Familie mit sich nehmen kann, und daß die vor die Kriegsgerichte Gestellten auch nach Aufhebung des Belagerungszustandes unter dieser Ausnahms-Jurisdiktion bleiben. Das Ganze des Gesezes wird um Mitternacht mit einer ungeheueren Majorität angenommen. General Cavaignac zeigt an, daß er am nächsten Morgen die übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung niederlegen werde; — ein allgemeines: Nein! Nein! antwortet ihm, und die Sizung wird in der heftigsten Aufregung aufgehoben.

Die größte Ruhe herrscht in Paris, die Circulation ist nirgends mehr gehemmt, die Läden sind offen und die Stadt nimmt allmählig ihre alte Physiognomie an.

General Damesme, Commandant der mobilen Garde, ist gestern amputirt worden. Sein Zustand, so wie der der Generale Bedeau und Dubuisier ist befriedigend.

Die Gefangenen werden jezt nach und nach in Colonnen, unter starker Escorte, nach den Forts um Paris gebracht.

In den Barrikade Rechcheuaux hat man eine Feuerspritze gefunden, die ganz mit Patrioteil gefüllt war, daraus man auf die Truppen spritzte. In denselben Barrikade befanden sich auch 15 blecherne Flaschen mit Terpentinöl zum Anzünden der Häuser. Die Fahne dieser und einiger andern Barrikaden trug die Inschrift: „Vaincueurs, le pillage! Vaincux, l'incendie!" — Die Anzahl der Gefangenen beträgt jezt schon 6400. Die Anzahl der Todten ist noch nicht ganz ermittelt. Die Zahl der Verwundeten ist so groß, daß nicht nur alle Spitäler überfüllt sind, sondern daß auch die Tuilerien, das Louvre, eine Menge anderer öffentlicher Gebäude, viele große Waaren-Magazine und Kaufläden zu Ambulancen eingerichtet worden und mit Verwundeten überfüllt sind.

Die Nationalgarde von Rouen verlangt in einer an die Nationalversammlung gerichteten Petition, daß die gefallene Executiv-Commission, als an diesen traurigen Ereignissen Schuld tragend, in Anklagestand versezt und gerichtet werde.

Graf Latour de Pin erklärt heute in den Journalen, es sey unwahr, daß ein Graf Narbonne im Luxemburg-Garten flüchtet worden sey. Das Individuum, das von der Mobilen daselbst festirt worden sey, sey ein Herr Lerome aus der Stadt Narbonne gewesen, was zu diesem Mißverständnisse Anlaß gegeben.

Die Journale von Rouen, Frecamp, Caen melden fast übereinstimmend die am 25. Abends erfolgte Durchreise dreier Unbekannten, die den Postillonen per Station 150 Fr. Trinkgeld gaben, und in denen man die Prinzen Aumale und Joinville und einen Adjutanten Louis Philipp's erkannt haben will. Sie kamen von Paris und eilten dem Meere zu. Der Regierungs-Commissär Dussard in Rouen ließ auf die erhaltene Nachricht diesen Reisenden sogleich nachsezen, allein ihr Spur ward nicht mehr gefunden, entweder haben sie sich auf einem Fischerboote in einer der Buchten der Normandie eingeschifft, oder sie sind auf einen der Schlösser an der Küste verborgen. (??)

Sehr viele Frauen, aus den wohlhabensten Bürgerfamilien, lassen sich als Krankenwärterinnen in den Spitälern einschreiben. „Das ist unser Nationalgarde-Dienst!" sagen sie.

Die große Revue der Nationalgarden und Truppen durch die Nationalversammlung hat diesen Morgen in der größten Ordnung und mit einem unbeschreiblichen Enthusiasmus Statt gefunden.

Ein Decret des Maires von Paris besteht im Einverständnisse mit dem General Cavaignac, daß alle außerordentlichen Maßregeln und Beschränkungen augenblicklich aufgehoben werden.

Französische Nationalversammlung. Sizung vom 28. Juni. Senard präsidirt, — die Sizung wird um 12½ Uhr eröffnet. Der Präsident liest einen Brief des Bischofs von Chalcer

Digitized by Google

den an „den Vertreter Follour vor, in welchem der Prälat sich erbietet, die zur Deportatation Verurtheilten als geistlicher Hirt zu begleiten und ihnen auf der Ueberfahrt, wie in der Verbannung die Wohlthaten der Religion zu spenden. Hierauf ließ der Präsident den Entwurf der Proklamation an die Nation vor. Sie fängt mit den Worten an: „Die Anarchie ist besiegt, die Gerechtigkeit wird ihren Lauf haben.“ Lebhafter Dank wird der Armee, den Nationalgarden, der mobilen und der republikanischen Garde ausgesprochen, daß sie durch ihre Tapferkeit und Ausdauer die Gesellschaft vor Druck und Plünderung, die Civilisation vor einen fürchterlichen Rückschritte bewahrt haben. Bei diesem Geiste der Bevölkerung werden jene wilden Lehren, die das Eigenthum für einen Diebstahl, die Familie für einen Mißbrauch erklären, nie Wurzel fassen, viel weniger siegen können, und so gesichert werde die Republik nie untergehen. Die Arbeiter werden aufgefordert, nicht mehr den Verläumdungen und den Aufreizungen zu glauben, sondern versichert zu seyn, daß die Republik alle ihre Kinder gleich liebe und alle ihre Institutionen auf Brüderlichkeit gründen wolle. Die Proklamation wird ohne Diskussion mit vollständiger Einstimmigkeit angenommen.

General Cavaignac besteigt die Tribune — tiefe Stille, — er erklärt, daß er die ihm übertragene Gewalt in die Hände der Versammlung niederlege. Er bringt darauf, daß der Belagerungszustand noch fortdauere, — daß jedoch die Gewalt in die Hände derjenigen Exekutiv-Commission niedergelegt werde, der es die Versammlung nach reiflicher Berathung vertrauen werde. Zugleich zeigt er an, daß er auch seine Entlassung als Kriegsminister gebe. — Ihm folgt Flocon der anzeigt, das Ministerium habe sich mit der Executiv-Commission zurückziehen wollen, auf das Verlangen des Generals Cavaignac sey er an der Spitze der Geschäfte geblieben, jetzt gebe er ebenfalls seine Entlassung. Der Präsident spricht an Cavaignac den Dank der Versammlung aus und erklärt unter einem unbeschreiblichen Jubel, daß er sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Die Versammlung verlangt, daß dies durch ein Dekret der Versammlung ausgesprochen werde. Cavaignac erklärt, daß er die Versammlung bitte, das Dekret nicht bloß auf ihn zu beschränken, sondern auf alle Generale, Stabs- und Obreoffiziere der Linie und der Nationalgarde auszudehnen. (Allgemeiner Beifall.) General Lebreton schlägt vor, die Entlassung des Generals Cavaignac nicht anzunehmen. (Von allen Seiten: Stille, stille, nicht so vorellig, — wir werden zu handeln wissen.) Der Präsident schlägt auch ein Dekret zur Ehre und Anerkennung des verschiedenen Erghrichés vor. Angenommen. Bonjeau sagt, die Regierung könne in so schwierigen Zeiten nicht einen Augenblick unbesetzt bleiben, die Versammlung müsse also entweder sogleich zur Wahlung einer Executiv-Commission schreiten oder den General bitten noch die Gewalt zu behalten. — Martin (von Straßburg) schlägt folgendes Dekret vor: Die Nationalversammlung überträgt dem General Cavaignac die Exekutiv-Gewalt als Präsident des Minister-Conseils und überläßt es ihm sich sein Ministerium zu bilden. — Großer Beifall von der einen, Widerspruch von der andern Seite. — Perrotis will die Theilung des Dekretes, — erste Frage: Uebertragung des der Exekutiv-Gewalt an Cavaignac, — zweite Frage: Soll sein Ministerium durch ihn oder durch die Nationalversammlung ernannt werden. Perrotis verlangt dasselbe.

Der Präsident bringt die Frage zur Abstimmung, ob das Dekret zu theilen sey. Der Lärm und Unterbrechungen kommt es nicht zum Votum. Dufaure nimmt endlich das Wort und will, daß die beiden Paragraphe des Dekretes getheilt und jeder besonders votirt werde. Er werde für beide Paragraphen votiren, aber er wolle auch, daß die Meinungsfreiheit Aller freien Lauf habe. Cavaignac verlangt, nicht als Candedat für die Regierung, sondern als Repräsentand des Volkes die Abstimmung durch Theilung der beiden Paragraphen des Dekretes. — Man schreitet endlich zur Abstimmung. Der erste Paragraph, welcher Cavaignac die Exekutiv-Gewalt als Conseils-Präsident überträgt, wird einstimmig angenommen. (Allgemeine Bravo!) — Der zweite Artikel welcher die Ernennung des Ministeriums ihm als Conseils-Präsidenten überläßt, wird mit einer ungeheuern Majorität angenommen, ebenso das Ganze des Gesetzes mit Einstimmigkeit. — (Allgemeiner Jubel.) Die Sitzung wir dis 3 Uhr suspendirt.

Telegraphische Depesche. Paris, 28. Juni, 6¼ Uhr Abends. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Präfekten. Die Nationalversammlung hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Nationalversammlung überträgt die Exekutivgewalt dem General Cavaignac, welcher den Titel „„Präsident des Ministerraths““ annehmen wird und das Ministerium ernennt.“ Ministerium: Aeußeres Jules Bastide; Justiz Bethmont; Innetes Senard; Krieg Lamoricière; Marine Le Blanc; Finanzen Goudchaux; Staatsbauten Recurt; Handel Tourret.

Rußland und Polen.

Der russische Kurier, der vor einigen Tagen durch Lüst nach London zu dem russischen Gesandten v. Brunnow eilte, wurde vor seiner Abreise zum Kaiser gerufen, welcher ihm den Auftrag ertheilte, überall zu erklären, daß er weder beabsichtige, sich in die Angelegenheiten Preußens noch Deutschlands überhaupt einzumischen. Auch wäre es sein unabänderlicher Entschluß, hinsichtlich der dänisch-schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch seine und die Vermittelung Englands eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Die neue Berliner Zeitung schreibt aus Warschau vom 23. Juni, die mobilen Corps, die im Königreich Polen speziell zur Ueberwachung der Grenzen gebildet waren und unter dem Befehle des Generals Read standen, seyen in Folge des beruhigtern Zustandes des Großherzogthums Posen aufgelöst worden. Die Truppen, welche diese Corps bildeten, werden ins Innere des Königreichs verlegt.

Amerika.

New-York, 13. Juni. Die „Amerieanische Sonne“ bemerkt über die Einwanderer, welche wieder äußerst zahlreich in den Häfen der Vereinigten Staaten anlangen: „Die Einwanderer, welche gegenwärtig an unserer Küste landen, sind nicht dem mild, elend, sondern gerade solche Menschen, welche gern in ihrem Geburtslande geblieben wären, wenn sie nicht, im Besitze weltlicher Güter, bei der Hinfälligkeit der Einrichtungen der alten Welt besorgt geworden wären und Sicherheit für Leben und Eigenthum unter anderer Flagge gesucht hätten, die den Unterdrücken einer jeden Nation Sicherheit gewährt. Die Einwanderer bringen einen unglaublichen Vorrath von edlen Metallen mit sich. Vorigen Sonnabend ward eine Kiste untersucht, die einem Einwanderer gehörte. Sie war so schwer, daß zwei Mann sie kaum heben konnten, und man fand sie beim Oeffnen angefüllt mit feinem Goldstücken. Das ist bloß Ein Fall unter Hunderten, welche täglich vorkommen.“

Anzeigen.

Nachricht für Auswanderer

nach

Nordamerika.

Den den Schiffs-Rhedern Herren **Lüdering & Comp.** in Bremen werden am 1. und 15. eines jeden Monats Schiffe unter neutraler Flagge nach Newyork und am 15. August, 1., 15., 30. September und 14. October nach Neu-Orleans abgefertiget. — Dieses bringt der Unterzeichnete mit dem Bemerken zur Kenntniß:

„daß die regelmäßigen Expeditionen der Passagiere bis-„her keine Störung erlitten und alle von Bremen ab-„gegangenen Schiffe mit Auswanderern ihre Reise ohne „allen Anfenthalt und ohne die geringste Belästigung fort-„gesetzt haben; wodurch die vielfach ausgesprengten Ge-„rüchte von Anstrirungen Bremen'scher Passagier-Schiffe „hinlänglich widerlegt sind.“ —

Die Fahrpreise wurden neuerdings bedeutend ermäßiget.

Zur Beemittlung von Ueberfahrts-Gelegenheiten, so wie zur Ertheilung jeder genauern Auskunft erbietet sich

Bayreuth, den 29. Juni 1848.

Joh. Matth. Kolb,
Agent der Schiffs-Rheder Herren
Lüdering & Comp. in Bremen.

(Anfrage.) Man will hiemit anfragen, ob das auf der Burgruine Waldstein auf Staatskosten erbaute Häuschen blos für das Forstpersonal zur Benützung bestimmt ist, oder ob auch andere Besucher dieser Ruine sich in diesem Häuschen aufhalten dürfen und können.

Es ist ein Stadel stündlich zu verpachten oder zu verkaufen. Haus-Nr. 501 in der Wolfsgasse.

Im Verlage der Geb. Kammerer'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 184.** **4. Juli 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 1. Juli. In der Nationalversammlung kam heute die Wahl Hecker's zur Sprache. Fürst Lichnowsky nannte Hecker einen Hochverräther, worüber sich die Linke und die Gallerie in heftigem Unwillen ausbrach. Zitz protestirte lebhaft gegen Lichnowsky's Aeußerung. Die Sache wurde an einen Ausschuß verwiesen, der größtentheils aus Mitgliedern der Rechten besteht. Der internationale Ausschuß beantragt Verwehrung der Truppen an der russischen Grenze und Anerkennung der französischen Republik. Der östreichischen Regierung wurde von der National-Versammlung kräftige Hülfe gegen die Czechen zugesagt. Morgen kommen die Grundrechte des Volkes zur Berathung.

Die Neue Münch. Ztg. schreibt: „Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Einleitungen des deutschen Bundes und der bayerischen und preußischen Gesandtschaften in Turin zu Gunsten Triest's, wie zu erwarten stand, nicht erfolglos geblieben, und es hat hierauf die sardinische Regierung die Aufhebung der Blokade von Triest bereits verfügt. Der Handel dieser wichtigen deutschen Stadt würde hienach die ihm so nöthige freie Bewegung wieder erlangen und von der sardinischen Flotte nur bezüglich der Transporte von Kriegsmaterial eine Kontrolle geübt werden."

München, 30. Juni. Gemäß Regierungsentschließung werden für die Folge auch die lateinischen Vorbereitungsschüler mit hölzernen Gewehren exerzirt werden. — Man vernimmt auf ganz guter Quelle, daß im Budget für die nächste Finanzperiode die Erträgnisse des Lotto nicht mehr aufgeführt werden, nachdem mit dem 1. Oktober 1849 das Lotto aufhören soll.

(Dienstes-Nachrichten.) Dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg ist wegen zur Zeit sehr vermehrter Arbeiten ein Assessor außer dem Status beigegeben und hiezu der Appellationsgerichtsaccessist Eyselein daselbst ernannt worden.

Berlin. Die Nationalversammlung war heute so aufgetragt, wie seit langer Zeit nicht, namentlich gegen das Ende der Sitzung, als die Glabbach'sche Anfrage wegen der Entwaffnung einer Anzahl aus dem Thann'schen Freicorps ausgetretener Mitglieder zur Erörterung kam. Als Herr von Griesheim für den Kriegsminister die Erklärung gab: die beklagte Maßregel sei ohne Veranlassung des Ministeriums durch die Polizeibehörde bewirkt worden und der interpellirende Abgeordnete hierauf den mit dem Siegel des Kriegsministeriums versehenen Ministerialbefehl verwies, wurde auf der linken die Unruhe zu einem wahren Tumult gesteigert. „Pfui!" und „Abscheulich!" waren noch die mildesten Rufe, welche hörbar wurden. Obgleich die Interpellation auf der Tagesordnung stand und Hr. v. Schreckenstein selbst die heutige Sitzung zur Beantwortung der Gladbach'schen Interpellation bestimmt hatte so entfernte sich derselbe doch gerade in dem Augenblicke aus dem Saale, als die Sache zur Erörterung kommen sollte.

Düsseldorf, 25. Juni. Wie man vernimmt, so wollen die Städte Trier und Koblenz auf's Dringendste gegen die in Aussicht gestellte Auflösung der Regierungen beim Staatsministerium einkommen. Auch in Düsseldorf beabsichtigt man einen ähnlichen Schritt. Die materiellen Interessen, die an Stelle einer hauptsächlichen Ausschlag geben, sind natürlich auch hier wirksam.

Wien, 28. Juni. Bei der vom Erzherzog Johann vorgenommenen Heerschau der Nationalgarde von Wien und Umgebung sollen sich gegen 40,000 Mann eingefunden haben. (Ein anderer Bericht spricht nur von 30,000.) Von den Wahlen zum Reichstag waren bis jetzt 139 bekannt, worunter 74 aus Galizien.

Wien, 28. Juni. Gestern hielt der Erzherzog Johann Musterung über die hiesige Garnison und heute passirten sämmtliche Nationalgarden Wiens und die akademische Legion, denen sich auch die Nationalgarden aus den nächsten Umgebungen der Hauptstadt angeschlossen hatten, die Revue. Das Vorbeidefiliren dieser imposanten Masse währete an zwei Stunden. — Sicherem Vernehmen nach wird Se. kaiserl. Hoheit zur Eröffnung des bevorstehenden ungarischen Reichstages sich nach Ofen und von dort nach Agram begeben um die croatische Angelegenheit zu schlichten und zu ordnen. Der Tag zur Eröffnung des Wiener konstituirenden Reichstags ist noch nicht bestimmt. (A. Z.)

In Wien ist Ruhe, Schlaffheit: Erzherzog Johann, bisher der Liebling des Volkes, hat nur eine kühle Aufnahme gefunden. Den Studenten wie es war: die Pietät für die Regenten und ihre Stellvertreter, die Legitimität, die monarchischen Prinzipien sind nie tiefer erschüttert gewesen.

Wien, 27. Juni. Die heutigen Nachrichten aus Verona vom 23. aus Treviso vom 25. melden aus der bereits gestern angezeigten Uebergabe Palmanova's, wo außer den ungeheueren Kriegsvorräthen, welche Zichy von Venedig hinschleppen ließ, eine Million in Baarem vorgefunden wurde, nichts Erhebliches. Der Marschall Radetzky war in Verona, und Carl Albert, der weichem nach der Auflage von Bayern am 22. sieben Couriere aus allen Richtungen einreihen, in Villafranka. Er scheint jetzt ernstlich über seinen „glorreichen" Versuch ein einiges Italien zu verschlingen nachdenken zu müssen. Was in Venedig vorgeht, lag sicher außer seiner Berechnung. Eine französische Intervention, welche eine rasende Partei in Venedig anruft, wirft alle seine Pläne über den Haufen, und erregte in Mailand unter den Nobili eine namenlose Besitzerung.

Treviso vom 26. Juni folgen sich die erfreulichen Berichte von der Armee Schlag auf Schlag. Ein Kurier traf vom Feldmarschalleutenant Welden ein, der anfsagt, daß sich das Fort Malghere, welches die Eisenbahnbrücke über die Lagunen und einen Theil Venedigs beherrscht, an unsere Truppen ergeben hat. Nach seiner Aussage hat es sich nach Beschießung mit Brandraketen und Bomben ergeben. Die Besatzung bestand aus lombardischen Freiwilligen; 36 Kanonen sind im Fort vorgefunden worden.

Prag, 28 Juni. Der Belagerungszustand unserer Stadt hat noch kein Ende erreicht und dürfte auch, wie die Sachen jetzt stehen, noch längere Zeit fortdauern. Noch immer trägt die Physiognomie unserer Stadt den nämlichen unheimlichen Ausdruck, wie vor dem Beginne des Straßenkampfes. Die czechomanische Partei, zwar unterdrückt, doch nicht zum Tode verwundet, hat aber ihre Pläne zur Errichtung eines von Deutschland völlig unabhängigen Czechenreiches noch lange nicht aufgegeben, sondern sucht eine zweite, aber viel größere Schilderhebung gegen die Deutschen und namentlich gegen das östreichische Gouvernement ins Werk zu setzen. Emissäre durchstreifen das Land nach allen Richtungen, streuen aufwiegerische Proclamationen unter das Landvolk und suchen dasselbe durch Vorspiegelungen, welche ans Fabelhafte grenzen, für ihre Sache zu gewinnen. Wenn sich auch nun Fälle ergeben haben, in denen es den genannten Herren nicht eben zum Besten erging, so würde man sich sehr tauschen, wollte man hieraus auf die allgemeine Stimmung der czechischen Bevölkerung schließen. Wer um die sozialen Verhältnisse des böhmischen Bauerustandes einigermaßen weiß, wird zugeben, daß sie nicht auf das Glänzendste dastellt sind und daß Verheißungen großer materieller Vortheile einen Funken bilden, der auf dem Lande überall hinreichenden Zündstoff findet. Etwas Gutes hat der offene Ausbruch der nationalen Feindseligkeiten in Prag dennoch bewirkt, es ist dieses das Entzweien der deutschböhmischen Bevölkerung, welche sich allmählig aus ihrer zeitherigen Lethargie zu erheben scheint, sich inniger einander anschließt und ein mehr entschiedenes Benehmen offenbart.

Hannover, 28. Juni. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Lang zur Sprache, es gehe der Zollausschuß der Nationalversammlung mit dem Vorhaben um: die Aufhebung als der Wasserzölle ohne Entschädigung zu bewirken. Mit Bezug hierauf stellte er einen, die Rechte Hannovers wahrenden Antrag, den die Kammer einstimmig (mit Ausnahme Hantelmann's) zum Beschluß erhob.

Kassel, 29. Juni. Von der Nachbarstadt Rotenburg sind wiederum Nachrichten von höchst bedauerlichen Exzessen eingetroffen, die Stadt steht an mehreren Orten in Brand; bereits gestern Morgen sind zwei weitere Compagnien Schützen dorthin abgegangen. Die heute Morgen im Ministerium des Innern

Digitized by Google

eingetroffenen Depeschen sind beruhigenden Inhalts, wie in der heutigen Sitzung der Stände der Landtagscommissär versicherte.

Hamburg, 29. Juni, Mittags. Ein englischer Kurier, der hier durchkommen und auch hier Depeschen abgegeben zu haben scheint, hat nach Petersburg energische Vorstellungen gegen die Einmischung Rußlands in die schleswig-holsteinische Frage und die weitere Bedrohung des Friedenszustandes durch die Einschiffung der in Petersburg gerüstet stehenden Truppen auf die Flotte überbracht. Daß die von Malmoe nach der Zusammenkunft Sir Henry Wynn's mit dem Freiherrn v. Stjernell, dem schwedischen Minister des Auswärtigen, abgegangenen Depeschen friedlichen Inhalts gewesen und sich auch die Nachrichten, welche ich Ihnen über den Stand dieser Kriegs- und Friedensfrage gegeben, bewährt haben, wird durch die Aeußerung des abtretenden preußischen Premierministers v. Camphausen bewiesen, daß gerade zur Zeit seines Rücktritts friedenversprechende Nachrichten eingetroffen seyen. Vom Kriegsschauplatz in Schleswig trifft hier eben die Nachricht ein, daß alle deutschen Truppen, die Schleswig-Holsteiner, Preußen und das 10. Bundesarmeecorps Marschbefehl erhalten haben und man dort allgemein an eine bevorstehende Entscheidung durch die Waffen glaubt. Hatkett und Wrangel sind heute aus Flensburg ausmarschirt, die Dänen stehen bei Hadersleben verschanzt. Es müßten, wäre das der Fall, jede Friedensvermittlung zurückweisende Depeschen aus Petersburg angekommen sein, und wir hätten wenigstens die Gewißheit, England wenn nicht auf unserer Seite, doch keinesweges gegen uns zu sehen. Das stockheimer Tagblatt bestätigt die friedlichen Bemühungen des englischen Botschafters in Malmoe, und daß König Oskar, dem dänischen Drängen, sich weiter einzumischen, widerstehend, sich auf seine früheren Erklärungen über die Beschränkung der schwedischen Intervention auf die Beschützung des eigentlichen Dänemark gegen deutsche Eroberung berufen habe. — Aus den neuesten schwedischen und aus allen neuesten Nachrichten von der Ostsee ist so viel sicher, daß die zweite Abtheilung der russischen Ostseeflotte, gegen deren Absegeln die englische Note gerichtet, noch nicht in See ist, wenngleich sie gerüstet wird.

Rendsburg, 28. Juni. Heute sind vom Norden her sämmtliche Lauenburger hier angekommen. Es hatte sich unter ihnen ein Geist der Unzufriedenheit und Unwilligkeit verbreitet, der mit der Klage begann, daß die lauenburger Reserven noch immer nicht eingezogen und sie allein von allen Landesklindern den Strapazen und Gefahren des Krieges unterworfen seyen, und der sie endlich zu der Erklärung bewog, sie achteten sich ihres Eides gegen ihren kgl. dänischen Landesherrn nicht entbunden. Als sich bei der Rädelsführer wurden gleich nach ihrer Ankunft in engeren Gewahrsam gebracht, die übrigen werden in einer strengen Disciplin schon lernen, welche Pflichten ihnen als deutsche Soldaten obliegen.

Altona, 28. Juni. Nach zuverlässigen Privatberichten sind die deutschen Truppen, welche bisher in Flensburg lagen, heute bei Tagesanbruch, wie bereits vorgestern bekannt gewordon war, gegen Norden aufgebrochen. Die Dänen sollen ihre Verschanzungen bei Hadersbleben verlassen und überhaupt das Herzogthum Schleswig völlig geräumt haben. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 25. Juni. Bei dem vorgestern gefänglich eingezogenen Advocaten Sztatskovich hat man wichtige Briefschaften gefunden, worunter auch welche von dem Fürsten Milosch, dessen geheimer Agent er gewesen. — Aus Agram sind hier Nachrichten eingegangen, nach welchen die dortigen Studenten gegen den Anschluß an Oesterreich sich erklärten und die ungarischen Cocarden aufsteckten. Sie hatten für ein südslawisches Reich geschwärmt, dessen Hauptstadt Konstantinopel sein sollte, aber zu einer Rüstkammer der wiener Camarilla wollen sie ihr Vaterland nicht herabwürdigen lassen. Dagegen sich ihr Wolf fort, sich zu rüsten und zu sammeln. Wenn indeß die jetzige Begeisterung der Ungarn ausdauert, so werden sie die Illyrier ertrücken. Von dem Larazyner Comitate wurde die Medsimachung von 7000 M. Nationalgarden verlangt, es stellt aber 37,000 M. Der Bischof von Fünfkirchen hat sich erboten, seine Weine diesen Kriegsleuten die Halbe um einen Kreuzer verkaufen zu lassen. Es ist dies übrigens der einzige römisch-katholische Bischof, der für die neue Ordnung der Dinge keine Antipathie gezeigt. Die übrigen fahren fort, die katholische Kirche in Gefahr zu erklären und das gläubige Volk zu beunruhigen.

Ueber die Aufnahme des Banus Jellachich in Innsbruck spricht sich hier die entschiedenste Unzufriedenheit gegen das Ministerium aus, welches sich hinters Licht führen lasse und Ungarn an den Rand des Verderbens bringe. Im Radicalsinn werden die heftigsten Reden gegen den Erzherzog Franz Karl geführt, welcher durch seine geheimen Conferenzen mit Jellachich seine Thronfolgerschaft compromittire ꝛc.

Aus dem Banat sind neue beunruhigende Nachrichten eingelaufen. Der Waffenstillstand geht am 28. Juni zu Ende. Aber die Ausständischen plünderten in Alt-Palanka das Dreißigstamt, sie hatten die Posten auf, und die Commissäre unseres Ministeriums werden nicht einmal angehört, sondern mißhandelt und eingesperrt. Die Oberbefehlshaber der Grenzregimenter leben diesem Allen beifällig zu, „weil es nach dem Willen der Natur geschehe.“ Was aber am meisten beunruhigt, ist, daß nunmehr eine offene Verbindung der Ausständischen mit Serbien stattfindet. Die Rede des Centralcomités ist zu größerer Sicherheit aus Karlowitz nach Belgrad geführt und beim dortigen Finanzministerium deponirt Ganze Haufen von Serbiern kommen unter den Augen der serbischen Regierung herüber. (D. A. Z.).

Italien.

Triest, 27. Juni. Einen heute hier erschienenen Bülletin (dem ich übrigens gerade keinen großen Werth beilege, da es, wie Sie auch dem mitfolgenden Original ersehen, von nichtsoffizieller Quelle herrührt) zufolge herrscht in Venedig jetzt große Verwirrung. Am Morgen des 23., heißt es in demselben, war den Venetianern aller Muth entsunken, als sie von Fusina, St. Georgino in Alga und St. Angelo der eine Kanonade vernahmen. Nachmittag erwarteten sie am Merceberker den Ausgang des Kampfes. Um 6 Uhr endlich kehrten mehrere Kähnzeuge, welche am Morgen fröhlich ausgelaufen waren dicht zugedeckt zurück, und wurden mit Verwünschungen vom Volk empfangen. In den Straßen Venedigs gab sich eine große Unzufriedenheit kund, die sich besonders laut gegen Tommaseo, Manin und die übrigen Minister der provisorischen Regierung wie gegen Carl Albert äußerte. Der Tumult stieg immer mehr, und hier und da rief man Tod Manin-Tommaseo, nieder mit der Republik, Tod den Verräthern, wir haben kein Brod, Tod den Signori! es leben die Deutschen! Abends um 10 Uhr dauerte der Lärm noch immer fort. Man mußte Generalmarsch schlagen: die Garnison stand unter den Waffen, und der Pöbel schien entschlossen ihr entgegenzutreten. 600 Mann kamen mit 4 Feldstücken von Malghera zu Hülfe, aber das Volk schien sich nicht beruhigen zu wollen, und erst gegen Mitternacht gelang es die Ordnung wieder herzustellen. (A. Z.)

Rom, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Kriegsfrage neuen Erörterungen unterworfen. Dr. Pantaleoni begann mit einer Interpellation wegen Venedigs, von dem das Gerücht umging, es habe die Franzosen zur Hilfe herbeigerufen. Dieß gab den Grafen Mamiani abermals Gelegenheit, eine seiner patriotischen Reden abzubalten, in welcher er mit Entrüstung erklärte, daß solch ein Gedanke einem italienischen Herzen ferne seyn müsse. Die Venezianer würden eher Alles dulden, und zu jeder Art von Opfern bereit seyn, bevor sie sich so erniedrigen würden. (A. Z.)

Die A. Z. erhielt Briefe aus Rom von 24. Juni, wo das Ministerium ein Vertrauensvotum gefordert und erhalten hatte; und daß Florenz vom 26., wo der Großherzog die Kammern feierlich eröffnet und in der Thronrede auf die Neugestaltung Italiens nothwendige beschleunigte Beendigung des Kriegs hingewiesen hatte. Die Rede fand vielen Beifall, aber die Zustände werden doch als sehr düster geschildert. Morgen näheres.

Neapel, 19. Juni. Nicht der König, wie es sogar hier hieß, sondern der Bruder des Königs, Prinz Luigi, Graf von Aquila ist mit seiner Gemahlin nach Malta abgegangen. Er wird wie man aus dem Verkaufe der Pferde, Wagen ꝛc. schließen läßt längere Zeit abwesend bleiben, und sich vorläufig in Spanien oder Brasilien aufhalten. Worerst bleibt er seine Gemahlin von abermaligen Schrecken in Neapel nicht mehr sicher. Andere fügen hinzu, daß er dem Könige Quartier bereite und die werthvollen Sachen unter diesen Vorwande fortbringe. Da Malta der Haupt-Sammelplatz der Jesuiten geworden ist, so wäre dieser Zufluchtsort die nächste, beste. Der König und das Ministerium Carini-Bozelli heuchelm außerordentliche Sorgfaltigkeit wegen der calabresischen Revolution und geberden sich so, als ob sie nebenbei Sicilien mitero obern würden. Dennoch werden alle Depeschen aus Calabrien verheimlicht und sämmtliche Briefe (auch ausländische) eröffnet. Sich Calabrien sind ferner die Generalle Busaeca und Nicoleri abgeschickt, letzterer zu Wasser mit Artillerie, ersterer zu Land mit einer mobilen Kolonne. Beide sollen sich mit Nunziante, welchen man heute hängen, morgen köpfen und übermorgen wieder aufleben läßt vereinigen; das wird aber schwer halten. Nunziante und Palma haben die strenge Weisung erhalten, neben Kriegsführern à tout

Digitized by Google

prix in Calabrien Geld aufzutreiben; denn die Steuer-Verweigerungen greifen auf bedrängtende Weise um sich. In Cosenza, Catanzero und Montelcone sind Comitate ernannt; an den beiden ersten Orten sind provisorische Regierungen gebildet, an welche Steuern und Kriegsunterstützungen gezahlt werden.

Schweiz.

In Bern ward am 27. Juni die Tagsatzung geschlossen, nachdem sie die Berathung der Bundesreform vollendet hatte. Bis zum 1. September haben nun die Kantone über Annahme oder Verwerfung sich auszusprechen. (N. Z.)

Holland.

Rotterdam, 28. Juni. Heute sind hier mehrere mit Mörsern, Haubigen, Granaten und dergleichen aus den Magazinen des Reichs zu Delft beladene Schiffe angekommen. Dieses sämmtliche Material wird unter Aufsicht niederländischer Artillerie-Offiziere in eiserne Rheinschiffe verladen, um nach dem Orte seiner Bestimmung, Frankfurt, abzugehen.

Frankreich.

*Paris, 29. Juni. Das neue Kabinet wurde im Allgemeinen gut aufgenommen, nur Carnots Name erregte einigen Widerspruch. Herr Dochiret warf die Frage auf, ob Admiral Lebianc, da er nicht Vertreter sey, Minister werden könne. Die Versammlung, von dem Geschäftspunkte ausgehend, daß sie den General Cavaignac unbeschränkte Vollmacht zur Bildung seines Ministeriums gegeben hatte, ging über dieses Bedenken zur Tagesordnung über.

Die Präsidentensitze der Versammlung wird heute besetzt werden und wahrscheinlich Herr Dufaure gewählt werden. General Changarnier wird Ober-Commandant der Nationalgarde, und General Bedeau Militär-Gouverneur von Paris.

Die Anzahl der Insurgenten, die an dem vierttägigen Kampfe Theil genommen haben, stellt sich jetzt, nach den officiellen Ermittlungen, auf 40,000 heraus; allein es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle durch die Emeute Vortheile errungen worden wären, sich noch 100,000 an sie angeschlossen hätten. Nie noch hat ein Aufstand so furchtbare Vertheidigungs- und Angriffsmittel zur Disposition gehabt angewendet, wie dieses Mal, und es bedurfte der äußersten Mittel, der Anwendung des schweren Geschützes und des unausbleiblich verderbenden Angriffes mit dem Bajonnette durch Sturm-Colonnen, um der Bewegung Meister zu werden.

Wie durch einen Zauberschlag ist überall das Vertrauen neu erwacht, Alles ist beruhigt, man hat die Größe der Gefahr gesehen, aber auch die ungeheuern Mittel, die der Parthei der Ordnung zu Gebote stehen. Ueber 200,000 Nationalgarden der Departements waren in wenigen Tagen in Paris eingetroffen, und selbst wenn die Insurrektion gelegt, wenn sie sich in den Besitz von Paris gesetzt hätte, so hätte ihre Herrschaft keine drei Tage gedauert. Ganz Frankreich dürfte sich erhoben und wäre gegen Paris gezogen, und diese Erkenntniß ist es, die jetzt alle Gemüther beruhigt und sie festen Vertrauen in die Zukunft der Republik setzen läßt. General Cavaignac ist der Abgott der Pariser, seiner Entschlossenheit und Festigkeit ist allein der Sieg zu danken. Vier Tage und vier Nächte kam er nicht vom Pferde, zweimal begab er sich in einer Blouse auf die Schauplätze der Insurrektion, um, so unbeachtet, Alles selbst zu sehen, — mit wenigen Worten wußte er die Truppen zu enthusiasmiren und gieng darauf wieder in der Nationalversammlung erscheinend, diese zur Ausdauer und Festigkeit zu ermuntern. Cavaignac ist aufrichtiger Republikaner und ein nüchtiger Mensch, die Sprache seiner Proklamationen, seiner Reden zeigt seinen Gehalt. Als man ihm gestern zu seiner Ernennung Glück wünschte, antwortete er: „Ich muß euer Zutrauen erst verdienen; aber das Eine glaubt, daß ich nur einen höchsten Ehrgeiz habe, den, der Wohlthätigen Frankreichs zu werden." — Man kann jetzt erst nach und nach die Größe der Verluste dieser vier Tage ermitteln. Keine der blutigen Schlachten des Kaiserreiches hat in den Reihen der Generale und Staabsoffiziere so viele Opfer gekostet. — Zwei Generale, Negrier und Bréa getödtet, sechs Generale, Bedeau, Duvivier, Damesme, Korte, Lafontaine, Fouchs schwer verwundet, Lamoriciere verlor zwei Pferde unter dem Leibe, nur er und die Generale Perrot und Lebreton erhielten keine Wunden. Die Anzahl der Gefallenen auf beiden Seiten wird auf 12,000 angegeben. In den fünf großen Spitälern der Stadt liegen allein 2000 Verwundete.

Gestern Nachmittag um 6 Uhr wurden die Waffen der Insurgenten auf 87 großen Frachtwagen von einem Regimente Cabinieri, einem Regimente Kürassiers und Detachements aller Truppengattungen in langem Zuge über die Quais nach Bincennes transportirt.

Der National enthält heute eine Note, die aus dem Kabinette des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gekommen zu seyn scheint. Mehrere Schweizer Journale, heißt es darin, bringen den Text einer Depesche des eidgenössischen Geschäftsträgers an den Vorort, in der gemeldet wird, der französische Geschäftsträger habe die freundschaftliche Vermittlung der Republik zur Beendigung der österreichisch-italienischen Angelegenheiten angeboten. Wir glauben behaupten zu können, daß der schweizerische Geschäftsträger sich getäuscht hat. Frankreich hat Oestreich seine Vermittlung nicht anbieten können und hat sie nicht angeboten. Wir wissen nicht, ob Oestreich sie erlangen wird; aber wenn uns dieser Vorschlag gemacht werden sollte, so ist es klar, daß die französische Regierung ihn nur unter der Bedingung annehmen könnte, daß kein einziger Oestreicher in Italien bleibt. Außerhalb dieser Basis ist keine Unterhandlung für Italien annehmbar, und Frankreich kann daher auch nur diese Basis für seine Vermittlung annehmen.

Die Regierung zeigt in einer Note im Moniteur an, das Gerücht, als haben bereits Hinrichtungen Statt gefunden, sey durchaus falsch, — die Militärgerichte seyen noch nicht einmal zusammengetreten.

Unter den Gefangenen befinden sich auch die republikanischen Chefs Terrasse und Napoleon Lebon, die in der Vorstadt St. Antoine das Ober-Commando führten. Cadaigne, einer der Mit-Redakteure der Commune de Paris und der bekannte, schon vielfach kompromittirte Marine-Offizier Destotte sind ebenfalls gefangen. Der drei Redakteure des Vater Duchesne und der Redakteur des Journals de la Canaille sind auf den Barrikaden gefallen.

Emil von Girardin ist noch immer gefangen; man sagt, daß in seiner Wohnung sehr compromittirende Papiere gefunden worden seyn.

Eine Militär-Commission der Artillerie und des Genies, die mit der Uebernahme der Waffen der Insurgenten beauftragt war, hat ermittelt, daß ein Drittheil der Gewehre englische Fabrikate sind.

Drei Cavallerie-Regimenter durchstreifen, von der Gendarmerie geführt, seit zwei Tagen alle Umgebungen von Paris, wohin sich eine Menge Insurgenten geflüchtet haben. Fast stündlich werden Abtheilungen von Gefangenen eingebracht. Die Maires aller Gemeinden üben die strengste Sicherheitspolizei aus.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 29. Juni.) Senard, der neue Minister des Innern, nimmt um 1½ Uhr den Präsidentenstuhl ein. Der Präsident schlägt vor: Da der General Negrier, Adjutor der Nationalversammlung, in sehr beschränkten Vermögensverhältnissen gestorben sey, für dessen Familie zu sorgen. Die Versammlung decretirt daher mit Einkommigkeit Folgendes: Das Begräbniß des Generals Negrier findet auf Staatskosten Statt, sein Herz wird der den Invaliden beigesetzt. Sein Sohn, 19 Jahre alt, der als Freiwilliger in das 7. Linienregiment getreten war, und schon die erste Prüfung für die Militärschule von St. Cyr gemacht hat, wird zum Lieutenant ernannt. Die Wittwe des Generals Negrier erhält eine jährliche Pension von 2000 Frs., die nach ihrem Tode zu gleichen Theilen auf den Sohn und die (verheirathete) Tochter fällt. — General Cavaignac zeigt hierauf an, daß der Admiral Lebianc das Portefeuille der Marine nicht angenommen habe und daß daher der Bürger Jules Bastide das Marine-Ministerium und der General Bedeau das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Hierauf wird zur Wahl eines Präsidenten geschritten. — Diese Operation ist um ¾ Uhr beendigt, sie gibt folgendes Resultat: Anzahl der Stimmenden 790, absolute Majorität 396, Herr Marie 414; Herr Dufaure 297, Herr Lacrosse 61.

Der Minister des Innern, Senard, legt ein Decret vor, wodurch ein provisorischer Kredit zur Unterstützung der verwundeten Nationalgardisten oder der Familien Gefallener bewilligt wird. Diese Unterstützungen haben mit den später zu bewilligenden Pensionen nichts gemein. Hierzu werden drei Millionen verlangt. Der Minister des Innern legt ein zweites Decret vor, wodurch für die mobile Garde ein Vorschuß-Kredit von zwei Millionen verlangt wird, was ebenfalls mit Einstimmigkeit votirt wird.

Herr Marie wird somit als Präsident der Nationalversammlung proklamirt. Senard nimmt mit einer kurzen Rede von der Versammlung Abschied, — mit dem General Cavaignac während den Tagen des Kampfes unzertrennlich verbunden, habe dieser ihn auch nach dem Siege nicht von sich lassen wollen, auf das Gesuch Andringen habe er das Ministerium des Innern übernom-

Digitized by Google

men, als Minister werde er handeln, wie er stets als Präsident gehandelt habe, d. h. im Sinne und Geiste dieser Versammlung. Da Marie nicht anwesend ist, so nimmt Corbon indessen den Vorsitz. Manuel zeigt an, daß der Zustand des Generals Lafontaine sehr befriedigend sey. Adressen der Nationalgarden der Departements werden überreicht, in welchen diese der National-Versammlung zur Ernennung Cavaignac's als Regierungschef Glück wünschen.

An der Tagesordnung ist die Discussion über die Nationalwerkstätten. General Cavaignac erklärt, daß schon am 24. Juni die Maßregeln zur Auflösung der Nationalwerkstätten ergriffen worden seyen, daß man sich eifrig damit beschäftige und daß er daher ersuche, die Discussion bis nächsten Montag zu verschieben, wo er vollständigen Bericht über die Lage der Dinge werde abstatten können. Die Versammlung geht auf dieses Verlangen ein.

Straßburg, 27. Juni. Die neuesten telegraphischen Meldungen aus Paris wurden überall mit der größten Freude aufgenommen. Sowohl der an die Spitze der Republik berufene General Cavaignac, als auch sämmtliche Minister stehen in dem Rufe strenger Redlichkeit. Sie sind Alle aufrichtige Anhänger der Republik und jedem anarchischen Streben fremd. — Heute sollen in den Gotteshäusern die Trauerfeierlichkeiten für die während der letzten Tage in Paris Gefallenen beginnen. — An verschiedenen wichtigen Reorganisationsmaßregeln wird es in den nächsten Tagen nicht fehlen. Frankreich hat jetzt recht die wahre Freiheit erobert und die republikanische Regierung wird sich gewiß ganz im Sinne des Guten befestigen. (F. J.)

Toulon, 25. Juni. Nach einem Schreiben aus Algerien ist es endlich gelungen, den Bey Achmet, ehemaligen Bey von Constantine, gefangen zu nehmen. Bey Achmet, ein kräftiger Gegner mit schlauem, scharfem Blicke, wird der Regierung noch viel zu schaffen machen. (F. J.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Juni. Durch ein Handschreiben hat der Kaiser seinem lieben und getreuen Adel des Gouvernements Poltawa seine Erkenntlichkeit für dessen Erbietung bezeigt, 1500 Ochsen zur Verpflegung der Armee zu stellen. Wir wünschen, fügt die Berlinische Zeitung hinzu, daß unser Adel dem russischen Folge leiste. (D. A. Z.)

Publicandum.

In der Pfisterergasse allhier Nicolaus Fischer'schen Verlassenschaftssache sollen die zur Masse gehörigen Realitäten, nämlich:

1) ein Wohnhaus auf dem Herzog, massiv erbaut und mit Ziegeln bedeckt;

2) 1/4 Tagwerk Feld auf dem rothen Hügel

öffentlich verkauft werden.

Termin wird hiezu auf den

26. Juli curr. Vormittags 9 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 3 anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufslustige mit der Bemerkung eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 52 des Hypothekengesetzes und des §. 95—101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgt, daß die Realität ad. 1 auf

700 fl.

die Realität ad. 2 auf

375 fl.

gerichtlich gewürdigt ist, und daß das Taxationsprotokoll zu jeder Stunde der Gerichtszeit in dem Registraturlokale eingesehen werden kann.

Bayreuth, den 28. Juni 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Der Königl. Director,

Freiherr von Waitenfels.

Scharf.

Edictal-Citation.

In der Concurssache des verlebten Lebküchners Johann Ulrich Ruppert von Hof sind noch

324 fl.

bei der Königlichen Staats-Schuldentilgungs-Special-Kasse in Nürnberg aufbewahrt.

Es werden daher alle Diejenigen, welche Ansprüche auf die Aushändigung dieser Masse haben, andurch edictaliter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten und längstens bis

1. October dieses Jahres

vor unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen, widrigenfalls die vorhandene Masse den nächsten Anverwandten ohne Caution hinausgegeben werden wird.

Hof, den 15. Juni 1848.

Königliches Landgericht.

Bisani.

Anzeigen.

Schiffsexpeditionen

nach den Vereinigten Staaten von

Nordamerika.

Am 15. Juli das dreimastige Schiff **Johannes**, Capitain Klockgeter.
Am 1. August das dreimastige Schiff **Agnes**, Capitain Arensfeld.
Am 15. August das dreimastige Schiff **Republic**, Capitain Tegeler.
Am 1. September das dreimastige Schiff **Minna**, Capitain Dannemann.

Die herrliche Einrichtung dieser Schiffe, besonders für Cajüten-Passagiere, haben denselben auch jedes Jahr den Vorzug verschafft, und können Ueberfahrts-Verträge durch den unterzeichneten Agenten zu jeder Zeit abgeschlossen werden.

Bayreuth, 1. Juli 1848.

H. M. Wilmersdörffer.

Bitte.

Die Kasse des Jean-Paul-Vereins ist unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen in so dürftige Umstände gekommen, daß der unterzeichnete Verwaltungs-Ausschuß jetzt, da die Jahresbeiträge der Vereinsmitglieder gesammelt werden sollen, sich gedrungen fühlt, sie denen, welche sich bei dieser so wohlthätigen Anstalt als „Wohlthäter" betheiligt haben, besonders zu empfehlen. Möchte sich aber auch die Zahl beider, der Mitglieder und der Wohlthäter des Vereins vermehren! Wer die Einrichtung unserer Erziehungs-Anstalt noch nicht kennt, wird sie ersehen können aus dem letzten Jahresberichte derselben, von welchem Exemplare bei Prodekan Vetter zu haben sind.

Bayreuth, den 1. Juli 1848.

Der Verwaltungsausschuß des Jean-Paul-Vereins.

Quittung und Dank.

Dem edlen Ungenannten, der mir für arme würdige Confirmanden auch in diesem Jahre wieder **neun** Gulden überschickt hat, ertheile ich hiermit über diese erfreuliche Gabe Quittung und sage demselben, sowie der edlen Wohlthäterin, von welcher ich zu demselben Zwecke **drei** Gulden erhalten habe, im Namen Derer, unter welchen diese Gaben freiwilliger Liebe vertheilt worden sind, den herzlichsten Dank. Gott vergelte es!

Bayreuth, 29. Juni 1848.

Dr. Vetter.

Donnerstag den 6. Juli curr. Vormittags 9 Uhr wird in dem Braudenburger Hause aus einer Verlassenschaft gut erhaltene Betten, Meubeln, Kleidungsstücke, Wäsche, ein kupferner Kessel mit Dreifuß, eine spanische Wand und andere nützliche Gegenstände gegen sofortige Bezahlung versteigert.

Freitag den 7. Juli Vormittag 9 Uhr werden in der Judengasse H.-Nr. 476, durch Hrn. Taxator Fikenscher, verschiedene Effecten, als: Betten, Bettstatte, Weißzeug, Sessel, Messing, Zinn, Kupfer und andere Gegenstände gegen baare Bezahlung verkauft.

Französische Lese- und Rede-Uebungen, Näheres Breitegasse Nr. 373, von 1 bis 2 Uhr.

Es ist ein Stadel sündlich zu verpachten oder zu verkaufen, Haus-Nr. 501 in der Wolfsgasse.

Es werden 6 bis 8000 fl. auf einen Werth von 1550 fl. aufzunehmen gesucht. Von wem? sagt die Expedition.

Im Hause Nr. 674 am Brandenburger Thor ist ein Quartier, bestehend aus zwei heizbaren Zimmern und einem Kabinet, auf Martini oder sogleich zu beziehen.

In Nr. 257 vor dem Eremitager Thor ist die mittlere Etage, entweder getheilt oder im Ganzen, zu Jakobi oder auch gleich zu vermiethen. Das Nähere bei dem Eigenthümer.

Im Verlage der Geb. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch Nro. 185. 5. Juli 1848.

Bericht des Abgeordneten des Wahlbezirks Bayreuth an seine Wähler.

Frankfurt a. M., 30. Juni 1848. Wie meine geehrten Wähler aus öffentlichen Blättern entnommen haben, so ist die provisorische Centralgewalt für Deutschland von der Nationalversammlung geschaffen und der Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser erwählt worden.

Es war in der That ein erhebender und zugleich rührender Act, als der Präsident unter dem Geläute aller Glocken Frankfurts und unter dem Donner der Kanonen mit lauter Stimme den Erzherzog Johann zum Reichsverweser ausrief.

Der vorangegangene Kampf war heiß, weil die ultra-republikanische Partei die Galerien zu Hülfe nahm und einen so furchtbaren Lärm in der Paulskirche erregen ließ, daß sich der Vicepräsident v. Soiron weder durch die Glocke, noch durch seine Stentorstimme Gehör verschaffen konnte, daher die Sitzung aufheben mußte. Die Stadt Frankfurt war über ein solches Treiben ihrer Republikaner der schlechteren Art empört und die Behörden haben für die folgenden Tage die Anordnung getroffen, daß die Gallerie großentheils von Nationalgardisten in Civilkleidern eingenommen wurde, die bereit waren, jeden, der ein Zeichen des Mißfallens geben würde, aus der Kirche zu werfen, was auch den beabsichtigten Zweck erreichte.

Das Wesentliche des Kampfes drehte sich um die Fragen: „ob die provisorische Centralgewalt ein bloßer Vollziehungs-Ausschuß, nach der Art der ersten französischen Revolution, oder eine wirkliche Regierungsgewalt und in dem letzteren Falle, ob die Person dieser Gewalt aus der Mitte der Nationalversammlung oder außerhalb derselben gesucht und gefunden werden und ob insbesondere der zu suchende ein Fürstensohn seyn soll, ob ferner die deutschen Fürsten das Subject vorschlagen und solches die Nationalversammlung durch einfache Abstimmung ohne Discussion annehmen, oder die Nationalversammlung zu wählen und die Fürsten zustimmen haben und ob endlich der Gewählte für seine Personen unverantwortlich seyn soll.“ Es handelte sich daher schon im Voraus um die Principienfrage: ob die künftige Verfassung Deutschland's eine Republik oder eine constitutionelle Monarchie seyn soll.

Wenn man dieß nicht scharf im Auge behält, die Operationsplane beider Hauptparteien nicht genau kennt, wenn man nicht weiß, daß der gefaßte Gesammtbeschluß eine Art von Transaktion ist, so kann man sich die Abstimmungen über die einzelnen Fragen nicht genau erklären und man läuft Gefahr, anzunehmen, als ob von der constitutionell-monarchischen Partei ehrlicherweise planlos gestimmt worden sey.

Die Sache ging Anfangs blos darum nicht recht zusammen, weil das mächtige Centrum, dem ich angehöre, und das die äußerste Rechte, die nur etwa 40 Mitglieder zählt, sich nachgiebt, unter sich selbst nicht einig war und erst durch die von den Ultrareactionairen versuchte Territion zu einer entschlossenen Einheit hingetrieben wurde. In mehren vorbereitenden Versammlungen im Gasthause zum Weidenhof wurde endlich ein fester Plan zur Reife gebracht, nach welchem einstimmig verfahren, nur die angewählten dessen Reden sprechen und alle von der Gegenseite eingebrachten verzögerlichen Amendements und dafür gehaltenen Reden ganz unbeantwortet bleiben, aber bei der Abstimmung verworfen werden sollten.

Dieser Plan, welcher der Gegenpartei nicht verborgen bleiben konnte, hatte die gute Wirkung, daß alle Amendemente, die den Endbeschluß nur um wehre Tage hinaus gezogen haben würden, zurückgezogen wurden.

Mit dem Beschluß selbst ist weder die äußerste Rechte, noch die Linke zufrieden, nur das Centrum steht solchen in der Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Fürsten für befriedigend an, was zu Protokoll niedergelegt wurde. Da man den Vorschlag gefaßt hatte, den Erzherzog Johann zum Reichsverweser zu wählen und da man wußte, daß man die Fürsten in eine größere Verlegenheit setzen würde, wenn man ihnen einen Vorschlag hiezu einräumen wollte, so wurde einstimmig beschlossen, in diesem Stücke für die freie Wahl der Nationalversammlung zu stimmen, daher der Linken eine Concession zu gewähren; außerdem wäre der Dahlmann'sche Vorschlag mit 42 gegen 1 durchgegangen.

Bei der Beurtheilung des Beschlusses der Nationalversammlung überlege man nicht, daß die Centralgewalt von der Schaffung des Verfassungswerkes selbst ganz ausgeschlossen ist, wodurch die Volkssouverainetät im vernünftigen Sinn gewahrt erscheint, die Beschlüsse der Nationalversammlung aber als Gesetze, wie sich von selbst versteht, von der Centralgewalt executirt werden müssen, daß die Unverantwortlichkeit des Oberhauptes für seine Personen durch die Verantwortlichkeit seines Ministeriums neutralisirt, daß die Centralgewalt nur vorübergehend und nach der Publikation der Verfassung Deutschlands von selbst aufgelöst ist und daß es kein Reichsverweser wagen kann, unter den Augen der Nationalversammlung gegen deren Zustimmung irgend etwas zu unternehmen.

Bei Gelegenheit dieser Beschlußfassung habe ich eine mir ganz neue Erfahrung gemacht, daß der Wahlbezirk Wunsiedel ultrarepublikanisch ist, indem dessen Abgeordneter überall mit der äußersten Linken gestimmt und — was über meine Begriffe geht, — dem bekannten Ignatz, dem Compagnon des Hecker, seine Stimme zum Reichsverweser von Deutschland gegeben hat.

Wenn ich schon wohl weiß, daß jeder Abgeordnete bei seiner Stimmgebung das Wohl des großen deutschen Gesammtvaterlandes im Auge behalten soll, so sehe ich doch auch wohl ein, daß er zugleich die engere Pflicht hat, in den Hauptprincipienfragen des Verfassungswerkes die Gesinnung seiner Wähler zu repräsentiren und festzuhalten. Wenn seine Wähler das konstitutionell-monarchische Princip zur Geltung gebracht wissen wollen, so kann er nicht für die Republik stimmen, sondern er muß in diesem Falle sein Mandat zurückgeben.

Damit will ich dem Verfasser der Eskunft persönlich nicht zu nahe treten, sondern nur im Allgemeinen meine Ansicht aussprechen, sowie ich überhaupt keinen Haß gegen die Republikaner, als solche, trage, indem ich edle Naturen unter ihnen kennen gelernt habe, die von reiner Vaterlandsliebe beseelt und mit tiefen Kenntnissen der Geschichte, des Staaten- und Volkslebens ausgerüstet, nur die beste Staatsform für ein großes einiges Deutschland geschaffen wissen wollen, die sich jedoch den Beschlüssen der Majorität fügen und weit davon entfernt sind, eine Anarchie, ein Schreckenssystem heraufzubeschwören.

Dahin gehört der Republikaner Raveaux, der, obschon der Beschluß gegen seine Meinung ausgefallen ist, doch den Erzherzog Johann zum Reichsverweser mit gewählt und als Mitglied der nach Wien gesandten Deputation abgegangen ist. Es sollte mich nicht wundern, wenn er unter die künftige Ministerwahl des Reichsstatthalters schon aus Klugheitsgründen aufgenommen würde. Ich trage aber auch gegen die äußerste Rechte keinen Haß, weil sie pro domo spricht, aber ich theile ihre Ansichten und Bestrebungen so wenig, als die der äußersten Linken.

Durch den blutigen Kampf der Besiegten gegen die Nichtbesiegenden und Communisten in Paris und dessen Resultat ist wohl selbst den Blinden klar geworden, daß auch in einer Republik, die die Franzosen seit 5 Monaten haben, mit einem unbeschränkten Associationsrecht, mit einer maßlosen Presse, mit aufrührerischen Maueranschlägen, mit einer beliebigen rohen Gewalt der unteren Volksklassen, die kein Gesetz mehr respektiren wollen, nicht regiert werden kann, sondern daß dadurch eine Militärdiktatur herbeigeführt werden muß, die auch in diesem Augenblicke an der Spitze der französischen Republik steht.

Diese der Nationalversammlung willkommenen Ereignisse in Paris und die zur Aufrechthaltung der Ordnung im Stillen getroffenen energischen Maßnahmen machen es räthlich, noch einige Zeit den Anarchisten ihre Wirthschaft, selbst unter den Augen des Nationalparlaments, ungestört treiben zu lassen, wenn schon nicht dafür zu stehen ist, daß vielleicht hie und da nicht noch Blut fließen könne.

Digitized by Google

Als gestern Nachts abgefaßt 2000 Arbeiter dem Hofrath Kapp, welcher in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung über die Centraigewalt seinen Austritt aus der Versammlung erklärt hatte, einen Fackelzug und ein Lebehoch gebracht haben, gab ich einigen hiesigen Bürgern mein Bedenken darüber zu erkennen, daß es gefährlich sey, so etwas zu gestatten, worauf mir solche erwiderten, wie sie es wünschten, daß die Leute etwas gegen die Ruhe und Ordnung unternehmen möchten, damit die Bürgerschaft endlich von dem beschwerlichen Nachtdienst befreit würden, indem sie dieses Gesindel ohne Gnade niederschießen würden, wozu sie eventuell die Ermächtigung hätten.

Bald nach Abgang meines letzten Berichts bin ich von der Nationalversammlung in den aus 15 Mitglieder bestehenden Ausschuß für Rechtspflege, Civil- und Kriminalgesetzgebung mit einer die absolute Stimmenmehrheit weit übersteigenden Zahl gewählt worden. Wenn ich schon hierdurch mit außergewöhnlichen Arbeiten belästigt werde, so unterziehe ich mich denselben bereitwillig, weil meine Wähler hierdurch Genugthuung erhalten, daß den Irrthum, den sie nach bekannten Meinungen durch die auf mich gerichtete Wahl hervorgerufen haben sollen, die Nationalversammlung theilt.

Da ich von verschiedenen Seiten über die Eigenschaft und die Obliegenheit der einzelnen Abtheilungen der Nationalversammlung, so wie über den Wahlmodus der Ausschüsse gefragt worden bin, und die öffentlichen Blätter nichts näheres hierüber enthalten, so dürfte es vielleicht nicht ganz ohne Interesse seyn, wenn ich hierüber etwas berichte.

Es theilt sich nämlich die Nationalversammlung durch das Loos in 15 Abtheilungen, also jede zu circa 40 Abgeordneten. Diesen Abtheilungen liegt ob:

a) die Legitimationen der Abgeordneten und zwar in der Art zu prüfen und zu begutachten, daß die zweite Abtheilung die Wollmachten der ersten und sofort die letzte Abtheilung die Vollmachten der ersten würdigt;

b) die Wahlen zu Mitgliedern aller besonderen Commissionen, oder Ausschüsse in der Weise vorzunehmen, daß jede Abtheilung unter sich einen Mann auswählt, der zu den besondern Geschäften, wozu er verwendet werden soll, am geeignetsten erscheint. Der bezeichnete Mann muß bei 40 Stimmenden die absolute Mehrheit von 21 für sich haben.

Diese Einrichtung ist in sofern zweckmäßig, als sofern die einzelnen abgeordneten Männer versammelten einzelnen Abtheilungen theils durch die Prüfung der Legitimationen theils durch engere persönliche Unterhaltung und Besprechung über diejenigen Gegenstände, für welche ein Ausschußmitglied erwählt worden soll, theils durch eine besondere Darlegung der Prinzipien und Ansichten der Candidaten zur Wahl näher kennen lernen und somit nach einer Art von Prüfung mit mehr Umsicht wählen können.

Wie ich aus der Bayreuther Zeitung Nr. 174 ersehen habe, so hat mich eine sehr scharfsinnige Feder gegen einen Angriff in dem Nürnberger Kurier elligst*) in Schutz genommen. Ich danke für dieses Wohlwollen, allein es wird wohl den Gegner nicht bekehren; wer keinen Geruch hat, der riecht nicht, wenn man ihm auch eine duftende Rose unter die Nase hält.

Kel m.

*) Num. d. Red. Die wenigen Worte der Erwiderung auf jenen verunehrenden Artikel im Nürnb. Kourier, den diese Blätter brachten, sollten nichts weiter seyn, als eine kurze Zurückweisung aus formellen Gründen, indem man die Widerlegung der Verdächtigungen und Anklagen dem verehrlichen Abgeordneten des hiesigen Wahlbezirks um so eher überlassen zu müssen glaubte, als man von dem vielgewandten Advokaten selbst in einer Rede als Cicero pro domo das Schlagendste erwarten dürfte. Eiligst aber, d. h. an dem Morgen, dem welchem der Artikel Rückt. Kur. jenen Bericht hierher brachte, wurden jene Zeilen deßhalb von Staudt gefaßen, weil wir nur zu wohl den bewährtesten Einfluß kennen, den das gedruckte Wort auf Jene an die freie Presse noch nicht gewöhnten ausübt, daher so schnell als möglich zur Paralisirung der Angriffe etwas geschehen mußte.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Juli. (Ausführlicher Bericht über die 29. Sitzung der Nationalversammlung.) Bei der heutigen Berathung, über die österreich-böhmische und slavische Frage nahm zuerst Kuranda das Wort. Er erblickt in der Erhebung des Czechismus eine Contrerevolution unter äußerer Beihülfe des Panslavismus. Fürst Windischgrätz sey allerdings ein Aristokrat; allein man schulde ihm Dank, daß er Böhmen gerettet. v. Radowitz: Die jetzige Stellung Böhmens sey die Folge unserer eigenen Auffassung der Nationalitätsfrage. Deutschland sey bestimmt, von einem Extrem zum andern überzugehen. Lange Zeit habe das Territorialsystem geherrscht, unter Napoleon sey jenes der natürlichen Gränzen zur Geltung gelangt, das bei unserm westlichen Nachbar noch jetzt ein Dogma sey. Vielleicht werde bald der Tag kommen, wo manche Täuschung zerrinne. Jetzt gelte das Nationalitätsprinzip, aber in den engsten Gränzen, als ob ein großes Volk sich nach den Gränzen der Sprachgebiete einschließen ließe. Darum fordere man jetzt die Theilung Schleswigs, und sey die Hälfte Posens schon verloren; ja Deutschland stehe vielleicht wegen Polens ein Krieg bevor. Es sey ein Gegenstand ernster Erwägung, ein Krieg, der Deutschland zum Schauplatz des Zusammenstoßes seiner östlichen und westlichen Nachbaren mache. Man habe Deutschland zugemuthet, Wälschtyrol abzutreten; das hieße so viel, als von Jemand verlangen, daß er die Thüre seines Hauses abtrete. Wenn Deutschland seine Hand von Italien abzöge, würden Andere die Hand darnach ausstrecken; Oberitalien würde der französischen, Unteritalien der englischen Herrschaft anheimfallen. Jene enge Auffassung der Nationalität habe auch den czechischen Aufstand hervorgerufen. Man müsse offen aussprechen, daß Deutschland sein Gewicht in die Waagschale legen und den Ausschlag ein Ende machen wolle. Das müsse aber bald geschehen; denn die Bundesbehörde erfordere Vorberathungen. Es bedürfe wohl 6—8 Wochen, um 30,000 Mann preußische und sächsische Truppen bei Töplitz und 10,000 Mann bayerische bei Eger aufzustellen. Diese Anzahl hält er aber auch für genügend. Er stelle den Antrag: die österreichische Regierung solle aufgefordert werden, binnen 14 Tagen in der Art zu genügen, daß binnen 14 Tagen die Wahlen in Böhmen vollzogen seyen; sollte die österreichische Regierung sich hierzu außer Stand erklären, so solle ihr die Bundesbehörde zugeschickt und in kürzester Frist bereit gehalten werden. Jrtteles sprach für den Antrag von Berger und Schilling (sofortige Einschreitung durch preußische, bayerische und sächsische Truppen); er meint, man solle sich nicht fürchten, den „nordischen Löwen" zu wecken; er werde doch erwachen. Bieder rügt, daß in dem Ausschußbericht vom deutschländischen Lande die Rede sey; es sollte: „deutsche Reichsländer" heißen. Für die agrarische Bevölkerung Böhmens sey von den Czechen nichts geschehen. Er beantragt, daß nach Fortsetzung der Grundrechte des deutschen Volks eine Uebersetzung derselben in die slavischen Sprachen veranstaltet und unter dem böhmischen Landvolk verbreitet werde, um dieses an Deutschland zu fesseln. Ein Beschluß wegen Bundeshülfe solle nur von der Nationalversammlung ausgehen. Die Schlacht am weißen Berge sey in Böhmen noch nicht vergessen; wenn die Einschreitung des deutschen Bundes erfolge, dürfe durchaus kein Verdacht obwalten, als ob Oesterreich damit beeinträchtigt sey. Gistra bemerkt: wenn sey das, daß die czechische Bewegung gegen die Deutschen gerichtet gewesen. Eine Einschreitung erachtet auch er für gefährlich, weil sie die Besorgniß einer Reaktion erwecken könne. Es genüge die Zusage und Bereitwilligung der Bundesbehörde. Es herrsche noch Zweifel, ob die österreichische Regierung wirklich deutsch gesinnt sey; darum müsse man eine bestimmte Aufforderung an sie richten. Die Deutschen in Mähren dürfe man in keinem Falle im Stiche lassen. Nach einigen Bemerkungen von Reuwall und Andr sprach Berger als erster für den Antragsteller. Zur Bezeichnung der letzten Vorgänge in Prag führt er an, daß die Deputirten von Wien von dem österreichischen Militair als „Wiener Hunde" begrüßt, sodann entwaffnet und gefangen gesetzt und von Windisch-Grätz mit den Worten angeredet worden sey: „Anderwärts hat die Revolution gesiegt; hier habe ich gesiegt." Der Redner will, daß man die Wahlen nicht durch Waffengewalt, sondern durch Belehrung bewirke, und daß die National-Versammlung sich gegen jede Verletzung der Nationalität und Selbstständigkeit und gegen jedes Losreißen von Bundesgebieten zu Gunsten eines Slavenreiches ausspreche. Nachdem hierauf die Diskussion geschlossen worden, wurde abgestimmt, und der Antrag von Radowitz verworfen, dagegen der Ausschußantrag angenommen, des Inhalts, daß die österreichische Regierung aufgefordert werde, die rückständigen Wahlen in Böhmen unverzüglich anzuordnen und gegen Störungen wirksam zu schützen, und daß ihr in der Voraussetzung, sie werde die Interessen Deutschlands wahren, die Unterstützung der National-Versammlung zu den hierzu führenden Maßregeln zugesichert werde; ferner der weitere Antrag des Ausschusses: die Nationalversammlung erkläre, daß durch die von Bundestag getroffenen Einleitungen Alles geschehen sey, was die Lage des Augenblicks erforderte, und daß die National-Versammlung der österreichischen Regierung in allen ihren Maßnahmen zum Schutze der durch die czechische Partei angegriffenen Deutschen in Böhmen im Fall Bedürfnisses die kräftigste Unterstützung gewähren werde. Der Antrag Berger's wurde abgelehnt. Auf Hartmann's Antrag beschloß die Versammlung, das Schutz- und Trutzbündniß mit Ungarn der Exekutivgewalt dringend zu empfehlen. v. Lindenau beantragt Ernennung eines Ausschusses zur Entwerfung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der künftigen Minister. Dieser Antrag wird

angenommen, die Commission soll noch heute ernannt werden. Blum bringt den Bundesbeschluß vom 29. v. M. in Betreff der Wahl des Reichsverwesers zur Sprache, wundert sich, wie der Bundestag ohne Prophetengabe, von der er bisher noch nichts an ihm bemerkt habe, im Voraus von der Wahl unterrichtet sey und darüber Instructionen von den Regierungen einholen konnte, und kündigt einen Antrag des Inhalts an: daß die Erklärung der Bundesversammlung als unangemessen und dem Beschlusse der Nationalversammlung widersprechend bezeichnet werde. Präsident v. Gagern erklärt für seinen Theil, daß zwischen ihm und der Bundesversammlung durchaus kein Verkehr stattgefunden habe. Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt die Versammlung, daß, um für die Ausschußarbeiten mehr Zeit zu gewinnen, künftig nur vier Sitzungen wöchentlich stattfinden, und zwar der Mittwoch und Samstag ausfallen, die Freitagssitzung aber für Gegenstände, die nicht das Verfassungswerk betreffen, bestimmt seyn soll. Tagesordnung für die nächste Sitzung am 3. d. ist die Berathung über die Grundrechte des deutschen Volkes.

Frankfurt, 24. Juni. Aus zuverlässiger Quelle theile ich Ihnen mit, daß sich im Augenblick von Seiten der Nordamerikanischen Freistaaten ein Gesandter hier befindet, welcher nur noch die Ankunft des Reichsverwesers erwartet, um sofort eine Kreditive zu überreichen und die Neugestaltung Deutschlands anzuerkennen.

68. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 30. Juni. Eine Note des in München restirenden königl. sardinischen Gesandten Grafen v. Lem deutschen Bunde, Marquis Pallavicini, worin derselbe seine Abberufung und die Ernennung eines am Sitze der Bundesversammlung selbst aufgestellten Geschäftsträgers in der Person des Herrn Evasio Radvise anzeigt, wird in der üblichen Form zu beantworten beschlossen. — Von dem Präsidialgesandten wird die Mittheilung gemacht, daß die kaiserl. österreichische Regierung die angebotene Hülfe zur Unterstützung der deutschen Interessen in Böhmen für jetzt nicht in Anspruch nimmt, übrigens für die bundesfreundlichen Gesinnungen, welche sich durch dieses Anerbieten bethätigt haben, ihren Dank ausdrückt. Der politische Ausschuß erstattet Bericht über den Antrag der bayerischen Regierung auf Zurückziehung der in Baden stehenden Truppen. In Berücksichtigung der von der großherzogl. badischen Regierung und dem Commandirenden des 7. und 8. Armeecorps, Prinzen Carl von Bayern hierüber abgegebenen Aeußerungen wird beschlossen, die Zurückziehung der bayerischen Truppen für jetzt wegen des nöthigen Schutzes der südwestlichen Gränze vor Eindringlingen, als unzulässig zu erklären und zugleich an den Schweizerischen Vorort eine Aufforderung zu erlassen, daß, wie solches von Frankreich unlängst geschehen, die Abreisenden an den jüngsten Aufstand von der dortigen Gränze zurückerlegt und der aus der Anhäufung neuer unruhiger Elemente an der Grenze Deutschlands drohenden Gefahr vorgebeugt werden möchte, unter Hinweisung darauf, daß, wenn die von dort ausgehende Aufreizung der benachbarten deutschen Distrikte sein Ende nehme, eine strengere Besetzung der Gränze, wodurch der wechselseitige friedliche Verkehr nothleiden müßte, erforderlich werden dürfte. Ob eine Zurückziehung der in Mannheim stationirten bayerischen Truppen wenigstens theilweise angemessen sey, wurde dem Ermessen des Commandirenden des 7. und 8. Armeecorps überlassen. — Bayern stellt den Antrag auf baldige Hinwegräumung aller die freie Schiffahrt in Deutschland hemmenden Abgaben, welcher Antrag dem Ausschuß für Zoll- und Verkehrsverhältnisse zugewiesen wird.

(München, 1. Juli.) Nachdem die zur Regulirung einer neuen Landwehrordnung niedergesetzte Kommission ihre Berathungen und Ausarbeitungen beendet, fand gestern eine Generalversammlung sämmtlicher Landwehrmänner statt, in welcher denselben der Entwurf vorgetragen wurde. Wegen Mangel an Zeit konnten aber nur die ersten 16 von den 50 Paragraphen berathen werden, welche das Reglement zählt. So viel wir vernehmen, sind nur Geistliche, Hofe und Staatsdiener und Lehrer vom Landwehrdienst befreit und zwar ohne die Verpflichtung zur Reluition, jedoch ist ihnen, natürlich mit Ausnahme der Geistlichen, der freiwillige Eintritt in die Landwehr nicht vorenthalten, wenn sie die Bewilligung ihrer Vorgesetzten dazu erhalten. Die Berathungen werden heute fortgesetzt.

Die Allg. Ztg. läßt sich aus München schreiben: „Wie man sich allgemein ziemlich versichert, hat die verstorbene Kurfürstin Wittwe unsern König Max in ihrem Testamente zum Hauptherben mit einer Summe von 21 Millionen Gulden eingesetzt."

Die von Würzburg abgegangene Batterie ist am 1. Juli in Bamberg angekommen. Dieselbe hatte erst am 29. Juni Mittags diese Marschordre bekommen. Das Bamb. Tagbl. welches diese Mittheilung macht, erklärt, man wisse nicht ob die Batterie in Bamberg bleiben solle. Nach dem Würzb. Abdbl. hatte dieselbe den gemessensten Befehl erhalten, am 1. Juli in Bamberg einzutreffen; über deren eigentliche Bestimmung, fügt dieses Blatt bei, wolle man wissen, daß sie gegen einen zu befürchtenden Ansturm der demokratischen Partei in Bamberg und der Umgegend gerichtet sei. (Eine Estadron Chevauxlegers ist von Bamberg nach Forchheim verlegt worden.)

Ebersdorf, 24. Juni. Zu der Nachricht, daß bayerische Truppen bereit gehalten würden, um in das Fürstenthum Lobenstein-Ebersdorf einzurücken, wird von der fürstl. Landesdirektion bemerkt, dieselbe habe dergleichen bis jetzt nicht beantragt, auch keinen Grund dazu gehabt. (2)

(Bert. Ztg.)

Innsbruck, 30. Juni. Der Feldmarschall Radetzky hat längs der Tiroler Gränze überall Grenzpolizeiwache mit der Instschrift: „Deutsches Bundesgebiet" errichten lassen; indeß ist zu zweifeln daß diese Grenzpfähle irgend geachtet werden dürften, wenn nicht glücklicherweise überall Tirolerschützen dahinter ständen, und sie respectiren machten. Von Welschen nichts neues.

Prag, 26. Juni. Die Wuth über den mißglückten Ausbruch soll unter den Ultraczechen eine ungeheuere sein. Sie geben ihre ihre Sache noch nicht verloren. Noch hundert Mal, hieß es in einem an die Straßenecken angeheftenen Placate, das aber bald abgerissen wurde, werden wir uns erheben. Baron Villani hat dem deutende Gestandnisse gemacht, und wie man sagt, nur um die Strafe ersucht, daß der Kopf durch die Kugeln und nicht durch den Strick über ihn verhängt werde. Fester der ebensalls schon hier eingebracht ist, verheurete beim Verhör seine Unschuld und verlangt, daß sein Kriegs- sondern ein gewöhnliches ordentliches Gericht über ihn aburtheilen solle.

Prag, 29. Juni. Der Belagerungszustand dauert fort, die Stadt ist vollkommen ruhig. — Das Landespräsidium versändigt durch ein eignes Circular alle Interessenten der böhmischen Sparkasse von der Unmöglichkeit des allfährlich mit Ende Juni obzulegenden Rechnungsabschlusses dieser Anstalt. Die Ereignisse der letzten Wochen hatten es den Beamten nicht gestattet, ihre Geschäfte zu besorgen, und deswegen kann jener Rechnungsabschluß vor Mitte Juli nicht zu Stande kommen. Alle Einlagen und Rückzahlungen werden erst vom 16. Juli angefangen wieder besorgt werden. — Das Wechselmoratorium für unsere Hauptstadt ist mit Genehmigung des Justizministeriums bis auf den 3. Juli erweitert. — Zum Staatsanwalt in Preßangelegenheiten ist Dr. Ambros ernannt worden, zum Stellvertreter Dr. Strobach. — Bis jetzt sind 92 Reichstagswahlen bekannt geworden. Unter den Deputirten sind 40 Bauern und kleinere Gutsbesitzer, 18 Bürgerl, 12 Beamte, 4 Juristen, 3 Aerzte, 4 Schriftsteller, 1 Industrieller und nur 1 Adelicher. Bemahe die Hälfte der Wahlen fiel demnach auf Bauern.

Aprerade, 28. Juni. Nachdem die v. d. Tann'sche und die Adolfer'sche Freischaar diesen Morgen nach Norden ausgerückt waren, ist der Prinz Friedrich mit 5 Schwadronen Cavalerie, 2 Bataillonen Infanterie, einer Batterie von 5 Kanonen und dem Bracklow'schen Schützencorps hier wieder eingezogen, am morgen weiter nach Hadersleben zu gehen. Wie man hört, hat sich gleichzeitig im Westen Alles in Bewegung gesetzt, und die Preußen und die Bundestruppen folgen, um endlich das so lange prätendirte Herzogthum Schleswig zu besetzen und in Jütland einzurücken. Schwerlich wird man die dänische Armee erreichen, da es heißt, daß dieselbe schon Hadersleben in nördlicher Richtung verlassen haben soll. Schiffe haben sich in mehren Tagen nicht gezeigt; vorgestern Abend wurden indessen in der Ferne 7 feindliche Schiffe bemerkt, und da eine Landung als möglich vorausgesetzt ward, wurden von dem Major v. d. Thann sofort die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zur Vertheidigung der Stadt angeordnet. Die Barrikaden wurden geschlossen, die benachbarten Häuser besetzt ꝛc. Aber die Nacht verging, ohne daß sich ein Feind blicken ließ, und die Schiffe sollen ihren Lauf nach Sonderburg gerichtet haben.

Digitized by Google

Pesth, 27. Juni. Aus Temesvar sind gestern hier neue beunruhigende Nachrichten eingegangen. Unter Anführung von Stanlimirovich und Nowakowich rückten 600 Aufständische am 23. Juni gegen die Stadt Weißkirchen und forderten den dortigen Oberstlieutenant Dreihahn zur Unterwerfung auf. Dieser übergab ihnen ohne allen Widerstand die Stadt mit 3 Kanonen, 215 Schießgewehren, 30 Ctr. Pulver und einer Compagnie Soldaten. Der Oberstlieutenant Dreihahn wird des Verrathes beschuldigt, indem er auch 1200 Nationalgardisten hätte aufbieten können. Von Weißkirchen rückten die Aufständischen am 24. Juni gegen Werschetz bei Temesvar, wo am 25. ein Treffen erwartet wurde. Georg Stanimirovich ist aus Serbien und in seinem Corps waren auch die meisten aus Belgrad herübergekommen.

Aufwiegler. Schon früher plünderte ein solcher Haufe in Titel im Csaikistendezirke. Dagegen lauten die Nachrichten aus Karlowitz und Neusatz erfreulicher. Ein sehr großer Theil der slavischen, croatischen und slawonischen Grenzer und Bauern haben in Folge der kais. Proclamationen die Lager bei Karlowitz und in den sogenannten römischen Schanzen verlassen und sind nach Hause gegangen. Der König hat neuerdings eine Proclamation an die Csaikisten gerichtet, in welcher er ihnen streng befiehlt, die in Titel weggenommenen Kanonen und Waffen zurückzustellen und ruhig nach Hause zu gehen. In Neusatz soll die ungarische Fahne wehen. Der Banus von Kroatien, Baron Joseph Jellachich, welcher am 20. Juni Innsbruck verlassen, soll in Agram eingetroffen seyn. Der Agitator Dr. L. Gaj dagegen soll die Flucht ergriffen haben.

Die Agramer Zeitung vom 24. Juni bringt unter der Rubrik „Neuestes" folgende Nachricht: Die Serben haben bei Rikinda einen glänzenden Sieg über ihre Feinde errungen. Sie eroberten 8 Kanonen und haben nur fünf Csaikisten und drei Serben unter den Todten, während der Feind eine weit größere Anzahl an Todten und Verwundeten hat. Der österreichische Consul in Belgrad hat gegen das Bombardement und die Gewaltthaten einen Protest eingelegt.

Italien.

Triest, 28. Juni. Heute früh wurden wir mit der Nachricht überrascht, daß die feindliche Flotte die Gewässer von Pirano verlassen habe und von der Küste aus nicht mehr sichtbar sey. Ein zur Recognoscirung ausgesendetes Dampfboot brachte die Bestätigung.

Eben erhalten wir noch ein Schreiben aus Venedig vom 25. Juni. Die Feindseligkeiten bei Fort Malghera hatten begonnen, aber bis dahin war dort kein bedeutender Erfolg erreicht.

Neapel. Die neuesten Nachrichten aus Neapel, welche am 24. Juni mit dem „Lombardo" nach Genua kamen, lauten sehr bedenklich für die Dynastie. Der Staat befindet sich in einem Zustande der Auflösung, aus welcher ihn selbst die umfassendsten Zugeständnisse des Königs zu retten nicht mehr im Stande sind. Ferdinand II. hat seinen Palast förmlich zu einem Fort umgewandelt, Kanonen vorn und hinten und sämmtliche Schweizer, trotz aller Noten Frankreichs und Beschlüsse der Tagsatzung, unschlüssig, ob sie gehen sollen oder nicht. Allein die Hoffnung auf den Sieg fangt allmählich an sie denselben. Allein die Hoffnung auf den Sieg fangt allmählich bei ihm und seiner Umgebung an zu wanken; denn täglich werden den Kisten voll Hausgeräthe und Kostbarkeiten eingeschifft, und bereits ist Louis Graf von Aquila, der Bruder St. Majestät (der Erherzog Ludwig von Neapel), mit Sack und Pack in Malta angekommen — die Ratten verlassen das Fahrzeug! Es ist für sie aber auch hohe Zeit. Zwanzigtausend Kalabresen sollen auf die Hauptstadt losmarschiren, eine unberechtigte Anzahl von Sicilianern ist, trotz der sie verfolgenden Regierungscommissionen, in Kalabrien gelandet, um mit ihren ebenmaligen Mitburgern gemeinschaftliche Sache zu machen. General Nunciante ist mit 10,000 Mann so von allen Seiten eingeschlossen, daß er gar nicht im Stande ist, irgend etwas zu unternehmen, zumal da die Kalabresen trefflich organisirt sind und, durch immer frischen Zuzug aus den andern Provinzen unterstützt, schon die königlichen Truppen an Zahl übertreffen. Man erzählt sogar von 60,000 Mann, welche die Insurgenten auf den Beinen hätten. Endlich befinden sich die aus Obercalabrien zurückgekehrten Regimenter in einem solchen Zustande der Desorganisation, daß außer den Officieren Niemand mehr gehorcht, und diese vollführen den Willen ihren zügellosen Soldaten. Es ist zu spät. Der 15. Mai wird sich furchtbar rächen.

Frankreich.

* Paris, 30. Juni. Wir haben heute nur wenig zu berichten, die größte Ruhe und Ordnung herrscht in Paris, der Tag ist die Circulation vollkommen frei, um 9 Uhr Abends wird Retraite geschlagen, eine halbe Stunde darauf kann man nur noch mit Mühe laubnißcheinen circuliren und alle Fenster der Häuser müssen beleuchtet seyn. Sonst macht sich der Belagerungszustand in Nichts fühlbar. — Gestern Morgens sind 30,000 Mann aus den Departements gekommene Nationalgarden in ihre Heimath zurückgeschickt worden, und im Laufe des Tages kamen 40,000 andere Nationalgarden in Paris an, — heute erwartet man nach den telegraphischen Meldungen die Ankunft einer gleichen Anzahl. Man weiß gar nicht mehr, wo man die Lebensmittel für alle diese wahren Leute auftreiben soll. Vier Infanterie- und ein Cavallerie-Regiment haben gestern Paris wieder verlassen.

Die zweite Legion der Nationalgarde, die am Meisten im Feuer war, hat nun ebenfalls eine Petition an die Nationalversammlung gerichtet, worin sie die strenge Bestrafung aller Urheber dieser Insurrektion, mögen sie auch noch so hoch gestellt seyn, verlangt. Amtliche Anschläge bezeichnen den 107,000 Arbeitern der Nationalwerkstätten die Orte und Stunden, wo sie ihren Wochenlohn in Empfang zu nehmen haben. Es ist ihnen nur die einzige Bedingung gestellt, daß Jeder von ihnen sich über die Art und Weise, wie und wie er die Tage vom 23. bis 27. zugebracht habe, ausweisen muß. — Die Auszahlung der Interessen der Aprozentigen Rente hat bereits begonnen.

Eine Note im Moniteur fordert alle ehemaligen Municipalgarden auf, sich bei der ersten Militär-Division zu melden. Man wird aus ihnen eine Sicherheitswache für Paris bilden. — Alle Börsenkurse sind im Steigen.

Man hat die Entdeckung gemacht, daß sich ungefähr 5000 Insurgenten des Stadtviertels St. Jacques durch die Gruft des Pantheons in die Katakomben geflüchtet haben, die sich in unabsehbarer Ausdehnung unter Paris hinziehen. Um jeder Ueberrumpelung eines Stadttheils vorzubeugen, hat man sogleich energische Maßregeln getroffen, — alle Eingänge der Katakomben sind, bis auf viere, mit Quadersteinen vermauert worden und an die offenen Eingänge hat man starke Detachements der Linie und der Mobilen gestellt, um die Herauskommenden in Empfang zu nehmen. Da die Vorstadt St. Antoine von wenigstens 30,000 Deutschen, meistens Tischlern, Schneidern und Schustern bewohnt wird, so hat sich eine große Anzahl derselben, gezwungen oder freiwillig, der Insurrektion angeschlossen. Man versichert uns, daß sich unter den Gefangenen 700 Deutsche befinden, die fast Alle deportirt werden dürften.

Man sucht nun so schnell als möglich aus dem unheilvollen Zustande des Provisoriums herauszukommen und vor Allem die Republik fest zu begründen. Zu diesem Zwecke wird ohne weitern Zeitverlust zur Discussion und Annahme der Constitution geschritten. Heute sind die Bureaux erneuert worden, Montag schon beginnt die Discussion des Verfassungsentwurfes in dem Bureaux und in der folgenden Woche in öffentlicher Sitzung.

Georges Dantan, der Sohn des berühmten Conventmitglieds ist in Arcis-sur-Aube, 55 Jahre alt, gestorben.

Auf den Befehl des Marine-Ministers werden bei Cherbourg bereits alle Kriegsschiffe ausgerüstet, die zum Transport der gefangenen Insurgenten dienen sollen. Sie werden zusammen segeln und eine Escadre unter dem Commando eines Admirals bilden. Die Deportations-Orte sind Cayenne, Pondichery und die Insel Mayothe. Die Gefangenen werden auf der Eisenbahn nach Havre und von dort auf Dampfstegatten nach Cherbourg gebracht, wo man sie sogleich an Bord der Kriegsschiffe bringt.

Wie es heißt, wird der Belagerungszustand noch 14 Tage fortdauern, da die Regierung diese Gelegenheit benützen will, um Paris endlich ein Mal von allen den entlassenen Galeerensträflingen, Vagabunden und liederlichen Gesindel zu reinigen, das sich seit der Februar-Revolution in Paris auf beunruhigende Weise vermehrt hat. Fortwährend werden von der Gensdarmerie aus der Umgegend ganze Banden von Gesangenen eingebracht, die in den Wäldern und Feldern um Paris eingefangen werden.

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Juni. Die Regierung erklärt an die Zollkammern der preußischen und österreichischen Regierung, daß das Verbot der Ausfuhr von Gold- und Silbermünzen sich nur auf die polnischen und russischen bezieht und daß die ausländischen nach wie vor aus dem Lande gehen dürfen. (D. A. Z.)

Anzeigen.

Taubstummen-Prüfung.

Am Donnerstag den 6. dieses Monats von Vormittag 9 Uhr an, wird im hiesigen Mädchen-Schulhause die Prüfung der Taubstummen-Schule dahier abgehalten, wozu hiemit eingeladen wird.

Bayreuth den 4. Juli 1848.

Freitag den 7. Juli Vormittag 9 Uhr werden in der Judengasse H.-Nr. 476, durch Hrn. Taxator Fikenscher, verschiedene Effekten, als: Betten, Bettstatte, Weißzeug, Sessel, Messing, Zinn, Kupfer und andere Gegenstände gegen baare Bezahlung versauft.

(Auctions-Anzeige.) Am Mittwoch den 26. Juli findet im Hause der Madame Sackenreuther an der Damm-Allee parterre eine Bücher-Auction statt, worüber das gedruckte Verzeichniß jetzt schon auf Verlangen ausgegeben wird.

Es ist ein Stadel stündlich zu verpachten oder zu verkaufen, Haus-Nr. 501 in der Wolfsgasse.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Im Verlage der Grh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 186.** **6. Juli 1848.**

Ueber die Ausübung des Jagdrechts, das einem Eigenthümer auf seinen Grundstücken bisher bereits zugestanden.

Das Jagdrecht auf fremden Grund und Boden ist aufgehoben und geht mit dem 1. Februar 1849 an die betreffenden Grundeigenthümer über. Jeder Grundeigenthümer, ob er das Jagdrecht auf eigenen Gründen bereits besessen oder nicht, ist dadurch gleichgestellt. — Namens der Grundeigenthümer übt nun in der Regel die Gemeinde innerhalb ihrer Bezirke das Jagdrecht durch Verpachtung aus. Nur wer einen zusammenhängenden Grundbesitz von 300 Tagwerken auf der Ebene, oder 600 Tagwerken im Hochgebirge hat, ist befugt, auf seinem Eigenthum die Jagd auszuüben. — Also muß auch, wer das Jagdrecht auf eigenen Gründen bereits besessen, inserirne ihm nicht die Ausnahmsberechtigung zusteht, vom 1. Februar 1849 an, dasselbe nach der gesetzlichen Regel ausüben lassen. **Dixi et salvavi animam!** Z.

Deutschland.

† Frankfurt, 3. Juli. Die heutige Sitzung der National-Versammlung war von geringer Bedeutung. Die Berathungen über die Grundrechte des deutschen Volks sollten beginnen; man kam aber nicht über die formellen Fragen hinaus. Der Ausschuß hatte doppelte Berathung und Abstimmung vorgeschlagen. Mehrere Mitglieder der Rechten unterstützten den Antrag, um gehörre Gründe theilen der Berathung zu erzielen. Die Linke widersetzte sich ihm, weil dadurch nur unnütz Zeit verloren würde. Die meisten Fragen seyen bereits von dem Volke mit den Waffen in der Hand discutirt worden: man laufe Gefahr, noch einmal eine solche Gefahr hervor zu rufen, wenn man nicht ungesäumt dem Volke die ersehnten Freiheiten bewillige. Ein Redner nannte die doppelte Berathung geradezu eine Sünde gegen den gesunden Verstand. Dennoch wurde sie von der rechten Seite durch die ihr zu Gebot stehende Mehrheit durchgesetzt. Ein zweiter Vorschlag ging dahin, daß am Schluß der ersten Berathung nicht namentlich abgestimmt werden solle. Die Linke widersetzte sich entschieden dem Vorschlage; sie hofft, durch die namentliche Abstimmung zu hindern, daß Mitglieder, die bei der ersten Berathung liberal gestimmt, bei der zweiten ihre Gesinnung ändern und gegen die Volkswünsche votiren möchten. Auf der rechten Seite behauptete man zwar, man habe die namentliche Abstimmung nicht zu scheuen, bei aber doch Alles auf, sie zu hintertreiben. Zum Glück stand dem Antrage die Geschäftsordnung im Wege, die doch nicht so ohne Weiteres über den Haufen geraunt werden konnte. Es mußte also die Majorität es moins volens zulassen, daß sowohl bei der ersten als zweiten Berathung namentliche Abstimmung stattfindet. Die eigentliche Debatte über die Grundrechte wird nun morgen beginnen. Der erste Artikel betrifft das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht.

Frankfurt, 3. Juli. Nachstehendes ist die Zusammensetzung der vorgestern von den Abtheilungen gewählten Ausschüsse: 1) Ausschuß für den Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der künftigen Minister: Hüppermann, Wichmann, v. Wydenbrugk, Schwartzenberg, Rauman, Herrmann, Zitz, v. Würth, Tafel aus Zweibrücken, v. Isstein, Bürgers, v. Linde, Rob. Mohl, Scheller, Muttermaier: 2) Ausschuß für die Wahlen von Thiengen und Konstanz; Zachariä von Göttingen, Fürst Lichnowsky, Edel, Reichensperger, Hollanet, Simpson von Königsberg, Wiest von Tübingen, von Linke, v. Würth, Riesser, Freudentheil, v. Sommaruga, Widmann von Düsseldorf, Adams, Dammers.

Das Frankf.-Journ. enthält ein Manifest der radical-demokratischen Partei der deutschen constituirenden Nationalversammlung an das deutsche Volk, worin die Linke sich gegen die Verantwortlichkeit des Reichsverwesers und andere Beschlüsse der Reichsversammlung ausspricht, in dem sie ein Aufgeben der Volkssouveränetät erkennen will. Am heftigsten, und nicht mit Unrecht, greift sie die Bestimmung an, daß der Reichsverweser nicht verpflichtet ist, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, da er dadurch gesetzlich unabhängig wird von der Nationalversammlung, und es nur von seinem Willen abhängen wird, ob er die Beschlüsse derselben vollziehen will oder nicht. Es hat überhaupt den Anschein, als ob das Prinzip des Siebenzehners, von Tag zu Tag mehr Anhänger in der Versammlung gewinnen wolle, wie aus den neuesten Abstimmungen über die Doppelberathung erhellt, wenn auch noch nicht im Sinne jener Frankfurter, die um die liebe Nachtruhe wieder zu gewinnen, den grauenvollen Wunsch äußern konnten, daß die Leute etwas gegen die Ruhe unternehmen möchten, um dies Gestindel ohne Gnade niederschießen zu können!

München, 3. Juli. Heute wurden zum ersten Male die Schuldscheine des neuen freiwilligen Anlehns ausgegeben; die Scheine sind von ausgezeichnet schöner Arbeit.

München, 3. Juli. Der Referent des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf, „die Einführung der Schwurgerichte betr.", Abg. von Scheurl, beantragt nach seinem uns eben zugegangenen Referate nur wenige Abänderungen des Regierungsentwurfs. In Art. I., der die Personen bezeichnet, welche zu dem Amte eines Geschworenen berufenen werden können, sollen auch noch „die bei den letzten Wahlen zu Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung, zu Landtagsabgeordneten oder zu Landrathskandidaten gewählt worden sind", als dazu befugt bezeichnet werden; dann soll die Ziffer 2 dieses Art. folgende Fassung erhalten: „2) welche

Feuilleton.

Vom Erzherzog Johann.

Es war im schönen Sommer 1843. Die Sonne stand hoch am blauen Himmel und blitzte in den Wellen des Rheines wieder, die Trauben rötheten sich unter dem gelben Laube — es war einer jener Tage, an welchem ein träumender Poet an Freund Simrock's Worte denkt:

Geh nicht an den Rhein, geh nicht an den Rhein,
Mein Sohn, ich rathe dir gut,
Da geht die Lust des Lebens so fröhlich ein,
Da wächst dir zu freudig der Muth. . .

Aber heute war nicht Zeit zum Träumen; in dem kleinen Uferstädtchen G. war Alles Leben, Bewegung und Spannung — von den alten Thurmkronen wehten Fahnen und Flaggen, Maien und Laubgewinde schmückten die Häuser, die sich neugierig durch die Breschen der zerbröckelnden Ringmauer ans Ufer gedrängt zu haben schienen, und eine bunte Menge fröhlicher Menschen im Sonntagsstaat wogte auf und ab, das ganze Gestade entlang. Da fiel ein Schuß — die hellen Glocken begannen ihr Geläute — eine Kanonen-Salve folgte und ließ das Felsen-Echo lang' rollende Donner zurück werfen; die Menschen schrieen Hoch und Hurrah! es war ein Jubeln und Tücherschwenken ohne Ende. Nur der alte Rhein rauschte nicht auf und stand nicht still — es war schier zu verwundern, daß hätten die exaltirten Menschen Zeit gehabt, auf ihn zu achten, wie er so ganz im alten Gange unter den blauen Duft verwolken dahin lief, sie hätten ihren alten Freund heute einen mürrischen Griesgram genannt, und wäre es 1848 gewesen, wie es 1843 war, so hätten sie ihn wahrscheinlich einen Republikaner geschimpft. Das ist nun zwar der Rhein keineswegs, er ist eigentlich „gut kaiserlich", aber doch hätte er derbe auf solche Vorwürfe geantwortet, glaube ich, er hätte gesagt: Laßt mich mit Eurem albernen Jubel in Ruhe! ich habe viele Dutzend solcher Menschen, wie die, denen Ihr zujauchzt, hinaufgetragen und hinab — ich sage Euch, es sind Menschen wie andere auch, nur mit dem Unterschiede, daß Ihr's durchaus nicht glauben wollt, Ihr thörichtes Volk mit Eurem Entzücken!

Sie kamen näher und näher — ein steiler Dampfer rauschte mit ihnen daher — an Mast und Flaggenstange ein Fürsten-Banner neben dem andern, die Farben Oesterreichs und der Adler Preußens. Aber ach — die hohen Herrschaften tafelten auf dem

Digitized by Google

sich durch ein öffentliches Prüfungszeugniß über ein mit günstigem Erfolg vollendetes Universitätsstudium ausweisen können". Die Worte des Regierungsentwurfs: „auf einer deutschen Hochschule den Doktorgrad erlangt haben oder ꝛc." würden sonach wegbleiben Im Art. V will Referent statt des Wortes „Gemeindemitglied" gesetzt haben: „Bewohner der Gemeinde" (denen die Einsprache gegen die Urtheilen der Geschworenen zustehen soll). Im Art VII soll es nicht der Willkür des Stadtkommissärs oder Polizeidirektors überlassen bleiben, welchen Bürgermeister oder welche Gemeindevollmächtigte er zur Zuwahl aus den Urtheilen beziehen will, sondern festgesetzt werden: „daß der erste, und in dessen Verhinderung der zweite Bürgermeister und die fünf ältesten Gemeindevollmächtigten beizuziehen seyen"; dann statt „fünf" „sieben" Wahlmänner. Wird letztere Modifikation angenommen, so ist die Zahl dann im Art. XIII entsprechend zu ändern. Eine weitere Modifikation schlägt Referent nicht vor. Aus dem Referat selbst sey hier die Stelle über den von den Geschwornen zu leistenden Eid (Art. 36) angeführt. Es heißt dort: „Von hoher Bedeutung ist die Fassung der Eidesformel für die Geschwornen, wodurch ihrem Gewissen in gerathener Kürze der ganze Umfang ihrer wichtigen Pflichten vorgehalten werden soll. Die im Art. 36 des Entwurfs enthaltene Fassung dieser Formel erscheint Referenten sehr zweckmäßig, und namentlich hält er es für sehr gut, daß darin eine ausdrückliche Hinweisung darauf sich befindet, daß die Geschwornen sich ihre Ueberzeugung durch gewissenhafte Prüfung der von beiden Seiten vorgebrachten Beweise zu bilden haben; denn so werthvoll es auch seyn mag, daß beim Schwurgericht nicht nach einer auf abstrakte Regeln dauenden gesetzlichen Beweistheorie, sondern nach dem lebendigen Gesammteindruck, die in der Verhandlungen machen, geurtheilt werde, so sehr ist doch zu wünschen, daß die Geschwornen sich gewissenhaft hüten, einen blosen dunklen Gefühle zu sehr die Oberhand zum prüfenden Verstande gegenüber bei der Bestimmung ihres Urtheils einzuräumen; und wenn es auch ungeeignet seyn würde, die Beweisregeln, welche im englischen Verfahren „durch unvordenkliches Herkommen, Vernunft und Erfahrung sanktionirt worden sind", wie die Motive sagen, unmittelbar auf unser Verfahren zu übertragen, so hofft doch Referent, daß sich von selbst auf ähnliche Weise auch bei unseren deutschen Schwurgerichten dergleichen feste, wahrhaft praktische Beweisregeln bilden werden." K. v. u. ꝛc.)

Bayreuth, 5. Juni. Heute wurden 80 Mann von jeder Compagnie des 1. Bataillons des 13. Inf.-Regiments in Urlaub entlassen: dagegen ist der Befehl, sich marschfertig zu halten, um auf Requisition nach den reußischen Fürstenthümern aufzubrechen, auf das dritte Bataillon übergegangen. Unbegreiflich bleibt sonach die Erklärung der fürstl. reuß. Landesdirektion, die wir nach einem Berliner Blatte gestern mitgetheilt haben. —

Erlangen, 29. Juni. Als auf dem letzten, in gewohnter Begnadigung huldvollst entlassenen Landtage das Ministerium wegen der Petitions- und Assoziationsrechtes interpellirt wurde, gab der Minister Heinz zur Antwort: ein gesetzliche Bestimmung darüber dränge nicht sehr, da es faktisch bestehe und sie (die Minister) der Ausübung desselben nicht hinderlich seyn würden. Welche Ansicht aber Unterbehörden davon haben, zeugen folgende Data. In Folge des Studentenparlaments auf der Wartburg legten einige Studenten hier eine Adresse an das deutsche Parlament zum Unterzeichnen auf, in der sie als ihre Ueberzeugung aussprachen, daß die demokratische Verfassung für das Vaterland die beste sey. Diese Adresse ließ der k. Stadtkommissär auf dem Zimmer eines Studenten durch einen Polizeidiener confisciren und sandte sie an die Kreisregierung ein. Sogleich veranstalteten sämmtliche hiesigen Studenten eine Versammlung, in der man beschloß, eine Deputation an den Präsidenten des Kreises zu senden und gegen diese Polizeiwillkür Garantien zu verlangen, denn wenn auch die Mehrzahl die Ansicht der Adresse sie zählte nur 33 Unterschriften) nicht billigten, so mußten sie sie, die an den Errungenschaften der Zeit auch Theil haben, gegenüber den Verirrungen der k. Proklamation vom 6. März, sich in ihren Rechten verletzt fühlen. Der hiesige Präsident gab der Deputation auf ihre Beschwerde zur Antwort, daß für das Petitionsrecht keine gesetzliche Garantie bestehe, dies bewiese der Landtagsabschied; eine ministerielle Zusage sey noch kein Gesetz, und dann stände das freie Petitionsrecht dem von jedem Studenten bei seiner Immatrikulation unterschriebenen Revers (eine von den Kautelen der lobesamen berüchtigten Karlsbader Beschlüsse bezüglich des Unterrichtswesens und der Aufsicht auf die Universitäten) ganz entgegen. Es ist aber bekannt, daß die Gültigkeit dieses Reverses auf den Antrag der Münchener Studenten hin durch Anschlag der betreffenden Universitätsverbände aufgehoben worden ist. — Die Erlanger Studentenschaft nahm diese äch burreaukratische vormärzliche Antwort des Hrn. Präsidenten mit Indignation entgegen und vereinigte sich, von dem Rechte keinen Schritt zu weichen, vorerst aber eine energische Protestation gegen solche Willkür an das Kultusministerium zu richten. — Unsere Bureaukratie bleibt auf dem alten Fuß; sie vergißt nichts, lernt aber auch nichts. Kam es doch vor, daß so ein alter bezopfter Herr bei Gelegenheit, als man auf das vom Volksparlamente ausgesprochene Recht der Freizügigkeit aller Deutschen innerhalb der vaterländischen Grenzen und auf das deutsche Parlament hinwies, äußerte, darum bekümmere er sich nicht; er wisse als Beamter nichts von Freizügigkeit und deutschem Parlament. Er halte sich an's Regierungsblatt; was er da lese, sey ihm Norm; und da habe er nichts von diesen Dingen gesunden! Scheint es doch, als ob dieser k. Polizeimann, seit die Censur aufgehoben, keine Zeitungen mehr liest, was er früher ex officio mit vieler Grandezza that. (F. J.)

Wien, 30. Juni. Die Aufsicht zu einer baldigen friedlichen Lösung der lombardo-venezianischen Angelegenheit scheint nun wieder in Frage gestellt zu seyn, da die durch den Gesandten Merckhini gestellten Forderungen der Art seyn sollen, daß die Ehre Oesterreichs deren Annahme zurückzuweisen nöthigt. Wie man aus guter Quelle erfährt, soll der Isonzo und nicht die Etsch als Grenzlinie beansprucht worden seyn. Im Ministerium ist darauf beschlossen worden, bedeutende Verstärkungen an Truppen nach Italien zu schicken, (man spricht von 30 bis 35,000 Mann.)

Wien, 30. Juni. Zufolge eines dem Kriegsministerium gestern Abends zugekommenen Berichts des Feldmarschallieutenants Baron Welden aus Treviso vom 27. Juni hat derselbe am 25. das Fort Cavanella an der Etsch unter dem Jubel der Einwohner besetzt, wodurch nunmehr Venedig auf dem ganzen Perimeter von da bis Cortelazzo eingeschlossen ist.

Wien 30. Juni. Die Nachricht von einer Verurtheilung des Grafen Zichy zum Tode war voreilig. Die Untersuchung gegen den Angeklagten ist wegen der nothwendig von der Armee einzuvernehmenden Zeugen, und in der That auch wegen der Wichtigkeit des Falles, noch nicht beendet. Es ist daher auch noch kein Urtheil gefällt worden. Wie wir hören, wird der Prozeß noch einige Wochen dauern.

Verdeck. Die geschmückte Stadt, die Lebehochrufe der Bewohner, all die Zeichen der Freude und der herzlichen Willkomms, womit das kleine Nest sich bedeckt ohne Mühe und Anstrengung zu sparen, konnten unter solchen Umständen natürlich keinen Anspruch machen, die Aufmerksamkeit zu erregen. Kein Dank, kein Gegengruß — man tafelte — da erhob sich einer der Gäste von der königlichen Tafel; es war ein alter Mann in weißer Uniform, der so merkwürdig, so fabelhaft die Etiquette mit Füßen trat — er erhob sich, trat an den Rand des Schiffes, und weit übergebeugt über den Bord grüßte er mit Kopf und den beiden Armen winkend die jubelnden „Unterthanen" am Ufer.

Wer ist das? war war das? hieß es hier rings.

Das ist der Erzherzog Johann von Oesterreich! sagte ich, und ein Hurrah hoch für Oesterreich schallte in die Lüfte.

Ich mußte erzählen vom Erzherzoge Johann. Damals konnte ein Fürst, ein König, ein Erzherzog sogar, noch ein edler, weiser, Erfurcht und Liebe einflößender Mann seyn. Es lief damals noch nicht wie heute gegen allen Sinn und Menschenverstand. Ich hatte kurz vorher in Oesterreich den Enthusiasmus kennen lernen, welcher unter dem Landvolke der steyrischen Berge, unter allen Klassen in Wien für den „Johann" lebt. Ich machte meinem begeisterten Herzen Luft, ich schilderte ihn, wie er auf seinem Brandhofe in Steyermark wirthschaftet und nichts mit der Wiener Kriskraten,- Jesuiten- und Weiberwirthschaft zu schaffen haben will, wie er im grauen Gemsjäger-Loden mit den grünen Aufschlägen in den Bergen wandert, in der Bauernhütte einkehrt und, zwischen dem Volke stehend, mit ihnen aus einem und demselben Milchnapf schöpft — ein schlichter Landmann, der nichts vor anderen Menschenkindern voraus haben will. Nur wenn es zu helfen, zu unterstützen gilt, dann ist er vornehm, dann ist er Fürst, dann ist er Herzog von Oesterreich! — Und dann seine Heirath. Die ist gar merkwürdig. Es war in einem stillen, entlegenen Posthause, mitten in den Bergen von Inner-Oesterreich und um die Zeit der Aernte. Alle Knechte waren auf dem Acker, nur der Posthalter, ein alter, von Gicht gelähmter Mann, und ein Stallknabe waren da; in der Stube saß des Posthalters Tochter, ein schlankes, kräftiges Kind der Alpenwelt, und deutzte die frische, von der Bergluft gerötherte Wange über ihr Nähzeug. Da rollt eine vierspännige Kalesche vor — der Alte kommt ins Zimmer gerollt, Roth und Schrecken in jedem Zuge.

„Der Erzherzog Johann — der Erzherzog Johann ist da — und alle Knechte fort!" (Schluß folgt.)

Digitized by Google

holenden Zeugenaussagen noch nicht so weit gediehen; das Endurtheil wird aber ohne Zweifel auf den Tod lauten, obschon dessen Vollziehung bei unsern Verhältnissen zweifelhaft ist.

Dresden, 3. Juli. In der heutigen Sitzung der **II.** Kammer erhob sich nach Vortrag des Protocolls der Staatsminister **Dr.** Braun zu folgender Ansprage an die Kammer: „Wenn auch nur für einen Augenblick, der Epoche zu machen geeignet ist, erbitte ich mir Ihre Aufmerksamkeit. Was jüngst in Frankfurt beschlossen worden ist, das ist Ihnen bereits bekannt; es ist damit erst der Grund zur Einigung Deutschlands gelegt, zur Verwirklichung der großen Idee, welche vor kurzem noch als ein Traum erschien, wenn auch als ein Traum von den Besten der Nation gekräumt. Sachsens edler Fürst zaudert nicht, den Beschlüssen der Constituirenden Versammlung seine Anerkennung zu ertheilen, der er, treu dem gegebenen Worte, bereit ist, die Rechte der Krone zu opfern, wo es gilt, die Einheit des großen deutschen Vaterlandes zu erzielen. Seine Räthe sind beauftragt, dies der geehrten Kammer zu verkündigen, und ihre Zustimmung darüber einzuholen. Indem ich das darauf bezügliche Decret dem Herrn Präsidenten überreiche, bitte ich diesen, dieses Decret der verehrten Kammer mitzutheilen.

Präsident Redwitzer nahm das betreffende Decret aus der Hand des vorsitzenden Staatsministers entgegen und richtete, nachdem das Decret durch den Secretair Kästen vorgetragen worden war, folgende Worte an die Kammer: „Meine Herren! In dieser erhebenden Stunde dieser die Begeisterung für unser großes neuerstandenes deutsches Vaterland unsern Beschluß. Ich schlage Ihnen daher vor, durch allgemeine Erhebung Ihre Beistimmung zu dem königlichen Decrete zu ertheilen. (Hier erhob sich die Kammer zum Zeichen ihrer Beistimmung bis auf die sechs Abg. Zschirner, Heldig, Wehner, Müller aus Tauta, Weigt und Evans.)

Jena, 1. Juli. Gestern feierte hier die Studentenschaft das 300jährige Jubiläum der Universität.

Hannover. Die zweite Kammer hat einstimmig gegen das Ministerium die Anklebung des Offizier-Eidabs resp. der unerschwinglichen Cautionssummen beantragt.

Hamburg, 28. Juni. Eine gestern hier eingetroffene Deutsche, welche seit 3 Jahren in Kopenhagen wohnt und vor 3 Tagen Kopenhagen verließ, theilt uns über den Zustand Kopenhagens Folgendes mit. In Kopenhagen ruht alles Geschäft, weshalb auch die deutschen Handwerksburschen anhwandern mußten, nicht aber, weil sie insultirt worden wären, denn es ist jetzt noch keinen Deutschen insultirt. Die Stimmung des Volkes ist ganz für den Frieden, Frieden unter jeder Bedingung ihrer Ansicht. — Ein mit demselben Dampfschiff kommender Schwede verschärfte uns, daß die Stimmung in Schweden Nichts weniger als gegen Deutschland sei, und daß leicht eine Revolution ausbrechen könne, wenn der König ferner der russischen Politik folge und deren Maßnahmen sich unterordne, da sie einen europäischen Krieg veranlassen würden, wobin auch schon das Anlegen eines großen englischen Lazarethes auf Gothland deute. — Der große Kosten bin ein Kriegsschiff verwandelte Säfar Godeffroy ist zu activen Kriegsdienst unbrauchbar, da das Holz splittert und die Kugel kein rundes Loch machen würde, er wird also nur zum Küstendienst brauchbar sein, ebenso wie das erste fertige Kriegsdampfboot „die Eider" welches aus einem Bugsirschiff in ein Kriegsdampfschiff verwandelt wurde.

Altona, 29 Juni. Nach zuverlässigen Mittheilungen aus Schweden wird sehr eifrig am Frieden gearbeitet. Die Anneigung der Schweden und noch mehr der Norweger gegen die Theilnahme am dänischen Kriege wächst fortwährend, und die wenigen Freunde der dänischen Sache fangen an, ihren geltweilig, auf die öffentliche Meinung ausgeübten Einfluß einzubüßen. Man sieht jetzt daß die skandinavische Sympathieen keineswegs in die Volksmassen eingedrungen sind. Damit hängt es wohl zusammen, daß weitere bedeutende Einschiffungen nach Dänemark gänzlich eingestellt sind, und was noch wichtiger ist, daß die auf den dänischen Inseln befindlichen Truppen sich in der Defensive halten und in keinem Falle das feste Land, auch Jütland nicht, betreten werden. Die eifrigen dänischen Blätter sind schon mißtrauisch gegen die schwedische Hülfe geworden, sie ist ihnen nicht kräftig genug. — **N.-Z.** Bei Flyhöt ist eine russische Flotte von 4 oder 6 kleinen Schiffen nebst einer entsprechenden Zahl kleinerer Fahrzeuge vorbeigekommen; dieselbe hat 19,000 Mann Landungstruppen an Bord. Die Richtung war nach Dänemark zu; doch glaubt man nicht, daß eine direkte feindselige Demonstration damit beabsichtigt sey.

Schleswig, 29. Juni. Einer aus Norwegen eingegangenen Nachricht zufolge sollen die norwegischen sowie die schwedischen Studenten bereits ihr die Heimath zurückgekehrt und von dem dänischen Kriegsdrange gegen uns nicht sehr erbaut sepn.

Ein zuverlässiges Schreiben aus **Apenrade vom 30.** Juni meldet Folgendes: Bei Baderslehen hat ein Recontre zwischen dem v. d. Thann'schen Corps und dänischen Truppen stattgehabt, worin Letztere geschlagen worden sind. Das v. d. Thann'sche Corps ist am 30. Morgens in Hadersleben eingerückt, die Dänen sind auf dem Marsch nach Fühnen. (D. A. Z.)

Italien.

Triest, 29. Juni. Die feindliche Flotte, welche heute früh ihren bisherigen Standort verlassen hatte und bis Cittanuova gesegelt war, hat Nachmittags wieder auf der Höhe von Pirano Anker geworfen.

Frankreich.

***Paris, 1. Juli.** Die größte Ruhe herrscht fortwährend in Paris und der Belagerungszustand ist durch alle möglichen Erleichterungen der Bevölkerung erträglich gemacht worden. Die Untersuchung wird mit dem größten Eifer betrieben und die vorläufigen Verhöre aller Gefangenen sind gestern Nachmittag beendet worden. Vierzig Rapporteurs der Kriegsgerichte, zwölf Substitute des Generalprocurators der Republik, zwei und zwanzig Instruktionsrichter, zwanzig Substitute des Procurators der Tribunale erster Instanz und acht und vierzig Polizei-Commissäre haben dieses Riesenverhör von 6400 Individuen durchgeführt. Das Vertheidigungssystem der Gefangenen ist fast durchgängig dasselbe, sie erklären, daß sie unter den Androhungen erschossen zu werden, gezwungen worden sind, Barrikaden zu bauen und am Kampfe Theil zu nehmen, alle andern Fragen beantworten sie nicht. Für die ausführliche Instruktion dieses Prozesses sind dem oben aufgezählten Untersuchungspersonale noch zehn Richter des Tribunals der Seine und 36 Offizier-Rapporteurs der Disciplinargerichte der Nationalgarde (Legion per Legion) beigegeben. Die Centralisation der verschiedenen Untersuchungen leitet der Oberst Bertrand vom 24. leichten Infanterieregimente, als von dem Generalkommando der ersten Militär-Division hierzu abgeordnet. Der Brigade-General Bourgon ist gestern an den Folgen seiner, bei dem Sturm der Barricade von La Chapelle erhaltenen Wunden gestorben.

Die von der Nationalversammlung eingesetzte Untersuchungs-Commission ist in Permanenz und soll bereits wichtige Entdeckungen gemacht haben. So stellt es sich z. B. heraus, daß am 22. v. M. nicht mehr als 10,000 Mann Linientruppen in Paris waren, daß General Cavaignac mit allen möglichen Anstrengung und den nach allen Seiten hin erfolgenden telegraphischen Depeschen am 25. Abends noch nicht über 20,000 Mann disponiren konnte und man fragt sich mit Recht, wie die Executiv-Commission, einem Complott gegenüber, das seit einem Monate vorbereitet wird, die erste und einfachste aller Vorsichtsmaßregeln vernachlässigen konnte. Aber aus diesen Thatsachen geht auch eine große Wahrheit hervor und sie ist in der Bevölkerung zur Ueberzeugung geworden, daß nämlich nur die Republik aus einem solchen Kampfe siegreich hervorgehen konnte. Louis Philipp hatte 100,000 Soldaten in Paris und nach drei Kampfesstunden schon mußte er fliehen. Ein König, welchen Namen er auch geführt haben möge, wäre bei der Energie und der Ausdehnung dieser wüthenden Kämpfes schon am 23. Abends gefallen gewesen und kein General hätte auf den Befehl eines Königs die Verantwortlichkeit für die außerordentlichen Maßregeln übernommen, die allein den Sieg möglich machen konnten. Die Republik kennt keine Hindernisse, hier ist, was geschieht, der Wille Aller oder doch der Majorität. Die Verantwortlichkeit theilt sich auf Alle und der Chef, den das Volk in den Tagen der Gefahr die höchste Gewalt gibt, erhält damit zugleich den Muth und die Kraft, diese Gewalt in der vollen Ausdehnung auszuwenden. Die französische Republik hat die Feuerprobe bestanden, — alle Prätendenten sind für immer unschädlich, selbst der Adel, die Bank-Aristokratie und jener Theil des Mittelstandes, der sich wieder nach einem Könige, als Symbol der Ordnung und Sicherheit sehnte, ist jetzt radical geheilt. Nach dem, was man in diesen Tagen gesehen und erlebt hat, kann es Niemanden in Frankreich mehr geben, der sein Eigenthum, seine Familie, seine Existenz, seine Zukunft noch unter dem Schutz eines gebrechlichen Thrones gesichert glauben kann, die Republik ist das einzige Bollwerk gegen die sociale Anarchie und erst jetzt hat der Ruf: Vive la République! in Frankreich eine Bedeutung.

Der Bankfond der Bank von Frankreich ist in den letzten acht Tagen auf 153 Millionen gestiegen.

Paris, 29. Juni. An die Stelle des Generals Changarnier der das Commando über die Nationalgarden übernimmt, soll Marschall Bugeaud wieder den Posten eines Generalgouverneurs von Algerien einnehmen. In dem Ende ist der Marschall mit den Telegraphen nach Paris beschieden worden, wo er stündlich erwartet wird.

Digitized by Google

*Französische National-Versammlung. Sitzung vom 1. Juli. Für den Gesetzesentwurf über die Bildung eines mobilen Gendarmerie-Corps in der Vendée und Bretagne wird von dem Berichterstatter auf Annahme angetragen und die Dringlichkeit gefordert. Hierauf geht die Berichterstattung über Petitionen fort. Zwei derselben erregen allgemeine Heiterkeit, die eine, in der ein Herr Barete die gesetzliche Einführung der Polygamie verlangt und die andere, in der ein Herr Meniot die Wiederherstellung des republikanischen Kalenders fordert. Ueber beide Petitionen wird lachend zur Tagesordnung übergegangen. Noch größere Heiterkeit erregt aber die Petition eines Herrn P. A. Remirre aus Corfirat, der verlangt, daß Louis Napoleon als Kaiser an die Spitze der Republik gestellt werde. Zum ersten Male seit dem 23. Juni ist heute in diesem Saale herzlich gelacht worden.

Großbritannien.

Der Globe zeigt an, daß die Lords der Stockkammer den deutschen Schiffen, welche in Folge der dänischen Blockade in englische Häfen geflüchtet sind, erlaubt haben, ihre Ladungen auf englische Schiffe überzuladen, welche sie nach den deutschen Häfen bringen werden.

London, 23. Juni. Wir vernehmen soeben, daß der österreichische Gesandte Graf Dietrichstein die verlangte Demission von seinem Ministerium erhalten und nur seinen Ersatzmann erwartet, um von seiner politischen Laufbahn abzutreten. Daß ein gewisser Hofrath den Grafen ersetzen soll, glauben wir zu Ehren des gegenwärtigen Ministeriums bezweifeln zu müssen, über denselben haben wir nur Eine Stimme vernommen, und sie war — keine günstige. Graf Dietrichstein selbst äußert, daß es ihn schmerzen würde, sein Vaterland künftig durch einen Mann vertreten zu sehen, den er zur Zeit Metternich's als einen von Jenen kennen gelernt, gegen die der Ehrenmann jeder Partei und jeder Zeit nur das Gefühl der Verachtung hegen kann. (D. A. Z.)

London, 30. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses, welche erst heute Morgen um 2 Uhr beendigt ward, hat das Ministerium eine Mehrheit von 15 Stimmen erhalten. Es verdankt dieses Ergebniß der Unterstützung Sir R. Peel's. Dieser sprach sich auch vom Standpunkte des Ministerisch gegen unterscheidenden Zuckergelle aus. Die gewöhnliche Angabe der Protectionisten: man müsse keinen von Sklaven bearbeiteten Zucker kaufen, um den Sklavenhandel nicht zu befördern, ist schon dadurch als bloßer Vorwand zu erkennen, daß doch Kaffee, Tabak und viele andere Erzeugnisse in England eingeführt werden, ohne Unterschied, ob sie mit Hülfe von Sklaven oder von freien Arbeitern zubereitet sind. Aber empörend für jedes menschliche Gefühl sind die Schilderungen über die Grausamkeit jenes Menschenhandels, welche gestern wiederum im Unterhause entworfen wurden. Die Geaul, zu welchen er in Afrika selbst Veranlassung gibt, sind zahllos. Als benutzte Mittel, Neger zu bekommen, gilt es, Feuer in einem Dorfe anzulegen und dann die Bewohner wie aufgescheuchtes Wild einzufangen! Schon im Frieden von Wien ward der Sklavenhandel das Unglück Afrika's und die Schmach Europa's genannt. Alle Anstrengungen der Engländer, ihn zu unterdrücken, mit einem Aufwande von jährlich 300,000 Pf. St., sind erfolglos geblieben, vielleicht befreien sich jetzt die Neger in Amerika auf eigene Hand.

Moldau und Walachei.

Bukarest, 22. Juni. (Attentat auf den Hospodar.) Gestern beserzte man hier allgemein eine Schreckensbotschaft. Als um 8 Uhr der Hospodar mit dem Minister des Innern eine Spazierfahrt unternahm, fuhr ein mit drei jungen Leuten besetzter Wagen hart an dem fürstlichen vorüber; die jungen Leute erboben sich in diesem Augenblicke und schossen alle drei zugleich auf Bibesco, ohne ihn jedoch zu verwunden. Die drei Kugeln wurden im Wagen gefunden; eine war mit Franzen der goldenen Epaulette des Fürsten belegt, die sie streifte. Der Thäter konnte man die heute noch nicht habhaft werden. Die Nacht verging trotz allen gehegten Besorgnissen ohne Ruhestörung.

Rußland und Polen.

Briefen aus Petersburg vom 24. Jun. zufolge war am 21. Juni dort die Cholera ausgebrochen; es waren bereits mehrere Personen an der Krankheit gestorben. Sechs große Hospitäler in verschiedenen Stadttheilen sind zur Aufnahme der Choleraktanken bestimmt und mehrere andere sollen binnen kurzem eröffnet werden. Auch in Moskau hat sich die Cholera wieder sehr heftig gezeigt. Außerdem herrscht sie in 20 andern südlichen und westlichen Gouvernements von Rußland.

Von der russischen Grenze, 27. Jun. Auch bei Suwalken und Wilkowischken haben russische Ingenieure Lager abgesteckt, doch scheint dies mehr übungsweise geschehen zu sein, als daß man wirklich die Absicht hätte, dort länger zu verweilen. Alle Truppen haben sich bis nach Süden fortbewegt, mit Ausnahme von etwa 6000 Mann, deren Bestimmung Tauroggen oder Georgenburg sein soll. Für die letztere Annahme scheint der Umstand zu sprechen, daß in Georgenburg bereits sogenannte Armeebäcker erschienen, um sämmtliche Backöfen der Stadt in Beschlag zu nehmen. Es wird ihnen ununterbrochen Brod gebacken, und man schätzt die Anzahl sämmtlicher Truppen die nach Georgenburg kommen sollen auf 3 Mann (etwa 12,000 M.). Das dortige Grenzregiment ist abgelöst und statt dessen das Regiment Prinz von Preußen eingerückt. Ein zweites Regiment wird in Szawieten in kleinen Commandos vertheilt, um jeden Versuch eines Aufstandes niederzuhalten.

Lokales und Provinzielles.

⁂ Der Einsender der Bemerkung in Nr. 178 dieses Blatts über die von Stadtmagistrate Bayreuth beschlossene Conskationsstrafe zum Schutz der Gewerbe hat die Befugniß der Polizeibehörde zur Handhabung des Gewerbschutzes, indem er sie ausdrücklich hervorhob, nicht bestreiten können, er äußerte sich einzig gegen das Mittel des Schutzes, die Conskatation. Deren Statthaftigkeit und Zweckmäßigkeit bezweifelte er. Er schloß, daß wer den Schutz der Gewerbe wünsche, welchen frühere Verordnungen sichern, diese auch dann gelten lassen müsse, wenn sie ein Maaß polizeilicher Einschreitung festsetzen und fand, daß die Wahl einer Strafe, deren Rücksichtslosigkeit auf den Grad der Verschuldung des bestimmten Falles mit Rechtsgrundsätzen schwer vereinbar ist, zum Zwecke des Schutzes der Gewerbe, deren Darniederliegen gegenwärtig Jedem leuchtende Thatsache ist, besonders zu einer Zeit eine mißlungene sey, wo ebenfalls Thatsache ist, daß Ständeprivilegien, wozu man die Zünfte ihrem Begriffe nach rechnen muß, sich der Gunst der Nichtprivilegirten nicht zu erfreuen haben. So viel auf die in Nr. 182 gegebene Erwiderung der sämmtlichen Gewerbsvorsteher Bayreuths, deren persönliche Angriffe der Einsender ruhigem Urtheile überläßt. Das erhobene Bedenken ist somit anerkannt.

Anzeigen.

Nahen und entfernten Verwandten und Freunden bringen wir die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater, der Bürger und Tuchmachermeister

Johann Albrecht Unger

Sonnabend den 1. Juli Nachmittags 3 Uhr in seinem 63. Lebensjahre durch einen sanften Tod von einem halbjährigen schmerzlichen Krankenlager erlöst worden ist. Wer seinen Biederssinn, seine Nachsichtsliebe, seine hingebende Sorge für die Seinigen kannte, wird unserm gerechten Schmerz ein stilles Beileid nicht versagen.

Bayreuth und Hof, 4. Juli. 1848.

Die Hinterbliebenen.

In der Opernstraße Nr. 167 ist ein Quartier von 2 Zimmern, 1 Alkov, Stuben- und Bodenkammer, einem verperrten Hausplatz nebst Waschekessel sogleich oder auf Martini zu vermiethen.

Ludwigs-Straße Nr. 307 ist ein Quartier, bestehend aus Stuben und Stubenkammer und sonstige Bequemlichkeiten stündlich oder auf Martini zu vermiethen.

Haus-Nr. 664 in der Jägerstraße ist die untere Etage im Ganzen oder theilweise auf Martini zu vermiethen.

Im Hause Nr. 373 in der Friedrichsstraße ist das mittlere Quartier zu vermiethen; das Nähere über 2 Treppen.

Theater-Anzeige.

Abonnement Suspendu.

Freitag den 7. Juli 1848

bei **festlich beleuchtetem** und **dekorirtem** Opernhause.

Zur Feier der Wahl eines deutschen Reichsverwesers in der Person Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Johann.

1) Große Jubel-Overture von C. M. v. Weber.
2) Prolog, gesprochen von Prechtel.
3) Tableaux: **Germania.** Motto: Friede — Einigkeit.

Hierauf:

Marie, die Regimentstochter.

Oper in 2 Akten von Donizetti.

☞ Zu Ende des ersten Akts: Großer militärischer Zug. Die Regimentstochter zu Pferde.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Bürzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer 6 pall. Zeile 4 kr.

Freitag Nro. 187. 7. Juli 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 5. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Schreiben der nach Wien abgeschickten Deputation verlesen (aus Nürnberg vom 2. d. Mts.), worin sie die freundliche Aufnahme von Seite der Bevölkerungen rühmt. — Robert Blum von Leipzig entwickelte seinen Antrag: daß der Bundestag zu einer Erklärung aufgefordert werde, warum er in dem Schreiben an den Erzherzog Johann ausgesprochen habe, daß die Regierungen im Voraus mit Wien einverstanden gewesen seyen. Der Bundestagspräsidest v. Schmerling antwortete in gereiztem, ironischem Tone: der Bundestag habe recht gut den möglichen Fall, daß der Erzherzog gewählt würde, voraussehen und sich für diesen Fall Instruktionen von den Regierungen erbeilen lassen können. Seine Aeußerung, die Linke hätte ein Zerwürfniß zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung gern gesehen, rief einen gewaltigen Sturm hervor, und der Präsident mußte v. Schmerling zuletzt zur Ordnung rufen. Ueber Blum's Antrag aber ging die Motivheit zur Tagesordnung über. Sotann begann die Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks. Der erste Artikel sagt, daß jeder Deutsche in ganz Deutschland das allgemeine Staatsbürgerrecht genießen soll. Mehrere (besonders österreichische) Deputirte wollten statt „Deutsche" einen andern Ausdruck (Angehörige Deutschlands oder dergleichen) wählen, damit die Slaven, Illyrier ꝛc. sich nicht ausgeschlossen glauben möchten. Die Versammlung fand dies jedoch überflüssig, nachdem sie bereits früher allen Nationalitäten ihre Rechte zugesichert habe. Die nächste Sitzung ist übermorgen.

München, 3. Juli. Die in der Allgemeinen Zeitung enthaltene Nachricht von der Einsetzung St. Majestät des Königs als Haupterben in den Testamente der verwittweten Kurfürstin Leopoldine ist in allen Theilen grundlos. Das fragliche Testament ist noch gar nicht eröffnet, seine Bestimmungen sind daher völlig unbekannt. Der Korrespondent der Allg. Ztg. scheint jedenfalls vergessen zu haben, daß die Verlebte zwei Söhne, alse Rotherben, nemlich die Grafen Arco-Steppberg und Arco-Zinneberg, hinterlassen hat. Ebenso beruht die Vermögensangabe sicherlich auf höchst übertriebenen Vorstellungen. (Neue Münch. Ztg.)

München, 3. Juli. Se. Königl. Maj. haben zur Verbesserung der dienstlichen und pekuniären Stellung des untern Administrations- und Kanzlei-Personals allergnädigst genehmiget, daß 1) unter Aufhebung der bisher. Verwaltungs-Aktuare I. und II. Klasse, (mit Beilassung der hierunter begriffenen dermaligen Aktuare I. Kl. in ihrem gegenwärtigen Mehrbezuge), bei den höhern Kommando- und Verwaltungsstellen und Kassen bei den größeren Kommandanstaffen von den verschiedenen Heeresabtheilungen, statt einer gleichen Anzahl von Aktuaren, im Ganzen 64 Unterquartiermeister II. Kl. mit dem für die Unterärzte II. Kl. bestimmten Rang und Gagebezug zu 400 fl. jährlich (einschließig Quartiergeld) ernannt, 2) den 40 ältesten der nach Abrechnung obiger zu Unterquartiermeistern verrückenden Regiments-Aktuare noch verbleibenden Individuen dieser Kathegorie die unterm 26. Dezember 1843 Nro. 12615 allerhöchst ausgesprochenen Zulage von monatlichen 6 fl. bei lassen, und 3) die beiden ältesten Kanzlei-Aktuare I. Klasse im Kriegsministerium zu Secretären (gleich den Divisions-Kommando-Secretären) mit einem Gehalte von jährlichen 600 fl. befördert, dann den ältesten sechs Regiments-Kanzlei-Aktuaren gleich den Verwaltungs-Aktuaren.

München, 4. Juli. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten hielt gestern Abend in Gegenwart des Ministers der Justiz und des Ministerialraths Dr. Ringelmann eine Sitzung. Der Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte gelangte zur Berathung und wurde nach umfassenden Debatten mit einigen sehr unwesentlichen Modifikationen angenommen. Der Referent hatte seine Modifikation zu Art. 1, bezüglich der Befugniß der Landtags-Abgeordneten ꝛc. zum Amte eines Geschwornen, wieder zurückgenommen; den übrigen Modifikationen desselben wurde beigestimmt. Die Regierung beabsichtigt, noch 6—7 Gesetzentwürfe den Ausschüssen vorzulegen.

G München, 3. Juli. Der Referent des außerordentlichen Gesetzgebungs-Ausschusses der 2. Kammer, Dr. v. Schenri, hat seinen Bericht über das Gesetz, die Bildung der Schwurgerichte betreffend, heute erstattet, und das Resultat der bald zu erwartenden Abstimmung wird nach seinem Vorschlage Annahme des Entwurfs mit den wenigen von ihm beantragten Aenderungen seyn. Diese Aenderungen betreffen zumeist den Art. 1, darnach soll die Kategorie der zum Geschwornenamte Fähigen vermehrt werden mit den zu Landtags- und Parlamentsmitgliedern und Landrathscandidaten gewählten Individuen; dann die Nummer 2 (nun 3) die bestimmtere Fassung erhalten; „welche sich durch ein Prüfungszeugniß über ihre mit Erfolg vollendeten Universitätsstudien ausweisen*)." Zwei kleine Redaktionsänderungen betreffen den Art. 5. (statt Gemeindezgliedern — Gemeinde-Einwohner) und Art. 20 (statt des „anspruchsfreien" bereinigte — „redneiter"). Demnach erklärt sich Referent mit den im Gesetzentwurf aufgestellten Prinzipien einverstanden. 1) Nicht jeder ist zum Amt eines Geschwornen fähig, sondern nur der, von dem man gewisse Eigenschaften — Bildung, Unbescholtenheit, Charaktersärte — präsumiren kann. Als solche sind bezeichnet, die mit einer politischen Wahl Gerechtigkeit, die durch Studien Gebildeten, und der Bürger-Mittelstand mit Ausschluß

*) Ferner soll in Städten das Wahl-Collegium aus 13 bestehen, dem Bürgermeister, den 5 ältesten Gemeinde-Bevollmächtigten und 7 Wahlmännern (Art. 7 und 13.)

Feuilleton.

Vom Erzherzog Johann.

(Schluß.)

„Der Erzherzog Johann — der darf nicht warten!" sagte das Mädchen, „ich will ihn fahren!"

Sie eilte fort, ehe noch der Alte eine Silbe erwidern konnte. Der Stallbube und der Postknecht von der letzten Station liefen die Reitspferde vor. Unterdeß holte das entschlossene Kind des Postdaltens die neue Postillon-Montur, die für Gala-Gelegenheiten verschlossen im Schranke hing, kleidete sich rasch hinein, und nach kurzer Verzögerung saß sie im Sattel, hoch zu Roß, nahm Zügel und Peitsche — und lustig rollten Reisewagen und Erzherzog weiter.

Des Erzherzogs Auge stel nach einer Weile auf die Gestalt des Postillons, der ihn fuhr. Diese leichten, schlanken Formen, diese Umrisse der Schultern, diese knappe Taille unter der dunkelrothen Uniform mit den schwarzsammtnen Aufschlägen schienen ihm auffallend. Er knüpfte ein Gespräch mit dem hübschen „Schwager" an. Dieser antwortete gescheidt und treffend — das weiche Organ machte vollends den Verräther.

„Du bist ein Mädchen!" sagte der Erzherzog endlich. Sie erschrak. „Es war Niemand auf Stundenweite, der Eure Kaiserliche Hoheit hätte fahren können!" sagte sie stockend, „der Erzherzog Johann durfte nicht warten!"

Ihr Gesicht glühte dunkelroth — der Erzherzog mußte es über alle Beschreibung reizend finden; denn das Ende der Geschichte war, daß er sagte: „Sie haben Sich meinethalb zum Manne gemacht — ich kann nicht weniger thun, als Sie zur Frau machen!" — Dazu willigte sie gern ein — wer aber nicht einwilligte, das war der Kaiser Franz, der doch auch gefragt werden mußte. In der Burg zu Wien würde man ganz anser sich geratben seyn über diese romantische Thorheit, wenn man nicht vielmehr aus vollem Halse darüber gelacht hätte. Der Erzherzog aber betrieb die Sache sehr ernsthaft; er setzte seinen Kopf darauf, und der Kaiser — mußte am Ende nachgeben; er mußte die Tochter des Postmeisters zur Baronin von Brandhof machen, und Johann heirathete sie. Seinem Sohne hat er die Stammburg der Grafen von Tyrol bei Meran gekauft: er heißt Graf von Meran — die Baronin Brandhof aber ist eine so gute Erzherzogin geworden,

Digitized by Google

der Besitzlosen. Die letztere Qualität soll sowohl eine äußere Bürgschaft für die richterliche Unabhängigkeit bieten als auch dem Besitzlosen die „Lust“ des Geschwornenamtes abnehmen. Das 30jährige Alter wird in Hinblick auf die für den Geschwornen nöthige Lebenserfahrung und Charakterfestigkeit begründet. 2) Staatsdiener und Geistliche sind ausgeschlossen. Daß hier neben dem in den Motiven angegebenen Grunde — Collision mit Amtspflichten — auch politische Erwägungen mit unterlaufen, ist leicht einzusehen und wenn auch dadurch der Jury manches werthvolle Element entgeht, wird sie dafür ein rein volksthümlicheres Institut sepn. 3) Die Reduction der Urliste geschieht durch Wahlgremien, die aus Volkswahlen hervorgegangen sind. Wenn auch dagegen manche Bedenken laut werden, daß dadurch die Geschwornen nicht aus einer wahren Volkswahl hervorgehen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß unser Entwurf die englische und weit mehr die französische Einrichtung an volksthümlicher Freisinnigkeit übertrifft. Dort wählt der unabhängige Sheriff, hier der ganz von der Regierung abhängige Präfect; bei uns wird ein Wahlcollegium die erste Reduction vornehmen, das, wenn auch nicht eigends zu diesem Zwecke, doch aus einer Volkswahl, theils zu politischen, theils zu Gemeindefunctionen, hervorgegangen ist. Das politische Moment ist mit einer Stimme prävalirend. Daß die Geschwornen nicht in einer Urwahl gewählt werden, daß das Wahlcollegium nicht ein ausschließend politisches ist, geschah in der gerechten Besorgniß, es möchten sonst bei den Geschwornen mehr die politischen Eigenschaften gesucht werden, als die eigentlich nöthigen, Charakterstärke und praktischer Verstand, 4) Der Regierungspräsident darf eine Anzahl zum Geschwornenamte Fähiger auf die Kreisliste setzen. Es hat dies kein Bedenken, weil a) die Zahl beschränkt, b) nur solche genommen werden können, welche schon auf der Liste stehen und c) die Revision des Landraths noch darauf folgt*); und hat den Vortheil, daß Fähige, die ihre Wähler vermeidet haben, sie nicht zu wählen, doch der Pflicht unterworfen werden können. 5) Der Landrath revidirt die Hauptliste auf 600; aus diesen werden 45 gezogen für jede Assise, aus welchen der Assisenpräsident 30 nimmt. Referent will diese Befugniß begutachten, um nicht Alles dem Zufall zu überlassen und in der Erwartung, daß der unabhängige Präsident nur im Interesse der Gerechtigkeit sein Amt üben werde. 6) Von den Geschwornen kann jede „Partei“ eine gleiche Anzahl verwerfen „ohne Angabe von Gründen.“ Wir hätten hier das Doppelte gewünscht a) daß eine größere Anzahl Geschworener zur Bildung der Jury nöthig wäre als 24 (Art. 31) mindestens 30, um den Spielraum für die Recusationen zu erwarten. Der einzige Grund dagegen, Ueberbürdung der Bürger mit einer Last, ist im Interesse der Gerechtigkeit und des allgemeinen Zutrauens unhaltbar und b) daß motivirte Ablehnungen zulässig sind und daß die nach Erledigung dieser Recusationen noch übrigen Geschwornen peremtorisch recusirt werden dürfen, jedoch so, daß den Angeklagten eine größere Anzahl zu verwerfen freisteht, als dem Staatsanwalt; was besonders dann billig erscheint, wenn Mehrere auf der Anklagebank sitzen. 7) Auch der Staatsbehörde steht, wegen des voraussichtlichen Einflusses des Assisenpräsidenten, ein Ablehnungsrecht zu, damit nicht solche, die überhaupt tüchtig nur bei einer einzigen Verhandlung als befheiligt erscheinen, von vornherein und von der ganzen Session ausgeschlossen werden. 8) Der Eid des Geschwornen verpflichtet ihn auf den Beweis zu sehen, nicht blos einer dunklen Ahnung zu folgen. — Dem Ausschusse der I. Kammer ist ein Entwurf vorgelegt worden, wornach einige Artikel des I. Theils des Strafcodex geändert werden. Die juristischen Präsumtionen vom bösen Vorsatz (Art. 44 ff.) fallen weg; der Richter der Thatfrage hat in jedem einzelnen Falle zu beantworten, ob Dolus, ob Culpa, ob Casus vorliege. Die Strafzumessungsgründe bleiben jedoch die Grade der Culpa (Art. 65—70). Die schwierigen und harten Bestimmungen des Rückfalls fallen weg; eine vorausgegangene Verurtheilung bildet einen Erschwerungsgrund, wobei es aber auf die Gleichartigkeit des folgenden Verbrechens nicht mehr ankommt. Dem Richter bleibt es überlassen, im Falle geminderten Bewußtseins des Inculpaten die Strafe herabzusetzen bis zu dem im Art. 96 bestimmten Minimum, und es ist dem Richteramt zurückgegeben, was nach Art. 96 der Gnade zukam, welche damit „als Keilke einer gebrechlichen Gesetzgebung“ erschien. Hiermit und mit der Herabsetzung der Strafen bei Todtschlag, wenn der Todtschläger von dem Erschlagenen gereizt wurde (81—93sehr. Todtschlag), bei Verwundungen in derselben Voraussetzung, bei mindererem und unabsichtlichen Todtschlag, bei Kindesmord, wenn die lebendige Geburt nicht nachgewiesen ist, beim absichtlichen Entleiben der Kindesleiche (wenn der Kindesmord nicht erwiesen wurde) ist der Besorgniß vorgebeugt, als würde die Jury in die Alternative gestellt, durch ihr Verdict entweder eine zu harte Strafe aussprechen oder absolviren zu müssen, lieber letzteres thun. Die Casuistik bezüglich des Kindermordes (Art. 160—170) ist mit den Präsumtionen, die auf Verbergung der Schwangerschaft gebaut sind, aufgehoben und die absolutio ab instantia fällt ganz weg. — Weitere Bedenkungen bezüglich des II. Theils des Strafgesetzbuches werden der, II. Kammer vorgelegt werden, und so hat man Hoffnung, der Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit von dem erkennenden Gericht, welches bezüglich der Thatfrage bei schwereren Verbrechen und der Presvergehen aus Geschwornen gebildet wird, bis längstens Decembder d. J. entgegen sehen zu dürfen. — Wenn irgend etwas geeignet ist, die bayerische Regierung in Mißcredit zu bringen, so sind es die Lobs ihrer Anhänger in Frankfurt im Stande. Nur eine Stimme der Mißbilligung, nicht mehr zu sagen, herrscht hier bejonders über Beseler, und dies trübt die allgemeine Freude über diesen ersten Act der sichtbaren Thätigkeit des Parlaments. Bis zum 6. August, dem 42. Jahrestag der Abdankung des deutschen (römischen) Kaisers Franz II. wird ein neuer rein deutscher Fürst, der Bruder des letzten Kaisers, die Zügel der Centralgewalt wieder in Händen haben. — Unsere Landwehr hält heute die zweite Plenarversammlung zur Berathung über den von einem Comité ausgearbeiteten Entwurf einer Landwehrordnung. Besonders die Reinerz soll sehr erschwert werden, und die Wahl der Officiere der Landwehr anheimgegeben werden. — Unsere Freischorps die theils ihre Uebungen beendigt, theils sie nächstens beendigen, werden diese Woche sich wieder vereinigen zu einem von den Studenten im Prater vorbereiteten länglichen Feste. Von den Fortschritten der Volksbewaffnung ist Alles still. Eine Ironie ist es,

*) Das Recht des franz. Präfecten ist ausgedehnt; er setzt auch solche auf die Liste, die überhaupt gar nicht auf der Urliste stehen und ohne das eine weitere Controlle folgt. so daß es sich ereignen „kann,“ daß in einer Session blos „Creaturen“ des Regierungspräsidiums auf die Geschwornenliste kommen.

wie die schöne Weiser auch, und wenn nicht so schön, doch sicherlich so liebenswürdig wie sie, und angebetet von allen, die sie kennen. Die ganze vornehme Damenwelt Wiens hat keinen Fleden auf sie zu werfen gewußt — wer Wien kennt, der weiß, was das sagen will! — —

So habe ich damals erzählt vom Erzherzoge Johann — im Jahre 1843. Welche Zeit war das! Jetzt tafeln die deutschen Fürsten nicht mehr in stolzer Unbefümmertheit, wenn das Volk Hurrah ruft. Sie fahren auch nicht mehr unter allerlei bunten Fahnen — der Erzherzog Johann hat es thuen schon lange gesagt: „Kein Oesterreich, kein Preußen mehr!“ Darum gehen wir auch keinem Andern als dem Johann das alte, rechte, weltbeherrschende Banner in die Hand, als ersten Hüter dieses Heiligthums.

Was er sonst gethan und gewirkt, das steht in den Büchern beschrieben, wo man es finden kann. Steht es nicht darin, nun, so wird es daher kommen, weil man es eben nicht all beschreiben kann, was so ein Mann in der Stille thut! Aber das sage ich: daß sein Herz so rein und lauter ist, wie das Gold in jenem Banner, und daß es ein echter Johannes ist! — wolle Gott, der nach ihm kommt sey nur noch größer denn er!

Levin Schücking.

In dem Morgenblatt theilt L. Schücking sehr interessante Aufschlüsse über ein Geheimniß der alten Zeit, über Caspar Hauser mit. Mit großer Wahrscheinlichkeit thut er dar, daß der unglückliche Räthselhafte der Sohn eines bayrischen Bischofs und einer Pensionärin im Würzburger Fräuleinstift gewesen sei. Der Sohn wurde von der Mutter unter allerlei Vorwänden entfernt und diese in Gotha auf dem Schlosse untergebracht. Durch sie kam der bekannte Polizeirath Eberhardt dem Geheimniß auf die Spur und war nahe daran, es zu enthüllen, als er vom Herzog von Coburg den Befehl erhielt, von allen Nachforschungen abzustehen. Der interessante Aufsatz bringt einen Brief jenes Bischofs, den Erben desselben, mit dem unglücklichen Ende des Zöglings in nahe Verbindung.

Kassel, 1. Juli. Bei der heute hier stattgehabten 6. Gewinnvertheilung der kurfürstl. hess. Thlr. 40 Loose sind auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen, als Nr. 41,737 40,000 Thlr.; Nr. 9310 8000 Thlr.; Nr. 9210 8000 Thlr.; Nr. 38,343 4000 Thlr.; Nr. 76,398 4000 Thlr.; Nr. 36,311, 41,741 jede 1500 Thlr.; Nr. 5244, 125,564, 125,685 jede 1000 Thlr.

Digitized by Google

wenn die Schüler der lateinischen Schule sich weigern, ihre Exerzierübungen mit hölzernen Gewehren fortzusetzen. Sie fordern wirkliche Feuergewehre, schade daß sie nicht Bürgermeister werden gegen, um sie zu tragen. — Es hat sich hier ein Gesellenverein gebildet, unter Leitung eines Literaten J. Sax, dieser so wie die schlecht besuchten Volksversammlungen gewinnen blos Gewicht durch die Hindernisse die man ihnen in den Weg legt. Alle Vereine, die nicht ein Moment von Bildung in die Wagschale legen können, haben keine Bedeutung.

München, 4. Juli. (Dienstes-Nachrichten.) Der Landgerichtsarzt **Dr. J. F. Küttlinger** zu Erlangen ist unter Verleihung der allerhöchsten Zufriedenheit seiner Bitte willfahrend für immer in den Ruhestand versetzt; der Landrichter Karl Stubenrauch zu Burgkirchen unter Anwendung des §. 19 der IX. Verf.-Beil. für immer in den Ruhestand versetzt. Der Forstmeister zu Langenberg P. Geisser wurde in gleicher Eigenschaft zu Forstamt Hammelburg versetzt; der Revierförster zu Abornberg A. v. Heyder auf das Forstrevier Eisenricht, Forstamts Weiden, versetzt, und die Revier Abornberg, Forstamts Kelmain, den Aktuar des Forstamts Bruck, J. Hermann, verliehen. Die bei den Lotterieverfassungsämtern Augsburg und Speyer erledigten Revisorsstellen wurden, ersterer dem Rechnungskommissariatsgehilfen E. Fodermaier, letzterer dem Revisionsgehilfen F. J. Müssig provisorisch verliehen.

Aus Oberfranken, 4. Juli. Es wird Denjenigen, welche dem Gang der Verhandlungen unserer Stände im Jahre 1847 mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, erinnerlich seyn, daß bei den Reichsräthen von einem Mitgliede aus Oberfranken, dem Grafen Giech, der Umstand warme Erörterung und Vertretung fand, daß diese Provinz bei der Vertheilung von Getreidevorschüssen von Seite des Aerars im Nothjahr 1846 und 1847 im Vergleich zu Unterfranken nicht nur sehr viel stiefmütterlich bedacht wurde, sondern daß diese Vorschüsse auch zu dem ungebeuren Preis von 28 und 30 fl. per Schäffel wieder zurückerstattet werden sollten und zum Theil auch wirklich wurden, während der Zurückerstattungspreis in der begünstigten unterfränkischen Provinz nicht höher als auf 16 fl. festgesetzt ward. Das damalige Finanzministerium nahm, wie der Erfolg zeigte, auf diese Klagen keine Rücksicht: es blieb bei der Einforderung des hohen Preises. Dem gegenwärtigen Finanzminister v. Lerchenfeld war es vorbehalten, auch in dieser Angelegenheit Recht und Billigkeit zu üben; denn er hat, wie man so eben vernimmt, Befehl ertheilt, künftighin erlassene allgemeine Verfügung für alle Empfänger von Getreidevorschüssen, welchen es zu schwer wird, den früher festgesetzten Preis zu bezahlen, den Zurückerstattungspreis allgemein auf 16 fl. wie in Unterfranken festgesetzt resp. ermäßigt. (K. v. u. f. D.)

Köln, 3. Juli. Auf Grund eines vom Untersuchungsrichter erlassenen Verhaftsbefehls sind heute Morgens zwischen 6 und 7 Uhr die Herren **Anneke** und **Heil-Dr. Gottschalk** gefänglich eingezogen und zugleich ist ihr Beschlagnahme ihrer Papiere verfügt worden. Nähere Aufklärung dürfte den Grund dieser von der gerichtlichen Behörde verordneten Maßregeln ist von dem weiteren Gange der Untersuchung zu erwarten. Wie es heißt, lautet die Beschuldigung auf das Verbrechen, Verschläge zum Zwecke des Umsturzes der bestehenden Regierung gemacht zu haben.

Aus Coblenz, Neuß und Pyrmont schreibt man von dort zur Feier der Wahl des Reichsoberhaupt veranstalteten Festlichkeiten. (K. Z.)

Der berüchtigte Polizeipräsident Lauterbach in Königsberg, der bekanntlich die 138 Opponenten des vereinigten Landtags Hochverräther genannt hat und damals deßhalb verklagt wurde, ist nun vom preußischen Ministerium mit 1000 Thlrn. Pension in Disponibilität versetzt worden. In Bayern sagt man noch fort mit allen Adelsehen Beamten, die, wo sie nur immer können, Adelsche Maximen zur Anwendung bringen.

Wien, 1. Juli. Die italienischen Friedensvorschläge sind von österreichischer Seite verworfen und beschlossen worden, den Krieg mit größerm Nachdruck fortzusetzen. Nichtsdestoweniger verstärkt sich das Vertrauen, und sowohl Privatpersonen als Ausländer sind Einkäufer in Fonds und Eisenbahnactien. Handel und Gewerbe stocken jedoch noch immer und leiden unter dem alleinen Druck. Die Fruchtpreise haben neuerdings etwas abgeschlagen. Man geht damit um, eine ordentliche Getreidehalle hier zu errichten. Auch die Verdoppelung ist heute entschieden worden.

Die Wiener Abendzeitung erzählt: daß Fürst Metternich unter Mitwissen des Kaiser Franz vom Czaren Alexander für eine Pensionerrespondenz jährlich mit 50,000 Dukaten bezahlt worden sey. Als Alexander starb, trat eine Erkältung zwischen dem russischen Hofe und dem österreichischen ein, bis Nikolaus in den Papieren seines Bruders jene Privatcorrespondenz auffand und den österreichischen Staatskanzler ersuchte, um fährliche 75,000 Dukaten die nichtsbestoweniger Berichterstattung fortzusetzen. Für die Donaumündungen und den Vertrag von Hunkiar Skiessi hat der Staatskanzler wahrscheinlich noch ein besonderes Honorar erhalten.

Karlsruhe, 30. Juni. Bei der heute hier stattgehabten 10. Gewinnverlosung der großherzoglich badischen fl. 35 Loose, sind jede der nachstehenden Nummern mit fl. 1000 herausgekommen, als: Nr. 10,715, 51760, 56,761, 56,763, 56,771, 56,780, 56,782, 86,232, 86,241, 86,242, 151,003, 151,025, 151,029, 160,212, 160,237, 179,102, 179,112, 284,100, 311,458, 398,586.

Italien.

Die Verbindung zwischen Piemont und Lombardei und den vier venezianischen Provinzen ist eine vollständige. Der Graf Balbo in der sardinischen Kammer angenommen; im Gesetzentwurf ist von der Hauptstadt des neuen Staats nirgends die Rede; angenommen ward er mit 127 Stimmen gegen 7. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 2. Juli. Der Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward durch die Discussion über das Municipalgesetz ausgefüllt. Herr Goudin legte im Namen des zwanzig Comités zwei Gesetzentwürfe vor, deren ersteres die Besoldung der früheren, der zweite die der jetzigen Executivgewalt regelt. Der Präsident der Executivgewalt, Cavaignac, soll darnach einen Monatsgehalt von 10,000 Frs. und jeder seiner Minister monatlich 3000 Frs. erhalten. Die Mitglieder der früheren Executivcommission erhalten für die Zeit ihrer Amtsführung einen Monatsgehalt von 5000 Frs.

Die gestrige neue Organisation der Bureaux der Nationalversammlung hat einen sehr bezeichnenden Charakter gehabt. Fast alle Präsidenten der 15 Bureaux sind aus der ehemaligen linken genommen und wie sehen unter Thiers, Dufaure, Billault, Beaumont, Barroche, Dupin d. ä., Pinlen, Tracy u. s. w. nur den einzigen Fr. Arago von der alten republikanischen Partei. Thiers nähert sich somit mit Riesenschritten der Regierung und seine Rede im 3. Bureau, bei der vorläufigen Prüfung der Verfassung machte großes Aufsehen. Er sprach gegen das in dem Eingange der Verfassung unter den Grundrechten des Volkes aufgestellte Recht zur Arbeit. Er sey dafür daß Jeder auf die Hülfe auf den Beistand der Gesellschaft rechnen könne, aber der Staat könne keine Arbeit geben, wenn diese nicht existire und es sey, wie man gesehen habe, gefährlich etwas zu versprechen, was man nicht halten könne. Er wünsche, daß man sich mit allen Socialisten in eine offene, feierliche Diskussion einlasse, daß man sie auffordere, das angeblich in ihren Besitz befindliche Geheimniß mitzutheilen, wie allen Leiden des Volkes ein Ende gemacht werden könne, — könnten sie dieses nicht, so solle man sich auch an ihre Versprechungen für die Zukunft nicht kehren, denn versprechen, was man selbst nicht beitze, heiße nur neues Blutvergießen vorbereiten. Eine Regierung könne allerdings durch geschickte Benützung ihrer Hülfsmittel, bessere Vertheilung der Steuern, besonstigung der Production die Arbeit vermehren, die Lage der Arbeiter verbessern, aber gegen große industrielle Krisen könne sie doch nichts thun, als hie und da lindern; Arbeit aus Nichts schaffen könne sie nicht. Er kündigte an, daß er sich seit lange mit einem Plan beschäftige, wonach alle Arbeiten, die der Staat brauche, immer auf jene Zeit aufgeboben werden sollten, wo die Privatindustrie durch Anhäufung der Production ihr's Stocken gerathe. In solchen Krisen sollte dann der Staat die gesparten Summen verwenden, alle unbeschäftigten Arbeiter gedrauchen und seinen Bedarf an Uniformen, Waffen, Wagen, Sätteln, Dampfmaschinen, Wäsche u. s. w. erzeugen lassen. Aber er bemerkte zugleich, daß dieses System jedenfalls dem Staate jedenfalls theuerer zu stehen kommen würde, als das bisher befolgte.

General Changarnier hat gestern das Commando der Nationalgarde von Paris übernommen und sich in den Tuilerien installirt. Sein Generalstabsdienst-Chef ist General Perrot.

Die Gazette des Tribunaux zeigt an, daß die Untersuchungscommission gestern sehr wichtige Entdeckungen gemacht und Documente erhalten habe, die vollen Aufschluß über die eigentlichen Urheber der Insurrection und den Ursprung der dazu verwendeten bedeutenden Summen gegeben habe.

Auch die Generale Frangeois und Negrand sind an ihren Wunden gestorben, so daß die Zahl der gefallenen Generale nun fünfe beträgt. General Duvivier's Zustand hat sich sehr verschlimmert und man fürchtet für sein Leben. Die schwerverwundeten Generale Bedeau, Fouchet, Lafontaine, Damesme und Korte befinden sich besser.

Digitized by Google

General Cavaignac hat die Zusammenziehung eines Lagers von 35,000 Mann bei Versailles befohlen. Ein zweites Lager von 20,000 Mann wird in der Ebene von St. Maur bei Vincennes und ein drittes von 10,000 Mann auf dem Marsfelde gebildet. Diese Lager sollen permanent bleiben, bis die außerordentlichen Umstände aufgehört haben, in denen wir uns befinden.

Aus dem Elsaß, 1. Juli. Cavaignac, der Mann des Tages, ist der Sohn eines im Exil verstorbenen Convents-deputirten der für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte. Seine Mutter war ebenfalls eine eifrige Republikanerin. Er hat somit republikanische Milch getrunken, wie man das in Frankreich zu nennen pflegt. Seiner eigenen politischen Meinung wegen ist er unter der Regierung Louis Philipps lange Zeit hintangesetzt worden; erst die Februarrevolution machte ihn zum Divisionsgenerale. Die Republik ernannte ihn zum Kriegsminister, zum diktatorischen Vollziehungsbeamten, zum Rathspräsidenten. Die allein noch über ihm stehende Würde ist: Präsident der Republik. Auch die wird ihm zuerkannt werden, sowie der Constitutionsentwurf genehmigt ist. In der Nationalversammlung hat er nur eine kleine Partei gegen sich, die ehemalige byzantinische Linke. — Die Veränderlichkeit der Volksgunst hat noch nie ein schlagenderes Beispiel geliefert, als an dem jetzt fast verschollenen — Lamartine. Mehrere Journale zählen dessen Fehler auf, und rathen Cavaignac, von allen Dem das Gegentheil zu thun, um sich in der öffentlichen Meinung aufrecht zu halten. Stoicismus für Epikuräismus, Schweigsamkeit für Vielredenerei, republikanische Tiefe für chevalereske Leichtigkeit wird von der Demokratie parisiane dem jetzigen Chef d'Etat empfohlen und zugetraut. (Tidask.)

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Juni. In ganz Polen ist Alles vollkommen ruhig; kein Mensch denkt diesseit der preußischen Grenze an eine revolutionaire Erhebung, da die Regierung in den letzten Wochen immer freisinniger(!) geworden ist und das Volk durch öffentliche Versammlungen, Schauspiele ꝛc. heiter zu stimmen sucht. Seit den letzten Wochen ziehen sich hier und in der Umgegend Truppen zusammen. Man giebt die Zahl derselben auf 150,000 Mann an. Von heute an soll aller commerzielle Verkehr mit Deutschland aufhören. (D. A. Z.)

Türkei.

Die neueste Wochenpost aus Konstantinopel vom 21. Juni meldet wieder einen verheerenden Brand in Pera, durch welchen 3000 Häuser in Asche gelegt wurden. Die Cholera greift fortwährend bedeutend um sich.

Lokales und Provinzielles.

Thierstein. (Eingesandt.) Allgemeine Indignation erregte dahier kürzlich die rohe, brutale Behandlung eines Gerichtsbeamten, der einen unbescholtenen, allgemein beliebten und geachteten jungen Mann aus dem einfachen Grunde 6 Stunden einsperren ließ, weil er seinen zu seiner Reise bieher unentbehrlichen Stock (Rohr) mit in's Amtszimmer brachte. Diese und unzählig ähnliche brüske Handlungen werden diesen höchst unbeliebten und namentlich in Bezug auf seine auf Unkosten der armen von ihm schonungslos behandelten Unterthanen gegründeten Geldgierde allgemein verhaßten, auch selbst bei höherer Stelle in keinem hohen Vertrauen stehenden Beamten zur Genüge karakterisiren; so daß man wahrlich in Zweifel gerathen möchte, ob er nicht eher als Sklavenaufseher mit einer Knute auf einer Pflanzung, wo er die Menschen wie das Vieh behandeln könnte, an seinem Platze stünde. Ja in der That, uns're Gebirgsgegend scheint zu einer wahren Strafcolonie ausersehen zu seyn, da man sich an diesen gutmüthigen, braven Naturbewohnern so manchen Spaß erlaubt. Möchte doch endlich einmal mehr Rücksicht durch eine tüchtige Besetzung von Beamten dahier und durch Abhülfe der vielen Klagen und Beschwerden der gedrückten Bewohner auf unsere von sehr vernachlässigte und fast in Acht stehende Gegend genommen werden, damit nicht eine Einsicht vielleicht „zu spät" kommen dürfte.

Einer für Viele.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtmagistrat ist die Stelle des ersten rechtskundigen Bürgermeisters in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle, mit welcher vorläufig, namlich auf die Dauer des Provisoriums, ein jährlicher Gehaltsbetrag von 1200 fl. verbunden ist, haben ihre Gesuche, mit den vorschriftsmäßigen Zeugnissen versehen, binnen sechs Wochen, von Heute an gerechnet, dahier einzureichen.

Bayreuth, den 4. Juli 1848.

Der Magistrat der Königlich Bayerischen Kreishauptstadt Bayreuth.
Heumann. Haß.

Anzeigen.

„Excitationis zur Genügeerfüllung des hochgeehrten Königlich Bayerischen Kreis- und Stadtgerichtlichen Auftrages, d. d. Bayreuth am 6. April h. a. an den Königlich Bayerischen Advokaten Herrn Lunkenbein zu Hof, für meine Rentenanerkenntnis in den Gütern Münchenreuth und Hartmannsreuth in den Worten heute an den Königl. Advokaten Lunkenbein in Hof der Auftrag ergieng, dem Herrn Hauptmann August Freiherrn von Fellitzsch seinem Rentenantheil hinaus zu bezahlen"

haben noch nicht die gerechte Satisfaction aus der Finsternis zum Lichte bringen können, so wird derselbe zur Befolgung obiger hochgeehrten Gerichtsweisung andurch aufgefordert.

Münchenreuth, den 3. Juli 1848.

August Freiherr von Fellitzsch.

Schiffsexpeditionen

nach den Vereinigten Staaten von

Nordamerika.

Am 15. Juli das dreimastige Schiff **Johannes**, Capitain Kleckgeter.
Am 1. August das dreimastige Schiff **Agnes**, Capitain Arendfeld.
Am 15. August das dreimastige Schiff **Republic**, Capitain Tegeler.
Am 1. September das dreimastige Schiff **Minna**, Capitain Dannemann.

Die herrliche Einrichtung dieser Schiffe, besonders für Cajüten-Passagiere, haben denselben nach jedes Jahr den Vorzug verschafft, und können Ueberfahrts-Verträge durch den unterzeichneten Agenten zu jeder Zeit abgeschlossen werden.

Bayreuth, 1. Juli 1848.

H. M. Wilmersdörffer.

Mittheilung.

Ihre Güte halten mir zu gut, daß ich nach Anzeige meine kleine Feuersäule auf dem Maunfleckten, eingetretener Hindernisse wegen, nicht anzünderte. Indeß habe ich Bewilligung erhalten, solche auf dem untern Marktplatz aufstellen zu dürfen; was nun heute Freitag Abend nach 9½ Uhr geschieht. Bitte um gütigen Besuch.

Carl Fischer.

Karlsbader Schloßbrunn, Mühlbrunn und Sprudel, Saidschitzer, Püllnaer und Friedrichshaller Bitterwasser, Emser, Wellbacher, Ragozzi, Marienbader Kreuzbrunn, Eger Franzbrunn und Salzquell, Geilnauer, Wilsauer, Pyrmonter und Adelheidsquell frische Füllung bei

F. G. Reintsch.

Bei Büttnermeister Krämer ist das mittlere Quartier, bestehend in 6 heizbaren Zimmern, 2 Kabinetten, 2 Hauskammern, 2 Küchen und allen sonstigen Bequemlichkeiten auf Jakobi oder Martini, im Ganzen oder getheilt, zu vermiethen.

Ein Quartier mit oder ohne Meubles ist stündlich im Hause Nr. 17 zu vermiethen.

Theater-Anzeige.

Abonnement Suspendu.

Freitag den 7. Juli 1848

bei **festlich beleuchtetem** und **dekorirtem** Opernhause.

Zur Feier der Wahl eines deutschen Reichsverwesers in der Person Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Johann.

1) Große Jubel-Doctture von C. M. v. Weber.
2) Prolog, gesprochen von Prechtel.
3) Tableaux: **Germania.** Motto: Friede — Einigkeit.

Hierauf:

Marie, die Regimentstochter.

Oper in 2 Akten von Donizetti.

☞ Zu Ende des ersten Akts: Großer militärischer Zug Die Regimentstochter zu Pferde.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Bürrbarger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 188. 8. Juli 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Juli. (Ausführlicher Bericht der 31. Sitzung der deutschen konstituirenden National-Versammlung.) Der Art. 1 des Entwurfs der Grundrechte des Volkes, über welcher die Berathung heute eröffnet wurde, lautet: §. 1. „Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, übt er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat. §. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen — vorerst unter denselben Bedingungen, wie die Angehörigen des betreffenden Staates, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinen unbescholtenen Deutschen verweigert werden." Minoritäts-Erachten: 1) „Einer besonderen Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen deutschen Staates bedarf es für den Deutschen nicht, sondern er erwirbt alle Rechte der Eingebornen durch die feste Niederlassung in dem Lande. (Waitz, Tellkampf, Hergenhahn, Schüler, Detmold, Wippermann, Athenis, Beckerath, Droysen). 2) Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine anderen Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen (Mühlfeit, R. Mohl, Audrian, Lassaulx). Abg. Biedermann beantragt und begründet, um die Unbestimmtheit des Begriffes des deutschen Staatsbürgerrechts zu beseitigen, folgende Fassung: §. 1. Jeder Eingeborne eines deutschen Staats hat das allgemeine Staatsbürgerrecht und genießt fortan dessen in jedem deutschen Staate die Rechte eines Eingebornen. 1. 2. Die politischen Rechte übt jeder Deutsche in dem Staate, wo er seinen Wohnsitz hat. Die Wählbarkeit zur Reichsversammlung ist an keinen Wohnort gebunden. §. 3. Ueber die Ertheilung des deutschen Staatsbürgerrechts an Ausländer, sowie über den Verlust desselben, wird ein Reichsgesetz Bestimmungen treffen. Der Abg. Fritsch beantragt: Die Einleitung des Entwurfs wurde, um Mißverstehen und falschen Auslegungen über den im Entwurfe gebrauchten Ausdruck: „deutsches Volk" bei den nicht deutsch sprechenden Volksstämmen Deutschlands vorzubeugen, besser lauten: „Alle Volksstämme in Deutschland, sie mögen deutsch seyn, reden oder nicht, haben nachstehende Grundrechte. Sie sollen den Verfassungen" u. s. w. im Entwurfe. Art. 1. §. 1. Jeder selbstständige Angehörige des deutschen Bundesgebietes hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht u. s. w., im Entwurfe §. 2. Jeder Angehörige eines deutschen Staates, — so weit dieser Bestandtheil des Bundes ist — hat das Recht, in jedem andern deutschen Staate unter denselben gesetzlichen Bestimmungen, wie sie für dessen Angehörige bestehen, sich aufzuhalten, ansässig zu machen, Liegenschaften zu erwerben, über sie zu verfügen und jede Beschäftigung auszuüben. Unter eben diesen Bestimmungen kann er auch das Heimaths- oder Gemeindebürgerrecht in einer Gemeinde erlangen. Rechtspersonen des einen Staates werden in Bezug auf Erwerb und Verfügung über Grundeigenthum den einheimischen Rechtspersonen gleichgeachtet. §. 4. Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, sind im Wege der Staatsgesetzgebung auch Gründen des öffentlichen Wohles zulässig. Die Rechtsgewalt hat aber darauf zu halten, daß bei Umbildung der Gesetze über Erwerb von Grund und Boden und Verfügung über denselben, in allen einzelnen Staaten gleichförmige Grundsätze durchgeführt werden. §. 4. Jeder unbescholtene Bürger des deutschen Reichs erwirbt das Staatsbürgerthum eines einzelnen deutschen Staates auch schon durch die Anfässigmachung oder durch den Antritt eines bleibenden Wohnsitzes in einem solchen Staate; immer aber erst nach Erlangung eines Gemeindebürgerrechtes in diesem Staate. Durch ein künftiges Reichsgesetz sollen die Grundsätze festgesetzt werden, auf denen die Anordnungen der einzelnen Staaten über Heimathsrechte oder Gemeindebürgerthum zu beruhen haben. §. 5. Die Strafe ꝛc., wie §. 4 des Entwurfes. §. 6. Die Auswanderfreiheit kann von keinem Staate des Bundes beschränkt, und es dürfen auch Abzug- oder Absahrtgelder nicht ferner erhoben werden. Zur Leitung und Ueberwachung der Auswanderung nach außereuropäischen Ländern wird von Seite des Regierung des Bundesstaates das Angemessene vorgesehrt werden. §. 7. Jeder Deutsche genießt auch im Auslande den Schutz des deutschen Reiches, und ist überall berechtigt, die Hülfe der deutschen Gesandtschaften oder Konsulate gegen rechtswidrige Beschränkungen seiner Freiheit und seines Eigenthums in Anspruch zu nehmen. §. 8. Jeder selbstständig Angehörige des deutschen Reiches behält sein deutsches und sein besonderes Staatsbürgerrecht auch im Auslande so lang, als er nicht Bürger eines anderen Staates geworden ist." — Ein weiteres Amendement entwickelt der Abg. Neumann: „§. 1. Jeder Staatsbürger eines deutschen Staates besitzt das allgemeine Staatsbürgerrecht für Deutschland. Die ihm — (wie im Entwurf bis „Wohnsitz hat.") §. 2. Das allgemeine Staatsbürgerrecht für Deutschland gibt in jedem deutschen Staate dieselben Rechte, welche die Staatsbürger dieses Staates besitzen. §. 3. Der Uebertritt aus einem deutschen Staate in den andern ist an die Aufnahme in eine Gemeinde allein gebunden. Die Aufnahme in eine Gemeinde kann einem deutschen Staatsbürger nur wegen Erwerbsunfähigkeit verweigert werden." — Ferner schlägt Abg. v. Diesfau folgende Fassung vor: „§. 2. Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und in jedem deutschen Orte seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften zu erwerben, Nahrungszweige zu betreiben und das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. §. 3. Jeder Deutsche wird Bürger eines jeden deutschen Staates, in welchem er seinen wesentlichen Aufenthalt nimmt, ohne daß es einer besondern Aufnahme in dessen Staatsbürgerthum bedarf." Endlich stellt Abg. Jacob Grimm den Antrag, statt Art. 1. folgenden einzuschalten: „Alle Deutschen sind frei und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei." — Jordan aus Berlin war der Meinung, dieser Antrag solle, als wuchig, an der Spitze eines deutschen Grundgesetzes zu stehen, durch Acclamation angenommen werden; die Versammlung beschloß jedoch, die regelmäßige Reihenfolge der Berathungen einzuhalten. Jordan wünscht eine nähere Bestimmung des Namens: Deutscher. Derselbe könne einerseits im allzu kosmopolitischen Sinne (in welchem er selbst die Deutschen in Nordamerika und den russischen Ostseeprovinzen umfassen würde), andererseits in allzu engem Sinne aufgefaßt und dadurch bei Andersredenden, (Slaven ꝛc.) Mißtrauen erweckt werden. Die wichtigste Definition wäre: „Jeder ist ein Deutscher, der auf deutschem Gebiete wohnt." Diejenigen welche den Standpunkt der Nationalität für unverwünscht geworden, für überwunden hielten, setzen in einem großen Irrthum befangen; sie hätten aber einstheils darin Recht, daß die Nationalität nicht mehr die Sprache, die Abstammung, sondern durch den politischen Organismus bedingt werde. „Wir erheben das Wort „„Deutscher"" vom feiner engen zu einer höhern Bedeutung, zu einem politischen Begriff, indem wir sagen: „„Jeder Angehörige eines deutschen Staates ist ein Deutscher"". Wenn sie es erst heißen, werden sie es auch seyn. Wir können einen Staatsorganismus bilden, wie er bisher in der Welt noch nicht existirte, indem wir verschiedene Nationalitäten zu einem Ganzen vereinigen. Alle Angehörigen Deutschlands, ohne Unterschied ihrer Abstammung und Sprache, seyen fortan inbegriffen in dem Namen Deutsche." — Zu dem Antrend: „Jeder Deutsche", waren eine Anzahl Amendements vorgeschlagen, wonach gesetzt werden soll: „Jeder Angehörige Deutschlands", „Jeder dem deutschen Bundesgebiet Angehörige" ꝛc. Beseler erklärte im Namen des Ausschusses, derselbe habe geglaubt, daß es einen Fortschritt bezeichnen würde, wenn man Staatsbürgerthum und Nationalität in dem Namen „Deutscher" vereinige, gleichwie das französische Gesetz nur von Franzosen, das belgische von Belgiern spreche. Ghistra wendet ein, daß die Slaven und Italiener unter Deutschen nur Denjenigen verständen, welcher deutsch spreche. Diese Fassung würde daher bei jenen Stämmen Besorgnisse erwecken, zu deren Beseitigung er nach den Worten: „Jeder Deutsche" die

Digitized by Google

Einschaltung vorschlägt: „worunter überhaupt jeder Angehörige eines einzelnen Staates in Deutschland verstanden wird.“ Venedey dagegen will keine andere Bezeichnung, als „Deutscher.“ Auch in Frankreich und England gebe es verschiedene Nationalitäten; aber Jeder wisse dort, daß er Franzose oder Engländer sey. Im Anfange setzen Mißverständnisse möglich, aber in 14 Tagen werde es allgemein verstanden werden. Jaup und Marcd sprechen sich im Sinne Ghikstra's, Scheler und Michelsen für Beibehaltung des Ausdrucks: „Jeder Deutsche“ aus, ebenso Werner und Simon aus Breslau, welcher bemerkt, wenn Deutschland sich als ein Volk von 45 Millionen vor die Welt hinstelle, dürfte es sich seines Namens nicht schämen. Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung, es bei der Fassung des Ausschusses („Jeder Deutsche“) zu belassen. Die Berathung wendete sich dann zu dem übrigen Inhalt des Art. 1. Die Bestimmung, daß Jeder das Wahlrecht da üben soll, wo er seinen Wohnsitz hat, wurde von mehreren Seiten ungenügend gefunden. Raumerk schlug vor: „an dem Ort, wo er sich aufhält“, Besendonck: „wo er sich 14 Tage aufgehalten“, wobei besonders die Verhältnisse der Militärpersonen, Handwerker u. s. w. zur Sprache kamen. v. Linden aus Schlägt die Fassung vor: „wo er seinen persönlichen Gerichtsstand hat“. Hermann u. A. wollen die Bestimmung hierüber dem künftigen Wahlgesetz überlassen. Die weitere Berathung wird bis zum 6. d. vertagt. (Z. J.)

Der Ausschuß der Reichsversammlung für die Bedrangelegenheiten stellt in seinem eben vollendeten Bericht folgende Anträge: I. „Eine hohe Nationalversammlung wolle die deutschen Regierungen durch den Bundestag einladen lassen, ihre Bundescontingentstruppen nach Verhältniß der Waffengattungen auf diejenige Zahl zu bringen, welche dieselben nach Maßgabe des bestehenden Provisoriums bei der gegenwärtigen, durch die letzte Volkszählung festgestellten Bevölkerung wirklich haben müssen, die Aufführung dieser Maßregel aber in möglichst kurzer Frist zu sichern.“ II. „Eine hohe Nationalversammlung wolle ferner beschließen, die einzelnen deutschen Regierungen einladen zu lassen: 1) so schnell als möglich die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Volksbewaffnung vornehmen zu lassen, deren Grundzüge die in Arbeit begriffene stillgemeine Wehrverfassung demnächst enthalten wird, 2) in Betracht, daß diese allgemeine Volksbewaffnung sie schnell und so genügend, als die Verhältnisse es erheischen, nicht wird ins Leben treten können, als ersten Bann dieser Volkswehr 340,000 Mann des Bedürfniß in folgender Maßgabe in bereiten Stand bringen zu lassen. Die verlangte Verstärkung von 340,000 Mann, nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen deutschen Staaten repartirt, wird durch die betreffenden Regierungen sofort auf gesetzlichen Wege zur Aushebung desfignirt — (ohne einstweilen wirklich ausgehoben zu werden) — wobei freiwillige Anmeldungen zu erleichtern sind; diese so desfignirten Mannschaften werden, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu behindern, in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, so weit als thunlich, in Compagnien in taktischen Bewegungen kriegsmäßig geübt; — es wird setzet durch die unter den Waffen befindlichen Bundestruppen die Bildung einer hinreichenden Anzahl kleinerer Kadres vorbereitet, welche bei Ausbruch eines Krieges der eben bezeichneten, neu aufzubietenden Volkswehr von 340,000 Mann als Anhaltspunkt ihrer ferneren Formation dienen. Die deutschen Regierungen werden endlich ersucht, ohne Verzug und ohne Unterbrechung zur Beschaffung von Waffen, Munition und nothwendigster Beleidung für diese Bestimmung aus der Volkswehr Sorge tragen zu wollen.

München, 4. Juli. Dem Vernehmen nach hat Se. Majestät der König an den Erzherzog Johann von Oesterreich ein eigenhändiges Beglückwünschungsschreiben gerichtet und darin den dringenden Wunsch ausgesprochen, die dem Erzherzog durch das allgemeine Vertrauen Deutschlands übertragene hohe Würde eines Reichsverwesers von demselben angenommen zu sehen.

München, 3. Juli. Die Veteranen des bayerischen Heeres, welche die Feldzüge der 90er Jahre bis incl. 1812 mitgemacht haben, erhalten ein Denkzeichen, aus einem ehernen Kreuze in Form des ludwigsordens bestehend; es wird an einem farbenen Band getragen, dessen Farben jene des Ludwigsordenslandes sind, mit dem Unterschiede, daß der breitere mittlere Theil himmelblau, die Ränder aber karmesinroth werden. Die Inschrift ist auf der Averseite „Max II., König von Bayern,“ auf der Reverseite „den Veteranen des bayerischen Heeres.“ Anspruch darauf haben alle Diejenigen, welche den Feldzügen im Kreidraren Stande beigewohnten und sich nicht durch entehrende Strafen dieser Auszeichnung unwürdig gemacht haben. (K. v. u. f. D.)

+ Hof, 6. Juli. Wie in andern Städten hat sich auch hier ein Comité zur Sammlung freiwilliger Beiträge zur Begründung einer deutschen Flotte gebildet und es ist von der hiesigen Einwohnerschaft bereits die Summe von 651 fl. 24 kr. baar eingegangen. Die Sammlung ist noch nicht geschlossen, da noch weitere Beiträge zu hoffen sind.

+ Bandsiedel. Wie auch aus der ganzen Erzählungsweise des Abgeordneten, welcher in Nr. 185 der Bayreuther Zeitung seinen Wählern unter andern auch die Neuigkeit mittheilt, „daß der „Wahldezirk Bunsiedel **ultrarepublikanisch** ist, indem dessen „Abgeordneter überall mit der äußersten Linken gestimmt hat“, unverkennbar hervorgeht, daß er diese Nachricht nur zum Scherz gebe und damit wohl weniger politische Gesinnung der Bewohner des Wahlbezirks, als die seines Abgeordneten, des berühmten Verfassers der Eidhuld, seinem witzigen Urtheile unterstelle, so muß man sich doch, um möglichstem Mißverstehen einzelner Leser vorzubeugen, von hier aus gegen diese Aeußerung einschieden und auf's Bestimmteste verwahren. Die Bewohner hiesiger Stadt und ihres Gerichtsbezirks huldigen dem Fortschritt in der Entwicklung unseres deutschen Volksliedens und würden auf die bereits zugestandenen, auch theilweise schon gewährten Rechte um keinen Preis verzichten, aber sie haben auch die feste Ueberzeugung, daß der Besitz der erlangten Freiheit und alles aus ihr noch zu erringenden Vortheile nur auf der Basis des Gesetzes und der Ordnung, welche durch eine für die gegenwärtigen Zustände passende Staatsverfassung — und dafür hält die bei weitem überwiegende Mehrheit unserer Bewohner die constitutionelle Monarchie — geschützt werden kann. In diesem Sinne wurde denn auch bei der am 28. April d. Js. stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten für Frankfurt a. M. von den sämmtlichen hier anwesenden Wahlmännern die Forderung gestellt, daß jeder von den sich meldenden Candidaten sein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen habe. Diesem Ansinnen wurde unter andern auch von Seite des Herrn Dr. Blumröder aus Kirchenlamitz entsprochen. Nachdem er die wiederholt an ihn gestellten Fragen: „ob er die Sache der konstitutionellen Monarchie in Frankfurt vertreten wolle?“ zuletzt mit einem bestimmten und entschiedenen Ja! beantwortet und erklärt hatte, „er würde, wenn er gewindert wäre, aus Rücksichten für Vernunft und Freiheit diesem Versprechen nachzukommen, sein Mandat in die Hände seiner Wähler zurückgeben, man möge nicht weiter in ihn dringen“, so wurde er zum Abgeordneten gewählt! — Ob nun dessen Abstimmungen, die von Augen- und Ohrenzeugen bisher mitgetheilt worden sind, von jenen die öffentlichen Blätter berichten, mit diesen Erklärungen und Zusicherungen übereinstimmen, oder ob Herr Dr. Blumröder im Falle der Aenderung seiner Ansichten dem Versprechen dinstichtlich seines Mandats hätte nachkommen sollen, muß man der Beurtheilung des Publikums überlassen, das sich in seinem Falle durch die Nachricht des Herrn Abgeordneten aus Bayreuth allein zu der obenangeführten Schlußfolge wird bestimmen lassen.

In Landau fanden wiederholt am 30. Juni und am 1. Juli Militärexercirplatz statt, die am letzteren Tage bis zu einem förmlichen zwischen den sämtlichen Regimentern anwesenden, in welcher von beiden Seiten Gebrauch von den Schußwaffen gemacht wurde, wodurch neun Verwundungen — keine Tödtung — erfolgten. Durch Versetzung des dort garnisonirenden Bataillons des 6. Linien-Infanterieregiments nach einer anderen Garnison wurden die Exercise beendigt.

Berlin, 4. Jul.. Eine Beschaft des Staatsministeriums an die Nationalversammlung wird beim Beginn der heutigen Sitzung verlesen. Es betrifft dieselbe die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes bei Criminal- und fiskalischen Untersuchungen, wie bei Injurienssachen, worin der Verfassungsausschuß ein Gesetzentwurf vorgelegt wird. Am Ministertische selbst bei Eröffnung der Sitzung ein Fauteuil, was auf den Beginn einer neuen Cabinetskrisis hinzudeuten scheint, und man sieht den Unterrichtsminister Hrn. Robbertus seinen Platz unter den Abgeordneten wieder einnehmen, welchen er sich im linken Centrum erkundet. Zur Lösung dieser Räthsels erhebt sich alsbald der Minisiterpräsident v. Auerswald und zeigt der Versammlung an, daß Hr. Robbertus wegen einer Meinungsverschiedenheit in einer bestimmten Frage seine Entlassung gegeben und der König sie angenommen habe. Der Conflikt betraf die Behandlung der deutschen Angelegenheiten, in den vollständige Uebereinstimmung nicht zu erreichen gewesen. Das Staatsministerium sey allerdings darin einstimmig gewesen, daß die Begründung eines einigen, starken Deutschlands das sey zu erstrebende unverrückbare Ziel sey; dagegen sey es nicht gelungen, über die dahin führenden Wege zu einer völligen Vereinigung zu kommen. Für die kurze Zeit der Erledigung des geistlichen Ministeriums sey der geh. Ober-Regierungsrath v. Ladenberg mit der provisorischen Leitung beauftragt worden. Schließlich fügte der Ministerpräsident noch hinzu: daß die günstige Gestaltung der öf-

Digitized by Google

sentlichen Angelegenheiten in Deutschland es dem Staatsministerium zur Pflicht mache, der Versammlung wie dem Lande seine Auffassung dieser Angelegenheiten darzulegen, weshalb er sich am Schluß der heutigen Sitzung eine Mittheilung darüber vorbehalte. Hr. Robbertus bestätigte das Obige über seinen Austritt und fügte hinzu, der Fortbestand des Ministeriums sei dadurch nicht gefährdet, und er habe gegründete Ursache, denselben auch künftig seine Unterstützung widerfahren zu lassen. — Am Schlusse der Sitzung erhebt sich der Minister-präsident v. Auerswald zu folgender Erklärung: Das Ministerium habe mit dem ersten Augenblicke seines Eintretens die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands zum Gegenstande seiner ernstesten Aufmerksamkeit gemacht, und die Erscheinungen der jüngsten Tage nach dieser Seite hin in ihrem ganzen Umfange zu erkennen getrebt. Die Regierung des Königs sey wie die Nationalversammlung von der Nothwendigkeit überzeugt gewesen, eine provisorische Executivgewalt in Deutschland aufzustellen und zum Träger derselben einen Reichsverweser zu ernennen. Dieses bedeutungsvolle Amt sey jetzt dem Erzherzog Johann übertragen worden, dessen edle und volksthümliche Persönlichkeit eine sichere Gewähr für das deutsche Volk wie für seine Regierungen biete, und dem auch die preußische Regierung um so lieber ihre Zustimmung gebe, als für diesen Fürsten eine so große und entschiedene Stimmenmehrheit in Frankfurt sich ausgesprochen habe. Die Regierung hoffe, daß dieser Wahl auch durch die Annahme des Erzherzogs Johann werde entsprochen werden. Preußen habe nichts zu erinnern gefunden gegen die Attribute, welche ihm in der deutschen constituirenden Versammlung beigelegt worden seyen, sehe aber voraus, daß es bei jener den Reichsverweser übertragenen Machtvollkommenheit doch nicht für alle Fälle an die vorgängige Genehmigung desselben gebunden seyn werde, da dies unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen Deutschlands sonst leicht verderbliche Folgen nach sich ziehen könnte! Wenn übrigens diese hochwichtige Angelegenheit ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen geordnet worden sey, so erhebe man die Verantwortung dazu in der gegenwärtigen gefahrvollen Lage Deutschlands und hege die Ueberzeugung, daß alle Regierungen deutscher Stämme ihre Zustimmung zu diesem außerordentlichen Verhalten geben werden, ohne eine Consequenz für die Zukunft darin anzuerkennen. Man sey der Ansicht, daß das Werk der deutschen Nationaleinheit durch den Geist der Eintracht gefördert werden möge. Es gelte ein Haus zu bauen, das wirklich bestehen solle. Die nachfolgenden Abschnitte werden daran zu erkennen. Der Minister schloß: Möge man einst wissen, wer wir waren, wenn man einst auf unserm Grabsteine lesen wird: „Er lebte 1848 und war ein Sohn des deutschen Vaterlandes.“ — Auf eine Aufforderung des Präsidenten brachte die Versammlung ein dreimaliges: Hoch Deutschland! aus. (D. A. Z.)

Wien, 1. Juli. Die heutigen Nachrichten aus Treviso vom 29. Juni Morgens bestätigen die schon mitgetheilten Berichte über Volksbewegungen in Venedig, die in Folge der Operationen unserer tapferen Armee stattfanden. Von Fusina wird vom 27. gemeldet, daß man dort ganz Venedig im Zustand der größten Anarchie weiß. Die österreichische Partei scheint die Oberhand zu haben, denn der Diktator der sterbenden Republik, Tommaseo (ein Dalmatiner) ist vom Volke bereits überwältigt und festgenommen worden. Das Hinderniß einer Capitulation sollen die auf dem Markusplatz kampirenden italienischen Hilfstruppen, die sich nicht ergeben wollten, seyn. Allein das Volk hat die Oberhand, und man glaubt in Mestre und Fusina an eine unverzügliche Entwicklung der für die Stadt furchtbaren Krise. Unsere Truppen manövriren zu Land zu Wasser unaufhaltig fort und haben neuerdings mehrere Schiffe theils demontirt, theils genommen. Aus Verona vom 27. nicht Neues. (A. Z.)

Hannover, 2. Juli. Die erste Kammer hat den Conferenzvorschlag, das Militär, „unbeschadet des militärischen Oberbefehls“ auf die Verfassung zu beeidigen, wiederum abgelehnt, und wird die Conferenz nun fortgesetzt werden. Dagegen hat sie den Vorschlag statt der Bitte, das Vertrauen zum König auszusprechen, daß er dem Beispiele seiner königl. Vorfahren getreu, seine Civilliste zum Besten des Landes beschränken werde, angenommen.

Altona, 3. Juli. Das Hauptquartier des Preußen steht in Christiansfeld; in der Nähe sind vorgestern 17 Dänen zu Gefangenen gemacht worden. Die Vorposten sind bis auf eine Meile von Kolding vorgerückt, wo die Dänen in großer Anzahl sich befinden. Außerdem sind neuerdings zahlreiche Truppen auf Alsen und die Schiffe bei Arröskund gesehen worden. — Man vernimmt aus guter Quelle, daß General v. Wrangel für Erste die Königsau nicht wieder überschreiten werde. Die Stärke des im nördlichen Schleswig liegenden Heeres beträgt 25,000 Mann. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 29. Juni. Unsere Doppelstadt befindet sich gegenwärtig in einer unbeschreiblich aufgeregten Stimmung. Der Finanzminister Kossuth, der Schöpfer und Träger der ungarischen Freiheitscharte, will aus dem Ministerium treten und dies zwei Tage vor der Eröffnung des Landtags! Die ministeriellen Blätter erwähnen noch nichts davon. Wie erfahren aber aus zuverlässiger Quelle, daß in dem gestrigen mehrstündigen Ministerrath Kossuth allerdings seine Demission für den Fall gegeben, wenn seine energische und feindselige Politik gegenüber der Reaction nicht angenommen wird. Ein ungarisches Kriegsministerium ohne Kossuth ist jetzt nicht denkbar, und sein Austritt wäre jedenfalls der Beginn eines furchtbaren Kriegs oder der Sieg der Reaction. Wir haben schon früher den Zwiespalt des Ministeriums über die Kriegs- oder Friedenspolitik erwähnt. Die neuesten Vorgänge an der untern Donau erheischen aber eine schnelle Entscheidung. In Neusatz nämlich haben die Illyrier am 26. Juni gegen die dortigen Magyaren und Deutschen gräßlich gewüthet. Die vielen Privatbriefe, welche hier eingetroffen, sprechen bereits von 12 Todten, worunter zwei schwangere Frauen und ein Greis, und vielen Verwundeten. Dieses Gemetzel, welches am Tage einige Stunden unter Sturmgeläute dauerte, geschah unter den Augen der Dragoner in Neusatz und der Festungsgarnison von Peterwardein, welches von diesem nur durch die Donau geschieden ist. Die Uebergabe Weißkirchens an die Aufständischen, welche wir bereits gemeldet, wird in dem heutigen Moniteur als ein schändlicher Verrath des Oberstlieutenants Dreibahn dargestellt. Die Aufständischen forderten bereits die Bergwerksschätze Oravitza und Altmoldau zu gleicher Uebergabe auf. Ja, sie gewährigen sogar die Uebergabe von Temesvar, dessen Commandant ein entschieden ausgesprochener Feind der Magyaren ist. Unter solchen Umständen steigt die Wuth der Letztern auf den höchsten Grad, und es ist sehr zu befürchten, daß die in den angrenzenden Comitaten designirten Nationalgarden die Ordre des Ministeriums gar nicht abwarten, sondern den Vertilgungskrieg gegen die Raizen auf eigne Faust beginnen werden. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 3. Juli. Die größte Ruhe und Ordnung herrscht fortwährend in Paris, der gestrige Sonntag gab der Stadt ganz alle Aehnlichkeit eines Aufstehen und Schauren von Spaziergängen ergossen sich nun alten Barrieren in die Umgebungen. Vom Belagerungszustande, der noch immer fortdauert, sieht man in materieller Hinsicht keine Spur mehr, die Circulation ist bis Mitternachts ungehindert, nur einzelne Häuser werden noch Abends beleuchtet und wären nicht die Züge von Gefangenen, die hin und her transportirt werden, die Waffen-Convois nach Vincennes und die Schildwachen an den Straßenecken, so würde Niemand glauben, daß vor einer Woche eine blutige vierätägige Schlacht in den Mauern von Paris gewüthet hat.

Unter den Verhaftirten befindet sich auch ein Graf v. Fouchécourt der mehrere Barrikaden kommandirte und auf denselben die weiße Fahne Heinrich V. aufpflanzte. Die beiden Söhne des Fürsten Polignac fechten dagegen in den Reihen der Nationalgarde und haben sich sehr ausgezeichnet. Ein anderer Polignac, der in der Mobilen als Volontair dient, wird von dem 18. Bataillon dieser Truppen als der größten Auszeichnung würdig empfohlen.

Bei der in Corsica stattgefundenen Ersatzwahl hat Louis Napoleon 35,993 Stimmen unter 38,197 Stimmenden erhalten und ist somit abermals Volksvertreter.

Alle auf Urlaub sich befindlichen Offiziere der Armee sind eingerufen und die in Paris befindlichen haben sich sogleich auf der 1. Militair-Division zu melden.

Man wird sich erinnern, daß während der Emeute, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 23. Juni, damals noch Minister, die Schuld dieser Bewegung auf das Gold und die Agenten des Auslandes schob. In der Parlamentssitzung des 1. d. M. hat sich bereits Lord Palmerston über diese Anschuldigung genügend ausgesprochen, aber der englische Gesandte hier, Lord Normandy ist noch weiter gegangen und hat in einer Note förmlich gegen diese offizielle Anschuldigung protestirt, in sofern sie Engländer betreffe. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herr J. Bastide hat hierauf folgende Note an Lord Normandy gerichtet:

Mylord! Meine Meinung und die unserer Regierung ist, daß die Regierung J. M. der Königin zu loyal ist, um irgend einen Theil an den Aufregungen genommen zu haben, die die letzten entsetzlichen Ereignisse in Paris hervorgerufen. Ich sehe kein Hinderniß, daß Sie Ihrer Note darüber und dieser meiner Antwort, alle mögliche Oeffentlichkeit geben. Ich werde dies mit so großer

Digitized by Google

rem Vergnügen sehen, als ein es neuer Beweis der wechselseitigen Gesinnungen zuter Freundschaft seyn wird, die unsere beiden Regierungen beseelen. Ich bin, Mylord, ihr ergebenster. J. Bastide.

Die Truppe der mobilen Nationalgarde sind jetzt constatirt, se hat 156 Offiziere und 2000 Man verloren.

Man versichert, daß der Ex-Polizeihunge-Ausschuß selbst eine Untersuchung seines Benehmens in den letzten Tagen verlangen und sich auf Kosten des Generals Cavaignac, mit dem Vorgeben, rechtfertigen wolle, der General, als Kriegsminister, habe die Regierung über den Effectivstand der Truppen in Paris falsch berichtet. General Cavaignac ist seinerseits entschlossen, diese Verrie minationen mit Energie zurück zu weisen und die wahre Sachlage anzuzeigen.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 3. Juli.) Vorsitzender: Bürger Marie. Nachdem die Vertreter in den Bureaux die vorläufige Prüfung der Verfassung fortgesetzt haben, wobei sich viele Stimmen für das Zweikammer-System, als nützlicher und weniger der Uebereilung zugänglich, aussprachen, wurde um 2½ Uhr die öffentliche Sitzung eröffnet. General Cavaignac nimmt das Wort, er stattet Bericht über den Stand der Nationalwerkstätten ab. Die Nationalwerkstätten seyen am 23. Juni in einer furchtbaren Desorganisation gewesen, von dem ursprünglich guten Grundgedanken sey keine Spur mehr übrig gewesen. Die Nationalversammlung habe Alles aufgeboten, um das Uebel zu mildern, aber vergebens, je mehr die Arbeiter gesehen hätten, daß man sich mit ihnen beschäftige, je größer seyen ihre Anforderungen geworden. Es sey also kein anderes Mittel übrig geblieben, als die Auflösung. Der Effectivstand der Werkstätten sey 106,000 Arbeiter gewesen, die Insurrection habe mindestens 50,000 Kämpfer gehabt und diese größtentheils, wie die Verhaftungen bewiesen, aus diesen Werkstätten. Er habe also zur gewaltsamen Auflösung schreiten müssen, die Arbeit sey eingestellt und die nicht compromittirten Arbeiter seyen in ihren Arrondissements von den Maires angezahlt worden. Er habe die Bezahlung vorläufig fortdauern lassen, aber er könne der Versammlung die Versicherung geben, daß die Nationalwerkstätten von Paris aufgelöst seyen. — Allerdings gebe es noch eine große Anzahl erwerbloser Arbeiter, allein die Organisation, die Gemeinschaftlichkeit hat aufgehört. Er kündigt nun die unmittelbare Vorlage einer Reihe von Maßregeln an, um der erwerblosen Noth Einhalt zu beschäftigen; die eine dieser Maßregel ist bestimmt, die Privatunternehmer aufzumuntern, damit diese eine Anzahl Arbeiter beschäftigen, die andere, um große Arbeiten für den Staat in gleicher Weise ausführen zu lassen. Er appellirt schließlich an den guten Willen und den Patriotismus der Versammlung, um der Regierung in diesem schwierigen Werke beizustehen. (Von allen Seiten Zustimmung.) Nach ihm kömmt der Finanzminister Goudchaux, er erklärt, der Augenblick sey gekommen, um das Vertrauen und den Kredit wieder herzustellen und zugleich die Versprechungen der Februar-Revolution zu erfüllen, ohne die Privat-Interessen zu verletzen. Das erste der von ihm vorgelegten Décrete ordnet die Auszahlung aller Sparkassa-Einlagen, bald baar und bald in 5 proz. Renten an, das zweite liquidirt die Staatsschaschcine in gleicher Art, drittens kündigt er verschiedene Modifikationen in dem letzten Finanzplane des vorigen Finanzministers an, er spricht sich bei dieser Gelegenheit gegen den Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat aus, hält aber das Princip, daß der Staat diese Communikationsmittel, gegen Entschädigung, zu jeder Zeit an sich ziehen könne, vollkommen aufrecht. Auch der Ankauf der Assekuranzgesellschaften wird vorläufig vertagt. Was die Besteuerung der Hypothekenschulden betrifft, so wird sie auf 1849 vertagt und eine Einkommensteuer auf alle Einkommen mit Ausnahme des Grundbesitz-Einkommens und der kleinen Vermögen angekündigt. — Alle Interessen der Staatsschuld werden regelmäßig bezahlt werden.

Der Gesellschaft der Bauunternehmer in Paris wird ein Darlehen von 5 Millionen bewilligt, um damit sogleich für 10 Millionen Bauten auszuführen. Drei Millionen werden zu Versuchen von Associationen von Arbeitern unter sich oder mit ihren Patronen bestimmt. Er spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß die Republik nicht nur alle ihre früheren Versprechungen erfüllen, sondern auch sehr bald das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen werde. (Allgemeine Zustimmung.) — Unter den von dem Minister aufgeführten Ressourcen findet sich die bereits von Duclerc negocirte Anleihe von 150 Millionen von der Bank und eine Steuer auf alle Erbschaften und Schenkungen. Alle directen Erbschaften unter 500 Frs. sind steuerfrei. Die höheren directen zahlen bis 1000: 1 Proz., von 1000 bis 50,000: 1½, von 50,000 bis 100,000: 2 Proz. und so fort, bis die über eine Million: 6 Proz. bezahlen. Alle indirecten Erbschaften zahlen die Hälfte mehr wenn es Verwandte sind, oder das Doppelte; fällt die Erbschaft an ganz fremde Personen, und so steigert sich die Steuer von 11 bis 20 Proz. Schenkungen sind nach Verhältniß der obigen Categorien noch höher besteuert. — Lasteris stattet Bericht über die von der dazu bestimmten Commission vorgeschlagenen Ehrenbezeugungen für das Andenken der Gefallenen ab. Die Feierlichkeit soll würdig und einfach seyn, — der Trauerzug wird auf dem Concordenplatze errichtet und dieser Platz wird in eine Kirche umgeschaffen und hier unter freiem Himmel der Trauergottesdienst gefeiert. Der Zug aus Deputationen aller constituirten Körperschaften besteht, begibt sich dann über die Boulevards zur Julisäule auf dem Bastillerplatze. Das Leichenbegängniß findet am 6. d. M. Morgens 9 Uhr statt. Ein Trauergottesdienst wird zu gleicher Zeit in allen Kirchen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse gefeiert, und in allen Gemeinden von ganz Frankreich acht Tage darauf wiederholt. Die Versammlung nimmt das Decret sogleich ohne Discussionen an. Der hiezu bewilligte Kredit beträgt 150,000 Frs. Bei Polizeilich schreitet man zur Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion über das neue Municipalgesetz.

Der Nationalwerkstätten ist die merkwürdige Neuigkeit, daß die preußische Festung Thorn von den Russen genommen sey. In Thorn weiß man natürlich noch nichts von diesem Ereignisse. Der Nationalspricht der Mittheilung dieser Nachricht, die er einem Berliner Briefe entnommen haben will, seine Besorgnisse für Deutschland aus, das den verbündeten Slaven gegenüber verlieren seyn würde, wenn es sich nicht Frankreich in die Arme werfe: denn weder Oesterreich noch Preußen seyen im Stande, Rußland ernstlichen Widerstand zu leisten.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Juni. Ein großer Theil der türkischen Flotte ist nach dem Archipel abgegangen, angeblich um denselben von Seeräubern zu befreien. Von solchen ist jedoch bis jetzt nirgends die Rede gewesen. Dagegen scheint die Verfolgung eines österreichischen Kriegsschiffs von Seiten eines sardinischen, dessen Mannschaft jedoch beim Landen auf der Insel Tenedos, um dort sich mit Wasser zu versehen, von den Oesterreichern zurückgetrieben worden, mit jener Expedition in Verbindung zu stehen, wovon sie nicht gar Griechenland im Auge hat. Denn die Auslieferung des Griechen, welcher auf den türkischen Gesandten in Athen, Hrn. Musurus, geschossen hat, bestätigt sich nicht. (D. A. Z.)

Anzeigen.

(Unterricht in der französischen Sprache.) Der Unterzeichnete ist nach vorangegangener — vor einer K. Commission erstandenen vorschriftsmäßigen Prüfung zur Ertheilung von gründlichem Unterrichte in der französischen Sprache ermächtigt worden und bittet daher um geneigtes Zutrauen.

Bayreuth, den 7. Juli 1848.

J. A. Pfaffenberger,
im Hause des Töpfermeisters Seiler
in der Erlangerstraße.

Der Unterzeichnete zeigt hiemit ergebenst an, daß er den Hofrath Falco'schen Garten in der Friedrichsstraße Nr. 436 in Pacht übernommen und sich vorzüglich mit Blumenzucht beschäftigen wird; er empfiehlt sich einem geehrten Publikum zur Abnahme von Blumen sowohl abgeschnitten als in Töpfen, sowie aller Arten anderer Gewächse, unter Versicherung billigster Bedienung. Zugleich verbindet derselbe damit die Anzeige, daß die Glas- und Treibhaus-Gewächse des verstorbenen Herrn Hofrath **Dr. Falco** käuflich bei ihm zu haben sind.

Bayreuth, den 5. Juli 1848.

Wäckel.

Einladung.

Am 9. dieses Monats, bei heit'rem Himmelsglanz,
Hält man im Dorfe Goldmühl, im Freien, Kirchweihtanz;
Hiezu wird eingeladen die Nachbarschaft gar schön,
Sich zahlreich einzufinden, den Tanz mit anzusehn.
Doch stehts auch frei den Gästen, durch Tanz sich zu erfreun,
Und was den Magen labet, wird dargeboten seyn.
Drum kommt, ihr Nachbarsleute! kommt Alle, groß und klein,
Der Weg wird euch nicht teuren, ihr sollt willkommen seyn!

Samen von weißen, langen Herbstrüben sehr billig bei
Fr. Carl Dilchert.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu bezieh. durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 189. — 9. Juli 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 6. Juli. Die Nationalversammlung beschäftigte sich heute mit dem §. 2 des 1. Artikels der Grundrechte. Nach diesem Artikel soll jedem Deutschen im ganzen Umfang der deutschen Bundesstaaten gestattet seyn, sich niederzulassen, Grundeigenthum zu erwerben, Kunst und Gewerbe zu treiben und das Gemeindebürger-Recht zu erlangen. Es wurden sehr viele Amendemente gestellt und eine große Anzahl Redner nahm das Wort. Mehrere von ihnen waren der Meinung, daß man diesen Gegenstand, welcher in die Verhältnisse der einzelnen Staaten und Gemeinden tief eingreife, lediglich behandeln und der Partikulargesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen solle. Andere drangen entschieden darauf, daß ein allgemeines Reichsgesetz erlassen werde, indem ohne Sicherstellung der allgemeinen Freizügigkeit eine politische Einigung Deutschlands nicht denkbar sey. Die Diskussion über diesen Gegenstand wird morgen fortgesetzt. Die Sache ist an sich sehr wichtig, die Debatte aber doch eigentlich trocken. Mehr Interesse wird die morgende Sitzung gewähren, wo die diplomatischen Verhältnisse Deutschlands zu Frankreich, Italien, Rußland ꝛc. zur Sprache kommen. — Während der heutigen Sitzung verbreitete sich das Gerücht, von Wien sey durch Estaffette die Nachricht eingetroffen, daß Erzherzog Johann die Stelle als Reichsverweser nur unter der Bedingung der Unverantwortlichkeit angenommen habe; dieß hat sich jedoch nicht bestätigt. — Die Standesherren haben an das Parlament eine Vorstellung wegen Aufrechthaltung ihrer durch die Bundesakte und den Wiener Frieden garantirten Rechte gerichtet.

München, 6. Juli. Heute ist aus Wien ein Kurier hier eingetroffen, der die bestimmte Nachricht brachte, daß Erzherzog Johann die Reichsverweserstelle annimmt. (K. v. u. f. D.)

München, 6. Juli. Die diesjährigen Versammlungen der Landräthe werden um einige Monate früher als gewöhnlich, erst im August stattfinden, weil bis dahin das Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte schon so weit in Kraft getreten seyn soll, daß die Landräthe die Auswahl der Geschworenen, die ihnen das Gesetz zuweist, sofort ausüben können, ohne daß zu dieser Funktion eine abermalige Berufung des Landraths nothwendig würde.

□ München, 6. Juli. Der königl. Hoftheater-Intendant Baron v. Poißl ist seiner Stelle enthoben worden. Wer sein Nachfolger wird, hierüber ist man noch im Zweifel, man fürchtet nur, daß abermal eine Soldatenherrschaft übers Theater komme, wie die eines Fraas, an deren Folgen unsere Bühne noch lange zu laboriren hat. — Was bis jetzt vom Ministerwechsel verlautet, scheint sich nur auf vielseitig herrschende und in Clubbs angeregte Wünsche zu erstrecken, da in höheren Regionen Niemand davon spricht. — Die zwei neu entstandenen aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzten Vereine — „Monarchisch-constitutioneller Verein" und der „Verein für Ordnung und Freiheit" werden wohl treue Bundesgenossen und Stangenhalter des Thon-Dittmer und Beisler seyn. In diesen beiden Clubs will man sich zunächst mit der Frage beschäftigen, wie man Literaten zahm macht, wie man die geschwätzige Presse, die freie, wühlerische, nimmerruhende — und welche noch schlimmere Prädikate die Bureaukraten und ihr Schweif von Siechlobern derselben beilegen —, zum Schweigen bringt. Wie die Pisse schießen Blätter und Blättchen hier aus der Erde hervor, namentlich geht die Kreuzzeitungsratze reißend ab. Ein einziges Blättchen, „Neueste Nachrichten" das in den Straßen feilgeboten wird, setzt täglich 7 bis 8000 Exemplare ab, da jeder gern um 1 kr. das Consomme der politischen Welt und lokalen Begebenheiten, vorzüglich aber den südlichen Tratschtratsch sich zu verschaffen sucht; Injurien und Injuiten aller Art kann man allerdings auch in diesem Blättchen in Ueberfluß finden; hingegen kommen auch viele Gebrechen vor das Forum der Oeffentlichkeit und gewöhnlich läßt dann die Heilung nicht lange auf sich warten. Unsere Presse wird sich erst noch entwickeln müssen und indem sie das Nützige und Gemeine ausscheidet, wird sie die beste und treueste Wächterin unserer monarchisch-constitutionellen Institutionen werden, mit denen sie jedenfalls besser meint, als jene sogenannten conservativen Vereine, die besoldeten Handlangern des Rückschritts so ähnlich kommen. —

‡!‡‡ München, 6. Juli. Dem Vernehmen nach ist der jüngst zum Obersten beförderte Freiherr von Frays zu wiederholtenmalen allergnädigst zum Hofstheaterintendanten ernannt worden. — So eben eilt und die traurige Kunde zu, daß der allbeliebte und geachtete Hauptmann Becker vom hiesigen Inf.-Reg. König (ein Lieblingsoffiziersgesellschaften des Herzogs Max), zu Constanz in Ertrinken seinen Tod gefunden habe. Derselbe machte mit 2 andern Personen eine Vergnügungsschiffahrt wobei das Fahrzeug an ein Brückenjoch anstieß und umstürzte. Seine zwei Begleiter retteten sich, während Becker das Opfer ward.

Aschaffenburg, 5. Juli. Von der Stadt Miltenberg kam heute Vormittags die Meldung, daß sich die Einwohner eines benachbarten Ortes der Hausuntersuchung, welche ein Beamter des dortigen Herrschaftsgerichtes wegen Wilddrevel anstellen wollte, bewaffnet widersetzt haben und die in Amorbach liegende Mannschaft zu schwach sey, mit Gewalt dagegen einzuschreiten. Deshalb sind heute Nachmittags 200 Mann des vierten Jägerbataillons unter dem Kommando des Majors Feder eiligst dahin abgegangen.

Berlin, 3. Juli. Eine Kabinetsordre verfügt über die Anrede beim Militär: „Zur Beseitigung der bisher noch vorgekommenen Verschiedenheit in der Anrede der Soldaten bestimme Ich hierdurch, daß forthin der Soldat jeder Waffe und jedes Standes den Ansprruch haben soll, von seinen sämmtlichen Vorgesetzten mit „Sie" angeredet zu werden. Friedrich Wilhelm."

Berlin, 3. Juli. Die preußische Diplomatie wird fürs Erste, so hören wir in gut unterrichteten Kreisen behaupten, im Status quo bleiben. Hr. v. Usedom, dem Art. 14 des Reichs-Ordres gemäß, wird preußischer Gesandter beim Verweser in Frankfurt. In Paris, London u. s. w. werden neben dem Gesandten Deutschlands die Gesandten Preußens, Oesterreichs u. s. w. fürs Erste fort bestehen. (K. Z.)

Berlin, 5. Juli. Den Rückkritt des Herrn Roddertus bringt man mit den verschiedensten Dingen in Verbindung. Vorzüglich findet das Gerücht Glauben, daß derselbe ausgetreten, weil man von Seiten des hiesigen Hofes an den österreichischen Erzherzog gedacht haben soll, dem Prinzen von Preußen den Oberbefehl über das gesammte deutsche Heer durch den Erzherzog Johann übertragen zu lassen. (D. A. Z.)

Potsdam, 3. Juli. Am 28. Juni hatte sich eine Deputation von freiwilligen Mitkämpfern der Jahre 1813—15 nach Sanssouci begeben, um dem König ihre Ergebung und ihre Mitwirkung zu versichern, im Fall es gälte, den Thron gegen demokratisch-republikanische Wühlereien zu vertheidigen. Der König hat aber diese Deputation nicht angenommen, worauf sich die Deputation zu dem Prinzen von Preußen begeben und dort Anerkennung ihrer patriotischen und loyalen Gesinnungen gefunden hat.

Wien, 3. Juli. Die Erhebung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser hat hier eine freudige Sensation erregt. Man erwartet noch heute zu diesem Behufe besonders deputirte Deputation und zweifelt nicht an der erfolgenden Annahme. Sollte der Erzherzog Johann dadurch verhindert werden den hiesigen Reichstag zu eröffnen, so wird dem Vernehmen nach die Eröffnung durch den präsumtiven Thronerben Erzherzog Franz Joseph vor sich gehen. (D. A. Z.)

Wien, 1. Juli. Allmählich treffen die Deputirten aus den Provinzen hier ein und füllen Gasthäuser und — Casernen. Zweihundertreisig gallische Bauern z. B. haben sich vereinigt und zwei Zimmer in einer der letztern genommen, vollkommen befriedigt mit dem Stroh welches als Lagerstätte dient. Ein merkwürdigeres Bild einer constituirenden Versammlung war wohl nie noch zu sehen als wie sie hier zu erwarten haben. Was man in Berlin bei der Reichsversammlung erlebt hat, wiederholt sich hier. Nach vorläufiger Analyse scheiden sich folgende Elemente: Deputirte die

Digitized by Google

lesen und schreiben können oder nicht, Deputirte die deutsch verstehen oder nicht, Deputirte die wegen der 200 fl. monatlich und solche die wegen der Gesetzgebung kommen. Was die politische Parteiung betrifft, so zeigt sich dis jetzt eine große Zahl die zufrieden ist wenn es der Kaiser will. In diese Kategorie gehören alle diejenigen an welche auf Kosten der Gutsherren im Namen des Kaisers die Roboten geschenkt worden sind, diejenigen welche nicht lesen und schreiben und beinahe alle die nicht deutsch können. Franz Stadion — der Mann welchen wir einst als einen Freund des Fortschritts verehrten — wird als der Führer dieses großen Centrums der Rechten bezeichnet. Die äußerste Rechte die alles umstürzen will was der März und der Mai errungen, besteht nur aus einigen Jesuiten und Stockaristokraten, und wird — sich lächerlich machen. Das eigentliche Centrum, mit Pillersdorf als Firma, mag als die österreichische, die schwarzgelbe Partei gelten. Gegenüber dem rechten Centrum erblicken wir das linke mit Wessenberg und den Anhängern des Erzherzogs Johann. Diese Partei wird nach der Stadions die zahlreichste seyn. Die äußere Linke, vermuthlich von Schwarzer geleitet, besteht meistens aus Literaten, wird jedoch in Fragen wo es sich nicht um Nationalitäten handelt von Gutsbesitzern aus Polen und Böhmen verstärkt werden. Die Eröffnung der Reichstags soll den 15. stattfinden. Die Kaiser ist noch in Innsbruck, wird aber, auf die energischen Vorstellungen des Erzherzogs Johann hin, doch in den nächsten Wochen nach Wien zurückkehren.

Die Nachrichten aus Italien lauten etwas günstiger für die österreichischen Waffen, nur wird die Sache nicht so schnell ein Ende nehmen. Erst wollte man nur die Ehre, dann nur einen Vertrag wegen Handel und Schulden, endlich Venedig und alle venetianischen Provinzen noch retten, und jetzt, wo Radetzky wieder athmen kann, hat er erklärt, er möchte noch einmal in Mailand einziehen und in Turin Frieden machen. Wie Radetzky so machen es hier alle andern die Markt haben — sie thun was sie wollen. Mit unsern Finanzen geht es inzwischen immer schlechter. Ungeachtet täglich 300,000 fl. Zwanziger geprägt werden, verschwindet Silber immermehr aus dem Verkehr, und man wird bald genöthigt seyn halbe Gulden-Banknoten zu machen, da die Rollen Kupfergeld, welche jetzt schon gang und gäbe sind, den Verkehr natürlich ungemein erschweren. Zum Verschwinden des Silbergeldes trägt namentlich auch der gute Gehalt bei. Legirung und Prägekosten werden heringegeben.

In Innsbruck hatten die Stände die Verfassungsberathung beendigt und auf Aufrechthaltung der Bestimmung angetragen, wonach allein der katholische Cultus ein öffentlicher seyn darf!

Wien, 1. Juli. Gestern lief während der Sitzung im Sicherheitsausschuß die Nachricht aus Frankfurt ein, es werde der Erzherzog Johann zum Präsidenten der Centralgewalt Deutschlands erwählt werden, und es begab sich sofort eine Deputation zu Sr. kaiserl. Hoheit mit der Bitte, diese Wahl nicht anzunehmen, und an die Spitze Deutschlands zu treten zum Heil der gesammten Nation. — Erzherzog Johann reiste heute nach Steiß ab, um morgen den ungarischen Reichstag im Namen des Königs zu eröffnen. Die Magnaren sollen sehr ungehalten seyn über das Wegbleiben des Monarchen und über die Haltung der Südslaven, deren Hartnäckigkeit den geheimen Absichten des Hofes zur Last gelegt wird, denn, daß man in Innsbruck fortwährend Ränke spinnt, ist für Niemand ein Geheimniß mehr. (D. c. Z.)

Prag, 2. Juli. Der Sohn des Fürsten Windisch-Grätz ist gestorben; er wollte sich das Bein nicht amputiren lassen, zu welchem der Brand trat. — In der Nacht vom 28. zum 29. Juni ist von dem Quai aus hinüber auf die Seidaten, die auf der Kleinseite liegen geschossen worden. Demzufolge wurde das Standrecht wieder verkündet. — Die Untersuchung wegen der Verschwörung wird auf dem Grabschin von einem Präsidenten, drei Justizräthen und acht Auditoren geführt. (D. A. Z.)

Hannover, 3. Juli. Eine schon seit 8 — 10 Tagen andauernde Aufregung unter der Bevölkerung Göttingens, bei der sich Studenten wie Bürger betheiligen sollen, scheint seit einigen Tagen einen besorglichern Charakter angenommen zu haben, sodaß das Ministerium Veranlassung gefunden hat, ein Bataillon der hildesheimer Garnison in Eilmärschen dahin aufbrechen zu lassen.

Roermonde, 28. Juni. Die Mahlmänner Roermonde haben unterm 13. Juni eine Vorstellung an die Constituirende Versammlung ergehen lassen, in welcher sie verlangen: 1) Ungesäumte Zurückberufung des limburger Contingents aus den holländischen Provinzen; 2) Entfernung der holländischen Truppen aus dem limburger Landestheile. In allen Dörfern des Herzogthums circuliren dergleichen Vorstellungen zur Unterschrift. Die Aufregung ist in diesem Augenblick sehr groß, die Steuern und Abgaben werden verweigert. In Weert war dieser Tage ein Volksauflauf, sodaß aus der Garnison von Roermond Truppen zur Herstellung der Ruhe requirirt werden mußten, denen aber der Einzug von den Bürgern verwehrt worden. Alle Poebefrungen sind getroffen, die deutsche Nationalfarbe auf den Thürmen aufzupflanzen, sobald die Nachricht einläuft, daß die entführte jüngste Tochter Limburgs in den Schooß ihrer Familienglieder zurückkehren soll und muß.

Hannover, 3. Juli. (Ausjug aus den neuesten Depeschen des Generals Halkett vom 30. Juni und 1. Juli. Die Armee rückte am 29. Juni in wheterteren Colonnen gegen Apdersleben vor, um die dort stehenden Dänen zu vertreiben. Oberst Graf Kanzau blieb mit etwa 4000 Mann zur Beobachtung des Sundewitt zurück. Am 29. standen die Vorposten in der Nähe von Hadersleben dem Feinde gegenüber. Der Angriff sollte am 30. Juni ausgeführt und mit einer Umgehung des feindlichen rechten Flügels verbunden werden. Als die Armee sich dazu am 30. Juni früh Morgens in Bewegung setzte, ging die Nachricht ein, daß der Feind seine Stellung verlassen und sich gegen Norden zurückgezogen habe. Zur Verfolgung rückte das 10. Armeecorps von Hammeler über Aaböl nach Bierting, auf der Hälfte des Wegs von Hadersleben nach Christiansfeld. Die preuß. Division ging mehr westlich von Gr. Jerdal über Mauny ebenfalls gegen Christiansfeld vor. In Biering erhielt das 10. Armeecorps den Befehl nach dem Sundewitt zurückzukehren, um zur Unterstützung des Obersten Grafen Rantzau bereit zu seyn, für den Fall, daß der Feind etwas gegen ihn unternehmen sollte. Dieser Befehl ward rasch ausgeführt, und am 1. Juli war schon ein großer Theil des Armeecorps in seiner früheren Stellung hinter den gegen Sundewitt stehenden Vorruppen angekommen. Die Feinde hatten hier übrigens, außer einer am 30. Juni ausgeführten unbedeutenden Recognoscirung, nichts unternommen, und die neuesten Meldungen vom Vorposten, vom 1. Juli, lassen keinen Angriff von Alsen aus vermuthen. Das Hauptquartier des Generals von Wrangel am 30. Juni in Christiansfeld. Die Dänen scheinen ganz nach Jütland zurückgegangen zu seyn. General Halkett rühmt den Geist und den Zustand der Truppen, die trotz der anstrengenden Märsche nichts zu wünschen übrig ließen. Von der dänischen Armee sind mehrere Ueberläufer angekommen.

Cutin, 29. Mai. Nach Beisen des hiesigen Militärs vom Kriegsschauplatze sollen die Oldenburger wiederum in größter Nähe der feindlichen Stationen stehen. Da die Oldenburger auf Sundewitt so viele Wochen hindurch einen so beschwerlichen Dienst gehabt haben, so hatte der Oberbefehlshaber beabsichtigt, sie die Quartiere beziehen zu lassen, die jetzt die hanseatischen Truppen inne haben; aber der Höchstcommandirende der oldenburger Truppen, Oberst Rangow, sträubte sich dagegen und verlangte wiederum den Platz, wo es am heißesten hergehen würde; Wrangel soll darauf gesagt haben: „Ziehen Sie sich ruhig zurück; Sie werden dennoch Gencral!“ Auch der tapfere Hauptmann Schlabbaun soll den Oberst den Vorwurf gemacht haben, daß er die Truppen seinem Ehrgeiz opfere. Ohne nun die Wahrheit der obigen Angabe weiter verbürgen zu wollen, können wir doch versichern, daß sie geglaubt wird und hier unter den Anwerwandten der dabei betheiligten Truppen viel böses Blut macht. (W. J.)

Lübeck, 4. Juli. Ein englischer Kourier, welcher heute mit dem schwedischen Dampfschiffe Nordstern hier einlief, hat die Nachricht mitgebracht, daß ein dreimonatlicher Waffenstillstand zwischen den kriegführenden deutschen und dänischen Truppen abgeschlossen worden sey. Die beiderseitigen Truppen verbleiben in ihren bisherigen Stellungen, doch wird die Insel Alsen von den Dänen geräumt; die schwedischen Truppen werden aus Dänemark zurückgezogen, und Dänemark stellt seine Feindseligkeiten gegen die deutsche Schiffahrt ein und hebt die Blokade der preußischen Häfen auf. Die nun zu erwartenden Friedensunterhandlungen werden ohne Zweifel auch die Folge haben, daß die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe und Ladungen freigegeben werden. (D. A. Z.)

Aus Schleswig vom 3. Juli wird dem Hamburger Correspondenten aus einem Schreiben aus dem Lager vom 1. Juli eine Mittheilung über die Besetzung von Hadersleben durch die Truppen des 10. Armeekorps gemacht. Hiernach war namentlich das schleswig-holsteinische Jägerkorps um 5 Uhr Morgens am 24. als Avantgarde von Ries weiter nach Norden aufgebrochen, bis sich bei Hadersleben ihnen eine feindliche Kette entgegengestellt hatte. Mit einem Hurrah für Schleswig-Holstein stürmte anfangs nur ein kleiner Theil der 4. Compagnie Jäger in die Stadt, bis ihnen die 2. und 3. Compagnie und die Kanonen zu Hülfe kamen, indem diese in das Magazingebäude feuerten, in welchem die Dänen hinter Mehlsäcken ausden Fenstern schossen. Es hätten drei Häuser in Hadersleben gebrannt: der Prinz Friedrich sei anwesend

Digitized by Google

gewesen, sobald darauf wohl das Gerücht entstanden, als sey speciell auf ihn geschossen worden. Die Dänen hätten sich sehr verschanzt gehabt. Die Fenster wären ausgehoben und zugemauert gewesen, und sey nur so viel Raum gelassen, daß die Büchsen hätten durchgesteckt werden können. Der preußische Offizier, welcher einen Schuß durchs Bein erhalten hat, ist der Hauptmann Sanderwick, der als ein ernster, aber tüchtiger Offizier gerühmt wird. Nachdem die Jäger ins Bivouak zurückgekehrt waren, wurde ihnen am 30. Juni um 2 Uhr Morgens die Nachricht überbracht, daß die Dänen Hadersleben verlassen hätten. Die Armee brach sofort auf, die Jäger wieder voran. Die Häuser, die man den Abend vorher eingenommen gehabt, waren niedergebrannt gewesen. Lachende Gesichter hätten sie nur in Hadersleben gesehen, als sie „Schleswig-Holstein“ singend dasselbe durchzogen hätten. Eine halbe Stunde hinter Hadersleben habe das Gefecht wieder begonnen, indem die Jäger zwei Bataillone und ein Jägerkorps fortdauernd verfolgt hätten; doch hatten die Dänen sich ordentlich nach Kolding zurückgezogen; 40 Mann, die bei Schleswig zu Hause gehörten, wären von den Dänen zu ihnen übergegangen. Die Dänen hätten in Hadersleben 37 Todte und Verwundete gehabt und 73 Gefangene verloren; die Deutschen hätten 17 Verwundete. Unter den Gefangenen befinde sich ein Student aus Upsala. Nachdem sie den Feind über die Gränze des Landes getrieben, ständen sie jetzt in Solund. (D. A. Z.)

Italien.

Nach Briefen aus Triest vom 2. Juli lag die feindliche Flotte fortwährend auf der Höhe von Pirano, fortwährend war aller Verkehr gehemmt. Ist dieß kein Angriff, kein Kriegszustand zu nennen? (A. Z.)

Venedig, 27. Juni. Heute ist ein österreichischer Parlamentär, geschickt vom General Welden, in Marghera erschienen, welcher eine Zusammenkunft mit dem Stadt- und Festungskommandanten ansuchte. Sie wurde ihm bewilligt, doch außerhalb der Festungswerke von Marghera. Darauf erschien ein österreichischer Major (Der Name ist mir nicht bekannt) und venezianischerseits General Antonini. Der Gegenstand dieser Unterredung war die Art des Transports der in Palma nuova befindlichen Croaten, da am 24. diese Festung wegen Mangel an Lebensmitteln capituliren mußte. Die Croaten treffen am 30. d. M. oder am 1. Juli in Venedig ein. (A. Z.)

Ueber die Zustände in Venedig brachte die halboffizielle Wien. Ztg. bekanntlich wiederholte Berichte von großer Gährung, die dort herrsche, so daß die Gewalt der bisherigen Machthaber (Tomaseo und Manin) so gut als gestürzt sey ꝛc. So sehr wir den österreichischen Waffen die rasche Wiedergewinnung Venedigs wünschten, wodurch die Stellung Oesterreichs bei den Friedensunterhandlungen eine weit imponirendere würde, so müssen wir doch bemerken, daß unsere eigenen Briefe aus Venedig (von drei Correspondenten, worunter zwei Deutsche) nichts von jenen außerordentlichen Bewegungen enthalten. Freilich nehmen diese Briefe den Umweg über Mailand, aber sie sind doch so neu oder neuer als die Wiener Mittheilungen. Auch ist den Correspondenten in Venedig große Vorsicht nöthig, da die Regierung, bald nach ihrer Einsetzung, in allen venezianischen Städten ihre schwarzen Cabinet eingerichtet und überhaupt die alte traditionelle Spürpolizei wieder eingeführt hatte, worin ihr die lombardische Regierung kürzlich nachgefolgt ist. Endlich ist bekannt, daß in den untern Classen Venedigs, dann bei den Wirthen, den Besitzern der Miethpaläste ꝛc. große Unzufriedenheit herrscht, da alle Fremden ausbleiben und der Verkehr furchtbar gehemmt ist. Weitere Unzufriedenheitsmomente sind bei den einen die Abneigung vor der Einverleibung unserer Sardinien, bei den andern die Besorgniß vor den Franzosen, die man im ersten Augenblick des Schreckens angerufen hatte. Indessen solche Revolutionsscenen, wie die Wiener Ztg. sie berichtet, könnten doch kaum vorgefallen seyn, ohne daß einer unserer Correspondenten uns Kunde davon gäbe. Wie dem sey, die Wahrheit wird bald an den Tag kommen. Die neueste Notiz der Wiener Ztg. (vom 2. Juli) lautet: Die heutigen Nachrichten aus Treviso vom 30. melden über die Volksbewegungen in Venedig, daß die Gondeliері und Arbeiter die Nationalgarde überwältigt und den Tomaseo ergriffen haben. Das Volk verlangt zu capituliren und binnen kurzem wird das Schicksal der Stadt entschieden seyn. Die Lagunen sind sämmtlich von unsern Truppen gesperrt. Aus Triest wird vom 30. gemeldet, daß dort die Nachricht über die in Venedig herrschende Anarchie eine sehr freudige Sensation erregt hatte und daß man die Nachricht einer Capitulation stündlich erwartet. Von Verona vom 28. nichts neues. (A. Z.)

In Neapel, wo der Aufstand der Provinzen, besonders dadurch, daß er sich organisirt, an Kraft gewinnt, soll das Ministerium am 21. seine Entlassung gegeben haben, jedoch bestand es noch am 23.

Turin, 25. Juni. Dem schon vor einigen Tagen mitgetheilten Vertrag über die staatliche Verschmelzung der vier Provinzen mit Sardinien ist noch eine Zusammengussformel des lombardischen Volkes angefügt worden, welche noch einmal in der Kürze die Gründe der Einverleibung darlegt und — es ist dies bezeichnend für das Vertrauen, welches Karl Albert genießt — die Bedingungen des aus freiem Volkswillen hervorgegangenen Anschlusses wiederholt. Dieselbe lautet: „Indem wir Endesunterzeichnete der unumgänglichen Nothwendigkeit, daß Italien vom fremden Joche befreit werde, uns unterordnen und der Absicht sind, den Unabhängigkeitskrieg mit dem möglichsten Nachdruck fortzuführen, beschließen wir als Lombarden im Namen und Interesse der vier Provinzen und als Italiener im Interesse des ganzen Volkes von jetzt an die unmittelbare Verschmelzung der lombardischen Provinzen mit den sardinischen Staaten, vorausgesetzt, daß auf der Grundlage eines allgemeinen Stimmrechts in den genannten Ländern und allen ihren in die Verschmelzung mit begriffenen Theilen eine gemeinschaftliche gesetzgebende Versammlung zusammenberufen wird, welche die Basis und Form der neuen „konstitutionellen“ Monarchie mit der Dynastie Savoyen „berath und feststellt“ (discuta ed stabilisca). Es bleibt zu erwarten, was aus einer Vereinigung entsteht, bei deren Beginn schon so viel Argwohn gezeigt wird. Nach diesem Volkswille, wenn man es so nennen darf, steht es nämlich den Provinzen rechtlich jeden Augenblick frei, den staatlichen Verband wiederum zu verlassen, sobald die festgelegten Bedingungen nicht eingehalten werden. Das heißt aber politisch, das Mißtrauen zum Princip erheben, wenn schon bei den obwaltenden Umständen den Lombarden das Streben, sich durch Klauseln zu schützen, keineswegs verdacht werden kann. — Nach den neuesten Briefen aus Rom hat der Papst die Abdankung des Ministeriums in Masse nicht angenommen, obgleich er sich seine endlichen Entschließungen noch vorbehält. — Aus Neapel bringen die italienischen Zeitungen keine neuen Nachrichten. (D. Z.)

Frankreich.

* Paris, 4. Juli. Eine heute angeschlagene Verordnung des Generals Cavaignac erklärt die Nationalwerkstätten für aufgelöst, ordnet aber zugleich an, daß die beschäftigungslosen Arbeiter auf ihren Matrien Unterstützungen erhalten. Während durch diese Maßregel um die gestern gemeldeten finanziellen Schritte die Masse der unbeschäftigten Arbeiter wieder gefährlich gemacht und allmählig der normale Zustand herbeigeführt wird, beschäftigt sich General Cavaignac eifrig damit, die Wiederkehr einer solchen Insurrection, wie die Letzte, unmöglich zu machen. Die Entwaffnung aller fahrlässigen oder böswilligen Nationalgarden wird fortgesetzt und Paris selbst wird militairisch organisirt. Die erste Brigade der Alpen-Armee unter General Magnan ist dieser berufen und nur noch wenige Tagemärsche von Paris entfernt. Sie wird 11 Bataillone stark sein. Lager in der Ebene von St. Maur bei Vincennes bilden, dieß bereit, eine etwaige Insurrection der östlichen Stadttheile im Rücken anzugreifen. Die Garnison von Paris wird in sieben Brigaden unter eben so vielen Generalen eingetheilt, die unter dem Commando von zwei Divisions-Generalen stehen, deren einer das rechte, der andere das linke Seine-Ufer unter sich hat. Man bezeichnet den General Neumayer (aus Frankenthal in Rheinbayern) durch seine Festigkeit während der letzten Ereignisse in Lyon bekannt, zu einem dieser Posten. Diese ganze bewaffnete Macht, 40,000 Mann stark, nimmt den Namen: Armee von Paris an und steht unter dem unmittelbaren Befehle des Kriegsministers.

Die Anzahl der Verhafteten ist auf 8000 gestiegen und gegen mehr als 2000 Personen, die durch die Aussagen der Verhafteten bezeichnet sind, sind Verhaftsbefehle erlassen worden.

Heute beginnen bereits die ersten Transporte der zur Deportation Bestimmten nach Havre, diese Transporte 2—300 Gefangene stark, werden stets durch ein Infanterie-Regiment und Cavalerie-Detachements escortirt.

Es scheint, daß der Belagerungszustand übermorgen nach dem Leichenbegängnisse der Gefallenen aufgehoben werden wird. Alle Lager, die auf neun Punkten von Paris errichtet waren, sind bis auf die beiden vor dem Stadthause und in den Tuilerien aufgeboben worden. Alle Truppen sind in ihre Kasernen zurückgekehrt. Das Leichenbegängniß des Erzbischofs von Paris findet am 7. d. Mts. Statt. — Herr von Girardin ist in Folge der letzten Ereignisse gefährlich erkrankt.

Emil von Girardin ist noch immer im geheimen Gewahrsam, man versichert, daß die Beschlagnahme seiner Papiere den Beweis geliefert habe, daß er einer der thätigsten Agenten Rußlands war.

Google

Wir erfahren so eben, daß **Dr. Schlund**, unser Landsmann wieder in Freiheit gesetzt worden ist. Die ganze Compagnie der Nationalgarde, in der er eingeschrieben ist, hat ihm bestätigt, daß er am 23. und 24. Juni in den Reihen seiner Compagnie gefochten und mehrere Barrikaden gestürmt habe, daß er mit Gefangenen nach dem Stadthause abgeschickt, sich auf dem Rückwege von der übrige Escorte trennte und von einer Patrouille arretirt ward. Eine Deputation der Compagnie begab sich mit diesen Zeugnisse zum General Cavaignac, der sogleich Schlunds Freilassung befahl. Nichtsdestoweniger hat er neun Tage im Gefängnisse zugebracht und stand trotz aller seiner Betheuerungen schon auf der ersten Liste der zur Deportation bestimmten Individuen. Seine Verhaftung durch die Patrouille soll auf die Denunciation eines andern ihm Concurrenz machenden Zahnarztes erfolgt seyn.

Herr Dupin d. ä. wird im Auftrage einer großen Anzahl von Deputirten den Antrag stellen dem General Cavaignac die definitive Präsidentschaft der Republik für 15 Monate zu übertragen.

In dem einzigen Spitale der Stadt hat man bei 89 dahin gebrachten verwundeten Insurgenten die Gesammtsumme von 159,000 Frs meist in Geld gefunden.

Straßburg, 5. Juli. Im Geschäftsleben zeigt sich seit einigen Tagen eine merkwürdige Besserung. Das so tief erschütterte Vertrauen beginnt allmählig sich wieder einzustellen und man spricht bereits davon, daß einzelne große Häuser, welche sich unmittelbar nach der Februarrevolution von allen Geschäften zurückgezogen hatten, dieselben nunmehr wieder beginnen. Unsere Bank discontirt seit mehreren Tagen wieder weit beträchtlichere Summen, als dieses während der letzten Wochen der Fall war. Alle Blicke sind nun auf die Maßregeln des neuen Finanzministers gerichtet, von dem man sich praktischere Vorschläge verspricht, als die seines Vorgängers waren. — Aus Paris sind neue Verhaltungsbefehle in Bezug auf die Paßpolizei eingetroffen. Es wird streng über fremde Eindringlinge und Emissäre welche Werkzeuge des Prätendenten seyn könnten, gewacht. Man hat bereits mehrere verdächtige Individuen im Elsaß verhaftet. — Die Regierung wird abermals von mehreren Municipalräthen angegangen, die Eisenbahn nach der bayerischen Gränze so bald als möglich ausführen zu lassen. Die zu diesem Zweck bestehende Compagnie wird hoffentlich recht bald an's Werk gehen können, da sie jedenfalls vom Staate eine bedeutende Geldunterstützung verlangt. Es liegt im Interesse der zahlreichen Arbeiter, die ohne Beschäftigung sind, daß diese mächtige Verkehrslinie baldigst hergestellt werde. — Viele der in der jüngsten Zeit dahier angekommenen deutschen Flüchtlinge wenden sich nach dem Innern von Frankreich oder nach der Schweiz. Man hofft, daß der Erlaß einer Amnestie ihnen recht bald die Rückkehr in ihr Vaterland möglich machen werde. (F. J.)

Großbritannien.

London, 3. Juli. Sir R. Taylor gründete vor einigen Jahren eine große Sammlung in alten, schon so stiftungsreichen Oxford. Allein es sollte eine Lücke in der alten Universität ausgefüllt werden durch die Gründung eines Lehrstuhls für die neueren Sprachen. Ein eigenes Gebäude ist für die neuern Sprachen aufgeführt, aber es fehlt noch immer der zu ernennende Professor. Nun vernimmt man, daß die Curatoren der Stiftung Hrn. Guizot aufgefordert haben, sich um die Stelle zu bewerben. Die „Times" legt gegen diese Ernennung Verwahrung ein. — Lord Granville ist in das Handelsministerium getreten und dadurch das Amt eines Ober-Jägermeisters erledigt, welches, wie Herr Hume neulich bemerkte, ungefähr so viel einträgt, wie das Amt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Königin wünschte diese Sinecure abzuschaffen, mußte aber ihre Minister darüber zu Rathe ziehen, und der Sprößling des Hauses Russel sagte zur Abschaffung dieser mittelalterlichen Würde Nein! So berichtet „John Bull." Wenn diese Erzählung richtig ist, so hätte die junge Königin allerdings mehr Staatsweisheit bewiesen, als der alte Minister.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Juni. Das gestrige Bulletin über die Cholera ist sehr kurz: „Von den an choleraähnlichen Anfällen Erkrankten waren bis zum 15. (27.) Juni 529 in Behandlung verblieben; im Verlaufe dieses Tages kamen 480 hinzu und zum 16. (28.) Juni verblieben 790 Kranke in Behandlung." Leider muß ich zur Erläuterung hinzufügen, daß die Krankheit seit acht Tagen hier gräßlich wüthet. Sie nimmt ihre Opfer noch in den untersten Volksklassen, allein sie tritt dabei mit einer Bösartigkeit auf, die Alles übertrifft; in zwei Stunden erfolgt der Tod und bisher hörte man von keinem Genesenen. Die Bulletins sind sehr kurz, wie man aus dem Obigen ersehen wird. Von Genesenen ist darin auch keine Rede, nur von „choleraähnlichen" Anfällen. Wozu auch das Aufzählen der täglich Erkrankten und Gestorbenen, was die Gemüther nur aufregt. Als 1831 die Cholera hier herrschte, hatten wir eine drückende Hitze, keinen Tropfen Regen, keinen Luftzug; jetzt kühle Tage, Winde, Regen, in vergangener Woche sogar einen starken Nachtfrost, bei dem Bohnen rc. erfroren, und dennoch die Cholera viel bösartiger als 1831. Sie scheint alle Berechnungen zu täuschen. Ich bin fest überzeugt, wer man es glaubt, wird die Krankheit in Stettin seyn. (D. A. Z.)

Amerika.

Am 2. Juli, gegen Mitternacht, ist der „Hermann" auf der Rhede von Cowes angekommen. Er hat seine Reise von New-York in nur 11 Tagen und 2 Stunden zurückgelegt. Glück auf: die schnellste Reise von Amerika, welche bis jetzt überhaupt gemacht wurde. Er bringt 66 Passagiere, 300,000 Dollars und eine beträchtliche Ladung für Bremen. Der Handel ist still in Amerika; Jeder sucht seine Geschäfte einzuschränken. Hr. Bagshaw, Senator für Alabama, ist zum Gesandten in St. Petersburg ernannt. Die vereinigten Staaten haben einen Vertrag mit Neu-Granada abgeschlossen, wodurch ihnen der Uebergang über den Isthmus von Panama von einem Ocean zum anderen gestattet ist. Am 17. Juni wurden die Anerbietungen für die Staats-Anleihe eröffnet. Sie beliefen sich auf 33,333,195 Dollars, während der Staat nur 17 Millionen braucht. Die verlangte Prämie beträgt durchschnittlich 3,30 Procent. Die Herren Corcoran und Riggs haben 14 Mill. zu 3.02 Prov. angeboten, wie es heißt, hauptsächlich für englische Rechnung. — Das Heer zieht sich von Mexiko zurück. Das schwere Geschütz und die Freiwilligen sind bereits aus der Hauptstadt abgezogen. (K. Z.)

Anzeigen.

Auf die Anwort des unbekannten Herrn ✕ sey zum Friedensschluß noch das gesagt, daß Unterzeichnete in erster Beamtwortung durchaus nicht beleidigen wollten, wir haben blos in dem Inserat eine Art Verletzung des bießigen Magistrats, als handle derselbe zu weit greifend zu Gunsten der Gewerbe-Berechtigten, obgleich die Willkühr der Nichtberechtigten solche Beispiele fordern.

Die Gelegenheit, die sich den Vorständen der Gewerbe sehr oft darbietet, sich zu überzeugen, wie durch Humanität und redlichen Willen der hießige Magistrat alle Thätigkeit ausbietet, um sowohl den Armen zu helfen, als den Klagenden vor Verkümmerung zu schützen, könnte der Behörde durchaus von dieser Seite kein Tadel gegeben werden, dies zum Ende.

Von sämmtlichen Gewerben.

Auf die Anfrage in Nr. 183 dieses Blattes wird erwidert, daß das nächst der Burgraine Waltstein auf Kosten des Forstpersonals und einiger Freunde der dortigen Gebirgsparthien erbaute Hüttchen zwar zunächst zu amtlichen Zwecken bestimmt ist, daß jedoch den Gebirgsbesuchenden, von welchen anständiges Betragen vorausgesetzt werden kann, die Mitbenützung dieser Hütte auf das Bereitwilligste zugesichert wird.

Burgruine Waltstein, am 6. Juli 1848.

Zehetein. Buchner.

Pferdeverkauf.

Auf dem Schlosse Fantaisie stehen einige Reit- und Wagenpferde, unter welchen auch Pferde zum schweren Zuge sind, zu verkaufen. Lampert, Stallmeister.

Samen von weißen, langen Herbstrüben sehr billig bei

Fr. Carl Dilchert.

In der Maximilianstraße H.-Nr. 48 ist ein Laden nebst einer Stube, dann über eine Stiege gleichfalls eine Stube mit Kammer, heller Küche und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen.

Im Hause Nr. 372 in der breiten Gasse ist das mittlere und untere Quartier auf Jakobi oder Martini zu vermiethen.

Theater-Anzeige.

Sonntag, 9. Juli: **Die Räuber auf Maria-Culm**, oder: Der Gang zum Gnadenbilde. Historisch-romantisches Schauspiel in 5 Akten von Cuno.

☞ Im fünften Akt: die Erstürmung der Räuberhöhle mit Schluß-Tableaux.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 190.** **10. Juli 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 7. Juli. In der National-Versammlung war heute eine interessante Diskussion über die Kirchen- und Schulangelegenheiten. Ein Mitglied hatte beantragt, daß ein Ausschuß für Kirchen- und Schulangelegenheiten niedergesetzt werde. Die kirchliche Partei, an ihrer Spitze die HH. Dietinger und Lassaulx, wehrten sich mit Händen und Füßen gegen diesen Vorschlag, insofern er eine Einmischung des Staats in die Angelegenheiten der Kirche bezwecke. Mäßereisels sprachen die weltlichen Mitglieder lebhaft für die Trennung der Schule von der Kirche, wobei es scharfe Seitenhiebe gegen den Clerus absetzte. Zuletzt wurde die Ernennung eines Ausschusses für die Kirche abgelehnt, dagegen jener für die Schule beschlossen. Sodann berieth man über den Antrag der Militärkommission auf Vermehrung des Bundesheeres. Die Kommission verlangt, daß die allgemeine Volksbewaffnung schleunig eingeführt, einstweilen aber das stehende Heer um 340,000 Mann vermehrt werde. Die HH. v. Auerswald und v. Radowitz suchten diese Maßregel durch die Gefahr eines Krieges mit Rußland oder Frankreich zu rechtfertigen; Reuter, wie Wiesner und Blum, stellten die ungeheuern Kosten einer Vermehrung des stehenden Heeres entgegen, und schlugen vor, das von Frankreich angebotene Bündniß anzunehmen und die politischen Verbrecher zu amnestiren, dann habe man keinen Krieg zu fürchten. Der Militärkommission ist ein Plan vorgelegt worden zu einer Citadelle, welche in ebener Fläche durch 200 Mann und 2 Kanonen gegen 50,000 Mann und 100 Kanonen vertheidigt werden kann. Der volkswirthschaftliche Ausschuß stellt den Antrag: die Nationalversammlung solle der österreichischen Regierung erklären, daß ihr Geldausfuhrverbot für Oestreich selbst uns für das übrige Deutschland verderblich und mit der deutschen Einheit nicht vereinbar sey. Die nächste Sitzung ist Montag.

Frankfurt, 6. Juli. (Ausführlicher Bericht der 32. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung.) Abg. Hermann: „Jeder Angehörige eines deutschen Staates ist befugt, in jedem anderen Staate unter denselben gesetzlichen Bestimmungen wie die Angehörigen dieses Staates sich auszuhalten, ansässig zu machen, Liegenschaften zu erwerben, über sie zu verfügen, Gewerbe und Handel zu treiben. Rechtspersonen des einen Staates werden in Bezug auf Erwerb und Verfügung über das Grundeigenthum den einheimischen Rechtspersonen gleich geachtet. Die Reichsgewalt hat darauf zu halten, daß bei Umbildung der Gesetze über Grund und Boden und Verfügung über denselben, dann über Ansässigmachung und Gewerbswesen, in allen einzelnen Staaten gleichmäßige Grundsätze durchgeführt werden." Bei Begründung desselben sucht Hermann die Nachtheile darzuthun, welche ein allzu entschiedenes direktes Eingreifen der Reichsgewalt in die Verhältnisse der einzelnen Staaten Deutschlands mit sich führen würde. Er geht dabei mittelst statistischer Nachweise etwas ausführlich auf die Verschiedenheit der Ansässigmachungs- und Gewerbsgesetze in Altbayern und der Rheinpfalz ein und ist der Ansicht, daß man die speciellen Bestimmungen den einzelnen Staaten überlasse. Eisenstuck, Hildebrand und Schiermeister haben einen andern Minoritätsantrag gestellt, des Inhalts: „1) Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und und in jedem deutschen Orte seinen Wohnsitz zu nehmen und Grundstücke zu erwerben. 2) Jeder Deutsche ist berechtigt, überall in Deutschland jedes Gewerbe zu treiben, sobald er die in einer allda zu erlassenden deutschen Gewerbe-Ordnung bestimmten Bedingungen erfüllt." Bei Begründung dieses Amendements tritt Eisenstuck den Ansichten Hermann's entgegen. Er fragt: „Wenn wir Alles der Partikulargesetzgebung überlassen wollen, wozu sind wir denn da?" Werner stellt den Antrag, daß Jeder, der von fremden Eltern in Deutschland geboren, nach erlangter Großjährigkeit das Bürgerrecht eines deutschen Staates erwerben könne. Ferner solle jeder von deutschen Eltern im Auslande geborene ein Deutscher seyn, jede Beeinträchtigung zum Verlust der politischen Rechte in irgend einem Staate Deutschlands denselben Nachtheil in ganz Deutschland nach sich ziehen, vorbehaltlich des Rekurses an das Reichsgericht. Endlich solle ausgesprochen werden, daß alle gesetzlichen Bestimmungen einzelner deutschen Staaten, wodurch die Angehörigen anderer deutschen Staaten als Ausländer behandelt werden, aufgehoben seyen. Tellkampf glaubt, daß die Freizügigkeit den Pauperismus vermindern werde. Achleitner ist der Ansicht, daß man Verhältnisse, die nicht nothwendig mit der Einheit Deutschlands zusammenhängen, den einzelnen Staaten überlassen müsse (Nordamerika). Wegen Verschiedenheit der Verhältnisse in Bezug auf Heimaths- und Gewerbswesen sey ein allgemeines Reichsgesetz für jetzt nicht möglich; wohl aber könne man leitende Grundsätze für eine Gemeindeordnung feststellen. In dieser Beziehung schlägt der Redner in Gemeinschaft mit den Abgeordneten Wagner und Pamer die Bestimmung vor: „Einem Neuangekommenden darf die Niederlassung in der Gemeinde eines andern deutschen Staates nur wegen beschollenen Rufes und ungenügender Erwerbsfähigkeit verweigert werden." Er weist auf die Nachtheile hin, welche eine plötzliche durchgreifende Aenderung der Gesetze über Gewerbswesen und Grundbesitz, namentlich in Oestreich, für Millionen von Staatsbewohnern nach sich ziehen würde. Eisenmann schließt sich nachträglich der Vertheidigung bayerischer Abgeordneten gegen die Voraussetzung, als seyen sie mit beschränktem Mandate hierhergesendet worden, an, verwahrt sich aber eben so entschieden gegen ein Mandat von Seite eines engherzigen Spießbürgerthums. Er beantragt die Bestimmung: „Jeder Deutsche hat das Recht, über-

Feuilleton.

Das Fürstenwort in Brühl.

Volkslied, gedichtet von P. Fischbach, componirt von H. Dorn.

Im Brühler Schloß beim Fürstenmahl,
Da ward ein Lied gebracht;
Ein Toast, der wie ein Wetterstrahl
Durchzuckte Deutschlands Nacht.
Erzherzog Johann, der das Heer
Am Rhein gemustert, schwur:
„Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!"

Der Preußen König stimmte ein
In seines Gastes Wort;
Das deutsche Wort beim deutschen Wein,
Es riß die Herzen fort.
Den Gast umarmend that auch Er
Begeistert jenen Schwur:
„Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!"

Doch, ach! es war ein schöner Traum,
Nach blieb es wie zuvor;
Des Brühler Wortes Nachte kaum
Noch unsrer Fürsten Ohr.
Da plötzlich schallet hoch und hehr
Des deutschen Volkes Schwur:
„Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!"

Und sieh! das Volk, so lang' getrennt,
Schon tagt es im Verein
Als machtvollkommnes Parlament
In Frankfurt an dem Main.
Zur Wahrheit wird die Brühler Mähr,
Das Volk erfüllt den Schwur:
„Kein Preußen und kein Oestreich mehr,
Ein einig Deutschland nur!

Digitized by Google

all das zu treiben, was er gelernt hat," ist übrigens nicht für unbedingte Gewerbsfreiheit, die den Capitalisten in Stand setze, die kleineren Gewerbe zu vernichten. Er glaubt z. B. mit einem Capital von 100,000 Gulden die ganze Bäckerei in Frankfurt zu Grunde richten zu können. Adamß schlägt mit Rücksicht auf die moralischen Personen bei der Befugniß, Grundeigenthum zu erwerben, den Zusatz vor: "und darüber zu verfügen." Bis zu Erlaß eines Gesetzes über Freizügigkeit soll man am bisherigen Zustande fest halten. Er führt aus, wie z. B. Preußen mit seinen liberalen Gesetzen über Niederlassung Hannover gegenüber in Nachtheil käme, wo strengere Gesetze gälten, und von wo deßhalb ein allgemeiner Andrang nach Preußen stattfinden würde. Gulden erklärt sich für das Princip der allgemeinen Freizügigkeit; wenn man Unbescholtenheit und Erwerbsfähigkeit zur Bedingung mache, falle man in den alten Polizeistaat zurück, und gebe dem Volke statt eines Rechts eine Illusion. Wenn der Polizei der Entscheidung überlassen sey, werde es ihr leicht werden mißliebige Personen zu entfernen. In der Pfalz bestehe Freizügigkeit; man wöge sie auch dem ganzen deutschen Volke gewähren. Eine Gefahr für die Stadtgemeinden liege nicht darin, denn der bloße Aufenthalt gewähre weder Gemeindebürgerrecht, noch Antheil an den Corporationsrechten. Redner stellt ein Amendement, worin allgemeines Niederlassungsrecht in ganz Deutschland, so wie Berechtigung zu Gewerbsbetrieb und Gewinnung des Gemeindebürgerrechts, unter Hinweisung auf ein demnächst zu erlassendes allgemeines Reichsgesetz festgestellt wird. v. Trützschler hält die Gleichstellung von eigenen Angehörigen des betreffenden Staats mit dem Auswärts für genügend: es gehe Staaten, wo nicht einmal im Innern Freizügigkeit herrsche. Er will das Princip der Freizügigkeit unbedingt ausgesprochen wissen: Ueberlnahme an der Armenpflege und am Gemeindevermögen sey keineswegs Folge desselben. Behr ist für den Grundsatz, daß jeder Unbescholtene und Erwerbsfähige aufgenommen werde, Möllin für Aufhebung des Paßzwangs. Stahl will die Feststellung der Gewerbeordnungen den Gewerben selbst überlassen, und warnt die Versammlung, sich nicht dem Vorwurf des zuviel Regierens auszusetzen, den man den Regierungen früher gemacht habe. Welcker ist mit den beschränkten Begriff der Freizügigkeit ohne Ortsbürgerrecht nicht einverstanden. „Was nutzt" frage er „die Freizügigkeit, wenn man die Vortheile hinwegnimmt?" Lette glaubt, daß durch Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und das Recht zum Erwerb von Grundeigenthum, die Theorie des Rechts auf Arbeit ersetzt werde. Die Heimath- und Gewerbeordnung müsse von der constituirenden Versammlung gegeben werden. Aus Hermanns statistischen Nachweisen gehe hervor, daß in Oberbayern die Zahl der Knechte, in der Rheinpfalz die der selbstständigen Familien größer sey. „Wir wollen" sagte Lette Binn, „den Sclaven einen eigenen Heerd gründen." Eine andere Folge der beschränkenden Ansässigmachungsgesetze in Altbayern, von welcher aber Hermann geschwiegen, sey die große Zahl der unehelichen Geburten im Verhältniß zu andern Staaten. Glaß erklärt sich gegen eine allgemeine Gewerbeordnung für ganz Deutschland. (Vertagung.)

69. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 5. Juli. In einem Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung vom 30. Juni, wird der monatliche Geldbedarf der letzteren (außer den von den einzelnen Staaten zu tragenden Tagegelder der Abgeordneten) auf 17 bis 18,000 fl. berechnet und zugleich bemerkt, daß bis heute bereits gezeichnet 50,000 fl. den Bedarf bis zum 31. Juli d. J. decken werden. Man beschließt darauf eine anderweite Matrikularumlage von 60,000 fl. — Ein ferneres Schreiben des Vorgenannten vom 1. d. M. gibt Nachricht von dem Seiten der Nationalversammlung aufgestellten Gesetze über die provisorische Centralgewalt und der darauf erfolgten Wahl eines Reichsverwesers, und wird, da die einzelnen Gesandten schon an ihre Regierungen darüber berichtet haben zu den Akten genommen. Namens des politischen Ausschusses für Militairangelegenheiten wird sodann durch den Bundes-Präsidialgesandten der schon oben erwähnte Vertrag über die Zustände in Baden erstattet, und demselben gemäß beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, Prinz Carl von Bayern zu erwidern, wie diese Zustände die gänzliche Zurückziehung der bayerischen Truppen ohne Ersatz wohl zur Zeit noch nicht gestatten, Ihm jedoch wegen der Dislokation der Truppen ausgedehnte Ermächtigung zustehe. Zugleich soll nunmer die schon in voriger Sitzung beschlossene Note an den Vorort in der Schweiz erlassen und durch einen besonderen Bevollmächtigten abgesendet werden.

München, 3. Juli. Die D. A. Ztg. schreibt: Ohne die nachfolgenden Angaben vollkommen bestätigen zu können, theilen wir dieselben gleichwohl nicht als bloße Gerüchte, sondern ausdrücklich mit der Bemerkung mit, daß wir für unsere Person sie auf den Grund unserer Quelle für begründet halten. Das Ministerium des Innern erhielt in den jüngsten Tagen durch das des Kriegs die amtliche Anzeige, daß es von einem angeblich von Baden oder von badischen Republikanern in der Schweiz ausgehen sollenden Complott gegen die deutschen Fürsten, und beziehungsweise von einem unsern König bedrohenden Attentat erste Kenntniß und betreffende Nachweis durch die Frau Hauptmann F. erhalten habe, welche soeben aus Baden hier eingetroffen sey. Die fragliche Dame wurde darauf von dem Polizeidirektor in ihrer Wohnung besucht, hat ihre dem Kriegsminister gemachte Eröffnung bestätigt und scheint selbst seitdem darnach zu streben, daß ihre gemachten Anzeigen, von patriotischem Standpunkt aus gefaßt, möglichst allgemein bekannt werden.

München, 7. Juli. (Dienstes-Nachrichten.) Die bisherige Function eines Stadtkommissärs der Stadt Bamberg wurde durch einen eigenen Beamten mit dem Range und Titel eines Regierungsrathes übertragen und dem vermaligen Vorstande des Landgerichts Wernect und functionirenden Stadtkommissär zu Bamberg J. B. Ihl unter Enthebung von der Landgerichtsstelle zu Wernect verliehen. Der Revierförster zu Garmisch, Klemens Heindl, wurde in gleicher Eigenschaft auf die Revier Mantel versetzt.

Von den „Verbesserungsanträgen des volkswirthschaftlichen Ausschusses der Reichsversammlung zu den Anträgen des Verfassungsausschusses über die Grundrechte des deutschen Volks" sind folgende die wichtigsten: Zu §. 2. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbsbetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu. Die Befugniß zur Erwerbung von Grundbesitz steht auch den ausländischen Personen zu. Doch bleibt der Reichsgewalt vorbehalten, wegen Erwerbung von Grundstücken zur todten Hand besondere Bestimmungen zu treffen. Zu §. 5. Jeder Deutsche hat das Recht der Auswanderung, hat bei Ausübung dieses Rechts keine Abzugsgelder zu zahlen und hört auch im Auslande nicht auf, deutscher Bürger zu seyn. Kein deutscher Bürger kann jedoch zugleich Bürger eines andern Staates seyn. Zu §. 9. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Ausnahmen können nur durch ein Reichsgesetz festgestellt werden. Zu §. 27 und 28. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband über sie immer Art. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei so wie alle andern, einem Grundstück oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte und Privilegien; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben jeder Art; 3) die aus dem grund- und schutzherrlichen Verbande herstammenden persönlichen Leistungen und Abgaben; 4) die Jagdgerechtigkeit auf fremden Grund und Boden. Die mit den vorstehend aufgehobenen Befugnissen zusammenhängenden Gegenleistungen und Berechtigten fallen gleichfalls weg. Zu §. 29. Alle übrigen, unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, desgleichen alle ländlichen Servituten, so weit sie nicht zur Benutzung des berechtigten Grundstücks unerläßlich nothwendig sind, sind ablösbar ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten. Die näheren Bestimmungen über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen. Zu §. 31. Alle Lehensverband und alle Fideikommisse sind aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten anzuordnen. Zu §. 43. Jeder Deutsche genießt auch im Auslande den Schutz des deutschen Reichs und ist überall berechtigt, die Hülfe deutscher Behörden gegen rechtswidrige Beschränkungen seiner Freiheit und seines Eigenthums in Anspruch zu nehmen.

Berlin, 6. Juli. Das Institut der Constabler wird wahrscheinlich binnen kurzem ins Leben treten; Regierungs-Rath Peters wird als Direktor desselben genannt. — Unser Polizei-Präsidium soll, wie versichert wird, zu einer Regierung umgeformt werden. Dasselbe besorgte auch wie bisher durch eine gebildete erste Abtheilung schon die Regierungsgeschäfte; es lag jedoch dem Präsidenten die alleinige Verantwortlichkeit ob und hatte auch vor allem eine entscheidende Stimme. Es soll jetzt ein completes Regierungskollegium gebildet werden. — Die Stadtverordneten haben beschlossen, daß Magistrat und Stadtverordnete die soge-

Digitized by Google

nannten ehrenden Prädicate, wie „hochweise, hochedel,“ unter einander aufreben.

Breslau, 3. Juli. Am gestrigen Abend sind leider die Reibungen zwischen dem erst vor kurzem hier eingerückten Militär und dem Civil zu einem bedauernswerthen Ausbruche gekommen. In der Jakagie zum Oesterreichischen Kaiser vor dem ohlauer Thore gerieth eine Anzahl Soldaten des 22. und 23. Regiments mit dort anwesenden Kräuterknechten in Streit. Das Militär, das in der Mehrzahl und theils schon mit blanker und geschliffener Waffe eingetreten war, machte alsbald von diesen Waffen auf eine beklagenswerthe Weise Gebrauch. Der Streit zog sich bis auf die Straße, wo Arbeiter und andere Civilpersonen den Kräuterern zu Hülfe eilten, und auf beiden Seiten mehrere Verwundungen vorgekommen sind. Verfolgt liefen die Soldaten mit dem blanken Säbel in der Hand um sich herumschlagend, durch die Vorstadt. Auf die erste Nachricht von diesen Excessen marschirte das auf dem Fischmarkte consignirte Bürgerbataillon unter Anführung des Majors, Schmiedemeisters Richter, der sich 20 Mann Militär von der Hauptwache beigeben ließ, dem Tummelplatze entgegen und traf die Excedenten unweit des Stadtgrabens, wo sie sich rechts und links flüchtig zerstreuten. Einer derselben ward verhaftet.

Wien, 5. Juli. Ein großer und freudiger Tag schwebte heute über Wien, über Oesterreich und ganz Deutschland. Er brachte dem volksthümlichen Erzherzoge Johann durch die Deputation der Nationalversammlung die Kunde von seiner mit ungeheurer Stimmenmehrheit erfolgten Wahl zum Reichsverweser von Deutschland. Der Prinz empfing dieselbe in der ehemaligen, noch immer so benannten „Reichskanzlei“, und um 11 Uhr verkündeten 101 Kanonenschüsse von der zunächst gelegenen Burgbastei, daß der Erkorene die ehrenvolle Wahl angenommen. Die Andre des Erzherzogs an die Bevollmächtigten war eben so ungeschminkt im Ausdrucke, als herzerhebend. Er begrüßte sie als „deutsche Brüder und Kameraden.“ Die gesammte Bevölkerung nimmt den freudigsten Antheil an dem großen Ereignisse. Als die Abgeordneten gestern Abend auf dem Dampfschiffe Huniady auf dem Landungsplatze zu Nußdorf einstrafen, wurden sie von einer ungeheuren Menschenmenge mit donnernden „Lebehochs“ begrüßt, eine Abtheilung Kavallerie war dort zu ihrem Ehrengeleite nach der Stadt aufgestellt, wohin sie in Hofwagen durch Spalliere der Nationalgarde fuhren. Von den Thürmen verkündete Glockengeläute den freudigen Moment. Eine fast fürstlich eingerichtete Wohnung in der Kärnthnerstraße wurde den Gästen von einem Privatmann, Hrn. Todesko, eingeräumt. Heute um 10 Uhr Vormittags fand der Zug der Deputation, ebenfalls in k. k. Hofwagen, in die Burg statt. Zahlreiche Nationalgarden in Galla zu Fuß und zu Pferd, alle mit Bändern in den deutschen Farben über Schulter und Brust geschmückt, gaben ihr das Geleite, und die Begeisterung der dicht gedrängten Volksmenge auf den Hauptplätzen und Straßen, durch welche der Zug ging, ist kaum zu beschreiben. Ueberall mischte sich unendlicher Jubel in die Klänge der Musik. Von allen Häusern flatterten lustig schwarz-roth-goldene Fahnen. Für den heutigen Abend sind in den vorzüglichsten Belustigungsorten große Feste zur Feier der nunmehrigen „Freiheit und Eintracht“ angekündigt. Was die gutgesinnten, biederen Oesterreicher, außer der Ehre, einen Prinzen ihres Hauses an die Spitze der großen deutschen Nation gestellt zu sehen, bei diesem Ereignisse herzinniglich freut, Das ist der nunmehrige Untergang der uns fremdartigen republikanischen Bestrebungen in Deutschland durch den Ausspruch des Volkswillens, dessen Eindeit und Erkräftigung Umtrieben solcher Art nur wohl schwerlich Spielraum gewähren werden. Auch hier erscheint diese Partei jetzt gleichsam wie niedergedonnert. Die Sprache ihrer Organe wird sichtlich kleinlauter. — Dem Minister des Aeußern, Frhrn. v. Wessenberg, wurde vorgestern ein solenner Fackelzug gebracht. (K. v. u. f. D.)

Wien, 3. Juli. Die heutigen Nachrichten aus Treviso vom 30. Juni melden nichts neues über den Stand der Dinge in Venedig. Am Schlusse des Postabgangs verbreitete sich die Nachricht, daß unsere Tschaikisten, welche vom Fusina gegen Chiogia operirt hatten, diesen wichtigen Punkt vollends genommen hätten. Die Bestätigung ist zu erwarten. In den venezianischen Provinzen kehrt überall die Ruhe zurück. Die Steuern werden pünktlich bezahlt.

Wien. Eingetroffenen Nachrichten vom Kriegsschauplatze zu Folge sollen die Höhen von Rivoli von unsern Truppen wieder genommen seyn.

Leer, 4. Juli. Gestern Nachmittag wurde auf dem hiesigen Schiffswerfte Concordia ein großes Schoonerschiff vom Stapel gelassen und mit dem Namen „Erzherzog Johann“ belegt.

Die Hamburger Börsen-Halle vom 5. Juli sagt: Aus zuverlässiger Quelle können wir heute die Bestätigung der Nachricht mittheilen, daß am 2. Juli in Kopenhagen ein Waffenstillstand auf drei Monate zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen worden ist (Nr. 189), der, wie wir heute erfahren, unter die Garantie Englands und Rußlands gestellt und einer dreimonatlichen Kündigung unterworfen ist. Derselbe wurde unmittelbar nach dem Abschlusse nach Berlin zur Ratification gesandt. Was die Bedingungen des Waffenstillstandes betrifft, so ist dem schon Bekannten hinzuzufügen, daß der Vernehmen nach nicht nur das Herzogthum Schleswig, sondern auch Holstein bis auf die Zurücklassung einer kleinen Garnison in Altona geräumt werden soll, während auf der Insel Alsen eine kleine dänische Besatzung zum Schutze der Hospitäler zurückbleiben würde. Außer den Schiffen werden auch die Gefangenen zurückgegeben; auch sind Bestimmungen über die Zusammensetzung einer provisorischen Regierung in Schleswig getroffen, welche nach der Räumung dieses Herzogthums eingesetzt werden soll. Die Summe, welche als Entschädigung für die preußischen Requisitionen in Jütland von Seiten der dänischen Regierung in Anspruch genommen wird, gibt man auf 140,000 Species an. — In Betreff des zu vermittelnden definitiven Friedens in der schleswig-holsteinischen Frage soll noch festgesetzt werden seyn, daß sowohl von deutscher als dänischer Seite je zwei Schiedsrichter gewählt werden sollen, welche, wenn sie sich über streitige Fragen nicht einigen können, einen Obmann zu erwählen haben würden, dessen Entscheidung als definitiv anzusehen wäre und keine Berufung gestattete.

Schweiz.

Basel land, 1. Juli. In Folge der neuen Umgestaltungen in Europa wird der bekannte Flüchtling **Georg Fein**, der nach Amerika verbannt worden und dort mit den Jesuiten heftige und glückliche Kämpfe führte, in sein neues Vaterland Basel land zurückkehren. (D. A. Z.)

Italien.

Nach unsern Briefen aus Rom vom 28. Juni reißt der Zwiespalt zwischen dem friedenfreundlichen Papst und dem kriegslustigen Ministerium immer weiter. Das „Volk“ nahm Partei für den h. Vater und brachte dem Grafen Mamiani, für das Vertrauensvotum der Kammern, eine Fackenmusik. Er soll auf dem Punkte stehen zurückzutreten, während Marchetti bereits abgedankt hatte. Die Gelstwuth scheint am meisten diesen Rückschlag in der Gesinnung der ewigen Stadt erzeugt zu haben.

Venedig, 29. Juni. Vom Kriegsschauplatze in der Nähe nichts von Bedeutung: die Oesterreicher verschanzen sich und bauen Fliße, auf denen sie bereinkommen wollen; die Venezianer suchen sie von den Fors aus mit ihren Kanonen daran zu hindern. Die Spannung auf den 3. Juli wächst von Stunde zu Stunde. Dieser Tag ist ein Wendepunkt: **Evviva Carlo Alberto, nostro Doge e Re!** Die Marine ist bereits ganz für ihn, nicht so die Arsenaloten. Man macht eifrig Jagd auf Spione, besonders auf vermeintliche Croaten, ja sogar der französische Consul wurde neulich aus Versehen verhaftet.

Ungarn.

Nach Nachrichten aus Temesvar vom 27. Juni waren die südslavischen Streithaufen in drei Massen abgetheilt. Die eine bedrerichte das rechte Donauufer von Carlowitz an, die zweite hielt die sogenannten römischen Schanzen zwischen Donau und Theiß besetzt, die dritte entwickelte sich auf der Ebene am Bergfluße von seiner Einmündung in die Theiß bei Perlaß gegen Greß-Becskerek hin. Ihnen gegenüber zogen sich magyarische Truppen und Nationalgarden, rumänische Sensenmänner, jazygische Reiter, Szekler ꝛc. zusammen. In kurzem erwarten man den Zusammenstoß von 60,000 Mann, entflammt von Haß und Wuth gegeneinander. Gegen den „schwäbischen“ Kaiser der „die serbische Nation an die Ungarn verrathen“, fanden in Panesowa ꝛc. starke Manifestationen statt. — Vom 29. Die Insurgenten haben keinen Angriff gegen die Stadt gewagt, sondern sich nach Albunar zurückgezogen. Das illyrische Generalcomite — wie es scheint von der Niederlage in Prag betroffen — hatte um eine Bedenkfrist bis zum 30. Juni gebeten, um die an den Kaiser gesandte Deputation zu erwarten und die Ausgleichung mit dem ungarischen Ministerium zu versuchen.

Moldau und Walachei.

Wien, 3. Juli. Nach den neuesten Nachrichten aus Bucharest und Jassy an das Ministerium des Aeußern eingelangten Berichten der k. k. Agentien ist am 22. v. M. in der Walachei eine Volksbewegung ausgebrochen, welcher sich auch der Hospodar Fürst Bibesko anschloß, und welche die Erlangung größerer Freiheiten unter neuer Verfassung und die Befreiung von fremdem

Digitized by Google

Einfluß, jedoch mit Anerkennung der türkischen Oberherrlichkeit, zum Zweck hatte. Der als außerordentlicher Commissär Rußlands, vermöge dessen traktatmäßigen Protectorats über die Fürstenthümer zu Bucharest verweilende General Duhamel verließ hierauf besagte Stadt, und veranlaßte nach dem Bericht aus Jassy vom 26. des Einmarsch der zu Leova am Pruth concentrirten russischen Truppen, deren Stärke auf 25,000 Mann an Cavallerie und Infanterie angegeben wird, über die moldauische Gränze, von welchen Truppenverein ein Theil in der Moldau zu verbleiben hat, und schon an demselben Abend zu Jassy erwartet wurde, der andere aber nach der Walachei bestimmt ist. Auch der in Jassy befindliche türkische Commissär, Talat Effendi, hat alsbald an seine Regierung geschrieben, damit sie den schleunigen Eilmarsch türkischer Truppen in die Fürstenthümer anordnen möge. (A. Z.)

Jassy, 26. Juni. Heute Abend erwarten wir den Einmarsch der Russen! Der Vorwand hiezu liegt in der Antipathie gegen Rußland, dessen scheußliche Machination unermüdlich daran gearbeitet haben, die sociale und politische Einwicklung in unserm Fürstenthum zu verhindern, dessen Agenten uns nie zu Ruhe kommen ließen und am meisten zu den Umtrieben beigetragen haben, welche das Protectorat in den Augen Europa's zu rechtfertigen schienen. Die Antipathie ist endlich bei uns zum Aufstand geworden; man will die Fesseln brechen, man will die gefährlichen Freunde los werden, wir billigen dieß nicht nur, wir nennen es eine Nothwendigkeit, unvermeidlich für uns wie der Odem für den Körper! Aber welcher Moment wurde gewählt! Wir können nur glauben, daß Rußland ihn bezeichnet hat!

Wissen Sie, was es heißt, Russen in der Moldau? ist will es Ihnen übersetzen, es heißt: Europäischer Krieg! Sie werden nicht erschrecken vor dieser Aussprache. Für Sie ist es Rettung! Sie werden ein neues Beispiel der Politik der Despotie haben, um warnend darauf hinzuweisen, Sie werden Alliirte finden, für das Princip, dem Sie angehören, die Democratie wird den Westen Europas in einem Bund schließen, Frankreich, England (?), Deutschland werden sich schützen vereint und einig! Wir aber, was wird uns werden! Werden Sie uns zu Hülfe eilen, ehe wir zermalmt sind, ehe wir Sclaven werden, ehe unsere Verbrecher die Gränzen reißen und unsere Patrioten nach Siberien wandern!? (Oest. Z.)

Semlin, 26. Juni. Den eingelangten verläßlichen Nachrichten zufolge gewinnt die Cholera in Bukarescht noch immer größere Ausbreitung. Wer es immer im Stande ist, verläßt die Stadt. Eine bedeutende Anzahl Bojarenfamilien hat sich nach Kronstadt geflüchtet, wo man aber ebenfalls vor einigen Tagen einen verdächtigen Erkrankungsfall bemerkt haben will. — An dem russischen Pruthufer hat sich eine bedeutende Truppenmasse gesammelt, welche man auf 20,000 Mann schätzt und die sich noch immer durch neue Zugänge vermehrt. Bereits in der ersten Hälfte des Monats sollen von russischer Seite Vorarbeiten zur Schlagung einer Brücke über den Pruth begonnen worden sein, und man sieht täglich dem wirklichen Einmarsche der russischen Truppen in die Moldau entgegen.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Juli. Der größte Theil der gestrigen Sitzung der National-Versammlung ward mit der Wahl eines Quästors ausgefüllt. Im dritten Scrutin erst ward General Lebreton mit 399 Stimmen gewählt, während sein Concurrent Herr Ladvisture, für den alle Fractionen der Opposition votirten, noch 319 Stimmen erhielt. Mehrere Gesetze wurden dann fast ohne Discussion rasch angenommen, so das, welches den Gehalt von 10000 Frs. monatlich den Chef der Executiv-Gewalt bestimmt, — der Gehalt der Minister wurde statt der vorgeschlagenen 3000 Frs. auf 4000 Frs. monatlich erhöht; endlich wurde den Mitgliedern der früheren Executiv-Commission für die Zeit ihrer Amtsführung ein Monatsgehalt von 5000 Frs. zugesprochen. Der Tag des 6. Juli, an dem die Leichenfeier der Gefallenen stattfindet, wurde für einen allgemeinen Trauertag erklärt und somit den gesetzlichen Festtagen gleich gestellt. Die Bildung eines Bataillons mobiler Gendarmerie in der Vendée wurde trotz der Protestation des Departiteten dieses Departements votirt.

Die größte Ruhe und Ordnung herrscht in Paris, alle öffentlichen Gärten sind wieder geöffnet werden, das Vertrauen ist größer, als es je seit dem 24. Februar war und die Curse sind an der gestrigen Börse abermals gestiegen; die Spreyzetigen, nach denen sehr bedeutende Nachfrage war, stiegen auf 75. Die Theater sind zwar noch geschlossen, weil viele von ihnen zu stegenden Spitälern benutzt wurden (wobei alle Schauspielerinnen Krankenwärterinnendienste thaten); aber General Cavaignac hat bereits die Directoren ersucht, sobald als möglich ihre Vorstellungen zu beginnen und ihnen allen Entschädigungen zugesagt.

Herr von Chateaubriand, der berühmte Verfasser des Geistes des Christenthums, ist gestern früh, 80 Jahre alt, gestorben.

Der junge Negrier, den die Nationalversammlung zum Lieutenant ernannt hat, hat sich bei seinem Obersten in der Kleidung des gemeinen Soldaten gestellt. Auf die Frage des Obersten, warum er nicht seine Officiers-Epauletten trage, antwortete der Jüngling: „Ich habe sie einen Tag getragen, um mich so meiner Mutter zu zeigen, jetzt aber, Herr Oberst, erlauben Sie mir, als Soldat zu dienen, bis ich die Epauletten verdient habe.“ Der Kriegsminister hat diesen Wunsch genehmigt, aber angeordnet, daß, sobald Negrier zum Lieutenant befördert werde, er seinen Rang vom Tage seiner Ernennung durch die Nationalversammlung nehme.

General Damesme, der ein Bein verloren hat, ist zum Gouverneur des Schlosses von Vincennes ernannt.

Die Etsaffäre zeigt heute an, daß General Bedeau das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht annehme, daß Herr Jules Bastide sonach Minister des Auswärtigen bleibe und ein Admiral (Berninhac?) das Portefeuille der Marine übernehmen werde.

Oberst Lubre, Volksvertreter, hat auf Befehl des Generals Cavaignac eine genaue Untersuchung der Catacomben angestellt. Drei Stunden lang wurden dieselben nach allen Richtungen bei Fackelschein durchtreuzt, allein man fand nichts als einige Waffen, und es schrint, nach den Fußtritten zu urtheilen, daß die Insurgenten, die sich hinein geflüchtet hatten, sie noch während des Kampfes wegen Mangel an Lebensmitteln verließen.

Louis Blanc veröffentlicht heute in der Democratie pacifique einen Brief, in dem er die ungerechten Anschuldigungen, als seyen seine Lehren Schuld an den blutigen Ereignissen des Juni, mit Entrüstung zurückweist. Er citirt mehrere Stellen seiner in Luxembourg gehaltenen Reden nach dem Moniteur, aus denen hervorgeht, daß er sich stets gegen die Anwendung der brutalen Gewalt ausgesprochen und die allmählige friedliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gepredigt habe. Der durch die Insurrection in Paris verursachte materielle Schaden wird nach den vorläufigen officiellen Schätzungen auf zehn Millionen angegeben.

Die Nachrichten aus Marseille gehen bis 29. Juni. Die Infantin Fernanda, Schwester des Königs Francisco, ist durch ein königliches Decret ihrer Rechte als Infantin verlustig erklärt, weil sie gegen den Willen der Königin einen reichen Amerikaner, Herrn Guetty Rente, geheirathet hat. Die Pariser Ereignisse, von denen man erst den Anfang kannte, machten ungeheures Aufsehen. Die progressistischen Journale schicken sich nach Aufhebung des Belagerungszustandes an, wieder zu erscheinen.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 5. Juli.) Der Präsident zeigt an, daß die Besitzung des Sätze nicht unter der Julisäule stattfinden werde, da die dort Grust dort noch nicht eingerichtet sey, und daß die Beisetzung daher in der (gegenüber gelegenen) Madeleinekirche erfolge. Da die Todten schon fast Alle begraben sind und die Leichenfeier nur eine symbolische seyn sollte, in der ein kolossaler Wagen mit Särgen der Repräsentanten der verschiedenen Klassen der Gefallenen (ein Vertreter, ein General, ein Soldat, ein Nationalgardist, ein Mobiler u. s. w.) figuriren sollte, so gibt man dieser plötzlichen Abänderung, wodurch der feierliche Zug über alle Boulevards wegfällt, politische Gründe. Wenigstens behaupten: man habe während der Leichenzugs eine Emeute befürchtet, wahrscheinlicher aber ist, daß General Cavaignac, der sehr zartfühlend ist, der perschossenen und verwüsteten Vorstadt St. Antoine das Schauspiel dieses Leichenzuges ersparen wollte, der als eine Art Triumphzug der Sieger nur eine neue Demüthigung für diese schwer gedrückte Bevölkerung seyn würde. — Der Präsident macht das Resultat der Bureaux-Wahlen bekannt: die sechs Vice-Präsidenten sind: Georges Lafayette, Cordon, Lacrosse, Marrast, Cormenie und Portalis, — die beiden Secretäre: Edmond Lafayette und Peau. — Die Städte Angers, Nantes, Orleans u. a. verlangen die Erlaubniß, Anlehen von 2 bis 4 Mill. 900,000 Fr. machen und diese Beträge durch freiwillige Zusatzheuern binnen 10 Jahren bezahlen zu dürfen. Diese Summen sind zur Beschäftigung und Unterstützung erwerbloser Arbeiter bestimmt. Alle diese Anlehen werden bewilligt. —

Die zu München herausgekommenen Nummern:

1 85 6 73 63

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Inserate und Eingesendte: für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Dienstag | Nro. 191. | 11. Juli 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Juli. (Ausführlicher Bericht der 32. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung.) Die Tagesordnung führt zur Berathung des Antrags von Grumbrecht auf Einsetzung eines eigenen Ausschusses für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Bauer beantragt, daß die Abstimmungen nicht gehalten seyn sollen, die Ausschußmitglieder ausschließlich aus ihrer Mitte zu wählen. Er wünscht, daß alle Confessionen möglichst vertreten seyen. Pfeiffer äußert u. A. der Verfassungsausschuß werde Zeit genug haben, sich von Rom, das jetzt gegen deutsche Waffen rüste, Instruktionen für das Verhalten der deutschen Kirche zu holen. Präsident glaubt, daß zu der Berausetzung, der Verfassungsausschuß habe Instruktionen von Rom ein, keine Veranlassung vorhanden sey. Der Redner bemerkt ferner, man habe Beweise, daß die Geistlichkeit sich der politischen Wiedergeburt Deutschlands widersetze, worauf der Präsident ermahnt: man möge Verdächtigungen unterlassen, und Eintracht der Confessionen als Grundzug voranstellen. Der Redner ist für zwei getrennte Ausschüsse, einen für Kirche, einen für Schule. Die Kirche wolle sich vom Staate trennen, die Schule dagegen sich mit dem Staate vereinigen und von der Kirche lösagen. Die Kirche habe freie Bürger zu erziehen für die Institutionen des Staates. Reinhard bevorwortet die Errichtung eines eigenen Ausschusses für die Schulangelegenheiten, mit einer eigenen Sektion für die Volksschule. Die Trennung der Schule und der Kirche werde von Lehrern und Gemeinden gewünscht, selbst von einzelnen Geistlichen gebilligt und von der Natur der Sache gefordert. Er hofft, das Schleppthau, an welchem bisher die Schule hinter der Kirche hergeschleppt worden, bald gekappt zu sehen. Die höheren Lehranstalten hätten sich bereits von der Vormundschaft der Kirche losgesagt; nur die Volksschule werde noch festgehalten. Aufsicht und Ueberwachung müsse seyn, aber durch Männer von Fach; auch die Schule verlange Selbstregierung. Die Geistlichkeit werde sich auf den Rechtsboden berufen; auf diesem stehe auch der Sultan und der Kaiser von Marocco. Die Berufung auf das Herkommen sey seit vier Monaten ein Wechsel geworden, auf den Niemand mehr einen Kreuzer bezahle. Der Staat verlange eine freisinnige und vernünftige Erziehung. Ein Verfassungs-Katechismus möchte eben so heilsam seyn, als alle probirten und approbirten Katechismen. Der Keim und Anfang des Proletariats liege in der bisherigen so schaudervollen Erziehung. Das Proletariat werde nicht geboren, sondern erzogen. „Wollen Sie Sicherheit des Eigenthums und des Lebensgenusses, so sorgen Sie für eine tüchtige Volkserziehung; dann sorgen Sie für sich selbst.“ Der Staat aber wird seinen Kredit heben (Beifall). Jassaix erklärt sich gegen einen Ausschuß (Gelächter). Der Redner bemerkt, er sey gegen Zuvetinen durch Natur und vielfache Lebensgeschichte abgehärtet. Die Aufgabe der Nationalversammlung sey, eine Constitution zu schaffen. Die prinzipiellen Fragen in Bezug auf Kirche und Schule lägen in den Grundrechten; in das Detail einzugehen, sey nicht Beruf der Versammlung. Die Kirche werde sich selbst organisiren; die Schule möge man den Partikulargesetzgebungen überlassen. „Lassen Sie uns!“ — so schließt er „alle unsere Kräfte auf unsere Aufgabe konzentriren und das, was sind, ganz seyn: ein verfassungsgebender Reichstag.“ Eisenmann citirt den Bibelspruch: Gebet Gott was Gottes ist und dem Kaiser was des Kaisers ist. Er will zwei getrennte Commissionen für Kirche und Schule, die aber ein gemeinschaftliches Präsidium haben und in geeigneten Fällen gemeinsam arbeiten sollen. Was solle ein Ausschuß für Kirchensachen, da es keine Staatskirche mehr geben, sondern die Kirche dieß im Innern des Menschen thronen solle? Was hat — fragt er — „das verruchte gestürzte System 33 Jahre lang gethan, um das deutsche Volk für die über Nacht gekommene Freiheit vorzubereiten? Nichts. Darum müsse es sich in der Freiheit nicht zurechtzufinden. Der Staat hat kirchliche Unterthanen gebildet; es sollte religiöse Menschen bilden.“ Oken oberf will für Kirchenangelegenheiten gar keinen Ausschuß und für Schulsachen einen von 30 Mitgliedern, von Rebern einen Ausschuß für Schulangelegenheiten und Volkserziehung. Bei der Abstimmung wurde der Ausschuß für Kirchenangelegenheiten verworfen, jen für Schulangelegenheiten (aus 15 Mitgliedern bestehend) angenommen.

Nach der Berichterstattung über die Wehrangelegenheiten verbreitete sich Abg. von Radowitz über die Stellung Deutschlands zwischen zwei großen Kontinentalmächten, gegen deren Angriffe es gerüstet seyn müsse. Auf eine Allianz mit einer von beiden sey nicht zu rechnen; der einzige in solchen Fällen natürliche und nützliche Verbündete bey keine Kontinentalmacht; er lege ein großes Gewicht in die Wagschale, könne aber nicht unsere Vertheidigung übernehmen. Deutschland werde und müsse sich selbst genügen. Der Redner weist nach, daß Frankreich 350,000 Mann, Rußland 400,000 Mann zu einem Offensivkrieg gegen Deutschland aufstellen können, und daß die zu einem solchen Kriege, so wie zur Besetzung aller Gränzen und Festungen erforderliche deutsche Heeresmacht 700,000 Mann betragen müßte. Die Bundeskontingente beliefen sich auf 430,000 Mann. Um den Unterschied auszugleichen, betürfe es nur der Entschlossenheit. Die Gegenwart erfordere, daß das ganze bewaffnete Volk am Tage der Gefahr in die Wagschale geworfen werden könne. Das Institut der Bürgerwehr sey zur Kriegsführung nicht hinreichend, wie das Beispiel Frankreichs 1792 gezeigt habe. Als Vorbild müsse die preußische Landwehr dienen, aber mit der Linie noch inniger verschmelzen und das 2. Aufgebot etwa bis zum 45. Lebensjahr ausgedehnt werden. Es wurden dadurch nahe an 2 Millionen Streitbare disponibel. Der Redner beantragt ein Amendement des Inhalts, daß die deutschen Regierungen aufgefordert werden, ihre Kontingente (1. Aufgebot) auf 1½ Proz. der Bevölkerung nach der neuesten Zählung zu erhöhen, den hieraus hervorgehenden Mehrbedarf an Mannschaft sofort zu bezeichnen und bereit zu halten, und ihre Vorräthe an Kriegsmaterial jeder Art mit dieser vermehrten Leistung in Uebereinstimmung zu bringen. Wiesner findet an dem Ausschußbericht auszusetzen, daß er die Truppen, welche mehrere deutsche Staaten über ihre Kontingente hinaus unterhalten, nicht hoch genug anschlage, auch die preußische Landwehr außer Anschlag lasse. Die Bürgerwehr könne gegen äußere Feinde treffliche Dienste leisten. Im Fall eines Krieges gegen Rußland oder Frankreich dürfe man auch auf Ungarn zählen. Er ist gegen eine Vermehrung des stehenden Heeres, weil sie dem Volke unnütze Lasten auferlege und die Sympathien für die Volksvehr ersticke. Einen Krieg mit Frankreich fürchte er nicht. „Nehmen Sie das Bündniß, das Frankreich uns angeboten an; verbinden wir uns innig mit der edlen französischen Nation. Nem in Arm mit Frankreich fordern wir unser Jahrhundert in die Schranken. Dann wird Rußland, Gewehr in Arm, an der Grenze stehen und keinen Schritt gegen Deutschland wagen. Das Vertrauen muß hergestellt werden, wenn die deutsche Großmuth die überfüllten Kerker öffnet, ehe Verzweiflung sie erbricht. Dann werden wir keine innern Feinde haben, und unsere Kraft nach Außen stärken.“ „Das Volk will keine Vermehrung der stehenden Heere; man greife in die deutsche Jugend hinein, um den Stoff zur Volksbewaffnung zu finden; dann, nur dann wird man den Sieg an die deutschen Fahnen fesseln.“ Er will die Jugend von 16—18 Jahren zur Volksvehr heranziehen. Bock äußert sich in scherzhaftem Tone über gewisse Begriffe von Volksbewaffnung. Er eifert gegen die Vermehrung der stehenden Heere; ohne sie hätten die Russen seit Jahren in Frankfurt (Gelächter) und der reiche Hahn der Anarchie flöge von Haus zu Haus. Teichert warnt vor der Beiziehung 16jähriger Jünglinge; das hieße unsere Jugend auf die Schlachtbank liefern. Er erinnert an die junge Garde von 1813, die nicht dem Kampfe, sondern den Strapatzen erlegen sey. In den jungen Männern von 25 bis 30 Jahren ruhe der Kern der Volkswehr. Stavenhagen ist nicht gegen ein Bündniß mit Frankreich; aber Deutschlands sey es nicht würdig, als Bettlerin zu erscheinen. In Frankreich verlange Niemand Abschaffung der stehenden Heere; die Franzosen seyen eben die Praktiker und wir die Theoretiker. Die Volksbewaffnung könne nicht im Augenblick der politischen Krisis eingeführt werden, und das Experiment der Volkswehr geordneten und geübten Heeren gegenüber möchte sehr traurig auslallen. Römer weist auf die großen Kosten einer Ver-

Digitized by Google

mehrung der stehenden Heere hin. Von Rußland sey für jetzt keine Gefahr zu besorgen. Frankreich habe seine Heeresmacht nicht verstärkt; es habe eingesehen, daß Kriegsruhm nur auf Kosten der Freiheit erlangt werde. Der Redner ist nicht gegen stehende Heere, besonders leidhen sie auf die Verfassung beeidigt worden und angenommen, Bürger zu werden. Er hält tüchtige Cadres und eine gut organisirte Landwehr für hinreichend und wünscht, daß die Centralgewalt Vorschläge machen möge, um die Volksbewaffnung mit dem stehenden Heere in Verbindung zu bringen. Er stimmt gegen den Commissionsantrag. Blum fragt, ob denn wirklich Krieg drohe. Die Freiheit bedürfe keine Eroberungen, sondern der Stütze verwandter Nationen. Man möge die dargebotene Hand des westlichen Nachbars, wenn nicht unbedingt annehmen, doch wenigstens fragen, unter welchen Bedingungen sie angeboten werde. Wir sind — fährt er fort — doch sonst so besonnen; und jetzt wollen wir rüsten, als ob wir von beiden Seiten zugleich angegriffen werden sollten. Man spricht von den 300 Bataillons, welche in Frankreich neu errichtet werden; allein man vergesse nicht, daß im Jahre 1792 Frankreich nicht angegriffen hat, sondern durch äußere Einmischung zum Krieg gezwungen wurde. Seyen Sie gerecht; gehen Sie hinüber; fragen Sie unter welchen Bedingungen die Hand geboten werde, und sind sie gerecht und ehrenvoll, so nehmen Sie sie an, und mit einem Wort des Friedens werden sie die 300 Bataillone auflösen. Wir wollen unser Vaterland nicht verheert sehen; wir wüthen eher das Aeußerste wagen; aber wollen Sie das gedrückte Volk durch eine Vermehrung der stehenden Heere noch mehr herabdrücken? Es kostet schon über die Hälfte eines auf's Höchste gespannten Staatshaushaltes. Wenn es nothig, koste es was es wolle; aber die Nothwendigkeit, bevor man die Mittel des Friedens versucht, bestreite ich. Das Heer ist völlig auf dem alten Fuße geblieben; man verwehrt ihm die Theilnahme an den Errungenschaften der Neuzeit, das Recht der Wahl, der Versammlungen und Vereine; man hindert, es sich seinen unbewaffneten Mitbürgern gleich zu stellen. Ehe wir Millionen zur Vermehrung des stehenden Heeres bewilligen, vergessen wir nicht, wie viel Tausende in Elend schmachten. Wir sollen die Mittel des Friedens wandeln, und unsre Mittel zur Hebung der Industrie, des Handels und des Verkehrs verwenden; dann werden wir im Volke einen Geist erzeugen, den keine Vermehrung der stehenden Heere zu wecken vermag. Reh beantragt, daß die Abstimmung auf acht Tage verschoben werde, weil der Ausschußbericht Vielen erst heute zugekommen, auch die Centralgewalt in naher Aussicht stehe. Der Antrag von Reh wird angenommen. Bischer will einen Antrag wegen Truppensendungen nach Tyrol begründen; derselbe wird nicht für dringend erkannt. Haßler motivirt seinen Antrag in Bezug auf die Zurückweisung der würtemb. Schiepp-Dampfschiffe an dem Mündungsplatz in Linz; derselbe wird dem Ausschuß empfohlen. (F. J.)

Frankfurt, 6. Juli. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß der Ausschuß der Nationalversammlung, welcher die eingelaufenen Anträge auf Amnestie zu begutachten hat, sich gestern mit großer Mehrheit dafür entschied, diese Anträge abzuweisen.

Die Deputirten der Nationalversammlung an den Reichsverweser haben neuerdings wieder einen Brief an den Präsidenten der Nationalversammlung gerichtet, worin sie den glänzenden Empfang den sie an allen Orten auf ihrer Reise nach Wien und ganz besonders in Regensburg und mehr noch in Linz, wo man ihnen fürstliche Ehre erwiesen, gefunden, nicht genug rühmen können.

Gerwinus schägt in seiner deutschen Zeitung dem Reichsverweser folgende Männer als zukünftige Reichsminister vor: Für das Ministerium des Auswärtigen Hrn. von Stockmar in Belgien, den intimen Freund und Rathgeber König Leopolds, für das Ministerium des Handels den Senator Duntzwig in Bremen, für das Kammerpräsidium im Vereine mit dem Ministerium des Innern: Heinrich von Gagern und im Falle dieser seiner jetzigen hohen Stellung den Vorzug geben sollte: Herr Camphausen; für das Justizministerium: den Bundestagspräsidenten von Schmerling. Für das Marineministerium weiß Gervinus noch keinen Kandidaten vorzuschlagen. — Es ist zu erwarten, daß der Herr Hofrath mit seinen Ministerernennungen gründlicher ist, als mit seinem Candidaten für die deutsche Reichs-Executivgewalt, wozu er bekanntlich in vielen langen und gelehrten Artikeln den König von Preußen als Kaiser designirte.

Frankfurt, 7. Juli, Mitternacht. (Barrikaden in Sachsenhausen.) Heute Abend nach 9 Uhr wurde in allen Straßen Generalmarsch geschlagen, die Stadt hatte plötzlich das Aussehen eines bewaffneten Lagers. Die Sachsenhäuser hatten Barrikaden an der Mainbrücke und an den Thoren errichtet. In der verflossenen Nacht fanden Gewaltthätigkeiten an dem Hause eines Bäckers in Sachsenhausen statt. Ob zur Verhütung der Wiederholung derselben, oder um Beschaffungen zu unterstützen, welche in Sachsenhausen vorgenommen werden sollten, — es wurde ein Detachement Linientruppen gesendet, und darauf ging der Kampf los. Es wurde von beiden Seiten gefeuert, doch weiß man nicht, mit welchem Erfolge, denn die Brücke ist gesperrt. Doch scheint die Ruhe wieder hergestellt werden zu seyn, sobald die Stadtwehr einschritt. Ein stärker Gewitterregen wirkte auch wohlthätig ablühlend. Die Sachsenhäuser werden wohl zu spät ihre Unbesonnenheit bereuen. (Die Ruhe war am andern Morgen wieder hergestellt.)

München, 7. Juli. Der Reichsverweser Erzherzog Johann wird auf seiner Reise nach Frankfurt durch München kommen, und wahrscheinlich hier übernachten. Heute wurden bereits auf der Parade die ihm bestimmten militärischen Ehrenbezeigungen öffentlich bekannt gegeben. (A. Z.)

München, 8. Juli. Nachtem heute Morgen auch auf offiziellem Wege die Nachricht hier eingetroffen war, daß Erzherzog Johann die Reichsverweserstelle angenommen habe, wurde sofort eine halbe Stunde lang mit allen Glocken geläutet und auf einigen Thürmen, am Ständehaus ꝛc. die deutsche Fahne aufgezogen. Morgen ist aus Anlaß dieses hochwichtigen Ereignisses feierlicher Gottesdienst und große Festparade; andere Festlichkeiten werden für die nächsten Tage vorbereitet. (K. v. u. f. D.)

Die N. Münch. Ztg. erklärt in einem halboffiziellen Artikel die Angabe des „Eilboten“: — durch ein Kunstschreiben des Ministeriums des Innern sey der Befehl ertheilt worden, Preßverehren revolutionärer Tendenz sollten nach dem alten Preßgesetz unnachsichtlich bestraft werden — für ganz grundlos.

Berlin, 3. Juli. Der Lieutenant Techow, welcher den Hauptmann von Rahmer durch falsche Nachrichten dahin gebracht haben soll, daß er ohne Befehl das Zeughaus räumte, ist vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt worden. Hr. Techow war bisher im Kriegsministerium angestellt, und Hr. v. Griesheim, der Kriegsministerialvertreter und Redner in der Nationalversammlung, waren ihm früher der Bürgerwehr als Chef empfohlen.

In Berlin rühren sich unter dem Bürgerstande separatistische Gelüste, ohne Anregung bis jetzt größere Ausbreitung zu finden. Eine derartige Adresse hat die jetzt noch wenige Unterschriften erhalten.

Wien, 5. Juli. Bei dem feierlichen Aufzug, welchen die Deputationen nach der Burg hielt, trugen alle Begleitenden aus dem Bürgercorps, der Nationalgarde und der academischen Legion das deutsche Band quer über die Brust. Der Männergesangverein bereitet den Abgeordneten für heute Abend eine Serenade, die Universität einen Fackelzug und die ganze Stadt eine Beleuchtung. Die Börse theilt die freudige Anregung um so mehr, als die gestern mitgetheilte Nachricht des Einmarsches der Russen in die Moldau schon am Abend als vereitig widerrufen worden. Die Curse der Fonds und Effendahnactien sind ansehnlich gestiegen.

Wien, 6. Juni. Der päpstliche Nuntius, Mons. Morichini, hat heute seine Päße vom Ministerium des Auswärtigen zurückbekommen. Ein neuerlicher Beweis von Wessenberg's Energie.

(Oest. B.)

Leipzig, 5. Juli. Aus ziemlich sicherer Quelle erfahren wir, daß Sachsen in nächster Zukunft einen interessanten Prozeß erleben wird. Der Fürst von Schönburg-Waldenburg will nämlich seine Schadenklage gegen Preußen erhoben, auf Erstattung für Zerstörung und Verbrennung seines Schlosses Waldenburg durch eine Rotte von Aufrührern. Der Sachlage nach dürfte der Fürst eine solche Klage gewinnen, indem er schlagende Beweise geliefert haben soll, daß er volle vier Wochen vor Ausbruch des Tumultes der Staats-Regierung von der wachsenden Gährung und der ihm (dem Fürsten) drohenden Gefahr Anzeige gemacht, so wie Hülfe vom Staate beansprucht habe. Diese Hülfe sey ihm damals nicht gewährt worden, später aber auf erneuertes Hülfe-Gesuch in nicht ausreichender Weise. Es falle demnach die Schuld der Verwüstung des fürstlichen Eigenthums zum größeren Theile der Regierung zur Last. Besteht der Fürst auf seiner Klage, so wird der Fiscus eine sehr bedeutende Entschädigungs-Summe zu zahlen haben, denn das Schloß zu Waldenburg war ein mit größtem Luxus ausgestatteter, mit Kunstwerken aller Art reich versehener Fürstensitz. Uebrigens wird der Fürst Waldenburg nie mehr betreten und das zerstörte Schloß in seiner grosartigen Zertrümmerung als ein Denkmal wilder Pöbelherrschaft für immer in Ruinen liegen lassen. (K. Z.)

Hannover, 4. Juli. Auch in der fortgesetzten Conferenz ist keine Einigung über die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung zu erreichen gewesen; von derselben konnte demnach nichts anders proponirt werden, als diesen Punkt für jetzt auf sich beru-

Digitized by Google

hen zu lassen und die Regierung zu ermächtigen, die Zusätze zum Landes-Verfassungs-Gesetze ohne diese Bestimmung zu publiziren. Dem hat sich die zweite Kammer gefügt. (W. Z.)

Kiel, 4. Juli. Wie es heißt, sollen die widerspenstigen lauenburger Soldaten, denen die Rendsburger Einwohner keine Quartiere geben, und mit denen die dort garnisonirenden Hanseaten keinen Wachtdienst gemeinschaftlich verrichten wollen, ganz vom 10. deutschen Armeekorps ausgeschieden und einem andern einverleibt werden.

Flensburg, 5. Juli. In der gestrigen Sitzung der Stände-versammlung sind die Vorberathung über die Propositionen des Abg. Christiansen: „die Regierung möge auf zwei Jahre jährlich 100,000 Species für die Marine bewilligen“ statt. Die Verfügung wurde mit 50 gegen 12 Stimmen genehmigt.

Die neue Rheinische Zeitung theilt folgende offene Abschiedsadresse an alle Kameraden d. v. d. Tannschen Freikorps mit: Gemeinsam mit euch haben wir bei unserer Reorganisation in Rendsburg der provisorischen Regierung einen Entwurf derjenigen Grundsätze vorgelegt, welche wir als die einzig haltbare Basis des Freischarenruhms erachten und deren Aufrechthaltung wir als die Bedingung unsers fernern Verbleibens ansehen mußten. Bereits haben wir in unserer Mitte den Aufbau unserer jenen Grundsätzen entsprechenden Organisation vollendet und Gelegenheit gehabt, ihre Folgen ins Leben sowohl im offenen Gefechte wie in allen andern Verhältnissen unsers Wirkens fruchtbringend zu finden. Kaum aber haben wir Zeit gehabt, die Früchte unserer Einrichtungen zu genießen, so hat man geringfügige Ursachen als Mittel benutzt, uns von dem selbstgeschaffenen Boden zu verdrängen und auf eine von andern zu leiten, auf welchem es uns freien Männe nimmer wohl seyn kann. Man hat Kleinigkeiten vor das Forum eines Kriegsgerichts oder Standgerichts gezogen, obwohl man wußte, daß wir diese Gerichtsformen, nur für das Vorurtheil eines privilegirten Standesunterschieds geschaffen, weder anerkennen, noch uns denselben stellen würden. Die Versuche, eine gewünschte Einigung herbeizuführen, scheiterten an der Consequenz, womit man den Unterschied zwischen Freischaren und den Soldaten des alten Systems verwischen will. So treten wir denn, Kameraden, aus einem Verband aus, so sperren wir denn die begeisterte Lust und den für das Vaterland und seine Freiheit glühend thatkräftigen Willen, für Schleswig-Holstein zu stehen und zu streiten, und leben, nicht freudig, als freie Männer, wie wir gekommen, von hinnen. Gewiß verlangt das Vaterland auch anderswo unsern Muth und unsere Gesinnungen. Lebt wohl, Kameraden! Mit euch haben wir die Schicksale des Festzugs getheilt, mit euch die Gefahren des Kampfes; theilt auch ihr nun mit uns die nie verlöschende wohlthuende Erinnerung an die Tage, die wir zusammen verlebten. Apenrade, 15. Juni 1848. Die VI. Compagnie.

Italien.

Vom Kriegsschauplatz nichts wichtiges. Einzelnen Angaben und Andeutungen der italienischen Blätter nach scheint es, daß die Oesterreicher ernsthaft daran denken, die beiden Päße des Stilfserjochs und des Tonale zu forciren, und so im Rücken der Piementesen in Italien einzudringen, sowie daß gleichzeitig österreichischerseits ein Auffall aus Mantua, ins frühere Modenesische, deabsichtigt wird, um hier eine Contrerevolution zu Stande zu bringen, zu der allerdings noch viele Elemente im Lande sind. Italienischerseits redet man von einem baldigen Angriff, bald auf Verona, bald auf Legnano, welcher letztere den geographischen Verhältnissen nach geradezu unmöglich erscheint, wenn nicht etwa Einverständnisse im Innern der Festung vorausgesetzt werden.

Triest. Der sardinische Admiral Albini soll mit dem neulosen Venezianer Bua in Zwieltracht seyn; bestätigt sich dieß, so ist Hoffnung, daß sich die italienische Flotte trennen werde. Es geht hier sogar das Gerücht, daß Albini die venezianischen Kriegsschiffe verkaufen will, um die Auslagen seiner Flotte zu decken, indem ihm Venedig die versprochene Summe nicht zahlt.

Nach Briefen aus Triest vom 4. Juli hatte ein Theil der feindlichen Fahrzeuge am Abend zuvor den Hafen von Pirano beschossen. Die Batterien des Hafens erwiderten das Feuer, das nach drei Viertelstunden vom Feind eingestellt wurde. Man sprach von einigen Todten und Verwundeten auf Seiten der Gegner.

Bozzolo, 25. Juni. Die gestern aus dem Hauptquartiere Carl Alberts zurückgekehrte Commission bringt die Nachricht, daß die Vorbereitungen zum Angriffe auf Verona heute beginnen. Feldmarschall Radetzky soll mit der Armee Verona wieder in der Absicht verlassen haben, die piementesischen Truppen zu theilen.

Die über die verzweifelte Lage Venedigs mitgetheilten Nachrichten der Wiener Ztg. erhalten jetzt durch einen neuen Bericht des General Welden ihre Berichtigung. Er begreift die Operationen vom 24. bis 30. Juni und bestätigt die Besetzung des wichtigen Forts Cavanella, das die große Lagunenstraße beherrscht, so daß Venedig des Trinkwassers beraubt und auf das schlechte Wasser der artesischen Brunnen beschränkt wurde. Auch die Eisgrube Venedigs fiel in die Hände der Kaiserlichen. Durch die vielen aus Venedig auswandernden Personen erfuhr man, daß man daselbst eine Gesammtbesatzung von 21,000 Mann hatte. Malghera habe eine Besatzung von 1800 Mann und Geschütze. Es könne nur durch regelmäßige Belagerung genommen werden. Brondolo sey mit 1000 Mann Neapolitaner besetzt und mit 40 Geschützen versehen. Von dort bis an den Lido stehen 3000 Mann. Wenn alles Dieß (so schließt der Bericht) wenig Hoffnung gewähre, den letzten Sitz der Revolution in den venezianischen Provinzen zu erobern, so vermehre doch eben die große Zahl der durch die kleine österreichische Macht gelähmten Garnison die Verlegenheit der Verpflegung.

Im Kirchenstaat scheinen die Verhältnisse einer baldigen Lösung um so mehr entgegenzugehen, als die liberal-nationale Partei, um den Krieg gegen Oesterreich führen zu können, kein anderes Mittel mehr sieht, als einige oder gar allmählich alle geistlichen Güter zu Handen des Staats zu nehmen, zu säculariziren, was einer Aufhebung des Kirchenstaats als geistlichen Staats gleich käme. Wie es heißt, hat Mamiani den Papst um die Erlaubniß zum Verkauf der für die Jesuiten gehörig gehaltenen Güter angegangen, dieselbe aber noch nicht erhalten; auch soll der Papst die Entscheidung über diese Frage nicht den Kammern überlassen wollen, weil es sich hiebei um eine geistliche oder gemischte Angelegenheit handle. Die von Vicenza und Treviso zurückgekehrten Truppen sollen sich sehr Unordnungen zu Schulden machen; der Kriegsminister hat deßhalb (25. Juni) einen Aufruf an sie erlassen, welcher u. a. andeutet, daß man in Rom die Capitulation von Vicenza als noch immer in Rechtskraft betrachtet. Nach dem Vertrauensvotum, welches sich die Minister am 23. von der Kammer geben ließen (bereits dem dritten), hat Mamiani ein Rundschreiben an seine Unterbehörden erlassen, in welchem er ihnen die Pflicht des Gehorsams sowohl der Civilbeamten als der Soldaten, und die Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt einschärft, und im Zusammenhandeln mit Absetzung bedroht. Am 24. Abends versammelte sich vor Mamiani's Haus in Folge Volksrufs unter dem Ruf: „Tod dem Minister Mamiani!“ „Tod dem Laienministerium!“ und zerstreute sich erst bei dem Herannahen einer Abtheilung Nationalgarde. Mamiani selbst, sowie die übigen Minister und mehrere liberale Bürger erhalten nicht selten anonyme Drohbriefe. Die Berathungen der Deputirtenkammer über eine Antwort auf die Kammereröffnungsrede des apostolischen Delegaten und des des Ministeriums haben (26.) ihren Anfang genommen, und es zeigte sich bis jetzt in ihnen eine große Einschiedenheit und Schärfe der liberalen Partei. General Durando hat (22.) in Ferrara in Folge höheren Befehls das Commando über die unter ihm stehenden Truppen dem Obersten de Reimy abgegeben.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Juli. Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, daß die Herren Ledru-Rollin und Louis Blanc auf Befehl der parlamentarischen Untersuchungs-Commission verhaftet worden seyen. Wir halten diese Nachricht, die heute mehrere Journale bringen, für unwahr, wenigstens haben wir Beide noch gestern in der Nationalversammlung gesehen.

General Dumivier wird heute amputirt, da seine Wunde in Brand übergegangen ist.

Der Moniteur, den wir so eben erhalten, bringt heute die Entlassung des Unterrichtsministers Carnot, dessen Portefeuille Herr Achille Baudadelle übernimmt.

Der Bruder Leotade, wegen der Ermordung der 14jährigen Cecille Combettes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, ist im Bagno von Toulon angekommen. — Sehr viele Geschäfte werden an der Börse gemacht. Man kann den Aufschwung, den die Curse genommen haben, darnach beurtheilen, daß die 5prozentige Rente, die vor 8 Tagen noch auf 66 stand, gestern schon 76 erreicht hatte. — Der Belagerungszustand, der am 8. d. aufgehoben werden soll, macht sich in Nichts fühlbar, und die Circulation auf den Straßen ist bis Mitternacht ganz ungehindert.

In diesem Augenblicke (11 Uhr Vormittags) beginnt das Traueramt auf dem Concorde-Platze; die Façaden des Palastes

Digitized by Google

Bourbon und der Madeleinekirche sind schwarz ausgeschlagen, ein Hochaltar vor dem Eingange der großen Allee der Champs Elysées in kolossalen Proportionen erbaut, ist von einem Halbkreise von Trauer-Monumenten umgeben. Der weite Platz, in eine offene Kirche umgeschaffen, faßt kaum die Menge der Beiwohnenden, der Erzbischof von Orleans officirt. Viele Uniformen, ein Wald von Bajonetten, die Nationalversammlung in corpore, unabsehbare Massen von Neugierigen in den Champs Elysées, auf den Dunis, und dazu eine glühende Sonnenhitze, die wahrhaft afrikanisch auf das Asphaltpflaster niederbrennt.

Großbritannien.

London, 5. Juli. Hr. Guizot hat den Antrag, Professor in Oxford zu werden, dankend abgelehnt. (K. Z.)

Moldau und Walachei.

Bucharest, 24. Juni. Folgendes sind die Resultate der gestrigen Versammlung im Fürstenhause (denn von Aufstand war gar nicht die Rede), an der die ganze jüngere Generation, der Kaufmannsstand und die Offiziere Theil nahmen, der aber alle Großbojaren und Weißbärte fehlten, da die Cholera dieselben meist verscheucht hatte. Der Fürst bewilligte und unterschrieb 22 Punkte, von denen die wichtigeren: 1) Preßfreiheit; 2) Abschaffung der leibeigenschaft der Zigeuner und der Bauern, sowie aller Feudallasten; ferner: Uebernahme von Seite des Staats der an die jetzigen Landbesitzer zu erstattenden Vergütung für den Verlust jener Lasten nicht nur, sondern auch desjenigen Theils des Grund und Bodens, den die bisher an der Scholle klebenden Bauern jetzt als Eigenthum erhalten sollen; 3) Reduktion der Civilliste auf die Hälfte; 4) Verabschiedung der bisherigen Minister; 5) allgemeines aktives Wahlrecht (ob passives, ist noch nicht bekannt); 6) Wiedereinführung eines älteren (volksthümlichen) Administrationsmodus; 7) Emanzipation der Juden; 8) Erklärung der zahlreichen Klostergüter und aller übrigen Kirchendotation als Nationaleigenthum; 9) Beschränkung der Dauer der Regentschaft auf 5 Jahre, mit andern Worten alle 5 Jahre Fürstenwahl; 10) die Minister nicht nur, sondern der Fürst selbst ebenfalls verantwortlich; 11) Errichtung einer Nationalgarde; 12) Aufhebung jedes Rangunterschieds, mit dem Wort: Gleichheit vor dem Gesetz. (A. Z.)

Lemberg. (Der Einmarsch der Russen in die Moldau.) Laut einer von dem österreichischen Consulate zu Jassy, nach Lemberg den 29. Juni eingelangten Nachricht, haben die Russen bereits die Moldau besetzt. Die Ursache dieses Einrückens wasten die in den Donaufürstenthümern ausgebrochenen Unruhen. Fürst Wibesco hatte nämlich auf den 20. Juni dem allgemeinen Volkswunsche entsprechend, ein freisinnige Constitution dem Fürstenthume Walachei verliehen, wobei er zugleich ein aus acht Mitgliedern zusammengesetztes provisorisches Comité festsetzte. Kaum hatte der neue Minister N. Golesco die Landesbehörden davon in Kenntniß gesetzt, so begab sich gleich der russische General Duhamel von Bukarest nach Russisch-Leowa jenseits des Pruthflusses, worauf den 23. Juni auf ein mittelst Kanonen gegebenes Allarmzeichen 25,000 Mann Russen, unter dem Commando des General Erzenzen, bestehend aus 2 Chevauleggers, 2 Ulanenregimenter, 3 Dwisionen Kosaken und Linieninfanterie über den Pruth in die Moldau einrückten. Der Einmarsch geschah in solcher Eile; da die Pontons über den Pruth noch nicht ganz fertig waren, so watete der bedeutendere Theil des Militärs beim niedrigen Wasserstande über den Fluß. General Duhamel reiste hierauf nach Jassy und bedeutete dem türkischen Commissär, Talat-Effendi, daß ein Theil des russischen Militärs den 29. Abends zur Sicherheit des Fürsten Stourdza Jassy besetzen wird, um Ruhe und Ordnung in der Moldau zu erhalten; der größere Theil aber werde sich nach der Walachei wenden, um den dortigen Unruhen zu steuern. Laut andern dieselben Mittheilungen wäre in Bukarest ein allgemeiner Aufstand losgebrochen, wobei auf den Fürsten, welcher die Flucht ergriff, geschossen, die Republik proklamirt und eine provisorische Regierung eingesetzt wurde. Der russische Consul Kotzebue verlegte seinen Sitz und die Kanzlei nach Foschany. Der türkische Commissär erstattete durch einen Kurier über diese Vorfälle einen Bericht nach Constantinopel, und ließ, wie man erzählt, das türkische Militär von Süden in die Walachei einbrechen. (Oest. Z.)

Rußland und Polen.

Nachrichten aus Petersburg vom 1. Juli über Stettin geben die Zahl der bis dahin von der Cholera Befallenen auf ungefähr 3500 an, wovon die Hälfte noch in ärztlicher Behandlung war. Doch schien die Krankheit einen weniger bösartigen Charakter anzunehmen. Es haben wieder, wie es bei dem frühern Erscheinen der Cholera der Fall war, einige, wenn auch nur unbedeutende Exzesse der niedrigsten Volksklassen stattgefunden, die an eine Vergiftung des Wassers glaubte.

Privatnachrichten zufolge hat der Kaiser von Rußland dem General v. Pfuel ein Dampfschiff nach Kronstadt entgegengeschickt und sich bei der Audienz gegen denselben in Gegenwart des preußischen Gesandten auf das freundlichste ausgesprochen. (D. A. Z.)

Amerika.

Auf Hayti und Martinique dauert das Morden auf schaudererregende Weise fort. Der spanische Statthalter auf Porto Rico ließ, als er von den Neger-Aufständen auf Martinique Kunde erhielt, eine lange Bekanntmachung ergehen, um auf seiner Insel ähnliche Aufstände zu verhindern. Jeder Schwarze, sey er Sclave oder frei, welcher einen Weißen schlage, soll ohne Weiteres erschossen werden, jedem Africaner, der seine Hand gegen seinen Herrn erhebt, soll die rechte Hand abgehauen werden! Ob durch solche Drohungen nicht gerade Unruhen hervorgerufen werden? In Venezuela hat sich General Paez gegen den Präsidenten empört und dessen Truppen geschlagen. Auf Jamaica haben heftige Regengüsse einen Theil der Eisenbahn zerstört. Nach Honduras werden Truppen eingeschifft, zum Schutze gegen die Yucatan verheerenden Indianer. (K. Z.)

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 3. August d. Js., Vormittags 9 Uhr beginnend, werden die für das Monat Mai 1847 zwischen den Nummern 23156 und 24543 incl. unausgelöst verbliebenen — in Gold, Silber, Uhren, Pakfar, Messing, Zinn, Bettwaaren, Kleidern und andern Gegenständen — bestehenden Pfänder gegen baare Zahlung dem öffentlichen Verkaufe ausgesetzt.

Bayreuth, 10. Juli 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.

Bekanntmachung.

In den Einlagen der Ersparnisse in die hiesige städtische Sparkasse auf das Ziel Jakobi 1848 sind

Samstag der 22. Juli,
Dienstag der 25. Juli,
Donnerstag der 27. Juli,
Samstag der 29. Juli d. Js.

bestimmt, an welchen Tagen die Gelder von Nachmittags 2 bis 4 Uhr angenommen werden. Die Auszahlung der rechtzeitig gefündeten Kapitalien findet aber nur erst an den beiden letzten Tagen statt.

Bayreuth, am 10. Juli 1848.

Die Sparkasseverwaltung.

Künftigen Donnerstag den 13. d. Mts. und an den drei folgenden Tagen finden das Feste- und Hauptschießen (freies Handschießen) der hiesigen Schützengilde statt; — und ist allen jenen, welche Schützen sind, gestattet, Antheil nehmen zu können, wozu dieselben freundlichst eingeladen werden.

Der Schützenball wird den 15. d. Mts. abgehalten; es werden hiezu die Ballbillete den 14. und 15. d. Mts. Vormittag von 9 bis 12 Uhr und Nachmittag von 2 bis 6 Uhr auf dem Schießhause abgegeben. — Entree: 30 kr., an der Kasse 36 kr.

Bayreuth, den 9. Juli 1848.

Die Schützengilde.

Den P. T. verehrlichen Bewohnern Bayreuth's und der Umgegend beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich meine ärztliche Praxis dahier bereits eröffnet habe. Dieselbe umfaßt alle Fälle innerlicher und äußerlicher Krankheiten überhaupt, insbesondere aber jene der Frauen und Kinder, außerdem vorzüglich die Geburtshülfe in ihrem ganzen Umfange.

Meine Wohnung ist in der Maximiliansstraße bei Herrn Kaufmann Julius Münch in der ersten Etage.

Bayreuth, den 10. Juli 1848.

Dr. Hueber,
k. Regiments- und praktischer Arzt.

Pferdeverkauf.

Auf dem Schlosse Fantaisie stehen einige Reit- und Wagenpferde, unter welchen auch Pferde zum schweren Zuge sind, zu verkaufen.

Lamperi, Stallmeister.

Wer von den Glas- und Treibhaus-Gewächsen des verstorbenen Hofrath Dr. Fries etwas zu kaufen wünscht, beliebe sich an den Eigenthümer **selbst** zu wenden.

Im Verlage der Hrl. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 192.** **12. Juli 1848.**

Deutschland.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Der Abgeordnete Peter aus Konstanz, welcher neulich, nachdem die badische Kammer seine Verhaftung ausgesprochen, von hier rasch abreiste, erschien heute wieder in der Paulskirche.

München, 8. Juli. Den heftigen Offizieren ist gestern durch ihre Regimentschefs der Wille des Königs bekannt gegeben worden, daß sich dieselben des Antheils an politischen Versammlungen und Clubbs zu enthalten haben. So gehen die Verheißungen vom 6. März in Erfüllung! — Der pensionirte Obrist Spraul, welcher im vorigen Jahre hierher berufen wurde, den Hofstaat der Donna Lola zu verherrlichen und als Gratifikation zu seiner Pension von 1500 fl. die Stelle eines Vorstandes der k. Militär-Lokal-Verpflegungs-Commission mit einer Zulage von 700 fl. erhielt, soll, nachdem er einige Zeit spurlos mit seiner Geliebterin verschwunden war, genannte Stelle wieder angetreten haben.

(D. c. Z.)

Ein halboffizieller Artikel in der Allg. Ztg. sagt: Wir können nun aus verläßiger Quelle unsere erste Mittheilung über den Nachlaß der Frau Kurfürstin-Wittwe Leopoldine dahin berichtigen, daß ihre Verlassenschaftsmasse, Pretiosen und Mobiliarschaft ꝛc. abgerechnet, in einem Aktivum von etwas mehr denn drei Millionen besteht, welches ausschließlich ihren beiden Söhnen, den HH. Gesten Louis und Max Arco, als Universalerben überkömmt.

München, 8. Juli. Herr Klein ist dahier als Geschäftsträger der französischen Republik beglaubigt worden und hat diesen Morgen dem Staatsministier des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Wien, 6. Juli. Eine heute erschienene Proklamation des nunmehrigen Reichsverwesers athmet ganz die ihn charakterisirende Biederkeit und sticht wohlthuend ab gegen den geschraubten Ton der von Innsbruck datirten. Ihr zufolge wird der Erzherzog Johann mit den Deputirten künftigen Montag nach Frankfurt reisen und erst am 18. d. Mts. zur Eröffnung des konstituirenden Reichstags wieder hier eintreffen.

Die Proklamation des Erzherzogs Johann lautet: „Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat mich zum Reichsverweser erwählt und durch ihre Abgeordneten aufgefordert, diesem ehrenvollen Rufe ungeäumt zu folgen. Oesterreicher! Ihr kennt meine unveränderte Gesinnung für unseres gemeinsames deutsches Vaterland; Ihr kennt meine heißen Wünsche für sein Wohl, seine Macht und Ehre. Diese Wünsche, ich weiß es, stehen mit Euren Gefühlen in vollkommenem Einklange und ich habe es daher als eine heilige Pflicht erkannt, das Amt zu übernehmen, welches mir Euere Vertreter in Frankfurt und mit ihnen alle Euere deutschen Brüder anvertrauen. Daßelbe wird, gestützt von der Nationalversammlung und befestigt durch das gesammte deutsche Volk, den Gedanken der Einheit Deutschlands zur That gestalten, — es wird für die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes, für das Gesetz und die Ordnung in dem ganzen deutschen Gebiete eine neue Gewähr bieten. Ich glaube daher, die mir von meinem Kaiser für die Zeit seiner Abwesenheit übertragenen Regentenpflichten nicht zu verletzen, ich glaube sie vielmehr mit hoffnungsreicherem Erfolge zu erfüllen, indem ich breite gleichwichtige und innig verbundene Sendungen annehme. Ich werde mit der an mich gesendeten Deputation nach Frankfurt gehen, um das hohe Amt des Reichsverwesers anzutreten, und dann wieder zu Euch zurückkehren, um als Stellvertreter des Kaisers am 18. Juli den Reichstag in Wien feierlich zu eröffnen. Wien, 6. Juli 1848. Johann m.p."

Wien, 6. Juli. Seiden wurden die Reichstagswahlen für die innere Stadt vollbracht, welche zwei Abgeordnete zu ernennen hat. Es sind die Minister v. Pillersdorf und Doblhoff, und wir unsererseits glauben nicht, daß die Stadt Wien auf eine würdigere Weise zu repräsentiren gewesen wäre.

Leipzig, 9. Juli. Die D. Allg. Ztg. schreibt: Wir erfahren aus einer hierher gelangten amtlichen Nachricht der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, daß der Reichsverweser Erzherzog Johann am 8. Juli Abends von Wien über Oderberg, Breslau und Kohlfurt nach Görlitz zu reisen und dort, also heute Abend, einzutreffen und zu übernachten gedachte. Von Görlitz wird der Erzherzog mit dem ersten Zuge nach Dresden abgehen, und von dort um 9 Uhr mit einem Extrazuge die Reise nach Leipzig, Halle und Eilsenach fortsetzen, um wo möglich am 11. Juli bei Zeiten in Frankfurt a. M. einzutreffen. (Bekanntlich wird der Reichsverweser auch in München erwartet, wo man sich bereits zur Dekorirung der Häuser und zur Illumination vorbereitet.)

Gera, 5. Juli. Die von dem Oberkommando der fürstlich reußischen Truppen verordnete Verlesung der Kriegsartikel durch den commandirenden Hauptmann von Schönfels in Gera wurde Anlaß zu einem argen Tumult. In jenen Artikeln kam nämlich die Stelle vor: „Der Soldat dürfe, wenn er den Befehl erhielte, für Fürst und Vaterland zu streiten, weder Vater noch Mutter x. schonen." Nachdem die Verlesung stattgefunden hatte (gleichzeitig mit der Bewilligung einer von den Soldaten an das Oberkommando gerichteten Petition, daß sie künftig von ihren Führern mit Sie angeredet würden) berichteten die Soldaten das Gehörte den gerade am Marktlage in den Wirthshäusern anwesenden Gästen aus der Umgegend. Sogleich rottete sich ein beträchtlicher Hause zusammen, zog vor die Wohnung des Hauptmanns, rief ihn heraus und insultirte ihn. Der Kanzler v. Bretschneider erschien, nach ihm auch Hr. Krause, bisheriger Ablösungskommißär, der sich gerirt, als handle er in Allem im Namen des von ihm gebildeten Comités zur Wahrung der Rechte der Landschaft, und ihrem Zureden gelang es endlich, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Am Nachmittage verließ der Hauptmann v. Schönfels in einem Wagen, von zwei Bürgern begleitet, die Stadt, durch welche er zwischen einem Spalier der Bürgergarde fuhr. Für die folgenden Tage wurden neue Demonstrationen der Landleute gegen andere mißliebige Beamte angekündigt, doch sind wir bis jetzt damit verschont geblieben.

Hamburg, 7. Juli. Die folgenden 7 Paragraphen sollen den mailmer Stipulationen des Waffenstillstandes zu Grunde liegen: 1) Beide Theile räumen Schleswig. (Nach andern Angaben soll ganz Schleswig-Holstein von Dänischen Bundestruppen geräumt werden, in Schleswig nur Schleswiger, in Holstein Holsteiner mit Ausnahme einer dänischen Besatzung auf Alsen, wogegen eine preußische Besatzung in Altona bliebe. Beide Parteien haben dort Hofpitäler.) 2) Freigebung der auf beiden Seiten gemachten Gefangenen. 3) Abzug der Schweden von Fühnen; Entlassung der Freicorps. 4) Amnestie. 5) Freigebung der von Dänemark genommenen Schiffe und Ersatz der von Preußen in Jütland gemachten Requisitionen. Aufhören der Blokade. 6) Die gegenwärtige provisorische Regierung tritt in 14 Tagen ab, und eine von den beiden kriegführenden Parteien gleichmäßig gebildete neue provisorische Regierung mit einem (von England oder von den beiderseitig Ernannten erwählten) Präsidenten tritt an ihre Stelle. 7) Der König-Herzog Friedrich VII. hat die Wahl, Schleswigs nördlichen Theil Dänemark zu incorporiren, dagegen die Aufnahme des Andern in Holstein und den Deutschen Bund zugestehen, oder Schleswig bleibt ungetheilt allein mit Holstein durch gemeinschaftliche Stände u. s. w. vereint; die Personalunion im Mannsstamme bleibt erhalten. Die dieser Lage in Kopenhagen erfolgte Freigebung genommener lübecker Schiffe bleibt eine auffallende Thatsache, denn der angeführte Grund, diese Schiffe seyen vor Beginn der Feindseligkeiten genommen, ist nicht stichhaltig und gleichzeitig (3. und 4. Mai) genommene hamburger Schiffe sind nicht freigegeben. (D. A. Z.)

Hadersleben, 4. Juli. Der commandirende General ist heute von Christiansfeld, wo er sich einige Tage aufgehalten, hierselbst eingetroffen, und man nimmt an, daß das Hauptquartier sich hier dauernd etablirt werde. Der Norden ist besetzt und geschützt, der General Bonin steht in Christiansfeld, der Prinz Friedrich in Woyensgaard, Naugstrup und nach Westen hin. Die Patrouillen streifen an die Grenze. An einen so scheinungen Rückzug des Feindes hat wohl Niemand geglaubt, da die Gegend zur Vertheidigung, selbst gegen einen überlegenen Feind, wie geschaffen ist, und jetzt mögen beide Theile von gleicher Stärke gewesen seyn,

Digitized by Google

etwa 16—20,000 Mann. Der General Wrangel erschien vor einigen Tagen im schleswig-holsteinischen Lager und hat dem Prinzen für seine umsichtige und energische Führung, den Truppen für ihre treffliche Haltung am Tage des Gefechts mit herzlichen Worten gedankt. Unsere Leute fühlen sich überglücklich und würden den Dänen, wenn diese jemals zum Angreifen oder zum Stehen zu bewegen wären, auf das Herzhafteste zusetzen.

Die Grenzboten, die von der Redaktion ihres Begründers, des Parlamentsmitglieds Julian Kurandа in die Hände der Herrn Julian Schmidt und Gustav Freitag übergegangen sind, geben in ihrer neuesten Nummer ein Programm über die von ihnen einzuhaltende Politik, deren Grundlage die Mitwirkung zur Versöhnung der Gegensätze in Deutschland, zur Verbrüderung der Stämme seyn soll.

Der preußischen constituirenden Nationalversammlung wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf über die Aufhebung des eximirten Gerichtsstands vorgelegt.

Die in Berlin erwarteten beiden Bataillone des 12. Infanterieregiments, gegen welches eine ungünstige Stimmung herrschte, weil dieses Regiment an dem Kampfe in der Nacht vom 18. zum 19. März Theil genommen hat, sind am 7. Juli in die Kaserne des Alexander-Grenadierregiments eingerückt. Zwar wollten starke Volkshaufen, denen Bürgerwehrmänner sich zugesellten, sie daran verhindern, allein es gelang dem Major Rimpler, sie davon zurückzubringen. (D. A. Z.)

Mislowitz, 6. Juli. Nachdem seit längerer Zeit die Grenze entlang auf russischem Gebiete eben so viele Kosacken aufgestellt worden als preußischerseits Husaren hier waren, sind seit gestern sämmtliche Kosackenpikets zurückgezogen worden. Der größte Theil der russischen Armee hat gegenwärtig ihre Stellung auf Galizien zu genommen. Die preußische Grenze ist jetzt von der russischen Landwehr besetzt, bekanntlich Leute, welche sämmtlich bereits das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben. Die Landwehr wird diese ihre Stellung behalten, bis das Gros der Armee, welche erst gegen den August hier vollständig zusammengezogen seyn wird, daselbst anlangt. (D. A. Z.)

Italien.

Zufolge einer briefl[ichen] Mittheilung in der officiellen Mailänder Ztg. vom 4 Juli hat am 29 Juni in Venedig die versammelte Guardia civica Karl Albert leben lassen und auf dem Marcusplatz Präsident Manin die Vereinigung Venedigs mit Piemont angewiesen.

Von der Etsch, 5. Juli. Am 1. d. M. früh Morgens wurden unsere Vorposten an beiden Ufern der Etsch bei Croara und Dolce von vier feindlichen Bataillonen Infanterie mit vier Geschützen und einer Schwadron Reiterei angegriffen. Nach dreistündigem Kampfe war der Feind gänzlich geworfen, obgleich die piemontesischen Jäger von fast unzugänglichen Felsklippen unsere Leute beschossen und Massen von Schutt und Steinen durch angelegte Minen auf sie herabschleuderten. Die Tapferkeit und der ungebeugte Muth unserer Truppen überzeugte den Feind bald er hier vergebens Terrain zu gewinnen suche, und er zog sich sofort mit einem ansehnlichen Verluste durch Incanal und Rivoli über das linke Etschufer nach Terraino zurück.

Ungarn.

Pesth, 4. Juli. Kossuth ist gewissermaßen mit der Dictatur bekleidet. Er leitet Alles, und die übrigen Minister haben ihm auch übertragen, mit den Deputirten zu conferiren. In der gestrigen geheimen Conferenz wurde nun Kossuth's Riesenplan einstimmig angenommen. Diesem gemäß wird der Landtag ohne Discussion und mit Einhelligkeit die Aufhebung von 200,000 M. und die sofortige Mobilisirung von 40,000 Mann decretiren, das Ministerium (eigentlich: Kossuth) aber bis zur Beseitigung der Gefahr mit dictatorischer Gewalt ausrüsten. Außer diesem Aufgebot von 200,000 Mann soll auch als Reserve der Aufstand in Masse vorbereitet und das Ministerium ermächtigt werden, nöthigenfalls mit auswärtigen Mächten Bündnisse zu schließen. In dieser letztern Beziehung wird Ihnen nicht entgangen seyn, mit welcher Freundlichkeit sein einziger Zweck der Nationalehre Ungarn sich äußert. Rechnen sie dazu, daß Karl Albert mit seinen Verbündeten deten eine Gesandtschaft an den ungarischen Landtag abschicken will. Wird nun das Wiener Ministerium wagen, gegen das so gerüstete Ungarn ernstliche Schritte zu thun? Wir glauben nicht. Uebrigens ist in derselben Conferenz beschlossen worden, den Illyriern die Bruderhand zur Ausgleichung zu bieten. Sie sollen aber ihre Wünsche auf gesetzlichem Wege vortragen. Demgemäß soll in Agram eine gesetzmäßig vom König ausgeschriebene Landtagscongregation zusammentreten und auch Deputirte für den ungarischen Landtag von den Illyriern gewählt werden. Die auf solche Weise gewählten vorgetragenen Begehren sollen, insoweit sie nicht die Integrität und Selbstständigkeit der ungarischen Krone beeinträchtigen, gewährt und der Bruderbund zwischen den verschiedenen Nationalitäten eines und desselben freien Vaterlands befestigt werden. — Der Commandant von Peterwardein, F. M. L. v. Hrabowsky, welcher als königl. Commissär über Kroatien, Slavonien und die kanater Grenze bestellt war, ist wegen seiner Lauheit dieser Commissärschaft enthoben, der Oberbefehlshaber Pitz aber gänzlich entlassen worden. Der Oberstlieutenant Jellachich, welcher, wie wir gemeldet, Weisskirchen den Aufständischen überliefert hatte, soll sich, zur strengen Verantwortung gezogen, entleibt haben. In dem ganzen Militairstabe wird jetzt nur halbwegs verdächtige Offizier ohne Weiteres entlassen, sodaß jetzt das Militair vom besten Geist beseelt ist. Die Festung Temeswar ist bereits in Vertheidigungsstand gesetzt (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 7. Juli. Der Contre-Admiral Trehouart ist zum Unterkommandanten der Esladre des Mittelmeeres unter Admiral Baudin ernannt, was auf eine Vermehrung des Effektivstandes dieser Flotten-Abtheilung schließen läßt.

Der gestrige Trauertag ist in der größten Ordnung und Ruhe vorübergegangen, die Leichenfeierlichkeit selbst war schon Mittags um 12 Uhr zu Ende. Achthundert Sänger führten die Chorale des Gottesdienstes ohne Musikbegleitung aus, 200 Tambours schlugen in den Zwischenräumen die gedämpften Trauerwirbel. Der Präsident der Vollziehungsgewalt, General Cavaignac, und der Präsident der Nationalversammlung, Herr Marie, präsidirten der Feierlichkeit. Die Boulevards waren gedrängt voll von Menschen, die den Zug erwarteten und die Aenderung des Programms noch nicht kannten, — ihre Erwartung wurde getäuscht. Verschiedene Gerüchte cirkulirten über die Ursachen dieser plötzlichen Aenderung, die bereits behauptet, eine Höllenmaschine, wie die Fieschi's, die den Tod in die Reihen der Nationalversammlung hätte tragen sollen, sey vorgestern Abends von der Polizei in einem Hause der Boulevards entdeckt worden, nach Andern wäre ein Complott entdeckt worden, um während des Zuges den General Cavaignac und die Minister zu ermorden. Wir glauben behaupten zu können, daß diese Gerüchte das Werk der gewöhnlichen Allarmisten sind, und daß die Aenderung einzig und allein in dem bereits erwähnten Schicklichkeitsgefühle seinen Grund hatte, welches verbot, durch eine Feierlichkeit die Bewohner jener durch den Barrikadenkampf verwüsteten Stadttheile, die auch so viele in den Reihen der Insurrektion verloren hatten. Drei Bischöfe (von Langres, Orleans und Quinpee) hielten das Traueramt; achthundert Priester assistirten. Was unter Louis Philipp nie gewagt worden war, geschah unter der Republik, der Sieger, 15 Jahre lang nur auf das Innere der Kirchen beschränkt (selbst bei dem Leichenbegängnisse des Herzogs von Orleans folgte die Geistlichkeit nur in geschlossenen Wagen), erschien öffentlich und bei der Wandlung knieten alle Truppen zum Gebete nieder, die Tambours schlugen den Generalmarsch und die Cavallerie salutirte. Alle Mitglieder der Nationalversammlung standen während der ganzen Feierlichkeit mit entblößtem Haupte um dem Altar. Mehrere davon sind in Folge der glühenden Sonnenhitze erkrankt. — Heute findet das Leichenbegängniß des Erzbischofs von Paris Statt. Der Andrang zur Notre-Dame-Kirche ist ungeheuer.

Der General-Prokurator macht heute alle Journale darauf aufmerksam, daß sie ihre Kaution bis längstens 9. Juli zu erlegen haben, widrigenfalls die gerichtlichen Verfolgungen eintreten würden.

General Duvivier ist nicht amputirt worden, sein Zustand ist nicht sonderlich befriedigend, auch General Bedeau's Wunde hat sich plötzlich bedeutend verschlimmert.

Der Constitutionel bringt heute die von Thiers in den Bureaux bei Prüfung der Constitution gehaltenen Rede, worin er sich auf das Entschiedenste für das Zweikammer-System (wie in Nordamerika) ausspricht.

Der Union nach soll eine telegraphische Depesche aus Toulon dem Marineminister die Nachricht gebracht haben, daß ein Brandstiftungsversuch im Arsenale bereitet worden sey und die Arbeiter sich in der größten Aufregung befänden. Ein außerordentlicher Regierungs-Commissär soll sogleich nach Toulon abgegangen seyn.

Die Anzahl der Verhafteten ist bereits auf 12,000 gestiegen; leider wird bei diesen Verhaftungen etwas leichtsinnig verfahren, und manche achtbare Personen mußten in Folge böswilliger Denunciationen ihrer Feinde mehrere Tage im Gefängnisse zubringen. Einige haben bereits Verhaftete worden gegen Freiheit gesetzt.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 7. Juli.) General Oudinot stattet im Namen des Kriegs-Comités's Bericht über Remillys Vortrag, die Errichtung eines permanenten Lagers auf dem Marsfelde ab. Er trägt darauf an, daß die

Digitized by Google

Garnison von Paris bis auf Weiteres 50000 Mann stark bleibe. General Cavaignac kündigt die baldige Vorlage eines umfassenden Planes in dieser Hinsicht an. Herr Trousseau interpellirt den Regierungschef ob er den Belagerungszustand und vor Allem die Suspension der Journale noch fortdauern lassen wolle. General Cavaignac gesteht, daß der Belagerungszustand ein fürchterliches Uebel sey, daß nur seine Ueberzeugung im Interesse des ganzen Landes zu handeln und die Reinheit seiner Beweggründe ihn stark genug gemacht hätten von dieser traurigen Nothwendigkeit nicht zurückzuweichen. Allein darum halte er es auch für nöthig, daß der Belagerungszustand noch längere Zeit fortdauere, bis die Ruhe ganz befestigt sey. Die Journale erschienen ungehindert, und was die suspendirten betrüfe, so könnten sie nach Aufhebung des Belagerungszustandes, ebenfalls wieder erscheinen. Babant Lariviere interpellirt die Regierung, wegen der Caution der Journale die nun plötzlich in Beziehung auf ein Gesetz gefordert werde, das durch die provisorische Regierung selbst abgeschafft sey. — General Cavaignac erklärt, daß die Aufhebung der Septembergesetze nothwendig die frühere Uebergesetzgebung wieder in Wirksamkeit gesetzt habe und auch diese fordern die Caution. Uebrigens mache er sich durchaus nicht zum Vertheidiger dieser Gesetze, sondern überlasse es der Nationalversammlung selbst die künftigen Bestimmungen wegen der Tagespresse festzustellen. Im gegenwärtigen Augenblicke habe es sich für die Regierung nur darum gehandelt, möglichen Preßexzessen gegenüber eine Vertheidigungswaffe zu haben und darauf beziehe sich das Circular des General-Procurators über die Journal-Cautionen.

Großbritannien.

London, am 6. Juni. Der preußische Gesandte hat folgenden Brief an den Herausgeber der „Times" gerichtet: Indem ich mich auf Ihre bekannte Unparteilichkeit verlasse, nehme ich mir die Freiheit, einen Brief einzuschließen, der sich auf einen Artikel über Dänemark und Deutschland in Ihrer heutigen Zeitung bezieht. Ich hoffe, daß Sie Deutschland nicht das Recht verweigern werden, sich gegen die Beschuldigung, abgeneigt gegen den Frieden zu sein, in demselben Blatte zu rechtfertigen, welches diese Beschuldigung dem englischen Publikum und Europa mitgetheilt hat. Ich habe die Ehre u. s. w. Bunsen. — Diese Einlage ist unterschrieben: **Vindex Germanicus**, läßt aber durch ihre Sachkenntniß und durch ihre meisterhafte Klarheit und Freiheit keinen Zweifel über den Verfasser übrig. Das Thatsächliche darin besteht in Folgendem: Die englische Regierung bot ihre Vermittelung an; diese ward angenommen. Beide Parteien reichten, wie von ihnen begehrt war, am 16. Mai bei Lord Palmerston ihre Ansgaben ein. Am folgenden Tage, dem 19., sprach Lord Palmerston seine Meinung über eine billige Ausgleichung aus und machte entsprechende Vorschläge. Diese Vorschläge der englischen Regierung wurden von der preußischen Regierung ohne Verzug angenommen; von Dänemark dagegen wurden sie nach langem Zaudern verworfen. Noch mehr: Als die Preußen Jütland geräumt hatten und die Dänen glaubten, sich auf schwedische und vor Allem auf russische Hülfe verlassen zu dürfen, hatten sie den „Muth", ihre eigenen Anträge vom 18. Mai wieder als Grundlage der englischen Vermittelung in Vorschlag zu bringen. Zugleich machten sie von der Insel Alsen aus jenen nutzlosen Einfall in Schleswig, der 500 Menschen das Leben kostete und damit endete, daß sie auf die Insel zurückgeworfen wurden. Während Dänemark so verfährt und 6000 Mann Schweden auf Fühnen stehen, hat Deutschland nichts gethan, als den zehnten Theil seiner Streitkräfte vollständig nach seiner bedrohten Gränze geschickt. Unterdeß hat England am 23. Juni einen Vergleichs-Vorschlag gemacht, der den **Status quo ante** herzustellen verlangt.

Amerika.

(Aufhebung der Sklaverei in Connecticut.) Schnellp. Am 8. d. wurde ein Gesetzvorschlag in der Assembly dieses Staates angenommen, durch welchen die Sklaverei in demselben für ewige Zeiten aufgehoben wird. Ein die Sklaverei völlig aufhebendes Gesetz hat bisher in Connecticut nicht bestanden, und es giebt jetzt dort vielleicht acht oder zehn Sklaven, welche Kraft der Verfügungen des neuen Gesetzes Anspruch auf die Unterstützung ihrer früheren Herren erhalten.

Aus Yucatan reichten die Nachrichten bis zum 9. Mai. Nach diesen fallen 4000 Indianer bei Sitilpech und Motul von den Regierungstruppen geschlagen worden sein. Der Zustand des Landes wird als ein fürchterlicher geschildert. Weiße und Indianer begehen die scheußlichsten Grausthaten. Die Stadt Merida ist von aller Zufuhr abgeschnitten, so daß eine Hungersnoth im Anzuge war. Der Bischof und die Geistlichkeit hatte die Stadt verlassen und bald dürften die Einwohner folgen.

Lokales und Provinzielles.

Die in der Bayreuther Zeitung Nr. 165 enthaltene, wenn auch nicht ernstlich gemeinte Bemerkung des Bayreuther Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, „daß der Wahlbezirk Wunsiedel ultrarepublikanisch sey, weil dessen Abgeordneter überall mit der äußersten Linken gestimmt habe," wurde zwar bereits von einem hiesigen Wahlmann auf allgemeinen Wunsch in Nr. 188 obiger Zeitung berichtiget und das wahre Sachverhältniß dargestellt; die hiesigen Gemeindebevollmächtigten haben sich jedoch veranlaßt gefunden, im Namen ihrer Bürgerschaft ebenfalls Verwahrung gegen gedachten Schluß von den Abstimmungen des Abgeordneten des Wahlbezirks Wunsiedel, von welchem unsere Stadt nur einen kleinen Theil ausmacht, auf die politischen Gesinnungen ihrer Bewohner einzulegen und den unterzeichneten Magistrat ersucht, diese Verwahrung zu veröffentlichen. Indem wir diesen Wunsch erfüllen, wiederholen wir, daß die hiesige Bevölkerung, der constitutionellen Monarchie fest anhängend, niemals eine republikanische Verfassung für Deutschland und alle seine Bestandtheile wünschen wird, da sie überzeugt ist, daß letztere statt Ordnung und Freiheit — Anarchie und endlich Despotie in ihrem Gefolge haben würde.

Wunsiedel, den 10. Juli 1848.

Stadt-Magistrat.
Meinel. Landgraf.

Zur Abwehr einer Verdächtigung.

Der Abgeordnete Keim, welcher durch seine eben so sachgemäßen und würdevollen, als wichtigen Berichte eine gewisse (ich weiß nicht ob: beneidenswerthe) Celebrität im Frankenlande erlangt, hat es in seinem letzten Berichte an seine Wähler (Nr. 185 der Bayreuther Zeitung, die mir so eben zukommt) eben so für sachgemäß, würdevoll und wichtig gehalten, mich persönlich als Republikaner zu denunziren. Ich beneide ihn auch um diesen Zuwachs seines Ruhmes nicht, gönne ihm vielmehr gerne, was er dafür verdienen mag.

Wie leicht es nun auch wäre, aus den sehr charakteristischen Berichten des Denunzianten Waffen gegen ihn zu entnehmen, so sehr verschmähe ich doch solche Mittel, mag deren auch immerhin der Denunziant sich nicht schämen. Ich habe einfach und ernst eine Denunziation zurückzuweisen.

Die Thatsachen, worauf der Abgeordnete des Wahlbezirkes Bayreuth zur deutschen Nationalversammlung seine Denunziation zu stützen sucht, sind zunächst meine Vota bei den Abstimmungen über die provisorische Centralgewalt. Dabei stimmte nun der mich denunzirende Abgeordnete vielmal gerade so, wie ich. Bei einer der Abstimmungen war der Abgeordnete Keim zufällig abwesend; ich kann also nicht wissen, wie er anwesend gestimmt hätte. Es blieben sonach noch drei Abstimmungen mit Namensaufruf, bei denen ich nicht so stimmte, wie Hr. K. Ich stimmte nämlich dafür, daß die provisorische Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vertündigen und zu vollziehen habe, kann das der Reichsverweser, der die Beschlüsse nicht zu vertündigen und zu vollziehen hat, nicht unverantwortlich seyn soll, und endlich (eben deßhalb, weil das Gesetz festgestellt worden sollte, daß die provisorische Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht zu vollziehen habe, und daß der Reichsverweser unbedingt unverantwortlich sey) gegen das ganze Gesetz, wie auch ein Bedellen, v. Seichow, Senff, v. Vincke u. A. gethan, die kein vernünftiger Mensch zu den Republikanern rechnen wird. Das nun sind die Gründe aus den Abstimmungen, durch welche H. K. seine Denunziation glaubwürdig machen will. Es hieße dem gesunden Menschenverstand des Lesers zu nahe treten, wollte ich ein Wort weiter über die Logik einer solchen Argumentation verlieren.

Nachdem nun das Gesetz durch die Majorität angenommen war, blieb mir, wie wenig es mir auch genügen konnte, darüber doch kein Zweifel übrig, daß ich mich ihm zu fügen, und einen Reichsverweser zu wählen habe. Ich wählte also und gab meine Stimme, in nothwendiger Consequenz mit meinen vorangegangenen Abstimmungen, einem Mann, dessen Name von jedem Freunde des Vaterlandes mit hoher Achtung genannt wird, dem ehrwürdigen Jstein. Dieser Ehrenmann hat, wie kein anderer, ausgeharrt und ist der Sache der Freiheit treu geblieben seit langen Jahren, während er sie rings um her, selbst von so manchen früher Mitkämpfenden, feil und feig verrathen und verkauft sah. Von ihm konnte ich mit Grund voraussetzen, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung aufgeführt, die Unverantwortlichkeit abgelehnt, das hohe Gut der frisch errungenen Freiheit des deutschen Volkes treu und sicher gewahrt, daß die ihm anvertraute, noch durch kein

Digitized by Google

Gesetz beschränkte Macht nicht mißbraucht würde, und da ich dies von seinem Andern mit derselben Zuversicht wußte, so gab ich meine Stimme ihm.

Die Republikaner wählten nicht, und schieden sich dadurch als solche wesentlich von der linken Seite, welche sich der Wahl unterzog und zwar im Prinzip gleich ist) theils v. Gagern, theils v. Jyßlein wählte.

Das mußte der Denunziant wissen, und es war nicht ehrlich, daß er es verschwieg. Es ist leider hier nicht Raum, die Namen aller derer zu nennen, welche gleich mir den Erzherzog nicht wählten, um durch deren Mittheilung die Grundlosigkeit der Denunziation noch einleuchtender darzuthun.

Hielt sich der Abgeordnete des Wahlbezirks Bayreuth zur deutschen Nationalversammlung überhaupt zur Denunziation verpflichtet, so mußte er auch die Obliegenheit erfüllen, den Republikanismus welchen er denunzirt, als solchen nachzuweisen. Er hat dies nicht gethan und konnte es nicht thun. Er hat falsch denunzirt.

Ich kenne den Denunzianten nicht persönlich und weiß nicht warum und in welcher Eigenschaft er dieß that. Wie er es aber thut, wird noch schmählicher dadurch, daß er wohl wissen mußte, wie der Einzelne ausser Stand ist, solche im Allgemeinen hingeworfene Verdächtigungen zu widerlegen. Mich wird er durch den Namen: Republikaner, womit man große und kleine Kinder schreckt, nicht abhalten, auch ferner als Volksvertreter redlich meine Pflicht zu erfüllen, und wenn der Denunziant den Begriff eines Volksvertreters anders faßt als ich, so ist dieß seine Schuld, nicht die meinige.

Ob ich nun aber im Sinne meiner Wähler stimmte oder nicht, haben meine Wähler, nicht der Denunziant, zu entscheiden, der auch diese Instanuation mit seinem Ehrgefühle für verträglich hielt.

Für meine Wähler hat bereits mein hochachtbarer Freund, Dr. Rubner, meine Rechtfertigung erledigt; hier aber mögen wohl diese wenigen Worte auf die kurz hingeworfene Verdächtigung mehr als genug seyn, und ich kann ruhig, im guten Bewußtseyn, mein Recht geübt, und meine Pflicht erfüllt zu haben, das Endurtheil allen den Ehrenmännern anheimgeben, welche die Einsicht haben, hierüber underfangen zu urtheilen, und den guten Willen und Muth, ihr Urtheil auszusprechen. Nur an solchem Urtheile kann mir etwas gelegen seyn.

Frankfurt, am 9. Juli 1848.

Dr. G. Blumröder.

Die in Nr. 187 dieses Blattes an mich ergangene Aufforderung veranlaßt mich zur nach nachstehenden Erwiderung.

Herr August Freiherr von Fetlitzsch von Münchenreuth hat an den Renten der Güter Münchenreuth und Hartmannsreuth denjenigen Antheil empfangen, welcher ihm nach den vor der Aufhebung der Sequestration mit seinen Herren Brüdern abgeschlossenen Verträgen gebührt. Die Berichtigung dieses Rentenantheile erfolgte, wenn die Administration noch keine Gelder oder nicht so viel abliefern konnte, als zur Abtragung der sämmtlichen Antheile erforderlich waren, in Berücksichtigung seiner Verhältnisse vorschußweise und unter Bevorzugung seiner Person vor den übrigen Berechtigten, und im gegenwärtigen Augenblick hat er, abgesehen von den ihm durch die Administration abgegebenen Naturalien 100 fl. mehr empfangen als ihm zu fordern. Ich habe diese Zahlungen unter eigener Verantwortung geleistet, denn nach den Beschlüssen seiner Herr. Brüder war ich hiezu nur unter der Bedingung ermächtiget, daß er die Quittungen ordnungsgemäß und im Einklange mit den bestehenden Verträgen ausstellen werde, was nie von ihm geschehen ist. Der Grund seiner vermeintlichen Verletzung ist wo anders zu suchen. Während nemlich seine Herren Brüder, welche ich anwaltschaftlich vertrete, geleitet durch ihr rechtliches Gefühl und die Ehrenhaftigkeit ihres Charakters, darauf bestehen, daß die Vertheilung der Renten nur nach den Verträgen erfolge, durch deren Abschluß die Aufhebung der Sequestration bedingt war, will Herr August Freiherr von Fetlitzsch unter Berufung auf sein sogenanntes Anrecht, dessen Bedeutung aber weder von mir, noch von meinen Herren Machtgebern verstanden wird, von diesen Verträgen nichts wissen. Er hat bereits mit gänzlicher Nichtachtung dieser Verträge den siebenten Theil der genannten Güter auf dem Rechtswege geltend zu machen gesucht, ohne dabei zu berücksichtigen, daß dadurch auf unverantwortliche Weise seinem eigenen Herrn Sohne und der Familie von Fetlitzsch-Tregenzeck diejenigen Rentenantheile entzogen würden, welche ihnen durch dieselben Verträge gewährt worden sind.

Da ich nun den bisherigen Zumuthungen des Herrn August Freiherrn von Fetlitzsch ohne Verletzung meiner Pflichten kein Gehör geben konnte, auch der Rechtsweg für ihn noch kein günstiges Resultat herbeigeführt hat, so scheint er sich dem Wahne hinzugeben, auf dem Wege einer öffentlichen Aufforderung weiter zu kommen. Hierauf gebe ich nun die bestimmte Erklärung ab, daß Herr August Freiherr von Fetlitzsch, so lange mir die Vertretung seiner Herren Brüder übertragen und so lange die unter meiner Mitwirkung abgeschlossenen Verträge nicht auf dem Wege Rechtens oder des freien Uebereinkommens der Betheiligten aufgehoben sind, nicht mehr an den Renten der Güter Münchenreuth und Hartmannsreuth empfangen wird, als er auf den Grund dieser Verträge zu fordern hat.

Hof, den 7. Juli 1848.

Luckenbein, k. Advokat.

Anzeigen.

Bei Aug. Cellarius Colmar ist soeben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Höchst merkwürdige Weissagungen auf die ewig denkwürdigen Jahre 1848 bis 1854. Von Nostradamus rc.

Preis 6 kr.

Man stelle diese Prophezeihungen nicht in eine Categerie mit den schon erschienenen; wie sich näherer Prüfung weiter ergeben wird.

Einladung.

Am Sonntag den 16. Juli und den darauf folgenden Montag findet das diesjährige Haupt-Scheiben- und Stern-Schießen dahier statt, wozu hiemit freundlich einladen

Brenner, den 7. Juli 1848.

Die Vorstände der Schützengesellschaft.

Am Dienstag, den 18. d. M. wird dahier das Gregorienfest gefeiert werden, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Markt Lindenhardt 12. Juli 1848.

Die Marktverwaltung.

In Beziehung auf die gestrige Anzeige in der Bayreuther Zeitung im Betreffe des Verkaufs der Treibhausgewächse im Falkenschloß Garten erklärt Unterzeichneter, daß die Ankündigung in Nr. 188 dieser Blätter nur auf den Wunsch und die Bitte der Frau Hofrath Falko mit seinen Namen unterzeichnet wurde, indem sich die besagte Dame nicht öffentlich als Verkäuferin nennen wollte. Dies zur Aufklärung. — Zugleich erlaube ich mir einem verehrlichem Publikum meine Pflanzen- und Treibhausgewächse bestens zu empfehlen.

Wäckel.

Wohnungsveränderung.

Das bisher von mir bewohnte Locale in der Opernstraße, habe ich verlassen und betreibe nunmehr mein Gewerbe in meiner eigenen Wohnung, im vormals Bäcker Schamelschen Hause Nr. 27. am Markt dahier.

Mit dieser Anzeige verbinde ich die Bitte, um geneigten Zuspruch bei Bedarf von Zinnwaaren.

Georg Zeitler Zinngießer.

Wiener Leinwand

in guter Qualität verkauft zu festen Preisen à 13 kr. 14. kr. und 16 kr. pr. Elle

J. M. Aub, Friedrichstraße.

Eine Vorsteckradel wurde vergangenen Sonntag verloren. Der redliche Finder erhält bei Zurückgabe derselben im Hause Nr. 460 einen Kronenthaler Belohnung.

Eine im Harmonie-Garten gefundene goldene Brosche, kann von der Eigenthümerin, gegen die Insertions-Gebühren in Empfang genommen werden Nr. 315.

Es werden einige Gymnasiast- oder Gewerbschüler in Kost und Logis zu nehmen gesucht. Eine gesunde freundliche Wohnung, und die sorgfältigste Aufsicht wird zugesichert. Weißgasse Hs.-Nr. 501.

Badewannen vom Zink sind billig zu verkaufen bei Konrad Mack in Rennweg.

Ein Berner- oder leichtes eisengraues Oekonomie-Wägelein wird zu kaufen gesucht. Nähreres die Expedition.

Es wird eine Aufwartung anzunehmen gesucht. Wo sagt die Expedition.

Mein sehr geräumiger Stadel am Heumagazin rechts angebaut, ist zu verkaufen oder zu verpachten.

L. Seliger.

In der Kanzleistraße Nr. 111. ist ein Quartier mit allen Bequemlichkeiten, im Ganzen oder getheilt, auf Jakobi zu beziehen, auch können Möbel dazu gegeben werden.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 193.** **13. Juli 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 10. Juli. Die Nationalversammlung ist heute durch die Nachricht überrascht worden, daß der Reichsverweser bereits morgen hier eintreffen wird. Diese Nachricht, sowie die Antwort, welche der Erzherzog der Deputation der Reichsversammlung ertheilte, erregten großen Enthusiasmus in der Versammlung. Dieselbe beschloß sogleich eine Kommission zu ernennen, welche die Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet, und in der morgen früh stattfindenden Sitzung darüber Bericht erstatten soll. Die Stadt ihrerseits bereitet sich ebenfalls zu festlichem Empfang vor; bei dem Einzuge des Reichsverwesers sollen 101 Kanonenschüsse abgefeuert, die Häuser mit Fahnen u. s. w. dekorirt werden. — Der Marineausschuß hat bereits die Zeichnung für die Kriegs- und Handelsflagge entworfen und der Nationalversammlung vorgelegt. Die heutige Sitzung wurde fast ganz durch die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit ausgefüllt. Auf die in den Zeitungen enthaltenen Gerüchte von einem für Deutschland unehrenvollen Waffenstillstand hatten mehrere Schleswig'sche Abgeordnete einen Antrag gestellt, nach welchem die Nationalversammlung erklären soll, daß Niemand anders als der Reichsverweser und die Nationalversammlung berechtigt sey, den Waffenstillstand oder Frieden zu schließen. Dieser Antrag wurde von Claussen aus Schleswig sehr kräftig vertreten. Dieser nannte den König von Dänemark einen Rebellen und Hochverräther am deutschen Bunde und erklärte: die Schleswig-Holsteiner würden nie mehr unter seine Herrschaft zurückkehren. Es Reien sehr scharfe Aeußerungen gegen Preußen und dessen separatistische Tendenz, die aber von den allezeit bereiten Kämpfern Fürst Schönenwerth und Wincke ritterlich abgeschlagen wurden. Wogu von Gießen vergaß sich so weit, zu äußern, daß die preußischen Waffen in Schleswig sich bestecht hätten, worüber er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Der vorgeschlagene Waffenstillstand, wie ihn die Zeitungen mittheilen, wurde übrigens auch von den preußischen Deputirten als schmachvoll für Deutschland anerkannt, während Wurm von Hamburg es unverantwortlich fand, daß der Sundzoll (den die Schweden eine Prellerei genannt) darin nicht erwähnt sey; da jedoch über diesen Waffenstillstand bis jetzt nur unvollständige Zeitungsnachrichten vorliegen, auch noch dem Gesetz über die Centralgewalt nur von dem Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung über Krieg und Frieden entschieden werden kann, so beschloß die Versammlung zur Tagesordnung überzugehen.

München, 7. Juli. Der Ostan der neuen Zeit hat unter den zahlreichen alten und verdorrten Bäumen unserer Staatswaldung eine ziemliche Niederlage angerichtet; eine bedeutende Anzahl dieser alten Kröppelstämme: die Censur, die ständische Vertretung u. s. w. liegen entwurzelt am Boden und haben so einem neuen und kräftigen Nachwuchse endlich Raum gegeben. Noch immer aber macht sich ein Häuflein solcher überständiger, ausgedorrter Bäume breit und benimmt der frisch emporschießenden neuen Vegetation möglichst viel an Boden und Nahrung. Es muß die Sorge derer seyn, denen die Obhut über die neue Kultur übergeben wurde, diese schädlichen Hemmnisse zeitig zu beseitigen, ehe wieder ein neuer Sturm sich an diese Arbeit macht. Der wird dann wohl nicht so ganz glimpflich verfahren, denn der gewaltsame Sturz der alten Kröppelstämme könnte wohl sonst noch einigen Schaden im Forste anrichten. Wir aber wollen sie vorläufig als zum Hiebe reif anzeichnen und beginnen dieses Geschäft mit dem „Staatsrathe." Dieses Institut, berufen — wie man sich weiland auszudrücken pflegte — um die Weisheit der Krone zu verstärken, paßt schon seinem Wesen nach nicht zur Richtung unserer Zeit, nicht zur neuen Gestaltung unseres Staates. Den Willen des Volkes und seine Bedürfnisse erkennen, jenem den richtigen Ausdruck, diesen die rechten Mittel gebeu, — das ist die Weisheit der Regierung und zur Erreichung dieses Zweckes hat man endlich den einfacheren und sichereren Weg gefunden. Das Volk spricht selbst — durch seine Vertreter und in anderer Weise gesetzlicher Oeffentlichkeit — seinen Willen aus, bezeichnet selbst seine Bedürfnisse und die Mittel zu ihrer Abhilfe. Wozu also dem mündig gewordenen Volke noch jetzt ein solches Puppilenkollegium auf den Nacken setzen, welches die Dinge nur durch die Brille der Bureauweisheit und im Attenstaube der Schreibstube zu erschauen vermag? — Noch unmöglicher wird aber das Fortbestehen dieses Instituts durch dessen effektive Zusammensetzung. Die Regierung hatte dasselbe theils als eine Invalidenanstalt für hohe Staatsbeamte, theils als eine bureaukratische alte Garde ihres jeweiligen Peinzipes angesehen und diesem Geschäftskunkte entsprechend rekrutirt. Während demnach ein Theil des Staatsrathes — von dem Volkswitze die Mumien genannt — dem politischen Naturforscher die Bureaukratie im getrockneten Zustande zeigte, gab die geistfressende Unlust an Ehren und der karge Gehalt des andern in Verbindung mit ihren früheren dienstbefliffenen Leistungen in Kammer und Staatsdienste dem sängeren Staatsdiener die deutliche Lehre: „So ehrt der Herr die Seinen!" Das Ministerium Abel hatte die letztere Abtheilung besonders vermehrt. — Und dieser Summe von Altersschwäche und vom Adelschen Anhange ist noch jetzt die Vorberathung der wichtigsten Fragen, der bedeutungsvollsten Gesetze, die Entscheidung der von den Ständen

Feuilleton.

An die alte Stadt Coventry (Warwickshire) — dieselbe durch welche Falstaff nicht mit seinen Leuten marschiren wollte — knüpft sich eine schöne Sage, welche neuerlich durch Alfred Tennyson, den bedeutendsten der jetzt lebenden englischen Lyriker, aufgefrischt worden. (Das bezügliche Gedicht ist trefflich übersetzt in Freiligraths „Englischen Gedichten" S. 382 ff.) Godiva, die schöne und edle Gemahlin des barbarischen Grafen von Mercia im elften Jahrhundert, erlöste die Stadt Coventry von schwerem Druck, indem sie die Bedingung ihres Gatten erfüllte: in der Mittagsstunde nackt durch die Stadt zu reiten. Sie ließ ihren Entschluß durch Herolde verkündigen, alle Einwohner blieben bei geschlossenen Fenstern zu Haus, und Godiva ritt „nur mit Keuschheit angethan" durch die Straßen, worauf ihr Gemahl die harte Steuer, um die es sich handelte, nachließ. Bis auf den heutigen Tag findet nun in Coventry alljährlich eine sogenannte Godiva-Prozession statt, d. h. ein junges Weib reitet, zwar nicht nackt wie Lichtenberg erzählt, aber in eng anschließendem fleischfarbenen Trikot durch die Stadt, und heißt dann in demselben leichten Habit mit dem hohen Magistrat auf dem Rathhaus. Der Unterschied dieses sonderbaren Aufzugs von der ursprünglichen Geschichte ist, daß dabei die Einwohner von Coventry nicht etwa sich eingeschlossen halten, sondern daß das Volk aus der ganzen Umgegend zusammenströmt um die Godiva zu sehen. Heuer ward, am 2. Juli, das Fest besonders glänzend abgehalten. Es befanden sich nämlich in Coventry zugleich eine große Menagerie und eine Gesellschaft lebender Bilder à la Proesfor Keller. Die schönste Künstlerin darunter, eine Mistreß Whorton, machte die Godiva. Sie ritt inmitten eines großen Zugs, dem ein Elephant und eine Musikbande voranschritten, geziert auf einem Schimmel, und hinter ihr kam eine mittelalterliche Maskerade von Rittern, Knappen, Minstreis, Pfaffen, Damen, und zuletzt ein Triumphwagen auf welchem Schäferinnen mit Lämmern und Vogelkäfigen saßen. Die Londoner Illustrirte Zeitung stellt die Prozession dar. Fromes und stetsamer Altengland!

Wie der Globe meldet, wohnt die Gräfin Landsfeld (Lola Montez) seit mehreren Monaten in dem schönen Schloß zu Pregny am nördlichen Ufer des Genfersees, welches als le Château de l'Empereratrice bekannt ist, weil es einmal die Kaiserin Josephine bewohnt. Die Gräfin, schreibt der Korrespondent des Globe, habe das Schloß mit ausgezeichnetem Geschmack einrichten lassen, und scheine vornehmen Besuch zu erwarten. Ihr jetziges ländlich stilles Leben bilde einen eigenthümlicher Gegensatz zu ihren frühern abenteuerlichen Erlebnissen.

Digitized by Google

für gegründet erklärten Beschwerden unterstellt! Ist noch eine Spur von Gestnnung in dieser Schaar zu treffen, so muß ihr, der dienstwilligen Unterstützerin aller seiner Maßregeln, die neue Gestaltung der Dinge ein Gräuel seyn, so muß sie dem jetzigen Ministerium selbst in seinem Wirken feindlich und hemmend im Wege stehen. Hat aber diese vormalige Leibgarde Adels mit dem umgesprungenen Winde das Mäntelchen nach der andern Seite gewendet, so verdient sie nicht die erste Rathgeberin einer Regierung zu seyn, die vor Allem volksthümlich werden muß; sie verdient sie nicht das Vertrauen der Regierung und des Volkes, sondern deren Verachtung. Im Interesse des Volkes, wie auch einer redlichen Regierung ist demnach die gänzliche Aufhebung dieses Instituts, dessen jetzige Kompetenz als mit der neuen Gestaltung des Staates unerträglich, ohnedieß einer gänzlichen Umbildung bedarf, ein dringendes Gebot der Nothwendigkeit. (D. c. Z.)

München, 8. Juli. Im Einverständniß mit dem Staatsministerium bezüglich der Excessen, welche durch die in jüngster Zeit wegen tumultuarischer Auftritte abgesendeten Militärcommandos veranlaßt worden sind, wurden folgende Bestimmungen ertheilt, welche unter dem 5. d. Mts. an die vier Armeedivisionscommandos ergingen. 1) Für die seit 1. März d. J. zur Unterdrückung tumultuarischer Auftritte und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit außerhalb der Garnisonsorte entsendeten Militärcommando werden, insofern diese nicht als wirkliche Executionscommandos erklärt wurden, nachstehende tägliche Zulagen bewilligt: a) für die Officiere und Militärbeamten, und zwar für einen Major 2 fl. 44 kr., einen Hauptmann erster Classe 2 fl. 11 kr., einen Hauptmann zweiter Classe 1 fl. 46 kr., einen Oberlieutenant 1 fl. 13 kr., einen Unterlieutenant 1 fl. 6 kr., einen Junker 36 kr. nebst der vorschriftsmäßigen Einquartierung auf Dach und Fach; b) für die Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts außer der gewöhnlichen Einquartierung und Verpflegung eine tägliche Zulage von drei Kreuzern, dann die Hälfte der die Charge treffenden Monturraten, welche letztere dem Mann in seiner Monturrechnung zu gut zu schreiben sind. 2) Für jene Militärcommandos, welche als wirkliche Executionscommandos erklärt sind, und denen trotz nach rechtskräftigem Ausspruch den veranlassenden Gemeinden oder Privaten zur Last fallen, haben sowohl bei den Officieren als bei der Mannschaft die im Vorhergehenden vom 26. Febr. 1807 ausgesprochenen Gebühren und Zulagen einzutreten, in welchem Fall jedoch gemäß obiger Verordnung Löhnung und Brodgebühren cessiren. 3) Auf vorübergehende Dislokationen einzelner Heeresabtheilungen in andere Garnisonen, wobei die Mannschaft in Casernen untergebracht wurde und vorschriftsmäßig menagirte, haben die unter 1) a) und b) ausgesprochenen Zulagen keine Anwendung. Für die Officiere und Militärbeamten treten im gegebenen Falle die allgemeinen Bestimmungen über die Beorderungen außerhalb der angewiesenen Garnisonsorte ein. 4) Vorstehende Bestimmungen sind auch für künftig eintretende derlei Fälle geltend. 5) Wo Vergütung bereits stattfand, da hat es hiebei sein Bewenden, begründete Beschwerden ausgenommen, in welchen Fällen Rückersatz zugesichert wird. 6) Die unter 1) a) und b) bewilligten Zulagen, so wie sonstigen Kosten (für die normalmäßige Einquartierung, Vorspannsfahrkosten ꝛc.) werden auf den Sicherheits-Etat übernommen. (A. Z.)

Berlin, 6. Juli. Der Oberpräsident v. Meding hat nunmehr seine Entlassung erhalten; sein Präsidium soll Herrn v. Patow angeboten seyn, man zweifelt aber, ob er es annehmen werde.

Berlin, 9. Juli. Obgleich die gestern Abend stattgehabte Volksversammlung die wegen des Einmarsches der Truppen herrschende Aufregung nicht wenig steigerte, so blieb es dennoch ruhig, und bis diesen Augenblick sind die Besürchtungen, welche sich an jene Maßregel der Staatsbehörden knüpften, durch nichts gerechtfertigt. Die Volksversammlung selbst war merkwürdig einerseits wegen der fast andächtigen Stille, mit welcher die anwesenden Tausende die Redner anhörten, andererseits wegen der zahlreichen Theilnahme von Personen, welche sich bisher von dergleichen Versammlungen stets fern zu halten pflegten. Es befanden sich nämlich unter den Zuhörern nicht weniger als 20—30 Gendarmen, berittene und unberittene, in ihrer Uniform, und fast das ganze Criminalcommissariat.

Leipzig, 10. Juli. Seit diesem Morgen um 11 Uhr wurde der Reichsverweser Erzherzog Johann auf seiner Durchreise nach Frankfurt a. M. hier erwartet, doch verzögerte sich dessen Ankunft bis gegen 3 Uhr, wo er in Begleitung unsers Königs unter großem Jubel der unzähligen Menschenmenge, Läuten der Glocken und Böllerschüssen von Dresden eintraf; nach Empfang einiger Deputationen und eingenommenem Diner setzte er gegen 5 Uhr seine Reise auf der Eisenbahn über Halle fort. In der Stadt sah man zahlreiche deutsche und sächsische Flaggen wehen, auch waren einzelne Gebäude festlich geschmückt; vor allen zeichneten sich die Bahnhofsgebäude, das Rathhaus und die deutsche Buchhändlerbörse aus. (D. A. Z.)

Wien, 7. Juli. Wie es heißt, soll Se. Majestät nächstens, dem Vernehmen nach bis zum 15. d. M. in Schönbrun eintreffen. Das kaiserliche Schloß daselbst wird bereits zum Empfange JJ. MM. hergerichtet.

Wien, 8. Juli. Heute Morgen begab sich eine Deputation des hier bestehenden demokratischen Vereines zum Erzherzog Johann, um das Ministerium zu stürzen. Die Demokraten sind über die ihnen zu Theil gewordene Aufnahme ganz entzückt und erzählen, daß Erzherzog Johann sich dahin ausgesprochen habe: er werde sehen, was sich thun lasse, die Herren möchten beruhigt seyn und ihm vertrauen. — Zu gleicher Zeit erhielt vom Minister Pillersdorf der Präsident des Sicherheitsausschusses Dr. Fischhof ein Privatschreiben, worin der Minister denselben ersucht, sich entweder allein oder in Begleitung mehrerer Ausschußmitglieder zu einer Besprechung, die jedoch nicht amtlich sey, einzufinden. Die Herren Fischhof, Freund, Willner, Goldschmidt, Hruby und Hoffer begaben sich sofort zu Pillersdorf und das Resultat dieser Unterredung ist, daß der Minister den anwesenden Herren die Verschiedung gab, er werde, falls er mit den von dem beantragten und geforderten Punkten, die seine Zustimmung bereits hätten, beim Ministerrathe nicht durchdringe, abtreten. Die bezüglichen Punkte sind folgende: 1) Direkte Wahlen ohne Zensus; 2) eine Kammer von Privilegirten; 3) Abjezung des Grafen Leo Thun in Prag; 4) binnen acht und vierzig Stunden ein Programm der künftigen ministeriellen Farbe. — Die Frankfurter Deputirten befinden sich die Sitzung des Ausschusses mit ihrer Gegenwart; sie kamen gerade, als die Debatten über den Sturz des Ministeriums am Heftigsten waren. Hechscher sprach heftige Worte, welche von Fischhof erwidert wurden, dann wurde die Debatte wieder aufgenommen, jedoch abermals unterbrochen, als eine Faktion österreichisch-slavischer Negerdroetter mit Dr. Semka aus Untersteyermark, Kärnthen, Krain, Schlesien und Galizien im Saale erschien und die Versammlung begrüßte. Dr. Semka sprach wenige, aber so gewichtige Worte, daß donnernder Beifall seine Rede oft unterbrach. Er behauptete: hundert gleichgesinnte Deputirte aus den benannten Provinzen habe er um sich versammelt, sie Alle, obgleich verschieden an Sprache, Abstammung und Religion, wollten das Prinzip der Demokratie aufrecht erhalten wissen, mit Gut und Blut dafür einstehen; sie alle wollten ein großes einiges Oesterreich, innigst verbunden mit dem mächtigen Deutschland. Den Jubel nach diesen Worten wage ich nicht zu beschreiben; wenn die Mehrzahl der Slaven so spräche, wo dieser ehrenwerthe Mann aus den wendischen Landen im Namen seiner zahlreichen Anhänger — als Oesterreichs Zukunft wäre eine glänzende. —

Wien, 8. Juli. In Folge einer Rüge des Ministeriums, als überschreite der Sicherheitsausschuß die Grenzen seiner ihm zugewiesenen Wirksamkeit — es betraf die Prager Ereignisse — erklärte (in der Sitzung vom 5. Juli) Dr. Goldmark ungeschreut den Ausschuß für ein revolutionärcs Tribunal und das Ministerium für ein von ihm toleritrtes, welches nach der zweideutigen Weise, wie es seine Aufgabe löse, fortgejagt zu werden verdiene. Zugleich wies er das Ansinnen Einiger zurück, der Ausschuß sey blos ein Lokalorgan, und beantragte für ihn die Aufgabe der Wahrung der Volksrechte der ganzen Monarchie; donnernder Applaud begleitete seine Rede. (K. v. u. f. D.)

Wien, 7. Juli. In dem vom Erzherzog Johann empfangenen Studentencomite sprach derselbe folgende Worte: Lieben Freunde! Ich bin ein alter Oesterreicher, ein alter deutscher Mann, meine letzten Lebenstage will ich dem Wohle des Vaterlandes widmen, mein Wille ist gut, Der, welcher oben das Schicksal der Welt leitet, wird mich richten. Ich will so handeln, daß ich ohne Angst vor seinen Richterstuhl treten könne. Sie, meine jungen Freunde der Universität, haben viel gethan, wirken Sie zum allgemeinen Wohl, auf Sie verlasse ich mich ganz besonders. (Oest. Z.

Hannover, 7. Juli. Den neulich besprochenen Antrag über Entschädigung Hannovers für den Verlust seiner Wasserzölle hat die erste Kammer gestern abgelehnt, und zwar weil er ihr nicht weit genug gehe. Abg. Stüve nannte dies Verfahren ein ganz widersinniges, da es an der ersten Kammer gewesen wäre, eine andere Fassung vorzulegen. Nachdem eine Zeitlang darüber gestritten war, wie dieser Beschluß der ersten Kammer zu behandeln sey, theilte Bieperstädtel Francke mit, daß er vernommen habe, die erste Kammer gedenke bei dieser Gelegenheit wahrzunehmen, um einen Zweifel an der Competenz der Nationalversammlung überhaupt zu erheben. Linde-

Digitized by Google

mann dagegen wollte wissen, die erste Kammer beabsichtige nur, die Entschädigungsforderung schärfer zu stellen. Diese Mittheilung faßte Lang, der Proponent des Antrags, auf. Die Entschädigung, sagte er, ist in dem Beschlusse zweiter Kammer so bestimmt wie möglich gefordert. Was heißt also weiter gehen? Wohl gar die Competenz der Nationalversammlung ansechten? Das würde aber hier eben so entschieden Mißbilligung finden wie in der öffentlichen Meinung. Das eigentliche Organ des Landes, sagte der Redner, sey jetzt doch nur die zweite Kammer. Was diese in Bezug auf die vorliegende Frage wünsche, wisse die Regierung. Die Wirkung ihres Beschlusses sey vollkommen gestichert. Um den Sondergelüsten der ersten Kammer den Boden zu nehmen, rieth der Redner, den Beschluß gänzlich fallen zu lassen. Stüve stimmte dem bei: es sey gleichgültig ob noch ein Schreiben an die Regierung abginge, die ohnehin wisse wie die Kammer über diesen Punkt denke. Die Kammer beschloß dann einstimmig ihrem Beschluß keine weitere Folge zu geben. Der Berhandlungsstoff für die zweite Kammer ist so sehr erschöpft, daß gestern nicht einmal eine Tagesordnung für heute bestimmt war. Es wurden wieder die bittersten Klagen über die Adreskammer (diesen in Todeszuckungen liegenden Körper, wie Holscher sagte) geführt, die abstchtlich darauf ausgehe, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Selbst Wedemeyer sprach seinen Unwillen unverhohlen darüber aus, und man kann nichts anders glauben als daß die erste Kammer recht eigentlich darauf hingearbeitet, ihr Andenken verhaßt zu machen. Wenn je ein politischer Körper ohne Bedauern aus dem Leben geschieden ist, so ist es diese Adreskammer. (B. Z.)

Hannover, 8. Juli. Die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs ist heute vertagt worden.

Mannheim, 9. Juli. Fürst von Thurn und Taxis hat dem Gemeinderath die öffizielle Mittheilung gemacht, daß die Bayern Mannheim am 10. verlassen werden. Der Gemeinderath und Ausschuß hat sofort eine Deputation an das Ministerium gesendet, um zu bewirken, daß die Stadt nicht ohne Garnison belassen werde, zumal jetzt nicht einmal die Bürgerwehr organisirt und daher gar keine Gewähr gegen etwaige Ruhestörungen vorhanden ist. (D. Z.)

Aus Konstanz schreiben die Seeblätter: Auch auf den katholischen Klerus erstrecken sich die Untersuchungen wegen hochverrätherischer Bestrebungen. Die Zahl der vom Erzbischof in Freiburg wegen Theilnahme an den politischen Bewegungen suspendirten Geistlichen beträgt 36.

Vom Rhein, 9. Juli. Die „Trierer Zeitung" bemerkt in ihrer Nr. 196 in Betreff der Correspondenzen der „Kölner Zeitung" über die angeblichen Anwerbungen zur Hecker'schen Freischaar: Factisch ist, obgleich gewiß nur sehr wenigen Personen bekannt, daß einzelne Päße nach Mainz von arbeitslosen Handwerkern gefordert worden sind, daß mehrere junge Leute auch keinen Anstand genommen haben, zu erklären, sie wollten sich lieber todt schießen lassen, als ferner so in der Verkümmerung leben." Dagegen bestreitet das gedachte Blatt die Angabe der „Kölner Zeitung", daß vermöge eines Soldes von 24 Kreuzern und eines Handgeldes von 20 Gulden angeworben worden sey. Auch gibt dasselbe den Charakter der besprochenen „Schweicher Volksversammlung" als einen rein theoretischen an. Man habe nicht nur nicht zum „Losschlagen" aufgefordert, vielmehr „zu Ruhe und Ordnung aufgewiegelt."

Bekanntlich wurde bei der Nationalbuchdruckerversammlung beschlossen dahin zu wirken daß die bei den Zeitungen angestellten Gehülfen ferner die Sonntagsruhe nicht entbehren. Demzufolge wurde an die Redactionen sämmtlicher Zeitungen Deutschlands eine Aufforderung zu der Erklärung erlassen, ob sie ihre Blätter künftig noch Sonntags erscheinen lassen wollen, ob nicht. Für das Nichterscheinen haben sich nun bis jetzt unter der Voraussetzung des Beitritts aller bedeutenderen Zeitungen Deutschlands erklärt: die Redactionen des Schwäb. Merkur, des Bonner Wochenbl., der Deutschen Zeitung, der Nassauischen Allg. Ztg., der Trierschen, Hanauer und Speierer Ztg., des Nürnberger Kuriers der Karlsruher, Saar- und Moselz, Freien Ztg. und der Republik (in Heidelberg). Die Allgemeine Zeitung wird künftig ebenfalls dem Tag des Herrn die Ehre geben, d. h. sie wird am Sonntag nur einen am Tage zuvor gesetzten halben Bogen erscheinen lassen, dem am Sonntag nur mit gedrängten Zeilen das Wichtigste der am Morgen eintreffenden Meldungen angehängt werden

Kiel, 6. Juli. Aus Mittheilungen, welche eine glaubwürdige Quelle haben, erfahren wir, England wolle den Frieden mit Dänemark dahin vermitteln, daß die Personalunion bestehen bleibe, Schleswig-Holstein im Uebrigen aber von Dänemark ganz getrennt werde und eine gemeinschaftliche Verfassung erhalte, die Frage über die Erbfolge solle unentschieden bleiben und Schleswig vorläufig, nämlich wenigstens so lange noch die Personalunion mit Dänemark fortwährt, nicht in den Deutschen Bund aufgenommen werden; um die resp. deutschen Unterhandlungen und Auseinandersetzungen mit Dänemark zu führen und abzuschließen, solle, nach Auflösung der gegenwärtigen provisorischen Regierung, eine neue gebildet werden, und zwar auf die Weise, daß dazu der Deutsche Bund drei, der König von Dänemark ebenfalls drei Mitglieder und England das siebente ernennt. Dänemark soll nicht abgeneigt sein, auf diese Vorschläge einzugehen, und sogar in Frankfurt die Stimmung dafür(??) sein, woran man zweifeln möchte, wenn nicht die wenig ernstliche Art und Weise, wie der Krieg gegen Dänemark von deutscher Seite geführt wird — eine Wiederbezwingung Jütlands scheint ja noch in weiter Ferne zu liegen und ist doch das einzige Mittel, den Frieden zu erzwingen — damit zu harmoniren schiene. Dennoch scheint und der Abschluß eines solchen Friedens fast unmöglich, und zwar, zunächst von uns abgesehen, schon allein um Deutschlands willen.

Die hamburger Börsenhalle vom 8. Juli schreibt: Aus guter Quelle erfahren wir, daß Graf Pourtalès und der schwedische Unterhändler mit den Bedingungen des Waffenstillstandes erst am 5. Juli Abends von Malmoe in Berlin eingetroffen sind, am 6. Juli die Conferenzen mit dem preußischen Ministerium gehabt haben und Abends nach Potsdam zum Könige gegangen sind, mit welchem gestern die Conferenzen stattgefunden haben werden. Es ist also nicht zu verwundern, daß wir heute noch nicht über das Resultat unterrichtet sind.

Italien.

Triest, 4. Juli. Seit heute morgen ist die feindliche Flotte nicht mehr sichtbar. Der jenischer Dampfer, „Ptxtanlsos" berichtet, in Ankona einen sardinischen Dampfer gesehen zu haben, der Kohlen einnahm, um dann zur hiesigen italienischen Flotte zu stoßen. Ein Capitain der von Bari kömmt, erzählt daß vor Brindisi eine neapolitanische Flotte aus 2 rasteren Linienschiffen, 2 Fregatten, 1 Brigg und 6 Dampfern geankert war; wer weiß ob wir nicht der sardo-venezianischen Flotte auf eine merkwürdige Weise los werden, wenn der Sohn von Karl Albert zu König von Sizilien ausgerufen wird. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Von der walachischen Gränze, 2. Juli. Nachrichten aus Bucharest vom 28. und 30. Juni bringen endlich die Details über die dortige politische Bewegung. Fürst Bibesko hat wirklich die verlangte Constitution und Lossreisung vom russischen Protektorat bewilligt, wogegen der russische General Duhamel Protest einlegte. Als die Constitution proklamirt war, drang man in weitere Concessionen, die der Hospodar nicht bewilligen konnte und wollte. Er entschloß sich, nachdem seine Minister Villora und Manic bereits entflohen waren, Bucharest ebenfalls zu verlassen. Allein die Bojaren ließen ihn nicht abziehen, sondern zwangen ihn eine Abdikationsurkunde ab. So gelang es ihm nach Kronstadt zu flüchten. Nach seiner Entfernung wurde eine provisorische Regierung errichtet, an deren Spitze sich der Metropolit von der Walachei stellte. Eine Nationalgarde wurde organisirt und Jedermann bewaffnete sich zur Aufrechthaltung der Ruhe, die auch seit der Entfernung des Fürsten nicht gestört wurde. Nach allen Umständen zu urtheilen die Bojaren schnell zu der Wahl eines neuen Fürsten schreiten, um den Sturm, der von Rußland durch eine Occupation droht, zu beschwichtigen. Wenigstens wäre dadurch der Vorwand einer militairischen Intervention beseitigt, wenn man die Plane und Entwürfe des vertriebenen Fürsten als mit dem russischen General Duhamel im Einklange annimmt. In der kleinen Walachei ist nach Berichten aus Krajowa vom 29. Juni die Ruhe ebenfalls hergestellt. Es waren nur unbedeutende Krawalle dort ausgebrochen. Aus Jassy wird nach den neuesten Briefen über den gedachten Einmarsch der Russen nichts mehr gemeldet. Der dortige russische Consul hatte nach Eingang der ersten Nachrichten in Bucharest mit einem unverzüglichen Einmarsch der Russen gedroht; allein auf die Vorstellungen des Fürsten und der Bojaren wurde, wie es heißt, noch eine Anfrage an den Kaiser Nikolaus in Petersburg gemacht. (Bresl. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 8. Juli. Das Journal des Debats hatte erzählt, die provisorische Regierung habe um sich vor reaktionären Versuchen der Nationalgarde zu schützen, ein Barrikaden-Bataillon gebildet, demselben förmlichen Unterricht in der innern Vertheidigung von Paris, nach einem strategischem Plan geben lassen und dergl. mehr. Dieses Bataillon sey zwar später aufgelöst worden, habe sich aber nicht zerstreut und in der letzten Revolution eine furchtbare Rolle gespielt, indem es alle die Barrikaden errichtete, deren Ein-

Digitized by Google

nahme so viel Blut kostete. Lamartine und Garnier-Pagès weisen heute in zwei an das Debat gerichteten Briefen diese Lüge mit Entrüstung zurück und wir bemerken in Lamartine's Briefe folgende Stelle: „Ich habe aus Rücksicht für die jetzige Krise meines Vaterlandes aus Achtung für die gesunde Vernunft des Publikums, diesen Strom des Uebelwollens, der Verläumdung und der Abgeschmacktheit ohne Antwort vorüberziehen lassen, der stets während einiger Zeit die Namen, die Handlungen und die Absichten der Männer überfluthet, die durch Revolutionen gehoben oder gestürzt werden. Es wird der Tag des Lichtes kommen und jeder That, wie jedem Manne ihre wahre Gestalt zurückgeben. Ich bin auf diese Gerechtigkeit nicht ungeduldig und zweifle nicht an der Zukunft. Aber ich gestehe, daß das Lesen dieser gehässigen Zeilen mich aus dem Stillschweigen herausreißen läßt, das ich mir bis zum Tage der Erklärungen auferlegt habe. Ich, der ich seit vier Monaten immer meine Brust dargeboten habe, um einen Tropfen Bürgerblut zu ersparen, ich muß mich in einen Lehrer des Bürgerkriegs, in einen Vorbereiter des Blutbades umgewandelt sehen. Auf so etwas gibt es keine Antwort. Nur ein Schrei des Unwillens, der Entrüstung bricht aus dem Innern der Seele hervor und diesen lege ich in diesen Zeilen nieder."

Garnier-Pagès und Pagnerres Brief enthält folgende Stelle: „Wir erklären Ihnen, daß alle die Angaben über einen Barrikadenplan der provisorischen Regierung gegen die Nationalgarde durchaus unwahr sind. Wir geben Ihnen darüber mitgetheilt wurde, das vollständigste Dementi."

Der Marineminister hat dem Hafen-Commandanten von Rochefort den Befehl geschickt das Linienschiff Duguesclin und die Fregatte Renommée sogleich armiren zu lassen.

Vorgestern Abend hat ein Angriff gegen den Wachtposten der Barrière von Clichy Statt gefunden, bei dem zwei Soldaten verwundet wurden. Man umzingelte sogleich die Gegend (am Fuße des Montmartre) und fand in den Weingärten 24 Bewaffnete, worunter zwei Schwerverwundete, die sogleich auf die Polizeipräfektur gebracht wurden. Gestern Abend ward eine Schildwache am Chatarn rouge erschossen. Sie hatte noch so viel Kraft den Schuß zu erwiedern und den Angreifer zu tödten. Die herbeieilende Patrouille fand Beide todt. Der schwerverwundete Volksvertreter Dornes, jetzt endlich auf dem Wege der Besserung, richtet heute einen Brief an den Rational, worin er verlangt, daß man alle Zwietrachtsgedanken bei Seite setzend, sich auch mit den Wittwen und Waisen der gefallenen Insurgenten brüderlich thätige und sogleich eine Commission niedersetze, um auch für diese Unglücklichen zu sorgen.

Wie wir erfahren hat die Regierung sich entschlossen die zur Deportation bestimmten Insurgenten in zwei Categorien zu theilen. Alle gefährlichen Individuen, ferner alle jene, die schon eine infamirende Strafe erlitten haben, werden nach Guyana geschickt und dort zu schweren Arbeiten unter Aufsicht verwendet, — dagegen sollen alle nur Verführten, oder die jetzt tadellosen Barrikadenkämpfer in Algier, in eigenen Distrikten als Civil-Colonisten angesiedelt werden, Grund und Boden zur Cultivirung erhalten, der sowie die nöthigen Werkzeuge und erste Einrichtung ihr Eigenthum wird, sobald sie heirathen und Kinder haben.

Die Garnison von Paris ist in diesem Augenblicke 54,000 Mann stark.

Cabet hat einen Brief an den General Cavaignac gerichtet; worin er bittet, mit einigen Hunderten seiner Anhänger auf einem Staatsschiffe nach Texas gebracht zu werden, um dort seine icarische Colonie zu gründen. Die Regierung soll dieses Gesuch sogleich bewilligt haben. Lamartine ist seit einigen Tagen an einer katarrhalischen Entzündung bettlägerig. Sein Journal le Bien publie bezeichnet Herrn Drouin de Lys als den wahrscheinlichen Minister des Auswärtigen, da General Bedeau auf seiner Weigerung beharrt.

Die Auflösung der Nationalwerkstätten hat sehr günstige Folgen gehabt. Alle Arbeiter der Eisenbahnen, die wegen Mangel an Arbeitern feiern mußten, sind in voller Thätigkeit, eben so eine große Anzahl von Fabriken und der Landbau in der Umgebung von Paris, der bis jetzt immer nur mit Mühe Arbeiter erhalten konnte, steht alle jene rüstigen Arme wieder zu sich zurückkehren, die ihm der höhere Tagelohn der Industrie und später der bezahlte Müssiggang der Nationalwerkstätten entzogen hatte. Die Lage ist jetzt sehr günstig, das Vertrauen ist allgemein und die Börse, dieser beste aller Bewerber, beweist dies.

Spanien.

Die Union Nationale (Departement de Vaucluse) enthält folgendes Schreiben über die Ankunft Cabrera's in Spanien. „Oſſa, 25. Juni. Ich schreibe Ihnen in der Eile, um Ihnen mitzutheilen, daß Cabrera gestern um 7 Uhr Morgens über La Pla de Salinas in Spanien eingetroffen ist. Es begleitete ihn einer seiner Adjutanten, ein zahlreicher Generalstab und eine Escorte Ritterei. Cabrera war sichtbar bewegt als er von neuem den Boden Spaniens betrat, von welchem ihn die Verrätherei Marotto's vertrieben hatte. Mit Thränen im Auge wandte er sich gegen seine Waffenbrüder, und alsbald ertönte der Ruf: Es lebe Spanien! es lebe der König! Nach einigen Minuten des Marsches hörte man das Wer da? eines Schildwache. Das waren die Vorposten Boquiera's der Cabrera, erwartete. Bald darauf erschien ersterer selbst und stellte sich und sein Corps — etwa 1000 Mann — zur Verfügung seines früheren Chefs. „„Wohlan, meine Freunde,"" redete Cabrera diese alten Ueberbleibsel eines heroischen Krieges, „„der Würfel ist gefallen, zeigen wir unsern Feinden, zeigen wir Europa, daß die Rettung unsers unglücklichen Vaterlands nur in dem Königthum Karls VI. liegt. Vorwärts, der Sieg erwartet uns!"" Der tausendstimmige Ruf: es lebe Cabrera! antwortete ihm. Seyen Sie überzeugt, daß ganz Catalonien in diesen Ruf einstimmen wird." (A. Z.)

Anzeigen.

Meyer's Unternehmungen

für deutsche politische Volksbildung

finden allgemeinen Anklang und Alles drängt sich zu bestellen und zu subscribiren. So eben erhielten wir wieder:

I.

Meyer's Parlaments-Chronik.

(Die Chronik enthält den Kern der parlamentarischen Verhandlungen in Frankfurt, mit den Schilderungen und Randgliedern des Herausgebers und mit artistischen Illustrationen.)

1. Bandes 2. Heft mit **Hecker's** Bildniß.
1. „ 3. Heft mit **Welcker's** Portrait.

☞ Jedes Heft 18 Kreuzer rhn.

II.

Gallerie der Zeitgenossen,

neue Folge,

Portraits der

Männer des deutschen Volks

und

der benachbarten freien Nationen.

Dritte Lieferung } Nr. V. **Erzherzog Johann** (der Reichsverweser).
enthält: { „ VI. v. **Soiron** (Vicepräsident des Parlaments).

☞ Jede Lieferung nur 21 Kreuzer.

III.

Meyer's Universum,

XII. Bd., 8. Heft mit 4 herrlichen Stahlstichen, 24 Kreuzer.

Bestellungen

auf diese Werke werden jederzeit angenommen und prompt besorgt von der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth, G. A. Grau in Hof und Wunsiedel.

In Folge der Correspondenz des Ausschusses des hiesigen Gewerbevereins mit dem Gewerbe-Congreß in Hamburg sind vom letzteren sehr interessante Mittheilungen und eine Parthie Exemplare der Verhandlungen der Abgeordneten-Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes soeben dahier eingetroffen.

Zur Kundgebung und Vertheilung dieser erhaltenen Verhandlungen, sowie zur Berathung der das hiesige Gewerbswesen betreffenden Gegenstände werden hiemit sämmtliche Mitglieder des Gewerbevereins auf

Freitag den 14. Juli d. Js. Nachmittags 5 Uhr

in das Lokal der Gewerbschule eingeladen.

Der Gewerbe-Vereins-Ausschuß.

Die freiwillige Abdankung der Ex-Vereins-Vorstände in Nr. 83 des Intelligenzblattes betreffend, hat seinen — guten Grund.

Nr. 550 in der Kulmbacher Straße ist eine Treppe hoch ein Quartier, bestehend in Stube, Küche, Holzlege und Boden, auf Jakobi oder Martini zu vermiethen.

(Berichtigung). In dem Artikel (Eingesandt) in Nr. 187 dieses Blattes lese man anstatt: Thierstein „S..." oder Selb und anstatt Behandlung „Handlung".

Zu Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag **Nro. 194.** **14. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 11. Juli. Heute früh 8 Uhr hielt die Nationalversammlung eine kurze Sitzung, in welcher das Programm für den Empfang des Reichsverwesers festgesetzt werden wird. Eine Deputation empfängt ihn bei der Ankunft; eine zweite Deputation von 50 Mitgliedern wird ihn nach der Paulskirche geleiten, wo er in der Mitte der Nationalversammlung erscheint und mit einer Ansprache des Präsidenten empfangen wird, sodann aber unter Begleitung der Deputation in seine Wohnung zurückkehrt. Ob diese Feierlichkeit morgen oder an einen andern Tage Statt finden wird, hängt noch von der Bestimmung des Erzherzogs ab. Das obige sehr einfache Programm wurde gleichwohl von einigen Mitgliedern der Linken (Simon von Trier, Wesendonck und Hartmann) angefochten, weil es der Versammlung nicht würdig sey, einem Reichsverweser, der doch nach dem Ausspruch Friedrich's des Großen nur der „erste Diener des Volkes" sey, eine Deputation entgegenzusenden. Die Mehrheit der Versammlung theilte jedoch diesen Bedenken nicht und genehmigte das Programm. Als die Deputation von 50 Mitgliedern gewählt wurde, wollte es der Zufall, daß auch mehrere Mitglieder der Linken (darunter Blum) aus der Urne gezogen wurden, worüber die Rechte ironischen Beifall bezeigte. Der Reichsverweser wurde bereits heute Vormittag erwartet; Militär, Bürgergarde, Zünfte, Gesangvereine sind schon vom frühen Morgen an in Spaliere aufgestellt. Die Häuser mit Fahnen ꝛc. dekorirt, Triumphbogen errichtet u. s. w. Der Erzherzog soll jedoch, nach einer um Mittag eingetroffenen Nachricht, erst um 6 Uhr eintreffen. Heute Abend wird ihm ein großartiger Fackelzug gebracht.

Frankfurt, 10. Juli. Ausführlicher Bericht über die 34. Sitzung der constituirenden deutschen Nationalversammlung. v. Linkenau referirt über die Wahl des Advokaten Blöde als Abgeordneten einer Anzahl in Sachsen domizilirender, nicht dort verbürgerter Deutschen. Der Ausschuß beantragt, die Wahl, als mit den Bestimmungen des Vorparlaments und des sächs. Wahlgesetzes unvereinbar für unzulässig zu erklären. Die Abgg. Ruge, Wigard und Blum erkennen zwar die formelle Unzulässigkeit an, glauben aber, daß dieselbe aus Gründen der Billigkeit und im Geiste der Beschlüsse des Vorparlaments anerkannt werden sollte. Letzteren habe die möglichste Vertretung aller Deutschen beabsichtigt, durch die Beschränkung des Wahlrechts auf die Angehörigen des betreffenden Staats seyen aber viele Deutsche faktisch ausgeschlossen worden; dazu komme für Sachsen besonders der Umstand, daß es vermöge seinen Fabrikthätigkeit mehr Angehörige anderer deutschen Länder in seinem Schooße zähle, als irgend eine der übrigen Bundesstaaten. Dagegen machten die Abgeordneten Fuchs, Wichmann und Werner geltend, daß durch Zulassung solcher Wahlen die Zahl der Mitglieder über das angenommene Bevölkerungsverhältniß hinaus vermehrt würde, indem die betreffenden Wähler bereits bei der Bevölkerung ihres Heimathlandes mitgezählt seyen, und daß, wenn einmal vom Gesetz abgewichen würde, der Willkühr Thür und Thor geöffnet wäre. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, den Antrag des Ausschusses anzunehmen. Hierauf zeigte der Präsident an, daß die Gerüchte über einen Waffenstillstand mit Dänemark mehrere Anträge veranlaßt hätten, deren Urheber ihre Dringlichkeit zu begründen wünschten (Zustimmung). Zuerst entwickelte Duncker seinen Antrag: daß wegen der umlaufenden Gerüchte von einem für Deutschland unrühmlichen Waffenstillstande der internationale Ausschuß beauftragt werde, sofort über die Sachlage Erkundigung einzuziehen und darüber zu berichten. Der Antragsteller bemerkt: wenn die Gerüchte falsch seyen, thue es Noth, Schleswig-Holstein und ganz Deutschland zu beruhigen; seyen sie aber wahr, dann müsse die Nationalversammlung ihr ganzes Gewicht in die Wagschaale legen, um Unheil abzuwenden. Seyen die Gerüchte wahr, dann hätte die auswärtige Politik des alten Deutschlands sich stärker gezeigt, als die des neuen, die Politik des einigen Deutschlands schwächer, als die des uneinigen Deutschlands. Dann wären die Dänen die Sieger, wir die Besiegten und wir hätten uns den Frieden dictiren zu lassen. „Es ist — fuhr der Redner fort — viel edles Blut geflossen in diesem Kampfe, und der Ruin des Seehandels trifft nicht blos Deutschland; aber gewiß ist Niemand hier, der nicht gern seinen Theil mitträgt an diesen Opfern, und weil so große Opfer gebracht worden sind, dürfen sie nicht vergebens gebracht seyn: Dulden wir nicht, daß irgend Bande festgehalten werden, welche Schleswig abhalten könnten, seine Stütze ganz allein in Deutschland, hier in der Paulskirche zu suchen. Was aber geschehen soll, muß bald geschehen." (Beifall) Claussen begründet seinen Antrag: Die Nationalversammlung solle erklären, daß kein Friede oder Waffenstillstand, der Friedenspräliminarien enthält, anders als durch den Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung und unter Beobachtung des Gesetzes über die Centralgewalt abgeschlossen werden dürfe. Claussen besorgt, daß die Zeitungsnachrichten im Wesentlichen richtig seyen, besonders da sie in der stets umsichtigen und gut unterrichteten Hamburger Börsenhalle enthalten seyen. Auch Privatnachrichten bestätigten, daß der preußische Gesandte eine Vereinbarung unter schmachvollen Bedingungen für Deutschland und Schleswig geschlossen, daß Dänemark sie genehmigt, Rußland und England sie garantirt habe. Ob sie von Preußen bereits ratifizirt, wage er nicht zu vermuthen; soviel sey gewiß, daß Preußen vom deutschen Bund keinen Auftrag erhalten, einen solchen Frieden zu schließen, derselbe also jedenfalls rechtlich unverbindlich wäre. Redner besorgt jedoch, daß unter preußischem Einfluß der deutsche Bund, noch ehe die Centralgewalt in Wirksamkeit tritt, einen solchen Frieden genehmigen möchte. Dadurch würde aber der Beschluß der Nationalversammlung vom 9. Juni verletzt, nach welchem bei einem Friedensschluß mit Dänemark die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands gewahrt werden sollen. „Der Herzog von Schleswig-Holstein — fährt er fort — hat seine Rechte verwirkt; wir sind des Bandes entboden, das uns bisher noch an diesen fremden Fürsten gefesselt. Friedrich VII. hat dieses Band zuerst gelöst und vernichtet durch einen hochverrätherischen Act, indem er, gegen die alten Grundgesetze der Herzogthümer, Schleswig mit Waffengewalt von Holstein loszureißen und mit Dänemark zu vereinigen versuchte. Die alten Gesetze der Herzogthümer kennen keine Unverantwortlichkeit der Regenten. Noch dem Gesetzbuch würde er nicht blos seine Krone verlieren, sondern zu noch Mehrerem verurtheilt werden können. Es ist daher moralisch unmöglich, daß wir aufs Neue unter seine Herrschaft zurückkehren. Vermuthlich würden wir wieder unter den Polizeistock des Hrn. v. Scheel gerathen. Was würden Sie wohl von den Schleswig-Holsteinern sagen, wenn Sie sich einem solchen Monarchen wieder unterwürfen, der übrigens auch moralisch und intellektuell auf einer niedrigen Stufe steht?" „Die vorgeschlagenen Friedensbedingungen," fährt er fort, „sind physisch und moralisch unmöglich. Die selbstständig-holsteinischen Truppen würden sich nicht entwaffnen. Im Jahr 1823 erhielt die spanische Armee die feurige Meldung, die edle spanische Nation zu entwaffnen. Eine solche Rolle kann und darf heutzutage Niemand mehr übernehmen; die Folgen wären unabsehbar; kein Ministerium würde sie verantworten wollen. Die Schleswig-Holsteiner haben deutsches Blut; sie haben Sinn für deutsche Freiheit; sie lassen sich solche Bedingungen nicht gefallen. Der Herzog von Schleswig-Holstein ist ein Unterthan der Reichsgewalt; er hat aber den deutschen Bund mit Krieg überzogen; er ist ein Rebell." Der Redner verliest sodann aus dänischen Zeitungen mehrere für Deutschland beleidigende Artikel und schließt mit den Worten: „Entweder die Herzogthümer müssen aus Deutschland herausgerissen werden oder der dänische Herzog muß aus den Herzogthümern. Wollen Sie die Herzogthümer für Deutschland erhalten, so können Sie es nur, wenn Sie die Dänen hinaus jagen, wenn Sie keinen Rebellen, keinen Hochverräther mehr dort dulden. Schleswig muß entweder ganz von Dänemark getrennt oder ganz ihm überlassen werden." Der Redner bedauert sodann, daß die Sache in die Hände der Diplomatie gerathen, daß Deutschland nicht dieselbe Energie bewiesen, wie die kleine Schweiz. Die Preußen hätten Anfangs ruhig dem Kampfe zugesehen. (Im Centrum: Schluß!) Er erkenne die Verdienste der Preußen an; aber er müsse die Fehler nachweisen, damit man sie

Digitized by Google

künftig vermeiden könne. Er empfehle schließlich die Annahme des Antrags. Esmarch (ebenfalls einer der Antragsteller) spricht in gleichem Sinne. „Sch beschwöre Sie," sagt er, „nehmen Sie heute den Antrag an, um Deutschland bei dem ersten Akt seiner politischen Wiedergeburt vor Unheil und Schande zu bewahren. Warum: Ist es erlaubt, Frieden mit Dänemark zu schließen und nicht an den Sundzoll zu denken, den die Schweden unumwunden eine Preislerei nennen? Das ist ein unmöglicher Friede für jetzt und alle Folgezeit. Lassen Sie die Sache nicht an den Ausschuß gehen, sondern beschließen Sie, festzuhalten an Dem, was die Nationalversammlung früher beschlossen. Beruhigen Sie die Bevölkerungen darüber, daß nichts geschehe ohne und wider den Reichsverweser, und geben Sie dem tapfern Feldherrn dort den Beweis, daß Deutschland mit ihm ist, wenn er darauf losschlägt, bis das Ziel erreicht ist. Lassen Sie die Rechte der Herzogthümer und Ihrer eignen feierlichen Beschlüsse nicht zu Schanden werden! Vogt bemerkt, daß, wie er vernommen, eine Abschrift des Waffenstillstandes in der Versammlung vorhanden, und daß dessen Mittheilung wünschenswerth wäre. Fürst Lichnowsky: Was er und Herr v. Auerswald in Händen habe, sey nur eine unofficielle Abschrift. Vogt bezieht sich auf ein Schreiben eines Geschäftsträgers, von Wiederbruch, abgedruckt in der Allgemeinen Zeitung vom 18. Juni, worauf Jmmermann mit Erstaunen erwidert, daß Preußen nicht für die deutsche Sache und das Recht der Herzogthümer, sondern für Dänemark und dessen König gegen das Phantom einer nordalbingischen Republik fechte. Er bedauert, daß die preußischen Waffen sich im Kampfe für eine solche Sache befleckt hätten. (Lebhafte Unterbrechung auf der rechten Seite.) Der Präsident: Der Redner hat Niemandes Gedanken ausgesprochen, indem er sagte, die preußischen Waffen hätten sich befleckt. Das ist ein würdiger Ausdruck und auch kein wahrer Ausdruck, und ich muß ihn darüber zur Ordnung rufen. Es liegt wahrlich nicht in unserm Interesse, daß wir von irgend welchen Waffen sagen, sie seyen befleckt. Vogt fährt fort: die Rolle der Diplomatie werde begünstigt durch separatistische Tendenzen, die jetzt auftauchten. (Er bezieht sich auf die Erklärung der preuß. Minister in der dortigen Nationalversammlung über das Gesetz in Betreff der Centralgewalt.) Wenn Schleswig-Holstein eine deutsche Sache, so habe Preußen keinen Waffenstillstand abzuschließen. Die preußische Regierung hätte dieß der Centralgewalt überlassen sollen, dadurch würde sie bewiesen haben, daß sie sich fraukw von frei der deutschen Sache hingebe, und keinen separatistischen Tendenzen huldige. Man werde sehen, daß einzelne Regierungen sich der Centralgewalt nicht unterwerfen wollen. „Man hat früher gesagt," so schließt er, „es gelte die Ehre Deutschlands; ich bemerkte damals, die Ehre Deutschlands könne auf sehr verschiedene Weise begriffen werden; heute haben Sie den Beweis davon." Fürst Lichnowsky: Die Sache Schleswig-Holsteins sey das Schmerzenskind Deutschlands, das wir gehegt und gepflegt hätten. Aber wenn irgend etwas geeignet wäre, den Enthusiasmus für dieselbe zu schwächen, so wäre es die Art, wie sie auf dieser Tribüne behandelt werde. Die ihre Deutschlands stehe zu Gebote in den Kampf der Parteien herabgezogen zu werden. Allerdings glaube er, daß über die Präliminarien eines Waffenstillstandes unterhandelt werde und derselbe vielleicht schon abgeschlossen sey. Allein die National-Versammlung sey nicht verpflichtet noch berechtigt, in die Details einzugehen, so lange nicht zuverlässige Nachrichten vorlägen. Ihre erste Pflicht wäre zu fragen: werden Präliminarien abgeschlossen, und geschieht es ohne uns? Einen rein militärischen Waffenstillstand habe nur Wrangel abzuschließen; über einen politischen könnten die Regierungen bloß Punktationen aufsetzen und zur Ratification hierher senden; was mehr geschehe, sey vom Uebel. Was Vogt's Aeußerung betreffe, daß Preußen den König von Dänemark beschütze, so wäre das ein ganz neuer Schutz, wenn man die Truppen des Beschützten schlage. Den angeblichen Waffenstillstand anlangend, komme Alles darauf an, ob die Rendsburger Regierung eingewilligt habe; sey Letzteres nicht der Fall, dann breche auch er den Stab über alle diese Verhandlungen. Obgleich übrigens morgen der Reichsverweser eintreffe, beantrage er dennoch, daß dessen Ankunft nicht abgewartet, sondern der internationale Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung aufgefordert werde. Jordan beantragt: „In Betracht, daß bis jetzt nur unverbürgte Gerüchte und nicht offizielle Zeitungsartikel vorliegen, und daß gesetzlich nur der Reichsverweser im Einverständniß mit der National-Versammlung über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, geht die Nationalversammlung, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, sofort energisch einzuschreiten gegen jeden notorischen Versuch, die Ehre Deutschlands in dieser Sache bloszustellen, zur Tagesordnung über." v. Vincke nimmt den abwesenden Heckscher gegen Claussen's Behauptung in Schutz, als habe dessen Referat über Schleswig-Holstein die Sache entstellt. Er bedauert, daß am Vorabend der Ankunft des Reichsverwesers die Nationalversammlung wieder über auswärtige Politik diskutire. Er sey ihrer nicht würdig, auf bloße Zeitungsnachrichten hin Beschlüsse zu fassen. In England, Frankreich u. s. w. frage man die Minister, wie die Sache sich verhalte, und wenn man noch keine Minister habe, dann warte man, bis sie da seyen. Das preußische Ministerium habe kein Mißtrauen gegen den Reichsverweser ausgesprochen. Wie ihm (Vincke) unverbürgt bekannt geworden, habe wegen des Waffenstillstandes eine Correspondenz zwischen der preußischen Regierung und dem Bundestag stattgefunden. Der Bundestag werde am Vorabend seiner Auflösung keinen Beschluß mehr fassen, sondern diesen dem Reichsverweser und seinem verantwortlichen Ministerium überlassen. Man dürfe nicht voraussetzen, daß irgend eine deutsche Regierung sich mit der deutschen Einheit in Widerspruch setzen und einseitig einen Waffenstillstand abschließen, oder gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung handeln werde. Durch eine Wiederholung ihres Beschlusses würde diese nur das Vertrauen zu dessen Gültigkeit schwächen. Die Aeußerungen Claussen's über einen Monarchen betreffend, den auch er (v. Vincke) nicht liebe, bemerkt er: wenn man mit einem auswärtigen Monarchen Krieg führe, müsse man ihn schon suchen, nicht aber ihn schimpfen. Er schließt sich dem Jordan'schen Antrag an, mit Weglassung der Worte: „unter ausdrücklichem Vorbehalt" bis „bloszustellen." Die Versammlung nimmt denselben mit dieser Fassung an, wodurch die übrigen Anträge beseitigt sind.

München, 10. Juli. Die Offiziere der Landwehr erhalten nunmehr auf ihr Nachsuchen statt des bisherigen Degens einen Säbel in ähnlicher Form wie der bei den Jusanterieoffizieren der Linie, jedoch die Scheide u. s. w. von Neusilber, welche Waffe an einer schwarzledernen lackirten Koppel getragen wird. Wie man vernimmt, sollen auch noch andere Aenderungen an der Armatur und Rüstung der Landwehr stattfinden; es soll unter Andern in Absicht stehen, statt der bisherigen Tschako's und Bärenmützen Pickelhauben von Leder, so wie für die Mannschaft statt der bisherigen Seitenwaffe eine Art Faschinenmesser einzuführen.

München, 11. Juli. (Diensteßnachrichten.) Die erledigte Baukondukteursstelle in Kempten wurde dem geprüften Bauprakitikanten L. Capeller verliehen; auf die Bezirksingenieursstelle bei der Bauinspektion Bamberg der Bezirksingenieur M. K. Frhr. v. Waitz v. Eschen; auf die Bezirksingenieursstelle in Erlangen, womit zugleich die Vorstandschaft der Bauconducteurs Heimbach in Erledigung gekommene Kondukteursstelle der bisherige Kondukteur bei jener in Neunburg v. W. F. J. A. Dambrun versetzt und des Letztern Stelle dem geprüften Bauprakitikanten H. v. Dieg, endlich die Kondukteursstelle bei der Bauinspektion München I. dem geprüften Bauprakitikanten und bei der Bauinspektion München I. funktionirenden Kondukteur F. Miller verliehen.

Die erledigte Stelle des I. Landgerichtsassessors zu Kemnath wurde dem II. Assessor daselbst, Rieter v. Kienlin, die hiedurch eröffnete II. Landgerichtsassessorsstelle dem Landgerichtsaktuar J. B. Dippold daselbst verliehen, und auf die hiedurch erledigte Stelle eines Aktuars der Rechtspraktikant F. Wühr aus München ernannt, ferner der Landrichter J. B. Lorig zu Waldsassen in Anwendung des §. 20 der IX. Verfassungsbeilage auf das Landgericht Mitterfels versetzt, und die Landrichterstelle zu Waldsassen dem I. Landgerichtsassessor Jos. Scharrer zu Straubing verliehen.

Die Regensburger Ztg. vom 11. schreibt: „In Folge mehrmaliger thätlicher Reibereien kam es gestern Abends zwischen Soldaten des 8. Regiments aus Passau und des 3. Bataillons 5es 4. Regiments der hiesigen Garnison in einem Brauhause zu Stadtamhof zu einem erbitterten Wirthshauszerzeß und später gegen die Nacht zu einem bedauerlichen Ereignis mit blutigen Folgen. Die untern Schichten der Bevölkerung nahmen gegen die Passauer Soldaten Partei und griffen das hiesige Rathhaus, in welchem ein Theil des Passauer Regiments einquartirt ist, unter Geschrei und Toben mit einem Steinbombardement an, und alle Beruhigungsversuche waren vergeblich, so daß eine Patrouille, mit Geschrei und Steinwürfen attaquirt, sich veranlaßt glaubte, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Zwei Menschen verloren hiebei das Leben, und man spricht von 7 Verwundeten. Gleich nach dem Feuern stoben die Tumultuanten mit einer Masse von neugierigen Zuschauern, auch Frauen und Kinder darunter, auseinander, und der Platz wurde frei. Vorher schon war Generalmarsch geschlagen worden, die Landwehr und die Stadtwehr entsendeten von ihren Sammelplätzen starke Patrouillen durch alle Gassen, und nach Mitternacht schon war die Stadt wieder vollkommen ruhig. Jer-

Digitized by Google

trümmerte Fenster und einzelne Kugelmale an den Häusern sind die äußeren Spuren des gestrigen nächtlichen Vorfalls, der, was wir hiemit ausdrücklich bemerken, weder einen politischen, noch einen sozialen Charakter trug."

Berlin, 11. Juli. Es ist eine telegraphische Depesche nach Antwerpen abgegangen, worin den dortigen Consul, Herrn Philippsborn, aufgefordert wird, sich Angesichts der Depesche unverzüglich als preußischer Gesandter nach Kopenhagen zu begeben, da der Waffenstillstand dänischer Seits ratificirt sei. Es soll dies unter englischer Garantie geschehen und sogar ein Friedensabschluß unter sehr befriedigenden Bedingungen in Aussicht gestellt seyn.

Die Berliner Nationalzeitung bringt die zuverlässige Nachricht von dem am 6. Juli in Berlin zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen dreimonatlichen Waffenstillstand und bemerkt, daß spätestens am 8. Juli die betreffenden Instruktionen dem General v. Wrangel zugekommen sein werden. Die Bedingungen sind folgende: gegenseitige Räumung beider Herzogthümer, Holstein und Schleswig, bis auf wenige Truppen die zum Schutze der Hospitäler, besonders in Alsen zurückbleiben sollten; dänischerseits die Herausgabe der genommenen Schiffe und Bezahlung der Summen, welche für die bereits verkauften Schiffe eingegangen sind, deutscherseits die Requisitionen, welche Jütland in Natura gemacht worden sind; ferner Einsetzung einer für beide Herzogthümer gemeinschaftlichen provisorischen Regierung, zusammengesetzt aus 5 Mitgliedern, von denen 2 vom Könige von Dänemark, 2 vom deutschen Bundestaate ernannt werden, während das fünfte von diesen innern gemeinschaftlich, im Fall eines Conflicts aber von England ernannt wird; ausgeschlossen von dieser provisorischen Regierung sind einerseits die Mitglieder der gegenwärtigen provisorischen Regierung, anderseits aber auch die Mitglieder der ehemaligen Generaladministration für die Herzogthümer. Von der Embargoangelegenheit, bemerkt die National-Zeitung, deren Berücksichtigung bei einen etwanigen Waffenstillstand vom Frankfurter Parlament gefordert wurde, ist unter vorstehenden Bedingungen nicht die Rede; die Bedingung wegen der Erstattung der in Jütland deutscherseits gemachten Requisitionen ist sogar gegen die Absichten des Frankfurter Parlaments angenommen worden; dagegen ist doch die anerkannte Souveränetätsrechtigkeit beider Herzogthümer als eine Hauptconcession, welche dänischerseits den deutschen Forderungen gegenüber gemacht worden, hervorzuheben. Im übrigen zweifelt man nicht, daß noch vor Ablauf des Waffenstillstandes der Friede auf die angegebenen Bedingungen hin werde abgeschlossen werden. Der Abschluß dieses Friedens wird aber dem deutschen Reichsverweser überlassen bleiben, während der Waffenstillstand selbst sofort unmittelbar von den diesseitigen Regierungen ohne Mitwirkung des von ernannten Reichsverwesers geschlossen und ratificirt worden ist.

Soeben erschien eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten wonach „Jeder, welcher Volksversammlungen unter freien Himmel ohne vorher eingeholte polizeiliche Erlaubniß zusammenberuft oder sich als Redner oder Ordner bei demselben betheiligt, der Gerichtsbehörde zur Bestrafung angezeigt werden wird." Die Strafe setzt Hr. v. Bardeleben auf 5—50 Thl. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe fest. Uber dem Placate des Hrn. v. Bardeleben steht man jetzt (Nachmittags) ein zweites, welches von den Präsidenten der vier demokratischen Klubbs unterzeichnet ist, eine Volksversammlung nach den Zelten beruft und „die Einigung Deutschlands, den Reichsverweser und die Truppenbereinberufung" auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Die freie etwa 10,000 Seelen starke Gemeinde in Magdeburg hat in einer Versammlung beschlossen, in die evangelische Landeskirche zurückzutreten, wenn eine Presbyterialverfassung und der freie Gebrauch der Liturgie gestattet würde. Daran ist wohl kein Zweifel mehr.

Breslau, 7. Juli. Nach den hier eingegangenen ganz zuverlässigen Nachrichten ist die Reorganisation der Verwaltungsbehörden ganz nahe bevorstehend. Die Ober-Präsidenten und Regierungen sollen aufhören; an die Stelle der letzteren, so weit ihnen die innere Verwaltung zusteht, treten „Landes-Hauptleute" mit einem General-Sekretair und den erforderlichen Subaltern-Personale. Sie stehen unmittelbar unter den Ministerien, wie die französischen Präfekten. Die Verwaltungs-Bezirke derselben sollen weniger umfangreich seyn, als diejenigen der jetzigen Regierungen. Schlesien wird 6 Landes-Hauptleute erhalten, während es jetzt nur drei, allerdings sehr große, Regierungs-Bezirke zählt. Aus den Landräthen werden „Kreis-Hauptleute", ebenfalls wahrscheinlich mit etwas kleineren Bezirken, als die jetzigen landräthlichen Kreise, gebildet. Alle Beamten sollen vom Staate ernannt werden, dagegen auch den Angelegenheiten der Gemeinden ganz fremd bleiben, welche selbstständig ihre Beamten wählen und ihre Verwaltung führen werden. Die Finanz-Partie wird ganz für sich bestehend, durch die Provinzial-Steuer-Direktoren, welche wahrscheinlich auch einen andern Namen erhalten, verwaltet; zu ihrem Ressort gehören auch die direkten Steuern.

Leipzig, 11. Juli. Die Reise des Reichsverwesers durch das Königreich Sachsen glich einem wahren Triumphzuge. Daß der König den Einzug festlich hielt, ihn persönlich zu begleiten, trug natürlich ungemein zur Erhöhung der Jubelfeier bei, mit dem er unterwegs überall empfangen wurde. Längs der Bahn von Dresden nach Leipzig war die Bevölkerung aller anliegenden Ortschaften, festlich angethan mit Fahnen, grünen Zweigen und Kränzen, auf den Beinen und die Lebehochs nahmen kein Ende. Auf allen Stationen wurde einige Minuten angehalten, und die Anreden der ihn begrüßenden Behörden erwiderte der Reichsverweser stets sehr freundlich, wie wenig auch die Herren hin und wieder auf exspreßliche Kürze bedacht zu sein schienen. (D. Z.)

Weimar, 8. Juli. In den Fürstenthümern Reuß wird die Aufregung immer größer. Der Fürst von Ebersdorf soll sich für zahlungsunfähig erklärt haben, und in Gera in einer haßähnlichen Eingeschlossenheit weilen; es handelt sich um 800,000 Thlr. (W.Z.)

Wien, 8. Juli. Baron Doblhoff wurde vom Erzherzog Johann vor dessen Abreise nach Frankfurt mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Für dieses war folgende Kombination im Gange: Doblhoff Präsident, Dr. Alex. Bach Justiz, Prof. Füster Kultus, Feldm.-Lieut. Gordon Krieg, Pillersdorf Finanzen, Wessenberg Aeußeres, Stamek Mayer Handel.

Wien, 8. Juli. Wessenberg soll gestern dem Erzherzog voraus nach Frankfurt a. M. abgereist sein.

Hannover, 7. Juli. In der heutigen letzten Sitzung unserer Ständeversammlung langte ein Schreiben des Gesammtministeriums an die Stände ein, welches die Ansicht des Königs und der Regierung über die Wahl des Erzherzogs Johann enthält, nach welchem der König die unwandelbare Ueberzeugung habe, daß eine Centralgewalt in die Ordnung der innern Verhältnisse der Staaten nicht eingreifen dürfe. Bloß der Autorität eines andern Monarchen zu seyn, gestatte seine königliche Würde nicht. Er wünsche, daß die Centralgewalt diese hier angedeutete Maß hinausgehe, lieber das Neußerste ertragen. Das Schreiben schließt mit der Versicherung, daß der König auf alle Weise für die Vereinbarkeit der neuen Ordnung mit der Selbstständigkeit der Staaten wirken, falls aber die Selbstständigkeit in dem gehörigen Maße nicht bewahrt werde könne, sich nicht verpflichtet halten würde, in seiner Stellung zu beharren. (F. J.)

Rendsburg, 6. Juli. Nach dem in der heutigen Sitzung durch Stimmenmehrung erfolgten Wunsche unserer Stände soll die jetzige Ständeversammlung definitiv bis zur Zusammenberufung der künftigen, und Diese das Mandat erhalten, eine constitutionelle Monarchie festzusetzen. (F. J.)

Italien.

Triest, 6. Juli. Die feindliche Flotte hatte bereits gestern die Höhe von Pirano verlassen, und sich, wie wir gestern hörten, dis vor Umago zurückgezogen, wo sie noch heute schwebt war. Ob ihr der Befehl zugegangen sey, die Blokade aufzuheben, wissen wir nicht, vermuthen es aber, da sie zwei österreichische Handelsschiffe, welche heute hier eingetroffen sind, ungehindert ihren Weg gehen ließ. Von Turin aus ist heute offiziell die Nachricht eingetroffen, daß der dortige Hof die Blokade in Folge der Reklamationen des preußischen und bayerischen Gesandten aufgehoben hat. Heil Deutschland! rufen gewiß alle Gutgesinnten mit uns, Heil dem gesammten Vaterlande, dem wir es nun verdanken, daß die Gefahren, die uns bedrohten, jetzt abgewendet sind. (A. Z.)

Neapel, 1. Juli, Mittagsgl. Soeben verkünden die Kanonenschüsse die glücklich gelungene Eröffnung des Parlaments. Die Stadt ist ruhig, denn die 100 Mann Nationalgarde, die von der zur Feierlichkeit berufen gewesenen 1200 Mann erschienen sind, geben der Stadt gerade kein kriegerisches Ansehen und die Söhne Masaniellos werden, wie ein hiesiges Blättchen bemerkt, von den Söhnen Wilhelm Tells in Schach erhalten. — Nach den neuesten Nachrichten aus Italien haben sich die königl. Truppen in Kalabrien zum größten Theile aufgelöst; die Kalabresen haben den General Nunziante vom Meere abgeschnitten und hoffen, ihn gefangen zu nehmen. Nach der Schweiz sind neue Werber gesandt, wenn aber die Ehre jener Republik ihre Bürger nicht zurückhält, so werden es die leeren Kassen in Neapel thun, denn kein Geld, keine Schweizer! (D. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 9. Juli. Der Moniteur zeigt an, daß in Folge einer Bestimmung des Chefs der Exekutiv-Gewalt und auf den

Digitized by Google

Vorschlag des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, der Baron Feiddain, Geschäftsträger Sigilens und der Dr. Franari, erster Sekretair dieser Gesandtschaft, bei der französischen Republik ermächtigt sind, öffizielle Bezeichnungen in den Behörden der Republik zu unterhalten. Sizilien ist somit von Frankreich als unabhängiger Staat anerkannt.

Der Baarfond der Bank von Frankreich ist in der abgelaufenen Woche von 151 auf 156 Millionen gestiegen.

Die Armee hat einen neuen großen Verlust erlitten, General Duvivier ist gestern im Militairspitale von Bai de Grace an den Folgen seiner Wunde gestorben. Die Anzahl der in der Juni-Insurrektion gebliebenen Generale beträgt somit sechs.

Chateaubriands Leichenbegängniß hat gestern unter außerordentlichem Andrange Statt gefunden. Es war dem Wunsche des Verstorbenen gemäß höchst einfach: über alle Ovationen hatten folgten dem Sarge. Der Direktor der Akademie Pain hielt die Grabrede. Deputationen der Akademie, der Nationalversammlung, seines Vaterlandes, der Bretagne, der Fürst Czartoristy, Graf Molé, Herzog Decazes, der Dichter Beranger, schlossen sich den Leidtragenden der Familie, geführt von des Verstorbenen Neffen Louis von Chateaubriand an.

Das Debut verschert, daß der Abbé Sibour, Bischof von Digne, zum Erzbischof von Paris ernannt sey.

Gestern hat sich auf noch unerklärliche Weise der Pulvervorrath auf der Wachtstube des Bastillenplatzes (ungefähr 600 Patronen) entzündet, und eine Explosion verursacht, bei der der wachthabende Offizier und seine Mannschaft schwer beschädigt wurden. Nur der Umstand, daß alle Fenster offen waren, verhinderte, daß das ganze Gebäude in die Luft flog. Ein Schieferdecker, der auf dem Dache arbeitete, um die während der Insurrektion erlittenen Beschädigungen desselben auszubessern, ward mehrere Klafter hoch in die Luft geschleudert und fiel wieder auf das Dach zurück, ohne sich zu beschädigen.

Der National enthält heute einen sehr anerkennenden Artikel über die abgetretene provisorische Regierung und Exekutiv-Commission. Er erklärt, wenn auch alle Vorwürfe, die man ihr, ohne die Schwierigkeiten der Lage zu berücksichtigen, über die innere Verwaltung mache, begründet seyen, so habe sie doch durch ihr gemäßigtes und kluges Programm der auswärtigen Politik nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa einen wesentlichen Dienst geleistet.

In der Nationalversammlung haben 90 Volksvertreter eine Subskription eröffnet, um auch den Wittwen und Waisen der gefallenen Insurgenten zu Hülfe zu kommen und man zweifelt nicht, daß die ganze Versammlung sich diesem wohlthätigen Werke anschließen werde.

Die Union zeigt an, daß General Bedeau nun doch das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten angenommen habe und daß bis zu seiner Genesung Herr Jules Bastide das Interim führe.

Die Anzahl der Gefangenen ist auf 14,000 gestiegen. General Cavaignac hat befohlen, daß keine andern Verhaftungen mehr vorgenommen werden sollen, als auf gerichtliches Mandat. Morgen erwartet man im Moniteur die Bildung der vier gemischten Commissionen, die als Anklage-Kammer funktioniren sollen. —

Rußland und Polen.

Aus Petersburg von den ersten Tagen des Juli berichten die berliner lithographirten Nachrichten vom 10. Juli Folgendes: Auch bei uns hat es einige Tage lang unruhig ausgesehen, obgleich die Unruhen durchaus ohne allen politischen Charakter blieben. In Folge des Umstandes, daß von den in den ersten Tagen nach dem Auftreten der Cholera in die Krankenhäuser Beförderten die Meisten, und zwar sehr schnell starben, hatte sich unter dem gemeinen Volke der Wahn verbreitet, das Grünzeug auf dem Markte und die Brunnen seyen vergiftet und die Kranken würden in die Hospitäler gebracht, nur damit sie desto schneller sterben sollten. Der Pöbel sammelte sich auf den Straßen in bedrohlichen Massen, und man sprach allgemein von einem auf dem 2. Juli verabredeten Sturm auf die Cholerahospitäler. Sogleich wurden die zum größten Theil in Semmerlager ausgerückten Garden, etwa 40,000 Mann zurückberufen, in allen Straßen Wachposten ausgestellt und Kanonen aufgefahren und so das Volk von seinem thörichten Verdachte geheilt. Der Kaiser besucht täglich die Stadt und die Krankenhäuser, wo es am gefährlichsten aussieht. Neulich wurde ein unschuldiger Cigarrenmacher auf dem Markte vom Volk aufgegriffen, weil er Gemüse vergiftet haben sollte. Der Pöbel wollte ihn zerreißen. Es gelang, ihn in das Winterpalais zu retten; indessen soll er am nächsten Tagen in Folge der erhaltenen Mißhandlungen gestorben sein. Den Tag darauf ließ der Kaiser drei der Rädelsführer bei diesem Vorgange auf demselben Markte in seiner und des Volkes Gegenwart auspeitschen. Sie wurden überdem lebenslänglich unter die Soldaten gesteckt und der Kaiser drohte in einer an das Volk gerichtete Anrede Denen, die etwas Aehnliches wieder versuchen sollten, mit härtern Strafen.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Juni. Das fadiose Ministerium hat dem Reschid-Pascha wieder Platz gemacht. Er, sowie der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ali-Pascha, sind wieder ans Ruder gelangt.

Anzeigen.

Aufforderung.

War ich schon darüber erstaunt: der Ehre als Wahlmann zur Wahl der Abgeordneten des deutschen Parlaments nach Frankfurt theilhaftig zu werden, da man hier doch lauter solche Personen hierzu wählte, welche unter sich Brüder und Schwäger sind, ich aber mit ihnen nicht im entferntesten Grade verwandt bin: so mußte ich durch die Kunde: daß unser Herr Abgeordneter Dr. Blumröder nunmehr zu den „Ultra-Republikanern" gehört, um so mehr erstaunen, da er sich zu den „Monarchisch-Gesinnten" bekennen wollte.

Da das Publikum unmöglich glauben kann, daß er sich, ohne Vorwissen seiner Wähler eigenmächtig auf die Linke setzte und sich dieselben durch ihr Stillschweigen der Unannehmlichkeit aussetzen dürften: selbst zu Republikanern gestempelt zu werden, so wird es hohe Zeit seyn, sich vor einem solchen Vorwurfe dadurch zu verwahren: daß derselbe zurückberufen, dagegen der erste Ersatzmann Herr Dr. Rudner zu Wunsiedel abgeordnet und deshalb hier zu Selb oder Kirchenlamitz eine Conferenz abgehalten werde.

Sollte dieses nicht geschehen, so will ich mich wenigstens für meine Person dahin feierlichst verwahrt haben: daß ich ein „Republikanischgesinnter" nicht bin, noch seyn werde.

Vorwerk bei Selb, den 10. Juli 1848.

Nicol Hupfauf,
Gutsbesitzer und Bürger.

Den P. T. verehrlichen Bewohnern Bayreuth's und der Umgegend beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich meine ärztliche Praxis dahier bereits eröffnet habe. Dieselbe umfaßt alle Fälle innerlicher und äußerlicher Krankheiten überhaupt, insbesondere aber jene der Frauen und Kinder, außerdem vorzüglich die Geburtshilfe in ihrem ganzen Umfange.

Meine Wohnung ist in der Maximiliansstraße bei Herrn Kaufmann Julius Münch in der ersten Etage.

Bayreuth, den 10. Juli 1848.

Dr. Huber,
k. Regiments- und praktischer Arzt.

(Auktions-Anzeige.) In dem Hause des Herrn Büttnermeister Leich in der Jägerstraße zur obenen Erde werden Montag den 17. d. Mts. Vormittag von 9 bis 12 und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr: Meubeln verschiedener Art, sehr schöne und gut erhaltene Frauenkleider von Seide, Wollenmousselin und Kattun, Umschlagtücher, verschiedenen Frauenputz, Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Betten, Zinn- und Kupfergeschirr, Gläser, Porzellan, dann Hausgeräthe jeder Art an den Meistbietenden gegen baare Zahlung versteigert.

Ein in den beiden Häusern Nr. 62 und 63 zu Thurnau sich befindlicher großer, schöner Kaufladen, welcher zum Betrieb eines Spezerei- oder Ellenwaaren-Geschäftes bestens eingerichtet ist, wird unter billigen Bedingungen verpachtet und kann sogleich bezogen werden. Wer den hiezu gehörigen schönen Lokalitäten kann ein junger thätiger Mann mit einem geringen Kapital ein nützliches Etablissement begründen.

Pachtlieblhaber belieben sich in frankirten Briefen an den Kaufmann Schmidt in Thurnau zu wenden.

Badewannen von Zink sind billig zu verkaufen bei
Konrad Mack in Kennweg.

Theater-Anzeige.

Wegen der nöthigen Vorbereitungen zu der künftigen Sonntag stattfindenden Vorstellung:

Robert der Teufel, Herzog der Normandie,

Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer mit Meyerbeer's Musik von Hofcapellmeister Lindpaintner

bleibt die Bühne bis Sonntag den 16. Juli geschlossen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Sonnabend — Nro. 195. — 15. Juli 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, den 12. Juli. Gestern Abend um 6 Uhr hielt der Erzherzog Johann als Reichsverweser seinen feierlichen Einzug in Frankfurt. Die Bevölkerung empfing ihn mit großem Enthusiasmus; einzelne Individuen ließen zwar auch Heiter und die Republik leben; doch fand dies wenig Anklang. Um 9 Uhr war ein glänzender Fackelzug vor den einer Deputation von 50 Mitgliedern der Nationalversammlung in dieselbe eingeführt und erklärte feierlichst: die Reichsverweserung nach den darüber erlassenen Gesetze annehmen zu wollen. Seine Verscherung, daß er seine Stellung in Wien aufgeben wolle, erregte große Freude, da man aus seiner Proklamation vor der Abreise aus Wien das Gegentheil geschlossen hatte. Schon vorher erklärte Heckscher, daß der Erzherzog die Unverantwortlichkeit nur als eine parlamentarische betrachte die Rede v. Gagerns und die Antwort des Reichsverwesers erhalten Sie anliegend. Vor der Nationalversammlung begab sich der Erzherzog in die Bundesversammlung und löste dieselbe auf. Heute Abend ist Ihm zu Ehren große Beleuchtung. Antwort des Erzherzogs-Reichsverwesers: „Meine Herren! Die Eile, mit welcher Ich hergekommen, um in ihrer Mitte zu erscheinen, mag Ihnen der deutlichste Beweis sein von dem hohen Werthe, welche ich auf die Mir übertragenen Würde eines Reichsverwesers oder auch das Mir bei diesem Anlasse, von den Vertretern des deutschen Volkes am Tag gelegte Vertrauen hege. Indem ich hiemit das Amt eines Reichsverwesers antrete, wiederhole Ich die Erklärung, daß Ich das Gesetz über die Gründung der provisorischen Centralgewalt, welches Mir so eben vorgelesen, halten und halten lassen will, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes, ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amte ungetheilt widme und ungesäumt Se. Maj. dem Kaiser ersuchen werde, Mich nach der von Mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages von der weiteren Stellvertretung in Wien zu entheben. Hat man einmal einen Entschluß gefaßt, so muß man sich ganz dem widmen, wozu man berufen ist, nemlich der deutschen Nation."

† Frankfurt, 13. Juli. Ein schöner unvergeßlicher Tag ist an unserer alten Reichsstadt vorübergegangen; wir haben den Mann unter uns aufgenommen und begrüßt, den das Vertrauen des Volkes an unsere Spitze gestellt hat, damit seine Hand die Geschicke deutscher Nation in die großen aber schwierigen Bahnen der neuen Zeit einführe. Schon am frühen Morgen war die Stadt festlich geschmückt, die Bürgerschaft nach ihren Zünften, die Bürgerwehr, das Militair, Alles in festlichem Schmuck aufgestellt und die Straßen glichen einem wogenden Korso, auf dem sich das Volk in buntester Mischung durcheinander drängte. Die braven Bürger von Frankfurt hatten in aller Geduld zehn Stunden lang unermüdlich aus; auch die zahlreichen Gäste trieben sich in heiterer, ungetrübter Stimmung durch die Gassen und Keiner schien die Ansicht jenes Parlamentsmitgliedes zu theilen, das es für würdiger hielt, wenn ein Volk ein freigewähltes Oberhaupt mit gleichgültiger Ruhe in den vier Mauern erwarte. Wer sich an Göthes Schilderung der Einfahrt und Krönung von 1764 erinnerte, dem mußte der ungeheure Gegensatz der Zeiten auffallen; aber der Vergleich fiel zu Gunsten der Gegenwart aus. Wo damals durch äußere Künste der Repräsentation der mangelnde innere Gehalt ersetzt werden mußte, da war heute die zwanglose, theilnehmende Bewegung; wo man damals neugierig die leblosen Formen vergangener Zeiten wie eine Kuriosität betrachtete, da war heute Alles von dem Gefühl bewegt, daß diese Feier nicht eine Ceremonie sey, die man einer Person oder einer Dynastie darbringe, sondern daß in den unvergeßlichen Stunden der letzten Tage zu dem neuen Baue deutscher Einheit die Fundamente gelegt worden seyen. Gegen 6 Uhr endlich verkündigte Glockengeläute und Kanonendonner die Ankunft des Reichsverwesers, der unterwegs vielfach aufgehalten worden war. In einem Augenblick war alle Ermüdung vergessen, mit der unruhigsten Spannung sah man dem erwarteten Moment der Begrüßung entgegen. Die Spaliere ordneten sich, Jeder suchte so gut wie möglich mit dem engen Raume, der ihm übrig blieb, haushzuhalten. Der Zug war ganz bürgerlich; Nichts von dem byzantinischen Pompe unserer letzten Kaiserfahrten, Nichts von einen erkünstelten Ziererathen, wie sie der Ernst der Zeit verschmäht. Bürgergarden voran, Bürgergarden zur Seite, so nahte der neue Reichsverweser Deutschlands; mit freundlicher Würde grüßend und dankend für den Gruß, den ihm das Volk entgegene brachte. Ein Jubel, der das Glockengeläute übertönte, erfüllte die Luft; aus allen Fenstern flatterten die weißen Tücher der Frauen, Blumengebinde und Kränze fielen zu den Füßen des greisen Mannes nieder. Mehrmals mußte der Zug stille halten; immer neu und verstärkter wie zur Ermunterung erklang der begeisterte Ruf: Der Reichsverweser lebe hoch! Keine der Etikettenscenen, womit das alte Reich seine letzte Periode der Agonie abschloß, reichte an diesen natürlichen Ausbruch der Volksfreude, den Träger der Gewalt, den die Nation sich schuf, im Kreise dieser Nation zu begrüßen. Als der Erzherzog am Chörl de Russie angelangt war, empfing ihn eine Abordnung der Nationalversammlung und der Stadt; wenige Minuten nachher öffneten sich die Flügelthüren des Balkons und er trat heraus. Neuer Jubel aus der Menschenmasse, die sich mit lebensgefährlichem Gedränge auf der Zeile zusammenpreßte. Er trat heraus; um ihn kein fürstliches Gefolge, keine Orden und Uniformen, nur die bürgerlichen Vertreter der Stadt, die ihn willkommen hieß, und Repräsentanten der Nation, die ihn „gewählt. Man konnte jetzt den Reichsverweser sich noch genauer beschauen; eine schlicht blaugraue Uniform trug ihn aus der Masse hervor, schmucklos, wenn auch mit vieler Würde, bewegte er sich unter diesen jüngeren kräftigen Gestalten, die ihn umgaben. Die Gestalt wie die Gesichtszüge des Erzherzogs sind noch frisch und kräftig und bilden zu dem weißen Haar und kahlen Scheitel einen eigenthümlichen Gegensatz; seine Bewegungen sind noch so leicht und unbefangen, wie man sie sonst nur in jüngeren Jahren findet. Nur der untere Theil des Gesichts erinnert an den bekannten Familienzug, wenn auch nicht sehr stark; der obere Theil des Kopfes ist bedeutend, kräftig und hat Nichts von der geistigen Indolenz, die man sonst an Familienbildern der Lothringer findet. Es lag eine eigenthümliche Mischung von Freundlichkeit und Ernst, von ungezwungener Anmuth und Würde, von militärischem und bürgerlichem Wesen in dem Manne, wie er da so schlicht unter den Volksvertretern stand, sein Militärkäppchen in der Hand, wie er an Allem lebhaft Antheil nahm, was sich unter seinen Augen bewegte. Man gab das Zeichen, daß er sprechen wollte, und so weit es bei dieser gepreßten und beengten Menschenmasse möglich war, stellte sich die Ruhe her. Er erinnerte an den Ruf der Nationalversammlung, auf den er gekommen, er sprach die Hoffnung aus, seine Mission erfüllen zu können, wenn ihm der Rath und die Unterstützung dazu nicht fehle. Mit dem auf Heinrich von Gagerns Arm nicht fehle. Nun begannen die Züge zu defiliren; die Zünfte und Gewerbe mit ihren zahllosen Fahnen, die Schutzwachen, die Bürgerwehr, die Truppen, ein unabsehbarer Zug, der fast eine ganze Stunde dauerte. Alles war in der heitersten, bewegtesten Stimmung; man mußte das Frankfurter Bürgerthum sehen, wie es munter und stolz vor dem Reichsverweser vorüberging und in immer neuen Jubel ausbrach, wenn eine einzelne Abtheilung vor dem Balkon salutirte. (D. Z.)

Empfangsrede des Präsidenten der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Hrn. v. Gagern, an den Erzherzog Johann: „Durchlauchtigster Erzherzog Reichsverweser! Die Nationalversammlung hat mich beauftragt, in ihrem Namen an der Spitze dieser Deputation Eure kaiserliche Hoheit bei Ihrer Ankunft ehrerbietig zu begrüßen. Dem allgemeinen Dankgefühl darf ich Worte leihen, das sich kundgegeben in dem in so erwünschter Weise schnell gefaßten Entschluß: die provisorische Centralgewalt über Deutschland, in Eurer kaiserlichen Hoheit gesetzlich übertragen worden ist, sofort übernehmen zu wollen. Ganz Deutschland verenigt sich in diesem Dankgefühl, und steht in der hocherfreuten Entschließung Eurer kaiserlichen Hoheit, der die Ausführung unmittelbar folgt, die Bürgschaft einer glücklicheren, einer glorreichen Zukunft. Wir dürfen voraussetzen, daß es in der Absicht Eurer kaiserlichen Hoheit liegt, in der Nationalversammlung zu erscheinen,

Digitized by Google

um dort mittelst feierlichen Acts die hohe Würde eines Reichsverwesers förmlich anzutreten. Es liegt mir in dem Zwecke unserer Sendung, daß wir Eurer kaiserlichen Hoheit Wünsche in dieser Hinsicht ehrerbietigst entgegen nehmen."

Hierauf entgegnete der Reichsverweser:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für den Empfang. Als ich die Nachricht von der Wahl des deutschen Volks bekam, war sich die ersträumt, daß mein großes Vaterland, das große Deutschland, in meinen alten Tagen an mich einfachen Mann gedacht hatte. Es gibt Anforderungen an den Menschen, bei welchen er nicht schwanken darf, in welchen Lagen und in was immer für Verhältnissen er sich befinden mag. Wenn das Vaterland ruft, so ist es Pflicht, seine letzte Kraft, seine letzten Jahre demselben zu weihen. Dies hat mich bewogen, Ihren Ruf anzunehmen, um mit Ihnen das große heilige Werk zu vollenden. Da habt Ihr mich; ich gehöre zu Euch."

70. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 11. Juli. Der Präsidialgesandte theilt der Bundesversammlung folgendes Schreiben des Reichsverwesers Erzherzogs Johann mit: „Herr Präsident Ritter von Schmerling! Ich habe Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Eröffnung zu bethätigen, welche Sie unter dem 29. Juni Namens der deutschen Bundesversammlung an mich haben ergehen lassen, und Sie zu ersuchen, der Vertreter dieses meines Gefühls bei der hohen Versammlung seyn zu wollen. Das Vertrauen, mit welchem sämmtliche deutsche Regierungen, Zeuge der ihnen Bevollmächtigten zu Frankfurt gegebenen Ermächtigungen, meine Person beehren, und auf dessen Ausdruck ich den entschiedensten Werth gelegt habe, erhebt und stärkt mich bei Antritt des schweren Berufs, den in sachtem Einklange Deutschlands Fürsten und Deutschlands Völker mir zuweisen. Sollte es mir glücken, während der Zeit meiner Amtsführung dazu beitragen zu können, daß der Grund gelegt werde zu einem im Innern einigen, und nach Außen starken Deutschland, und daß nur Erinnerungen des moralischen und materiellen Friedens und schöner Eintracht in allen Gauen unseres theuern und großen Gesammtvaterlandes sich an meine Reichsverwesung knüpfen, so werde ich den Tag als den schönsten meines Lebens ansehen, an welchem sie anzunehmen ich nicht ohne schweren Kampf, im Hinblick auf meine mangelhaften Kräfte, mich entschlossen habe. Empfangen Sie, Herr Präsident, für sich und ihre sämmtlichen Herren Collegen in der Bundesversammlung die ausgezeichnete Hochachtung. Wien, am 6. Juli 1848. Johann." — Ein Schreiben des Gesandten Bunk in London über Marineangelegenheiten wird zu den Acten genommen. Durch zwei Schreiben des Präsidirenden der Nationalversammlung werden der Bundesversammlung die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 1. Juli hinsichtlich der Friedensstörung in Böhmen und der von dem Bundestage deshalb bereits getroffenen Einleitungen, ferner hinsichtlich der Aufforderung an die kaiserl. österreichische Regierung, die rücksichtlich Böhmens Maßregeln der Nationalversammlung in Böhmen unverzüglich anzuordnen und die weiteren hierauf Bezug habenden Anordnungen zu treffen, mitgetheilt. Es wird beschlossen, die kaiserl. österreichische Regierung hiervon in Kenntniß zu setzen.

Frankfurt, 9. Juli. Unter den verschiedenen Eingaben, welche der Nationalversammlung übergeben werden, möchte folgende, von Professor Gförer abgefaßte, und bereits mit einer Zahl von Unterschriften anderer Reichsabgeordneten versehene die Aufmerksamkeit Deutschlands und Italiens in hohem Grade in Anspruch nehmen. Ich theile Ihnen den Inhalt wörtlich mit, und bemerke bloß daß nach der Stimmung zu schließen diese Eingabe im Schooße der Versammlung schwerlich auf erheblichen Widerstand stoßen wird. Die Eingabe lautet: „In Anbetracht daß das deutsche Reich uralte, durch die Thatkraft unseres Volks und unserer Kaiser erworbene Ansprüche auf Lombardien besitzt, Ansprüche welche seit dem Verfalle des Reichs an das Haus Oesterreich übergingen und von demselben bis zu letzter Zeit behauptet wurden; in Anbetracht daß diese Rechte umsoweniger aufgegeben werden dürfen, jemehr von ihrer Wahrung das Wohl deutscher Stammländer abhängt; in Anbetracht daß Venedig ein natürlicher Stapelplatz Schwabens und der mittleren Rheinlande, insbesondere der alten Handelsstädte Köln, Mainz, Frankfurt, Heilbronn, Ulm, Augsburg, Constanz, Kaufbeuren, Memmingen, Kempten, Lindau, sowie der neu entstandenen Mannheim, Stuttgart, Cannstatt, Friedrichshafen ist, und daß besagte Städte einen bedeutenden Verlust erleiden müßten, wenn Venedig fremden Mächten zufiele; in Anbetracht ferner daß Venedig von uns nicht in die Länge und mit Sicherheit behauptet werden kann, wenn nicht die Linie des Mincio sammt den Hauptfestungen Verona und Mantua sowie sammt den kleineren Plätzen Peschiera und Legnago in deutschen Händen sich befindet; in Anbetracht endlich, daß beides sowohl die Gerechtigkeit und die herrschenden Ideen der neuen Zeit als auch die Klugheit anraten, Venedig durch wohlthätige Maßregeln an Deutschland zu fesseln, beantragen Endesunterzeichnete, hohe Reichsversammlung wolle mit Entschiedenheit sich in folgendem Sinn aussprechen: 1) wenn auch die österreichische Regierung dem Ernste der Umstände weichend bei gegenwärtig obschwebenden Friedensverhandlungen bestimmt würde Lombardien im engeren Sinn des Worts, d. h. das ehemalige Herzogthum Mailand sammt Anhängsein abzutreten, so möge doch nie das obenerwähnte vom Gardasee, dem Mincio, dem Po und dem adriatischen Meer umschlossene Gebiet aufgegeben, sondern im Gegentheil bei der alten Verbindung mit Deutschland nachdrücklichst bewahrt werden; 2) möge dieselbe Regierung der Gemeinde Venedig die Rechte eines Freihafens und einer deutschen Reichsstadt verleihen, doch letzteres in der Art daß durch solche Gewährung nicht die Hoheit des Reichs dreinträchtigt werde, was z. B. nie zu fürchten wäre wenn neben dem freien Rathe stets ein hoher Reichsbeamter sammt einer genügenden deutschen Besatzung zu Venedig seinen Sitz hätte. Frankfurt a. M., 7. Juli 1848." Folgen die Unterschriften. (A. Z.)

München, 12. Juli. (Dienstesnachrichten.) Der Generalmajor der Landwehr Frhr. v. Hirschberg ist auf sein Ansuchen des Kommando's der Landwehr von Oberfranken enthoben worden. (K. v. u. f. D.)

Nürnberg, 13. Juli. Heute Morgen ist eine Abtheilung Kavallerie von hier nach Schwabach abgegangen, wo in der Nacht Ruhestörungen — wie wie hören, zunächst durch die Verhaftung eines Knaben veranlaßt — stattgefunden haben. Eine Abtheilung Infanterie wird folgen.

Nürnberg, 13. Juli. Ueber die Vorgänge in Schwabach erfahren wir des Näheren, daß der Verhaftsrath ein Herr Stich, Herausgeber eines ultraradikalen Blattes, ist; wodurch diese Verhaftung veranlaßt worden, haben wir nicht genau ermitteln können. Die Anhänger des Hrn. Stich zogen einen in der Stadt stehenden Wagen mit Steinen vor das Rathhaus und Landgerichtsgebäude und warfen dort die Fenster ein.

Berlin. Die Sitzung der preuß. Nationalversammlung vom 11. d. M. war eine der bedeutendsten. Sie wurde eröffnet mit der Mittheilung einer kgl. Botschaft, durch welche der Versammlung ein Finanzgesetzentwurf vorgelegt wird, mit einer Zu gehörigen Motivirung desselben. Damit werden zugleich Vorlagen zur Errichtung der Braunweinsteuer und des Rüben-zuckerfabrikationsstoffs, Aufhebung der Klassensteuer und des Zeitungs- und Gesinchsteuerspstems verbunden. Hansemann gibt eine allgemeine Uebersicht über die Finanzlage Preußens, wonach die Mehrausgabe in diesem Jahre auf 30 Millionen Thaler veranschlagt wurde, zu deren Deckung eine Zwangsanleihe beantragt wird nach dem Verhältnisse des Einkommens. Die Domainen sollen von nun an durch Verkauf allmählich in die Verwirklichung freier Eigenthümer übergehen, wodurch eine größere Rentabilität derselben erzielt wird. Auch die Sechandlung, deren Erhaltung mit Verlust für den Staat verbunden ist, der niemals zu seinem Vortheile Schiffahrtsrecht und Kaufmann ist, würde man schon jetzt eingehen lassen, wenn man nicht für die dabei beschäftigten Arbeiter Sorge tragen müßte. Sobald der allgemeine Credit sich wieder hergestellt habe, und die Kapitalisten ihre Fonds zu großen Unternehmungen hergäben, würde man diese Etablissements, wenn auch mit großen Schaden, verkaufen. Weiter verbreitete sich der Minister über den Staatsschatz, dessen todte Kapitalien in Zukunft durch Organisirung einer Bank lebendig und fruchtbar gemacht werden sollen, und über die Staatsschuld, die sich nur noch auf 126 Millionen Thaler, gewiß eine geringe Summe für das preußische Königreich, beläuft. Ueber Zeitungs- und Gesuchsstempel äußerte sich der Minister, daß sie abzuschaffen seyen, esteerer, weil die Discussion der öffentlichen Angelegenheiten dadurch gefördert werden müsse, der andere, weil das Petitionsrecht auch in den Gesuchen an die Behörden nicht erschwert werden dürfe. Hierauf kam der Antrag Jakoby's zur Berathung, „wonach der Beschluß zu fassen sey, daß die preußische constituirende Versammlung den in der deutschen konst. Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht „der deutschen konst. Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht „billigen könne, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweser „ernannt worden, der an die Beschlüsse der constituirenden Versammlung nicht gebunden sey; zugleich sich abet dahin zu erklären, daß die deutsche konst. Nationalversammlung vollkommen befugt gewesen, jenen Entschluß zu fassen, ohne vorher die Genehmigung der Regierung einzuholen und daß es der preuß. Regierung deßhalb nicht zustehe, Vorbehalte in dieser Beziehung auszusprechen." Es haben sich 75 Redner zur Debatte gemeldet: gegen den Antrag sprachen Schneider, Reichensberger, Berg, Simons 2c.; für denselben mit besonderer Kraft und Be-

Digitized by Google

gesteruug: Waldeck, sodann Jung, Burckhard, Berends, Besch, Reeb von Eisenbeck, Löwenfeld. Die Debatte wurde auf den nächsten Tag vertagt.

Wien, 9. Juli. Der hier commandirende General Graf Auersperg hat das Kriegsministerium angenommen, Dr. Bach ist Justizminister, und Professor Exner Minister des Cultus.

Die Prager Zeitung vom 9. Juli enthält folgende Kundmachung: Aus den bisher von der militairischen Untersuchungscommission gepflogenen Erhebungen geht mit Bestimmtheit hervor, daß der am 12. Juni der zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung verwendeten bewaffneten Macht entgegengesetzte verbrecherische Widerstand nicht durch einen blos zufälligen Zusammenstoß des Volkes mit dem k. k. Militaire hervorgerufen worden, sondern die bestehende Gefahr eines vorausgegangenen verzweigten Verschwörung gewesen sey, welche eigentlich um einige Zeit später hätte ausbrechen sollen, jedoch durch den vom Volke zuerst ausgegangenen thätlichen Angriff der Truppen früher hervorgerufen wurde. Die Veröffentlichung derjenigen speciellen Acten, aus welchen obiges Resultat hervorgeht, ist dermalen ohne wesentliche Beeinträchtigung und Gefährdung des Untersuchungsgeschäftes nicht möglich. Fürst Windisch-Grätz, commandirender General."

Bremen. Hier eingetroffene Privatbriefe aus Hamburg sprechen von einem angeblichen heimlichen Zusammentreffen zwischen Dänen und Schweden auf der Insel Föhnen. Uns selbst ist eine derartige Nachricht nicht zugegangen; jedenfalls scheint das Gerücht die Bedeutung des Vorfalls stark übertrieben zu haben. (W.Z.)

Schleswig-Holstein, 9. Juli. Seit der Wiederbesetzung Haderslebens und Christiansfeld hat sich auf dem Kriegsschauplatze nichts ereignet. Aus der großen Anzahl von Offizieren, die jetzt, meist auf 13 Tage, beurlaubt werden, sollte man fast schließen, der Waffenstillstand sey bereits vor der Thür. Doch glaubt man noch nicht ernstlich an die Ratification eines auf solche Bedingungen hin, wie sie die Fama ergeht, abgeschlossenen Vertrags von Seite Preußens; auch stehen die ferdauernden Truppenmärsche (erst vorgestern kamen 800 Mann Reservisten durch Altona und 2400 Mann werden in 3 Abtheilungen zu 800 Mann, wovon die erste noch heute, daselbst erwartet) mit den Friedenshoffnungen in auffallendem Contrast; endlich begreift man nicht, warum, wenn die Personalunion auch ferner anerkannt werden soll, der deutsche Bund aus einer Machtvollkommenheit die Reorganisation der lauenburgischen Regierung, so schleunig, wie es geschieht, unternimmt.

Bleicher in Lauenburg.) Bei der Ernennung Lauenburgs bezile ich mich, Ihnen nach einer gestern im Bergedorfer Wochenblatte enthaltenen Mittheilung anzuzeigen, daß Bleicher am Dienstage in Ratzeburg angekommen ist. Von Mölle aus wird der Wunsch geäußert, er möge dort längere Zeit als Bundestagscommissarius fungiren, im Lande verweilen. Wenn irgendwo, so thut in Lauenburg ein durchgreifendes Regiment noth. (W.Z.)

Berichten aus Schleswig zufolge ist das dänische Dampfschiff Iris im Arrefsun von einer holsteinischen Batterie beschossen und schon durch den zweiten Schuß so stark beschädigt worden, daß das Schiff von der Mannschaft hat verlassen werden müssen.

Italien.

Mailand, 7. Juli. Bülletin der provisorischen Regierung der Lombardei. Die Versammlung der venezianischen Abgeordneten beschloß den 4. d. mit 127 gegen 6 Stimmen die Verbindung der Stadt und Provinz Venedig mit den Vereinigten Staaten der Königreichs Oberitalien. (F. J.)

Ungarn.

Pesth, 6. Juli. Heute ist ein entscheidender Tag für die untere Donaugegend, für ganz Ungarn. Bei Beseé (unweit der römischen Schanzen) wird die erste große Schlacht zwischen den Ungarn und Raizen-Illyrier geliefert. Es sind 35,000 Ungarn; worunter 3 Regimenter Husaren und 10,000 bewaffnete Freiwillige. Die Anzahl der Feinde ist nicht bekannt. Sie dürften vielleicht eben so stark sein, als die Unsrigen. Man ist hier in anserordentlicher Spannung. Siegen wir, so rufen die Illyrier in der Klemme die Russen zu Hilfe. Siegen jene — was geschieht dann?? Glauben Sie nicht, daß es bloß eine Russenfrankheit sey, die uns plagt — eine Russenfurcht; — wir wären nicht so einfältig und selbst Schreckensphantome vorzumachen; — wir werden kein Russenfieber bekommen, sollten wir auch an Schlachtfelde ihnen gegenüberstehen; — ein fait-accompli ist es, daß die ultima ratio der Illyrier der Russe ist. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß heute 12 Uhr Mittags eine Estafette aus Siebenbürgen vom königl. Commissär Gay an das Ministerium ankam, die die authentische Nachricht brachte, daß die Russen nicht nur den Pruth überschritten, sondern schon vorwärts schreiten. Die reichen Bojaren — Alle die nur können — verlassen ihr Vaterland und flüchten nach Kronstadt, ja, sie fühlen sich selbst dort nicht sicher und kommen immer aufwärts, — wir werden wahrscheinlich bald hier in Pesth das Vergnügen haben, sie zu beherbergen.

Neusatz. Der serbische Minister Wutschitsch steht an der Spitze der Serbier in Neusatz. — 2 Grenzregimenter sind zu den Ungarn übergangen. Dr. Gay ist von Agram abgereist. Rugent befindet sich in Wien, um Unterhandlungen mit dem ungarischen Ministerium der Auswärtigen zu pflegen. (Corr. Z.)

In **Karlowitz** soll es wiederholt zu einem fürchterlichen Blutbade gekommen sein. Ganz Karlowitz liegt in Flammen. In Neusatz haben gleichfalls blutige Auftritte stattgefunden.

Moldau und Walachei.

Bucharest, 27. Juni. Die provisorische Regierung (der Metropolit ist bloßer Figurant) hat den französischen, österreichischen und preußischen Konsulaten eine Note überreicht, deren Inhalt dahin geht, die Intervention jener Mächte anzuprechen, falls der vom abgetretenen Fürsten beschworenen Konstitution von irgend einer Seite feindlich entgegengetreten werden sollte. Seit gestern geht das Gerücht, von Wien bezweifelt, die Russen seyen bereits auf dem Marsch; vorerst scheint es jedenfalls. (A. Z.)

Frankreich.

***Paris**, 10. Juli. Lamartines Bien public enthält abermals eine Apologie der abgetretenen Executiv-Commission, worin auf das bestimmteste erklärt wird, dieselbe habe die Insurrektion der Junitage nicht nur vorausgesehen, sondern auch alle Mittel sie zu bekämpfen, vorbereitet; die Untersuchung werde dies zeigen. Man könne daher nicht begreifen, wie es komme, daß sie nun mit Vorwürfen und Angriffen überhäuft werde, während Andere, die nicht mehr, nicht weniger gethan hätten, jetzt vergöttert würden.

Abbé Sybour, Bruder des Volksvertreters gleichen Namens, ist wirklich zum Erzbischof von Paris ernannt worden. Im Jahre 1792 geboren, ward er 1839 Bischof und Domher zu Rimes. Er ist ein ausgezeichneter Prediger und Verfasser mehrerer mit Recht geschätzter Werke.

Die Journale beingen heute eine, an die National-Versammlung gerichtete Protestation der Eigenthümer und Aktionäre des Journals la Presse gegen dessen gewaltsame Unterdrückung seit den 23 Juni. Achthundert Personen befänden sich durch diese Unterdrückung ohne Erwerb.

Der Stellung der Parteien in der National-Versammlung zeichnet sich nach und nach schärfer. Zwei parlamentarische Klubbs, nur aus Repräsentanten zusammengesetzt, theilen die Versammlung in zwei fast gleich starke Lager. Der erste dieser Klubbs, der Club de la Rue de Poitires genannt, will eine constitutionelle Republik, die von dieser wenig mehr als den Namen haben soll, mit Heen Thiers als Präsidenten und zwei Kammern. Dieser Klubb, von dem alle reaktionären Maßregeln und Schritte ausgehen, steht unter der Leitung des Generals Baraguay d'Hilliers und zählt Thiers, O. Barrot und alle Mitglieder der ehemaligen Linken in seinen Reihen. Der andere, Club du Palais National genannt, will die nordamerikanische Republik mit Cavaignac als Präsidenten und steht unter Marrasts Leitung. Das jetzige Ministerium ist aus seinen Mitgliedern genommen, mit Ausnahme Lamoriciores und Bedeaus. Zwischen diesen beiden großen Fraktionen stehen etwa 80 Mitglieder der äußersten Linken, der Bergpartie unter Ftocon, Gauistiere, L. Blanc, Lagrange und über hundert Indifferente oder Unentschlossene der Centren, die sich bald auf diese, bald auf jene Seite wiegen.

Lamenais Journal: le Peuple constituant, der äußersten Linken angehörig ist das einzige das den jetzigen Zustand der Dinge und namentlich Cavaignacs Diktatur auf das Heftigste angreift.

Man verschert, daß Lamartine, nach Beendigung der Untersuchung über die Juni-Ereignisse eine Reise nach dem Orient antreten werde.

Großbritannien.

London, 8. Juli. In der vergangenen Woche sind die Kornpreise wieder in die Höhe gegangen, und der Preis des Weizens ist in Mark Lane (auf der Kornbörse) um 2 Schilling gestiegen. Auch in den gewerbreichen Bezirken herrscht große Thätigkeit, hervorgerufen außer dem allgemein in Europa gesteigerten Vertrauen zu einer gesetzlichen Entwicklung der ungeordneten Zustände, durch die besseren Nachrichten aus Indien und China. Von 92 Baumwoll-Spinnereien in Manchester stehen nur noch 10 still. Obgleich die Einfuhr in der letzten Zeit die Ausfuhr ansehnlich überstiegen hat, so findet sich Geld doch in Ueberfluß, da aus allen unruhigen Ländern das Geld nach England wie nach

Digitized by Google

einem Sicherheitshafen geschickt wird. — Leider haben sich in einigen englischen Grafschaften wieder Spuren der Kartoffel-Fäule gezeigt; namentlich schlimm haupft sie in der Gegend von Salisbury. Dagegen verspricht die Aernte in Schottland und Irland außerordentlich ergiebig zu werden. — Ernest Jones, dessen Verhör und Urtheil bevorsteht, hat einen langen Brief an die Chartisten in „Northern Star" erschienen lassen, in welchem er sie auffordert, bis zum Herbste sich über das ganze Land auszubreiten. Sie sollen in die Dörfchaften, wo noch keine Chartisten gibt, Sendlinge ausschicken und das Volk belehren. Und zwar sollen sie sich nicht darauf beschränken (wie bisher meistens geschehen ist), von den durch die Charte zu erwerbenden politischen Rechten zu sprechen, sondern sie sollen die Vortheile auseinandersetzen, welche das Volk von der neuen Gesetzgebung zu erwarten habe. Ferner sollen sie die Krämer, Pächter u. s. w. belehren, daß der Kampf der Chartisten nicht gegen das Eigenthum gerichtet und daß sie keine Communisten wären. Den Sieg schildert er (wie auch O'Connell zu thun pflegte) den Seinigen als nah und unausbleiblich; doch gibt er Lord J. Russel und Lord Grey großmüthig Aussicht, der Deportation zu entgehen. (K. Z.)

London, 8. Juni. Die „Times" bedauert, daß der Waffenstillstand mit Dänemark auf so lange Zeit und mit so langer Aufkündigung geschlossen sey. „Dieser Aufschub", sagt sie, „kann nur dazu dienen, den Abschluß eines schleßlichen Friedens zu verzögern, der eben so gut in 6 Wochen zu Stande gebracht werden könnte, und beim Ablauf dieser Frist werden die Deutschen wahrscheinlich ihre Kriegsrüstungen zur See verstärkt haben, oder gar auf die Vortheile rechnen, welche ihnen ein Winterfeldzug darbieten möchte, wenn die Belte überfroren sind und Kopenhagen selbst durch ein feindliches Heer angegriffen werden kann, wie 1657—58." Man sieht, die deutsche Kriegsflotte, die deutsche Kreditungslust sind in England zu einem stehenden Gedanken geworden.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Juli. Das Kriegsministerium hat folgende offizielle Bekanntmachung erlassen: Insofern in Folge der Abwesenheit vieler junger Mannschaft bei der Armee, männliche Hülfe bei den nahe bevorstehenden ländlichen Arbeiten erforderlich sein sollte, können Landbesitzer, welche sich deshalb an das Kriegsministerium wenden, Erlaubniß erhalten, einen oder einige von den auf dem Kriegsschiffe Waldemar verwahrten Gefangenen in ihre Dienste zu nehmen. Da die Meisten von diesen auf dem Lande geboren sind und ländliche Arbeiten kennen, auch Lust haben, zu solchen verwendet zu werden, so hat das Ministerium diesem Wunsche sowie dem Bedürfnisse an Arbeitern entgegenkommen wollen. Diejenigen, welche von dieser Erlaubniß Gebrauch machen wollen, müssen sich natürlich verpflichten, sowol für die persönliche Sicherheit und gute Behandlung der Gefangenen einzusehen, wie auch dafür, daß sie sich nicht entfernen, und sich verbindlich machen, dieselben zu jeder Zeit an das Ministerium zurückbeförtern und abzuliefern. Die in Dienst genommenen Gefangenen sollen übrigens gelohnt und verpflegt werden, wie dies auf dem Land üblich ist.

Bayreuth, am 6. Juli 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte
Bayreuth

ist über die Nachlaßmasse des verstorbenen Pfarrers Grohe von Marienweiher der Universalkonkurs beschlossen worden und es werden daher die Ediktstage nachstehend ausgeschrieben:

1) zur Liquidation und Nachweisung der Forderungen auf
Montag, den 21. August l. Js.
2) zur Vorbringung der Einreden gegen die liquidirten Forderungen auf
Mittwoch den 4. Oktober l. Js.
und
3) zur Schlußverhandlung und zwar
a) zur Abgabe der Replik auf
Mittwoch den 1. November l. Js.
b) zur Abgabe der Duplik auf
Freitag den 17. November l. Js.

wozu die Gläubiger unter Androhung des Rechtsnachtheiles geladen werden, daß die Versäumung des ersten Ediktstages den Ausschluß von der Gantmasse, die Versäumung der folgenden aber den Ausschluß mit der treffenden Prozeßhandlung nach sich ziehe.

Zugleich wird eröffnet, daß nach Lage der Nachlaßacten sich folgender Stand der Masse ergibt:

1198 fl. 35½ kr. Activstand,
6180 fl. 19½ kr. Passivstand,
4981 fl. 44 kr. Ueberschuldung.

Alle diejenigen, welche etwa von dem Vermögen des verstorbenen Gemeinschuldners etwas in Händen haben, werden aufgefordaßelbe bei Vermeidung des Ersatzes vorbehaltlich ihrer Rechte zur Masse einzuliefern.

Der Königliche Direktor.
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Bekanntmachung

Zu den Einlagen der Ersparniße in die hiesige städtische Sparkasse auf das Ziel Jakobi 1848 sind
Samstag der 22. Juli,
Dienstag der 25. Juli,
Donnerstag der 27. Juli,
Samstag der 29. Juli d. Js.
bestimmt, an welchen Tagen die Gelder von Nachmittags 2 bis 4 Uhr angenommen werden, die Rückzahlung der rechtzeitig gefündeten Kapitalien findet aber nur erst an den beiden letzten Tagen statt.

Bayreuth, am 10. Juli 1848.

Die Sparkasseverwaltung.

Anzeigen.

Einladung.

Zur

Feier der Wahl des deutschen Reichsverwesers

wird unter Mitwirkung der beiden Regimentsmusiken von dem Liederkranze

nächsten Montag den 17. Nachmittags 5 Uhr

im Locale der Bürgerressource eine Gesang-Produktion gegeben werden, wozu alle verehrlichen Bewohner der hiesigen Stadt und der Umgegend geziemend eingeladen werden. Der Eintrittspreis wurde für eine einzelne Person auf 12 kr, für 2 Familienmitglieder auf 18 kr. und für die ganze Familie auf 24 kr. festgesetzt, jedoch wird jede freiwillige größere Gabe dankbarst angenommen werden. Der **Ertrag ist für die deutsche Flotte** bestimmt. Subscriptionslisten sind zu Umlauf gesetzt, dann können auch Karten gelöst werden bei den Herren Kaufleuten Feustel dahier und Röse zu St. Georgen, so wie auch an der Kasse Zahlungen angenommen werden. Wir zweifeln nicht, daß der Patriotismus der hiesigen Einwohner durch engste Theilnahme an dieser Produktion sich bewähren werde, zumal unsere Stadt im Verhältnisse zu andern Städten mit ihren Beiträgen zur deutschen Flotte noch zurückseht.

Bayreuth, den 14. Juli 1848.

Der patriotische Verein.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Freunden bringen wir mit tiefbetrübten Herzen die traurige Nachricht von dem erfolgten Ableben unserer lieben Frau und Mutter

Auguste Küchler, geborne Ramming,

die nach nur neuntägiger Krankheit, in einem Alter von 40 Jahren, vom Herrn abberufen wurde.

Mit dieser Traueranzeige sprechen wir zugleich unsern innigsten Dank aus für die so ehrenvolle zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, welche der Verewigten von Seite vieler theilnehmender Freunde zu Theil wurde und bitten um stilles Beileid.

Michael Küchler, Hautboist I. Kl., nebst Tochter.

Alle Sorten Wein- und Tafel-Essige von vorzüglicher Güte sind zu haben bei

Leonhard Händel an der Dammallee.

Eine silberne Armspange wurde am 13. d. M. auf dem Wege vom Schloßplatze nach der Kanzleistraße verloren. Der Finder wird gebeten, dieselben im Redaktionsbureau abzugeben.

Bei dem Wagenfabrikant Gaab stehen zwei fertige Omnibus dann mehrere andere Wägen zum Verkauf.

Ludwigs-Straße Nr. 307 ist ein Quartier, bestehend aus Stuben und Stubenkammer und sonstige Bequemlichkeiten stündlich oder auf Martini zu vermiethen.

Theater-Anzeige.

Sonntag, 16. Juli: **Robert der Teufel, Herzog der Normandie,** Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer mit Melodram's. Musik von Hofcapellmeister Lindpaintner.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 196.** **16. Juli 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 13. Juli. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde ganz mit der Berathung der Grundrechte ausgefüllt. Es sprachen ungefähr 25 Redner, von denen mehreren sich sehr lebhaft für allgemeine Gewerbefreiheit und Freizügigkeit aussprachen, während andere die Selbstständigkeit der Gemeinden und die Patentallegesetzgebung geschützt wissen wollten. Die Discussion wird Montag fortgesetzt werden. In der morgenden Sitzung werden Anträge wegen des Zolltarifs, wegen Limburgs und des österreichischen Geldausfuhrverbots berathen werden. Man erwartet sämtlichen die Bekanntmachung wegen Ernennung des Reichsministeriums; es sind mehrere Listen im Umlauf, von denen jedoch noch keine glaubwürdig ist. — Gestern Abend war die Stadt beleuchtet, Erzherzog Johann fuhr in Begleitung der beiden Bürgermeister durch die Straßen. Die Großherzoge von Baden und von Hessen und der Herzog von Nassau sind zum Besuch des Reichsverwesers hier eingetroffen.

Frankfurt, 12. Juli. Nachstehend folgt die Rede, welche Prof. Rendt Namens der 50 Abgeordneten, die den Erzherzog-Reichsverweser heute aus dem „Russischen Hofe" abholten, an Hochdenselben gerichtet: Erhabenster Fürst und Herr! „Im Namen eines großen Volkes und meiner hier anwesenden Genossen trit das in mir personificirte Altee vor Ihr Angesicht und möge heute nichts als Jugend und Freude und Glück aus allen seinen Zügen leuchten und blitzen lassen. Es ist in mir gleichsam wieder jung geworden und in der Wonne meines Volks, das in den jüngst verflossenen Monaten sich selbst und sein seit Jahehunderten halb verlorenes Dasein wiedergefunden hat, das die Freiheit wiedergefunden hat. Es tritt das Alte vor Sie im Namen eines Volkes, ohne dessen und seiner Stammgenossen Strebungen und Arbeiten seit 14 Jahrhunderten in Europa nichts Großes gethan und geschaffen ist. Ein altes Volk, und doch ein junges Volk, weil die belebenden und schöpferischen Triebe Gottes und der Weltgeschichte in ihm immer noch die lebendigsten sind. Und nun, welche jüngste Jugend, welches frischeste blühendste Leben in einer allgemeinen Freiheit und in einer Darstellung und Beteetung dieser Freiheit, wie sie unsere Väter selbst in ihrer besten Zeit nimmer gekannt noch beissen haben. Diese Freiheit und all ihre heiligen und unveräußerlichen Rechte, alle Macht und Majestät, die in ihnen ruhen, werden sich heute im fröhlichen, hoffnungsvollen Vertrauen mit Euer Kaiserlichen Hoheit erhabenen Person verbinden und ein ungetrennliches Band gegenseitiger Liebe und Ehrfurcht knüpfen. Euree Kaiserliche Hoheit weeden hinfort mit Weisheit und Geeechtigkeit das Steptee und Schwert dieser Majestät teagen. Hoffen wir denn von dieser unser frischen politischen Jugend Ehre und Glück! Hoffen, wünschen und beten wir, daß Gott im Himmel dieses unsee heiliges und gemeinsames Band mit Einteacht und Stärke mit Glück und Sieg segnen, daß er unserm großen und beeidten Volke Weisheit zur Tapferkeit, Treue zum Freiheitsstolze verleihen wolle! Dann wird diese Tag, dann werden viele noch schönere Tage unvergeßliche und und unvergängliche sein, und ein dreifaches Heil, ja ein Heilig wird übee sie getufen weeden." Hierauf antwortete der Erzherzog-Reichsverwesee: „Ich danke Ihnen. Gott wird uns helfen, daß wir es glücklich machen und hindurchführen. Ich hoffe mit ihren Hoffnungen für unsee großes gemeinsames Vaterland und für sein Glück und seinen Ruhm."

71. und letzte Sitzung der deutschen Bundesversammlung am 12. Juli. Nachdem Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser diesen Vorwittag aus der Bauhütte in Seine Wohnung zurückgekehrt war, verfügte sich Höchstderselbe in das Bundespalais. Dort, in der Mitte der Bundesversammlung angekommen, nahm Se. kaiserliche Hoheit nachstehende Adresse der Bundesversammlung entgegen. „Durchlauchtigster Herr, Erzherzog-Reichsverweser! Die Nationalversammlung, die Beeteetin des deutschen Volkes, hat Euee Kaiserlichen Hoheit, dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben erst in feieelicher Stunde ihre Huldigung dargebracht. Mit lautem Jubel hat sie ausgesprochen, daß sie Deutschlands Recht und Deutschlands Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehee und die Macht des deutschen Volkes Euee Kaiserlichen Hoheit verteane. Die Bundesversammlung war es, die Sie, erlauchter Peinz, an dem denkwürdigen Tage Ihrer Wahl auch im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser seeudig begrüßte. Sie sah ihre Sttebe erfüllt, indem Eure Kaiserliche Hoheit das Amt eines Reichsverwesers anzunehmen ecklärt haben, und mit großer Befeiedigung hat sie es vernommen, daß Sie hoher Fürst, auf den Ausdruck des Vertrauens, womit sämmtliche deutsche Regierungen Ihnen entgegenkamen, den entschiedensten Werth legten. Euee Kaiserliche Hoheit treten an die Spitze der provisorischen Centralgewalt, jenee Gewalt, geschaffen auf den Wunsch des deutschen Volkes, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertreetung auszuüben. Nach der Verfassung Deutschlands war die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesammtheit vorzustellen, und das beständige Organ eines Völkers und Handeins zu seyn; sie war berechtigt, für die Ausrechthaltung friedlicher und freundschaftliche Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu teagen, Gesandte von seemden Mächten anzunehmen, und an sie im Namen des Bundes Gesandte abzuoednen; Unterhandlungen für den Bund zu führen und Vereeäge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militairwesen des Bundes Bezug habenden militairischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebietes erforderlichen Vertheidigungsanstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung übeetrug Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer Verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt; sie legt sie insbesondere mit dem Vertrauen in die Hände Eurer Kaiserlichen Hoheit als des deutschen Reichsverwesees, daß für die Einheit, die Macht und die Freiheit Deutschlands Großes und Gefolgeeiches erzielt werde, daß Ordnung und Gesetzlichkeit bei allen deutschen Männern wiederkehre und daß das deutsche Volk der Segnungen des Friedens und der Eintracht dauerud sich erfreue. Die deutschen Regierungen, die nur das wohlverstandene Interesse des Volkes kennen und beachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern begeunten und befestigen sollen. Mit dieser Erklärung sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an, und die Gesandten erneuern den Ausdeuck ihree persönlichen Huldigung für Eure Kaiserliche Hoheit den deutschen Reichsverweser. Frankfurt, 12. Juli 1848."

Diese Adreese wuede von Seiten Se. Kaiserl. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesees mit folgender Gegenrede erwidert, die Höchstderselbe nachher dem Bundespräsidialgesandten schriftlich übereichte: „Hochgeehrteste Versammlung! Indem ich heute den Antritt eines Reichsverwesers antreete, kann ich nicht umhin, in Gegenwaet dieser Hohen Versammlung Meinen Dank auszudrücken für das Veetrauen, welches mir sämmtliche deutsche Regierungen durch ihr Organ bei dem Anlasse Meinee Wahl zu diesem wichtigen Amte zu erkennen gegeben haben. Die Art und Weise, mit welche die Hohe Bundesversammlung Mich an dem denkwürdigen Tage Meiner Wahl im Namen der deutschen Regieeungen als Reichsverweser zu begrüßen sich beeilt hat, verdient meine besondeee dankbare Anerkennung. Ich übernehme nunmehr die von der Bundesversammlung Namens der deutschen Regierungen an die provisorische Centralgewalt übertragene Ausübung ihrer bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse und Peepflichtungen mit dem Vertrauen auf die thätige Mitwieeung der Regierungen zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern ertarken und befestigen soll. In diesem Berteauen erblicke ich eine sichere Bürgschaft für Deutschlands künftige Wohlfahrt." Als Se. Kaiserl. Hoheit diese Rede geendet hatte, wurden Höchstdemselben die Gesandten der einzelnen deutschen Bundesstaaten, so wie die Mitglieder der Militairkommission, und zwar Ersteee durch den Präsidialgesandten, Letztee durch den Vorsitzenden dieser

Digitized by Google

Kommission, Generalmajor Grafen von Rothkirch, vorgestellt, hierauf aber der Erzherzog-Reichsverweser von den sämmtlichen Mitgliedern der Bundesversammlung und der Militärkommission in den russischen Hof zurückgeleitet. Mit dieser öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die bisherige Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden.

München, 13. Juli. (Dienstesnachrichten.) Auf die durch Beförderung der Kreis- und Stadt-Gerichts-Protokollisten Geschwendner, Stautner, Bacher und Otte, dann Quieszierung des Protokollisten Reitner, in München, Nürnberg und Straubing erledigten Protokollistenstellen sind 1. der Protokollist Franz Egner in Würzburg zum Kreis- und Stadtgerichte München und der Protokollist Bernhard Horn zu Schweinfurt an das Kreis- und Stadtgericht Würzburg versetzt; II. sodann 1) der Appellationsgerichtsacceſſist Karl Böhm in München zum Protokollisten bei dem Kreis- und Stadtgerichte daselbst, 2) der Appellationsgerichtsacceſſist Michael Steinacher zu Neuburg in Unterfranken zum Protokollisten bei dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg, 3) der Kreis- und Stadtgerichtsacceſſist Karl Wilhelm v. Furtenbach in Nürnberg zum Protokollisten bei dem dortigen Kreis- und Stadtgerichte, 4) der Appellationsgerichtsacceſſist Philipp Vornberger in Bamberg zum Protokollisten bei dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt, und 5) der Appellationsgerichtsacceſſist Julius Schwaiger in München zum Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Straubing ernannt worden. (K. v. u. f. D.)

Nürnberg, 14. Juli. Das gestern Morgen nach Schwabach von hier abmarschirte Militär ist noch gestern Abends wieder zurückgekehrt. Auch den verschiedenen Gerüchten, welche Eingangs im Umlauf sind, scheint hervorzugehen, daß keine Veranlassung zur militärischen Besetzung der Stadt vorlag, daß überhaupt bei der Ankunft der Truppen die Ruhe vollkommen hergestellt war und die dortige Lands- und Stadtwehr zur Aufrechthaltung der Ordnung genügte. Ein Theil der Chevauxlegers soll wie behauptet wird, aus „Mißverständniß“, eine Charge gemacht haben und dabei sieben Mann verwundet worden sein. Ueber die Ursache und Art der Verhaftung des Hrn. Sticht gehen gleichfalls widersprechende Angaben. Es wäre zu wünschen, daß durch amtliche Erklärungen in alle diese Details Klarheit käme.

Berlin, 12. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung geht die Versammlung zur Fortsetzung der Debatte über den Jakobyschen Antrag über. Der Abg. Balzer spricht für den Antrag, weil er im Geiste der Volkssouveränetät, die der eigentliche Kernpunkt sey, von dem heute alle Politik ausgehen müsse, gefaßt worden. Deutschland dürfe sich nicht wieder täuschen lassen durch eine formale Einheit, sondern müsse dieselbe thatsächlich festgestalten. Auch habe Preußen nicht nöthig, Vorbehalte auszusprechen, die auf Beseitigung hindeuteten, denn wer in einer Gemeinschaft der Stärkste sey, dürfe nicht fürchten, in dieser Gemeinschaft verloren zu gehen. Eine lange Rede hält der Abg. Baumstark gegen den Jakobyschen Antrag. Wenn die Versammlung denselben verwerfe, werde sie einen Schritt thun, für den das deutsche Volk sie segnen und die frankfurter Parlamentsmitglieder ihr zujauchzen werde. Zugleich warnt er vor den republikanischen Elementen, welche der Jakobysche Antrag in sich verbülle. Der Abg. Stein spricht für den Antrag und meint, wer bei dieser Debatte dazu gekommen, ohne den Jakobyschen Antrag zu kennen, hätte glauben mögen, es handle sich hier um Monarchie oder Republik. Man glaube, durch die Annahme des ersten Theils des Jakobyschen Antrags würde der Wunsch ausgesprochen werden, daß die Gesammtverfassung Deutschlands eine republikanische sein möchte. (Von mehren Seiten Brave.) Er wisse nicht, ob dies Brave vielleicht ein ironisches sein solle. Ein großes Unglück würde sich aber schwerlich dabei ersehen lassen. Bis zu dem Tage, wo der Deutsche Bundestag aus Altersschwäche Abschied genommen, sey Deutschland gewissermaßen eine Republik gewesen, denn Denen welche die Bundesversammlung gebildet, hatte die Souveraine Deutschlands einen Theil ihrer Souveränetät abgetreten. Die Fürsten aber hätten sich mit allen ihren Beschlüssen stets hinter den Bundestag versteckt. Eine Mißbilligung des Beschlusses der deutschen Konstituenten Versammlung sey aber deshalb ausgesprochen worden, weil dieser Beschluß der Entwickelung der Geschichte und Vernunft entgegenarbeite und etwas aus dem Grabe hervorholen wolle, was nicht mehr für uns Leben haben könne. Ebenso sey es aber auch zu bedauern, daß gerade die preußische Regierung die erste gewesen, die einen solchen Vorbehalt ausgesprochen. Die Versammlung nimmt endlich den Schluß der Debatte an und will zuvor noch 4 Redners, unter denen sich die Amendementsteller Reh und Bloem befinden, das Wort lassen. Der Abg. Graf Reichenbach erklärt sich für den Jakobyschen Antrag und weist ironisch auf eine Rede des Abg. v. Berg hin, der seit einiger Zeit dem Ministerium so nahe stehe, daß seine Bemerkungen wohl Grund haben müßten. Derselbe habe nämlich darauf hingewiesen, daß ja auch Hr. v. Gagern in Frankfurt Stimmen bekommen hätte und die Wahlthätigkeit also nicht bloß auf die Fürsten beschränkt gewesen. Man möge Hrn. v. Berg für diese Bemerkung danken und daß dieselbe eine solche sey, auch hier in die Möglichkeit gestellt worden, gewählt zu werden. Das Schlimmste würde aber als Consequenz sein, wenn dem Reichsverweser ein Schattenkaiser folgte. Wenn man einen solchen wolle, so brauche man sich nur an das herrgebliebene Feld des Kaisersaals in Frankfurt eines Mann mit Schnabelschuhen und Kaisermantel hineinmalen zu lassen, und wir würden dann einen Kaiser haben. Einem Kaiser müsse aber auch wohl eine bedeutende Civilliste zugelegt werden und 6 Millionen würden dazu wohl nur eben reichen, die doch nicht anders als durch Steuern aufgebracht werden können, weshalb er dem armen Manne in Deutschland an der neuen Steuer graulitzen wolle. Gegen den Jakobyschen Antrag spricht noch der Abg. v. Kirchmann. Darauf nimmt der Abg. Jakoby zu einer nochmaligen Erörterung seines Antrags und zur Zurückweisung der wider denselben vorgebrachten Gründe das Wort. Wenn man seinen Antrag als nicht zeitgemäß bezeichne, so treffe dies nur das Ministerium, welches diesen Antrag durch seine Erklärung hervorgerufen, zu der man nicht schweigen könne, ohne den Schein auf sich zu laden, daß man mit der Ansicht der Minister übereinstimme. Wenn man aber die Befugniß gelangnet, über die Beschlüsse der frankfurter Versammlung eine Kritik auszusprechen, so müsse er sagen, daß man sogar dazu verpflichtet sey, weil der frankfurter Versammlung selbst daran liegen müsse, die öffentliche Meinung in Deutschland kennen zu lernen, und es auch für die preußische Versammlung eben so wichtig sey, darüber zu wachen, daß der provisorische Reichsverweser nicht etwa gar in einen definitiven Kaiser übergehe. Die Selbstständigkeit Preußens sey nicht gefährdet, eben so wenig wie der Einzelne gefährdet sey, der sich einer Gemeinde anschließe, oder die Gemeinde selbst, die in einem freien Staatsleben aufgehe. Wenn Preußen es aufsuchig mit der deutschen Einheit meine, so würde es jetzt erst in dieser Stellung die ihm von der Geschichte vorgezeichnete Aufgabe erfüllen können. Verfreuchen aber sey es bei der ganzen Debatte heut und gestern gewesen, daß sich das sogenannte spezifische Preußenthum darin so wenig geltend gemacht, und so wären auch die Verhandlungen dazu geeignet, den ungerechten Verdacht unserer süddeutschen Brüder zu widerlegen und zur wahren Förderung der deutschen Einheit beizutragen. Zweierlei stehe fest: Erstens, daß es im wohlverstandenen Interesse Preußens liege, die Einheit Deutschlands auf alle Weise zu fördern. Zweitens, daß diese Einheit nur dann gerettet werden könne, wenn die deutschen Regierungen sich endschieden den Beschlüssen des Deutschen Parlaments unterwerfen, ohne irgend einen Vorbehalt zu machen. Damit stehe aber die abgegebene Erklärung des Ministeriums in einem entschiedenen Widerspruche. Wenn jede deutsche Regierung sich so stellen wollte, so würde deutsche Einheit bald wieder ein Unding und eine Unmöglichkeit sein. Dieser Vorwurf sey nicht widerlegt worden von den Gegnern seines Antrags und auch nicht von den Ministern, die in dieser Debatte gänzlich zu schweigen für gut befunden. Nach einer fast siebenstündigen Debatte wird hierauf zur Abstimmung geschritten, die nach Antrag unter Mitglieder durch Namensaufruf bewerkstelligt wird. Der Antrag Jakoby's wird mit 262 gegen 53 Stimmen verworfen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß die Linke angefangen hat sich zu zerspittern.

Am Hofe zu Sanssouci wurde der Geburtstag des Kaisers von Rußland mit großen Pomp gefeiert. Der russische Gesandte und einige russische Offiziere waren zur Tafel geladen. Der König und die Prinzen erschienen in russischer Uniform. Der König brachte die Gesundheit aus und das Musikorps des ersten Garderegiments spielte die russische Nationalhymne. Sämmtliche Wasserkünste waren in Bewegung und Abends machte die Gesellschaft eine Wasserfahrt nach der Pfaueninsel.

Von der posenschen Grenze, 10 Juli. An vielen Orten zeigen sich neue Zusammenrottirungen von Sensenmännern, und als vor einigen Tagen eine Anzahl jener entlassenen gefangenen Insurgenten nach Jdunz zurückgekehrt war, fingen dieselben mit der dortigen Garnison Händel an und gingen bald von Worten zu wirklichen Angriffen über. Das Militär sah sich endlich genöthigt, scharf zu schießen, was die Verwundung von vierzehn Individuen zur traurigen Folge hatte. (D. A. Z.)

Mannheim, 11. Juli. Gestern und heute schaarten sich bayerische Soldaten hier vor Bilderläden zusammen, wo sie

Digitized by Google

seit längerer Zeit an Abbildungen Hecker's und Struwe's und einigen Karrikaturen Negretti's nahmen, und verlangten unter Gewaltandrohung Entfernung dieser Bilder. Offiziere traten gegen diese Demonstrationen ihrer Mannschaft auf, und auch General v. Taxis schritt dagegen ein. In Folge dieser Uebergriffe herrscht jetzt wieder eine theilweise gereizte Stimmung gegen die bayerische Besatzung. Gestern wurde ein bayerischer Soldat von einem hiesigen Arbeiter durch einen Messerstich verwundet.

In der Mannh. A. Z. erklärt Hecker von Muttenz aus die Nachricht verläumderischer Blätter, als werde von ihm an einzelnen Punkten Deutschlands und der Schweiz Mannschaft angeworben, so wie von dem Besitze großer Summen, welche ihm zur Verfügung gestellt, für unwahr.

Einer in Altona eingetroffenen Verfügung des Generals v. Wrangel zufolge sollen ferner keine Recrutenabsenden mehr zum Heere abgehen; die eingetroffenen Kriegsreserven dagegen setzen ihren Marsch zum Heere fort. — Das von einer schleswig-holsteinischen Batterie in den Grund geschossene dänische Dampfschiff war nicht die Iris, sondern der Odin. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Bucharest, 1. Juli. (Versuch einer russischen Konter-Revolution.) Vorgestern traf bei dem hiesigen Ministerium die Nachricht ein, daß die russische Armee den Pruth überschritten, aber sechs Posten von Fetschan den Befehl zum Halten bekommen hat, vermuthlich in Folge der freiwilligen Entsagung des Hospodars, welcher sich nun zu Kronstadt aufhält. Die allgemeine Meinung ist, daß der frühere Hospodar Alex. Ghika als Oberhaupt der neuen Freiheit von der nächsten Nationalversammlung gewählt werden wird, falls ihm die türkische Regierung, als einem Verbannten, die Rückkehr in die Wallachei gestattet. Die Verschwörung gegen Bibesco war wohl schon lange angezettelt, allein die Revolution in Frankreich hat den Plan zum Sturze desselben dahin geändert, daß die Umwälzung jetzt im Sinne einer Befreiung des Volkes geschah. Die ganze provisorische Regierung war im Thronpalast, umringt von der Nationalgarde und einer Menge Volks; da kam Oberst Salomon, welcher Kriegsminister werden wollte, mit einem großen Haufen betrunkener Soldaten, und seine Anhänger schrien ihm und der Aristokratie ein Lebehoch. Es wurde Befehl gegeben, ihn einzuziehen, er aber kommandirte auf das Volk eine wiederholte Salve, 5 bis 6 Personen das Leben kostete. Hierauf begab er sich in die Kaserne, bemächtigte sich der Kanonen, und das dort nationirte Regiment will ihn, so heißt es, bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen. Die Nationalgarde und das Volk befindet sich mit dem Metropoliten in diesem Augenblick vor der Kaserne, und sie fodern die Soldaten auf, sich zu ergeben. Salomon und seine Konsorten sind lauter Kreaturen Rußlands. Man gab den Soldaten Geld, Wein und Branntwein in Fülle, und in dieser Wuth schossen sie sogar in die offenen Thüre wölbe. Der Abschen vor den blutigen Umtrieben Rußlands ist grenzenlos. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Genua, 8 Juli. Soeben langte hier von Turin die Nachricht an, daß sämmtliche Staatsminister, mit Ausnahme Pareto's, ihre Demission eingereicht haben. Damit scheint das System Cesare Balbo's, eines föderativen Italiens, vor dem beliebten Giobertischen System für den Augenblick weichen zu müssen. Pareto ist vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Sollte er dieses im Giobertischen Geiste zusammensetzen, so dürfte er auf weit heftigeren Widerstand rechnen können als der verschmitzte Genuese glaubt. (A. Z.)

Frankreich.

*Paris, 11. Juli. Lamennais Journal: le peuple constituant ist heute mit Trauerrande erschienen, es zeigt an, daß es von Morgen, wo die Caution der Journale wieder in Wirksamkeit treten, nicht mehr erscheine. Mehrere andere Journale werden aus dieser Ursache ebenfalls eingehen.

Der Moniteur bringt die Ernennung einer Kommission von 15 Mitgliedern, theils Präfekten der erschienenen Handelskammer, theils Fabrikanten, welche sich mit Untersuchung der Mittel zu beschäftigen hat, um durch Prämien die Exportation zu heben und durch Vorschüsse und Unterstützungen der Privatindustrie zu helfen.

Gestern hat die Beisetzung des Herzens des General Negrier im Invalidendom mit großem militärischem Pomp stattgefunden. Das Leichenbegängniß des Generals Duvivier ist noch nicht festgesetzt, da man die Verfügungen seiner abwesenden Familie erwartet.

Sämmtliche Arbeiter der verschiedenen Gewerbe und Industrien von Paris sind von der Regierung aufgefordert worden, drei Patrone und drei Arbeiter per Industriezweig zu erwählen, die als Delegirte mit dem Arbeiter-Comité der Nationalversammlung in direkte Verbindung treten, und denselben die Wünsche, Pläne, Beschwerden u. s. w. ihrer Arbeitsgenossen mittheilen und bei allen praktischen und technischen Fragen von derselben zu Rathe gezogen werden sollen.

Eine andere Commission ist beauftragt, über die zur Unterstützung von Arbeiter-Associationen bewilligten 3 Millionen und deren Verwendung zu wachen, und als Aufsichtsrath dieser Associationen zu wirken. Diese Commission besteht aus den drei Pairs Cordon, Peupin und Aicon, selbst Arbeitern, und den vier Präsidenten der gewerblichen Schiedsgerichte, aus zwei Beamten und einem Advokaten. Beide Commissionen werden vom Handelsminister präsidirt.

Die Nationalversammlung hat gestern nach der öffentlichen Sitzung ihr eigenes Budget im geheimen Comité diskutirt. Dasselbe beläuft sich auf 6,224,217 Frs., hievon beträgt die Entschädigung der Repräsentanten, für acht Monate berechnet, allein 5,400,000 Frs. Die Versammlung hat beschlossen, daß die Repräsentanten diese Entschädigung von 25 Frs. auch erhalten, wenn sie krankoder auf Urlaub sind und daß die Entschädigung vor etwaigen Gläubigern eines Vertreters mit gerichtlichem Beschlag belegt werden können. Sie hat endlich das Erfrischungs-Buffet, von dem den Vertretern unentgeldlich Erfrischungen gereicht wurden, unterdrückt und auch nicht bewilligt, daß ein Restaurant im Pallaste der Versammlung ein Buffet gegen Zahlung errichte. Das Erfrischungs-Buffet der Versammlung hatte bis jetzt schon 60,000 Frs. gekostet.

Bei dem Sturme der furchtbaren Barrikade vor St. Jacques befanden sich, durch einen sonderbaren Zufall vereinigt, in den Reihen der Stürmenden 3. Bataillone der 1. Legion der Nationalgarde die Grafen Gabriel und Clermont Tonnerre Rigueli von Mailleau, die Herzoge Louis und Anton von Noailles, die Herzoge von Esclignac und Biron. Alle diese Freiwilligen schlossen sich am 25. Morgens dem 73. Linien-Regimente an, und nahmen mit ihm die Barrikaden der Rue Menilmontant und der Tempelvorstadt.

Man versichert heute, daß in der großen Fabrikstadt Sedan ein Complott entdeckt worden sey, um die zwölf größten Etablissements dieser Stadt zu plündern und niederzubrennen, und die Fabrikenbesitzer anzuhängen, weil sie sich geweigert haben, die Arbeitslöhne um 2 Stunden zu vermindern.

Gestern ist abermals ein Soldat der mobilen Garde in der Straße Rambuteau niedergeschossen worden. Er blieb augenblicklich todt. Das Haus aus dem der Schuß gefallen war, wurde sogleich umzingelt und durchsucht, — man fand in einer unbewohnten Stube das noch warme Gewehr aber der Mörder war wahrscheinlich über die Dächer entwischt. Arbeiter, die der Vorfall herbeigezogen hatte, erzählten, man verbreite in den Werkstätten die aufreizendsten Schriften, in denen 50 Frs. für die Tödtung eines Mobilen, 40 Frs. für einen Liniensoldaten und 30 Frs. für einen Stadtwächter geboten würden. Unter diesen Umständen wird wohl der Belagerungszustand noch lange fortdauern. Eine Menge allarmirender Gerüchte, die täglich verbreitet werden steigern das unbehagliche der Situation, bald soll Paris nächtlicher Weise in 33 verschiedenen Punkten in Brand gesteckt, bald soll es durch Leitung des Beleuchtungsgases in die Katakomben und Anzündung derselben in die Luft gesprengt werden, bald sind Höllenmaschinen, bald ein Attentat gegen den General Cavaignac entdeckt worden und alle diese Mährchen finden gläubige Nachbeter und furchtsame Gemüther. Wir glauben, daß wohl solche Nachtheilungen vorkommen können, daß aber ein nochmaliges Aufreten der Emeute nicht zu fürchten ist. Die Energie und die Entschiedenheit der Regierung sind bekannt und sie hat jetzt zu große Streitkräfte, um nicht sogleich zu siegen.

Eine Anzahl Arbeiter aus der Straße Lourcine und den angrenzenden Straßen, die mit Marschrouten und Weggeld zu Kanalarbeiten in die Departements abgehen sollte, weigert sich Paris zu verlassen und überall zeigen sich Zusammenrottungen, die sich jedoch auf die Aufforderung der Polizei-Agenten zerstreuen.

Heute Nacht haben im Innern der Stadt viele Verhaftungen stattgefunden, und zwar in den Stadttheilen, die an der Insurrektion seinen Theil genommen hatten. Die Verhafteten sind meistens Offiziere der Nationalgarde.

In Toulon sind die letzten Tage über, aus dem Innern Frankreichs, eine Menge sogenannter Freiwilliger für Italien angekommen, meist Franzosen und gutentheils Arbeiter aus den Nationalwerkstätten, vielleicht sogar gestürzte Insurgenten; ihre Zahl beläuft sich wie es scheint auf mehrere Tausend; viele sind so arm, daß der Maire für sie öffentlich um Schuhe gebeten hat. Da die italienischen Consulin ihnen keine Pässe nach Italien ausstellen wollen, werden sie nach dem Innern Frankreichs zurückgesandt werden müssen. Deportirt Frankreich nach Italien statt nach den Marquesas? (A. Z.)

Digitized by Google

Großbritannien.

London, 10. Juli. Die deutschen Schiffe, welche des dänischen Krieges wegen in Cowes lagen, haben vom preußischen General-Consul, Hrn. Hebeler, die amtliche Anzeige erhalten, daß sie ungehindert nach ihren Bestimmungsort abgehen könnten. Dieß Dietrichstein ist, wie der „Globe" meldet, im Begriff, seine Stelle als Gesandter beim britischen Hofe aufzugeben (**relinquish**). Französischer Geschäftsträger ist Hr. Lenny, vormals Marquis und Pair und französischer Gesandter in Hamburg. Die Gesandtschaft ist so klein und sparsam wie möglich eingerichtet und bildet einen sonderbaren Gegensatz zu dem großen Hotel auf Manchester Square, in dem sie noch immer ihren Sitz hat.

Dänemark.

Helsingör, 8. Juli. Heute Mittag ist der König von Schweden mit dem Kronprinzen und Prinzen Gustav am Bord des Gylfen in Humlebeck (eine Meile südlich von hier) angekommen, um dem König Friedrich VII. endlich den lange erwarteten Besuch zu machen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Juli. Die heutige Petersburgische Zeitung meldet: Mit Genehmigung des Kaisers dauergegen am vorigen Sonntage, den 2. Juli mehre Prozessionen, von der kaiserlichen Kathedrale und fünf andern Kirchen ausgehend, unter lebhafter Theilnahme der gläubigen Bevölkerung, die verschiedenen Stadttheile, die Gnade der göttlichen Vorsehung zu erflehen. Zum 2. Juli wären in Petersburg 1947 Cholerakranke in Behandlung verblieben; im Verlaufe dieses Tags sind 776 hinzugekommen; es genasen 58 und starben 396. Zum 3. Juli verblieben in Behandlung 2269 Personen; im Verlaufe dieses Tages sind hinzugekommen 1009; es genasen 129 und starben 534; zum 4. Juli verblieben in Behandlung 2606 Personen. In Moskau verblieben zum 29. Juni 105 Cholerakranke in Behandlung.

Amerika.

Washington, 18. Juni. Die Bombarderie der Dinge in Europa hat hier einen allgemeinen Aufruch der Diplomaten zur Folge und man hat Gelegenheit, elegante Möbel wohlfeil zu bekommen. Für den amerikanischen Gesandtschaftsposten in Wien soll Hr. Francis Grund bestimmt seyn, ein geborner Wiener, früher Consul in Bremen und Antwerpen und in politischen Dingen der beschäftigte Deutsche in den Vereinigten Staaten; er gehört bekanntlich zur demokratischen Partei. Die Whigs sind durch die Vorwahl des Generals Taylor zum Präsidenten gespalten. Henry Clay, der die Nachricht von dieser Wahl der Tisch unter Freuden empfing, war so entrüstet über die Undankbarkeit und Charakterlosigkeit seiner Partei, daß er unter lauter Verwünschungen von der Tafel aufstand, in den Wagen stieg und nach Hause fuhr. Der Senat beschäftigt sich mit Maßregeln zum besseren Schutze des Oregongebiets gegen die Indianer. Die Sklavenfrage wird bei dieser Gelegenheit wieder zur Sprache kommen, und eilt überhaupt in den Vereinigten Staaten einer Entscheidung nähere.

Boston, den 28. Juni. Der Handel ist flau. In Yucatan sieht es schrecklich aus; die ganze Küste von Cilan bis Cap Catoche ist jetzt in den Händen der Indianer. Mehr als hunderttausend Menschen sind jetzt in der Hauptstadt Yucatan zusammengedrängt und haben, wenn sie den angreifenden Indianern unterliegen, das Schlimmste zu erwarten. Von Hayn flüchten alle Farbigen.

Anzeigen.

Um Verläumdungen, gegen deren schleichende Heimlichkeit wir schutzlos sind, im öffentlichen Urtheile den nöthigen Damm zu setzen, sehen wir uns veranlaßt zu erklären, daß wir heute in hiesigem kgl. Landgerichte Folgendes zu Protocoll eingelegt haben:

„Wir wurden am 11. d. M. durch Dr. Rubner in Kirchenlamitz benachrichtigt, daß wor Kurzem von hiesigem k. Landgerichte in einem Berichte an k. Regierung von Oberfranken unter Anderem bemerkt war, daß am 24. Juni k. J. hier eine Berathung statt gefunden habe, welche vornehmlich von uns gepflogen worden seyn und, wie eine in Scharzenbach an jenem Tage von München-berg und Kirchenlamitz veranstaltete Versammlung, das gleiche Ergebniß gehabt habe, daß dem Abgeordneten Dr. Blumenröder zu Frankfurt a. M. freie Hand zu lassen sey. Wir fühlen uns verpflichtet diese Angabe mit Entrüstung als ein Gewebe schwarzer Entstellungen zu bezeichnen. Das einzige Wahre an der Sache ist, daß wir in dem Lokale der hiesigen Bürgergesellschaft, wie seit Mitte vorigen Monats an jedem Mittwoche und Sonnabende unter freiem Zutritte jedes Gesellschaftsmitglieds, auch am 24. v. Mts. Abends und zusammensanden, um die stenographischen Berichte über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung und zwar damals die Verhandlungen in Nr. 15, 16, 17 u. 18. bis zum 17. v. Mts. gemeinsam zu verfolgen. Wir wußten nichts von einer damaligen Versammlung zu Schwarzenbach und einem Zwecke derselben, wir wissen bis heute nichts von einem hiesigen Vereine irgend wie bestimmter Form und Richtung und konnten daher weder damals noch je eine politische Berathung pflegen und zu einem Beschlusse kommen, am bezeichneten Tage aber um so weniger zu dem, daß dem Abgeordneten des Wahlbezirks Wunsiedel freie Hand zu lassen sey, als wir damals ohne Kunde waren, wie der Abgeordnete Dr. Blumenröder in künftigen Verfassungsfragen stimmen würde und eine innere Unmöglichkeit, zu solchem Beschlusse zu kommen, daraus erkennen, daß wir dem Abgeordneten weder freie Hand lassen, noch diese beschränken oder entziehen können. — Wir haben ferner durch Dr. Rubner in Erfahrung gebracht, daß wir nach einem auf Bericht des k. Landgerichts Wunsiedel ergangenen Reskripte k. Regierung als republikanisch gesinnt bezeichnet wurden und polizeilichen Maaßnahmen unterfallen werden, die in unbekanntem Reskripte demokratische Vereine betr. vorgezeichnet sind. Obwohl wir ruhig abwarten können, über unser Verhalten zur Rechenschaft gezogen zu werden, indem wir, ferne von der Eitelkeit, daß unsere theoretischen Ansichten in der Politik irgend einer Behörde von Bedeutung seyn können, wohl wissen, daß wir, so lange wir auf dem Boden der Gesetze handeln, in deren Schutze stehen, so mussen wir doch zur Steuer der Wahrheit auch hiegegen erklären, daß wir zu der denunciirenden Schlußfolgerung, als ob wir republicanischer Gesinnung wären, nur in Beziehung auf Begriffsaemuth den Schlüssel zu finden im Stande sind."

Wunsiedel, 14. Juli 1848

Bunte, Advocat.
Baumann.
Fr. Schmidt, jun.
Karl Rinnelt.
Dürrschmidt, Appellationsgerichts-Accessist.

Den P. T. verehrlichen Bewohnern Bayreuths und der Umgegend beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich meine ärztliche Praxis dahier bereits eröffnet habe. Dieselbe umfaßt alle Fälle innerlicher und äußerlicher Krankheiten überhaupt, insbesondere aber jene der Frauen und Kinder, außerdem vorzüglich die Geburtshilfe in ihrem ganzen Umfange.

Meine Wohnung ist in der Maximilianstraße bei Herrn Kaufmann Julius Münch in der ersten Etage.

Bayreuth, den 10. Juli 1848.

Dr. Hueber,
k. Regiments- und praktischer Arzt.

(Auktions-Anzeige.) In dem Hause des Herrn Büttnermeister Leich in der Jägerstraße zur ebenen Erde werden Montag den 17. d. Mts. Vormittag von 9 bis 12 und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr: Meubeln verschiedener Art, sehr schöne und gut erhaltene Frauenkleider von Seide, Wollenmousselin und Kattun, Umschlagtücher, verschiedenen Frauenzeug, Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Betten, Zinn- und Kupfergeschirr, Gläser, Porzellan, dann Hausgeräthe jeder Art an den Meistbietenden gegen baare Zahlung versteigert.

Bei Unterzeichneten wird auf den 1. August o. ein Gehülfe aufzunehmen gesucht, welcher sich mit guten Zeugnissen auszuweisen vermag. Pegnitz, den 13. Juli 1848.

M. Hegerich, k. Landgerichtsdiener.

Mehrere tausend Gulden werden gethellt oder im Ganzen gegen solidarische Haftung oder auf exceptionsfreie Hypotheken sofort zu entnehmen gesucht; das Nähere bei der Expedition.

Am Brandenburger Thor im Hause Nr. 674 ist ein Quartier, bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, einem Cabinet und andern Bequemlichkeiten zu vermiethen. Dasselbe kann sogleich oder zu Martini bezogen werden.

Im Thor-Haus am Brandenburger-Thor ist sündlich die obere Wohnung zu vermiethen; das Nähere bei

Magdalena Benker.

Im Hause der Benckerschen Reitten sind auf nächstes Ziel zwei Wohnungen zu vermiethen. Das Nähere bei Magdalena Bencker am Brandenburger Thor.

Theater-Anzeige.

Sonntag, 16. Juli: **Robert der Teufel, Herzog der Normandie,** Schauspiel in 2 Aufheilungen und 4 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer mit Melodram's. Musik von Hofcapellmeister Lindpaintner.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 Kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 197.** **17. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 14. Juli. Das hannover'sche Ministerium hat bekanntlich den Ständen am 7. d. MS. eine Erklärung des Königs übermittelt, worin er gegen die Wahl des Reichsverweyers Bedenken und Verbehalte ausspricht, und erklärt, daß er Beschlüsse, welche in die innere Selbstständigkeit der einzelnen Staaten eingreifen würden, nicht vollziehen werde. Diese Erklärung gab in der heutigen Sitzung der konstit. Versammlung zu einer lebhaften Debatte Anlaß. Der Abg. Wesendonck von Düsseldorf beantragte, die Centralgewalt soll durch ihr verantwortliches Ministerium diese Vorbehalte und Bedenken entschieden zurückweisen lassen. Auch die hannover'schen Abgeordneten hatten eine Erklärung eingereicht, daß sie die Vorbehalte ihrer Regierung als unpassig ansehen und sich dadurch in ihren Pflichten gegen Deutschland nicht irre machen lassen würden, indem sie sich als deutsche und nicht als hannover'sche Abgeordnete betrachteten. Einige Mitglieder der Linken beantragten, den König von Hannover geradezu zur Niederlegung der Krone aufzufordern und sodann das souveräne Volk von Hanover über die künftige Regierungsform entscheiden zu lassen. Eine große Anzahl Mitglieder nahmen das Wort, und alle, selbst die von der Rechten (z. B. Wassermann) sprachen mit entschiedener Entrüstung gegen das Verfahren der hannoverschen Regierung. Herr v. Wydenbrugk (vormaliger preußischer Minister) nannte den König von Hannover einen Rebellen gegen den deutschen Bund, und meine, wenn es ihm in Deutschland zu deutsch sey, so möge er zu seinen Freunden, den Hodtorys, zurückkehren. Zugleich stellte v. Wydenbrugk den Antrag: „die Centralgewalt solle von der hannover'schen Regierung eine unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes über dieselbe fordern." Dieser Antrag wurde, mit Beseitigung aller übrigen, mit großer Mehrheit angenommen. Ueber das österreichische Gesammtstaatsverhältniß wurden ebenfalls lebhafte Debatten statt. Einige österreichische Deputirte wollten die Mäßregel mit der Furcht vor einem Staatsbankerott rechtfertigen; die Versammlung beschloß jedoch, der österreichischen Regierung zu erklären, daß das Verbot eben so nachtheilig für Oesterreich wie für das übrige Deutschland sey und dem Begriff der deutschen Einheit widerspreche. Morgen wird eine Interpellation von Zsitlein über Amnestie für politische Verbrecher vorkommen, und sodann über die Militärverhältnisse Beschluß gefaßt werden.

Frankfurt, 13. Juli. (Ausführlicher Bericht der 37. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung.) Nach Verlesung des Protokolls wurden Berichte des Ausschusses erstattet und sodann der Empfang von 1280 fl. als Beitrag für die deutsche Flotte von Seiten des deutschen Vereins in Dessau angezeigt. Hierauf Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte und zwar zunächst über §. 2 des Art. 1. Der erste Redner, Abg. Sprengel, spricht gegen Eisenstuck's Antrag. Das bisher Recht des Aufenthalts ohne Gemeindebürgerrecht führe zur Heimathlosigkeit und zuletzt zu allgemeiner Armenversorgung auf Kosten des Reichs. Der Antrag der Commissionsmehrheit dagegen vernichte mit einem Schlage, ohne Verletzung irgend eines Rechts Einzelner, das seit Jahrhunderten auf Deutschland lastende Uebel der deutschen Auswanderer. Schüler von Jena stellt den Antrag: daß kein deutscher Staat zwischen seinen Angehörigen und denen eines andern deutschen Staates einen Unterschied hinsichtlich des bürgerlichen, peinlichen oder Prozeß-Rechtes machen dürfe. Kolb kommt auf den von Herrmann kürzlich angestellten Vergleich zwischen Altbayern und der Pfalz zurück. „Wir wollen freie Bürger" — sagt er — „nicht Leute, die wegen Mangels an Geld ewig verdammt sind, Gehülfen eines Reichern zu seyn, wir wollen kein Heloten-thum. Wir können uns nur freuen, daß wir (in der Pfalz) weit mehr freie Grundbesitzer haben, als Knechte und Mägde. Dies hängt zusammen mit der Theilbarkeit des Eigenthums. Jeder kann bei uns Grundeigenthum erwerben, und dies hat die wohlthätigsten Folgen. Schon als die Pfalz noch das Departement des Donnersbergs bildete, zählten wir bei einer Bevölkerung von 420,000 Seelen (also höchstens 95,000 Familien) 87,650 Grundbesitzer. Unsere Bevölkerung ist freiheitsstolz und huldigt dem Princip der Freiheit, in jedem Sinne aber auch der wahren Ordnung. Darum fanden auch bei uns weniger Störungen statt, als anderwärts. Das Princip des Communismus findet dort keinen Anklang." Der Redner stellt sodann einen Vergleich des Bodenertrags zwischen Altbayern und der Pfalz an, woraus sich ergibt, daß z. B. auf einer Quadratmeile in Altbayern 6811 Malter, in der Pfalz 12320 Malter Getreide erzeugt werden; bei andern Producten ist das Verhältniß zu Gunsten der Pfalz wie 1 zu 3 oder 4. „Das sind" — sagt er — „die Früchte der Theilbarkeit des Grund und Bodens, der freien Ansäßigmachung, überhaupt des freien Princips, das durch unsere ganze Gesetzgebung geht. In Altbayern kommen 100 uneheliche Geburten auf 333 eheliche, in der Pfalz 100 auf 910. Eben so günstig stellt sich die Statistik der Verbrechen zu ja z. B. bei Brandstiftung sogar wie 1 zu 144. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Bevölkerung der Pfalz bedeutend größer ist, als die eines südbayerischen Kreises. Seit dem bei uns Gewerbefreiheit besteht, haben die Gewerbe in einem Jahrzehent mehr Fortschritte gemacht, als sonst in einem Jahrhundert. Die Erfahrung zeigt aber auch die Nutzlosigkeit der Abschließung. Lokale Gewerbe bestehen fast nicht mehr; die Freiheit im Zollverein macht den Zunftzwang unmöglich. Die Noth der Gewerbe wird fälschlich der Gewerbefreiheit zugeschrieben; sie ist nicht geringer da, wo das Zunftwesen, als wo es Gewerbefreiheit herrscht. Eine der Hauptursachen ist das Fabrikwesen. Hier muß geholfen werden durch bessere Vorbildung des Handwerkerstandes und durch Associationen (Gewerbshallen u. dgl.) Die sogenannten vermittelnden Uebergänge nützen nichts; sie verschlimmern nur das Uebel. Dieß zeigte sich 1825 in Bayern, als man den Zunftzwang milderte, aber die Untheilbarkeit des Bodens beibehielt, und dadurch Alles dem Gewerbsgebiet zugetrieben wurde. Freisinnigkeit ohne Gewerbefreiheit ist nur eine Täuschung des Volks. Die Gewerbeordnung war schon in ältester Zeit Gegenstand der Reichsgesetzgebung. Der Uebergang vom beschränkenden zum freien Princip ist allerdings mit manchen Nachtheilen verbunden, es ist aber eine Nothwendigkeit der Zeit, benützen Sie diese Zeit. Solche Verordnungen sind nur in außerordentlichen Zeiten möglich; zwingen Sie nicht das Volk, auf die Wiederkehr ähnlicher bewegter Zeiten zu hoffen. Geben Sie jetzt volle Freiheit in allen Beziehungen, und es wird sich ein Gleichgewicht herstellen, besser als durch den Polizeistaat und die Bevormundung des Volks. Die politische Freiheit geht Hand in Hand mit der bürgerlichen; es giebt kein natürlicheres Recht des Menschen, als das, seine Kräfte nützlich gebrauchen zu dürfen. Wenn Sie ihm Das verweigern, geben Sie ihm nicht mit allen übrigen Freiheiten. Der Zunftzwang muß überall fallen, wo politische Freiheit herrscht (Frankreich, England u. s. w.). Der Redner stellt sodann einen Antrag des Inhalts: daß jeder Deutsche an jedem Ort in Deutschland seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, Grundeigenthum erwerben und darüber verfügen und jeden Nahrungszweig mit voller Gewerbefreiheit treiben dürfe; daß er durch die Niederlassung alle Rechte eines Gemeindegliedes erlange, und nur in Bezug auf Gemeindenutzungen und Armenrechte bis zum Erlaß eines allgemeinen Heimathsgesetzes den Gesetzen des betreffenden Staats unterliege, jedoch den Angehörigen desselben gleichgestellt sey. Eben Sie — so schließt Redner seinen Vortrag — dem Volke auch bürgerliche Freiheit, die volle Freiheit; es wird sich sehr bald daran gewöhnen und sich Glück dazu wünschen." — M. Mohl bekämpft zunächst den Antrag Stahls, den Gewerben die Autonomie zu überlassen. Es sey damit wie mit der Autonomie des Adels, das hieße den Bock zum Gärtner machen, und wird uns in das Mittelalter mit seinem starren Zunftwesen zurückführen. Die Ueberspannung der Gewerbe — sagt er ferner — komme nur in den Ländern mit Zunftwesen vor. Das Zunftwesen hindere den Gewerbsmann, sein Gewerbe vernünftig zu betreiben, und mit den Fabriken zu concurriren. Durch den Verfall von Gewerben, deren Erzeugniß aus der Mode gekommen, würden Tausende von Familien an den Bettelstab gebracht, weil ihnen der Uebertritt in andere Gewerbe unterlagt sey (wie z. B. die Wollzeugmacher in Würtemberg) wogegen in Frankreich Millionen Landleute durch Betheiligung an Gewerben wohlhabend würden. Die intelligenten Gesetzgebungen

Digitized by Google

von England, Frankreich, Nordamerika und Holland hätten den Unfug des Zunftwesens vernichtet, und wir sollten es fortwuchern lassen? Der Redner erklärt sich für eine allgemeine Heimath- und Gewerbe-Ordnung durch die allgemeine Gesetzgebung, und für den Antrag der Majorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Löwe: Wenn der Deutsche für deutsche Freiheit warm empfunden solle, so müsse man ihm auch etwas geben, eine Handvoll Erde auf deutschem Boden. Man möge den wahrhaft deutschen Patriotismus auch in diejenigen Kreise übertragen, deren Hände mit Schwielen bedeckt sind. Er spricht zu Gunsten der Freizügigkeit und der freien Arbeit. Die freie Arbeit allein habe England zum mächtigsten Staate der Welt gemacht, während Spanien bei allen Schätzen Peru's und Indiens zum Bettler geworden. Er sey stolz darauf, sagen zu können, daß Preußen durch die Gewerbefreiheit groß geworden und zu einer Kraft gelangt sey, welche die übrigen Stämme erst kennen lernen würden, wenn das ganze deutsche Volk für die deutsche Freiheit vereint im Kampfe stehe. Dann erst werde sich zeigen, welcher Sinn für demokratische Freiheit sich ausgebildet habe. Der Nothstand der Gewerbe sey nicht dadurch entstanden, daß man zuviel, sondern zu wenig Freiheit hatte. Durch Self-government und Association, statt der alten Zünfte, werden wir dem schlimmsten Feinde des Gewerbsstandes entgegentreten, dem Fabrikstand, indem wir eine bessere Existenz des Gewerbsstandes herbeiführen und jedes Gewerbe zu einer Kunst erheben. Mit der Kunst kann die Fabrik nie konkurriren. Wir wollen dem Gewerbsstande wieder die große, stolze und kräftige Stellung des Bürgers im Mittelalter geben, den Handwerker zum Künstler erheben; dadurch werden wir ihn auch vor dem Proletariat bewahren. Wir stehen hier am wichtigsten Punkte der Grundrechte; es handelt sich darum, ob wir einen deutschen Staatsbürger, einen deutschen Staat wollen. Sie können einen Kaiser, einen Reichsstedthern, einen Reichsadmiral, eine Verfassung machen; aber ohne die breite Grundlage des freien, kräftigen Bürgers, der wahrhaft deutsch ist, haben wir nichts geschaffen als ein Luftschloß. (Beifall.) v. Linde erklärt sich für den Antrag v. Hermann's, Adams ꝛc. mit Modifikationen. Er verlangt Berücksichtigung der Gesetzgebungen der einzelnen Staaten, und Autonomie der Gemeinden, die man besten wüßten, wo sie der Schuh drücke. Ph. Schwarzenberg: In Frankreich sey durch unbedingte Gewerbefreiheit das Proletariat und der Beginn einer socialen Revolution herbeigeführt worden. Zwischen unbedingter Gewerbefreiheit und Zunftzwang gebe es noch ein Mittelding, den Grundsatz: möglichst geringen Zwang menschlicher Kraft im möglichst große Summe von Thätern zu bringen. Unbedingte Gewerbefreiheit führe nur zu Ueberschwung der kleinen Gewerbe durch das Kapital, was er u. A. an dem Schicksal mehrerer Fabriken im Elsaß und den beiden Versailler Bahnen nachweisen will. Er stimmt mit Stahl dafür, daß man die Regulirung der Gewerbsverhältnisse den Betheiligten überlasse, unter Sanktion der Reichsgesetzgebung. Die Heimathsgesetze den einzelnen Staaten zu überlassen, wäre das größte Unheil für Deutschland, wegen des großen Andrangs, der aus den Staaten mit beschränkenden Gesetzen nach den freieren sich finden würde. Auch für Freizügigkeit als Grundlage des Bundesstaats, und gegen ein Provisorium als eine Ungerechtigkeit gegen diejenigen Staaten, welche Freizügigkeit besitzen. Er glaubt, daß der Entwurf einer Heimaths- und Gewerbeordnung noch während dieser Versammlung von dem volkswirthschaftlichen Ausschuß vorgelegt werden konnte. v. Beisler glaubt, es vertrage sich nicht mit dem Recht der freien Association, den Gemeinden Genossen aufdringen zu wollen. Ein Reichsgesetz wäre Centralisation, hieße die Polizei in die einzelnen Staaten, Gemeinden, ja selbst in die einzelnen Werkstätten tragen. Er will nur zwei Grundsätze in die Grundrechte aufgenommen wissen: 1) daß das Bürgerrecht in einem deutschen Staate auch das Bürgerrecht in ganz Deutschland gewähre und 2) daß jeder deutsche Staatsbürger an jedem Orte in Deutschland sich aufhalten dürfe und auf gleichem Fuße mit den Angehörigen desselben behandelt werde. „Bleiben wir — sagt er — in den höheren Regionen, welche sich über den Partikularegoismus ausbreiten, dann werden wir Sympathien für deutsche Einheit erwecken. An dem Tage, wo wir Gesetze geben über Anfässigmachung, Heimath und Gewerbe, die störend eingreifen in die Rechte, Interessen und selbst Vorurtheile der Gemeinden, geben wir den Regierungen die Macht in die Hände, alle unsere Beschlüsse abzuweisen; denn die Gemeinden werden auf ihrer Seite gegen uns seyn." (F. J.)

Frankfurt, 14. Juli. Sowohl Se. Maj. der König von Würtemberg, als auch JJ. kk. HH. die Großherzoge von Baden und von Hessen, und JJ. HH. die Herzoge von Nassau und von Sachsen-Meiningen verweilen gegenwärtig in unserer Stadt. Heute noch wird auch Se. Maj. der König von Bayern hier erwartet. So lasi, Hobeit der Erzherzog-Reichsverweser, wird, wie es heißt, diesen Abend 5 Uhr seine Rückreise nach Wien antreten. Herr von Wessenberg wird noch zwei Tage hier verweilen. (F. J.)

Frankfurt, 14. Juli. Eine Reichsministerliste, die heute in der Reichsversammlung zirkulirte, enthält folgende Namen: Wessenberg Auswärtiges, Camphausen Inneres, General Schreckenstein (aus Berlin) Krieg, Schmerling, Welker (von München), Senator Duckwitz aus Bremen. Letzterer würde das Handels- und Marine-Ministerium übernehmen. Sicheres ist noch nichts bekannt.

München, 13. Juli. Dem Finanzministerium ist heute durch eine Gesellschaft einiger Augsburger Banquiers ein Darlehen von einer Million Gulden angeboten worden, um bis zum Eingange der nächsten Steuern den sich so gestaltenden Ausfordernungen leichter genügen zu können. Je schleckeren Fortgang, wie wir von mehreren Seiten hören, die freiwillige Anleihe macht, mit desto lebhafterer Freude und diese gerechterer Anerkennung berichten wir diesen Beweis von Patriotismus, dem eine häufige Nachahmung zu wünschen. (D. c. J.)

München, 14. Juli. Zur Abwechslung hatten wir gestern Abends wieder einmal einen Bierkrawall. Bei dem „Maderbräu" im Thal, bei welchem es häufig zu Exzessen kömmt, wurde ein Gast, ein Handwerker, wegen einer Kleinigkeit vom Bräuer auf brutale Weise behandelt. Die Kameraden des Handwerkers, wie überhaupt alle Anwesenden, der arbeitenden Klasse angehörig, nahmen dessen Partei und zertrümmerten Fenster und Geräthschaften. Die herbeigeeilten Gendarmerie- und Infanterieabtheilungen schützten zwar das Haus vor weiterer Zerstörung, wurden dafür aber dann vom Janhagel mit Steinwürfen begrüßt, wodurch leider einige Verwundungen der Mannschaft verursacht wurden. Auch einige Zivilisten erhielten kleine Verwundungen. Auch heißt es, es sey auf die Truppen ein Schuß gefallen, der den Heim eines Offiziers durchbohrt habe, doch kann ich Dieß nicht verbürgen; gewiß ist nur, daß noch Nachts um 11 Uhr bedeutende Truppenmassen ausrücken mußten, die erst, ohne daß weitere Exzesse vorgefallen wären, um 2 Uhr Morgens in die Kasernen zurückkehrten.

Berlin, 13. Juli. Die Nationalversammlung stimmte in ihrer gestrigen Sitzung nach Verwerfung des Jacobyschen Antrags auch noch über das vom Abg. Bloem beigebrachte Amendement ab. Dasselbe enthielt den Antrag: „Die Versammlung wolle erklären, daß sie die Befugniß der deutschen Nationalversammlung anerkenne, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Staaten einzuholen, einen Beschluß zu fassen, durch welchen ein unverantwortliches Reichsverweser ernannt werden sey; daß sie aber glaube, einer jeden Kritik dieses Beschlusses sich enthalten zu müssen." Abg. Bloem erklärte, den Schlußsatz (von „daß sie aber glaube" bis zu Ende) zurückziehen zu wollen; es erhob sich aber hiergegen Widerspruch. Das Amendement kam unverändert zur Abstimmung und wurde mit 240 gegen 36 Stimmen verworfen.

Berlin, 13. Juli. Auf dem königl. Criminalgerichte hat heute früh vor der Urtheilung für Kapitalverbrechen die öffentliche Gerichtsverhandlung wegen des am 14. Juni gegen das Zeughaus verübten Attentats begonnen. Die Verhandlung dauert für jetzt nur den Thierarzt Urban, die Kaufleute Korn und Löwinsohn und den Maschinenbauer Siegrist, welche beschuldigt sind, das Volk zu dem Attentat aufgereizt zu haben. Als Vorsitzender fungirt der Kammergerichtsrath und Landtagsabgeordnete Haraffowitz, als Staatsanwalt der Kreisjustizrath Neumann, als Vertheidiger Dr. Stieber, Referendare Meyen und Wolheim und der Dr. Löwinsohn. Der heutige Tag wurde durch das Verhör der Angeklagten und die Vernehmung von etwa 30 Zeugen ausgefüllt. Es hat sich dabei herausgestellt, daß das Attentat keine gewinnsüchtige Absicht verfolgt hat, sondern lediglich politischer Natur gewesen ist. Theils war die betreffende Partei unzufrieden damit, daß das Zeughaus noch immer ausschließlich vom Militair besetzt war, theils wollte man die Volksbewaffnung auch auf die untern Volksklassen ausgedehnt wissen. Es waren den Arbeitern auch in dieser Beziehung von den Behörden Versprechungen gemacht, aber nicht erfüllt worden. Erst nachdem das Zeughaus erstürmt war, kamen unlautere Personen hinzu und gaben dem politischen Act ohne Schuld der Urheber die Färbung einer gemeinen Plünderung. Es sind bei dem Attentat auf Seiten des Volkes zwei Personen getödtet und etwa drei Personen verwundet worden. Hingegen zählt die Bürgerwehr 22 durch Steinwürfe verwundete Personen. Die Bürgerwehr hat nicht zuerst Feuer gegeben, sondern erst nachdem aus dem Volk ein Pistolenschuß und ein Steinhagel gefallen war, haben drei Bürgerwehrmänner Feuer gegeben. Diese drei Wehrmänner hatten ihren Commando, aus bloßer persönlicher Nothwehr geschossen. Die Hauptschuld von dem Rückzuge des Hauptmanns

Digitized by Google

v. Natzmer trifft den Lieutenant Tschow, der, nach der Aussage mehrer Zeugen, dem Hrn. v. Natzmer erklärt hat, er sey selbst Offizier, könne die Lage des Hrn. v. Natzmer sehr wohl ermessen, könne ihm aber als Ehrenmann nur zum Rückzuge rathen, da Alles verloren sey. (Nach den Lithographirten Nachrichten ist Lieutenant Tschow zu lebenswierigem, Hauptmann v. Natzmer zu zojährigem Festungsarreste durch das Kriegsgericht verurtheilt worden. (D. A. Z.)

Dresden, 11. Juli. Der Kaiser von Rußland hat an Wimibischgrätz ein Beglückwünschungs-Schreiben ergehen lassen, in welchem der prager Aufstand als potnisch bezeichnet wird. Hr. v. Meyendorff, der das Schreiben erhielt, schickte seinen eigenen Sohn, welcher die Ferien in Peterdam zubringt, nach Prag, um das genannte Schreiben Windischgrätz selbst zu überbringen.

Kassel, 11. Juli. Die Ständeversammlung hat heute einen Antrag des Deputirten Pfeiffer auf Gestattung der Ehe zwischen Juden und Christen zu dem ihrigen gemacht und die Regierung ersucht, in dem zu erwartenden Gesetzentwurf, die Regelung der Verhältnisse der religiösen Dissidenten betreffend, auch auf die Ehe zwischen Christen und Juden Bedacht zu nehmen. (F. Z.)

Rendsburg. Die Börsenhalle vom 12. Juli schreibt, aus den neuesten Berichten aus Nordschleswig ergebe sich, daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, von welchem während der letzten Tage so vielfach die Rede gewesen sey, nicht in Berlin und Kopenhagen, sondern zwischen den Befehlshabern der einander gegenüberstehenden Heere abgeschlossen werden solle und daß, wie authentische Mittheilungen vom 9. Juli erwarten lassen, der Abschluß in einigen Tagen stattfinden werde.

Altona, 12. Juli. Vorgestern soll Geheimrath Welcker von Ratzeburg nach Rendsburg gekommen seyn, um in Betreff des lauenburgischen Contingents Bestimmungen zu treffen. Wie es heißt, soll Lauenburg selbst während des Waffenstillstandes von Frankfurt aus administrirt werden. — Heute findet in Rendsburg eine große Feierlichkeit zu Ehren der Ernennung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser statt. (D. A. Z.)

Ungern.

Pesth, 10. Juli. Vom Schauplatze der Insurrektion ist die Nachricht von einem blutigen Kampfe bei den „römischen Schanzen" eingegangen. Die Insurgenten sollen aus ihrer Stellung gedrängt und geschlagen worden seyn. An 300 Todte und eben so viel Gefangene nebst Geschütz und Munition sollen sie zurückgelassen haben. Der Verlust der Ungarn wird auf 50 angegeben, worunter 2 Offiziere. Nach andern Nachrichten wären die Ungarn im Nachtheile geblieben, indem das Militär nicht habe Pardon geben wollen. Authentisch ist bis jetzt nur der Thatsache des Kampfes selbst.

Italien.

Mailand, 5. Juli. Gleichsam unseren deutschen Radikalen zum Hohne, die nach ächtem Sophistenegoismus, wie es der Augenblick erheischt, bald aller Nationalität ins Gesicht schlagen, und sie bald wiederum auf Kosten ihres eigenen Vaterlandes bei den fremden Völkern in aller Reinheit dargestellt wissen wollen, tauchen wie in Venedig so auch in Mailand allmählig die österreichischen Sympathien mit einer für die provisorische Regierung äußerst bedenklichen Macht wieder auf. Es beginnen die Umrisse alle noch gerade klar zu werden, was auch unsere Republikaner noch nicht begriffen haben, daß ein anderes System in Oesterreich und überhaupt in Deutschland aus Roder gekommen ist, und daß es bei enger Verknüpfung der materiellen Interessen am Ende doch wohl nicht so übel wäre, sich mit diesem Lande auf einen bessern Fuß zu stellen. In solchem Sinne haben hier gestern nicht unbedeutende Unruhen stattgefunden, welche, wenn gleich noch unterdrückt, und von den italienischen Blättern als unerheblich dargestellt, ja von den einigen sogar als eine Kundgebung feigerischer Unzufriedenheit mit dem in Rede stehenden Frieden ausgebeutet, bei ruhiger Benützung gegenwärtig der russischen Politik in Oberitalien einen nicht zu verachtenden Hebel in die Hand geben. (D. Z.)

Frankreich.

* Paris, 12. Juli. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung legte der Minister des Innern drei wichtige Gesetzentwürfe vor. Der erste, die Caution der politischen Journale betreffend, setzt die Caution für die täglich erscheinenden Journale in Paris und die drei Departements der Seine, Seine und Oise und Seine und Marne auf 24,000 Fr. fest, (diese Caution war unter Louis Philipp 100,000 Fr.) und für alle übrigen Departements auf 6000 Fr. Der zweite, die Bestrafung der Preßvergehen betreffend, ist nur eine neue Auflage der vor den Septembergesetzen bestehenden Preßgesetzgebung. Der dritte über die Clubbs bedingt, daß jeder Clubb vor seiner Eröffnung die vorläufige Anzeige bei der Behörde mache, daß seine Sitzungen öffentlich seyen und ein Commissär denselben beiwohne. Endlich legte der Minister noch drei Gesetzentwürfe vor, der erste bewilligt den Theatern von Paris, die noch immer nicht eröffnet haben) eine Unterstützung von 300,000 Fr. der zweite der großen Oper eine außerordentliche Unterstützung von 160,000 Fr. und der dritte den hülfsbedürftigen Schriftstellern eine Unterstützung von 300,000 Fr. Eine Petition des Clubs der Antonine in Toulouse, die die Bestrafung der Nationalgarde von Rouen verlangt, weil diese auf das Volk gefeuert habe, ward dem Justizminister und der Untersuchungs-Commission zugewiesen.

Der Justizminister Bethmont ist seit einigen Tagen nicht in der Versammlung erschienen. Ein häusliches Unglück, das ihn betreffen hat, ist daran schuld. Seine junge Frau, Mutter zweier Kinder, ist in Folge des durch die Insurrection erlittenen Schreckens wahnsinnig geworden und die Aerzte geben keine Hoffnung zu einer Heilung.

Aus der Gesammt-Uebersicht der Berathung der Bureaux über den Verfassungs-Entwurf geht nun hervor, daß sich die überwiegende Majorität der Versammlung für das System einer einzigen gesetzgebenden Versammlung ausspricht. Nur Thiers und die ehemalige Linke sind für zwei Kammern.

Eine officielle Note des Sekretariats der Executivgewalt zeigt heute an, daß die Untersuchung gegen die Theilnehmer der letzten Insurrektion rasch fortschreite. Die Verhöre von 3000 Gefangenen seyen bereits ganz beendigt und 165 davon in Freiheit gesetzt worden, da keine belastenden Indizien gegen sie vorlagen. Zugleich wird auf das Bestimmteste erklärt, daß alle in Umlauf gesetzten Gerüchte über nächtliche Hinrichtungen u. dgl. gänzlich unwahr seyen.

Der am 7. in Toulon eingetroffene Dampfer Couple bringt ungünstige Nachrichten aus Algier. Im Osten der Colonie zeigt sich eine große Anfregung, die Bergkabylen haben einen Angriff gegen Bubschia gemacht und Truppen worden in aller Eile auf Dampfschiffen dahin abgeschickt. Erst der nächste Dampfer kann nähere Details bringen.

Am 7. traf ebenfalls in Toulon der Dampfer Solon von Neapel ein, das er am 3. verlassen hatte. Er brachte dringende Depeschen des Admirals Baudin an die Regierung. Bei dem Abgange des Solon ließ der König von Neapel starke Truppenkorps auf seinen Dampfern einschiffen, und man sprach von einer Expedition gegen Sicilien. Admiral Baudin soll Instruktion verlangt haben, was er thun solle, falls die Unabhängigkeit Siciliens bedroht würde. Der größte Theil von Calabrien soll sich wieder unterworfen haben, nur in Cosenza hielten die Insurgenten noch. Die französische Escadre hat am 5. die Rhede von Neapel verlassen und sich nach Palermo begeben sollen.

Nachrichten aus Athen vom 20. Juni melden, daß Sir Stratford Canning an diesem Tage Athen in der größten Erbittterung, und ohne vom Könige Otto in Abschieds-Audienz empfangen worden zu seyn, verlassen habe. Seine letzten Worte, als er sich auf dem Dampfer nach Constantinopel einschiffte, waren: „Nur Gott allein kann Griechenland noch retten." — Dieselben Berichte melden, daß die Stellung des französischen Gesandten General Aupick in Constantinopel noch immer dieselbe ist. Sie sagen, von Rußland inspirirt, ignorirt seine Anwesenheit. Es sind jetzt die förmlichen Beglaubigungsschreiben von hier an den General abgegangen und derselbe wird mit diesen nun der Pforte die kategorische Frage der Anerkennung der französischen Republik stellen.

Die Regierung soll heute wichtige Depeschen aus Rom erhalten haben, denen zu Folge der Papst von einem Schlaganfalle getroffen, in einem bedenklichen Zustande sich befinden soll. ?

Großbritannien.

London, 11. Juni. Auch Ernest Jones ist, wie der dritthalbstündigen Vertheidigungsrede seines Anwalts, von den Geschworenen schuldig befunden worden. Eine Stunde nachher wurden sämmtliche verurtheilte Führer der Chartisten, Fussell, Williams, Vernon, Sharpe, Looney und Jones, vor die Richter geführt, um ihren Spruch zu vernehmen. Fussell ward wegen Aufruhrs zu zwei Jahren, wegen Theilnahme an einer ungesetzlichen Versammlung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Er behauptete von Neuem, nicht zum Meuchelmorde aufgefordert zu haben. Aehnliche Strafen erhielten Sharpe, Vernon und Looney, letzterer lachte und sagte: Sehr wohl, dies ist gut! E. Jones wollte eine längere Rede halten, ward aber nach einer Weile vom Oberrichter unterbrochen. Auch Jones ward zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, außerdem zu 500 Pf. St. Bürgschaft. Als er den Spruch gehört, sagte er: „Ich wünsche Euch. Herrlichkeit gute Nacht, und mögt Ihr schlafen mit dem Motto: Die Charte und keine Ergebung! um Euren Nacken." Man kann es nur

Digitized by Google

billigen, daß die Strafen so milde ausgefallen sind und den überwundenen Revolutionären keine Härte gezeigt ist, welche die Leidenschaften ihrer Partei aufs Neue entflammt haben würde. Man athmet in England auf, und fordert auch jetzt in Irland rasches, kräftiges Einschreiten, wo die Gefahr allerdings drohend ist, wenn wirklich, wie behauptet wird, 50,000 Verbündete mit Waffen versehen sind und nur das Ende der Aernte abwarten, um die Sensen zu etwas Anderem zu gebrauchen, als zum Mähen. Auch Lord Brougham fordert zur schleunigen Unterdrückung der irischen Clubs.

Lokales und Provinzielles.

Ein Zeugniß vom regen politischen Leben in unserer Provinz giebt die lebendige Theilnahme, die sich in den meisten Wahlbezirken an das Verhalten und Wirken der diesjährigen Abgeordneten im deutschen Reichsparlamente ankündigt. Mehrere derselben leben in Correspondenz mit ihren Wählern getreten, worin sie ihre zweitägen Abstimmungen rechtfertigten suchen, manchmal eine Aufsicht in das innere Räbergetriebe des Frankfurter Reichstages gestatten und endlich nebenbei auch sich gegen Angriffe von Seiten der Presse vertheidigen. Mit großer Spannung werden dergleichen Berichte von den Wählern erwartet, mit Aufmerksamkeit gelesen und nach allen Seiten hin besprochen. — Aus einem Berichte des Abgeordneten für den Höfer Wahlbezirk Dr. Gebhart, der sich im Höfer Wochenblatt abgedruckt findet, entnehmen wir die Motivirung seiner Abstimmung in zwei Beschlüssen, von denen namentlich der zweite von der Linken im Parlamente wie von deren Partei im ganzen Volke heftig angefochten wurde. Wir lassen hier den verehrlichen Abgeordneten selbst sprechen: Damit mein Abstimmen bei dem Gesetze über die Bildung einer provisorischen Reichsgewalt nicht eine Verdächtigung erfahren möge, so gebe ich hierüber eine Erklärung ab. Der Kürze wegen will ich mich indeß auf die zwei Punkte beschränken, um derentwillen die Hochrepublikaner ihre politischen Freunde eines Hochverraths an der Nationalsouveränetät zu beschuldigen pflegen. Es sind dieß die zwei Sätze: der Reichsverweser ist unverantwortlich und des Verweser des Antrags: die Centralgewalt hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. Sollte die Einsetzung einer Regierungsgewalt wirklich segenbringend für Deutschland werden, sollte sie im Innern das entschwundene Vertrauen wieder herstellen und auch dem Auslande gegenüber dem Vaterlande eine Achtung gebietende Stellung sichern, so mußte jene Gewalt in die Hände eines Fürsten gelegt und dieser Fürst von den Vertretern des Volkes gewählt werden. Nur so wurde eine Vereinigung der feindlich einander gegenüber stehenden Parteien im Volke möglich gemacht. Hätte man nun den zu wählenden Fürsten, über dessen Person man sehr bald einverstanden war, für seine Regierungshandlungen verantwortlich gemacht, so würde es die Wahl entweder nicht angenommen haben, oder bei dem ersten Zerwürfnisse mit der Nationalversammlung abgetreten sein. Was solch ein Rücktritt für Deutschlands Ruhe und Wohlfahrt für Folgen gehabt haben würde, ergiebt sich zur Genüge aus den bisherigen Zuständen unseres Vaterlands. Aller Mißbrauch der dem Reichsverweser eingeräumten Macht ist aber dadurch abgeschnitten, daß keine seiner Anordnungen gültig ist, wenn sie nicht wenigstens von einem der verantwortlichen Minister mit unterzeichnet ist. Deshalb stimmten denn 373 gegen 175 für die Unverantwortlichkeit und ich mit ihnen. Auch bei der Abstimmung über den Satz, daß die Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen habe, hatten jene Gründe mitgewirkt, daß ich Nein sagte, aber es bestimmten mich hiezu auch noch andere Rücksichten. Die Nationalversammlung war zusammenberufen worden, um Deutschland eine Verfassung zu geben, sie sollte eine konstituirende, nicht eine regierende sein. Da aber der Bundestag durch die Meinung des Volkes geächtet und außer ihm keine Regierungsgewalt da war, so mußte die Nationalversammlung auch Regierungsgeschäfte übernehmen und wurde durch dieselben vielfältig in Lösung ihrer eigentlichen Aufgabe gestört. Wäre das so fort gegangen, wie in den ersten 4 Wochen, das Zustandekommen der Verfassung würde nicht um Monate, sondern um Jahre hinausgeschoben worden sein. Dazu wurde da eben das Reichsregiment eingesetzt, daß die Versammlung ungestört ihre Zeit und Kraft dem Verfassungswerke zuwenden könnte. Und drumoch würde ich nicht gegen die Aufnahme dieses Satzes gestimmt haben, wenn man dem Reichsverweser das Recht hätte zusichen wollen, gegen Beschlüsse der Nationalversammlung wenigstens in so weit Einsprache zu erheben, daß eine nochmalige Berathung derselben hätte vorgenommen werden müssen. Uebrigens schließt die Ablehnung eines Gebotes noch nicht die Festsetzung des entgegenstehenden Verbotes in sich und die Zeit wird lehren, daß nicht blos die Gesetze, sondern auch die Beschlüsse, welche die Nationalversammlung in besonders wichtigen Angelegenheiten fassen wird, durch die Reichsgewalt zur Verkündigung und Vollstreckung kommen werden. Von allen Seiten her wird gemeldet, daß sich Land und Volk unserer Wahl freuen, daß das entschwundene Vertrauen zurückkehrt, daß die Staatspapiere steigen, die Fabriken sich wieder öffnen und der stetige Arbeiter wieder lohnende Beschäftigung findet. Auch auf die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten wird gewiß die Wahl des Erzherzog Johann zum Reichsverweser in Deutschland nur einen wohlthätigen Einfluß äußern.

Anzeigen.

Der Kgl. Advokat Herr Lunckenbein zu Hof erweist durch sein Inserat vom 7. d. M., eine gegen den hohen Febreaus'prnch eigne Willkühr, den hochgeehrten Kreisgerichtlichen Auftrag d. d. Bayreuth am 6. April 1848 lediglich nach eignem Gutbefinden zu interpretiren. Dieser hochgeehrter Auftrag ist klar, stehend, unbedingt ausgesprochen, und hat längst seine Rechtskraft beschritten.

Anbelangend das pole mola weiteren Vorbringens, so erlaubt sich der Kgl. Advokat Herr Lunckenbein aufs neue ein Mancipatio Arrogans gegen §. 166. Tit. XIV. Th. I. des noch gültigen Kgl. Preußischen Landrechtes; dagegen ich meine Anrechte in den Gütern Münchenreuth und Hartmannsreuth wiederholt verwahre.

Ferner wird der Kgl. Advokat Herr Lunckenbein sehr wolle seine Thatwerke beilegen, wenn es dessen Sinnesart convenabel, die Correspondenz vom 28. August 1846 inclusive bis hieher mit ihren causa cognita cognitio vorzulegen, damit einerseits omnia contra ac dicta sunt evenerunt gemäß wahrheitshaltig ermessen und ewegen dessen beregtes Inserat werden könne, andererseits die gepriesene Ehrenhaftigkeit — eo ipso keine Anmaßung gegen meine beregten Anrechte rechtlich zusteht — sich das volle Beedigen erwerbe.

Uebrigens werde ich den hochgeehrten Kreisgerichtlichen Auftrag auf dem gesetzlichen Wege verfolgen und auf eine weitere Entgegnung mich nicht mehr einlassen, bis überhaupt die Insterate mir meiner mehr gedachten Anrechte in ihrem Soll seit 19 Jahren 7 Monaten erleuchtet an den Tag gebracht seyn wird.

Münchenreuth, den 11. Juli 1848.

August Freiherr von Feilitzsch.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam,

anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr. nebst Bericht mit vielen authentischen Zeugnissen über die Bewährung dieses untrüglichen Haarwuchsmittels;

Eau d'Altrona oder feinste flüssige Kothurstenfeife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten das Glas zu 20 kr. sammt Gebrauchsanweisung;

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfums darstellt, zu 36 kr. und zu 18 kr. per Glas.

Duft-Essig ein vorzügliches Zimmerparfüm und Desinfizirungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt, 15 kr. das Glas, ist fortwährend zu haben bei

J. Schweiger & Comp.

Lehrerversammlung in Culmbach.

Von verschiedenen Seiten aufgefordert, beraumen die Unterzeichneten auf Sonnabend den 22ten d. M. eine Lehrerversammlung für Oberfranken hiermit an. Als Versammlungsort wählen sie wegen der geeigneten Lage Culmbach. Die Versammlung findet in dem Saale zum goldenen Anker statt und beginnt früh 9 Uhr. Der Hauptgegenstand der Berathung betrifft eine Adresse an die hohe Reichsversammlung in Frankfurt; es können übrigens auch andere die Verhältnisse der Volksschule und ihrer Lehrer betreffende wichtige Gegenstände berathen werden.

Die Volksschullehrer von Bayreuth und Culmbach.

Ein Logis, bestehend aus 3 Zimmern, 1 Kabinet, Kammer, Waschküche; und ein Zimmer für eine Dame oder Herrn ist auf Jakobi oder Martini zu vermiethen im Hause Nr. 440 auf der Dammallee.

Im Hause Nr. 372 in der breiten Gasse ist das mittlere und untere Quartier auf Jakobi oder Martini zu vermiethen.

Zum Verlage der Geh. Kammerath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 198.** **18. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 15. Juli. Der Erzherzog Johann hat heute die Rückreise nach Wien angetreten, nachdem er vorher der Nationalversammlung in einer Botschaft seine nahe Rückkehr angezeigt, auch einstweilen 3 Minister ernannt hatte, nemlich für innere und ausw. Angelegenheiten Hrn. v. Schmerling, Präsidenten des aufgelösten Bundestags, für die Justiz Hrn. Heckscher, für den Krieg der preuß. General v. Peucker, bisher Mitglied der Militairkommission. Die beiden ersten sind Parlamentsmitglieder und gaben der Versammlung sehr befriedigende Erklärung über die Grundsätze, die sie zu befolgen gedenken. Der Reichsverweser hat auch einen Aufruf an das Volk erlassen. Die Nationalversammlung beschloß heute, die deutsche Armee bis auf 2 Proz. der Bevölkerung, also auf 900,000 Mann zu vermehren, jedoch soll die Mannschaft erst im Augenblick des Bedarfs aufgeboten und einstweilen nur exercirt, die Waffen und Uniformen aber sogleich angeschafft werden. Der Beschluß fand lebhaften Widerstand, wurde aber zuletzt, wegen der drohenden Gefahren sowohl von Osten als Westen her, mit 303 gegen 49 Stimmen angenommen. Die Versammlung hat zugleich die Bedingung gestellt, daß alle Befreiungen vom Kriegsdienst aufgehoben und die neuen Mannschaften mit Vermeidung jedes militairischen Prunkes so einfach uniformirt werden, als es der Bestimmung der Landgarden, zu der sie den Uebergang bilden sollen, angemessen ist.

Auf der Durchreise des Reichsverwesers durch Nürnberg, wo er am Sonntag früh um 5 Uhr ankam und festlichst empfangen wurde, wobei folgendes Manifest an das deutsche Volk ausgetheilt. „Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt. Unter dem Zurufe des Vertrauens, unter den Grüßen voll Herzlichkeit, die mich überall empfingen, und mich rührten, übernahm ich die Leitung der provisorischen Centralgewalt für unser Vaterland. Deutsche! nach Jahren des Druckes wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie muthig und beharrlich erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn Ihr werdet wissen sie zu wahren. Eure Vertreter werden das Verfassungswerk für Deutschland vollenden. Erwartet es mit Vertrauen. Der Bau will mit Ernst, Besonnenheit, echter Vaterlandsliebe geführt werden. Dann aber wird er dauern, fest wie Eure Berge. Deutsche! Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Straßen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Eure Fleiß wird Arbeit finden, Eure Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertrauet Euren Vertretern, wenn Ihr mir vertrauet, den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen. Aber vergeßt nicht, daß die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wickt mit mir dahin, daß diese zurückkehren, wo sie gestört worden. Dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit werde ich mit dem vollen Gewichte der Gesetze entgegentreten. Der deutsche Bürger muß geschützt seyn gegen jede strafbare That. Deutsche! laßt mich hoffen, daß sich Deutschland eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Ihn zu erhalten, ist meine heiligste Pflicht. Sollte aber die deutsche Ehre, das deutsche Recht gefährdet werden, dann wird das tapfere deutsche Heer für das Vaterland zu kämpfen und zu siegen wissen. Frankfurt, den 15. Juli 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Die Reichsminister Schmerling. Peucker. Heckscher.

Frankfurt, 15. Juli. Vor seiner Abreise erschien Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser gestern in der schön ausgestatteten großen Loge unseres Theaters, in welchem bei glänzend erleuchtetem Hause „Oberon" gegeben wurde. Bei seinem Eintritte wurde derselbe von dem zahlreich anwesenden Publikum mit endlosem Jubel empfangen. Jedermann erhob sich und es gewährte einen reizenden Anblick, die zahlreich anwesenden geschmückten Damen zu seiner Begrüßung die Tücher schwenken zu sehen. Als nach Beendigung des zweiten Aktes der so Gefeierte sich an der Logenbrüstung zeigte, fand wieder allgemeines Erheben statt, und unter lautloser Stille sprach derselbe folgende herzliche Worte: „Ich muß jetzt auf kurze Zeit Abschied nehmen. Ein gegebenes Wort ruft mich nach Wien und das Wort muß dem deutschen Mann heilig seyn. Bald kehr ich zurück und bringe mit, was mir das Theuerste ist: Weib und Kind!" Diese gemüthvolle Anrede fand den Weg zu den Herzen der Anwesenden, und nachdem der Erzherzog schon die Loge verlassen, schallte ihm noch das Vivat und Hoch der Versammlung nach. (F. J.)

Frankfurt, 14. Juli. (Ausführlicher Bericht der 38. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung.) Die von den Abg. aus Hannover übergebene Erklärung lautet wie folgt: „Die unterzeichneten, im Königreich Hannover zur deutschen Nationalversammlung erwählten Abgeordneten haben das Schreiben, welches das königlich hannoversche Gesammtministerium unterm 7. d. M. an die jetzt vertagte hannoversche Ständeversammlung gerichtet hat, und welches dieser Erklärung anliegt, mit der Aufmerksamkeit geprüft, welche dessen Inhalt erheischt. In Folge dieser sorgfältigen Erwägung sind sie der Ansicht, daß 1) wenn in den Worten „Auch haben Allerhöchstdieselben im Vertrauen auf diese Persönlichkeit, und in der Voraussetzung, daß Seine kaiserliche Hoheit die Wahl annehmen werden, Bedenken, welche die Form und der Inhalt des Beschlusses über die Demselben zu übertragende Gewalt zu erregen wohl geeignet gewesen, jetzt nicht geltend zu machen, Sich entschlossen," etwa der Vorbehalt enthalten seyn sollte, dergleichen Bedenken in der Folge geltend zu machen, ein solcher Vorbehalt als durchaus unzulässig und wirkungslos erscheint; und daß 2) die Unterzeichneten sich nicht als Abgeordnete eines einzelnen Staates, sondern als Abgeordnete des deutschen Volks anerkennen und sich durch den Inhalt des mehrgedachten Schreibens in der Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie dem Gesammtvaterlande gegenüber haben werden betreten, noch beschränken lassen werden, wie sie denn auch die Ueberzeugung hegen, daß es überall nicht in der Absicht der Nationalversammlung liegt, die Besonderheiten der einzelnen deutschen Stämme und Staaten weiter zu beseitigen, als die Herstellung einer kraftvollen Einheit Deutschlands unumgänglich erfordert. Frankfurt am M., den 12. Juli 1848. (Folgen die Unterschriften.) Abg. Wesendonck motivirte seinen Antrag, die Nationalversammlung solle der Centralgewalt dringend empfehlen, die in dem Ministerialschreiben enthaltenen Bedenken und Vorbehalte gegen die Befugnisse der Centralgewalt und des Reichsverwesers durch das verantwortliche Ministerium zurückweisen zu lassen. Es handle sich hier von einer eventuellen Widersetzlichkeit, einer Drohung. Ein Schrei der Entrüstung habe sich in ganz Deutschland erhoben, die Augen von ganz Deutschland seyen auf die Nationalversammlung gerichtet; es hoffe, daß sie eine solche Drohung nicht ohne Satisfaktion hinnehmen sondern entschieden zurückweisen werde. Er habe eine einmüthige Erklärung gewünscht, wo es die Ehre, Macht, Einheit und Würde der Nationalversammlung und des gesammten Deutschlands gelte, und deßhalb seinen Antrag so milde gefaßt. Lang aus Hannover mißbilligt ebenfalls das Schreiben. Was hier in der Paulskirche beschlossen werde, müsse von Jedermann in Deutschland befolgt werden, möge er hoch oder niedrig stehen. Indessen habe der König von Hannover bloß die Drohung ausgesprochen, in einem gegebenen Falle abtreten zu wollen. Redner glaubt nicht, daß diese Erklärung hier in der Nationalversammlung große Besorgniß erwecken werden. (Beifall) Er wünscht, daß Wesendonck seinen Antrag zurücknehmen. Leue: Da es jedem deutschen Regenten streitbar, die Regierung niederzulegen, wann und wo es ihm beliebt, und da die Nationalversammlung ihren Beschlüssen Anerkennung und Befolgung zu verschaffen wissen werden, so gehe sie zur Tagesordnung über. Graf Wartensleben schlägt, mit Rücksicht auf die Erklärung der hannoverschen Abgeordneten ebenfalls Tagesordnung vor; eben so Biedermann, weil die Erklärungen der hannoverschen Regierung an und für sich null und nichtig, sepen, und Grumbrecht in der Erwartung, daß die Centralgewalt die nöthigen Maßregeln ergreifen werde. Schuselka: Es dränge sich Jedem das Gefühl

Digitized by Google

auf, als ob die Nationalversammlung hier nur ein Scheinwerk verrichte, und das Werkzeug geheimer diplomatischer Intriguen sey. Wenn dem so wäre, müßte Jeder sein Mandat dem Volke, das ihn mit seinem schwer erworbenen Gelde bezahlt, zurückgeben. Ein deutscher Fürst, der zugleich Unterthan einer andern Königin sey, wage es, der gesammten deutschen Nation ins Gesicht zu sagen, daß er es mit seiner Ehre nicht verträglich erachte, sich der Reichsverfassung zu unterwerfen. Die Nationalversammlung sey es der Majestät des deutschen Volkes schuldig, darauf zu bringen, daß kein Monarch mehr in Deutschland regiere, der einem fremden Fürsten Treue geschworen habe, dem Fürsten eines Landes, dessen Verhältnisse und Interessen mit den unserigen in so vielfachem Widerspruch ständen. Er trägt darauf an, die Centralgewalt solle das Verhältniß Hannovers zu England untersuchen. Raumerck meint: Die Privatmeinungen des Königs von Hannover hätten für die Nationalversammlung keinen Werth; das constitutionelle Ministerium sey anzuweisen, fernerhin keine Privatmeinungen des Königs zur Richtschnur seines amtlichen Benehmens zu machen. Bassermann: Wenn die Drohung des Königs von Hannover ausgeführt würde, dann würde das Land reichsunmittelbar, und ein Schritt mehr zur deutschen Einheit wäre geschehen. Er billigt das energische Auftreten gegen Hannover. Aber nicht blos von rechts, auch von links seyen Versuche zum Widerstand gegen die Nationalversammlung gemacht worden; auch von links habe man sich zum Richter über ihre Beschlüsse aufgeworfen und Angriffe auf sie gemacht. In der Berliner Nationalversammlung sey beantragt worden, einen Beschluß der deutschen Nationalversammlung zu mißbilligen. Das hannoversche Ministerium habe wenigstens nur gegen künftig mögliche, nicht gegen bereits gefaßte Beschlüsse protestirt. Er wolle mißtrauischen Auftreten gegen dem Widerstand, gegen jede Reaktion, komme sie von einem Thron, oder von der linken Seite der Kammer her." „Wir wollen," sagt er, „durch die Klippen steuern, und Jeden, der uns einen Stein in den Weg legt, nach dem Ausdruck des Abgeordneten von Leipzig, zermalmen." R. Mohl meint, es sey noch zu früh, den König von Hannover zur Abdankung aufzufordern. Die Nationalversammlung solle ihre Beschlüsse fassen, und dann abwarten, was der König thun werde. „Wir können — fügt der Redner hinzu — dem Kampfe nicht ausweichen; er wird früher oder später kommen. Der König von Hannover hat uns einen Dienst erwiesen, indem er den Kampf begann. Die eine oder die andere Regierung wird sich unseren Beschlüssen widersetzen. Je kräftiger wir auftreten, desto geringer ist die Gefahr. Wir werden nicht den Selbstmord an Deutschlands Ehre und Macht begehen, von jedem kleinen Staate unsere Beschlüsse antasten zu lassen." v. Wydenbrugk: Das Ministerium habe die Verantwortlichkeit für das Schreiben übernommen, und dadurch sich ein trauriges Denkmal gesetzt. In einer Beziehung habe zwar das Schreiben seine Bedeutung für die Nationalversammlung, denn wenn es dem König von Hannover in Hannover und in Deutschland zu deutsch sey, so werde er es auch nicht hergekommen, zu seinen Ultraten. (Beifall.) Die ganze Schwerkraft des Schreibens liege aber in der Stelle, wo es heiße, der König wolle seine Bedenken gegen die Wahl des Reichsverwesers jetzt nicht geltend machen. Das sey eine indirekte Aufstehung gegen das Beschlossene. Eben so gut könnte der König von Hannover heute seine Truppen nach Schleswig schicken und unter den Oberbefehl des General Wrangel stellen, und sie morgen zurückrufen. „Dies ist — fährt der Redner fort — ein Hohn gegen das Gesetz, und wenn diese Deutung des Schreibens wahr wäre, dann wäre der König von Hannover ein Rebell gegen das Gesetz Deutschlands. Er muß das Gesetz anerkennen, und wenn er es verweigert, muß er dazu gezwungen werden. Dies ist die erste Erklärung dieser Art, die ein deutscher König gibt; es wird die letzte seyn. Die Anträge der Linken sind nicht scharf genug. Zurückweisen allein genügt nicht. Daß der König abdanken will, werden wir nicht zurückweisen; der Schmerz darüber wird in Deutschland und Hannover nicht groß seyn. (Beifall.) Er muß vollständig zur Anerkennung gezwungen werden. Ein einstimmiger Beschluß würde in ganz Deutschland Freude hervorrufen. Zeigen wir, daß wir das Gesetz von Deutschland gegen Jeden aufrecht erhalten wollen, sey er ein König, oder der Anführer eines Volkshaufen; trage er eine Blouse, oder eine Krone!" (Stürmischer Beifall. Ruf nach Abstimmung.) Mehrere Anträge werden zurückgezogen. Leue hält den Antrag von Wydenbrugk für gefährlich. Wenn der König die Erklärung verweigere, was dann thun? (Links: Kanonen!) Auch müßte man dieselbe Erklärung ebenso von den andern Regierungen fordern Wydenbrugk: „Die Anerkennung verlangen wir vom König von Hannover, weil er sie indirekt verweigert; wenn er sie nicht gibt, so wird die Nationalvers. und das deutsche Volk sie erzwingen." Raumerck: „Die wahren Schuldigen sind die Minister; mit ihnen, nicht mit dem König haben wir es zu thun."

Nach erfolgter Abstimmung über die hannoveranische Angelegenheit wollte Simon von Trier den Antrag als dringend begründen: die Nationalversammlung, nach Einsicht der Erklärung, welche der preußische Minister v. Auerswald in der Sitzung der preußischen konstituirenden Versammlung vom 4. Juli über die Wahl der Reichsverweser abgegeben hat weiß seinen Versuch der Einzelregierungen die unbedingte Gültigkeit der von ihr gefaßten Beschlüsse anzufechten mit Entschiedenheit zurück. Dieser Antrag wird jedoch ebenso wenig als ein ähnlicher von Raumerck und einer von Schoder u. A.: „Die von der Bundesversammlung ausgesprochene Uebertragung ihrer Befugnisse an die Centralgewalt als rechtlich nicht geschehen zu betrachten", von der Versammlung als dringlich erkannt. Hierauf begründet Eisenstuck seinen mit G. Günther und Mammen gemeinschaftlich gestellten Antrag auf Schutz der Nationalarbeit mittelst provisorischer Aenderungen im Zolltarif. Er wünscht die Zuweisung desselben an den volkswirthschaftlichen Ausschuß mit dem Auftrage, die Berichterstattung dergestalt zu beschleunigen, daß binnen 14 Tagen darüber berathen werden könne. Degenkolb unterstützt den Antrag. Herrmann verflechtet, der Ausschuß beschäftige sich bereits mit Anträgen wegen Vereinigung von ganz Deutschland in ein Zoll und Handlungsgebiet; es sey aber unmöglich, hierüber ohne Zuziehung von Sachverständigen zu entscheiden, welche er bereits bei den Regierungen beantragt habe. Kolb erklärt sich für den Ausschußantrag, will jedoch mit demselben die bestimmte Aufforderung zur Zurücknahme des Verbots verbinden. Berger macht den Vorschlag Oesterreich die Aufhebung des Verbots wegen der materiellen Bankrott zu einen Vorwurf zu machen. Wenn man die Einheit Deutschlands geltend mache, müsse Deutschland auch die Opfer mittragen. Er verweist auf einen in der Nationalversammlung gestellten Antrag, daß das Reich die Schulden aller einzelnen Staaten übernehme. Sein Antrag geht dahin: die österreichische Regierung zur thunlichsten Aufhebung des Geldausfuhrverbots und zur möglichsten Milderung desselben gegen das übrige Deutschland aufzufordern. Gisfra verbreitet sich über die Nachtheile eines Heruntergehens der Cirkulationsmittel. Man möge der hiesigen Regierung vertrauen, daß sie selbst solche wie möglich das Ausfuhrverbot zurücknehme und sie in den Antrag auf thunlichst schnelle Aufhebung desselben begnügen. Ein Schuldner dürfe im Augenblick des herannahenden Bankrottes nicht einzelnen Gläubigern hinausbezahlen, er müsse das vorhandene Vermögen für alle zusammenhalten. Ebenso müsse Oestreich das noch vorhandene baare Geld zusammenhalten. Wenn man von deutscher Einheit spreche, so frage es, ob man die 12 Millionen Deutschen in Oesterreich preisgeben, ob man Oestreich zwingen wolle. Wenn die Unterhandlungen mit Ungarn und Italien erfolglos beendigt seien so dann werde der Bankrott, wenn er doch eintreten müsse, weniger traurig sein, als jetzt; man müsse ihn also möglichst hinauszuziehen suchen. Das Geldausfuhrverbot sei nicht als eine feindselige Maßregel gegen Deutschland zu betrachten. In Wien könne man wegen Mangels an baarem Gelde keine größeren Beiträge als 5 fl. gegen Noten erhalten. von Beckerath: Das Geldausfuhrverbot sey selbst zwischen Staaten, die blos in völkerrechtlichem Verhältnisse zu einander ständen, fast eine Kriegserklärung, um so weniger also zwischen deutschen Staaten zu rechtfertigen. Man müsse dem Bundestage auch in materiellen Dingen Opfer zu bringen im Stande seyn. Blum meint, die Nationalbank sey in 14 Monat so wie so bankerott. Wenn man nicht mehr im Stande sey, 11 Proz. zu zahlen, so sey das gewiß eine Zahlungsunfähigkeit. Das wäre eine kuriose Einheit, die das noch vorhandene Geld zusammenhalten wolle für die 12 Millionen Oesterreicher, und die anderen Deutschen darum betrügen. Nach geschlossener Discussion vereinigt Kolb seinen Antrag mit dem des Ausschusses. Die Anträge von Gisbra und Berger werden nicht unterstützt; dagegen wird der Ausschußantrag mit großer Mehrheit angenommen.

G München, 12. Juli. Immer noch vermißt man eine offizielle Verordnung unserer Regierung, die und von der ihrerseits geschehenen Anerkennung des Beschlusses der Reichsversammlung über die Centralgewalt und der durch dieselbe vorgenommenen Wahl des Reichsverwesers Kunde giebt. Nach dem bisherigen Rechte gelten Bundesbeschlüsse nur, wenn und wie sie in Bayern publicirt sind. Auch wenn unsere Regierung, dem Votum ihres Organs Beisler folgend, die Abstimmung der Reichsversammlung als gegen ihr Recht geschehen betrachtet, so ist sie doch jetzt zur Anerkennung des Beschlusses verbunden, nachdem auch die Bundesversammlung denselben zugestimmt und ihn so zum Bundesgesetz erhoben hat. — In

Digitized by Google

unsern Tagblättern taucht eine neue Gattung Inserate auf, Invertiven gegen Personen. Besonders haben dadurch die zu leiden, die im Jahre 1847 durch Vermittelung der Gräfin Landsfeld sich der königl. Gunst erfreuten; so auch Oberst Spraul, dem im vorigen Jahre die Stelle eines Vorstands der Militär-Lokal-Verpflegungsamts übertragen wurde. Ich würde diesen Angriffes, der die Entfernung des Obersten von dem genannten Posten beabsichtigt, nicht Erwähnung gethan haben, wenn es nicht wegen der Vertheidigung geschehe, die im Betreff seines Betragens im Jahr 1847 auf eine demnächst erscheinende Rechtfertigungsschrift verweist, bezüglich der in früheren Jahren bewiesenen Ehrenhaftigkeit er eine Adresse der Bayreuther Bürgerschaft vom 9. Novbr. 1845 abdrucken läßt. — Der Referent des Gesetzgebungsausschusses der I. Kammer, Reichsrath Arnold, hat über den Gesetzentwurf „Aenderungen des I. Theils des Strafgesetzbuches vom 1813 betr." ein umfassendes von juristischer Schärfe zeugendes Referat bearbeitet, auch dem ich nur hervorhebe, daß er im Allgemeinen dem Regierungsentwurf zustimmt, mit Ausnahme des Art. 7, den er ganz gestrichen haben will. Eben so will er Art. 279 des Str.-G.-B. mit den Art. 40, 41, 64 belassen haben. — v. Maurer hat im Ausschusse der I. Kammer Bericht erstattet über den in der II. Kammer bereits vorgekommenen Entwurf, „die Bildung der Schwurgerichte betr." Er beantragt Zustimmung unter Annahme der von der andern Kammer beschlossenen Modifikationen, und selbstständig einige weitere Amendements, auf denen ich hier eben keinen Verzicht leisten kann. Es soll erst 30jähriges Alter von der Pflicht, das Geschworenenamt zu versehen, dispensiren können. Das Recht, Einsprache gegen die Unrichtigkeiten der Urliste vorzubringen (Art. 5) soll jedem volljährigen Staatsangehörigen zustehen. Endlich beantragt er einen Artikel zwischen Art. 36 und 37 des Entwurfs, wodurch der Geschworne, dessen Name bei der Ziehung zuerst aus der Urne hervorgeht, Vorstand des Schwurgerichts ist, soferne nicht mit seiner Zustimmung ein Anderer von den Geschwornen dazu gewählt wird. Der Bericht wird vorzüglich auf die in England und Griechenland (wo Maurer als Justizminister das Institut der Jury einführte) beobachteten gesetzlichen Bestimmungen und gemachten Erfahrungen hin. Von weiteren Verbesserungsvorschlägen will er bei diesem provisorischen Gesetze Umgang nehmen; als solche erwähnt er: Zuständigkeit der Gerichte (statt der Polizeibehörden), bei Reklamationen über unrichtige Fertigung der Urliste, Zulässigkeit der Recusationen der Geschwornen aus Gründen neben der peremtorischen Verwerfung, eine Bestimmung über Recusation Seitens des Civilklägers, welche er in Gemeinschaft mit dem öffentlichen Ankläger auszuüben hätte. Auch thut er eines Vorschlags Erwähnung, den er im vorigen Jahre, als Minister, gemacht habe; er beabsichtigte nämlich die Errichtung eines lebenslänglichen Schöffenamts. Die nähere Ausführung dieses nur angedeuteten Projekts enthält eine von ihm demnächst erscheinende Abhandlung (G. L. v. Maurer, über die Freiheit und die Entstehung der großen und der kleinen Jury in England. München bei Chr. Kaiser 1848).

G München, 14. Juli. Wie ich höre, soll sich die heutige Staatsrathssitzung mit dem Gesetzentwurfe über die Staatsanwaltschaft beschäftigt haben und es dürfte dieser bald den ständischen Ausschüssen übergeben werden. — Bis Verfasser des in meinem Obigen erwähnten Angriffs auf Spraul nennt sich ein bei dem Militär-Verpflegungsamte verwendeter Offizier, Kürassier-Oberlieutenant Freih. v. Crailsheim, und erklärt sich mit Freuden zu jeder Genugthuung bereit, welche sich mit der Ehre und der Ansicht seiner Kameraden verträgt. — Heute ist Rektorwahl in der Universität. Möchte sie auf einen Mann fallen, der begreift, daß nach den Ansichten unserer Jugend das Corpus der Universität nicht mehr blos aus den Professoren allein besteht, sondern daß auch die Studirenden einen bedeutenden Theil des akademischen Gesammtlebens ausmachen, auf einen Mann, der bei der bevorstehenden Revision der Satzungen Einsicht und Muth hat, die Interessen der Lehr- und Lernfreiheit vertreten zu können. Vielleicht werden diesmal die Wähler, in Berücksichtigung der schwierigen Lage, von dem bisher beobachteten Turnus unter den Facultäten abgehen, da es diesemal einen Lehrer der Theologie treffen würde.

Nach allerhöchster Verfügung sollen an den Geburts- und Namensfesten Ihrer Majestäten des Königs und der Königin auch künftig die bisher üblichen Kirchenparteilichkeiten stattfinden. Das Geburtsfest des Königs ist am 28. November, sein Namensfest am 12. Oktober, das Geburtsfest der Königin am 15. Oktober, ihr Namensfest am 8. September.

München, 15. Juli. (Dienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat sich bewogen gefunden, der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg einen Civilbau-Inspektor beizugeben und diese Stelle dem bisherigen Begleit-Ingenieur der Bauinspektion Bamberg M. Maurer zu übertragen; ferner den erledigte Landrichterstelle zu Hammelburg dem Landrichter Lorenz Leutdecker zu Baunach zu verleihen, und auf die Landrichterstelle zu Baunach den I. Landgerichts-Assessor Frz. Rückert zu Aub zu befördern. Die bei der Regierung der Pfalz, K. d. J., eröffnete Stelle eines Sekretärs II. Klasse ist dem Akzessisten bei der erwähnten Regierung Karl Müller aus Neustadt a. d. Hardt verliehen worden.

Die bei der Staatsschuldentilgungs-Hauptkasse in München erledigte Offiziantensstelle ist dem Funktionär bei dieser Kasse, Joseph Winterle, und die bei dem Jahlamte der Pensions-Amortisationskasse in München erledigte Offiziantenstelle dem Funktionär bei der Schuldentilgungs-Spezialkasse Nürnberg Franz Georg Münich verliehen worden.

München, 14. Juli. (Dienstesnachrichten.) Auf die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Kadolzburg wurde der dermalige I. Landgerichts-Assessor zu Schwabach Gh. v. Braun versetzt, in die hiedurch eröffnete Stelle zu Schwabach rückt der II. Assessor daselbst F. W. Groß vor und auf die hiedurch eröffnete II. Assessorstelle wurde der Apellationsacceßist J. Fischer aus Wertingen ernannt. Die erledigte Regierungssekretärsstelle I. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg wurde dem quiescirten II. Landgerichtsassessor H. Brügel, zur Zeit in Nürnberg, verliehen.

Regensburg, 15. Juli. Heute Abend trifft Se. Majestät der König Maximilian von Baiern hier ein, um den Reichsverweser Erzherzog Johann zu bewillkommen. Letzterer wird morgen mit einem Extra-Dampfschiffe seine Reise nach Wien fortsetzen.

Nürnberg, 16. Juli. In der gestern hier abgehalten Generalversammlung der Aerzte von Mittelfranken wurde beschlossen, einen ärztlichen Kongreß für Medizinalreform in Bayern von gewählten Vertretern des ärztlichen Standes aus dem ganzen Königreiche zu veranlassen. Es wurde aufgefordert, die Vorarbeiten für einen solchen zu liefern, und sollen dieselben durch die „Medizinisch-politischen Blätter" zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Aus jedem Regierungsbezirke sollen 4 Abgeordnete und 4 Ersatzmänner gewählt werden. Anderen Aerzten steht der Zutritt zu den Verhandlungen frei, doch haben sie nur berathende, keine entscheidende Stimme. Zum Versammlungsorte wurde die Wahl zwischen den Städten Ansbach, Erlangen und Bamberg offen gelassen. Das Nähere wird in der erwähnten Zeitschrift bekannt gemacht werden. (K. z. u. f. D.)

Berlin, 14. Juli. Gestern Abend nach 10 Uhr erlebten wir einen Krawall, der das gute Verneh men zwischen Militair und Bürgerwehr, soweit es überhaupt bestand, wieder bedeutend gestört hat. Ein Soldat vom 24. Regiment sollte wie wissen nicht, wegen welchen Vergehens, nach Magdeburg auf die Festung gebracht werden. Die Kriegsreserve sten nahmen sich seiner an, und als er deßhalb nach der Füstlierkaserne in der Karlsstraße gebracht wurde, sammelte sich ein großer Volkshaufe vor dem Kasernengebäude. Die Soldaten geriethen mit dem Volke in Streit und nahmen einer Bürgerwehrpatrouille, die hinzukam und einige Soldaten verhaften wollte, die Gewehre ab. — Der Polizeipräsident von Bardeleben hat einer Deputation des constitutionellen Clubbs erklärt, daß er durchaus nicht Willens sey, Volksversammlungen zu verhindern, daß er aber, und dies sey zu verschiedenen Malen nicht geschehen, Anzeige von der Abhaltung von Volksversammlung gemacht zu haben wünsche. — Zur freiwilligen Anleihe hat der König 50,000 Thlr. gegeben, als 20,000 Thlr. in Silbergeräthen und 30,000 Thlr. im baarem Gelde. (D. A. Z.)

Königsberg, 11. Juli. Auf ein heute früh eingegangenes Schreiben des Ministerpräsidenten ist Professor Dr. Rosenkranz heute Abend nach Berlin abgereist. (In einem Brief aus Berlin vom 12. Juli, den die Breslauer Ztg. bringt, wird die Mittheilung gemacht, daß Prof. Rosenkranz berufen sey, um das Portefeuille des Cultus- und Unterrichtsministeriums zu übernehmen.) (D. A. Z.)

Wien, 12. Juli. Die vorwährende Ungewißheit über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums erzeugt eine unverkennbare trübe Stimmung. Ich theile Ihnen indessen folgende Combination mit, die gestern Abend durch einen Expressen an Se. kgl. Hoh. den Erzherzog Johann nach Frankfurt zur Bestätigung zugesendet wurde: Doblhoff für das Innere mit der Präsidentschaft, Wessenberg für das Aeußere, General Schönhals für das Portefeuille des Kriegs (provisorisch Latour), Mayer (Chef des Hauses Stamez-Mayer) Finanzen, Hornbostel oder Hauptmann Möring öffentliche Arbeiten, Prof. Exner für den Cultus und Schwarzer für den Handel. (A. Z.)

Würtemberg. Der König hat in Erwägung der gegenwärtigen außerordentlichen Ausgaben der Staatskasse für das Jahr

Digitized by Google

184[1/2] 200,000 fl. von der Zivilliste dem Lande erlassen. — Die Redaktionen der politischen Blätter in Stuttgart haben sich vereinigt, an Sonntagen kein Blatt mehr erscheinen zu lassen.

Rendsburg, 13. Juli. Der Regierungscommissär gab in der heutigen Sitzung der Ständeversammlung die Erklärung ab, daß die provisorische Regierung, so lange sie das Vertrauen des Volkes besitze, nicht abtreten werde, bevor eine neue Regierung mit den Ständen und dem Volke selbst vereindart sey.

Ungarn.

Presth, 11. Juli. Gestern hatte in dem Hause der Deputirten eine überaus stürmische Sitzung statt. Das Vorspiel gab die Interpellation L. Patai's, eines Mitgliedes der Linken, an den Minister des Innern, Baron v. Szemere, ob es wahr sey, daß mit den aufständischen Serbiern ein neuer Waffenstillstand abgeschlossen worden und daß der Feldmarschall-Lieutenant von Habrowsky in Peterwardein dem Ministerium den Gehorsam verweigert. Der Minister erklärte, keine Interpellation annehmen zu wollen, als bis das Haus organisirt sey, worauf zur Wahl des Präsidenten und der zwei Vicepräsidenten geschritten ward. Der ministerielle Candidat D. v. Pazmandy ist mit einer enormen Majorität zum Präsidenten gewählt worden. Gegen den Schluß der Sitzung stellte der Finanzminister Kossuth den Antrag, daß in der nächsten Sitzung vor Allem seine Finanzvorlagen zur Berhandlung und Beschlußnahme kommen sollen, wogegen das Haupt der Linken, v. Madarasz, die Priorität der Adresse verfocht. Es kam hierüber zwischen beiden Antragstellern zu einem so heftigen Streite, daß Kossuth fast außer sich gerieth, den Madarasz beim Arme faßte, und auf die Bühne schleppte. Die endliche Abstimmung ergab für den Antrag des Hrn. Madarasz nur 5 Stimmen, aber Kossuth war so erschöpft, daß er nach Hause geführt werden mußte. (D. A. Z.)

Von der dalmatiner Grenze wird vom 5. Juli Nachstehendes mitgetheilt: Die Türken fahren fort, sich mit Eifer gegen die Montenegriner zu rüsten, und zeigen keine Furcht vor denselben. Die Aufhebung und Provisionirung wird mit großer Thätigkeit betrieben. Die allgemeine Bewaffnung der Türken ist angeordnet, theils um jeden Versuch einer Erhebung der Christen im Innern zu ersticken, theils um jeden Angriff von Außen bereit zu seyn. Sie besorgen, daß gleichzeitig mit einem Einfalle der Montenegriner in die Herzegowina auch die Serben in Bosnien einfallen, hoffen aber, daß zugleich die Türken in Albanien gegen Montenegro rücken. Nach Einigen wollen die Türken eine Armee 60,000 nach Arnden von 100,000 Mann auf die Beine bringen; alle Paschas und Aufführer haben die gemessensten Befehle erhalten, auf beständiger Hut zu seyn. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Von der moldauer Grenze, 6. Juli. Eben eingehenden Nachrichten vom 4. Juli zufolge haben am 3. Juli 10,000 Mann Russen den Pruth passirt und sind in vier Colonnen in die Moldau eingerückt. Fürst Stourdza hat sich bei ihrem Vorrücken über den Pruth von Jassy nicht entfernt. Es heißt, daß aus Silistria 4000 M. türkische Truppen in das Fürstenthum der Walachei einrücken werden. Durch dieses Einrücken wird die Wahl eines neuen Hospodars von Bukarest vermuthlich hintertrieben werden und dem Fürsten Bibesco vielleicht der Weg zur Rückkehr angebahnt. Allein es geht auch daraus hervor, daß Rußland im Einverständniß mit der Pforte, nach den bestehenden Tractaten interveniirt. (D. A. Z.)

Jassy, 3. Juli. Die Russen sind diesen Nachmittag bis eine Stunde vor der Stadt vorgerückt. Das Hauptquartier ist auf dem Gute des Fürsten Rosnovan zu Sticka. Man erwartet sie morgen allhier. Der Fürst liegt an der Cholera schwer erkrankt darnieder. Der Minister des Innern ist an der Cholera gestorben. Uebrigens herrscht noch Ruhe in den Stadt. (Wien. Z.)

Frankreich.

* Paris, 13. Juli. Beunruhigende Gerüchte über Aufstandsversuche sind noch immer an der Tagesordnung, — man bezeichnet die Tage des 14. und 16. Juli. Wir wiederholen was wir bereits gesagt haben, daß alle solche Versuche auch nicht die geringste Aussicht auf ein Resultat haben, daß die Garnison bereits 60,000 Mann stark ist, und alle Anstalten getroffen sind, um jeder Unordnung kräftig zu begegnen. Der neue Ober-Commandant General Changarnier bringt ein Thätiges Leben in die Nationalgarde; gestern hat er mit seinem Generalstabe alle Veränderungen von Paris inspicirt und mit dem Obersten jeder Legion die Dispositionen verabredet, die im Falle eines Allarms sogleich aus Eigene zu nehmen sind, bis die Befehle des Generalstabs eintreffen. Hiezu gehört vor Allem das Besetzen aller Straßenecken durch Detachements, um überall das Errichten von Barrikaden zu verhindern und das unaufhörliche Circuliren von Patrouillen, die diese Detachements in Verbindung erhalten.

Admiral Bruat ist zum Seepräfekten in Toulon ernannt worden.

Die Untersuchung gegen die Insurgenten geht ihrem Ende entgegen. Die Constatirung der Individualität jedes Gefangenen, um die entlassenen Galeeren- und Zuchthaussträflinge herauszufinden, hat nicht das erwartete Resultat gehabt. Unter den 7000 ersten Gefangenen hat man nur 100 ehemalige Sträflinge und unter diesen nur 46 Galeerensträflinge gefunden.

Der Constitutionell zeigt in Folge einer telegraphischen Depesche aus Rom vom 7. an, daß der Papst die französische Republik anerkannt habe.

Ungefähr 1000 Mann der ehemaligen Municipalgarde haben dem Aufrufe der Regierung Folge geleistet und sind in das neu errichtete Bataillon der mobilen Gendarmerie eingetreten, das nach der Bendre bestimmt ist.

Die Administration der Nordbahn hat gestern 20 Ingenieurs und 1100 Arbeiter entlassen, unter dem Vorwande sie seyen mehr oder weniger bei der letzten Insurrection betheiligt gewesen.

Die Journale beschäftigen sich heute mit der in Bruchsal eröffneten Gerichtsverhandlung über den Einfall der in Paris gebildeten belgischen Legion bei Risquetout. Auch Herr v. Bornstedt, jetzt in Bruchsal gefangen, und seine Legion suchen in diesem Prozeße eine Rolle und der Constitutionnel citirt die auf demselben bezügliche Stelle des Anklage-Akts, um einzelne Mitglieder der provisorischen Regierung anzuklagen, sie hätten mit allen diesen verschiedenen fremden Legionen gegen die Nachbarstaaten conspirirt und so heimlich die friedliche Politik von Lamartine's Manifest umzukehren gesucht. Wir haben hier nur hinzuzufügen, daß die Rechnungsablage der provisorischen Regierung über die Verwendung der Fonds secrets des Ministeriums des Innern (Ledru-Rollin) eine Ausgabe von 123000 Fr. für Heimsendung von polnischen, deutschen, italienischen und belgischen Arbeitern in ihre Heimathen ausweist.

Türkei.

Smyrna, 29. Juni. Die Cholera ist auch hier bereits aufgetreten und gestern sind 2 Personen daran gestorben.

Amerika.

Ein Privatbrief von Aux Cayes auf Hayti berichtet, daß der französische Consul dort von den Schwarzen auf offener Straße geschlagen und mißhandelt worden ist. Den Truppen war, wenn sie einen dortigen Aufstand unterdrücken, von ihrem Anführer Soligue die Plünderung der Stadt versprochen! Nur durch ein amerikanisches Kriegsschiff wurden sie hieran gehindert. (K. Z.)

Publicandum.

In der Pflaperergesellen Nicolaus Fischer'schen Verlassenschaftssache sollen die zur Masse gehörigen Realitäten, nämlich:

1) ein Wohnhaus auf dem Herzog, massiv erbaut und mit Ziegeln bedeckt;

2) 1¼ Tagwerk Feld auf dem rothen Hügel

öffentlich versteigert werden.

Termin wird hiezu auf den

26. Juli curr. Vormittags 9 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 3 anberaumt, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit der Bemerkung eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 52 des Hypothekengesetzes und des §. 95—101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgt, daß die Realität ad 1 auf

700 fl.

die Realität ad. 2 auf

375 fl.

gerichtlich gewürdigt ist, und daß das Taxationsprotokoll zu jeder Stunde der Gerichtszeit in dem Registraturlokale eingesehen werden kann.

Bayreuth, den 28. Juni 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Der Königl. Director,

Freiherr von Waltenfels.

Scharf.

Sehr schönes feines Kunstmehl, so wie auch alle Sorten anderes Mehl und Kochet, und alle in dieses Fach einschlagende Artikel sind von heute an bei mir zu haben, und bitte um gütigste Abnahme.

G. Dolhopf, Melbermeister im Zolleinnehmer Benker'schen Hause in der Judengasse Nro. 476.

Im Verlage der Gch. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch Nro. 199. 19. Juli 1848.

Erwiderung gegen den Aufsatz in Nr. 192 dieser Zeitung überschrieben: „Zur Abwehr einer Verdächtigung."

Der Abgeordnete Blumröder scheint an einer Begriffsverwirrung zu leiden, wenn er die in dem Bericht an meine Wähler vom 30. Juni d. J. vorgetragene Absicht seiner Abstimmung bei der Beschlußfassung über die provisorische Centralgewalt, die in den sinnographischen Berichten aller Welt urkundlich vorliegt, die er seinen Wählern selbst gutem berichtet haben mußte und die er auch als richtig zugesteht, als eine Denunciation und mich als einen unehrlichen, falschen und schmählichen Denunzianten bezeichnet.

In jenem Berichte habe ich ausführlich und klar gezeigt, durch welche Fragen das Prinzip der Republik oder das der constitutionellen Monarchie bei der Abstimmung entschieden werden mußte; bei diesen Prinzipienfragen, nicht bei den unentschiedenen Nebenfragen, worin die ganze Versammlung einverstanden war, hat der Abgeordnete Blumröder für das republikanische Prinzip gestimmt.

Nicht ehrlich ist seine Entschuldigung, daß er nun, wie ein Boddien, v. Selchow, Senff und v. Vinke für die Verwerfung des Gesetzes gestimmt habe, indem diese Männer der äußersten Rechten angehören, die blos darum gegen das Gesetz gestimmt haben, weil es ihnen nicht monarchisch genug war.

Der Abgeordnete Blumröder appellirt darüber, daß er kein Republikaner sey, an den gesunden Menschenverstand, an die Logik, ich lasse mir dieß nicht nur gefallen, sondern ich adhärire sogar der Appellation und es möge jeder Ehrenmann entscheiden: ob der Abgeordnete, der in den Hauptprinzipienfragen, die darauf gerichtet waren, ob die provisorische Reichsgewalt ein dieser Vollziehungs-Ausschuß des französischen republikanischen Convents oder eine Reichsgewalt im constitutionell monachischen Sinn seyn soll, für den bloßen Vollziehungsausschuß mit dem Republikaner v. Itzstein an der Spitze gestimmt hat, kein Republikaner sey?

Dafür hält ihn die ganze Nationalversammlung, nicht ich allein und dafür werden ihn auch seine Wähler ansehen, die ganz helle Augen haben und nicht von mir erst ein Augenglas zu borgen brauchen.

Einige Republikaner wählten allerdings gar keinen Reichsverweser; und dieses Benehmen finde ich consequenter, als das des Blumröder, welcher durch seine Wahl des Itzstein die Nationalversammlung doch nur ertheitern konnte.

Hätte mein Gegner meinen Bericht genau lesen wollen, so würde er in meiner milden Beurtheilung der Republikaner würdigere Vertheidigungsgründe gefunden haben, als seine unsittlich heftige Abwehr enthält.

Ich ehre den Republikaner, wie den konstitutionellen Monarchisten und den reinen Monarchisten, wenn er es aus voller Ueberzeugung und in der Meinung ist, damit seinem Vaterland die beste Staatsform geben zu können, aber ich verlange von einem charakterfesten Mann, daß er Farbe bekennt, daß er, wenn er das republikanische Prinzip vertritt, nicht unredlich läugnet, ein Republikaner zu seyn.

Die Wähler des Wahlbezirks Wunsiedel, die ich stets nur als Männer des vernünftigen Fortschritts auf der constitutionell monarchischen Bahn kannte, geben mich allerdings nicht näher an, ich habe auch meinen Bericht nicht an sie, sondern an meine Wähler gerichtet und es kann mir gleichgültig seyn, wenn sie das Benehmen ihres Abgeordneten gut heißen und sich von dem Republikaner Itzstein regieren lassen wollen, aber meine Redefreiheit lasse ich mir nicht nehmen, darüber zu sprechen, daß die Handlungen des Abgeordneten Blumröder mit den Gesinnungen des größten Theils seiner Wähler im direkten Widerspruch stehen.

Der Grundsatz eines Theils der Republikaner, daß sie geborne kleine Volkssouveräne seyen, deren Majestät man, der täglich proklamirten Preßfreiheit ungeachtet, mit keinem Wort umsonst berühren dürfe, kepretire ich nicht.

Frankfurt a. M., den 14. Juli 1848.

Keim.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Juli. (Ausführlicher Bericht über die 39. Sitzung der deutschen konstituirenden National-Versammlung.) Nachdem die Volksjagd des Reichsverwesers verlesen worden war, ergriffen zuerst der Reichsjustizminister Heckscher und der Reichsminister des Innern und des Aeußern, von Schmerling das Wort. Ersterer erklärte, daß der Reichsverweser, treu dem gegebenen Worte, nach Wien zurückkehre, daß aber der Hauptzweck seiner Reise sey, sein dortiges Amt definitiv niederzulegen. Es seyen alle Anstalten getroffen, damit sein Stellvertreter den Reichstag eröffnen könne. Der Reichsverweser werde nur, wenn es die äußerste Nothwendigkeit erfordre, die Eröffnung selbst vornehmen, überhaupt keine Regentenhandlungen dort mehr verrichten. Minister v. Schmerling erklärt, daß das Reichsministerium ganz im Sinne des Aufrufs, den der Reichsverweser erlassen, handeln werde; es werde namentlich darauf bedacht sein, daß die Freiheit unbestimmert und mit vollster Aufrichtigkeit gegeben und erhalten werde, und keine Maßregel unterstützen, die diesem Zweck entgegenerete. Hierauf erstattete Widenmann für den Ausschuß für Gesetzgebung den Bericht über die Anträge auf Amnestie, welche die Tagesordnung beantragt, und in einer der nächsten Sitzungen berathen werden wird. Ihm folgt M. Mohl als Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Beschwerde der Dampfschifffahrtsgesellschaft in Ulm wegen Zurückweisung ihrer Dampfschiffe von dem Anlandeplatz in Linz. Der Gegenstand wird von der Versammlung nicht als dringend erkannt. Tagesordnung ist die Berathung und Schlußfassung über die Beschwerdeschrift. Auf Antrag Vogt's, jedoch sich Fürst Lichnowsky und Referent v. Auerswald anschließen, einigte sich die Versammlung dahin, die vor acht Tagen ausgesetzte Berathung wieder zu eröffnen. Präsident von Gagern bemerkt, daß der Kriegsminister nicht anwesend sei. Römer entgegnete: Wenn die Versammlung nicht ohne den Kriegsminister diskutiren könnte, so wäre dies eine Hintansetzung ihrer Initiative. Vogt beantragte, auf das Gesetz über die Centralgewalt gestützt, daß der Kriegsminister eingeladen werde, in der Versammlung zu erscheinen. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Kriegsminister fand sich später ein, ohne jedoch an der Berathung Theil zu nehmen. Der Berichterstatter v. Auerswald vertheidigte das Ausschußgutachten mit Bezugnahme auf einen Nachtrag vom 13. d. Mts., worin nachgewiesen wird, daß keine eigentliche Vermehrung des stehenden Heeres und keine wirkliche Aushebung, sondern nur eine Vermehrung der Zahl geübter Mannschaften für den Fall des Bedarfs bezweckt werde, und die Ausgaben sich für jetzt auf die Anschaffung der für das erhöhte Contingent erforderlichen Bekleidung und Ausrüstung beschränken. Was die besorgte Reaktion betrifft, so hält der Referent dieselbe für gar unmöglich bei der bestehenden Gesetzesfassung, wo in einzelnen Staaten, z. B. Preußen, die Landwehr bestehe, in andern das Heer durch die wechselnden Beurlaubungen stets mit dem Volk in Berührung bleibe; endlich dürge auch der Geist des Volks dafür. Seit 8—10 Tagen habe sich das politische Gesicht Europa's bedeutend verändert. Es lägen zwar feindliche Erklärungen Rußlands vor, allein diese geben noch keine Gewißheit. Thatsache sey, daß die russische Armee sich parallel der deutschen Gränze in großer Anzahl nach Süden gewendet habe. Er verweist auf die Verwicklungen in den Donau-Fürstenthümern, die für Deutschland gewiß nicht gleichgültig seyen. Was Frankreich betreffe, so finde er die Sympathie für dieses Land gerecht. Frankreich stehe mit Deutschland auf demselben Boden der Volksentwickelung, oder wenn man wolle der Volkssouveränetät. Wenn auch in politischer Beziehung jetzt keine Gefahr von dort drohe, so seyen doch andere Momente zu beachten. Junge thatkräftige Generale, die in Algier gedient, ständen dort an der Spitze. Vom Präsidenten wiederholt von allzugroßer Aufsühelichkeit abgemahnt, bemerkt der Referent, er habe nur zeigen wollen, daß auch von Westen her, ungeachtet friedlicher Erklärungen, nicht alle Besorgnisse verschwunden seyen. Er stellt schließlich den Antrag: die Nationalversammlung wolle die Berichte des Ausschusses der Centralgewalt überweisen und diese ermächtigen, die darin beantragte Vermehrung der Streitkräfte in Ausführung zu bringen. Abg.

Digitized by Google

Hauen berufe sich auf die mit mehr als 2000 Unterschriften versehene Petition von Buchfal. Er will die Kampfbereitschaft nicht durch stehende Heere, sondern durch Wehrbewaffnung. Der Ausschuß wolle im Grunde Dasselbe; warum also nicht auch den Namen? Der Redner verlangt auch militärische Einheit; sämmtliche Heere Deutschlands sollten ausschließlich dem Befehl des Reichsoberhauptes unterstehen seyn; dadurch werde man gegen das Ausland großartig dastehen. „Die Reaction — fährt er fort — ist vorhanden; sie zeigt sich in verschiedenen Theilen Deutschlands; Anzeigen, Thatsachen sind da. (Rechts: Wo? wo?) Ich fürchte die Reaction nicht, wenn die Nationalversammlung fortwährend von dem Gefühle beseelt ist, der ihre gestrigen Beschlüsse eingab; aber ich will der Reaction keine Handhabe geben; eine solche ist das stehende Heer." Abg. v. Radowitz beleuchtet vorerst den Steuerpunkt. Dieser hänge vor Allem von dem Dienstsystem ab. Die 81,000 Mann engl. Truppen in Europa kosteten fast so viel als das viermal stärkere preuß. Heer. Der Präsenstand der Linie könne bedeutend verringert, die Landwehr ersten Aufgebots inniger mit der Linie verbunden werden, und das zweite Aufgebot das Institut der Bürgerwehr umfassen; allein auch das verursache bedeutende Kosten. Was überhaupt die Kosten der stehenden Heere betreffe, so zahle in Preußen jeder Kopf 1½ Thlr. für den Militär-Etat, in dem republikanischen Frankreich 2½ Thlr. Blum habe gesagt, man solle die verabschiedeten Mittel statt auf Vermehrung des Heeres, auf Handel und Industrie verwenden; allein damit diese (bemerkt v. Radowitz) sich heben könnten, sey eben volle innere und äußere Sicherheit nothwendig. Sich zu den äußern Verhältnissen wendend, führt er fort: Die Frage vom Besitz des linken Rheinufers dürfe fernwährend eine unübersteigliche Schranke zwischen Frankreich und Deutschland. Jeder Franzose wachse mit dem Gedanken auf, der Rhein sey die natürliche Grenze Frankreichs; dieser Anspruch sey allen Parteien gemein. (Links: Nein! Nein!) Larochejacquelin und Thiers, die jetzigen Machthaber und die Führer der rothen Republik, seyen hierin Einer Gesinnung. Louis Philipp hätte seinen Thron nicht befestigt, wenn er nach dem Rath seines früh verstorbenen Sohnes den Krieg um die Rheingränze geführt und siegreich beendigt hätte. Selbst der unfriegerische Lamartine habe in seinem Manifest erklärt, daß Frankreich sich an die frühern Verträge nicht mehr binde; es sey erklärt worden, daß, im Fall irgend eine Macht sich in Italien vergrößere, Frankreich seine Compensation haben müsse, und dabei sey wohl nicht Savoyen allein gemeint gewesen. Auch die soziale Frage könne vielleicht durch Krieg entschieden werden müssen. Aus allen diesen Gründen beantrage er, die Nationalversammlung solle den Centralgewalt auffordern, die bewaffnete Vermehrung der Streitkräfte vorzunehmen und die neuen Mannschaften in die zu erwartende neue Organisation einzureihen. Er ermahnt mit Birkeratly die Versammlung, dieses dritte Letzten der Einheit zu geben, diese dritte Bürgschaft, daß Angesichts der höchsten Aufgaben jede Parteiung schwinde. Bischer will vor Allem ein Gesetz über Volksbewaffnung vorgelegt und vollzogen sehen. Das Volk vertrage keine Vermehrung der stehenden Heere; es würde in die ungeheurste Aufregung gerathen. Er achte den Ruhm und die Thaten des stehenden Heeres; aber Liebe und Vertrauen werde das Volk nur für dasselbe fühlen, bis es mit ihm verschmolzen sey; so lange dieß nicht der Fall, werde das Volk niemals die in den blutigen Nächten von Berlin durch Kartätschen zerfleischten Leichen vergessen. Stavenhagen glaubt, daß der Kaiser von Rußland keine feindlichen Absichten hege, allein Absichten und Beschlüsse könnten sich über Nacht ändern. Thatsache sey aber, daß eine große russische Armee an unserer Gränze stehe. Wolle man warten, bis die Russen da seyen? „Auch in einer Republik — bemerkt er weiter — ist die Reaktion möglich; hat nicht Benaparte mit einem stehenden Heere die französische Freiheit unterdrückt? (Links: Ja wohl! Das ist es ja eben!) Bei den Franzosen ist die Bewegung festgewurzelt, daß ohne Ehre, Selbstständigkeit und Integrität nach Außen keine innere Freiheit möglich sey und wenn es sich darum handelt, ob sie von der Ehre nach Außen oder von der inneren Freiheit etwas opfern sollen, ist ihre Wahl nicht zweifelhaft." In Deutschland stehen die Sachen leider noch nicht so; ja, es gibt Männer, die lieber die Ehre und Selbstständigkeit nach Außen, als ihre Phantasien über die innere Gestaltung preisgäben. Fürst Lichnowsky: Hr. Wiesner habe uns für einen Krieg mit Rußland die Hülfe Ungarns zugesagt; wie könne man aber glauben, daß bei einem solchen Krieg Rußland unterlassen werde, die Ungern umgebenden Slavenstämme aufzuhacken? Hr. Blum habe gemeint, wir könnten mit einer Friedensversicherung, mit einem Händedruck die 300 neuen Bataillone in Frankreich auflösen. Und wenn wir Alle an den Rhein gingen und beide Hände hinüber streckten, werde da wohl ein einziges Gewehr sich senken? Wenn von der Rheingränze die Rede sey, dürfe man nicht blos an Rheinpreußen denken, sondern auch an jenes Land, wo der Kampf mit den Franzquillons nach fortdrietzde, das übrigens in der letzten Zeit ein Muster von Gesetzlichkeit und Ordnung gewesen sey. Er fragt, wenn fünf junge kampfzeidte Generale an der Spitze des kriegerischen Volks der Erde standen, ob da wohl alle Kriegsgelüste verschwunden seyen? Er spreche es übrigens aus: daß Europa, daß Deutschland diesen republikanischen Generalen Dank schuldig sey, weil sie die Ordnung erhalten, die Anarchie besiegt hätten. Abgewandrig brenische aber in Frankreich ein Ausnahmszustand, der Belagerungszustand sey noch nicht aufgehoben, die Presse gefesselt, die Redakteure eingekerkert. Das Alles möge dort jetzt zur seyn; uns werde man es schwerlich empfehlen wollen. Man möge abwarten, ob aus diesem Zustand der Militärdiktatur sich Das entwickeln werde, was die Geschichte uns schon früher gezeigt, oder ob wir einen neuen Cäsarismus erleben sollen; mit Achtung abwarten, nicht mit dettelnder Hand eine Allianz suchen. Was Rußland betreffe, so glaube er, daß es keinen Krieg wolle; aber es könne dazu gezwungen werden durch die polnische Frage. Glaube man etwa, daß, wenn die posen'sche Reorganisation alle Hoffnungen der Polen wieder aufwecke, der Kaiser von Rußland ruhig zusehen werde, daß die Polen in Wilna und Schitomir stänken? Und wenn er Posen genommen, dann stehe er bald in Magdeburg; werde man dann die Franzosen zu Hülfe rufen, und unsere Fluren zum Kriegsschauplatze bergeben? Napoleon habe gesagt: in fünfzig Jahren werde Europa kosakisch oder republikanisch; in diesen Falle aber würden wir Beides zugleich haben. Er erinnert an den Ausspruch: Si vis pacem, para pellum! Wolle man etwa mit Bürgergarden den Krieg führen, die Oberländer an die Gränze von Litthauen, die Schlesier an den Rhein schicken. Es handle sich um Verschmelzung der Volksbewaffnung mit dem stehenden Heere, um Anschaffung der Armatur. Die Frage sey nur, ob es jetzt geschehen soll, oder wenn es zu spät sey. Die Nationalversammlung werde hoffentlich das „zu spät" nicht auf sich laden wollen. Nachdem noch Schuly einen Vermittlungsantrag entwickelt, wurde abgestimmt, und nach Verwerfung oder Zurücknahme mehrerer Anträge jenes Ausschusses, sowie die Anträge von Rieffer und Wernher angenommen. Die Anträge von Rieffer und Wernher lauten: daß bei dieser neuen Ausbehung nach dem Grundsatz allgemeiner, für Alle gleicher Verpflicht mit Wegfall aller bisherigen Exemtionen verfahren werde, und v. Wernher von Rieffern: daß die Ausrüstung der Mannschaften allen militärischen Exemtionen vorbehalten und sich der Einfachheit der künftigen Bürgerwehr anzuschließen habe, zu welcher diese Maßregel nur den Uebergang bilden soll. Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Tagesordnung für Montag: Berathung über die Wahl des Dr. Heidmann von Soltern; Forts. der Berathung über die Grundrechte.

□ München, 16. Juli. Se. Majest der König haben Sich gestern in Begleitung des Staatsministers des Aeußern Grafen v. Bray und des Flügeladjutanten Baron v. Hohenhausen nach Regensburg begeben, um den Reichsverweser bei seiner Rückkehr von Frankfurt daselbst zu empfangen. — Die an den Reichsverweser nach Frankfurt abgehende Adresse, vom „Wirken für Freiheit und Ordnung" ausgehend, liegt auch heute noch zur Unterzeichnung auf; der allzu demüthige Ton aber, die Unterzeichnung „unterthänigst eigehorsamst" ist wohl die Ursache, weshalb es mit den Unterschriften so langsam hergeht.

Seine Majestät der König Max ist zum Empfang des Reichsverwesers nach Regensburg gekommen und hat denselben von dort bis an die bayerische Grenze nach Passau geleitet. Der Empfang des Königs in Regensburg und mehr noch der des Reichsverwesers nach Frankfurt abgehende Adresse, vom „Wirken für Freiheit und Ordnung" auf

den Gewerbtreibenden im ganzen diesseitigen Bayern Umfrage halten würden, so dieses das Losungswort in diesem Betreff dasselbe seyn. Geht aber daraus hervor, daß eine vernünftige Gewerbsfreiheit wirklich so nachtheilig sey, wie diese Stimmen uns glauben machen möchten? Man wird wieder die Vox populi citiren, obgleich sie nur von Rednern pro domo ausgeht, die, die engherzigsten Separatinteressen verfolgend, ihren Blick nicht über die kleine Sphäre je ihres Privatgeschäftskreises hinauswagen. Schauen wir unsere Gewerbsjugände an, wie haben sie sich im Laufe der letzten Jahre bei all dieser Gewerbsunfreiheit gestaltet? Liegen nicht fast sämmtliche Gewerbe darnieder, worunter sich noch vor einem Decennium viele in herrlichster Blüthe befanden? Haben auch nur einzelne unter dem allgemeinen Drucke, unter dem Baulast von Beschränkungen aller Art sich heben können? Sind nicht selbst die einigen durch die Regierungen gewordenen Unterstützungen — mitunter von bedeutenden Summen — verschwendet gewesen? Habt ihr nie über Ursache und Wirkung in dieser Hinsicht nachgedacht? Wir wollen hier nicht oft Gesagtes wiederkauen, vielmehr dem Nachdenken über Betheiligten es überlassen, den Grund zu suchen, warum sie der Schuh drücke und das Mittel, wie zu helfen ist. Wenn aber ein deutsches Gewerbsparlament zu Stande kommt, so mögen sich die Bayern wohl hüten, auch da mit ihren separatistischen Anschauungen sich lächerlich zu machen. Unsere Nachbarn würden über deren kleinmüthige Thorheit sich ins Fäustchen lachen. Sie werden forfahren, unseren Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen, uns alle Waaren wohlfeil zu bieten, sie, die keine sogenannten realen Rechte zu besteuern und zu verzinsen haben, sie, die sich gewerblich frei bewegen, werden unsere Schlechtheite auch ferner kaufmännisch auszubeuten wissen; sie werden die reichen Schätze unserer Rohprodukte dem damit gesegneten Bayern entziehen, sie veredeln, und wir werden ihnen Arbeitslohn und Gewinnst dafür bezahlen; wir werden Millionen Goldes auf dem Lande wandern und unsere fleißige Arbeiter feiern sehen; dafür aber Fleisch und Brod, die allein uns nach Außen mögliche Lieferung, selber theuer bezahlen müssen und während nur der Bauer gewinnt, der aber aus Furcht vor den Bevorzugungen der Zeit seine Thalen in die Erde vergräbt, wird das Land täglich mehr verarmen. Schon hat sich seit dem Bestehen des Zollvereins diese Beobachtung traurig bewahrheitet — und wir sind noch nicht klüger. Was haben die aus dem Zollverein der Staatskasse zufließenden Einkünfte genützt? Während unsere Kleingewerbe durch das Fallen der Zollschranken zu Grunde gingen, größere Fabriken nicht aufkommen, weil sie nicht mit den norddeutschen konkurriren konnten, hat das Land vielleicht trotz den Millionen Zollrevenuen weniger Steuern bezahlt? Sind wir nicht zu mehrfachen neuen Anlehen, zu zwei neuen Steuern genöthigt worden? Haben sich auch nur den kleinsten Staatszweck? Man wird und die ungeheuren Bedürfnisse der Gegenwart vorhalten; aber vor 4 Monaten, als wir noch mitten im Frieden schwelgten, sah es da vielleicht besser aus? — Schon jetzt sind wir an dem Punkte angekommen, daß die blühendsten Gewerbe ruhen und die begabtesten Meister sich zu Kleinkrämern erniedrigen mußten, welche von Außen die Waaren beziehen, die sie einst selbst fertigten. Wohl dem, der aus bessern Zeiten einen Fond erübrigte, um ihn in den höchst prekären Handel stecken zu können. In Provinzial- und kleinen Landstädten ist aus begreiflichen Gründen auch diese letzte Zuflucht unmöglich, indem es den Verkäufern selbst benden nicht nur an Handel gebricht, sondern auch zur Anschaffung eines größern Vertags der Absatz ein zu geringer ist. Auf dem platten Lande lastet also der Gewerbsdruck noch um so schwerer. Aus all dem ist aber die natürliche Folge die wachsende Vermehrung brodloser Arbeitsgehilfen, denen man dennoch nicht gestattet, sich auf eigene Faust zu ernähren oder anständig zu machen, wenn sie durch ihre gediegenen Kenntnisse und auf Reisen gesammelte Erfahrungen allerdings sich eine Subsistenz zu bilden vermöchten. Der Besitz eines sogenannten realen Rechts könnte darunter leiden. Dieser aber erkäuft täglich eine tausendfältige Konkurrenz des übrigen gewerbtreiben Teutschlands, wo man von einem „Rechte zu arbeiten" von diesem zu saufenden und zu verzinsenden Unding — keine Ahnung hat. Wie es sich bei all unserem Unsinn realer Rechte mit diesen neben den willkührlich verliehenen Conessionen und Privilegien verhalte, weiß ohnedieß Jedermann. Dennoch hat Ministerialrath v. Hermann in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. das altbayerische Anfängmachungs- und Gewerbswesen als Muster aufgestellt, ihm sogar vor dem rheinpfälzischen den Vorzug gegeben. Wir hätten Hrn. von Hermann nicht so viel Humor zugetraut. Für einen Scherz ist diese Unwahrheit aber viel zu traurig! Wir sind übrigens gern geneigt, uns eines Besseren belehren zu lassen, wenn das hier in Bezug auf die allgemeine deutsche Gewerbsversammlung Angedeutete ins Schwarze gemalt erscheinen sollte. Das Wohl des Vaterlandes — materiell wie geistig — ist es, das unsere Feder leitet.

Speyer, 14. Juli. Der aus den 1830er Jahren bekannte **Dr. Wirth** ist kürzlich im Fürstenthume Reuß zum Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt worden und in dieselbe bereits eingetreten. Wie man indessen vernimmt, ist er nun lebensgefährlich erkrankt.

Stuttgart. Der stuttgarter demokratische Verein ist durch kgl. Verordnung als kommunistisch und reichsgefährlich aufgehoben worden. Es ist dies eine Präventivmaßregel gegen das freie Vereinigungsrecht gerichtet, wie die Censur eine war, gegen die freie Presse; so beginnen von neuen Seiten die erst schwachen und allmählich stärker werdenden Versuche zur Rückkehr zum alten bevormundenden Polizeistaate. Aber nur ein Erzwühler kann aus solchen Maßregeln Reaktionsgedanken herauswittern!

Hannover, 13. Juli. Die hannoversche Regierung hat den Kriegsminister Prott und den Regierungsrath Heppenstedt an den Erzherzog Johann abgesendet, um ihn als Reichsverweser zu begrüßen. Das Ministerium ist bekanntlich beauftragt, rücksichtlich der dem Erzherzog Johann „anzuvertrauenden" provisorischen Centralgewalt auf alle geeignete Weise dahin zu wirken, daß die Stellung des Reichsverwesers mit der Selbstständigkeit des Königreichs im Sinne des Regierungsschreibens vom 7. Juli vereinbar sey. Die HH. Heppenstedt und Prott haben nun, so viel wir wissen, gerade den Auftrag, die Verhandlungen in dieser Beziehung zu führen. Von dem bisherigen Wirkungskreise dieser Männer wissen sich die Hannoverschen Regierungsblätter schon vermuthen lassen, sie beziehen sich auf die Verfügung über das Heer und auf die Zollverhältnisse des Königreichs.

Bremen. Sicherem Vernehmen nach ist heute dem hiesigen preußischen Consulate von Seiten des preußischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten die Aufforderung zugegangen, ein Verzeichniß der von Dänemark ausgebrachten oder mit Embargo belegten bremischen und oldenburgischen Schiffe einzusenden, indem der Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen sey. (W. B.)

Hamburg, 14. Juli. Kammerherr v. Reetz ist, wie kopenhagener Briefe vom 12. Juli melden, bereits mit der Ratification des Waffenstillstandes ins dänische Hauptquartier abgereist, und dennoch ist bis zu diesem Augenblicke die Nachricht von der Annahme des Waffenstillstandes noch nicht da und war der Waffenstillstand gestern noch nicht eingetreten. — Die Erklärung dieses Widerspruches liegt in der Reise des Präsidenten der schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung Beseler ins Hauptquartier des Generals Wrangel, wo er vor dem Austausche der Ratification der Friedenspräliminarien und vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes eingetroffen. Hr. Beseler brachte dem General Wrangel die energischen Vorstellungen der schleswig-holsteinischen Regierung und Stände und die Nachricht von dem Antrage des Abg. Claussen in Frankfurt a. M., und Wrangel scheint diesen Vorstellungen nachgegeben zu haben.

Rendsburg, 13. Juli. In der heutigen Sitzung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung verlas der Präsident die an den Reichsverweser gerichtete Glückwunschadresse, mit der Alles einverstanden war. Sodann erklärte der Commissär in Veranlassung der bekannten Gerüchte über den Abschluß eines Waffenstillstandes und in Veranlassung der in dieser Beziehung kundgegebenen Besürchtungen, wie er von der provisorischen Regierung beauftragt sey, der verehrlichen Ständeversammlung die Erklärung vorzulegen: daß die provisorische Regierung, so lange sie sich des Vertrauens des schleswig-holsteinischen Volks versichert halten werde, nicht darin einwilligen werde, von ihrer Stellung abzutreten, bis eine neue Regierung in Uebereinstimmung mit den Ständen des Landes und mit dem Volke selbst angeordnet sey.

Frankreich.

***Paris**, 14. Juli. Das Gesetz über die Steuerfreiheit neuer Häuser hat gestern die ganze Sitzung ausgefüllt. Aus der langen Discussion gingen endlich folgende definitiven Bestimmungen hervor. 1) Alle neuen Häuser, die vor dem 1. Januar angefangen und vor dem 1. Juli 1850 beendigt sind, genießen eine Steuerfreiheit von 10 Jahren; 2) diese Steuerfreiheit ist auf fünfzehn Jahre erhöht, wenn diese neuen Gebäude zu gesunden und passenden Arbeiterwohnungen eingerichtet sind; 3) alle Häuser, die vor dem 24. Februar begonnen werden, nun ins Stocken gerathen sind, erfreuen sich, falls sie bis 1. Juli 1850 beendigt werden, einer Steuerfreiheit von fünf Jahren. Die Versammlung hat hierauf ohne Discussion ein Decret votirt, wodurch die Stadt Marseille

Digitized by Google

ermächtigt wird eine Anleihe von zwei Millionen zu machen, um dem Canal der Duranec zu vollenden.

Das Debat enthält einen Brief aus Turin vom 8. Juli, in welchem der endliche Anschluß an Piemont als ein höchst erfreuliches Ereigniß bezeichnet und nun an den glücklichen(?) Ausgang des Krieges nicht gezweifelt wird. Zugleich wird demerkt, daß man entschiedenen Fall der Noth die Hülfe Frankreichs in Anspruch zu nehmen, jedoch hoffe die von Carl Albert nun angeordneten energischen Maßregeln machen diese Hülfe unentbehrlich.

Der National enthält heute folgende Note: Wir können anzeigen, daß die im Namen der Neapel bewohnenden Franzosen verlangte Entschädigung für die Ereignisse des 15 Mai ganz bezahlt worden ist. Der Admiral Bandin und Herr Bois-le-Comte hatten den Befehl darauf zu dringen und sich nicht eher zu entfernen, als bis unsern Landsleuten diese gerechte Genugthuung gegeben war.

Der französische Consul in Tanger hat der Regierung angezeigt, daß auf Befehl des Kaisers von Marokko große Kriegslager bei Fez zusammengezogen werden. Er glaubt nicht an irgend eine feindliche Demonstration gegen Algier, wohl aber an den nahen Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Spanien und Marokko. In Folge dieser Nachrichten hat die Regierung befohlen, den regelmäßigen Dampfschiffdienst zwischen Tanger und Oran wieder herzustellen.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 13. Juli. Der Präsident Marie eröffnet um 2½ Uhr die Sitzung. Badand-Larrivière stattet Bericht über das Detret ab, welches die Errichtung eines Monumentes für den auf den Barrikaden gefallenen Erzbischof von Paris bestebt. Das Monument wird auf dem Platze des Pantheon aufgestellt. Monteuil legt ein ganz ausgearbeitetes Projekt über die Errichtung einer Colonie von 20,000 Arbeitern in Algier vor. Der Handelsminister kündigt die baldige Vorlage eines Gesetzes über Ackerbau-Colonie an.

Wir haben wohl nicht nöthig noch bei Postschluß hinzuzufügen, daß trotz aller Unglücksprophezeihungen für den heutigen Tag, in ganz Paris die größte Ruhe und Ordnung herrscht und die Nationalversammlung fast gar nicht bewacht ist. Cavaignac, Changarnier, Lamoricière wohnen der Sitzung bei und sind in Civilkleidung, was klar zeigt, daß man auch nicht die geringste Besorgniß hat.

Ungarn.

Pesth. Soeben vernehmen wir, daß General Bechtold die Raizen bei der Römerschanze geschlagen habe. Unsererseits sind 17 Gemeine und 2 Offiziers gefallen. Auch in Neusatz sind die Unruhestifter zu Paaren getrieben. Die Nacheicht, daß in die Moldau 25,000 Mann Russen eingerückt sind, wird im „Közlony" amtlich für ungegründet erklärt.

Schweden und Norwegen.

König Oskar von Schweden hat am 9. Juli Seeland verlassen und sich in Hammelen nach Schonen eingeschifft. — Die schwedisch-norwegische Escadre lag am 10. Juli im Sunde von Landskrona.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 18. Juli. Gestern wurde von den hiesigen Gewerben beschlossen, einen Abgeordneten in der Person des Herrn Dorfmüller zum Gewerbekongreß nach Frankfurt a. M. abzusenden. Wir sind nicht näher bekannt mit den Instruktionen, die dem Abgeordneten nach Frankfurt aufgegeben wurden, und haben nur so viel darüber gehört, daß man sich im Allgemeinen gegen Gewerbsfreiheit ausgesprochen hat, wie eben an den meisten Orten, wo noch keine Gewerbsfreiheit existirt. Es ist übrigens zu erwarten, daß man Herrn Dorfmüller doch mindestens nicht mit solchen Forderungen belästigt hat, wie sie die Erlanger Gewerbsmeister, die doch in ihrer Vereinzung wahrlich noch weniger Ursache haben, sich des Gewerbezwangs zu freuen, wie die Bayreuther, ihrem Vertreter am Handwerkerkongreß, Herrn Schmidthill, aufgetragen haben. Beispielsweise wollen wir einige derselben nennen: „Aufrechthaltung des Innungswesens und Unterkennung der Innungen, als selbstständige Körperschaften, Beschränkung der Handwerke auf die Städte, mit Ausnahme derjenigen, welche mit dem Landbaue in so unmittelbaren Zusammenhange stehen, Vertretung des Handwerkerstandes bei den deutschen Kammern durch aus seiner Mitte und von ihm selbst gewählten Personen", d. h. Alle Stände als solche sind aufgehoben, nur der Handwerkerstand soll als solcher bevorrechtet noch fortbestehen und doppelt wählen dürfen, mit dem Volke und wieder für sich. Man wird beim Lesen derartiger Forderungen unwillkührlich an Moriz Mohl's Wort in der Reichsversammlung erinnert, der meinte, man würde den Bock zum Gärtner machen, wenn man den Gewerbsmännern für sich allein Gesetze machen ließe.

Bayreuth, 18. Juni. Ein interessantes Fest hat gestern Abend im geräumigen Gesellschaftslokale der Bürger-Ressource zur Feier der Wahl des deutschen Reichsverwesers stattgefunden. Das gering Ergebniß der Sammlung für die deutsche Flotte in hiesiger Stadt hatte den patriotischen Verein veranlaßt, den Liedertrang um eine öffentliche Vorstellung, deren Erträgniß dem deutschen Flottenfonds zugewiesen werden sollten, zu bitten, und freundwillig kam dieser der Bitte entgegen. Alle Classen der Gesellschaft hatten sich zahlreich zum patriotischen Feste zusammengefunden, dem zu den trefflich exercirten Gesängen- und Tonstücken, welch letztere von den Musikkorps der beiden hiesigen Regimenter ausgeführt wurden, nur noch ein ungetrübter Himmel zu wünschen gewesen wäre. Abends war Haus und Garten glänzend beleuchtet, ein Transparent zeigte den deutschen Reichsadler mit den berühmt gewordenen Trinkspruche des Reichsverwesers. Ihm galt auch der erste von stürmischen Hochrufen begleitete Trinkspruch des Vorstands des Vereins, Herrn Rose; ein zweiter wurde von ihm, dem Könige Max ebenfalls unter allgemeiner Theilnahme gebracht. — Wie wir hören, werden von hiesigen Frauen Bänder in den deutschen Farben gestickt, die dazu bestimmt sind, die Landwehrfahnen zu schmücken. Der Tag, an welchem die Bänder an die Fahnen geknüpft werden, ist zugleich dazu bestimmt, die deutsche Kokarde bei der hiesigen Landwehr einzuüben und soll ein Volksfest werden, womit das bisher erst die Ende August stattfindende Scheibenschießen verbunden werden soll. Auf welchen Tag dieses Fest festgesetzt wird, können wir für jetzt noch nicht angeben, doch soll dasselbe dem Vernehmen nach noch nicht in den nächsten zwei Wochen abgehalten werden.

Anzeigen.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Ueber die Einführung einer Kapital- und einer Einkommensteuer in Bayern. gr. 8. geh. 6 kr.

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte. 6 kr.

Beitrag zur Organisation der Auswanderung oder Grundzüge eines Planes zur Gründung einer Colonisations- und Auswanderungs-Gesellschaft in Nürnberg. geh. 9 kr.

Wichtige Anzeige
für sämmtliche
Grund- und Grundrenten-Besitzer.

Im Verlage der J. Reitmayer'schen Buchhandlung in Regensburg ist erschienen und kann durch sämmtliche baier. Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Buchner**'sche, um 15 kr. bezogen werden:

Das
Gesetz über die Ausbehnung
der
Standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten
sammt
der Vollzugs-Instruktion
und beigefügten Berechnungen über die verschiedenen Arten der Ablösung, resp. Umwandlung.

Durch diese für Jedermann, auch für den im Rechnungssache minder bewanderten Landmann leichtfaßlich gefertigten Berechnungen (Tabellen) kann Jeder in möglichst kurzer Zeit die Größen der Tilgung und Ablösung der von ihm bisher geleisteten Grundabgaben selbst berechnen.

Karlsbader Sprudel-, Mühl- und Schloßbrunn, Eger Salzquelle und Franzensbrunn, Marienbader Kreuzbrunn, Emser Kränchen und Kesselbrunn, Kissinger Rakoczy und Marbrunnen, Adelheidsquelle, Saidschützer, Pullnaer und Friedrichshaller Bitterwasser, Geilnauer und Selterser Mineralwasser frische Füllung bei
Adolarius Semmelmann.

Eine silberne Armspange ist gestern von der Bürger-Ressource bis zum Hause Nr. 2 in der Maximilianstraße verloren gegangen. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine Belohnung in der Zeitungsexpedition abzugeben.

Frische Rebhühner sind angekommen bei
Seifensieder Mann.

In der Culmbacherstraße bei Gerbermeister Martin ist die obere Etage, bestehend in drei Zimmern und Alkov nebst sonstigen Bequemlichkeiten auf Martini zu vermiethen.

Im Verlage der Sch. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 200.** **20. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 17. Juli. Unsere neuen Reichsminister haben bereits heute im Parlament Interpellationen über sich ergehen lassen müssen. Der Abg. Francke aus Schleswig interpellirte den Minister des Aeußern über den Waffenstillstand mit Dänemark, erhielt aber zur Antwort, daß das Ministerium noch keine Kenntniß davon habe.(!) Venedey wollte wissen, ob die deutschen Gesandtschaften im Auslande friedliche Instruktionen erhalten hätten, worauf aber keine Antwort erfolgte. Ueber die Frage: ob den Ministern von einer Interpellation vorher Kenntniß zu geben sey, soll der Ausschuß Bericht erstatten. Die internationale Kommission beantragt, die theilweise Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund anzuerkennen und die dort gewährten Abgeordneten in den deutschen Bund zuzulassen, von der preußischen Regierung aber zu verlangen, daß sie den Deutschen in Posen für den Fall einer Abtretung der Provinz ihre Nationalität garantire. Die Berathung über die Grundrechte war heute sehr unglücklich, namentlich brachte der Ausschuß-Referent H. Beseler durch seinen fast 2 Stunden dauernden Vortrag die Versammlung fast zur Verzweiflung; ein Theil der Mitglieder entfernte sich, ein anderer schlief ein. Morgen wird über Petitionen und andere wenig bedeutende Dinge berathen. Hr. Bassermann war zwar dagegen, daß man die Verfassung aufsetze: er sagte, der um sich greifende Partikularismus mache die höchste Beschleunigung des Verfassungswerkes nöthig; doch drang seine Ansicht nicht durch.

Die O. P. Z. meldet amtlich: Der Erzherzog-Reichsverweser hat mit Verfügung vom 15. d. M. für die Dauer der Abwesenheit des Justizministers von Frankfurt (derselbe hat bekanntlich den Reichsverweser nach Wien begleitet) dessen Geschäfte dem Minister des Innern übertragen.

Frankfurt a. M., 15. Juli. Diesen Vormittag ist die Gattin des Barons A. v. Rothschild, des greisen Chefs des hiesigen Hauses, plötzlich in Folge eines Lungenschlags verschieden.

Berlin, 15. Juli. Der Minister des Innern, Hr. Kühlwetter, hat durch eine Zirkularverfügung die Regierungspräsidenten aufgefordert, ihre Unterbeamten anzuweisen, sich fernerhin nicht bei reaktionären Bestrebungen in ihrem amtlichen Wirkungskreise zu betheiligen. Jeder Ehrenmann, sagt Hr. Kühlwetter in dieser Verfügung, würde es vorziehen, unter einem ihm zu freisinnigen Regierungssystemе seinen Abschied zu nehmen. Es dürften in Folge dieses Erlasses vielleicht bedeutende Vakaturen zu erwarten seyn.

Berlin, 16. Juli. In der Untersuchungssache gegen die HH. Urban, Korn, Löwinsohn und Siegrist in Berlin lautet das am 16. Juli gesprochene Urtel des Gerichtshofes dahin, daß Korn und Siegerist mit siebenjährigem, Löwinsohn mit zweijährigem, hingegen Urban nur mit einjährigem Festungsarrest, jedoch sämmtlich ohne Verlust der Nationalcocarde, zu belegen seien. — Der einstweilen für den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten fungirende Hr. v. Ladenberg hat unterm 14. Juli in Folge einer an ihn gerichteten Anfrage wegen der Zulassungsberechtigung jüdischer Gelehrten zu den akademischen Lehrämtern verfügt, daß er auch jüdische Geichrte als zulassungsberechtigt anerkenne, insofern nicht die Natur eines solchen Lehramtes das christliche Bekenntniß nothwendig voraussetze.

Durch kgl. Botschaft vom 6. Juli an die Nationalversammlung ist derselben ein Gesetzentwurf über die Errichtung der Bürgerwehr zugegangen, der in 13 Abschnitten mit 123 Paragraphen zerfällt. Nach den allgemeinen Bestimmungen des Entwurfs hat die Bürgerwehr die Bestimmung, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen und bei Vertheidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde mitzuwirken. Eine Berathung oder Beschlußnahme der Bürgerwehr als solcher über öffentliche Angelegenheit ist, als mit dem Wesen ihrer Bestimmung im Widerspruche, verboten. Durch kgl. Verordnung kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Theile ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienstentheburg darf nicht länger als sechs Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Bürgerwehr binnen sechs Monaten neu gebildet werden. Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet vor dem Gemeindevorsteher, in Gegenwart des Bezirksvorstehers der Bürgerwehr, folgenden Eid: „Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Könige, der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs." Abschnitt I. §. 8—11 vorspflichtet zum Dienste jeden Preußen von 24. bis 50. Lebensjahre, vorbehaltlich der unverkürzten Erfüllung der Militairpflicht. Der Dienst in der Bürgerwehr ist unvereinbar mit jedem Amte, vermöge dessen die bewaffnete Macht requirirt werden kann; befreit sind Minister, Geistliche, im aktiven Dienste befindliche Militairpersonen, Grenz-, Zoll-, Steuer-, Forstschutz- und Postbeamte, die Vorsteher und Gefangenwärter in allen Gefangenen-Anstalten, die executivbeamten Sicherheitsbeamten. (D. A. Z.)

Berlin, 16. Juli. Preußen und Oesterreich in offener Fehde! Das preußische Städtchen Pasichkau an der österreichischen Grenze besitzt zwei auf österreichischem Gebiet liegende Kämmereidörfer — Dorgotting und Weißwasser. Auf Betrieb eines von dem pasichkauer Magistrat entlassenen Beamten verweigern der Bewohner jener Dörfer jetzt nicht nur die Verabfolgung von Holz aus dem der Stadt gehörigen Forst und Leistungen die andern Dominalgefälle, sondern haben sich auch gerüstet und bedrohen das geängstigte Städtchen mit Gewaltmaßregeln, da sie die Herauszahlung einer Steuer von 82,000 Fl. verlangen.

Berlin, 15. Juli. Vielleicht schon in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung wird ein Antrag zur sofortigen Discus-

Feuilleton.

*Paris, 13. Juli. General Regnault ist gestern begraben worden und heute findet das Leichenbegängniß des Generals Duvivier Statt. Regnault fiel an einer Barrikade der Vorstadt St. Antoine. Die Soldaten des 48. Regiments hatten die Barrikaden erstürmt und eine Menge Insurgenten gefangen genommen. Einer davon, der als der Mörder mehrerer Soldaten bezeichnet ward, sollte von den Soldaten erschossen werden. Da sprengt General Regnault hin und ruft: Soldaten, schenkt ihm das Leben! Die Soldaten setzten die vorgeschlagenen Gewehre ab, der Gerettete tritt zu dem General und mit den Worten: Schönen Dank, General! schießt er ihn mit einer unter der Blouse verborgenen Pistole vom Pferde. Die wüthenden Soldaten hauen den Mörder augenblicklich nieder. Regnault, der vom Obersten dieses 48. Regiments erst vor wenigen Tagen zum General befördert worden war, hat seine Wunde nur wenige Tage überlebt.

Die Akademie von Frankreich hat mit Einstimmigkeit beschlossen, an Chateaubriand's Statte den greisen Freiheitsdichter Beranger zu wählen.

London, 12. Juni. Die Unruhen der Chartisten, denen die londoner Polizei oft keine ausreichende Macht entgegensetzen konnte, haben das Verlangen nach einer Vermehrung der Polizeimannschaft rege gemacht. Diese beträgt jetzt 4910 Mann. Freilich ist London auch jetzt in einer Weise vergrößert, wozu anderswo der Maßstab fehlt. Vom Sept. 1845 bis zum März 1847 wurden 11,137 neue Häuser gebaut, und 3567 waren im Bau begriffen. Indessen werden Versammlungen gegen jede Vermehrung der Polizei gehalten, weil die Gemeinde-Auflagen ohnehin schon sehr hoch sind. Als Handelshafen ist London im letzten Jahre bereits von Liverpool an Zahl der beladen ein- und auslaufenden Schiffe übertroffen worden. Liverpool ist der Hafen Amerika's.

Aus dem Canton Zürich sind 24 Hannoveraner aus dem Grunde ausgewiesen worden, weil ein Handwerksgeselle aus der Schweiz neulich in Hannover keine Arbeit suchen durfte und die Regierung in Hannover auf gestellte Beschwerde gar keine Antwort gab. (Dorf.)

Digitized by Google

sion gestellt werden, welcher für die Presse von höchster Wichtigkeit ist; ein Antrag auf sofortige Aufhebung derjenigen Strafbestimmungen, neben welchen eine unbeschränkte Preßfreiheit nicht bestehen kann. Dahin gehört namentlich der schon unter der Censur vielfach angefochtene §. 151 des Criminalrechts, welcher die Strafe für den frechen, unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze und der Anordnungen im Staate normirte. Mehrere dem höhern Richterstand angehörige Mitglieder der Nationalversammlung, besonders aber die beiden früheren Staatsanwälte v. Kirchmann und Temme, haben dem Antragsteller ihre Unterstützung zugesagt und wollen die Unverträglichkeit jenes Gesetzes mit der Institution der freien Presse darthun. — Gegenwärtig hält sich der bekannte Communist Weitling hier auf.

Köln, 13. Juli. **De. Mendelsohn**, bekannt aus den Assisenverhandlungen über einen an einer Baronin Meyendorf begangenen Cassettendiebstahl und als Dieb zu fünfjähriger Zuchthausstrafe, Verlust der bürgerlichen Rechte und speciell der Befugniß zur Ausübung seiner Praxis verurtheilt, ist begnadigt worden. Er ist in die bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt und die Strafzeit auf ein Jahr ermäßigt, so daß er bereits im Februar des nächsten Jahres seiner Haft entlassen wird.

Der Allg. Ztg. schreibt man aus Wien, 14. Juli: Gestern Nacht wurde das Ministerium provisorisch festgesetzt, damit, im Falle eine längere Verzögerung die angedrohten Unruhen veranlassen sollte, es sofort proklamirt werde. Aeußeres: Wessenberg; Inneres: Doblhoff; Krieg (Latour interimistisch): Schönhals; Handel: Hornbostel; Arbeit: Schwarzer; Justiz: Alex. Bach; Finanzen werden vorläufig noch von Krauß besorgt. Brandau in Innsbruck und Thun in Prag sollen abgesetzt werden. Schwarzer übergibt die Redaktion der All. Oesterr. Ztg. für die Dauer seines Amtes an Hübner und Stift jun., seine Mitarbeiter.

Heidelberg, 17. Juli. Seit einigen Tagen befindet sich unsere akademische Jugend in lebhafter Aufregung und es scheint ein Theil derselben entschlossen, heute noch die Stadt zu verlassen. Eine kleine Anzahl von Studirenden hatte einen demokratischen Verein gegründet, der nach Angabe der Statuten sich als Ziel gesetzt hatte, durch die Presse, Belehrung u. s. w. die Einrichtung der demokratischen Republik vorzubereiten. Eine größere Versammlung sprach sich dahin aus, daß aus dem angeführten Grunde die Sache des unterdrückten Vereins eine allgemeine Studentensache sey und schickte eine Deputation nach Karlsruhe, um ungesäumte Zurücknahme des Verbots zu erwirken. Ein Ministerialreskript verneint sich auf bestehende Gesetze früherer Zeit und versichert, es sey im verflossenen März eine Erweiterung der bestehenden Associationsrechte weder gefordert noch erreicht worden. Gestern Abend verkündete die Deputation den Studirenden diese Antwort, sie waren dadurch nicht befriedigt und entschlossen sich nun, heute Morgen die Stadt zu verlassen und nach Neuhaus an der Hardt zu ziehen. In diesem Augenblick werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Ein Anschlag des akademischen Senats mahnt die Studirenden ab, auf diesem Wege ihr vermeintliches Recht zu verfolgen, und erinnert sie daran, daß das Gesetz von 1833, dessen Hauptbestimmungen beigebracht sind, und welches der Regierung das Recht gibt, jeden Verein, der ihr gefährlich scheint, aufzulösen, auch heute noch in anerkannter Wirksamkeit stehe. Der Auszug wird an den Straßenecken angeschlagen, aber, wie wir uns durch eigne Anschauung überzeugten, auch sogleich wieder (nicht von Akademikern) abgerissen. Gegen 11 Uhr soll, wie wir hören, der Auszug stattfinden. (D. Z.)

Hamburg, 15. Juli. Gestern Nachmittag 2 Uhr ist General Wrangel mit dem Grafen Pourtalès und seinem ganzen Stabe von Hadersleben gegen Kolding geritten, um eine halbe Meile von diesem Ort eine Zusammenkunft mit dem dänischen General en Chef zum Zwecke des Abschlusses des Waffenstillstandes abzuhalten. In Hadersleben selbst hatte man keine große Zuversicht, daß der Abschluß zu Stande kommen werde; die dort anwesenden preußischen Truppen hatten indessen Ordre, sich marschfertig zu halten.

Altona, 15. Juli. Aus zuverlässiger Quelle sind wir in den Stand gesetzt, anzuzeigen, daß von deutscher Seite die Räumung von Alsen von Seiten der Dänen und das Fortbestehen der provisorischen Regierung in unveränderter Weise als Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark aufgestellt sind. — Von Aarhuus aus ist in Folge der Waffenstillstandsgerüchte die nachfolgende Adresse nach Randeburg abgesandt worden: An die hohe provisorische Regierung von Schleswig-Holstein. Das von den Zeitungen mit immer größerer Bestimmtheit bestätigte Gerücht über einen von Preußen bereits ratifizirten Waffenstillstand, in Folge dessen unsere hohe provisorische Regierung aufgelöst werden solle, hat die Bewohner hiesiger Stadt mit der größten Bestürzung und Erbitterung erfüllt. In der Voraussetzung, daß jenes Gerücht begründet, werden sich die Endesunterzeichneten an die hohe provisorische Regierung mit dem dringenden Verlangen, daß selbige, die ihr Mandat von der schleswig-holsteinischen Volksvertretung erhalten und von Bundestruppen stürmisch anerkannt worden, nach alle ihr zu Gebote stehenden Mittel und namentlich durch einen Aufruf an Schleswig-Holstein und Deutschland sich gegen den Gewaltstreich der Diplomatie in dem Besitz ihrer legitimen Rechte erhalten und nur der physischen Macht weichen möge. Alpersdahe, 13. Juli 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Rendsburg, 13. Juli. Während die öffentliche Meinung in den Herzogthümern ausschließlich den Waffenstillstands-Unterhandlungen zugewandt ist, wiederholt sich auch das Gerücht in den schleswig-holsteinischen Blättern, es beabsichtige der General Wrangel, falls der Waffenstillstand nicht zu Stande komme, sein tapferes Heer nach Jütland zu führen. Es stoßen noch immer Reservisten zur Armee. (Bl.-Z.)

Italien.

Aus Oberitalien, 5. Juli. Die Erklärung der deutschen Reichsversammlung bezüglich eines Angriffs auf das deutsche Bundesgebiet hat hier einen tiefern Eindruck hervorgebracht, als man nach dem bisherigen Auftreten der Italiener hätte erwar-

---

Wien, 12. Juli. Soeben erhalten wir ein Schreiben aus St. Hermagor bei Pontafel in Kärnthen, welches die Nachricht von einer furchtbaren Ueberschwemmung in Folge eines Wolkenbruches bringt. Freitag 30. Juli bei Eintritt des Neuschreines hat es zu regnen angefangen, welches bis zum andern Tag unausgesetzt, jedoch stärker fortdauerte, als endlich gegen 5 Uhr Abend in der Richtung von Süden nach Norden, und in einem Umkreis von 4 Stunden ein furchtbarer Wolkenbruch niederging, welcher die Ortschaften Unterwelach, Dellach, Kirchbach, Wolschitz, Pontafel ꝛc. unter Wasser setzte. Nebst vielen Häusern, Sägen, Mühlen, Schmieden und Wirthschaftsgebäuden sind auch 14 Menschenleben zu Grunde gegangen. Erdabstürzungen aller Art haben die Bäche angeschwellt und verklaust, wodurch das Wasser aus seinen Ufern trat und an manchen Orten eine Höhe von 6 bis 7 Schuh erreichte. Viele größere und kleinere Brücken wurden weggeschwemmt. Am härtesten wurde Pontafel mitgenommen. (A. Z.)

Der Frankfurter Deputation wurde in Wien in der Nacht vom 8. zum 9., als sie von einem Ausflug nach Reichenau zurückkehrte, von 200 Trommelschlägern und 10 Musikchören des Militärs und der Nationalgarde ein Zapfenstreich gebracht. Der Lärm war so groß, daß die Fensterscheiben zersprangen.

Beim Weggehen aus der Paulskirche wendete sich der Reichsverweser zu dem Präsidenten, drückte ihm die Hand und sagte: Ich habe das Amt übernommen und will ihm ganz angehören, diesen Händedruck der ganzen deutschen Nation. — Zu den Deputirten des Demokraten-Clubbs in Wien sagte er: die Republik ist das schönste Ziel der Menschen, sie wird und muß kommen; aber sie bedarf großer Tugenden, für jetzt ist sie noch nicht an der Zeit. (Dorfz.)

Vevay, 4. Juli. Gestern hat sich in unserer Nähe ein furchtbares Ereigniß zugetragen. Der unter dem Namen Dente-Raye bekannte, 700 Fuß hohe Felsen im Thale von Montreux, ist mit donnerähnlichem Getöse zusammengestürzt und bedeckt mit seinen Trümmern das weite Thal. Sieben Häuser mit allen Personen, die sich darin befanden, liegen unter dem Schutte begraben und mehr als 1000 Stück Vieh sollen zu Grunde gegangen seyn.

Digitized by Google

ten sollen. Um diesen Eindruck zu schwächen, geht man jetzt damit um, eine Gegenerklärung zu erlassen, welche von sämmtlichen italienischen Staaten unterzeichnet und vom Turiner Ministerium ausgefertigt werden soll. Man will darin den bestehenden Verträgen den Grundsatz der Berechtigung der Nationalitäten gegenüberstellen und dem deutschen Volke damit den Beweis liefern, daß es keinen Anspruch auf Welschtyrol, Istrien und Triest habe, weil diese Länder ihrer Lage, Sprache und Gesittung nach zu Italien gehörten. Ob man in Florenz und Rom dieser Erklärung beitreten wird, ist übrigens noch sehr zweifelhaft. Die sardinische Regierung geht damit um, Turin zu einer Art von diplomatischem Vorort zu machen. Die Vertretung der gemeinsamen italienischen Angelegenheiten soll demgemäß künftig ganz in die Hände Karl Alberts gelegt werden, der als „König von Italien" vorzugsweise berufen sey, die Interessen der italienischen Nation, wie jetzt nach innen, so auch nach außen zu wahren. Der Sardenkönig sucht auf diese Weise nach und nach die ganze Zentralgewalt allein in die Hand zu bekommen, mit deren Hilfe er sich dann auf ausschließlichen Herrscher von Italien aufschwingen würde. Die übrigen Fürsten werden aber wahrscheinlich klug genug seyn, nicht in die Falle zu gehen. (Kathol. Ztg.)

Aus einer Mittheilung der prov. Regierung von Venedig an die Abgeordnetenversammlung ersieht man, daß die prov. Regierung der Republik den übrigen Regierungen Italiens geschrieben hatte, daß, wenn sie sich für unfähig hielten, allein Oesterreich zu besiegen, und sie die Hilfe Frankreichs für nothwendig erachteten, Venedig sich einem solchen Hilfsbegehren anschließen würde. Die päpstliche Regierung und die von Toskana haben geantwortet, daß sie keine französische Hilfe verlangen; von den übrigen sey keine Antwort erfolgt.

Ungarn.

Pesth, 11. Juli. Heute haben wir hier eines der großartigsten weltgeschichtlichen Ereignisse erlebt. Seit den Zeiten Maria Theresiens war auf dem ungarischen Reichstage keine solche allgemeine Hingebung und Begeisterung für die Rettung des Vaterlandes aus den Gefahren zu sehen wie heute. Die gewaltige Stimme aber, welche diesmal eine so zauberähnliche Wirkung hervorzubringen wußte, war nicht die einer gekrönten Person vom Thronessel herunter, sondern die eines schwächtigen Mannes von geringer Herkunft, welcher am Rande des Grabes steht, aber vom heiligen Feuer der Begeisterung erhoben, mit dämonischer Gewalt über die Geschicke seines Landes waltet. Es war Kossuth. Er ist so schwach und angegriffen, daß er auf die Tribüne geführt werden mußte. An seiner mächtigen Stimme aber merkte man die Schwächlichkeit des Körpers nicht. Mit eben so glänzender Beredtsamkeit als ihnreißender Begeisterung schilderte er die Lage und Gefahren des Landes und forderte schließlich nichts weniger als die Bewilligung von 200,000 Infanten und 42 Mill. Fl. Schon während der Rede wurde er von stürmischem Beifall unterbrochen; als er aber geschlossen, kannte die allgemeine Begeisterung keine Grenzen mehr. Der Anführer der Linken, der eigentlichen Opposition, Paul v. Nyari, erster Bicegespan des pester Comitats, stand auf, erhob zwei Finger wie zum Schwure, sprach aber nur das verhängnißvolle Wort: megadjuk! (Wir geben!) worauf die ganze Versammlung einhellig und mit höchster Begeisterung ihre Zustimmung aussprach. „Ich bringe mich vor der Größe dieser Nation," sagte Kossuth, von solchem Anblicke tief gerührt. Die Versammlung war nicht mehr fähig, etwas vorzunehmen und ging auseinander. Seinen detaillirten Finanzentwurf wird Kossuth morgen vorlegen. Die Rekrutenaushebung soll in der Weise geschehen, daß das gegenwärtig in Ungarn befindliche Militär auf 200,000 Mann gebracht werden soll. Die 42 Mill. Fl. sollen theilweise durch eine Anleihe herbeigeschafft werden. Zu der Abendsitzung ist eine Commission zur Entwerfung der Adresse niedergesetzt worden.

Aus guter Quelle erfahren wir, daß das wiener Ministerium Dobiheff mit dem ungarischen Ministerium Hand in Hand gehen wolle. Der Commandant von Peterwardein, Feldmarschall-Lieutenant v. Hrabowsky, welcher seine Ernennung vom Reichskönigl. Commissariat über Kroatien und die Grenze verlangt hatte, ließ sich zur Beobehaltung bewegen, und tritt jetzt mit großer Energie gegen den Ban Jellachich und dessen Partei auf. An den Erzbischof von Karlowitz, Joseph Rajacsics, welcher in Agram weilt, hat Hrabowsky den Befehl erlassen, augenblicklich nach Karlowitz zurückzukehren und die aufwiegelerischen Popen zur Ordnung zu ermahnen. Diese werden jetzt überall, wo sie ergriffen werden, vor das Kriegsgericht gestellt. Wie wir hören, hat Hrabowsky ein direktes königl. Handbillet erhalten, welches ihn zu unbedingtem Gehorsam gegen das ungarische Ministerium anweist.

Unser Ministerium hat mittels der russischen Gesandtschaft am österreichischen Hof eine Note an das Cabinet zu Petersburg gerichtet, in welcher über die russischen Truppenanmassungen am Pruth Aufklärung verlangt worden. Die russische Regierung gab hierauf eine vage Antwort und verwies auf den aufgeregten Zustand in den Donaufürstenthümern, erklärt übrigens mit Ungarn in Freundschaft bleiben zu wollen, so lange von diesem keine Kriegsrüstungen gegen Rußland geschehen würden.

Aus Bosnien sind Nachrichten der Eingangen, nach welchem der dortige Vezier ein türkisches Heer von 50,000 M. in drei Lagern unter dem Oberkommando des Seriasker-Pascha Zupta zusammenzieht. (D. A. Z.)

Kronstadt, 3. Juli. Soeben, den 1. Juli, erhalten wir Briefe aus Bukarescht, worin es heißt: Bukarescht ist keine Stadt mehr, sondern ein Freudenmeer. Processionen und Volksfeste wechseln mit einander ab. Der Metropolit hat ebenfalls die Constitution unterschrieben. — Der englische Consul hat erklärt, daß in einigen Tagen die Kosacken die Walachei occupiren würden. Der österreichische Agent K. v. Timoni geht nach Wien. — Weiter heißt es in dem Briefe: Nachdem die Pforte die Revolution noch vor deren Ausbruch anerkannt hat, so ist ein russisch-türkischer Krieg in Aussicht gestellt. Wir zweifeln daran. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Jassy, 7. Juli. Bis heute haben die Russen den Pruth noch nicht überschritten.

Frankreich.

* Paris, 13. Juli. Der gefürchtete 14. Juli ist ohne die mindeste Störung vorübergegangen. Die Behörde hatte alle Anstalten getroffen, um jeder Unordnung sogleich kräftig entgegen zu treten; aber von allen diesen Maßregeln war zuletzt äußerlich nichts sichtbar, und keine Entwicklung von Truppen oder andere drastische Demonstrationen erhöhten die Besorgniße. Eine Proklamation, die im Laufe des Tages überall angeschlagen ward, machte, ihrer verständigen und freimüthigen Sprache halber, den besten Eindruck. Die Allarmisten kündigen jetzt neuen Aufstand für die letzten Juntage an, aber sie werden am 29. eben so Lügen gestraft werden, wie am 14.

Die Nationalversammlung hat gestern das Gesetz über Begünstigung der Arbeiter-Associationen bei Staatslieferungen angenommen. Der Finanzminister Goudchaux von Herrn Ducloc interpellirt, erklärte, daß er die Pläne, die Eisenbahnen und die Assecurangen durch den Staat erkaufen zu lassen, ganz aufgegeben habe.

Die Bureaux haben gestern den Vorschlag des Jules Favre, die Privat-Domänen Louis Philippes für Staatseigenthum zu erklären, geprüft. Herr Thiers bekämpfte diesen Vorschlag auf das Entschiedenste, und indem er sich offen für die Republik und das Recht der Nation aussprach, seine Regierung einsetzen, abzusetzen und die Regierungsform zu ändern, sprach er zugleich die feste Hoffnung aus, die Republik werde sich nie keine Handlung zu Schulden kommen lassen, die, welchen Vorwand man ihr auch jetzt geben möge, von der Geschichte als eine Ungerechtigkeit und ein Raub geschildert werden würde.

Man hat jetzt, um einem Mangel an Munition, wie er am 24. Juni Abends eingetreten war, vorzubeugen, mehrere Munitionen-Depots in Paris selbst eingerichtet, während sonst alle Vorräthe in Vincennes waren. Die neuen Depots sind im Stadthause, in den Tuilerien, im Palais National und in der Militärschule. Im Hofe der Tuilerien sind außerdem sechs Kanonen aufgestellt worden.

Unter den neuerdings Verhafteten befinden sich auch der Polizei-Commissair des Stadtviertels der Lombards, Herr Grouffet-Chailly und der Polizei-Commissär der Vorstadt St. Antoine, Hr. Boissier. Die Anzahl der Gefangenen beträgt jetzt 17,000.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 15. Juli. Der Präsident Marie eröffnet um 2½ Uhr die Sitzung. Der Minister der Marine, Herr Bastide, legt einen Gesetzvorschlag vor, wodurch der Emeritt und der Unterrieht der nautischen Schule von nun an unentgeltlich seyn soll. Der Präsident sagt einen Brief Lamennais vor, worin dieser verlangt, daß die Versammlung die gerichtliche Verfolgung gegen ihn autorisire, indem man wegen eines von ihm verfaßten Artikels im Peuple constituant nun seinen angestellten Redacteur verfolge, der ganz unschuldig sey. Lamennais selbst entwickelt in wenigen Worten seine Forderung, er sey, sagt er, für jede Zeile, die er geschrieben habe, verantwortlich, er wolle nicht, daß ein Anderer für ihn leide, und er erwarte von der Gerechtigkeit der Versammlung, daß sie die Verfolgung sogleich bewilligen werde. Baze widersetzt sich dieser Bewilligung, er behauptet, die Versammlung könne auf die Selbst-

Digitized by Google

denunciation eines Vertreters hin seinen Beschluß fassen, sie könne den Brief nur dem Justizminister überreichen, — verlange dieser dann die Verfolgung, so könne die Versammlung ihn autorisiren, früher nicht. Lamennais beharrt auf seinem Verlangen und weist nach, wie unhaltbar Bazes Argumente seyen. Allein auf die sehr klare Darstellung Cayrax, welcher Bazes Argumente wiederholt, geht die Versammlung, ohne einen Beschluß zu fassen, zur Tagesordnung über. Auf den Antrag des Herrn Donatieu Marquis, die Arbeiten der Bureaux in Hinsicht der Constitution zu beschleunigen, damit diese möglichst schnell zur öffentlichen Diskussion komme und somit bald ins Leben trete, beschließt die Versammlung, daß die Bureaux ihre Arbeiten in der Art zu beschleunigen und zu brendigen haben, daß die öffentliche Discussion der Constitution zu Ende dieses Monats Juli beginnen könne.

Königreich der Niederlande.

Haag, 15. Juli. So eben erscheint der Bericht der zweiten Kammer über die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe, betreffend die Verfassungsrevision. Das Zweikammer-System, wie es von der Regierung beantragt wurde, fand im Allgemeinen wenig Beifall. Die Mehrheit erklärt sich gegen direkte Wahlen. In Betreff der Cuite stimmte die Majorität für das System der Regierung, (Abschaffung des Placet), so wie für die Freiheit des Unterrichts. Die Mehrheit trägt kein Bedenken gegen das Vereinigungsrecht. Die Majorität verwirft dagegen die von der Regierung in den betreffenden Entwürfen gewagten Verbesserungen der Sprache und der Orthographie. Sie tadelt es, daß das Cabinet Nord-Brabant schreibt anstatt Braband und anstatt Oefening (Uebung) Uitoefening (Ausübung). — Armes China!

Schweden und Norwegen.

Laut Berichten aus Schweden ist vom schwedischen Generalconsul in Abo der königl. Quarantänekommission die Anzeige gemacht, daß die Cholera in Finnland, namentlich in der Gemeinde von Salmi (Serdewalla-Vogtei), ausgebrochen ist und daß von 13 Befallenen 8 gestorben sind; daß sie auch in Kerholm ausgebrochen sey, bedarf noch näherer Bestätigung.

Vom Königlichen Landgericht Bayreuth.

Aus der Kuratelmasse der Konrad Lutz'schen Kinder zu Treffendorf sollen am

25. Juli l. Js. Vormittags 9 Uhr

1) 141 Fichtenstämme, Nutzholz,
2) 16½ Klafter Fichten-Scheitholz,
3) 6½ Klafter Fichtenprügel,
4) ½ Klafter Birken-Prügelholz,

im sogenannten Angelholz bei Treffendorf an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft werden, wozu an zahlungsfähige Kauflustige hiemit Einladung ergeht.

Bayreuth, den 16. Juli 1848.
Königliches Landgericht.
Zehrer.

Vorbehaltlich der Genehmigung des Stadt-Magistrats und der Stadtgemeinde-Bevollmächtigten sollen von Martini 1849 an auf weitere 6 Jahre

1 Zagwerk Feld und Wiesen, rechts am Schießhause auf der Dürschnitz,
½ Zagwerk Feld hinter der St. Georgener Schießmauer

am

Montag den 31. Juli o. Vormittags 11 Uhr

im Bureau der Stadtkämmerei öffentlich und meistbietend verpachtet werden, wozu sich zahlungsfähige Pachtliebhaber einzufinden und den Zuschlag zu gewärtigen haben.

Bayreuth, den 18. Juli 1848.
Die Stadtkämmerei.
Birch.

Bekanntmachung.

Nachdem der ledige Thomas Kretler aus Bamnersdorf, nun zu Wailersbach, unter Kuratel des Michael Heckmann aus Bammersdorf gestellt ist, so werden von nun ab alle ohne Wissen und Willen dieses Curators abgeschlossenen Verträge für nichtig und wirkungslos erklärt.

Borchheim, den 11. Juli 1848.
Königliches Landgericht.
Geiger.

Bekanntmachung.

Wer immer an den Nachlaß der verlebten Müllermeisters-Eheleute Lorenz und Elisabetha Döring von der Stockmühle bei Kreussen eine Forderung zu machen und solche bis jetzt noch nicht liquidirt hat, wird hiemit aufgefordert, seine Forderungen zuverlässig, und bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung in dem hiezu

Samstag, den 12. August curr. Vormittags 8 Uhr

hierorts anstehenden Termin anzumelden, resp. gehörig nachzuweisen, da nach Umfluß dieses Termines über den Nachlaß nach Antrag der Erben weiter verfügt werden wird.

Pegnitz, den 10. Juli 1848.
Königliches Landgericht.
Vorstand beurlaubt.
Sternecker, I. Assessor.

Anzeigen.

Zum Zimmerschmuck jedes deutschen Mannes

ist in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel so eben angekommen:

Gallerie der Zeitgenossen,

neue Folge,
oder
die naturgetreuen Bildnisse
der
Männer des deutschen Volks
und
der benachbarten freien Nationen.

Erste Lieferung: **Hecker, Jahn.**

Der geringe Preis für jede Lieferung von 2 Blättern ist nur 21 Kreuzer. Das Format ist groß Quart, die Bezahlung macht daher wenig Kosten.
Jeden Monat erscheint eine Lieferung.
Subscribentensammler erhalten das erste Exemplar gratis.

Sehr schönes feines Kunstmehl, so wie auch alle Sorten anderes Mehl und Kochet, und alle in dieses Fach einschlagende Artikel sind von heute an bei mir zu haben, und bitte um gütige Abnahme.

G. Schlophof, Mehlmeister im Zolleinnehmer Benker'schen Hause in der Judengasse Nro. 476.

(Auctions-Anzeige.) Am Mittwoch den 26. Juli findet im Hause der Madame Sackenreuther an der Damm-Allee parterre eine Bücher-Auction statt, worüber das gedruckte Verzeichniß jetzt schon auf Verlangen ausgegeben wird.

Das Portrait des deutschen Reichsverwesers **Erzherzog Johann**, in elegantem Goldrahm, à 12 kr. bei H. N. Wilmersdörffer am Markt.

Eine silberne Armspange ist am Montag in der Bürger-Ressource oder von der Bürger-Ressource bis zum Hause Nr. 2 in der Maximilianstraße verloren gegangen. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine Belohnung in der Zeitungsexpedition abzugeben.

Ludwigs-Straße Nr. 307 ist die mittlere Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, 2 Kabinetten, 2 Küchen, 2 Kammern, Keller, Holzlege, Mitgebrauch des Waschhauses und des Waschbodens, auf Martini zu vermiethen.

Im Hause Nr. 373 in der Friedrichsstraße ist das mittlere Quartier: 3 heizbare Zimmer, Kabinet, Küche, versperrter Hausplatz ꝛc. zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

In der Ludwigsstraße Haus-Nr. 357 sind in erster Etage zwei Zimmer, beide durch einen Kachofen heizbar, nebst Küche, Holzschlicht ꝛc. auf Martini an eine stille Familie zu vermiethen.

Theater-Anzeige.

Am nächsten Sonntag, den 23. d. Mts. wird zum Besten der Mitglieder der hier anwesenden Schauspieler-Gesellschaft das fünfaktige Drama:

Heinrich von Burgund,

von August von Kotzebue, gegeben. Da nur eine gute Einnahme es und möglich macht, nach Erfüllung unserer Verpflichtungen von hier abreisen zu können, so glauben wir nicht vergebens an den Kunstsinn und die Großmuth des verehrlichen Publikums appelliren zu dürfen; um gütige Theilnahme bitten

Die Mitglieder der hiesigen Schauspieler-Gesellschaft.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag **Nro. 201.** 21. Juli 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 18. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden eine große Anzahl Petitionen, größtentheils über Militärangelegenheiten, durch die Tagesordnung beseitigt. Ein rheinbayerischer Abgeordneter beschwerte sich über eine bei ihm vorgenommenen Haussuchung, und beantragte Schutz für die Unverletzlichkeit der Deputirten. Der Vorfall bezieht sich auf die Bildung eines demokratischen Vereins in Kaiserslautern. Der Abg. Vogt kündigte Interpellationen an die Minister wegen dieses Vorfalles und der Aufstehung der demokratischen Vereine in Stuttgart und Heidelberg, sowie wegen anderer reaktionären Ereignisse in Mannheim, Schwabach ꝛc., sowie wegen Anerkennung der französischen Republik an. Rauwerd will wissen, ob und welche Bundestruppen in Italien verwendet werden. Schuselka beantragte, die Versammlung solle schon jetzt und noch vor Berathung der Grundrechte die völlige Gleichberechtigung der Juden für eine Ehren- und Gewissenspflicht des deutschen Volkes erklären. Die Mehrheit der Versammlung fand jedoch, daß dieser Gegenstand nicht dringend sey. Ein von 64 Mitgliedern der Rechten gestellter Antrag, auf Beschränkung der namentlichen Abstimmung fiel durch, nachdem die Linke mit Namensabstimmung über diesen Antrag gedroht hatte. Morgen wird die Limburger Frage berathen, welche der Deputirte Münch aus Luxemburg für sehr dringend erklärte, weil am 22. d. Mts in den holländischen Generalstaaten der Artikel des Grundgesetzes, welcher die Vereinigung Limburgs mit Holland ausspricht, diskutirt werden solle. Der internationale Ausschuß der deutschen Nationalversammlung trägt darauf an, die Nationalversammlung solle erklären: daß sie die bisherige Vereinigung des zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthums Limburg mit dem Königreich der Niederlande unter eine Verfassung und Verwaltung als unvereinbar mit der deutschen Bundesverfassung betrachte, und daß es sich von selbst verstehe, daß der Beschluß, wonach Bestimmungen der einzelnen Landesverfassungen nur in so weit gültig sind, als sie mit der künftigen deutschen Verfassung übereinstimmen, auf das Herzogthum Limburg anwendbar sey. Endlich wird beantragt, daß die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums Limburg zur Theilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Centralgewalt zur Vermittelung und einer die Rechte Limburgs wahrenden definitiven Regulirung, deren Ratifikation der National-Versammlung vorbehalten bleibt, unterworfen werde.

Die Frkf. Ob.-Post-Amtsztg., die zum öffiziellen Organ der Zentralregierung auserwählt worden zu seyn scheint und sich seitdem in einen amtlichen und nichtamtlichen Theil scheidet, meldet am 17. Juli in ersterem (dem amtl. Theil): „Die provisorische Zentralgewalt für Deutschland hat an die Regierungen aller deutschen Staaten die Mittheilung erlassen, daß der Reichsverweser die verantwortlichen Minister ernannt und daß die Ausübung der provisorischen Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte begonnen wurde. Sie hat in dieser Mittheilung ausgesprochen, daß sie bei Ausübung ihrer gesetzlichen Gewalten auf thätige vertrauungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen rechne, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen. Die provisorische Centralgewalt hat den Wunsch ausgedrückt, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bald von den Landesregierungen Bevollmächtigte ernannt würden, um mit ihnen in Verbindung zu treten. Die provisorische Centralgewalt hat erklärt: sie wünschte mit den Beauftragten der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, so weit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das Umfassendste sich bekannt zu machen, und sie zählte hierbei auf freimüthige, unumwundene Mittheilung, welche sie mit gleicher Offenheit erwiedern werde."

Frankfurt, 18. Juli. (Verhandlungen des deutschen Gewerbe-Congresses zu Frankfurt.) Nachdem bereits am Sonnabend den 15. d. eine vorberathende Sitzung der nicht sehr zahlreich versammelten Deputirten in dem für diesen Congreß bestimmten Sitzungssaal des gesetzgebenden Körpers stattgefunden, wurde gestern die Geschäftsordnung des Congresses festgesetzt, und die folgende Adresse durch eine Deputation an den Präsidenten der Nationalversammlung zu übereichen beschlossen: „Hohe Versammlung! Die Unterzeichneten beehren sich hiermit, die Anzeige zu machen, daß Abgeordnete des Handwerker- und Gewerbestandes aus fast allen Theilen Deutschlands hier zusammengetreten sind, und sich, einem im Juni d. J. zu Hamburg von den norddeutschen Vertretern des Handwerker- und Gewerbestands gefaßten Beschlusse gemäß, heute zu einem deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congreß constituirt haben. Der Zweck dieses Congresses ist: eine gründliche Prüfung der Gebrechen des deutschen Gewerbestandes; die Entwerfung einer, alle Kreise der gewerblichen Thätigkeit umfassenden, organisch gegliederten, zeitgemäßen, deutschen Gewerbeordnung; und die Gründung eines mit dem Reichsministerio in direkte Verbindung tretenden Organs zur Förderung und Wahrung der Interessen des deutschen Handwerker- und Gewerbestandes. Der Congreß ist des Vertrauens, daß die hohe, verfassunggebende Nationalversammlung, in deren Schooß der Gewerbestand nur schwach vertreten ist, seinen Vorlagen um so mehr die gebührende Rücksicht schenken wird, als es sich hier um die wichtigsten socialen Lebensfragen handelt, zu deren Lösung nothwendiger Weise die praktische Erfahrung wird zu Rath gezogen werden müssen. Der

Feuilleton.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung schreibt man aus

Frankfurt a. M., 16. Juli. Die Mittheilung des nachstehenden Schreibens wird nicht blos für alle Preußen, sondern auch für jeden Deutschen von hohem Interesse sein. Indem ich mich dabei jeden Commentaes enthalten darf, da es selbstredend ist, schicke ich nur wenige Worte über die Geschichte desselben voraus. Als der Erzherzog-Reichsverweser bei seiner jüngsten Reise von Wien nach Frankfurt durch Breslau kam, wurde bei seinem Gefolge ein beschwerter Brief an denselben mit der Bitte abgegeben, ihn erst in Frankfurt dem Erzherzoge zu übereichen. Der Absender des Briefes erfüllte diesen Wunsch und händigt erst hier dem Reichsverweser jenes Schreiben ein. In demselben befand sich eine jener Medaillen, welche bei der Todtenfeier für den Kaiser Franz I. in der Garnisonkirche von Potsdam an alle bei der Trauerfeierlichkeit betheiligten Personen, namentlich an die anwesenden Offiziere und Grenadiere des Kaiser-Franz-Grenadierregiments, dessen Chef der Verewigte gewesen war, ausgetheilt wurden. Das Schreiben selbst lautet wörtlich: Durchlauchtigster Erzherzog, gnädigster Herr! Als ich beiliegende Medaille erhielt, hatte ich die Ehre, eine Fahne zu tragen mit der Inschrift: Karoline Auguste, Kaiserin von Oesterreich; und eine hohe Trauerversammlung, sowie auch ich und Tausende meiner Regimentskameraden in der Garnisonkirche zu Potsdam flehten zu Gott um die gnädige Aufnahme der Seele unserer selig entschlafenen hohen Chefs Kaiser Franz und für das fernere Wohl des ganzen kaiserlich österreichischen hohen Hauses. Indem ich mich unterstehe, diese Medaille Ew. kaiserl. Hoh. ehrfurchtsvoll zu übereichen, bitte ich Ew. kaiserl. Hoh., in der jetzigen so wichtigen Zeitperiode auch meines gnädigsten Königs und des ganzen preußischen Hauses eingedenk zu sein, wofür ich Gottes Segen erflehe. Glücklich würde ich mich fühlen, wenn ich wüßte, daß Ew. kaiserl. Hoh. diese meine Gesinnungen wohlwollend aufgenommen, und verharre in schuldigster Hochachtung und Ergebenheit Ew. kaiserl. Hoh. ganz unterthänigster Stumpf, früher Unteroffizier in Kaiser-Franz-Grenadierregiment, jetzt Fußgensdarm in Breslau. Breslau, 9. Juli 1848. Mit welchem hohen Sinne der Erzherzog-Reichsverweser dieses Schreiben aufgenommen hat, erhellt am besten aus der Erlaubniß, dasselbe zu veröffentlichen.

Digitized by Google

mit Lösung seiner wichtigen Aufgaben aufs Eifrigste beschäftigte Congreß hofft einer hohen Nationalversammlung in Bälde das Ergebniß seiner Arbeiten vorlegen zu können, verbindet aber mit dieser Anzeige die Erklärung, daß, seiner wohlerwogenen Ansicht nach, der gegenwärtig von der Nationalversammlung berathene §. 2, Art. 1 des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks mit den künftigen Reichsgrundgesetzen über Heimathsberechtigung, Gewerbeordnung, und andern, in die inneren Angelegenheiten der in Zukunft selbstständigen Gemeinden tief eingreifende Verhältnisse, in einer so nahen Verbindung stehe, daß derselbe durch die später folgenden Gesetze wesentliche Modificationen erleiden dürfte. Die Unterzeichneten richten daher an hohe Nationalversammlung die Bitte: „„Dieselbe wolle, gemäß §. 24 Ihrer Geschäftsordnung, den volkswirthschaftlichen Ausschuß beauftragen, bei fortgesetzten Berathungen über die obenerwähnten Gegenstände mit dem Handwerker- und Gewerbe-Congreß sofort in gemeinschaftliche Verhandlung zu treten.““ (Folgen die Unterschriften.)

Der Frankfurter Handwerkercongreß, der bis jetzt aus 38 durch Wenige oder Viele gewählte und nicht gewählte Freunde der Gewerbefreiheit besteht, geberdet sich in dieser seiner Adresse an die Nationalversammlung, seinem ersten Lebenszeichen, wie eine aus dem Volke hervorgegangene Macht, die bei der Bestimmung über den volkswirthschaftlichen Theil der Grundrechte maßgebend zu seyn verlangt. Es ist dies eine Selbstüberschätzung dieses Antigewerbevereins, wie sie bei ähnlichen Associationen auch in andern Staaten wie z. B. England und Nordamerika öfters vorgekommen sind. Eine wirkliche Macht werden solche Vereine erst durch die Wahrheit oder das „An der Zeit seyn“ ihrer Ideen, was ihren Einfluß auf die Gesetzgebung unabweisbar macht. Der Gedanke, eine selbstberufliche Autonomie mittelst solcher Vereine zu schaffen, wie er von manchen Seite spähsüchtig wurde, konnte übrigens nur in politisch-leuchen Seelen aufkeimen.

München, 16. Juli. (Dienstesnachrichten.) Der **II.** Director des Appellationsgerichts von Unterfranken und Aschaffenburg, Karl Schumann, ist unterm Heutigen zum **I.** Appellationsgerichtsdirectore in Bamberg befördert worden. Se. Maj. der König hat die Aufnahme des **Dr.** Anat. Ant. Quitzmann aus München als Privatdocenten an der medizinischen Fakultät der Universität München genehmigt. (K. v. u. f. D.)

Der den ständigen Untersuchungsrichtern vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, die Gerichtsverfassung und die Einführung der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren betreffend, lautet: **A.** Die Gerichtsverfassung betreffend. Art. 1. Bis zu der Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung ist die schriftliche Untersuchung, welche der mündlich öffentlichen Verhandlung einer Strafsache vorhergeht (Voruntersuchung) von demjenigen Gerichte zu führen, welches bisher zu Führung der Generaluntersuchung ermächtigt war, vorbehaltlich der durch Regierungsverordnung künftighin einzelnen Gerichtsbezirke zu treffenden Abänderungen. Art. 2. Für die bei den Land- und Stadtgerichten zu führenden Voruntersuchungen werden Räthe oder Assessoren als ständige Untersuchungsrichter angestellt und im Verhinderungsfalle durch andere Gerichtsmitglieder ersetzt. Art. 3. Wenn sich ein Streit zwischen verschiedenen Untersuchungsgerichten über ihre Zuständigkeit ergibt, so entscheidet das Appellationsgericht. Stehen die über die Zuständigkeit streitenden Untersuchungsgerichte unter verschiedenen Appellationsgerichten, so entscheidet — wenn sich die Letzteren über die Streitfrage nicht vereinigen können — das Oberappellationsgericht. Art. 4. Die Appellationsgerichte sind ermächtigt, die Voruntersuchung aus wichtigen Gründen einem andern als dem nach Art. 22 und 24. Th. **II.** des Strafgesetzbuches zuständigen Gerichte aufzutragen. Ebenso kann von dem Oberappellationsgerichte die Voruntersuchung einem Gerichte eines andern Kreises aufgetragen werden. Art. 5. Die Uebertragung der Voruntersuchung an ein anderes Gericht (Art. 4) kann nur durch einen Plenarbeschluß des Gerichtshofes verfügt werden. Art. 6. Diejenigen Strafsachen, welche nicht vor die Schwurgerichte gehören, werden in erster Instanz durch Kreis- und Stadtgerichte abgeurtheilt. Art. 7. Die Kreis- und Stadtgerichte, welchen die Aburtheilung obliegt, und die Bezirke, über welche sich ihre Zuständigkeit erstreckt, werden durch Regierungsverordnung bezeichnet. Ebenso wird in Bezug auf jedes dieser Kreis- und Stadtgerichte durch Regierungsverordnung bestimmt, ob dasselbe alle Strafsachen, über welche in seinem Bezirke die Voruntersuchung geführt wurde, oder ob es blos die Vergehen abzuurtheilen habe. Art. 8. In Anſehung der Aburtheilung steht der Plenarversammlung eines Appellationsgerichts und des obersten Gerichtshofes die nemliche Ermächtigung zu, welche denselben durch Art. 4 in Ansehung der Voruntersuchung ertheilt ist. Art. 9. Anfragen des Untersuchungsrichters über das von ihm einzuhaltende Verfahren, Beschwerden gegen die Handlungen desselben und Anträge auf Ablehnung des Untersuchungsrichters oder seines Protokollführers werden bei dem einschlägigen Kreis- und Stadtgerichte erledigt. Ergibt sich hiebei ein Grund, gegen den Untersuchungsrichter oder seinen Protokollführer einzuschreiten, so hat das Kreis- und Stadtgericht die Einschreitung durch Berichtserstattung an das Appellationsgericht zu veranlassen. In dringenden Fällen kann das Kreis- und Stadtgericht ein Gerichtsmitglied ernennen und zur Vornahme einzelner Untersuchungshandlungen abordnen. Art. 10. Die Urtheile der Kreis- und Stadtgerichte werden in Verbrechens-Fällen von 5, in Vergehensfällen von 3 Gerichtsmitgliedern gefällt. Alle andern Beschlüsse sind von 3 Gerichtsmitgliedern zu fassen. Ist in einzelnen Fällen die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Kreis- und Stadtgerichts nicht vorhanden, so werden auswärtsmeseyende Mitglieder der nächstgelegenen Landgerichte zugezogen. (Forts. folgt.)

G München, 17. Juli. Mit dem theilweise mitgetheilten Fragmente eines neuen Gesetzbuchs ist der erste Schritt geschehen, um das bisher bestandene Untersuchungs-Princip im Criminalprozeß durch den Grundsatz der Anklage vertrauen zu lassen. Durch den Umstand, daß die vorgelegten Gesetze nur einzelne zur Kenntniß des Publikums kommen, daß sie nur ein Stückwerk zur Abhilfe seyn eines nach ganz andern Grundprincipien gebauten Rechtsgebäudes sind, und durch den blos provisorischen Charakter, der ihnen anklebt, wird die Uebersicht sehr erschwert. Soweit aber eine solche möglich ist, steht man, daß der durch den französischen **code d'instruction** vorgezeichnete Gang zu Grunde gelegt ist, mit Rücksicht auf das Gesetz vom 12. Mai o., das bei den Verbrechen, die nur mit Arbeitshaus belegt sind, die Zuständigkeit der Schwurgerichte noch ausschließt. Die Untersuchung ist nach französischem Recht concentrirter und energischer, weil nach Schluß aller Voruntersuchungen eines ganzen Bezirks einem ständigen Untersuchungsrichter des Bezirksgerichts übertragen sind, der durch die fortwährende Uebung ein tüchtiger Inquirent wird. Diese Centralisation aller Untersuchungen am Sitze des Bezirksgerichtes bietet auch noch den Vortheil; daß der Staatsanwalt in den Stand gesetzt ist, mit dem Untersuchungsrichter in unmittelbares Benehmen zu treten, sich in sortlaufender Kenntniß vom Stande der Voruntersuchung zu halten und unmittelbar die geeigneten Anträge zu stellen. Erst dann errichtet die Staatsanwaltschaft in vollem Umfang, der ihr bei der Voruntersuchung angewiesen, daß sie nämlich einerseits die Thätigkeit des Inquirenten mehr Energie und Einheit verleiht, andererseits eine Controlle seines Verfahrens erzielt. Allein dies ist bis zur Einführung der vollständigen neuen Gerichtsverfassung nicht möglich. Die bisherige Zuständigkeit der Untersuchungsgerichte muß im Interesse der geregelten Ordnung beibehalten werden, und dieser Rücksicht zwe einheitliche Durchführung des Anklageprinzips weichen. Um auch in dieser Uebergangsperiode die Staatsanwälte in die Lage zu setzen, im Interesse einer gleichförmigen und schleunigen Behandlung der Strafsachen auf den Gang der Voruntersuchung einzuwirken, sind die Bestimmungen der Art. 24—29 vorgeschrieben. So viel über die Behörden, die Voruntersuchungen zu leiten haben. Ueber den Gang derselben, über das Gericht, das die Versetzung in den Anklagestand auszusprechen hat, schweigt dieser Entwurf, da dieses Thema in den Bereich eines andern fällt, der, wie ich höre, bereits dem Gesetzgebungsausschuß der zweiten Kammer vorgelegt seyn soll.*)

Bei der Organisation der Gerichte, die bei Strafsällen ein Endurtheil zu geben haben, muß man unterdenken die Aburtheilung der schwereren Verbrechen, die wenigstens mit Zuchthausstrafe belegt sind, die der andern Verbrechen und die der Vergehen.**) Für die erstgenannten werden zum Ausspruch über das „Schuldig“ und „Nichtschuldig“ Geschworne das Gericht bilden; sie kommen alle Quartale zusammen, in jedem Kreise bei einem Stadtgerichte, welches zu dem aus 5 Richtern bestehenden Assisenhofe die Richter gibt. Von dem Ausspruch dieses Gerichts ist keine Appellation, sondern nur die Cassation an den obersten Gerichtshof möglich. Ueber die andern Verbrechen und ebenso über Vergehen entscheiden die Stadtgerichte, jedoch in verschiedener Besetzung; sie sprechen sowohl über die That- als über die Rechtsfrage und von ihrem Ausspruche ist eine Appellation zulässig. Da der privilegirte Gerichtsstand erst mit dem Erscheinen der neuen Gesetzbücher aufhört, so mußte auch eine Instanz bei dem Appellgerichte für die Personen geschaffen werden, die das **privilegium fori** vor diesem Gerichte haben. Da das Präsidium, dem die Leitung

*) Es soll sehr umfassend seyn, sg. Arr.

**) Der Entwurf enthält Nichts über die zur Aburtheilung der Polizeiübertretungen zuständigen Gerichter; sie bleibt demnach den Polizeibehörden überlassen.

Digitized by Google

der öffentlichen Untersuchung übertragen ist, besondere Kraft erfordert, so wird es einem höhern Richter übertragen. Wenn aber die Untersuchung öffentlich und mündlich vor dem anerkennenden Gerichte geschehen soll, so muß in allen Strafrechtsfällen zur Durchführung der Anklage ein öffentlicher Beamter auftreten, dem der Vertheidiger des Angeklagten gegenüber tritt. Die öffentliche Hauptuntersuchung, in der diese beiden Parteien einander gegenüber stehen, in der die Entschuldigungs- und Ausschuldigungsbeweise vorgeführt werden, bildet dann allein die richtige Grundlage für das richterliche Urtheil, mag dieses nun von Geschworenen oder von rechtskundigen Richtern ausgehen. Die Akten der Voruntersuchungen haben nur auf das Zwischenurtheil über die Versetzung in den Anklagezustand Einfluß, wie auf das Endurtheil. Ein eigenes Gesetz wird noch nöthig seyn, um die Fälle zu bezeichnen, die vor die Geschworenen gezogen werden. — Außer dem Gerichte und der Staatsanwaltschaft ist noch zur Constituirung der gerichtlichen Verhandlung und der dabei gepflogenen Förmlichkeiten der Gerichtsschreiber nöthig, der aus den Protokollisten vom Stadtgerichtsvorstand bestimmt wird.

München, 17. Juli. Regierungsrath Graf Reigersberg hat ein Separat-Votum vertheilen lassen, aus dem ich nur hervorhebe, daß er Abschaffung der Todesstrafe, mindestens für politische Verbrechen, ferner der entehrenden Strafzusätze des Prangers, der Schaustellung und der Vorschrift der Namensänderung der Familie eines Hochverräthers beantragt.

Germersheim, 16. Juli. Alle diesseits kantonnirenden Regimenter, welche aus dem jenseitigen Bayern gekommen waren, sehren mit Ausnahme des 12. Regiments dorthin zurück. Nicht 30, sondern 50 Mann per Bataillon werden diesseits Garnisen sind gestern deutlaubt worden, nachdem an demselben Tage die 4. Division des 2. Jägerbataillons aus Abschaffenburg hier eingerückt war.

Mannheim, 17. Juli. Heute Abermittag gegen 12 Uhr sind die Heidelberger Studenten auf ihrem Auszug nach Rheinbayern, in langem Zuge, je zwei und zwei, unter Vorantragung von schwarzrothgoldenen Fahnen durch unsere Stadt paffirt. Der Zug geschah in großer Ordnung und nach seiner Länge zu schließen, muß es dermalen auf der **Academia Ruperto-Carolina** am grünen Rechar sehr leer aussehen.

Die Deutsche Zeitung bringt eine von Darmstadt datirte Aufforderung zu einem Congreße deutscher Offiziere, um sich darüber zu berathen, wie die deutsche Heeresmacht zur Größe und Bedeutung gebracht werden kann, welche die Lage des Vaterlandes fordert, wie die Einheit zu schaffen ist, ohne das selbstständige Leben der Glieder zu zerstören, und welches die neue Verfassung des deutschen Volksheeres werden soll. Der Einsender verlangt erst eine Verständigung der Offiziere in den einzelnen Armeekorps durch Vorversammlungen, bis nach Wahlen zu beschicken seyen. Aus den Verständigungen in kleineren Kreisen würde sich eine gemeinsame Ueberzeugung der größeren Körper herausbilden, und wäre dies erst geschehen, so würde es nicht schwer seyn, auf einem Congreße deutscher Offiziere den Gesammtausdruck der gediegensten und vielseitigsten Ansichten über die schwebenden Fragen zu erhalten.

Berlin, 17. Juli. Der Postschnellreiter, der so eben mit dem Personenzug von Hamburg angekommen, bringt die Nachricht, daß die Preußen am 11. oder 12. Juli, weil die Dänen den Waffenstillstand bis zum 10. Juli nicht unterzeichnet hatten, Kolding erstürmt haben, daß von den Dänen zwar gestimmt, aber in Brand gesteckt worden sey. — Es circulirt die Nachricht, in Hamburg hätten die Arbeiter das Altonaer Thor verbrannt, Abdankung des Senats und einen neuen Regierungsmodus verlangt.

Wie die National-Zeitung aus **Berlin** vom 16. Juli schreibt sind die zwischen den kriegführenden Gewalten in Schleswig-Holstein abgeschlossenen Bedingungen des Waffenstillstandes zur Prüfung und Genehmigung nach Frankfurt a. M. gesendet worden. Den Grund zu dieser Maßregel erblickt man in der Ansicht des Oberfeldherrn der deutschen Bundesmacht in Schleswig, daß er neben seiner Aufgabe als Oberfeldherr auch das Mandat des Deutschen Bundes, welches gegenwärtig von dem Reichsverweser abhängig ist, zu berücksichtigen habe. Diese den Verhältnissen im Allgemeinen entsprechende Behandlung der vorliegenden Frage erhalte ein verstärktes Gewicht durch die Aussicht, welche sich dem General Wrangel, falls eine andere Eventualität nicht in Erfüllung ginge, auf die Stelle des deutschen Oberfeldherrn eröffne. Von Seiten Hannovers sei die Angelegenheit des Waffenstillstandes so aufgefaßt worden, daß man denselben als eine vollendete Thatsache behandle, die Truppen zurückziehe und in der Voraussetzung, daß von Dänemarks Seite Embargo aufgehoben ist, daß selbe zu thun beschlossen habe. — Die Nachricht, daß Prof. Rosenkranz das Cultusministerium übernimmt, bestätigt sich.

Hadersleben, 14. Juli. Das v. d. Tann'sche Freicorps hat gestern von Seiten des Obercommandos den Befehl erhalten, morgen seine Stellung an der Ostküste zu verlassen, um in einigermaßen forcirten Märschen nach Rendsburg zurückzukehren. Dort angekommen, soll es von Seiten der provisorischen Regierung aufgelöst werden unter Danksagung für seine geleisteten vielen guten Dienste. (Siehe unten.)

Aus **Rendsburg** meldet von 16. Juli 3½ Uhr Nachmittags der Hamburger Correspondent, daß die Friedensbedingungen angewiesen sind und der Krieg mit Dänemark demnach sorgfältigst wird. — Das Tann'sche Freicorps wird in Folge der Erneuerung der Feindseligkeiten nicht aufgelöst.

Ungarn.

Pesth, 14. Juli. Obgleich der Minister Kossuth von einem mit den aufständischen **Serbiern** abgeschlossenen Waffenstillstand keine Anzeige erhalten zu haben erklärte, so wird er doch aus zuverlässiger Quelle bestätigt. Die Aufständischen machen unterdessen Fortschritte und friedliche Eroberungen. Der bedeutende Ort St. Thomas mit 12,000 meist serbischen Einwohnern hat sich dem Aufstand angeschlossen. Es herrscht darüber große Unzufriedenheit bei der Linken, welche auch die Vorlegung der Instruktionen verlangen wird, die das Ministerium dem königl. Commissar, Feldmarschallieutenant v. Hrabowsky, gegeben. Der Waffenstillstand scheint übrigens auf Verlangen des Erzherzogs Johann neu geschlossen worden zu sein, welcher den weitern Vermittelungsversuch bis auf seine Rückkunft aus Frankfurt verschoben. Dieser Tage sind aus den Prägstätten zu Kremnitz und Schemnitz zuerst ungarische Silbermünzen hervorgegangen. Das ungarische Papiergeld wird ebenfalls bald erscheinen. Ein Musterexemplar haben wir bereits gesehen.

Italien.

Von der **Etsch**, 14. Juli. Die Kriegsfurie in Italien ist wie verstummt; die Heere stehen unthätig einander gegenüber. Seit ein paar Tagen erzählt man sich, König Karl Albert sey in der Stille nach Turin gegangen, und wenn die angegebene Ursache richtig ist, so handelte es sich um schnelle Maßregeln, die Ruhe in der piemontesischen Hauptstadt herzustellen. Die dortige Reichs-Versammlung scheint mit den Gelehrtheiten ernstliche Schwierigkeiten zu machen, und die lombardischen Artikeln können die Wiener an, als ob ihre Kassen durch die vielen und heftigen Aderlässe erschöpft wären, die sie denen die bisherigen Fieberparoxysmen zugezogen. Viele sollen die schweren Goldsendungen sauer beklagen, die von ihnen zur Aufstiftung der Emeuten und Barrikadendemonstrationen nach Wien, Pesth und Prag fodert. Die schönen 20Franken-Stücke, meinen sie, wären jetzt dem karg gehaltenen Heere in den Schanzen zwischen dem Mincio und der Etsch viel zuträglicher. Nach der Auslage eines von Verona kommenden Reisenden wähnen sich täglich unbewaffnete piemontesische Soldaten einsten Vorposten und bitten um Brod. Zahlreiche Ueberläufer schildern die Stimmung der Offiziere und Soldaten im Lager der Feinde als eine sehr unsünstige. Unter diesen Umständen wünschen wir, daß die dem Feldmarschall Radetzky zugewiesenen Verstärkungen daldestens zu Verona und am rechten Flügel, der sich an Südtyrol lehnt, konzentrirt werden, um der Kriegsfrage, die sich durch friedliche Verhandlung nicht beilegen ließ, durch entschiedende Operationen ein Ende zu machen. Doch das Pusterthal sind aus Innerösterreich 1 Bataillon mit drei Geschützbatterien im Anmarsch. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 16. Juli. Das Journal des Debats bringt heute die lange, aber sehr interessante Rede Lamartines, die derselbe im Comité der auswärtigen Angelegenheiten über die italienische Frage und die auswärtige Politik Frankreichs im Allgemeinen gehalten hat. Die Herren Dudivot, Mauguin und Napoleon Bonaparte hatten ein energisches Auftreten Frankreichs und somit eine Intervention in Italien verlangt. Lamartine bestand darauf, daß die Politik des Friedens und die Nichteinmischung für die junge Republik die ehrenvollste und nützlichste sey, und daß man sich vor Allem hüten solle, die Vergrößerungspolitik der Convention oder die Eroberungs-Politik Napoleons heut zu Tage nachahmen zu wollen. Seine Rede machte einen sehr großen Eindruck und fand eine solche Majorität in der aus 60 Mitgliedern bestehenden Commission, daß General Cavaignac nach einem deshalb gehaltenen Ministerrathe den Befehl nach Lyon abgeschickt haben soll, die Avenarmee von der Grenze in das Innere zurückzuziehen.

In Folge eines Befehles der Executivgewalt hat am 14. d. die Entwaffnung der ganzen Nationalgarde von Lyon, Croix-Rousse und den übrigen Vorstädten begonnen. Erst nach der allgemeinen Entwaffnung wird zur Reorganisation der Nationalgarde von Lyon geschritten werden.

Digitized by Google

Der **Moniteur du soir** beschwert sich über die Uebertreibung der Journale in Hinsicht der Opfer der Juni-Insurrektion, und gibt seinerseits folgende Zahlen als positiv an: im Gefechte gefallen oder an ihren Wunden gestorben 1400, Verwundete in den Spitälern und zu Hause 1100, im Gefechte oder nachträglich gefangene Insurgenten in den Forts und Gefängnissen 8686.

Der **National** zeigt heute, in Folge einer direkten Mittheilung aus Palermo an, daß der Herzog von Genua, Sohn Carl Alberts, zum **Könige von Sicilien** erwählt worden sey. Louis Bonaparte, der sich Mühe gab, diese Stelle zu erhalten, Broschüren und Geld mit beiden Händen theilte, seine Agenten in Sicilien ausstreuen ließ, ist wieder einmal durchgefallen.

Der **Avenir national** zeigt an, daß der General Cavaignac dem Marschall Bugeaud die Erlaubniß, daß ihm vom Könige Carl Albert angetragene Oberkommando über die piemontesische Armee anzunehmen, verweigert habe, und daß die Gründe dieser Weigerung lediglich einer vermünftigen auswärtigen Politik angehörten.

Man meldet so eben, daß der Justizminister Bethmont, seiner häuslichen Unglücksfälle wegen, seine Entlassung gegeben habe, und diese von General Cavaignac angenommen worden sey.

General Cavaignac hat entschieden, daß der Belagerungszustand vorläufig bis 1. August fortdauern soll.

Rußland und Polen.

Petersburg, 11. Juli. Zum 8. Juli waren in Petersburg 3790 **Cholerakranke** in Behandlung geblieben; im Verlaufe dieses Tages kamen hinzu 853, es genasen 172 und starben 574 (darunter in den Wohnungen 328). Zum 9. Juli verblieben in Behandlung 3897 Kranke.

Berditschess, 8. Juli. Die **Cholera** ist hier mit großer Heftigkeit ausgebrochen. Sie gibt in unsern engen Stadttheilen Gassen, wo sie aus jedem Hause Opfer weggerafft hat. Von Geschäften und Handel ist bei dieser allgemeinen Bedrohung des Lebens fast gar nicht die Rede und die meisten Läden sind geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, im Juli. Der Minister Abel war der unterfränkischen Stadt Bayreuth, so gefügig und loyal sie auch zu allen Zeiten gewesen, nicht geneigt, die Baumeister der Eisenbahn wollten sich unsterblich machen durch den Millionen fressenden Kunstbau der schiefen Ebene, deren Fahrbarkeit während der Schneezeit in Zweifel stehe, — und so wurde die Stadt, mit mehr als 17,000 Einwohnern, deren Theilnahme am Eisenbahnverkehr in jenen Ländern, wo man vermittelst der Eisenbahnen die Städte mit den Städten zu verbinden sucht, wahrscheinlich hoch angeschlagen worden wäre, — umgangen, und mit dem Versprechen, daß sie eine gute Straße an den nächstgelegenen Anhaltspunkte der Eisenbahn erhalten solle, abgefertigt, nachdem nicht nur der Stadtmagistrat und die Gemeindevollmächtigten, sondern auch der Landrath von Oberfranken sich für die Räglichkeit einer solchen Straße nach Neuenmarkt ausgesprochen und alle Vortheile, welche durch diesen neue Verkehrsmittel der Stadt Bayreuth zu Gute kommen würde, hervorgehoben hatten. Auf das Ansuchen des Magistrats, 8000 fl. zur sofortigen Herstellung dieser Straße beisteuern zu wollen, fand sich das Ministerium bewogen, zu demselben Zwecke 69,000 fl. aus Staatsmitteln zu bewilligen. Es hätte nun allerdings schon bei dem günstigen Wetter des vergangenen Jahres viel für den Bau geschehen können, aber die Arbeiten wurden spät angefangen und lau betrieben, und es war damals auch eine Beschleunigung derselben um so weniger nöthig, als die Eisenbahn selbst noch nicht dem Verkehr übergeben war. Daß aber in diesem Jahre, in welchem die Eisenbahn bis Hof dem Verkehr übergeben wird, so wenig geschah, ist ein Beweis, daß man fortfährt, mit aller Rücksichtslosigkeit gegen Bayreuth zu verfahren. Die enge Verbindung mit dem gewerbthätigen Hof, das dadurch auf 3½ Stunden nahe gerückt würde, und mit Sachsen soll der oberfränkischen Kreishauptstadt für jetzt noch nicht zu gute kommen, denn man läßt den Bau ruhen, nachdem man die von der Stadt bewilligten, aber freilich noch nicht bezahlten 8000 fl. verbaut hat: das Staatsministerium der Finanzen will für dieses Etatsjahr zum Weiterbau dieser Straße keine Zahlung leisten. Wir können leicht begreifen, welche Gründe jetzt das Ministerium von der Bezahlung der ganzen bewilligten Summe abhalten, wenn wir auch nicht daran glauben wollen, daß es nur deßhalb geschehe, weil der hiesige Magistrat seinen hierauf bezüglichen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist, indem er nach längst abgeschlossenem Vertrage noch die neue Bedingung hinzugefügt wissen will, daß die Straße in direktester Linie (nicht über Bindlach) gebaut werden solle, was bei einer Mehrausgabe von mehr als 20,000 fl. eine Wegersparniß von nur ½ Stunden zur Folge haben würde. Wir verlangen deßhalb auch weiter nichts, als daß die neue Straße sofort, wenn nicht vollendet, doch mindestens fahrbar gemacht werde, wozu nur noch wenige tausend Gulden nothwendig sind. Das könnte, das sollte geschehen! Das geringe Opfer würde sich, sobald die Bahn dem Verkehr eröffnet würde, durch das dadurch näher an die Bahn gerückte Bayreuth bald bezahlt machen und die Stadt hätte den erheblichsten Gewinn davon.

Bayreuth, 20. Juli. Nachträglich erfahren wir im Betreffe des Straßenbaues nach Neuenmarkt, daß von der Staatsregierung die oben verlangte Summe, die zur sofortigen Fahrbarmachung derselben nothwendig ist, neuerdings bewilligt worden ist, und daß bereits Einleitungen getroffen sind, die Straße baldmöglichst in fahrbaren Zustand zu versetzen. — Bezüglich der noch nicht bezahlten Summe von 8000 fl. ersahren wir, daß allerdings der Magistrat sich schon anfänglich den kürzesten Weg ausbedungen und von der Einhaltung dieser Linie seinen Beitrag abhängig gemacht hat, indem er außer dem Gewinne des kürzeren Weges auch in Anschlag brachte, daß gerade für diesen der Stadt zunächst liegenden Theil der proponirten Straße Arbeiter aus dem Stadtbezirke Beschäftigung finden können.

Bekanntmachung.

In der Auffellung der Buden für die hiesigen beiden Hauptmärkte und zwar schon für den bevorstehenden Sommerjahrmarkt wird eine durchgreifende Veränderung vorgenommen.

Dieß wird mit dem Bemerken zur Kenntniß der auswärtigen die hiesigen Märkte besuchenden Verkäufer gebracht, daß diesselben der veränderten Budenordnung wegen für den am 31. Juli d. J. beginnenden Markt buchaus nicht mit Bestimmtheit darauf rechnen dürfen, den seither eingenommenen Platz wieder behaupten zu können.

Hof, den 13. Juli 1848.

Stadt-Magistrat.
Schrön.

Anzeigen.

Samstag den 22. d. Mts., Abends 6½ Uhr, wird statt des Exercirens die Wahl der Zugs- und Rottenführer, behufs der Einübung der bewaffneten und bereits exercirten Sicherheits-Mannschaft in größern Abtheilungen im Frohsinn-Lokale vorgenommen, wozu einem recht zahlreichen Erscheinen entgegensieht.

Der Commandant
Kißling.

Nachdem mit von Einer Königlichen Regierung von Oberfranken die Erlaubniß zur interimistischen Ausübung der ärztlichen Praxis in Creußen und dessen Umgegend ertheilt worden ist, empfehle ich mich den verehrlichen Einwohnern von Creußen und der Umgegend, indem ich mich zur Behandlung aller medicinischen, chirurgischen und geburtshülflichen Krankheitsfälle erbiete.

Creußen, den 16. Juli 1848.

L. Lehmann, **Dr. med.**

Harmonie.

Freitag den 21. d. Mts. Gartenmusik.

Bayreuth, den 20. Juli 1848.

Die Vorsteher.

Am vergangenen Montag sind bei dem Feste in der Bürgerressource zwei Regenschirme und ein paar ganz neue ledene Offizierhandschuhe liegen geblieben diese Gegenstände können gegen Entrichtung der Einrückungsgebühren von den Eigenthümern derselbst in Empfang genommen werden.

Am Sonntag und Montag den 23. und 24. d. M. findet auf der Bürgerreuth Harmonie- und Tanzmusik statt, wozu ergebenst eingeladen wird.

Neue Matjes-Häringe, vorzügliche Qualität und billig sind wieder angekommen bei **Julius Münch sen.**

Ein neu restaurirtes Fortepiano von 5½ Octaven ist zu vermiethen in H.-Nr. 553 in der Kulmbacherstraße.

Nr. 391. in der Friedrichsstraße sind von der mittlern Etage im Hinterhause, Aufsicht auf die Hermage, zwei Zimmer und ein Kabinet, nebst Stallung; desgleichen ist auch die Parterre-Wohnung, Eingangs links, bestehend in 5 ineinander gehenden Piecen mit übrigen häuslichen Bequemlichkeiten, beides auf Martini zu vermiethen. Jeder Irrung zu begegnen, wird gebeten, sich an die Eigenthümerin selbst zu wenden.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 202.** **22. Juli 1848.**

Deutschland.

† **Frankfurt**, 19. Juli. Die heutige Berathung der Nationalversammlung über Limburg erach das Resultat, daß die gestern mitgetheilten Anträge des Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen wurden und zwar mit einem Zusatz: „Die Nationalversammlung fordert die Centralgewalt auf, diesen Beschlüssen eine der Dringlichkeit der Umstände entsprechende, möglichst schleunige und wirksame Folge zu geben.“ Zu dem Ausschußantrag wurden von zwei entgegengesetzten Seiten Abänderungen vorgeschlagen. Die eine von dem Dept. Michelsen aus Kiel, welcher der Nationalversammlung nicht das Recht zuerkennt, die Vereinigung Limburgs mit Holland als mit der deutschen Bundes-Verfassung unvereinbar zu erklären, sondern bloß die Centralgewalt auffordern will, im Wege gütlicher Unterhandlung ein der neuen Verfassung Deutschlands entsprechendes Verhältniß des Herzogthums Limburg, herbeizuführen. Von der andern Seite aber wollte der Deputirte Rauwerck von Berlin sich nicht damit begnügen, die Vereinigung Limburgs mit Holland als mit der Verfassung Deutschlands unvereinbar zu erklären, sondern er wollte die Vereinigung sogleich für aufgelöst erklärt wissen. Diese Amendements wurden aber verworfen, sowie einige andere, welche die Theilnahme Limburgs an der niederländischen Staatsschuld geradezu für unstatthaft erklärten. Man berechnete, daß von dieser Schuld von 1200 Millionen ungefähr 81 Mill. oder nach Abzug der Kolonialschulden immer noch 40 Mill. auf das, kaum 200,000 Einwohner zählende Herzogthum Limburg fallen würde, und daß, wenn Limburg daran Theil nehmen sollte, ihm auch ein Theil der Flotte, des Kriegsmaterials u. s. w. gehöre. Uebrigens wurde von mehreren Seiten, namentlich von den Dept. Arndt aus Bonn und Beckerath aus Crefeld, der niederländischen Nation große Lobsprüche ertheilt. Sie versicherten, daß man gegen Holland nichts Feindseliges bezwecke, sondern mit ihm in Friede und Freundschaft leben wolle. Holland werde hoffentlich das Recht Deutschlands auf Limburg, dessen Bevölkerung übrigens den Anschluß an Deutschland wünsche und ihre Vertreter in das Parlament gesendet habe, anerkennen. — In der Berathung der Grundrechte kam man heute an den Artikel, welcher die Aufhebung der Strafe des körperlichen Todes betrifft.

Frankfurt, 18. Juli. (Ausführlicher Bericht über die 41. Sitzung des verfassungsgebenden Reichstags.) Nach Verlesung des Protokolls bringt Schoder seinen früheren Antrag auf Verminderung der Civillisten in Erinnerung. Nachdem die Nationalversammlung bedeutende Ausgaben für die Gründung einer Marine und Vermehrung des stehenden Heeres bewilligt, müsse sie nun auch auf materielle Erleichterung des Volkes bedacht sey. Er trage daher darauf an, daß der Verfassungsausschuß zu beschleunigter Berichterstattung über diesen Gegenstand aufgefordert, oder derselbe an den Prioritätsausschuß zur Begutachtung verwiesen werde. Behr glaubt, daß die Civillisten lediglich zur Competenz der Ständekammern in den einzelnen Staaten gehören. Metz aus Baden unterstützt dagegen den Antrag Schoders, da Beruhigung des Volks dringend Noth thue. Die Versammlung beschloß, den Verfassungsausschuß zu alsbaldiger Berichterstattung über Schoders Antrag zu veranlassen. Hierauf erhält Schmitt von Kaiserslautern das Wort, um die Dringlichkeit eines Antrags zu begründen. Er rühmt den allenthalben anerkannten gesetzlichen Sinn der Pfälzer, ihre ungeachtet aller Anhänglichkeit an die französischen Institutionen, durch und durch deutsche Gesinnung, und beklagt, daß ihnen, ungeachtet der am letzten bayerischen Landtage gegebenen Versprechungen, das Associationsrecht noch nicht zu Theil geworden sey. In Kaiserslautern habe eine Anzahl junger Leute einen Aufruf zur Bildung eines demokratischen Vereins erlassen. Er habe diesen Aufruf, der vielleicht allzu derb sey, nicht gebilligt; allein es seyen junge Leute, die (wie ja hier in dieser Versammlung stets gesagt werde) für die Republik zu schwärmen pflegten. Die Staatsbehörde habe der Sache großes Gewicht beigelegt, eine Untersuchung angeordnet, und weil einer seiner Schreiber bei der Sache betheiligt gewesen, bei ihm (Schmitt) Hausbuchung vorgenommen und seine Papiere durchsucht. Dem mit dem Vollzug beauftragten Beamten sey hierauf eine Katzenmusik gebracht, und sofort ein Bataillon des 12. Regiments nach Kaiserslautern gelegt, die Bürgerwehr aber nicht aufgerufen worden. Die angekündigte Versammlung der Demokraten habe gleichwohl und zwar in Gegenwart des Landkommissärs stattgefunden. Der Redner beklagt, daß gerade in Bayern in letzter Zeit solche reactionäre Ereignisse sich zugetragen hätten. In der Pfalz herrsche hierüber große Aufregung, wenn man in einigen Tagen betrübende Nachrichten von dort vernehme, so wisse man, daß die Schuld lediglich der Reactionspartei zur Last falle. Diejenigen seyen die ärgsten Feinde der Regierungen, welche in blindem Amtseifer Alles von der schlimmsten Seite nahmen und zu Reactionsplänen benutzten. Er beantragt, daß die Versammlung ihre Mißbilligung des Vorgefallenen aussprechе und den Prioritätsausschuß beauftrage, über die Anträge der Sicherheit der Reichsregierungsmitglieder ungesäumt Bericht zu erstatten. Kirchgeßner bemerkt, daß zwar noch kein Gesetz über das Vereinsrecht in Bayern vorhanden sey, daß dieses Recht aber dessen ungeachtet ungefährdet bestehe. Er erklärt sich gegen den 1., und für den 2. Theil von Schmitt's Antrag. v. Beckerath meint, die Nationalversammlung würde sich von ihrer großen Aufgabe entfernen, wenn sie in all' den Fällen, wo vielleicht eine Gesetzverletzung vorliege, einschreiten wollte. Nach der eigenen Angabe Schmitts sey ja übrigens in

Feuilleton.

Dr. Ernst Förster fordert im „Kunstblatt“ von der deutschen National-Versammlung, daß sie bei der Vorsorge für die Gesammt-Entwickelung des deutschen Lebens und seiner einzelnen Erscheinungen ihren Schutz auch der deutschen Kunst angedeihen lasse. Er sagt: Es möge die Versammlung, überzeugt, daß nur große Unternehmungen wirksam und ihrer selbst würdig sind, zu solchen sich entschließen, welche die vereinten Kräfte von Baukunst, Bildhauerei und Malerei in Anspruch nehmen. Es möge die Versammlung zunächst drei große Kunst-Unternehmungen zur Berathung und Beschlußnahme gelangen lassen: 1) Als das würdigste Denkmal des neuerstandenen Vaterlands: ein deutsches Parlaments-Haus. 2) Einen deutschen obersten Gerichtshof. 5) Eine National-Gallerie für die gegenwärtige Kunst.

Die Ungereimtheit des in manchen Staaten geltenden Princips, daß nur ein gewisses Besitzthum berechtige, Volksvertreter zu seyn, hat Niemand schlagender dargethan als Washington. Er sagte einst: Um ein Volks-Repräsentant seyn zu können, verlangt man von mir ein Besitzthum von dreißig Dollars. Gut! ich habe einen Esel zu diesem Werthe und werde Volks-Repräsentant. Ein Jahr darauf stirbt mein Esel, mit ihm mein Besitzthum, und ich kann nicht länger Volks-Repräsentant seyn. Nun frage ich: wer ist eigentlich der Volks-Repräsentant, ich oder der Esel?

Paris. Mit haben vor einem Jahre eines gewissen Ph. Andreas Müller aus Wiesbaden erwähnt, der es sich zum Geschäft gemacht hatte, junge galante Frauen, Schauspielerinnen u. s. w. als Kammerdiener oder Bedienter eines großen Herrn verkleidet, zu seinem Gebieter einzuladen: sie unterwegs unter Vorwänden in einen abgelegenen Winkel zu führen und dort unter Todesandrohung zu nothzüchtigen und zu berauben. Nachdem dieser Müller sein Handwerk mit großer Gewandtheit und einer unverschämten Erfindungsgabe zwei Jahre lang getrieben hatte, da die meisten seiner Opfer geschwiegen hatten, fiel er endlich in die Hände der Polizei. Nach einer langen Untersuchung kam gestern sein Prozeß vor den Assisen der Seine zur Verhandlung und P. A. Müller wurde zu lebenslänglicher schwerer Zwangsarbeit verurtheilt.

Digitized by Google

gesetzlicher Weise verfahren worden. Er trage daher auf Tagesordnung an. Schmitt-Zerbst hierauf den 1. Theil seines Antrags zurück, der 2. wird durch Tagesordnung beseitigt. Vogt kündigt sodann Interpellation an den Minister des Innern und des Aeußern über eine Reihe von Ereignissen an, die er als reaktionäre bezeichnet, namentlich über die Verhaftung eines Zeitungs-Redakteurs in Schwabach, das an die bayerischen Offiziere ergangene Verbot der Theilnahme an politischen Vereinen, die obenerwähnten Vorfälle in Kaiserslautern, die Unterdrückung, die demokratischen Vereine in Stuttgart und Heidelberg, die Verwaltungsthätigkeiten bayerischer Soldaten in Mannheim gegen Bilderläden, die militärischen Maßregeln in Hessen und die Arrestationen in Michelstadt und Obertingelheim, ferner eine Interpellation über die Anerkennung der französischen Republik und die Ernennung einer Gesandtschaft in Paris, Rauwerk eine Anfrage: ob und welche Bundestruppen in Italien verwendet seyen. Blumenstötter beantragt, daß der Reichsverweser in einer Bekanntmachung das Volk zur Entrichtung der Staats- und privatrechtlichen Abgaben und zum Gehorsam gegen die Anordnungen ermahne. Der Antrag wurde als nicht dringend anerkannt. Schuselka: Die Gleichstellung der Juden sey, als sich von sich selbst verstehend, in den Grundrechten nicht besonders angeführt, es sey aber zu befürchten, daß einzelne Gemeinden den Juden die ihnen einzuräumenden Rechte verweigern, und dadurch die Gräuelscenen sich wiederholen würden, welche die ersten Wochen unserer Freiheit schändeten. Die Nationalversammlung müsse daher das Gewicht ihres Einflusses in die Wagschale legen. Er beantragt: die Nationalversammlung wolle noch vor der Berathung des §. 2 der Grundrechte die Judenfrage dahin entscheiden, eine eigene Abstimmung ausdrücklich und förmlich darüber eintreten, daß sie die völlige Gleichberechtigung der Juden für eine Ehrenund Gewissenspflicht des deutschen Volks erkläre. Auch dieser Antrag wurde nicht als dringend erkannt. Eine Anzahl Adressen, welche die Zustimmung zu dem Beschluß vom 27. Mai (Navaux'schen Antrag) aussprechen, werden zu den Akten genommen; die Petition eines Schullehrers um Anstellung durch Tagesordnung beseitigt, ebenso die Eingabe des Fürsten de la Ligne et Pouthieux, der sich über schlechte Justiz im Großherzogthum Hessen beschwert, weil er gegen 2 Domestiken kein Recht erhalten konnte, und des Franz Funck in Frankfurt, der aus Anlaß der Arbeitervereine beantragte, es möge die politische Bergehen den Antrag gestellt hatte, daß, unter Wahrung des ehrlichen Petitionsrechtes, Kollektivpetitionen verboten werden möchten. Hierauf führte die Tagesordnung zur Berathung mehrerer Anträge in Betreff der Geschäftsordnung.

Frankfurt, 16. Juli. Es scheinen bedeutende Schwierigkeiten sich bei der Vervollständigung des Reichsministeriums vorzufinden. Hrn. v. Schmerling hat nun auch das Portefeuille der Justiz für den abwesenden Hrn. Heckscher interimistisch übernommen, so daß gegenwärtig sich das Portefeuille des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz in seinen Händen vereinigen. Hr. v. Rönne scheint der gegenwärtigen Kombination fremd geblieben zu wollen; dagegen vermuthet man, derselbe werde die für die Interessen der Volkswirthschaft so hochwichtige Gesandtschaft nach America erhalten. Diese Wahl hatte Preußen ebenfalls für seine Vertretung nach America getroffen, es ist indeß zu wünschen und zu hoffen, daß Hr. v. Rönne die allgemeine Vertretung Deutschlands übernehme, da dieselbe für Preußen überdies nun überflüssig wird. Ob ein besonderes Ministerium für die Finanzen so gleich errichtet wird, ist noch zweifelhaft. Man spricht für eine Zutheilung im Ministerium für Volkswirthschaft unter Hrn. Merker, durch welche die spätere Errichtung eines Finanzministeriums, das jetzt noch keineswegs erforderlich scheine, angebahnt werden würde. So erwartet man auch die Errichtung einer Marinedethellung im Kriegsministerium, und die Auflösung der Errichtung eines Marineministeriums, bis mit dem Bau von Arsenalen, Schiffen ꝛc. vorgeschritten wird. Die erforderlichen Vorbereitungen trifft jetzt die Marinekommission.

Der Frankfurter Gewerbe-Congreß hat durch seine Deputation an die Nationalversammlung durch den Präsidenten Gagern die Verscherung erhalten, daß die Berhandlungen der Nationalversammlung keineswegs einen die Interessen des Gewerbestandes bedrohenden Charakter trügen: daß im Gegentheile auf manche Ansichten gegen die Gewerbefreiheit und viele Stimmen für Gewerbeordnung zu zählen seyen.

Der den ständischen Ausschüssen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, die Gerichtsverfassung und die Einführung der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren betreffend, lautet: A. Die Gerichtsverfassung betr. (Forts.) Art. 11. Das Appellationsgericht bildet für die von den Kreis- und Stadtgerichten gefällten Urtheile die Berufungs-Instanz. Art. 12. Die appellationsgerichtlichen Urtheile werden in Verbrechensfällen von 7 und in Vergehensfällen von 5 Mitgliedern des Appellationsgerichts gefällt. Alle anderen appellationsgerichtlichen Beschlüsse sind außer dem in Art. 5 bezeichneten Falle von 5 Gerichtsmitgliedern zu fassen. Art. 13. Der Gerichtsvorstand bestimmt die Richter, welche den Straf-Verhandlungen beiwohnen sollen, sowie den Protokollführer. Der Vorsitz unter den Richtern wird nach dem Range und bei gleichem Rangverhältnisse nach dem Dienstalter derselben bestimmt, insoferne nicht der Staatsminister der Justiz von der ihm durch §. 3 Nr. 8 des Gesetzes vom 12. Mai dieses Jahres (Gesetzblatt Stück 6) eingeräumten Befugniß Gebrauch macht. Art. 14. Ein Gerichtsmitglied, welches die Voruntersuchung geführt hat, kann an der Aburtheilung nicht Antheil nehmen. Art. 15. Bei dem Oberappellationsgerichte wird für Straffachen ein ständiger Senat gebildet, dem Präsidenten jedoch das Recht zu Bildung eines zweiten solchen Senats für den Fall eines sich ergebenden Bedürfnisses vorbehalten. Der Senat besteht in denjenigen Fällen, in welchen auf Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe erkannt ist, aus neun, in allen anderen Fällen aus sieben Mitgliedern. Art. 16. In jedem Appellationsgerichtsbezirke wird durch Regierungs-Verordnung ein Kreis- Stadtgericht bestimmt, bei welchem der Assisenhof zur Aburtheilung der vor das Schwurgericht gehörenden Strafsachen zu bilden ist. Die im Art. 8 der Plenarversammlung eines Appellationsgerichtes und des obersten Gerichtshofes ertheilte Ermächtigung gilt auch bezüglich des Assisenhofes. Art. 17. Der Assisenhof besteht mit Einschluß des Vorstandes aus 5 Richtern. Art. 18. Von dem Staatsminister der Justiz wird als Präsident des Assisenhofes ein Rath des obersten Gerichtshofes oder eines Appellationsgerichts und als Staatsanwalt derjenige als Mitglied des Kreis- und Stadtgerichts, bei welchem die Assise gehalten wird, bezeichnet. Alle Rechte und Verpflichtungen des Präsidenten werden im Falle seiner Abwesenheit oder Verhinderung auf den Stellvertreter und, wenn auch dieser verhindert seyn sollte, auf den Vorstand des Kreis- und Stadtgerichts, bei welchem die Assise gehalten wird, übertragen. Dieser Letztere hat auch in allen Fällen unter Berücksichtigung der Vorschrift des Art. 14 die Kreis- und Stadtgerichtsmitglieder zu bestimmen, welche mit dem Präsidenten den Assisenhof bilden. Art. 19. Angeklagte, welchen bis in den Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung ein besonderer Gerichtsstand vor dem Appellationsgerichte zukommt, werden (vorbehaltlich der Vorschrift des §. 8 Beilage IV. der Verfassungs-Urkunde) vor einen bei dem Appellationsgerichte gebildeten Assisenhof gestellt und in denjenigen Fällen, welche nicht vor das Schwurgericht gehören, bei dem Appellationsgerichte in erster und bei dem Oberappellationsgerichte in zweiter Instanz abgeurtheilt.

B. Die Staatsanwaltschaft betreffend. Art. 20. Bei dem obersten Gerichtshofe, sowie bei jedem Appellations- und Kreis- und Stadtgerichte wird ein Staatsanwalt aufgestellt. Art. 21. Der Staatsanwalt an dem Oberappellationsgerichte und die Staatsanwalte an den Appellationsgerichten stehen unmittelbar unter dem Staatsminister der Justiz. Die Staatsanwälte an den Kreis- und Stadtgerichten sind dem Staatsanwalte an dem Appellationsgerichte untergeordnet. Art. 22. Bei der Korrespondenz mit einer andern Behörde bedient sich der Staatsanwalt der nämlichen Form, in welcher das Gericht, bei welchem er angestellt ist, mit jener Behörde korrespondirt. (Schluß folgt.)

Würzburg, 16. Juli. Die vom Rhein zurückkehrenden bayerischen Truppen, welche zum Theil diesigen Ort passirt hatten, haben durch Staffette Gegenbefehl erhalten und gehen wieder an den Rhein zurück. Das heute früh 4 Uhr von hier nach der Heimath abgezogene Regiment kehrte heute schon zurück und wurde mit Dampfschiffen wieder mainabwärts gebracht. Der Anlaß zu diesem Gegenbefehl ist nicht bekannt. (R. M. Z.)

Berlin, 18. Juli. Ein Sturm droht dem Ministerium Sestendes Grundbesitzer der östlichen Provinzen. Die der Nationalversammlung überreichte Denkschrift, welche einen Erlaß von ½ der Hülfsleistungslast der Bauern und des Kanons der Erbpächter, sowie einen neuen Abschätzungsmodus rücksichtlich der übrigen Pflichtigen vorschlägt, hat diesen Sturm heraufbeschworen. Herr von Bülow-Cummerow protestirt gegen eine solche Maßregel als gegen „eine unerhörte Eigenthumsverletzung.“ Den Grundbesitzern, und wie es heißt, den Hausbesitzern soll bereits eine Grundsteuer von 10 Proz. angekündigt seyn. Hr. v. Bülow-Cummerow protestirt gegen die Befugniß der Regierung und der Nationalversammlung, eine solche Steuer aufzuerlegen. Endlich empört sich der genannte Liberale von Ehedem gegen eine Erhöhung der Branntwein- und Runkelrübenzuckersteuer.

Die Verfassungscommission hat den Beschluß gefaßt: das Jagdrecht und andere Dominikalrechte ohne Entschädigung auf-

Digitized by Google

zuheben. Bevor über diesen Beschluß abgestimmt wurde, bemerkte der in der Commission anwesende Minister des Aeußern, Herr v. Gierke, daß man keinen Beschluß fassen möge, da er demnächst der Kammer über denselben Gegenstand ein besonderes Gesetz vorlegen werde. Demnach scheint das Ministerium die unentgeldliche Aufhebung dieser in den betreffenden Kreisen so drückenden Beeckigungen nicht zu belieben, obwohl ein großer Theil der ländlichen Bevölkerung gerade in dieser Aufhebung eine Garantie der verheißenen Freiheiten sieht.

In Berlin ist der Andrang, sich bei der freiwilligen Anleihe zu betheiligen, jetzt so stark, daß zur Aufrechthaltung der Ordnung Bürgerwehr nöthig seyn wird.

Die „constitutionelle Gesellschaft" in Weglar hat sich im Einvernehmen mit Magistrat und Stadtverordneten an die deutsche Nationalversammlung gewendet, um den Sitz eines künftigen Reichsgerichts wieder für Wetzlar zu erhalten. (D. A. Z.)

Von der sächsisch-böhmischen Grenze, 15. Juli. Es ist nun auch in Oesterreich zum ersten Mal der Fall eingetreten, daß ein Reichsöffentlicher zum Abgeordneten des deutschen Parlaments nach Frankfurt gewählt worden ist, und zwar ist die Wahl in Ellenbogen auf Dr. Heinrich Laube gefallen.

In Wiesbaden hatte der Arbeiterverein die Befreiung von 26 ungehorsamen Artilleristen verlangt, unter der Drohung, im Weigerungsfalle die Gefangenen gewaltsam zu befreien. Die Drohenden sollten verhaftet werden, unter ihnen ein Hauptmann der Bürgerwehr; einige Compagnien widersetzten sich dem Befehle, und es war nahe daran gewesen, daß es zu einem Handgemenge zwischen den verschiedenen Compagnien gekommen wäre, wenn nicht der Oberst auf die Verhaftung verzichtet hätte. Die widerspenstigen Compagnien sollen nun entwaffnet, die Sache untersucht und dann erst die Compagnien reorganisirt werden. Die Nachts verhafteten Rädelsführer wurden unterdeß mit Gewalt wieder befreit, flüchteten aber, als die Nachricht kam, daß von Mainz aus 2000 Mann Preußen und Oesterreicher auf Befehl des Reichsministers Peuckes nach Wiesbaden beordert seyen, die auch wirklich andern Tags einzüchten und die Bürgerwehr entwaffneten.

Rendsburg, 15. Juli, Abends. Soeben geht und die verbürgte Nachricht zu, daß gestern Morgen in (ohne bei) Hadersleben eine Conferenz zwischen dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen und dem dänischen General Gyldenstam stattgefunden hat. Die Unterhandlungen haben sieben Stunden gewährt. Das Resultat dieser Verhandlung kennen wir noch nicht. — In Folge der gestern Abend auf dem hiesigen Paradeplatze stattgefundenen Reibungen zwischen dem preußischen und hannoverschen Militair, wobei es so arg hergegangen seyn soll, daß der hannoversche General Wilk, welcher herbeigeeilt war, um seine Soldaten zu desavouiren, von den Letztern dafür mit Steinwürfen begrüßt wurde, ist heute der Befehl ergangen, daß sämmtliche hier in Garnison liegende Soldaten bei schärfster Strafe nicht mehr die Quartiere mehr verlassen dürfen. — 16. Juli, Nachmittags 3½ Uhr. Soeben geht die Nachricht ein, „daß die Friedensbedingungen abgewiesen sind und der Krieg mit Dänemark demnach fortgesetzt wird." (Direkte Berichte lassen und an der Zuverlässigkeit dieser Mittheilungen noch zweifeln, indem sie von einer zum 19. Juli angesetzten weiteren Conferenz der beiderseitig commandirenden Generale melden.) — Das v. d. Tannsche Freicorps sollte angeblich wegen einer Entzweiung seines Befehlshabers mit dem Penzuen von Roer aufgelöst werden, wie aus einer Order des Generals v. Wrangel an den Major v. d. Tann, d. d. Hadersleben vom 13. Juli, hervorgeht. Am 16. Juli sollte es den Marsch nach Rendsburg antreten, wo die provisorische Regierung am 19. Juli dessen Auflösung vornehmen sollte; wir erfahren jedoch, daß in Folge der Erneuerung der Feindseligkeiten die Auflösung unterbleiben wird. (D. A. Z.)

Welcher hat bei seiner kurzen Anwesenheit in Hamburg die poetigen Anfänge einer deutschen Flotte, die wir der unermüdlichen und aufopfernden Thätigkeit des poetigen Kriegsmaeine-Comités verdanken, in Augenschein genommen, eine Fregatte, eine Corvette und drei Dampfschiffe von über 200 Pferdekraft werden in nicht weniger als einem Monat, vollständig ausgerüstet und bemannt seyn. Es ist dies ein außerordentliches Resultat, wenn man bedenkt, daß es durch die Thätigkeit einiger Privatleute in drei Monaten errungen ist. Gestern gaben die Fregatte Deutschland und die Corvette Franklin 21 Schüsse zu Ehren des Erzherzogs Johann. (D. A. Z.)

Aus Rendsburg vom 17. Juli wird dem Hamburger Correspondenten in Bezug auf die Nachricht über den Abbruch der Unterhandlungen mitgetheilt, daß mit dem Abend dieses Tages der Waffenstillstand ablaufe, und daß daher Wahrscheinlichkeit bei den Aeußerungen des dänischen Commissärs zufolge Dänemark auf die vorgelegten Bedingungen nicht eingehen werde, in welchem Falle dann General v. Wrangel in Jütland einrücken werde.

Ungarn.

Pesth, 13. Juli. Ich beeile mich, Ihnen die Mittheilung zu machen, daß nach einer hier eingetroffenen offiziellen Depesche des Generals Welchodich, welcher den Oberbefehl über die ungarische Truppenmacht in Banat führt, der Oberst Blomberg die serbianischen Aufständischen in einem Gefecht bei Werschetz geschlagen. Diese Ortschaft wird meist von Deutschen bewohnt, welche an dem Gefecht auch thätigen Antheil genommen. Der Verlust der Aufständischen wird auf 50—60 Todte, der der Ungarn auf 2 Todte und 3 Verwundete angegeben. Stanimirowitz, der Anführer der Aufständischen, ist mit noch 20 Andren in die Hände der Sieger gefallen. Außerdem eroberten diese noch 2 Fahnen und 2 Kanonen. Die Fahnen waren so eingerichtet, daß sie bald die serbischen, bald die serbischen Farben hervorkehren. Die Aufständischen zogen sich mit Lager bei Mikunari zurück. — Gestern ist hier der berühmte Dr. Henselmann als Arzt und Landsbrut mit der förmlichen Sanction der Union Siebenbürgens mit Ungarn eingetroffen. Derselbe setzte sogleich seinen Weg nach Klausenburg fort. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Von der moldauer Grenze, 13. Juli. Aus Jassy hat sich der größte Theil der Bevölkerung theils aus Besorgniß vor den Russen, theils vor der Cholera, die heftig wüthet, geflüchtet. Fürst Stourdza und seine Familie liegen alle darnieder.

Italien.

Triest, 14. Juli. Die sardinisch-venezianische Flotte liegt fortwährend vor Limago vor Anker, und läßt nun die Handelsschiffe jeder Flagge ungehindert ein- und auslaufen. In diesem Augenblick dürfte, den Briefen von Verona zufolge, eine entscheidende Schlacht geliefert werden. Von allen Seiten eilten die Truppen aus um sich unter Radetzky, Welden u. s. w. zu concentriren und gemeinschaftlich gegen den Feind zu operiren. Im Venezianischen, wo nunmehr nur noch Venedig und Chioggia sich halten, kamen in der letzten Zeit, bei Gelegenheit einiger Ausfälle, Gefechte vor in denen die Oesterreicher Sieger blieben und die Gegner in ihre Stellungen wieder zurückdrängten. Eines der letzten fand am 7. bei Carpanedo Statt, wobei unterschiedlich ein Mann getödtet und drei verwundet, den den Feinden aber zwei Offiziere und 20 Mann getödtet und mehr als 50 verwundet wurden. Gegen General Ferrari, welchem die Schuld des Mißlingens zur Last gelegt wird, entstand eine Meuterei, deren schlimmen Folgen er nur mit genauer Noth entgehen konnte. Venedig ist gegenwärtig von 18,000 Mann besetzt, darunter 2500 Schweizer, 2000 Neapolitaner, 4000 Päpstliche und 450 Cavalleristen. Der Rest besteht aus Freischärlern. Malghera zählt mehr als 2000, Chioggia mehr als 4000 Mann Besatzung. Zwischen Treviso und Pontelagoscuro ziehen sich viele feindliche Truppen zusammen. In letzterer Stadt hatte eine durch die zurückgekehrten Crociati veranlaßte Volksbewegung Statt, welche den Caodinallegaten nöthigte die Stadt zu verlassen. Die Zustand im Riechenthaal wird als im höchsten Grad anarchisch geschildert.

Neapel, 6. Juli. Die Generale Busacca und Lanza hatten sich in Casteovillari vereinigt und standen im Begriffe gegen Cosenza zu marschiren, wo, wie es scheint, ein Aufstand gegen die dortige provisorische Regierung selbst ausgebrochen war, denn nach einer officiellen Nachricht hat sich diese gegen Titolo geflüchtet und eine Deputation, an deren Spitze der Erzbischof von Cosenza war, bei Busacca eingetroffen, verschcerte ihm, daß die Truppen in Cosenza mit Jubel aufgenommen werden würden und daß die große Mehrheit der Bewegung entgegen sei. Diese Nachricht, an deren Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, weil Cosenza der Centralpunkt des Aufstandes war. Fünf Dampfschiffe, die gestern Nacht von hier abgingen, bringen neue Zufuhren von Truppen, Artillerie und Munition und — Abbildungen des Königs. Vielleicht hofft man den Katadresen bei Anblick ihres geliebten Monarchen das Herz brechen zu machen. — Seit mehreren Tagen sitzen sich hier die zwei Abgeordneten aus der Schweiz, Francini und Comin, um das Betragen der 4 Schweizerregimenter am 15. Mai zu untersuchen.

Frankreich.

* Paris, 17. Juli. Auch der gestrige Sonntag, von dem heitersten Wetter begünstigt, ist ohne die geringste Störung vorübergegangen. Eine große Menschenmenge hatte sich nach dem Lager von St. Maur begeben, wo um 4 Uhr eine Revue der Truppen des Lagers, 15,000 Mann stark, Statt fand.

Digitized by Google

Die Nachricht von der Ernennung des Herzogs von Genua zum König von Sicilien ist durch eine telegraphische Depesche der Regierung bestätigt.

Die Nachrichten aus Algier vom 10. melden, daß der Aufstand der Kabylen um Bendschir durch eine vom General Gentil mit Energie geleiteten Expedition ganz unterdrückt worden ist.

General Bedeau hat einen gefährlichen Rückfall gehabt, ist aber jetzt wieder außer Gefahr. Er hat den General Cavaignac gebeten, ihm eine längere Rekonvaleszenz zu gewähren und somit das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zurückzugeben, das jetzt in den Händen des Hrn. Bastide bleibt.

Da die Partei des National jetzt am Ruder ist, so ist es nicht ohne Wichtigkeit, daß dieses Blatt heute der von Lamartine in seiner letzten Bureaux-Rede entwickelten Friedenspolitik unbedingt beitritt und sich gegen alle Kriegs- und Eroberungsgelüste ausspricht.

Der Constitutionel bestreitet heute die gestrigen Angaben des Moniteur du soir über die Anzahl der Gefallenen und Verwundeten. Er gesteht, daß sich jetzt noch keine genaue Uebersicht machen lasse, weist aber auf den Totenlisten und den Protokollen der verschiedenen Kirchhöfe nach, daß die angegebene Zahl der 1400 Todten schon jetzt weit überstiegen sey und daß man die Anzahl der Todten und Verwundeten ohne Uebertreibung auf 10,000 annehmen könne.

Eine Petition an die Nationalversammlung wird in diesem Augenblicke in der Nationalgarde von Paris unterzeichnet und hat bereits viele Tausende von Unterschriften. Sie verlangt, daß dem General Cavaignac noch vor Beendigung der Constitution die Präsidentschaft der Republik auf zwei Jahre übertragen werde. Wie es heißt, hat sich jedoch Cavaignac selbst gegen jede solche provisorische Uebertragung der höchsten Würde erklärt und sich dahin ausgesprochen, daß seiner Ansicht nach ein nur von einer gesetzgebenden Versammlung gewählter Regierungs-Chef nicht diejenige Autorität habe, wie ein aus der allgemeinen Abstimmung der Nation hervorgegangener und daß er auf die allgemeine Wahl des Volkes bestehe.

Man spricht von einer Modifikation des Kabinets; da Bethmont seine Entlassung als Justizminister gegeben hat, so soll Senard dessen Portefeuille übernehmen und Duvergier de Hauranne das Innere, so wie Leon von Malleville an Recurs Stelle das Portefeuille der Staatsbauten übernehmen würde. Man versichert, daß Thiers, falls seine beiden Freunde so im Ministerium plazirt würden, für seine Person keine Ansprüche mache und daß dann der parlamentarische Club der rue Poitiers die Regierung mit größter Energie unterstützen werde. — Wir glauben übrigens nicht, daß diese Combination jetzt schon durchgeht.

Die Post aus Madrid ist seit zwei Tagen ausgeblieben, — Gerüchte über einen allgemeinen Aufstand der Carlisten und Progressisten, die hier circuliren, bedürfen noch der Bestätigung.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 17. Juli.) Herr Lherbette stellt nach Entwickelung einer langen Abhandlung über die Moldau und Walachei folgende Fragen: 1) Ob es wahr sey, daß die Russen in die Moldau eingerückt seyen, 2) und was, falls diese Nachricht vorellig sey, die Regierung zu thun gedenke, falls sie sich verwirklichte. Der Minister Bastide antwortete, daß er keine offiziellen Nachrichten habe, daß er jedoch nicht an den Einmarsch der Russen glaube, übrigens möge die Versammlung versichert seyn, daß die Regierung jedenfalls auch dort, wie überall, die Ehre, die Interessen und die demokratische Politik der Republik aufrecht erhalten werde.

Großbritannien.

London, 15. Juli. Die Consols sind bei dem Ueberflusse an baarem Gelde bis auf 87½ gestiegen, also beinahe so hoch, wie im Februar, als Ludwig Philipp einen englischen Freund einlud, noch ein paar Tage in Paris zu bleiben und eine kleine Emeute anzusehen. Viele Spekulanten sind reich geworden. Die portugiesischen Gläubiger klagen bitterlich und werden wohl Lord Palmerston's freundliche Vermittelung (durch Linienschiffe) in Anspruch nehmen. In Lissabon schreibt man die herrschende Ruhe großentheils dem Umstande zu, daß weder England noch Frankreich Muße hätte, sich um Portugal zu bekümmern. (K. Z.)

Bekanntmachung.

Vom

Königlichen Landgerichte Münchberg

werden

am 30. August 1848 Vormittags 9 Uhr

zu Zell nachfolgende Besitzungen des Bauern Conrad Plos von der Halt bei Zell, da er mit der Bezahlung des Kaufschillings innerhalb bestimmter Frist nicht auffam, auf dessen Wag oder Gefahr anderweit verkauft und ohne Rücksicht auf den Schätzungspreis an den Meistbietenden zugeschlagen werden.

Kaufsliebhaber, denen im Termine die Lasten und Abgaben, sowie die Verkaufsbedingungen werden bekannt gemacht werden, sind hiemit eingeladen.

Verkaufsobjekte:

1) ¼ Tagw. Feld, die Wandra, Cat.-Nr. 302,
2) ¼ Tagw. Holzland, die Wandra, Cat.-Nr. 302,
3) ⅛ Tagw. Holz auf Friedmannsdörfer Weg,
4) ¼ Tagw. Holz, das Lohholz, Cat.-Nr. 304,
5) ¼ Tagw. Holz, Cat.-Nr. 290.
6) ¼ Tagw. Feld am Friedmannsdörfer Kirchsteig,
7) 1 Tagw. Holz am Lohholz, Best.-Nr. 434.

Münchberg, am 5. Juli 1848.

Königliches Landgericht.

Regelsberger.

Bekanntmachung.

Am

Montag den 31. Juli Vormittags

wird dahier

1) eine noch in ganz gutem Zustande befindliche kupferne Bräupfanne circa 8½ Zentner wiegend und zum Verbrauche von 4 Scheffeln Malz gerichtet, taxirt auf 550 fl., dann
2) ein erst im Jahre 1841 ganz neu hergestellter Anmaischdurchlaß, taxirt auf 50 fl.

öffentlich an den Meistbietenden verkauft, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Arzberg, am 12. Juli 1848.

Der Magistrat.

Keßler.

Roth.

Anzeigen.

Der im Rennweg dahier gelegene Gasthof zur goldenen Traube mit angebauter Stallung und Stadel, ziemlich großen Hofraum und einem Felsenkeller in der Nähe der Stadt, ist unter annehmbaren Bedingungen stündlich aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt

Bayreuth, den 20. Juli 1848.

Schneider, k. Postfunktionalk.

Ein neu restaurirtes Forteplano von 5¼ Octaven ist zu vermiethen in H.-Nr. 553 in der Kulmbacherstraße.

In Nro. 622 ist ein Quartier, bestehend aus drei auch vier Stuben nebst Zugehör zu beziehen, oder auf folgendes Ziel zu vermiethen; Näheres bei dem Eigenthümer.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

4 61 6 40 80

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 23. Juli 1848.

Verletzte Vorstellung.

Zum Benefize für sämmtliche Bühnenmitglieder.

Auf vielseitiges Verlangen:

Der Verschwender.

Zaubermährchen in 3 Akten von Raimund. Musik von C. Kreutzer.

Da diese Einnahme zu unserem Besten bestimmt ist, sind wir so frei, unsere ergebenste Einladung zu machen; einen vergnügten Abend mit Gewißheit versprechend, hoffen wir von Ihrer Güte und Großmuth, daß Sie uns Ihre werthe Theilnahme nicht versagen werden. Hochachtungsvoll

die Mitglieder der hiesigen Gesellschaft.

Im Verlage der Sch. Kammerath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu bestehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 203. — 23. Juli 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 20. Juli. In der heutigen Sitzung erfreute der Präsident die Nationalversammlung mit der Nachricht, daß der Reichsverweser auf die Civilliste verzichtet habe. Die Versammlung beschloß, ihm dagegen eine Wohnung auf Kosten der Nation einrichten zu lassen. Von den Grundrechten wurde der §. 1 des ersten Artikels endlich angenommen. Er lautet: „Jeder Deutsche hat das deutsche Staatsbürgerrecht; er kann dasselbe in jedem deutschen Staate ausüben. Ueber das Recht, zur Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.“ Dagegen wurde ein vom Professor Jakob Grimm (dem berühmten Historiker) vorgeschlagener Zusatz: „Das deutsche Volk ist ein freies Volk; und der deutsche Boden duldet keine Knechtschaft. Unfreie Fremde, die auf ihn verweilen, macht er frei, mit 205 gegen 192 Stimmen verworfen. Ueber die Aufhebung des bürgerlichen Todes, über Auswanderungsfreiheit und Schutz der Auswanderung wurde viel gesprochen, die Abstimmung aber auf morgen vertagt. Auch die polnische Angelegenheit sollte morgen vorkommen; allein der Präsident meinte, es sey billig, noch zu warten, weil die Polen eine neue Schrift eingegeben hätten. Die Linke war damit einverstanden, weil sie erst den Bericht über die Anerkennung der französischen Republik und die Allianz mit Frankreich berathen haben wollte. Die Rechte dagegen sprach für sofortige Entscheidung über Posen, weil es sich hier um eine rein deutsche Frage handle. Ein Posenscher Deputirter Janciewski erklärte sich für den Aufschub aus Rücksicht für die Polen, ein anderer — Biedry — dagegen, wegen des aufgeregten Zustandes der Provinz Posen, wo die Polen einen neuen Aufstand vorbereiteten. Zuletzt einigte man sich dahin, beide Berichte (über Polen und Frankreich) zugleich morgen zu berathen.

Durch Befehl vom 16. d. M. hat das Reichskriegsministerium den Landeskriegsministerien eröffnet, daß der Erzherzog-Reichsverweser die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen habe. Es hätten die Kriegsministerien am Sonntag den 6. August 1848 alle deutschen Bundestruppen in ihren Garnisonen in Parade ausrücken zu lassen, ihnen die Uebernahme der Oberleitung, unter Verlesung des Ukases: „An das deutsche Volk!“, zur Kunde bringen, zum Ausdrucke der Huldigung ein dreimaliges Hoch dem Reichsverweser ausbringen und Dieß, wo es die Umstände erlauben, durch Zmalige Gewehrschüsselsalven begleiten zu lassen. Von diesem Tage an seyen dann da, wo es bisher noch nicht geschehen, die deutschen Farben anzulegen, und zwar in Kokarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Fahnen. (Amt. Art. der O. P. Z.)

Frankfurt a. M., 19. Juli. Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten hat die bei dem Deutschen Bunde beglaubigten Bevollmächtigten der auswärtigen Staaten von der durch den Erzherzog Reichsverweser übernommenen Ausübung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland sowie von seiner Ernennung als Reichsminister durch Zuschriften verständigt, wodurch der diplomatische Verkehr mit diesen Staaten ununterbrochen erhalten ist. Die förmliche Begrüßung sämmtlicher mit Deutschland befreundeten Regierungen durch den erwähnten Reichsverweser bleibt vorbehalten.

Frankfurt, 19. Juli. (Verhandlungen des Handwerker- und Gewerbecongresses.) In der heutigen Sitzung statteten die Ausschüsse Bericht ab. Der erste Ausschuß, der mit Prüfung der Legitimationen beauftragt ist, brachte die Gesellenvertretung zur Sprache. Es entstand eine mehrstündige Debatte über die Frage: ob Gesellen Vertreter und vertreten seyn sollten? Der letzte Theil ist angenommen, der erste aber verworfen worden. Gesellen können sich nur durch Meister vertreten lassen und haben diese zu wählen. Dieser Beschluß wird zwar nicht nach allen Seiten hin befriedigend wirken, aber er vermittelt die extremen Ansichten, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die „alten Gesellen,“ wie ein Abgeordneter die Deputirten nannte, das Interesse des Gesellenstandes so gut wahrnehmen werden, wie das der Meister.

□ München, 19. Juli. Se. Maj. der König ist diese Nacht aus Tyrol wieder in Nymphenburg eingetroffen. — In den Umgebungen Münchens, besonders aber in den Gebirgsgegenden, nimmt der Wilddrevel auf die bedrohlichste Art überhand, indem förmlich organisirte Wilderbanden herumziehen, die mit dem Unterschied von „Mein und Dein“ es ebenfalls so genau nicht nehmen. — Unsere Landwehr hat eine Reihe von öffentlichen Sitzungen zur Abfassung einer Landwehrordnung abgehalten und wird nun zu neuen Offizierswahlen schreiten. Es wurde auch beschlossen, daß sie sich künftig ihren Oberst selbst wählen wird. Wahrscheinlich wird sie sich diesen aus der Linie aussuchen; man kann nämlich nicht annehmen, daß ein so wichtiger Posten in der jetzigen Zeit, wo die Nationalgarde einen andern Beruf, als Kirchenparadestrop hat, einem aus dieser selbst hervorzugehenden Manne ohne strategische Kenntniß übertragen werden kann.

Schluß des Gesetz-Entwurfs, die Gerichtsverfassung und die Einführung der Staatsanwalt im Strafverfahren betreffend. Art. 23. Am 15. und 30. eines jeden Monats muß dem Staatsanwalte am Kreis- und Stadtgerichte von den Untersuchungsgerichten des Bezirks eine tabellarische Uebersicht der bei ihnen anhängigen Voruntersuchungen mit summarischer Angabe des Standes der Sache, sowie der Umstände, welche etwa dem Fortgange derselben entgegenstehen, vorgelegt werden. Der Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte übergibt am Anfange eines jeden Monats ein Verzeichniß der in dem vorhergegangenen Monate erledigten und der noch anhängigen Strafsachen dem Staatsanwalte am Appellationsgerichte, welcher am Ende eines jeden Quartals dem Staatsminister der Justiz die Zahl der im Laufe des Quartals erledigten und der noch anhängigen Strafsachen anzeigt. Art. 24. Der Staatsanwalt an dem Kreis- und Stadtgerichte kann über alle strafbaren Handlungen, von welchen er Kenntniß erlangt, bei dem zuständigen Gerichte seines Bezirkes eine Voruntersuchung beantragen; er kann über den Stand einer jeden Voruntersuchung Aufklärung (mit oder ohne Aktenvorlage) verlangen, um die geeigneten Anträge stellen zu können. Art. 25. Gleubt der Untersuchungsrichter den Anträgen des Staats-Anwalted nicht entsprechen zu dürfen, so hat er Dieses unter Beifügung der Gründe dem Staatsanwalte zu eröffnen. Dem Staatsanwalte steht es alsdann frei, an den Staatsanwalt am Appellationsgerichte Bericht zu erstatten, um eine Entschließung des Appellationsgerichts zu erwirken. Art. 26. Findet der Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte, daß eine Voruntersuchung ungebührlich verzögert oder sonst ordnungswidrig behandelt wird, so hat er sich deßhalb mit dem Untersuchungsrichter zu benehmen und nach Umständen die exforderliche Einschreitung des Appellationsgerichts durch einen Bericht an den Staatsanwalt am Appellationsgerichte zu veranlassen. Art. 27. Der Staatsanwalt hat bei den mündlich-öffentlichen Verhandlungen des Gerichts, an welchem er aufgestellt ist, die Anklage durchzuführen, in so ferne nicht der Staatsminister der Justiz einen andern Beamten damit beauftragt oder der Staatsanwalt am Appellationsgerichte zu der Verhandlung von dem Kreis- und Stadtgerichte einen anderen als den bei demselben aufgestellten Staatsanwalt abordnet. Art. 28. Der Staatsanwalt am obersten Gerichtshofe und die Staatsanwälte an den Appellationsgerichten haben von sechs zu sechs Monaten über den Zustand und Gang der Strafrechtspflege an den Staatsminister der Justiz einen Bericht zu erstatten, in welchem sie sich insbesondere über den Erfolg der neuen Einrichtungen so wie über die wahrgenommenen Gebrechen der Gesetzgebung und des Geschäftsganges zu äußern haben. Art. 29. Der Staatsminister der Justiz bestimmt, welche Beamten bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung die Geschäfte der Staatsanwaltschaft zu versehen haben. Er hat, in so ferne er nicht von der ihm durch den Art. 8 des Gesetzes vom 12. Mai d. Js. (Gesetzblatt Stück 6) eingeräumten Befugniß Gebrauch macht, eines oder mehrere Mitglieder des betreffenden Gerichtes damit zu beauftragen. Ein solcher Auftrag begründet eine vorübergehende Funktion, durch welche die dienstliche Stellung des Beauftragten bezüglich der außer dem Bereiche der Strafrechtspflege liegenden Geschäfte nicht geändert wird. Art. 30. Sind die mit der Staatsanwaltschaft beauftragten Beamten verhindert, so hat der Gerichtsvorstand in dringenden Fällen ein Gerichtsmitglied mit der Stellvertretung zu beauftragen. Art. 31. Die Art. 12—16, 25, 26, 48—50 und 479 Ab. II. des Strafgesetzbuches

Digitized by Google

sind aufgehoben. Art. 32. Der Tag, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in den einzelnen Kreisen in Wirksamkeit zu treten hat, wird durch besondere Regierungsverordnung festgesetzt werden. Der Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt. (K. v. u. f. D.)

C München, 19. Juli. Der dem Gesetzgebungsausschusse der zweiten Kammer übergebenen Entwurf „über die Voruntersuchung" ist nun sammt den Motiven veröffentlicht. Im Allgemeinen folgt die Voruntersuchung den gesetzlichen Normen, die bisher nach dem II. Str.-G.-B. von 1813 für die Untersuchung galten, natürlich mit den Modifikationen, die durch die Verschiedenheit des Zweckes beider Untersuchungsarten bedingt sind. Da die „Untersuchung" im Sinne des Str.-G.-B. das Material für das vollständige Endurtheil über den Thatbestand und die Strafe bieten mußte, so mußte sie ganz umfassend und genau seyn; das Hauptaugenmerk des Untersuchungsrichters war auf Erlangung eines vollständigen Bekenntnisses gerichtet; der eigentlichen sogenannten Special-Untersuchung ging zur Ermittlung des Thatbestandes eine General-Untersuchung voraus. Dieser Unterschied fällt nun weg. Die Voruntersuchung hat dem Richter nur soviel Material zu liefern, daß er daraus ersehen kann, ob eine Verurtheilung erwartet werden kann; sie braucht daher weder weitläufig, noch auf Kleinigkeiten, noch auf alle Momente der Strafbarkeit gerichtet zu seyn. Die Voruntersuchung ist ebenfalls schriftlich und geheim. Nach ihrer Beendigung hat der Untersuchungsrichter die Akten an den Staatsanwalt beim Strafgericht zu schicken, der dann bei diesem Gerichte die geeigneten Anträge macht. Dieses (in einem Senat von 3 Richtern) beschließt entweder a) Ergänzung der für unvollständig erachteten Untersuchung oder b) Verweisung an das Appellgericht, weil das Verbrechen zur Aburtheilung vor die Jury zu gehören scheint oder c) Verweisung an die öffentliche Sitzung des Stadtgerichtes oder d) an das Polizeigericht oder die Disziplinarbehörde, wenn es vor diese gehört oder endlich e) gänzliche Einstellung der Untersuchung. Gegen diesen Erkenntniß steht die Berufung an das App.-Ger. frei, dem Staatsanwalt in allen Fällen binnen 24 Stunden, den Inculpaten in 3 Tagen, aber nur wenn es ein Verbrechen ist. Das Appell.-Ger. mag die Sache an dasselbe durch Verweisung oder auf ergriffene Berufung anziehen, bestimmt nun das zur Aburtheilung zuständige Gericht. Gegen dieses Erkenntniß steht nur der Cassations-Recurs frei in den geeigneten Fällen. — Nach diesem Entwurf gehören vor die Jury a) alle Verbrechen, die, wenn sie entweder sind, mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedroht sind, mag auch im speziellen Falle ein Milderungsgrund vorliegen, der eine geringere Strafe rechtfertigen sollte. Nur bei jugendlichen Alter kann die Sache vor das Stadtgericht gewiesen werden; b) alle Theilnehmer eines solchen Verbrechens, dessen Haupturheber vor die Assise gewiesen ist, c) alle durch die Presse begangene Verbrechen und Vergehen. — Die Schluß- und Hauptverhandlung ist öffentlich; die Sitzungen der Rathskammern der Stadt- und Apellgerichte geheim. Bei der Beschlußfassung in jedem Gerichte müssen auch der Staatsanwalt und der Protokollführer abtreten. — Wenn wegen eines befreiten Gerichtsstandes das Appell.-Ger. die Untersuchung führt, hat das Oberappell.-Ger. die Funktionen, die sonst das Appell.-Ger. hat. Als Appellationsinstanz tritt dann die Plenarversammlung des obersten Gerichtshofes ein, mit Ausschluß der Räthe, die bei dem erstinstanzlichen Urtheil mitgewirkt haben.

Erlangen, 19. Juli. Von Jena aus ist eine Einladung zur allgemeinen Versammlung für die Reform der deutschen Universitäten in Jena ergangen, und die bayerische Regierung hat zu ihrer und zu der Zeitumwandlung Ehre an die Senate der drei Landesuniversitäten folgende allerdochste Entschließung ergehen lassen: „S. Maj. der König, von der Ansicht geleitet, die gleichmäßige Regelung der Verhältnisse der deutschen Hochschulen auf der durch gründliche Berathung von Vertretern aller Universitäten zu gewinnenden Basis möglich zu fördern, gestatten nicht nur dem gesammten Lehrpersonale Allerhöchst ihrer Hochschulen, der für den kommenden Herbst ergangenen Einladung zum Zusammentritte in Jena Folge zu leisten, sondern wollen, daß die bayerische Universität bei dieser Versammlung durch fünf von dem Gremium der ordentlichen und außerordentlichen Professoren, dann der Privatdocenten, aus ihrer Mitte gewählte Abgeordnete, denen auf die Dauer von 12 Tagen die regulativmäßigen Diäten, dann die Kosten der directen Hin- und Rückreise nach der Eisenach-Jenaer Eisenbahntaxe zu vergüten sind, vertreten werde. Sr. Maj. sehen sofort der Vorlage der Ergebnisse mit gutachtlicher Würdigung nach Maßgabe der Entschließung vom 19. Mai d. J. Reorganisation der Hochschulen Bayerns betreffend) entgegen, deren Vollzug hinsichtlich der allgemeinen Universitätsverhältnisse die dortigen ausgesetzt zu belassen ist."

Speyer, 18. Juli. Gestern sollen in einem hiesigen Bierhause mißfällige Aeußerungen über die Ausstellung Heckerd in mehren Buchhandlungen gefallen seyn, und hierdurch vielleicht veranlaßt, sammelte sich Abends 8 Uhr eine größere Anzahl Soldaten vor den der Langschen Buchhandlung und drohte die Fenster einwerfen zu wollen. Es wurden alsbald die Läden geschlossen, die Zusammenrottung vermehrte sich durch Dienstboten, Kinder und Männer, und einigemal ertönten Pereat und Hoch, wobei der Name „Hecker" genannt wurde. Nach halb 9 Uhr erneuerte sich der Tumult und viele Soldaten zogen die Säbel, schlugen gegen die Läden und auf Civilisten, so daß zwei, unter diesen aber ein Bediener des Regiments, verwundet seyn sollen. Jetzt wurde die Aufregung größer und die Offiziere kamen herbei, um die Soldaten zum Nachhausegehen zu vermögen, was auch gelang, so daß nach halb 10 Uhr die Straßen ziemlich leer waren. Wie wir hören, soll heute eine strenge Untersuchung eingeleitet werden.

Berlin. Die Verfassungscommission der Nationalversammlung hat sich mit den Rechten des Königs beschäftigt, und folgende Bestimmungen vorbehaltlich der Fassung getroffen: Die kgl. Gewalt ist erblich in dem Mannsstamme des königl. Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Lineal folge. Der König ist mit Vollendung des 18. Jahres volljährig und leistet beim Regierungsantritt den Eid: Ich schwöre die Verfassung des Staats fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit den Gesetzen und den Gesetzen zu regieren. Der König kann ohne Zustimmung der Kammern nicht die Krone eines andern Staats annehmen. Die Vormundschaft und Regentschaft ordnen beide Kammern in gemeinschaftlicher Berathung an. Ist der König in der Unmöglichkeit zu regieren, so muß das Ministerium sofort die Kammer einberufen. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden und der Regent leistet denselben Eid wie der König. Die Person des Königs ist unverletzlich. Der König hat die vollziehende Gewalt, er ernennt und entläßt die Minister. Er ertheilt die Verkündung der Gesetze und erläßt die dazu erforderlichen Anordnungen, darf der Vollziehung derselben aber weder aufschieben noch erlassen. Der König übt den Oberbefehl über das Heer und besetzt alle Stellen desselben, sowie in den übrigen Zweigen der Verwaltung, insofern nicht die Verfassung oder das Gesetz etwas Anderes verordnet. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, sofern es nicht durch die deutsche Bundesverfassung beschränkt wird. Unter derselben Beschränkung bedürfen alle Verträge und Friedensschlüsse mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung oder nachträglichen Genehmigung der beiden Kammern. Der König hat das Recht der Begnadigung und der Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag der anklagenden Kammer ausgeübt werden. Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nicht niederschlagen, außer auf Grund eines besonderen Gesetzes. Der König hat das Recht, Orden und andere mit keinen Vorrechten verbundene Auszeichnungen zu verleihen. Er hat das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Das Gesetz bestimmt die Civilliste für die Dauer jeder Regierung. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. In der Auflösungsurkunde muß der Tag der neuen Wahl und der Zusammenberufung der Kammern ausgesprochen und die desfallsige Frist für die erste nicht über 40, für die letztere nicht über 60 Tage ausgedehnt werden. Der König kann die Kammern vertagen. Ohne Zustimmung der Kammern kann die Vertagung weder die Frist von 30 Tagen übersteigen, noch in derselben Session wiederholt werden.

Köln, 16. Juli. Franz Raveaux soll hier höchst feierlich empfangen werden. Der Fremit von Gauting pilgert hier durch die Straßen, er steht mit seinem langen eisernen Bart auf, als hätt' er im Kyffhäuser geschlafen. Der wehsüßete Anneke ist von der Feuerversicherungsgesellschaft Colonia aus seiner Anstellung entlassen. Um seine Stelle bemüht sich — Ferdinand Freiligrath.

Zu gleicher Zeit mit dem deutschen Handwerker-Congreß in Frankfurt versammelt sich in Magdeburg ein preußischer Gewerbe-Congreß zu Ehren der deutschen Einheit.

Aus Czerniezewo im Posenschen wird nach Berlin gemeldet, daß zwei Compagnien des 9. Landwehrregiments und ein Detachement Husaren von Gnesen dorthin gesendet sind, um in der Umgegend zu patrouilliren und die Aufhebung der noch immer umherstreifenden Banden versprengter Insurgenten zu bewirken. Die Bewunthung erhält sich übrigens in der Gegend, daß ein neuer allgemeiner Aufstand deabsichtigt werde. Man bemerkt namentlich ein unruhiges Verkehren unter den Edelleuten, die viel von einem Gut auf das andere fahren und Besprechungen haben. Es pflegen dies die Vorzeichen größerer Unternehmungen zu sein.

Digitized by Google

Die beabsichtigte Auflösung der Garden scheint auf eine alleinige Auflösung derselben Corps auszugehen. Die bisherigen acht Armeecorps in den Provinzen sollen in vier Armeedivisionen zusammengezogen werden und jedem derselben ein Garde-Infanterieregiment als Grenadierregiment der Abtheilung zugegeben werden. Aehnlich mit der Cavalerie.

Wien, 17. Juli. In der heutigen Reichstagssitzung wurden neuerdings 44 Wahlen constatirt, somit fehlen nur noch 18, damit sich der Reichstag als constituirt erklären könne. Der Sicherheitsausschuß hat nach langen Debatten, welche ein zahlreiches Publikum herbeigezogen hatten, gestern Abend beschlossen fortzubestehen, so lange der Reichstag mehr selbst anders darüber verfügen werde. Inwiefern hierbei Modificationen eintreten sollen, werden spätere Verhandlungen entscheiden. — Ein Tagsbefehl des Obercommandanten der Nationalgarde, Obersten Pannasch, hat vielfältige Mißstimmung erregt. Es wurde darin der Nationalgarde das Ansinnen gestellt, sich durch Handschlag der einzelnen Garden gegen ihre Compagniecommandanten zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung besonders zu verpflichten. Eine Deputation des Sicherheitsausschusses verfügte sich zum Ministerpräsidenten v. Doblhoff, damit derselbe die Zurücknahme jenes Tagesbefehls erwirke. Herr Doblhoff lehnte jedoch diese Aufforderung ab und verwies die Deputation an den Obercommandanten selbst. Oberst Pannasch erklärte aber abdanken als zurücknehmen zu wollen, obschon er sich bereit zeigte, auf Auflösung eines Mißverständnisses einzugehen. Es ist nun das Weitere zu gewärtigen. — Der Reichsverweser traf heute hier zurück ein. Der Reichstag wird, wie es heißt, übermorgen eröffnet werden. (D. A. Z.)

Prag, 17. Juli. Soeben vernehmen wir, daß das Corps der Swornosť für aufgehoben erklärt und das Tragen ihrer Abzeichen auf das strengste verboten wird. (W. Z.)

In Krakau kamen Fürst Bidesko über Jassy und Fürstin Czartoryska aus Böhmen an.

Tarnopol, 12. Juli. Gestern Abend ist von der österreichischen Gendarmerie eine Abtheilung polnischer Edelleute eingebracht worden, welche, aus Rußland kommend, die Grenze zu Pferde und vollkommen bewaffnet überschritten haben. Sie geben an, daß der Despotismus, mit welchem die Polen in Rußland behandelt werden, sie zu diesen Schritte gezwungen habe, und daß ihnen, um demselben zu entfliehen, kein anderer Weg übrig geblieben sei, als der, sich dem österreichischen Staate in die Arme zu werfen.

Heidelberg, 19. Juli. Noch befindet sich die Mehrzahl der Studirenden in ihrem freiwilligen Exil, wenn gleich die Erwartung, es würden die Vorträge eingestellt werden müssen, sie getäuscht hat. Die Regierung scheint indessen entschlossen, die ihr zu Gebote stehenden Mittel ohne Milderung anzuwenden; dieß beweist nachstehender hier eingetroffener Ministerialerlaß vom 18. d. M.: „Der Kurator der Universität Heidelberg wird auf seine Vorlage vom Gestrigen, daß gestern nach Gestern nach Neustadt an der Haardt ausgezogenen Studenten in einer ihm geeignet scheinenden Weise eröffnen zu lassen, daß den Theilnehmern am Auszuge, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von drei Tagen, vom Tage der Eröffnung an gerechnet, nach Heidelberg zurückkehren und ihre Ankunft bei dem Universitätsamte anzeigen sollten, das akademische Bürgerrecht werde gekündet werden, und daß man sich nach Umständen gegen die Anstifter der Sache und diejenigen, welche der Wiederherstellung des geordneten Zustandes hindernlich in den Weg treten, strafferes Einschreiten vorbehalte. Redstehen ist den Studenten, welche sich bei den Auszug betheiligt haben, in Gemäßheit höchster aus Großh. Staatsministerium vom heutigen Nr. 1703 zu bedeuten, daß im Falle ihrer Nichtrückkehr das gegenwärtige Semester bei der Bitte um Zulassung zur Staatsprüfung ihnen nicht werde angerechnet werden. (D. Z.)

Darmstadt, 18. Juli. Der Großherzog hat durch Entschließung vom 16. Juli den geheimen Staatsrath Dr. H. K. Jaup zum Minister des Innern mit dem Vorsitz im Gesammtministerium ernannt. (D. A. Z.)

Flensburg, 16. Juli. Ein Freiwilliger, der vorige Nacht bei Warniz, wo man nach Alsen hinüberstehen kann, auf Feldwache gestanden, erzählt, daß während der ganzen Nacht Dampfschiffe, mit Laternen vorauf, von Alsen abgegangen sind. Er meinte, die dortigen Truppen würden nach Jütland geschifft.

Hadersleben, 17. Juli. Soeben ist der Generallieutenant v. Neumann, Generaladjutant beim Könige von Preußen, hier angekommen und hat, wie man bestimmt weiß, den wiederholten Befehl an den General Wrangel übevbracht, den bereits in Unterhandlung begriffenen Waffenstillstand mit den Dänen nur unter solchen Bedingungen abzuschließen, daß die Rechten desselben durch den Reichsverweser Deutschlands mit Sicherheit erwacht werden kann. — Am 15. Juli lief das erste der in Kiel im Bau begriffenen Kanonenboote unter dem freudigsten Hurrahrufe der zahlreichen Zuschauer vom Stapel. (D. A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 18. Juli. Der kleine Rotenkrieg zwischen Zürich und Hannover ist wieder glücklich beigelegt: Bennigsen dauert, die Mißgriffe der Harburger Polizeikommission, die sich zu einer irrthümlichen Auffassung einer 1834 erlassenen, seitdem aber wieder aufgehobenen Ministerialverfügung habe verleiten lassen — und Zürich nimmt sein Ausweisungsdekret wieder zurück.

Italien.

Innsbruck, 17. Juli. Vom Feldmarschallieutenant Baron Welden, Kommandanten des vierten Armeekorps, ist aus Padua unterm 15. d. der folgende Bericht hierher gelangt: „Nachdem ein Korps von 6000 Mann unter dem Hrn. General Fürst Franz Liechtenstein schon am 12. d. M. von dem Feldmarschall Graf Radetzky den Befehl erhalten hatte, über den Po zu gehen und die dort versammelten päpstlichen Truppen aus Ferrara zu jagen, so fand Dieß am 14. um 9 Uhr Morgens statt, allwo die Kolonnen des Fürsten Liechtenstein bei Polesella, Francolino und Pontelagoscuro den Po passirten, die päpstlichen Truppen nach Ferrara zurückjagten und gegen Mittag auf dem Glacis der Citadelle aufmarschirten, auf der die Stadt mit Bomben beschossen werden sollte. Noch ehe aber Dieß in Ausführung gebracht wurde, kam eine Deputation der Bürgerschaft, die weiße Fahne wedd aufgezogen, und die Stadt Ferrara ergab sich auf Gnade und Ungnade. Dieser neue Sieges sichert den unteren Po und die ganze untere Einschließungslinie von Venedig, abgesehen, daß nun der angedrohten Bewegung Karl Alberts auf dem rechten Pouufer ein Ziel gesetzt ist. Welden, Feldmarschallieutenant." (K. N. Z.) (Nach der Allg. Ztg. ist das nach Ferrara vorgerückte Korps, — nachdem es für die Besatzung des Kastells eine sichernde Kapitulation abgeschlossen, damit sie nicht weiteren Nederein der Ferrarenser ausgesetzt sey, — wieder in seinen Standort zurückgekehrt.)

Ungarn.

Mersecs, 7. Juli. Diese Zeilen schreibe ich in größter Aufregung. Die ganze Stadt steht unter Waffen. Eine Stunde von Mersecs sind die Plünderer, an der äußersten Grenze unseres Comitats, in Waszowecz eingebrochen, den Notär Johann Szyszti nahmen sie gebunden mit sich, wohin? weiß der Allmächtige! Den Gastwirth nebst Gattin haben sie unbarmherzig tödtlich geschlagen. Den Grundherrn Masonyi haben sie ausgeplündert und sein unbewegliches Vermögen verwüstet. Dasselbe Loos traf auch dessen Beamte, die nur, um das nackte Leben zu retten, sich hierher flüchteten. Einige, in dem Orte Podbozany befindliche Magyaren nahmen sie auch gebunden mit sich. Der Regierungscommissär befindet sich bei uns, und sucht die mit der Verzweiflung kämpfenden hiesigen Deutschen zu ermuthigen. So eben bricht eine Abtheilung Husaren und eine Abtheilung Nationalgarden gegen Waszowecz auf, um die Rebellen anzugreifen. Was aus uns dis morgen wird, das wissen die Götter. — Gestern Nachmittags kamen Courriere zum Regierungscommissär aus Neu-Moldau, Szaszka und Oravitz (drei Bergstädte), von allen Seiten brachten sie niederschlagende Nachrichten. — Unsere Militairmacht, wenn es wahr ist, daß sie bei Aldunar 5000 M. stark sey, ist viel zu gering. Kanonen haben wir gar nicht, und doch wissen wir bestimmt, daß die Rebellen, wenn nicht mehr, wenigstens drei Kanonen besitzen, welche sie in Weißkirchen mit Gewalt genommen haben.

Moldau und Walachei.

Nach einem Berichte aus Jassy vom 10. Juli Nachts sind an demselben Tage Abends die russischen Truppen, 4000 M. Infanterie, eine Escadron Kosacken, zwei Batterien Artillerie, in das bereits vorbereitete Lager auf dem sogenannten Copo, einer Anhöhe bei Jassy eingerückt. Das Obercommando führt General Duhamel, die Infanterie steht unter Oberst Wrangel. Die Mannschaft schien von den starken Märschen sehr ermüdet. (Wien. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 18. Juli. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde nach dem Gesetze über die Unterstützung für die Theater, noch das Gesetz votirt, welches 300,000 Frk. zur Unterstützung der Künstler und Schriftsteller bewilligt, endlich das Decret über Errichtung eines Monuments für den Erzbischof von Paris. Auf den durch ein Schreiben ausgesprochenen Wunsch des Domkapitels wurde beschlossen, daß das Monument nicht im Pan-

Digitized by Google

thron, sondern in der Notre-Dame Kirche aufgestellt werde und die Versammlung bewilligte 50,000 Fr. für die Kosten.

Das Comité der auswärtigen Angelegenheiten hat seine Discussion über die italienischen Angelegenheiten noch nicht geschlossen. Gestern nahmen die Herren Napoleon Bonaparte, Mauguin, L. Durrieu und Larochejacquelin das Wort um Lamartines Friedenspolitik zu bekämpfen. Heute wird die Discussion geschlossen und das Comité wird dann seine Ansicht über die in Italien zu befolgende Politik formuliren, die wahrscheinlich zu einer sehr ernsten und wichtigen Discussion in der Nationalversammlung Anlaß geben wird.

Heute hier eingetroffene Briefe aus London vom 17. melden, daß der Prinz von Joinville an einer Leberkrankheit lebensgefährlich erkrankt sey.

Man hat gestern die Entdeckung gemacht, daß Barbès, Albert und Blanqui von den Fenstern ihres Gefängnisses im Thurme von Vincennes Signale machten, die wahrscheinlich von einem Hause im Dorfe vor Vincennes aufgenommen und beantwortet wurden. Es ist den Gefangenen nun verboten worden, an's Fenster zu treten und die Schildwachen haben den Befehl auf sie zu schießen, wenn sie dieses Verbot übertreten.

Herr Thiers hat gestern im Finanz-Comité eine lange Discussion mit Herrn Proudhon gehabt, der seinen socialistischen Vorschlag alle Besitzenden mit einem Drittel ihres Einkommens zu besteuern, weitläufig entwickelte. Hr. Thiers wurde von dem Comité zum Berichterstatter ernannt und wird in seinem Berichte zugleich eine kritische Uebersicht der bis jetzt aufgetauchten socialistischen Systeme geben.

Der Vorschlag Jules Favre's die Privat-Domänen Louis Philipps für Staatseigenthum zu erklären, ist vom Finanz-Comité mit Einstimmigkeit verworfen worden.

In Marseille dauerten die ganzen 13. ernste Unruhen für den folgenden Tag. Die Behörden hatten alle Vorsichtsmaßregeln getroffen und starke Truppen-Corps in die Stadt gerufen.

Wir haben heute Madrider Nachrichten bis zum 13. d. Die ministeriellen Journale behaupten: Cabrera sey nicht in Spanien und die wenigen carlistischen Banden die sich in Catalonien und Arragonien gezeigt hätten, werden überall von den kgl. Truppen geschlagen und zerstreut.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 18. Juli.) Cavaignac zeigt an, daß die Minister Bethmont und Bedeau ihre Entlassung gegeben und die Herren Marie, Baftide und Berrinnac zu Nachfolgern erhalten haben. Er bittet die Versammlung baldigst einen andern Präsidenten zu wählen, was auf Morgen festgesetzt wird.

Spanien.

Madrid, 12. Juli. Alle Minister, mit Ausnahme des Finanzministers und des Ministers des Auswärtigen, sind der Königin nach La Granja gefolgt. Die Schwester des Königs, welche wegen ihrer Vermählung mit dem Amerikaner Rente ihres Ranges ꝛc. verlustigt wurde, soll auf Nichtigerklärung der Heirath angetragen haben, weil sie durch betrügerische Vorspiegelungen dazu verleitet worden sey. Rente ist von Valladolid, wo er sich mit der Infantin befand, weggeschickt und eine Untersuchung angeordnet worden. — Nach dem „Heraldo" lauten die Nachrichten aus Navarra und Catalonien sehr befriedigend; die carlistische Sache findet beim Volke keine Aufmunterung.

Großbritannien.

London, 17. Juli. Fast die ganze Admiralität war am Sonnabend nach Portsmouth hinunter gefahren, wo die Lords auf der Rhede von Spithead die eingelenen Schiffe im Kriegsgeschwader Sir Ch. Napier's besichtigten, welches im Beisetzn vieler Tausend Zuschauer um 12 Uhr unter Segel ging. Alle Bewegungen wurden mit englischer Seemannstüchtigkeit ausgeführt, deren Bewunderung noch vor nicht langer Zeit einem russischen Offizier die kaiserliche Ungnade zuzog. Er hatte den Uebungen der russischen Flotte bei Kronstadt zugesehen; Alles ging mit ungewöhnlicher Pünktlichkeit und Genauigkeit, und der Kaiser fragte den nach England zurückgekehrten Offizier, „Wie gefällt Ihnen unsere Flotte?" Dieser war so unhöflich, aber doch unbefügt, die Wahrheit anzudeuten, „daß die russische Flotte (das kaiserliche Spielzeug) vortrefflich eingeübt sey; doch wären die englischen Schiffe tüchtiger gebaut und die Matrosen geschickter." Tages darauf war der Offizier aus St. Petersburg versetzt. Napier's Geschwader zählt 10 Schiffe und über 400 Kanonen; seine Bestimmung wird schon lange besprochen; amtlich heißt es bloß ein Uebungsgeschwader. Es segelte nach Südwest.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Juli. Gestern Abend soll von Kolding die Nachricht eingetroffen seyn, daß es zwischen den commandirenden Generalen zum Abschluß des Waffenstillstandes nicht gekommen, worauf in der Nacht die hier zuletzt eingeübten 3000 M. beordert worden, sich zum Einschiffen fertig zu halten. (B.-H.)

Rußland und Polen.

Briefen aus St. Petersburg vom 11. d. M. zufolge währte die Cholera, was die Zahl der täglichen Erkrankungen anbelangt, ungeschwächt fort, der Charakter derselben war aber weniger tödtlich. Die Geschäfte litten bedeutend, einestheils wegen der Abreise vieler Arbeiter, anderntheils wegen der vielen Sterbefälle unter den russischen Käufern.

Die St. Petersburger „Polizei-Zeitung" giebt die Zahl der in St. Petersburg am 8. Juli Erkrankten auf 853 an; zum 9. blieben 3897 Kranke in der Behandlung. Der Arzt des Hof-Hospitals, wirklicher Staatsrath C. Witt, ist am 7. Juli gestorben.

Bekanntmachung.

Am

Montag den 31. Juli Vormittags

wird dahier

1) eine noch in ganz gutem Zustande befindliche kupferne Bräupfanne circa 8½ Zentner wiegend und zum Verbrauche von 4 Schaffeln Malz gerichtet, taxirt auf 550 fl., dann

2) ein erst im Jahre 1841 ganz neu hergestellter Anmaischdurchlaß, taxirt auf 50 fl.

öffentlich an den Meistbietenden verkauft, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Atzberg, am 12. Juli 1848.

Der Magistrat.
Kesler.

Roth.

Anzeigen.

Verlornes.

Donnerstag Abends wurde beim Tirailliren auf dem Exercierplatze eine silberne Uhr an einem schwarz-roth-goldenen Uhrbande (sog. Bierzipfel) aus Perlen verloren. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen angemessene Belohnung in dem Hause des Herrn Rath Heinritz in der Schrollengasse abzugeben.

Aecht kölnisches Wasser

von dem ältesten Destillateur Joh. Maria Farina bei

J. Schweiger & Comp.

Bei Büttnermeister Krämer in der Judengasse ist das mittlere Quartier, bestehend in 6 heizbaren Zimmern, 2 Kabinetten, 2 Hauskammern, 2 Küchen, versperrten Hausplatz und allen sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen, welches sogleich oder auf das Ziel Martini im Ganzen oder getheilt bezogen werden kann.

In der Maximilians-Straße Hs.-Nr. 48 ist eine freundliche Stube nebst Kammer und ganz heller Küche über eine Stiege für eine stille Familie auf Martini zu vermiethen.

Haus-Nr. 664 in der Jägerstraße beim Büttnermeister Leich ist die untere Etage im Ganzen oder theilweise auf Martini zu vermiethen.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 23. Juli 1848.

Vorletzte Vorstellung.

Zum Benefize für sämmtliche Bühnenmitglieder.

Auf vielseitiges Verlangen:

Der Verschwender.

Zaubermährchen in 3 Akten von Raimund. Musik von C. Kreutzer.

Da diese Einnahme zu unserem Besten bestimmt ist, sind wir so frei, unsere ergebenste Einladung zu machen; einen vergnügten Abend mit Gewißheit versprechend, hoffen wir von Ihrer Güte und Großmuth, daß Sie uns Ihre werthe Theilnahme nicht versagen werden. Hochachtungsvoll

die Mitglieder der hiesigen Gesellschaft.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag Nro. 204. 24. Juli 1848.

Ein Wort zu seiner Zeit,

zu allgemeiner Kenntniß gebracht aus Dr. Leonegg's (Chillany) kleiner Schrift: Das Glaubensbekenntniß der denkenden Christen dieser Zeit.

„Es ist weder den Regierungen, noch dem Volke ein Geheimniß, daß sich die gegenwärtige religiöse Bewegung in Deutschland nicht auf die geringe Zahl Derjenigen beschränkt, die sich als Dissidenten und Lichtfreunde bereits öffentlich von der bisherigen Kirchengemeinschaft losgesagt haben. Es hat sich vielmehr durch die allgemeine und höhere Bildung der Zeit überhaupt und namentlich durch die wissenschaftlichen Forschungen im Gebiete der Natur und des Alterthums seit einem Jahrhundert herauf mehr und mehr eine Veränderung der religiösen Ueberzeugung in den Herzen aller unbefangenen denkenden, in der großen Mehrzahl gerade der wohlhabenden und gebildeten Einwohner nicht blos Deutschlands, sondern ganz Europas gebildet — und Deutschland scheint abermals bestimmt zu seyn, für diesen veränderten Glauben eine öffentliche äußere Gestaltung zu gewinnen. Die allgemeine religiöse Bewegung geht nicht gegen das Christenthum, sie ist vielmehr für dasselbe; sie will es nur von der abergläubischen Fassung des Alterthums befreien, von jenen Resten des Heidenthums, welche anstatt der Lehre Jesu, drei Personen zum Hauptgegenstand der Religion machten, vergötterten und verherrlichten.

Gewiß werden Millionen ihre religiöse Ueberzeugung in einem allgemein verständlichen, kurzen mit den nöthigen Vernunftgründen unterstützten Glaubensbekenntniß finden, und daraus wird erkannt werden, daß die gegenwärtige religiöse Bewegung die Religion nicht aufgeben, sondern dadurch daß sie dieselbe in Uebereinstimmung mit der Ueberzeugung der Zeit bringt, vielmehr neu beleben will. Es würde eine gänzliche Unkenntniß des Zeitgeistes verrathen, wollte man die religiösen Zustände Deutschlands nach einigen, im Ganzen sehr wenigen und völlig vereinzelten communistischen und religionsfeindlichen Auswüchsen beurtheilen, welche diese bewegte Zeit gleichfalls zu Tage gefördert hat. Gerade die friedlichen Bürger der Städte, die wohlhabenden und gebildeten, die besten und sichersten Kräfte des Staats sind es, welche das Bedürfniß fühlen, daß eine Veränderung der Konfessionen im Sinne der besseren Ueberzeugung der Zeit vorgenommen werde; und sie wünschen nichts schulicher, als daß die Regierungen auf friedliche Weise die Hand dazu bieten möchten, eben um die Stürme zu vermeiden, zu welchen ein fortgesetzter Druck gegen die Forderungen des Zeitgeistes unausbleiblich führen müßte. Was hilft es denn auch, wenn man mit aller Gewalt jene Dogmen äußerlich festzuhalten sucht, über welche die Zeit hinaus ist? — Im Innern der Menschen haben sie ja doch keinen Grund mehr, und man hält in Wahrheit nicht die Religion aufrecht, sondern eine leere Form. Ist es nicht weit besser, man läßt die hellere Ueberzeugung, dem Veralteten gegenüber, auch ihrerseits Gestaltung im Leben gewinnen, man gestattet dem inneren Glauben auch einen äußeren Ausdruck, man läßt das bestehen, was der besseren Ueberzeugung anstößig ist, und gibt so der Zeit wieder eine Religion, die sie in ihrem Bewußtseyn als wahrhaftig anerkennt?

Will man, daß die Menschen bis in die untersten Stände hinab lesen und schreiben, so darf man sich nicht wundern, wenn sie bis dort hinab selbstständig denken. Sollen sie aber über religiöse Gegenstände nicht denken: warum gibt man ihnen die Bibel zur eigenen Prüfung in Millionen Exemplaren in die Hände? — Und wenn sie nun denken, wozu sie ein ewiges Recht haben, wie kann man ihnen zumuthen, daß sie auf dem heiligsten Gebiete des Gedankens, auf dem der Religion, sich lebenslang zusammenscharen lassen, wie man sie als Rekruten für's Militär, ohne ihr Wissen in die Taufbücher eingezeichnet hat? Wir sind Kinder des neunzehnten Jahrhunderts, wir wollen in unseren heiligsten Interessen, in denen der Religion, selbst prüfen und die Confession nicht mehr angeerbt erhalten. Selbstständig wollen wir uns erst als Männer, bei gereiftem Verstande, für dieses oder jenes Bekenntniß entscheiden. Und wer will uns zumuthen, in einer Zeit, die tausend Dinge des Alterthums für Irrthum erkannt und verbessert hat, noch alle Religionsmeinungen, die ein asiatisches Volk vor zweitausend Jahren aufstellte, als ewige Wahrheiten, als unsere eigene, unabänderliche Ueberzeugung zu unterschreiben? Niemand, selbst nicht die Geistlichkeit, wenn sie auf Ehre und Gewissen gefragt wird, glaubt mehr, daß z. B. Wiederaufgeboren, daß sich den Juden das rothe Meer entzweit getheilt, daß man gesund geworden, wenn man einen Rock angezogen, in welchen ein Apostel geschwitzt hatte, daß schon der Schatten eines Apostels die Kranken heilte u. s. f. — Keiner, auch Keiner glaubt mehr an dergleichen Dinge! Wie lange soll nun aber dieser heuchlerische Zustand noch währen? Wie lange sollen der Menschheit noch Dinge aufgenöthigt werden, von denen Jedermann weiß, daß sie kein Vernünftiger glauben kann? — Wie lange will man gerade das Vernunftwidrige für das Wesen der Religion, das Ringen nach einem vernunftgemäßen Gottesglauben aber für eine gefährliche Bestrebung des Unglaubens erklären? — Das Volk, sagt man, muß eine Religion haben! Allerdings! Auch der Gebildete kann nicht ohne Religion seyn. Aber das vorgeschriebene Dogma ist nicht die Religion. Es muß auch geglaubt werden können, es muß im Herzen leben, es darf der besseren Erkenntniß des Zeitalters nicht widersprechen! So lasse man doch der Zeit ein Bekenntniß, das sie aufrichtig anerkennen kann! Es ist wahrhaftig auch nicht zu wundern, wenn die Menschen unserer Zeit, die der Vergangenheit in allen Beziehungen so weit vorausgeschritten sind, sich nicht mehr mit allen den Glaubenssätzen vereinigen können, die das Mittelalter bereitwillig anerkannt hat! Warum macht man es ihnen denn so schwer, in dieser heiligen Angelegenheit einen Schritt vorwärts zu thun? Soll denn Jemanden dadurch Schaden geschehen? Soll die Ruhe der Staaten gestört werden? — Die sind wahrlich keine gefährlichen Bürger, welche an der Religion ein so ernstes Interesse nehmen. Hätten die Regierungen die vernünftige Ueberzeugung ihren ruhigen, gemäßigten Gang gehen lassen, es wäre gar nicht zu den mancherlei Extremen gekommen, die unsere Zeit zum Vorschein gebracht hat; aber da sollte sein ein paar Jahrzehnten der religiöse Glaube wieder auf den Standpunkt des Mittelalters zurückgeführt werden. Aber man sehe zu, was man thue! den Gang der Zeit hat noch kein Ministerium — kein Konsistorium aufgehalten.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Juli. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat heute den §. 2 des Art. I. der Grundrechte in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt." Hierzu war von dem Abg. Welt der Antrag gestellt, daß der Verfassungsausschuß den Entwurf des Heimathsgesetzes und der Gewerbeordnung noch vor der zweiten Berathung der Grundrechte vorzulegen habe. Ueber diesen Antrag wurde nach zweifelhafter Zählung mittelst Namensaufruf abgestimmt und derselbe mit 244 gegen 242 Stimmen angenommen; ferner der Zusatz des volkswirthschaftl. Ausschusses: „Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen, wie den Angehörigen dieses Staates zu", sowie endlich der Antrag Schüler's von Jena: „Kein deutscher Staat kann zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied bezüglich des bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechts machen, wodurch die letztern als Ausländer zurückgesetzt werden." (Der Antrag von Spatz: „aller Paßzwang ist aufgehoben" wurde verworfen.) Art. 3 ging in folgender Fassung durch: „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staats darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für

Digitized by Google

sich und seine Familie beziehen." Der §. 4 Litel in Folge der Abstimmung: „Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden (das Folgende ist der Antrag von Spaß) und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch nicht verletzt werden." §. 5. „Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs." (Der letzte Satz ist der Antrag von Radowitz.)

Frankfurt, 20. Juli. (Ausführlicher Bericht über die 43. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls macht der 1. Präsident v. Gagern die Versammlung folgende Mittheilung: „Meine Herren! Die Schaffung einer Centralgewalt würde das Volk verspielen, dem Inhaber derselben ein festes Einkommen zu verschaffen; ich bin aber autorisirt, zu erklären, daß der Reichsverweser ein solches Einkommen von sich abgewiesen hat." (Lebhafter Beifall). Graf v. Schwerin: „Meine Herren! Sie haben gewiß mit großer Befriedigung die Worte vernommen, nach welchen der erlauchte Reichsverweser glaubt, seinen hohen Beruf erfüllen zu können, ohne die Lasten des Volks zu vermehren; doch möchte es der Ehre und Würde der Nation, die er nach Außen zu vertreten hat, angemessen seyn, eine passende Wohnung für den Reichsverweser anzuweisen, und ich beantrage, daß das Präsidium ermächtigt werde, hierfür Sorge zu tragen." Der Präsident bringt diesen Antrag zur Berathung. Venedey glaubt, derselbe müsse auf den Weg der Geschäftsordnung verwiesen werden. Eisenmann: Wenn die Nationalversammlung monatlich 25,000 fl. für ihre eigenen Lokalitäten und Kanzleibedürfnisse aufwende, so werde man wohl über einige 1000 fl. für die Wohnung des Reichsverwesers nicht zu debattiren brauchen. Auch Vogt stellt den Antrag auf sofortige Abstimmung, da die ganze Versammlung einverstanden sey. Hierauf wird einstimmig das Präsidium ermächtigt werde, hiefür Sorge zu tragen." Der Präsident bringt diesen Antrag zur Berathung. Venedey gland

und von denselben Wählern*) gewählt wäre, die einen Abgeordneten der Nationalversammlung gesandt hätten, der mit Begeisterung von den Segnungen der Gewerbefreiheit gesprochen hätte. Bei der Abstimmung über die Frage: ob die Versammlung gegen die Gewerbefreiheit? erhoben sich fast alle Anwesenden als Zeichen der Bejahung; ein paar Abgeordnete erklärten übrigens, sich der Abstimmung enthalten zu wollen. Ferner wurden von dem erwähnten Ausschuß die Grundzüge einer Gewerbeordnung verlesen. Sie werden heute den Abgeordneten gedruckt vorgelegt werden und damit beginnen denn die wichtigen Verhandlungen. Irren wir uns nicht, so zählt die Versammlung keine Anhänger und Vertreter des alten Monopolismus, eben so wenig aber des an seine Stelle durch die erste französische Revolution eingeführten Liberalismus und der aus ihm hervorgegangenen sozialistischen und communistischen Parteien, sondern die Majorität gehört der progressiven, offenen oder Innungspartei an, die von Gewerbefreiheit eben so wenig als von Zunftzwang wissen will, vielmehr eine gegliederte, auf alle Produktionskreise sich ausdehnende, die Arbeit schützende Gewerbeordnung verlangt. Die Verhandlungen des Gewerbecongresses mit dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung werden in diesen Tagen beginnen; aus dem Contrakt dieser beiden Organe wird für den großen und wichtigen Zweck gewiß nur Heilsames und Ersprießliches hervorgehen. (*)

(*Dienstesnachrichten.*) Durch Rescript vom 19. d. Mts. wurde der k. b. Stadtgerichtsrath Max. Frhr. v. Zoller von Nürnberg in gleicher Eigenschaft an das k. b. Kreis- und Stadtgericht Augsburg, dagegen der Assessor vom k. Appell-Gerichte von Schwaben und Neuburg, Dr. Joseph Bayer (vormaliger Rath in Fürth) zum Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg versetzt und auf die hierdurch erledigte Appell-Ger.-Assessorstelle in Neuburg, unter Vorrückung des Assessors außer dem Status A. Frankl in den Status, der k. b. Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Lamprecht von Bamberg als jüngster Assessor an dessen Stelle befördert.

Berlin, 18. Juli. Es wird versichert, der Handelsminister Milde gehe mit dem Gedanken um, den Eisenbahn-Gesellschaften anzubieten, ihre Unternehmungen auf Kosten des Staates gegen Ersatz, von welchem die gesammte 5 Prozent betrage, zu übernehmen. Den Gesellschaften würde natürlich ganz freie Hand gelassen, ob sie annehmen wollen oder nicht, so daß dieser Plan denjenigen besonders zu Statten käme, welche allein nicht gut vorwärts kommen. Belgien hat bewiesen, wie sehr die Eisenbahnen bei dem Betriebe des Staates ihren Vortheil finden. (K.Z.)

Wien, 18. Juli. Der vom Oberkommandanten Panasch geforderte Handschlag, wodurch sich die Nationalgarde verpflichten soll, während des Reichstags Ruhe und Ordnung am jeden Preis aufrecht zu erhalten, hat eine große Aufregung hervorgerufen, und von allen Seiten laufen Erklärungen ein, daß dieser Handschlag verweigert werden wird. Oberst Panasch hat für diesen Fall mit seiner Abdankung gedroht und soll diese auch bereits heute beim Minister des Innern eingereicht haben; wie es scheint, gehört der Handschlag der Nationalgarde, so wie die Versöhnung des Militairs zu den Garantien, unter denen der Kaiser nach Abgang des Erzherzogs Johann hierher zurückkehren will, und daher die Beharrlichkeit des Oberkommandanten; doch die Nationalgarde erblickt in der Forderung eine Mißtrauenserklärung und eine willkührliche Beschränkung ihrer Pflichten, zu welchen nicht blos Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, sondern auch Schutz der Volksrechte gehört.

Karlsruhe, 20. Juli. Die Eröffnung der Regierung über die unbedingte Anerkennung der provisor. Centralgewalt und die freudige Zustimmung zu der Wahl des Reichsverwesers wurde in der zweiten Kammer auf Anregung des Präsidenten Mittermaier mit dem Erheben von den Sitzen zum Zeichen der Uebereinstimmung aufgenommen. Nur der Abg. Richter blieb sitzen. Mez nahm hierauf das Wort, um anzukündigen, daß auch er sich über die Wahl des Erzherzog Johann freue, obgleich er demselben seine Stimme nicht gegeben habe. Indem er sich deßhalb erheben, gestehe er jedoch nicht zu, daß Badens Fürst oder Kammer das Recht der Anerkennung der Wahl hätten. Das Parlament sey souverän, und diese Eigenschaft in Beziehung auf die Form zu wahren, fühlte sich der Redner berufen. Junghanns erklärte ebenfalls, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung seiner Anerkennung bedürfen.

Koburg, 20. Juli. In einer gestern Abend abgehaltenen sehr zahlreichen Versammlung des neu gegründeten Bürgervereins wurde die thüringische Frage zum ersten Mal zur Besprechung gebracht und nach lebhaften Diskussionen sogleich dahin erledigt, daß eine sofort erwählte Deputation von 5 Bürgern dem Herzog mündlich und schriftlich erklären solle: Das Herzogthum Koburg würde zwar alle zu verlangenden Opfer bringen, wenn es dem ganzen Vaterlande gelte; aber zu Gunsten einer älteren Duodez-Fürstenlinie (Weimar) die eigene Selbstständigkeit aufzugeben und sich zur Gründung eines neuen Duodez-Königthums herzugeben, sey es durchaus nicht gewillt, und der Herzog werde dringend gebeten, sich in Verhandlungen über diesen Gegenstand gar nicht einzulassen. Dieß Letztere beyeht sich darauf, daß am 22. d. in Gotha eine Ministerkonferenz den berührten Punkt verhandeln soll. (Das Ländchen Koburg möchte wohl andere Ansichten hegen, als die Kleinstaatlenzler, die sich auf Kosten des Ländchens wohl seyn lassen.)

Kassel, 19. Juli. Offizieller Anzeige zufolge ist in der, in Folge des Rücktritts des Obergerichtsanwalts Henkel angeordneten anderweitigen Wahl im 14. Wahlbezirke der geheime Legationsrath Dr. Jordan mit 7173 Stimmen zum Nationalvertreter gewählt worden. (F. J.)

Hannover, 18. Juli. Seit gestern wird stündlich von Frankfurt eine Deputation des Reichsministeriums erwartet, um den Beschluß der Nationalversammlung in der hannoverschen Frage zu exequiren. Dieselbe soll aus drei Abgeordneten, welche nicht unserm Lande angehören, bestehen, und ist von dem Reichsministerium abgesendet. Alles ist auf die Ankunft und den Erfolg dieser Deputation aufs höchste gespannt. Uebrigens hört man sehr viele Aeußerungen zu Gunsten des Landesministeriums. Schon vorgestern ist außerdem der frankfurter Abgeordnete für die Stadt Hannover, Backsmuth, hierher gekommen. (D. A. Z.)

Der Hamburger Börsen-Halle vom 19. Juli wird geschrieben, daß der zwischen den Generalen v. Wrangel und Hedemann abgeschlossene Waffenstillstand um 24 Stunden, d. h. also bis zum 19. Juli Abends 10., verlängert worden sey, offenbar in der Absicht, um den definitiven Beschluß aus Kopenhagen abzuwarten.

Italien.

Neapel, 6. Juli. Die Nachrichten aus Calabrien lauten für die Insurgenten immer günstiger. Fünf Provinzen haben bereits die Waffen ergriffen und fordern ihre Parteigänger auf, durchaus auf die Erneuerung der Zugeständnisse vom 15. Mai zu beharren. Der deutlichste Beweis ihrer siegreichen Kämpfe liegt darin, daß von hier aus stets neue Truppen eingeschifft werden; alle Dämpfer, selbst die Packetboote der einzelnen Postverbindungen werden von der Regierung zur Ueberfahrt der Armeen benutzt. Der „Unione“ zufolge ist die 5000 Mann starke Kolonne des Generals Nunziante bis auf 800, welche sich durch Flucht retteten, theils niedergehauen, theils gefangen genommen. Der General selbst, der für seine schlechte Sache dennoch mit großer Energie focht, ist das Opfer seiner meuterischen Heeresmannschaft geworden. Er wurde unter den Todten gefunden, in einer Weise zerstümmelt, daß an sein Aufkommen wohl nicht zu denken ist. Das verbundene Heer der Sculer und Calabresen geht jetzt damit um, den nur allein noch übrigen General Busacca anzugreifen. In Neapel herrscht der Pöbel, unterstützt von den schweizerischen Soldaten; Deputirte, die den souveränen Lazzaroni's, die sich Ferdinand gleichsam zum Hauptmann gesetzt haben, nicht gefallen, werden trotz ihrer Unverletzlichkeit geradezu mißhandelt.

Frankreich.

* Paris, 19. Juli. Zwischen der ehemaligen Linken und der Regierung ist es zu einer Spannung, und man könnte fast sagen, zu einem offenen Bruche gekommen, weil General Cavaignac sich geweigert hat, bei der vorgestrigen Reorganisation seines Kabinets den Forderungen des Clubbs der rue Poitiers nachzukommen und zwei Portefeuilles an die Freunde und Lieutenants des Hrn. Thiers zu geben, zu welchem Zwecke man ihm die Hrn. Duvergier de Hauranne, Drouin de Lhys, Malleville vorgeschlagen hatten und Dufaure oder Lacrosse zum Kammerpräsidenten wollten. Die entschiedene Weigerung Cavaignac's: sein Kabinet so im Sinne der Partei Dollon-Barrot zu modificiren, hat nun zum offenen Kriege geführt und der gestrige Angriff gegen das gar keine politische Bedeutung habende Gesetz über den unentgeldlichen Unterricht in der polytechnischen und Militärschule war der Beginn der Feindseligkeiten. Nachdem zuerst auf die Vertagung des Gesetzes angetragen und dieselbe verworfen worden war, erfolgte ein neuer Angriff; Charles Dupin stellte ein Amendement, wonach nur die Hälfte der Zöglinge unentgeldlich aufgenommen werden solle, zehn bis zwölf andere Amendements folgten, General Lamoriciere bekämpfte Dupins Antrag, als dem Prinzeye der Gleichheit entgegen. Er selbst stellte ein Amendement, wodurch die allgemeine unentgeldliche Aufnahme erst mit Neujahr 1850 beginnen und einschreiten erst die Zahl der Freiplätze vermehrt werden solle. Die Frage, ob seinem oder

*) Waren die Gewerbsmänner allein Wähler?

Digitized by Google

Dupins Amendement die Priorität gebühre, erregte bei der gegenseitigen Aufregung einen solchen Sturm, und rief einen solchen Tumult voll Drohungen, Unterpellationen, ja Beleidigungen hervor, daß der Präsident sich genöthigt sah, sich zu bedecken und die Sitzung eine Stunde lang zu suspendiren. Allein auch nach der Wiedereröffnung war es nicht möglich, wieder zur Ruhe zu gelangen, unter dem größten Tumulte ward Lamoriciers Amendement endlich im geheimen Scrutin zur Abstimmung gebracht und mit 406 gegen 135 Stimmen angenommen. Die geringe Anzahl von 541 Votirenden erklärt sich daraus, daß ein Theil der Linken-Barrot bereits den Saal verlassen hatte, um durch diese Taktik eine Abstimmung unmöglich zu machen.

Die neuesten Nachrichten von der spanischen Grenze melden, daß die carlistische Bewegung daselbst eine große Niederlage erlitten hat. Die Generale Iturbe und Zubiri, die die carlistischen Banden kommandirten, sind von den Truppen der Königin geschlagen und gezwungen worden, sich auf französisches Gebiet zu flüchten. Die zwei Generale, 3 Obersten, 50 Offiziere und 150 Mann wurden von den französischen Behörden entwaffnet und nach Bayonne geschickt.

Der Moniteur bringt heute die Ernennung des Abbé Sybour zum Erzbischofe von Paris.

Die Militär-Commissionen haben gestern ihre Thätigkeit begonnen und ungefähr gegen 300 Individuen, deren Akten am Weitesten gediehen waren, die summarische Procedur vorgenommen. Diese besteht darin, daß die Militär-Commission nach Einsicht des Verbalprozesses der Verhaftung und des ersten Verhörs, ohne den Beschuldigten mehr zu hören, ihn in einer der drei folgenden Categorien eintheilt: 1) Zu Freiheit zu setzen, 2) zur Transportation bestimmt, 3) vor die Kriegsgerichte zu stellen. Gegen die beiden ersten Categorien findet kein Rekurs oder Appel mehr Statt, — die so Bezeichneten werden entweder augenblicklich in Freiheit gesetzt oder in das Depot zur Transportation abgeführt, die vor die Kriegsgerichte Verwiesenen haben aber erst die ganze Procedur derselben durch zu machen und können sich vertheidigen lassen.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 19. Juli.) Das Protokoll wird nach einem sich kreuzenden Lärm von Interpellationen angenommen und man schreitet zur Wahl eines Präsidenten der Versammlung. Diese Operation gibt folgenden Resultat: Anzahl der Votirenden 791, Absolute Majorität 391, hievon erhielten Armand Marrast 386, Lacrosse 341, Theodor Bac 37. Da keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat, so wird zu einem neuen Scrutin geschritten, das bei Redaktionsschluß noch nicht beendigt ist. Allein A. Marrasts Wahl ist sicher, da die äußerste Linke, die einen Theil ihrer Stimmen Th. Bac gab, sie nun auf Marrast übertragen wird, dem nur 5 Stimmen zu der absoluten Majorität fehlten. Aber jedenfalls ist eine Opposition, die 341 Stimmen vereinigen kann, sehr bedenklich und macht die Lage der Regierung sehr schwierig. Es ist dieß in drei Tagen der dritte Angriff gegen das Kabinet, von dem Glück der Herrn Baraguay d'Hilliers und Thiers ausgehend, — gelind gesagt: eine Unbesonnenheit in den jetzigen gefahrlichen Zeiten.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Juli. Aus guter Quelle können wir die verbürgte Nachricht zukommen lassen, daß in einer vorgestern hier gehaltenen Staatsrathssitzung, welcher der König beiwohnte, der Waffenstillstand ratificirt worden und die Publikation nur deswegen noch verschoben ist, weil es noch erst der Unterschriften der beiden kommandirenden Generale Wrangel und Hedemann bedarf.

Moldau und Walachei.

Aus Jassy eilte ein Kourier nach Kronstadt, um den Fürsten Bibesko den Einmarsch der Russen zu melden. General Duhamel kündigte sich als Consul und Generalintendant an. Die Russen haben in Jassy ein Lager vor der Stadt bezogen, weil die Cholera im Innern wüthet, 100,000 (?) M. russischer Truppen setzen sich über Fokschan in Bewegung und rücken gegen Bukarest vor. Sie werden vor dem 15., 16. Juli nicht in Bukarest eintreffen. An Widerstand ist unter solchen Umständen nicht zu denken.

Rußland und Polen.

Von der gallizischen Grenze, 16. Juli. Aus Rußland und Polen rückkehrende Kaufleute erzählen, daß der Kaiser einen Ukas erlassen, die österreichischen Banknoten im vollen Nennwerth anzunehmen; wenn nun die Grenze für Jedermann offen und der Handel mit diesem Fonds freier wäre, so hätte Galizien und Krakau für die Papiere einen guten Absatz. — Soeben verbreitet sich das Gerücht, daß in Lemberg eine große Aufregung herrsche, wahrscheinlich wegen der im Gange befindlichen Rekrutirung.

Azemien (in Galizien), 12. Juli. Unausgesetzt kommen Flüchtlinge, meist Adelige und Beamte, über die russisch-polnische Grenze, um sich hier und in den Ungarn nahegelegenen Gebirgsfesten ein Asyl zu suchen. Man sagt, die Zahl solcher Flüchtlinge aus Polen betrage schon an die 12,000, welche Angabe aber jedenfalls etwas zu bezweifeln ist. (D. A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, Nachdem den beiden Herren Obersten für deren Bereitwilligkeit, mit welcher dieselben dem Gesuche des patriotischen Vereins, die Regimentsmusiken bei dem am 17. d. gegebenen Feste zur Feier der Wahl des deutschen Reichsverwesers spielen zu lassen, entgegen gekommen, noch vor dem Feste der schuldige Dank schriftlich ausgesprochen wurde: ergingen auch am 21. d. an die Vorsteher der Bürgerressource und des Liederkranzes nachstehende Dankadressen:

Hochverehrliche Vorsteher der Bürgerressource!

Das bereitwillige Entgegenkommen, mit welchem Sie auf unser Ansuchen Ihr Gesellschaftslokal zum Feste zur Feier der Wahl des deutschen Reichsverwesers eröffneten; die Mühe und Opfer, welche die verehrliche Gesellschaft aus eigenem Antriebe brachte, um die Räume dieses Lokales zu diesem Behufe auf das Glänzendste zu schmücken und zu beleuchten, fand bei dem Gesammtpublikum hiesiger Stadt die verdiente Anerkennung. — Die Unterzeichneten haben die Ehre, im Namen des patriotischen Vereins mit dem Ausdrucke dieser Anerkennung auch die innigste Danksagung für Ihre edle Mitwirkung zur Hebung dieses Festes und Erreichung des damit vereinigten gemeinnützigen Zweckes zu verbinden.

In vollkommenster Hochachtung.

Die Vorsteher des patriotischen Vereins.

*

Hochverehrliche Vorsteher des Liederkranzes!

Ihr freundschaftliches Willfahren unserer Bitte, „eine Gesangproduktion zur Feier der Wahl des deutschen Reichsverwesers und zum Nutzen der deutschen Flotte zu geben", nicht minder als die herrliche Ausführung dieser Produktion hat die gerechtesten Ansprüche auf die Dankbarkeit der hiesigen Einwohnerschaft. Sind wir auch fest überzeugt, daß Sie den schönsten Lohn Ihrer Mühe in dem edlen Doppelzwecke des begangenen Festes finden: so sind wir doch besonders beauftragt und fühlen uns im Innern dazu verpflichtet, Ihnen und Ihrer verehrlichen Gesellschaft dafür unsern herzlichsten Dank im Namen des patriotischen Vereins schriftlich auszudrücken.

In vollkommenster Hochachtung.

Die Vorsteher des patriotischen Vereins.

Bekanntmachung.

Wer immer an den Nachlaß der verlebten Müllermeisters-Eheleute Lorenz und Elisabetha Döring von der Stockmühle bei Kreussen eine Forderung zu machen und solche bis jetzt noch nicht liquidirt hat, wird hiemit aufgefordert, seine Forderungen zuverlässig, und bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung in dem hiezu

Samstag, den 12. August curr. Vormittags 8 Uhr

hierorts anstehenden Termin anzumelden, resp. gehörig nachzuweisen, da nach Umfluß dieses Termines über den Nachlaß nach Angabe der Erben weiter verfügt werden wird.

Pegnitz, den 10. Juli 1848.

Königliches Landgericht.
Westand beutlaucht.
Sternecker, L. Assessor.

Anzeigen.

Dienstag den 25. d. M. ist Goldkronacher Kirchweih und Ball bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet

Deyer, Gastgeber zum rothen Adler.

Ein möblirtes Zimmer im zweiten Stock des vormaligen Ankers, wozu auch erforderlichenfalls ein Bedientenzimmer und Stallung auf 2 Pferde gegeben werden kann, ist sündlich zu vermiethen.

In der Maximilianstraße Nr. 4 eine Treppe hoch, vorne heraus, ist sogleich ein schön möblirtes Zimmer mit Kabinet zu vermiethen.

In Nro. 622 ist ein Quartier, bestehend aus drei, auch vier Stuben nebst Zugehör zu beziehen, oder auf folgendes Ziel zu vermiethen; Näheres bei dem Eigenthümer.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu bestehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 205. 25. Juli 1848.

Die Staatsanwaltschaft.

G München, 19. Juli. Als Grundzug der französischen Justizpflege steht fest: Reinheit und Abgeschlossenheit der Justiz. Man gebe dem Richter, was des Richters ist, aber auch dieß ganz*); entferne aber auch aus seinem Amtskreise Alles, was nicht zum eigentlichen Rechtsprechen gehört, also nicht blos die Polizeiverwaltung — denn darüber sind Alle einverstanden — sondern auch die sogenannte freiwillige Gerichtsbarkeit, die Exekution, die gerichtliche Correspondenz, worin die französische Gerichtsverfassung die eignen Aemter der Notare, der Gussiers und unter Staatsanwälte kennt. Ueber die Staatsanwaltschaft (ministère public), ein Institut, das wegen seiner anerkannten Vorzüge auch bei uns eingeführt werden soll, erlauben Sie mir einige weitere Bemerkungen.

Die Staatsanwaltschaft ist bestimmt, die Wächterin der Gesetze und der rechtlichen Ordnung zu seyn. Bei jedem Collegialgericht befinden sich Beamte des öffentlichen Ministeriums, welche die Interessen der Staatsgewalt bei und gegenüber dem Richter vertreten, damit die Richtergewalt weder ihre Pflicht verabsäumt, noch auch wegen ihrer garantirten Unabhängigkeit die Grenzen der übrigen Staatsgewalten verletzt, der gesetzgebenden, oberaufsehenden, polizeilichen Gewalt. Die Staatsbehörde hat daher als Organ der Staatsaufsicht den innern Dienst und die Disciplin des Gerichts zu überwachen, und bei Unregelmäßigkeiten die Einschreitung des höhern Gerichts zu veranlassen**). Als Organ der Gesetzgebung hat sie für Einheit der Gesetzesauslegung zu sorgen (und dies bewirkt sie durch ihre Anträge beim Cassationshof) und die Willenserklärungen der obersten Staatsgewalt zur Kenntniß der Gerichte zu bringen. Sie kommt daher im Interesse des Gesetzes bei Civil- wie bei Criminalverfahren vor. In Civilsachen hat sie immer nur als Organ und im Interesse des Gesetzes aufzutreten, daher nie als Haupt-, sondern immer nur als Nebenpartei, wo sie in allen Sachen ihre rechtlichen Ansichten dem Gerichte vorlegen kann, und da, wo die öffentliche Ordnung berührt ist, mit ihren Anträgen sogar auftreten muß. Im französ. Prozeß ist sie auch Vertreterin der Finanzhoheit des Staats, also Hauptpartei, ein Uebelstand, der bei uns wegen der Einrichtung des Fiskalats cessirt. — In Strafsachen hängt das Institut der Staatsanwaltschaft mit dem Anklageprozeß zusammen. Im Anklageprozeß wird der Richter nur auf Antrag einer Partei thätig, im Untersuchungsprozeß hat er von Amtswegen alle gerichtlichen Handlungen vorzunehmen. Wer nun jene anklagende Partei ist, ist in verschiedenen Rechten verschieden. Im ältesten Recht, und so auch größtentheils noch im englischen, muß es ein Private seyn (früher sogar nur der Verletzte oder seine Angehörigen). Diese Einrichtung muß große Mißstände hervorbringen; da es ganz von der Willkühr eines Privaten abhängt, eine Untersuchung zu veranlassen, giebt sie zu wenig Bürgschaft für die von der öffentlichen Sicherheit gebeischte Bestrafung, die Strafe hat den gehässigen Charakter einer Privatgenugthuung. Daher haben sich in England bereits zur Anwendung dieser Mißstände Gegenmittel ausgebildet: theils darf Jeder klagend auftreten, theils hat der gesetzliche Sinn der englischen Nation die Bildung von Gesellschaften veranlaßt, die die Verfolgung der Verbrechen übernehmen, theils bestehen für Staatsverbrecher und für Morde öffentliche Ankläger. Der französische Prozeß nun hat durchaus uns bei allen Anklagen auf Strafe das System der öffentlichen Anklage adoptirt, und dieses im Interesse der Aufrechthaltung und des Gesetzes und der staatlichen Ordnung gegründete Amt der Staatsanwaltschaft übertragen. Die Staatsbehörde hat in Strafsachen die Untersuchung zu veranlassen und alle Beweismittel herbei zu schaffen, die Anträge zu machen, daß der Verdächtige vor Gericht gestellt werde und gegen den vor Gericht Gestellten die Anklage zu begründen und durchzuführen, und im Falle der Verurtheilung die Strafanträge zu machen und das ausgesprochene Strafurtheil vollziehen zu lassen.

Das Anklage-Princip hat vor dem Untersuchungs-Prozeß entschieden Vorzüge. Dem Untersuchungsrichter wird die Bewahrung seiner Unparteilichkeit erleichtert, es wird ihm der Zwiespalt der Natur, Ankläger und Vertheidiger zu seyn, abgenommen, und doch dabei das Gelingen der Untersuchung durch die vereinte Thätigkeit zweier Behörden gefördert. Durch die bestimmten Anträge des Staatsanwalts endlich erhält die Untersuchung eine einheitliche Richtung.

Mit dem Anklageprincip hängt aber die Einführung der Staatsanwaltschaft enge zusammen. Die Nachtheile, die man gegen dieselbe geltend gemacht hat, lassen sich theils durch die Gesetzgebung beseitigen*), theils liegen sie weniger in der Einrichtung selbst als in der Persönlichkeit der Beamten. Besonders wird man ihnen allzugroße Parteilichkeit und Heftigkeit vor; allein da unsere Staatsanwalte, wenigstens vorerst, aus dem Richterpersonal genommen werden sollen, so bürgt der Charakter der deutschen Richter für eine strengere Leidenschaftslosigkeit, und die Ungewohntheit der öffentlichen Rede wird die Jungengeläufigkeit verhindern, die mehr auf das Gemüth als auf die Rechtseinsicht der Richter berechnet ist**).

Bis zur vollständigen Durchführung der neuen Gerichtsorganisation wird das Institut der Staatsbehörde bei uns nur theilweise eingeführt werden, ihre Thätigkeit wird sich nämlich nur auf Strafsachen beziehen. Einmal durch das ganz Rechtsverfahren durchgeführt, wird in der dadurch erzielten Trennung der Gewalten für das Richteramt eine unabhängigere, freiere, so zu sagen mehr richterliche Stellung als bisher erzweckt, die Freiheit der Einzelnen aber, eben so wenig als die Ordnung des Ganzen gefährdet, sondern im Gegentheil gehoben. Viel wird dabei von dem Charakter der Männer abhängen, die als Staatsanwälte fungiren, von ihrer Selbstständigkeit und Rechtlichkeit.

Nach der französischen Gerichtsverfassung besteht das öffentliche Ministerium bei jedem Collegialgericht als integrirender Theil desselben. Ihren Einigungspunkt findet die Staatsanwaltschaft im Justizminister (an den auch die General-Prokuratoren berichten). Nur die Vorstände der Staatsanwaltschaft am Cassations- und an den Appellationshöfen vertreten den Justizminister unmittelbar. Diese führen den Namen General-Prokuratoren. Alle andern Beamten an den nämlichen Gerichtshöfen und die an den Bezirksgerichten handeln nur im Namen des General-Prokurators. — Die Staatsanwaltschaft bildet eine selbstständige Corporation neben der richterlichen. — Die Stellung der Beamten des öffentlichen Ministeriums ist jedoch in Frankreich eine sehr prekäre, da sie sämmtlich amovibel sind.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Juli. Nachdem in der heutigen 44. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung der Art. 1. der Grundrechte erledigt worden (wobei zu bemerken, daß bei §. 1 der Vorschlag des Verfassungsausschusses, bei den §§. 2 bis 5 aber größtentheils jene des volkswirthschaftlichen Ausschusses angenommen wurden), so hatten wir es bei leichtem Ueberblick wegen für gut, den Art. hier vollständig wiederzugeben: Art. 1, §. 1: „Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz." §. 2. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen, wie den Angehörigen dieses Staates zu. Kein deutscher Staat darf zwischen seinenen Angehörigen und den Angehörigen eines andern Staates einen Unterschied be-

*) Daher seine Administratiu-Justiz, seine Abtrethellung durch die Polizei.

**) Sie versteht auch die gerichtliche Correspondenz.

*) So das ausgebrannte Recht der Verhaftungsnahme.

**) Daß auch dabei die Rechtlichkeit der Advokaten viel mitwirken kann, steht man leicht ein, wenn man bedenkt, daß diese in allen Fällen der Gegenpartei der Staatsanwälte dienen, also ihnen am besten zum Muster dienen.

Digitized by Google

täglich den bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechtes machen, wo durch die letztern als Ausländer zurückgesetzt werden. Den volkswirthschaftlichen Ausschuß ist aufzugeben, bis zur 3. Berathung über die Grundrechte den Entwurf eines Heimathsgesetzes und einer Gewerbeordnung vorzulegen. §. 3. „Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staats darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen." — 4. „Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in den Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch nicht verletzt werden." §. 5. „Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutz und der Fürsorge des Reichs." Nach beendigter Abstimmung über Art. 1 (welche sich mehrere Zählungen und einen Namensaufruf bis gegen 1 Uhr erstreckte) beantragte Martiny in seinem und mehrerer andern Mitglieder Namen, daß die §§. 7 bis 10 des 2. Artikels (persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses und Freiheit der Rede und Schrift s. 23 und 24 des 6. Art.: Versammlungs- und Vereinigungsrecht, und des 5. Art. Gerichtliche Verantwortlichkeit der Beamten und ihre Amtshandlungen), vor allen andern berathen und als provis. Gesetz verkündigt werden möchten. Der Ausschußreferent Beseler trat diesem Vorschlag entgegen, weil dadurch der ganze Zusammenhang zerrissen und der Entwurf des Ausschusses erschüttert werde. Martiny begründet seinen Antrag. Es sey zum Erstaunen, daß man wenige Monate nach der Revolution schon dem deutschen Volke seine heiligsten und unverletzlichsten Rechte und Freiheiten zu verkümmern sich unterfange, daß man schon wage, die Revolution in ihren Ursachen und Wirkungen zu verneinen, indem man die Ursachen als beseitigt ansehe und die Wirkungen zu beseitigen trachte. Minister, die auf den Schultern des Volks an den Throne gestellt worden, um die Revolution zu vertheidigen, verläugnten jetzt ihre Mutter; die Mutter müsse mit Schmerz eine Mißgeburt in ihnen erkennen. Die persönliche Freiheit, die Preß-, die Vereins- und Versammlungsfreiheit werde verkümmert; man lese täglich, daß man Personen ihrer Freiheit brauche, Rede und Schrift verfolge. In Preußen suche man das kaum verliehene Vereinsrecht durch polizeiliche Maßregeln zu vernichten; in Ettlingen solle man sogar bewaffnete Soldaten in den Säle einer Versammlung aufgestellt haben, gleich als gelte es eine Räuberbande zu vertreiben. „Wollen Sie — ruft der Redner aus, das so forgehen lassen (Stimme rechts: Ja! Ja! Die ganze Linke: Nein! Nein!) Werden Sie das auch lächerlich finden? Es scheint, als ob Ihnen die heiligsten und natürlichsten Rechte und Freiheiten des Volks lächerlich vorkämen." (Großer Tumult.) Der Präsident zum Redner: „Sie haben nicht das Recht, irgend Jemanden in dieser Versammlung zu beschuldigen, daß er die Rechte und Freiheiten des Volks lächerlich finde; ich rufe Sie zur Ordnung!" Martiny: Ich bin von diesen Herren durch lachen unterbrochen worden, und werde zur Ordnung gerufen, weil ich darauf aufmerksam gemacht, daß ein Theil der Versammlung nicht die Ruhe und Achtung bewahrt, die er der Versammlung schuldig ist. (Beifall links). Der Präsident: Ich habe drn Redner zur Ordnung gerufen, weil er einen großen Theil der Versammlung beschuldigte, er lache über die Rechte des Volks; das war aber nicht der Fall; man hat höchstens über Uebertreibungen gelacht (Links: Es sind keine Uebertreibungen.) Präsident: Ich halte es dafür. Martiny: Haben Sie es für Uebertreibung oder nicht, jedenfalls werden Sie gut daran thun, diese Rechte jetzt dem Volke zu gewähren; dann werden Sie Alles beruhigen und nicht mehr in den Fall kommen, Uebertreibungen anhören zu müssen. Sie haben eine große That gethan; der Beifall, den sie im Volke gefunden ist zweifelhaft. Das Volk weiß nicht, ob es in der von Ihnen geschaffenen Centralgewalt ein Bollwerk seiner Freiheit freudig begrüßen oder das Grab seiner Souverainität betrauern soll. Beschließen Sie jetzt diese Rechte und bewahren Sie dadurch, daß Sie stets die Absicht gehabt, die Rechte und Freiheiten des Volks zu bewahren. (Lebhafter Beifall links).“ Hentges beantragt die Trennung der Art. 27—31. Dieser Antrag verwirft, als der Martiny's wurden abgelehnt. Ruge verlangt über letzte namentlicher Abstimmung; der Präsident erklärt sie für unzulässig. Derselbe kündigt für morgen wegen Dringlichkeit der vorliegenden Gegenstände Sitzung an, v. Rönne verlangt dagegen, es solle bei dem Beschluß verbleiben, den Mittwoch und Sonnabend den Ausschüssen für ihre Arbeiten zu überlassen. v. Soiron bemerkt: es werde von einer Seite die Berathung des Wydenbrugschen Berichts, von der andern die der posen'schen Frage verlangt; um Beidem gerecht zu seyn, möge man morgen Sitzung halten. Die Mehrheit erklärt sich damit einverstanden. (F. J.)

Frankfurt, 21. Juli. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.) In der heutigen um 3 Uhr Nachmittags beginnenden Sitzung stattete der zweite Ausschuß Bericht ab über seine, auf Grund vieler ihm überwiesener Instruktionen und schriftlicher Vorlagen vorgenommenen Arbeiten. Der Referent verlas folgende zur Hebung des deutschen Handwerkerstandes vom Ausschuß zur Diskussion aufgestellte Grundzüge: I. Eine allgemeine Handwerker-Ordnung für ganz Deutschland, gestützt auf folgende Grundsätze: a) Der Betrieb eines Handwerks ist bedingt durch Gewinnung des Meisterrechts. b) Alle Meister müssen zu Innungen zusammentreten. c) Die Zulassung des Betritts hängt ab vom Nachweis der vollen Besähigung und einem bestimmten Alter. d) Mehrere Gewerbe darf Niemand gleichzeitig betreiben. — II. Schutz des Handwerksstands: A. Nach Innen: a) Beschränkung der Gewerbe auf die Städte*), in der Regel; b) Haupthandel mit Handwerksartikeln ist unbedingt zu verbieten**); c) Staatswerkstätten sind zu untersagen; d) die Fabriken müssen zu Gunsten des Handwerkbetriebs angewiesen und beleuert werden***); e) nur dem Handwerkerstande ist der Kleinhandel mit den Fabrikaten seines Gewerbes gestattet. B. Nach Außen: a) Schutzzölle; b) Beschränkung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht, oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials; d) Handelsverträge mit dem Auslande. — C. Verhältnisse zum Staat: a) Vertretung der Innungen durch Special- und eine allgemeine deutsche Handwerkskammer; b) ausschließliches Recht der innern Selbstverwaltung der Innungen. D. Hülfsmittel: a) durch Schulen und Fortbildungsanstalten; b) durch Hülfskassen und Vorschußbanken; c) durch zweckmäßige Kreditgesetze. — Nach einer mehrstündigen Debatte wurde statt a) I. das folgende Amendement angenommen: „Der Betrieb eines Handwerks oder technischen Gewerbes ist bedingt durch Gewinnung des Meister- und Ortsbürgerrechts.“ Der Antrag b) I. wurde in folgender abgeänderter Fassung angenommen: „Alle Handwerker treten zu Innungen zusammen.“ Analog der Berhandlung der Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volks soll auch über diese der künftigen Handwerkerordnung wahrscheinlich zu Grunde zu legenden Principien zweimal abgestimmt werden. Die Fortsetzung ist bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

München, 20. Juli. Das Reg.-Bl. Nr. 42 (vom 22. Juli) enthält folgende Bekanntmachung, die Verhältnisse der unmittelbaren Staatsdiener betreff.: Se. Maj. der König haben die nachfolgende allerhöchste Entschließung zu erlassen und dabei noch insbesondere auszusprechen geruht, daß es Allerhöchstdenselben „Freude gewähren, dem verdienten, von Ihnen sehr geschätzten Stande der Staatsdiener einen Beweis Ihres Wohlwollens und besonderen Fürsorge geben zu können, einem Stande, der in Ihrem der Gesetze und Verträgnuß oft mit Aufopferung seine Pflichten gegen König und Vaterland erfüllte.“ Die Unterzeichneten bringen auch dieß erhebende königliche Wort mit der allerhöchsten Entschließung selbst zur öffentlichen Kenntniß, überzeugt, daß hierin Alle, die berufen sind zum Dienste des Staates, nur eine neue dringende Aufforderung erkennen werden, auch fürderhin ihrem Berufe die stets bewährte Pflichttreue und Hingebung zu widmen. München, den 20. Juli 1848. (Unterschriften der Minister.)

Königliche Allerhöchste Entschließung. Maximilian II. von Gottes Gnaden, ꝛc. Wir haben bereits diesen Entschluß ausgesprochen, eine umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterbliebene eintreten zu lassen, und diese Fürsorge auch auf die übrigen Angestellten des Staats auszudehnen. Wir beabsichtigen, den Ständen des Reiches gesetzliche Vorlagen hierüber zu machen und insbesondere eine Revision der IX. Verfassungsbeilage überhaupt vorzubereiten zu lassen. Um jedoch einerseits schon jetzt Unserem Beamtenstand einen Beweis Unserer Fürsorge und Beachtnahme zu geben, andererseits aber die obenhin so sehr in Anspruch genommene Staatskasse nicht mit allzugroßen neuen Lasten zu beschweren, finden wir uns bewogen, vorläufig zu beschließen, was folgt: Art. 1. Die im §. 5 und 6 der erwähnten Verfassungs-

*) Die Landleute möchten hierauf antworten: Der Landbau ist den Städtern entzogen; kein Gewerbsmann darf Aecker besitzen, oder bebauen.

**) Dieser §. lautete deutlicher: Der Kaufmann darf nur nach mit Rohprodukten und mit solchen Fabrikaten, die von Handwerkern nicht gemacht werden können, handeln!

***) Höhere Besteuerung der Fabriken wird den Vortheil erwaiger Schutzzölle paralysiren und den Export fabricirter Waaren erschweren oder unmöglich machen. So agiren, hieße: den Nationalwohlstand zu Gunsten (!) eines Standes im Keime erstickem.

Digitized by Google

beilage ausgesprochene Anschreibung des Standes- und Dienstesgehaltes soll in Beziehung auf die Verwaltungsbeamten nach folgenden Grundsätzen gehandhabt werden: 1) Bei Gehaltsbezügen bis zu 1200 fl. einschläßig soll eine solche Anschreibung in den Anstellungsdekreten in der Regel nicht ausgebracht, sondern lediglich nach den Bestimmungen des §. 6 bis 8 der besagten Beilage IX. verfahren werden. 2) Wo von 1200 fl. aufwärts in den Anstellungs- und Beförderungs-Dekreten eine Anschreibung nach Abs. I. des gedachten §. bestimmt wird, soll dieselbe a) zwischen 1201 und 1293 fl. nach dem noch für 1200 fl. sich berechnenden Staatsgehalte sich richten, und auch die im §. 7 und 8 der IX. Beilage ausgesprochene Steigerung im 3. und 3. Dienstesjahrzehent zur Folge haben, dagegen b) von 1300 fl. ab nicht unter folgenden Größen Platz greifen: 1300 bis 1400 fl. Besoldung, 900 fl. Standesgehalt; 1401 bis 1600 fl. B., 1000 St.; 1601 bis 1800 fl. B., 1100 fl. St.; 1801 bis 2000 fl. B., 1200 fl. St.; 2001 bis 2200 fl. B., 1300 fl. St.; 1201 bis 2500 fl. B., 1400 fl. St.; 2501 bis 3000 fl. B., 1500 fl. St.; 3001 bis 3500 fl. B., 1600 fl. St.; 3501 bis 4000 fl. B., 1800 fl. St.; 4001 bis 6000 fl. B., 2000 fl. St.; von 6001 fl. an fortlin 1250 fl. St. Art. 2. Wie bisher behalten Uns vor, bei besonders ausgezeichneten und verdienten Beamten den Standesgehalt im Dekret oder durch spätere Entschließung zu erhöhen. Art. 3. Nach Ablauf eines jeden der drei ersten Dienstjahrzehenten soll ein Zehntel des also (Art. 1. Nr. 2 b) bestimmten Standesgehaltes diesen zugeschlagen werden: Diese Mehrung soll in der Regel über $\frac{1}{3}$ des Gesammigehaltes sich nicht erstrecken, und ebensowenig höher als auf 3000 fl. sich berechnen. Art. 4. Diese Summe von 3000 fl. wird auch als Standesgehalt der Staatsminister festgesetzt. Art. 5. Bei Bemessung des Standesgehaltes auch den Haushaltgeldbezug sind auch diejenigen Naturalbezüge, welche einen förmlichen Gehaltsbestandtheil bilden, mit den ihrer Regulirung zu Grunde liegenden festen Geldanschlägen in Berechnung zu ziehen. Art. 3. Jede Beförderung eines unmittelbaren Staatsdieners im Verwaltungsdienste ist nach Ablauf der ersten drei Jahre sogleich definitiv, sofern derselbe nicht bei solcher Beförderung nach Maßgabe des §. der Beil. IX. ausdrücklich als Verweser ernannt wird. Art. 7. Vorstehende Bestimmungen finden auch auf die dermalen im aktiven Verwaltungsdienste bereits angestellten unmittelbaren Staatsdiener Anwendung, welche mit geringerem Standesgehaltsbezuge durch ältere Dekrete angestellt, beziehungsweise provisorisch befördert wurden und noch im Provisorio sind, ohne ausdrücklich als Verweser der höheren Stelle ernannt worden zu seyn. Art. 8. Bereits erworbene, oder durch die IX. Verfassungsbeilage besonders verliehene Rechte auf einen höheren als in den Art. 1 und 2 sich bemessenden Standesgehalt (§. 22. lit. c. §. 26. 27. der IX. Beil.) bleiben vorbehalten. Bei den Forstdienersteen verbleibt es bei der unterm 22. Dezbr. 1821 getroffenen Anordnung. Gegenwärtige Entschließung soll durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werden. Nymphenburg, den 20. Juli 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinz. Lerchenfeld. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath.

Neustadt a. d. Haardt. Die Heidelberger Studenten, die noch immer in Masse hier verweilen, haben eine Eingabe an die zweite Kammer beschlossen, worin sie um Aufhebung der Regierungsverfügung im Betreffe des demokratischen Studentenvereins nachsuchen, oder die Aufhebung auf alle demokratische Vereine ausgedehnt wissen wollen. — Da die meisten Studenten ohne Pässe sind, so hat ihnen die rheinbayerische Regierung den Aufenthalt nur noch für wenige Tage gestattet.

Berlin, 21. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung übergiebt das Staatsministerium zuerst einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen. Der Finanzm. Hansemann bemerkt dazu erläuternd: die Regierung gehe von dem Grundsatz einer gleichmäßigen Vertheilung der Steuern und von dem Bestreben aus, die bestandenen Unterschiede in der Besteuerung, durch welche eine große Entfremdung und oft noch ein viel bitteres Gefühl in den verschiedenen Klassen der Staatsbürger genährt worden, baldmöglichst aufhören zu lassen. Völlig gleichmäßige Grundsteuerumlagen zu erzielen würde jedoch nicht möglich sein, und es wäre deßhalb nur Zweck des vorgelegten provisorischen Gesetzes, diejenigen, welche die zusammenwohnenden Bewohner eines und desselben Kreises betreffe, aufzuheben.

Berlin, 20. Juli. Die Verfassungskommission hat die Berathung über die Kammern vollendet; wir heben daraus folgende Bestimmungen hervor: Die Initiative hat der König und beide Kammern; Gesetzesvorschläge, die verworfen sind, dürfen in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Gesetze über Einnahme und Ausgabe sowie über Heeresveränderungen müssen zuerst von der II. Kammer genehmigt werden. Jede Kammer hat das Recht, Untersuchungskommissionen zu ernennen, welche unter Mitwirkung der Gerichte eidliche Zeugen vernehmen und die Behörden requiriren können. Beamte bedürfen keines Urlaubs. Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet und geschlossen. Wird eine Kammer aufgelöst, so muß die andere ihre Sitzungen ebenfalls aussetzen. Außer diesen Punkten sind noch alle die gewöhnlichen Bestimmungen über das Recht, Adressen an den König zu richten, die Unverletzlichkeit der Volksvertreter ꝛc. beschlossen.

Berlin, 21. Juli. In zutunterrichteten Kreisen erzählt man sich, daß Prof. Rosenkranz, bereits durch königl. Patent zum Staatsminister ernannt, gestern nach der ersten Sitzung im Staatsministerium wieder von seinem hohen Amte zurückgetreten sey.

Die Neue Preußische Zeitung theilt mit: Man unterhält sich von einem Briefe des Königs von Hannover an unsern Hof, nach welchem derselbe durchaus nicht gewillt seyn soll, die Frankfurter Beschlüsse anzuerkennen, und für den Fall, daß man versuchen sollte, ihn dazu zu zwingen, mit Englands Intervention zu seinen Gunsten droht. (D. A. Z.)

Stettin, 19. Juli. An ein hiesiges Handlungshaus ist heute ein Schreiben des Generals v. Wrangel eingegangen, datirt Hadersleben, 16. Juli. General v. Wrangel gestattet darin bereitwillig, daß ein hier bald vom Stapel laufendes Schiff mit seinem Namen belegt werde, und erwähnt schließlich in Bezug auf die Kriegs- und Friedensaussichten: „Meine lieben Stettiner werden über die Verzögerung des Waffenstillstandes mit Recht entrüstet sein, wodurch ihre Schiffe zurückgehalten werden und der ganze Handel zum Unglück von vielen Tausend Familien darniederliegt; Alles dieses sehe ich wohl ein und bedaure das trostlose Geschäft der elenden Kaufmannschaft von Herzen; doch einen schmachvollen Waffenstillstand zu unterzeichnen, werden die braven ihrem theuren König treuen Pommern nicht von mir fordern. Ich habe aber die Hoffnung, daß der Waffenstillstand unter annehmbaren Bedingungen in Kurzem zu Stande kommen wird. Freilich geht durch die Rückfrage nach Kopenhagen einige Zeit hin."

Am 20. d. M. wurde durch eine Kundmachung des Fürsten Windischgrätz der Belagerungszustand in Prag aufgehoben. Die betreffende Proklamation enthält die Drohung, daß der erste Kanonenschuß, der in Folge aufrührischer Versuche ertönen würde, zugleich als neue Verkündigung des Belagerungszustandes zu betrachten sey.

Darmstadt. Der neue Minister Jaup hat die Auflösung beider Kammern verfügt, sein erster Regierungsakt, für den man ihm im Lande dankbar ist.

Von Thüringen aus wird in der Deutschen Zeitung der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung möge beschließen: Alle Staaten, die weniger als 1½ Millionen Einwohner besitzen, haben aufzugehen, eine selbstständige Existenz zu führen: sie bilden den Kern und Stamm eines Reichslandes. Das Reichsland wird vom Reichsministerium unmittelbar verwaltet; die Fürsten werden für ihre Opfer durch eine gute finanzielle Stellung entschädigt.

Köthen. In der Sitzung des Landtags am 14. Juli theilte der Minister eine Resolution des dermaligen Gouvernements mit, welche die Vereinigung der Herzogthümer Köthen und Dessau zu gemeinschaftlichen Landtagen für gemeinsame Angelegenheiten bewilligt und nur ausdrücklich vorbehält, daß dem Herzog von Bernburg die Theilnahme an den Regierungsrechten ausdrücklich gewahrt bleiben solle. (D. A. Z.)

Lübeck, 19. Juli. Nach einem heute hier eingetroffenen Briefe vom General Wrangel vom 16. Juli wäre doch der Waffenstillstand in naher Aussicht, da derselbe, auf den bevorstehenden Abschluß hinweisend, Vorbereitungen getroffen zu sehen wünscht, daß das lübeckbremer Bataillon hier einquartirt werden könne. (D. A. Z.)

Schleswig, 18. Juli. Gestern Mittag zog der Rest des ehemaligen Krogschen Freikorps unter Führung des Hauptmanns Jensen-Tusch und des Lieutenants Advokat Dreier aus Preetz hier ein, da es, wie die übrigen Freikorps, mit Ausnahme des Brockdorfschen, entlassen worden ist. (D. A. Z.)

Triest, 17. Juli. Den Konstantinopel erhaltenen wohl die Nachricht, daß die Pforte eine Flotte auslaufen läßt, um der Piraterie, die jetzt in den türkischen Gewässern ihr Wesen treibt, ein Ziel zu setzen. Sie hat die k. k. österreichische Internuntiatur zu Konstantinopel eingeladen, ihr bei diesem Unternehmen behülflich zu sein, und der Letztere hat dem Wunsche dadurch entsprochen, daß sie die Consultate zu Smyrna, Salonichi, Beirut u. s. w. aufgefordert hat die Flotte bei vorkommenden Fällen kräftig zu unterstützen.

Italien.

Das „Turiner Risorgimento" vom 17. Juli meldet: die Blokade der Festung Mantua durch die italienischen Truppen habe nachdrücklich begonnen, namentlich von der Seite von Curtatone her.

Digitized by Google

Die umliegenden Ortschaften seyen ganz von den Oesterreichern geräumt, die nicht mehr als 10,000 M. stark in der Festung eingeschlossen seyen. Die Besatzung soll durch Krankheit viele Leute verlieren. Andererseits meldet daselbe Blatt: „Die Deutschen haben die Absicht, die Linie der Brenta lebhaft anzugreifen. Wenn dieß geschieht, wird Chioggia besetzt werden, und Venedig wird sein Trinkwasser wer weiß wie weit holen müssen.“ Giobetti war in Genua angekommen und daselbst mit ungeheurem Jubel empfangen worden.

Ungarn.

Werschetz, 11. Juli. Das erste Treffen zwischen den Insurgenten und den ungarischen Truppen im offenem Felde ist so eben in der Nähe von Werschetz entschieden; es hat mit einem glänzenden Siege für die ungarischen Waffen, mit einer schmachvollen Niederlage der Insurgenten und mit gänzlicher Zerstreuung derselben geendet.

Frankreich.

* Paris, 20. Juli. Wie wir gestern bei Vesichius voraussagten, so hat sich das Scrutin der Präsidentenwahl entschieden. Im zweiten Scrutin erhielt Herr Armand Marrast 411 Stimmen, Herr Lacrosse 334 und Herr Th. Bac 20. Die 17 Stimmen, die von Th. Bac und die 7 Stimmen die von Lacrosse abfielen, gaben Marrast mehr als die nöthige Majorität. Die geschlagene Parthei zeigte ihren Unmuth in der nun folgenden Fortsetzung der Discussion über das Gesetz wegen unentgeldlicher Aufnahme in die politechnische und Militärschule. Sie brachte eine Menge hinderner Amendements ein, machte viel Lärm aber das Gesetz wurde dennoch angenommen. Ein Dekret welches dem Chef der Executiv-Gewalt monatlich 15000 Fr. für sein Secretariat und für Bureaus bewilligt, ward ohne Discussion angenommen. Das Gesetz wegen Bildung der mobilen Garde zu Pferde, die längst existirt, aber noch nicht die gesetzliche Sanction erhalten hat, ward, obgleich diese Garde sich in den Junitagen sehr auszeichnet und selbst mehrere Offiziers verloren hat, abermals vertagt.

Herr von Cormenin, mit der Gesundheits-Aufsicht aller Gefängnisse beauftragt, hat auch die Gefangenen von Vincennes besucht. Er hat Barbès, Albert und Sobrier sehr ruhig gefunden, sie hoffen mit Gewißheit auf eine Amnestie. Raspail, obwhin ein excentrischer Charakter ist in einer sonderbaren Aufregung, — er spricht und phantasirt die ganze Nacht und singt dann gegen Morgen in eine todtenähnliche Erschöpfung, wo man ihm Eisumschläge um den Kopf legen muß, um ihn wieder zur Besinnung zu bringen.

Zwischen dem neuen Ober-Commandanten der Nationalgarde General Changarnier und den Obersten der meisten Legionen ist es bereitz zu ernsten Spannungen gekommen, da Changarnier sie etwas zu afrikanisch behandelte. So ließ er einen verletzenden Tagsbefehl gegen den Oberst der 3. Legion Thirion publiciren, weil dieser, der am Sterbebette seines Bruders war, nicht bei der Revüe anwesend war, die der General im 3. Arrondissement hielt. Thirion schrieb dem General hierauf einen scharfen Brief und gab seine Entlassung. Als Changarnier nach den Junitagen die Obersten auffordrte ihm die Offiziere und Nationalgardisten zu nennen, die sich ausgezeichnet hätten, um sie für die Ehren-Legion vorzuschlagen, beschlossen sämmtliche Obersten hierauf nicht einzugehen, da das Andenken an diesen traurigen Bürgerkrieg nicht durch Ehrenzeichen oder Belohnungen verewigt werden solle. Sie schrieben in diesem Sinne an Changarnier, der nun einige Obersten von diesem ersten Entschlusse abwendig machte und dann die Andern in einem Tagesbefehle tadelte.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Juli. Der Abschluß des Waffenstillstandes hat sich verschärfen. Der Kammerherr Reedtz ist mit der Bestätigung dieser Nachricht aus dem Hauptquartier gestern hierher zurückgekehrt. Vergebens hat der preußische Abgeordnete, Graf Pourtalès, Alles aufgeboten den General v. Wrangel zur unbedingten Annahme der in Malmoe vorläufig festgestellten Waffenstillstandsbedingungen zu bewegen; vergebens hat er denselben an seine Pflichten als „preußischer“ General erinnert; v. Wrangel, ermuntert durch Beseler, blieb dabei, daß vor allen Dingen der „deutschen Centralgewalt“ untergeordnet und deßhalb vom Erzherzog-Reichsverweser Instruction einzuholen verpflichtet sei. Er hat überdies erklärt, daß nur dann die Einwilligung der Centralgewalt in den Waffenstillstand mit Dänemark zu hoffen stehe, wenn die jetzige Stellung der beiderseitigen Armeen während desselben beibehalten und der Fortbestand der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein bis zum Frieden dänischerseits genehmigt werde. Gestern sind denn auch sofort wieder 3000 Mann von hier zur Armee abgegangen, die sich bei Kolding verschanzt und bei Snoghöi einen Brückenkopf zur Deckung des Uebergangs nach Fühnen errichtet hat. Unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Knuth, hatte bereits gestern in Malmoe eine Unterredung mit dem König von Schweden in Betreff der weiteren Maßnahmen. Viel wird von den Erfolge dieser Besprechung abhängen denn Rußland hat seine in den Möen stationirte Flotte zur Verstärkung des Königs Oskar gestellt, und leicht möchte der Seekrieg nun eine den deutschen Küstenstädten viel gefährlichere Wendung nehmen, als es bisher der Fall war.(?)

Großbritannien.

London, 10. Juli. Der „Spectateur de Londres“, welcher seine Eingebungen von Guizot und von Metternich erhalten soll, ist höchst erbaulich. Es wird darin viel von Religion und göttlicher Ordnung geredet, gegen die Einheit Italiens und Deutschlands geeifert, und versichert, die Hand Gottes würde die eitlen Bemühungen, eine deutsche Einheit zu schaffen, alle vernichten. Für Deutschland wird vor Allem Kräftigung des monarchischen Princips gefordert, und zwar durch einen starken Adel und eine bestbende Geistlichkeit. Ob auch von Rußland besoldete Minister dazu erforderlich sind, ist nicht näher entwickelt. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

† Frankfurt, 22. Juli. Die National-Versammlung hat heute einstimmig beschlossen, daß sie für die auswärtige Politik Deutschlands das Nichtinterventions-Princip annimmt. Sie hat ferner die Vermehrung der deutschen Truppen an der östlichen Grenze auf eine der russischen Heeresmacht gleichkommende Stärke angeordnet und die Anerkennung der französischen Republik erklärt. Der Minister des Auswärtigen versprach im Namen der Centralgewalt, daß alsbald nach Paris und an alle befreundete Höfe eigene Gesandte abgehen sollen. Montag wird die Posen'sche Frage berathen.

Anzeigen.

Einladung.

Auswärtige Schützenfreunde laden wir zu unserm, vom 14. bis 19. August l. J. anberaumten Haupt-Scheiben- und Sternschießen mit der Zusicherung ergebenst ein, daß solches geeignet ausgestattet seyn wird.

Culmbach, den 23. Juli 1848.

Die Schützengilde daselbst.

Ein gewandter Metzgerbursche sucht eine Stelle als Marqueur oder Kellner. Das Nähere ist in der Expedition zu erfahren.

Neue Matjes-Häringe, vorzügliche Qualität und billig sind wieder angekommen bei Julius Münch sen.

Neben der Zuckerfabrik in St. Georgen ist ein freundliches Logis im 1. Stock, Hs.-Nr. 29, bestehend in 6 Zimmern, Bodenkammer, Garten, Keller, Hofraum und halbe Waschküche, ganz oder getheilt auf Martini, aber auch schon auf 1. September zu vermiethen. Näheres hierüber in der Zuckerfabrik.

In der Ziegelgasse Hs.-Nr. 189 ist ein Quartier in der 2. Etage zu vermiethen, daßelbe ist eigens verperrt und enthält: 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche, 1 großen verperrten Gang mit einer Holzlege und 1 Kammer, Keller und Gewölbe wie auch noch 1 Holzlege im Hofraume daselbst.

Am Brandenburger-Thor ist im Hause Nr. 674 eine Treppe hoch ein Quartier zu vermiethen, bestehend in zwei heizbaren Zimmern, einem Kabinet und noch andern Bequemlichkeiten; daßelbe kann sogleich oder auf Martini bezogen werden.

Ludwigs-Straße Nr. 307 ist die mittlere Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, 2 Kabinetten, 2 Küchen, 2 Kammern, Keller, Holzlege, Mitgebrauch des Waschhauses und des Waschbodens, auf Martini zu vermiethen.

In der Maximilians-Straße Hs.-Nr. 48 ist eine freundliche Stube nebst Kammer und ganz heller Küche über eine Stiege für eine stille Familie auf Martini zu vermiethen.

Hs.-Nr. 174 ist ein Quartier von vier heizbaren Zimmern, Bodenkammer und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen.

(Berichtigung.) In dem Aufsatze „Ein Wort zu seiner Zeit“ in Nr. 204 dieser Zeitung Zeile 22 von oben muß es heißen: die Personen statt drei Personen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Mittwoch Nro. 206. 26. Juli 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Juli. (Ausführlicher Bericht über die 45. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung). Das Protokoll der gestrigen Sitzung und eine Protestation von 26 Mitgliedern gegen die Weigerung des Präsidenten, über die Anträge von Martiny und Hentgens namentlich abstimmen zu lassen, werden verlesen. Sodann folgt Beschlussnahme neuer Beiträge für die deutsche Flotte. Sie belaufen sich auf 4000 Gulden, welche von Nürnberg eingesendet worden, darunter 3182 Gulden von dem dortigen Verein patriotischer Frauen. (Beifall.) Hierauf wird der Tagesordnung gemäß die Berathung des Wydenbrugk'schen Berichts eröffnet. Der Präsident spricht den Wunsch aus, daß bei dieser Berathung jene Mäßigung im Ausdruck beobachtet werde, die von der allgemein gewünschten Erhaltung des Friedens geboten sey. Ruge begründet einen Zusatz zu den Ausschussanträgen, dahin lautend: „da der bewaffnete Friede durch die stehenden Heere den Völkern Europas eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet, so erkennen wir das Bedürfniß an, einen Volkscongreß zu berufen, zum Zwecke einer europäischen Entwaffnung. Die wahren Congresse, sagt der Redner u. A., sind die Völkercongresse; die falschen sind die Diplomatiecongresse. Das denkende Volk der Deutschen muß die Initiative dieses großen Gedankens ergreifen. Er sieht durchaus keine Gefahr eines Krieges von Seite Frankreichs, wo Lamartine die brutale napoleonische Politik des Kanonirens (Gelächter) und Füsilirens verwerfen habe und das Festungbauen und dergleichen jetzt als Dummheit erkannt werde. „In England werde der Krieg ohnehin nur als ein Züchtigungsmittel gegen barbarische Völker, wie die Chinesen, betrachtet; Deutschland aber habe hoffentlich aufgehört, ein China zu seyn." Der Redner erklärt sich für die Vernunftgründe, anstatt der „schlagenden Gründe", und hofft, daß selbst die Mehrheit dieser hohen Versammlung diese Besinnung prävaliren werde (Heiterkeit). Die Oppositionen seiner Partei sey nicht gegen die Throne gerichtet, sondern gegen die Militärherrschaft. Das Militär solle entwaffnet, das Volk bewaffnet werden, dann brauche man die russischen Barbaren nicht zu fürchten. Die Schweiz habe gezeigt, daß ein Volk, welches sich erhebt, eine Großmacht sey. Was die Müssiggänger und Fresser des Staates bisher gekostet, solle man der Industrie zc. zuwenden, dagegen das Volk, die Jugend in den Waffen üben. Ein Völkercongreß werde den Frieden in Italien und Polen herstellen und den Militärdespotismus stürzen. Selbst Rußland werde sich der allgemeinen Bewegung nicht entziehen können. Dreißig Jahre lang habe Europa die Last der stehenden Heere ertragen, die zuletzt doch vom Volke überall gestürzt worden seyen, so in Berlin und anderen Orten. (Rechts: In Prag nicht!) Reichsminister v. Schmerling erklärt im Namen des Ministeriums, daß seine auswärtige Politik unabänderlich die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands im Auge behalten werde. Sobald dasselbe vervollständigt sey, werde es ein Programm seiner Politik entwerfen und mit jener Offenheit, die stets seine Richtschnur seyn werde, es Deutschland und der Nationalversammlung vorlegen. Der Antrag, daß den deutschen Streitkräften an der östlichen Grenze eine solche Stärke gegeben werde, daß sie den gegenüberstehenden Heeresmacht vollkommen gewachsen seyen, möge der Ausschuß zurücknehmen, nachdem nunmehr die Centralgewalt ins Leben getreten und eine Vermehrung der deutschen Heeresmacht bereits in der Nationalversammlung beschlossen worden sey. Man dürfe der Centralgewalt vertrauen, daß sie die Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands nach allen Richtungen hin vertreten werde. Weiter erklärt der Minister, das Ministerium gedenke alle mit Deutschland in Frieden lebenden Völker in einer der großen deutschen Nation würdigen Weise begrüßen zu lassen und freundschaftlichen Verkehr mit ihnen zu unterhalten. Einstweilen seyen die bei dem deutschen Bunde accreditirten Gesandten eingeladen worden, den diplomatischen Verkehr fortzusetzen. Das Ministerium erkläre unumwunden, daß es die französische Republik anzuerkennen und, sobald es vervollständigt sey, einen Gesandten nach Paris abzuschicken gedenke. Diese kurze Frist werde ihm um so mehr gegönnt werden, als es sich dabei von der Wahl der zu den diplomatischen Missionen geeigneten Personen handle. Das Ministerium, erklärt er schließlich, erkenne vollkommen, welch großen Einfluß das französische Volk im vorigen, wie in diesem Jahrhundert auf die Entwicklung der Freiheit in Deutschland geübt, und in der Art und Weise, wie Frankreich sich für seine jetzige Regierungsform erklärt, sey eine Gesinnung laut ausgesprochen, die jedenfalls Anerkennung verdiene. (Beifall). Vogt ergeht sich ausführlich in den Politikgängen aller Nachbarvölker und schlägt zugleich ein Bündniß mit Frankreich vor. Bassermann beleuchtet die, von Ruge hervorgehobene Lamartine'sche Propaganda als eine von dem Wege des Friedens und der Freiheit abführende Theorie. Er will eben so wenig Ruge's Idee eines Völkercongresses gelten lassen, wie die aufgeklärte Minderheit durch eine barbarische Mehrheit überstimmt werden könnte, Den Ausserungen Ruge's über das Militair stellt er die Verdienste der französischen Truppen entgegen, die noch in den letzten Tagen so tapfer mitgefochten, der Civilisation den Sieg über die wieder hereinbrechende Barbarei zu sichern. „Der bewaffnete Friede", fährt der Redner fort, „ist auf die Dauer nicht haltbar; aber die Entwaffnung ist jetzt noch nicht möglich. Die Bündnisse werden sich hoffentlich in Zukunft nicht mehr nach den dynastischen Interessen, sondern nach den politischen Sympathien der Völker richten." Blum erklärt das Ziel der Verbrüderung des freigewordenen Westens als das seinige; mit seiner Erreichung sey die Freiheit und der Friede Europas gesichert, und er könne mit Hohn darauf hindeuten, wenn ein Despot des Nordens in der Bewegtheit über das Ende seines Daseyns es versposte und bedrohe. Mit ihm sey die Möglichkeit gegeben, dem erinnerten bewaffneten Frieden ein Ende zu machen, sey die Sicherheit und Heiligkeit des Besitzes hergestellt; denn wenn wir mit den ersparten Summen in Stand gesetzt wären, unsere nothleidenden Brüder auf eine höhere Stufe zu stellen, dann werde nicht Verzweiflung sie zur Gewalt that treiben. Wurm erklärt, der Ausschuß habe sich dahin entschieden, seine Anträge nicht zu ändern, überzeugt, daß die Gestaltgewalt seine Ansichten theile. Er glaube überzeugt nicht an einen Angriff Rußlands gegen Deutschland. Rußland sey zu klug, um etwas zu thun, was die Einheit Deutschlands stärken könnte, die es mehr fürchte, als dessen Freiheit. Rußland habe früher den Zollverein zu trennen gesucht; seine Waffen seyen die der Diplomatie, seine Kunst zu trennen und zu herrschen. Es habe das englisch-französische Bündniß zwei Mal getrennt, und möchte auch Frankreich und Deutschland entzweien. Wenn es jemals gelänge, den Feuerbrand in die deutsche Einheit zu schleudern und der Anarchie die Oberhand über Gesetz und Ordnung zu verschaffen, so würde die große Tragödie nur zum Benefiz Rußlands aufgeführt werden. Jetzt, auf Oesterreichs Schwäche rechnend, werfe es seine Netze nach den Donaufürstenthümern; hoffentlich werde aber die Centralgewalt auch dort die Interessen Deutschlands wahren. Bei den französischen Rheingelüsten habe Rußland die Hand im Spiele gehabt, und 1828 einen förmlichen Plan zur Theilung Europa's mit Karl X. verabredet. Hoffentlich werde jetzt an die Stelle der Cabinetspolitik zwischen Frankreich und Deutschland die Politik zweier freien Nationen treten. Er erinnert schließlich daran, daß Lamartine's Wahlspruch sey: „Bund französischen mit Deutschland um jeden Preis." Biedermann: Deutschlands Alliirte seyen England und Nordamerika. Wenn England eine eigennützige Politik gegen Deutschland befolgt habe, so liege die Schuld daran, daß es früher keine deutsche Politik gegeben habe. England habe aber auch sein Blut für die deutsche Sache bei Waterloo vergossen. England habe schon vor 1¼ Jahrthunderten die Freiheit gehabt, und von dort habe auch Frankreich sie erhalten. Der Redner glaubt, daß die in Lamartine vertretene edlere Richtung in Frankreich nicht vereinzelt sey, und hält Franzosenhaß in Deutschland für einen Anachronismus. Gleichwohl will er kein Bündniß mit Frankreich. Deutschland solle nicht zum Osten oder Westen hinneigen, sondern selbstständig und vermittelnd zwischen beiden stehen. Eine Allianz mit Frankreich würde uns Krieg mit Rußland, ein Bündniß mit Rußland Krieg mit Frankreich zuziehen; gegen ein

Digitized by Google

Bündniß beider Mächte schütze uns unser natürlicher Verbündeter, England. Dagegen möge man einstimmig die französ. Republik anerkennen und dadurch dem Grundsatz der Nichtintervention huldigen. v. Wydenbrugk, als Ausschuß-Referent: Die Zeit werde kommen, wo die Völker gegenseitig nicht mehr in stehenden Heeren ihre Garantie suchen; allein sie werde erst kommen, wenn die Freiheit überall gesichert habe. Aber jetzt schon entzweiten, hieße uns vom Ziele entfernen, und würde bei andern Völkern, wo die praktische Politik zu Hause, keine günstige Meinung von uns erwecken. Die Versammlung möge bei dem Ausschußantrage (wegen Verstärkung der Streitkräfte an der Ostgrenze) stehen bleiben. Es verstehe sich, daß die Ausführung der Centralgewalt überlassen bleibe; aber die Nationalversammlung gebe durch diesen Beschluß eine bestimmte Richtung. Er will übrigens ein Bündniß mit Frankreich, aber ein solides. Lamartines Programm enthalte nicht bloß Bündniß mit Deutschland, sondern auch Wiederherstellung Polens und Befreiung Italiens. Man müsse hierüber klar werden. Dabei habe man zu selbst die Abtretung von deutschen Bundeslande (Wälsch-Tyrol) verlangt! Auch die Handelsinteressen, die Schuldverhältnisse Oesterreichs müßten geregelt werden; denn Deutschland sey jetzt ein Bundesstaat. Er wünsche ein Bündniß mit Frankreich um so mehr, als dieses Land an die Klippe der Militairherrschaft gelangt sey, und ein Zusammenstoß leicht Anarchie und Militairdespotismus herbeiführen könnte. Er wünscht das freundschaftliche Verhältniß mit Frankreich endlich, weil Deutschlands Politik im Osten und Westen der Freiheit hold seyn müsse. Durch die beschlossene Verstärkung des deutschen Heeres sey erst das Bündniß mit Ehren möglich geworden. Deutschland müsse alsein und mit eigener Kraft die eigene Sache gewinnen können, damit nicht Europa spottend sage: der deutsche Adler habe sich bei seinem ersten Ausflug unter die Flügel des gallischen Hahns flüchten müssen. Redner glaubt nicht, daß man in Frankreich noch nach der Rheingrenze verlange; darum könne man getrost nach Frankreich blicken, und dort ein Bündniß, wo nicht suchen, doch finden. (Beifall.) Das Resultat der Abstimmung haben wir gestern mitgetheilt.

München, 21. Juli. (Dienstesnachricht.) Der bisherige geh. Sekretär bei dem kgl. Staatsministerium des Innern, Günther wurde zum Ministerialassessor ausserdem Status, der Ministerialsekretär F. X. Roser zum statusmäßigen geheimen Sekretär, der Kreis- und Stadtgerichtsrath Dr. F. Wogt in Aschaffenburg zum geh. Sekretär außer dem Status und der expedirende Sekretär J. B. Neumeyer zum statusmäßigen geh. Sekretär bei dem k. Staatsministerium der Justiz befördert; ferner der Assessor des Kreis- u. Stadtgerichts Amberg M. v. Enhuber und der Rechtspraktikant Gottfried Widmann aus Würzburg zu Räthen bei dem k. Kreis- und Stadtgerichte Amberg, dann der Advokat Sußlap Hohenadel zu Wegscheid zum Assessor bei genanntem Stadtgerichte ernannt worden.

Berlin, 22. Juli. Heute Vormittag hat der constitutionelle Congreß seine Verhandlungen eröffnet.

Eine vom 17. Juli datirte königl. Beschaft bringt einen Entwurf an die Nationalversammlung, die Umgestaltung der Domainen- und Forstverwaltung in den Provinzen betreffend. Die Verwaltung der Domainen und Staatsforsten soll von der Regierung getrennt und unter Aufhebung der collegialischen Form einzeln stehenden Beamten (Domainendirektoren und Forstdirektoren), welche der König ernennt, übertragen werden.

Der General v. Pfuel ist gestern von seiner Mission nach Petersburg wieder hier eingetroffen. Dieselbe hatte bekanntlich den Zweck, bei der nordischen Großmacht dahin zu wirken, daß dieselbe ihre neutrale Stellung in Betreff der deutschen Verhältnisse beibehalte und in der dänischen Frage sich einer friedlichen Lösung so viel als möglich annehme. Dem Vernehmen nach soll der General die günstigsten Dispositionen in der Beziehung bei dem Kaiser getroffen haben, und dürfe daher eine Störung des europäischen Friedens von dieser Seite her nicht zu befürchten seyn.

Der französische bevollmächtigte Minister in Berlin, Herr Arago, hat schon im voraus gegen die vom Handelsminister beabsichtigte Erhöhung des Eingangszoll auf französische Waaren protestirt.

Wien, 20. Juli. Heute fand an der Aula eine Versöhnung zwischen den Obercommandanten Pannasch und der akademischen Legion statt, indem der Erstere auf wiederholtes Andringen sein Vorhaben, das Commando niederzulegen, aufgab. — Ein überaus freundlicher Empfang wurde vorgestern der Baronin Brandhof, der Gemahlin des Erzherzogs Johann, zu Theil und ist auch auf das herzlichste von dem hohen Paare gewürdigt worden. — Ich bin noch im Stande, Ihnen als Ergebniß der heutigen Reichstagssitzung zu melden, daß Dr. Schmidt als Präsident mit 250 Stimmen und Strobach aus Prag mit 238, Hagenauer aus Brieg mit 234 Stimmen als Vicepräsidenten erwählt worden sind.

In Folge der Ernennung des bisherigen Redacteurs der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung, Ernst v. Schwarzer, zum Minister der öffentlichen Arbeiten hat derselbe für die Dauer seiner neuen Stellung die Leitung dieses Blattes dem bisherigen Besorgsmanne des Oesterreichischen Lloyd in London, Hrn. F. O. Hübner, übergeben mit Genehmigung, wie es in der Ankündigung heißt, der von diesem gestellten Bedingung der gänzlichen Unabhängigkeit seines politischen Urtheils.

Wien, 20. Juli. Die feierliche Eröffnung des Reichstages durch den Erzherzog Johann wird übermorgen statt haben. (K. v. u. f. D.)

Karlsruhe, 21. Juli. Die 2. Ständekammer hat heute mit allen Stimmen gegen 4 den Gesetzvorschlag der Regierung wegen Aufnahme eines Anlehens von 2½ Mill. fl. (gegen Verpfändung der Domänen) zur Fortsetzung der Eisenbahnbauten genehmigt. (F. J.)

Hamburg, 20. Juli. Nach Briefen vom 16. d. aus Riga ist auch dort die Cholera ausgebrochen, und es waren bereits 200 Individuen erkrankt. (Börsenh.)

Apenrade, 20. Juli. Heute ist eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf drei Tage, also bis zum 23. Juli, vereinbart worden. Auch heißt es, daß eine abermalige Verlängerung des Waffenstillstandes auf drei Tage stattfinden soll, wenn bis zum 23. Juli nichts entschieden ist.

Aus dem Lager der schleswig-holsteinischen Truppen wird der Schleswig-Holsteinischen Zeitung geschrieben: Friedliche Patrouillen, übrigens nur schwache, kommen allnächtlich südlich der Königsau, wahrscheinlich um von patriotisch gesinnten Bewohnern Erkundigungen einzuziehen. Eine solche drei Mann starke Dragonerpatrouille stieß vor einigen Nächten in Skodbarg auf eine Patrouille des Brocklower Scharfschützenkorps, welche im Zimmer des Wirthshauses sich erfrischte, aber zu rechten Zeit den Feind bemerkte und einen derselben, der gerade sein Pistol auf sie abschießen wollte, durch Fenster erschoß, worauf die beiden andern flohen. Aus den Berichten unserer Vorpostillen scheint hervorzugehen, daß der Feind die Uebergänge bei Fellingtree und Storburg nicht mehr, und nur von Bauerup und Bapstrup bis Kolding die Grenze besetzt hält. Begreifen kann man diesenige Politik nicht, welche unsern Truppen verbietet, die Grenze zu überschreiten, dem Feind aber erlaubt, täglich über dieselbe zu kommen. Das gehört mit zu den ungelösten Räthseln dieses Feldzuges.

Italien.

Florenz, 15. Juli. Soeben langt die Nachricht an, daß das römische Ministerium sich zur provisorischen Regierung des römischen Staates bei Forli. Diese Nachricht scheint officiell(?) und findet allgemeinen Glauben.

Die nordpiatinischen Blätter bestätigen, daß der Aufstand in Kalabrien vollständig gescheitert, und die Truppen der Regierung auf allen Punkten Meister geblieben sind. Der König von Neapel hat die Absicht, die Insel Sizilien mit 20,000 Mann anzugreifen. Denselben Journalen zufolge wäre der schnelle Rückgang der Oesterreicher von Ferrara durch die Nachricht veranlaßt worden, daß ein Korps Piemontesen von Modena anrückte. Ja, General Bava soll mit diesen Piemontesen die zurückgehenden Oesterreicher am Po eingeholt und mit Zurückgebung ihrer Kanonen und ihres Gepäcks geschlagen haben. Ein weiterer Bericht will sogar wissen, daß auch die Zitadelle von Ferrara in die Hände der Sieger gefallen sey. Doch begleiten die Turiner Blätter selbst diese Notiz mit einem Fragzeichen. Mantua ist, diesen Journalen zufolge, von 27,000 Mann blokirt, worunter 9000 Lombarden, 3000 Freiwillige, die übrigen Piemontesen. Eine Abtheilung von 500 Mann Kroaten soll gefangen seyn. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 21. Juli. Die Berlesung des geregelten Budgets von 1845 hat gestern die ganze Zeit der Sitzung der Nationalversammlung in Anspruch genommen. Nachdem dasselbe angenommen worden war, foderte Herr Lagrange seine Collegen auf, statt durch eine Deputation in corpore dem Leichenbegängniß des wackern Dornès beizuwohnen, was angenommen ward. Die öffentliche Sitzung beginnt heute somit erst nach 4 Uhr, also zur Zeit des Postschlusses.

Die neuesten Nachrichten aus England, die in Irland theils ausgebrochen, theils sich überall verbreitende Insurrection, die Verlegung in Belagerungszustand von Dublin und sieben Distrikten, das hierauf erfolgte Fallen der Course an der Londner Börse, machen hier eine tiefe Sensation. Man begreift die Wichtigkeit einer revolutionären Bewegung in England, die, sowie sie ein-

Digitized by Google

mal Fuß gewonnen hätte, ungeheure Veränderungen nach sich ziehen und für ganz Europa unberechenbare Folgen haben würde.

Gestern circulirte im Conferenzsaale der Nationalversammlung das Gerücht, die parlamentarische Untersuchungscommission werde den Antrag auf Verhaftung und gerichtliche Verfolgung eines Volksvertreters (man nannte Chauffidière) stellen. Diese Nachricht hat sich in der gestrigen Sitzung nicht bestätigt, — man hindigt nun die Verwirklichung für heute an.

Alle Forts, in denen sich Insurgenten befinden, sind vollständig armirt worden und können jetzt eine Belagerung aushalten. So hat die Republik abermals in 24 Stunden und ohne alle Opposition durchgesetzt, woran Louis Philippe so viele Jahre vergeblich arbeitete. Die Forts sind jetzt einmal armirt und bleiben es und eine selbst in den Straßen von Paris stegreiche Insurrection würde erst mit der in den achtzehn Festungen von Paris wohlgedeckten Armee fertig zu werden haben. Eine junge Marktenderin der mobilen Garde, die sich an die Spitze einer Compagnie stellte, und mit dem Säbel in der Hand die erste auf den Barricaden war, hat auf Befehl Cavaignacs den Orden der Ehrenlegion erhalten.

Der Baarfonds der Bank von Frankreich ist in den letzten acht Tagen von 156 auf 163 Millionen gestiegen.

Die Union zeigt an, daß eine am 16. von Paris abgegangene telegraphische Depesche die Concentration mehrerer im Süden garnisonirender Regimenter an der Pyrenäengrenze befohlen habe. — Gestern hat auf Anordnung des Liquidators der Civilliste der Verkauf der Pferde und Wagen der Herzogin von Orleans stattgefunden. Die Pferde wurden, obgleich alle von edler Race, weit unter ihren Werth, durchschnittlich um 1000 Frs. verkauft, die Equipagen wurden kaum mit dem Preise des Gestells und und der Räder bezahlt. Der Wagen, aus dem der Herzog von Orleans sprang und so den Tod fand, wurde auf den Wunsch der Herzogin vom Verkaufe ausgezogen und ihrer Anordnung gemäß verbrannt. Die zwei Ponneys, die ihre Söhne ritten, hat die Prinzessin um 6 und 800 Frs. für sich zurückkaufen lassen. Der schönste Wagen und die zwei schönsten Pferde wurden auf Befehl der Herzogin der Person übergeben, die ihr am 24. Febr. ihren Wagen geliehen hatte, um Paris zu verlassen.

Der deutsche Maler Monteuffel aus Esthland hat sich in einer Meggaerie von Luneville nach Nancy fahrend, erstochen. Man fand seinen Paß, Pretiosen und 58 Louisd'or.

Es ist nun bestimmt, daß die Zulassung nicht gefeiert werden, aber es circulirt in diesem Augenblicke eine Petition, mit der Ueberschrift: „Vergeben und Vergessen!“ in den Bataillons der Nationalgarde und der Mobilen, die bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt ist. Die Petition spricht die Bitte aus, die Regierung und die Nationalversammlung möchten den 29. Juli durch eine Amnestie wenigstens für alle Verbürten und bloßen Werkzeuge feiern. — Außer Hrn. Thiers und seiner Partei würde eine solche Amnestie von Niemanden gestadelt werden. Sie wäre vielleicht sogar sehr politisch.

General Cavaignac vermählt sich diesen Tag mit Dlle. Dubochet, Nichte des Buchhändlers Dubochet und Tochter des Directors einer Gasbeleuchtungsgesellschaft. Bis jetzt hat des Generals alte Mutter die Honneurs seiner Salons gemacht.

Die bekannt waren mehrere Theater in den Junitagen in Ambulancen umgewandelt und die Schauspielerinnen thaten mit dem größten Eifer Dienste als Krankenwärterinnen. Eine junge liebenswürdige Schauspielerin Dlle. Paquita ward das Opfer ihres menschenfreundlichen Eifers. Tag und Nacht um die Kranken, mitten unter den Aufregungen, die dieser Schauspiel des Todes und des Leidens stündlich hervorrief, endlich sterbwährend in der verdorbenen Atmosphäre unzähliger in einer glühenden Sonnenhitze eiternden Wunden ward sie vom Nervenfieber ergriffen und starb, erst 18 Jahre alt. Die Schauspieler aller Theater von Paris, die Legion der Nationalgarde ihres Arrondissements, viele politische und literarische Notabilitäten folgten dem Leichenbegängnisse dieser Bürgerin, die auf einem minder glänzenden, aber nicht minder rühmlichen Schlachtfelde gefallen war.

Man sagt heute, daß Changarnier, der bekanntlich schon mit Bugeaud in Algier in offenem Streit gerathen war, soll sich jetzt schon zu einer Opposition gegen Cavaignac hinneigen. Man versichert, daß Changarnier sich an Thiers und den Club der tue Poitiers angeschlossen hat und daß mit bald alle Phasen wiederstehen werden, die einst der Kampf zwischen Bonaparte und Moreau ins Leben rief. Auch Bedeau's Weigerung ein Portefeuille anzunehmen, will man auf diese Weise erklären. Wenn man bedenkt, daß Cavaignac noch Brigadegeneral war, als Changarnier, Lamoricière und Bedeau schon Divisionsgenerale waren, so kann man sich allerdings erklärrn, daß Einer oder der Andere von ihnen nicht ohne Verdruß seinen früheren Untergebenen als Herrn von ganz Frankreich über sich sieht.

Das Comité der ausmärtigen Angelegenheiten hat sich heute wieder versammelt um die italienischen Angelegenheiten zu besprechen. Die heute über Turin gekommene Nachricht, daß die Oesterreicher nicht nur die Etsch überschritten haben, sondern auch 12,000 Mann stark bei Lagoscuro über den Po gegangen sind und in Karl Alberts Rücken agirend, Modena und das Römische bedrohen, machte große Sensation und veranlaßte die Herren Drouin de Lhuys, Maugnin und Napoleon abermals auf die schreunliche Intervention einer französischen Armee zu dringen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. Juli. Am 11. Juli erkrankten an der Cholera 692 und starben 396, am 12. Juli erkrankten 606, starben 386 und blieben 4006 Personen in Behandlung.

In einen Schreiben aus Petersburg vom 13. Juli wird folgende dort gemachte Beobachtung mitgetheilt: Als die Cholera hier ausbrach, war die Luft so verändert, daß keine Elektrisirmaschine Funken gab und ein Magnet, der sonst 12 Pfund Eisen emporhob, kaum 4 Pfund anzog. Jetzt hat die Luft sich schon wieder um so viel verbessert, daß der erwähnte Magnet nun wieder 8 Pfund anzieht.

Schlußerklärung des Abgeordneten Dr. Blumröder.

Die vom Abgeordneten Keim gegen mich angerregte Frage fordert endlichen Abschluß, der mit nachstehender Erklärung gegeben seyn mag.

Ich rügte nicht, daß K. die Thatsache meiner Abstimmungen seinen Wählern mittheilte, wohl aber, daß er, gesinnungsschnüffelnd, mit willkührlich Beweggründe und Ansichten unterschob und diese denunzirte. Dieß zur Entwirrung der verübten Begriffsverwirrung. Durch einige schlagende Beispiele suchte ich kurz darzuthun, daß denselben Abstimmungen nicht nothwendig auch dieselben Motive zu Grunde liegen. Von einer Entschuldigung konnte dabei nicht die Rede seyn. Es konnte und kann mir nicht einfallen, mich deßhalb zu entschuldigen, daß ich mit schweren Opfern nach bestem Wissen und Gewissen meine Pflicht erfülle.

Es war zur Zeit der Wahlen unter andern viel die Rede von den dreisesten volksthümlichen Grundlagen u. dgl. Dieß, und wer uns nach Frankfurt schickte, — diese Vorgänge es möglich machten, daß wir, und als was wir hier sind, das haben nun freilich, obgleich es noch gar nicht lange her ist, doch schon Viele vergessen, und mögen es unbequem finden, daran erinnert zu werden. Ich habe ein treueres Gedächtniß, ich habe es nicht vergessen. Aber ich kann mich nicht erinnern, daß damals von einer provisorischen Centralgewalt, von einem Reichsverweser und dessen nöthigen fürstlichen Quotitäten u. dgl. die Rede gewesen wäre. Eben so wenig weiß ich etwas von einem Mandat, daß die bayerische Constitution zu der von Deutschland abgeändert werden sollte. Eben das weiß ich, daß wenn die Einheit Deutschlands — von der Freiheit gar nicht zu reden — mehr als ein leeres Wort werden soll, von allen Seiten Opfer gebracht werden müssen, daß ein Neues, in unserer Geschichte so noch gar nicht Dagewesenes begründet werden soll, für welches der kleine verfassungsmäßige Juristenmaßstab und Zopf nicht ausreicht, daß die Keim'schen Consequenzen auch zu der Forderung des konstitutionellen Attributs der Ertheilung der provisorischen Reichsgewalt, also zur Abgeschmacktheit, führten u. s. w.

Man will nicht einen bloßen Vollziehungsausschuß, wenn man den Zwischen einer provisorischen Executivgewalt unter dem Gesetze verlangt und dessen unbedingte Verantwortlichkeit da um so mehr ablehnt, wo die Verantwortlichkeit der Minister noch durch kein Gesetz gestützt und über die Vollziehung der Beschlüsse der Nationalversammlung auch gar keine Bestimmung getroffen ist. Man tritt den Constitutionen der Einzelstaaten nicht zu nahe, wenn man eine volksthümliche Centralgewalt für ganz Deutschland will.

Mag, wer da will, sein Mandat anders interpretiren und bei dem Begriffe der constitutionellen Monarchie deren einen gegenläufigen Bestandtheil, die unverantwortliche Fürstengewalt, immerhin besonders hervorheben und vertreten; ich erachte es für verfehlter, auf den andern, die Freiheiten und Rechte des Volks, dessen Vollmacht mich hierher gesandt, entschieden den stärkeren Ton zu legen. Ich habe dessen kein Hehl und halte Farbe, wenn ich auch die längst herkömmlich und planmäßig an die volksfreundliche Opposition, die linke Seite, geknüpften Vorwürfe und resp. Verdächtigungen von Republikanismus oder Utrarepublikanismus, oder wie man's sonst nennen mag, zurückweisen muß. Wie der Herr Gutsbesitzer Hupfauf im Vorwort bei Seib verwahrt sich Herr

Digitized by Google

Keim fortwährend die Begriffe der linken Seite und des Republikanismus. Ich frage bei beiden Herren nicht nach den Motiven und schiebe noch weniger welche unter. Ich frage auch nicht darnach, worauf K. die sonderbare Prätention seiner unglaublichen Cloriovyance gründet, vermöge deren er immer in Andere hineinsieht und wissen will, bald was ich, bald was meine Wähler, bald was die ganze Nationalversammlung denkt, und daß dieß auf der Welt gar nichts anderes seyn könne, als die eigenen Gedanken des Abgeordneten des Wahlbezirks Bayreuth. Wenn es aber seine Heiterkeit erregte, daß ich, frei mein Recht und meine Vollmacht wahrend, einem Mitglieder der Nationalversammlung selbst, einem von allen Seiten her und nach allen Richtungen hin freien Volksmanne meine Stimme gab, trotz dem, daß ich über den nächsten Erfolg, welchen Herr K. allein zu begreifen scheint, eben so wenig in Zweifel war und seyn konnte, als Herr K. selbst, so beweist das wieder nichts weiter, als daß die Höhenpunkte der sittlichen wie staatlichen Anschauungen verschiedener Abgeordneten so verschieden seyn können, als der schwere Ernst der Ideen und die leichte Heiterkeit ihres Mangels.

Die Deutsche Zeitung hat neulich in Preußischer Eifersucht auf den Oesterreichischen Reichsverweser selbst dem Präsidenten v. Gagern den Vorwurf gemacht, er habe bei den Wahlverhandlungen den konstitutionellen Standpunkt verrückt und die republikanischen Grenzlinien überschritten. Dieß (auch politisch sehr lehrreiche) Beispiel soll hier nur andeuten, zweichet Spielraum auf diesem Gebiete willkührlicher Beschuldigung und bösem Willen gegeben ist. Der nun in Berathung stehende Entwurf der Grundrechte des Deutschen Volks stößt auf allen Seiten hart gegen die Bestimmungen der Konstitutionen der Einzelstaaten, und es wird ein Kinderspiel seyn, zu sagen, wer für solche Bestimmungen dieser Grund-Rechte des deutschen Volkes stimme, habe gegen diese oder jene Konstitution gestimmt. Wie in aller Welt sollen unter solchen Voraussetzungen, diese auf die einzelnen Abgeordneten der einzelnen Staaten angewendet, die Grundrechte des deutschen Volkes zu Stande kommen? Wie sollen so drei Dutzend Sonderinteressen mit den Rechten von fünf und vierzig Millionen Deutschen in Einklang zu bringen seyn? Möchten käme man wieder zurück, wenn man zwischen solchen Alternativen anderes, als im Sinne des Fortschrittes, der Einheit und Freiheit entschiede? — Das Alles war eben so voraussusehen, als die möglichen verschiedenen Interpretationen der Mandate. Wer der gegen meine Wähler eingegangenen besonderen Verbindlichkeit mußte ich mich, im Bewußtseyn des Gegensatzes der allgemeinen Verpflichtung für die Einheit und Freiheit des gesammten großen Vaterlandes vor der Wahlhandlung selbst von vornherein gegen eine zu eng beschränkte und willkührliche Deutung dieser Zusage verwahren, die mir in solchem Sinne vernünftigerweise gepoebert und gegeben seyn konnte. Ich habe sie gehalten.

Mein Gegner behauptet, ausführlich und klar die prinzipiellen Fragen, um die es sich handle, exprtzirt zu haben. Ich finde weder dieses noch jenes, sondern spottleicht aus solche flunkernd wiederholte allgemeine Gemeinplätze nochmals zu wiederholen sind, ohne daß für die Collisionen in der Ausführung damit irgend etwas gethan wäre. Ich habe hierüber meinen Wählern längst ausführlichere und bestimmtere Mittheilungen gemacht. Der Abgeordnete des Wahlbezirkes Bayreuth mag davon nichts wissen. Aber warum wendet er sich immer wieder an meine Wähler? Warum fähet er fort, meine Wähler zu haranguiren und zu apostrophiren? Warum wieder seine Behauptung, die Ueberzeugung meiner Wähler müsse mit der meinigen im direkten Widerspruch stehen u. dergl. Wozu das?

Ich will dem Hrn. K. den Gefallen thun (so unpolitisch und unklug es ihm vielleicht scheinen mag) und, wie hiermit geschieht, erklären, daß ich, aus innigster Ueberzeugung meiner Pflicht: mich überall geseplich der Mehrheit nicht nur fügen zu sollen, sondern auch wahrhaft gerne fügen zu wollen, aus der Nationalversammlung scheiden und zurücktreten will, sobald mir dargethan seyn wird, daß die Mehrzahl meiner Wähler dieß wünscht.

Ich glaube, meine Wähler werden keine Entschuldigung darüber verlangen, sondern vielmehr meine Gründe richtig würdigen, warum ich nach den Keimschen Beschuldigungen nur gegen diese mich wandte und auf wahren Hochdämung für sie, ohne ihr freies Endurtheil irgend alterniren zu wollen, rein ihnen selbst eine Entscheidung anheimstellte, die ihnen allein zusteht. Dieser sehe ich entgegen. Gegen den Abgeordneten Keim aber betrachte ich die Sache hiermit für abgethan.

Bekanntmachung.

Das Haus der Margaretha Neubauer von Windheim wird hiermit abermals zum Verkaufe ausgeboten und hiezu Termin auf

den 7. August Nachmittags 2—4 Uhr

im Weiß'schen Wirthshause zu Windheim angesetzt, in dem der Hinschlag ohne Rücksicht auf die Taxe erfolgen wird.

Ludwigsstadt, den 15. Juli 1848.

Königlich Bayerisches Landgericht.

D. l. a.

Hörmann.

Edictal-Citation.

In der Concursſache des verlebten Lebkuchners Johann Ulrich Ruppert von Hof sind noch

324 fl.

bei der Königlichen Staats-Schuldentilgungs-Special-Kasse in Nürnberg aufbewahrt.

Es werden daher alle Diejenigen, welche Ansprüche auf die Aushändigung dieser Masse haben, andurch edictaliter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten und längstens bis

1. October dieses Jahres

bei unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen, widrigenfalls die vorhandene Masse den nächsten Anverwandten ohne Caution hinausgegeben werden wird.

Hof, den 15. Juni 1848.

Königliches Landgericht.

Bisani.

Bekanntmachung.

In Sachen der Heinrich Schmitt'schen Kinder zu Bamberg gegen Georg Kreller von Unterweilersbach wegen Forderung werden die in der Bekanntmachung vom 15. Februar (Korrespondent von und für Deutschland Nr. 62, Kreis-Intelligenzblatt Nr. 24, Bayreuther Zeitung Nr. 53) zur Sache Wasserm ann gegen Kreller wegen Forderung beschriebenen Grundbesitzungen am

Freitag den 18. f. Mts. Vormittags 10—12 Uhr

öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber eingeladen.

Ebermannstadt, am 20. Juli 1848.

Königliches Landgericht.

Dr. Zilker.

Anzeigen.

Bitte um ein Scherflein.

Eine ganz arme und seit vielen Jahren kranke und gebrechliche Bürgerstrau dahier, welche durch einen zweimaligen, durch Wohlthaten ihr möglich gemachten, Gebrauch des Stebener Mineralwassers so weit hergestellt worden ist, daß sie außerhalb des Bettes seyn und an einer Krücke langsam sich bewegen kann, möchte gern zur weitern Herstellung ihrer Gesundheit nochmals das Stebener Bad besuchen; allein die Gaben, die ihr von edlen Menschen zu diesem Zwecke gereicht worden sind, reichen dazu noch nicht hin. Sollten andere edle Wohlthäter, an denen es in unserer Stadt bei keiner Gelegenheit fehlt, noch einige kleine Gaben dazu beisteuern wollen: Prodekan Vetter würde dieselben gern sammeln, und er würde den Empfang derselben öffentlich bescheinigen. Auch der Ehemann dieser Leidenden ist ein Vierteljahr lang krank gelegen und ohne Verdienst gewesen, und er ist noch leidend.

Unterzeichneter verkauft den 6. August sein bisher besessenes Wohnhaus mit 2 Schorgärtlein, Grasgarten, Hofrecht, Backofen rc. Kaufsliebhaber mögen sich bei ihm in Donndorf, Haus-Nr. 7, einfinden und die billigen Bedingungen vernehmen.

Donndorf, den 20. Juli 1848.

Conrad Adam Raab, Schuhmachermeister.

Einladung.

Das übliche Vogel-, Scheiben- und Schwanen-Schießen zu Wunsiedel findet am Freitag den 4. August und die folgenden 2 Tage statt. Schützen und Schützenfreunde sind hiezu freundlich eingeladen und uns herzlich willkommen.

Wunsiedel, 24. Juli 1848.

Die Vorsteher der Schützengesellschaft.

Friedrichsstraße Nr. 388, erste Etage, sind wegen Abreise ein sehr gut erhaltener Schrank von Kirschbaumholz, in 2 Abtheilungen, wovon der obere Aufsatz zu Büchern eingerichtet — dann eine Commode, Theetisch, 2 Antritte und einige Bettstätten billig zu verkaufen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Beilage zur Bayreuther Zeitung.

Mittwoch Nro. 206. 26. Juli 1848.

Selbstbesteuerung.

F Freiheit und Gleichheit ist die Tagsparole und Losung, durch deren Ruf und Abzeichen gegenwärtig die Bewohner aller civilisirten Länder sich als gegenseitige Freunde erkennen und erspechten. Aber so wie der Genuß der bürgerlichen Freiheit nur Ordnung und Gesetz verbürgen kann, so ist auch die Gleichheit nur möglich unter der Bedingung, daß mit den gleichen Berechtigungen nach Verhältniß der innewohnenden Kräfte auch gleiche Pflichten und Leistungen nach Verhältniß der zu Gebote stehenden äußern Mittel verbunden sind. Wenn also auf der einen Seite Beseitigung aller Schranken der bürgerlichen Berechtigung gefordert wird, so muß auch auf der andern jede Ausdehnung und gleichmäßige Vertheilung der bürgerlichen Verbindlichkeiten und Lasten nicht nur willig aufgenommen, sondern freiwillig sich selber da auferlegt werden, wo es bisher das Gesetz nicht fordert. Diesen Vordersatz als wahr und richtig anerkennend, muß gewiß jeder wahre Patriot auch dem Nach- und Schlußsatz beipflichten, daß alle Einwohner einer Gemeinde, in soferne und in soweit sie die Vortheile und Früchte der gemeindlichen Einrichtungen und Zwecke genießen, auch verhältnißmäßig nach ihren pekuniären Kräften die Mittel und Kosten derselben mit herbeizuschaffen und mit zu tragen verbunden sind. Diese so natürliche Schlußfolgerung fand aber leider bisher keinesweges allgemein gültige Anwendung im practischen Leben. Denn bisher ist eine ganze Klasse von Einwohnern einer Gemeinde fast von allen Gemeindelasten frei, obschon sie fast alle Vortheile derselben mit allen übrigen Einwohnern theilen. Die so privilegirte Klasse ist aber keine andere, als die der Beamten, Geistlichen und sogenannten öffentlichen Diener als solche, wenn sie nämlich nicht außer ihrem Amte, noch auf irgend einen andern Titel ansäßig sind. Diese Categorie von Staatsangehörigen, die auf dem Lande wenigstens, und zum Theil noch mehr in den Städten, wenn auch nicht immer das größte, doch das am meisten geschierte Einkommen besitzen, und von den meisten gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen gleichen, ja von einigen den meisten Genuß haben, tragen doch gar nichts zu den Gemeindelasten bei. Benützt z. B. die Wienastraßen der mobilen Dienst versehende Beamte oder der viele ausländische Kraute behandelnde Arzt oder der eine bedeutende Oekonomie treibende Geistliche nicht täglich, und ist die Kirche für den Beamten und Geistlichen weniger Bedürfniß? Schickt der Beamte seine Kinder nicht in dieselbe Schule, schöpft er sein Wasser nicht aus demselben Brunnen, wie der Bürger?

Wäre es demnach nach dem Grundsatze der Gleichheit nicht unumgänglich geboten, daß die bisher in Beziehung auf die Gemeindelasten bestandene Exemtion der genannten Privilegirten gänzlich aufgehoben und gleiche Verbindlichkeit derselben gesetzlich angeordnet würde? Und wäre es nicht wünschenswerth, ja steht es nicht billiger Weise von selbst zu erwarten, daß die Eximirten sich einstweilen freiwillig nach bestimmten Normen der Theilnahme an den Gemeindelasten unterziehen?

Indem Einsender, der selber der bezeichneten privilegirten Klasse angehört, sich damit begnügt, diesen Gegenstand angeregt zu haben, hofft er jedoch, daß es wohl nicht an einer gewandtern und einflußreichern Feder fehlen möchte, die diese Anregung weiter zu verfolgen suchen wird, was vor der Hand am besten in der Art bewerkstelliget werden dürfte, daß ein Comite von etwa 2 Beamten, 2 Geistlichen und 1 sogenannter öffentlicher Diener eine Subscriptionsliste eröffnete und circuliren ließe, in die sich alle diejenigen einzeichnen, die sich zu freiwilliger Theilnahme an den Gemeindelasten verbindlich machen wollen. Würde mit dieser Subscription in der Kreishauptstadt begonnen, so würden gewiß die andern Städte und nicht minder das flache Land bald das gegebene Beispiel bereitwillig nachahmen!

Deutschland.

Frankfurt, 22. Juli. (Verhandlungen des deutschen Gewerbecongresses; achte Sitzung.) Vor Eröffnung der Discussion über die Fortsetzung der Grundzüge zur deutschen Gewerbeordnung kam in der heutigen Sitzung die Frage über Zulassung der Gesellen noch einmal zur Verhandlung, und führte zu Beschlüssen, die geeignet sind, die Betheiligten zufrieden zu stellen.(!) Die Ansichten hatten sich in Bezug auf diesen Punkt wesentlich geändert und vereinigten sich nach einer längeren Depatte dahin: daß zur Entwerfung und Entgegennahme von Anträgen Seitens der Gesellen eine eigene Commission ernannt werden sollte, in welcher zehn Vertreter des Handwerksgesellenstandes Sitz und Stimme haben sollten. In den Plenarsitzungen des Congresses ist den Gesellen-Deputirten eine berathende Mitwirkung zugestanden*). Nach Erledigung dieser Angelegenheit ging die Versammlung zur Tagesordnung über und änderte den Antrag des Ausschusses, die Zulassung des Beitritts zu den Innungen, Lit. c. I. des mitgetheilten Entwurfs betreffend, dahin um: das Meisterrecht ist derjenige 1) durch innungsmäßiges Erlernen des Gewerbes; 2) durch den Nachweis der Befähigung und 3) durch das zurückgelegte 25. Lebensjahr. Ein Amendement, das auf den Nachweis des nothwendigen Betriebskapitals antrug, wurde verworfen. Schließlich kam Lit. d. I., den Gewerbebetrieb betreffend, zur Verhandlung. Es wurde festgestellt: Es kann jedem Meister das Recht zur Ausübung nur Eines Handwerks oder technischen Gewerbes ertheilt werden**). (F. J.)

□ München, 24. Juli. Aus dem Nachlaß J. k. H. der Churfurstin von Bayern sind nun unserem Armenpflegschaftsrath 3000 fl. zur Vertheilung an die Armen übergeben worden. — J. M. die Königin ist wieder in der Sommerresidenz Nymphenburg von Tegernsee zurückgekehrend, eingetroffen. — Das geistige Sit. Magdalenenfest lockte wieder Massen von Wallfahrern nach Nymphenburg, deren Zahl Nachmittags wohl die Zahl von vierzig Tausend erreicht haben mochte. Die Andacht aber erstreckt sich bei den sonst sehr bigotten Männern bei solchen Zeiten doch nur ausschließlich auf das Bier, von welchem wohl 100,000 Maaß konsumirt worden seyn mochten. — Ohne Krawall lief aber diese Wallfahrt nicht ab; ein Bursch, welcher die Maaß Bier zu sechs Kreuzer verkaufte, während der Satz nur 5½ kr. ist, obgleich an Betheiligungsplätzen diese 2 Pfennig mehr üblich und erlaubt sind, wurde von Soldaten und anderen Individuen zur Einhaltung des Bierpreises genöthigt, nachdem ihm zuvor viele Gerätschaften zertrümmert und mit derben Drohungen begegnet worden war. — Die hiesigen Künstler haben eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, in welcher sie bitten: „Das Parlament möge der teutschen Kunst fortan den Namen und die Rechte einer Nationalangelegenheit förmlich zuerkennen und somit die Sorge für dieselbe in den Bereich der seiner Berathung unterworfenen allgemeinen Angelegenheiten aufnehmen."

Der Münchener Flottenverein, der seine schon sehr bedeutende Sammlung erst dann nach Frankfurt einsendet, wenn dieselbe geschlossen ist, hat sich auch zur Aufgabe gestellt, einen Gebrauch zu reformiren, was auch anderwärts Nachahmung finden sollte. Er hat nämlich unter seinen Mitgliedern das eben so lästige als abgeschmackte Grüßen durch Abnehmen des Kopfbedeckung für seinen Mitgliedern durch militärisches Anlassen derselben, die vorn eine messingne Marke trägt, ersetzt. Die Marke wird um mindestens 18 kr. gelöst und der Ertrag ist zur Hälfte der deutschen Flotte, zur Hälfte den Armen bestimmt.

Die hannöver'schen Volksvereine haben eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, worin sie sich gegen ihr Gesammtministerium für die unbedingte Souveränetät der constituirenden Reichsversammlung aussprechen.

Die Bremer Buchdruckergehülfen erklären in der Weserzeitung, daß sie vom 1. August an alle ihre Arbeiten einstellen wer-

*) Weil man sie fürchtet und ihr unumstößliches Recht nicht völlig verkennen kann, schiebt man sie nicht gänzlich aus, erlässt sie aber für nur halb mündig gleich den verschollenen preußischen Landtag. Man gesteht damit den Gesellen etwas Einsicht zu, indem man sie mitrathen läßt, vergißt aber dabei, daß jede Einsicht, wie Dahlmann sagt, eine Macht ist, und eine große Macht, wenn sie aus Gesetzen spricht. Darum nur ohne Sorge, ihr Gesellen, aus einer berathenden Stimme wird bald eine entscheidende werden.

**) Und die unzunftgerechten Gewerke? Wird daraus nicht die alte Misere hervorgehen, der ewige Streit unter verwandten Gewerben? So unterbrückt man den gesellosen verwirrten Strebenden zu Gunsten des schwachen und nothdürftigen Innungsgenossen des verwandten Gewerbes. Mit einem solchen Gesetze ist an Aufschwung der Industrie nicht zu denken.

Digitized by Google

den, weil ihre dortigen Principale sich den Beschlüssen der Mainzer Buchdrucker-Versammlung nicht fügen wollen.

Rendsburg, 20. Juli. Aus einem Schreiben des Oberstlieutenants v. d. Tann an den General Wrangel in Bezug auf die Auflösung des v. d. Tann'schen Freicorps geht hervor, daß dieser Schritt nur im Einverständnisse mit dem Commandeur des Corps geschehen ist: „Hadersleben, 9. Juli 1848. St. Excell. den General der Cavallerie v. Wrangel, Großkreuz, Befehlshaber der Armee in Schleswig-Holstein. In Erwiderung einer hohen Anfrage vom heutigen Tage beehre ich mich, gehorsamst zu berichten, daß es jedenfalls wünschenswerth scheint, das Freicorps bei der jetzt eingetretenen Waffenruhe und dem nahen Waffenstillstande zu entlassen. Nur muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß sich das Freicorps bis zum Eintritt eines Waffenstillstandes bei der provisorischen Regierung zum Dienste verpflichtet hat, welches Engagement vorher gelöst werden sollte. Die in den Freicorps dienenden bayrischen Officiere sind in keine bestimmte Zeit gebunden und wünschen sämmtlich ihre Entlassung. Beiwetten der größte Theil des Freicorps, namentlich die 5 Compagnien des frühern v. d. Tann'schen Corps und das Adolfserische Corps, haben durch mehrmalige Erklärungen ihren Rücktritt von dem ihrer Führer abhängig gemacht. In einem andern Verhältniß steht die jetzige 6. Compagnie, aus den Resten des ehemaligen Wasmer'schen Corps zusammengesetzt, welche sich schon früher der Regierung zur beliebigen Disposition gestellt hat. Von Seiten des Corps dürfte demnach einer sofortigen Auflösung kein Hinderniß im Wege stehen. (Gez.) Oberstlieutenant v. d. Tann, Commandeur."

Moldau und Walachei.

Kronstadt, 4. Juli. In und um Czernowitz, an der galizisch-moldauischen Grenze, sammeln sich viele geflüchtete junge Bojarensöhne der Moldau und ziehen eine bewaffnete Horde an sich, mit denen sie einen Einfall in die Moldau beabsichtigen, um an dem Fürsten und seinem abscheulichen Sohn Rache zu nehmen für ihre treulose Handlungsweise. Die Fürsten Kantakuzeno, die große Güter in der Moldau, und zwar längs der Grenze von Siebenbürgen bis tief in die Karpathen herein besitzen, haben die Bewohner des Gebirgs bewaffnet und zum offenen Widerstande gegen den von Rußland unterstützten Fürsten vorbereitet und haben sogar schon einen Angriff desselben zurückgeschlagen. Ein Kantakuzeno ist hier durch nach Bukarest gereist, um dort mit den Wallachen gemeinschaftliche Rüstungen zu verabreden, und wenn die Befreiung dieser Länder von türkischer Oberherrschaft und von russischem Schutz glückt, so könnte leicht ein Glied dieser alten und berühmten Familie zum ersten Fürsten des neuen Daziens werden.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 14. Juli. Vielfach überrieben scheinen die Ansichten, die man von der schwedischen Kriegsmacht hat; wir können, wenn es hoch kommt, 30,000 Mann außer Landes schicken, alles Uebrige ist nur im Zimmern zu verwenden. Noch herrscht in Schweden eben so wenig wie in Norwegen irgend eine Begeisterung für diesen Kreuzzug. Die Presse ist allseitig der Meinung, daß Schweden und Norwegen mit diesem Kriege gar nichts zu schaffen haben, und die Regierung wird auf den nächsten Reichstag einen harten Stand bekommen. Lange hält es auch bei uns nicht mehr zusammen, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch unsere altmodische Verfassungs-Maschine nächstens auseinander brechen wird. Es herrscht allgemein eine düstere Stimmung, die auch bei uns unzweifelhaft nächstens in irgend eine That umschlagen muß. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 20. Juli. Die Minister hielten gestern Nachmittags einen dreistündigen Cabinetsrath, worin angeblich die Zustände Irlands und die weiter dort zu ergreifenden Maßregeln zur Erörterung kamen. Bei Eröffnung der Börse neigten heute die Fonds abermals zum Weichen, was man hauptsächlich den irischen Wirren zuschreibt. Die „Times" pflichtet den vom Lordstatthalter ergriffenen Maßregeln, als durch die Sachlage dringend geboten, vollkommen bei. Bisher habe er, wiewohl mehrmals aufgefordert, den offen ausgesprochenen Umsturzplänen eines S. O'Brien, Monagher und Consorten durch eine außerordentliche Maßregel entgegenzutreten, dies abgelehnt, weil er in dem Bewußtseyn, von allem, was vorgeht, genau unterrichtet und dadurch vor einer Ueberraschung gesichert zu seyn, einen solchen Schritt einstweilen für unnöthig hielt. Auch sey wirklich, so lange sich die Einwürfe der Anarchisten bloß auf Clubs und Zeitungen beschränkten, eine außerordentliche Maßregel nicht gerade dringlich gewesen. Anders aber stehe die Sache jetzt, wo thätige Anstalten zur baldigsten Ausführung jener Umsturzpläne getroffen würden und die Rädelsführer angeblich nur noch zweifelhaft seyen, ob sie die bevorstehende Aburtheilung Duffy's rc. durch sofortigen Losbruch verhindern oder ihre Beurtheilung abwarten und dann ihre Befreiung zum Vorwande des Loschlagens nehmen sollten. Zwar habe der Lordstatthalter nicht länger zögern dürfen und er beabsichtige nun, so weit das Gesetz es verstatte, die Anstiftungen und den Verkauf von Waffen zu gesetzwidrigen Zwecken zu verhindern, die Einfuhr von Waffen und Munition zu verbieten, und denen die Waffen wegzunehmen, welche sie zu schimmen Zwecken mißbrauchen könnten. Vielleicht könne durch diese Mittel die nach dem Muster des pariser Juniaufstandes und zu ähnlichen Zwecken beabsichtigte Schilderhebung verhütet werden. Sollten übrigens die Vollmachten des Lordstatthalters dazu nicht ausreichen, so werde das Parlament gewiß bereit seyn, die weiter nöthigen Vollmachten zu bewilligen, da es die Rücksicht auf den Nothstand in den britischen Fabrikdistricten es hochwichtig erscheinen lasse, auch die mindeste Friedensstörung zu verhindern.

Die heute aus den Fabrikdistricten des Nordens eingegangenen Nachrichten lauten im Vergleiche zu denen, die noch vor wenigen Tagen von dorther eintrafen, durchweg befriedigend. In Yorkshire und Lancashire gehen sich seit dem Anfange der Woche auf den Märkten wesentliche Anzeichen des Besserwerdens kund, was großentheils den herrlichen Ernte-Aussichten und dem Wiedereintreffen einiger Bestellungen vom Festlande zuzuschreiben ist. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 5. Juli. Der Congreß hat die neue postalische Bill genehmigt, und dieselbe ist, mit der Unterschrift des Präsidenten versehen, jetzt in Wirksamkeit getreten. Die Maßregel wurde dadurch kund, daß die hohen Portosätze verlautäßt, mit welchen England durch die amerikanische Dampfpost dorthin gebrachten Briefe belastete. Die Bill bestimmt, daß von allen auf britischen Dampfbooten in den Häfen der vereinigten Staaten anlangenden Briefen jetzt ein Porto von 25 Cents, statt der bisherigen 5 Cents, erhoben werden soll. Man hofft, daß dieses Gesetz eine freundschaftliche Uebereinkunft zwischen den beiderseitigen Regierungen herbeiführen und daher nach lange in Kraft bleiben werde. — Das Geld ist hier jetzt etwas knapper, im Allgemeinen aber ist die Handelslage zu unserem Lande befriedigend, obgleich die Nachrichten aus Europa einer Zunahme des Handels dorthin vorwährend entgegenwirken. Der Ertrag der Aernte wird äußerst reichlich ausfallen; in mehreren südlichen Staaten ist die Weizenärnte schon beendigt und neuer Weizen zu Markte gebracht worden. — In einem abermaligen Treffen mit den Weißen waren die Indianer mit großem Verluste geschlagen worden. In Venezuela hatten die Regierungstruppen unter General Marino die Stadt Maracaibo besetzt; ihre Zahl betrug 5210 Mann. General Paez war von Santa Martha; man hatte ihn in New-Granada aufs Freundlichste empfangen. (K. Z.)

Bayreuth, den 22. Juli 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgericht
Bayreuth

werden Donnerstag den 27. d. Mts. Vormittags 9 Uhr in der Conkursache des Bäckermeisters Carl Püttner dahier mehrere Hausgeräthschaften gegen baare Bezahlung verkauft, und hiezu Kaufsliebhaber eingeladen.

Der königl. Director
Freiherr von Waldenfels.
Scharf.

Bekanntmachung.

Nachdem sich in dem zum öffentlichen Verkaufe der Grundbesitzungen des Müllergesellen Peter Müller von Eschschlag (deren nähere Beschreibung vide in Nr. 51 und 54 des Kreisintelligenzblattes von Oberfranken) am 26. Mai dieses Jahres angestandenen Termin ein Kaufsliebhaber nicht eingefunden hat, so wird auf neuerlichen exekutivschaftlichen Antrag anderweite Versteigerungstagsatzung auf

Freitag den 18. August o. Nachmittags 2 Uhr

im Wirthshause zu Birk hiemit anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dieselbe bei Erscheinen der Realitäten ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Pegnitz, den 20. Juli 1848.

Königliches Landgericht.
v. u.
Siemeker.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag Nro. 207. 27. Juli 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 24. Juli. Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten kündigte heute der National-Versammlung an, daß der vielbesprochene und mit Recht getadelte Waffenstillstand mit Dänemark nicht abgeschlossen worden sey, und daß jedenfalls kein Waffenstillstand geschlossen werden würde, welcher mit der Ehre Deutschlands nicht verträglich wäre. Sollte dieser Zweck nicht erreicht werden können, so werde der Krieg mit allem Nachdruck fortgesetzt und zu diesem Zweck die Armee in Schleswig verstärkt werden. Auch zeigte er an, daß an die sardinische Regierung eine neue energische Note wegen gänzlicher Aufhebung der Blokade von Triest erlassen worden sey. Hierauf kam die posen'sche Frage zur Berathung. Zuerst wurde ein Protest der polnischen Abgeordneten in Berlin gegen die Einverleibung eines Theils von Posen in den deutschen Bund, dann eine Menge Amendements der linken Seite, theils auf Zurückweisung der Sache an die Kommission, theils auf Wiederherstellung Polens u. dgl. verlesen. Ein Mitglied der Linken, H. Ruge aus Sachsen, wollte die Posener Abgeordneten ganz von der Verhandlung ausschließen, da es sich um ihrer eigenen Zulassung handle, sie also hiebei Partei seyen. Es wurde beschlossen, daß sie an der Diskussion, nicht aber an der Abstimmung Theil nehmen könnten. Von 75 eingeschriebenen Rednern kamen heute erst 5 zu Wort; darunter 2 posen'sche Deputirte, welche für die Anträge der Kommission stimmten. Diese gehen dahin, daß die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund anerkannt und die posen'schen Abgeordneten als legitimirt erklärt werden sollen. Auch H. Jordan von Berlin, ein Mitglied der Linken erklärte sich für die Ausschlagantäge, wodurch er freilich mit seiner eigenen Partei in einen entschiedenen Konflikt geräth. Herr Jordan wies die übertriebenen Ansprüche der Polen und ihrer Freunde sehr entschieden zurück und zeigte durch Vorlage von Aktenstücken, daß der letzte polnische Aufstand lediglich das Werk des Adels und der katholischen Geistlichkeit gewesen sey. Die HH. R. Blum und Heckscher von der Linken redeten die Polen in Sitzg und sprachen für Untersuchung der Posen'schen Zustände durch ein unparteiische Kommission. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Frankfurt a. M., 23. Juli. Eine der nächsten Aufgaben des Reichsministeriums war die Regulirung des innern Dienstes. Ihre Lösung war nicht ohne Schwierigkeiten, da das gesammte Dienstpersonal zu wählen und der Geschäftsbetrieb zu ordnen war. Dieß ist bereits geschehen und der Dienst in geregelten Gange. Das Ministerium hat dabei die möglichste Vereinfachung der Geschäfte eingeführt und wird überflüssigen bureaukratischen Beigaben nie Raum gestatten. Es sind auch alle Vorbereitungen getroffen, daß, wenn das Ministerium, wie in kurzer Zeit zu erwarten ist, vervollständigt seyn wird, und die für dasselbe nöthigen Localitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind, es seine Thätigkeit in allen Richtungen beginnen kann.

Frankfurt, 24. Juli. (Gewerbe-Congreß.) Am gestrigen Sonntage fand seine Sitzung statt. Heute werden die Verhandlungen über die Grundzüge der Gewerbeordnung festgesetzt. Die noch nicht ganz vollständig vorliegende Liste der 63 Gewerbecongressfest weist 63 Namen von Abgeordneten der verschiedensten und entferntesten Gegenden Deutschlands nach, die folgende Städte, Provinzen und Distrikte repräsentiren: Die Städte, Rastatt, Fürth, das Herzogthum Nassau, die Stadt Erfurt, die Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen, die Städte Fulda, Schleiz, Schmalkalden, Schwaben-Neuburg, Offenbach, Detmold, Neuhaldensleben, Hertzth. Sachsen, die sächsischen Städte, Nürnberg, Limburg, Meimar und Eisenach, Bamberg, Lauenburg, Ansbach, Wien, Landshut, Innsbruck, Berlin, Fürstenth. Reuß (Gera), Mecklenburg, Breslau, Köln, Gießen, Coblenz, Baden, Stettin, Frankfurt a. M., Bremen, Danzig, Westphalen, Offenburg, Lübeck, Erlangen, Freiburg, Mecklenburg, Ehrenbreitstein, Provinz Schlesien, Laar, Herzogthum Braunschweig, Altenburg, Holstein, Dessau, Minden, Hamburg, Augsburg, Würzburg, Regierungsbezirk Oberpfalz (einige Städte und Provinzen sind auch durch mehrere Abgeordnete vertreten). (F. J.) (Die gewerbefreien Staaten sind verhältnißmäßig sehr wenig vertreten.)

Würzburg, 23. Juli. Am gestrigen Tage wurde unser Nachbarstädtchen Heidingsfeld von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht. Nachmittags 3 Uhr brach der Brand aus, stobere bis Mitternacht, und legte eine große Anzahl Häuser (15 Wohnungen und 6 Scheunen) in Asche.— Nachschrift. Heute Vormittag wurden unsere Spritzen abermals von Heidingsfeld in Anspruch genommen, da der Brand noch nicht ganz gelöscht ist.

Berlin, 23. Juli. Das Ministerium hat nunmehr die Ausarbeitung einer Communalordnung beendet. Nach derselben (sie ist für Land- und Stadtgemeinden gleich) wird der Gemeindevorsteher von denjenigen Einwohnern gewählt, welche 24 Jahre alt, im Besitz ihrer bürgerlichen Rechte, mindestens ein Jahr im Orte ansässig sind. Ferner ist Bedingung zur activen Wahlberechtigung der Gemeindevorsteher in Orten, welche bis 5000 Einwohner zählen, ein Einkommen von mindestens 150 Thlr., in Orten von 5 — 10,000 ein Einkommen von 175 Thlr., und in Städten von über 10,000 Einwohnern ein Einkommen von 200 Thlrn. Anfässigkeit mit einem Grundstück schließt den Census aus. (D. A. Z.)

Nach der Bremer Ztg. ist kürzlich ein Ministerrath in Potsdam gehalten worden, in welchem die wichtige Frage der Stellung Preußens zum Reichsverweser und dessen Befehlen erörtert worden ist. Es hat der König sich dabei sehr warm für eine volle Anerkennung an das provisorische Reichsoberhaupt ausgesprochen und geäußert, daß Gehorsam die Pflicht aller guten Bürger, die Fürsten Deutschlands nicht ausgenommen, sey. Er fürchtete es werde sich willig unterwerfen und mit Preußens ganzer Macht dahin trachten, daß die deutsche Einheit kein leeres Wort bleibe. Auch das Heer soll allen Befehlen aus Frankfurt nachkommen; das Preußen der mächtigste deutsche Staat sey, habe er um so mehr die Pflicht, den übrigen Staaten voranzugehen mit gutem Beispiele. Dieser aussprochene Wille des Königs wird von den besten Folgen seyn und die Sondergelüste der altpreußischen Partei unterdrücken helfen. Andererseits hat es hier sehr gut gewirkt, daß der Reichsverweser die Regierung ersucht hat, einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden, mit denen er bei allen wichtigen Fragen verhandeln könne. Man erkennt darin gegenseitige Billigkeit und Einsicht, die nur gute Früchte tragen kann.

Wien, 21. Juli. Nachdem das Ministerium mit Schmerzen geboren, nachdem es die Weihe eines parlamentarischen Sieges empfangen, war zunächst nöthig, dem Hause unserer demokratischen Monarchie auch einen Kopf wieder aufzusetzen. Johann hat sein Amt in Frankfurt und ist gewissermaßen nur auf Urlaub hier, Stephan spekulirt zu selbstherrlich auf Ungarn, außer den beiden Namen hat die kaiserliche Familie keinen, der sich mit der Zeit verträgt. Auch sieht man nicht recht ein, warum ein Stellvertreter hier seyn soll, während der Kaiser in Tirol nichts zu thun hat, und so wurde Se. Majestät nun durch Schreiben von gestern ernstlichst aufgefordert, die Erfüllung seiner Pflichten als Regent nicht länger hinauszuschieben. Es wird jedoch vermuthet, daß der Kaiser seines Gesundheitszustandes halber die am 18. August eintretende Volljährigkeit des Thronerben abzuwarten und ihm dann, sey es selbstständig oder als Mitregent, die Zügel zu übergeben beabsichtigt, ein Plan, der gut wäre und Beifall finden dürfte, wenn nur die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl fern gehalten würden. Der junge Prinz hat viel gelernt und besitzt Talent, in einer guten Umgebung würde er bald die Ansichten abschleifen, welche das alte System ihm angehängt hat und die allein noch seiner Popularität im Wege stehen. Die Oesterreicher wollen einen Fürsten, der mit, nicht über ihnen lebt. Zum Minister des Auswärtigen ist nun Obristlieutenant Profesch ernannt. (A. Z.)

Am 22. Juli wurde der Reichstag in Wien durch den Erzherzog Johann feierlich eröffnet, wobei er folgende Thronrede hielt: „Meine Herren Abgeordneten! Von seiner Majestät unserm allergnädigsten konstitutionellen Kaiser beauftragt, den Reichstag zu eröffnen, erfülle ich hiemit die freudige Pflicht, und begrüße aus voller Seele Sie, meine Herren, die Sie berufen sind, das große

Digitized by Google

Werk der Wiedergeburt unseres Vaterlandes zu vollbringen. Die Befestigung der erworbenen Freiheit für uns und unsere Zukunft erheischt Ihr offenes und unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung. Alle Nationalitäten der österreichischen Monarchie stehen dem Herzen seiner Majestät gleich nahe (Beifall); in der freien Verbrüderung derselben, in der vollen Gleichberechtigung aller, so wie in dem innigen Verbande mit Deutschland (stürmischer Beifall) finden alle Interessen eine feste Grundlage. Mit Schmerz erfüllt es das Herz Sr. Maj., daß nicht zugleich die Fülle aller Segnungen eintreten konnte, welche freie Institutionen im weisen Gebrauche den Völkern zu sichern pflegen. S. Majestät theilen in regem Mitgefühle die Bedrängnisse Ihrer Völker. In Beziehung auf Ungarn und seine Nebenländer läßt sich von dem Rechtlichkeitsgefühle ihrer edelmüthigen Bevölkerung eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwarten. Der Krieg in Italien ist nicht gegen die Freiheit der italienischen Völker gerichtet, er hat den ernsten Zweck, unter vollständiger Anerkennung der Nationalität die Ehre der österreichischen Waffen den italienischen Mächten gegenüber zu behaupten (stürmischer Beifall) und die wichtigsten Interessen der Vaterlandes zu wahren. Nachdem die wohlwollenden Absichten, das unselige Zerwürfniß friedlich beigelegen, ohne Erfolg geblieben sind, so wird es die Aufgabe unserer tapferen Armee sein, einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen. Die freundschaftlichen Bedingungen Oesterreichs mit allen anderen Mächten sind nicht verändert worden. Das durch längere Zeit unterbrochene Verhältniß zum Königreich Spanien ist wieder hergestellt. Durch die Folge früherer Finanzoperationen und durch das Zusammentreffen außerordentlicher Ereignisse sind die finanziellen Verhältnisse des Staates in einen Zustand versetzt worden, der außerordentliche Maßregeln erheischt und schon in nächster Zukunft das Ministerium veranlassen wird, die erforderlichen Entwürfe sammt allen Nachweisungen vorzulegen. In der Berufung der Volksvertreter zu eigener Berathung der allgemeinen Interessen ruht die sicherste Gewähr der geistigen und materiellen Entwicklung Oesterreichs. Se. Majestät läßt Ihnen, meine Herren und der ganzen Nation seinen kaiserl. Gruß und die Versicherung seines herzlichsten Wohlwollens entbieten. Der konstit. Reichstag ist eröffnet. Präsident Schmidt erwiederte einige warme Dankesworte. (K. v. u. f. D.)

Innsbruck, 17. Juli. Gouv Brandis geht dieser Tage auf Urlaub. Hoffentlich wird er wohl nimmer wiederkehren, wenigstens nicht als Gouverneur.

Soeben erfahren wir, schreibt die Allg. Ztg., aus Innsbruck, daß — Graf Brandis seine Stelle als Gouverneur von Tyrol und Vorarberg — niedergelegt hat und sich in den Privatstand zurückziehen will. Nächstens das Weitere.

Von der gallizischen Grenze, 19. Juli. Das Standrecht, welches bis jetzt für Galizien und Krakau bestand, ist in Folge eines Ministerialerlasses aufgehoben.

Heidelberg, 23. Juli. Gestern sind die Studenten, welche als Deputation bei der 2. Ständekammer waren, wieder zurückgekehrt. Für die Aufhebung des demokratischen Studenten-Vereins haben nur drei Kammerglieder (unter ihnen von Itzstein) gesprochen. — Um der sich immer mehr verbreitenden gänzlichen Verarmung des gewerblichen Mittelstandes zu steuern, hat der hiesige Gewerbeverein mit Gewerbetreibenden aus Mannheim, Neckargmünd und andere Nachbarstädten sich vereinigt und die gewählte provis. Ausschuß eine von dem Verein genehmigte Grundlage für eine künftige Gewerbsgesetzgebung ausgearbeitet, welche auf die Basis der möglichsten Ordnung und Freiheit sich gründen soll. Am 30. und 31. d. M. soll eine Besammlung von Gewerbtreibenden hier stattfinden. (F. J.) (Gewerbe-Congreß Nr. III.)

Kassel, 22. Juli. In der gestrigen Ständesitzung überreichte der Landtagscommissär einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der körperlichen Züchtigung bei den Civilstrafgerichten, und Mißnete zugleich, daß wegen Abschaffung dieser Strafe bei den Militärgerichten, so wie über Abänderung mehrer militärischen Strafen ein Gesetzentwurf von dem Generalauditoriat bearbeitet werde.

Daemstadt, 23. Juli. Wie werden nun ganz in der Kürze öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren mit Schwurgerichten im ganzen Großherzogthume haben. In der gestrigen 94. Sitzung unserer zweiten Kammer ersattete Abg. Swenck, Namens des zweiten Ausschusses, Bericht über den Vorschlag des Abg. Kahlert, den unlängst von der Regierung vorgelegten, aus 285 Artikeln bestehenden Gesetzentwurf über die Einführung jenes Verfahrens in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen sofort als provisorisches Gesetz anzunehmen. Der Ausschuß beantragte Beitritt zu dem Kahlert'schen Antrage. (F. J.)

Mainz, 23. Juli. Die vorgestern hier allgemeingewesene Nachricht von der Auflösung der Ständekammer verbreitete sich, wie wir leider! noch nicht bestätigt. Darmstadt.

Lübeck, 20. Juli. In Travemünde sind ernste Auftritte vorgekommen. Unter der dort zur Deckung der Küstenschaft zurückgebliebenen Abtheilung unseres Infanteriecontingents zur Aufstehungen gegen den interimistisch bestehenden Offizier, F. Oberadjutanten der Bürgergarde, Hauptmann Ahrens, stattgehabt. Von Seiten des Militärdepartements, dessen Einschreiten zu requiriren, Hauptmann Ahrens hierher geeilt war, ist an Ort und Stelle eine Untersuchung eingeleitet. (D. A. Z.)

Rendsburg, 20. Juli. Gestern Abend brachte das Freicorps von Jenssen-Tusch heran; ein Tagesbefehl des General Krohn ward ihm entgegengebracht, er lautete: Das Corps sey entlassen, solle die Waffen um 4 Uhr ablegen, Mäntel und sonst entbehrliche Montierungsstücke ablieferen, und die Ausländer (?) würden am nächsten Morgen mit dem ersten Bahnzuge gen Süden befördert werden. In einer durchstrichenen Zeile war die Drohung polizeilicher Maßregeln gegen Widerspänstige noch deutlich genug zu lesen, um große Sensation zu verursachen. Das Corps bis die Gewehre und lagerte sich in einiger Entfernung von der Stadt, in welche der Commandeur hineineilt, um mit der provisorischen Regierung zu unterhandeln. Nach zwei Stunden erschien der Commandeur wieder beim Corps und verkündete, daß die provisorische Regierung dasselbe zu einem Balle auf dem Schützenhofe einladen lasse; das Geschehene beruhe auf einem Irrthume. Das Corps marschirte nun in die Stadt. Gestern Abend wurden die Freischärler von den Damen der Stadt auf dem Schützenhofe bewirthet; ein Ball beschloß die Festlichkeit. Noch ist das Corps nicht entwaffnet und man weiß nicht, was daraus werden soll. Ueber dessen Entlassung spricht man, daß der General Halbett in großer feierlicher Parade eines Theiles des 10. Armeekorps den von Jenssen-Tusch'schen Corps sein herzliches Bedauern ausgedrückt, daß er es in Folge höhern Befehls entlassen müsse. Heute Mittag ist nun auch das v. d. Tann'sche Corps hier eingetroffen, es wird demselben ebenfalls ein Fest auf dem Schützenhofe gegeben werden. Auch ein ähnlicher Tagesbefehl wie der an das v. Jensen-Tusch'sche Corps war dem v. d. Tann'schen Corps zugedacht; man sagt, der Präsident Besser habe ihn zerrissen. Sämmtliche v. d. Tann'sche Freischärler haben Quartierzettel auf eine Nacht erhalten; was dann weiter — müssen wir abwarten. Die Freischärler sprechen laut, daß sie das Opfer prinzlicher Intriguen seyen.

Rendsburg, 21. Juli. Man spricht heute davon, daß der Waffenstillstand, oder, um uns des jetzt mehr gebräuchlichen Ausdrucks zu bedienen, die Waffenruhe um acht Tage verlängert seyn soll. Die Offiziere des von der Tann'schen Freicorps haben diesen Morgen in einer gemeinschaftlichen Berathung den Beschluß gefaßt, sich dem Befehle der provisorischen Regierung als Ehrenmänner unterwerfen zu wollen. Sie hätten der provisorischen Regierung ihre Dienste angeboten und diese seyen von ihr mit Dank angenommen; auf ehrenvolle Weise hätten sie für das Vaterland gekämpft und ehrenvoll wollten sie daher auch aus dem Kampfe scheiden und den Ruhm, welchen sie sich vielleicht in unserm deutschen Lande erworben, nicht durch eine Auflehnung gegen die provisorische Regierung, welche die Auflösung der Freischaaren für gut befunden habe, besleken. Nur will das Jensen-Tusch'sche Freicorps vor seiner Auflösung eine Anerkennung seiner geleisteten Dienste ausgesprochen wissen. Die Auflösung der Freicorps wird heute Abend erfolgen. Die Ablieferung der Waffen der v. Jenssen-Tusch'schen und v. d. Tann'schen Corps hat nicht stattgehabt. (D. A. Z.)

Italien.

Venedig, 15. Juli. Heute früh 9 Uhr verkündeten 21 Kanonenschüsse die Hafenwachtfregatte die Ankunft der piemontesischen Truppen. Bei ihrem Austeigen wurden sie von der Musikbande der Nationalgarde und einer verhältnißmäßig geringen Volksmasse, die den in Italien gewohnten Jubel durchaus nicht an den Tag legte, empfangen. Ueberhaupt sind die unter der Republik so häufig vorgekommenen Fälle von enthusiastischen Beifallsbezeugungen allmählich im Abnehmen, und es schmerzt wahrlich tief, wenn man jetzt die ernsthaften Gesichter den Marcusplatz durchschreiten sieht, und das illustrissimo Signore Conte und das Cavaliere rechts und links hört. Es scheint aber auch den Venezianern selbst diese ganze Sache wie ein Traum zu seyn; leider ein böser Traum! Wenn ich so manchen ungestiefelten Republikaner so einen Schilderschen Verein das Illustrissimo sprechen höre, so liegt immer etwas bitteres, etwas höhnisches darin. Der Löwe des St. Mar

Digitized by Google

cus hat jedenfalls bei weitem mehr Anhänger, als man sich vielleicht einbildet; und ich habe so manchen Albernisten gesprochen, der mich verlacht, man müsse gute Miene zum bösen Spiele machen! (A. Z.)

Neapel, 10. Juli. Die Schweizer und Lazzeroni sind allmählig aus treuen Freunden erbitterte Feinde geworden; bei der Porta Nolana ist es gestern zu einem blutigen Dolchgefechte gekommen, welches auf beiden Seiten mehrere Menschenleben kostete. Dem Vernehmen nach soll die Ursache in der Steifstrage gelegen haben, wer von ihnen den König mehr liebe, die bezahlten Republikaner oder die Lazzeroni, die ihm seine Civilliste aufbringen? Vom Kriege = Schauplatze her werden mit dem nächsten Dampfer kalabresische Gefangene erwartet; worauf um so mehr gespweifelt werden muß, da die „Libera Italia" verschert, daß im Gegentheil die Kolonne des Generals Busacca, nachdem sie neulich den Insurgenten bei Spezzano di Tarsia vermittelst ihres Geschützes arg zugesetzt habe, selbst einige Stunden später eine noch größere Niederlage durch die Artillerie des eben anlangenden sicilianischen Oberst Longe erlitten habe.

Ungarn.

Pesth, 19. Juli. Ein großer Unfall ereignete sich gestern Abend bei unserm Kettenbrückenbau. Man ist seit kurzem beschäftigt, die zwölf Tragketten mittelst eines durch eine Dampfmaschine in Bewegung gesetzten sogenannten Flaschenzugs aufzuziehen. Elf dieser Ketten wurden auch glücklich auf diese Weise aufgezogen, und gestern sollte dieß mit der zwölften und letzten geschehen. Schon war die ungeheure, mehrere Centner schwere Eisenmasse in der gehörigen Höhe und das Werk beinahe vollbracht, als ein Ring der Flaschenzugkette sprang und die große Kette mit fürchterlichem Getöse auf die unten befindlichen, als Gerüst dienenden Pontons hinabstürzte, dieselben auseinandertrieb, umschlug und zerschmetterte. Es befanden sich viele Personen (darunter auch viele Deputirte und Mitglieder des Ministeriums) als Zuschauer auf diesen Pontons, die aber glücklicherweise alle gerettet seyn sollen, wenigstens wird bis jetzt niemand vermißt. Die losgemachten Theile der erwähnten Pontons wurden durch das jetzige Hochwasser mit solcher Gewalt in die Schiffbrücke getrieben, daß auch diese fast ganz zerstört wurde und wir jetzt keine regelmäßige Communikation zwischen beiden Städten haben. (A. Z.)

Pesth, 20. Juli. Der Landtag wird eine glänzende Deputation mit der Adresse an den König nach Innsbruck senden, welche denselben dringend bitten soll, seine Residenz in unserer Hauptstadt zu nehmen. — Am 14. und 15. Juli, an welchem ersteren Tage der General Bechtold erfolglos den Feind bei St.-Thomas angegriffen (Nr. 206), befand der Oberst Ernst Kisch einen hartnäckigen, aber vortheilhaften Kampf gegen die Aufständischen bei Taras. Am 14. Juli, nämlich erhoben sich die raizischen Bauern bei Taras, wurden aber von dem herbeigerückten Obersten Kisch überwunden, weil Taras ein Raub der Flammen wurde. Tags darauf zogen aber 5—7000 Aufständische mit 14 Kanonen heran, und der Oberst Kisch wäre mit seiner weit geringern Mannschaft verloren gewesen, wenn die feindlichen Kanonenkugeln nicht zu hoch flogen. Und so gelang es der ungarischen Infanterie nach sechsstündigem unterbrochenen Feuern, die Aufständischen zum Rückzuge zu zwingen. Der Major Brandl, welchen der Oberst Kisch als Kurier abgesendet, fiel mit noch fünf Soldaten den Aufständischen in die Hände.

Frankreich.

* **Paris, 22. Juli.** Die gestrige Sitzung der National-Versammlung, die erst um 4½ Uhr anfing, war mit einer Diskussion über den Vorschlag des Herrn Aisoin ausgefüllt, dahin ausgehend, bei Failliten von Unternehmern oder Fabrikbesitzern ihren Arbeitern Sicherung ihres rückständigen Lohnes durch ein Privilegium auf die Konkursmasse, wie dies die Dienstboten bereits haben, zu sichern. Nach einer längeren Diskussion ohne Interessen ward der Vorschlag an das Comité der Gesetzgebung verwiesen.

Man versichert, daß Herr Armand Marrast nur einen Monat lang Präsident der Nationalversammlung bleiben und dann als Gesandter der französischen Republik nach London gehen werde. Marrast hat bekanntlich längere Zeit dort als politischer Flüchtling gelebt und eine Engländerin, nahe Verwandte der morganatischen Gemahlin einer der Oheime der Königin Viktoria, geheirathet.

Die Bureaux haben die Prüfung der Constitution beendigt und diese geht jetzt ihrer letzten Umgestaltung entgegen.

Herr Zenowicz, ehemaliger Adjutant-Major im Generalstabe, ist verhaftet worden, angeklagt, ein Agent Rußlands zu seyn und an der Juni-Insurrektion thätigen Antheil genommen zu haben.

Die Regierung hat folgende wichtige telegraphische Depesche erhalten, die der Moniteur veröffentlicht: „Die Oesterreicher sind am 14. Juli, 5000 Mann stark, in Ferrara eingerückt, sie haben alle Hauptposten besetzt und eine Kriegssteuer erhoben. Der Papst hat protestirt und die Deputirtenkammer hat mit Einstimmigkeit ein Allianz-Projekt aller italienischen Staaten gegen Oesterreich votirt." In Folge dieser telegraphischen Depesche, die gestern um 12½ Uhr Mittags hier eintraf und sogleich dem Comité der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt ward, versammelte sich daselbe und faßte seinen endlichen Beschluß über die italienische Frage. Der Minister Bastide, der der Berathung beiwohnte, begab sich Abends zum General Cavaignac, wo Ministerrath gehalten wurde. Man versichert, daß eine telegraphische Depesche der Alpen-Armee den Befehl überbracht habe, in Italien einzurücken und daß General Oudinot heute noch auf seinen Posten abgeht.

Das Tribunal erster Instanz hat gestern sein Urtheil in der Angelegenheit des Grafen Mortier gesprochen. Es hat ihn wegen Geisteszerrüttung mit Interdikt belegt und ihm die freie Verfügung über seine Person und sein Vermögen entzogen. Graf Mortier befindet sich noch immer in der Irrenanstalt von Ivry.

Der Minister der Staatsbauten veröffentlicht heute die Uebersicht der vom Staate bei den Eisenbahn-, Kanal- und Straßenbauten der Departements verwendeten Arbeiter der National-Werkstätten. 10,750 sind bereits in voller Arbeit und 5707 auf dem Wege zu ihren bestimmten Arbeitsplätzen. Im Ganzen sind also 16,437 untergebracht.

Am 25. Juli und die folgenden Tage findet der Verkauf der reich ausgestatteten Bimlager Louis Philipp's, theils in Fässern, theils in Bouteillen Statt.

Ein Journal meldet, daß der hiesige sardinische Gesandte Marquis von Brignolle-Sales abberufen worden sey und durch den Marquis Ricci ersetzt werde.

Das Leichenbegängniß des Vertreters Dornès hat gestern unter ungeheurem Zudrange stattgefunden. Die Minister, fast die ganze Nationalversammlung, die Nationalgarde, Deputationen der Armee, der Schulen u. s. w. wohnten demselben bei. Es ist dies der vierte Volksvertreter, der als Opfer der Junitage starb, fünf andere sind schwer verwundet.

Der Zustand des Generals Bedeau hat sich sehr verschlimmert, die Aerzte fürchten, daß ein fremder Körper in der Wunde geblieben ist und erklären, daß in der Schwäche des Generals eine etwa nöthige Amputation unmöglich ist. — Der frühere Justizminister Bethmont ist aus Kummer über den plötzlichen Wahnsinn seiner Frau nun auch von einer Geisteszerrüttung befallen, die wenig Hoffnung läßt.

Großbritannien.

London, 21. Juli. Die Vorgänge in Irland wirkten auch heute auf den Stand der Fonds nachtheilig ein, obgleich man bezüglich des Ausganges der angekündigten Schutzverbindung, wenn sie wirklich Statt finden sollte, keine ernstliche Besorgnisse hegt. Schon zu oft haben die Irländer bewiesen, daß zwischen ihren Worten und Thaten ein gewaltiger Unterschied ist. Am wenigsten besorgt man, daß es den zahlreichen Irländern in England gelingen werde, die Arbeiter-Bevölkerung zum Aufstande hinzureißen, und der Regierung daheim neue Verlegenheiten zu bereiten. In Bradford, Ashton und Liverpool ist es zwar dieser Tage zu Exzessen gekommen; aber die Urheber und Betheiligten waren größtentheils Irländer, die bei der Masse der Bevölkerung keine Unterstützung fanden. In Bradford wurden eine Anzahl Chartisten verhaftet.

Die „Times", welche ebenfalls für England nichts besorgt, räth dem Vorsitzenthalter dringend zur Schließung der anarchischen und aufrührerischen Clubbs in Irland und meint, daß nur rasches und entschiedenes Handeln, so wie gerichtliches Einschreiten gegen die Rädelsführer nöthig sey, um in Irland die Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung zu sichern. Es heißt hier, daß Lord Clarendon nächstens Dublin verlassen und Lord Hardinge zum Nachfolger erhalten wird. — Der Oberbefehlshaber hatallen in Urlaub sich hier aufhaltenden Offizieren der in Irland stehenden Regimenter befohlen, unverzüglich auf ihren Posten zurückzukehren. Prinz Georg von Cambridge ging gestern Abend nach Liverpool ab, um den Befehl im dubliner Bezirke wieder zu übernehmen. — Aus Dublin wird unterm 19. Juli berichtet: Zahlreiche Volksmassen durchwogten gestern Abend aus Anlaß der überall angeschlagenen Proklamation, welche die Stadt unter die Zwangsakte stellt, bis spät die Straßen, ohne daß jedoch der geringste Ruhestörungsversuch vorfiel. Alle Clubbs hielten im Laufe des Abends Versammlungen, und man sah die Führer des Bundes von einem Clubbzimmer

Digitized by Google

zum andern eilen, um vermuthlich die nächsten Schritte gegen die Regierung zu berathen: Heute Abend hielt nun die irische Ligue in der Musikhalle eine äußerst zahlreiche Versammlung, welcher auch eine Deputation des Gemeinderaths von Kilkenny beiwohnte. Dem Mayor dieser Stadt wurde der Vorsitz übertragen. Als S. O'Brien eintrat, empfing ihn stürmischer Beifallsruf. Nach Aufnahme von 702 neuen Mitgliedern schlug **Dr. Kane** zwei Beschlüsse vor. Der erste wiederholt das alte Thema, daß erfahrungsgemäß vom englischen Parlament weder Gerechtigkeit noch gute Regierung für Irland zu erwarten sey, und daß letzteres nicht eher Aussicht auf Glück und Wohlfahrt habe, bis es frei sey von dem peinlichen Einflusse fremder, feindlicher und bedrückender Legislatur. In dieser Ueberzeugung — so lautet der zweite Beschluß — sey die irische Ligue zu dem einzigen Zwecke gebildet worden, den Irländern ihre alte Verfassung, mit Königin, Lords und Unterhaus, durch zugleich verfassungsgemäßes u. entschiedenes Zusammenwirken der Irländer zurückzugewinnen. Nachdem die Versammlung hierauf die von **D. Kane** vorgeschlagenen Beschlüsse genehmigt hatte, äußerte S. O'Brien, in Cork stünden 2000 kampfstüchtige Männer bereit und 10,000 andere kräftige Männer hätten versprochen, sich ihnen anzuschließen. Von den ihnen gegenüberstehenden Truppen wolle er nicht reden; er sey aber von vielen seiner Landsleute, die den rothen Rock trügen, herzlich begrüßt worden. Die nächste Versammlung der Ligue solle über einige Tage in Killenny Statt finden, und dort wurden sie über die Fragen der Nationalpolitik weiter berathen. — Aus Cork wird gemeldet, daß die drei Verhafteten gegen Bürgschaftsstellung für ihr Erscheinen vor Gericht einstweilen freigelassen und vom draußen zahlreich harrenden Volke mit Jubel begleitet wurden. Sie gingen sofort nach dem Clubsaale, wo Varian an die Menge eine Rede hielt. Während ihrer Haft im Polizeigebäude wäre letzteres beinahe vom Volke gestürmt worden. — Die Zahl der Truppen in Irland, die bewaffnete Polizei eingerechnet, beträgt jetzt 45,000 Mann.

Der Mäßigkeitsapostel, Pater Mathew, welcher gegenwärtig in Crest ist, hat schon seit mehreren Monaten wegen Unpäßlichkeit auf seine gewohnte Wirksamkeit verzichten müssen. Er wird, wenn sein Befinden es erlaubt, im August von Liverpool aus nach Nordamerika abreisen, wohin ihm freie Fahrt geschert ist. Während seines Aufenthalts daselbst wird er der geehrte Gast der Vereinigten Staaten seyn, ohne daß er irgendwie Kosten zu bestreiten hat. (K. Z.)

London, 20. Juli. Die heutigen Zeitungen bringen Nachrichten über die Vorfälle in Carrick. Der dort verhaftete katholische Geistliche Byrne stand in dieser Stadt, welche nur 10,000 Einwohner hat, an der Spitze des berüchtigten Clubs von nicht weniger als 2000 Mitgliedern. An der Spitze derselben wohnte er der Volksversammlung bei Stievenamon bei, wo er die Rede hielt, welche seine Verhaftung veranlaßte. Diese Nachricht davon brachte eine außerordentliche Aufregung in der Stadt hervor; nach allen Seiten wurden reitende Boten ausgeschickt, um das Landvolk aus der Umgegend aufzubieten, das auch bald mit Piken und Flinten bewaffnet nach der Stadt eilte. Ein Erstürmen des Gefängnisses fand nicht statt, sondern Hr. Byrne wurde auf das Stürmen und Drohen der Masse, welcher die ganz schwächlichen Behörden keinen Widerstand mehr leisten konnten, nachdem zwei geachtete Bewohner der Stadt für ihn Bürgschaft geleistet, vorläufig der Haft entlassen. Die Stadt befand sich die ganze Nacht über in der Gewalt der Tumultuanten.

Moldau und Walachei.

Die provisorische Regierung in der Walachei hat an den russischen Czar eine Adresse erlassen, er möge die Fürstenthümer seines Protectorats entheben und ihrem Schicksal überlassen, denn sie seyen seiner Herrschaft müde.

Nach directen Briefen aus Jassy vom 14. Juli, die die Allg. Ztg. enthält, sind die Russen am 10. Abends, 4300 Mann stark, in Jassy eingerückt. Die Cholera richtet daselbst schrecklichte Verheerungen an.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Juli. Zum 13. Juli waren 4066 Cholerakranke in Behandlung verblieben; es kamen im Verlaufe dieses Tages hinzu 624, genasen 276 und starben 409. Zum 14. Juli verblieben 3972 Kranke in Behandlung. Im Gouvernement Petersburg sind neuerdings die Städte Pawlowsk und Gatschina von der Krankheit ergriffen worden; indessen zeigt sie sich hier nicht heftig. Von allen Kreisen des Gouvernements am meisten heimgesucht sind die Kreise Schlüsselburg und Neu-Ladoga.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtmagistrat ist die Stelle des ersten rechtskundigen Bürgermeisters in Erledigung gekommen. Bewerber um diese Stelle, mit welcher vorläufig, nämlich auf die Dauer des Provisoriums, ein jährlicher Gehalt von 1200 fl. verbunden ist, haben ihre Gesuche, mit den vorschriftsmäßigen Zeugnissen versehen, binnen sechs Wochen, von Heute an gerechnet, dahier einzureichen.

Bayreuth, den 4. Juli 1848.

Der Magistrat der Königlich Bayerischen Kreishauptstadt Bayreuth.

Heumann. Haß.

Bekanntmachung.

Wer immer an den Nachlaß der verlebten Müllermeisters-Eheleute Lorenz und Elisabetha Döring von der Stockmühle bei Kreußen eine Forderung zu machen und solche bis jetzt noch nicht liquidirt hat, wird hiemit aufgefordert, seine Forderungen zu verlässig, und bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung in dem hiezu Samstag, den 12. August curr. Vormittags 8 Uhr hierorts anstehenden Termin anzumelden, resp. gehörig nachzuweisen, da nach Umfluß dieses Termines über den Nachlaß nach Angabe der Erben weiter verfügt werden wird.

Pegnitz, den 10. Juli 1848.

Königliches Landgericht.

Vorstand beurlaubt.

Sternecker, 1. Assessor.

Anzeigen.

Der im Rennweg dahier gelegene Gasthof zur goldenen Traube mit angebauter Stallung und Stadel, ziemlich großen Hofraum und einem Felsenkeller in der Nähe der Stadt, ist unter annehmbaren Bedingungen sündlich aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt

Bayreuth, den 20. Juli 1848.

Schneider, k. Postfunktionair.

Am 30. Juli d. J. Nachmittags 4 Uhr werden zwei Grundstücke, Feld und Wiesen, bei dem hiesigen Schießhause und eines dergleichen dem Kreuzfeine gegenüber gelegen, den Metzgermeister Motz'schen Relikten gehörig, in dem Gasthause zum Kreuzstein aus freier Hand meistbietend öffentlich verkauft.

Die Hälfte der Kaufschillinge können zu vier Prozent stehen bleiben.

Nr. 391 in der Friedrichsstraße sind von der mittlern Etage im Hinterhause, Aufstieg auf die Hofwage, zwei Zimmer und ein Kabinet, nebst Stallung; desgleichen ist auch die Parterre-Wohnung, Eingang links, bestehend in 5 ineinander gehenden Piecen mit übrigen häuslichen Bequemlichkeiten, beides auf Martini zu vermiethen. Jeder Irrung zu begegnen, wird gebeten, sich an die Eigenthümerin selbst zu wenden.

Auf dem neuen Schloßplatze Nr. 353 ist ein Logis auf Martini oder Lichtmeß eine Treppe hoch in der mittlern Etage zu vermiethen, bestehend in drei heizbaren Zimmern und Alkoven, nebst einem unheizbaren und Studenkammer, zwei Küchen, Boden, Keller und Holzlege.

Zwei schön gelegene Zimmer mit 2 Alkoven sind an eine oder zwei Personen, mit oder auch ohne Möbel zu vermiethen. Nähere es in der Expedition.

In der Maximilianisstraße Nr. 4 eine Treppe hoch, vorne heraus, ist sogleich ein schön möblirtes Zimmer mit Kabinet zu vermiethen.

Friedrichsstraße Nr. 451 ist eine Stube nebst Stubenkammer für eine einzelne Person auf Martini zu vermiethen.

Bei Büttnermeister Krämer in der Judengasse ist das untere Quartier rechts und das mittlere Quartier zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 208. | 28. Juli 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 25. Juli. Die Berathung über die Posener Frage wurde in der heutigen Sitzung fortgesetzt. Den meisten Eindruck machte der Pole Janizewski, der mit sehr scharfen Waffen gegen die Einverleibung Posens kämpfte und die Politik der preußischen Regierung gegen die Polen einer bittern Kritik unterwarf. Auch Schmitt von Löwenthal, Clemens von Köln (Altramontan) und Schuselka von Wien sprechen gegen die Ausschußanträge, welche dagegen durch General Radowitz und Fürst Lichnowsky ritterlich vertheidigt wurden. Die Gegner berufen sich theils auf die Pflicht der Humanität und Gerechtigkeit gegen die Polen, theils auf die Wiener Verträge von 1815 (was freilich von der linken Seite etwas sonderbar erscheint), theils endlich auf Gründe der Politik, indem sie behaupten, daß Frankreich und sogar Rußland durch die Theilung Posens zum Kriege gereizt werden könnte. Die Vertheidiger dagegen machen die Pflicht geltend, sich der halben Million Deutschen in Posen anzunehmen, die in einem polnisch organisirtem Großherzogthum Posen schutzlos dastehen würden, sowie die Nothwendigkeit, zur Sicherung der Ostgränze mit ihrem Rayon in deutschem Besitz zu behalten. Ein Krieg mit Frankreich habe sey nicht zu fürchten, da dieß Land seine Sympathien für die Polen von jeher nur durch Worte kund gegeben habe. Ja Fürst Lichnowsky behauptete geradezu, in Frankreich sey die Sympathie für die Polen seit ihrer Theilnahme an den letzten Unruhen ganz und gar erloschen und die französische Regierung habe sich in einer telegraphischen Depesche an eine deutsche Regierung die Rüstendung der Polen nach Frankreich ganz verbeten. Es forderte den Minister des Aeußern auf, dieß zu bestätigen; letzterer blieb aber stumm. Es sind noch 60 Redner eingeschrieben; dennoch glaubt man, daß die Debatte morgen oder übermorgen geschlossen werden wird.

Frankfurt, 24. Juli. Ausführlicher Bericht über die 46. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Von Seite des Marine-Ausschusses wird ein neues Verzeichniß von Beiträgen zur deutschen Flotte mitgetheilt, wornach die Gesammtsumme sich zum gestrigen Tage 27,731 fl. 47 kr. beträgt. In Kiel sind nebstdem 25,000 Thlr., in Glückstadt 3000 Mark gesammelt worden. Reichsminister v. Schmerling nimmt das Wort zur Beantwortung der neulichen Interpellation des Abg. Francke. Nach einer Depesche des Generals Wrangel habe derselbe den Waffenstillstand, der durch alle Blätter die Runde gemacht und mit Recht so viel Unruhe verbreitet habe, keineswegs abgeschlossen. Vielmehr sey erst auf den 20. d. M. eine neue Zusammenkunft mit den dänischen Oberbefehlshaber verabredet und bis dahin eine militairische Waffenruhe vereinbart worden. General Wrangel werde überhaupt keinen Waffenstillstand schließen, der nicht mit der Ehre Deutschlands verträglich und so beschaffen sey, daß die Centralgewalt ihn genehmigen könne. Das Reichsministerium habe unmittelbar nach seiner Einsetzung den General Beaugel draufzragt, unverzüglich anzugehen, welcher Streitkräfte er noch bedürfe, um den Krieg rasch und mit einem Schlage zu Ende zu führen, falls der Waffenstillstand nicht in erwünschter Weise zu Stande käme. Das Ministerium sey entschlossen, die verlangte Verstärkung für den Fall des Bedarfs sofort mobil zu machen und zu dem Heere in Schleswig abzusenden. Die Blokade von Teiest anlangend, so sey die Aufhebung derselben ungeachtet des Versprechens der sardinischen Regierung noch nicht erfolgt, indem der saedmische Admiral die Kauffahrteischiffe noch verschiedenen Beschränkungen unterweise, auch sich das Recht vorbehalten wollte, an jedem beliebigen Orte zu landen. Das Reichsministerium habe deßhalb eine neue energische Note an den sardinischen Gesandten zur Kenntnißnahme seiner Regierung erlassen, worin es die Beschwerde des freien Handelsverkehrs geltend mache und auf den in Deutschland neuerlich mit erneuerter Stärke erwachten Sinn für die Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes, auf die Einsetzung einer Centralgewalt zu deren Aufrechthaltung und auf den frühern Beschluß der Nationalversammlung, daß jeder Angriff auf Teiest als eine Kriegserklärung gegen Deutschland anzusehen sey, hinweise. Die Tagesordnung fühet zur Berathung der Posener Frage. Der dieser Berathung zu Grunde liegende Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses (Berichterstatter: Stenzel) stellt folgende Anträge: die Nationalversammlung möge: „1) die Anfnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der königlich preußischen Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages vom 22. April und 2. Mai, in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten zwölf Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgültig zu lassen. 2) Die von dem königl. preußischen Commissarius, General Pfuel, vom 4. Juni d. J. angeordnete vorläufige Demarkationslinie zwischen dem polnischen und dem deutschen Theile vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgränzung zwischen beiden Theilen auf weitere Vorlage der preußischen Regierung vorbehalten. 3) Von der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung verlangen, daß dieselbe nicht nur theerseits, so lange sie den polnischen Theil des Großherzogthums Posen regieren werde, den in demselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern daß sie auch dafür sorgen werde, ihnen dieselbe für den Fall zu sichern, daß dieser polnische Theil Posens aufhören sollte, unter preußischer Herrschaft zu stehen. 4) In Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die Nationalversammlung, laut Beschlusses vom 31. Mai, alles nicht deutschen Volksthümlichen auf deutschem Bundesboden (also auch überall auf demselben den Polen) ungehinderte volksthümliche Entwickelung und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiet reiche, gewährleistet habe." Vor Eröffnung der Discussion wird ein Protest der in Berlin anwesenden polnischen Deputirten gegen die theilweise Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund verlesen. Eine Anzahl Mitglieder der Linken beantragt, von einer weiteren Berathung, die Verweisung einer sängst mitgetheilten Eingabe der Polen an den völkerrechtlichen Ausschuß. Blum stellt den Antrag auf eine commissarische Untersuchung der Zustände des Großherzogthums Posen durch die Centralgewalt. Dietsch von Saarbrücken will ebenfalls Untersuchung unter Zuziehung von Abgeordneten der beiden Nationalitäten, Hludeck die Zurückweisung des nach seiner Behauptung mangelhaften Berichts an den Ausschuß; Dölling er, Görres u. A. die Herstellung des Status quo vor der Einverleibung; Naumerk die Einverleibung des überwiegend deutschen Theiles, und zugleich Aufforderung an Oesterreich, Preußen und Rußland zur Wiederherstellung Polens; Ruge, Wesendonk, Simon von Trier u. A. einen im Einverständniß mit Frankreich und England von der Centralgewalt zu veranlassenden Congreß zur Wiederherstellung Polens u. s. w. Ruge trägt darauf an, daß den zwölf Abgeordneten aus dem Großherzogthum Posen weder an der Berhandlung noch an der Abstimmung über die vorliegende Frage eine Theilnahme gestattet werde. Fürst Lichnowsky und Rexf sprechen gegen Reh und Schaffrath für den Antrag. Rexf bedient sich des Ausdrucks: Ruge habe nicht im Sinne seiner Kommittenten gesprochen, was der Präsident mit der Bemerkung zurückweist: daß kein Mitglied dieser Versammlung von einem bestimmten Mandate abhängig sey. Wiesner und Andere beantragen, es solle, „damit nicht das ecste deutsche Parlament rascher über das Schicksal der letzten Ueberreste Polens entscheide, als die Diplomatie des 18. Jahrh. über die Theilung jenes unglücklichen Landes," seinem Redner das Wort entzogen werden. Stenzel geht in das 12. Jahrh. zurück, um zu beweisen, daß in Polen Adel und Geistlichkeit das Regiment geführt, und den Bauernstand darnieder gehalten hätten. Er ist eben an der Errichtung des Herzogthums Warschau angelangt, als der Präsident ihn erinnert, daß die Kritik der polnischen Geschichte nicht hierher gehöre. Der Berichterstatter beschränkt sich nunmehr auf eine kurze Vertheidigung des Ausschußberichts. Man möge, schließt

Digitized by Google

er, einen Kern ausscheiden für die Bildung eines künftigen Polens, das aber nicht blos für den Adel, sondern auch für den Bauernstand bestimmt sey. Man möge durch Erziehungsanstalten die Masse der Bevölkerung heben und so die Möglichkeit gewähren, ein freies Polen nicht blos herzustellen, sondern auch zu erhalten. Blum erinnert daran, daß Polen lange Zeit ein Wall zwischen nordischer Barbarei und europäischer Cultur gewesen, daß es seit undenklichen Zeiten den Einwanderern Gewissensfreiheit und selbst den verachtetsten und von aller Welt zurückgestossenen Juden eine Heimath gewährt habe. An den Fehlern der Polen trügen wir zum großen Theile selbst die Schuld, indem wir sie unterdrückt, ihrer Freiheit, ihres Landes beraubt hätten. Wir müßten die Schuld unserer Väter sühnen, denn ein Volk gehe nicht dahin wie ein einzelner Mensch. Ein Mann, der von allen Parteien geehrt werde der alte Gagern, habe gesagt: es sey für Europa kein Friede, keine Sicherheit und kein Völkerglück zu finden, bis die Schuld an den Polen gesühnt worden. Allen — fährt Blum fort — sey vielen andern Völkern mit den Beispiel der Vaterlandsliebe und des nie sinkenden Muthes vorangegangen, einem Beispiel, das wenn es nachgeahmt worden wäre, uns niemals in die Tiefe von Elend hätte sinken lassen, in die wir zu Anfang des vorigen und zu Ende des gegenwärtigen Jahrhunderts herabgesunken seyen. Auch Polen habe Theil nehmen wollen an der Wiedergeburt Europas, und wenn auch eine verbrecherische That vereitelt worden, so sei doch die Triebfeder eine edle gewesen, die Liebe zum Vaterlande. „Wenn Sie Polen durchsinneten wollen, um die Deutschen zu reclamiren, so trennen Sie doch auch Schleswig, und geben Sie die Slaven in Oesterreich und das südliche Tyrol frei, so befreien Sie die Deutschen in die Ostseeprovinzen und die 600,000 Deutschen in Elsaß, die auch überdieß das Unglück haben, unter einer Republik zu leben.“ Der Redner begreift nicht, daß ein solcher Bericht wie der des Ausschusses in die deutsche Nationalversammlung gebracht werden konnte, auf bloßes Zeitungsgeschwätz gebaute Angaben ohne allen historischen Nachweis über Dinge, die uns in die größten historischen Verwicklungen bringen könnten. Wenn irgend ein Schritt in Bezug auf Polen nothwendig war, so hätte er nur im Einverständniß mit Denen geschehen sollen, welche den bestehenden Zustand durch Verträge festgesetzt hatten. Haben die Polen ein Stück Boden und so viele Bevölkerung abgetreten, so mögen sie in Gottesnamen dieses Schicksal tragen, wie so manches andere, aber man zwinge sie nicht durch Strapatels, sondern überzeuge sie durch Gründe der Vernunft von der Nothwendigkeit, aber erst, wenn sie wieder angefangen haben werden, ein Volk zu sein, nicht jetzt, wo sie an Händen und Füssen gebunden seyen. „Beaustragen Sie die Gewalt, die Sie geschaffen, mit eigenen Augen zu sehen und nicht mit den Augen der Gegenpartei, lassen Sie vom verantwortlichen Ministerium erklären: Das ist nothwendig, und wenn es mit Gründen belegt ist, wollen wir die Ruhe der Nothwendigkeit anerkennen.“ Der Redner schließt mit den Worten Maria Theresias an Kaunitz bei Anlaß der Theilung Polens: Ich muß gestehen, daß ich Zeitlebens nicht so beängstigt mich gefühlt, und mich schen zu lassen mich schäme. Bedenke der Fürst was wir thun wenn wir um eines elenden Stück Landes willen Ehre und Reputation aufs Spiel setzen.“ Jordan von Berlin: wer dafür stimmen könne, daß wie die halbe Million Deutsche unter polnische Herrschaft geben, den halte er für einen unverwüsten Volksverräther. Die Einverleibung der Festung Posen hält er strategisch für gerechtfertigt; die preuß. Regierung wolle pflichtvergessen gegen ganz Deutschland gehandelt haben, wenn sie anders gehandelt hätte. Er wisse, daß er mit seinen Freunden und einem Theil der öffentlichen Meinung im Widerspruch stehe; allein die ersteren würden hoffentlich durch die Macht der Wahrheit belehrt werden, und die letztere sey doch schon theilweise anders beschaffen, als vor 2 Monaten, wo noch der Polenrausch in den Köpfen spukte. Man möchte sagen, je weniger man die Polen kenne, desto mehr liebe man sie, ein Beweis, daß die Sympathie weniger auf dem persönlichen Charakter, als auf einer Art kosmopolitischen Idealismus beruhe. Die Vaterlandsliebe der Polen müsse man bewundern, ihrem tragischen Geschicke könne man die Theilnahme nicht versagen; aber ein Mandered sey die Theilnahme an dem Trauerspiel, ein Andered es rückgängig zu machen. Das Rad der Geschichte prückrollen zu wollen, um sich von ihm zermalmen zu lassen, sey unsinnige Sentimentalität. Man nenne Polen das Bollwerk Deutschlands gegen die nordische Baebarei. Es wäre, wenn ein Volk von 45 Millionen, das wohlverschanzt im Centrum von Europa liege, ein Bollwerk nöthig hätte. Deutschland sey Mannes genug, seine Integrität zu wahren. Man mutbe und zu, Polen zu Gefallen, Rußland den Krieg zu erklären. Diejenigen, die Russendhaß predigen, wüßten nicht, was sie thäten. Völkerhaß sey in unserm Jahrhundert eine Barbarei. Nicht das Volk müsse man hassen, sondern das System; durch den Russenhaß werde das System nur verlängert. Auch Rußland werde in wenig Jahren in die Reihe der neuen Staaten eintreten; wenn wir aber das Nationalgefühl beleidigten, würden wir veranlassen, daß das Gewitter sich nach Außen entlade. Allerdings habe Deutschland polnische Länder erobert, aber in einer Art, daß wir sie nicht zurückgeben könnten; es sey eine Eroberung nicht durch die Waffen, sondern durch die Pflugschaar gewesen. Wenn wir gerecht sein wollten, müßten wir Deutschland bis ins Herz zurücktreten; denn weit über die Saale hinaus habe das Slawenreich seine Ausläufer erstreckt. „Die Bewohnern Posen'schen, wollen Preußen bleiben und um keinen Preis wieder polnisch werden. Nur der Adel und die Geistlichkeit verlängnen die Wohlthaten Preußens; sie sind noch in den Grundsätzen des alten Polenreichs erstarrt, das nur Herren und Knechte kannte. Diese beiden Stände haben auch die Bauern zum Aufstande verleitet. Man redete dem Volk ein, Preußen wolle es dekatholisiren und habe Ronge und Czerski zum Umsturz der katholischen Kirche aufgehetzt.“ Die Wiederherstellung Polens bemerkt er schließlich sey erst dann möglich, wenn ein polnisches Volk vorhanden, und dazu habe Preußen mit Schaffung eines freien Bauernstandes den Anfang gemacht. Die Keime eines polnischen Volkes groß zu ziehen, sey die schwierige Aufgabe Deutschlands; das sey Sühne genug für das Gehässige, was in der Art und Weise der Theilung Polens gelegen. Preußen habe eine Wiege für diese Keime errichtet, die, gegen Außen geschützt, im Innern frei daschebe.

Frankfurt, 23. Juli. Während Lamartine durch Protestation gegen die Einverleibung Posens in den deutschen Bund seine Sympathie mit den Polen an den Tag gelegt, hat Cavaignac in sehr freundlichem Schreiben an die deutschen Regierungen erklärt, seine Polen mehr nach Frankreich durchzulassen, um in Paris die Elemente neuer Unruhen nicht zu vermehren. Die Polenfrage ist somit keine Kriegsfrage. (D. Z.)

Frankfurt, 22. Juli. Die Vervollständigung des Reichsministeriums wird mit Sehnsucht erwartet; doch wird sie schwerlich vor der Rückkehr des Reichsverwesers erfolgen. Das Gerücht, daß Hr. v. Gagern die Präsidentschaft übernehmen werde, erneuert sich. Wichtig bleibt für den nächsten Augenblick die Ernennung des Gesandten; in der Paulskirche bezeichnet man Hrn. v. Andrian für Frankreich, den Fürsten v. Lichnowsky für Rußland und Hrn. v. Rönne für Amerika. Die Ernennung des Hrn. v. Rönne scheint uns unter den genannten die sicherste. In den letzten Tagen sprach man außerdem von der Ernennung der Abgg. Deey von Wittenberg und Merck von Hamburg zu Unterstaatssekretairen, und zwar des Letztern für die Marine, des Letztern für die Finanzen. Beides ist positiv unrichtig, doch glauben wir gut unterrichtet zu seyn, wenn wir behaupten, daß den bezeichneten Herren hohe Stellen zugedacht sind, und zwar Ersterem im Kriegs- und Letzterem im Finanzministerium. (D. A. Z.)

Frankfurt, 24. Juli. (Verhandlungen des deutschen Gewerbe-Congresses.) In den beiden heute Vor- und Nachmittag stattfindenden Sitzungen ward die Discussion über die Grundzüge zum Entwurf der künftigen deutschen Gewerbe-Ordnung fortgesetzt. Sie drehte sich ausschließlich um die wichtige Frage über die Realgerechtsame. Mehr als 40 Redner sprachen in dieser Angelegenheit und einige äußerten die Befürchtung, daß Nord- und Süddeutschland an einem Scheidewege angelangt seyn möchten. Dieser Sorge aber wurden Alle überhoben; waren auch die Ansichten über die Art der Reform verschieden, so stimmten doch Alle, mit wenigen Ausnahmen, im Prinzip überein: die Realgerechtsame müßten aufgehoben werden, und auch darüber fand keine Meinungsverschiedenheit statt, daß Entschädigung gegeben werden müsse. Im Allgemeinen muß gesagt werden, daß die Süddeutschen bei dieser Gelegenheit bedächtig und vorsichtig, die Norddeutschen entschiedner und vertrauensvoll auftraten, ganz wie es die Verhältnisse beider natürlich und folgerecht erscheinen lassen. Wenn in Bayern allein die Realrechte ein Vermögen von 100 Millionen Gulden repräsentiren, die mit einem Federzuge vernichtet werden sollen, so ist wohl Grund, zur Vorsicht, um so mehr, da, wie wiederholt gesagt wurde, vieler Wittwen und Waisen einziges Vermögen in diesen Realrechten besteht. Auf der andern Seite ist aber auch so wenig zu läugnen, daß Wittwen und Waisen der Länder, welche Gewerbefreiheit besitzen, durch die Realrechte ihrer Nachbarländer gefährdet werden. Das Resultat der gründlichen Verhandlungen der heutigen Congreßsitzung war der folgende Beschluß: Mit Einführung der neuen deutschen allgemeinen Gewerbeordnung sind alle an dem Betriebe von Handwerken oder technischen Gewerben haftende Realrechte aufzuheben. Vorher sollen jedoch sämmtliche betreffende

Digitized by Google

Staatsbehörden nach Grundsätzen der Billigkeit den Werth der einzelnen Realrechtsbesitze mit Rücksicht auf die, in diesem Augenblick auf fraglichen Gewerbs-Realitäten haftenden Passiven ermitteln, und hiernach eine billige Entschädigung festsetzen, welche, womöglich, binnen Jahresfrist zu erfolgen ist. (F. J.)

München, 22. Juli. In den letzten Tagen dieser Woche waren je ein Commando von 100 Mann der hiesigen Garnison nach den Dörfern Pasing und Zsmanning abgegangen, um als Executionstruppen in genannte Ortschaften und Umgegend verlegt zu werden, weil daselbst seit einiger Zeit beharrlich die Steuerzahlung verweigert worden war. Dieselben kehrten aber, da die Widersprenstigen sich bereit erklärten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, bereits gestern Abend wieder hieher zurück. (A. Z.)

Berlin, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand die Neuwahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten statt. Der bisherige Präsident, Hr. Grabow, erhielt wiederum die meisten Stimmen (290 unter 335 Votanten); nächst ihm Temme 13. Zu Vicepräsidenten wurden erwählt: die Abgg. Kosch mit 190, Jonas mit 183, v. Unruh ebenfalls mit 183, Phillips mit 178 Stimmen. Die Commissäen, welche die Nationalversammlung in Folge des Antrags auf Abschaffung der Todesstrafe niedergesetzt, hat mit 5 gegen 2 Stimmen sich für den Antrag erklärt, läßt jedoch für Fälle des Kriegs- und Belagerungszustandes Ausnahmen zu.

Der Abgeordnete für Lüssi, Rittmeister Kuhr, ist bekanntlich angeschuldigt, bei der Erstürmung des Zeughauses am 14. Juni insofern sich betheiligt zu haben, als er durch die erbrochenen Thüren sich in die untern Räume des Zeughauses begeben und ein Gewehr an sich genommen haben soll. Es war deßhalb an die Centralabtheilung der Nationalversammlung die Anfrage ergangen, ob die Anklage gegen das angeschuldigte Mitglied zugelassen werden solle. Die Abtheilung soll die Anfrage bejaht haben.

Gestern fand sich an den Straßenecken ein „Aufruf an das Volk" vom hiesigen Preußenverein. Es wird das Aufgeben Preußens in Deutschland beklagt und zur offenen Widersetzlichkeit gegen die konstituirende Nationalversammlung provocirt; auf Antrag des Dr. Bracht aus Elberfeld hat der constituirende Congreß in seiner heutigen Sitzung eine Entgegnung beschlossen, in welcher der deutschen Centralgewalt und deren zeitigem Inhaber, dem Reichsverweser, das Recht gewahrt wird, nicht blos über das bisherige Bundescontingent, sondern über die gesammte Militairmacht der einzelnen deutschen Staaten zu verfügen. Es wird darin zugleich ausgesprochen, daß der den einzelnen deutschen Fürsten geleistete Eid dem dem Reichsverweser zu leistenden Eide nachstehen müsse. (D. R. Z.)

Karlsruhe, 23. Juli. Das großh. Regierungsblatt enthält eine Verordnung vom 22. d., kraft welcher die demokratischen Vereine, auf den Grund des Gesetzes vom 26. Oktbr. 1833, aufgelöst sind und die fernere Theilnahme daran unter Androhung der in jenem Gesetze bestimmten Strafen verboten ist.

Mannheim, 23. Juli. Die hiesigen Verwandten Hecker's erzählen, Hecker habe sich entschieden, Anfangs September nach Nordamerika auszuwandern. (D. Z.)

Homburg v. d. H., 23. Juli. Durch ein unterm 21. d. erschienenes Gesetz ist das Verbot der Ehen zwischen Christen und Juden in unserer Landgrafschaft aufgehoben.

Italien.

Die provisorische Regierung der Lombardei hat d. d. Mailand 20. Juli ein Bulletin erlassen, wonach am 18. d. M. die piemontesische Division unter General Bava das österreichische Corps, welches das linke Ufer des Mincio von Mantua bis Governolo bewachte, angegriffen und nach kurzem aber hartnäckigem Widerstand namentlich durch glückliche Cavaliercharagen geschlagen haben soll. Hiernach verloren die Oesterreicher an Todten 300 Mann und 400 Gefangene, darunter einen Major und mehrere andere Offiziere, ferner 2 Fahnen, 4 Kanonen, Gepäck und Kriegskasse. Italienischer Seits blieben 2 Offiziere und nur sehr wenige Soldaten („pauci nostrum desiderii sunt," nach dem alten Cäsarischen Bulletinstyl). Tags zuvor hatten die Italiener durch ebenso rasche als geschickte Bewegungen Marmirolli besetzt und sich der dortigen Pulvermühle nebst beträchtlichen Pulvervorräthen bemächtigt. Ein österreichischer Hauptmann, der mit Depeschen von Mantua nach Verona unterwegs war, wurde aufgefangen. —

Der Florentiner Patria zufolge hat der König von Neapel wegen der Ausrufung des Herzogs von Genua als König von Sicilien eine Note an die nordischen Höfe gerichtet. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 22. Juli. General Cavaignac hat gestern seinen ersten offiziellen Empfang gehalten, — er begann um 9 Uhr Morgens und endete um 6 Uhr Abends. Alle Tribunale, die Geistlichen aller Glaubensbekenntnisse, die Departements- und Municipalbehörden von Paris, Versailles und den beiden Departements der Seine und Oise, das Offizier-Corps der Armee, der Nationalgarde, der Mobilen, die Akademie, der Rechnungshof, die Collegien, die Vorsteher Agenten und alle andern konstituirten Corps erschienen vollständig. Es war das erste Lever des provisorischen Präsidenten der Republik.

Es ist bemerkenswerth, daß bei den Bureaux-Prüfungen der neuen Constitution, die bekanntlich die Abschaffung der Militärs-Stellvertreter enthält die bedeutendsten Männer wie Thiers, Dupin, die Generale Oudinot, Rey, Oberst Ambert u. A. sich für Beibehaltung der Stellvertreter nur mit einem zweckmäßigeren Systeme aussprachen. Für Deutschland dürfen die Reden Napoleons Bonaparte's über diesen Gegenstand von besonderem Interesse seyn und das Journal des Débats bringt sie heute ganz. Herr N. Bonaparte hat lange Jahre in Deutschland gelebt und unterwirft das deutsche, besonders aber das preußische Wehrsystem einer sehr scharfen Kritik. Nicht uninteressant für deutsche Leser ist auch ein großer Artikel des heutigen Débats über die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt, vom französischen doctrinären Standpunkte aufgefaßt. — In Nenles ist ein Individuum, das in den Irrenhäusern öffentlich Wetten von 60 Fr. anbot, daß General Cavaignac noch vor dem 1. August ermordet sein würde, verhaftet und den Gerichten übergeben worden.

Die über Paris gekommene offizielle Nachricht, daß die in Ferrara am 14. einmarschirte österreichische Brigade Lichtenstein schon am 15. wieder Ferrara geräumt hat und in aller Eile über den Po zurückgegangen ist, hat hier die Sensation, die die telegraphische Depesche der Regierung machte, wieder beschwichtigt.

Der am 13. von Messina abgegangene französische Dampfer Sesostris hat die Nachricht gebracht, daß der Aufstand in Calabrien gänzlich unterdrückt ist und der König von Neapel jetzt eine Expedition von 20,000 Mann gegen Sizilien ausrüstet. Man erwartet eine vollständige Flotte im Mittelmeere, die jede Einmischung Frankreichs oder Englands in den Kampf zwischen Sizilien und Neapel verhindern soll.

Großbritannien.

London, 22. Juli. Die gestrige Ankündigung der Minister im Parlamente, daß der Lordstatthalter zur Suspension der Habeas-Corpus-Acte, d. h. zur sofortigen Festnehmung und Verhaftung aller Personen ermächtigt werden soll, welche der Verschwörung gegen Königin oder Regierung verdächtig sind, hat an der Börse, wie im Publikum einen guten Eindruck gemacht, weil man überzeugt ist, daß, so wie nun einmal die Sachen in Irland stehen, nur durch diese Maßregel und die angenommene Durchführung dem ernstlichen Ausbruche des Bürgerkrieges und vielleicht der Proklamirung einer unabhängigen keltischen Republik vorgebeugt werden kann. Mit Recht wird eine Suspension der verfassungsmäßigen Garantien bei uns als ein Nationalunglück betrachtet; aber selbst die eifrigsten Gegner von Ausnahmemaßregeln räumen ein, daß leider eine Wahl nicht mehr möglich, und daß man, dem sicheren Unheil der laut und drohend angekündigten bewaffneten Empörung gegenüber, das kleinere Uebel wählen müsse. Auch die Presse ist durchgängig mit der Dringlichkeit des von der Regierung angekündigten Schrittes einverstanden. — Ernst Jones, der bekannte Chartist, wurde gestern vom Old-Bailey-Gericht abgeurtheilt und der Theilnahme an aufrührerischen Versammlungen schuldig befunden. Seine Strafe wird nicht angegeben. — Man versichert, daß das Uebungsgeschwader unter Napier nach Cork bestimmt sey, wo seine zahlreichen Seesoldaten vielleicht wesentliche Dienste leisten können.

Aus Dublin wird unterm 21. geschrieben: Der Lordstatthalter hat für Stadt und Grafschaft Dublin eine Proclamation erlassen, worin alle Personen aufgefordert werden, vor dem 28. alle Waffen und Munition jeder Art, welche sie besitzen, bei Strafe zweijährigen Gefängnisses mit Zwangsarbeit, an die Polizeistationen abzuliefern. Die jetzt mit Säbeln bewaffnete Polizeimannschaft hat gestern überall in der Stadt eine Menge Flinten und Piken weggenommen. Zwei Ultra-Repealer, O'Doherty und Williams, Eigenthümer der aufrührpredigenden „Tribune", wurden gestern eingesteckt. Der Eigenthümer des „Irish Felon", John Martin, gegen den ein Haftbefehl ergangen war, stellte sich gestern freiwillig und wurde ins Gefängniß gebracht. Die Localblätter der Conföderation strotzen von Berichten über Clubs und sonstige Versammlungen, worin das Landvolk aufgefordert wird, sich zu bewaffnen und auf einen entscheidenden Kampf, der binnen Kurzem erfolgen müsse, jeden Tag gefaßt zu halten. Zu Aufruhr und Hochverrath wird in diesen Monsterversammlungen laut auf-

Digitized by Google

gerufen und die gerichtlichen Verfolgungen wegen Aufruhrs werden verspottet. Während S. O'Brien für den Augenblick hierher zurückgehet ist, sind seine Stellvertreter eifrigst beschäftigt, den Aufstand in allen Provinzen zu organisiren; Dohey in Tipperary, Meagher in Waterford, Stritch in Roscommon und andere Abgeordnete rüsten für den Aufbruch. Der Geistliche Birne erklärt in unsern Blättern, daß seine angebliche Versöhnung und Beseelung rein erdichtet seyen. Auf den Bergen in Tipperary und Waterford brennen allabendlich Signalfeuer. In Waterford sollen zwei neue Regimenter eintreffen und auf den Höhen der Stadt will die Regierung ein festes Lager anlegen lassen. — In mehreren Grafschaften tritt die Kartoffelkrankheit sehr bösartig auf. (A. Z.)

Der würtembergische Gesandte, Baron v. Hügel, meldet die M. Post, hatte gestern Audienz bei ihrer Maj., um seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Das eben so theure als schädliche diplomatische Possenspiel der deutschen Viel- und Kleinstaaterei geht zu Ende.

Moldau und Walachei.

Bucharest, 10. Juli. Die Nachricht von dem Einmarsche fremder Truppen fand zwar gestern noch viele Ungläubige, heute aber hat sie sich bestätigt. Den 11. Sämmtliche Mitglieder der provisorischen Regierung sind diese Nacht um halb 2 Uhr vom Palast aus abgereist. Sie haben sich von einer zahlreichen Abtheilung Cavallerie in die Bergabet begleiten lassen; was sie von Infanterie mitgenommen, wird Mühe haben zu folgen. Oboldsto, Salomon und der Major sind frei und in die Kaserne zurück, die Kanonen abgeführt, Piakete an allen Straßenecken, die das neue Ereigniß kundgeben. Es wird behauptet, alle Gelder seyen aus dem Schatze mitgenommen worden; entweder war das Gerücht, als habe die provisorische Regierung den Schatz leer gefunden, falsch, oder die jetzt mitgeführten Summen können nur unbedeutend seyn. Dem Dolmetsch des preußischen Consulats ist gestern ein Brief der gleichen Beamten beim gleichen Consulat in Jaffy zugekommen, worin gesagt ist: eine Revolution sey dort ausgebrochen, der Fürst sey fort und die Einwohner hätten ihm nicht erlaubt, das mindeste mitzunehmen; dieß der Hauptinhalt, den ich von einem der preußischen Beamten habe. Ob die Russen den Fürsten nach Jaffy zurückgeführt und neuerdings eingesetzt haben, wird sich zeigen. Man erwartet hier, daß die noch im Lande anwesenden Minister der frühern Regierung ihre Aemter sogleich wieder antreten werden. Bis jetzt, 11 Uhr, kein Anschein von Unordnungen in der Stadt. Noch diese Nacht wurde ein anderer Polizeichef gewählt, ein früherer Commissär, dessen Energie und Sachkenntniß jedermann bekannt sind. Ghika, der vor dem Ausbruch der hiesigen Bewegung als Vermittler nach Konstantinopel gegangen war, ist dort festgenommen worden. (A. Z.)

Anzeigen.

Entgegnung.

Scherz und Ernst!

Welch' einen unbegreiflich schnellen und bewunderungswürdig mächtigen Einfluß auf die Umbildung und Kenntnißmehrung des menschlichen in specie deutschen Verstandes die neuen Errungenschaften ausüben, davon giebt eine Aufforderung in der Bayreuther Zeitung Nr. 194 Kunde.

Herr Huspauf, Gutsbesitzer auf dem Vorwerk bei Selb, gewesener Wahlmann zur Nationalvertretung in Frankfurt, der bis vor den 10. Juli 1848 als Literat gänzlich unbekannt war, hat in einem kühnen Sprunge seine eigenen Gedanken an das Licht des Tages geföhrert.

In seiner politischen Aufersthehung wundert er sich und steht vor Staunen still, daß er in Selb als Wahlmann gewählt worden sey, da man dortselbst, wie sein Aufsatz erläutert, lauter Brüder und Schwäger erkoren hätte; — von vornherein ist diese eine Lüge, da unter den 8 Wahlmännern Selbs nur 4 in diesem Grade verwandt sind; was will Herr Huspauf nun damit andeuten? Doch wohl nur die Schlußfolgerung, daß bei den Wahlen hier Vetter- und Basenschaft auf die Seite gesetzt wurde, da er selbst zum Heile des Vaterlandes aus der Wahlurne hervorging.

Selbstständig und unabhängig hat sich Hr. H. jedenfalls bewiesen und er ist darum zu preisen, denn seine Wahlzettel hat er sich hier und in Wunsiedel durch andere Personen schreiben lassen, und unabhängig hat er seine Meinung in einer??! Verwahrung von dem Nichtrepublikanischgesinntseyn selbstständig der Oeffentlichkeit übergeben.

Wenn man früher einige unschuldige Zweifel an dem Aufwachen des deutschen Michels gehegt hat, so kann man jetzt dem Vaterlande nur Glück und Heil wünschen, denn Michel und Nickel wachen auf.

Schlüßlich noch die Bemerkung im Ernste, daß nach unserer Ansicht dem Abgeordneten Dr. Blum weder ein Republikanismus noch nicht nachgewiesen werden konnte, er selbst beweist dieß in seiner Verantwortung gegen Advokat Keim.

Dr. Bl. hat sich immer als Ehrenmann bewährt, deßwegen haben wir ihm unser Vertrauen geschenkt — und er besitzt es noch; zu einer Versammlung der Wähler, Behufs der Abberufung des Dr. Bl. ist für uns kein Grund vorhanden. Dieß hätte Hr. H. durch Besprechen mit den unterzeichneten Wahlmännern kürzer als auf diesem Umwege (wahrscheinlich durch Aufhetzen eines Mißliebigenten hervorgewesen), erfahren können, man muß ihm aber dieß in Bezug auf sein bekanntes, Streit und Ähndel suchendes, Benehmen zu Gute halten.

Selb, am 18. Juli 1848.

Folgen die Unterschriften von 17 Wahlmännern unter den 24 des Landgerichts-Bezirks Selb.

Bei Zeh in Nürnberg ist so eben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Portrait des Erzherzogs Johann von Oestreich (erwählt als Reichsverweser).

Preis 24 kr.

Bei Bromberg in Leipzig erschien und ist in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Der Verfall der Gewerbe in Deutschland und ihre Rettung. Offenes Sendschreiben an die zukünftige Arbeiter-Kommission in Dresden, an die Arbeitercomités, so wie an sämmliche Gewerbtreibende Deutschlands. Ein Wort zur Verständigung von H. Fischer, Schlossfergeselle. Preis 9 kr.

Gestärkt durch die Speise der Religion, verließ uns zur Reise in das bessere Jenseits unsere gute, theuere Frau, Mutter, Großund Schwiegermutter,

Frau Margaretha Sophie Bauer, geborne Dürrschmidt,

in einem Alter von 70 Jahren. Wer der theueren Dahingeschiedenen stilles Wirken sah, ihr Hingehen für ihre Familie, ihr Mitleid für die Armen kannte, wird unseren Schmerz für gerecht finden. Der Trost der einstigen Wiedervereinigung erhält uns aufrecht.

Dank, vielen Dank den so vielen antheilnehmenden Verwandten, Nachbarn und Freunden! Möge Sie der Himmel vor aller Trauer lange bewahren.

Bayreuth, den 27. Juli 1848.

Die Hinterbliebenen.

Am 30. Juli d. J. Nachmittags 4 Uhr werden zwei Grundstücke, Feld und Wiesen, bei dem hiesigen Schießhause und eines dergleichen dem Kreuzsteine gegenüber gelegen, den Metzgermeister Morg'schen Relikten gehörig, in dem Gasthause zum Kreuzstein aus freier Hand meistbietend öffentlich verkauft.

Die Hälfte der Kaufschillinge können zu vier Prozent stehen bleiben.

Vorschriftsmäßige **Landwehr-Cocarden** sind vorräthig zu haben bei

F. A. Kästner, Posamentier.
G. Arneth, Posamentier.
C. F. Kästner in der Ludwigstraße.

Schwarz-roth-goldene Cocarden von Metall, das Stück zu 4 kr., sind zu haben bei

Konrad Mack, Flaschner im Neunweg.

Auf dem heutigen Wochenmarkt blieb ein dunkelgrüner Sonnenschirm stehen, der rothliche Finder wolle denselben gegen eine angemessene Belohnung Hs.-Nr. 56 eine Treppe hoch abgeben.

Bayreuth, am 26. Juli 1848.

Freitag, den 28. d. Mts. Kellerpartie im Garten des Herrn Bäckermeister Maisel auf dem Herzeg, wozu ergebenst einladet

J. G. Küpfmüller,
Gastgeber zum deutschen Haus.

Ein junger Königshund mit braunen Behänge ist abhanden gekommen. Wer denselben zurückbringt, erhält 1 fl. Belohnung in der Ziegelgasse Nr. 190.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend — Nro. 209. — 29. Juli 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 26. Juli. In der heutigen Sitzung ist die Debatte über Posen endlich zum Schluß gebracht worden, obgleich kaum der dritte Theil der eingeschriebenen Redner zum Wort ge kommen war. Die letzten Verhandlungen waren noch ziemlich lebhaft. Herr Ruge von Berlin sprach gegen die Theilung Polens und verlangte einen allgemeinen Congreß unter Zuziehung Frankreichs und Englands, um ein freies Polen herzustellen. Er nennt die Polen die Apostel der Freiheit und will ganz Europa demokratisiren. Radetzky und die österreichische Armee wünscht er aus Italien verjagt zu sehen. Ueber diese Aeußerung gerieth die Versammlung in heftige Aufregung, die Linke klatschte Beifall, die Rechte tobte und rief zur Ordnung. Der Präsident erklärte: zur Ordnung könne er den Redner nicht rufen, weil er ihm seine eigenen Ideen leihen müsse; aber er betrachte es als einen halben Verrath am Vaterlande, seinen Waffen eine Niederlage zu wünschen. Der Redner nach ihm, Hr. Löw von Posen, forderte die Versammlung auf, sich zum Zeichen der Sympathie für die österreichischen Waffen in Italien zu erheben, was aber ohne Erfolg blieb. Für die Polen sprachen heute noch die HH. Thinnes und Venedey. Ersterer, ein katholischer Geistlicher aus Bayern, sprach (wie es scheint, die Taktik der katholischen Parthei) gegen eine Trennung Posens, aber für die Einverleibung der ganzen Provinz in den deutschen Bund. Die linke Seite klatschte ihm Beifall zu, kann aber unmöglich diese Ansicht unterstützen, ohne ganz und gar ihren Grundsätzen untreu zu werden. Der Oesterreicher Giskra sprach mit großem Eifer gegen Ruge u. A. Er behauptet, nur der Adel wünsche die Wiederstellung Polens; das Land sey noch gar nicht reif dazu. Er berief sich auf die Erklärungen der Posener Bauern und der gallizischen Mordscenen. Morgen wird der Ausschußreferent noch sprechen und dann abgestimmt werden. Man zweifelt nicht an der Annahme der Ausschußanträge.

Frankfurt, 25. Juli. Ausführlicher Berichte über die 27. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung, v. Radowitz steht mit Bedauern, daß confessionelle Streitigkeiten in die Debatte gemischt werden sollen. Die katholische Kirche sey bei der Frage nicht betheiligt; die Beschwerden der Posener fänden sich in allen Ländern sowohl katholischer als protestantischer Religion mehr oder minder vor und daß die Aufnahme eines kath. Landes in den deutschen Bund dessen Glauben gefährden könne, dagegen müßten die Katholiken der alten deutschen Lande sich auf das Entschiedenste verwahren. Er beschwört die Versammlung, den Handschuh, von welcher Seite er auch geworfen werden möge, nicht aufzuheben. Wer gegen die Ausschußanträge stimme, müsse entweder verlangen, daß ganz Posen in den deutschen Bund aufgenommen, oder daß es ganz ausgeschlossen werde. Wer das Erstere wolle, der verlange, daß der König von Preußen das Versprechen der polnischen Reorganisation zurücknehme; wer das Zweite verlange, der wolle, daß eine halbe Million Deutsche einem polnischen Reich einverleibt werden. Das wäre aber eine Theilung Deutschlands und zwar nicht die erste. In Osten und Westen habe Deutschland durch eigne Zerrissenheit, politischen Stumpfsinn und falschen Kosmopolitismus kostbare Provinzen verloren; Gott bewahre, daß ein so klägliches Schauspiel sich jetzt wiederhole. Die Berufung auf die Verträge bestrembe ihn von Seite einer Partei, die bisher geringschätzend von den Verträgen gesprochen. Was Frankreich betreffe, so habe dieses weder durch Verträge, noch durch die Natur der Sache ein Recht der Einsprache erworben. „Wie sind" — sagt er — „nicht kriegslustig; bei nur einiger politischer Einsicht wird man in der jetzigen Lage Europa's einen Krieg nicht wünschenswerth finden, aber eine Zumuthung gegen die Ehre und Selbstständigkeit Deutschlands müßten wir zurückweisen, sie komme von Osten oder Westen, von einem Selbstherrscher oder einer Republik. Wir wollen Schleswig einverleiben und sollten eine dreimal größere Anzahl deutscher Brüder in Posen aufgeben! Eine solche Zumuthung wäre in jeder andern Versammlung unmöglich. Hoffentlich werden wir nicht unserer Gutmüthigkeit auf Kosten unserer Weisheit ein solches Denkmal setzen. Ist dann auch nur irgend eine Bürgschaft für ein künftiges polnisches Reich geben; ist unsere so wichtige Grenze dann mehr gesichert? Und einer so unsicheren Zukunft sollen wir eine halbe Million unserer Brüder opfern? Bimmermehr!" Schuselka: Die Herstellung Polens sey auch ein Vortheil für Deutschland, aber durch Waffengewalt allerdings unausführbar. Er kommt auf die gestrige Beurtheilung der Polen durch Jordan zurück, die er eine liebloſe, wahrhaft grausame nennt. Eine solche Beurtheilung könne den Verdacht erwecken, daß wir unser Gewissen betäuben und ein begangenes Unrecht beschönigen wollen. Selbst den Heiden sey das Unglück heilig gewesen. — Die gestrigen Worte Jordans seyen Dolchstiche in Millionen Herzen gewesen. Wenn wir in Zeiten des Faustrechts den Polen Länder abgenommen, dürfen wir es auch jetzt noch im Zeitalter der Humanität? Es sey traurig, wenn in diesen Tagen und in dieser Versammlung das feststehende historische Urtheil über die Theilung Polens wankend zu machen versucht werde, eine Anmaßung, wenn ein einzelner Mensch Millionen Menschen für unsträflich erklären wolle. Sey ja auch schon diese Versammlung für unsträflich erklärt worden, weil sie die demokratisch sociale Republik nicht einführen wollte. „Die Nationalversammlung ist nicht berufen, das Amt des Todtengräbers zu übernehmen. Polen ist nicht todt und daher dürfen wir nicht seine letzten noch lebenden Reste ersticken. Es lebt in den Verträgen von 1815. Wir freuen uns der Verwirklichung dieser Verträge, so weit sie ungerecht, nicht so weit sie gerecht waren. Die Verträge von 1815 waren die letzte Gerechtigkeit gegen Polen. Die Theilung Deutschland nur Nachtheil bereiten. Frankreich fängt an, uns zu fürchten seit der Gründung der Centralgewalt und glaubt an die alten Reichsgelüste; Rußland könnte sagen: dieser Heerd einer polnischen Revolution ist mir gefährlich, also nehme ich ihn. Es könnte die Polen unter einem Fürsten seines Stammes selbstständig machen und hätte dann ihre Sympathien gegen uns." — Abgeordneter Jaup spricht vertheidigt sich ausführlich über die letztern Vorgänge im Posenschen. Die Aufnahme eines Theils dieser Provinz war nach seiner Behauptung gesetzwidrig, weder gegen den Beschluß des Landtags, als des gesetzlichen Organs, noch gegen den Wollswillen stattgefunden habe. Protestationen gegen diesen Akt, mit 100,000 Unterschriften, von denen die eine Hälfte von Deutschen herrührte, seyen unbeachtet geblieben. Seine Wähler in den Kreisen Buk und Samter hätten gegen die Wahl ganz und gar protestiren wollen, man habe ihnen aber gesagt, daß dieß nicht angehe. Der Kaufmann Hütten sie ein Mitglied des polnischen Nationalcomite zum Abgeordneten gewählt, damit derselbe hier im Angesicht des deutschen Volks die Wahrheit enthülle und ihren einzigen Wunsch feierlich aussprechе, den Wunsch, daß sie nicht zur Einverleibung gewollt, weil sie keine Deutschen, sondern Polen seyen, daß sie die Trennung von ihren Brüdern als ein Unrecht ansehen, gegen welches sie ewig protestiren würden. Er habe die Wahl angenommen im Vertrauen auf die Gerechtigkeitsliebe und Großmuth der deutschen Nation, in der Hoffnung, daß die Leidenschaften, die an Ort und Stelle sich geltend machten, nicht hierher dringen und das Urtheil trüben würden, und weil er nicht glauben konnte, daß ein Volk, welches sich eben zu einem freien Daseyn aufgeschwungen, einem andern schwächeren Volke Fesseln anlegen wolle. Die Theilung wäre eine Gewaltthat, um so unverantwortlicher zu einer Zeit, wo die Völker nicht mehr Opfer der Willkühr, der Kabinetsjustiz seyn sollten. Er könne nicht glauben, daß Deutschland im Namen der Freiheit gegen die Freiheit kämpfen wolle, ähnlich Katharina II., die im Namen der Religion, der heiligen Dreifaltigkeit an die Theilung Polens Hand anlegte. „Ich beschwöre Sie", fuhr er fort, „im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit, ohne welche es keine Freiheit giebt, lassen Sie auch gegen Polen die Freiheit und Gerechtigkeit walten; sie wird sich später als die beste, die klügste Politik bewähren." Der Redner erzählt dann u. A., wie zur Zeit der Wahlen die Martialgesetze noch in Anwendung, die Polen auf ihrem eigenen Boden vogelfrei gewesen. Er läugnet, daß zum Schutze der deutschen Bevölkerung besondere Maßregeln erforderlich seyen; jedenfalls gebe dies kein Recht zur Theilung. „Was gewinnt Deutschland durch 5—600,000

Digitized by Google

Polen? Es gewinnt 5—600,000 der erbittertsten Feinde. Man hat die Polen verschluckt, verdauen wird man sie bei Gott nicht. Große Staaten haben an der Vernichtung dieser Nationalität gearbeitet; sie haben Kerker angefüllt, Galgen aufgerichtet, Blut in Strömen vergossen, und doch nur die Aebeit des Tantalus und Sisyphus verrichtet. Wollen Sie sagt die Freiheit Deutschlands in so blutige Bahnen lenken? Ein verehrter Mann sprach es in dieser Versammlung aus, daß, wenn Deutschen auch alle Tugenden fehlen würden, ihnen doch die Tugend der Gerechtigkeit bleiben würde. Ich appellire an kein Mitleid, keine Sympathie, nur an diese Tugend der Gerechtigkeit." Kerst meint, Polen habe durch seine Theilung nur dasselbe Schicksal erfahren, wie andere Völker, wie das deutsche und italienische. Deutschland habe keine Verpflichtung, alles historische Unrecht wieder gut zu machen. Er erklärt im Namen der Deutschen in Posen, sie seyen Deutsche und würden es bleiben; ihre Väter und Brüder hätten nicht dethalb im Freiheitskampfe ihr Blut für Deutschland vergessen, das mit man sie fremder Herrschaft opfere. Deutschland werde nicht aus Vorliebe für ein fremdes Land einen Brudermord begehen. Fürst Lichnowsky: Die Sympathien für die Polen sey von Allen, ob Aristokraten oder Demokraten, gleichmäßig getheilt worden; allein er habe sie hier nicht mehr in dem frühern Umfange vorgefunden. Der Grund sey der, daß die Polen überall, wo Revolutionen ausgebrochen, ob gegen einen absoluten oder konstitutionellen Staat, die Hand im Spiele gehabt hätten. Man habe von der Sympathie der Franzosen für die Polen gesprochen, die mächtig genug gewesen sey, um zu einer Bedrohung der Nationalversammlung den Vorwand zu leihen. Er spreche aber, ob durch die Theilnahme der Polen an dieser Bedrohung des einzigen gesetzlichen Organs die französischen Sympathien für Polen verstärkt worden seyen. Er habe sogar Grund zu glauben (und ersuche den Minister des Aeußern, hierüber Auskunft zu geben,) daß die französische Regierung in einer Depesche an eine deutsche Regierung sich die Rückkehr der in Deutschland befindlichen Polen verbeten habe, aus Furcht, sie möchten in Frankreich Unruhen erregen. Die Linke stelle sich auf den Boden der Verträge und des historischen Rechts; sie, die sonst alle vergilbten Pergamente und alles Rechtsboden verwerfe, finde es bequem, die Verträge zu verdammen und anzurufen, je nachdem es ihr passe. Wenn man aber auf dem Boden des historischen Rechts stehe, müßte man noch weiter zurückgehen, müßte einen großen Theil Schlesiens und Preußens an Polen abtreten. Andererseits müßte man aber auch auf die Verwüstung der Pfalz unter Ludwig XIV., auf die widerrechtliche Wegnahme von Elsaß und Lothringen zurückgehen. Er möchte nur sehen, was die Franzosen antworten würden, wenn man die Festung Straßburg, das Elsaß zurückforderte. (Links: die Elsässer wollen keine Deutschen seyn!) Gut, aber die Deutschen in Posen wollen auch keine Polen seyn. Die Polen, meint der Redner, würden aber in der Folge sich mit Posen nicht begnügen, sondern auch noch Danzig u. s. w. verlangen. Er interpellirt den Kriegsminister, ob ohne Posen eine Sicherheit der Ostgränze möglich sey. Gerade diese Ostgränze aber, von woher, nach der Behauptung der Linken, Deutschland mit beständiger Kriegsgefahr und dem Einfall der russischen Barbarei bedroht sey, möge sprechen werden. Man rathe der Versammlung an, die Entscheidung aufzuschieben; dadurch würde aber nur der Bürgerkrieg abermals entzündet werden. Er stimmt für den Ausschußantrag, jedoch mit der Modification, daß in Nr. 3, wo verlangt wird: die preußische Regierung solle den Deutschen im polnischen Theil des Großherzogthums Posen ihre Nationalität sichern, statt der Worte „für den Fall, daß dieser polnische Theil aufhören sollte, unter preußischer Herrschaft zu stehen" gesetzt werde: „unter allen Umständen." Er hält es nämlich der Würde der Versammlung nicht angemessen, durch solche Trostesworte eine Hoffnung hinzuwerfen, die man nicht erfüllen könne, und mit einem edlen Volke ein grausames Spiel zu treiben, wie es 18 Jahre lang in Frankreich geschehen; andererseits aber auch nicht angemessen, voraussagen, daß Deutschland sich etwas entreißen lassen werde. „Beschließen Sie (ruft der Redner aus); geben Sie die 500,000 Deutsche, die Festung Posen und unsere östliche Grenze hin; zerreißen Sie dann aber auch das Lied: „So weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt." — Vertagung. (F. Z.)

Frankfurt, 24. Juli. Von einem österreichischen Abgeordneten ist bei der Reichsversammlung ein von mehr als 100 Mitgliedern unterstützter Antrag auf Aufhebung des Cölibats eingereicht worden. (K. u. f. D.)

Frankfurt, 25. Juli. (Verhandlungen des deutschen Gewerbes-Congresses.) Der durch einzelne Zusätze verbesserte Antrag des Ausschusses: „Auf dem Lande, in Dörfern und auf Höfen dürfen nur solche durch die Bezirksbedürfnisse erforderliche Handwerke und technische Gewerbe in einer durch jene bedingten Anzahl und mit billiger Rücksicht auf solche Gewerbe betrieben werden, deren Fabrikate in fernen Gegenden Absatz finden" wurde angenommen. Es hatten sich 56 Redner über diesen Gegenstand einschreiben lassen. — In der Nachmittagssitzung ward nach einer langen, an interessanten Mittheilungen reichen Verhandlung über den Hausirhandel ein ebenfalls beschränkender Beschluß in Bezug auf den erwähnten Gegenstand gefaßt, nachdem sie sich dahin erklärt hatten, daß der Unfug mit den Hausirhandel im Großen wie im Kleinen als einer jener vielen Gründe des gesunkenen Zustandes der handarbeitenden Klassen zu betrachten sey. Darnach wurde die Discussion über die Staatswerkstätten eröffnet. Nur Ein Redner sprach denselben das Wort, von dem Gesichtspunkt der Reform des Staats ausgehend. Er sah dann mit Unbeil in den Staatswerkstätten, wenn deren Erlös in die Taschen der Fürsten und einzelnen Privaten fließe, hält sie aber für sehr passend, wenn ihr Nutzen der Gesellschaft selbst zu Gute komme. Dagegen wurde das Mißverständniß hervorgehoben, in welches sich der Staat durch Strafarbeitsanstalten, Militärwerkstätten und andere Staatsinstitute zum Handwerkerstand gebracht; der Conflikt der Arbeit des ehelichen, freien Mannes mit der Arbeit des unehelichen und unfreien trat in dieser Verhandlung in seiner ganzen verhängnißvollen Bedeutung hervor; die Unmöglichkeit wurde nachgewiesen, daß der Handwerker Concurrenz der Staatswerkstätten nicht bestehen kann. Auch der demoralisirende Einfluß, den die Staatswerkstätten auf die ebenfalls arbeitenden, wurde beleuchtet. Der Beschluß lautete dringemäß für Aufhebung aller Staatswerkstätten.

München, 26. Juli. Die Gesetzgebungs-Ausschüsse beider Kammern hielten gestern eine gemeinschaftliche Sitzung, in welcher sie sich bezüglich der vorhandenen Differenzpunkte in den beiderseitigen Beschlüssen über den Gesetzentwurf, die Einführung der Schwurgerichte betr., einigten, so daß Gesammtbeschluß erzielt wurde. Der Gesetzentwurf dürfte schon in den nächsten Tagen die königliche Sanktion erhalten. — Nicht wegen Steuerverweigerung, sehr der allgemeinen Lösung, berichtet man, seyen wegen Wilddieberei sind vorige Woche Infanterietheilungen nach zwei Dörfern unserer Umgegend beordert worden, von wo sie indessen schon am nächsten Tag zurückkehrten.

Berlin, 25. Juli. Die Ergänzung unseres Kabinets durch Hrn. Professor Rosenkranz als Unterrichtsminister ist als ein mißlungener Versuch stehen geblieben, Professor Rosenkranz aber ist unter seiner soeben erfolgten Ernennung zum Rath erster Klasse der Verwaltung im Staatsministerium beigestellt worden und wird in dieser Eigenschaft, wie man hört, besonders von dem Ministerpräsidenten v. Auerswald in den Ministerialgeschäften verwendet werden, wie auch bei den Verhandlungen in der Nationalversammlung denselben dann und wann zu vertreten haben. Ein bestimmter Kreis amtlicher Thätlichkeit ist jedoch Herrn Rosenkranz dabei keineswegs angewiesen worden, und so erscheint seine neue Stellung zugleich als eine duchaus individuelle und ausnahmsweise, die vornehmlich als Ausweg einer persönlichen Entschädigung für seine sonst resultatlose Herberufung nach Berlin fur ihn gebildet worden sein mag. Mit dem Wirkungskreise des Unterrichtsministeriums wird er dabei zunächst in keinerlei unmittelbaren Berührungen stehen.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, welche der wiederum gewählte Präsident Grabow leitet, erregte eine Interpellation des Abg. Pokrzywnicki über den Bau der Ostseebahn wegen der daran sich knüpfenden Antwort des Finanzministers einiges Interesse. Hr. Hansemann äußerte hierbei Folgendes: Die Regierung habe früher bereits erklärt, daß sie bei der Rückkehr des Vertrauens und bei günstigen Verhältnissen großartige Arbeiten im Lande unternehmen lassen werde, wobei sie besonders die Ostseebahnen und namentlich die Ostseebahn im Auge gehabt. Die Verhältnisse hätten sich nun in der That günstiger gestaltet, das Vertrauen sey gehärtet und die Regierung werde jetzt einen Gesetzentwurf zur Vorlage bringen, bei welcher Gelegenheit auch die Nebenfrage über die bereits begonnene Beschäftigung der Arbeiter an jener Bahn zur Beschlußnahme gebracht werden könne.

Berlin, 24. Juli. Der König hat heute auf dem Schlosse zu Charlottenburg Hrn. Emanuel Arago eine Privataudienz gewährt und vom ihm das Schreiben entgegengenommen, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der französischen Republik am preußischen Hofe beglaubigt wird.

Berlin, 25. Juli. Herr Camphausen befindet sich hier, um als preußischer Gesandter nach Frankfurt zurückzukehren. Auch

Digitized by Google

Herr v. Beckerath ist aus Frankfurt angekommen; er hat die Mission, eine Vereinigung zwischen der preußischen Regierung und dem Reichsministerium zuwege zu bringen. Er wohnte heute den Verhandlungen der Nationalversammlung bei.

Berlin, 23. Juli. Aus Schleswig erfahren wir, daß sieben der größten Kauffahrteischiffe zu deutschen Kriegsschiffen umgewandelt worden sind; das größte derselben ist mit 36 Kanonen versehen und führt den Namen „Deutschland", ein zweites heißt „Frankfurt."

Breslau, 22. Juli. Allem Anscheine nach beabsichtigt Oesterreich der russischen Grenze entlang ein bedeutendes Observationscorps aufstellen zu wollen. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir nämlich, daß man gestimmt ist, schon in nächster Zeit fahren wir nämlich, daß man gestimmt ist, schon in nächster Zeit bedeutende Truppenmassen auf der Eisenbahn nach Oderburg und von da auf denselben Wege durch unsere Provinz über Ratibor, Kosel, Myslowitz nach Krakau zu befördern.

Innsbruck, 23. Juli. Noch immer macht der Hof nicht Miene, von hier fortzugehen, ja es werden vielmehr Anstalten getroffen, die zu der Vermuthung führen, daß man hier zu überwintern beabsichtige. In gut unterrichteten Kreisen zirkulirt das Gerücht, der Kaiser habe eine solche Absetzung gegen das Wiener Treiben gefaßt, daß er lieber abdanken wolle, als jetzt nach Wien zurückgehen. (D. c. Z.)

Stuttgart, 24. Juli. Wie wir hören, befindet sich seit mehreren Tagen der k. bayer. Reichsrath v. Rietzhammer aus München in unsern Mauern, um im Auftrag seiner Regierung über Eisenbahnverbindungen zwischen Bayern und Würtemberg mit dem k. Finanzministerium Verhandlungen zu pflegen, welche bereits zur vorläufigen Vereinbarungen über die Grundzügen für einen diesfälligen Staatsvertrag geführt haben sollen. (F. J.)

Aus Schwaben, 23. Juli. Das Gerücht von der Absicht des Königs von Würtemberg, die Krone niederzulegen, findet in immer größeren Kreisen Glauben. Auch scheint die gänzliche gelistische Zurückgezogenheit, worin sich der König seit dem neuen Umschwunge der Dinge befindet, dieser Vermuthung mehr und mehr Grund zu geben.

Heidelberg, 23. Juli. Heute traf die Nachricht hier ein, daß die hiesigen Studenten, nachdem sie gerade eine Woche in Neustadt an der Hardt verweilt, morgen wieder von dort hierher zurückkehren werden. Es geschieht Dieses, wie man hört, auf den Grund hin, daß alle demokratischen Vereine im Großherzogthum Baden aufgelöst werden.

Altona, 22. Juli. Die Friedensunterhandlungen beginnen wieder; der englische Gesandte Lynn, der schwedische Gesandte, Baron Augebheim und General v. Dyhoim mit dem Kammerherrn v. Reez sind mit dem Dampfschiffe „Hertha" nach Snoghoi abgegangen, um von da ins preußische Hauptquartier sich zu begeben und die Friedensunterhandlungen auf's Neue aufzunehmen. Man scheint aber selbst in Dänemark wenig darauf zu vertrauen; da die dänischen Zeitungen berichten, daß die schwedischen Truppen in Jaaburg Ordre erhalten hätten, sich marschfertig zu halten.

Aus Schleswig-Holstein, 22. Juli. Die erste und letzte blos beratzende vereinigte Ständeversammlung für Schleswig-Holstein ist in Rendsburg pro forma vertagt, in der That aber aufgelöst worden. An ihre Stelle tritt nach dem 1. August eine constituirende verelnigte schleswig-holsteinische Ständeversammlung zu welcher die Wahlen im Laufe dieser Woche vorgenommen werden sollen.

Rendsburg, 22. Juli. Die Aufstöhung der beiden Freicorps ist nun definitiv erfolgt, doch sind 600 Mitglieder ins reguläre Militär eingetreten; sie sind diesen Morgen bereits über Neumünster, wo sie übernachten werden, nach Itzehoe abgegangen, wo sie den trefflichen Stamm eines neuen (des neunten) schleswig-holsteinischen Bataillons bilden werden.

Rendsburg, 22. Juli. Die Waffenruhe endet, einer offiziellen Mittheilung zufolge, am 24. Juli. Doch haben wir aus sicherer Quelle erfahren, daß sie dennoch bis zum 27. Juli extendirt ist.

Italien.

Rom, 20. Juli. Es ist faktisch, daß das Ministerium Mamiani abgedankt und der Papst diese Abdankung vorgestern Abend angenommen hat. Der Deputirte Farini hat den Auftrag erhalten, ein neues Ministerium zu bilden, zu dem der Polizeiminister Galetti abermals berufen werden soll. — Soeben verbreitet sich das Gerücht, Se. Heiligkeit sey nunmehr entschlossen, Oesterreich wegen des Einfalls in Ferrara den Krieg zu erklären. — In der Kammer bezog sich die gestrige Sitzung auf die schleunige Organisation eines zu mobilisirenden Korps zur Vertheidigung des Vaterlandes. Für heute wurde eine vor der gewöhnlichen öffentlichen zu haltende geheime Sitzung zur Berathung der Ferrareser Angelegenheit angeordnet.

Rom, 18. Juli, nach Abgang der Post. Auf die geheime folgte heute Mittag eine überaus stürmische öffentliche Sitzung der Deputirten. Alle Räume waren dermaßen vom Publikum überfüllt, daß eine große Menge noch vor der Thüre des Saals sich drängte. Als Mamiani den Vortrag über die Ferrareser Angelegenheit geschlossen hatte, erhob sich ein gewaltiger Sturm unter sämmtlichen Anwesenden. Alles rief, der Feind müsse sogleich mit Kraft aus dem Staate vertrieben werden, die Kriegserklärung an Oesterreich müsse auf der Stelle erfolgen. Mehrere Deputirte drangen darauf, die energischsten Maasregeln aufs Schleunigste zu ergreifen. Der Vorsitzig des Präsidenten Sereni, eine Kommission zu ernennen, wurde auf der Stelle verworfen, und so faßte man alsbald den Entschluß, eine Deputation an Se. Heiligk. zu ernennen, um Denselben zu einer entscheidenden Erklärung über Krieg oder Frieden zu veranlassen. Das Festhalten am bisherigen System würde eine augenblickliche Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalt zur Folge haben: es würde die letztere dem Papste genommen und die weltlichen Interessen des Volks und des Staats würden durch eine provisorische Regierung vertreten werden. Zu Mitgliedern der Deputation ernannte man den Fürsten von Canino (Bonaparte), den Dr. Sterbini und den Deputirten Farini. Die Deputation wird sich erst morgen früh zu Sr. Heil. begeben, um dem Papste inzwischen Zeit zu freilicher Ueberlegung des zu fassenden Entschlusses zu lassen. Die ganze Kammer stimmte für den Krieg.

Rom, 19. Juli. Noch gestern Abend hat der Papst einen Protest gegen die österreichische Invasion und andere feindselige von den österreichischen Truppen genommene Maßregeln erlassen und den hiesigen Gesandten der auswärtigen Höfe zugefertigt.

Aus Palermo meldet man der Times, die Königswahl im sizilianischen Parlament sey zu Stande gekommen, daß alle das Parlament mehrere Tage lang ohne Erfolg berieth, die Nationalgarde endlich vor das Sitzungsgebäude rückte und erklärte, es dürfe Niemand heraus, ehe gewählt sey. (K. v. u. f. D.)

Eine Reine neue Vergrößerung hat das oberitalische Königreich durch den Beitritt des Fürstenthums Monaco erhalten; die Einwohner von Monaco und Mentone haben durch Abgeordnete in Mailand erklärt, daß sie ihres Landesvaters Florestan I. überdrüssig seyen und dem neu sich bildenden oberitalischen Königreiche angehören wollten. Monaco hat 24 Quadratmeile, 9 Gemeinden und 8800 Einwohner. Die Einkünfte des Landes, 80,000 Frk., wurden von der Regentenfamilie meist in Paris durchgebracht.

Ungarn.

Pesth, 21. Juli. Die gestrige Sitzung unseres Repräsentantenhauses war merkwürdig. Kossuth verlangte in einer Rede man möge die österreichische Regierung im italienischen Kriege durch Truppensendungen unterstützen. Dieser unerwartete Antrag fand anfangs Widerstand, allein Kossuth machte eine Cabinetsfrage daraus, und bestimmte die Sache so, daß man Oesterreich nur unterstützen wolle so lange es sich darum handle einen ehrenvollen Frieden zu erlangen, keineswegs aber um die Freiheit der Italiener zu unterdrücken; der Krieg sey nur gegen Karl Albert und nicht gegen die italienische Nation u. s. w.; so wurde das Prinzip Oesterreich in Italien zur Eriangung eines Friedens durch ungarische Hülfstruppen zu unterstützen angenommen, welcher Beschluß sowohl in Italien als in Wien nicht ohne moralische Wirkung seyn dürfte.

Frankreich.

*Paris, 24. Juli. Paris ist vollkommen ruhig, ruhiger als es seit den 24. Februar dither war, ja ruhiger als in den letzten Regierungsjahren Louis Philipps. Gestern, Sonntag, waren alle öffentlichen Belustigungsorte überfüllt und Paris hatte sein altes sonntägliches Ansehen. Selbst die dennruhigenden Gerüchte sind verschwunden und obwohl kaum ein Monat seit der letzten blutigen Insurrektion verflossen ist, so denkt fast Niemand mehr daran, als die direkt Betheiligten.

Man spricht von einer feierlichen Demonstration die der Clerus von Paris und der angrenzenden Departements beabsichtigt, um sich im Ornate und in Prozession zum General-Cavaignac zu begeben und ihn um eine beschränkte Amnestie zu bitten. Auch mehrere hundert Damen aus den ersten Familien wollen einen ähnlichen Schritt thun.

Eine große Revue der Nationalgarde, der Mobilen und der Garnison soll am nächsten Sonntage auf dem Marsfelde Statt finden und General Cavaignac mit dem Kriegsminister Lamoriciere wird bei dieser Gelegenheit selbst die Ordenszeichen für die letzten Auszeichnungen austheilen.

Die Ernte ist überall im vollen Zuge und gibt ein höchst be-

Digitized by Google

friedigendes Resultat; — die Kornpreise sind auf allen Märkten im Fallen und man erwartet für diesen Winter eine große Ermäßigung in den Lebensmittel-Preisen.

General Bedeau befindet sich in einem fast hoffnungslosen Zustande. Sein Tod wäre ein großer Verlust für die Armee, da er ausdrücklich und von allen Seiten als der Beste unter den französischen Generalen für das Commando einer großen Armee bezeichnet wird.

Die Anzahl von vier Militair-Commissionen hat sich als ungenügend erwiesen, um den Riesenprozeß der Insurrektion in der angemessenen Zeit zu erledigen. General Cavaignac hat daher angeordnet, daß noch vier neue Commissionen gebildet werden sollen.

Da das Gerücht umläuft, daß der König von Sardinien, Carl Albert, sich geweigert habe, die französische Republik anzuerkennen und da noch einige Höfe dieses Beispiel nachgeahmt haben sollen, so wird Herr Mauguin im Namen einer Anzahl von Vertretern deßhalb Interpellation an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten richten. Die Patrie behauptet, daß General Oudinot den Befehl erhalten habe, zur Alpen-Armee abzugehen.

Der Ausbau des Louvre wird nun ungesäumt begonnen werden; — ein von dem Architekten Visconti vorgelegter Plan ist angenommen worden und schon werden die nöthigen Contrakte mit den Bauunternehmern geschlossen. Aber auch die Privatbauten haben mit großer Thätigkeit begonnen und das Defizit über die Steuerfreiheit neuer Häuser hat eine allgemeine Baulust hervorgerufen. Material und Taglohn sind bereits im Preise gestiegen.

Marseille, 7. Juli. Das seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, daß mehrere französische Dampfer zur Verstärkung des sardinischen Geschwaders im adriatischen Meere ausgerüstet werden, findet heute seine Bestätigung. Die sardinische Regierung hat die vier bisher zu den Fahrten nach Genua, Livorno, Civitavecchia und Neapel verwendeten Dampfer gemiethet und das eiserne Dampfboot Orontes käuflich an sich gebracht. Letzteres wird gleich in Genua ausgerüstet und dann sofort an den Ort seiner Bestimmung gehen, während es mit den übrigen Dampfern etwas länger dauert, bürfte, wenn man dieselben nicht bloß zum Bugsiren anwenden will. (D. Z.)

Spanien.

Madrid, 17. Juli. Der Infant Don Francisco de Paula (Vater des Königs) hat die Weisung erhalten, mit seiner Tochter, der Infantin Josefa eine Reise ins Ausland zu machen.

Großbritannien.

London, 23. Juli. Die aus den Fabrikbezirken von England und Schottland einlaufenden Nachrichten lauten immer beziehungsweise; überall herrscht im Handel und in den Geschäften jeder Art erneute Regsamkeit. Auch die Berichte aus Irland lauten beruhigender; nirgendwo ist die Behörde bis jetzt auf ernsten Widerstand gestoßen und man glaubt, daß in den proclamirten Bezirken die Waffenablieferung durchgängig ohne Erheischung eigentlicher Zwangsmaßregeln erfolgen wird. Die kräftige Haltung der vom Parlament und allen Gutgesinnten in Lande unterstützten Regierung flößt daher mit Recht großes Vertrauen ein. Man kann auch unmöglich annehmen, daß der gesammten Macht Großbritanniens, das noch dazu in Irland jedenfalls 1 oder 1½ Millionen Oranzisten auf seiner Seite hat, die Bewältigung des Aufstandes einiger Grafschaften nicht gelingen sollte.

Nach Berichten aus Dublin vom 21. hat der Lordkanzler den Entschluß gefaßt, den Mayor von Kilkenny, Thomas Hurt, so wie den Dr. Kane und drei andere Magistratsbeamte wegen ihrer Theilnahme an dem aufrührerischen Treiben aus der Beamtenklasse auszustoßen. Der „Dublin Evening Herald" berichtet über ein in Dublin gebildetes Complott zu einem umfassenden Aufstande. Ueberall in der Stadt sollten gleichzeitig Barrikaden errichtet werden. Aus den Provinzen erfährt man, daß die katholische Geistlichkeit aller Orten von der Betheiligung am Aufstande dringend abräth. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Juli. Die beiden Leibgrenadierregimenter sind von Helsingborg nach Malmoe zurückgezogen.

Amerika.

Aus Veracruz vom 18. Juni wird gemeldet, daß in der Hauptstadt eine Verschwörung ausgebrochen sey, welche den Sturz der Regierung und die Vernichtung der Friedenspartei bezweckt. An der Spitze der Verschworenen stehen Paredes und der Guerillasführer Padre Jaranta. Fünf der bedeutendsten Beförderer des Friedens mit den Vereinigten Staaten sollen ermordet seyn. Es ist das jedenfalls ein übertriebenes Gerücht von den bereits gemeldeten Umtrieben des Paredes. Herrera's Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Otera Inneres, Arista Krieg, Pimentel Justiz und Palacco Finanzen. Auch der bisherige Präsident Pena y Pena soll mit der Ernennung Herrera's sehr unzufrieden und ihn zu stürzen bemüht seyn.

Anzeigen.

Erklärung
der
Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

1. Die von Preußischen Militairs, vom Unteroffizier oder Wachtmeister aufwärts, so wie von Militair-Aerzten und Chirurgen bei der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft genommenen Versicherungen **bleiben** ungeachtet eines ausgebrochenen Krieges **in Kraft — wenn** — der Versicherte innerhalb vier Wochen, von dem Tage ab, an welchem der Krieg erklärt, oder er selbst auf den Feld-Etat gesetzt wird, unter Beobachtung der veröffentlichten Vorschriften der Gesellschaft für Versicherungen gegen Kriegsgefahr, die Zusatz-Prämie von drei pro Cent des versicherten Kapitals bezahlt und in den fernern Fälligkeits-Terminen prompt entrichtet.

2. Durch den Eintritt eines versicherten Nicht-Militairs in die Bürgerwehr, oder in ein sonstiges zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung bestimmtes Dienstverhältniß, wird in seinen statutenmäßigen Rechten und Pflichten **nichts** geändert.

Berlin, den 22. Juli 1848.

Direction
der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerken, daß Geschäfts-Programme bei mir unentgeldlich ausgegeben werden.

Bayreuth, den 26. Juli 1848.

Fr. Carl Dilchert,
Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorschriftsmäßige **Landwehr-Cocarden** sind vorräthig zu haben bei

F. A. Kästner, Posamentier.
G. Arneth, Posamentier.
C. F. Kästner in der Ludwigstraße.

Friedrichsstraße Nr. 388, erste Etage, sind wegen Abreise ein sehr gut erhaltener Schrank von Kirschbaumholz, in 2 Abtheilungen, wovon der obere Aufsatz zu Büchern eingerichtet — dann eine Commode, Theetisch, 2 Antritte und einige Bettstätten zu verkaufen.

Die mittlere Wohnung in Hs.-Nr. 134 ist auf Martini zu vermiethen. Das Nähere ist bei Frd. Kögler am Markt zu erfragen.

In der Maximilianstraße Nr. 4 eine Treppe hoch, vorne heraus, ist sogleich ein schön möblirtes Zimmer mit Kabinet zu vermiethen.

Friedrichsstraße Nr. 451 ist eine Stube nebst Stubenkammer für eine einzelne Person auf Martini zu vermiethen.

Hs.-Nr. 370 in der breiten Gasse ist Stube und Kammer für eine kleine Familie zu vermiethen. Das Nähere beim Eigenthümer.

Es wird entweder sogleich oder auf Martini, ein kleines Quartier für eine stille Familie gesucht.

Ludwigstraße Nr. 359 sind über zwei Treppen drei heizbare Zimmer, Alkof, Küche, Kammer ꝛc. auf Martini zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Bestellungen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag | Nro. 210. | 30. Juli 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 27. Juli. Die National-Versammlung hat heute über die posen'sche Frage abgestimmt. Nachdem die Anträge des Herrn Ruge auf einen europäischen Congreß zur Herstellung Polens und des Herrn Blum auf Vertagung des Beschlusses bis zu näherer Untersuchung der posen'schen Zustände verworfen worden waren (letzterer mit 333 gegen 139 Stimmen), trat die ganze Linke aus der Versammlung und kam erst gegen den Schluß der Sitzung zurück. Hierauf wurden die Anschlußanträge, nach welchen die Nationalversammlung die Einverleibung eines Theils von Posen in den deutschen Bund anerkennt und die dort gewählten Abgeordneten definitiv zuläßt, mit 342 gegen 31 Stimmen angenommen. Die übrigen Anträge, wodurch die Versammlung die vom General Pfuel gezogene Demarkationslinie vorläufig anerkennt, sich jedoch die definitive Grenzbestimmung vorbehält, und wodurch sie endlich die preußische Regierung auffordert, den Deutschen im polnischen Theile von Posen unter allen Umständen den Schutz ihrer Nationalität zu sichern, gingen ebenfalls mit großer Mehrheit durch. Die Linke, die inzwischen zurückgekehrt war, stellte nun durch Schoffrath den Antrag: die Nationalversammlung solle erklären, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht gewesen sind daß sie als die heilige Pflicht des deutschen Volks erkenne, zur Herstellung eines freien Polen beizutragen. Dieser Antrag fiel mit 331 gegen 101 Stimme durch. Die Mitglieder der Majorität erklärten zu Protokoll, daß sie die Theilung Polens für ein Unrecht hielten, daß aber nicht das deutsche Volk, sondern die Höfe von Oesterreich und Preußen sie Schuld trügen, und daß sie es nicht geeignet fänden, den Polen Verheißungen zu machen, die man nicht erfüllen könne. Die Aufregung über diese Abstimmung war indessen sehr groß und die Sitzung endete mit einem wahren Sturm. Ein Theil der Linken sprach davon die Versammlung ganz zu verlassen. — Die Mittheilung des Präsidenten über Dr. Wirth's Ableben erregte große Theilnahme. Die ganze Versammlung wird ihn morgen früh zu Grabe geleiten.

Frankfurt, 26. Juli. Ausführlicher Bericht über die 48. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Ruge will nochmals Freiheit predigen in einer Sache, die zu so ernsten Verwicklungen führen könnte. Der Ausspruch des Vorparlaments, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht gewesen, sey von einem richtigen Gefühl ausgegangen; denn sey es damals ein Glück Volk, das auf der Stufe der humanen Entwicklung stand, von drei Despoten unterdrückt worden. Er rechne es allerdings Deutschland und Preußen zur Ehre an, daß sie Bildung und deutschen Fleiß nach Polen gebracht; allein eine Schmach wäre es, wenn nicht auch die volle Freiheit dorthin gebracht würde. Die Propaganda der Freiheit sey heilige Pflicht, und selbst Gewalt dürfe da, wo die Vernunft nicht mehr ausreiche, nicht mehr gescheut werden. Die polnische Emigration sey die Propaganda der europäischen Freiheit. Daß die Polen auf den Barrikaden zu thun standen, könne die Sympathieen für sie nicht geschwächt, nur vermehrt haben. Die Polen seyen die Apostel der Freiheit; als solche hätten auch die unter das russische Heer gesteckten Polen dieses Heer mit den Ideen der Neuzeit inspirirt. Den Slavencongreß hätten die Polen zu humanen Zwecken veranlaßt. Die Polen seyen eben so wenig todt als die Juden, deren Betheiligung an der Weltgeschichte durch die Namen Spinoza, Heine und Börne belegt werde. Der Redner fordert im Namen der Humanität und Gerechtigkeit die Wiederherstellung Polens. „Uebernehmen Sie" — ruft er der Versammlung zu — „diese Mission!" Er stelle den Antrag: In Erwägung, daß die Aufnahme eines Theiles des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund der endlichen Lösung der europäischen Frage von der Wiederherstellung Polens vorgreife, und daß diese Wiederherstellung nur durch freien Vertrag aller bei dem Wienercongreßakte betheiligten Staaten zu Stande kommen könne, möge die Versammlung beschließen, keinen Theil von Posen in den deutschen Bund aufzunehmen, und die gewählten Abgeordneten nicht zuzulassen, dagegen aber im Einverständniß mit Frankreich und England einen Congreß zur Wiederherstellung Polens zu veranstalten. Der Redner führt seine Idee einer allgemeinen Umgestaltung Europa's im demokratischen Sinne weiter aus; er kommt dabei auf Italien zu sprechen und äußert u. A.: „Die Italiener werden selbstständig werden; die Radetzky's müssen aus Italien vertrieben werden; wir Deutsche müssen dies wünschen." Diese Aeußerung erregte einen Sturm in der Versammlung; rechts wird zur Ordnung gerufen, während sich von der linken Seite Beifall vernehmen läßt. Der Präsident stellt endlich die Ruhe her und spricht: „Er müsse es zwar für einen halben Verrath am Vaterlande halten, wenn man den Wunsch aussprechе, seine Heere geschlagen zu sehen, zur Ordnung rufen könne er aber den Redner nicht, da er ihm seine eigne Meinungsäußerung lassen müsse." Nachdem Ruge seine Ansichten noch weiter entwickelt, verläßt er die Tribune, welche nach ihm Löw betritt. Dieser glaubt nicht, daß die Aeußerung des Redners vor ihm der Ausdruck einer Partei sey, — eines Redners, der früher die Deutschen niederträchtig genannt habe (Präsident bemerkt: Das, was ein Mitglied früher als Schriftsteller geäußert, dürfe nicht in die Debatte gezogen werden), eines Redners, der heute den österreichischen Waffen in Italien eine Niederlage gewünscht. Er fordert die Versammlung auf, dem Redner ein Dementi zu geben und zugleich ihre Sympathie für die deutschen Waffen in Italien auszusprechen. (Links: Eine solche Aufforderung sieht nur dem Präsidenten zu!) Der Präsident ersucht den Redner, sich an die Sache zu halten. Dieser geht dann auf die Posener Zustände ein. Er bemerkt unter Anderem, daß die Vertheidigung für einen Anschluß an Deutschland beglaubigt, ihr im entgegengesetzten Sinne entgegengewirkt, aber für dem Bauern sey sie wohlthätig gewesen. Der Redner berührt dann die den Polen ertheilte Amnestie, den Polenprozeß u. s. w. „Wir Deutschen" — sagt er — „haben mit den Polen fraternisirt, bis wir sahen, daß die Polen die Reorganisatoren so verstanden, daß sie die Herren und die Deutschen die Knechte seyn sollten. Nach dieser Erkenntniß ist es uns unmöglich, zusammenzubleiben. Wir können und werden uns nicht knechten lassen, wollen aber auch keine Polen unterdrücken. Wir verlangen deßhalb nicht die Einverleibung der ganzen Provinz; aber die Trennung. Werden diese nicht erfolgt, dann kann Bürgerblut, und zwar von Tausenden fließen. Der übrigbleibende polnische Theil ist noch groß genug, um ein eigenes Staatsleben zu entwickeln. Möge er die Wiege eines künftigen Polens seyn! Wir haben der Freiheit einen Tempel gebaut; sollen wir nun wieder der Aristokratie eine Gasse machen, den Bauern, den Juden wieder unter den Fuß des Staroſten beugen? Verhüten wir, daß unsere erste That ein Zerreißen des gesetzlich bestehenden Bundesgebietes sey; sie können, sie werden uns nicht vor die Thüre setzen, und wir gehören zu Ihnen." Wiesner kommt auf die Verspreчungen des Vorparlaments gegen Polen zurück, und erwähnt dann u. A. des Umstandes, daß auch das lombardisch-venetianische Königreich im Jahr 1815 in den deutschen Bund aufgenommen werden sollte. Kaiser Franz habe es damals abgelehnt, um nicht den Bund durch allzu große Ausdehnung seiner Grenzen zu schwächen. Wäre damals der Plan durchgegangen, so würde jetzt Deutschland in einen Krieg verwickelt seyn. Frankreich, meint er, habe als Mitgarant der Wiener Verträge ein Recht der Einsprache in die Posener Angelegenheit. Man habe den polnischen Rebellen vorgeworfen, sie seyen Feiglinge zu finden, wo es Revolutionen gebe. Ihm seyen diese Rebellen doch lieber, als manche deutsche Rebelle, die man überall finde, wo es den Kampf gegen die Freiheit gelte. Fürst Lichnowsky habe es ihm neulich zum Vorwurf gemacht, daß er ein poetisches Blümchen in die Posener Debatte eingeflochten, er wolle gleichwohl auch heute wie-

Digitized by Google

der ein Blümchen einflechten, ein Bitmchen, welches das deutsche Volk von jeher gepflegt und am Herzen getragen habe, die Treue. Diese Treue möge die Nationalversammlung den Polen bewahren und in die Fußstapfen des Vorparlaments treten. Gisbra erklärt, daß auch er von Kindheit an die Sympathien für Polen und dessen Unglück theile, und die Wiederherstellung eines constitutionellen Königreichs Polen wünsche; allein Polen ist nach seiner Ansicht noch nicht für die Selbstständigkeit reif. Im Jahre 1831 sey das einzige Mittel, den Krieg gegen Rußland siegreich fortzuführen, die Befreiung des Bauern von dem Adel nicht gewählt worden. Das Volk wolle die Wiederherstellung nicht. In Bezug auf Posen bewiesen es die Erklärungen der dortigen Bauern, in Bezug auf Galizien verweise er nur auf die Gräuelscenen von 1846. Man spreche von Deutschlands Verpflichtung, Polen herzustellen. „Reißt der Pelikan (sagt er) sich die Brust auf, um fremde Junge mit seinem Herzblut zu nähren? Nein, er nährt seine eigene Jungen. Großmuth ist Sache der Individuen; die erste Pflicht einer Nation ist Selbsterhaltung.“ Benedey kommt auf den den Polen gemachten Vorwurf zurück, daß sie allenthalben auf den Barrikaden ständen. Wenn Deutschland in der Lage Polens wäre, würde er auf jede Barrikade treten, hinter welcher er einen Lichtpunkt für die Zukunft Deutschlands erblicken könnte. Nicht durch die Theilnahme der Polen an Revolutionen sey die Sympathie für sie geschwächt worden, sondern dadurch, daß, nachdem das Vorparlament die Herstellung zur Herstellung Polens ausgesprochen, die Schilderhebung im Westen sie unterbrach. Er sucht nun durch Verlesung von Aktenstücken ꝛc. darzuthun, daß bei dem Versprechen der Reorganisation und allen damit zusammenhängenden Vorgängen den Polen gegenüber nicht offen und aufrichtig verfahren worden sey, und beantragt deßhalb eine neue Untersuchung.

Frankfurt, 23. Juli. Der preußische Artilleriehauptmann Deez aus Wittenberg, Abgeordneter zur Nationalversammlung, ist zum Bureauchef im Reichs-Kriegsministerium ernannt worden. — Daß dem Hause Rothschild die Aufbewahrung der Baarschaft anvertraut wurde, wie Einige wollten, ist nicht richtig; dagegen aber sind die für die Herstellung einer deutschen Kriegsmarine bereits eingegangenen freiwilligen Beiträge, die sehr beträchtlich sein sollen, an die Häuser Rothschild, Bethmann, Grunelius zur zeitweiligen Aufbewahrung vertheilt worden.

Frankfurt, 26. Juli. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.) Heute kam die Frage über Schutz der Handwerke gegen die Fabriken zur Verhandlung. Gegen dreißig verschiedene Anträge wurden eingereicht, sämmtlich für Besteuerung der Fabriken zu Gunsten des Handwerkerstandes. Sie wurden an den Ausschuß verwiesen und werden in dessen Händen wohl auf einige im Wesentlichen wenig von einander abweichende reduirt werden. — Ein anderer Punkt kam ebenfalls zur Verhandlung: die Zeichen und Firmen der Gewerbtreibenden. Auch in Bezug auf diesen Gegenstand wurden mehrere Anträge gestellt und an den Ausschuß verwiesen, der morgen Bericht abstatten wird.

☐ München, 27. Juli. Diesen Morgen ist das 1. Jägerbataillon, welches zur Aufrechthaltung der Ruhe in den Marktgen wo unsere Stadt ohne Garnison war, hierher berufen wurde, wieder nach seiner Garnisonsstadt Burghausen zurückgekehrt. Die meisten Linienoffiziere gaben ihm das Geleite über den Burgfrieden hinaus und das Proletariat, dem diese Jäger ein Dorn im Auge waren, da dieselben bei den geringsten Anlässen scharf auf dieselben eindrangen, riefen ihnen aufreizhig: „Glück zur Reise“ nach. Gestern Abend wurde den Offizieren dieses Bataillons von ihren Kameraden der hiesigen Garnison auf den Pschorrkeller ein Abschiedsfest gegeben. — Unsere Bürgermilig bewegt jetzt vorzugsweise die Frage: „Zschakko oder Helm. Die Majorität ist für Anschaffung der Ersteren, und wird sonach der schön geformte Helm an seine Stelle treten. — Der Aufenthalt S. M. des Königs in Reichenhall wird 3 Wochen dauern; im Spätherbst beabsichtigen die Kgl. Majestäten Sich nach Hohenschwangau zu begeben.

Die Würzb. Ztg. schreibt: Der Redaktion kommt folgende Mittheilung zu: „Dieser Tage hatte durch Einberufung sämmtlicher Dekane hier eine Art „Bischburs-Versammlung“ statt. Gegenstand der Berathung war die von den Zeitereignissen berührten kirchlichen Verhältnisse. Ein von dem bekannten Kammermitgliede Dr. Ruland der Geistlichkeit vorgelegter Entwurf, welcher zwei Punkte im Sinne seiner im Landtag geäußerten Ideen-Sprache, fand wesentliche Mißbilligung und es wußte sich die Ansicht geltend zu machen, daß der Frankfurter Reichstag als eine revolutionäre Versammlung in keiner Weise einer über kirchliche Wünsche sich verbreitenden Volksadresse zu würdigen sey. Ferner wurde das Institut der Diözesansynoden als ein veraltetes bezeichnet, das auf unsere Zeit eher nachtheilig als fördernd einwirken würde, und die Belobung gegeben, daß auf Seite des Klerus jetzt nur ein ruhiges Verhalten am Orte sey. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 24. Juli. Der constitutionelle Congreß ist beendigt. Es gab leider der ganze Congreß das unerfreuliche Bild des Particularismus und des Schwankens. Sammelte sich auch am Ende eine entschiedene Linke, deren Mittelpunkt vorzüglich die leipziger und breslauer Abgeordneten auszumachen schienen, so war sie doch kaum 20—30 Vereine stark und somit in der Minderheit. Der echt deutsche Sinn, welcher freudig Sonderinteressen dem Wohle des Gesammtvaterlandes opfern wollte, war nur in ihr vertreten, da in der Rechten zu viel preußischer Particularismus untermischt war. Ob dieses Beisammensetzen eine schöne Frucht tragen wird, muß man ganz von den aufsprießenden Vaterlandsliebe der Linken erwarten, welche das zurückstoßende Benehmen gegen sie zu übersehen die Kraft in sich hat und versichtigen in den Punkten, in welchen auch sie mit der Rechten übereinstimmt, gern mit ihr Hand in Hand gehen wird. Wie hoffen, daß die deutschen Ausländer, welche man zwar eingeladen hatte, die aber wohl fühlen mußten, daß sie den Uebrigen nicht angehörten, von dem Eifer, der sie hierher getrieben, veranlaßt werden, die Schwierigkeit zu überwinden, welche einer allgemein deutschen Verbrüderung sich hier von vielen Seiten entgegenstellte.

Berlin, 25. Juli. Gegen die Concentrirung der Gewalt zu Frankfurt spricht sich hier immer entschiedener die Meinung eines Theiles der Bevölkerung, vor Allem aber des Militärs aus. In einzelnen Compagnien der hiesigen Garnisonstruppen haben sämmtliche Unteroffiziere und Soldaten die bestimmte Weigerung ausgesprochen, dem Reichsoberwesier den Huldigungseid zu leisten. Auch die Presse bleibt dieser Gesinnung nicht fremd. Nicht nur die „Deutsche Wehrzeitung“; auch die durch die einflußreichsten Personen des alten Regime geleitete „Neue preußische Zeitung“ spricht dieselbe unumwunden aus. Sie nennt den „kühnen Griff“ des Herrn v. Gagern einen „vorher wohl überlegten Griff“ und schreibt die Ernennung, welche der Reichskriegsminister an die „Landesstreitkräfte“ erläßt, einer „sonderbar benebelnden Kraft der frankfurter Luft“ zu.

Bei dem am 24. Juli Abends gehaltenen Appell der berliner Landwehr wurden die unverbrieftabten Landwehrmänner aufgefordert, sich als Freiwillige zur Einrangirung in die gegen die Dänen fechtenden preußischen Truppen zu melden. In Folge dessen trat sogleich eine große Anzahl der jüngern Landwehrmänner vor und erklärte sich bereit zu dem Festzuge. Die Angemeldeten werden heute Abend ärztlich untersucht und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen nach Holstein abgehen.

Berlin, 24. Juli. In einer der nächsten Vereinbarungssitzungen wird sich die Regierung über ihr Verhältniß zu Deutschland aussprechen. Sie wird sich zu Concessionen herbeilassen, doch dürften diese nicht so umfassender Art sein, als es in Frankfurt gewünscht wird. Unter andern behält sich Preußen den selbstständigen diplomatischen Verkehr mit dem Auslande vor.

Wien, 24. Juli. Privatnachrichten, die uns aus Essegg vom 18. Juli zukommen, melden Folgendes: In Mitrowitz (Militärgränze) sind die Katholiken mit den Raizen handgemein geworden, und wurden Erstere, die im Brauhause beisammen waren, mit Kanonen zusammengeschossen. Oberst Rastich mußte sich mit den Offizieren nach Serbien flüchten. Das ist Religionskrieg, denn hier stehen Slawonier gegen Slawonier. Auch die zwei Compagnien Don Miguel mußten sich aus Semlin flüchten und gingen mit Dampfboot über die Save nach Brood in die Festung. Der Banus ging über Gradiška Postegg nach Brood und Vinkovze und sucht allenthalben zu pacifiziren. Nach Essegg kam er nicht, da das ganze dortiger Comitat ungarisch gesinnt ist. In Essegg ziehen sich Truppen zusammen.

Mehrere Briefe melden, daß die Magyaren bei Großbecskerek im Banat durch das serbische Lager von Perlesz nach einer furchtbaren Kanonade eine bedeutende Niederlage erlitten haben, daß ganze Banat gleicht einem Lager und die Magyaren werden von Seite der Serben mit der größten Erbitterung angegriffen.— Auf die Nachricht, daß die Serben bei Werschetz die Schlacht verloren haben, bringen bewaffnete Serbianer zu Tausenden nach Banat, der berühmte serbische Held Wuesics soll an der Spitze seyn. Bei Csakatorran an der croatischen Gränze sollen die Magyaren die Croaten angegriffen haben, und erstere einen sehr bedeutenden Verlust erlitten haben. Die Croaten kämpften mit energischen Muth und Ausdauer. (Oestr. Z.)

Schleswig, 21. Juli. Das Bracklowsche Schützencorps ist ebenfalls entlassen und heute Morgen hier angekommen soll jedoch bis auf weiteres hier bleiben.

Digitized by Google

Rendsburg, 23. Juli. Gestern Morgen verließ das seit längere Zeit hier im Hafen befindliche Dampfschiff Eider, welches zu einem Kriegsdampfschiff umgeformt worden, unter-vielen Salutschüssen unsern Hafen, um zu seiner Station Tönning abzugehen.

Swinemünde, 23 Juli. Ein von Straßund hier eingehendes Schreiben vom 22. Juli meldet: Die heutige Post aus Schweden bringt uns Privatnachrichten aus Kalmar, nach welchen die Unterhandlungen wegen eines dreimonatlichen Waffenstillstandes wieder aufgenommen sind und es nunmehr keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Waffenstillstand dieser Tage noch zu Stande kommen wird, wenn er nicht schon abgeschlossen ist. Unter den Bedingungen sind die wesentlichsten: daß alle Blockaden, sogleich aufhören und sämmtliche aufgebrachte Schiffe binnen zehn Tagen nach Abschluß freigegeben werden. Man will auch wissen, daß England sich mit allem Ernst für den schleunigen Abschluß verwendet hat.

Ungarn.

Pesth, 16. Juli. Vorgen Freitag (den 14.) haben wir den ganzen Tag über Kanonenschüsse gehört; Tage darauf aber nur einige. Heute endlich gelangte die Nachricht hierher, daß St. Thomas, Turja und Földvár, die Hauptmunitionsplätze der serbischen Horden, sehr arg beschossen, ja ersterer Ort sogar ganz zerstört worden und zwar von den Unsrigen.

Pesth, 21. Juli. Baron Jellachich hat an den General Spanochi in Gräz um Kanonen und Munition geschrieben, die er gegen die Ungarn und die Türken bedürfe. Wir können unmöglich das Wiener Ministerium einer Perfidie fähig halten, wie es die Gewährung eines solchen Verlangens wäre; es wird wohl Geschütze liefern, deren Mündungen sich gegen die pragmatische Sanction kehren würden. Unser Ministerpräsident hatte die Gewährung böswegen Anlegens als einen Casus belli ausgesprochen. — Das Oberhaus hat in der heutigen Sitzung den Adreßentwurf angenommen.

Pressburg, 20. Juli. Feldmarschalllieutenant Hrabowsky ist zum kommandirenden General von Ungarn ernannt worden.

Italien.

Aus Oberitalien, 17. Juli. Die Ernennung des Herzogs von Genua zum König von Sardinien ist hier ziemlich unerwartet gekommen, da noch nicht vor gar langer Zeit verlautete, daß man in Palermo durchaus nicht günstig für Karl Albert gesinnt sey. Jetzt aber löst sich das Räthsel: das „Schwert Italiens" versteht sich besser auf die Künste des Friedens, als auf jene des Kriegs und so hat es denn auch den Schlüssel gefunden, um sich die sizilianischen Herzen zu öffnen. Es sollen sehr bedeutende Summen von Turin aus nach Palermo gesendet und noch größere Versprechungen gemacht worden seyn. Zwar wurden auch von anderer Seite und zwar von Neu Napoleonden, Anstrengungen gemacht; Karl Albert aber hat sie alle überboten. Und die Sache war wahrlich eines großen Preises werth, da sich an den Besitz Siziliens die Aussicht knüpft, auch Neapel dem sardinischen Scepter zu unterwerfen. Man rechnet nämlich darauf, daß der König von Neapel, wenn er sich auf dem Throne erhalte, gegen Sizilien feindselig auftreten werde, in welchem Falle Karl Albert ein Heer in Neapel einrücken lassen würde, wo er mit Hülfe der Bevölkerung, die jetzt überall durch seine Sendlinge bearbeitet wird, ein leichteres Spiel haben würde, als gegen die Oesterreicher.

Frankreich.

* **Paris, 25. Juli.** Das Organ des Herrn Thiers, der Constitutionell, bricht heute sein Schweigen über die Angelegenheiten Deutschland, indem er Lamartines gegen Deutschlands befolgte Politik bitter tadelt. Lamartins Maxime sey gewesen: „Die Allianz mit Deutschland um jeden Preis." Auch um den Polens und Italiens? frägt der Constitutionell und macht nun auf den letzten Vorschlag des Deputirten Gérôrer in Frankfurt aufmerksam, der dahin geht, Venedig und das Gebiet von Mantua, Verona, Peschiera u. s. w. dem deutschen Staatenbunde einzuverleiben. Wenn sich die deutsche Nationalversammlung zur Annahme dieses Vorschlags hinreißen ließe, so wäre dies ein Casus belli für Frankreich. Deutschlands Einheit, fährt der Constitutionell fort, bedarf nicht der Ausdehnung; sie bedarf der Concentration, der Befestigung; ein Volk von 45 Millionen ist groß und stark genug, um sich nicht auf Kosten seiner Nachbarn bereichern zu müssen. Die wahrhaft freisinnige Parthei in Deutschland begreife dies auch, aber die sogenannte nationale Parthei, lau und zögernd, wo es sich um innere Reformen handle, sie komme gleich in Feuer und Flammen, wenn es sich darum handle, einer fremden Nationalität, wie Schleswig, Posen, der Lombardei, Venedig ein Stück Land zu entreißen. Die italienische Nationalität der Lombardei oder Venedigs sey doch jedenfalls unbestreitbarer, als die deutsche Nationalität Ostpreußens oder Posens. Die erste Bedingung einer aufrichtigen Allianz zwischen Frankreich und Deutschland sey die gegenseitige Achtung der Freiheit und der Unabhängigkeit nicht nur dieser beiden Völker, sondern auch aller andern Nachbar-Nationen. Frankreich wolle der aufrichtige Freund Deutschlands seyn, aber nicht auf Kosten seiner älteren Freunde und noch weniger zum Vortheile ihrer gemeinschaftlichen Gegner, die nur auf den günstigen Augenblick warten, um Beide mit einander zu entzweien und dann Frankreich, wie Deutschland, wenn nicht mit den Waffen, doch diplomatisch zu unterjochen. Deutschland habe beide Arten der Unterdrückung sattsam kennen gelernt, es möge nicht wieder dem alten Abgrunde zueilen und vielleicht Frankreich in seinen Sturz mit hineinziehen.

Der Monitcur zeigt heute in officieller Weise an, daß dieses Jahr keine Freer der Zoll- Lage stattfinden und daß die Börse, wie die Gerichtshöfe, geöffnet seyn würden.

Das Comité der auswärtigen Angelegenheiten hat heute durch eine Deputation von drei Mitgliedern eine Conferenz mit dem General Cavaignac, wegen der Angelegenheiten Italiens. General Oudinot ist noch nicht abgereist, hat aber alle Anstalten getroffen, um sich augenblicklich in sein Hauptquartier nach Grenoble begeben zu können.

Die Regierung hat gestern die Nachricht erhalten, daß Carl Albert die auf seinen Sohn, dem Herzog von Genua, gefallene Wahl zum Könige von Sicilien angenommen und diese Annahme offeriell dem in sein Hauptquartier geschickten sicilianischen Gesandten Villa-Franca angezeigt hat.

Die vorige Nacht haben zahreiche Hausdurchungen in allen Dörfern um Paris stattgefunden, und 134 Insurgenten, die sich nach den Juittagen in die Bannmeile geflüchtet hatten, wurden, meist noch mit ihren Waffen versehen, bei dieser Razzia entdeckt und in das Gefängniß der Conciergerie gebracht.

Die Militär-Commissionen haben gestern endlich mit der definitiven Erledigung der ihnen zugetheilten Prozeduren den Anfang machen können. Die dritte Commission hat den Commandanten Constantin und einen andern Officier, als seinen Mitschuldigen vor die Kriegsgerichte verwiesen, 27 Individuen zur Transportation verdammt und drei in Freiheit gesetzt. Bei den andern Commissionen war die Zahl der in Freiheit Gesetzten beträchtlicher. Der Prozeß gegen die Mörder des Generals Brea und seines Adjutanten Mangin wird in diesen Tagen beginnen und wahrscheinlich mit einigen Todesurtheilen enden; man versichert, daß diese Todesurtheile die einzigen seyn dürften, die wirklich vollstreckt würden.

Die Madrider Nachrichten gehen bis zum 20. Juli, sie melden die gänzliche Unterdrückung des carlistischen Aufstandes in Arragonien und Catalonien. Cabrera war verschwunden.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 24. Juli. Marrast spricht in einer kurzen Rede der Versammlung seinen Dank für das ihm geschenkte Zutrauen aus und versprecht, sich der ihm übertragenen hohen Ehre stets würdig zu bezeigen. Er kündigt die baldigst zu eröffnende Discussion der neuen Verfassung der Republik, als das wichtigste Werk der Versammlung an und hofft, daß bei dem nicht nur auf den Straßen herrschenden, sondern nach und nach auch in den Gemüthern wiederkehrenden Frieden bei dem Wiederaufleben des Vertrauens und einer Zusammenwirken aller guten Bürger die französische Republik bald groß, stark und glücklich dastehen werde. General Cavaignac nimmt nach ihm das Wort. Er legt der Versammlung ein Gesetz vor, wodurch der Mutter des gefallenen Vertreters Dornes, Wittwe des im russischen Feldzuge gefallenen Generals Dornes, eine Pension von 3000 Frs. ausbezt. Das Gesetz wird augenblicklich und ohne Discussion angenommen. — Der Berichterstatter des 4ten Bureaux stattet Rapport über die letzte Wahl eines Deputirten in Corsika (Louis Napoleon Bonaparte) ab. Louis Napoleon hat über 35,000 Stimmen bekommen, die Wahl-Operationen waren regelmäßig, das Bureau trägt daher auf Giltigkeitserklärung der Wahl an, was angenommen wird. Der Präsident liest einen Brief Louis Napoleons aus London vor, worin dieser abermals seine Entlassung gibt, zugleich aber auch in sehr klaren Ausdrücken hinzufügt, daß er allen Ansprüchen als Präsendent entsagt hat und sich vorläufig nach selbst aus Frankreich verbannt, damit sein Name nicht von den Feinden der Republik als Vorwand benützt werden könne. Der sehr verwüstig und bescheiden gehaltene Brief wird von der Versammlung sehr günstig aufgenommen. — An der Tagesordnung ist die Discussion über die neue Anleihe. Herr Gouin stattet im Namen des Finanz-Comité's Bericht über den Antrag der Regierung ab, — er trägt auf Annahme des Decretes an. Für die allgemeine Discussion verlangt

Digitized by Google

Niemand das Wort, — man schreitet sogleich zu den einzelnen Artikeln. Art. 1. der die Anleihe von 1847 annullirt, weil die letzten Termine von den Contrahenten (Rothschild) nicht eingehalten worden sind, wird ohne Discussion angenommen. Art. 2. der den Finanzminister ermächtigt, für 13,131,500 Frs. Renten in 3proc. Staatsschuldscheinen vom 22. März Interessen tragend, zu schaffen und zu negociren, und zwar zum Curse von „—“ wird nach einigen Bemerkungen des Herrn Gerard und einer commentirenden Erklärung des Finanzministers angenommen. Art. 3. der die erste Einzahlung von 17½ Proc. auf den 7. August, die zweite von 10 Proc. auf den 20. Sept., und die folgenden Einzahlungen von 7½ Proc. auf den 20. jedes Monats festsetzt, wird angenommen. Art. 4. der bestimmt, daß für jede theilweise Einzahlung ein entsprechender Coupon eines Rentenscheines gegeben werde, mit Ausnahme der ersten Einzahlung von 17½ Proc., die als Caution betrachtet wird und für die der Rentenempfänger erst bei der letzten Einzahlung ausgegeben wird, ruft ein Amendement des Herrn Lafort-Genanlin hervor, der will, daß die Interessen statt vom 22. März 1848 an, erst vom Tage jeder Einzahlung laufen sollen. Der Finanzminister bemerkt, daß der leer gelassene Curs in Art. 2 dazu dient, diese Differenz auszugleichen. Art. 4. wird hierauf ohne das Amendement angenommen. Art. 5. nimmt die Garantie-Einzahlungen für die annullirte Anleihe von 1847 als gültig in der ersten Einzahlung von 17½, an, doch gilt diese Begünstigung nur bis August. Auf den Vorschlag Desloges's wird der Termin bis 12. August ausgedehnt und der Art. 5 angenommen. Art. 6. der ein Fünftel des Normal-Capitals der neu geschaffenen Renten zur Vermehrung der Dotations-Casse bestimmt, wird, sowie das Ganze des Decretes, mit ungeheurer Majorität angenommen, nachdem der Curs für die Negociation der neuen 3proc. Renten auf 75½ Frs. angesetzt wurde. Um jedoch einzelnen Spekulanten die Möglichkeit zu benehmen, diesen Curs noch an der heutigen Börse zu expleitiren, ward die Sitzung vor Festsetzung des obigen Cures auf eine Viertelstunde, d. h. bis nach Börsenschluß suspendirt. — Hierauf folgt die Discussion des 4ten Decret, welches die Absatzung des Juni-Ehrensolds verwundeten Officiere und Soldaten der ehemaligen Nationalgarde in das Invalidenbudget bewilligt. Der Kriegsminister hat eine Modifikation in der Fassung vorgeschlagen, wonach die invaliden Mobil-Garden die Invaliden-Pension auch außer dem Invaliden-Hotel in ihren resp. Wohnorten beziehen können, wird von dem Berichterstatter des Kriegs-Comite's, General Oudinot, angenommen, und das ganze Decret wird nach einer kurzen Discussion vonirt.

* Paris, 25. Juli. Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 25. Juli.) Ein Brief des Generals Dubuisnet zeigt dessen Austritt zur Armee der Alpen an. An der Tagesordnung ist das neue Gesetz über die Clubbs. Art. 1 wird ohne Discussion angenommen; Art. 2 ebenso; Art. 3, der Frauen und Minderjährige von den Besuchen der Clubbs ausschließt, führt eine Discussion herbei. Herr Leseo bemerkt, daß man von Niemanden seinen Taufschein verlangen könne, wenn er einen Clubb besuche, und Herr Fleeon verwundert sich, daß man in einer auf den Grundsatz der Freiheit und Gleichheit gegründeten Republik die Frauen den Unmündigen gleich stelle. Ein dritter Redner sagt: entweder die Clubbs seyen gesährlich oder sie seyen es nicht, — seyen sie gefährlich, so müsse man Jedermann, auch Unmündige sie besuchen und im Gegentheile hätten sie auch für die Unmündigen keine Gefahr. Bei der Abstimmung wird der Art. 3 unverändert angenommen. Art. 4, der die Gegenwart eines Polizeikommissärs bei jeder Sitzung eines Clubbs anordnet, wird ebenfalls lebhaft bekämpft und Durrieu's Aeußerung, die Anwesenheit eines Commissärs werde eher eine Provocation, als eine Sicherung der Ordnung sein, zieht diesem eine Zurechtweisung von Seits des Ministers Senard zu und der Art. 4 wird angenommen. Art. 5, den Verbalprozeß jeder Clubbsitzung betreffend, wird nach einer unbedeutenden Discussion angenommen. Art. 6, der jede Diskussion verbietet, die gegen die Gesetze, die Sitten oder die öffentliche Ordnung läuft, ruft eine längere Discussion hervor, in der verschiedene Fassungen dieses Artikels vorgeschlagen werden, endlich wird die Fassung Vivien's angenommen. (Postschluß.)

Großbritannien.

London, 24. Juli. Durch den elektrischen Telegraphen ist von Dublin die Nachricht angelangt, daß die Stadt bis spät am gestrigen Abend ruhig geblieben war. An der Börse verbinderte der Dinge in Irland heute eine Besserung der Course.

Auf die erhaltene Nachricht, daß 8000 Gesinnungsgenossen der irischen Repealer in Liverpool bewaffnet seyen und nur des Aufstandes in Irland harrten, um zu Brand und Plünderung zu schreiten, beriefen die städtischen Behörden dieser Stadt vorgestern Abend eine Versammlung aller friedlichen Einwohner, worin für jeden etwa eintretenden Fall alle Vorkehrungen getroffen wurden. Zahlreiche Truppen sind in Liverpool angelangt.

Aus Dublin wird unterm 22. Juli berichtet: Die heute durch den elektrischen Telegraphen angelangte Kunde von Lord J. Russel's Absicht, heute das Parlament um erweitere Vollmacht zur Erdrückung des irischen Aufstandes zu ersuchen, hat die auf gestern den Bürger mit Freude, die Aufstandspartei aber mit Entrüstung und Schrecken erfüllt. Es heißt jetzt, daß der Anfang auf den 8. August festgesetzte Losbruch früher angebli auf den 26. Juli, erfolgen solle. Die „Nation“ und der „Felon“ bringen heute aus der Feder ihrer in Newgate sitzenden Eigenthümer Duffy und Martin Artikel, welche beweisen, daß es hohe Zeit ist, zu den äußersten Maßregeln zu schreiten, und daß kein Augenblick verloren werden darf. Diese Manifeste sind offene und übrigens Kriegserklärungen. Duffy, Martin, Lalor und Magnan, welche unterzeichnet sind, sagen darin dem Volke, daß die Stunde gekommen sey, den Schlag zu führen; die 40,000 Soldaten der irischen Besatzung müßten geschlachtet werden, und das Volk verlohne ewige Brandmarkung, wenn es die jetzige Gelegenheit zur Vernichtung der britischen Herrschaft unbenutzt lasse. Solche und noch verzweifeltere Rathschläge geben die Führer der Bewegung, so daß keine Wahl übrig ist; die Rissis steht nicht länger abzuwenden. (K.Z.)

Moldau und Walachei.

Bucharest, 13. Juli. Seit der Ruhen haben wir wieder die provisorische Regierung. Man erfuhr nemlich vorgestern, daß die nach allen Seiten hin ausgesprengten Gerüchte, so wie mehrere Depeschen, falsch seyen. Aufgereizt durch die rohen Mißhandlungen der Polizeikommissäre mit der Reitpeitsche, bearbeitet von demjenigen Theil der jungen Leute, die nicht gestohlen waren, fand diesmal das Volk in Masse auf, und, ermuthigt durch die Kanonade, die sich endlich nach langem Hin- und Herschwanken entschieden für die konstitutionelle Sache erklärten, zog es zur Wohnung des Metropoliten; der unsinnige den Sturm abzuwenden versuchte. Nach einer lächtigen Philippika mußte er niederknien und auf das Evangelium schwören, die Wahrheit zu antworten. So kam denn Bestätigung des Verdachts, daß er selbst die Depeschen habe fälschen lassen. Die Kanonade wurden abgesetzt, eine Estaffette auf die provisorische Regierung gesandt, daß sie zurückkehre und sogleich Unterhandlungen Oberbefehl und Salomon eröffnet.

Anzeigen.

Im Verlage der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands zu beziehen:

Pfing's methodische Anleitung zu einem naturgemäßen und geistbildenden Unterrichte im schriftlichen Gedankenausdrucke und zur Verabfassung aller Arten schriftlicher Aufsätze für deutsche Schulen, Schullehrlinge, Schulseminaristen, Gewerbschüler und deren Lehrer. Zwei Theile, 1 fl. 36 kr. 27 Ngr., einzeln 48 kr. 12½ Ngr.

Soll die Volksbildung den errungenen freien Institutionen entsprechen, so ist es einleuchtend, daß jene, besonders im schriftlichen Gedankenausdrucke, einen höhern Aufschwung erhalten müsse, als dies seither in vielen Schulen unseres Vaterlandes und wohl auch Deutschlands der Fall war. Die Lösung dieser Aufgabe ist möglich gemacht durch Anleitung, ihre Gedanken auf eine natürliche, verständige, der Form und dem Zwecke ihrer Darstellung angemessene Weise zu ordnen, und durch völlig entsprechende Beispiele anschaulich zu machen über die sie umwendenden Dinge, Erscheinungen, Vorsätze und Beschäftigungen des menschlichen Lebens schriftliche Aufsätze zu verfertigen, ist der Zweck obigen Buches. Wie nun der Lehrer in diesem wichtigen Unterrichtszweige mit seinen Schülern bei ihrem Eintritte in die Schule bis zu ihrem Austritte aus der Werk- und Sonntagsschule von den einfachsten bis zu den gesteigertsten Uebungen auf eine ganz natürliche, ungemein leichte, die Kinder anziehende, das Material leicht auffindende und fruchtbringende Weise stufenweise fortschreitet, wie er dann, in dem wie leben, weben und sind, zu verfahren habe, wenn Erfolg und Segen seine Wirksamkeiten lohnen soll, dazu bezeichnet die genannte methodische Anleitung, wie mich deucht, eine andere, dem Lehrer allseitig und sicher den Weg, zeigt zugleich durch beigefügte Arbeiten der Schüler, zu welchen Resultate solche während der Schulzeit führe und dieser eine große Anzahl zweckmäßiger Aufgaben aus der Sphäre der Kinder dar.

Es dürfte daher dieses Werk, verbunden mit einem durch seine Schriften schon rühmlichst bekannten praktischen Schulmanne, denjenigen Lehrern, welchen es darum zu thun ist, den Anforderungen der Zeit genügend zu entsprechen, eine sehr willkommene Erscheinung seyn.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

23 64 12 15 72

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 211.** **31. Juli 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 28. Juli. Nach den wichtigen Verhandlungen über Polen war die heutige Sitzung der National-Versammlung im Verhältniß unbedeutend. Es wurde ein Gesetz über die Form der Interpellationen an die Minister berathen. Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, daß zu einer Interpellation eine Unterstützung von 20 Mitgliedern hinreichen soll. Herr Bassermann sprach gegen diesen Vorschlag, weil die Bestimmungen der Geschäftsordnung genügend wären und die Versammlung sich durch häufige Interpellationen zu sehr in die Regierung einmische und die für die Verfassung bestimmte kostbare Zeit verlieren würde. Mehrere Mitglieder vertheidigten jedoch das Interpellationsrecht als eine der wichtigsten Prärogative der Versammlung; namentlich sprach sich Römer (wurtemb. Minister) für dasselbe aus. Der Antrag des Abgeordneten Wassermann auf Verwerfung der Ausschußvorschläge wurde zurückgewiesen und diese Vorschläge angenommen. Hr. Schober beantragte, die Berathung über die Grundrechte in der Art abzukürzen, daß die Redaktion derselben dem Ausschuß übertragen und von der Nationalversammlung blos die Principien festgesetzt würden. Er berechnet, daß nach dem bisherigen Verfahren die Berathung wenigstens 6 Monate dauern würde, findet es aber im Angesicht der drohenden Reaktion höchst dringend, die Rechte und Freiheiten des Volks sicher zu stellen. Sein Antrag wurde an den Verfassungsausschuß gewiesen, dagegen jener der HH. Lette und Biedermann auf Beschränkung des Rechts, Amendements einzubringen, verworfen. Morgen ist keine Sitzung, nächsten Montag findet die monatliche Präsidentenwahl Statt. — Heute früh ist Dr. G. A. Wirth, unter feierlichem Geleite der Parlamentsmitglieder, der Tuener mit ihrer Fahne ꝛc., zur Erde bestattet worden. Robert Blum widmete ihm am Grabe einen ehrenden Nachruf.

Frankfurt, 27. Juli. Ausführlicher Bericht über die 49. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Der Präsident zeigt an, daß Dr. Georg August Wirth aus Hof in Bayern, Abgeordneter für Reuß-Greiz-Lobenstein, früherer Herausgeber der deutschen Tribüne und Verfasser der deutschen Geschichte für das Volk, gestern daher verschieden sey. Die Bedeutung des Mannes sey Allen bekannt, und die Versammlung werde ihm wohl die letzte Ehre erzeigen, indem sie sich seinem Leichenbegängniß (morgen früh 6½ Uhr) anschließe. (Allgemeine Zustimmung.) Jordan stellt den Antrag, daß fein wegen politischen Verbrechens verfolgter und nach Deutschland flüchtender Ausländer ausgeliefert werde und daß die Centralgewalt die Regierungen von Oesterreich und Preußen veranlasse, für ihre außerdeutschen Länder dieser Uebereinkunft beizutreten. Nachdem die Amendem. einzeln verlesen, die Unterstützungsfrage gestellt und die Reihenfolge der Fragen festgezetzt worden, beginnt die Abstimmung. Nach den schon mitgetheilten Abstimmungen über Rüges und Blums Anträge erklärte Letzterer von der Rednerbühne aus: da ein großer Theil seiner Gesinnungsgenossen sich nicht in der glücklichen geistigen Organisation befände, sich durch die bisherigen Verhandlungen hinlänglich aufgeklärt zu finden, so würden sie an der ferneren Abstimmung keinen Theil nehmen, mit Ausnahme des Antrags von Schoffrath, wonach die Nationalversammlung die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht erklärte, die heilige Verpflichtung des deutschen Volks, zur Herstellung Polens mitzuwirken, aussprechen soll. Der größere Theil der Linken entfernte sich hierauf aus dem Saal. Der Antrag Schuselka's (Posen als ungetrennte Provinz mit gleichen Rechten für beide Nationalitäten fortbestehen zu lassen, und die Abtretung für jene Zeit vorzubehalten, wo man mit dem polnischen Volke darüber unterhandeln könne) wurde durch Aufstehen und Sitzenbleiben verworfen, ebenso der Antrag von Döllinger, Gfrörer, Thinnes, Dieringer u. A. (die Einverleibung als ungültig zu erklären, dagegen Posen mit dem deutschen Reich durch eine Real-Union zu verbinden). Der erste Ausschußantrag: „die Nationalversammlung möge: 1) die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der k. preuß. Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages vom 22. April und 2. Mai, in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten 12 Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgültig zulassen" wird mit 342 gegen 31 Stimmen angenommen. Antrag 2 lautet: Die von dem k. preuß. Commissarius, General Pfuel, am 4. Juni d. J. angeordnete vorläufige Demarkationslinie zwischen dem polnischen und dem deutschen Theile vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgränzung zwischen beiden Theilen auf weitere Vorlage der preußischen Regierung vorbehalten. Dieser Antrag wurde in der Art angenommen, daß statt „auf weitere Vorlagen der preußischen Regierung" gesetzt werde, „nach dem Ergebniß weiterer, von der Centralgewalt zu veranlassenden Erhebungen." Die Anträge 3 und 4 lauteten: 3) Den der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung zu verlangen, das dieselbe nicht nur überseits, so lange sie den polnischen Theil des Großherzogthums Posen regieren werde, den in demselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern daß sie auch dafür sorgen werde, ihnen dieselbe für den Fall zu sichern, daß dieser polnische Theil Posens aufhören sollte, unter preußischer Herrschaft zu stehen. 4) In Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die Nationalversammlung, laut Beschlusses vom 31. Mai, allen nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Bundesboden (also auch überall auf demselben den Polen) ungehinderte volksthümliche Entwickelung und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiet reiche, gewährleistet habe." Antrag 3 ward gegen die Opposition der Rechten angenommen. Antrag 4 endlich ward durch motivirte Tagesordnung: „in Erwägung, daß bereits durch den generellen Beschluß vom 31. Mai auch den polnischen Bewohnern Westpreußens die Sicherstellung ihrer Nationalität zugesagt worden", beseitigt. Nun kam der Schaffrath'sche Antrag an die Reihe. Die Linke hatte sich wieder eingefunden. Der Antrag lautet: „Die Nationalversammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht und erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes an, zu Wiederherstellung eines selbstständigen Polens mitzuwirken." Gumprecht und Puttlitz sprachen gegen die Zulässigkeit des Antrags, da derselbe nicht zum Berathungsgegenstand gehöre, auch ein theoretischer Satz über ein geschichtliches Ereigniß kein Gegenstand einer Abstimmung sey. Von der Linken wird entgegnet, daß der Antrag schon vorher für zulässig erklärt und die namentliche Abstimmung über denselben vorbehalten worden sey. Schwetschke beantragt, daß die Bestimmung der östlichen Gränze als Brudermord und schmählicher Landesverrath erklärt werde. Der Präsident bemerkt, dieser Antrag könne als verspätet nicht zugelassen werden. Jordan beantragt Trennung des Schaffrath'schen Antrags. Eisenmann u. A. sprechen gegen dessen Fassung. Nach einer tumultarischen Debatte wird endlich namentlich abgestimmt, und mit 331 gegen 101 der Schaffrath'sche Antrag verworfen, 26 Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten. Eine Anzahl Mitglieder der Majorität erklärten zu Protokoll: sie hielten allerdings die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht, fänden es aber nicht geeignet, durch Abstimmung ein Urtheil über ein historisches Ereigniß abzugeben und für die Zukunft unbestimmte Verheißungen zu ertheilen. Jucho bemerkt: Er halte es für unwürdig, Erklärungen in die Welt hinaus zu schicken, denen man nicht zugleich die That nachfolgen lasse. Wieder Andere sprachen die Ueberzeugung aus, daß das deutsche Volk an dem schmachvollen Unrecht der Höfe von Oesterreich und Preußen keinen Theil habe.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Die wichtige Wahl des Reichs-Handelsministers scheint entschieden: dem Vernehmen nach wäre Senator Duckwitz aus Bremen dazu berufen. Eine glückliche Wahl. Zum Finanzminister soll Staatsrath Mathy bestimmt seyn. Für das auswärtige Portefeuille werden drei Namen genannt: Bedeutet, Bunsen und — Stockmar. Zu dem Unterstaatssekretär der Justiz soll Robert Mohl designirt seyn, der die auf

Digitized by Google

ihn einstimmig gefallene Wahl zum Vertreter der Universität Heidelberg in der ersten deutschen Kammer, wie Sie wissen, abgelehnt hat. (L. J.)

Frankfurt, 26. Juli. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.) Die Verhandlungen über die Grundzüge zur künftigen allgemeinen deutschen Gewerbeordnung sind an einem wichtigen Punkt angekommen, der nicht vom Standort der Partikularinteressen aus erledigt werden kann, weil er den Produzenten wie den Consumenten, weil er die ganze bürgerliche Gesellschaft gleich nahe angeht, weßhalb denn auch der Congreß besondere Vorsicht für angemessen erachtete und dem Ausschuß eine besondere Commission beigugeselllen beschloß, welche heute beauftragt wurde, den erwähnten Punkt (die Schutzzölle nämlich und später auch die Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials, sowie die Handelsverträge mit dem Auslande) für das Programm zum künftigen Entwurf der deutschen Gewerbeordnung auszuarbeiten und das Verhältniß auseinanderzusetzen, in welchem der handarbeitende Stand zu diesen handelspolitischen Fragen stehe. Hier zeigte sichs, daß die bloße Empirie nicht ausreiche, sondern daß die Wissenschaft zu Rathe gezogen werden müsse, wenn man nicht, wie allerdings einige verlangten, die Gegenstände ganz fallen lassen wollte. Den Anfang der heutigen Verhandlungen bildete die Frage über Beschränkung des Handels. Zu einem bestimmten Beschluß kam es in dieser Beziehung nicht; der Ausschuß wurde zu ferneren Untersuchungen und Vorschlägen aufgefordert, aber es fehlte nicht an schlagenden Argumenten für die Ansicht Derjenigen, welche von der Idee ausgehen, daß der Handel sich eine Stellung über der Arbeit angemaßt hat, die ihm, als einen bloßen, wenn auch in vielen Fällen nothwendigen, Mittelzieht zwischen Consumenten und Producenten, nicht gebührt. Im Allgemeinen wurde es für wünschenswerth erklärt, daß der Handwerker den Kleinhandel mit seinen eignen Fabrikat selbst treiben soll. (F. J.)

München, 28. Juli. Ungeheures Aufsehen macht hier ein Artikel der offiziellen Neuen Münchener Zeitung, in welchem nachgewiesen wird, daß das Militär trotz seines Eides auf die Verfassung nicht selbst darüber zu urtheilen berechtigt sey, ob eine von ihm verlangte Handlung eine Verletzung oder ein Umsturz der Verfassung sey, sondern auch wenn es eine solche erkannt hat, dennoch sie vollführen müsse und alle Verantwortung auf die Kommandirenden falle. Diese Theorie erinnert lebhaft an die analoge Bestimmung des Art. 16 der Wiener Konfessionsbeschlüsse. (K. R.)

Die gesammten Ausschüsse der Kammer der Abgeordneten Ausschüsse über den Gesetzentwurf: „Die Einführung der Schwurgerichte betreffend." Die allerunterthänigste treugehorsamste ständischen Ausschüsse haben dem an sie gebrachten Gesetzentwurfe, über die Einführung der Schwurgerichte nur unter folgenden ehrfurchtsvoll vorzuschlagenden Abänderungen ihre Zustimmung geben zu können geglaubt: In Art. I. soll Ziff. 2 folgende Fassung erhalten: „auf einer deutschen Hochschule den Dr.-Grad erlangt haben, oder sich durch ein amtliches Prüfungszeugniß über ein mit günstigen Erfolge vollendetes Universitätsstudium ausweisen können." Als Ziffer 3 soll eingeschaltet werden: „welche ihre vollständigen Kunstkenntnissen an einer deutschen Akademie der bildenden Künste gemacht haben, und durch Zeugnisse derselben ihre volle Kunstbefähigung nachzuweisen im Stande sind, oder 7." In Art. II. soll Ziff. 1 so gefaßt werden: „sämmtliche in Aktivität stehende besoldete Staats- und Militairpersonen" Ziff. 3 soll dahin abgeändert werden, daß es heißt: „Die Advokaten an den Gerichten, wo die Assisen gehalten werden." Nach Ziff. 5. soll gesetzt werden: Endlich sind ausgeschlossen 6 u. 7. wie Art. III. und IV. bleiben unverändert. Im Art. V. soll im Satz „jedes Gemeindegliedes" gesetzt werden: „jeder stimmfähige Staatsangehörige" dann ebendort nach dem Worte „Gemeinde-Ausschusses" eingeschaltet werden: „in öffentlicher Sitzung verhandelt und ꝛc. ꝛc. Im Absatz 3 des nämlichen Artikels ist nach den Worten: „in kürzester Frist" einzuschalten: „gleichfalls in öffentlicher Sitzung." In Art. VI. soll Ziffer 1 folgende Fassung erhalten: „die Gemeinde-Vorstände der vier bevölkertsten u. s. w." Ziffer 2 soll so gefaßt werden: „Jene sind Wahlmänner, welche bei der im Monate Mai gegenwärtigen Jahres vorgenommenen Wahl von Abgeordneten zur Volksvertretung die drei deutschen Bunde die meisten Stimmen in fünf verschiedenen Gemeinden ihrer Wahlbezirke erhalten haben. In Art. VII. soll der Absatz 2 dahin abgeändert werden, daß er lautet: „Statt der in Nummer 1 dieses Artikels bezeichneten Personen sind jedoch der erste, und in dessen Verhinderung der zweite Bürgermeister, sammt den fünf ältesten Gemeindebevollmächtigten und statt der in Nr. 2 bezeichneten 5 Wahlmänner 7 zuzuziehen." Art. VIII — XI. bleiben unverändert. Im Art. XII soll das Wörtchen „erste" gestrichen werden. Im Art. XIII. ist bei Ziffer 1 im Anfange zu setzen: „Statt der im Art. XI. Nr. 2 bezeichnungsweise Art. VII. Abs. 2 bezeichneten Wahlmänner sind bezeichnungsweise sieben von denjenigen u. s. w." Art. XVI—XIX bleiben unverändert. Art. XX in der ersten Zeile statt des Wortes: „vereinigter" zu setzen: „herabgesetzter". Im Abs. 2 ist statt des Wortes: „Betheiligten" wo es das erstemal vorkommt, zu setzen: „Geschworenen", das zweitemal: „Berufenen." Art. XXI bleibt unverändert. Im Art. XXII ist in Abs. 1 statt: „100 fl." zu setzen: „100 fl. bis 200 fl.", in Abs. 2 ist statt: „zweiten Rückfalle" zu setzen: „dritten Straffalle." Art. XXIII und XXVIII bleiben unverändert. Im Art. XXXIX sind die Worte: „in den einzelnen Kreisen" zu streichen. München, den 25. Juli 1848.

Augsburg. Ein so eben aus Petersburg zurückgekehrter Reisender, der sich in Folge der stets gewaltiger überhandnehmenden Cholera von dort geflüchtet, berichtet, daß die Sterbefälle täglich sich in die Tausende belaufen. Bereits finden keine regelmäßigen Begräbnisse mehr Statt, sondern man wirft die Todten in eigends dazu hergerichtete Kalkgruben. Ein kaiserlicher Ukas verordnet, daß in den Journalen, so wie in den durch die Presse veröffentlicht werdenden Berichten, nur das Drittel der Sterbefälle bekannt gemacht werden dürfe. Desgleichen sucht ein weiterer Ukas den in Folge dieser furchtbaren Seuche täglich sich mehrenden Auswanderungen Fremder wie Einheimischer möglichst zu steuern.

Berlin, 27. Juli. Das Ministerium wird von der Nationalversammlung fast das Institut der Schutzmannschaften die Bewilligung einer Summe von 1,200,000 Thlr. verlangen. Man soll sich sogar von Seiten der Rechten dahin erklärt haben, daß man eine so große Summe für ein ganz überflüssiges Institut nicht bewilligen könne.

Aus der Bremer-Zeitung will aus guter Hand wissen, der preußische Kriegsminister v. Schreckenstein habe dem Reichskriegsministers geschrieben, er könne und werde den abgeschlossenen Einigungsakt nicht vollziehen lassen! Wir hoffen, die Bestätigung dieser Nachricht werde ausbleiben.

Wien, 25. Juli. Die Absicht der reaktionairen Partei, unter dem Mantel einer Judenverfolgung ihre Widerstandspläne durchzusetzen, ist an dem gesunden Sinn der Bevölkerung gescheitert, die das Netz durchschaute und Aufsehen verabscheut. Der demokratische Verein hat seit dem Ueberfall im Gasthofe zum römischen Kaiser einige tausend neue Mitglieder gewonnen, und die Hälfte der akademischen Legion hat sich bereit erklärt, als Schutzwache des Clubs zu dienen, der nun Macht zu werden beginnt, dessen Ansehen selbst den Ausschuß der Nationalgarde der einträchtigt. Aus vielen Dörfern und Marktflecken erscheinen Deputationen, die ihm ihre Uebereinstimmung aussprechen und ihre Mitwirkung zusagen; in dem Flecken Hausleiten ward die Gegendeputation des hiesigen Clubs mit fürstlichen Ehren empfangen, und weißgekleidete Mädchen streuten den wiener Demokraten Blumen, indeß die Männer ihren Reden begierig lauschten und Beifall zollten. — Dobthepf fährt fort, den Augiasstall der Bureaukratie zu säubern; er ist gesonnen, in dem Säuberungswerk unerbrossen fortzufahren und im Laufe dieses Jahres wenigstens die Hälfte der Bureaudreß von ihren Posten zu entfernen. — Die mehrfach aufgetauchte Idee zur Errichtung eines Denkmals für Börne faßt hier bereits Wurzel, und wird ein Comite zusammentreten, das die Geldbeiträge verwalten und für größere Zuschüsse Sorge tragen will. (D. A. Z.)

Die Wiener Ztg. enthält die amtliche Anzeige, daß der Kaiser die von dem Ministerium beantragte Pensionirung des Landesgouverneurs von Tirol, Grafen v. Brandis, genehmigt hat. Zugleich ist der Geschäftsre wurde dem Gouvernialvizepräsidenten Frhrn. v. Benz übertragen. (D. A. Z.)

Stuttgart, 26. Juli. Die Grundlagen der vorläufigen Vereinbarung zwischen Bayern und Würtemberg sollen, wie wir hören, eine doppelte Eisenbahnverbindung zwischen beiden Staaten bestimmen. Die erste ist eine Bahn von Lindau nach Meckenbeuren (würtembergische Station zwischen Friedrichshafen und Ravensburg), wogegen die wegen des Terrains höchst kostspielige Ausführung der Bahn von Lindau nach Kemmnath unterbleiben würde. Die zweite ist eine Bahn von Ulm nach Meitingen (bayerische Station ungefähr in der Mitte zwischen Augsburg und Donauwerth). (K. u. u. f. D.)

Heidelberg, 27. Juli. Der Gewerbe-Congreß, der am nächsten Sonntag und Montag hier abgehalten werden soll, wird zahlreich besucht werden. Die Theilnahme an den Gewerbe-Angelegenheiten ist hier sehr groß, und zur Aufnahme der frem-

Digitized by Google

den Gäste haben schon viele Hausbesitzer ihre jetzt unbewohnten Zimmer dem Comite zur Disposition gestellt. — Die Studenten sind zwar hierher zurückgekehrt, aber dem ungeachtet sieht man wenige. (F. J.)

Leipzig, 28. Juli. Seit gestern Abend läuft hier ein Gerücht von unruhigen Auftritten in Gera um, wo es bei der versuchten Befreiung des verhafteten Oekonomiekommissärs Krauß zum blutigen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, Bürgerwehr und Turner, gekommen seyn soll; man erzählt von Todten und Verwundeten. Bestimmtere Nachrichten fehlen indessen noch gänzlich. (D. A. Z.)

Aus Thüringen, 24. Juli. Unter den Regierungen der thüringischen Staaten, zwischen denen bisher schon durch den Thüringischen Zoll- und Handelsverein und durch das Oberapellationsgericht zu Jena gemeinsame Beziehungen stattfanden, er hat jetzt das Bedürfniß einer engeren Annäherung an einander äußere Geltung verschafft. Am 22. Juli fand zu einer Vorberathung über diesen Gegenstand eine Conferenz von Abgeordneten der Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen und der preußischen Fürstenthümer zu Gotha statt. Es wurde hier die Mehrzahl der Abgeordneten als wünschenswerth und zweckmäßig anerkannt, daß unter den Regierungen der erwähnten Staaten in legislatorischer Hinsicht, sowohl im Allgemeinen als auch insbesondere bei der Lösung der wichtigen Aufgaben im Gebiete der Gesetzgebung und Administration, welche durch die neuesten politischen Ereignisse in Deutschland veranlaßt sind oder noch hervorstehen, auf thunliche Uebereinstimmung und Gemeinsamkeit Bedacht genommen werden möge. Für ein sehr geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes wurde die Niedersetzung von gemeinschaftlichen Commissionen erachtet, welche Entwürfe und Vorschläge zu solchen gemeinsamen Gesetzen und Institutionen zu bearbeiten haben würden.

Hannover, 24. Juli. Der Glaube, daß nur durch einen Rücktritt des Ministeriums Stüve der Conflict, in welchen Hannover so unvorsichtig mit dem Gesammtvaterlande verwickelt worden ist, gelöst werden könne, beginnt immer festeren Boden zu fassen. Es circuliren bereits neue Ministerlisten. Namentlich bezeichnet man Hantelmann als den künftigen Minister des Innern, Jacobi für den Krieg, Lang II. werde Justiz, Cultus, Unterricht zu übernehmen haben. (Z. f. d. J.)

Hamburg, 25. Juli. Heute erhielten wir mit den von Rendsburg angekommenen Bahnzügen die, allem Anschein nach auf officieller Quelle stammende Bestätigung der Nachricht vom Ablauf der Waffenstillstandsunterhandlungen. General Wrangel soll im Begriffe seyn, wieder die Königsau zu überschreiten, oder sie innerhalb der letzten 36 Stunden überschritten haben. Morgen Abend werden der Regierungspräsident Beseler, der Mg. Professor Christiansen und der heute von uns geschiedene Abgeordn. Assmann Semper in Altona ihre Reise nach Frankfurt a. M. antreten, um die Centralgewalt zu energischer Fortsetzung des Krieges aufzufordern. Vor Allem müßten jetzt sofort folgende beide Maßregeln ergriffen werden: Abbrechen aller und jeder Postverbindung, auch der über Lübeck, mit Dänemark, welches von Allem, was hier geschieht, nur zu gut unterrichtet ist, und bei etwaniger Einmischung der Schweden und Norweger, Selbstblokade aller deutschen Häfen gegen die Schiffe beider Nationen. (D. A. Z.)

Eckernförde, 24. Juli. Die provisorische Regierung läßt zwischen der Düsse und der Nordsee zur Umgehung des Sundes und dessen verhängnißvollen Zolles einen deutschen Marine- und Handelskanal in Angriff nehmen. Derselbe soll von dem hiesigen Hafen aus nach Brunsbüttel bis Schiernau und Steinwese geleitet werden. Die provisorische Regierung fordert in einem Circulare die Ingenieure des Landes auf, sich zu dem Unternehmen zu melden. (D. A. Z.)

Königreich der Niederlande.

Ein Schreiben aus Maestricht vom 23. Juli im Amsterdamer Handelsblatt meldet, daß der Generalkommandant der Festung als vorsorgende und Sicherheitsmaßregel in Folge des außerordentlichen Zustandes, in welchem Limburg sich befindet, die Verstärkung der Innen- und Außenposten befohlen und Wachen, wo dies Umstände erfordern, verdoppeln befohlen und Wachen, wo dies Umstände erfordern, verdoppeln befohlen und Wachen, wo dies Umstände erfordern, verdoppeln

Drittel ihres Einkommens zu besteuern) vorzutragen. Dieser lange und geistreiche Bericht läßt sich nicht im Auszuge geben, da man ihn nur entstellen oder verstümmeln würde, wir bemerken daher nur, daß er auf gänzliche Verwerfung des Proudhon'schen Vorschlags antrug und daß sein Vortrag mit dem größten Interesse angehört wurde. Die Vorlesung des Berichts, der zuletzt einen energischen Tadel der Doctrinen Proudhons im Interesse der Familie, des Eigenthums und der Civilisation, sich diesem Tadel beizugesellen, dauert bis 3½ Uhr. Proudhon besteigt die Tribune und erklärt, das sey kein Bericht, das sey ein Anklage-Act. Um zu antworten, müsse er Thiers Rapport vor Augen haben, es seyen numerische Berechnungen darin, Entstellungen seines Vorschlags, die er bekämpfen wolle und er bitte die Versammlung, einen Tag zu dieser Discussion zu bestimmen. Die Versammlung setzt den nächsten Sonnabend fest. Ein Ausfall, den Thiers in seinem Berichte auf die noch im Stadium begriffene progressive Einkommensteuer als „communistisch" machte, zog ihm eine schwache Zurechtweisung von Seite des Herrn Boutet zu und rief einen heftigen Tumult in der Versammlung hervor. Im Ganzen hat Thiers durch diesen Zwischenfall eine Niederlage erlitten, die um so der deutender ist, als Cavaignac das Wort nimmt und sich bedauernd darüber ausspricht, daß Herr Thiers über ein von der Regierung ausgegangenes, noch im Studium begriffenes Project schon so herb abgesprochen und es gleichsam der öffentlichen Meinung denuncirt habe. Cavaignac ertheilt in sehr artiger Weise, aber mit ernsten gemessenen Worten Herrn Thiers eine Lection, die diesen aber in die Schranken zurückweist, die ihm gebühret. Jetzt erst fühlt die Majorität der Versammlung, daß es Herrn Thiers Absicht war, das Verdammungsurtheil über Proudhons Doctrinen auch auf das von der Regierung ausgegangene Gesetz über die progressive Einkommensteuer auszudehnen und die Spannung steigt.

Thiers vertheidigt sich, — er habe nicht die Absicht gehabt, die Regierung anzugreifen, die er vielmehr unterstütze (ironisches Oh! Oh!) er sey nun der Berichterstatter der Finanz-Commission und habe die Meinung derselben ausgesprochen. Er wird durch heftigen Lärm unterbrochen und wendet sich gegen die Linke: Ich sehe, daß man hier viel Geduld und Festigkeit braucht um sich anhörend zu machen; — ich werde sie haben. Eine Stimme links: Sprechen Sie zu ihren Leuten, 'door hmüber. — Auf von der Rechten: Zur Ordnung! — Thiers beharrt darauf, daß eine Commission sich keine Grenzen zu setzen lassen habe, daß Cavaignac sachlich die Debatte mit der Bemerkung, weder er noch auch die Minister dächten an eine Beschränkung, er habe die Kammer nur auf das Unpassende einer voreiligen Discussion von Fragen aufmerksam gemacht, die noch nicht an der Tagesordnung seyen. — Lebhafte Sensation, — die Sitzung wird suspendirt.

Großbritannien.

Aus Dublin wird unterm 23. Juli geschrieben: Gestern Abend erging ein Haftbefehl wegen peinlichen Verbrechens gegen S. O'Brien, der am Morgen nach Wexford abgereist war. Unsere Clubs waren gestern Abend versammelt, kamen aber zu keinem festen Beschlusse; einige Redner wollten, daß man gleich losbrechen solle, während andere zum Aufschub bis nach Abnrtheilung Duffy's und der anderen Angeklagten anriethen. Viele blieben dabei, daß man rasch zuschlagen müsse, und der nächste Dienstag wurde genannt. Heute Abend ist wieder Versammlung. Die Clubs sind übereingekommen, ihre Waffen zu behalten und der Proklamation nicht zu gehorchen. Sie schaffen heimlich große Massen Kriegsmunition und Waffen nach den noch nicht proklamirten Grafschaften. Sollte der Aufstand ausbrechen, so wird dies im Süden und wahrscheinlich gleichzeitig in vier oder fünf Städten, in Cork, Waterford, Kilkenny, Clonmel und wahrscheinlich auch in Dublin geschehen. Gewiß ist, daß im Süden große Massen der Bevölkerung zum Aufstande reif sind. Besonders herrscht in Cork, Waterford, und von da bis Carrick und Clonmel große Gährung; man zeigt dort schon Erbitterung gegen einzelne Führer, die Miene machen, sich zurückzuziehen, und will sie mit Gewalt zum Handeln zwingen. Hier ist unter den niederen Klassen die Ansicht verbreitet, daß der Aufstand spätestens am 10. oder 11. August beginnen werde; die Proklamationen des Vordstatthalters werden überall abgerissen und in den Theatern wird der Name der Königin von den Galerien ausgezischt. Auf Verführung der gemeinen Soldaten wird nach Kräften hingearbeitet. Sollten hier Ruhestörungen erfolgen, so werden 13,000 wohlbewaffnete protestantische Bürger für die Sache der Ordnung auftreten. Aus England werden stündlich zwei Infanterieregimenter erwartet. Meagher hat heute Dublin verlassen. Es bestätigt sich immer mehr, daß in vielen Theilen des Landes, und besonders in der Provinz Münster, die Kartoffelkrankheit herrscht. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Juli. Die Herren Wynn, Lagerheim, Oxholm und Reedtz sind aus dem Hauptquartier unverrichteter Sache heimgekehrt. Zwar haben sie in der Nähe von Kolding eine mehrstündige Unterredung mit dem Grafen Pourtalès, Hrn. Oriola und dem Grafen Münster gehabt, jedoch den General Wrangel von seinem Entschlusse, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein fortbestehe und das schleswig-holsteinische Heer unaufgelöst beisammenbleibe, nicht abzubringen vermocht. In der von Malmoe hierher gelangten Voraussetzung, daß General Neumann dem General Wrangel den bestimmten Befehl seines Königs zur Unterzeichnung der von Pourtalès in Malmoe verabredeten Waffenstillstandsbedingungen überdringe, scheinen die Herren Diplomaten sich bitter getäuscht zu haben. Daß übrigens die dänische Regierung jenem Wrangel'schen Verlangen nicht nachgeben wird, ist gewiß.

Nachdem nun fast alles Militair hier fort ist und neue einberufene schon gediente 10,000 Mann den 1. August erst eintreffen, ist unser Kriegsminister gestern zur Armee abgegangen, die sich während der wohl gestern abgelaufenen Waffenruhe in Jütland mehr nördlich gezogen hat, wahrscheinlich um dadurch General Wrangel nach Jütland nachzuziehen, und dann die für diesen Fall und zugesagte Hilfe Schwedens zu erlangen. — Gestern sollen die ersten Urtel des Oberadmiralitätsgerichts gefällt seyn und den in dieser letzten Instanz condemnirten Schiffen steht doch wahrscheinlich baldiger Verkauf bevor. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Von der walachischen Grenze, 18. Juli. Nach Berichten aus Jassy vom 17. Juli waren dort 4000 Russen zurückgeblieben. — In der Walachei rücken die Russen überall ohne den mindesten Widerstand vor. Es ziehen sich 15,000 Mann in die kleine Walachei. Nach Krajova sollen 3000 Mann bestimmt seyn. Man erwartet den Fürsten Bibesco, in dessen Namen die Regierung bereits wieder eingeführt wird, aus Kronstadt zurück in Bukarest. (D. A. Z.)

Rußland und Polen.

Aus Russisch-Polen gehen uns Mittheilungen zu, die wir mit dem Bemerken, daß sie allem Anscheine nach glaubwürdig sind, hier wiedergeben: „Es sind sämmtliche Kriegsherrschaften einberufen und in die Regimenter eingetreten. (Dies geschieht nach der russischen Armeeorganisation nur im Falle der Mobilmachung.) Aus den verschiedenen Cadettencorps sind 1200 junge Leute als Offiziere eingetreten.

Petersburg, 20. Juli. Am 16. Juli erkrankten an der Cholera 386 und starben 227 Personen, am 17. Juli erkrankten 394, starben 219 und blieben in Behandlung 3710 Personen.

Anzeigen.

Cravatten, Schärpen, Bänder und Fahnenstoffe in den deutschen Nationalfarben bei

J. Würzburger jun.,
Ecke der Operastraße.

Am 15. August
wird der große Dreimaster
Itzstein & Welcker
von Bremen nach Newyork expedirt.
Durch den unterzeichneten Agenten können billige Ueberfahrtsverträge abgeschlossen werden und empfiehlt sich hiezu bestens
Bayreuth, 28. Juli 1848.
H. M. Wilmersdörffer.

Bündhütchen für die Landwehr bei
Joh. Andr. Zapf.

Es werden einige Gymnasial- oder Gewerbschüler in Kost und Logis zu nehmen gesucht. Eine gesunde, freundliche Wohnung und die sorgfältigste Aufsicht wird zugesichert. Wolfsgasse Nr. 501.

Haus-Nr. 174 in der Münz ist eine Treppe hoch ein Quartier von 4 heizbaren Zimmern, Kammer, heller Küche und sonstigen Bequemlichkeiten auf Martini zu vermiethen.

In Nr. 134 sind zwei Quartiere auf Martini zu vermiethen. Das Nähere zu erfragen bei Frdr. Kögler am Markt.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hogen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 212. 1. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Juli. Ausführlicher Bericht über die 50. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Simon von Trier verlangt das Wort über den Umstand, daß während der gestrigen heftigen Debatte über den Schaffrath'schen Antrag der Präsident, nach der linken Seite sich wendend, gerufen habe: „das ist eine unwürdige Aufführung.“ Er verlangt Zurücknahme des Ausdrucks. Präsident v. Gagern bemerkt: diese Aeußerung sey von ihm in der Aufregung gemacht worden, und er nehme sie gern zurück. Dieselbe habe übrigens nicht einer Seite des Hauses, sondern überhaupt dem Lärm in der Versammlung gegolten. Er müsse die Mitglieder aller Parteien ersuchen, dem Präsidenten sein schwieriges Amt zu erleichtern. Arndt spricht einige Worte über die Würde der Nationalversammlung, die öfteren Ruhestörungen von Seiten der Gallerie u. s. w. An der Tagesordnung ist zuerst die Berathung über die Art und Weise der Interpellationen an die Minister. Der Ausschuß für die Geschäftsordnung hatte beantragt: 1) Jeder Abgeordneter, der eine Interpellation an die Reichs-Minister beabsichtigt, hat solche am Tage vor der nächsten Sitzung schriftlich bei dem Präsidium einzureichen, um von Letzterm sofort zur Kenntniß des betreffenden Ministers gebracht zu werden; inwiefern Interpellationen, die als besonders dringend bezeichnet werden, ausnahmsweise in der Sitzung selbst eingegeben werden können, darüber hat jedesmal die Reichsversammlung zu entscheiden; 2) jede solche Eingabe muß den Gegenstand der Interpellation und deren Veranlassung kurz und bestimmt angeben; 3) die Verlesung dieser Interpellation in der Reichsversammlung erfolgt ohne weitere Motivirung jederzeit vor der Tagesordnung; die Frage wird sodann nach §. 29 der Geschäftsordnung auf Unterstützung gestellt und die Interpellation zurückgelegt, wenn solche nicht ausreichend stattgefunden hat; 4) findet sich die Interpellation gehörig unterstützt, so hat der betreffende Reichsminister in derselben Sitzung „entweder die gewünschte Erklärung abzugeben, oder den Tag zu bestimmen, wenn dies geschehen soll, oder die Gründe anzuzeigen, warum überhaupt eine Erklärung nicht abgegeben werden kann.“ 5) Erst nach Abgabe der ministeriellen Erklärung kann eine weitere Berathung über den Gegenstand stattfinden; ob eine solche dann eintreten soll, wird durch die Reichsversammlung bestimmt. Gegen diese Anträge sprach Wasserm ann. Das Gesetz über die Centralgewalt habe bereits bestimmt, daß die Minister auf Verlangen der Nationalversammlung zu erscheinen und Aufschlüsse zu geben hätten. Wenn auf Verlangen von 20 Mitgliedern Interpellationen stattfinden könnten, würden die Interpellationen sich zu sehr vervielfältigen die Versammlung würde sich in die Regierung einmischen und dadurch dem Verfassungswerke die kostbare Zeit entzogen werden. Er beantragt die Tagesordnung. Eisenmann ist dagegen der Ansicht, daß die Interpellationen so wenig wie möglich Beschränkungen unterliegen sollten, und beruft sich auf das Beispiel England's. Bally meint, da die Versammlung noch nicht die parlamentarische Erfahrung der Engländer besitze, sey es nöthig, die Minister gegen allzuhäufige Interpellationen zu schützen. Edel will das Interpellationsrecht als eine wichtige moralische Waffe aufrecht erhalten wissen, und stimmt für die Ausschußanträge, jedoch mit der Aenderung, daß nachdem die Interpellation von dem Minister beantwortet worden, eine Discussion nur dann stattfinden darf, wenn ein Antrag gestellt ist, der von der Versammlung als sehr dringend anerkannt wird; Vogt ebenfalls für den Ausschußantrag mit der Bemerkung gegen Wasserm ann: er hätte geglaubt, daß gerade in unserer Zeit das Prinzip der Volksregierung, das **selfgovernment**, zur Anerkennung kommen sollte. Wasserm ann verwahrt sich dagegen, daß er eine Polizeimaßregel beantragt habe, und verweist u. A. auch auf die freisinnige badische Geschäftsordnung, welche seine Berathung über Petitionen zulasse, bevor diese erwiesenermaßen in allen Instanzen abgewiesen worden seyen. Römer: der Mißbrauch eines Rechts hindre nicht den Gebrauch; auch die Preßfreiheit werde mißbraucht, und doch wünsche man allgemeine Preßfreiheit. Wenn darüber, ob eine Interpellation stattfinden solle, die Versammlung gefragt werden müßte, so würde dies Mißtrauen im Volke erregen, das keineswegs mit der Mehrheit der Nationalversammlung immer gleicher Ansicht sey. Man müsse jeden Schein vermeiden, als wolle man die Minderheit unterdrücken. Wenn übrigens ein Minister erkläre, aus besondern Gründen auf eine Interpellation nicht antworten zu können, so werde die Versammlung, wie dies bei allen Parlamenten der Fall, sich dabei beruhigen. Die Nationalversammlung sey allerdings ursprünglich eine konstituirende Versammlung; allein sie habe sich doch bisher mehrfach in Regierungssachen gemischt (so in der dänischen und hannoverschen Angelegenheit). Das sey aber lediglich Schuld der Regierungen, weil diese die Versammlung zaghaft gelassen, habe sie ihren Rath ertheilen müssen. Nach der schon mittheilenden Abstimmung hierüber begründet Schoder seinen Antrag, daß sämmtliche zum Entwurf der Grundrechte eingebrachte und binnen 10 Tagen noch einzubringende Amendements dem Verfassungsausschuß oder beziehungsweise diesem und dem volkswirthschaftlichen Ausschuß überwiesen werden, welcher nach sorgfältiger Prüfung derselben einen modifizirten Entwurf vorzulegen hätte, worauf sodann jeder einzelne §. sowohl der Mehrheits- als Minderheitsanträge und zuletzt der Entwurf im Ganzen zur Abstimmung zu bringen wäre. Schoder äußert zur Begründung seines Antrags: Bei den jetzigen reaktionären Bestrebungen thue es dringend Noth, durch Feststellung und Verkündigung der Grundrechte die Freiheiten und Rechte des Volks sicherzustellen. Die Einheit Deutschlands erfordere von einzelnen Regierungen und Stämmen so viele wahre und vermeintliche Opfer, daß man sie nur in der Zeit der warmen Begeisterung, welche durch die Revolution hervorgerufen, erwarten dürfe, nicht aber wenn die kalte Berechnung wieder die Oberhand behalten habe. Nach der bisherigen Berathungsart sind selbst nach Annahme der Vorschläge der HH. Lette und Biedermann wieder aber wenigstens sechs Monate erforderlich seyn. Wenn man die Annahme zu Bausch und Bogen für ein Ueberhasten halte, so würde dies jedenfalls kleiner seyn, als die Gefahr der Verzögerung. „Setzen Sie“ — sagt er schließlich — „um einer deutschen Gründlichkeit zur Unzeit, einer Unentschlossenheit, einer Unfähigkeit willen, in einer außerordentlichen Zeit das Außerordentliche zu thun, nicht die höchsten Güter, unsere Einheit und Freiheit auf's Spiel. Noch ist das Eisen heiß und erreichbar; aber ich ahne es, mit jeder Stunde, die Sie verlieren, entschwindet das Ziel mehr aus Ihrem Gesicht.“ Schoder schlägt die Verweisung seines Antrags an den Verfassungsausschuß zu schleunigster Begutachtung vor. Simon von Trier beantragt alsbaldige Berhandlung. Eisenmann warnt vor Uebereilung. Bally wünscht, daß man den Ausschuß nicht zu sofortiger Berichterstattung auffordern möge; die Sache sey höchst wichtig. Er sey auch überzeugt, daß die Grundrechte durch die Berathung in der Versammlung nicht verbessert werden, möchte aber doch nicht zu der ungeheuren Maßregel einer Annahme in Bausch und Bogen die Hand bieten. Bei der Abstimmung wird der Antrag von Simon auf sofortige Berathung des Schoder'schen Antrags verworfen, hierauf dem Verfassungsausschusse zur Berichterstattung zugewiesen. Nächste Sitzung: Montag den 30. Juli. Tagesordnung: Präsidentenwahl und Berathung über die deutsche Flagge. Die Berathung über die Grundrechte wird am Dienstag fortgesetzt werden.

Frankfurt, 28. Juli. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses. In der heutigen Sitzung wurde zunächst auf Antrag der preußischen Abgeordneten ein Adresse beschlossen, welche nach Berlin geschickt werden soll, um im Namen aller Congreßmitglieder die lebhafte Theilnahme derselben an dem von der Nationalversammlung in Berlin und vom preuß. Cabinette gefaßten Beschluß auszusprechen: eine Gewerbeordnung einzuführen und zu diesem Zweck auch Männer aus dem Handwerkerstande nach Berlin zu berufen, um deren Rathschläge und Wünsche zu vernehmen. Ferner führten die heutigen Berathungen zu dem Beschluß; daß Staats- und Communalarbeiten, wie Lieferungen künftig vorder an den Mindestfordernden, noch in Submission vergeben, sondern in Uebereinkunft mit den Staatsbehörden von den Innungen abgeschätzt und an die verschiedenen Gewerbsmitglieder der Reihenfolge nach vertheilt

Digitized by Google

werken; endlich daß dem betreffenden Baumeister bei Annahme solcher Arbeiten und Lieferungen Personal praktische Muster zur Seite stehen sollen. — Mit dem vom Ausschuß des Programm der Grundlinien zur künftigen allgemein-deutschen Gewerbeordnung aufgenommenen Paragraph, die Vertretung der Innungen durch Specialkammern und durch eine allgemein-deutsche Handwerkskammer, sowie das ausschließliche Recht der innern Selbstverwaltung durch die Innungen betreffend, erklärte sich die Versammlung ebenfalls zufrieden und wählte eine Commission, welche über Schutzzölle, über Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials und endlich über Handelsverträge mit dem Auslande Bericht stellen soll. (F. J.)

Ⓒ München, 29. Juli. In den diesigen Freikorps taucht die und da ein Funke der Zwietracht auf, der nicht selten zu einer Zerstörungsflamme zu werden droht. Während vom Landwehrfreikorps sich in letzter Zeit die Staatsdienst-Aspiranten lossagten und mit vielen höher gestellten Beamten und Privaten zum Künstlerfreikorps übergingen, hingegen vom Freikorps der Bürgersöhne sich viele zu dem der Landwehr flüchteten, haben die Polytechniker den Beschluß gefaßt, ihre Waffen zurück zu geben und viele schon diesen Entschluß zur Ausführung gebracht. — Gestern Abend ging Auszug's „Bluthund Nosse", welchen Freih. v. Frays aus seinem Centralrückhalte, die bei seiner frühern Intendantur sich durchgehends geltend machten, trotz der dringendsten Aufforderungen und den großen Erfolgen dieses trefflichen Werkes der Neuzeit uns so lange vorenthielt, endlich über unsere Hofbühne und ward mit Jubel aufgenommen. Die HH. Dahn, Heigel und Schenk, Fräul. Denker und Mad. Dahn waren würdige Repräsentanten dieser edlen Dichtung, die auch in verspäteter Vorführung einen grandiosen Eindruck nicht verfehlt. — Diesen Abend giebt Musikmeister Strecke eine musikalische „Vereinigungsproduktion" zum Besten einer deutschen Flotte in Neuderghausen. — Unser Magistrat hat an die Nationalversammlung zu Frankfurt eine Adresse gerichtet, worin die Nachtheile einer Gewerbsfreiheit für die altbayerischen Städte und namentlich für München, dessen reale Rechte einen wahren Werth von 4 Millionen haben und die mit 2 Mill. Schulden belastet sind, auseinander gesetzt werden. Der Magistrat appellirt in dieser Adresse sehr häufig an die gute alte Zeit des Zunftwesens ꝛc. Daran erkenne ich meinen —.

Augsburg, 28. Juli. Eine Verwahrung und Bitte von Handwerksgesellen und in Fabriken beschäftigten Handwerkern gegen den in Frankfurt versammelten Gewerbs- und Handwerkscongreß wird hier soeben zur Absendung an die Nationalversammlung vorbereitet. Im Eingang weist das von Dr. v. Kersdorf verfaßte Schriftstück darauf hin wie der Frankfurter Gewerbscongreß in seiner Zusammensetzung durch die Wahl künftiger Meister lediglich als Organ dieser, nicht des allgemeinen Interesses oder auch nur der besondern Interessen aller Betheiligten des Gewerbes und Handwerkerstandes zu erachten sey; ein Auftreten im Namen der gesammten Standes sey sonach sowohl den Gewerbsgenossen als der Nationalversammlung gegenüber ein unbefugtes. Wolle man ausschließlich diese Genossenschaft über eine neue Gewerbeordnung hören oder gar derselben eine Mitberathung gestatten, so werde daraus voraussichtlich nur der Triumph der selbstsüchtigsten Sonderinteressen einer Minderzahl, der Kaste der künftigen Meister, hervorgehen. Dieß habe der Congreß bereits durch mehrere seiner Beschlüsse dargethan, dieß sey der Sinn vieler seinen Mitgliedern von ihren Committenten gegebenen Aufträge. Danach sey seine Tendenz geradezu: Verkümmerung des Grundsatzes größtmöglicher Freiheit in der Anfässigmachung durch Beschränkungen der Gewerbsausübung; Beseitigung des bisher für die meisten Gewerbsgesetzgebungen als Grundsatz voranzustellen wenn auch der schränkt angewendeten Grundsatzes der Gewerbsfreiheit durch Wiedereinführung eines Zunftzwanges; Erschaffung einer so strengen Zunftverfassung unter dem Namen einer Gewerbsordnung, daß ihres Gleichen selbst die verflossenen Jahrhunderte kaum aufzuweisen vermögen; damit Erschaffung einer neuen privilegirten Klasse von zünftigen Meistern, welchen gegenüber nicht nur alle andern Gewerbstreibenden in höchste Abhängigkeit von der Herrschaft der Meister kommen sollen, sondern diesen auch ein Monopol der Arbeit und Preisbestimmung in die Hände gelegt werde, welches dem übrigen Publikum gegenüber für die gesammte Volkswirthschaft und sogar politisch äußerst bedenklich erscheine. Diesen Aufführungen folgt dann die Verwahrung „gegen die offenkundige Tendenz des dortselbst versammelten sobenannten Gewerb- und Handwerkercongresses" woran, für den Fall, daß wirklich eine Einvernahme dieses Standes bei grundrechtlicher Feststellung der Gewerbs-Berechtigung und Gewerbordnung von der Nationalversammlung beliebt werden sollte, die Bitte an diese angefügt ist, sie möge berücksichtigen „daß die Interessen der in Fabriken und bei den Meistern beschäftigten Handwerker und Gehülfen (es mögen eigentliche Gesellen seyn oder nicht) mindestens ebenso sauer wiegen als jene der künftigen Meister, daß sie jedoch bisher einer entsprechenden und direkten Vertretung und Einvernahme nicht theilhaftig geworden sind.

Berlin, 28. Juli. Die Berliner National-Zeitung schreibt: Wir können nach glaubwürdiger Versicherung mittheilen, daß das Staatsministerium beschlossen hat, die Conduiteulisten über Civilbeamte gänzlich aufzuheben.

Von Berlin war eine Deputation nach Potsdam gegangen, um dem Könige und dem Prinzen von Preußen Mittheilungen über den bedenklichen Zustand Berlins zu machen. Der König sowie der Prinz brachen ihre Rückkehr auf, bedingt nach Berlin zurückzukehren, und es drückte insbesondere der König die Ueberzeugung aus, daß die Vorgänge in Frankfurt a. M. nur einigend und stärkend auf die vaterländische Gesinnung der Preußen wirken und mit dazu beitragen würden, allen neuen Zuständen bald eine feste, das Glück des Vaterlandes verbürgende Gestaltung zu geben.

In der Sitzung der preußischen National-Versammlung vom 28. v. Mts. gab der Ministerpräsident v. Auerswald folgende bedeutende Erklärung ab: „Es ist bereits gestern zur Oeffentlichen Kenntniß gekommen, daß die Unterhandlungen über den Waffenstillstand zwischen dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Schleswig und den dänischen Obergeneral ohne Erfolg geblieben sind. Ich sinde nöthig, dieser Bekanntmachung hinzuzufügen, daß das zeitliche Mißlingen unserer Bestrebungen in einer Sache, welche Gegenstand unserer äußersten Anstrengungen unablässig gewesen, nicht die Hoffnung zerstört habe, in nicht langer Frist das ersrünschte Ziel zu erreichen. Alles was in dieser Beziehung zu thun möglich war, ist augenblicklich geschehen. Die Lage der Dinge gestattet nicht, Ihnen heute über die fortgesetzenden Verhandlungen, über das Verhalten der Regierung nähere Mittheilung zu machen. Ich hoffe indeß, der Augenblick ist nahe, wo dieses wird geschehen können; ich hoffe, daß er Ihnen die Ueberzeugung gewähren wird, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs keinen Augenblick die ernste, ja fast unerträgliche Lage des Offenbarens und aller ihrer verderblichen Folgen für einen so großen Theil der Monarchie eben so wenig verkannt hat, als die Aufrechthaltung der Ehre Preußens und Deutschlands in ihrem ganzen Umfange. Ich will bei dieser Gelegenheit einen andern Umstand berühren, der in den verflossenen Tagen in mehrfacher Auffassung hervorgerufen hat, und meine die durch öffentl. Blätter bekannt gewordene Aufforderung des Kriegsministers der deutschen Centralgewalt. Ich erkläre in dieser Aufforderung nicht eine so große Schwierigkeit, als man ihr beizulegen scheint. Es ist vielleicht eine ungewöhnliche Bezeichnung, aber ich fühle mich nicht im Stande, meine Anschauung anders auszudrücken, als indem ich aussprache, daß ich sicher hoffe, es werde diese häusliche Angelegenheit in unserem deutschen Vaterlande der Form sowie dem Wesen nach unschwer zu einer Verständigung zu führen sein. Die wir forsahren in mit Ausdehnung der und Eingebung die Einheit Deutschlands zu fördern, so werden wir dennoch alle Maßregeln vermeiden, welche die zur Stärke Deutschlands nothwendige Würde und Selbstständigkeit Preußens gefährden könnten." (D. A. Z.)

Posen, 24. Juli. Die Gazeta Polska berichtet: Wir erfahren, daß Ludwig Mierosławski in dieser Nacht um 11½ Uhr mit Postpferden von der Posener Festung weggefahren wurde. Wohin? Das ist ungewiß; man meint, nach Frankreich. (F. J.)

Wien, 26. Juli. Es verlautet, daß Herr v. Schmerling aus dem Ministerium treten wolle, ohne die Vorlage des Protestes abzuwarten, welchen Trieft gegen dessen Ernennung eingereicht haben soll. — Das Verbot der Ausfuhr von österreichischen Gold- und Silbermünzen ist durch Circular vom 24. Juli bis dahin verlängert worden, daß der Reichstag, dem binnen kurzem darüber eine Vorlage gemacht werden soll, die Frage entschieden haben wird.

Leipzig, 29. Juli. Ueber die gestern kurz berührten Vorgänge in Gera erhalten wir heute aus Weida vom 28. Juli folgenden Bericht eines Augenzeugen: Die Regierung war gestern zu dem Entschlusse gekommen, den zu den Vertreter der Landschaft längst dem Frühjahr ernannten Landcommerzrath Kraatz verhaften zu lassen. Reitende Boten verkündeten dies in Bitzgeschnelle in allen umliegenden Ortschaften, sodaß bereits gegen Mittag die Stadt von einer ziemlichen Anzahl Leute vom Lande angefüllt war. Um 2 Uhr wurde deßhalb die Stadt von der Bürgerwehr geschlossen. Nach 4 Uhr wurde das Gedränge gegen die Thore so stark, daß Generalmarsch geschlagen wurde und die Bürgerwehr, Schützen und Turner traten unter die Waffen, alle Thore wurden besetzt. Um 5 Uhr trafen die ersten mit Knütteln bewaffneten Züge der

Digitized by Google

Bauern an den Gittern ein. Alle Unterhandlungen, die wohl eine gute Stunde dauern mochten, wurden durch den Ungestüm und das verstärkte Herbeiströmen von Landleuten, Arbeitern ꝛc. unmöglich gemacht. An dem Schloßgitter hatte sich der gedrängte Haufen versammelt. Von ihm wurd das Thor mit Balken eingerannt und etwa 20—30 von ihnen drängten sich durch und zogen gegen das Landhaus, wo sich schon große Haufen von Tumultuanten aus Stadt und Land versammelt hatten. Das bedrängte unfreie Militär (etwa in Allem 60 Mann) schritt zwar ein, mußte aber bald zur Deckung der Regierung zurückgezogen werden und überließ bei einbrechender Nacht die Bewachung des offenen Gitters abermals der Bürgerwehr, während ungefähr 30 Mann des bewaffneten Turnkorps die Bauern bis an das Schauspielhaus zurückdrängten. Jetzt wurde auf Befehl von der Bürgerwehr scharf geladen. Es mochte 8 Uhr seyn. Die Zahl der Tumultuanten wuchs, der Anblick einiger vom Militair Blessirten erregte die Wuth im höchsten Grade, während die theils seit 1 Uhr in Staub und Sonnenglut stehende, der Handhabung des schweren Gewehrs zum Theil ungewohnte Bürgerschaft ermattete, an jedem kräftigen Widerstand zu zweifeln und sich in Haufen zurückzuziehen begann. Nur der Turnverein hielt treu vielfältiger Warnungen und schimmer Anzeigen den ihm anvertrauten äußersten Posten besetzt. Da glaubte der Kanzler v. Bretschneider dem Sturm nicht länger begegnen zu können, er verfügte (durch das Zurückziehen der Bürgerschaft nothgedrungen) die Freilassung des Verhafteten. Dieser zog nun an der Spitze des vereinigten Haufens gegen das Thor, und die Aufrührermasse fiel über die Turner her. Das Resultat konnte nicht zweifelhaft seyn. Verlassen von Jedermann und einzig angewiesen auf Büchsen, die diese Bayonnette waren, ging das Wiederwerfen und Entwaffnen eines Theils vor sich, während Andere, mit Hülfe des Kolbens Luft bekommend, sich retteten, noch Andere in verzweifelter Gegenwehr zum Schuß ihre Zuflucht nahmen. Der erste Schuß fiel indeß beim Ringen um ein Gewehr. Hierauf mochten noch etwa 15 Schüsse von beiden Seiten fallen, wobei ein Schneidergeselle getödtet wurde. Verwundet wurden auf beiden Seiten gegen 25—30. Die Turner wurden darauf heftig bis in die Stadt verfolgt. Ein großer Theil trug Wunden oder wenigstens Steinwürfe davon. Die Bürgerwehr hatte sich aufgelöst, die Uebermacht war zu groß. Die Nacht und den Sieg benutzte die Rotte zur Demolirung der Häuser der Führer des Turnerkorps, und einiger ihrer Mitbürger den auch die Republikaner standen entschieden auf Seiten des Gesetzes. Um 6 Uhr Morgens, als sich der Sturm etwas gelegt hatte, begann man die Wohnungen der Turnvereinsmitglieder ausfindig zu machen und demolirte noch zehn Häuser. Den Turnern war vom Volke der Tod geschworen und es hatten diese sämmtlich die Stadt noch in der Nacht verlassen. Die Landschaft hat der Stadt ihren Schutz angeboten. Bis jetzt, den 28. Juli, ist die Ruhe nicht weiter gestört worden. (Schw. M. J.)

Heidelberg, 25. Juli. Die D. J. schreibt: Es thut uns leid anzeigen zu müssen, daß unser Gervinus in Berücksichtigung seines schwankenden Gesundheitszustandes sein Mandat als Mitglied der Nationalversammlung niederlegen wird. Er denkt eine kurze Erholungsreise nach dem Süden zu machen.

Jena, 18. Juli. Die Mittheilung aus Jena über den Corpsconvent verdient Vervollständigung. Nicht allein, daß dort Deutschlands Corpsburschen das Duell ausdrücklich für die einzige ehrenhafte Genugthuung eines Corpsburschen erklärt haben; nicht genug, daß ihrem Beschlusse zufolge kein Corpsbursche sich an einer allgemeinen Studentenschaft betheiligen darf, ein Beschluß, in Folge dessen die jenaischen Corpsburschen wieder aus der allgemeinen Studentenschaft austreten, steht auch an der Spitze der famosen Corpsbeschlüsse die geisteleere Definition: Ein Corps ist eine Studentenverbindung, die sich weder mit Politik noch mit Wissenschaft beschäftigt. (D. A. Z.)

Rendsburg, 25. Juli. Man erzählt sich hier, daß an Dänemark folgende Anforderungen gestellt sind: 1) Beide Herzogthümer Schleswig und Holstein sind an Deutschland wieder herauszugeben; 2) ist ein Drittheil der dänischen Flotte auszuliefern und 3) sind 2,000,000 Species als Entschädigung für die durch diesen Krieg entstandenen Kosten zu zahlen. Falls Dänemark sämmtliche drei Punkte nicht sofort erfüllt, wird damit von Seiten Deutschlands der Krieg erklärt. (?) (Hamb. K.)

Italien.

Verona, 25. Juli. Während das Gros des österreichischen Heeres gegen das Centrum und den linken Flügel der piemontesischen Armee operirte, gegen Peschiera und den Mincio vorrückte, widmete es dem rechten Flügel der letzteren keine Beachtung. Von dieser Seite aus wurde gestern die Brigade Liechtenstein bei St. Lucia und Umgegend überfallen und — völlig unvorbereitet — gänzlich versprengt, niedergemacht oder getödtet. Das Infanterieregiment Augent hat besonders gelitten. Die Leute liefen auseinander, wie sie waren, da ihnen keine andere Ausdruck blieb. Auch drei Kanonen gingen verloren. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 23. Juli. In der gestrigen außerordentlichen Abendsitzung erklärte sich das Unterhaus mit einer ministeriellen Majorität von 233 gegen 36 Stimmen für die Bewilligung des ungarischen Militairs in den Krieg gegen Italien. 29 Deputirte haben sich der Abstimmung durch Wegbleiben entzogen. Schon heute gehen von Ofen Kuirassiere und Husaren nach Italien ab, während der illyrische Aufstand noch um vollen Brand ist. Wie man versichert, wird der Finanzminister in einigen Tagen dem Landtag auch die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld vorschlagen. Zu gleicher Zeit, als der Landtag hier das ungarische Militair gegen Italien bewilligte, kam an die Stadt Pesth ein Schreiben von der provisorischen Regierung in Mailand an, in welchem diese den bekannten Zusammenstoß des italienischen Regiments Cavrejeriel mit dem Freiwilligen im hiesigen Invalidenhaus entschuldigte und die ungarische Nation der innigsten Sympathien der Italiener versichert. — Der Commandant von Peterwardein, F.-M.-L. v. Hrabowky, welcher jetzt zum Commandirenden von Ungarn ernannt ist, wurde am 15. Juli in Agram als Aufwiegler dem Standrecht verfallen erklärt. (Presb. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 27. Juli. Der neue Polizeipräfekt Ducoux schlägt einen sehr lobenswerthen Weg ein; in einer heute veröffentlichten Proklamation erklärt er, daß seine Mission darin bestehe, Industrie und Kredit wieder zu heben, die Arbeit wiederkehren zu machen, sey das Vertrauen, — dieses aber hänge davon ab, daß die größte Oeffentlichkeit herrsche und alle Alarmgerüchte, beunruhigenden Nachrichten und sonstigen Umtriebe derjenigen, die gerne Angst und Schrecken verbreiten und so Alles lähmen wollten, in Nichts zerfallen müsse. Als Schildwache der öffentlichen Sicherheit halte er es daher für seine Pflicht, dem Publikum fortlaufend von Zeit zu fünf Tagen anzuzeigen, was in dem Bereiche der Polizeipräfektur vorgekommen sey, das Publikum könne kaum alle Gerüchte an dieser offiziellen Quelle gleich selbst prüfen, die Allarmiten werden endlich auf ihr Treiben ohne Erfolg verzichten und Frankreich, das Land des Muthes und der Ehre werde nicht mehr durch panischen Schrecken ausgebeutet werden. Aus dem angeschlossenen ersten Berichte heben wir folgende Daten hervor: Die Arbeiten beginnen in allen Industriezweigen mit Thätigkeit. Am 22. Juli waren von 30,992 Arbeitern, die in möblirten Garnis in Paris wohnen, schon 16,277 in den Ateliers und Fabriken ihrer Professen beschäftigt. Auch das Verlangen zeigt, daß die Lage sich bessert; es wurden von 20. Juli bis 25. Juli 185,000 Frs. Effekten versetzt, dagegen aber für 200,156 Frs. Effekten ausgelöst. Die nach den Innitagen eingetretene Auswanderung aus Paris hat sehr abgenommen, — vom 20. bis 24. Juli sind 2021 Pässe an Franzosen und 428 an Fremde abgegeben worden. Von den Ersteren waren 519 Gratispäße für Arbeiter, die in die Departements gehen und eine große Anzahl in die Pyrenäen- und andern Länder visirt. — Die möblirten Hotelsgarnis von Paris haben in den letzten fünf Tagen 4040 neue Bewohner erhalten, 4812 haben sie verlassen. — In keiner Zeit sind weniger Angriffe gegen Personen oder Eigenthum vorgekommen, vom 20. bis 24. Juli sind 5 Angriffe gegen Personen und 7 gegen das Eigenthum angezeigt worden; die Anzahl der kleinern correctionellen Vergehen war 35.* Die Anzahl der gewöhnlichen Gefangenen war am 20. Juli: 3201, am 24. Juli: 3282. Die Anzahl der Zugegefangenen ist 9179, ihr Gesundheitszustand ist vorzüglich, im Ganzen sind nur 2 Todesfälle vorgekommen. Alle Gerüchte von Souterrainen, die nach Vincennes, nach dem Stadthause und nach den Gefängnissen gegraben würden, sind unwahr, die Steinbrüche, in denen Tausende von Insurgenten stecken sollen, sind aufs Genaueste durchsucht worden, die Katakomben, aus denen man große Minen machen wollte, um Paris in die Luft zu sprengen, sind durch eine so dicke Erdschicht von der Oberfläche getrennt, daß das Pulver gar keine Wirkung ausüben würde, übrigens sind sie geschlossen und bewacht. Die nächtlichen Signale endlich, das unterirdische Geräusch und eine Menge anderer allarmirender Denunciationen haben sich nach genauer Untersuchung entweder als unwahr erwiesen oder ganz natürlich erklärt. Paris könne daher ganz ruhig seyn und vor Allem werde die Bevölkerung wohlthun, nicht mehr so leichtgläubig zu seyn." Diese Maßregel des Polizeipräfekten macht übrigens den besten Eindruck und ist überall nachahmungswürdig.

Digitized by Google

Der General Regeau ist am 22. d. in Avignon an einem Anfalle der sporadischen Cholera gestorben. — Die ganze Feier der Julitage beschränkt sich dieses Mal auf ein Trauertuch, das am 29. Juli in der St. Paulskirche gehalten werden wird.

Großbritannien.

Die „Times“ meldet unter den neuesten Nachrichten: „Der König von Dänemark hat sämmtlich die Unterzeichnung der französischen Republik gegen die Deutschen in Anspruch genommen.“

Dublin war bis zum 25. d. ruhig, doch führen die Clubs die drohendste Sprache. Viele Mitglieder fühlen sich offenbar schon zu sehr betheiligt und sehen in dem Falle der Führer ihren eigenen voraus. Deßhalb drohen sie, daß deren Verhaftung ferner nicht ohne Blutvergießen und Barricaden vorgenommen werden soll. Der angefehenste unter diesen ist O'Brien, der künftige „König von Münster“, gegen welchen der Verhaftsbefehl schon ergangen ist. Sobald die neue Parlaments-Acte einkommt, sind zahlreiche Verhaftungen von Verdächtigen zu gewärtigen. In den Provinzen geht die Bewaffnung fort. Namentlich ist Waterford (im Süden, an der Mündung der Suir), trotz des Kriegszustandes auf dem Flusse und der in Eilmärschen dorthin abgeordneten Truppen, in der bedenklichsten Aufregung. Ein Reisender, der heute hier ankam, sagte, ganz Tipperath sei ein Riesen-Lud. Der katholische Bischof von Leighlin, **Dr.** Holy, geht durch sein Sinst, indem er die Gemeinden zum Frieden auffordert. Sie möchten ihre Waffen und Kriegsvorräthe ausliefern und nicht die Thorheit begehen, sich mit einem der kampfgerüsteten Heere der Welt zu einen so ungleichen Kampf einzulassen. Aehnlich seine Hirtenbriefe von dem Landvolke in Kildare, Carlow und der Königin-Grafschaft verlacht und verspottet. Auch J. O'Connell hat noch einmal einen Aufruf zum Frieden ergehen lassen, allein seine schwache Stimme verhallt in dem über Irland brausenden Sturme. Darin stimmen alle Parteien überein, daß wenn in vierzehn Tagen kein Aufstand erfolgt, so bald von einer Revolution nicht wieder die Rede sein wird.

Rußland und Polen.

Der Korresp. v. u. f. D. bringt in seiner neuesten Nummer eine Note des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Nesselrode, an die diplomatischen Agenten Rußlands gerichtet, die von großer Bedeutung ist. Vor Allem spricht sich der Minister für Nichtintervention und begründet die Rüstungen und die Mobilmachung der Armee als Vertheidigungsmaßregel gegen die Drohungen und Aufreizungen der deutschen Demokraten, und der Regierungen Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen, wie sie sich z. B. beim Durchzuge der Polen geäußert hat. Der vieldeutige Schluß dieser Depesche lautet: „daß, was im Besondern „Deutschland betrifft, so lange uns dies nicht angreift, so lange die „Conföderation, welche neue Form sie sich auch geben mag, die „Nachbarstaaten unangetastet läßt und nicht darauf ausgeht, zwangsweise ihre Gebietsumschreibung weiter „auszudehnen, oder ihre regelmäßige Competenz außerhalb der „Marken, welche die Verträge ihr vorschreiben, gelten zu machen, „der Kaiser auch ihre innere Unabhängigkeit achten und nicht gestonnen seyn wird, die Stellung zu verlassen, welche er bis heute „behauptet hat.“ — So friedlich im Allgemeinen diese Note auch lautet, so scheint es doch, als ob die russische Diplomatie sie zugleich auch im Hinblick auf den Krieg gegen Dänemark als eine Kriegserklärung gelten lassen könnte.

Lokales und Provinzielles.

△△ Eine Mittheilung in Nr. 196 Ihres Blattes, welche Ihnen aus Wunsiedel von Mehreren am 14. Juli unterzeichnet zukam, setzte ein Bruchstück aus amtlicher Sphäre in so stechendes Licht, daß Sie einigen hieran geknüpften Bemerkungen vielleicht deßhalb nicht versagen werden, weil nach der genannten vor jener Erklärung liegenden Zeit den Einsendern von amtlicher Seite auf öffentliche Entgegnung kaum mehr zu Theil werden möchte. Wenn diesem Schweigen auch mancherlei Gründe unterliegen können, so wird doch von Seite Dritter die Annahme entschuldigt erscheinen, daß das k. Landgericht Wunsiedel in veröffentlichter Weise Bericht erstattete und daß es sich von dem Vorwurfe, Unwahrheiten über unverfängliche Vorgänge berichtet zu haben, nicht zu reinigen vermag, weil es durch die amtlichen Erhebungen die veröffentlichte Thatsache und die gewinnende Beschuldigung nicht widerlegt hat. Was zunächst die berichtete Thatsache betrifft, daß in einer Versammlung beschlossen worden sei, einem Abgeordneten zum Reichstage freie Hand zu lassen, so war diese an sich schon von bezeichnender Bedeutung. Denn ein Bericht hierüber sollte entweder die Schülerhaftigkeit der Beschließenden mit Rothstift anstreichen, (die war jedoch aus der Veröffentlichung nicht zu entnehmen,) oder er war ein Ausfluß der Naivität, denn nur solcher kann entgehen, daß aus demselben Grunde, aus welchem ein Wahlbezirk bei der Wahl nicht auf die in seiner Mitte Wohnenden beschränkt ist, jeder Abgeordnete von Allen und von sich selbst so zu betrachten ist, als ob er vom ganzen Volke gewählt worden wäre, daß mithin das Mandat eines Wahlbezirks so das etwa von Wählern freigelassen oder zurückgezogen werden könnte, ein faustrechtliches Unding ist. Allein die freie Presse hat mit weit größerem Nachdrucke einen Beleg dafür hervorzuheben, daß ein berichtender Beamter sich vergessen konnte, aus den armseligsten Quellen die Zuverlässigkeit amtlichen Glaubens zu schöpfen. Diese Schuld der Fahrlässigkeit, für leichter fassbare Thatsachen Erdichtetes berichtet zu haben, ist um so dringender indicirt bei dem Urtheile des Berichterstatters über die politischen Ansichten der Personen, die sich gegen jenes verwahren zu müssen glaubten, da gerade innerhalb der constitutionellen Monarchie mit ihren zwei einander entgegenstehenden Verfassungsgrundsätzen der Demokratie und Monarchie für kurzsinnige Wohldienerei die Mißverständnisse so leicht sind. Die Gewißheit nun, solcher Unvorsichtigkeit in geheimen Berichten und bei noch bestehenden geheimen Conduitenlisten, zumal wenn durch gerade Offenheit der Betreffenden etwa noch eine widersprechsbundlustsame Eitelkeit verletzt seyn sollte, ahnungslos preisgegeben zu seyn, muß nicht allein der amtlichen Würde in ihren Wurzeln gefährden, sondern sie kann auch in mehr als einer Beziehung hinter den Amtsuntergebenen corrumpirend wirken und ist Angesichts der Errungenschaften des jungen Rechtsstaats unerklärlich. Wenn es aber auch, je nach Maßgabe des Berichteten, der kgl. Regierung schützende Pflicht seyn kann, die kreisenden Berge zu beobachten da in der That so manche demokratische Bestrebungen die Gewalt als Feldzeichen aufstecken, so wird diese doch nicht verkennen, daß sie mit offener Darlegung ihrer Maßnahmen für den Fall, daß die zum Theil offen angekündigten, zum Theil durchschimmernden Gewaltthaten gewisser demokratischer Vereine auch in Oberfranken Boden finden könnten, die peinlichen Erinnerungen an das weiland Metternichsche geheime Polizeisystem Lügen strafen und alsfeis die Ueberzeugung befestigen könne, daß die Morgensuft überall willkommen war.

Bayreuth, 31. Juli. Am nächsten Sonntag, den 6. August, der Tag, an welchem in ganz Deutschland die Huldigung für den Reichsverweser erfolgt, wird das sonst in der letzten Woche des August gefeierte hiesige Volksfest, feierlichst eröffnet werden. Wir sind bis jetzt noch nicht in das Programm der Festlichkeiten eingeweiht, und haben nur so viel vernommen, daß für den Sonntag, außer den militärischen Feierlichkeiten, Häuserdecorirung, Illumination, ein imposantes Feuerwerk auf der Festwiese angeordnet sind. Der Festball wird zum Schlusse des Festes, am Donnerstag den 10. August, abgehalten werden.

Anzeigen.

Bei Georg Franz in München ist so eben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Ueber die Einführung einer Kapital- und einer Einkommen-Steuer in Bayern. Mit dem vollständigen Abdrucke beider Gesetze. geh. Preis 6 kr.

Einladung.

Sämmtliche Herren Aerzte Oberfrankens, welche gesonnen sind, sich dem ärztlichen Filialvereine zu Hof anschließen zu wollen, werden nach Hof zu einer Vorberathung auf nächsten Jahrmarkts-Donnerstag, den 3. August, eingeladen.

Schriftliche portofreie Erklärungen wird Herr **Dr.** Schrön zu Hof übernehmen.

Seid, am 28. Juli 1848.

Dr. Rehr, k. Gerichtsarzt, Mitglied des ärztlichen Kreisvereines für Oberfranken.

Graue Hüte für Stadtweyhe und Freischaaren sind in Auswahl zu haben bei

Wolfgang Staudt.

Nr. 445 in der Friedrichsstraße ist ein Mansarden-Quartier, bestehend aus zwei großen Zimmern nebst Stubenkammer, versperrtem Hausplatz, zwei Küchen, Holzlege, Boden, Keller und Mitgebrauch des Waschkessels, auf Martini zu vermiethen, solches kann auch auf Verlangen getheilt werden. Das Nähere beim Eigenthümer.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch

Nro. 213.

2. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt. (Die Reichsgewalt.) Als zweiter Abschnitt des Verfassungswerkes wird von der im Verfassungsausschuß ernannten Kommission der folgende Abschnitt vorgeschlagen und demnächst im Verfassungsausschuß berathen, um dann nach Berathung der Grundrechte in die Nationalversammlung gebracht zu werden. §. 1. Der Reichsgewalt stehen folgende Rechte ausschließlich zu: Art. 1. §. 2. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. §. 3. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln bei den auswärtigen Regierungen und in Sechäfen an; sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Auslieferungs- und Handelsverträge ab; sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. §. 4. Die einzelnen deutschen Regierungen haben fortan nicht mehr das Recht, ständige Gesandtschaften im In- und Auslande zu halten. Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder auswärtigen Regierung abschließt, sollen der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorgelegt werden. Artikel 2. §. 5. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Kriegs und Friedens zu. Art. 3. §. 6. Die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande gehört der Reichsgewalt an. Sowohl ihre Einrichtung als Unterhaltung, als auch die Vertheilung derselben und die Verfügung über sie, ist Sache der Reichsgewalt. §. 7. Das Reichsheer wird gebildet aus der gesammten Kriegsmacht (stehendem Heer und Landwehr) der einzelnen Staaten. Die Nummern der Regimenter laufen durch das ganze Reichsheer. §. 8. Das Reichsheer schwört Treue dem Reichsoberhaupte und der Reichsverfassung; jede andere Verpflichtung des Militairs steht dieser nach. §. 9. Das Reichsheerwesen soll in Beziehung auf Kommando, Feldrecht, Militairgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exerzierreglement, Kriegsmaterial und Kaliber, gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen werden. Gleichmäßige Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung, Pensionirung, Entlassung, Belohnung und Auszeichnung von Militairpersonen, das Invaliden- und Militair-Medizinalwesen, die Einrichtung von Militairbildungs-Anstalten. Besoldung und Verpflegung sind unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer gleich zu stellen. §. 10. Die Ernennung der Oberoffiziere, vom Brigadier aufwärts und diesen eingeschlossen, geht vom Reiche aus. Die Generalartilleriedirektion, der Generalquartiermeisterstab und die mit ihm verbundene höhere Militairanstalt, das Geniekorps, das Pionir- und Pontonierkorps und die Centralpulverkammer sind der Reichsgewalt ausschließlich untergeben. §. 11. Das deutsche Festungswesen ist Reichsangelegenheit. Alle deutsche Festungen sind Reichsfestungen und werden von Reichswegen und auf Reichskosten angelegt und unterhalten. §. 12. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und der Seearsenale ab. Die Ernennung der Flottenoffiziere geht vom Reiche aus. Art. 4. §. 13. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht zu, Eisenbahnen anzulegen oder ihre Anlage zu bewilligen. Sie sind über die den Einzelstaaten oder Privaten zugehörigen Eisenbahnen das Recht der Oberaufsicht und Gesetzgebung aus, soweit der Schutz des Reichs und das Interesse des Verkehrs es erheischen. Insbesondere soll Gleichförmigkeit der Spurweite, Gleichheit des Tarifs und ein gehöriges Ineinandergreifen der Fahrtenplane erzielt werden. Wohlerworbene Rechte der Betheiligten können nur gegen Entschädigung aufgehoben werden. Die für die Eisenbahnen aufgestellten Normen finden auch für die Telegraphen Anwendung. §. 14. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die schiffbaren Ströme und über die Mündungen der in diese fallenden Nebengewässer; desgleichen über sämmtliche Wasserstraßen, welche dem allgemeinen Verkehre dienen. Die von den Einzelstaaten oder dem Reich zu erhebenden Wasserzölle sollen den Betrag der auf die Ströme und sonstigen Wasserstraßen zu verwendenden Kosten nicht übersteigen. Es darf bei der Erhebung der Wasserzölle und von Nebenabgaben keine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten stattfinden. Art. 5. §. 15. Das deutsche Reich soll ein Zollgebiet bilden. Das gesammte Zollwesen ist Angelegenheit der Reichsgewalt. §. 16. Das Postwesen ist Reichssache, die neue Ordnung soll durch ein Reichsgesetz festgestellt werden. §. 17. Erfindungspatente, die sich auf das ganze Reich erstrecken, werden von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Art. 6. §. 18. Der Reichsgewalt steht das Münzwesen ausschließlich zu. Es soll für ganz Deutschland ein gleiches Münzsystem eingeführt werden. §. 19. Der Reichsgewalt liegt es ob, für Maß und Gewicht dasselbe System in ganz Deutschland zu begründen. §. 20. Das Reich hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bankwesen in Deutschland. Ohne Zustimmung des Reichs darf die Summe des umlaufenden Papiergeldes nicht vermehrt werden. Art. 7. §. 21. Die Aufgaben für die Reichsregierung, den völkerrechtlichen Verkehr, die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande und überhaupt für alle Einrichtungen und Maßregeln, welche von Reichswegen getroffen werden, fallen dem Reiche zur Last. §. 22. Sämmtliche Zoll- und Posteinkünfte fließen in die Reichskasse. §. 22. Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die ordentlichen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern auszuschreiben. Die Reichssteuern werden im Namen des Reichs erhoben und fließen in die Reichskasse. §. 24. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen das Reich mit Schulden zu beschweren und die für die Sicherstellung und Zinsung der Anleihen nöthigen Anordnungen zu treffen. Artikel 8. §. 25. Die Gerichtsbarkeit des Reichs wird durch ein Reichsgericht ausgeübt; (siehe unten). Artikel 9. §. 26. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen, namentlich insofern die Macht der Einzelstaaten sich als nicht ausreichend erweist. §. 27. Die allgemeine Normirung des Assoziationsverkehrs durch die Gesetzgebung steht dem Reiche zu. Die Ertheilung von Korporationsrechten in allen Fällen, wo das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, vom Reiche zu erwirken. §. 28. Der Reichsgewalt liegt es ob, für die Abschaffung der Lotterien bis zum 1. Januar 1850 Sorge zu tragen und die Spielbanken ungesäumt zu unterdrücken. §. 29. Die Reichspolizei ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen. Art. 10. §. 30. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft des Reichsbürgerrechts allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren und die gesetzlichen Normen für die Verwendung und den Verlust des Reichs- und Staatsbürger-Rechts festzustellen. §. 31. Die Reichsgesetzgebung soll für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse feststellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland bedingen. §. 32. Der Reichsgewalt steht es zu, in allen Fällen, wo es für die Durchführung von Reichszwecken erforderlich ist, das Recht der Gesetzgebung zu üben. Die Reichsgewalt wird Sorge tragen, daß durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren, die Rechtseinheit im deutschen Volke gefestigt werde. Artikel 11. §. 33. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus. Artikel 12. §. 34. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung im Reichsblatte im ganzen deutschen Reiche unmittelbar verbindliche Kraft. Verhältniß der Einzelstaaten des Reichs. Artikel I. §. 1. Die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten, dem Reiche gegenüber, dauert in soweit fort, als sie nicht durch die der Reichsgewalt ausschließlich beigelegten Rechte beschränkt ist. Artikel II. §. 2. Alle Gesetze und Anordnungen der Einzelstaaten, welche mit der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen in Widerspruch stehen, sind ungültig.

Frankfurt, 28. Juli. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.) In der heutigen Sitzung stattete die für die Kleinhandelsfrage ernannte Commission Bericht ab. Zahlreiche, einstimmig und dringlich die Beschränkung des Kleinhandels fordernde Anträge dienten ihr zur Vorlage. Der Antrag: „Nur dem Handwerker ist der Handel

Digitized by Google

mit seinen Erzeugnissen und den in sein Fach einschlagenden Gegenständen erlaubt", wurde nach einer Discussion angenommen, welche dadurch in die Länge gezogen ward, daß auch für die Nothwendigkeit der Zwischenperson Ansichten sprachen. Der zweite vorgetragene Commissionsbericht betraf den Schutz des Handwerkerstands nach Außen und zeichnete sich durch seine Grundlichkeit aus. Er stellte die folgenden, durch die über diesen Punkt daran gereihte Discussion wenig abgeänderten Forderungen: Schutz der deutschen Industrie durch eine entsprechende Besteuerung ausländischer Gewerbserzeugnisse; Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials, und Handelsverträge mit dem Auslande. Diese Anträge wurden mit dem Zusatz: „die Ausfuhr deutscher Fabrikate ist vom Staate durch Ausfuhrprämien zu begünstigen", angenommen. Der dritte Commissionsbericht bezog sich auf die Hülfsmittel zur Hebung des deutschen Handwerkerstandes. Der folgende Antrag ward angenommen: Unentgeldlicher Unterricht in allen Schulen und Verbesserung derselben; Gründung von Gewerbeschulen auf Kosten des Staats zur Fortbildung der für ein Gewerbe bestimmten Knaben, in denen der technische Unterricht durch praktisch gebildete Lehrer ertheilt wird. Eben so wurde die vom Ausschuß beantragte Errichtung von Hülfskassen und Vorschußbanken und die Abfassung zweckmäßiger Gewerbsgesetze angenommen.

Frankfurt, 30. Juli. (Siebente Sitzung des Gesellen-Congresses am 26. Juli.) Die Debatte hat die wichtigsten Elemente des Handwerkerthums zum Gegenstande: Freizügigkeit, Sicherstellung der Arbeit und Arbeitenden. Roos will freies Niederlassungsrecht, das Jordan mit dem Zusatze unterstützt, Bürgerrechtsgelder nicht mehr zu erheben und statt derselben von den Communen ein den Einwohner-Nutzungen gemäßes Einzugsgeld erheben zu wissen, welches Einzugsgeld, nach der Meinung Kinkel's verhältnißmäßig, progressiv seyn müsse. Wassermann hingegen will bei der Aufnahme in die Communen, daß die betreffende Summe des Einziehenden mit zu bestimmen habe. Die Stimmenmehrheit sprach sich aber später dahin aus: Ein freies Niederlassungsrecht in ganz Deutschland, durch welches die Bürgerrechtsgelder aufgehoben und statt derer nur ein Einzugsgeld, den Einwohner-Nutzungen entsprechend, aber verhältnißmäßig, progressiv erhoben werde! — Die Debatte ging dann zur Sicherstellung der arbeitenden Klassen über und zwar wurde der schreckliche Zustand derselben geschildert, wenn sie durch vorgerücktes Alter arbeitsunfähig geworden. Koch nimmt das Wort und beantragt eine Invaliden-Kassen, die sich durch die Stimmenmehrheit für den Namen Pensionskasse aus, da sie keine Gnadengelder, sondern den Interessenten dieser Kasse nur Das wieder zurückzahlt, was sie durch ihren Beitrag eingelegt. Der Antrag wird dahin motivirt: Von jedem Arbeitenden hat der Meister per Woche 3 kr. (ist gleich 1 Sgr.) vom Lohne abzuziehen und dieses Geld alle vier Wochen dem gewerblichen Ortsvorstande gegen Quittung zuzuweisen. Diese verschiedenen Ortsbehörden haben die eingelegten Gelder zu bestimmten Zeiten den Bezirksbehörden des Gewerbestandes gegen Quittung zu übergeben, und von hier aus weiter fließen sie in die Pensions-Centralkasse für Deutschland, beaufsichtigt von einer Section des Arbeiter-Ministeriums. Dem Gesellen oder Arbeiter ist hiernach, wo er sich auch befindet, wenn er arbeitsunfähig wird, oder ein bestimmtes Alter, etwa 50 Jahre, erreicht hat, seine Pension, dem bisher verdienten Lohne entsprechend, von dem Ortsvorstande wöchentlich oder vierwöchentlich auszuzahlen. Nachdem dieser Vorschlag von der Versammlung einstimmig anerkannt wurde, erklärte der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen.

München, 30. Juli. Am 6. August, dem Tage, an welchem das deutsche Heer dem Reichsverweser huldigt, werden alle öffentliche Gebäude unserer Stadt mit der deutschen Flagge geschmückt werden. Der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" wird den Tag durch ein Festmahl im bayerischen Hofe feiern. Der genannte Verein hat in seiner gestrigen Wochenversammlung u. A. beschlossen, wiederholt um Bearbeitung eines Polizeistrafgesetzbuches eine Petition an das Ministerium einzureichen.

Berlin, 29. Juli. Der Preußische Staats-Anzeiger meldet amtlich, daß der König den Staatsminister Camphausen als Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt von Deutschland nach Frankfurt a. M. abgeordnet habe. Dem gedachten Bevollmächtigten sind der Oberstlieutenant Fischer, der wirkliche Legationsrath v. Kamptz und der geheime Finanzr. Camphausen beigeordnet worden, um demselben bei der Ausführung der übertragenen Geschäfte zur Seite zu stehen.

Wien, 27. Juli. Erzherzog Johann bereitet sich zur Abreise vor. Das Gerücht geht, Rainer soll ihn ersetzen, wir wünschen, daß dieser bisher begraben werde, als das Gerücht. Der Ban ist angekommen. Sämmtliche Officiere der Garnison machen ihm ihre Aufwartung. Man will ihm zeigen, wie populär er in der Armee ist. (A. Z.)

Wien, 28. Juli. Nachstehend theile ich Ihnen einige bemerkenswerthe Anträge mit, die zwar noch nicht auf der Tagesordnung vorgemerkt sind, jedoch unter den Deputirten bereits ziemlich reden. Antrag des Abg. Rudolph Preste: „die Nationalversammlung wolle erklären: es sey mit Italien Friede zu schließen unter der Bedingung der Anerkennung der Unabhängigkeit des lombardisch-venetianischen Königreichs, jedoch müsse letzteres einen entsprechenden Antheil an der gemeinsamen Staatsschuld übernehmen und durch einen auf eine Reihe von Jahren abzuschließenden Handelsvertrag der österreichischen Industrie den Absatz ihrer Fabrikate sichern. Sollte sich aber Italien weigern, auf so billige Bedingungen den Frieden zu schließen, so liege der Krieg dann auf daß Energischste und ohne weitere Schonung des Landes fortzuführen." Antrag des Abg. Dr. Ludwig Erler von Löhner: „die Nationalversammlung wolle beschließen, zur völligen und wirklichen Gleichstellung aller Staatsangehörigen, resp. Emanzipation der Juden, wird festgesetzt: 1) die Ehe ist vom Standpunkte des Staats ein reines Zivilinstitut; 2) dieselbe wird vor dem politischen Ortsvorstand geschlossen; 3) die Religion, in welcher die Kinder erzogen werden, bleibt, wenn die Aeltern von verschiedenen Glaubensbekennnissen sind, von deren Einverständnisse ab. In Ermangelung desselben folgen die Söhne der Konfession des Vaters und die Töchter der der Mutter; Verabredungen darüber sind vor der Schließung der Ehe ungiltig; 4) die gänzliche Auflösung (Trennung) der Ehe wird in den vom Gesetze festzusetzenden Fällen vom Richter ausgesprochen." Derselbe stellt ferner folgenden Antrag: „die hohe Nationalversammlung möge beschließen: 1) die Ertheilung von Adelsbezeichnungen jeder Art hört in den durch die Konstitution vertretenen Ländern von nun an auf. 2) Die Führung (resp. Annahme) von Adelsbezeichnungen, welcher Art immer, unterliegt von Seite des Staates in Bezug auf die ihm Angehörigen keinerlei Kenntnißnahme oder Prüfung."

Wien, 28. Juli. Der volkswirthschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung zu Frankfurt hat den Beschluß gefaßt, noch dieser Versammlung selbst den Entwurf eines Gesetzes über die Herstellung der Zolleinheit im deutschen Reiche vorzulegen. Nachdem der volkswirthschaftliche Ausschuß zur Lösung dieser Aufgabe der möglichst vollständigen Kenntniß der bestehenden Zolleinrichtungen in den einzelnen deutschen Staaten bedarf, so hat derselbe an gleichwie den Reichsverweser die einzelnen deutschen Staaten, so auch dem österreichischen Ministerium den Wunsch eröffnet, dasselbe möge diese Verhandlungen durch sachkundige Abgeordnete beschicken. Das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel hat diesemnach sogleich den Ministerialrath Karl Freiherrn v. Geringer zu diesem Ende beauftragt, sich unverweilt nach Frankfurt zu verfügen und denselben zugleich mit einem Beirathe wohlerfahrener Kaufmänner und Industrieller sowohl von hier als aus den Provinzen umgeben. (K. v. u. f. D.)

Wien, 27. Juli. Der Beschluß einer von dem hiesigen Postamte veranlaßten Versammlung der Zeitungsverleger und Redacteure ist bereits vom Finanzministerium genehmigt und heute amtlich bekannt gemacht worden. Der Beschluß lautet: 1) Ist diesen Redactionen die bisher für die Postkasse eingehobene Couvertgebühr jährlicher 24 kr. C. M. pr. Zeitungsexemplar zu verabfolgen. 2) Ist denselben die postamtliche Verhandlungsgebühr nicht mit 20 Procent, sondern nur mit 15 Procent des Pränumerationspreises zu bemessen. 3) Sind die von den Pränumeranten an diese Redactionen unmittelbar eingesendeten Pränumerationsgelder portofrei zu behandeln.

Dresden, 29. Juli. Die Regierung hat in den letzten Tagen zwei Requisitionen aus Gera empfangen, welche um Unterstützung gegen die mit Aufrufe drohenden Bauern baten. In Folge dessen sind Staatsminister Oberländer und General Buttlar nach Gera geeilt, um sich persönlich von dem Stand der Dinge zu überzeugen. — Auch in Schleiz haben Unruhen stattgefunden. Eine Deputation wurde mit mehreren Forderungen des Volkes, wie solche in fast sämmtlichen deutschen Staaten auch gestellt und gewährt wurden, an den Fürsten abgefertigt, der sie jedoch ziemlich unfreundlich empfing und sich mehrer Ausdrücke bedient haben soll, welche die Deputationsmitglieder verletzten. Zu dem versammelten Volke zurückgekehrt, gerieth dieses darüber in nicht geringe Erbitterung, die jedoch die Schranken des Anstandes nicht überstieg. Es ward vielmehr in ganz parlamentarischer Ordnung hierüber verhandelt. Ein darauf gestellter Antrag, daß man sofort durch eine verstärkte Deputation dem Fürsten seine Wünsche vortragen solle, ward förmlich zur Unterstützung gebracht und nach Debatte angenommen.

Digitized by Google

nommen. Ebenso ein zweites, daß man von dem Fürsten eine Ehrenerklärung verlangen solle. Diese Beschlüsse wurden alsbald zur Ausführung gebracht und hatten hiedurch, wie wir hören, einen bessern Erfolg. Die Gewährung der Wünsche soll zugesichert worden sein. Wenigstens ist das gewiß, daß der Fürst eine schriftliche Ehrenerklärung wegen der ersten beleidigenden Entlassung der Deputation gegeben hat.

Die D. Ztg. schreibt: Professor Gervinus hat seinen gestern erwähnten Entschluß ausgeführt und seine Stelle als Mitglied der Nationalversammlung niedergelegt. Er hat Heidelberg bereits verlassen, um seine Erholungsreise nach dem Süden anzutreten.

Koburg, 28. Juli. Auf eine Adresse des hiesigen Bürgervereins ist die Antwort erfolgt, daß der Herzog mit männlicher Fassung bereit ist, jedes Opfer, und sey es das Aeußerste, zu bringen, welches die Einigung Deutschlands, die Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes erheischt. Allein in dem Aufgeben der Selbstständigkeit der sächsischen Herzogthümer Behufs ihrer Zusammenlegung zu einem thüringischen Gesammtstaat unter einer gewinschaftlichen oder Wechselregierung könne er ein geeignetes Mittel zur Erreichung und Förderung jener Zwecke nicht erblicken. Er sey daher auch fest entschlossen, einem solchen Vereinigungsplane mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. (D. Z.)

Aus dem Fürstenthum Birkenfeld, 24. Juli. Gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung in Niederhomburg statt. Es wurde von den Leitern derselben der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung in Frankfurt zu bitten, das Fürstenthum Birkenfeld einem näher gelegenen größeren Staate einzuverleiben. (F. J.)

Altona, 25. Juli. Während man aus Kopenhagen mit letzter Post nur unwesentliche Nachrichten erhalten, erfahrt man dagegen aus Schweden, daß der Contreadmiral Baron Ehrenegranat mit der bisher vor Malmoe stationirten schwedischen Escadre einen Kreuzzug in der Ostsee zu unternehmen Befehl erhalten haben soll.

Rendsburg, 27. Juli. „Ich bin jetzt nicht mehr preußischer General, noch habe ich meine Befehle von einem preußischen Ministerium zu empfangen, sondern ich bin ein deutscher Bundesgeneral und meine mir vorgesetzte Behörde ist die Centralgewalt ist der Erzherzog Johann.“ So ungefähr sollen die Worte gelautet haben, mit denen Wrangel das Auffinnen zurückwies, einen schmachvollen Waffenstillstand zu unterzeichnen.

Italien

Aus **Innsbruck** vom 28. Juli erhalten wir ein neues Bülletin des Feldmarschalls Radetzky. Der Offizier, der von Verona es dahin überbracht hat, fügte noch die Nachricht bei: daß Feldmarschallieutenant Baron Welden Cremona mit Sturm genommen haben soll und das flüchtige Schwert Italiens an der Pelinie aufzuhalten brabschigt. Eben so soll der Feind in Hast Peschiera verlassen und sich über den Gardasee geflüchtet haben. Der Kaiser hatte dem Feldmarschall das Großkreuz des Marien-Theresien-Ordens überschickt. (A. Z.)

Ueber den **Unfall der Brigade Liechtenstein** berichtet die Wiener Ztg.: Zufolge eines dem Kriegsministerium zugekommenen Berichtes des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus Verona vom 21. d. Mts. ist die Brigade des Generalmajors Fürsten Franz Liechtenstein auf ihrem Marsche über Negara und Ostiglia gegen Mantua am 17. d. Mts. bei Casale und Sacchetta auf eine mit vielem Geschütze versehene, 9000 Mann starke feindliche Kolonne gestoßen und dadurch bei so bedeutender Ueberlegenheit des Gegners zur Rückkehr auf Ostiglia und Negara gezwungen worden. Von Negara aus machte der Oberst Wolf von Hayman-Infanterie einen Angriff gegen Castellara, wo er ungefähr 1000 Piemontesen verjagte, und ihnen mehrere Gewehre und andere Ausrüstungsstücke abnahm. Der Generalmajor Fürst Liechtenstein, welcher am 17. für seine Person nach Mantua vorausgeeilt war, um sich mit dem dortigen Festungskommandanten zu besprechen, ist nicht wieder zu seiner Brigade zurückgekehrt, wohlhalb man vermuthet, daß derselbe dem an jenem Tage gegen Mantua vorgetruppenen Feinde in die Hände gefallen seyn dürfte. Auch in Governolo kam es zu einem Gefechte, welches die Besatzung binnen 3 Kompagnien Banalisten durch 5 Stunden mit aller Hingebung gegen die Uebermacht fochten. Der Feind ist von Governolo auf der Straße gegen Ostiglia nicht weiter vorgerückt. (K. v. u. f. D).

Genua, 22. Juli. Große Aufregung hat hier die Nachricht hervorgebracht, daß in der vorgestrigen Nacht ein sardinisches Dampfboot, der „Dante“, in den Gewässern von Spezzia von zwei neapolitanischen Kriegsdampfern angehalten und untersucht worden sey. Man erblickt darin allgemein einen Akt der Feindseligkeit, hervorgerufen durch die Wahl des Herzogs von Genua zum König von Sizilien. In der That soll zwischen hier und Sizilien eine Anzahl neapolitanischer Kriegsschiffe kreuzen, um den Sizilianern die Zufuhr von Waffen abzuschneiden, weßhalb auch den neuen König, wenn er sich in sein Reich begeben will, abzufassen. (Karlsr. Ztg.)

Neapel, 18. Juli. Die Königswahl des sicilianischen Parlaments hat den König Ferdinand aufs Neue zu einem Protest veranlaßt, in welchem er diesen Akt wie die früheren gegen ihn und seine Rechte auf die Insel gefaßten Beschlüsse als **illegale, irrito, nullo e di niun valore** erklärt. Zu gleicher Zeit hat er den Grafen Ludolf nach Turin geschickt mit einer Note für jenes Gouvernement, daß, wenn der König von Piemont nicht binnen 8 Tagen eine beruhigende, d. h. verneinende Erklärung auf die sicilianische Wahl gebe, der neapolitanische Gesandte Turin verlassen werde. Die starken Rüstungen, die insbesondere in Bezug auf die Flotte gemacht werden, lassen keinen Zweifel mehr, daß die Regierung einen baldigen Angriff auf Sicilien vor hat. Alle neapolitanischen Privatdampfschiffe sind von der Regierung in Beschlag genommen, um bewaffnet zu werden, außerdem werden eine große Anzahl Kanonenboote ausgerüstet, so daß bald eine ziemlich formidable Flotte wird auslaufen können, und wenn sich diesmal England und Frankreich nicht ins Mittel schlagen, so möchten die Sicilianer doch noch einen harten Kampf für ihre Unabhängigkeit zu bestehen haben. Es wird freilich versichert, daß die französischen und englischen Kriegsschiffe vor Palermo bei Bekanntmachung der Königswahl die sicilianische Flagge mit Kanonensalven begrüßten, aber es ist auch gewiß, daß König Ferdinand in Sicilien noch immer eine nicht unbedeutende Partei hat, daß dazu kein Geld von hier aus gespart wird, ist begreiflich, und wer weiß nicht, was man hier Alles mit Geld ausrüsten kann. — Das 10. Linienregiment, das letzte Ueberbleibsel der neapolitanischen Truppen in der Lombardei, hat nun ebenfalls die Grenze des Reichs wieder überschritten und der König hatte also doch Recht, wenn zum großen Aerger seiner Neapolitaner er in seiner Thronrede sagte, daß er mit allen auswärtigen Mächten in Frieden sey. (D. Z.)

Frankreich

* **Paris**, 28. Juli. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, in der man nicht über den Art. 14 des Gesetzes über die Clubbs herauskam, kündigte Herr Mauguin seine Interpellation über die Lage der auswärtigen Angelegenheiten an, die von dem Minister Bastide angenommen und von der Versammlung auf Montag den 31. d. festgesetzt wurde.

Oberst Rouvray, der schon zum Mai mit einer Mission beauftragt war, ist abermals mit einem sehr wichtigen Auftrage in das Hauptquartier Karl Alberts abgegangen.

Man verschiedene gestern im Conferenzsaale der Nationalversammlung, daß die Regierung sehr wichtige Depeschen aus Constantinopel und aus Italien erhalten habe und daß die auswärtige Politik nun eine entschiedene Richtung annehmen werde müsse.

Das arrogante Auftreten des Herrn Thiers und die darauf erfolgte Niederlage des Ex-Conseils-Präsidenten des 1. März, der sich bereits als den Herrn der Nationalversammlung betrachtete, fangen bereits an ihre Früchte zu tragen. Der parlamentarische Clubb der rue Poitiers, aus dem Thiers sich eine Armee schaffen wollte, um die Versammlung zu dominiren und so zur Regierung zu gelangen, zählte unter seinen 360 bis 400 Mitgliedern viele aufrichtige Republikaner, die ihr Widerwille gegen Anarchie und Desorganisation bewogen hatte, in diesen Clubb zu treten, der damals (vor den Junitagen) das einzige conservative Element war. Jetzt haben sich die Umstände geändert, die Anarchie ist besiegt, die Regierung hat Muth und energisch, die Ruhe und Ordnung sind gesichert und die Unbesangenen sehen täglich mehr ein, daß der Clubb der rue Poitiers jetzt keinen andern Zweck mehr hat, als ein Werkzeug für die ehrgeizigen Pläne des Herrn Thiers und für die reactionären Bestrebungen der Feinde der Republik zu seyn. Seit zwei Tagen sind bereits 37 Mitglieder aus dem Clubb der rue Poitiers ausgetreten und haben sich an den unter Marrastis und Fr. Aragos Leitung stehenden Clubb des Jnstituts angeschlossen, und wenn, wie voraussichtlich, dieser Abfall so fortdauert, so wird der Clubb der Herren Thiers und Baraguay d'Hilliers in nur noch auf die 120 Deputirten sich beschränken. Ed. Barrot, etwa 40 Legitimisten und einige wenige Anhänger Louis Philipps beschränkt seyn, — seine glänzendste Zeit hat der Clubb der rue Poitiers jedenfalls überstieht.

Der National enthält heute einen Brief aus Madrid, der merkwürdige Aufschlüsse über die verreitete Schwangerschaft der Königin Jsabella enthält. Nicht Jsabella war, dem Briefsteller zu Folge, guter Hoffnung, sondern ihre Mutter Christine. Da diese jedoch ihrem geliebten Munoz, Herzog von Riansares und Monte-

Digitized by Google

moret neun Kinder gegeben hatte, so wollte sie dieses Mal von ihrem Ueberflusse etwas an ihre geliebte Tochter abtreten. Isabelle ward also plötzlich guter Hoffnung erklärt, zum großen Erstaunen des Königs Franzisko, der das alte Sprichwort kennt: Wo nichts ist, hat selbst der König sein Recht verloren. — Indessen man mußte ihn endlich in das Geheimniß einweihen, er erhob Bedenklichkeiten, die Partei Montpensier steckte sich hinter seinen Beichtvater. Don Franzisko machte Claris, erklärte, eher das Kind ertränken, als sich zu einer solchen Lüge hergeben zu wollen, — genug im dritten Monate erklärten die Aerzte plötzlich die erfreulichen Hoffnungen, die das ganze Land auf einen gewissen Zustand der Königin gesetzt habe, seyen durch einen unglücklichen Zufall vereitelt worden, — und in sechs Monaten wird die Königinn Mutter, Marie Christine, ihren geliebten Munoz mit einem zehnten Kindlein beschenken.

Die Union bringt heute einen Brief des Herzogs v. Bordeaux über den Tod Chateaubriands, gezeichnet: „Henri." Der ganze Brief nimmt Chateaubriand nur zum Vorwande, um ein Klagelied Jeremiä anzustimmen, über: „diese unsäglichen Kämpfe, die die Hauptstadt mit Blut überschwemmen, den Tod so ausgezeichneter und würdiger Männer in der Nationalgarde und in der Armee, das Martyrerthum des Erzbischofs von Paris, das Elend des armen Volkes, den Verfall der Industrie und die Unruhe und Angst von ganz Frankreich", — lauter Uebel, die vermieden worden wären, wenn man am 25. Februar, nach Wegjagung der jüngern Linie der Bourbons die ältere Linie mit dem göttlichen Rechte wieder auf den Thron gesetzt hätte. — Diese Partei hat nach immer „nichts gelernt, nichts vergessen."

Man kündigt für morgen Unterhaltungen über die Unterdrückung von E. v. Girardins Presse, und seiner Verhaftung an. Girardin erwartete dieselbe schon gestern und war deshalb während der ganzen Sitzung im Vorsaale der Nationalversammlung.

Das Debat, das stets Dänemarks Partei nahm, enthält heute abermals einen Artikel über die dänisch-deutsche Differenz, in dem es sagt: Die Weigerung der Ratifikation des Waffenstillstandes werde für die Alliirten Dänemarks, Schweden, Rußland und England ein genugsames Motiv zur Intervention seyn.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 28. Juli. Girard legt eine Anzeige Lagrange Joyeux, Abonnenten der Presse vor, die die Aufhebung des auf diesem Blatte lastenden Interdikts und die Freiheit Addelkaders verlangt. (Heiterkeit.) An der Tagesordnung ist die Discussion des Gesetzes über die Clubbs. Durch die vielen, an die Commission zurückgeschickten Amendements ist das ursprünglich aus 16 Artikeln bestehende Gesetz nun auf 19 angewachsen. Art. 16 handelt von den competenten Gerichten und weist einen Theil der Uebertretungen dem Zuchtpolizeigerichte, einen Theil der Jury zu. Mehrere Amendements verlangen, daß in dieser Frage nur die Jury zu urtheilen habe. Dieser wichtige Gegenstand erregt die Aufmerksamkeit der Versammlung im hohen Grade, — Dupont de Busset weist mit vielem Geiste und großer Schärfe der Discussion nach, wie man auf dem Wege sey, eine viel willkührlichere und rerrogrardere Gesetzgebung zu machen, als sie unter dem Kaiserreiche, der Restauration und Louis Philipp bestanden habe. Er weist unwiderleglich nach, daß es sich bei allen Uebertretungen dieses Gesetzes nicht blos um die materiellen Thatsachen, sondern um die Beurtheilung der Absichten und Tendenzen handle und daß jede solche Beurtheilung, wo so Vieles dem Gewissen des Rechter überlassen bleibe, nur den Geschwornen, den Mitbürgern des Angeklagten, nicht nur den Buchstaben des Gesetzes kennenden Richtern gehöre. Herr Baze nimmt nach ihm das Wort und sucht seine Behauptungen zu widerlegen, verliert sich in Sophismen und Schein-Argumenten. Bei Postschluß spricht er fort und die Discussion wird heute schwerlich beendigt werden.

Großbritannien.

Dem „Standard" wird aus Dublin vom 25. Juli geschrieben: die Clubs der Verbündeten hätten sich plötzlich aufgelöst und ihre Führer die Flucht ergriffen. „Ein solcher panischer Schrecken hat die Verräther bei dem ersten entschiedenen Schritte der Regierung erfaßt." Auch O'Brien soll bereits verhaftet seyn. Die allgemeine Meinung in England ist, daß die Regierung in Irland zwar bald triumphiren, aber es ohne Blutvergießen nicht abgehen werde. Gewiß ist, daß die Wegnahme der Waffen auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Wenn die Waffen in ihren Händen nicht sicher sind, wollen die Irländer sie in die Erde vergraben. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Juli. Es wird davon gesprochen, eine Adresse an das französische Volk zu erlassen. — Gleich nach dem Eingange der Nachricht vom Abbruch der Waffenstillstandsunterhandlungen, am 23. Juli, ging Hr. v. Hardon, Adjutant unsers Kriegsministers und mehrjähriger Waffengefährte des Generals Cavaignac in den algierischen Kriegen mit dem Dampfschiff Rob Roy über London nach Paris. Ueber die ihm gewordenen Aufträge verlautet nichts. Der König ging am 24. Juli nach Malmoe und soll dort eine sehr zufriedenstellende Besprechung mit dem König Oskar gehabt haben. An dem Abbruche der Unterhandlungen hat, wie nunmehr verlautet, der Eifer keinen geringen Antheil, mit welchem der Herzog von Augustenburg und die übrigen holsteinischen Prinzen einen zu ihrer Kenntniß gelangten geheimen Artikel bekämpften, welcher sie insgesammt für die Dauer des Waffenstillstandes aus den Herzogthümern verbannt.

Schweden und Norwegen.

Aus Stockholm 21. Juli, melden die Blätter: Am 17. Juli hat die schwedische Fregatte Desirée, die am 11. Morgens von Amager und der Küster Bucht südlich gegangen war, das Revalsche Geschwader der russischen Flotte gesehen, bestehend aus 1 Dreidecker mit der Contreadmiralflagge, 6 andern Linienschiffen (mit zwei Conter- und einer Vice-Admiralflagge) und zwei Fregatten. — Die telegraphischen Berichte von Furusund und Djurham melden, daß der Gesundheitszustand in diesen Quarantäneplätzen zufriedenstellend war. — Nach dem Bericht des schwedischen Consuls in Riga haben sich einzelne Cholerafälle auch in Reval und Helsingfors gezeigt.

Anzeigen.

Unsern geräumten, tiefgefühltesten Dank für die ausgezeichnet ehrenvolle Leichenbegleitung des verlebten

Musikmeisters Christoph Leetz

zu seiner letzten Ruhestätte, insbesondere dem Herrn Chef des kgl. 13. Linien-Infanterie-Regiments, dem geehrten Offizier-Corps sämmtlichen Branchen.

Auch Dank für Grabgesang, und unsern nochmaligen herzlichsten Dank für die ungeheuchelte schöne Theilnahme von Allen und Jeden, in seiner letzten Krankheit, so wie überhaupt für das ihm geschenkte Zutrauen und die ihm zu Theil gewordene Achtung und Wohlwollenheit seit seiner vortigen 18jährigen Dienstzeit.

Daß uns diese ungetheilte Theilnahme für diesen unersetzlichen früh und so unverdienten Verlust tröstend durch das ganze Leben begleiten wird, können versichern

Hof, am 30. Juli 1848.

die trauernden Hinterbliebenen:
Mutter und Geschwestern.

Künftigen Mittwoch den 2. August Vormittags 11 Uhr wird am Schießerhaus ein zum Kavalleriedienste nicht mehr taugliches Pferd gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Bayreuth, den 31. Juli 1848.

Die sämmtlichen Mitglieder der hiesigen Stadtwehr, sowohl die Bewaffneten als die Unbewaffneten, werden ersucht,

Mittwoch den 2. August Abends 7 Uhr

auf dem Exercierplatze zu erscheinen, um der Berathung und Beschlußfassung über die Theilnahme der Stadtwehr an dem Feste des 6. August beizuwohnen.

Bayreuth, den 1. August 1848.

Kißling,
Commandant der Stadtwehr.

Zündhütchen für die Landwehr bei

C. C. Kißling im Rennweg.

Graue Hüte für Stadtwehr und Freischaaren sind in Auswahl zu haben bei

Wolfgang Staudt.

Im Hause Nr. 477 der Judengasse ist die mittlere Wohnung sogleich und in Nr. 62 der Maximilianstraße ein kleines Quartier auf Martini zu vermiethen. Näheres bei

H. Ries.

In Nr. 482 in der Judengasse sind zwei Uhren, eine Stock-Uhr und eine Pendel-Uhr, die 14 Tage geht, billig zu verkaufen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Bürgburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag | Nro. 214. | 3. August 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 31. Juli. Die Minister des Auswärtigen und des Kriegs haben heute der Nationalversammlung angezeigt, daß der Waffenstillstand mit Dänemark aufgehoben und der Krieg wieder ausgebrochen ist. Das Reichsministerium hat beschlossen, den Krieg mit größter Energie zu führen, und an demselben die Truppen aller Bundesstaaten Theil nehmen zu lassen. Es werden demnach österreichische Truppen, sowie Bestandtheile des 7., 8. und 9. Armeecorps schleunigst zur Unterstützung der Armee nach Schleswig abgehen. Die Kriegskosten werden in Zukunft aus dem Reichsschatze bestritten und die durch den Krieg Beschädigten sollen Schadenersatz erhalten. Die Nationalversammlung hat den Ministern für diese Mittheilung ihren Dank votirt. Hierauf wurde die Präsidentenwahl vorgenommen und der erste Präsident v. Gagern, sowie der erste Vicepräsident v. Soiron wieder gewählt, dagegen statt des zweiten Vicepräsidenten von Andrian aus Wien Herr Herrmann aus München gewählt. Das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflotte wurde nach kurzer Debatte angenommen. Das Wappen besteht aus 3 horizontalen schwarz-roth-goldenen Streifen und führt den zweiköpfigen Adler. Die Kauffahrteischiffe dürfen neben dem Reichsbanner noch ihre besondere Landes- oder Lokalflagge führen, obgleich mehrere Redner dieß im Interesse der deutschen Einheit nicht zugeben wollten. Hr. Venedey schlug vor, daß jeder Schiffskapitain, der ein Kriegsschiff von mehr als 20 Kanonen erobert, eine Belohnung von 50,000 Thalern erhalte. Dieser Vorschlag wurde als nicht dringend an den Marine-Ausschuß verwiesen. Morgen werden die Grundrechte berathen. Die Nationalversammlung ist zu dem Dombaufest in Köln eingeladen, wird aber nur eine Deputation hinsenden.

Frankfurt, 30. Juli. Der auf „Aufhebung des Cölibats“ in der Nationalversammlung gestellte Antrag wird von der entschiedenen Mehrzahl des Parlaments für ganz unpassend gehalten, indem die Entscheidung einer solchen Frage einzig der Kirche zu überlassen sey. Viele der Antragsteller sind auch bereits zurückgetreten und beschwichtigt wird der ganze Antrag zurückgenommen werden.

Frankfurt, 30. Juli. Aus dem Haag sind Mittheilungen eingegangen, die fast mit Sicherheit annehmen lassen, daß die Angelegenheiten Limburgs bald in einem den Wünschen dieses Herzogthums und dem Ausspruche der Nationalversammlung entsprechenden Sinne geregelt seyn werden. Das Haager Kabinet wird sich gegen den Beschluß der Nationalversammlung in Betreff Limburg's zu verwahren suchen, zuletzt aber nachgeben. Mit diesen Mittheilungen stimmen die Handelsbriefe, die man hier aus Amsterdam und Rotterdam in den letzten Tagen erhalten, vollkommen überein; der Handelsstand in Holland wurde der Haager Regierung keinen Dank dafür wissen, wenn sie wegen Limburgs ein Haltung annehme, welche die friedlichen Beziehungen auch nur vorübergehend gefährden oder gar stören könnte. (K. v. u. f. D.)

München, 29. Juli. Das Subscriptions-Anlehen soll einen sehr günstigen Fortgang haben, und auch im Auslande so viel Zutrauen erweckt haben daß sich ein auswärtiges Wechselhaus schon bereit erklärt habe den etwa verbleibenden Rest der 7 Millionen zu übernehmen. (A. Z.)

München, 31. Juli. Die Gesellen der verschiedenen Gewerke dahier haben nun ebenfalls eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, in welcher sie gegen die Beschlüsse des Gewerbecongresses protestiren.

Regensburg, 31. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Ein eben nach Frankfurt durcheilender Kurier bringt die Nachricht, daß der Erzherzog-Reichsverweser mit Familie morgen Abends auf seiner Reise nach Frankfurt hier eintreffen werde.

Berlin, 30. Juli. Der König hat wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt in Deutschland, zu welcher der Erzherzog Johann von Oesterreich durch seine Ernennung zum Reichsverweser berufen worden, den nachfolgenden Armeebefehl erlassen: „Armeebefehl. Zur Kräftigung der Einheit des gemeinsamen Vaterlandes ist die Führung der deutschen Centralangelegenheiten einem Reichsverweser anvertraut worden. Ich habe mich für die Wahl Sr. kaiserl. königl. Hoh. des Erzherzogs Johann ausgesprochen nicht nur, weil dieser Fürst mein persönlicher Freund ist, sondern auch weil er im Krieg und Frieden einen glorreichen Namen erworben hat. Preußen weiß, daß die Kraft Deutschlands zugleich seine eigene ist. Preußen weiß, wie sehr Deutschland der erprobten Tapferkeit der preußischen Truppen vertraut. Es weiß, daß die Geschicke Deutschlands wesentlich auch auf seinem treuen Schwerte beruhen. Für alle gemeinsamen Zwecke Deutschlands wird es daher aufrichtig seine Ehre darein setzen, den Frieden, die Freiheit und die Unabhängigkeit der deutschen Nation durch seine Armee mit allen deutschen Brüdern nachdrücklich zu schützen. Soldaten! Ueberall, wo deutsche Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach meinen Befehle Sr. kaiserlichen königlichen Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disziplin treu bewahren, stegreich bewähren! Bellevue, den 29. Juli 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Gegengez.) Frhr. v. Schreckenstein.“ — Die commandirenden Generale sind beauftragt worden, diesen Befehl den Truppen bekannt zu machen.

Berlin, 30. Juli. Die Demonstration, zu welcher verschiedene Militärgebäude benutzt wurden, lief gestern hier wieder einen jener unruhigen Abende hervor, die uns seit vielen Wochen fremd geblieben sind. Man hatte die schwarz-roth-goldenen Fahnen, die man nach dem 18. März an den kgl. Gebäuden aufzustecken sich so sehr beeilt hatte, gestern entfernt und schwarz-weiße Fahnen an deren Stelle gesetzt. Volkshaufen zogen vor verschiedene Kasernen und vor das Gebäude der Artillerie-Prüfungscommission und drohten mit Kanonenmuß und Fensterzerstörung, wenn man die deutsche Fahne nicht wieder an ihren Ort brächte. Es hatten sich in Folge dieser Vorgänge die Versammlungen an den Straßenecken mehr als sonst gehäuft. Die Versuche der Constabler, sie zu sprengen mißlangen, und gegen Mitternacht hin rückte Bürgerwehr vor, um die Haufen mit gefälltem Bayonnet aus einander zu bringen. Es sind dabei vielfache Verhaftungen vorgenommen worden. Auch haben einige, jedoch nicht erhebliche Verwundungen stattgefunden. (D. A. Z.)

Breslau, 29. Juli. Der spezifische Preußenenthusiasmus Berlins findet hier keinen Nachhall. So wenig erfreut man hier von der „Unverantwortlichkeit“ des Reichsverwesers gewesen, so entschieden spricht sich doch die Stimmung des Volkes für ein einiges Anschließen an Deutschland mit allen Consequenzen dieses Anschlusses aus. Man bereitet zum 6. Aug. Manifestationen vor, welche die Gesinnungen Breslau's in dieser Frage ausdrücken sollen.

Wien, 29. Juli. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung theilte Doblhoff der Versammlung mit, das Ministerium habe alle möglichen Schritte angewendet, um Se. Majestät zur Rückkehr zu bewegen; er verliest die betreffende Depesche, worin gesagt ist, daß zur vollständigen Sicherung der glücklichen Zukunft des Vaterlandes nichts fehle, als die Rückkehr Sr. Majestät. Im Gegentheile, wenn Se. Majestät nicht zurückkehrte, würde sich das Ministerium verpflichtet fühlen, alle daraus entspringenden Folgen von sich abzuwenden. Die Antwort des Kaisers lautet dahin: „Se. Majestät würde vor der Hand nicht zurückkehren, bis die Uebergangung erfolgt sey; der Reichstag berathe ganz frei; inzwischen würde er den Erzherzog Franz Karl nach Wien senden.“ Demzufolge beantragt das Ministerium, die Versammlung möge durch eine Adresse an Se. Majestät die bestimmte Erklärung abgeben, daß das freie Handeln der Versammlung gesichert sey, und durch eine Deputation nach Innsbruck diese Erklärung an Se. Majestät gelangen lassen. Der Antrag des Ministeriums wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Abg. Hagenauer will, daß die Adresse so schnell als möglich verfaßt werde, und beantragt, das Bureau möge die Adresse entwerfen und den Abtheilungen sodann mittheilen. Claudi verlangt in einer mit vielem Beifall bedachten Rede, man solle nicht mehr bitten, sondern fordern im Namen des Gesetzes, im Namen des Volkes, im Namen der Stellvertreter des Volkes. (K. v. u. f. D.)

Wien, 28. Juli. Die Unterhandlungen zur friedlichen Ausgleichung der ungarisch-croatischen Angelegenheit haben nun seit

Digitized by Google

gestern unter dem Vorsitze des Erzherzogs Johann zwischen dem Erzherzoge Palatin Stephan und dem Banus Jellachich unter Mitwirkung der ungarischen Minister Batthyanyi und Esterhazy begonnen, indessen hat über den Gang der Conferenz nichts verlautet. (A. Z.)

Stuttgart, 27. Juli. Die Bestimmung in Betreff des Schlusses der hiesigen Hofbühne wird, wie verlautet, nicht zur Ausführung kommen. Der König soll sich, in Berücksichtigung mehrfacher Vorstellungen, bewogen gefunden haben das desfallsige Decret zurückzunehmen.

Stuttgart, 27. Juli. Der König braucht eine Molkenkur in Meran, der Kronprinz leitet inzwischen die Regierungsgeschäfte, und das Publikum findet darin die Anzeige, daß dem König der Gedanke nicht ferne stehe, die Regierung seinem Sohne zu übergeben. Eine Verstimmung über den Gang der Dinge in Frankfurt, über jene Sitzung, in welcher nicht anwesend gewesen zu seyn, der König amtlich bekannt machen ließ, nämlich über die gegen den hannoverschen König, Mißstimmung über die Rothwendigkeit der Beschränkung der Einzelsouveränetätsrechte ist sicher vorhanden. Röser wollte gestern wieder nach Frankfurt abreisen, seine Abreise ist durch Minister-Besprechungen auf heute zurückgeschoben worden. Der Kronprinz ist wohl eher geneigt, sich in die Verhältnisse zu finden, er ist jung, ihm sind keine Erinnerungen und Gewohnheiten einer so langen Regierung gebrochen worden. Es scheint, er will sich populär machen; so hat er bereits melden lassen, daß er die Uebungen unserer Bürgerwehr besichtigen wolle. Fortdauernde Beurlaubungen im Militär lassen annehmen, daß die Bürgerwehr bald zum Dienst beigezogen werden soll. (D. Z.)

Heidelberg, 24. Juli. Mit großer Lust in unserer Stadt die Frankfurter Linke eine Volksversammlung, die jedoch nur spärlich besucht war. Was man eigentlich mit derselben bezweckt hat, ist nicht recht klar geworden, da nur Reden vorgetragen wurden, ohne daß irgend ein Abschluß stattfand. (D. Z.)

Hannover, 27. Juli. Die Hann. Morgenzeitung hält die Ansicht, als ob mit den aus der hannoverschen Gesetzsammlung mitgetheilten Zeilen, womit das Gesammtministerium den Aufruf des Reichsverwesers an das deutsche Volk, dem Ersuchen des Reichsministeriums gemäß, veröffentlicht hatte, — als ob damit die von der Reichsversammlung geforderte Anerkennung der Centralgewalt geleistet sey, für eine irrthümliche. Die Nationalversammlung hatte die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt gefordert: das Ministerium macht nur bekannt, daß die Uebertragung der von der Nationalversammlung zu gründen beschlossenen Centralgewalt mit dem vollen Beifall der deutschen Regierungen aufgenommen sey und bringt „dies für das gemeinsame deutsche Vaterland so höchst erfreuliche Ereigniß zur allgemeinen Kunde.“ Darin liegt keineswegs eine unumwundene Anerkennung der Centralgewalt, sondern nur eine andere Form der vertrauensvollen Begründung der Verhältnisse derselben. Die Centralgewalt beruht in dem Gesetz vom 28. Juni. Soll die Centralgewalt als solche unumwunden anerkannt seyn, so muß zuvor das Gesetz darüber unumwunden anerkannt seyn. Von einer solchen Anerkennung haben wir aber in Hannover noch nichts gehört. (W. Z.)

Hannover, 29. Juli. Wie man hört, wird das nach Schleswig bestimmte neunte Bundescorps hier in den nächsten Tagen eintreffen und in Eile per Eisenbahn weiter befördert werden.

Flensburg, 28. Juli. Das schleswig-holsteinische Heer zählt heute nahe an 18,000 Combattanten; es wird jetzt bis auf 25,000 Mann vermehrt werden. Rendsburg, Schleswig und Flensburg haben eine hinreichend starke Besatzung; die deutsche Hauptmacht steht in der Nähe der jütschen Grenze und im Sunderwitschen. Von einer Ueberschreitung der Königsau ist bis heute nichts bekannt geworden, obwohl Niemand daran zweifelt, daß, wenn erst die dem General Wrangel von Frankfurt aus angebotene Verstärkung eingetroffen sein wird, das Wiederbetreten des jütschen Botens nicht lange auf sich warten lassen dürfte. Die schleswig-holsteinischen Hafenstädte und Küstenplätze, die dann im Rücken bleiben, werden natürlich während der Kriegsoperation in Jütland von den ingnischen aus den Innern Deutschlands angekommenen Truppen hinreichend geschützt werden müssen.

Rendsburg, 27. Juli. Aus Veile (dem dänischen Hauptquartier) wird unterm 23. gemeldet, daß die bis zum 24. Abends 10 Uhr verlängerte Waffenruhe zu einer großen Waffenschau Gelegenheit gegeben hatte, welche General v. Hedemann nördlich von dieser Stelle anstellte und bei welcher auch der schwedische Oberst, Freiherr Knorring zugegen war. Kammerherr Reedy war an demselben Tage im Hauptquartier angekommen, und der Kriegsminister wurde im Laufe des Tages erwartet. An Waffenstillstand glaubte beim Heere Niemand mehr, auch wurde derselbe von den Soldaten nicht gewünscht. Dem Vernehmen nach soll das Hauptquartier weiter nördlich verlegt werden, die Intendantur war theilweise schon abgegangen. (W. Z.)

Italien.

Innsbruck, 29. Juli. Die Schlacht bei Custozza, welche die Oesterreicher am 25. Juli erfochten haben, ist die glänzendste Waffenthat des dermaligen Kriegs in Italien, beweist das Feldherntalent des Feldmarschalls Radetzky und die Tapferkeit seiner von Heldenmuth begeisterten Truppen. Es mögen wohl 80,000 Mann in dieser Unterredung blutige Schlacht afrikanischer Sonnengluth gekämpft haben. Noch sind keine Einzelheiten des heldenreichen Treffens bekannt. Die Oesterreicher machten große Beute an Kanonen und Kriegsmaterial. Sicher ist daß das Schwert von Italien eine starke Scharte bekam, da die Sieger bedeutend in die Lombardei vorrücken. Der Adjutant des Kaisers, Oberstlieutenant Graf Crenneville, hat die ehrenvolle Mission erhalten das höchste militärische Ehrenzeichen dem Feldmarschall nach Italien zu überbringen. Ein eben aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls Radetzky aus Vallegaio an Se. Maj. den Kaiser in Innsbruck angekommener Courier bringt die offizielle Nachricht daß bei Volta das zweite Armeekorps am 26. Abends 6 Uhr, nach zwei siegreiche, aber blutige Gefechte bestanden hat. Die piemontesische Armee sey im vollen Rückzug nach Cremona begriffen, und werde herzhaft verfolgt. (A. Z.)

Verona, 26. Juli. Die Scharte bei Sommacampagna, St. Lucia ꝛc. welche der Brigade Liechtenstein, nunmehr Simbschen, geschlagen wurde, ist bereits ruhmvoll ausgewetzt. Diese Brigade, bestehend aus den Infanterieregimentern Prinz Emil, Augent und Haynau, hatte den Zug nach Peschiera auf das ehrenvollste gemacht und war hierauf nach einem höchst beschwerlichen Marsche ohne Essen und Trinken an den eingangsverwähnten Plätzen angelangt, wo sie sich der Erholung, dem Essen und besonders dem Trinken überließ. In diesen Zustande wurde es von einem sowohl an Mannschaft als an schweren Geschützen bei weitem überlegenen piemontesischen Corps überfallen, bei welcher Gelegenheit freilich ein großer Theil zerstreut wurde, der sich aber seiner großentheils wieder einfand. Das von den Oesterreichern Sonntags genommene Terrain bei Sommacampagna war von dem ebenerwähnten piemontesischen Corps des rechten Flügels dieser Armee wieder besetzt. Ein großer Theil der Brigade sammelte sich wieder, besetzte sich aber in seiner kampfzeugenten Verfassung. Trotzdem aber verlor sie den Muth nicht, Verstärkungen, darunter ein Bataillon Freiwillige langten von Verona aus auf dem Schlachtfelde an, die Verschanzungen wurden erstürmt, wieder genommen, wieder erstürmt, die Unsern blieben die Sieger — sie drängten den Feind völlig vom Kampfplatz weg. Prinz Emil, Augent und besonders auch die Wiener Freiwilligen thaten sich dabei heldenmüthig hervor. Leider ist der Verlust der Wiener auch bedeutend, er soll zwei Compagnien von sechzig Mann betragen. Es langen ununterbrochen piemontesische Gefangene hier ein, zweitausend mögen bereits hier seyn, dreitausend sind für morgen angesagt. Ein gefangener eingebrachter, piemontesischer Officier äußerte sich dahin: „die Oesterreicher kämpften nicht wie Soldaten, sondern wie Teufel.“ Das Ganze über die Operationen der Hauptarmee gegen Peschiera lautet nur günstig für Oesterreich; Peschiera, von den Feuden verlassen, soll wieder in unserer Macht seyn. In Vincenza besorgte man einen Ausfall der Besatzung von Venedig, der aber wohl deßhalb unterbleiben dürfte, weil sie mit der Einwohnerschaft Venedigs in offener Fehde ist, daher es ihr geschehen könnte, daß — gings sie offensiv vor — der Rückweg gesperrt würde und sie zwischen zwei Feuer käme. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 26. Juli. Heute reist von hier eine glänzende Deputation des Landtags nach Innsbruck ab, um dem König die Rothwendigkeit seiner baldigen Herreise vorzustellen. Die Deputation wird dem König in aufrichtigen Worten darthun, wie eine längere Verschiebung dieser Reise den Verband der österreichischen Monarchie gefährte. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz im Banat lauten noch immer ungünstig für die Ungarn. Der Oberbefehlshaber der ungarischen Streitkräfte, F.-M.-L. Graf Bechtold, hatte einen beinahe vierzigtägigen Kampf mit den Insurgenten bei Földvar, welcher zum Vortheil der Letztern gereicht; denn Graf Bechtold fand es rathsam, seine Stellung bei Földvar aufzugeben und sich zurückzuziehen. Die offiziellen Angaben über die beiderseitigen Verluste erscheinen offenbar als unrichtig, denn in diesem mehrtägigen Kampfe sollen z. B. die Ungarn nur 10 Todte und 12 Verwundete gehabt haben. Die Insurgenten seieren aber diesen Kampf als einen großen Sieg. Der ganze im Felde stehende Macht der Insurgenten schlägt Graf Bechtold in seinem

Digitized by Google

jüngsten Bericht auf 23,000 Mann an, worunter meist Grenzer und andere Soldaten. Der Erzbischof von Karlowitz, Joseph Rajachachich, hat, aus Aram kommend, seinen feierlichen Einzug in Pancsova gehalten. In der einen Hand ein großmächtiges Kreuz, in der andern ein blankes Schwert, zog er in die Kirche, wo er das fanatische Volk zur Andauer im Kampfe ermahnte. Der Commandant von Pancsova hat den Erzbischof mit allen militairischen Ehren empfangen; 3000 wohlbewaffnete Reiter hat der Erzbischof den Insurgenten in ihrem Lager, in den sogenannten römischen Schanzen, zugeführt. Die feindlichen Verschanzungen, deren wichtigste strategische Punkte zwischen Morästen gewählt worden sind, hält Graf Bechtold für sehr haltbar. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 29. Juli. Das Gesetz über die Clubbs ist endlich gestern, nach Verwerfung einer Unzahl von Amendements und Zusatz-Artikeln, mit 629 gegen 190 Stimmen angenommen worden. Der Herr Creppel de la Touche kündigte Interpellation über die Unterdrückung mehrerer Journale an, die auf heute festgesetzt wurden, dagegen wurde die Entgegnung Proudhons und die Discussion über Thiers Rapport auf Montag verschoben, wo auch Marquins Interpellationen über die auswärtige Politik Statt finden werden.

Die Constitutions-Commission wird am 6. August den revidirten und umgearbeiteten Verfassungs-Entwurf der Nationalversammlung vorlegen.

Die parlamentarische Untersuchungs-Commission über die insurrectionellen Bewegungen des 15. Mai und des 23. Juni hat ihre Arbeit beendet. Sie hat beschlossen keinen Anklage-Akt gegen einzelne Personen zu formuliren, aber ihren Bericht sammt allen Dokumenten, Zeugenverhören u. s. w. zu veröffentlichen, damit das Land selbst klar sehen und urtheilen könne. Unter den Zeugen befinden sich die Herren Cauissidiere und Louis Blanc, die mehrere Male gehört werden.

Der Baarfond der Bank von Frankreich ist in den letzten 8 Tagen von 162 auf 169 Millionen gestiegen.

Der National zeigt an, daß seine Ateliers der Feier der Juli-Revolution wegen, heute geschlossen seyen und daß er daher Morgen nicht erscheinen werde. Er erklärt den 29. Juli 1830 als den ersten Schritt zu der Freiheit, die am 24. Februar 1848 definitiverungen ward.

Der Zustand des amputirten Generals Damesme hat sich plötzlich verschlimmert, — der General war bereits in vollständiger Reconvalescenz, als eine Infektion des Blutes durch den Eiter entstand, die die französischen Aerzte: resorption purulente nennen. Man hat die Hoffnung ihn zu retten heute Früh aufgegeben. General Damesme hinterläßt eine junge Frau, die zum ersten Male und im achten Monate in der Hoffnung ist.

Heute am Jahrestage der Juli-Revolution sind alle Truppen in ihren Casernen consignirt und auf jeder Mairie stationirt ein Piket von 800 Mann Nationalgarde.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 29. Juli. An der Tagesordnung ist die Discussion über das Gesetz wegen der mobilen Nationalgarde. Die Regierung hat für dieselben einen Kredit von 9,000,000 Frs. verlangt; — die Commission schlägt vor, diesen Kredit auf 6 Millionen zu reduziren, indem man die mobile Garde auf nur 24 (statt 26) Bataillone und den Effektivstand jedes Bataillons (statt 800) auf 650 Mann beschränke, die mobile Garde zu Pferd aber ganz aufhebe. Der Berichterstatter Oberst Ambert erklärt, er sey für die Unterdrückung der mobilen Garde zu Pferd, die unter die Kavallerie der Armee vertheilt werden solle, — was aber die mobile Garde zu Fuß betreffe, so sey es für die Forderung der Regierung. Ambert greift bei dieser Gelegenheit die frühere Executivgewalt heftig an, und hebt hervor, daß die Executiv-Commission im Armesfrieden der Nationalversammlung am 17. Mai ein Corps gebildet und Offiziere ernannt habe, welche Rechte durchaus nicht in ihrem Bereiche waren. Ambert macht mit vielem Geiste eine Schilderung der Militair-Institutionen Frankreichs und Europas und beweist, daß so oft die Demokratie am Ruder war, die Kriegsmaschine einfach, dagegen immer complicirt war, so oft die Freiheit unterdrückt wurde, — er erinnert daran, daß die rothen, blauen und grauen Musketiere, die Schweizer- und königlichen Garden mehr zur leichten Rückkehr Napoleons in den hundert Tagen beigetragen haben, als alle andern Umstände. Alle Bürger hätten Zutritt zu der Nationalversammlung, nur die Armee nicht, es sey daher die Pflicht der Nationalversammlung die Rechte der Armee zu vertreten und solche Paßbedrois, wie die Bildung von privilegirten Corps und die Ernennung von Offizieren durch einen Minister nicht zu leiden. Die Armee habe geschwiegen, selbst in den traurigen Februartagen geschwiegen, jetzt aber spreche er für sie und er hoffe, man werde diese erste Aeußerung der Armee wohlwollend aufnehmen. Ihm folgt Larochejacquelin, der zugibt, daß allerdings die Bildung der mobilen Nationalgarde zu Pferde illegal gewesen sey, daß aber dieses Corps in den Junitagen so vortreffende Dienste geleistet und so mit seinem Blute bezahlt habe (17 Todte 23 Verwundete) daß die Regierung ihnen eine Belohnung schuldig sey. Der Minister des Innern Senard macht darauf aufmerksam, daß die Bildung dieser Corps unter außerordentlichen Umständen erfolgt sey und keineswegs so streng deutbheit werden dürfe, wie man dies thue. Jetzt könne man allerdings regelmäßig und legal handeln, damals sey es schwer gewesen und wenn man die Fremden tadle, so müsse man doch die patriotische Absicht lobend anerkennen. Der Minister geht auf die Reduktionen der Commission in Hinsicht der mobilen Garde zu Fuß ein, beharrt aber auf der Bildung von drei Escadrons der mobilen Garde zu Pferd. Er hebt mit Enthusiasmus das tapfere Betragen dieser mobilen Garde zu Pferde hervor und ruft alle Betreter, die im Kampfe waren, zu Zeugen auf. Er überläßt übrigens der Versammlung die Entscheidung. Bei Postschluß spricht Brunet für das Gesetz.

Großbritannien.

London, 27. Juli. Der Präsident des Minister-Rathes, Lord Landsowne, erklärte in der heutigen Sitzung des Oberhauses, daß er Ursache habe, die heute hier verbreiteten Nachrichten von einem Aufstande in Irland für ganz ungegründet zu halten. Die Depeschen, welche der Lord-Statthalter Mittwoch Nachmittags 3 Uhr an die Regierung schrieb, melden nichts davon; andere Briefe, die gestern um 7 Uhr Abends abgingen, schweigen ebenfalls. Auf dieselbe Weise sprach sich im Unterhause der Minister des Innern, Sir Charles Grey, aus. Er fügte hinzu, daß die von Liverpool mit dem Telegraphen gemeldeten Nachrichten nach jener Stadt durch einen Brief von Dublin gelangt waren. Der Mayor von Liverpool, auf telegraphischem Wege über die Glaubwürdigkeit jener Nachrichten befragt, antwortete, sie schienen ihm gar keinen Glauben zu verdienen. Die Regierung hat Maßregeln getroffen, um den Urheber jener Gerüchte zu entdecken. Nach derselben wäre der größere Theil des südlichen Irlands in hellem Aufstande. In Clonmel sey schrecklich gekämpft, die Truppen wären bald überwältigt worden, ihre Treue wankte u. s. w.

Doch ist die Lage Irlands jedenfalls sehr bedenklich. Jung-Irlands Führer wissen, daß sie dem Arme der Gerechtigkeit nicht mehr entgehen können, und suchen das ganze Volk zu Mitschuldigen zu machen. Meagher und O'Brien, die beiden angesehensten, receten das Volk in Carrick an einen Marktage in der heftigsten Weise an. Sie sagten, sie hätten ihre Vermögen für das Volk aufgewendet und wollten jetzt ihr Leben einsetzen, sie würfen sich in die Arme des Volkes, um von ihm beschützt zu werden. Sie würden Widerstand leisten gegen eine Verhaftung nach den neuen Gesetzen. Sie tragen Pistolen im Gürtel und sind von Bewaffneten umgeben. In Waterford und anderen Städten sind die Clubs schlagfertig; die loyalen Familien flüchten. Die Landleute bewaffnen sich mit solchem Eifer, daß man von Coolnamuck meldet, es sey dort in den Waldungen des Herrn Wall so viel Holz zu Pikenschäften gefällt, daß die Clubs aus Mitleid für den Eigenthümer ferneres Forstverfällen nachlassen wollten. Besonders gefährlich steht es in Tipperrary aus.

London, 28. Juli. In Irland ist bis jetzt kein Blut geflossen, als das eines armen Polizeidieners in Dublin, welcher drei bewaffnete Clubbisten verhaften wollte. Sie brachten ihm mehrere Wunden bei; er aber packte zwei von ihnen so fest, daß sie sich nicht loswinden konnten und ins Gefängniß abgeführt wurden. Die neuesten Nachrichten aus Irland sind folgende:

„Cork, Donnerstag Mittag. Alles ist in Bewegung. Das 26. und 70. Regiment und die Kanzeneater sind Nachtsüber aufmarschirt. Niemand, als die Behörde, weiß den Veranlassung.

„Cashel, Mittwoch Abend. Alle Soldaten sind unter den Waffen. Die Polizei-Mannschaft ist aus allen kleineren Orten nach Cashel zusammen gezogen und wird über Nacht bewaffnet bleiben.

„Dublin, Donnerstag Abend. Der Chartist Patrick O'Higgins ist verhaftet. Man fand in seiner Wohnung einen weitläufigen Briefwechsel mit den englischen Chartisten und bedeutende Waffen-Vorräthe. Acht Personen wurden verhaftet, die man beschuldigt, sich gegen das Leben dreier Polizei-Beamten verschworen zu haben. O'Brien und Meagher eilen im Süden umher, um aufzuregen. O'Gorman musterte die Clubs in Limerick, welche allmächtich zusammen kommen und sich rasch erweitern. In Carlet werden beständig auf zwölf Amboffen Pilen geschmiedet. Bis jetzt hat sich erst ein einziger Club in Nenagh aufgethan. Waterford ist ruhig. Die Truppen sind völlig treu und muthig. Napier's

Digitized by Google

Flotte ist in der Bai von Cove vor Anker gegangen. Die Bürger in den Städten, namentlich die wohlhabenden, wollen grösstentheils mit dem Aufstande nichts zu thun haben. Dagegen ist die Aufregung unter dem Landvolke im Süden und Westen sehr groß, und die englischen Gutsbesitzer flüchten in Angst in die Städte. Der tollköpfige Marquis von Waterford ist unvergagt und will seine Pächter, gegen die er sich immer freigebig gezeigt hat, für die Regierung bewaffnen. Von Woolwich sind Artillerie und Raketen nach Irland abgegangen. Man darf stündlich die Einschiffung in Irland erwarten. (K. Z.)

Dänemark.

Nachrichten mit dem gestbenburger Dampfschiffe zufolge, sagt der Lübecker Correspondent, drohte in Kopenhagen das aufgeregte Volk die Regierung zur energischen Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland zu zwingen, da an einen für Dänemark ehrenvollen Frieden noch nicht zu denken sey. Es hatten wiederholte Volksaufläufe zu diesem Zwecke stattgefunden, und in der Hauptstadt nicht nur, sondern in ganz Seeland war man der bisherigen Waffenruhe und fruchtlosen Unterhandlungen überdrüssig.

Schweden und Norwegen.

Aus dem mittlern Schweden, sagt ein Schreiber aus Stettin vom 28. Juli, geht uns die Nachricht zu, daß trotz der Quarantainie die Cholera eingedrungen ist, und daß sie nicht nur in Stockholm wüthet, sondern auch bereits in das Innere gezogen ist und in Finnland und Aaland sich mit einem äußerst bösartigen Charakter verbreitet.

Rußland und Polen.

Posen, 24. Juli. Nach neuern Nachrichten aus dem Königreiche Polen wird statt der bisherigen Waffenruhe Mannschaft ausgehoben und nach den Regimentern im Innern Rußlands und im Süden abgeschickt. Die nach den Donaufürstenthümern bestimmten Truppen sollen sehr entmuthigt und voll banger Furcht vor der Cholera erfüllt sein, Privatbriefe aus Lemberg und Jassy geben herzzerreißende Schilderungen von der Wuth, mit welcher dort die Krankheit in diesem Jahre grassirt.

Aus Wiborg geht der Weser-Zeitung die Nachricht zu, daß auch dort die Cholera ausgebrochen sey, jedoch in gelinder Weise auftrete. Nach dort eingetroffenen Nachrichten aus Petersburg betrug die Zahl der Erkrankten bis zum 15. Juli 39,190, die der Genesenen 3992, die der noch in Behandlung Befindlichen 17,223, die der Gestorbenen 15,814. Die elektrischen Telegraphen haben ganz versagt.

Asien.

Nach Nachrichten aus Singapore ist in Siam ein Aufstand des chinesischen Theils der Bevölkerung, die in der Hauptstadt Bankok die Mehrzahl bildet, indem von den 640,000 Einwohnern eine halbe Million Chinesen sind, ausgebrochen. Erst nach zwei blutigen Schlachten konnte er unterdrückt werden, und nach dem Siege haben die kgl. Truppen ein allgemeines Morden unter den Chinesen angerichtet, wo über 5000 gefallen sind.

Bayreuth, am 27. Juli 1848.

Subhastations-Patent.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth

Sämmtlich Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins werden hiermit eingeladen, zu einer Generalversammlung, in welcher die sehr erfreulichen Inhalte der dem Ausschusse jüngst zugekommenen hohen Ministerial- und Regierungs-Rescripte zur allgemeinen Kenntniß und Berathung gebracht werden sollen, — am nächsten

Mittwoch den 9. August d. J. Nachmittags 5 Uhr

im Saale des Gewerbschulgebäudes bestimmt sich einzufinden.

Der Gewerbevereins-Ausschuß.

wird im Wege der Hülfsvollstreckung das auf 5750 fl. geschätzte Wohnhaus des Antiquars Seligsberg dahier, Haus-Nr. 115, St.-B.-Nr. 40, in der Kanzleistraße dahier gelegen, öffentlich verkauft und Bietungstermin auf

Freitag den 15. September d. Js. Vormittags 11 Uhr, Commissions-Zimmer Nr. 2

anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64. des Hypotheken-Gesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgen wird, und die nähere Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungs-Verhandlung in der Zwischenzeit in der dießgerichtlichen Registratur dahier eingesehen werden können.

Der königl. Director,
Freiherr von Waldenfels.
Scharf.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgericht Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das in der Ochsengasse belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Seyß, sowie auch ein Felsenkellergang in den sogenannten 99 Gärten belegen, hiemit öffentlich feilgestellt. Das Haus mit Nr. 137. bezeichnet, ist von gemischtem Mauerwerk erbaut, mit Ziegeln bedeckt und enthält 1 gewölbten Hausflur, dann zu ebener Erde: 2 Stuben, 1 Stubenkammer, 1 Küche, 1 Hausplatz. Eine Stiege hoch: 3 Stuben, 1 Küche, 1 Hausplatz, 1 angehängten Gang mit 1 Holzlege. Zwei Stiegen hoch: 1 Giebelstube, 4 Dachkammern, 1 großen Kamin, 1 Hausplatz, 1 kleinen gebrucken Dachboden. Dasselbe wurde mit Einschluß des darauf haftenden realen Bassenrechtes auf 3300 fl. gerichtlich geschätzt.

Dessen Hintergebäude von gemischtem Mauerwerke erbaut, mit Ziegeln gedeckt, enthält: 1 gewölbten Keller, zu ebener Erde: Stallung für 2 Stück Rindvieh, 15 Stück Schafe, 1 Schlachtkammer, 1 Schweinstall. Eine Stiege hoch: 1 Stube, 1 Stubenkammer, 1 Kamin und 1 von Fachwerk erbauten Gang, 2 übereinander liegende gebrucke Dachböden.

Das Holzlegen- und Ganggebäude beim Eingang in den Hof rechts, ist 1 Stock hoch, gemischt erbaut, mit Ziegeln gedeckt, und enthält zu ebener Erde: 1 Holzlege, und 1 Abtritt. Eine Stiege hoch: 1 kleinen gebrucken Dachboden mit 1 Gang und Abtritt. Die gerichtliche Schätzung beträgt 450 fl.

Der Felsenkeller in den sogenannten 99 Gärten faßt gegen 6 Gebräue Bier und wurde für 350 fl. gerichtlich geschätzt.

Auf dem Hause haftet außer der gewöhnlichen Steuer 1 fl. 15 kr. Erbzins zum hiesigen Hospitale. Das Haus mit Hintergebäude und Holzremisen liegt mit 4500 fl. in der Brandversicherung.

Zur Licitation auf vorbeschriebene Realitäten wird auf den

12. September o. Vormittags 10 Uhr

im Commissionszimmer Nr. 10 Termin anberaumt, und Kaufslustige werden unter dem Beifügen zu demselben eingeladen, daß ihnen die Einsicht des Taxationsprotokolls vorher in der Registratur freistehe, und daß wegen des Zuschlages an den Meistbietenden nach Maßgabe des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, §. 98 bis 101 und des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822, §. 64 verfahren werden wird.

Bayreuth, den 25. Juli 1848.

Der königl. Director
Freiherr von Waldenfels.
Schmidt.

Anzeigen.

In der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Grau in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Die Gesetze. Die Ablösung des Lehenverbandes. Die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit; dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten ꝛc. 15 kr.

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der **Schwurgerichte.** geh. 6 kr.

Ghillany, Dr. F. W., **Republik oder Monarchie?** Ein Vortrag, gehalten im Nürnberger Volks-Verein. geh. 6 kr.

Zwei gute, fehlerfreie Pferde in mittlerem Alter, nebst einer gut erhaltenen viersitzigen Chaise mit Verdeck, eine zum Dienstgebrauch für einen Staatsbeamten ganz geeignete Equipage, ist bei den gegenwärtigen Zeitumständen um sehr billigen Preis, unter dem wirklichen Werth, zu verkaufen bei

Regierungsrath Krafft.

Zündhütchen für die Landwehr bei

Joh. Andr. Zapf.

Nr. 445 in der Friedrichsstraße ist ein Mansarden-Quartier, bestehend aus zwei großen Zimmern nebst Stubenkammer, versperrtem Hausplatz, zwei Küchen, Holzlege, Boden, Keller und Mitgebrauch des Waschkessels, auf Martini zu vermiethen; solches kann auch auf Verlangen getheilt werden. Das Nähere beim Eigenthümer.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 215. | 4. August 1848.

Bericht des Abgeordneten des Wahlbezirks Bayreuth an seine Wähler.

Den leidenschaftlichen Angriff des Abgeordneten Blumröder auf meine Person habe ich nach Gebühr zurückgewiesen, allein ich habe eine unwahre Behauptung in jenem Angriff:

als ob ich bei der wichtigen Frage: ob die Nationalversammlung den Reichsverweser zu wählen habe? abwesend gewesen sey und gar nicht mitgestimmt hätte,

darum unberührt gelassen, weil ich in dieser Beziehung nur meinen Wählern eine Rechtfertigung schuldig zu seyn glaube, die ich um so lieber gebe, als ich es für eine heilige Pflicht eines Abgeordneten halte, in allen Fragen, besonders aber in solchen, wo namentliche Abstimmung verlangt wird, seine Stimme niemals feig zu versagen, was sich leider nicht wenige Abgeordnete zu Schulden kommen lassen.

Es war zwar bei der großen Unruhe der Versammlung zur Zeit der Abstimmung sowohl meine Stimmgebung, als die von noch 12 Abgeordneten überhört und wir waren in dem stenographischen Bericht als abwesend aufgeführt worden, allein wir haben gemeinschaftlich sogleich gegen dieses Versehen reklamirt, worauf in dem stenographischen Bericht vom 30. Juni Nr. 88 attestirt worden ist, daß wir sämmtlich bei der Abstimmung gegenwärtig waren und mit: Ja, gestimmt haben, was Dr. Blumröder, der die stenographischen Berichte eben so, wie ich, täglich erhält, wohl bekannt seyn mußte. Hiebei darf ich von der Einsicht meiner Wähler erwarten, daß sie öffentlichen Angriffen gegen mich, die in meiner Stellung bei den sich vielfach widerstreitenden Principien unvermeidlich sind, so lange kein Gewicht beilegen, bis sie mich mit meiner Gegenerklärung erst gehört haben und daß sie gesetzsame, principsfestdenkschaftliche kleinliche Weitteilungen der Form meiner Berichte eben so verachten, wie ich solche seiner Widerlegung würdig finde.

Ein mit dem Postsiegchen Bayreuth versehenes, anonymes Schreiben*), welches mich in die Intrigunen meiner Gegner, wodurch solche meine Wähler gegen mich einzunehmen suchen, näher hineinsehen läßt und mich zum Republikaner bekehren will, veranlaßt mich, einige Irrthümer, die im Volke verbreitet zu seyn scheinen, zu berichtigen.

Es haben in der Neuzeit einige Worte eine gewisse Wichtigkeit erlangt, indem sie fast täglich gebraucht werden, ohne damit einen bestimmten Begriff, oft aber einen ganz falschen zu verbinden. Dahin gehören die Worte: Republik, konstitutionelle Monarchie, die Rechte und die Linke, Volkssouverainetät, Reaktion.

Vielleicht dürfte es von einigen Interesse seyn, wenn ich die Unklarheit dieser Wortlaute etwas näher aufklare und zugleich meine verehrlichen Wähler einige Blicke in das innere Getriebe der Nationalversammlung thun lasse, da ihnen das, was zu Tage geführt wird, auch den öffentlichen Blättern ohnehin bekannt ist.

1) Republik und konstitutionelle Monarchie. Es wird häufig im Volke die von den Republikanern der schlechteren Art verbreitete Meinung angenommen:

die konstitutionelle Monarchie stehe der Republik in Allem, was die höchsten Güter des Staatsbürgers, die allgemeinen Menschenrechte, die vollkommenen Volksfreiheiten, die Hebung des Wohlstandes des Volks auf eine höchst möglich erreichbare Stufe betreffe, feindlich gegenüber, nur die Republik könne alle diese heiligen Güter gewähren und einen Alles beglückenden Zustand herbeiführen, während die konstitutionelle Monarchie blos dahin gerichtet sey, diese durch die Revolution errungenen Güter dem Volke wieder zu nehmen und den früheren Zustand der Bedrükkung wieder herbeizuführen.

Die hiedurch Irregeleiteten begreifen nicht, daß die Ausdrücke: constitutionelle Monarchie und Republik nichts weiter als die Staatsform andeuten, nach welcher entweder das große Deutschland als ein föderirter Bundesstaat zu einer Einheit gelangen, oder das Volk selbst mit Auflösung aller bestehenden Verhältnisse und Vertheilung der deutschen Fürsten regieren soll. Die constitutionellen Monarchisten wollen an der Spitze der deutschen Reichsverfassung einen mit den Einzelstaaten möglichst homogenen Regierungszustand, die Republikaner aber eine fortwährend in Fluge gestellte, wandelbare und unsichere Regierungsgewalt gestellt wissen.

In der Sache selbst, nehmlich darin:

daß dem Volke alle Rechte und Freiheiten, jeder mögliche Wohlstand, wie solcher in einer Republik vernünftig erreicht werden kann, gewährt werden, daß sich die Regierungen der Föderatstaaten den allgemeinen Reichsgrundgesetzen unbedingt zu fügen sind die Republikaner und die Konstitutionell-Monarchisten einverstanden, wie die bisherigen Beschlüsse der National-Versammlung hinreichend gezeigt haben.

Nur darin weichen die Republikaner der schlimmeren, nicht die eigeren Art ab, daß sie in ihrer alles unterminirenden Weise fort agitiren, alles auf die äußerste Spitze stellen, nichts zu einem ruhigen gesetzmäßigen Zustand kommen lassen, mit ihrer Minorität über die große Majorität des Volkes nach Willkühr gesetzlos herrschen und über ihre betrogenen Anhänger dasselbe unglückliche Schicksal, wie es solchen in Paris zu Theil geworden ist, herauf beschwören wollen.

Möchten sich doch die durch dergleichen Wühlereien irre geleiteten armen Leute aus der Weltgeschichte sagen lassen, daß alle Anarchie und Gesetzlosigkeit als ein unnatürliches Extrem jederzeit auf das entgegengesetzte, das der Gewalt des Mächtigen überspringen muß, um ein Gleichgewicht wieder herzustellen, wie dieß in der Republik Frankreich bereits durch eine Militärdiktatur geschehen ist. Möchten sie bedenken, daß ihre Verführer sie nicht um des Volkes willen, sondern um ihrer selbst willen als Mittel zur Befriedigung ihrer Habsucht und ihres Ehrgeizes benützen, daß die Versprechungen von Wohlstand und Glück durch einen unmöglichen Communismus nicht erfüllt werden können und daß sich die Verführten in der Stunde der Gefahr von ihren Verführern verlassen sehen, wie es in Paris der Fall war. Möchten sie begreifen, daß gerade in der Republik die höchste Bürgertugend, die höchste Wohlthätigkeit, die wir noch nicht haben, die unbedingteste Befolgung der bestehenden Gesetze unerläßlich ist, wenn die Freiheit des Einen, neben der Freiheit des Andern bestehen soll.

Arme und Reiche hat es in allen Staaten jeder Regierungsform zu jeder Zeit gegeben, der Vermögensstoße hat zu allen Zeiten sich durch Thätigkeit, Mühe und Plage zu einem wohlhabenderen Zustand hindringen müssen und so wird es ewig unter jeder Regierungsform bleiben.

2. Die Rechte und die Linke. Diese Worte haben nicht einmal thatsächlich der persönlichen Einnahme der Sitzpläze im Nationalparlament eine bestimmte Bedeutung, indem zwar ein großer Theil der Hochrepublikaner mit Robert Blum die äußersten Pläze der linken Seite, so wie ein Theil der wenigen Monarchisten die letzten Sitze der rechten Seite eingenommen, im übrigen aber sich die Mitglieder aller Farben durch einander gesetzt haben. Es ist daher die Sache nach den Meinungsverschiedenheiten zu nehmen, allein auch in dieser Beziehung ist es schwer, zu einem bestimmten Begriff zu gelangen, weil die Schattirung der Meinungen mitunter so fein und wenig abweichend sind, daß man solche in keine besondere Rubrik bringen kann.

Deßhalb ist die Meinung ganz irrig, als ob sich im Nationalparlament zwei Massen in allen vorkommenden Fragen, gleichsam als geschworne Feinde einander gegenüber ständen. Dieß gilt nur von Prinzipienfragen der Reichsstaatsform und was damit in näherer Verbindung steht, in Fragen aber, welche andere Gegenstände, insbesondere die Feststellung der Freiheiten und Rechte des Volkes auf vernünftigen, dem Volkswohlstand föderlichen, Grundlagen und deren Gewährleistung betreffen, sind in der Regel alle Parteien ziemlich einig.

Recht alle, welche man im Allgemeinen mit dem Ausdruck: die Linke, bezeichnet, sind Republikaner, unter welchen man blos die versteht, welche eine republikanische Staatsform und alles, was damit in Zusammenhang steht, wollen.

Die Mitglieder der Nationalversammlung haben sich bis auf wenige so ausgeschieden, daß deren Vorversammlungen und Berathungen

*) Dieser Brief liegt zur Einsicht im Redaktionsbureau bereit.

Digitized by Google

a) von den Republikanern im deutschen Hofe,
b) von der Rechten in dem steinernen Hause,
c) von der Linken im Württemberger Hofe,
d) von dem Centrum, das jedoch einen Theil der Rechten und Linken in sich begreift und die zahlreichsten Mitglieder in sich faßt und dem auch ich angehöre, im sogenannten Hirschgraben behalten werden, wobei dasselbe Verfahren, wie in der Paulskirche beobachtet, abgestimmt, oder der Gegenstand für eine offene Frage erklärt wird, oder sich ein oder das andere Mitglied eine freie Stimme für eine entgegengesetzte Ansicht vorbehält, wie ich es in der Frage über die Vermehrung des stehenden Heeres gethan und, wenn schon aus ganz verschiedenen Gründen, mit den Republikanern gestimmt habe. Zuglech werden diejenigen Redner ausgewählt, welche die gefaßten Beschlüsse auf der Tribüne vertheidigen sollen, wozu man vorzugsweise Männer von bekanntem Rufe, wo möglich auch äußerlich gefällige Personen mit einem deutlichen, wohl vernehmlichen Stimmorgan aussucht.

Die drei Fraktionen b, c und d sind wenig von einander verschieden, indem die Fraktion b blos etwas mehr die Selbstregierung der einzelnen Staaten reklamiren, die Fraktion c aber alles mehr centralisiren oder generalisiren, während die Fraktion d die gemäßigste Mitte halten will.

Werden von dem Centrum im Hirschgraben über wichtige Gegenstände Beschlüsse gefaßt, so werden, um mit den Fraktionen b und c in gutem Einverständniß zu bleiben, Vorschaften an solche abgesandt, um unsere Beschlüsse ihnen kund zu geben, wobei es sich fast in der Regel zeigt, daß sie entweder dieselben Beschlüsse gleichfalls gefaßt haben, oder sie uns ihre Unterstützung zusagen lassen und, daß zuweilen nur verlangt wird, daß einer oder der andere ihrer Redner zum Sprechen in der Paulskirche eingeschoben werde.

Als wir die wichtige Frage wegen der zu beobachtenden Politik gegen die auswärtigen Mächte in Berathung genommen und Beschlüsse gefaßt hatten, erschien der Reichsminister von Schmerling in unserer Versammlung, um sich mit uns in Einverständniß zu setzen, obschon wir alle Beschlüsse in seinem Sinne gefaßt hatten.

Daß die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen in einzelnen Fragen nicht immer unter sich ganz einig seyn können, liegt in der Natur der Verschiedenheit der menschlichen Ansichten. Am auffallensten kommen aber zuweilen die Republikaner der ederen Art mit denen der extremsten Art in Zwiespalt, wie dieß erst neuerlich in der wichtigen internationalen Frage über die Einverleibung des deutschen Bezirks Posen in das deutsche Reich der Fall war.

3. Volkssouveränität. Dieses Wort will von den Ultrarepublikanern nicht selten in der Bedeutung genommen werden, daß jeder Mensch als ein kleiner Volkssouverän geboren werde, daher ohne Rücksicht auf die bestehenden Gesetze thun und treiben könne, was ihm beliebt.

Es kann aber nichts anders darunter verstanden werden, als daß der Grund und Ursprung aller Staatsgewalt im Volke liege, alle Gesetzgebung vom Volke ausgehe, wobei solches als ein Ganzes gedacht werden muß.

In dieser Weise ist die Volkssouveränität in der Nationalversammlung zur Geltung gebracht worden und es kann der Einzelne nur durch Theilnahme an der Wahl eines Abgeordneten zur Centralrepräsentation sein unsichtbares Theilchen Volkssouveränität ausüben, im übrigen aber sich den von der Nationalversammlung gegebenen Gesetzen unterwerfen.

4. Reaction. Dieses Wort wird von den sich einander gegenüberstehenden Parteien in ganz verschiedenem Sinn gebraucht.

Wenn es die Republikaner aussprechen, so verstehen sie darunter: das Bestreben der einzelnen deutschen Regenten, alles wieder in den vorigen Unterdrückungszustand zurückzuführen, dem Volke die neu errungenen Freiheiten und Rechte wieder zu nehmen.

Gebrauchen es die constitutionellen Monarchisten, so wollen sie damit das Bestreben der Republikaner andeuten, durch Anarchie alles Recht und alle gesetzliche Ordnung zu vernichten, die bereits gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung umzustürzen und ihren Eigenwillen zur Herrschaft zu bringen.

Vernünftige Leute werden wohl weder das eine noch das andere wollen, und die Nationalversammlung wird sorgen, daß keines von beiden zur Ausführung kommt.

Keim.

Deutschland.

†Frankfurt, 1. August. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Berathung über die Grundrechte fortgesetzt, und zwar über den 2. Artikel, welcher die Aufhebung aller Standesunterschiede, die Gleichheit vor dem Gesetz, die allgemeine Wehrpflicht u. s. w. zum Gegenstande hat. An diese Artikel knüpften sich sowohl von Seite der Minorität des Ausschusses als anderer Mitglieder mehrere Anträge auf gänzliche Abschaffung des Adels an. Dieß führte zu einer interessanten Diskussion, in welcher beinahe 20 Redner auftraten. Die meisten von ihnen gingen unbarmherzig mit dem Adel um, hielten ihm sein Sündenregister fast von Erschaffung der Welt an (obgleich es damals noch keinen Adel gab) vor, und wollten sich mit nichts Geringerem, als der gänzlichen Abschaffung des Adels, seiner Titel und Vorrechte begnügen. Selbst die wenigen Vertheidiger des Adels, darunter der alte Arndt und Fürst Lichnowsky (der einzige Adelige, der heute sprach) konnten nicht umhin, die Vorrechte der Geburt verloren zu geben, und kämpften nur noch für die Beibehaltung seiner Titel und Namen. Diese werden ihm aber auch im Ernste nicht streitig gemacht werden; man will sie jedoch dadurch unschädlich machen, daß man beantragt, es solle Jedermann gestattet seyn, Adelstitel anzunehmen, wie dieß in Frankreich seit der Juli-Revolution der Fall ist. Die Abstimmung wird morgen Statt finden.

Frankfurt, 31. Juli. Ausführlicher Bericht über die 51. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Der Reichsminister v. Schmerling setzt die Versammlung in Kenntniß, daß der Waffenstillstand mit Dänemark wieder aufgehoben und die Feindseligkeiten am 21. d. aufs Neue eröffnet worden seyen. Deutschland — sagte er — könne ruhig diesem wiederbeginnenden Kampfe entgegensehen; es könne sich im Angesichte Europa's das Zeugniß geben, daß es Alles gethan habe, um, so weit dies mit seiner Ehre verträglich, mit dem nordischen Könige zu einer friedlichen Ausgleichung zu gelangen. Allein diese Gesinnung und Nachgiebigkeit habe ihre Grenzen; sie dürfe nicht weiter gehen, als es die Ehre und Selbstständigkeit Deutschlands zulasse. Dänemark habe sich geradezu geweigert, diejenige Bedingung, welche von deutscher Seite nothwendig vorangestellt werden mußte, einzugehen, daß nämlich der Waffenstillstand der Genehmigung des Reichsverwesers, welchen das deutsche Volk gewählt und alle deutschen Regierungen freudig begrüßt hätten, unterliegen solle. Der Centralgewalt seyen die Opfer und Bedrängnisse, welche der Krieg namentlich für die deutschen Küstenländer herbeiführe, keineswegs unbekannt; allein zwischen einem schmählichen Waffenstillstand und einem Kriege, der einen ehrenvollen Frieden zur Folge haben müsse, könne die Wahl nicht zweifelhaft seyn. Zur Aufrechterhaltung mit welcher Preußen und seine Krieger sich in den Kampf vorangestellt, die Opfer, welche die Küstenländer gebracht, seyen der lebhaftesten Anerkennung würdig. Von nun an soll übrigens der Krieg als ein deutscher Krieg, auf Kosten des deutschen Reichsschatzes geführt werden, und das Reichsministerium werde es sich zur angelegentlichsten Sorge machen, Denjenigen, die durch den Krieg gelitten, Entschädigung zuzuwenden. Der Reichskriegsminister v. Peucker eröffnet der Versammlung, Centralgewalt sey entschlossen, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen und zugleich allen deutschen Volksstämmen Gelegenheit zu geben, an dem ersten Bundeskriege Theil zu nehmen. Der Dringlichkeit wegen habe das Reichsministerium die Rückkehr des Reichsverwesers nicht abwarten zu müssen geglaubt, vielmehr auf eigene Verantwortung sich mit den Ministerien der Bundesstaaten in Vernehmen gesetzt, um die von General Wrangel in einer gestern eingetroffenen Depesche verlangten Verstärkungen sofort mobil zu machen, und auf Eisenbahnen und Dampfschiffen dem im Felde stehenden Heere zuzuführen. Demnächst wollen daher Bundestruppen von Dänemark, dann vom 7., 8. und 9. Armeekorps gemeinschaftlich mit ihren deutschen Waffenbrüdern, die bisher so ruhmvoll gewirkt, auf dem Kampfplatze erscheinen und den Feinde zeigen, daß das vereinte Deutschland sich nicht ungestraft verhöhnen lasse. Diese Mittheilungen der beiden Minister wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall vernommen, und nachdem noch Tafel von Stuttgart im Namen seines speziellen Vaterlandes die Bereitwilligkeit desselben zu allen Opfern für die deutsche Sache ausgesprochen, mit Uebergangen die ministeriellen Mittheilungen zur Tagesordnung übergegangen. Das Resultat der Präsidentenwahl haben wir bereits mitgetheilt. Präsident v. Gagern sprach nach seiner Wiedererwählung: „Zum vierten Male haben mich überwiegende Stimmen, ich darf wohl sagen das Vertrauen, zu dieser Stelle berufen, der erhabensten für einen deutschen Bürger. Ich kenne keinen andern Ehrgeiz, als meinem Vaterlande nützlich zu seyn. Wir wollen dem großen Ziele entgegengehen, dem Ziele der Einheit und Freiheit.“ Die beiden Vicepräsidenten v. Soiron und Herrmann danken für das ihnen geschenkte Vertrauen.

Frankfurt, 29. Juli. Die neulichen Gerüchte über weitere Ernennungen im Reichsministerium haben sich noch nicht offiziell bewahrheitet, da erst die Rückkehr des Reichsverwesers, die wieder hinausgeschoben worden ist, abgewartet wird. Indeß

Digitized by Google

ist die Berufung des Hrn. Duckwitz zum Minister des Handels außer Zweifel. Zum Unterstaatssecretär in diesem Departement ist Prof. Fallati (ein geborner Hamburger, aber Anhänger eines gemäßigten Schutzzollsystems) designirt. Die Ernennung Robert von Mohls zum Unterstaatssecretär der Justiz hat sich nicht bestätigt; es scheint nicht, daß der Genannte eine solche Stellung annehmen würde, umsoweniger als des Justizministers Heckscher Popularität rasch gesunken und bei allen Parteien fast auf Null herabgekommen ist. Max v. Gagern und Bassermann werden zu Unterstaatssecretären, jener im Departement des Aeußern, dieser in dem des Innern bestimmt. Wer definitiv das Portefeuille des Aeußern und den Vorsitz im Conseil übernehmen wird, soll sich erst bei der bevorstehenden Reise des Reichsverwesers nach Berlin entscheiden. Camphausen dürfte Preußen bei der Staatenrepräsentation vertreten, mit welcher sich die Reichsregierung „so viel thunlich" benehmen soll.

Die Frankf. Oberpostamtszeitung (das offizielle Blatt der Reichsgewalt) zeigt an, daß der in diesen Blättern vor einigen Tagen mitgetheilte Gesetzentwurf über die Reichsgewalt, der bekanntlich in Preußen große Mißstimmung erregt hat, im Ausschusse bedeutende Aenderungen erlitten habe, und daß namentlich der des Kriegswesen betreffende Theil des Entwurfs durch einen andern vom Reichskriegsminister eingebrachten ersetzt worden sey, welcher alle Bedenklichkeiten heben soll, die Anstoß erregen konnten.

□ München, 1. August. Diesen Vormittag wied eine Gedächtnißfeier für den bayerischen Historiker Westenrieder veranstaltet, wozauf 24 aeme Kinder zu dem Wohnhause des Verewigten in der Theaterstraße hingeführt werden, wo eine Gedenktafel mit einer von Baron Hormayr gefertigten Inschrift angebracht ist. Die Kleinen werden auf Rechnung eines wohlthätigen Bürgers, in einem Gasthause ein Mittagsmahl erhalten. Einer vom hiesigen Taglatt veranstalteten Sammlung für den Zweck der Errichtung einer solchen Gedenktafel, die aber nun von einem Steinmetz gratis hergestellt wurde, lieferte das Resultat von circa 100 fl, wofür nun ein Westenrieder-Schulpreis gestiftet wird. — Die Militärexesse mehren sich und machen viel Blos Blut. Eine Mühle bei Burghausen wurde von Soldaten förmlich demolirt. In Dachau, wo ein Theil der berittenen Artillerie stationirt ist, fing das Militär in einem Wirthshause hintige Händel an und wurden viele Civilisten durch einzelne rohe Soldaten stark verwundet. Vorgestern Nacht krawallirte von unseren hiesigen Kanonieren ein Häuflein im Hofbräuhause und zwang mit gezogenem Säbel die dort versammelten Civilgäste zur Räumung der Zimmer. Natürlich entstand hierdurch auf der Straße ein nicht geringer Lärm und man fragte die Soldaten, ob sie denn den Namen konstitutionelle Bürger verdienen u. s. w. Sie verfolgten endlich noch auf der Straße die friedliche Menge und als später aus der Kaserne eine Kürassierabtheilung heraneilte, war es eben nicht klar, ob diese zur Züchtigung ihrer pflichtvergessenen Kameraden, von denen allein die Störung tee Ordnung veranlaßt war, oder zur Herstellung der Ruhe am Platze erschienen waren. Der Lärm, welcher übrigens kriegsheftig genug den Charakter einer Rauferei an sich trug, wälzte sich um die späte Nachtstunde durch mehrere Straßen.

Das Regensb. Tagbl. schreibt: Zu den Vorabenteien für das den nächsten Landtag vorzuziegende Polizeigesetzbuch ist, wie verlautet, auch der 2te Landgerichtsassessor Huber von Stadtamhof, ein eben so intelligenter als gesinnungstüchtiger Beamte, einberufen worden.

Vom Main. Einer Verfügung des k. Ministeriums zufolge werden die Studirenden aus Gymnasien und Seminarien, Forstamtskandidaten, Schuldienstaspiranten rc. ebenfalls beurlaubt. Auch soll auf Familienverhältnisse armer Leute durch Beurlaubung ihrer Söhne Rücksicht genommen werden. (N. K.)

Berlin, 31. Juli. Heute Mittag haben die Studirenden der hiesigen Universität in feierlichem Zuge zwei schwarz-roth-goldne Fahnen auf dem Balcon des Universitätsgebäudes aufgepflanzt; das zahlreich herbeigeströmte Publikum stimmte enthusiastisch in das der deutschen Einheit ausgebrachte Hoch ein.

Die berliner Studentenschaft erläßt heute einen Aufruf an „das Volk von Berlin", in welchem sie unter Anderm dem Volke zuruft: „daß, wie Deutschlands Einheit ohne Preußens Anschluß ein Unding ist, dieses für immer als Staat der Intelligenz seine Größe verscherzt hat, wenn es, zu sehr trogend auf die eigne Kraft, die schon zur Einigung gebotene Hand wortbrüchig zurückzieht, ohne Acht, daß nicht von unnatürlichen Aufopferungen, sondern nur von nothwendiger Hingebung an den Gesammtwillen die Rede seyn kann.

Es wird erzählt, daß der Reichskriegsminister von Peucker sich in einem Privatbriefe dahin ausgesprochen habe, daß er nicht begreifen könne, wie Preußen nur einen Augenblick Anstand zu nehmen vermöge, seine Truppen dem Reichsverweser huldigen zu lassen. Es sey das Geringste, was man zum Unterpfande für die deutsche Sache von Preußen habe verlangen müssen; man habe zuerst die Absicht gehabt, einen Eid zu verlangen, und begnuige sich jetzt mit einem Hurrahrufe der Truppen als Zeichen der Anerkennung und Huldigung. Wenn man diesem Verlangen nicht stattgeben werde, so sey er gewilligt, seinen Abschied zu nehmen.

Berlin, 29. Juli. Folgende wichtige Nachricht über die Stellung Englands zum Reichsverweser geht der D. Z. aus verbürgter Quelle zu. Sir Francis Strangmann weilt in Frankfurt nicht verlassen, aber fürs Erste mit der Central-Gewalt nur offizielle Bezüge haben.

Köln, 30. Juli. Die Nachricht daß in den alten Provinzen die altpreußische Einbildung sich wieder spreizt und daß Trennungsgelüste sogar in den höhern Regionen Pflege erhalten, hat hier allgemeinen Unwillen erregt, und die Kölnische Zeitung hat um ihres Correspondenten willen, für den man hier Niemand anders als Heern Geibelheim hält, viele Vorwürfe hören müssen. Man vermimmt sogar, daß eine starke Partei darauf hinarbeite, den König durch den Prinzen von Preußen zu verdrängen, und daß auch dem hiesigen Offizierkorps von oben herab Aeußerungen in diesem Sinne laur geworden. Einstweilen glauben die Besonnenen, daß man eine milde Form finden werde, um dem Erbherzoge die Anerkennung zukommen zu lassen, ohne dem König etwas zu vergeben.

Heidelberg, 30. Juli. Heute versammelten sich hier zue Anmeldung und Einzeichnung die auswärtigen Deputirten und Theilnehmer an dem morgen hier abzuhaltenden Gewerbecongreß. Die Congreß grafteen in Deutschland gleich einer Epidemie, nur mit entgegengesetzter Wirkung: denn wenn auch nicht in Abrede zu stellen ist, daß die vielen dort gehaltenen Reden Langeweile erregen und deßhalb Hypochondern und Spleenmenschen gefährlich werden können, so ist andererseits nicht daran zu zweifeln, daß die zahlreichen heiteren Beschlüsse mancher Congresse die günstigste Rückwirkung auf die Verbauung äußern und einen guten Gesundheitszustand befördern helfen. So haben die in diesem Monate in Frankfurt tagenden Kleiderkünstler u. a. folgende interessante Beschlüsse gefaßt: Alle Handwerkesforderungen seyen den Wechselforderungen gleich zu stellen; kein ausländisch Kleid dürfe nach Deutschland eingeführt werden, wobei nicht mit einer Verzollung die Rede ist, sondern lediglich von einem Verbote.

Hannover, 29. Juli. Die an den Magistrat gerichteten Wünsche, eine öffentliche Feier zu Ehren des Erzherzog-Reichsverweseresz veranstalten oder zu gestatten, sind abgelehnt.

Aus Schleswig-Holstein, 28. Juli. Dem Vernehmen nach wird der Prinz von Noer das Obercommando über die schleswig-holsteinischen Truppen niederlegen, und der Oberst-Lieutenant von der Tann dasselbe übernehmen*). Nach demselben Gerüchte wird England eine Observationsflotte in die Ostsee senden, um einen Streich in die russische Rechnung zu machen, auf die Dänemark mit seinen Millionen Silberrubel meint sich, dafür aber die Insel Bornholm an Rußland abtreten soll. Ob fsandweise oder verkaufsweise, ist unbestimmt.

Italien.

Innsbruck, 29. Juli. Der Kaiser hat vom Feldmarschall Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier Valleggio am 27. Juli über die Operationen der Armee folgenden Bericht erhalten: „Das zweite Koeps unter dem Befehl des Feldmarschallieutenants Baron D'Aspre hat am 26. Abends und am 27. früh bei Volta zwei harmäckige, aber glänzende und siegreiche Gefechte bestanden, während welcher ich das erste Korps nebst dem Reservekorps hinter selbem konzentrieren ließ, um sie zur Unterstützung des zweiten Korps zu verwenden. Allein Dieß waren die letzten Gefechte, welche, so blutig sie gewesen, von der Arrièregarde des Feindes blos unternommen wurden, um sich der Höhen von Volta zu bemächtigen und dadurch den Rückzug des Gros der Armee zu decken. Feldmarschallieutenant Baron D'Aspre und die Generale des zweiten Armeekorps, sowie die Offiziere und Mannschaften desselben, gleich jenen der Kavallerietheilung Fürst Taxis haben sich mit Ruhm bedeckt und ich habe mich Mittags persönlich überzeugt, daß der Feind nun in vollem Rückzug nach Cremona begriffen ist. Radetzky, m. p. Feldmarschall."

Ein Reisender, der am 28. Juli von Mailand nach Lugano kam, erzählt, (so berichtet der „Republikane"): Karl Albert wolle mit 60,000 Mann von Neuem geben den Mincio aufbrechen. Den

*) Ist unwahrscheinlich, da von der Tann bereits auf der Heimreise befindlich ist.

Digitized by Google

ganzen Tag wurde in Mailand der Generalmarsch geschlagen, um circa 4000 Nationalgarden mobil zu machen. Ein Korps soll bereits von Mailand abgegangen seyn unter dem Befehl des tapfern Zucchi (? er hat ja kapitulirt). In Mailand gehe die Rede, ein Triumvirat zu wählen, das dem Nationalkrieg wo möglich mehr Leben gebe.

Frankreich.

* Paris, 30. Juli. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward das Gesetz über die mobile Garde mit der von der Commission beantragten Reduction des Kredites angenommen. Die mobile Garde zu Pferd ward, trotz aller Bemühungen des Ministers Senard und einiger Vertreter aufgehoben und nur die Offiziere des aufgelösten Fußbataillons von Rouen wurden zur anderweitigen Verwendung angenommen. Ein zweites Gesetz über die Tantiemen-Gesellschaften führte zu heftigen Angriffen gegen die frühere provisorische Regierung, die von dem Herrn Vivien und Lesterrie des „Raubes" angeklagt, von Hrn. Cremieux energisch und mit Erfolg vertheidigt ward.

General Damesme, dessen plötzliche Verschlimmerung wir gestern anzeigten, ist im Laufe des gestrigen Tages gestorben.

Der Vollständigkeit halber melden wir, daß heute im Conferenzsaale der Nationalversammlung das Gericht zirkulirt, Carl Albert habe die Intervention Frankreichs verlangt (?), die Alpenarmee werde in Italien einrücken und General Lamoriciere das Oberkommando führen. Der frühere Finanzminister Duclerc ist vor einigen Tagen mit einer Mission nach London abgegangen und hat bereits zwei Conferenzen mit Lord Palmerston gehabt. Die Angelegenheiten Spaniens scheinen ebenfalls einen andern Gang nehmen zu wollen und man kündigt bereits mit Bestimmtheit an, daß der Graf von Montmolin im nächsten Frühjahre in Madrid seyn werde (?). Man versichert endlich, daß 60,000 Mann von Lyon, Moulins und Grenoble nach Toulon geschickt worden sind, um auf der Schiffsdivision, die im adriatischen Meere kreuzen wird, eingeschifft zu werden.

Großbritannien.

London, 29. Juli. Die Nachrichten aus Irland reichen bis gestern Abend: Dublin war ruhig. Die Nachrichten, welche um 3 Uhr Nachmittags aus den Süden von Carlow, Limerick, Cashel, Tipperary und Kilkenny eintrafen, besagten einstimmig, daß die größte Ruhe im ganzen Lande herrsche. Die Aufregung ist indeß sehr groß, und auf der Gränze halten ängstliche Gemüther den Ausbruch für ganz unvermeidlich; die Verbündeten bedienen sich bereits der kriegerischen Ausdrücke, schreiben Briefe „aus dem Lager" u. s. w. Am wüthensten sprechen natürlich die Führer, welche das Volk aufrufen für Irlands Freiheit, worunter freilich zunächst ihre eigene zu verstehen ist. Smith O'Brien zieht umher wie ein Häuptling gekleidet, mit Pike und Pistole, umgeben von Bewaffneten, mit Pfeifen und Trommeln. Der Lord Stadthalter hat so eben einen Preis von 500 Pf. St. auf seine Ergreifung ausgesetzt, weil er in Waffen gegen die Königin aufgestanden sei (was vielleicht auf ein Zusammentreffen zu deuten ist). Belohnungen von 300 Pf. Sterling sind für die Verhaftung von Meagher, John Dillon und Doheny ausgeboten. Den jungen Meagher hat man in Waterford erblickt, verkleidet und niedergeschlagen. Man glaubt, er suche zu entkommen. In Dublin und andern Orten sind mehrere Verhaftungen vorgekommen. Die Druckerei der Zeitung „The Nation" in O'Dier-Street ist mit allen vorgefundenen Handschriften u. s. w. mit Beschlag belegt. Später wurden auch alle Drucker derselben verhaftet. Die Polizei in Dublin wird mit Hirschfängern und Pistolen versehen. Bei Tagesanbruch, am 29., war die ganze Mannschaft auf den Beinen, um an allen verdächtigen Orten, besonders in den Clubhäusern nach Waffen zu suchen. Allein die Waffen waren fast alle bei Seite geschafft. Die Führer sind größtentheils in die Provinzen gegangen. Bis jetzt sind im Lande nur einzelne Mordthaten und Mordversuche vorgekommen. Die Regierung trifft alle möglichen kriegerischen Vorkehrungen. Im Heere hört aller Urlaub auf. Truppen marschiren durch London auf dem Wege nach Irland. Auch in Plymouth werden Truppen eingeschifft. Fortwährend gehen Kriegsschiffe nach Irland ab; andere liegen segelfertig im Hafen. (K. Z.)

Moldau und Walachei.

Jassy, 21. Juli. Die Cholera ist entlich hier, nachdem in der Stadt über 9000 Menschen daran gestorben sind, dem Erlöschen nahe, ohne daß man von den übrigen Distrikten der Moldau ein Nehmliches sagen könnte.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Juli. Die zu Varna befindlichen Truppen haben Befehl erhalten, sich nach der Walachei zu begeben.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 3. August. In der gestrigen Sitzung des patriotischen Vereins wurde einstimmig beschlossen, eine Dank- und Anerkennungsadresse an den Oberbefehlshaber der Reichstruppen in Schleswig-Holstein, General Wrangel, zu erlassen. Die Adresse, mit deren Redaktion die Vorstände beauftragt wurden, wird schon morgen, wo sie von der Frühe bis zum Abende bei einem der Vorstände, Hrn. Dr. Rud, zur Einsicht der Mitglieder aufgelegt seyn wird, abgefendet werden. — Auf eine Einladung des Festordners hin, wird der patriotische Verein am Feste vom 6. August in corpore Antheil nehmen. Bezüglich dieses Festes, das am Sonntag nach dem Morgengottesdienste mit der feierlichen Anknüpfung der von hiesigen Damen der Landwehr verehrten gestickten deutsch-farbigen Bänder an die Landwehrfahne beginnen wird, erfahren wir, daß eine Illumination in der Stadt schon deßhalb nicht stattfinden wird, weil am Sonntagabend, die Beleuchtung und das großartige Feuerwerk auf der Festwiese stattfinden wird. Mögen die Bürger dieser Stadt durch eine glänzende Dekorirung ihrer Häuser an diesem deutschen Festtage beweisen, welch innigen Antheil sie an der gemeinsamen deutschen Sache nehmen, als eine Manifestation ihrer deutsch-patriotischen Gesinnung gegenüber jenen Verdächtigungen, die Bayerns Volk und Regierung Sondergelüste andichteten!

Anzeigen.

Bei G. W. Riemeyer in Hamburg ist in der 8. Auflage erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Grau in Hof und Munsiedel:

Der bewährte Arzt für Unterleibsbrüche.

Guter Rath und sichere Hülfe für Alle, welche an Magenschwäche, schlechter Verdauung und den daraus entspringenden Uebeln, als Magendrücken, Magenkrampf, Verschleimung, Magensäure, Uebelkeiten, Erbrechen, Aufstoßen, Sodbrennen, Appetitlosigkeit, Hartem und aufgetriebenem Leibe, Blähungen, Herzklopfen, kurzem Athem, Seitenstechen, Rückenschmerzen, Beklemmung, Schlaflosigkeit, Kopfweh, Blut-Andrang nach dem Kopfe, Schwindel, vielen Arten von Augenkrankheiten, periodischen Krämpfen, Hypochondrie, Hämorrhoiden u. s. w. leiden. Nach bewährten Ansichten und practischen Erfahrungen von Dr. E. Fränkel.

8. geh. 8. Aufl. 27 kr.

Bei Carl H. Schultze in Berlin erschien:

Deslandes, Dr. L., Von der Onanie und den übrigen Verirrungen des Geschlechtstriebes.

Broschirt 1 fl. 21 kr.

Vorräthig in der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Trauer-Anzeige.

Allen verehrten Verwandten und Bekannten die betrübende Anzeige zu stiller Theilnahme gewidmet, daß es dem Herrn über Leben und Tod gefallen hat, unserem innigst geliebten, guten Vater, Schwiegervater, Onkel und Großonkel den k. protestantischen I. Pfarrer Joh. Jacob Döhla zu Geseß in seinem 87. Lebensjahre heute früh 9½ Uhr von diesem Leben in das jenseitige abzurufen.

Bayreuth, Wonnfeß und Bamberg, den 2 August 1848.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Bei der am 2. August stattgehabten Berathung der hiesigen Stadtwehr, erklärten mehrere Beamte an dem öffentlichen Zuge des Huldigungsfestes keinen Antheil zu nehmen; dies veranlaßte in der Versammlung große Aufregung, so daß dieser zweckmäßiger Verein dadurch der Auflösung nahe steht. Anstatt daß Beamte nach dem Willen Sr. Majestät bei solchen Gelegenheiten durch Mitwirkung in Reihe und Glied den Geist solcher zweckmäßigen Vereine zu heben suchen sollten, ziehen sie sich sogl zurück, was sehr zu tadeln ist. Mehrere Mitglieder finden sich veranlaßt, solches der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Sämmtliche Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins werden hiermit eingeladen, zu einer Generalversammlung, in welcher die sehr erfreulichen Inhalte der dem Ausschusse jüngst zugekommenen hohen Ministerial- und Regierungs-Reskripte zur allgemeinen Kenntniß und Berathung gebracht werden sollen, — am nächsten

Mittwoch den 9. August d. J. Nachmittags 5 Uhr

im Saale des Gewerbschulgebäudes bestimmt sich einzufinden.

Der Gewerbevereins-Ausschuß.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend | Nro. 216. | 5. August 1848.

Deutschland.

†Frankfuet, 2. August. Die heutige Sitzung der National-Versammlung führte zur Abstimmung über den §. 6. der Grundrechte. Es sind dadurch zwei wichtige Grundsätze zur Anerkennung gebracht worden, 1) Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und Aufhebung aller Standesunterschiede, 2) allgemeine Berechtigung zum Waffentragen und unbedingte Wehrpflicht für Alle. Die Berathung war sehr kurz, da die Versammlung den Werth der Zeit besser zu schätzen kennt und die meisten Gegenstände auch hinlänglich besprochen waren. Nachdem H. Professor Beseler noch den Adel gegen die gestern ihm gemachten Vorwürfe vertheidigt und der Versammlung an's Herz gelegt hatte, daß es nicht blos genügsam sey, wenn der Adel noch Entzishung aller Vorrechte (worunter Alles einverstanden war) auch die Titel und Namen zu entziehen, sondern daß sie durch einen solchen Beschluß geradezu revolutionär handeln würde, erfolgte die Abstimmung. Die beiden Sätze: „Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze, Standesprivilegien finden nicht Statt" gingen einstimmig durch; der Antrag auf Aufhebung des Adels aber wurde mit der Majorität von 282 gegen 167 Stimmen verworfen. Unter dieser Majorität befanden sich nicht blos die meisten Adeligen, sondern auch unsere freisinnigen Professoren und Staatsmänner, wie Welcker, Jordan, Bassermann, Jtzstein, Dahlmann, Mathy, die Literaten und Dichter Uhland und Laube, der alte Deutschthümler Jahn u. s. f. Von den bayerischen Abgeordneten stimmten nur Wenige (darunter Behr) mit der Minorität. Auch einige Adelige waren auf dieser Seite; ihre Namen wurden von der Linken mit Beifall, die der ablehnungen Liberalen mit Zischen empfangen. Die Anträge auf Abschaffung der Orden und Titel fielen fast sämmtlich durch. Nur der Antrag von Debes: „alle Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden, sind aufgehoben und dürfen nicht wieder eingeführt werden" wurde angenommen. Morgen wird ein anderer wichtiger Artikel, die Bestimmungen über den Schutz der persönlichen Freiheit, berathen.

Frankfuet, 31. Juli. Ausführlicher Bericht über die 51. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Tagesordnung ist die Berathung über Art. 2. der Grundrechte (§§. 6. bis 11. des Entwurfs.) §. 6. lautet: „Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Hiezu sind im Verfassungs-Ausschuß folgende Minoritäts-Gutachten gestellt: 1) Alle Standesvorrechte sowie der Adel selbst aufgehoben. (Wigard, Blum, Simon, Schüler.) 2) Alle Ordensstitel sind aufgehoben und dürfen nicht wieder eingeführt werden. (Ahrens, Blum, Schüler, Wigard, Simon.) 3) Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Eine Stellvertretung ist nicht gestattet. (Scheller, Wigard, Blum, K. Mohl, Hergenhahn, v. Beckerath, Droysen, Besser, Simon, Schüler, Bassermann.) 4) Jeder Deutsche sundefschoitene Deutsche (Ahrens, Weicker)] hat das Recht bewaffnet zu seyn (Waffenrecht.) (Schüler, Wippermann, Soleon, Simon, Römer, Blum, Wigard.) 5) Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei Letzterer findet nicht Statt. (Wigard, Blum, Simon, Schüler.) Sofort werden noch 15, von Mitgliedern der Versammlung gestellte Anträge verlesen. Nach eröffneter Berathung spricht zuerst Ahrens gegen Beibehaltung der Orden, die er mit der neuen sittlichen Ordnung, welche für Deutschland geschaffen werden soll, nicht vereinbar hält. M. Mohl für die Abschaffung des Adels. Es gebe keine unnatürlichere Eintheilung des Volks, als die, in eine vorsichtmeee und eine geringere Klasse. Das sey eine vollkommene Verneinung des Rechtsgleichheit, eine Beleidigung der Nation, weil dadurch ausgesprochen werde, daß eine Anzahl Familien von besserem Stoffe seyen, als andere. Aus der sogenannte ten gemeinen Klasse aber seyen Schiller, Göthe und so viele Sterne am deutschen Himmel hervorgegangen. Von ihr seyen Handel, Schifffahrt, die freieren Institutionen des Vaterlandes ausgegangen, von ihr die Ketten des Bauernstandes gelöst worden. Allerdings hatten sich auch edle Männer aus dem Adelsstande der Bewegung angeschlossen, im Ganzen sey sie aus dem Bürgerstande hervorgegangen. Man rühme zwar die kriegerischen Verdienste des Adels. Er frage aber, ob die Kastischen Standesunterschiede gemacht, ob in Befreiungskriegen die Bürgerlichen sich nicht ebenso gut gezeichnet, und wer denn die Mannschaft jener adeligen Offiziere gewesen? Als weitern Grund für die Aufhebung des Adels führt er an, daß so lange dies nicht erfolge, auch die Reaktion und die Camarilla der Höfe fortbestehen werde. Nur wenn die staatsbürgerliche Gleichheit wie in Nordamerika, der Schweiz ꝛc. hergestellt sey, werde die wahre Freiheit möglich werden. Der Redner bespricht sodann die Eingabe der Standesherrn an die Nationalversammlung wegen Aufrechthaltung ihrer Rechte. Die Aufhebung der kleineren Standesherrschaften sey eine Wohlthat für Deutschland gewesen; man müsse nur bedauern, daß sie nicht weiter ausgedehnt und den Mediatisirten noch Hoheitsrechte belassen worden seyen. Die Berufung auf die Bundes- und Wiener-Congreßakte könne hier nicht maßgebend seyn. Die neueste Zeit habe einen Riß in die Bundesakte gemacht. Die Nationalversammlung habe erst vor Kurzem den Bundestag aufgehoben, der ein wenigstens eben so begründetes Recht gehabt, als die Mediatisirten. Eben dadurch sey der Bundestag so verhaßt geweeden, daß er stets mehr die Rechte des Adels, als die des Volkes vertreten habe. Der Redner trägt schließlich auf Abschaffung des Adels, seiner Titel und Vorrechte an. Schwetschke wünscht nicht, daß die heiligen Menschen- und Familienrechte eingezriffen weede. Dies würde der Fall sein, wenn man dem Adel auch seine Namen entziehen wollte. Die Familien-Rechte seyen etwas so Heiliges, daß er es als eine Beleidigung ansehen müßte, wenn ihm der Adel angeboten würde. Aber auch dem Adel düefe in seine Familienrechte nicht eingegriffen werden. Es genüge, wenn die Adelsvorrechte aufgehoben würden. Er beantragt ein Amendement: „Alle Deutschen sind gleichen Standes, ohne Rücksicht auf die Führung eines bürgerlichen oder adeligen Namens." — Kierulf bemerkt: die gegenwärtige demokratische Bewegung sey nicht gegen das ursprünglich Wahre und Reine des Adels, sondern nur gegen dessen Verbild, das Junkerthum, gerichtet. In den Bedingungen des wahren Adels gehöre, daß derselbe sich größtentheils im Besitze des Landes befinde und denselben für den Glanz seiner Familie zu erhalten suche; das sey aber größtentheils vorüber; der Adel mache das Land zum Gegenstande des Handels und Schacheers, wie jeder Speculant. Eine andere Bedingung sey, daß das Verhältniß zu seinen Hintersassen das eines milden, patriarchalischen Regimentes sey; auch dieß habe sich verändert; der Adel benutze die Arbeitskraft seiner Hintersassen so viel wie möglich, und verkaufe ihre Produkte. Eine andere Bedingung sey endlich gewesen, daß der Adel seinen erleichterten Zutritt zu dem Fürsten und seine Stellung überhaupt für die Wohlfahrt des Volkes benutze; es sеage sich aber, ob der Adel nicht vorzugsweise für sich und seine Nachgeborenen sorge und eine Camarilla bilde, die das Ohr des Fürsten den Wünschen und Bedürfnissen seines Volkes abwendig mache. Der Redner will übrigens nicht, daß ein Verbot der Adelstitel erfolge, weil dieß zu Rechtsunsicherheit führen könnte (mit Bezug auf Urkunden), weil daß Jedem die Führung solcher Titel freigegeben würde, weil dadurch dem Adel gleichsam die Sanction einer politischen Institution gegeben wuede; sondern daß der Adel nicht mehr ein gerechtlich geltend zu machendes Recht auf Adelstitel besitze. Nur dadurch werde die Aufhebung des Begriffs und der sozialen Ueberortrnung des Adels möglich; nur dadurch werde es möglich daß nicht mehr ein Aedliger zur Staafe in den Bürgerstand degeadirt werden könne. „Das Volk" — sagt er schließlich — „will keine halben, sondern ganze Männer, keine halben Grundsätze und Maßregeln." Arndt beginnt mit der Bemerkung: er, ein alter Liebeer, der den Kampf gegen Mißbräuche des Adels begonnen, wolle nun für den Adel sprechen. Er glaube zwar auch, daß wie Alle gleiche Adamskinder seyen, er glaube mit allen denkenden Menschen, daß die Vorrechte des Adels aufhören müssen. Allein anderst sey es mit der Abschaffung der idealen Bilder, die möge man dem Adel lassen. Auch der Schuhmacher habe mit Schmerz seine Laden, seine alten Gebräuche und Gewohnheiten abschaffen sehen. Selbst ein Amerikaner rühmte sich gegen den

Redner, daß er ein Nachkomme jenes Salisbury sey, der unter dem König Eduard die Schlachten in Frankreich gewonnen. So mächtig sind die Erinnerungen! Die Namen des Adels seyen mit unserer Geschichte verwachsen, ein Theil ihres Glanzes. Der Redner will keine tabula rasa; er sey ein gemäßigter Republicaner; vor einer großen Republik mit einem verantwortl. Präsidenten aber erfaßt ihn ein Grauen, weil dadurch die deutsche Vielgestaltigkeit mit allen ihren Vortheilen und Annehmlichkeiten aufgehoben würde. Marcck bemerkt: die Aufhebung des Adels werde auf dem Reichstage in Wien und Berlin zur Sprache kommen; die Nationalversammlung würde daher, wenn sie dieselbe verwiegerte, weniger geben, als die Einzelstaaten. Der Adel, sagt er, bildet eine Scheidewand zwischen Fürst und Volk; es ist nöthig, daß diese Wand niedergerissen, als die Scheidewand mit Pfahlschreinen zu durchbrechen. Antworten Sie mir auf Ihr Gewissen: ob nicht die Majorität des deutschen Volkes die Abschaffung des Adels will? Warum soll, 400,000 Individuen zu Gefallen, eine Institution beibehalten werden, wenn 45 Millionen Menschen sie nicht mehr wollen? Wenn die Nationalversammlung die Vorrechte des Bürger- und Bauernstandes aufheben konnte, warum nicht auch die Vorrechte des Adels? Wenn unter der alten Verfassung Freiheit und Gleichheit herrschte, so muß unter der neuen die Freiheit und Gleichheit aus der deutschen Eiche emporwachsen. Hartmann, der Adel sey in der öffentlichen Meinung getödtet; er sey zum Lakaien und Intriguenmacher der Fürsten herabgesunken. In der Gleichheit liege die Garantie der Freiheit. So wie kein rechter Mann mehr unverantwortlich seyn dürfe, so dürfe er auch keine Vorrechte mehr haben; durch Aufhebung derselben helfe man dem bessern Theil des Adels selbst über eine schwierige Stelle hinweg. Rösler macht die Aufhebung des Adels als eine Forderung der Gerechtigkeit gegen das Vorrecht Voit geltend. Er sucht nachzuweisen, wie der Adel seine Vorrechte nur einer Usurpation verdankt habe. Erst hätten sich Schutzpröhne auf den Landstraßen aufgelauert, später die ständischen Freiheiten des Volks an die Fürsten veräußert, sich aller Staatsämter bemächtigt (was vielleicht der Grund, daß Deutschland so schlecht verwaltet werden), in den Freiheitskriegen nützliche Dienste geleistet, dann aber in den verderbten Reihen der Reaktion gestanden. Die Unterdrücker des deutschen Volks gehörten dem Adel an (Metternich, Münchhausen, Kamptz), und der die Reaktion in Preußen auf die höchste Stufe getrieben (Tschoppe), sey in den Adelsstand erhoben worden. Der Redner erwähnt weiter auch des Gebrauchs, die zum Zuchthaus verurtheilten Bürgerlichen zu entehren, und meint, man sollte dagegen die zum Zuchthaus verurtheilten Bürgerlichen zu Adelnden machen. Mit den Vorrechten des Adels müßten auch die Adelstitel, der Begriff der Ebenbürtigkeit und Hoffähigkeit wegfallen, schon um des Adels selbst willen, wegen der Ansprüche, die an den Stand gemacht würden, und denen er bei gesunkenen Vermögensumständen nicht mehr genügen könne. Der Adelige, der etwas Besseres in der Gesellschaft darstellen solle, und doch weder Geld besitze, noch Gelegenheit zu einer reichen Heirath habe, müsse wohl dem Staate zur Last fallen. Fürst Lichnowsky: Was noch von Adelsvorrechten vorhanden, sey ein klebiger Schleim; Schaum, welche traurige Vorrechte, wie Exemtion in Steuersachen und das Recht, den Degen nicht zu führen, werde Jeder gern von sich werfen. Nur mit Bedauern habe er gesehen, wie Alles, was seit Jahrhunderten Deutschland Schmachvolles widerfahren, einer einzigen Kaste in die Schuhe geschoben werden, und einzig deshalb, weil sie eine privilegirte gewesen. Was mit der Aufhebung des Adelstitel gemeint sey, begreife er nicht; man müßte denn etwa die Numerirung wie bei den Verbrechern in Sibirien einführen. Der Nationalversammlung habe das Beispiel der beiden französischen Revolutionen vor sich, wie sie sich nicht diejenige als dem Vorbilde der freien Niederlande und Belgiens folgen wolle, so möge sie die Adelstitel aufheben; kein Adeliger werde sich so entehren, daß er um deren Fortdauer bitte. Aber der Adel werde darum nicht abgeschafft werden. In Frankreich habe man ein noch wirksameres Mittel angewendet und mit den Adelstitelu auch die Köpfe abgeschlagen. Zehn Jahre später habe Napoleon mit der Laterne in der Hand die Träger der historischen Namen aufgesucht. Der Adel werde darum doch zusammenhalten, die Comessen würden; Herrn Wohl zum Trotz, doch nicht aufhören heirathsfähig, und die Namen der Schwerin, Schaffgotsch, Pappenheim u. s. w. noch wie vor ihre historische ruhmvolle Bedeutung behalten. Neuwall: Was die Adelstitel betreffe, so seyen die historischen Erinnerungen nicht an den Titel, sondern an den Namen geknüpft. Der Name Montmorency werde auch ohne Adelsprädikat seine Geltung behalten, und bei den Kaiserkrönungen habe man gerufen: „Ist kein Dalberg da!“ Er verlangt die Aufhebung der Adelstitel, weil sie Privilegien seyen und weil sonst neue Adelsverlehungen stattfinden könnten. Jakob Grimm: der Adel sey eine Blume, die ihren Geruch verloren habe. Wenn die Freiheit unser Mittelpunkt seyn solle, dürfe nichts höheres neben ihr bestehen. In unserer Geschichte habe der Adel in mehrfacher Beziehung gegränzt; in den frühern Jahrhunderten einen überwiegenden Antheil an der Literatur gehabt, in späteren habe sich das geändert. In Betreff der Adelstitel bemerkt er: ein Herr von Frauenberg oder von Weißenstein habe einen Sinn, insofern diese Namen von Gütern seyen; der Name v. Göthe oder von Schiller aber habe für ihn keinen Sinn. Man könne übrigens dem Adel die Titel als Erinnerungen belassen, wenn nur die Vorrechte aufhörten. Die Orden anlangend, habe Deutschland deren mehr erzeugt, als das ganze übrige Europa; sie seyen in den Zeiten unserer Schmach, im vorigen Jahrhundert, entstanden. Hoffentlich würden aber die Fürsten so viel Selbstverläugnung besitzen, diesem byzantinischen Schmuck zu entsagen. Orden sollten gar nicht mehr an Civilisten vergeben werden. Für das Militär möchten sie, als die zweckmäßigste Belohnung auf dem Schlachtfelde fortbestehen, für ganz Deutschland jedoch ein gemeinsamer Militärorden gestiftet werden. Schneider betrachtet die Abschaffung des Adels als ein Gebot der Sittlichkeit, Gerechtigkeit und Politik. In Oesterreich sey ein Stand, der nicht ganz entschieden gegen den Fortbestand der Aristokratie wäre. Lieber gesäußert werden, Napoleon habe die Träger der historischen Namen an sich gezogen, so sey zu bemerken, daß gerade Dieß der Anfang seines Sinkens in der öffentlichen Meinung gewesen und ihn den Thron gekostet habe. Die Besitz- und Geistesaristokratie sey etwas Natürliches, weil Jeder dazu gelangen könne, Geburtsaristokratie aber etwas Unnatürliches. Man beserge, daß die Aufhebung des Adels viele Adelige erbittern möge. Aber ein Theil dieses Standes sey ohnehin der versteckte Feind der neuen Ordnung der Dinge; sollte er sie offen angreifen, dann würden deutsche Männer und Jünglinge sich zu dem Vertheidigung schauen. Die Abstimmung über diese Frage werde zeigen, wer in der Versammlung die monarchische und wer die aristokratisch-feudalistische Monarchie wolle. Er seinerseits wünsche Einheit zu fördern und Spaltungen zu beseitigen; darum wolle er den Adel heben und gewissermaßen verdeln, indem er ihn dem Bürgerstande gleichstelle. (F. Z.)

Frankfurt, 1. August. In den volksthümlichen und internationalen Ausschuß der Nationalversammlung soll bereits der Antrag: um Aufhebung des Rhein-Octroi's und der Binnenzölle durchgedrungen seyn und schon in den nächsten Tagen in der Nationalversammlung zur Berathung und Entscheidung kommen.

Die Würzburger Ztg. erhält aus Frankfurt, wie es scheint, von einem der Betheiligten, folgende Mittheilung: „Es befindet sich gegenwartig eine Deputation von Lehrern hier, um dem Parlament eine Bittschrift zu übergeben, in der daselbe gebeten ist, eine Verbesserung in den Verhältnissen der Volksschullehrer eintreten zu lassen. Sie machte bei mehreren Mitgliedern der Sektion des Unterrichts-Ausschusses für Volksschul-Unterricht ihre Besuche zu nähterer Erläuterung und Begründung ihrer Forderungen und genannte die freudige Uebergnugung, daß ihre Ideen nicht nur Anklang fanden, sondern daß sie übereinstimmen mit den Ansichten der Mehrzahl dieser Männer, welche sogar die tröstliche Versicherung gaben, die Stimmung des Parlaments sey in großer Mehrzahl für diese Ansichten. Allgemein war man der Ansicht, daß der Lehrerstand durch gründlichere Vorbildung in eigenen Anstalten oder auf den Gymnasien zu heben sey; daß die Beaufsichtigung auch dem Lehrerstande selbst hervorgehen müsse, was besonders durch Aussicht auf Beförderung zu höheren Posten nach Tüchtigkeit ungemein belebend wirken müsse; daß der Lehrer Staatsdiener werden müsse mit allen zugehörigen Rechten.

München, 1. August. Wie man heute mit Bestimmtheit vernimmt, hat unser Kriog bereits gestern durch das Staatsministerium des Kriegs anordnen lassen, daß der kommende 6. August von dem bayerischen Heere allenthalben in der von dem deutschen Reichskriegsminister vorgeschriebenen Weise gefeiert werde. (A. Z.)

Nürnberg, 3. August. Nachmittags gegen 3 Uhr lange der Erzherzog Reichsverweser auf der Reise nach Frankfurt, diesmal mit seiner Gattin und seinem Sohne hier an.

Karlsruhe, 30. Juli. Wie die Oberh. Ztg. meldet, ist Ordre eingetroffen, daß unverzüglich ein Linien-Infanterie-Regiment nach Schleswig-Holstein mit der dazu erforderlichen Artillerie marschirt, um mit andern süddeutschen Truppen sich an dem wirkbergeinnenden Kampfe mit Dänemark zu betheiligen. (D. Z.)

Berlin, 1. August. Gestern wurde vor den Zelten eine Volksversammlung abgehalten, in welche mehrere Redner sich mit

Entschiedenheit gegen den preußischen Particularismus erklärten. Mit einem Hoch auf das vereinigte Deutschland trennte sich die Versammlung. — Die große Mehrzahl der Buchdruckereyhäusern hat heute Morgen ihre Arbeit eingestellt. Die Zeitungen werden deshalb morgen wahrscheinlich nur unvollständig ausgegeben werden können.

Wien, 31. Juli. Zufolge eines dem Kriegsministerium mitgetheilt Kurier vom Feldmarschall Graf Radetzky unterm 27. Juli zugekommenen Berichtes, erschienen einige Stunden nach beendigten Gefechte am 27. in Hauptquartier des F. M. L. Baron d'Aspre zwei piemontesische Generale und ein Oberst mit dem Antrag eines Waffenstillstandes von Seite des Königs, wobei der Oglio als Demarcationslinie bezeichnet wurde. Die gemachten Anträge waren jedoch keineswegs von der Art, um selbe den Feldmarschall annehmbar erscheinen zu lassen. Sie wurden daher zurückgewiesen und andere Bedingungen vorgezeichnet, mit der Erklärung, daß, falls auch diese bis zum 28. Morgens 5 Uhr nicht angenommen werden sollten, die Waffen von Neuen entscheiden müßten, daher der Gegner mit gesammter Macht verfolgt werden würde.

Hamburg, 29. Juli. Unsere junge Kriegsflotte besteht jetzt aus 2 armirten Kauffahrtey-Fregatten, 3 armirten Dampfbooten und einem Kanonenboote. Das Fregattenschiff Deutschland wird 24 à 26 Kanonen, das Fregattschiff Frankfurt 22 à 24 Kanonen führen. Die Dampfschiffe haben jedes ein sehr schweres Geschütz, 54 Pfünder-Kanonen, und mehre geringere.

Frankreich.

* **Paris**, 31. Juli. Herr Lucian Murat, Vertreter, Sohn des Königs Joachim von Neapel ist gestern mit einer wichtigen Mission nach Italien abgegangen.

Der Moniteur de l'Armee zeigt an, daß Befehl ertheilt worden ist, die Alpen-Arme um eine Infanterie-Division zu verstärken.

Die neuesten Nachrichten vom den Grenz-Fort Lalle Mognia (Oran) vom 15. Juli schildern den Zustand Marokkos als sehr beunruhigend. Fremde Agenten bearbeiten die fanatische Bevölkerung und der Kaiser zu schwach um seine Unterthanen im Zaume zu erhalten, soll sich zu einem Kriege gegen Frankreich entschieden haben. Der Kan von Ufcha wiegelt die algierischen Grenzstämme auf und verspricht ihnen Hülfe. Alles läßt voraussehen, daß nach dem Ramadan und Hereinterungung der Ernten die Provinz Oran der Schauplatz neuer blutiger Kämpfe seyn wird.

Einer der Söhne Abdel-Kaders ist in Pau gestorben, seine Frau ist gefährlich krank. Abd-el-Kader selbst ist ruhig, wird mit großer Rucksicht behandelt und scheint sich in sein Schicksal ergeben zu haben.

Man versichert, daß sich die Nationalversammlung von 25. August bis zum 25. September vertagen wird, da in dieser Zeit die Sitzungen der Devartements-Räthe Statt finde. Nur das Bureau und ein Ausschuß sollen in Paris zurück und dem Chef der Exeutivgewalt zur Seite bleiben. Die Verfassung würde sonst erst nach dem Wiederzusammentritte der Versammlung zur Discussion kommen.

Briefe aus Marseille vom 28. sagen, daß man dort stündlich der Ankunft des Papstes entgegen sehe, der der Regierung müde, seine Staaten und Italien verlassen und seinen Sitz in Avignon nehmen wolle.

Lamartines Bien public zeigt als bestimmt an, daß General Oudinot von der Regierung den Auftrag erhalten habe, mit der Alpen-Armee in Italien einzurücken. Gestern (Sonntag) herrschte die größte Thätigkeit im Kriegsministerium und die Telegraphen auf den Linien und Toulon waren den ganzen Tag in Bewegung. General Bedeau ist noch nicht außer Gefahr, — wenn er stürbe, so hätte die Juni-Insurrektion Frankreich acht Generale gekostet. Gestorben oder gefallen sind: Negrier, Duvivier, Bourgon, Francois, Damesme, Brea und Regnault. — Der schwer verwundete General Lafontaine ist ganz hergestellt und schon wieder in der Nationalversammlung erschienen.

Die Nachrichten aus Madrid vom 26. sind ohne alle Interesse. Die Königin war ganz hergestellt. Eine Bande Aufrührer, die von Portugal über Zamora in Spanien eindringen wollte, ward zurückgeschlagen. Ueber die carlistische Bewegung in Catalonien lauten die Nachrichten noch immer dunkel und widersprechend. Die Madrider Journale schilderen die Banden als unbedeutend, während die Blätter von Bayonne und Perpignan sie als sehr stark schilderen und Cabrera als Obercommandanten aller carlistischen Streitkräfte in dem Distrikte von Bich operiren lassen.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 31. Juli. An der Tagesordnung sind Mougnins Interpellationen über die auswärtige Politik. Der Minister Bastide bestieg zuvor die Tribüne und erklärt: er habe über die auswärtigen Angelegenheiten zahlreiche Conferenzen im Comité der auswärtigen Angelegenheiten gehabt und die Folge sey gewesen, daß einzelne Details, noch dazu entstellt, den Weg in die Journale gefunden und in Europa einen ungünstigen Eindruck gemacht haben. Habe dies in einem Comité stattgefunden, so sey der Uebelstand bei einer öffentlichen Discussion noch größer. Das Kabinet hatte es aber nie nöthig jetzt zu schweigen. Bündnisse seyen dem Wege geschlossen zu werden, andere Nationen befänden sich in gefährlichen Krisen die erst über ihre auswärtige Politik entscheiden würden, — ein einziges unvorsichtiges Wort könne viel verderben, könne einen europäischen Krieg herbeiführen. Das Kabinet weigere sich daher zu antworten — es könne nur verstimmen, daß es die Ehre und die Interessen Frankreichs stets im Auge habe. Jedenfalls könne er sagen, daß Italien wisse, Frankreich wolle seine Selbstständigkeit, wolle, daß es sie durch sich selbst erlange, sey im Nothfalle zur Hülfe, ohne Egoismus und ohne Hintergedanken, bereit. Deutschland wisse, daß Frankreich mit Freude den Fortschritt und die Einigung in der es begriffen sey begrüße und hoffe, daß es Niemand gelingen werde, diese edeimüthigen Tendenzen zu einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich auszubeuten. Die andern Völker wüßten, daß Frankreich keine Einmischung in seine Angelegenheiten biide, sich aber auch nicht in die anderer Nationen mische. Die Lage sey günstig, Frankreich sey mit allen Mächten in Frieden, er wolle nicht sagen, man fürchte Frankreich, aber man achte es und es werde bald die Zeit kommen, wo man diese Achtung durch Freundschaftsbündnisse bezeigen werde. Wenn dann diese Zeit gekommen seyn werde, wenn Frankreich sein Wort in einer Allianz zu verpfänden haben werde, dann werde das Kabinet sprechen und der Versammlung, wie dem Lande die ganze Sachlage vorlegen. Herr Mauguin, der dem Minister folgt beschwert sich über das Schweigen des Kabinets, er sucht nachzuweisen, daß wier große Bewegungen Europa erschütterten und daß Frankreich ruhig und unthätig zusehend, bald überflutet werden würde. Unter großer Unaufmerksamkeit der Versammlung hält nun Herr Mauguin eine jener Reden, wie man sie seit 1831 und 1832 von ihm gewohnt ist. Er geht alle Länder Europa's durch, er paßirt alle Kabinette in Revue, um zu beweisen, daß eine große Coalition gegen Frankreich bestehe, daß ein allgemeiner Krieg gegen daßselbe vorbereitet werde und daß wenn Frankreich nicht das Prevenire spiele und seine Gegner angreife, ehe sie ihre Rüstungen beendigt haben, es verloren sey. Der Redner könne nur auf Lamartine's Manifest, das er lobt aber im offenen Widerspruche mit den bewaffneten Einfällen in Belgien, Deutschland, Spanien, Savoyen findet. Alle diese Vorgänge bewiesen ihm, daß Frankreich ganz seine auswärtige Politik habe. Aber eine schlimme Folge habe dieses grundsatzlose Treiben gehabt, — die andern Mächte hätten diese Doppelzüngigkeit nachgeahmt und, gesagt: „Machen wir es doch wie die Franzosen, sprechen wir friedlich wie Lamartine's Manifest und handeln wir heimlich kriegerisch wie die provisorische Regierung.“ Der Redner kommt nun auf Deutschland zu sprechen. Er warnt vor dem Optimismus Lamartine's, der Deutschland so sehr mit sich selbst beschäftigt glaube, daß es Frankreich nicht gefährlich werden könne. Man möge sich nicht täuschen, — Deutschland habe seine innern Schwierigkeiten schon größtentheils beseitigt und die Frankfurter Reichsversammlung; unter dem Einflusse des Hauses Oesterreich stehend, sey in ihrer Gesammtheit entschieden er, gegen Frankreich feindlich gesinnt. Er schildert nun den Einfluß und die Stärke, die Oesterreich neuerdings gewonnen habe, indem es mit Beseitigung Preußens an die Spitze Deutschlands getreten sey und zeigt Rußland betreit, um mit Oesterreich gemeine Sache zu machen, — schwer auf Deutschland zu lasten, dieses auf Frankreich zu hetzen und sich indessen in die Türkei zu theilen. Herr Mauguin kommt nun auf die italienische Frage, die sich Frankreich große Vortheile geboten habe. Die man aber verworfen und England in die Hände geliefert habe. Dieß habe es zu machen gewußt, daß Deutschland Trieb deutsch erklärt habe, was ein unsinniger (sic!) Ausdruck sey, — nach und nach werde man gleiche Prezentionen in Hinsicht auf ganz Ober-Italien machen und Frankreich werde bei jedem Schritte den casus belli mit Deutschland auf dem Halse haben. Eben um Deutschland mit Frankreich verfeinden zu können, haben England und Rußland es in den Streit Oesterreichs mit Italien hineinzuziehen gesucht. Piemont sey in einer Frankreich feindlichen Absicht geschaffen worden, unterstützte man es so habe man einen mächtigen Feind zum Nachbarn, — lasse man Carl Albert fallen, so diene man den Plänen Englands und Rußlands. Und in dieser kritischen Lage habe man den französischen Agenten die Instruktion gegeben, nichts zu thun, nichts zu sagen, nichts zu rathen, bloß stillschweigend zu beobachten. Die Politik der Republik aber müsse eine andere seyn, — sie kenne

Digitized by Google

nur Freunde oder Feinde, — wer nicht das Erste seyn wolle, sey das Zweite; — Unentschiedene, Neutrale dulde sie nicht, — die Republik müsse eine entschiedene Sprache sprechen und den andern Kabinetten das Schwert und den Oelzweig zur Wahl bieten, aber auch keine Ausflucht zulassen. General Cavaignac nimmt das Wort. (Tiefe Stille.) Er bestreitet das Recht nicht einer republikanischen Regierung Interpellationen zu stellen, aber selbst unter einer monarchischen Regierung habe diese das Recht Interpellationen anzunehmen oder zu verweigern. Der Minister einer Republik müsse und werde auf jede individuelle Interpellation antworten, wenn es sich aber um eine generelle Interpellation, um die Entwickelung eines ganzen Systems handle, die eine Manifestation der Versammlung nach sich ziehen könne, sey dies etwas Anderes. Um so mehr aber sey dies bei der auswärtigen Politik der Fall, wo viele Manifestationen einen Widerhall und eine Wirkung in Europa haben könnte. Er weiß nun auf das Entschiedenste im Namen der Regierung alle Vorwürfe Mauguins zurück, und weist die Widersprüche derselben nach, — namentlich, daß nach Mauguin einerseits die Agenten Frankreichs gar keine oder nur passive Instruktionen hätten, andererseits sie eine Frankreich compromittirende Politik verwirklichten. Er fordert Hrn. Mauguin auf, sich hierüber deutlich und bestimmt zu erklären. Herr Mauguin sagt, wenn er diplomatische Agenten getadelt habe, so falle der Tadel nicht auf den General, allerdings habe es Agenten gegeben, die Frankreich compromittirt haben (Eine Stimme: Rennen Sie sie). Er wolle sie nicht nennen, glaube aber, man habe oft unpassende Wahlen getroffen und so im Auslande Mißtrauen erregt. Das jetzige Kabinet habe die Schuld, weil es diese Agenten beibehalten habe und so Frankreich der Gefahr eines Krieges der verbündeten Monarchie gegen die Republik aussetze. — Cavaignac fährt, daß eine fortgesetzte Diskussion über diesen Gegenstand große Inconvenienzen habe. Herr Mauguin habe seine bestimmte Interpellation unbestimmt und indirekt beantwortet, eigentlich aber gar nichts gesagt. Noch ein Mal bestehe er darauf, daß es keinen Unterschied zwischen den Instruktionen der öffentlichen und geheimen Agenten gegeben habe, daß er den Vorwurf der Doppelzüngigkeit mit Entschiedenheit zurückweise, und fest überzeugt sey, daß man solche Anklagen mit keiner Thatsache belangen könne. Mauguin erklärt, da man ihn auffordere, Thatsachen zu nennen, so sage er: in Neapel seyen zwei Agenten gewesen, der eine habe Einschüchterung für die beschäftigten Franzosen verlangt, der Conseil-Präsident möge selbst sagen, was der Andere gethan habe. — Cavaignac entgegnet nochmals, daß er alle direkten und indirekten Vorwürfe zurückweise. (Mauguin von seinem Platze: Ich habe ja nicht Ihre Verwaltung angeklagt. Allgemeiner Ausbruch des Unwillens: Sie hätten Sie schweigen sollen.) Cavaignac sagt, er sey seine davon, gegen die frühere Regierung, an der er selbst Theil genommen habe, eine Anklage zu erheben, noch weniger habe er Grund, einer solchen zu glauben. Die vorige, wie die jetzige Regierung handelten mit gleicher Offenheit und Ehrlichkeit und er gebe diese Versicherung als Conseils-Präsident und Vertreter der Versammlung, sie mit seinem Ehrenwort bekräftigend. Die Versammlung erklärt sich befriedigt und geht zur Tagesordnung über.

Moldau und Walachei.

Von der walachischen Grenze, 21. Juli. Den neuesten Nachrichten aus Bukarescht vom 29. Juli zufolge hatte sich die provisorische Regierung als konstituirende erklärt, und sie wurde von allen Seiten anerkannt. Der Metropolit bleibt so wie bisher an ihrer Spitze. Die Russen waren von der Seite von Fokschan nicht weiter vorgerückt und hatten ihre Besatzung in Jassy nicht mehr verstärkt. Es wird als sicher angenommen, daß der türkische Commissär Talat-Effendi in Jassy gegen einen Einmarsch der Russen in die Moldau protestirt hatte, worauf General Duhamel vorläufig einging. Diese Einsprache des Talat-Effendi fügt sich auf einen Befehl der Pforte nach welchem diese konstituirende Regierung in der Walachei unter der Bedingung anerkennt, daß sich nichts gegen die Oberherrlichkeit der Pforte zu schulden kommen lasse. Unter dieser Bedingung will die Pforte Reformen in den Fürstenthümern zulassen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 25. Juli. Die Cholera ist sehr im Abnehmen; es kommen täglich kaum noch 150 Krankheitsfälle vor.

Aufruf

an den Mildthätigkeitssinn der hiesigen Einwohner.

Am 6. d. Mts., an welchem Tage die Schmückung der hiesigen Landwehrfahne mit schwarz-roth-goldenen Schleifen durch patriotisch gesinnte Frauen und Jungfrauen stattfindet, glauben die unterzeichneten Behörden, dieses Fest dadurch würdig zu erhöhen, daß sie — statt der Häuser-Verzierung und Häuser-Illumination — den schon so oft bewährten Mildthätigkeitssinn der hiesigen Einwohner für die wegen Mangels an Arbeitsverdienst gedrückten Armen in Anspruch nehmen.

In Erwägung dieses Momentes werden daher die unterfertigten Behörden eine Sammlung für die hiesigen Armen veranstalten und jede, auch die kleinste Gabe dankbarst annehmen.

Bayreuth, am 4. August 1848.

Der Stadtmagistrat und Armenpflegschaftsrath
Hemmann. Haß.

Anzeigen.

Einladung.

Die verehrlichen Frauen und Jungfrauen, welche sich an der Gabe von Fahnenbändern für die Landwehr betheiligt haben, werden gebeten, da die festliche Uebergabe dieses Geschenkes am Sonntag den 6. d. M. stattfinden soll, sich Vormittags 9½ Uhr im Hause des Herrn v. Regemann zu versammeln, um von da im vereinigten Zuge nach dem Exerzierplatze im Schloßgarten sich zu begeben, wo die feierliche Handlung vor sich gehen wird.

Ich sehe mich veranlaßt, meinen bisherigen verehrl. Abnehmern so wie allen resp. Literaturfreunden ergebenst anzuzeigen, daß ich fortwährend alle in den Anzuarbuchhandel einschlägigen Geschäfte bestens besorge und durch meine auswärtigen Verbindungen in den Stand gesetzt bin, sowohl gesucht werdende Werke aus allen Fächern schnell und billigst zu liefern, als auch verkäufliche Bibliotheken und einzelne Bücher deßmöglichst zu verwerthen. — Ich empfehle mich daher wiederholt zu geneigten Aufträgen, sowohl bezüglich des Einkaufs als des Verkaufs, unter Zusicherung reeller Bedienung.

Bayreuth, 2. August 1848.

B. Seligsberg, Antiquar.

Zur Berichtigung des gestrigen Inserates über die am 2. d. Mts. stattgehabte Berathung der hiesigen Stadtwehr wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß es sich nur um Theilnahme an dem öffentlichen Zuge für das am nächsten Sonntage vor sich gehende Landwehrfest, nicht aber für ein etwaiges Fest zur Huldigung des Reichsverwesers handelte, und daß unsere benachbarten Mitglieder der Stadtwehr, welche erklärten, an dem öffentlichen Zuge für das gedachte Landwehrfest nicht Theil nehmen zu wollen, nur sehr wenig Beamte, bei Weitem mehr Bürger, sodann noch einige Staatsdienstaspiranten sich befanden.

Da ich mittelst Einlösungsscheins seit 14. Juli 1848 Besitzer nachstehender Realitäten geworden bin, so habe ich mich entschlossen diese Objekte, besichend:

1) in einem Gütlein Nr. 96, B.-Nr. 238, St. K. 650 fl., Brandversicherung 1700 fl., oberlehenbar dem Freiherrlich v. Redwitz'schen Seniorate, afterlehenbar der Pfarrei Küps, mit einem zweigädigen halbmaßiv erbauten Wohnhause, Stallung, Stadel und Holzlege, einem Obsgarten, ¾ Tagw. Feld, das Baubolzäckelein, ¼ Tagw. Feld, der Schlottenberg, und vier Gemeindetheile, geschätzt auf 2200 fl.;
2) ¾ Tagw. 12 Ruthen Feld, der Moritz-Acker, B.-Nr. 239, St. K. 20 fl., lehenbar zum Rittergute Küps, geschätzt auf 150 fl.;
3) Bronnenrangen, B.-Nro. 645, aus 10 fl. bestehend, lehenbar zum Rittergute Küps, geschätzt auf 100 fl.,

aus freier Hand zu verkaufen, wozu ich zahlungsfähige Kauflustige, welche die Bedingungen bei mir erfahren können, hiermit einlade.

Bemerkt wird, daß die Hälfte des Kaufschillings gegen hinlängliche Sicherung auf diesen Anwesen stehen bleiben kann.

Küps, den 3. August 1848.

J. Hacke, Conditor.

Militair-Zündhütchen sind zu haben bei
Herrmann Bender.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein grosses und ein kleines Quartier auf Martini zu vermiethen; es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden.

Im Hause Nr. 477 der Judengasse ist die mittlere Wohnung sogleich und in Nr. 62 der Maximilianstraße ein kleines Quartier auf Martini zu vermiethen. Näheres bei

H. Ries.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 217.** **6. August 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 3. August. Heute ist der schon längere Zeit erwartete Kommissionsbericht über die Wahl Hecker's in der Nationalversammlung erstattet worden. Wie schon aus der Zusammensetzung der Kommission zu entnehmen war, trägt diese auf Annullirung der Wahl an. Dieser Bericht wird nächsten Montag berathen werden. Herr Venedey hat den Antrag gestellt, daß der Reichsverweser setzt, nachdem die Ehre der österreichischen Waffen in Italien hergestellt sey, sich für den Abschluß eines Friedens verwenden möge, durch welchen zugleich die Interessen Oesterreichs und die Freiheit Italiens sichergestellt würden. Hr. Venedey hat seinen Antrag einstweilen vertagt, da der Minister des Auswärtigen versprach, in den nächsten Tagen hierüber Erläuterungen zu geben. Die heutigen Debatten betrafen den §. 7. der Grundrechte, welche die Sicherstellung der persönlichen Freiheit bezweckt. Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen, jeder Verhaftete binnen 24 Stunden verhört und von dem Grunde seiner Verhaftung in Kenntnis gesetzt werden ꝛc. Zugleich sind von mehreren Mitgliedern Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe, der körperlichen Züchtigung, der Brandmarkung und Prangerstrafe ꝛc. gestellt worden. Für die persönliche Freiheit sprachen mit besonderer Wärme Mittermaier von Heidelberg und Leue aus Koblenz, für Abschaffung der Todesstrafe Behr von Würzburg, Det. Vogel von Dillingen, Roßmäßler aus Sachsen, Scheller aus Frankfurt a. d. O. u. s. w. Dagegen widersetzten sich der alte Arndt und der obengenannte Hr. Leue der Abschaffung der Todesstrafe für politische Vergehen? Die Diskussion wird morgen fortgesetzt.

Frankfurt, 2. August. Ausführlicher Bericht über die 53. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Beseler als Berichterstatter bemerkt u. A.: Man habe gestern den Adel zu hart beurtheilt. Gegen einen Tschoppe der besonders als Werkzeug der Reaktion in Preußen genannt worden, könne er aus demselben Staat einen Stein, Alex. und Wilh. v. Humbold nennen. Die Entziehung der adeligen Wappen würde nach seiner Ansicht ein Eingriff in das Privatrecht seyn und zur Rechtsunsicherheit führen. Man sage, die Beibehaltung des Adels wäre unpopulär; allein nicht was populär, was recht und zweckmäßig sey, habe die Nationalversammlung zu beachten. Durch Aufhebung des Adels würde sie dem Volke höchstens eine kurze Freude machen; dagegen würden durch diese Maßregel eine Menge achtbarer Familien gekränkt, darunter Gutsbesitzer, die auf ihre Lebenskreise nicht geringen Einfluß übten; man kränke die Armee in einem Augenblick, wo wir von allen Seiten von Feinden bedroht seyen. (Links: Die Soldaten werden sich nicht ärgern!) Es handle sich hier nicht von einer wichtigen politischen Abstimmung, davon, ob an die Bahn der Reform verlassen und jene der Revolution betreten wolle, ob man mit der Vergangenheit brechen wolle, und zwar nicht der Sache, des Rechts, sondern bloß des Princips wegen. Aus diesem Gesichtspunkt wäre die Aufhebung des Adels nach Abschaffung seiner Vorrechte eine revolutionäre Maßregel. (Unterbrechung links. Der Präsident ermahnt zur Ruhe. Schöffel: Wir werden ja förmlich bearbeitet!) „Ueberlassen wir" — fährt der Berichterstatter fort — „die Entwickelung der Kraft und dem Genius unsres Volkes, eilen wir nicht wie die alte Bureaukratie mit Polizeimaßregeln herbei, wenn uns etwas mißliebig ist. Fünfundvierzig Millionen Deutsche haben nicht nöthig, sich vor einer Anzahl Adeliger zu fürchten." Die Orden betreffend, erinnert Beseler daran, daß die Alten ihre Bürgerkronen und Lorberen hatten. Der Mißbrauch einer Institution sey kein Grund, sie abzuschaffen. Es gebe auch wohlthätige Orden z. B. den Louisen-Orden. Wenn man das Ordenswesen reformiren wolle, so möge es auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen, nicht in den Grundrechten. Zu den Titeln übergehend, bemerkt er: es werde den Bauern wenig kümmern, ob ein Professor sich Hofrath nenne oder nicht. Die Grundrechte sollen nur in großen Zügen das Große feststellen, nicht aber sich mit Nebensachen befassen (De minimis non curat praetor). Das unbedingte Waffenrecht an solchem Ort anzuspruchen, hält er für bedenklich. Das Waffenrecht als solches sey übrigens auch unter den schlechtesten Regierungen nicht beschränkt worden (Widerspruch links). Nachdem der Berichterstatter geendigt, verlangte Venedey das Wort zu einer Ordnungsfrage. Er fändet es ungeeignet, daß der Berichterstatter, anstatt auf ein Résumé die Berathung zu beschränken, vom einseitigen Standpunkt der Majorität aus die Debatte wieder eröffne, während der Minorität das Wort abgeschnitten sey. Der Präsident erwiederte, daß der Berichterstatter in dem Gebrauch des Wortes an Schluß der Berathung nicht beschränkt werden könne. Venedey erklärt, deßhalb einen Antrag stellen zu wollen. Wigard protestirt dagegen, daß ihm das Wort zur Begründung der Minoritäts-Anträge nicht gestattet worden sey. Der Präsident behauptet, die Minoritätsanträge seyen gleich allen andern Anträgen der einzelnen Mitglieder zu behandeln, was Wigard unter Berufung auf die Geschäftsordnung bestreitet. Sein Protest wird zu den Akten genommen. Das Resultat der Abstimmung haben wir mitgetheilt. Die Anträge von Grimm und Mölling, welche von der Versammlung verworfen wurden, lauten: Jacob Grimm „Alle Orden und Zeichen für den Einsitzand sind und bleiben abgethan. Der Krieger behält seine auf dem Schlachtfelde erworbenen Orden; für das Heer wird ein neuer deutscher Orden errichtet, welcher von einem Kriegsgerichte vertheilt wird, nur aus einer Klasse besteht, und dem Geringsten wie dem Höchsten zufallen kann. Fremde Orden dürfen weder Civil- noch Militairpersonen annehmen." Jener von Mölling: „Kein Staatsdiener darf einen andern Titel führen, als der zur Bezeichnung seines Amtes dient. Alle Hof- und Ordenstitel und alle damit etwa verbundenen Gehalte fallen weg. Amt und Amtstitel verleihen weder Rang noch bürgerliche Auszeichnung legend einer Art." — Zu §. 6, wie er von der Versammlung nunmehr angenommen worden, lautet vollständig: „Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei letzterer findet nicht statt." (F. J.)

München, 3. August. Es heißt heute, der Kriegsminister General Welhaupt habe seine Entlassung eingereicht und werde wahrscheinlich durch Frhrn. v. Hohenhausen ersetzt werden; ob diese Nachricht begründet ist, vermag ich in diesem Augenblick noch nicht zu bestimmen. — Bayerns „letzter" Bundestagsgesandter, Frhr. v. Closen, ist aus Frankfurt gestern hier angelangt und soll sich heute nach Reichenhall zu Sr. Maj. dem König begeben haben. — In militärischen Kreisen will man wissen, daß von Seite Bayerns 10,000 Mann Truppen verschiedener Waffengattungen nach Schleswig marschiren werden und General von Lesuire das Kommando über dieselben erhalten werde.

München, 2. Aug. (Dienst-Nachrichten.) Der Kreis- und Stadtgerichtsdirektor Franz Xav. Höfl in Regensburg ist in den definitiven Ruhestand versetzt; sofort zum Kreis- und Stadtgerichtsdirektor nach Regensburg der Appellationsgerichtsrath Joh. Simon August Ebnet ernannt; der Regierungs- und Kreisforstrath Veit Karl Frhr. v. Redwitz in Bayreuth unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt, an dessen Stelle der bisherige Forstmeister zu Bamberg N. L. Frhr. v. Stengel, an v. Stengel's Stelle zum Forstmeister in Bamberg der Forstkommissär erster Klasse in Bayreuth Eugen Durach befördert; der Kontroleur bei der Staatsschuldentilgungskasse in München, Thaddäus Resch in den Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle der erste Buchhaltungsgehilfe Friedinger, an Friedinger's Stelle der bisherige Offizianl Adolph v. Baumen, auf Baumen's Stelle der Funktionär bei gedachter Spezialkasse Wilhelm Kerl befördert worden. (N. M. Z.)

□ München, 2. August. Der Oberappellationsgerichtsrath Frhr. v. Habermann hat dem Gesetzgebungsausschuß der zweiten Kammer über den von dem Ausschuß der Reichsräthe bereits geprüften Gesetz-Entwurf: die „Abänderung einiger Bestimmungen des I. Teils des Strafgesetzes von 1814 betr." Vortrag und folgende Anträge gestellt: der Art. 7. des Ges.-Entw., welcher von dem Ausschuß der Reichsräthe modifizirt wurde und welcher von der Verschweigung der Geburt oder des Aufenthaltes

Digitized by Google

ihres Kindes seitens einer unehelichen Beischperson handelt, ganz zu streichen. Hier könnte man Ungehorsam gebraft werden, dies würde aber in die Gesetze über das Strafverfahren gehören. Referent beantragt ferner: Dem Art. 9. Abs. 1 sey nur in folgender Fassung beizustimmen. Die Art. 3, 39—44, 64, 111—117, 134 —136, 143—145, 152, 160,—165, 169, 170, 185, 279, so wie im Art. 445 der Abs. 2 nebst den darauf bezüglichen Novellen sind aufzuheben. Im Art. 185 Thl. I des St.-G.-B. werden im ersten Absatze die Worte: „oder hat dieselbe schon wegen verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft mit den Art. 160—165 bestimmten Umständen eine Strafe erlitten, so wie der Absatz 2 ganz gestrichen." Der Art. 2 des Ges.-Entw. ist nach der von dem Ausschusse der Reichsräthe beschlossenen Fassung, sogleich als Gesetz zu verkünden und zwar mit rückwirkender Kraft für die noch nicht abgeurtheilte Straffälle. Im Uebrigen sey dem Beschlusse des Ausschusses der Reichsräthe vom 18. d. Mts. unbedingt zuzustimmen. — Die Rechtscandidaten an unseren Universitäten haben bei dem Unterrichtsministerium die Bitte gestellt um Aufhebung des theoretischen Examens, da das spätere praktische (Staatsexamen) allein hinreichend sey.

Berlin, 2. August. Die lärmenden und tumultuarischen Vorgänge auf den Gassen dauern bei uns fort. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags hatte ein borussisch-germanisches Scharmützel in Charlottenburg statt. Gegen 40 Studenten, welche auf dem schandauer Berg einen Commers gefeiert, zogen mit der deutschen Fahne voran in Charlottenburg ein und zogen hier vor der zulaufenden Bevölkerung auf den altpreußischen Sondergeist los. Einige Borussomanen drangen auf die Redner ein und es entspann sich daraus eine Schlägerei. (Zufolge der lithographirten Nachrichten hätten Studenten bei 2. Barbergesellen die deutsche Fahne zerrissen.) — Heute Morgen ist ganz unerwartet der Prinz von Preußen auf der potsdamer Eisenbahn angekommen und in seinem Palais abgestiegen. Auf die Kunde von seiner Ankunft eilten gegen 30 Damen in schwarz und weißer Kleidung, mehre Offiziere und eine Anzahl von Wehrmännern bei 20. Regiments auf den Bahnhof, um den Prinzen zu begrüßen. Der Wagen wurde mit Blumen geschmückt. Der Prinz wird noch heute nach Stettin weiter gehen, um den zahlreichen ihm von dort zugekommenen Einladungen zu entsprechen.

Eine in die hohe Nationalversammlung gerichtete Adresse einer großen Volksversammlung auf dem Exerzierplatz in Berlin lautet also: Hohe Versammlung! Man hat einen Augenblick der Ueberraschung, der Betäubung benutzt, um heilige Erinnerungen, die kein braver Preuße verläugnen wird, in einer Weise auszubeuten, welche das glorreichste Werk der jungen Freiheit, die langentbehrte, langersehnte deutsche Einheit zu gefährden droht. Erfüllt von der wärmsten Liebe zum preußischen Vaterlande müssen wir eben deshalb Alles fürchten für diese theure Heimath von der Herrschaft eines unbruischen Preußenthums. Indem auch wir die zweideutige Form des jüngst erlassenen Befehls an die preußische Armee bedauern, sind wir doch weit entfernt, denselben einen Sinn unterzulegen, den wir nicht von der Versammlung der Volksvertreter, am wenigsten von einem Sohn unsers eigen Vaterlandes erwarten können. Vor allen aber weisen wir mit der tiefsten Entrüstung Ausbrüche zurück, welche dem Vertreter der deutschen Einheit, dem Reichsverweser, und unsern edelsten Brüdern im deutschen Parlament, damit aber zugleich die Zukunft der deutschen Einheit und Freiheit feindselig, ja verächtlich entgegen treten. Voll von der Ueberzeugung, daß nur in Deutschlands Einheit die Stärke, und die Kraft Preußens beruhe, daß aber auch Preußens Kraft niemals werde gespfert werden von Denen, die Deutschlands Wohl aufrichtig wünschen, erklären wir, und wir sind überzeugt damit im Namen aller guten Preußen zu sprechen, daß wir niemals aufhören werden, um der Ehre Preußens willen, die hoffnungsvoll angebahnte Einheit Deutschlands als das Ziel unserer heiligsten Wünsche zu betrachten.

Berlin, 30. Juli 1848. Der Preußische Staats-Anzeiger meldet die Ankunft des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am großbritanischen Hofe, Dr. Bunsen, von London in Berlin, und die Abreise des Staatsministers Camphausen nach Köln.

Berlin, 1. August. Die National-Versammlung beschließt in ihrer heutigen Sitzung zuerst, bei Gelegenheit einer Erinnerung gegen das Protokoll, sich des Wortes Kammer zu ihrer Bezeichnung nicht mehr zu bedienen. Eine stürmische Verhandlung erregt der Antrag des Abg. Waldeck: diejenigen Paragraphen des Verfassungsentwurfs, welche die Civil- und Militairbeamten wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen betreffen, heute zu einer sofortigen Berathung zu bringen und als ein besonderes Gesetz der Krone vorlegen zu lassen. Es erklärten sich nur 150 Stimmen für das Uebergehen zur Tagesordnung, 213 dagegen. Das ganze linke Centrum hat in dieser Frage mit der äußersten Linken gestimmt. Indem nun zur Debatte über den Waldeck'schen Antrag geschritten werden soll, beantragt der Abg. Zachariä, die Discussion auf acht Tage auszusetzen und den Antrag dahin in den Abtheilungen vorberathen zu lassen. — Nach einer höchst unerquicklichen Debatte, in welcher sich dieser Gegenstand fortspinnt, erklärt der Minister des Innern: der Regierung würde eine Vertagung sehr erwünscht sein, weil das Ministerium noch nicht in der Lage gewesen, über die Sache einen Entschluß zu fassen. Der Abg. Waldeck schließt sich dem Zacharia'schen Antrag an und bemerkt: daß jene Bestimmungen des Verfassungsentwurfs um so weniger Schwierigkeiten haben würden, weil es fast wörtlich dieselben Paragraphen seien, die auch in der belgischen Constitution stehen. Der Antrag Zachariä wird noch mit dem Zusatz angenommen: denselben auch durch die Centralabtheilungen vorberathen zu lassen.

Wie es heißt, ist der englische Botschafter Lord Normanby von seiner Regierung zu einem andern Posten bestimmt und Lord Holland, der hier sehr beliebt ist, soll englischer Botschafter in Paris werden.

Weimar, 1. August. Heute ist von dem Reichskriegsminister in Frankfurt ganz unerwartet die Ordre eingegangen, daß ein Bataillon unseres Regiments schleunigst mobil gemacht werden solle, um in einigen Tagen nach Schleswig-Holstein aufbrechen zu können. Das Bataillon wird mit einem Regiment Nassauer und einem Bataillon Frankfurter eine Brigade bilden, welche unter dem Commando eines Nassauischen Generals bestimmt ist, die in Schleswig-Holstein gegen Dänemark stehende deutsche Armee zu verstärken. Die Brigade wird vorläufig in Altona ihr Standquartier haben.

Die K. Z. nennt als Kommandanten der badisch-hessischen Brigade Oberst v. Röder. Bestimmt zu derselben sind: Vom Leib-Inf.-Regiment das Bataillon Waitzenegger, vom 1. Inf.-Reg. das Bataillon Holz, vom 2. Inf.-Reg. das Bataillon Kraft, vom 3. Inf.-Reg. das Bataillon Ruff, vom 4. Inf.-Reg. das Bataillon v. Probeck. Die Mobilmachung muß so beeilt werden, daß die Bataillone Montag den 7. August in ihren gegenwärtigen Stationen zum Abmarsch bereit sind.

Darmstadt, 1. August. Zufolge der Erklärung des Reichskriegsministers, daß der Bundeskrieg gegen Dänemark kräftig fortgesetzt werde und auch Bundestruppen Oesterreichs, dann vom 7., 8. und 9. Armeecorps daran Theil nehmen sollen, erfährt man, daß das großherzogl. 4. Infanterieregimint mit einer Batterie von 6 Geschützen nach Schleswig-Holstein abgehen wird. (F. Z.)

Lübeck, 31. Juli. Schon gestern brachten Passagiere von Stockholm Gerüchte mit, daß der König von Schweden unverzüglich nach Stockholm zurückkehren und den Reichstag schließen werde, daß die schwedische Nation durchaus keinen Krieg mit Deutschland wolle, daß die schwedischen Truppen zurückgerufen, daß Dänemark Frieden schließen werde. In Kopenhagen waren ebenfalls friedliche Gerüchte und man ist keineswegs der Ansicht, daß der Krieg fortgesetzt werden würde. Die Gerüchte auch Schweden sind dahin näher zu bezeichnen, daß die schwedischen Truppen von Malmoe in Cantonnements weiter ins Land verlegt worden, daß der König nach Stockholm geht und daß noch Geldbewilligungen nöthig sind, wenn die Truppen im Felde bleiben sollen. (D. A. Z.)

Bremen, 31. Juli. In Folge der unterm 15. Juli an den Senat ergangenen Aufforderung der provisorischen Centralgewalt ist der Bürgermeister Schmidt als bremischer Bevollmächtigter bei derselben accreditirt worden.

Schleswig, 30. Juli. Man will bestimmte Nachricht haben, daß Truppen 10 (nach andern 14) dänische Schiffe nach Alsen gebracht haben. Der Rückzug der Dänen von Beile tiefer in Jütland hinein bezweckt offenbar, daß der General Wrangel folgen soll, damit von Alsen hier irgendwo ein Einfall ins Land geschehen könne. Allein schon nahen neue Truppen.

Aus dem Limburgischen, 31. Juli. Die Holländer haben ihre Drohungen wahr gemacht. Gestern rückte ein Detaschement Truppen in Heerlen ein und verlangte, daß alle deutsche Fahnen abgerissen würden. Wo es nicht geschah, thaten sie es selber. Die Kirche wurde gewaltsam geöffnet, um von dem Thurme die Fahne herabzuholen. An einem zelnen Conflicten hat es nicht gefehlt. Wie in Heerlen, wird es im ganzen Lande ergangen sein. (K. Z.)

Digitized by Google

Italien.

Castelnuovo, 27. Juli. Eben kommt die offizielle Nachricht, die Truppen des ersten Reservekorps hätten an zwei Punkten, Monzambano und Solferino, den Mincio überzogen; ersterer Ort und Pionti am linken Mincioufer sind genommen und vier Brigaden stehen bereits in der Lombardei. Siegreich betreten wir abermals ihren Boden. Das Zentrum des Feindes ist gesprengt, der linke Flügel bei Afft und Rivoli zum Theil in wilder Flucht. Noch heute beginnt die Zernirung von Peschiera. (A. Z.)

Frankreich.

*Paris, 1. August. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war in ihrer zweiten Hälfte sehr stürmisch. Hr. Proudhon trug seine Entgegnung auf den Bericht des Hrn. Thiers über seinen Vorschlag, alles Einkommen mit einem Drittel zu besteuern, vor. So abentheuerlich, so ungeheuer wahnsinnig sein Vorschlag und die zur Unterstützung desselben entwickelten Doctrine der Versammlung auch klang, so ward er doch drei Stunden lang mit der größten Aufmerksamkeit angehört, dann aber, als er geendigt hatte, brach ein Sturm des Unwillens los, der sich endlich in folgender motivirten Tagesordnung, die mit 691 gegen 2 Stimmen angenommen ward, laut machte: „Die Nationalversammlung, in Anbetracht, daß der Vorschlag des Bürgers Proudhon ein gehässiger Eingriff in die Grundsätze der öffentlichen Sittlichkeit ist, daß er das Eigenthum vertieft, die Angeberei ermuthigt und die schlimmsten Leidenschaften anruft, — in Anbetracht, daß der Redner die Februar-Revolution verläumdet und sie zur Mitschuldigen an den von ihm auf der Tribüne entwickelten Theorien gemacht hat, — geht zur Tagesordnung über.“ — Unter den von Herrn Proudhon aufgestellten Sätzen citiren wir folgende: „Die Republik will weder das Eigenthum vernichten, noch das Eigenthum vernichtet die Republik. — Das Eigenthum besteht rechtlich nicht mehr, die Februar-Revolution hat das Privilegium des Einkommens abgeschafft. Die Februar-Revolution ist die Liquidation der alten Gesellschaft. Mein Vorschlag ist nur ein Mittel, diese Liquidation zu erleichtern, sie friedlich zu machen. Nehmt ihr ihn nicht an, so werden wir diese Liquidation mit Gewalt annehmen.“ „Wer, wir?“ schallt es von allen Seiten. — „Wir,“ fährt Proudhon fort, „wir, die Proletarier gegen euch, die Bourgeoisie. Nehmt meinen Vorschlag an, denn seine Verwerfung ist euer Untergang, lacht nicht über meine Worte, denn sie werden euch Thränen.“ — Thiers, Senard, der Finanzminister Goudchaux wollten antworten, die Versammlung litt es nicht, zweiundzwanzig Vorschläge wurden eingereicht, worunter einer, der sogar verboten wolle, daß Proudhons Rede im Moniteur erscheine und daß ein gleiches Verbot für alle andere Journale gelte. Dupin d. ä. bekämpfte diesen Vorschlag, als den Rechten der Tribüne und der Geschichte entgegen, und man läßt ihn fallen. Aber Proudhons Rede ist uns bleibt ein wichtiges Ereigniß, sie wird in der Geschichte der sozialen Revolutionen stets eine der hervorragendsten Programm bleiben. Mehrere Zeitpunkt eintreten wird, wie läßt sich das jetzt bestimmen? Proudhon selbst gibt dem Eigenthum noch 300 Jahre Existenz.

Man verschert heute, daß die Regierung jeden Augenblick die telegraphische Nachricht erwartet, daß ein in Toulon eingeschiffetes Truppenkorps eine Landung in Ancona bewerkstelligt hat, um die Staaten des Papstes vor einer Invasion der Oesterreicher zu schützen. Murats Mißlen hat hierauf Bezug.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 1. August. Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. An der Tagesordnung sind die Interpellationen des Hrn. Crespel de Latouche über die Unterdrückung von elf Journalen und über die Verhaftung Emil von Girardins. Herr Crespel steht in diesen Gewaltschritten gegen die Tagespresse eine große Gefahr für die Freiheit, und die Nationalversammlung könne durch ein längeres Stillschweigen diese Uebergriffe nicht sanktioniren. Er erkenne das Recht des Belagerungszustandes an, aber dieses Recht erlaube noch nicht, einen Schriftsteller ohne anderen Grund zu verhaften, als weil er Opposition mache. Die ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten von Paris zu einer Consultation berufen, seyen gleicher Ansicht gewesen und haben diese in einem Gutachten niedergelegt, das erklärt, da der Belagerungszustand keine Diktatur sey und die bestehende Gesetzgebung nicht aufhebe, daß die Unterdrückung der Journale ungesetzlich sey. Er frage daher die Regierung: 1) Welches die Motive der Verhaftung und der Gefangenschaft Girardins gewesen seyen; 2) welches sey der Grund der Unterdrückung der Journale, die an sich ungesetzlich noch immer fortdauere und 3) wie es komme, daß jetzt eine Anzahl neuer Journale, ohne Caution erlaubt zu haben, erscheine, während die Regierung doch hierüber am 11. Juli die bündigsten Zusicherungen gegeben habe. Der Justizminister Marie nimmt das Wort. Man habe die Ausdrücke: Diktatur, — Confiskation, gebraucht, Niemand strebe nach einer Diktatur, die Confiskation finde in einer Republik nicht statt. Auf solche Vorwürfe, sowie auf einige andere Reden-Anklagen antworte er nicht, da sie gänzlich unwahr seyen. Am 24. Juni habe die Nationalversammlung auf den Antrag eines Mitgliedes Paris in Belagerungszustand erklärt und alle Executiv-Gewalt in die Hände Cavaignacs gelegt. Von diesen Augenblicke an hatte der General nicht nur große Rechte, er hatte auch große Pflichten. Seine größte war, die Gesellschaft gegen ihre Feinde zu schützen, gegen die, die sie mit den Waffen, wie gegen die, die sie mit Wort und Feder angreifen. Dies habe Cavaignac gethan, hier handle es sich nicht um ein Gutachten von Rechtsgelehrten, nicht um eine legale Frage, hier habe es sich um das Wohl des Vaterlandes, um das Heil der Republik gehandelt und dieses stehe über Allem. (Allgemeine Beistimmung.) Nachdem die Emeute besiegt war, habe Cavaignac seine Ausnahmsgewalt niedergelegt, man habe ihn gebeten, sie zu behalten, keine Stimme habe sich mit den Anklagen gegen ihn erhoben, die jetzt laut würden, man habe vielmehr erklärt, er habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Glaube die Versammlung jetzt daß er schlecht gehandelt, daß er seine Gewalt gemißbraucht habe? (Von allen Seiten: Nein! Nein!) Man frage, warum die Unterdrückung der Journale noch fortdauere. Weil es in diesem Augenblicke noch keine Gesetzgebung gebe, die die Gesellschaft gegen die Uebergriffe der Presse schütze. Die alte Gesetzgebung passe nicht für die Republik, die neue komme erst in diesen Tagen zur Discussion, sobald sie votirt sey, werde die Unterdrückung der Journale aufhören. Herr Ballete glaubt, daß diese ganzen Interpellationen für Hrn. Emil Girardin eine Reclame seyen, ein von ihm arrangirter Auftritt (Gelächter) — er glaube, daß der Belagerungszustand nichts anderes sey, als die Uebertragung aller Civilgewalten in die Hände der Militärbehörde. Diese müsse den Umständen gemäß handeln und man dürfe mit ihr nicht so genau rechten. Der Redner weist aus dem Gesetzbuche nach, daß Cavaignac nicht nur das Recht hatte, ein Journal zu unterdrücken, sondern daß er die Redakteure auch hätte vor die Kriegsgerichte stellen und aburtheilen lassen können. Dupont (de Bussac) — will nicht, daß man aus dieser Frage eine Rechtsfrage mache, — sie sey eine politische Frage von der größten Wichtigkeit. Man setze sey er Republikaner gewesen, aber eben weil seine Gesinnungen unerschüttert seyen, spreche er auch seine Freunde an, wenn sie im Besitze der Regierung seyen und Unrecht thäten. Die Person Girardins ganz bei Seite lassend, geht er auf das Factum selbst ein und weist nach, daß die Regierung ungerecht und ungesetzlich gehandelt habe. Victor Hugo will wissen, ob wir im Belagerungszustande leben oder unter der Diktatur? Aber im ersteren Fall könnten die Journale ja wieder erscheinen. Die Diktatur habe nur die vier Tage des Kampfes gedauert, eine unbestimmt fortdauernde Diktatur könne Frankreich nicht ertragen. Cavaignac habe gar keinen Plan gehabt: Ich habe nur gethan, was meine Pflicht war, nicht mehr, nicht weniger.) Er, der Mann der Presse, fährt V. Hugo fort, er, der Mann der Intelligenz (allgemeines Gelächter), er rufe den Männern der Gewalt zu: Seid auf eurer Hut, greift die Freiheit der Presse nicht an, stürzt nicht die Freiheit, um die Civilsatzen zu retten. Herr V. Hugo schließt, indem er die Frage wiederholt: Leben wir blos im Belagerungszustande oder unter einer Diktatur? General Cavaignac: Ich habe das Wort nicht nehmen wollen und ich habe nur wenig zu sagen; man spricht von Diktatur, — aber als man mir unter dem Drucke der Ereignisse außerordentliche Gewalt übergab, da waren Jene, die mich heute interpelliren, die Eifrigsten, und ich will nicht sagen, wie weit ihre Rathschläge, wie weit ihre Inspirationen damals gingen. Ich blieb fest auf dem energischen, aber gemäßigten Wege, den ich mir vorgezeichnet hatte. Was die Anklagen gegen mich betrifft, so möge das Votum der Versammlung darüber entscheiden. (Allgemeine Beistimmung.) Lenglet, der Freund Girardin's, erneuert die Angriffe gegen die Regierung, aber man verlange von allen Seiten die Tagesordnung und er kann nur mit Mühe weiter sprechen. Endlich wird der Ruf um den Schluß so laut, daß Lenglet aufhören muß und eine ungeheure Majorität spricht sich auf die Anfrage des Präsidenten für das Ende der Debatte aus. Man schlägt mehrere motivirte Tagesordnungen vor, unter andern eine von Meaulle, die eine Apologie Cavaignacs enthält. Der General will sogleich auf die Tribune und protestirt gegen jede solche Fassung, — wolle die Versammlung ihm beweisen, daß sie für ihn noch immer dasselbe Wohlwollen, dasselbe Zutrauen für ihn habe, von dem sie ihn bis jetzt so viele Beweise gegeben, so genüge es einfach, zur Tagesordnung überzugehen, wodurch jeder Tadel der Handlungen der Regierung sattsam beseitigt werde. Auf die vom Präsidenten gestellte

Digitized by Google

Frage: Wer der Meinung ist, zur Tagesordnung überzugehen, erhebe sich, erhebt sich die ganze Versammlung. Bei der Gegenprobe erheben sich für die entgegengesetzte Meinung nur 10 Mitglieder worunter Montalembert, Victor Hugo, Abelswarb, und einige Ultras der-rothen Republik auf der linken Bergseite. Eine Menge Vertreter drängt sich glückwünschend zur Regierungsbank um Cavaignac. — Cavaignac's gemessene, ernste, selbstbewußte und doch so bescheidene Haltung, für freien Takt, seine Ruhe und vor allen seine Einfachheit gewinnen ihm täglich neue Anhänger und zunehmende Popularität. (Postschluß.)

Großbritannien.

London, 31. Juli. Es ist in Irland nicht ohne Blutvergießen abgegangen, aber der Aufstand scheint im Keime erstickt. Die neuesten Nachrichten der „Times", welche sie um 10 Uhr Vormittags erhielt, sind folgende: „Unser Berichterstatter schreibt Sonnabend Nachts von Wallmount bei Ballingly, daß die Rebellion, welche am Morgen jenes Tages wirklich anfing, durch 50 oder 60 Polizeidiener völlig unterdrückt ist. Auf der Gemeinde-Weide von Boulagh bei Ballingly fand ein Zusammentreffen statt. Drei der Aufständischen wurden erschossen und mehrere verwundet. Smith O'Brien, der in Person anführte, ist völlig verlassen von den Rebellen nach Urlingford geflohen und man erwartete, daß er vor Anbruch der Nacht gefangen genommen werden würde. Dohenty, Reilly und Dillon waren gleichfalls auf dem Plan; der letzte ist getödtet worden. Beim Abgange unseres Courriers aus Dublin war Alles ruhig in der Stadt. Ueber Smith O'Brien's Verhaftung war noch keine Nachricht eingegangen." Gestern Morgen 6 Uhr ward aus Dublin durch den elektrischen Telegraphen gemeldet, daß das Ausland auf der ganzen Strecke der quer durch das Land laufenden Eisenbahn ruhig gewesen. Doch verbreitete sich nach der Ankunft des Zuges, 3½ Uhr, das Gerücht, 50 Constabler unter Anführung des Hrn. Trant wären bei Kilcooly umringt worden und hätten sich in ein Haus geflüchtet. Hr. Trant hätte einen Boten abgeschickt, um zu seiner Befreiung aufzuordern. — Briefe, die heute Morgen aus Dublin ankamen, melden: „Ohne Kampf kann es nicht abgehen. Morgler und O'Brien haben die unzufriedene Partei bis an den Rand des Verderbens geführt und können nicht mehr zurück; das Ergebniß ist der gewisse Sieg der Regierung. Jeden Augenblick treffen schlimme Gerüchte von allen Seiten ein; aber in keinem Falle haben die Nachrichten von einem Ausbruche sich bestätigt. Wir beneuchigen uns daher nicht. Der Aufruf des Lordstatthalters (wegen Auflösung der Clubbs) ward gestern an den Straßenecken angeschlagen und eifrig gelesen. Der Erfolg ist gewesen, daß die Mehrheit der Mitglieder der lokalen Clubbs freiwillig ihr Zurücktreten anzeigten und in manchen Fällen die Leute ihr Bedauern ausdrückten, sich unvorsichtiger Weise bei der ungesetzlichen Verbindung betheiligt zu haben. Eine große Zahl der angesehenern Verbündeten hat sich aus Furcht vor Verhaftung versteckt oder sind geflohen. Die Clubhäuser sind geschlossen.

General-Major Napier und Oberst Doyle sind am Sonnabend von Limerick abgegangen, um sich in Thurles an die Spitze vom 74. Regiment Hochländer, 2 Kanonen, 200 Scharfschützen und 200 Husaren zu stellen. Sie haben den Auftrag, O'Brien und Meagher zu verfolgen, die in der Umgegend von Thurles sich befinden sollen. In Irland stehen jetzt bereits 50,000 Mann, in Dublin allein 9810; fortwährend werden von England neue Truppen und Schiffe abgesendet. Lord Hardinge, der ausgezeichnete Feldherr, ist heute Morgen nach einer Unterredung mit dem Premier-Minister und mit Wellington von London nach Dublin abgereist, um nöthigenfalls den Oberbefehl gegen die Insurgenten zu übernehmen. Diese rechtfertigen ihre Drohungen und Prahlereien bis jetzt sehr übel. Unsere Vermuthung, daß die vorgestrige Nachricht, das Aufsegen eines Preises auf Smith O'Brien, auf ein bereits Statt gehabtes Zusammentreffen zu deuten, bestätigt sich. O'Brien erschien mit 3000 Mann in Mullinahone, einem kleinen Dorfe in der Grafschaft Tipperary an der Grenze von Kilkenny, und forderte die im Wachthause befindliche Polizei-Mannschaft zur Uebergabe ihrer Waffen auf. Diese aber, nur 5—6 Mann, weigerte sich standhaft, und zwei geistliche, Dr. Corcoran und Hr. Cahil, eilten herbei und ließen nicht ab, das Volk auf das eindringlichste zu beschwören, von Gewaltthaten abzustehen, und endlich zerstreute sich der größte Theil. O'Brien zog in schlichter Unruhe weiter. Sein Bruder, Sir Lucius O'Brien, ein Gutsbesitzer sitzt im Parlament, verabscheut die Grundsätze seines jüngern Bruders und hat für das Gesetz gestimmt, wodurch er vogelfrei wird. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Juli. General Hedemann ist hier angekommen, und General Krogh hat statt seiner das Commando übernommen. Vor seinem Abgange hat Ersterer in einem Armeebefehle dem Heere seine Zufriedenheit und seinen Dank ausgesprochen. Der Kriegsminister Tscherning soll über Odense nach Alsen gegangen sein. — Auch die Fregatte Freya wird ausgerüstet und soll in acht bis zehn Tagen segelfertig sein. — Die Berlingsche Zeitung droht wieder mit einer Blockade der Elbe „für den Fall, daß kein Waffenstillstand abgeschlossen würde", weil man die dortige Marinethätigkeit nicht gleichgültig ansehen könne. Dieser Tage sind wieder acht deutsche Schiffe, darunter das hamburger Schiff Hermann, Capitain Jürgen Witt, großentheils mit Ladung, rondemnirt worden. Das russische Kriegsdampfschiff Smeloy läuft fortwährend hin und her. Die norwegischen Kriegsschiffe sind nach Malmoe zurückgekehrt. — Der König hat sein Schloß Marienlust bei Helsingör zu einem Invalidenhotel bestimmt.

(D. A. Z.)

Anzeigen.

In der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Grau in Hof und Münchberg ist zu haben:

Frank, Ch., Kurzer katechetischer Unterricht in der Reformationsgeschichte zur Vorbereitung der deutschen Schüler oberer Classen auf das Reformationsfest der evang.-luth. Kirche.
8. geh. 6 kr.

Für die Kunde Amerika's, insbesondere für Auswanderer

sind im Verlage der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth folgende gediegene Werke erschienen und in allen in- und ausländischen Buchhandlungen zu haben:

Trangott Bromme's Hand- und Reisebuch für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Texas, Ober- und Unter-Canada ꝛc. ꝛc. Sie vermehrte und verbesserte Auflage. Mit einer Karte. 36 Bogen stark. Preis geh. 1¼ Rthlr. — 2 fl. 24 kr. rhn.

Wegweiser für Einwanderer und Reisende in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den Canadas. Eine genaue Zusammenstellung aller Eisenbahn-, Post- und Dampfboot-Routen. Von **Trangott Bromme.** Mit einer Karte. Preis 1 fl. 12 kr. oder 20 Sgr., ohne Karte 24 kr. oder 15 Sgr.

Büttner, Past. Dr. **Der Staat Ohio.** Eine geographisch-statistisch-topographische Beschreibung für Einwanderer und Freunde der Länder- und Völkerkunde. 12 Bogen. geh. ¾ Rthlr. — 54 kr. Der Staat Ohio mit einer Million deutscher Bevölkerung ist für eine große Anzahl Auswanderer das Hauptreiseziel; es wird daher diese gediegene Beschreibung einem Bedürfnisse entsprechen.

Gotthold, H. E., The english interpreter, Kleiner amerikanischer Dolmetscher. Handbuch der englischen Sprache. Ein Hülfsbuch zur leichten Anlernung dieser Sprache in Wort und Schrift. Mit besonderer Rücksichtnahme auf nach Amerika auswandernde Gewerbs- und Landleute. Des kleinen amerikanischen Dolmetschers fünfte, sehr verbesserte und durchaus neu bearbeitete Auflage. 11 Bogen. Brosch. 7½ Sgr. 24 kr. rhn.

Reisekarte der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Texas, Oregon, Mexico ꝛc. Mit besonderer Rücksicht auf Eisenbahnen, Kanäle, Staatsstraßen, Chausseen ꝛc. Preis mit Futteral 12 Sgr. — 42 kr. rhn.

☞ **Auswanderungsgesellschaften, Agenten ꝛc., welche von diesen Büchern Parthien beziehen wollen, erhalten bei baarer Zahlung von jeder Buchhandlung auf 10 Exemplare das 11te gratis.**

☞ Wegen der am 6. d. Mts. früh 9 Uhr vor sich gehenden Huldigung der gesammten Garnison und Bürgerwehr, findet die feierliche Uebergabe der Fahnen-Schleifen an die Landwehr um 8 Uhr Statt, und werden die verehrlichen Frauen und Jungfrauen um ½8 Uhr sich zu versammeln gebeten.

Montag den 7. d. geht ein leeres Geschirr nach Franzensbrunnen über Eger, bei Lebemann.

In meinem Hinterhause ist auf Martini ein kleines Quartier zu 20 fl. zu vermiethen.

G. Reintsch.

Bei Schlossermeister Häffner ist eine Treppe hoch ein Quartier zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 218.** **7. August 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 4. August. Die dreitägige Debatte über den Schutz der persönlichen Freiheit ist heute endlich zum Ziel gelangt. Die Anträge des Ausschusses wurden mit einigen Verbesserungen angenommen. Wir theilen hier ihren Hauptpunkt mit: Die persönliche Freiheit ist unverletzlich. Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte finden nie mehr Statt. Verhaftungen können, außer im Fall frischer That, nur auf gerichtlichen Befehl stattfinden. Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden verhört seyn und von dem Grund seiner Verhaftung in Kenntniß gesetzt werden. Die Polizei muß die von ihr Verhafteten am nächsten Tage freigeben oder dem Gerichte überliefern. Wer widerrechtlich gefangen gehalten worden, hat Anspruch auf Entschädigung oder Genugthuung an die Urheber der Gefangenschaft oder an den Staat. Das Wichtigste von den heutigen Beschlüssen aber ist die Abschaffung der Todesstrafe, der Brandmarkung, des Prangers und der körperlichen Züchtigung. Die Abschaffung der Todesstrafe wurde mit 288 gegen 146 Stimmen unter großem Jubel angenommen, nachdem vorher ein Antrag der Rechten auf Verschiebung des Beschlusses mit 265 gegen 175 Stimmen verworfen worden war. Die Abschaffung der Schuldhaft ging nicht durch, obgleich einige adelige Herren sich dafür erhoben. Die nächste Sitzung am Montag verspricht ebenfalls viel Interesse. Die Heckersche Wahl, die Amnestie, die Verhältnisse Deutschlands zu Italien und Dänemark sind auf der Tagesordnung. — Nach einer heute circulirenden Ministerliste soll Fürst Leiningen Reichsminister des Auswärtigen, J. v. Beckerath Finanzminister, Duckwitz von Bremen Handelsminister werden. Schmerling behält das Innere, Heckscher die Justiz, Jordan das Kriegsportefeuille. Staatssekretäre werden: M. v. Gagern aus Wiesbaden und Merissen für das Aeußere, Mathy für die Finanzen, Bassermann und v. Würth für das Innere, Briegleb für die Justiz, Brand für den Krieg, v. Kamph für den Handel.

Frankfurt, 4. August. Die Ankunft des Erzherzogs Reichsverwesers mit seiner Gattin und seinem Sohne erfolgte gestern Abend.

□ München, 4. August. Einem aus Frankfurt hier angelangten Briefe unseres Deputirten bei der Nationalversammlung, Minist.-Rath Prof. Hermann, entnehmen wir, daß er das ihm angebotene Unterstaatssekretariat des Handels abgelehnt habe, indem er als Vorstand der Abtheilung des volkswirthschaftlichen Ausschusses für Handel und Zollwesen, unter dessen Leitung das Zollvereinigungsgesetz liegt vorbereitet wird, besser wirken könne, als im Ministerium. — Wie sehr auch bei uns die sprafisch Bayerischen Gesinnten gegen die Huldigung eiferten, so wird doch am Sonntag dieselbe recht feierlich stattfinden. Unser Kriegsministerium hat erst nach eingeholter Genehmigung St. Maj. des Königs an die Divisionscommando's das betreffende Reskript (durch Estaffeten) beförderen lassen. — Morgen wird in Neuberghausen eine Verlobung vieler dem Flottenverein übergebener, mitunter sehr werthvoller Geschenke stattfinden; ein Flottenfest wird sich der Verlobung anreihen. — Seit längerer Zeit herrscht in der Schaafkammer dem Publikum nicht mehr geöffnet; man fragt deßhalb, ob etwa Veränderungen in diesen Lokalitäten vorgenommen wurden, welche es vielleicht unmöglich machen, den Staatsschatz zu sehen — Unsere Jakobikuh hat heuer viel Leben; besonders die Großhändler — was recht selten vorkommt — äußerte sich mit ihren Geschäften zufrieden. Nachdem im Frühjahr von Seite der Kaufleute und Detailkrämer wegen der durch die Zeitverhältnisse veranlaßten Aeugstlichkeit mit den Einkäufen bedeutend zurückgehalten wurde, macht jetzt das Waarenbedürfniß in einer zur Hebung des Credits erfreulicher Weise geltend. — Beklagenswerth ist, daß unsere Dultbesucher, die an den Magistrat für ihre Bonitäquet und die Verkaufserlaubniß so bedeutende Auslagen zu bestreiten haben, nicht die nöthige Gewährleistung der sicheren Bewachung ihres Eigenthums haben, indem dreister Dieb Einbrüche vorkommen. So wurde erst gestern wieder nächtlich in einen Verkaufsgewölbe der Prennerstraße eingebrochen und Waaren im Werthe von 2000 Gulden entwendet.

München, 2. August. Von Seite Bayerns sollen vier Infanterie-Regimenter, zwei Jäger-Bataillons, zwei Chevaulegers-Regimenter und zwei Batterien Artillerie zum Ausmarsch nach Schleswig-Holstein bestimmt seyn. Die deßfallsigen Ordres an die betreffenden Truppentheile sind schon gestern aus dem Kriegsministerium ergangen. In Privatkreisen bezeichnet man die Infanterie-Regimenter Nr. 3, 4, 5 u. 11 als zum Ausmarsch bestimmt. (Die Allg. Ztg. nennt die Infanterie-Regimenter Nr. 4, 5, 13 und 18 — letzteres gewiß mit Unrecht, da die bayerische Armee nur 16 Infanterieregimenter hat —; ferner das 3. und 4. Jägerbataillon und das 5. und 6. Chevaulegersregiment. Rücksichtlich des 5. Chev.-Reg. zieht die Allg. Ztg. die Richtigkeit ihrer Angabe selbst in Zweifel.)

Nach der D. konst. Ztg. sind die nach Schleswig-Holstein bestimmten Infanterie-Regimenter das 4te, 8te, 13te und 14te.

München, 3. August. (Dienstesnachrichten.) Zu der am Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg erledigten zweiten Direktorstelle ist der Appellationsgerichtsrath Hirsch befördert, die zu Bergzabern erledigte Friedensrichterstelle dem Ergänzungsrichter Karl Eugen Prinz in Landau verliehen, und unterm 1. August l. J. der von den Kreis- und Stadtgerichtsräthen Gustav Krohne zu Fürth und Georg Heinzelmeier zu Ansbach beabsichtigte Tausch ihrer Dienststellen genehmigt worden.

Berlin, 3. Aug. Auch gestern Abend war im Mittelpunkt unserer Stadt wieder große Bewegung. Im Laufe des Nachmittags war eine Schaar von Studenten nach Charlottenburg hinausgezogen, um dort die den Studenten am Abend vorher abgenommenen Fahnen zurückzuholen und zugleich Genugthuung für die Mißhandlung ihrer Commilitonen zu verlangen. Der Ausgang der Verhandlungen war eine neue Schlägerei, an der sich auch Soldaten des zweiten Gardegrenadier-Regiments betheiligt haben sollen. Die Studenten mußten unter Zurücklassung mehrerer Verwundeten den Platz räumen und kehrten zermenbrannt in kleinen Trupps nach Berlin zurück, wo sie den unter den Linden versammelten Volksmassen Meldung über das ihnen neuerdings widerfahrene Mißgeschick machten. In den Massen entstand sofort große Erregtheit. Mehrere Redner traten auf und riefen zu einem augenblicklichen massenhaften Zuge nach Charlottenburg. Andere traten Dem entgegen und haben den Rath, vor die Wohnung des Kriegsministers zu ziehen und von diesem Genugthuung für die den Studenten zugefügte Unbill zu fordern. So wälzte sich denn ein großer Menschenstrom nach der Leipzigerstraße vor das Kriegsministerium. Hier waren alle Thüren geschlossen; die Deputation erhielt keinen Einlaß, und inzwischen anrückende Abtheilungen der Bürgerwehr zerstreuten die Haufen. Auch unter den Linden, wo noch zahlreiche Haufen theils zurückgeblieben waren, theils sich neu zusammenleten, war Bürgerwehr aufgestellt. Es kam hier aber nicht zum Einschreiten, indem die Massen sich nach 12 Uhr von selbst zerstreuten. — Nach ärztlichen Mittheilungen sollen bis zum 1. Aug. vier Cholerafälle constatirt seyn, Brechdurchfälle sind außerdem sehr häufig. (D. A. Z.)

Die eben veröffentlichten Motive zum Verfassungsentwurf äußern sich über die beantragte Aufhebung des Adels wie folgt: „Die Majorität war der Ansicht, daß, eben weil die Adelstitel nun bedeutungslos gewerden, auch kein Anlaß vorhanden sey, solche von Seiten des Staates noch anzuerkennen, daß die gänzliche Abschaffung die letzte Bürgschaft dafür sey, daß nicht trotz der Gleichheit und Aufhebung der Vorrechte dennoch Bevorzugungen eintreten, daß zugleich eine Menge Gesetze, denen Bevorzugung des Adels zum Grunde liege, dadurch von selbst wegfallen. Eine Strafe wegen des Gebrauchs von Adelstiteln soll übrigens, Das wird vorausgesetzt, nicht stattfinden. Bei einigen Seiten wurde beantragt, daß die Führung des Adelstitels nur den jetzt lebenden Inhabern desselben freistehen solle; diese Beschränkung der Abschaffung des Instituts ist aber nicht angenommen."

Von der Eider, 1. August. Aus guter Quelle erfahren wir, daß unsere Truppen nicht in Jütland einrücken, und man sagt hinzu, daß die Preußen durch das 9. Armeekorps ersetzt werden sollen. Rußland soll neuerdings eine geheime Note an Preußen

Digitized by Google

erlassen haben, wonach es das Einrücken der Deutschen in Jütland als casus belli ansehen würde.

Aprenrade, 1. August. Heute kam General Wrangel mit seinem Stabe hier an; auch General Halkett war aus dem Sundewitschen herübergekommen. — Gestern Abend erzählten gut unterrichtete Leute Folgendes: Von Heiligen aus habe man 17 dänische Kriegsschiffe Truppen nach Sonderburg hinüberschaffen sehen, so daß man einen Einfall der Dänen ins Sundewitsche oder in einen der Häfen an der Ostküste zu gewärtigen habe. Auch wurde versichert, daß die Dänen in voriger Woche 22,000 M. in Jütland concentrirt gehabt hätten. Darum wollte auch Wrangel bis zur Ankunft der Verstärkungen seine Truppen concentriren.

Aus Göttingen vom 31. Juli berichtet die Weser-Zeitung von bedauerlichen Vorgängen. Auf den 30. Juli war vom Dr. Volger eine große Volksversammlung der Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen nach der etwa zwei Stunden von dort entlegenen Burgruine Plesse berufen, um drei Adressen zu erlassen, die eine an die deutsche Nationalversammlung mit der Erklärung, daß man sie allein als höchste gesetzgebende Gewalt anerkenne; die zweite an das Ministerium Stüve mit der Aufforderung, daß es als den wahren Volkswillen nicht ausdrücklich abtrete; die dritte an den König mit der Bitte, das jetzige Ministerium zu entlassen, ein neues wahrhaft volksthümliches zu ernennen und eine konstituirende Versammlung für Hannover zu berufen. Nach gehaltener Eröffnungsrede und geschehener Wahl der Vicepräsidenten wollte Dr. Volger die Verhandlungen beginnen, wurde aber darin so lärmend und arg durch ein höchst unverständiges Schreien und Toben einiger wenigen Personen, die schon vorher mit reaktionären Aeußerungen gefissentlich Streit erregen zu wollen geschienen hatten, unterbrochen, daß er sich endlich genöthigt sah, anfangs den ärgsten derselben, einen schon durch mannichfache Exzesse bekannten Domainenpachter, später auch zwei Beamte des benachbarten Amtes Bovenden durch die zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgestellten Turner entfernen zu lassen. Nach diesen Unterbrechungen wurden die drei Adressen verlesen und von der Versammlung sämmtlich fast einstimmig angenommen. Nachdem Alles ruhig und friedlich abgelaufen, begab sich der Vorsitzende, Dr. Heilmann und Zuschauer nach Mariaspring. Hier war schon eine große Menschenmenge versammelt, die durch Tanz ꝛc. sich belustigt und an der Versammlung gar keinen Theil genommen hatte. Etwa zwei bis drei Stunden später stürmte plötzlich eine Rotte mit Steinen, Knütteln und Stangen bewaffneter Menschen unter einem fürchterlichen Steinhagel zwischen die ruhig sich vergnügende Menge Männer, Weiber und Kinder, verwundete Viele davon theilweise sehr bedeutend, wurde aber endlich durch die Angegriffenen, der sondern Studenten und Turner, in die Flucht geschlagen. Alsbald hörte man in dem nahgelegenen Bovenden das Alarmsignal der Bürgerwehr und es kam die Nachricht, daß von den dortigen Einwohnern alle nach Göttingen führenden Wege besetzt seyen. Die Mehrzahl der versammelten Göttinger, wohl an 300, beschlossen nun, in einer dichten Masse zusammenzuziehen, um so vielleicht unangefochten durchzukommen. Vor Bovenden wurden sie aber von den dort Aufgestellten mit einem so furchtbaren Steinhagel empfangen und mit Waffen jeder Art angegriffen, daß sie sich, zumal wegen der dazwischen befindlichen Frauen und Kinder, zum Rückzuge genöthigt sahen. Viele Andere hatten Feldwege eingeschlagen und wurden da einzeln, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, von den überall auf der Lauer liegenden Rotten überfallen, theilweise fürchterlich mißhandelt und ihrer Gelder, Uhren ꝛc. beraubt. Als die Nachrichten in Göttingen eintrafen, rückten einige Abtheilungen der dasigen Bürgerwehr, namentlich die Kavallerie, aus, um die Zurückgetriebenen unter ihrer Bedeckung herzuführen. Sie gelangten damit ziemlich unangefochten beinahe durch den Ort Bovenden hindurch, als plötzlich aus dem Hinterhalt, aus Gärten und Häusern Schüsse fielen, durch die ein göttinger Bürger verletzt wurde. Es wollte nicht gelingen, sich der Thäter zu bemächtigen. So kam gegen 2 Uhr Nachts der Hauptzug, später dann noch manche vereinzelte Nachzügler in Göttingen an.

Italien.

In Turin war am 29. Juli von der Mehrheit der zweiten Kammer der Regierung eine fast diktatorische Gewalt anvertraut. In Mailand ist man entschlossen, die Stadt jedenfalls zu vertheidigen; Anstalten werden bereits getroffen; Karl Albert wird sich wahrscheinlich bis hinter die Adda zurückziehen.

Frankreich.

Paris, 2. August. In der Nationalversammlung wurde heute die Berathung über den Gesetzentwurf für Einführung einer Hypothekenbank, die bereits in der gestrigen Sitzung begonnen, fortgesetzt. — Der Ministerrath hat gestern Abend, wie als gewiß verlautet wird, den Beschluß gefaßt: es sey kein Grund vorhanden, dem von der Mailänder Behörde gestellten Begehren um Intervention Frankreichs zu entsprechen, so lange dasselbe nicht von dem Könige Karl Albert unterstützt würde. Die Lombardei hat sich mit Piemont vereinigt, ist also nicht besagt, einseitig ein solches Begehren, das zu so ernsten Folgen führen könnte, zu erheben. — Durch einen außerordentlichen Kourier sind Depeschen des Hrn. Cremieux, des französ. Gesandten in Kopenhagen eingetroffen. Der Repräsentant Frankreichs zeigt darin an, daß er seine Vermittelung zum Abschlusse eines Waffenstillstandes angeboten und General Wrangel darüber nach Frankfurt berichten zu sollen geglaubt habe. (F. J.)

Großbritannien.

London, 1. August. Die „Times“ meldet in einer zweiten Ausgabe Folgendes: Wir haben durch den elektrischen Telegraphen von Liverpool untenstehende Nachrichten unserer Correspondenten, datirt Dublin, Montag Abends, erhalten: „Zehn Leute im Geschäfte von Prim und Comp. wurden heute Morgen verhaftet und im Kilmainhamgefängnisse verwahrt. Man fand bei ihnen amtliche Ernennungen zu Stellen im Heere der Rebellen. General M'Donald sieht in Ballingarry. Den Smith O'Brien hörte man zuletzt zu Johnstrown, in der Grafschaft Kilkenny. Neun Grafschaften sind heute proklamirt.“ Die Gesellschaft des elektrischen Telegraphen hat von Dublin, Montag 5½ Uhr Nachmittags folgende Nachricht erhalten: „Das ganze Land längs der Eisenbahn ist ruhig. Das 75. Regiment, 2 Kanonen und Bedienung gingen heute Morgen von Dublin nach Thurles ab. Das 35. Regiment, 1100 Mann stark, ist heute Morgen in den Kriegsdampfschiffen „Driver“ und „Cyclobs“ in Kingstown angekommen; auf dem „Royal William“ trafen 45 Artilleristen, Pferde und 2 Kanonen ein. — Man sieht den irischen Aufstand in England für völlig unterdrückt an, und die Zeitungen spotten über den kläglichen Ausgang des Unternehmens. — Herzog Karl von Braunschweig hat den König Ernst August von Hannover als Herzog von Cumberland und Grafen Armagh vor dem englischen Oberhause verklagt, wegen der ihm im Jahre 1833 bestellten Vermögensverwaltung. Die Lords hatten die Beschiedenheit, da ihr College, der Herzog von Cumberland, auch ausländischer König ist und Herzog Karl kein Engländer, sich für incompetent zu erklären. (K. Z.)

Bekanntmachung

Auf Antrag eines Gläubigers wird das Wohnhaus des Johann Wittauer zu Waischenfeld Bes.-Nr. 81b und Auganthell an den noch unvertheilten Gemeindegründen Bes.-Nr. 82b, geschätzt auf 280 fl., im Wege der Execution am

19. August früh 10 Uhr

in loco Waischenfeld einen 2. Strich ausgesetzt, und erfolgt in Gemäßheit §. 98 mit 101 der Novelle vom Jahre 1837 der Hinschlag ohne Rücksicht auf die Taxe, wozu Steichliebhaber eingeladen werden.

Hollfeld, den 27. Juli 1848.

Königliches Landgericht.
Sondinger.

Anzeigen.

(Berichtigung.) Der Abgeordnete Herr Keim wird in Nr. 26 der stenographischen Berichte bei zwei Abstimmungen, S. 597 und 602, als abwesend aufgeführt. In Nr. 28, S. 625, wird berichtigt, daß er bei letzterer Abstimmung nicht abwesend, sondern unter den mit „Ja“ Stimmenden gewesen. Ueber die erstere Abstimmung findet sich keine detaillirte Berichtigung. Also ist Herr Keim bei einer Abstimmung doch abwesend gewesen.

Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

Unterzeichneter Agent ist ermächtiget, Affrode zu ermäßigten Preisen (auf neutralen Schiffen, welche ohne Kriegs-Gefahr die Elbe ein- und auslaufen können) von Hamburg nach New-York und Neu-Orleans abzuschließen, und ist bereit, auf jede weitere mündliche oder schriftliche Anfrage nähere Auskunft zu ertheilen.

Friedrich Feustel,
Ziegelgasse Haus-Nr. 196.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 219.** 8. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 4. August. Ausführlicher Bericht über die 55. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nach Eröffnung der Sitzung theilte das Präsidium mit, daß der Abg. Ree von Offenburg seinen Austritt angezeigt habe. Aus einem von dem zweiten Vicepräsidenten v. Herrmann heute der Versammlung erstatteten Bericht ergab sich, daß bis jetzt an 121 Mitglieder Urlaub ertheilt wurde, und daß von diesen 67 noch abwesend sind. Bei der letzten namentlichen Abstimmung fehlten 107 Mitglieder. Das Bureau beantragt, daß an die abwesenden Mitglieder, deren Urlaub abgelaufen ist, eine Aufforderung erlassen werde, entweder hierher zurückzukehren, oder sich zu erklären, ob sie ausgetreten wünschen, für welchen Fall die Ersatzmänner einzuberufen wären. Die Versammlung genehmigte diesen Antrag und beauftragte zugleich das Bureau, wegen Ergänzung der Ausschüsse Vorschläge zu machen. Zugleich wurden mehrere Urlaubsgesuche bewilligt. Nachdem hierauf über die beantragte Aufhebung verschiedener Strafarten die Discussion geschlossen worden war, beantragte Schelter die namentliche Abstimmung über die Frage von der Aufhebung der Todesstrafe überhaupt und für politische Verbrechen insbesondere. Ein Präjudizialantrag, daß über bestimmte Strafarten nichts in den Grundrechten festgesetzt, vielmehr die gestellten Anträge an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen werden sollen, wurde mit 265 gegen 175 Stimmen bei namentlicher Abstimmung verworfen, sodann die Abschaffung der Todesstrafe mit Ausnahme der Fälle, in welchen das Kriegsrecht sie vorschreibt, ebenfalls bei namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 146 Stimmen angenommen; auch die Abschaffung des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung wurde beschlossen, dagegen jene des Schuldenarrestes abgelehnt. Der §. 7. lautet nach diesen Beschlüssen vollständig wie folgt: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur gestehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten zugestellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen, im Lauf des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer von Gerichte zu bestimmenden Caution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeichen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen. Wegen unbefugt verfügter oder widerrechtlich verlängerter Gefangenschaft haften die daran Schuldtragenden und nöthigenfalls der Staat dem Gefangenen für Entschädigung und Genugthuung. Die Todesstrafe, ausgenommen da, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, der Pranger, die Brandmarkung und die körperliche Züchtigung sind abgeschafft.

Frankfurt 1. August. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, in welcher Weise die von dem Reichskriegsminister in der Reichsversammlung gestern gemachte Mittheilung, den Krieg in Schleswig-Holstein betreffend, thatsächlich verwirklicht werden soll. Oesterreich und die süddeutschen Staaten werden zu den Reichstruppen in Schleswig-Holstein stoßen lassen auf Anordnung des Reichsministeriums: Oesterreich: 4 Regimenter Infanterie, in 2 Brigaden, eine Division bildend; 8 Escadronen Cavalerie, 1 Brigade bildend, mehrere Raketenbatterien, sammt entsprechendem Geschütz. Bayern: 4 Regimentee Infanterie, 1 Division bildend, 8 Escadronen Cavalerie nebst entsprechendem Geschütz. Württemberg: 1 Brigade Infanterie von 2 Regimentern 4 Escadronen Cavalerie nebst Geschütz. Baden eben so wie Württemberg. Hessen-Darmstadt: 1 Regiment Infanterie. Nassau: 1 Regiment Infanterie, zu diesem das Infanteriebataillon der freien Stadt Frankfurt und ein weimarisches Truppencorps eine Brigade bildend. (W.-Z.)

Aus Bayern, im August. Die preußische Regierung hat an sämmtliche deutsche Höfe einen Vorschlag ergehen lassen, zu einer Vereinbarung wegen Anführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 28 Juni 1848 in Betreff der am Sitze der provisorischen Centralgewalt für Deutschland von den Landesregierungen zu bestellenden Bevollmächtigten. Zu dem Collegium dieser Bevollmächtigten sollen diesen Gutachten zufolge als Einheiten vertreten werden: 1) Oesterreich, 2) Preußen, 3) Bayern, 4) Königreich Sachsen mit Sachsen-Weimar, sowie mit den herzogl. sächsischen, fürstl. schwarzburg'schen und fürstl. reuß'schen Landen, 5) Würtemberg und Baden mit den fürstl. hohenzollern'schen Landen, 6) Hannover mit Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Holstein und Lauenburg, Schaumburg Lippe und den freien Hansestädten, 7) die beiden hessischen Hauptstaaten mit Hessen-Homburg, Nassau und Frankfurt. Die Vertreter der gedachten sieben Einheiten sollen ein Rad bilden, welcher über die gemeinsamen mit der provisorischen Centralgewalt zu verhandelnden Angelegenheiten der von ihnen vertretenen Regierungen nach Stimmenmehrheit Beschlüsse fasst. Bei dergleichen Beschlussfassungen sollen Oesterreich und Preußen jedes für sich drei Stimmen abzugeben haben und können sich, wenn sie es nöthig finden, durch eben so viele Bevollmächtigte im Rath vertreten lassen. Jede von den übrigen Kurien soll eine Stimme führen.*)

Die Proklamation des Königs, welche bei der am 6. August für den Reichsverweser stattgefundenen Huldigungsparade den Soldaten verlesen wurde, lautet: „Bayern! Der Reichsverweser unseres deutschen Gesammtvaterlandes ist ernannt. Erzherzog Johann von Oesterreich hat mit Zustimmung aller deutschen Regierungen dem Rufe der National-Versammlung entsprochen und die Leitung der provisorischen Staatsgewalt übernommen. Seine Person, seine hochwichtige Sendung begrüßen wir, begrüßt ganz Deutschland mit offenem Vertrauen. Eine neue Zeitrechnung hat begonnen. Das theuere Gesammtvaterland wird nach Innen und Außen kräftig erstarken und durch Einigkeit überallhin Achtung gebieten. Unsere Bayern schon vor 30 Jahren mit Begründung verfassungsmäßiger Freiheit vorangeschritten ist, sowie es Unsere erste Regierungshandlung war, diese Freiheit zeitgemäß zu entwickeln und fortzubilden, so und auf solchem Rechtsboden schließen Wir Uns auch dem gesammten deutschen Vaterlande freudig an. Bayern wird, wo es Noth und wo es gilt, — Gut und Blut zum Opfer bringen. Reichenhall, 1. August 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinz. Leechenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. Freiherr v. Strauß. — Von solchen Gesinnungen durchdrungen vernehmt die Ansprache des Reichsverwesers selbst." (Folgt dann dessen „Aufruf an die Deutschen.")

München, 5. August. Wie in meinem gestrigen Schreiben erwähnt, war unter der Landwehr und den Freikorps der Wunsch rege geworden, an der Huldigungsfeier am 6. d. Theil zu nehmen. Eine Deputation begab sich deßhalb gestern Vormittags zu dem Minister des Innern, um denselben von diesem Wunsch in Kenntniß zu setzen. Der Minister erklärte, daß nach dem betreffenden Reskript des Reichskriegsministeriums nur die Bundestruppen zu huldigen hätten, nicht aber auch Landwehr und Freikorps, daß er, der Minister, aber nichts einzuwenden habe, wenn Landwehr und Freikorps an jegend einem andern Tag durch Ausrückung re. ihre Freude und Zustimmung zu Wahl des Reichsverwesers kund geben wollten. In Folge dieser Antwort wurde nun gestern Abend eine allgemeine Versammlung der Landwehr und Freikorps nach dem Pschorrschen Keller berufen. Die Antwort des Ministers erfuhr die entschiedenste Mißbilligung, und es wurde nach kurzer Debatte beschlossen, nicht an einem andern Tag, sondern jedenfalls am 6. August auszurücken. Ein dreimaliges stürmisches Hoch auf den Reichsverweser und das deutsche Vaterland folgte diesem Beschlusse, worauf Rembold's „deutsches Vaterland" gesungen wurde. Die anwesenden Offiziere des Landwehrbataillons erklärten, daß sie von der gewünschten Ausrückung die vorschriftsmäßige Anzeige an die vorgesetzte Militärbehörde machen würden, und daß, wenn dort die Ausrückung nicht genehmigt würde, sie ihre Offizierspellen niederlegen und als einfache Wehrmänner sich den übrigen anschließen würden. Die anwesenden Landwehr-

*) Die Ausführung dieses Planes heiße den Bundestag wieder in's Leben rufen.

Digitized by Google

männer beschlossen nun, sich noch in der Nacht zu ihrem interimistischen Regierungskommandanten, Hrn. Wenzeslaus Ott zu begeben um ihm von dem gefaßten Beschluß der Freistaats in Kenntniß zu setzen, und ihm den Wunsch, daß auch die Landwehr in festlicher Parade ausrücken möge, mitzutheilen. Hr. Major Ott war mit diesem Wunsch einverstanden u. erklärte, sofort (Nachts 10 Uhr) dem Kreisinspektor Grafen Bierreg die vorschriftsmäßige Anzeige von der gewünschten Ausrückung zu machen. Eine Deputation der Landwehrmänner schloß sich Hrn. Ott auf dessen Wunsch an und folgte ihm zu Hrn. Grafen Bierreg, der sich sofort, Nachts 11 Uhr, mit der Deputation zu dem Staatsminister des Innern dorgab. Freiherr v. Zwehl-Dirmer wiederholte die schon am Morgen der Deputation ertheilte Antwort; da aber die Deputation auf die Ausrückung beharrte, so erklärte der Minister, heute Morgen den Ministerrath deßwegen zu wollen, um demselben die Frage vorzulegen. (Nachschrift.) Eben vernehme ich, daß der Ministerrath sich gegen die Ausrückung erklärt habe; es sollen jedoch die Landwehr und die Freikorps eingeladen werden, in Deputation der Huldigungsfeier beizuwohnen. Um das weitere hierüber zu besprechen, soll diesen Nachmittag eine Versammlung der Landwehr auf dem Rathhause stattfinden; ebenso werden sich die Freikorps diesen Nachmittag versammeln. Daß diese Gerüchte vielfache Aufregung erregen läßt sich nicht in Abrede stellen.*).

Aus der bayer. Pfalz, 3. August. In unserer Pfalz macht sich die Reaktion von Tag zu Tag dreister.**) Schon beginnen wieder, auf Grund oder Ungrund geheimer Denunciationen, politische Untersuchungen eingeleitet zu werden. So wurde gestern, ohne irgend eine spezielle Veranlassung, zur Einleitung einer derartigen — jedenfalls erfolglosen — Untersuchung, zu Odenbach an der Glan eine Hausbesuchung in gewöhnlicher Form vorgenommen. So unbedeutend dieser Vorfall an sich ist, so zeigt derselbe neben andern Erscheinungen die Gegenwart nur zu deutlich die Stunde der Zeit. Möchten doch die berufenen Lenker deutschen Zeitenlaufs nicht gleichgültig bleiben, wenn der Zeiger rückwärts nach Mitternacht sich bewegt; sondern vielmehr ihre Gewichte verdoppeln, damit das Werk dem goldenen Mittag zuführe. (F. J.)

Berlin, 4. August. Mit der gespanntesten Erwartung blickt Alles dem nächsten Sonntag entgegen. Die Bürgerwehr ist durch ihren permanenten Ausschuß zu Abstimmung darüber aufgefordert, ob sie sich Sonntag früh zu einer Parade versammeln und bei dieser Gelegenheit dem Wiederhervorsuchen" „als freiwilliges Zeichen der fortwährenden Anerkennung des Königthums, insbesondere des Eides der Treue für König und Verfassung in Preußen, den diese Huldigung nicht stört, ein dreifaches Hoch bringen wolle." Es haben sich bereits 102 Compagnien dafür erklärt.

Berlin, 4. August. Die Nationalversammlung nimmt in ihrer heutigen Sitzung zuerst eine Einladung des Central-Dombau-Vereins in Köln zu dem dort bevorstehenden Feste einegegen und behält sich über die Art und Weise ihrer Betheiligung daran ihren Beschluß vor. Der Ministerpräsident von Auerswald erhebt sich darauf zu einer Erklärung über die schweidnitzer Vorgänge, die seit heute Morgen hier eine außerordentliche Sensation erregen. Er bemerkt: daß nach zuverlässigen an die Regierung eingegangenen Nachrichten bei dem dortigen unfeligen Zusammentreffe zwischen Bürgern und Militär bis jetzt sechs Personen das Leben eingebüßt, eine größere Anzahl aber verwundet worden seyen, was durch so eben eingetroffene Abgeordnete aus Schweidnitz seine Bestätigung erhalten. Er wolle sich über dies ernste Ereigniß für jetzt aller Folgerungen enthalten und nur hinzufügen, daß die Gesetze ihren Lauf haben würden und Alles geschehen solle, um den Thatbestand festzustellen. Die Versammlung fährt darauf in ihrer Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe fort. Der Justiz-Minister Mühler erklärt sich über das Verhältniß des Staatsministeriums zu dieser Frage. Es habe über diese Frage zwar keine Einigkeit unter den Ministern hergestellt werden können, aber es sey beschlossen worden, die Frage als eine offene zu behandeln. Er wolle hier nur seine eigene Meinung darüber zu erkennen geben, wonach es ihm eine wahrhafte Genugthuung sey, hier öffentlich auszusprechen, was sich ihm in vierzigjähriger Praxis bestätdig aufgedrängt: daß die Abschaffung der Todesstrafe für ein dringendes Bedürfniß zu erachten sey. (Lebhafter Beifall in der Versammlung.) Das Amendement des Abg. Jonas: „Die Todesstrafe ist abgeschafft," wogegen noch hinzugefügt hat „ohne irgend eine Ausnahme", wird mit 193 gegen 164 Stimmen verworfen. Dagegen wird der einfache Paragraph: „Die Todesstrafe ist abgeschafft", mit 264 gegen 37 Stimmen angenommen.

Die Deutsche Reichszeitung berichtet in Bezug auf den offiziellen Empfang von 360 Deputirten am 31. Juli aus Potsdam: Es bleibe bei dem sestern Umstand bemerkenswerth, daß der König sich zu der Bemerkung veranlaßt fühlte, wie jetzt so bald nach nicht an eine Rückkehr des Hofes nach Berlin zu denken sei, weil man daselbst seine Farben beleidigt habe. Der Minister Kühlwetter, an den diese Aeußerung gerichtet war, wandte ein, daß der Bericht wohl einseitig aufgefaßen sein könne, und als ihm erwidert wurde, man wäre eben vollständig unterrichtet, der werthe der Minister, daß ihm als verantwortlichem Minister des Königs allein die Ehre zustände, öffiziellen und entscheidenten Bericht abzustatten.

Berlin, 4. August. Fast die ganze vergangene Nacht hindurch haben sich wieder lärmende Menschenmassen unter den Linden aufgehalten. Schon gegen Abend und dann noch einmal in der Nacht wurde die Bürgerwehr der umliegenden Bezirke aufgeboten, um die öffentliche Ordnung zu bewahren. Weitere Exesse haben nicht stattgefunden; es sind aber zahlreiche Verhaftungen erfolgt. — Die Huldigungsfeier des 6. August soll von einigen Bürgerwehrbataillonen wieder aufgenommen werden. Das Militär wird an dem genannten Tage bestimmt nicht ausrücken. — Es verbreitet sich heute das Gerücht, daß der Oberst Griesheim wegen seiner Schrift: „Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee", aus seiner Stellung im Kriegsministerium entlassen sey. Heute wird vor dem Kammergericht der Prozeß des Referendars Dortu aus Potsdam, welcher der Majestätsbeleidigung angeklagt ist, verhandelt. (D. A. Z.)

Köln, 4. August. Gestern wurde unser Abgeordnete bei der deutschen Nationalversammlung, Franz Raveaux, bei seiner Hierherkunft von Frankfurt von den Bürgern Kölns festlich empfangen.

Dessau, 4. August. Nachdem am 2. August die Nationalversammlung in Frankfurt am M. die „Abschaffung des Adels" abgelehnt hat, welche Nachricht heute hier bekannt wurde und in so manchem dang schlagenden Herzen freudigen Trost hervorgerufen hatte, kam in der heutigen Sitzung unserer constituirenden Landtags der Antrag des Abg. v. Prüschenk auf Abschaffung des Adels zur Berathung. Nachdem die Abg. v. Braundehrens und Jumme dagegen, die Abg. v. Behr, Fiedler, Habicht, Hölemann, Jannasch, Pohjg, Sander, Schilling dafür gesprochen hatten, wurde der Antrag in drei Theile getheilt und namentlich abgestimmt, nämlich: 1) Der Adel wird hiermit abgeschafft. Einstimmig angenommen. 2) Alle zur Bezeichnung des Adels dienenden Ausdrücke verlieren ihre Bedeutung. Einstimmig angenommen. 3) Und dürfen nicht mehr gebraucht werden. Mit 36 gegen 13 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 5 Stimmen angenommen.

Rendsburg, 2. August. Nach sorben eingegangenem Berichte hat sich unser Heer von der Königsau gänzlich zurückgezogen bis nach Apenrade hin, unsere Vorposten stehen bei Christiansfeld. Dort werden unsere Truppen sich so lange postiren, bis das neunte Armeekorps zu uns gestoßen seyn wird. Die Dänen haben Jütland gräulich verwüstet und sich auf ihre Schiffe begeben. Man vermuthet, daß sie mit vereinter Macht in einem unserer Häfen oder gar an verschiedenen Punkten einen Landungsversuch machen werden, was ihnen aber jetzt, da die deutschen Truppen eine so feste Stellung eingenommen haben, daß sie die Küsten vor jedem Angriffe schützen können, nicht gelingen wird. Wir können uns mit ziemlicher Zuverlässigkeit dahin aussprechen, daß das neunte Armeekorps zu uns stoßen wird, keineswegs aber in der Absicht, die Preußen zu ersetzen, sondern daß dasselbe vielmehr nur zur Verstärkung des Heeres eintreffen wird. Die schleswig-holsteinischen Truppen, welche, wie es anfänglich hieß, hierher zurückkehren sollten, und zwar nicht, um die hier in Garnison liegenden Truppen zu ersetzen, sondern um die Hafen- und Landungsplätze vor feindlichen Angriffen zu schützen, werden einstweilen noch im Norden bleiben. Es hatte eine Deputation aus Eckernförde bei der provisorischen Regierung um eine Befestigung ihres Hafens gebeten; wie wir heute in Erfahrung bringen, soll sofort eine starke Batterie dorthin abgehen.

Italien.

Chiasso, 1. August. Ich beeile mich, Ihnen anzuzeigen, daß nach soeben eingegangenen Nachrichten die Oesterreicher schon über Cremona hinaus bis nach Codogno vorgerückt sind, und daß man nun in Mailand wieder anfängt, Barrikaden aufzuwerfen. Um Mailand herum ist man eifrig beschäftigt, alle Bäume niederzuhauen, Gräben zu machen, Erdhaufen aufzuwerfen, um so den Oesterreichern alles weitere Vordringen unmöglich zu machen. An die Stelle der provisorischen Regierung in Mailand ist

*) Wir erhalten aus München noch einen Brief von gestern, in soll, um ihn heute mehr aufnehmen zu können. Nachträglich, nachdem die gesammte Landwehr und die Freikorps auch gegen den Willen des Ministeriums einberufen und zu huldigen, vor Herr von Thon-Dittmer so gnädig sich den Willen der Landwehr zu fügen. Morgen Näheres.

**) Im diesseitigen Bayern werden die politischen Prozesse auch bereits schmunghaft betrieben.

Digitized by Google

ein Diktator mit zwei Konsuln ernennen. Von Karl Albert sammt seiner Armee weiß man Nichts, und es heißt allgemein, derselbe habe sich über den Po zurückgezogen, um sich nach Alessandria zu begeben. (D. Z.)

Zürich, 1. August. Reisende, von Mailand kommend, erzählen: Die Oesterreicher sollen nach einem vor Cremona erfochtenen Siege bereits die wenige Stunden vor Mailand vorgerückt sein. Viele Familien, namentlich Fremde, flüchten sich in die Schweiz. Man befürchtet Aufstände, theils in republikanischem, theils von Seite der Landwehr namentlich in österreichischem Sinne. (D. Z.)

Mailand, 28. Juli. Heute empfingen wir die Nachricht, daß die piemontesische Armee gänzlich geschlagen sey und deren Ueberbleibsel bereits den Po passirt haben, um sich über Piacenza gegen Alessandria (piemontesische Grenzfestung) zu ziehen. Die Oesterreicher folgen auf dem Fuße nach und scheinen ebenfalls eine starke Kolonne Brescia zu instradiren zu haben, um von da über Bergamo nach Mailand zu kommen. Alle diese Städte sind von regelmäßigem Militär entwaffnet und können nur von der Guardia nazionale vertheidigt werden. Laut den letzten Berichten sind die Einwohner von Brescia nicht zum Widerstand geneigt, und haben bereits ihre Barrikaden weggeräumt. Die italienischen Freischaaren, welche die Bergpäße besetzt hielten (das Stilfischer Joch und Tonale) sind sehr bedrängt, und es dürfen sich vielleicht schon in den nächsten Tagen Oesterreicher in unserer Gegend zeigen. Die Bestürzung ist hier allgemein. Viele Nobili wollten bereits die Stadt verlassen, wurden aber an den Thoren zurückgewiesen. Gegen die sehr unpopuläre Regierung geschehen täglich Demonstrationen, und es ist zu befürchten, daß ein Aufstand gegen sie ausbrechen möchte. — 30. Juli. Gestern Abend erschienen folgende Dekrete: Augenblickliche Ausrüstung von 12000 Nationalgarden, um nach Brescia oder Bergamo zu ziehen, und da es an 3000 Mänteln gebricht, so werden durch Offiziere Haussuchungen gemacht, um die vorgefundenen Mäntel gegen Scheine der Regierung in Beschlag zu nehmen. Eine neue Kontribution von 14 Mill. Lire, welche die Reichen treffen soll, ist beschlossen, am 10. und 25. August je zur Hälfte zu zahlen. Sobald hat seine Entlassung als Bürgermeister eingereicht.

Die von dem Feldmarschall Radetzki gestellten Bedingungen für den Waffenstillstand sollen folgende gewesen seyn: die Uebergabe von Venedig, Peschiera und Osopo und der Rückzug der Piemontesen hinter die Adda.

Bülletin Radetzky. Hauptquartier Sesto, 5 Miglien vorwärts Cremona, 31. Juli. Heute früh beim Anmarsch meiner Truppen hat die Stadt Cremona, welche der Feind in der Nacht verlassen und sich bei Pizzighettone über die Adda zurückgezogen hatte, sich mittelst von ihrer Deputation ohne allen Widerstand unterwerfen. Ich hieß daselbst eine Brigade des Reservekorps als Garnison, während alle meine vier Armeekorps in vollem Zuge gegen die Adda sind, welche ich, wenn der Feind nicht bedeutenden Widerstand leistet, vielleicht schon morgen überschreiten kann. Das Landvolk kam uns auf den Wegen mit freudigen Zurufen: „i nostri liberatori“ entgegen. In den Städten aber herrscht ein schlechter Geist, der gezügelt werden muß. In Cremona fanden wir 5 Kanonen und erbeuteten viele Vorräthe an Viktualien und mehreren Bägen mit Monturstücken und Schuhen. Die Armee ist bei ihren großen Anstrengungen fortwährend von bestem Geiste beseelt, und vollbringt somit bei bedeutendem Hitze mit Freuden die ihr zur Verfolgung des Feindes auferlegten Gewaltmärsche. Radetzky, Feldmarschall.

Neuestes Mailänder Bülletin vom 31. Juli: Am 29. war das Hauptquartier Karl Alberts in Ca de'Quinzani, bei Cremona; am andern Tag war der König in Cremona; um 9½ fand eine kleine Kanonade zwischen dem italienischen und österreichischen Heer statt; ersteres, indem es mit Vortheil den Angriff des Feindes auf seine Nachhut besetzt, marschirt auf Pizzighettone, um diesseits der Adda starke Stellungen zu nehmen. Die französische Hilfe ist ausdrücklich angerufen von piemontesischen Ministerium und von der provisorischen Regierung der Lombardei.“

Frankreich.

* Paris, 3. August. Endlich ist es zum offenen Bruche zwischen der republikanischen Partei und der sogenannten gemäßigten, besser gesagt, monarchischen Partei gekommen. Nach all' den parlamentarischen Scharmützeln der letzten Wochen, nach allen dem-sofort angelegten und stets durch Cavaignacs Geradheit und Energie vereitelten Intriguen, haben Cavaignac und seine Freunde endlich eingesehen, daß es besser sey, offene Feinde sich gegenüber zu haben, als zweifelhafte und verrätherische Freunde in seinen Reihen und so ist der Bruch gestern erfolgt. Das Gesetz über die Besteuerung der Hypothekenbesitzer gab den Anlaß; schon vorgestern war es von Lasteyrie und andern Rednern der ehemaligen Linken bitter angegriffen und als ein Raub bezeichnet worden, — gestern nahmen die beiden Führer der monarchistischen Partei, Thiers und Berryer das Wort und bekämpften den Vorschlag auf das Bitterste. Thiers mit seiner gewöhnlichen Ironie und seinem abgebrochenen Wesen war wirklich maßlos und in höchstem Grade verletzend und so ist denn endlich dem Männern auf der Regierungsbank die Geduld ausgegangen und der Finanzminister Goudchaux, nachdem er mit Cavaignac und seinen Collegen sich einige Augenblicke berathen hatte, nahm das Wort und erklärte nur kurz und dürr, daß die Republik nicht die Monarchie zur Lehrmeisterin nehmen wolle, daß sie ein neues Steuersystem einführen wolle, die belastete, die bis jetzt unbegreiflicher Weise steuerfrei geblieben seyen, diejenigen erleichtern, die bis jetzt ungerechterweise fast allein alle Lasten der Steuern getragen hätten. Er zeigte an, daß die Regierung entschlossen sey, das bis jetzt steuerfrei gewesene Kapital zu besteuern, daß die Hypothekensteuer, die progressive Steuer auf Erbschaften und Schenkungen und dieser die Einkommensteuer folgen werde, zugleich machte er in seinem und seiner Collegen Namen dies neue Finanzsystem zur Kabinetsfrage, mit der die Regierung stehen oder fallen würde. Diese Erklärung machte einen tiefen Eindruck, man begriff, daß Cavaignac und seine Freunde in der Republik nicht eine Fortsetzung des Juli-Systems, nur ohne König, sehen, sondern daß sie eine vollständige Reform des Staates auf demokratischer Grundlage wollten. Vergebens suchte Berryer den Eindruck zu schwächen und zu Widerstand des Finanz-Comités nicht mit eine systematische Opposition gegen jede Neuerung, sondern als eine aufrichtige Besorgniß für das Wohl des Landes vorzustellen. Man verlangte den Schluß der Diskussion, der verwerfende Antrag des Finanz-Comités wird (wiewohl mit einer geringen Majorität) beseitigt und man schritt zur Diskussion der Artikel. Der Artikel 1, der das Princip der Steuer feststellt, wird abermals lebhaft bekämpft, aber endlich mit 378 gegen 339 Stimmen angenommen.

Herr Albert Rieri, zum Gesandten Sardiniens bei der französischen Republik ernannt, ist in aller Eile hier angekommen. Er ist am 29. Juli von Turin abgereist, war gestern Früh hier und ward um 1 Uhr bereits dem Minister Bastide vorgestellt, der ihn Abends zum General Cavaignac führte. Herr Rieri hat von seiner Regierung den Auftrag, die Mitwirkung Frankreichs zur Beendigung des italienischen Unabhängigkeits-Krieges in Anspruch zu nehmen. Carl Albert hat das Observationskorps aus Savoyen zu sich berufen, seine letzte Reserve, hinter der nichts mehr folgen kann, als die französische Armee. In Turin selbst hat es unruhige Auftritte gegeben, das noch vor der letzten Niederlage von Schlachten gehiltete neue Ministerium Casati wird mißfällig aufgenommen. Am 29. Juli, unter dem Eindrucke der Hiobsposten von der Armee drängte sich das Volk in die Deputirtenkammer und verlangte ihre Auflösung, so wie die Concentrirung aller Gewalten in die Hände des Königs. Der Pallast der Kammer ward geschlossen, die Nationalgarde vertheidigte die Zugänge, mehrere Redner sprachen durch die Fenster zum Volke. Endlich gelang es Giobert, der erklärte, er werde ein Ministerium bilden, das Volk zu beruhigen.

— Man versichert, daß die französ. Regierung durch den Telegraphen die Nachricht erhalten hat, daß dem König Karl Albert am 30. die unbeschränkteste Diktatur übertragen worden sey.

Herr Guerrini, Abgesandter der Mailänder Regierung ist gestern vom General Cavaignac empfangen worden. Die „Nouvelles Bätter vom 1. melden, daß die Regimenter von dort in Eilmärschen nach der italienischen Gränze aufgebrochen sind und daß General Dubinot sich ebenfalls dahin begab; — in allen Garnisonen des Südens herrscht große Bewegung.

Großbritannien.

London, 2. August. Ueber das Treffen bei Boulagh hat das Polizeiamt in Dublin folgende amtliche Bekanntmachung erscheinen lassen: „Wir freuen uns, der Polizeimannschaft anzeigen zu können, daß eine kleine Anzahl von Constablern gestern Abend ohne militärische Hülfe unweit Killenaule, in der Grafschaft Tipperary, einen Angriff auf tausend Mann machte, die unter Schmidt O'Brien's unmittelbarem Befehle standen und meistens mit Feuerwaffen und Büchsen bewaffnet waren. Kein einziger Konstabler ist verletzt; aber sieben Rebellen sind getödtet und eine große Anzahl verwundet. O'Brien's Partei lief in der größten Verwirrung davon und ward völlig zerstreut. Ungefähr eine Stunde nachher war eine große Truppenmacht zur Stelle, fand aber nichts mehr zu thun übrig.“ Der Berichterstatter der „Times“ gibt über das

Digitized by Google

Treffen heute nähere Auskunft. Den im Hause eingeschlossenen fünfzig Constablern unter Trant zogen neunzehn Mann zu Hülfe, die, von dem Unter-Inspektor Cox geführt, von Cashel aufgebrochen waren. Die Aufständischen, welche eben von dem Hause blutig zurückgewiesen waren, drangen in hellen Haufen auf sie ein. Allen voran schritt ein Mann, der eine gewaltige Pike über seinem Kopfe schwenkte und zum Angriff aufforderte. Schieß den rief Cox den Seinigen zu. Und augenblicklich war der Mann ins Herz getroffen und schlug todtenblaß wie ein Hase, der im Laufe geschossen wird. Die Menge lief aus einander, und Schüsse wurden hinter sie her gefeuert. Der Knall der Flinten ward von einer anderen Abtheilung von Constablern, neunzig Mann stark, gehört. Sie liefen sogleich quer über das Feld dem Schauplatze zu, und Trant konnte sich jetzt mit seiner Mannschaft aus dem Hause zurückziehen. Es gehört einer Wittwe, Meß. Cormac. Sie hatte fünf Kinder in dem Hause, welche Trant und seine Genossen sich geweigert hatten herauszugeben, und als Geißel zurückbehielten. Die Wittwe suchte in ihrer Angst, daß den Kindern ein Leid geschehen möchte, O'Brien, das Haupt der Rebellen, auf und fand den König von Munster in ihrem Kohlgarten aus Vorsicht auf der Erde liegen. Sie bat ihn, mit Herrn Trant ihrer Kinder wegen zu sprechen, und riß ihn zuletzt dem Rockfragen. Aber Smith O'Brien wollte sich nicht hervorwagen. Endlich kroch er auf allen Vieren aus der Gartenthüre. Er ward aber sogleich von den Leuten im Hause bemerkt. Da ist er! riefen sie und gaben Feuer auf ihn. Er rollte zurück und ward nicht mehr gesehen. Das Volk in der Umgegend ist noch sehr aufgeregt. Die Nachrichten aus Dublin reichen bis gestern Abend. Die neuesten sind folgende:

„Smith O'Brien hat heute Morgen um 3—4000 seiner Anhänger sein Hauptquartier in Killcash genommen, am Abhang der Höhen von Slievenamon.

Der Lord Statthalter hat eine Proclamation erlassen, worin er Jedermann warnt, Rebellen zu beherbergen oder ihre Flucht zu unterstützen, bei Strafe des Hochverrathes.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Juli. Obgleich in den letzten Tagen einige Reserven von Malmoe nach Fühnen übergesetzt sind, scheint es mit der schwedischen Betheiligung an dänisch-deutschen Kriege nicht sehr thätig gemeint zu sein; die aus 12 größeren Kriegsschiffen bestehende Flotte, die vor einiger Zeit in der Ostsee kreuzte, hat wenigstens wieder auf der Rhede von Malmoe geankert.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 7. August. Die Huldigung für den deutschen Reichsverweser wurde gestern früh 9 Uhr von den hier garnisonirenden Regimentern und dem Landwehrdataillon sammt dem Freikorps gemeinschaftlich gefeiert. Vorher schon waren die schwarzrothgoldnen Banner, ein Geschenk hiesiger Frauen und Jungfrauen, von ihnen übergeben und feierlich an die Landwehrfahne geheftet worden, wobei für den zweiten Bürgermeister*) Herr Rechtsrath Haß einige passende Worte sprach, auf die der Kommandant der Landwehr, Hr. Obersilleut. v. Regemann, einige Worte erwiderte. Die Huldigung ging nach der Vorschrift des bayerischen Kriegsministeriums in der Weise von Statten, daß man zuerst die oben mitgetheilte Proklamation des Königs Max, sodann die des Reichsverwesers verlas, worauf ein dreifaches Hoch ausgebracht wurde, erst dem König, dann dem Erzherzog-Reichsverweser, sodann dem Wohl des gesammten deutschen Vaterlands. Die Bestimmung dieser Reihenfolge war jedenfalls unpassend und mit der Anordnung des Reichsministeriums nicht übereinstimmend: denn wenn man auch davon absehen wollte, daß letztere für diesen Tag lediglich eine Huldigung d. h. Anerkennung der Reichsgewalt durch die bewaffnete Macht von ganz Deutschland beabsichtigte, und daher die partikuläre Huldigung, die man in Bayern dreingab, schon als eine indirekte, aber nicht zu verkennende Demonstration gegen die Reichsgewalt erscheint, so trat dieselbe dadurch noch um so greller hervor, daß man dem Könige die erste Huldigung bringen ließ, und die zweite erst dem Reichsverweser. Noch scheint man in den obern Regionen nicht zur Einsicht kommen oder zugestehen zu wollen, daß Bayern seine Existenz nur dem Reiche gestiftet erhalten kann, dasselbe Bayern, das so oft schon sein staatliches Fortbestehen nur der Gnade mächtigerer Staaten, dem Neide nebenbuhlerischer Nachbarn zu verdanken hatte. Man erinnere sich nur an den österreichischen, an den bayerischen Erbfolgekrieg, an die Ländertausch- und Verkaufsgelüste des Wittelsbacherstammes Karl Theodor und die wiedererfolgte Rettung durch den Preußenkönig Friedrich II. Nur im engsten Anschluß an das Reich liegt Bayerns Heil, nur in ihm und mit ihm kann es erstarken, darum erst das Reich und dann das partikulare Interesse, erst der Reichsverweser und dann der Landesregent. — Daß man hier die Huldigung durch Linie und Landwehr gemeinschaftlich bringen ließ, ist um so mehr anzuerkennen, als bekanntlich beim bayerischen Staatsministerium entgegengesetzte Ansichten über diesen Punkt herrschen und in München zu Demonstrationen leicht Veranlassung geben könnten. — Der Tag, an welchem eine Million waffentragender Männer die deutsche Farbe zu ihrem Symbole macht, dieser Einigungstag für die große deutsche Armee, ward hier zum Volksfeste, an dem auch viele Nachbarn aus den nah gelegenen Städten Theil nahmen. Viele Häuser waren festlich geschmückt; daß es nicht mehr, daß es nicht alle waren, hat der löbliche Magistrat durch eine höchst weise Anzeige in diesen Blättern mit Erfolg zu verhindern gewußt, indem er durch eine Almosenspende die Kosten der Ausschmückung ersetzt wissen wollte. Dasselbe geschah schon zum zweitenmale in diesem Jahre. Das erstemal nach der königl. Proklamation vom 3. März. Der Magistrat scheint bei dieser Anordnung von der Ansicht auszugehen, als ob die Dekorirung eine Last sey, von der ein Jeder sich gerne durch eine Armensteuer loskaufen würde. Es wäre dieses freilich eine Ablösung eigener Art; denn da nur der dekorirt, der seine Freude daran hat, so zahlt er für die Abnahme eine Freude, wird er bestenfalls für die Entsagung eines Genusses. Wenn es in der Weise so fortgeht, so wird es am Ende, wenn man nicht auf jede Freude Verzicht leisten will, dahin kommen, den Magistrat zu ersuchen, zu der für die Entsagung auferlegte Armensteuer noch eine neue dazu einzuführen für die Bewerkstelligung, so daß für Bälle und Tänze, Essen und Trinkgelage gewisse Ablösungssummen festgesetzt würden. Doch Scherz bei Seite, selbst wenn man sich auf den pfiffigsten Standpunkt stellt, so kann man nur zu dem Resultate kommen, daß jener Schritt des Magistrats kein sonderlich weiser war: durch die allgemeine Dekorirung hätte es Verdienst für die Armen, für die Arbeiter unter ihnen gegeben, es wären mehr Fremde aus der Nachbarschaft hereingekommen und hätten Geld hier sitzen lassen, und hätte man auch unter all den Freuden auf dem Festplatze eine Armensammlung ex abrupto angestellt, was man wohl hatte thun können, so were diese gewiß nicht unergiebig gewesen, indeß man jetzt zurückhaltender war, und überdies, daß man bei diesem deutschen Feste seine Freude weniger äußern sollte, als bei andern Gelegenheiten, wenn z. B. ein Fürst auf einer Jagdjahrt nach Popularität die Stadt berührte, oder wenn eine Prinzessin, bei die Stadt auf ihrer Reise im Wege lag, sie nicht umging, Anläße, bei denen die Decorirung der Häuser nicht prachtvoll genug seyn konnte. — Im Uebrigen war auf der Festwiese, auf der sich viele Tausende herumbewegten, Alles heiter und fröhlich: Abends wurden die Zelte und Hütten illuminiet und wurde ein brillantes Feuerwerk abgebrannt.

*) Die Stelle des ersten rechtskundigen Bürgermeisters ist noch vakant, und soll sich bisher noch Niemand dazu gemeldet haben.

Im Verlage der Sch. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Anzeigen.

Sämmtliche Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins werden hiermit eingeladen, zu einer Generalversammlung, in welcher die sehr erfreulichen Inhalte der dem Ausschusse jüngst zugekommenen hohen Ministerial- und Regierungs-Reskripte zur allgemeinen Kenntniß und Berathung gebracht werden sollen, — am nächsten

Mittwoch den 9. August d. J. Nachmittags 5 Uhr

im Saale des Gewerbshilfsgebäudes bestimmt sich einzufinden.

Der Gewerbevereins-Ausschuß.

Ich sehe mich veranlaßt, meinen bisherigen verehrl. Abnehmern so wie allen resp. Literaturfreunden ergebenst anzuzeigen, daß ich fortwährend alle in den Antiquariatbuchhandel einschlägigen Geschäfte bestens besorge und durch meine auswärtigen Verbindungen in den Stand gesetzt bin, sowohl gesuchte werdende Werke aus allen Fächern schnell und billigst zu liefern, als auch verkäufliche Bibliotheken und einzelne Bücher bestmöglichst zu verwerthen. — Ich empfehle mich daher wiederholt zu geneigten Aufträgen, sowohl bezüglich des Einkaufs als des Verkaufs, unter Zusicherung reeller Bedienung.

Bayreuth, 2. August 1848.

B. Seligsberg, Antiquar.

Sonntag, den 6. d. Mts., wurde auf dem Schießplatz eine Tabackpfeife mit dem Wappenkopf Concordia soy's Panier verloren. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine Belohnung von 1 Kronenthaler beim Markedenter Csloff oder im Zeitungs-Büreau abzugeben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 220. | 9. August 1848.

Nur langsam voran!

P Die vielgerühmte Besonnenheit des deutschen Michel, die ihn bisher vor jeder politischen Uebereilung schützte, hat ihn auch, gottlob! bisher vor dem jähen Sprunge bewahrt, der ihn von seinem soliden Standpunkte deutscher Derbheit allzumahe der lustigen Höhe französischer Höflichkeit geführt hätte. Zum Beweise, wie behächtlich — langsamen Schrittes, wenigstens in den büreaukratischen Sphären man in dieser Beziehung seit 1831 fortgeschritten ist, führe ich die in jenem Jahre von Börne gegegenen Parallele zwischen französischen und deutschen Beamten an:

„Ein französischer Minister, selbst wenn er in Amtssachen „einem Bürger schreibt, unterzeichnet: „Ich habe die Ehre zu „verbleiben." Der König selbst, in seinen Ordonnanzen, nennt „auch den letzten seiner Unterthanen Herr, selbst wenn er ihn „straft. Er verordnet: „Dem Herrn N. wird wegen häufiger „Preßvergehen das Patent als Buchhändler entzogen." Aber „jeder Amtssekretär im kleinsten deutschen Städtchen dekretirt: „Hat sich der Johann Christoph Peter unfehlbar morgen Früh „10 Uhr auf der Amtsstube einzufinden." Der Deutsche ist nur „gegen Vornehmere höflich; wie eine Sphynx lächelt er freundlich „nach Oben, und gebraucht nach Unten die Krallen. Er führt „über seine Courtoisie italienische Buchhalterei; hat er eine Schmei„chelei ins Soll gesetzt, schreibt er schnell eine Grobheit ins „Haben. Jeder Regierungs-Kanzlist, jeder Polizeicommissär „hält sich für einen Statthalter Gottes auf Erden, und ist von „Gottes Gnaden ein Grobian."

Nun wird gewiß jeder die Herren vom Adel, mit denen nach Fürst Windischgrätz der wahre Mensch erst beginnen soll, und die Herren Geistlichen, die ebenfalls unserm lieben Herrgott eine Stufe näher stehen, natürlich ausgenommen — der je einmal in den letzten 17 Jahren eine Zuschrift von einer — besonders Criminal-Gerichtsstelle erhalten hat, und weiß, daß es auch negative Größen gibt, im Stande seyn, zu berechnen, wie wenig groß, resp. wie noch weniger als klein der jährliche stetige Fortschritt ist, den auf dem genannten Gebiete unsere büreaukratischen Siebenmeilenstiefel seit 1831 gemacht haben!

Und nur derjenige, der jemals ein passendes Wort auf der Zunge hatte, und noch ehe er das auszusprechen vermochte, es von einem andern noch passender und besser aussprechen hörte, wird im Stande seyn, einen Theil meiner (des Schreibers dieses) Aerger zu bemessen über den Vorwiz Börne's, das schon vor 17 Jahren und besser gesagt zu haben, was ich heute erst zu sagen gedachte, andern Theils meine Freude über die von demselben übernommene Verantwortlichkeit, das in folio zu schreiben, was in Duodez zu denken ich bisher mich nicht getraute!

Deutschland.

Frankfurt, 5. August. Heute hat die erste Berathung zwischen dem volkswirthschaftlichen Ausschuß und dem zur Berhandlung mit demselben ernannten dritten Ausschuß des Gewerbekongresses stattgehabt. Das von dem letztern vorgelegte Programm zum Entwurf der künftigen deutschen allgemeinen Gewerbeordnung ist der Gegenstand eines mehrstündigen Austausches der Meinungen gewesen, die wohl nach beiden Seiten hin bereichert und dadurch in manchen Punkten modifizirt worden seyn dürften. So viel ist, nach dieser Konferenz, in welcher Theoretiker wie Praktiker manchmal einsehen mochten, daß Jeder allein und für sich das Werk nicht zu Stande bringen würde, mit Recht zu behaupten, daß die Arbeit des Kongresses, wie rauh und der Feile bedürftig sie auch seyn möge, doch durchaus nicht unnütz, ja hemmen vielmehr, als ein Stein zur Grundlage eines ganz neuen Gebäudes, von Denen mit Wohlwollen und Achtung entgegengenommen worden ist, die den Aufbau zu leiten haben. Die Berathung der Grundlinien mit dem volkswirthschaftlichen Ausschuß verschafft dem Program einen neuen Zuwachs an Vertrauen, das bei Einzelnen nicht eben auf festem Boden stand. Manche fürchteten schon, durch die oft allzu partikularistischen Bestrebungen in den Fall gebracht zu werden, unverrichteter Sache wieder nach Hause zurückkehren zu müssen. Heute ist die Plenarsitzung ausgesetzt, um den Aufschüssen, besonders dem zweiten, der den Entwurf zur Gewerbe-Ordnung auszuarbeiten hat, Zeit zu lassen, sich seiner Aufgabe zu entledigen. Am Montag den 7. d. kommt der Entwurf im Gewerbekongreß zur Berathung und, da die Grundzüge bereits angenommen und es sich eigentlich nur um die Fassung handelt, zur Abstimmung und geht dann sogleich in den volkswirthschaftlichen Ausschuß, so daß die Arbeiten des Kongresses in 8 bis 10 Tagen beendet seyn dürften. Die Frankfurter Bürger haben den Mitgliedern des Kongresses heute ein großes Festmahl im Weidenbusch veranstaltet, das um 5 Uhr beginnen wird. (K. v. u. s. D.)

Frankfurt, 6. August. Der bayerische Gesandte v. Abel soll Turin verlassen haben.

□ **München**, 6. August. Keine Tagesbreveille, kein Kanonenschuß weckte den Morgen des heutigen großen Tages; spärlich nur wehen die deutschen Farben von den Zinnen öffentlicher Gebäude, der Kirchthürme und einzelner Privathäuser und doch begehen wir heute wohl den größten (?) Tag in der deutschen Geschichte. In diesem Augenblick (früh 9 Uhr) versammeln sich die Garnisonstruppen auf dem Marktfelde; die Landwehr der Hauptstadt und der Au und Biesing, sowie sämmtliche Freikorps haben sich in der Ludwigsstraße aufgestellt und marschiren von da gleichfalls auf das Marsfeld, wo der Huldigungsakt in der vorgeschriebenen Weise vollzogen werden wird; über die Vorschriften hinaus wird nicht gegangen werden; der Enthusiasmus darf das officielle Maaß bei Leibe nicht übersteigen, dafür sorgt unser wackerer Kriegsminister und der eben so gestrenge Baron v. Thon-Dittmer, welch Letzterer gestern früh einer Deputation der Landwehr und Freikorps, die sich anfragen zu sollen bemüßigt fühlten, die Erlaubniß zum Ausdrücken verweigerte und ihnen nur durch Deputationen beim Huldigungsakt vertreten zu lassen gestattete. Sie werden fragen, wie man denn um diese Erlaubniß erst beim hohen Ministerio anfragen mochte, nachdem die gesammte Wehrmannschaft sich bereits auf das Bestimmteste dafür erklärt hatte? Der Servilismus der Commandanten der Landwehr und des Landwehr-Freikorps aber liebt es, seinen Nacken ganz absonderlich zu krümmen. Die Erbitterung jedoch gegen den Minister des Innern herrschte in allen Schichten der intelligenten Gesellschaft in hohem Grade und in einer gestern Nachmittag im großen Rathhaussaale abgehaltenen Versammlung sämmtlicher Wehrmänner ward beschlossen, auszurücken quand même. Viele Landwehroffiziere und namentlich die höheren äußerten sich auch jetzt noch dagegen und erklärten für ihre Person, nicht auszurücken; aber auch diese werden sich mit dem Herrn Minister des Innern nun eines Bessern besonnen haben, da Hr. Baron v. Thon-Dittmer noch gestern Abend bon gré mal gré sich dazu bequemte, die Bewilligung nachträglich zu ertheilen, auf welche übrigens mit dem Beschlusse der Wehrmannschaft gar nicht gewartet wurde. So hat sich also Herr Baron Thon-Dittmer abermals compromittirt. Derselbe bestund auf seiner Weigerung deßhalb so hartnäckig, weil er mehrere Anfragen auswärtiger Landwehrmannschaften und Freikorps abschlägig beschieden hatte. Auch der Unsinn will Consequenz.

Statt des eingegangenen „Fränk. Merk." wird Bamberg ein anderes politisches Blatt unter dem Titel „Bamberger Zeitung" erhalten.

Berlin, 5. August. Die Scenen der letzten Abende wiederholten sich auch gestern. Sie wurden jedoch interessant durch die Betheiligung einiger Mitglieder der Nationalversammlung, namentlich auch des frühern Staatsministers Rodbertus. Die Herren befanden sich in dem Conditoreilokale von Kranzler an der Ecke der Friedrichsstraße und der Linden, als die Conditorei durch der Polizei jungen Schöpfung eignen Brutalität mehre Verhaftungen völlig unschuldiger Personen vorzunehmen im Begriff standen. Hr. v. Berg und Hr. Rodbertus hatten Gelegenheit, sich durch den Augenschein von dem ganz gesetzwidrigen Verfahren dieser Bürgerpolizei zu überzeugen, und benutzten diese Veranlassung, Einspruch zu thun. Gesund genug, daß die Wächter der Freiheit auch sie zu verhaften beschlossen und nur dem Umstande, daß Hr. Rodbertus durch Vorzeigung seiner Karte sich zu legitimiren vermochte, konnte

Digitized by Google

sie von dem Geleit nach der Wache und von der Uebernachtung auf den Stadtwoigtei in der Umgebung einiger Hundert Diebe, Trunkenbolde und Vagabunden befreien. Die Sache ist heute Hauptgegenstand des Stadtgespräches und hat sogar mehre Constabler zur Verösfentlichung einer Erklärung veranlaßt, in der sie sich etwas darauf zu gute thun, daß sie aus der Bürgerschaft hervorgegangen sind. Auch die Bürgerwehr scheint gegen die Zusammenrottungen, die sich wiederholten, nun die, wie unverfänglich sie auch sind, nun einmal von der Polizei nicht gebuldet werden sollen, ein. Um Mitternacht war der Krawall beendet.

Zu morgen steht die große Huldigungsfeier bevor. Die Clubs haben sich zu einem Zuge vereinigt, die politischen Corporationen, Stadtbehörden, Nationalversammlung 2c. sind eingeladen, und es läßt sich jedenfalls etwas Großartiges erwarten. Von der großen Treppe des neuen Museums herab soll die erste Rede gehalten werden, sechs bis acht Redner, von den Clubs zu ernähnen, sollen auf dem Kreuzberge sprechen. Für den Volksclub ist Professor F. Benary gewählt. — Der Kammergerichtsaudcultator Dortu aus Potsdam ist wegen des in einer Rede von dem Prinzen von Preußen gebrauchten Ausdrucks: „der Kartätschenprinz," zu einer Gefängnißstrafe von 15 Monaten und zur Cassation verurtheilt worden.

Berlin, 4. August. Der Kriegsminister hat den allerhöchsten Armeebefehl vom 29. Juli d. M. den Truppen zur Bekanntmachung mit dem Bemerken übergeben: daß eine Truppen-Parade am 6. August nicht stattfinde.

Wien, 3. August. Spät gestern Abend ist ein Wiendepunkt eingetreten. Man glaubt mit Sicherheit der Ankunft des Kaisers entgegensehen zu können. Dr. Adolph Fischhof ist vom Kaiser auf Antrag des Ministers zum Ministerialrath im Ministerium des Innern ernannt worden. Damit ist die Emancipation der Juden in Oesterreich, die noch hier und da in Zweifel gestellt ward, factisch entschieden. (D. A. Z.)

Wien. In der Sitzung des Reichstags vom 3. August fragte der Abg. Scherzer den Kriegsminister: ob es bereits das Tragen der deutscher Kokarde bei den öffentlichen Regimentern angeordnet habe? Latour entgegnete: Im Ministerrathe sei die Frage noch nicht angeregt worden; um so mehr freue es sich, hier seine persönliche Ueberzeugung aussprechen zu dürfen. Die österreichische Armee aus allen Provinzen habe für Deutschland oft gekämpft, stets mit Erfolg auch ohne Kokarde gekämpft. Das Tragen der Kokarde würde und müßte in der österreichischen Armee, die ein einziges Ganze sei und bleiben solle, Zwietracht, Mißhelligkeiten hervorrufen. (K. a. u. f. D.)

Hamburg, 4. August. Allem Anschein nach ist es dem dänischen Ministerium mit der neu angekündigten Blockade (s. Dänemark) so wenig Ernst wie mit der Blockadeerklärung des Reichsverwesers. Die Dänen wollen nur drohen und sich wichtig machen und wünschen den Abschluß des Waffenstillstandes dadurch zu beschleunigen. Denn man hofft in Kopenhagen auf den Frieden und denkt trotz der äußerlich fortgesetzten See- und Landrüstungen an den Frieden. Daß mit den englischen Dampfschiff vorige Woche aus Petersburg dem Anschein nach eine Million Rubel in Silber angekommen, weiß Jeder, der das Schiff hat löschen sehen. Was Dänemark für diese Summe in Bürgschaft gegeben, ist nicht so gewiß, denn man zweifelt, daß Rußland bei der gegenwärtigen Lage Dänemarks in der Dependenz der bisher eingelösten Obligationen der englischen Anleihe hinlängliche Sicherheit finde. In die Angabe, daß Bernstein an Rußland verkauft worden, wird auch Zweifel gesetzt, denn Bornholm ist von Klippen umgeben, fast unzugänglich, und es würde erst nach vielfährigem Aufwande von Millionen bei Rönne der nicht zuverlässige Winterhafen für Kriegsschiffe, dessen Rußland in der Ostsee bedarf, hergestellt werden können. Wahrscheinlich würde Deutschland und insbesondere Preußen auch wol kaum die Vollendung eines solchen den Ausgang der Ostsee neu verschließenden feindlichen Bollwerkes dulden.

Apenrade, 3. August. Heute um die Mittagszeit kam auch von Norden her durch einen schleswig-holsteinischer Dragoner die Nachricht ins Hauptquartier, daß die Schweden von Fühnen abgezogen und nach Schweden zurückgekehrt seien.

Italien.

Rovigo, 28. Juli. Die österreichische Armee folgt der piemontesischen auf dem Fuße nach, die vor ihr in wilder Flucht gegen den Oglio und Po zurückeilt. Die Straße von Lotta hierher und nach Gazolo ist in ihrer ganzen Länge von drei Meilen mit Munitionsstücken aller Art dicht übersäet und beutet darauf hin, daß wenigstens 20,000 Mann nach Zurücklassung aller ihrer Kleider und Bagage in größter Unordnung flohen. Borgestern haben 4000 bis 5000 Mann Brescianer Hilfstruppen das piemontesische Lager von Goito verlassen, und sind nach ihrer Heimath zurückgekehrt. Andere große Haufen Verbündeter haben die Piemontesen verlassen, als am 24. bei unserem Mincieübergang bei Salionze unser Kanonendonner sich dem Lager dieser heldenmüthigen Vaterlandsvertheidiger näherte. Man schätzt ihre Zahl nicht weniger als 15 bis 20,000 Mann. Dem Könige dürften noch höchstens 24,000 bis 25,000 Mann bleiben, deren sich ein spanischer Schrecken bemächtigt hat.

Aus Verona, 1. August berichtet man, daß auch Crema — 6 Stunden von Mailand — ohne Wiederstand in die Gewalt der Oesterreicher fiel. Die Uebergabe von Brescia hat sich noch nicht bestätigt, wohl aber jene von Desenzano und Lonato.

Bülletin, Hauptquartier von Formigara an der Adda, 1. August. „Meine tapfere und unermüdliche Armee hat Mittags mit dem vierten Korps bei Crotta d'Adda und mit dem 1., 2. und dem Reservekorps bei Formigara die Adda passirt, die Truppen des Feindes am rechten Ufer vertrieben und Pizzighetone auf beiden Seiten umgangen, worauf der Feind die Brücke daselbst sprengte und den Platz verließ, der von uns sogleich besetzt wurde. Der Feind scheint theils gegen Piacenza, theils gegen Pavia in vollem Rückzuge zu seyn. Ich werde daher morgen mit dem 4. Korps bis an den Po gegenüber Piacenza, mit dem 1. und 2. Korps dagegen auf der Straße von Pavia bis an den Lambro rücken und das Reservekorps zur Unterstützung des 4. Korps bei Casale pusterieng aufstellen. Ich habe ein Streifkorps auf der Straße von Pavia entsendet, dessen Nachrichten ich bis 3. z. früh erwarte. Sollte sich der Feind auch bei Pavia über den Ticino und dann bei Mezzana Corti über den Po ziehen und somit seine Armee den Boden der Lombardei verlassen, so würde ich dann mit der Armee meinen Marsch nördlich über Melegnano gegen Mailand beginnen. Radetzky, m. p. F. M."

In Turin haben sich die Kammern aufgelöst, nachdem sie dem Antrag beigestimmt, der Regierung unumschränkte Vollmachten zur Vertheidigung des Vaterlands zu ertheilen.

Ungarn.

Pesth, 29 Juli. Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Herzog von Modena dem Banus Jellachich 200,000 Gulden zur Fortsetzung seiner feindlichen Rüstungen gegen Ungarn dargelichen hat. Auch der junge Fürst Odrenovich hat sich in intimen Verkehr mit Jellachich gesetzt.

Frankreich.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 3. August. Herr Bauchard, Berichterstatter der parlamentarischen Untersuchungs-Commission über die Ereignisse des 15. Mai und des 23.—26. Juni bestigt die Tribüne und beginnt mit der Einsetzung der Commission durch ein Decret der Nationalversammlung, welches er vorliest. Er demerkt, daß die Commission keine gerichtliche, sondern eine parlamentarische sey, und daß sie daher da still gestanden sey, wo der Bereich der Justiz anfange. Die Commission habe von allen Seiten Beistand und die wohlwollendste Hilfe erhalten, aber eine große Anzahl von Zeugen habe nicht Alles gesagt, was sie wußten, aus Furcht vor den Folgen und unter dem Eindrucke der blutigen Ereignisse. Der Schrecken und die Furcht schwinde jetzt jedoch immer mehr und es sey nun die Aufgabe der Justiz, diese Aussagen zu vervollständigen. Der Berichterstatter charakterisirt nun in kurzen Zügen die beiden insurrekten Bewegungen als zwei gänzlich unmotivirte, nur auf Anarchie und Demagogie basirte Ausbrüche zwidlen Hasseb gegen die Gesellschaft, das Eigenthum, die Familie, die Ordnung und selbst die Freiheit. Beide Bewegungen, mit dem ostensiblen Zwecke die Nationalversammlung zu sprengen, sind von der sozialistischen Parthei ausgegangen, die ihrerseits ihr Hauptquartier in Luxemburg, in den Clubbs, in den Nationalwerkstätten ihrer Armee hatten. Die Commission erklärt, daß keine active Intervention von Seiten der Agenten irgend eines Potentaten stattgefunden sey, und daß wohl isolirte Fälle von Geldvertheilungen durch Individuen, aber ohne Plan, ohne Zusammenhang vorgekommen seyen. Die Commission ist in ihren Nachforschungen nicht über den 4. Mai (Zusammentritt der Nat.-Versammlung) zurückgegangen, da das Decret der Versammlung: die prov. Regierung habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht ihm diese Reserve auferlege, aber unwillkührlich sey sie im Laufe der Untersuchung immer auf frühere Thatsachen zurückgeführt worden. Der Bericht kommt nun auf Ledru-Rollins Bulletins de la Republique, die zur Aufregung gegen die Nationalversammlung aufforderten, ehe diese noch zusammengetreten war. Die von ihm in die Departements geschickten Commissäre haben ebenfalls einen verderblichen Einfluß geübt. Endlich sind Agenten der exaltirten Clubbs in die Provinzen geschickt worden, und zwar bezahlt mit Geldern aus

Digitized by Google

den Fonds Secrets des Ministers des Innern (Ledru-Rollin). Herr Bouchard liest als Probe das äußerst heftige sechste Bulletin de la Republique vor, das offen zu einer neuen Revolution auffordert. Der Minister habe das Bulletin desavouirt, Nachforschungen habe erwiesen, daß es das Werk einer geflerten, aber exzentrischen Schriftstellerin (Georges Sand) gewesen sey und daß man es im Ministerium des Innern, bei der damals dort herrschenden Unordnung und Anarchie gedruckt habe ohne es zu lesen. Mehr noch, während Lamartines Manifest an Europa gegen jede Propaganda protestirte, ward aus dem Ministerium des Innern, mit dem Gelde der Fonds secrets und von hohen Beamten geleitet, eine bewaffnete Expedition gegen Belgien geschickt. Die Conferenzen der Arbeiter in Luxemburg, das vorgeschlagene Ministerium der Arbeit, die Bildung der Nationalwerkstätten, die unter der arbeitenden Klasse verbreiteten Doctrinen trugen endlich mit den obigen Keimen ihre Früchte, — diese waren der 15. Mai, der 23. Juni. — (Louis Blanc: Ich verlange das Wort.) Bouchard eilet nun nach dem Protokoll des Stenographen eine sehr heftige noch unbekannte Stelle aus Louis Blancs Rede in Luxemburg, in der er die Bedeutung und die Macht der Arbeiter-Versammlung über die der Nationalversammlung stellte und schwor, wenn ihm je dazu die Macht gegeben würde, die gesellschaftliche Ordnung, die jetzt infam sey, ganz umzustürzen und mit der Kraft der Arbeiter und mit dem Geiste der Denker eine neue Zeit zu begründen. Endlich wird in dieser Stelle Louis Blanc aufgefordert die neuen Gesetzvorschläge, die zur Herstellung der neuen Ordnung der Dinge nöthig seyen, der Nationalversammlung anzukündigen. Der Bericht macht nun die historische Darstellung der Bildung und des Fortganges der Nationalwerkstätten, die zu einer politischen Armee, zu einer Prätorianergarde für die Regierung bestimmt, bald ihren Händen entschlüpfend und sich gegen sie wenden. Hierauf kömmt die Darstellung der Manifestationen des 16. und 17. März und das bei denen Cauffidiere und Louis Blanc die Leiter waren. (Cauffidiere: Das ist nicht wahr.) Der den Offizieren der Nationalgarde von den Clubbs aufgelegten Verpflichtung gegen die Nationalversammlung zu marschiren, falls diese nicht republikanisch handle, — darauf eine von Cauffidiere am 4. April den 48 Polizeicommissären gehaltene Rede, in der er sie zur Energie gegen die reaktionären und stupiden Bourgeois und Nationalgarden auffordernte und erklärte, bei dem geringsten Anschein von Reaktion würden 100,000 Arbeiter über sie losbrechen und in Paris kein Stein auf den Andern bleiben. (Cauffidiere: Das ist infam, das ist unecht! — Von allen Seiten: Stille! Stille!) — auf einen Brief Crambmesnils an Cauffidiere, in dem er diesen auffordert, so viel als möglich von seinen „Bomben“ in größter Stille auftreiben zu lassen. Am 7. April fand bei Cauffidiere eine Versammlung Statt um die Regierung zu erneuern; Raspail, Blanqui, Sobrier wurden nebst Ledru-Rollin und Louis zur Regierung bestimmt. Blanqui wollte nicht mit Ledru-Rollin regieren und dieser nicht mit Blanqui, Cauffidiere drohte Ledru Rollin ihn zum Fenster hinauszuwerfen, falls er Hindernisse mache. — Die neue Demonstration des 17. April ward von Blanqui, Barbès, Cauffidiere und Ledru-Rollin geleitet und sollte den obigen Hellsausschuß mit Gewalt an die Stelle der provisorischen Regierung setzen. Er theilt Lamartines Aufsage über diesen merkwürdigen Tag mit, der früherig gewarnt, Ledru-Rollin aufforderte den Generalmarsch schlagen zu lassen, was dieser nicht that. General Changarnier hat ebenfalls beschworen Aufsagen aufgemacht und erklärt, daß Lamartine sich damals über Louis Blanc und Ledru-Rollin als Theilnehmer an der gefahrdrohenden Bewegung beklagt hatte. Changarnier sagt aus, daß Marrast es war, der den Generalmarsch schlagen ließ, ihm das Commando über die Nationalgarde gab und so die Bewegung unterdrücken ließ. Anarchische, Raub und Plünderung predigende Journale werden nun in Masse geschaffen und auf dem Ministerium des Innern in Ballen in alle Provinzen geschickt. Wir kommen nun zum 15. Mai. Zwei Clubbs unter Villain bewaffnet und diese Waffen sind ihnen aus dem Arsenalen des Staates von Regierungsmitgliedern gegeben, die mit ihnen in Correspondenz fing. Sobrier etablirt eine Festung in Nr. 16. der rue Rivoli, er erhält 400 Gewehre, 30,000 Patronen auf Befehl des Kriegsministers. General Courtais beschwert sich vergebens über diese Vorgänge, — durch eine unverzeihliche Schwäche bleiben beide Clubbs unangetastet und ihre Präsidenten schicken 600 Agenten in alle Departements um auf die Wahlen zu wirken und diese Agenten erhalten aus den Staatskassen 10 Frs. tägl. Diäten. Beide Clubbs waren auf 36,000 Mitglieder und Assisäre gestiegen, sie hatten Kugeln, fabricirten Patronen, setzten sich mit allen Clubbs Frankreichs in Verbindung, und die Regierung sah ruhig zu. — Die Exekutiv-Commission bleibt was die provisorische Regierung war, — schwach unentschlossen, nie handelnd. Die Stimmung der Arbeiter der Nationalwerkstätten war durch die Predigten des Luxenbourg eine wahrhaft fanatische, ihre militärische Organisation höchst gefährlich geworden. Die Manifestation des 15. Mai war der Ausbruch, die bei Sobrier gefundenen Papiere zeigen, was sie wollen, — einen vollständigen Umsturz alles nur irgend Bestehenden, eine systematische Plünderung aller Besitzenden. — eine gouvernementale Anarchie. Die Gemüther dringen in den Saal, ihr erster Redner ein Freund Sobriers sagt, er sey mit Ledru-Rollins Bewilligung gekommen, was dieser darüber gerichtlich befragt nicht läugnen kann. Die Exekutiv-Commission erklärt alle Maßregeln getroffen zu haben, daß jedoch ihre Befehle theils gar nicht, theils unvollständig befolgt worden seyen. Der Präsident Buchay, der General Tempeure, der Polizeipräfekt Caussidiere, der Unterstaatssekretär Charras wurden von der Exekutiv-Commission deßhalb namentlich angeklagt. Allein es ist nicht möglich herauszufinden, wer eigentlich am 15. Mai den Oberbefehl geführt habe, die Exekutiv-Commission sagt, sie habe ihn an Courtais übertragen, aber dieser läugnet es und kein schriftlicher Beweis findet sich. (Fortsetzung folgt.)

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 4. August. An der Tagesordnung ist das Gesetz über die Hypothekenschulden, Art. 2. Nur geringe Aufmerksamkeit herrscht in der Versammlung, man beschäftigt sich mit den neuesten Nachrichten aus Italien, die Carl Albert in vollem Rückzuge nach seinen Staaten und die Lombardei als fast geräumt schildern und mit den gestrigen Berichte. Was Italien betrifft, so wird von glaubwürdiger Seite berichtet, daß die Hülfe Frankreichs sich fürs Erste darauf beschränken werde, Carl Albert einen Belagerungstrain an Stelle des am Mincio verlorenen zu leihen und ihm mehrere Generalstabs-Offiziere zu schicken, wenn aber die Unabhängigkeit Italiens ernstlicher bedroht seyn sollte, als bewaffnete Vermittlerin einzuschreiten, sich mit einer französischen Armee zwischen beiden kriegführenden Parteien aufzustellen, und so zuerst einen Waffenstillstand, dann den Frieden herbeizuführen. Was den Bericht über die Juni-Ereignisse betrifft, so sind alle Stimmen, mit Ausnahme der Partei Thiers-Barrot, darüber einig, daß dieser Bericht ein gehässiger, von Parteileidenschaft durchwebter Aufsatz sey, das statt der so nöthigen Eintracht und Versöhnung nur neue Spaltungen herbeiführen und der gefallenen ultra-radikalen Partei eine neue und vortheilhafte Stellung geben werde. Die Commission, die den Auftrag hatte, die politischen Ursachen der Insurrektion aufzusuchen, hatte statt dessen sich bemüht, drei bis vier Personen zu verdächtigen und ist dabei ohne Gerechtigkeit, ohne Beachtung der gewöhnlichsten Formen der Justiz, ohne Takt verfahren. Dieses Urtheil sprechen selbst alle Blätter, selbst das conservative Debats und die legitimistischen Union aus, und nur Siecle und Constitutionel loben das gehässige Machwerk des Herrn Marrast-Barrot und Consorten. Jedenfalls wird dieser Rapport dieselbe gute Folge haben, wie Thiers arroganes Auftreten, die Partei hat ihre Batterien zu früh demaskirt und die republikanische Partei, die aufrichtigen Freunde der gemäßigten Republik werden sich fest an einander schließen und ihre kleinlichen Spaltungen beseitigen. Die Versammlung aber wird durch die gestrige Lection einsehen, wie unpolitisch sie handelte, als sie, eine legislative Versammlung, einer Commission ein juridisches Mandat gab.

Die Diskussion über den Art. des Hypotheken-Gesetzes schleppt sich ohne allen Interesse fort; — eine Menge Amendements liegen vor, die lau diskutirt wurden. Ueber ein Amendement Rogas, die Steuer auf ein Achtel, statt auf ein Fünftel der Interesse des Kapitals zu beschränken, wird zwei Mahl durch Aufstehen und Niedersetzen, ohne Entscheidung abgestimmt und man schreitet zur Abstimmung durch Zettel. Das Resultat ist folgendes: Anzahl der Votirenden 642, Absolute Majorität 322, Gegen 318. Der Finanzminister nimmt das Wort, er sagt daß in der vorigen Sitzung das Princip des Gesetzes angenommen worden sei, daß soviele Amendement ändere das Gesetz wesentlich, er ziehe es zurück, künftige aber an, daß er in einigen Tagen ein Gesetz über die Einkommensteuer vorlegen werde. (Sehr gut, sehr gut.) Er entsagte übrigens seinen Finanzplänen nicht.

Großbritannien.

London, 3. August. In Irland kommen täglich neue Truppen an, Kriegsschiffe werden von einem Orte zum andern gesandt, die Truppen marschiren, die Polizei sucht nach Waffen. Auf der Stelle, wo neulich das Treffen zwischen den Constablern und den Aufständischen Statt fand, sind über 400 Piken und 60 Kisten mit Kriegsvorräthen aller Art weggenommen worden. In Cork und andern Orten dagegen sind wenig Waffen entdeckt worden, obgleich zweifahrtiges Gefängniß darauf steht, wenn in einem un-

ter das Zwangsgesetz gestellten Gebiete nicht alle Waffen innerhalb 9 Tagen eingeliefert sind. Der Schreck unter den Verbündeten ist groß, die Clubs lösen sich auf, die Führer fliehen. O'Brien, Meagher und Reilly sollen in Galway am Bord eines Schiffes, das auf dem Punkte stand, nach Amerika abzusegeln, glücklich entkommen seyn. Meagher soll mehrere Tage in Weiberkleidern umhergegangen seyn. Das ganze Land wird als ruhig geschildert. — Nach den neuesten Nachrichten der „Times", welche früher unterrichtet zu seyn pflegt, als die Regierung, war Lord Hardinge gestern Abend im Begriffe, von Dublin nach Tipperary abzureisen. Das 75. Regiment hatte Befehl erhalten, sogleich von Killkenny nach Callan zu marschiren. Ueber die Bewegung im Süden fehlt es an zuverlässigen Nachrichten. Der Berichterstatter der „Times", schreibt aus der Umgegend des neulichen Kampfes: „Der Geist der Rebellion ist in Tipperary augenblicklich gedämpft, aber nicht unterdrückt. Ich höre, daß man beschäftigt ist, die Waffen zu schärfen, und daß das Landvolk, sobald die Truppen zurückgegangen sind, den Kampf erneuern wird. Jedermann fühlt hier, daß ein Bischen Blutvergießen nicht das Fieber heilen kann, welches die Böswichter hier entzündet haben. Das Landvolk erwartet, daß Smith O'Brien und seine Freunde bald zurückkehren werden, und man bereitet sich zu einem neuem Kampfe vor. Nur ein strenges, wachsames Kriegs-Regiment kann das Land vor diesem Unglücke retten. General Macdonald behält sein Hauptquartier in Ballingarry; er bestichtigte mit seinem Stabe das Haus der Frau Cormac und erklärte sich sehr zufrieden mit der Weise, wie Trant und seine fünfzig Constabler sich darin vertheidigt haben. Ueber O'Brien gehen tausend falsche Gerüchte; ich glaube, Irland ist das wahre Lügenland. Ich habe den Kohlgarten besichtigt, wo O'Brien auf allen Vieren kroch, und muß gestehen, daß der König von Munster auf die Sicherheit seiner Krone sehr bedacht gewesen ist.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. August. Die Elbe, Weser und Jahde werden, laut Beschluß des Marineministers vom 1. August, mit dem 15. Aug. blockirt. Der anhaltende Stillstand der Armeen läßt uns zwar auch hier annehmen, daß noch friedliche Unterhandlungen im Gange sind, deren Ausgang aber in diesem Augenblicke der entscheidenden Krisis, der Umgestaltung aller deutschen Regierungsverhältnisse schwer zu bestimmen ist. Die Kriegspartei setzt alle ihre Hoffnungen auf den Prattieulargeist einzelner deutschen Regierungen und die aus Widerstand gegen die Centralgewalt entstehende Schwäche Deutschlands.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 8. August. Heute rückte das zweite Bataillon des 13. Infanterieregiments, das seit mehreren Monaten in Bamberg und Nürnberg garnisonirte, wieder in hiesiger Stadt ein. Das hiesige Linienmilitair sowie die Landwehr und das Freicorps waren zu seinem Empfange ihm aus der Stadt entgegengezogen. Vor 10 Uhr rückte die gesammte Mannschaft wieder hier ein. Die Stadt gewährte um diese Stunde ein sehr belebtes Aussehen.

Anzeigen.

Im Verlage des **Bibliographischen Institutes in Hildburghausen:**

Großes Nationalwerk für deutsche Landes- und Ortskunde in wohlfeiler Ausgbae.

Dr. Eugen Huhn's
alphabetisch-geordnetes
Topographisch-Statistisches
Comptoir-, Amts-, Post-, Reise- und Zeitungs-Lexikon von
Deutschland.

In 6 Bänden zu 72 Bogen komplett.

Ein Werk für alle Behörden, Kaufleute, Fabrikanten, Postbeamte und Zeitungsleser, sowie für Jeden, welcher einen unfehlbaren Auskunftgeber

über die neuesten geographischen, politischen und statistischen Verhältnisse jedes Landes, jeder Provinz, jedes Amtes oder Kreises, von allen Städten, Flecken, Dörfern, Schlössern, Klöstern, Ruinen, Meiern, Höfen, Mühlen, kurz von jeder, einen Namen habenden deutschen Oertlichkeit wünscht.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Von diesem trefflichen, kürzlich beendigten Werke publizirten wir, um mit dem Preis der Auflage zu räumen, eine sehr wohlfeile Ausgabe zu den geringen Preise von

3½ Silbergr. = 12 Kreuzer pfälz. oder 18 fl. rhein.

Wochenlieferung, à 4 Bogen größtes Royalformat, und erfüllen so ein aus allen Theilen des Vaterlandes oft wiederholtes Verlangen, das ausgezeichnete Werk auch den weniger Bemittelten zugänglich zu machen und seine Anschaffung zu erleichtern.

In erster Ausgabe mit 108 Stahlstichen kostete das Werk das Dreifache des Preises, so dem wir es jetzt ankündigen.

Wir haben aber zu bemerken:

daß wir dies den Rest der nun beendigten Auflage zum Verkauf für so niedrigen Preis bestimmen. Wer sonach diese Gelegenheit zur wohlfeilsten Anschaffung des Werks sicher zu benutzen wünscht, ist gebeten, die Bestellung, welche bei jeder soliden Buchhandlung gemacht werden kann, bald zu machen. Die Bestellungen werden in der Weise ausgeführt, wie sie eingehen, und nachdem der Vorrath vergriffen ist, können weitere Aufträge nicht berücksichtigt werden.

Dr. Huhn's Lexikon von Deutschland

kauf bester Herstellung des Vervielfältigungsinstituts über 60,000 Gulden verwendet) ist das einzige Werk seiner Art, welches auf Vollständigkeit und Reinheit aller Angaben Anspruch machen kann. Es klärt in der That seine Anfrage nach Ausland unbefriedigt und ist ein Denkmal deutschen Fleißes und deutscher Ausdauer, wie es wenige gibt. Keine Nation besitzt ein Werk dieser Art von solcher Vollständigkeit und kein, das seinen Zweck so vollkommen erfüllt. Es ist zugleich dasjenige, welches über alle Verhältnisse, Bevölkerung, Industrie und alle sonstigen statistisch-politischen Verhältnisse die sichersten Angaben mittheilt. Anschaffen kann es sich Jeder, der nur 3½ Sgr. oder 12 Kreuzer wöchentlich dazu anwenden oder von seinen übrigen Bedürfnissen ersparen will.

Wir der letzten Lieferung des Werks erhält jeder Besteller unentgeldlich als Prämie:

1) Die Grundrisse und Ansichten sämmtlicher Großstädte Deutschlands, (welche dem Buche eingebunden werden, oder einen Atlas für sich bilden können);
2) einen vollständigen Staaten-Atlas von Deutschland in 24 Blättern, die vortrefflich in Stahl gestochen sind.

Alle, die Subscribenten zu sammeln, erhalten von jeder Buchhandlung auf **10** Exemplare **ein Freiexemplar.**

Die erste Lieferung erscheint am 1. September und es wird mit dem Versenden der folgenden wöchentlich regelmäßig fortgefahren.

Die unterzeichneten Buchhandlungen beehren sich, zu recht zahlreichen Bestellungen auf dieses Nationalwerk einzuladen. Es giebt keinen deutschen Staatsbürger, der nicht wünschen sollte, ein solches Nachschlagebuch, das keine Auskunft über örtliche Verhältnisse im Vaterlande versagt, zu besitzen.

Grau'sche Buchhandlung in Bayreuth.
G. A. Grau in Hof und Wunsiedel.

Ankündigung.

Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die Buchner'sche zu beziehen:

Das Ablösungs-Gesetz.

Für das bayerische Landvolk bearbeitet und erklärt
von
einem erfahrenen Beamten.
8. broch. Preis 30 kr.

Diese Schrift, aus der Feder eines erfahrenen Beamten geflossen, soll den Oekonomen und Landleuten als Leitfaden dienen, durch welchen man sich über alle Zweifel und in allen Fällen, welche auf die Ablösung Bezug haben, Raths erholen kann. Dieser Leitfaden ist daher auf eine ganz einfache, durchaus populäre Weise abgefaßt, und in seiner allgemein faßlichen Darstellung auch dem Ungebildeten leicht verständlich, indem darin Artikel für Artikel, so weit es nöthig ist, erläutert und erklärt, und durch Beispiele anschaulich gemacht wird. Die Schrift wird demnach für alle Betheiligte, insbesondere auch für die Gemeinde-Vorsteher und die Mitglieder der Gemeinde-, Stiftungs- und Kirchen-Verwaltungen, sowie überhaupt für Alle, welche sich für dieses Gesetz und seine Folgen interessiren, eine sehr willkommene Erscheinung seyn.

Würzburg, den 24. Juli 1848.

Stahel'sche Buchhandlung.

Zu dem am

Donnerstag den 10. d. M.

abzuhaltenden Festball im Saale zur goldenen Sonne verabreichen

Wolfgang Burger,
Julius Wagner,
Kögler auf dem Markte wohnend,

Eintrittskarten und zwar

1) für die genannten Waffentragenden zu 18 kr.
2) für Familien bis zu vier Angehörige zu 30 kr.;
3) Einführungskarten für Damen zu 12 kr. und
4) Karten für auswärtige Frauen zu 18 kr.

Das Fest-Comité.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 221.** **10. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 7. August. Die Sitzung der Nationalversammlung war heute im höchsten Grade stürmisch. Auf der Tagesordnung standen die Petitionen für die politischen Verbrecher. Die Commission hatte auf Abweisung der Petitionen angetragen. Die badischen Deputirten v. Itzstein, Brentano und Hagen, so wie Hr. Simon von Trier verwendeten sich sehr lebhaft für die Amnestie, und die drei Letzteren nahmen mehr oder minder das Heckerische Unternehmen in Schutz. Brentano behauptet u. A., die Führer dieses Aufstandes verdienten eben so gut Amnestie, wie der Prinz von Preußen. Die Rechte und das Centrum, wo größtentheils die preußischen Deputirten sitzen, waren über diese Aeußerung wüthend, und ließen den Redner unter Geschrei und Stampfen nicht mehr zu Worte kommen, während die Linke und die Gallerie wie rasend dem Herrn Brentano applaudirten. Der Aufruhr überstieg alle Grenzen, so daß der Präsident Soiron sich endlich bedeckte und die Sitzung schloß. Wir zweifeln ob die Linke durch ihr heutiges leidenschaftliches Auftreten der Sache der politisch Verfolgten einen Dienst geleistet habe; wenigstens scheint uns eine Amnestie zweifelhafter als je.

□ München, 7. August. Die Garnison und Land- und Freikorpsmannschaften haben den Huldigungsakt gestern gemeinschaftlich vollzogen, nicht ganz vorschriftsmäß, denn anstatt 3 Lebehoch für den Reichsverweser wurden derselbe drei Mal ausgebracht, was von das erste Mal, das zweite dem Vaterlande und das dritte dem Reichsverweser galt; Künstler und Studenten stimmten nur in beide Letzteren ein. Das zuschauende, wohl 20—30,000 Mann starke Publikum benahm sich schweigsam. 21 Kanonenschüsse wurden gelöst, das Militair defilirte vor dem Generalstab, worunter selbst Prinzen Luitpold, Adalbert und der Kriegsminister, unter klingendem Spiele vorüber und hiermit war die mit so vielem Rumor besprochene Feier vorbei. Imposant war allerdings der Anblick der in einem großen Carre aufgestellten bewaffneten Macht, bestehend aus 2 Bataillonen des Infanterie-Leibregiments, 2 combinirten Bataillonen von Inf.-Reg. König und Kronprinz, 1 bespannten Batterie Artillerie, 1 Regiment Kurassiere, 2 Bataillonen Münchener Landwehr, 1 Bataillon der Landwehr der Au und von Giesing mit ihrem Freikorps, 1 Bataillon der Studenten, den Freikorps der Turner und der Bürgerschöne, 2 Bataillonen Landwehrfreikorps mit ihren Scharfschützen, 1 Bataillon Künstler und Accessisten und der Bürger-Kavallerie und Artillerie, zusammen wohl 9000 Mann. Nachmittag begab sich die Bürgerwehr mit den Freikorps auf die Menterschwaige, wo sämmtliche Wehrmänner in schönster Harmonie unter tausendfach sich erneuerndem Jubel für den Reichsverweser die anbrechende Nacht abwarteten, um mit Musik in die Stadt zurückzukehren, gefolgt von Tausenden, welche in den Chorus „Was ist des Deutschen Vaterland" begeistert einstimmten. In Gast- und Privathäusern wurde manch schönes Fest, der Bedeutung des Tages angemessen, begangen. Ein schöner Bürgersinn beurkundete sich allenthalben und gibt den Beweis, daß eine separatistische Gesinnung auch hier keinen Boden hat. Man fürchtete gestern Abend Kazenmusiken für Thon-Dittmer und den Kriegsminister; aber der Zag schien zu heilig um ihn durch einen derartigen Akt zu profaniren; die dem Militair anbefohlene Bereitschaft erwies sich somach als überflüssig. — Von Stunde zu Stunde wird das Erscheinen eines Armeebefehls erwartet. — Diesen Vormittag begab sich unser weiland Bundestagsgesandte, Baron von Closen, zu Sr. Maj. dem König nach Reichenhall.

Wien, 5. August. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung hielt der Minister der Finanzen einen langen Vortrag über die Finanzpläne der Regierung, dessen wesentlicher Inhalt folgender: Der die Finanzen betreffende Theil der Thronrede sey missverstanden worden. Man habe keineswegs frühere Finanzoperationen tadeln, auch nicht sagen wollen: der Staat könne nicht mehr leisten, was er leisten solle, im Gegentheil könne er versichern, der Staat besitze so bedeutende Hülfsquellen, daß er allen seinen Verpflichtungen vollkommen nachkommen könne. Aus einer vorläufig veröffentlichten Uebersicht gehe hervor, daß bis zum Jahre 1845 die laufenden Einnahmen bedeutend größer waren, als die Ausgaben, aber die seither eingetretenen Ereignisse außerordentlicher Art forderten außerordentliche Mittel. Die Staatsausgaben seyen durch die Ausrüstung und Erhaltung der Armee nicht nur gegen Italien, sondern auch um der deutschen Bundespflicht Genüge zu thun, gestiegen, die Einnahmen dagegen so bedeutend gesunken, daß es nur durch Vermittlung der Nationalbank gelungen sey, die Finanzen bis auf den jetzigen Zeitpunkt glücklich hinüberzuleiten. Er sehe sich daher veranlaßt, sich von der hohen Kammer ein Vertrauensvotum zu erbitten. Er stehe nicht an, die hohe Kammer mit den Grundzügen bekannt zu machen, an welchen er seine Operationen einzuleiten gesonnen sey. Staatsschulden seyen Verpflichtungen, in ihren ganzen Umfange unantastbar und müssen also genau eingehalten werden. Die Armee werde vermindert werden, sobald der Krieg zu Ende sey, alle übrigen Ausgabszweige desgleichen durch Vereinfachung der Geschäftsführung. Was die direkten Steuern betreffe, so sey er mit der Grundsteuer einverstanden, die Judensteuer verwerfe er; die Einkommensteuer wolle er im 6 Leben rufen, nach dem Grundsatze: der Arme wenig, der Vermögliche mehr, der Reiche am Meisten. Obwohl von indirekten Abgaben bis nun der größte Nutzen gezogen worden sey, beabsichtige er eine Ermäßigung des Salzgefälles, namentlich des Viehsalzes, Aufhebung des Einfuhrzolles (?) und, ohne den Schutz der vaterländischen Industrie zu schmälern, Anschluß an das deutsche Zollsystem. (Von der Aufhebung der Verzehrungssteuer ist somach keine Rede.) Das Tabaksmonopol hält der Minister für zurückbringend und zweckmäßig als eine Art Luxussteuer; die viel angeschene Stempelsteuer wird er von Grund aus umgestalten; das Lottogefäll wird er aufheben als ein verderbliches Spiel, die Post will er als Staatsanstalt, deren Hauptzweck Beschleunigung und Erleichterung des Verkehrs ist, nur nebenbei als ertragsfähige Anstalt betrachtet wissen, und endlich mit den Bezwanuthen ist er einverstanden. (Anhaltender Beifall.) (K. v. u. f. D.)

Innsbruck, 5. August. Folgendes ist die Antwort, die der Kaiser der aus Wien angelangten Deputation gab: „Ich freue mich, die Hrn. Abgeordneten des konstituirenden Reichstags bei mir zu empfangen. Stets war das Beste meiner Staaten wollend, werde ich unter den dargestellten Verhältnissen dem Wunsche Ihrer Kommittenten gerne entsprechen und mich in Ihre Mitte begeben. Trotz meiner noch nicht befestigten Gesundheit gedenke ich meine Rückreise nach Wien — zu meinen getreuen Oesterreichern — in durch mein gegenwärtiges Befinden bedingten kleineren Tagereisen am 8. d. M. anzutreten. Den Ausdruck der loyalen Gesinnungen nehme ich mit Wohlgefallen auf." (A. Z.)

Innsbruck, 5. August. Nach einem unter uns zugekommenen Bericht des Feldmarschalls Radetzky an das Kriegsministerium aus dem Hauptquartier Turano vom 2. August ist ein Theil der piemontesischen Truppen bei Piacenza über den Po gegangen, ein anderer, 20,000 Mann stark, hat sich gegen Lodi gezogen. Der Feldmarschall ist in Verfolgung des letztern begriffen. Zugleich detachirte er zwei Kavalleriedivisionen in der Richtung gegen Bussalora, welche Mailand von der Rückseite fassen sollen während er selbst mit dem Gros der Armee von vorne gegen die Stadt anzurücken gedenkt. Am 4. hofft der Marschall dort anzukommen. Karl Albert soll die Armee für seine Person am 3. verlassen und sich über den Ticino in seine Staaten zurückbegeben haben. (A.Z.)

△△ Eger, 7. August. Die hiesigen böhmischen Truppen huldigten gestern in feierlicher Weise dem Reichsverweser. Diesem zu Ehren war bereits am 23. v. M. ein allgemeines Fest dahier veranstaltet worden, welchem die reiche Beleuchtung der Stadt am Vorabende und die Reden von der Rednerbühne auf dem großen von deutschen Farben umwimpelten Ringplatze besonderen Schmuck verliehen haben.

Braunschweig, 3. August. Das seit gestern zur Gewißheit gewordene Gerücht, daß dem Erlasse des Reichskriegsministers rücksichtlich der auf den 6. August anzuordnenden Huldigungsparade hier keine Folge gegeben werden sollte, hat die schon seit mehreren Tagen bemerkbare Gährung bedeutend vermehrt, welche heute den höchsten Grad erreichte, als der Oberbürgermeister Cadopary, der sich persönlich an den Herzog gewendet hatte, eine ab-

Digitized by Google

schlägige Antwort erhielt, die Minister einer Bürgerdeputation zur Antwort ertheilten, daß ihre Bemühungen, den Herzog zur Abänderung des deßfallsigen Beschlusses zu bewegen, ohne Erfolg geblieben seyen, und auch eine an den Herzog selbst abgesandte Deputation kein günstigeres Ergebniß hatte. Da nun der patriotische Verein für diesen Fall auf heute Abend eine außerordentliche Versammlung angesetzt hatte, so beschlossen die auf dem Neustadt-Rathhause versammelten Bürger, zuvörderst diese abzuwarten. In dieser äußerst zahlreich besuchten Versammlung vereinigte man sich zu dem Beschlusse, die Abhaltung der Huldigungsparade durch alle gesetzlichen Mittel zu erwirken, und beschloß in Folge dessen weiter, daß eine von einer möglichst großen Zahl von Staatsbürgern unterzeichnete, sogleich entworfene und angenommene Adresse morgen dem Herzoge durch eine Deputation überge ben werden solle. Sodann versprach der gerade anwesende Präsident der bis zum 7. August vertagten Standeversammlung, diese auf morgen Rachmittag zusammenzuberufen, um auch deren Verwendung zu erzielen. Außerdem wird morgen Vormittag 10 Uhr eine Volksversammlung veranstaltet werden, und ein Comite aus 15 Mitgliedern des patriotischen Vereins zusammenceten und den ganzen Tag zusammenbleiben, um sich der Leitung der sämmtlichen Schritte zu unterziehen.

Die in Braunschweig erschienene Reichszeitung meldet in einer Nachschrift: „Wir bieten unsern Lesern eine höchst freudige Nachricht zu bringen. Braunschweig's Herzog geht mit seinem Volke Hand in Hand. Die Anstände, welche das Schreiben des Reichsministers der Form wegen erregte, sind beseitigt. Die Feier des 6. August wird hier von den braunschweigischen Bundestruppen in der von der Centralgewalt vorgeschriebenen Weise vorgenommen werden. Es lebe das Vaterland!“ Dieselbe Zeitung enthält Folgendes: Aus München kommt uns von gut unterrichteter Quelle die Nachricht zu, daß Gesandte sämmtlicher deutschen Fürsten in dieser Woche eine geheime Zusammenkunft halten werden, wahrscheinlich in Wien.

Berlin, 6. Aug. Heute Morgen machten etwa 5000 M. Bürgerwehr, Studenten, Handwerker ꝛc. am Kreuzberge Parade zu Ehren des einigen Deutschlands. Major Woldenhawer, als ältester anwesene der Bürgerwehroffiziere, nahm dieselbe ab. Es wurde die Verfügung des Reichskriegsministers an die Truppen verlesen, nach welcher die Huldigung verlangt worden ist. Nach Vorlesung dieses Restriktes brachten die anwesenden Bürgerwehrcorps dem Reichsverweser ein dreimaliges Hurrah, defilirten vor dem Major Woldenhawer vorbei und marschirten der Stadt zu. Vor dem Halleschen Thore machte man Front, und sang mit tausend Kehlen tönt Arndt's Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland? ꝛc.“ — Die Truppen dürfen heute, um jeden Anstoß zu vermeiden, nicht aus den Kasernen; sogar die Freiwilligen dürfen nicht in Civilkleidung außgehen.

In Magdeburg, Halle und in andern preußischen Städten hat am 6. August nur die Bürgerwehr dem Reichsverweser gehuldigt und Feste gefeiert. In Ulm geschah die Huldigung der würtembergischen und österreichischen Truppen nach der Ordre des Reichskriegsministers, die der bayerischen Truppen nach jener des bayerischen Kriegsministers.

Hannover, 3. August. In Emden wurde eine Volksversammlung gehalten, in welcher eine Adresse an den Reichsverweser beschlossen war, um die Mißhuldigung der Stadt Emden gegenüber der separatistischen Erklärung des hannoverschen Ministeriums auszusprechen. Syndikus Wätern sagte, wenn die hannoversche Regierung sich jemals von Deutschland losſage, so sage sich Ostfriesland von Hannover los und stelle sich unter die Centralgewalt Deutschlands. (D. A. Z.)

Schweidnitz, 1. August. Ueber die hier stattgehabten traurigen Vorfälle enthält die Schles. Z. Nachstehendes: „Der Oberst von der Hard, Kommandeur unserer Bürgerwehr, ordnete vor Kurzem an, letztere solle von jetzt ab zum Exerciren alarmirt werden. Gestern Abend sollten wir uns auf diese Weise zum erstenmale sammeln. Natürlich wurde der Kommandant hiervon in Kenntniß gesetzt, welcher es aber nicht genehmigte, und demnach unterblieb das Exerziren. Ein Theil der Bürger, darüber gereizt, mag sich über den Kommandanten an verschiedenen Orten mißliebig ausgesprochen haben, und diese Aeußerung wurden leider für eine Menge unnützer Subjekte Veranlassung zu einer Nachtmusik für den Kommandanten. Unser Bürgermeister soll sich schon den ganzen Nachmittag bei demselben aufgehalten haben. Als das Geschrei vor dem Kommandantengebäude nicht aufhören wollte, trat Hr. Berlin plötzlich aus dem Nebenhause mit brennender Fackel unter das Publikum, wahrscheinlich, um einige von den Tumultuanten zu erkennen. Die Fackel wurde ihm aber entrissen und nun begann das Fenstereinwerfen. Jetzt wurde auf Befehl des Kommandanten Alarm geschlagen und der Markt von der ganzen Garnison besetzt. Augenblicklich trieb das Militär mit gefälltem Bajonet die Tumultuanten auseinander, die bis auf Wenige sofort verschwanden. Jetzt wurde gegen die zusammenretirende Bürgerwehr geschwenkt und 2 wohlgezielte Gewehrsalven streckten 8 Bürger auf den Fleck todt nieder, 5 von den Bürgerschützen und 3 von der Bürgerwehr. Besonders soll die Schützenkompagnie, die am Rathhause gestanden, sehr gelitten haben. Man zählt 14 Todte und mehrere Verwundete, von denen einige bereits im Laufe des heutigen Tages gestorben sind. Die Bürgerschaft ist in einer Stimmung, die für heute Alles befürchten läßt. Noch steht die Artillerie mit brennender Lunte auf dem Markt.“

Wien, 6. August. Von der Oderwese, 4. August. Alle Bürgerwehren der hiesigen Gegend werden den 6. August feierlich begehen. Die Bauern wollen dem „deutschen Kaiser“ sie nennen sie den Reichsverweser Johann) auf Tod und Leben huldigen. Wir sind alle Deutsche, das ist ihre Parole.

Ungarn.

Pesth, 1. August. Der Erzbischof Karlowitz, Joseph Rajachich, soll sich zum Fürsten von Serbien begeben haben. Die Anständischen haben die Ortschaft Ujdin genommen und den Flammen übergeben. Heute sind von hier 600 Freiwillige nach Szegedin abgegangen.

Frankreich.

*Paris, am 5. August. Der Sardinische Gesandte hat täglich Conferenzen mit dem General Cavaignac und dem Minister Bastide. Die Alpen-Armee hat den Befehl erhalten sich zu concentriren und bis dicht an die Gränze zu rücken, — allein es scheint, daß man bis jetzt noch nicht entschlossen ist über die von und gestern angedeutete Hülfe hinauszugehen.

Herr Germann Sarrut, Vertreter (der äußersten Linken) hat an dem Präsidenten der Untersuchungs-Commission einen Brief geschrieben, worin er ihm anzeigt, daß in den ersten Tagen des Juni aus dem Auslande eine Sendung Gold im Gewichte von 1800 Pf. in Paris angekommen sey, — er hat ihm die Personen bezeichnet, die hierüber genaue Auskunft geben können und angedeutet daß dieses aus russischer Quelle gekommene Gold für die Insurrektion verwendet worden sey. Die Commission hat sogleich eine Untersuchung eingeleitet.

Das 17te Infanterie-Regiment hat vorgestern Abend das Lager von St. Maur verlassen und ist nach der Gränze marschirt, man versichert heute, daß das Lager überworgen ganz aufgehoben wird und daß die 15000 Mann derselben in Eilmärschen zur Alpen-Armee geschickt werden. Dagegen wird ein anders Lager mitten in Paris und zwar auf der Insel Louvise zusammen gezogen.

*Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 3 August.) Fortsetzung. Der Bericht schildert Cauffideres's Betragen an diesem Tage als wahrhaft schuldig und begreift nicht, wie die Regierung ihn noch einen Augenblick auf seinem Posten lassen konnte. Der Bericht stellt zeit eine Menge Indicien und Zeugenaussagen zusammen, daß Cauffidiere und Louis Blanc, wenn nicht die Anstifter, doch die Mitwisser der Bewegung des 15. Mai gewesen seyen. Eine Schilderung der Polizeipräfektur mit ihrer Besatzung von republikanischen Garden, Montagnards, Lyonnesern, die Fabrikanten von Pulver, Kugeln, die Verdeschaffung aller Handgranaten von Vincennes auf die Präfektur, falle diese Details werden vom Rapporte geschildert und rufen einen Sturm der Unterbrechung von Seite der Bergpartei hervor. Am Abende des 15. wurde er von der Executiv-Commission vorgeladen, — nur Arago und Marie drangen auf seine Absetzung und Verhaftung, — es geschah nichts und am andern Tage erst gab Cauffidiere seine Entlassung. Der Bericht übergeht Barbés, Albert und Courtais, als ohnehin in den Händen der Justiz, aber er macht auf Louis Blanc Mitschuld aufmerksam und sucht die Beweise für diese aufzustellen. (Louis Blanc protestirt.) Stimmen: Ruhe, Stille. Louis Blanc (wüthend): Wie? ich soll schweigen, wenn die Royalisten und umdringen wollen. (Heftige Unterbrechung.) Herr Bouchard fährt mit der größten Ruhe fort die Louis Blanc belastenden Zeugenaussagen und Documente zu citiren und eine Masse von Argumente für seine Mitschuld aufzustellen, die in der That Louis Blanc schwer belasten und fast keinen Zweifel mehr übrig lassen. — Bei der Anklage eines Oberstlieutenants der Nationalgarde, daß er Louis Blanc selbst auf dem Stadthause gesehen habe, bricht Louis Blanc in einen neuen Wuthschrei: Das ist infam, — das ist schändlich! aus; aber die Beweise häufen sich mit jeder Seite des Rapports. Der Berichterstatter kommt nun zu der blutigen Revanche der am 17. April und 15. Mai geschlagenen Verschwörer, zum 23. Juni.

Digitized by Google

Hr. Baulhard beginnt den dritten Theil des Rapports: die Insurrection. Die Warnung des 15. Mai hatte ihre Früchte getragen eine Expiration war im Stabe der Nationalgarde in der Verwaltung vorgenommen worden, die Armee war wieder in Paris, ein Gesetz über die Zusammenrottungen erlassen, die Regierung erhält ein Vertrauens-Votum und die Nationalgarde ist fest entschlossen, die Ordnung zu vertheidigen. Aber auch die Verschwörer waren nicht unthätig, sie treffen ihre Vorbereitungen zu einem allgemeinen Kampfe, Munition wird in Massen erzeugt, Waffen werden aufgehäuft, Barrieren, Anschläge, kleine Journale, die Bestimmung haben, die Clubbs zu ersetzen, die Vertheilung. Ein Anschlag vom 17. Juni, der Aufsehen macht, schlägt Cauissidiere zum künftigen Präsidenten der Republik vor. Das Bankett zu 5 Sous wird angekündigt. Die Departemente werden eingeladen, daran Theil zu nehmen. Ein Brief an Blanqui in Vincennes, der aufgefangen wird, kündigt diesem an, daß bald ein allgemeiner Aufstand ihm seine Freiheit wieder geben werde. Die Zusammenrottungen an den Thoren St. Denis und St. Martin werden immer drohender, man verbirgt die Vorbereitungen zur Emeute mit brausenden partisischen Manifestationen. In St. Cloud findet am 18. Juni eine Versammlung statt, der Cauissidiere, Grantmesnil, Beaune, Pommier, General-Stabs-Chef der Polizei-Präfektur und Desbadole, Gouvernante von St. Cloud beiwohnen, und Zeugen wiederholen die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden. Die entlassene republikanische Garde behält ihren Sold und bewahrt ihre Organisation. Im Augenblicke des Ausbruches kommen selsamerweise 20 Kisten mit Gewehren aus dem Depot in Lasere an, sie werden in Billete niedergelegt und die Insurgenten bewaffnigen sich derselben. Am 28. Mai schickt der Polizeipräfekt Trave-Ehanerl der Executiv-Commission einen Bericht über diese drohenden Symptome und verlangt die schleunige Verhaftung der Chefs der Clubbs und der Nationalwerkstätten, — die Executiv-Commission weist dies Verlangen ab. Am 23. Juni kommt eine Abtheilung Arbeiter zu Herrn Marie und macht ihm heftige Vorwürfe über das Decret der Auflösung der Nationalwerkstätten, zu gleicher Zeit versammeln sich 65 Delegirte dieser Werkstätten im Pflanzengarten. Ein Hauptgrund des Ausbruches wird von der Commission in der Unregelmäßigkeit der Rechnungen der Nationalwerkstätten gesucht, die von Unterschleifen falschen Unterschriften, strotzen. Aber nicht nur die Nationalwerkstätten bilden die Armee der Insurrection, ihre Kasse ist zugleich die Kriegskasse der Emeute. Nun folgt der Bericht die Insurrection auf allen Punkten aus. Der Genie-Oberst Allard erklärt, daß seit der Belagerung von Sarragossa keine ähnliche, so gut organisirte, so strategisch berechnete innere Vertheidigung eines Platzes vorgekommen sey, daß sie nur das Resultat eines sorgfältig ausgearbeiten Planes seyn könne. Man schrie aber Verrath, über die Entfernung der Truppen von Paris. Diese Anklagen waren unbegründet, es waren am 23. Juni in und um Paris 27,000 Mann. Aber Cavaignac wollte die Armee nicht in kleinen Detachements über ganz Paris zerstreuen, die von der Uebermacht aufgerieben oder zu schimpflichen Capitulationen gezwungen, bald die Entmuthigung und in die Reihen der Vertheidiger der Ordnung gebracht hätten. General Cavaignac concentrirte alle Militärkräfte um die Nationalversammlung und den Luxembourgpallast und von diesen Centren aus, entsandte er starke Colonnen gegen alle Punkte der Insurrektion, — diese stets so bildend, daß die Truppe mit gehöriger Macht auftreten konnte. Dieser kluge Plan hatte den gewünschten Erfolg, — ein Erfolg gab dem andern die Hand und als man nach der am ersten Tage beobachteten Schonung am zweiten Tage gleich zu den entscheidenden Mitteln griff, war der Sieg gesichert. Einige Tage vor dem 23. Juni besuchte L. Blanc die Nationalwerkstätten im Glöckchen, den Sammelplatz der Exaltirten unter den Arbeitern. Herr Teralx, erklärt, daß Louis Blanc es war, dessen Einfluß überall auf den Arbeitern lastete und sie taub gegen alle Vorstellungen machte. Cauissidiere Name ward auf allen Barrikaden genannt, ja er war das Losungswort des Tages und gefangene Insurgenten haben sich beschwert, daß Cauissidiere sie verlassen habe. Der Bericht schließt daraus, daß Cauissidiere Anfangs auf den Barrikaden war. (Cauissidiere: Wenn ich dort gewesen, so wäre ich auch mehr verlegangen.) Zwei Zeugen sagen endlich aus, daß sie am 23. Juni zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags Cauissidiere in der Vorstadt St. Antoine an der großen Barrikade mit Insurgenten sprechen sahen. Diese beiden Zeugen sind Polizeiagenten und ein von 50 Vertretern unterschiedenes Zeugniß constatirt, daß Cauissidiere während der vier Tage die Nationalversammlung nicht verlassen habe. Am 23. Juni Morgens haben fünf in der Insurrektion compromittirte Individuen eine Unterredung mit Cauissidiere gehabt, der behauptet, es habe sich um Colonisationspläne für Algier gehandelt. Endlich ist Cauissidiere am 10. Juli um 3 Uhr Morgens mit zwei verdächtigen Personen bei einem Weinhändler der rue Marché aux poires zusammengekommen, eine dieser Personen, bei der Confrontation von dem Weinhändler jedoch nicht wieder erkannt, soll einer der gefährlichsten Führer der Insurrektion gewesen seyn. Der Bericht kommt nun auf den Vertreter Proudhon, der sich am 26. Juni auf dem Bastillplatze befand, sich weder mit den Generalen, noch mit andern Vertretern besprach, und als um 11 Uhr die ersten Barrikaden genommen wurden, von den Vertretern Lacrosse und Quinet in der Hauptstraße dieser Vorstadt gesehen ward. Der Vertreter Mauvais sagt aus, daß Herr Proudhon die Insurgenten gelobt und ihre Sache eine gerechte genannt habe. Der Bericht spricht einen bittern Tadel über einen Vertreter aus, der zu einer Insurrektion wie zu einem Schauspiele gehe und die Insurgenten noch lobe. (Herr Proudhon: Der Rapport ist eine infame Lüge. (Von der Rechten: Zur Ordnung!)

Dillon Barrot als Präsident der Commission trägt auf den Abdruck aller Dokumente an, — er wird mit Einstimmigkeit beschlossen. Der Präsident erklärt, daß früher keine Discussion über den Rapport stattfinden könne, als bis er gedruckt und vertheilt sey, doch hätten die Herrn Ledru-Rollin, Louis Blanc und Cauissidiere wegen persönlicher Thatsachen das Wort. Ledru-Rollin nimmt unter feierlicher Stille das Wort. Ich verlange, daß sobald als möglich ein Tag für diese Discussion festgesetzt werde, — ich verlange es nicht für mich, sondern aus Achtung für die Versammlung. Ich hatte keine Ahnung von den Anklagen dieses Berichtes, aber ich bin bereit, wenn man es wünscht, mich augenblicklich zu vertheidigen. (Nein, — nein, — bis nach dem Abdruck.) Gut, — ich will warten, aber wenn ich spreche, so geschieht es, um den gebeiligten Princip aufrecht zu erhalten, das heute gegen mich verletzt wird und morgen vielleicht gegen euch. Was ist sie denn, diese Untersuchung? ich bin ein einziges Mal gehört worden, und man hat mir keine einzige der setzt vorgebrachten Anklagen vorgehalten. Meine Ehre zum Pfande, daß es so ist und einer Protestoll wird es beweisen. (Louis Blanc: Das ist eine Infamie.) Ledru-Rollin (zur Rechten sprechend.) Und ihr, die ihr mich setzt höhnend und lachend anblickt, weil ich als Angeklagter dastehe, — ich frage euch auf Ehre und Gewissen: Habt ihr mich mehr als ein Mal gehört? Habt ihr mir eine der Thatsachen, einen der Namen vorgehalten? Ihr könnt es nicht sagen. (Heftige Bewegung.) Nun die glaubt, ich brauche auf den Druck eurer Dokumente zu warten? Nein! was ich constatiren will ist, daß die Versammlung tief bestürzt seyn muß über das Werk, das sie so eben gehört hat. (Links: Ja, ja!) Ja, bestürzt, — denn in den schlechtesten Tagen unserer Geschichte ist so etwas nicht geschehen. Ihr klagt an, ihr urtheilt, ihr brandmarkt Personen und ihr habt sie nicht mit einem einzigen Zeugen confrontirt, und das nennt ihr Legalität? — ich nenne es: gebeime Inquisition. Wandet ihr, ich fürchte eure Justiz, — eine materielle Strafe, den Verlust meiner Freiheit? Alles! ich hatte sie 24. Februar schon aufs Spiel gesetzt und ich wußte wohl, daß der Tag kommen müsse, wo die besiegten Feinde der Republik mich zur Rechenschaft ziehen würden. (Sensation.) Ja, ich habe das Alles vorausgesehen und als ich am 24. Febr. die Treppen des Stadthauses hinaufstieg sagte ich zu meinen Freunden: „Wir steigen den Golgatha hinauf, um für die Republik zu leiden.“ Was ich fürchte, ist die öffentliche Meinung durch euch irre geleitet, ist die Verläumdung, sind die fünf Tage Zwischenraum zwischen eurer Anklage und meiner Rechtfertigung, ist eure Schmähung der Februar-Revolution. Drei Monate lang hat man Alles aufgeboten, um mich moralisch zu tödten, — ich habe auf Achtung für die Republik geschwiegen und ich muß noch drei oder vier tödtlich lange Tage schweigen. — Ledru-Rollin berührt nun rasch die ihm vorgeworfenen Thatsachen, zeigt alle Schwierigkeiten der ausnahmsweisen Stellung, in der die Regierung sich befand, er zeigt, was er Alles gethan, organisirt, aus Nichts geschaffen habe, die Nationalgarde, die Mobile, das allgemeine Wahlrecht, die Wahlen der Nationalversammlung, — und allen diesen ungeheueren Leistungen gegenüber werfe man ihm ein Bulletin vor, das seiner Aufmerksamkeit entgangen war. — Und wir wirft man vor, sagt er, ich sey ein Verschwörer gewesen, — hatte ich das nöthig, — ich hätte ja nur an das Volk zu appelliren gebraucht und es hätte am 17. März wieder umgeworfen, was es am 24. Februar gemacht hat. Bestand ein Recht, ein gesetzlicher Zustand vor dem 4. Mai? Nein. Es war nur eine Thatsache da, und diese konnte von den politischen Leidenschaften umgeworfen werden. Ich hätte das Alles thun können, ich habe es nicht gethan, ich war es, der am 16. April den Generalmarsch schlagen ließ, (Eine Stimme: Gene-

Google

ral Changarnier hat das Gegentheil gesagt), — so hat er eine Unwahrheit gesagt, — ich eilte am 15. Mai der Erste, zum Stadthause, — „man wird Sie tödten!" rief man mir zu, — ich antwortete: Desto besser, wenn die Republik fällt, was liegt an mir. Haben mich nicht am 15. Mai während des Tumultes, Mitglieder die noch dort (recht) sitzen aufgefordert die Polizeiwachtaft zu übernehmen, um das Land vor der Anarchie zu retten? Habe ich ihnen nicht geantwortet: „man kann mich nicht tödten, aber ich taste die Rechte der Nationalversammlung nicht an." (Schluß folgt.)

Großbritannien.

London, 4. August. Irland ist ruhig. Von dem Aufstande im Süden und dessen Führern hatte man bis gestern in Dublin keine bestimmten Nachrichten. Es ist nirgends zu einem Ausbruche gekommen. Die Blase ist geplatzt, sagen die englischen Zeitungen, welche den ganzen Aufstand als eine Tollheit betrachten und von O'Brien und Genossen sagen, sie verdienten einfach die Zwangsjacke. „Die öffentliche Meinung", heißt es im „Chronicle", „war zwischen denen getheilt, welche von keinem Aufstande wußten, und denen, welche darüber lachten." Anderes urtheilt an Ort und Stelle der Berichterstatter der „Times". „Ich habe vielfältige Gelegenheit," schreibt er aus Callan (in Kilkenny) „die wirkliche Lage des Landes zu beobachten, und ich bedaure, sagen zu müssen, daß im Volke ein tiefer und weit verbreiteter Haß gegen die Regierung herrscht. Man sieht den Kampf auf Bewaffnen nur als eine andere Benennung für Mordlag an und wartet bloß auf den Augenblick, wo die Truppen sich entfernen und O'Brien wieder erscheint, um sich von Neuem um ihn zu scharen. Ihre Verluste verheimlichen die Irländer sorgfältig; sie müssen größer sein als wir wissen; die Constabler feuerten aus ihrem Hause 250 Schüsse, und jeder war gezielt. Hier wo auf den Hügeln vor wenigen Tagen 50 — 60 Freudenfeuer leuchteten, um O'Brien zu bewillkommnen, herrscht äußerlich die größte arkadische Ruhe." Der Sieg der Regierung ist jedenfalls nicht zu bezweifeln. In den Städten, wo allein der Aufstand organisirt, sind die Rebellen besiegt entmuthigt. Die Truppen sind von beiden Seiten besetzt; in Dublin musterte Lord Harding die ganze Garnison im Phönix-Park. Durch ein glückliches Ungefähr sind gerade jetzt ungewöhnlich viel Truppen aus den Colonieen zurückgekehrt, und die Regierung konnte eine bedeutende Menge Soldaten nach Irland schicken, ohne England und Schottland von den nöthigen Truppen zu entblößen. Der Gemeinderath von Dublin hat eine Ergebenheits-Adresse an die Königin gerichtet, jedoch mit folgender Clausel: „Unsere Meinungen über irgend einen Gegenstand, der uns früher zu Klagen und Vorstellungen Veranlassung gab, bleiben unverändert, und wir würden unsere Pflicht gegen den Thron nicht zu erfüllen glauben, wenn wir unsere Ueberzeugung nicht aussprächen, daß große und umfassende Maßregeln unumgänglich nöthig sind, um Frieden und Ruhe in Irland bleibend wiederherzustellen."

Die „Times" stellt sich in der limburgischen Frage ganz auf Seite Hollands. „Was die Deutschen auch darüber denken mögen," sagt sie, „so ist es doch unglaubige Unverschämtheit, diese Sache gerade jetzt zu betreiben. Neue Ansprüche auf der linken Seite des Rheines zu erheben, heißt so viel, als Frankreich aufzuforderen dasselbe zu thun. Wenn die deutschen Minister und die Versammlung in Frankfurt so übel berathen sein sollten, Streit zum Ausbruche kommen zu lassen, so werden sie den Kreis ihrer Feinde voll machen und sich mit allen an Deutschland grängenden Staaten die Schweiz ausgenommen, in Fehde verwickeln."

In Plymouth langte die Nachricht an, daß ein Schiff, die „Smaragd-Insel," Capitän Duck, von London, beladen mit Pulverfässern, die für Mehlfässer ausgegeben wurden, in See gegangen sey. Sogleich wurden alle Lootsen und die Küstenmannschaft hiervon benachrichtigt. Widrige Winde hielten das verdächtige Schiff zurück. Sogleich ruderten die Beamten an Bord. Der Capitän ward nach seiner Ladung befragt. Er antwortete, es sei mit Mehl nach Dublin belanden. Als man aber einige Fässer untersuchte, fand es sich, daß sie alle mit Pulver gefüllt waren. Das Schiff hat 300 Fässer an Bord, wie man glaubt, alle mit Pulver für die Insurgenten bestimmt. Schiff und Mannschaft sind nach Plymouth abgeführt.

Die neuesten Nachrichten aus Dublin sind von gestern Nachmittag 5 Uhr 40 Minuten. Der Süden ist ruhig. Der Lord-Statthalter hat einen Aufruf an die fünfzehn proclamirten Grafschaften und Baronieen erlassen, worin er Alle, die keinen Erlaubnißschein erhielten, auffordert, ihre Waffen bis zum 7. einzuliefern, unter der gesetzlichen Strafe von zwei Jahr Zuchthaus mit harter Arbeit. (K. Z.)

Bekanntmachung.

Auf Antrag eines Gläubigers wird das Wohnhaus des Johann Wittauer zu Waischenfeld Besch.-Nr. 81b und Ruganthell an den nach unvertheilten Gemeindegründen Besch.-Nr. 82b, geschätzt auf 280 fl., im Wege der Execution am

19. August früh 10 Uhr

in loco Waischenfeld einen 2. Strich ausgesetzt, und erfolgt in Gemäßheit §. 98 mit 101 der Novelle vom Jahre 1837 der Hinschlag ohne Rücksicht auf die Taxe, wozu Steigliebhaber eingeladen werden.

Hollfeld, den 27. Juli 1848.

Königliches Landgericht.

Sontmeyer.

Anzeigen.

In der Jos. Thomann'schen Buchhandlung in Landshut sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, namentlich in der **Buchner**'schen in Bayreuth:

Zusammenstellung
der neuesten Gesetze von 1848 für das Königreich Bayern.

Ein Handbuch für jeden Beamten und Staatsbürger.

Nebst Vollzugs-Instruktion und einer Tabelle zur Berechnung über die verschiedenen Arten der Ablösung und Umwandlung der Gefälle.

Geh. Preis 36 kr.

Aus obigen abgedruckt und besonders zu haben:

Gesetze

über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit; dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten, die Ablösung des Lehensverbandes. Sammt der Vollzugs-Instruktion zu ersterem und beigefügter Berechnung über die verschiedenen Arten der Ablösung, resp. Umwandlung.

Geh. Preis 15 kr.

☞ Obige Zusammenstellung der in verschiedenen Nummern der Intelligenz- und Regierungsblätter nur zerstreut sich befindlichen Gesetze wird gewiß jedem willkommen seyn, indem durch sie das mühsame und zeitraubende Suchen beseitigt wird.

Aufforderung.

Die grenznachbarlich deutschen Volkslehrer des Königreichs Bayern werden hierdurch aufgefordert, sich am 16. d. M. Nachmittag im Gasthof des Herrn Schirmer zu Rosbach bei Asch möglichst zahlreich einzufinden, um sich gemeinsam mit unterzeichnetem Vereine zu berathen, über eine Petition an die deutsche National-Versammlung zu Frankfurt, die Grundsätze der deutschen Volkserziehung und die Wünsche der deutschen Lehrer betreffend.

Der böhmisch-sächsisch-deutsche Lehrer-Verein.

Berichtigung.

In der der gestrigen Zeitung einverleibten Einladung zu einem Festballe, zur Schlußfeier des uns immer denkwürdig bleibenden 6. Augusts, soll es heißen:

Eintrittskarten mit Namensbezeichnung des Inhabers

1) für einzelne Herren zu . . . . . 18 kr.,
2) für Familien bis zu vier Angehörige zu . . 30 kr.,
3) Nachkarten zu diesen und für einzelne Damen zu 12 kr.

werden von den Herren Comité-Mitgliedern Wolfgang Burger, Julius Wagner, Friedrich Kögler abgegeben.

Das Fest-Comité.

Von der Opernstraße in die Jägerstraße ging gestern Abend ein grauer Fidshut mit mehreren Federn verloren. Der redliche Finder wird ersucht, solchen im Zeitungs-Bureau gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Ein starkmittlerer Dachshund von schwarzer Farbe mit weißer Brust und lichtbraunen Pfoten ist zugelaufen, der rechtmäßige Eigenthümer kann solchen gegen die Einrückungsgebühren in Empfang nehmen. Wo, sagt die Expedition dieses Blattes.

In meinem Hinterhause ist auf Martini ein kleines Quartier zu 20 fl. zu vermiethen.

G. Reintsch.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Freitag **Nro. 222.** **11. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 8. August. Die heutige Sitzung war noch stürmischer als die gestrige. Es waren von der Rechten an deren Spitze der preußische Abgeordnete v. Rincke stand, mehrere Anträge gestellt, den Abg. Brentano wegen seiner gestrigen Aeußerung zur Ordnung zu rufen. Dagegen verlangte die Linke, daß der Präsident die Ordnung gegen die Rechte handhabe, indem von dort aus Brentano überschrieen, thätlich insultirt und sogar auf Pistolen gefordert worden sey. Der Präsident (v. Soiron) wollte, ohne die Anträge diskutiren zu lassen, Brentano zur Ordnung rufen. Darüber entstand ein furchtbarer Lärm; die Linke protestirte und v. Soiron mußte die Sitzung auf eine Stunde suspendiren. Als sie wieder eröffnet war, wiederholte er seinen Ordnungsruf, und der Spektakel ging von Neuem los. Vergebens legte sich v. Gagern ins Mittel, indem er erklärte, über einen Ordnungsruf könne nicht diskutirt werden; die Linke protestirte fort und fort, da auch die Galterie ihr zu Hülfe kommt, läßt der Präsident diese räumen. Selbst die Damen in dem untern Theil der Kirche und die Journalisten werden hinausgeschafft. Indessen sammeln sich Volkshaufen vor der Kirche; man beschließt Protestationen gegen alle in geheimer Sitzung gefaßten Beschlüsse. Unterdessen protestiren im Schooße der Versammlung die Mitglieder der Linken gegen geheime Berathung. Die Zulassung der Journalisten wird zwar gestattet, aber die des Publikums mit 391 gegen 90 Stimmen verworfen. Nunmehr erhält Brentano das Wort. Er wundert sich, daß man seine Worte über den Prinz von Preußen so hart auslegen konnte, während stärkere Aussagen gegen den König von Hannover und den Großherzog von Baden ruhig hingenommen worden seyen. Es müßte wohl wahr seyn, daß eine Partei in Preußen den Prinzen von Preußen an die Stelle des Königs auf den Thron setzen wolle. Indessen war zur Zerstreuung der Volksmassen Militär aufgestellt worden. Ein Theil der Linken erklärte in geheimer Sitzung unter dem Schutze der Bajonette nicht abstimmen zu wollen, und verließ die Sitzung. Die Amnestie wurde sodann mit 317 gegen 90 Stimmen verworfen. Nächsten Donnerstag Berathung über die Heckersche Wahl.

Frankfurt, 7. August. Ausführlicher Bericht über die 56. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Wiedenmann erstattet den Ausschußbericht über die Petitionen und Anträge für Ertheilung einer allgemeinen Amnestie wegen politischer Vergehen; es seyen noch in diesen letzten Tagen Petitionen in Bezug auf diesen Gegenstand eingegangen, u. a. von Frauen und Jungfrauen der Städte Goslar, Hanau und anderer Orte, sowie auch aus Besançon vom 27. Juli, unterzeichnet von den ehemaligen Premierlieutenant Willich und andern deutschen Flüchtlingen; es lagen diese Letztern, in Besançon hätten sie Elend und Hunger kennen gelernt, die Einwohner und der Staat hätten sich nun ihrer angenommen; die Nationalversammlung möge den bei dem badischen Aufstande Betheiligten Amnestie ertheilen, in der Art, daß sie ungehindert in jedes deutsche Land zurückkehren können. Der Berichterstatter führt aus, der republikanische Aufstand in Baden sey mittelbar gegen ganz Deutschland gerichtet gewesen, sey aber ein selbstständiges Verbrechen gegen Baden, und dieß den badischen Behörden stehe deßhalb das Recht der Untersuchung und der Absolution zu; die Nationalversammlung würde nur dann Veranlassung haben, in innere Angelegenheiten der Einzelstaaten einzugreifen, wenn allgemeine deutsche Interessen es erforderten, welcher Fall aber hier nicht vorhanden sey; eine Veranlassung dazu liege hier um so weniger vor, da die republikanische Schilderhebung ein Attentat gegen den Gesammtwillen der deutschen Nation und ein Versuch gewesen, dieser den Willen einzelner Individuen aufzuzwingen; erst wenn die Ordnung und Ruhe im Vaterlande befestigt sey, werde die Frage von einer Amnestier Ertheilung entstehen können; im gegenwärtigen Statium würde die Amnestie nur Reiz zu neuen Umtrieben geben; zudem geben die Petenten nicht zu erkennen, daß sie Das, was geschehen, für ein Unrecht halten; Hecker und Struve seyen noch immer von denselben Gesinnungen beseelt; noch immer fordern sie zum Umsturz der Monarchie auf; Letzterer habe sogar erst jüngst einen „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands“ unter das Volk geschleudert, worin unter Anderm erklärt sey, daß die Confiskation des Vermögens aller Derer vorgehen sey, die in der Unterstützung der Sache der Monarchie sich besonders hervorgethan! Die ganze Versammlung theile gewiß das Mitleid, welches in den Petitionen für die armen Betirrten angesprochen sey; aber höher als jede andere Rücksicht müsse die Liebe zum Vaterlande stehen. von Itstein: man werde doch die armen Gefangenen, die seit drei Monaten im Kerker sich befinden, das nicht entgelten lassen, was jetzt etwa noch Einzelne in der Uebertriebenheit ihrer Ideen vorbringen; er sey von Hecker ersucht worden, hier zu erklären, daß derselbe für seine Person keine Amnestie verlange, daß er aber bitte, den gefangenen und flüchtigen Theilnehmern seiner Schilderhebung Amnestie zu Theil werden zu lassen; die Nationalversammlung erscheine allerdings competent in dieser Sache. Hagen verkenne durchaus nicht das Gewicht der Gründe, welche gegen eine Amnestie sprechen; er selbst gehöre zu Denen, die den Aufstand in Baden beklagten; aber theils die Menschlichkeit, theils die Rücksicht, daß man sich hier nicht auf den Standpunkt des strengen positiven Rechts stellen könne, fordern, daß man großmüthig seyn und Amnestie aussprechen solle; in jener Zeit der größten politischen Erregtheit sey es so leicht gewesen, die rechte Linie zu überschreiten; es sey jene That, wenn auch nicht zu rechtfertigen, aber doch zu entschuldigen; wer die Entwickelung der Geschichte beobachte, der müsse wohl einsehen, daß der Sieg der vollkommenen Demokratie auch in Deutschland zur Verwirklichung kommen werde; jene Männer hätten sich nur getäuscht, als sie gemeint, daß sie diese Ungewißheit für diese Verwirklichung zum schon gekommen wäre; die Nationalversammlung möge zeigen, daß auch sie den Grundzug des deutschen Charakters in sich trage, den der Milde und Versöhnlichkeit. Schoder: die Ertheilung einer Amnestie unter den gegenwärtigen Verhältnissen erscheine weder durch Gründe des Rechts noch durch Gründe der Politik anempfohlen; der republikanische Aufstand in Baden sey nicht nur ein Attentat gegen die Fürstengewalt gewesen, sondern in noch gegen das souveräne deutsche Volk, denn er habe zum Zwecke gehabt, der deutschen Nation ihre theils klar ausgesprochenen Willens, daß die Nationalversammlung ihre Geschicke entscheide, mit der Gewalt der Waffen die republikanische Staatsform aufzuzwingen; einer Amnestie würde er nicht entgegen seyn, wenn dadurch wirklich eine Versöhnung erzielt würde, dieß sey aber nicht zu erwarten; noch stehe Hecker an der Gränze, noch setzen er und seine Genossen ihre Bemühungen fort, trotz des Willens der deutschen Nation die Republik in Deutschland einzuführen; wenn jetzt eine Amnestie ertheilt würde, so hieße dieß den Hochverrath sanctioniren, neues Blutvergießen Verbrüderung; und dazu dürfe die Nationalversammlung nicht die Hand bieten; die deutschen Regierungen würden gewiß Begnadigung eintreten lassen, wenn der rechte Augenblick dazu gekommen seyn werde. Simon (von Trier): der badische Aufstand sey lediglich durch nicht-badische Truppen unterdrückt worden; es werde Amnestie verlangt für die Männer des Volks, die für die Freiheit gestritten; die Metternichs, die die Sache des Volkes verrathen, sitzen auf ihren Landgütern, während Die, welche für das Volk aufgetreten, in den Kerkern schmachten; Ueberschreitungen seyen nothwendige Folgen allzu barten Druckes; jetzt in dieser Versammlung selbst sitzen Männer, die erst noch vor einigen Jahren als Hochverräther declarirt gewesen seyen; Hecker sey nicht gegen die Nationalversammlung aufgetreten, er würde sonst wohl nicht seinen Sitz hier beanspruchen; wie die Stimmung in Baden sey, gehen schon aus dem Resultat der badischen Wahlen hervor; von den badischen Abgeordneten gehören nur sieben zur constitutionellen Partei, und auch diese seyen nicht alle von reinem constitutionellen Wasser; er verstehe die Volkssouveränetät so, daß, wenn das badische Volk den Großherzog nicht mehr haben wolle, dieser aufhören müsse, Großherzog zu seyn; er selbst würde gegen Amnestie sprechen, wenn neue Verwickelungen zu befürchten ständen, dieß sey aber nicht der Fall, Hecker selbst erkläre es ja für eine Lüge, daß er Werbungen zu einem neuen Aufstand vornehmen lasse; die Nationalversammlung solle einen Beweis von ihrer Stärke geben und Amnestie aus-

Digitized by Google

sprechen, sie möge die Kerker öffnen und dem Vaterlande Ruhe und Vertrauen wiedergeben. Diesen Augenblicke an, wo das Volk in der Lage gewesen, seinen Willen auszusprechen und zur Geltung zu bringen, habe das Recht der Revolution aufgehört; auch er glaube, daß eine Zeit kommen werde, wo Deutschland die republikanische Regierungsform erhalten werde; es dürfe dies aber nur durch eine friedliche Propaganda geschehen, nicht auf dem Wege der Gewalt; der Augenblick für eine Amnestie sey jetzt noch nicht gekommen. Wiesner meint, die alten Hochverrathsgesetze seyen auf den Barrikaden von Wien und Berlin vernichtet worden; nächstens werde aus Wien eine Riesenpetition kommen für die Amnestirung der Theilnehmer des badischen Aufstandes; die Nationalversammlung vertrete ein großmüthiges Volk, sie mögen danach handeln und den großen Act der Versöhnung decretiren. Edel: unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen sey eine Amnestie nicht zweckmäßig, nicht möglich; eine Partei könne nur dann amnestirt werden, wenn ihre Meinung, ihre Pläne von ihr aufgegeben seyen; Hecker, Struve und ihre Genossen haben aber noch nicht die geringste Sympathie dafür gegeben, daß sie auf ihre Pläne einer gewaltsamen Umwälzung verzichten; und die Nationalversammlung dürfe es nicht auf neue innere Störungen ankommen lassen, mit dem Bürgerblute nicht spielen; das Wohl des großen Ganzen müsse vor Allem gewahrt werden. Brentano: er, der stolz darauf sey, sich einen Freund Hecker's zu nennen, müsse mit Entschiedenheit die Bezeichnung Hecker's als eines Landesverräthers zurückweisen; Hecker sey kein Landesverräther, denn zum Landesverrathe gehöre Aufruf einer fremden Macht zur Hülfe, und ein solcher Aufruf sey von Hecker nicht ergangen; Hecker sey erst dann zum Auftande geschritten, als es mit der Rechtssicherheit in Baden so weit gekommen, daß ein Privatmann es wagen durfte, einen badischen Staatsbürger unter Anschuldigung des Landesverraths zu verhaften; man habe gesagt, eine Amnestie könne nicht eintreten, weil jene Männer ihre Gesinnung noch nicht aufgegeben hätten; er würde diese Männer aber nur verachten, wenn sie die Zahl der Apostaten würden vermehren wollen; eine Unwahrheit sey es, wenn man behaupte, daß Hecker an der Gränze auf eine neue Invasion sinne; Hecker wünsche zu nichts anderes, als daß man ihn einlade, seinen Sitz in diesem Hause einzunehmen; sonst sey eine Amnestie ertheilt worden bei der Taufe eines Prinzen; jetzt möge die deutsche Nationalversammlung die Einsetzung der Centralgewalt Deutschlands durch einen großen Act der Amnestie bezeichnen; in Galizien habe Oesterreich Amnestie ertheilt, Preußen stehe im Begriffe, zum zweiten Male den Aufständischen in Posen Amnestie zu gewähren; „wollen Sie die Männer, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurückstoßen gegen einen Prinzen von Preußen?“ Diese Worte riefen einen beispiellos heftigen Tumult hervor; mehrere Minuten lang erfüllt verworrenes Geschrei den Raum; die Linke verlangt, daß der Redner fortfahre, von der Rechten wird fortwährend mit der größten Heftigkeit „Herunter“ gerufen; viele Mitglieder drängen sich in der heftigsten Aufregung um die Rednerbühne, die Brentano nicht verlassen will; alle Anstrengungen des Vicepräsidenten, die Ruhe wiederherzustellen, sind vergeblich; endlich bedeckt er sich und erklärt um 1¼ Uhr die Sitzung für geschlossen; die Versammlung ist in der gewaltigsten Aufregung und nur Wenige leert sich das Haus.

Frankfurt, 8. August. Das Reichsministerium ist jetzt weiter dahin vervollständigt, daß ein Unterstaatssekretäre eintreten: für das Aeußere Robert Mohl aus Heidelberg, für den Handel Fallati aus Tübingen, für die Justiz Widemann, Advokat aus Düsseldorf. Die offizielle Verkündigung des Ministeriums wird nun nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Frankfurt a. M., 6. Aug. Die heute hier eingegangenen Berichte des Generals Wrangel sprechen sich dahin aus, daß eine Verstärkung an Truppen nicht nothwendig sey, weil größere Operationen ohne Schiffe weder strategisch ausführbar wären noch rathsam in Beziehung auf die Friedensunterhandlungen, die demnächst, besonders auf Englands dringende Vorstellungen, wieder beginnen sollen. Das Erstere motivirt er dadurch, daß eine Besetzung Jütlands für Dänemark fast ganz unempfindlich, ein Uebergang auf Alsen aber ohne Kriegsschiffe, die den dänischen die Spitze zu bieten im Stande wären, nicht zu bewerkstelligen sey. Da nun die preußische Regierung von hier aus bevollmächtigt ist, einen Waffenstillstand abzuschließen und die Friedensunterhandlungen einzuleiten, so werden die nach Schleswig beorderten süddeutschen Truppen wahrscheinlich Gegenbefehl erhalten, worüber der eben zusammengetretene Ministerrath verhandeln wird. Mit Lord Cowley, der mit unbeschränkten Vollmachten versehen ist, für Dänemark die Unterhandlungen abzuschließen, werden inzwischen die Grundlagen des Friedens hier festgestellt werden.

Frankfurt, 7. August. (Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.) Der in der heutigen Sitzung abgestattete Bericht des dritten Ausschusses über die mit dem volkswirthschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung gemeinschaftlich gepflogenen Unterhandlungen wurde mit allgemeiner Befriedigung von den Congreßmitgliedern entgegen genommen. Es wurde ferner die Forderung gestellt, man möge doch beantragen, daß der Nationalversammlung eine Kammer, nur aus Gewerbetreibenden zusammengesetzt, zur Seite stehe, da nur durch eine solche dem Drucke und den Bedürfnissen des Gewerbestandes abgeholfen werden könne, während bis jetzt von Männern die socialen Fragen entschieden worden, die dem Stande der Gelehrten, Beamten, Rentner oder des Handels angehörten und nicht den Druck der Handwerker und die Mittel, ihn zu heben, richtig erkennen könnten. (F. J.)

Berlin, 7. August. Heute Morgen ist der König mit dem Prinzen Adalbert aus Potsdam hier eingetroffen, um der an ihn ergangenen Einladung zu dem Festmahle der Schützengilde Folge zu geben. — Am gestrigen Abend waren wieder große Menschenmassen unter den Linden versammelt, ohne daß es zu Exzessen irgend welcher Art kam. Starke Patrouillen der Bürgerwehr und des Constablercorps hielten die freie Passage auf der Straße offen.

Von dem gestern schon erwähnten Festzuge nach dem Kreuzberge haben wir noch zu bemerken, daß sich die Gesammtzahl der daran Theilnehmenden auf mehr als 15,000 belaufen mochte. Es hatten sich demselben viele Damen, auch nur als man auf dem auf dem Kreuzberge stehenden Monumente zur Erinnerung an die Freiheitskämpfe der Jahre 1813—15) ein deutsches Banner aufgepflanzt hatte, brachte Hr. Held dem einigen Deutschland ein Hoch.

Der bald nach der Revolution aus Amerika in sein deutsches Vaterland zurückgekehrte Dr. Wilhelm Baader ist ebenso wie der Buchdrucker Barz wegen Theilnahme an einem versuchten Hochverrath angeklagt. Baader hat nämlich den von Gohnheim verfaßten „Republikanischen Katechismus“ dem Buchdrucker Barz zum Druck übergeben. Der Beweis dürfte ein interessanter werden, da das Preßgesetz der Jury noch nicht existirt.

Dresden, 7. August. In einer Nachversammlung der zweiten sächsischen allgemeinen Lehrerversammlung ist am gestrigen Tage der höchstwichtige Beschluß gefaßt worden, nach Erfenach einen allgemeinen deutschen Lehrercongreß für dieses Jahr noch auszuschreiben, und wird derselbe wahrscheinlich zu Ende Septembers stattfinden. Jedenfalls soll dieser deutsche Lehrercongreß das Mittel werden, der Idee einer organisch gegliederten deutschen Volksschule Eingang zu verschaffen, sowie ein engeres Aneinanderschließen deutschen Stammlehrer zu ermöglichen. Der Ausschuß der zweiten sächsischen Lehrerversammlung, bezüglich der pädagogische Verein zu Dresden ist ermächtigt, die erforderlichen Schritte zu thun.

Italien.

Kriegsbulletin aus dem Hauptquartier Lodi, 3. August Abends 6 Uhr. „Noch gestern um Mitternacht erhielt ich die Nachricht vom ersten und zweiten Korps, daß sie sich nach den stattgehabten Avantgardengefechten der Stadt Lodi bis auf eine halbe Stunde genähert hatten; nur die dunkle Nacht hinderte sie, bis an die Wälle zu kommen. Der Feind verließ während der Nacht die Stadt, welche mir hierauf durch eine Deputation ihre Unterwerfung sandte, worauf ich heute gegen 10 Uhr Morgens von Lodi Besitz nahm. Das erste und zweite Korps sandte ich auf halbem Wege von hier nach Malegnano vorwärts an den Lambro, wo sie heute bei Tavazzano und Lodivecchio lagern. Das Reservekorps und mein Hauptquartier befinden sich dagegen in Lodi. Das 4. Korps beobachtet ich, mit Zurücklassung einer Brigade Benedek gegenüber von Piacenza nach Pavia zu marschiren, wo es morgen 4. August eintrifft, weil ich noch übrige größere Macht des Königs Karl Albert, die Richtung von Lodi verlassend, sich plötzlich nach Pavia gewendet hat. Das Korps wird nach Möglichkeit den König verfolgen, Pavia besetzen und die Grenze des Gravelone schützen. Wenn Umstände welche ich nicht voraussehen kann, mich nicht zu einer andern Bewegung zwingen, so gedenke ich morgen 4. d. M. vor Mailand zu rücken, in Sto. Donato mein Hauptquartier zu nehmen und meine Vorposten bis auf ein paar tausend Schritte vor Mailand zu pousseren.“ Radetzky, m. p.

Der Tyroler Bote bringt eine Proklamation des Feldmarschalls Radetzky und des Staatsministers Montecuculi aus Verona vom 26. Juli, an die Obrigkeiten und Bewohner der bis jetzt von der österreichischen Armee wiedereroberten lombardisch-venetianischen Provinzen. Laut derselben ist die

Digitized by Google

Organisation und Leitung der politischen Verwaltung in den rückeroberten und noch rückzuerobernden italienischen Provinzen und Gebietstheilen dem genannten Staatsminister übertragen, der vom 1. August an seinen festen Wohnsitz in Verona hat. Die Verwaltungsorgane und gesetzlichen Bestimmungen wie vor der Lostrennung treten wieder in Kraft. Die in der Zwischenzeit eingetretenen Aenderungen und Erleichterungen in Betreff verschiedener Abgaben sollen provisorisch fortbestehen. In Festungen und Orten, wo der Belagerungszustand herrscht, liegt alle Macht in den Händen der Militärgewalt vereinigt. Die Provinziallcongregationen treten wieder in ihre Befugnisse ein. Die dem jetzigen Verwaltungsprinzip der ganzen Monarchie entsprechenden Reformen und Neuerungen sollen so weit die Umstände es erlauben, sogleich in Wirksamkeit gesetzt werden. Die Verwaltungsbehörden sollen mit den k. k. Truppen für die Wiederherstellung von Ordnung und Ruhe zusammenwirken. Zuletzt wird der Wunsch ausgedrückt, daß nun auch die Einwohner mit Vertrauen der Regierung entgegen kommen, damit das Land an den Segnungen des Friedens und einer gut geregelten, mit den Anforderungen der Zeit und des Volksgeistes im vollsten Einklange stehenden Verwaltung theilnehmen kann.

Mailand, 4. Aug. Karl Albert logirt in einer kleinen Wirthschaft unmittelbar außer Porta Romana; seine Truppen umgeben den größten Theil der Stadt; ich habe sie heute früh vor Porta Orientale und der Porta Tienese gesehen. Alle Bäume des Corso werden gefällt und zu Fortifikationen verwendet. Auf der Piazza d'Armi sind heute eine Revüe von 15 bis 18,000 Mann statt, einige Bataillone piemontesischer Infanterie, die lombardischen regulären Truppen, ein Bataillon venetianischer Freiwilliger und die ganze Nationalgarde. General Olivieri, nun Diktator von Mailand, und General Antonini aus Venedig waren Inspekteren. An den Befestigungen wird aufs Thätigste gearbeitet; die Piazza d'Armi ist bereits von einem breiten Graben kreuzweise durchschnitten. Tausende von Bauern arbeiten. Man hofft, Mailand 8 Tage halten zu können, und unterstützen werde französische Intervention eintreten. (Karl Albert soll nach Mailänder Berichten noch 40,000 Mann haben.)

Neapel, 30. Juli. Gestern Abend ist das englische Geschwader auf unserer Rhede vor Anker gegangen, und zwar zum Erstaunen der Bevölkerung und dem bestehenden k. Gesetze zum Trotz, in seiner ganzen Stärke von 8 Segelschiffen und 2 Dampfschiffen; jedenfalls ist also die Absicht keine sehr friedliche, sei es nun die Eintreibung der von den Messinesser Kaufleuten geforderterten Entschädigungen, sei es die Verhinderung der keineswegs, wie man sagte, aufgegebenen Unternehmung gegen Sizilien. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 3. August. Ich beeile mich, Ihnen das höchst wichtige Resultat der heutigen Kammersitzung mitzutheilen. Nach einigen interessanten Reden erhob sich auf Antrag des Präsidenten das ganze Haus des Repräsentanten wie ein Mann und nahm den von Georgs gemachten Vorschlag einstimmig an, nach welchem das Ministerium in seinem diplomatischen Verkehr mit der von den deutschen Parlament geschaffenen Centralgewalt Deutschlands das glückliche Endresultat eines innigen und engen Anschlusses Ungarns an das ethnische Deutschland, unbeschadet jedoch der ungarischen Selbstständigkeit, zu Stande zu bringen beauftragt wird. Auf den Antrag Paul v. Nyary's erklärte das Haus ebenfalls einstimmig, daß im Falle die österreichische Regierung, in Verkennung der österreichischen und der dynastischen Interessen, die Einheit und Centralgewalt Deutschlands hindern wollte und dadurch einen Krieg mit Deutschland hervorriefe, sie nicht im entferntesten auf ungarische Unterstützung dabei rechnen könne. (D. A. Z.)

Königreich der Niederlande.

Amsterdam, 5. August. Das Handelsblad meldet: Man berichtet aus Limburg, daß das Gerücht umgetrunken sei, als ob die Truppen der mobilen Colonne, welche durch einige Gemeinden gezogen ist, die deutsche Flagge von mehreren Kirchen und andern öffentlichen Gebäuden weggenommen hätte. Die Localbehörden haben in Gegenwart der Truppen zu Heerlen und Brussum die Flagge gen weggenommen. Es steht fest, daß die Behörden zu diesen Flaggendemonstrationen früher gezwungen worden sind, und jetzt wo sie unterstützt werden, sich beeilen ihre Autorität wieder geltend zu machen. Die Berichte in Betreff der Ausführung der mobilen Colonne sind ganz besonders befriedigend. Einstimmig ist das Zeugniß der Bewohner des platten Landes über die strenge Zucht und das gemäßigte Verfahren derselben, sodaß man sogar an einigen Orten die Regierung um einen längern Aufenthalt der gemeldeten Truppen gebeten hat. Dies zur Berichtigung des Aachener Zeitung, welche sich täglich durch falsche Gerüchte in Betreff Limburgs irre führen läßt.

Frankreich.

*Paris, 6. August. Wir haben vor einigen Tagen gemeldet, daß Frankreich sich zu einer bewaffneten Mediation in den Angelegenheiten Italiens entschlossen habe. Wir erfahren heute, daß Unterhandlungen mit England eingeleitet und auf dem Punkt des Abschlusses sind, damit diese Vermittelung gemeinschaftlich von beiden Mächten unternommen werde. Frankreich würde zu Land, England zur See zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen beiden kriegführenden Partheien einschreiten und dann durch ihre Bevollmächtigten die Unterhandlungen leiten. Gestern ist ein Beamter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit Instruktionen für den französischen Gesandten nach Wien abgegangen und Herr Bois-le-Comte hat sich von Neapel, wo seine Mission beendigt ist, nach Turin begeben. Der National, Organ des Ministers Bastide, enthält heute en tête folgende Note: „Obwohl wir heute traurige Nachrichten aus Italien erhalten haben, verlieren wir doch die Hoffnung nicht, die Unabhängigkeit Italiens stegreich aus diesem Kampfe hervorgehen zu sehen, ohne daß Frankreich mit bewaffneter Hand einzuschreiten braucht. Wir wissen, welche gerechte Empfindlichkeit bei einem Volke die Hülfe einer fremden Armee stets erweckt, wenn sie gleich eine befreundete ist, wir achten dieses Gefühl, das wir stets getheilt haben, und wir würden uns glücklich schätzen, wenn Italien seine Befreiung nur sich selbst zu danken hätte. Frankreich hat in diesem Augenblicke sein Auge auf die Lombardei gerichtet, die Niederlage der sardinischen Armee legt uns Pflichten auf. Unsere Regierung wird sie zu erfüllen wissen. Wenn das republikanische Frankreich, stark durch seine Uneigennützigkeit, spricht, hat es das Recht, gehört zu werden. Oesterreich wird begreifen, daß, jemehr wir den Augenblick, unsere Truppen ins Feld rücken zu lassen, hinausgeschoben haben, wir uns um so energischer zeigen werden, wenn man uns zwingt, das Schwert zu ziehen. Die Unabhängigkeit Italiens ist künftig eine festgestellte Thatsache. Es wäre klug von Seite Oesterreichs, diese gutmüthig anzunehmen. Die von Frankreich angebotene Vermittelung kann von einer verständigen Regierung nicht zurückgewiesen werden, denn sie würde auf ihrem Haupte eine ungeheure Verantwortlichkeit, Europa gegenüber, anhäufen. Wer kann sagen, wo man stehen bleibt, wenn der erste Kanonenschuß abgefeuert ist. Es gibt Opfer, die das eigene Interesse eben so sehr, wie die Gerechtigkeit erheischen. Italien ist auf immer für Oesterreich verloren, warum will sich dieses gegen diese unvermeidliche Thatsache stemmen und durch einen unnützen Widerstand vielleicht das, was ihm bleibt, compromittiren, ja, was es vielleicht noch verlieren kann, wenn es sich nicht entschließt, nachzugeben, so lange es noch Zeit ist."

Wir glauben, daß diese offizielle Note keines Commentars bedarf und fügen nur hinzu, daß auf die gestern hier eingelaufene Nachricht von der Besetzung Cremonas durch die Oesterreicher und den Rückzug Carl Albert nach Codogno (an der Adda) Ministerrath gehalten wurde und heute Nacht sämmtliche Truppen, die das Lager bei St. Maur bildeten in Eilmärschen nach dem Departement de l'Ain aufgebrochen sind. Durch den Telegraphen sind andere Regimenter von Laon und Soissons berufen, um das Lager wieder zu beziehen.

Der Moniteur du soir von gestern Abend enthält folgende, etwas dunkle, Note: „So eben verbreitet sich in Paris das Gerücht, daß auf Herrn Thiers geschossen worden sey und daß eine an seiner Seite befindliche Person verletzt worden ist. Es ist an diesem Gerüchte nichts wahr als daß ein junges Mädchen, das an der Thüre von Thiers Hause sah von einer Kugel getroffen und sehr leicht verwundet worden ist. Da man keinen Knall hörte, so muß der Schuß aus einer Windbüchse gefallen seyn. Herr Thiers war übrigens in dem Augenblicke des Ereignisses noch nicht aus der Sitzung der Nationalversammlung zurückgekehrt."

Wir haben heute die Mailänder Journale von 31. Die Juniner vom 2. — In dem offiziellen Bulletin des Mailänder Vertheidigungs-Comités wird angezeigt, daß „das piemontesische Kabinet und die provisorische Regierung Mailands die Hülfe Frankreichs förmlich verlangt haben und daß diese unverzüglich eintreffen werde." Carl Albert verlegte am 1. sein Hauptquartier von Codogno nach Lodi, um die Straße nach Mailand zu decken. In Toscana war das Ministerium gestürzt und die Mobilisation von 10,000 Mann Nationalgarde decretirt worden.

Heute Nacht ist die erste Abtheilung der zur Deportation bestimmten Juni-Gefangenen nach Havre abgegangen. Sie werden dort sogleich an Bord der Dampffregatte Ulloa gebracht. Dieser erste Transport zählt 600 Köpfe.

Das Gerücht circulirt heute, daß die Unverschämtheit der Menschencrete, die an der Juni-Insurrektion nicht Theil genommen

hat, sich heute außer dem Bereiche des Belagerungszustandes von Paris versammeln. Ihre Zahl wird auf 25,000 Köpfe angegeben. Die Etafette meldet, daß die revolutionäre Partei sich in diesem Augenblicke damit beschäftige die ehemaligen geheimen Gesellschaften zu reorganisiren und ganz Frankreich mit einem Netze derselben zu überziehen.

* Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 3. August. Schluß.) Ledru-Rollin fährt fort: Ihr sprecht vom 24. Juni, — ich habe das Bewußtseyn, daß wir unsere Schuldigkeit vollständig gethan haben, und wenn es Verantwortlichkeiten gibt, diese nicht auf uns lasen. Seit einem Monate leche ich darnach über diese Thatsachen zu sprechen, ich, der ich bis jetzt schweigen mußte, den die Nationalgarde damals erschießen wollte, weil sie sich betrogen wähnte; — nein, sie ist nicht betrogen worden und ich werde es beweisen. Ich habe während des Bürgerkrieges geschwiegen und nur für den Fall, daß mich eine Kugel träfe, meine Rechtfertigung schriftlich deponirt. Aber nun werde ich sprechen, — an dem von euch festgesetzten Tage, ich werde jedes Wort mit Beweisen belegen, mit jenen Beweisen, die ich euch mitgetheilt habe, die ihr aber in eurem Rapporte vergessen habt. (Tiefe Sensation.) Ja, — ihr Mitglieder der Commission, erlaubt mir es frei zu sagen, — ihr seyd meine politischen Gegner, — ihr denkt nicht wie wir. Von euch Allen war ich in der ehemaligen Kammer der, der die Republik für möglich hielt. Nun denn, fragt euch selbst, ob ihr in dieser Untersuchung ohne Haß, ohne Leidenschaft, ohne Parteigeist gehandelt habt. Commissionen wie eure tödten, — sie richten nicht. Die Versammlung aber schiede ihr Urtheil noch einige Tage auf und sie glaube mir, daß, was mich am tiefsten schmerzt, ist, zu sehen, daß unsere Republik so groß, so schön sein könnte, wenn wir Alle einig wären und daß alle diese innern Zerwürfnisse nur unsern Feinden nützen. Euer Rapport ist ein Parteiwerk, und die Republik soll nur eine einzige Partei, — keine Parteien kennen. — Diese Rede macht einen ungeheuren Eindruck. Die ganze Versammlung ist hingerissen, — in den Tuilerien seht man Damen weinen. Ledru-Rollin hat mit einer Energie, einer Wahrheit gesprochen, die Allen tief erschüttert. General Changarnier erklärte, er wolle der Rechtfertigung Ledru-Rollins nicht schaden, er müsse aber erklären, daß am 16. April um 1 Uhr Nachmittags weder Lamartine, noch Marrast daran Antheil hatten, daß Ledru-Rollin den Generalmarsch hatte schlagen lassen. Ledru-Rollin: Ich habe den Befehl bereits am frühen Morgen gegeben. Changarnier: um 1 Uhr erst gab der Maire von Paris, Garnier Marrast den Befehl Generalmarsch zu schlagen, — diese Thatsache ist positiv und ich beziehe darauf. Der Präsident Marrast: das Gedächtniß des Generals Changarnier hat ihn schlecht bedient. Am 16. April Morgens während ich mit dem General Courtais die Offiziere einer Legion der Nationalgarde vorstellte, kam Herr Ledru-Rollin und gab in meiner Gegenwart dem General Courtais den Befehl augenblicklich in allen Legionen den Generalmarsch schlagen zu lassen. Auf dem Generalstaabe der Nationalgarde stieß die Volksrettung dieses Befehls auf Schwierigkeiten und ich mußte ihn um 1½ Uhr wiederholen. (Sensation.) Ledru-Rollin fährt fort, daß er in diesem „der Revolution und der Republik gemachten Prozeß" sich vollständig rechtfertigen werde, — einstweilen protestire er gegen den Rapport als ein Machwerk der Verläumdung und der Ungerechtigkeit. Auch Caussidière spricht in gleichem Sinne. Endlich erklärt Herr Mauvain: der Bericht lasse ihn über Herrn Proudhon ganz etwas Anderes sagen, als er ausgesagt habe. Herr Proudhon habe nicht die Insurgenten gelobt und ihre Sache gerecht gefunden, sondern nur ihre Tapferkeit angestaunt. Unter dem Eindrucke dieses zweiten Documentes wird die Sitzung aufgehoben.

Großbritannien.

Aus Dublin wird der „Times" unterm 4. August Abends geschrieben: Lord Hardinge, der gestern über sämmtliche Truppen der Besatzung Revue hielt, geht Morgen von hier nach Ballingarry ab. Gestern Abend soll wurden dahier drei Gerichtsschreiber und ein Drucker, so wie in Loughrea zwei Mitarbeiter am „Felon," Smeany und Brennan, verhaftet. Die Mittagspost aus dem Süden meldet, daß alles ruhig ist und die Insurgenten sich nirgend geregt haben. Man glaubt das Smit O'Brien, Doheny und Beagher sich auf den sogenannten Kopper-Bergen befinden, wo man sie gestern besammen, wohl bewaffnet und in Uniform gesehen haben will, wie sie das Landvolk vergebens zum Beistand aufforderten. Gestern Abend und heute früh sind etwa 1100 Constabler von hier abgegangen, welche in der Richtung dieser Berge deren Hauptzugang eine tiefe Schlucht ist, einen Cordon ziehen sollten. Truppen will man zu dieser Expedition nicht verwenden.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 10. Aug. Bei einer heute vorgenommenen Brodvisitation wurde eine nicht unbedeutende Quantität schwarzen Brodes und Laibelein Brodes, ersteres wegen schlechter Beschaffenheit, letzteres wegen Nichtgewichthaltigkeit, zum Besten des Armenfonds confiscirt und der treffende Bäcker in eine angemessene Geldstrafe genommen.

Bekanntmachung.

Das gutsherrliche Oekonomiegut dahier, welches aus den nöthigen Wohn- und Oekonomiegebäuden, einer Bierbrauerei und Schenkgerechtigkeit einer Schaafhutgerechtigkeit und circa

129 Tagwerk Felder,
63 Tagwerk Wiesen,
6¼ Tagwerk Hutheu und
3½ Tagwerk Weihern

besteht, wird vom 2. Februar 1849 an, auf weitere 6 Jahre am Mittwoch den 30. August d. Js. Vormittags 10 Uhr.

in dem Amtslokale dahier verpachtet, wozu gutbesitzmundete und kautionsfähige Oekonomen eingeladen werden.

Weißenbrunn, k. Landgerichts Kronach, am 25. Juli 1848.

Rosenbusch, Patrimonial-Beamter.

Anzeigen.

Meyer's Unternehmungen

für deutsche politische Volksbildung

finden allgemeinen Anklang und Alles drängt sich zu bestellen und zu subscribiren. So eben erhielten wir wieder:

I.

Meyer's Parlaments-Chronik.

(Die Chronik enthält den Kern der parlamentarischen Verhandlungen in Frankfurt, mit den Schilderungen und Randglossen des Herausgebers und mit artistischen Illustrationen.)

I. Bandes 2. Heft mit **Hecker's** Bildniß,
I. „ 3. „ mit **Welcker's** Portrait.

Jedes Heft 15 Kreuzer rhn.

II.

Gallerie der Zeitgenossen,

neue Folge,

Portraits der

Männer des deutschen Volks

und

der benachbarten freien Nationen.

Diese Lieferung (Nr. V. Erzherzog **Johann** (der Reichsverweser.)
enthält: („ VI. v. **Soiron** (Vizepräsident des Parlaments)

Jede Lieferung nur 21 Kreuzer.

III.

Meyer's Universum,

XII. Bd., 9. Heft, mit 4 herrlichen Stahlstichen. 24 Kr.

Bestellungen

auf diese Werke werden jederzeit angenommen und prompt besorgt von der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel.

Soeben ist erschienen:

C. H. v. Thumb-Neuburg Deutschlands

Trennung von Rom.

Aufruf an das deutsche Volk. gr. 8. Geh. 1 fl. 12 kr.

Deutschland zu seiner Freiheit gebrehen, hat vieles Bestandene, aber jetzt nicht mehr Passende, sammt manchem Guten, beseitigt und zerstört; aber in kirchlicher Hinsicht scheint nicht nur nichts geschehen zu wollen, sondern das Aufgetrebsachte, die alte Abgötterie und Fanatismus scheinen sogar ihr Haupt aus Neue zu erheben und die kaum errungene politische Freiheit zu erdrücken. Die nie wiederkehrende Gelegenheit, uns von Rom loszureißen, ist gekommen! Wollen wir sie unbenutzt vorübergehen lassen? und wie beseelen wir uns von seiner Priesterherrschaft? Wir biete höchst zeitgemäßen Fragen anzuehen und beschäftigen, der wird sie in der verstehenden wichtigen Schrift befriedigend erläutert finden.

Zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Weil mein Ausenthalt mit meiner Bettfederdampfmaschine nicht mehr von langer Dauer sein wird, so empfehle ich mich ergebenst meinen werthesten Gönnern, und bitte, mich mit gütigen Aufträgen zu beehren. Andreas Pemb.

Im Hause Nr. 246 ist ein noch wenig gebrauchter Oekonomie-Wagen mit eisernen Achsen zu verkaufen.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Sonnabend Nro. 223. 12. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. August. Ausführlicher Bericht über die 57. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Nach Verlesung des Protokolls verkündigt der Vorsitzende v. Soiron, daß ihm in Bezug auf die gestrigen Vorfälle mehrere Anträge übergeben worden seyen. Der eine, durch den Abg. v. Vincke im Namen von 170 Mitgliedern übergebene lautet: die Nationalversammlung möge über die Aeußerung Brentano's, weil durch dieselbe ein deutscher Volksstamm beleidigt und dadurch die Würde der Versammlung selbst verletzt worden sey, ihre Mißbilligung aussprechen. Ein zweiter Antrag geht dahin, daß Abg. Brentano, weil seine Aeußerung einen edlen deutschen Volksstamm beleidigt und dadurch Zwietracht da, wo Einigkeit so sehr Noth thue, gesäet habe, mittlen unparteiisch sey, zur Ordnung gerufen werde. Dagegen beantragen andere Mitglieder: Nachdem Brentano auf der Fortsetzung seiner Rede verbindert, sogar thätlich bedroht und gegen allen parlamentarischen Gebrauch in der Sitzung selbst auf Pistolen gefordert worden, dadurch aber die Ordnung des Hauses gestört worden sey, solle der Präsident die Ordnung auftredt erhalten. Präsident v. Soiron spricht nun mit den Motiven des zweiten Antrages gegen den Abg. Brentano den Ordnungsruf aus. Die Linke erhebt sich in Masse, um dagegen zu protestiren. Die Anträge mußten est diskutirt werden. Brentano ruft: Man darf mich nicht verurtheilen, ohne mit gehört zu haben. Der Präsident beharrt auf seinem Ausspruch. Der Tumult wird immer heftiger; die Sitzung wird auf eine Stunde suspendirt. Nachdem dieselbe (um 11 Uhr) wieder eröffnet worden, wiederholt der Vorsitzende v. Soiron den Ordnungsruf gegen Brentano und fügt hinzu: er spreche die ernst gemeinte Erwartung aus, daß dergleichen Auftritte sich nicht wieder erneuern werden. Auch gerechten Zorn müsse man bemeistern und unterdrücken können. (Neuer Widerspruch links. Vogt u. A. verlangen das Wort über den Ordnungsruf.) Präsident v. Gagern spricht seine Ansicht aus, daß der motivirte Ordnungsruf lediglich Sache des Präsidenten und kein Gegenstand einer Diskussion seyn könne. Der Partei, die sich verletzt glaube, stehe die Befugniß zu, an die Versammlung zu appelliren, aber im geordneten Wege mittelst eines schriftlichen Antrags. Im Interesse der Würde der Versammlung und des gemeinschaftlichen Zwecks, den ja Keiner verlängnen werde, fortere er sie auf, diesen Weg einzuschlagen. Die Linke besteht indeß darauf, daß über den Ordnungsruf diskutirt werde. Einzelne Stimmen rufen dem Vorsitzenden zu, das Präsidium niederzulegen. v. Soiron: Das werde ich nicht! Hr. Brentano hat das Wort, um in seinem gestrigen Vortrage fortzufahren. Mehrere Mitglieder protestiren dagegen, und verlangen, daß erst der Ordnungsruf erledigt werde. Brentano betritt die Rednerbühne, und wird von der Linken und einem Theil der Gallerie mit rauschendem Beifall begrüßt. Der Vorsitzende besteht, die Ruhestörer von der Gallerie zu entfernen, und da drei Anstand zu finden scheint, ordnet er die Räumung der Gallerie an. Auch die Zuhörer in den reservirten Plätzen in der Kirche, die Damen und zuletzt die Journalisten werden vom Präsidium aufgefordert, sich zu entfernen. Die Entfernung der Gallerie dauert ungefähr eine halbe Stunde, sodann werden die Thüren geschlossen. Vogt, Wigard und Schaffrath protestiren gegen eine Berathung in geheimer Sitzung, da hierzu ein Antrag von 50 Mitgliedern erforderlich sey. Präsident v. Soiron und Mohl berufen sich auf die dem Präsidenten nach der Geschäftsordnung zustehende Befugniß, die Gallerie räumen zu lassen. Auf Antrag Zimmermann's von Spandow wird die Schlossen, die Journalisten wieder zuzulassen; über die Wiederzulassung des Publikums aber namentlich abgestimmt und dieselbe mit 390 gegen 91 Stimmen verworfen. Brentano erhält hierauf das Wort. Er äußert u. A. Der gegen ihn gerichtete Ordnungsruf habe ihn um so mehr befremdet, als gegen einen andern regierenden Fürsten, den König von Hannover, noch stärkere Aeußerungen (z. B. Hochverrather) gefallen seyen, ohne daß einer der anwesenden Hannoveraner zur Ordnung gerufen habe. Auch über den Großherzog von Baden seyen starke Aeußerungen gefallen, ohne daß man davon Aufhebens gemacht habe. Es scheine also hier ein tiefer Grund obzuwalten. Fast müsse er an ein vielverbreitetes Gerücht glauben, daß eine starke Partei in Preußen die Abdankung des Königs betreibe, um statt desselben den Prinzen von Preußen auf den Thron zu setzen. Es sey hier das Unerhörte geschehen, daß an einen Abgeordneten des Volks Hand angelegt worden. (Vorlesender: Ich habe nichts davon gehört! Links: Ja! Ja! Plathner!) Brentano: Ich wiederhole es, man hat es gestern gewagt, auf dieser Tribune Hand anzulegen an einen Abgeordneten des Volks. Im meisten muß ich erstaunen, daß unter den Antragstellern die Namen der Hrn. Plathner und Graf Wartensleben figuriren, die mich wegen meiner Aeußerung auf dieser Rednerbühne auf Pistolen gefordert haben. (Lebhafte Bewegung links.) Man will unseren Gründen mit Kugeln und der Spitze der Bajonnette entgegentreten, und nicht zufrieden damit, will man noch den Ordnungsruf haben. Ich überlasse es der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit des Präsidenten, ob er den Ordnungsruf zurücknehmen will, und wenn es nicht geschieht, so appellire ich an das gesammte deutsche Volk. Ueber die Amnestie-Frage werde ich in geheimer Sitzung nicht sprechen. Vorsitzender v. Soiron bemerkt: die Sitzung sey nicht geheim; die stenographischen Berichte würden gedruckt. Wender beantragt, die Berathung über die Amnestie zu vertagen, und zeigt die persönliche Frage zu erledigen. Jordan: bei der gegenwärtigen Aufregung sey es unmöglich, ein ruhiges Urtheil abzugeben. Die Versammlung beschließt jedoch, unter lebhaftem Widerstand der Linken, daß die persönliche Frage vertagt und die Amnestie weiter berathen werde. Welcker spricht gegen die Amnestie, jedoch für Begnadigung der Verführten und ihren Irrthum Bekennenden. Vogt fragt: ob Oedre gegeben worden, die Pauliskirche mit Militär zu umstellen. (Es waren zur Säuberung des Platzes Artillerie und der Stadtwehr und der Linientruppen aufgestellt worden.) Der Vorsitzende erwidert: er habe keine Order gegeben; man habe hier nicht zu erörtern, was die Stadt zur Aufrechthaltung der Ordnung beschließe. (Links: Wenn Pistolen nicht mehr ausreichen, kommen die Bajonnette.) Präsident: Die Bajonnette sind gewiß nicht gegen die Versammlung gerichtet. Michelsen beantragt den Schluß der Verhandlungen, welcher sofort beschlossen wird. Widenmann hat als Referent das Schlußwort. Ein Theil der Linken erhebt, an einer Abstimmung in geheimer Sitzung nicht Theil nehmen zu wollen. Rosenkiefer fordert die Versammlung auf, im Interesse der Menschlichkeit die Abstimmung bis morgen zu verschieben. Schoder: nachdem ein Theil der Versammlung weggegangen, noch die Vertagung verlangen, hieße die Majorität von einer kleinen Minorität terrorisiren lassen. Nachdem die verschiedenen Anträge verlesen worden, wird beschlossen, über den Ausschußantrag zuerst abzustimmen. Derselbe lautet: die Nationalversammlung möge, da sie in der gegenwärtigen Lage der Dinge in den Weg des Rechts einzugreifen keine Veranlassung finden könne, zur motivirten Tagesordnung übergehen. Dieser Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 317 gegen 90 Stimmen angenommen. Neun Mitglieder enthalten sich der Abstimmung. Brund, Schaffrath, Schüler von Jena erklären, in geheimer Sitzung nicht stimmen zu wollen. Wigard: er stimme nicht unter dem Schutze der Bajonnette.

Frankfurt, 8. August. Wie ich höre, hat das Reichsministerium beschlossen, dem Streit mit Dänemark nunmehr eine entscheidende Wendung zu geben. Dies beweisen nicht blos die ausgebotenen Truppen, welche schon dieser Tage nach dem Kriegsschauplatze abgehen, sondern ein Mitglied des Reichsministeriums selbst, Herr Heckscher, will sich als Bevollmächtigter der Centralgewalt diese Woche noch nach Schleswig begeben, um für neue Vorschläge in der Nähe zu sein. (D. Z.)

München, 8. August. Heute Vormittag fand Ministerrath statt, welchem auch der von Starnberg wieder zurückgekehrte Minister Heintz anwohnte: zugleich geht das Gerücht sehr stark, daß die Minister Thon-Dittmer und Weißhaupt um ihre Entlassung eingegeben hätten: in der That ist dieses nicht zu verwundern, denn nach der Niederlage dieser Herren vom letzten Samstag ist wohl nicht mehr glaublich, daß sie sich auf ihren Posten erhalten

Digitized by Google

würden. So wären denn die ersten Risse in den hochtrabenden Märzministerium eingetreten und zwar ist dieses jetzt nicht im parlamentarischen Kampfe geschehen, sondern im Kampf mit dem Volke selbst, im Kampfe mit dem Volk, von welchem man glaubte: „Es schläft, es will Ruhe haben.“ (D. C. J.)

□ München, 9. August. Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge soll der Kriegsminister Weißhaupt seine Entlassung erhalten haben; auch Bar. Thon-Dittmer, sagt man, seine fernere Umgänglichkeit einsehend, habe um Enthebung von seinem Posten nachgesucht. Was nun Ersteren anlangt, so würde dieser Rückzieht von der ganzen Armee sehr bedauert werden. Keiner von all seinen Vorgängern in diesem wichtigen und schwierigen Posten vereinigte so viel edlen Willen und Einsicht, mit energischer Thatkraft; in einigen Monaten ist für unser Militärwesen in Bayern mehr geschehen, als in einer 33jährigen Vergangenheit. Allerdings trugen dieß die Zeitumstände und die Vorliebe des Königs für das Militär das ihre bei, aber andererseits ist gerade in solchen Zeiten der kenntnißreiche Mann, welcher Schuldirung mit Erfahrung vereint, an einem solchen Posten am nothwendigsten und Weißhaupt möchte kaum völlig zu ersetzen seyn. Daß in der letzten Zeit ein paar dießge Schmahblätter diesen biedern Charakter zu verdächtigen suchten und ihm durch die albernsten Insinuationen in der öffentlichen Meinung gleichwohl einen bedeutenden Stoß versetzten (die Bratengeschichte), werden Sie wissen; außer dem niedersten Pöbel, hält den Minister des Heerwesens Niemand einer so absurden Aeußerung fähig. Aber die ewigen Schmähungen, obgleich nur von einzelnen verworfenen Individuen ausgehend, und die immer drohenden Katzenmusiken machten diesen wackeren, in Ehre graugewordenen Manne sein Amt verleiden. — Ein General-Gewerbsverein ist im Entstehen begriffen, derselbe ist zum Theil schon constituirt und der Vorstand des polytechnischen Vereins, Herr Haindl hat vorerst den Vorsitz. In einer gestrigen Versammlung wurden die Fragen aufgeworfen, wie die Regierung gesonnen sey, die von ihr für den Gewerbsstand bestimmte Summe zu betrachten, als ein für allemal, als Abfindungssumme, oder als eine sich wiederholende Gabe, und ob diese Summe für München allein, oder für die Umgegend mit bestimmt sey? Als Haindl bemerkte, man möge die Güte der Regierung nicht durch solche Fragen umstimmen, erhob sich in der Versammlung ein wahrer Sturm und wurde derselbe gebeten, den Zuhörern in der hiesigen Gewerbsverstand ruinirt wurde; daß man den gewerbfreien Zollvereinsstaaten gegenüber hier neben der Gewerbsfreiheit noch reale Rechte im Werth zu 4 Mill. Gulden verzinsen müsse, daß ferner die Regierung durch die Einkommensteuer sich von den Gewerben das Doppelte ihrer Gabe wieder zahlen lasse. Die Regierung müsse noch größere Anstrengungen machen, wenn unsere Gewerbe nicht völlig zu Grunde gehen sollen. (Als ob Subventionen ganze Gewerbe in die Höhe bringen könnten?) Einige Gewerbe sind ganz verschwunden, viele bestehen nur dem Namen nach, handeln wohl, aber arbeiten nicht selbst. Im Ministerialbureau Gewerbsangelegenheiten war heute Conferenz mit Vertretern der Gewerbe, welche in dieser Versammlung ein wahrer Sturm

die Gewehre zur Hand und schossen in das Wirthshaus hinüber. Es sollen hierbei vier Schüsse gefallen sein, von denen einer, ein am Fenster stehende Frau leblos niedergestreckt, und ein anderer ein neun Gebirgs-Fuhrmann, der eben seine Pferde aufspannen wollte, durch den Rücken in die Schulter drang. Andern Nachrichten zufolge sollen noch zwei Personen getödtet worden sein, doch können wir diese letztere Angabe nicht verbürgen. Das eben gemeldete Faktum ereignete sich gestern Abend gegen 9 Uhr. Im Laufe der letzten Nacht sind von den am 31. Juli getödteten Bürgern noch einige verschieden, so daß am morgigen Tage, einschließlich der zuletzt getödteten Frau, und anschließlich der erschossenen Soldaten, wiederum 6 Opfer der Mutter Erde übergeben werden.

Zürich, 6. August. Heute Vormittag wurde die Huldigungsfeier auf dem Glacis begangen. Die Nationalgarde war in einer ihrer Abtheilungen auf das Zahlreichste vertreten und die gesammte Garnison ausgerückt. Nach einer Feldmesse wurden dem Reichsverweser und der Einheit Deutschlands mehrfache Hoch ausgebracht. Die deutsche Kokarde ward übrigens von den Truppen nicht aufgesteckt. Die Fahnen waren mit schwarz-roth-goldenen Bänderu geschmückt.

Hannover, 6. August. (Die Huldigung.) Der heutige Tag ist gegen alles Erwarten dennoch glänzender und seiner hohen Bedeutung angemessener begangen worden, als es die gestrige öffentliche Stimmung ahnen ließ. Die Bürgerwehr hat nicht nachgelassen, ihre Wesenhaftigkeit zu einem allgemeinen Ausrücken zu nöthigen. Um 4 Uhr Nachmittags zogen ihre 16 Kompagnien im Paradeaufzuge mit Fahnen und Musik nach der Aue neben dem städtischen Schützenhause. Hier angekommen, formirten sich selbige in Kolonnen und nach einer gut gewählten Anrede des Bürgergenerals Dr. Hölscher wurde dem Reichsverweser Erzherzog Johann ein donnerndes Hoch gebracht. 9 Uhr Abends begann in einzelnen Theilen der Stadt die Illumination und verbreitete sich nach und nach über alle Straßen. Starke Volkshaufen durchzogen allenthalben unter Gesang und Freudenruf die Straßen, gaben aber da ihr Mißfallen durch Pfeifen und Schreien zu erkennen, wo die Erleuchtung unterbrochen war oder wo sie das Haus eines mißliebigen Besitzers passirten. Auf morgen Nachmittags 4 Uhr wird eine Volksversammlung im Freien stattfinden, um Rath zu pflegen, durch welche Schritte die Huldigung des Militärs nöthigenfalls zu fordern sein wird. (Z. Z.)

Rendsburg, 6. August. Die Dänen haben in den letzten Tagen eine Sondirung nicht versucht, geschweige feindliche Impassonen verübt. Es heißt der Graf Wallerse, Führer des ehemaligen Brackow'schen Scharfschützencorps, werde in diesen Tagen wieder zurückkehren und Dienste bei unsern Jägern nehmen.

Königreich der Niederlande.

Mästricht, 2. August. Es werden Truppenverstärkungen nach dem Limburgischen geschickt. Erster Tage sollen 600 Mann zu Venlo und Neermann eintreffen. Binnen acht Tagen sollen die Milizen aller Depots in die Provinz kommen und nach Mästricht ziehen. Seit einigen Tagen spricht man davon, daß belgische Truppen in die Umgegend Mästrichts kommen sollen. Aus Tongern schreibt man, daß 2 Regimenter angewiesen sind, sich nach den Grenzen Limburgs zu begeben, sobald deutsche Truppen dorthin gesendet würden.

Italien.

(Kriegsbülletin des Feldmarschalls Radetzky aus dem Hauptquartier S. Donato vom 4. August, 6 Uhr Abends.) Ich bin am 4. August früh von Lodi aufgebrochen und mit drei Armeekorps, nemlich mit dem ersten, zweiten und dem Reservekorps, bis San Donato gegen Mailand vorgerückt. Bei S. Donato entspann sich sogleich ein Gefecht mit den piemontesischen Truppen, welche eine Stellung von Mailand genommen hatten. Das erste Korps hielt jedoch den Feind so lange in der Front, bis seine rechte Flügelbrigade unter Kommando des Generals Grafen Clam dem Feinde links, so wie das parallel mit dem ersten marschirende zweite Armeekorps demselben rechts in die Flanke manövrirte, worauf der Feind geworfen und bis nahe an die Mauern der Stadt verfolgt wurde. Das tapfere 10. Jägerbataillon von der Brigade des Grafen Strassoldo des ersten Korps, welches den Feind in der Front aufhielt, hat bei dieser Gelegenheit einen erneuerten Zug ausgezeichneter Tapferkeit vollführt, indem die 1., 6., 4. und 5. Kompagnie desselben unter den Hauptleuten Brandt, Jablonski, Beck und Brandenstein links und rechts der mit Kanälen eingeschlossenen Straßen so weit vorwärts stürmten, bis sie eine ganze feindliche 16pfündige Batterie in ihrem Rücken angriffen, die Mannschaft, die sich wehren wollte, und einige Pferde niederschossen und hierauf sich triumphirend dieser Batterie bemeisterten. Eine Abtheilung der Jäger brachte die Batterie in vollem Jubel in's Hauptquartier. Nebstbei wurden 4 Offiziere und 120 Mann durch die Brigade Strassoldo gefangen genommen. Ich hinun in der Erwartung, ob die Stadt Mailand, in welcher, so viel ich in Erfahrung brachte, sich zwei Parteien um die Herrschaft streiten, mir morgen die Thore öffnen oder eine Deputation senden wird. Sollte keines von Beiden im Laufe des Vormittags erfolgen, so werde ich die Stadt auffordern, sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben, und wenn sie nicht Folge leistet, meine weiteren militärischen Maßregeln nehmen. Eben erhalte ich auch vom 4ten Armeekorps die Meldung, daß sich Pavia mittelst einer Deputation diesem Korps ergeben habe. Der Feind hat die Brücke über den Po Mezzana Corti abgebrochen. Ich gehe somit sogleich dem 4. Korps den Befehl, unter Zurücklassung einer angemessenen Garnison zu Pavia, über Abbiategrasso auf der Straße Magenta dem Feinde in den Rücken zu marschiren und ihn anzugreifen, sollte er aber den Tentio schon überschritten haben, sodann Mailand von der westlichen Seite einzuschließen.

Bern, 7. August. Der Vorort hat heute von dem Tessin'schen Staatsrath aus Lugano vom 6. August verschiedene Nachrichten erhalten.

Am Vormittag. „Karl Albert steht mit 40,000 Mann unter den Mauern von Mailand den Oesterreichern gegenüber. Die Mailänder sind furchtbar gerüstet, entschossen, das Aeußerste zu wagen. Die Emigration der Mailänder nach Tessin dauert fort. Wir haben 2000 Mann an die Gränze beordert, um Ordnung zu halten."

Abends 11 Uhr. „Der Syndikus von Chiasso meldet uns durch eine Estaffette: Die Oesterreicher sind zufolge einer Kapitulation in Mailand eingerückt. Karl Albert hat sich zurückgezogen. (Wohin?) Ein Kampf hat nicht statt gefunden. — Die Oesterreicher sind nach Como und weiter vorgedrungen."

Mitternacht. Die soeben angekommene Post bestätigt die stattgehabte Kapitulation. In Mailand herrscht große Bestürzung. Alles war verbarrikadirt, Alles zur äußersten Gegenwehr gerüstet. Die einzige bekannt gewordene Bedingung der Kapitulation ist die: „Es steht Jedem frei, von heute Morgen an bis heute Abend sechs Uhr die Stadt Mailand zu verlassen." (F. J.)

Frankreich.

*Paris, 7. August. Der Marquis von Brignolles-Sales und der Marquis von Ricci, beide Abgesandte des Königs von Piemont haben gestern lange Conferenzen mit dem Minister Baroche gehabt und das Gerücht einer gemeinschaftlichen Vermittelung Frankreichs und Englands in Italien gewinnt heute an Bestand. — England scheint entschlossen, in Italien energischer als bisher aufzutreten und seine Escadre unter Admiral Parker ist am 29. Juli vor Neapel erschienen. Während den Verträgen gemäß nicht mehr als vier Schiffe einer fremden Flotte im Innern des Hafens ankern dürfen, ist die englische Escadre mit 7 Linienschiffen, 1 Fregatte und 2 Dampfern dicht vor der Stadt vor Anker gegangen und scheint eine feindselige Stellung einnehmen zu wollen. Die Angelegenheiten Siciliens, gegen das der König von Neapel eine Expedition von 20 Schiffen voll Truppen in Reggio ausrüstet, scheinen der Grund dieser Demonstration zu seyn. Die französische Escadre lag am 30. in den Gewässern von Ischia.

Der National enthält heute einen sehr bemerkenswerthen Artikel, der, wie man sagt, der Ausdruck der Meinung des Generals Cavaignac ist. Dieser Artikel bedauert nicht nur, daß die Nationalversammlung in der ersten Aufregung eine Untersuchungscommission wegen der Insurrection niedergesetzt habe, sondern auch in der Art und Weise, wie diese Commission ihre Aufgabe ausgeführt hat. Bleibe man auf dem bisherigen Wege, so werde die Commission als öffentlicher Ankläger die Nationalversammlung als Justiztribunal funktioniren müssen, drei Repräsentanten würden als Angeklagte da stehen. Wohin solle das führen? Zu den leidenschaftlichsten Stürmen, — zu den gehässigsten Anklagen, — zu den Zerwürfnissen in der Kammer, wie auch im Lande. Es sey aber Beiden nichts nöthiger als Ruhe und Eintracht und daher solle man die Sache der Justiz, als der einzigen, competenten Behörde überlassen, weder die Bureaucratischen veröffentlichen, noch diejenigen, sammt dem Rapporte discutiren, sondern die Nationalversammlung solle durch eine motivirte Tagesordnung sowohl die drei Vertreter, als die Commission von allen durch den Rapport auf ihnen lastenden Consequenzen lossprechen. Auf diese Art werde die Nationalversammlung einen Act der Politik und des Patriotismus thun. — Wir bezweifeln nur, daß Ledru-Rollin und seine Freunde, denen man jetzt ein so schönes Spiel gemacht hat, diesen Ausweg annehmen.

Digitized by Google

Ein Dekret Cavaignacs vom 6. hebt das auf zehn Journale am 24. Juni gelegte Interdict auf. Die Presse und die Assemblées nationale sind heute bereits wieder erschienen.

Großbritannien.

London, 5. August. Im Unterhause brachte Hr. d'Israeli die vom deutschen Bunde und der frankfurter Versammlung auf Limburg geltend gemachten Ansprüche zur Sprache und behauptete, daß dadurch der Vertrag von 1839 verletzt werde, dessen Mitunterzeichner England gewesen sey. Er fragte, ob Lord Palmerston bereit sey, dem Hause über diese Angelegenheit Mittheilungen zu machen, und ob er demselben Hoffnung geben könne, durch seinen Einfluß die Aufrechthaltung der Verträge zu bewirken? Lord Palmerston antwortete: „Hr. d'Israeli hat die durch den Vertrag von 1839 eingegangenen Verpflichtungen ganz richtig angegeben. Durch diese Uebereinkunft wurde ein Theil des Großherzogthums Luxemburg an das Königreich Belgien abgetreten und mit ihm vereinigt. Das Haus weiß, daß das Großherzogthum Luxemburg einen Theil des deutschen Bundes bildete und daß der König der Niederlande in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg Mitglied des Bundes war. Die Clauseln des Vertrages vom 1839 bestimmten, daß für Abtretung eines Theiles des Großherzogthums der König in Limburg ein Aequivalent empfangen solle. Dieser Theil wurde genau bezeichnet und sollte von ihm entweder in seiner Eigenschaft als Großherzog besessen oder dem Königreiche der Niederlande einverleibt werden. Nach einem darauf folgenden Artikel sollte der König der Niederlande den Agnaten des Hauses Nassau für den Verlust, welchen sie erlitten, eine Entschädigung geben; eben so sollte dem Bunde eine Schadloshaltung bewilligt werden. Der König schloß ein Uebereinkommen mit den Agnaten seines Hauses ab, die englische Regierung aber hat von demselben amtlich keine Kenntniß erhalten. Eben so wenig hat die Regierung amtliche und genaue Kenntniß von der mit dem deutschen Bunde getroffenen Uebereinkunft. Neulich ist mir von dem Gesandten des Königs der Niederlande eine Vorstellung wegen des Verfahrens der frankfurter Versammlung in Bezug auf diesen Theil des Reiches übergeben worden. Bevor jedoch die Regierung Ihrer Maj. zu entscheiden im Stande ist, bis zu welchem Grade jener Vertrag England die Verpflichtung oder Berechtigung auferlegt, in Betreff dieser Vorgänge einzuschreiten, habe ich für nöthig erachtet, von der niederländischen Regierung Aufschlüsse über die in Bezug auf diesen Theil des Vertrages zwischen dem verstorbenen Könige der Niederlande und dem deutschen Bunde erfolgte Vereinbarung zu begehren. Diese Aufschlüsse habe ich noch nicht erhalten und kann daher die Frage nicht beantworten, ob und in welcher Weise die britische Regierung sich zur Einschreitung berechtigt glaubt." — Auf die Frage des Hrn. Christy, ob eine friedliche Ausgleichung der Streitigkeiten zwischen Dänemark und den deutschen Staaten noch zu gewärtigen sey, entgegnete Lord Palmerston, die Regierung bedaure sehr, daß der Waffenstillstand nicht schon abgeschlossen sey, da sie vollen Grund gehabt, dieses zu erwarten. „Er glaube jedoch, daß die Verzögerung — denn dafür allein halte er es — mehr in Sachen der Form, als in wesentlichen Differenzen ihren Grund habe. Während der Unterhandlung und vor Abschluß einer Uebereinkunft sey der Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt worden und nun die Frage entstanden, ob der Waffenstillstand abgeschlossen und zum Vollzuge gebracht werden solle, bevor der Reichsverweser ihn sanctionirt habe? Er glaube, daß die Zögerung hauptsächlich von diesem Bedenken herrühre und hege fortwährend die Hoffnung, daß man in Kurzem wenigstens den Abschluß des Waffenstillstandes vernehmen werde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 2. August. Der Oberbefehlshaber der schwedischen Truppen in Fühnen, General Löwenhjelm, hat in der Aalborger Stiftszeitung die dänische Nachricht, als ob die schwedischen Truppen darum petitionirt, einen thätigen Antheil an dem schleswig-holsteinischen Kriege zu nehmen, für vollkommen unwahr erklärt. — In Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche in den Friedensunterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark eingetreten, hat der König seine Rückreise nach Stockholm aufgeschoben.

Anzeigen.

Erwiderung auf die Berichtigung in Nr. 218 der Bayreuther Zeitung.

Ich habe von der Eröffnung des deutschen Nationalparlaments an, die heute nicht eine Sitzung, nicht eine Abstimmung versäumt, ich war daher auch in der Sitzung vom 27. Juni d. J. insbesondere bei der Abstimmung über die Fragen:

ob die Person, welche an die Spitze der provisorischen Centralgewalt gestellt werden soll, die Benennung: Präsident, oder Reichsverweser oder, wie Herr von Gagern vorschlug, Inhaber der Reichsgewalt heißen soll?

anwesend, wie mit die Abgeordneten von Rotenhan, Quante und Ottow, die mir zunächst sitzen, bezeugen könnten, wenn das Zeugniß in den stenograph. Bericht Nr. 28 S. 625 nicht genügen wollte. Ich habe mich aber absichtlich bei der Frage: ob jene Person „Präsident" heißen soll? jeder Stimmgebung enthalten, weil es mir ganz gleichgültig schien, welche Benennung dieser Person gegeben werde, weil ich ferner aus den vorberathenen Versammlungen vorhermußte, daß die Majorität für die Benennung: Reichsverweser war, und gerade darum nicht blindlings mit der Majorität, aber auch nicht gegen sie stimmen wollte, indem ich weder für eine noch für die andere Benennung überwiegende Gründe finden konnte.

In dergleichen materiell unerheblichen Fragen ist es parlamentarischer Gebrauch, daß sich ein Mitglied seiner Stimmgebung enthalten darf, um kein Gewicht in die eine oder andere Schaale zu legen.

Ich hatte indeß auch andere Gründe zu meinem ganz consequenten Benehmen, die ich nur meinen Wählern vertraulich mittheilen kann.

Frankfurt a. M., den 9. August 1848.

Keim.

So eben ist erschienen:

Der Ludmila Chmel, Nonne im Kloster zu Franzisci in Prag

Sieben Weissagungen

über die für Böhmen und das übrige Deutschland wichtigeren, die zum Abschluß dieses Jahrtausends sich ereignenden Welthebegebenheiten; worunter der jüngsterfolgte, durch Mißdeutung des Orakels verunglückte Ezechenaufstand. — Aus einer im Prämonstratenser Stifte Strahow zu Prag aufbewahrten böhmischen Handschrift aus dem 13. Jahrhundert zum erstenmal verdeutscht und mit historischen und politischen Erläuterungen versehen. gr. 8. 27 kr. ehrn.

Auch Diejenigen, welche von prophetischen Sprüchen sich unglaublig lächelnd abwenden, werden diese Schrift gewiß nicht unbefriedigt und nicht ohne Ueberraschung aus der Hand legen.

Zu haben in der

Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Trauerfall.

Eine schwere, unheilbare Wunde hat der Herr uns geschlagen, indem er unsere theuere, innigstgeliebte Frau, Mutter, Tochter, Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Johanna Magdalena Schmidt,
geborne Lauterbach,

in dem Blüthenalter von 38 Jahren von unserer Seite ßgerissen und in ein besseres Jenseits versetzt hat. Wer sie, die theuere, uns Unvergeßliche im Leben kannte, ihr stilles Wirken sah, wird unsern Schmerz für gerecht finden. Nur die Hoffnung der einstigen Wiedervereinigung erhält uns aufrecht und die allgemeine Theilnahme, die uns zu Theil ward und für die wir herzlich danken, gibt uns Trost und Beruhigung.

St. Georgen, den 8. August 1848.

Die Hinterbliebenen.

Weichsel-Liqueur, die Maas zu 24 kr. empfiehlt

F. G. Felbinger.

Ein ganz neuer von starkem Eisenblech mit Koch- und Bratröhren versehener Sparofen, ist wegen veränderten Lokals im Hause Nr. 77 auf dem Markt-Platz um einen gemäßigten Preis zu verkaufen.

Berichtigung.

In dem unter der Spalte für Locales und Provinzielles in Nr. 212 dieses Blattes mitgetheilten Correspondenzartikel △△ ist zu lesen: Zeile 5 statt „deßhalb nicht versagen werden" „„deßhalb die Aufnahme nicht versagen werden"""; Zeile 7 statt „auf öffentliche Entgegnung" „„eine öffentliche ꝛc."""; Zeile 14 statt „die gewinnende Beschuldigung" „„die gravirende ꝛc."""; Zeile 20 statt „die war — nicht zu entnehmen)" „„dies war ꝛc."""; Zeile 52 statt „durchschimmerte Gewaltthaten" „„durchschimmernde ꝛc."""

Im Verlage der Geh. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonntag Nro. 224. 14. August 1848.

Bericht des Abgeordneten des Wahlbezirks Bayreuth an seine Wähler.

Frankfurt, 6. August. Neuerlich sind in der Nationalversammlung wichtige Beschlüsse gefaßt worden, wobei ich die Gründe meiner Abstimmung meinen geehrten Wählern darlegen will.

Dahin gehören:

1) Der Beschluß „alle Standesprivilegien sind aufgehoben und selbst bloße Titel, die mit keinem bestimmten Amte verbunden sind, hören auf und dürfen nicht mehr ertheilt werden.“ Hiezu habe ich mit Ja gestimmt.

Es wurde jedoch von der extremen linken Seite noch beantragt: in das Gesetz ausdrücklich aufzunehmen, daß der Adel abgeschafft sey, was von einer großen Majorität verneint wurde.

Ich habe aus folgenden Gründen mit Nein gestimmt:

a) Mit dem Satze: alle Standesprivilegien sind aufgehoben, sind dem Adel alle seine Standesvorrechte, worauf es wesentlich allein ankommen kann, genommen, man hat eine adeliche Ständekammer unmöglich gemacht, man hat ihm nichts als den natürlichen Adel, den jeder höher Gebildete über dem Ungebildeten zu allen Zeiten behaupten wird, belassen und ihn auf seinen Namen seine nähere Beziehung, auf seine geschichtlichen Familien-Erinnerungen, auf seine Wappen beschränkt, Eigenschaften, die man ihm um so weniger nehmen kann, als sich manchertei Familien-Privatrechte aus Urkunden daran knüpfen.

b) Der Geburtsadel ist nach entzogenen Standesvorrechten in keinem Falle lästiger, als es eine Geldaristokratie oder ein Schriftsteller-Adel ist welche sich häufig sehr unleidlich zeigen, weil ihnen nicht selten eine feinere Bildung des socialen Lebens abgehen.

c) Die Nationalversammlung hat nun wesentliche Grundrechte des Volks festzusetzen, nicht aber unnöthige und unwesentliche, bloß zur Kränkung einer zahlreichen Staatsbürgerklasse dienende Beschlüsse in das Verfassungswerk aufzunehmen.

Dem Volke kann es aber sehr gleichgültig seyn, ob der Adeliche seine nähere Bezeichnung, wodurch er von einer andern Person gleichen Namens unterschieden wird, und sein Familien-Siegel behält, oder nicht, ja es würde das Volk immerhin den Grafen, als solchen, bezeichnen und nur noch fragen, ob er zahlen kann.

2) Der Beschluß: Waffenrechte und Wehrpflicht sind für alle gleich, Stellvertretung bei legteren findet nicht statt, ist nach dem Amendement des Robert Blum und Consorten, welchem die Abgeordneten aus Preußen zugestimmt haben, am Schlusse der Sitzung, wo große Ungebuld eingetreten war, übereilt gefaßt worden, indem Waffenrecht und Wehrpflicht nicht getrennt abgestimmt wurde, was bei der zweiten Abstimmung wohl noch eine Aenderung erleiden wird.

Darüber, daß die Wehrpflicht für alle gleich seyn soll, ist vollkommene Uebereinstimmung, aber daß man jedem Menschen ein Waffenrecht einräumen soll, will der Mehrzahl nicht zusagen.

Mit dem Vorbehalt: Wehrpflicht ist für alle gleich, ist die ganze Nationalversammlung einverstanden. Anders verhält es sich mit dem Satz: Stellvertretung bei derselben findet nicht statt, gegen den ich mit: Nein gestimmt habe. Ich gehe im Allgemeinen von der Ansicht aus, daß die Republikaner mit diesem Antrage den Armen, zu deren Gunsten sie sprechen wollen und wofür ich eben so, wie sie sprechen will, einen schlechten Dienst erwiesen haben und daß sie mit sich selbst im Widerspruch stehen, wenn sie sonst überall das Bestreben zeigen, von dem Uebergriff der Reichen den Armen einen zu zuweisen.

Mit dem Grundsatz: Wehrpflicht ist für alle gleich, ist der Arme mit dem Reichen vollkommen gleichgestellt, wenn der Reiche das Loos zieht, muß er eben so wie der Arme Wehrmann seyn und kein Armer ist gezwungen, für einen Reichen als Stellvertreter einzustehen.

Allein folgt daraus, daß man es den Armen unmöglich machen soll, ein Stellvertreter zu werden, wenn er entweder aus besonderer Neigung zum Militärdienst oder in der Absicht, für sein späteres Fortkommen, nach abgelaufener Dienstzeit sich ein beträchtliches Kapital zu verschaffen, eine Stellvertretung in seinem wohlverstandenen Interesse findet?

Die Stellvertretung steht ja ganz in dem freien Willen des Armen, ich sehe daher nicht ein, warum man dem Armen diese Willensfreiheit, die Niemanden in seinen Rechten verletzt, nehmen, und es den Armen unmöglich machen will, sich auf eine erlaubte, ihm vortheilhafte Weise von dem Vermögen des Reichen ein kleines Kapital zu erwerben.

Wer keine Lust zum Militärdienst hat, wird ohnehin nicht Stellvertreter seyn, so wie es dem Volke völlig gleichgültig seyn kann, wer den Dienst leistet, weil jeder Wehrmann, arm oder reich, die gleiche Augenschaft eines Staatsbürgers haben muß.

In dem kleinen Großherzogthum Baden ist nach einer Berechnung eine Million Einstandskapitalien für freiwillige Stellvertreter sicher gestellt, daher auch dem Besitzthum der Reichen in den Besitz der Armen übergegangen, was ich für die Armen nur für wohlthätig ansehen kann, weil sie damit nach abgelaufener Dienstzeit eigene Familienstände begründen können.

Der Zweck, den Reichen zum Naturaldienst zu zwingen, dürfte, des gegebenen Gesetzes ungeachtet, in den meisten Fällen doch nicht zu erreichen seyn, weil der Reiche Mittel und Wege zu finden wissen wird, sich als unbrauchbar zum Militärdienst auszuweisen, so daß das Loos, statt in die Hände des Armen, in die Taschen gewissenloser Menschen kommt.

3) Der Beschluß: die Todesstrafe mit Ausnahme des Kriegsrechtes, so wie die Strafe der Brandmarkung und körperlichen Züchtigung ist abgeschafft, umfaßt einen Gegenstand, worüber eine ganze Bibliothek mit vielen Preisschriften für und wieder geschrieben worden ist. Wenn mir schon bei dem noch geringen Bildungsgrad der untersten Volksklassen in criminalstrafrechtlicher Beziehung viele Bedenken gegen eine solche Beschlußfassung übrig geblieben sind, so glaube ich doch, mich vorzugsweise auf den Standpunkt der Humanität um so mehr stellen zu dürfen, als der Staat wohl auf andere geeignete Mittel denken werde, um den möglichen Nachtheil, welcher dem Gemeinwohl aus der Beschlußfassung zugehen könnte, zu beseitigen; ich habe daher für das Gesetz gestimmt.

Hiebei bemerke ich, daß die erste Abstimmung über die Grundrechte für die künftige zweite Berathung nicht bindend ist, daß ich daher bei inzwischen erlangter besserer Ueberzeugung entgültig anders stimmen kann.

Dem Ausschuß für Rechtspflege und Gesetzgebung, dem ich zugewählt bin, sind außer der allgemeinen Gesetzgebung, auch alle zahlreichen Anträge und Petitionen überwiesen, zu deren Erledigung Rechtskenntnisse erfordert werden. So haben wir auch die vielen Petitionen um Amnestirung der Hochverräther in dem Großherzogthum Baden zur Begutachtung und Berichterstattung erhalten, die bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nothwendig gegen die Amnestirung aussallen mußte. Das Ausschußmitglied, Advokat v. Wildenmann aus Düsseldorf, ein noch junger Mann mit einem gefälligen Aeußeren und einer deutlichen sonoren Aussprache wird morgen in der Nationalversammlung unseren Bericht zur weiteren Discussion vorlesen. Hiemit wird zugleich der Bericht über die in dem Wahlbezirk Thiengen im Großherzogthum Baden statt gehabte Wahl des nach Frankreich (?) geflüchteten Hochverräthers Hecker zum Abgeordneten in die Nationalversammlung verbunden werden, welcher nur auf Annullirung der Wahl gerichtet seyn konnte.

Hinsichtlich der Einführung der Geschwornengerichte sind alle Mitglieder des Ausschusses darüber einverstanden, daß sich bei den sehr verschiedenen Bildungsstufen der einzelnen deutschen Völkerschaften kein dem ungleichen Gesetz allgemeines Gesetz für ganz Deutschland zur Zeit nicht geben läßt, daß daher gegenwärtig nur der Satz: Geschwornengerichte sind in ganz Deutschland einzuführen und auch politische Verbrecher sind von solchen abzuurtheilen, in die Grundrechte aufgenommen werden könne.

Die Frage: ob nicht noch einige principielle Bestimmungen für ganz Deutschland in die Grundrechte aufgenommen werden können, wird erst noch in weitere Ueberlegung und Berathung gezogen werden.

Gegenwärtig sind wir mit der Absassung eines allgemeinen

Digitized by Google

Wechselrechtes beschäftigt, wobei das bekanntlich von dem Leipziger Congreß entworfene zu Grunde gelegt wird.

Wenn aus diesem Entwurf nicht der oberste Grundsatz:

„Wechselfähig ist Jeder, welcher sich durch Verträge verpflichten kann“,

so wie der Schlußsatz:

„der wechselmäßige Anspruch gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels verjährt erst in drei Jahren vom Verfalltag des Wechsels an gerechnet,

entfernt werden und die Wechselfähigkeit nicht auf Handelsleute, Fabrikanten und öffentliche Gewerbsleute beschränkt wird, so sehe ich das Gesetz als ein Unglück für alle unerfahrne leichtsinnige Personen, ja selbst für den Bürger- und Bauernstand und insbesondere für die Frauenspersonen an, weil der Ueberlistung, dem Wucher, den Betrügereien und Erpressungen aller Art breite Wege zur Benützung der Wechselaussteller hinsichtlich der schweren Folgen, die sich an die Unterschrift eines Wechsels knüpfen, geöffnet werden.

Man faßte nicht scharf genug in Auge, daß das sogenannte Wechselrecht nichts anderes, als eine Abweichung von allem gemeinen Recht, eine Institution ursprünglich für den Handelsstand ist, um ein Mittel von Zahlungsmittel zur Erleichterung des Verkehrs zu schaffen, daß daher diese Institution nicht unnöthig über die Grenzen des eigentlichen Zweckes derselben ausgedehnt werden darf.

Ich werde zwar alles thun, meiner Ansicht Geltung zu verschaffen, allein nach verlüßiger Besprechung mit meinen Collegen fürchte ich, in der Minorität zu bleiben.

Keim.

Deutschland.

† Frankfurt, 10. August. Das neue Reichsministerium ist heute öffiziell in der Nationalversammlung eingeführt worden. Es besteht aus dem Fürsten Leiningen als Ministerpräsidenten, Hrn. v. Beckerath als Finanzminister, dem bisherigen Justizminister Heckscher als Minister des Auswärtigen, dem Bremer Senator Duckwitz als Handelsminister, Hrn. v. Schmerling als Minister des Innern, dem General v. Peucker als Kriegsminister, Hr. Robert Mohl (Professor des Staatsrechts) als Justizminister. Staatssekretäre sind die Hrn. Mathy, Bassermann, M. v. Gagern, v. Würth ꝛc. Der Ministerpräsident hielt eine seine Antrittsrede, in welcher er versprach, das Ministerium werde vor Allem nach Erhaltung der deutschen Einheit streben. Die Vorfälle der letzten Sitzung wurden heute wieder besprochen, aber in weniger tumultuarischer Art, die Linke reichte einen Protest gegen das Verfahren des Vicepräsidenten v. Soiron über den Vorfall mit Brentano ein, einige Mitglieder der Rechten wollten diesen Gegenstand durch die Tagesordnung abmachen; aber von Soiron protestirte selbst dagegen, und der Antrag wurde an eine Commission verwiesen. Ein preußischer Abg. Hr. Zins erklärte übrigens, daß das preußische Volk sich durch Brentano's Aeußerung über den Prinzen von Preußen keineswegs verletzt finde; denn der Prinz sey nicht mehr als ein preußischer Staatsbürger. Hr. v. Gagern, welcher das Präsidium geführt, gab dasselbe an den Vicepräsidenten v. Hermann ab, als über die Wahl Hecker's berathen wurde, bei welcher er wegen des Todes seines Bruders persönlich betheiligt scheinen könnte. Die Wahl wurde trotz aller Bemühungen der Linken mit 350 gegen 116 Stimmen annullirt. Morgen werden die dänischen und italienischen Angelegenheiten berathen.

Frankfurt, 7. August, Nachts ½12 Uhr. Heute Abend war die äußerste Linke im „Holländischen Hofe“ versammelt. Ich habe erfahren, daß Hr. Brentano und Hr. v. Vincke sich gefordert; eben so hat Hr. Wesendonk ein Duell angenommen, und noch zwei andere Duelle sollen in Folge des heutigen Auftrittes hervorgerufen worden sein — zwei Pistolen-Duelle, zwei mit Säbeln; davon sollen Donnerstag früh zwei, und kommenden Sonntag zwei abgemacht werden.

Frankfurt, 9. August. Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses. In der gestrigen und heutigen Sitzung beschäftigte sich der Congreß mit der Gewerbeordnung und faßte eine Reihe von Beschlüssen, die, ihrem wesentlichen Inhalte nach, hier Platz finden mögen:

Innungen. Innungen werden errichtet, um alle gewerblichen Interessen im weitesten Sinne des Wortes zu wahren, Ordnung in den Gewerbstrieb zu gründen und zu erhalten, um unter dem Schutze des Staats durch die vereinten Kräfte der Genossen das geistige und materielle Wohl der Einzelnen zu fördern und dadurch der Massenverarmung entgegenzuwirken. — Diejenigen, welche an einem Orte dasselbe Handwerk oder technische Gewerbe selbstständig betreiben, müssen zu Innungen zusammentreten. — Zur Bildung einer Innung sind mindestens 12 Meister erforderlich, in Ermangelung dieser Zahl werden die zunächst verwandten Gewerbe vereinigt, vorbehaltlich der inneren Abgränzung des Gewerbsbetriebs. — Wo zur Zeit gesetzlich eine Corporation von Gewerbetreibenden besteht, geht sie in die neu zu bildende Innung über. — Innungen werden in den Städten errichtet und müssen sich die Gewerbetreibenden auf dem Lande den Innungen in den Städten anschließen. Auf dem Lande sind Innungen nur zulässig, wenn es örtliche Verhältnisse gebieten. — Vertretung, Verwaltung und Rechtspflege. Die Innungsangelegenheiten werden gewahrt und der sämmtlichen Staatsbehörden vertreten durch Innungsvorstände, durch Gewerberäthe, durch Gewerbekammern. — Die Innungen ordnen ihre innern Gesammtinteressen selbstständig durch gesetzmäßige Beschlüsse. Jede Innung wählt aus sich einen Vorstand, der ihre Beschlüsse gemäß dem Special-Statut vollziehet und bevollmächtigt ist, die Innung vor Gericht und sonst überall nach Außen zu vertreten. Die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen müssen zunächst vor den Vorstand gebracht werden. — Der Gewerberath ist die freigewählte Behörde aller Innungen einer Stadt oder eines Bezirks. — Die sämmtlichen Gewerbe werden in so viele Kategorien getheilt, als Mitglieder des Gewerberaths gewählt werden sollen, und jede Kategorie stellt durch Urwahlen sämmtlicher dazu gehörigen Meister ein Mitglied und einen Ersatzmann zum Gewerberath. Alljährlich scheidet ein Drittheil der Mitglieder aus dem Gewerberath, nachdem derselbe durch eine neue Wahl ergänzt worden. Die ersten beiden Ausscheidungen erfolgen durchs Loos, die späteren nach dem Dienstalter. Die Mitglieder des Gewerberaths werden veredet. — Der Gewerberath theilt sich in ein Gewerbegericht und einen Verwaltungs-Ausschuß. Jede Abtheilung zieht einen besoldeten Schriftführer zu. Plenar-Sitzungen finden nach Ermessen des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses statt, oder wenn von einem Drittheil der Mitglieder des Gewerberathes eine solche verlangt wird. — Das Gewerbegericht besteht aus mindestens 4 Mitgliedern und einer vom Staate beizugebenden und von demselben zu besoldenden richterlichen Person mit Sitz und Stimme. — Das Gewerbegericht entscheidet: a) über nicht gütlich beizulegende Streitgegenstände; b) über die aus dem Gewerbebetriebe entspringenden Streitigkeiten und Ansprüche unter den Gewerbetreibenden. Bei appellablen Gegenständen entscheidet das Gewerbegericht in zweiter und letzter Instanz. — Sollten alle Sondergerichte aufgehoben werden und an deren Stelle freiermählte Friedensrichter treten, so sind dieselben verpflichtet, bei Verhandlung gewerblicher Streitigkeiten vier Mitglieder des Gewerberaths mit Sitz und Stimme zuzuziehen. (F. Z.)

München, 10. August. Herr v. Abel verweilt seit zwei Tagen von Turin kommend in unserer Stadt. Er wird sich zu St. Max. dem König nach Reichenhall und dann, wie es heißt, auf sein Gut vom König Ludwig geschenktes Lehengut Stambried begeben. — In der Gegend von Kötz herrscht abermals große Widerspenstigkeit gegen die Behörden, so daß heute 400 Mann Infanterie dorthin abmarschiren mußten. Es ist Dieß seit Kurzem schon das zweite Mal daß Exekutionstruppen nach jener Gegend gesandt werden. — Der Gesetzgebungs-Ausschluß der Kammer der Abgeordneten hat, da der Abgeordnete Dr. Schwindl auf wiederholte Einberufung nicht erschien, nunmehr den ersten Ersatzmann Abg. Reuffer einberufen. Der Ausschuß wird in diesen Tagen den Gesetzentwurf über die Vormundschaft in Berathung nehmen; der Gref. v. Hohenmann, beantragt mehrere Abänderungen.

Aus Oberfranken, 9. August. Wir erfahren soeben, daß überall in den Gemeinden auf Anordnung der Regierung Vorbereitungen zur Bildung der Geschworenenlisten vorgenommen werden. Es scheint demnach, daß es dem Ministerium Ernst damit sey, die Schwurgerichte sobald als möglich ins Leben zu rufen.

Aus Franken schreibt man der Karlsr. Ztg.: „Hr. Titus erklärt jetzt, daß er dem „offenen Briefe“, den die Metzcheli seiner Wähler an ihn erlassen, um ihn zur Niederlegung seines Mandats zu bestimmen, um so weniger einen Werth beilege, als er in Erfahrung gebracht habe, „daß sich bei Unterzeichnung desselben reaktionäre und büreaukratische Einflüsse im Geheimen geltend gemacht hätten.

Berlin, 9. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gaben zuerst die Vorfälle in Schwedniz zu einer sehr stürmischen Verhandlung Anlaß. Der Abg. Elsner stattet den Bericht der Petitionscommission über diese Angelegenheit ab, und verlieh einen Theil der aus Schwedniz eingegangenen Petition, durch welche sich der bekannte Thatbestand dieser unglücklichen Conflicte zwischen Militair und Bürger festgestellt. Die Commission

Digitized by Google

hat mit Eindrutung auf die höchst bedenkliche Stimmung in der ganzen Provinz Schlesien folgenden Antrag gestellt: das Ministerium aufzufordern, entweder sofort oder in der nächsten Sitzung ausführliche Mittheilungen darüber zu geben, was ihm von der wirklichen Sachlage bekannt geworden und was es in dieser Angelegenheit zu thun gedenke, ferner aber die dabei compromittirten Truppentheile sofort aus Schweidnitz zu entfernen. Der Minister des Innern Kühlwetter macht bemerklich, daß die Sachlage dieses beklagenswerthen Ereignisses noch in keiner Weise richtig ermittelt worden, da die verschiedenartigsten Berichte und Auffassungen darüber vorliegen. Er verliest sodann als neueste Nachricht den eingegangenen Bericht des Oberpräsidenten Pinder vom 5. August woraus sich ergiebt, daß das unglückliche Feuern auf die Bürger nicht durch einen Befehl des obern Militärs hervorgerufen, sondern es sei im Drange der Umstände aus den Mannschaften heraus aus freien Stücken geschossen worden, so daß die vor der Linie befindlichen Offiziere selbst dem Niederschießen ausgesetzt waren. Dennoch waren auf diese Weise 102 Schüsse gefallen. In Schweidnitz aber sei von Seite des Gerichts eine auf Civil und Militair gemischte Commission niedergesetzt, welche auch ihre Acten bereits geschlossen und an das Land- und Stadtgericht abgeliefert habe. Der Commandant sei aus Schweidnitz bereits entfernt, und der nicht minder gravirte Schreckenstein habe sein Amt niedergelegt. Der Kriegsminister v. Schreckenstein bestätigt dies und fügt hinzu, daß dieser kommandirende General bis zum Ausgang der Untersuchung zur Disposition gestellt sei, und bereits ein anderer Commandant an seine Stelle gesetzt worden. Er bitte die Versammlung, zu den ergriffenen Maßregeln des Obercommandos Vertrauen zu haben. Bei der Abstimmung wird der Antrag, eine Untersuchungscommission nach Schweidnitz zu senden, mit 204 gegen 163 Stimmen angenommen, ebenso mit großer Majorität der Antrag der Commission, die bei den Ereignissen compromittirten Truppen aus Schweidnitz zu entfernen. Der Antrag des Abgeordneten Stein, daß der Kriegsminister einen Erlaß an die Officiere wegen der reactionären Tendenzen richten möge, wird fast einstimmig angenommen. Ein Unteramendement des Abgeordneten Schulz: „denjenigen Officieren, welche mit dem neuen Staatsprinzip nicht völlig einverstanden wären, es zur Ehrenpflicht zu machen, aus dem Heere auszutreten," wird mit 189 gegen 179 Stimmen, also mit der Majorität seiner einzigen Stimme angenommen.

Berlin, 9. August. Gestern hat unter den Linden wieder ernstere Bewegung stattgefunden als an den letzten Tagen. Von 10 Uhr an bis gegen 2 Uhr in der Nacht wahrte das Schreien und Singen der Massen, welche, hier zur Ruhe gebracht, dort den Unfug von neuem begannen. Die Bürgerwehr war fast die ganze Nacht auf den Beinen und nahm in Gemeinschaft mit dem Constablercorps zahlreiche Verhaftungen vor.

Innsbruck. Der Kaiser ist nach Frühstücklichem Aufenthalt mit der kaiserlichen Familie abgereist. Die Deputation des Reichstags ist demselben schon gestern dorthin vorausgereist. Minister Hornbostel und Ministerialrath Dr. Fischer folgen. (D. C. Z.)

Stuttgart, 8. August. Seit vorgestern Abend ist der Kurier von Meran zurück, welcher wegen des für Schleswig von Würtemberg zu stellenden Contingents dahin abgeschickt war und noch ist kein Aufschreiben abgegangen*), das die beurlaubten Soldaten zu den zum Ausmarsch bestimmten Regimentern einberiefe; noch verlautet überhaupt in hiesigen Blättern etwas Näheres über die Antwort des Königs, welche ziemlich geheim gehalten wird. Ich habe mich daher bemüht, das Genauere an der Sache zu erfahren und theile Ihnen Folgendes als zuverlässig mit: Die vom Kronprinzen und dem Kriegsministerium getroffenen Bestimmungen werden im Allgemeinen genehmigt, aber erst in Ausführung gebracht, wenn der Befehl der Centralgewalt vom Reichsverweser selbst ausgehend und unterzeichnet an Se. Maj. den König gerichtet worden ist; indem sich der König dadurch, daß der Reichskriegsminister sich einfach an das würtembergische Kriegsministerium wandte, verletzt fühlte. Doch glaubt man, da alle Vorbereitungen getroffen sind, daß das Armeecorps bis nächsten Sonntag werde ausmarschiren können.

Darmstadt, 7. August. Staatsminister Jaup hat so eben der zweiten Kammer zur Anzeige gebracht, daß die Ständeversammlung des Großherzogthums auf unbestimmte Zeit vertagt sey.

Kiel, 6. August. Die auf heute bestimmte militärische Huldigungsfeier fand hier trotz des sehr schlechten Wetters statt. Das hier cantonirende lübeck-bremische Bataillon und unsere Bürgergarde paradirten auf dem Exerzierplatze, wo die bekannte Proclamation verlesen und ein dreifaches Hoch auf den Erzherzog-Reichsverweser ausgebracht wurde. Im Hafen flaggten die Schiffe, neben der Reichsflagge die Tricolore der französischen Republik, und von einem Kanonenboote heute zum ersten Male die deutsche Orlogflagge mit dem Reichsadler in der obern Ecke. Kanonendonner gab der Feierlichkeit die kriegerische Weihe. Heute Abend ist die Stadt glänzend erleuchtet.

Oldenburg, 6. August. Der 6. August, das Fest der Volkssouveränetät, ist heute gestemend begangen worden.

Luxemburg, 7. August. Seit dem 1. August ist die neue, vom König-Großherzog beschworene Verfassung vom 9. Juli in Kraft, welche schon den bisherigen frankfurter Beschlüssen in vielen Punkten widerspricht. Daß unser Heil nur von Deutschland zu erwarten, und inniger Anschluß an dasselbe Recht und Pflicht für uns sey, hat die Regierung bereits am 3. April proklamirt, und die deutsche Fahne wehte seit jenem Tage mehrere Wochen lang neben der luxemburgischen vom Balcon des Regierungsgebäudes. In ähnlicher Demonstration erschienen daselbst gestern breite Fahnen von Neuem, während die preußische Festungs-Garnison die vom Reichsminister vorgeschriebene Huldigungs-Parade hielt. Dieselbe ging ohne Störung vorüber.

Italien.

Innsbruck, 9 August. Privatbriefen aus Verona zu folge verbreitete sich hier die Nachricht, daß durch General Clam, welcher am Sonntag den 6. als Kurier nach Wien durch Verona eilte, dort ausgelagt wurde, Mailand sei nun gefallen, nachdem es am Sonntag von Radetzky angegriffen worden und die Piemontesischen zweimal vergeblich versucht hatten, sich durchzuschlagen. Es sollen etwa 20,000 gewesen sein, die, nachdem eine Deputation der Stadt Mailand mit dem Feldmarschall die Schlüssel der Stadtthore übergeben hatte, insgesammt das Gewehr streckten. Deutsche, österreichische, weiße, und an manchen Orten auch die italienische Trikolore, wurden gleichzeitig aufgehißt. Der Feldmarschall d'Aspre soll sie so in die Furcht gebracht haben durch einige Granaten, welche er in die Stadt schleudern ließ. Mailänder Post ist heute keine eingetroffen.

Verona, 7. August, 12 Uhr Mittags. In diesem Augenblick ist General Graf Clam von hier abgefahren. Vor einer halben Stunde angekommen, bringt er die Nachricht von dem um 10 Uhr gestern früh erfolgten Einzug der k. k. österreichischen Truppen in Mailand, an deren Spitze der greise Feldherr.

Ein Brief aus Mailand vom 5. sagt: in der verflossenen Nacht wurden Barrikaden gemacht und heute Morgen kam ein österreichischer General in die Stadt, der mit Karl Albert traktirte, wonach letzterer heute Abend 6 Uhr mit seiner ganzen Armee unter allen militärischen Ehren abziehen wird, nun weiß man aber noch nicht, ob sich die Mailänder selbst vertheidigen wollen oder nicht. — Die Kapitulation von Mailand bestätigt sich. Nach ein Brief vom 5. von Mailand meldet von der Einschiffung der zur Vertheidigung der Stadt, von dem Eifer in Errichtung von Barrikaden, von Räumung der Umgebungen der Stadt, Umhauen der Bäume, Abbrechen der Häuser u. s. w., ja von dem Entschluß ein zweites Moskau zu werden. Aber am gleichen Tage unterzeichnet Karl Albert die Kapitulation, wodurch Leben und Eigenthum der Bürger von Mailand gesichert wird. Der Einzug der Oesterreicher in Mailand soll am 6. (Tag der Huldigung des Reichsverwesers) erfolgt seyn. Laut Briefe aus Como vom 6. erwartete man auch dort stündlich die Oesterreicher. — Die Italiener finden nicht Worte genug, um den „Judas" Karl Albert zu verdammen. (D. Z.)

Frankreich.

*Paris, 8. August. Die Nationalversammlung hat gestern das Decret über die Jury votirt und die Discussion des Decrets über die Caution der Journale begonnen. Gegen das Prinzip einer Geld-Caution sprechen Louis Blanc, A. Thouret, Sarrons und Felix Pyat, für dasselbe Leon Faucher.

Man verschert, daß Herr Marie an die Stelle des verstorbenen Séguier, Präsident des Appellhofes, Herr Senard Justizminister und Herr Marrast Minister des Innern werden sollen.

Die beiden Gesandten des Königs von Sardinien sind gestern abermals von General Cavaignac empfangen worden und haben in Folge eingelaufener Depeschen ihrer Regierung, offiziell das Gesuch um das unverweilte Einschreiten Frankreichs in Italien gestellt. General Cavaignac hat ihnen eröffnet, daß die Regierung der Republik diesen Fall voraussehen und daher Unterhandlungen mit England zu einem gemeinschaftlichen Einschreiten ermöglicht habe, deren Abschluß nahe sey und eine Vermittelung bei der Mächte zwischen Oesterreich und Italien zu Folge haben werde.

Heute Nacht geht ein zweiter Transport von zur Deportation bestimmten Insurgenten nach Havre ab. Unter dem ersten Trans-

*) Ist jetzt erfolgt.

Digitized by Google

port bemerkte Soldaten, Nationalgarden, Mobile, alle noch in ihrer Uniform, Thomassin, den Organisator des Fünfsous-Bankett's, Gaetani und mehrere Italiener und Polen. Der zweite Transport enthält eine Anzahl deutscher Arbeiter.

Die Untersuchung über den gegen Herrn Thiers Wohnung gerichteten Schuß dauert fort, — man hat 8 Kugeln in dem Zimmer des Herrn Ehevreux gefunden, wo bekanntlich eine Fensterscheibe ausgeschossen ward, man hat sogt die Uebertragung gewonnenen, daß die Ladung Schießbaumwolle war und daß der Schuß aus großer Entfernung von oben nach unten abgefeuert ward.

Herr von Bellecourt, Gesandtschaftssekretär in Kopenhagen, ist mit wichtigen Depeschen dahin abgegangen.

Herr Ochmann ist mit einer Mission der künischen Regierung in Paris angekommen.

General Bedeaus Zustand hat sich wieder verschlimmert, — gestern hielten die ausgezeichnetesten Aerzte von Paris eine Berathung über seinen Zustand.

Die Union zeigt an, daß ein heute Nacht hier angekommener Courier der span. Gesandschaft die Nachricht überbracht habe, daß Carl Albert die Lombardei geräumt und sich an der Spitze von 45,000 Mann mit 64 Kanonen, ohne beunruhigt worden zu seyn, in seine Staaten zurückgezogen und daß Marschall Radetzky, in Folge einer Capitulation, Mailand besetzt habe. Dasselbe Journal bezeichnet als die Basis der englisch-französischen Vermittelung in Italien 1) die Unabhängigkeit der Lombardei von Oesterreich, 2) die Theilung der Lombardei zwischen Piemont und Toskana, doch so, daß Toskana den größern Theil erhalte, 3) Venedig und das Venetianische bleiben Oesterreich und 4) Frankreich und England bleiben, bei diesem Arrangement ganz uninteressirt.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 8. August. An der Tagesordnung ist die Diskussion des Gesetzes über die Caution der Journale. Herr A. Galle spricht dafür, die Herren Mathieu (**de la Drôme**) und Avond dagegen. Der Justizminister nimmt hierauf das Wort und widerlegt die gegen die Regierung und den Gesetzvorschlag erhobenen Anklagen. Er sucht vor Allem nachzuweisen, daß das Gesetz nur provisorisch, nur vorübergehend sey, daß es das Prinzip der Caution keineswegs als bleibend aufstelle, sondern daß die Caution, nur als in den jetzigen Verhältnissen nöthig, fordere. Seine Rede, die ungefähr ganz den Reden Guizots oder Villèles glich, wenn von der Preßfreiheit die Rede war, machte einen ziemlichen Eindruck. Laurent (**de l'Ardoche**) spricht nach dem Minister gegen das Gesetz. — Nach seiner Rede verlangt Ledru-Rollin das Wort und spricht bei Vorschluß unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung gegen das Gesetz.

Paris, 7. August. Die Abgesandten von Turin, Mailand und Venedig haben förmlich eine bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien verlangt, die Regierung sie aber nur für den Fall zugesagt, daß das österreichische Heer in Sardinien eindrücken sollte; für eine solche Wendung der Dinge hat, wie man versichert, General Oudinot Befehl, mit der Alpen-Armee Karl Albert zu Hülfe zu eilen.

Großbritannien.

Verhaftung S. O'Brien's. Aus Thurles wird der „Times" berichtet, daß S. O'Brien am 5. Aug. Abends 9 Uhr in einem Eisenbahnwagen auf der dortigen Station der Dublin-Limerickbahn verhaftet und zuerst unter militärischer Escorte, die von General M'Donald selbst angeführt ward, ins Gefängniß gebracht, gleich darauf aber unter militärischer Bedeckung durch Lieutenant M. Donald auf der Bahn nach Dublin abgeführt wurde. Hier führte man ihn zuerst in eine Caserne und Oberst Brown machte sofort dem Lordstatthalter von der geschehenen Verhaftung Anzeige. Dieser verfügte sich, nach vorheriger Besprechung mit dem Prinzen Georg v. Cambridge, in die Caserne und kurz darauf wurde S. O'Brien, der sehr niedergeschlagen aussieht, in Kilmainham, dem Hauptgefängniß von Dublin, eingesperrt. Zu Thurles war bei seiner Verhaftung Alles ruhig geblieben. Auf dem Transporte war ihm bei Androhung sofortigen Todes untersagt worden, auch nur ein Wort zu reden; er hatte vergebens einzuschlafen versucht. In Dublin, wo er um 6. früh 4 Uhr ankangte, war Vormittags seine Verhaftung das allgemeine Gespräch; überall standen Gruppen beisammen und die Leute der unteren Classen sprachen fast einmüthig ihre Entrüstung darüber aus, daß S. O'Brien sich ohne Widerstandsversuch habe festnehmen lassen. Die Conföderirten schienen über das Schicksal ihres angesehensten Führers von panischem Schrecken betroffen. Nirgends zeigte sich ein Gelüste zu gewaltsamen Befreiungsversuchen. — Die Mittagspost brachte gestern noch die Kunde nach Dublin, daß Doheny, ein anderer Rebellenführer, vom 4. auf den 5. bei Thurles übernachtet hatte und daß eifrig nach ihm gefahndet wurde. Admiral Napier war am 3. zu Waterford, wo er mit dem Truppenbefehlshaber eine Unterredung hatte. — Zu Clonmel hatten 40 Gefangene einen Mordangriff auf ihre Schließer versucht, um auszubrechen; sie fanden aber entschlossenen Widerstand und drei wurden tödtlich, fünf andere leichter verwundet. Im Uebrigen werden aus den irischen Provinzen keine Ruhestörungen gemeldet.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York bis zum 25. Juli, welche das Dampfschiff Niagara nach Liverpool überbrachte, boten die Congreßverhandlungen, mit Ausnahme der noch fortdauernden Discussion über die Territorialbills, nur ein örtliches Interesse. Der neulich Gebietszuwachs wird wahrscheinlich zu einem lebhaften Kampf zwischen den Abolitionisten und ihre Gegnern führen. Im Repräsentantenhause haben erstere die Mehrheit, im Senate dagegen dürfte die Partei der südlichen sklavenhaltenden Staaten leicht die Oberhand behalten.

Bekanntmachung.

Auf Antrag eines Gläubigers wird das Wohnhaus des Johann Wittauer zu Waischenfeld Bez.-Nr. 81b und Nugantheil an den noch unvertheilten Gemeindegründen Bez.-Nr. 82b, geschätzt auf 280 fl., im Wege der Execution am

19. August früh 10 Uhr

in loco Waischenfeld einen 2. Strich ausgesetzt, und erfolgt in Gemäßheit §. 98 mit 101 der Novelle vom Jahre 1837 der Hinschlag ohne Rücksicht auf die Taxe, wozu Strichliebhaber eingeladen werden.

Holfeld, den 27. Juli 1848.

Königliches Landgericht.
Sendinger.

Bekanntmachung.

Die für das Monat Juni 1847 unausgelösten Pfänder von Nr. 24556 bis 26110 incl. werden in dem auf

Donnerstag den 31. d. Mts.

Vormittags angesetzten Strichtermin an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft.

Bayreuth, 12. August 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.
Stilkrauth, Schobert,
Kasser. Kontrolleur.

Anzeigen.

Da am Sonntag den 13. d. Mts. Nachmittag das Landwehr-Frei-Corps Scheibenschießen und auf dem Festplatz Blechmusik angeordnet hat, so erlaube ich mir zu diesem Feste ein verehrliches Publikum einzuladen.

Bayreuth, 12. August 1848.

Hausleiter, Traiteur.

Allen meinen Freunden und Bekannten, bei welchen ich wegen Kürze der Zeit nicht persönlich Abschied nehmen konnte, sage ich bei meiner Abreise ein herzliches Lebewohl.

Ludwig Fischer, Stadtkirchner
in Würzburg.

Es wird in der Gegend von Wunsiedel ein vorzüglicher Bräuer und Mulzer bis 1. September d. Js. gesucht, der mindestens 200 fl. Caution leisten kann. Derselbe erhält während der 8 Bräumonate, nebst freier Kost und Logis, wöchentlich 5 fl. Gehalt. Kann er für die übrigen Sommermonate als Büttner oder Maurer benützt werden, so hat er auch für diese Zeit seinen gesicherten Platz gegen freie Kost und Logis, dann 3 fl. wöchentlich. Ein verheiratheter Bräumeister mit Familie erhält statt der Kost wöchentlich 2 fl. und freie Wohnung, dann Holz, nebst 5 fl. Lohn. Bräuer und Mulzer mit vorzüglichen Zeugnissen aus Bayreuth oder Culmbach erhalten vor andern den Vorzug. Das Uebrige ist bei der Redaktion dieses Blattes zu erfahren.

Frische Essiggurken und neue marinirte Häringe bei
J. M. Maisel.

Im Hause Nr. 639 in der Jägerstraße ist zu ebener Erde, am Eingang links, ein Quartier mit allen Bequemlichkeiten auf Lichtmeß 1849 zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 225.** **14. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 11. August. In Folge der letzten tumultuarischen Auftritte in der Paulskirche hat man einen Theil der Galerie abgesperrt und dem Publikum entzogen. Ein Mitglied der Linken, Herr Dietsch von Annaberg, beklagte sich heute darüber und stellte einen Antrag auf Herstellung der unbeschränkten Oeffentlichkeit, welcher an eine Kommission verwiesen wurde. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Festsetzung des Gehalts für ihren Präsidenten. Von der rechten Seite schlug man 2000 fl. monatlich vor und berief sich auf Frankreich, wo der Präsident 6000 fr. monatlich und ein eigenes Haus mit Einrichtung und Dienerschaft haben müsse. Auf der linken Seite fand man 1000 fl. hinreichend; man dürfe auf Kosten des Volks nicht großmüthig seyn. Frankreich habe nicht wie Deutschland 34 Civillisten zu bestreiten u. s. w. Bei der Abstimmung tengen die 2000 fl. den Sieg davon. Ueber die dänische Frage fand eine lange Berathung Statt, an welcher ungefähr ein Dugend Redner Theil nahmen. Es war die Rede von einer Vergschtung der Nation, den durch die dänische Blokade und das Embargo veranlaßten Schaden zu ersetzen. Ein Antrag auf Repressalien gegen Dänemark durch ein Embargo auf alle dänischen Schiffe wurde verworfen; dagegen sprach man aus, daß Dänemark bei Abschluß des Friedens den Schadenersatz leisten muß. Auch vom Sundzoll war die Rede; der Minister des Auswärtigen bemerkte jedoch, daß seine Aufhebung große Schwierigkeiten habe, indem Dänemark durch Verträge mit Schweden, Norwegen und England gebunden sey. Die verschiedenen Anträge wurden der Centealgewalt zur Berücksichtigung überwiesen, eben so eine Beschwerde der Ulmer Donaudampfschiffahrtsgesellschaft wegen Stöhrung ihres Betriebs in Oesterreich. Die italienische Frage mußte wieder auf morgen vertagt werden. Nächste Woche bleiben die Sitzungen bis Donnerstag ausgesetzt, weil viele Mitglieder zum Dombaufeste nach Köln gehen.

Frankfurt, 10. August. Ausführlicher Bericht über die 58. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Von Kolb, Vogt und Umbscheiden lag ein Antrag vor: über die Erklärung der badischen Regierung, die Petitionen um Zulassung Hechers und die Zuschrift des Letzteren zur Tagesordnung überzugehen, und der badischen Regierung zu überlassen, wegen Fortsetzung der gegen Hecker eingeleiteten Prozesse besondere Anträge an die Nationalversammlung zu bringen; — von Jtzstein: die Wahl aufrecht zu halten; — v. Simon aus Teier: die Wahl für gültig zu erklären, und Hecker sofort einzuberufen; — von Mohe: die Wahl für formell und materiell gültig zu erklären, und diese Erklärung der Centealgewalt zu erweisen, damit Hecker von der Erwählung Kenntniß erhalte. Nachdem zuerst der Berichterstatter Wiedermann aus verschiedenen Schriften Hekkers dessen fortdauernde ruhestörende Bestrebungen nachgewiesen und das Recht der Nationalversammlung, ohne positives Gesetz ein ihrer unwürdiges und mit einem Verbrechen behaftetes Individuum auszuschließen, geltend zu machen gesucht hatte, vertheidigte v. Itzstein seinen Antrag. Er erklärte sich für Heckers wärmsten Freund, weil er in ihm stets einen Ehrenmann erkannt habe. Er bedaure nur, daß Hecker mit den Waffen in der Hand die Republik einzuführen gesucht, die sich ja doch von selbst Bahn brechen würde. Er behauptet jedoch, Hecker sey weit entfernt, einen bewaffneten Einfall in Deutschland von der Schweiz aus zu betreiben, habe vielmehr überflüssige Anlage mit Unwillen zurückgewiesen. Die Wahl betreffend, habe die Versammlung bloß deren formelle und materielle Gültigkeit zu prüfen, nicht die Frage, ob der Gewählte in seinem eigenen Vaterlande eines Verbrechens angeklagt sey. Hecker habe keinen Hochverrath begangen, sondern nur gethan, was das Vorparlament und die Nationalversammlung selbst that. Daß er es mit den Waffen in der Hand gethan, sey ein Fehler, kein Hochverrath. Hecker habe es mit dem Volke gut gemeint. Wenn Hecker ein Hochverräther wäre, wie sollte man das Verfahren des Bundes und der deutschen Fürsten nennen, die alle Besprechungen von Kalisch 2c. gebrochen und 30 Jahre lang das Volk aller seiner Rechte beraubt und mißhandelt hätten? Redner glaubt, daß Hecker's Einberufung große Beruhigung im Volke erzeugen würde. Plathner behauptet, die Nationalversammlung habe sich nicht auf den juridischen Standpunkt, sondern auf jenen der Volkssouveränetät zu stellen. Das Vorparlament habe beschlossen, daß einzig und allein 'von der Nationalversammlung die künftige Verfassung Deutschlands ausgehen solle; Hecker dagegen habe mit Gewalt der Waffen dem deutschen Volke die Republik aufdringen wollen. Die Nationalversammlung werde durch ihren Beschluß zeigen, ob das Verfassungswerk friedlich in der Paulskirche oder durch bewaffneten Kampf der Bajonetten erledigt werden solle. Biedner bezeugt den Wählern von Thiengen seine Hochachtung. Sie hätten treu der 40,000 Bajonette, welche Baden umzingelten, und trotz aller polizeilichen Einschüchterungen treu und furchtlos den Mann gewählt, den die Polizei geächtet, der aber von Millionen Deutschen vergöttert werde. Er wünschte nur, daß alle Wähler des souveränen Volks ihr Wahlrecht so gewissenhaft und furchtlos üben möchten. Wenn man Hecker als Hochverräther erkläre, müßte man 13 Millionen Oesterreichern ebenfalls den Krieg erklären. Die Revolution sey damals noch im Gange gewesen und Hecker habe sie nur nach seiner Ueberzeugung in Baden fortgesetzt. Nach seiner ausdrücklichen Erklärung im Frankfurter Journal wolle er übrigens seine Tendenzen nicht mehr mit den Waffen verfolgen, und wenn man wolle, daß Hecker nur mit sittlichen und gesetzlichen Mitteln kämpfe, so bestehe das Mittel eben darin, daß man ihn einberufe. In Baden sey damals die Begeisterung für die Republik, der Glaube an ihre nahe Einführung so lebendig, die Bewegung von den Behörden so feig und zaghaft sich selbst überlassen gewesen, daß man wohl

Feuilleton.

An Deutschland.

Zum 6. August.

Von Karl Beck.

Das ist ein rieß'ger Vorbereiten
Seit Wochen und seit Monden schon!
Das ist ein Flügeln und ein Streiten,
Ein wirres Reden, wie vor Zeiten
Beim Bau des Thurms von Babylon!

Ach, eitel blieb das kühne Streben,
Ach, unvollendet blieb er stehn:
Du Land der Eichen, Land der Reben,
Du meine Liebe, du mein Leben,
Und soll es also dir ergehn?

Man will dich stärken, will dich einen,
Man peahlt am Main und an der Spree;
Ich aber möchte bitter weinen,
Zerrissen wißt du mir erscheinen,
Verlassener, denn je, denn je!

Kein Berufen! schalle es durch die Länder,
Kein Oestreich! halt es früh und spat —
Sie tragen deine Zwiebenbänder, —
Und werden deine Ehrenschänder,
Daß Gott erbarm', in Wort und That!

Sie müßten rollen ihre Bahnen
Um dich in tiefer Mondfinsterniß:
Doch jedes Lichtchen zählt die Ahnen.
Die Fahnen und die Unterthanen,
Und hieße gern das große Licht.

Das ist ein Grollen und ein Klagen!
Noch ruht das Schwert — doch zuckt die Hand;
Ach und vielleicht in frohen Tagen
Wird immer noch der Enkel fragen:
Was ist das Deutschen Vaterland?

Digitized by Google

mit Hecker glauben konnte, das ganze Land wolle die Republik. Aber ein Unglück sey es, daß das deutsche Volk so schwer vom Gedanken zur That übergehe. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 8. August. Die Centralgewalt hat der preußischen Regierung Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes mit Dänemark ertheilt, und es ist damit die Ermächtigung verbunden, zugleich auf Verhandlungen über einen definitiven Friedensschluß einzugehen; man darf annehmen, daß der Abschluß des Waffenstillstandes schon in wenigen Tagen erfolgen wird. Die Truppenbewegungen, welche das Reichskriegsministerium nach seiner Erklärung vom 31. Juli angeordnet, haben also, wie es scheint, ihren Zweck, nämlich eine ehrenvolle Beendigung dieses lästigen Handels erreicht.

München, 10. August. Seit gestern ist hier die Nachricht verbreitet, Prinz Karl ist zum Reichsfeldmarschall designirt; zugegeben, daß einige eifrige Territorialisten darin gerne eine Präponderanz gegen Preußen erblicken möchten, so sind wir der Ansicht, daß die Schaffung und Besetzung einer solchen Stelle ganz unnöthig ist: der Reichsoberweser hat schon die Oberleitung des Reichsheeres übernommen, Ausfluß dieser seiner Machtvollkommenheit ist das Reichskriegs-Ministerium, unter welchem die einzelnen noch zu bestimmenden Armeekommandos stehen. Daß ein solcher Posten in der Wirkung unpraktisch, dürfte gewiß entleuchten: daß wir aber keiner Reichsgroßwürdenträgerstellen bedürfen, ist eben so gewiß. — Herr v. Abel hatte gestern eine 2 Stunden lange Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen Graf Bray und ist heute nach Reichenhall abgereist. — Ueber die Ursache der heute erfolgten Absendung von 4 Kompagnien Infanterie nach Tölz circuliren verschiedene Gerüchte, von welchen jenes, daß die sonderbündlerischen Landbewohner mit den deutsch gesinnten Tölzern bei Gelegenheit eines Festes für den Reichsoberweser in Konflikt gekommen, das verbreitetste ist. Wir hoffen übrigens bald im Stande zu seyn, unseren Lesern gewisse Mittheilungen machen zu können. Maler Schön, bisher Hauptmann unseres Künstlerbataillons, ist gestern mit Einstimmigkeit zum Major und Kommandanten dieser schmucken Schaar erwählt worden.

München, 10. August. Der A. Z. schreibt man: Allgemein geht das Gerücht, daß unser Staatsminister des Innern, Freiherr v. Thon-Dittmer, seine Entlassung eingereicht habe. Man bezeichnet bereits seinen Nachfolger in der Person des kürzlich von Frankfurt zurückgekehrten letzten bayerischen Bundestagsgesandten. (N. K.)

Das Regierungsblatt enthält eine k. Verordnung, die Einführung der Schwurgerichte betr. Nach Art. 1. derselben tritt die erste Abtheilung des erwähnten Gesetzes (Art. 1—16) mit dem Tage der Bekanntmachung desselben im Gesetzblatte in Wirksamkeit, und es sind demgemäß die dadurch angeordneten Hauptlisten der Geschwornen alsbald zu listen. Nach Art. 2. soll der Eintritt der Wirksamkeit der zweiten Abtheilung dieses Gesetzes durch weitere Verordnung festgesetzt werden. — Der Reichsrath und Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums F. Chr. Arnold ist zum Staatsrath im außerordentlichen Dienst ernannt.

Berlin, 10. August. Gegen 10 Uhr brach Abends in der Schadowstraße, Ecke der Linden, ein anscheinliches Feuer aus, welches ein Hintergebäude in Asche legte und große Massen Neugieriger auf die Straße lockte. Als das Feuer gedämpft war, blieb die Menschenmenge zum großen Theil unter den Linden beisammen und es wiederholten sich hier wieder die Gesänge und der Lärm der letzten Abende, so daß abermalige Verhaftungen vorfielen. Aus den Aussagen der bisher Verhafteten haben die Behörden mit aller Zuverlässigkeit erfahren, daß dieser ein abscheulicher Strafenunfug ist. Der Major Rimpler, Commandeur der Bürgerwehr, hat öffentlich unter der Linde erklärt, man wisse sehr gut, daß der abendliche Unfug durch Aufwiegler besonders angestiftet werde. Von jetzt an werde die Bürgerwehr mit aller Energie dagegen einschreiten. — Die sporadischen Cholerafälle in unserer Stadt mehren sich, es sind bereits 14 Personen an dieser Krankheit gestorben. (D. A. Z.)

Köln, 9. August. Der Finanzminister und der Minister des Innern haben unterm 26. Juli eine Verfügung an die Behörden erlassen, wonach „dem Geiste der Zeit entsprechend", der Geschäfts-Styl bedeutend vereinfacht und dem leidigen Titularunwesen zum großen Theile ein Ende gemacht wird, indem die Bezeichnungen „hoch, hochpreislich, hochlöblich, Ein, Eine" wegfallen sollen. Die königliche Regierung hat ferner bestimmt, daß sich die mit ihr verkehrenden Behörden auch der Anrede „Hochwohlgeboren" und „Wohlgeboren" zu enthalten hätten. Hoffentlich wird im gegenseitigen Verkehre des Publikums nun dieselbe Vereinfachung auch sofort eintreten.

Wien, 7. August. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wurde ein Antrag des Ministeriums über die vorläufig bis zur Feststellung des Staatsvoranschlages für 1849 erforderlichen Finanzmaßregeln vorgelegt. Dieser Antrag besteht in Folgendem: „1) Das Ministerium wird ermächtigt, zur Bestreitung des durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckten unaufschieblichen Aufwandes, insbesondere aber zur genauen Erfüllung der gegen die Staatsgläubiger übernommenen Verpflichtung bis zur Feststellung des Staatsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1849 durch die Ausgabe verzinslicher Kassenanweisungen oder die Aufnahme eines Staatsanlehens oder die Benutzung des Kredits der Nationalbank zur Leistung eines weiteren Vorschusses diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche nach den obwaltenden Umständen dem Staatsinteresse die mindeste Beeinträchtigung verursachen und eine Störung in den Verhältnissen des Geldumlaufes nicht hervorbringen. 2) Das Ministerium erhält zugleich die Ermächtigung, für den Fall, wenn es bei der Abschließung eines Anlehens erforderlich oder von Nutzen wäre, dasselbe mit einer Spezialhypothek zu verbinden und zu dieser Hypothek Staatsgüter oder geistliche Güter zu verwenden. 3) Ueber die Art, in welcher das Ministerium diese Ermächtigung vollführen wird, um das Ergebniß der ergriffenen Maßregeln ist der Reichsversammlung seiner Zeit in kürzester Frist eine ausführliche wohlbegründete Darstellung vorzulegen."

Hamburg, 8. August. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sämmtliche Postdampfschiffe die dänische Blockade der Elbe, Weser und Jade frei passiren können. Aus authentischer Quelle wissen wir bereits, daß diese freie Aus- und Einfahrt für die amerikanischen Postdampfschiffe nach und von der Weser jedenfalls gestattet seyn wird. (F. J.)

Hannover, 8. August. In den verbürgten Gerüchten rechnen wir die eben so plötzliche als gedeihmißvolle Entsendung des frühern Bundestagsgesandten v. Wangenheim an die Höfe zu Berlin und Wien, wie einen lebendigen Depeschenweg zwischen jenen und unserer Regierung. In den bis jetzt weniger verbürgten, gleichwohl nicht unwahrscheinlichen Gerüchten zählen wir die Kunde, daß der König das Ansinnen der Petition, die Truppen unaufschieblich huldigen zu lassen, entschieden zu verweigern entschlossen sey und daß ferner im Laufe des heutigen Tages mehre Offiziere ihre Entlassung für den Fall erbeten haben sollen, daß der König in die Huldigung einwilligen würde. Selbst von einer

---

Nach Mittheilungen aus Dresden wäre dort von den Herren Gran und v. Bosse die Erfindung eines von ihnen so genannten „Patent-Steingusses" gemacht, welcher auf kaltem Wege durch Benutzung aller Arten Steine, Metalle, Schlacken, Stein- und Braunkohlen, Asche und dergleichen hergestellt wird. Die Gewerbevereine in Jittau und in Dresden haben sich bereits über die Erfindung sehr lobend ausgesprochen. Die „Patent-Steingußfabrikate", welche so eben in Dresden kostenfrei ausgestellt werden, sind nämlich: 1) Marmor-Fußplatten, 2) Bimssteine, 3) Wetz- und Schleifsteine, 4) verschiedene Sorten Sandstein, 5) Mühlsteine (derenß für Wien ansehnliche Bestellungen eingegangen), 6) Lithographiesteine, 7) Eisenbahnschwellen u. dgl., 8) verschiedene, vortrefflich ausgegossene Kunstgußgegenstände, besonders Rosetten, architektonische Verzierungen aller Art.

Als sich jüngst zu Wien eine Volksmenge vor dem Palais des durch seine Originalität bekannten Grafen Sandor versammelte, um eine Katzenmusik zu bringen, trat er an das Fenster und fragte: „Meine Herren! Wem wollen Sie eine Katzenmusik bringen? Mir oder meiner Frau?" (Einer Tochter Metternich's.) — „Ihrer Frau!" war die Antwort. — „Gut, meine Herren! da komm' ich selbst hinunter und helfe Ihnen." — Und alsbald erschien der Graf unten mit einem ungeheuren Trichter, auf dem er furchtbar blies. Nachdem der Höllenlärm eine halbe Stunde gedauert und sich das Volk befriedigt entfernen wollte, rief der Graf: „Halt, meine Herren! Sie haben vergessen, die Fenster einzuwerfen. Das gehört auch dazu!" — Und der Graf war der Erste, welcher Steine in die Fenster seiner Gemahlin warf.

Kürzlich hatte man in Weimar zur Nachtzeit die seltsame Erscheinung, einen Mondsüchtigen mit gesteigerter Leichtigkeit auf den Firsten der Dächer herumwandeln zu sehen. Diejenigen, welche ihn zu beobachten Gelegenheit hatten, verfolgten nicht ohne Aengstlichkeit seine Schritte; doch verhielten sie sich ruhig, um kein Unglück herbei zu führen. Der Nachtwandler kehrte bald wieder durch die Dachlücke in seine Wohnung zurück.

Digitized by Google

Zusammenziehung der disponiblen Truppen in die Nähe der Residenz wird gesprochen. — Soeben langt von Lehrte die Nachricht an, daß ein Mann sich vor die Lokomotive geworfen und so den Tod gesucht hat. Wir nehmen Anstand, das Gerücht zu wiederholen, welches den Unglücklichen als ein bekanntes Mitglied der Nationalversammlung aus einer mitteldeutschen Universitätsstadt bezeichnet. (D. A. Z.)

Italien.

Hauptquartier Mailand, 6. August. Die Stadt Mailand ist unser! Sie hat sich der Gnade Sr. Majestät des Kaisers ergeben und ich bin heute Mittags 12 Uhr mit meiner tapfern Armee in selbe eingezogen. Die piemontesische Armee hat diese Stadt heute verlassen und muß, nach einer mir hier und der Stadt Mailand geschlossenen Konvention bis 7. Abends über den Ticino, mithin außerhalb den Grenzen des kaiserlichen Gebietes seyn. Die Armee hat vor zwei Wochen ihre Offensive von Verona aus ergriffen, — sie hat während dieser Zeit bei Sommacampagna, Custozza, Volta, Cremona, Pizzighetone und zwei Tage vor Mailand siegreiche Schlachten und Gefechte geliefert und ist nun den vierzehnten Tag Herr der lombardischen Hauptstadt. Die Armee und ihre Führer glauben somit ihre Schuldigkeit für ihren geliebten Kaiser und das geliebte Vaterland treulich erfüllt zu haben, — denn kein Feind steht mehr auf lombardischem Boden. Ich sende diese Siegesnachricht durch einen der tapferen Generäle der Armee, den General Grafen Clam, an das Kriegsministerium nach Wien, so wie ich zugleich auch an Sr. Majestät den Kaiser einen eben so tapfern General, den Generalmajor Fürst Friedrich Liechtenstein, mit dieser so erfreulichen Kunde nach Innsbruck beordere. Radetzky, m. p. F. M.

Bern, 9. August. Ein Mann, der in verflossener Nacht direkt aus Mailand hier angekommen ist, erzählte Folgendes: „Ich kam am 4. August nach Mailand; die Stadt war in ungeheurer Aufregung und zur äußersten Vertheidigung entschlossen; Barrikaden waren an allen Orten errichtet; Alles trug Waffen; auch ich mußte sie sogleich ergreifen und Stadtwache stehen. In der Nacht vom 4. auf den 5. hatte Karl Albert sein Quartier in der Stadt. Der Herzog von Genua hatte Tags vorher einige glückliche Gefechte gehabt und österreichische Soldaten mit Munition gefangen. Am frühen Morgen des 5. verbreitete sich das Gerücht, es sey eine Kapitulation zwischen Albert und Radetzky geschlossen worden. Ein Mann, der diese Nachricht in die Stadt brachte, wurde von einem Nationalgardisten als Spion und Verräther niedergestossen. Immer lauter und lauter rief man sich jedoch die Schreckensbotschaft zu. Ich lief auf das Kriegsministerium. Daselbst trat noch auf dem Regierungsgebäude war Jemand zu finden. Die Mitglieder der provisorischen Regierung hatten sich bereits aus dem Staube gemacht. Das Volk raste und wälzte sich in tobenden Haufen vor den Palast Karl Alberts. „Er hat uns verrathen", schrie es, „Sollen wir unterge hen, so soll auch er sein Leben lassen — lebendig kommt Niemand aus dem Palast." Man umzingelte das Gebäude. Es mochte gegen 9 Uhr seyn, als der König mit zwei Begleitern auf dem Balkon erschien und erklärte: „Ich glaube im Interesse des Volkes zu handeln, wenn ich eine Kapitulation abschließ, die Jedem Leben und Eigenthum und, wenn er will, seinen Abzug garantirt. Jede Vertheidigung wäre unnütz gewesen, da das Heer ohne Munition ist." Als es fortwährend aus dem Volkshaufen schrie: „Tod dem Verräther!" so rief Karl Albert: „Gut, wenn Ihr es so wollt, so bin ich bereit und entschlossen, mich mit meiner Armee und dem Volke unter den Trümmern Mailand begraben zu lassen." Als nun die sichere Kunde einlief, daß das Heer wirklich ohne Munition sey (ohne Zweifel hatte es Karl Albert so einzurichten gewußt), bildeten sich im Volke zwei Meinungen, von denen die eine, mit ihm abzuziehen, die andere sich zu unterwerfen rieth. Nun folgte die Verwirrung von Minute zu Minute. Die Straßen füllten sich mit Leuten und Equipagen; Alles rüstete sich zur schnellsten Flucht. Nur noch zwei Thore waren frei. Wer gelang, mit Zurücklassung aller Habe, zu Fuße auf Schweizer Boden mich zu retten. Unter allen Einflußvollen in Mailand herrscht die Ansicht, daß der englische Gesandte, der zuerst im piemontesischen Lager mit Albert und dann im österreichischen mit Radetzky lange Unterredungen gepflogen, diese Katastrophe eingefädelt habe. Karl Albert wird laut ein Verräther genannt. Er soll noch am 5. Nachmittags Mailand verlassen haben. Auf Frankreich hofft Niemand. (D. Z.)

Ein Privatbrief vom 7. Aug. schreibt lakonisch als Neuestes: „Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt; Radetzky übernimmt die Regierung, Fürst Schwarzenberg ist Gouverneur von Mailand; Leben und Eigenthum ist garantirt; Alles ist ruhig."

Königreich der Niederlande.

Haag, 8. August. Die „Staats-Courant" meldet: die Regierung hat sehr befriedigende Berichte aus Limburg empfangen. Es ist dem Minister Lichtenvelt gelungen, unter kräftiger Mitwirkung der dortigen Behörden die bedrohte Ruhe und Ordnung zu erhalten und folglich zu einem Zwecke mitzuwirken, welchen die deutschen Bundesstaaten eben so sehr als Holland würdigen müssen, nämlich die Aufrechthaltung der bestehenden Gesetze und die Beschützung von Personen und Eigenthum. Die Truppen-Bewegungen in Limburg haben auch keinen andern Zweck gehabt. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 9. August. Die englisch-französische Mediation in Italien ist nun, nach Lord Palmerstons vorgestriger Erklärung im Parlamente, eine Thatsache. Herr Gustav von Beaumont, früher zu der Linken Barrots gehörend, der sich aber schon seit einem Monate von derselben und von Herrn Thiers getrennt hat, ist zum Botschafter in London ernannt und geht heute noch auf seinen Posten ab. So wie er daselbst angekommen ist, wird Lord Normanby hier den General Cavaignac seine Creditive überge ben, durch die er als Botschafter Englands bei der französischen Republik beglaubigt ist. — Die von Frankreich vorgeschlagene Basis der Mediation in Italien ist vom englischen Kabinete angenommen worden, und diese Annahme durch einen Kabinets-Kourier gestern Mittag Lord Normanby überbracht worden. Der Botschafter begab sich sogleich zu Herrn Bastide und um 3 Uhr expedirten beide Staffetten an Lord Abercrombp und Herrn Reitzet mit dem Auftrage, den König Karl Albert und den Marschall Radetzky die Vermittlung Frankreichs und Englands anzuzeigen und sogleich einen provisorischen Waffenstillstand zu Stande zu bringen. Nach Wien sind ebenfalls an die Gesandten Frankreichs und Englands Kouriere abgegangen, damit diese sogleich bei dem österreichischen Kabinete die nöthigen Schritte thun können.

Der neueste Rapport des Polizei-Präfekten lautet sehr gänstig, — eine Stelle kann bedeutet an, daß die auf Thiers Wohnung abgeschossene Kugel, von der es man so viel Lärm machte, das Resultat eines zufälligen und in weiter Entfernung in die Luft abgefeuerten Gewehres irgend eines Nationalgardisten war, und daß die auf dem Platze St. Georges niederfallende sehr matte Kugel in keiner böswilligen Absicht entsendet worden war.

General Aupick hat den Befehl erhalten, Constantinopel zugenblicklich zu verlassen, wenn die Pforte nicht binnen 24 Stunden die französische Republik anerkenne.

Die Gerichtszeitung gibt heute die Namenliste des zweiten Transports der Insurgenten und die folgende Uebersicht der bisherigen Resultate der Militär-Commissionen. Bis zum 7. August wurden in Freiheit gesetzt 1396, transportirt 1206, vor die Kriegsgerichte verwiesen 116, Summa 2719. Da die Gesammt-Anzahl der Gefangenen 9800 betrug, so bleiben noch über 7000 abzuurtheilen.

Wir erfahren soeben, daß alle Engländer, die sich unter den Gefangenen befanden, mit Ausnahme eines einzigen, des Mechanikers Carl Hall freigegeben und nach England geschickt worden sind und zwar auf Einschreiten des englischen Gesandten. — Soll für die Deutschen gar nichts geschehen?

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 9. August. Der Minister des Innern legt einen Gesetzentwurf vor, wodurch der Wittwe des Generals Damesme eine Pension von 2000 Frs. übertragbar auf ihr noch nicht gebornes Kind verliehen wird. Das Decret wird sogleich votirt und auf den Wunsch mehrerer Vertreter die Pension auf 3000 Frs. erhöht. An der Tagesordnung ist die Festsetzung des Gesetzes über die Journal-Caution. Herr Leon Faucher spricht für den Gesetzentwurf, Flocon und Piauerre dagegen, endlich wird die Diskussion geschlossen und zur Abstimmung über Pakat Duprats Amendement geschritten. Es hat den Prinzip der Caution aufgehoben und die persönliche Verantwortlichkeit der Redakteure und der Schriftsteller an seine Stelle setzt. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: für das Amendement Duprats 342, gegen dasselbe 407 Stimmen.

Nur langsam voran.

Zu Nr. 220 der Bayreuther Zeitung.*)

Daß doch immer der Deutsche dem Deutschen das Michelthum vorzuhalten beflissen ist, ohne zu bedenken, daß eben in den Merkmalen, durch die er sich von andern Völkern unterscheidet, seine zu ehrende Eigenthümlichkeit**) besteht. Ehrenhafter, edler und

*) Aus Billigkeitsgründen nehmen wir diesen Bericht auf und gelauben uns nur unsere diskussionende Ansicht in kurzen Glossen beizugeben.

**) Manches scheint Eigenthümlichkeit, was nur Ungeschicktheit ist. Der despotische Druck, der in den letzten Jahrhunderten auf Deutschland

Digitized by Google

treuer ist es, mit Bedacht das Ziel des Fortschrittes zu verfolgen, als in den Affensprüngen der Nachahmung sich zu überstürzen und dadurch Spott und Schaden zu ernten. Nicht alles, was große Geister ihrer Laune, oder ihrem Groll gegen ein Volk in die Welt hinausschleudern, ist von jedem Standpunkt betrachtet auch wahr. Die Vorrede, die Börne nach dem Citat der französischen Schreiberei gegen den dermaligen deutschen Canzleistyl gibt, (es ist für jetzt angewendet) sind, obgleich von Börne aufgestellt, nicht anzuordnen. Es wird von demselben ein Minister, ja der König von Frankreich mit Bürgern correspondiren, einen deutschen Minister kreirt, Regierungsanzlisten oder Polizeicommissär entgegengesetzt. Dieser Gegensatz erscheint nach den daraus gezogenen Folgerungen unrichtig wenn auch witzig und von Effekt*). Zum Vergleich kann nur Gleiches mit Gleichem zusammengestellt werden, und dann wird das französischministerielle **ja l'honneure** gewiß von geringerer Bedeutung seyn, als jede deutsche Briefschlußversicherung; abgesehen davon, daß das Schreiben eines Ministers an einen Bürger, auch wenn es Amtssachen betrifft, wohl immer in die Reihe der Privatmittheilungen gehören dürfte. Was aber die dem König in die Feder gelegte Verordnung anbelangt, so dürfte eine solche eben so wenig von jedem französischen, als einem deutschen König ausgehen können. Nach dem Grundsatze: **le roi regne, mais il ne gouverne pas**, wird das Beispiel unrichtig gewählt seyn**). Zu unterscheiden ist das persönliche Benehmen des Richters und Beamteten gegen die Parteien oder Verwalteten, von den Mittheilungen der Gerichte und Aemter an diese. Ziemt den Ersteren Humanität und Höflichkeit, so gebührt den Letzteren Ernst und Würde. In Deutschland, wo dermals alle Standesvorzüge abgeschafft werden, wird jeder Deutsche nur das Gesetz über sich als Herrn und derselbend anerkennen. Unter dem Gesetz ist jeder gleich, und da nun in solchem, als das Volk sich selbst Gesetze gibt, es als souverain erscheint; ist jeder dem Gesetze unterthan. Im Namen des Gesetzes verzigt der Richter und der Beamtete, der eine Diener und der andere Besolger der Gesetze und der Ernst dieser Verhältnisse schließt Comptimente aus, die nur zu Lächerlichkeiten führen müßten***), wie z. B. geschrieben werden sollte: „der Herr ist als Betrüger angeklagt, der Herr ist als Mörder schuldig, das Fräulein hat eine Kindesabtreibung begangen, das Fräulein ist eines Straffenexzesses überwiesen." Vor Gesetz und Amt steht nicht der Herr Peter, sondern der Staatsbürger Johann Christoph Peter. — Mißverstanden, die aus dem Benehmen Einzelner gegen ganze Klassen von Staatsbürgern oder gegen im ganzes Volk ausgesprochen werden, lassen sich öfter nur aus der Quelle, und vielleicht aus dieser die Aufnahme des Artikels in die Bayreuther Zeitung erklären****).

lassene, das unbestreitig auch diese von Börne mit Recht so scharf gerügte „Eigenthümlichkeit" zu solch glänzender Blüthe gebracht, wenn auch die Keime dazu im Beste wirklich schon vorher gelegen seyn mögen. Der leichtsinnige Engländer hat wenigstens sein Vermögen, seine Stammverwandtschaft diese Eigenschaft nicht beizugesellen, selbst man meinen, wären selbst jene seinen, unbestrittenen Eigenthümlichkeiten, deren Gebrauch nicht in jedem Berithe, sondern nur in ihrem Alter besteht, so viel mit mögtich abzuschleifen.

*) Wenn Börne sagt, selbst der König reder jeden Unterthanen mit Herr an, so soll dies nach unserer Ansicht wohl nichts anderes heißen, als daß, wenn schon das Staatsoberhaupt so artig ist, die niedre stehenden Beamten um so mehr sich eines artigen Benehmens befleißigen werden.

**) Borne's Citation, eine k. Ordonanz zeigedt sich durchaus nicht bestimmt auf die neue Zeit, und ein früherer König von Frankreich „herrschte und regierte."

***) Wird denn aber auch jeder Staatsbürger auf gleiche Weise von den Beamten im Dienste behandelt? Man erinnere sich z. B. des aus dem Leben gegriffenen Polizeibureaus in einer der jüngsten Nummern der fliegenden Blätter. Welch eine Verändrung in dem Benehmen des Beamten, als sich aus dem anständig gekleideten und deshalb erst anständig behandelten Reisenden ein Handwerksbursche entwickelt!

****) Die Art der Aufnahme des berührten Artikels giebt sattsam Zeugniß dafür, daß nicht einzelne wenige Fälle von Beamtenunhöflichkeit Veranlassung zur Verabfassung wie zur Aufnahme desselben gegeben haben. Die erzwungene momentane Besserung manches populär werden wollender Beamten würde wieder umschlagen, wenn sich der Wind wieder einmal drehen sollte.

Bekanntmachung.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgericht Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das in der Oberfangalle belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Seyß, sowie auch ein Felsenkellergang in den sogenannten 99 Gärten belegen, hiemit öffentlich feilgestellt. Das Haus mit Nr. 137. bezeichnet, ist von gemischtem Mauerwerk erbaut, mit Ziegeln bedeckt und enthält 1 gewölbten Hausteller, dann zu ebener Erde: 2 Stuben, 1 Studenkammer, 1 Küche, 1 Hausplatz. Eine Stiege hoch: 3 Stuben, 1 Küche, 1 Hausplatz, 1 angebängten Gang mit 1 Holzlege. Zwei Stiegen hoch: 1 Giebelstube, 4 Dachkammern, 1 großen Kamin, 1 Hausplatz, 1 kleinen gebrucken Dachboden. Dasselbe wurde mit Einschluß des darauf haftenden realen Backfeuerrechtes auf 3300 fl. gerichtlich geschätzt.

Dessen Hintergebäude von gemischtem Mauerwerke erbaut, mit Ziegeln gedeckt, enthält: 1 gewölbten Keller, zu ebener Erde: 1 Stallung für 2 Stück Rindvieh, 15 Stück Schafe, 1 Schlachtkammer, 1 Schweinstall. Eine Stiege hoch: 1 Stube, 1 Studenkammer, 1 Kamin und 1 von Fachwerk erbauten Gang, 2 übereinander liegende gebrucke Dachboden.

Das Hölzegen- und Ganggebäude beim Eingang in den Hof rechts, ist 1 Stock hoch, gemischt erbaut, mit Ziegeln gedeckt, und enthält zu ebener Erde: 1 Holzlege, und 1 Abtritt. Eine Stiege hoch: 1 kleinen gebrucken Dachboden mit 1 Gang und Abtritt. Die gerichtliche Schätzung beträgt 450 fl.

Der Felsenkeller im den sogenannten 99 Gärten faßt gegen 6 Gebräue Bier und wurde für 350 fl. gerichtlich geschätzt.

Auf dem Hause haftet außer der gewöhnlichen Steuer 1 fl. 15 kr. Erbzins zum hiesigen Hospitale. Das Haus mit Hintergebäude und Holzremisen liegt mit 4500 fl. in der Brandversicherung.

Zur Licitation auf vorbeschriebene Realitäten wird auf den

12. September o. Vormittags 10 Uhr

im Commissionszimmer Nr. 10 Termin anberaumt, und Kaufslustige werden unter dem Beifügen zu demselben eingeladen, daß ihnen die Einsicht des Taxationsprotokolls vorher in der Registratur freistehe, und daß wegen des Zuschlages an den Meistbietenden nach Maasgabe des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, §. 98 bis 101 und des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822, §. 64 verfahren werden wird.

Bayreuth, den 25. Juli 1848.

Der königl. Direktor
Freiherr von Waldenfels.

Schmidt.

Bayreuth, am 27. Juli 1848.

Subhastations-Patent.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth

wird im Wege der Hülfsvollstreckung das auf 5750 fl. geschätzte Wohnhaus des Antiquars Seligsberg dahier, Haus-Nr. 115, St.-B.-Nr. 40, in der Kanzleistraße dahier gelegen, öffentlich verkauft und Bietungstermin auf

Freitag den 15. September l. Js. Vormittags 11 Uhr,

Commissions-Zimmer Nr. 2

anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64. des Hypothekens-Gesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgen wird, und die nähere Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungs-Verhandlung in der Zwischenzeit in der diesgerichtlichen Registratur dahier eingesehen werden können.

Der königl. Direktor,
Freiherr von Waldenfels.

Scharf.

Anzeigen.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Harmer, K., Freikorpslieder. Zwölf Gedichte. 8. geh. 12 kr.

Ludwig, J. L., Zweites Lehr- und Lesebuch für die Elementarschüler in den deutschen Schulen. gr. 8. geh. 35 kr.

Wurm, Chr. Freiheits-Grüße. 8. geh. 36 kr.

Im Hause Nr. 246 ist ein noch wenig gebrauchter Oekonomie-Wagen mit eisernen Achsen zu verkaufen.

Zwei schöngelegene Zimmer mit 2 Alkoven sind an eine oder zwei Personen, mit oder auch ohne Möbel zu vermiethen. Näheres in der Expedition.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 226.** **15. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 12. August. Die Nationalversammlung beschloß heute, sowohl den Antrag der süd-tyrolischen Abgeordneten wegen Entlassung der süd-tyroler Kreise Trient und Rovreto aus dem deutschen Bunde, als auch den modificirten Antrag, daß die Sache an die Centralgewalt zur Begutachtung überwiesen werde, zurückzuweisen. Ebenso verwarf sie die Trennung Südtyrols oder Welsch-Tyrols vom Deutsch-Tyrol in Verwaltung und Rechtspflege. Dagegen entschied sie, daß die Entlassung aus dem deutschen Staatsverbande nicht stattfinden könne und daß sie wo gen admisste. Trennung sich an ihr Verordnungen zu wenden hätten, wobei auf den Beschluß der Nationalversammlung in Betreff der Sicherstellung der nichtdeutschen Nationalitäten zurückgewiesen wurde. Die Anträge in Betreff des österr.-italien. Krieges wurden an die Centralgewalt überwiesen, in der Voraussetzung, daß sie die Interessen Deutschlands wahren würde. Vorher hatte der Reichsminister Heckscher erklärt, die Centralgewalt sey mit einer, der Würde und dem Interesse Deutschlands angemessenen Schlichtung der italienischen Frage ernstlich beschäftigt.

Frankfurt, 10. August. Ausführlicher Bericht über die 58. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß.) Simpson aus Königsberg spricht für den Ausschußantrag. Auch wenn Heckers Thaten ihm den Eintritt in alle Ehren- und Ruhmeshallen der Welt verschafft hätten, habe er sich doch den Eintritt in diese Halle verschlossen. Hecker habe den Boden des Vaterlandes mit Blut getränkt, den Fremden den Weg nach Deutschland gezeigt, und statt der ewigen Ordnung der Dinge das Banner der Gewalt aufpflanzen wollen; wie sollte er unter den Männern sitzen können, denen zur Aufgabe geworden mit Mäßigung, Weisheit und Geduld die Einheit Deutschlands zu gründen und seine Größe zu befestigen! Vogt beschreibt sich dann sich auf den Gesammtwillen des Volkes berufen könne, wenn derselbe nicht vorher durch Abstimmung festgestellt worden. Was die Notorität von Heckers Hochverrath betreffe, so stamme der Begriff der Notorietät vom Polizeistaate her, wo Jeder für einen Verbrecher galt, so lange er nicht nachgewiesen habe, daß er ein ehrlicher Mann sey. Der Rechtsstaat kenne keine Notorität, sondern blos rechtskräftige Urtheile. Wenn die Nationalversammlung Hecker für einen Hochverräther erkläre, greife sie den Gerichten vor, das größte Verbrechen, das eine Staatsgewalt begehen könnte. Es sey gefährlich über die materielle Gültigkeit der Wahl zu entscheiden. Bereits habe man beantragt, die italienischen Deputirten, welche die Lossprennung einiger Bezirke vom deutschen Bunde beantragt, auszuschließen; zuletzt könne man Jeden als Rebellen ausschließen, der andrerer Meinung sey, als die Majorität. Die Ansicht der badischen Regierung, daß die Wähler von Thiengen wegen ihrer Wahl Heckers des Wahrrechts verlustig gehen sollten, daß man also durch einen Stimmzettel Hochverrath üben könnte, sei eine Monstruosität, eine Destination des entfernten Versuchs des Hochverraths, die man selbst von einen Metternich und Konsorten nie gehört habe. Und daß sey die regenerirte badische Regierung, der jede Reaktion so fern liegen solle! Er habe sogar gehört, das Produkt der Minorität, Herr Buhl sey mit einer Legitimation der badischen Regierung hier eingetroffen um das von Gebrauch zu machen. Er wünscht hierüber Aufklärung zu erhalten. Präsident v. Gagern versichert, Buhl sei nicht hier, habe die Legimation nicht in der Tasche und habe erklärt, von einer Minoritätswahl keinen Gebrauch machen zu wollen. Vogt erklärt, er messe der Versicherung des Präsidenten volen Glauben bei; sie beweise aber blos, daß Buhl die Legitimation nicht vorgezeigt habe. Er weiß ferner sie Behauptungen, daß Hecker noch nicht mit feindlichen Absichten gegen Deutschland umgehe, als ein Lügengewebe zurück, und erinnert an die Antwort der Schweizer Tagsatzung auf die Note des Bundestags. Hecker, versichert er, sitze in Muttrng und arbeite so ruhig, wie irgend ein Schriftsteller. Hierauf erklärt Sachs auf sein Ehrenwort, daß Buhl selbst ihm die von der badischen Regierung ausgestellte Legitimation gezeigt habe. v. Gagern erwidert hierauf: Buhl sey gestern bei ihm gewesen; er habe, seines Wissens, nie eine solche Urkunde besessen, und würde niemals von einer solchen Gebrauch gemacht haben. Er sey diese Erklärung einem Freunde schuldig, dessen ehrenhaftirs Benehmen über jeden Tadel und Vorwurf erhaben sey. Widenmann bemerkt u. A., die National-Versammlung greife durch Ausschließung Heckers keinem Richter vor, wie auch andererseits der zuständige Richter ihr nicht vorgreife, indem ihr selbst nach einer Freisprechung noch das Recht zur Ausschließung auf Grund vorliegender Thatsachen zustände. Dir verschiedenen Anträge werden zum Zweck der Unterstützung verlesen. Die Versammlung beschließt, zuerst über den Ausschußantrag abzustimmen, und nimmt diesen mit 340 gegen 116 Stimmen an. Simon von Trier fragt, was aus seinem Antrage in Betreff der Erklärung des preußischen Ministers von Auerswald wegen der Centralgewalt geworden sey. Man habe sich gegen Hannover energisch ausgesprochen; er hoffe, daß jetzt, wo der verhängnißvolle 6. August verüber, auch dieser für ganz Deutschland wichtige Gegenstand zur Sprache komme. Stedtmann erwidert: Der Bericht sey fertig und werde nächster Tage erstattet werden. (F. J.)

Frankfurt, 10. August. Die heutige Sitzung des Gewerbekongresses dauerte sieben Stunden ohne Unterbrechung. Die Diskussion wurde über das Kapital von der Vertretung, Verwaltung und Rechtspflege fortgesetzt. Angenommen wurden die folgenden Paragraphen: Zum Verwaltungs-Ausschuß (der mit dem Gewerbegericht den Gewerbrath bilden soll) sind mindestens fünf Mitglieder erforderlich; er hat die gemeinschaftlichen Interessen der Gewerbetreibenden seines Bezirkes wahrzunehmen, er soll sämmtliche Innungsinstitute derselben überwachen und allfährlich oder, wenn es nöthig, in kürzrern Zeitabschnitten über die Lage und Bedürfnisse des Gewerbestandes an die Gewerbekammer berichten, auch durch ein Mitglied die Meisterprüfungen leiten. Alle Ausstellungen und Erkenntnisse von Innungsgebrechen sind stempelfrei. Es sollen Spezialkammern gebildet werden, welche den gesetzgebenden Kammern berathend zur Seite stehen und sich sowohl mit den Gewerberäthen als mit dem Arbeitrerministerium über alle gewerblichen Angelegenheiten zu benehmen haben; diese Gewerbekammern werden durch die Gewerberäthe gewählt. Die allgemeine Gewerbekammer versammelt sich gleichzeitig mit dem deutschen Parlament und an dessen Sitz; ihre Aufgabe ist es, rechtsverbindliche Beschlüsse zu fassen zur Herstellung übereinstimmender Spezialstatuten für die gleichen Gewerbe in allen und die den gemeinschaftlichen Interessen entsprechenden allgemeinen Maßregeln und Gesetze zu beantragen. Die Mitglieder dieser Kammer werden durch direkte Urwahlen der sämmtlichen deutschen Innungsmeister, im Verhältniß von $\frac{1}{2}$ der Nationalvertreter gewählt, die Berufung geschieht durch das Reichsministerium; sollte von der Nationalversammlung die Errichtung einer allgemeinen industriellen Kammer beschlossen werdrn, so würden die Handwerker und technischen Gewerbe darin mit $\frac{1}{2}$ der sämmtlichen Deputirten zu vertreten sein. (Es folgen nun die bereits mitgetheilten Beschlüsse über die Lehrlinge, denen die folgenden über die Gesellen sich anschließen.) Jeder Geselle muß mindestens drei Jahre wandern; eine Abkürzung oder Aufhebung dieser Frist kann nur aus dringenden Gründen von dem Gewerberath verfügt werden. Das Wandern ist in keinerlei Weise zu erschweren. Zwischen Meister und Gesellen tritt nach Ablauf der ersten 14 Tage, während welcher beide Theile jedergzeit sich trennen können, eine gegenseitige stägige Kündigungsfrist ein, sofern vertragsmäßig nicht etwas Anderes festgesetzt wurde. Allgemein soll eine Festsetzung der Arbeitsgesellen erfolgen; die Gewerberäthe haben für die einzelnen Innungen, unter Zustimmung der Gesellenschaft, die näheren Verhältnisse zu ordnen, und auf Grund dieser Vereinbarung müssen die Gewerbekammern für jede gleiche Innung gleiche Bestimmungen treffen. Die Gesellen werden von dem Gewerberath zu Gesellenschaften vereint. Auf die gesetzlich bereits bestehenden Gesellenschaften findet die Bestimmung wegen Neubildung der Innungen Anwendung. Die Gesellenschaften müssen sowohl bei der Prüfung der Lehrlinge als allen sonstigen Angelegenheiten der Gesellen, im Vorstande der Meister-Innungen und bei dem Gewerbegerichte durch einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte mit Sitz und Stimme vertreten seyn. An allen Innungsorten muß eine allgemeine Gesellenkran-

Digitized by Google

lenkasse und eine besondere Gesellenwanderkasse eingerichtet werden. Der Meister zieht die Beiträge vom Lohn ab und haftet für richtige Ablieferung zur Kasse; zur Gesellenwanderkasse tragen die Meister einen angemessenen Theil bei. Ein Geselle darf nicht in Arbeit genommen werden, bevor er nicht der Innung und dem Kassenverbande beigetreten ist. Gesellen dürfen nur bei Meistern ihres Faches ihr Gewerbe ausüben und können sich ihren Arbeitgeber frei wählen. Alle Gesellenverbindungen, welche Verrufserklärungen und Ausschliessungen bezwecken, sind verboten. (K.v.u.f.Z.)

München, 10. August. In unsern gebildeten Kreisen macht ein Vorfall nicht geringes Aufsehen, der ein deutliches Bild gibt, in welcher Weise in manchen Regionen unser öffentliches Leben, überhaupt die Bewegung, wie sie entstanden und wie sie ab- und zufluthet, betrachtet wird. Bei dem allgemeinen Interesse, das der Vorfall hat, haben wir uns in den Stand gesetzt, denselben zu verösfentlichen. Bei der Abgeordnungsprobe am 6. August, die seinen neuen Stoss für unseren Militärkatholizismus, standen mehrere Artillerieoffiziere inmitten des von der bewaffneten Macht gebildeten Viereckes; im Laufe des Gespräches äusserte sich Major Hüg bei Aufstellung der beiden Kolonnen des Landwehrfreikorps: „Wenn er (Hüg) der König wäre, würde er alle Beamte, die da ausgerückt, in Disponibilität setzen." Diesem opponirte der dabei stehende Oberlieutenant v. Wallmenich, indem er bemerkte, daß dieses ja ein russisches Verfahren wäre. Nach einigen Zwischenreden sagte v. Wallmenich: „Ein solches Verfahren würde auf keinen Fall in einer constitutionellen Monarchie angehen", worauf Hüg, den Herrn v. Wallmenich von Kopf bis zu Fuß messend, mehreremale äusserte: „Sie haben kuriose Ideen." Hiefür sah sich v. Wallmenich veranlaßt, Satisfaktion zu verlangen; Major Hüg weigerte sich dessen aber, indem er erklärte, er habe als Vorgesetzter dem Herrn Oberlieutenant einen Verweis ertheilt und werde hievon sogleich dienstliche Anzeige machen. Nachdem später Herr v. Wallmenich eine Ehrenversammlung der Offiziere des Regiments Luitpold verlangte, wurde eine solche von dem Oberst v. Beecken anfangs zugesagt, später aber, auf Bitte des Herrn Hüg, wieder verweigert. Natürlich hat der Oberlieutenant v. Wallmenich gegen sich beschwert, indem aber nach Zurken die Oberst Abner einen Vergleichsvorschlag angenommen, dahin gehend, daß ein Stabsoffizier Namens des Major Hüg eine satisfagirende Erklärung gäbe und hievon die Offizierkorps des Artillerieregiments und des Zeughauses verständigt würden. Bis jetzt hat Major Hüg sich hierauf noch nicht eingelassen und es steht der Ausgang der Sache noch zu erwarten. Wie enthalten uns jeden Kommentars, erlauben uns bloß, unser Publikum aufmerksam zu machen, wie es denn mit einer constitutionellen Armee stehen mag, in der ein Stabsoffizier einen Subalternoffizier deßwegen, weil er als Staatsbürger das Gesetz vertheidigt, herausjagt und in die Untersuchung wegen ungehörigen Benehmens gegen den Vorgesetzten zieht, der mit den thamäleonshäntigen Artikeln unserer Militärdienstespvorschriften gegen die edlen Gesinnungen eines Ehrenmannes ankämpft. (D. c. J.)

München, 11. August. Fallmerayer wird, gestärkt durch hier gebeauchte Bäder, kommende Woche wieder nach Frankfurt zurückkehren.

Eine Plenarversammlung sämmtlicher Lehrer der hiesigen Universität hat heute über die Wahl der gemäß Ministerialerlaß nach Jena abzusendenden Deputirten abgestimmt. Obgleich die Aufforderung der Universität Jena an die übrigen deutschen Hochschulen dahin lautete, daß auch der Stand der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten Vertretung finden sollte, traf hier doch die Wahl bloß ordentliche Professoren. Diese sind: Thiersch, Ringseis, Stadelbaue, Walther, Dollmann.

Dem hiesigen Komité für Unterstützung in Havre zurückgebliebener verarmter bayerischer Auswanderer hat der König Ludwig 1000 fl. und die Königin Theresse 200 fl. aushändigen lassen.

München, 11. August. Der A. Z. schreibt man: Wie ich aus ziemlich zuverlässiger Quelle erfahren, haben nicht nur der Minister des Innern und des Aeußern, sondern alle Minister aus Anlaß der gegenüber der Bürgermehr und vereinigten Freikorps erlittenen Niederlage Sr. Maj. ihre Entlassung eingereichen lassen. Man glaubt jedoch nicht, daß der König unter den gegenwärtigen Verhältnissen dieselbe annehmen wird. (N. K.)

München. Das Regierungsblatt enthält zwei Verordnungen, über die Einführung einer Gewerbskammer und eine Abänderung resp. Ergänzung der Verordnung vom 19. September 1842, die Einführung der Handelskammer betreffend. Erstere Verordnung lautet: „Art. 1. Es soll eine eigene Gewerbskammer mit dem Sitze in München gebildet werden. Art. 2. Diese Gewerbskammer besteht auch 8 Mitgliedern, welche von den Gewerbsvereinen der Stadt München aus den daselbst ansässigen, ein Gewerbe wirklich ausübenden Gewerbsmeistern in freier Wahl vorgeschlagen und die Zustimmung des Gewerbsstandes sämmtlicher, den Kreisregierungen unmittelbar untergeordneter Städte des Königreichs bestätigt werden. Die Anzahl der diesen Städten hiebei zustehenden Stimmen richtet sich nach der Größe ihrer Bevölkerung in der Art, daß bei einer Bevölkerung bis zu 10,000 Seelen eine, bis zu 20,000 Seelen zwei, bis zu 30,000 Seelen drei Stimmen u. s. f. in Zählung gebracht werden sollen. Die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen entscheidet für die Genehmigung oder Verwerfung des Vorschlags, in welch' letzterem Falle ein neuer Vorschlag stattzufinden hat. Die Aufforderung zur Stimmenabgabe geschieht unter Festsetzung eines Termines von 14 Tagen, nach deren fruchtlosem Ablaufe angenommen wird, daß der Gewerbsstand der betreffenden Stadt auf sein Stimmrecht für den vorliegenden Fall Verzicht leiste. Art. 3. Ein Zwang zum Eintritte in die Kammer oder zum Verbleiben in derselben findet nicht Statt. Die Mitglieder der Kammer versehen ihre Funktionen unentgeltlich. Art. 4. Alljährlich hat die Hälfte der Mitglieder auszutreten. Nach Ablauf des ersten Jahres wird der Austritt durch das Loos bestimmt; in den folgenden haben diejenigen Mitglieder auszutreten, welche zwei Jahre in der Kammer vollendet haben. Die Austretenden sind wieder wählbar. Eine außerordentliche Zwischenwahl wird nur alsdann vorgenommen, wenn die Zahl der Kammermitglieder auf vier herabgesunken ist und die ordentliche Wahl nicht in Kürze bevorsteht. Bei den in Folge einer solchen Zwischenwahl eintretenden Mitgliedern wird die Zeit der Zugehörigkeit an der Kammer denjenigen Mitgliedern eingerechnet, in deren Stelle sie eingetreten sind. Art. 5. Die Gewerbskammer hat die Bestimmung, die Regierung in der Förderung der wahren Interessen des Gewerbsstandes durch ihren Rath und ihre Mitwirkung zu unterstützen. Die Regelung des Geschäftsganges der Gewerbskammer, so weit sie für sich handelt, bleibt ihrer eigenen Zuständigkeit überlassen. In den Fällen, wo die Thätigkeit derselben von Unserem Staatsministerium des Innern in Anspruch genommen wird, soll in der Regel ein mündliches Benehmen stattfinden, entweder in förmlichen von Unserem Staatsministerium des Innern zu berufenden Sitzungen, oder in besonderen Zusammenkünften mit den einschlägigen Ministerial-Referenten. Das Ergebniß der Sitzungen und Besprechungen ist in kurzgefaßte Protokolle niederzulegen. (Fr. J.)

Der Allgemeinen Zeitung wird von Reichenhall geschrieben, daß der König am 9. d. Mts. den Armeebefehl unterzeichnet habe.

Wien, 10. August. Soeben verbreitet sich überall das Gerücht: die Arbeiter beabsichtigten mittelst einer „Sturmpetition" bei dem Minister des Innern die Herausgabe einer halben Million zu betreiben, welche, wie sie behaupten, Verzögerung Lohnes zur Verheilung an sie zurückgestellten habe. So viel steht fest: es spukt allenthalben. Der Sicherheitsausschuß, der Studentenausschuß suchen mittelst Plakaten das Volk zu beruhigen. Allgemein spricht man davon: es werde ein Versuch zur Proklamirung der Republik gemacht werden. — Der Kaiser kommt Samstag. (K.v.u.f.D.)

Nach einem, wie es scheint, halboffiziellen Artikel aus Innsbruck vom 6. August (in der Allg. Ztg.) scheint man in den höhern Regionen in Oesterreich jetzt wenig mehr Nachgiebigkeit zu haben. Dieser Artikel sagt: „Soeben wird der englische Gesandte am Hofe zu Turin hier angemeldet. Früher wurde die englische Intervention lebhaft gewünscht, zu erbeten und war nicht zu erhalten. Jetzt, nun die Tapferkeit des österreichischen Heeres und das Genie seines greisen Führers entschieden hat, sehen wir den englischen Vermittler herbeieilen. Oesterreich wird sich eben so wenig übermüthig im Glück zeigen als es sich in der dringendsten Gefahr kleinmüthig gezeigt hat; also es wird hoffentlich fest darauf beharren, daß ihm bleibe, was ihm gehört, und Sardinien es für die Kosten seiner schändlichen Aggression entschädige. Genaue Zurückerstattung seines Eigenthums liegt in den Ansprüchen der Mailänder, seine gefallenen Helden bleiben deßhalb doch noch ein ungesühntes Opfer."

Hannover, 9. August. Die Petition in Betreff der Huldigung des Militairs sollte durch eine dazu erwählte Deputation, bestehend aus einem Hannoveraner, einem Hildesheimer und einem Cellenser, heute dem König überreicht werden; der König hat jedoch die Annahme der Deputation verweigert, die Petition aber, wie sich von selbst versteht, angenommen. Die Deputation, des Fürchtend, daß das Publicum in seiner Ungeduld, womit dasselbe einer Entscheidung dieser fortwährend ernster werdenden Angelegenheit entgegensieht, auf die Dauer nicht werde ruhig zu erhalten seyn, hatten nun den Minister Bennigsen um möglichst schleunige Bewirkung der königl. Entschließung ersucht. Leider trifft jedoch von diesem Ersuchen soeben bald 10 Uhr Abends folgendes Schreiben an den hannoverschen Deputirten Callin ein: „Ew. Wohlgeboren

Digitized by Google

versehle ich nicht, gehorsamst zu benachrichtigen, daß in der soeben geschlossenen Sitzung des Gesammtministeriums eine definitive Entscheidung in Veranlassung der eingereichten Petition nicht hat getroffen werden können, daß die Entscheidung darauf indessen im Laufe dieser Woche, also spätestens Sonnabend den 12. d. Mts., erfolgen soll. Brunigsen." Der Volksverein hält heute wieder eine Sitzung. (Bs. Z.)

Hildesheim, 8. August. Heute Morgen hat der Professor Michelsen aus Kiel auf dem Bahnhof in Lehrte auf eine tragige Weise seinem Leben ein Ende gemacht. Er warf sich vor eine herannahende Locomotive, wodurch er augenblicklich getödtet wurde. (D. A. Z.)

Hadersleben, 9. August. Diese Nacht überfiel eine starke dänische Patrouille, aus Jütland kommend, eine 25 Mann starke Feldwache des zweiten preußischen Kavallerieregiments bei Hadersleben, tödtete 6 Mann derselben und nahm einige gefangen. Die Uebermacht der Feinde war zu groß, sodaß sie unsere Soldaten trotz des tapfern Widerstandes überwältigen mußten. Jetzt stehen unsere Truppen nur noch 1 bis 1½ Meilen von der jütischen Grenze entfernt und werden dieselbe wahrscheinlich in den nächsten Tagen überschreiten. Die mecklenburgische Brigade ist jetzt in die äußerste Linie eingerückt und bildet nebst der preußischen Gardebrigade die Spitze der Armee. Trotz des strömenden Regens, der bei dem starken Vorpostendienst sehr beschwerlich fällt, ist der Geist aller Truppen ein vortrefflicher. In Jütland soll der Landsturm aufgeboten seyn und alle Männer bis zu 50 Jahren unter den Waffen stehen. (D. A. Z.)

Altona, 10. August. Nach glaubwürdigen Mittheilungen wird der Reichsminister Dr. Heckscher, wie man wissen will von einem andern diplomatischen Bevollmächtigten begleitet, in diesen Tagen hier durch nach dem Hauptquartiere reisen, um im Namen der Centralgewalt den Abschluß eines Waffenstillstandes zu versuchen. Die beiden Heere stehen einander kampfgerüstet, fast nur durch die Königsau getrennt, gegenüber.

Italien.

Innsbruck, 6. August. Briefe aus zuverlässiger Hand erzählen daß das italienische Volk, dem der Feldmarschall Andeutungen der Kopfsteuer, Erleichterung des Stempels und Ermäßigung des Salzpreises zugesagt hat, den Truppen überall entgegenjubelt! Illuminationen (selbst zu Cremona war eine zweitägige zu schauen) empfangen sie, kaiserliche Fahnen wehen an allen Orten, die Volkshymne tönt, und überall begrüßen Deputationen die Sieger! Aber Proclamten und Signori sind allenthalben, von bösen Gewissen und von Furcht vor Aburtheilen des Volkes verschreckt, entflohen. (A. Z.)

Mailand, 7. August. Der Basler Ztg. wird geschrieben: Nach den (gestern gemeldeten) Schüssen in die Wohnung Karl Alberts wurde die Straße durch die Kavallerie gesäubert, und eine bedeutende Truppenmasse in die Gegend versammelt, der König ließ sich nun seinen Schnurrbart abnehmen und entstieg mit seinen Söhnen zu Fuß bis auf den Platz Belgiojoso, wo er in Mitte seiner Dragoner zu Pferd stieg und sich dann mit der ganzen Armee, die nach und nach zusammengezogen wurde, nach Mitternacht davon machte. — Sonntag Morgens früh war der Jammer in der ganzen Stadt ungeheuer, und wie ich 4 Uhr Morgens durch die Straßen ging, sah ich eine Menge Familien, Männer, Weiber und Kinder nur mit kleiner Bagage weinend fortziehen, die früher errichteten Barrikaden wurden so gut wie möglich abgetragen und Alles auf den Einzug der Oesterreicher bereit gemacht. Schon um 8 Uhr rückten die Vorposten ein, und um Mittag hielt Radetzky seinen Einzug, der prachtvoll war und wobei dasselbe Volk das immer **Morte ai Todeschi** schrie, dem alten Feldmarschall ein lautes **Evviva** brachte. Es sind jetzt 80,000 (?) Mann hier, und nächstens werden noch 20,000 unter Welden erwartet, die Ordnung ist musterhaft, sowie die ganze Haltung und Disciplin der Soldaten, von Excessen ist noch kein einziges Beispiel vorgekommen.

Die Kapitulation von Mailand soll folgendermassen lauten: 1) die Stadt wird nicht geplündert. 2) Was vom Marschall abhängt, wird er hinsichtlich des Vorgefallenen jede mögliche Rücksicht haben. 3) Die Piemontesen werden sich in drei Tagreisen nach Piemont zurückziehen. 4) Bis zum 6. August, um 8 Uhr Morgens darf, wer will, sich von Mailand entfernen. 5) Morgens um 8 Uhr besetzt der Marschall Porta Romana, um 12 Uhr die Stadt. 6) Die Bleßirten und Kranken werden in zwei Tagen transportirt. (?) 7) Alle Bedingungen bedürfen der Zustimmung Sr. Maj. Karl Alberts. 8) Der Marschall verlangt, daß alle Generale, Offiziere und Aßtern. Angestellte, die sich in Mailand befinden, sogleich in Freiheit gesetzt werden. San Donat, 5. August. — Der Neupubl. und die eidg. Zeitg. melden von groben Pöbelexcessen, welche vor dem Einmarsche der Oesterreicher in Häusern von Nobilis in Mailand stattgefunden haben sollen, namentlich soll der Palast des Herzogs Litta durch den Pöbel komplet zerstört worden seyn. — Die uns direkt zugekommenen Briefe erwähnen hievon Nichts.

Lugano, 8. August. Gestern ist der Mailänder Kourier regelmäßig angekommen, heute aber nicht, weil Niemand nach Mailand weder hinein noch herauslassen wird. Garibaldi soll mit einer Guerillabande noch in den Bergen von Como stehen, um noch einige nutzlose Streiche auszuüben. Die Oesterreicher sollen Alessandria besetzen wollen. (D. Z.)

Aus Padua wird vom 5. gemeldet, daß der Herzog von Modena mit 1 Gränz- und 1 ungarischen Regimente in seine Staaten eingerückt ist. Er hat eine Proclamation erlassen, daß er sein Versprechen, eine Constitution zu bewilligen, halten werde. (A. Oest. Z.)

Ungarn.

Ofen, 5. August. Aus Privatnachrichten ersahre ich eben, daß polnische Bauern in großer Menge unsere Grenze überschritten haben und die Gegend bei Kaschau und Unghvar bereits verheeren. Dagegen erbieten wir aus zuverlässiger Quelle die Kunde, daß polnische Edelleute zu uns kommen wollen, um gegen die Rajzen mit uns gemeinsam zu kämpfen.

Frankreich.

* Paris, 10. August. Die Allarmisten hatten für heute, den Jahrestag der Erstürmung der Tuilerien und des Falls des Königthums, eine neue Insurrektion angekündigt. Nichts hat bis jetzt diese Ankündigung gerechtfertigt, aber die Regierung, die fortwährend auf ihrer Hut ist, hat alle nöthigen Maßregeln getroffen und man bemerkt seit frühem Morgen zahlreiche Truppenbewegungen in den westlichen und nördlichen Vorstädten. Die nicht unter den Waffen befindlichen Truppen sind in ihren Lagern und Casernen consignirt.

Die Nationalversammlung hat gestern nach einer langen und verwickelten Debatte das Prinzip der Journal-Caution angenommen, zugleich aber auch bestimmt, daß diese Maßregel nur provisorisch sey und das Decret bis längstens 1. Mai 1849 Gültigkeit habe.

Der National kündigt heute als wahrscheinlich an, daß die Oesterreicher in Mailand eingerückt seyen, und er glaubt: der Zeitpunkt sey nun für die Regierung der Republik gekommen, um energisch zu handeln. Leider sey die französische Intervention zu spät verlangt worden, als es schon materiell unmöglich geworden war, daß eine französische Armee Mailand noch retten konnte. Davon sey jetzt auch nicht mehr die Rede! — es handle sich jetzt darum, die Freiheit und Unabhängkeit Italiens durch unser Englands und Frankreichs Vermittlung geschlossene Verträge festzustellen; weigere sich Oesterreich, in seinem Siegestaumel darauf einzugehen, so werde Frankreich das Schwert ziehen, und die Verantwortlichkeit für die dann folgenden Ereignisse werde nicht auf Frankreich zurückfallen, sondern auf die, die es, nach so lange bewiesener Mäßigung und Geduld, gezwungen hätten, seine Grenzen zu überschreiten und für eine bestrundete Nationalität zu retten. Sey dies vollbracht, so werde Frankreich ohne Eroberung, ohne Eigennutz das Schwert einstecken und wieder in seine Grenzen zurückkehren.

Was die Basis der englisch-französischen Vermittlung betrifft, so scheint es gewiß, daß die Lombardei gegen die Uebernahme eines Theils der österreichischen Staatsschuld unabhängig erklärt, die Linie der Etsch aber, das ist: das ganze Venetianische, Verona, Mantua, Legnago, Peschiera u. s. w. Oesterreich erhalten werden soll. Man glaubt, daß die Lombardei dann getheilt und bald zu Toskana, bald zu Piemont geschlagen werden soll, zweifelt aber noch immer, daß Oesterreich dieses Arrangement annimmt. Jedenfalls werden die Italiener viel gelernt und endlich begriffen haben, daß ein Volk nur dann frei zu werden verdient und frei werden kann, wenn es einig ist und alle kleinlichen Provinzial- und Municipal-Streitigkeiten und Eifersüchteleien bei Seite setzt.

Eine Colonne von 600 Polen ist gestern unter Adam Michiewicz Leitung auf der Orleans-Eisenbahn nach Mailand abgegangen. 400 Polen sind vorgestern abgegangen und 900 werden in diesen Tagen folgen. Ihre Fahne trägt die Inschrift: **Per la vostra e per la nostra libertà!**

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 10. August. An der Tagesordnung ist die Diskussion eines Kredits von 2 Millionen zur Unterstützung der Arbeiter der ehemali-

Digitized by Google

gen National-Werkstätten. Wir ersehen aus dem Rapporte des Finanz-Comités, daß es die Unterstützungen, die den Arbeitern verabreicht werden auf 5 Sous täglich (7 Kreuzer rh.) gesunken sind und daß trotzdem das Finanz-Comité die feste Zuversicht ausspricht, dieser Kredit werde das letzte Verlangen dieser Art seyn. Herr Buffet schlägt durch ein Amendement vor, die 2 Millionen nicht ausschließlich für Paris zu bestimmen, sondern wenigstens ein Viertel davon den Hülfsbedürftigen in den Departements zukommen zu lassen. Ein anderes Amendement schlägt vor, den Kredit auf drei Millionen zu vermehren und eine Million den Departements zu geben. Beide Amendements werden verworfen, aber nun zeigt sich ein drittes, das den gefährlichen Geist des „Separatismus“ in sich trägt. Es wird dem vorlangt, daß künftig alle Ausgaben dieser Art, die nur das Departement der Seine betreffen, auch nur von diesem Departement und nicht von ganz Frankreich getragen werden sollen. Eine Menge Vertreter der Departements unterstützen den Vorschlag, aber es bedarf nur einige Worte des Ministers Senard, um es mit einer ungeheuren Majorität verworfen zu machen. Das Decret wird hierauf unverändert angenommen. Baze macht hierauf aufmerksam, daß sehr viele Vertretersstellen erledigt seyen und schlägt vor die Versammlung solle die Wahlen auf den 30. August festsetzen. Cavaignac besteigt die Tribüne und sagt, die Versammlung habe ihn und seinen Ministern die Executivgewalt übertragen, sie können sie ihnen auch augenblicklich wieder nehmen, aber so lange sie im Besitze derselben seyen, glaube er nicht, daß solche Einmischungen in die Attributionen der Executivgewalt, wie die Ansschreibung der Wahlen eine sey, zulässig seyen. Allgemeiner Beifall der Versammlung folgt diesen Worten und Cavaignac stellt den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Baze sucht nachzuweisen, daß ein Präcedenzfall unter der Executiv-Commission vorgekommen sey. Die Versammlung geht zur Tagesordnung über. Bei Besichtigung interpellirt Pager das Ministerium wegen der Capitulation Mailands und des Marsches Radetzkys auf Turin. Der Minister Bastide kündigt mit England gemeinschaftliche Vermittlung an, die bereits beiden Krieg führenden Mächten angetragen sey, er hoffe bald eine befriedigende Pacification anzeigen zu können.

Spanien.

Aus Gibraltar wird vom 26. Juli geschrieben, es sey auf der Insel Malta eine große Verschwörung entdeckt worden; in Folge davon hätten zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, und ein Theil der englischen Besatzungstruppen wäre entzweifelt worden; über den eigentlichen Zweck der Verschwörung habe jedoch noch nichts verlautet, es werde das tiefste Schweigen darüber beobachtet. (F. J.)

Großbritannien.

London, 9. August. Man giebt sich hier der Hoffnung hin, daß das beschlossene Vermittelungsanerbieten Frankreichs und Englands dem leidigen Kriege in Italien ein Ende machen und die noch immer von manchen Seiten gehegte Besorgniß, daß aus dem dortigen Kampfe ein allgemeiner Krieg entbrennen könne, sich somit als unbegründet erweisen werde. Allerdings wird Oesterreich, da es für den Augenblick offenbar im Vortheile ist, sich nicht gern zur Annahme der Vermittelungs-Vorschläge bequemen; man erwartet jedoch, daß es bei ruhiger Erwägung und im Hinblicke auf die äußerdem fast unabwendbare militärische Einsprechung Frankreichs das letzte Auskunftmittel zu einer friedlichen Ausgleichung der Italienischen Wirren nicht von sich weisen wird.

Aus Dublin wird unterm 8. August gemeldet: Die heute aus dem Süden eingetroffenen Nachrichten lauten günstig. In der Umgegend von Thurles, Waterford und den andern Städten ist alles ruhig. Bis in der Richtung von Limerick sollen Ruhestörungen vorgekommen und das 75. Regiment von Thurles eiligst dahin aufgebrochen seyn. Ein anderes Regiment war nach Tipperary abgegangen. Gestern wurden dahier in Folge der vom Lordstatthalter erlassenen Haftbefehle der Herausgeber des „Dregheda Argus“, Patrick Marron, der erst kürzlich hier angelangte amerikanische Schiffsmäkler Bergin und die Clubbs-Mitglieder Lawless und Hanley nach Newgate gebracht. Die gestern Nachmittag mit dem Bahnzuge hier eingetroffene Gattin S. O'Brien's hatte Abends mit ihm im Kerker eine lange Unterredung. Der Lordstatthalter hat erlaubt, daß auch seine Kinder und der Onkel seiner Frau ihn besuchen dürfen. Er soll heiter seyn und sich vollkommen wohl befinden. In das aus Gefängniß umfestende Gebäude wird eine starke Militärwache gelegt. — Man versichert, daß Doheny gestern früh als Gefangener nach Castel eingebracht worden sey, und daß auch 24 verhaftete Bauern, welche bei den Angriffen auf die Eilwägen betheiligt waren, dort eingesperrt seyen. Ein gestern früh auf dem corker Eilwagen von etwa 150 Bauern verfuchter Angriff scheiterte an dem entschlossenen Widerstande des Wächters und mehrerer bewaffneten Passagiere. — In Waterford wurden vor drei Tagen 9 Rädelsführer der dortigen Clubbs ohne Widerstand in's Gefängniß gebracht; gegen 26 andere Clubbisten waren Haftbefehle ergangen.

Beim Beginne der heutigen Unterhaussitzung verlas der Sprecher das nachstehende, vom irischen Lordstatthalter an ihn gerichtete Schreiben: „Dubliner Schloß, 6. August. Sir! Ich erfülle eine peinliche Pflicht, indem ich Ihnen anzeige, daß Fr. Smith O'Brien, Mitglied Ihres ehrenwerthen Hauses, gestern zu Thurles unter der Anklage des Hochverraths verhaftet wurde, und daß er in diesem Augenblicke im Gefängnisse zu Kilmainham eingesperrt ist.“

Die „Morning-Post“ will aus guter Quelle vernommen haben, der König Karl Albert habe sich geweigert, eine definitive Antwort in Bezug auf die Wahl seines Sohnes, des Herzogs von Genua, zum Könige von Sicilien zu geben, bis die Angelegenheiten Italiens überhaupt geregelt seyn würden; Sicilien seyen aber mit einer solchen Verzögerung nicht zufrieden und hätten beschlossen, ihre neue Krone dem Prinzen Georg von Cambridge durch Vermittelung Lord Palmerston's anzubieten; der Prinz Georg von Cambridge habe indeß sofort erklärt, daß er in keiner Weise diesen zweifelhaften Titel annehmen werde. (F. J.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. August. Zum 21. Juli waren 1785 Choleraktanke in Behandlung verblieben; im Laufe dieses Tages kamen hinzu 92, genasen 119 und starben 51 (darunter 29 in den Wohnungen). Zum 22. Juli verblieben 1707 Kranke in Behandlung.

Petersburg, 3. August. Gestern traf hier der Bericht des Oberbefehlshabers des abgesonderten kaukasischen Corps über die Einnahme des befestigten Aul's Argedji durch die Truppen des daghestanischen Detachements, unter Anführung des Generallieutenants Fürsten Argutinski ein. Schamil war Zeuge der Eroberung der von ihm für unnehmbar erklärten Festung und der Vernichtung oder Flucht der Garnison, die eidlich gelobt hatte, Gergebil den Russen nicht zu übergeben. (D. A. Z.)

Bayreuth, am 27. Juli 1848.

Subhastations-Patent.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte

Bayreuth

wird im Wege der Hülfsvollstreckung das auf 5750 fl. geschätzte Wohnhaus des Antiquars Seligsberg dahier, Haus-Nr. 115, St. B.-Nr. 40, in der Kanzleistraße dahier gelegen, öffentlich verkauft und Bietungstermin auf

Freitag den 15. September l. Js. Vormittags 11 Uhr,

Commissions-Zimmer Nr. 2

anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64. des Hypotheken-Gesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgen wird, und die nähere Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungs-Beehandlung in der Zwischenzeit in der diesgerichtlichen Registratur dahier eingesehen werden können.

Der königl. Direktor,
Freiherr von Waldenfels.

Scharf.

Anzeigen.

In der auf Mittwoch den 9. d. M. anberaumt gewesenen Generalversammlung der hiesigen Gewerbevereins-Mitglieder hat sich höchst bedauerlich nur eine ganz geringe Anzahl derselben eingefunden, so daß es zu einer Beschlußfassung nicht kommen konnte.

Die Wichtigkeit des zu berathenden Gegenstandes erfordert dringend die Anwesenheit aller Mitglieder, weßhalb wiederholt auf ein Generalversammlung im Gewerbsschulgebäude hiermit anberaumt und unfehlbares Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erwartet

Der Gewerbevereins-Ausschuß.

---

*) Nicht mitunter der Decencralisation?

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu bezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 227. | 16. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 12. August. Ausführlicher Bericht über die 59. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. In Bezug auf den italienischen Krieg war schon vor längerer Zeit eine Reihe von Anträgen gestellt, über welche der völkerrechtliche Ausschuß in der Sitzung vom 3. Juli Bericht erstattet und darauf angetragen hatte, alle dahergien Darstellungen und Anträge unverzüglich an die Centralgewalt abzugeben, mit dem Ersuchen, dass sie durch das verantwortliche Ministerium die Nationalversammlung alsbald davon in Kenntniß setze, den Frieden befördere und sich darüber erkläre, ob es nach den vorliegenden Verhältnissen zweckmäßig sey, den kriegführenden Mächten die Vermittlung Deutschlands anzubieten. Hierzu waren neuerlich noch weitere Anträge einzelner Mitglieder gekommen, welche heute verlesen wurden. Jener von Laube und Doblhoff und A. geht dahin: in der Erwartung, daß die Centralgewalt in der die Interessen Deutschlands unmittelbar berührenden italienischen Kriegsfrage das Wohl Deutschlands und dessen Einfluß als europäische Großmacht wahren werde, zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Edel, Oesterrath und Stavenhagen wollen ebenfalls Ueberweisung an die Centralgewalt, in der Erwartung, daß sie die Interessen Deutschlands wahren werde. Venedey: Das Reichsministerium sey zu draufgaus, nachdem der österreichischen Waffenehre nunmehr Genüge geschehen, Alles aufzubieten, um die österreichische Regierung zum Anschluß eines Friedens zu veranlassen, welcher einerseits die Interessen Oesterreichs und andererseits die geheiligten Rechte der italienischen Nationalität sicher stelle. v. Radowitz: die Centralgewalt zu veranlassen, zu Vermittlung des italienischen Kriegs ohne Verzug die Vermittlung Deutschlands den kriegführenden Mächten anzubieten. Mayz: Die Anträge an die Centralgewalt zu verweisen, in der Erwartung, daß sie Mittel finden werde, um die Interessen Deutschlands zu wahren und mit der Selbstständigkeit Italiens in Einklang zu bringen. Der erste Redner, Reiter aus Prag, sucht zu beweisen, daß Italien unter österreichischer Herrschaft sich keineswegs über Germanisirung zu beklagen hätte. Die Italiener seyen noch keineswegs zur Einheit gediehen. Wenn übrigens Deutschland sich Oesterreichs annehmen und sich einem Krieg mit Frankreich aussetzen solle, so müsse Oesterreich zeigen, daß es durch und durch deutsch sey und eine deutsche Politik befolge. Rauwerck: In Mailand herrsche Ordnung; er wolle gleichwohl auf dieser ersten Tribüne Deutschlands für Italien sprechen. Er wünscht, daß der Name Tedeschi in Italien einen schöneren Klang erhalte, als bisher. Deutschland habe an Italien eine große Sühne zu vollbringen. Der Einfluß des italienischen Kriegs auf Deutschland sey unläugbar. In Radetzky's Händen liege jetzt Deutschlands Geschick, sein Hauptquartier sey die Hauptstadt Deutschlands. Diese Lage sey gefährlich. Der Redner will, daß Deutschland, wo es zum ersten Mal als Großmacht erscheint, seiner und Europa's würdig auftrete. Es dürfe nicht England und Frankreich allein die Vermittlung überlassen, sondern müsse mit starker Hand die Wage Europas halten.

Die Centralgewalt müsse von vorneherein sich auf den Boden der italienischen Berechtigung und Freiheit stellen, sonst wütheten wir gegen unser eigenes Geschick (denn auch unsere Existenz beruht auf Freiheit und Gerechtigkeit) und setzen die Metternich'sche Politik fort, welche die Freiheit hatte, zu sagen, Italien sey nur ein geographischer Name. Sein Antrag lautet dahin: die Centralgewalt solle sofort den Krieg Einhalt thun, indem sie einen Waffenstillstand und demnächst einen für beide Theile gerechten Frieden vermittle. v. Radowitz erklärt im Gefühl, daß die tubingen könnte österreichische Armee auch für uns gekämpft und gelitten, begrüße er ihre Siege mit höchster Freude, und glaube die Gesinnung der Versammlung auszusprechen. (Beifall rechts und im Centrum). Nach seiner Ansicht ist der Besitz Venedigs und der Küsten für Deutschland zur Sicherung Triests und Tirols und der Verbindung mit dem mittelländischen Meere nothwendig. Oesterreich müsse festen Fuß in Oberitalien behalten; hierzu sey die Lombardei nicht durchaus nothwendig, wohl aber müsse man das Venetianische, die Linie des Mincio mit Peschiera und Mantua festhalten. Es wäre Oesterreichs Aufgabe gewesen, zur rechten Zeit den Gegensatz seiner Interessen mit der italienischen Nationalität zu vermitteln, indem es letzterer durch Stiftung eines italienischen Bundes Rechnung getragen hätte. Auch bei einer Niederlage der Oesterreicher würde übrigens Italien nach Außen nicht unabhängig werden, wegen des Gegensatzes der einzelnen Staaten. Obertalien würde der französischen, Untertalien der englischen Hegemonie verfallen. Nach der Ansicht des Redners müßte das Land bis an den Mincio Oesterreich verbleiben und als Glied eines italienischen Bundes mit Deutschland in nähere Beziehung treten; dadurch könnten vielleicht auch andere Nachbarstaaten zum Anschluß an Deutschland bewogen werden. Die österreichische Marine würde dann eine deutsche. Die Vermittlung Englands und Frankreichs werde schwerlich in einem Sinne geleitet werden, der unsern Interessen zusage; darum möge die Centralgewalt die Vermittlung Deutschlands eintreten lassen; sie könne kaum einen größern und gedeihlicheren Gegenstand ihrer Thätigkeit finden. Reichsminister Heckscher: Das Reichsministerium sey von der hohen Wichtigkeit der italienischen Frage durchdrungen; es habe sie wiederholt und ernstlich berathen und sey zu dem Beschluß gekommen, entschieden dahin zu wirken, daß diese Frage einer friedlichen, aber auch der Würde und den Interessen Deutschlands angemessenen Lösung entgegen geführt werde. Eben deßhalb aber glaube er, im Interesse der Sache selbst jede weitere Aufklärung und Erörterung ablehnen zu müssen. Er halt es für das Beste, wenn alle Anträge ohne Weiteres der Centralgewalt überwiesen würden, in der sichern Erwartung, daß sie ihre Pflicht zu thun wissen werde. Nach einer Aufforderung des Berichterstatters von Raumer wurden die Anträge von Venedey und Mayz (ersterer unter Vorbehalt späterer Vorlage) zurückgenommen, jene von Doblhoff und Genossen von Rauwerck verworfen, dagegen der Antrag von Edel, Oesterath und Stavenhagen angenommen: „Die über den österreichisch-italienischen Krieg gestellten Anträge nebst dem Ausschußbericht der Centralgewalt zu überweisen, in der sichern Erwartung, daß dieselbe in dieser Angelegenheit die Interessen Deutschlands wahren werde.“ Der Antrag des Abg. Unterrichter von Bozen auf Einverleibung Istriens in den Deutschen Bund wurde durch Jenny von Triest und Jahn dem vorwortet, durch letztern auch dem Verlangen Deutschlands eine Seemacht im mittelländischen Meere begründen müsse, der einzige aus der Erde gewachsene Hafen aber Pola sey. Der Antrag wurde der Centralgewalt überwiesen, um deren nähere Mittheilungen und Anträge zu erwarten. (F. J.)

Frankfurt, 12. August. In der gestrigen Sitzung des Gewerbekongresses, die von 9 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit einer Stunde Unterbrechung dauerte, wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt: „Die Meister jeder Innung wählen aus ihrer Mitte auf gewisse Zeit die Meister-Prüfungs-Kommission; ihre Zusammensetzung und die Gegenstände der Prüfung müssen bei allen gleichen Innungen möglichst übereinstimmen. Die Kommission hat ihren Sitz am Ort des Gewerbetrabs. Zur Erlangung des Meisterrechts wird nur derjenige Gesell zugelassen, der das 26. Lebensjahr zurückgelegt hat und sich über gehörig benutzte Gesellen- und Wanderzeit auszuweisen vermag. Er muß sich einer theoretischen und praktischen Prüfung unterwerfen. Das Spezialstatut soll die Art und Gegenstände der Prüfung näher festsetzen. In jedem Falle kann nur die Fertigung eines solchen Meisterstückes gefordert werden, welches gangbar, wohl verkäuflich, nicht zu kostspielig und dennoch geeignet ist, die Geschicklichkeit des Meisters zu bethätigen. Die Prüfungszeit darf nicht über 2 Monate ausgedehnt werden. Der einmal so Geprüfte soll bei etwaiger Veränderung seines Wohnorts in keiner Art einer neuen Prüfung unterworfen werden. Wird das Meisterstück nicht in allen Theilen genügend befunden, so ertheilt die Zurückweisung des Gesellen auf eine nach den Umständen festzusetzende Zeit, welche jedoch nicht über 1 Jahr ausgedehnt werden darf. Die Prüfungskommission hat die Zeit und Gründe der Zurückweisung ins Gesellenarbeitsbuch zu verzeichnen. Glaubt aber der Zurückgewiesene sich beeinträchtigt, so bleibt ihm unbenommen, den von ihm gefertigten Gegenstand noch ein-

Digitized by Google

mal am Sitz eines andern Gewerberaths von der aufgestellten Prüfungskommission sein Gewerbes prüfen zu lassen. Derjenige, welcher nach Erlaß dieses Gesetzes seinen Wohnort verändern will und noch keine Prüfung seines Handwerks oder technischen Gewerbs bestanden hat, ist gehalten, sich dieser Prüfung nachträglich zu unterwerfen." Gegen den letzten Beschluß legte eine ansehnliche Minorität Protest ein. (K. v. u. f. D.)

München, 13. August. Die von sämmtlichen Ministern in Folge der Vorfälle vom 5. d. eingereichte Entlassung ist von Sr. Majestät dem König nicht angenommen worden. Der König soll bei dieser Gelegenheit geäußert haben, daß er solcher Gesuche nur dann annehmen würde, wenn die Majorität der Kammern sich gegen die Minister erklären würde.

München, 13. August. Den Gesetzgebungsausschüssen ist ein umfassender Entwurf über das Verfahren vor den Schwurgerichten (117 Artikel) übergeben worden. Nach Voranschickung einiger allgemeinen Bestimmungen theilt er sich in zwei Titel, wovon der erste (Art. 4—104) das Verfahren bei den schwereren Verbrechen, der zweite dagegen die Abweichungen enthält, welche bei der Verhandlung der den Schwurgerichten zugewiesenen Preßverbrechen und Preßvergehen eintreten. Im Wesentlichen hält sich der Entwurf dieser transitorischen Gesetze an die Vorschriften der in der Pfalz geltenden französischen Legislation um so unbedenklicher, als die Zweckmäßigkeit derselben durch die Praxis erprobt und durch die jüngste Ständeversammlung auch für die künftige dirstitzige Gesetzgebung anerkannt ist. Ich werde deßhalb nur kurz diese Bestimmungen berühren, mit besonderer Rücksicht auf diejenigen Artikel, welche der Entwurf in Berücksichtigung der durch Theorie und Praxis gebilligter Reformvorschläge abweichend von ihnen aufstellt. Ich werde mich darauf beschränken, nachdem von dem Appellationsgerichte die Versetzung in den Anklagestand ausgesprochen ist, hat zum Zweck, dem Assisenpräsidenten die Möglichkeit zu geben, sich das Material der Untersuchung anzueignen, ferner dem Angeklagten das Recht der Vertheidigung durch einen, seiner Wahl freien, rechtsgelehrten Defensor zu erleichtern. Auch darf die Wahl eines rechtsgelehrten Defensors zu Mitglieder des Assisenhofes weder Angabe von Gründen ablehnen. Aufstellend und drufhofes unter Angabe von Gründen ablehnen. Aufstellend und drufhofend finden wir bei den Art. 17, daß, wenn der Angeklagte Abwesend ist, die Verlesung von Zeugen wünscht, die nicht bereits auf der vom Staatsanwalte gefertigten Liste stehen, er die Entschädigung vorher erlegen muß. Denn wenn auch nach der Stellung des Staatsanwalts „vermöge welcher ihm nicht blos die Durchführung der Anklage, sondern überhaupt die Obsorge für eine der Ihrer der Gerechtigkeit entsprechende Verwaltung der Staatsrechtspflege obliegt", zu erwarten stehe, daß er nicht blos Anschuldigungs-, sondern auch Entlastungszeugen vorschlägt, so können wir doch nicht verhehlen, daß er bei jedem Angeklagten in dem Gerüche der Parteilichkeit stehen wird, und es könnte einem armen Angeschuldigten sein Recht der vollständigen Vertheidigung verkümmert werden. — Das Verfahren vor dem Assisenhofe selbst ist mündlich und öffentlich, von diesen beiden Grundprinzipien der französischen Strafrechtspflege ist nur in wenigen Fällen abgegangen; die Oeffentlichkeit kann im Interesse der Schamhaftigkeit während der Zeugenvernehmung durch Urtheil des Gerichts ausgeschlossen werden, jedoch nie für Richteramtspersonen und Rechtsanwälte, und ebenjowenig für die Verwandten des Angeklagten. Es darf das Zeugniß eines Zeugen vorgelesen werden, der nicht persönlich zu beschwören ist, wenn der Angeklagte einwilligt. Dem Präsidenten ist auch hier eine ziemlich ausgedehnte pouvoir discretionaire eingeräumt, von der wir nur wünschen, daß sie immer in der Hand eines gerechten Richters ruht, da sie nur zu leicht zum Nachtheil des Beschuldigten angewendet werden könnte. Nach Verlesung der Anklagakte (die dem Angeklagten vorher mitgetheilt wird) kann der Staatsanwalt und nach ihm der Beistand des Angeklagten die Beweismittel zur Durchführung der Anklage resp. Vertheidigung kurz bezeichnen. In der pfälzischen Prozeßordnung kann der Generalprocurator die Gründe der Anklage entwickeln. Diese Bestimmung läßt, da der Anklage gleiche Befugniß hat, die Besorchtung zu, daß die Geschworenen zum Nachtheile des Angeklagten präoccupirt werden, ehe sie noch die Beweisführung kennen. Man hat deßhalb für diesen Entwurf vorgezogen, lediglich eine Aufführung der Beweismittel, und zwar für drei Theile zu gestatten, um den Urtheilern durch die Urdersicht über die Angriffs- und Vertheidigungsmittel die Auffassung zu erleichtern. Da die Hauptverhandlung allein das Material zur Beurtheilung aller Momente der Schuld oder Nichtschuld liefern muß, so muß das Gesetz Sorge tragen, daß eine unparteiische Vernehmung der Zeugen und des Angeklagten, und ein ausgedehntes Recht der Vertheidigung Platz greifen kann. Im Ganzen hat der Entwurf diesen Forderungen genügt, und wir können nur lobend anführen, daß es auch (nach Art. 54) dem Vertheidiger freisteht, Fragen an die Zeugen persönlich und direkt zu stellen. Dieses Recht hat im französischen Recht nur der Staatsanwalt, der Angeklagte hat es nur durch Vermittlung (pour l'organe) des Präsidenten. Hierin liegt eine Abweichung von dem Prinzip der Rechtsgleichheit, die der Entwurf wieder herzustellen bemüht war. Das am Schlusse der Verhandlungen dem stanzösischen Präsidenten zustehende Resumé gibt Veranlassung zu der Besorchtung, daß der Präsident vielleicht unwillkürlich seine eigne Meinung über die Sache aussprechr, und so den Ausspruch der Geschwornen durch seine Darstellung eine bestimmte Richtung gebe. Deßhalb hat ihn der Entwurf von der Verpflichtung, die Beweise für und wider zusammenzustellen entbunden, und seine Aufgabe darauf beschränkt, den Geschwornen die Merkmale, welche das Gesetz zum Thatbestand des Verbrechens fordert, zu entwickeln.

Den Geschwornen gehört die Thatfrage. So einfach dieser Satz ist, so schwierig wird er bei der Berrachtung, das es keine Frage giebt, bei der nicht auch Rechtsfragen zur Sprache kommen. Und ist man auch über die Competenz der Jury einig, so fragt es sich weiter, wir die Fragestellung einzurichten sey. Es ist leicht einzusehen, daß dies bei der wichtigsir Art des ganzen Verfahrens sey. Im englischen Strafprozeß ist dir Beschaffenheit der an dir Geschwornen zu stellenden Frage ganz allein von dem Anklageacte abhängig, die Jury hat den Inhalt derselben einfach zu bejahen oder zu verneinen. Dir französische Gesetzgebung faßte die Anklageacte gleich Anfangs von einem andern Standpunkte auf, sie soll den Geschwornen die Hauptmerkmale der Untersuchung vor Augen führen, ohne sür den Endausspruch, der in der Schuld- oder Nichtschuldigung der Thatsachen auszuschießen, welche das Ergebniß der öffentlichen mündlichen Verhandlungen sind, sollte ihrer auch in dem Anklageacte gar keine Erwähnung geschehen seyn. Dahrr muß stats der allgemeinen Fragestellung des englischen Rechts im französischen Prozeß eine Zerlegung in die einzelnen Bestandtheile versucht werden. Diese Zerlegung darf aber nicht in den Andern Fehler, den der Zersplitterung übergehen, und es muß ein Mittelweg eingeschlagen werden, der — die allgemeine Frage voraussiellend — die wichtigsten Nebenbeziehungen einer einzen Frage unterstellt. Nach unserm Bedünken soll der Hauptfrage voraus, ob der Angeklagte der ihm zur Last gelegten That für schuldig zu erachten sey. Hiebei ist es aber weder ausreichend blos die juristische Vrzeichnung des Verbrechens in die Frage aufzunehmen, noch genügt es die Schuldfrage blos in die einzelnen factischen Beziehungen aufzulösen, ohne zugleich der gesetzlichen Merkmale des Deliets zu erwähnen. Deßhalb wird die Frage am zweckmäßigsten so gestellt, daß der gesetzliche Begriff des Verbrechens und die wesentlichen thatsächlichen Beziehungen in die Frage aufgenommen werden. Gibt der Gang der Verhandlungen die Wahrscheinlichkeit, daß ein mehrgrades Verbrechen, daß ein Versuch vorliege, daß Strafmilderungs- oder Schärfungsgründe sich herausstellen, so sind dahrüber besonderr Fragen zu stellen. — Die Berathung der Geschwornen ist geheim; ein verunthrilendes Erkennniß über die Haupt- oder eine Nebenfrage kann nur mit einer Majorität von 8 gegen 4 gefaßt werden. Dadurch ist das in der Pfalz noch geltende famose „7 gegen 5 machen" aufgehoben, aber ebenso wenig das in Frankreich dafür adoptirte System der mildernde Umstände eingeführt. Da die Stimmen für das letztere sehr getheilt sind, so hat man es in diesem provisorischen Gesetz nicht einführen wollen. Wenn das Verdict („der Wahrspruch") der Geschwornen auf „Nicht-Schuldig" lautet, so ist sogleich Freilassung zu verfügen; lautet es auf „Schuldig", so ist auf Antrag des Staatsbehörde nach Vernehmung des Angeklagten auf die gesetzliche Strafe vom Assisenhefe zu erkennen, wenn nicht dieser einstimmig urthrilt, daß die Geschwornen zum Nachtheil des Angeklagten in der Hauptsach sich grirrt haben — in welchem Falle die Sache der nächsten Assise überwiesen wird — aber keine gesetzliche Straft vorliegt, nicht aber wenn blos eine niedere Strafe auszusprrchen wäre. Die Execution erfolgt, wenn nicht Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt wird. — Für das Verfahren bei den mitdrten Verbrechen und Vergehen sind einige Fundrmente, die auf das Wesen des Prozesses keinen Einfluß haben, nachgelassen.

*) Diese sollen bereits bestimmt seyn, für Oberfranken das Stadtgericht Bamberg.

Digitized by Google

Ueber den Gesetzentwurf „Abänderungen des Staatsgesetzbuches von 1813“ betreffend ist Gesammbeschluß erzielt. Ein Gesetzentwurf ist bereits angekündigt, welcher die Verschriften über die Rechtsmittel gegen die unter Mitwirkung der Geschworenen erlassenen Strafverkennnisse (Nichtigkeitsbeschwerde und Wiederaufnahme des Strafverfahrens) zu seinem Inhalte haben soll. Ein anderer Entwurf über das Verfahren in den öffentlichen Sitzungen der Stadtgerichte bei Abutheilung der ihnen zugewiesenen Verbrechen und Vergehen steht zu erwarten.

Das bereits promulgirte Gesetz über die Bildung der Schwurgerichte ist in seinen ersten Theile ins Leben getreten, und der hiesige Magistrat hat bereits die nöthigen Anordnungen getroffen, um in der nächsten Woche die Urliste zu fertigen; dann dürfen die Landräthe Ende Septembers eindurfen werden. —

Die Wahl unserer Professoren zur Stelle eines Rectors für 18½ hat eben so wenig befriedigt als die für die Deputirten zur Conferenz nach Jena. Bekanntlich verbleibt für die Reformwahl die Gewohnheit, unter den Fakultäten wechseln zu lassen. Die Reihe kam an die theologische Fakultät. Die Wichtigkeit der für das nächste Jahr in Aussicht gestellten Fragen über Reform der Universitäten, die Stellung der Studirenden in den Universitätsangelegenheiten ließen erwarten, das man dieses Mal einen Mann wählen würde, der seine wissenschaftliche Befähigung für die Auffassung der Universitäts-Probleme bereits dargethan hatte, und der auch bei den Studenten durch das Gewicht seines Namens Einfluß haben könnte, wenn etwa in aufgeregten Zeiten die Schranken der Disciplinarjustizen gar nicht ausreichen. Das wäre freilich bloß durch eine Abweichung von den sinnellen Turnus möglich gewesen. Doch die Professoren glaubten keinen Grund zu haben, von der lieben Gewohnheit zu Gunsten der Zeitforderungen abgehen dürfen, und wählten den Prof. Stadelbauer. Seine wissenschaftliche Befähigung in seinen Fache (katholische Dogmatik) wird von seinen Zuhörern gerühmt, auch mag er tüchtig sein als Präsident des Senats und start genug, um auch die goldene Rektorskette zu tragen: aber drei den Studirenden ist sein Name wie seine Person wenig bekannt, über seine freisinnige Wissenschaftlichkeit kann Niemand urtheilen. —

Verordnung über Bildung einer Gewerbekammer Schluß. Art. 6. Unserem Staatsministerium des Innern bleibt vorbehalten, bei gewerblichen Fragen von besonderer Bedeutung, oder in einen Fällen, wo sich eine Vertretung örtlicher Gewerbsinteressen als nothwendig oder wünschenswerth darstellt, zu den vorerwähnten Sitzungen und Besprechungen auch Gewerbsmitter aus anderen Städten des Königreichs beizuziehen, für welchen Fall die Auswahl der Personen dem Gewerbsstande der betreffenden Stadt überlassen bleibt. Art. 7. In gleicher Weise, wie die Gewerbskammer Unserem Staatsministerium des Innern, sollen die Ausschüsse der in den Kreis-Hauptstädten bestehenden Vereine der Gewerbtreibenden Unseren Regierungen, Kammern des Innern, zur Seite stehen und in Fällen, wo eine besondere Vertretung der gewerblichen Interessen zweckmäßig ist, zur Berathung und Mitwirkung beigezogen werden. Auch hier bildet die mündliche Verhandlung die Regel, sowie Unseren Regierungspräsidenten gleichfalls die Befugniß zustehen soll, in einzelnen Fällen die Berathung durch die Berufung von Abgeordneten des Gewerbsstandes anderer Städte des Regierungsbezirkes zu verstärken. Art. 8. Unser Staatsministerium des Innern ist mit der Bekanntmachung und dem Vollzuge gegenwärtiger Verordnung beauftragt. II. Verordnung, die Einführung von Handelskammern betr. Wir finden Uns bewogen mit Rücksichtnahme auf Unsere Verordnung vom Heutigen, die Einführung einer Gewerbskammer betr., nachstehende Bestimmung und beziehungsweise Ergänzung der Königlichen Verordnung vom 19. September 1842, die Einführung von Handelskammern betreffend, eintreten zu lassen: Art. 1. Die Handelskammer sollen künftig nur aus selbstständigen Mitgliedern des Handels- und Fabrikstandes bestehen, nachdem der eigentliche Gewerbestand nunmehr seine gesonderte Vertretung in der Gewerbskammer findet. Art. 2. Wird es für angemessen erachtet, die Gutachten der Handelskammern einer nochmaligen technischen Prüfung zu unterstellen oder über Gegenstände des kommerziellen und industriellen Bereiches eine konzentrirte Berathung anzuordnen, so steht es Unserem Staatsministerium des Innern zu, einen allgemeinen Handelsrath des Reiches zu versammeln. Derselbe bildet sich durch die Abordnung zweier Mitglieder von Seite einer jeden Handelskammer und tritt unter dem Vorsitze Unseres Staatsministers des Innern in Wirksamkeit. Art. 3. Unser Staatsministerium des Innern ist mit der Bekanntmachung und mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Berlin, 12. August. Heute Morgen ist der König nach Köln abgereist, und die Königin hat sich inzwischen auf einige Tage nach Dresden begeben. Von den Mitgliedern unserer Nationalversammlung haben sich ungefähr 30 der zur Secularfeier abgesendeten Deputatien angeschlossen. Aus Neustadt-Eberswalde wird von einem schaudervollen Acte der rohen Volksjustiz berichtet. Bei einer Streitigkeit stieht ein Herumtreiber einen dortigen Einwohner mit einem Messer nieder. Der Verwundete stirbt und der Mörder, welcher zuerst die That läugnet, gesteht dieselbe beim Anblicke des Leichnams ein. Sofort fällt das versammelte Volk über ihn her und wirft ihn mit Steinen zu Tode.

Der Preußische Staats-Anzeiger veröffentlicht folgende Cabinetsordre: Ich will auf Ihren Vortrag genehmigen, daß auch in der Armee, gleichwie im Civilstaatdienste, die Einreichung geheimer Conduitenlisten aufhöre. Da aber behufs der Beschlußnahme über die Verwendung von Offizieren und die Wiederbesetzung erledigter Stellen, welche oft keinen Aufschub erleidet, genügende Nachrichten über die Dienstlaufbahn und die Befähigung der Offiziere bereit liegen müssen, so haben Sie in Erwägung zu nehmen und mir vorzuschlagen, in welcher Art die bisherigen geheimen Conduitenlisten durch eine Eingabe zu ersetzen sind, deren Inhalt zur Beurtheilung der Qualification der Offiziere genügen und zur Kenntniß der betreffenden Offiziere gelangt kann. In Ansehung der Militairdreamter ist dagegen ebenso wie in Ansehung der Civilbeamten zu verfahren. Bellevue, 29. Juli. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Frhr. v. Schreckenstein.

Wien, 11. August. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung erfuchte der Präsident, da morgen die Ankunft des Kaisers erfolgt, die Versammlung, sich um ein Uhr Mittags in Wagen nach Schönbrunn zu versügen und Se. Majestät daselbst in corpore zu empfangen, da dieselbe durch die Hofburg nur durchfahren wird. Wird einstimmig angenommen. Nach Genehmigung einiger deansianderten Wachen-Repetirer Abordnetenzimmer den Kriegsminister: ob er es veranlaßt habe, daß die deutschen Farben von den Fahnen des Militärs so schnell wieder verschwunden seien? Latour: Ich habe über diesen Gegenstand schon einmal meine persönliche Ueberzeugung in diesem Hause auszusprechen Gelegenheit gehabt, daß durch das Tragen der deutschen Kokarden bei einem aus so verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Truppenkörper die nöthige Einheit gestört werden dürfte, bin aber jetzt in der Lage, Ihnen die Meinung des Gesammtministeriums mitzutheilen, das von dem Grundsatze der gleichen Anerkennung aller Nationalitäten ausgeht, die deutsche Kokarde aber als das gemeinsame Bundeszeichen betrachtet, welches von jenen Theile der Truppen, der zum Bundeskontingent gehört, im Dienste des Bundes getragen werden wird. Zimmer: So war also die Feierlichkeit am 6. August nichts weiter als eine Komödie? (Stürmischer Ruf zur Ordnung, Zimmer will nochmals sprechen, wird jedoch zurückgewiesen.) Latour fügt bei: die Feierlichkeit am 6. August sey eine Huldigung für den Reichsverweser, nicht mehr, nicht weniger, gewesen.

Hannover. Nach dem Alt. Merk. heißt der Kieler Professor, der sich den Lehrstuhl unter die Ankommlinge geworfen und dadurch den Tod fand, Michaelis (nicht Michelsen).

Ungarn.

Pesth, 9. August. Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz in den untern Gegenden sind wieder ungünstig. Die Insurgenten sind bereits in das torontaler Comitat eingedrungen und bedrohen schon Groß-Becskerek, eine der größten und reichsten Städte in Ungarn. Der ganze Kreis von Groß-Kikinda ist bedroht, von allen Seiten kommen flüchtige Familien hier an. Bei Verbasz, in der Nähe der beiden Lager, hatte ein kleines Gefecht statt, in welchem unter Anderen auch der Graf Franz Zichy von den Insurgenten getödtet worden.

Italien.

Aus einem Berichte des Barons Welden über seine Operationen jenseits des Po ist ersichtlich, daß er zunächst in der Nacht des 3. die Stadt Ferrara besetzte, von wo sich die feindlichen Truppen theils gegen Ravenna, theils gegen Bologna zurückzogen. Nachdem die unbedingte Uebergabe der Stadt Ferrara geordnet war, begab sich Welden am 4. mit seinem Hauptquartier nach Bondeno, am 5. nach Cento. In Cento waren einige Stunden vor dem Einrücken seiner Avantgarde ein feindliches Bataillon und zwei Legionen, das erste nach Bologna, die beiden andern gegen Modena in aller Eile abgerückt. Welden mußte die Besetzung Modena's durch die Brigade Liechtenstein abwarten, ehe er gegen Bologna das Weitere bestimmen konnte, denn seine sämmtlichen Truppen bestanden nur aus 4200 Mann und Bologna zählt 72,000 Einwohner, bekannt von jeher wegen ihrer exhitzten Köpfe

Digitized by Google

und ihres Ungehorsams gegen die eigene Regierung, jetzt im größten Aufruhr. Die Ihore Bologna's waren geschlossen, an der Porta Galiera 4 Geschütze aufgefestelt, die wilde Unordnung durch die Anwesenheit der revolutionären Chefs geleitet. Gegen Abend des 6. rückte Welden der Stadt bis auf Kanonenschußweite nah, nur die Seite gegen Forli und die Straße nach Florenz gestissentlich offen lassend. Das Land, das er mit seinen Truppen besetzt hatte, hatte unterdessen allgemein Unterwerfungsakte eingesendet. Modena war bereits, wie eine Proklamation einer provisorischen Regierung von dort kundgab, von den feindlichen Horden geräumt. In der Nacht vom 6. auf den 7. war auf den Höhen bei San Michele eine Haubitzenbatterie errichtet, eine andere vor der Porta San Felice und die dritte vor der Porta Galiera, um mit Tagesanbruch das Feuer gegen die Stadt von drei Seiten zu beginnen. Nachdem diese Maßregeln genommen, kam eine Deputation aus der Stadt, welche Welden ihrer Unterwerfung und des gänzlichen Abzugs der Freischaaren versicherte, worauf Welden eine militärische Aufstellung bezog.

Frankreich.

* Paris, 11. August. Nachdem der Minister Bastide gestern die baldige Pacifikation Italiens angekündigt hatte, erhob sich Hr. Baune und rügte das Wort: Pacifikation, — man habe bereits mehrere Male erlebt, wie die Oesterreicher Italien pacifizirt hätten, der Minister unterbrach ihn jedoch mit den Worten: „Es kann keine complete Pacifikation geben ohne die Befreiung Italiens.“ Die Versammlung, der man vorgeschlagen hatte zur Tagesordnung überzugehen, weigerte sich dieses zu thun und votirte fast einstimmig die Vertagung der Debatte über Italien, bis man nähere Nachrichten habe. Die Discussion des Preßgesetzes wird hierauf wieder angenommen, und die Herren Pierre Leroux, Proudhon, Jules Favre, Dagreyge schlugen Amendements vor, die sämmtlich angenommen wurden, an die Stelle der Unverletzlichkeit des Königs die Unverletzlichkeit der republikanischen Institutionen, der Constitution, der Regierung, der Volkssouveränetät, des allgemeinen Wahlrechts und des Eigenthums setzen. Es ward jedoch wohl verstanden, daß nur die leidenschaftlichen, zum Umsturze aufreizenden Angriffe der Presse verboten seyen, keineswegs aber die wissenschaftliche Discussion dieser Fragen.

Cauissidière und Louis Blanc protestiren heute in einem an den Nationol gerichteten Briefe gegen jede Unterdrückung oder Vertagung der Discussion über den Untersuchungsbericht. Sie erklären, sie wissen auf jede der vagen Anschuldigungen des Berichts mit gerichtlich beglaubigten Beweisen antworten und sich glänzend rechtfertigen.

Die Mailänder Journale vom 4., 5. und 6. sind ausgeblieben, die Turiner Journale vom 7. melden officiell, daß Karl Albert Mailand mit Capitulation geräumt und sich hinter den Ticino zurückgezogen hat. Der Alter Ego, Prinz Eugen von Savoyen hat den Befehl über die Truppen des Innern übernommen; — Giodetti hat die ihm vom Könige übertragene unbeschränkte Vollmacht zurückgegeben und ist Unterrichtsminister geworden. Die Nachrichten aus Unter-Italien lassen auf einen allgemeinen Aufstand aller italienischen Völker schließen.

Großbritannien.

Nach Berichten aus Dublin vom 9. August wurde die Assisen-Session, in welcher die wegen Hochverrathes angeklagten Individuen abgeurtheilt werden sollen, Tags zuvor durch den Oberrichter mit einer langen Anrede an die Jury eröffnet, worin er die Bedeutung der begang. Verbrechen hervorhob und dieselbe vom Standpunkte des Gesetzes aus in das rechte Licht zu stellen suchte. Vor dem Gerichts-Locale sah man keine Volksgruppen und man gewahrte nicht die mindeste Aufregung. Der dem Publicum vorbehaltene Theil des Gerichtssaales war fast leer, und die von den Behörden aus Besorgniß vor einer Emeute angeordneten militärischen Vorsichts-Maßregeln erwiesen sich zum Glücke als unnöthig. Der in Newgate eingesperrte Eigenthümer und Herausgeber der „Nation“, Hr. Duffy, der bekanntlich zu den Rädelsführern des Aufstandes gehört, wurde gleich in der ersten Sitzung vorgeführt, die Anklage gegen ihn aber erst in der zweiten Sitzung (am 9.) verlesen, worauf man ihn ins Gefängniß zurückbrachte. — Nach dem „Freeman's Journal“ hat ein einflußreicher katholischer Geistlicher der Regierung zu Dublin eröffnet, daß die Führer der Conföderation, auf welche gefahndet werde, sich den Behörden übergeben würden, wenn man ihnen zusichere, daß keiner der Staats-Gefangenen hingerichtet werden solle. Nach den Berichten aus den Provinzen herrschte überall Ruhe; Lord Hardinge war zu Kilkenny eingetroffen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 15. August. Das rühmlichst bekannte Kunstbrüderpaar, die Violin- und Klarinetten-Virtuosen Möhrenschlager aus Erlangen verweilen seit gestern zu ersternmale in hiesiger Stadt und beabsichtigen ein Concert zu geben, das allen Freunden der Musik um so willkommener sein dürfte, da man nach den bisherigen Leistungen dieser Brüder, die in den renommirtesten Blättern schon Anerkennung gefunden haben, und wo sie sich immer hören lassen, nur Beifall ernteten, einem wahrhaft erhebenden Kunstgenuß erwarten darf.

Anzeigen.

In der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Grau in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Das **Ablösungsgesetz** für das bayerische Landvolk erläutert und erklärt. geh. 30 kr.

Höchst merkwürdige **Weissagungen** auf die ewig denkwürdigen Jahre 1848 bis 1854. geh. 6 kr.

Völker, Dr. A. H., Volksthümliche Vorbereitungsschule für die **Geschwornenrichter** in Deutschland. geh. 27 kr.

Wirth, J. G. A., Die Rechte des deutschen Volkes. Zweite Ausgabe. geh. 45 kr.

Wir erlauben uns einem verehrlichen Publicum die Anzeige zu machen, daß die vielfachen Erfindungen der Neuzeit im Gebiete des Maschinenwesens auch uns veranlaßt haben, bei unseren Chocolademaschinen wesentliche Verbesserungen anzubringen, so daß wir jetzt sowohl dadurch, als auch durch Verwendung der feinsten und besten Sorten Cakao in dem Stande sind, unsere Chocoladen in einer bezüglichkeit herzustellen, welche keinem unserer geehrten Abnehmer das Gewünschte zu wünschen übrig lassen wird.

Wir sind deßhalb so frei einem verehrlichen Publicum unsere verschiedenen Vanillen- und Gewürz-Chocoladen, welche wir auf eine ganz neue ausgezeichnete Art anfertigen, sowie auch unsere rühmlichst bekannten Sanitäts-Chocoladen zu geneigter Abnahme anzuempfehlen und damit zugleich die Bemerkung zu verbinden, daß wir auch die äußere Ausstattung und Packung unserer Chocoladen nach den jetzigen Anforderungen aufs geschmackvollste umgeändert haben und dem oftmals geäußerten Wunsche, größere zu Geschenken passende Tafeln anfertigen zu lassen, durch eine neue Verpackung in ½ ℔. Tafeln nachgekommen sind.

Nürnberg, den 14. August 1848.

Birkner & Hartmann, vormals J. F. Miethe & Birkner.

* * *

In Bezug auf vorstehende Bekanntmachung beehre mich anzuzeigen, daß bei mir stets alle Sorten Gewürz- Vanille- und Gesundheits-Chocolade zu den Fabrikpreisen, bei größeren Quantitäten mit Rabatt, zu haben sind, und empfehle mich zur gefälligen Abnahme. Bayreuth, 15. August 1848.

Julius Münch sen.

Liederkranz.

Bei günstiger Witterung Mittwoch den 16. d. Mts.

Produktion

mit abwechselnder Instrumental- Musik

auf der Eremitage.

Anfang 5 Uhr.

Bayreuth, den 14. August 1848.

Der Vorsteher.

Zu der am 31. August stattfindenden Ziehung der badischen fl. 35 Loose sind noch Originalloose bei mir zu haben.

Auch empfehle ich mich zum Ein- und Verkauf aller Sorten Staatspapiere und Eisenbahnactien, sowie zum Ein- und Verwechseln aller Zinscoupons.

S. M. Wilmersdörffer,
Friedrichsstraße Nr. 453.

Ein ganz gut dressirter Hühnerhund ist billig zu verkaufen. Den Verkäufer nennt die Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geb. Kaumerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 228.** **17. August 1848.**

Deutschland

Frankfurt, 13. August. Der Gewerbekongreß nähert sich seiner Entschaft. Die wichtigsten in den beiden letzten Sitzungen gefaßten, von uns noch nachzutragenden Beschlüsse sind in folgenden Artikeln enthalten: Innungen haben Korporationsrechte. Der Betrieb eines Handwerks oder technischen Gewerbs ist bedingt durch den Beitritt zur Orts-, beziehungsweise Bezirksinnung. Derjenige Meister, dessen Gewerbe durch Zeitverhältnisse eine Störung erleidet, ist berechtigt, daßelbe gegen ein anderes zu vertauschen wenn er den Nachweis der Befähigung führt. Ist die Zahl der Meister an einem Orte übermäßig, so kann die betreffende Staatsbehörde, auf Antrag des Gewerberaths, eine den Ortsgewerben und individuellen Verhältnissen entsprechende Beschränkung zeitweise eintreten laßen. Mehrere Handwerke oder technische Gewerbe soll Niemand zu gleicher Zeit treiben dürfen. Zu den in Fabriken vorkommenden Handwerksarbeiten, welche nicht die unmittelbare Herstellung der Fabrikate bezwecken, sind nur die Innungsmeister berechtigt. Ein Assoziation zwischen einem Meister und einer nicht zur Innung seines Fachs gehörenden Person ist unzulässig; ganze Innungen verschiedener Gewerbe dürfen sich assoziren. Nur einem Innungsmeister ist der Kleinhandel mit seinen Erzeugnißen gestattet. An Orten, wo Innungsmagazine (Gewerbehallen) bestehen, dürfen einzelne Meister in ihren eigenen Magazinen nur so viele Fabrikate ausstellen, als sie in ihren eigenen Werkstätten anfertigen. Der Hausirhandel mit Handwerkserzeugnißen ist untersagt, ebenso das Arbeiten herumgehender Handwerker. Handwerke und technische Gewerbe sollen, als städtischer Nahrungszweig, in der Regel nur in den Städten getrieben werden. Ausserhalb derselben können nur solche Handwerke und Gewerbe und diese nur in solcher Anzahl zugelaßen werden, wie sie das örtliche Bedürfniß und die Berücksichtigung das Absatzes der Fabrikate in ferne Gegenden erfordern. Staats- und Kommunalwerkstätten, sowie Werkstätten von Aktiengesellschaften, welche das Gebiet der Handwerke und technischen Gewerbe betreiben, desgleichen Handelsinstitute sind ausgeschlossen, ebenso Lizitationen und schriftliche Zusagen von Staats- und Kommunalarbeiten und Lieferungen. Ein Meister darf gleichzeitig nur zwei Lehrlinge halten; in Fällen wo die Natur des Handwerks es dringend erfordert, soll nach Ermeßen Sachverständiger das Halten der erforderlichen Zahl über zwei gestattet seyn.

□ **München**, 14. August. Die von der Allg. Zeitung gegebene Nachricht, daß sämmtliche Minister um ihre Entlaßung gebeten haben, ist ganz aus der Luft gegriffen. Die Minister haben noch keinen Augenblick eingesehen, daß sie durch die ihnen abgedrungene Nachgiebigkeit in der Ausfertigungstage sich ein Compromiß gaben; sie sind vielmehr, wie auch einem officiellen Artikel der neuen Münchener Zeitung hervorgeht, der Ansicht, daß die Münchener Einwohnerschaft eine Unschicklichkeit begangen habe, von welcher der intelligente Theil keine Schuld trägt, und daß sie nur um der Anfregung keine neue Nahrung und den „Wühlern„ keine Gelegenheit zur Erregung neuer Unordnung und Leidenschaften zu geben aus Rücksichten der Klugheit und auf Anregung der Beschlußhaber nachgegeben habe. In diesem Sinne interpretirt das Ministerium die öffentliche Meinung, und wie alle schwer Kranke sich gar nicht krank dünken, weiß es seinem morschen Körper allerlei Kräftigungen zu spenden. Ebenso ist hier von einem der allg. Zeitung gemeldeten Gerüchte, daß Bar. Closen als Ministercandidat genannt werde, nicht im Entferntesten die Rede. — Heute Vormittag versammelte sich auf dem Rathhause das Schiedsgericht zur Prüfung der Listen für die Capitals- und Einkommensteuer, gleichzeitig findet die Anmeldung zu den Wahlen der Geschwornen statt.

Die **Landräthe** der Regierungsbezirke diesseits des Rheins sind auf den 2. Oktober zur ordentlichen Versammlung einberufen. „Zugleich (sagt das betreffende Ausschreiben) wollen Se. Majestät durch deren von dem Wunsche, daß auch den Verhandlungen der Landräthe eine lebendige Theilnahme zugewendet werde, und überzeugt, daß diese geweckt und gefördert werden wird, wenn auch ihre Berathungen an das Licht der Oeffentlichkeit treten, diese schon jetzt in soweit eintreten laßen, als die dermal noch geltenden Gesetzesbestimmungen es zulaßen."

München, 14. August. (Dienstesnachrichten.) Auf die erledigte I. Aßessorstelle bei dem Landgericht Simbach wurde der II. Aßessor daselbst J. G. Schönmetzler befördert, und die hiedurch eröffnete II. Landgerichtsaßessorstelle dem Appellationsgerichts-Referendär J. Sedus aus Neuburg a. D. verliehen; der II. Landgerichtsaßessor B. Fuchs zu Ingolstadt auf die erledigte II. Aßessorstelle in Ingolstadt der Landgerichtskanzlei daselbst F. Keilshofer befördert und dießen Stelle dem Rechtspraktikanten J. Schwarz aus Buchloe verliehen; auf die erledigte Stelle eines Bezirksingenieurs bei der Bau-Inspektion in Ansbach der Civilbau-Inspektor bei der Regierung von Mittelfranken Andr. Schulz versetzt.

Berlin, 13. August. Unser Ministerpräsident Hr. v. Auerswald hat häufige Conferenzen mit dem hier anwesenden Unterstaatssecretair des Reichsministeriums, Max v. Gagern. Morgen soll auch der Reichsminister Heckscher hier eintreffen. Es handelt sich um die Feststellung des Verhältnißes der Krone Preußens zum Reichsverweser.

Der König von Preußen ist in Koblenz am 12. d. M. eingetroffen, um den Reichsverweser zu empfangen und ihn nach Köln zu begleiten.

Berlin. Im Schooße der von der Nationalversammlung mit den ausgedehntesten Vollmachten zur Untersuchung der Verhältnisse im großherzogthum Posen eingesetzten Commißion soll es in den letzten Sitzungen zu ziemlich unangenehmen Erörterungen mit dem Kriegsministerium gekommen seyn — daßelbe wird in der Commißion durch den Major v. Voigts-Rhetz vertreten —, indem der Minister Schreckenstein die Vorlegung mehrerer Aktenstücke verweigert, aus denen die Commißion mehrere Anhaltspunkte für das Verhalten des Militärs hofft entnehmen zu können, und auf deren Mittheilung sie daher fußend, auf die ihr beigelegten Rechte dringt. Sie beabsichtigt, so hören wir, wenn ihr nicht gewilfahrt wird, ihre Arbeiten vorläufig einzustellen und bei der Plenar-Versammlung Beschwerde über den Kriegsminister zu führen. (W.-B.)

Berlin, 10. August. Der Student der Rechte Langfeldt aus Mecklenburg ist von der hiesigen Friedrich-Wilhelms-Universität für immer (in perpetuum) relegirt worden, weil er die preußische Fahne der Universität am 3. August beschimpft und unter die Massen Geld vertheilt habe, damit sie die Fahne herabreißen möchten.

Die Cholera zeigt sich bei uns immer noch sehr vereinzelt, doch ist die Zahl der Fälle bis jetzt auf 27 gestiegen.

Hoffmann von Fallersleben befindet sich gegenwärtig wieder hier und in seiner Muße ist zu hoffen, einen Lehrstuhl an einer preuß. Universität zu erhalten. (F. J.)

Köln, 12. August. Gestern Abend 8 Uhr endete der dritte Akt in dem Cassettendrama. Nach einer siebentägigen Verhandlung, in der 40 Belastungs- und 30 Entlastzeugen aufgetreten, wurde der angeschuldigte Lasalle freigesprochen. (D. A. Z.)

Wien, 12. August. So eben gegen 5 Uhr Nachmittags sind Ihre MM. der Kaiser und die Kaiserin und der Erzherzog Franz mit seinem ältesten Prinzen, Franz Joseph, unter ungeheuern Jubel der Bevölkerung hier eingetroffen und haben sich sofort in die prachtvoll geschmückte Kathedrale zu St. Stephan verfügt, wovin Tedeum abgehalten wird. Hierauf begeben sich die Allerhöchsten Herrschaften nach Schönbrunn, wo sie von den dort in corpore versammelten Reichstagsgliedern feierlich empfangen werden. Wohl über 50,000 hiesige und von den Umgegenten, so wie aus Gräz, Brünn, Ollmütz u. s. w. herbeigekommene Nationalgarden im Vereine mit der Garnison stehen unter Waffen. Mit dem Kanonendonner mischt sich das Geläute aller Glocken, und vor den Kirchen am Wege des feierlichen Zuges ist überall die Geistlichkeit im Ornate aufgestellt. Eine Deputation des Gemeinderathes, dann des Sicherheitsausschußes und des Militärs hatte Ihre Majestäten schon in Stein an der Grenze von Nieder-Oesterreich empfangen.

Digitized by Google

Wien, 12. August. Eine in Kroatien verbreitete Proklamation des Banus Jellachich macht hier vielfaches Aufsehen. Es wird darin offen erklärt, daß besonders nachdem der vermittelnde Versuch des Erzherzogs Johann ohne Erfolg geblieben sei, und mit Ungarn nur auf der Basis vollkommener Rechtsgleichheit in sprachlicher und nationaler Hinsicht unterhandelt werden könne, dieser Streit auf dem Wege der Waffengewalt geschlichtet werden müsse.

Wien, 12. August. Ueber den Antrag der medizinischen Fakultät, hat das Ministerium des öffentlichen Unterrichts die Abhaltung der sogenannten Disputationen, und die Verfassung von Dissertationen zur Erlangung des medizinischen Doktorgrades, als eine veraltete, der Zeit und der Sache unangemessene Form, aufgehoben. Dagegen ist für die strengen Prüfungen die Oeffentlichkeit eingeführt, in der Art, daß jedem Fakultäts-Mitgliede der Zutritt in das Prüfungs-Lokale gestattet ist.

Dresden, 13. August. Man vernimmt, daß einer von Frankfurt eingegangenen Anweisung zufolge unsere Truppen sich zwar stets marschfertig halten, aber für jetzt nicht ins Feld rücken sollen.

Jena, 12. August. Am 9. und 10. waren hier etwa 145 Schullehrer des Großherzogthums Weimar versammelt, die über Schulsachen Berathungen pflogen. Sie einigten sich über folgende Punkte, die sie der Nationalversammlung in einer Adresse vorzulegen beschlossen: 1) Aufhören des Subordinationsverhältnisses zur Kirche; 3) deutsches Unterrichtsministerium, getrennt vom Cultusministerium, was auch in den einzelnen Staaten wünschenswerth; 3) vollständige organische Gliederung des gesammten Schulwesens. Den Schullehrern solle eine, zum anständigen Leben hinreichende Besoldung ausgesetzt, für Vor- und Nachbildung besser gesorgt und ein hinreichender Wittwenfiscus gegründet werden. Der thüringer Turnverein kam auch zur Sprache, und man versprach sich, ihn mit allen Kräften fördern zu helfen. Außerdem wurde ein thüringer Lehrerverein gegründet, der sich dem deutschen anschließen soll; Jena würde provisorischer Vorort, als dessen Organ eine pädagogische Zeitschrift unternommen werden soll. (D. A. Z.)

Aus den rheinischen Fürstenthümern, 14. Aug. Wir haben die Freude und den Trost, unsern wackern sächsischen Minister Oberländer wieder in unserer Mitte zu sehen, und zwar als Commissär des Reichsverwesers mit ausgedehnter Vollmacht zur Herstellung von Gesetzlichkeit, Ordnung und Ruhe. Zwar ist die Stadt Gera nicht mehr in Aufruhr; aber eine Masse Arbeiter ist auf Staatsunkosten angestellt bei Straßenbau, welche nicht nur ihren Lohn nimmt ohne zu arbeiten, sondern dabei allerlei Unfug treibt und jeden Augenblick bereit zu sein scheint, in ihrem Uebermuthe weiter zu gehen. Diesen Hunderten gegenüber fehlt es den Behörden an Muth und Kraft zur Aufrechthaltung des Gesetzes, die Bürger haben dagegen das Vertrauen zu ihren eingeschüchterten Behörden verloren. Die Besitzenden sehen sich schnöds und verleiten sich zum Wegzuge vor, kurz, es ist ein drückender, unerträglicher Zustand, der nur gehoben werden kann, wenn den Behörden Mittel gegeben, sich das unentbehrliche Ansehen wieder verschaffen zu können. Darum ist man den sächsischen Minister von allen Seiten mit den dringendsten Anliegen entgegengekommen, eine kleine Garnison sächsischen Militärs hierher zu verlegen, um, auf sie gestützt, mit größtem Ernste die Ordnung zurückführen zu können. In Folge dessen und eigener Anschauung hat der Reichscommissär auch Befehl gegeben, daß ein Bataillon Infanterie nebst einer Schwadron Reiterei in die Fürstenthümer einrücke, während die an der Grenze befindlichen preußischen Truppen, von denen die provisorische Reichsgewalt sofortige Anerkannt worden ist, sich zurückziehen werden. Um jedoch durch den Eintritt sächsischen Militärs nicht etwa reizbare Gemüther aufzuregen, hat der Reichscommissär zugleich eine Proklamation erlassen, worin er die Versicherung ertheilt, daß durch die bewaffnete Macht die Errungenschaften der jüngsten Zeit nicht im mindesten etwa eine Schmälerung erleiden sollen, sondern daß eben im Interesse der Selbstfreiheit und des Volkswohles das Ansehen der Gesetze gesichert werden müsse.

Karlsruhe, 12. August. Durch Entschließung vom 24. vorigen und 3. laufenden Monats hat Se. königl. Hoh. der Großherzog den geheimen Rath Dr. Welcker zu seinem Bevollmächtigten in Frankfurt bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland ernannt, und dem Legationssekretär v. Vincenti die Kanzlei- und Sekretariatsgeschäfte daselbst übertragen. (Z. A.)

Homburg, 10. August. Nachdem vergangenen Winter der junge Erbprinz in Bonn gestorben ist, hat die direkte Erbfolge damit ihr Ende erreicht. Der regierende Landgraf ist bereits ein alter Herr und leidet an einer unheilbaren Brustwassersucht, so daß der Tod jeden Augenblick erfolgen kann. Sein Bruder, Prinz Ferdinand, ist ein vollkommener Misanthrop, lebt in der größten Abgeschiedenheit und hat bereits auf jedes Regierungsrecht verzichtet. Nach dem Rechte der Agnaten fällt die Landgrafschaft an Hessen-Darmstadt, mit dessen Gebiet sie in ihrer größeren Ausdehnung zusammenhängt. Der Zeitpunkt dieser Vereinigung scheint früher eintreten zu sollen, als nach dem natürlichen Verlaufe, denn wir hören so eben, daß der Landgraf die in nächster Woche zum ersten Male sich versammelnden Stände, fünfzehn der Zahl nach, mit der Anzeige seiner Abdankung eröffnen wolle. Die Verabredung wegen der sofortigen Besitznahme von Seiten des Großherzogthums sollen in Darmstadt bereits getroffen worden seyn. (K.Z.)

Hannover, 12. August. Am heutigen Tage ist folgende Generalordre an die Armee erlassen worden: Da die Truppen in der Mehrzahl der deutschen Staaten die deutschen Farben als gemeinschaftliches Erkennungszeichen angelegt haben, so haben Se. Maj. der König zu befehlen geruht, daß dies von allerhöchstdero Truppen gleichfalls geschehen solle. Das Erkennungszeichen wird theils in Bändern an die Fahnen gehestet, theils von den einzelnen Leuten in einer noch näher zu bestimmenden Art und Weise getragen. Se. Maj. befehlen: daß dies vorläufig der Armee bekannt gemacht werde, und es sollen die einzelnen Truppenabtheilungen weitere Befehle darüber erhalten, wie auf einer abzuhaltenden Parade die Bänder an die Fahne befestigt werden sollen. Für den Generaladjutanten: F. Jacobi, Oberst.

Göttingen, 11. August. In unserer allgemeinen Bürgerversammlung ist gestern eine Adresse an den König beschlossen worden, worin gefordert wird, daß unsere Truppen sofort der Centralgewalt die verlangte Huldigung leisten sollen. Außerdem ist eine Petition nach Frankfurt abgegangen, worin die unbedingte Unterordnung unter die Centralgewalt wiederholt und das Reichsministerium angegangen wird, unserer Regierung aufzuerlegen, daß eine neue Ständeversammlung sofort berufen werde.

Aus hannoverschen Ortschaften enthält die Weser-Z. fortwährend Schilderungen der am 6. August überall vom Volke festlich begangenen Huldigungsfeier. In Lüngen folgte der kirchlichen Feier Abends die Illumination der Stadt, Concert und Vortrag deutscher Lieder durch die dortige Liedertafel. Drei Lebehochs wurden vom Balkon des Rathhauses ausgebracht: 1) auf den Reichsverweser, 2) auf den König von Hannover, 3) auf das freie einige deutsche Vaterland, die National-Versammlung und ihren Präsidenten Gagern. — In Bodenfelde beging man die Feier Abends auf einem freien Platze vor dem Orte bei hellloderndem Feuer mit Gesang und später folgendem Ball. — In Soltau beging die Stadt- und Landgemeinde den Tag in zahlreich besuchter Versammlung. Ein Festredner sprach über die Bedeutung der Feier, und Gesang und Lebehochs legten die freudige Zustimmung der Versammelten an den Tag.

Von der Weser, 10. August. Das soeben erschienene „Memorandum über die Zoll- und Handelsverhältnisse von Deutschland (Bremen, bei Schünemann)“ von dem jetzigen Reichshandelsminister, Senator Duckwitz aus Bremen, wird hier allgemein als das Programm desselben betrachtet. Diese Schrift sucht vor Allem zunächst das hier in unmittelbarste Anwendung kommende Verhältniß der Staaten Deutschlands zur Reichs-Central-Gewalt festzustellen. Sie bringt zur Feststellung desselben in Bezug auf die speziellen Verhältnisse Bremens commerziellen und volkswirthschaftlichen Frage, durch eine besondere, dem Reichsgrundgesetze anzuhängende Akte, welche die bisherigen Ausschluß-Verträge an den Zollverein vertrate. Diese Akte soll die Vertragspflichten der einzelnen Staaten durch die Reichsgewalt und die Art des dabei zu beobachtenden Verfahrens regeln. Sie soll die Erhebung und Verwaltung der Steuern, sowie die Unterhaltung der Anstalten für Handel und Schifffahrt den Einzelstaaten selbst mit Benutzung der dazu vorhandenen Behörden überlassen. Die Vertretung der Staaten bei der Reichsgewalt in Sachen des Handels, der Schifffahrt, Landwesen, Zollwesen u. s. f. soll durch eine jährlich auf kurze Zeit mehrmals an den Sitz der Reichsgewalt zu berufende Versammlung sachkundiger Abgeordneten der Einzelstaaten geschehen, damit die Wünsche und Interessen aller Theile so viel wie möglich berücksichtigt werden können.

Hinsichtlich der „Handels-Politik“ fordert das Memorandum für die weitere Entwickelung der deutschen Schifffahrt nichts, als „gleiche Berechtigung mit den Schiffen anderer Nationen und völlige Steuerfreiheit für das zum Schiffbau und zur Schiffsausrüstung erforderliche Material.“ Dazu ist nothwendig eine Reichs-Organisation, die es möglich macht, Deutschland eine commerzielle Wehrhaftigkeit dem Auslande gegenüber zu geben, was nach Duckwitz nur dadurch geschehen kann, daß das

Digitized by Google

Reich sich auch nach der Landgränze gegen Holland, Belgien, Frankreich und Italien so organisire, „daß nur diejenigen über nichtvereinsländische Häfen nach Deutschland gelangenden Waaren zu den gewöhnlichen Tarifsätzen zugelassen werden, durch deren consularische beglaubigte Versendungs- und Schiffspapiere nachgewiesen ist, daß sie vom Absendungsorte schon nach einem Platze in Deutschland vermittelst eines namhaft gemachten fremden Hafen direct bestimmt waren.“ Hinsichtlich der Formen der Zollerhebung und der Controlle dringt Duckwitz zum Besten der Seestädte auf ein beschränktes Freihafen-System, gegen das zusammenhängende, verbrauchen mit einem Entrepots-System innerhalb der Freihäfen, für Landes-Erzeugnisse, der Industrie und des Bodens, die bei Einführung von Ausland einer Steuer unterworfen sind, und zwar mit einem Entrepot-System, das öffentliche und Privat-Entrepots zuläßt, an welche sich noch eine besondere Art „fictive“ Entrepot-Lagerung anschließt. Was aber die ausschließliche Einführung des einen oder des andern Systems betrifft, so spricht sich das Memorandum darüber dahin aus, daß beide Systeme für die Zwecke des Reichs ausführbar seyen, beide kein großes Handels-Interesse gefährden, auch bei beiden, wenn nach den angegebenen Vorschlägen angewandet, den gewerblichen Interessen Rechnung getragen würde, die Reichsgewalt also die Wahl habe, für welches von beiden Systemen sie sich entscheiden wolle. Nur daß nach Einem System verfahren werde, sey Nothwendigkeit, um das Auftommen divergirender Interessen zu vermeiden. „Denn die Grundlage einer Zoll- und Handels-Verfassung von Deutschland muß die vollständigste Einheit seyn!“ Ein Ausspruch, zu dem alle wahrhaften Patrioten und alle wahrhaften Kenner der Interessen des Vaterlandes ihr Ja. Amen sagen.

Aktona, 11. August. Die frankfurter und weimarischen Truppen sind heute gegen Abend eingetroffen und hier einquartiert worden; sie werden hier einen Rasttag halten.

Im limburgischen Flecken **Baels** ist am 6. August die deutsche Fahne aufgesteckt worden, und zwar mit Erlaubniß des holländ. Gouvernements, das dabei nur die Bedingung stellte, daß die Einwohner möglichst alle Demonstrationen dabei vermeiden möchten.

Italien.

Lugano, 8. August. Von **150,000** Einwohnern Mailands sind beinahe zwei Drittheile ausgewandert. Der Kanton Tessin beherbergt schon **30,000** dieser Flüchtlinge. Lugano ist so vollgepfropft, daß viele unter freiem Himmel schlafen müssen. Die meisten sind ohne Geld und nur mit den nothwendigsten Kleidern versehen. Fast die ganze männliche Jugend der Lombardei ist flüchtig. Der Werth der von Karl Albert außerhalb Mailand zerstörten Häuser beläuft sich auf dreißig Millionen. Ueberall herrscht die größte Wuth gegen den Verräther. (F. J.)

Die letzten Bewegungen der franz. Armeekorps, die am 9. begonnen haben, sind folgende: Die erste Division mit General Oudinot ist nach Bruneau gerückt, das 29. leichte und ein Dragonerregiment von Lyon sind ebenfalls an die Grenze marschirt. Die zweite Division marschirt von Lyon nach Grenoble, die dritte Division aus dem Lager von St. Maur bei Paris ist in Bourg angekommen und die vierte Division ersetzt die zweite in Lyon. Die Cavallerie und die Artillerie bleiben bis auf weiteren Befehl in ihren jetzigen Cantonirungen.

Mailand, 8. August. Vor den Thoren haben wir entsetzliche Verheerungen: Karl Albert ließ die schönsten Landgüter in Flammen aufgehen. Niemals war Mailand in so großer Gefahr, wie letzten Samstag Abend, denn von drei Seiten war die Stadt bedroht: von Karl Albert selbst, der in der Stadt war; als man die Kapitulation vernahm, gerieth das Volk in Wuth, man bestürmte seine Wohnung, es fielen Schüsse, und wir waren auf dem Punkte, die Piemontesen ihre Gewehre anschlagen zu sehen; zweitens aber schickte sich das niedere Volk zur Plünderung an, und wurden bereits einige Palläste rein ausgeplündert; drittens endlich waren die österreichischen Truppen vor den Thoren. Man kann sich vorstellen, wie uns zu Muthe war. Unsere Stadt ist nun wie eine Einöde geworden; von Geschäften und Incasso ist keine Rede, weil der größte Theil der Handlungshäuser und ihre Kassen geschlossen sind, wegen Entfernung der Principale. Das Militär kampirt auf dem Kastellplatz und auf den Bastionen, das Generalkommando stationirt in der Villa. Die Thore sind offen. Verschiedene Proklamationen sind gestern erschienen, welche Folgendes bekannt machten: Die Nationalgarde ist aufgelöst. Alle Waffen müssen bei strenger Ahndung binnen 24 Stunden abgeliefert werden. Der Salzpreis ist vermindert. Das Eigenthum der Bewohner ist geschert. Versammlungen auf den Straßen und unschickliche politische Aeußerungen an öffentlichen Orten sind untersagt. Der Stempel soll bedeutend vermindert werden.

Verona, 10. August. Peschiera wird noch immer beschossen und Brescia ist bis jetzt nur erniet. Eben erhaltenen Privatnachrichten von Mailand zufolge ist die Civica in Mailand vor der Hand aufgelöst und die Preßfreiheit suspendirt. Dagegen wurden die Salzpreise vermindert und die Kopfsteuer aufgehoben. Es geht das Gerücht, Turin sei seit zwei Tagen im vollen Aufruhr. Der Palast des Königs soll niedergebrannt sey. (?)

Cavalcaselle, 10. August 9½ Uhr. Soeben ist ein Kurier aus Mailand hier im Hauptquartier der Peschiera dislagernden Armeeabtheilungen angekommen; er ist Ueberbringer eines Befehls des Marschalls zur Einstellung aller Feindseligkeiten gegen diese Festung. Schon reitet ein Jägeroffizier mit einer weißen Fahne, hinter ihm ein Trompeter mit einem durch obigen Kurier eingelangten Befehl Karl Alberts an den Kommandanten in Peschiera — wahrscheinlich wegen Uebergabe der Festung. — (**Verona**, 11. August) Gestern Nachts gegen 12 Uhr ist der Parlamentär zurückgekommen. Die Festung wird Sonntag den 13. d. geräumt. Ein Waffenstillstand ist auf sechs Wochen abgeschlossen, während dessen der Friede mit Karl Albert unterhandelt werden soll. Binnen drei Tagen müssen die Plätze, wo sich noch piemontesische Truppen befinden, vom Bekanntwerden des Waffenstillstandes an geräumt werden und die Gefangenen zurückgegeben seyn.

Triest, 8. August. Auf der sardo-venetianischen Flotte, welche in der Bucht bei Pirano vor Anker liegt, ist offene Meuterei ausgebrochen, und wir haben gestern sogar das Aufblizen des Kleingewehrfeuers von hier aus bemerkt. Admi hat an Gyulai die Bitte um eine Zusammenkunft gerichtet, da er seine persönliche Sicherheit unter den Meuterern für gefährdet hält, wurde aber bis zur Entscheidung des Ministeriums abgewiesen.

Florenz, 30. Juli. Heute hat hier eine große Demonstration gegen die Regierung stattgefunden. Man schrie: „Nieder mit dem Ministerium! Wir wollen eine provisorische Regierung!“ Die Nationalgarde verfuchte Wiederstand zu leisten, allein das Volk schickte sich an, dieselbe zu entwaffnen; dann schrie man: „Friede, Friede! wir sind alle Brüder; es lebe die Guardia civica! es lebe die Brüderlichkeit!“ Die Demonstration, eigentlich die Revolution hatte einen ernsten Karakter annehmen können. Die Regierung trifft jetzt großartige Anstalten, um ihre Stärke zu entwickeln, die ganze Linie und die disponible Kavallerie (ungefähr 1590 Mann) ist auf dem Platze und am Bargello aufgestellt, denn hier versuchte das Volk den Berlinghieri, der seit mehreren Monaten ungerechter Weise eingekerkert ist, zu befreien. — Nachdem der Regen aufgehört hatte, begann gegen 10 Uhr Nachts die Demostration vom Neuen. Das Volk hat sich um die Kammer versammelt und mit verwirrtem Geschrei gefordert: Die allgemeine Mobilisirung der Guardia civica, schnelles Abgehen an die Grenze, Veränderung des Ministeriums ꝛc. Deputirte Serini erschien auf dem Balkon, versuchte es dem Volke, daß sich die Kammer permanent erklärt habe, und daß, daß die Demonstration aufhören möge, damit die Kammer ungehindert handeln könne. Morgen werden der Kammer folgende Projekte vorgelegt werden, deren Annahme man hofft: 1) Unverzügliche Mobilmachung von **16,000** Nationalgarden; 2) Requisition von Pferden; 3) Zwangs-Anleihen; 4) Ungesäumte Absendung der National-Garde und der Linie. (Trop tard) — Wahrscheinlich wird das Ministerium vor der Kammer seine Dimission geben.

Belgien.

Die Verhandlungen wegen der bei dem republikanischen Einbruch über die Grenzen bei **Risquons tout** Betheiligten haben am 9. August vor den Assisen von Antwerpen begonnen. Von 44 Angeklagten waren 32 gegenwärtig. Aus der durch den Generalprokurator gegebenen Darstellung geht hervor, daß die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes für Belgien allerdings größer gewesen zu seyn scheint, als man bisher glaubte. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 12. August. Das Comité der auswärtigen Angelegenheiten hat sich gestern mit den Angelegenheiten Italiens beschäftigt. General Cavaignac und die Minister waren anwesend. Nach einer sehr lebhaften Debatte über die Frage einer unmittelbaren Intervention, ohne die Negociationen abzuwarten, ward dieselbe in folgenden Fragen resumirt: Welches ist der Zweck und das Ziel der französisch-englischen Vermittelung in Italien? General Cavaignac antwortete, daß es im Interesse Frankreichs, wie Italiens liege, daß die Unterhandlungen geheim blieben und daß er daher jede directe Antwort verweigern müsse. Auf die zweite Frage: Ob die Vermittelung mit dem von der Nationalversammlung am 25. Mai aufgestellten Principe: Befreiung Italiens übereinstimmen, entgegnete der General: Der Wille der Nationalver-

Digitized by Google

sammlung wird stets die Richtschnur meines Benehmens seyn, — ich kann nicht mehr sagen, aber ich beschwöre das Comité zu glauben, daß ich nur im Interesse Frankreichs, im Interesse seiner Ehre und Würde handeln werde. Auf die dritte Frage: Ob er entschlossen sey, falls die Vermittelung zu keinem Resultate führe, den Krieg zu erklären, antwortete Cavaignac: Ich habe die feste Hoffnung gemeinschaftlich mit England den Frieden zu erhalten und ich würde nur in der äußersten Nothwendigkeit zum Schwerte greifen. Die Mittheilung der seit dem 12. Mai bis zum 24. Juli gewechselten diplomatischen Actenstücke in Bezug auf Italien hat der General verweigert. Das Comité versammelt sich heute um 11 Uhr, um über die Antworten der Regierung zu berathen und einen Beschluß, ob die italienische Frage unmittelbar vor die Nationalversammlung gebracht oder noch vertagt werden solle.

Nach der gestrigen Sitzung hatten sämmtliche Minister und die Vertreter der ministeriellen Majorität eine Berathung, auf welche Art die Veröffentlichung der Beweisschriften und die Discussion über den Unterstützungs-Rapport der Juni-Insurrection zu besetzigen seyen. Man versicherte, die Regierung werde heute die Versetzung Cauissidieres und Louis Blancs in Anklagestand und somit die Unterdrückung jeder ferneren parlamentarischen Discussion vorschlagen. (S. u.)

Der Moniteur enthält einen officiellen Artikel, der eine Art von Programm der auswärtigen Politik Frankreichs aufstellt und von großer Bedeutung ist. Man hatte, sagt der Artikel, eine größere Verantwortlichkeit auf einer Regierung Frankreichs gehäuft, als jetzt auf der Regierung des Generals Cavaignac. Die Geschicke Frankreichs, ja die der ganzen civilisirten Welt lägen in seinen Händen. Die neueste Wendung der Dinge in Italien habe eine ganz neue Situation geschaffen, die Frankreich vielleicht hätte verhindern können, wenn Italien weniger selbstvertrauend gewesen wäre. Die Regierung habe Angesichts so ernster Ereignisse, ehe sie zum Aeußersten greife, vorzüglich die jetzt so wichtigen industriellen und commerciellen Interessen der Völker ins Auge fassen müssen. Gestellt zwischen die Nothwendigkeit den öffentlichen Credit wieder herzustellen und die Unmöglichkeit der Ehre Frankreichs auch irgend einer Rücksicht zu nahe treten zu lassen, mußte die Regierung vor Allem beide Punkte zu vereinbaren suchen. Die Richtschnur der Regierung war: den Krieg annehmen, wenn unsere Ehre es erfordere, ihn anzunehmen im Namen der Nationalversammlung des Landes, oder ihn zu vermeiden, ohne jedoch eine seiner Pflichten zu verletzen oder von dem Range herabzusteigen, den Frankreich im europäischen Völkerrechte einnehmen muß, — dies war die der Republik einzig würdige Politik. Diese Politik, loyal ausgeübt, führt bereits heute ihre Belohnung, da die Regierung ganz Frankreichs die Hoffnung theilen könne, daß durch die Vermittlung Englands und Frankreichs der Friede in Italien schnell hergestellt seyn wird. Das gemeinschaftliche Einschreiten beider Mächte hat bereits auf mehreren Punkten der Halbinsel begonnen. Aber auch mit allen andern Mächten, selbst mit jenen, die schon der Namen Republik gegen Frankreich einzunehmen schien (Rußland?) sind die wohlwollendsten Beziehungen des Vertrauens und der Sicherheit eingetreten. „Wir glauben daher mit Grund, daß die englisch-französische Vermittlung in Italien von einem schnellen und ehrenvollen Resultate gekrönt seyn wird, und das Vorspiel einer allgemeinen Pacification bilden dürfte. Der Krieg, der in den Herzogthümern Schleswig-Holstein für beziehungsweise untergeordnete Interessen geführt wird, muß beendigt werden. Das deutsche Parlament wird, wie wir nicht bezweifeln, wollen, daß seine erste Handlung, eine Handlung der Versöhnung sey und es wird sich unsern Bemühungen anschließen, um eine Uebereinkunft zu Stande zu bringen, die nur zu lange schon verzögert wurde. Es wird nicht vergessen, daß die Wirksamkeit seines Handelns von seiner Klugheit abhängt. So wird die Republik, kaum erst geblüdet, in Deutschland, in Italien, in ganz Europa, den Platz wieder einnehmen, den die durchsichtige, uneigennützige und wohldienerische Politik des Königthums verloren hatte und Frankreich wird der dankbaren Welt das Schauspiel geben, daß eine Demokratie, die ganz Europa durch ihre Prinzipien wieder belebt hat, alle Elemente der Kraft, die sie in sich trägt, zu bezeichnen weiß und keinen andern Ehrgeiz hat, als ganz Europa zu pacificiren. — Zur Erläuterung dieses officiellen Artikels fügen wir hinzu, daß das französische Kabinet sich mit der englischen Regierung über ein gemeinschaftliches Handeln nicht nur in Angelegenheiten von ganz Italien, sondern auch in Hinsicht Spaniens, Dänemarks und Hollands verständigt und für die Differenzen wegen Schleswig-Holsteins und Limburgs eine gemeinschaftliche Basis angenommen hat, der die Gesandten Dänemarks und Hollands bereits vorläufig beigetreten sind. (Und Deutschland? Wird es wie unter dem seligen Bundestag mit sich machen lassen, was die Großmächte über dasselbe verfügen?)

Die Einzahlungen für die neue Anleihe haben mit solcher Regelmäßigkeit Statt gefunden, daß die Listen, statt heute 12. August, schon gestern Abend als voll geschlossen werden konnten.

General Bedeau ist in Convalescenz, er hat gestern drei Stunden außer dem Bette zugebracht.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 12. August. Der Präsident Marrast zeigt an, daß der Druck der Beweisschriften nicht vollendet sey, es nicht vor künftigen Mittwoch seyn können, daß daher die Berathung auf nächsten Montag über acht Tage, den 21. August festgesetzt werde. Der Präsident schlägt, um jedem Zeitverlust zu vermeiden, vor, daß die fertig gewordenen Actenstücke nach Maßgabe ihres Fertigwerdens den Mitgliedern mitgetheilt werden sollen, die vorzüglich dabei betheiligt sind. (Von allen Seiten: Allen Mitgliedern.) Marrast: Gut, also Allen; die Akten werden in den Archiven zur Einsicht aufgelegt und, so bald sie fertig sind, vertheilt werden. Louis Blanc nimmt das Wort und protestirt gegen jede theilweise oder specielle Bekanntmachung der Actenstücke. Die Anklage, wie die Vertheidigung müßten vollständig seyn. Seit gestern sey das Gerücht verbreitet, mehrere Mitglieder dieser Versammlung wollten auf die Nichtveröffentlichung der Actenstücke antragen. Einige nun ein solcher Antrag nach einer theilweisen Veröffentlichung durch, so würde man sagen, daß sie auf Antrag der Angeklagten geschehen, die nach Einsicht der Actenstücke gesehen hätten, sie würden durch die Publikation zu sehr compromittirt. Er müsse daher gegen jeden solchen Mittelweg protestiren, auch Ledru-Rollin protestirt, die Versammlung gibt ihnen Recht und so bleibt es bei dem ersten Beschlusse der Versammlung, der Veröffentlichung aller Acten und der Discussion am 21. d. (Beschluß.)

Amerika.

Washington, 12. Juli. Die Zeit der Sklaverei ist ihrem Ende nahe — in weniger als zehn Jahren wird kein Sklave in Delaware, Maryland, Kentucky, Missouri, Virginien und Tennessee, vielleicht nicht einmal in Nord-Carolina seyn. Der Süden stellt sich zwar an als ob er seine ihm durch die Constitution gesicherten Rechte „bis auf den letzten Blutstropfen“ vertheidigen möchte; allein es ist klar daß es hier blos darauf abgesehen ist den Norden einzuschüchtern, und daß an eine gewaltsame Lösung dieser großen Frage vorderhand nicht zu denken ist. Der Süden weiß eher der schwächere ist, wird den stärkern Norden nicht zum Kampf herausfordern, und wenn er das thäte, so würde der Kampf nur von sehr kurzer Dauer seyn. In Norden liegt der Schwerpunkt der Union, nicht im Süden: der Norden ist für sich allein etwas, der Süden wäre an und für sich zu immerwährender Ohnmacht verdammt.

Anzeigen.

(Anfrage) Ist das Jagdgesetz nicht offenbar falsch verstanden, wenn die dermaligen Jagdliebhaber glauben, die Jagd vor der Uebergabe an die Gemeinden ausrotten zu dürfen? — (Uns scheint die Ausrottung des Wildes gerade im Sinne des Jagdgesetzes zu liegen.)

Meiner verehrten Kundschaft, die noch Reparaturen bei mir haben, zeige ich nun an, daß solche bei dem Jinngießermeister Herrn G. K. Kellein in Empfang genommen werden können und derselbe auch alle Zahlungen für mich quittirt.

Bayreuth, den 15. August 1848.

Friedrich Horn, Zinngießermeister, zeit Bierbrauereibesitzer in Erlangen.

Zu der am 31. August stattfindenden Ziehung der badischen fl. 35 Loose sind noch Originalloose bei mir zu haben.

Auch empfehle ich mich zum Ein- und Verkauf aller Sorten Staatspapiere und Eisenbahnactien, sowie zum Ein- und Verwechseln aller Zinscoupons.

S. M. Wilmersdörffer,
Friedrichsstraße Nr. 453.

Ein Schreibtisch von Kirschbaumholz, mit mehreren Fächern und Schubladen, ist billig zu verkaufen bei der Hauptmanns-Wittwe Vogel.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 229. 18. August 1848.

Deutschland.

□ München, 15 August. Der bekannte Reisende Moritz Augendas, welcher seit längerer Zeit in sein bayerisches Vaterland wieder zurückgekehrt ist, hat seine werthvolle Sammlung von Zeichnungen aus dem Bereiche der Naturgeschichte, Gegenden ꝛc. an den Staat gegen eine Jahresrente von 1200 fl. abgetreten. — Die überhand nehmenden Militäexcesse erregen viel Erbitterung; an zwei Abenden erlaubten sich Infanteriesoldaten drei einem Bürgerwirthe in der Löwenstraße die rohesten Gewaltthaten. Da der Wirth ihnen keinen Credit gab, zertrümmerten sie dessen Mobiliarschaft und kamen folgenden Abend mit Verstärkung bis zu fünfzig Mann und demolirten die ganze Wohnung in gräulichster Weise, blieben mit gezogenen Säbel auf Vorübergehende ein, vergriffen sich sogar an nachbarlichen Häusern. Dem Wirth, welcher schon vorher Anzeige bei der Militärbehörde gemacht hatte, wurde keine Hilfe; erst als dessen ganzes Eigenthum zerstört war, kam eine Abtheilung Soldaten, die selber sich einen Augenblick auszurücken geweigert hatten. Vergangene Nacht wurde endlich ein Abtheilung Cuirassire als Sauve-Garde vor dem demolirten Hause aufgestellt. Um die Infanterie im Zaum zu halten, muß man Cuirassire zu quiriren. Wenn nun einmal die Unitassire zu crawallen anfangen, wird man sich gar der Artillerie und des großen Geschützes bedienen müssen. Es ist ein wahres Glück, daß diese Excesse nicht in der Stadt selbst vorfielen, da sich unabsehbare Folgen daran geknüpft hätten; in diesen jenseitigen Stadttheil hatten sie kein großes Publikum. Wird aber nicht endlich gegen die jede Woche sich erneuernden Soldatenexcesse ernstlich eingeschritten werden?—

□ München, 15. August. Hr. v. Abel, welcher trotz aller widersprechenden Versicherungen der im Solde unseres Ministeriums stehenden Blätter noch immer in München verweilt, erhielt gestern nach Mitternacht eine Katzenmusik, an welcher die verschiedensten Personen aus der Elite der Gesellschaft sich betheiligten. Ohne daß ein Fenster eingeworfen wurde, spielte man die verschiedenen Dissharmonien mit obligaten Pereat eine halbe Stunde fort und begab sich dann im Gefühle, seine Schuldigkeit gethan zu haben, wieder wohlgemuth nach Hause. — Der Eremit von Gauting, welcher eine größere Reise durch den Orient macht, verweilte seit gestern wieder in unserer Hauptstadt. Er erzählt von den Türken in Constantinopel, daß diese über die Ereignisse in Deutschland sich dahin äußerten, die Deutschen haben den Verstand verloren. Da müssen wir aber den Herrn Türken mit den Worten des Dichters antworten: „Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren."

München, 14. August. Nachträglich kann ich Ihnen melden daß sicherem Vernehmen nach, die Privatdozenten eine Adresse an das Cultusministerium beschlossen haben, in welcher sie auf Annullirung der ganzen Wahl darum antragen weil kein Privatdozent gewählt worden sey. Auch soll es den fünf sie Interredirenden bereits gelungen seyn bei dem Cultusministerium, das übrigens seinen Chef und Generalsekretär in Frankfurt a. M. und hier nur Supplenanten hat, ein neues alterirendes Reskript durchzusetzen, in welchem die Wahl eines Extra-Ordinarius und eines Privatdocenten befohlen werde.

Würzburg, 10. August. Bei den am 4. August stattgehabten Wahlen wurden zu Abgeordneten der Universität Würzburg nach Jena gewählt: die ordentlichen Professoren Osann, Lang, Hoffmann, der außerordentliche Professor Hildebrandt und der Privatdocent Sigmund, dann zum Rector der Universität für 1848/49 der Professor Osann, und zu Senatoren für 1848/50 die Professoren Heim, Albrecht, Narr und Rumpf. Noch ist zu bemerken daß die Universitätsdeputirten nicht auf Staatskosten reisen, sondern sie erhalten die regulativmäßigen Diäten und der Universitätskasse und somit aus dem Stiftungs-Vermögen der Hochschule. (A. Z.)

Bielefeld, 13. August. Auf seiner Durchreise zum Dombaufeste in Köln traf heute Morgen 11 Uhr, von Frankfurt kommend, Se. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser auf der Taunusseisenbahn hier ein, und bestieg ein zu seiner Aufnahme bereit gehaltenes Extra-Dampfboot, auf welchem er seine Reise in Begleitung einer großen Anzahl Parlaments-Mitglieder und sonstiger Notabilitäten fortsetzte. Es ward dem hohen Reisenden ein einfacher, aber würdiger Empfang bereitet. Die hiesige Garnison, so wie die Bürgerwehr waren ausgerückt und bildeten vom Bahnhofe bis an das Ufer Spaliere. Nachdem Se. Hoh. unser Herzog den Erzherzog-Reichsverweser am Bahnhofe bewillkommt hatte, begleitete ihn derselbe bis an Bord des reichlich beflaggten und mit Blumengirlanden gezierten Dampfbootes, welches dann unter Kanonendonner und im Gefolge eines weiteren Extra-Dampfbootes, welches die mitangekommenen Parlamentsmitglieder und Deputationen an Bord hatte, den Hafen verließ. — Man ist hier schon seit mehreren Tagen mit der Einschiffung der nach Schleswig-Holstein bestimmten nassauischen Truppen beschäftigt. Dieselben werden auf Dampf- und Dampfschleppschiffen nach Köln und von da per Eisenbahn weiter befördert. (Fr. J.)

Berlin, 14. August. Die auf gestern angesetzte Soldatenversammlung hat in Charlottenburg stattgefunden und ist sehr zahlreich besucht worden. Die Offiziere der hiesigen Landwehr hatten gestern beim Appel zu den Wehrmännern geäußert, es würde besser sein, wenn sie sich an der Versammlung nicht betheiligten. Trotzdem sind aber viele Landwehrmänner hinausgezogen. —

Feuilleton.

Köln, 10. August. Im Laufe des Morgens war die Stadt festlich geschmückt und an allen Enden lebendiger geworden. Einem Bienenkorbe gleich das Dombau-Sekretariat, wo die auswärtigen Deputirten empfangen, die Ordenszeichen ausgetheilt und die nächsten Vorbereitungen zum Feste selbst gemacht wurden. Schon nach 2 Uhr begab sich der Oberbürgermeister sammt dem Gemeinderath, der Vorstand des Central-Dombau-Vereins, der Oberpräsident und die anwesenden Deputirten auswärtiger Vereine nach dem Frankgassenthore zum Empfange des Erzherzogs Reichsverwesers. Er sollte mit dem Dampfschiffe „Schiller" der Rheinischen Gesellschaft von Mainz kommen. Die ganze Rheinstrecke war festlich geschmückt; da war kein Städtchen noch Dörfchen, welches nicht durch einen Festschmuck, Fahnen, Laubgewinde und Maien dem hochverehrten Gaste seine Huldigung darbringen wollte und denselben im Vorbeifliegen nicht mit Böller und Glockengeläute begrüßte. Unabsehbar war die Menschenmenge, welche sich längs dem Werfte am Frankgassenthore, wo eine Interimslandungsbrücke gebaut worden war, zusammengedrängt hatte. Das neue Thor und die Neubauwerken waren mit Damen besetzt; die ganze Frankgasse stand Mann an Mann, Kopf an Kopf in fröhlicher Erwartung. Kam auch endlich die Nachricht, der hohe Gast werde erst um 7 Uhr eintreffen, so wich doch Niemand. Selbst ein ungeheuer starker Gewitterregen konnte die Menge nicht auseinander stieben und wie regenbrohend auch der Himmel war, die frohe Erwartung ließ das Alles vergessen, mag Mancher bis auf die Haut durchnäßt worden seyn. Selbst die Frauen behaupteten standhaft ihre Plätze. Die Ankunft zweier Dampfschiffe mit nassauischer Artillerie, die in Deutz landeten und von dieser Seite frohlich begrüßt wurden, gab Unterhaltung, wie auch der Riesenballon der sich, trotz des regnerischen Wetters gegen sieben Uhr über die Thürme der Stadt erhob und bald im Regennebel verlor. Plötzlich erscholl der Ruf: „Er kommt!" Es mochte halb acht seyn. Von Bayenthurme rollten die Signalschüsse. Welche Bewegung! — selbst der Himmel ward heiterer. Von beiden Ufern krachten Kanonen und Böller. Die Brücke wurde weit geöffnet und leicht schob das reichgeflaggte Dampfboot dahin, dem von Deutz aus Raketen-Garben entgegen flogen und welches, als es beilegte, ein weithallendes Jubelruf begrüßte. Nachdem es gelandet, begab sich der Oberbürgermeister mit dem Gemeinderathe, der Commandant unserer Bürgerwehr mit den Bannerführern und der Vorstand des

Digitized by Google

Das Sängerfest in Neustadt-Eberswalde ist gestern ohne alle Störung unter großer Freude vorübergegangen. Die hiesigen demokratischen Clubs deabsichtigten, sich der Festfeier anzuschließen und in Neustadt große Demonstrationen zu veranstalten. Der Handwerkerverein hat aber gegen dieses Vorhaben protestirt und im Falle der Betheiligung der demokratischen Vereine seine Theilnahme abgelehnt. Unter diesen Umständen waren die Clubs mit ihren Demonstrationsgelüsten der Feier fern geblieben.

Berlin, 14. August. Vor kurzem forderten Landwehrmänner und Veteranen in Charlottenburg die Armee zu einer Petition an den König auf, nach welcher für den Prinzen von Preußen der Oberbefehl über das Heer erbeten wurde. Die „vereinigten Landwehrmänner Berlins" haben gestern in einer Versammlung einen Protest gegen diese Petition beschlossen, weil dieselbe von einer Partei ausgehe und mithin verlange, der künftige Thronfolger solle eine Parteistellung einnehmen, und weil es ungesetzlich sei, dem Könige zu verlangen, er möge den Oberbefehl über die Armee an den Prinzen von Preußen abtreten. Die „vereinigten Landwehrmänner" deabsichtigen übrigens auch, sich demnächst als wirklicher Verein zu constituiren, Statuten zu entwerfen und sich regelmäßig zu versammeln.

Wien. Die Oestr. Ztg. schreibt: Viel wird über die mißliche Lage der sardinischen Flotte in der Adria gesprochen, und man kann seine Freude nicht verbergen, daß dieselbe auch im Rücken durch die neapolitanische Flottille bedroht ist. Dadurch betrachtet man aber den König von Neapel als unsern Verbündeten, ja man macht die Reaktionären glauben, daß wir ein Bündniß mit Neapel wünschen, was sie ausbeuten würden. Es mag die Politik Neapels seyn, unter dem Vorwande den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen, ein Bündniß mit Oesterreich anzubieten. Wir lehnen sein keines Bündnisses mit einem so berüchtigten gekrönten Haupte, das sich nur durch seine Tyrannei noch kurze Zeit auf dem Throne erhalten kann. Wir haben ohne Verbündeten gesiegt, und werden unsere Siege auch ohne Verbündeten zu behaupten wissen.

Heidelberg, 12. August. Seit Gervinus ungefähr vor 14 Tagen nach dem Süden gereist, hat sich das Schicksal der Deutschen Zeitung entschieden: der Verleger Bassermann hat sie an Reimer verkauft, der sie vom 1. k. M. an in Frankfurt unter Prof. Droysens Redaction fortsetzen wird. Daß Gervinus von der Redaction, mit ihm auch Prof. Heusser abtritt, versteht sich. Unbont nun fata libelli.

Hannover, 11. August. Die Concentrirung von Truppen in der Nähe der Residenz hat begonnen. Der eigentliche Grund dieses Schrittes ist nicht ganz gewiß.

Hamburg, 12. August. Gestern Abend 11 Uhr wurde hier der Generalmarsch geschlagen, um einen Auflauf, vor dem allgemeinen Krankenhause stattfand, zu zerstreuen. In Folge eines, in dem hiesigen Localblatte enthaltenen Briefes eines gewissen Brackewagen, der bereits, wie er angiebt, 5 Jahre als irre im Krankenhause eingesperrt sey, ohne je einmal ernstmig gewesen zu seyn, und nur aus der Ursache, weil ihm eine Erbschaft von 50,000 Mark zugefallen, in der sich andere theilen wollen, versammelten sich gestern Abends 8 Uhr eine Menge Menschen vor dem Krankenhause, die den Brackewagen heraushaben wollten, die endlich bis zu Tausenden heranwuchsen und das Krankenhaus zu demoliren drohten, wenn ihnen der Brackewagen nicht herausgegeben würde. Als der Tumult einen böswilligen Charakter annahm, wurde die Bürgergarde zusammen berufen, die aber, als sie dahin kam, den Platz vor dem Krankenhause beinahe geräumt fand. Was Wahres und Falsches an der Sache ist, wird die Untersuchung, wenn sie nämlich unparteiisch seyn wird, herausstellen.

Kiel, 10. August. Das hanseatische Contingent tritt morgen seinen Marsch zur Armee an, um die Vorposten an der Königsau zu übernehmen. Der Befehl zum Abmarsch kam sehr plötzlich gestern Abend. Zum Ersatz kommt ein Corps Schleswig-Holsteiner von der Armee nach Kiel.

Italien.

Innsbruck, 13. August. Aus dem Hauptquartier zu Mailand überbrachte ein Courier folgende wichtige Nachrichten: „Es ist Waffenstillstand mit der Grenzlinie des Ticino; alle Gefangenen werden gegenseitig ausgeliefert; die sardinische Flotte verläßt das adriatische Meer; die Festungen Osoppo, Necca d'anso und Peschiera werden übergeben; Modena und Piacenza von den Oesterreichern besetzt." (A. Z.)

Die Mailänder Zeitung meldet: Am 6. August ward Mailand in Belagerungszustand erklärt; am 7. trat Schwarzenberg den militärischen Oberbefehl über die Stadt an; Radetzky hat verordnet: die Personalsteuer ist abgeschafft; der Salzpreis vom 12. August an auf 28 L. für den Centner feines, 20 L. für den Centner gewöhnliches Salz herabgesetzt; der Stempel ist in vielen Fällen, besonders für die Aermeren abgeschafft. Die Nationalgarde in Mailand ist aufgelöst; die Waffen müssen in einer auf 48 Stunden verlängerten Frist abgeliefert werden; daß alle Mannschaft von 18 bis 40 Jahren zum Kriegsdienst genommen werden solle wird für ein ungenhaftes Gerücht erklärt; der Erzbischof von Mailand hat einen Aufruf an die Geistlichkeit und das Volk erlassen, in dem er sie ermahnt ihrem gesetzmäßigen Herrscher Treue und Gehorsam zu leisten. Von seinem Hauptquartier Sesto aus hat Radetzky 1. August bekannt gemacht, daß die gestichteten Individuen, die binnen 14 Tagen in ihre Heimath zurückkehrten, volle Amnestie zugesichert erhielten. Karl Albert hat am 7. von Vigevano aus zwei Proklamationen erlassen: an das Heer und die Völker. Jenem empfiehlt er Disciplin, diesen meldet er, er habe Mailand aus Mangel an Munition und Lebensmitteln nicht vertheidigen können. Er erklärt zugleich er werde den Tessin wieder überschreiten.

Turin, 5. August erließ der Sardenkönig noch folgende Proklamation an die Mailänder: „Die Energie mit welcher die Mailänder Bevölkerung sich gegen jeden Gedanken eines Vergleiches mit dem Feinde ausspricht, hat mich bestimmt den Kampf fortzusetzen, wie ungünstig auch die Umstände erschienen. Die einzige Idee muß über Alles siegen, die Befreiung Italiens. Bürger, der Augenblick ist feierlich! Gehe Jeder ans Werk! Stark durch die Gerechtigkeit unserer Sache, wird der Himmel die Anstrengungen eines heroischen Volkes krönen, das mit einem Heere vereinigt ist, welches schon so viel Blut für die Ital. Sache vergossen hat. Ich bleibe bei euch mit meinen Söhnen. Seit 4 Monaten leide ich für die gemeinschaftliche Sache die Mühen des Kriegs mit der Elite meines Volkes. Ich habe Vertrauen zu Euch; rechtfertiget von Euer Seite dieses Vertrauen und alle vereinigt werden wir bald den Tag unserer Befreiung begrüßen." Mailand, 5. August 1848. Gez. Karl Albert.

Central-Dombau-Vereins an Bord, um hier dem hohen, allverehrten Gaste den Willkommgruß darzubringen. Das Hinterdeck des Schiffes war mit Laubgewinden festlich geschmückt. Hier unter diesem Laubgewinde trat der Erzherzog Reichsverweser den ihn Grüßenden entgegen. Ein überraschender Anblick — wie groß stand er da in seiner schlichten Einfachheit, in dem braungrauen ganz zugeknöpften Paletot, dem breitkrämpigen schwarzen Hut in der Hand! Auf dem ernsten milden Antlitze voll männlichen Ausdrucke in den bestimmt, aber nicht zu scharf ausgeprägten Zügen thront Ruhe und Festigkeit; das klare, große Auge, in dessen Blick Ernst Freundlichkeit sich paaren, kündet klaren Verstand und Herzensgüte. Sechsundsechzig Jahre haben des Erzherzogs Reichsverweserei Willenskraft und Entschiedenheit in der That, wo es darauf ankommt, nicht geschwächt, das sagt seine ganze Erscheinung, zu welcher Jeder sich hingezogen fühlen muß. — Begleitet war der Reichsverweser von dem General von Rauch, welcher von unserm Könige zu diesem Zwecke von Berlin gesandt worden war, und mehreren Reichsministern und Ministerial-Sekretären. Außerdem befanden sich auf dem Schiffe, den Präsidenten Herrn v. Gagern und den Vicepräsidenten v. Soiron an der Spitze viele Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung, deren

gegen dreihundert im Laufe des Abends hier einrafen und bei den Bürgern gastliche Aufnahme fanden. — Mit — wir möchten sagen: — andächtigem Ernste horchte der Reichsverweser der Willkommrede. Wie er da stand, voll edler Manneswürde in seiner einfachen Erscheinung, glaubte man einen der thatgewaltigen Herrscher des deutschen Reichs vor sich zu sehen aus den Zeiten, wo der blose Name Deutschland, weil es noch groß und mächtig als ein Reich, allen Nationen ein achtunggebietender war. Er nahm das Wort — tings eine athemlose Stille. Schon die ersten Worte, die ihm von den Lippen tönten, klangen in Aller Herzen wieder, so herzgewinnend ist diese männlich kräftige und mit dem charakteristischen Anflage des Nationaldialektes so tief gemüthliche Stimme. Schade, daß wir die wenigen, aber bedeutungsvollen Worte des Reichsverwesers nicht ganz wortgetreu wiederzugeben vermögen. Er sagte etwa: „Meinen wärmsten Dank für den herzlichen Empfang! Sie haben den köner Dom das Symbol der deutschen Einheit genannt — er ist es, er soll es seyn! Das Werk, das wir zu Deutschlands, des Vaterlandes Heil zu bauen haben, ist ein großes, ein tiefesbaftes, wie Ihr Dom selbst. Es bedarf des eines festen Willens und tüchtiger Werkleute, welche jeden einzelnen Stein bearbeiten, daß er genau passe, daß er sich füge zu

Digitized by Google

Ungarn.

Weißkirchen, 3. August. Die hiesige Communität, inmitten der serbischen Aufrührer von einer gut gesinnten deutschen Bevölkerung bewohnt, ist ganz verdarlehkarirt und im Kriegszustande. Gestern von einer Rotte illyrischen und serbischen Raubgesindels, welches auf dem Gebirgspasse Lokwa sich postirt hatte, zur Uebergabe aufgefordert, zog in der Nacht eine Truppe Bürger und Militär aus, um diese Aufwiegler zu vertreiben. Der Erfolg war durchaus günstig; bei 24 der Insurgenten wurden getödtet, viele verwundet gefangen oder vertrieben. (Oest. Z.)

Vom Kriegsschauplatze aus den Römerschanzen und bei Perlas erfuhr man gestern aus Privatschreiben, daß das verschanzte Lager der Serben zwischen Perlas und Erdöd mit einem sehr bedeutenden Verluste der Truppen gestürmt, die Aufwiegler aber von dort nach gänzlicher Niederlage vertrieben und zerstreut seyn sollen.

Sirmien, 30. Juli. Heute fand in allen Kirchen die Veröffentlichung der Kriegsgesetze statt, welche das Central-Comité zu Carlowitz abfaßte. (Oester. Z.)

Agram, 8. August. Seinen vernehme ich, daß ein vom ungarischen Vicerminister an den Ban gesandter Kurier heute Nachts hier eingetroffen sey und die Nachricht überbracht habe, daß der ungarische Reichstag die in der an den Erzherzog Johann neuerlich gerichteten Note des ungarischen Ministeriums gegebene Versicherung, daß man die billigen Wünsche der Kroaten erfüllen werde, nochmals seitens des Landes aussprechen und die Concessionen speciell bezeichnen werde, die den Nebenländern durch ein Reichsgesetz gewährleistet werden sollen; zugleich soll der Ban geheißen worden sein, bis dahin, was längstens binnen 10 Tagen erfolgen soll, nichts zu unternehmen.

Frankreich.

*Paris, 13. August. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte der Finanzminister Goudchaux an, daß die Anleihe von 175 Millionen, am festgesetzten Termine (12. August.), vollständig unterzeichnet worden sey.

Der National enthält heute die offizielle Anzeige, daß zwischen Oesterreich und Italien ein 45 tägiger Waffenstillstand abgeschlossen worden sey, und daß, wenn kein neuer Zwischenfall die Lage der Dinge entwickle, die englisch-französische Vermittlung nun die Pacifikation beenden werde. Der National fügt hinzu: „Wir wissen auch, daß der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark, der bis jetzt durch den Widerstand des Generals Wrangel wirkungslos geblieben ist, definitiv abgeschlossen ist und in Vollzug gesetzt werden wird.

Als Commentar hiezu gibt der National den gestrigen Artikel des Moniteur und bedauert, daß Deutschland in der italienischen Angelegenheit eine so falsche Stellung angenommen hat, er hebt hervor, wie sehr es zu bedauern sey, daß nicht Frankreich mit Deutschland Hand in Hand diese Vermittlung bewerkstelligen konnten und England die Initiative überließ.

General Wagnan und General Renaud sind gestern zur Alpen-Armee abgegangen.

Der Zwischenfall, auf den der National oben anspielt, ist der Einmarsch des Generals Welden in den Kirchenstaat und sein Marsch gegen Bologna. Der englische und der französische Gesandte haben den General Welden angezeigt, daß er den Kirchenstaat sogleich zu räumen habe, widrigenfalls beide Mächte einschreiten und die Besitzungen des Papstes beschützen würden.

Von Lamartine besindet sich eine interessante Broschüre unter der Presse, — sie führt den bezeichnenden Titel: **Trois mois au pouvoir.**

Der neapolitanische Gesandte hat vorgestern eine Conferenz mit dem Minister Bastide gehabt und demselben im Namen seines Hofes das österreichische Verlangen gestellt, daß Frankreich sich jeder aktiven Einmischung in die Streitigkeiten zwischen Neapel und Sicilien enthalten wolle. — So wie die Union verschert, solle Herr Bastide geantwortet haben, Neapel könne ganz ruhig seyn, Frankreich werde nie die Hand dazu bieten, aus Sicilien ein zweites Portugal zum alleinigen Nutzen Englands zu machen. (?)

Dasselbe Journal meldet, daß Barbes in Vincennes lebensgefährlich erkrankt sey und von seiner Schwester gepflegt werde.

General Cavaignac scheint ein erklärter Feind der Todesstrafe zu seyn, — durch ein Dekret vom 4. d. hat er die, den zwei Mördern Craviola und Coupey zuerkannte Todesstrafe, in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt. Seit der Februar-Revolution hat noch keine Hinrichtung in Frankreich Statt gefunden und die Sachen gehen darum nicht schlimmer, als früher, ja die Zahl der Kapitalverbrecher hat sogar abgenommen.

Herr G. v. Beaumont, der neue Gesandte der französischen Republik in London, ist von Lord Palmerston mit der größten Auszeichnung empfangen worden und alle Briefe aus London stimmen dahin überein, daß die durch Louis Philipp in den letzten Jahren gestörte entente cordiale fester als je geschlossen worden ist. Paris und das südliche Frankreich wimmeln von reisenden Engländern, die jetzt plötzlich in Massen nach dem ruhigsten(?) Lande des Continents, dem breiten kommen. Das polnische Kabinet soll fest entschlossen seyn, in allen wichtigen Fragen mit Frankreich Hand in Hand zu gehen um so jeden Krieg unmöglich zu machen. Die ersten Schritte in Italien, Schleswig-Holstein versprechen das und es scheint fast, als ob man in Frankfurt die so günstige Gelegenheit mit Frankreich gemeinschaftlich der Schiedsrichter Europas zu werden, hat unbenützt vorüber gehen lassen. Die offizielle Anerkennung der Republik von Seiten Englands ist hier angekommen und die Russlands ist unterwegs. Wir glauben mit Bestimmtheit versichern zu können, daß Rußland sich in allen schwebenden Fragen der Ansicht Englands und Frankreichs anschließt.

Die Lüriner Journale sind vom 9. — Sie sind ganz inhaltsleer, doch fangen sie bereits an der französischen bewaffneten Intervention, die sie gestern noch so bestimmt verkündigten, zu zweifeln.

Die Nachrichten aus Madrid sind vom 7., aber ohne alles Interesse. Die einzelnen carlistischen Guerillas, überall geschlagen, fangen an zu verschwinden, — in Madrid wie in den Provinzen herrschte Ruhe, doch Niemand hatte Glauben an die Zukunft.

Havre, 6. August. Die neuesten Nachrichten aus den Colonien Martinique sind nichts weniger als beruhigend. Die Umtriebe einiger Aufseher der Mulatten machen die Lage der französischen Behörden verwickelt und gefährlich; die Schwarzen weigern sich schlechterdings zu arbeiten. Schon sind mehrere Familien die sich von Martinique flüchteten, hier angekommen, unter andern auch ein Kind, dessen Eltern bei den unglücklichen 35 Weißen

---

dem großen einigen Ganzen. Wir wollen Gott den Herrn bitten, daß er uns die Kraft dazu verleihe, daß nur Alle mit gleichem Eifer und thatkräftiger Ausdauer daran arbeiten, daß festerfest, wie Ihr Dom, erstehe ein einiges, ein großes, ein glückliches Deutschland. Ich wiederhole nochmals meinen herzlichen Dank und bringe der Stadt Köln ein Hoch!" Und es jubelte das Hoch begeistert und begeisternd in die Lüfte. Unmöglich ist es und aber, den Eindruck zu schildern, welchen die Worte, in der Weise, wie sie gesprochen wurden, auf Alle machten, die dem hehren Gaste näher standen; manches Auge füllte sich mit Thränen. Unbeschreiblich war der Jubel der Menge, als der Erzherzog Reichsverweser, begleitet von dem Oberbürgermeister und dem Commandanten der Bürgerwehr, gefolgt von dem Gemeinderath und dem Vorstande des Central-Dombau-Vereins, durch das von der Bürgerwehr gebildete Spalier schritt, den Hut in der Hand, freundlich nach allen Seiten hin grüßend und dankend. Einen solchen Volksjubel, solch einen begeisterten Willkommruf haben wir selten vernommen. Dichtgedrängt war die Straße voller Menschen, alle Fenster der Häuser, deren Dächer selbst belebt waren, mit Frauen besetzt, die den Ehrengast mit weißen Tüchern begrüßten — kein Ende wollte der Jubelruf nehmen, die Bürgerwehrmänner, mit einer Hand das Gewehr präsentirend, schwenkten mit der anderen die Hüte und Mützen und jubelten dem Reichsverweser ihr begeistertes Hoch entgegen, darein schmetterten die Fanfaren und das Geläute sämmtlicher Glocken der Stadt in majestätisch-feierlichem Ernste. Eine Abtheilung berittener Bürgerwehrritt vor dem hohen Ehrengaste.

Als der Dom nun in seiner erhabenen Größe vor den erlauchten Fürsten aufstieg, hemmte er überrascht den Schritt, staunend zu dem Pyramidenhaine, zu der sich von dieser Seite in ihrer ganzen Baupracht den Augen bietenden Chorrundung emporblickend. Hier hörten wir eine Bürgerfrau voll staunender Ueberraschung ausrufen: „Nun seht, doch ein schlichter Bürgersmann!" Ein vielbedeutsames Wort, denn nur dann erst wird Deutschland groß und glücklich sein, wenn seine Fürsten ihren höchsten Ehrenschmuck im schlichten Bürgerkleide finden. — Nach acht Uhr wurden die drei Fahnen des 16. Inf.-Regts. feierlichst mit großer Militär-Musik in sein Absteige-Quartier überbracht, und noch spät, trotz des regnerischen Wetters, brachten ihm zahlreiche Bürger einen glänzenden Fackelzug und eine Serenade. Von der Wohnung des Reichsverwesers begab sich der Zug zum Hause des Hrn. Advocat-Anwaltes Frost, auf dem Bertich, wo der Präsident der deutschen Reichs-Versammlung, v. Gagern, abgestiegen war, um auch diesem deutschen Ehrenmanne eine Huldigung darzubringen.

(K. Z.)

Digitized by Google

waren die in einem Haus zu St. Pierre von den Aufrührern verbrannt wurden. Auch in Portorico soll jetzt ein Aufstand ausgebrochen sein, und zu Cuba waren die Einwohner in Folge eines Versuchs der Sklaven sich in Freiheit zu setzen in großer Bestürzung. Um sich einen Begriff von der Lage des Handels der französischen Colonien machen zu können, ist es wohl hinreichend mitzutheilen daß die Ausfuhr der Insel Martinique während des letzten Semesters nur an Zucker über sieben Millionen Kilogramm weniger betrug als in demselben Zeitraum des vorwichenen Jahres. Hier in Havre fangen seit dem Junisaufstand die Geschäfte an etwas lebendiger zu werden, das Zutrauen kehrt nach und nach zurück und mehrere Häuser die ihre Zahlungen eingestellt hatten, zahlen wieder. Leider sind noch immer die unglücklichen seit 3 Jahren ausgewanderten Deutschen, fast nur Bayern hier, und harren daß ihnen Hülfe aus der Heimath komme, um endlich ihre Reise nach Amerika antreten zu können. Ihre Lage wird mit jedem Tage bedenklicher, da nach und nach alle hiesigen Hülfsquellen, aus denen sie bis jetzt Unterstützungen zogen, eintrocknen müssen. (A. Z.)

Großbritannien.

In Dublin hat Lord Clarendon am 10. August einen Preis von 300 Pf. St. auf O'Gorman's Verhaftung ausgesetzt. Vor den Assisen war O'Doherty's Anklage in Verhandlung begriffen. Zur Bewachung der Geschworenen während der Nacht sind Constabler vereidigt worden. Smith O'Brien's Benehmen im Gefängnisse scheint wirklich den Glauben zu rechtfertigen, daß die erlittenen Täuschungen seinen Geist angegriffen haben. Er ist immer noch der Meinung, daß der Aufstand gelungen wäre und er die Macht, die Verfassung Irlands in günstiger umzugestalten, in die Hand bekommen hätte, wenn Lord Clarendon ihm nicht zuvorgekommen wäre. In Abbeyfeale sind 18 Personen, beschuldigt der Theilnahme am Ueberfall auf die Limericker Post, verhaftet worden.

Es heißt, die Regierung beabsichtigt, mit der ganzen Strenge der Gesetze gegen die irischen Aufrührer zu verfahren. Eine Specialcommission wird Hrn. Smith O'Brien aburtheilen. Doch dürfte es wohl zu bezweifeln seyn, daß ein Todesurtheil, wenn es gefällt werden sollte, vollzogen werden würde. — Es heißt, O'Gonnon stehe mit einem kleinen Insurgentenheere in den Gebirge von Kerry. Doch bedarf dieses Gerücht noch weiterer Bestätigung.

Capitän Marryat, der bekannte Schriftsteller, ist auf seinem Landsitze Langham in Norfolk nach langer schmerzlicher Krankheit gestorben. Er hat sich in seinem vieljährigen Dienste als Flotten-Offizier vielfältig ausgezeichnet.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 17. August. Der Abgeordnete des Bayreuther Wahlbezirks bei der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt, Herr Dr. Keim, ist gestern hier angekommen, um während eines zweiwöchentlichen Urlaubs hier zu verweilen. Wie verlautet beabsichtigt derselbe eine Zusammenberufung der Wahlmänner, um vor ihnen über sein Wirken in Frankfurt Vortrag zu erstatten. — Wie man vernimmt, ist von hier aus eine von stark- und rechtgläubigen Geistlichen unterzeichnete Petition an die Nationalversammlung gesandt worden, die in vielen Bogen ausführlich das Ungemach beschreibt welches dem Staate aus der Trennung der Schule von der Kirche nach der Ansicht dieser frommen Herren erwachsen würde. Da nach einer sicheren Berechnung evident nachgewiesen werden kann, daß, wenn alle andern gleichgesinnten Pfarrherren sich zu gleich kleinen Kreisen vereinigen und gleich große Petitionen dem Parlamente zukommen lassen, der Aufschrei für die Volksschulen erst nach 25 Jahren mit dem Durchfessen und der Verarbeitung dieses Materials zu Ende kommen kann, so würde, da an einer ernsten Nachahmung dieses Schrittes nicht zu zweifeln ist, jedenfalls ein Vierteljahrhundert für die Kirche gewonnen, bevor nur der eigentliche Kampf begonnen hätte.

Bayreuth, 17. August. In der gestrigen Sitzung des patriotischen Vereins referirte zuerst Herr Rose über eine Brochüre des Friedrich Hertoth „Ueber die Sociale Frage." Mit Zahlen weist die innere Unmöglichkeit des Louis Blanc'schen Systems nachgewiesen, und als Mittel zur Abhülfe gegen die Uebel des Pauperismus die Association anempfohlen, wobei der Verfasser übrigens wohl mit Unrecht von dem Grundsatze der gleichen Vermögensverhältnisse der einzelnen Gemeinden wie des ganzen Staates ausgeht. — Nachdem die Discussion über diesen Gegenstand geschlossen war, wurde auf den Antrag mehrerer Mitglieder beschlossen, eine Commission zu wählen, die ein strikteres Glaubensbekenntniß als das anfänglich angenommene abzufassen und Bericht zu erstatten habe über die Anbahnung einer Verbindung mit gleichgesinnten auswärtigen Vereinen. Am Mittwoch dem 30. d. M. wird diese Sache zur Berathung kommen.

Bayreuth. Das Frankf. Journal vom 1. August enthält nachstehenden Artikel, den wir hier wieder geben, weil er einem unserer Landsleute zur großen Ehre gereicht. „Der Instrumentenmacher Hr. C. Stengel in Bayreuth (Bayern) hat einem Mitgliede unserer Hoffapelle eine Clarinette verfertigt, die sich durch reine Intonation im ganzen Umfange des Instruments, leichte Ansprache und schönen Ton, so wie äußerst saubere und elegante Arbeit so sehr auszeichnet, daß ich dem Verfertiger unaufgefordert das Zeugniß gebe, noch nie eine bessere Clarinette gesehen noch gehört zu haben.

Dr. Louis Spohr,
Kurf. General-Musik-Direktor zu Cassel.

Antwort auf die Anfrage in Nro. 228.

Über die Behandlung der Pachtjagden besteht und entscheidet der zwischen dem bisherigen Eigenthümer und Pächter geschlossene Vertrag. Dieser bestimmt jedoch in Ermangelung mäßige Behandlung und endet mit dem 1. Februar 1849. Von da ordnet das Gesetz Verpachtung der Jagden und Verwendung der Erträgnisse zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse an. Wie kann dem vermaligen Jagdpächter Ausrottung des Wildes gestattet, und diese im Sinne des Gesetzes sein?

Z.

(Anm.) Neben der Befreiung des Bodens von einer drückenden Last beabsichtigte man bei Verabfassung des Jagdgesetzes wie aus den Verhandlungen der Ständekammer hervorgeht, jedenfalls auch die Verminderung des Wildstandes aus Rücksichten der Bodencultur.

Bekanntmachung.

Auf Andringen eines Hypothekengläubigers wird das Wohnhaus der Zimmermeister Carolinschen Relikten dahier, dessen nähere Beschreibung aus dem Ausschreiben vom 26. Juni curr. zu entnehmen ist, wiederholt, nachdem im Streichtermine vom 2. d. Mts. ein dem Schätzungspreis erreichendes Meistgebot nicht gelegt wurde, dem Verkaufe unterstellt, und Streichtermin auf

Dienstag den 5. September c. Vormittags 11 Uhr

im Geschäftszimmer Nr. 8. parterre, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag nach §. 99 und 100 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 ohne Rücksicht auf den Schätzungspreis erfolgt, sowie, daß die Kaufsbedingungen im Termine selbst bekannt gemacht werden.

Bayreuth, den 5. August 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.
Der Königliche Director.
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Anzeigen.

Concert.

Freitag den 18. August findet im Saale zur Harmonie unter Mitwirkung der hiesigen Regimentsmusik ein Concert der Violin- und Clarinett-Virtuosen Gebr. Möhrenschlager aus Erlangen statt, wozu sie die ergebenste Einladung machen. Anfang 6 Uhr.

Die seit 28 Jahren von mir betriebene Austreicherei, wurde neuerdings dem Glaserhandwerk von der kgl. Regierung förmlich zuerkannt, weshalb ich einem hochgeehrten Publikum hiemit bekannt mache; daß ich alle Arcorde und Austreicherarbeiten fortwährend übernehme, und das bisher immer geschenkte Zutrauen und Zufriedenheit, durch gute dauerhafte Arbeit und möglichste Billigkeit auch ferner zu erhalten mich bestrebe.

Anton Händel, Glasermeister und Austreicher auf dem neuen Schießplatz.

Sonntag den 20. August 1848 früh 10½ Uhr ist General-Versammlung des Landwehr-Freivorps der Stadt Bayreuth in dem Garten-Locale des Weinwirths Wachter.

Am Sonnabend den 19. d. M. fährt eine leere Chaise nach Steben.
Groß, in der Friedrichs-Straße.

Es werden 3000 fl. zu 5 Procent auf 1. und sichere Hypothek sogleich aufzunehmen gesucht.

Im Verlage der Ech. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 230. 19. August 1848.

Deutschland.

München, 15. August. Wie man vernimmt, wird der bisherige Regierungs-Präsident Frhr. v. Godin in den Ruhestand versetzt werden, und dessen Stelle der Rath im Ministerium des Aeußern Daxenberger erhalten. In wieferne Hr. Daxenberger — als Schöngeist unter dem Namen Karl Fermau bekannt, — mehr als sein Vorgänger geeignet seyn würde, diesen Posten auszufüllen, wird die Zukunft lehren. Jedoch kann ich nicht unerwähnt lassen, daß ihm der Umstand, daß er als ein Günstling Wallerstein's bekannt ist, in der öffentlichen Meinung sehr geschadet hat. (A.Z.)

München, 16. August. (Dienstnachrichten.) Die bei dem Wechslergericht erster Instanz zu Bamberg erledigte Rathsstelle ist dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts daselbst J. B. Stadler übertragen worden. Zur Wiederbesetzung der am Handelsappellationsgerichte zu Nürnberg erledigten zweiten Stelle eines technischen Assessors rückten die drei jüngeren technischen Assessoren dieses Gerichts, J. G. G. Herold, J. B. Zahn und J. J. Herzogenrath, in die 2te, 3te und 4te Stelle vor; die hierdurch frei werdende 5. Stelle eines technischen Assessors wurde dem bisherigen technischen Assessor des Handelsgerichts erster Instanz, Kaufmann und Marktsadjunkten F. A. Heerdegen, verliehen.

Aus Füßen schreibt man dem Kemptner Blatte vom 9. Aug: Wie glücklich Sie noch in Kempten sind! Da schreibt der Vorstand der Polizeibehörde selbst einen Verein aus und ladet dazu sehr leidhaft ein. In unserm Städchen ist das ganz anders. Der Vorstand des hiesigen Landgerichts kann gar keine Vereinigung leiden, er hat uns nachgerade alle Versammlungen ohne Unterschied verboten. Er hat Haggenmüllers Ersatzmann zur deutschen Nationalversammlung, weil er — bedenken Sie — seine Stellung als Rechtspraktikant mißkennend, sich die Freiheit nahm, in unserer ersten Bürgerversammlung einige Worte des Friedens und der Beiehrung zu sprechen, seiner Praxis beim hiesigen Landgerichte vorläufig erklärt, ihn entlassen und gegen Handelsmann Feller, der auf Andringen seiner Mitbürger die Versammlungen veranstaltet hatte, eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet. Da aber der Herr Landgerichtsvorstand vermerkte, daß solche Untersuchung doch zu gar nichts führen könne, so war er darauf bedacht, die Tendenz der Versammlung zu verdächtigen, und schob diesem ihrem Veranstalter republikanische Absichten in die Schuhe. Er ließ sofort einige Vernehmungen, die aber nicht ergaben was er wollte und verfügte hienach gegen Feller, zumal sich dieser so weit vergessen hatte, eindringlich darauf hinzuweisen, daß eine Polizeibehörde nicht befugt sein könne, das vom König und den Staatsministern anerkannte Vereinigungsrecht zu vernichten unabdrückbig der Kriminaluntersuchung, eine Arreststrafe von 8 Tagen!! So verwirklichen sich bei uns in Füßen die Errungenschaften des März. Wird wohl die Regierung und das Staatsministerium gegen unsern Landgerichtsvorstand geziemend einschreiten?"

Wien, 13. August. Der Erzherzog-Palatin Stephan war bereits gestern früh hier eingetroffen um Ihre Majestäten zu bewillkommen. Wie ich sorben erfuhr, wird der Kaiser sich ehestens nach Olen begeben und den ungarischen Landtag, der noch im Laufe dieses Monats beendigt werden soll in Person schließen. Die Nachrichten von der serbischen Grenze lauten wieder beunruhigend und es soll zwischen den Serben und Ungarn abermals zu Feindseligkeiten gekommen seyn. Aus Agram wird gemeldet, daß 20,000 Sereszaner an der Drau stehen, und daß in den letzten Tagen auch Kanonen dahin abgegangen sind. Aus Mailand erfahren man, daß Radetzky die Requisitionen an Geld in österreichischen Banknoten gefordert habe, was auf den Stand unserer Geldvaluta günstig einwirkt. (A. Z.)

Stuttgart, 14. August. So eben geht die offizielle Nachricht hier ein, daß Se. Maj. der König alle früheren Verfügungen in Betreff des Schlusses des Theaters und der Verabschiedung und Pensionirung der Mitglieder desselben wieder zurückgenommen hat, und das Theater ganz wie zuvor fortbestehen werde.

Darmstadt, 12. August. Gestern früh wurde von Gerichtswegen im Beisepn des Grafen Görtz und des aus dem Arrestshause gebrachten, noch immer in Verhaft befindlichen Beklagten desselben, Johann Sauer, die Ausgrabung der Leiche der nun bald 14 Monate umgekommenen Gräfin Görtz vorgenommen und die Leiche einer ärztlichen Untersuchung unterworfen. Die Veranlassung zu dieser, nach so langer Zeit allerdings außerordentlichen Maßregel ist unbekannt, und es gehen darüber verschiedene Gerüchte.

Kassel, 14. August. Der Kurfürst hat den geheimen Legationsrath Dr. Jordan zum Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt von Deutschland in Frankfurt a. M. ernannt.

Wiesbaden, 15. August. So eben erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß bei unsern Ministerium eine Verfügung des Reichskriegs-Ministers eingelaufen ist, wonach in Folge des neuesten Beschlusses der Nationalversammlung unser Militärstand bis auf 2 pCt. der Bevölkerung vermehrt werden soll. Unsere Truppenzahl wird sich auf diese Weise auf 9000 Mann stigern. Diese Truppenvermehrung soll schleunigst ausgeführt werden und wo möglich in 4 Wochen vollzogen seyn.

Hannover, 13. August. Die Volksversammlung, welche durch die unbefriedigende Antwort des Ministeriums nothwendig geworden war, fand diesen Nachmittag zwischen 4—6 Uhr statt. Dr. Heyne trug nach einleitender Rede das Ministerialschreiben vor, zeigte die Halbheit desselben in Beziehung auf den als Hauptantrag hervorgehobenen Huldigungsact und proponirte die unten folgende Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt. Es erklärten sich sofort auf dem Platze 1300 Personen für dieselbe. Nicht weniger waren Schreiben von den Volksvereinen in Celle,

Feuilleton.

Das Dombaufest zu Köln.

Köln, 15. August. Eine schöne Episode in der Feier war die musikalische Morgen-Unterhaltung, welche der Männergesangverein am 14. im Casinosaale den Gästen zu Ehren gab. Der Reichsverweser, Gagern und viele Parlamentsmitglieder wohnten dem Concerte bis zum Ende bei. Unter dem freudigsten Jubelruf verließ der Reichsverweser den Saal, ein dreifaches Hoch wurde auch dem Präsident Gagern gebracht. Um 1 Uhr hielt der Vorstand des Central-Dombauvereins im Rathhaussaale seine Sitzung, um die Deputirten der auswärtigen, wie aller Filial-Vereine zu begrüßen. Von hier aus begab sich der Vorstand, das Dombauner an der Spitze, um 2 Uhr nach den Neumarkte, wo sich die verschiedenen Abtheilungen des Festzugs versammelten und ordneten. Zuerst bewegte er sich um den Platz, dessen Häuser alle recht festlich geschmückt waren, ein drittenes Musikcorps und eine Abtheilung der dritttenen Bürgerwehr an der Spitze, dann folgten die Sängerchöre der Gymnasien und der Bürgerschule mit ihren Fähnlein, der Männer-Gesang-Verein und die Liedertafel, woran sich gleich die Waisenkinder, 500 an der Zahl anschlossen. Ein zweites Musikcorps der Bürgerwehr gieng vor der Dombauhütte, begleitet von ihrem Banner, den wackern Werkmeistern und Poliern, deren beharrlichen Fleiß unter Zwirner's Leitung der Bau seine Jeden überraschende Förderung verdankt. An die Steinmetzen reihten sich die Maurer, Zimmerleute und Schlosser, alle in weißem Schurzfelle mit dem Zeichen ihres Gewerbes. Nach ihnen folgte das große Vereinsbanner, von Kölner Frauen reich und kunstvoll gestickt, den vollendeten Dom in der Mitte, umgeben von den Wappenschilden der deutschen Stämme, die sich um den Bau schon betheiligt haben. Hinter dem Banner gieng der Vorstand des Central-Dombauvereines und die auswärtigen Deputationen.

Unter ihnen befand sich einer der ersten Förderer des Dombaus, Sulpiz Boisserée, dann der Heros der deutschen Kunst, Peter Cornelius, dessen genialer Schüler Wilhelm Kaulbach, ferner Begasse, Wichmann, sowie Ainmüller, der sich um den Fensterschmuck so verdient gemacht hat. Ein Musikcorps an der Spitze, folgten die Mitglieder des Dombau-Vereins und der Fe-

Digitized by Google

Lüneburg, und Hildesheim eingelaufen, worin deren Beitritt zu den Beschlüssen des Hannov. Volksvereins in dieser Angelegenheit zugesichert wurde. Die Adresse wird demnach unverzüglich ihrer Bestimmung zugeführt werden.

„Indem Se. Maj. unser König die Anordnung des Reichskriegs-Ministers, Hr. General v. Peucker, betreffend die durch das Militair St. E. k. Hoheit dem Reichsverweser darzubringende Huldigung nicht befolgen ließ, bestritt Se. Maj. ein Recht, welches die Vertreter der deutschen Nation als zur Begründung der Einheit Deutschlands unumgänglich nothwendig der von ihnen bestellten Central-Gewalt zuerkannt hatten. In dieser Ueberzeugung fühlten wir Einwohner der Residenzstadt Hannover uns getrungen Se. Maj. mit Hinweisung auf die Gefahren, welche ein dauernder Conflict Sr. Maj. Regierung mit der Reichsgewalt unfehlbar mit sich führen müßte, in der ehrerbietigst angeschlossenen Bittschrift zu beschwören, die verlangte militairische Huldigung schleunigst anordnen, so wie jedes etwa noch obwaltende Mißverständniß mit der Reichsregierung gänzlich beseitigen zu wollen. Leider hat uns jedoch die im Namen Sr. Maj. kgl. Ges.-Ministerium und ertheilte, gleichfalls ergebenst beigelegte Antwort keineswegs befriedigen können. Mit tiefem Bedauern aber festen Sinnes müssen deshalb wir Einwohner der Residenzstadt Hannover unserer hohen Reichsregierung erklären, daß wir über das Verhältniß unsers Landes zu unserm großen theuren Vaterlande, dessen Einheit das größte Ziel unserd Strebens ist, anders denken, als unsere Regierung und der Nat.-Vers. unbedingt ergeben sind und daß wir mit vollster Ueberzeugung vertrauen, es werde die hohe Reichsgewalt in ihrer Weisheit Mittel finden, jeden Widerstand gegen ihre zur Ehre, Macht und Größe Deutschlands gefaßten Beschlüsse, er komme von welcher Seite er wolle, mit Allgewalt zu beugen.“ (M.-Z.)

Hamburg, 12. August. Von dem hiesigen Comité für eine deutsche Kriegsmarine ausgerüsteten Schiffe wurden heute von demselben in Augenschein genommen. Alle, denen ein Urtheil in der Sache zusteht, vereinigen sich in der Anerkennung, daß hier etwas nicht Gewöhnliches geleistet sey, und daß diese kleine Flottille einen glücklichen und einen sehr gedeigenen Anfang bilde für die deutsche Kriegsflotte. In der That nimmt das kleine Geschwader — drei Dampfschiffe und zwei Segelschiffe, von welchen letztern namentlich der „Deutschland“ von 32 Kanonen als besonders stark und allen an ein Kriegsschiff zu stellenden Anforderungen entsprechend zu bezeichnen ist — mit einem in der Vorstadt St. Pauli erbauten Kanonenboote sich stattlich genug aus. Völlig ausgerüstet und demnant liegen die Schiffe im Hafen; das Ergebniß der schwankenden Verhandlungen wird darüber entscheiden, ob sie schon in der nächsten Zukunft, ob sie noch in dem Kampfe, durch welche ihre Ausrüstung veranlaßt wurde, Gelegenheit haben werden, ihre Tüchtigkeit zu bewähren.

Schleswig, 11. August. Die Dänen haben sich von Alsen zurückgezogen. Sie stehen, 18 Bataillone Infanterie stark mit der gehörigen Cavallerie und Artillerie, bei Aachuus und streifen nach Nächzug unserer Truppen von der Nordgrenze des Herzogthums über die Kollinger Au hin.

Cantonnement hinter Hadersleben, 11. Aug. Die schleswig-holsteinischen Truppen, die sonst nahe der jütischen Grenze lagen, sind jetzt wieder zurückgezogen worden, um im Innern des Landes mehr organisirt zu werden. Statt ihrer bilden Mecklenburger und Preußen die äußersten Vorposten der ganzen Armee und sind dis auf eine Meile von der jütischen Grenze, die abmach strengem Befehle nicht überschritten werden darf, vorgeschoben. Die gegenüberstehenden dänischen Königsjäger, eine trefflich berittene und mit Büchsen versehene Freischar, ganz aus geformten Jägern bestehend, machen häufig Patrouillen in unsere Cantonnements und suchen sich einzelner Posten und Feldwachen zu bemächtigen, was ihnen auch bisweilen gelingt, da sie von zahlreichen Spionen unter der hiesigen Bevölkerung sehr gut unterstützt werden und recht gut wissen, daß sie von unsern Truppen nicht nach Jütland verfolgt werden dürfen.

Apenrade, 13. August. (Nachmittags 3 Uhr.) Heute Morgen 4 Uhr sind die preußischen und mehrere mecklenburgische Truppen, welche nordwärts von Hadersleben lagen, ganz unerwartet aufgebrochen und weiter gegen Norden marschirt, so daß sie heute Mittag an der jütländischen Grenze angekommen sind und dieselbe wahrscheinlich morgen überschreiten werden. (?) Das Hauptquartier wird auch morgen wieder weiter nordwärts verlegt. Heute Abend und morgen in der Frühe wird ein Theil der hier liegenden preußischen Besatzung nordwärts marschiren. Soeben rückt ein Bataillon mecklenburgischer-strelitzischer Infanterie hier durch, um sich den linken äußersten Flügel der deutsch. Reichsarmee anzuschließen.

Apenrade, 12. August. (Hauptquartier). Heute Nachmittag marschirte eine starke Brigade hannoverscher und braunschweigischer Truppen hier durch, um nordwärts von Hadersleben Cantonnirungen zu beziehen. Morgen wird das sterkliche Bataillon wie noch andere hannoversche Infanterie, die dißher in Rendsburg lag, auch hier durch weiter gegen Norden rücken. Die Zahl sämmtlicher Truppen, welche sich jetzt so weit der jütischen Grenze genähert haben, daß sie dieselbe in 4—5 Stunden überschreiten können, beträgt jetzt an 12,000 M., denen weitere 10,000 M. als Reserve binnen einem Tage folgen können. So wie nun noch mehrere Bundestruppen in Holstein eingerückt sind, glaubt man allgemein, daß General Wrangel die jütländische Grenze überschreiten wird.

Triest, 12. August. Albini soll sich in der größten Verlegenheit befinden. Die Mannschaft verweigert zum Theil den Gehorsam, die Nahrungsmittel gehen aus, an Geld fehlt es auch. Dazu kommt noch die Furcht von der neapolitanischen Flotille, die sich bereits im adriatischen Meere befindet, angegriffen zu werden, und es ist nun eine Frage für ihn einzutreten, daß der ihn vielleicht nur die Abberufung von Seite Carl Albrecht eben kam. Nach den neuesten Ereignissen ist nun auch zu erwarten, daß Venedig sich nicht mehr lange halte, und die venezianischen Schiffe wieder zu unserer Flotte zurückkehren werden, für welche sich ein neues Feld der Thätigkeit darbieten könnte wenn sie unsern bedrängten Brüdern im Norden zu Hülfe gesendet würden. Heute früh hat Albini Gewähr von Umago verlassen, und ist mit seichen Wind in westlicher Richtung, das ist gegen Venedig abgesegelt. (A. Z.)

Italien.

Mailand, 14. August. Die Stadt ist in vollkommener Ruhe. Man sieht offendbar, daß Oesterreich mit Klugheit und Sanftmuth verfahren will, auch soll nächstens der Belagerungszustand aufgehoben werden, wohurch das Zutrauen wieder wachsen, und viele Familien, die ausgewandert waren, zurückkehren werden.

Die Oesterreicher haben erst gestern Como in größter Ruhe besetzt.

---

tial-Vereine. Feierlich schwehte sämmtlicher Glocken Geläute über der festlichen Stadt; äußerst reich und geschmackvoll mit Flaggen und Laubgewinden, Blumen und Teppichen waren alle Straßen verziert, durch welche der Zug sich bewegte. Bis zum erzbischöflichen Palaste war die Ordnung des Zugs musterhaft, hier aber war das Volksgedränge, um die Würdenträger der Kirche zu sehen, die sich hier mit dem Erzbischofe anschlossen, so groß daß einige Unordnung entstand, die sich später wieder herstellte, so daß der Zug ohne weitere Störung vor dem Dome anlangte. — Tief ergreifend war der von etwa tausend Sängern gesungene Psalm: Laetatus sum in his. v. Groote hielt dann im Namen des Vorstandes einen Ansprache an die Gäste, worauf sich die Thüren des Doms eröffneten und die Menge hineinfluthete. Staunen und Uebercrafchung, anhältiges Schauern überfiel Alle, als sie in das Langhaus traten, das jetzt in der ganzen Erhabenheit seiner riesigen Verhältnisse zu übersehen war. Unter der Kreuzverzierung begrüßte der Dombaumeister Zwirner den Erzbischof in einer Rede, worin König Ludwigs Gabe, die schönen Glasgemälde und die trefflichen Künstler die sie gefertigt, Heinrich Heß, Ainmüller und Fischer rühmend erwähnt wurden. — Dann sanken die Hüllen von den prachtvollen Glasgemälden — es war ein schöner, ein großer Eindruck, als die herrlichen Kunstschöpfungen in dem magischen Zauber ihrer unbeschreiblichen Farbenglutch den Staunenden entgegenstrahlten.

Nach einer hierauf folgenden Rede des Erzbischofs sang der Chor den Psalm: Quam dilecta tabernacula tua, welcher in den weiten Hallen von noch größerer Wirkung als der im Freien war.

Gegen 18 Uhr ward von Mühlheim der ein Signal gegeben und nun donnerten Kanonen und Glockengeläute durchhallte die Stadt. Der König war in Deutz angekommen und fuhr auf dem Dampfer Schiller an den Landungsplatz, jubelnd von der Menge begrüßt, begleitet von Auerswald, Radowitzer, Humbolt, Bunsen und vielen Generalen, empfangen von dem Oberbürgermeister. Nahe am Thore trat ihm der Reichsverweser entgegen und Beide umarmten sich. Die Bürgerwehr hatte bis zur Wohnung des Reichsverwesers Spalier gebildet, durch welches der König zu Fuß ging, dem Reichsverweser die Rechte bietend, indem er rasch gewechselt hatte, als der Erzherzog ihm zur Linken getreten war.

Gagern an der Spitze füllten nach und nach gegen hundert Abgeordnete der Reichsversammlung den rothen Saal der an die

Digitized by Google

Die Oesterreicher haben den Ticino in Pavia überschritten und Gravellona (also den Poübergang) besetzt. Sie sollen indeß erklärt haben, sie kämen nicht, um Piemont mit Krieg zu überziehen, sondern um den Staat und den König gegen jedliches Attentat „böswilliger und stürmischer Neuerer" zu beschützen.

Das Ministerium von Turin hat die HH. Casati und Gioberti nach Karl Alberts Hauptquartier Vigevano geschickt, um die Alternative zu stellen: entweder Krieg, Intervention oder Demission. Karl Albert zog die letztere vor. Dieses Alles erzählt wenigstens der Republicano.

Mailand. Wie der „Republikaner" wissen will, seien die Oesterreicher bereits in Piemont eingerückt und von Pavia aus über den Ticino und Granellano gegangen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Wellechst in Folge dieser Vorwärtsbewegung, die seine eigenen Staaten bedroht, mag sich Karl Albert veranlaßt gesehen haben, einen Waffenstillstand zu schließen.

Verona, 11. August. Die Neue Z. Z. bringt Nachstehendes: In Como sind die Oesterreicher am 10. d. eingerückt. Ueberall sollen die alten verhaßten österreichischen Beamten wieder eingezogen, die man in den Märztagen verjagt hatte; so in Mailand der berüchtigte Pachta.

Aus einer Depesche des eidg. Konsuls in Mailand vom 9. d. an den eidg. Vorort vernimmt man, daß Fürst Schwarzenberg hinsichtlich der Schweiz die besten Zusicherungen ertheilt habe; Personen und Eigenthum sollen auf das gewissenhafteste respektirt werden. Am 8. hatte laut dieser Depesche Fürst Schwarzenberg eine Proklamation erlassen, in der das Gerücht, daß man eine außerordentliche Konstription vorzunehmen gedenke, als durchaus grundlos bezeichnet. Oesterreich brauchte jetzt in der That keine neuen Truppen. Ein schweizerischer Waffenhändler, der verhaftet worden, ist auf Verwendung des eidg. Konsuls wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Nach der Wien. Ztg. hat Feldmarschalllieutenant v. Welden den Befehl erhalten, die päpstlichen Legationen wieder zu verlassen.

Laut Nachrichten aus Rom vom 4. August war dem Jubel über den angeblichen Sieg Karl Alberts, als die Wahrheit bekannt wurde, die größte Auflegung und ein Zustand völliger Anarchie gefolgt. Beide Kammern beschlossen, daß 12,000 Nationalgarde sofort mobil gemacht und 12,000 Mann fremde Truppen in Dienst genommen werden sollten. Inzwischen hatte Mamiani in Folge einer scharfen Rüge, die ihm der Papst über einige von ihm gemachte Aeußerungen ertheilte, abgedankt. Eine Proklamation des Papstes forderte zur Ruhe auf; aber sie ward an vielen Orten zerrissen. Die Nationalgarde machte mit den kapitulirenden Helden von Vicenza gemeinsame Sache, die päpstliche Kokarde wurde mit Füßen getreten u. dgl. Viele Personen trafen Anstalten zur Flucht; namentlich waren mehrere der am Meisten bedrohten Kardinäle bereits abgereist.

Frankreich.

Paris, 15. August. Sir E. Bulwer, früher Gesandter in Madrid, ist in Paris angekommen, um mit dem französischen Kabinette über die Angelegenheiten Italiens zu conferiren, er begibt sich nach Turin.

Der sardinische Bevollmächtigte Marquis Ricci, der die Intervention Frankreichs verlangt hatte, befindet sich in diesem Augenblicke in Lyon, wo er den Verlauf der Unterhandlungen abwartet.

Die erste Eskadre der neu geschlossenen Guldes hat den Befehl erhalten, sich unverzüglich von Saumur in Eilmärschen nach Grenoble zu begeben.

Girardins Presse, das Organ der russischen Politik, enthält heute zwei außerordentlich feindliche und gehässige Artikel gegen Deutschland und sucht Frankreich gegen Deutschland aufzuregen. Indem wir diesen Artikel deutschen Publicisten zeichnen, erwarten wir von Deutschland aus eine Widerlegung dieser Lügen und eine ernste Zurechtweisung des russischen Organs und zugleich zu sehen.

Die Patrie zeigt heute an, daß in dieser Nacht ein beträchtlicher Waffenvorrath gefunden und mit Beschlag belegt worden ist.

Lamartine's Bien publie enthält heute einen sehr interessanten Artikel über die italienische Frage. Er weist darin nach, daß der Besitz von Venedig eine Lebensfrage für Oesterreich sey und daß diese Macht auf kein Arrangement eingehen könne, daß ihr nicht den Besitz von Venedig zusichere. Der Artikel verschärft, diese Ansicht sey, so lange Lamartine an der Spitze der Regierung war, stets die Basis seiner Politik gewesen.

Die französische Escadre im Mittelmeere hat den Befehl erhalten, sich unverweilt nach den Küsten Sardiniens zu begeben, wo sie in diesem Augenblicke bereits angelangt seyn muß.

Man versichert heute auf das Bestimmteste, daß die Mission des neapolitanischen Bevollmächtigten, Grafen Ludolph, der hierher geschickt wurde, um Frankreichs Neutralität in der Differenz zwischen Neapel und Sizilien zu verlangen, gänzlich gescheitert ist.

Die Regierung soll heute dem General Aupick auf Konstantinopel die offizielle Anzeige erhalten haben, daß die Pforte die französische Republik anerkannt habe.

Die Madrider Journale fehlen seit zwei Tagen, die Journale von der Pyrenäengrenze sprechen von neuen Vortheilen der Carlisten. Briefe aus Madrid vom 7. (die Post vom 8. und 9. fehlt) behaupten, der Herzog von Montpensier müßten auf höheren Befehl Spanien verlassen und nur auf ein ärztliches Zeugniß habe die Infantin einen dreitägigen Aufschub erlitten.

Die italienischen Journale sind sehr kleinlaut, in Rom war am 10. das neue Ministerium Fabbri noch immer nicht gebildet, man kannte die letzten Unfälle Carl Alberts und den Fall von Mailand dort noch nicht.(?)

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 14. August. An der Tagesordnung sind mehrere Gesetze von Interesse, die ohne Diskussion votirt werden. Nach diesem folgt ein Gesetz über Bewilligung von Krediten um der Privatindustrie durch große Bestellungen für den Staat aufzuhelfen. Von mehreren Deputirten und besonders vom Finanzminister bekämpft, wird der Vorschlag endlich nach einer anderthalbstündigen Diskussion verworfen. Herr Glais-Bizoin macht hierauf den Vorschlag, ob die Nationalversammlung bei der, Anfangs September Statt findenden Zusammenkunft der Departements-Räthe, die zugleich Vertreter seyen, diesen Urlaubsbewilligungen ertheilen werde. (Nein! Nein!) Dann schlage er vor, die Departements-Räthe erst nach der Berndigung der Constitution einzuberufen. Der Minister des Innern bemerkt, daß die Departements-Räthe in seinem Falle vor der Diskussion und dem Votum des Budgets einberufen werden würden, daß es aber übrigens der Versammlung anheim gestellt bleibe, ob sie dann den Deputirten, die zugleich Departements-

---

Gemächer des Königs stößt. Als dieser erschien, richtete Gagern folgende Worte an ihn:

„Königliche Majestät der Dombau-Verein von Köln hat die deutsche Nationalversammlung eingeladen, einem bedeutungsvollen Feste beizuwohnen. Diese hat solcher Einladung entsprochen und die hier anwesenden Mitglieder konnten sich überzeugen, daß es für den Ausbau dieses herrlichen Werkes auch der nationalen Einheit bedarf. Das Streben nach Einheit auch in diesem Werke ist durch Eure Majestät neu erweckt worden. Die Reichsversammlung vertraut fest auf die Unterstützung Eurer Majestät bei dem Baue der Einheit, der unternommen ist und den die Nation ausführen wird."

Der König bemerkte: „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen, sie ist ein Erbtheil meiner Mutter!"

Gagern: „Wir wissen, daß Eure Majestät der Pfleger dieses Gedankens sind."

Der König läßt sich durch den Präsidenten die Mitglieder der Nat.-Vers. vorstellen und sprach dann etwa folgende Worte:

„Meine Herren! Um recht gute Freunde zu seyn, ist es nothwendig, daß man sich von Angesicht zu Angesicht kenne; deshalb freut es mich wahrhaft, Sie hier gesehen zu haben. Mit vollem Herzen wünsche ich Ihrer wichtigen Aufgabe ein segensreiches Gedeihen. Seyen Sie überzeugt, daß ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß auch Sie nicht vergessen, daß es in Deutschland Fürsten gibt und ich zu diesen gehöre. Ich wünsche Ihnen zu Ihrem schwierigen Berufe allen Segen und alles Gedeihen von ganzem Herzen." Ein kräftiges Lebehoch war die Antwort auf diese Worte.

Am Abend wurde dem Reichsverweser, dem König, dem Erzbischof und dem Präsidenten der Nationalversammlung ein glänzender Fackelzug gebracht. Gagern, umgeben von zahlreichen Abgeordneten, sprach vom Balkon seiner Wohnung über die Bedeutung des Dombauvereins an sich und als Abbild des Aufbaues der deutschen Gesammtverfassung. Für den Dombau stellt er die Unterstützung des großen Werkes durch die Nationalversammlung in Aussicht. — Auch dem Vicepräsidenten wurde noch ein Bürgergruß gebracht und so endete der erste Tag des Festes.!

Der König war mit dem Reichsverweser Nachts nach Schloß Brühl gefahren, von wo sie am andern Morgen wieder in Köln eintrafen und einer Parade der Bürgerwehr und der Garnison beiwohnten. (Nach der Köln. Ztg.)

Digitized by Google

Räthe seyen, einzeln Urlaub, oder eine Gesammtbewilligung ertheilen. Ein Mitglied stellt die Anfrage, wie es denn mit der von der Nationalversammlung angeordneten Untersuchung der Lage der arbeitenden Klasse stehe? von der, obwohl sie vor zwei Monaten angeordnet worden sey, noch nichts verlautet habe. Der Minister des Innern erklärt, daß selbe durch die Zeitereignisse verzögert worden sey, daß aber die Präsekten den Auftrag hätten, diese Untersuchung möglichst zu beschleunigen. Herr Alkan beschwert sich im Namen des Arbeits-Comités, daß diese Untersuchung in einigen Departements noch gar nicht begonnen habe, in andern auf das Schlechteste betrieben werde. — Nach einigen Worten des Ministers wird der Gegenstand fallen lassen und man geht zur Tagesordnung; — die Gründung eines Regierungs-Journals betreffend. Dieses unglückliche Projekt das schon vor der Diskussion allgemein gemißbilligt und von der Regierung weder vorgeschlagen noch unterstützt worden ist, wird von Krembruel mit unerbittlicher Logik angegriffen und es wird von ihm mit großer Klarheit die unbestrittene und doch so verkannte Wahrheit nachgewiesen, daß jedes Regierungs-Journal, das mehr oder etwas Anderes als ein schwarzes Brett, d. h. ein öffizielles Amtsblatt ist, theils in Widersprüche verfällt, theils zu einer jener gefährlichen Maschine wird, die in der Hand zerspringen und statt zu vertheidigen tödten. Bei Postschluß dauert die Diskussion fort und die Verwerfung des Vorschlags steht außer allen Zweifel.

Großbritannien.

London, 12. August. Die Regierung wollte sich im Parlamente nicht äußern über die Bestimmung der englischen Flotte in Neapel. Der neapolitanische Gesandte in London hat erklärt, daß, wenn diese Flotte, die gegen Sizilien bestimmten Kriegsschiffe seines Herrn am Auslaufen hindern werde, der neapolitanische Hof ein solches Verfahren einer Kriegserklärung gleich achten müsse. Im Parlamente geben die Minister fortwährend die friedfertigsten Versicherungen, nicht blos für sich, sondern auch für die französische und die russische Regierung. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. August. Am 4. August ist der Baron Mantenfel, Adjutant des Königs von Preußen, in besonderm Auftrage und mit einem Briefe desselben hier angekommen und von dem Könige von Schweden empfangen — Der große Chemiker Jöhs. J. Berzelius ist am 7. August gestorben; er war 1779 am 29. August in Linköping geboren.

Stralsund, 12. August. Gestern lief das hier erbaute Kanonenboot in Gegenwart des zu dieser Festlichkeit eingeladenen Prinzen Adalbert vom Stapel.

Bekanntmachung.

Die Bäckermeister Johann und Katharina Meyer'schen Eheleute zu Schnabelwaid wollen mit ihren fünf Kindern sowie dem Dienstknecht Lorenz Meyer von Zips und der ledigen Elisabetha Reichel von Weidensees nebst ihrer 10jährigen Tochter Elisabetha nach den vereinigten Staaten von Nordamerika auswandern, weshalb etwaige Forderungen an dieselben am

Samstag den 26. d. M. Vorm. 9 Uhr

bei Vermeidung des Ausschlusses hierorts anzu melden und sofort nachzuweisen sind.

Pegnitz, den 12. August. 1848.

Königliches Landgericht.
Schober.

Anzeigen.

Nähere Beleuchtung.

Sowohl das vom Patrimonialrichter Herrn Ernst Abraham Barsch zu seiner Rechtfertigung gegen die ihm in Nro. 207 des Kouriers zu Nürnberg gemachten Beschuldigungen, unterm 28. Juli 1848 vorgebrachte, als auch die von einigen Gutsherren für selben versuchte und in Nro. 227 obiger Zeitung enthaltene Vertheidigung, verdient eine Berücksichtigung, denn die verfuchte Vertheidigung jener Gutsherren ist auf dringendes Veranlassen des Herrn Ernst Abraham Barsch und wider ihr eigenes gutes Wissen erfolgt. Sein Bemühen, die übrigen Inhaber der von ihm verwalteten bedeutenden Gerichte, sowie mehrere Gerichtsholden für sich Behufs der vorgehabten Vertheidigung zu gewinnen, war ein vergebliches, da sich von dieser Seite zu sehr überzeugt wurde von dem anmassenden und willkürlichen Benehmen des Ernst Abraham Barsch. Daß Beschwerden gegen ihn nicht geführt worden seyn sollen, ist unwahr, denn nicht selten sind ihm hierüber von seinen vorgesetzten Behörden derbe Zurechtweisungen zugegangen.

Aber die meisten der Gerichtsholden unterliessen Beschwerde gegen Ernst Abraham Barsch zu führen, weil selbe, durch sein grobes Benehmen sehr eingeschüchtert, befürchteten, hernach noch größeren Insultationen ausgesetzt zu werden.

Die öffentliche Meinung der Einwohnerschaft der Umgebung hat längst über die besitzenden Leidenschaften des Ernst Abraham Barsch gerichtet, und seine Volksthümlichkeit hat er am besten gegen seine Gerichtsholden zu erkennen gegeben, bei Abhaltung von Gerichtstagen. Einen Beleg hiefür geben die seit geraumer Zeit bei dem Patrimonialgerichte II. Klasse Conradsreuth angefallenen, nicht unbedeutenden Strafen, welch letztere nach Uebereinkommen der Gutsherrschaft als Eigenthum der Armeninstitung zu Conradsreuth zufliessen sollten, gleichwohl aber vom Ernst Abraham Barsch sich angeeignet wurden. Der Betrag dieser Strafen in dem Rothjahre 1847 belief sich auf 150 fl. Auch hat derselbe, zuwider der Vollzugseinstruktion zur Beilage der Verfassungsurkunde vom 18. Oktober 1837 Nro. 115, diejenigen Strafgelder, worüber erst die distriktspolizeiliche Genehmigung erfolgen mußte, eingehoben, ohne sie an die landgerichtliche Sportelkasse abzuliefern.

Sein willkührliches Handeln hat Herr Ernst Abraham Barsch aber auch zu erkennen gegeben bei Anfässigmachungen, in welch letzterer Beziehung er Zeugnisse vernichtete, um den Gesuchsteller abweisen zu können.

Damit nun diesem Herrn Ernst Abraham Barsch, welcher mit Schaudern an seine Zukunft denken mag, sich von seinem Anmassen trennen zu müssen und unter der Schere eines andern Beamten zu stehen, und, wie man vermuthet, im Gefühle seines Unrechts dafür gesorgt hat, daß die beiden Blätter des Kuverts, in welchen die Anschuldigungen gegen ihn enthalten sind, in den beiden Gesellschaften Hofs von den übrigen Blättern entfernt und vernichtet wurden, in seiner übermüthigen Weise sich nicht einfallen lasse, er habe Recht und es dürfe Niemand wagen gegen seine erhabene Person zu handeln, so will man, falls er sich hiemit noch nicht begnügen sollte, noch bemerken, daß noch viele dergleichen Thatsachen angeführt werden können, zu deren speceller Anführung aber ein bedeutender Raum erforderlich wäre.

Mehrere patrimonialgerichtliche Grundholden.

Concert.

Freitag den 18. August findet im Saale zur Harmonie unter Mitwirkung der hiesigen Regimentsmusik ein Concert der Violin- und Clarinett-Virtuosen Gebr. Möhrenschlager aus Erlangen statt, wozu sie die ergebenste Einladung machen. Anfang 6 Uhr.

Am nächsten Sonntag und Montag ist Kirchweih in Leben bei Bindlach, wozu ergebenst einladet, mit der Versicherung, daß für sehr gutes Bier und Speisen bestens gesorgt ist.

Schultheiß, Wirth und Metzgermeister.

Ich warne hiermit Jedermann, Niemanden auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leisten werde.

St. Georgen bei Bayreuth, den 15. Aug. 1848.

J. A. F. Schmidt, Metzgermeister.

Es sind 4 eiserne Gewichtsteine mit 1, 2, 3, 4 Pfund bezeichnet, entwendet worden. Wer sichere Anzeige davon macht, bekommt einen Thaler Douceur. Näheres im Zeitungscomptoir.

Ein Pianoforte ist zu vermiethen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Hause Nr. 246 ist ein noch wenig gebrauchter Oekonomie-Wagen mit eisernen Achsen zu verkaufen.

Im Verlage der Sch. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 231.** **20. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 17. August. Die Nationalversammlung hielt heute nach 4tägiger Unterbrechung wieder eine Sitzung die aber sehr schwach besucht war, da viele Mitglieder noch in den Ferien sind. Der Präsident v. Gagern gab einen Bericht über den Empfang der Abgeordneten der Nationalversammlung in Köln. Die sonderbare Aeußerung des Königs von Preußen: die Nationalversammlung möge nicht vergessen, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe, und daß er zu ihnen gehöre, konnte Hr. von Gagern nicht ignoriren, suchte sie aber durch die Versicherung unschädlich zu machen, daß der König in allen seinen spätern Reden die beste Gesinnung gezeigt habe, mit der Nationalversammlung zum Zweck der deutschen Einheit Hand in Hand zu gehen. Einen besondern Nachdruck legte Hr. v. Gagern auch darauf, daß der König und der Reichsverweser bei dem großen Festmahle auf die Gesundheit sämmtlicher Reichstagsmitglieder tranken. Die Versammlung hörte jedoch bei dem Berichte ziemlich kalt. Die Mitglieder der Rechten hatten größtentheils das Fest selbst mitgemacht, und erfuhren also nichts Neues, die der Linken aber schienen für die ihnen von den hohen Häuptern erwiesene Ehre nicht sonderlich empfänglich zu seyn. Vielleicht dachten sie auch an die neuesten Vorgänge in Berlin und die unterlassene Huldigung des preuß. Militairs am 6. August! — Durch eine Interpellation des sächs. Abg. Eisenstuck erfuhren wir heute, daß das Gesetz über die Unverantwortlichkeit der Reichsminister nächstens vorgelegt werden wird. Die heutige Sitzung wurde übrigens mit der Berathung über die Grundrechte ausgefüllt, und zwar mit dem §. 9. welcher von der Haussuchung handelt. Außer dem Ausschußantrag lagen eine Menge Amendements vor, welche alle den Zweck hatten, der polizeilichen Willkühr bei Haussuchungen, wie sie bisher in Deutschland verübt worden, ein Ziel zu setzen. Am stärksten sprach sich hierüber Hr. Schlöffel aus Schlesien aus, welcher früher selbst in politische Untersuchungen verwickelt war und Gelegenheit hatte, die ganze Brutalität des polizeilichen Verfahrens bei Haussuchungen an sich zu erfahren. Sein Amendement, das bei Haussuchungen jedesmal ein Gerichtsbeamter anwesend seyn müsse, wurde übrigens gleich vielen andern verworfen, und der §. 9. in folgender Fassung angenommen: „Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf, außer im Falle der Verfolgung eines Verbrechers auf frischer That, nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden, und muß, wenn thunlich, unter Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden."

München, 15. August. Nachträglich zu unserem letzten Artikel beeilen wir uns, zu vernachrichten, daß in der Angelegenheit zwischen Oberlieutenant v. Wallmenich und Major Hüg eine Ausgleichung dahin zu Stand gebracht worden ist, daß Major Hüg dem Hrn. Oberlieutenant eine satisfaktionelle Ehrenerklärung gab und zugleich seine dienstliche Anzeige zurücknommen hat. — Ueber den Gang des freiwilligen Anlehens vernimmt man, daß bis jetzt an 4½ Millionen gezeichnet und namentlich in den Provinzen die Hundert Gulden Scheine sehr gesucht sind. Auch hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die Ablösung von Seite der Staatsgrundholden in mehreren Gegenden bereits begonnen haben und dadurch dem Staatsschatze bedeutende Summen zufließen. Möge über die Verwaltung der nächstens bedeutend anwachsenden Baarvorräthe die Kontrole der Volksvertreter eine kräftigere und genauere seyn, als bisher; möge das Volk selbst über sein Vermögen, über sein Gut und über dessen Verwendung strenge wachen und wir hoffen, die Bürden, die uns eine schändliche Verwaltung geschlagen, werden bald heilen. Nur laßt euch nicht so viel breite, viereckte und am Ende gar fünfte Bataillone aufhalsen! (D. c. Z.)

München 17. August. Wie man aus guter Quelle weiß, wird nun binnen Kurzem die längst erwartete Verordnung wegen Oeffentlichkeit der Gemeinderaths-Sitzungen erscheinen. — Künftigen Samstag wird der König von Reichenhall wieder hier zurückerwartet.

München, 16. August. Dienstesnachrichten. Der Kreis- und Stadtgerichtsrath Wilhelm Pöhlmann in Bayreuth ist unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeigung mit seinem mehr als fünfzigjährigen Diensten in den definitiven Ruhestand und sohin die durch in Erledigung kommende Stelle der Kreis- und Stadtgerichtsrath Friedrich Ritter in Fürth versetzt, sofort zu der hiedurch erledigten Stelle der Kreis- und Stadtgerichtsassessor von Paschwitz in Bayreuth befördert, die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg erledigte Rathsstelle dem Protokollisten und Rathsactenführer am Handelsgerichte zu Nürnberg M. J. Müller verliehen, ferner auf die erledigte Advokatenstelle zu Forchheim der Advokat J. Eschborn zu Rothenfels seinem Gesuch entsprechend versetzt worden.

Ein Reskript aus dem Ministerium des Innern über die demnächst stattfindenden Gemeindewahlen lautet: „Auf die in Anregung gekommene Frage wegen zeitweiser Vertagung der diesjährigen ordentlichen Gemeinde-Ersatzwahlen auf Grund der in Ausicht stehenden Revision der Gemeindewahlordnung vom 5. April 1818 wird zur Entschließung eröffnet, wie, obwohl nach der in dem Landtags-Abschiede vom 4. Juni allerhöchst gegebenen Zu-

Feuilleton.

Das Dombaufest zu Köln.

Die Kölnische Zeitung widmet auch dem letzten Tage des Dombaufestes einen vier-riesenspaltigen Bericht, dem wir folgendes entnehmen. Der 15. d. Mts., der Tag der Consecration, wurde wieder mit Glockengeläute eröffnet, worauf eine Parade der 4000 Bürgermänner und der 6000 Mann Garnisonstruppen vor den Fürsten erfolgte. Die Consecrationsfeier wurde nach dem Rituale bei verschlossenen Thüren des Doms vorgenommen, während die um die Kirche versammelten Schaaren der Gläubigen beteten und sangen. Ein erhabener Anblick war es für den Berichterstatter der Kölnischen Ztg., als der Erzbischof, begleitet von nicht weniger als neun in goldenen Ornate prangenden Bischöfen, um den Bau zog, um die heilige Stätte einzuweihen. Völlig duhramblisch wird sein Styl, wenn er das Te deum schildert, das vom Erzbischof angestimmt wurde und verkündigt von der Glocken feierlichen Stimme und dem vollen Donner der Kanonen. Bis 1 Uhr dauerte die Kirchenfeier. Die Armen erhielten 36 Ohm Wein und auf jede Fürstin ein pfündiges Wurstbrod. Außerdem wurden 5000 Portionen Fleischkuhe und Fleisch vertheilt. — Um 1 Uhr wurde der Saal des Gürzenich eröffnet. — An den Tafeln der fürstlichen Gäste befanden sich 240 Personen, der Vereins-Genossen und andere Theilnehmer waren gegen 900. Der Saal war zwar einfach, aber in geschmackvoller Weise ausgezeichnet und überreich mit Gaskammen erleuchtet. Der König saß zur Linken des Erzherzogs. Der Toast des Königs lautete: „Mein Toast gilt einem deutschen Manne, einem meiner bewährten Freunde. Dem Manne Ihres Vertrauens, der auch meine Liebe, mein vollstes Vertrauen besitzt. Er gebe uns einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten — den Erzherzog Johann, den Reichsverweser!" — Der Reichsverweser stieß den König leben. Dann trat von Gagern auf, mit dem lautesten Hoch begrüßt. Sein Trinkspruch galt dem einigen Deutschland und passend nannte er das Fest selbst ein Fest der That. Und noch einmal brachte Friedrich Wilhelm einen Toastaus. „Den wackern Werkleuten am Bau eines einigen Deutschlands, den an- und abwesenden Mitgliedern der Nationalversammlung in Frankfurt." Weiter wurden Toaste ausgebracht vom Reichsverweser der Stadt Köln, vom Erzbischof den Fürsten und Völkern, die berufen sind den Dom des Vaterlandes aufzubauen, v. Scheven den deutschen Brüderschaft, den Gagern: der Berliner Nationalversammlung, von Philipps den Vertretern des gesammten Vaterlandes und ihrem würdigen Vorsitzer u. s. f. Abends war die Stadt brillant beleuchtet. —

Digitized by Google

scherung die Revision der Gemeindewahlordnung vom 5. August 1818 allerdings in nicht ferner Aussicht steht, die Vertagung der diesjährigen ordentlichen Gemeinde-Ersatzwahlen auch nur für eine kurze Zeit jedoch mit dem klaren Wortlaute der gesetzlichen Bestimmungen in dem §. 50 des Gemeinde-Edikts und Art 65 der Gemeindewahlordnung, sowie mit den Grundsätzen des Mandats bezüglich auf die Wähler sowohl als die Gewählten nicht vereinbarlich erscheint. Es hat daher unter Hinweisung auf den Art. 38, Absatz 2 der Gemeindewahlordnung bei dem Vollzuge auch der diesjährigen ordentlichen Gemeinde-Ersatzwahlen lediglich das Bewenden und es sind diese Wahlen sonach den Vorschriften der Gemeindewahlordnung vom 5. August 1818 und den übrigen desfallsigen Direktiven entsprechend einzuleiten und ordnungsmäßig durchzuführen. Hiebei wird der kgl. Regierung, Kammer des Innern, noch Folgendes zur Nachachtung bekannt gemacht: 1) Da im Laufe der jüngsten Zeit mehrfach der Wunsch nach angemessener Erweiterung der Urwahlbezirke (Art. 21 und 39 der Gemeindewahlordnung) laut geworden ist, so wird unter Hinweisung auf das Ministerialausschreiben vom 14. Juli v. Js., die Bildung der Wahlbezirke bei Vornahme der Gemeindewahlen betreffend, hiemit die Beachtung ertheilt, in jenen Städten, in welchen nicht schon angemessen große Urwahlbezirke bestehen und wo Wunsch und Bedürfniß nach Erweiterung sich kundgibt, diese Bezirke mit Rücksicht auf den §. 74 des revidirten Gemeinde-Edikts in der Art verhältnißmäßig zu erweitern, daß der Auswahl ein möglichst großer Spielraum gegeben wird. 2) Bezüglich auf die Gemeindewahlen in konfessionell gemischten Orten, sie kann, mit Vorbehalt jedoch der Regelung dieser Verhältnisse im legislativen Wege, wesür auch bereits die entsprechenden Einleitungen getroffen sind, im Hinblick auf den Art. 3 der Gemeindewahlordnung und auf die allerhöchste Entschließung vom 29. August 1818 (Döllinger's Verordnungs-Sammlung Bd. XI. 3 S. 943) die Einführung einer Parität zwischen Katholiken und Protestanten in der Zahl der Wahlmänner, der Gemeindevollmächtigten und der Magistratsglieder weder im Allgemeinen, noch in Beziehung auf die Verwaltung der etwa bestehenden, der einen oder der anderen Konfession ausschließend angehörigen oder paritätischen Unterrichts- und Wohlthätigkeitsstiftungen stattgegeben werden. Das unterfertigte Staatsministerium vertraut vielmehr gerne zu den loyalen Gesinnungen der Mitglieder der beiden Konfessionen, daß sie, durch Erwägungen von der Ueberzeugung, daß Duldung und Eintracht Hauptfaktoren eines gedeihlichen Gemeindelebens seyen, sie auch in diesen konfessionellen Beziehungen freundlich und vertrauensvoll einigen werden, während übrigens auch nach Maßgabe der angeführten allerhöchsten Entschließung vom 29. August 1818 den Wählern insbesondere aus dem Gremium der Gemeindevollmächtigten unbenommen ist, bei der Wahl der Magistratsglieder ihr Augenmerk darauf zu richten, damit eine jener konfessionellen Verhältnissen der Verwaltung entsprechende Anzahl von Magistratsräthen aus beiden Konfessionen gewählt werde. München, den 6 August 1848."

Würzburg, 17. August. Heute Nachmittag traf die Batterie Spiegl vom Regiment Prinz Leopold in Würzburg hier ein. Dieselbe geht nach Bamberg; sie ist bestimmt, in eine leichte 12pfünder Batterie verwandelt zu werden, um nöthigenfalls nach Schleswig zu marschiren.

Berlin, 16. August. Nach uns zugekommen authentischen Mittheilungen über die Ausdehnung, welche die Cholera bis jetzt in Berlin genommen hat, waren bis zum 11. August Mittags 30 Personen erkrankt. Davon sind 23 gestorben, 3 genesen 4 blieben in Behandlung; vom 12.—13. August Mittags betrug der Zuwachs 6; vom 13.—14. August Mittags Zuwachs ebenso 6, vom 14.—15. August Mittags 3. Die Summe der Erkrankten belief sich mithin bis gestern Mittag auf 45, die Summe der Gestorbenen auf 33; 8 sind noch in Behandlung.

Das Kölner Dombaufest gab dem Könige von Preußen wies der einmal Gelegenheit, seine Anhänglichkeit an die Kunst zu bethätigen. Er hat, ersterer mit und ohne Schleifen, je nach der Rangklasse auf der hierarchischen Leiter glücklich angehörigen, Maler Fischer in München, der als Marterleier an den Glasgemälden nicht wohl übergangen werden konnte, und als einfacher Künstler ohne Professor, ohne Inspectorat, nicht einmal sie den sonst unumgänglichen vierten würdig genug schien, wurde mit den goldenen Medaillen für Kunst beehrt. Man glaubt, daß mehrere der Bedachten auf diese treditlos gewordenen Ehren verzichten werden, wie seinere Zeit der Eremit von Gaating mit dem schwarzen Adlerorden einmal verfahren ist.

In **Düsseldorf**, das der König von Preußen auf seiner Reise zum Kölner Dombaufest am 14. d. Mts. berührte, hatte die Bürgerwehr beschlossen, im Hinblick auf die in Preußen am 6. August nicht erfolgte Huldigung durch das Militair, eine Demonstration ihrer Gesinnung dadurch kund zu geben, daß sie zum Empfange des Königs weder ausrücken noch sonst Empfangsfeierlichkeiten anordnete. Die Ausführung dieses Beschlusses gab Veranlassung zu einem Straßenkampfe zwischen dem preußisch gesinnten Militair und der deutsch gesinnten Bürgerschaft. Die Angaben schwanken darüber, wer die erste Schuld an diesen traurigen Exzessen trägt, deren Folgen mehrfache Verwundungen und eine Tödtung waren. Von beiden Parteien wurde Generalmarsch geschlagen und erst spät gelang es der Bürgerwehr die Straßen zu reinigen.

Stralsund, 13. August. Diesen Mittag traf der Generalmajor v. Below von Berlin hierselbst ein und reiste per Dampfschiff nach Schweden weiter. Derselbe besitzt die Vollmacht des Königs von Preußen behufs Abschlusses der Verhandlungen mit Dänemark, und machte kein Hehl daraus, daß die größte Hoffnung auf den Erfolg seiner Mission vorhanden und eine unverzügliche Beilegung der Streitfrage zu erwarten sey. (D. A. Z.)

Wien, 14. August. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung dem Erzherzog-Reichsverweser zehn Regimenter aus als Kern einer zu bildenden Reichsarmee der deutschen Centralgewalt anzubieten, wovon ein Theil sogleich nach Schleswig marschiren soll. — Feldmarschall-Radetzky soll um eine weitere Verstärkerung von 30,000 M. angefucht haben, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein.

Wien, 14 August. Heute war an der Börse das Gerücht verbreitet, England und Frankreich hätten die Garantie der an Oesterreich zu leistenden Kriegsentschädigung übernommen, was auf die Cours günstig wirkte. — Die gestern Nachmittag veröffentlichte Proklamation des Kaisers „an seine getreuen Wiener" hat durch den Inhalt wie durch den herzlichen Ton der Ansprache einen allgemeinen guten Eindruck hervorgebracht. Ihr theile sie Ihnen hier wörtlich mit: „An meine getreuen Bürger! Der gestrige Tag an welchen ich in eure Mitte zurückkehrend die schönen Beweise einer alten unveränderlichen Liebe erntete, wird mir und allen Gliedern des kaiserlichen Hauses unvergeßlich bleiben. Möge er als feierlicher Gedächtnißtag des neuen Bundes zwischen einem freien Volke und seinem constitutionellen Kaiser in der Geschichte des Vaterlandes eine glänzen, mögen auch fernerhin Friede Eintracht, Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrschen, damit unter ihrem Schutze der Wohlstand unseres neuen verfassungsmäßigen Staates sich gut Heil und Segen aller Völker Oesterreichs gedeihe und sich kräftige. Im Vereine mit den selbst gewählten Vertretern leiten, und unterstützt von meinen verantwortlichen Räthen, hoffe ich die schwere mir beschiedene Aufgabe, die neue Constituirung des Vaterlandes, rühmlich zu Ende zu führen. Wien, 13. August 1848. Ferdinand."

Wien, 15. August. Sehr viel Aufsehen macht der deutschkatholische Verein, der seit Kurzem so sehr an Ausdehnung gewonnen hat, daß er heute bereits eine großartige Versammlung im Orient abhalten konnte. Paul Kopetarek der bei der Pfarrkirche am Hof, und Hirschberger, Garnisonsprediger, treiben unter stürmischem Beifalle lebhafte Vorträge, worin sie sich ganz dem Neugermanismus anschließen. Gänzlicher Zerfall der katholischen Hierarchie und wahrhafte Religionsfreiheit, das sind die Stichworte, deren die Reformatoren sich mit Glück bedienten. Erwagt man, daß das Gros der Wiener Bevölkerung nichts weniger als fanatisch ist, so könnte man besonders bei dem Reize der Neuheit, welchen der Neukatholicismus übt, leicht eine bedeutende Ausbreitung und Wurzelfaßt desselben voraussehen. Hunderte von Personen ließen sich schon heute als ständige Vereinsmitglieder einzeichnen und besonders bemerkenswerth war der Zulauf von Mädchen und Frauen.

Wien, 11. August. Aus dem Munde des Unterstaatssecretärs **Dr.** Mayer erfahre ich, daß nächster Tage eine Menge Petitionen von Klostergeistlichen um Aufhebung der Klöster einlaufen werden. Die Brünner Geistlichen haben eine solche schon entworfen und eingeschickt. In dieser sind 20 Hauptpunkte, worunter „Aufsehung der kirchlichen und politischen Verbindung mit Rom," „Verleihung eines katholischen Ober-Seelsorgeramts," „Religionsfreiheit," „Aufhebung des hierarchischen Zwanges," „Aufhebung des geistlichen Standes als Stand," „Verleihung der Geistlichen auf die Communitäten," „Aufhebung aller geistlichen Corporationen," „Organisation der weiblichen barmherzigen Orden auf constitutioneller klösterlicher Basis," „Abschaffung der geistlichen Absteichen in foro," „Festsetzung des Gehaltes: Minimum 400 fl. C.-M., Maximum 12.000 fl. C.-M." ꝛc. Man will die Brünner Petition namentlich ins Augenmerk ziehen bei Umgestaltung der katholischen Staatskirche Oesterreichs. (Z. J.)

Digitized by Google

Leipzig, 16. August. Robert Blum, der Vertreter hiesiger Stadt, hat heute vor einer Volksversammlung in langer, mit großem Beifall aufgenommenen Rede, sein System vor seinen Wählern vertheidigt. Wie er in dieser, aufschieden gemäßigten Rede behauptete, wäre man in Frankfurt von der Idee eines deutschen Kaisers allgemein abgekommen. — Am Abend wurde dem berühmten Parlamentsmitgliede ein glanzender Fackelzug von mehr als 1300 Fackeln gebracht.

Freiburg, 14. August. Dem Vernehmen nach ist gestern eine Abordnung von Mitgliedern der Reichsversammlung durch unsere Stadt gekommen, welche sich nach Mailand begibt, um dort den Stand der Dinge kennen zu lernen und der Zentralgewalt Bericht zu erstatten. Diese wird dann, wie man hört, ihre Mittheilungen zur Grundlage eines Vermittlungsversuches machen.

Apenrade, 14. August. Die noch bei der dänischen Armee in Jütland befindlichen zwei schleswigschen Bataillone sind, nach Aussage eines von unsern Vorposten gefangen genommenen dänischen Jägerunteroffiziers, in offene Rebellion ausgebrochen, sodaß man sie hat auflösen und entwaffnet nach Fühnen senden müssen. (D. A. Z.)

Altona, 15. August. Heute um die Abendzeit trafen die ersten Nassauer, 800 M. stark, Infanterie und Artillerie, nebst Kanonen, Waggons und Munitionswagen, von Hamburg kommend hier ein. Die Trainpferde, sowie eine zweite ebenso starke Abtheilung nassauischer Truppen werden morgen nachfolgen. — Der Schiffsbaumeister Ernst Dreyer in Altona ist unterm 14. August zum Inspekteur der in den Bergungsdienst gestellten Kriegsschiffbauten ernannt worden. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 12 August. Ein Kurier aus Gross-Becskerek meldet von einem siegreichen Gefechte der Ungarn unter dem Obersten Kisch gegen die Insurgenten. Diese wurden mit großen aus den früher von ihnen besetzten Ortschaften Szaresa, Neuzina u. s. w. vertrieben. Das ganze Feld war mit Leichen der Insurgenten bedeckt. Der Verlust auf ungarischer Seite wird übereinstimmend als gering angegeben. In gleicher Zeit ist die Nachricht eingetroffen, daß der Banus Jellachich die wichtige Stadt Fiume besetzen ließ. Von beiden Seiten wird über unmenschliche Grausamkeit geklagt. Im Lager der Insurgenten ist ein Preis von 1 Gulden auf jeden eingebrachten ungarischen Kopf gesetzt, dagegen klagt der Erzbischof Rackacics von Karlowitz in einem Sendschreiben an den Feldmarschallieutenant v. Hrabrowsky über haarsträubende Szenen, welche die Ungarn gegen die Serbianer ausführen sollen.

Alt-Orsova, 23. Juli. In aller Eile und unter dem furchtbarsten Angst- und Jammergeschrei unserer Landesbevölkerung theile ich Ihnen mit, daß tausend und tausend Millionen Heuschrecken unsere Gegend verfinstern und uns Alles aufzufressen drohen. Diese Thiere nehmen einen Zug von Serbien herüber und messen 3 Zoll in der Länge und einen halben Zoll in der Dicke. Schon ist unser ganze Kultur auf den Feldern, der noch grün ist, bis auf den grünen Stengel aufgegessen. Fenstabends Kanonen, Schüssen, Bärmen, Heulen, Jammern, hört man auf unseren Straßen, vermuthlich um die gefräßigen Thiere zu verscheuchen. Ein großer Theil rekte sich wie eine hergabsinkende Lawine in die fetten Thäler von Mehadia. Mein Gott, was soll aus uns werden, Räuber drohen unser Hab und Gut zu vernichten, die Heuschrecken unsere Felder und die Cholera uns selbst!!

Italien.

Mailand, 11. August. Die Stadt ist in vollkommener Ruhe. Man sieht offenbar, daß Oesterreich mit Klugheit und Sanftmuth verfahren will; auch soll nächstens der Belagerungszustand aufgehoben werden, wodurch das Zurückkehren wieder wachsen und viele Familien die ausgewandert waren, zurückstehen werden. Die Postverbindung geht noch sehr unregelmäßig, weil ein großer Theil des Postpersonals flüchtig ist. Der Befehl zur Ablieferung von Waffen soll den Erfolg gehabt haben, daß schon 30,000 Flinten eingeliefert wurden. Die Nachricht der Zürcher Blätter von einer ausgeschriebenen Konskription wird für grundlos erklärt. Fortwährend wird die ausgezeichnete Mannszucht der österreichischen Armee gerühmt.

Frankreich.

* **Paris**, 15. August. Die Regierung hat wichtige Nachrichten aus Marokko erhalten; — der Kaiser Abderrhaman ist in einige Schwierigkeiten mit England, in offene Feindseligkeit mit Spanien gerathen. Ein englischer Handelsmann und Consul in Mazagan, Herr Redmann, hat vom Kaiser gegen Bezahlung die Bewilligung zur Ausfuhr eines großen Getreide-Vorraths erhalten. In dem Augenblicke, wo das Getreide eingeschifft werden sollte, wurde die Bewilligung zurückgenommen. Herr Redmann forderte seine erkaufte Ausfuhrbewilligung oder eine Entschädigung von 225,000 Piastern. Der englische General-Consul scheint ein, der Kaiser scheb alle Schuld auf den Kaid von Mazagan **El Hadschi Mussa** und die Entschädigung ward von beiden Seiten auf 185,000 harte Piaster festgesetzt. Allein der Kaid weigerte sich zu zahlen, vorgebend, er habe seinen Befehl erhalten und würde, selbst wenn er ihn erhalten, nicht zahlen. Der General-Consul schreibt an den Kaiser und erhält als Antwort — seine Depesche uneröffnet zurück. Er reiselt an seine Regierung und diese trägt ihm auf, dem Kaiser als letzte Zahlungsfrist 25 Tage zu gestatten, nach deren Ablauf die englische Flotte unter Admiral Parker vor Tanger erscheinen und der Forderung Englands Nachdruck geben würde. Zugleich mit der englischen Depesche hat der Kaiser auch eine Depesche des französischen General-Consuls Du Chaslan unerbrochen zurückgeschickt. Man fragt sich nun, was die französische Regierung thun wird. Betreffend Spanien, so haben die Spanier vor einiger Zeit die Zaffarinischen Inseln genommen, als Repressalie haben die Mauren das Riff der spanischen Festung Melilla angegriffen und einen Theil der Garnison weggemordet mehrere Offiziere getödtet. Seit dieser Zeit belagern sie die Festung und bemruhigen sie durch fortwährende Angriffe. Endlich ward ein Waffenstillstand bis Ende Juni abgeschlossen, — während dieses Waffenstillstandes sollen die Spanier einen Ausfall gemacht und eine Menge Mauren niedergemetzelt haben. Der Pascha von Larasch hat hierauf sogleich die Feindseligkeiten gegen Spanien als eröffnet erklärt und der Kaiser ist von Fez mit 20,000 Mann nach dem Riff ausmarschirt. Spanien dagegen armirt eine Escadre und schickt Schiffe und Truppen gegen die Marokkaner. Es wird dies wieder eine jener kostspieligen Expeditionen ohne Resultat für diese Theile Europens, wie wir deren auf der Nordküste Afrika's schon oft erlebt haben.

Der Nationat enthält einen Brief aus Novara vom 7. worin auf das Bestimmteste nachgewiesen wird, daß sich im Generalstabe der piemontesischen Armee Verräther befanden, die den Marschall Radetzky von Allem unterrichteten, was im piemontesischen Hauptquartier beschlossen ward und zugleich das Resultat jeder noch so günstigen Operation vereitelten. Uebrigens scheint man in Piemont überzeugt: daß Carl Albert die Sache Italiens verrathen und mit Radetzky einen geheimen Vertrag geschlossen hat, den er nicht zu veröffentlichen wagt. Die aristokratische Partei in Turin triumphirt, aber es bereitet sich bereits eine radicale Reaktion vor, die von Genua ausgehend, Alles in Frage stellen dürfte.

Die äußerste Avantgarde der Alpen-Armee ist nach La Mure und Corps abgegangen. Die Cavalerie-Division der Armee hat ihre Cantonnirungen verlassen und ist in die Umgebungen von Briançon vorgerückt, von wo, im Falle einer Intervention der Einmarsch in Italien geschieht. Zwei Linien-Regimenter sind gestern von Paris zur Alpen-Armee abgegangen.

Die Presse zeigt heute an, General Cavaignac habe seinen Freunden gesagt, er sey der Regierung müde und werde zu Ende dieses Monats die ihm von der Nationalversammlung übertragene Gewalt niederlegen.

Die Mérider Journale bis zum 10. sind angekommen. Sie melden, daß das diplomatische Corps eingeladen worden ist, der Eröffnung der Herzogin von Montpensier beizuwohnen, und daß eine starke republikanische Guerilla von Frankreich in Catalonien eingedrungen ist. General Serrano ist aus Andalusien abberufen, an seine Stelle ist Campuzano General-Capitän geworden.

Die Turiner Journale sind vom 11. — Das Ministerium hatte seine Entlassung gegeben, der König sie angenommen und Herrn Merlo mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt. Dieselben Blätter melden nun auch den Abschluß eines sechswöchentlichen Waffenstillstandes und daß ein toskanischer Kabinets-Kourier dem österreichischen General Welden eine Protestation Englands und Frankreichs gegen jedes Vorrücken in die Legationen überbracht habe. — In Rom herrschte die größte Aufregung, — das Ministerium war gestürzt: Juncres: Fabri, Auswärtiges; Corbolos-Bussi, Finanzen: Lamo-Lauri, Staatsschatz: Murbinetti, Krieg: Campello, Polizei: Galetti. — Uebrigens sind die römischen Journale vom 6. heute ausgeblieben.

Man versichert, daß die Regierung heute durch den Telegraphen die Nachricht erhalten habe, daß Oesterreich die französisch-englische Vermittlung annehme.

Die Minister waren gestern Abend von 7 bis 10 Uhr beim General Cavaignac versammelt; heute um 2 Uhr, nach dem großen militärischen Gottesdienste zu Napoleons Gedächtniß, ist wieder Ministerrath.

Digitized by Google

Großbritannien.

London, 14. August. Endlich ist auch Meagher mit ein paar Genossen durch eine nächtliche Streifwache zwischen Rathcormon und Holy Cross verhaftet. Er ist ein junger Mann, erst 24 Jahre alt, mit bleichem hagerem Gesichte mit einer Adlernase. Es hieß, er habe erst mit dem englischen Behörden verhandelt, um sein Leben zu sichern. Allein er deklagt sich in den Zeitungen auf das bitterste gegen die Verläumdung, welche ihn seines letzten Beschtzuges, seiner Ehre, beraubem wolle. Ein Geistlicher bezeugt ihm auch, daß er eine sehr bereitwillige Gelegenheit, nach Amerika zu entkommen, nicht habe benutzen wollen, weil er entschlossen sey das Schicksal seiner Freunde zu theilen. Meagher ist nach Dublin gebracht und sitzt in dem nämlichen Gefängniß mit Smith O'Beien. Als dieser seine Gattin zum ersten Male besuchte, brach sie bei dem Anblicke ihres Mannes in Thränen aus und feagte ihn, was er jetzt über seine thörigten Unternehmungen dächte. Er antwortete, er sehe jetzt, wo es zu spät sey, seine Thorheit ein. Er werde seiner Familie entrissen, seines Vermögens beraubt und erschossen, erhängt oder lebenslänglich verbannt werden. Seine Gattin sah ihn in stummem Jammer an, während die Thränen ihr von den Wangen strömten. O'Brien selbst suchte vergebend seiner Verzweiflung Herr zu werden. Inzwischen hoffen die Verbündeten auf die Begnadigung ihrer Anführer in diesem verblendeten Aufstande.—Die Geschworenen, welche über Kevin O'Doherty, einen der Eigenthümer der „Irischen Tribune", das Urtheil sprechen sollten, haben nach langer Entschließung sich nicht vereinigen können. Sie waren zuletzt so erschöpft, daß man für ihr Leben und Gesundheit fürchtete. Man erfährt, daß zehn derselben für schuldig stimmten. Zwei aber, wovon der eine ein Engländer und Protestant, der andere ein Katholik und, wie es heißt ein Verbündeter, bestanden hartnäckig auf der Nichtschuldig! Die in England verlangte Einstimmigkeit der Geschworenen ist gewiß eine der seltsamsten moralischen Forderungen; auch in Schottland entscheidet die Mehrheit. Die Krone ist demnach mit ihrer ersten Anklage gegen die aufrührischen Zeitungen unterlegen.

Lokales und Provinzielles.

Entgegnung und Berichtigung.

Der Deutsche, so wie der Franzose und überhaupt alle Völker der Erde haben ihre charakteristischen Merkmale, durch die sie sich von andern Völkern unterscheiden. Aber behaupten zu wollen, die in dem Artikel: „Nur langsam voran" in Nr. 225 der Bayreuther Zeitung geschieht, „„daß eben in allen diesen unterscheidenden Merkmalen des Deutschen seine zu ehrende Eigenthümlichkeit bestehe"", setzt doch wahrlich einen mehr als englisch-übersspannten Nationaleigendünkel voraus. Oder vermöchte der edle und treue Nuelangsamvoran nur in den den Deutschen von andern Völkern unterscheidenden Merkmalen eine zu ehrende Eigenthümlichkeit zu erkennen, in den Eigenthümlichkeiten anderer aber nichts Ehrenswrtes und Nachahmenswerthes zu finden? Das wäre ein Nationalverdrehtheit, das in der That sich wender nirgends weniger, als von deutscher Gerechtigkeit erwarten ließe.

Zweck des Artikels „Nr. 220 dieser Zeitung war, auf eine von den menschlichen Schwächen, resp. Gebrechen des deutschen Canzleistyls aufmerksam zu machen, und nach dem Grundsatze: **contrariis juxta se posita magis elucescunt**, also gleichsam zur Folie der hier am unrechten Orte dies als Rausch- und Flittergold angedrachten deutschen Würde und deutschen Ernstes, wurde dem deutschen zopfgeknoteten Canzleistyl die moderne höfliche Schreibweise französischer Beamten entgegengesetzt.

Das Bemühen des gegnerischen Artikels in Nr. 225 dieser Zeitung aber geht dahin, das bezeichnete Gebrechen des deutschen Bureaustyls vielmehr als bevorzugendes Merkmal deutscher Eigenthümlichkeit auf Rechnung des deutschen Ernstes und der deutschen Würde zu setzen: — ein frühteverstprechendes Bemühen bei allen denen, die gleich den Bewohnern des Landes der Hinkenden das gerade freie Einhergehen für das Gebahren eines **modesüchtigen Uteraffen**, das mit gekrümmten Rückgrate an der Krücke ängstlich-vorsichtig sich fortschleppende Schnappauf und Schnappnieder der eingebornen Sitte aber für das exemplarische auf historischem Grunde basirte Geh-Reglement halten.

Wenn der edle Kämpe für deutschen Ernst und deutsche Würde, mit denen sich Höflichkeit und Komplimente nicht vertragen, auf die Lächerlichkeit aufmerksam macht, wenn derselbe würde: „der Herr N. ist als Mörder schuldig", so wird gewiß jeder Leser eines Erkenntnisses „in Sachen des Künstlers X. gegen den Rittergutsbesitzer Herrn Y.", oder „in Sachen des Kaufmanns A. gegen den Herrn Pfarrer B." auch sich getheben müssen, daß der deutsche Canzleistyl, wenn auch unverträglich mit Höflichkeit, doch nicht bar ist des schuldigen Respektes gegen die privilegirten weltlichen und geistlichen Würdenträger.

Daß das persönliche Benehmen der deutschen Beamten im Allgemeinen nicht unhöflich ist, kann allerdings in Wahrheit behauptet, aber gegentheils auch nicht in Abrede gestellt werden, daß von nicht wenigen, besonders von Unterbeamten auf dem Lande die Amtsuntergebenen im mündlichen Verkehre, wenn auch öfters mit Herr, doch daneben nichts weniger als höflich behandelt werden.

Zur Berichtigung und etwaigen Beruhigung bemerkt man noch schließlich: 1) Von dem Börneschen Citat in dem berührten Artikel ist nur aus Versehen beim Abschreiben der letzte Satz wider Willen mit angeführt werden. 2) Die vermeintlich dritte Quelle des mehrgenannten Artikels Nr. 220 dieser Zeitung entspringt — im Fichtelgebirge, in dem bekanntlich außer den vier nach den vier Weltgegenden friedlich hinströmenden acht und ungetrübten deutschen Flüssen und vielen andern Süßwasserquellen zwar auch noch ein sonst vielgebrauchtes sauerkohlgas Wasser hervorspruddelt, das aber bereits seinen Ruf und seine Geltung überlebt hat, indem es nicht einmal mehr von Schwachen und Kranken benützt wird, die vielmehr auch hierorts, wie jetzt allerwärts die belebende und stärkende Eigenschaft des gemeinen, chemischreinen, crystallhellen und frischen Brunnenwassers kennen und vorziehen gelernt haben.

Bayreuth, 19. August. In dem gestern im Saale der Harmoniegesellschaft gegebenen Concert der Gebrüder Möhrenschlager war ein nur wenig zahlreiches Publikum anwesend, was um so bedauernswerther ist, als die ausgezeichneten Leistungen dieser Künstler eine größere Theilnahme wohl verdient hätten. Wie der Violinist sich durch reine Intonation und seelenvollen Vortrag auszeichnet, so der Clarinettist durch einen schönen Ton und eine bewundernswerthe Kunstfertigkeit, die namentlich im Staccato brillirte. Letzterer bewährte auch ein hübsches Talent in Composition für sein Instrument sowie auch für Lieder. Für ein von ihm selbst componirtes und mit seinem metallischen Tenor mit warmer Innigkeit vorgetragenes Lied wurde ihm besonders allgemeiner Beifall zu Theil, der übrigens auch nicht bei den andern Pieces fehlte. — Wie wir vernehmen werden die Künstler sich von hier nach Wunsiedel und Hof begeben und auf ihrer Rückreise Bayreuth noch einmal besuchen und hier ein Concert für das ganze Publikum veranstalten.

Todes-Anzeige.

Verehrten Verwandten und Freunden wir wenden wir hiemit die Anzeige, daß unsere geliebte Gattin, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau Margaretha Köberer,
geborne Dörnhöffer

gestern nach längerem Lungenleiden im 24. Lebensjahre und nach noch nicht einjähriger höchst glücklichen Ehe verschied.

Wer die Verstorbene kannte, wird unseren Schmerz zu würgen wissen.

Wir bitten um stille Theilnahme und ferneres Wohlwollen.

Bayreuth, den 17. August.

Die Hinterbliebenen.

Anzeigen.

Zwanzig fleißige Mädchen können dauernde Beschäftigung finden bei

Amos, im Hause des Herrn Färbermeisters Hammon.

Unterzeichneter bringt hiermit zur Kenntniß, daß immer Fabrgelegenheiten nach Culmbach zur Eisenbahn bei ihm zu finden sind, und zwar um den billigen Preis à **Person 36 Kr**

Heinrich Dehn, Lohnkutscher im Herold'schen Caffehaus.

Einladung.

Unterzeichneter bringt zur ergebensten Anzeige, daß am Sonntag den 20. August eine Feuerwerksproduktion mit Wassersprüngen im Plassenweiher abgehalten wird, wozu er ein verehrliches Publicum gezienend einladet. Das Nähere machen die Anschlagzettel bekannt.

Johann Eisen, Feuerwerker.

Im Verlage der Gch. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubestellen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 232.** **21. August 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 28. August. Die Nationalversammlung hat heute die §§. 8 und 9 der Grundrechte erledigt, und zwar in sehr liberalem Sinne. Durch den ersteren sprach sie aus, daß das Briefgeheimniß gewährleistet sey (ohne sich auf Ausnahmen für gerichtliche Untersuchungen und Kriegsfälle einzuladen) und daß Beschlagnahme von Briefen und Papieren nur auf richterlichen Befehl Statt finden könne. In dem §. 9. ging die Versammlung ebenfalls weiter als ihr Ausschuß, indem sie bestimmte, daß die Preßfreiheit niemals und unter keinen Umständen durch Censur, Kautionen, Staatsaufsichten, Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, Postverbote u. dgl. beschränkt suspendirt oder aufgehoben werden darf, und daß Preßvergehen durch Geschwornengerichte nach einem zu erlassenden Reichsgesetz abzuurtheilen sind. Die rechte Seite stimmte für alle diese liberalen Beschlüsse, wogn wohl der Antrag der Linken auf namentliche Abstimmung beigetragen haben mag. Der nächste Berathungsgegenstand sind die ernstlichen Verhältnisse, die ultramontane Partei rüstet sich hier zu einem Kampfe auf Leben und Tod. Der Abg. Bischer von Tübingen beantragte heute, daß die Debatte verschoben werde, weil dadurch die Beschäftigten aufgeregt würden. Die Versammlung wird über diesen Antrag in der nächsten Sitzung am Montag entscheiden. Der Abg. Wesendonk hat eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen wegen der in die Pariser Julinuntzen verwickelten Deutschen angekündigt. Er will, daß man sich für ihre Freilassung verwende, wie dieß bei den betheiligten Engländern geschah. Das Gerücht von einer Vertagung der Nationalversammlung wurde heute vom Präsident Gagern öffiziell widerlegt. Sie wird, während die Paulskirche zur Heizung eingerichtet wird, ihre Sitzungen in einem andern Lokale (der deutsch-reformirten Kirche) halten.

Frankfurt, 17. August. Ausführlicher Bericht über die 61. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Nach Verlesung des Protokolls zeigt der Präsident den Austritt der Abgeordneten Albrecht, Schuselka und Schmidt von Fallingbostel an. Für die deutsche Flotte sind neuerlich Beiträge eingegangen, welche einzeln aufgezählt werden. Präsident v. Gagern stattet von der Schwerkröhne aus Bericht über die Sendung der Deputation nach Köln ab. Er rühmt den Empfang, der ihr allenthalben längs des Rheins und in Köln selbst zu Theil geworden. Wenn die Deputation an den religiösen Feierlichkeiten nicht in dem Umfange wie die Behörden und sie selbst es gewünscht, Theil nehmen konnte, so liege der Grund darin, daß ein religiöses Volk sein Recht geltend machte, so daß alle Polizeimaßregeln, der Deputation ihre Plätze zu sichern, fruchtlos waren. Die Deputation habe sich dadurch aber nicht verletzt gefühlt, vielmehr die Freiheit, die man dem Volke gegönnt, natürlich gefunden. Das Fest habe aber auch eine hohe politische Bedeutung gehabt. Die gegenseitige Begrüßung des Reichsverwesers und des Königs von Preußen sey eine herzliche, der Empfang der Deputation bei dem Könige ein herzlicher und hoffnungerweckender gewesen. Wenn der König zur Deputation geäußert, die Nationalversammlung werde hoffentlich nicht vergessen, daß es Fürsten in Deutschland gebe und daß er zu ihnen gehöre, so seyen andererseits alle späteren Aeußerungen des Königs Bürge dafür, daß er für sich und seine Regierung allen Ernstes mit der Nationalversammlung Hand in Hand dem großen Ziele der deutschen Einheit entgegengehen wolle. Dieß habe sich namentlich bei dem großen Feste im Grützenich gezeigt, wo von beiden Fürsten das Wohl der anwesenden wie der abwesenden Mitglieder der Nationalversammlung ausgebracht worden sey. — Eisenstuck stellte eine Anfrage in Betreff des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, worauf Mittermaier entgegnet, er sey bereit, den Bericht zu erstatten, sobald der Präsident ihn auf die Tagesordnung setzen werde. Nach einer Bemerkung Beyers, daß die Verantwortlichkeit der Minister auch ohne bestimmtes Gesetz als sich von selbst verstehend betrachtet werden müsse, wird zur Tagesordnung, Berathung des Artikel II. der Grundrechte, übergegangen. Nach dem Antrag des Ausschusses lautet der §. 8: „Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden. Für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen statt.“ Die Abg. Mittermaier, Adams und Leue schlagen folgende veränderte Fassung vor: „Die Wohnung ist unverletzlich; Haussuchungen, so wie Verhaftungen in Wohnungen dürfen nur von den gesetzlich dazu ermächtigten Beamten in den Fällen und Formen angeordnet und ausgeführt werden, welche das Gesetz bestimmt.“ — Schlöffel beantragt nach den Worten des Ausschußantrags: „nur auf Grund eines richterlichen Befehls“ die Einschaltung: „und unter spezieller Leitung eines richterlichen Beamten.“ Er beruft sich dabei auf die Willkühr, mit welcher die Polizei bisher Haussuchungen vorgenommen, auf die Schicksale Arndt's und Welcker's und seine eigenen Erfahrungen. Im Jahre 1845 sey bei ihm ein Polizeiagent mit 18 Begleitern eingefallen, habe auf die Weigerung seiner Frau, die Schränke zu öffnen, dieselben durch einen Schlosser erbrechen lassen, der wehrlosen Frau mit Gewalt gedroht, Bücher und Papiere mitgenommen, die ihm zum Theil bis jetzt noch nicht zurückgestellt worden seyen. Bis jetzt sey polizeiliche Haussuchung sehr häufig nur Einbruch gewesen. Er hoffe aber, daß seit den Märztagen das Amendement zum 7. Gebot von oben herab: „Du sollst nicht stehlen, denn nur uns allein gebührt es“ seine Geltung verloren habe. Schon jetzt in den Flitterwochen der Revolution (sähet er fort) sehe man, daß die Gewalten, die im März gezittert, das Gelöbniß ihrer Versprechungen verloren, daß die Spione aufs Neue ihr Handwerk treiben, die Männer der sozialen Reform verfolgt wurden und die Kerker sich füllten. Die parlamentarische Ministerverantwortlichkeit habe noch kein Recht der Unbilden geschützt; dazu bedürfe man kräftigerer Gewalten, und diese erhalte man durch die strafgerichtliche Ministerverantwortlichkeit. Der Redner beantragt schließlich den Wegfall des letzten Satzes (für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen statt), weil dieser der Willkühr Thür und Thor öffne. Wesendonck schlägt einen Zusatz vor, das die Haussuchungen in Gegenwart eines Beamten der gerichtlichen Polizei statt habe, und erklärt sich gegen die Frist von 24 Stunden für die Zustellung des richterlichen Befehls, eben so gegen Haussuchungen bei Nachtzeit, mit Ausnahme des Ergreifens auf frischer That. Kolb beantragt, den Satz voranzustellen: „Jeder ist befugt, Das zu thun, was das Gesetz nicht verbietet“, und Spatz unterstützt den Antrag, weil vielen Beamten noch der Grundsatz des Polizeistaates, daß nur Dasjenige gestattet sey, was ausdrücklich erlaubt worden, geläufig sey, und deßhalb z. B. von einzelnen bayerischen Beamten die Sammlungen für die deutsche Flotte untersagt würden. Jordan von Marburg beantragt den Zusatz, daß bei Haussuchungen auch, wo thunlich, Hausgenossen zugezogen seyen, und meinet ihn dadurch, daß bei polizeilichen Haussuchungen nicht selten nachteiligth Manches vermißt werde. Verschiedene andere Anträge wurden noch gestellt und unterstützt, bei der Abstimmung aber der größere Theil derselben, so wie der letzte Satz des Ausschuß-Antrags verworfen, und dem ganzen §. die bereits gemeldete Fassung gegeben. (F. J.)

Frankfurt, 15. August. Man nannte heute die Mitglieder der Nationalversammlung v. Andrian, Friedrich v. Raumer und v. Auerswald als für die Posten der deutschen Reichsgesandten in London, Paris und Petersburg bestimmt. (A. Z.)

Bayern. Das Regierungsblatt Nr. 47 (vom 18. August) enthält: I. Königliche Verordnung, die Bildung von Vereinen zu gesetzwidrigen Zwecken betreff. Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. In mehreren Orten Deutschlands haben sich unter dem Namen „demokratische Vereine“ Verbindungen gebildet, welche die Einführung einer demokratischen Republik, also die Aufhebung der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten bezielen, und deren Zentralausschuß zu diesem Zwecke in einer Bekanntmachung vom 28. Juni l. J. nicht nur

Digitized by Google

der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung versag, sondern auch zur Auflehnung gegen die Beschlüsse dieser Versammlung und zur eigenmächtigen Bildung einer neuen Vertretung aufgefordert hat. Der staatsverrätherische Charakter dieser Vereine ist hiedurch nach den in dem Königreiche geltenden Strafgesetzen zur Genüge bezeichnet. So wenig wir gemeint sind, Vereinigungen zu erlaubten Zwecken entgegenzutreten, so dringend fühlen Wir Uns durch Unsere beschworenen Regierungspflichten aufgefordert, der Herrschaft der Gesetze gegen solche verbrecherische, die verfassungsmäßige Staatsordnung offen bedrohende Verbindungen die vollste Geltung zu verschaffen. Unseren Kreisregierungen, Kammern des Innern, ertheilen Wir demgemäß den Auftrag, der Bildung und Ausbreitung jener demokratischen Vereine, so wie allen auf gleiche gesetzwidrige Zwecke gerichteten Verbindungen in Bayern vorbeugend zu begegnen, damit die Staatsangehörigen vor den schweren Folgen unbedachter Theilnahme an solchen Verbindungen bewahrt werden. Sollte dennoch wider Erwarten die Bildung solcher Vereine bewirkt werden, so sind dieselben ungesäumt aufzulösen, und es ist gegen die Theilnehmer die Einschreitung der Gerichte hervorzurufen. Bei allen diesen Anordnungen und Einschreitungen haben Unsere Stellen und Behörden ihr Verfahren strenge nach den Bestimmungen der Verfassung und der einschlagenden Gesetze zu bemessen und jede Ueberschreitung ihrer gesetzlichen Amtsbefugnisse sorgfältigst zu vermeiden. Reichenhall, den 12. August 1848. Max. v. Thon-Dittmar. Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf von Bray. v. Strauß, Staatsrath.

II. Königliche Entschließung, die Versammlung der Landräthe für das Jahr 1848 betreff. Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns allergnädigst bewogen, die Eröffnung der Landrathsversammlung für das Jahr 1848 gemäß §. 25 des Gesetzes vom 15. August 1828, die Einführung der Landräthe betreffend, für den Regierungsbezirk der Pfalz auf Freitag den 1. Sept. und für die Regierungsbezirke diesseits des Rheins auf Montag den 2. Okt. d. Js. festzusetzen, und ertheilen den Regierungen sämmtlicher Kreise den Auftrag, demzufolge die entsprechende Einberufung zu veranlassen. Zugleich wollen Wir, durchdrungen von dem Wunsche, daß auch den Verhandlungen der Landräthe eine lebendigere Theilnahme zugewendet werde, und übergezogt, daß diese geweckt und gefördert werden wird, wenn auch ihre Berathungen an das Licht der Oeffentlichkeit treten, diese schon jetzt in soweit eintreten lassen, als die Vermalen noch geltenden Gesetzesbestimmungen es zulassen. Nachdem nun §. 29 und 29 des Gesetzes vom 15. Aug. 1828 einer unbedingten Oeffentlichkeit zur Zeit noch entgegenstehi, so wollen Wir den Landräthen sämmtlicher Regierungsbezirke gestatten, die ihrem Wirkungskreise durch §. 2 Ziff. 1, 2, 3 und 5 des oben erwähnten Gesetzes zugewiesenen Gegenstände in öffentlichen Sitzungen zu berathen. Reichenhall, 11. Aug. 1848. Max. v. Thon-Dittmer.

München, 17. August. (Dienstesnachrichten.) Der Regierungsrath G. v. Landgraf bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, ist unter Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienstleistungen in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Landrichter M. Gutschneider zu Wegscheid befördert.

Ingolstadt, 16. August, 6 Uhr Abends. Gestern Abends nach 6 Uhr kam es zwischen den Soldaten des k. Inf.-Regts. Karl Pappenheim und den erst kurz dahier garnisonirten Artillerie-Soldaten zu einem Streite, in Folge dessen ein blutiger Exceß entstand, wo mehrere schwer verwundet worden sind. Einer soll bereits an seinen Wunden gestorben seyn; sechs andere liegen noch im Spitale. Durch rasches Einschreiten der k. Stadtkommandantschaft, die sogleich 7 Uhr Abends Zapfenstreich schlagen und die Retraite durch die Stadt blasen ließ, war die Ruhe wieder hergestellt, und die Soldaten kehrten alle in ihre Kasernen zurück. Soldaten vom k. Genie-Regimente waren nicht dabei betheiligt, ebenso wenig Civilpersonen. Auch lag dem Exceß durchaus kein politischer Charakter zu Grunde. (B. Z.)

Baden. Der Großherzog hat eine theilweise Amnestie für die bei den republikanischen Unternehmungen Betheiligten erlassen.

Düsseldorf, 16. August. Die Niederrheinische Ztg. sagt heute über die Vorfälle beim Empfange des Königs: Es ist nicht zu läugnen, daß der Empfang auf dem Bahnhofe selbst ein herzlicher war, aber kaum war der Wagen des Königs vor dem Bahnhofe angekommen, als lebhaftes Pfeifen und Heulen ihn begrüßte; ja soweit ging die Frechheit, daß in der Nähe des ehrerbietig Bahnhofes mit Straßenkoth nach dem Wagen geworfen wurde und der König genöthigt war, denselben von seinem Mantel abzuschütteln. Auch bei der Ankunft am Jägerdose war der Empfang der versammelten Bürger ein wahrhaft herzlicher zu nennen, allein während des Aufenthalts des Königs daselbst hatte die frühere Rotte sich auch hierhin begeben, und als der König, um nach dem Bahnhofe zurückzukehren, den Wagen bestiegen hatte, machte sich dieselbe wieder mit solchem Geschrei und Geheul geltend, drängte sich zugleich so nahe an den Wagen heran, daß der Weg fast vollkommen versperrt war. Der Kutscher hatte Geistesgegenwart genug, plötzlich einen andern Weg einzuschlagen und mit verhängtem Zügeln dem Steinwerg zuzufahren, um sich diesem wilden Gedränge zu entziehen. (K. Z.)

Dessau, 11. Aug. Der vereinigte Landtag hat heute den Paragraphen der Verfassung: „Die Verleihung von Orden, sowie die Zuwendung von Gratifikationen an Richter darf nicht stattfinden", einstimmig angenommen. (D. A. Z.)

Hannover, 16. August. Die Morgenzeitung meldet, daß der Justizrath v. Bothmer zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt worden sey. Dasselbe Blatt will wissen, daß auf Schagrath Merkel's Vorschlag sämmtliche hannoversche Abgeordnete in der Reichsversammlung damit umgehen, zu resigniren, da ihnen das Verhalten der hannoverschen Regierung zu Frankfurt ihre Stellung allzusehr erschwere. (D. A. Z.)

Rendsburg, 15. Aug. Aus Eckernförde wird berichtet, daß in den dortigen Hafen am heutigen Morgen zwei dänische Kriegsschiffe eingelaufen sind. Ob von denselben aber eine feindliche Operation unternommen, darüber wissen wir bis jetzt noch nichts. Uebrigens liegt in Eckernförde eine starke Besatzung, so daß dieser Ort so sehr einer Gefahr nicht ausgesetzt ist. Heute Morgen gingen zur Verstärkung des eckernförder Hafens sechs 12pfündige Kanonen und zwei 24pfündige Haubitzen ab, nebst 15 Munitionswagen. Vom Norden trifft soeben die Nachricht hier ein, daß vom 21. preußischen Infanterieregimente 40 M., sowie drei Kürassiere wieder von den Dänen gefangen genommen worden sind. Gestern Abend wurden hier zehn Bauern als Gefangene eingebracht. Sie sind aus der Haderslebener Gegend. Es hat sich bei diesen Personen herausgestellt, daß sie als Verräther bei der Gefangennehmung der preußischen Kürassiere bei Hadersleben agirt haben. Ferner wurden hier vier haderslebener Bürger abgeliefert, welche mit dem Feinde communicirt haben. Von den Lauenburger Jägern sind heute Morgen 120 M., welche sich durchaus weigerten, dem Befehle der Vorgesetzten Folge zu leisten, und auf das hartnäckigste erklärten, weder arbeiten noch exerciren zu wollen, nach Saarlouis, woselbst der Prinz von Noer sich befindet, unter starker Escorte abgeführt worden. Es soll an diesen Leuten dort das Kriegsrecht vollzogen werden. (D. A. Z.)

Göttingen, 15. August. Wiederum hat das Curatorium zu Hannover einen ausgezeichneten Docenten für unsere Universität acquirirt und zwar den Professor der Physik Dr. Wilh. Weber zu Leipzig, einen von den Göttinger Sieben. Hoffentlich werden wir auch den berühmten Germanisten Hofrath Albrecht bald wieder in unserer Mitte sehen, nach seinem Rücktritt sich unsere Juristen sehr sehnen. (F. J.)

Triest, 13. August. Die feindliche Flotte hat nun definitiv unsere Gewässer verlassen. Heute hier von Venedig eingetroffene Küstenfahrer berichten, dieselbe vor jener Stadt gesehen zu haben. Wahrscheinlich werden die sardinischen Schiffe dort, der Waffenstillstandsconvention gemäß, die sardinischen Unterthanen in Empfang nehmen und nach der Heimath zurückführen. Wie es heißt, wolle unser Geschwader bald unter Segel gehen. Hoffentlich erhalten Sie in kurzem die Nachricht, daß die Communication zwischen Triest und Venedig hergestellt ist. Heute haben wir die beiden ersten Nummern der Mailänder Zeitung vom 8. und 9. mit dem kaiserlichen Adler an der Spitze erhalten. Von den vielen andern Blättern scheint bis jetzt keines wieder erschienen zu seyn. (A. Z.)

Italien.

Mailand, 10. August. Carl Albert, der sich nach den erhaltenen Niederlagen vor den Franzosen mehr fürchtet als vor den Oesterreichern, hat schnell die Hand zur Abschließung des Waffenstillstandes geboten, um einer französischen Intervention, welche ihm Cavaignac zugestand (?) zu entgehen. Der tapfere Marschall Radetzky steht aber durch diese neuesten diplomatischen Verhandlungen mit Carl Albert als Diplomat eben so groß da wie als Krieger. Der piemontesische General Salasco mußte auf den Wunsch des Marschalls Deputirte der piemontesischen Deputirtenkammer zu den Verhandlungen zuziehen, so daß nicht Carl Albert allein, sondern auch die Deputirtenkammer in Turin damit verpflichtet wird. Radetzky, Meister des lombardisch-venetianischen Königreichs, wird die Zeit des sechswöchentlichen Waffenstillstandes, wie es heißt, im Einverständniß mit dem vermuthlenden englischen Minister Abercromby benutzen, um die Kriegsentschädigung

Digitized by Google

mit Sardinien zu regeln, jedenfalls aber hat er das Königreich ohne Zulassung fremder bewaffneter Intervention einstweilen in vollen Besitz genommen, und so die Ehre und Würde der Marinechte aufs glorreichste erhalten. Pescheira ist am 10. an Oesterreich übergeben worden. Oloppo wird am 13. seine Thore öffnen. Nach Venedig ging schon am 9. ein piemontesischer Offizier von Mailand ab, um die Sardinier mit ihrer Flotte zurückzurufen. (K. Z.)

Der Courrier Lyonnais berichtet von einer Schilderhebung gegen die Oesterreicher, welche in Bologna stattgefunden. Welchen habe der Stadt eine Brandschatzung von 100,000 Thlrn. auferlegt und acht Geißeln in Gewahrsam genommen. Dadurch erbittert, sey die Bevölkerung aufgestanden, habe die Steuerliste gezogen, die Landleute seyen mit ihren Pfarrern an der Spitze herbeigeeilt und hätten im Verein mit dem Volke die Oesterreicher aus der Stadt vertrieben. In Folge davon habe Welden die Stadt am 9. bombardirt, mehrere Paläste und eine Vorstadt seyen ein Raub der Flammen geworden. Der Courrier berichtet ferner von einer Proclamation, welche das diplomatische Korps in Florenz aus Anlaß der Beschießung an Welden gerichtet habe. Nach einer andern Version hätte Welden die Stadt in Folge einer Depesche des französischen Gesandten in Florenz geräumt. Die Richtigkeit all dieser Nachrichten mag dahin gestellt bleiben. (K. Z.)

Florenz, 6. August. Durch den Zug der Oesterreicher nach Bologna ist Florenz, welches nur drei Stationen von jener Stadt entfernt ist, in die größte Bewegung gekommen. Man erwartet, daß sich die österreichische Armee auch hieher wenden wird. Der englische Gesandte, Sir George Hamilton, hat der toskanischen Regierung eine offizielle Note zugestellt, um ihr die Vermittelung Englands anzubieten; die Regierung scheint entschlossen, dieselbe anzunehmen. Die Blicke bieter sind übrigens nach Frankreich gerichtet. Die ministerielle Krisis dauert fort, und die Bewegungspartei möchte dieselbe gerne benützen, um Guerrazzi zum Ruder zu verhelfen. Man sieht deshalb Unruhen entgegen; der Generalrath (Kammer) sitzt in Permanenz, um den Umständen begegnen zu können. (K. Z.)

Genua, 9. August. Eine Kommission ist soeben an den König abgeschickt worden, um ihm den wahrhaften Sachzustand zu ertennen zu geben. Die Stadt ist in Aufregung; man transportirt Pulver, Kanonen. — 7 Uhr Abends. Das Volk ist in Gährung. Am denkwürdigen Stein von 1746 hat man soeben den Schwur des Hasses und der Vertilgung gegen den fremden Unterdrücker erneuert. Zwei Männer, welche sich bestreiten, die Volksbegeisterung aufzuhalten und Zwietracht auszustreuen, sind ergriffen und mißhandelt worden; die Bürgerwehr hat sie nur mit Mühe haltvoder der Wuth des Volkes zu entreißen vermocht. Die Ordnung und Ruhe haben sich soeben wieder hergestellt; aber man muß gegen neue Ausbrüche auf der Hut seyn.

Frankreich.

*Paris, 16. August. Von sämmtlichen Pariser Journalen sind heute, des gestrigen Festtages wegen, nur vier, der National, die Presse, Concorde und Esplanete erschienen. Der National spricht sich noch einmal mit geößter Energie gegen jede Veröffentlichung der Conseilssitzungen und Discussion des Untersuchungs-Berichts aus. Noch einmal warnt er den Bürgerfleiß nicht in der Versammlung anzufachen, da er leicht aufs Neue in die Straßen hinabsteigen könne. Jedenfalls übernähmen die, die auf dieser gehässigen und unnützen Maßregel beständen, eine große Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber und diese welle er wenigstens von sich und den Seinigen abwälzen.

Der National spricht sich auch für den Vorschlag des Generals Letang und eines Theiles der Tagespresse aus, die Insurgenten des Juni nicht nach den Bestzungen des Ocean, sondern nach Afgier zu transportiren und dort Civil-Colonien aus ihnen zu bilden.

Die Nachricht von der Besetzung Bolognas durch die Oesterreicher ist gestern Abend hier eingetroffen, doch ist dieselbe in Folge einer Uebereinkunft geschehen und die Oesterreicher haben nur die Thore besetzt, dürfen auch nicht bewaffnet in der Stadt erscheinen. Das toskanische Gebiet wird in Folge der Verwendung des Gesandten Englands und Frankreichs respektirt werden. Der französische Gesandte Benoit-Champy und Herr Lucien Murat waren am 8. in Florenz angekommen.

Oberst Dumontine, ehemaliger Adjutant Napoleons, nach den Junitreignissen verhaftet, ist vorgestern als schuldlos in Freiheit gesetzt worden.

Die Regierung trifft Vorsichtsmaßregeln gegen das wahrscheinlich nahe bevorstehende Erscheinen der Cholera. Sämmtliche von den nach Rußland geschickten französischen Aerzten gemachten Beobachtungen über die Natur der Krankheit und die vorhandenen, wie die Heilmittel werden in diesen Tagen veröffentlicht werden. Seit gestern circuliren Gerüchte in Paris, die von dem nahe bevorstehenden Ausbruche einer insurrectionellen Bewegung wissen wollen. — Es ist zwar die jetzt alles ruhig, doch ist nicht zu verkennen, daß eine gewisse Spannung in der Bevölkerung herrscht, daß die beiden Fragen der Niederlage Italiens, sowie der Deportation der Junitheilnehmenden die öffentliche Meinung lebhaft aufregen und daß die geheimen Gesellschaften, namentlich die Societé des Familles, die unter Louis Philippe eine so große Rolle spielten, in ganz Frankreich reorganisirt werden. Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht unmöglich, daß die Diskussion des Untersuchungs-Rapports oder das Mißlingen der Friedens-Negociationen in Wien eine Explosion herbeiführt.

Großbritannien.

London, 15. August. Nach den Berichten eines Mannes, welcher durch alle aufgeregten Theile Irlands gereist ist, kümmern sich die Landleute eben nicht viel um das Fehlschlagen des Aufstandes. Dagegen ist der kleine Bürger in den Städten durch die irische Kriegspresse in einen Fanatismus versetzt, der sich so bald noch nicht legen wird. Lord Hardinge soll zum Militärgouverneur von Irland ernannt werden. Die Geistlichkeit des Sprengels Tuam hat bei der Königin eine Bittschrift eingereicht, kein Blut wegen des Aufstandes vergießen zu lassen. Sie nennt die Führer Verführen junge, unerfahrene Leute. Doheny und O'Gorman seien noch in den Bergen umher. (K. Z.)

Die „Times" bringt einen Artikel über Italien, in welchem sie dem alten Weißbart Radetzky das höchste Lob ertheilt, ihn aber warnt, sich durch seinen Sieg verleiten zu lassen, gegen das übrige Italien loszubrechen. Desgleichen wird Cavaignac aufs äußerste abgerathen das geschlagene Sardinien mit einem Heere zu unterstützen. Ein Friede sei leingend zu wünschen. Die Linie der Etsch sei alles was man von Oesterreich verlangen könne. Die übrige Lombardei diene nicht an Savoyen fallen; es bliebe nichts übrig, als ein kleines Herzogthum Mailand zu bilden.

Moldau und Walachei.

Kronstadt, 5. August. Wir erhalten einen Brief aus Jassy vom 28. Juli, dessen Wahrheit wir leider nicht in Zweifel ziehen können, sondern sogar verbürgen. Die Russen haben die Moldau nicht verlassen und werden es auch nicht thun. Vor zwei Tagen, also am 26. Juli war in Jassy aus Petersburg ein Feldjäger angekommen, der den Befehl überbrachte, daß die Russen in der Moldau bleiben sollen und daß in der kürzesten Zeit vier Divisionen zu ihnen einrücken würden. Ueberall im Lande werden Lebensmittel und Fourage von den Russen gewaltsam hingeweggenommen, aber kein Geld dafür gegeben, sondern nur eine Bestätigung der Wegnahme ausgestellt. Dieses willkürliche Verfahren trifft nicht nur die moldauischen Unterthanen, sondern auch österreichische, deren Kaiser und König mit dem Zar im Frieden lebt. Der k. k. Agent, Hr. August von Eisenbach, hat energisch gegen die Anmaßung der Russen gegen österreichische Unterthanen protestirt und hofft in den nächsten Tagen eine befriedigende Antwort zu erhalten. (D. A. Z.)

Die Verbesserung des Volksschulwesens betreffend.
Eins thut vor Allem Noth.

g So wahr es ist, daß es keine Verbesserung des Schulwesens geben könne ohne Gründung des Unterrichts auf die Idee des menschlichen Lebens, ohne harmonische Entwickelung der menschlichen Seelenkräfte, ohne Aufnahme der sämmtlichen in der Lebens-Idee enthaltenen Lehrgegenstände in den Unterricht, ohne Entwickelung der Neigung auf diesen den Einzelnen des Menschen, ohne einen geistigen und fruchtbaren Religionsunterricht, ohne Erweiterung der Wirksamkeit der Schule nach oben und nach unten, ohne gründlichere und allseitigere Lehrerbildung, ohne würdigere Stellung und naturgemäßere Organisation des Volksschullehrerstandes: so ist doch vor Allem Eines zur Verbesserung des Schulwesens nothwendig, nämlich die Aufhebung des Schulgeldes und die Verwandlung deſſelben in eine allgemeine Staatsauflage. Diese Nothwendigkeit empfinden besonders die Lehrer auf dem Lande, die durch dasſelbe mit der Armuth und dem Mangel in den offendarsten Kampf gesetzt werden. Denn nicht zu gedenken des Unverstandes, womit jetzt Mancher in dem Dorfe das Schulgeld als eine Fronablast betrachtet, welche aufgeboben seyn soll, so gibt es so viele in den Gemeinden, welche wegen Mangel und Armuth es nicht zu zahlen vermögen. Der dritte Theil der Aeltern ist ge-

Digitized by Google

genwärtig als insolvent zu betrachten, und da diese Klasse häufig die meisten Kinder hat, so ist von der Hälfte der Schüler das Schulgeld theils gar nicht, theils nur mit größter Noth einzubringen. Der Lehrer, der dieses Geld auf eine so sauere Weise verdienen muß, ist dadurch gezwungen, einen Theil desselben entweder gänzlich zu missen, oder durch Exekution eintreiben zu lassen. Gern würde er sich zu Ersterem entschließen, um Letzteres zu vermeiden, denn welchen Unwillen erzeugt es in den Gemüthern, wenn es heißt: es wird auf Schulgeld ausgeklagt! Allein wo soll mir es sich und die Seinen erhalten, wenn ihm diese Einnahme fehlt, da für ihn auf dem Lande das Schulgeld den Hauptbesoldungstheil bildet. Freilich sagt die Verordnung: die Gemeindeverwaltungen haben die Reste aus den Gemeindekassen zu decken. Wo geschieht aber diese Deckung, ohne daß der Lehrer nicht zuerst gerichtlichen Zwang eintreten lassen muß? Was ist aber das Ergebniß hievon? Unwille und Anfeindung für ihn auf vielen Seiten. Die wohlthätigste Anstalt, die Schule, wird durch das Schulgeld vielen Aeltern in den Gemeinden zur Last, und der Lehrer, der nützlichste und wohlthätigste Mann in derselben, zur Plage; die Liebe womit man ihn, bei anderem Verhältnisse, begegnen würde, verwandelt sich so in Haß. Der würdigste und treueste Lehrer wird auf diese Weise von Aeltern angefeindet, geschmäht und gelästert. Man nennt ihn einen habgierigen und unbarmherzigen Menschen, der den Leuten den Bissen aus dem Munde ziehe. Denn nicht alle Aeltern sind so verständig und unparteiisch, daß sie das gegenwärtige Verhältniß richtig beurtheilen, und bei dem sie beschwerenden Schulgeld ohne Unwillen auf den Lehrer blicken. Bei diesem Verhältnisse kann aber auch der Bildungszweck nicht erreicht werden, weil die Liebe und Achtung zwischen Lehrer und Aeltern gestört wird und diese Gesinnungen auch in den Schülern dadurch Noth leiden. Darum fordert nicht allein die Gerechtigkeit gegen den Lehrstand, sondern auch die Förderung des Schulzweckes, daß man diesem Verhältnisse jetzt einmal ein Ende mache. Möchte dies doch von der hohen Nationalversammlung bestimmt und vollführet werden! So lang das gedachte Mißverhältniß obwaltet, wird sich die Lage der Volksschullehrer nie gründlich bessern und die Volksbildung nie wahrhaft gedeihen. Mit Entfernung desselben wird aber ein größerer Segen für die Familien und den Lehrstand, der größte Segen für die Gemeinden und den Staat erwachsen.

Bekanntmachung.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgericht
Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das in der Ochsengasse belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Seyß, sowie auch ein Felsenkellergang in den sogenannten 99 Gärten belegen, hiemit öffentlich feilgestellt. Das Haus mit Nr. 137. bezeichnet, ist von gemischtem Mauerwerk erbaut, mit Ziegeln bedeckt und enthält 1 gewölbten Hauskeller, dann zu ebener Erde: 2 Stuben, 1 Stubenkammer, 1 Küche, 1 Hausplatz. Eine Stiege hoch: 3 Stuben, 1 Küche, 1 Hausplatz, 1 angehangten Gang mit 1 Holzlege. Zwei Stiegen hoch: 1 Giebelstube, 4 Dachkammern, 1 großen Kamin, 1 Hausplatz, 1 kleinen gedruckten Dachboden. Dasselbe wurde mit Einschluß des darauf haftenden realen Dachfeuerrechtes auf 3300 fl. gerichtlich geschätzt.

Dessen Hintergebäude von gemischtem Mauerwerke erbaut, mit Ziegeln gedeckt, enthält: 1 gewölbten Keller, zu ebener Erde: Stallung für 2 Stück Rindvieh, 15 Stück Schafe, 1 Schlachtkammer, 1 Schweinstall. Eine Stiege hoch: 1 Stube, 1 Stubenkammer, 1 Kamin und 1 von Fachwerk erbauten Gang, 2 übereinander liegende gedruckte Dachböden.

Das Holzlegen- und Gangegebäude beim Eingang in den Hof rechts, ist 1 Stock hoch, gemischt erbaut, mit Ziegeln gedeckt, und enthält zu ebener Erde: 1 Holzlege, und 1 Abtritt. Eine Stiege hoch: 1 kleinen gedruckten Dachboden mit 1 Gang und Abtritt. Die gerichtliche Schätzung beträgt 450 fl.

Der Felsenkeller in den sogenannten 99 Gärten fasst gegen 6 Gebräue Bier und wurde für 350 fl. gerichtlich geschätzt.

Auf dem Hause haftet außer der gewöhnlichen Steuer 1 fl. 15 kr. Erbzins zum hiesigen Hospitale. Das Haus mit Hintergebäude und Holzremisen liegt mit 4500 fl. in der Brandversicherung.

Zur Licitation auf vorbeschriebene Realitäten wird auf den

12. September c. Vormittags 10 Uhr

im Commissionszimmer Nr. 10 Termin anberaumt, und Kaufslustige werden unter dem Beifügen zu demselben eingeladen, daß ihnen die Einsicht des Taxationsprotokolls vorher in der Registratur freisteht, und daß wegen des Zuschlages an den Meistbietenden nach Maßgabe des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, §. 98 bis 101 und des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822, §. 64 verfahren werden wird.

Bayreuth, den 25. Juli 1848.

Der königl. Director
Freiherr von Waldenfels.
Schmidt.

Bekanntmachung.

(Das Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte betr.)

Da nach Artikel 1, Nro. 2 und 3 des Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte alle diejenigen, welche auf einer deutschen Hochschule den Doktor-Grad erlangt haben, oder sich durch ein amtliches Prüfungs-Zeugniß über ein mit günstigem Erfolg vollendetes Universitätsstudium ausweisen können, dann die, welche ihre vollständigen Kunststudien an einer deutschen Akademie der bildenden Künste gemacht haben und ebenfalls durch Zeugnisse ihre volle Kunstbefähigung nachweisen können, in die anzufertigenden Wahllisten zur Einführung der Schwurgerichte aufgenommen werden sollen, so ergeht an Alle, die in diese Kategorie gehören, die Aufforderung, baldigst und zwar bis 28. August o. unter Vorzeigung ihrer Diplome entweder im Originale oder in beglaubigter Abschrift im Sitzungssaale des Rathhauses sich einzufinden.

Bayreuth, den 19. August 1848.

Der Stadt-Magistrat.
Heumann. Haß.

Publicandum.

Bei dem unterfertigten Stadtmagistrat ist die Stelle eines rechtskundigen Raths erledigt. Mit derselben ist in den ersten 3 Dienstes-Jahren ein Gehalt von jährlich 800 fl. verbunden, welcher nach erlangter Wiederwahl auf 1000 fl. erhöht wird.

Qualificirte Bewerber wollen ihre Meldungen mit den vorgeschriebenen Zeugnissen versehen, binnen 4 Wochen hierher einsenden.

Hof, den 15. August 1848.

Stadt-Magistrat
Schön.

Bekanntmachung.

Der Bauer und Wirth Martin Leistner zu Langenreuth will mit seiner Ehefrau Elisabetha Katharina, einer gebornen Launer aus Bieberswöhr, und seinen 6 mit derselben erzeugten Kindern nach Nordamerika auswandern, weßhalb etwaige Forderungen an denselben binnen 8 Tagen bei Vermeidung des Ausschlusses hierorts anzumelden und resp. nachzuweisen sind.

Pegnitz, den 17. August 1848.

Königliches Landgericht.
Schober.

Anzeigen.

Zu allen vorkommenden Glaser- und Austreicherarbeiten empfiehlt sich, bei guter Arbeit und zu billigem Preiß, ergebenst

Johann Elias Händel jun., Glasermeister
und Austreicher, Nr. 148 vis à vis der kgl. Regierung.

Einladung.

Unterzeichneter bringt zur ergebensten Anzeige, daß am Sonntag den 20. August eine Feuerwerksproduktion mit Wasserspringen im Plassenweiher abgehalten wird, wozu er ein verehrliches Publikum gezemend einladet. Das Nähere machen die Anschlagzettel bekannt.

Johann Eisen, Feuerwerker.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

44 64 10 6 58

Zum Verlage der Ged. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Wurzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 233.** **22. August 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 18. August. (Ausführlicher Bericht über die 62. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Mittermaier übergibt den Ausschußbericht über die Verantwortlichkeit der Minister, v. Trützschler einen Bericht des Petitionsausschusses über verschiedene Anträge, Rödinger jenen über eine Beschwerde in Betreff der ehmaligen welfpahlischen Staatsschuld. Baitz fragte, warum in dem neuen Verzeichniß der Abgeordneten die Mitglieder aus Schleswig nicht als solche, sondern unter Holstein-Lauenburg aufgeführt seyen. Präs. v. Gagern und v. Lindenau bezeichnen dies als ein Versehen. Die Tagesordnung führt zur Berathung des §. 9 der Grundrechte. Derselbe lautet: „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden." Der volkswirthschaftliche Ausschuß schlägt folgende Fassung vor: „Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Ausnahmen können nur durch ein Reichsgesetz festgestellt werden." Eine Minorität dieses Ausschusses will bloß den ersten Satz aufnehmen: „Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Cnyrim spricht über die früher in Deutschland vorgekommenen Verletzungen des Briefgeheimnisses und verschiert, daß dergleichen im taxischen Postgebiet nicht vorgekommen, ja nach den bestehenden strengen Vorschriften ganz unmöglich seyen. Er stimmt dafür, daß die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses in den Grundrechten ausdrücklich ausgesprochen werde. Riesser, Werner und Stimann beantragen, daß statt „Briefgeheimniß" gesetzt werde „Postgeheimniß". Osterrath bemerkt: daß dadurch bloß die mit der Post befoderten Briefe gegen Verletzung sicher gestellt würden, worauf Riesser zur Motivirung des Antrags anführt, daß es sich zunächst darum handle, dem Mißbrauch der Post als Staatsanstalt durch die Staatsbehörden ein Ende zu machen. Eisenstuck macht auf die Wichtigkeit der Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses für das ganze geistige Leben der Nation aufmerksam, will dasselbe daher ohne alle Ausnahme statuirt wissen. Wiesner spricht gegen den Ausdruck Postgeheimniß, weil dieser bloß die Geheimnisse der Post bezeichne, zu denen auch das gehöre, daß man das Briefgeheimniß nicht achte. Die Unverletzlichkeit desselben müsse unbedingt ausgesprochen werden; wenn man Ausnahmen statuire, öffne man eine Menge Hinterpforten. Er will auch, daß die Verletzung als Verbrechen bestraft und das Ministerium des betreffenden Staats für jeden erweislichen Schaden haftbar erklärt werde. Franke gibt zu bedenken, daß in jedem Staate Fälle vorkommen können, wo das Staatsinteresse höher stehen müsse, als das Recht des Einzelnen (daher z. B. die Expropriation), und Beseler (der als Referent das letzte Wort erhielt) bemerkt, daß man nicht über dem Wunsche, die individuelle Freiheit sicher zu stellen, das Gesammtinteresse des Staats außer Acht lassen möge. Man könnte eben so gut sagen, der Richter dürfe keine Zeugen verhören, weil dieser ja auch gezwungen werden könne, Geheimnisse zu offenbaren. (Unruhige Bewegung links. Auf: Zum Schluß!) Er empfiehlt wiederholt den Antrag des Ausschusses. Bei der Abstimmung wurde der erste Absatz des Antrags des Verfassungsausschusses angenommen, der zweite verworfen und der dritte angenommen; die Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses verworfen. Abgeordn. Wesendonck bemerkt, daß er gestern eine Interpellation an den Reichsminister des Auswärtigen schriftlich übergeben habe, das Schicksal der Deutschen betreffend, die in die Pariser Juni-Unruhen verwickelt gewesen und von denen eine große Anzahl nach der Insel Belle-Isle abgeführt worden seyen. Er wünscht, daß die Centralgewalt sich für ihre Freilassung verwende, wie der englische Botschafter in Paris es in Betreff der betheiligten Engländer gethan. Da weder der Minister des Auswärtigen, noch ein Vertreter desselben anwesend sey, so ersuche er den Präsidenten, das Ministerium zu veranlassen, daß es zur Beantwortung der Interpellation hier erscheine. Präsident v. Gagern bemerkt, die Interpellation sey dem Reichsministerium des Auswärtigen erst heute von ihm zugestellt worden. Vogt erinnert an seine frühere Interpellation an die Minister des Innern und des Kriegs, worauf der Präsident bemerkt: er werde die Minister veranlassen, sich in kürzester Zeit über die sämmtl. Interpellationen auszusprechen. Hierauf wurde zu §. 10 der Grundrechte übergegangen. Nach dem Antrag des Verfassungsausschusses lautete derselbe: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Concession oder Sicherheitsstellung beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt." Ein Minoritätsgutachten geht dahin, es sey der Schutz der Presse gegen den Nachdruck in die Grundrechte aufzunehmen; ein zweites: „Die Preßfreiheit darf unter keinen und in keiner Weise, namentlich weder durch die Censur, noch durch Concessionen oder durch Sicherheitsstellungen beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden." Rheinwald schlägt nach „durch Wort oder Schrift" den Zusatz vor: „Druck und bildliche Darstellung." v. Trützschler, Berger und Martiny wollen nach Sicherheitsstellungen einschalten: „oder Staatsauflagen." Spatz: nach „noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels: „noch durch Hemmung des freien Verkehrs." Dahm, Höffen, Backhaus und Neugebauer beantragen: „Der Zeitungsstempel findet nicht mehr Statt." Eisenmann: „Für eine Druckschrift haftet zunächst der Verfasser und nur wenn dieser unbekannt oder unerreichbar ist, der Herausgeber, oder unter gleicher Voraussetzung der Drucker oder Verbreiter." Mittermaier: „Ein Reichsgesetz wird das Verfahren und die Aburtheilung der Preßvergehen regeln." Mittermaier äußert unter Anderm, bei einer Vergleichung der neuesten Preßgesetze seit dem März könne man sich der Erungenschaften nicht freuen. Sie liessen so sehr auseinander und gäben zu so vielen Streitigkeiten Anlaß, daß man für die deutsche Einheit beserat seyn müsse. Er tadelt namentlich die Härte, mit welcher man neben dem Verfasser noch den Drucker und Verleger zur Verantwortung ziehen und den Redakteur, der die Verantwortlichkeit auf sich nehme, gleichwohl zur Nennung des Verfassers zwingen wolle, die polizeilichen Beschlagnahmen, die vielen Strafbestimmungen und die furchtbar hohen Geldstrafen neben den Gefängnißstrafen, die Bestimmung, daß der Beweis der Wahrheit nur auf öffentliche Urkunden hin geführt werden dürfe, daß gegen Ehrenkränkung das Laster sey. Er stellt die englische Gesetzgebung als Muster hin, wo bei Preßvergehen die Jury auch Richterin der That ist. Man könne sich einen Zustand denken, wo die Preßfreiheit schlimmer sey, als Censur (erinnert an das französische Preßgesetz von 1836). Er will ein Preßgesetz, das volle Preßfreiheit gewährt, dem Mißbrauch vorbeugt, aber auf Rechtlichkeit gebaut ist. Spatz begründet sein Amendement, unter Hinweisung auf das Napoleonische Decret von 1810, welches die Drucker zu Censoren machte, kann auf die Preßrebitsentziehungen (sey ja in Bayern sogar dem unschuldigen Frankfurter Journal der Eintritt verweigert worden), die Nachcensur zc. Auch Stempel und Taxen könnten die Aeußerung der Blätter hemmen. Römer erklärt sich für das zweite Minoritätsgutachten und für alle Anträge zu Gunsten der Preßfreiheit. Er hofft, die Nationalversammlung werde nicht in denselben Fehler verfallen wie der heimgegangene Bundestag, der 33 Jahre lang auf „gleichförmige Bestimmungen über die Presse" warten ließ, und ohne die Pariser Revolution und März-Ereignisse noch 33 Jahre lang hätte warten lassen. Die Minorität habe gewollt, daß auch in Zeiten öffentlicher Gefahr das kostbare Gut der Preßfreiheit nicht beschränkt werde. Die meisten Regierungen seyen der Preßfreiheit nicht hold, denn Niemand liebe es, die Wahrheit zu hören, und noch weniger, sich Unwahrheiten nachsagen zu lassen. Darum sey ein festes Temperament auch für Zeiten der Gefahr nöthig. Allerdings könne die Presse in Zeiten der Aufregung ein gefährliches Mittel werden; diese Gefahr könne aber durch eine Gegenpresse, durch Beschlagnahme und geeignete Strafgesetze beseitigt werden. Wenn die Presse ein kostbares Gut sey, so müsse sie unter allen Umständen erhalten werden. Der Ausschußreferent Beseler bemerkt in seinem Schlußwort, die Majorität des Ausschusses habe sich ein bescheidenes Maß der Frei-

Digitized by Google

heit zum Ziel gesteckt, und sich die Möglichkeit gedacht, daß doch eine Suspenſion oder Beſchränkung der Preßfreiheit nöthig werden könnte. (Er verweiß dabei auf Frankreich.) Die Aufbewahrung des Zeitungsſtempels ſey wünſchenswerth, ſolle aber dem Preßgeſetz überlaſſen werden. Durch Eingehen in ſolche Details werde man doch einer mächtigen Regierung, welche Reaction wolle, kein Hinderniß bereiten können u. ſ. w. Hierauf wurde abgeſtimmt. Der ganze Paragraph 10 lautet nun wie folgt: „Jeder Deutſche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darſtellung ſeine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umſtänden und in keiner Weiſe, namentlich weder durch Cenſur, noch durch Kautionen, Sicherheitsſtellung, weder durch Staatsauflagen, noch durch Beſchränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Poſtverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beſchränkt, ſuſpendirt oder aufgehoben werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte nach einem zu erlaſſenden Reichsgeſetze geurtheilt.“ (F. J.)

Frankfurt, 19. Auguſt. Geſtern Morgen waren die Mitglieder des deutſchen Handwerker- und Gewerbecongreſſes zum letzten Mal im Römer verſammelt, um ſich, nach Vollendung ihres Werkes, als Congreß aufzulöſen, und noch einige Beſchlüſſe zu faſſen. (F. J.)

Der Nürnb. Kour. ſchreibt aus München, 19. Auguſt: Ihr Blatt brachte vor einigen Tagen die Nachricht, daß mit der Stelle eines Regierungspräſidenten von Oberbayern der im Miniſterium des Auswärtigen, Dazenberger, dem Vernehmen nach, betraut werden würde. Man ſpricht inzwiſchen dahier von einem zweiten Kandidaten für dieß Amt und bezeichnet als ſolchen den dermaligen Regierungspräſidenten von Mittelfranken, Frhrn. v. Welden.

München, 18. Auguſt. Eine gewiſſe politiſche Schwüle, hervorgerufen durch ſo manches, was in den letzten Tagen vorgegangen, läßt ſich zur Zeit hier nicht verkennen; man ſpricht von allerlei adminiſtrativen Verordnungen, die in jüngſter Zeit ergangen ſeyn ſollen, man ſpricht davon, daß eine Auflöſung der Freikorps beabſichtigt iſt, daß die Veltlinerinſtallirten, welche den Behörden die Verordnung wegen Aufhebung der demokratiſchen Klubs kund gibt, zugleich ein Namensverzeichniß derjenigen Perſonen zur Ueberwachung mittheilt, die man als mit dem demokratiſchen Zentralkomite in Verbindung ſtehend bezeichnet; man ſieht in dem zweideutigen Verhalten gewiſſer Militärbehörden bei den letzten Scenen, in der Läſſigkeit, mit der die Unterſuchung wegen der Militärexceſſe geführt wird, nicht unbedeutende Unluſt, das ſamerradſchaftliche Vernehmen der bewaffneten bürgerlichen Macht und der Linie aufrecht erhalten zu ſehen und warum, fragt man ſich, warum das Alles? Glaubt man die Zeit eines Cavalgnac auch ſchon für Bayern angekommen! glaubt man vielleicht jetzt ſchon den Belagerungsſtand, der in Frankreich zum Schutze der Familie und des Eigenthums auf einen blutigen Kampf hin verfügt wurde, auf unſere Zuſtände anwenden zu müſſen, Zuſtände, die von dem Standpunkte der Errungenſchaften des Marzes ausgehend, ſo lang bewegte ſeyn werden und müſſen, bis die Deutſchen dahin gelangt ſind, das als zu Recht beſtehend zu erkennen, was ſie als die Angehörigen eines nur durch vollkommene Freiheit einigen Landes zu erlangen berechtigt ſind. (D. c. Z.)

Berlin, 18. Auguſt. In den letzten Tagen iſt die hieſige Landwehr wieder entlaſſen worden. Zum Erſatze derſelben im Wach- und Sicherheitsdienſte ſollen mit nächſtem neue Truppen nach Berlin gezogen werden. Wie es heißt, wird ein Theil des Regiments Garde du Corps wieder hieher verlegt. — Die Cholera macht hier am Orte Fortſchritte. Bis geſtern ſind 69 Perſonen als erkrankt angemeldet, von denen 45 geſtorben, 6 geneſen und 18 in Behandlung geblieben ſind. Die meiſten Fälle ſind durch nachweisliche große Diätfehler herbeigeführt.

Stettin, 15. Auguſt. An der hier ausgebrochenen Cholera ſind geſtern 15 Perſonen geſtorben. Zu Anfang zeigt ſich die Seuche beſonders ſchlimm. Die Gegenden unmittelbar am Waſſer leiden am meiſten, ſo wie es denn auch begründet ſcheint, daß die Krankheit von den Fluß-Gebieten am meiſten angezogen wird. Nach einer Bekanntmachung des Magiſtrats wird jedem erkrankten Armen das erſte vom Arzte verordnete Mittel unentgeldlich aus der Apotheke verabfolgt.

Poſen, 15. Auguſt. Glaubwürdige Nachrichten, die geſtern aus Ruſſiſch-Polen hier eingelaufen ſind, haben unſere Bevölkerung in nicht geringe Aufregung verſetzt, zumal es ſich um nichts Kleineres handelt, als daß im Nachbarland abermals eine große polniſche Verſchwörung entdeckt worden iſt, deren Verzweigungen ſich nicht allein bis tief in Polen hinein, ſondern auch durch ganz Galizien, ſogar bis in unſer Großherzogthum Poſen erſtrecken ſollen. Die Entdeckung iſt in Kalisch, ſoweit es bis jetzt bekannt, durch Spione erfolgt und ſind ſofort eine große Menge polniſcher Excelleute, welche der Theilnahme an dem projectirten Unternehmen verdächtig waren, dort eingezogen und zum Theil ſchon nach Sibirien transportirt worden; die Zahl derſelben wird bis auf 180 Perſonen angegeben, und fügt das Gerücht hinzu, daß faſt der vierte Theil derſelben aus Einwohnern unſres Großherzogthums beſtehen ſoll. Zum Tage des Ausbruchs war der 15. Auguſt beſtimmt, und ſollte dann die Bewegung zu gleicher Zeit in Galizien, Kalisch und Poſen beginnen. (D. A. Z.)

Wien, 17. Auguſt. Durch verläßliches Einvernehmen mit dem Miniſterium des Innern, werden hiemit ſämmtliche Gerichtsbehörden in dem Sprengel der Stadt des k. oberſten Gerichtshofes angewieſen, in gerichtlichen Erledigungen allen Staatsbürgern ohne Unterſchied des Standes das Prädicat „Herr oder Frau“ beizulegen, und auf Verlangen den Sitz vor Gericht zu geben.

Dresden, 18. Auguſt. Heute Nachmittag iſt der König von Preußen mit einem Extrazuge von Leipzig hier angelangt und hat ſich ſofort in Begleitung des Prinzen Johann, der ihn auf dem leipziger Bahnhof erwartet hatte, nach Pillnitz begeben, wo bekanntlich die Königin von Preußen ſchon ſeit einigen Tagen verweilt.

Weimar, 15. Auguſt. Am vergangenen Sonntage feierte die hieſige Bürgerwehr das Feſt der Fahnenweihe. Die Fahne wurde der Bürgerwehr von den Frauen und Jungfrauen Weimars, im feſtlichen Schmucke, überreicht und der Ceremonie wohnten auch nah und fern Deputationen der Bürgerwehr bei. Leider wurde dieſes auch von Gäſten aus Jena bedrohet, die man bei jeder anderen Gelegenheit, nur bei dieſer nicht, erwarter hätte. Es war dies ein Wagen jenaiſcher Studierender, welche die republikaniſche Fahne entfaltet hatten. Ihr Erſcheinen mochte mehr zufällig ſein, da in der Nähe eine Volks-Verſammlung abgehalten wurde; dennoch aber gab jene Fahne ſpät am Abende Anlaß zu Zwiſtigkeiten, welche durch andere Umſtände herbeigeführt, geſtern zu einem förmlichen Aufſtande ſich geſtalteten. Einer der hieſigen Demokraten war verhaftet worden, was bei dem Anhange dieſes Mannes einige Aufregung veranlaßte, die ſich noch mehr ſteigerte, als einer abgeſandten Deputation das gleiche Schickſal widerfuhr. Es ſammelten ſich große Maſſen Volkes auf dem Markte; der Generalmajeſt rief die Bürgerwehr zuſammen, an welche ſcharfe Patronen vertheilt wurden. Als der Volkshaufe immer größer und drohender wurde, da forderte der Chef der Bürgerwehr die verſammelte Menge mehrmals zum Auseinandergehen auf, und als dieſe Aufforderung nur mit Lachen und Pfeifen beantwortet wurde, erfolgte ein Angriff mit Bayonnet, wodurch mehrere Perſonen verletzt wurden. Cavallerie ſäuberte hierauf vollends die Straßen und die Ruhe wurde bald wieder hergeſtellt.

Hannover, 12. Auguſt. Die neueſten Nachrichten von der Armee vom 15. Auguſt ſcheinen auf eine baldige Beendigung der Feindſeligkeiten hinzudeuten. Am 14. Auguſt. hat ein unbedeutendes Gefecht zwiſchen einer hannoverſchen, bei Rönner aufgeſtellten Haubitzbatterie und den däniſchen Dampfſchiffe Geyſer ſtattgefunden. Die Batterie ward dabei nicht getroffen.

Rendsburg, 16. Auguſt. Die Schleswig-Holſteiniſche Zeitung enthält den Entwurf eines Staatsgrundgeſetzes der Herzogthümer Schleswig-Holſtein. Es heißt darin: Tit. I. Vom Staatsgebiet. §. 1. Die Herzogthümer Schleswig-Holſtein ſind ein einziger, untrennbarer und untheilbarer Staat. §. 3. Die Veränderung der Grenzen des Staatsgebiets enthält eine Aenderung der Verfaſſung. Tit. II. Vom Verhältniß zu Deutſchland. §. 3. Die Herzogthümer Schleswig-Holſtein ſind ein Beſtandtheil des deutſchen Staatsverbandes. §. 4. Die Verfaſſung Deutſchlands, wie ſie jetzt iſt oder künftig ſeyn wird, findet auf die Herzogthümer ihre volle und unbeſchränkte Anwendung. §. 5. Die für ganz Deutſchland oder die Herzogthümer insbeſondere von den verfaſſungsmäßigen Gewalten Deutſchlands erlaſſenen oder zu erlaſſenden Geſetze und Anordnungen ſind für die ſchleswig-holſteiniſchen Staatsgewalten und Staatsbürger verbindlich. Tit. III. handelt von den Staatsbürgern, Tit. IV. von dem Herzoge. §§. 50—52. Der Herzog kann ohne die Zuſtimmung der Landesverſammlung nicht Oberbayer eines andern Staates werden. Schon begründete agnatiſche Rechte ſind vorbehalten. Die Zuſtimmung der Landesverſammlung kann nur in der für Aenderungen des Grundgeſetzes, Art. 16, feſtgeſetzten Weiſe erfolgen. Die ohne die Zuſtimmung der Landesverſammlung erfolgte Erklärung des Herzogs, die Regierung eines fremden Staates übernehmen zu wollen, gilt als Verzicht auf die herzogliche Gewalt zu Gunſten des nächſten Thronerben. Wenn der Herzog zugleich Oberhaupt eines andern Staats ſeyn ſollte, ſo läßt er, ſo oft und ſo lange er ſich außerhalb der Grenzen der Herzogthümer befindet, alle

Digitized by Google

kraft dieses Grundgesetzes und der Gesetze ihm zustehenden Rechte durch einen Statthalter selbstständig ausüben. Der Statthalter kann durch keine Befehle und Instructionen des Herzogs beschränkt werden. Der Herzog ernennt den Statthalter. Nur Mitglieder deutscher Fürstenhäuser oder schleswig-holsteinische Staatsbürger können zu Statthaltern ernannt werden.

Apenrade (Hauptquartier), 15. August (Abends). Heute Morgen versuchten die Dänen eine heimliche Landung in der Mitte zwischen hier und Hadersleben, wurden aber leider von den preußischen Gardeschützen zu zeitig daran verhindert, so daß man keinen Gefangenen erwischen konnte. Ebenso ging von den nordöstlich hinter Hadersleben stehenden preußischen Vorposten die Nachricht ein, daß sich fortwährend mehre Tausend Mann starke dänische Colonnen zeigten, ohne daß es jedoch bisher noch zu einem Angriffe gekommen wäre. Auch auf Fehmarn sind neuerdings wieder Landungsversuche vorgekommen und soll deshalb die dort liegende Besatzung verstärkt werden. Soeben kommt die Nachricht, daß die aus preußischen Reichstruppen bestehende Brigade Bonin ein Vorpostengefecht mit den Dänen gehabt und diese zurückgedrängt hat. Die Zahl der kürzlich von den Dänen gefangen genommenen preußischen Kürassiere beträgt 35 Mann.

Berichten aus Kiel zufolge hat die provisorische Regierung auf Veranlassung des zur Leitung der Waffenstillstand-unterhandlungen abgeordneten Max v. Gagern an die schleswig-holsteinische constituirende Versammlung den Antrag gestellt, sich auf vier Wochen zu vertagen. Die Berathung über diesen Antrag sollte am 17. August stattfinden. (D. A. Z.)

Triest, 14. August. Am 11. August lichtete die feindliche Flotte die Anker, nachdem sie in den letzten Tagen nördlich von Pirano, also nur wenige Meilen von Triest aufgestellt war. Ein Parlamentär von unserer Seite wurde am 12. mittelst des Kriegsdampfers Vulcano abgeschickt, mit dem Auftrage sie aufzusuchen und dem Admiral Albini die abgeschlossenen Waffenstillstandacte zu überreichen. Am 13. Morgens erreichte der Dampfer das Geschwader, das aus 4 Fregatten, 6 Corvetten, 2 Brigg und 6 Dampfer bestehend bei Polorosso vor Venedig vor Anker lag. Der Admiral empfing den Abgeordneten mit seiner gewöhnlichen Höflichkeit, äußerte sich aber, daß ihm noch keine Befehle zum Absegeln und Einschiffen der piemontesischen Truppen in Venedig von seiner Regierung zugekommen wären. Die venetianischen Schiffe die bei den sardinischen stehen, tragen die neue Tricolorflagge Sardiniens, nur mit dem Unterschiede, daß im obern Flaggenrande der venetianische Löwe prangt. Auf den Festungen und Strandbatterien des Lido, wo sonst immer zahlreiche Fahnen wehten, war dieses Mal keine zu ersehen. (A. Z.)

Schweiz.

Der D. Z. schreibt man von der Schweizergrenze. Am 11. dieses Monats fand in Baden (Schweiz) eine Versammlung deutscher Flüchtlinge Statt, um über ihr ferner einzuhaltendes Verfahren zu berathen. Hecker mit welchem die Flüchtlinge unzufrieden und zerfallen sind, war nicht zugegen. Struve hatte den Vorsitz. Die Ueberzeugung, daß für die nächste Zeit keine Aussicht auf Erfolge vorhanden, machte sich, trotz aller sonstigen Selbsttäuschung dieser Partei, denn doch geltend, wozu namentlich Radetzky's Siege beigetragen zu haben scheinen. Es ist bezeichnend für die Bestrebungen dieser Leute, daß sie, während sie auf Deutschland keine Hoffnung mehr setzen, ihr künftiges Heil wiederum nur von Frankreich erwarten. Der Beschluß war nämlich: eine neue Umwälzung in diesem Lande sey abzuwarten, ehe man die Bestrebungen für Deutschland erneuern wolle. — Hekker's Gesundheit hat gelitten und seine Stimmung ist gedrückt. Am 7. Sept. reist er nach Amerika ab.

Italien.

Mailand, 12. August. Es herrscht hier fortwährend die größte Ruhe. Das Volk kehrt zu seinen Beschäftigungen zurück und fügt sich den Anordnungen des Marschalls. Man rechnet, daß sich die ganze revolutionäre Partei, gegen 20,000 Menschen, über den Ticino geflüchtet haben. Der Marschall wird nächstens eine Amnestie erlassen. Das Landvolk kommt den Anordnungen der Behörden, denen sie sich überall unterwerfen, entgegen. Parma, Modena und Piacenza sind besetzt. Carl Albert hat auf seinem Rückzuge alle Cassen und auch die Münze in Mailand geplündert. Die Mailänder sagen, er habe gegen 20 Millionen Lire mitgenommen. Sonach dürfte er die Kriegsentschädigung zum Theil mit Mailänder Gelde leisten wollen.

Verona, 14. August. Gestern ging hier das Gerücht daß auch Brescia auf Gnade und Ungnade des Kaisers sich ergeben habe. Brescia ist aber von hier nur eine halbe Tagreise weit entfernt, und drinn liegen Festungscommando weiß man noch gar nichts davon, wohl aber schon den wirklichen Abzug der Piemontesen von Peschiera. Sey es wie es will, Brescia muß sollen mit allen seinen Verschanzungen, die es außer seinen Mauern aufgeworfen hat. Das zweite Armeecorps ist schon zu dessen Einnahme und Besetzung bestimmt. Der kaiserliche Rittmeister Graf Reuburg mit zwei piemontesischen Officieren ist vorgestern nach Venedig beordert worden, die dortigen Piemontesen, die Toscaner und Römischen zur Räumung jener Stadt innerhalb des bestimmten Termins aufzufordern (die Neapolitaner folgten schon früher dem Befehle ihres Königs und zogen von dort ab, mit Ausnahme des Generals Pepe, der den König und die gegenwärtige neapolitanische Regierung nicht anerkennt). Nun erwartet man mit Sehnsucht welche Stellung Venedig nehmen wird.

In Venedig ist am 10. August auf die Nachricht von dem Falle Mailands und dem Rückzug des piemontesischen Heeres die Republik wieder proklamirt worden. Venedig war vier Tage eine sardinische Stadt gewesen. An die Spitze der republikanischen Verwaltung trat wieder Manin, jedoch mit dem Gesständniß: bei dem jetzigen Stand der Dinge könne die Republik keine 48 Stunden dauern, denn Venedig werde den Deutschen unterliegen. Die sardin. und neapol. Truppen wurden unter den Verwünschungen des Volkes nach Ancona geschifft. Die größte Unordnung herrschte in der Lagunenstadt. Der Kommandant der sardin. Escadre vor Triest, Admiral Albini, hat erklärt: da er von seiner Regierung noch keine Mittheilung über die abgeschlossene Konvention habe, so müsse er den Kriegszustand zwischen den beiden Seemächten als noch fortdauernd betrachten.

Ein Brief aus Florenz vom 8. August enthält folgende Nachrichten: „Den 5. August sollte zu Livorno und Florenz gleichzeitig eine Verschwörung ausbrechen, die zum Zweck hatte, den Großherzog von Toskana zu entthronen und die Republik zu proklamiren. Die Regierung war benachrichtigt; da sie nur wenig Truppen hat und auf den Eifer der Nationalgarde nicht zählen kann, hatte sie verschiedene Arbeiterkorporationen, die ihr alle ergeben sind, aufgeboten. Die Verschwörer, fürchtend von den Manovelli (Lastträger), und den Concintori (Gerber von Florenz) ermordet zu werden, haben auf ihre Absicht verzichtet. Einige Verhaftungen sind bewerkstelligt worden. Die toskanische Deputirtenkammer hat den Großherzog gebeten, das Ministerium Ridolfi zurückzurufen, dem sie ein Vertrauensvotum geschenkt hatte indem sie ihm für acht Tage außerordentliche Vollmachten bewilligte, nemlich die Presse zu unterdrücken und Verhaftungen vorzunehmen. Der Minister Ridolfi hat jedoch nur die Geschäfte interimistisch zu übernehmen eingewilligt. Guerrazzi, Hauptredakteur des republikanischen Journals der „Undengsame", hat die Veröffentlichung seines Blattes eingestellt. Er ist vor den Richterstuhl der Kammer berufen worden.

Ungarn.

Agram, 12. August. Wir geben großen Erreignissen entgegen. Alle kroatischen regulairen Regimenter, gegen 18,000 M. eilen der Grenze zu. Der Banus hat die aus Peschiera zurückgekommenen ottochaner an der Grenze bei St. Joan gemustert, und ungefähr folgende Worte gesprochen: „Tapfere Ottochaner, euer Heldenmuth wird in Europa bewundert. Wir kämpfen jetzt für die Centralregierung, eine constitutionelle Monarchie, die dem Sitze des Kaisers anheimfallen muß. Der größte Theil Ungarns erwartet uns als seine Befreier. Nur vier Wochen und ihr seid euren Familien wieder gegeben. Ein starkes constitutionelles Kaiserreich als Bollwerk gegen alle Feinde von Ost und West, wird der Lohn der tapfern Kroaten und aller getreuen Oesterreicher seyn. Wir kämpfen für Freiheit der Krone und des Volks, für Brüderlichkeit und Gleichheit!" Vergötert von seinen Soldaten kehrte der Banus von St. Joan nach Agram zurück. Im Laufe dieser Woche wird der Angriff beginnen. Man schätzt die Gesammtmacht des Banus auf 80—90,000 Mann.

Frankreich.

* Paris, 17. August. Die beunruhigenden Gerüchte nahmen wieder zu, Paris ist besorgt, der Handel stockt und die Course an der Börse sinken. Es liegt eine neue Insurrektion in der Luft und es mangelt nicht an Zündstoff, um eine neue Explosion hervorzurufen. Die Angelegenheiten Italiens, der Fall Mailands, die Wiedereinsetzung des Herzogs von Modena und das Bombardement Bologna's durch die Oesterreicher rufen in der Bevölkerung

Digitized by Google

eine täglich steigendere Erbitterung hervor. — Die Discussion über den Rapport der Untersuchungscommission ist die gefährlichste Klippe, an der Alles scheitern kann. Gestern Abend sind endlich die letzten Abschriften der Beweisschriften dieses Rapports fertig geworden und in die Hände der Drucker übergegangen; — zwei dicke Quartbände sind bereits gedruckt, der Dritte ist unter der Presse, die Vertheilung wird Morgen (18.) Statt finden und die Diskussion Morgen (22.) beginnen. Mäßigkeitsrufe wird auch ein Versuch gemacht werden diese Discussionen zu hintertreiben, dürften jedoch aber auch scheitern. Gestern um 7 Uhr Morgens brachen plötzlich sämmtliche Truppen des Lagers von St. Maur auf und marschierten nach Paris, — 5 Regimenter Infanterie, 4 Bataillone Artillerie und 8 Escadrone Cavallerie zogen in unabsehbarer Reihe durch die Vorstadt St. Antoine und über alle Boulevards auf das Marsfeld, wo sie unter beständigem Regen vier Stunden lang manövrierten und dann um 3 Uhr auf demselben langen Wege durch alle Theile der Stadt in das Lager heimkehrten. Zugleich standen alle Truppen des Lagers auf der Nordseite von Paris unter den Waffen und wurden in Revue passirt, die mobile Garde war in ihren Casernen consignirt und die Pioniere der Nationalgarde auf den 12 Mairien war von 100 auf 1000 Mann verstärkt worden. Zugleich rollten vollgestopfte Munitionswagen von Cavallerie escortirt durch die Stadt und gaben in allen Casernen Kisten mit Patronen und Handgranaten ab, während andere Fourgons mit Schanzzeug beladen dieses auf bestimmte Centralpunkte brachten. Alle diese außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln erzeugten eine nicht geringe Aufregung in der Stadt und die abentheuerlichsten Gerüchte kreuzen sich. Das am Meisten Beglaubigte davon war die Entdeckung eines legitimistischen Complots, eine Anzahl entschlossener Männer sollte zu früher Morgenstunde in Casigliano's Hotel dringen, den General aufheben, andere Abtheilungen sollten die Minister bewachen und in der allgemeinen Verwirrung Heinrich V. proclamirt werden*). Durch die Revelation einer der Verschwornen soll dieses Complott entdeckt worden seyn, — man kündigt aber für den 25. d. mit größter Bestimmtheit den Ausbruch eines legitimistischen Aufstandes in Paris und den Departements an. Die vielen Erfolge, die die Legitimisten in den letzten Municipalwahlen in den Departements davon getragen haben, die Schwäche und die Fehler der jetzigen Regierung der Republik haben dieser Partei neue Hoffnung gegeben und sie, obnohin im Besitze der bedeutendsten Geldmittel, entwickelt eine ungeheure Thätigkeit. Die radicalen Journale, wie der Repräsentant du peuple, die Vraie Republik u. A. fordern dagegen die Bevölkerung zu Ruhe auf und nicht in solche ihr gelegten Schlingen zu gehen, — das Volk könne bei jeder neuen Emeute nur verlieren und dagegen mit dem allgemeinen Stimmrechte der Preßfreiheit und Ruhe und gesetzlicher Ordnung Alles gewinnen. — Allein die allgemeine Stimmung ist eine gedrückte, — Niemand baut auf den kommenden Tag und daß eine solche Lage der Dinge dem Kredite, der Arbeit, dem Handel und der Industrie nicht günstig ist, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. — Die Partheien in der National-Versammlung werden sich noch vor der Discussion des Untersuchungs-Rapportes zu messen haben, — die parlamentarischen Clubbs des Palais National und des Institutes haben beschlossen, bei der am 21. d. stattfindenden Wahl eines Präsidenten der National-Versammlung ihre Stimmen Herrn von Lamartine zu geben, der Clubb der Rue Poitiers wird wahrscheinlich Thiers vorschlagen, — die Bergpartheie wird, je nachdem sie sich auf diese oder jene Seite wendet, den Ausschlag geben.

Vorgestern gab Herr Dupin d. ä. sämmtlichen Mitgliedern der Verfassungs-Commission ein Diner, dem auch General Cavaignac beiwohnte. Der General sprach sich bei dieser Gelegenheit auf das Entschiedenste für die Friedenspolitik aus, er erklärte, daß er wohl wisse, wie seine Popularität und somit seine Wahl zum definitiven Präsidenten der Republik von einem bewaffneten Einschreiten in Italien abhingen, wie er aber auch fest entschlossen sey, lieber der ihm übertragenen hohen Stellung zu entsagen, als Frankreich in einen nutzlosen und seiner Consequenzen halber gefährlichen Krieg zu verwickeln.

Das Journal des Debats meldet heute, daß der General Welden, der bekanntlich in den Kirchenstaat eingedrungen ist, Ferrara besetzt, Bologna bombardirt und den Herzog von Modena wieder auf den Thron seiner Väter gesetzt hat, von der österreichischen Regierung desavouirt und abberufen worden ist.

Die von Seite Englands und Frankreichs an die deutsche Centralgewalt in Frankfurt gerichtete Collectiv-Note wegen der Angelegenheiten Schleswig-Holsteins ist kein Geheimniß mehr. Die dänische Gesandtschaft findet ihr Interesse dabei, Abschriften davon in den politischen Kreisen circuliren zu lassen. Die Note erklärt in sehr positiven Ausdrücken, daß der Krieg gegen Dänemark beendigt werden müsse, daß es weder dem Könige von Dänemark, noch den einschreitenden Mächten je eingefallen sey, die unbestreitbaren Rechte Deutschlands auf Holstein in Frage zu stellen, daß aber auch Deutschland die Rechte Dänemarks auf Schleswig achten müsse. Schließlich wird erklärt, daß Frankreich und England jede neue Truppensendung und jede Erneuerung des Krieges gegen Dänemark als einen feindseligen Feindseligkeit gegen sich selbst betrachten und augenblicklich zu Gunsten ihres alten Alliirten und zur Wahrung seines guten Rechtes bewaffnet einschreiten würden. Auf diese Note hin ward Preußen von Frankfurt aus die Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes ertheilt und die nach dem Herzogthum beorderten Verstärkungs-Contingente werden in diesem Augenblicke schon Contreordre erhalten haben. Rußland hat sich dem Collectivschritte Englands und Frankreichs zwar nicht angeschlossen, aber eine ganz gleichlautende Note mit derselben Conclusion nach Berlin geschickt.

Die Transportation sämmtlicher Insurgenten nach Algier, nicht nach den Colonien des Oceans ist bereits im Ministerrathe beschlossen worden.

Amerika.

New-York, 2. August. Der Senat in Washington hatte eine Bill angenommen, deren eigentlicher Zweck war, die Einführung der Sclaverei in Neu-Mexico und Californien zu gestatten. Allein das Haus der Repräsentanten weigerte sich, über diese Bill auch nur zu berathschlagen. Die Sclaverei geht auch in den Vereinigten Staaten offenbar ihrem Ende entgegen. In Mexico haben Buysanente, an der Spitze der Regierungs-Truppen, und Paredes, der mit Jarnata die Russisanischen besiegt hat, sich eine Schlacht geliefert; beide Parteien schreiben sich den Sieg zu. In der Hauptstadt Mexico wartete das diplomatische Corps, nämlich die Vertreter der Vereinigten Staaten, Preußens, Englands, Frankreichs und Spaniens, dem General Herrera auf, um ihm zum Antritte seines Amtes als Präsident ihren Glückwunsch darzubringen. In Yucatan hat der europäische Stamm endlich die Oberhand bekommen; die Indianer sind in mehreren Treffen geschlagen. In La Plata dauert der Krieg zum großen Nachtheile des Handels fort: England und Frankreich wollen nachdrücklche Maßregeln ergreifen, um den Frieden wieder herzustellen. Während so die Staaten der romanischen Race ihre Kräfte in nutzlosen Kämpfen aufreiben, geht in den Vereinigten Staaten der germanische Stamm mit Riesenschritten vorwärts. Die Natur wird dort mit einer Ausdauer und einem Erfolge überwunden, der anderswo ohne Gleichen ist. Gleichsam als ein Sieges-Denkmal ersicherit die neue Hängebrücke über die Stromfälle des Niagara. 250 Fuß hoch schwebt in der Luft über dem Sturze eine 800 Fuß lange Gebrücke; von unten sieht dieselbe wie ein an einem Spinngewebe hangender Papierstreifen aus. Beim Wehen des Windes schwankt der sonderbarartige Bau hin und her, als wolle er aus seinen Fugen fahren, und unter dem Tritte des Fußgängers erschuttert sie bis zum Mittelpunkte. Wenige sind nervenstark genug, um hoch über der kochend brausenden Fluth die übrigens nur für das Auge gefährliche Luftfahrt zu machen. Von dem Augenblicke an, wo die erste Drahtstange am Schweife eines Drachen über den Fluß geschafft wurde, bis zur Vollendung des Baues ereignete sich kein einziger Unfall.

*) Die K. Z. widerspricht diesen Gerüchten.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Bürgerburger.

Anzeigen.

Die Stuttgarter illustrirte Zeitschrift betreff.

Unterzeichnete benachrichtigt hiedurch die resp. Abonnenten auf genannte Zeitschrift, daß der Detail schon seit längerer Zeit nicht mehr durch Dr. Mietzi besorgt werden kann, sondern der Buchhandlung in Bayreuth übertragen worden ist, weßhalb die resp. bisherigen Abnehmer ihre Bestellungen baldigst an genannte Buchhandlung gelangen lassen wollen, worauf pünktliche Ablieferung erfolgen wird.

Stuttgart im August 1848.

Die Expedition der Illustrirten Zeitschrift.

Allen geehrten hiesigen und auswärtigen Herren Conditoren und Lebkuchnern bringe ich zur Anzeige, daß ich **Backoblaten** in Commission franco hier um den Fabrikpreis abgeben kann und bitte, gefällige Aufträge für den Weihnachtsbedarf baldigst an mich ergehen zu lassen.

Bayreuth, den 22. August 1848.

August Beyerlein, Conditor.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Inseratengebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 234. | 23. August 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. August. Die neuen Ministerien sind noch in der Organisation begriffen und stoßen auf eine Menge von geschäftlichen Schwierigkeiten. Den hartesten Stand hat der Minister des Auswärtigen. Max v. Gagern ist nach Berlin entsendet und Heckscher hat daher mit dem recht rüchtigen Unterstaatssekretär v. Biegeleben Alles allein abzumachen. Die wichtigsten Fragen sind die schleswigsche, limburg'sche und die österreichisch-italienische. In der schleswigschen wird man wohl den Wünschen Preußens folgen, welchem die Führung der Verhandlungen übertragen ist. General von Below ist deßhalb nach Malmoe entsendet. Die schlimmste Diversion in dieser Sache ist die, daß Frankreich in Russlands und Englands Bunde der Dritte ist, die ganz im dänischem Sinne das Patent und die Huldigung von 1721 geltend machen. Die limburgische Sache ist nicht minder verwickelt. In Limburg sind, wie wir nach sichern Nachrichten behaupten können, keinerlei die deutschen Farben verboten, die limburgischen Deputirten zur Frankfurter Nationalversammlung hatten vielmehr den Beschluß der letztern über Limburg im Holländische übersetzt mitgetheilt, die Bevölkerung hatte daraus entnommen, daß sie jetzt von Holland ganz getrennt sey und keine Abgaben mehr zu zahlen brauche. Die Holländer haben nicht die deutschen Fahnen überall, sondern nur da, wo sie auf Freiheitsbäume gepflanzt und mit der Inschrift: Keine Abgaben mehr, verliehen waren, weggenommen. Freilich werden die Holländer die Hülfe der Mächte, welche den Vertrag von 1839 garantirt haben, anrufen; sie beginnen auch zu rüsten und haben Grodenhoven und Groningen armirt. Noch eigenthümlicher liegt die österreichisch-italienische Sache. Von England und Frankreich wird vermittelt und die Agenten sind bereits unterwegs. Rührt sich die Centralgewalt nicht? Das thäte sie wohl, sie bedenkt aber, wie sie zu Oesterreich, wie Oesterreich zu Deutschland steht. Nach dem Bundesrecht ist diese Frage keine deutsche, sie kann aber Deutschland jeden Augenblick in den Krieg verwickeln, da der Feind am Ende das österreichisch-deutsche Bundesgebiet so wenig respektiren wird, wie die weiter Schutzlose. Deßhalb muß die Centralmacht, die ohnehin gleich nach ihrem Entstehen nichts gethan: od Frhr. v. Wessenberg, der anfangs der Woche Frankfurt verließ, einer solchen Vermittelung nicht günstig war, ob sonst etwas dazwischen kam, wissen wir nicht. Hier liegt aber der Prüfstein. Behalten wir diese Angelegenheit im Auge: sie wird zeigen, ob die Centralmacht energisch im deutschen Sinne handelt und ob Oesterreich acceptirt. Wir sehen nicht ohne Beklemmung auf diesen Punkt. In der Nationalversammlung gewinnen Ansichten die Oberhand, welche in der schleswigschen Angelegenheit ein Zögern in die preußischen Minister bringen, und in der Verfassungsfrage wird man die Einheit minder scharf und schroff nehmen. Von den Bestimmungen des Siebzehnerentwurfs ist man weit zurück: an diese glauben nur noch Einige; die meisten Andern kommen ungefähr auf den bayerischen Entwurf, der vor sechs Wochen als reaktionair galt, hinaus. Die Zeiten ändern und die Ansichten mit. (D. A. Z.)

Der Bericht der Marinekommission deutscher Küstenstaaten zu Hamburg, bei Perthes und Melle als Manuskript gedruckt, wird jetzt, nachdem er dem betreffenden Ausschuß in Frankfurt übermacht worden, bekannt. Wir heben daraus die Schlußworte hervor: „Soll die Kommission die bei ihren Berathungen gewonnenen Resultate kurz und übersichtlich zusammenstellen, so sind es die folgenden, welche sie der Centralgewalt des vereinigten Deutschlands als die Wünsche der norddeutschen Küsten zu bezeichnen sich berechtigt hält: 1) Feststellung eines Minimums der für die deutsche Marine anzuschaffenden Kriegsfahrzeuge. 2) Beginn der Ausführung dieses Planes durch sofortige Bestellung von 50 Kanonenschaluppen und 25 Kanonenbooten auf den verschiedenen Werften der Ost- und Nordsee, welche innerhalb weniger Monate zu liefern seyen. 3) Gleichzeitig damit: Vorbereitung und Anordnung des Baues oder Ankaufs von zwei Segelfregatten von 60 Kanonen, zwei Segelfregatten von 40 Kanonen, zwei Dampfschraubenfregatten und 4 Dampfschaufelrädercorvetten, welche innerhalb 2 Jahren zu vollenden seyn würden. 4) Bewilligung einer Summe von etwa 10 Millionen Thalern zur Errichtung einer deutschen Kriegsmarine und möglichst schleunige Herbeischaffung von etwa 3 bis 4 Millionen dieser Summe zur sofortigen Verwendung. 5) Einsetzung eines mit der unmittelbaren Vollziehung der von der Centralgewalt gefaßten Beschlüsse beauftragten Marinecollegiums, welches, in einem deutschen Hafenplatze ungefähr in der Mitte der sämmtlichen deutschen Häfen festbleibt, einen vorgängigen, in seinen allgemeinen Grundzügen genehmigten Plan zur Errichtung der deutschen Marine auszuführen hätte, und zwar mittelst Verwendung der von hoher Bundesversammlung ihm zugewiesenen und der etwa von Privatvereinen ihm zu übergebenden Gelder."

München, 19. August. Die R. M. Z. widerlegt das Gerücht, als ob die Staatsregierung beabsichtige, demnächst die Kammern einzuberufen, ohne vorgängige neue Wahl. Die noch versammelte Gesetzgebungs-Kommission werde mit ihren Arbeiten noch einen Monat beschäftigt seyn, nach Beendigung der Berathungen der Ausschüsse aber die neuen Wahlen eingeleitet werden.

München, 19. August. Nächsten Dienstag wird das in öffentlichen Blättern schon mehrfach erwähnte Begrüßungsfest zu Ehren der aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden bayerischen Krieger, veranstaltet von der Landwehr, der Linie und den Freiwerys, im Theater stattfinden; auch werden, wie verlautet, Sängergesellschaften diesen Abend verherrlichen. — Der Schützenkompagnie des Landwehrfreikorps ist eröffnet worden, daß die Mitglieder derselben, welche aus kgl. Zeughause Stutzen erhalten hatten, dieselben zurückzugeben oder um den Preis von 17 fl. anzukaufen haben. Als Grund dieser Maßregel möchte man gerne annehmen, daß die Militärverwaltung dieser Gewehre selbst benöthigt sei: da aber gegen 17 fl. das Behalten derselben gestattet ist, so erscheint dieser Grund als unstichhaltig und es bleibt nur die Annahme des anderen übrig, daß man auf diese Weise die Entwaffnung des Freikorps pianissimo einzuleiten gedenke. (D. c. Z.)

München, 16. August. In Folge der neuen Gesetzgebung werden im Kreise Oberbayern, in welchem bisher nur ein Staatsgericht, München, bestand, zwei weitere solche Gerichte gebildet und jedes derselben mit 7 Richtern besetzt werden. — Heute wurden hier 6 Theilnehmer am Hecker'schen Freischarenzuge eingebracht, die im Badischen festgenommen und, da sie Bayern sind, hieher ausgeliefert wurden. Beim Anfahren an dem hiesigen Polizeigebäude brachten sie Hecker und der Republik Hoch's aus. (K. u. k. D.)

München, 20. August. Dienstesnachrichten. Der Revierförster zu Mantel L. Pflaum ist zum Forstmeister in Preßath ernannt; der Rentbeamte K. A. Berg in Würzburg unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den erbetenen Ruhestand versetzt; die Quiescenz des Regierungsfinanzrathes J. Schön in Würzburg auf ein weiteres Jahr erstreckt; der Revierförster zu Kreußen J. Gg. Reich unter Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt, an dessen Stelle der Revierförster zu Schnappenhammer C. Moeller versetzt, und an des Letztern Stelle der Forstamtsaktuar zu Bamberg B. Geiger ernannt; der Landgerichtsassessor Ch. von der Pfordten zu Lauf für immer in den Ruhestand versetzt, die hiedurch eröffnete Stelle dem II. Assessor J. J. Schentzer verliehen, auf die II. Assessorstelle zu Lauf der II. Assessor bei dem Landgerichte Pegnitz Alex. Schüz versetzt, dann die hiedurch erledigte II. Assessorstelle in Pegnitz dem Rechtspraktikanten Ch. Tretscher von da verliehen worden.

A & O. Wunsiedel, 21. August. Unsere Stadt hatte gestern einen eigenthümlichen Festtag. Unsere Freischaar hatte die Freischaaren von Redwitz, Brand, Lorenzreuth und Wartbersdorf eingeladen und diese haben dieser Einladung Folge geleistet. Mittags 1 Uhr beabsichtigte die hiesige Freischaar den auswärtigen in feierlichem Zuge mit der deutschen Fahne entgegenzuziehen. Unser durch und durch von Bauernsinn Bürste durchstrichene Herr Landrichter und Landwehrs-Obristlieutenant, erfindungsreich wie immer, hatte alsbald einen Grund aufgefunden, das Mitnehmen der deut-

Digitized by Google

schen Fahne zu unterjagen. Eine Fahne zu tragen, komme nur einem Bataillon zu, die dieſige Freiſchaar bilde aber nur eine Compagnie. Daß aber eine Freiſchaar eine Freiſchaar ſey, daß ſich eine ſolche an das Reglement des Militärs und der Landwehr nicht zu binden habe; daß ſelbſt in den Zeiten des deutſchen Reichs die kleinſte Truppe ihre Fahne hatte, daß die kleinſten Orte im Falle der Noth ein Fähnlein Fußvolk, Städte ein Fähnlein Reiter ſtellten; — daß ſich eine Freiſchaar ihre Geſetze ſelbſt gibt, das Alles fiel dem taktiſchen Hauptmanne unſerer Freiſchaar nicht bei, dem jungen Manne nicht bei, der vor der Fronte ſeiner Schaar ſtehend die Kopfbedeckung vor einem Beamten abnahm und während des ganzen Geſprächs mit jenem in der Hand behielt und der vor Kurzem an der Spitze der kommandirten Freiſchaar einem ſehr mißliebigen Beamten ein Vivat ausbrachte, für Verdienſte, die noch entdeckt werden ſollen; — einem jungen Manne, der bei der ganzen Freiſchaar der einzige iſt, der ſich durch einen blauweißen Buſch auszeichnet, während alle andern rothe Büſche tragen. Verleitet ihn hiezu blos die kindiſche Eitelkeit, ſich vor allen andern als den Freiſchaaren-Culminations-Punkt hinzuſtellen, wie ſich der Schneeberg und Ochſenkopf vor unſeren übrigen Bergen hervorthun, nun ſo mag er ſich vor aller Welt lächerlich machen. Will er damit aber das ſpreiſiſche Bayernthum über die deutſche Sache erheben, ſo gehört er nicht in die Reihen, am wenigſten an die Spitze einer Freiſchaar; eben ſo wenig, als wenn er damit erklären will, daß er nicht heute, ſondern blos bayeriſch ſeyn will. Wir ſind Deutſche und waren es, lange ehe wir bayeriſch wurden und werden, wenn uns das Unglück treffen ſollte, nicht mehr Bayern zu ſeyn, Deutſche bleiben, ohne daß unſer Unglück dadurch ein unerträgliches würde. Beamtete, die durch ihren übertriebenen politiſchen Inquiſitions-Eifer eine ganze Staatsregierung beim Volke unbeliebt machen, erweiſen dieſer wahrlich einen ſchlechten Dienſt, indem ſie die Herzen des Volkes derſelben abwenden. Wir wollen Deutſche ſeyn, immerhin unter bayeriſcher Regierung; aber unſere Rechte wollen wir geachtet und uns nicht an allen Orten und Enden brauſcht wiſſen. Man muß keine Verräther von Amtswegen erziehen, wo ſie denuncirt werden ſollten. Willkühr, wie ein Beobachter, kam der Freiſchaarenhauptmann erhaltener Weiſung nach und wußte ſelbſt durch allerlei Vorſpiegelungen das laute Verlangen der geſinnungstüchtigen Mannſchaft zu beſchwichtigen. Man zog entgegen und ohne Fahne. Aber o Jammer und Schrecken. Jede der anſemmenden Freiſchaaren hatte eine Fahne und was noch ſchrecklicher zu hören und noch ſchaudervoller anzuſehen iſt, jede hatte eine ſeidene ſchwarz-roth-goldene Fahne. Nun übernahm unſerer Freiſchaaren Hauptmann die Rolle eines Gendarmen und rieth den Aufwärtigen, die Fahne zu beſeitigen oder wenigſtens aufzurollen. Solche Geſinnungsloſigkeit wieſen dieſe aber mit Entrüſtung zurück und zogen mit fliegenden Fahnen und mit klingendem Spiele in die Stadt ein. Den Zug beſchloß unſere fahnenloſe Schaar, deren Anblick bei den Bürgern den höchſten Unwillen hervorrief. Auf dem Markte inſpicirte der Herr Landwehrobriſtlieutenant im Gefolge der meiſten Landwehroffiziere die ſämmtlichen Freiſchaaren. Es drängt ſich hier die Frage auf, wenn auch der Oberſtlieutenant ein Recht zur Inſpection hat, wie kommt das übrige Landwehr-Offizier-Corps dazu, die Freiſchaaren von Redwitz, Walthershof, Beand, Lorenzreuth oder auch nur von Wunſiedel zu inſpiciren? Der Landwehroffizier, der ſich erdreiſten ſollte, weiter zu rollen als Redwitz. Beruht die Sache auf Gegenſeitigkeit, dann iſt es nothwendige Folge, daß demnächſt die Landwehr durch die Offiziere der oftерwähnten Freiſchaaren inſpicirt wird. Vom Markte aus, wo die beſte Gelegenheit gegeben war, aber nicht benützt wurde, den Fahnenfehler gut zu machen, marſchirte die ganze Schaar auf das Schießhaus, wo ſie ſich bei Bier und Muſik fröhlich bis zum Abend unterhielt. Als der Einmarſch erfolgen ſollte, verlangte die Mannſchaft der Wunſiedler Schaar ungeſtüm ihre Fahne, der Hauptmann derſelben zgirte hier nun ganz im Böllen und nach dem Sinne unſeres Herrn Landwehrobriſtlieutenants, „Gegen Befehl könne man nicht handeln"; — auch zu Lügen nahm man ſeine Zuflucht, indem vorgegeben wurde, die Fahne ſey zerrennt um eine andere Farbenſtellung zu bewirken u. ſ. w. Die Maſſe ließ ſich dieſes Mal aber nicht papieren und an der Naſe herumführen, ſondern beſtand mit aller Energie auf die Herbeiſchaffung der Fahne. Als dies dem Herrn Oberſtlieutenant gemeldet wurde, ſprach er erſtaunt: „Ich habe geglaubt, ihr habt eure Fahne bei euch." Nun marſchirte eine Abtheilung mit 2 Tambouren nach der Stadt um die Fahne abzuholen, die alsbald auf dem Sammelplatz ankam. Die Tamboure wirbelten, die Muſik ſpielte auf, die anderen Fahnen neigten ſich und unendlicher Jubel, ein Hurrah- und Vivat-Rufen, das nicht aufhören wollte, ſchallte weithin durchs Freie und durch die Straßen der Stadt. Mehr noch, als dieß Alles ergnügte mich das officielle Geſicht unſeres Hrn. Oberſtlieutenants, das ſelbſtverſtändlich gleich wurde, das ſich in dienſtliche Falten legte, das Grimaſſen ſchnitt, als ob Sprup und Weineſſig in ſeinem blau-weißen Bauche den Platz ſich gegenſeitig ſtreitig machten. Solch ein Geſicht mag zu ſehen ſeyn, bei einer 70jährigen Frau, die ſoeben ein Kindlein geboren hat, es an den 70 fährigen Buſen drücken will und dann entdeckt, daß ſie eine Leiche in den Händen hat. Ein ſolches Geſicht mag Ihre Hochfürſtliche Durchlaucht, der Herr Fürſt von Hohenlohe Ingelfingen zur Scham zerragen haben, als die Franzoſen bei Jena den Preußen in den Rücken kamen und von allen Seiten Aviſantens berbeiſprengten und ihm die ſchmerzliche Nachricht von der verlorenen Schlacht brachten.

Eine Rede, die zum Schluſſe gehalten werden ſollte, wurde dadurch vereitelt, daß es der Himmel ſelbſt übernahm, den Leuten einen ungeheuren Wind vorzumachen und den Wunſiedler Sand in die Augen zu ſtreuen.

Dieſe Geſchichte lehrt uns, daß es 1) Fälle giebt, und zwar viele Fälle giebt, wo man verſucht, den ſeit dem Februar d. J. erwachten Geiſt theils zu ignoriren, theils in das alte gewohnte Polizei-Bett zurückzuleiten, das verhaßte Schwarz, Roth, Gold aber ſo viel als möglich, wo möglich ganz zu beſeitigen. Dieſe Geſchichte lehrt uns 2) daß es Fälle giebt, und zwar viele Fälle giebt, wo dergleichen ſpreiſiſch bayeriſche, gänzlich untreuſche Maßnahmen mit gebührender Energie und gerechter Entrüſtung zurückgewieſen werden. Dieſe Geſchichte lehrt uns 3) daß es Fälle giebt, in welchen es nicht gut iſt, wenn Freiſchaaren ſich unter das Commando der Landwehr ſtellen; wesßalb zu rathen iſt, daß ſämmtliche Freiſchaaren der Umgegend einen Major ſich ſelbſt wählen, der in dienſtlicher Beziehung allein commandirt und nur für den Fall, daß die Hilfe der Freiſchaaren zur Aufrechthaltung der Ordnung nothwendig wird, von dem Oberſtlieutenant requirirt werden kann. Dieſe Geſchichte lehrt uns, daß es 4) Fälle giebt, wo alte Leute ihre Zeit verkennen und nichts mehr lernen und nichts mehr begreifen. Dieſe Geſchichte lehrt uns ferner 5) daß es Fälle giebt, wo junge Leute ihre Zeit verkennen und nichts lernen und nichts begreifen. Dieſe Geſchichte lehrt uns ſodann 6) daß es Fälle giebt, wo alte und junge Leute am beſten thun, ihre Stellen niederzulegen. Dieſe Geſchichte lehrt uns ſodann 7) daß wir auf unſerer Hut ſeyn müſſen, um uns das hohe Gut der Freiheit nicht wieder entreißen zu laſſen.

Berlin, 16. Auguſt. Es iſt Hoffnung vorhanden, das Inſtitut der Civil-Ehe, deſſen ſich die Rheinländer bereits ſeit ſo vielen Jahren zu erfreuen haben, binnen Kurzem auch in den übrigen Provinzen eingeführt zu ſehen. Mit derſelben werden dann auch die Civilſtands-Regiſter eingeführt werden. Die darauf bezüglichen Geſetze ſind bereits, und zwar dem Vernehmen nach, von dem Profeſſor Bauerband und dem Juſtizſtatiſtikrath Wäller, entworfen, und werden vermuthlich ſchon in nächſter Zeit von dem Juſtiz-Miniſter Märcker der National-Verſammlung vorgelegt werden. So viel wir gehört haben, liegen den Entwürfen im Weſentlichen die Beſtimmungen der rheiniſchen Geſetzgebung, welche ſich durch eine längere Erfahrung als zweckmäßig bewährt haben, zum Grunde und es iſt die Abſicht, demnächſt für alle Provinzen eine gleichmäßige Verordnungen über dieſen Gegenſtand zu erlaſſen. —

Trier, 16. Auguſt. Heute Morgens iſt das Opfer des 14. Auguſt begraben worden. Es war ein rieſenhafter Zug. Drei Muſikchöre, die ganze Garniſon und die Bürgerwehr haben dem gemeinen Soldaten ein höchſt glänzendes Geleit gegeben. An dem Grabe haben ſich die Parteien im Symbole die Hand gereicht. Möge der letzte Akt der Tragödie, möge die Sü ne eine auf richtige geweſen ſeyn.

Der Weſtphäliſche Merkur enthält folgenden Artikel: Berlin, 11. Auguſt. Nachdem der bisherige Oberpräſident der Provinz Weſtphalen, Staatsminiſter Flottwell, auf die von Seiten des königl. Staatsminiſteriums ſowie die hier anweſenden weſtphäliſchen Deputirten der preußiſchen Nationalverſammlung an ihn erloſſene Anfrage zugeſtanden hat, „die bei der deutſchen Nationalverſammlung zu Frankfurt angebrachte Petition auf Anſtehung des Cölibats der katholiſchen Geiſtlichen mitunterzeichnet zu haben, hat das königl. Staatsminiſterium den Beſchluß gefaßt, den Staatsminiſter Flottwell als Oberpräſidenten der Provinz Weſtphalen nicht weiter mehr fungiren zu laſſen. Daß der König dieſen Beſchluß des Staatsminiſteriums ſanktionirt wird, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Stralſund, 17. Auguſt. In den nächſten Tagen ſoll das Dampfſchiff Königin Eliſabeth, mit 4 Kanonen armirt und

30 Mann Zollgarde an Bord, auslaufen, um die nahe Küste und unser Binnenrevier gegen räuberische Angriffe der Dänen zu schützen.

Breslau, 18. August. Der eben anlangende Postzug der Oberschlesischen Eisenbahn bringt die Nachricht mit, daß in Petersburg und Moskau zu gleicher Zeit eine Revolution ausgebrochen sey. Mehrere Reisende erzählen diese Thatsache übereinstimmend mit dem Bemerken, daß der Kaiser nach Kronstadt geflohen sein solle. Auf dem Zuge befindet sich der preußische Consul aus Warschau, welcher seinen Weg nach Berlin fortsetzt, und empfehlen ein russischer Courier. Die obigen Thatsachen sind übereinstimmend auf den Bahnhöfen von Szczakowa (Krakauer Bahn) und Mazski (Warschauer Bahn) von Personen erzählt worden, welche unbedingt zu den desfallsrichtigen gerechnet werden können. Gestern Früh soll mittelst telegraphischer Depesche aus Petersburg die Nachricht in Warschau angelangt sein. (?)

Karlsruhe. Das Anciennetätsprinzip ist laut einer neuen Ordre bei dem badischen Militär nun in so weit abgeschafft, daß von drei Stellen bis zum Stabsofficier eine nach der Ancienneität und zwei nach Verdienst und Tauglichkeit besetzt werden sollen.

Heidelberg, 19. August. So eben vernehme ich, daß sich unser Ministerium zur Berufung Feuerbach's nun wirklich entschlossen haben soll.

Leipzig, 19. August. Gestern Abend fand im großen Kuchengarten auf Veranstaltung des deutschen Vaterlandsvereins unter Jäkel's Ohmannschaft ein Volkskonzert zu Ehren des Abg. Robert Blum statt. Bäume und Lauben des sehr geräumigen Gartens waren dazu festlich geschmückt, das Ehrengelt geschmackvoll in die deutschen Farben gekleidet. Nahe an 4000 Menschen waren gekommen, das Fest zu feiern und diese bunte Menschenmenge gewährte in der That ein heiteres und fesselndes Bild. Gegen 6 Uhr erschien der Gefeierte in der Mitte seiner Familie und wurde mit allgemeinem Zuruf empfangen. Eine Tribune war in der Mitte des Gartens errichtet, von der aus manch deutsches Wort im Verlaufe des Abends gesprochen wurde; auch Blum beehrte dieselbe zwei Mal und ärntete den rauschendsten Beifall. (D. A. Z.)

Nach einer Mittheilung in der Kölnischen Zeitung wären auch in Leipzig vereinzelte Cholerafälle vorgekommen. Auch in München munkelt man von dort vorgekommenen Choleraerkrankungen die bis jetzt alle zur Genesung geführt haben sollen. Die Münchner Blätter geben übrigen bisjetzt noch keine Bestätigung dieser Gerüchte.

In Hamburg ist endlich auch der Geist der Neuzeit zum Durchbruch gekommen, und wird eine von dem Rathe und der erbgesessenen Bürgerschaft unabhängige Versammlung gewählt, um der alten Patrizier-Stadt eine zeitgemäße Verfassung zu geben.

Kiel, 6. August. Dem Vernehmen nach sind die Waffenstillstandsunterhandlungen ihrem Abschlusse nahe. Wie es heißt, werden Hauptpunkte desselben seyn: Abtreten der gegenwärtigen provisorischen Regierung und Wahl einer neuen durch den König von Dänemark, aus einer Reihe von dem Reichsverweser dazu namhaft gemachter schleswig-holsteinischer Männer; Zurückziehung der beiderseitigen Truppenmacht außer 4000 Mann Preußen; die gegenwärtige schleswig-holsteinische Armee nebst den Neuerdingsenen bleibt gerüstet (zusammen circa 16,000 Mann); die Dänen behalten Alsen besetzt mit 3000 Mann. — Nach Ausfage eines Reisenden, der Kopenhagen am 16. August Morgens und Malmoe am 16. August Nachmittag verlassen hat, wollte man an beiden Orten wissen, daß der Waffenstillstand bereits zu Stande gebracht sey. Die Stände haben gegen 12 Stimmen den Beschluß gefaßt, sich zu vertagen, aber einen permanenten Ausschuß zurücklassen, der sie in dringenden Fällen sofort wieder zusammenberufen ermächtigt ist.

Am 15. August haben die Dänen von Kolding aus eine Recognoscirung gegen Hadersleben vorgenommen. Nach einigen ohne Erfolg gethanen Schüssen haben sie sich eilig zurückgezogen. Sonst ist bis zum 16. Abends nichts Neues gemeldet. (H. Z.)

Wien, 18. August. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags wurden Strobach von Prag zum Präsidenten, Hagenauer und Straffer zu Vicepräsidenten des Reichstags gewählt. Strobach hat so ausgezeichnetes Geschick für dieses Geschäft bewiesen, daß diese Wahl nur eine sehr glückliche genannt werden kann. (N. Z.)

Wien, 18. August. Das Kriegsministerium hat Berichte vom F. M. L. Baron Welden aus Padua vom 10. d. Mts. erhalten. Zufolge der demselben zugekommenen Meldung ist der genannte F. M. L. für seine Person am 7. von Bologna nach Padua zurückgekehrt, nachdem er dem F. M. L. Baron Perglas den Befehl zum Abzug der Truppen von Bologna für den 8. hinterlassen hatte. Im Augenblicke jedoch, wo der Letztere sich anschickte, diesen Rückmarsch anzutreten, wurde er, gegen den Tags zuvor mit den Behörden abgeschlossenen Vergleich, von bewaffneten Haufen angefallen, drei die friedlich gesinnte Stadt besuchende Officiere und mehrere Soldaten meuchlings erschossen und verschiedene Gewaltthätigkeiten gegen Einzelne verübt. Der F. M. L. Perglas sah sich somit in demselben Augenblicke, wo er die eingegangenen Verbindlichkeiten getreu zu erfüllen im Begriffe stand, in die Nothwendigkeit versetzt, die auf seine Arrieregarde gemachten Angriffe zurückzuweisen. Nach einem mehrstündigen Kampfe seiner Nachhut, welche er durch ein lebhaftes Geschützfeuer zu unterstützen gezwungen war, bewirkte er geordnet seinen Rückmarsch gegen den Po und erreichte noch an demselben Tage Ponte di Reno, am 9. Corticette und San Giorgio, am 10. Cento. Unser Verlust in diesem Kampfe, den die blinde Volkswuth bei völliger Mißachtung der von den gesetzlichen Behörden ausgehenden Befehle aus einen Akt der Nothwehr von Seiten des F. M. L. Pergias erschienen läßt, beträgt 5 Todte, worunter 2 Officiere; 63 Verwundete, worunter 2 Stabs- und 6 Oberofficiere. Vermißt werden 1 Officier und 83 Mann. Der Verlust des Feindes beträgt, so viel man weiß, in 60 bis 70 Todten. Die Zahl der Blessirten ist nicht bekannt.

Lord Ponsonby ist am 15. August in Wien angekommen; die Konferenzen über die italienischen Angelegenheiten sollen alsbald beginnen.

Italien.

Padua, 13. August. Die heutigen Nachrichten vom Kriegsschauplatze melden nichts Neues aus Mailand vom 13. Feldmarschallieutenant Welden zieht sich vor Venedig. In Modena, Parma, Piacenza sind alle von Karl Albert eingesetzten Behörden weggejagt worden, und die Landleute sind sie sich in Masse erheben, haben überall provisorische Regierungen errichtet.

Verona, 15. August. Nach Privatnachrichten unterliegt es keinem Zweifel, daß Como und Bergamo von den kaiserlichen Truppen ohne Widerstand besetzt wurden. Auch nach Sondrio ist vom Marschall eine starke Brigade gesendet worden, daher man voraussetzen darf, daß Valtelina von den kaiserlichen Truppen schon besetzt sey und in aller Bälde die Kommunikation der Straße von Wormio hergestellt werden wird. Die von der Stadt Brescia an den Marschall nach Mailand abgeschickte Deputation, um zu kapituliren, wurde von ihm zurückgewiesen, indem er ihr hatte bedeuten lassen, daß er wohl mit einem feindlichen Heere, aber nicht mit Rebellen kapitulieren wolle. Das zweite Armeekorps unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenants D'Aspre wurde daher gesendet, Brescia, ohne zu unterhandeln, ohne weiteres zu besiegen und im Falle eines (nicht wahrscheinlichen) Widerstandes, auch wegen des früher begangenen Verrathes mit aller Strenge zu züchtigen. Schon gestern mußten bei Brescia die Vorteuppen angekommen seyn, und heute hat das Corps dort zu erscheinen. Ebenso geht auch von Verona heute eine Brigade direkt nach Brescia ab. — Gestern 14. früh zogen die Piemontesen von Peschiera ab, und übergaben die „Festung an Oesterreich mit großen Provisionen. Außer dem Kriegsmaterial, welches die Kaiserlichen hatten dort lassen müssen, befinden sich daselbst noch andere 80 Kanonen. Der König Karl Albert soll sich verbindlich gemacht haben, die Hälfte der Kriegsspesen an Oesterreich zu bezahlen, die andere Hälfte soll von seinen Verbündeten gezahlt werden. Man fürchtet hier sehr für die Existenz der piemontesischen Krone, da schon alle Minen jetzt gesprengt werden, um Mazzini's ideale Republik in Savoyen und Sardinien zu schaffen. Der König Karl Albert sey daher noch nicht, wie verlautet, nach seiner Residenz zurückgekehrt, sondern befinde sich noch zugegen jenseits des Tesino nahe an Pavia.

Frankreich.

* Paris, 18. August. Das Comité der auswärtigen Angelegenheiten hat gestern eine Petition der Nationalgarde von Mailand discutirt, die die augenblickliche Intervention Frankreichs verlangt. Mit 20 gegen 12 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, daß in diesem Augenblicke und vor dem Ausgange der angeknüpften Vermittlungs-Unterhandlungen eine Intervention nicht Statt finden könne.

Der erste Band der Beweisführung des Untersuchungs-Rapporteurs der Commission ist gestern vertheilt worden, — heute wird der zweite Band ausgegeben, der dritte wird so bald als möglich folgen. Der National fährt fort, die Nationalversammlung zu beschwören, dieser Angelegenheit keine weitere Folge zu geben.

Die außerordentlichen militärischen Vorsichtsmaßregeln dauern fort, die Garnison war gestern und ist heute und morgen in ihren Lagern und Casernen consignirt, die Nationalgarde, die starke Pikets unter den Waffen auf allen Mairien hat, ist heute aufgeboten worden, morgen den ganzen Tag in Bereitschaft zu seyn, um so-

Digitized by Google

gleich ausbrüchen zu können. Man erwartet den Ausbruch einer neuen Bewegung, die dieses Mal von den Legitimisten ausgeht, in diesen Tagen, längstens bis zum 25., dem St. Ludwigs-Tage. Wahrscheinlich wird eine legitimistische Bewegung im Süden von Frankreich den Ausschlag und das Signal geben. Gestern Abend waren alle Posten verdoppelt, Patrouillen von 50 Mann Cavallerie und 100 Mann Infanterie durchzogen alle Theile der Stadt. Alles ist in einer ängstlichen Spannung.

Palmerstons Erklärung in der Parlaments-Sitzung vom 16. macht hier großes und gerechtes Aufsehen, da das englische Kabinet dadurch das Recht Frankreichs zu einer bewaffneten Intervention in Italien anerkennt und sich auf das Entschiedenste für die enge Allianz zwischen England und Frankreich ausspricht. (Siehe unter England.)

Der Telegraph hat der Regierung über Marseille eine Depesche des Generals Aupick, Gesandten in Constantinopel, gebracht, welche die Anerkennung der französischen Republik durch die Pforte und die Ernennung eines neuen türkischen Botschafters in Paris meldet.

Der Abbé Orlandi, vertrauter Freund des Papstes Pius IX., ist mit einer Mission der römischen Regierung in Paris angekommen.

Seit einigen Tagen kommen vereinzelte Cholerafälle in Paris vor. Die Aerzte bestätigen jedoch, daß die Krankheit sehr viel von ihrem gefährlichen Charakter von 1832 verloren hat, indem sie sich viel langsamer entwickelt und so den prophylaktischen Mitteln einen größern Wirkungskreis läßt.

Der Baarfond der Bank von Frankreich ist in dieser Woche von 182 auf 187 Millionen gestiegen.

Lamartine erklärt heute in einem an die Journale gerichteten Schreiben, daß er die Wahl zum Präsidenten der Nationalversammlung, falls sie auf ihm falle, nicht annehmen würde.

Man versichert gestern im Conferenzsaale, daß Herr Senard das Ministerium des Innern an Herrn Armand Marrast abtreten und daß Senard Justizminister werden würde, da Marie durch mehrere mit den Beweisschriften des Untersuchungs-Rapporteurs veröffentlichte Documente, als Gründer der Nationalwerkstätten unter der provisorischen Regierung, kompromittirt seyn soll.

Heute Abend geht ein neuer Transport von 600 Insurgenten nach Oberburg ab. Man will, ehe die Cholera epidemisch wird, die Forts so viel als möglich räumen, damit die Anhäufung der Gefangenen daselbst nicht schädlich werde.

Großbritannien.

London, 17. August. Als in der gestrigen die Unterhaus-Sitzung 57,500 Pf. Sterling für verschiedene Ausgaben des auswärtigen Amtes gefordert wurden, erhob sich Hr. Disraeli, um über die Intervention in Italien eine „glänzende Rede" zu halten. Er spottete über Lord Minto's Mission, welcher verhindert hätte, daß Oesterich Sardinien angreife; dafür wäre freilich Sardinien in Oestreich eingefallen. Er hätte ferner die diplomatische Verbindung mit dem Papste eingeleitet, der freilich jetzt über die Diplomatie nicht mehr zu gebieten habe. Minto habe sich ferner Mühe gegeben, die Einheit der beiden Sicilien aufrecht zu erhalten; sie wären freilich etwas aus einander gerathen. Nach diesen glücklichen Erfolgen wolle Lord Palmerston einen neuen Feldzug in Italien eröffnen, über den man sich doch im Voraus einige Auskunft erbitten müsse. Was der Grundsatz, die Natur, die Absicht dieser neuen Vermittelung sey? Ob der edle Lord auf dem sentimentalen Grundsatze der Nationalität vermitteln wolle? Wie könne er nach diesem Grundsatze Venedig den Oesterreichern anbieten? Wie könne er dann noch Holland und Dänemark gegen Deutschland in Schutz nehmen? Wie gedenke er zu handeln, wenn ein mächtiges Königreich, Ungarn, seine Vermittelung nach demselben Grundsatz in Anspruch nehme? Ob er etwa vorschlagen würde, Slawen, Deutsche und Walachen auszutreiben, um die Magyaren allein im Besitze des Landes zu lassen? Der edle Lord möge sich also äußern, ob er nach diesem neuen, modischen, windsichen Grundsatze der Nationalität, oder nach dem Rechte der Verträge in Italien zu vermitteln gedenke. Welches Recht will ferner die Vermittelung sein? Durch Waffen? Oder wolle man den Kaiser von Oesterreich durch süße Worte aus seinen italienischen Besitzungen vertreiben? Endlich, was wolle man mit der Lombardei machen? Dieselbe etwa Karl Albert zur Belohnung für seinen treul. Uebereifall geben? Es gebe gewiß keinen Minister, selbst nicht in Frankfurt, der solcher Verkehrtheit fähig sei. (Das Unterh. lachte hoffentlich über den Redner, als Disraeli Frankf. so als das Bedlam von Europa darstellte.) Oder wolle man aus der Lombardei ein kleines fremden Schutz anrufendes Herzogthümchen machen? Unmöglich! Es bliebe nichts anders übrig, als eine lombardische Republik zu bilden. Aber was für eine? Eine revolut. Republik oder conservative? eine rothe oder weiße? Der einzige vernünftige Zweck einer Vermittlung in Italien wäre der unausgesprochene: einen Einmarsch der Franzosen zu verhüten. Frankreich habe freilich gar kein Recht und gar keinen Vorwand zu einer solchen Einmischung; es müßte denn das Benehmen Englands sein. Hier führte der Redner aus, wie die englische Flotte den König von Neapel hindere, seine Provinz, Sicilien wieder zum Gehorsam zu bringen. Lord John Russell: Das sind keine Thatsachen! Disraeli: Es sei wenigstens die Thatsache, daß der Premier-Minister im Parlamente jene Beschuldigung nicht abläugnen wolle. Uebrigens glaubt er nicht, daß Frankreich eine bewaffn. Einmischung beabsichtige. Es wolle blos die Gelegenheit benutzen, um sich der Welt als mit England nahe verbündet darzustellen. Wie wünschenswerth auch ein bleibendes Einverständniß zwischen England und Frankreich sei, so pflege aus solchen Scheinverbindungen des Augenblickes nichts Gutes zu kommen, wie Lord Palmerston nach 1830 sattsam erfahren. Der Redner schließt mit einer Verwahrung gegen jede Einmischung, gegen jeden Versuch, die Welt durch ein künstliches Einverständniß mit den Jacobinern zu regeln. Denn Jacobiner wären sie allesammt, die neuen Franzosen, und ihre allgemeine Brüderlichkeit würde in allgemeinen Raub ausarten. Hier verlieh Hr. Disraeli das Seil, worauf er getanzt hatte, mit einem zierlichen Sprunge, und Alles rief Bravo! Lord Palmerston vertheidigte zuerst die Sendung Lord Minto's. Was die Vermittlung im nördlichen Italien betreffe, so sei sie nicht, wie Disraeli zu verstehen gebe, ein bloßer verkehrter Einfall der englischen Regierung. Die Regierung sey vielmehr von allen Parteien darum angegangen, von Oesterreich, von Sardinien, von Frankreich. Noch vor drei Tagen habe die österreichische Regierung darum nachgesucht. Auf der anderen Seite habe Frankreich nachdrücklich um ein kriegerisches Bündniß mit Italien gebeten, und er könne nicht sagen, wie Hr. Disraeli, daß Frankreich gar kein Recht habe, ein solches Bündniß einzugehen. Er zuchtige damit den eitlen Sophisten, der in demselben Athem ein Einverständniß mit der französischen Nation anempfehle und dennoch jeden Hohn auf dieses so leicht reizbare Volk häufe. Wollendes vorgeschwatzt sey, wenn Hr. Disraeli spreche, als sey Frankreich durch die letzten Ereignisse ganz waffenlos und entkräftet worden. Hr. Disraeli habe ganz Recht, einen europäischen Krieg zu besorgen, wenn die Franzosen in Italien einrächten. Eben deßhalb sei es doppelte Pflicht für die englische Regierung, wo möglich einem solchen Ereignisse zuvorzukommen. Die französische Regierung sey gottlob nicht jacobinisch. Die wünsche, wie alle vernünftigen Menschen, an denen die Erfahrung des letzten halben Jahrhunderts nicht verloren gegangen, den Frieden der Welt. Er hoffe zu Gott, daß die gemeinschaftliche Bemühung beider großen Nationen, den Frieden zu erhalten, nicht vergeblich seyn würde. Im Laufe des Abends ward Lord Palmerston noch von seinem alten Steckfriege, Hrn. Urquhart, wegen der Abschaffung der Sklaverei belästigt. Er fertigte ihn mit der besten Laune ab: „Wenn ich nächstens einem Gesandten auftrage, einer fremden Macht zu erklären, ganz England wünsche den Sklavenhandel abgeschafft, so werde ich nicht vergessen, das ehrenwerthe Mitglied von Stafford auszunehmen."

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 22. August. Der beliebte Sänger Fischer aus Nürnberg hat auf seiner Reise ins Voigtland gestern im Locale des Liederkranzes dahier eine Sangvorduktion gegeben. Derselbe gewählte durch die treffliche Auswahl und den gemüthvollen Vortrag seiner Lieder, ernsten, wie launigen Inhalts, insbesondere aber durch seine zeitgemäßen Original-Quodlibete (z. B. den 3. und 4. März und A.) den Anwesenden einen äußerst genußreichen Abend. Es sei derselbe deßhalb in den weitergeselligen Kreisen dahier, wie auch für seine weitere Sängerfahrt bestens empfohlen.

Anzeigen.

Die **Actien-Türkischroth-Fabrik** zu Nürnberg nimmt fortwährend Garn zum Färben an. Der Farbelohn für Gewöhnliches ist 48 kr., für feines 1 fl., für feinstes 1 fl. 12 kr.

Eine Cigarren-Büchse, deren beide Seitentheile mit Perlen gestickt sind, wurde vergangenen Sonntag auf der Eremitage oder auf dem Wege zur Stadt zurück, verloren. Der redliche Finder wird gebeten, solche an die Expedition dieses Blattes gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Bärzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag | Nro. 235. | 24. August 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 21. August. Unsere Reichsminister haben sich heute für ihr langes Schweigen durch eine Fluth von Mittheilungen an die Nationalversammlung entschuldigt. Der Reichsminister des Aeußern theilte die Namen der Gesandten mit, welche die Uebernahme der Centralgewalt durch den Erzherzog Johann an die auswärtigen Höfe notifiziren sollen. Es sind die Herren v. Andrian für London, v. Kaumer für Paris, Welcker für Schweden, Compes für Holland, v. Rotenhan für Belgien, Raveaux für die Schweiz, der Gesandte für Rußland ist noch nicht ernannt. Die Gesandten sollen den fremden Kabinetten erklären, daß Deutschland eine gerechte und friedliche Politik befolgen, aber auch seine Rechte fest behaupten und namentlich sich eine Theilnahme an den Friedensunterhandlungen in Italien sichern wolle. Der Reichsminister des Innern theilte der Versammlung mit, daß die von ihr verlangte unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes über dieselbe von Seite der hannoverischen Regierung nunmehr erfolgt sey, was große Freude erregte. Es gab auch Nachricht über die deutsche Flotte, die freilich erst aus schwachen Anfängen besteht. Der Kriegsminister eröffnete, daß die von der Nationalversammlung beschlossene Vermehrung der Militärmacht Deutschlands so ökonomisch als möglich eingerichtet und daß eine Verfammlung von Offizieren aller Heeresheile zu Besprechungen über die Verbesserung der Heeresverfassung veranstaltet werden soll. Der Finanzminister erklärte zeigte an, daß er künftigen Freitag über die Reichskasse Bericht erstatten werde. An demselben Tage werden die Minister auf alle bisherigen Interpellationen antworten. Sodann wurde über die Artikel der Grundrechte weiter berathen und zwar über die confessionellen Fragen. Hierüber sprachen heute 10 Redner, unter welchen besonders Jordan von Marburg und Welcker gegen die gänzliche Unabhängigkeit der Kirche vom Staate sprachen. Welcker erklärte, daß man mit diesen Forderungen die Einführung der Jesuiten und der Klöster begründe. Für die gänzliche Befreiung der Kirche von der Staatsaufsicht sprachen die Ultramontanen Phillpps und Dieringer. Die linke Seite, die Anfangs für das Prinzip der vollständigen Trennung war, scheint durch Jordan und Welcker umgestimmt zu seyn. Auf morgen sind noch viele Redner eingeschrieben.

München, 20. Juli. Gestern wurde der Garnison ein allerh. Befehl mitgetheilt, bei etwa in den nächsten Tagen nöthiger Einschreitung gegen öffentliche Ruhestörung schonend zu Werke zu gehen. Dabei steht die ganze Stadt nirgends auch nur ein Gefahr drohendes Wölkchen. Wie ich bestimmt versichern kann, ist den Unteroffizieren verboten worden, mit den Soldaten über konstitutionelles Wesen zu verhandeln. Ferner steht ein Verbot für die Soldaten, außer Dienst (z. B. an den Schirmmützen) die deutschen Farben zu tragen.

□ München, 22. August. Die Staatsschaftage, von welcher ich Ihnen schon vor 14 Tagen Mittheilungen machte, fand gestern blutige Erörterung. Nachdem die einstündigen Behörden auf alle Anfragen dieses Betreffs zu keiner beruhigenden Aufklärung sich bequemten, warum der Staatsschatz in Kisten gepackt und die Schatzkammer geschlossen sey, forderte ein gestern früh an allen Straßenecken angeheftetes Anfruf zu einer Volksversammlung auf, in welcher die Frage verhandelt werden sollte. Nun that der Magistrat Schritte und Mittags war ein offizieller Anschlag in den Straßen, daß die wegen Entfernung des „Hauschatzes“ verbreiteten und durch öffentliche Anschläge unterstützten Gerüchte vollkommen grundlos seyen und die Verbreitung gegeben werden könne, daß der Schatz unberührt und in seinem Bestande vorhanden sey. Wurde das erste Plakat dieses Morgens durch die Polizei abgerissen, so widerfuhr Letzterem gleiches Schicksal durch das Volk, das sich gegen 3 Uhr um das Rathhaus zu Tausenden schaarte, bis das geschlossene Thor sich der Gewalt öffnete und die Massen hinaufströmten. Bürgermeister Bauer suchte die Massen zu beruhigen, machte aber, total fiasko und wurde verhöhnt und ausgepfiffen. Nach einer stürmischen Diskussion wurde endlich eine Deputation von Bürgern, Schriftstellern und Studenten gewählt, sich in die kgl. Residenz zu begeben und von dem Inhalte der Kisten, in welche der Schatz verpackt seyn soll, sich zu überzeugen. Da man mittlerweile erfahren, daß der Burghof von Kürassieren, und die Residenz verstärkt von Infanterie besetzt seyen, welche den Zugang zur Residenz verwehren, so lud man den I. Bürgermeister ein, sich an die Spitze der Deputation zu stellen; der Bürgermeister aber führte die Deputation nicht nach der Residenz, sondern in das Regierungsgebäude, wo ebenfalls Militär aufgestellt war, welches der Deputation die Bajonette entgegenstreckte, so daß von den 25 man 6 in das Gebäude gelangen konnten, die von dem dort anwesenden Staatsminister des Innern hart angelassen wurden. Thon-Dittmer bedeutete diesselben, daß sie nichts zu fordern und auch nichts zu suchen hätten, daß er ihnen die Erlaubniß zur Untersuchung des Schatzes nicht ertheilen könne. Mit diesem Bescheid begab sich die Deputation zurück auf das Rathhaus, wo die Aufregung sich in einem furchtbaren Sturm entlud. Endlich wurde beschlossen, die Deputation habe sich wiederholt zu dem Minister des Innern zu begeben und wenn ihrer Forderung nicht Genüge geschehe, so solle Landwehr und Freikorps derselben bewaffnet Nachdruck verleihen. Die Deputation begab sich sofort in das Ministerium des Innern, während die Volksversammlung den Rathhaussaal des inzwischen in Uniform erscheinenden Landwehr und dem Freikorps einräumte. Die ganze Garnison wurde nun in Bewegung gesetzt. Auf dem Schrannenplatze standen Tausende von Menschen und von der Hauptwache blitzten denselben die Bajonette und Kürassire in ihrer überwiegenden Kraft entgegen. Durch alle Straßen streiften starke Patrouillen der Linie, die auch viele Plätze, namentlich aber die Residenz besetzt hielt. Nach einer zweistündigen Unterredung mit dem Minister des Innern, kehrte endlich die Deputation auf das Rathhaus zurück und brachte einen schriftlichen Bescheid des Hrn. Baron v. Thon-Dittmer, dahingehend, S. M. der König solle gebeten werden, die Schatzkammer dem Publikum wieder zur Besichtigung öffnen zu lassen. Die Wehrmannschaft (die übrigens in äußerst geringer Zahl erschienen war) begnügte sich mit dieser Abfertigung, nicht so das Publikum vor dem Rathhause, dessen Unwille sich in „Verrat Thon-Dittmer“ laut genug äußerte und das sich erst dann entfernte, als die Kürassiere einmten und die Bajonette der Linie anrückten. Bald wurde die tausendköpfige Menge zerstreut; einige schwache Barrikaden-Versuche wurden unternommen und vereitelt; von einzelnen Individuen pöbelhafte Exzesse an Privateigenthum verübt, durch Fenstereinwerfen, Zerstörung von Marktwaaren ꝛc. Aber auch das Militär wurde mitunter wieder durch Steinwürfe angegriffen, so daß hie und da Kürassiere einhieben und von der Infanterie, welche durchgehends mit scharfen Patronen versehen war, vielmal geschossen wurde, so daß viele Verwundungen vorfielen, und ein Backergeselle durch einen Schuß todt vom Platze getragen wurde. Weitere Details muß ich mir auf morgen versparen, da man auf der Masse von Gerüchten das Wahre von dem Falschen nur schwer unterscheiden kann. — Ein Polizeioffiziant, welcher sich in die gestrige Volksversammlung schlich, wurde von dem Volke festgebränzt und mit Lebensgefahr verfolgt. Er flüchtete sich in ein Haus, welches bald von Militär umzingelt war, an welchem aber gleichwohl die Fenster eingeworfen wurden. Der heutige Tag scheint wieder schwül werden zu wollen; in diesem Augenblicke werden versammeln sich dichte Massen am Schrannenplatze und in der Umgegend um die Blutlachen, die sich allenthalben grausenerregend zeigen.

Berlin, 20. August. Mehre Abgeordnete der Linken haben Briefe von Offizieren aus der Provinz bekommen, in welchen sie von denselben gebeten werden, doch ja darauf zu dringen, daß der Beschluß der Kammer, in welchem der Kriegsminister es den Offizieren zur Ehrensache machte, sich aller reaktionairen Bestrebungen enthalten oder auszuscheiden, aufrecht erhalten werde. Die Linke wird den Kriegsminister interpelliren, warum dieser Beschluß noch nicht ausgeführt sey; ebenso über die Vorgänge in Düsseldorf. — Die neuliche Anwesenheit des dessaunischen Staatsministers

Digitized by Google

Habicht hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, den Zweck gehabt, Unterhandlungen wegen eines Anschlusses der anhaltischen Herzogthümer an Preußen anzuknüpfen.

Wien, 16. August. Nach einer vom Finanzminister Krauß dargestellten Sachlage des Staatshaushaltes erreicht die Produktion Oesterreichs 4000 Millionen Gulden jährlich. Die durchschnittliche Ausgabe jedes Oesterreichers beträgt 114 fl. jährlich, kaum 20 kr. täglich. Die Zölle trugen bisher 33 kr. per Kopf ein. In den Zollvereinsstaaten 1 fl. 30 kr. (284 Sgr. Preuß.) Ob für Oesterreich noch zu übertragen ist, sich schleunigst an den Zollverein anzuschließen? (D. Z.)

Wien, 19. August. Die Straßenecken sind mit polemischen Flugblättern bedeckt. Die meisten behandeln das Thema der sogenannten neuen Religion. Der Weltpriester Gärtner hat die Deutschkatholiken zu einem mündlichen Disputirstreite eingeladen. Die gestern Nachmittags im Odeon abgehaltene Versammlung war sehr zahlreich besucht, leider! ereignete sich dabei ein sehr bedauernswerther Vorfall. Pater Hirschberger sollte auf ein allgemeines Verlangen einen Vortrag halten. Er besitzt sichtlich ergreifen, die Rednerbühne und sprach: Er sey ein Mann des Friedens, auf gesetzlichem ruhigen Wege sollen die Reformen angestrebt werden, man solle eine Bittschrift an den Reichstag stellen. Sollte Rom weiterstreben, dann laßt von Rom! Dieses wurde von der Galerie herab einige Mal unter lautem Zurufe der Volksmenge wiederholt. Dann brachte der Redner die verschiedenen Punkte vor. Einführung der deutschen Sprache im Gottesdienste, eine Synodalkirche, Aufhebung der Klöster, Abschaffung des Cölibats, der Stolengebühren u. s. w. Nach ihm kam Eckardt, der die Versammlung zur Unterzeichnung der von Dr. Schütte verfaßten Adresse an die Linke des Frankfurter Parlaments aufforderte und sagte: ob sie einzeln oder von Pauli im Namen des deutsch-katholischen Vereins sollte unterzeichnet werden; die letzte Ansicht schien die Oberhand zu haben. Auf einmal erscholle: „Herunter mit dem Kerl!“ Die Nächststehenden ergriffen den Schreier und wollten ihn hinunterbringen, währenddem verbreitet sich das Gerücht, die Arbeiter seien im Anzuge — schon Tage vorher wurde Pater Hirschberger bedroht, 20,000 Arbeiter werden die Versammlung auseinandertagen). Nach anderer Meinung soll Jemand Feuer gerufen haben, genug, die ungeheure Menschenmasse setzte sich in Bewegung und suchte die Ausgänge zu erreichen. Nun begann ein furchtbares Gedränge, ganze Reihen wurden zu Boden gestürzt, worunter viele Frauenzimmer sich befanden, und über ihre Köpfe wurde rücksichtslos hinweggeschritten. Die Fenster wurden zerbrochen; überhaupt jedes im Wege stehende Hinderniß zertrümmert und man sprang eine bedeutende Höhe, einige sogar vom ersten Stock und, wie es heißt, vom Balkone herab.

Wien, 19. August. Bixiglhrone hat der Kommandant der Piemontesen vor seinem Abzug mit Allem, was sich in der Zitadelle befand, in die Luft gesprengt. Gegen 400 Menschen, worunter viele gefangene Deutsche, Geißeln, Weiber, Kinder sind ein Opfer dieser Schandthat geworden. In Mailand herrscht vollkommene Ruhe. Die französischen und englischen Minister am sardinischen Hofe sind seit einigen Tagen stationirt und vom Marschall schon öfters empfangen worden.

Aus Galizien, 17. August. Die Cholera greift nun auch in Galizien rasch um sich und ist auch in dem an Schlesien grenzenden wadowicer Kreise hervorgekommen, wo der erste Anfang ziemlich heftig war; auch in Schlesien kamen schon unstreitbar hier und da einige Cholerafälle vor. An die Schrecknisse des Typhus gewöhnt, bringt die sonst so gefürchtete Krankheit diesmal nicht die geringste Aufregung hervor.

Kassel, 19. August. Die kurhessische Ständeversammlung hat sich gestern gegen die gänzliche Abschaffung der Prügelstrafe erklärt. Es lag derselben ein Gesetzentwurf vor, welcher diese Strafart gänzlich beseitigen will; allein derselbe erhielt in dieser Ausdehnung nicht die Zustimmung, indem man die Prügelstrafe für Kinder unter 14 Jahren vorbehielt. Vergebens sprach der Justizminister v. Baumbach für gänzliche Abschaffung der Strafe, vergebens wollte er wenigstens die Mädchen unter 14 Jahren retten; aber selbst das schöne Geschlecht fand keine Gnade vor den Augen unserer Landesvertreter! — Zur Komplettirung unseres Heeres auf zwei Prozent der Bevölkerung in Gemäßheit des Beschlusses des Reichskriegsministeriums ist gestern ein neues Rekrutirungsgesetz vorgelegt worden. Die Leistung des Kriegsdienstes soll in zwei Aufgeboten geschehen; das erste Aufgebot bildet das stehende Heer und zerfällt in 2 Abtheilungen vom 21. bis 23. und vom 24. bis 25. Lebensjahre; das 2. Aufgebot, die Reserve, zerfällt ebenfalls in 2 Abtheilungen vom 26. bis 27. und vom 27. bis 30. Jahre. Nach dem Erscheinen des Gesetzes soll alsbald eine außerordentliche Aushebung stattfinden, zu welcher die Altersklassen von 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826 und 1827 gehören, welche nach dem bisherigen Gesetz zum Theil die Jahre der Militärpflichtigkeit überschritten haben.

Flensburg, 17. August. Heute Morgen paßirte der Großherzog von Mecklenburg hier durch, um sich zu den die äußersten Vorposten der Reichsarmee bildenden mecklenburgischen Reichstruppen zu begeben. Obgleich der Abschluß eines dauernden Waffenstillstandes immer wahrscheinlicher wird, so läßt General Wrangel doch noch fortwährend neue Truppen nach dem Norden marschiren, so daß jetzt an 8000 M. deutscher Reichstruppen schlagfertig bereit stehen, um in 5 — 8 Stunden die südländische Grenze überschreiten zu können. Statt der weiter vorrückenden Abtheilungen kommen täglich neue Zumärsche süddeutscher Reichstruppen hier an. Im Ganzen stehen jetzt außer dem schleswig-holsteinischen Contingente nahe an 40,000 M. schlagfertiger deutscher Reichstruppen in beiden Herzogthümern.

Triest, 17. August. Heute Morgen in aller Früh ging ein Dampfer des Lloyd „Triest“ nach Venedig ab, um zu rekognosziren. Hier werden jetzt ernstliche Anstalten zur Blokade der Lagunenstadt getroffen. 12 Fahrzeuge, bestehend aus 2 Fregatten, 1 Korvette, 4 Briggs, 1 Goelette und 4 Dampfern, sind bereits dazu in Stand gesetzt. In Venedig scheint eine tolle Verwirrung zu herrschen.

Italien.

Verona, 15. August. In Mailand hatten sich der dort in Pension lebende k. k. Feldmarschall-Lieutenant Baron Rougier und der dort angestellte k. k. Feldmarschall-Lieutenant Rwaira während der letzten Revolution sehr, gegenüber von Oesterreich, kompromittirt, weßwegen sie auch nebst andern treuisen Offizieren aus italienischen k. k. Regimentern vor ein Kriegsgericht gestellt wurden. — Dreißig Bataillone sind vom Kriegsministerium in Wien wieder zur Verstärkung der italienischen Armee bestimmt, wovon 15 Bataillone nebst vier gut bespannten Batterien schon im Anmarsch sind. Die kaiserliche Armee erhält also in Italien eine Stellung, um wirklich günstige und ehrenvolle Bedingungen des Friedens diktiren zu können.

Verona, 16. August. Brescia hat die Thore geöffnet, und seit vorgestern sind die Kaiserlichen ohne Schwertstreich und unter vollem Volksjubel dort eingezogen. Auch diese Stadt, wie Mailand, ist leer wegen der Flucht der wohlhabenden Klasse. Feldmarschallieutenant Baron d'Aspre verordnete sogleich die allgemeine Entwaffnung der Einwohner, die Aufbewahrung der Bürgergarde und die Rückkehr der Flüchtigen innerhalb 14 Tagen unter der Androhung, daß sie im wirklichen Falle als unbefugte Aufwiegelerer nach den bestehenden Gesetzen zu behandeln wären. Diese letzte Verordnung ist auch in Mailand bereits publizirt.

Die Höhen des Stilfser Jochs waren bis auf die letzte Zeit in den Händen italienischer Insurgentenhaufen gebliebe. Versuche von österreichischer Seite, sich ihrer zu bemächtigen, mißlangen am 10. und 11. August. In der Nacht vom 11. auf den 12. wurde aufs neue Angriffsbewegung gemacht, wobei man nur noch auf die aus 800 Mann bestehende Nachhut des Feindes stieß, welche mit dem Bajonet geworfen und bis über die Höhen von Ponte di Legno verfolgt wurde. Letzteres wird besetzt und der deutsche Grenzpfahl wieder auf dem Tonal aufgepflanzt. So lautet ein Bericht des Generalmajors Rohbach. Hauptmann Bonn von Kaiser Jäger führte die siegreiche Kolonne. Der Feind zog sich via Veltlin, wo — wie ein Paar Schweizer Blätter pomphaft verkündigen — noch siegreicher Widerstand geleistet und die Ehre der italienischen Waffen gerettet werden soll.

Frankreich.

*Paris, 19. August. Der gestern vertheilte erste Band der Beweisschriften des Untersuchungs-Rapportes bildet heute den Hauptstoff aller Journale. Die allgemeine Erwartung steht sich gestützt, man erwartete wichtige, positive Enthüllungen, und man findet nur vage, unbestimmte Aussagen, die, da sie nicht einmal einen gerichtlich authentischen Charakter haben, wenig bedeuten. Es ist übrigens unmöglich, schon jetzt nach flüchtigem Durchblättern eines Bandes von 500 Seiten ein gründliches Urtheil zu fällen und man muß nothwendig erst die Veröffentlichung des zweiten und dritten Bandes abwarten, um eine umfassende Uebersicht zu gewinnen.

Man hat Besürchtungen, daß heute oder morgen die Ruhe gestört wird und außerordentliche Vorsichtsmaßregeln sind ergriffen worden. Zwei Bewegungen sind es, die sich vorbereiten, die eine von der legitimistischen Parthei ausgehend, die Heinrich V. ein-

Digitized by Google

zuseyen hofft, die andere von der 2. Legion der Nationalgarde organisirt, um die gegenwärtige Regierung durch einen Staatsstreich zu stürzen und Lamoriciere und Thiers an die Spitze der Regierung zu bringen, von denen man dann eine Reclamation der Famille Orleans hofft. Auch die Bonapartisten haben ihre Hoffnungen nicht aufgegeben und arbeiten im Stillen, während die socialistische und radicale Partei nur auf den Ausbruch einer dieser Bewegungen wartet, um alsobald aufzutreten.

Während in der Nationalgarde, unter dem Vorwande die Gesellschaft vor der Anarchie und dem Socialismus zu schützen, ganz offen conspirirt wird, wird in den Vorstädten für Heinrich V. angeworben. Man verspricht den Leuten im Falle Heinrich V. wieder König von Frankreich und Navarra würde, allgemeine Amnestie, wirksame Unterstützung der arbeitenden Klassen, Steuerfreiheit für alle Personen, die unter 600 Fr. jährliche Einkünfte haben, vollständige Aufgabung der Spaltkaß-Einlagen und eine Menge anderer schöner Dinge. Visionen frommer Frauen, die Clairvoyanne einiger Sonnambulen, mystische Predigten gewisser Abbés kündigen die nahe bevorstehende Rückkehr des Retters von Frankreich an und der Salon, die Sacristei und die Bank-Comptoirs arbeiten zu gleichem Zwecke. Am 25. d. dem St. Ludwigstage soll Heinrich V. der Liberale, der Quaß-Republikaner, der socialistische König seinen Einzug in seiner guten Stadt Paris halten. Wir werden sehen, ob ein neuer Vendemiaire nicht dem Weißen die Lust zu dem Experimente einer dritten Restauration benimmt.

Der piemontesische Gesandte hat gestern der französischen Regierung die Protestation des Ministeriums in Turin gegen den vom General Salasco mit Marschall Radetzky abgeschlossenen Waffenstillstand mitgetheilt. Es ist noch immer kein neues Ministerium gebildet, da Niemand die Verantwortlichkeit für diesen Waffenstillstand auf sich nehmen will. Es heißt, daß Carl Albert zu Gunsten seines Sohnes des Herzogs von Savoyen abdanken und dieser den Waffenstillstand nicht ratificiren wird.

General Changarnier hat an alle Offiziere der Nationalgarde einen Tagesbefehl erlassen, worin er ihnen aufträgt, falls eine neue Schlacht in den Straßen von Paris stattfinden sollte, keine Befehle als von ihm und seinen Generalstabs-Offizieren anzunehmen, selbst den etwaigen Befehlen der Maires und selbst der Volksvertreter nicht zu gehorchen und nie irgend eine Zusammenrottung, selbst wenn sie unbewaffnet sey, sich näher als 150 Schritte kommen zu lassen. Dieser Tagesbefehl gestern Abend ausgegeben trägt nicht wenig dazu bei die Unruhe der Bevölkerung zu steigern.

Eine heute angeschlagene Proklamation des Polizei-Präfekten giebt die gewöhnlichen Ausweise über den Zustand von Paris, die sehr befriedigend lauten, warnt aber auch zugleich vor den verwegenen Umtrieben einer Parthei, die die sträfliche Hoffnung hege die Monarchie wieder herzustellen. Zahlreiche Gruppen lesen und commentiren überall diese Proklamation.

Wie wir gemeldet, ist ein neuer Transport von Insurgenten nach Havre abgegangen. Wir finden abermals Deutsche darunter und bedauern wiederholen zu müssen, daß nach immer weder die deutsche Diplomatie, noch eine der deutschen parlamentarischen Versammlungen irgend einen Schritt zu Gunsten ihrer unglücklichen hülf- und schutzlosen Landsleute gemacht haben. Ist es nicht inconsequent, daß man in Deutschland die eigenen Landeskinder bestraft und in den Gefängnissen von Brucksal Monate lang schmachten läßt, während man allen Fremden, die sich desselben Vergehens schuldig gemacht hatten, straflos die Freiheit gab und könnte man nicht wenigstens das Gleiche von Frankreich verlangen? Die Deutschen des zweiten Transportes sind: Paul Peter Schirrer, Tischler; Heinrich Groß, Tischler aus Westhofen in Bayern; Johann Gaße aus Bayern; Jakob Klein, Hutmacher; Anton Zimmermann; Anton Kauffer, Georg Jung; Franz Schneider; August Maillard, Cisenbahndemeter aus Bayern; August Ludwig Sieber; A. Felix Haber, Tischler; Georg Zolwer; Peter Metzger aus Borschall in Bayern.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 19. August. Heute wurde A. Martaff mit 611 Stimmen unter 708 wieder zum Präsidenten gewählt. Louis Blanc nimmt das Wort und beschwert sich, daß das Journal: La Patrie Mittheilungen aus dem Bande der Beweisschriften gegeben, aber diese zu seinem Nachtheile absichtlich verstümmelt und entstellt habe. Er benuneirt ein solches gemeines Verfahren der Verachtung aller Rechtlichen. (Allgemeine Bestimmung.) Er verlangt, daß künftig den Journalen verboten werde, Anklage-Akten vor dem Urtheile zu veröffentlichen und so der Vertheidigung vorzugreifen, ja sie zu entkräften. Er stellt das freie Gesuch, daß sein Vorschlag sogleich discutirt werde. Baune protestirt ebenfalls gegen die Verläumdung, besonders wenn sie von Collegen ausgehe. Turk nimmt hierauf das Wort unter einem steigenden Sturm, um zu erklären, daß er nicht ist schon in die Discussion eingehen wolle, daß er aber jetzt schon Herrn Baune erwidere, was er vor der Untersuchungs-Commission angefangt habe, sey die Wahrheit. Mit vieler Mühe gelingt es dem Präsidenten, den Sturm zu beschwichtigen, indem er den Zwischenfall für erledigt erklärt.

Nachschrift. Paris ist bis zu diesem Augenblicke (4½ Uhr Nachmittags) ganz ruhig, und es scheint, daß die beunruhigenden Gerüchte sich nicht verwirklichen werden.

Wir haben indessen in dem ersten Bande der Beweisschriften die Deposition des Vertreters Turk gegen den Vertreter Baune nachgeschlagen. Turk sagt aus, daß Edgar Quinet am 15. Mai, trotz des Andringens mehrerer Repräsentanten, sich geweigert habe, in der 11. Legion, deren Oberst Caunot ist, den Generalmarsch schlagen zu lassen, und daß am 24. Juni der Vertreter Baune ihm gesagt habe, „wenn man nicht 4 bis 500 Mitglieder der Nationalversammlung umbringe, so könne das kein gutes Ende nehmen. Man müsse da anfangen, wo Robespierre, St. Just und Marat aufgehört hätten.“ Baune hat nun Turk öffentlich einen Lügner und Verläumder genannt, — dabei kann es nicht bleiben und solcher Ausdrücke werden wir Hunderte erleben. Die öffentliche Meinung nennt solche Dinge Klatschereien, und sie sind einer großen gesetzgebenden Versammlung unwürdig. — Welcher Art die Beweisstücke sind, davon mag eines den Beweis geben, das in einem Briefe eines gewissen Moritz Schlesinger an Strand gerichtet, besteht. Schlesinger will durch zuverlässige Correspondenten in Deutschland erfahren haben, daß zwischen den Königen von Preußen, Bayern, Sachsen, Oesterreich und den Prinzlein (princaillons) Deutschlands ein Bündniß existire, durch das sie sich solidarisch verpflichtet haben, Geld nach Paris zu schicken, um die Insurrektion zu nähren ꝛc. und wie der Unsinn weiter heißt.

Großbritannien.

London, 17. August. Die unterirdischen allegorischen Häuptlinge, Kapitän Rock und die Molly Maguire, scheinen bereits ihr Treiben in Irland wieder zu beginnen, und in ihrer Weise die von O'Brien und Genossen angelegten Fäden der Verschwörung weiter zu spinnen. Unter Andern brach am 13. August ein Haufe in der Richtung von Abbeyfeale hervor, zog sich gegen das Dorf Castletown, unterjochte auf dem Wege dahin jedes Haus nach Waffen und machte schließlich auf ein Gebäude in Castletown, in welches sich auch einige Polizeidiener geworfen hatten, einen Angriff. Die drinnen verrammelten den Eingang, vertheidigten sich und schlugen 3 der Andringenden nieder, worauf diese ihre Flinten abfeuerten und dann sein entfernten. Der Vertheidigung blieben todt auf dem Platze. In den Bergen um Abbeyfeale streifen etwa 7 — 800 Bewaffnete umher, an ihrer Spitze, wie es heißt, Richard O'Gorman; Barrikaden, von Baumstämmen und Feldsteinen errichtet versperrten die Zugänge. Bekanntlich war O'Gorman in Paris, um hier Studien in der Errichtung von Barrikaden zu machen; jetzt zeigt er den armen Bergbewohnern von Abbeyfeale, daß er seine Zeit in Paris nicht ganz unnütz verbracht hat. Harrnett, ein Farmer, Anführer eines Haufens, welcher die nach Dublin führende Poststufe überfiel und den Reisenden die Waffen abnahm, ist zur Haft gebracht worden. Aufreizem fahndet man noch auf den gesürchteten Doheny und auf Dillon, der, wie man jetzt gewiß weiß, bei der Affäre von Boulagh verwundet und itzgenwo in einem Versteck untergebracht ist. Der Korrespondent der Times fährt fort, die Lage der Dinge in Irland als sehr bedenklich zu schildern, indem allerdings unter dem Landvolk große Aufregung herrsche, ein tiefer unversöhnlicher Groll gegen England, der in jedem Augenblick zu einem allgemeinen offenen Aufstand führen könne. Die Revolution, sagen die Landleute selbst, sei nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. August. Das Oberadmiralitätsgericht hat mehre Verurtheilungen von deutschen Schiffen bestätigt. Die Prisencommission zeigt an, daß am 28. August mit dem Verkauf derselben angefangen werden solle.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 22. August. Wir können nicht unterlassen, eines vorgestern vorgefallenen Soldaten-Exesses zu erwähnen, der viel besprochen wird und eine bittere Stimmung erregte. Mit geringen Abweichungen wird die Sache ungefähr folgendermaßen erzählt. Ein Aufläder schalt im Gespräche mit einem Soldaten auf der Straße in einigen scharfen Worten einen hiesigen Stabsoffizier und begab sich dann in ein Wirthshaus in der Nähe der Haupt-

Digitized by Google

wache. Von dort kam nach einiger Zeit jener Soldat mit drei Mann von der Hauptwache, um jenen Mann zu verhaften, ohne den Befehl dazu von einer Civilbehörde zu haben. Der Protest der anwesenden Gäste gegen diese grobe Rechtsverletzung half nichts, da die Mannschaft erklärte, von ihren Waffen Gebrauch machen zu müssen, im Falle man sich der Verhaftung nicht willig füge. Es ist zu erwarten, daß die Sache untersucht und derjenige, welcher diese willkührliche Verhaftung angeordnet, zur Verantwortung gezogen werde.

Anzeigen.

Entgegnung.

Derselbe Tartüffe, welcher im Nürnberger Kurier Nr. 207 durch seine „Anfrage“ meine Ehre zu untergraben suchte, hat in der Nr. 230 der Bayreuther Zeitung einen neuen Versuch gemacht, mich auf eine niederträchtige Weise zu verdächtigen.

Nun hat eine gerichtlich unterstützte Anfrage nach dem Namen des Einsenders jenes Artikels im Kurier das Resultat gegeben, daß ein scheinbar Unbekannter den Namen „Christoph Gebharder“ aus Hof für sein Machwerk gebraucht hat und daß Herr Christoph Gebhardt jenen Einsender öffentlich für einen Schuft erklärte, der seinen Namen zur Untergrabung der Ehre eines rechtschaffenen Mannes mißbraucht habe. Siehe Nürnberger Kurier Nr. 233.

Schon aus dieser ebenso verschmitzten als feigen Art, meine Ehre öffentlich zu besudeln, kann man auf den Charakter, so wie auf die Motive eines zu solch' schlechtem Streiche fähigen Individuums schließen, enthielte jene „Beleuchtung“ selbst etwas Anderes als offenbare Lügen, unbegründete Verdächtigungen und leere Drehungen.

Das allerdings auf meine Veranlassung von meinen Gerichtsherrschaften abgegebene Mißbilligungsvotum ist von sieben derselben unter zehn eigenhändig unterschrieben, denn ich mißbrauche nicht, wie der Einsender, fremde Namen. Ein Gutsherr ist, noch ein Kind, nicht angezangen, von einem Andern aber aus Grundsatz „sich gegen anonyme und perfide Aufsätze nicht zu betheiligen“ nicht unterschrieben worden. Sollte übrigens der Einsender unter dem „Anhaber bedeutender Gerichter“ vielleicht den Gutsherrn, der Patrimonialgerichte II. Klasse Conradsreuth, Hartungs und Regnitzlosau, die Ehre verwalte, meinen, so ist dieser hohe Herr nicht von nun zur Unterzeichnung jener gutsherrlichen Erklärung ersucht, sondern Ihm solche von dem Herrn Aussteller zugesendet, von Ihm allerdings nicht unterschrieben, aber, nachdem sich bei jener Anonce im Kurier der Mißbrauch eines fremden Namens herausgestellt hatte, brieflich gegen mich erklärt worden, daß der Grund seiner Nichtunterzeichnung in der von Seiten der K. Regierung verfagten Anerkennung seiner Eigenthumsrechte auf die genannten Patrimonialgerichtsbarkeiten gelegen habe. Wenn übrigens unter 10 Gutsherrn sich 7 für eine Meinung aussprechen und die 3 Andern sie nicht widersprechen; so wird jeder Vernünftige, wenn auch nicht der Einsender, sie wohl für die wahre annehmen gehalten fühlen.

Die Gerichtsholden sind von mir zur Abgabe einer Erklärung nie aufgefordert worden: allein ich habe die eidlichen Aussagen der Gerichtsholden, wenn man auch vielleicht hie und da durch ein ert neuerlich versuchtes, scheinbar cordiales Zusammenleben mit denselben sie wieder für sich zu gewinnen suchen und für gewisse Zwecke bearbeiten und bearbeiten lassen mag, nicht zu fürchten, weil ich wissentlich nie und zu keiner Zeit Jemanden Unrecht gethan habe. Daß Beschwerden von Gerichtsholden mir derbe Zurechtweisungen meiner vorgesetzten Behörden zugezogen haben, erkläre ich von den Augen jener Behörden für eine ebenso große Lüge, als die Angabe, daß die Gerichtsholden wegen Beförderung gröberer Injinuationen Beschwerden gegen mich unterlassen haben sollen.

Bei Gerichtstagen blieb mir bei den vielen Geschäften keine Zeit übrig, den Volksthümlichen zu spielen und habe ich dabei nichts anders gewollt und gesucht, als meiner Pflicht nachzukommen. Ich habe bei keinem der von mir verwalteten Patrimonialgerichte je Antheil an den Strafen gehabt, sondern es waren solche überall den Gutsherren vorbehalten. Bei dem Patrimonialgerichte II. Klasse Conradsreuth und Hartungs war längst, ehe ich dieselben übernahm, der Herr Sportelertrag Zuber von der Gutsherrschaft speciell mit Einnahme und Verrechnung der Strafen beauftragt, wovon dem Anzeiger gewöhnlich die Hälfte als Gratifikation zugeschirrt war. Strafen, welche der genannten Gutsherrschaft gehörten, oder zur landgerichtlichen Sportelkasse zu fließen hatten, sind eben deßhalb nie von mir eingenommen worden und würde ich solches öffentlich nicht aussprechen, hätte ich nicht ein reines Gewissen. Es mag vielleicht des Einsenders Leidenschaft seyn, sich fremde Gelder anzueignen, weil er solches Andern zutraut.

Im Jahr 1844 haben beim Patrimonialgerichte Conradsreuth, in dessen Strafliste auch die in den Hartungser Waldungen vorgekommenen Wald- und Huthfrevel gewöhnlich mit aufgetragen wurden, die gesetzmäßig erkannten Strafen allerdings 125 fl. 55 kr. betragen, allein das von der Gutsherrschaft neu angestellte Forstschutzpersonale hat auch im Jahr 1844 seine Anzeigen mit weit größerer Strenge als die Früheren gemacht, und das Sprüchwort bewährt: „neue Besen kehren gut“; denn im laufenden Jahr ist bei den Patrimonialgerichten Conradsreuth und Hartungs von dem gutsherrlichen Forstpersonale auch nicht eine Anzeige noch gemacht worden.

Während meiner 15jährigen Amtsführung habe ich nur ein einziges und zwar ein für einen vormaligen gutsherrlichen Waldaufseher zu Conradsreuth ausgestelltes Sittenatest allenfallsigen Mißbrauchs wegen zerrissen, weil darin dem Vorzeiger, obschon er wegen Mißhandlung einer Ueberförstau eine Criminalstrafe erlitten hatte, eine tadellose Amtsführung beigelegt war.

Des Einsenders Absicht, meine Anstellung dahier zu hintertreiben, liegt klar am Tag, denn sein erstes Inserat im Kurier stellte meine allenfallsige Anstellung beim K. Landgerichte Hof als bedenklich dar und jetzt nach dem Gerücht, daß die Patrimonialgerichte I. Klasse vom 1. Oktober o. an für den Staat fortbestehen und verwaltet werden könnten, sucht er meine künftige selbstständige Amtsführung verdächtig zu machen.

Ich sehe jeden Falls der Zukunft ruhiger entgegen als der Einsender, denn die nächste Zukunft wird lehren, daß seine Anschuldigungen gegen mich ungegründet und ein Gewebe von boshaften Lügen sind, ihn aber, mag sein Name bekannt werden oder nicht, wird die allgemeine Verachtung wegen seiner perfiden Handlungsweise sicher treffen. Mir ist nicht eingefallen, die Nr. 207 des Nürnberger Kuriers zu beseitigen: denn ich besuche bis jetzt nur eine Gesellschaft und da kann Einsender sein perfides Inserat jeden Augenblick noch einsehen.

Mag doch der Einsender mit seinen weitern angeblichen Thatsachen gegen meine Handlungsweise und Gesinnung hervortreten, ich scheue sie nicht, denn ich muß meine Amtshandlungen vor den vorgesetzten Stellen und den Gerichtsholden jeden Augenblick vertreten.

Allein wenn der lichtscheue und hinterlistige Einsender nun im Kurier seinen Aroonen einen falschen Namen unterschiebt; so wird er damit schwerlich seinen Zweck erreichen und die beabsichtigte Schmähung nur auf ihn selbst zurückfallen.

Hof, 19. August 1848.

Ernst Abraham Barsch.

Zur vorstehenden Erklärung des Herrn Patrimonialrichter Barsch finde ich mich veranlaßt, hiemit zu bemerken, daß derselbe Strafgelder für die verehrlichen Gutsherrschaften auf Conradsreuth und Hartungs nie eingehoben hat, sondern daß die Annahme und Verrechnung dieser Gelder aus Auftrag gedachter verehrlichen Gutsherrschaften durch mich bewirkt wurde und daß die Legung anderweiter Rechnung längst erfolgt wäre, wenn meine beiden jüngsten Rechnungen, wovon die vorletzte mit einem bereits abgeliefertem Activrest von

3 fl. 13 kr.

die jüngste aber mit einem von mir geleisteten Vorschuß von

10 fl. 57½ kr.

abschließt, abquittirt resp. decharget worden wären.

Daß die in beiden Rechnungen sich exquisierten Einnahmsbeträge größtentheils und resp. ganz absorbirt wurden, rührt daher, daß hievon außer den Strafgeldercanthelien der Denunzianten die Beträge für die Kgl. Gesetz- und Regierungsblätter, Buchbinderlöhne, Gerichtsdienersmonturgelder, besondere Remunerationen ꝛc. bestritten worden sind.

Hof, 19. August 1848.

Zuber, Rendant.

Meine alleinige Niederlage echten cölnischen Wassers bei Herrn S. Karpeles in Bayreuth habe ich wieder mit den vorzüglichsten Sorten bestens assortirt.

Johann Maria Farina,
gegenüber dem Altenmarkt.

Das ausgezeichnete cölnische Wasser des Herrn Joh. Maria Farina empfiehlt zu den billigsten Preisen

S. Karpeles.

Konrad Strömsdörfer von der Hohlmühle verkauft mehrere walzende Grundstücke, Holz, Wiesen und Felder. Hiezu ist Termin auf Sonntag den 27. d. Mts. Nachmittags im Wirthshause zu Kreußtein anberaumt, wozu Liebhaber hiermit eingeladen werden.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 236. 25. August 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 22. August. Die Diskussion über die kirchlichen Fragen war auch heute sehr belebt. Als Vertheidiger der vollen Freiheit der Kirche vom Staate traten heute der katholische Bischof von Ermeland in Westpreußen, der protest. Pfarrer Zittel aus Baden, Herr Döllinger, das Haupt der Ultramontanen, von der linken Seite Herr Vogt aus Gießen und von dem Centrum der Finanzminister v. Beckerath auf. Als Gegner dieses Prinzips sprachen der bayerische Kultusminister v. Breitler und Herr Bauer, protest. Dekan aus Bamberg. Die Rede des Letztern hatte eine schlagende Wirkung besonders dadurch, daß er nachwies, wie Herr Döllinger und seine Partei, welche jetzt das Panier der unbedingten Glaubens- und Gewissensfreiheit erheben, unter dem Ministerium Abel gegen die gerechten Beschwerden der bayerischen Protestanten kämpften. Er ist überzeugt, daß, wenn diese Partei ihre Forderungen durchsetzt, die protestantische Kirche wieder denselben Verfolgungen und Kämpfen, wie früher, ausgesetzt seyn werde. Am Schluß der Sitzung stellten 20 Mitglieder der Rechten, denen die Enthüllungen des Hrn. Bauer unbequem seyn mochten, den Antrag auf Schluß der allgemeinen Berathung, der aber nicht angenommen wurde. Die Debatte wird daher übermorgen fortgesetzt werden, und wahrscheinlich noch mehrere Tage dauern. Zu Anfang der Sitzung hatte Herr Eisenmann das Ministerium wegen der auffallenden Verordnung der österreichischen Regierung in Betreff der deutschen Faeben interpellirt; der Minister des Innern sagte für nächsten Freitag Antwort zu.

Frankfurt, 21. August. Ausführlicher Bericht über die 63. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Der Reichsminister des Aeußern, Heckscher, zeigt der Versammlung die Ernennung der Reichsgesandten für die fremden Höfe an und bemerkt dabei, die Gesandten seyen instruirt, nicht bloß den Regierungsantritt des Reichsverwesers zu notifiziren, sondern auch über die hiesigen Zustände und Bestrebungen Auskunft zu ertheilen, Verurtheile und freige Darstellungen zu beseitigen. Sie seyen ferner die Verkündee einer gerechten und friedliebenden Politik, zugleich aber auch einer festen Politik, welche auf den Rechten Deutschlands bestehen werde. Anlangend die italienische Frage, seyen Maßregeln getroffen, um dahin zu wirken, Deutschland die gebührende Theilnahme an den Friedensunterhandlungen zu sichern. In Bezug auf die Verhältnisse zu Dänemark sey der Unterstaatssekretär v. Gagern über Berlin nach Rendsburg abgegangen, um an Ort und Stelle den Fortgang der Unterhandlungen zu überwachen und der Vermittler der Ansichten und Wünsche des Ministeriums zu seyn. Der Reichsminister des Innern, v. Schmerling, giebt der Versammlung von dem Vollzuge ihres Beschlusses vom 16. Juli, „daß von der hannoverschen Regierung die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes über dieselbe zu verlangen sey", Kenntniß. Auf die Konstitation von dem Regierungsantritt des Reichsverwesers sey eine Antwort eegangen, die bereits, wenn auch nicht vollständig und unumwunden, die Anerkennung enthielt. Sodann habe die hannoversche Regierung den Oberjustizrath von Bothmer zu ihrem Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt, und in der unter Contrasignatur eines verantwortlichen Ministers vom König unterzeichneten Vollmacht denselben ermächtigt, alle Erklärungen vollgültig abzugeben. Auf den Grund dieser Vollmacht nun habe He. v. Bothmer dem Reichsministerium erklärt: er nehme keinen Anstand, die gewünschte und unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes über dieselbe hiermit auszusprechen." Reichskriegsminister von Peucker äußert sich über die in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung angeordnete Beemehrung des stehenden Heeres. Die Centralgewalt wird bemüht seyn, die dadurch dem Lande erwachsenden Lasten nach Kräften zu erleichtern; sie wird den Bundesstaaten die Wahl der Mittel überlassen, und hofft dadurch einen edlen Wettstreit unter den Volksstämmen zu entzünden. Man beabsichtigt, aus dem Bereich der bisherigen engen Normen herauszugehen, die Leistungen an Kavallerie und Artillerie, als den kostspieligsten Waffen, möglichst zu vermindern. Aeltere Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenstände sollen, wenn sie nur irgend brauchbar, zugelassen werden. Offiziere der verschiedenen Heeres-Abtheilungen sollen sich hier versammeln, um deren Zustände und Bedürfnisse kund zu geben, die Mängel der bisherigen Bundeskriegsverfassung zu erörtern und eine Verständigung herbeizuführen. Die Centralgewalt wird sich nicht auf Berichte beschränken, sondern Lokalinspizirungen anordnen. Reichsfinanzminister von Beckerath theilt der Versammlung mit, daß es ihm noch nicht möglich gewesen, über den Stand der verschiedenen Reichskassen eine Vorlage zu machen, daß dieß aber nächsten Freitag geschehen werde. Eisenmann kündigt eine Interpellation über den Beschluß der österreichischen Regierung in Betreff der deutschen Faeben und über das politische System Oesterreichs an. An der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abg. Bischer, die Berathung der Art. 3 der Grundrechte zu vertagen. Bischer führt zu Gunsten desselben an, daß das Volk mit großer Ungeduld der Entscheidung über die materiellen Fragen entgegen sehe; daß die Debatten über konfessionelle Fragen die herrschende Aufregung vermehren würden u. s. w. Hierauf entgegnet Reinhard: Wenn man die Ungeduld des Volkes berücksichtigen wollte, hätte man auch die Diskussionen über die Ausnahmerung, über den Adel u. s. w. unterlassen müssen. Die Aufregung gehe von einer Partei aus, welche auch die Bewegung wolle, aber die Bewegung rückwärts, welche verzessen, daß es 1848 geschlagen habe, welche die Trennung der Schule von der Kirche um jeden Preis zu hintertreiben suche und welche die Kirche und das Vaterland in Gefahr erkläre. Jahn meint: man könne nicht eher über die Kirche entscheiden, als bis das Beeinsbrecht entschieden sey; denn die Kirche sey auch ein Verein. Er spricht von Vereinen, welche sich gegen die Nationalversammlung constituiren und ihr anmuthen, sich von hier zu entfernen. Zuletzt werde man an den Thüren der Paulskirche „Köpfmaschinen" aufstellen. Die Versammlung beschließt, über Bischer's Antrag zur Tagesordnung zu schreiten. Nach eröffneter Berathung über Art. 3 *) spricht zuerst Weißenborn für die Trennung der Kirche vom Staate. Philipps: die konfessionellen Streitigkeiten seyen an sich kein Unglück; aber daß sie zu politischen Zwecken mißbraucht würden, das sey der Wurm, der an Deutschlands Einheit nage. Die heiligste Aufgabe der Nationalversammlung sey es, den Frieden auf dem konfessionellen Gebiete herzustellen. Der westphälische Friede sey nur ein Scheinfriede gewesen; der Frankfurter Friede werde hoffentlich von längerer, von ewiger Dauer seyn. Er verlangt Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Die Kirchengewalt sey im 16. Jahrhundert von den Fürsten usurpirt worden, sowohl in der katholischen, als in der protestantischen Kirche; diese Gewalt greife in das Gewissen ein. Man müsse alle Konfessionen völlig freigeben; dadurch allein werde man Einheit stiften. Die religiösen Zustände seyen stets von unsern Feinden benutzt worden; daher die monstruösen Bündnisse, die unser Geschichte aufweise. Darum müsse man die große, wahre, allein nütze Gewissensfreiheit aussprechen, und die Kirche vom Staate unabhängig stellen. (Schluß folgt.)

Wir geben noch folgende Mittheilung zu der gestrigen Correspodenz über die neusten Münchener Ereignisse.

G München, 21. Aug. Während des ganzen Vormittags sah man an vielen Straßenecken erregte Gruppen um Plakate gesammelt, in welchen von mehreren (nicht genannten) Bürgern im „Namen von ganz Bayern" zu einer Nachmittags im Rathhaussaale abzuhaltenden Volksversammlung eingeladen wird, um hier zu der Ueberzeugung

*) Art. 3 §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt, noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

Digitized by Google

zu kommen, ob an dem Staatsschatz in der Schatzkammer der Residenz, wie er im Inventarium verzeichnet sey, Nichts fehle. Seit dem März ist nämlich der Zugang zu der Schatzkammer, der sonst dem Publikum offen stand, versperrt; seitdem liefen hier Gerüchte um, die ihren Widerhall in fast sämmtlichen hiesigen Blättern fanden, dahin gehend, ein Theil des Staatsschatzes sey verschleudert, der übrige fortgeschafft. Diesen Gerüchten gegenüber hätte sich das Ministerium längst zu einer effektiven Widerlegung verbunden halten sollen. Ist auch von der Sache vielleicht nur so viel wahr, daß der Kronschatz in den unruhigen Tagen des März eingepackt wurde, um ihn vor allenfallsigen Angriffen leicht zu flüchten*), so ist auch das Grund genug, eine Aufregung in den Zeiten hervorzubringen, wo es im Interesse so Vieler liegt, nicht eine völlige Ruhe und Interessenlosigkeit einreißen zu lassen. Und allerdings lag es nahe, nach dem Grunde eines solchen Verfahrens zu fragen. Ist es wirklich an dem, daß ein Theil des Staatsschatzes fehlt; oder nehmen wir nur das Geringere, daß derselbe eingepackt war, einstweilen an, herrschte damals eine Furcht vor dem zu allen Zeiten bewährten redlichen Sinn der hiesigen Einwohner, sie würden an das Staats-, an das National-Eigenthum eine freveinde Hand anlegen? Daß es keine Vorbereitung zur Flucht des Hofes seyn konnte, steht Jeder ein, denn Bayern hat nicht so verschiedenartige Provinzen, daß die eine feindlich sich erhöhe gegen die andere oder gegen die Residenz. Solchen ängstlichen Fragen hätte leicht ein beruhigendes offizielles Wort genügende Antwort geben können. Statt dessen ließ man den Samen des Mißtrauens fortwuchern, und in der heutige Anschlag, der mehrere Annexen in den Tagblättern der letzten Woche vorbereitet, fiel gerade drdhalb in einen aufgewühlten Boden. Diese Anschläge waren während der Nacht angeklebt worden, heute in aller Frühe wurde aber der größte Theil abgerissen, wie man sagte, waren Gendarmen damit beauftragt gewesen. Dies wurde als ein Eingriff in das, hier angewöhnlich gebietete, Associationsrecht angesehen. Neue Anschläge, mit Bleistift geschrieben, ersetzten bald die abgerissenen, dem Anschein nach von schlechten Schreibern ausgehend (es waren viele Schreibfehler zu bemerken) wie ich glaube, von guten Schreibern mit absichtlichen Fehlern entstellt. Gegen Mittag bemerkte man bald andere Anschläge des Magistrats, „im höhern Auftrage" die Grundlosigkeit jener Gerüchte verführt, und zur Ruhe ermahnt. Die Nachmittagsversammlung im Rathhaussaal war von allen Klassen und Ständen sehr besucht; den Eingang in den Versammlungsort jedoch hatte man sich erzwingen müssen. Mehrere Redner, Bürger und Studenten, traten auf; der fast von Allen wiederholte Vorschlag, durch eine Deputation den Minister anzugehen, vor derselben den Schatz mit dem Inventar zu vergleichen, wurde angenommen; die Deputation gewählt. Während dessen war auf dem Schrannen- und Residenzplatze Militär in Masse aufgerückt. Die Deputation zog hin in die Residenz, an ihrer Spitze der Bürgermeister Dr. Bauer, der schwach und unentschieden der Bitte derselben ihnen vorzugehen zwar nachgab, dem aber mancher Vorwurf gemacht wird, sie erst auf vielen Umwegen zum Ziele geführt zu haben. Ein Theil derselben wurde mit dem Bajonette von der Residenz weggetrieben, und nur 8 gelangten zu Thon-Dittmer, der sie kurzweg empfing und ihnen bedeutete, sie hätten Nichts zu suchen und Nichts zu fordern. Dieser Antwort folgte neue Aufregung und eine neue Deputation, welche erst um 9 Uhr das Resultat ihrer Sendung verkündete. Der Minister hatte die Wiedereröffnung der Schatzkammer zugesagt. Inzwischen war Nachmittags die Räumung des Rathhaussaals versucht worden. 10 Grenadiere der Landwehr waren damit beauftragt. Dies Vorhaben, ohne großen Ernst ausgeführt**), scheiterte an dem Widerstande der Versammelten; der anwesende Polizeicommissär mußte den Saal verlassen, wie wüthendem Geschrei verfolgt. Die Menge blieb, sich immer mehr vergrößernd; mit der Zunahme derselben und der vorrückenden Zeit stieg die Ungeduld und die Aufregung. Die Aeußerungen dieser Gefühle reizten die Soldaten und wie man sagt, ohne Befehl stürzten sich Einige, die erst heute von der Execution aus Ötz gekommen waren, auf die Masse, zwei Opfer sollen als Folge dieses Angriffs zu beklagen seyn. Drei Salven waren dißher zu vernehmen, sie waren aber blind, und wenn man auch da von Gefallenen spricht, so ist es entweder nicht wahr, oder höchstens Schuld Einzelner, die scharf geladen und sich gezielt hatten. Die ganze Bewegung ist auf dem Schrannenplatze concentrirt; in dem übrigen Theil der Stadt ist es ruhig, obwohl Militärpatrouillen und Posten namentlich an der Residenz, dem Ministerium, der Polizei und am Zeughause zu bemerken sind, die Freikorps und die Landwehr sind zum Theil ausgerückt. Jetzt, Nachts 11 Uhr, ist noch nicht an Ruhe zu denken. Mitten in der Aufregung gab sich der Volkswitz in verschiedenen Caricaturen auf Thon-Dittmer kund; mit einem richtigen Gefühl scheint man in diesem Manne den alleinigen Verantwortlichen der Ministerialverfügungen zu sehen, wenn auch dafür das Gesammtministerium — und in der Regel nicht gerade zum Ruhme seiner Consequenzen — einstehe. Den 22. August um 12 Uhr kehrte die völlige Ruhe zurück. Den Gerüchten, es soll ein Menschenleben (das eines Schneidergesellen, wie man mir sagte) zum Opfer gefallen seyn; wenigstens sah ich selbst heute morgens noch das Blut. Weitere Verlautungen konnte ich nicht in Erfahrung bringen. Fragen wir nach dem Rechte, das dem Volke und der Bürgerschaft zustand, die Auszeigung des Hausschatzes zu begehren, so vermögen wir trotz aller Gründe, die aus der rechtlichen Natur des Hauptsatzes genommen wurden — er ist nämlich seinem Wesen nach des Königs Eigenthum, sondern „unveräußerliches Staatsgut" (B. 4. Tit. 2 §. 3 Nr. 6.) —, keine Berechtigung dazu zu finden. Aber das Recht steht der Bürgerschaft jeder Stadt zu, zu verlangen, daß wenn es blos an den Behörden liegt, daß die Ruhe einer Stadt gewahrt werde, diese Alles aufbieten, um jede Störung des öffentlichen Friedens zu verhüten. Hätte der Minister das Versprechen, zu dem er sich Abends genöthigt sah, 12 Stunden früher deutlich und offen gemacht, Jeder wäre befriedigt worden, wir ständen nicht am Ende eines Tumultes, der um so mehr zu beklagen ist, als die Ursache dazu nur geringfügig und leicht zu heben war, und als hier zum ersten Male von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht wurde, was in den unruhigsten Tagen des Februar und März nicht geschehen ist.

Die Hauptlisten sämmtlicher zum Geschwornenamte fähiger Staatsbürger ist gefertigt und liegt bis zum 4. Sept. zur allgemeinen Einsichtsnahme offen. — Die Collegien der Universität sind größtentheils schon geschlossen; die übrigen gehen ihrem Ende entgegen. Die Bitte der abgehenden Rechtscandidaten um Erlaß des theoretischen Enderamens ist vom Cultusministerium abschlägig beschieden worden. — Ein neues Blatt „Verwarrt" unter der Redaktion eines Studirenden findet wegen seiner konsequenten Haltung allgemeinen Anklang. Ein Absatz von täglich 3000 Exemplaren ist viel bei einem Blatte, von dem erst die 20. Nummer erschienen ist.

□ München, 23. August. Die gestrige Nacht ist trotz der großen Aufregung des Tages, während welchem sowohl in den Straßen, wie auf dem Rathhausal die Menschen sich gruppirten und versammelten, doch ruhig verlaufen. Das Militär ward in den Kasernen konsignirt und Nationalgarde mit den Freikorps, die vollständig ausgerückt waren, theilweise von Mittag angefangen bis nach Mitternacht den Dienst, und seinen Augenblick wurde die Ordnung gestört. Nun folgten Plakate auf Plakate zur Beruhigung des Publikums; vom Oberstbofmeisterstab, daß der Hauschatz ungeschmälert vorhanden; vom Bürgerverein für „Freiheit und Ordnung", welcher sich von der Wahrheit dieser Worte durchdrungen erklärt ꝛc. Wäre eine dieser Erklärungen früher gekommen, so wäre die Ruhe ungestört geblieben und die zwei Tage der furchtbaren Aufregung mit ihren unrühmlichen Folgen wären unterblieben. Das Ministerium Thon-Dittmer hat dadurch einen neuen unheilbaren Schlag erhalten. Bei seinen Niederlagen schadet ihm auch noch die Inkonsequenz. Man fängt mit einer terroristischen Haltung an und hört mit der geschmeidigsten Nachgiebigkeit auf. Als eine Deputation vorgestern sich dem Minister des Innern vorstellte, fragte er: Wer sind Sie, wer hat Sie zu einer Deputation gemacht? die Antwort lautete: Das nämliche Volk, das Sie zum Minister machte. Ich will nicht die weiteren, wenig erheblichen Aeußerungen erwähnen, die Baron Thon-Dittmer anhören mußte, als er der Deputation erklärte, er ertheile ihr keine Audienz, gebe ihr durchaus keine Erklärung, sie habe nichts zu fordern, um den Staatsschatz sich nicht zu kümmern. „Sie werden wie ein künftig nicht mehr um die Staatsschuld kümmern, Hauptschuld soll sie heißen." Im Abend aber ertheilte der nemliche Minister der nemlichen Deputation eine zweistündige Audienz und gab die bereits erwähnte Erklärung, gab sie schriftlich. Da entspann sich im Cabinet folgender Dialog: Bürger: „Herr Minister haben am 5. Aug. erklärt, Sie wollen nie und nimmer das Ausrücken der Bürgerwehr gestatten, Sie gaben damals nach und werden auch heute nachgeben." Minist. Thon-Dittmer: „Ich bedauere, daß ich nachgegeben habe, wir waren im Recht." Bürger: „Dann hatten Sie doppelt Unrecht nachzugeben. Vergessen Sie aber nicht, Hr. Minister, daß wir auf Ihre Bewilligung nicht länger warteten, daß wir den Beschluß faßten, auch ohne dieselbe auszurücken und daß

*) Dies ist nach der Angabe des Ministers selbst zugegeben.

**) Anerkennung des Versammlungsrechts!

Digitized by Google

Sie es für gut fanden, nachträglich diese Bewilligung zu ertheilen." Am Schlusse der Audienz, nachdem der Herr Minister die Erklärung abgegeben hatte, bemerkte ihm ein anderes Mitglied der Deputation: Herr Minister, Sie liefern heute einen Pendant zum 5. August; alles was Sie diesen Nachmittag nicht einzugeben Sich erklärten, haben Sie erfüllt. Wir empfehlen uns auch für die Zukunft Ihrer Güte!"

München, 21. August. Gewerbhändler „Staatsregierung" hat seine Operation bereits begonnen: nicht nur die Stutzen, auch die Musketen müssen, diese um 14 fl. bezahlt werden, auswerfen sind sie abzuliefern. Was bezweckt diese Maßregel Anderes als eine langsame Entwaffnung oder Durchsiebung der Freiforps? So werden bei uns die Versprechungen wegen Volksbewaffnung gehalten, daß man sogar die ersten Anfänge derselben im Keime erstickt. — Sollte es in Bayern nicht mehr als 15 Demokraten geben? So groß nämlich ist die Zahl derer, die zur Ueberwachung ausgeschrieben sind. (D. e. Z.)

München, 22. August. Dienstesnachrichten. Der Rentbeamte P. Gloner zu Kastl ist auf das Rentamt Donauwörth versetzt, und der Rechnungskommissariatsfunktionär P. Sauer in Würzburg zum Rechnungskommissär bei der Regierungsfinanzkammer von Unterfranken und Aschaffenburg ernannt worden.

Augsburg, 22. August. (Militär nach der Residenz.) Diesen Mittag ist aus München Ordre an das hiesige 4. Chevauxlegersregiment eingetroffen, dem zufolge heuten (Nachmittags 4 Uhr) zwei Eskadronen an den hiesigen Eisenbahnhof angerücken sind, um allfeglerich mittelst eines Extrazuges nach München befördert zu werden.

Nürnberg, 22. August. Wie wir vernehmen, ist dem hiesigen Gewerbeverein von der kgl. Staatsregierung zur Unterstützung namentlich der kleinen Gewerbe die Summe von 40,000 Gulden bewilligt worden. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 21. August. Bis zum 20. August sind an der asiatischen Cholera als erkrankt gemeldet 80 Personen, davon sind gestorben 30, genesen 7 und 14 befinden sich noch in Behandlung. — Die Berliner National-Zeitung vom 21. August meldet: Soeben gehen uns Nachrichten von sehr belagenwerthen Auftritten in Charlottenburg zu. Wir hören, daß dort am heutigen Nachmittag Männer, deren demokratische Gesinnung bekannt ist, Mißhandlungen erfahren haben, wovon das Gerücht hier in Berlin große Aufregung hervorruft. Eine große Anzahl Bürger sind in diesem Augenblick hinüber, um weiteren Exzessen vorzubeugen, da man, wie es heißt, in Charlottenburg dem Unwesen ruhig zusieht. Nähere Nachrichten fehlen, bestimmt aber ist, daß eine Deputation sich zum Minister des Innern begeben hat, um ihn aufzufordern, energisch einzuschreiten. — Während die berliner Lithographirten Nachrichten die Anwesenheit des deßsaufschen Ministers Hadicht mit dem Wunsche eines Anschlusses der anhaltischen Staaten an Preußen in Verbindung bringen (Nr. 235), versichert die Neue Preußische Zeitung aus ziemlich glaubwürdiger Quelle, daß es sich damit folgendermaßen verhalte. Bekanntlich sei in Frankfurt bei der deutschen Nationalversammlung der Antrag gestellt, daß die Fürsten derjenigen deutschen Staaten, welche weniger als ½ Mill. Einwohner zählen, mediatisirt werden sollten. Der Minister habe deshalb im Auftrage des Herzogs von Dessau bei seinem Staatsministerium und selbst beim König die nöthigen Schritte gethan, um diesem Antrage entgegenzuwirken.

Posen, 17. August. Nach Privat-Mittheilungen aus Warschau war daselbst am 12. ein Aufstand ausgebrochen, an welchen auch ein Theil der Truppen Theil nahm. Nach einem fünfstündigen Bombardement der Stadt ist derselbe jedoch unterdrückt worden. Ausführliche Mittheilungen über den Hergang fehlen noch, doch scheint dieser Aufstand mit der vor einiger Zeit in St. Petersburg entdeckten Verschwörung des Stanislawski in Verbindung gestanden zu haben, und in Folge Statt gehabten Verrathe und der vorgenommenen Verhaftungen zu frühzeitig ausgebrochen zu sein; denn es soll im eigentlichen Plane gelegen haben, jedenfalls in Petersburg selbst den ersten Schlag zu thun. Es ist übrigens nicht glaublich, daß mit diesem unglücklichen Versuche die Empörung gänzlich gedämpft sein sollte; denn in Rußland selbst ist die Gährung bei Weitem größer als im Königreich Polen, und diesen innern Zuständen müssen wir auch wohl allein das gemäßigte Verhalten des Kaisers Deutschland gegenüber zuschreiben. (K. Z.)

Wien, 20. August. Die Nationalgarde Wiens, welche bei der gestrigen Revue des Kaisers über dieselbe 40,000 Mann stark erschienen war, zeigte sich hiebei nur von dem Einen Gefühl der Verehrung durchdrungen. Eine Ausnahme machte allein der größere Theil der akademischen Legion. Indem sie nemlich abgewandten Gesichts vor dem Kaiser defilirte, spielte ihre Musikbande statt der Nationalhymne ein unter dem Namen „Fuchsenlied" bekanntes Studentenlied. Die Entrüstung über dieses Betragen war eine allgemeine und führte fast zu thätlichen Demonstrationen. Der Sicherheitsausschuß hat durch dieß Betragen seiner Patrone und Schützlinge einen neuen Stoß erhalten und steht in Folge dievon seinem Untergang näher als je. (K. v. u. f. D.)

Mannheim, 19. August. Unsere badische Besatzung, welche nach Karlsruhe abmarschiren wird, verläßt uns heute, und dafür ist diesen Nachmittag 3 Uhr ein Bataillon des ersten kurhessischen Infanterieregiments unter lebhafter Freudenbezeugung der hiesigen Bevölkerung, bei der das kurhessische Militär von der Zeit der Kriegszustandserklärung in bester Erinnerung steht, eingezogen. (20. August.) Als gestern Abend die kurhessischen Soldaten die Kaserne beziehen sollten, weigerten sie sich auf das Entschiedenste. Es war ihnen schon früher von ihren im Mai hier gewesenen Kameraden nicht die vortheilhafteste Schilderung von der Bequemlichkeit der Kasernenräume und Schlafstätten gemacht worden; sie waren deßhalb auch durchaus nicht zu vermögen, in die Zimmer einzutreten, sondern blieben nebst allen Offizieren vom Hauptmann abwärts in dem Kasernenhof auf dem bloßen Pflaster über Nacht. Diese Soldaten verlangen, entweder einquartirt zu werden, oder in jedes Bettgestell eine Strohsack und eine Haarmatratze zu erhalten. Dieser Vorfall wurde, wie man hört, noch Nachmittags an das Kriegsministerium berichtet, von wo man heute Verhaltungsbefehle erwartet. Vorläufig werden seit diesem Morgen die Räume im Zeughause gereinigt und mit den erforderlichen Requisiten versehen. (Nachschrift.) Die kurhessischen Truppen haben es diesen Mittag auf das Aeußerste getrieben; sie verließen die Stadt und alle ihre Posten, wie es heißt, ohne Erlaubniß, und zogen auf das freie Feld hinaus, den Exerzierplatz, und wollen da unter freien Himmel lagern. (K. v. u. f. D.)

Wien, 20. August. Wie dem Hamburger Korrespondenten aus Rendsburg geschrieben wird, war am 21. August ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen worden, und zwar unter folgenden Bedingungen: 1) das schleswig-holsteinische Heer bleibt gerüstet und besetzt beide Herzogthümer; 2) sämmtliche preußische Truppen verlassen die Herzogthümer, bilden aber in nicht allzugroßer Ferne ein Lager von 20,000 Mann, so daß sie jeden Augenblick rasch wieder herbeieilen können; 3) von den übrigen Reichstruppen bleiben 4000 Mann im Herzogthum Holstein, alle andern verlassen sich zu Hause; 4) Alsen wird von den Dänen geräumt und 5) vierzehen Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes tritt die provisorische Regierung zurück und es wird eine andere interimistische Regierung bis nach Festsetzung der Friedensbedingungen an ihre Stelle, deren Mitglieder von der Centralgewalt vorgeschlagen und vom Könige von Dänemark erwählt werden sollen.

Frankreich.

* Paris, 20. August. Lord Normanby hat gestern in offizieller Audienz dem General Cavaignac die Schreiben überreicht, durch die er als Botschafter der k. großbritannischen Regierung bei der französischen Republik beglaubigt ist.

Der National erklärt heute, daß die Besetzung der römischen Legationen fortdauere, daß General Oudinot von der österreichischen Regierung nicht zurückgerufen sey und daß die französische Regierung noch keine offizielle Anzeige erhalten habe, daß Oesterreich die französisch-englische Vermittlung annehme. Frankreich aber könne nicht eher die Vermittlung beginnen, als bis die Legationen von den Oesterreichern gänzlich geräumt seyen. Wir erfahren, daß eine Note in diesem Sinne am 18. d. nach Wien abgegangen ist, worin das französische Kabinet augenblicklich die Räumung der päpstlichen Staaten verlangt, widrigenfalls es sich gezwungen sehen würde, sogleich dem Papste ein französisches Armeekorps zum Schutze seiner Staaten zu Hülfe zu schicken. Da ferner die Stadt Venedig sich weigert, den von Carl Albert mit Radetzky abgeschlossenen Waffenstillstand anzuerkennen und da Carl Albert seine Flotte zurückberufen hat, so hat die französische Eskadre des Mittelmeeres den Befehl erhalten, sich augenblicklich nach dem adriatischen Meere zu begeben und Venedig zu decken. Die Regierung sieht sich somit durch die Gewalt der öffentlichen Meinung gezwungen, entschiedener als bisher aufzutreten.

Die auf gestern verkündigte legitimistische Schilderhebung hat nicht stattgefunden, — doch wurde um 4½ Uhr Nachmittag die Besatzung der Nationalversammlung allarmirt. Alle Truppen nahmen die Waffen und besetzten die Zugänge zum Palaste, mehrere Infanterie-Bataillons drehten die Kanonen gegen die Quais, ein Cavallerie-Regiment war auf den Concordeplatz selbst vorge-

Digitized by Google

schoben. Man hatte erfahren, daß eine Prozession von 3000 Frauen der Nationalversammlung eine Petition um Amnestie für die Juni-Insurgenten überdringen wolle. Allein um 5½ Uhr erschien nur eine kleine Deputation dieser Frauen, übergab die Petition einem Vertreter und entfernte sich wieder. Um 6 Uhr rückten die Truppen ein. — Heute macht ein heftiges Regenwetter jede Bewegung unwahrscheinlich, — demungeachtet dauern die Vorsichtsmaßregeln fort. Alle 25 Bataillone der Mobilen marschiren so eben (9 Uhr Morgens) nach dem Marsfelde, um vom Kriegsminister in Revue passirt zu werden.

Das Kriegsgericht der ersten Militär-Division hat gestern die Proceedur gegen die Anführer der Insurgenten begonnen. Der erste Angeklagte Victor Tesulat, Bindermeister, der die Barrikade von St. Paul kommandirte, wurde mit 6 Stimmen gegen 1 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, der zweite, Peter Jusstan, Gelbgießer, Lieutenant in der 5. Legion der Nationalgarde, der auf der Barrikade der Rue Neuve Chabral gefochten haben ist, ward zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Man verschert, daß zwischen den beiden Volksvertretern Baune und Turk, wegen des Zwischenfalls in der gestrigen Sitzung, heute ein Duell auf Pistolen stattfindet; — wahrscheinlich werden unzählige andere Dementis eben so traurige Folgen haben.

Die Linienschiffe Herkules und Jemappes, jedes von 100 Kanonen sind, in Folge eines von Paris gekommenen telegraphischen Befehles, am 14. von Toulon auszulaufen, — sie haben ihre Richtung nach Süden genommen.

Spanien.

In Catalonien gab den neuesten Berichten von der Gränze zu Folge eine republikanische Bewegung ausgebrochen. Zwei Corps von 700 und 400 Mann unter Metina sind am 7. vor Barcellona erschienen, haben die Städte Masuon und Badelona besetzt, dir nur 3 Stunden von Barcellona liegen, sie haben dir dortigen Truppen entwaffnet und sich über Sembdy nach Billanovr gewendet. Alle jungen Leute verlassen Barcellona und schließen sich der Bewegung an. Eine ähnlichr Bewegung brach am 8. in Tarragona aus, Oberst Badivielo an der Spitze der ganzen Jugend von Reus besetzte das Campo vor Tarragona, — mehrere Garnisonen erklärten sich für die Bewegung, am 10. war der Schrecken in Catalonien allgemein, die Behörden verlangten überall Truppenverstärkungen, ohne sie erhalten zu können.

Rußland und Polen.

Der in Breslau am 19. August eingetroffene Nachmittagszug der Oberschlesischen Eisenbahn hat keine Nachrichten aus Rußland mitgebracht. In Warschau soll Alles ruhig sein, es erscheint mithin hierin das umlaufende Gerücht als unbegründet. Die Nachrichten über Unruhen in Petersburg gehen aber auch aus Riga ein.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 24. August. Auf Veranlassung der Anwesenheit des Abgeordneten des hiesigen Wahlbezirkes war gestern eine Versammlung der hiesigen Wahlmänner und vieler Urwähler im großen Sonnensaale. Wir sind wegen Mangel an Raum gezwungen, unsern Bericht hierüber auf das morgige Blatt zu verschieben.

Bayreuth, 24. August. Nachträglich zur gestrigen Mittheilung über die willkührliche Verhaftung durch dazu nicht befugte Soldaten können wir aus sicherer Quelle melden, daß nachdem der auf die Anzeige eines betrunkenen Soldaten hier verhaftete Mann die ganze Nacht auf der Hauptwache hatte zubringen müssen, in der Frühe der städtischen Polizeibehörde überliefert, und von dieser ohne allen Grund bis Mittag eingesperrt gehalten wurde. Wenn man nun auch den seine Instruktionen überschreitenden Wachkommandanten wegen Unkenntniß derselben, dir er sich in einer vielleicht erst kurzen Dienstzeit nicht genug einprägen konnte, entschuldigen kann, was soll man aber zu dem städtischen Magistrate sagen, von dem man doch mindestens erwarten sollte, daß er die ersten Elemente der Gesetze und Rechte kenne? Wollte er vielleicht durch die gänzlich unmotivirte und ungesetzliche Verlängerung der Verhaftung dieselbe gut heißen? Der Polizei, der so oft bloße Willkühr Gesetz war, ist auch das zuzutrauen. Doch hegen wir die Ueberzeugung, daß, wenn der Verhaftete nicht ein Mann aus dem Volke gewesen wärr, seine Befreiung wohl schneller erfolgt wärr: man nehme nur an, was eben so gut hätte geschehen könne, die Verhaftung hätte anstatt eines Mannes aus dem Volke einen Mann aus dem Magistrat getroffen, wie dann?

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Bekanntmachung.

Auf Anrufen eines Hypothekgläubigers wird das Thomas Bartelmann'sche Anwesen zu Schnabelwaid, bestehend in:

1) Haus Nr. 46 sammt Keller, Stadel, Hofraum, Grasgarten, Gemeinderecht, dann Forstrecht im Kühschenrain, 3 Tagw. 96 Dez. Aker, 4 Tagw. 40 Dez. Wiesen, 1 Tagw. 56 Dez. Baldung,
2) 20 Dez. Wiese im Krenzfeln, 3 Tagw. 56 Dez. Wiesen im Bruckweiher, 4 Dez. im Rohrweiher, geschätzt auf 1474 fl., auf den 7. Septrmber Vormittags 10 Uhr

im Pflaum'schen Gasthause zu Schnabelwaid dem öffentlichen Verkaufe ausgesetzt. Kaufsliebhaber, die sich über Zahlungsfähigkeit und Leumund auszuweisen haben, werdrn mit dem Bedeuten eingeladen, daß dir Kaufsbedingnisse und Belastung und Taxe in der Landgerichtsregistratur täglich eingesehen werden können.

Pegnitz, den 16. August 1848.

Königliches Landgericht.
v. u. Schütz.

Anzeigen.

In zweiter vermehrter Auflage

ist in der Jos. Thomann'schen Buchhandlung in Landshut erschienen und in allen bayr. Buchhandlungen zu haben: in Bayreuth namentlich in der Buchner'schen Buchhandlung:

Zusammenstellung

der neuesten Gesetze für das Königreich Bayern.

Ein Handbuch für jeden Beamten und Staatsbürger.

Nebst Vollzugs-Instruktionen und einer Tabelle zur Berechnung über die verschiedenen Arten der Abtösung und Umwandlung der Gefälle.

Zweitr, mit den Gesetzen vom 15. April und 12. Mai vermehrtr Auflage. Preis 45 kr.

Ferner: Für die Besitzer der ersten Auflage unserer Zusammenstellung der Gesetze vom 4. Juni l. J. als Ergänzung:

Die Gesetze

vom 15. April und 12. Mai 1848. Preis 9 kr.

☞ Obige Zusammenstellung dieser, in verschiedenen Nummern der Intelligenz- und Regierungsblätter zerstreut sich befindlichen Gesetze, wird gewiß Jedem willkommen sein, indem durch sie das mühsame und zeitraubende Suchen der betreffenden Gesetze beseitigt wird.

Bekanntmachung.

Da die Stelle eines Maltzermeisters zum großen Malzhaus hier frei ist, so wird dieselbe nach Beschluß mit dem Bemerken hierdurch veröffentlicht, daß sich fähige Bewerber binnen 14 Tagen in freien Briefen, oder mündlich anmelden, um die weiteren Bedingungen bei dem Verwalter Schwarz sogleich auch erfahren zu können.

Redwitz, am 23. August 1848.

Die Malzhausverwaltung.

Zu allen vorkommenden Glaser- und Anstreicherarbeiten empfiehlt sich, bei guter Arbeit und zu billigem Preiß, ergebenst

Johann Elias Händel jun.,
Glasermeister und Anstreicher, Nr. 148 neben dem Traiteur Schobert auf dem Entenpläzchen.

Aechte Havanna spotted Cigarren, zu billigen Preisen von fl. 23 — per mille, empfiehlt

I. G. Felbinger.

Zu Weißenstadt ist ein noch gut erhaltener, großer Nürnberger Flügel mit sieben Oktaven billig zu verkaufen. Darauf Reflektirende wollen sich gefälligst an Unterzeichneten wenden, welcher auch auf portofreie Briefe weitere Mittheilung geben wird.

C. Meyrr,
Lehrer zu Weißenstadt.

Auf vielseitiges Verlangen wird der Sänger Fischrr morgen, Freitag den 25. d. M. eine Gesangs-Produktion im Vogel'schen Wirthshause veranstalten. Anfang 9 Uhr.

Im Hause Nr. 62 der Maximilianstraße ist eine kleine Wohnung auf Martini und in Nr. 477 der Judengasse die mittlere Etage sogleich zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 237. 26. August 1848.

Deutschland

Frankfurt, 21. Aug. Ausführlicher Bericht über die 63. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß.) Biedermann erklärt sich für Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und des Staats von der Kirche und glaubt, daß die Freiheit des Gedankens den geistlichen Kampf ohne Bedenken aufnehmen könne. Das Prinzip müsse aber rein durchgeführt, nach beiden Seiten mit gleicher Wage gemessen werden. Wenn die Kirche unabhängig seyn solle, dann dürfe auch nichts übrig bleiben, wodurch sie wieder in den Staat und in das Freiheitsgebiet des Bürgers eingreifen könne. Sie dürfe den Staat eben so wenig mehr zu ihren Zwecken, als dieser sie zu den seinigen benützen. Der einfachste Begriff von Staat und Kirche weise auf Trennung beider hin. Wo sie getrennt, da sehe man das politische Leben in seiner vollen Kraft, das religiöse Leben in seiner vollen Innigkeit. Die Furcht vor Uebergriffen, namentlich des Ultramontanismus, gehörte dem alten Polizeistaate an, der die Freiheit nur für sich wollte, den wahren Glauben an die Freiheit nicht besaß und stets die Polizei zu Hülfe rief. Die Controle des Staats über die Kirche habe zu unzähligen Zwistigkeiten und Spaltungen geführt. Der Staat solle deßhalb die kirchlichen Angelegenheiten der öffentlichen Meinung und dem Gewissen der Gemeinden überlassen. Dem Staat müssen zurückgegeben werden müssen: die Ehe, die Civilstandsregister, der Eid in seiner bürgerlichen Bedeutung; der Kirche und dem religiösen Leben werde zukommen: volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, gemeinschaftliche Andacht, Stiftung der Religionsgesellschaften und deren Selbstverwaltung, jedoch nicht als privilegirte Corporationen. Dem Staate müsse auch die Schule verbleiben, nur sie nicht selbst Religionsgesellschaft sey. Pauer von Neisse: Wenn die Kirche als eine mittelalterliche, mit Gewalt ausgerüstete Institution, selbst als Staat auftrete, dann dürfe sie nicht unabhängig seyn; der Staat müsse ihr kräftig entgegentreten können. Jordan von Marburg: die Emancipation des Menschen das sey die Frage. Freiher stöhnt fort; war der Mensch in zwei Institutionen untergegangen, dem Bürgerthum und dem Kirchenthum. Ersteres nahm ihn dergestalt in Beschlag, daß er zuerst Bürger und dann Mensch war. In der Kirche wurde ihm das Denken verboten und zum Verbrechen gemacht. Gegen dieses Streben war die Reformation gerichtet; aber die Befreiung war eine theilweise; man befreite nur die religiösen Ueberzeugungen von der Gewalt Roms, um sie der Gewalt des Staats zu unterwerfen. Glauben Sie — fragt der Redner nach einigen weiteren Erörterungen — daß, wenn die Trennung des Staats von der Kirche geschehen seyn wird, der Friede hergestellt, die Gewissens- und Denkfreiheit gewahrt seyn werde? Wird die katholische Kirche ihre Gewissen freigeben und durch ihre Dogmen weniger auf die Andersdenkenden drücken? Kann Friede bestehen, so lange das System von der alleinseligmachenden Kirche herrscht? So lange zwei Gewalten nebeneinander bestehen, ist kein Friede. Die Kirche muß fallen als äußere Gewalt, als Macht über die Gewissen. In der protestantischen Kirche ist es eben so, wie in der katholischen (Mystizismus rc.). Man strebt nach Befreiung der Kirche. Was verstehen sie unter der Kirche? Die Kleriker ist die Kirche. Die übrigen sind die Schafe; die werden bloß geleitet. Die höchste Gewalt könne nur Eine seyn, und diese sey die Staatsgenossenschaft; neben dieser dürfe keine äußere Gewalt bestehen, die eine zwingende Macht habe und eingreifen könne in die Verhältnisse. Die Frage sey also nicht, wie die Kirche vom Staate zu trennen, sondern wie der Staat die Gewalt, die ihm von Gott und Rechtswegen gehöre, aus den Händen der Kirche zurückerhalten könne, damit wahre Gewissensfreiheit bestehe, und die Religion wirklich frei sey. Jeder müsse beim Staate Schutz finden können gegen die Verfolgungen seiner Kirche. Zwei Dinge müsse der Staat sich vorbehalten: daß jeder Unterthan in irgend einer Konfession erzogen werde, und daß die Religion niemals mißbraucht werde zur Umgehung einer Staatspflicht. Die Kirche müsse übergehen in eine Religionsgenossenschaft. Bis jetzt sey die Religion meist Gewohnheitssache. Die Religion müsse von der bloßen Außenseite in das Innere des Menschen dringen; dann werde der Mensch innerlich frei sein, weil er innerlich überzeugt sey. Die Kirchengewalt als solche müsse untergehen, und die Staatsgewalt als wahre, selbstständige, unabhängige Gewalt erstehen, die dann auch die Einzelnen bei ihrer wahren Gewissensfreiheit zu schützen im Stande sey. Welker fragt, was man unter Unabhängigkeit der Kirche vom Staate verstehe. Soll die Kirche wieder souverän sein und über dem Staate stehen? Er will die Unabhängigkeit der Kirche, wenn sie in deutschpatriotischen Sinne gemeint sei; wenn aber eine auswärtige Kirchengewalt mit ins Spiel komme, dann sey sie bedenklich. Das jus circa sacra müsse beibehalten werden zum Schutze der Freiheit der Bürger. Auch in der protestantischen Kirche gebe es Uebergriffe. „Wollen Sie“ — fragt er — als Abgeordneter deutschen Volke die Jesuiten dringen? Lassen sie sind friedliche Wechselwirkung zwischen Kirche und Staat als Prinzip aussprechen, aber Unordnung jeder Gesellschaft, also auch der Kirche, wo sie das bürgerliche Leben bedroht. Vogel von Dillingen erklärt die Schilderung der katholischen Kirche durch Jordan ein Zerrbild. Allein selig machend nenne sich die Kirche nur insofern, als sie durch Liebe wirke. Sie verpöne keineswegs den Gebrauch der Vernunft. Der Redner erklärt sich für Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, und des Staats von der Kirche aber auch für deren wechselseitiges Zusammenwirken. Tafel von Zweibrücken: Die Hierarchie wolle Unabhängigkeit, um die Gemeinden beherrschen zu können. Die Kirche solle dominiren und prädominiren; daß sey von jener Seite schon längst geworden. Er will nicht völlige Trennung der Kirche vom Staat, aber gegenseitige Eintracht auf dem Boden völliger gesetzlicher Freiheit. Er würde für gänzliche Freiheit der Kirche sein, wenn die Synodalverfassung und freie Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden hergestellt würde und die Kirchengüter den Gemeinden gehörten. Er erklärt sich auch für die Paragraphen, welche die bürgerliche Ehe und die Ehen zwischen Christen und Nichtchristen gestatten. Dieringer bedauert, daß ein katholischer Laie (Jordan) und ein katholischer Geistlicher (Tafel) sich in solcher Weise über ihre Kirche ausgesprochen. Die Zwangsherrschaft dieser Kirche über die Vernunft müsse doch nicht so strenge sein, als behauptet werde, da Beide noch nicht mit der Strafe der Excommunication belegt worden seyen. Die Menschheit sey darin einig, daß die christliche Religion die relativ beste aller Religionen sey; der Staat sey es, der sie zur allein-seligmachenden erhoben und andere verfolgt habe. Der Redner verlangt Unabhängigkeit der Kirche vom Staat in dem Sinne, daß Dasjenige, was im Polizeistaat Alles drenge und drückte, auch für das heiligste und innigste Verhältniß, das religiöse, aufgehoben werde. Vertagung.*)

München, 23. August. Die Ruhe ist gestern nicht wieder gestört worden, obwohl Zündstoff genug im Volke lag. Dieß erklärt sich einfach daraus, daß das Militär, das Tages vorher durch sein Benehmen die allgemeine Erbitterung auf sich gezogen hatte (wir haben hier zunächst einen Theil des 1. Infanterie-Regiments König im Auge), in den Kasernen zurückgehalten, die öffentliche Ruhe und Sicherheit aber in die Hände der Landwehr und der Freischaren gelegt war. Fortan hat das Militär nur in dem Falle einzuschreiten, wenn Landwehr und Freikorps nicht mehr hinreichen, die gestörte Ruhe herzustellen.

Die Allg. Z. schreibt: Von den am Abend des 21. Verwundeten liegen 4 Personen, sämmtlich dem Arbeiterstand angehörig, im allgemeinen Krankenhause schwer darnieder, so daß man an dem Aufkommen von dreien derselben, von welchen die eine eine Schußwunde durch den Leib, die andere zwei Bajonnetstiche, die dritte eine tiefe Kopfhiebwunde trägt, ernstlich zweifelt. Kleinere Verwundungen seien mehrere vor; unter anderm wurde Universitätsprofessor Müller, der mit einem Kollegen von der Menterschwaige kommend, aus der Rosengasse über den von Militär besetzten Schrannenplatz gehen wollte und von den am Eingange des Platzes stehenden Soldaten ohne Anstand eingelassen wurde, plötzlich mitten in dem ganz ruhigen Schrannenplatze von einer Rotte haberstürmender Soldaten ohne alle Veranlassung angefallen und erhielt zwei leichte Kopfwunden; die Offiziere liefen hinterher,

*) Den ausführlichen Bericht über die 61. Sitzung müssen wir wegen Mangel an Raum auf Morgen aufschieben.

konnten aber die zügellose Mannschaft nicht aufhalten. Eben so wurde eine Künstlerfeuerwerkspatrouille angefallen und mußte sich in das Rathhaus zurückziehen; gleiches widerfuhr 3 Bürgern in Uniform, die friedlich aus der Weinstraße kamen, und denen, als sie sich zu den Offizieren gestichtet, dort die Antwort ward: „Ja, wir können unsere Leute nicht halten.“ Von Verwundungen auf Seite des Militärs ist uns bis jetzt bloß eine bekannt nämlich die eines Korporals, der einen scheu heftigen Steinwurf am Kopfe erhalten hatte. — Minister Lerchenfeld ist heute nach Reichenhall zum König gereist.

Die deutsche constitutionelle Zeitung bringt in ihrer neuesten Nummer eine förmliche Anklageakte gegen den Minister des Innern, Freiherrn von Thon-Dittmer. Vier Momente sind es, die sie ihm entgegenschleudert, und aus denen sie die Anklage formulirt. Er habe erstlich im Maximin an Ertheminig der drohenden Symptome die in München herrschende Gährung nicht wahrgenommen oder nicht gewürdigt, die Mittel zu deren Beseitigung nicht ergriffen, und so dem Ausbruche nicht vorgebeugt; er habe zweitens durch die militärische Absperrung des Rathhauses einen ungesetzlichen Angriff gegen das Versammlungsrecht; drittens durch den unwürdigen Empfang der Deputation gegen das Petitionsrecht unternommen, und sey endlich viertens durch die am 21. im Laufe des Nachmittags ergriffenen militärischen Maßregeln der mittelbare Veranlasser des blutigen Zusammenstoßes in der Nacht des 21. geworden.

Das Regierungsblatt Nr. 48 (vom 23. August) enthält folgende Bekanntmachung: „Mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, wird der durch die Bekanntmachungen vom 12. Mai und vom 24. Juli d. Js. für die Einzahlung der für das freiwillige Anlehen subskribirten Beträge gegebene Termin bis zum 31. Dezember l. J. in der Weise verlängert, daß zwar die Subskriptionslisten am 30. September l. J. geschlossen werden, es jedoch den Subskribenten gestattet ist, ihre Beträge auch später und zwar bis zum 31. Dezember d. J. zu erlegen. Bis zu diesem Tage können auch die fünfprozentigen Schuldscheine außer dem Wege der Subskription bei allen königlichen Kreiskassen und königlichen Rentämtern gegen die Giltigkeitsverlage in Empfang genommen werden.“

Ueber den Gesetzentwurf, „die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches betreffend“, ist nunmehr ein Gesammtbeschluß der beiden Kammerausschüsse erzielt. Ferner berichtet die „Allgemeine Zeitung“: Aus einer Erklärung des Staatsministers der Justiz ersieht man, daß das Ministerium die Absicht hat, wenn die jetzt als reformirende Fragmente erscheinenden einzelnen Gesetze durchberathen sind, alle diese Bruchstücke zusammenzustellen, als ein Ganzes zu behandeln, die Artikel mit fortlaufenden Nummern zu versehen und hierauf dieses Ganze den beiden Gesetzgebungsausschüssen zur Revision zu unterstellen. Das Gesetz über die Gerichtsverfassung und die Einführung der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren ist auf Vertragserstattung des Reichsrathes v. Maurer bereits im Ausschusse der Reichsräthe berathen und liegt nun dem der Abgeordneten vor.

Amberg, 22. August. Heute hatte Amberg einen Krawall, doch ohne Blutvergießen. Die Veranlassung waren beschimpfende Aeußerungen des Bierwirths Herold gegen die Soldaten des 1ten Bataillons. Einige Offiziere haben mit blanker Waffe die Soldaten zur Ordnung gebracht.

Berlin, 22. August. Gestern Abend fanden hier ziemlich ernste Bewegungen statt. In Folge der ihm vorgestern wiederfahrenen Behandlung in Charlottenburg hatte der bemerkratische Club gestern in einem Anschlage sich sehr heftig gegen die Behörden ausgesprochen, welche es unthätig mit ansähen, wie die Männer der Freiheit von den Reactionären gemißhandelt würden. Diesen Vorwürfen folgte eine Mahnung an die freisinnige Bevölkerung Berlins: sich der Waffen zu erinnern, womit sie schon einmal die Tyrannei zu Boden geschlagen, um diese Waffen abermals anzuwenden. Unter der Straßenbevölkerung zeigte sich am Abend große Aufregung. Schon von 8 Uhr an sammelten sich große Volksmassen auf dem Platze am Opernhause. Es traten Redner auf, welche die Vorgänge in Charlottenburg schilderten und die Menge aufforderten, die Absetzung der pflichtvergessenen Behörden zu verlangen. Alsbald setzten sich die Massen gegen das Ministerium des Innern unter den Linden in Bewegung und forderten hier unter tobendem Geschrei die Abdankung des Ministers. Zugleich wurde die Oeffnung des Hauses verlangt, und als dieß nicht erfolgte, versuchte man das Thor mit Stangen zu erbrechen, was aber mißlang. Der Zug bewegte sich nun nach der Wilhelmsstraße vor die Wohnung des Ministers v. Auerswald. Der hier sich anwesende Dissidentenprediger Dowiat, sowie Edgar Bauer traten sich als Sprecher zum Minister hinauf und verlangten: Freilassung der am Tage vorher in Charlottenburg Verhafteten; Freilassung aller politischen Gefangenen; strenge Bestrafung der charlottenburger Uebelthäter, und endlich Abdankung des Ministeriums. Während die Deputation sich im Hause befand, rückten Gensdarmerieabtheilungen an und begannen den Platz vor der Ministerwohnung zu säubern. Dieselben fanden hierbei den heftigsten Widerstand. Es fiel mehreren Berichten nach auf einen Gensdarmer auf der Menge ein Schuß gefallen sein. Die Constabler zogen ihre Säbel und drangen auf das Volk ein, welches sich mit Stangen und Steinen vertheidigte. Es mußte zuletzt die Bürgerwehr aufgeboten werden. Diese schritt ebenfalls mit scharfer Waffe ein. Es fielen eine Menge Verwundungen vor. Ebenso wurden eine Anzahl der Tumultuanten verhaftet. Das von den Linden und aus der Wilhelmsstraße verdrängte Volk sing an, an mehreren Stellen namentlich an der Behrenstraße Barrikaden zu errichten. Der Tumult dauerte bis gegen 1 Uhr, wo endlich die Ruhe hergestellt wurde. — Der Staatsanwalt fordert in einer Bekanntmachung vom 22. August, wegen dieser Ereignisse alle Diejenigen, welche Zeugniß ablegen können über die Person Derer, welche durch Wort und That an diesen Exessen Theil genommen haben, auf, sich ungesäumt auf dem Criminalgericht zu ihrer Vernehmung zu melden.

Der Ministerpräsident v. Auerswald erklärt in der Sitzung der preuß. Nationalversammlung vom 22. August: daß er, bevor die Debatte über das Gesetz über die Gewährleistung der persönlichen Freiheit weiter gehe, über die bedauerlichen Vorfälle des gestrigen Tages eine Mittheilung zu machen habe. Der Minister des Innern werde der Versammlung eine Darstellung dieser Ereignisse geben, er wolle nur bemerken, daß dieselben als solche erschienen, welche die öffentliche Sicherheit zu gefährden geeignet und der Regierung die Ueberzeugung gegeben hätten, daß die bestehenden Gesetze nicht hinlängliche Mittel darböten, um solchen Uebeln vorzubeugen. Eine Ergänzung dieser Gesetze habe sich deshalb als nothwendig gezeigt und werde der Versammlung zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden, weshalb er noch im Laufe dieses Tages die desfallige Vorlage dem Präsidenten zusenden werde. Die Regierung bege den Wunsch, daß es der Versammlung möglich werden möchte, diese Vorlage noch vor ihrer Tagesordnung in der übernommenden Sitzung zur Beschlußnahme zu bringen.

Wien, 21. August. Eben ist wieder Arbeiter-Krawall. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten erließ eine Verfügung, kraft welcher den Arbeiterinnen täglich 5 kr. abgezogen werden; Dieß wollen sie sich nicht gefallen lassen; es wird Alarm getrommelt, die ganze Stadt ist in Bewegung, einige Arbeiter drangen bis in den Vorsaal der Reichsversammlung, um mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten zu sprechen.

Stuttgart, 21. August. So eben erfahre ich, daß in mehreren Landestheilen Schullehrer sich theils flüchten mußten, theils sich noch dazu gezwungen sehen werden, weil sie die Trennung der Schule von der Kirche als das einzige Mittel dargestellt hatten, das Regiment der Geistlichkeit zu brechen und die Schule endlich auf die Höhe der Zeit zu heben, ohne daß jedoch der Religionsunterricht durch die bisherigen Geistlichen dadurch ausgeschlossen würde. Immer mehr zeigt es sich, wie enge der protestantische Jesuitismus mit dem katholischen zusammen hängt!

Die gestrige Nachricht des Hamburger Correspondenten aus Rendsburg vom Abschluß eines Waffenstillstandes ist durch die heute eingehenden Blätter nicht bestätigt.

Der Verfassungsentwurf Mr. 5. Gagern am 21 August und Rendsburg nach Apenrade abgereist sey, wo derselbe am 21. oder 22. Aug. die Antwort des dänischen Cabinets auf die von der Reichsgewalt proponirten Waffenstillstandsbedingungen in Empfang nehmen werde.

Rendsburg, 18. August. Die heute hier eingetroffene Nachricht von der Vertagung der Landesversammlung hat hier wie in Kiel die größte Aufregung veranlaßt. Gleichzeitig mit den Vertretern des schleswig-holsteinischen Volks hat der Bürgerverein in Kiel eine Versammlung gehalten und durch eine Deputation die Abgeordneten aufgefordert, unter keiner Bedingung auseinanderzugehen. Auch in der provisorischen Regierung hat das Ansinnen des Reichsministeriums, die Vertagung der Stände zu beantragen, Spaltungen erregt. Theodor Olshausen war der entgegengesetzten Ansicht und ist, wie uns aus Hamburg geschrieben wird, in Folge der dadurch eingetretenen Spaltung als Mitglied der provisorischen Regierung ausgetreten. Er war der Ansicht, die Versammlung solle fortberathen und von Seiten der Regierung ein Protest gegen den Wunsch (Befehl) des Reichsministers bei der Nationalversammlung in Frankfurt eingelegt werden.

Triest, 19. August. Gestern Abends um 7 Uhr kam der „Vulkan“ mit dem sardinischen Obest zurück. Das Resultat der stundenlangen Unterredung des Parlamentärs mit Albini war fol-

Digitized by Google

gendes: Der Admiral erklärte unumwunden, den ihm zugegangenen Weisungen nicht Folge leisten zu wollen, bis er direkte Befehle von Turin empfange. Bis dahin werde er auf den Kriegsfuße bleiben und die österreichische Flotte angreifen, wo und wann er sie treffe... Hier ist Niemand in Zweifel darüber, daß ein geheimes Einverständniß vorherrsche, entweder zwischen Albini und der venezianischen Regierung, oder zwischen Albini und Karl Albert. Die guten Leute glauben immer noch Venedig retten zu können! man will Flotte und Truppen in Venedig zurückhalten bis zur Wiederkehr Tommaseo's, den man zugleich mit einer französischen Flotte erwartet. — Reisende, welche am 14. Venedig verließen, erzählen, es herrsche dort eine unglaubliche Verwirrung. Generalmarsch, Reden von Manin, Volksversammlungen, immer charakterisirt durch ein Morte ai Tedeschi! sind die stehenden Punkte der Tagesordnung. (A. Z.)

Italien.

Turin. Der National Savoisien berichtet, daß die piemontesischen Truppen wieder in die Städte ziehen, in denen sie vor Beginn des Krieges in Garnison lagen. Alles deute auf nahen Abschluß des Friedens hin. Das Vertheidigungs-Komite ist aufgelöst.

Ungarn.

Pesth, 19. August. Wir befinden uns hier wiederum in einer Ministerkrisis, welche aber diesmal zugleich die Lebensfrisis für die ungarische Selbständigkeit und Constitutionalität ist. Der Kriegsminister Meszaros hat nämmlich seinen Rekrutirungsgesetzentwurf dem Repräsentantenhause vorgelegt und an die Annahme desselben sein Portefeuille geknüpft. Die Annahme würde aber die ungarische Selbständigkeit, welche bisher allerdings auch nur auf dem Papiere gestanden, vollends aufheben. Es ist sehr natürlich, daß in dem Repräsentantenhause nicht nur auf der linken Seite, sondern fast allgemein die entschiedenste Opposition gegen den ministeriellen Entwurf sich ausspricht. Der Fall des Kriegsministers erscheint dis jetzt unzweifelhaft. Mit ihm werden auch die Aristokraten Esterhazy, Batthyanyi und Szechenyi aus dem Ministerium treten. Kossuth hat sich noch immer bei diesen Verhandlungen nicht blicken lassen. Er ist gegen den Entwurf, welchen er aber seinem Schicksal überlassen will; wird er verworfen so wird wahrscheinlich Kossuth an die Spitze eines neuen Ministeriums treten. Wie die Sachen jetzt stehen, so hat die Opposition wenig Aussicht, mit der „neuen Revolution„ zu reussiren. Sie macht auch kein Hehl daraus, aber sie will, daß die ungarische Unabhängigkeit „mit Ehren" untergehe, sie will dieselbe mit Gut und Blut vertheidigen, so lange sie kann, um der ungarischen Nation den Schmach nicht aufbürden zu lassen, als hätte sie ihr politisches Todesurtheil selbst besiegelt. Dieß kann durch einen Bündung der europäischen Politik das an sich, wie es scheint, nicht sehr gefährliche Feuer in Ungarn doch zu einen verderblichen Brande werden. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris, 21. August.** Auch der National geseht heute, daß große Unruhe und Spannung in Paris herrsche und daß man am Vorabende einer neuen Bewegung zu stehen scheine. Er hält die Bewegung, die sich vorbereitet, für eine legitimistische und glaubt, daß sie die Discussion des Untersuchungs-Rapportes zum Vorwande nehmen wolle, um die Gemüther der Bevölkerung aufzuregen. Er fordert daher die Republikaner aller Nuancen zur Einigkeit auf, um vor Allem die Feinde der Republik zu besiegen.

Es geht aus den Erklärungen des Ministers Bastide im Comité der auswärtigen Angelegenheiten hervor, daß Carl Albert erst am 1. August sich entschloß, die französische Intervention anzurufen und daß er am 14. August die englisch-französische Vermittlung annehmen erklärten. — Briefe aus Neapel vom 7. melden, daß am 6. die neapolitanische Flotte, 18 Schiffe mit 30,000 Mann, gegen Sicilien ausgelaufen ist.

Französische National-Versammlung. (Sitzung von 21. August.) Drouin de Lhys nimmt das Wort, er zeigt an, daß 30 Delegirte der Nationalgarde von Mailand unterm 29. Juli eine Petition an die französische National-Versammlung gerichtet haben, worin sie die augenblicklich bewaffnete Intervention Frankreichs verlangen. Herr Drouin de Lhys bittet die Versammlung diese wichtige Frage sobald als möglich an die Tagesordnung zu bringen. Der Präsident Marrast zeigt an, daß mehrere Vertreter die Absicht haben, Interpellationen wegen Italiens an die Regierung zu stellen, man könne daher beide Gegenstände zusammen behandeln. General Cavaignac: Die Regierung ist bereit die Interpellationen anzunehmen, — sie wird auf jede Frage so ausführlich antworten, wie es nur möglich ist. Die National-Versammlung entscheidet, daß der Rapport über die Petition sogleich gelesen werde. Drouin de Lhys liest ihn vor. Die Petition beruft sich auf das Manifest Lamartines und auf das feierliche Votum der Versammlung vom 24. Mai. „Affranchissement de l'Italie!" Das Comite der auswärtigen Angelegenheiten beschwert sich in dem Berichte, daß es zweimal die Mittheilung der den französischen Gesandten ertheilten Instruktionen verlangt, General Cavaignac selbe aber verweigert habe. Es bliebe dem Comité daher nichts Anderes übrig, als die Petition der Entscheidung der Versammlung zu überlassen. Nach Verlesung fragt General Cavaignac ob die Versammlung die Discussion über diesen Bericht sogleich wolle, er seinerseits sei bereit sie anzunehmen. (Bestimmung.) Die italienische Frage sey jehr zarter Art, ihre Behandlung für ihn, der der Tribüne ungewöhnt, sehr schwierig, — er werde daher kurz seyn. Bei seiner Uebernahme der Executivgewalt, habe er sich sogleich um die Lage der auswärtigen Verhältnisse genau erkundigt. In der italienischen Frage habe er eine vorgezeichnete Richtschnur gefunden, das Votum des 24. Mai; — aber er habe auch nicht zu irren geglaubt, wenn er als dem allgemeinen Wunsch der Nation einen ehrenvollen Frieden betrachtet habe. (Beistimmung.) Es gehöre in Frankreich mehr Muth dazu den Frieden zu vertheidigen als den Krieg. (Sehr gut!) Die Juli-Ereignisse hätten die Lage der Dinge wesentlich verändert. Vor denselben wäre eine friedliche Lösung leicht möglich gewesen, nach Rakeczky Siegen wurde sie schwieriger. Erst nach der vollständigen Niederlage der italienischen Armee sey die Intervention zur Sprache gekommen. Frankreich habe erst alle gütlichen Mittel versuchen wollen, es habe sich an England gewendet, und dieses aufgefordert, um dem Frieden der Welt zu erhalten, mit ihm gemeinschaftlich vermittelnd aufzutreten. England sey sogleich auf diese Eröffnung eingegangen, und die gemeinschaftliche Handlung habe sogleich begonnen. Aber er glaube nicht in die Details dieser Negociationen schon jetzt eingehen zu können. Wir sind, sagt er, keine selbstständige Regierung die der National-Versammlung gegenüber steht, sondern wir sind nur ein Instrument ihres Willens. Sobald wir etwas Bestimmtes sagen können, werden wir weitere Mittheilungen machen. Aber noch einmal, meine Herren, es ist leichter in Frankreich den Krieg zu predigen, als den Frieden; — große Männer, die ihrem Lande wichtige, aber friedliche Dienste geleistet haben, sind deinahe unbeachtet vorübergegangen, und doch wäre ich gerade auf diesen Ruhm stolz. Die Republik kann nur im Frieden fest gegründet werden, nur unter dem Schutze eines ehrenvollen Friedens können wir unsere republikanische Erziehung machen, — und ich behaupte, daß man nur dann seinem Vaterlande wirkliche Dienste leisten kann, wenn man so wenig als möglich an sich selbst denkt. (Stürmischer Beifall.) Ich bin Soldat, ich habe mein Handwerk im Kriege kann mir vielleicht Ruhm bringen, aber noch ein Mal, es handelt sich nicht um mich, es handelt sich um das Glück, um das Wohl Frankreichs, um die Republik, und deßhalb ziehe ich den Frieden vor, selbst auf die Gefahr hin, mein Bischen Popularität zu verlieren. Ich werde, ich will nicht sagen mit Lust, aber gerne den Krieg führen wenn er unvermeidlich ist, wenn ihn die Ehre und die Interessen der Republik erheischen, aber so lange dies nicht der Fall ist, werde ich mit allen Kräften dem Drange und den Verlockungen zu einem Kriege widerstehen, der mir nicht nöthig und daher Frankreich schädlich erscheint. Ich glaube die feste Ueberzeugung zu haben, daß die Nationalversammlung und das Land meine Ansicht theilen und so lange dies der Fall ist, fühle ich mich stark und ruhig. Ein nicht endender Beifall folgt dieser Rede, — ja es wird so Beifall geklascht, daß der Präsident diese Aeußerung als reglementwidrig verbieten muß. Die Vertreter aller Farben drängen sich um Cavaignac und drücken ihm die Hand. Es ist in der That ein seltenes Schauspiel in Frankreich einen General, der immer im Felde glücklich war, der mit unumschränkter Gewalt bekleidet ist, den Frieden vertheidigen und eine französische Kammer ihm deßhalb enthusiastisch zujauchzen zu sehen. J. Favre wird die Regierung nicht schmeicheln, aber er erklärt, daß die Erklärung Cavaignacs ihn nicht befriedigt habe. Die Nationalversammlung und das Land seyen durch das feierliche Votum vom 24. Mai von ganz Frankreich, von Italien, von Europa gebunden, und müsse daher auch glauben können, daß sein Wille erfüllt werde. Das Comité der auswärtigen Angelegenhiten habe die Dokumente verlangt, da es die Mission habe, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu überwachen. (Heftiger Widerspruch.) General Cavaignac: Ich erkenne dem Comité dieses Recht nicht zu. Der Präsident macht aufmerksam, daß nach dem Reglement die Comité's nur die Mission haben, die Vorschläge und die Petitionen zu prüfen. (Allgemeine Beistimmung.) J. Favre: Auch er wolle den Frieden für Frankreich, aber vielleicht zu andern Bedingungen, als die Regierung, und

Digitized by Google

darum sey die Discussion nothwendig. Seine Bedingung sey die vollständige Nationalität, Unabhängigkeit und Freiheit Italiens, — und von dieser Bedingung könne Frankreich nicht abgehen. Er geht nun auf eine Schilderung der bedrängten Lage Italiens ein, das aufs Aeußerste getrieben, von Frankreich im Stiche gelassen werde. Er besteht auf der Mittheilung der Documente, damit das Land, damit Europa urtheilen könne. Herr J. Favre spricht sich zugleich für die Allianz mit England als einen Act der Klugheit und des Patriotismus aus. General Cavaignac: Ich wiederhole, wir sind keine constituirte Regierung, die der Nationalversammlung gegenüber steht, — wir sind ihr Instrument, was sie beschließt, werden wir thun. Wir können ihr also die Mittheilung der Documente nicht verweigern, sobald sie diese Mittheilung beschließt. Aber wir weisen auch jede „Beaufsichtigung" von Seite eines Comité's zurück, wir hängen nur von der ganzen Nationalversammlung ab, und kein Comité kann uns zwingen, zu antworten, wenn wir dies gegen unsere Pflicht halten. (Beifimmung.) Der Nationalversammlung werden wir antworten, sobald sie es beschließt, der Minorität können wir eine Antwort verweigern. (Sehr gut.) Die vorhergehenden Redner hätten endlich davon gesprochen, daß die öffentliche Meinung sich dagegen ausspreche, daß man sich von England ins Schlepptau nehmen lasse. Er glaube nicht, daß dies die wahre Meinung des Volkes sey, so wenig er glaube, daß Frankreich von England ins Schlepptau genommen sey: Sey aber dieser Glaube wirklich im Volke verbreitet, so würde er es für seine Pflicht halten, denselben lieber als irrig zu bekämpfen, als ihn auf der Tribüne zur Sprache zu bringen. (Sehr gut.) Nach einigen unbedeutenden Reden wird der Schluß der Discussion ausgesprochen und mit Zustimmung der Regierung die Petition an den Comitépräsidenten und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewiesen, welcher Beschluß mit Einstimmigkeit angenommen wird.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 25. August. In der vorgestrigen Versammlung im Sonnensaale übernahm der erste Ersatzmann des hiesigen Wahldistrikts für das Reichsparlament, Advokat Käffeelein, auf das einstimmige Verlangen der Versammlung den Vorsitz und gab sofort dem anwesenden Abgeordneten Advokat Keim das Wort. — Keim suchte in seinem Vortrage vor Allem die mißtrauisch oder ängstlich der Zukunft Entgegensehenden zu beruhigen; nach seiner Meinung würde das Streben des deutschen Volkes nach Einheit und Macht und allen daraus hervorgehenden Folgen einen günstigen Erfolg haben müssen. Das erwachte deutsche Nationalgefühl würde nicht mehr zu unterdrücken seyn, und die Fürsten selbst seyen durch die Nothwendigkeit gezwungen, mit ihren Völkern Hand in Hand zu gehen. Preußen, das in Westen durch seine Rheinlande, im Osten durch die Slaven gesährdet sey, könne nur mit Deutschland vereint sich halten. Ein dabei den Rheinländern gemachter Vorwurf als ob nur materieller Vortheil sie abhalte, Franzosen zu seyn, und mit Preußen oder gar Deutschland zusammen zustehen, schien um so unbilliger, als er nicht weiter begründet wurde. — Oesterreich sey in Gefahr Böhmen, dem der Beschluß der Nationalversammlung erst völlige Ruhe gegeben, zu verheeren, wenn es sich nicht auf Deutschland stützen würde. In Bayern sey die Zusammenwüfelung der einzelnen Provinzen zu neu, als daß nicht in ihnen das deutsche Interesse das Lokale überwiege. Weitere Hoffnung für das Gedeihen der deutschen Sache schöpft er aus dem historischen Boden, aus den Zeiten, wo unter den Hohenstaufen ein gegen außen und innen mächtiges deutsches Reich schon bestanden habe. Man habe damals nicht nur gegen außen glückliche Kriege geführt, sondern auch gegen rebellische Fürsten, und waren es die mächtigsten in Deutschland, die Acht und Aberacht ausgesprochen und exekutirt. — Von da geht er zu der Besprechung der Leistungen der Reichsversammlung in mehreren wichtigen Angelegenheiten und zur Motivirung seiner eigenen Abstimmungen über, worüber er in mehreren Fragen von den Herren Dr. Aub, Advokat Käfferlein und Feustel interpellirt wurde.

Oeffentliche Erklärung.

Der Abgeordnete des Wahlbezirks Wunsiedel hat in seiner Schlußerklärung gegen den Abgeordneten Keim (Nr. 206 dieses Blattes) erklärt: er werde aus der Nationalversammlung scheiden und zurücktreten, wenn die Mehrzahl seiner Wähler dies wünsche. In Folge dessen ist unterm heutigen an Herrn Dr. Blumröder eine Erklärung abgegangen des Inhaltes:

„Die unterzeichneten Wahlmänner des Wahlbezirks Wunsiedel können weder in den Abstimmungen über die provisorische Centralgewalt, noch in dem sonstigen Verhalten ihres Abgeordneten eine Ueberschreitung seines Mandates erkennen, da diesem kein Mandat bezüglich der Herstellung einer provisorischen — am allerwenigsten einer unverantwortlichen Centralgewalt gegeben worden sey und sie die Verpflichtung auf die constitutionelle Monarchie nur auf Erhaltung der constitutionellen Form im Einzelstaate hätten bezogen wissen wollen. Herr Dr. Blumröder habe über seine Wirksamkeit so genügende Aufschlüsse gegeben, daß seine Wähler trotz seiner parlamentarischen und andern Gegnern genöthigt seyen, ihm ihre volle Zustimmung zu erklären und ihre innige Befriedigung darüber auszusprechen, einen so treuen und wackeren Mann, einen Volksvertreter — im wahren Sinne des Wortes gewählt zu haben."

Diese Erklärung, welche bei der großen Ausdehnung des Wahlbezirks nicht mit wünschenswerther Schnelligkeit circuliren konnte, und daher, um ihre Veröffentlichung nicht länger aufzuhalten, vielen Wahlmännern gar nicht vorgelegt wurde, ist dennoch unterzeichnet von

30	Wahlmännern	aus	dem	Landgerichte Münchberg;
18	„	„	„	Kirchenlamitz;
20	„	„	„	Selb;
14	„	„	„	Wunsiedel;

also von einer größeren Majorität, als die war, welche die Wahl des Herrn Dr. Blumröder bewirkte.

Diese Majorität der Wahlmänner hat somit die gründliche Widerlegung der Brandenburg-Keim-Hupfauer'schen Voraussetzungen ausgesprochen und Herrn Dr. Blumröder in den Stand gesetzt, auch ferner mit Freudigkeit für „Vernunft und Freiheit" zu wirken.

Wunsiedel, den 24. August 1848.

Bekanntmachung.

Der Bauer und Jagdverwalt Leonhardt Forster von Zips und dessen 5 Kinder, dann dessen Verlobte, die Webermeisterswittwe Margaretha Barbara Specknee von Kreußen und deren 2 Kindern, wollen miteinander nach den nordamerikanischen Freistaaten auswandern, weshalb etwaige Forderungen an dieselben binnen 8 Tagen, von der ersten Bekanntmachung in einem öffentlichen Blatte an gerechnet, bei Vermeidung des Ausschlusses hierorts anzumelden und resp. sofort nachzuweisen sind.

Pegnitz, den 21. August 1848.

Königliches Landgericht.

Schober.

Anzeigen.

Sonnabend, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr

Patriotischer Verein.

Die Vorsteher.

Quittung und Dank.

Die Güte, mit welcher die Bitte um ein Scheerlein für eine arme Bürgerstochter beachtet worden ist, hat es derselben möglich gemacht, nach Steben ins Bad zu reisen. Es sind für sie eingegangen: 1 fl. 12 kr., 1 fl., 2 fl., 1 fl., 18 kr., 30 kr., 3 fl., 1 fl. 30 kr., 21 kr., 45 kr., 36 kr., 30 kr., 18 kr., 1 fl., 30 kr., 36 kr., 1 fl., 30 kr., im Ganzen 16 fl. 36 kr. Die edlen Geber dieser Wohlthaten erbalten hiermit Quittung und herzlichen Dank. Den Lohn giebt Gott.

Künftigen Mittwoch den 30. August Vormittags 10 Uhr werden mehrere zum Kavalerie-Dienste nicht mehr taugliche Pferde am Schießerdau gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Bayreuth, den 25. August 1848.

Eine solide Familie in Nürnberg, wohnend in der Nähe des Gymnasiums, sucht unter Zusicherung treuer Beaufsichtigung 2 Knaben in Kost und Logis zu nehmen. Näheres in der Expedition.

Nr. 451 ist ein großer Keller zu Wein oder Erdäpfel rc. sogleich zu vermiethen.

Nr. 451 ist eine Stube nebst Stubenkammer für eine oder zwei Personen auf Martini zu vermiethen.

Im Hause Nr. 62 der Maximilianspforte ist eine kleine Wohnung auf Martini und in Nr. 477 der Judengasse die mittlere Etage sogleich zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 238. — 27. August 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 24. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sprachen noch viele Redner über die kirchliche Frage im Allgemeinen, worauf die Debatte beschlossen wurde. Morgen wird man zu der Diskussion der einzelnen Paragraphen übergehen. Von Seite der Ultramontanen sprach heute Sepp aus München, der aber von Wauwerck aus Berlin sehr treffend zurechtgewiesen wurde, welcher ihn und seine Freunde fragte, warum sie, als sie in Bayern unter Abel das Ruder in Händen hatten, nicht auch die Trennung der Kirche vom Staat und die volle Gewissensfreiheit proklamirten, vielmehr Protestanten und Deutschkatholiken drückten und selbst die Sammlungen für die Gustav-Adolph-Stiftung verboten? v. Radowitz erklärte im Namen der katholischen Partei, daß dieselbe nicht an die Einführung der Jesuiten denke, vielmehr sich ihr widersetzen werde. Für die Trennung der Kirche und für volle Freiheit derselben sprachen ausser den Ultramontanen auch die liberalen Deputirten Zimmermann von Stuttgart und Kuenzer von Konstanz, natürlich aber aus ganz andern Gründen als jene. Kuenzer, ein katholischer Geistlicher, erklärte, daß nach der Befreiung der Kirche die Spenden wie zur Zeit des ersten Christenthums herzufließt, den Gemeinden die Wahl ihrer Geistlichen und die Verwaltung des Kirchenvermögens zurückgegeben werden müsse. Auch die Ernennung der Bischöfe müßte aus freier Wahl hervorgehen und nicht mehr einseitig der erzbevoten Partei überlassen werden. Kuenzer's und Zimmermann's Reden gehörten zu den Besten, welche in dieser Frage gehalten wurden und machten gewaltigen Eindruck. Im Ganzen haben 30 Interpellationen geantwortet.

Frankfurt, 22. August. Außerordentlicher Bericht über die 64. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nachdem ein Verzeichniß neuer Beiträge für die deutsche Flotte mitgetheilt worden, stellte Eisenmann eine Interpellation in Betreff der österreichischen Verordnung wegen Anlegens der deutschen Farben durch die österreichischen Truppen. Er nennt jenes Verfahren eine Schmach für Deutschland und spricht sich für rücksichtslose Durchführung des Prinzips der deutschen Einheit aus. Reichsminister v. Schmerling erwidert, das Ministerium sey gesonnen, die deutsche Politik in ihrem ganzen Umfange durchzuführen; die Frage wegen des Tragens der Farben werde übrigens künftigen Freitag gleichzeitig mit einer andern, an den Kriegsminister gerichteten Interpellation beantwortet werden. Hierauf wird die Berathung über Art. 3. der Grundrechte fortgesetzt. v. Beisler: Das Christenthum durchdringe seit mehr als 1000 Jahren das Staatsleben; er könne sich nicht denken, daß es wie eine Innst, Innung oder Casinogesellschaft bestehe, um welche der Staat sich nicht zu bekümmern habe. Die Kirche selbst habe durch ihre Organe keineswegs Trennung verlangt; blos die Stimme einzelner ihrer Mitglieder erhebe sich dafür. Er weist aus der Geschichte nach, wie der Trieb der Kirche, über die weltlichen Verhältnisse zu herrschen, sich allmählich entwickelt habe, und berührt die Stellung des Papstthums. Die Trennung der Kirche vom Staat — führt er fort — werde den Kampf verewigen; die Kirche werde dem Staat, oder der Staat die Kirche unterjochen. Die monarchische Institutionen der Kirche vertrügen sich nicht mit den demokratischen Grundsätzen unserer Zeit. Die Trennung werde von einer Seite nur verlangt aus Abneigung gegen den Demokratismus. Man gebe uns die Reichs- und Landesfynoden zurück, und der Zwiespalt zwischen Staat und Kirche wird sich in Harmonie auflösen und Millionen Christen werden sich der Kirche wieder anschließen. Das oberste katholische Kirchenhaupt wird nicht mehr der gefürchtete Gegner mancher Regierung, sondern der freie Leiter einer großen Weltgemeinde seyn; unsere Kirchenobern werden nicht mehr Satrapen des Papstes, sondern constitutionelle Kirchenfürsten, unsere Pfarrer werden Pfarrherren im wahren Sinne des Worts seyn und mit ihren Gemeinden Hand in Hand gehen. Der Redner schlägt an die Stelle des §. 14 folgenden vor: „Die Angelegenheiten der christlichen Kirche, namentlich in ihren Beziehungen zu dem Staat, werden durch eine Reichssynode geordnet."

Unsere weltlichen Fürsten — so schließt er — haben sehr viel von ihrer Souveränetät ablassen müssen zum Besten des Gemeinwohls; machen wir dieselbe Anmuthung an unsere geistlichen Fürsten; Friedens zwischen Kirche und Staat. — Zittel erklärt sich für ausgedehnt wissen, daß Jedem nicht bloß die Freiheit seines Bekenntnisses, sondern auch die Freiheit gewährt werde, kein Bekenntniß haben zu dürfen. Was die Secten anbetrifft, bemerkt er, die Secten seyen niemals ein Unglück, niemals der Religion feindlich gewesen. Das Streben unserer Zeit in religiöser Beziehung gehe nach Einigung, nicht nach Sonderung und Zersplitterung. Man ten; wenn aber der politische Organismus gesund, dann sey keine fürchte, es möchten sich politische Bestrebungen in die Secten flüchten. Gefahr dabei. Der Sieg des Demokratismus sey der Sieg des Katholizismus, weil er ihn die langersehnte unabhängige Stellung verschaffe; das könne kein Kultusminister hindern. Aber er (Zittel) flüchtete, damit er ihn schütze gegen die Uebermacht des Katholicismus. Bisher wollten die Beamten das Volk beherrschen, der Staat sey nicht glaubensfrei und habe Christenthum, Gemeinden und Staat. Der demokratische Staat kennt keinen solchen Unterschied. Die Hierarchie hat ein Ende, sobald das Volk es will. Wenn der Staat ein christlicher seyn soll, dann nehmen Sie ihm die Christlichkeit, die er bisher an sich getragen hat; denn diese Christlichkeit ist die größte Lüge der Welt. Der Staat wird nicht glauben, sondern soll zu machen Pflicht Sie gesetzmäßige Religionsfreiheit. Vogt erklärt sich für die Trennung, nur unter der Bedingung, daß Dasjenige, was man Kirche nenne, vernichtet werde, sonst würden der Erde verschwinde und sich in den Himmel zurückziehe. Jede Kirche sey ein Hemmschuh der Civilisation und der freien Entwicklung des Menschengeistes, weil sie Glaubenssätze aufstelle. Die wahre Sittlichkeit beruhe auf dem Bewußtseyn der freien Menschenwürde, nicht aber auf einer Zwangsanstalt die mit Strafe und Fegefeuer drohe. Das sey eine falsche Sittlichkeit, die in der Furcht, nicht im freien Bewußtseyn des Guten und Wahren wurzle. Wir wollen vollständige Befreiung der Schule von der Kirche, Befreiung der wachsenden Generation, und wenn sie dasselbe im Bichte der Wissenschaft, dann mögen sie kommen und verdammen; dann werden wir siegen, und es wird Das strahlen, was wir wollen, das Panier der unbedingten Freiheit." Döllinger stimmt Vogt darin bei, daß der Polizeistaat, wenn man ihm das religiöse Gebiet überließe, allmählig das verlorene Terrain wieder gewinnen würde. Er giebt auch bis zu einem gewissen Punkte die Freiheit des Unglaubens zu, so daß Niemand einer Konfession anzugehören gezwungen sey. Aber bis zu der äußersten Konsequenz, bis zur Berechtigung des Atheismus zu gehen, dazu sey er nicht vorbereitet. Er erinnere nur daran, daß in Amerika Jeder, der als Bürger aufgenommen werde, das Bekenntniß des Glaubens an Gott ablegen müsse. „Den von Hrn. Vogt abgekündigten Kampf — fügt er hinzu — nehmen wir an, um so mehr, als er noch in die Ferne gestellt wird; siegen er und seine Partei, dann müssen wir freilich aus Deutschland auswandern, denn Hr. Vogt hat erklärt, auch die Religion müsse zerstört werden. (Widerspruch links. Er sagte blos: die Kirche!) der ganze kirchliche Organismus müsse zerstört werden." Der Redner wendet sich nun zu der Rede des Abgeordneten v. Beisler, welcher sein Landsmann und als bayer. Cultusminister sein Vorgesetzter. Er weist zuerst den gegen den Papst wegen der Theilnahme am Kriege gegen Oesterreich aufgesprochenen Tadel zurück. In Bezug auf die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat erklärt der Redner, daß er und seine Partei dasselbe Verhältniß wolle, wie in Belgien und Nord-Amerika. Daß die Kirche durch ihre Organe nicht auf Trennung angetragen, sey ungegründet; zwei katholische Bischöfe hätten den vorliegenden Antrag unterschrieben. Die protestantische Kirche freilich sey so eng mit dem Staate ver-

Digitized by Google

wachsen, daß ihre Organe die des Staates seyen, und diesen dürfe man freilich keinen solchen Antrag zumuthen. Hr. v. Beisler habe der Geistlichkeit vorgeworfen, daß sie sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung betheiligte. Wenn man das verhindern wolle, dann dürften Geistliche in Deutschland keine Bürger werden. Was anders wäre es, wenn man nachweisen könnte, daß unerlaubte Mittel angewendet worden. (Eisenmann: Ja, durch die Bischöfe!) Der Redner bemerkt, Herr Eisenmann werde hoffentlich die Beweise hiefür beibringen; wenn für solche Beschuldigungen, müsse man die Beweise in der Tasche haben. (Eisenmann: ich habe sie!) Und selbst wenn dem so wäre, würde es hier nichts beweisen, indem dies unter dem alten System eben so gut geschehen konnte. Er weiß auf England hin, wo bei den Parlamentswahlen die Geistlichkeit eine Hauptrolle spiele. Daß keine Synoden abgehalten wurden, wie Hr. v. Beisler gerügt, sey nur Schuld des Polizeistaates gewesen; bei freier Bewegung werde die katholische Kirche das Beispiel einer großen deutschen Reichssynode geben. Die Aeußerung des Hrn. von Beisler, daß die Verfassung der katholischen Kirche voll von Mißbräuchen sey und von Grund aus reformirt werden müsse, findet er bei dessen Stellung als Kultusminister höchst bedenklich: denn wenn die Mehrheit der bayerischen Katholiken anderer Meinung sey, dann sey eine lange Aufsicht auf endlose Conflicte gegeben. In Belgien und Amerika sey das Experiment der Trennung der Kirche vom Staat schon längst gemacht; dort leben beide Confessionen ruhig nebeneinander, und von Zerwürfung zwischen Staat und Kirche sey keine Rede. Die Entfremdung und Erbitterung zwischen Katholiken und Protestanten in Deutschland habe ihren Hauptgrund in der Einmischung des Staats in die kirchlichen Angelegenheiten. Seit 3. Jh. habe man unter dem Ministerium Abel in Bayern durch buchstäbliche Anwendung gewisser Verordnungen den neu gebildeten protestantischen Gemeinden vorschreiben wollen, wie oft im Jahr sie Gottesdienst halten dürften und ihnen nur 3 Tage im Jahre taxu gestattet. Die Staatsgewalt, meint er, werde um so kräftiger etwaige Uebergriffe der Geistlichkeit zurückweisen können, wenn das jetzige drückende System aufhöre. Die Hoffnung, das wieder zu vereinigen, was seit Jahrhunderten getrennt gewesen, lasse sich kein Deutscher rauben. Die Trennung habe zu viel Blut gekostet, als daß man nicht hoffen sollte, es werde wieder so werden, wie es gewesen (Unterbrechung links); er wolle damit sagen, es werde die gegenwärtige Unterbrechung festlonnen aufhören und eine Vereinigung zu Stande kommen. Er und seine Partei habe nichts gegen die Freiheit der Sektenbildung aber nach dem vorliegenden Entwurf würden die alten Kirchen in ihrer Abhängigkeit und Gebundenheit bleiben, die neuen aber völlig frei seyn. Dadurch würde nur Spaltung und Unzufriedenheit erregt und ein Werk geschaffen werden, das den Keim des Zerfalls in sich selbst trage. Bauer von Bamberg: Nachdem die Versammlung einen Würdenträger der katholischen Kirche Bayerns (Döllinger) gehört, müsse auch er als der einzige protestantische Geistliche seines Landes, der hier anwesend sey, das Wort ergreifen. Er müsse bemerken, daß Hr. Döllinger in der bayer. Kammer das Adelsche System gegen die Beschwerden der Protestanten, die er (Bauer) vertreten, mit allen Schärfe der Dialektik vertheidigt habe. Die Wechsengewalt sey nicht getheten worden; aber die Unabhängigkeitsforderung in solcher Weise möge er verneinen. Man möge ihm, einem bayerischen Protestanten, und seinen Erfahrungen glauben. Werde diese Forderung gewährt, dann sey der innere Friede Deutschlands bedenklich gefährdet und bedroht. Man möge nicht hoffen, daß beide Kirchen friedlich nebeneinander bestehen würden. Zwar sey beider Reich nicht von dieser Welt; aber den Streit um Mein und Dein hätten sie mit aller Welt gemein. Wer solle dem Proselytismus den Gränzstein setzen, wer über Recht und Unrecht entscheiden, als der Staat? Es bleibe am Ende nur das Faustrecht, und das dürfe der Staat nicht wollen, er dürfe sich nicht selbst solche Todeswunde schlagen, bei seiner Neugestaltung seinen solchen Quell religiöser Zwiespalts aufkommen lassen. Der Polizeistaat solle begraben seyn mit seinen Vexationen, aber der Rechtsstaat müsse Jeden vor Rechtsverletzung schützen. Was der Ausschuß vorschlage, sey das rechte Maß der Freiheit! Was darüber, wäre vom Uebel, eine Freiheit, die nur der Deckmantel der Tyrannei wäre, und zwar die Freiheit einer Kirche, neben welcher die Coexistenz einer gleich berechtigten, aber nicht mit gleichen Waffen kämpfenden Kirche unmöglich wäre. Man habe es nicht mit Einer Kirche zu thun wie in Belgien. Man gehe uns amerikan. Verhältnisse und dann wolle er die Freiheit wie in Amerika; aber auch dort werde binnen 25 Jahren ein Gesetz über das jus circa sacra entstehen. In Bayern sey die Verfolgung der Protestanten durch die Coalition der Staatsgewalt mit den Ultramontanen entschieden worden, welche sich darüber freuten, und welche diese Verfolgung, zu welcher die jetzige bayerische Regierung sich nicht verstehen wolle, jetzt hier in der Paulskirche gesetzlich festgestellt zu sehen wünschten. „Wenn diese Partei die völlige Unabhängigkeitserklärung der Kirche durchsetzte wenn es ihr gelänge, unter dem Banner der Glaubens- und Gewissensfreiheit, das sie früher so unverschämt verfolgte und jetzt hoch in der Luft flattern läßt, dann würden wir (die bayerischen Protestanten) in Frankfurt verlieren, was wir in München gewonnen haben, dann würden unsere Kämpfe und unser Zwiespalt wieder beginnen. Damit jene Macht nicht wieder lebendig werde, die wir aus dem Zwölfkutstreite kennen, beschwöre ich Sie, verwerfen Sie die gänzliche Unabhängigkeit der Kirche und die Trennung der Kirche vom Staat." Nach Beendigung dieses Vortrags wurde ein Antrag von etwa 20 Mitgliedern auf den Schluß der allgemeinen Debatte verlesen, von der Versammlung jedoch nicht angenommen.

□ München, 23. August. Gestern Abends wurde den Leuten, namentlich den Wache haltenden Bürgern, ein Flugblatt um Gotteswillen auf den Bucket nachgeworfen, dessen Inhalt beiläufig gesagt, noch um 100 Prozent schlechter klingt, als das was Thon-Dittmer gesprochen und der Münchener Zeitung in die Feder diktirt hat. Die Bürger werden förmlich aufgefordert, solches Volk, welches gestern im Rathhaussaale berathen, hinauszuwerfen, sich der Worthführer durch Knüppel, Stricke und Büttel zu entledigen. Das nenn' ich doch die niederträchtigste Wühlerei, unter eine der ruhigste Bürgerschaft, welche sich zur allgemeinen Herstellung der Ordnung versammelt, ein Pamphlet hineinzuschleudern, worin um Rache geschrieen wird gegen die heilige Stimme des Volks, klang natürlich das gestrige Erzeugniß, in die öffentlichen Meinung einen ganzen Abgrund unter Null herabgestürzt sind, die kein Bedenken tragen, ihrer brutalen Thorheit Menschenleben aufzuopfern, Leute, die durch fortgesetzte Blamagen in eine Art Verzweiflung versetzt wurden, daß solche um jeden Preis haben möchten, daß das Volk in seinen verschiedenen Corporationen und Abstufungen einander in den Haaren liege, um dann „mit der Macht der Gesetze" wieder wirthschaften zu können, daß jedem Vaterlandsfreunde die Augen tröpfeln. — Diesen Flugblatt giebt Leo darüber, daß jener Aufruf anonym war, und daß Flugblatt ist selbst ein Balg ohne Namen und Stand, ein Auswurf der Hölle ist es, und noch eine Schaam in seinem Herzen wohnt. Ihr da oben, Ihr verblendeten, Ihr seyd die wahren Wühler, die ihr ewig aufämpft gegen den Geist der Zeit, die ihr ewig haut und sticht nach einem unsichtbaren Genius — Ihr Unsinnigen, die ihr nie begreifen wollt — Ihr seyd die wahren Aufrührer!

□ München, 24. August. Eine Deputation von Wiener Studenten, welche den Studenten und Bürgern Münchens in Namen der akademischen Legion eine Fahne zu übergeben hierhergeschickt wurde, erhielt von dem Magistrate unserer Hauptstadt auf ihr Ansuchen, die Fahne im Rathhaussaal feierlich aufstellen zu dürfen, den Bescheid, daß die Aula der geeignetere Platz hiezu wäre. Morgen wird nun die Uebergabe dieser Fahne in der Aula, in welcher jeder Staatsbürger Zutritt hat, statt finden. — Einem dumpfen Gerüchte zu Folge würden die Studenten ihre Waffen, welche sie für ihren Abgang in die Ferien niederlegen mußten, bei ihrer Rückkehr nicht mehr zurückerhalten. Wir wünschten im Interesse der Ordnung, daß dieses Gerücht sich nicht bestätige. — Auf unserer kgl. oberbayerischen Regierung befindet sich eine Expedition, durch welche die N. Münchener Zeitung und der Reichsbote versendet, verstellt und empfohlen wird. Die Regierung schreibt an die Unterbehörden und sordert dieselben auf, für diese Zeitungen Abonnenten zu sammeln. Die kgl. Landgerichte und Magistrate erfüllten ihre Aufgabe mit Eifer und schicken die Abonnentenlisten an die hiesige Kreisregierung zurück, welche denn auch die bestellten Exemplare der Zeitungen zuexpedirt. Also erhielten werden die Behörden angewiesen, diese im Sinne der Regierung stehenden Blätter aus Regiemitteln anzuschaffen, sondern es wendet die Regierung auch ihren Einfluß auf Private an und ruft dadurch eine für das materielle Interesse anderer Blätter äußerst gefährliche Conkurrenz hervor, was wir als nichts Anderes betrachten können, wie als ein Attentat gegen die Preßfreiheit, welcher man auf anderem Wege vorerst nichts anhaben kann. Wir haben ein Schreiben des kgl. Landgerichts Orb (Unterfranken) vor uns, an die kgl. Regierung gerichtet, welchem eine Abonnentenliste beiliegt und worin die Regierung aufgefordert wird, Sorge zu tragen, daß die Zeitungsblätter des Reichsrotten ja recht pünktlich spedirt werden. Mit solchen Dingen beschäftigt sich unsere Regierung! — Bei den letzten Exzessen sollen gegen 30 Verwundungen vorgekommen seyn; auch wurden viele Verhaftungen vor-

Digitized by Google

genommen, worunter aus Personen aus den gebildeten Ständen z. B. ein Künstler, welcher die Thon-Dittmer'sche Carrikatur in Moritzstarnast dem Volke humoristisch exptizirte. Ein seit längerer Zeit sich hier aufhaltender Arzt aus der Schweiz, der einer Wasserheilanstalt vorstand, erhielt gestern den Polizeibefehl, innerhalb 3 Tagen die Stadt zu verlassen. Er steht im Rufe eines Propagandisten. —

München, 23. August. Inhaltlich einer gestern von dem Landwehrmajor und interimistischen Kommandanten Ott der Landwehr und den Freikorps gemachten Mittheilung wird in Zukunft bei vorkommenden Mehrerörterungen, wie überhaupt zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung zunächst die bewaffnete bürgerliche Macht verwendet und das Militär erst dann aufgeboten werden, wenn es von der Landwehr und den Freikorps verlangt wird.

Die N. Münch. Ztg. schreibt: „Ein Lokalblatt erwähnt in seiner gestrigen Nummer abermals des Gerüchts von bevorstehender Entwaffnung der Freikorps. Dieses Gerücht, das nur ausgestreut worden zu seyn scheint, um die öffentliche Stimmung zu reizen und die Gemüther zu erbittern, ist, wie wir aus der verlässigsten Quelle wissen, gänzlich ungegründet. Den Wünsche des hiesigen Studentenkorps entsprechend, werden in den nächsten Tagen die Gewehre der in den Ferien abwesenden Mitglieder dieses Korps in das Landwehrzeughaus zur einstweiligen Aufbewahrung niedergelegt werden."

München, 24. August. (Dienstesnachrichten.) Die Landrichterstelle zu Weenest ist dem L. Landg.-Ass. J. Angermann zu Neustadt a. R. verliehen, der Landrichter J. B. Büttner zu Ort auf das erledigte Landgericht Karlsstadt versetzt und dem L. Landg.-Ass. K. Kreß zu Königshofen die Landrichterstelle zu Ort verliehen worden. (K. v. u. F. Z.)

Berlin, 23. August. Die Nachwirkungen der jüngsten tumultuarischen Auftritte scheinen sehr bedeutend zu werden. Das Ministerium hat in Folge derselben ein Aufruhrgesetz vorgelegt, welches in den nächsten Sitzungen der Nationalversammlung berathen werden soll. — Der Polizeipräsident v. Bardeleben gibt in einem heutigen Straßenanschlag eine aus den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung geschöpfte Darlegung der Vorgänge vor dem Hotel des Ministerpräsidenten, am etwanigen Entstellungen und Mißdeutungen vorzubeugen. Aus derselben geht hervor, daß die beiden Schüsse aus der Menge und nicht aus dem Ministerhotel abgefeuert worden sind. Ebenso macht der Polizeipräsident bekannt, daß die wegen der scharfverurtheilter Ereignisse eingeleitete Untersuchung bereits zur Verhaftung von 16 Personen geführt habe.

Berlin, 21. August. Nachdem die Herren v. Usedom und Dönhoff es abgelehnt, die Unterhandlungen des Waffenstillstands zu leiten, ist General v. Below mit dem dänischen Gesandten am schwedischen Hofe, dem Kammerherrn v. Bille, in Malmöe zusammengetroffen. Herr v. Bille weigert sich, auf die neuen, in Frankfurt gestellten Bedingungen einzugehen. Doch hat er eingewilligt, seinen Hof nochmals zu befragen. Der Minister Reaz hat eine Protestation Frankreichs gegen die Erneuerung der Feindseligkeiten unserem Ministerium übergeben oder vielmehr vorgelesen. Diese Protestation ist auf die Garantie basirt, welche Frankreich in Verbindung mit England der dänischen Krone 1720 auf ihre Besitzungen gewährt habe. Auch eine Protestation Englands ist hier eingetroffen und wird bald in die Hände des Conseils-Präsidenten niedergelegt werden. Alle diese Nachrichten sind authentisch.

Berlin, 23. August. Nach einem aus Malmoe eingetroffenen Schreiben macht die dänische Regierung für die Einstellung der Feindseligkeiten jetzt neue und schwierigere Bedingungen. Diese Difficultät Dänemarks scheint ihren Grund in den von den pariser und dem londoner Cabinet abgegebenen Erklärungen zu haben.

Wien, 22. August. Der Kaiser hat aus Anlaß seiner Wiederkehr in die Residenz eine Amnestie für Preßvergehen insoferne ertheilt, daß Prozesse wider Diejenigen, welche sich gegen den §. 11 des provisorischen Preßgesetzes versehlt („daß Lästerungen und alle Acten von böswilligen Verletzungen der schuldigen Ehrfurcht gegen den Monarchen als Verbrechen mit ein- bis fünfjährigem schweren Kerker zu bestrafen sind") niedergeschlagen werden sollen. — Minister v. Wessenberg ist am 21. in Wien eingetroffen.

Stuttgart, 22. August. Die zur Verstärkung der deutschen Reichsarmee in Schleswig-Holstein bestimmten königlichen würtembergischen Truppen haben ihren Marsch dahin in sechs Kolonnen angetreten.

Stuttgart, 20. August. Unser Kontingent zum badischen Republikanerzuge, 31 Würtemberger, sind vom König amnestirt, d. h. die Untersuchung ist auf seinen Befehl niedergeschlagen worden, eine Nachricht, die hier sehr guten Eindruck macht.

Baden. Die Oberth. Ztg. schreibt: Auch unsere Regierung ist dem Beispiel der darmstädtischen ꝛc. gefolgt und hat die Gesandten abgerufen. Ausgenommen ist bis jetzt nur Herr v. Schweizer in Paris, dem eine andere Bestimmung vorbehalten seyn soll. Die Auflösung des Ministeriums des Auswärtigen, welches das Post- und Eisenbahnwesen ohnehin verlitet, steht auch nahe bevor.

Leipzig, 22. August. Gestern hier aus Warschau angelangte Handelsdepeschen melden nichts von Unruhen in Warschau oder Petersburg.

Dem Hamburger Correspondenten wird unterm 18. August von einem Militär aus dem Lager Stübbek geschrieben: In Rendsburg angekommen, wurde uns die Ordre vom Oberbefehlshaber der Armee zu Theil, daß ein feindlicher Angriff von Norden her nicht unwahrscheinlich sei; es solle deßhalb ein Theil des 10. Armeecorps zur Unterstützung in die Gegend von Apenrade vorrücken. Der nach Norden bestimmte Theil ist gebildet: aus der Brigade v. Specht (Braunschweig) und aus der Brigade v. Rettberg (Hannover). Wir, zu der letztern Brigade gehörend, rückten den 13. August in Stübbek in die Quartiere, die übrigen Bataillone und eine hannoversche Sechspfünderbatterie haben die Cantonnements Aacup, Böllum und Hofstrup bezogen. Den 16. Aug. Morgens 8 Uhr, wurden wir alarmirt, indem der Feind beabsichtigte, in der Gegend von Gravenstein zu landen. Unsere Bestimmung war, auf dem Wege bis Quars vorzurücken. Wir waren kaum ½ Stunden marschirt, als wir unsern Rückmarsch antreten mußten, denn der Feind hatte seinen Plan nicht ausgeführt. Gestern Morgen 3½ Uhr weckte uns der Kanonendonner aus unsern Träumereien; das Marmsignal ertönte und unsere Brigade rückte aus ihren Cantonnirungen und den andern Alarmplatz, links von der Chaussee nach Flensburg. Die Kanonade dauerte bis 5 Uhr. Dem Vernehmen nach ist der Feind von einer hannoverschen Steaubatterie bei Gravenstein mit Brandraketen begrüßt. Es ist ein Segelschiff (Corvette) und ein Kanonenboot in Brand geschossen. Auf unserer Seite sind einige Soldaten getödtet. In Apenrade werden 3 große Kriegsschiffe gebaut.

Die Dotz, schreibt: Der Graf von Neuilly, in alten Zeiten unter dem Namen des Königs Louis Philipp bekannt, will sich in Deutschland an der französischen Grenze ankaufen, theils weil ihm das englische Clima nicht zusagt, theils um bei der Hand zu seyn, wenn die Franzosen ihn etwa durchaus wieder haben wollten. Er will das schöne Schloß Herrenstheim in den schönen Gegenden des Wormsgaues kaufen, und muß also doch etwas zurückgelegt haben.

Italien.

Einem Wiener Schreiben der Allg. Ztg., zufolge, dessen Richtigkeit jedoch diese selbst zum Theil in Zweifel zieht, wäre man über die Grundlagen des Friedens mit Sardinien übereingekommen und würde die Lombardei Oesterreich verbleiben. Der König von Sardinien sey sehr aufgebracht über sein Ministerium, das ganz eigenmächtig und ohne von ihm auch nur ein Wort erhalten zu haben, die Hilfe Frankreichs angesprochen habe. Seiner Mißstimmung schreibe man vorzüglich zu, daß man sich so schnell verständigt habe. — Inzwischen bestätigt es sich, daß das bisherige sardinische Ministerium gegen den Waffenstillstand protestirt hat, weil er von keinem Minister mitunterzeichnet sey, und nicht unwahrscheinlich ist die Vermuthung der Allg. Ztg., daß Karl Albert auch hier sein doppeltes Spiel versuche: einerseits Radetzky alle möglichen Zusicherungen zu geben, während er sein Ministerium in London, Paris und Wien protestiren lasse, um auf dem diplomatischen Felde noch etwas von Dem zu erhalten, was er auf dem Schlachtfeld verloren.

Frankreich.

* Paris, 22. August. Die gestrige Interpellation des Hrn. Creton über die Verwendung der Staatsgelder unter der provisorischen Regierung hat noch einen der heftigsten parlamentarischen Stürme herbeigeführt, die wir seit dem 4. Mai erlebt haben. Herr Creton klagte die provisorische Regierung in den heftigsten Ausdrücken einer unredlichen und schlechten Verwaltung an, — er nannte die Commissäre der Regierung „Raubvögel" die sich auf die Departements gestürzt hätten, — allein hier brach ein solcher Tumult los, daß Creton bleich und zitternd, seinen Ausdruck zurücknahm. Ledru-Rollin antwortete mit Feuer und Ueberzeugung, er weiß nach, wie, als Minister Senard im Juni einen außerordentlichen Kredit von 500,000 Fr. verlangte, das Finanz-Comité beauftragt ward die Verwendung der früheren geheimen Fonds zu prüfen und wie der Rapport dieses Comités erklärt habe, die Ge-

Digitized by Google

der seyen **legal und loyal** verwendet worden, er erinnerte wie er der Commission, die mit der Prüfung der Gesammtrechnungen beauftragt war, seine Bilanz vorgelegt, sondern sie gebeten habe, an Ort und Stelle im Ministerium des Innern alle Bücher, alle Documente selbst zu prüfen und die genaueste Untersuchung zu pflegen. Er erhob sich mit Würde gegen jene fortwährenden Versuche Aufregung und Zwietracht in der Nationalversammlung und im Lande zu erregen, während Friede und Eintracht so nöthig seyen. Seine Rede wurde mit einem wahren Beifallssturme begrüßt und Cretou, der noch einmal die Tribüne bestieg, mußte diese unter den heftigsten Murren der Versammlung wieder verlassen.

Die neuesten Nachrichten aus Venedig melden, daß sich Venedig wieder als Republik erklärt und unter das Protectorat Frankreichs gestellt habe. Herr Tommaseo ist mit einer hierauf bezüglichen Mission in Paris angekommen.

Marschall Soult hatte sich bei den letzten Munizipalwahlen als Candidat im Departement du Tarn gemeldet, — er ist durchgefallen und sein Concurrent ein Schuster trug den Sieg davon.

Ein neuer Transport von 400 Insurgenten ist in dieser Nacht nach Havre abgegangen.

Die Discussion über den Untersuchungs-Rapport wird am 24. oder 25. beginnen, — für die Dauer dieser Discussion werden außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, alle Truppen bleiben Tag und Nacht unter den Waffen.

Eine gerichtliche Verfolgung gegen einen Vertreter die heute von der Nationalversammlung verlangt werden wird, ist gegen Herrn Turk gerichtet und zwar auf die Klage des Herrn Baune. Wir haben des betreffenden Zwischenfalls in der Sitzung vom 19. August erwähnt, Herr Baune hatte Herrn Turk am 20. auf Pistolen gefordert und da dieser sich nicht schlagen wollte, blieben Baune nur die Gerichte übrig.

Als einen Beweis, daß Carl Albert nicht nur die französische Intervention nicht verlangte, sondern auch gegen Frankreich keineswegs freundschaftlich gesinnt war, mag man den Umstand ansehen, daß der Marquis von Beignolles-Sale gestern erst Hrn. Bastide seine Beglaubigungsschreiben mit der Anerkennung der französischen Republik überreichen konnte.

Folgende Deutsche sind unter dem letzten Transporte der Insurgenten, — leider hat sich noch immer in Deutschland keine offizielle Stimme für sie erhoben. Peter Schneider, 24 J. aus Erbach in Bayern; Ecker, 23 J. aus Erbach; Joseph Goldmann, Koch, 25 J. aus Wien; Heinrich Preuschel, Tischler 48 J. aus Leipzig; Ferdinand Morinot, 45 J. aus Trier; Johann Krieger und Peter Gerdt.

Die römischen Journale vom 13. sind heute nicht angekommen, — man versichert, daß die Regierung durch den Telegraphen sehr ernste Nachrichten aus Rom erhalten und sogleich zwei Dampfschiffe in Civitavecchia zur **persönlichen** Disposition des Papstes gestellt habe.

Der Kaiser von Rußland hat, wie es heißt, dem französischen Cabinete erklären lassen, daß einer französischen Intervention in Italien sofort die Abberufung seines Gesandten von Paris folgen werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. August. Die Friedensunterhandlungen, die vorgestern fast abgebrochen zu sein schienen, sind gestern wieder aufgenommen worden, und in Folge dessen hat sich der Minister Graf Knuth heute in Begleitung des schwedischen Gesandten an unserm Hofe, Frhrn. v. Lagerheim, nach Malmoe begeben.

Bekanntmachung.

Eingeklagter Forderungen wegen wird das dem Webermeister Johann Nikolaus Köppel zu Oberthartmannsreuth gehörige Wohnhaus Nr. 26 sammt Gemüsgärtlein und Gemeindeland, taxirt auf

774 fl. 52 kr.

in den an Ort und Stelle auf

den 14. September curr. Vormittags 11 Uhr

anberaumten Termin meistbietend verkauft. Annehmbare Kaufsliebhaber, welchen das Schätzungs-Protokoll im hiesigen Registraturzimmer zur Einsicht vorgelegt werden kann, werden dazu mit dem Bemerken eingeladen.

Daß der Zuschlag nach Vorschrift des § 64. des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822. vorbehältlich der Bestimmungen in §§ 98 bis 101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgt.

Hof, 23. August 1848.

Königliches Landgericht.

Bisani.

Bekanntmachung.

Da die Käuferin des **Oswald Kragler**schen Anwesens zu Creußen

Pl.-Nr. 92, Haus-Nr. 67, mit Forstrecht und Gemüsgärtlein, Taxe 600 fl.,

Pl. Nr. 92½ Hintergebäude mit Backofen, Färberei, Stallung, und Holzschlicht, Taxe 95 fl.,

Pl.-Nr. 405, Gemüsgarten am Herbstbrunnen 8 Dez. Taxe 50 fl.,

die angebotene Kaufschillinge bisher nicht berichtigte, so werden besagte Objekte auf Kosten und Gefahr dieser Käuferin anderweit am

Donnerstag den 14. September von 11—12 Uhr

auf dem Rathhause zu Creußen an den Meistbietenden verkauft, wohin man Kaufslustige einladet.

Pegnitz, den 21. August 1848.

Königl. Landgericht

v. o.

Stenecker.

Anzeigen.

Am Donnerstag den 7. September, Vormittags 10 Uhr, wird der Betrauf pro 18½ an Säge, Lichtern, raffinirten Lampen- und Leinöl, Dochtgarn, Zimmer- und Stallbesen von der Oekonomie-Kommission des königlichen 13. Infanterie-Regiments (Gerttling) in Lieferung gegeben, und werden zu dieser Verhandlung Gewerbsberechtigte eingeladen.

Bayreuth, den 25. August 1848.

Kunst-Verein.

Montag den 28. ds. Abends 6 Uhr findet im Lokale des Kunstvereins (im alten Schlosse über zwei Treppen) General-Versammlung statt, um zur Wahl eines neuen Ausschusses schreiten und Rechenschaftsbericht abiegen zu können.

Der Ausschuß.

Harmonie.

Statutenmäßige **Generalversammlung** am

31. August.

Anfang 7 Uhr Abends.

Bayreuth den 25. August 1848.

Die Vorsteher der Gesellschaft.

Heilsame Erfindung.

Das neu verbesserte **Hümmert's**

Pollutions-Verhütungs-Instrument,

durch welches ohne die geringsten Beschwerden und Gefahr dieses gefährliche Uebel binnen ganz kurzer Zeit völlig beseitigt wird und über deren zweckmäßige einfache Einrichtung die besten Zeugnisse von mehreren Medizinal-Behörden Deutschlands vorliegen. Gegen portofreie Einsendung des Betrags, erhält man Instrument nebst ausführliche Gebrauchs-Anweisung von den Unterzeichneten zugeschickt.

1	Instrument von feinem Metall		3 Thlr.
1	" " " gepegten Messing .	3½	"
1	" " " Neusilber .	4	"

Philipp Schlesinger & Comp. in **Bleicherode,** bei Nordhausen.

Gleichzeitig stellen wir bei richtiger Anwendung eine Garantie über den Nutzen dieses Instrumentes von 20 Friedrichsd'or.

Einem verehrlichen Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich am Sonntag den 27. d. M. im Gasthofe zum Deutschen Hause eine Gesangsproduktion veranstalten werde; zu zahlreichem Besuche labet ein

Fischer, Sänger aus Nürnberg.

Mit dieser Einladung verbinde ich die Anzeige, daß die beliebten Quodlibets zum Verkaufe bei mir im Deutschen Hause zu haben sind.

Aechte Havanna spotted Cigarren zu dem billigen Preise von 23 fl. pr. mille empfiehlt J. G. Feldinger.

Am nächsten Sonntag ist Schellege auf der Potaschhütte mit Tanzmusik, wozu ergebenst einladet

Frey, Traiteur.

Eine gute, sichere 1. Hypothek zu 2000 fl. kann gegen baare Erlegung des Kapitalbetrages sämtlich eingetauscht werden.

Bei wem? erfährt man in der Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubestellen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag — Nro. 239. — 28. August 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 25. August. In der heutigen Sitzung gaben die Minister ihre längst erwarteten Erklärungen ab. Der Finanzminister theilte mit, daß in der Reichskasse etwa 3 Mill. Gulden vorgefunden worden und zu 3 Prez. bei Rothschild verzinslich angelegt seyen, daß die Bundesfestungen Ulm und Rastatt bis jetzt 18 Mill. gekostet haben und wegen des weitern Bedarfs nächstens eine Vorlage an die Nationalversammlung erfolgen werde. Der Kriegsminister wollte sich über seinen in den Zeitungen erschienenen Brief, worin er sagt, die Huldigung des Militärs sey hauptsächlich nur angewendet worden, um den demokratischen Vereinen auf den Leib rücken zu können, in keine Erklärung einlassen. Den manngeltbaften Abfall des Huldigungsbefehls in Oesterreich und Preußen suchte er so gut wie möglich zu bemänteln, und versicherte, es sey Alles in bester Form vor sich gegangen. Die Linke war damit nicht zufrieden, und beantragte, daß der Brief von dem Ministerium förmlich desavouirt, und die Huldigung in Preußen u. s. w. streng nach der Vorschrift des Reichsministeriums vollzogen werde. Allein die Rechte, welche mit den Ministern gern den Mantel der christlichen Liebe über das Vorgefallene werfen möchten, verwies diese Anträge an den Ausschuß, wo sie wahrscheinlich begraben werden. Eisenmann hat den Antrag gestellt, daß Oesterreich für seine deutschen Provinzen eine getreunte Verwaltung, Vertretung und Armee herstellen und daß Deutschland die Ungarn gegen die Kroaten unterstützen möge. Von der Berathung über die kirchlichen Verhältnisse ist nur zu bemerken, daß die Deputirten aus Deutschtyrol verlangten, man möge die Einführung der Glaubensfreiheit gegen ihre Provinz, die bisher nur Einen Glauben (den katholischen) kannte, schonend verfahren, wegegen die Beschwerdeführer erklärten, sie fürchteten sich keineswegs vor der Glaubensfreiheit. Montag wird der Artikel, welcher die Gleichstellung aller Konfessionen in bürgerlichen und politischen Rechten ausspricht, zur Berathung kommen.

Frankfurt, 24. August. (Ausführlicher Bericht über die 65. Sitzung der verfassungdgebenden Reichsversammlung.) Das Präsidium theilt die Austrittserklärungen der Abgg. Wiemwarter, Burger und Kuranda mit. Im Namen des Verfassungsausschusses berichtet Schwarzenberg über den Antrag von Dietsch aus Annaberg in Betreff der Zuhörerräume; v. Soiron über den Antrag v. Schoder um Verminderung der Civillisten (der Ausschuß beantragt Tagesordnung.) Wurm über Michelsens Antrag in Betreff der deutschen Consulate, Jahrbuch über Schüler's Antrag wegen Einziehung der Gesandtschaften der Einzelstaaten. Hinsichtlich der beiden letzten Anträge wird Zuweisung an die Centralgewalt beantragt. Die Tagesordnung führt zur weitern Berathung über Art. III. der Grundrechte. Sepp: Es frage sich, ob Christenthum oder Heidenthum, ob Kirche oder religiöse Anarchie, und mit welchem von beiden der Staat sich besser stehe. Der Kampf des Staats und der Kirche habe niemals dem Staate Vortheil gebracht. In Deutschland und besonders in Oesterreich sey ein solcher Kampf zu erwarten; aber die Gemüther würden wieder zur Besinnung kommen. In der katholischen Kirche sey Alles der freien Wahl unterworfen: wenn die Kirche demokratisch seyn solle, so müsse man sie sich frei bewegen lassen. „Wir sind" — sagt er — „klüger geworden; darum komme keine neue Confession zu Stande. Man braucht ja nicht auszutreten; man kann bleiben, ohne zu glauben. Lassen Sie die Kirche frei, wenn es zu einiger Vereinbarung in Deutschland kommen soll. Wozu führt es, wenn man die Religion knechtet und knebelt und knutet? Sehen Sie nach Oesterreich, wie dort in Folge dieser Knechtung die Religion verachtet und gehaßt ist. (Lebhafter Widerspruch.) Der Präsident: Der Redner hat kein Recht, von einem bestimmten Lande zu sagen: die Religion sey dort verachtet und gehaßt. Das geht auf die ganze Bevölkerung, hat also keinen Sinn. (Beifall.) Sepp fortfahrend: Durch die Einmengung der Staatsgewalt in die Religion hat Holland Belgien verloren, wie der jetzige König selbst zugestand. Die Polen wollten deshalb keinen Anschluß an Deutschland, weil sie die Religion in Gefahr glaubten. England dagegen hat auf Malta und den jonischen Inseln die Religion freigegeben und deshalb hat es dort nicht den Verlust seiner Herrschaft zu befürchten. Hr. Dekan Bauer hat von den Verfolgungen gegen die protestantische Kirche in Baiern gesprochen; aber eben wegen dieser Uebergriffe muß man den Staat von der Kirche ausschließen. Es ist von Synoden die Rede gewesen, bei Synoden steht sich der Staat besser, aber nicht die Kirche. (Gelächter.) Rauwerck: Die eben vernommene Rede sey von jenseits der Berge gekommen, darum habe er sie nicht recht verstanden. Nur so viel habe er verstanden, daß der Redner ein schwärmerischer Freund der Freiheit sey, besonders der kirchlichen. „Warum habt ihr denn (fragt N. den Redner und seine Gesinnungsgenossen) für die politische Freiheit gekämpft und gelebt? Ihr bewundert Amerika; aber Eure Bewunderung ist einseitig. Ihr habt nur die eine Seite erblickt, die Euch gerade recht war. Ihr habt die kirchliche und religiöse Freiheit unterdrückt und unterdrücken helfen; Ihr habt den Deutschkatholiken auf jede Weise das Leben sauer gemacht, Ihr habt nicht einmal gestattet, daß für die Gustav-Adolf-Stiftung gesammelt werde. Warum sprecht Ihr nicht damals für die Trennung von Kirche und Staat, da Ihr den Staat umschlungen hieltet, als Abel an Eurer Spitze stand und Ihr in langer und schöner Reihe hinter ihm. Ja, damals war der Staat der erste und vorzüglichste Jesuit (Gelächter und Beifall). Darum habt Ihr damals nicht auch die Trennung verlangt? Es scheint daß dieser lebhafte Wunsch sich ein wenig nach den Umständen richtet. Die Demokratie ist großmüthig; sie will Freiheit für Alle; sie vergißt, daß Eure geistlichen Väter die unsrigen verfolgt, und verbrannt haben (Galilai u. A.), jene Männer, von denen die jetzige Generation gelernt hat, die Freiheit für Alle zu wollen. Hr. Sepp sagt: die Kirche werde sich schlecht stehen bei den Synoden; das soll heißen, die hohe Geistlichkeit wird sich schlecht dabei stehen, weil sie sich ihnen so häufig widersetzt. Es ist ein alter Kunstgriff, zu sagen, die Religion sey in Gefahr, die sey verachtet und gehaßt; statt Religion soll es heißen: Kirche, das ist aber ein gewaltiger Unterschied. Ich glaube, daß die Zeit nicht fern ist, wo die Religion nicht mehr der Kirche bedürfen wird, so wenig wie jetzt des Staats. Das heißt aber nicht, die Religion dem Menschen rauben, sie dem Heidenthume überliefern. Hr. Döllinger hofft, es werde einst wieder Ein Hirt und Eine Heerde seyn. Im Gegentheil, es ist schon jetzt die Zeit da, wo die Schafe ihre Hirten auf die Weide führen und in die Schule nehmen; wer das nicht sieht, dem ist nicht zu helfen. Keine Einheit wird sich ergeben; die Freiheit ist auch die Mutter der Mannigfaltigkeit. v. Radowitz will den Grundsatz der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat entscheiden an die Spitze des Artikels III. gestellt sehen; nur dadurch verhinderte man, daß neben den politischen auch die religiösen Parteien auf den Kampfplatz treten. Es handle sich lediglich darum, daß der Staat von dem Präventiv- zum Repressivsystem übergehe, das ihm Niemand streitig machen werde; was darüber hinausgehe, sey jene Polizeigewalt, die aus allen Theilen des Staatsgebiets verbannt werden solle. Der Grundsatz, daß der möglichen Mißbrauch der Freiheit die Freiheit selbst nicht aufheben dürfe, müsse auch hier gelten, wie er für die Presse, das Vereinswesen ꝛc. geltend gemacht worden sey. Man sage, durch die Freiheit der Kirche würde den Jesuiten die Thüre geöffnet; er wolle sich hierüber offen und ohne Rückhalt aussprechen. Der Jesuitenorden sey im 16. Jahrhundert eine Aushülfe für außerordentliche Bedürfnisse der katholischen Kirche gewesen. Ein solches Bedürfniß bestehe jetzt für Deutschland in keiner Weise. Das deutsche Episcopat, der deutsche Clerus, die deutsche Wissenschaft bedürfe dieser Hülfe nicht, Der Nutzen würde in keinem Verhältniß zu den Störungen und Gefahren stehen, die dadurch herbeigeführt würden. „Ich ist — fügt der Redner hinzu — weder unser Wunsch, noch unser Bestreben, den Jesuitenorden in Deutschland zu verbreiten. Wenn wir auch gemäß dem Prinzip der Freiheit gegen jede gesetzliche Ausschließung einer Genossenschaft stimmen müssen, so wurden wir doch der Einführung der Jesuiten in einem katholischen Staate Deutschlands aus dem höhern Interesse der katholischen Kirche entschieden entgegentreten. (Links: Wer sind die Wir?) Die hier anwesenden Mitglieder

Digitized by Google

Ihre katholischen Kollegen. Ich erwarte Den, der mir hier widersprechen wird." Nachdem der Staat, äußert v. Radowitz weiter, den christlichen Charakter abgelegt und Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse ausgesprochen, müsse das Verhältniß zwischen Staat und Kirche aufgelöst, die Kirche für unabhängig erklärt und ihrer eigenen Verwaltung überlassen werden. Dies könne man ohne Ungerechtigkeit nicht verweigern; dieß verlange die Kirche, nicht mehr und nicht minder. Hagen erklärt sich für die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat nach dem demokratischen Prinzip, weil **ehrs die Selbstverwaltung und Selbstherrschaft für alle Sphären** des Volkslebens statuire. Dieses Prinzip für alle Genossenschaften in Anspruch nehmen, und nur den religiösen verweigern, wäre inkonsequent und ungerecht. Zimmermann von Stuttgart erklärt, seine Erfahrungen und Studien hätten ihn überzeugt, wie sehr die Schattenseiten der Kirche ihre Lichtseiten überwiegen; aber eben darum wolle er die Kirche völlig freigegeben sehen. Er folge hierin seinem obersten Prinzip: Freiheit für Alle und in Allen, obgleich er das Gefährliche der Sache recht wohl zu würdigen wisse. Das strenge Festhalten am Prinzip sey eine bessere Politik, als jene Staatsweisheit, die klüglicherweise vom Grundsatz abweiche, und nach Umständen hinüber und herüberschwanke. Das Volk wolle die Trennung, Diejenigen wenigstens, denen die Kirchlichkeit von jeher die höchste Herzensangelegenheit gewesen sey. Ob diese Stimmung nicht künstlich erregt worden, ob das Begehren der reine Ausdruck des Volkswillens sey, komme nicht in Betracht; das Volk habe seinen Willen kundgegeben und die Versammlung habe ihn erkannt. Ich kenne, fährt der Redner fort, in ihrem ganzen Umfange die Gefahr der Freiheit, ich weiß, daß die Männer des Thrones und des Altars, die das Alte festhalten und durch dasselbe arbeiten, die größere Zahl sind; daß sie überwiegend größere Mittel haben, und daß die Quellen hiezu nur ihnen zugänglich und noch lange nicht erschöpft sind. Wir sind auf der Schwelle einer neuen Zeit; aber der Feind steht noch da, wenn auch in veränderter Stellung und mit etwas hier und da verändertem Namen. Er stellt sich, als ob auch er mit der Zeit vorangegangen wäre und trägt die Cocarde des Tages. Ich bin nicht mehr jung genug, um zu glauben, daß es so kluger Feinde bedarf, um wie Arbeiter und Kunst seine Pläne verfolgt. Auch eine Niederlage über Nacht eines Andern belehrt worden. Und dennoch, trotz dem, daß es so ist, möchte ich auch diesem Feinde volle Freiheit geben, viel größer, als er sich sie je irgend wo und wie herauszunehmen gewagt hätte. Ich stimme für volle Freiheit der Kirche schon darum, weil wir Gesetze machen nicht für den Augenblick, sondern für die Zukunft, hoffentlich für lange Dauer. Ein Volk, das nicht für die Ideen, welche seine Zeit ihm vor Augen und ins Herz gelegt hat, sterben kann, dem blüht keine Zukunft. Diese Todesmuthigkeit aber hat höher als Kirche nicht dem Volke mitgetheilt, vielmehr (manche Orden wenigstens) ihre Kraft zu lähmen gesucht, anstatt das heilige Feuer nur vom Himmel zu holen und den Herzen mitzutheilen, das zu großen Opfern für Vaterland und Freiheit fähig gemacht hätte, Bewegung und Kampf sind Lebenselemente einer seit verjüngenden Zeit, eines sich bewußt werdenden Volkes; darum sey Bewegung, darum komme der Kampf. Aber zum Kampfe braucht man Waffen, wenn man kein Thor seyn will, und neben der Oeffentlichkeit, der freien Presse und dem Vereinsrecht ist eine solche Waffe die Freiheit des Unterrichts, die Trennung der Schule von der Kirche. Diese Freiheit werde ich nicht aus der Hand geben; das wäre Thorheit; mit dieser Freiheit fürchte ich keine, noch so unabhängige Kirche." Lebhafter und vielseitiger Beifall folgte dem Vortrage dieses Redners, nach welchem noch Förster, Schwarz und Kuenzer das Wort ergriffen. Dieser will die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, unbekümmert um ihre Folgen oder ihre Nachtheile für irgend eine Religion oder Genossenschaft durchgeführt wissen. Die Kirche, die zu ihrer Erhaltung des Glaubens- und Gewissenszwangs bedürfen, möge ruhig ihrem Untergang entgegen gehen; sie trage das Element des Verderbens in sich. Entweder müsse man die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit anerkennen, oder die Heuchelei zum Gesetz erheben. Schüler der Josephinischen Richtung an, welche, insoweit sie gerecht, Duldung verbreitet habe. Obgleich er nicht für Einmischung des Staats in Kirchensachen sey, müsse er doch sagen, daß der Staat mitunter in der Lage war, Das zu thun, was die Kirchenobern vernachlässigten oder verweigerten. Nicht der Polizeistaat sey Schuld gewesen, daß so manche Begehren in der katholischen Kirche nicht erfüllt worden, sondern gewisse Kirchenobern, welche das sonst so sehr angerufene kanonische Recht mit Füßen traten. Synoden seyen verlangt worden von Tausenden und aber Tausenden in der ehrerbietigsten Form, und nicht einmal eine Antwort sey gegeben worden. Dieß werde aufhören, wenn die Kirche vom Staate unabhängig sey; denn der Schutz des Staats für die Kirchenobern sey gerade das Gefährlichste für die Kirche gewesen. Nicht blos die Obern, sondern auch die Gesellschaft und jeder Einzelne werde in seinem Rechte unabhängig, und die erste Folge eine Synode seyn, selbst gegen den Willen des Oberhirten, der seine Pflicht vernachlässige oder verweigere; eine Synode nach dem ursprünglichen Geiste des Christenthums, auf welcher die ganze **kirchliche** Gesellschaft repräsentirt sey, und diese werde sich aussprechen für **das Recht, welches ihre Kirchengenossen** in früheren und besseren Zeiten geübt; sie werde sich über den Oberhirten stellen, die kirchliche Gesetzgeberin seyn und den Kirchenbehörden den Vollzug übertragen.

Frankfurt, 22. August. Bei der Ernennung von Gesandten findet das Reichsministerium große Schwierigkeiten. Die nach Brüssel und nach dem Haag bestimmten HH. v. Rotenhan (aus dem bayerischen Begirk Nördlingen) und Compes (aus dem Siegkreise) haben abgelehnt, und von neuen Ernennungen ist noch nichts bekannt geworden. (A. Z.)

München, 25. August. Vor einigen Tagen traf, wie berichtet eine Deputation der Wiener akademischen Legion und Nationalgarde ein, um der hiesigen Bevölkerung, insbesondere der Landwehr und dem Freikorps, eine Ehrenfahne als Zeichen der Verbrüderung beider Städte unter Hinweisung auf das energische Auftreten der Civilwehr dahier in der Huldigungsfrage zu überreichen. An ihrer Spitze stand ein Dr. Dorme. Nun stellt sich plötzlich heraus, daß dieser ein gewisser Erlmayer von hier und wegen verschiedener Gesetzesübertretungen, welche mit nichts weniger als der Politik zu thun haben, steckbrieflich verfolgt sei. Erlmayer wurde gestern Abend in Gewahrsam gebracht und die Deputation, nach ihrer Auflage vor Amt selbst von dem angeblichen Dr. Dorme getäuscht, hat beschlossen, ohne ihr Mandat zu vollziehen, München zu verlassen, wofestst sie ohne ihre Schuld kompromittirt sei. Ich theile Ihnen diesen Sachverhalt mit, weil es nicht fehlt, daß Uebelgesinnte die verschiedenartigsten Verdächtigungen über diese Sache aussinnen, wie denn auch bereits in Zweifel gezogen werden will, daß der Eingangs genannte Theil der Wiener Bevölkerung den ganzen Umständen fremd und die Fahne in Regensburg angekauft sei, wie die übrigen Deputirten durch Angabe der Gewerbsleute, welche hiezu freiwillig den Stoff lieferten, zur Genüge widerlegten.

Berlin, 24. August. Der gestrige Abend ist ruhig vorübergegangen, obschon unter den Zelten eine Volksversammlung stattfand, welche von 4—5000 Menschen besucht war; die erst gegen 10 Uhr zur Stadt zurückkehrende Volksmenge verlief sich, ohne daß irgend Excesse vorfielen. Die Vorträge, welche in der Versammlung gehalten wurden, beschränkten sich meist auf eine Besprechung der letzten Ereignisse sowie auf eine scharfe Kritik des Verhaltens der Regierung bei denselben. — Die heutige Frage dürfte noch zur Verwickelung mancher Art Anlaß geben. Bisher bezahlte unsere Regierung die Kosten der frankfurter Reichsregierung vorschußweise; wir versichert wird, soll dieselbe jedoch jetzt gewillt seyn, weitere Zahlungen nicht mehr zu leisten, ja man will sogar wissen, daß eine von Frankfurt aus für die Reichsregierung auf die hiesige Seehandlung gezogene Tratte von dieser gestern zurückgewiesen worden sey. (?)

Bis gestern Mittag sind bisher in Allen an der Cholera erkrankt: 120 Personen, gestorben 81, genesen 11, in Behandlung 28. (D. R. Z.)

Wien, 22. August. Heute war die Reichsversammlung nahe daran, den Adel aufzuheben. Vor dem Schlusse der Sitzung wurden mehrere neue Anträge verkündigt, darunter die der Abgeordneten Löhner und Sterakowski auf Abschaffung des Adels. Beide Anträge, der mildere des Abg. Löhner, der nur keine fernere Adelsverleihung wünscht, wie jener Sterakowski's, welcher geradezu auf Abschaffung dringt, wurden mit beinahe absoluter Majorität unterstützt. Es entspann sich jedoch über die Frage, ob die Anträge dem Verfassungsausschusse zuzuweisen oder gleich in Berathung zu nehmen seyen, da man sie als kein Gesetz betrachtete, eine Debatte, in welcher der Adel entschieden hart mitgenommen und lächerlich gemacht wurde, selbst von adeligen Abgeordneten. Schließlich ging man zur motivirten Tagesordnung nach dem Antrage Presti's über, welcher lautet: Die Kammer geht in der Ueberzeugung, daß das Ministerium keine weitere Verleihung des Adels mehr bewilligt, zur Tagesordnung über.

Prag, 22. August. Nach einer Ministerialzeitung werden die Metternich'schen Herrschaften Plaß und Königswart vom Staate eingezogen; auf ersterem Besitzthum lastet eine Schuld von 500,000 fl.

Hannover, 23. August. Der König hat für diejenigen Hannoveraner, welche gegen Theilnahme an den Heere und Con-

Digitized by Google

sorten begangenen hochverrätherischen Handlungen im Babischen in Untersuchung gerathen und zur Fortsetzung der letztern hierher gesendet sind, die Niederschlagung der Untersuchung angeordnet. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 21. August. Heute sind hier sehr schlimme Nachrichten aus den unteren Donaugegenden eingetroffen. Der Capitain der Kumaner und Jazygen, Moritz v. Stanitzkai, einer der Oberbefehlshaber der gegen die feindlichen Lager gebildeten Nationalgarden, ist eben mit der Hiobspost angekommen, daß die Unsrigen am 19. August beim allgemeinen Sturm auf St. Thomas zurückgeschlagen wurden. Neben diesen niederschlagenden Nachrichten verbreitete sich eine ganze Fluth von Lärmgerüchten in der Stadt. Der Ban Jellachich soll mit einem mächtigen Heere die Grenzen überschritten haben und bereits in Groß-Kanischa eingezogen seyn. Er werde binnen wenigen Tagen hier ankommen. Mehre Tausend Serbier sollen kriegsgerüstet in das krasser Comitat eingedrungen seyn. Diese letztere Nachricht ist begründet und scheint nur in der Zahlenangabe etwas übertrieben. Der türkische Pascha in Belgrad soll den commandirenden General der krasser Grenze die Anzeige von dem bevorstehenden Freischaarenzuge zur Hülfe der Raizen mit dem Bemerken gemacht haben, daß er (der Pascha) denselben nicht werde verhindern können. Der commandirende General Appel hat darauf die walachischen Grenzer an die serbische Grenze beordert; diese öffneten aber ihren Stammgenossen die Reihen. Die Mißstimmung, welche hier herrscht, ist unbeschreiblich. Uebertall Verdächtigung und Hoffnungslosigkeit, man sieht kein Ende des Wirrwarrs und sehnt sich schon nach irgend einer Lösung.

Frankreich.

* Paris, 23. August. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward zwar der unseligindische Antrag der Herren J. Favre und Dupont, wegen der gutwilligen Conceadate verworfen, aber ein anderer Entwurf von den Herren Boudet und Destonzeais ward angenommen, daß allen Handelsleuten und Industriellen, die seit den 24. Februar ihre Zahlungen einstellen mußten, große Erleichterungen gewährt, um ihr Geschäft wieder aufnehmen und fortführen zu können, nachdem ein freundschaftliches Arcangement mit den Gläubigen eingetreten ist. Der Präsident A. Marrast zeigte an, daß der dritte Band der Beweisschriften heute vertheilt werden würde und daß die Discussion des Untersuchungs-Rapporteß Dienstag den 25. beginnen und nach ihrer Beendigung sogleich die Discussion der Confiscation anfangen werde.

Der halboffizielle Moniteur du soir enthält folgende Note: „Man versichert, daß die Haltung, die General Cavaignac in der Angelegenheit Schleswigs und gegen die Ansprüche des deutschen Parlaments auf Limburg, als dem Vertrage von 1839 entgegen, angenommen hat, zwischen der französischen Republik und dem Kaiser von Rußland den Anfang sehr freundschaftlicher Beziehungen herbeigeführt hat. Herr von Kisseleff hat Hrn. Bastide eine sehr beruhigende Note über die Projekte, die man Rußland in den Donau-Fürstenthümern zuschreibt, zugesandt und der Kaiser hat sich bereit erklärt, einen offiziellen Agenten der Republik in Petersburg zu empfangen." Wir haben bereits gestern gemeldet, daß General Lesso, intimer Freund Cavaignacs, mit einer Mission nach Petersburg abgegangen ist.

Gestern sind auf dem Marsfelde die ersten Versuche mit den neuen Angriffs-Barrikaden und den beweglichen Blockhäusern gemacht worden. Beide Erfindungen scheinen sich zu bewähren und dürften bei dem nächsten Straßenkampfe den Truppen gute Dienste leisten.

Gestern Abend sollte eine tumultuarische Demonstration vor Thiers Wohnung Statt finden, aber die bei Zeiten unterrichtete Behörde hatte ihre Maßregeln so getroffen, daß jeder Versuch, Unruhe zu stiften, vereitelt wurde.

Herr Proudhon hat nun, da sein Journal suspendirt worden ist, seine Mitwirkung den Univers angeboten und diese ist von dem Redaktions-Comité, auf Vorschlag des Herrn Montalembert und Falloux, angenommen worden. Wir werden also noch ein Mal den Ultramontanismus mit dem Socialismus Hand in Hand gehen sehen.

Herr Tommaseo, Gesandter von Venedig, hat gestern dem General Cavaignac eine Petition der Bevölkerung dieser Stadt überreicht, in der dringend die augenblickliche Hülfe Frankreichs in Anspruch genommen wird.

Der Messager will wissen, daß der Kaiser Nikolaus den mit einer wissenschaftlichen Mission in Rußland beauftragten General von C... gefragt habe, er wünsche sehnlichst Frankreich zu sehen und er hoffe noch im Laufe des Jahres 1848 Paris zu besuchen. Von Petersburg nach Havre fährt man in 5 bis 6 Tagen. (?)

Großbritannien.

London, 22. August. Aus Dublin wird unterm 20. Aug. berichtet: Der Aufstand scheint dreistigt und Lord Hardinge wird unverzüglich nach England zurückkehren, da sein Beistand für jetzt in Irland nicht mehr erforderlich ist. John Martin, der Eigenthümer des „Felon", ist gestern vom Assisenhofe zu zehnjähriger Transportation verurtheilt worden, wobei ihm der Oberrichter bemerkte, daß er strenger bestraft worden wäre, wenn die Jury nicht dem Gerichtshofe Mäßigung anempfohlen hätte. Gegen Martins Bruder, welcher den Odmann der Jury bedroht hatte, wurde auf einmonatliche Einsperrung erkannt. In Betreff O'Doherty's hat die Jury zum zweiten Male nicht zur Fällung eines Ausspruchs gebracht werden können; man entließ sie, da die Aerzte erklärten, daß zwei der Geschworenen in Folge ihrer langen Einschließung ernstlich unwohl seyen. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 19. August. Unsere Regierung stellt sich sehr spröde gegen alle Friedens-Unterhandlungen, obgleich der Wunsch nach Frieden im Volke und im Heere allgemein ist. Die conkemnirten Schiffe werden wahrscheinlich verkauft werden, wenn der Abschluß der Unterhandlungen nicht bald erfolgt. Es mögen wohl 100 Schiffe seyn. Der österreichische Gesandte ist noch immer hier und steht im besten Vernehmen mit dem Hofe. (K. Z.)

Amerika.

Washington, 1. August. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sogleich nach Empfang der von dem amerikanischen Konsul Geade gemachten öffiziellen Mittheilung von der Annahme des Erberzogs Johann als Reichsverweser, den in Berlin akkreditirten Gesandten, Hr. Donelson, bei der provisorischen Reichsgewalt in dieser Eigenschaft mit akkreditirt und ihm die Weisung ertheilt, sich so schnell als möglich nach Frankfurt zu begeben. Damit keine Zeit verlaumt werde, sondern die amerikanische Regierung mit Eine der Ersten wäre, die die Reichsgewalt anerkenne und diplomatische Verbindungen damit eröffne. (D. Z.)

Aufruf.

Auf Veranlassung der Fragen des volkswirthschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung sind außer den Abgeordneten der verschiedenen Regierungen auch Deputirte industrieller Vereine und Corporationen hier eingetroffen, die sich mit andern Fachmännern vereinigt haben, um die wichtige Frage eines neuen allgemeinen deutschen Zoll- und Handelssystems zu berathen. In Folge dessen sind die Unterzeichneten zu einem

„Verein für deutsche Zolleinigung"

zusammengetreten.

Mitglied des Vereins kann, laut Statut §. 2, jeder Deutsche werden, welcher entweder zu den Verhandlungen über Zoll- und Handelsfragen nach Frankfurt a. M. abgeordnet ist, oder Landwirthschaft, Handel, Rhederei oder irgend einen Zweig der Fabrik- oder Manufaktur-Industrie betreibt.

Bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes ist es sehr wünschenswerth, wenn möglichst viele competente Stimmen sich darüber vernehmen lassen und diesem Vereine anschließen.

Es ergeht daher die dringende Einladung an alle Fachmänner, welche sich durch ihre Kenntnisse, Erfahrungen und patriotische Gesinnungen dazu berufen fühlen, und namentlich an alle Deputirte von Handelskammern, landwirthschaftlichen und industriellen Vereinen sofort hierher zu kommen, um sich an den bereits begonnenen Berhandlungen zu betheiligen.

Frankfurt a. M., den 22. August 1848.

Der Verein für deutsche Zolleinigung.

(Im Braunfels zweiten Stock.)

A. A. Alexander aus Beckenheim. H. Böcking aus Trier. J. Bronz aus Emden. G. N. Claus aus Leipzig. E. L. Dörrien aus Bremen. Dunner. Z. Diergarter aus Viersen. A. Dufour-Ferrence aus Leipzig. Carl Eisbiegler aus Frankfurt a. M. Philipp Eliffen aus Frankfurt a. M. H. Geffcken aus Hamburg. J. Faucher für Elbing. Gottschick aus Schlesien. W. B. Goldschmidt aus Frankfurt a. M. F. W. Haardt aus Remscheid (Rheinpreußen.) C. F. Hager aus Wismar. J. C. Hauff aus Frankfurt a. M. C. B. Hausmann aus Hannover. A. C. v. Hoffmann aus Cassel. J. Heiterss aus Frankfurt. C. Hoffmann aus Celle. Junge aus Frankfurt a. Main. Kroder aus Mecheltadt. G. Klett aus Frankfurt am Main. Sophian Kolb aus Bayreuth. J. W. Knobloch aus Frankfurt a. M. H. R. Kulp & Sohn aus Frankfurt a. M. C. Löper aus Neubrandenburg (Mecklenburg.) J. B. Mann jun. aus Rostock. C. Obertag aus Stuttgart. C. F. Petersen aus Eutin. Prince-Smith für Danzig. Emil Rohm aus Stettin. August Rasor aus Frankfurt a. M. J. F. E. Refardt aus Hamburg.

M. Gilliers aus Frankfurt a. M. Edgar Roß aus Hamburg. A. Sanders aus Hamburg. A. Schridder aus Frankfurt a. M. J. Schelleonigg aus Kärnthen. J. Schmöle aus Frankfurt a. M. G. B. Winter aus Frankfurt a. M. Valentin Koberle aus Speyer. Adolph Zimmern aus Heidelberg.

Bekanntmachung.

Eingeklagter Forderungen wegen wird das dem Webermeister Johann Nikelaus Köppel zu Oberdartmannsreuth gehörige Wohnhaus Nr. 26 sammt Gemüsgärtlein und Gemeindeland, taxirt auf 775 fl. 52 kr.

in dem an Ort und Stelle auf

den 14. September curr. Vormittags 11 Uhr

anberaumten Termin meistbietend verkauft. Annehmbare Kaufsliebhaber, welchen das Schätzungs-Protokoll im hiesigen Registraturzimmer zur Einsicht vorgelegt werden kann, werden dazu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach Vorschrift des § 64 des Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 vorbehaltlich der Bestimmungen in §§. 98 bis 101 des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgt.

Hof, 23. August 1848.

Königliches Landgericht.
Bisani.

Anzeigen.

Auf die „Erwiderung: Scherz und Ernst!“ in Nro. 208 der Bayreuther Zeitung.

Nachdem unser Abgeordneter, Hr. Dr Blumröder, des Ultra-Republicanismus so sehr beschuldigt wurde, so fand ich mich berufen, die übrigen Herrn Wahlmänner zu einer Versammlung aufzufordern, um bei derselben zu prüfen, ob an der Sache etwas Wahres sei oder nicht. Ja, als deutscher Nikel oder Michel, würde mich nicht unterfangen haben, diese Herren hiezu aufzufordern, wenn sich ein hochverleuchteter Herr Carl oder ein Anderer gefunden hätte, für den Beschuldigten diesen Weg einzuschlagen; ich fand mich aber gerade hiezu verpflichtet, denn wie oft wird nicht der redlichste Mann bei den besten Absichten in ein mißbelliges Licht gesetzt, oder ganz verkannt, wie es leider jetzt an der Tagesordnung ist.

Es freut mich, daß meine Herren Wahlcollegen meinen Wunsch erfüllt und eine solche Versammlung auf dem Selber Wiesenfeste gehalten haben. Leider hat man sich mit der Hauptsache nicht befaßt, und bezüglich sich mit Nikels und Michels Prangerbau, obschon die Strafe der Prangerstellung durch Reichsbeschluß aufgehoben werden ist. Wenn demnach dieses Gebäude ganz überflüssig aufgerichtet wurde, so ist zu bedauern, daß der Fleiß so unnütz verschwendet und dienenartige Emsigkeit zwecklos an den Tag gelegt worden ist. Eine Lobrede für Nikel und Michel sollte es nicht gelten, sondern ein bitteres Honig aus der Krausemünze für beide zu erzeugen und dieses Erzeugniß der Oeffentlichkeit aufzutischen, war die Absicht.

Die Weisheit hat in alten Zeiten ihr Gebäude in sieben Säulen aufgerichtet; doch da es hier nur um einen Prangerbau zu thun war, so genügten drei Säulen, nämlich

1) die Säule der Dummheit,
2) jene der Lügenhaftigkeit und
3) die der Streitsüchtigkeit.

Der Meisel des Meisters hat aber so manche grobe Scharte hineingebracht, und ich erlaube mir, solche ein wenig auszuwetzen. Ich will mich nun über eines nach dem andern dieser plumpen Machwerke herannachen und probiren, ob ich die groben Hammerschläge nicht ein wenig ausbessern kann.

Ich trete nun zur 1. Säule. Die deutschen Nikel und Michel werden freilich sie dumm gehalten, aber weil sie Deutsche und keine Franzosen oder Nordamerikaner sind. Sie gelten aber immer noch etwas, da sie zwar nicht zwei, aber doch eine Stelle im „Landwirthschaftlichen Mittel-Organe“ und die zweite bei dem „Distrikts-Armenpflegschafts-Rathe“ des kgl. Landgerichts Selb bekleiden. In ihrem Fache nehmen sie es mit so manchen Hocherleuchteten auf, und sollte er sogar mehrere Staaten Nordamerikas gesehen haben. Eine Stelle unter den Literaten einzunehmen wagen sie nicht; mit fremden Federn wollen sie sich nicht schmücken und das Beispiel der Krähe unter den Pfauen nicht nachahmen.

Die neuen Literaten haben außer dem menschlichen — auch noch einen deutschen Verstand erfunden, wie der gegnerische Aufsatz beweist; sie mußten aber auch ihren lateinischen Verstand mit zu Hilfe nehmen. Nikel und Michel wollen jedoch den neuen Literaten die Errungenschaften ihres deutschen Verstandes gern unbeneidet überlassen, weil sie stets davon hörten, daß nicht alle Menschen Deutsche sind, und Menschen menschlichen Verstand besitzen.

Um Leib und Geist zu stärken, werden bei einer jeden Dorfs-Gemeindewahl Speisen und Getränke vorgesetzt; bei der Wunsiedler Wahl, welche eine höhere Bedeutung hatte, war es aber anders: da gab es nur vorbereitete Wahlzettel, und man war sogar so gefällig, den weithergereisten Wahlmännern solche zu schreiben, weil sie die Reise zur Sechsämter Kreishauptstadt ermüdete. Nikel wollte nicht beleidigen, und nahm diese Gefälligkeit eben so gerne an, als wohl ein Dutzend anderer seiner Herren Collegen, da man es für bequem fand, sich — die große Herren — dies unterzeichnen zu dürfen. Nikel war diese Geiegenheit um so willkommener, als er sich auf der Reise sehr ermüdet hatte, denn seine Herren Selber Wahlcollegen achteten nicht auf das gegebene deutsche Wort: daß diese Reise gemeinschaftlich gemacht werden sollte, sondern eilten voran. Daß sie weder den Abgeordneten noch den Präsidenten oder den deutschen Kaiser selbst wählen könnten, dieses wußte er wohl, aber an seinem Wahlrechte wollte er sich nichts nehmen lassen, und darum eilte er ihnen nach.

An der 2. Säule brauchi er nicht viel zu vertheern, da gegnerischer Seits zugestanden wurde, daß wenigstens vier Collegen in dem gedachten Grade mit einander verwandt sind. Einen Stammbaum beizulegen, um zu beweisen, daß Nikels Angabe richtig ist, möchte überflüssig seyn, weil hier alle Leute die Verwandtschaftsverhältnisse genau kennen. Doch weg mit solchen überflüssigen zur Feindschaft führenden Dingen, die jeder von menschlichem Verstande sehr wohl weiß, daß sich diese Verwandte eben so wenig selbst wählen konnten, als wie sich Nikel selbst gewählt hat. Den deutschen Nikel wegen seiner deutschen Offenherzigkeit anzufeinden, gehört nicht in den Bereich der deutschen Bruderliebe, und zwar eben so wenig als der Bau der 3. Säule, weil derjenige, welcher seine Rechte wahrt, nicht in die Klasse der Streitsüchtigen gehört; würde der erwachte Nikel in solche gehören, so hätte er diese Injurie schon längst gerügt, und auch jenem hocherleuchteten Kirchenlamitzer, der übrigens kein Hofmann zu seyn scheint, will er den wohlmeinenten Rath geben, künftig mit zwei Augen zu sehen und nicht mehr mit einem, damit er nicht wieder den Mann für einen Buben ausseht, oder wohl gar ein Pferd für eine Wachtel schießt und das Pferd theuer bezahlen muß!

Nikel wünscht, daß Deutschlands Errungenschaften nicht von persönlichen Hasse wieder verschlungen — und Steine zu einem babylonischen Thurmbau dadurch zugefahren werden.

Doch noch ein Wort zur Hauptsache.

Wenn die Rechtfertigung unseres Abg. Herrn Dr. Blumröder, richtig ist, und dagegen die Erklärung des Abg. Herrn Keim eine Lüge oder falsche Denuneiation, so nehme ich meine Aufforderung herzlich gerne zurück. Sonderbar bleibt es aber immer, da doch beide deutsche Ehrenmänner sind, und Keiner von Beiden eine Unwahrheit behaupten wird. Da übrigens unser Herr Abgeordneter allein den Herrn von Ipf in zum deutschen Reichsverweser wählte, so fragt es sich, ob blos er der hocherleuchtete im Parlamente ist, oder ob die übrigen Herren Parlamentsmitglieder ihm nicht nachstehen.

Diese Frage vermag das deutsche Nikel- und Michelthum freilich nicht zu lösen. Da Nikel und Michel ihr deutsches Vaterland so herzlich lieben, so schließen sie Gegenwärtiges mit dem Wunsche: daß die Herrn Abgeordneten des Reichsparlaments persönlich nicht so verseigt und gebrandmarkt werden möchten, als wie das Nikel- und Michelthum gebrandmarkt worden ist.

Selber-Verwerk, den 24. August 1848.

Nikol Hupfauf,
Bürger und Gutsbesitzer.

Am künftigen Donnerstag, den 31. d. Mts., und den nächstfolgenden 2 Tagen wird die hiesige Schützen-Gesellschaft ihr diesjähriges kostenfreies Haupt-Scheibenschießen abhalten, wozu Theilnehmer freundlich einladen

St. Georgen, den 26. August 1848.

Die Schützen-Meister,
Silberschmidt. Mäsel.

Eine stille Familie sucht einen Gewerb- oder lateinischen Schüler in Kost und Logis. Näheres im Hause Nr. 141 in der Ochsengasse.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubestehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 240.** **29. August 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 25. August. (Ausführlicher Bericht über die 66. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Der Reichsfinanzminister v. Beckerath gibt zuerst Bericht über den Stand der Reichskasse. Ueber den Bedarf der letzten 4 Monate dieses Jahres und die Mittel zu dessen Deckung wird das Ministerium demnächst der Versammlung Mittheilung machen. Die Nationalversammlung beschloß, den Bericht des Ministers zur Begutachtung an eine (nächsten Montag) zu wählende Commission zu verweisen. Hierauf beantwortet der Reichskriegsminister v. Peucker die an ihn gerichteten Interpellationen. In Betreff des in den Zeitungen mit seinem Namen erschienenen Briefes bemerkt er, daß Zeitungsartikel, in welchen Privatcorrespondenzen mitgetheilt und ohne Vorwissen ihrer Verfasser veröffentlicht würden, kein Gegenstand parlamentarischer Debatten seyen, daß er aber bezüglich seiner Amtshandlungen jede Verantwortung gern übernehme. In Betreff der Huldigung am 6. August bemerkt er, daß dieselbe allenthalben vollzogen sey. In Hannover habe zwar keine Parade stattgefunden, es werde aber demnächst eine solche nachträglich zu dem Zwecke abgehalten werden. Preußen habe die Huldigung seine im Bundesdienst stehenden Truppen leisten lassen; das Ausrücken der übrigen Truppen sey nach der Erklärung der preußischen Regierung wegen der Schwierigkeit, die Bundestruppen anzuschreiben, unterblieben; die preußische Regierung habe aber an das gesammte Heer einen Tagsbefehl erlassen und das Anlegen der deutschen Farben befohlen, zugleich aber den Reichsverweser eingeladen, baldmöglichst sämmtliche preußische Truppen zu inspiciren und deren freudige Huldigung entgegenzunehmen. Somit habe Preußen der Vorschrift, wenn auch nicht der Form, doch dem Wesen nach entsprochen. In Oesterreich habe eine Parade stattgefunden; die Anlegung der Farben habe wegen der verschiedenen Nationalitäten Anstoß gefunden, worüber der Minister des Innern später Auskunft ertheilen werde. (Links: Und Bayern?) v. Peucker: Bayern habe die Huldigung vollzogen. (Links: Aber nicht nach Vorschrift.) Vogt findet die Erläuterungen des Ministers vollkommen ungenügend. Der Brief habe dem Ministerium gefährliche Pläne gegen das Vereinswesen unterschoben und dessen ganze Wirksamkeit untergraben, indem es darin hieß, der Befehl wegen der Huldigung sey nicht ernstlich gemeint. Er beantragt, die Centralgewalt solle verlangen, daß der Brief von dem Kriegsminister und dem ganzen Ministerium desavouirt werde. Was den zweiten Gegenstand, die Huldigung betreffe, so sey in solchen Dingen die Form so viel wie die Sache; ein Ministerium, das redlich handeln wolle, müsse seinen Befehlen genauen Vollzug verschaffen. Er beantrage daher, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, auf strengen Vollzug des Befehls wegen der Huldigung in allen Staaten, wo dieß nicht geschehen sey, zu dringen. Wenn die Versammlung dieß nicht beschließe, sey die Centralgewalt ohnmächtig. Schlöffel stellt den Antrag, daß der mehrerwähnte Brief des Kriegsministers auf dem Bureau niedergelegt werde; Simon von Trier, daß die Befehlshaber, welche den strikten Vollzug der Huldigungsbefehle verweigern würden, des Dienstes entlassen werden sollen. Die Versammlung erklärt jedoch diese Anträge von Vogt, Schlöffel und Jahn nicht für dringend, und verweist sie an den Ausschuß für die Centralgewalt. Reichsminister Heckscher erwidert auf eine Interpellation Wesendonck's in Betreff der in den Pariser Journalen verwickelten Deutschen, daß zu deren Gunsten bei der französischen Regierung Reklamationen erhoben werden, die hoffentlich von Erfolg seyn würden. v. Schmerling antwortet auf eine Interpellation von Jahn: ob die Centralgewalt nicht gegen die Umtriebe der demokratischen Vereine einschreiten werde. Die Centralgewalt werde das gesetzliche Vereinsrecht achten, Ungesetzlichkeiten aber entgegentreten; die erste Aufgabe in dieser Beziehung aber liege den Einzel-Regierungen ob. Jahn beantragt hierauf, die Nationalversammlung wolle einen Sicherheitsausschuß ernennen, um die gegen die Vereine, welche Deutschland über den Haufen werfen und einen blutigen Krieg entzünden möchten, zu ergreifenden Maßregeln zu begutachten. Wesendonck dagegen stellt den Antrag, daß es in Beziehung auf das Vereinswesen in den Einzelstaaten bei dem seit den Märztagen bestehenden Status quo bis zu Erlaß eines Reichsgesetzes bewenden solle. Jahn's Antrag wird nicht unterstützt, der Wesendonck'sche an den Ausschuß verwiesen. In Betreff des österreichischen Geldausfuhrverbots bemerkt Minister v. Schmerling, daß bereits von dem Ausschusse des österreichischen Reichstages auf dessen Zurücknahme angetragen, und dieselbe demnach mit Zuversicht zu erwarten sey. Kolb stellt jedoch wiederholt den Antrag, die Centralgewalt möge auf sofortige Zurücknahme des Verbots hinwirken; dieser Antrag wird an den volkswirthschaftlichen Ausschuß verwiesen. Betreffend endlich die Interpellation wegen der rückständigen böhmischen Wahlen erklärt Minister v. Schmerling, daß hierüber die nöthigen Schritte geschehen seyen. Justizminister Mohl kündigt an, er werde demnächst auf die Interpellation in Betreff der Publikation der Reichstagsbeschlüsse antworten. Eisenmann stellt zwei Anträge; nach dem einen soll Oesterreich aufgefordert werden, seine deutschen Provinzen in Verwaltung Vertretung und Heerwesen von den nichtdeutschen zu trennen; nach dem zweiten soll die Centralgewalt nicht blos mit Oesterreich wegen Ungarns unterhandeln, sondern auch Ungarn gegen die Kroaten mit Rath und That unterstützen. Beide Anträge gehen an den völkerrechtlichen Ausschuß. Die Tagesordnung führt zu speziellen Berathungen, bei Artikel III. der Grundrechte, um zwar über §. 11. „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Von mehreren Mitgliedern sind Verbesserungs-Anträge eingebracht, eben so zu §. 12. (Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.) Die Namen der Redner über diese Paragraphen haben wir mitgetheilt. — Der Abgeordnete Gasser machte darauf aufmerksam, daß es in seiner Heimath, wo man bisher noch nicht einmal religiösen Zweifel gekannt, eine unangenehme Wirkung hervorbringen müsse, wenn man den alle Confessionen aufnehmen sollte. Man möge daher bei Einführung des Gesetzes schonende Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse nehmen. Tyrol wolle die Aenderung nach der guten alten Zeit, und zu dieser gehöre auch die Glaubenseinheit. Kotschi: es gebe allerdings auch Protestanten in Tyrol. Er habe Protestanten dort gesprochen, aber nur Abends still bei Lampenschein. Wenn sie sich laut dazu bekennten, müßten sie das schöne Zillerthal verlassen und nach Erdmannsdorf wandern. Prato erklärt im Namen der Welschtyroler, daß sie keine schonende Rücksicht verlangen, und vor der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht erschrecken. Schuler aus Innsbruck versichert, die Vertretung der katholischen Zillerthaler habe ihn tief erschüttert, und wenn von den schlichten Landsleuten derselben noch heute bedauert; es wäre auch nie so weit gekommen, wenn nicht die Regierung eine politische Maßregel daraus gemacht hätte. Die Versammlung möge aber allerdings auf das Volksbewußtseyn eines edlen Stammes von 400,000 Einwohnern Rücksicht nehmen und ihm nichts aufdringen, was sein religiöses Gefühl verletze. Die Einsichtsvollen im Lande würden bemüht seyn, den Uebergang zur Glaubensfreiheit möglichst anzubahnen. Die Berathung über §. 12 wurde hiermit geschlossen, jene über §. 13 auf die nächste Sitzung (Montag) anberaumt.

Frankfurt, 25. August. Der Geschäftsträger des Königs von Sardinien, Hr. Radice, hat gestern dem Erzherzog-Reichsverweser sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

München, 24. August. Die D. k. Z. schreibt: Den sämmtlichen Militärstellen wurde mittelst Kriegsministerialreskripts eröffnet, daß sie den in dringenden Fällen etwa direkt durch das deutsche Reichskriegsministerium an sie ergehenden Befehlen ohne weiteres Folge zu leisten haben. Als Uebertragungsorgan bezeichnet das Reskript den noch in Frankfurt anwesenden Bevollmächtigten Baierns bei der früheren Bundesmilitärkommission, Oberstlieutenant Xylander, einen Mann von erprobtem Wissen und bewährter Gesinnung. Richtig! Wir begrüßen freudig diese Maßregel, weil sie den 6. August durch die That desavouirt und zur Genüge beweist, daß

Digitized by Google

der Minister des Innern keineswegs bei jedem Mißgriff auf die Solidarität seiner Kollegen zählen dürfe.

München, 26. August. Der längst erwartete Armeebefehl ist diesen Mittag erschienen. Bezüglich der Chargen vom Hauptmann abwärts ist derselbe der umfassendste, der seit langer Zeit in Bayern erschienen. Er zählte bei einer Durchsicht, daß befördert und ernannt werden: 2 Obersten zu Generalmajors und Brigadiers, 4 Oberstlieutenants zu Obersten, 11 Majore zu Oberstlieutenants, 11 Hauptleute zu wirklichen und 15 Hauptleute zu funktionirenden (Rechnungs-) Majoren, 104 Oberlieutenants zu Hauptleuten und Rittmeistern, 214 Unterlieutenants zu Oberlieutenants, 26 Junker, 2 Hartschire, 3 Regimentsfahnare, 178 Unteroffiziere und Kadetten und 112 Civilpersonen zu Unterlieutenants, dann 12 Civilisten zu Junkern; demnach 321 neue Lieutenants. Von den 112 Civilpersonen, die zu Lieutenants ernannt wurden, sind 89 in widerruflicher Eigenschaft angestellt. — Ernannt werden zu funktionirenden Rechnungs-Majoren: die Hauptleute 1. Klasse E. Schnizlein im 4. Inf.-Reg., J. Lechmüller vom 1. Jägerbataillon im 7. Inf.-Reg., X. Wolf vom 8. im 2. Inf.-Reg., H. Wimmer vom 4. Jägerbat. im Inf.-Leib-Reg., B. Klein im 3. Inf.-Reg., G. Herzog vom 4. im 15. Inf.-Reg., J. Ritter v. Laufenstein im 11. Inf.-Reg., G. Unkelhäuser im 14. Inf.-Reg., M. Jörgens vom 14. im 6. Inf.-Reg., St. List vom 11. im 9. Inf.-Reg., A. v. Walther von Herbstenburg im 12. Inf.-Reg., G. Baudenbach im 13 Inf.-Reg., W. Merkel vom 3. im 1. Inf.-Reg., B. Günther im 10. Inf.-Reg. und C. Schadelock im 5. Inf.-Reg., sämmtliche mit Belassung in ihrer dermaligen Hauptmannsdiensts-Charge. — Befördert werden: zum Generalmajor und Brigadier der Infanterie: der Oberst Jonas Pfretzschner bei d. 4. Armeedivision, Obrigen in der Pfalz; zum Generalmajor und Brigadier der Kavallerie: der Oberst Friedrich von Flotow des 2. Kuirassier-Regiments bei der 2. Armeedivision; zu Obersten: die Oberstlieutenants Th. von Michels vom 5. im 4. Inf.-Reg., Fr. Saalmüller vom 2. im 7. Inf.-Reg., Thaddä Ritter von Binder vom 1. Kuirassier-Reg. im 3. Chevaurl.-Reg.; zu Oberstlieutenants: die Majore Oskar Frhr. v. Joller, Flügel-Adjutant, Karl von Liel im Generalquartiermeisterstab, M. Schuh im Kadettenkorps, Ed. Ritter v. Teng vom 15. Inf.-Reg. im 1. Inf.-Reg. W. Caries im 2. Inf.-Reg. K. Schubert vom 6. Inf.-Reg. im 11. Inf.-Reg. W. Wanz vom 13. Inf.-Reg. im 5. Inf.-Reg. Stenglein, 3. Jäger-Bat. im 15. Inf.-Reg. G. Leinsteiner im Kuirassier-Reg. G. von Landrat im 5. Chevaurl.-Reg. und H. Dodmayer im 2. Kürassier-Reg.; zu Majoren: die Hauptleute Franz Lummer im Generalquartiermeister-Stab, G. Sydery vom 10. Inf.-Reg. im 6. Inf.-Reg., C. Lauer vom 3. Inf.-Reg. im 2. Inf.-Reg., P. v. Moor v. 5. Inf.-Reg. im 13. Inf.-Reg., L. v. Predel im 12. Inf.-Reg., F. Brück im 6. Inf.-Reg., M. Rösner v. der Gendarmeriekompagnie v. Unterfranken im 2. Jägerbataillon, F. Bader vom 7. Inf.-Reg. im 14. Inf.-Reg., die Rittmeister G. Freih. v. Rodorg vom 2. Chevaurl.-Reg. im 5. Chevaurleger-Reg., Freih. v. Stockum vom 6. Chev.-Reg. im 1. Kürzir.-Reg. und der Hauptmann C. Schedel vom 1. Art.-Reg. im 2. Art.-Reg.; zu Hauptleuten 1. Klasse: die Hauptleute II. C. Keim im 6. Inf.-Reg., W. Geümwald im 2. Inf.-Reg., F. Bauer im 8. Inf.-Reg., K. Eyßel im 6. Inf.-Reg., M. Zeller im 10. Inf.-Reg., Th. Erlich im 5. Inf.-Reg., F. v. Aemim im 13. Inf.-Reg., J. Westermayer im 4. Jäger-Bataillon, F. Orff im 1. Inf.-Reg., M. v. Belli de Pino im Inf.-Leib-Reg., J. von Weckstein im 2. Inf.-Reg., J. Berks im 14. Inf.-Reg., Chr. Hoffman im 13. Inf.-Reg., F. Miller, Adjutant beim Landwehr Kr.-Kom. v. Oberdayern, im 15. Inf.-Reg., J. Biller im 3. Jäger-Bataillon, K. v. Gimm im 11. Inf.-Reg. F. Brunn im 6. Inf.-Reg., Freiherr von Lützelburg im Inf.-Leib-Reg. J. Dickl im 10. Inf.-Reg., A. von Stockhammern im 15. Inf.-Reg., M. Graf Topor Morawitzky im Inf.-Leib-Reg., Philipp Kößler und R. Frhr. von Bünau im 12. Inf.-Reg., J. v. Walter im 2. Inf.-Reg., J. Frhr. von Greßschedel und Th. Frhr. von Gorzeinge im 4. Jägerbataillon, Ph. Busch im 9. Inf.-Reg., M. Böhm im 15. Inf.-Reg., Fr. v. Weickmann im 5. Inf.-Reg., N. Fuchs im 3. Inf.-Reg., Chr. Korte im 5. Inf.-Reg., J. Hößgenstaller im Inf.-Leib-Reg., G. Faust im 6. Inf.-Reg., L. Kattmann im 7. Inf.-Reg., G. Gella im 4. Inf.-Reg., W. Frhr. v. Feilitzsch im 6. Inf.-Reg., F. Graf v. Spreti im 4. Jäger-Bat., Chr. v. Deihsen im 5. Inf.-Reg., Fr. v. Heinrichen im 7. Inf. Reg., Fr. Faust im 2. Jäger-Bat., K. Graf v. Spretti im Inf.-Leib-Reg., K. Walther im 2. Inf.-Reg., K. v. Spruner im 12. Inf.-Reg. W. Walther im 2. Inf.-Reg., L. Frhr. v. Imhoff im 11. Inf.-Reg., M. Frhr. v. Großschedel im Inf.-Leib-Reg., Chr. Ziegwalner im 15. Inf.-Reg., Fr. Reindl im 6. Inf.-Reg., A. Rupp im 9. Inf.-Reg., M. Brößler im 14. Inf.-Reg., Fr. Henkel im 10. Inf.-Reg., W. Staub im 2. Inf.-Reg., G. Frhr. v. Bünau und L. Heuß im 14. Inf.-Reg., A. Hanser im 15. Inf.-Reg., A. Baunach im 3. Inf.-Reg., J. v. Ribanpierre im 4. Inf.-Reg., B. Endert im 2. Jäger-Bat., K. Eckart im 3. Jäger-Bat., J. Schumacher im 7. Inf.-Reg., M. Schäffner im 11. Inf.-Reg.; dann die Oberstlieutenants M. Gretzinger im Generalquartiermeisterstab, Fr. Baunach im 2. Art.-Reg. mit seinem frühern Range vor dem Hauptmann Max. Graf von Tattenbach, K. Jakobi im 2. Art.-Reg., L. Vegi und J. Pillement im 1. Art.-Reg., E. Rebenbacher, Reg.-Adjutant, vom 1. Art.-Reg. und G. Frhr. v. Lamezan im 2. Art.-Reg. — zu Rittmeistern: die Oberlieutenants F. Frhr. v. Waitenfels, Reg.-Adjutant, im 1. Chev.-Reg., G. Kord im 2. Chev.-Reg., E. Frherr von Maillot de la Treilla im 1. Kürassier-Reg., A. Frhr. v. Drachsdorff und F. Fürst. im 5. Chev.-Reg., W. Frhr. v. Mulzer vom 6. Chev.-Reg. im 2. Kürassl.-Reg., M. Frhr. v. Egleffloin im 6. Chev.-Reg., F. v. Schaumberg vom 1. Chev.-Reg. im 6. Chev.-Reg., F. v. Gabler im 3. Chev.-Reg., J. Pflaum vom 3. Chev.-Reg. im 5. Chev.-Reg., E. Frhr. v. Egleffstein, Reg.-Adjutant, im 2. Chev.-Reg., und K. Frhr. v. Grayeneuth vom 4. Chev.-Reg. im 2. Kürassiere Regiment. (Forts. f.)

Berlin, 25. August. Die bedauerlichen und von der wirklich demokratischen Partei desavouirten Vorfälle am Abend des 21. August haben eine Menge Verhaftungen zur Folge gehabt. 58 Personen sind überhaupt zu Arrest gebracht und 46 bereits in Criminalarrest übergeführt worden. Die Voruntersuchung ist bereits im vollen Gange, und es hat die gerichtliche Berechnung der Minister v. Auerswald, Märker und Rühmerker schon am gestrigen Tage stattgehabt. Die Verhafteten gehören sämmtlich dem Stande der Handwerker und Arbeiter an. So viel amtlich festgestellt, sind an jenem Abend 17 Schußmänner mehr oder minder erheblich verletzt, und einer liegt lebensgefährlich darnieder. — Man spricht heute davon, daß es zwischen dem König und den Prinzen von Preußen zu Erklärungen gekommen sey, die den Prinzen veranlassen würden, die Mark auf längere Zeit zu verlassen. — Die Zahl der an der Cholera Erkrankten hat bis gestern Mittags um 28 zugenommen.

Berlin, 25. August. Die hiesige Intendantur hat den Befehl erhalten, das Hotel des Generals Wrangel in Stand zu setzen. — An der Cholera sind seit ihrem Auftreten überhaupt 61 Personen hier erkrankt und 41 gestorben.

Magdeburg, 23. August. Wir haben leider die ersten in unserer Stadt ausgebrochenen Choleraſälle zu berichten. Von den gestern Abend aus Stettin hier angekommenen, für das 34. Regiment bestimmten Rekruten sind drei Leute, der eine bereits mit Tode auf der Eisenbahn, die beiden andern während der Nacht oder heute Morgen im Quartier erkrankt und nach dem Lazareth gebracht, wo der eine schon nach einigen Stunden, der zweite heute Mittag gestorben ist. (D. A. Z.)

400 preußische Grundbesitzer haben unter Bülow-Cummerow einen Congreß in Berlin gehalten, um die von der Regierung und der Reichsversammlung angedrohte Aufhebung der bisherigen Grundsteuerfreiheit zu hintertreiben. Sie haben einen permanenten 50er Ausschuß gewählt und eine Addresse an den König erlassen.

Die Preußischen Bürgerwehr hat zu Ehren der deutschen Einheit eine festliche Parade abgehalten.

Wien, 23. August. Die A. Z. hat die Nachricht daß in der 22. abgehaltenen ersten Conferenz zwischen Herrn v. Wessenberg und den Repräsentanten Frankreichs und Englands ersterer im Namen der österreichischen Regierung einstweilen die Vermittelung abgelehnt habe, da man mit dem König Karl Albert in directen Unterhandlungen stehe, und nicht wisse, ob er selber die Vermittlung angenommen (was jedoch geschehen ist), und da ferner die Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht alle erfüllt seyen. Letzteres bezieht sich wohl hauptsächlich auf Venedig, das sich durch das Bleiben der sardinischen Flotte in seinem Widerstande geschützt sieht.

Die Breslauer Zeitung gibt folgende Nachrichten über die Ereignisse zu Wien: Wien hat am 23. Aug. einen ernsten Arbeiteraufstand gehabt, bei welchem leider mehr Menschenblut gefloſſen ist als seit den Märztagen zusammen. Der Auflauf, welchen die Arbeiter am 21. Aug. wegen der Herabsetzung des Taglohns um 5 Kr. verursacht hatten, war zwar durch die imponirende Aufbietung der sämmtlichen Nationalgarden Wiens unterdrückt, aber die Erbitterung nicht ersticht worden. Letztere sprach sich am 22. August dadurch aus, daß zwei Munizipalgardisten von den

Digitized by Google

Arbeitern gefährlich verwundet, man sagt sogar, getödtet worden. Der Vormittag des 23. Aug. verlief ganz ruhig, man hatte keine Ahnung von den schauervollen Ereignissen, welche am Nachmittag und Abend Wien in die höchste Aufregung versetzen sollten. Die erste Veranlassung soll, nach den Aussagen der Meisten, eine kleine Zänkerei gewesen seyn. Mehrere Arbeiter wollten sich nämlich in der Mittagsstunde in der Nähe des Praters baden. Einige Municipalgardisten verwiesen ihnen solches; jene antworteten mit Hohn und der Schluß dieses Auftrittes war, daß die Municipale garnisten (deren nach und nach sieben zusammengekommen waren) sich durchgeprügelt wurden. Der nächste Wachtposten der Nationalgarde, der sicherlaufs zur Hülfe herbeieilte, wurde, da die Arbeiter von Minute zu Minute an Zahl wuchsen, zurückgeworfen und nun tobte der Generalmarsch durch die angrenzende Leopoldstadt. Dies war zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags. Während die Nationalgarden der Leopoldvorstadt auf die Sammelplätze eilten, hatte man im Innern der Stadt noch keine Ahnung von dem Trauerspiele, was sich in dieser Vorstadt vorbereitete. Einige der am schnellsten zusammengekommenen Compagnien der Nationalgarde eilten nun in Verbindung mit der berittenen Municipalgarde die Jägerzeile hinab; an deren Ende und am Eingang in den Prater stießen sie auf die Arbeiter. Zureden und Warnungen waren fruchtlos, sie wurden mit Spott erwidert. Nun hieben die berittenen Municipalgarden ein, während die übrigen einen Bayonnetangriff machten. Die Arbeiter wurden geworfen und zerstreuten sich in den Prater. Die Leopoldstadt bot in diesem Augenblick ein Bild der höchsten Verwirrung dar. Alle Läden waren geschlossen, die Straßen dicht gedrängt voll von ungeheuern Menschenmassen. Durch diese und längs der Jägerzeile drängten sich einzelne Züge der Municipalgarden, welche Fahnen, Schauseln, Hacken ꝛc. mit sich führten; sie waren den zurückgeschlagenen Arbeitern abgenommen worden. Hinter ihnen folgten von Zeit zu Zeit Wagen mit Todten und Verwundeten. Einer sprach von vier Todten, sowie von Transporten von Gefangenen. Das Trauerspiel schien beendet, während es erst begonnen hatte. In der That schien Alles beruhigt, man zerstreute sich, kehrte nach Hause zurück und selbst einige Abtheilungen der Nationalgarde begaben sich in die innere Stadt. Um 5 Uhr erschienen plötzlich neue Rotten von Arbeitern am Ausgange der Taborstraße. Eine Compagnie Nationalgarde rückte ihnen sogleich aus einer der Nebenstraßen entgegen und gab (es nach vorhergegangener Aufforderung sich zu zerstreuen oder nicht, kann Referent nicht berichten, vermuthet der Verfaß) aus 500 Schritte von den Fenstern des Hotels, in dem er wohnte, sich zutrug) eine volle Salve. Viele stürzten, die übrigen wichen. Die Arbeiter wurden nun allmählig aus der Vorstadt und bis in die Umgegend des Bahnhofes der Ferdinands-Nordbahn getrieben. Referent hörte selbst, während er auf den Abgang des Zuges wartete, mehrmals Compagnieſalven sowie das Gedeul der Verwundeten. Referent sah früher (gegen 3 Uhr) selbst zwei Wagen mit zwei Todten und fünf bis sechs Verwundeten, außer vielen andern Verwundeten, die in die benachbarten Hospitäler getragen und gesührt wurden, er muß also nach allem diesem annehmen, daß die Anzahl der Verwundeten sich auf mehrere Hunderte belaufen muß; wie viel Todte es gebe, läßt sich natürlich nicht bestimmen. Bei Abgang des Zuges um 7½ Uhr hatte sich der Kampf wohl aus der Umgegend des Bahnhofes entfernt, doch konnte man annehmen, daß er noch nicht beendet sey. Wahrscheinlich hat erst die eindrechende Nacht und der Regen die Ruhe wieder hergestellt.

In Prag ist am 23. August 9 Uhr Abends an das böhmische Landespräsidium folgende telegraphische Depesche aus Wien vom Minister des Innern gelangt: „In Folge der Tagsohnsherabsetzung hat heute Nachmittag ein Zusammenstoß der Arbeiter mit der Nationalgarde stattgefunden. Die Arbeiter wurden zerstreut, wobei viele verwundet und viele arretirt sind. Die Arbeiter sammeln sich von mehreren Arbeitsorten, dennoch besehen bei der Entschiedenheit der Garde keine ernstlichen Besorgnisse."

Der Canstätter Zwanzigerausschuß erläßt einen Steckbrief gegen einen Spion, Namens Mathias Benz, der scheinbar als Agent Friedrich Heckers herumreise, für diesen verlocke und anwerbe und die Angeworbenen den Polizeibehörden verrathe. Der Mensch ist nicht ganz 6 Schuh groß, gegen 30 Jahre alt, von gedrungener Gestalt, dunklem Haupthaare.

Rendsburg, 22. August. Heute ist der Unterstaatssecretär Max v. Gagern aus dem Hauptquartiere wieder zurückgekehrt. Gleich nach seiner Ankunft traf auch der Prinz Carl hier ein, und sämmtliche Mitglieder der Regierung versammelten sich, um die von Dänemark erhaltene Antwort auf die gemachten Vorschläge entgegen zu nehmen. Ob Dänemark auf dieselben eingegangen ist oder nicht, darüber können wir zur Zeit noch nichts mittheilen. Ein Gerücht, nach welchem die Dänen von der Insel Föhr Besitz ergriffen haben sollen, scheint unbegründet.

Rendsburg, 23. August. Die Bundestruppen (meist im Herzogthume Schleswig) sind jetzt wohl gegen 45—50,000 M. die Schleswig-Holsteiner (meist im Holsteinischen) 10—12,000 M., stark. Folgende deutsche Bundesstaaten haben zu diesem jetzt etwa 60,000 M. starken Heere Contingente gestellt: Preußen, Hannover Braunschweig, Oldenburg, beide Mecklenburg, die vier freien Städte, Weimar Nassau und Baden.

Triest, 21. August. Gestern Abends hat der von Venedig kommende französische Kriegsdampfer „Sully" Cap. Rignier auf unserer Rhede Anker geworfen. An Bord desselben befanden sich 150 Passagiere, darunter eine große Menge Deutsche, welche behaupten, aus Venedig vertrieben worden zu sein. Es soll dort von unten herauf eine Tyrannisirung und Verwirrung, und von oben herab ein Terrorismus sonder Gleichen herrschen. Morgen finde ich vielleicht Gelegenheit Ihnen näheres darüber zu schreiben. Zu gleicher Zeit mit dem Dampfer traf die französische Gabarre „Provençienne", beschligt vom Corvettencapitän Trehouard, in 23 Tagen von Toulon kommend auf unserer Rhede ein. — Gestern Abends hatten wir zum erstenmale das Schauspiel einer Kanonade, die dem Commandanten der Guardia Civica gebracht, aber durch sofortiges Einschreiten der Bürgerwehr und des Militärs unterbrochen wurde. Es setzte dabei einige blutige Köpfe.

Frankreich.

• Paris, 24. August. Paris ist seit zwei Tagen etwas ruhiger, aber die militärischen Vorsichtsmaßregeln dauern fort. Der Palast der Nationalversammlung wird nach und nach in eine kleine Festung umgeschaffen, Redouten und Cavaliers sind vom Genie-Corps im Garten der Präsidentschaft aufgeführt und mit Kanonen besetzt, ein Graben wird vor dem Gebäude gezogen und 1000 Erdsäcke sind bereit, um auf jedem Punkte transportable Vertheidigungen bilden zu können. Cavallerie-Patrouillen durchkreuzen von Morgens bis Abends alle Umgebungen des Palastes, um sogleich Kunde von jeder bedrohlichen Zusammenrottung geben zu können und im Palaste selbst befinden sich beständig 4000 Mann Infanterie, zwei Eskadrons Cavallerie und 18 Kanonen.

Die Garnison von Paris besteht jetzt aus 56,000 Mann und andere 40,000 Mann können in 3, 6 bis 12 Stunden von Außen nach Paris gezogen werden. Mit diesen Dispositionen hofft man jeder Bewegung Herr werden zu können, und man ist entschlossen, augenblicklich zu den energischesten Mitteln zu greifen und jeden Aufruhr im Keime zu ersticken.

Der vorgige Tag (25.) wird gefürchtet, es ist der St. Ludwigstag, für den die Legitimisten ihre Sonderbedung angesetzt haben sollen und zugleich beginnt in der National-Versammlung die Diskussion über den Untersuchungs-Rapport der Juni-Ereignisse. Die Spannung ist außerordentlich, das Resultat wird ihr wahrscheinlich nicht entsprechen. Wir haben nun die drei Bände der Beweisschriften sorgfältig geprüft und wir müssen gestehen, daß er nichts weiter als Aktenstücken, unwichtigen Geschwätz und leichtfertigen oder böswilligen, aber fast durchaus unbegründeten Denunciationen wenig enthält, politische Wichtigkeit haben Enthüllungen enthält. Die Unschuld Ledru-Rollins ist selbst den Befangensten erwiesen, er war revolutionär in einer Revolution, deren Lauf und Ziel noch Niemand absehen konnte, aber er blieb immer loyal und ehrlich. Louis Blanc hat gefährliche Doctrinen entwickelt, er war für dieselben fanatisch eingenommen, er hat vielleicht unbesonnene Worte gesprochen, aber er war kein Verschwörer. Causstidière hat ironisirt, er hat sein ganzes Leben nichts anderes gethan, aber es dürfte schwer seyn, einen rechtskräftigen Beweis gegen ihm aufzustellen. Die Versammlung wird sich wegen der nothwendigen Conclusion der Akten in nicht geringer Verlegenheit befinden und die parlamentarischen Clubbs, in denen sich die verschiedenen Vertreter je nach ihren Nuancen versammeln, haben diese Frage bereits vielfach discutirt. Zwei motivirte Tagesordnungen werden vorgeschlagen werden, die erste, von der republikanischen Partei (alle Fractionen) ausgehend, lautet: „Die Nationalversammlung, nachdem sie die freimüthigen und loyalen Erklärungen Ledru-Rollins gehört hat, geht zur Tagesordnung über." Die andere, von der Rechten, den Royalisten ausgehend, lautet: „Die Nationalversammlung erklärt, daß die Untersuchungs-Commission ihre Aufgabe gewissenhaft gelöst hat und überweist den Bericht den Generalprokurator der Republik." Zwischen diesen beiden Tagesordnungen wird der Kampf beginnen, wenn nicht die Debatte selbst noch die Ansichten der Parteien ändert. Jedenfalls darf man auf die heftigsten Stürme, auf die gewaltthätigsten Scenen gefaßt seyn und es wird der größten Energie der Regierung bedürfen, um zu verhindern, daß diese Aufregung nicht aus dem Saale auf die Straße hinabsteigt. Je-

Digitized by Google

denfalls aber wird man suchen, diese Aufregung nicht zu lange dauern zu lassen. Die Discussion beginnt Morgen zu Mittag und die Nationalversammlung wird sich sogleich bis zur Beendigung dieser Debatte in Permanenz erklären, wenn es nöthig wird, die ganze Nacht beisammen bleiben und diese böse Geschichte mit einem Schlage beendigen. Bis dieser Stein des Anstoßes nicht aus dem Wege geräumt ist, wird Paris nicht ruhig athmen können. Alle geheimen Gesellschaften haben sich in Permanenz erklärt.

Gestern Abend war Ministerrath bei Cavaignac, der Polizeipräfect stattete einen umfassenden Bericht über die Lage von Paris ab, er erklärte daß die einzige wahrscheinliche Bewegung jetzt eine legitimistische sey und daß ein Theil der Nationalgarde geneigt scheine die weiße Fahne aufzupflanzen und Henri V. zu proklamiren. General Cavaignac nahm im Laufe der Discussion das Wort und erklärte, daß er fest entschlossen sey, wenn die Nationalgarde je die Fahne der Empörung gegen die Republik aufstehe, mit Kartätschen auf sie feuern zu lassen und daß er gegen Insurgenten, mögen sie nun weiß oder roth seyn, stets so verfahren werde.

Diesen Morgen um 10 Uhr ist in der rue Aubry le Boucher eine Fahnen-Fabrik der legitimistischen Partei entdeckt worden. Die Polizei-Commissäre ließen einen ganzen Wagen voll weißer Fahnen mit Lilien auf die Polizeipräfectur bringen.

Strasburg, 25. August. Im Laufe des gestrigen Tages sind Befehle aus dem Kriegsministerium eingetroffen, denen zufolge Truppenverstärkungen nach den südlichen Frankreich so rasch als möglich befördert werden sollen. Schon heute gehen Abtheilungen Infanterie von hier ab und in den nächsten Tagen werden denselben noch mehre folgen. Wie es scheint, ist die italienische Frage ihrer Lösung nicht so nahe, wie das in öffentlichen Blättern behauptet wird.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 27. August. Zur Vervollständigung des Berichts (in Nro. 237) über die Versammlung am 23. d. M. geben wir noch folgenden Nachtrag. In seinem Vortrage hatte der Abgeordnete Keim unter andern auch geäußert, daß zwar einzelne Fürsten manches süße Recht der Souveränetät nicht leicht aufgeben mögen, daß jedoch die Nationalversammlung das Werk Deutschlands ernst und stark zu machen, energisch auszuführen wisse. An diesen Ausspruch knüpfte Herr Dr. Aub noch Voranstehendes einiger allgemeinen Bemerkungen die Interpellation: warum der Herr Abgeordnete bei der Abstimmung über das Schreiben des Königs von Hannover nicht mit der Majorität für die von Bodenbrugische Motion, sondern nach dem Waitzischen Antrage für den Uebergang zur Tagesordnung gestimmt hat? Dr. Aub hob hervor, daß selbst Mitglieder der conservativen Richtung für die genannte Motion gesprochen und gestimmt haben. Herr Keim erwiederte, „er sehe in diesem Briefe keine Widersetzlichkeit gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung, ihm sey derselbe nur eine Erklärung des Königs, daß er abtreten würde, wenn ihn die Beschlüsse nicht zusagen was man ihm gestatten müsse." Dr. Aub entgegnete, er habe wie viele Abgeordnete den Brief anders aufgefaßt*). Hierauf erfolgte die Interpellation des Hrn. Advokaten Käfferlein bezüglich der Nichtzustimmung des Herrn Keim zu dem Antrage, daß die Centralgewalt verpflichtet seyn solle, alle Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und auszuüben. Herr Keim entgegnete, dieser Antrag sey von der Linken ausgegangen, und es sey hier eine Verwechselung zwischen Gesetzen und Beschlüssen gemacht worden u. s. f. Auf Aub's Gegenbemerkung, daß 261 Abgeordnete (also nicht blos die Linke) diesem Antrage ihre Zustimmung gegeben hätten, erklärte der Herr Abgeordnete, daß ganz besondere Umstände diese große Minorität hervorgerufen haben. Herr Feustel, der hierauf das Wort nahm, sagte, er wolle nicht über schon abgestimmte Anträge interpelliren, sondern er stelle nur den Wunsch, nachdem der Herr Abgeordnete in seinem Vortrage der englisch-französischen Friedensvermittelung im dänischen Kriege Erwähnung gethan und dabei bemerkt hatte, daß diese Mächte Schleswig nicht als deutsche Provinz betrachteten, es möchte die Nationalversammlung diesen Theil Deutschlands nicht vom Vaterlande losreißen und sich von England wieder in den Sack stecken lassen, was in seinen Consequenzen auf die Industrie und den Handel von den unseligsten Folgen seyn würde. Seinen kräftigen warmen Worten folgte ein allgemeines Bravo. Der Herr Abgeordnete meinte, der Vorredner habe mehr die Zeitungsberichte berücksichtigt als die Verhandlungen der Nationalversammlung. — Nach diesen Interpellationen nahm Herr Rese das Wort, und brachte, ohne auf die Verhandlungen des Abends Bezug zu nehmen, dem Herrn Abgeordneten, der nun wieder von uns scheiden wolle, um bei der Berathung der Grundrechte mitzuwirken, auf daß ein guter fester Grund gelegt werde, worauf der Bau der Verfassung fortstehe, ein dreifaches Hoch, in das die Versammlung einstimmte. Sein weiteres dreifaches Hoch „dem lieben deutschen Vaterlande", von dem Präsidenten der Versammlung, Herrn Käfferlein, ausgebracht, wurde mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen.

Bayreuth, 28. August. Wir erfahren daß die Künstlerbrüder Möhrenschlager von ihrer, von großem Erfolge begleiteten Rundreise im Voigtlande heute wieder hier eintreffen werden, um ein Concert zu veranstalten. Ueber Zeit und Ort werden wir das Nähere noch mittheilen.

*) Wir werden auf diesen Brief und die darauf bezüglichen Anträge zurückkommen.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Anzeigen.

Wunsiedel, 24. August. Erlauben Sie mir, verehrliche Redaktion, den in Ihrer Zeitung Nr. 234 enthaltenen A & O Artikel von hier mit einigen Zeilen zu erwidern und öffnen Sie gefälligst auch diesen die Spalten Ihres Blattes. Ich fand mich nicht durch ein Verbot des hiesigen k. Landrichters veranlaßt, die Munahme einer Fahne bei dem am vergangenen Sonntag hier Statt gefundenen Festzug zu verweigern, sondern durch die Ministerialbefehle vom 15. Juni und 19. Juli d. J., welche mir durch das k. Landgericht zukamen. Diesen Befehlen nachzukommen, hielt ich um so mehr für meine Pflicht, da das hiesige Freicorps sich nicht organisirt hat, nur höheren Verordnungen sich geradezu zu widersetzen oder den Freiheits-Schreiern die Hand zu ihren überspannten geckenhaften Ideen zu bieten; es hat sich vielmehr gebildet, um bei allenfallsigen Ruhestörungen in hiesiger Gegend und in den Tagen der Gefahr der Landwehr hülfreich zur Seite zu stehen.

Nun glaube ich, in solchen und namentlich im ersteren Fall vor Allen das Vertrauen der Bürger und der Beamten nöthig zu haben; wie aber kann ich das besitzen, wenn ich mich durch Betzung gesetzlicher Anordnungen gerichtlichen Untersuchungen aussetze? — Auch ich und meine Freunde fühlen Sympathie für Freiheit und bringen ihr gern Opfer, doch wissen wir Freiheit wohl zu unterscheiden von nutzlosem Trotz gegen Ordnung und bestehende Gesetze; wozu solcher Trotz führt, sehen wir der Beispiele heutigen Tage nur zu viel. — Was die Einzelheiten des erwähnten Berichts betrifft, so umgehe ich dieselben ganz, denn was nicht leere Ideen oder Erdichtungen sind, sind unbedeutende Thatsachen, durch die der Berichterstatter sich selbst die Blöße gibt, denn es spricht ja aus jedem Wort sein persönlicher aus lächerliche grenzende Haß. Uebrigens erklärt auch die hiesige Einwohnerschaft nur zu leicht den anonymen Berichterstatter, auswärtige Leser des Berichts werden auch dem Ton des Letzteren den Verfasser beurtheilen; die Beurtheilung meines Charakters glaube ich getrost den hiesigen Bewohnern wie überhaupt allen denen, die mich näher kennen, überlassen zu dürfen. Meinen Gegnern aber rufe ich zu: Undank ist der Welt Lohn!

Schließlich bedauere ich noch, daß sich das Freicorps, wenigstens ein sehr großer Theil durch Sport-Gesticulationen einer gewesenen Pfarrers reizen ließ, eben so ist es mir leid, daß der Herr Berichterstatter nicht eher mit Rath und That das Freicorps unterstützt hat, vielleicht wären die nach seiner Meinung bedauerlichen Folgen einer Unterziehung unter das Landwehr-Bataillonskommando verhindert worden und er hätte nicht Ursache gehabt, kleine an und für sich ganz unbedeutende Stadt-Fatalitäten der Welt preiszugeben, welche mit einer Menge Verläumdungen ausgeschmucken und sie zur politischen Wichtigkeit zu machen.

Der Erhauptmann.

P. S. Vor Abgang dieses, wohnte ich noch einer Versammlung des Freicorps bei, in welcher abgestimmt wurde, ob meine angegebenen Gründe wegen Fahnenverweigerung angenerkennen seyen, oder nicht. Sie wurden nicht anerkannt, und meine erbetene Entlassung angenommen.

Am Donnerstag den 7. September, Vormittags 10 Uhr, wird der Bedarf pro 1848 an Saife, Lichtern, kaffinirten Lampen- und Leinöl, Dochtgarn, Zimmer- und Stallöfen von der Oekonomie Kommission des königlichen 13. Infanterie-Regiments (Hertling) in Lieferung gegeben, und werden zu dieser Verhandlung Gewerbsberechtigte eingeladen.

Bayreuth, den 25. August 1848.

Von jetzt an ist auch 6 kr. Watte zu haben bei Friederike Langheinrich, Nro. 468.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würtzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezieben durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 241.** **30. August 1848.**

Deutschland.

Fortsetzung des Armeebefehls. Zu Hauptleuten zweiter Klasse: die Oberlieutenants A. Steinle, F. Harrach, J. Oertel, B. Fiserius, M. v. Brückner, K. Frhr. v. Riederer, F. Graf Marcidarelli, H. v. Schönfeld, L. Graf v. Lüzow, W. v. Schleich, L. Höflinger, L. Bächle, Cl. Pesenecker, H. Ritter v. Zentner, Ph. Frhr. v. Berchem, B. Braun, J. v. Sparapani v. Jochheim-feld, J. Rottmann, F. v. Tein, A. Frhr. v. Reigersberg, Th. Abelein, Ph. Straub, J. Pelletier, F. Metzger, C. Ritter v. Schmädel, Cl. Graf v. Joner, C. Dietl, J. Oswald, H. Graf v. Bothmer, M. Osterhuber, Chr. Ritter v. Mann, C. v. Beulichne, H. Vogt, B. Jörgens, J. v. Eckart, L. Seutter, L. Rehler, C. Neithardt Frhr. v. Weißenstein, A. Graf v. Bothmer, F. v. Schierer, C. Wigard, L. Fink, C. Lindner, L. Mändl, F. v. Stockhammern, K. Holt, H. Leerl, C. Graf v. Strachlenheim-Waisdorf, H. Fackenhofen, F. Höflinger, A. Haller, K. v. Pilz, Fr. Von Bowne, K. Graf v. Bothmer, H. v. Klenze, A. Hodenberger, H. Ritter v. Thierect, M. Spraul, M. Uhl, M. Schaller, J. Schraudenbach, A. Graf v. Pressing-Lichtenegg, A. Heggenstaller, J. Winterstein, A. Happel, M. Heinemann, A. Frhr. v. Pletten, L. v. Brentano-Morcito, J. Reuß, A. v. Dietz, F. Beruff, G. Pflaum, Ph. v. Hartung, J. Frhr. v. Reichlin-Meldegg, M. Pellath, S. Giel, E. Frhr. v. Andrian-Werburg, Th. Eichheim, F. Gumbs, F. Graf v. Reigersberg, H. Dessloch, A. Frhr. v. Pechmann, F. Saint-Symon, B. v. Wilsell, A. Seeltrachter, G. Weber, Fe. v. Schönfeld, A. Roth, M. Aumann, Chr. Klein, J. Butterfaß, F. Hasel zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants J. Lichtenstern, L. Frh. v. Egloffstein, H. Freih. v. Leyprechtling, E. Cramer, H. Frh. v. Ruppredit, A. v. Röder, L. Ritter v. Gämmerler, F. v. Cropper, F. v. Lachemale, J. v. Baur-Breitenfeld, L. Frhr. v. Großschedel, M. Frhr. v. Gumppenberg, L. Frhr. v. Grasenreuth, A. Dietrich, M. v. Kramer, Fr. Frhr. v. Pechmann, R. Frhr. v. Gumppenberg, H. Graf v. Tattenbach, C. Schulze, Chr. v. Weinbach, L. Frey, L. Dunze, G. Frhr. v. Hasselholdt-Stockheim, J. Ritter v. Grundner, F. Rohlermann, Chr. Faber, Fe. Dichtel v. Hellingrath, K. Frhr. v. Wassmer, L. Frhr. v. Andrian-Werburg, H. Frhr. v. Pfeffelde-Hugenpoet, K. Sebus, M. Frhr. v. Beecken, Fr. Ehinger, L. Bayer, O. Krullier, K. Spraul, G. Berweilther, Fe. Schneckenbecher, H. Gambs, B. Ritter v. Miller, A. Rotthoff Frhr. v. Weißenstein, Th. v. Michels, K. Frhr. v. Reitzenstein, M. Frhr. v. Frönau, M. v. Deroy, O. Frhr. v. Guttenberg, M. Graf v. Leublfing, M. Distlrunner, W. Frhr. v. Münster, P. Friedel, J. Graf v. Joner, Fr. Weiß, Th. Ritter v. Reichert, Chr. Mayer, J. Stegee, S. Klein, F. Eckart, J. Maillinger, H. Frhr. v. Fellitsch, M. Andlitz, F. Kapp, Ph. Frhr. v. Aheisheim, A. Danner, L. Rölnberger, K. Jachert, Wh. Horn, J. Klinger, A. Ritter v. Oswald, J. Hiller, L. Frhr. v. Pöllnig, Fr. Stewtel, K. Frhr. Stromer von Reichenbach, E. v. Meor, S. v. Praun, M. Graf v. Lösch, Th. Gr. v. Leublfing, H. Diehl, M. Gradinger, B. Rubenbauer, O. Schmidt, H. Wirthmann, F. Mayer, E. Böhe, M. Stöckel, P. Finck, J. Bonhard, O. Fritsch, F. Narrsch, A. Bürmer, D. Besnard, J. Ball, A. Kinkelin, G. Laubäck, M. Ritter v. Vincenti, F. v. Heusler, J. Eklinger, L. v. Reger, R. Krauß, Chr. Klein, K. Fink, M. Reschretter, M. Wernhard, A. Schmid, A. v. Röder, K. Frhr. v. Ginsheim, K. Frhr. v. Schatte, H. Gloekner, K. Frhr. v. Schönhueck, Chr. König von Königsthal, H. Graf v. Dettenburg, L. Fiurl, M. Leichtenstern, K. Oberst, K. Küllenberger, G. Ille, A. Reck, F. v. Fabris, O. Wirthmann, L. Frhr. v. Hoeix, H. Stern, Th. Raith, W. Wetzel, K. v. Puchpöch, H. Körbitz, L. Leythäuser, H. v. Heydenabel, E. Burger, Fr. Reuß, K. Goes, M. Frhr. v. Pechmann, O. Frhr v. Pfetten, Ph. Sturm, O. v. Remich, A. v. Dietz, M. Frhr. v. Leeckenfeld-Adam, G. Frhr. v. Fündt, Joseph Momm, A. Kohlermann, F. Graf v. Taufkirchen, K. Frhr. Haller v. Hallerstein, J. Frhr. v. Gobel, M. v. Heckel, Karl Dresch, L. Ritter v. Rhode genannt Rhodius, E. Muck, M. v. Schlichtegroll, M. v. Paseval, G. Eberth, N. Kirchmair, K. Rümmelein, M. Schenk, M. Schönfeld, A. Luzzenberger, W. Ritter von Welsch, E. v. Baur-Breitenfeld, C. Oesterreicher, K. Westermayer, F. Koppelt, K. Frhr. von Guttenberg, A. Leeb, M. Thumser, A. Denig, A. Payr, Fr. Leyslam, H. Frhr. v. Hoenel, K. Loe, E. Staudacher, A. Frhr. v. Schönbuch, H. Frhr. v. Beulwig, J. Graf v. Hirschberg, A. Schwalb, L. Gebhard, L. Bechtold, Fr. v. Künelschloß, O. Ritter v. Fylandet, A. v. Heimleth, C. Weiß, M. Graf von Berri della Bosia, K. v. Wallade, B. Diem, J. Fleischmann, S. Frhr. Ebner von Eschenbach, G. Steurer, K. Knidlmayer, W. Frhr. v. Horn, Th. Frhr. Haller von Hallerstein, Fr Frhr v. Keauß, K. Frhr. v. Pflummeen, K. v. Grundherr, H. Bosch, M. v. Bieber, A. Marc, Fr Frhr. v. Berchem, F. Graf v. Rumerskirch, K. Graf v. Froberg, M. Frhr. v. Besserer-Thalfingen, J. Feisch, A. Baumiller, E. v. Lilier, O. Frhr v. Wagert, A. Graf v. Deym Fr. Frhr. v. Esberl, J. Frhr. v. Ruffin, H. Frhr. v. Thünefeld, M. v. Madroux, C. Kiliani, E. Netteleih, R. v. Schirnding, Fr. Münich, C. Fuchs, A. Reisner, J. Michael, G. Reinisch, E. Sprengler, A. Frhr. v. Crailsheim, F. Engelhard, K. Brandt, F. Frhr. v. Drachsdorff, L. Frhr. v. Löffelholz, G. Kupp, J. Ritter v. Vollmar, K. Frhr. v. Harsdorf, P. Stieglig, K. v. Imhof und E. Frhr. v. Falken.

(Fortsetzung folgt)

(Dienstesnachrichten.) Die Postmeisterstelle zu Bayreuth ist dem Postverwalter v. Braun zu Erlangen, die Postverwaltersstelle zu Memmingen dem Oberpostamtsassistenten zu Nürnberg Walth. Frhr. v. Welser, die Postverwaltung Kaufbeuren dem Postdirektor zu München v. Schmid-George verliehen; der Rentbeamte Glaser bei dem Landrentamte Wiesburg zum Stadt- und Hofökonomie-Rentbeamten in Würzburg ernannt; das Landrentamt Würzburg r. d. Mains dem Rentbeamten Prechtlein in Euerdorf und das Rentamt Euerdorf dem Rentbeamten E. Mich in Ord verliehen; der Finanzkammerdirektor L. v. Weinbach in Landshut unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt; der Finanzkammerdirektor Dr. Schwindl in Bayreuth als solcher nach Landshut versetzt; der Oberrechnungsrath M. Lieser zum Finanzkammerdirektor in Bayreuth und der Regierungsfinanzrath im Regenkreis J. Geiger zum Oberrechnungsrath ernannt. (R. M. Z.)

Berlin, 26. August. Die Frage über Aufhebung der demokratischen Clubs ist im Staatsministerium verneint und verneinend entschieden worden. Namentlich Hr. Kühlwetter hat sich entschieden gegen die Aufhebung der demokratischen Clubs ausgesprochen. — (Das preußische Ministerium beweist durch diese Entscheidung, daß es festzuhalten gedenkt am Rechtsstaate, und nicht wie Thon-Dittmer durch seine bekannte Befürgungen gegen die demokratischen Vereine in die Räder des auf unsichern Federn schwankenden Regierungswagens in das ausgefahrene Geleise der Polizeiregierungsts einlenken will. Die bezügliche Verordnung konnte nur Halbheiten durch ihr blendendes Aeußere bestechen, wenn sie sagt, sie sey nur gegen die Vereine gerichtet, die zur Aufstehung gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung auffordern, und bei allen Einschreitungen haben die Behörden strenge nach den Bestimmungen der Verfassung und der einschlagenten Gesetze zu verfahren und jede Ueberschreitung ihrer gesetzlichen Amtsbefugnisse sorgfältig zu vermeiden, — denn auch ein unbewaffnetes Auge kann unter dem Flittergolde die schwarze Eisenkette sehen. Sie ist für das Vereinsrecht dasselbe, was die Censur für die Preßfreiheit war; mit ihr sind alle bestehenden und noch sich bildenden Vereine unter polizeiliche Aufsicht gestellt, und der Willkühr der Verwaltungsbeamten anheim gegeben, denselben, die sich nach dem verlorenen Paradies des Absolutismen Periode zurücksehnen, wenn sie auch Gut und Blut für die Errungenschaften der Jetztzeit einsetzen wollen, wie so manche von ihnen mit großen Pathos zu behaupten sich erdreisten. Man darf sie aber nur beobachten, wenn sie sich unbelauscht glauben oder sich vergessen, welche sehnsuchtsvolle Blicke sie dem Lande ihrer Jugend und ihrer Macht zuwerfen! Welch ein Triumph für sie, daß sie nun wieder ein gut Stück Freiheitsgarten zurückerhalten haben, wie werden sie sich freuen, Gift in allen Blumen zu suchen und

zu finden um sie dann zu zerspalten und herzieren; denn das ist gerade der Fluch des vorherigen Polizeistaats, daß er nicht nur straft, ehe ein Unrecht geschehen ist, und Rechte raubt, aus denen bei vielem Schönen und Guten auch ein Keim des Uebels hervorsprießen könnte, sondern daß er auch bei der Dehnbarkeit der Verordnungen seinen Dienern gestattet, Sünden gegen den heiligen Geist der Polizei zu entdecken wo ihr Auge verweilt. — Es ist zu erwarten, daß wenn nicht bis dahin die Frankfurter Reichsversammlung das Vereinsrecht sicher gestellt hat, die im Herbste zusammenkommenden Vertreter des Volks sich nicht wie die letzte Ständeversammlung durch die schönen Worte eines Ministers bupiren lassen werden, der ein Gesetz für die freie Vereinigung für überflüssig erachtete, weil das freie Vereinsrecht seit der Aufhebung der Bundesbeschlüsse als sich von selbst verstehend zu betrachten sey und nicht erst durch ein Gesetz gestichert zu werden brauche.) —

Die ordentlichen Professoren der Universität Halle haben sich dafür entschieden, den Universitätscongreß in Jena nicht zu beschicken.

Hr. Wit v. Dörring, der am 24. August wieder nach Breslau gekommen, hat durch sein Erscheinen daselbst einen selten Sturm erregt, daß er nur mit größter Anstrengung der angeboteneu Bürgerwehr geschützt werden konnte. Er mußte noch in der Nacht zum 25. August die Stadt verlassen. In Ohlau kam er am 25. August früh an, einen Arm in der Binde und in einem sehr traurigen Zustande.

Berlin, 24. August. Die Buchdrucker-Angelegenheit ist heute endlich zum Schluß gediehen. Die Gehülfen, welche seit länger als 3 Wochen feierten, haben sich nun endlich ergeben und sind aus der „Association" in die „Corporation" getreten, welche letztere die Buchdruckerei-Besitzer gebildet. Der Beharrlichkeit der letztern ist also in ganz gesetzlicher Weise der Sieg geworden. Sie und die Gehülfen senden morgen vier Abgeordnete nach Frankfurt a. M. wo eine neue Buchdrucker-Versammlung Statt findet. — Die Voruntersuchung über die abscheulichen Vorfälle in Charlottenburg ist so schnell geführt worden, daß sie schon ihrem Ende naht.(D.A.Z.)

Dr. Haas in Wien kündigt in der Oesterreichischen Zeitung als Präservativmittel gegen die Cholera Chinin und Arzen an, und will darüber mit nächsten eine Abhandlung veröffentlichen.

Altona, 24. August. Man erwartet, daß innerhalb 14 Tagen, spätestens bis zum 15. September der Waffenstillstand und zwar im Allgemeinen auf eine Deutschland günstige Weise abgeschlossen sein werde. — Die Wahl Welcker's zum Reichsgesandten in Schweden wird hier besonders geeignet gefunden, den Schweden den einen richtigen Begriff von Deutschlands Verhältniß zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu geben, da Welcker die Entwickelung des dänisch-deutschen Streites von seinem ersten Keime an kennt. (D. A. R.) -

Rendsburg, 24. August. Wir bringen in Erfahrung, daß der Unterstaatssekretär Max v. Gagern, welcher gestern Morgen vom Norden hier angekommen ist, und nach dessen Ankunft die Mitglieder der Regierung eine sofortige Zusammenkunft gehalten haben, den Abschluß eines Waffenstillstandes nicht überbracht hat. Uebrigens handelt es sich nur noch um einige kleine Differenzen, welche dem Abschlusse des Waffenstillstandes entgegengetreten sind, die aber höchst wahrscheinlich beseitigt werden, und man erwartet mit fast völliger Gewißheit, daß noch heute die offizielle Nachricht von dem Abschlusse hier eintreffen werde. Gleichzeitig sehen wir uns veranlaßt, zur Widerlegung anderweitiger Gerüchte hierdurch mitzutheilen, daß in die Waffenstillstandsbedingungen keine Friedensbedingungen aufgenommen sind, daß die Waffenstillstandsbedingungen rein militärischer Art sind, mit Ausnahme derjenigen Bedingung, zufolge welcher die provisorische Regierung 14 Tage nach erhaltener offizieller Mittheilung des abgeschlossenen Waffenstillstandes zurücktreten muß. Sonstige Gerüchte über Aufnahme von Bedingungen in die des Waffenstillstandes, welche unsere Territorial- und staatsrechtlichen Verhältnisse betreffen, müssen wir als durchs aus fingirt bezeichnen. (H. K.)

Kiel, 22. August. Eine Nachricht, welche aus dem Reichsministerium stammt, bringt uns eine ganz unerwartete Combination für die neue provisorische oder intermistische Regierung, welche an die Stelle der jetzigen treten soll, wenn der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wird. An der Spitze derselben würde kein Anderer stehen als der Erbprinz von Dänemark und Schleswig-Holstein, der Prinz Ferdinand, Bruder des verstorbenen Königs Christian VIII.; die übrigen Mitglieder würden sein: Graf Baudissin zu Borstel, Conferenzrath Rathgen (bis zum 22. März Kanzleidirektor), Etatsrath Francke (bis zum 22. März Deputirter in der General-Landstammer, während der Ministerkrise in Kopenhagen einmal schon zum Minister für die Herzogthümer designirt, jetzt Präsident der schleswig-holsteinischen Regierung auf Gottorf und Abgeordneter der Stadt Flensburg bei der deutschen Nationalversammlung), und als fünftes Mitglied entweder Oberappellationsgerichtsrath Preußer, oder Advocat Bargum, oder Syndikus Prehn in Altona, indem diese Drei sämmtlich designirt, aber noch keiner von ihnen seit bestimmt ist. Unter den Friedensbedingungen wird als Basis des Friedens eine Theilung Schleswigs angegeben, und zwar nach dem Princip, daß die Bewohner Schleswigs selbst darüber abstimmen sollen, was bei Schleswig-Holstein bleiben und was zu Dänemark kommen soll.

Frankreich.

* **Paris**, 25. August. Die Regierung steht sich endlich genöthigt energischer gegen die unruhigen und agitirende Fraction der legitimistischen Partheі aufzutreten. Trotz der gestrigen Versammlung der Journalisten und der von ihnen beschlossenen Protestation sind gestern Abend noch durch ein Decret Cavaignacs die Gazette de France und die an die Stelle des Lampion getretene Bouche de fer suspendirt worden. Einige andere Maßregeln dieser Art werden für heute angekündigt. Die Gazette de France ist sogleich wieder unter dem Titel: Le Peuple francais erschienen, aber sie gibt weder die Acten und Thatsachen und enthält sich alles Räsonnements.

Der Moniteur de l'Armee widerlegt in öffizieller Weise das Gerücht, als beabsichtige die Regierung von der Nationalversammlung eine außerordentliche Aushebung von 250,000 Rekruten zu verlangen. Die Armee sey jetzt stark genug und die Mobilisation von 300 Bataillons Nationalgarden genüge um allen Eventualiten die Spitze bieten zu können.

Der National warnt die Arbeiter sich nicht von der legitimistischen Partei, die die gedrückte Lage der untern Klasse benützen wolle, zu einer Insurrection anstacheln zu lassen.

Das Decret über die Postal-Reform ist gestern angenommen worden. Vom 1. Januar angefangen beträgt somit das französische Porto jedes einfachen Briefes nach Deutschland, das jetzt 20 Sous (28 kr. rhein.) aus macht, nur noch 4 Sous (5½ kr. rhein.) eine Erleichterung, die hauptsächlich den deutschen Journalen, die täglich ihre Correspondenz von Paris erhalten, sehr zu Gunsten kommt. Auch der Handel, der eine starke Correspondenz mit Paris und dem französischen Fabrikhätten hat, gewinnt dabei.

Die Alpen-Armee unter dem provisorischen Oberkommando des Generals Dubinot hat nun ihre definitiven Stellungen eingenommen, sie besteht in diesem Augenblicke aus 12 Brigaden, die in 5 Divisionen zusammengezogen sind und einen Effektivstand von 70,000 Mann bieten.

Paris war gestern sehr ruhig und ist es diesen Morgen auch, doch dauern die Vorsichtsmaßregeln, wenn auch äußerlich wenig sichtbar, fort. Es scheint, daß die Unruhstifter ihre Pläne für heute aufgegeben haben.

Man versichert, daß General Cavaignac durch die Erfahrungen der letzten Tage belehrt, sich von dem Juste milieu, das er versuchen wollte, wieder entfernt und zu der rein republikanischen Linken zurückgekehrt. Die royalistischen Umtriebe in einem Theile der Nationalgarde sind kein Geheimniß mehr und Cavaignac scheint entschlossen energisch gegen sie aufzutreten. Wenn er noch drei Monate Herr der Regierung bleibt, ist die Republik gerettet.

Der Baarfond der Bank von Frankreich ist in dieser Woche von 187 auf 195 Millonen gestiegen.

Die Linienschiffe Jemappes und Herkules sind nach den adriatischen Gewässern abgegangen, wo sich bereits zwei Fregatten, 2 Corvetten und 2 Dampfer befinden.

Paris ist im Augenblick der Eröffnung der Sitzung vollkommen ruhig. Auf dem Hofe der Tuilerien demerkt man ein Bataillon der mobilen Garde unter den Waffen, — um den Pallast der Nationalversammlung findet keine Truppen-Entwicklung statt, doch sind alle Posten verdoppelt und die Truppen in ihren Lagern und Kasernen consignirt. Der Andrang der Neugierigen zur Sitzung ist ungeheuer; Schildwachen, Polizei-Agenten sind an allen Eingängen aufgestellt, um Ordnung zu erhalten, es sind gegen 2000 Billets in die Tribünen ausgegeben, die im buchstäblichsten Sinne des Wortes übersüllt sind.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 25. August.) An der Tagesordnung ist die Diskussion über den Untersuchungs-Rapport. A. Marrast appellirt vor Allem an den Patriotismus der Versammlung und bittet sie die Verhandlung mit Ruhe und Mäßigung zu führen, alle persönlichen Rücksichten bei Seite zu lassen und nur ein Ziel im Auge zu haben: Verständigung und Versöhnung aller Partheien. Er werde für seinen Theil darüber wachen, daß die parlamentarischen Rücksichten mit aller

Digitized by Google

Strenge gehandhabt werden. Admiral Casy nimmt zuerst das Wort, er wolle keine Aufregung hervorrufen, auch er sey für Einigkeit, aber er müsse eine ihn betreffende Aussage rectifiziren. Der Repräsentant Lacrosse habe ausgesagt, am 15. Mai bei dem Uebergange der Truppen sey Casy als Marineminister, in Civil gekleidet, ruhig auf seiner Bank geblieben, sowie der Kriegsminister, immer sagend: sie hätten keine Befehle. Casy erklärt nun, er sey am 15. Mai nicht einen Augenblick lang in der Ministerbank gewesen, sondern neben Carnot auf seinem Platze als Repräsentant gesessen und habe mit Lacrosse in der Sitzung kein Wort gesprochen. Erst nach der Sitzung habe Lacrosse ihn außer dem Saale angetroffen und da habe er gesagt, daß er noch keine neuesten Befehle habe. Casy weist als alter Soldat, als alter Seemann jede Insinuation der Schwäche, der Unentschlossenheit zurück. — Lacrosse entgegnet, daß er seinem Gewissen gemäß ausgesagt habe. Er habe das größte Vertrauen zu den Bürgern Casy und Charras, — er wolle nicht auf den Details genau bestehen, aber der Fond der Sache sey in seiner Aussage getreu wiedergegeben. Zwei Mal habe er am 15. Mai mit Charras und Casy gesprochen und sie zu energischen Handeln aufgefordert, aber ohne Erfolg. — Charras: Am 14. Mai ward das Commando der Truppen und der Nationalgarde dem General Courtois übertragen, er habe als Soldat also nichts thun können, als gehorchen. Wenn viele commandiren, so entsteht Anarchie, ja selbst die allgemeinen Rathschläge erzeugen Verwirrung. Er sey übrigens am 15. nicht neben Casy, sondern zwischen Ledru-Rollin und Duclerc gesessen, — er habe mit Lacrosse nicht gesprochen, und später habe er sich ins Luxembourg begeben, um die Befehle der Executiv-Commission zu holen. Der Zwischensatz ist erledigt. — Edgar Quinet: der Vertreter Turk habe ausgesagt, er (Quinet) habe am 15. Mai nicht in der 11. Legion den Generalmarsch schlagen lassen wollen; er protestire mit Energie und Entrüstung gegen eine solche Verläumdung. Er war im Gegentheil der erste der am 15. Mai den Generalmarsch schlagen ließ, seine Legion sammelte und sie gegen die Insurgenten führte. Quinet geht nun in eine lange Auseinandersetzung seiner militärischen Operationen, als Oberst der 11. Legion in den Junitagen ein und sucht nachzuweisen, daß er stets für die Freiheit und die Ordnung gesochten habe und dann mit Verläumdungen belohnt worden sey. Turk besteht auf der Wahrheit seiner Aussage, er habe Quinet mehrere Male aufgefordert Generalmarsch schlagen zu lassen, was dieser erst nach 2 Stunden gethan habe, als ihm der Dauser Degouffroy den Befehl wiederholt habe. Baune beschwert sich ferneinals über Turk, der ihm blutdürstige Aeußerungen in den Mund gelegt habe. Er werde sich vor den Gerichten Genugthuung verschaffen, jetzt halte er es für seine Pflicht gegen diese verläumderische Denunziation zu protestiren. Er gibt einen kurzen Abriß seines Lebens und weist nach, wie Aeußerungen, wie sie ihm von Turk in den Mund gelegt worden wären, mit seinem ganzen Leben im Widerspruche ständen. Nie habe er mit diesem „Monsieur Turk“ gesprochen und nie solche Worte geäußert, er rufe alle seine Collegen zu Zeugen auf. Die ganze Versammlung lacht, als Baune nun Turks Aussage vorliest, worin dieser Baune sagen läßt: „Das kann nicht gut endigen, wenn nicht wenigstens 50 Vertreter umgebracht werden.“ Er schließt damit, daß er Turk einen elenden Verläumder nennt. Turk besteht darauf, daß er am 13. oder 24. ein ihm unbekannter Vertreter die Worte gesagt habe, die er ausgesagt habe, daß er geglaubt habe, dieser Vertreter sey Baune und daß er jetzt noch diesen Glauben habe. — (Es erfolgen vielfache Protestationen gegen die Beweisschrift.) — Ledru-Rollin nimmt das Wort: er erklärt, es werde so ruhig, so gemäßigt als möglich sein, er selbst reclamire im Voraus gegen jedes heftige Wort, das ihm im Feuer der Improvisation entschlüpfen könne. Die Stellung, die man ihm gemacht hat, fährt er fort, hat ihres Gleichen der Geschichte nicht. Die bekannte Untersuchung des Chatelet wegen der Ereignisse des 5. und 6. October mit großer Rücksicht geführt, hatte kein Resultat, — die Nationalversammlung richtig inspirirt erklärte, daß die Prinzipien Alles, die Personen gar nichts seyen und sie ging einfach zur Tagesordnung über. Dieses kluge Beispiel ward später nicht befolgt, man fing nach dem 10. August den Krieg gegen die Personen an, man ordnete jene politischen Untersuchungen, bei denen nur die Feinde, nie die Vertheidiger gehört werden, so wurde die Gironde von dem Berge, der Berg vor den Thermidoriers vernichtet und Frankreich wird mit Blut und Bürgerkrieg überschwemmt. Ich wende mich nun zu euch und sage: erhebt euch über die Personen, seht nur auf die großen Principien. Nach dem 24. Februar gab es keinen Rechtszustand, bis zum 4. Mai herrschte nur die Thatsache. Vom 4. Mai begann das Recht; ihr konntet also die Ereignisse des 25. Mai, der Junitage untersuchen. Hat eure Commission das gethan, sie fängt beim 24. Februar an, sie sucht alle Verläumdungen auf, sie controllirt keine, sie benützt sich nur alle Ereignisse zu verknüpfen und daraus ein großes Complott zu machen. Glaubt ihr, ich werde mich vertheidigen, nein! ich habe es nöthig. Ihr habt mir ja selbst die Stellung günstig gemacht. Am 15. Mai, am 23. Juni war die Regierung von der Insurrection angegriffen, und die National-Versammlung, hat sie nicht einstimmig erklärt, daß sich mit uns das Vaterland wohl verdient gemacht habe? Glaubt ihr, ich werde mich wegen meiner Circulare, wegen der Commission vertheidigen? Gewiß nicht. Wir waren in einer Revolution und ich handelte revolutionär. Alles, alles war umgestürzt und ich mußte Alles wieder aufbauen mit den einzigen Mitteln, die möglich waren. Ich hätte euch an meiner Stelle sehen mögen, ihr Herrn der Commission. Man hat die Commissionäre geschmäht weil einer derselben Galeerenstrafling war. Nun eben dieser Commissär (Raincourt,) war nicht von mir ernannt worden, sondern von den Commissären des Departement und zwar nur zum Polizei-Commissär und dies auf die dringende Empfehlung des Präsidenten der Nationalversammlung Herrn Buchez. — Bei Postschluß kommt Herr Ledru-Rollin auf die belgische Expedition und erklärt, welchen Theil er daran gehabt. Die Untersuchung weise nach, wie als der Commissär von Lille ihm die Ankunft der belgischen Legion an der Grenze angezeigt habe, er durch den Telegraphen befohlen habe sie von der Greuze zu vertreiben, sie aufzulösen und die belgische Regierung habe dies so gut gewußt, daß sie nicht eine einzige Reclamation darüber an die französische Regierung gerichtet habe. Ledru-Rollin kommt nun auf die Umtriebe der Royalisten gegen die Republik und beschuldigt sie, daß sie die Februar-Revolution nie hätten verzeihen können, daß sie heute noch der Regierung auf alle Weise den Krieg, der Republik Hindernisse der kleinlichsten Art machten. „Uebrigens, sagte er, setzt ihr nur fest, was für unter dem Königthum achtzehn Jahre lang gethan habt.“ Allgemeiner Jubel, — Alles blickt auf Thiers und Barrot.

Wir schließen; — Paris ist vollkommen ruhig, und es gereicht Cavaignac zur größten Ehre daß er diese gefährliche Discussion sich entwickeln lassen kann, ohne daß ein Soldat sich auf der Gasse sehen läßt, ohne daß die gewöhnliche Circulation in irgend einer Art unterbrochen ist.

Bei Postschluß schmettert Ledru-Rollin den armen Odillon-Barrot zusammen, dem er vorwirft daß er am 22. Febr. 200,000 Menschen mit seinem Bankett auf die Straße gerufen und sie dann im Stiche gelassen und sich versteckt habe. „Ihr wolltet der Bewegung folgen, wir wollten sie leiten, das haben wir gethan und waren gute Bürger.“

Paris, 26. August, 6 Uhr Morgens. (Telegraphische Depesche.) Der Minister des Innern an die Präfekten. Die vollkommenste Ruhe herrscht ununterbrochen in Paris. Die Diskussion des Berichts der Untersuchungskommission ist um 5 Uhr Morgens zu Ende gegangen mit der Ermächtigung, die Bürger Louis Blanc und Caussidière wegen des Attentats vom 15. Mai zu prozessiren. Die Verhandlungen sind weit weniger lebhaft gewesen, als man vermuthet hatte.

Königreich der Niederlande.

Amsterdam, 25. August. Die näheren Nachrichten über den mißlungenen Zug gegen Bali lauten sehr traurig. Der Verlust an Mannschaft und Munition ist entsetzlich. Ganze Batterien sollen in die Hände der Feinde gefallen sein. Es scheint erwiesen daß die Rebellen von den Engländern nicht allein commandirt, sondern unterstützt worden sind. Von Singapore sollen ganze Ladungen mit englischen Kriegs-Bedürfnissen abgegangen sein.

Großbritannien.

London, 24. August. Heute dem „Morning Herald“ wird amtlich versichert, daß die Geschäfte der Session, wo möglich, am 1. Sept. zum Schlusse gebracht werden sollen, und daß die Königin am folgenden Tage das Parlament in Person prorogiren, hierauf nach Woolwich fahren und sich dort nach Schottland einschiffen werde, um einige Zeit auf ihrem neuen Besitzthume im Hochlande zuzubringen. Von Seiten der katholischen Geistlichkeit sind Kirchengebete um günstiges Aerntewetter angeordnet worden. Nach allen Berichten aus dem Provinzen wird die Kornärnte bedeutend hinter dem Ertrage einer Durchschnitts-Aernte zurückbleiben. — Als Beweis wie sehr es in Irland den arbeitenden Klassen an Beschäftigung fehlt, wird in einem Schreiben aus Dublin in der „Times“ berichtet, daß bei Clonmel, Kilkenny ꝛc. Zaunende von kräftigen Leuten sind die sich den Pachtern für die Kost und 1 oder 2 Pence täglich zur Arbeit anbieten, während sonst neben der Kost in der Regel 10 — 15 P. bezahlt wurden. Selbst

so geringen Lohn aber, können nur Wenige ein Unterkommen finden. (K. Z.)

London, 23. August. Der von der deutschen Reichsregierung mit einer Sendung an die Regierungen von Frankreich und England in Betreff der italienischen Vermittlungsfrage beauftragte Hr. v. Andrian ist gestern hier eingetroffen und der preußische Gesandte Bunsen seit einigen Tagen von seiner Reise nach Berlin zurückgekehrt. Aus Dublin erfährt man, daß die dortige Regierung durch die Armeencommissionen die genauesten Untersuchungen über die jetzige und demnächstige Lage Irlands in Bezug auf Nahrungsmittel hat anstellen lassen. Das Ergebniß der angestellten Ermittlungen lautet leider dahin, daß kaum Lebensmittel genug im Lande seien, um die Bevölkerung bis zur ersten Januarwoche nothdürftig zu ernähren. Es frägt sich jetzt, welche Summe erforderlich sein wird, um Irland mit den erforderlichen Lebensmitteln zu versehen, und man hatte in dieser Beziehung mit großer Spannung der bei Vorlegung des Budgets von Seiten der Regierung zu erwartenden Mittheilungen. Für Maislieferungen zu sehr billigen Preisen sollen schon mehrzahlige Anerbietungen eingegangen sein. Zu Manchester sind gegen 46 Chartisten Hastbefehle erlassen worden. (K. Z.)

Lokales und Provinzielles.

ßBayreuth. Nach einem früheren Beschlusse des patriotischen Vereins daselbst wird **heute den 30. d. Mts.**, die Aufstellung und Fortfegung seines Glaubensbekenntnisses zur Verhandlung kommen. Man vermißte nämlich an dem in dem Aufrufe Nr. 129 d. Z. enthaltenen Principe die Bestimmtheit der Richtung, welche, nachdem verschiedenartige politische Vereine in Deutschland sich gebildet haben, für den Bestand und das Wirken des Vereins nothwendig erscheint. So zweckmäßig und rathsam es bei der Gründung des patriotischen Vereins war, mit einer allgemeinen Andeutung der Grundsätze, welche dem Vereine zum Leitfaden dienen sollen, sich zu begnügen: so wünschenswerth, ja unerläßlich ist es jetzt, daß der Verein sein Glaubensbekenntniß in bündigen Worten klar und kräftig aussprechc, es gleichsam in Lapidarschrift auf die Fahne setze, welcher er auf seinem Wege vorauszutragen hat. Alles Unbestimmte und Farblose, jedes Schwanken und jede Haltlosigkeit muß der Verein um so mehr meiden, als er im Begriffe steht, andern gleichgesinnten Vereinen die Bruderhand zum Beschlusse zu reichen. — Möchten sich deshalb an dieser Berathung nicht allein die schon beigetretenen Mitglieder, sondern auch die Männer der hiesigen Stadt betheiligen, welche geneigt sind, in diesen Verein einzutreten. Die Wichtigkeit politischer Vereine in unserer Zeit ist allenthalben erkannt. Auch hierorts wird gewiß von den meisten Einwohnern die hohe Bedeutung solcher Vereine eingesehen. Wir zweifeln daher nicht, daß diese Andeutung hinreicht, um die Theilnahme an dem patriotischen Vereine zu wecken.

Bayreuth, 29. August. (Eingesandt). Man hat sehr Unrecht zu behaupten, daß der religiöse Sinn unter den Einwohnern unserer Stadt in neuer Zeit sehr vermindert sei, — dieser Morgen war ein sprechender Beweis gegen diesen ungegründeten Vorwurf. Wie zahlreich war der Besuch des katholischen Gotteshauses bei der heute dort stattgefundenen Feierlichkeit, wie drängte sich Alles, zur rechten Zeit gegenwärtig zu sein, mit welcher Ruhe und mit welchem Ernst, wohnten die Andächtigen der Feier bei! Und wie erhebend war es, einträchtig und von gleicher innerer Drange getrieben alle Confessionen neben einander, besonders das jüngere und schöne Geschlecht so zahlreich und von frommen Gedanken erfüllt vertreten zu sehen, — die erwachsene Jugend, der die Geistlichen so oft mit Unrecht vorwerfen, daß sie mehr den weltlichen Freuden nachkenne als an Kirchengehen und fromme Gebräuche denke! Drum bleib ich dabei, wir haben eine tiefreligiöse Jugend, und wenn ein Theil einen Vorwurf verdient, so ist es die verehrliche Geistlichkeit, welche die rechten religiösen Feierlichkeiten so selten veranstalten!

Anzeigen.

Zu der am 31. d. M. Vormittags 8 — 12 Uhr stattfindenden öffentlichen Prüfung im Erziehungs und Unterrichts-Institute der Unterzeichneten werden hiemit die verehrlichen Aeltern und Verwandten der betreffenden Schülerinnen, sowie überhaupt Gönner und Freunde der Jugend und des Unterrichts ergebenst eingeladen.

Bayreuth den 27. August 1848.

Henriette Brunner,
Instituts-Vorsteherin.

(Auktions-Anzeige.) Freitag den 1. September Nachmittags 2 Uhr werden in dem Hause des Conditor Hrn. Degen: Canapee, Sessel, Commode, Tische, Etagere, Ofenschirm, große und kleine Schränke, Werktische und Bretter, verschiedene Haus- und Küchengeräthe gegen sofortige Bezahlung versteigert.

Wenn sich Liebhaber dazu finden, so könnte ein bedeckter Wagen, Dreschke und Schlitten, dann ein sehr gut erhaltener Wiener Flügel mit abgegeben werden.

Mit allerhöchster Genehmigung des königlichen Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam,

anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr. nebst Bericht von vielen authentischen Zeugnissen über die Bewährung dieses untrüglichen Haarwuchsmittel:

Eau d'Atirona, oder feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten, das Glas zu 20 kr. sammt Gebrauchsanweisung;

Eau de Mille fleurs, nach neuester Pariser Composition welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt, zu 36 kr. und zu 18 kr. das Glas;

Duft-Essig, ein vorzügliches Zimmerparfüm und Lustreinigungsmittel, dessen bösest angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt, à 15 kr. das Glas, so wie **ächt Kölnisches Wasser** von dem ältesten Destillateur Joh. Maria Farina in Köln, Jülichsplatz Nr. 4. ist fortwährend zu haben bei

J. Schweiger & Comp.

Liederkranz.

Donnerstag den 31. d. Mts. bei günstiger Witterung

Produktion

mit abwechselnder Instrumentalmusik

in der Altstadt.

Anfang 4 Uhr.

Bayreuth, den 29. August 1848.

Die Vorsteher.

Morgen Mittwoch den 30. d. Mts. im Saale des deutschen Hauses

Letzte Gesang-Unterhaltung

des Hrn. Fischer, Sängers aus Nürnberg, mit mehreren neuen Liedern, wozu ergebenst einladen wird. Anfang 8 Uhr.

Aufforderung.

Am 9. September 1848, Nachmittags 2 Uhr, wird im Schießhaussaale zu Asch eine Versammlung von böhmischen, sächsischen und bayerischen Lehrern statt finden, welche die Unterschrift einer bei der Nationalversammlung zu Frankfurt einzureichenden Petition zum Zwecke hat, weßhalb entfernetere Collegen, die sich vielleicht hierbei zu betheiligen gedenken, hiermit einladet

Der böhmisch-sächsisch-bayerische Lehrer-Verein.
Rector Zeidler in Asch.
Rector Lohse in Roosf.

Verkauf und Verpachtung.

Das ehemalige Conrad Hackersche Wirthshaus zu Mistelgau, auf welchem die Faserngerechtigkeit, Metzgerei und Branntweinbrennerei ruhen, wird mit dem Bräuhausantheile zu Glashütten, dann mit zu dem Wirthshause gehörig gewesenen Grundstücken, von den gegenwärtigen Eigenthümern aus freier Hand öffentlich verkauft oder verpachtet.

Zu diesem Zwecke werden Kaufs und Pachtliebhaber eingeladen, sich am 12. September d. J. Vormittags 11 Uhr im Fichtschen Gasthause zu Mistelgau einzufinden, woselbst das Verkaufs- und Verpachtungsgeschäft vorgenommen wird und die Pachtbedingungen bekannt gegeben werden.

Die Realitäten können täglich durch Vermittlung des Grundbesitzers Andreas Kannhäuser zu Mistelgau eingesehen werden.

Mistelgau, am 27. August 1848.

Es wird ein junges Mädchen gegen billige Vergütung in Kost und Logis zu nehmen gesucht. Gewissenhafte, liebevolle Aufsicht und Unterricht in allen weiblichen Geschäften wird zugesichert.

Anfragen unter der Chiffer A. Z. besorgt die Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 242.** 31. August 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 28. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam der §. 13 der Grundrechte zur Berathung, welcher die gleiche Berechtigung aller Confessionen in Beziehung auf bürgerliche und politische Rechte ausspricht. Hr. Moritz Mohl aus Stuttgart machte den unglücklichen Versuch, das finstere Gespenst des mittelalterlichen Judenhasses aus dem Grabe herauszubeschwören, nachdem fast allenthalben in ganz Deutschland die Gleichstellung der Juden schon ausgesprochen ist und das Vorparlament bereits den Juden das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt hatte. Hr. Mohl will, daß die eigenthümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes durch besondere Gesetze geregelt werden; nur das Wahlrecht will er ihnen gnädig belassen. Hr. Mohl, der die alten abgebrauchten Beschuldigungen der nationalen Absonderung, des Wuchers u. s. w. gegen die Juden wieder aufwärmte, wurde während seines Vortrags und am Schlusse nochmals ausgezischt. Rießer aus Hamburg dagegen, der (selbst Jude) Hrn. Mohl in einer trefflichen und von tiefster Entrüstung eingegebenen improvisirten Rede widerlegte, ärntete von allen Seiten lebhaften Beifall. Die §§. 11 und 13 der Grundrechte wurden angenommen. Hienach hat jeder Deutsche volle Glaubensfreiheit, und ist in der gemeinsamen öffentlichen Uebung seiner Religion unbeschränkt. Verbrechen und Vergehen, die bei Ausübung des Cultus begangen werden, werden nach den Gesetzen bestraft. Niemand kann gezwungen werden, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren oder sich zu einer bestimmten Confession zu bekennen. Der Genuß der staatsbürgerlichen und politischen Rechte ist durch das religiöse Bekenntniß weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Eintrag thun. — Viel Geschärre erregte die Eingabe eines Grafen Waldersdorph, welcher der deutschen Flotte eine Forderung von 500 Millionen Pistolen zum Geschenk macht, die er an Dänemark und Lauenburg zu haben glaubt. Der Marineausschuß beferge, die Entscheidung dieser Foderung dürfte etwas schwierig seyn, und will deßhalb die Eingabe an den Finanzminister verweisen.

München, 27. August. Dem Ausschusse der Kammer der Abgeordneten wurde heute der Gesetzentwurf, die Rechtsmittel gegen die von dem Assisenhofe erlassenen Urtheile betr. vom Justizministerium zur Berathung übergeben. (R. K.)

München, 27. August. Wie wir hören, ist bei den Kavallerieregimentern die Errichtung der lebenden Schwadron angeordnet. Man spricht auch von Aufstellung der vierten Bataillone bei den Infanterieregimentern. Das Heer, jetzt schon gegen 70,000 Mann zählend, würde bei voller Einhaltung von zwei Prozent von der Bevölkerung auf 90,000 M. kommen. (A. Z.)

Fortsetzung des Armeebefehls. Zu Unterlieutenants: die Junker J. Schübel, E. Frhr. von Hirschberg, M. Frhr. von Egloffstein, D. Frhr. v. Gaillsheim, M. Frhr. v. Sazenhofen, M. Frhr. v. Washington, M. Frhr. v. Weinbach, Fr. Frhr. Stromer von Reichenbach, O. Kiesser, B. v. Rad, W. v. Landgraf, B. Ritter v. Stransky, L. Frhr. v. Reimann, A. Sedebel von Greiffenstein, S. Frhr. v. Seckendorff, Fr. Frhr. v. Hutten, K. Frhr. v. Schäzler, sämmtliche mit dem Range vor den Unterlieutenants Limböck, Dürig und Widder, — F. Gronen, O. Krämer, K. Hofmeister, O. Mehn, K. Ritter v. Mey, J. Kreutzer, M. Reuß, P. Herold und L. Ritter v. Hoffnaaß, dann die Leibgardehartschiere L. Jillig und R. Ritter v. Riedl, die Reg.-Aktuare K. Sagstätter, J. Bayerer und C. Schübel, die Unteroffiziere und Kadetten K. Reun, A. Schampermeier, K. Kobler, G. Reuthuber, A. Bebe, J. Meyer, W. Walther, J. Seiz, Ph. Mayer, B. Schmidtbauer, J. Kuselmann, Fr. Wiedchner, L. Baumüller, Ad. Lehr, A. Stuffner, H. Merck, K. Schmitt, G. Gruber, J. Gregor, Ph. Dennerle, G. Milchmaier, M. v. Hann, F. Geiger, J. Neuburger, M. Schmitt, L. Auernheimer, J. Kalb, E. Liebl, S. Seidel, F. Ziegler, J. Wolf, K. Veith, Fr. Gurck, St. Pir, J. Arendts, H. Kinkelin, A. Bako, J. Stenglmaier, Th. Frhr. v. Horneck, M. Enthofer, K. v. Geodsky, J. Schefer, B. Beenneisen, A. Merkel, J. Westermaier. J. Jungermann, J. Samiller, J. Schmelzing, M. Kaltaß, J. Pfistermeister, G. Salfner, M. Bischel, G. Pauschmann, F. Plank, L. Michel, G. Burz, A. Wolf, F. Bimmer, M. Steiner, A. Brandl, L. Eger, Ph. Knidlmayer, E. Heilmann, J. Murr, M. Gutmann, A. Kaethaus, K. Meitinger, J. Schmidt, J. Kircher, E. Braun, M. Rutter, J. Endres, S. Aichinger, B. Winsperger, P. Prantl, S. Espenmüller, M. Böhm, J. Hohl, G. Bornschlegl, W. Schleg, J. Lindner, K. Fürst, K. Sidin, M. Schmitt, K. Uebler, H. Uebelacker, J. Rickel, J. Hornberger, M. Pfeilschifter, H. v. Reichmann, J. Schmidler, B. Franz, F. Maller, J. Leichtenstern, F. Albrechtskirchinger, M. Sonntag, M. Frh. Pappus von Trazberg, J. Trauner, J. Dresler, L. v. Baab, E. v. Fabris, E. Frhr. v. Carter, J. Löhr, A. Ritter v. Mann, K. Harrach, F. Wagner, A. Weis, J. Gärtner, E. Kaftner, M. Zieglwalner, A. Hien, Th. Sommer, R. von Effner, J. Günthner, P. Hock, K. Zirngiebel, J. von Rueeich, R. Rudenbauer, E. Häulle, Ch. Altmann, M. Stelzle, A. Pfau, J. Lippel, G. Münzing, G. Drechsel, B. Aschenbrenner, G. Preßl, J. Spitzner, P. Umthammer, A. Stöhr, F. Scharrer, K. Fix, K. Heelomus, G. Mühlthaler, F. Maraswisky, F. Stoudwasser, M. Mägelen, E. Süßmaier, N. Ott, B. v. Winckler, F. Emonts, G. Rößle, E. Weiß, G. v. Schmud, M. Frhr. v. Proff, L. Frhr. v. Pöllnitz, K. Perimud, L. Bigler, F. Kaiser, L. Deisler, H. Ritter v. Reichert, K. Stepp, B. Burger, D. Tartter, A. Kibberlein, F. Braun, G. Wankel, B. Jörres, M. Keen, H. Kleiner, F. De Battis, J. Paravisp, J. Jenetti, L. Frhr. v. Eichthal, B. Kapp, G. Münich, H. Jitt, M. v. Lesuire, A. Graf v. Leyden-Schonburg, A. Pappit, F. Mann, A. Frhr. v. Horn, R. Grammich, E. Winkler, G. Bezel, K. Hofmeister, J. Olivier, M. Frhr. v. Branca, P. Wolz; zu

Feuilleton.

Pillen.

Der 6. August.

Die D. c. Z. schreibt aus München: Die für den 6. Aug. angekündigt gewesene Aufführung der „Stummen" unterblieb aus politischen Gründen. Unsere Freikorps sahen sich daher veranlaßt, an diesem Tage bei einem gewissen Lebehoch selbst die Stummen zu spielen. Statt der Stummen wollte man am 6. August das Lustspiel Töpfers „der beste Ton" zur Aufführung bringen: der „Ton" war da, aber der beste fehlte. — Man spricht von Abneigung der Münchener gegen Gewerbsfreiheit. Die Töpfer haben am 5. und 6. August hievon nichts vermerkt. Ganz München übte deren Kunst und der Thon, der an diesen Tagen geknetet wurde, schmiegte sich geliebig unter dem meisterhaften Händen. Am 6. August ging in der Umgebung Münchens ein Topf in Flammen auf. Wenn dieses Ereignis alle hiesigen Töpfe veranlaßt, sich verstehen zu lassen, so werden unsere Brandassekuranzen keine schlechten Geschäfte machen. Das vielbesprochene Verbot des Ausrüstens unserer Landwehr und unserer Freikorps beruhte lediglich auf einem „Mißverständniß."

Aberglauben.

Es ist neuerdings stark von einem Rücktritte des Kriegsministers die Rede. Sollte man etwa in unsern Ministerium das „nomen et omen" fürchten.

Abeliana.

Abel ist mit Post hier angekommen: daß war ein Mißgriff — für ihn paßt eine Retourgelegenheit. Abel hat im bayerischen Hofe übernachtet: er träumte von der Finsterniß während seines 10jährigen Verweilens am bayrischen Hofe. Am Tage nach empfangener Katzenmusik ist Abel weitergereist: den schrillenden Ton vor Abgang der Lokomotive hat er kaum bemerkt — er war an's Pfeifen gewöhnt worden.

Digitized by Google

Junkern: die Unteroffiziere und Kadetten F. Gradinger, M. v. Orff, M. v. Fleckwaer, A. Fischer, K. Ritter v. Mann, M. Frhr. v. Juncker-Bigatto, M. Abel, F. Dunge, Th. Rust, B. Klemut, K. v. Schlagel, A. Zinsmeister, K. Schopf, G. Hoffmann, B. v. Daumiller, F. Graf v. Hirschberg, K. Arneth, A. Nagelschmidt, H. Ritter v. Cammerloher, Th. Gröbl, M. Reichenberger, L. Hoderlein, K. Frhr. v. Seckendorff, A. Graf v. Sprett, L. Rieß, M. Lauer, E. Rücker, W. Frhr. v. Wiedmann, F. Delonge, K. Kopp, M. Gaiser, M. Frhr. v. Stumpenberg-Payerbach, M. Herrwagen, F. Jörres, D. Graf v. Fugger-Glött auf Blumenthal, R. Frhr. v. Lupin, R. Binder, E. Keim, F. v. Auffin, H. Frhr. v. Pechmann, E. Rhomberg, K. v. Bieber, G. Frhr. v. Thon-Dittmer, Ph. Graf v. Lodron, A. Bürger, A. v. Rüdt, A. Hornstein, L. Frhr. v. Riedheim, H. Bloß, W. Obermüller, Ed. Pretzlicher, W. Reiß, K. Hamel, L. Reuß, L. Steinam und Ed. Schropp: zum Unterfeuerwerksmeister: der Oberfeuerwerker J. Faißt; zum Oberkriegskommissär 1. Klasse: der Oberkriegskommissär 2. Klasse C. Grüniger; zum Oberkriegskommissär 2. Klasse: der Kriegskommissär C. Eichenberger; zum Kriegskommissär: der Kriegszahlungskommissär A. Krauß; zum Regimentsquartiermeister 2. Klasse: der Bataillonsquartiermeister M. Recker; zu Regimentsauditoren 1. Klasse: die Regimentsauditore 2. Klasse H. Wolf u. C. Ritter v. Vincenti; zu Regimentsauditoren 2. Klasse: die Bataillonsauditore C. Albert, J. Wastl u. B. Ritter v. Reichert; zum Oberapotheker 2. Klasse: der Unterapotheker 1. Klasse W. Gerstner; zu Bataillonsärzten: die Unterärzte 1. Klasse Dr. X. Lenk, Dr. C. Pflaggert, Dr. G. Kigling, Dr. L. Roe u. Dr. A. Weck; zum Bataillonsquartiermeister: der Unterquartiermeister J. Weymann; zu Bataillonsauditoren: die Unterauditure A. Beball, J. Belgiano, F. Dorsch und C. Greb; zu Unterapothekern 1. Klasse: die Unterapotheker II. Klasse J. Forster, W. v. Spruner und der Apothekergehilfe 1. Klasse F. Walter; zu Unterärzten 1. Klasse: die Unterärzte II. Klasse Dr. J. Fahrenholz, Dr. J. Felderer, Dr. L. Lutscher, Dr. W. Pohl, Dr. O. Schanzenruch, Dr. A. Müllbant, Dr. A. Hantschuch, Dr. G. Stollberg, Dr. F. Babinger, Dr. E. Burbaum, Dr. A. Höger, Dr. F. Ludwig, Dr. F. König; zum Unterquartiermeister 1. Klasse: der Aktuar II. Klasse J. Lenduer. (Schluß folgt.)

☐ München, 28. August. Nachdem die Ruhe in den letzten Tagen nicht mehr gestört ward, glaubte man sich gestern veranlaßt, wieder umfassende Vorsichtsmaßregeln zu treffen; Linienmilitär und Freicorps mußten gestern Abend Patrouillen machen. Wäre ein Crawall entstanden, so hätte lediglich unsere Polizei selber hiezu den Anlaß gegeben, welche, um das feierliche Leichenbegängniß des in der Nacht vom 21. d. gefallenen Bäckergesellen zu hintertreiben, denselben gestern Vormittag in aller Stille zur Erde bestatten ließ, damit der ihm zugedachte Facketzug nicht stattfinden könne. Dieß hinderte aber nicht, daß 400 Bäckergesellen bereits gestern Nachmittag mit Fahnenbandy auf den Gottesacker gezogen, wo Tausende von Arbeitern bereits versammelt waren. Am Grabe hielt der Vorstand des Arbeitervereins Hr. Sax eine ergreifende Rede, auch von mehreren Arbeitern wurde dabei gesprochen und man trennte sich, ohne daß nur die kleinste Unordnung die mit größter Pietät abgehaltene Feier gestört oder aufregende Folgen nach sich gezogen hätte. Die polizeilichen Maßregeln bewährten sich somit als ganz überflüssig; wir rathen unserer Polizei, ihre Wachsamkeit über die Sicherheit der Stadt mehr gegen Diebe anzuwenden, die nach gerade wieder überhand nehmen; so wurden vorgestern im k. Odeon, vergangene Nacht im Frohsinnsgebäude gewaltsame Einbrüche verübt, von Diebstählen en detail bringt jeder Tag neue ans Licht. — Jener Nachricht, daß zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung künftig nur die bürgerliche Macht verwendet und das Militär erst auf Requisition der Landwehr und Freicorps aufgeboten werde, wird bereits amtlich widersprochen, indem man sich auf eine Instruktion vom 25. April 1846 beziehet, wonach es dem k. Polizeidirektor anheim gegeben ist, ob zuerst die Landwehr und das Linienmilitär oder beide gleichzeitig aufgeboten werden sollen. — Heute Nachmittag erwartet man die Rückkehr Sr. Maj. des Königs aus Reichenhall. — Unsere Kunstausstellung, bei deren Besuch das Publikum zur Bezahlung eines Lutzeo verurtheilt ist, bietet heuer wenig Bemerkenswerthes und ist auch sehr spärlich beschickt worden.

Der Landb. berichtet, Se. Maj. der König habe den Entschluß gefaßt, eine Verminderung des Hofstaates eintreten zu lassen. — Demselben Blatte zufolge soll in München eine ständige Hauptwache für die Landwehr und Freikorps errichtet werden.

München, 28. August. (Dienstesnachrichten.) Der Landrichter Dr. Kienast in Kitzingen ist auf 2 Jahre und der Landrichter G. F. Bode zu Markterlbach unter Belassung der allerhöchsten Zufriedenheit für immer in den Ruhestand versetzt worden. Der Landgerichtsassessor S. Waldenberg zu Neuburg wird auf die I. Landgerichtsassessorstelle zu Straubing versetzt; in die bisherige erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Regen rückt der dermalige II. Assessor daselbst A. Härtl vor, und die II. Assessorstelle wurde dem Rechtspraktikanten J. Höflinger aus Wodburg verliehen. In die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Kulmbach rückt der II. Assessor K. Baas zu Neuburg vor, die II. Assessorstelle zu Neuburg erhält der Landgerichtsaktuar daselbst, B. Lautenschläger, auf die hierdurch erledigte Aktuarstelle wird der Aktuar J. Berchold zu Burglengenfeld versetzt und die Aktuarstelle zu Burglengenfeld dem Rechtspraktikanten E. Schieder aus Amberg, dermalen bei der Polizeidirektion München, verliehen.

Berlin, 27. August. Die Aufregung, welche hier herrscht, ist sehr groß. Die demokratischen Vereine haben alle Minen spriengen lassen gegen das Aufruhrgesetz. In Villa colonna ist ein festes Zusammenhalten gegen jeden Versuch, die errungenen Freiheiten zu verkümmern, von mehr als 2000 Bürgern eidlich angelobt worden. Da gestern am Schluß der Sitzung in der Gesellschaftakademie der Präsident Grabow mittheilte, daß, falls das Aufruhrgesetz für die Montagsitzung uns Berathung nicht reif sein sollte, man das Bürgerwehrgesetz discutieren werde, so will man hierin einen dem Ministerium angedeuteten Ausweg erblicken, auf welchem sich ein Zurückziehen der Vorlage umgehen ließe. Dessenungeachtet erwartet Alles auf morgen neue Ausbrüche des Volkswillens. Es wird versichert, daß 10 Bataillone der Bürgerwehr auf morgen Nachmittag constamirt seyen. — Der Kaiser von Rußland hat die französische Republik anerkannt und wird in der nächsten Zeit der Graf Bahlen als Bevollmächtigter des russischen Hofs nach Paris gehen. — In gut orientirten Kreisen will man wissen, daß in Wien binnen kurzem von der reactionairen Partei ein Schlag ausgeführt werden soll. Man ist schon lange bemüht, die im ganzen freundschaftlichen Beziehungen der wiener Garnison zu der Bevölkerung zu stören, um so bei „Vorkommissen" sicherer auf die Truppen rechnen zu können. — Bis heute, 27. August, Mittags sind an der Cholera erkrankt 212 Personen, (seit gestern 22), davon sind gestorben 148, genesen 22 und 42 noch in Behandlung. (D. A. Z.)

Die Breslauer Zeitung will aus Wien vom 25. August über geheime Motive, die bei der traurigen Katastrophe am 23. August wirksam gewesen, aus sonst wohlunterrichteter Quelle erfahren, daß dem Ganzen ein planmäßig angelegter Streich gegen die akademische Legion zum Grunde lag und die Arbeiterfrage nur vorgeschoben wurde, um die Auflösung der Legion zu erwirken. Man weiß, daß Dr. Schütte, der jüngst angekommene Agitator der Aula, der neben seiner Stadtwohnung auch in Meidling bei Schönbrunn eine Wohnung hat, im Schlosse bei einer hohen und oft genannten Dame heimlichen Zutritt genießt, so daß der Berdacht nahe liegt, derselbe habe jetzt im Solde der Camarilla und sei lediglich auf deren Geheiß hierher gekommen, um durch sein Treiben die hiesige Studentenwelt bei der Bürgerschaft in republikanischen Geruch zu bringen. Wenigstens muß der Umstand, daß die österreichische Gesandtschaft am drestner Hofe, welche bekanntlich Hrn. Schütte bisher stets den Paß nach Oesterreich verweigert hatte, plötzlich diesen ausfolgte, und zwar gleichzeitig mit der Rückkehr des Monarchen nach Wien, erwähnt werden. Während nun Dr. Schütte die Aula in den Augen der Spießbürger discreditirte, drängte der Finanzminister den Arbeitsminister Schwarzer zur Herabsetzung des Taglohns, wodurch natürlich unter der Arbeiterklasse Mißbehagen entstehen mußte, und da hoffte denn die Reaction, die republikanisch verdächtigte Aula werde sich mit der gährenden Arbeiterbevölkerung verbinden, um in Gemeinschaft einen Schlag zu führen, worauf die Regierung mit Gewalt einschreiten und den verhaßten Körper zermalmen könnte. Die Universität, entweder gewarnt oder aus natürlichem Takte, ging jedoch nicht in die ihr gelegte Falle und verhielt sich in der Arbeitsfrage ebenso neutral als loyal, wodurch zum größten Verdrusse der schwarzgelben Partei jeder Vorwand zu einer Gewaltmaßregel gegen die Aula wegfällt und der beabsichtigte Schlag trotz des vergossenen Bluts dennoch ein mißlungener scheint. (D. A. Z.)

Die D. Z. enthält folgende Erklärung. Da das von mir am 14. Juli in Bremen verfaßte, am folgenden Tage gedruckte und denjenigen, für welche es bestimmt war, mitgetheilte Memorandum über die Zoll- und Handelsverfassung Deutschlands in verschiedenen öffentlichen Blättern als ein Programm des Reichsministeriums des Handels angesehen wird, halte ich es für nöthig

Digitized by Google

zu bemerken, daß gedachtes Memorandum lediglich den Zweck hatte darzuthun, wie ich, als derzeitiger Commissär der freien Hansestadt Bremen für die in Frankfurt durch den Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirthschaft anberaumten Besprechungen die Frage der deutschen Zoll- und Handelseinigung behandeln zu müssen glaubte. Das Memorandum bezieht sich daher nur auf die Frage, und zwar vom Standpunkte des Bremischen Commissärs. Ich konnte damals nicht voraussehen, was 20 Tage später eintrat, und deshalb ist ein Irrthum, wenn man das Memorandum für ein Ministerial-Programm hält. Der Standpunkt eines Handelsministers ist in mancher Hinsicht ein wesentlich anderer und wenn auch in der Hauptsache der Standpunkt Nichts ändern, so würde doch ein Programm desselben eine Menge der wichtigsten Dinge umfassen müssen, zu deren Berührung in jenem Memorandum, welches nur ein Leitfaden für eine Besprechung sein sollte, keine Veranlassung vorlag.

Frankfurt a. M., 26. August 1848.

A. Duckwitz.

Rendsburg, 25. August. Der Unterstaatssecretair Frhr. v. Gagern ist wieder ins Hauptquartier abgereist, nachdem er zuvor eine Estaffette nach Frankfurt abgefertigt.

Triest, 23. August. In Venedig wird die Lage täglich trostloser. Welche Mühe sich die Gazetta di Venezia (die uns bis zum 20. d. M. vorliegt) auch gibt die traurigen Zustände zu übersinnisen, das Volk läßt sich nicht länger mit Declamationen und leeren Versprechungen hinhalten, und wird täglich ungestümer in seinen Forderungen. Moralisch ist Venedig für die Oesterreicher bereits erobert, und die erste Kanonenkugel, die auf die Paläste von S. Marco fällt, wird die Stadt zur freiwilligen Uebergabe bewegen. Die neapolitanischen und römischen Offiziere werden förmlich Oppositionen gegen die Regierung. Ihnen schließt sich der Adel und der Besitzstand an, denn alles Silber und Gold, alle Schmuckſachen und irgend werthvolle Gegenstände werden denen gewaltsam genommen, die sie nicht freiwillig opfern wollen. Die Mehrzahl der Einwohner würde sich gern alle Opfer gefallen lassen, wenn etwas anderes zu erzielen wäre als ein kurzer Aufschub des unvermeidlichen Einzugs der Oesterreicher. Manin schwebt zwischen Tod und Leben; er ist zum Tyrannen geworden, theils um sich seiner eigenen Haut zu wehren, theils um durch Gewalt zu erzwingen, was er auf gewöhnlichem Wege nicht erringen kann. Die militärische Besatzung der Stadt wird auf 10,000 Mann angeschlagen. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 23. August. Viel Sensation und Bestürzung hat hier ein königliches Rescript verursacht, welches unter dem 14. August an den Landtag erlassen und am Schlusse der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses verlesen wurde. In demselben macht der König bekannt, daß, nachdem seine Gesundheit sich gebessert, er nunmehr selbst die „Regierung" übernommen und den Erzherzog-Palatin von der ihm übertragenen „königlichen statthaltereilichen Vollmächtigkeit" hiermit enthebe. — Das Repräsentantenhaus hat sich gestern für die Abschaffung der Prügelstrafe beim Militär ausgesprochen, obgleich der Kriegsminister mit aller Kraft die Beibehaltung verlangte. (D. A. Z.)

Italien.

Parma. Der Commandant des vierten Armeecorps Graf Thurn hat am 18. d. Mts. in Parma eine Proklamation erlassen, nach welcher die bisherige Regierung aufgehoben und eine provisorische Militärherrschaft eingesetzt wird. Zum Gouverneur des Herzogthums ist Graf Dorsenfeld-Schönburg ernannt worden. — Bis zu neueren Bestimmungen sollen die von der Regierung Carl Ludwigs von Bourbon eingeführten Gesetze und Verwaltungsregeln in Kraft bleiben. Am Schlusse der Proklamation werden die Einwohner von Parma aufgefordert, zu den ergriffenen Maßregeln Vertrauen zu hegen und Ordnung zu halten. (Oester. Ztg.)

Aus Padua wird vom 22. August geschrieben, daß sich endlich der größte Theil der Piemontesen in Venedig auf die Flotte des Generals Albini eingeschifft habe. Albini erwartet binnen Kurzem noch einen handschriftlichen Befehl Karl Alberts, um abzusegeln. So wird aus Padua versichert. (W. Z.)

Frankreich.

* Paris, 26. August. Das ganze Interesse des Tages liegt in der gestrigen — besser gesagt in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung. Wir haben diese Sitzung, die gestern um 12 Uhr Mittags begann, diesen Morgen um 7 Uhr verlassen. Matt und erschöpft von der Anstrengung und Aufregung dieser neunzehnstündigen Sitzung, in der nur eine einzige Pause von 1½ Stunden gemacht ward, ergreifen wir die Feder, um eine Uebersicht der Ereignisse derselben zu geben. Wir haben unsern Bericht gestern um 4½ Uhr Nachmittags abgebrochen, als Ledru-Rollin sprach. Es war keine eigentliche Vertheidigungsrede, die er hielt, er hatte sich auf einen höhern Standpunkt gestellt, vom Angeklagten war er zum Ankläger geworden und in meisterhafter Auseinandersetzung wies er nach, wie der Rapport das Werk seiner unsäglichen Partheilichkeit sey, die 18 Jahre lang unter der Monarchie nichts als eine unfruchtbare Opposition, ohne Initiative, ohne Prinzipien gemacht habe und setzt der Februar-Revolution den Prozeß macht, weil sie ihr die Republik nicht vergeben könne. Stürmischer Beifall folgte seiner Rede und als er geendigt hatte, war von Ledru-Rollin in dieser traurigen Angelegenheit nicht mehr die Rede, er hatte sich über die Debatte gestellt. Ihm folgte Louis Blanc. In einer kreisförmigen Rede zergliederte er alle ihn betreffenden Anklagen des Rapporteurs und ließ das auf Denunziationen, Lügen und Klatschereien gebaute Machwerk Stück um Stück fallen. Seine Rede machte einen sehr großen Eindruck. Er wies aus neuen Documenten, die er mittheilte, unwiderleglich nach, daß er am 15. Mai nicht auf dem Stadthause war. Treslat, dessen leidenschaftliche Anklage er heftig angegriffen hatte, suchte sich von der Anschuldigung: er sey ein Lügner, loszumachen. Nun folgte Causidière, — er hatte seine Vertheidigung schriftlich aufgesetzt und las sie vor, er legte zugleich gegen zwanzig neue Aktenstücke, die seine Unschuld beweisen, auf dem Bureau des Präsidenten nieder. Der ehemalige Polizeipräfekt Trouve-Chauvel, dessen Aussagen ihm am meisten geschadet hatten, ward von ihm heftig angegriffen und suchte sich zu rechtfertigen. Nach seiner Vertheidigung, die bis 1 Uhr nach Mitternacht dauerte, eröffnete der Präsident Marrast der Versammlung, daß ein Requisitorium des Generals-Procurators bei der Republik eingelaufen sey, das die Bewilligung zu gerichtlicher Verfolgung der Vertreter Louis Blanc und M. Caussidière verlange. Laurent de l'Ardèche verlangt, daß man, ehe man zur Lösung dieser gerichtlichen Frage schreite, erst die politische Discussion erledige. Marrast schlägt vor, über den Rapport der Commission zur Tagesordnung überzugehen. Th. Bac widersetzt sich diesem Vorschlage, man könne nicht zugeben, daß diese wichtige Discussion durch einen Theatercoup erstickt werde. Lagrouge beschwert sich über die einseitige Richtung des Rapports, die Umtriebe der verschiedenen Prätendenten in den letzten Unruhen seyen erwiesen, — man habe ihr absichtlich mit Stillschweigen übergangen. Ledru-Rollin geht sich mit Energie dagegen, daß die politische Discussion von der juristischen getrennt werde; er weist nach, daß mehrere Aktenstücke, worunter legitimistische Proklamationen von der Commission unterschlagen worden seyen. Th. Bac bestätigt diese Unterschlagungen und weist sehr präcise Fakten nach. General Cavaignac protestirt gegen den Vorwurf, als wolle die Regierung diese Debatte durch einen Theatercoup ersticken. Allein dieser Rapport mit allen seinen Consequenzen taste auf den Laute, er müsse ein für alle Mal und rasch und ganz beseitigt werden. Louis Blanc erhebt sich gegen die Trennung der juristischen, von der politischen Frage, als aller Gerechtigkeit und Billigkeit entgegen. Gouttai verlangt, daß das Requisitorium des General-Procurators einer Commission zugewiesen, von dieser darüber und über die neuen, von Blanc und Caussidière deponirten, Aktenstücke Bericht abgestattet werde und die Versammlung sich erst dann entscheide. Der Generalprocurator Corne bekämpft diesen Vorschlag, er besteht auf der Dringlichkeit einer raschen und vollständigen Lösung der Frage hervor. Fiocon beschwört die Versammlung, sich nicht durch verübergehende politische Motive zu einer Uebereilung hinreißen zu lassen. Er macht darauf aufmerksam, daß wir unter dem Belagerungszustande leiden, daß also die Bewilligung zu gerichtlichen Verfolgungen beide Vertreter der Willkür der Militär-Commissionen überliefere, die sie ohne Weiteres deportiren könnten. Diese Sensation. Der Justizminister Marie macht aufmerksam, daß dies nur für Vergehen aus den Junitagen möglich sey. Nach einigen Bemerkungen Duprat und Caussidières wird um 3 Uhr Morgens der Schluß der Discussion ausgesprochen. Auf den Antrag des Präsidenten geht die Versammlung fast mit Einstimmigkeit über den Bericht der Untersuchungs-Commission zur Tagesordnung über, d. h. sie erklärt ihn für beseitigt. Hierauf wird darüber abgestimmt, ob die Bewilligung zur gerichtlichen Verfolgung bis nach dem Berichte einer Commission zu vertagen oder sogleich zu erledigen sey. 292 Stimmen sprachen sich für die Vertagung aus, 493 für die augenblickliche Erledigung. Th. Bac setzt in einer meisterhaften Rede die Nothwendigkeit auseinander die Frage so zu theilen: 1) Soll Louis Blanc gerichtlich verfolgt werden? (Er ist nur der Theilnahme am 15. Mai ange-

Digitized by Google

klagt und kann daher nur vor die gewöhnlichen Gerichte gestellt werden.) 2) Soll Cauffidiere wegen der Theilnahme am 15. Mai verfolgt werden. 3) Soll Cauffidiere wegen Theilnahme an den Juni-Ereignissen verfolgt werden? (was ihn unter die Militär-Jurisdiktion stellen würde.) Diese Theilung wird angenommen und mit 504 gegen 252 Stimmen die Bewilligung zur Verfolgung L. Blancs erstellt. Nach einer Rede Floconi wird mit 477 gegen 268 Stimmen die Bewilligung zur Verfolgung Cauffidieres wegen des Mai-Attentates ertheilt, und die Verfolgung desselben wegen der Juni-Ereignisse mit 459 gegen 281 Stimmen **verworfen.** Tiefe Sensation. Die Sitzung wird um 7 Uhr Morgens aufgehoben.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. August. Die Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes sind am 19. August abgebrochen worden, weil man sich dänischerseits weigerte, die Gültigkeit aller von der provisorischen Regierung seit dem 24. März getroffenen Verfügungen und Erlasse zuzusichern. Am 20. August traf ein preußischer Unterhändler aus Malmoe hier ein, um die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, dänischerseits wollte man jedoch nichts mehr von Waffenstillstand hören, sondern sich nur mit Unterhandlungen eines definitiven Friedens befassen. In Folge dessen begab sich Graf Knuth nach Malmoe, wo man schwedischerseits zu Gunsten Dänemarks 2 Mill. Thaler Bco. Kriegskosten forderte, wie derhauptet wird zur Deckung für die von den schwedischen Reichsständen bewilligte Summe, wofür angeblich die genommenen deutschen Schiffe verpfändet sein sollen. Deutscherseits hingegen wurde eine Forderung von 8 Mill. (Banktholaer?) Kriegskosten und Schadenersatz verlangt. Eine Einigung scheint daher sehr schwer zu erzielen. Ob nun dennoch eine Waffenruhe zu Stande kommt, vermögen wir nicht zu bestimmen; für uns kann eine solche nur wünschenswerth seyn, weil die Jütländer dadurch Zeit gewinnen, ihre Aernte einzubringen und nach England zu verschiffen. Uebrigens geht das Gerücht, daß nicht nur Schweden nach Fühnen und Seeland verschifft werden, sondern auch von der gegenwärtig 17 Segel starken russischen Flotte circa 4000 M. nebst einem Feldtrazareth auf Möen ans Land gesetzt worden seyen.

Vermischte Nachrichten.

In Petersburg sind seit dem Beginne der Epidemie vom 20. Juni bis 21. Juli, 19,772 an derselben erkrankt, wovon 11,069 gestorben sind. In ganz Rußland sind seit dem Ausbreiten der Cholera, vom 28. October 1846 bis 5. Juli 1848, erkrankt 290,318; gestorben 116,658 Personen. — Petersburg, 2. August. Am 30. Juli Krankenbestand 2116, dazu im Laufe des Tages 104; es genasen 197, starben 57, Bestand am 31. Juli 1966 Kranke. Dazu im Laufe des Tages 93, genasen 127, starben 57, Bestand am 1. August 1862 Kranke. Dazu im Laufe des Tages 122, genasen 152, starben 60, Bestand am 2. August 1765 Kranke. In Moskau waren am 26. Juli noch 1906 Cholerakranke.

In den Ostsee-Provinzen herrscht die Cholera jetzt ebenfalls allgemein. Von Eftland liegen Berichte aus Reval vor. Sie trat dort am 13. Juli zuerst auf. Von da bis zum 25. erkrankten daran 77, genasen 14, starben 35; vom 25. zum 28. erkrankten 43, genasen 24, starben 13 und blieben 178 in Behandlung.

In Livland hat sich die Seuche auch auf dem Lande verbreitet. Bis zum 31. Juli waren im Ganzen 132 erkrankt, 34 genesen, 47 gestorben und 51 in Behandlung verblieben. In Riga herrschten folgende Verhältnisse:

	in Behandlung,	erkrankt,	genesen,	gestorben
am 29. Juli:	943	232	164	67
„ 30. „	944	230	158	61
„ 31. „	955	180	145	57
„ 1. Aug.:	933	266	155	67
„ 2. „	977	182	138	72
„ 3. „	949	189	159	50
„ 4. „	929	171	130	54

Vom ersten Auftreten bis zum 4. Abends erkrankten 4305, genasen 1925, starben 1466 Personen. In Kurland war die Cholera, außer in Mitau, besonders längs der Düna-Ufer, doch mehr sporadisch aufgetreten. In Jakobstadt zählte man bis 22. Juli 85 Erkrankungen und 15 Todesfälle. Aehnlich sollen die Verhältnisse in Dünaburg sein. In Mitau ist die Krankheit ebenfalls nicht allzu heftig.

Der k. k. österreichische Consul in Odessa meldet unterm 24. Juli, daß die Cholera sich über ganz Süd-Rußland ausbreitet, und daß an dem Ufer des asowschen Meeres auch nicht ein Distrikt davon verschont ist. In Odessa sind täglich 120 neue Fälle, von denen 10 starben. Auch im Gouvernement Podolien, in Berdyczow haust sie furchtbar.

Lemberg, 6. August. In Galizien macht die Cholera reißende Fortschritte. In der Stadt Sereth, Kreis Bukowina, sind vom 18. bis 22. Juli aufs Neue 115 erkrankt; eben so in vielen anderen Städten: Czernowee, Sadogora, Tysmienicza u. s. w.

London, 19. August. Gestern starb dahier ein junger Mann an der Cholera.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 30. August. Gestern reiste der Abgeordnete des Bayreuther Wahlbezirks, Herr Keim, nach 12tägigem Aufenthalte in hiesiger Stadt nach Frankfurt zurück, um wie man vernimmt, dort sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen. Was ihn zu diesem Schritte bestimmen mag, ob seine durch Alter und Strapazen angegriffene Gesundheit, oder vielleicht eine Mißstimmung darüber, hier nicht Alles wieder so gefunden zu haben, wie er es vielleicht hätte wünschen mögen, indem eine Verschiedenheit zwischen seinem eigenen Streben und jener vielen Wähler von ihm nicht unbemerkt bleiben konnte, — ob vielleicht beides zusammengewirkt haben mag, — wir können darüber nichts bestimmtes sagen. Herr Advokat Kafferlein, der erste Ersatzmann, wird seinem den Wählern gegebenen Versprechen gemäß den Sitz im Frankfurter Reichsparlamente einnehmen, sobald er einberufen werden wird.

Bayreuth, 30. August. Es sind uns vielseitige mündliche und schriftliche Klagen und Rügen zugekommen, über die Art und Weise, wie jener Geistliche der katholischen Kirche, welcher die gestrige Trauung vornahm, auf eine für Andersgläubige wahrhaft verletzende Weise zur Ruhe und Ordnung verwies. Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß solche leidenschaftliche und unbedachte Worte selbst in einer Stadt, die wie Bayreuth von jeher glücklicherweise einen ungestörten Frieden zwischen den verschiedenen Confessionen in ihrer Mitte bewahrt hat, leicht Intoleranz und Zwistigkeiten erregen und zu traurigen Folgen führen können. Dem betreffenden Geistlichen wird zu bedenken gegeben, daß Bayreuth, das weder in den Urkantonen noch in Tyrol gelegen ist, selbst zur Zeit der Ultramontanenherrschaft des Abelschen Ministeriums dergleichen halbverhüllte Angriffe auf die Confession seiner Mehrzahl auf das Entschiedenste zurückgewiesen haben würde.

Bekanntmachung.

Die Urwahlliste über die zu Geschworenen befähigten Einwohner des hiesigen Stadtbezirks liegt, Behufs des Vollzuges des Gesetzes über die Einführung der Schwurgerichte, von heute an 14 Tage lang im Sitzungs-Saale des unterfertigten Stadtmagistrats zur Einsicht offen, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Bayreuth, den 28. August 1848.

Der Stadtmagistrat.

Heumann. Haß.

Anzeigen.

Am Donnerstag den 7. September, Vormittags 10 Uhr, wird der Bedarf pro 1848 an Seife, Lichtern, kaffirnirten Lampen- und Lindl-, Dochtgarn, Zimmer- und Stallbesen von der Oekonomie-Kommission des königlichen 13. Infanterie-Regiments (Hertling) in Lieferung gegeben, und werden zu dieser Verhandlung Gewerbsberechtigte eingeladen.

Bayreuth, den 25. August 1848.

---

3 Tagwerk Feld nebst 1½ Tagwerk Wiese bei der Hammerstadt sind stündlich zu verpachten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Sehr gutes Malz ist zu haben bei Bierbrauer Weigel am Brandenburger Thor.

In dem Hauptmann Vogel'schen Hause Nro. 352 auf dem neuen Schloßplatz ist die mittlere Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Erker, 2 Cabinetten, Küche, Hausflammer, Gang, Stallung auf vier Pferde, Wagenremise, und sonstige häusliche Bequemlichkeiten auf Martini, und nach Umständen auch früher zu vermiethen.

In Nr. 81 auf dem Markte ist ein Quartier für ledige Personen zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 243. 1. September 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 29. August. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung waren wir Zeugen einer sehr launischen Scene. Hr. Eisenmann, der noch vor kurzer Zeit feierlich erklärte, er sehe keine Reaktion, betrat die Rednerbühne mit der Erklärung: er sehe eine furchtbare Reaktion. Das Gelächter, das über diese unerwartete Sinnesänderung des Hrn. Eisenmann entstand, war so allgemein und anhaltend, daß er erst nach einigen Minuten weiter sprechen konnte. Die Reaktion, welche Hr. Eisenmann entdeckt hat, besteht nun darin, daß 24,000 Kroaten in Italien durch Böhmen und Polen abgelöst, und nach Hause geschickt werden sollen, um dort den Krieg gegen Ungarn mitzumachen, während die 12,000 ungarischen Soldaten in Italien nicht nach Hause dürfen. Sey aber einmal Ungarn unterjocht, dann gehe es über Deutschland her. Hr. Eisenmann hat aus dieser Quelle die Nachricht von einem reaktionären Complott, das zwischen Windischgrätz, Jellachich und Radetzky besteht, und von dem die österreichische Regierung selbst vielleicht keine Ahnung hat. Deßhalb dringt er darauf, daß Deutschland die Selbstständigkeit Ungarns wahre, und verlangt von dem Ministerium, daß es einen Gesandten nach Ungarn abschicke. Die linke Seite unterstützte den Eisenmann'schen Antrag sehr lebhaft. Da aber der Minister des Auswärtigen nicht anwesend war, so weiß man noch nicht, wann die Interpellation beantwortet wird. Ueber die Rechtliche Frage wurden auch heute wieder 5 Redner gehört, von denen der katholisch-ultramontane Lassaulx und der protestantisch-ultramontane Gfrörer, sowie der Dekan Friedrich aus Bamberg und Blömer aus Rheinpreußen die völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staate vertheidigen, während Wigand und Rößler aus Sachsen und besonders Gistra aus Oesterreich diese Forderung mit Rücksicht auf die, von Seite der katholischen Hierarchie bei gänzlicher Unabhandbarkeit drohenden Gefahren bekämpften und der Kirche nur die Freiheit der innern Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugestehen wollten. Morgen ist keine Sitzung, übermorgen Präsidentenwahl, Freitag Interpellationsstzung.

Frankfurt, 28. August. Ausführlicher Bericht über die 67. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nach Verlesung des Protokolls theilte der Präsident der Versammlung den erfolgten Austritt der Abgeordneten Aue von Dessau, Schmidt von Brixen und Hübner von Mähren mit. Rieper erstattete den Bericht des Prioritätsausschusses über die strafgerichtlichen Untersuchungen gegen Mitglieder der Nationalversammlung. Der Ausschuß schlägt ein Gesetz vor, wonach Mitglieder der Nationalversammlung vom Tage der Wahl an bis acht Tage nach dem Schluß der Versammlung weder verhaftet, noch in Untersuchung genommen werden können, den Fall der Ergreifung auf frischer That ausgenommen. Wegen Abstimmungen und Aeußerungen in der Nationalversammlung darf ein Mitglied zu keiner Zeit zur Verantwortung gezogen werden. Ein zweiter von Murschel erstatteter Bericht betrifft die Ergänzung der Ausschüsse. Ferner berichtete Zacharia über die Beschwerde von 50 Offizieren der Besatzung Luxemburgs wegen Nichtzulassung zu den Wahlen für die Nationalversammlung, und eine Eingabe des allgemeinen Landwehrvereins für Breslau in Schlesien in Betreff des Schicksals der wegen der Pariser-Unruhen verhafteten Deutschen. Die erstere Eingabe wurde dem Verfassungsausschuß als Material für das zu entwerfende Wahlgesetz überwiesen; der zweite als durch die Erklärungen des Reichsministers des Aeußern erledigt angesehen. Ein von Cucumus für den völkerrechtlichen Ausschuß erstatteter Bericht bezog sich auf mehrere, die Entschädigung für durch die dänischen Kriegsschiffe dem deutschen Handel zugefügten Verluste betreffende Petitionen. Die Versammlung beschloß, dieselben, unter Berücksichtigung des Beschlusses vom 11. August, an die Centralgewalt zu verweisen. Der hierauf durch Stedtmann verlesene Antrag des Ausschusses für die Centralgewalt über den Simon'schen Antrag, die Erklärung des preußischen Ministers v. Auerswald betreffend, geht dahin: die Nationalversammlung möge in der Erwartung, daß die Regierungen der deutschen Einzelstaaten den von der Centralgewalt und der Nationalversammlung in ihrem Geschäftskreise gefaßten Beschlüssen Folge leiste und die Centralgewalt etwaigen Versuchen, diese Beschlüsse anzutasten, kräftig entgegentreten werde, und in Erwägung, daß zu einem Beschlusse der Nationalversammlung über die von dem Minister von Auerswald in der preußischen Nationalversammlung abgegebene Erklärung kein Anlaß vorliege, über den Simon'schen Antrag zur Tagesordnung übergehen. Bezüglich des Antrags von Reh über Polen trägt der Ausschuß durch seinen Berichterstatter Stenzel gleichfalls auf Tagesordnung an. Der Marineausschuß (Berichterstatter Kerst) gibt Nachricht, daß er die bisher eingegangenen Beiträge für die deutsche Flotte (68,000 fl.) dem Reichs-Finanz-Ministerium zur Verfügung gestellt, und hebt dabei besonders die lebhafte Betheiligung der minder bemittelten Stände und der deutschen Frauen und Jungfrauen an dieser großen vaterländischen Sache hervor. (Beifall.) Der Marineausschuß theilt ferner mit, daß Graf v. Wackerbarth eine ihm zustehende Forderung von 500 Millionen Pistolen an Lauenburg und Dänemark zum Besten der deutschen Flotte abgetreten habe, und daß, da die Einstellung etwas schwierig seyn dürfte, der Ausschuß dieselbe dem Finanzministeer überwiesen habe. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Berathung über Art. III. der Grundrechte. §. 13 lautet: „Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun." Hierzu sind Verbesserungsanträge von einzelnen Seiten eingereicht. Zuerst spricht Kayser für Annahme des Ausschußantrags. Martens begründet einen Antrag, (mit Bezug auf die Mennoniten) wonach wegen der Befreiung vom Kriegsdienst, aus Rücksichten des religiösen Glaubens, das Wehrgesetz nähere Bestimmungen aufnehmen soll. Barth beantragt ein Amendement, welches die der bürgerlichen und politischen Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse bisher entgegengestandenen Hindernisse ausdrücklich für aufgehoben erklären soll. Für fühet Ausnahmsgesetze Nr. 3. Bauer Verträge zwischen Christen und Juden) an, und will die Möglichkeit beseitigen, daß einzelne, von Judenhaß noch nicht befreite Untergerichte durch Interpretationen den Zweck des §. 13 vereiteln möchten. Man habe den Juden die Gleichstellung so lange und auf so harte Weise vorenthalten, daß man sie jetzt um so mehr gegen alle Anfechtungen sicher stellen müsse. Adams will den erwähnten Zusatz erst am Schluß der Grundrechte anbringen. v. Beckerath erklärt sich gegen den Antrag von Martens, da Befreiungen von der Wehrpflicht mit der Rechtsgleichheit aller Bürger unvereinbar seyen. W. Mayr entwickelt einen Antrag: „Die eigenthümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung und können vom Reiche geordnet werden. Den israelitischen Angehörigen Deutschlands ist das aktive und passive Wahlrecht gewährleistet." Der Antragsteller ist der Meinung, die Israeliten gehörten dem deutschen Volke nicht an, nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen ihrer bürgerlichen Abgeschlossenheit und der eigenthümlichen Richtung, die ihnen die Familienzersmischung mit den Christen unmöglich mache. Er spricht von ihrer überwiegenden Hinneigung zum Handel, und meint, die Gewährung des vollen Staatsbürgerrechts würde ihnen freies Feld lassen, die Bauern auszusaugen ꝛc. Er spricht dann u. A. von den Verfolgungen der Juden im Mittelalter, die zu beklagen, die aber die Juden sich großentheils durch Wucher zugezogen. Da in der Versammlung wiederholte Aeußerungen des Mißfallens laut werden, so erklärt der Redner: er erfülle seine Pflicht gegen das deutsche Volk, obgleich er wisse, daß er sich dadurch unpopulär mache. Die Juden, äußerte er schließlich, würden immer wie ein Tropfen Wasser auf dem Meere der deutschen Nationalität schwimmen. Bernays erklärt: er fühle sich gedrungen, zur Vertheidigung einer Confession aufzutreten, der er durch Geburt und religiöse Ueberzeugung angehöre, er, der es verschmäht, schnöde versagte Rechte durch einen Religionswechsel zu verkaufen. Er weist auf den Beschluß der Nationalversammlung hin, welche den nicht deutsch redenden Bewohnern des deutschen Gebiets die bürgerlichen Rechte gewährleiste, und fragt, ob die Juden etwa dadurch, daß sie deutsch

Digitized by Google

reden, zur Zurücksetzung und Mißhandlung verpflicht seyn sollen. Der Vorwurf der Absichtsetzung von den Christen treffe nicht die Juden, sondern das bisherige intolerante Verfahren der vermischten Ehen, das ja eben durch die Grundrechte aufgehoben werden solle. Er widerlegt sodann die Vorwürfe in Betreff des sogenannten Judenwuchers, und führt als eine Thatsache, die von den anwesenden würtembergischen Abgeordneten bestätigt werden könne, an, daß namentlich in Würtemberg der Güterhandel, seitdem er den Juden verboten worden, weit rücksichtsloser von Christen getrieben worden. (Mehrere würtemb. Abgeordneten bestätigen dieß). Die Juden in Deutschland wollten nichts wissen von einer Nationalität, die man ihnen aufdringen wolle, sie schnten sich nicht nach einem seit 1000 Jahren verlorenen Vaterlande. Sie wollten nur in Deutschland aufgehen. Er erinnert daran, wie in Preußen vor einigen Jahren, als eine „Majestätsgrille" ihnen besondere Nationalität und Befreiung vom Kriegsdienste anbot, die Juden einstimmig dieß Anerbieten zurückwiesen. In Preußen und fast ganz Deutschland sey die bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden eine Thatsache geworden; unmöglich könne die Nationalversammlung einen wenigstes freisinnigen Beschluß fassen und dadurch einen Riß in die Errungenschaften der Neuzeit bringen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf spricht der Abg. v. Linde und Reinwald, Bischof einer Diözese, auf Verbannung der Oden der Jesuiten, Redemtoristen und Ligorianer stellte. Die Versammlung beschloß, alle auf das Verbot bestimmter religiöser Gelübde oder Orden gerichteten Anträge auf den Art. VI. der Grundrechte zu verweisen. Die Abstimmung über die §§. 11—13 ergab folgendes Resultat: Art. 13 wurde in der Fassung des Ausschusses: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit", und mit einem Zusatz von Plathner: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren, oder sich irgend einer andern religiösen Gewaltsamkeit anzuschließen", angenommen; dagegen ein weiterer Zusatz desselben: „Niemand darf seiner religiösen Ueberzeugung wegen benachtheiligt oder zur Verantwortung gezogen werden", mit 217 gegen 199 Stimmen verworfen. Die §§ 12 und 13 wurden nach der Fassung des Ausschusses angenommen. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun." Die Abg. Tyrols gaben ihre Erklärung zu Protokoll: sie hätten für das Gesetz unter Gewissens- und Glaubensfreiheit in der Voraussetzung gestimmt, daß die Behörden bei dessen Einführung auf die eigenthümlichen Verhältnisse Tyrols entsprechende Rücksicht nehmen würden. Schluß der Sitzung: 2½ Uhr. Tagesordnung für morgen: Berathung des §. 14 der Grundrechte.

Frankfurt, 27. August. Unterm 16. Juli hatten die §§. Adler in Worms, Carriere in Gießen, Feuerbach, K. Grün, Jaumert, Nees v. Esenbeck in Dresden, Ruge und Zimmermann in Worms einen wissenschaftlichen Congreß zur Berathung über die Gründung einer freien akademischen Universität in Frankfurt a. M. auf den 27. bis 29. August ausgeschrieben. An der heute im „Holländischen Hofe" abgehaltenen ersten Sitzung nahmen 90—60 Mitglieder, worunter etwa ein Viertheil aus Frankfurtern bestand, Antheil. Dr. Noack eröffnete die Verhandlung mit einem Vorwort, in welchem er „die Menschwerdung der Philosophie," die „Propaganda des Humanismus und des freien Geistes" als Zweck der Gründung einer freien Universität und Akademie der Wissenschaft, und die „Oberherrlichkeit der Wissenschaft über das ganze praktische Leben" als das Losungswort ihrer Gründer bezeichnete. Unter Vorsitz des Prof. Peters aus Dresden als gewählten Präsidenten wurde sodann dann in 14 Paragraphen eingetheilte Programm berathen; man kam jedoch nicht über §. 2. hinaus, dessen Fassung (er handelt von dem Verhältniß der Akademie zu den deutschen Hochschulen) sehr lebhafte Ansechtungen erlitt. Hauptredner waren Carriere, Jaunert, Bischer aus Tübingen, Hettner aus Heidelberg, Grün u. M.

München, 23. August. Dem Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Reichsräthe sind vorgestern drei Gesetzentwürfe von der Regierung vorgelegt worden: 1) die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreitigkeiten über den Ersatz des Wildschadens betreffend, durch welchen der §. 1 der Verordnung vom 9. August 1806 „das Verbrechen des Wilddiebstahls betr." in soweit als er Verhandlung und Entscheidung über die Ansprüche auf den Ersatz des Wildschadens den Polizeibehörden zuweist, außer Wirksamkeit tritt und diese Verhandlung und Entscheidung den Gerichten zugewiesen wird. Das Verfahren und der Instanzenzug richtet sich sodann nach den für die Civilrechtsstreitige bestehenden Vorschriften. 2) Der Gesetzentwurf „die Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über Wilddiebstahl betreffend", durch welchen die §§. 4—20 dieser Verordnung, „das Verbrechen des Wilddiebstahls betr." aufgehoben und durch Bestimmungen des Gesetzentwurfs, der nicht mehr von Wilddiebstahl, sondern nur von Jagdfrevel spricht und die bisherigen Strafen hiefür bedeutend mildert, ersetzt werden; 3) der Gesetzentwurf „die Untersuchung und Aburtheilung der Aufschlagdefraudationen betr.", durch welchen die Untersuchung und Bestrafung solcher Defraudationen der Administrativjustiz entzogen und den ordentlichen Gerichten zugewiesen wird.

Nach der N. Münchn. Ztg. wird außer den 3 neuen Gesetzentwürfen nur noch der Gesetzentwurf über das Verfahren bei Vergehen und leichten Verbrechen, bei welchen keine Geschworenen zugezogen werden, an die ständischen Gesetzgebungsausschüsse gelangen, so daß, wenn diese sich beeilen, das neue Gerichtsverfahren vielleicht im Laufe des Monats Oktober eingeführt werden kann.

Nürnberg, 28. August. Gestern hielten in Bach 11 politische Vereine aus Franken eine Zusammenkunft, die durch das Zusammenströmen einer großen Menschenmenge zu einer Volksversammlung wurde. Aus der ganz oder theilweise anwesenden Vereine waren aus Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bamberg, Herzogenaurach, Almoshof, Kalchreuth, Mögeldorf, Schweinau, Steinmühl. Hauptzweck der Zusammenkunft war die Verbindung und Centralisirung der fränkischen Vereine, welche als gemeine Bezeichnung den Namen: Verein für Volksfreiheit annahmen. Als Prinzip nahm man einstimmig an, daß weder in dem gesammten Deutschlande noch in den einzelnen deutschen Staaten eine Verfassung mehr möglich ist, welche nicht den Grundsatz der Volkssouveränität in ihrem obersten Prinzip hat. Es wurde die Bildung eines Centralausschusses beschlossen, zu welchem jeder Verein 3 Ausschußmitglieder ernennt. Als Zusammenkunftsort für den Ausschuß wurde Erlangen, als Vereort Nürnberg bezeichnet, auch wurde die Gründung einer Kreiskasse beschlossen. Von den übrigen Beschlüssen nennen wir: ein Mißtrauensvotum gegen das bayerische Ministerium, eine Erklärung gegen die Sonderbestrebungen deutscher Regierungen, ein Protest gegen das Verbot der demokratischen Vereine in Bayern. Sowohl während der Verhandlungen als nach Anstehung der Versammlung herrschte vortrefflich ungestörte Ruhe. In 14 Tagen wird eine abermalige Zusammenkunft der Vereine stattfinden. (N.K.)

Bayern, 27 August war in Nördlingen eine Versammlung politischer Vereine aus Würtemberg und Bayern, an welcher gegen 15,000 Personen Theil nahmen. Man einigte sich in folgenden Grundsätzen: die entschiedene Durchführung des demokratischen Princips in Deutschland, die Bestrebung einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Volks, die Einführung des Princips der Humanität und der gleichen Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnisse; die Entschlüsse der Nationalversammlung sind bindend für Volk und Fürsten. Als provisorische Centralorgan in Bayern gilt der Nördlinger Verein. Ferner wurden eine von dem baup traufeagten Fürsten Oettingen-Wallerstein (den ehemaligen bayerischen Minister) verfaßte Adreße an die Frankfurter Reichsversammlung angenommen, die dahin lautet, daß das Vereinigungsrecht so schleunigst als möglich mit gesetzlicher Kraft und in einer Weise ausgesprochen werde, welche dessen Verkümmerung unmöglich macht. — Man hatte bei dieser Adreße die Verordnung der bayerischen Regierung gegen die sogenannten demokratischen Vereine im Auge.

Berlin, 28. August. Die Nationalversammlung nahm in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit einstimmig an.

(Preußische Geschworne.) Die preußischen Minister, welche darum zwar doch nicht verhungern, legen den Ständen fortwährend freisinnige Gesetzentwürfe vor, wie sie nicht minder auf dem Wege der Verordnung das Verwaltungswesen energisch und in volksthümlicher Weise umgestalten. Ihr neuester Gesetzentwurf betrifft die Untersuchung und Bestrafung der politischen und Preßvergehen, in dessen, Allod in Allem nur, 60 §§. auch die Bestimmungen über die Bildung der Geschwornen enthalten sind. Da heißt es denn u. A.: „Die jetzigen für Frankfurt und Berlin in einem Schwurgerichtsbezirke gewählten Wahlmänner machen auch zugleich die Liste der Geschwornen aus." (§. 14.) Also kein Census; nur ein bestimmtes Alter und der (nicht durch ein Urtheil abgesprochen) Besitz der bürgerlichen Rechte. Nicht fähig zu Geschwornen sind: a) die nicht lesen und schreiben können, b) Diejenigen, c) Richter, Staatsanwälte, Religionsdiener. (§. 15.) „Auf ihr Verlangen" (sehr gut!) werden nicht auf die

Digitized by Google

Liste gesetzt: a) Siebzigjährige, b) öffentliche Beamte, c) Bürger, die vom Taglohn leben und die Lasten nicht tragen können, welche mit der Stellung der Geschwornen verbunden sind. (Die Bestimmung a. bringt der Sophisterei moderner Schriftgelehrten vor, daß nicht Geschworner zu sein für die ärmere Klasse als eine Wohlthat erachtet werden müsse.) — Von einer Einwirkung, direkt oder indirekt, auf die Bildung der Geschwornenliste von Seiten der Verwaltung ist keine Rede. Der Assisen-Präsident zieht aus der Geschwornenliste 36 Namen für die Session. Kein Verwaltungsbeamter hat das Recht, Namen auf die Liste zu setzen; Niemand ist berechtigt, die Liste der durch das Loos bestimmten Geschwornen zu „vereinigen“. — Das Gesetz ist, wie anderwärts provisorisch; aber ist zugleich, provisorisch wenigstens, nicht mit unfreisinnigen Bestimmungen ausgeschmückt. (N. K.)

Wien, 27. August. (Nachwehen und Folgen der letzten Tumulte.) Der gestrige sehr bedrohliche, Tag wo die Auszahlung des Wochenlohns für die öffentlichen Arbeiter und auch das feierlich abgehaltene Leichenbegängniß der bei dem jüngsten Zusammenstoße mit der Nationalgarde gefallenen Individuen statt fand, ist ohne weitere Ruhestörung abgelaufen. (K. v. u. f. D.)

Wien, 25. August. Aus Mailand vom 21 nicht neues. Karl Albert ist fortwährend in Alessandrien. Aus Brescia wird gemeldet: „Die tapfern Wiener Freiwilligen bilden die Besatzung in dem turbulenten Brescia. Sie stolziren in den prächtigsten Uniformen der Mailänder und Pavianer Studenten und Freiwilligen, von denen sie ein Bataillon erwischt und ihre zerrissenen Kittel mit den eleganten Uniformen der jungen lombardischen Signori vertauscht haben. Nur durch ihre Kopfbedeckung sind sie erkennbar. Die übrige Bewaffnung von dieser lombardischen Jugend soll auch sehr bedeutend gewesen seyn; darunter eine Menge der prächtigsten Cylinderuhren. Der tapfere Marschall soll ungemein gelacht haben als ihn dieß gemeldet wurde.“ — Aus Padua wird vom 22. geschrieben daß sich endlich der größte Theil der Piemontesen auf die Flotte des Generals Albini eingeschifft habe. Albini erwartet binnen kurzem noch einen handschriftlichen Befehl Karl Alberts um abzusegeln. So wird aus Padua versichert. (A. Z.)

Triest, 25. August. Feldmarschall Radetzky hat mittelst eines Kuriers ein offenes Schreiben des sardinischen Kriegs- und Seeministeriums an Albini abgesendet, das den Befehl enthält, die Gewässer von Venedig sofort mit seinem Geschwader zu verlassen und die sardinischen Truppen alsbald einzuschiffen. Eine Weigerung, heißt es in der betreffenden Depesche, würde als ein casus belli angesehen, und der Krieg würde wieder beginnen. Wie sind nun hier auf der Rückkehr des Dampfbootes „Vulcano“ gespannt, welche die Depesche durch den Fregattenlieutenant v. Willersdorf dahin beförderte und noch im Laufe des Tags hier eintreffen muß.

Italien.

Turin, 19. August. Das Ministerium hat ein Manifest erlassen, worin es erklärt, wie es die Convention von Mailand vom 9. August für null und nichtig erklärt, die Anklagestellung einer Anzahl höherer Offizire verlangt und Frankreichs bewaffnete Einschreitung, nicht bloß seine Vermittelung, nachgesucht habe.

Frankreich.

* **Paris**, 27. August. Der National und die Reforme bringen heute einen Brief Louis Blancs, worin dieser anzeigt, daß er sich entferne, um auf diese Art besser gegen den Belagerungszustand und die Herrschaft der Gewalt protestiren zu können. Er glaube nicht, daß Frankreich geneigt sey, noch länger diesen ungesetzlichen Zustand zu dulden. Wenn der Tag der Debatte herankomme, werde er sich stellen. Man versichert, daß sich Louis Blanc gestern nach der Sitzung sogleich auf der Eisenbahn nach Calais begeben und dort nach England eingeschifft hat. Auch Cauissidière konnte nicht verhaftet werden, — er soll sich nach Belgien entfernt haben.

Proudhon hat der Nationalversammlung einen neuen Finanz-Vorschlag vorgelegt, derselbe betrift eine National-Anleihe von 2000 Millionen, um Handel und Industrie wieder in die Höhe zu bringen und alle Defecte zu decken und die Vereinigung der Bank von Frankreich mit dem Staatsschatze.

Oberst La Marmorma, Generalstabschef der sardinischen Armee ist mit einer Mission seiner Regierung bei der französischen Republik in Paris angekommen.

In Lille sind am 25. d. ernste Unruhen unter den Arbeitern der dortigen Nationalwerkstätten ausgebrochen. Die Truppen und die Nationalgarde hatten sogleich die Waffen ergriffen und alle Puncte der Stadt besetzt. Ein Dekret des Präfecten erklärt die Nationalwerkstätten für aufgelöst. Man sieht heute ferneren Nachrichten entgegen.

Von Thiers erscheint im Laufe dieser Woche ein neues Buch, welches den Titel: **De la propriété** führt.

Morgen wird Herr Armand Marrast den Bericht der Commission und den modifizirten Constitutions-Entwurf der Nationalversammlung vorlegen.

Der **spectateur republicain** zeigt heute an, daß Herr v. St. Aldegonde auf der Jagd von seinen Schwager, dem Fürsten von Beauvau erschossen worden ist.

Die Madrider Journale waren zwei Tage lang aufgeblieben, was bereits eine Menge verschiedener Gerüchte erzeugt hatte; — heute sind sie angekommen, sie gehen bis zum 22. d. M. enthalten aber nichts von Interesse.

Die Regierung hat beschlossen alle Journale, die die Protestation gegen Unterdrückung der Preßfreiheit beingen würden sogleich zu suspendiren.

Großbritannien.

London, 25. August. Das „Chronicle“ erklärt, daß die Hoffnung auf Bewirkung baldiger und friedlicher Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage vorläufig verschwunden sei, indem Dänemark die seinerseits gar nicht annehmbaren Bedingungen der preußischen und frankfurter Bevollmächtigten verweisen habe. Auch England betrachte diese Bedingungen als nicht annehmbar und Lord Westmoreland habe am 29. Abends dem preußischen Cabinet eine Note Palmerston's übergeben, worin dieser sein Bedauern aussprache, daß die Beschaffenheit der erwähnten Bedingungen ihm aus ganz gewöhnlichen Billigkeitsrücksichten nicht gestatte, bei Dänemark deren Annahme zu befürworten. Eine ähnliche Note habe Arago dem preußischen Minister des Auswärtigen überreicht; dieselbe spreche zugleich die Hoffnung aus, man werde Dänemark Bedingungen antreten, die es zur Eingehung eines Waffenstillstandes in Stand setzen könnten, und füge bei, daß beide Regierungen (Frankreich und England) entschlossen seien, jeden weiteren Angriff auf das dänische Gebiet zu verhindern.

Unweit **Liverpool** ist bis am 24. August. Mittags mit 360 Auswanderer und 30 Köpfen Bemannung nach Boston abgesegelt große Paketschiff „Ocean Monarch“ auf offener See binnen 20 Minuten verbrannt. Mehrere Schiffe, worunter eine Fregatte, an deren Bord die Prinzen Joinville und Aumale waren, leisteten nebst den Rettungsbooten alle thunliche Hülfe. Nach einer Angabe wurden kaum 30 Personen gerettet, nach einer anderen sind nur 100 umgekommen. Die meisten Paßagiere hatten sich um den Flammen zu entgehen, in die See gestürzt, wo man sie auffischen mußte. (K. Z.)

Türkei.

Constantinopel, 16. August. Die Cholera hat in der letzten Woche in der Hauptstadt wieder zugenommen, indem 197 Personen vom 3 bis 9 August an dieser Seuche gestorben sind, die auch in Teapezunt und Smyrna noch immer zahlreiche Opfer fordert. Am bösartigsten ist sie in Cairo aufgetreten, wo von den von ihr Befallenen ein einziger gerettet werden konnte. (A. Z.)

Anzeigen.

Mit einem Gewinn-Antheil von resp. 2500 Rthlr., 5000 Rthlr. oder 10,000 Rthlr.

Indem ich mit Bezugnahme auf meine Ankündigung d. d. Berlin, den 24. März d. J. zugleich bemerke, daß die erste bis vierte Lieferung des Werkes:

Des deutschen Volkes Erhebung im Jahre 1848;

sein Kampf und freie Institutionen und sein Siegesjubel.

Ein Volks- und Erinnerungsbuch für die Mit- und Nachwelt

von

Dr. J. Laster und Friedrich Gerhard.

bereits erschienen sind, bemerke ich hiemit als Nachtrag zu jener Ankündigung Folgendes:

Als ich im Jahre 1840 das Leben Friedrich Wilhelm III., von Kreyschmer in meinem Verlage erscheinen ließ, hatte ich mehrfacher Concurrenz unerachtet das Glück, circa 21,500 Exemplare davon abzuliegen; ein Erfolg,

Digitized by Google

der zu den seltensten Erscheinungen im Buchhandel gehört und meine kühnsten Erwartungen übertroffen. — Wenn ich nun am 24. März d. J. oben in Rede stehende Werk: „des deutschen Volkes Erhebung" ankündigte, erwartete ich auch wohl eine bedeutende Verbreitung desselben, dennoch aber nicht eine solche, wie die bis jetzt eingegangenen Bestellungen sie erwarten lassen, die mich zu der Hoffnung berechtigen, daß das jetzt in Rede stehende Werk nicht allein eine gleich große Verbreitung finden werde wie jenes, sondern bei dem allgemeinen Interesse desselben für ganz Deutschland leicht noch eine viel größere.

In außerordentlichen Fällen aber bedarf es zur Erreichung außerordentlicher Erfolge auch außerordentlicher Mittel, und ein solches biete ich hiemit, indem ich für den Fall, daß der Absatz dieses Werkes, wie zu erwarten, wieder die Zahl von 20,000 und mehr erreichen sollte, einen baaren Gewinn-Antheil an dem Unternehmen von resp. 2500 Rthlr., 5000 Rthlr. oder 10,000 Rthlr. den Bestellern hiermit rechtsverbindlich abtrete.

Da indeß eine Verdeutlichung einer dieser Summen unter alle Besteller des Werkes sich für den Einzelnen auf wenige Groschen reduciren würde, so Niemand etwas besser würde, so fiel dieselbe unter nachstehenden Modalitäten und unter der Berechtigung und Anwartschaft Alles, Einem derselben zufallen.

Sofern der Absatz des Werkes die Anzahl 20,000 bis 21,500 Expl. erreicht, wird jedes Exemplar der 10ten Lieferung des Werkes mit vier Nummern aus der Zahlenreihe von 1 bis 85,000 versehen sein, und es erhält derjenige einen Gewinn-Antheil resp. Prämie von Zwei Tausend und fünfhundert Thalern Preuß. Cour., von mir ausgezahlt, welcher dasjenige Exemplar des Werkes besitzt, unter dessen vier Nummern sich diejenige befindet, auf welche bei der 1ten Klasse der Königl. Preuß. 98ten Lotterie der erste Hauptgewinn fällt.

Sofern aber der Absatz des Werkes die Anzahl von 21,501 bis 42,500 Exemplare erreicht, wird jedes Exemplar der 10ten Lieferung des Werkes mit zwei Nummern aus der Zahlenreihe von 1 bis 85,000 versehen sein, und es erhält derjenige einen Gewinn-Antheil resp. Prämie von Fünf Tausend Thalern Preuß. Cour., von mir ausgezahlt, welcher dasjenige Exemplar des Werkes besitzt, unter dessen zwei Nummern sich diejenige befindet, auf welche bei der 1ten Klasse der Königl. Preuß. 98ten Lotterie der erste Hauptgewinn fällt.

Sofern endlich der Absatz des Werkes die Anzahl von 42,501 bis 85,000 Exemplare erreicht, wird jedes Exemplar der 10ten Lieferung des Werkes mit einer Nummer aus der Zahlenreihe von 1 bis 85,000 versehen sein, und es erhält derjenige einen Gewinn-Antheil resp. Prämie von Zehn Tausend Thalern Preuß. Cour., von mir ausgezahlt, der dasjenige Exemplar des Werkes besitzt, welches mit jener Nummer bezeichnet ist, auf welche bei der 1ten Klasse der Königl. Preuß. 98ten Lotterie der erste Hauptgewinn fällt.

Es hat mithin **Jeder**, der ein Exemplar des Werkes als Eigenthum erwirbt, unter den obigen Modalitäten Berechtigung und Anwartschaft auf eine der genannten Prämien.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt unmittelbar nach Präsentation des betreffenden Exemplares, welches dem Einsender überdem gegen ein prachtvoll gebundenes Exemplar des Werkes ausgetauscht wird.

Das Ganze wird aus 10 Lieferungen, jede mit zwei Portraits beliefern, deren alle drei Wochen eine erscheint.

Jede Lieferung kostet 6 Sgr., **welcher Betrag beim Empfang derselben zu bezahlen ist.**

Sollten mehr als zehn Lieferungen nöthig werden, so wird doch unter allen Umständen die zehnte Lieferung die betreffende Nummer oder Nummern enthalten, und es werden dann die übrigbleibenden Lieferungen unentgeltlich geliefert.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an. Sammler erhalten auf je 10 Exemplare das 11te frei. Diejenige Buchhandlung, bei welcher dasjenige Exemplar abgelegt wird, welchem die Prämie zufällt, erhält von mir eine Extra-Prämie von **Fünfhundert Thalern Preuß. Cour.**

Danzig, im August 1848. **Friedrich Gerhard.**

Zu Bestellungen empfehlen sich

Grau'sche Buchhandlung in Bayreuth.
C. A. Grau in Hof und Wunsiedel.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist soeben angekommen:

Mann und Frau

oder das Geschlecht des Menschen.

Eine belehrende Schrift über

Liebe, Ehe, Beischlaf, Fortpflanzung, Empfängniß, Zeugung und die **Geschlechts-Geheimnisse** zur **Zeugung gesunder Knaben** und **Mädchen** nach **Willkür der Eltern** und der **Erhaltung der Kräfte** und **Gesundheit**, sowie als Nachtrag zu den schnellen und sicheren Verfahren, um das geschwächte Zeugungsvermögen wieder herzustellen, die Folgen der Selbstbefleckung zu überwinden und den Weissfluß gründlich zu heilen. Von **Dr. K. G. Ehrenstein.**

Brosch. Preis 54 Kr.

Verlag von **F. A. Reichel** in Bautzen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Zu den „Anzeigen" in No. 239 dieses Blattes.

Warum so spät Nikel? Hatte vielleicht Schriftführer-Ohrenbläser nicht früher Zeit? Wir, als selbstschreibende, zögern nicht auf Ihr mit bureaukratischer Tinte gefertigtes Machwerk sogleich zu antworten und zwar ohne über eine Prinzipienfrage ein Wort mit Ihnen wechseln zu mögen und an den Persönlichkeiten und der Lüge hinsichtlich einer Versammlung der Wohlsämmer während des Seiher Wiesenfestes vorüberzuschreiten, kommen wir sogleich zur ersten Säule am Hupfauf'schen Prangerbau, (wie es Nikel selbst nennt) welche ziemlich fest gegründet scheint.

Der Stellebesitzer im landwirthschaftlichen Mittelorgane und Distriktsarmenpflegschaftsrath mag sein Fach verstehen, aber die gerügte Stelle (menschlichen in specie deutschen Verstand 2c.), verstand er nicht; wir rathen ihm daher, dieselbe sich vom Freunde Schriftführer-Ohrenbläser erklären zu lassen. — Die Bemerklichkeit des milden Nikels bei dem Wahlakte in Wunsiedel läßt sich einfach dahin erklären, — daß er unsers Wissens außer seinem Namen nichts schreiben kann.

Die 2. Säule hat durch die oben allegirte Lüge eine neue Stütze bekommen.

Die 3. Säule wird durch die 1. und 2. festgehalten, und als Kapitol mag die hämische Freude an dem Lächerlichmachen eines körperlichen Gebrechens oben auf prangen, welche doch jedenfalls die Bemerkung: das Sehen mit 1 oder 2 Augen, den Kirchenlamitzer Richt-Hofmann betreffend, sind gibt.

Dies unser letztes Wort, indem wir Hupfauf von seinen langgewohnten, allbekannten Beschäftigungen in Wald und Flur nicht ferner abhalten wollen.

Mehrere Wahlmänner von Seh.
In deren Auftrag: **Retzsch**, Apotheker.

Verkauf und Verpachtung.

Das ehemalige Conrad Hader'sche Wirthshaus zu Mistelgau, auf welchem die Faserngerechtigkeit, Metzgerei und Branntweinbrennerei ruhen, wird mit dem Brauhausantheile zu Glashütten, dann mit zu dem Wirthshause gehörig gewesenen Grundstücke, von den gegenwärtigen Eigenthümern aus freier Hand öffentlich verkauft oder verpachtet.

Zu diesem Zwecke werden Kaufs- und Pachtliebhaber eingeladen, sich am 12. September h. J. Vormittags 11 Uhr im Fichtschen Gasthause zu Mistelgau einzufinden, woselbst das Verkaufs- und Verpachtungsgeschäft vorgenommen wird und die Pachtbedingungen bekannt gegeben werden.

Die Realitäten können täglich durch Vermittlung des Grundbesitzers Andreas Kannhäuser zu Mistelgau eingesehen werden.

Mistelgau, am 27. August 1848.

Oeffentlicher Dank.

Gegen zwei Jahre litt ich auf beiden Augen am grauen Staar und war bei meinen ohnedieß sehr drückenden Verhältnissen dem größten Elende anheim gegeben. Da nahte mir in der Person des Hrn. Wundarztes Kunz dahier der Rettungsengel, welcher mich mit kunstgeübter Hand vom grauen Staar befreite, so daß ich jetzt wieder meinen gewöhnlichen Beschäftigungen nachgehen kann. Zu arm, um diesen ausgezeichneten Mann für seine aufopfernde Mühe belohnen zu können, wähle ich den Weg der Oeffentlichkeit, demselben meinen tiefgefühltesten Dank darzubringen und zugleich die leidende Menschheit auf ihn aufmerksam zu machen. Wohl der Stadt, die einen solchen Mann den Ihrigen nennen kann!

Kulmbach, den 27. August 1848.

Andreas Eilefeld,
Webermeister.

3 Tagwerk Feld nebst 1½ Tagwerk Wiese bei der Hammerstadt sind sämtlich zu verpachten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Sehr gutes Malz ist zu haben bei Bierbrauer Weigel am Braudenburger Thor.

In dem Hauptmann Vogelschen Hause Nro. 358 auf dem neuen Schloßplatz ist die mittlere Etage, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Küche, 2 Cabinetten, Küche, Hauskammer, Gang, Stallung auf vier Pferde, Wagenremise, und sonstige häusliche Bequemlichkeiten auf Martini, und nach Umständen auch früher zu vermiethen.

In Nr. 81 auf dem Markte ist ein Quartier für ledige Personen zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 244. 2. September 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 29. August. (Ausführlicher Bericht über die 67. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nachdem mehrere neue Beiträge für die deutsche Flotte angezeigt worden, verlangte Eisenmann das Wort zu einer Interpellation an das Reichsministerium: „Ich sehe (sagt er) eine furchtbare Reaktion (Gelächter und Beifall). Es gab allerdings eine Zeit, wo ich in einem unschuldigen Papier keine Reaktion sah; wer damals durch ein reines Glas blickte, sah keine Reaktion; jetzt aber sehe ich eine solche.“ Der Redner theilt dann mit, es sey ihm aus achtbarer Quelle die Nachricht zugekommen, daß 24,000 Böhmen, Polen u. s. w. nach Italien gesendet werden und dort eine gleiche Anzahl Kroaten ablösen sollen, die sodann zu dem Heer des Banus Jellachich stoßen würden. Von den 12,000 bei der italienischen Armee sich befindenden Ungarn dagegen dürfe kein Mann nach Hause gehen. Die Ungarn und selbst vielleicht das österreichische Ministerium hätten keine Ahnung von der Tragweite dieser Verfügung, hinter welcher ein Reactionsplan verborgen liege. Mit Ungarn fange man an und mit Deutschland höre man auf. Nach den ihm zugekommenen Nachrichten stünden Windischgrätz, Radetzky und Jellachich in ununterbrochenem Briefwechsel, und die Seele des Ganzen sey Baron Hammerstein. Der Redner wünscht deßhalb, daß der Bericht über seinen neulich gestellten Antrag vom völkerrechtlichen Ausschusse beschleunigt werde, und erklärt, daß er ihn alle 8 Tage erneuern werde. Ueberall hin seyen Reichsgesandte abgegangen, nur nach Ungarn nicht. Für Deutschland sey es aber von höchster Wichtigkeit, die Selbstständigkeit Ungarns zu wahren, und auch der Schutz des deutschen Elementes daselbst mache ein Gesandtschaft nothwendig. Er frage deßhalb das Ministerium, ob dasselbe einen Gesandten nach Pesth abzuschicken gedenke. Die Interpellation wird vielfach unterstützt. Der Präsident wird den Minister des Auswärtigen von derselben in Kenntniß setzen und ihn zur Festsetzung eines Tages für deren Beantwortung veranlassen. Tagesordnung ist die Berathung des §. 14 der Grundrechte. Der Artikel mit den Minoritätsgutachten lautet wie folgt: „§. 14: Neue Religionsgenossenschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihrer Bekenntnisse durch den Staat bedarf es nicht.“ Minoritäts-Trachten. 1) Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig. (Lassalt, Deiters, Lichnowsky, Jürgens, M. v. Gagern.) 2) Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre inneren Angelegenheiten selbstständig. (v. Beckerrath, A. Mohl, Ahrens.) 3) Jede Religionsgesellschaft ist berechtigt, ihre inneren Angelegenheiten unabhängig vom Staate selbst zu ordnen und zu verwalten. Die Festsetzung von Kirchenbeamten bedarf keiner Bestätigung von Seiten des Staates. Das Kirchenpatronat ist aufgehoben. (Wigard, Blum, Simon, Schüler.) 4) Keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Es besteht fernerhin keine Staatskirche. (Wigard, Blum, Simon, Schüler.) Außerdem sind noch viele Anträge angebracht. Zuerst nahm Ahrens das Wort zur Begründung des Minoritätsgutachtens Nr. 2. Er erklärt sich besonders gegen Anhäufung von Grundbesitz in den Händen der Kirche. Baussnix vertheidigt das Minoritätsgutachten Nr. 1. Gegen die Uebel der Freiheit, sagt er, gibt es kein anderes Mittel, als die Freiheit selbst; sie allein besitzt mit dem Gift das Gegengift. Derjenige, der die Wunde geschlagen, vermag sie auch zu heilen. Die christlichen Ideen — äußert er an einer andern Stelle — üben nicht mehr dieselbe Macht über Gemüther aus, wie ehemals; selbst in diesem Hause der Vertreter des deutschen Volkes ist wiederholt aussgesprochen worden, die christliche Kirche müsse vernichtet werden. Dank dem Denkstoff des vorigen Jahrhunderts, der Alles zersetzenden Kritik einerseits und dem Polizeistaat andererseits, sind wir an dem Moment des Todes und der Grablegung angekommen. Wie einst die römischen Kriegsknechte, so standen bis jetzt die schwarz-gelben oder andere Schergen an dem Grabe des Gekreuzigten und hielten Wache, damit er nicht wieder auferstehe. Bei der jetzigen Völkerbewegung wäre es Schmach und Schande, ja ein Beweis der Lügenhaftigkeit der ganzen Bewegung, wenn der Polizeistaat, den man überall abzuschaffen sucht, nur für die Kirche fortbestehen sollte; es wäre ein logischer Widerspruch und eine moralische Falschheit. Man hat die Censur für Wort, Schrift und Druck aufgehoben. Das Placetum regium ist nichts Anderes, als eine kirchliche Präventiv-Censur; wer diese will, der führt zweierlei Maß und Gewicht, eines für sich, eines für Andere, d. h. er ist ein Betrüger. Lassalt verkündet schließlich, daß er die namentliche Abstimmung über seinen Antrag verlangen werde. Pfeifer erinnert an die frühere Verfolgung der deutschkatholischen Kirche, ist übrigens mit dem Vorredner darin einverstanden, daß auf keinem Gebiete der Despotismus des Polizeistaates so arg gewüthet, als auf dem kirchlichen. Er habe auch ein herzhaftes Vertrauen zur Freiheit, aber er fasse die Freiheit anders auf. Für ihn sey sie eine entschiedene Macht, die keine andere neben sich dulde. Er will der Kirche die Verwaltung ihrer innern Angelegenheiten, aber nicht Unabhängigkeit vom Staate gewähren. Kein Verein habe eine vom Staate unabhängige Stellung. Der freie Verkehr mit dem Oberhaupte der Kirche, die Aufhebung des Placetum regium ꝛc. möge ihr werden. Die Kirche, sowohl die katholische als protestantische, und namentlich der protestantische Pietismus, möge sich erinnern, daß sie stets den Polizeistaat gebeten, das Prinzip des „beschränkten Unterthanenstandes“ genährt, wo nicht erzeugt, und Glaubenspolizei geübt habe. „Lassen wir — sagt er — diese eine Säule bestehen, dann wird bald das alte Gebäude wieder aufgerichtet werden; die Aristokratie, die nur zu früh wieder Flügge wurde wird gar bald ihren alten Bundesgenossen wieder finden, und wir fallen in den frühern Zustand zurück. Wenn wir das religiöse Gebiet vom Staate ausscheiden, würden wir einen selbstständigen Staat hinstellen, der entweder etwas Anders will, als das Prinzip der freien Sittlichkeit vertreten, und dann nicht geduldet werden darf, oder dasselbe will, und dann sich im Staate auflösen muß. Erst wenn die katholische Kirche erkennt, daß sie sich auflösen muß aus ihrer starren Einheit, wird sie dem Volke das werden, was sie werden soll. In einem Staate mit einer freyen Verfassung muß Jeder dem Gesetze der Gemüthlichkeit gehorchen und ihm unterthänig seyn, der König wie der Priester.“ Gfrörer verlangt für die alten und mächtigen Confessionen dieselben Rechte, wie sie der Entwurf der Grundrechte den noch ungebornen Sekten einräume. Er beruft sich dabei auf die 1100 Petitionen mit den Unterschriften von 300,000 Familienvätern (Links: Sie sind alle aus derselben Quelle). Gfrörer: So sagen Sie jetzt; wenn Sie aber etwas wollen im Namen des Volkes, dann ist Ihnen Alles recht. Gleiches Maaß für Alle! In dem Verlangen nach Freiheit der Kirche — sagt der Redner an einer andern Stelle — dürften die Lutheraner nicht unerröthen (Links: Wir sind keine Lutheraner, sondern Evangelische. Der Präsident ruft Kotzschy wegen dieser Unterbrechung zur Ordnung.) „Ihre Wahl ist nicht frei; Sie müssen bewilligen, was wir verlangen, wenn Sie gerecht seyn wollen; denn gegen die unerhörte Beschimpfung, daß die bestehenden Kirchen unter der Fuchtel der Polizei gelassen wurden, würden sich eine Menge von Sekten, und gewiß auch wühlerische bilden.“ Es ist so weit gekommen fährt der Redner fort, daß gegenwärtig kein rechtlicher Mann sich zum Christenthum bekennen kann, ohne für einen Heuchler oder Dummkopf gehalten zu werden.“ (Präsident: Der Redner hat nicht das Recht, dies als das allgemeine Urtheil hinzustellen. Es gibt Viele, die sich zum Christenthum bekennen, ohne für Heuchler oder Dummköpfe zu gelten. Ich muß übrigens bitten, die historischen Excursionen zu beschränken). Der Redner erklärt sich schließlich für das erste Minoritäts-Gutachten. Giskra: Keine Gesellschaft im Staate könne Unabhängigkeit ansprechen und die gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt in sich vereinigen. Verlange man für eine Kirche, und sey sie auch eine tausendjährige und schwebe auch der heilige Geist über ihr, die Unabhängigkeit vom Staate, obgleich sie irdisch sey, und sich im Staate bewege, dann verlange man einen Staat im Staate, und vernichte den

Digitized by Google

Staat. Die Petitionen seyen unter der Einfluß des Geistlichen zu Stande gekommen, welche die Herrschaft für sich wolle. Man sage, sie kämen aus allen Gauen; allein aus Oesterreich jagen seine Akten das Gegentheil. Er schildert die Macht der katholischen Geistlichkeit über die Gemüther, besonders in den untern Klassen, und folgert daraus, daß, wenn ohne Gegengewicht die Kirche für unabhängig erklärt werde, das Volk in Abergläuben und Finsterniß zurückfallen würde. Er erwähnt der Bulle Coena domini, die Jeden verflucht, der sich gegen die katholische Geistlichkeit auflehnt; dann der Wallfahrten, nächtlichen Gottesdienste, der vielen Feiertage, des Cölibats, der Klöster „mit all ihrem Unsinn.“ Der Redner erwähnt dann der Verweigerung der Taufe, der Eheeinsegnung, der Absolution, wenn nicht Geld gegeben werde. Erst vor 14 Tagen sey ein katholischer Geistlicher in Oesterreich excommunizirt worden, weil er sich dem Deutschatholicismus zuwendete. Er erwähnt ferner, daß man sich besonders der Dienstboten bediente, um die Familiengeheimnisse auszuforschen, die dann häufig auf die Polizei gewandert seyen. Dies Gesuch der Tyroler Abgeordneten um schonende Berücksichtigung der Verhältnisse Tyrols bei Einführung der Glaubensfreiheit, zeige am besten, wie weit eine unabhängige, vom Staate begünstigte Kirche einwirken könne. Die Einführung der Gewissensfreiheit könnte einen Sonderbundskrieg in Tyrol entzünden. Redner hofft übrigens, daß auch die untern Klassen in Oesterreich zur Besinnung kommen und daß alsdann Oesterreich die Aufhebung der Klöster, Austreibung der Mönche, die Trennung von Rom beschließen und den Deutschatholicismus annehmen werde. Nur wenn der Kirche der Gütererwerb verboten, die Schule von der Kirche getrennt, die Priesterseminarien Staatsanstalten würden, könne man die Unabhängigkeit der Kirche leichter gewähren; sonst würde die Finsternitz nur dichter werden; man würde dem Volke geistige Fesseln anlegen, die härter drückten, als die Entziehung politischer Rechte. Rößler von Oels: Wenn die Kirche, wie man behaupte, geknechtet worden, so sey es durch die Kirche selbst, durch den Papst geschehen, der mit den Fürsten Concordate geschlossen habe. Die Herren der historisch-politischen Blätter hielten sich für die Kirche. Wenn man sage, die Belgier hätten Petitionen keine Klage, so verweise er auf die Briefe eines protestantischen Pfarrers aus selbst vom Jahr 1845 — 46 im „Observateur belge“, die aber selbst dieses freisinnige Blatt nicht fortzusetzen wagte, auf die Proselytenmacherei im Hospital St. Jacques zu Brüssel und die Verfolgung der Freimaurer. Als Zitel in der badischen Kammer den Antrag auf Religionsfreiheit stellte, da habe man Petitionen dagegen auf Leiterwagen herbeigeführt; jetzt kämen auch denselben Gegenden Petitionen für Religionsfreiheit. „Timeo Danaos ed dona ferentes.“

Wien, 30. August. Gestern Abends fand in dem mit deutschen Fahnen und Waffen-Trophäen geschmückten Garten des Praters das von den hiesigen Militärs aller Waffen-Gattungen zu Ehren der aus Schleswig-Holstein zurückkehrende Offiziere veranstaltete Fest statt. Sämmtliche Frei-Corps, die Linie und die Landwehr nahmen so zahlreichen Antheil, daß wohl drei bis vier tausend Menschen den Raum erfüllt haben mochten. Prinz Lutipold und später auch der König nahmen einige Zeit Antheil. Letzterer ward mit stürmischen Hoch-Rufen begrüßt, er unterhielt sich mit Vielen der Anwesenden und ernannte Major v. v. Zann zum Oberst-lieutenant, und Oberlieutenant Hebofser, der sich in Schleswig durch einzelne kühne Waffenthaten besonders ausgezeichnet hatte, zum Hauptmann im Generalstabe, worüber sich gewiß Jedermann herzlich freute, und verließ unter dem stürmischen Jubel der Versammlung den Garten. (N. K.)

(Schluß des Armeebefehls.) Zu Unterquartiermeistern II. Kl.: die Akturae I. Kl. J. Lauer, F. Gerlinger u. F. Häring; die Akturae II. Klasse J. Ottmann, J. Dunze, F. Fränkel, J. Eckard, S. Schübel, J. Lailig, J. Dreer, A. Wiedner, A. Grasser, J. Bihler, B. Kist, G. Raab, B. Wieber, B. Hiller, Ph. Schwarz, P. Bauer, A. Löfler, J. Baselberger, W. Haffner, J. Kobel, L. Weyschad, J. Köbler, K. Reiß, H. Oertel, J. Pröll, H. Hypen, J. Göpelmann, J. Koch, A. Perst, Ch. Altschuh, G. Ziegler, Th. Heubed, Ed. Karl, J. Kachelmaier, L. Porzer, Fr. Löhlein, G. Digler, J. Kraus, Fr. Lehner, Fr. Papst, J. Backert, F. Wüstendorfer, J. Meß, J. Brückner, M. Herrmann, S. Seiler, M. Strigl, Fr. Meier, A. Bly, A. Lechner, P. Inerwies, N. Ott, B. Millauer, M. Grafenberger, K. Peppel, W. Fuchs, S. Schmaiz, A. Reknagel, K. Kaiser, G. Grünthaler; zum Unterapotheker II. Klasse: der Apothekergehilfe I. Klasse J. Maas; zu Unter-Apothekern III. Klasse: der Apotheker-Gehilfe I. Klasse K. Schmidt, dann die Apotheker-Gehilfen II. Klasse K. Kirchgrabner, M. Grazioli, A. Schmaizing, A. Aigner, C. Renz; zum Fahnenhof-Akturar II. Klasse: der Fahnenhofs-Aktuar älterer Rangbestimmung Ludwig Dorn beim Fahnenhof Steinamanger, zu Regiments-Canzley-Akturaren: die Auditoriats-Akturare J. Luber, A. May, dann der funktionirende Aktuar F. Mark. Ernannt wurden ferner: zu Unterlieutenants E. Frhr. v. Maltzan, L. Frhr. v. Washington, H. De Rhna, K. Graf zu Eltz, F. Fürst zu d. Lepe, Frhr. v. Mandl, F. Graf zu Castell, C. Graf v. Hompesch, A. Negroli, Moriz Prinz von Sachsen-Altenburg, C. Fürst v. Wrede, A. Paim, Ph. Graf v. Brockdorf, M. v. Ellenrieder, A. Frhr. v. Nagerl, O. v. Sichtern, Ph. Graf v. Ingelheim, genannt Echter v. Mespelbrunn, G. Graf zu Castell, M. Frhr. v. Truchseß-Bezhausen, E. Frhr. v. Lepel, W. Graf zu Castell, C. De Non und B. Bauer; zu Unterlieutenants in widerruflicher Eigenschaft: P. v. Braunmühl, J. Frhr. v. Künsberg, H. Rottman, E. Mayr, E. Fuchs, A. Saint-Symon, F. Kleinschrodt, L. Winter, J. v. Freyschlag, B. Allweyer, J. Bimmer, K. Berger, K. Lindhammer, K. Brustlauker, G. Ruepprecht, J. Angstwurm, A. Horn, K. Schmieg, C. Hell, J. v. Rehau, Ch. Knöllinger, M. Rey, G. Dittborn, G. Bonn, P. Hirschmann, E. Kummer, G. Mößner, E. Schneider, F. Gros, L. Betterlein, K. Heimberger, R. Heiß, J. Kögimaier, J. Michael, L. Faber, G. Zwenzauer, L. Graf v. Boltolini, J. Wagner, K. Stolber, M. Löpl, O. v. Stubentauch, A. v. Spvope, J. Putz, L. Mailklinger, H. v. Sigrig, J. Woif, Gh. Streitmann, M. Daßio, E. Seelthorn, A. Löffel, E. Winkler, L. Reinhold, K. Martin, Ph. Köcher, F. Berger, L. Zugendas, K. Gries, F. v. Schelling, L. Neuwinger, J. Schmidtner, L. Kimmerle, E. Kühmann, J. Ungemach, M. Groß, F. Gruntal, G. Hanschuh, J. Ritter v. Reichert, H. Ritter v. Bollmar, K. Gaßner, A. Hablitschek, F. Breul, D. Weiß, L. Trautner, J. Reitmayer, H. Cramer, E. Ehederg, J. v. Clarmann, H. Jänichen, F. Feiler, M. Mühimichl, M. Radler, L. Frhr. v. Schönbuch, M. Stöhr, W. v. Moro, F. Kreuter, A. Grünwald, J. Frhr. v. Lobkowitz, B. Marrini; zu Junkern: F. Frhr. v. Hutten, K. Sauer, Th. Frhr. v. Crailsheim, G. Ihri, Th. Frhr. v. Malsen, A. Falkner v. Sonnenburg, M. v. Hefele, J. Fach, A. Belli v. Gavardo, L. Frhr. Ebner v. Eschenbach, F. Von Bellingrath, E. v. Gönner; zum Kriegsrechnungsrathe III. Klasse: der Reg.-Quartiermeister II. Klasse und Revisor J. Nagelschmidt; zum Commissariatscorps-Auditor: der Regimentsauditor I. Klasse J. Kohler; zu Unterärzten I. Klasse in provisorischer Eigenschaft: Dr. E. Quidmann, Dr. A. Appiano, Dr. L. Binswanger, Dr. E. Hofmann, Dr. H. Heynig, Dr. E. Fuchs, Dr. K. Maurer, Dr. A. Kimmerle; zu Unterärzten II. Klasse in provisorischer Eigenschaft: Dr. E. Preßele, Dr. E. Heinrich, Dr. J. Greb, Dr. G. Engelmann, Dr. J. Wm. Neubiser, Dr. D. Bauer, Dr. A. Schramm, Dr. W. Köbler, Dr. Ph. Kiß, Dr. J. Löhr, Dr. Ch. Grueber, Dr. K. Bürckl; zu Unter-Auditoren: die Auditoriatspraktikanten J. Höhl, W. Görz, B. Weinzierl; zum Fahnenhofs-Aktuar II. Klasse in provisorischer Eigenschaft: der funktionirende Aktuar K. Ebert.

Berlin, 29. August. Die Prophezeiungen haben sich wieder einmal sichtlich bewährt. Der gestrige Abend war nicht unruhvoller als die Abende der letzten Wochen. Unter den Linden hatte sich zwar ein großer Volkshaufen eingefunden, jedoch allem Anscheine nach weniger, um die Prophezeiung wahr zu machen, als um Zeuge ihrer Unwirklichkeit zu werden. Die Ausrufen des trächtlicher Bürgermassen, das Signalfeuern durch die Straßen zc. hatte den gewohnten Erfolg, die Haufen, statt sie zerstreuen, zu sammeln. Etliche Verhaftungen und einige unerhebliche Verwundungen sind das Resultat des mit so großen Besorgnissen erwarteten Pulsches. Zwei Schüsse, die, wie behauptet wird, aus dem Volke gefallen sind, trugen das Ihrige dazu bei, den Haufen größer zu machen. Wie es heißt, seyen aus dem Volke selbst zwei Menschen durch diese Schüsse verwundet worden.

Wie der Breslauer-Zeitung aus Berlin geschrieben wird, wäre der König gegen die Abschaffung der Todesstrafe, und zwar seyen es religiöse Bedenken, die ihn dazu bestimmen.

Potsdam, 28. August. An der Cholera sind hier bereits mehrere Personen schnell gestorben; in Sanssouci wird auch ein besonderes Choleralazareth eingerichtet. (D. A. Z.)

Aus der oberrheinischen Kirchenprovinz im August. Aus ganz sicherer Quelle vernimmt man wiederum den Rücktritt eines katholischen Geistlichen in den Laienstand, und zwar des Direktors F. an der Mittelschule zu D., und zugleich auch, daß in kurzer Zeit alle diejenigen katholischen Geistlichen, welche im Gehorsam ihr Fortkommen zu finden wissen, ebenfalls aus dem Priesterstande treten werden. (D. A. Z.)

Digitized by Google

Die Neue Preußische Zeitung berichtet aus Berlin vom 29. August, daß der Minister Milde der dasigen Börse angezeigt, daß ein Waffenstillstand mit Dänemark auf sieben Monate abgeschlossen ist und in Folge dessen die Blokade der preußischen Häfen in den nächsten Tagen aufgehoben werden wird. (Diese Nachricht wird uns noch von anderer Seite bestätigt.)

Die Weser-Zeitung bemerkt, nach den neuesten Briefen aus Altona vom 27. und aus Kiel vom 26. August war über die Waffenstillstandsverhandlungen nichts Neues bekannt geworden. Nur wurde bestätigt, daß eine Theilung Schleswigs nach der eignen Abstimmung der Bevölkerung als das Mittel, um zur definitiven Entscheidung der Frage zu kommen, in Aussicht gestellt werde. Sie könne in die Polemik, welche gegen diesen Ausweg von einer Partei in den Herzogthümern erhoben werde, nicht einstimmen, hatte ihn vielmehr jetzt für den der Würde und dem Grundsatze der Nationalität am meisten entsprechenden. — Lübhausen soll in Wien in Böhmen zum Reichsabgeordneten gewählt seyn. (D. A. Z.)

Aus dem Sundewitt, 25. August. Gestern hatten wir Gelegenheit, den Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee bei unsern Vorposten zu sehen. Die aus dem nassauischen, weimarischen und frankfurter Contingent gebildete Brigade Aleseld hat jetzt die Vorposten bei Alnoer, Grasenstein und Apbüll und ist dem 10. Armeecorps unter dem General Halkett zugetheilt. Auf einem trefflich gelegenen Platze bei Rinkenis, von dessen Höhe man mit einem Blicke den Sundewitt, die flensburger Bucht und die dänischen Blockadeschiffe bei Helmis übersieht, war ein nassauisches und das frankfurter Bataillon in Parade aufgestellt, als der General v. Wrangel mit dem in seinem Hauptquartier angestellten Prinzen Friedrich von Baden, dem General Halkett und einer großen Suite angesprengt kam. Nach der Musterung und dem Vorbeimarsch sprach der General v. Wrangel seine Zufriedenheit über das Aeußere der Truppen aus, besichtigte im Einzelnen Waffen, Munition und Lebensmittel, ließ sich die aus den Colonnen um ihn herumgetretenen Offiziere einzeln vorstellen und sprach dann lebhaft, klar und eindringlich zu den versammelten Truppen ungefähr: Ich freue mich euch willkommen zu heißen auf dem Kriegsschauplatze, im Kreise der andern deutschen Bundestruppen. Seid wie sie brav und getreu. Unter dem Befehle des commandirenden Generals, unter den ich euch gestellt habe, ist das leicht. Ihr kommt von Nassau, ihr von Frankfurt und mich sendet der König von Preußen. Darauf kommt es hier aber gar nicht an. Wir alle sind Deutsche. Deutschland ruft uns in den Krieg. Es lebe unser geeint Deutschland! Es lebe der Reichsoberweser! Hoch!" Einer der neuen Commandirenden wollte nun mit der Truppe dem General v. Wrangel ein Hoch bringen, doch ließ er dies nicht zu: „Halt, halt! Jetzt nicht, meine Herren! Wir müssen uns erst näher kennen lernen! Wenn ihr Leute erst die Bluttaufe bekommen habt, nach dem nächsten stegreichen Treffen unter meinem Befehl, und wenn es hier zu spät sein sollte, so auf einem andern Kriegsschauplatze, da könnt ihr mich hoch leben lassen, da werde ich es mit Dank annehmen! Versteht ihr mich?" (D. A. Z.)

Italien.

Triest, 26. August. Der „Vulcano" ist heute von Venedig mit der Nachricht zurückgekehrt, daß Albini den Befehlshaber gefaßt habe, binnen 5 Tagen, als der zur Einschiffung der Truppen und zur Vorbereitung für die Abfahrt nöthigen Zeit, die dortigen Gewässer zu verlassen und die Richtung nach Sardinien zu nehmen. Venedig wäre alsdann auf sich selbst beschränkt und dürfte sich, zu Land und zu Wasser eingeschlossen — denn wir hören, daß unser Geschwader zu dessen Blokirung auslaufen soll — schwerlich lange mehr halten können. (A. Z.)

Nach den Berichten, die Radetzky an das Kriegsministerium eingesendet hat, beliefen sich die Verluste der 1. 2. und 3. österreichischen Armeecorps während der 7 Tage vom 23. Juli bis 4. August, die das Schicksal der Lombardei entschieden haben, an Todten, Verwundeten und Gefangenen auf 107 Offiziere und 2598 Unteroffiziere und Gemeine. Ueber die Verluste des 4. und des Reserveforps fehlen bis jetzt genaue Angaben.

Turiner Blätter vom 22. August melden, Graf Franzini habe die Annahme des Portefeuille des Kriegs abgelehnt. General Da Bormida sey zu dessen Nachfolger ernannt. Das Ministerium, dessen Präsident nicht zur Partei der Majorität der Deputiertenkammer gehöre, könnte zu bestimmten Kriegs- oder Friedensentschlüssen nicht schreiten, ohne den gesetzgebenden Körper zu Rath gezogen zu haben. Es scheine daher die Kammern vertagen und die Deputiertenkammer auflösen zu wollen. In diesem Mißtrauen gegen das Ministerium gesellt sich die finanzielle Verlegenheit. Ein kgl. Decret verspricht binnen welche Anerbietungen für die Nationalanleihe machen, eine Prämie von 10 Proc. Man sieht unter solchen Umständen ein, wie unser Lyoner Brief berichten kann, in Turin wisse man nicht wer Koch oder Kellner sey. Eine andere Mittheilung schildert die dortige Lage mit folgenden Worten: In Turin besteht ein neues Ministerium, ist aber ohne alles Ansehen; im Hauptquartier des Königs besteht ebenfalls eine Art Regierung, und eine dritte finden wir in Genua, das gern unabhängig seyn möchte. Niemand weiß welche die Oberhand behalten wird. In Alessandria brach eine Emeute aus die vom König die Entlassung derjenigen Generale verlangte deren Unfähigkeit man den Kriegsumglück zuschreibt. Ein Bataillon Nationalgarde solle die Zusammenrottung auseinander sprengen, ging aber zum Volk über. Nun wurden zwei Bataill. vom Regiment Pignerol damit beauftragt. Allein auch sie hätten sich sofort dem Volk und Nationalgarde angeschlossen. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 26. August. Am selben Tage, als die Ungarn bei St. Thomas zurückgeschlagen worden, haben sie auch bei Weißkirchen und bei Lagerdorf Schappen erlitten. Alle Nachtheile der ungarischen Waffen liegt man hier dem angeblichen Verrath der österreichischen Offiziere zur Last. Namentlich soll bei St. Thomas durch die angebliche Verrätherei des Generalmajors Wollnhoffer den Ungarn der bereits halb errungene Sieg wieder aus den Händen gerissen worden sein. Wollnhoffer ist vom hiesigen Kriegsminister abberufen und Batonyi an dessen Stelle befördert worden. — Unsere Finanzen sind in dem bedauernswerthesten Zustande, die Quellen der öffentlichen Revenuen fließen in der allgemeinen Zerrüttung immer spärlicher. Für die kommenden zwei Monate stehen nur 700,000 Fl. Einnahme in Aussicht, und doch ist, nach dem Ausdruck des Finanzministers Kossuth, der Tag glücklich zu preisen an dem nicht 100,000 Fl. verausgabt werden müssen. Kossuth hat daher vom Repräsentantenhause die Ermächtigung zur Emittirung von 61 Millionen Fl. ungarischer Banknoten verlangt und nach vieler Anstrengung erhalten.

Draskia (im Banat), 20. August. Der gestrige Tag war für die Militaircommando Weißkirchen ein Tag des Entsetzens und des Ruhmes zugleich. Diese Stadt ist der einzige Punkt der illyrisch-banater Militairgrenze, welcher sich der serbischen Insurrection nicht angeschlossen hat, dessen Bürgerschaft den sonst offenen, am Fuß eines Bergabhanges liegenden Ort durchaus verbarricadirte und gegen die Aufrührer mit ihrem letzten Tropfen Blut zu vertheidigen seit entschlossen war. Seit mehren Tagen bereits war Weißkirchen durch ein Insurgentenheer bedroht, aber stets ohne besondern Nachdruck erfolglos angegriffen. Am 19. August früh 4 Uhr nun überstiegen die Insurgenten die oberhalb der Stadt Weißkirchen mit 35 M. unter einer Kanone besetzte Redoute, stürmten dieselbe, tödteten oder versagten die Besatzung und begannen dann einen geordneten Massenangriff auf die Stadt unter dem Donner schweren Geschützes. Kaum hatte aber der Angriff von außen begonnen, kaum war die wehrhafte Mannschaft an die Barricaden getreten, als der illyrische Theil der weißkirchener Bewohner im Innern feindlich auftrat, auf die Barricadenkämpfer rücklings feuerte und den Ort an mehreren Punkten zu gleicher Zeit anzündete. Aber trotz der Feinde von innen und außen, trotz der wüthenden Angriffe Ihrer nach Beute und Raub lechzenden Gegner blieb der Muth Weißkirchens unerschüttert. Eine Barricade, welche durch Verrath von ihren Vertheidigern entblößt und von den Angreifern genommen wurde, öffnete die Stadt; aber desserungeachtet wurden die eingedrungenen Feinde von den Bürgern und Garden mit wahrhaftem Heldenmuthe zurückgeworfen. So währte der Kampf elf Stunden fort, während mehr als 100 Häuser im Innern der Stadt in Flammen standen und bis die Feinde an allen Punkten mit großem Verluste geschlagen und zurückgedrängt, endlich bei Ankunft einer von Versetz zu Hülfe geeilten Cavalerie-, Infanterie- und Artillerieabtheilung bis über die Nera in das Gebirge zurückgeworfen wurden. Der Vorrespondent bringt in einer Nachschrift entsetzenerregende Details. Als die Serben in den illyrischen Stadttheil eingedrungen waren, schlachteten sie Weiber und Kinder der Deutschen ab, welche vereinzelt unter ihnen wohnen, und begingen die schändlichsten Grausamkeiten, so daß nach Verdrängung der flüchtigen Feinde die ganze Wuth der Weißkirchner sich gegen den innern Feind wendete. In Folge dessen begann zwischen Illyrien und Deutschen in Weißkirchen selbst eine Mordscene, die zu entsetzlich ist, um beschrieben werden zu können und welche mit der Vertilgung alles Dessen endete, was illyrischen Stammes ist. Die Insurgenten sollen inzwischen wieder Verstärkung erhalten und Weißkirchen neuerdings eingeschlossen haben. (Oester. Ztg.)

Digitized by Google

Frankreich.

* Paris, 28. August. Der gestrige Sonntag ist in größter Ruhe vorübergegangen. Alles gestebt, daß die Regierung dieses Mal eine große Gewandtheit entwickelt hat, um dieses drohende Ungewitter, das seit 14 Tagen ganz Frankreich in ängstlicher Erwartung hielt, so unschädlich abzuleiten. Der Rapport der Untersuchungs-Commission ist beseitigt, man hat Causidière und Louis Blanc Zeit gelassen, sich der vorläufigen Untersuchungshaft zu entziehen, ihr eigenes Interesse erfordert, daß sie sich am Tage der gerichtlichen Debatte stellen, um nicht in Contumaz verdammt zu werden, und Cavaignac, in dem er so unparteiisch und energisch auftrat und der Justiz gegen seine eigene Partei freien Lauf liess, gewinnt dadurch das Recht und die Kraft auch gegen die royalistische Partei und deren Umtriebe entschiedener aufzutreten.

Wir haben gemeldet, daß eine Versammlung von Journalisten Statt fand, um gegen die Unterdrückung mehrerer Journale zu protestiren. Die meisten großen Journale waren bei dieser Versammlung nicht erschienen, die anwesenden 32 Journale, (wovon 12 nicht mehr erscheinen) repräsentirt durch 60 Journalisten unterzeichneten die Protestation, die gestern durch eine Deputation dem General Cavaignac übergeben ward. Seine Unterredung mit der Deputation dauerte eine Stunde und seine letzte Erklärung war folgende: „Meine Herren! Indem ich die Journale suspendirte deren Angriffe mir für die Begründung der Republik gefährlich schienen, glaubte ich eine Pflicht zu erfüllen, — Sie als Journalisten thun die Ihrige, indem Sie gegen diese Antastung der Preßfreiheit und der Rechte des Schriftstellerd protestiren. Diese Protestation ist eine Handlung, die Sie ehrt, und ich würde im Interesse Ihrer Würde es nicht begriffen haben, wenn Sie sie nicht gemacht hätten; ja, ich erwartete sie."

Heute um 11 Uhr findet eine neue Versammlung der Journalisten Statt, um sich über die fernern Schritte zu berathen.

Der Spectateur republicain, Cavaignac's Spezial-Organ, gibt heute zu verstehen, Oesterreich suche die Negociationen wegen Italiens in die Länge zu ziehen, um interessen theils alle seine disponibeln Militairkräfte nach Italien zu schicken, theils Zeit zu gewinnen um möglich günstige Ereignisse abzuwarten. Der Spectateur erklärt, daß Frankreich dieses dilatorische System in keinem Falle dulden werde. Es sey bereit in Wien, in Mailand oder in Turin zu unterhandeln, mit Generalen oder Diplomaten als Bevollmächtigten, aber die Unterhandlung müsse rasch begonnen, loyal durchgeführt werden. Der innere Zustand Frankreichs erlaube keine Ungewißheit, — wolle Oesterreich nicht rasch und loyal handeln, so bleibe Frankreich nur der Krieg, es habe ihn nicht hervorgerufen, es werde ihn freudig annehmen. Der Krieg, schließt der Artikel, wird unseren innern Zwistigkeiten ein Ende machen, er wird die Republik befestigen, vergrößern. Der Krieg wird der Republik ihre Erinnerungen, ihre Siege, ihre großen Männer geben. Und nicht zum ersten Male wird der Fall eintreten, daß gerade die Feinde Frankreichs es mit Gewalt zwingen, sich in einen Kampf zu werfen, aus dem es nur stärker und ruhmvoller hervorgehen könne. — Dieser Artikel macht ungeheures Aufsehen, um so mehr, als man verbreitet, daß er aus Cavaignac's Feder geflossen ist.

Die Alpen-Armee, 70,000 Mann stark steht jetzt an der Grenze concentrirt und kann in 24 Stunden auf italienischen Boden seyn. Der Interims-Gouverneur von Algier hat den Befehl erhalten, 40,000 Mann bereit zu halten, die zu jeder Zeit eingeschifft werden können. Die Journale des Mosel-Departement melden, daß der Commandant der Militair-Division zu Metz durch den Telegraphen den Befehl erhalten hat, in allen Regimentern seiner Division, acht Compagnien per Bataillon auf den großen Kriegsfuß zu setzen und disponibel zu halten.

Die Ruhe ist in Lille wieder hergestellt und nicht mehr gestört worden.

General Bedeau ist in vollkommener Reconvalescenz und geht bereits an Krücken in seinem Zimmer auf und ab.

Der talentvolle Maler Arty Scheffer hat das ihm für seine Tapferkeit in den Juni-Tagen verliehene Commandeurkreuz der Ehrenlegion nicht angenommen. Auch die Artillerie-Legion der Nationalgarde, die sich am Besten schlug, hat jede Belohnung zurückgewiesen. Mehrere Compagnien der Nationalgarde fangen an dieses Beispiel nachzuahmen und die Belohnungen für einen Bürgertrieg abzulehnen.

(Nachschrift.) Man bemerkt heute eine bedeutende Truppenbewegung in Paris. Fast alle Regimenter der Garnison sind in Bewegung und marschiren nach den östlichen Theilen der Stadt. Diese militairischen Promenaden, die sich fast täglich wiederholen, geben Stoff zu den abenteuerlichsten Gerüchten. Wir müssen jedoch bemerken, daß Paris vollkommen ruhig ist und die Allarmisten ihre Mühe umsonst verschwenden.

Paris, 27. August. Graf Montalivet soll hier seyn, um im Auftrage Ludwig Philipp's bei der Regierung Gesb-Unterstützung für den Ertönig nachzusuchen. Die Regierung soll auch entschlossen sein, ihm von seinen Einkünften so viel zu bewilligen, daß er auf anständigem Fuße leben kann. (K. Z.)

Lyon, 24. August. Die Nachrichten von Turin stimmen alle darin überein, daß dort Niemand weiß wer Kock oder Kellner sey. Von neuen Truppenbewegungen an unserer Gränze verlautet weiter nichts. Hier spricht man von großen Bewegungen der Legitimisten und von nahen Versuchen derselben gegen die Republik. Doch glaub' ich, ist nicht die Hälfte von dem wahr was man glaubt oder fürchtet. Wohl tanzen wir nicht auf Rosen, wohl naht der Winter mit Schrecken, wohl hört man von allerlei Raubgesindel im Süden und in unserer Nähe, wohl hört man hier und dort unumwunden gegen die Republik schreien, aber eine Schilderhebung rein zu Gunsten Heinrichs V. kann vorderhand nichts anders als ein verfehltes Unternehmen werden. Alle Welt sagt sich: ja und wenn's glückte, was dann? Der Kampf ginge wieder von vorne an, ohne uns Ruhe zu versprechen. Vielleicht kann sich's mit der Republik doch zurechtziehen. Ich weiß wohl daß sich oft in Frankreich das Blatt wie Handumkehr wendet. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Vom 16. bis 19. August erkrankten in Petersburg an der Cholera immer noch 120, starben 54 und blieben 545 Kranke in Behandlung. In Moskau erkrankten vom 1. bis incl. 7. August 572, wovon 418 starben. In den Gouvernements dauert die Krankheit mit gleicher Stärke fort. Auch ist die unerwartete Nachricht eingegangen, daß seit Anfang Juli die Cholera auch in Sibirien ausgebrochen ist, bis wohin sie in frühern Jahren nicht gedrungen war.

Bekanntmachung.

Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Rothgerbermeister Georg Pöhlmann in Goldkronach, die Vollmacht, welche er am 6. Mai 1845 dem Schuhmachermeister Konrad Lutz von da ertheilte, unter dem 6. v. M. widerrufen habe.

Berneck, am 10. August 1848.

Königliches Landgericht.
Haas.

Anzeigen.

Am Montag den 4. September d. J. Nachmittags 5 Uhr soll wieder eine Generalversammlung der sämmtlichen Gewerbe-Vereinsmitglieder im Gewerbschul-Lokale dahier statt finden, um über wichtige Vereinsangelegenheiten nöthige Berathung zu pflegen, und da in derselben zugleich auch Herr Gewerbevollmächtigter Dorfmüller über seine Absendung zu dem Frankfurter Gewerbe-Congreß ausführlichen Bericht erstatten wird, so sind auch hiermit alle Vorstände der einzelnen verschiedenen Gewerbe zu dieser Versammlung dringend eingeladen von dem

Gewerbes-Vereins-Ausschuß.

Aufforderung.

Im Gasthof zum goldenen Adler liegen bis künftigen Montag Abends 10 Uhr zwei Adressen an die National-Versammlung zu Frankfurt auf. — Alle Adreitet werden gebeten, sich binnen der angegebenen Zeit, durch ihre Unterschrift an derselben zu betheiligen.

Bayreuth, 1. September 1848.

Der zur Besorgung der Angelegenheit erwählte Ausschuß.

Liederkranz.

Die auf den 31. v. M. angekündigte

Production in der Altstadt

findet bei günstigem Wetter

Samstag den 2. d. M. statt.

Bayreuth, den 1. September 1848.

Die Vorsteher.

Ein junger Mensch wird zu lernen gesucht bei Crepinarbeiter Amos in der breiten Gasse.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 245. — 3. September 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 31. August. Der Minister des Auswärtigen hat heute die Nationalversammlung von dem Abschluß eines Waffenstillstandes mit Dänemark in Kenntniß gesetzt. Nähere Details konnte er jedoch nicht darüber angeben. Der Justizminister übergab einen Gesetzvorschlag wegen Publikation der Beschlüsse der Nationalversammlung. Es soll ein Reichsgesetzblatt erscheinen und jedes Gesetz vom 25. Tage seiner Verkündigung an in ganz Deutschland verbindlich seyn. Die Versammlung nahm sodann die Wahl ihres Präsidenten und ihrer Vicepräsidenten vor. Zum Präsidenten wurde v. Gagern mit 396 unter 436, zum I. Vicepräsidenten v. Soiron mit 284 unter 433, zum II. Vicepräsidenten v. Herrmann aus München mit 270 unter 417 Stimmen gewählt. Zur Stelle des I. Vicepräsidenten hatte v. Herrmann 141, zu jener des II. Simon von Breslau 108 Stimmen gehabt. Ungefähr 50 Mitglieder der Linken reichten eine Protestation gegen Soiron's Wiedererwählung ein. Sie beriefen sich auf die, unter seinem Vorsitz vorgefallenen tumultuarischen Auftritte und lehnen im Voraus jede Verantwortung für die Folgen ab." Die Kosten des 50er Ausschusses wurden von der Versammlung genehmigt, auch den Mitgliedern desselben Diäten und Reiseszehren wie für die Mitglieder der Nationalversammlung bewilligt. Morgen werden die Minister verschiedene Interpellationen beantworten. Die Antwort auf die Anfrage wegen Ungarn erfolgt erst am 8. September.

Frankfurt, 27. August. Der Entwurf eines Gesetzes über Verantwortlichkeit der Reichsminister lautet: Jede Anordnung des Reichsverwesers bedarf zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung seiner Minister. Die Gegenzeichnung geschieht zunächst von demjenigen Minister, in dessen Geschäftskreis der Gegenstand gehört. Jeder Minister übernimmt durch die Unterschrift einer Verfügung die Verantwortlichkeit für ihren Inhalt, ohne daß der Reichsverweser ihn der Verantwortlichkeit nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes entziehen kann. Die Anklage eines Ministers kann erhoben werden wegen jeder von ihm verübten Handlung oder ihm zur Last liegenden Unterlassung, welche die Sicherheit oder Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates beeinträchtigt. Insbesondere kann danach die Anklage erhoben werden: 1) Wegen eines von dem Minister verübten Hoch- oder Landesverraths. 2) Wegen Entheilung von Instruktionen oder Beschlen, deren Nachtheil für die Wohlfahrt oder Sicherheit Deutschlands der Minister kannte, oder bei gehöriger Aufmerksamkeit kennen konnte. 3) Wegen Vollzugs von Befehlen des Reichsverwesers, welche gesetzwidrig oder den Interessen Deutschlands nachtheilig sind. 4) Wegen Unterlassung der Verkündigung oder Vollziehung eines, der Centralgewalt zur Vollziehung zugewiesenen Beschlusses der Nationalversammlung. Stehen einem Beschlusse erhebliche Einwendungen entgegen, so hat das Ministerium binnen acht Tagen, vom Tage des Empfanges des Beschlusses an, dieselben der Nationalversammlung vorzulegen, den hierauf gefaßten Beschluß der Nationalversammlung unverzüglich zu vollziehen. Wegen Unterlassung der Verkündung oder Vollziehung eines Beschlusses haften sämmtliche Minister des Reichsverwesers. 5) Wegen Verteilung des Beschlusses der Nationalversammlung durch die Art der Vollziehung. 6) Wegen vorsätzlicher Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte eines deutschen Bürgers. 7) Wegen jedesfauf Aufhebung oder Beschränkung der Rechte der Nationalversammlung gerichteten Unternehmens. 8) Wegen Annahme oder Bereicherung zur Annahme von Geschenken oder anderer Vortheile für die Vornahme oder Unterlassung einer Amthandlung. 9) Wegen Benutzung der Amtsgewalt oder Drohung mit derselben, um sich Vortheile zu verschaffen, oder wegen unbefugter Beschaffung von Geldern oder Geldeswerths zu öffentlichen Zwecken. 10) Wegen unrechtlicher Verwendung amtlich zu seiner Verfügung gestellter Gelder oder wegen anderer Arten der Veruntreuung in Beziehung auf öffentliche Gelder. Die Strafverfolgung für Verbrechen, welche von einem Minister als Privatperson verübt werden, und die nicht mit einem der oben bezeichneten Verbrechen zusammenhängen, findet in den gewöhnlichen Formen vor den zuständigen Strafgerichten statt. Ist eine Privatperson durch Handlungen eines Ministers in ihren Privatrechten beeinträchtigt, so ist die Klage des Beschädigten vor den ordentlichen Gerichten anzustellen und kann, wenn auch wegen der Handlung, durch welche die Privatperson verletzt ist, von der Nationalversammlung Anklage erhoben wird, nicht mit der Verfolgung derselben gehäuft werden. Der Antrag auf Anklage des Ministers wird in der National-Versammlung schriftlich mit genauer Bezeichnung der Thatsachen, auf welche der Antrag gehügt wird, und der Pflichtverletzung, welche Gegenstand der Anklage ist, erhoben, und muß wenigstens von 25 Mitgliedern der Nationalversammlung unterzeichnet sein. Der Präsident setzt drei Tage, nachdem der Antrag eingereicht worden ist, denselben auf die Tagesordnung. Die Verhandlung beschränkt sich darauf, ob die Nationalversammlung zur Tagesordnung übergehen oder den Antrag zur Vorberathung an die Abtheilungen weisen will. Wird das Zweite beschlossen, so wählen die Abtheilungen, nach geeigneter Berathung, die Mitglieder des Ausschusses. Diejenigen, welche den Antrag auf Anklage unterzeichneten, können nicht als Mitglieder des Ausschusses gewählt, sie können aber von dem Ausschusse gehört werden, um nähere Mittheilungen zu machen. Der Ausschuß hat alle Befugnisse, welche zur Ausmittelung der Wahrheit einem Untersuchungsrichter zustehen. Er kann Zeugen und Sachverständige auch eidlich vernehmen oder die Vernehmung derselben durch das Gericht veranlassen. Der Minister kann, wenn ihm der Antrag auf Anklage mitgetheilt ist, freiwillig oder auf Verantassung des Ausschusses persönlich vor demselben erscheinen und Aufklärung geben; er kann auch solche Erklärungen, sowie die betreffenden Urkunden schriftlich dem Ausschuß einreichen. In Fällen, in denen noch Verdacht obwaltet des Verbrechens und den gesetzlichen Vorschriften der Untersuchungsrichter Verhaftung anordnen dürfte, kann auch der Ausschuß Verhaftung des Ministers verfügen. Der Ausschuß erstattet nach beendigter Voruntersuchung seinen Bericht und legt, wenn er die Anklage für zulässig hält, zugleich den Entwurf der Anklageschrift der Nationalversammlung vor. Bei der Verhandlung der Sache in der Nationalversammlung kann der Minister erscheinen und Aufklärungen geben. Ueber die Zulässigkeit der Anklage entscheidet die Nationalversammlung nach absoluter Stimmenmehrheit. Ist die Anklage zugelassen, so wählt die Nationalversammlung 3 Mitglieder, um bei der mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshofe die Anklage zu verfolgen. Die Nationalversammlung kann, wenn die Anklage zugelassen ist, den angeklagten Minister vorläufig von seinem Amt entheben, auch die Verhaftung des Ministers verfügen. Die Nationalversammlung dehnt ihre Untersuchung auch auf die Mitschuldigen des angeschuldigten Ministers aus, und spricht gegen sie die Anklage und gemeinschaftliche Verfolgung mit dem Minister aus. Wenn die Anklage zugelassen ist, so wird sogleich die Anklageschrift und der mit Gründen versehene Beschluß derselben wegen Zulassung der Anklage mit den Actenstücken, welche der Nationalversammlung vorlagen, dem Präsidenten des Gerichtshofes mitgetheilt. Es kann auch, nachdem bereits die Anklage zugelassen ist, bis zum Schlusse der Verhandlung vor dem Gerichtshofe ein von 25 Mitgliedern unterzeichneter Antrag auf Zurücknahme der Anklage in der Nationalversammlung angebracht und nach geschäftsordnungsmäßiger Verhandlung das Nöthchen von der Anklage beschlossen werden. Die Verhandlung und Entscheidung über die Anklage, die von der Nationalversammlung gegen einen Minister und seine Mitschuldigen erhoben wurde, erfolgt bei dem Reichsgerichte, und wenn bis zu dem Zeitpunkt eines Falls der Anklage eines Ministers dieses Gericht noch nicht gebildet sein sollte, bei dem rheinischen Revisionshofe zu Berlin mit Zuziehung von Geschworenen. (Fortsetzung folgt.)

□ München, 31. August. Wie man vernimmt, wird Se. Maj. der König sich in Bälde nach Hohenschwangau begeben, um einen Theil des Herbstes dort zu verweilen. — Die Landwehr und Freikorps, welche um die Bewilligung nachgesucht haben, eine Hauptwache errichten zu dürfen, haben bis jetzt wenig Aussicht auf einen günstigen Bescheid. — In einer heutigen Sitzung des Staatsrathes kommen mehrere Gesetzgebungsfragen zur Berathung. Man glaubt, daß der Gesetzgebungsausschuß erst mit dem Ende

Digitized by Google

dieses Monats seine Arbeiten zu Stande bringt. Die neuen Wahlen werden im Oktober angeordnet, der Bundestag gegen die Mitte Novembers eröffnet werden. — In vergangener Nacht wurde in der Vorstadt Haidhausen eine schauderhafte Mordthat an einem Mädchen begangen; die Steinmetzer bezeichnet man als die Urheberin und wurde dieselbe bereits gefänglich eingezogen. Da das Mädchen eine Kirchweih gegen den Willen ihrer Mutter besuchte, so soll diese die Drohung ausgestossen haben, daß sie etwas thun werde, daß ihre Tochter keine Kirchweih mehr besuche. Der Leichnam des Mädchens wurde elend verstümmelt, Brüste, Hände und Füße abgeschnitten in einem Sacke eingebunden im Garten gefunden.

München, 31. August. Wie der heutige „Reichsbote“ berichtet, haben in Stamriet, dem Besitzthum des Hr. v. Abel, grobe Exzesse stattgefunden und soll Hr. v. Abel von dort abgereist seyn.

München, 31. August. Seit einiger Zeit besteht auch hier ein demokratischer Verein. Im Einstehen wie er ist, ist die Anzahl seiner Mitglieder zwar noch nicht sehr beträchtlich, dafür aber zählt er tüchtige Männer zu den Seinigen. Seine Grundsätze sind im Allgemeinen die, welche in der am 27. d. Mts. zu Nördlingen abgehaltenen Versammlung politischer Vereine angenommen wurden. Wie man hört, wird sich der Verein für Volksrechte an ihn anschließen, wodurch letzterer einen nicht unbedeutenden Zuwachs erhielte. Dr. Ringler, der in Nördlingen mit bedeutendem Erfolge sprach, steht an der Spitze des demokratischen Vereins; die Leuchtkugeln, welche er redigirt, können gewissermaßen, so weit es die Natur dieses illustrirten Blattes gestattet, das gegenwärtig in Mittels- und Norddeutschland bedeutend an Absehnern gewinnt, als sein Organ betrachtet werden. Man ist sehr gespannt, ob und welche Maßregeln die Regierung, nach Erlassung der bekannten Verfügung gegen die demokratischen Vereine, ergreifen wird.

Das Regierungsblatt Nr. 49 vom 31. August enthält ein Generalpatent, die Ausschreibung des Hauptlehenfalles betr., wonach in Folge der Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Maximilian sämmtliche Vasallen hinsichtlich der Urvenieben beim Ministerium des Aeußern und des Hauses, hinsichtlich der andern Lehen bei den Kreisfinanzkammern innerhalb der bestimmten Frist zumuthen, die schuldigen Lehengebühren zu entrichten und den Lehensempfang an den anzuberaumenden Terminen zu gewärtigen haben. — Eine k. Verordnung vom 21. August betrifft die Arzneitaxordnung und enthält folgende Bestimmungen: 1) der §. 2 der erwähnten Taxordnung wird hiemit aufgehoben, und künftig werden die Preise der mit † bezeichneten Arzneimittel wie alle übrigen berechnet. 2) Pfundpreise verordnete Arzneien sind, wo in der Taxe nur der Preis der Unze gegeben ist, künftig um ein Viertel niedriger zu taxiren. 3) Bei plötzlichen Erhöhungen oder Minderungen der Preise der Arzneikräuter werden die Kreisregierungen ermächtiget, vorläufig der Arzneimittel auf entsprechende Weise zu verändern. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 31. August. Ueber die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark erfährt man folgendes Nähere: Derselbe dauert bis zum 1. April 1849. Die Bundestruppen werden die Herzogthümer räumen; nur eine Besatzung von 2000 M. bleibt zurück. Die schleswig-holsteinische Armee bleibt organisirt. Die schleswig-holsteinische provisorischen Regierung wird aufgelöst und es hängt von der neu einzusetzenden ab, welche Akte der alten sie anerkennen will. Eine solche neue, ebenfalls provisorische Regierung wird aus den Männern von Schleswig und Holstein gebildet; die Mitglieder derselben werden von den versammelten Wählern unter Zuziehung der Herzogthümer gewählt. — Dem Vernehmen nach verläßt der General v. Below, der den Vertrag wegen des Waffenstillstandes hierher gebracht hatte, Berlin heute wieder, um die Ratifikation, die durch den König in Sanssouci erfolgt ist, zurückzubringen. Die Ratifikationen sollen in Lübeck auszuwechseln werden.

Folgendes ist der Wortlaut der am 29. August an die berliner Börse gerichteten Anzeige des Finanzministers in Betreff des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes: Die Aeltesten der Kaufmannschaft benachrichtige ich ergebenst, daß es gelungen ist, einen siebenmonatlichen Waffenstillstand mit Dänemark abzuschließen, und daß die Ratifikation der hierüber geschlossenen Verträge Seitens Sr. Maj. des Königs zu hoffen steht. Dem gemäß ist nicht nur binnen kurzem die Freigabe der angehaltenen Schiffe, sondern auch die Wiedereröffnung eines völlig freien Verkehrs zu erwarten.

In Berlin soll jetzt die Cholera, nach der Aussage der Aerzte, an Bösartigkeit abnehmen, und wenn erneute Erkrankungen vorgekommen sind, so haben diese einen mildern Charakter angenommen.

Wie die Spenersche Zeitung wissen will, wäre aus Frankfurt a. M. die Forderung nach Berlin gelangt, die Centralgewalt von Seiten Preußens sieben ganze Armeekorps, mit einem Effektiv von 310,000 Mann zum Dispositionen zu stellen, wahrscheinlich um einen Theil davon unmittelbar nach Böhmen zu senden und den Rest etwa nach der italienischen Grenze zu schicken, um sie gegen einen französisch-italienischen Einfall zu schützen. Es soll jedoch nach Frankfurt geschrieben worden, daß Preußen nicht allein 310,000 sondern 500,000 Mann ins Feld stellen könne, doch dürfe es wohl diese nicht so ohne weiteres dem Reiche zur Disposition stellen.

Anm. (Dagegen schreibt die deutsche Zeitung, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist, und nur der Hochconservativen Partei erfunden wurde, um die Centralgewalt in Berlin so viel wie möglich zu discreditiren).

Wien, 29. August. Den Interpellationen in der heutigen Sitzung war vorzüglich die Schuselka's bemerkenswerth, welcher den Minister der auswärtigen Angelegenheiten wegen des zweideutigen Verhaltens der österreichischen Diplomatie in der Schleswig-holsteinischen Sache zur Rede stellte. Wessenberg erwiderte: Oesterreich gehe in dieser Sache mit allen andern deutschen Staaten Hand in Hand und sein Gesandter zu Kopenhagen sei bloß bez. seiner nichtdeutschen Bestandtheile angewiesen, sich neutral zu benehmen.

Die Bremer Ztg. enthält folgende Nachricht aus Altenburg, deren Richtigkeit vorläufig dahingestellt bleiben mag: „Die kleinen Fürstenhäuser sangen an, ihre Mediatisirung zu besürchten. Sie ziehen es daher vor, sich lieber jetzt gegen angemessene Entschädigung mit ihren größeren Nachbarn zu verschmelzen. Seit einigen Wochen unterhandeln bereits deshalb die Fürsten von Reuß und Altenburg mit dem sächsischen Königshause. Die näheren Bedingungen dieser Unterhandlungen sind nicht bekannt geworden.“

(Hohenzollernsche Fürstenthümer.) (Abdankung des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen.) Das Verordnungs- und Anzeigeblatt von Sigmaringen enthält eine Bekanntmachung, wonach der Fürst Karl (geboren 1785) die Regierung wegen vorgerückten Alters in die Hände des Erbprinzen niederlegte.

Lübeck, 28. August. Es ist hier heute die Meldung mit dem Malmöer eingegangen, daß der Waffenstillstand geschlossen ist und daß die Ratifikationen hier am 1. Sept. ausgewechselt werden sollen. Hr. v. Below hat diese Meldung hierher machen lassen.

Triest, 26. August. Das gestern Abends angekommene Dampfboot „Italia“ brachte die Nachricht, daß die Cholera in Alexandrien (14 August) in Konstantinopel und Smyrna immer mehr um sich greife und nun auch auf der Insel Skiathos (Griechenland) ausgebrochen sey. Die griechische Regierung hat mehrere Kriegsschiffe nach Skiathos beordert, um die Kommunikation mit den übrigen Landestheilen zu verhindern. Bei dem in der Nacht vom 17. in Konstantinopel ausgebrochenen furchtbaren Brande sind auch 26 Kauffahrteischiffe, meist griechische und türkische, ein Raub der Flammen geworden.

Schweiz.

Luzern, 28. August. Uri, Schwyz und Unterwalden, nid und ob dem Wald, haben gestern die neue Bundesverfassung verworfen. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Rom, 18. August. In der gestrigen Kammersitzung ging es wild her. Sterbini behauptet, der Sturm der Kammer, welcher zur Aufhebung der Sitzung nöthigte, sey durch eine Partei veranlaßt, worden welche er als die Doctrinäre bezeichnet. Dieser sey der Krieg bis aufs bloße Wort verhaßt geworden. In der That scheint die Kammer nachgerade zu sich selbst zu kommen. Leider etwas spät! Die Aufregung des Papstes dauert fort, gestern Nacht soll er mehreremale aufgestanden seyn. Von physischem Unwohlseyn ist wohl die Rede gewesen, aber das Gerücht ist als falsch widerlegt. Die Nähe der Krisis, der wir hier entgegengehen, mag also auf sein Gemüth beunruhigend wirken.

Der Herzog von Parma ist am 17. August von Malta in Neapel angekommen; er begiebt sich, wie es scheint, in seine von den Sardiniern wiedergeräumten Staaten zurück.

Ungarn.

Verbaß, 19. August. Heute hat die Schlacht begonnen; die Kanonen ertönten zuerst Morgens 4½ Uhr bei Turia, um 5 Uhr ward St. Tomás bombardirt; bis 8 Uhr dauerte die Kanonade nicht nur an den erwähnten beiden Punkten, sondern auch weiter hinein, vermuthlich bei Földvár. Turia brannte noch um 1 Uhr Nachmittags. Um 9 Uhr hörte man starkes Gewehrfeuer von den Schanzen her; wir glaubten die Unsrigen seien in die Schanzen eingedrungen, erhielten aber bald die Nachricht daß der Feind von dort aus stark feuere. Um 1 Uhr zogen sich die Trup-

Digitized by Google

von gegen St. Thomas zurück und von dort mit den Kanonen nach Verdun. St. Thomas wurde eingenommen.

Groß-Beeskerek, 21. August. Gestern ward in Taras wieder ein Treffen geliefert. Die Serben setzten über den Theiß und zwangen das in Taras liegende wenige Militär und die vom Comitate bestellte Mannschaft zum Rückzuge; doch erhielt diese Securs und rückte mit den Kanonen ins Dorf, worauf die Rayen die Flucht ergriffen. Die Unsrigen stiegen dem schon einmal niedergebrannten Dorfe ihre Wuth in vollem Maße fühlen; es blieb kein Haus unversehrt. Unsere Kanonen wurden an der gegen der Theiß hin liegenden Seite des Dorfes bei dem dortigen Fruchtspeicher hin aufgestellt, welcher früher einen Punkt für die Serben bot, aber durch die Unsrigen zerstört wurde und unsern Kanonen, nachdem die Serben gestohen waren, eine treffliche Position gestatte. Einige Stunden lang mag das Bombardement gedauert haben, als eine von uns hinübergeschleuderte Granate einen Reiter niederstreckte und ihr Lager in Brand steckte. Unsere Soldaten campirten die Nacht auf freiem Felde und sind noch nicht zurückgekehrt. Abends kam ein Kurier und brachte die Nachricht, Bechkerek habe St. Thomas eingenommen — möge sie sich bestätigen!

Belgien.

Gent, 28. August. Hr. Louis Blanc ist gestern hier angekommen und, nachdem er von einigen Personen erkannt und der Polizei angezeigt war, provisorisch verhaftet worden, da er keinen Paß vorzeigen konnte. Man hat gleich nach Brüssel über den Zwischenfall berichtet, und die Regierung hat unmittelbar den Befehl ertheilt, Hrn. Louis Blanc frei zu lassen. Derselbe hatte gleich bei seiner Verhaftung erklärt; er sei Willens, sich über Ostende nach England zu begeben. Und er ist in der That heute Abend mit dem letzten Zuge nach Ostende abgereist. (K. Z.)

Frankreich.

* **Paris, 29. August.** Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ist durch zwei Zwischenfälle geschlossen worden. Es hatte sich nämlich seit Kurzem das Gerücht verbreitet, daß ein großer Theil wichtiger, nach dem 24. Februar in den Tuilerien gefundener Papiere plötzlich verschwunden sey und die republikanische Linke hatte eine Commission aus drei Mitgliedern ernannt, um hierüber eine Untersuchung anzustellen. Der Minister des Innern kam den darüber angekündigten Interpellationen zuvor, indem er der Versammlung mittheilte, daß in den Februartagen ein Theil der in den Tuilerien gefundenen Papiere verbrannt oder zerrissen worden sey, alle übrigen aber durch Herrn Ledru-Rollins Bemühungen gerettet, in Kisten gepackt, unter Siegel gelegt und in die National-Archive deponirt worden seyen. Jetzt werde man die Klassifikation derselben vornehmen. Herr Lauffedal stellte den förmlichen Vorschlag, daß diese Papiere durch eine Commission von 15 Mitgliedern der Nationalversammlung untersucht würden, — über diesen Vorschlag wird heute discutirt werden. Herr Taschereau erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Dokumente, die er in der Revue retrospective publicirt, theils aus dem Kabinette des Herrn Genie (Sekretär Guizots) theils aus zwei in Louis Philippes Arbeitszimmer gefundenen Portefeuilles herrührten, daß er zu dieser Publikation die Erlaubniß Ledru-Rollins erhalten und nach genommener Abschrift die Originale in den Archiven niedergelegt habe. Herr Crespel de La Touche legte hierauf einen Vorschlag vor, wodurch der Chef der Executiv-Gewalt getadelt werden soll, daß er mehrere Journale unterdrückt und so seine Befugnisse überschritten habe. Auch dieser Vorschlag wird heute diskutirt werden.

Eine heute veröffentlichte neue Proklamation des Polizei-Präfekten gibt sehr beruhigende Nachweise über die Lage von Paris. Die Anzahl der Arbeitslosen vermindert sich täglich, der Zufluß der Fremden nimmt zu und die Verbrechen gegen Personen und Eigenthum sind seltener als je. Der Präfekt spricht sich zugleich über die Gerüchte wegen einer legitimistischen Schilderhebung aus und vergleicht sie mit der imperialistischen Parade, die man im Juni zu organisiren suchte. Aber er fügt hinzu, daß das Volk klüger geworden und keineswegs mehr geneigt sey sich für einen Prätendenten zu schlagen.

In den Champs elysées ist gestern ein neues Lager von 240 Zelten aufgeschlagen worden, das 1500 Mann fasst. Der Belagerungszustand scheint also noch lange fortdauern zu sollen.

Die Missen des sardinischen Generals de Marmora, der seit vier Tagen hier ist, hat den Zweck von der französischen Regierung die Bewilligung zu verlangen, daß Marschall Bugeaud das Obercommando und die Reorganisation der piemontesischen Armee übernehmen dürfe. Der General hat dieselbe Antwort erhalten, wie Herr Tommaseo, Abgesandter von Venedig, der die französische Hülfe für Venedig verlangte, daß nämlich Frankreich keine partiellen Schritte thun könne, bis nicht die Antwort der österreichischen Regierung auf den Vermittlungs-Antrag erfolgt sey. Da jedoch der Vermittlungs-Antrag schon am 7. d. nach Wien abgegangen ist und bis heute unter allen möglichen Verwänden die Ankunftung von Unterhandlungen in Wien immer wieder hinausgeschoben worden ist, so hat die französische Regierung gestern eine neue pressante Note nach Wien gesandt, worin sie in Hinsicht der Annahme oder Zurückweisung der Vermittlung ein entschiedenes: Ja oder Nein verlangt und erklärt, daß keine Antwort nicht bis zum 10. September gegeben sey, Frankreich sich freie Verfügungen enthalten halten und seinen Interessen gemäß handeln werde. General Cavaignac hat zugleich die Concentration eines Observations-Corps am Ober-Rhein befohlen.

Die Journale bringen keine Nachrichten über Caussidieres Aufenthalt. Im Conferenzsaale der Nationalversammlung ward gestern versichert, Caussidiere habe Frankreich nicht verlassen und sey bei einem seiner Freunde in der Umgebung von Paris. Uebrigens haben Caussidiere und Louis Blanc ihre Ernennung dem General Cavaignac brieflich angezeigt und dabei zugleich unter Verpfändung ihres Ehrenwortes die Versicherung gegeben, daß sie sich am Tage der gerichtlichen Debatte stellen würden. (?)

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 29. August. An der Tagesordnung ist Lamennais Gesuch gerichtlich verfolgt zu werden. Lamennais selbst, sehr kränklich und leidend, nimmt das Wort, kann sich aber seines schwachen Organs wegen kaum hörbar machen, — er besteht auf seinem Verlangen wegen des von ihm unterzeichneten Artikels im Peuple constituant gerichtlich verfolgt zu werden, während man jetzt den ganz unschuldigen Geranten des Blattes verfolge. Die Commission hat in ihrem Berichte über sein Verlangen auf Verwerfung getroffen angetragen. Der Generalprocurator Corbon bekämpft Lamennais Vorschlag, das Gesetz schreibe die Verfolgung des Geranten vor, — die Verfolgung des Verfassers eines Artikels sey fakultativ und da keine besondere Rothwendigkeit vorliege, so nehme er es auf seine Verantwortlichkeit, Lamennais nicht zu verfolgen. Germain Sarrut spricht für Lamennais Vorschlag, Baze bekämpft denselben. Lefranc spricht noch in seiner gewöhnlichen heftigen Weise für Lamennais Vorschlag, aber die Rede: Genug! genug! zur Abstimmung! erschallten von allen Seiten; — es wird zur Abstimmung geschritten und die Bewilligung zur Verfolgung Lamennais verworfen. — Wirklich ist der modificirte Entwurf der Constitution vor. Der Eingang ist unverändert geblieben und steht jetzt mehr einem Journal-Artikel, als dem Vorworte der Verfassung eines großen Volkes ähnlich. Wir werden morgen darauf zurückkommen, — wir bemerken nur vorläufig, daß der neue Entwurf mit nur geringer Theilnahme angehört und sehr selten von einem: Très bien! unterbrochen wird. Man scheint mit dieser Umarbeitung nicht sonderlich zufrieden, sie sollte alle Parteien zufrieden stellen, sie befriedigt keine.

Paris, 28. August. Der „Corriere Mercantile" von Genua vom 23. d. berichet, daß das Dampfboot „Arno" die Nachricht, welche es von Neisenden erhalten, die im Augenblicke seiner Abfahrt von Civitavecchia von Rom daselbst eingetroffen, überbracht hat, daß in Rom ein Aufstand stattgefunden, in welchem mehrere Cardinäle getödtet worden waren, während andere sich gestüchtet hätten. Dieselbe Nachricht enthält die „Zeitung von Genua" von demselben Datum.

Lokales und Provinzielles.

—r. Die Zeit zur Vornahme der Gemeindewahlen rückt immer näher und mit ihr die Theilnahme für dieselben. Da nun nach dem Wahlgesetze vom Jahre 1818, nach welchem die Wahlfähigkeit an ein gewisses Steuerma§ gebunden ist, gewählt wird, so ist es doppelt nöthig, die Männer heraus zu finden, die des Vertrauens ihrer Mitbürger würdig sind und die bereits durch ihr ganzes Leben bewiesen haben, daß sie Männer des Fortschritts sind und daß sie, sind sie gewählt, sich nicht zu todten Maschinen, je nach der Laune des Vorsitzenden, brauchen lassen. — Nun sind zwar die Wahlisten auf dem Rathhause zur Einsicht aufgelegt, werden aber von Vielen, theils aus Gleichgültigkeit theils aus Mangel an Zeit rc. erst am Tage der Wahl selbst benützt und gewähren somit den Nutzen nicht, der bezweckt wird. In vielen Städten Bayerns hat daher der Magistrat die höchst löbliche Veranstaltung getroffen, daß die Wahllisten gedruckt und von Haus zu Haus vertheilt werden. Wir fühlen im Interesse der guten Sache den Wunsch aussprechen und auch erwarten, daß unser Magistrat diesem Beispiele recht bald folgen werde, um so mehr, als ja auch das k. Ministerium, in Ermanglung eines freieren Gemeindewahlgesetzes, den k. Wahlkommissären die Bildung größerer Wahldezirke überlassen

Digitized by Google

hat und von dieser Befugniß gewiß auch hier gerne Gebrauch gemacht werden wird.

An Euch, Mitbürger! ist es dann, diese Wahlliste genau zu prüfen, auch durch gegenseitige Besprechung über die Männer des Vertrauens und der Wahl zu verständigen und nur die zu wählen, die ihr als die würdigsten kennt. Nur aus guten Urwahlen können tüchtige Wahlmänner, Gemeindebevollmächtigte und Magistratsräthe hervorgehen. Und nur so können die, vor kurzem angebahnten Reformen unseres Magistrates weiter fortgeführt, nur so das Vertrauen wieder hergestellt werden, nur so unser Gemeindewesen den innern Halt wieder bekommen, der ihm so dringend noth thut.

Ein Bürger im Namen Vieler.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hülfsvollstreckung wird das Anwesen des hiesigen Webermeisters Maurer und der ledigen Magdalena Maurer dahier, bestehend

1) in einem baiden Wohnhause im neuen Weg, welches jetzt für sich besteht, und die St.-Bes.-Nr. 388, führt,
2) in einem hinter demselben befindlichen Garten zu einer Fläche von 1½ □Ruthen,
3) in einer Holzlege und einer Hofraith, welche zur Hälfte dem Eigenthümer des angebauten Nachbarhauses zugehört, und
4) in 2 Tagwerk Wiese in der untern Au, St.-Bes.-Nr. 388 b

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist nach der gerichtlichen Schätzung vom 18. August c. mit Berücksichtigung der sämmtlichen darauf haftenden Lasten auf 610 fl. eingewerthet worden und der Brandassecuranz mit 620 fl. einverleibt.

Die Taxationsverhandlungen können von allenfallsigen Kaufsliebhabern bei dem unterzeichneten Gerichte eingesehen werden und werden dieselben zu dem Strichstermin am

17. October c. Vormittags 10 bis 12 Uhr
im Geschäfts-Zimmer Nr. 7

unter dem Bemerken eingeladen, daß die Kaufsbedingungen in diesem vor der Licitation bekannt gegeben werden, und daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 erfolge.

Bayreuth, den 28. August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der Königl. Director
Freiherr v. Waldenfels.
Scharf.

Anzeigen.

Durch einige unangenehme Zufälle verspätet!
(Eingesandt.) Als ich letzthin auf einer Geschäftsreise durch das freundliche Städtchen Wunsiedel kam, bemerkte ich ein Treiben und reges Leben, das, obgleich es Sonntag war, doch noch auf etwas Festliches deutete. Dies beweg mich sogleich, etwas länger zu verweilen, als ich vorher im Sinne hatte. Auf meine Erkundigung hörte ich denn, daß heute das hiesige Freikorps einen Besuch von den Benachbarten erhalte, weßhalb schon Alles, wie man sich ausdrückte, auf den Beinen sey. Ich hatte schon öfters Gelegenheit, dergleichen zu sehen, und jederzeit war es mir außerordentlich amüsant, die verschiedenen Abzeichen, Haltung, kurz das Benehmen der Mannschaften überhaupt zu beobachten. Also auch hier. — Gegen 4 Uhr Nachmittag zog denn die ganze Schaar mit Musik und Trommelschall und fliegenden Tricolor-Fahnen in die Stadt ein. Mich wunderte, als ich fragte: wer denn das 5. fahnenlose Korps sey? und man mir dies als das Wunsiedler bezeichnete; doch achtete ich nicht weiter darauf, besonders da es genug dergleichen gab, um das Lied: „Ein freies Leben führen wir ꝛc." recht füglich anstimmen zu können; theils auch, als ich später viele lebende Fahnen, vorangehen und nachfolgen sah: **schwarz**gefiedert, gelb**geschnäbelt**, mit rothem, warmen Blut versehen, die aber kaum den Ausdruck Freiheit, dem wahren Sinne nach verstehen möchten, und drittens: als ich den Führer des Zugs, einen jungen, hübschen, blonden Lockenkopf, der mich auf den ersten Blick anzog, sah, dachte ich, der junge Mann hat gewiß seine Gründe, warum er seine Fahne nicht mitnehmen ließ. Ich sah hierauf diese kräftige Jugend exerziren, was sie sehr gut machten, und ungern riß ich mich los, denn ich mußte meine Reise fortsegen. —

Mit gerechtem Unwillen las ich aber gestern zufällig einen Aufsatz der Bayreuther Zeitung, der mich immer mehr empörte, je öfter ich ihn las. Wenn der Verfasser desselben nicht von einem Weine berauscht war, der am Spalliere eines Tollhauses wuchs, so weiß ich nicht, **welch** ein Geist denselben beseelte, als er dies unsinnige Zeug schrieb. Er will, glaube ich, Republikaner seyn, ist aber weiter nichts, als Rebelle; ein Wolf, nicht einmal im Schaafsfelde, der das Gute, was noch hie und da anzutreffen ist, mit frecher Hand zu Boden reißt; ein Egoist, der wirklich glaubt, er sey schon das A und O.

Mich überraschte es allerdings ebenfalls, als ich den Führer des Wunsiedler Freikorps, mit einem Manne, dem er wahrscheinlich Achtung schuldig zu seyn glaubte, mit unbedecktem Haupte sprechen sah, alleln nicht im Geringsten unangenehm, denn diese Höflichkeitsbezeugung trifft man unter den jungen Leuten selten mehr an, und ich dachte: dieser junge Mann muß aus guter Familie seyn, denn er scheint sich das Gebot: „Vor einem grauen Haupte sollst du aufstehen ꝛc. — tief eingeprägt zu haben. — Sein unschuldiges Federbüschchen (blau und weiß), während die übrige Mannschaft roth und schwarz trug) gefiel mir ebenfalls sehr gut, denn ich dachte mir dies von Allen recht sinnig angebracht, daß nämlich diesen jungen Leuten das Vaterland das Hauptsächlichste sey, daß ihnen, die Farben desselben, von ihrem Hauptmanne vorangetragen, zur Erinnerung dienen sollen, für dasselbe ihr Blut im Tode zu vergießen; Letzteres meinte ich, sey der Sinn der schwarz und rothen Büsche. — Der Vergleich, ich will ihn nicht wörtlich wiederholen, als man die Fahne brachte, über das Gesicht des Herrn Oberstlieutenants, überstieg alle Grenzen. Wer hat denn den Herrn Verfasser bestellt, das Alter zur Zielscheibe eines unmoralischen Spottes zu machen? Ich sah diese Scene nicht mit an, allein, sey der Ausdruck gewesen wie er will, es steht jungen Leuten nicht zu, das Alter zu kritisiren. Ich muß hier frei sagen: „Weß das Herz voll ist, daß geht der Mund über."

Versteht man denn vielleicht unter dem Ausruf: „Ich bin ein Deutscher!" — etwa das? — „Ich darf thun, was ich will! — Mir steht jede Leidenschaft ungezügelt zu Gebote! — Ich darf mit frechem Jugendtroß und Uebermuth Alles thun, was mir Fanatismus und Freiheitsschwindel eingibt!! Schade! daß man den Hrn. Einsender nicht zum Reichsverweser gewählt hat, er wäre Reichsverwüster an Leib und Seele geworden. — Warum sollen denn alte und junge Leute ihre Stellen niederlegen? — Hatte denn etwa Er in seiner Jugend nicht so viele Gristesgaben, um Ihre lebenslänglich zu begleiten? oder glaubt er nicht, daß man im rüstigen, geistesstarken Alter noch eine Stelle genügend begleiten kann? Freilich, eine vergeudete Jugend, ein sittenloser Lebenswandel dürfen nicht voraussegangen seyn. — Fürchtet Er vielleicht Spähr? die braucht ein freier deutscher Mann nicht zu fürchten. An seinem Rufe klebt kein Flecken; keine gemordete Unschuld, kein gebrochener Schwur, keine vergessene Pflicht mahnt ihn; rein ist sein Wandel, und nicht einmal ein Argus kann ihn tadeln.

Es heißt auch noch in dem so saubern Aufsatz: Man soll sich die errungene Freiheit nicht wieder entreißen lassen. Was ist denn errungen? die schwarzrothgoldenen Farben sind errungen, und mit ihnen die Freiheit, oder Frechheit, arglosen Menschen ihre unschuldigsten Handlungen übel auslegen zu dürfen.

Ich kenne die Wunsiedler nicht genau, doch glaube ich nicht, daß sie sich die Augen von einem vorübergehenden Winde stark voll Staub werfen lassen, denn auf ihren Bergen wächst viel Radelholz; kommt da etwa ein Sturm, so könnten sie leicht den Staub mit **Nadeln** begegnen.

Ohne dem geistlichen Stand anzugehören, oder je angehört zu haben, frage ich Euch Alle: „Was der Erlöser und seine Apostel jetzt austrufen, da sie schon vor mehr als 1000 Jahren sagten: „Wehe! Wehe! die armes Jerusalem!" und „Schicket Euch in die Zeit, denn es ist böse Zeit," denn wer weiß, ob jene Zeit schlechter war, als die unsrige, und Jerusalem verderbter, als jetzt so mancher Ort.

Ein Freund von „Recht und Billig."

Da ich vor meinem Abzuge nach Nürnberg nicht bei allen Freunden und Bekannten meines fast 32jährigen Wohneries dahier persönlich mich verabschieden konnte, so sage ich denselben, so wie allen Einwohnern Bayreuths, deren Wohlwollen ich mich erfreuen darf, hiermit ein herzliches Lebewohl und empfehle mich zum freundlichen Andenken.

Bayreuth, den 2. September 1848.

A. Krafft, quiesc. k. Reg.-Rath.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 246.** **4. September 1848.**

☞ Nach dem Vorgange der meisten deutschen Blätter erscheint von nun an Montag nur ein halbes Blatt.

R Bei der Frage über die Trennung der Kirche vom Staate ist es vor allen Dingen nöthig, sich vollkommen klar zu machen, was man in dieser Beziehung unter der Kirche zu denken habe. Die Einen verstehen darunter nicht sowohl eine Gesellschaft von Religionsbekennern, als Bekenner, als vielmehr die Kirchengewalt, halten also mehr den katholischen, als den protestantischen Begriff der Sache fest; die Andern aber vermengen die Begriffe von Religion und Kirche so unklar durcheinander, daß sie die Streitfrage gar nicht richtig würdigen können. Wenn gegenwärtig von einer Trennung der Kirche die Rede ist, so kann damit offenbar nur die Kirchengewalt gemeint seyn; und so wollen es auch die kirchlichen Machthaber verstanden wissen. Denn wenn wir unter der Kirche nichts Anderes, als eine kirchliche Gemeinschaft und denken wollten, so hätte eine Abtrennung derselben von der Staatsgewalt und Stadtgemeinde gar keinen Sinn. Aber was soll darauf werden, wenn man die Kirchengewalt, welche noch in den priesterlichen Fäusten festgehalten wird, ohne daß die Gemeinden einen andern Antheil daran, als ihren blinden Gehorsam, kennen, von der Staatsgewalt, welche nun im souveränen Volke wurzelt trennen, und somit zwei gleich starke Riesen neben einander hinstellen, und dann phlegmatisch zusehen will, welcher von diesen Beiden die derbsten Ohrfeigen dem Nachbarn zu geben vermögen werde? In der That eine solche Trennung der Kirche vom Staate wäre ein höchst unweises Probestück; das wäre ein Eintausch der schmachvollsten Knechtschaft gegen Drangabe seiner eigenen Freiheit. Das ist ist noch zu erwägen, daß man in Deutschland nicht von einer einzigen Kirche nur reden könne, die vom Staate getrennt werden solle, sondern von mehreren die Rede seyn müsse, so daß also nicht ein einzelner, über die deutschen Gauen ausgedrückter Kirchenriese, sondern mehrere bei der Befreiung aus der Macht des Staatslebens zufrieden zu stellen seyen. Mit Recht wird jeder Vaterlandsfreund wünschen, daß die Kirchengewalt eben so, wie jede andere Potenz im Staate, nach Recht- und Pflicht den Gesetzen des Landes unterzogen ist werde. Und da es die Aufgabe jeder Religion ist, Geistes- und Sittenbildung zu fördern, diese Aufgabe aber niemals durch despotische Gewalt, sondern vielmehr nur auf der Bahn der freien Ueberzeugung und Willen gelöst werden kann; so wird das religiöse Leben ohne unabhängige Kirchengewalt weit besser gedeihen; so wie dann auch bisher von dieser Macht der Kirche nicht viel Gutes gesagt werden könnte.

Deutschland.

† Frankfurt, 1. September. Unser kaum 14 Tage altes Reichsministerium war heute in Gefahr, gestürzt zu werden, und zwar wegen der Limburgischen Angelegenheit. Der Minister des Auswärtigen theilte nemlich der Nationalversammlung mit, daß Hr. Lieber aus Braunschweig zum Gesandten nach dem Haag ernannt worden sey, und den Auftrag habe, der niederländischen Regierung die Beschlüsse der Nationalversammlung wegen Limburgh mitzutheilen, so wie auf deren Vollziehung zu dringen. Er verlas seine bisherige Korrespondenz mit dem Geschäftsträger der Niederlande, woraus hervorgeht, daß die niederländische Regierung die Truppensendung nach Limburg in keiner andern Absicht gemacht haben will, als um die Ordnung dort zu erhalten, nachdem durch die Proklamation der Limburger Abgeordneten bei dem deutschen Parlament große Aufregung erzeugt worden war. Die niederländische Regierung behauptet auch, es seyen keine deutschen Fahnen von holländischen Truppen abgerissen und mit Füßen getreten worden; an einem einzigen Ort habe man eine Fahne abgenommen, weil sie die Aufschrift getragen: keine Abgaben mehr! Das Reichsministerium ist jedoch mit dieser Erklärung nicht zufrieden; es hat seinen Gesandten in Haag beauftragt, über die Beschwerden der Limburger eine strenge Untersuchung, und im Falle sie begründet wären, entsprechende Genugthuung zu verlangen. Der Abg. Wernher aus Rheinpreußen stellte hierauf den Antrag: die Versammlung solle sich die Papiere vorlegen lassen, und erklären, daß das Ministerium nicht mit der gehörigen Bestimmtheit gehandelt habe. Er erklärte, die Sache sey dringend; in der neuen niederländischen Verfassung sey Limburg als Bestandtheil Hollands erklärt, ohne auf das Verhältniß zu Deutschland Rücksicht zu nehmen; im Amsterdamer Handelsblad werde gesagt, die Nationalversammlung bereue ihren Beschluß, und werde nicht auf dessen Vollzug dringen; in Limburg endlich sey von den holländischen Truppen mit Gewalt eingeschritten worden. Das Ministerium hätte früher einen Gesandten nach Holland schicken sollen. Die National-Versammlung müsse einen festen Entschluß fassen, damit Limburg beruhigt werde, und Holland einsehe, daß man mit Deutschland kein Spiel treiben dürfe. Von mehreren andern Mitgliedern, namentlich Vogt von Gießen und Simon von Trier, wurde das Ministerium angegriffen und der Unentschiedenheit und Lauheit beschuldigt. Einige Mitglieder trugen auf Vertagung an; die Minister drangen aber darauf, daß sogleich entschieden werde, da ein Mißbilligungsvotum gegen sie beantragt sey. Sie erklärten, daß sie seit der kurzen Zeit ihrer Ernennung so verwickelte Fragen hätten lösen müssen, und daß die Wahl eines Gesandten nach Holland desonders schwierig gewesen sey. Sie hätten die Limburger Frage friedlich lösen wollen, um so mehr, als in dieser wie in der Schleswigschen Frage sich mehrere Mächte gegen Deutschland ungünstig geäußert hatten. Uebrigens erklärten sie, daß wenn die Versammlung das Mißbilligungsvotum annehme, sie alsbald ihre Stellen niederlegen würden. Herr Benedey erklärte unter Anderm, auch wenn ganz Europa gegen Deutschland wäre, müsse es sein Recht aufrecht halten und jede Einmischung fremder Mächte zurückweisen, wogegen aber die Minister erwiderten, daß die wahre Kraft die Besonnenheit und Mäßigung nicht ausschließe. Außer dem Antrag von Wernher waren noch folgende gestellt: von Eisenmann auf einfache Tagesordnung; von Wesendonck auf motivirte Tagesordnung „in der Erwartung, daß die Centralgewalt den Beschluß der Nationalversammlung vom 19. Juli mit derjenigen Energie handhaben werde, welche dessen vollständige Vollziehung sichere"; von Stedmann auf motivirte Tagesordnung „in Erwägung, daß die verzögerte Anknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit dem Auslande durch die Erklärung der Minister genugsam aufgeklärt sey". Die einfache Tagesordnung (für welche die Minister selbst stimmten) wurde mit 213 gegen 157 Stimmen verworfen, dagegen die Stedmann'sche motivirte Tagesordnung angenommen, und dadurch das Wernher'sche Mißbilligungsvotum beseitigt. — Als Gesandter nach dem Haag ist General v. Dratschenfels ernannt, welchem der luxemburgische Deputirte München begleitet. — Die seit dem Vorfall vom 8. August eingeführte Beschränkung der Gallerie für das Publikum ist heute nach einer stürmischen Debatte mit 278 gegen 134 Stimmen sanktionirt worden. Morgen wird die Berathung der Grundrechte fortgesetzt.

Frankfurt, 31. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war Raveaux, der demnächst seine diplomatische Sendung in der Schweiz antritt, wieder zurückgekehrt, sowie auch Peter, Staffrath und andere Mitglieder der Linken zurückgekehrt waren.

Berlin, 31. August. Im Betreff der Volksversammlung am 21. August sind eine Menge Zeugen vernommen worden, die sämmtlich erklärt haben, die Redner nicht zu kennen. Das Gericht hat die Untersuchungsakten bei Seite legen (reponiren) lassen, da es dem Untersuchungsrichter unmöglich erscheint, Beschuldigungen gegen die allgemein bekannten Redner aufzubringen.

Die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, Auge und Wesendonck, sollen beabsichtigen, dort aufzutreten, um sich in vorkommenden Fällen für die preußische Nationalversammlung wählen zu lassen.

Die Berlinische Zeitung erklärt sich in Betreff der Angabe der berliner Lithographirten Nachrichten von einem Verwürfniß zwischen dem König und dem Prinzen von Preußen in den Stand gesetzt, dieser Mittheilung auf das entschiedenste zu widersprechen.

Digitized by Google

Mit dem Nachtzuge am 26. August wurden 86 Ueberläufer aus Russisch-Polen, die von Stettin kamen, nach Magdeburg und von dort über Köln nach Frankreich befördert.

Köln, 29. August. Gestern ist Ferdinand Freiligrath in Düsseldorf verhaftet worden. Derselbe ist angeschuldigt, in seinem Gedichte „Die Todten an die Lebenden" zum Aufruhr und zum Bürgerkriege aufgefordert zu haben. — Es sind verschiedene Cholerafälle vorgekommen, namentlich im Militairlazareth, jedoch scheinen diese Fälle sporadischer Natur zu sein. Gestorben sind zwei Cholerakranke.

Nach der Oberpostamtsleitung wird in Darmstadt ein Verfahren gegen Georgi wegen des Weidigschen Processes eingeleitet. Georgi war bekanntlich der grausame Inquirent des der Untersuchungshaft erlegenen Pfarrer Weidig.

In Gießen kam es in der Nacht vom 30. August, durch den Uebermuth eines Studenten hervorgerufen, der in ein Haus gewaltsam eindringen wollte, zu bedauerlichen Conflikten zwischen den Studenten und Bürgern. Ein Student wurde dabei erschossen, wahrscheinlich durch die Unvorsichtigkeit seiner Commilitonen.

Karlsruhe, 31. August. Bei der heute stattgehabten 11. Serien-Verlosung der großh. badischen 35 fl. Loose sind nachstehende 40 Serien gezogen worden: 91, 288, 796, 1289, 1361, 1388, 1680, 1756, 1967, 2528, 2587, 2652, 2946, 3413, 3648, 3773, 3903, 4260, 4644, 4743, 5196, 5391, 5466, 5488, 5544, 5608, 5790, 5769, 5779, 5866, 6184, 6429, 6567, 6614, 6705, 7025, 7179, 7349, 7365, 7830.

Hannover. Nach dem Vorgange des preußischen Ministeriums hat auch das hiesige ein Schreiben an alle Behörden erlassen, worin diesen bedeutet wird, daß nach der Umgestaltung der Verfassung noch viel zu thun übrig bleibe. Das Ausschreiben macht besonders darauf aufmerksam, wie die Stellung der Behörden dem Publikum gegenüber, eine ganz verschiedene geworden sey, wie den Gemeinden und den Einzelnen eine große Betheiligung bei den Angelegenheiten der Gemeinde und des Staates eingeräumt worden sole. Am Schlusse werden dann diejenigen Staatsdiener, welche sich nicht im Sinne fühlen, in diesem Sinne zu wirken, aufgefordert, sich einer Stelle zu entschlagen, für die sie nicht gemacht seyen. — Wird Herr Thon-Dittmer die Nothwendigkeit einsehen, dem preußisch-hannövrischen Beispiele zu folgen?

Altona, 30. August. Durch Privatmittheilung sind wir in den Stand gesetzt, folgende authentische Notizen über die vom General v. Below vorgelegten (und wahrscheinlich wenigstens theilweise angenommenen) Waffenstillstandsbedingungen zu veröffentlichen: In Schleswig-Holstein bleibt das ungetrennte schleswig-holsteinische Heer nebst 2000 M. Preußen zurück. Die Dänen hatten die Trennung der schleswigschen Soldaten von den holsteinischen gefordert, scheinen aber nun das Zugeständniß erlangt zu haben, daß, wenn die Schleswiger die Beurlaubung der geborenen Schleswiger (meist ältere Cavalleristen und Artilleristen) verlangten, diese bewilligt werden sollte. Die neuen Regierungsmitglieder sollen von der jetzigen provisorischen Regierung vorgeschlagen, von der Centralgewalt ohne weiteres genehmigt und von Friedrich VII., als Herzog von Schleswig-Holstein, bestätigt werden. Prinz Ferdinand wird keinen Antheil an der Regierung nehmen. Die augustenburgischen Prinzen erhalten vollen Ersatz für ihre beschädigtes und weggeführtes Privateigenthum. Ein deutscher Bundesgeneral übernimmt den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein verbleibenden Truppen. Die Hannoveraner sollen nach Hamburg verlegt werden. Alle der Souverainetät und Würde des Herzogs widerstreitenden Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung werden außer Kraft gesetzt. (Die Unterhandlungen wegen des demnächstigen Friedens werden in London stattfinden.) — Die Proff. Falck, Chalybäus, Nitzsch und der Obergerichtsrath v. Eckardt aus Glückstadt haben ihre dänischen Orden und Titel nach Kopenhagen zurückgeschickt.

Italien.

Nachrichten aus guter Quelle besagen, daß der Friede zwischen Italien und Oesterreich dem Abschlusse nahe sei, und zwar ohne die Vermittelung Frankreichs und Englands.

In Livorno ist auf die Nachricht hin, daß der Volksredner Gavazzi in Florenz verhaftet worden sey, ein Aufstand ausgebrochen. Auch in Bologna soll es anarchisch hergehen.

Frankreich.

* Paris, 30. August. Der neue Verfassungs-Entwurf enthält bedeutende Aenderungen, besonders im Eingange; — das Recht auf die Arbeit ist weggefallen, dagegen eine einzige Kammer von 750 Mitgliedern beibehalten worden. Im Eingange erklärt die französische Nation zugleich, daß sie alle fremden Nationalitäten achten, nie einen Eroberungskrieg führen oder ihre Waffen gegen die Freiheit eines Volkes führen werde. Zugleich nach Verröffentlichung der Constitution wird der neue Präsident durch das allgemeine Wahlrecht auf drei Jahre gewählt, er erhält 600,000 Frs. Gehalt. Ein besonderes organisches Gesetz wird die Bedingungen regeln, unter denen die legislative Gewalt den Belagerungszustand decretiren und zugleich die Grenzen des Belagerungszustandes zu allen öffentlichen Freiheiten festsetzen kann. Die jetzige Nationalversammlung löst sich nicht früher auf, als bis sie die organischen Gesetze über die Presse, die Wahlen, den Unterricht, die Verantwortlichkeit der Staatsdiener, den Staatsrath, die Departemental-Organisation, die gerichtliche Organisation, die Nationalgarde, die Rekrutirung und den Belagerungszustand berathigt hat.

Der National enthält heute abermals einen drohenden Artikel, wig. der jüngst erwähnte in Spectateur republicain, bezüglich auf den üblen Willen der österreichischen Regierung der englisch-französischen Vermittlung gegenüber, und des langens Zauderns dem von beiden Mächten gemachten Antrage eine Antwort zu geben. Der National wiederholt, daß es sich um nichts anders als um die Unabhängigkeit Italiens handeln könne und daß, wenn Oesterreich auf dem bisherigen Wege fortschreite, die bewaffnete Intervention Frankreichs unvermeidlich sey. Der National spricht zugleich die feste Zuversicht aus, daß diese Intervention keinen allgemeinen Krieg herbeiführen werde und erklärt: England und Frankreich würden die Schmach einer Zurückweisung ihrer Vermittlung nicht geduldig hinnehmen.

Der Messager zeigt an, daß der General Cavaignac das von dem sardinischen Generale La Marmora gestellte Gesuch um Bewilligung für den Marschall Bugeaud das Obercommando der sardinischen Armee übernehmen zu dürfen, abgelehnt habe.

Auf Befehl des Generals Cavaignac ist ein großer Transport schweres Geschütz, Bomben und Munition von La Fera nach Lerfort abgegangen. In den Artillerie-Depots herrscht eine ungeheure Thätigkeit und in den Bureaux des Kriegsministeriums wird Tag und Nacht gearbeitet, als wenn wir am Vorabende eines Krieges ständen. Die Alpen-Armee wird um eine Infanterie-Division (die 5.) vermehrt, die in diesem Augenblicke um Dijon zusammengezogen wird.

Heute Nacht ist abermals ein Transport von Insurgenten nach Havre abgegangen.

Türkei.

Konstantinopel, 17. August. Das durch russischen Einfluß vor kaum zwei Monaten gebildete Ministerium ist gestürzt und das frühere wieder an dessen Stelle gesetzt worden. (D. A. Z.)

Anzeigen.

Eingesandt.

(Aufforderung.) Das verehrliche Collegium der Gemeindevollmächtigten wird hiemit aufgefordert, sich in Betreff der bereits ausgeschriebenen Gemeindewahl, mit denselben Forderungen wie die Nürnberger an das Staatsministerium zu wenden, um wo möglich ein provisorisches Wahlgesetz ohne Zensus zu erhalten. Es wird Jedermann klar seyn, daß wenn man zu einer constituirenden National-Versammlung, welche alle Interessen und Güter des deutschen Volks festzustellen und zu wahren hat, fast ohne Zensus wählen ließ, es bei Gemeindewahlen eine noch viel gerechtere und leichter zu gewährende Forderung sey.

Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß beinahe alle hiesigen Gemeindemitglieder, sich einer so gerechten Forderung anschließen, und selbe mit aller Kraft zu erstreben suchen werden.

Zugleich wollen wir aber auch einen uns schon öfter gemachten Vorwurf, als manifestirten die hiesigen Gemeindemitglieder nicht immer ihre Gesinnungen, wodurch dann das hiesige Gremium der Gemeindevollmächtigten im Unklaren schwebt und vorzüglich die Gesinnungen der hiesigen Gemeindemitglieder zu wenig gekannt zu haben, begegnen, ebenso müssen wir auch den Vorwurf, daß die hiesigen Gemeindemitglieder, sich nicht immer an ihr gesetzliches Organ wenden, hiemit zurückweisen.

F. A. K.....
J. F. S.....

Gutes Faßpech ist fortwährend billigst zu haben bei
Joh. Andr. Zapf.

Berichtigung zu Nr. 239. Auf die Erwiderung „Scherz und Ernst." Spalte 5, Zeile 2 lese man statt aber — eben; Sp. 8, Z. 7 statt die — da; Sp. 11, Z. 9 statt hocherleuchteste — Hocherleuchtete.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 247.** **5. September 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 27. August. (Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit.) (Schluß.) Die Bildung des Geschworenengerichts geschieht dadurch, daß jeder der 17 obersten Gerichtshöfe Deutschlands vier, durch Charakter, Ehrenhaftigkeit und Kenntnisse als tauglich zum Dienste der Geschworenen erkannten Männer, welche das 30. Lebensjahr erreicht haben, erwählt. Die Mitglieder der obersten Gerichtshöfe und die der Nationalversammlung sind nicht wählbar. Außerdem werden noch weitere zwölf Personen, welche am Sitze des Gerichts wohnen, gewählt, um als Ersatzgeschworene zu dienen. Das Ergebniß der Wahl wird dem Präsidenten des Gerichtshofs (§§. 22) eingesendet; die Gesammtliste der Geschworenen wird wenigstens acht Tage vor der Eröffnung der Sitzung dem Angeklagten und den mit der Verfolgung der Anklage beauftragten Commissaren (§. 18) mitgetheilt. In Beziehung auf die Entschuldigung und die Strafen des Ausbleibens von Seiten der Geschworenen kommt §. 396 der rheinpreußischen Strafproceßordnung zur Anwendung. Auf Verlangen können von der Verpflichtung, Geschworene zu sein, befreit werden: 1) Diejenigen, welche das 65. Lebensjahr erreicht haben; 2) Mitglieder der Kammern während der Dauer der Sitzungen; 3) Staatsbeamte, deren Unentbehrlichkeit im Dienste die vorgesetzte Dienstbehörde bezeugt. Der Präsident des Gerichtshofs hat acht Tage vor der Verhandlung die Angeklagten zu vernehmen und sie aufzufordern, ihre Erklärungen und Anträge abzugeben und die gewählten Vertheidiger zu bezeichnen; er kann nach Umständen noch neue Erhebungen veranstalten. Vor der Eröffnung der Sitzung kann der Angeklagte und die Commissare die Zeugen bezeichnen, deren Vorladung sie verlangen. Der Tag der zur Verhandlung bestimmten Sitzung wird öffentlich bekannt gemacht. Die Liste der vorgeladenen Zeugen wird acht Tage vorher den Angeklagten und den Commissaren der Nationalversammlung mitgetheilt. Der Präsident verordnet die Vorladung der Geschworenen und Zeugen. An dem zur Sitzung bestimmten Tage beginnt die Verhandlung mit der Bildung der Liste der Geschworenen, welche über die Anklage zu urtheilen haben. Zur gültigen Entscheidung gehört die Gegenwart von 24 Geschworenen. Wenn von den gehörig vorgeladenen 68 Geschworenen wenigstens 50 erschienen, so werden, nach geschehenem Ausrufe der Geschworenen, die Namen der Erschienenen in eine Urne gelegt. Sowohl der Angeklagte als die Commissare haben das Recht, ohne Angabe von Gründen, 12 Geschworene abzulehnen. Wenn ein Name aus der Urne gezogen ist, so haben sich zuerst die Commissare und dann die Angeklagten zu erklären, ob sie die Geschworenen ablehnen. Sobald die nöthige Zahl von 24 Geschworenen, gegen welche keine Ablehnung geltend gemacht worden, aus der Urne gezogen ist, ist die Ziehung beendigt. Sind mehre Anklagesätze vorhanden, so kommen die Vorschriften der §§. 402—404 der rheinpreußischen Strafproceßordnung zur Anwendung. Sind an dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage nicht wenigstens 50 erschienen, so wird diese Zahl dadurch ergänzt, daß die Fehlenden aus den Ersatzgeschworenen (§. 23) und zwar in der Reihenfolge genommen werden, wie ihre Namen aus der Urne gezogen wurden. Zu Beziehung auf Ersatzgeschworene kann die Ablehnung ohne Gründe wie in §. 32 geltend gemacht werden. §. 35. Nach vollendeter Bildung des Geschworenengerichts wird jeder Geschworene beeidigt. Die Eidesformel ist die im §. 312 in der rheinischen Strafproceßordnung vorgeschriebene. §. 36. Das Verfahren ist mündlich und öffentlich. Die Vorschriften der rheinischen Strafproceßordnung werden dabei nach nachstehenden Abänderungen angewendet: §. 37. Die von der Nationalversammlung bestimmten Commissare haben die Befugnisse, welche die rheinische Strafproceßordnung der Staatsbehörde, in Beziehung auf die Verhandlungen, einräumt. §. 38. Nach geschlossenen Verhandlungen stellt der Präsident, ohne daß er das Ergebniß derselben noch einmal auseinander setzt, die Fragen, welche die Geschworenen zu beantworten haben. Ueber Fragestellung und die Berathung der Geschworenen gelten die Vorschriften der rheinpreußischen Strafproceßordnung. Ein verurtheilender Wahrspruch der Geschworenen kann nur erfolgen, wenn zwei Drittel der Geschworenen demselben zustimmen. Sobald der Wahrspruch der Geschworenen verkündet ist und auf Nichtschuldig lautet, spricht der Präsident die Lossprechung von der Anklage aus. Ist der Angeklagte für schuldig erklärt worden, so werden die Commissare aufgefordert, ihre Anträge auf Anwendung des Gesetzes zu stellen; sie können dieselben weiter entwickeln, worauf der Angeklagte und sein Vertheidiger zu hören sind; ihnen gebührt das letzte Wort. Die Richter ziehen sich dann in das Berathungszimmer zur Berathung und Abstimmung zurück. Der Gerichtshof wendet bei der rechtlichen Beurtheilung das gemeine deutsche Strafrecht an. Dem Urtel werden Entschuldigungsgründe beigefügt. Ist der Angeklagte für schuldig gehalten, so sprechen die Richter die nach den Gesetzen durch das Verbrechen, dessen der Angeklagte für schuldig erklärt worden ist, verwirkte Strafe aus; sie können neben dieser Strafe Dienstentsetzung, und zwar mit dem Beisatz, ob der Minister unfähig irgend eines Staatsamts sei, oder Dienstentlassung aussprechen. Ist die Handlung oder Unterlassung, deren der Angeklagte für schuldig erklärt wurde, durch kein bestimmtes Strafgesetz mit Strafe bedroht, so sprechen die Richter die Strafe aus, welche mit der Verschuldung des Falles im gerechten Verhältnisse stehend erscheint, insbesondere können sie auch Dienstentsetzung oder Dienstentlassung aussprechen. Von dem ergangenen Urtheile wird dem Reichsverweser und der Nationalversammlung Nachricht gegeben. Ist ein verurtheilendes Erkenntniß gegen den Minister ergangen, so theilt der Präsident des Gerichtshofs das Urtheil dem Reichsministerium zur Vollziehung mit. Die Begnadigung des verurtheilten Ministers findet nur vermöge eines Reichsgesetzes statt.

München, 1. September. Wie wir hören, soll endlich im Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf, „Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten betreffend" zur Vorlage für die nächste Ständeversammlung vorbereitet werden.

München, 31. August. Der „Verein praktischer Aerzte in München" beschäftigt sich zur Zeit sehr eifrig mit den Vorarbeiten für einen am 2. October d. J. in hiesiger Hauptstadt abzuhaltenden Congreß praktischer Aerzte Bayerns.

□ München, 2. September. Nachfolgender Gesetzentwurf ist dem Gesetzgebungsausschusse der zweiten Kammer zur Berathung übergeben worden, den wir in Betreff der Wichtigkeit legislativer Bestimmungen dieses Betreffs, die besonders in letzter Zeit sich als so nothwendig darstellten, vollständig mittheilen. Gesetz-Entwurf. Die Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über den Wildbiethstand betreffend. Art. 1. Die §§. 4—20 der Verordnung vom 9. August 1806, das Verbrechen des Wildbiethstahls betreffend" sind aufgehoben. An die Stelle derselben treten in denjenigen Landestheilen, in welchen die erwähnte Verordnung Gesetzeskraft hat, folgende Vorschriften: Art. 2. Des Jagdfrevels macht sich schuldig, wer in einem fremden Jagdbezirke ohne Einwilligung des Berechtigten entweder 1) die Jagd ausübt, oder 2) in anderer Weise ein zu der Gattung des Wildes gehörendes Thier tödtet oder sich zueignet, oder 3) zu diesem Zwecke Schlingen stellt, Fallen aufrichtet oder ähnliche Vorkehrungen trifft, oder 4) ein erlegtes oder gefangenes Wild findet und sich dasselbe zueignet. Art. 3. Als eine Ausübung der Jagd wird es betrachtet, wenn Jemand einen fremden Jagdbezirk außer der Landstraße oder einem gewöhnlichen Verbindungswege mit einem Schießgewehre oder anderen zum Tödten oder Einfangen des Wildes geeigneten Werkzeugen betritt, und keine bestimmten Gründe für die Annahme vorliegen, daß er einen Jagdfrevel nicht beabsichtiget habe. Art. 4. Der Jagdfrevel ist Polizei-Uebertretung und wird bestraft 1) mit Gefängniß bis zu der Dauer von 8 Tagen oder mit einer Geldbuße bis zu dem Betrage von 25 fl., wenn die Verletzung des Jagdrechtes ohne Gebrauch eines Schießgewehres geschieht; 2) mit Gefängniß von 8 bis 14 Tagen, oder mit einer Geldbuße von 25—50 fl., wenn die Verletzung des Jagdrechts vermittelst eines Schießgewehres begangen wird. Art. 5. Der Jagdfrevel ist Vergehen und wird bestraft: 1) mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten, a) wenn die Verletzung des Jagdrechtes in einem mit einer Mauer oder mit einer dichten Einzäunung und mit Thüren versehenen Wildparke oder b) mit einem Schießgewehre begangen

Digitized by Google

wird, welches so eingerichtet ist, daß es in Stücke zerlegt und verborgen getragen, oder nicht auf den ersten Anblick als Schießgewehr erkannt werden kann, c) wenn der Jagdfrevler, welcher von einem Forstbediensteten, einem Gendarmen oder einer anderen obrigkeitlichen Person in dem fremden Jagdbezirke betreten und zur Uebergabe des Schießgewehres aufgefordert wird, dieselbe verweigert; 2) mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu einem Jahre, a) wenn der Jagdfrevel von einer zum Waffenschlusse vereinigten Bande verübt, oder b) gewerbsmäßig betrieben wird, oder c) wenn der Jagdfrevler sich vermummt oder auf andere Weise unkenntlich zu machen gesucht hat. Art. 9. Hat der Jagdfrevler gegen eine Person, von welcher er in dem fremden Jagdbezirke betreten wurde, gefährliche Drohungen oder Gewalt gebraucht, so ist derselbe — vorausgesetzt, daß nicht in Gemäßheit der Vorschriften des Strafgesetzbuches über Tödtung, Körperverletzung, Widersetzung u. s. w. eine höhere Strafe verwirkt ist, — mit folgenden Strafen zu belegen: 1) mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Monaten (als Vergehensstrafe), wenn er eine solche Person auf Leib oder Leben bedroht, oder ihr eine andere als Bedrohen noch als Vergehen feasthare körperliche Mißhandlung zugefügt hat; 2) mit Strafarbeitshaus von 2—4 Jahren, wenn er auf dieselbe geschossen hat, selbst wenn dieß keine Verwundung zur Folge gehabt haben sollte. Art. 7. In allen Fällen ist neben der gesetzlichen Strafe die Confiskation des Schießgewehres und anderer zum Tödten, Einfangen oder Foedringen des Wildes geeigneter Werkzeuge, so wie der von dem Uebertreter dazu gebrauchten Thiere, insbesondere der Hunde, auszusprechen. Wenn das Schießgewehr nicht herbeizuschaffen ist, so wird der Jagdfrevler außer der Hauptstrafe in eine Geldbuße von 5—25 Gulden verurtheilt, und diese in den Fällen des Artikels 34 Zheil I. des Strafgesetzbuches in eine verhältnißmäßige Freiheitsstrafe verwandelt. Art. 8. Der Jagdfrevler, welche hier eine polizeiliche Strafe nach sich ziehen, erfolgt die Untersuchung und Aburtheilung nach den für die Behandlung von Polizeistrafsachen bestehenden Bestimmungen durch die Civilgerichte erster Instanz, in deren Bezirk die Uebertretung verübt wurde. Gegen die Aussprüche derselben ist eine Berufung an das einschlägige Appellationsgericht innerhalb 14 Tagen vom Tage der Eröffnung des Erkenntnisses an geeednet, zulässig. Verbrechens- und Vergehens-Fälle werden nach den allgemeinen Vorschriften behandelt. Art. 9. In dem §. 3. der Verordnung vom 9. August 1804 „das Verbrechen des thätlichen Widerstandes betreffend“ werden die Worte „im ersten Wiederholungsfalle u. s. w.“ bis zum Schlusse des §. gestrichen. Dieser §. und der §. 2 derselben Verordnung treten mit dem 1. Februar 1849 außer Wirksamkeit. Art. 10. Alle bei der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes noch nicht abgeurtheilten Jagdfrevel sind nach den Vorschriften desselben zu behandeln und abzuurtheilen. Der Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt.

München, 31. August. (Dienstesnachrichten) Dem zweiten Landgerichtsassessor F. J. Haedlaub zu Klingenberg wurde, unter Enthebung von dem Amtsitz der ihm übertragenen ersten Assessorstelle bei dem Landgericht Aschaffenburg, die erste Landgerichtsassessorstelle zu Königshofen verliehen; auf die hierdurch eröffnete erste Assessorstelle bei dem Landgericht Hilters Assessor M. Gredner zu Beidenau ernannt und des Letzteren bisheeige Stelle dem Rechtspraktikanten M. Vervler zu Würzburg verliehen.

Berlin, 1. September. Gestern an der Börse verbreitete sich plötzlich das Gerücht, daß der König sämmtliche politische Gefangene, welche in die letzten Affairen hier verwickelt waeen, begnadigt habe. Das politische Untersuchungswesen hiee hat jetzt sehr viel Aehnlichkeit mit dem Gespinnst der Penelope; es kommt nichts weiter dabei heraus, als daß man das Begonnene wieder auftrennt.

Berlin, 1. Septembee. Seitens unserer Regierung sind der russischen Gesandtschaft ernstliche Vorstellungen wegen der Paßverweigeeungen nach Rußland gemacht worden, und steht zu ewarten, daß die russische Gesandschaft von jetzt ab weniger difficil im Ertheilen von Pässen sein wird. Man erzählt in diplomatischen Kreisen, daß der Fürst Paskewitsch aus Waeschau weede abgeeufen und anderweitig verwendet weeden. — Bis gestern Mittags sind an der Cholera erkrankt 327 Personen, davon gestorben 213, genesen 34, in Behandlung 80. — An der Böese wuede die wichtige Mitheilung gemacht, daß eine Commission der deutschen Nationalveesammlung in Frankfurt sich dahin entschieden habe, daß den Inhabern der Obligationen Lit. a. des ehemaligen Königeeichs Westfalen, durch den Tractat von 1844 der betheiligten Mächte Preußen, Hannover, Kurhessen und Braunschweig der Rechtsweg abgeschnitten wurde, dieser zue Verfolgung ihees anscheinend gerechten Forderung wieder zu eröffnen sey. — Mit dem heutigen Morgenzuge gingen mehre hundert Reservisten vom 24. Infanterieregiment unter lautem Hurrah nach ihees Heimat ab. Von jeder Compagnie des Regiments sind 50 Mann entlassen woeden.

Wien, 31. August. Das Bild, welches die Kammee heute daebot, war das des vollendetsten Verwirrung. Die Verhandlungen über den Kutschi'schen Anteag sollten endlich ihre Ende ereichen, allein bis zu diesem Augenblicke ist dieß nicht der Fall; worauf der Prinzip der Entschädigung, um welches so lebhaft gestritten und worauf sogar eine Cabinetsfrage gemacht worden war, die Oberhand behielt. Die größte Theil des Vormittags wuede damit hingebracht, gestern gefaßte Beschlüsse wieder zu verwerfen. Die Linke brnigte die Stimmung des Augenblicks zu vreschiedenen Manövers; sie verließ einmal den Saal gänzlich; als sie aber vernahm, daß die Zahl dee zurückgebliebenen Mitgliedee gleichwohl beschlußfähig sei, kehrte sie sogleich wieder auf ihee Plätze zuück. Proteste, Zwischeneeden der verschiedensten Art wueden eingewoefen, der Lärm erreichte einigemal eine so beispiellose Höhe und die Verstummung gerieth in so außerordentlichen Zwiespalt daß die Kunst, die Selbstbeherrschung und der Gleichmuth des Präsidenten Strobach dazu gehörten, die Ordnung im Ganzen einigermaßen aufrecht zu erhalten. Der Lasser'sche Antrag wuede heute als Hauptantrag betrachtet und behandelt, so daß der Kudlich'sche Antrag neben diesem in Schatten tritt. Die Pueite desselben, wie sie amendirt und angenommen wueden, sind folgende: 1) Die Unterthänigkeit und das fronzehrigkeitliche Verhältniß ist aufgehoben. 2) Grund und Boden ist vollständig zu entlasten; 3) Alle aus dem Unterthänigkeits-Verhältnisse entspringenden Lasten, (als Zehent, Robath und dgl.) hören auf. Diese 3 Punkte wurden einstimmig angenommen. 4) Für den Wegfall der persönlichen Lasten ist keine Entschädigung zu leisten. Wuede mit großer Mehrheit angenommen. 5) Für den Wegfall der Feudal- und Gefällslasten ist dahingegen eine billige Entschädigung auszumitteln. (Ueber diesen Punkt waeb mit Namensaufruf entschieden, nachdem die Sigung frühee 10 Minuten lang suspendirt woeden war, um den, der deutschen Sache nicht kundigen Mitgliedern den Gegenstand nahe zu legen. Das Resultat wae: 174 Stimmen für — 144 Stimmen gegen Entschädigung, Majorität 30. — 36 Mitglieder entheiten sich der Abstimmung gänzlich, was wohl auch berechtigt die eigentliche ministeeielle Majorität höher anzuschlagen. 6) Eine aus Abgeordneten von allen Provinzen zu bildende Commission hat einen Gesetzentwuef auszuarbeiten über den Maßstab und die Höhe der zu leistenden Entschädigung und über den aus den Mitteln der betreffenden Provinz zu bildenden Fond, aus welchem lediglich die für die betreffende Provinz zu berechnende Entschädigungs-Quote durch Beemittlung des Staates geilgt weeden soll. 7) Patteimonialbehörden haben provisorisch auf Staatskosten zu verbleiben.

(R. K.)

Karlsruhe, 1. September. Bei der heute hier stattgehabten 12. Gewinnziehung der bad. 50 fl. Loose des Anlehens vom Jahre 1840 sind die nachstehenden Nummern die Hauptpreise zugefallen: Nr. 32, 132 fl. 35,000; Nr. 59,831 fl. 10,000; Nr. 6001 fl. 5000; 91,116 fl. 3000; Nr. 99,15, 99,8500 jede fl. 1500; Nr. 59,896, 68,211, 68,812, 35,494 jede fl. 1000.

Altona, 31. August. Durch einen Erlaß der preußischen Regieeung vom 30. Aug. wied die Landesveesammlung auf den 4. Sept. einberufen. Gestern ist hiezdie Oedre an den Oberstlieutenant Fabritius gelangt, sich heute nach Stade zu begeben, um die dänischen Gefangenen, 750 an der Zahl, hierher abzuholen. Dieselben weeden hier von dem schleswig-holsteinischen Capitain Friedrichsen und einigen Andern in Empfang genommen und sammt den hier befindlichen Gefangenen am 2. Sept. nach Kiel befördert weeden, um bei gegen die an jenem Tage von Kopenhagen daselbst anlangenden deutschen Gefangenen dort ausgewechselt zu werden. Diese Auswechselung wird sogar in dem Falle, daß bis dahin der Waffenstillstand wider Vermuthen nicht ratifizirt werden sollte, stattfinden. — Als zuverlässig wird einem hamburger Blatte mitgetheilt, daß man unter folgenden Bedingungen den Waffenstillstand in Malmoe vereinbaet habe: 1) die schleswig-holsteinische provisorische Regieeung tritt innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Ratifikation von Seiten Preußens von ihem Amte ab; zu Mitgliedern der neuen provisorischen Regieeung werden vom Reichsverweser dem Könige von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein eine Anzahl Männer aus den Herzogthümern in Vorschlag gebeacht und steht dem Landesheeen die Auswahl aus diesen zu. 2) Die seitheegen Verwaltungsacte der schleswig-holsteinischen provisorischen Regieeung werden vom Herzoge anerkannt. 3) Die schleswig-holsteinischen Truppen, in so großer Anzahl, als die Regieeung für gut befindet, und 1490 Mann

Digitized by Google

Preußen bleiben im Lande unter den Waffen, doch ist unter jenen den Schleswigern ein etwa verlangter Urlaub zugestehen. 4) Alle Geldentschädigungen fallen weg, mit Ausnahme der von Deutschland an Dänemark zu vergütenden Kosten der Dislocirung der schwedischen Truppen. Dagegen werden alle genommenen deutschen Schiffe mit Ladungen freigegeben. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 28. August. Heute gegen Mitternacht sind der Ministerpräsident Graf Batthyanyi und der Justizminister Franz v. Deak eilig nach Wien abgereist. Der Kriegsminister L. Mesaros ist schon gestern früh nach dem Kriegsschauplatz abgegangen. Es hängt dies Alles mit sehr traurigen Enthüllungen eines empörene den Verrathes zusammen, welchen die österreichischen Offiziere in dem ungarischen Lager in immer gesteigertem Grade gegen Ungarn anzetteln. Ein Gemeiner aus dem Husarenregiment Kaiser Nikolaus hat sich mit Lebensgefahr geflüchtet und hier dem Ministerium die Anzeige gemacht, daß die Offiziere die Soldaten bereden, in dem Treffen gegen die Insurgenten blind zu schießen, sobald aber die Kroaten kommen, sich selbst gegen die Ungarn zu kehren. 70 Gemeine haben sich entschlossen, die Sache hier anzuzeigen, das Lager werde aber so streng bewacht, daß der Eine auch nur zufällig entweichen konnte. In der eben beendigten Sitzung des Repräsentantenhauses wurden deshalb Interpellationen an den Finanzminister Kossuth gestellt. Dieser stellte die Thatsachen nicht in Abrede, verlangte aber noch zwei Tage Zeit, binnen welcher es zur Entscheidung des „entweder oder" kommen muß. Der Kriegsminister Mesaros wird nämlich heute einen dritten allgemeinen Angriff auf die feindlichen Verschanzungen bei St. Thomas persönlich leiten, andererseits werden aber die Minister Batthyanyi und Deak in Wien auf eine bestimmte Alternative nachdrücklichst dringen. (D. A. Z.)

Die neuesten Nachrichten aus Syrmien melden, daß der Kriegsdampfer „Mesaros" von den Serben genommen worden seyn soll. (D. A. Z.)

General Bechtold hat einen Parlamentär in das Lager der Aufständischen bei St. Thomas gesendet. — Diese bleiben aber bei ihren früheren Forderungen. Das Banat, Bacska und Baranya sollen zu einer raizischen Wojwodschaft vereinigt, der Wojwode von der raizischen Nation gewählt, ein Patriarch ebenfalls von der Raizen bestellt und die Sprache und Religion der Raizen vollkommen garantirt werden. Dann sind sie geneigt, den Verband mit Ungarn beizubehalten, den ungarischen Reichstag zu beschicken. In der Wojwodschaft selbst soll die diplomatische Sprache die raizische seyn. (A. D. Z.)

Belgien.

Antwerpen, 31. August. Gestern Abend um 6 Uhr wurden die Debatten über die Unternehmung von Risquons-tout (Einfall belgisch-französischer Freischärler in Belgien) mit einem Verdict beendigt, welches 17 der angeklagten Theilnehmer für schuldig erklärte, worauf der Assisenhof gegen 9 Uhr das Todesurtheil über dieselben aussprach. Die fünfzehn übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Unter den Verurtheilten befindet sich der Genfer Advokat Spielthoern. (K. Z.)

Frankreich.

*Paris, 31. August. Die Legitimisten, die Cavaignac's Entschlossenheit gegenüber es nicht gewagt haben, ihre Pläne hier in Ausführung zu bringen, haben sich auf die Provinz geworfen und in dem ihnen ergebenen Süden die Fahne des Bürgerkriegs aufgepflanzt. Die Regierung hat gestern durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß eine legitimistische Bewegung in Montpellier ausgebrochen ist. Ein heftiger Zusammenstoß zwischen den Insurgenten und den Truppen führte zu Blutvergießen, der Präfect des Departements, Herr Ricquier, wurde schwer verwundet und der Capitain der Gendarmie getödtet. Aehnliche Unruhen sollen in Marseille ausgebrochen seyn und die Legitimisten kündigen offen an, daß sich in einigen Tagen der ganze Süden erhoben und Heinrich V. zum Könige proklamirt haben werde. Gestern Abend war Minister-Conseil und die energischesten Maßregeln sollen beschlossen worden seyn, um den Aufstand im Keim zu unterdrücken. (S. u.)

Die Haltung aller Journale, ohne Ausnahme, ist heute sehr beachtenswerth. Alle, von conservativen Debat bis zum revolutionären National sprechen sich einstimmig dahin aus, daß nach Oesterreichs Weigerung, die Vermittlung wegen Italiens anzunehmen, der Krieg unvermeidlich sey, ja, sie gestehen, daß die Regierung, die Nationalversammlung, das Land durch alle früheren Erklärungen und Schritte zu sehr gebunden seyen, um zurückgehen zu können. Die Nachricht von der durch den Minister Wessenberg gegebenen ablehnenden Antwort traf am 28. hier ein. Hr. Bastide begab sich sogleich mit der Depesche zum General Cavaignac und der Minister-Rath ward am selben Abende zusammenberufen. Das Ergebniß dieser Berathung war die Absendung eines Ultimatums nach Wien, die Mittheilung des von dem französischen Kabinette gefaßten Entschlusses nach London, und die Anordnung großer militärischer Maßregeln. Die Mobilisation der 390 Bataillone der Nationalgarde wird mit dem größten Eifer betrieben, die Cadres sind gebildet und in diesem Augenblicke werden bereits die Compagnielisten aufgenommen. Als Unterscheidungszeichen bekommen diese 300 Bataillone Tschakos in der Form der der mobilen Garde, nur, statt von rothen, von blauen Tuche. Die beiden ersten Divisionen der Alpen-Armee und die Kavallerie-Division, die an der äußersten Grenze stehen, haben den Befehl bekommen sich marschfertig zu halten. Wenn bis 10. September keine oder keine befriedigende Antwort auf das nach Wien gesandte Ultimatum erfolgt ist, rücken diese drei Divisionen unmittelbar in Piemont ein und die drei andern Divisionen rücken an die Grenze nach. Die französische Escadre deglbt sich nach Venedig und Triest und man versichert, die Sendung des Generals La Marmora habe den geheimen Zweck sich wegen der Cooperation Frankreichs zu verständigen, da Carl Albert durch die angeknüpften Unterhandlungen den Marschall Radetzky nur hinhalten, seine Armee organisiren und sogleich nach Ablauf des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten erneuern wolle. Man rechnet darauf, daß Benedig sich so lange halten wird und daß bei dem Einmarsche der französischen Armee sich Europa ganz Italien erheben und dem Kriege ein rasches Ende machen werde.

Gestern Abend war eine sehr glänzende Soirs beim General Cavaignac, — das ganze diplomatische Corps war anwesend, — man bemerkte mehrere italienische Generale und Offiziere in ihren eleganten Uniformen. Cavaignac unterhielt sich lange mit dem englischen Botschafter und mit dem Generale La Marmora, und man versichert, er habe zu diesem gesagt: „Seyen Sie fest überzeugt, daß wir Italien nicht verlassen. Wir unterhandeln jetzt auf diplomatischen Wege um die Räumung Italiens zu verlangen. Gelingt es uns auf diesem Wege nicht, so werden wir die Waffen ergreifen, aber um jeden Preis wird Italien frei werden."

Der Prozeß gegen Barbès, Albert, Blanqui, Sobrier, Raspail und die andern in das Mai-Attentat verwickelten Personen beginnt am 15. Oktober vor den Assisen von Tours.

Der Moniteur, der heute ungewöhnlich spät erschienen ist, bringt zwei telegraphische Depeschen aus Montpellier. 1) Eine Manifestation der legitimistischen Partei hat ernste Unruhen in Montpellier hervorgerufen. Der Präfekt hat sich an der Spitze der Nationalgarde auf den Schauplatz der Unruhen begeben. Er ging allein vor um Worte der Friedens vernehmen zu lassen, wurde aber mit Steinwürfen und Flintenschüssen empfangen, ein Gendarme, ein Polizei-Commissär und der Instructionsrichter wurden schwer verwundet. Der Präfekt selbst hat eine Quetschung an der Schulter erhalten, die ihn verhindert zu unterzeichnen. Das Stadtviertel der Unruhen ist von der Truppe und Nationalgarde umzingelt. Die Justiz untersucht. — 2) Obgleich die Aufregung noch lebhaft ist, so ist doch die materielle Ruhe hergestellt.

Im Conferenzsaale der Nationalversammlung war es sehr lebhaft; die Nachrichten aus dem Süden (man spricht von dem Ausbruche von legitimistischen Aufständen in Nimes, Marseille und Avignon) und die immer mehr drängende Lösung der italienischen Frage beschäftigen die hier zahlreicher, als in der Sitzung versammelten Vertreter. Die Nachricht, daß bereits die ersten Divisionen der Alpenarmee auf piemontesisches Gebiet gerückt seyen, ist viel verbreitet, wahrscheinlich werden morgen oder übermorgen Interpellationen erfolgen. Man beschäftigt sich auch mit der etwas sonderbaren Stellung des deutschen Gesandten, Hrn. Friedrich v. Raumer, der sich schon länger als acht Tage hier befindet, ohne daß der Moniteur seiner erwähnt, oder daß er vom General Cavaignac empfangen wird. Der Minister Bastide soll ihn einmal empfangen, aber ihn absichtlich nur als bedeutenden deutschen Gelehrten behandelt und ihm ironische Complimente über seine Berliner Vorlesungen nach der Februar-Revolution (die bekanntlich nicht franzosenfreundlich waren) gemacht haben.

Großbritannien.

London, 29. August. Louis Blanc ist gestern Nachmittag mit dem Dampfboot zu Dover angelangt, heute früh von dort abgereist und gegenwärtig in London. — Für die Auswanderer,

Digitized by Google

welche durch den Brand des „Ocean Monarch“ ihre ganze Habe eingebüßt haben, ist eine Subscribtion eröffnet worden, welche schon 1500 Pf. St. ausmacht.

Im Oberhause wurde gestern die Zuckerzollbill im Comite genehmigt und die dritte Verlesung angeordnet. Mehrere andere Bills wurden um eine Stufe gefördert. Im Unterhause ward die Bill wegen Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zur päpstlichen Regierung, nachdem ein Antrag Napier's auf Verwerfung durchgefallen war, zum dritten Male verlesen und angenommen.

Rußland und Polen.

Die „Gazeta Krakowska“ schreibt aus Warschau vom 20. August: Vor einigen Tagen berichtete uns die „Deutsche Posener Ztg.“ von einer Conspiration in Polen, so wie von einer Verhaftung von 40 Polen in Kalisch. Wir erklären indeß hiermit diese Nachricht für eine Lüge. Im Kurzem sollen hier 10,000 donische Kosaken ankommen, so wie große Massen aus den tüchtigsten Leuten bestehende Cavallerie. Der Kaiser selbst wird in Kurzem in Warschau erwartet. — Aus der Citadelle hat man alle politischen Gefangenen weggeschafft, einen Theil derselben nach Sibirien geschickt, den andern den kaukasischen Truppen überwiesen, die übrigen aber als Strafe zu gemeinen Soldaten gemacht oder in Freiheit gesetzt. Sehr viele sibirische Gefangene hat der Kaiser begnadigt; dieselben dürfen jedoch nicht nach Polen zurückkehren. Man hat ihnen Wohlynien und Podolien als Aufenthaltsort angewiesen und zum Unterhalte eine bestimmte Pension festgesetzt, die sie von der Regierung erhalten werden. Alle von den Oesterreichern den russischen Behörden ausgelieferten polnischen Flüchtlinge sind an den Kaukasus geschickt worden. — Die Cholera ist in Warschau heftig ausgebrochen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth. In der Sitzung des patriotischen Vereins vom 30. Aug. wurde als Nachtrag zu den Statuten folgendes Glaubensbekenntniß angenommen: Der patriotische Verein hält es für Pflicht sich über sein Verhalten zu der großen Umgestaltung des deutschen Vaterlandes auszusprechen, und stellt deshalb die ihr hiebei leitenden Grundsätze, sowie Zweck und Mittel — als Ergänzung der Statuten wie folgt, ausführlicher fest: 1) Als die Aufgabe des deutschen Volkes erkennt er die Schaffung und Wahrung eines einigen auf der Grundlage der ungetrübtesten bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheit, festbestehenden Deutschlands. 2) Für allein berechtigt, zur Lösung dieser Aufgabe betrachtet er die constituirende National-Versammlung und die von derselben verfassungsmäßig gebildeten oder noch zu bildenden Organe, indem für ihn als höchstens Prinzip der Staatsverfassung die Volkssouveränität gilt. 3) Ueberzeugt, daß dieses Ziel durch die Bildung Deutschlands zu einem Bundesstaate ohne Verletzung der bestehenden constitutionellen Monarchien zu erreichen, demselben aber dieselbe Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten, welche damit unvereinbar ist, zu opfern sey — bekennt sich der patriotische Verein zu dem Grundsatze: die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Centralgewalt als der obersten Gewalten des deutschen Gesammtvaterlandes, haben unbedingte Geltung und jedes Auflämpfen gegen deren Competenz ist als ein Verrath an der großen Sache des deutschen Volkes betrachtet. 4) Der Vereine, welcher in der Anarchie wie in der Reaktion die Feinde der Ordnung, des Gesetzes und der verfassungsmäßigen Freiheit erblickt, erstrebt die Verwirklichung dieser Ideen auf dem gesetzlichen Wege. 5) Zur Erreichung dieses Zweckes dient ihm außer den bereits im § 2. der Statuten aufgestellten Mitteln der Anschluß an andere gleichgesinnte Vereine, so wie das Hervorrufen ähnlicher Vereine, sodann das Verfassen oder Antregen von Adressen und Petitionen und der Gebrauch der Presse.

Anzeigen.

Nachricht
für Auswanderer nach Nordamerika.

Nach so eben erhaltenen Berichten ist der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen, die Blokade der deutschen Flüsse aufgehoben und die Schifffahrt für alle Flaggen wieder frei gegeben; — es werden daher, so wie früher, am 1. und 15. Tage eines jeden Monats große, dreimastige, schnellsegelnde, für Passagiere auf's bequemste eingerichtete, bremische Schiffe nach **Newyork, Baltimore, New-Orleans** und am 25. September und gegen Mitte October nach **Galveston** in **Texas** expedirt. —

Von den Herren **Lüdering & Comp.** in Bremen.

* * *

Zur Abschließung von Ueberfahrts-Verträgen unter bedeutend ermäßigten Preisen ermächtigt, bitte ich Auswanderungslustige sich meiner Vermittelung zu bedienen.

Bayreuth, den 4. September 1848.

Joh. Matth. Kolb,
Nr. 106 Ecke der Kanzlei und Max-Straße.

Mit dem Abschluß des 7monatlichen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark hat auch die regelmäßige Schifffahrt nach den Vereinigten Staaten wieder begonnen.

Am 1. October wird der herrlich ausgerüstete Drei-Master

Florian,

geführt von Capitain Poppe,

nach Newyork expedirt, und können Ueberfahrts-Verträge durch den unterzeichneten Agenten zu sehr mäßigen Ueberfahrtspreisen abgeschlossen werden.

Bayreuth, 3. September 1848.

H. M. Wilmersdörffer.

Aufforderung.

Im Gasthof zum goldenen Adler liegen bis künftigen Mittwoch Mittag 12 Uhr zwei Adressen an die National-Versammlung zu Frankfurt auf. — Alle Arbeiter werden gebeten, sich binnen der angegebenen Zeit, durch ihre Unterschrift an derselben zu betheiligen.

Bayreuth, 1. September 1848.

Der mit Besorgung der Angelegenheit beauftragte
Ausschuß.

Entgegnung.

Obgleich nicht der Mühe werth erscheint, auf das närrische Inserat des Herrn Hupfauf oder seines närrischen Einblasers in Nro. 239 d. Bl. etwas zu erwidern, indem das Urtheil über die in der Anspielung auf den Unterzeichneten liegende Humanität und Delikatesse getrost dem Publikum überlassen werden kann, so sieht sich derselbe doch veranlaßt Herrn Hupfauf oder seinen närrischen Suffleur um Aufklärung über die Bedeutung der närrischen Fabel bezüglich des Schießens eines Pferdes anstatt einer Wachtel zu bitten, indem für solche etwaß Thatsächliches so durchaus mangelt, daß sie als Ausgeburt einer närrischen Phantasie erscheinen muß.

Kirchenlamitz, den 3. September 1848.

Hoffmann.

Da mir vor meiner Abreise nach Nürnberg die Zeit mangelte, um mich bei all' meinen Freunden und Bekannten persönlich zu beabschieden, so sage ich denselben hiemit noch ein herzliches Lebewohl.

Otto von Stetten,
k. Lieutenant.

Vergangenen Sonnabend den 2. d. Mts. wurde auf der Straße von Donndorf bis zur Altstadt eine silberne Taschenuhr mit schildkrötenen Uebergehäuse römischen Zahlen und dem Namen **Wolfgang Burger in Bayreuth** versehen, nebst einer doppelten silbernen Kette, von einer ganz armen Frau, die dieselbe zum Uhrmacher tragen sollte verloren; da der Verlust für diese Frau sehr bedeutend ist, so bittet sie den redlichen Finder dringend, sie gegen ein nach ihren Kräften bestehendes Fundgeld bei dem Uhrmacher **Wolfgang Burger** in Bayreuth abzugeben.

Dienstag, 5. September findet im Saale zum deutschen Haus

eine musikalische Production

der Gebrüder Möhrenschlager

Violin- und Clarinett-Virtuosen statt, wozu sie ergebenst einladen. **Entrée 18 kr. à Person.** Eine Familie zu 3 Person 42 kr. Anfang 7 Uhr Abends.

Ein zuverlässiger im Fahren und in Behandlung der Pferde geübter unverheiratheter Kutscher, welcher sich durch Zeugnisse guter Aufführung legitimiren kann, wird bis 1. Oktober d. Js. in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres hierüber in der Zuckerraffinerie zu St. Georgen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch Nro. 248. 6. September 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 1. September. Der wissenschaftliche Congreß hat in seiner zweiten und dritten Sitzung die Statuten für die Gründung einer freien, deutschen Akademie berathen. Als Sitz der Universität wurde Wien angenommen, und im Falle sich die Wahl Wiens unter den gegebenen Umständen muthmaßlich zeigte, wurde der Ausschuß beauftragt, mit Frankfurt, Hamburg oder Nürnberg zu unterhandeln. Durch einen neuen Congreß soll sodann der Ausschuß sich über die Fähigkeit des materiellen Bestehens der freien deutschen Akademie unterrichtet hat, das Lehrerkollegium berufen werden. Die Lehrer theilen sich in bezahlte und unbezahlte. Der Eintritt der Zuhörer zu den Vorlesungen soll durch kein Examen bedingt und völlig unbeschränkt seyn. Die ernannten Lehrer bilden zugleich den Kreis der Akademisten, in welchen noch von dem jährlichen Congreß die bedeutendsten Männer der Wissenschaft als Mitglieder gewählt werden können. Der Akademie dient als wissenschaftliches Organ eine Zeitschrift unter dem Titel: Jahrbücher der freien deutschen Akademie.

Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat zahlreiche, die Handels- und Industrie-Interessen betreffende Fragen unter andern auch nach Flensburg geschickt, und von der dortigen Kaufmannschaft eine Antwort erhalten die sehr viel böses Blut macht. Man schreibt, Flensburg gehöre nicht mehr zu Deutschland und man könne sich deshalb der Antwort überheben.

München, 3. September. Der bisherige Geschäftsträger der französischen Republik am hiesigen Hofe, Herr Klein, wurde gestern Nachmittags von Sr. Maj. dem Könige im Audienzsaale Nymphenburg empfangen, um demselben sein neues Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der französischen Republik zu überreichen. (Hierin liegt die offizielle Anerkennung der französischen Republik von Seite Bayerns.) — Freihr. v. Closen, welcher sich einige Tage hier aufgehalten, ist am 1. September abgereist, um sich als Bevollmächtigter Bayerns bei der provisorischen Zentralgewalt nach Frankfurt zurückzubegeben.

Ein Schreiben aus München in der A. Z. von unterrichteter Hand meldet daß die in Stuttgarter Blättern zuerst verbreitete Nachricht von einer mit Württemberg wegen gemeinsamen Eisenbahn nach dem Bodensee unrichtig sey; daß ferner mit Energie dahin gestrebt werde, im Oktober d. J. die Eisenbahnstrecke von Neumarkt bis zur sächsischen Grenze, und gegen Ende dieses Jahrs die Strecke von Donauwörth bis Oettingen und die von Nürnberg bis Schwabach, endlich im Jahr 1849 die Strecke von Oettingen bis Schwabach befahren zu können, wodurch der Zusammenhang vollendet wäre.

Der A. Z. schreibt man vom Main, 31. August. Also ein siebenmonatlicher Waffenstillstand, das ist ein Hohn und eine Drohung zugleich. Hätte man einen dreimonatlichen abgeschlossen so wäre der Winter herangekommen, die Meerengen zugefroren und Dänemark hätte sich beugen müssen, aber Waffenstillstand bis Ende April, wo das Meer wieder frei ist, damit man das Spiel dann von vorn wieder anfangen und den deutschen Handel noch einen Sommer hindurch lähmen kann! Das ist ein Ergebniß das jeden mit gerechter Besorgniß erfüllen muß. Ich will keinen beschuldigen, keinen anklagen der an den Unterhandlungen theilgenommen, aber jetzt weiß man was davon zu halten ist; im nächsten Frühjahr, wenn Rußland besser vorbereitet, wenn Schwedens König vollends ins Netz gezogen, wenn der Bund zwischen dem Selbstherrscher im Osten und der demokratischen Republik im Westen vollends geschlossen, dann beginnt Dänemark als Fliegenklatsche den Kampf vom neuem, und Frankreich und Rußland erklären dann daß sie eine Beeinträchtigung Dänemarks nicht dulden. Das ist der Sinn des siebenmonatlichen Waffenstillstands, und die Lehre die man daraus ziehen muß ist die: für nächstes Frühjahr sich zum ernstlichen Kampf zu rüsten. Wir wollen sehen ob das eitle Geschwätz von der allgemeinen Brüderlichkeit der Völker jetzt auch noch Stich hält, ob das schmähliche Treiben der Allerweltsvermittler jetzt auch noch Anklang findet. Wem jetzt die Augen noch nicht aufgegangen sind der ist mit unheilbarer Blindheit geschlagen, oder ein Verräther. Binnen sieben Monaten hofft man im Norden mit den Intriguen in Deutschland weit genug gediehen zu seyn um keinen ernstlichen Widerstand zu fürchten. Wir wollen sehen.

Gesetz-Entwurf die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreiten über den Ersatz des Wildschadens betreffend. Art. 1. Der §. 1 der Verordnung vom 9. August 1806, „das Verbrechen des Wilddiebstahls betreffend,“ tritt insoweit, als er die Verhandlung und Entscheidung über die Ansprüche auf den Ersatz des Wildschadens den Polizeibehörden zuweist, außer Wirksamkeit, und wird durch folgende Vorschriften ersetzt. Art. 2. Ansprüche auf den Ersatz des Wildschadens sind durch Klageerhebung vor dem Gerichte in dessen Bezirk der Wildschaden stattgehabt hat, geltend zu machen. Art. 3. Wenn mehrere Grundeigenthümer, deren Grundstücke in dem nämlichen Jagdbezirke liegen, — vor demselben Gerichte und gegen den nämlichen Jagdberechtigten Ansprüche auf den Ersatz des Wildschadens erheben, so können sie gemeinschaftliche Klage anstellen. Art. 4. Das Verfahren und die Instanzenzug richten sich nach den für die Civilrechtsstreitigkeiten bestehenden Vorschriften. Wenn in dem Falle des Artikel 3 hinsichtlich der Forderungen mehrerer Kläger die Berufung ergriffen wird, so sind zur Feststellung der Beschwerdesumme die einzelnen Beträge zusammenzurechnen. Art. 5. Das gegenwärtige Gesetz ist auf alle Forderungen des Wildschadenersatzes anzuwenden, welche an dem Tage der Verkündung des Gesetzes noch nicht bei den Polizeibehörden zur Anzeige gebracht sind.

Feuilleton.

Mediatisirungspläne

Unter der Unterschrift „die Gliederung des deutschen Reichskörpers,“ enthalten die „Berlinischen Nachrichten“ einen ausführlichen Aufsatz, in welchem die Mediatisirungspläne, von deren Dasein in einigen preußischen Köpfen schon verlautete, an das Tageslicht treten. Man sieht daraus, es giebt noch eine Weise, auch das Altpreußenthum mit der deutschen Einheit zu befreunden. Wir wollen nur an einigen Hauptgrenzen zeigen, wie das neue Deutschland und das neue Preußen in der projectirten Gestalt sich etwa ausnehmen würden. Das neue deutsche Nationalreich, wird vorgeschlagen, soll sich in 8 Staaten (zusammen 20 Landschaften) theilen, nämlich: Preußen (mit 7 Provinzen), Oesterreich (mit 8 Provinzen), Bayern (mit 2 Provinzen), und Schwaben Hessen, Obersachsen, Niedersachsen und Nordalbingen. — Preußen aber würde folgende Gestalt annehmen. Preußen tritt in den Wiederbesitz seiner stammfürstlichen Landmasse. D. h. es erhält von Bayern die Provinzen Ober-, Mittel- und Unterfranken, von denen es einen Theil zur Vervollständigung Hessens abtritt, dagegen aber durch Einverleibung der altfränkischen Grafschaft Henneberg, d. i. der Fürstenthümer Meiningen, Hildburghausen und Coburg sich „arrondiren“ würde. Für dieses Tausch sollte Bayern die Abeinlande mit Köln, doch mit Ausschluß der altpreußischen Gebiete von Cleve, Mörs und Geldern erhalten. — Die beiden Hessen werden nebst einigen anliegenden Gebietstheilen von Bayern vereinigt. — Preußen gebe ferner die 1815 ihm einverleibten sächsischen Gebietstheile heraus. Dagegen würde Preußen im Norden und Nordwesten seine Entschädigung folgendermaßen suchen.

Die künftige Westprovinz des Königreichs Preußen, Westphalen nämlich, würde folgende Bestandtheile in sich fassen: die jetzige Provinz Westphalen, die Gebiete von Cleve, Mörs und Geldern, Lippe-Detmold, Pyrmont, Oldenburg und die von Hannover abzutretenden — gleichfalls zum ehemaligen westphälischen Reichskreise gehörig gewesenen — Territorien von Osnabrück, Untersaß Münster, Bentheim, Lingen und Ostfriesland, westelbt der preußische Name noch in so gesegneten Andenken lebt.

Digitized by Google

Der Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt.

Bamberg, 2. September. Die Bamb. Z. bringt den Wortlaut der Zuschrift des Bamberger konstitutionellen Vereins an das Ministerium. Es heißt darin im Wesentlichen: In den ersten Handlungen des neuen Ministeriums habe man Zeichen genug gefunden, daß die Hoffnung des deutschen Volkes eine trügerische gewesen; es würden die nach seinem Wunsche auf die höchsten Posten der Staatsverwaltung berufenen Männer die beste Bürgschaft bilden für die Gewährung aller Rechte, welche der Geist der Zeit gebieterisch verlange. Hätten auch schon damals eingelne Erscheinungen Zweifel hieran entstehen lassen, so seyen dieselben doch nur als vereinzelte Mißgriffe betrachtet worden. Allein der Verein müsse mit Schmerz bekennen, daß diese Erscheinungen in der jüngsten Zeit sich so sehr vermehrt hätten, daß dadurch gerechte Besorgnisse erregt geworden, es möchte die früher eingeschlagene, durch die vertheilten Versprechen, durch den Geist der Zeit, durch das ewige Naturrecht vorgezeichnete Bahn verlassen. Als Motive werden angeführt: 1) Die Stellung der bayerischen Staatsregierung zu der deutschen Centralgewalt. 2) Der dargelegte Mangel an Achtung vor der Volkswehr (Polizeigardisten), während eine allgemeine Volksbewaffnung noch nicht eingeführt und auch nicht zugesagt worden sey. 3) Die auf Ministerialentschließung basirte Verfügung der Unterfränkischen Regierung bezüglich der Sammlungen für die deutsche Flotte, wodurch große Furcht der Beschränkung des Assoziationsrechtes hervorgerufen worden sey. 4) Gewisse Anordnungen bezüglich der Presse. 5) Daß die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindegremien auch nicht gewahrt sey. 6) Die Beschränkung der Oeffentlichkeit der Sitzungen der Landräthe. — Schließlich wird die Bitte gestellt: Es möge das ges. Staatsministerium unter Verlassung der jüngst eingeschlagenen Bahn sich dem ursprünglich betretenen Wege des entschiedenen Fortschritts wieder zuwenden und unter Berücksichtigung der im Vorstehenden vorgebrachten Wünsche im Interesse des Regenten, im Interesse des Volkes, im eigenen Interesse unverrückt darauf beharren. (N. Z.)

Berlin, 2. September. Unser Handelsministerium hat mit dem Reichsministerium schon seit längerer Zeit über den Eintritt Oesterreichs zum Zollverein unterhandelt, die Verhandlungen nahen sich ihrem Ende, ohne das gewünschte Resultat geliefert zu haben. (Wir sollten glauben, daß nicht Berlin, sondern Frankfurt der Ort sey, wo die deutsche Zoll- und Handelseinheit zu Stande zu kommen hat.) — In den preußischen Fürstenthümern, in welchen, die Neuwahl für die frankfurter Nationalversammlung zwischen Bruno Bauer und Julius Fröbel schwebte, hat der Letztere den Sieg davon getragen. (D. A. Z.)

Aus der Provinz Preußen, 29. August. Schon vor mehreren Tagen wurde mir von durchaus zuverlässigen Personen mitgetheilt, daß seit Kurzem von traktionärer Seite her in unserer Provinz geäußert wurde: man sei jetzt stark genug, um „loszuschlagen“ und den Prinzen von Preußen an die Spitze des Landes stellen zu können. Da die ingwischen diese Aeußerungen nur für eine etwas piquantere Art von Rodomontaden hielt, als sie unter den Helden der Reaktion sonst üblich sind, so hielt ich es nicht für der Mühr werth, darüber weiter zu reden. Da man aber jetzt aus authentischer Quelle die Umtriebe erfährt, welche von Charlottenburg aus durch die Armee gehen, da den Linientruppen und den Landwehren von eben daher die in der Decker'schen Hof-Buchdruckerei gedruckten Formulare von Petitionen zugesandt worden, in welchen sie den König angehen, er möge den ihm zustehenden und von ihm gefährten Ober-Befehl über das Heer dem Prinzen von Preußen übertragen, — und da dieser Prinz schweigt, wie er am 6. August in Stettin geschwiegen hat, so muß ich es doch für Pflicht halten, darauf aufmerksam zu machen, daß zu welchen Wünschen nicht nur, sondern selbst bis zu welchen Vorsätzen die traktionäre Partei schon vorwärts geschritten ist. Sie wird freilich unterliegen, aber ihre Niederlage ohne Blutvergießen erfolge, dafür hat die Regierung und insbesondere der Kriegsminister zu sorgen. (K. Z.)

Halle, 2. September. Der hiesige Volksverein hat in seiner heutigen Zusammenkunft beschlossen, auf den Vorschlag des Vaterlandsvereins zu Leipzig hin, das von diesem patriotischen Verein in Anregung gebrachte Vereinigungsfest sächsischer und preußischer Staatsbürger — nicht Volksstimme, wie es in den Schreiben heißt; denn es gibt wenigstens keinen preußischen Volksstamm der das Werk ausführte — erst am 17. September abzuhalten; es werden an der Feier auch berliner Deputirte sich betheiligen.

Rendsburg, 31. August. Während den deutschen Truppen schon seit langer Zeit Waffenruhe, wie es scheint, aufreizt worden und dieselben sich ruhig von den ins Schleswigsche hereinbrechenden Dänen ihre Vorposten und Patrouillen wegschnappen lassen mußten, haben die Dänen ihre Räubereien zur See bis auf den letzten Augenblick ungestört fortsetzen dürfen. Noch gestern Morgen zwischen 8 und 9 Uhr hat ein dänischer Schooner die Lootsgalliot an der Mündung der Eider weggenommen, unter Umständen, welche die Dänen abermals als würdige Nachfolger der alten Wikinger bezeichnen. Die Lootsgalliot, die erst am 26. August auf Befehl der provisorischen Regierung ihre Station wieder eingenommen, hatte nämlich eben einen herausfegenden englischen Schooner einen Lootsen zugeschickt, als sich der dänische Schooner (früher Kauffahrer und darum nicht als Kriegsschiff zu erkennen) unter holländischer Flagge näherte. Während sich nun die Lootsgalliot anschickte, auch diesem Schiff einen Lootsen zukommen zu lassen, wird plötzlich die holländische Flagge herunter gelassen, die dänische Kriegsflagge aufgezogen und mit zwei bemannten Booten die Lootsgalliot genommen. So berichtet der Lootse, welcher den englischen Schooner hereingebracht hat. (D. A. Z.)

Flensburg, 29. August. Hannoversche Offiziere erzählen hier heute, daß in der vorigen Nacht die Dänen auf Sundewitt einen nassauer Vorposten und einen Einwohner von Eckensund, der dort Beiträge für die deutsche Flotte gesammelt hat, aufgehoben haben.

Nach einer Angabe aus **Wismar** in der Rostocker Zeitung, die aus dem Munde des Hrn. v. Below selbst herrühren soll, werden die Friedensunterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark in Lübeck (nicht, wie neulich gemeldet, in London) stattfinden. (D. A. Z.)

Lübeck, 1. September. Heute sind hierselbst die Ratifikationen des Waffenstillstandes mit Dänemark ausgewechselt worden. Der preußische General v. Below langte zu dem Zwecke gestern von Berlin hier an; von Kopenhagen trafen heute Morgen zwei dänische Dampfschiffe, Hertha und Waldemar, in Travemünde ein, mit welchen der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr von Reetz, gekommen ist. Auch soll der Graf Karl Moltke, den unverbürgte Gerüchte als Mitglied, ja Präsidenten der neu einzusetzenden Regierung für Schleswig-Holstein bezeichnen, von Kopenhagen

---

Hannovrr könnte für jene abzutretende Theile, so wie für das Fürstenthum Göttingen, im Osten vollkommene Entschädigung finden; dieser neue niedersächsische Staat würde nämlich aus folgenden homogenen Stücken zu bilden sein: aus Hannover (nach Abzug der genannten Theile), den preußischen Territorien Altmark, Magdeburg, Halberstadt und Quedlinburg, dem Herzogthume Braunschweig, den Harzdistricten des Fürstenthums Grubenhagen, den preußischen Kreisen Minden und Lübbecke und den Erbieten von Köthen, Schaumburg-Lippe und Bremen.

Die nördlichen Gauen Deutschlands, Mekkenburg-Schwerin und Strelitz und Schleswig-Holstein-Lauenburg möchten zu einem Nordstaatlichen Gesammtstaate (an dessen Spitze wechselsweise die Häuser Holstein-Oldenburg und Mekkenburg-Schwerin stehen könnten) vereinigt werden, während Hamburg und Lübeck — nach dem Bangeldischen Vorschlage — sich Preußen, als der deutschen Seemacht, zuwendern würden.

Endlich wird Preußen, als Verbindungsglied zwischen Westphalen, Franken und seinen östlichen Provinzen, ein compaktes Thüringen schaffen müssen. Dieses Thüringen würde umfassen: den nach Abzug der an Hannover und Sachsen abzutretenden Stücke (nämlich einerseits die Altmark, Magdeburg, Halberstadt und Quedlinburg, und andererseits Torgau, Liebenwerda, Schlieben, Zeitz und Ziegenrück) übrig bleibenden südlichen Theil von Grubenhagen, Hohenstein, die braunschweigischen Kreise Gandersheim (westliche Hälfte) und Holzminden und die kleinen thüringischen Gebiete, nach Abzug deßen, was davon zu Sachsen (nämlich die altenburgischen und preußischen Lande nebst dem Neustädter Kreis) zu Hessen (nämlich Schmalkalden, einige meiningischer und eisenachischer Parzellen) und zu Franken (nämlich der Hauptstheil des meiningner Landes, Hildburghausen und Coburg) zu schlagen wäre.

„Auf diese Weise, schließt die Darstellung, würde Preußen, indem es mit stammlichen übrigen Staaten auf mehr als einem Punkte zusammenhinge, sich mit allen Stämmen verbrüdern können und im Stande sein, allenthalben rasch rathend und helfend dreinzueilen, die Centralgewalt in jedweder Beziehung zu stärken und zu stützen. Das Wenige, was es dabei an materieller Macht einbüßen dürfte, wird ihm zehnfach durch erhöhten politischen und moralischen Einfluß ersetzt werden, und so nur kann Preußen in Deutschland aufgehen.“

(W. z. Z.)

Digitized by Google

gekommen seyn. Ein drittes dänisches Kriegsdampfschiff, der Stirner, hat sich schon gestern Abend auf der treuewänder Rhede vor Anker gelegt. Die Dampfschiffe bringen die Nachricht von der erfolgten Ausbrechselung der Ratification nach Fridericia, nach Kopenhagen und an die preußische Küste, um die fesortige Aufhebung der Blockade zu veranlassen. (D. A. Z.)

Italien.

Briefe und Zeitungen aus Verona vom 28. schildern übereinstimmend die Lage des Papstes als immer bedenklicher werdend. Fünf Cardinäle hatten auf einmal die Stadt verlassen, nemlich Gizzi, Ferretti, Ostini, Lambruschini und Della Genga. Ein Gerücht mißt dem Cardinal Ferretti sogar den (sehr unwahrscheinlich klingenden) Plan bei, ein Konklave in Malta zusammenzurufen in der Absicht, dort zu einer neuen Papstwahl zu schreiten, im Falle der Stuhl des h. Petrus erledigt würde. In Verona machten diese Gerüchte großen Eindruck, „und viele der intelligenten Italiener — sagt der Dreyser Bote — sprechen jetzt ohne Rückhalt über die zweideutige Stellung des Papstes und sagen, er könne nichts Besseres für den Staat und Kirche thun, als von den päpstlichen Stuhle zurücktreten."

Der Republikaner von Tessin theilt mit, daß Garibaldi in der Nacht vom 26. August nahe bei Tradate von großer Uebermacht angegriffen wurde, so daß er nach hartnäckigem Kampfe das Schlachtfeld räumte und sich mit dem Gros seiner Kolonne in die Schweiz zurüzog.

In Genua herrschen fortwährend anarchische Zustände. Die zwei gegen die Stadt gekehrten Forts hatte der Pöbel, trotz der Befehle der Regierung, fast ganz zerstört. — Briefe aus Rom vom 28. August widerlegen die von französischen und genuesischen Blätter verbreitete Nachricht, als sey dort eine neue Revolution ausgebrochen. (D. A. Z.)

Turin, 30. August. Karl Albert beginnt mehr und mehr, sich — wie man im gemeinen Leben zu sagen pflegt — auf die Hinterfüße zu stellen. Eine von ihm unterzeichnete Proklamation an das Heer, in der heutigen offiziellen Zeitung, fängt mit den Worten an: „Während die Zeit des Waffenstillstandes abläuft, ist meine Regierung kräftig auf die Mittel bedacht, um den Krieg von Neuem zu beginnen. Von allen Seiten strömen freiwillig neue Brüder, neue Gefährten herbei zu jenen Fahnen, die ihr einst an der Etsch wehen liehet. Wenn Beschwerlichkeiten, Entbehrungen, lange dauernde Strapazen uns den Sieg rauben konnten, so wird die erlangte Ruhe und eine strenge Disciplin die Tage des Triumphs wieder herauführen." Folgt nun eine Aufforderung an die Soldaten, von ihrem ihre Treue und ihren unerschütterlichen Muth zu beweisen. „So werden wir nach Ablauf des Waffenstillstandes entweder Bedingungen erlangen, welche den Rechten der Nation entsprechen, wenn die Ehre es heischt, wird auch der Feind zurückkehren sehen, um für die italienische Unabhängigkeit zu kämpfen." Am Schlusse wird die Bereitgung des Heers auf die Verfassung angerednet. — Ein Ausschreiben des Kriegs- und Marinenministers an die Kommandanten besteht diesen, strenge Disziplin auszustellen und die Offiziere vom Urlaub einzuberufen, „da es in wenig Tagen nöthig sei, daß das Heer neuen Operationen entgegensehe — nachdem es die Ereignisse erfor, dern werden, bereit stehe."

Frankreich.

* Paris, 1. September. Die Kriegsgerüchte gewinnen immer mehr Bestand, alle Schritte der Regierung zeigen, daß sie, wenn auch nicht augenblicklich das Schwert ziehen, doch das alte Sprichwort: Si vis pacem, para bellum! befolgen will. Ein Befehl des Kriegsministers vom 28. v. Mts. besteht die Bildung einer fünften Infanterie-Division der Alpen-Armee, Hauptquartier Dijon; der Divisions-General Rachs hat das Kommando dieser Division, unter ihm kommandiren die Brigades-Generale Depanis und Maisière. Die Concentration dieser Division in und um Dijon muß am 5. d. beendet seyn. Durch eine telegraphische Depesche vom 30. v. Mts. ist nach Marseille der Befehl abgegangen, eine andere Division von 6000 Mann in Marseille einzuschiffen und nach Venedig zu dirigiren. Oberst S. Hilliers, Kabinetschef des Kriegsministers Lamoriciere, hat sich vorgestern von Paris nach Marseille begeben, um die Einschiffung zu leiten, — er ist zum Generalstabschef dieser Expedition ernannt. Man versichert daß die englische Flotte mit 4000 Mann Landungstruppen sich ebenfalls nach Venedig begibt, um die Unabhängigkeit dieser Stadt aufrecht zu halten, bis die englisch-französische Vermittlung zu einer Entscheidung geführt hat. Die französische Escadre des Mittelmeeres zeht 8 Linienschiffe, 2 Fregatten und 4 Dampfer stark, hat durch den Dampfer Pluto den Befehl erhalten, sich sogleich nach Venedig zu begeben. Zu gleicher Zeit hat General Lamoriciere den Befehl gegeben, zwei aktive Divisionen als Beobachtungs-Corps am Rhein zu bilden, deren eine in Metz, die andere in Straßburg stationirt seyn wird. Trotz dieser Rüstungen verliert man die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens nicht und glaubt, daß sie vielmehr die gütliche Lösung beschleunigen werden.

Der Kriegsminister Lamoriciere hat die ihm angebotenen Dienste des Herzogs von Eichingen (Ney) und zweier anderer Adjutanten Louis Philipps, die nach der Februar-Revolution pensionirt wurden, angenommen und sie zur Alpen-Armee abgeschickt. General Hautpeul übernimmt das Commando der Expedition nach Venedig.

General Lesto, Gesandter der französischen Republik am russischen Hofe, hat sich in Havre nach Petersburg eingeschifft. Man versicherte im Conferenzsaale der Nationalversammlung, daß diese Ernennung auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Nikolaus erfolgt sey, der sogleich nach den Junitagen eigenhändig einen sehr schmeichelhaften Brief an den General Cavaignac schrieb und ihm seinen Wunsch aussprach, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland vollständig wieder hergestellt zu sehen. Die Anerkennung der französischen Republik ist in Petersburg am 19. v. Mts erfolgt. Man will hier wissen, daß Kaiser Nikolaus die Bildung eines unabhängigen lombardisch-venetianischen Königreichs mit dem Herzoge von Leuchtenberg (Sohn Eugens Beauharnais) wünsche.

Die zwischen England und Marokko obwaltenden Differenzen, die eine sehr bedrohliche Wendung zu nehmen schienen, sind endlich durch die Vermittlung Frankreichs ausgeglichen worden. Die spanische Regierung hat nun ebenfalls die Vermittlung Frankreichs in Anspruch genommen, um ihre Streitigkeiten mit Marokko zu beendigen. Man sagt, daß Unterhandlungen angeknüpft sind, um die balearischen Inseln, als Bezahlung der Kriegskosten, die Spanien der französischen Regierung seit 1823 schuldet, an Frankreich abzutreten.

Der Moniteur zeigt heute an, daß der Graf Gustav v. Löwenhjelm, durch den Minister Bastide dem General Cavaignac vorgestellt worden sey und demselben die Schreiben seines Souverans überreicht habe, durch die er als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Schweden und Norwegen bei der französischen Republik beglaubigt ist.

Die Regierung veröffentlicht heute seine neueren telegraphischen Depeschen und lässt dem Süd-Journale von Montpellier, die wir heute erhalten sind vom 29. Mts. Sie melden in einer Nachschrift den Ausbruch der Unruhen, ohne jedoch mehr Details zu geben, als die gestrigen Depeschen.

Das Comité der auswärtigen Angelegenheiten hat heute Mittag eine sehr wichtige Mittheilung vom Minister Bastide erhalten. Der Minister hat dem Comité die neuesten Depeschen des französischen Geschäftsträgers in Wien, Herrn Delacour mitgetheilt. — Diese Depesche meldet die, bereits bekannte, Weigerung des österreichischen Kabinets die französisch-englische Vermittelung anzunehmen, hinzufügend, daß die vorgeschlagenen Gründe dieser Ablehnung fremdlich seyen. In einer weitläufigen Auseinandersetzung gab der Minister zu verstehen, daß diese Ablehnung der Vermittelung ihren Grund nicht so sehr in dem bösen Willen, als in der Schwäche, der österreichischen Regierung habe, deren einzige Stärke und Hoffnung nur noch die Armee sey. Diese Armee aber würde nie darein willigen das erst wieder eroberte mailändische Gebiet zu räumen und Herr von Wessenberg soll dem französischen Gesandten gesagt haben, er sey überzeugt, daß, wenn er auch den Befehl zur Räumung Italiens nach Mailand schicke, Radetzky nicht gehorchen würde. Eine friedliche und freundschaftliche Lösung scheine somit unmöglich und die französische Regierung habe nichts zu thun, als ruhig abzuwarten, bis ihr Ultimatum nach Wien geschickt, zu dessen Annahme oder Ablehnung nur 24 Stunden Frist segend. Als Basis der Vermittelung ist vorgeschlagen, die Lombardei unabhängig zu erklären, Venedig und sein Gebiet aber bei Oesterreich zu lassen. Herr v. Delacour ist angewiesen zu erklären, daß falls man Frankreich zum Kriege zwinge, es dann nicht eher Frieden schließen werde, als bis auch Venedig unabhängig geworden sey.

General Bedeau wird in diesen Tagen das Kriegsministerium übernehmen und General Lamoriciere das Obercommando der Alpen-Armee.

Nachschrift. General Cavaignac hat gestern Abend den General-Kommandanten der Nationalgarde von Venedig empfangen, der nach Venedig zurückkehrt, und ihm Folgendes gesagt: „Sagen Sie Ihren Landsleuten, daß ich noch immer auf eine friedliche Ausgleichung hoffe! — will aber Oesterreich durchaus nicht, so kann nur der Krieg entscheiden. Diesen Krieg werde nicht ich erklären, sondern die Nationalversammlung durch ein Dekret, im Namen der Nation. In jedem Falle also, sagen Sie Ihren Landsleuten, sie sollen sich gut halten und auf uns vertrauen."

Moldau und Walachei.

Czernowitz, 26. August. Neuesten Nachrichten zufolge hat der russische Gesandte zu Konstantinopel seine Flagge eingezogen,

Digitized by Google

um Tags darauf Konstantinopel zu verlassen. General Lieder hat Befehl erhalten, mit 60,000 M. in die Moldau einzurücken, wo bereits mehr als 10,000 Russen im Lager stehen oder auf den nächsten Dörfern liegen, und nach alter Kosackenmanier fleißig rauben und plündern. Die Frucht in Schobern auf den Gütern der Bojaren wird theils für die Cavalerie verbraucht, theils verbrannt und der Körnerertrag an jüdische Spekulanten verkauft. Dennoch wäre der Krieg beinahe schon erklärt. Auch gegen Oesterreich zeigt sich in Jassy eine bedrohliche Tendenz von Seiten der russischen Machthaber, General Duhamel hat im Einverständnisse mit dem regierungssüchtigen Fürsten Stourdza bereits Anstalten getroffen, jeden österreichischen Unterthan, der sich in politische Dinge mischt an sich ausliefern zu lassen, um ihn nach russischer Weise zu bestrafen.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York vom 16. August war die Session des Congresses zu Washington am 15. durch eine Botschaft des Präsidenten, aber ohne die englischen Blätter nichts Näheres mittheilen, geschlossen worden. Zu den letzten Maßregeln der Legislatur gehörte die Genehmigung der Bill, welche für die Regierung des Oregongebiets Fürsorge trifft und welcher die Bestimmung der Ordonanz von 1787, die für immer in den Gebieten nordwestlich von Ohio die Sclaverei verbietet, trotz des Widerstandes der Vertreter des Südens einverleibt wurde. Bezüglich einer Regierung für Californien und Nord-Mexico ist noch nichts bestimmt. Auch über den Vorschlag der Hudsonsbay-Gesellschaft, einen Theil ihrer Besitzungen und die ihr zustehende freie Schifffahrt auf dem Columbia-Strome für eine Million Dollars der Union abzutreten, ist wegen Mangels an Zeit zur Berathung keine Entscheidung gefällt worden. Der Präsident ist jedoch ermächtigt, wegen dieser Abtretung vorbehaltlich der Ratifikation des Congresses, einen Vertrag abzuschließen. Der Aufstand auf Cuba stellt sich jetzt entschieden als Erdichtung heraus. Mehrere dortige Zuckerpflanzer waren mit ihren Geräthschaften z. nach Texas ausgewandert. — Aus Pernambuco wird unterm 26. Juli ein ernster Conflikt zwischen den Portugiesen und Brasilianern gemeldet, wobei viele der ersteren getödtet wurden. Alle Magazine waren geschlossen und alle Geschäfte standen still. Die Straßen waren voll Militär und man befürchtete weitere Kämpfe. — Nach Berichten vom Platastrome hatten die Franzosen am 2. Juli vier Kriegsschiffe stromaufwärts gesandt, welche Buenos Ayres und Ensenada strenger als je blockiren sollen; eine Fregatte war nach Bueco beordert. (K. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Hannover. Die „Belehrung über das Verhalten bei dem Ausbruche der Cholera" lautet folgendermassen: Sobald in einem Orte ein Cholera-Fall sich ereignet, so ist sofort davon Anzeige bei dem Ortsvorstande zu machen und ärztliche Hülfe zu suchen. Der Choleraktranke ist, wenn er nicht bei den Seinigen zu bleiben wünscht, oder wenn er in seiner Wohnung nicht die erforderliche Pflege und Hülfe haben kann, durch Vermittelung des Ortsvorstandes in ein dazu eingerichtetes Hospital oder eine Krankenstube zu bringen.

Die Bewohner des Orts werden wohl thun, sich bereitwillig zu vereinigen, um den Obrigkeiten ihre wichtigen Verpflichtungen zu erleichtern und zum Heil des Gemeindewesens zu fördern.

Es ist nicht genugsam zu empfehlen, sich Besonnenheit und Ruhe des Gemüths zu bewahren, jede Furcht und Entmuthigung zu beherrschen und die Cholera überhaupt nichts anders als jede andere ernstere Krankheit zu betrachten.

Zur Verhütung derselben, zum Schutz gegen dieselbe ist nichts wichtiger als Mäßigung im Essen und Trinken, ohne dabei zu sehr von der Gewohnheit abzuweichen. Ein jeder muß wissen, was ihm im gewöhnlichen Leben am besten bekommt, und welche Speisen er zu vermeiden habe. Vor allen, schon zu gewöhnlichen Zeiten nicht zuträglichen Speisen und Getränken, namentlich vor allem Uebermaß, hat man sich während der Cholera-Zeit besonders zu hüten. Vornehmlich ist vor dem Genusse von fettem, zähem Fleische zu warnen, z. B. Schweinefleisch mit Ausnahme von rohen Schinken, vor blähenden unverdaulichen Gemüsen, Gurkensalate, harten Eiern, zu frischem Brode, wie auch vor saurem oder nicht gut ausgebrochenem Biere. Der mäßige Genuß von Butterbier, Wein und Branntwein ist für die, welche daran gewöhnt sind rathsam und vor allen Dingen eine große Regelmäßigkeit in den Mahlzeiten zu empfehlen.

Der Körper muß reinlich gehalten werden und gut und warm bekleidet sein, in welcher Beziehung eine flanellene Binde um den Unterleib empfehlenswerth ist. Man muß bei etwaiger Durchnäßung der Kleidungsstücke sich rasch trocken anziehen, vor Erkältungen und Zugluft hüten, nicht im Freien schlafen, und sich der Nachtluft möglichst entziehen.

Die Wohn- und besonders die Schlafzimmer müssen öfters gelüftet werden und nie zu viel Menschen in einem und demselben Locale länger und zusammengedrängt sich aufhalten, da überall jeder Dunst sich entschieden schädlich zeigt hat. — Beschäftigung und Arbeit ist wohlthätig, nur sind übermäßige Anstrengungen in der Cholerazeit zu vermeiden. Alles was schwächt, wie sogenannte blutreinigende Mittel, gewöhnte Aderlaße und dergleichen ist nicht ohne ärztlichen Rath anzuwenden. Sobald man sich unwohl fühlt, ein Gurren (Kulleren) im Leibe oder Durchfall verspürt, oder Uebelkeit bekommt, muß man den Arzt rufen lassen. Bis zu seiner Ankunft ist es aber erforderlich, sich sogleich ins Bett zu legen, mäßig warm zuzudecken, einige Tassen warmen Kamillen- oder Pfefferminz-Thee zu trinken, sich über den Leib mit Flanell reiben zu lassen, Senfteige auf die Waden, auch auf die Magengegend zu legen, und die etwa kalten Füße und den Unterleib mit heißen Tüchern oder Wärmeflaschen zu erwärmen. (W. Z.)

Bekanntmachung.

Auf Anrufen des Stadtmagistrats Bamberg, Namens des dasigen Bürgerspitals, wird im Wege der Hülfsvollstreckung das unten beschriebene Anwesen des Bauern Johann Pfürtner zu Niedermürsberg im Wiethshause daselbst nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, am

Samstag den 23. September früh 10 Uhr

unter dem, an der Tagsfahrt bekannt zu machenden Bedingungen einer zweiten Versteigerung unterstellt, wobei ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth der Zuschlag erfolgen wird.

1) K.-B.-Nr. 202, ein Gut, das s. g. Borgersgut, bestehend in einem Wohnhause, ½ Scheune, Hofraith, ½ Tagw. Grasgarten, ¾ Tagw. Felder, ¼ Tagw. Holz und Gemeinderecht, taxirt auf 700 fl.,
2) K.-B.-Nr. 203b, ¼ Tagw. Feld, der Weingarten, taxirt auf 70 fl.,
3) K.-B.-Nr. 203c, ¾ Tagw. Feld, die Röth, taxirt auf 20 fl.,
4) K.-B.-Nr. 203d, ¼ Tagw. Feld, das Gesteinig, taxirt auf 5 fl.,
5) K.-B.-Nr. 204a, ein Theil einer Söldt, unbezimmert, mit ¼ Tagw. Garten, der Borgergarten, ¼ Tagw. Eggetten ¾ Tagw. Wiesen, taxirt auf 550 fl.,
6) K.-B.-Nr. 304, ½ Morgen Feld im Grieß, taxirt auf 25 fl.,
7) K.-B.-Nr. 239, ½ Morgen Feld die Kettenreuth, taxirt auf 100 fl.,
8) K.-B.-Nr. 240, ¼ Tagw. Wiesen im Letten, taxirt auf 200 fl.

Ebermannstadt, den 23. August 1848.

Königliches Landgericht.
Dr. Zitler.

Anzeigen.

Aufforderung.

Im Gasthof zum goldenen Adler liegen bis künftigen Mittwoch Mittag 12 Uhr zwei Adressen an die National-Versammlung zu Frankfurt auf. — Alle Arbeiter werden gebeten, sich binnen jder angegebenen Zeit, durch ihre Unterschrift an derselben zu betheiligen.

Bayreuth, 1. September 1848

Der mit Besorgung der Angelegenheit beauftragte
Ausschuß.

Patriotischer Verein.

Mittwoch, den 6. September c. Versammlung zur weiteren Berathung der Statuten, eventuell zur Wahl neuer Vorstände und Ersatzmänner.

Die Vorsteher.

Heute werden die Herren Virtuosen Gebrüder Möhrenschlager eine „musikalische Abendunterhaltung" in meinem unteren Lokale zum deutschen Haus geben. Anfang 8 Uhr. Wozu höflichst einladet
Georg Küpfmüller.

Gute Karpfische und Hechte sind zu haben bei dem Hofschreibestetter Langheinrich.

3 Tagwerk Feld nebst 1½ Tagwerk Wiese bei der Hammerstadt sind stündlich zu verpachten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 249.** **7. September 1848.**

Bayreuth, 6. September. Die Nachrichten aus Schleswig-Holstein, aus Paris, und vor Allem aus Frankfurt am Main gehen darauf hinaus, daß wieder ein neuer Akt in dem Weltdrama beginnen wird. Ein für Deutschland schmählicher Waffenstillstand ist von der preußischen Diplomatie mit Dänemark abgeschlossen worden, die mächtige Erhebung von vierzig Millionen zu Gunsten ihrer Brüder in Schleswig-Holstein gegen das winzige Dänemark war eine Flaumfeder in der Wagschale der Diplomatie gegenüber den drohenden Worten der Minister von Frankreich und England denen es vor Allem darum zu thun ist, Deutschland uneinig, schwach, und von ihnen abhängig zu wissen. Wer wollte es den französischen und englischen Journalen verargen, daß sie nun höhnend darauf hinweisen, wie demüthig und gehorsam die politischen Fürsprecher der vierzig Millionen sich vor den bloßen Drohungen beugen, die man ihnen aus Bekanntschaft mit ihrer Schwäche und Feigheit zugewerfen hat? Wer kann es der ausübenden Gewalt der Republik verdenken, wenn sie ein abgenütztes diplomatisches Ceremoniell als Ursache angibt, aus welcher sie den Abgesandten der Centralgewalt nicht empfangen zu können vorgibt? Sie will von einem mächtigen Deutschland so wenig wissen, als Ludwig XIV., als Napoleon, als die Restauration, und Frankreich verbindet sich mit seinem natürlichen Feinde — England —, mit seinem prinzipiellen Gegner — dem russischen Autokraten —, um das deutsche Volk im Beginn seiner Macht schon zu ertrücken, es seine bisherige Unmacht fühlen zu lassen. Hat man nur einmal durch eine leere Drohung schon ein solches Resultat erreicht, wie dieser erbärmliche Waffenstillstand ist, was läßt sich erst ausführen, wenn man einige Armeekorps an den Rhein schickt, und England die Fortsetzung der Blokade androht? Die Bretagnen für Frankreich, — den Sturz der Centralgewalt, die Sprengung der Nationalversammlung und des Zollvereins, — Handelsfreiheit für England und Frankreich — alles was ihnen am Herzen liegt — Alles, Alles wird ihnen werden, wenn Deutschland sich in der ersten Affaire ihrem Willen so gefügig zeigt. Alles was wir ersehnt und erstrebt haben seit mehr als dreißig Jahren, was wir in diesem Jahre theilweise schon erreicht und was wir, wenn wir muthig und einig sind, auch ferner Großes und Edles noch erreichen würden — Alles sieht jetzt auf dem Spiele. — Und wenn die Nationalversammlung diesen Vertrag ratifizirt, so ist es entschieden der Todesstreich, durch äußere Gewalt oder durch das verletzte deutsche Volk würde es executirt werden. Doch wir können, wir wollen es nicht glauben, daß die Nationalversammlung so feig ist wie die preußische Diplomatie, und einen Vertrag gut heiße, der von jedem Vaterlandsfreunde gemißbilliget, verworfen wird; — wir können auch nicht glauben, daß die preußischen Abgeordneten in Masse darum austreten würden, weil im Falle der Nichtanerkennung des Waffenstillstands ihr ihn verbürgender König bloß gestellt würde. Jahrtausende haben die Völker gebüßt, was die Könige gesündigt, so möge denn einmal die Zeit kommen seyn, wo ein Jeder nur für sich und seine eigene Schuld büße. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

†Frankfurt, 4. September. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war von noch größerer Wichtigkeit als die letzte am Freitag. Dort handelte es sich nur von der Existenz des Ministeriums, während jetzt die Existenz der Nationalversammlung, ja die Einheit Deutschlands auf dem Spiele steht. Das Ministerium legte heute den Waffenstillstand mit Dänemark vor, in welchem die Herzogthümer schmählich preisgegeben werden, indem die provisorische Regierung aufgelöst, der allgemein verhaßte Graf Karl v. Moltke an die Spitze der Verwaltung gestellt, alle Maßregeln der provisorischen Regierung aufgehoben, die Truppen von Schleswig-Holstein getrennt werden sollen. Von einer Entschädigung für die Verluste des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt ist keine Rede. Der Waffenstillstand ist auf sieben Monate geschlossen und dadurch Deutschland die Möglichkeit benommen, durch einen Winterfeldzug auch ohne Flotte in Dänemark einzudringen. Und diesen Vertrag hat Preußen „im Namen des deutschen Bundes“ ohne Rücksicht auf die Ratifikation der Centralgewalt und der Nationalversammlung abgeschlossen, und auch ohne Genehmigung vollzogen, indem bereits die Truppen auf dem Rückmarsch begriffen sind. Das Ministerium selbst erklärte: daß der Waffenstillstand von den von der Centralgewalt ertheilten Instruktionen abweiche und deßhalb von ihm noch nicht genehmigt worden sey. In der Nationalversammlung erregte die Mittheilung des Vertrags großen Unwillen, welchen die Erläuterung des preußischen Ministers Camphausen nicht zu beschwichtigen vermochte. Mehrere Mitglieder beantragten, daß die Versammlung den Vertrag, als der Ehre Deutschlands zuwiderlaufend, verwerfen und die Fortsetzung des Kriegs beschließen solle. Andere verlangten, daß wenigstens dem Rückmarsch der Truppen Einhalt geschehe. Die Abgeordneten von Schleswig-Holstein erklärten, ohne schnelles Einschreiten der Nationalversammlung sey in ihrem Lande die Revolution vor der Thüre. Die Minister dagegen warnten die Versammlung vor einem raschen Entschluß, indem es sich von einem europäischen Krieg handle und die Einheit auf dem Spiel stehe; denn der König von Preußen habe den Vertrag unterzeichnet und sich für seine Vollzug verbürgt. Die Berathung beschloß endlich, den Waffenstillstand an die beiden Ausschüsse zu verweisen, welche schleunigst darüber Bericht erstatten sollen. Darüber, ob der Rückzug der Truppen einzustellen sey, soll schon morgen Bericht abgestattet werden. Die morgende Sitzung wird also entscheidend werden. Daß der Waffenstillstand von der Versammlung ratifizirt werde, ist unmöglich; im Falle seiner Verwerfung aber drohen die Preußen auszutreten und die Versammlung zu sprengen. Alles kommt zunächst auf die Vollmacht an, welche Preußen von der Centralgewalt zum Zweck der Unterhandlung erhalten hat; sie wird mit den andern Aktenstücken in Druck erscheinen.

Die O.-P.-A.-Ztg. schreibt: „Zu unserer lebhaften Genugthuung vernehmen wir, daß die Anerkennung der von dem Reichsverweser nach Paris und London abgeordneten Gesandten von Seiten der französischen und englischen Regierung auf Anstände gestoßen ist. Wahrscheinlich hat man gegen sie geltend gemacht, daß die Zentralgewalt nur eine provisorische Regierung sey, und daß man mit einer solchen wohl geschäftliche Verbindungen (offizielle) zu unterhalten pflege, wie denn deren auch in Frankfurt unterhalten werden, daß man die Absendung von Gesandtschaftsposten aber bis zur Einsetzung einer definitiven Regierung, oder doch bis dahin verschieben müsse, wo man die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die neue Regierung auch hinreichende Garantien für die Unterhaltung eines regelmäßigen (offiziellen) Gesandtschaftsverkehres darbiete. Es versteht sich von selbst, daß Alles aufgeboten werden muß, solche Anstände auf freundschaftlichem Wege zu beseitigen. Sollten jedoch durch Anwendung dieser Mittel Verzögerungen entstehen, durch die der Würde der deutschen Nation zu nahe getreten wird, so ist in solchen Fällen nach den Grundsätzen der Reziprozität zu verfahren. Diese Reziprozität würde unter den dermaligen Verhältnissen darin bestehen, daß die Gesandtschaften sämmtlicher deutscher Höfe, mit Einschluß derer von Oesterreich und Preußen, auf den gleichen Fuß gesetzt würden, auf den die Gesandtschaften Frankreichs und Englands in Frankfurt gesetzt sind, wobei wir bemerken, daß bis zur Stunde Lord Cowley keinen diplomatischen Charakter dahier entfaltet hat, daß auch Frankreich nur einen Geschäftsträger, mithin auch keinen eigentlichen Repräsentanten dahier besitzt. Sonach würden die Gesandten sämmtlicher deutscher Höfe in Paris und London abzuberufen und nur das nöthige Personal zur Besorgung der laufenden Geschäfte zurückzulassen. Sollte die Ankündigung einer solchen Maßregel nicht zur Anerkennung der Reichsgesandten in Paris und London führen, so sollte nach unserer Ansicht das Reichsministerium keinen Anstand nehmen, die gedachte Maßregel zur Ausführung zu bringen. Da indessen auch der Vollzug gesichert seyn muß und diesem durch die bestehenden diplomatischen Verbindungen vielfache Hindernisse in den Weg gelegt werden könnten, so würden wir den Rath ertheilen, die gedachte Anordnung als Ersuchen der Zentralregierung an sämmtliche deutsche Regierungen öffentlich zu verkünden und die Folgeleistung der Ehre der deutschen Regierungen und der

Digitized by Google

deutschen Ständeversammlungen zu überzeugen. Herrn würde zugleich ein Prüfstein liegen, wie weit es in Deutschland mit dem Gefühle für die Geltendmachung des deutschen Namens gediehen ist und und welche deutsche Regierungen gesonnen sind, aus freiem Antriebe etwas von dem Ihrigen zu Erreichung dieses nationalen Zweckes einzusetzen."

München. Unterm 2. September ist folgende allerhöchste Entschließung erfolgt: „Se. Maj. der König haben zu genehmigen geruht, daß an den allerhöchsten Geburts- und Namensfesten die feierlichen Kirchenparaden, wie sie vor dem 23. April 1848 stattfanden, wieder gehalten werden. Hiebei bleibt es in Gemäßheit der von Sr. kgl. Maj. ausdrücklich erneuerten Bestimmung vom 18. Sept. 1838 dem freien Willen der zu einer andern Konfession oder Religion sich Bekennenden überlassen, bei dem Eintritt der Mannschaften in die Kirche zurückzubleiben, worüber die entsprechenden militärischen Dienstvorschriften nachzusehen werden." (K. v. u. f. D.)

Schweinfurt, 4. September. Vor wenigen Tagen wurden hier wie überall im Lande die Gemeindewahlen nach dem alten Wahlgesetz anberaumt. Die Bürgerschaft jetoch, schon seit langer Zeit mit dieser beschränkten Wahlordnung unzufrieden, durch welche sie nicht diejenigen, welche sie als ihre Vertreter wünschte, erreichen konnte, hat in einer Bürgerversammlung beschlossen, diesmal auf die Wahl zu verzichten und das im März in Aussicht gestellte freiere Wahlgesetz abzuwarten. Die vielen Aengstlichen jedoch, so wie Jene, welche die gute alte Zeit zu erhalten wünschen, wählen, wie man hört, doch, um so mehr, da dem Bürgerausschuß, der den Willen der Bürgerschaft an den Magistrat resp. die Wahlbehörde berichtet, angedroht ist, ihm allein die Verantwortlichkeit aufzubürden, und jedem Mitgliede, welches nicht mit 1 bis 2 fl. und noch mehr zu strafen. Unter einem Theil der Bürgerschaft herrscht deßhalb eine sehr ernste Stimmung. Diese Männer sagen: „Wir wissen sehr wohl, daß dies das alte Recht des Polizeistaates ist, und daß er am Ende auch Mittel findet, durch Drohungen und Exekution sein Recht geltend zu machen; allein eine andere Frage ist es, was wir seit den Märztagen gewonnen haben? Die Wahlen der Nationalversammlung wurden mit einer allgemeinen Liebe und Eifer betrieben, da war augenblicklich ein Gesetz da; aber die Gemeinden läßt man so lange als möglich entnerhet und macht ihre Wahlen zu einem Strafgericht, so daß alle Gemeinsinn gleich im Keime erstickt werde." Ein großer Theil tüchtiger Bürger ist denn auch fest entschlossen, nicht zu wählen und eben ruhig abzuwarten, was die Zeit noch weiter bringen wird. (N. K.)

Berlin, 3. September. Endlich ist nun der größte Theil der bei den tumultuarischen Vorgängen vor den Ministerhotels am Abend des 21. August verhafteten Personen ihres Arrests entlassen worden, theils „weil sich gegen sie nichts Strafbares herausgestellt hat, andernheils aber weil das ihnen zur Last gelegte Vergehen ihre längere Inhaftirung nicht rechtfertigt." — Bis gestern, den 2. September Mittags, sind also an der Cholera erkrankt 425 Personen angemeldet. Davon sind 261 gestorben, 43 genesen und 121 noch in Behandlung. (D. A. Z.)

Wien, 2. September. Es zirkulirt hier in den diplomatischen Kreisen das merkwürdige Gerücht, daß Rußland die französische Republik anerkannt habe, um ihr die Hand zu einem stillschweigenden Bündniß zu reichen. Nach dieser Annahme würde Rußland einer Intervention in Italien ruhig zusehen: käme es zu einem Zerwürfniß Frankreichs mit Deutschland, so würde es gegen die Herstellung der alten Rheingränze nichts einwenden; dagegen habe sich Rußland die freie Bewegung in den Donaufürstenthümern ausbedungen. Dieses Projekt, wenn es vorhanden ist, ragt über die Idee der französisch-englischen Vermittelung in der italienischen Frage weit hinaus. Wir lassen übrigens diese Angabe dahin gestellt und erwähnen nur, daß von Frankreich in den letzten Tagen hierher ein Ultimatum gerichtet worden sey des Inhalts, daß die angebotene Vermittelung zuvörder der bereits erfolgten Ablehnung Oesterreichs dennoch angenommen werde. (N. K.)

Schwiegel, 29. August. Unsere bei dem letzten Nationalitätenkampfe von jedem Exceße durchaus freigebliebene Stadt hat nachträglich einen ernsten, blutig endenden Krawall dieser Art erleben müssen. Bei Gelegenheit der heutigen Gestellung waren hier mehrere hundert polnische und deutsche Landleute aus der Umgegend versammelt. Es entspann sich eine Reibung; die Polen griffen zu ihren Knütteln und fingen an auf die Deutschen loszuschlagen. Dem energischen Vermittlungsversuche der hiesigen Polizeibehörde und ebenso dem Dazwischentreten des allgemein geachteten Landraths Madai gelang es nicht, die Angreifer zur Ruhe zu bringen; es mußte daher die bewaffnete Macht aufgeboten werden. Durch Hülfe der hiesigen Bürgerwehr sowie der zur Zeit anwesenden Kreisgendarmerie und der zur selben Zeit gerade eingetroffenen Soldaten vom 6. Landwehrregiment wurden die Ruhestörer aus der Stadt vertrieben. Bei dem Gebrauche der blanken Waffe sind ungeachtet aller Vorsicht 13 Polen zum Theil schwer verwundet worden; mehrere andere wurdene verhaftet. (D. A. Z.)

Dresden, 4. September. Ueber das heute oder morgen in die Kammern gelangende Wahlgesetz ist Folgendes als Entwurf hier bekannt: 1) Zweikammersystem, II. Kammer: 76 Wahlkreise zu je 1 Abgeordneten; aktives Wahlrecht 21 Jahr, passives 30 Jahr, direkte Wahl ohne Census; die in Dienstbotenverhältnissen Stehenden sind nicht wahlfähig. I. Kammer: 48 Mitglieder; 38 Mitglieder von je zwei Wahlbezirken gewählt, aktives Wahlrecht 21 Jahr, Census: Grundsteuer; passives Wahlrecht 30 Jahr, Census: 10 Thlr. direkte Steuer. Capacitäten: 10 Mitglieder gewählt: 1 von der Universität, 3 von der Geistlichkeit, 3 von den Volksschullehrern, 3 von den höhern Bildungsanstalten, die Wahl nicht gebunden an ihre Berufsgenossen. 2) Bei Differenzen Zusammentritt beider Kammern, Abstimmung ohne Diskussion, Stichfrei. Jede Kammer wählt ihre Präsidenten selbst ohne königliche Bestätigung.

Hamburg, 1. September, 9 Uhr Abends. Der königl. preuß. Bundestag, Hr Stockmann hierselbst, hat ein Schreiben aus Lübeck, datirt heute Mittag 3 Uhr, folgenden Inhalts erhalten: „Soeben schreibt mir Hr. General v. Below Folgendes: Ich beeile mich hiedurch, Ew. Hochwohlgeboren ergebenst anzuzeigen, daß die Auswechselung der Ratifikationen der Waffenstillstands-Konvention, datirt Malmö, den 26. August, so eben zwischen mir und dem kgl. dänischen Kommissarius, Hrn v. Reetz, stattgefunden hat, so daß die Sache als abgemacht anzusehen ist und die Dampfschiffe, welche die Orte zur Aufsetzung der Blockade an der Häfen der Nord- und Ostsee übernehmen sollen, morgen früh respektive von Hamburg und von hier abgefertigt werden können.

Altona, 1. September. Die Herzogthümer sind in Folge des Waffenstillstandes im völligen Aufstande; in Kiel, Rendsburg und Schleswig soll die Republik proklamirt sein, Alles ist in der größten Gährung, Alles in Bewegung. Keinenfalls ist man gesonnen, sich zu fügen, selbst wenn die deutschen Truppen zurückkehren, was aber nach einer eben von Frankfurt eingetroffenen Contrordre nicht der Fall sein wird.(?) Die dänischen Kriegsgefangenen, welche bereits in Stade entlassen waren und über ihre ihre Tour nach Hause nehmen wollten, sind heute Morgen hier wieder eingesperrt worden. Unsern Behörden ist angezeigt worden, daß sich vier Regimenter der schleswig-holsteinischen Armee dahin verbunden haben, daß sie sich auf keine Weise einem schimpflichen Waffenstillstande oder Friedensschlusse fügen werden.

Aus Schleswig-Holstein, 31. August. Der Waffenstillstand ist also abgeschlossen; aber wie die Bedingungen lauten, gerecht Deutschland keineswegs zur Ehre. Um uns wieder der alten Knechtschaft zu übergeben, wurde es solcher Kraftanstrengungen Deutschlands nicht, brachten solche Truppenmassen unser Land nicht zu überfluthen, um unthätig an der Gränze zu harren und ruhig mit anzusehen, wie der Däne seine Einfälle ausführt und seine Beute wegschleppt. Hätte man uns und unsere Hände nicht gebunden und uns nach eigenem Willen handeln lassen, wir hätten keinen so schimpflichen Waffenstillstand einzugehen brauchen! Die Bedingungen, unter denen man den Waffenstillstand in Malmoe abgeschlossen, sind, wie man uns aus zuverlässiger Quelle mittheilt, folgende: 1) die schleswig-holsteinische provisorische Regierung tritt innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Ratifikation von Seiten Preußens von ihrem Amte ab; zu Mitgliedern der neuen provisorischen Regierung werden vom Reichsverweser dem König von Dänemark eine Anzahl Männer aus den Herzogthümern in Vorschlag gebracht und steht dem Landesherrn die Auswahl aus diesen zu. 2) Die seitherigen Verwaltungsakte der schleswig-holsteinischen provisorischen Regierung werden vom Herzoge anerkannt. 3) Die schleswig-holsteinischen Truppen, in so großer Anzahl als die Regierung es für gut befindet, und 14000 Mann Preußen bleiben im Lande unter den Waffen, doch ist unter jenen den Schleswigern ein etwa verlangter Urlaub zugestehen. 4) Alle Geldentschädigungen fallen weg, mit Ausnahme der von Deutschland an Dänemark zu vergütenden Kosten der Dislocirung der schwedischen Truppen. Dagegen werden alle genommene deutsche Schiffe mit Ladungen freigegeben. Ein Privatschreiben, dessen Inhalt mir aber nicht verbürgen wollen, spricht noch von einem weit schimpflichern Bedingungen. Deutschland habe sich verpflichten müssen, heute es darin, während der Dauer des Waffenstillstandes weder Kriegsschiffe zu bauen, auszurüsten, noch zu kaufen; und für die Freigebung der genommenen Schiffe

Digitized by Google

2,000,000 Rthlr. zu zahlen. In einem andern Privatschreiben aus Kopenhagen vom 28. heißt es: „man erwartet hier nun zwar, daß man in Deutschland mit den Friedens- oder Waffenstillstandsbedingungen weniger zufrieden sein wird als hier; ob aber dieses genügen wird, diesen den Gemüthern hier aufzureingen, wo, bre deutschen Heeresmacht in Schleswig und Holstein unerachtet, noch immer die Kriegspartei das große Wort hat (weil sie eben die Deutschen zu lange mit dem Schwerdt in der Scheide an der Gränze stehen sieht und immer mehr Zuversicht auf die Deutschland feindliche Diplomatie bekommt), fragt sich sehr!! — Von Alsen aus ist ein Protest gegen die Verbindung mit Deutschland an die Centralgewalt in Frankfurt abgegangen; es ist darin gesagt, glücklicher leben, und größern Wohlstand genieße man niegends, als unter dänischer Regierung; nirgends in der Welt auch — (viel gesagt!) existire eine größere Preßfreiheit, und wie lange ist es her, daß das sendeeburger Wochenblatt, weil es deutsch war, unterdrückt wurde?

Von den Lauenburger Jöpsen berichtet die Schlesw.-Holst. Zeitung folgendes: Der Landtag hat im Ganzen 10 Stunden berathen und sich dann wieder vertagt. Er hat die Heimlichkeit seiner Sitzungen und die Beibehaltung des Prädikats „königl." (statt „herzoglich") beschlossen.

Triest, 30. August. Admiral Albini hat seine Rolle noch nicht ausgespielt. Er hat einen neuen Vorwand gefunden, seine alten Spitzfindigkeiten wieder aufzufrischen. Gestern Abend lief hier eine neue für Albini bestimmte Depesche vom Turiner Ministerium ein, des Inhalts, daß die piemontesischen Truppen sich unverzüglich einzuschiffen hätten, und zwar nicht nach Ancona, sondern nach dem Golf Spezia. Albini behauptet, der Commandant der Truppen bella Marmora weigere sich der Weisung Folge zu leisten, weil er nicht persönlich directe Befehle von Turin erhalten habe. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Nach Briefen aus Rom vom 26 August hatten die Hauptmitglieder des Ministeriums, mit welchen der Papst noch immer im Kampfe lag, ihre Entlassung eingereicht, und, wie es scheint, um diese desto eher annehmen zu können, wurden die Kammern bis zum 15. November vertagt. Die zunehmende Noth derjenigen die Stimmen der Allarmredner allen Einflusses auf die Massen. Auf Sizilien war Ruggiero Settimo angekommen, wie es hieß, um die sizilische Krone, die man ihm provisorisch anbieten wollte, nicht annehmen zu dürfen.

Frankreich.

* Paris, 2. September. Die Wiederherstellung der Schuldenhaft ist gestern mit 456 gegen 237 Stimmen verlort, zugleich aber auch beschlossen worden, daß die alte Gesetzgebung über die Schuldenhaft suspendirt bleiben und neue mildere Bestimmungen eingeführt werden sollen, zu welchem Zwecke alle Amendements der Commission überwiesen worden sind, die sogleich einen Bericht abzustatten hat. Auf Verlangen Raynals ward dessen Vorschlag, den Belagerungszustand noch vor Beginn der Discussion der Constitution aufzuheben, auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Der National erklärt heute auf das Bestimmteste, daß über die bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien noch nichts entschieden sey. Oesterreich habe zwar eine ablehnende Antwort gegeben, die die Regierung der Republik in die Nothwendigkeit versetzen könne, durch eine Demonstration ihr beiden kriegführenden Theilen gemachtes Anerbieten zu unterstützen, aber noch immer hoffe man auf eine friedliche Lösung. Der einzige haltbare Vorwand, den Oesterreich vorgeschützt habe: als unterhandle es nämlich direkt mit König Carl Albert, existire nicht mehr. Daß ganze Turiner Cabinet protestire gegen jeden Separatfrieden zwischen Sardinien und Oesterreich. Es könne sich also nur um persönliche Unterhandlungen zwischen Carl Albert und Radetzky handeln, aber Carl Albert könne in seinem Namen kaum für seine eigenen constitutionellen Staaten, geschweige für die Lombaedei und Venedig einen Vertrag schließen. Oesterreich werde daher die Vermittelung doch annehmen. Bis dahin aber müßte alles bleiben wie es ist, jeder feindliche Angriff gegen von seiner Armee noch nicht besetzte Gebiete sey ihm strenge untersagt und nicht nur Frankreich, sondern auch England habe eine Note nach Wien gesandt, worin gegen jeden Angriff auf Venedig protestirt wird. Ein Ultimatum sey dem Wiener Hofe gestellt worden, man übereilasse ihm die Ehre der Initiative, selbst Italien unabhängig zu erklären, weigere sich aber das Wiener Kabinet, zu sehr auf Frankfurt rechnend, dies zu thun, dann werde Frankreich den verschmähten Friedensantrag Oesterreich auf der Spitze seines Schwertes überreichen.

Der National zeigt den Abschluß des siebenmonatlichen Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark mit großer Freude an und fügt hinzu: „Wir können, ohne Furcht widerlegt zu werden, behaupten, daß die Note der französischen Regierung über die Frage der Herzogthümer und die Bestimmtheit der angenommenen Stellung nicht wenig dazu beitragen einen Wiederstand zu besitzen, der sich, anderwärts als in Berlin, diesem glücklichen Resultate entgegenstellte."

Wir haben zuerst auf die Ertheilung dieser Note aufmerksam gemacht, die dann von einem frankfurter Korrespondenten der deutschen Zeitung auf das Entschiedenste in Abrede gestellt ward. Wir haben eine Abschrift dieser Note selbst vor Augen gehabt und wissen, daß sie in Berlin durch Herrn Arago, in Frankfurt durch Herrn Savoye übergeben wurde, daß die englische Note ganz gleichlautend war und daß Rußland, das von keiner deutschen Centralgewalt etwas wissen will, eine ähnliche Note, blos an Preußen richtete.

Der National enthält ferner folgende offizöse Note: „Eine feendre Macht hat sich an den Polizei-Präfekten Herrn Duceux gewendet mit von demselben Nachweisungen über die Polen und die deutschen Demokraten in Paris verlangt, da die Anwesenheit derselben in Frankreich angebliche Besüchtungen von Seite des Absolutismus jenseits des Rheines hervorgerufen habe. Herr Ducoux hat auf eine, des Beamten einer Republik würdige Weise geantwortet; — nicht nur hat er jede Dienstleistung dieser Art rundweg abgeschlagen, sondern auch erklärt, daß er nie und unter keinem Vorwande den Exilirten den besondern Schutz, der ihnen gebühre, entziehen werde. Die deutschen, wie die feangösischen Patrioten können einer solchen Antwort nur beistimmen.

Eine telegraphische Depesche vom 31. aus Montpellier meldet, daß die größte Ruhe in der Stadt herrsche. Man zählt 14 (wovon unter drei schwer) Verwundete.

Die zahlreichen italienischen Flüchtlinge wurden in Folge einer ministeriellen Entschließung in Bourg in eine italienische Legion vereinigt. So wie ein Bataillon von 1000 Mann gebildet ist, wird es von Bourges nach Besançon geschickt. Die Legion wird voelläufig 3000 Mann stark sein, sie steht unter dem Commando eines Brigade-Generals der Alpen-Armee und hat mehrere französische Offizire und Unteroffizere zugetheilt erhalten.

Wir können nun mit Bestimmtheit anzeigen, daß sich dem offiziellen Empfange des Herrn Friedrich v. Raumer eine große Schwierigkeiten entgegen stellen und daß er bis jetzt noch nichts dazu beitragen konnte, von Herrn Bastide dem General Cavaignac vorgestellt zu werden. Das feangösische Cabinet schützt den alten diplomatischen Grundsatz vor, daß man mit keiner provisorischen Regierung in offizielle Beziehungen trete und beruft sich daraus, daß außer dem König von Sardinien, noch keine Macht die provisorische Centralgewalt in Frankfurt anerkannt habe. Herr v. Andrian soll sich in London in derselben Lage befinden; übrigens wissen wir, daß Herr v. Raumer diese seine Zeit nicht müßig und seine Ferien mit größter Bereitwilligkeit zur Dispositen gestellt hat.

General Mengaldo aus Venedig, ist gestern Abend noch London abgereist, und erst von dort schifft er sich nach Venedig ein.

Der Bien publie erklärt, daß der Polizei-Präsident von Berlin es sey, der die oben von National gemeldete Ueberwachung der Polen und Deutschen in Paris verlangt und daß die abschlägige Antwort des Polizei-Präfekten Duevour in Moniteur erschienen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. August. Der Kaiser hat folgendes Schreiben an den österreichischen Feldmarschall Grafen Radetzky gerichtet: Nachdem wir mit steter Aufmerksamkeit den Bewegungen der Truppen gefolgt waren, welche Ihrem Oberbefehl zur Aufrechthaltung der legitimen Rechte Ihres Monarchen anvertraut sind, und nun Kunde erhalten haben von den glänzenden Siegen, die Sie bei Sommacampagna und Custozza erfochten, haben wir es für gerecht erachtet, Sie zum Ritter der ersten Klasse des Ordens des heiligen Großmärtyrers und Siegbringers Georg zu ernennen, deßen Insignien wir Ihnen hierbei übersenden. Indem wir durch diese höchste militairische Auszeichnung in unserm Reiche einen neuen Beweis unserer ausgezeichneten Anerkennung Ihres langjährigen und ruhmreichen, durch so glänzende Waffenthaten bezeichneten Dienstes zu beurkunden wünschen, verbleiben wir Ihnen für immer wohlgewogen. (gez.) Nikolaus. Peterhof, 19. August. 1848.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 5. September. Nach der in diesen Blättern enthaltenen Ankündigung war gestern eine Sitzung des hiesigen Gewerbe-Vereins, in welcher der von den verschiedenen Zünften nach Frankfurt zu dem Handwerker- und Gewerbe-Congreß abge-

Digitized by Google

ordnete Herr Dorfmüller, Bericht über sein Wirken bei demselben, sowie über die erzielten Resultate, abstattete.

Hiebei ergab sich, daß der Congreß bei Abfassung der Handwerker- und Gewerbe-Ordnung von folgenden 2 Punkten leiten ließ:

1) Bekämpfung des Uebergewichts des Capitals über die Arbeit.
2) Vertretung des Gewerbestandes durch sich selbst bei allen Staatsbehörden.

Er führte näher aus, wie nothwendig überhaupt eine Gewerbeordnung sey; ihre Aufgabe sey es, einen festen Haltpunkt für alle Gewerbe zu schaffen, das Zusammenwirken aller Gewerbetreibenden zum Wohle des Ganzen herbeizuführen, das Gleichgewicht zwischen Production und Consumtion herzustellen und so Segen in allen Theilen des Staates zu verbreiten. Als das, bemerkte der Redner, sey von Gewerbefreiheit nicht zu erwarten, sie erzeuge eine Masse von Produzenten, die immer größer werdend, gleich einer Lawine, alles ins Verderben zu stürzen drohe, wobei er sich auf Frankreich, England und Preußen berufe. In der Gewerbefreiheit erblickte er den Untergang aller Ordnung, alles Bestehenden.

Was die Herschaft des Capitals betrifft, so wird ihr Schuld gegeben, manchen redlichen, fleißigen, aber armen Arbeiter ins Elend gestürzt zu haben. Das Capital mache sich zum Herrn, den Arbeiter zum Diener, dieses Mißverhältniß zu lösen, seyen einzelne Paragraphen in die Gewerbe-Ordnung eingesetzt worden.

Die Vertretung des Gewerbestandes durch sich selbst anlangend, so hielt der Redner dieselbe für unumgänglich nöthig, damit der wahre Zustand der Gewerbe denen zu Ohren komme, deren Pflicht es sey, für diesen Stand — von dessen Wohl das Wohl und Glück des Staates abhänge — zu sorgen. Deßhalb habe der Congreß in seinem Entwurf die Bildung von Gewerbskammern beantragt.

Hr. Dorfmüller ging dann die ihm mitgegebene Mandats-Punkte einzeln durch, und wies nach, daß dieselben zum größten Theil ihre Erledigung in der Gewerbe-Ordnung, welche dem volkswirthschaftlichen Ausschuß zur Nationalversammlung übergeicht wurde, gefunden hätten. Derselbe brachte noch einen, erst vor wenigen Tagen empfangenen Brief des Vorsitzenden des Congresses zum Vortrag, woraus hervorgeht, daß die gefaßten Beschlüsse beim National-Parlament wenig Anklang fänden, weshalb es nöthig sey, die Meinung des Parlaments durch zustimmende Adressen zur Verabfassung Gewerbe-Ordnung umzustimmen. Es wurde der Vorschlag von den anwesenden Gewerbetreibenden angenommen, und beschlossen, eine desfallsige Adresse abfassen und in kürzester Zeit an's National-Parlament gehen zu lassen.

Schlüßlich dankte Herr Dorfmüller für das ihm geschenkte Zutrauen; ihm, seinem Wirken und der Hoffnung einer besseren gewerblichen Zukunft wurde dagegen von dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Dilcher, ein dreimaliges Hoch gebracht.

A & O. Wunstedel, 2. September. Mein Bericht über das Wunsiedler Freischaaren-Fest hat eine Erweiterung in der Bayreuther Zeitung und im Wunsiedler Wochenblatt gefunden. Da ich die Bayreuther Zeitung nicht mitseje, kam mir derselbe spät zu Gesichte; daher diese Verspätung.

Jene Erweiterung in der Bayreuther Zeitung könnte ohne Beantwortung bleiben, da sie den Thatbestand entfernt nicht wiederlegt und alle Angriffspunkte als Wahr bestehen bleibt. Allein Einiges bedarf einer kurzen Beleuchtung; während natürlich der vulkanische Ausbruch im Wochenblatt einer Beantwortung nicht verdient.

Wer eine öffentliche Stellung bekleidet, muß sich auch eine öffentliche Beurtheilung gefallen lassen. Und nur die öffentliche Stellung, das Benehmen des Hauptmannes wurde angegriffen, nicht seine Person, nicht sein Charakter. Daß aber sein Benehmen als Hauptmann nicht das richtige war, weiß die ganze Freischaar. Es sind Mißgriffe, wenn eine Freischaar mit Fahne ohne Waffen ausrückt, es ist ein Mißgriff, wenn ein Hauptmann vor der Front einem Freischaarenmitgliede den Säbel über den Kopf hauen will — es ist ein Mißgriff, wenn der Hauptmann selbst Offiziere ernennt, die aus freier Wahl der ganzen Schaar hervorgehen müssen. Es ist ein Mißgriff, wenn der Freischaar zugemuthet wird, die nächtliche Flurwacht zu übernehmen. —

Wenn mir zur Last gelegt wird, ich hätte dieser Sache politische Bedeutung gegeben, so muß ich einen solchen Vorwurf zurück weisen und denselben den Männern machen, die das Mitnehmen der Fahne hinderten.

Wenn mir der fragliche Artikel „Haß" gegen den Hauptmann vorwirft, so ist dieß gewiß etwas übereilt geschehen, denn wie soll ich zu einem Hasse gegen einen Menschen kommen, mit dem ich im ganzen Leben niemals weder in freundliche, noch in feindliche Berührung kam? Mir lag bei der ganzen Sache nichts am Herzen, als die Fortbestand der, Freischaar und dieser war durch die erwähnten Mißgriffe gefährdet. Möge der leitherige Hauptmann nicht wühlen gegen die Freischaar, sondern bei derselben ausharren, auch wenn er nicht mehr Commandant ist, eine Offizierstelle wird ihm nicht versagt sein. — Die Berufung auf ein Ministerialrescript wäre besser unterblieben, denn ich kann mich auch auf ein Ministerialrescript berufen und dieses nennt dergleichen Corps: „Polizei-Gardisten." Nicht wahr ein schöner Name? Was dem Hauptmann vom Oberstlieutenant eröffnet wurde, das hatte er der Mannschaft zu eröffnen, mit ihr gemeinschaftlich zu berathen und diesen Beschluß sodann zu vollziehen.

So wenig übrigens reines und schmutziges Wasser aus einer Quelle zu gleicher Zeit fließt, so wenig der Carlsbader Strudel kaltes und vor Siedhitze überspruhendes Wasser zugleich zu Tage fördert, ebenso wenig ist der Artikel der Bayreuther Zeitung und der im Wunsiedler Wochenblatte aus einer Feder geflossen. Da bei bedauere ich, daß ich dem Verfasser des Artikels im Wunsiedler Wochenblatt Veranlassung gab, sich durch seinen Aufsatz auf eine so grelle Weise blos zu stellen. Gebildete kämpfen mit Gründen. Ungebildete schimpfen, und wer schimpft, hat Unrecht. Dieß ist mein letztes Wort in dieser Sache, da ich sonst fürchten muß, mein Gegner wird wieder von der Poesie befallen und setzt auch mich, wie seine Gegner im Frühjahre ins Thierreich.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

Wunderbare und merkwürdige Prophezeihungen der Somnambule Maria Stiefel aus Ebernberg, über die Zukunft der Jahre 1848 bis 1856. Preis 6 kr.

Von dieser merkwürdigen Schrift wurden bereits zwanzig Tausend Exemplare verkauft.

Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

Nach so eben erhaltenen Berichten ist der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen, die Blokade der deutschen Flüsse aufgehoben und die Schiffahrt ist für alle Flaggen wieder frei gegeben; — es werden daher, so wie früher, am 1. und 15. Tage eine jeden Monats große, dreimastige, schnellsegelnde, für Passagiere aufs bequemste eingerichtete, dreimalige Schiffe nach **Newyork, Baltimore, New-Oleans** und am 25. September und gegen Mitte October nach **Galveston** in **Texas** expedirt. —

Von den Herren **Lüdering & Comp.** in Bremen zur Abschließung von Ueberfahrts-Verträgen unter bedeutend ermäßigten Preisen ermächtigt, bitte ich Auswanderungslustige, sich meiner Vermittelung zu bedienen.

Bayreuth, den 4. September 1848.

Joh. Matth. Kolb,
Nr. 106 Ecke der Kanzler- und Max-Straße.

Donnerstag den 7. September im Saale auf der Bürgerreuth

Concert

der Violine und Clarinett-Virtuosen Gebr. Möhrenschlager, wozu sie ergebenst einladen. Anfang Nachmittag 4 Uhr. Entree 12 kr. a Person.

Aufforderung.

Der Webergeselle Daniel Popp von hier, wird aufgefordert, alsbald hieher zurückzukehren, oder mir seinen dermaligen Aufenthalt bekannt zu machen.

Goltkronach, den 2. September 1848.

Margaretha Popp, dessen Mutter.

Wurzelbürsten sind zu haben bei den Bürstenmachern

Georg Böhme,
Jakob Böhme.

In dem Hause Nro. 300 im Rennweg ist die mittlere Etage zu vermiethen, und kann zu Martini oder Lichtmeß bezogen werden. Das Nähere bei

J. C. Wangemann
Gold- und Silberarbeiter.

In der Jägerstraße kann ein geräumiges Werthschaftslocale auf mehrere Monate sündlich vermiethet werden. Das Nähere beim Eigenthümer.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Freitag **Nro. 250.** 8. September 1848.

Bayreuth. (Fortsetzung des gestern begonnenen Berichts über den Abschluß des Waffenstillstands.) Fragen wir, was Preußen bewogen haben kann, den unräthsamlichen Waffenstillstand abzuschließen, so lautet die offizielle Antwort des preußischen Ministerpräsidenten von Auerswald darauf; einerseits hat die Noth der preußischen Ostseeprovinzen durch die gehemmte Aus- und Einfuhr, durch die Wegnahme ihrer Schiffe zum Abschluß gedrängt, andererseits hat der Mangel an einer deutschen Kriegsflotte es unmöglich gemacht, den Feind zu einem günstigern Vertrag zu zwingen. Es ist allerdings wahr, daß nächst den am meisten von der Last des Kriegs leidenden Herzogthümern selbst, und nächst den Hansestädten die Ostseeprovinzen schwere und fortgesetzte Verluste erlitten; aber um so mehr hätte es einen patriotischen, opferliebenden Eifer, den Frieden entscheidenden Fürsten geziemt, nicht eher vom Krieg abzustehen, bis der Feind gedemüthigt und gezwungen worden wäre zum Wiederersatz alles Schadens den er dem Vaterlande zugefügt hat. Preußen thut so stolz auf seine Geschichte, es rühmt sich mit Recht seines großen Friedrichs, und handelt nun seiner so unwürdig. Ohne Scheu und Furcht stand Friedrich II., halb Europa gegenüber, (und Preußen war damals kleiner als jetzt und das Reich stand nicht auf seiner Seite) und trat siegreich aus dem Kampfe, und nun läßt sein Nachfolger seine Abgesandten einen Waffenstillstand um jeden Preis mit dem unbedeutendsten und verächtlichsten aller seiner Gegner unterzeichnen, weil die Ostseeprovinzen leiden, weil noch keine Kriegsflotte seine Truppen nach Dänemark überführen kann. Die Leiden der Ostseeprovinzen liegen schwer auf dem Herzen ihres königlichen Herrn, denn Pommern, das stockpreußische, vielgetreue, folgsamste, die vormärzliche Zeit zurücksehnende Schoßkind des Königs von Preußen und seines vielgeliebten Herrn Bruders liegt der Ostsee entlang und jammert seit Monaten um Erlösung, indeß von den ebenfeste durch den Krieg bedrängten Danzig und Königsberg noch keine Klage deßhalb laut geworden ist. Daß zudem eine Entschädigung von Reichswegen in Aussicht stand, wurde nicht weiter berücksichtigt, gleich als ob man fürchtete, daß sich daß Recht durch Wohlthaten auch in Pommern populär machen könnte.

Erheblicher ist das andere Motiv, wodurch Auerswald die Annahme der Convention begründet; es ist dies der Mangel an einer Kriegsflotte, und die dadurch bedingte Unmöglichkeit sich gegen die feindlichen Kriegsschiffe zu schützen oder im Laufe des Sommers einen Angriff gegen das dänische Inseland zu machen. — Eine Kriegsflotte läßt sich nun allerdings nicht über Nacht aufrütteln, und Niemand der in den Seekriegsverhältnissen nur mäßig eingeweiht ist, wird besonders Zuttauen zu der aus Kauffahrern umgewandelten Hamburger Kriegsflottille, zu den wenigen Kanonenbooten und Kanonenjollen haben, — wie aber dann wenn man dem Reichsparlamente den Vorschlag gemacht hätte, 20 Millionen zu votiren zum Ankaufe ausgezeichneter amerikanischer Kriegsfahrzeuge? Kein Zweifel, daß das Parlament den verlangten Credit votiren, daß das Geld mit Leichtigkeit aufgetrieben würde, und daß in kürzester Zeit eine deutsche Kriegsflotte herzustellen möglich wäre, zu deren Ausrüstung wenn wir sie selbst bauen wollten, wenigstens ein Zeitraum von 10 Jahren erforderlich seyn würde? Schon die Ankaufsdrohung würde, sobald sie nur in Frankfurt zur Debatte gekommen wäre, Dänemark nachgiebig gestimmt haben. — Kann man aber im Laufe des Sommers keinen Angriff auf das dänische Inselland ausführen, so war es um so unklüger (will man nämlich keine schlimmeren Absichten erkennen) den Waffenstillstand über den Winter hinaus auszudehnen. Denn wollte man auch gar nicht in Anschlag bringen, daß die dänischen Schiffe im Winter, wo das Eis ohnedem die Häfen blokirt, Deutschland nicht den geringsten Schaden zufügen können, so mußte man doch daran denken, daß gerade in dieser Zeit die deutschen Herrn Dänemark zum günstigsten Frieden nöthigen können, wenn sie über die gefrorenen Beite setzen und Fühnen und Alsen in Beßz nehmen, woran sie gar nicht gehindert werden können. Was ist aber Dänemark ohne diese Inseln? Dazu kömmt noch daß das verarmte Dänemark schon durch die Noth getrieben vor dem Winter den Frieden hätte suchen müssen, was das preußische Ministerium wohl Alles besser wissen mußte, wie wir. Es müssen also andere Motive, als die angegebenen, die preußische Regierung geleitet haben beim Abschluß dieses Vertrags: die Frage welche es gewesen sein mögen, werden wir morgen zu beantworten suchen. (Fortsetzung folgt.).

Bayreuth. Aus Schleswig-Holstein sind uns heute keine neueren Nachrichten, aus Frankfurt nur die Mittheilung des Resultats der vorgestrigen Reichsversammlung-Sitzung zugekommen. (Vergl. den Frankfurter Brief.)

Deutschland.

Frankfurt, 5. September. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung erstattete Dahlmann den Bericht der vereinigten Ausschüsse. Die Majorität (11 Stimmen) beantragt, die Nationalversammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen. Hierauf trug Schubert von Königsberg das Gutachten der Minorität (8 Stimmen) vor, dahin gehend, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes nicht eher entschieden werde, als bis über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt sey. Der Kriegsminister v. Peucker erläuterte, daß die Sistirung des Truppenrückzugs als militärische Maßregel ohne erheblichen Nutzen wäre, gleichwohl aber einem Bruche des Waffenstillstands gleichkommen würde. Minister v. Schmerling erklärte, das Reichsministerium habe einstimmig beschlossen, aus Gründen unabweisbarer Nothwendigkeit nicht auf Verwerfung des Waffenstillstandes anzutragen. Dasselbe werde aber von Preußen und sämmtlichen deutschen Regierungen die ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt in seinem ganzen Umfange verlangen. Für den Mehrheitsantrag sprechen bis jetzt (½ Uhr) Simon von Breslau und Zimmermann von Stuttgart, für den Minderheitsantrag Degenkolb.

† Frankfurt, 5. September. Die Majorität der beiden Ausschüsse hatten durch Dahlmann beantragt, daß der Vollzug des Waffenstillstands sistirt werde; die Minorität wollte Vertagung der Entscheidung bis zur Beschlußfassung über den Waffenstillstand selbst. Die Minister erklärten, daß sie abdanken würden, falls das Minoritätsgutachten verworfen würde. Dasselbe ist nichts destoweniger mit 244 gegen 230 Stimmen verworfen worden. So eben bei Postschluß wird über den Majoritätsantrag mit Namensaufruf abgestimmt. (Nachschrift.) Die Sistirung des Waffenstillstandes ist mit 238 gegen 221 Stimmen beschlossen.

Frankfurt, 4. September. Ausführlicher Bericht über die 71. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nach Verlesung des Protokolls erhält der Reichsminister des Auswärtigen, Heckscher, das Wort zu einer Mittheilung über den Waffenstillstand mit Dänemark. Er habe gestern durch Hrn. Campbausen ein Exemplar des Waffenstillstandes erhalten. Es sey nöthig zu läugnen, daß derselbe nicht unwesentliche Abweichungen von den Instruktionen der Centralgewalt enthalte. Dieser stehe es daher eben so zu, dem Waffenstillstande die Genehmigung zu verweigern, wie sie zu ertheilen. Da ferner der Waffenstillstand nicht rein militärischer Art, und überdieß auf längere Dauer abgeschlossen sey, so finde hier die Bestimmung des Gesetzes über die Centralgewalt analoge Anwendung, wonach dieselbe über Krieg und Frieden nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung zu beschließen habe. Außer dem Waffenstillstande sey ihm auch eine Erklärung von Seite des Hrn. Campshausen zugekommen. [Beide Aktenstücke] würden zum Drucke befördert werden, und er werde sodann beantragen, daß ein Tag zur Berathung des Gegenstandes festgesetzt werde. Man möge kein vorschnelles Urtheil über den Minister der auswärtigen Angelegenheiten fällen, der auch in dieser Sache sich bewußt sey, seine Pflicht erfüllt zu haben. Der Minister geht dann auf die Unterhandlungen vom Monat Juni zurück, wo bekanntlich ein Waffenstillstand vorgelegt, aber nicht abgeschlossen worden, dann auf jene von Belleyue, wo Dänemark die Bedingungen nicht annahm. Er verliest ferner den Waffenstillstand von Malmö, welcher 12 Artikel enthält. (Siehe unten.) Mehrere Separatartikel dienen zu Erläuterung einzelner Stipulationen. Einer derselben enthält die Bezeichnung der Mitglieder der neuen provisorischen

Digitized by Google

Regierung für die Herzogthümer, und darunter den Grafen Carl Moltke als Vorsitzenden. Dieser Name, sowie der Umstand, daß in der Urkunde Preußen als im Namen des „deutschen Bundes“ contrahirend auftritt, rufen in einem Theile der Versammlung eine ungünstige Stimmung hervor. In letzterer Beziehung bemerkt Hr. Gamphausen in seinen Erläuterungen, die Einsetzung der Centralgewalt habe bisher Dänemark nicht notificirt werden können; auch sey ja nicht der deutsche Bund, sondern bloß der Bundestag aufgehoben worden. Die lange Dauer des Waffenstillstands gereiche Deutschland zum Vortheil, weil es dadurch zum neuen Kriege rüsten und den Bau einer Flotte betreiben könne, Preußen verrathe sich ferner dagegen, daß es sich gegen den Reichsverweser eines Mangels an Rücksicht schuldig gemacht und daß es Partikular-Interessen verfolgt habe, obgleich es allerdings auf die schwere verletzten Interessen seines Volks hat Rücksicht nehmen müssen. Nachdem der Minister geendet, wurde von mehreren Seiten die Verlesung der, der preußischen Regierung ertheilten Vollmacht verlangt; Minister Heckscher bemerkt, dieselbe sey mit den andern Aktenstücken dem Drucke übergeben. Dahlmann verliest eine von ihm vor der Mittheilung des Waffenstillstandes aufgesetzte Interpellation über folgende vier Punkte: 1) ob es wahr sey, daß 1) die Gesetze und Verordnungen der bisherigen provisorischen Regierung für null und nichtig erklärt; 2) Graf Carl Moltke, dem die Bevölkerung der Herzogthümer Schuld gebe, ihre Beschwerden gegen Dänemark auf die Spitze getrieben zu haben, an die Spitze der Regierung treten solle; 3) die Truppen Schleswig-Holsteins getrennt und dadurch die Trennung beider Herzogthümer vorbereitet werden solle; 4) daß der Waffenstillstand auf 7 Monate geschlossen und dadurch Deutschland die Möglichkeit entzogen werden solle, in der günstigsten Jahreszeit den Krieg zu führen. Die Nationalversammlung möge sich erinnern, daß sie am 9. Juni beschlossen habe, die Centralgewalt habe in dem Kriege mit Dänemark die Ehre Deutschlands zu wahren. (Beifall.) Rappart und mehrere andere Mitglieder beantragen, daß die Nationalversammlung in Erwägung des Art. 4 des Gesetzes über die Centralgewalt, dann des Beschlusses vom Juni, wonach der Waffenstillstand das Verrath ihrer Competenz gebiete, und daß derselbe dem Rechte der Herzogthümer und der Ehre Deutschlands zuwiderlaufe (was näher ausgeführt wird), demselben die Genehmigung versagen, und die Centralgewalt mit dem Vollz. des Beschlusses vom 9. Juni beauftragen solle. Waitz beantragt Verweisung an den internationalen Ausschuß, welcher wo möglich binnen 24 Stunden über die Frage, ob nicht der Rückmarsch der Truppen zu sistiren sey, berichten solle. Reh verlangt sofortige Berichterstattung durch den internationalen und den Ausschuß für die Centralgewalt, in der Art, daß die Nationalversammlung schon heute Nachricht darüber bekomme. Fürst Lichnowsky erklärt sich gegen einen so ernste gestellten Beschluß. Man möge den Krieg beklagen, wenn man ihn für Deutschlands Ehre erforderlich halte; aber nur nach reifer Prüfung. Der Präsident zweifelt, ob die heute Nachmittag eine Berathung möglich sey, besonders da die darthin die Aktenstücke schwerlich gedruckt seyn könnten. v. Schmerling ist für Vertagung der Discussion des Waitz'schen Antrags, bis die Papiere, denen das Ministerium die ausgedehnteste Oeffentlichkeit wünsche, gedruckt seyen. Franke: die Landesversammlung in Schleswig-Holstein sey versammelt und werde sich permanent erklären. (Beifall. Sie werde sich keinen Waffenstillstand aufdringen lassen, welcher die Verfügungen der provisorischen Regierungen vernichte und jene Versammlung nicht in dem Rechte schütze, eine Verfassung zu berathen. In den Herzogthümern herrsche die größte Aufregung; man spreche von Steuerverweigerung. Der Präsident der Nationalversammlung schreibe ihm: wenn die Nationalversammlung nicht helfe, sey die Anarchie im Lande. Trotzdem, fährt er fort, daß der Waffenstillstand nicht ratifizirt sey, zögen die Truppen sich in Eilmärschen zurück; unterdessen könnten die Dänen von einer andern Seite einziehen. Der Ausschuß möge daher binnen 24 Stunden über die Frage berathen. Eisenmann beantragt: Die Nationalversammlung soll den preußischen Regierungsbeschluß, daß sie sich die Genehmigung des Waffenstillstandes vorbehalte, die Vollziehung desselben sistiren und den Waffenstillstand nebst den übrigen Papieren dem internationalen Ausschluß zur schleunigsten Berichterstattung zuweisen. Biedermann: Der Waffenstillstand solle nicht eher vollzogen werden, bis die Nationalversammlung darüber beschlossen habe. Zimmermann v. Stuttgart: Der Krieg sey fortzusetzen und die Truppen hätten ihre frühertern Stellungen wieder einzunehmen. Blum, Wigard, Jeger und Tafel von Stuttgard: Die Centralgewalt sey zu beauftragen, die Zurückziehung der Truppen sofort zu sistiren. Engel: Die Ehre des deutschen Volkes sey geschändet (Oh! oh! im Centrum). „Ich rede — bemerkt der Redner — nicht bloß im Gefühl eines Schleswig-Holsteiners, sondern im warmen Gefühle eines Deutschen; die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands sind unzertrennlich. Die Nationalversammlung darf nicht duiten, daß auf ihr der Verdacht ruht, sie könne auch nur den Gedanken fassen, solche Bedingungen zu genehmigen.“ Er stimmt für sofortige Berathung. Besseler mahnt zu ruhiger Prüfung. Es handle sich auch von der Stellung der Nationalversammlung zur Centralgewalt, ob erstere von sich aus einen solchen Beschluß fassen könne, oder ob er von der Centralgewalt erst vorbereitet seyn müsse. Es handle sich ferner von der Stellung Preußens, ob dieses seine Vollmacht überschritten habe. Den Truppenrückzug sistiren, hieße der Entscheidung über den Waffenstillstand vorgreifen. Zimmermann, Elsenmann und Rappart ziehen ihre Anträge zurück. Heckscher: es handle sich um die Frage eines europäischen Krieges, um die Frage der deutschen Einheit und die Stellung zu Preußen. Das Zustimmungsrecht in Bezug auf Krieg und Frieden sey der Nationalversammlung vorbehalten, die Zurückziehung der Truppen aber sey Sache der Ehrenfrage. Er empfiehlt Mäßigung und Besonnenheit. Schoder: Ein Waffenstillstand sey zu Stande gekommen, der Deutschlands Ehre nicht wahre, sondern ins Gesicht schlage. Die nothwendige Folge des Waffenstillstands sey die Zurückziehung der Truppen, wenn aber der Waffenstillstand nicht gültig sey, so setzen es auch die Folgen nicht. Deutschland habe nicht das Geld, um seine Truppen hin- und herziehen zu lassen. Jedenfalls müsse die National-Versammlung ihren bestimmten Willen aussprechen, daß die Centralgewalt sofort die Zurückziehung der Truppen sistire; sonst müßte man ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium aussprechen. Bassermann: Für Schleswig-Holstein sey nichts zu besorgen; denn ein Theil der Dänen destruppen und die Schleswig-Holsteiner blieben dort. Der Ministerrath habe nicht beschlossen, daß die dorthin unterwegs befindlichen Truppen ihren Marsch einstellen sollen. Die Sistirung des Rückmarsches von hier aus beschließen, heiße den Waffenstillstand schon jetzt verwerfen. Das Ministerium habe über dessen Genehmigung noch nicht beschlossen. Noch nie habe es so schwere Stunden gehabt, als bei der Berathung dieser beiden Gegenstand. An der Verwerfung hingen große Folgen. Man möge bedenken, daß der Waffenstillstand auch im Namen Preußens abgeschlossen worden, welches die Aufgabe der Vermittlung übernehme. Die Einheit Deutschlands stehe auf dem Spiel; es frage sich, ob man die Spalte noch mehr öffnen, ob wir in Trümmer gehen sollen oder nicht. Vielleicht werde es nothwendig sein, daß man diesen Beschluß fasse; aber ihn ohne reife Prüfung fassen, wäre eine unbegreifliche Kühnheit. Man möge den Druck der Aktenstücke abwarten und die Prüfung dem Ausschuß überlassen. „Dann — fügte er hinzu — entscheiden Sie über das Schicksal nicht Schleswigs, sondern Deutschlands, dann aber erst dann.“ — Benedey: Kühnheit ist in unserer Zeit nothwendig; wir wollen kühn sein. Es handelt sich um die Ehre dieses Parlaments. Das deutsche Volk wandt in seinem Vertrauen gegen uns, und wenn wir in einer so einfachen Sache zaudern, wird es uns nie den Muth zutrauen, unser großes Werk zu vollziehen. Man hat gesagt, der König von Preußen habe den Antrag unterzeichnet. Das ist es eben. Wenn ein König in unserm Namen über die Sache Deutschlands verhandelt, dann sind wir es nicht, die beschließen. Meine Herren! Seyen Sie kühn, dann wird das Volk sie anerkennen.“ — Das Resultat der Sitzung haben wir bereits mitgetheilt.

Die Bedingungen des Waffenstillstands sind noch offiziellen Mittheilungen folgende: Art. 1. Vom Tage der Unterzeichnungen gerechnet, sollen die Feindseligkeiten für sieben Monate eingestellt werden, mit Aufkündigung von einem Monate. Findet keine Aufkündigung statt, so wird angenommen, daß die Verlängerung des Waffenstillstandes von beiden Seiten bewilligt ist. Art. 2 Bei Aufkündigung desselben nehmen beide Heere dieselbe Stellung wieder ein wie vor dem Abschlusse. Art. 3. Die Blokade ist aufgehoben. Art. 4. Kriegs- und politische Gefangene werden frei gegeben. Art. 5. Die Schiffe werden freigegeben, und Preußen in seinem und des Bundes Namen willigt ein, daß Dänemark für die Requisitionen in natura, die in Jütland für Rechnung der Bundestruppen erhoben sind, entschädigt werde: Dänemark entschädigt für die Schiffe und ihre Ladungen, die nicht zurückgegeben werden können, weil sie verkauft sind. Art. 6. Die Herzogthümer werden von beiderseitigen Truppen geräumt; das Nähere hierüber haben wir schon mitgetheilt. Art. 7 handelt von der ebenfalls schon mitgetheilten gemeinschaftlichen Regierung, wobei noch der Passus bemerkenswerth ist, daß während des Waffenstillstands die gesetzgebende Gewalt (die constituirende Versammlung) zu ruhen hat. Art. 6. Ein preußischer und ein dänischer Commissär, in den Herzogthümern restirend, überwachen den Vollzug der Convention. Art 9. Lauenburg wird während des Waf-

Digitized by Google

feuerstillstands von einer Commission verwaltet, zu welcher Preußen ein Glied, Dänemark ein Glied, und beide Mächte gemeinschaftlich den Präsidenten ernennen. Art. 10. Großbritannien wird um die Garantie des Vertrags angegangen. Art. 11. Die Bestimmungen dieser Convention sind nicht präjudicirlich für die Friedensbedingungen. Art. 12 handelt von der Art der Ratification. — In dieser Convention sind noch folgende Zusatzartikel angenommen worden 1) mit Bezug auf Art. 2 die Fortifikationsarbeiten, welche während den Feindseligkeiten auf beiden Seiten ausgeführt sind, sollen während der Dauer des Waffenstillstands in dem Zustande verbleiben, in welchem sie sich am Tage des Abschlusses befinden. (Haben die Dänen bei dieser Bedingung nicht am Ende gar die Aufrüstung einer deutschen Kriegsflotte im Auge gehabt?) 2) ad Art. 3. Dampfschiffe bringen den Befehlshabern der Flotte den Befehl zur Beendigung der Blocade, 3) handelt von der Art der Auswechselung der Kriegs- und politischen Gefangenen, 4) die militärischen Streitkräfte in Holstein sollen in Betreff der militärischen Disciplin unter die Befehle eines deutschen Bundesgenerals gestellt werden. 5) ad. A. 7. Alle seit dem 17. März in Betreff der Herzogthümern wie in Kopenhagen erlassenen Gesetze und Verordnungen sind aufgehoben, und die neue Regierung erkennt, welche davon wieder Geltung erhalten sollen. 6) Zu den Befugnissen der neuen Regierung soll auch diejenige gehören die politischen Processe niederzuschlagen. 7) handelt von der Herstellung der Posten. Zusatz Artikel 1. Zum Präsidenten der Regierung in den Herzogthümern wird ernannt: Graf Moltke, zum Stellvertreter: Baron Blome. Als Regierungsmitglied: Kammerherr Heintze, Etatsrath Prehn, Landvogt Boysen, Oberrathsrath Preußer. Als Stellvertreter: Kammerjunker (sic) von Warnstädt, Graf Theodor Reventlow-Gerdsdaa, Kammerherr Moltke, Bürgermeister Callisen. Zusatz Artikel 2. Für Lauenburg wird ernannt: zum Präsidenten: Graf Rantzau-Rastorf, als Regierungsmitglieder: Kammerherr Graf Gottfr. v. Reventlov, Etatsrath Sufemihl. Als Stellvertreter: Bielandmarschall Bülow, Assessor Hartwig.

Nicht amtlich, sondern nur unter ihren neuesten Nachrichten meldet die O. P. Z., daß Hr. v. Bruck (bekanntlich Deputirter von Triest und Vorsteher des österreichischen Lloyd) von der österreichischen Regierung zum Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannt worden und dem Erzherzog Reichsverweser sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

□ München, 5. September. Ein gestern erschienener Tagsbefehl belobt die gegen die Attentate auf die öffentliche Ordnung im Innern und an die bayerischen Grenzen heranrückenden Banden verwendeten Soldaten und Offiziere wegen ihrer guten Haltung und Tapferkeit und munterst sie zu gleichen Beweisen des Muthes und guten Benehmens auch für die Zukunft auf. — Kriegsminister v. Weishaupt hat einen zwöchentlichen Urlaub angetreten, während welcher Zeit der Generalmajor und Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs v. Hohenthausen dessen Vertretung führt. — Die im jüngsten Armeebefehle avancirten Offiziere der hiesigen Garnison machten gestern in Nymphenburg Sr. Maj. dem König ihre Aufwartung. — Während unsere Polizei sorgsam sich selbst schützt und in ihrem Innern Soldaten verbirgt, wächst außerhalb derselben die Unsicherheit täglich mehr: fortwährend hört man von neuen Diebstählen, Einbrüchen und Gewaltthaten. Dieß jetzt, wo die Leute Beschäftigung haben; wie wird es aber erst im Winter werden, wo auch noch der Arbeits-Mangel eintritt? Im Vergleich zu früheren Jahren ist die arbeitende Klasse heuer allerdings schlimmer daran; die Baulust ist dahin und Staats- oder Luxusbauten haben mit König Ludwigs Regiment gänzlich aufgehört. Nun wird auch in München bald ein Proletariat das dis jetzt selbst fast dem Namen unheimisch war, sich zeigen; die Noth pocht schon an den Thoren.

Berlin. In der neuesten Sitzung der preußischen Nationalversammlung legte der Ministerpräsident Auerswald die Bedingungen des Waffenstillstands vor und begleitete sie mit einigen Mittheilungen über den Gang der Verhandlungen und über die Gründe welche das preußische Kabinet bei Abschließung des Vertrags leiteten, und obwohl er zugestehen mußte, daß, so glänzend auch die deutschen Waffen ihren Ruhm bewährt hatten, der Erfolg der Regierungsvermittlung wenig günstig gewesen sey, so wurde seine Rede doch beifällig aufgenommen.

Ungarn.

Laut Nachrichten aus Fiume vom 31. August waren tausend Grenzer und Rothmäntel eingerückt, und hatten die Stadt besetzt im Namen des Kaisers, oder vielmehr „des Königs von Kroatien.“

Schweiz

Luzern, 31. August. Auch Schwyz hat die neue Bundesverfassung, nach dem Beispiel von Zug, Uri, Unterwalden, verworfen. Von Wallis erwartet man mit Zuversicht das gleiche. Werden diese Kantone es bei einer friedlichen Protestation bewenden lassen oder noch einmal das Waffenglück gegen die Majorität der Eidgenossenschaft versuchen? Wir glauben das erstere. Erst kürzlich führte uns eine Reise durch Unterwalden, wo wir allenthalben, selbst bei der Priesterschaft, eine auffallend friedfertige Stimmung wahrnahmen. (A. Z.)

Italien.

Genueser Blätter melden, daß laut Berichten aus Livorno vom 30. August die Ordnung durch den gesunden Sinn des Volks wieder hergestellt worden sey. Es habe eine Volksdemonstration stattgefunden, mittels welcher gefordert wurde, daß die Flottung, in welche sich Livorno von dem übrigen Toskana gestellt, aufhöre. In Folge davon seien die Truppen und die gesetzlichen Behörden zurückerufen und die Ordnung vollkommen hergestellt worden. Allgemeiner Jubel herrschte darüber in Livorno. (K. v. u. f. D.)

Genua, 4. September. Der Courriere spricht von einem ungewissen Gerücht, wonach der Waffenstillstand um 14 Tage verlängert worden wäre. Auch heiße es, der Herzog von Genua habe die sicilische Krone angenommen. Das neueste Turiner offizielle Blatt (vom 1. Sept.) enthält ein Decret für die Armee — eine neue Uniformirung derselben betreffend.

Frankreich.

* Paris, 3. September. Die Nationalversammlung hat gestern den Vorschlag Lichtenbergers, den Belagerungszustand vor Beginn der Diskussion der Constitution aufzuheben und den Vorschlag Crespels de Latouche die Südpensionen der Journale betr., auf ein Mal erledigt. Herr Lichtenberger entwickelte seinen Vorschlag in sehr würdiger und gemäßigter Weise und wurde von Cremieux, dem Berichterstatter der Commission, bekämpft. Ledru-Rollin antwortete ihm, er läugnete nicht, daß der Belagerszustand den Umtrieben der Faktionen gegenüber noch nöthig sey, er gab zu, daß der Belagerungszustand auf die Berathungen und Beschlüsse der Nationalversammlung keinen Einfluß gehabt habe und auch nicht haben werde, aber er hob zugleich hervor, welch' ein großer Uebelstand darin liege, daß die Verfassung der Republik in einem solchen außergewöhnlichen Zustande diskutirt und votirt werde. Es sey bey einem so wichtigen Akte nothwendig, daß jeder Meinung sich frei aussprechen dürfe und daß Belagerungszustand beschränke die Preßfreiheit; seine Rede, in der er an die unter dem Schutze der Bajonette votirten spanischen Gesetze erinnerte, machte einen sehr großen Eindruck. Factean sprach im gleichen Sinne, allein General Cavaignac wußte in einer Rede, die eine Stunde dauerte und die mit der gespanntesten Aufmerksamkeit angehört ward, die Frage wieder auf ihren richtigen Standpunct zu stellen. Nicht ein General, sagte er, habe, wie in Spanien, den Belagerungszustand gegen eine gesetzgebende Versammlung angerufen, sondern die Nationalversammlung selbst habe den Belagerungszustand votirt, sie könne ihn auch in jedem Augenblicke wieder aufheben. Seiner Ueberzeugung nach sey noch Gefahr vorhanden ihn aufzuheben, wünsche es aber die Versammlung, so könne er aufgehoben werden und er und seine Collegen setzen so wenig gewonnen irgend einen Druck auf die Entschließung der Versammlung auszuüben, daß er daraus keine Kabinetsfrage mache und entschlossen sey, diese Aufhebung anzunehmen. Die Journale betreffend, so werde er nie gegen persönliche Angriffe, oder gegen Angriffe auf die Regierung einschreiten, aber er sey seit entschlossen, jeden Angriff gegen die Republik unerbittlich zu verfolgen. „Wir werden,“ schloß er, „jede uns übertragene Gewalt niederlegen, und in die Mitte derjenigen zurückkehren, die wir ihrer Doktrinen wegen verfolgen mußten, — haben wir die Republik gerettet, so werden uns alle Vorwürfe und Angriffe nichts anhaben; — haben wir aber nur im Geringsten dazu beigetragen die Republik zu schwächen oder zu Grunde zu richten, so würden unsere eigenen Gewissensbisse grausamer als alle fremde Einwürfe seyn.“ Cavaignacs freimüthige und feste Rede ward mit einem wahren Beifallssturm begrüßt, die Herren Desmaret und Victor Hugo, die noch sprachen, wurden gar nicht gehört, der Ruf zur Abstimmung ward allgemein und mit 529 gegen 140 Stimmen ward die Fortdauer des Belagerungszustandes mit seinen Consequenzen gegen die Journale beschlossen.

Die telegraphischen Nachrichten von Montpellier vom 1. Abends sind sehr günstig. Stadt und Departement sind vollkommen ruhig.

In Arles ist am selben Tage, wie in Montpellier eine legitimistische Bewegung ausgebrochen, aber augenblicklich und ohne Blutvergießen unterdrückt worden.

Digitized by Google

Zwei Kuirrassier-Regimenter, zwei Linien-Regimenter und sechs Batterien sind aufs Neue zur Alpen-Armee abgegangen. Da die mobile Garde dringend gebeten hat, auch dort verwendet zu werden, so werden vier Bataillone derselben nach Grenoble geschickt werden. Das Arsenal von Bourges hat den Befehl erhalten 5 Millionen Patronen, 10,000 Handgranaten, 25,000 Kugeln und einen vollständigen Belagerungs-Artillerie-Park nach Grenoble zu schicken. Die Alpen-Armee soll am 6. d. die Grenze überschreiten und sich auf der Linie des Var aufstellen, um beim Ausbruch des Waffenstillstandes für alle Eventualitäten bereit zu seyn.

Heute hält General Cavaignac auf dem Marsfelde Revue über 64 Bataillone Infanterie, 25 Bataillone Mobile, 14 Bataillone Nationalgarde, 8 Kavallerie-Regimenter und 12 Batterien.

Großbritannien.

London, 2. September. Die gestern hier eingetroffene Kunde von dem Abschlusse eines siebenmonatlichen Waffenstillstandes übte nicht die erwartete günstige Einwirkung auf die Course, weil gleichzeitig verlautete, daß Oesterreich die Vermittelung Frankreichs und Englands entschieden abgelehnt habe. Letzteres ist zwar bis heute noch nicht amtlich bestätigt worden; die Fonds blieben aber bei der herrschenden Besorgniß wegen des Ausgangs der italienischen Frage heute ziemlich flau und es wurden wenig Börsengeschäfte gemacht. Allgemein ist man übrigens nach dem „Globe" in der City der Ansicht, daß England, falls unglücklicher Weise der Krieg ausbrechen sollte, sich kläglich ganz neutral verhalten werde, da es vom Anfange an sich jeder Drohung mit feindseligem Einschreiten für den Fall, daß seine freundschaftliche Vermittelung abgelehnt würde, durchaus enthalten habe.

Lokales und Provinzielles.

Entgegnung auf den Artikel in Nr. 245 der Bayreuther Zeitung, „Durch mehrere unangenehme Zufälle verspätet."

φ Ohne auf die eben nicht sehr ritterlichen Weise geführte Hauptfehde des Freundes von „Recht und Billig" mich einlassen zu wollen, sehe ich mich veranlaßt, auf dessen witzig und spitzig seyn sollende Bemerkungen und Aeußerungen über die Freikorps der Stadt Wunsiedel und Umgegend die gebührende Antwort und Zurechtweisung zu geben.

Der Freund von, wie er sich zu nennen beliebt, „Recht und Billig", hat auch, wie aus dem Inhalte und Ton seines Schreibens hervorgeht, sicherlich von guter Familie ist, und sich anfangs über das fahnenlose Korps der Wunsiedler wunderte, versichert nicht mehr auf den Mangel einer Fahne bei diesem Korps geachtet zu haben, schnell er bemerkte: 1) daß es genug derzleichen gab, um das (Räuber-) Lied: „„Ein freies Leben führen wir"" recht füglich anstimmen zu können; 2) daß schwarzgefiederte Gelbschnäbel mit rothem warmen Blute als lebendige Fahnen vorangingen und nachfolgten, die kaum den wahren Ausdruck der Freiheit verstehen möchten, und daß endlich 3) der Führer des Zugs keinen dem übrigen gemeinen Haufen gleichen schwarzgefiederten sondern einen hübschen blonden Lockenkopf habe, also nach seiner Meinung ein Auserwählter von guter Familie seyn müsse, der also auch nur aus guten Gründen die Fahne zurückgelassen haben könnte. Wenn ich auch nicht im Geringsten zweifle, daß der Freund von 2c. nicht allein selber aus guter, resp. hochwohlgeborner Familie entsprossen, sondern daß er auch, abgesehen von seinem verzeihlichen Irrthume in Bezug auf den distinguirten blonden Lockenkopf, in Unterscheidung der gemeinen von den höhern Menschensphären gründliche, angeborne Kenntniß besitze, so scheint es mir doch, daß Hochdieselben unter die Categorie derjenigen unwandelbaren Conservativen gehöre, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. Denn hätte Freund von 2c. etwas gelernt, so hätte er wissen müssen, 1) daß das Sprüchwort „Kleider machen Leute" sich nur auf das Aeußere und den Schein bezieht, und keineswegs auf die Classifikation in ehrliche Leute und Räuberbanden; 2) daß heutzutage mancher Jüngling im Gegensatze zu manchem gereiften Manne eben so viel mehr Sinn und Gefühl für, und Einsicht und Urtheil in Sache der Freiheit besitzt, als Muth und Kraft dieselbe zu erringen; 3) daß man nicht hochgeboren und sein geschoren seyn muß, um gut erzogen seyn zu können; und daß ein edles deutsches Herz, auch unter einem schwarzgefiederten nicht gelockten Kopfe eben so für Freiheit und Gesetzlichkeit sein junges lebensfrisches Blut einzusetzen bereit ist, als es trotz einem hübschen ordnungsliebenden und verordnungskundigen Blondkopfe so viel gemeinen Menschenverstand in seinem unfrisirten Schädel beherbergen wird, um einzusehen, daß weder wahre Freiheit ohne Gesetzlichkeit, noch wahre Gesetzlichkeit ohne Freiheit bestehen kann. Gehörte Freund von 2c. aber nicht zu denen, die nichts vergessen haben, so konnte er wahrhaftig nicht im Hochsommer des Jahres 1848 Denjenigen einen Rebellen nennen, der seine individuelle Ansicht und seine wenn auch irrige Meinung über die Befugniß eines bayerischen Freikorps zur Tagung einer deutschen Fahne ausspricht. Doch nein, ich irre mich, der Freund von 2c. ist keiner von denen, die nichts vergessen haben, im Gegentheil ich muß nun bekennen, er hat vieles und viel vergessen. Denn 1) hat er vergessen, daß nach dem Dienst-Reglement kein Mitglied eines organisirten bewaffneten Korps bei den Honneurs die Kopfbedeckung abziehen darf; 2) daß nicht nur Bayern, sondern auch Deutschland unser Vaterland ist; 3) daß sehr viele alte und junge Leute ihre Stellen Anno 1848 nicht nur niederlegen mußten, sondern auch manche freiwillig niederlegten, weil sie sich nicht in die böse (?!) Zeit schicken konnten; 4) hat der Freund von 2c. den ganzen Inhalt der seit dem März 1848 errungenen Freiheit vergessen, und weiß sich nichts mehr davon zu erinnern, als daß wir die schwarz-roth-goldenen Farben errungen hätten und mit ihnen die Freiheit oder Frechheit arglosen Menschen ihre unschuldigsten Handlungen übel auslegen zu dürfen!! In Bezug auf diesen 4. Punkt muß man freilich zweifelhaft seyn, ob die Beantwortung der von dem Freunde von 2c. sich selbst vorgelegten Frage, welche Freiheit wir denn errungen hätten, Folge von zu kurzem oder zu langem Gedächtnisse sey.

Schlüßlich kann ich mich nicht enthalten, die von dem Freunde von 2c. aufgeworfene Frage: was der Erlöser und seine Apostel jetzt ausrufen (würden), dahin zu beantworten: Der Erlöser und seine Apostel würden in Beziehung auf Deutschland den angezogenen Ausruf dahin modifiziren: „Heil, Heil dir, glückliches Deutschland!" den zweiten eitlichen Ausruf aber in Beziehung auf den Freund von 2c. und seines Gleichen dahin: „Schicket euch in die Zeit, denn es ist gute Zeit!" Ich aber verabschiede mich von dem Freunde von 2c. ebenfalls mit einem dritten Ausrufe Christi: „Herr verzeih' ihm, denn er weiß nicht, was er thut!"

Ein Freikorps-Mitglied im Namen mehrerer Cameraden.

Anzeigen.

In der Grau'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Grau in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Hohmann, G. H., Der Liederbote aus Franken. Eine Auswahl einstimmiger Gesänge für den Männerchor. 2te. gr. 8. geh. 18 fr.

Prophezeiungen, Geschichte und Religion, was rufen sie uns dermal zu? Ein wohlgemeintes Wort. 8. geh. 12 fr.

Frank, Chr., Kurzer katechetischer Unterricht in der Reformationsgeschichte. 8. geh. 6 fr.

Jäckel, C. Th., Geschichte der neuesten Zeit, in Biographien und Charakteristiken. Erstes Bändchen: Erzherzog Johann, Heinrich von Gagern, Friedrich Hecker. geh. 7 fr.

Kottenkamp, Dr. J., Die neuesten Weltbegebenheiten. Nach authentischen Quellen bearbeitet. 1. 2. 3. Heft. geh. à 15 fr.

Roß, G., Westentaschen-Fremdwörterbuch oder Verdeutschung von mehr als 15000 fremden Wörtern. geh. 54 fr.

Einladung.

Nachdem in der auf den 28. August d. Js. anberaumt gewesenen General-Versammlung außer den Ausschußmitgliedern Niemand erschienen ist, so steht sich der unterzeichnete Ausschuß veranlaßt, die sämmtlichen Mitglieder des hiesigen Kunstvereins nochmals einzuladen, sich am nächsten Freitag den 8. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr in dem Lokale der Kanzler-Bibliothek im alten Schlosse gefälligst einzufinden, um die Jahres-Rechnung vorlegen und eine neue Wahl des Ausschusses vornehmen zu können. Die jenigen Mitglieder, welche nicht erscheinen, haben zu gewärtigen, daß die in Absicht auf die weitere Fortdauer des Vereins von der Mehrheit zu fassenden Beschlüsse für sie als verbindlich werden erklärt werden.

Bayreuth, am 6. September 1848.

Der Ausschuß des Kunst-Vereins.

Freitag den 8. d., als zur Namensfeier unserer vielgeliebten Königin, ist Harmonie-Musik auf der Eremitage wozu ergebenst einladet

Heinrich Funck.

3 Tagwerk Feld nebst 1½ Tagwerk Wiese bei der Hammerstadt sind stündlich zu verpachten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich 6 Mends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 251. 9. September 1848.

Bayreuth, 7. Sept. Das gestern abgebrochenen Berichts über den Abschluß des Waffenstillstands.) Nach dem Vorausgehenden ist es nur zu wahrscheinlich, daß irgend ein Hintergedanke das preußische Ministerium zum Abschluß jenes, Preußen fast noch mehr als das deutsche Reich schändenden Vertrags, bestimmt habe. Der preußische Staatsanzeiger führt nun ein neues Motiv auf; er sagt: Die Fortsetzung des Krieges wäre das Signal zu einem allgemein europäischen Krieg geworden, und der Waffenstillstand sey schon deßhalb eine politische Nothwendigkeit gewesen, weil bei fortgesetztem Kampfe die Kräfte Deutschlands, die im Hinblick auf die sich treibenden Verhältnisse zwischen Frankreich und Oesterreich im Südwesten Deutschlands vereint nothwendig seyn würden, zersplittert würden. Befreien wir den Rhein von der ihn umhüllenden Schaale, so heißt das nichts anders, als: ein Krieg mit einer Großmacht steht uns bevor, deßhalb mußten wir uns beeilen, einen wenn auch entehrenden Frieden mit einer Macht dritten oder vierten Rangs abzuschließen. Also das gewaltige einige Deutschland, das ohne große Anstrengung seine Heere auf anderthalb Millionen streitbarer Männer bringen kann, ist nicht im Stande zwei seiner Grenzen, Nord und West, zugleich zu beschützen, wiewohl es zum Schirme der Ersteren nicht den zehnten Theil seiner Armeen bedarf? Was werden wir erst preißgeben müssen, wenn Frankreich unser Land mit Krieg überziehet, und daß mit ihm in Verbindung tretende Rußland deshende Kriegserklärungen erläßt? Und haben wir nun vielleicht um den Preis der Rheinlande (wenn nämlich das preußische Kabinet fortfährt bei Friedensschlüssen Deutschland zu vertreten) Frieden von Frankreich erlangt, so ist nichts natürlicher und folgerichtiger, als daß auch Rußland für seine Kriegsdrohung durch ein Stück Land, etwa durch Posen und Ostpreußen entschädigt würde u. s. f., bis Deutschland wie Polen nur dem Namen nach fortbestehet, und im Osten die Knute, im Westen die französische Tricolore, in den Küstenländern der englische Dreizack sich vielleicht mit den stammverwandten Holländern und Skandinaviern in die Herrschaft Deutschlands theilen? Wahrlich diese Politik ist noch erbärmlicher als die berüchtigte des erkauften Fürsten Metternich, wenn er ohne Schwertschlag zu versuchen, die Donaumündungen an Rußland preißgab; der Staatskanzler hatte wenigstens seine Forderungen nicht durch ein siegreiches Heer unterstützen, ihnen Geltung verschaffen können, denn es war überhaupt noch nicht zum Kriege gekommen: daß aber, was in Malmoe geschah, ist fast unerhört in der Geschichte der Völker, daß nämlich die Erfolge eines siegreichen Heeres geopfert werden der Freiheit der Diplomatie, denn im Kriege war Deutschland Sieger, Dänemark besiegt, im Waffenstillstand ist das umgekehrte der Fall. Wäre die Armee besiegt worden, schlechtere Friedensbedingungen hätte sie auch nicht erlangen können! Wird sich Wrangel mit seinem Heere ihnen fügen? — Schleswig-Holstein fügt sich wenigstens nicht, es will nicht zurückkehren unter das dänische Joch; es weiß zürnend den Hohn zurück, mit welchem man ihm eben jenem Mann, der als Urheber des Offenen Briefes, als der Gehaßteste im ganzen Lande gilt, zum Präsidenten seiner Regierung vorsetzt. Nicht ohne Kampf auf Leben und Tod will es sich seine Errungenschaften, um die es schon so viel gekämpft und gelitten, seine aus dem Prinzip der Volkssouveränität hervorgegangene provisorische Regierung, seine constituirende Landesversammlung entreißen lassen; das ganze Volk steht auf und waffnet sich, — die Hülfe vieler deutscher Patrioten wird ihm nicht entgehen. — Außer den angebenen offiziellen Gründen mögen übrigens noch manche andere das preußische Cabinet bestimmt haben, den Vertrag so eilfertig abzuschließen. Wir haben sinzgst gelesen, daß in der letzten Zeit die Blokade so streng gehandhabt wurde, daß selbst drei englisch e Schiffe nicht einlaufen durften, und England das seit langer Zeit einen weltgebenden Einfluß auf die preußische Kabinetspolitik geäußert; wenn aber John Bull materiellen Schaden erleidet, dann wird er wild und mag nun energisch gebroht haben, wiewohl die im Parlamente maßgebende Londoner City sich bei einem ausbrechenden Kriege für die unbedingte Neutralität Albions einstimmig ausspricht. Zwischen der Kriegsdrohung und Eröffnung eines Krieges ist übrigens noch ein großer Zwischenraum, dessen Ueberschreitung von dem bedächtigen England um so weniger zu erwarten seyn würde, als England durch einen Krieg mit Deutschland am meisten verlieren, am wenigsten gewinnen könnte. Ihm kann nur daran liegen, die Macht der Centralgewalt zu unterdrücken, und das konnte es nicht geschickter machen, als durch diesen Waffenstillstand, den es als Zankapfel zwischen die Reichsgewalt und Preußen hineinzuwerfen wußte. (Forts. folgt.)

Deutschland.

† Frankfurt, 6. September. Die gestern erfolgte Abstimmung, bei welcher das Ministerium, wenn auch mit geringer Mehrheit, überstimmt wurde, hat die Abdankung sämmtlicher Minister zur Folge gehabt. Auch die Unterstaatssekretäre sind ihrem Beispiele gefolgt. Wie man heute hört, ist Herr Dahlmann, von dem Reichsverweser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Sein Bericht hat in der gestrigen Sitzung bekanntlich den Ausschlag gegeben; man bezeichnet ihn als den Minister des Auswärtigen. Es wäre auch eine der vielen merkwürdigen Erscheinungen unserer Zeit, wenn der Mann, der vor wenig Jahren von Göttingen vertrieben worden, weil er seinem Eide treu blieb, nun an die Spitze des deutschen Ministeriums träte. Als seine Kollegen nennt man die HH. Raveaux von Köln, H. Simon von Breslau, Besser von Greifswalde, Herrmann von München, Riesser von Hamburg u. s. w. sämmtlich Deputirte des linken Centrums. Dieß Alles aber ist bis jetzt nur Gerücht oder Vermuthung; zuverlässig ist nur die Abdankung der bisherigen Minister. Man sagt, der Conseils-Präsident Fürst Leiningen, der jedoch sein Portefeuille behielte, werde seinen Posten behalten.

Frankfurt, 5. September. Ausführlicher Bericht über die 72. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Holland erstattet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß Bericht über die Antwort des Handelsvereins zu Flensburg auf die ihm zur Beantwortung vorgelegten volkswirthschaftlichen Fragen. In dieser von 56 Mitgliedern unterzeichneten Antwort wird erklärt, daß man sich auf jene Fragen nicht einlassen können, so lange das staatsrechtliche Verhältniß Schleswigs nicht festgestellt sey; Flensburg gehöre nicht zum deutschen Bundesgebiet, und dort, so wie in Schleswig überhaupt, sey auch keine Sympathie für Deutschland zu Hause. Eine Minorität von 15 Mitgliedern verwahrt sich gegen diese letztere Behauptung. Hierauf nimmt Dahlmann das Wort, er wolle die Versammlung nicht durch den Irrgarten der verschiedenen Verhandlungen führen, da den Ausschüssen nicht alle Aktenstücke vorgelegen, auch die Zeit zu einer umständlichen Berichterstattung zu kurz gewesen sey. Unter den vorgelegten Papieren habe man Mehreres schmerzlich vermißt, darunter ein Schreiben des Ministers Camphausen, welches nach Verficherung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten später zurückgenommen und durch ein anderes ersetzt worden sey. Statt dessen seyen den Ausschüssen durch diesen Minister (-Hechscher) mündliche Aufschlüsse ertheilt worden. Derselbe habe darau erinnert, daß seither von Seite des Bundestags der Krone Preußen beschränkte Vollmacht zu Unterhandlungen mit Dänemark unter Vorbehalt der Ratifikation der Bundesversammlung ertheilt worden sey. Auch bei den Unterhandlungen in Bellevue sey die Ratifikation des Reichsverwesers ausdrücklich vorbehalten und namentlich bedungen worden, daß in den Herzogthümern die bestehenden Gesetze und Verordnungen aufrecht erhalten werden sollten. Man erinnere sich, welch' bittre Klagen von Seiten der Deutschen, welchen Jubel von Seiten der Dänen der erste Waffenstillstandsentwurf hervorgerufen; dann der Erklärung, welche später der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Schmerling, mit so menschlich ansprechender Beredsamkeit gegeben, und der Erklärung Wrangel's, er werde nur einen Waffenstillstand schließen, der geeignet sey, von der Centralgewalt genehmigt zu werden. Am 26. August habe Hr. Camphausen unbeschränkte Vollmacht für Preußen verlangt. Das Ministerium sey hierauf nicht eingegangen, und habe am 7. Aug. die preußische Regierung zwar zum Abschlusse ermächtigt, im Namen der provisorischen Centralgewalt und auf Grundlage der Stipulationen von Bellevue, jedoch mit Bedingungen, wie sie die vom Reichsverweser am 7. August ertheilte Vollmacht näher ausweise. Bei dieser Vollmacht (bemerkte Dahlmann) vermisse man übrigens

Digitized by Google

die im Gesetz über die Centralgewalt vorgesehenen ministerielle Gegenzeichnung. Von dieser Vollmacht äußerte Hr. Heckscher im Ausschuß) sey niemals etwas zurückgenommen worden, wohl er beklagte, daß Preußen leider so wesentlich von derselben abgewichen sey. Keine einzige der Befürchtungen die er in seiner gestern verlesenen Interpellation angedeutet, sey unbestätigt geblieben. Die Vortheile der winterlichen Jahreszeit für die Kriegführung seyen aufgegeben und unser armes Deutschland geradezu in April geschickt, die Auflösung der von Preußen und der Centralgewalt wiederholt anerkannten provisorischen Regierung beschlossen; kraft derselben Anerkennung saßen die Abgeordneten von Schleswig-Holstein hier, und ihre Anwesenheit, selbst die des Reisenden, wäre ungesetzlich, wenn der Vertrag genehmigt würde. Graf Karl Moltke, der vielleicht von allen Männern im Bereich jener Lande der Gehaftete sey, der nicht ohne persönliche Lebensgefahr die Herzogthümer betreten dürfe, werde an die Spitze der Regierung gestellt. Die Trennung der Truppen solle die Trennung der Herzogthümer anbahnen. Der vereinigte Ausschuß beantragt: die Nationalversammlung wolle die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen. — Wird die zu fürchtende Anarchie in den Hergezhümern nicht folgereich für ganz Deutschland seyn? Wenn Schleswig-Holstein den Reichsverband einseitig kündigt, wenn es sich einen Waffenstillstand zu widersetzen, werden nicht von allen Seiten Freischaaren herbeieilen? Ist nicht die Sache Schleswig-Holsteins eine deutsche Sache? Noch ungleich schwerer aber als Schleswig-Holstein hat dem Ausschusse gewogen der Hinblick auf unser gesammtes deutsche Vaterland. Dürfen wir unsere neue Laufbahn mit dem Bruche der heiligsten Zusicherungen beginnen, dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes Fleisch und Blut, dem sichern Verderben, der Rachsucht ihrer haßerfüllten dänischen Feinde preisgeben? Meine eigenen Landsleute dem Untergange so übereifern, dazu habe ich nicht den Muth, und darum bin ich so wenig, England haben nicht seine Eroberungen, seine Siege in allen Welttheilen groß gemacht. Seine Größe bestehe darin, daß jeder einzelne Engländer für England so schwer wiegt, wie das ganze Vaterland. Hier aber gilt es viele Hundertausende. Es ist nicht die schleswig-holsteinische Sache, die so vieles Anklämpfen und so viele Bestrebungen gegen uns veranlaßt; es ist die Einheit Deutschlands, die noch nie so bestanden; sie soll in ihrem Aufkeimen beschnitten, von allen Seiten zerfetzt und endlich gebrochen werden. Sollen wir bei der ersten Prüfung den Mächten gegenüber kleinmüthig vor der Gefahr zurückweichen? Sie werden Ihre ehemals stolze Haltung nicht wieder finden, wenden Sie an diese meine Worte! Nicht der Despotismus, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herrschen, und die werden fallen, die jetzt am Meisten zu triumphiren glauben. Ich habe gesprochen; möge Der walten, der in seiner Gerechtigkeit die Geschicke der Völker lenkt!“ (Lebhafter Beifall) Schubert von Königsberg trägt im Namen von 8 Mitgliedern der vereinigten Ausschüsse (v. Binde, M. v. Gagern, v. Lindenau, Flottwell, v. Zenetti, Schubert, Gombart und Duncker) ein Minoritätsgutachten vor, dahin lautend: Die Nationalversammlung möge über die Sistirung des Waffenstillstandes nicht eher entscheiden, als bis über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt sey. Die Sistirung des Waffenstillstandes, sagt er, wäre zugleich ein Bruch desselben. Der Waffenstillstand sey nicht bloß eine Vorlage, über welche man zu verhandeln habe, sondern er sey bereits ratificirt, wozu Preußen ermächtigt gewesen sey. Für den Vollzug sey ein Termin von 12 Tagen gesetzt, also auch keine Gefahr auf dem Verzuge. „Wenn Sie, sagt er hinzu den Waffenstillstand nicht genehmigen, so ist dieß — Sie werden keinen Augenblick das große Wort verkennen — der Bruch mit Preußen. Reichs-Kriegsminister v. Peucker eröffnet der Versammlung, nach einer heute Morgen von dem General v. Wrangel eingegangenen Meldung habe derselbe am 1. September nach wie vor sein Hauptquartier in Apenrade, 6 Meilen von der jütischen Gränze, gehabt. Mit Rücksicht auf den nahen Waffenstillstand habe er, um unnützes Blutvergießen zu ersparen, eine Waffenruhe mit 48ständiger Kündigung abgeschlossen; die Gefechtsbereitschaft des Operationscorps aber werde fortdauernd erhalten. Zwischen Apenrade und der jütischen Gränze sey der größere Theil des Operationscorps vorgeschoben. Von der jütischen Gränze bis zur Elbe seyen 30 Meilen, wozu die Truppen in etappenmäßigen Märschen 10—12 Tage brauchen; zur Einleitung der Räumung seyen ebenfalls mehrere Tage erforderlich. Wenn also Wrangel ohne Befehl eigenmächtig die Räumung beschlossen hätte, so würde jeder Tag zwischen der Sistirung und der Verwerfung des Waffenstillstandes nur einen Unterschied von drei Meilen in der staffelförmigen Aufstellung der Truppen ausmachen. Jede Verwerfung eines Theils des Waffenstillstands sei ein Bruch des Ganzen. Er stellte es der Versammlung anheim, ob eine militärische Maßregel von so untergeordneter Wichtigkeit hinreiche, einen Beschluß zu begründen, durch welchen Deutschland Einheit und der europäische Friede gefährdet werden könnte. Reichsminister v. Schmerling schließt sich den Erklärungen des Kriegsministers an, und bemerkt, das Ministerium habe einstimmig befunden, daß die Frage nur in diesem Sinne entschieden werden könne. Wenn in 2 bis 3 Tagen der Waffenstillstand nicht genehmigt werden sollte, habe Wrangel das ganze Heer unverrückt zur seiner Disposition und könne das verlassene Terrain leicht wieder gewinnen. Die Befürchtung, als ob ein Theil des Heeres bereits wieder in die Heimath beordert worden, sey unbegründet; unter acht Tagen könne kein Mann an die Elbe gelangen. Die Sistirung eines Theils des Waffenstillstandes wäre der Bruch des Ganzen. Wenn auch das Ministerium erstäre und im Interesse Deutschlands die Versammlung dringend beschwören müsse, die Verhandlungen über die Hauptsache dann vorzunehmen, wenn alle Aktenstücke in ihren Händen seyen, so wolle er doch heute schon das Ergebniß der Berathungen des Ministeriums mittheilen. Das Ministerium sei nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse, und nach langer Berathung einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, aus unabweichbaren Gründen der Nothwendigkeit nicht auf Verwerfung des Waffenstillstandes anzutragen. Es habe aber auch ferner beschlossen daß die Stellung der Centralgewalt nicht nur nach Außen, sondern auch zu den einzelnen Staaten genau erwogen werden müsse, da einzelne Regierungen ihre Stellung nicht in der Art auffaßten, wie das Gesetz über die Centralgewalt es vorschreibe und es zur Herstellung der Einheit Deutschlands unerläßlich sey. Die Centralgewalt erblicke in der Sicherung ihrer Stellung zu den deutschen Staaten eine Lebensfrage, und habe deshalb beschlossen, von allen Einzelstaaten die ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes vom 28. Juni in seinem ganzen Umfange zu verlangen. Das Ministerium beschwöre die Nationalversammlung, das Minoritätsgutachten nicht anzunehmen, da solches Annahme des Majoritätsgutachtens die Hauptfrage unwiederbringlich entscheiden werde. — Hierauf werden folgende neue Anträge verlesen: 1) von Wesendonck, Simon aus Trier u. A.: Die Nationalversammlung beauftragt die Centralgewalt, schleunig zu veranlassen, daß die Stellungen, welche die Truppen vor dem 26. Juli inne hatten, sofort wieder eingenommen werden. 2) Von Lichnowsky, Detz u. A.: über die Sistirung der militärischen und sonstigen Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes zur Tagesordnung überzugehen. Heinr. Simon von Breslau: Der Vertrag werde erst gültig durch die Genehmigung der Nationalversammlung, die Ratifikation der Centralgewalt. Dieß sei im Gesetz ausgesprochen und vom Ministerium selbst eingeräumt. Es ist deshalb überflüssig, wenn das Ministerium für ein in anerkannter Wirksamkeit bestehendes Gesetz noch besondere Anerkennung verlangen wolle. Die Nationalversammlung habe vollkommen freie Hand, zu ratifiziren oder nicht. Sie dürfe nicht wie die bisherige Diplomatie sich und die Geschicke Deutschlands von s. g. faits accomplis abhängig machen. Man müsse sofort Maßregeln ergreifen, daß die Ausführung des Waffenstillstandes sistirt werde, weil sonst die Ehre Deutschlands unwiederbringlich leiden würde. Dänemark wage es, die provis. Centralgewalt zu ignoriren. Die Ehre sei verletzt, weil aus diesem Kampf der Sieger als der Besiegte hervorgehen solle; der Sieger sey Deutschland, der besiegte Sieger Dänemark. Wo es sich von dem Heiligsten einer Nation, die Nationalehre handele, da gebe es keine Parteien und keine Schattirungen; da müßten Alle einig sein in den Gefühl patriotischer Hingebung für das Gesammtvaterland. Die Nationalversammlung hat keine Rücksicht auf auswärtige Mächte oder auf Oesterreich und Preußen zu nehmen sie habe nur Rücksicht zu nehmen auf die Ehre Deutschlands. Möge Rußland, England und Frankreich es wagen, hineinzureden in unsere gerechte Sache; wir würden ihnen antworten mit 14 M. bewaffneter Männer. Sie würden es nicht wagen, weil sie klug seyen und weil sie wüßten, daß ein ungerechter Angriff auf Deutschland eine Erhebung hervorrufen würde, wie die Weltgeschichte sie noch nicht gesehen, die aber freilich auch 34 Throne und so manches Andere lawinenartig auffollen könnte. Was Preußen betreffe, so sei das Volk dort durch und durch deutsch, so deutsch wie nur irgend ein Stamm in Deutschland. Die Bestrebungen der Aristokratie kämen nicht auf gegen die deutsche Gesinnung. Sollte daher das preußische Gouvernement so verblendet sein, daß es wagte, seine Hand muttermörderisch aufzuheben gegen Deutschland, so würde es mit schleunigen Schritten seinem Schicksal entgegengehen; denn das Volk in Preußen würde es — vielleicht nach blutigen Zuckungen — beseitigen. Es handle sich bei

Digitized by Google

der Ratifikation des Waffenstillstandes in keiner Weise um die preußische Ehre, es handle sich um die Ehre des preußischen Ministeriums; wenn aber die Ehre Deutschlands auf dem Spiele stehe, könne wohrer die Ehre des preußischen, noch die des hiesigen Ministeriums oder sonst einer Macht in Betracht kommen. Demgemäß gibt zu bedenken, wenn der Waffenstillstand verworfen würde, General Wrangel entweder seiner Regierung oder der Reichsgewalt den Gehorsam aufsagen müßte. Diejenigen, welche die Schrecken eines Krieges erlebt, würden ihn nicht ohne Prüfung beschließen. Preußen habe den Waffenstillstand angenommen, es müsse ihn aufrecht halten. Was dann seine Stellung zur Centralgewalt sein werde, stehe freilich dahin. Nur ein einstimmiger Beschluß dieser Versammlung könne Gewicht geben. Sie dürfe ihre moralische Macht nicht aus der Hand geben, wolle man ihr diese rauben, dann allerdings müsse sie an das Volk appelliren. Zimmermann von Stuttgart: Die Ehre Deutschlands dürfe nicht der Einheit geopfert werden; er wolle kein Deutschland, das nicht mit Ehren vor Europa stünde. Preußen werde nicht brechen mit Deutschland, weil die Ehre der Preußen höchstes Gut sey, wie das unsrige. „Stimmen Sie als deutsche Männer für den Antrag der Aufschubsmehrheit! Wo nicht, dann lassen Sie wieder die Glocken läuten, wie in der Stube, da unser Präsident die Schöpfung der Reichsgewalt verkündigte; lassen Sie sie läuten rheinauf- und abwärts, aber nicht zum Gruße festlicher Weihe, sondern zu einem großen Grabgeläute, denn wenn die Ehre preisgegeben würde, wäre die deutsche Nation todt. Allein ich bin überzeugt, die Mehrheit wird nicht zugeben, daß Schleswig-Holstein und die deutsche Ehre preisgegeben werde." Wesendonck: Ich protestire im Namen Derjenigen, die mich hierher gesandt, gegen die Zumuthung, daß wir durch Verwerfung des Waffenstillstandes 14 Millionen Preußen von uns stoßen würden. In Königsberg haben 17 constitutionelle Vereine erklärt, daß sie sich der Centralgewalt unterwerfen; eben so der constitutionelle Hauptverein für Preußen in Berlin. Das preußische Volk darf nicht identificirt werden mit der Camarilla, mit einem Cabinet, daß eine außerdeutsche und preußische Politik befolgt. Es mag sein, daß einige Kaufleute in Stettin sich dieses Waffenstillstandes freuen; aber solche Fragen, darf man nicht nach den Geldsäcken messen, sondern nach der Ehre Deutschlands. Das Ministerium will die nachträgliche Anerkennung der Centralgewalt fordern. In einem Augenblick, wo es sich von der That handelt, will man einem Stück Papier annehmen? Hierwird es sich zeigen, ob ihrerseits sich der Centralgewalt unterwerfen will. Ein Bruch mit Deutschland mögen gewisse Leute und Cabinette wollen, aber nicht das preußische Volk. (Schluß folgt.)

Berlin, 5. September. Die gestrige Kammersitzung gehörte zu den stürmischsten und ist von einer seltenen Bedeutung. Es handelt sich im Augenblick um nichts weniger als um den Austritt der gesammten Linken. Diese Fraktion der Kammer drabsichtigt nämlich, der Rechten gegenüber aus der Frage, ob die Kammer den in Folge des Stein'schen Antrags gefaßten Beschluß aufrecht erhalten will, ebenso wie das Ministerium eine Ueberwsfrage für sich zu machen. Wie die Sachen momentan stehen, ist es wahrscheinlich, daß die Majorität wenigstens für die Aufrechthaltung des Beschlusses über den Stein'schen Antrag entscheiden wird, wenn vielleicht auch das Schulz'sche Amendement fällt. Ein Ministerwechsel dürfte also binnen kurzem zu erwarten sein und nichts ist natürlicher, als daß beliebte Namen der Opposition als Candidaten genannt werden, obschon schwerlich im Augenblick wirkliche Candidaten existiren. — In der Centralabtheilung ist ein Gesetz über die Aufhebungen der rheinischen Ritterschaft verliehenen Rechte der Autonomie und einer Corporation beschlossen worden. — Die Minister v. Auerswald und v. Strotzenstein sollen heute ihre Dimission eingegeben haben; Hr. v. Auerswald erschien erst gegen 12 Uhr in der Nationalversammlung, Hr. v. Schreckenstein gar nicht, auch Hr. Hansemann war nicht anwesend. Er ist an einem Cholerarnfall erkrankt. — Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten soll durch den französischen Gesandten notificirt sein, daß die französische Regierung einen Aufstand der Legitimisten im Vereine mit den Orleanisten erwarte. (D. A. Z.)

Posen, 31. August. Wir haben jetzt durch directe Briefe aus Warschau bestimmtere Nachrichten über die Stärke der russischen Truppen im Königreiche Polen. Bisher standen dasselbst vier Corps, jedes zu 40,000 Mann, und zwar das erste an der Gränze gegen Ost- und Westpreußen, das zweite gegen Posen, das dritte gegen Schlesien und Galizien, das vierte im Innern des Landes. Bis zum 1. Oktober soll jedoch die Stärke auf das Doppelte, also auf acht Corps oder auf 320,000 Mann, erhöht werden. Diese vier letzten Corps sollen einstweilen ihre Stellung hinter der Weichsel nehmen, wo sich auch der bis jetzt von ihnen bereits mobil gemachte Theil befindet. Der Grund davon liegt wohl hauptsächlich darin, daß ihre Unterhaltung dort wegen der billigeren Preise weniger kostspielig ist. Diese Nachrichten sind sicher. Außerdem wird uns von der Grenze mitgetheilt, daß die russischen Regimenter, die, namentlich so lange der Aufstand im Großherzogthum Posen dauerte, dicht an der preußischen Gränze standen, so daß jedes Dorf überhäuft war, jetzt mehr zurückgezogen und in die Städte, bis 10—12 Meilen in das Land hinein, in Cantonirungen gelegt worden sind.

Wien, 4. September. So eben erfahre ich, daß die Minister des Innern Doblhoff und der öffentlichen Arbeiten Schwarzer, in Folge eines Conflikts des Letztern mit dem Justizministerium, ihre Portefeuilles niederlegen wollen. Es ist an den Reichsminister Schmerling geschrieben worden; auf jeden Fall steht eine Ministeränderung in naher Aussicht, sie ist fast unvermeidlich.

Wien, 3. Sept. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle hören wir jetzt, daß der französische Geschäftsträger gestern eine energische Note übergab, worin die österreich. Regierung aufgefordert wird, auf das von ihr abgelehnte französisch-britische Vermittelungswerk zurückzukommen und sich binnen 48 Stunden entschieden auszusprechen, widrigenfalls Frankreich, das sich von den Verträgen von 1813 und 1815 entbunden erachte, seinem Vortheil und den Umständen gemäß handeln werde. So viel wir wissen, ist das hiesige Cabinet fest entschlossen, die wiedererrungenen italienischen Provinzen keinesfalls aufzugeben.

Hamburg, 4. September. Die Stimmung über die Bedingungen des Waffenstillstandes in den Herzogthümern ist insbesondere in Rendsburg und Kiel eine höchst bedenkliche und soll von einem Theile der deutschen Truppen getheilt werden. Es ist in der That auch zu bewundern, daß am Tage der Ratifikationsauswechselung, noch vor die Bedingungen öffijell bekannt sind und das Volk sich an das Unvermeidliche gefunden, ein so verdienter Mann wie Graf Karl v. Moltke, der Urheber aller von Christian VIII. gegen die Freiheit und die Rechte der Herzogthümer gerichteten Angriffe, in das Land zurückkehrt und daß er an die Spitze der Regierung tritt. Deutschland kennt Karl Moltke als den Mann des starren Absolutismus, von ihm rührt der Offene Brief König Christian's VIII. her, sein Name gehört seit der Zeit der öffentlichen Berachtung an. Eine Aenderung in der Personenfrage von Dänemark zu erwirken, soll der Gegenstand der Besprechungen des Hrn. v. Below mit gutjet gewesen sein, allein vergebens. Am meisten zu befremden ist, daß die Stimmung gegen Preußen durch diesen Waffenstillstand insbesondere aber durch die andern aus Schleswig und Holstein zurückkehrenden deutschen Truppen noch mehr erbittert ist. (D. A. Z.)

Kiel, 4. September. Die mit dem Grafen Karl Moltke benominirten Männer, Baron Heintze, Landdrost Bossen, Oberappellations-Gerichtsrath Preußer und Landcommissär Prehn, haben sich als echt deutsche Ehrenmänner erwiesen. Moltke sandte von Travemünde aus Estaffetten an dieselben mit der Aufforderung, die Regierung während des Waffenstillstandes mit ihm zu führen. Alle vier haben bereits gestern entschieden abgelehnt. Moltke definirt in Itzehoe oder in der Nähe und wird ohne Zweifel bald seine Rückreise in sein Vaterland Dänemark antreten. Die Verblendung der Dänen, noch mehr die Keckheit Moltke's, schon jetzt ins Land zu kommen, erregt allgemeines Erstaunen. — Wir können mit Gewißheit behaupten, daß auch die andern Desgnirten, Baron Blome, Graf Reventlow-Jersbeck, A. v. Warnstedt und A. v. Moltke (Letztere Mitglieder der früheren Kanzlei) nie mit dem Unterzeichnet des Offenen Briefes in Einem Collegium zu sein sich bequemen werden. Die jetzt bekannten Waffenstillstandsbedingungen haben hier bei Allen ohne alle Ausnahme, vom Grafen bis zum Bettler, die höchste Entrüstung hervorgerufen. Wir sind aber noch nicht verloren. Die Landesversammlung hat sich heute mit 101 Stimmen permanent erklärt. Auch die provisorische Regierung wird nicht abtreten. (D. A. Z.)

Die Schleswig-Holsteinische Zeitung enthält folgende Anzeige: Angesichts der neuesten Ereignisse sind am heutigen Abend folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die rendsburger Bürgerschaft augenblicklich wehrhar zu machen und die geeigneten Schritte dazu bei der provisorischen Regierung zu thun; 2) uns „am Montage den 4. September, als am Tage des Wiederzusammentritts der Landesversammlung," recht zahlreich in Kiel einzufinden; 3) alle Communen und Bewohner des Landes aufzufordern, diesem Beispiele zu folgen. Rendsburg, den 31. August 1848. Der Ausschuß der Bürgerversammlung.

Der Herzog und die Prinzen von Augustenburg sollen entschlossen seyn, um dem Waffenstillstande nicht im Wege zu seyn, auszuwandern! Zugleich ist aber Justizrath Schleiden nach Frank-

Digitized by Google

furt gestern Abend hier durchgereist, um im Namen der provisorischen Regierung dort gegen den Waffenstillstand zu protestiren. Vorläufig hat man in Rendsburg eine Volksversammlung gehalten, welche zuerst beschloß, fernere Steuerzahlung zu verweigern, sich aber zuletzt dahin verständigte, die Steuern so lange zu zahlen, als die provisorische Regierung besteht, welche die eingegangenen Gelder bei ihrem etwanigen Abgange der Landesvertretung überweisen soll.

Ungarn.

Pesth, 31. August. Graf Teleki ist gestern von hier mit einer außerordentlichen diplomatische Mission nach Paris abgegangen. Nachdem Ungarn vergebens bei England und bei der deutschen Centralgewalt kräftigen Schutz gegen die Unterdrückungstendenzen der österreichischen Regierung gesucht, wird Frankreich sich wohl um so geneigter zeigen, als bei einer möglichen Intervention in Italien, Ungarn einen trefflichen Stützpunkt bieten würde. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 4. September. Das Gerücht, daß die Minister Senard und Macie abtreten und durch zwei Repräsentanten aus der reinen republikanischen Linken ersetzt werden sollen, gewinnt immer mehr an Bestand. Es bestätigt sich, daß Cavaignac entschieden mit der Rechten gebrochen hat und jede Allianz mit der Partei Thiers-Odillon Barrot verschmäht.

Lokales und Provinzielles.

— β. Bayreuth. Eins der schönsten Rechte unter den Errungenschaften der neuesten Zeit ist das Associationsrecht. Wo irgend eine freie Staatsverfassung ein Volk beglückt, da erfreut es sich auch der Befugniß, sich ungehört friedlich versammeln und berathen zu dürfen. In unserem bayerischen Vaterlande ist zwar dieses Recht noch nicht gesetzlich sanktionirt, sondern mehr blos geduldet. Es scheint, als wenn die Regierung das Heft noch nicht aus den Händen geben wollte, sondern zuwartet, ob nicht wieder eine Zeit eintrete, in welcher dieses Recht wieder genommen oder beschränkt werden könnte; allein wir vertrauen, daß das bayerische Volk, da das Associationsrecht von der deutschen Nationversammlung unter die Grundrechte des deutschen Volkes wird aufgenommen werden, auch in der nächsten Versammlung seiner Abgeordneten darauf sehen und dringen werde, daß dieses Recht, wie überhaupt alle von der Nationalversammlung aufgestellten Verfassungsrechte, von der bayerischen Regierung anerkannt werden. Das Recht der freien, friedlichen Association ist gewissermaßen das Palladium, die Gewähr aller andern Rechte. Der Einzelne vermag wenig in der Gesellschaft; nur wenn die mannigfaltigen Kräfte in einander fließen und zusammenwirken, nehmen sie eine achtungsgebietende Stellung ein. Diese Wahrheit wurde von den Diplomaten längst eingesehen, daher die machiavelistische Politik den Wahlspruch sich aneignete: trenne und herrsche! Nicht „Herr werden". Der Vortheil des Associationsrechts besteht aber nicht darin, daß die Bürger sich etwa bei besondern Veranlassungen, wenn es noth thut oder das Wasser bis an den Hals geht, sich versammeln — denn es bleibt immer unsicher und gefährlich, solche Fälle abzuwarten — sondern darin, daß fleißige Zusammenkünfte zur wechselseitigen Besprechung und Berathung, Ermunterung und Erstarkung stattfinden. Aus diesem Grunde bildeten sich in großen und kleineren Städten patriotische Vereine, welche wiederum unter sich gegenseitige Anknüpfungen suchen. Auch hierorts besteht seit dem 19. Mai o. ein patriotischer Verein. Aber beklagenswerth muß es genannt werden, daß die gehoffte Theilnahme bis jetzt nicht erfolgt ist. Während der constitutionelle Verein unserer Schwesterstadt Bamberg bereits 1000 Mitglieder zählt, haben sich dem hiesigen Vereine erst 68 Mitglieder angeschlossen! Woher dieser Abstand? Ist Lauheit die Ursache? Sind unsere Bürger gleichgültig gegen die deutsche Einheit und Freiheit? Wir glauben das keineswegs. Oder sollte wirklich ein großer Theil unserer Mitbürger aus Privatinteressen auf die Drohungen der Heuler oder Reaktionäre Rücksicht nehmen? Das können wir noch weniger glauben. Nein, der wahre Grund lag gewiß nur darin, daß bis jetzt der patriotische Verein kein klares Glaubensbekenntniß hatte. Er hat es nun. Wohlan denn, Mitbürger, tretet ein, schließet Euch an! Es sollen neue Vereine auswärts durch uns ins Leben gerufen, es solle mit gleichgesinnten Vereinen eine Verbindung angeknüpft werden. Nur durch eine große Anzahl von Mitgliedern legen wir ein Gewicht in die Wagschale. Drum, Freunde der Freiheit, säumet nicht, zögert nicht. Die Freiheit des deutschen Volkes soll in den patriotischen Vereinen ihre treuen, starken Wächter finden. Wenn aber der Wächter schläft, wer soll, wer wird wachen? —

Bayreuth, 7. Septbr. Viele hiesige Arbeiter und Handwerksgesellen haben eine Adresse an die frankfurter Reichsversammlung gesandt, worin sie um Aufhebung resp. theilweise Ablösung der Realrechte und Concessionen dringend bitten. Eine Ablösung soll nur da stattfinden, wo der Inhaber des Realrechts dasselbe seit noch nicht zehn Jahren besessen hat. Die Ablösung soll durch jährliche, die Zinsen des Capitalwerthes des Realrechtes um wenigstes übersteigende Abzahlungen geschehen. Wer diese Zahlungen zu leisten, wer dafür zu garantiren hat, ist nicht angegeben. Diese Adresse, sowie eine andere vom frankfurter Arbeitercongresse ausgegangene, die sich mit der Errichtung eines socialen Parlamentes beschäftigt, wurde mit mehr als 600 Unterschriften bedeckt nach Frankfurt abgesendet.

Anzeigen.

So eben ist erschienen:

Die Ansprüche

Der Slawen

in den österreich. und preußischen Staaten, namentlich bei den Vorgängen in Galizien, Posen und Prag. gr. 8. Geh. 27 kr.

Der Herausgeber, — obwohl ein Deutscher — hat sich auf den Standpunkt der Slawen gestellt, um mit möglichster Unbefangenheit ihre immer lauter werdenden Ansprüche in unserm Vaterlande zu würdigen. Dennoch zeigten sich seinen Blicken nur Inkonsequenzen und eine gänzliche Planlosigkeit der Parteiführer, die eben deßhalb das Reifen ihrer Staaten beweisen läßt.

Zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Nachricht für Auswanderer.

Durch die erfolgte Aufhebung der dänischen Blokade hat sich die bremische Flagge wieder mit der rühmlich bekannten Thätigkeit entfaltet.

Der Schiffsmäkler, auch Expedient der bremischen Post- oder Packetschiffe, Herr H. Aug. Heinefen in Bremen, expedirt daher, wie früher, am 1. und 15. jeden Monats schnellsegelnde beimastige, für die Passagiere eigens groß und schön gebaute bremische Schiffe, nach **Baltimore, New-York** und **New-Orleans**, auch **Galveston**, und hat mich ermächtigt, zu sehr billigen Preisen Ueberfahrtsverträge abzuschließen.

Diejenigen Personen, welche noch in diesem Jahre nach Nordamerika zu reisen gedenken, bitte ich, sich an mich zu wenden, und der besten Beförderung versichert zu seyn.

Ernst Chr. Kißling im Rennweg, Agent.

Mit dem Abschluß des 7monatlichen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark hat auch die regelmäßige Schifffahrt nach den Vereinigten Staaten wieder begonnen.

Am 1. October wird der herrlich eingerichtete Drei-Master Florian, geführt von Capitain Poppe, nach Newyork expedirt, und können Ueberfahrts-Verträge durch den unterzeichneten Agenten zu sehr mäßigen Ueberfahrtspreisen abgeschlossen werden.

Bayreuth, 3. September 1848.

H. M. Wilmersdörffer.

Liederkranz.

Samstag den 9. d. Mts.

Production

mit abwechselnder Instrumentalmusik, im Garten des Gasthofes zum goldenen Adler. Anfang 4 Uhr.

Bayreuth, den 8. September 1848.

Die Vorsteher.

Gesundheits-Flanelle und Moltons sind eingetroffen bei

Oskar Wagner.

Am künftigen Sonntag den 10. September wird auf dem Riedelsberg Sichellege und Tanzmusik gehalten, wozu ergebenst einladen wird.

Sehr schöne, weiße **Millykerzen** und gute **Salzgurken** empfiehlt Adolph Grünewald.

Ein sehr guter Feilskeller auf dem Herzog ist entweder zu verkaufen oder zu verpachten und das Nähere bei dem Eigenthümer Hs.Nr. 79 zu erfahren.

Ein vollständiges Schreinerwerkzeug nebst einigen Bohlen und Bretter ist zu verkaufen Nr. 501 Wolfsgasse.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 252.** **10. September 1848.**

Bayreuth. (Forts. des gestern abgebrochenen Berichts über den Abschluß des Waffenstillstands.) Ueberschaut man den Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen, so steigen dem Betrachter einige wesentliche Bedenken über mehrere Momente auf, die theils formeller Natur sind, theils in der Sache selbst liegen, und die dem wenigst argwöhnischen Gemüthe zur Muthmaßung Veranlassung geben, daß neben den angegebenen Motiven noch andere die preußische Diplomatie geleitet haben mögen. — Der ganze Vertrag erwähnt nicht mit einer Silbe der deutschen Reichsgewalt, als deren Substitut allein das preußische Gouvernement den Vertrag abgeschlossen, nicht der deutschen Nationalversammlung von welcher die Convention ratificirt werden mußte: wohl aber ist vom deutschen Bunde die Rede, der im Sinne der Wiener Congreßakte mit der Auflösung des Bundestags aus dem Leben geschieden ist. So glaubte wenigstens das Volk, so auch die Centralgewalt wie die Nationalversammlung, die, um ebenfalls ein formelles Beispiel anzuziehen, nichts von Bundestruppen, sondern nur von Reichstruppen weiß, die keine Bundesflagge, sondern eine Reichsflagge bekleidet hat. Hätte Herr v. Below, und die ihn fanden, nicht den Muth gehabt darauf zu bestehen, im Namen einer Gewalt zu unterhandeln, die an der Spitze des deutschen Landes steht, weil dieselbe noch nicht offiziell von seinem Gegner anerkannt ist, so wäre dieses Betragen um so niederträchtiger, als — **sans comparaison** — im Kriege selbst aufrührerische Gewalten als vertragsfähig anerkannt werden, wie z. B. in der neuesten Zeit Radetzky mit der aus einer Rebellion hervorgegangenen Mailänder provisorischen Regierung offiziell correspondirte. Mit Recht wurde von einer Seite darauf aufmerksam gemacht, was unter ähnlichen Verhältnissen ein französischer Abgesandter der nach nicht anerkannten Erekutivgewalt gethan haben würde, wenn man ihm gesagt hätte, man könne mit ihm nur als einem Bevollmächtigten des Königreichs Frankreich oder Louis Philipps verhandeln? Er würde einen solchen Antrag als eine Beschimpfung gegen sein Vaterland angesehen haben und ein einstimmiger Ruf zum Krieg hätte Frankreich durchhallt; aber der preußische Diplomat scheint andere Ansichten von der Ehre zu haben als andere Leute, wenn man nicht annehmen will, daß es ihm vielleicht gar willkommen war, die deutsche Centralgewalt negiren zu dürfen, weil sein Herr und König nicht in den Besitz derselben gesetzt wurde: es erspart sich dadurch bei glücklichen Conjuncturen in der Zukunft ein spätered Dementi. — Dies war es, was wir über das formelle Bedenken zu äußern hatten. (Schluß folgt.)

Deutschland.

†Frankfurt, 7. Sept. Der Nationalversammlung wurde ein Schreiben des Fürsten Leiningen, bisherigen Präsidenten des Ministerraths, mitgetheilt, worin er angelegt, daß er und alle Minister und Staatssekretäre abgedankt hätten, und der Abgeordnete Dahlmann mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sey. Fürst Leiningen schickte deßhalb auch den Beschluß der Nationalversammlung wegen Sistirung des Waffenstillstands zurück, mit der Erklärung, daß das abgetretene Ministerium sich mit dessen Vollzug nicht befassen könne. Der Präsident v. Gagern schickte hierauf den Beschluß an Dahlmann; dieser aber antwortete, es sey noch kein Ministerium gebildet. In der heutigen Sitzung entstand hierüber lebhafter Streit. Zwei Mitglieder der Linken verlangten, daß abgetretene Ministerium solle den Beschluß den preußischen Behörden und dem General Wrangel mittheilen, oder die Nationalversammlung solle Hrn. Dahlmann mit dem Vollzuge beauftragen, oder endlich aus ihrer eigenen Mitte eine Vollzugs-Commission ernennen. Die abgetretenen Minister behaupteten, man könne sie zum Vollzuge des Beschlusses nicht zwingen; dieß wäre Sache des Hrn. Dahlmann. Mehrere Mitglieder stimmten ihnen bei, selbst Hr. Vogt von der Linken. Dahlmann selbst spielte eine sehr passive Rolle, indem er bloß zur Mäßigung rieth. Die Versammlung entschied, daß sie die Bildung des neuen Ministeriums abwarten wolle; bis dahin bleibt ihr Beschluß unvollzogen. Ein Antrag, daß für alle Verluste, welche deutsche Schiffseheder und Kaufleute durch den dänischen Krieg erlitten, durch die deutsche Nation Ersatz geleistet werde, wurde an den Ausschuß verwiesen.

Frankfurt, 5. September. 72. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß) Wichmann: Die gegenwärtige Berathung sey die Feuerprobe der Nationalversammlung. Er tadelt die Politik der **faits accomplis**. Man hätte einen ganz anderen Waffenstillstand erwarten dürfen. Was übrigens den Punkt wegen Zurückziehung der Truppen betreffe, so sey dies eine Erleichterung der Gegend des Kriegsschauplatzes; es sey Bedingung bei allen Friedenspräliminarien. Eine Aufhebung der Bestimmung wäre ein Bruch des ganzen Vertrags. Wenn das deutsche Volk die Entrüstung über diesen Vertrag theilen solle, dann müsse man ihm Ehre für Punkt das Schmachvolle derselben nachweisen; aber man dürfe nicht mit Verwerfung gerade der billigsten Bedingung beginnen. Dieß wäre auch nicht gerecht; denn Preußen sey vom Bundestag bevollmächtigt gewesen; England und Dänemark hätten die provisorische Centralgewalt nicht gekannt, seyen also auch nicht an die Vollmacht gebunden gewesen. Die Verwerfung des Waffenstillstands wäre aber auch nicht heilbringend; die Truppen seyen zum Theil schon auf dem Rückweg, die Fürstenthümer wehrlos, die Dänen könnten unsere Häfen wieder blokiren. Die Sympathien in Schleswig hätten sich seit geändert; vor sechs Monaten habe man uns als Befreier begrüßt, jetzt möchte man gern von uns befreit seyn. Der Krieg habe die Ostseeprovinzen schon vierundkreisig Millionen Thaler gekostet; wie solle man dem Volke zumuthen, ihn fortzuführen, wenn Schleswig nicht deutsch seyn wolle? Früher hätten die Schleswig-holsteinischen Abgeordneten in dieser Versammlung erklärt, daß nicht 3 Mann in Schleswig dänisch gesinnt seyen, jetzt erfahre man das Gegentheil. Die Nachtheile des Krieges würden nicht blos in den Küstenländern empfunden, sondern in ganz Deutschland. Warum den Krieg fortführen für eine Provinz, die nicht so viel werth sey, als der Krieg bereits gekostet habe? Das Einzige, was die Ostsee-Provinzen bisher noch aufrecht gehalten, die Hoffnung auf Ersatz des Kriegsschadens von Seite des gesammten Deutschlands, sey ihnen durch einen Beschluß dieser Versammlung entzogen worden. Es sey schwer gesinnbigt worden von dem Reichsministerium, wie des preußischen Ministeriums; aber letzteres sey im Vortheil; im Fall eines Widerspruchs habe die preußische Regierung ihre Nationalversammlung und ganz Preußen für sich. (Stimmen: Nein! Nein! Ja! Ja!) Engel: Der Waffenstillstand leistet dem rebellischen Herzog von Schleswig-Holstein in seiner Auflehnung gegen die Centralgewalt Vorschub; er führt den Mann zurück, den Volksverräther, den Meuchelmörder des Herzogthümer; ein Beweis, daß man die Herzogthümer Dänemark preisgeben will. Von Bruch kann bei einem noch nicht zu Stande gekommenen Waffenstillstand nicht die Rede seyn. Der Redner spricht von der Abgeneigtheit Unzufriedenheit in den Herzogthümern, von zahlreichen Mißtrauensadressen gegen den Minister Hedscher, dem man die Schuld dieses Waffenstillstands beimesse, und welcher den Widerwillen der Herzogthümer auf sich geladen habe; an mehreren Orten sey die Republik proklamirt worden. Es sey ungegründet, daß man in Schleswig von Deutschland destreit seyn wolle; nur in einem kleinen Theil des Herzogthums, im nördlichen Schleswig, seyen Sympathien für Dänemark zu finden. v. Radowitz: Ein Waffenstillstand sey kein Friede, und der vorliegende greife dem Frieden nicht vor. Der Redner geht auf die Entstehung des Krieges zurück. Holstein habe ein Recht auf Deutschlands Schutz gegen die Losreißung Schleswigs gehabt; bei der Einverleibung Schleswigs aber sey das positive Recht nicht auf Seite Deutschlands gewesen. Es gebe allerdings gewisse politische Nothwendigkeiten, die aber von anderen Nationen nicht mit gleichen Augen betrachtet würden. Man glaube im Auslande, Deutschland wolle die Gelegenheit zu Eroberungen benutzen, und nicht blos die Kabinette glaubten es, sondern auch die Völker. Die Hauptpunkte für Deutschland seyen die getrennte Verwaltung der Herzogthümer und die Anerkennung der Einverleibung Schleswigs. Beiden werde durch den Waffenstillstand nicht vorgegriffen. Daß Dänemark zu vortheilhaftieren

Digitized by Google

Bedingungen hätte gewungen werden können, werde schwer zu beweisen seyn. Man hätte die ganze Halbinsel erobern und bis zum Frieden behalten müssen. Dann hätte aber der europäische Krieg, der seit drei und dreißig Jahren aus unserem Gedächtniß geschwunden, wirklich vor der Thüre gestanden. Gesetzt, Rußland und Schweden hätte bestimmt erklärt, sie würden jede Ueberschreitung der dänischen-Gränze als eine Kriegserklärung ansehen; gesetzt, England hätte gedroht, seine Vermittlung zurückzuziehen und sich diejenigen Schritte vorzubehalten, zu welchen die seinen Völker bedrängte; gesetzt, Frankreich hätte sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wer hätte dann die Folgen ermessen können? Rußland habe 28 Linienschiffe in Kronstadt und 80,000 Mann Truppen in seinen Ostseeprovinzen; bei einer Landung der Russen könnte das Schicksal unserer bis Aalborg u. s. w. vorgeschobenen Armee ein solches seyn, daß man gern die Augen davon abwende. Wenn die Centralgewalt den Waffenstillstand nicht ratificirte, müßte Preußen ihn aufrecht halten, und würde dies unter der freudigen Zustimmung desjenigen Theils seiner Länder thun, die durch den Krieg so schwer gelitten. Der Neubau des deutschen Reichs würde in Trümmer gehen. Wir können — schließt der Redner — nicht umhin, den Waffenstillstand zu ratificiren. Dies schließt jedoch nicht aus, daß wir von Preußen den Nachweis fordern, daß keine besseren Bedingungen zu erlangen waren. Doch hängt dies von den Unterhandlungen mit St. Petersburg und London ab, und kann nicht in einer zahlreichen und öffentlichen Versammlung geschehen, sondern etwa durch einen Ausschuß von 5 Mitgliedern, welchem die betreffenden Aktenstücke vertraulich vorzulegen wären, und welcher nach genommener Einsicht der Versammlung seinen Ausspruch vorzulegen hätten. Wir äußern sein Bestemden darüber, daß man bei der Debatte über Schleswig, wo es nur um sterile Empfindlichkeit, nicht das Wohl und Wehe Deutschlands gegolten, auf sofortige Erledigung gedrungen, während man heute Aufschub der Berathung verlange. Der begeisterungsvolle Unterstaatssecretär Hr. Bassermann habe die Vortheile des Waffenstillstandes hervorgehoben. Früher habe man verschert, mit einer Heeresstellung von 340,000 M. würde man der ganzen Welt trotzen können; jetzt fürchte man sich vor Rußland, Frankreich, Schweden und Gott weiß wem sonst. Daß der Vertrag, welcher gegen Vellmacht und Gesetz und nur zum Nachtheile Deutschlands geschlossen worden, zu verwerfen sey, unterliege keinem Zweifel. Es müsse sich zeigen, wo der Mittelpunkt Deutschlands sey, ob da, wo die Volkssouverainetät und die aus ihr hervorgegangene Nationalversammlung ihn geschaffen, oder da wo man sich ihn anmaße; ob Preußen in Deutschland aufgehe, oder ob Deutschland preußisch werde. Er möchte nicht so begeisterungslos sein, beim Anblick wirklicher oder angeblicher Gefahren vorzuschlagen, daß man eine kleine Schande ertrage, um die große zu vermeiden. Eine Nation werde nicht mit Schmach und Schande bedeckt, wenn sie es nicht wolle, und wenn sie muthig der Gefahr entgegentrete. Besser aber, das Vernichtungsurtheil werde über die deutsche Nation gesprochen, als daß sie mit Schmach und Schande zerbreche. Man könne dann wenigstens sagen, daß sie mit Ehren untergegangen sey. v. Beckerath. Man möge die schweren Leiden bedenken, die der Krieg verursacht habe, und daß der Waffenstillstand, wenn auch vieles Beklagenswerthe, doch auch für die Herzogthümer manches Gute enthalte, in keinem Fall aber entehrend sey. Unser Bundesstaat sey erst im Werden, die Verhältnisse seyen noch nicht vollständig assimilirt. Preußen sey mit seiner Ehre verpflichtet, den Waffenstillstand aufrecht zu halten; anderseits müßten die Rechte der Centralgewalt den Einzelstaaten gegenüber gewahrt werden. „Ihr Männer von Schleswig werfet nicht den Feuerbrand in jenes Deutschland, das Euch mit offenen Armen empfing: Ihr werdet diesem Deutschland auch ein Opfer bringen. Wird Deutschland auch zur Ehre gerufen, wenn seine Stämme sich entzweien? Es ist mit der Ehre viel verträglicher, das Schwert in die Scheide zu lassen, als es zum brudermörderischen Kampfe zu erheben." Simon von Trier: Wenn wir den Waffenstillstand verwerfen, wird der Krieg fortgesetzt; der Vollzug geht uns nichts an, dafür haben wir ein Ministerium, und wenn dieses nicht mehr die Kraft hat, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen dann wird es wissen, was es zu thun hat. Der Waffenstillstand hat keinen Rechtsbestand, so lange wir ihn nicht ratificiren, und kann daher nicht eher vollzogen werden. Schon einmal hat man in Berlin die Revolution geleugnet, und damals ist das Ministerium abgetreten; die Schleswig-Holsteiner werden nicht zulassen, daß ihre Revolution geleugnet werde durch Vermittelung eines Mannes, der damals abgetreten ist. Hr. Duncker und Fürst Lichnowsky haben bei der frühern Debatte über Schleswig selbst erklärt, Preußen habe nur Punktationen aufzustellen und sie zur Ratifikation hierher zu senden; was darüber, sey vom Uebel. Damals verlangte man von uns Vertrauen zu Preußen, und wir beschlossen die motivirte Tagesordnung; jetzt, nachdem das Vertrauen nicht gerechtfertigt worden, sollen wir wieder motivirte Tagesordnung beschließen! Die Linke ist mit der Errichtung der Centralgewalt in der Art, wie sie geschaffen worden, nicht einverstanden gewesen; aber jetzt, wo sie besteht, verlangen wir, daß die Ehre der Nationalversammlung gewahrt werde. Ich will lieber das Gewehr ergreifen, als mein Vaterland durch die Furcht vor fremden Waffen von der Bahn der Ehre ablenken. Ständen die Verhältnisse wirklich so, so wäre unverzeihlicher Leichtsinn, daß man unter solchen Umständen bisher den Krieg geführt hätte. Wenn wir in Italien nicht fremde Nationalitäten verschlingen, dann behalten wir Kraft, unsere deutschen Brüder zu schützen. Wenn wir dort eine richtige Politik befolgen, haben wir von Frankreich nicht zu fürchten. Um Rußland zufrieden zu stellen, müßten wir freilich den Absolutismus wieder herstellen, und um England zu befriedigen, auf Flotte und Zölleinigung verzichten. Ihr Männer von Schleswig, Ihr sitzt zwar nicht auf der linken Seite, Ihr gehört nicht zu uns; aber wir ziehen Euch zu uns herüber, weil Euch die Andern, zu denen Ihr gehört, aufgeben. Die Drohungen mit der russischen Knute sollten endlich aufhören. In Rußland selbst herrscht Gährung, und die russische Armee hat im Kaukasus genug zu thun. Sollte Rußland Lust haben, die Pferde seiner Kosaken an den schönen Ufern des Rheins zu weiden, dann möge der Czaar auf seinem Throne zittern. Man spricht von der Rothwendigkeit, der Stockung des Handels ein Ende zu machen. Aber die Ruhe für den Handel wird doch nicht zurückkehren, wenn Schleswig-Holstein sich dem Joche nicht beugen wird, um für die Verluste unseres Handels ist eine Entschädigung stipulirt, während Dänemark für die Requisitionen in Jütland Ersatz erhält. Sollte der Grund dieses Waffenstillstandes tiefer liegen: sollte dies der erste Schritt seyn, bei welchem Deutschland in Preußen aufgehen soll? Die Majorität, des preußischen Volkes ist deutsch; die Partei, die gegen die Einheit reagirt, agirt auch in Berlin gegen die Freiheit und gegen die wohlmeinenden Absichten des Frankfurter Parlaments. Dem preußischen Volke werden die Augen aufgehen, und es wird einsehen, daß die Feinde der Einheit auch die Feinde der Freiheit sind. In der preußischen Kammer stimmen Viele gegen Jacoby's Antrag, weil sie glaubten, die deutsche Nationalversammlung werde ihre Achtung wahrnehmen. Wahren wir unsere Achtung! Wenn Preußen aufhört, deutsch zu seyn, werden viele Preußen aufhören, preußisch zu seyn. Das Ministerium habe erklärt; es sey nur mit den bittersten Gefühle zu seinem Entschlusse gekommen und würde sich glücklich geschätzt haben, nach der Lage der Verhältnisse einen andern fassen zu können. Gelinge es andern Männern in dieser Versammlung, zu einem andern Beschlusse zu gelangen, dann habe Deutschland ein Recht, zu verlangen, daß sie die Leitung der Angelegenheiten übernehmen und ihren Beschlüssen Geltung verschaffen. Sollten sie damit zögern, so würden dies ein neuer Beweis seyn, daß es leichter sey, eine Maßregel zu tadeln, als besser zu machen. Der Umstand, daß das Ministerium die Sache zur Cabinetsfrage gemacht, könne die Ueberzeugung des Ausschusses nicht ändern. Der Waffenstillstand sey ungültig ohne die Ratifikation der Nationalversammlung. Dieses Recht und das der Centralgewalt sey vollständig ignorirt worden; Preußen und Dänemark mußten es wissen. Die Sistirung des Waffenstillstandes sey kein Treubruch. Die Nationalversammlung möge nicht die von ihr mit der Majestät des deutschen Volkes umkleidete Centralgewalt herabwürdigen lassen, nicht das Symbol der deutschen Einheit mit Füßen treten lassen. — Bei den hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmungen wurde der Minoritäts-Antrag mit 244 gegen 230 Stimmen verworfen, dagegen der Majoritäts-Antrag mit 238 gegen 221 Stimmen angenommen.

Wien, 4. September. Heute sind Kuriere nach fast allen Hauptstädten Europa's abgegangen, welche die nunmehr erfolgte Annahme der englisch-französischen Vermittelung von Seiten des österreichischen Kabinets zu überbringen haben. Ob die bevorstehende Ministerkrisis diese plötzliche Schwenkung hervorgebracht, ob es der Geist der Versöhnlichkeit gethan, oder ob es vielleicht noch dringenderen Noten zuzuschreiben ist, bleibt vorderhand in Frage gestellt. Ebensowenig kann über den wahren Werth dieser Annahme etwas Bestimmtes gesagt werden. Denn es wird jetzt darauf ankommen, ob man sich über die Basis der Vermittelung verständigen kann, oder nicht. Die Annahme der Vermittelung ohne Angabe dieser Basis ist eine bloße Formalität, aus welcher höchstens auf allgemeine freundliche Dispositionen geschlossen werden kann. (A. Z.)

Digitized by Google

Kiel, 4. September. In der heutigen Sitzung der Stände stellte Abg. Landvogt Jensen folgenden dringlichen Antrag: „Die Landesversammlung, eingedenk ihrer Pflicht, die unveräußerlichen Rechte des schleswig-holsteinischen Volkes zu wahren und Angesichts der Ereignisse das Land vor drohender Anarchie zu schützen, beschließt: 1) Die konstituirende Landesversammlung kann wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden; 2) jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung bedarf der Zustimmung der Landesversammlung; 3) alle seit dem 24. März 1848 von der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins erlassenen Gesetze können nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben werden; 4) ohne Zustimmung der Landesversammlung kann kein neues Gesetz erlassen und keine Steuer neu auferlegt werden; 5) alle bestehenden Steuern und Abgaben sowie andere Staatseinkünfte werden bis zum 31. Dezember 1848 von der durch die Landesversammlung anerkannten Landesregierung forterhoben." Obiger Antrag ist soeben von 101 anwesenden Mitgliedern durch namentlichen Aufruf einstimmig angenommen worden. Es soll derselbe von der provisorischen Regierung als Gesetz proclamirt werden. Es ist beschlossen, denselben der Centralgewalt und der Nationalversammlung mitzutheilen. Eine Deputation nach Frankfurt ist abgelehnt worden, da man überzeugt ist, daß die dortigen Vertreter unser Recht wahren werden. Es wurde heute Morgen eine große Volksversammlung hier abgehalten, doch ehe die Petition abgesandt wurde, erfuhr man schon den Beschluß der Landesversammlung. Soeben zieht das Volk auf das Schloß, um seinen Dank dafür darzubringen. Die Stadt ist ruhig, aber in großer Aufregung. — Die Schleswig-Holsteinische Zeitung schreibt aus Rendsburg vom 4. September: Ihr glaubt gewonnen Spiel zu haben, weil es euch gelungen ist, in Berlin und Wien zwecklosen Tumulten der untersten Volksklassen ein Ende zu machen, und denkt nun, indem ihr uns mit gebundenen Händen und Füßen unserm Erzfeind überliefert, mit einem letzten Schlage die Revolution, die Selbstsucht des Volks zu vernichten? Ihr könntet euch gar sehr in euer Berechnung täuschen und gerade Das hervorrufen, was ihr verhindern wolltet, was ihr durch ofenes ehrliches Handeln auch vermieden hättet! Aus dem vielleicht noch leeren Spiel, in welchem einer eurer Soldaten nach dem andern sich das rothe Band anstieckt und in welchem er jubelnd mit dem Ruf: „Es lebe die Republik!“ haufenweise die Straßen durchzieht: wie das hier gestern geschah, alle Truppen, Preußen Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner durch einander gemischt, kann gar leicht bitterer blutiger Ernst werden. (D. A. Z.)

Rendsburg, 3. September. In der vorigen Nacht kam der General v. Below hier an und setzte seine Reise in das Hauptquartier des Generals Wrangel ohne Aufenthalt fort. Man sagt über den Zweck seiner Reise, daß er dem General Wrangel den Befehl zum Rückmarsch der Truppen überbringe. — Der Herzog von Augustenburg ist mit seinem ältesten Sohne heute nach Altona gereist (und soll sich einstweilen nach Bernburg begeben haben).

Hamburg, 5. September. Rendsburg und Kiel sind gestern Abend ruhig geblieben, auch bestätigen sich nicht die gestern Morgen verbreitet gewesenen Gerüchte von Aufständen unter den deutschen Truppen und selbst im Alexandercorps. Dagegen ist es wahr, daß die schleswig-holsteinischen Reiter-Knechte in Kiel aufgeregt durch noch dazu übertriebene Gerüchte von den Bedingungen des Waffenstillstandes, alle Preußen für Verräther erklärt und gerufen, sie wollten sich nicht preußischen, auch nicht von Preußen befehligen lassen, und ihre preußischen Offiziere vertrieben haben.

Die Nachricht aus Berlin vom 6. September bringen noch keine Bestätigung des gestern gemeldeten Gerüchtes von einer von den Ministern Auerswald und Schreckenstein beabsichtigten Dimission.

Schweiz

Basel. Man liest in der Bas. Z. Nachstehendes: Nächster Tage wird der benachbarte Muttenz um eine Celebrität ärmer werden. Der berühmte Einsiedler wird, Europa müde, seine Wanderung nach dem Lande der aufgehobenen Freiheit und Civilisation antreten. Die Reise über die See macht Dr. Hecker in Begleitung des amerikanischen Konsuls in der Schweiz, Hrn. Goudie, welcher Basel bereits verlassen hat. Die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung: Jtstein, Zitz, Titus und Trütschler, sowie G. Metternich von Mainz, hatten sich letzten Sonntag noch zu einem Abschiedsbesuche bei ihrem Freunde in Muttenz eingefunden. (D. J.)

Ungarn.

Pesth, 3. September. Es zirkulirten heute Gerüchte, daß man mahe daran wäre, unsere Wirren auszugleichen. Diesem nach soll Ungarn seine Nebenländer Kroatien und Slavonien gänzlich an Oesterreich abtreten und überdieß 150 Millionen der öffentl. Staatsschuld übernehmen. Dafür soll Ungarns Unabhängigkeit und Integrität von Oesterreich anerkannt und garantirt werden. Bestätigt sich Dieß, so glaube ich nicht, daß Alles damit abgemacht wäre, da erstlich das ungarische Repräsentantenhaus schwerlich einen solchen Vertrag annehmen würde und zweitens die andern Völkerschaften Ungarns, durch diese Nachgiebigkeit ermuthigt, desto kühner ihr Haupt erheben und hohe Forderungen stellen würden. Nur eine völlige Gleichstellung aller Nationalitäten und Religionen mit hinlänglichen Garantien vermöchte eine heilsame Wirkung hervorzubringen. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

* Paris, 5. September. Wie wir vorausgesehen haben, so hat die Nationalversammlung gestern den Vorschlag Pascal Duprats, daß die jetzige constituirende Nationalversammlung sich nicht eher auflösen werde, als bis sie selbst der Constitution auch alle organischen Gesetze ausgearbeitet habe, mit 586 gegen 184 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Legitimisten und die Parthei Thiers-Barrot. Hierauf begann die allgemeine Discussion über die Constitution, in der Herr Marie gegen, Herr Andry de Puyraveau für den Entwurf sprachen.

Der Rational zeigt heute an, daß an Herrns Savoyes Stelle Herr Tallenay, früher Geschäftsträger in London, zum Geschäftsträger der Republik in Frankfurt bestimmt sey.

Man versichert, daß gleich nach dem Schlusse der allgemeinen Discussion der Constitution der Vorschlag gestellt werden wird, nach dem Votum des ersten Artikels der Constitution die Wahl des Präsidenten der Republik auszuschreiben; sobald derselbe erwählt seyn würde, würde die Nationalversammlung, ununterbrochen mit ihren Arbeiten fortfahrend, den Namen: Gesetzgebende Versammlung annehmen und sich für drei Jahre in Permanenz erklären. Man glaubt, daß dieser Vorschlag angenommen werden wird.

Die Sprache der Journale ist seit einigen Tagen weniger kriegerisch; — General Cavaignac, von mehreren Deputirten über die Bedeutung der kriegerischen Artikel des National und des Spectateurs befragt, hat sich geäußert haben, diese Blätter sprächen nur ihre eigene Meinung aus, was die Regierung betrafe, so habe diese noch immer Grund zu hoffen, daß eine friedliche und ehrenvolle Lösung der italienischen Frage zu Stande kommen werde.

Ein neuer Transport von 480 Insurgenten ist nach Havre abgegangen. Wir bemerken unter den Deportirten den Advokaten Colfavru, Redakteur des Père Duchene, und die Deutschen: Jakob Becher, 37 J. Schmied aus Preußen; Johann Blasius, 44 J. aus London; Victor J. B. Kolmann, 29 J. Commis; Ludwig Schmidt, 28 J.; A. Bullinger, 37 J. Schlosser; Joseph Webes kind, 32 J. Tischler; Johann Blaser, 49 J. Schuster; Sigmund Blumner, 30 J. aus Mecklenburg, Planeilschler.

Die Nachrichten aus Madrid sind vom 31. Man spricht von dem Rücktritte des Generals Narvaez. Herr Mon soll die Präsidentschaft des Kabinets übernehmen.

Paris, 5. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde in der allgemeinen Discussion über die Verfassung fortgefahren, ohne daß bis Postschluß der Schluß der Debatte ausgesprochen worden wäre.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York vom 21. August dauerten die Versuche einer gewissen Partei, die trische Frage zu einem Gegenstande der Aufregung zu machen, unablässig fort, das amerikanische Publicum nahm aber im Ganzen an der Sache geringen Antheil und den wenigen Amerikanern, welche den Versammlungen beiwohnen, schreibt man die Absicht zu, bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen die Stimmen der Irländer für sich oder ihre Anhänger zu gewinnen. — Die Stadt Albany, im Staate New-York, wurde am 17. von einem furchtbaren Brande heimgesucht, welcher Gebäude, Waaren, Producte und kleine Schiffe im Gesammtwerthe von etwa 3 Millionen Dollars vernichtete.

Anzeigen.

Kunst-Notiz.

(Eingesandt.) Wie wir aus Regensburg vernehmen, gedenkt der bei dem Royal Amphitheater in London angestellte und durch seine außerordentlichen Leistungen im Gebiete der höhern Gymnastik und Balancirkunst rühmlichst in ganz Europa und Nordamerika bekannte Künstler, Professor John Chapmann auf seiner Durchreise von Wien über Regensburg nach London im Verlaufe dieser Woche in hiesiger Stadt eine Vorstellung zu geben und machen wir im Voraus das gesammte Publikum Bayerns auf diesen und so mehr hervorstehenden außerordentlichen Genuß aufmerksam. Die Produktionen

Digitized by Google

des Herrn Chapmann nennen wir unbedingt vorzüglich und werden die kühnsten Erwartungen noch übertroffen werden. Um von den mannigfaltigen Beweisen seiner außerordentlichen Geschicklichkeit nur Einen hervorzuheben: Herr Chapman wird, auf einem 6½ Eimerfasse stehend, auf einer 42 Fuß langen schiefen Ebene hinaufgehen und sich hinterrücks mit rapider Geschwindigkeit, ohne von dem Fasse herabzuspringen, hinabrollen lassen, sodann, immer auf dem Fasse stehend, über mehrere Hindernisse große Scheite Holz rc.) hinwegsetzen und in andern anderen Fässe, welches sich über seinen Füßen befindet, die graziösesten Bewegungen (den sogenannten Faßtanz) machen lassen. Wir zählen einen solchen Abend schon der Originalität der Stücke wegen, zu den interessantesten und machen das verehrte Publikum Bayreuths aufmerksam, diese günstige Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen zu lassen.

Ein Kunstfreund.

Wunsiedel, 8. September. Da die Schlußerklärung meines Gegners in Nr. 249 dieses Blattes abermals mehr Unwahrheiten als Wahrheiten enthält, so sehe ich mich veranlaßt, nochmals berichtigend aufzutreten.

Der Hr. A & O Berichterstatter lügt sogleich am Eingange seiner Erklärung, denn wenn ich auch das Wunderlichklingende, „da ich die Bayreuther Zeitung nicht gelesen" während das ich doch Berichterstatter ist, dahin gestellt sein lassen will, — so hat sich der Heer Verfasser doch schon selbst in seiner Lüge gefangen, da er den ersten Tag nach dem Erscheinen meiner Vertheidigung einen neuen Artikel wider mich in öffentlichen Schenken vorlas. Woher nun eine Verspärung wegen Nichtmittheilens? Die zweite Lüge in seiner Erklärung widerlege ich dadurch, daß ich ihn noch mals meine Vertheidigung in der Bayreuther Zeitung zu lesen bitte, die keineswegs seinen Beifall als wahr stehen läßt. „Mein vulkanischer Ausdruck" glaube ich, ist keineswegs der Beantwortung so gar unwürdig; meinem Gegner dürfte vielmehr die Beantwortung meiner, auf seine Verläumdungen Bezug habende Fragen schwer werden.

Gerne hätte ich mir als Begleiter einer öffentlichen Stellung auch eine öffentliche Beurtheilung gefallen lassen, aber Lügen und Verläumdungen, die der Herr mit „Mißgriffen" zu bezeichnen beliebt, muß ich mir verbitten. Und Lüge ist's, daß ich mit Fahne ohne Waffen ausrücken lieb*), Lüge ist's, daß ich auch nur einen Offiziere ernannte, Lüge ist's, daß ich der Freischaar zu zumuthete, Fluchwache zu thun.

Rechnet man diese und die im frühern Bericht enthaltenen Lügen ab, so wird man meine wenigen „Mißgriffe", als die, daß ich die Mütze zog, oder daß ich mich durch das höchst ungezogene Betragen eines Rebellen gegen einen altverdienten Landwehroffizier zu einer blosen Drohung reizen ließ, gern verzeihen; um so mehr, da dieser Fehler weder mir noch jemanden anderß an der Ehre des Amtes oder Charakters Eintrag thun konnte.

Bedeutendere „Mißgriffe" dürfte sich der Verfasser während der Führung seines Amtes (z. B. in epicuräischer Beziehung) zu Schulden kommen haben lassen, an die zu denken er besser gethan hätte, als mich mit Verläumdungen zu verfolgen. Ob der Fortdrang des Freicorps durch das unberufene Einmischen des Berichterstatters nicht mehr gehindert wurde, als durch meine „Mißgriffe", wird die Zukunft und noch näher lehren, ich — weit entfernt, gegen die Freischaar „zu wühlen" — werde mit deren Fortbestehen angelegen sein lassen, mag ich sein, in welcher Stelle ich wolle. — Richtig finde ich es, daß nicht reines und schmutziges Wasser aus einer Quelle gleichzeitig fließen kann, aber nicht zu widersprechen wird sein, daß jede Quelle trüb gemacht werden kann; daß der heute noch ganz gesunde Mensch morgen schon im Fieber liegen kann, wenn ihm etwas seiner Gesundheit Nachtheiliges widerfährt. So etwas war auch bei mir der Fall; am 24. vorigen Monats schrieb ich meine Vertheidigung für die Bayreuther Zeitung und am 25. meinen vulkanischen Ausbruch für's Wochenblatt. Zwischen diesen Tagen lag ein Abend, an welchem mir der Anlaß gegeben war. Von Schimpfen kann übrigens gar keine Rede sein, ich gab dem Herrn Verfasser blos seine sich selbst wohlerworbenen Titel; mehr noch als geschimpft, hat er selbst gethan, daher alles „Ungebührt, kämpfen mit Gründen und Nichtrechthaben" auf den Berichterstatter selbst zurückfällt. Auch das letzte Wort meines Gegners besteht noch in einer Lüge, indem er mich zum Verfasser eines angebeuteten Epigramms macht; dieser war nicht ich, sondern einer meiner Freunde. Möge sich mein Gegner hüten vor weitern Lügen, sonst könnte meinen Freund leicht wieder die Poesie befallen, wenn es nicht schon der Fall etwa war; es würde keines Epigramms bedürfen, denn meines Gegners Leben ist so reich an Wechselfälligkeiten, daß ein Gedicht weit amüsanter ausfallen müßte. Von mir hat übrigens der Herr A. & O. Korrespondent nichts mehr zu befürchten, auch mein letztes Wort soll es gewesen sein und versöhnt ruft dem Exp..... ein Lebewohl zu

der Exhauptmann.

*) Meint vielleicht der Berichterstatter damit seinen Aufzug am Vogelschießen, so will ich ihn bemerken, daß dieß eine blose freiwillige Begleitung war, die auf Einladung der Schützen-Vorsteher erfolgte.

Verkauf von Jagd- und Scheibenpulver.

Im königl. Zeughause Rosenberg, sowie bei sämmtlichen Zeughaus-Verwaltungen dieselbst des Rhein, wird das auf der Militair-Artillichen Pulvermühle erzeugte Jagd- und Scheibenpulver von Nr. 0 bis einschließlich Nr. 5 sortirt unter folgenden nähern Bestimmungen verkauft.

Der Preis im Einzelnen ist per bayerisches Pfund 33 kr., und wird dasselbe bei einer Abnahme von 1—5 Pfund in etiquirten papierenen Hülsen, dann beim Verkaufe von 25—99 Pfund mit 10, von 100—199 mit 15 und von 200 Pfund aufwärts mit 20 Prozent Rabat gegeben.

Rosenberg, den 4. September 1848.

Die Lehrer, Cantor und Meßnerstelle zu Plassenburg zbei Kulmbach ist erledigt, welche jährlich 300 fl. erträgt.

Zu der diese Stelle, sichereren Vernehmen nach, nicht aufgeschrieben wird, so wird einem tüchtigen, ersahrnen und praktisch gebildeten Lehrer im Interesse der Anstalt hiemit Veranlassung zur Bewerbung gegeben.

Bamberg, den 6. September 1848.

Todes-Anzeige.

Den heute Morgens 45 Uhr hoch dreiwöchentlicher Krankheit im 53sten Lebensjahre erfolgten Tod unserer innigst geliebten Gattin, Mutter und Schwiegermutter

Johanna Donauer,

geborne Müller, aus Fröbershammer,

bringen wir unsern verehrten Verwandten, Freunden und Bekannten anmit zur Anzeige und bitten zugleich um ihre stille Theilnahme.

München, am 30. August 1848.

Heinrich Donauer, Ober-Auditor im k. General-Auditoriat, als Gatte.

Karl Donauer, Handlungs-Reisender, als Sohn.
Augusta Vivié, geborne Donauer,
Louise Donauer,
Rosalie Donauer,
Ernst Vivié, Bildhauer zu Hamburg, } als Töchter.

gestorben.

Da die Blokade der Weser gegenwärtig aufgehoben ist, so kann die Beförderung von Passagieren nach Amerika wieder in vollem Umfange Statt finden! Ich bin von dem Schiffsmäkler Herrn L. H. Buschmann in Bremen zum Abschlusse von Ueberfahrtsverträgen zu billigsten Preisen ermächtigt und empfehle Auswanderungslustigen meine Dienste.

I. G. Felbinger,
Agent.

Ich Unterzeichneter bringe einem hohen Adel und geehrten Publikum zur ergebensten Anzeige, daß ich mein jetziges Logis in Nro. 369, beim Herrn Bäckermeister Niedermann über 2 Treppen hoch bezogen habe, und bitte deßhalb die respektiven Herrn Hausbesitzer, welche Quartiere zu verlassen haben, mir gefälligst schriftlich den Inhalt derselben anzugeben, und besonders diejenigen, welche Quartiere suchen, weil ich mich von jeher diesem Geschäfte unterzogen habe, mich mit dergleichen Aufträgen gütigst zu beehren.

Bayreuth, den 9. September 1848.

Hey, Logis-Vermiether.

Anzeigender gute, neue **Häringe** und beste **genueser** und **brabanter Sardellen** empfiehlt

Adolph Grünewald.

In dem Hause Nr. 300 im Rennweg ist die mittlere Etage zu vermiethen, und kann zu Martini oder Lichtmeß bezogen werden. Das nähere bei

J. C. Wangemann, Gold- und Silberarbeiter

Im Verlage der Geb. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 253.** **11. September 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 8. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete der Abg. Rappard aus Ostpreußen an den Ausschuß eine Anfrage wegen Beschleunigung des Berichts über die Waffenstillstandskrage. Er theilte sehr beruhigliche Nachrichten aus Schleswig-Holstein mit. Die Landesversammlung hat sich permanent erklärt; sie will keine andere Regierung als die provisorische anerkennen und nur dieser allein die Steuern entrichten. Das Volk will sich in Masse für die provisorische Regierung und gegen den Waffenstillstand erheben. Graf Moltke hat von allen denjenigen, welche er zum Eintritt in die neue Regierung aufforderte, eine abschlägige Antwort erhalten. Graf Moltke selbst wurde vom Volk auf seinem Gut verjagt und mußte mit einem Paß der provisorischen Regierung über die Gränze flüchten. Der preußische Commissär von Wittenhorst mußte ebenfalls Kiel verlassen. Das Schleswigsche Militär verweigert den preußischen Offizieren den Gehorsam und auch die Bundestruppen sind sehr mißvergnügt. Diese Mittheilung des Hrn. Rappard wurde von einem Theil der Versammlung mit lebhafter Freude aufgenommen. Der Referent des Ausschusses erklärte, er könne noch keinen Bericht erstatten, weil der Druck der Aktenstücke, welche 29 Bogen bilden, erst heute Abend beendet seyn werde. Der Bericht wird wahrscheinlich Montag erstattet werden. Am Schlusse der Sitzung stellte Blum die Frage an Dahlmann: wie weit er mit der Bildung des Ministeriums gekommen sey. Da Dahlmann eine ungenügende Antwort gab, stellte Blum den Antrag: die Versammlung solle durch eine Deputation den Reichsverweser um schleunige Beendigung der Ministerkrisis ersuchen. Die Majorität ging jedoch nicht darauf ein.

München, 7. September. Laut einer Erklärung, der Staatsminister der Justiz in der Sitzung des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten am 4. d. Mts. abgab, wird dem nächsten Montag folgend bei seinem Zusammentritt ein Gesetz-Entwurf, die Trennung der Justiz von der Verwaltung betr. vorgelegt werden.

München, 8. September. Heute wurde bei den Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ein Gesetzentwurf, das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten betreffend, vom Justizministerium zur Berathung unterbreitet. (N. K.)

München, 5. September. (Dienstesnachten.) Dem Appellationsgerichtsrath J. Frhr. v. Paulus zu Bamberg ist die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit Belassung des Titels des Funktionszeichens und des Gesammtgehaltes und unter Zufriedenheitsbezeugung für seine langjährige treue und ausgezeichnete Dienstleistung gewährt und an dessen Stelle der Appellationsgerichtsassessor F. H. Fertig zu Aschaffenburg, sowie zu der bei dem kgl. Appellationsgerichte zu Amberg offen gewordenen Rathsstelle der Kreis- und Stadtgerichtsrath G. Dörfer zu Würzburg befördert; die erledigte Advokatenstelle in Bezirksth dem Kreis- und Stadtgerichtsassessor Ed. v. Lößl zu Schweinfurt auf sein Ansuchen verliehen; dann auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte zu Bayreuth in Erledigung gekommene Assessorstelle der Protokollist dieses Gerichts, J. Silbermann, befördert, und zu der bei dem kgl. Kreis- und Stadtgerichte zu Aschaffenburg offen gewordenen Rathsstelle unter Verrückung des bisherigen Ranges unter dem Staatsrathe Dr. Ph. Höfling in den Status der Appellationsgerichtssekretäre A. Binder in Aschaffenburg ernannt worden.

Das Bamberger Tagblatt enthält folgende für den 7. September des Jahres 1848 höchst merkwürdige Bekanntmachung, die fast unbegreiflich wäre, wenn man nicht den Namen des Herrn Regierungsrath Brand darunter lesen würde: doch die Unterschrift dieses Mannes (bekanntlich einer der zuverlässigsten Gehilfen des Abelschen Ministeriums) löst das Räthsel einigermaßen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist folgender: „Auf den Grund des Art. 68 der Wahlordnung vom 5. August 1818 dürfen keine gesonderten Zusammenkünfte der Gemeindeglieder zu dem Zwecke gehalten werden, die auf die Wahlen der Gemeinden einen verabredeten Einfluß auszüben um diesen Wahlen eine bestimmte Richtung nach vorgefaßten Absichten zu geben. Die Uebertreter unterliegen vor der ordentlichen Obrigkeit den Strafen, welche auf unerlaubte Gesellschaften und Zusammenkünfte gesetzt sind. In Folge der den Wahl-Ausschüsse zugekommenen Vorlagen von in Umlauf befindlichen besonders gedruckten Wahl-Listen von Wahlmännern der 10 Wahldistrikte hat derselbe beschlossen: 1) die erforderliche Mittheilung an das kgl. Kreis- und Stadtgericht zu geben und 2) öffentlich bekannt zu machen, daß a) die Wahlfreiheit nach §. 36 der Wahlordnung durchaus nicht zu beschränken und jedes stimmberechtigte Gemeindeglied nur nach eigener Ansicht und persönlicher Ueberzeugung zu stimmen habe, b) die Wahl-Ordnung durchaus nicht aufzuhalten, vielmehr ohne Unterbrechung fortzusetzen ist. Bamberg, den 7. September 1848. Der Wahl-Ausschuß. Brand, kgl. Regierungsrath als Wahlcommissär. Sed. Sac. M. Jos. Stöber. Rattinger."

Unmittelbar nach dieser Bekanntmachung steht ein anderer des constitutionellen Vereins von Bamberg, worin dieser erklärt: daß der Art. 68 der Wahlordnung, durch das Bestehen des freien Vereinigungsrechts, faktisch aufgehoben sey, und daß der Art. 36 nicht auf den vorliegenden Fall paße. Er protestirt feierlich gegen jede Beschränkung der Vereinigungs- und Berathungsfreiheit, und weist jeden Angriff dagegen entschieden zurück. Weiter fordert er alle gesinnungsverwandten Mitbürger auf, sich durch die Bekanntmachung des Wahlausschusses nicht irre machen zu lassen und steht mit aller Ruhe der angedrohten Kriminal-Untersuchung entgegen. — So weit der Ausschuß des constitutionellen Volks-Vereins. — Es wurde dieser Zeitung wiederholt mitgetheilt, daß in andern deutschen Landen reaktionäre Beamte, die nicht im Geiste der Zeit ihre Stellen verwalten, in den Ruhestand zu treten haben. — es wird sich nun zeigen, was der bayerische Minister des Innern im Bezug auf diesen Fall thun wird; — denn das zu glauben ist dem Referenten unmöglich, daß besagter Beamte in höherem Auftrage oder mit Bewilligung seiner Vorgesetzten einen solchen plumpen Angriff gegen das Vereinigungsrecht unternommen habe.

Berlin, 7. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam der Antrag des Abg. Stein zur Abstimmung. Derselbe wurde mit einer Majorität von 67 Stimmen angenommen. Das Ministerium wird nun wohl abtreten. Alles ist in größter Aufregung, der Linken werden vom Volke Hurrahs gebracht, den Abgeordneten Stein und Waldeck die Pferde vom Wagen gespannt und dieser vom Volke gezogen.

Gestern Abend wurde in allen Compagnien der Bürgerwehr folgender Beschluß zur Abstimmung gebracht: „Die Bürgerwehr Berlins steht in dem ausgesprochenen Willen der Majorität der Nationalvertreter den Willen des preußischen Volks und wird demgemäß einen Beschluß dieser Majorität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten wissen." Diese Maßregel wurde bereits am Nachmittag im Bureau des Centralcommando durch die versammelten Majors und Hauptleute mit überwiegender Majorität beschlossen.

Köln, 6. September. Da seit gestern Abends die Bedingungen des Waffenstillstands bekannt wurden und bald darauf das Gerücht hinzukam, der Reichsverweser habe Preußen „im Namen des Deutschen Bundes", den Zeder seit der Einsetzung der Reichsgewalt sür todt hielt, zu der alleinigen Abschließung dieses Vertrages bevollmächtigt, ohne daß ein Minister mit unterzeichnet habe, ist hier eine Aufregung entstanden, die der in den Märztagen wenig nachgiebt. Alle politische Parteien, Bürger und besonders das Militär, sind entrüstet über die Verachtung Deutschlands. Niemand zweifelt, daß Alles Frucht eines Einflusses ist, der um jeden Preis an Rußland einen starken Rückhalt haben will. Morgen wird eine Volksversammlung gehalten werden, um den Waffenstillstand und das neue Bürgerwehrgesetz, welches auch wieder der viel böses Blut verursacht hat, zu besprechen. Wenn Schleswig-Holstein Widerstand leistet, und die deutschen Regierungen in dieser unehrenhaften und undeutschen Politik verharren, so könnten dieselben Verwickelungen erleben, die alles Bestehende in Frage stellen. (K. Z.)

Ueber die in unserm hamburger Artikel gestern berichtete schwierige Stimmung der schleswig-holsteinischen Truppen heißt es aus Kiel vom 4. Sept. im Hamburger Correspondenten: Heute Morgen, als eben die Landesversammlung begann, befand sich das 7.

Digitized by Google

Bataillon in der Nähe der Stadt, um nach Schönlinschen ins Cantonnement zu marschiren. Das Bataillon, nur von schleswig-holsteinischen Offizieren commandirt, wartete den Beschluß der Landesversammlung ab, ehe es weiter marschirte, und alle Grade erklärten laut und offen, nur einer von den Volksvertretern genehmigten Regierung gehorchen zu wollen. Das hier liegende 5. Bataillon, welches, mit Ausnahme von vier Lieutenants, von Offizieren commandirt wird, die in preußischen Diensten stehen und die preußische Uniform tragen, wurde heute Morgen versammelt, um die Stadt zu verlassen. Man meint, daß der Befehlshaber deshalbige, die Soldaten von der Volksversammlung fern zu halten, da es hieß, das Bataillon solle schon zu Mittag zurückkehren. Die Soldaten aber vermutheten etwas Anderes hinter dieser Maßregel, glaubten volksfeindliche Absichten darin zu erblicken und verweigerten auf dem Sammelplatz rundweg den Gehorsam. Die preußischen Offiziere haben darauf die Stadt verlassen um, wie es heißt ihren Abschied zu nehmen. Die 4 schleswig-holsteinischen Offiziere sind geblieben. (Einer neuern Nachricht zufolge haben die Soldaten, ihren Irrthum und ihr Versehen erkennend, den Offizieren eine Deputation mit der Bitte um Nachsicht nachgesendet.)

Altona, 5. September. In Folge der Aufregung in den Herzogthümern traten gestern 80 der Tannischen Freischaaren, welche auf der Hamburgischen Marine dienen, aus, um sich an der Volksteinischen Bewegung zu betheiligen. Die Hamburgische Polizei requirirte bei der Altonaer Polizei die ausgetretenen Freischärler und bat um deren Auslieferung, doch nicht bei Tage, sondern bei Nacht. Um halb 12 Uhr geschah die Auslieferung, doch wurden die arretirten Freischärler augenblicklich befreit und es entstand ein Kampf zwischen der Bevölkerung von St. Pauli und der Bürgergarde Altonas. Es wurde ein St. Paulianer getödtet, 2 Bürgergardisten schwer verwundet und 29 St. Paulianer gefangen. Der Lärm dauerte bis heute Nacht 2 Uhr. — Um 5 Uhr sind die Gefangenen, welche von Stade gekommen, nach Rendsburg befördert, um von da nach Eckernförde gebracht zu werden, wo man sie einschiffen will.

Braunschweig, 7. September. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde das Ministerium vom Abg. Ecamm wegen des Waffenstillstands interpellirt, und der Beschluß gefaßt, den Gesandten bei der Centralgewalt zu beauftragen, mit allen Kräften dahin wirken zu lassen, daß die Würde und das Wohl des Gesammtvaterlandes nöthigenfalls durch Verweigerung der vorbehaltenen Genehmigung der Centralbehörde gewahrt werde.

Schweiz

Bern, 5. September. Aus dem vorörtlichen Bericht, in der heutigen Tagsatzung vorgelesen, ergibt sich, daß der Sardenkönig verlangt habe und mit Oesterreich übereingekommen sey, mit Oesterreich direct und ohne Vermittlung zu unterkommen. Verona sey als Vereinigungspunkt ausersehen, und von Seite Oesterreichs sey Fürst Felix Schwarzenberg dazu bestimmt. (A. Z.)

Italien.

Am 6. September soll eine Zusammenkunft aller österreichischen Obergenerale in Verona stattfinden.

Belgien.

Brüssel, 5. September. Der deutsche Reichsgesandte, General v. Drachenfels, ist bereits auf seinem Posten angekommen und hat gestern dem König in feierlicher Audienz seine Creditive überreicht.

Frankreich.

* Paris, 6. September. Die allgemeine Discussion der Verfassung ist gestern geschlossen worden und man ging sogleich zu der Einleitung der Verfassung über. Gatien Arnoult schlug vor, diese Einleitung erst zu discutiren, wenn die ganze Constitution beendigt sey, da jeder Verfasser ja auch die Vorrede seines Buches nach Beendigung des Werkes selbst schreibe. Dieser Vorschlag von Herrn Dufaure im Namen der Commission mit großer Gewandtheit bekämpft, ward verworfen. Nun kam der Bischof von Orleans, Abbé Fayet, er verwarf das Grund-Dogma der Republik: die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und wollte daß die Republik auf die Religion gegründet seyn solle. „Auf welche?“ fragten einige Stepiker. Er schlug vor, den Eingang: „In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes“ folgendermaßen zu ändern: „Im Namen Gottes und des französischen Volkes.“ Der protestantische Pastor Coquerel, der im Namen der Commission antwortete, hatte keine große Mühe ihn zu widerlegen. — In Folge des von Herrn Crespel de Latouche gemachten Vorschlages wegen Suspension der Journale hat das Gesetzgebungs-Comité ein Dekret vorgelegt, wodurch diese Suspension künftig nur im Prozeßwege, von der Jury und auf eine bestimmte Zeit verhängt werden könne. Dieses Dekret wird noch in dieser Woche erledigt werden.

Der Constitutionell zeigt heute an, daß General Lamoricière zum Ober-Commandanten der Alpen-Armee ernannt ist. Der Divisions-General Charron, Direktor der algierischen Angelegenheiten im Kriegsministerium, ist zum General-Gouverneur von Algier ernannt. Man versichert, daß General Bedeau, der ganz hergestellt ist, das Kriegsministerium übernehmen wird. Die Truppenbewegungen nach dem südöstlichen Frankreich dauern fort.

Einer Ordonanz im Moniteur zu Folge wird die mobile Garde um 50 Mann per Compagnie vermehrt und haben die Anwerbungen bereits begonnen. Von Lyon ist am 2. d. der Dampfer Napoleon mit 300,000 Patronen und einer Genie-Compagnie nach Marseille abgegangen.

Mehrere Journale versichern, daß sogleich nach dem Votum der Constitution, auf Cavaignacs Vorschlag, von der Nationalversammlung eine allgemeine Amnestie erlassen werden wird, die alle Insurgenten der Junitage, Louis Blanc und Caussidière und die Gefangenen des 15. Mai Blanqui, Barbès u. s. w. gänzlich freisprechen würde.

Die Lyoner Journale vom 4. bestehen darauf, daß in Folge telegraphischer Befehle 12000 Mann unverzüglich nach Ankona eingeschifft werden und die Alpen-Armee noch vor 10. d. die Gränze überschreiten würde.

Seit 14 Tagen hat sich die Physiognomie von Paris wunderbar verändert, — eine Menge von Equipagen rollt wieder durch die Straßen, alle Restaurants sind überfüllt, die Theater sind voll, die Boulevards wimmeln Abends von eleganten Spaziergängern und die Bälle und öffentlichen Gärten sind belebter als je. Auch in Handel und Industrie zeigt sich neues Leben und man rechnet mit Bestimmtheit auf einen sehr guten Winter.

Rußland und Polen.

Die „Independance belge“ meldet, daß sie die Bestätigung der Nachricht erhalten habe, daß Rußland wirklich an das Londoner Cabinet eine Note geschickt hätte, in welcher es Oesterreich als alleinigen und rechtmäßigen Besitzer der Lombardei anzuerkennen erklärt. Demgemäß drückt die russische Regierung die Hoffnung aus, daß eine Vermittlung, wenn sie stattfinde, nicht zum Zwecke haben könne, Oesterreich seiner Besitzungen zu berauben, und daß die Unterhandlungen im Gegentheil dahin führen würden, dieser Macht, wenn auch nicht die Gesammtheit, doch wenigstens den größten Theil des ihr in Italien gehörenden Gebiets zu erhalten.

Großbritannien.

London, 5. September. Prorogation des Parlaments. Die diesjährige Parlamentssession wurde, nachdem beide Häuser im weiteren Verlaufe ihrer gestrigen Sitzung ihre Geschäfte beendigt hatten, heute von der Königin im Oberhause, wo sie mit dem üblichen Ceremoniel empfangen ward, durch eine Thronrede geschlossen. (K. Z.) Die Thronrede folgt morgen.

Anzeigen.

Montag, 11. September

Sitzung des

Patriotischen Vereins;

Tagesordnung: Berathung zweier Adressen.

Ein junger Mann aus einer achtbaren Familie sucht eine Lehrstelle als Lehrlichner. Frankirte Briefe mit K. D. besorgt die Expedition der Bayreuther Zeitung.

Ich Unterzeichneter bringe einem hohen Adel und gehrten Publikum zur ergebensten Anzeige, daß ich mein jetziges Logis in Nr. 369, beim Herrn Bäckermeister Niedermann in der breiten Gasse, über 2 Treppen hoch bezogen habe, und bitte deßhalb die respektiven Herren Hausbesitzer, welche Quartiere zu verlassen haben, mit genau und schriftlich den Inhalt derselben anzugeben, und ersuche besonders auch diejenigen, welche Quartiere wünschen, weß ich mich von jeher diesem Geschäfte unterzogen habe, mich mit dergleichen Aufträgen recht gütigst zu beehren.

Hey, Logis-Vermiether.

Hs.-Nr. 390 über eine Stiege ist ein großes Zimmer zu vermiethen.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

43	32	30	63	37

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 254.** **12. September 1848.**

Bayreuth. (Schluß des gestern abgebrochenen Berichts über den Abschluß des Waffenstillstands.) Es erübrigt uns jetzt noch, ein in den Vertragsbedingungen selbst gelegenes Moment zu berühren, welches einige grelle Streiflichter in das Halbdunkel jener Kabinetspolitik wirft, die die Mutter dieser Mißgeburt aller Verträge war. Der Art. 7 der Convention sagt unter Andern, daß während des Waffenstillstandes die gesetzgebende Gewalt zu ruhen hat: wenn aber das preußische Cabinet sich mit dem dänischen verbindet, und eine nach des Volkes Willen und aus seiner Wahl hervorgegangene Landesvertretung nöthigt, sich für lange Zeit oder für immer zu vertagen, so würde daraus nicht unschwer der Beweis einer zweideutigen und perfiden Politik des Ministeriums Auerswald gezogen werden, da dasselbe im eigenen Lande das Prinzip der Volkssouveränetät als Grundlage seiner Landesverfassung anerkennt, — in Schleswig-Holstein aber dasselbe Prinzip zu vernichten strebt. Und doch sind die Männer des eben untergehenden preußischen Ministeriums als Ehrenmänner bekannt, da selbst die in ihren Mitteln nicht sehr wählige Berliner Gassenopposition es bis jetzt nicht vermocht hat, den geringsten Fleck an Auerswald oder Märker, an Hansemann oder Gierke zu entdecken, und es liegen nicht die geringsten Antecedentien vor, aus denen man schließen könnte, daß das Ministerium nicht bona fide gehandelt habe! — Hier liegt, scheint es, ein schwer lösbares Räthsel. Ist Below weiter gegangen, als seine Instruktionen lauteten? Hat er vielleicht außer den offiziellen ministeriellen Instruktionen noch andere von einer andern Seite erhalten, und das Ministerium hat ihn nur deßwegen nicht desavouirt, um eine höhere Person nicht zu compromittiren, deren Stuck dadurch hätte herbeigeführt werden können und damit das Ende eines Systems, das zu halten und zu festigen den Ministern sehr angelegen seyn muß? — Zur Begründung dieser Vermuthung können wir allerdings keine vollgültigen Beweise aufführen; — aber es ist jedenfalls bemerkenswerth, daß Major Wildenbruch, derselbe preußische Diplomat der beim Beginn der Feindseligkeiten von preußischer Seite als Agent benützt, und vielleicht nur scheinbar bei Seite gesetzt wurde, als seine Gegenwärtige Rolle an den Hof von Kopenhagen eine unwillkommene Veröffentlichung fand, worin angedeutet wird, die preußischen Truppen seyen mehr zur Niederhaltung der republikanischen Tendenzen in den Herzogthümern dorthin gesandt worden, als um mit Dänemark Krieg zu führen — daß Wildenbruch nun plötzlich nahe dem Kriegsschauplatze und dem Orte wo der Friede abgeschlossen wurde, auf einem Gut des von Preußen protegirten Grafen Moltke vom Volke aufgefunden und aus seinem Verstecke hervorgeholt wird, Leben und Sicherheit eben jener Regierung verdankend, die zu stürzen, er so eifrig bemüht war. Derselbe Wildenbruch ist nun auch zum preußischen Commissär ernannt, der über die genaue Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu wachen hat; er und sein Freund Graf Moltke, der neue Präsident der Regierung, zeigen aber keine große Neigung in der nächsten Zukunft schleswig'schen Boden zu betreten. Wer hat nun Wildenbruch ernannt, der König Friedrich Wilhelm oder der Ministerpräsident v. Auerswald?

Deutschland.

Frankfurt, 8. September. Ausführlicher Bericht über die 74. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung). In Anfang der Sitzung theilte der Herr Präsident das Resultat der gestrigen Ergänzungswahlen zum Verfassungsausschusse mit. Sie fielen auf die Abgeordneten Compes mit 278, Riesser mit 247, Freiherr von Rotenhan mit 208, Zell mit 194 und Rappard mit 192 Stimmen. Dann erhielt Rappard das Wort zu der (bereits mitgetheilten) Interpellation. Zacharia erwiderte: Der Druck der Aktenstücke werde erst heute Abend 5 Uhr beendigt seyn; übrigens werde der Ausschuß seinen Bericht möglich beschleunigen. Heckscher verscherte, der Akkkatsch sey bereits gestern dem Berichterstatter Wurm zugekommen und gab der Versammlung zu bedenken, was geschehen würde, wenn sie den Waffenstillstand verwerfe. Sie möge sich daher vor jedem übereilten Beschlusse hüten. Schoder beantragt, daß der Ausschuß morgen in einer außerordentlichen Nachmittagssitzung Bericht erstatte. Wurm bemerkt, er habe keinen Aktkatsch erhalten, nur ein paar Bogen. Auf Wesendonk's Antrag werden Simson und Haßler beauftragt, in der Krebs'schen Druckerei wegen des verzögerten Druckes Nachforschung zu halten. Hierauf wird der Tagesordnung gemäß die Berathung des Paragraphen 14 der Grundrechte fortgesetzt. HH. Löwe von Calbe, H. Knuth und H. Saltweddel sprachen über diesen Paragraphen. Letzterer erklärt sich, mit besonderer Entschiedenheit für die Unabhängigkeit der Kirche, und beantragt namentliche Abstimmung, damit es bekannt werde, wer die eigentlichen Finsterlinge in diesem Saale seyen. Nachdem die Debatte geschlossen worden, erhält noch Beseler als Berichterstatter das Wort. v. Wrato, v. Beckerath, v. Lassaulx, Rößler von Oels und Wurm behalten sich den Antrag auf namentliche Abstimmung über einzelne Anträge vor. Von den Anträgen selbst wurden mehrere zurückgezogen, andere nicht unterstützt. Die zur Abstimmung gelangenden werden vom Präsidenten zusammengestellt und zum Druck befördert und sodann darüber abgestimmt werden. Sodann berichtete Simson über das Resultat seiner Nachforschungen in der Druckerei. Die gesammten Aktenstücke Haßlers werden (29 Bogen stark) heute um 5 Uhr im Druck vollendet seyn. Die Papiere wurden vom Reichsministerium von Montag Abend bis heute früh 9 Uhr stückweise in die Druckerei geliefert und die große Beschleunigung empfohlen; ihres großen Umfanges wegen konnte der Druck früher nicht vollendet werden. Die Abliefrung der Aktkatsche an Wurm war von Hecscher angeordnet worden, konnte jedoch nicht ausgeführt werden. Den Schluß der Sitzung bildete eine Interpellation von Blum, Hoffmann und A. an Dahlmann: wie weit die Bildung des Reichsministeriums gediehen sey? Im Fall einer ungenügenden Antwort behielten sie sich einen eventuellen Antrag bevor. Dahlmann: Eine Antwort auf diese Interpellation könne nicht so eigentlich streng gegeben werden. Es seyen Unterhandlungen angeknüpft und würden täglich fortgesetzt. Allerdings seyen sie noch zu keinem Schlusse gediehen; er begreife aber, daß ein weiteres Eingehen der Nationalversammlung in die Sache dem Gelingen der obschwebenden Combinationen förderlich seyn dürfte; weit eher das Gegentheil. Blum erklärte sich mit dieser Antwort nicht beznügen zu können und stellte, da im Angesicht der drohenden Conflikte in Schleswig-Holstein eine schleunige Entscheidung nöthig sey, der Ausschußbericht aber bei dem Umfang der zu prüfenden Aktenstücke sich noch in die Länge ziehen könne, den Antrag: daß auf morgen eine außerordentliche Sitzung anberaumt werde, um die Wahl einer Deputation zu berathen, welche den Reichsverweser zum schleunige Beendigung der Ministerkrisis ersuchen soll. Der Antrag wurde jedoch von der Versammlung nicht für dringend erklärt. Nächste Sitzung Montag: Tagesordnung: Berathung des §. 15 der Grundrechte

Frankfurt, 8. September. Der Reichsverweser ist hinsichtlich des so oft gerügten, lästigen Titelwesens mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er unterm 2. d. Mts. den Antrag des nun abgetretenen Ministeriums genehmigte, nach welchem in Zukunft in schriftlichem Verkehr zwischen dem Reichsverweser und den Reichsbehörden, sowie der letzteren untereinander und gegenüber den Behörden und Beamten der Einzelstaaten, die Formen der Ueberschrift, der Anrede und des Schlusses auf die größte Einfachheit zurückgeführt werden sollen. Die Berichte der Minister an den Reichsverweser tragen die Aufschrift: an den Reichsverweser; Anrede ist: Sie und kaiserliche Hoheit; Schluß: Ehrerbietung der Minister ꝛc. — Eingaben an die Ministerien werden überschrieben: An das Reichsministerium des ꝛc.; Anrede: Das Reichsministerium; kein Schluß, bloß Ort, Datum und Unterschrift. — Endlich sind die Anreden und Aufschriften Excellenz, Hochwohlgeboren ꝛc., gegenüber den Ministern und Unterstaatssecretairen, aufgehoben.

München, 9. September. Der Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern, Graf Bray, ist gestern von hier abgereist; während seiner Abwesenheit hat der Staatsminister der Finanzen, Freiherr von Lerchenfeld, das Portefeuille des

Digitized by Google

Aeußeren zu führen. Im Publikum will man wissen, Graf Brandenburg sei nach Frankfurt gegangen, um mit einer wichtigen Mission, die sich auf die unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von Seite der bairischen Regierung beziehe. Man schenkt dieser Nachricht vielfach Glauben, und sie erregt allenthalben Beifall, — ob sie begründet ist, möge vorerst dahin stehen; von der größten Wichtigkeit wäre sie, insbesondere in dem jetzigen Augenblick.

Entwurf eines Gesetzes. „Die Untersuchung und Abstrafung der Aufschlags-Defraudationen betr.“ Art. 1. Die Polizeibehörden haben den Malzaufschlag betreffenden Gesetze und Verordnungen, so wie die Abwendung der diesem Staatsgefälle drohenden Gefahren, und die vorläufige Erhebung des Thatbestandes bei der Entdeckung einer Defraudation gehört auch ferner zu dem Wirkungskreise derjenigen Behörden, welchen sie dermal obliegt. Art. 2. In allen Defraudationsfällen kann den Uebertretern durch den vom dem Oberaufschlagamte des Kreises angesetzten Strafe ohne gerichtliche Untersuchung und Entscheidung unterwerfen. In einem solchem Falle ist bei dem Oberaufschlagamt ein Protokoll aufzunehmen, durch welches die Art der Defraudation, der Betrag der angesetzten Strafe und die Erklärung des Uebertreters, daß er sich derselben freiwillig unterwerfe, beurkundet wird. Die freiwillige Unterwerfung wird bei einer Wiederholung der Defraudation einer vorhergegangenen Verurtheilung gleichgestellt. Art. 3. Wenn der Verdächtige sich der Strafe nicht freiwillig unterwirft, so hat das Oberaufschlagamt die dem Gerichte, in dessen Bezirke der Defraudant seinen Wohnsitz hat, auf Untersuchung und Bestrafung anzutragen. Treffen bei einer Defraudation mehrere Personen zusammen, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte wohnen, so ist der Antrag bei demjenigen Gerichte zu stellen, in dessen Bezirke die Defraudation entdeckt wurde. Art. 4. Die Untersuchung wird nach den für die Behandlung der Polizeistrafsachen bestehenden Bestimmungen geführt. Art. 5. Dem Gerichte, welches die Untersuchung über eine Aufschlags-Defraudation geführt hat, steht auch die Fällung des Urtheils zu. Art. 6. Wer der Erlassung des Urtheils hat das Gericht dem Kreisfiskalate von dem Stadium der Untersuchung Nachricht zu geben. Das Kreisfiskalat ist befugt, innerhalb 30 Tagen, von dieser Mittheilung angerechnet, die Akten einzusehen, oder durch einen dazu bevollmächtigten Beamten einsehen zu lassen und etwaige Erinnerungen abzugeben. Von dem gefällten Urtheile ist dem Kreisfiskalate eine Abschrift zuzustellen. Art. 7. Gegen das erstrichterliche Urtheil steht dem Verurtheilten und dem Kreisfiskalate die Berufung an das Appellationsgericht des Kreises zu. Die Berufung an das Oberappellationsgericht ist zulässig, wenn die Beschwerdesumme wenigstens 400 Gulden beträgt, oder die Einsetzung des Verurtheilten von dem Betriebe des Gewerbes, die Entziehung des Rechtes, Malz zu brauen, oder die Verstörung einer Malzmühle in Frage steht. Die Berufungsfrist beträgt 30 Tage von dem Tage der Eröffnung des angefochtenen Urtheils an gerechnet. Art. 8. Vorstehende Bestimmungen kommen bei den Defraudationen der den Gemeinden zustehenden Aufschlagsgefälle in analoge Anwendung. In Ansehung der letzteren stehen den Gemeindebehörden die nämlichen Befugnisse zu, welche in den Artikeln 2, 3, 6 und 7 den Oberaufschlagsämteen und Kreisfiskalaten bezüglich der Malzaufschlags-Defraudationen eingeräumt sind. Art. 9. Das gegenwärtige Gesetz wird auf alle Aufschlags-Defraudationen angewendet, welche an dem Tage der Verkündigung desselben noch nicht in erster Instanz abgeurtheilt sind. Die Staatsministien der der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt.

Nürnberg, 10. September. Der hiesige Volksverein hat gestern unter enthusiastischen Akklamationen eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, worin diese, resp. der Majorität, für den Beschluß in der Waffenstillstandsfrage Dank gesagt wird. Demgleichen wurde beschlossen, dem Abgeordneten von Nürnberg, Hrn. Dr. Kraft, Mißbilligung wegen seiner Abstimmung in dieser Frage auszudrücken. — Wie wir so eben hören, soll auch der politische Verein Beschlüsse in ähnlichen Sinne gefaßt haben. — Heute Nachmittag findet eine große Volksversammlung in Krafts-hof statt. Dem Vernehmen nach werden gegen 20 Vereine sich betheiligen.

Berlin, 8. September. Die sämmtlichen Minister haben ihre Entlassung eingereicht; schon gestern sprachen sie sich definitiv dahin aus, daß sie die Nationalversammlung in der von ihr eingeschlagenen Richtung für einen Convent halten. Der König ist heute früh in Bellevue eingetroffen, wo im gegenwärtigen Augenblicke Ministerrath ist. Ueber die Entschlüsse des Königs verlautet bis jetzt noch nichts. Die Linke, mit Hrn. v. Tacznowsky an der Spitze, wollte sich heute zum Könige begeben, um demselben unter loyalen Versicherungen auseinanderzusetzen, wie in Verbindung mit den Ereignissen in Frankfurt es jetzt nothwendig sei, daß Preußen sich an der Spitze der Bewegung stelle. Ueberhaupt zeigt die Linke nach dem gestern errungenen Siege in ihren Prätensionen eine auffallende, ihr zur Ehre gereichende Mäßigung; und man spricht von einem Coalitionsministerium, in welchem neben Märcker, Gierke, welche die Linke erhalten will, Bloem, Waldeck, v. Unruh und Rodbertus fungiren. Die conservativen Deputirten berathschlagten gestern daselbst, ob sie ihr Mandat niederlegen und nach Hause zurückkehren sollten; sie haben indessen in den Abtheilungen mit Stimmenmehrheit beschlossen, vorläufig hier zu verweilen. In der Stadt herrscht tiefe Ruhe; doch sind die Clubs sehr thätig. Es geht nicht an Gerüchten von einer drabhchtigten Contrerevolution. — Die Stimmung der Armee ist ziemlich aufgeregt; die meisten Generale und höhern Offiziere haben ihren Abschied in Aussicht gestellt, sobald das bestehende Cirkular erlassen würde. Damit wäre in Verbindung zu bringen, daß ein Theil der Staatsgefangenen von Spandau nach Stettin übergesiedelt ist.

Ehe die heutige Sitzung der Nationalversammlung begann, hörte man in einigen Gruppen der Abgeordneten auf dem Vorsaal die Meinung äußern, daß Viele gestern nicht ganz frei gestimmt und mit ihrem Votum unter dem Eindruck der Bayonnete der Bürgerwehr gestanden hätten, da durch die Adresse derselben, welche mitten in der Debatte verlesen worden, offenbar ein Rückschlag zu Gunsten des Stein'schen Antrags bei Vielen erfolgt sei. Wir lassen diese Ansicht dahingestellt sein, glauben aber nicht, daß sie überwiegend geltend gemacht werden könne. Nach Eröffnung der Sitzung stellte eine Berichtigung des verlesenen Protokolls eine noch größere Stimmenmehrheit für den Stein'schen Antrag heraus. Derselbe wurde mit einer Majorität von 77 Stimmen (also mit 229 gegen 152) angenommen.*) Die Leitung der heutigen Sitzung führt der Vicepräsident Phillips, der ein an den Präsidenten der Nationalversammlung eingegangenes Schreiben des Ministerpräsidenten v. Auerswald verliest, wonach das Staatsministerium, in dem Fall, bei dem König über das Resultat der in der gestrigen Sitzung gefaßten Abstimmung eine Entschließung einzuholen, sich dadurch verhindert sieht, der heutigen Sitzung beizuwohnen, und die Vertagung der Sitzung dem Präsidium anheimstellt. Der Vicepräsident bemerkt dazu: Er sei nicht der Meinung, daß man auf eine Vertagung eingehen müsse, wohl aber könne man auf einige Tage die Plenarversammlung aussetzen, da einige materielle Gegenstände nicht wohl ohne Vertretung der Krone zu behandeln wären. Der Abg. v. Auerswald erläutert das Schreiben des Staatsministeriums dahin, daß daselbe keine Vertagung der Versammlung, sondern blos eine Aufhebung der heutigen Sitzung wünsche. Der Abg. Robbertus bemerkt, es liege noch gar keine Entlassung des Ministers vor, sondern es handle sich nur um das Resultat der gestrigen Abstimmung. Man könne also nur die heutige Sitzung vertagen, und müsse in der nächsten die Beschlüsse der Minister erwarten. Die Versammlung beschloß darauf ihre Vertagung bis zum 11. September, und ging dann sofort auseinander.

Berlin, 8. Septembre. (Nachmittags 3 Uhr). Man hat den Umstand, daß in der heutigen Nationalversammlung der Präsident Grabow nicht zugegen war, dahin gedeutet, daß er zum Könige berufen sei. Allein diese Voraussetzung hat sich nicht bestätigt. Hr. Grabow ist seit gestern krank. Demnächst spricht man davon, Hr. Bender solle mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sein. Allgemein geht ferner in der Stadt die Rede, Hh. v. Beckerath, Mevissen und, wie Einige sagen, Hr. v. Radowitz wären von Frankfurt berufen. Noch Andere behaupten, der König wolle die Entlassung der Minister nicht annehmen. Diese waren heute bei dem König in Charlottenburg; eben kamen die Hh. v. Auerswald, Hansemann zurück und stiegen beim Hotel des Minister-Präsidenten ab. Die andern Minister sind noch in Charlottenburg. Während die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. den Waffenstillstand mit Dänemark nicht ratificiren will, schreibt man von Hamburg, daß gestern die Generale Wrangel und Halkett daselbst eingetroffen sind und große Truppenmassen zurückkehren. (4 Uhr.) Die sämmtlichen Mitglieder des Ministeriums haben, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, bei dem König um ihre Entlassung nachgesucht; sie ist von demselben jedoch nicht angenommen worden.

Köln, 8. September. In einer gestrigen von mehreren Tausenden besuchten — Volksversammlung sind 2 Adressen an das

*) Der Stein'sche Antrag lautet: Der Kriegsminister möge in einem besondern Erlaß die Offiziere der Armee auffordern, alle reactionairen Bestrebungen in sich zu überwinden, und in einer Vereinigung mit dem Bürger die wahre Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes möglich zu machen, und daran mit zu arbeiten.

Digitized by Google

Reichsparlament in Frankfurt a. M. beschlossen worden. Die erste enthält einen Protest „der deutschen Reichsbürger in Köln", gegen den Waffenstillstand und die Bitte um Verwerfung desselben durch die Nationalversammlung; die zweite ist eine Protestation gegen das preußische Bürgerwehrgesetz.

Homburg v. d. H., 8. September. Heute Morgens starb der regierende Landgraf Gustav Friedrich von Hessen-Homburg. Erbe des Ländchens ist sein kinderloser, schon desjahrte Bruder, Landgraf Ferdinand.

Hamburg, 7. September. In der eben beendeten Versammlung der Erbgesessenen Bürgerschaft sind die Anträge des Senats sowol der finanziellen als die auf Einsetzung einer constituirenden Versammlung bezüglichen, angenommen worden. Nur in Bezug auf die Wahlen zur constituirenden Versammlung ist eine Abänderung des betreffenden Antrags dahin gewünscht worden, daß die Wahlen successive, in Zwischenräumen von je einem Tage vorgenommen werden. Der Senat hat in seiner Erwiderung diesem Wunsche zu entsprechen sich bereit erklärt.

Altona, 7. September. Die gestern angekommenen hannoverschen Truppen haben unmittelbar nach ihrer Ankunft die Ordre erhalten, einstweilen hier zu bleiben.

Zu Commissären sind ernannt, preußischer Seits Major Wildenbruch, dänischer Seits Kammerherr Reedz. Die neue Regierungsbehörde soll ihre Wirksamkeit am 9. September beginnen, an welchem Tage die provisorische Regierung abtreten soll.

Königreich der Niederlande.

Maestricht, 7. September. Das „Journal du Duché de Limbourg" behauptet zu wissen, daß die Trennung Limburgs von Niederland nicht Statt finden werde, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach jene Provinz von ihren Bejehrungen zu dem deutschen Reiche wird entbunden werden. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 7. September. Der Moniteur zeigt heute an, daß die Regierung durch zwei telegraphische Depeschen aus Marseille die Nachricht erhalten habe, daß die Pforte die französische Republik anerkannt und daß der französische General Rupf am 26. August seine feierliche Audienz beim Beglaubigungsschreiben vom Sultan übereicht habe. — Der hannöversche Gesandte Baron von Stockhausen ist gestern vom Minister Bastide dem General Cavaignac vorgestellt worden und hat ihm das Creditiv überreicht, wodurch er als Minister-Resident des Königs von Hannover der französischen Republik accreditirt ist. — Der Gesandte der deutschen Centralgewalt Herr von Raumer hat noch immer zu keiner öffiziellen Audienz gelangen können, — das hiesige Kabinet hat sich in dieser Hinsicht mit dem englischen Kabinette berathen, allein es scheint noch kein Beschluß gefaßt zu seyn. Man versichert, daß der Kaiser von Rußland in Frankfurt habe die öffizielle Mittheilung machen lassen, man möchte keinen Gesandten der Centralgewalt nach Petersburg schicken, ehe er nicht diese Centralgewalt öffiziell anerkannt habe. Aus diesem Grunde soll auch die Ernennung eines deutschen Gesandten in Petersburg vorläufig unterbleiben seyn. So viel verlautet sind die Großmächte bereit die Centralgewalt Deutschlands anzuerkennen, sobald dieselbe definitiv constituirt seyn wird, mit dem jetzigen Provisorium aber nur in öffiziösen freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben. — Die Rede, mit der die Königin Victoria das Parlament geschlossen hat, macht hier einen sehr günstigen Eindruck, der Paragraph, der versichert, daß das gute Einvernehmen mit Frankreich nicht einen Augenblick unterbrochen worden sey und daß gegründete Hoffnung vorliege, daß der Friede Europas nicht gestört werden wird, erregt allgemeine Zufriedenheit.

Die Discussion der Constitution ist nach einer dreitägigen Debatte noch nicht weit vorgeschritten. Nach Lamartines glänzender Rede waren alle Bemühungen der Royalisten die principielle Einleitung der Constitution zu unterdrücken vergebens und die Versammlung entschied mit 491 gegen 225 Stimmen, daß die Einleitung beibehalten werde. Von dieser Einleitung wurden bis jetzt erst die ersten Zeilen votirt: „In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes erklärt und beschließt die Nationalversammlung", — ein Dutzend Amendements die für diese drei Zeilen vorlagen, wurden alle verworfen. Heute geht die Discussion über die einzelnen Paragraphe der Einleitung weiter.

Briefe aus Toulon vom 3. melden, daß die Dampffregatten Magellan, Orenoko, Albatros und Solon von dort nach Marseille abgegangen sind, um die Brigade des Generals Molinare daselbst einzuschiffen. Man sagt, daß diese Brigade nach Civitavecchia befördert und auf des Papstes Verlangen demselben zur Schutzwehr dienen wird. Die Truppen haben den Befehl erhalten ihre Paradeuniform mitzunehmen und haben nur 25 Patronen per Kopf erhalten, was nicht auf eine kriegerische Bestimmung schließen läßt.

Eine sehr wichtige Neuigkeit circulirt heute im Conferenzsaale der Nationalversammlung und wir können sie als wahr verbürgen. General Lamoriciere hat aus eigenem Antriebe eine Art von Unterhandlung mit den Mitgliedern der ehemaligen Linken angeknüpft, und ihnen das Gesetzliche anerkennandergesetzt, die zwischen der unmöglich gewordenen Monarchie und der von ihnen noch nicht offen anerkannten Republik ihnen jede Wirksamkeit und jeden Einfluß nehmen und sie bei der ersten Bewegung allen Gewaltstreichen beider Parteien aussetze. Diese Unterhandlung hat nun zu dem Resultate geführt, daß sich 25 der bedeutendsten Mitglieder dieser Partei von der royalistischen Reunion Poitiers trennen und sich offen an die Republik anschließen werden. Gestern haben sich diese 25 Vertreter in einem Bureau der Versammlung berathen und es ist beschlossen worden, daß bei der nächsten passenden Gelegenheit Drillon Barrot die Tribune besteigen und in seinem und seiner Freunde Namen der Republik die Huranne, Leon de Malleville, Dufaure, Billault u. A. Namen seinen unbedingten Beitritt zu der Republik erklären werde. — Gustav v. Beaumont hat dies schon früher getan und ist Gesandter in London. Leon v. Malleville wurde, nachdem man das Resultat dieser Beathung kannte, gestern sogleich von der republikanischen Majorität zum Vicepräsidenten gewählt.

* Die Regierung soll die Nachricht erhalten haben, daß die Herzogin von Berry im Süden erwartet werde und daß sie wahrscheinlich in Marseille landen wolle. Wir glauben mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß eine legitimistische Schilderhebung nicht nur unterdrückt, sondern daß sie gestraft werden wird. — Der neral Cavaignac hat sich auf das Entschiedenste erklärt, daß er gegen die weiße Fahne keine Rücksicht haben und die Legitimisten ohne Gnade und Barmherzigkeit bekämpfen werde.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 7. September. Ueber den Paragraph 2: „Frankreich ist eine demokratische, eine unheilbare Republik" nimmt Larochejaquelin das Wort und will daß der Ausdruck „demokratische" als einer falschen Deutung zugänglich wegfalle, sonst kann leicht aus dem Art. 2 der Constitution von 1848 das für das Volk werden, was der Art. 14 der Charte von 1814 für die Menarchie war. — Duprin d. ä. widerlegt mit wenigen Worten, was Larochejaquelin gesagt, — er sagt, wenn es ein Wort gäbe, das in Frankreich seiner Erklärung bedürfe, so sey es das Wort „Demokratie", — es bedeute die Regierung Aller für Alle, — d. h. das allgemeine Wahlrecht. (Allgemeine Beistimmung.) Larochejaquelin will noch entgegnen, der Ruf: Zur Abstimmung! erschallt, — man stimmt ab und der Paragraph 2 wird mit Einstimmigkeit angenommen, aber 20 Mitglieder verlangen noch die namentliche Abstimmung und die Einrückung der Voten im Moniteur. (Es ist dies eine den Royalisten gelegte Falle.) — Das Resultat dieser Scrutins, welches die Legitimisten in nicht geringe Verlegenheit setzt, ist folgendes: Anzahl der Voticenden 777, Absolute Majorität 7, Für den Paragraph 777, gegen den Paragraph 0. Der Paragraph 2 ist also einstimmig angenommen, — allgemeines Bravo und der Ruf: Vive la Republique!

Ungarn.

Ofen, 4. Septembe. So eben komme ich aus der Sitzung der Repräsentanten, in welcher der Minister des Innern die Einnahme von Perlasz durch die ungarischen Truppen öffiell anzeigte. Hierauf besteig Kossuth die Tribüne und eröffnete dem Hause daß das Ministerium unter gegenwärtigen Umständen sich nicht mehr halten könne. Er bitte das Haus ein Comite zu errichten, welches dem Ministerium als Beihilfe zugetheilt werde. Fernet wurde eine Deputation ernannt, welche sich sogleich nach Wien, begeben und den König auffordern soll sich zu erklären ob er noch länger die Krone Ungarns zu tragen willens sey. Im bejahenden Fall sey der König zu bitten sogleich mit der Deputation hierher zu kommen, und von hier aus solle er die nöthigen Befehle gegen die Umtriebe der Raizen, Croaten ꝛc. erlassen. Weigere er sich zu kommen, so werde sich das Land als unabhängig (Republik?) erklären und alle ämtlichen Einwohner haben die Waffen zu ergreifen, d. i. Landsturm! An die auswärtigen Mächte sey eine Erklärung zu senden, worin die Treue (!) Ungarns gegenüber der Perfidie Oesterreichs darzulegen sey und wie Ungarn nicht anders gekonnt! Der Kriegsminister, zur Zeit im Lager, habe selbst zur weiteren Führung dort so lange zu verbleiben, bis ein neuer Commandant ernannt sey. Alle die Beschlüsse wurden mit ungeheurem Applaus aufgenommen, und Getwesy wie das Ende seyn wird.

Großbritannien.

London, 5. September. Die von der Königinn gehaltene Rede lautet: Meine Lords und Herren! Ich habe das Glück,

Digitized by Google

mich in den Stand gesetzt zu sehen, Euch von den Plätzchen einer müßsamen und in die Länge gezogenen Session zu entbinden. Die Ruhe und Eintracht, welche in Beginne der Session meine Zustimmung erhielt, ist von den wohlthätigsten Folgen begleitet gewesen. Der offenen Tragung von Waffen zu verbrecherischen Zwecken wurde Einhalt gethan; der Lauf der Gerechtigkeit war nicht länger gehemmt, und mehrere verabscheuungswürdige Mörder wurden ergriffen, vor Gericht gestellt und überführt. Die Noth in Irland Folge mehrerer aufeinander eintretenden Ausfälle in den Lebensmitteln, wurde durch die Anwendung des Gesetzes für Armenunterstützung und durch den Antrag mildherziger Beisteuern auf verschiedenen Theilen der vereinigten Königreichs gelindert. Andererseits benutzen organisirte Verschwörerkünde den vorhandenen Druck um meine wohlgesinnte Unterthanen zur Rebellion aufzureizen. Mit Hoffnungen auf Plünderung und Gelderpressung führete man die Bedrängten in Versuchung, während den Ehrgeizigen die lachenden Bilder vor Augen gestellt wurden. Unter diesen Umständen ging ich Eure Unterthanentreue und Weisheit um Ertheilung weiterer Vollmachten an, und gekräftigt durch Euere rasche Beispilfe war meine Regierung in Stand gesetzt, die gemeinen Umtriebe, zu deren Zubereitung man viele Monate gebraucht, im Laufe weniger Tage niederzuschlagen. Die Kraft und Entschiedenheit, womit sich der Lordlieutenant von Irland in dieser Krisis bewährte, verdient meine wärmste Anerkennung. Mittlerweile diesen Schwierigkeiten hat Ihr Eure Arbeiten für Verbesserung der Gesetze unermüdlich fortgesetzt. Die Akte zu Erleichterung des Verkaufs übergeschuldeter Güter wird, wie ich fest hoffe, nach und nach ein Uebel entfernen, welches schwer wiegt in dem socialen Zustande Irlands. Ich habe meine aufrichtige Zustimmung Maßregeln ertheilt, welche die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitszustandes zum Zwecke haben, und ich hege ernstliche Hoffnung, daß der Grund zu unterbrochenen Fortschritten in diesem wohlthätigen Werke gelegt worden ist.

Herren vom Hause der Gemeinen! Ich muß Euch Dank sagen für die Bereitwilligkeit, womit ihr mir die zu Staatszwecken nöthigen Gelder bewilligt habt. Ich werde keine Gelegenheit unbenutzt lassen, welche die Staatsbedürfnisse mir zur Einführung eines wohlfeileren Staatshaushalts gestatten möchten.

Meine Lords und Herren! Ich habe in formeller Weise meine diplomatischen Verhältnisse mit der Regierung von Frankreich erneuert. Das gute Einvernehmen zwischen beiden Ländern hat ohne die geringste Unterbrechung fortbestanden. Ereignisse von tiefer Bedeutung haben die innere Ruhe vieler europäischen Staaten im Norden wie im Süden gestört. Diese Ereignisse haben zu Feindseligkeiten zwischen benachbarten Ländern geführt. In Verbindung mit andern befreundeten Mächten verwende ich meine Freundschaftsdienste, diese Zwistigkeiten zu einer vorschnichen Ausgleichung zu bringen; und ich verteane fest, daß unsere Bemühungen Erfolg haben werden. Ich bin sehr erfreut annehmen zu dürfen, daß ein zunehmendes Gefühl von den Werth des Friedens die Hoffnung bestärkt, daß die Völker Europas sich seiner Segnungen zu erfreuen fortfahren werden. Unter diesen krampfhaften Zuckungen hatte ich die Genugthuung, im Stande zu sein, für meine eigenen Besitzungen den Frieden zu wahren und die innere Ruhe aufrecht zu halten. Die Kraft unserer Landesinstitutionen ist auf die Probe gesetzt und in Allem bewährt erfunden worden.

Ich habe mich bewußt, dem meiner Obhut anvertrauten Volke den Genuß jener gewährten Freiheit zu erhalten, welche es mit Recht in Ehren hält. Mein Volk seinerseits fühlt zu deutlich die Vortheile, welche Ordnung und Ruhe gewähren, um diejenigen, welche auf Plünderung und Verwirrung bedacht sind, irgend eine Aussicht auf Erfolg ihrer verruchten Pläne zu gewähren. Ich erkenne mit dankbaren Gefühlen die vielen Beweise von Treue und Anhänglichkeit an, welche ich von allen Klassen meines Volkes erhalten habe. Ich habe die gegründete Hoffnung, daß dadurch, daß Ehrfurcht vor dem Gesetz und Gehorsam gegen die Vorschriften der Religion gepflegt werden, die Freiheiten dieses Volks, unter dem Segen des allmächtigen Gottes, immerdar dauern werden."

Nachdem die Königin diese Rede sitzend abgelesen, erklärte der Lordkanzler das Parlament bis zum 2. November vertagt.

London, 6. September. Nach Abschließung des Parlaments schiffte sich gestern die Königin mit ihrem Gemahl und Gefolge zu Woolwich am Bord der Dampf-Yacht „Victoria und Albert", in Begleitung von vier anderen Dampfschiffen, nach Schottland ein. Tags zuvor hatte sie noch in feierlicher Audienz den Baron Andrian empfangen, welcher ihr ein Schreiben des Erzherzogs Johann von Oesterreich zu überreichen beauftragt war. Das Hof-Bulletin bezeichnet, indem es über die Audienz berichtet, Andrian nicht als Vertreter des Reichsverwesers.

Anzeigen.

Es wird den Bürgern und Inwohnern Bayreuths gewiß sehr willkommen seyn, zu ersahren, in welcher Weise ihr Abgeordneter zur Nationalversammlung in Frankfurt, Herr Keim, ihre Ansicht vertreten und ihre Ehre, bei Gelegenheit der Abstimmung über den Waffenstillstand mit Dänemark, gewahrt hat. Er hat mit der Minorität für den Abschluß des für ganz Deutschland schmachvollen Waffenstillstandes gestimmt. Was wird Bayreuth, dessen Einwohner keineswegs dem Rückschritte ergeben sind, in diesem Falle thun? Wird es durch Stillschweigen seine Zustimmung zu dieser schmachvollen Abstimmung ertheilen? Wird der patriotische Verein nicht feierlich und öffentlich dagegen protestiren?

Mehrere Bürger.

An alle unsre Mitbürger von constitutionell-monarchischer Gesinnung in Franken.

Am 13. August haben die in Nürnberg, Bamberg, Schwabach und Erlangen bestehenden politischen Vereine von constitutionell-monarchischer Gesinnung in Erlangen eine Versammlung gehalten, in welcher dieselben beschlossen, sich zum Behufe kräftigen Wirkens zu einem fränkischen Kreis-Vereine zu verbinden, dessen gemeinsame Geschäfte ein Kreis-Ausschuß in der Art leite, daß er die Berichte der örtlichen Vereine, so wie deren Anträge zu gemeinschaftlichen Schritten entgegennehme und die regelmäßigen und außerordentlichen Versammlungen des Kreis-Vereins ausschreibe. Den Kreis-Ausschuß bleibend zu bestellen, wird einer der genannten Vereine durch Wahl der übrigen beauftragt werden. Da es aber, bis dies geschehen, eines vorläufigen Mittelpunktes bedurfte, so wurde die Beisetzung eines solchen der patriotischen Gesellschaft Erlangens aufgegeben, deren Wahl uns unterzeichnete Mitglieder der drei gleichgesinnten Vereine daselbst mit den Geschäften eines vorläufigen Kreisausschusses betraut hat. Unser Geschäft ist ein zwiefaches, Leitung der Wahl des bleibenden Ausschusses und Vorbereitung der Thätigkeit, welche demselben zukommen wird. Um dem letzteren Theil unserer Aufgabe zu genügen, wenden wir uns an alle Vereine von constitutionell-monarchischer Gesinnung, welche außer den obengenannten in den drei fränkischen Kreisen Bayerns bestehen, so wie an alle Einzelne, welche, ohne bis jetzt einem solchen Vereine anzugehören, dieselbe Gesinnung theilen. Die Vereine geben wir mit dem dringenden Ersuchen an, uns unter Mittheilung ihrer Sitzungen von ihrem Bestehen in Kenntniß zu setzen und so ihren Anschluß an das größere Ganze einzuleiten, welches zunächst in Franken, bis etwa anderwärts in Bayern gleichartiges geschieht, aus den bisher vereinzelten politischen Vereinen zu einträchtigem und dadurch erfolgreicherem Wirken erwachsen will. Wo aber solche Vereine noch nicht bestehen, bitten, ja beschwören wir die Einzelnen, welche über die Grundbedingung des Gedeihens unseres engern und weitern Vaterlandes mit uns die gleiche Ueberzeugung hegen, dieser vor Allem durch Zusammentritt zu örtlichen Gesellschaften zu bethätigen, um nicht Kräfte und Gesinnungen, welche zu gemeinschaftlichem Streben und Handeln zusammengefaßt, Heilsames leisten können, in der Vereinzelung verstimmen zu lassen. Denn nicht die bloße Furcht vor zerstörenden Wühlern oder überstürzenden Drängern, noch auch die Nothwendigkeit der Abwehr rückwärts zielender Bestrebungen führe die Einzelnen zu Vereinen und die Vereine zur größern Gesammtverbindung zusammen; sondern es gilt vor Allem, die gewonnene Freiheit, welche die Schöpferin gesetzlicher Ordnung und die Bedingung unser Zukunft ist, in ihrem ganzen Umfange uns anzueignen, ihre allseitige Verwirklichung zu sichern und sie stetiger Vervollkommnung entgegen zu führen. Dazu bedarf es aber der Einmacht, welche stark, und der Gemeinschaft, welche einträchtig macht.

Erlangen, den 25. August 1848.

Dr. Bayer. Dr. Brügel. Dr. Hoffmann. Kunstmann.
Pemsel. Dr. Pfaff. Spitzbarth.

NS. Zusendungen erbitten wir uns unter der Aufschrift: An den vorläufigen Kreis-Ausschuß der constitutionell-monarchischen Vereine Frankens in Erlangen.

Im Verlage der Ebh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 255.** **13. September 1848.**

ρ Das protestantische Oberkonsistorium in München hat kürzlich ein erfreuliches Lebenszeichen von sich gegeben; indem es durch ein Reskript vom 12. August bekannt machte, daß jetzt seine Besterbungen dahin gerichtet seyen, eine den Prinzipien der protestantischen Kirche entsprechende Einrichtung des Synodalwesens, wobei die Kirchengemeinden im wahren Sinne des Wortes repräsentirt erscheinen, auf gesetzlichem Wege herbeizuführen, und hat zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die Geistlichen dasselbe vertrauensvoll unterstützen, und eine besonnene und ruhige Entwickelung der Verhältnisse nicht durch unbemessenes und voreiliges Eingreifen beeinträchtigen werden. — So soll denn endlich auch für euch, ihr Kirchengemeinden, eine bessere Zeit kommen, wo ihr in berathender und gesetzgebender Versammlung euere Stimmen werdet erheben können. Bisher hatt ihr noch keinen Abgeordneten zu den Synoden wählen dürfen, da die wenigen weltlichen Theilnehmer an diesen Zusammenkünften von euch nicht beauftragt oder bevollmächtigt waren, und fast nur als ein müßiges Anhängsel an der weit überlegenen Menge der Theologen erschienen. Bisher hatt ihr bei allen kirchlichen Anordnungen und Einrichtungen euch blos passiv verhalten und einen blinden Gehorsam gegen die Kirchengewalt beweisen müssen. Aber die Neuzeit will keine aristokratische Militärherrschaft mehr dulden; wie im politischen, so soll auch im kirchlichen Leben die Freiheit walten. Der Entschluß des Oberkonsistoriums, die Gemeinden, die sortan durch aufgeklärte, freisinnige Repräsentanten nicht etwa blos ins Blaue hinein zu reden und zu rathen, sondern vielmehr legislativ zu handeln haben werden, und ihrem gedrückten kirchlichen Zustande herausreißen zu wollen, verdient daher die vollste Anerkennung. Auch werden diejenigen Geistlichen, welche dem Fortschritte huldigen, und es mit der geistigen Befreiung der Gemeinden ernstlich meinen, diesen lobenswerthen Entschluß mit Freuden begrüßen, und die Erwartung ihrer Oberbehörde, daß sie sich nicht als die Hemmschuhe auf der Bahn des Besserwerdens zeigen möchten, wohl zu Herzen nehmen. Und wenn nun einmal dem lange gepreßten Herzen des denkenden Theils der Kirchengemeinden Luft gemacht seyn wird, dann fahret hin, ihr Adelschen Pläne und ihr finsteren Gedanken protestantischer Jesuiten! Das Volk läßt sich nicht mehr zum Sklaven machen; es nimmt sein heiliges Recht in Anspruch, sowohl in den inneren als äußeren Angelegenheiten der Kirche zu ordnen und festzustehen. Auf diesem Wege wird das kirchliche Leben einen segensreichen Aufschwung erhalten.

Deutschland.

Frankfurt, 8. September. Vor wenig Tagen traf dahier der am preußischen Hofe beglaubigte Gesandte der vereinigten Staaten, Donelson, ein und richtete am 5. d. Mts., Vormittags, das in deutscher Uebersetzung hier folgende Schreiben an den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten: „Mein Herr! Kürzlich hatte ich die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß ich vom Präsidenten der vereinigten Staaten ermächtigt worden sey, mich nach Frankfurt a. M. zu verfügen und als diplomatischer Repräsentant der vereinigten Staaten die dort errichtete Regierung anzuerkennen. Ich bitte nun, mich in dieser Eigenschaft Ihnen vorstellen zu dürfen. Mit der tiefsten Theilnahme hat der Präsident die Anstrengungen gesehen, mit welchen das deutsche Volk und die deutschen Regierungen die Begründung einer wirksamen Bundesgewalt erstrebt haben; mit dem reinsten Vergnügen blickt derselbe der Vollendung dieses großen Werkes entgegen, welches auf Grundsätzen beruht, die, ohne der Souveränetät der Einzelstaaten unmöthigen Abbruch zu thun, Freiheit und Wohlfahrt dem Volke sichern werden. Auf dem Wege der Einigung hat das amerikanische Volk seine jetzige Stellung in den Nationen sich errungen; auf demselben Wege hat es mit Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und der Rechte eines Jeden den Genuß der Freiheit zu verbinden gewußt. Deßhalb widmen die vereinigten Staaten Allem, was zu dem Gedeihen einer Verfassung führen kann, die Deutschland die gleichen Segnungen zu bringen bestimmt ist, die lebhafteste Theilnahme. Von diesem Geiste beseelt, hat der Präsident der vereinigten Staaten, sobald ihm Kunde von der Einsetzung der jetzigen Centralregierung für Deutschland geworden war, beschlossen, dieselbe anzuerkennen und ihr den Ausdruck der aufrichtigen Wünsche zu übermitteln, welche das amerikanische Volk für das Gelingen Ihrer edlen und vaterländischen Bestrebungen hegt. Ich habe dieser, den mir ertheilten Aufträgen entsprechenden Mittheilung nur noch beizufügen, daß es mir zum größten Vergnügen gereichen wird, nach Kräften zur Förderung des Verkehrs zwischen zwei Völkern beizutragen, deren Interessen, Wünsche und Hoffnungen in so vielen Beziehungen dieselben sind. Mit vorzüglichster Hochachtung verharrend ꝛc. (gez.) A. Donelson, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der vereinigten Staaten am preußischen Hofe. Frankfurt a. M., den 5. September 1848."

Die halboffizielle N. Münchener Ztg. schreibt über die Sendung des Grafen Bray: Sicherm Vernehmen nach hat in Folge der neuesten Nachrichten aus Frankfurt gestern (8.) Morgen eine Berathung unseres Gesammtministeriums stattgefunden, welche die alsbaldige Abordnung des kgl. Staatsministers Grafen Bray dahin zur Folge hatte. Derselbe ist über Hohenschwangau nach Frankfurt abgereist, um daselbst im Namen der bayerischen Regierung nicht allein rücksichtslose Anerkennung der Centralgewalt auszusprechen, sondern auch die aufrichtigste und kräftigste Mitwirkung zur Vermittlung und Ausgleichung der aus Anlaß des Waffenstillstandes mit Dänemark drohenden Zerwürfnisse zu versichern.

□ **München, 10. Sept.** Gestern Abend ist der k. Staatsminister des Aeußern Graf Bray aus Hohenschwangau mit einem Auftrage Sr. Maj. des Königs an den Reichsverweser zurückgekehrt, worauf die bayer. Regierung der Centralgewalt die ganze bayerische Truppenmacht für Schleswig-Holstein zur Disposition stellt und sich mit dem Beschlusse der Majorität gegen den Waffenstillstand völlig einverstanden erklärt. Heute früh reiste Graf Bray mit dieser erfreulichen Sendung nach Frankfurt ab. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung schickte heute Morgen eine Adresse an die frankfurter Nationalversammlung, worin deren Protest gegen den Waffenstillstand freudig begrüßt wird. — Der Kaplan bei U. L. Frauen, Baumgärtner, der am Marienfeste gegen Jesuiten und Stolgebühren auf der Kanzel geeifert und deßhalb von drei durch den Dompfarrer entsteent worden war, legt heute ein ruiges Bekenntniß in öffentlichen Blättern über seine neuliche Predigt ab und erklärt, seine Vorgesetzten haben ihre Pflicht gethan, als sie ihn auf der Kanzel der Stole entkleideten und ihn herabzerrten. Man sieht es der Erklärung an, daß diesem armen Priester irgend ein furchtbarer moralischer Zwang angethan worden seyn muß.

München, 9. September. Das Staatsministerium des Krieges hat mittelst Zirkularausschreibens sämmtliche Kommando's auf die Rechte und Pflichten des stehenden Heeres vom verfassungsmäßigen Standpunkte aus aufmerksam gemacht und mit Anordnung größtmöglicher Verbreitung der Armee eröffnet, daß unter Andern freier Gebrauch des Wortes und der Presse — so weit er nicht durch Strafgesetze beschränkt ist — dem Staatsbürger gewährleistet sei. Eben so wird in dem erwähnten Erlasse ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bestimmung der bewaffneten Macht nach außen gerichtet sei, daß sie bei inneren Vorkommnissen nur auf Requisition der zuständigen Civilbehörde eingeschritten habe und daß königliche Befehle zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers bedürfen. — Mit diesem Erlaß hat der Konstitutionseid aufgehört, eine leere Formel zu seyn. Möge nun auch die Gewährung pragmatischer Rechte für die Offiziere und Militärbeamten nicht lange mehr auf sich warten lassen.

München. Das Regierungsblatt vom 9. September enthält folgende allerhöchste Entschließung, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeindesachen betr.: Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. Wir haben zwar bereits im Landtagsabschied vom 4. Juni 1848 die Absicht ausgesprochen, das Gemeindegesetz vom 17. Mai 1818 einer gründlichen Durchsicht unterwerfen und den Ständen des Reichs hierüber gesetzliche Vorlage machen zu lassen. Um jedoch schon jetzt den von den Gemeindebehörden mehrerer größerer Städte an Uns gelangten Anträgen und den

Digitized by Google

sonst kund gewordenen Wünschen über die Behandlung der den Gemeindebehörden zustehenden Angelegenheiten in öffentlichen Sitzungen entgegen zu kommen, finden Ihr Uns nach gewissenhafter Einvernehmung Unserer Kreisregierungen bewogen, vorläufig zu beschließen, was folgt: Art. I. Die Oeffentlichkeit der Berathung wird in den die Gemeinden berührenden Angelegenheiten als Regel von nun an ausgesprochen. Art. II. Diese öffentliche Berathung bezieht sich zunächst auf jene Gegenstände, welche nach den Bestimmungen des Gemeindeedikts §§. 55—66, dann 67—72, und mit Rücksicht auf die §§. 1—4, 9, 21, 22 und 26 des Geschäftsregulativs vom 21. September 1818 in Plenar- oder Senats-Sitzungen der Magistrate zur Berathung zu kommen haben. Gleiches gilt von den zum Wirkungskreise der Gemeindevollmächtigten gehörigen Gegenständen (§§. 81 und 82, dann 123 des Gemeindeediktes.) Ebenso können die Sitzungen der Stadtschulkommissionen, der Kirchenverwaltungen, dann der Armenpflegschaftsräthe insbesondere, soweit sie allgemeine Verwaltungs-, dann Organisations-Fragen betreffen, behandelt werden. Art. III. Die Oeffentlichkeit bleibt auf den Vortrag und die Berathung der Gegenstände des beschränkt. Den ersteren erstattet der einschlägige Referent, worauf der Vorsitzende die letztere eröffnet, an der jedes Mitglied des versammelten Gremiums theilnehmen kann. Zum Behuf der Fragestellung und Abstimmung zogen sich das betreffende Gremium nach Erschöpfung der Berathungsgegenstände in ein Nebenzimmer zurück, faßt ohne längere Debatte die Beschlüsse über die verschiedenen vorgekommenen Berathungsgegenstände und läßt solche nach der Rückkehr in das öffentliche Sitzungszimmer durch den Vorsitzenden sodann der Versammlung eröffnen. Art. IV. Von der öffentlichen Verhandlung sind gänzlich ausgenommen: 1) alle konfessionellen Fragen und solche Gegenstände, wodurch der kirchliche Friede in den Gemeinden gestört werden könnte; 2) die für die öffentliche Sicherheit, für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu treffenden Anordnungen; 3) diejenigen Gegenstände, insbesondere Polizeistrafsachen, bei welchen die Oeffentlichkeit der Berathung nach dem Ermessen der Behörde Aergernis und Verletzung des Schamgefühls erzeugen würde; 4) solche Polizeistrafsachen, welche nach ihrer Beschaffenheit sogleich Erledigung nach geschlossener Untersuchung unabweisbar fordern; die Vorträge über die zu führenden Rechtsstreite der Gemeinden und Stiftungen, Vorlage von Prozeßplänen; 6) die Vorträge über die von Privaten erbetenen Darleihen aus Gemeinde- und Stiftungsmitteln, Unterstützungsgesuche, so wie alle Gegenstände, wodurch der Kredit des Einzelnen bloßgestellt werden würde; 7) die Gegenstände des Vermittlungsamtes; 8) Disziplinarsachen bei Gemeindebediensteten. Art. V. Auch in andern Fällen, insbesondere bei Personalgegenständen, bleibt es den Vorsitzenden der einschlägigen Gremien, so wie den Mitgliedern derselben vorbehalten, auf Verwandlung der Sitzung in eine geheime anzutragen, wenn besondere Gründe dafür angegeben werden können. Diese Anträge werden zur Abstimmung gebracht und in Wellung gesetzt, wenn die Mehrheit des Kollegiums sich dafür ausgesprochen hat. Art. VI. Die öffentliche Verhandlung findet mit Rücksicht auf die unter Art. III. bis V. festgesetzten Modifikations- und Ausnahmsbestimmungen auch bei denen Gegenständen statt, welche gemäß der §. 83 des Gemeinde-Edikts in gemeinsamen Sitzungen zu behandeln sind gemäß §. 84 ebendaselbst auf das Erinnerungs- und Beschwerderecht der Gemeindebevollmächtigten Bezug haben. Art. VII. Die öffentlichen Sitzungen sind in den Raths- oder Gemeindehäusern, mit Ausschluß von Gasthäusern, abzuhalten. Art. VIII. Die Tage, an welchen die öffentlichen Sitzungen stattfinden, sind, soweit thunlich, ein- für allemal festzusetzen und bekannt zu machen. Art. IX. Der Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen ist, Kinder ausgenommen, für Jedermann frei, die Zahl der zuzulassenden Personen richtet sich nach dem Umfange der vorhandenen Räumlichkeit. Art. X. Zeichen des Beifalls, wie der Mißbilligung sind untersagt; bei Störungen kann der Vorsitzende die Räumung des Saales veranlassen oder die Sitzung aufheben. Art. IX. Die vorstehenden Bestimmungen sollen auch auf die Verhandlungen der Gemeinderäthe der Pfalz, soweit sie mit dem dort über das Gemeindewesen bestehenden gesetzlichen Vorschriften vereinbarlich sind, nach Maßgabe des den Gemeinderäthen gesetzlich zukommenden Wirkungskreises Anwendung finden.

Nürnberg, 11. September. Die gestern in Ruhpolding abgehaltene Volksversammlung war von einer großen Menschenmenge aus einem Umkreise von mehr als 12 Stunden besucht, man schätzte sie auf ohngefähr 15000. 16 politische Vereine waren dabei vertreten und die Verhandlungen machten einen so günstigen Eindruck, daß sogleich an Ort und Stelle die Bildung und der Anschluß von mehr als einem Dutzend neuer Vereine angemeldet wurde. Der Centralausschuß der fränkischen Vereine für Volksfreiheit legte zuerst den Entwurf eines Aufrufs an das fränkische Volk vor, worin zum Anschluß an den Kreisverein der fränkischen Vereine für Volksfreiheit aufgefordert und in 12 Artikeln die Hauptforderungen der Demokratie festgestellt werden. Dieser Aufruf wurde mit Jubel angenommen und seine Verbreitung unter dem fränkischen Volke in vielen Exemplaren beschlossen. Sämmtliche Reden, die hierauf gehalten wurden, und die theilweise an die einzelnen Artikel des Aufrufes anknüpften, bewegten sich auf dem Boden der Demokratie. Erst gegen den Schluß nahm ein Mitglied des konstitutionellen Vereins in Erlangen das Wort, um der Versammlung seine Anerkennung ihrer ruhigen und würdigen Haltung auszusprechen. Es wurde eine Adresse an die Nationalversammlung für Trennung von Schule und Kirche und eine Anerkennungsadresse an die Linke angenommen. Besonders lebhaft waren die Verhandlungen über den jüngsten Parlamentsbeschluß bez. des dänischen Waffenstillstandes und es wurde ebensowohl das Würdevolle und Nothwendige dieses Beschlusses, als die Unmöglichkeit erkannt, daß das Parlament in seinem jetzigen Bestande diesem Beschluß die gehörige Vollziehung geben werde. Man beschloß daher, außer einer Adresse an das Parlament, einen Aufruf zu sofortiger Zurückberufung der reaktionären Parlamentsmitglieder in den öffentlichen Blättern zu erlassen, und insbesondere diejenigen bayerischen Abgeordneten namhaft zu machen, welche am 5. September die Ehre Deutschlands nicht gewahrt haben. (N. Z.)

Berlin, 9. September. Die gestern Abend verbreitete Version von einem Ministerium Waldeck hat sich nicht bestätigt. Eine Depesche soll die HH. v. Beckerath und Mevissen nach Berlin berufen, damit sie die Geschäfte übernehmen. Man ist einigermaßen in der Stadt beruhigt, da die Gewitterwolke, die Berlin bedrohte und die sich in Geschützdonner zu entladen das Ansehen hatte, für jetzt beseitigt erscheint. Aber wohin wir blicken, sehen wir zu unsern Füßen klaffende Abgründe, die menschliche Einsicht schwerlich zu überbrücken vermöchte. Die Dinge sind zu einer innern Collision, zu einem unversöhnlichen Gegensatz gekommen. Auf der einen Seite das Bewußtsein einer souverainen, decretirenden Convents im Namen des Volks; auf der andern das Vorgeben, es handle sich um eine berathende und vereinbarende Versammlung. Wo ist hier an eine durchgreifende Versöhnung zu denken oder gar an eine segenreiche Thätigkeit, wenn auch pausirende Vermittelungsvorschläge gefunden werden.

Der Preußische Staats-Anzeiger schreibt d. d. Berlin, 9. September: Der König hat gestern in Scharlottenburg den Vortrag des Ministerpräsidenten v. Auerswald und sämmtlicher Mitglieder des Staatsministeriums entgegengenommen. Derselbe am gestrigen Tage haben sämmtliche Minister bei dem König ihre Entlassung nachgesucht. Der König hat sich seine Entschließung vorbehalten. Im Laufe des heutigen Vormittags ist der Präsident der Nationalversammlung, Grabow, zum König nach Sanssouci eingeladen worden.

Die Neue Berliner Zeitung bemerkt unterm 9. Sept. 3 Uhr Nachmittags: Von allen Combinationen, die man sich heute über die neue Bildung unserer Ministeriums macht, ist bis jetzt nur die eine Nachricht als verbürgt mitzutheilen, daß der Hr. v. Beckerath aus Frankfurt a. M. zum König berufen sei. Man erzählt sich, daß der König einen Armeebefehl im Sinne des beschlossenen Erlasses ergehen lassen und derselbe von dem jetzigen Ministerium noch contrasignirt sein würde. Am meisten wird davon gesprochen daß der König die eingereichte Entlassung der Minister noch nicht angenommen habe, so viel wenigstens glaubt man versichern zu können, daß die Minister Milde, Märcker und Gierke im Amte bleiben würden. Sicher ist, daß die Nachricht von der Berufung Mevissen's und Radowitz übereilt war.

Wien, 7. September. Man kann als entschieden annehmen, daß das Ministerium bleibt. Selbst der bestimmte Austritt Minister Schwarzers ist noch nicht verschieden.

Wien, 8. September. Die große ungarische Reichstagsdeputation — ein Drittheil der ungarischen Repräsentantenkammer ist anwesend — erhielt den Auftrag, nicht länger als 48 Stunden hier zu verweilen. Sollte sie bis dahin keine befriedigende Antwort erhalten haben, so sey ihre Sendung als mißlungen anzusehen und sie habe sich unverzüglich wieder nach ihrer Heimath zu verfügen. Nach Allem, was bisjetzt verlautet, fürste die fgl. Antwort eine auf Vermittlung hindeutende, aber im Ganzen doch ausschlende sei. Nur wenn Ungarn sich entschlösse, auf der Grundlage des letzten Reskripts sowohl an Oesterreich als Kroatien erbliche Konzessionen zu machen, würde vielleicht das hiesige Kabinet die Rolle des Friedenstifters übernehmen.

Mainz, 8. September. (Abermalige Reibungen zwischen Bürgern und preußischem Militär.) Die bekannte Kabinetsordre

Digitized by Google

des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen vom 1. Januar 1798, welche in Dresdener, Leipziger und Frankfurter Blättern neuerdings wieder abgedruckt worden (gegen das hoffärtige Benehmen des Militärs gegenüber dem Bürgerstande) stand gestern Nachmittag als Maueranschlag auf dem Gutenbergsplatze und in der Schustergasse zu lesen. Abdald erschien die Polizei, riß die Placate ab und verhaftete die zwei Leute, welche mit der Anheftung sich beschäftigt waren. Gegen 7 Uhr Abends bildeten sich auf dem Gutenbergsplatze Gruppen von preußischen Soldaten einerseits und Bürgern andererseits. Es kam zu Reibungen, wobei Stöcke und Latten von den noch theilweise stehenden Resthuden von den Bürgern als Waffe ergriffen wurden. Vor 9 Uhr rief der Zapfenstreich die Soldaten in die Kasernen. Einige preußische Kompagnien säuberten den Platz; die Bürger zogen sich hinter die Resthuden zurück. Der thätigen Wirksamkeit des Bürgermeisters gelang es, die Aufregung zu beschwichtigen. General Aschoff, der Stadtprokurator und ein Mitglied der Regierungskommission waren zugegen. Gegen 10 Uhr war die Ruhe hergestellt, doch kam es heute Morgen auf dem Brande zu neuen Auftritten zwischen preußischen Soldaten und Bürgern.

Die Börsen-Halle berichtet von der Eide, daß die Unterhandlungen wegen des Friedens mit Dänemark nicht, wie es die Dänen dringend wünschen, in Lübeck (Nr. 248), sondern in London stattfinden, wie es schon früher mitgetheilt war.

Der Altonaer Merkur schreibt unterm 7. September aus Altona: An einzelnen Orten unserer Herzogthümer hat man die Proclamation der Republik vorbereitet, in Husum soll sie sogar erfolgt sein.

Rendsburg, 7. September. In der gestrigen Abendsitzung sowie in der heutigen Morgensitzung ist die Discussion des Staatsgrundgesetzes bis zu Artikel 50 des alten Entwurfs (Nr. 233) fortgeschritten. Zu letzterm war ein Amendement gestellt, welches gewissermassen die Personalunion aufhob, aber nach einem heftigen Kampfe zwischen Claussen und Reventlow-Jersbeck zurückgezogen wurde. Der Vorbehalt der agnatischen Rechte wurde mit 56 Stimmen gegen 43 angenommen. Der erste Theil des Art. 50 mit 68 gegen 32 Stimmen, der letzte einstimmig. Art. 43 wurde der Zusatz, daß die Rechte des Herzogs nur während seiner Abwesenheit ruhen, mit 51 gegen 48 Stimmen verworfen, dagegen der Vorschlag von Claussen und Consorten zu Art. 52 des alten Entwurfs, wonach der Herzog den Statthalter aus 3 von der Landesversammlung vorgeschlagenen Mitgliedern ernennt, mit 60 gegen 30 Stimmen angenommen.

Rendsburg, 8. September. Der in der Nationalversammlung zu Frankfurt gefaßte Beschluß, daß der Rückmarsch der Reichstruppen zu stören sey, ist bereits offiziell (?) hier angezeigt. In Folge dessen sind heute morgen der Präsident der preußischen Regierung Hr. Hesekiel, in Begleitschaft des bei dem preußischen Hofe accreditirten Bevollmächtigten der provisorischen Regierung Hrn. Schleiden, in das Hauptquartier des Generals Wrangel abgereist, um, wie man sagt, denselben zu veranlassen, daß das Reichsheer unverzüglich wieder zurückkehre und nach Norden aufbreche.

Altona, 7. September. (Sistirung des Rückmarsches der Truppen.) (Alt. M.) Es sind gestern Nachmittag und Abend auf der Eisenbahn wieder zwei Bataillone Hannoveraner, Linienmilitär und Jäger, angekommen; dieselben sollten heute morgen weiter über die Eide befördert werden, haben aber, wie man vernimmt, Contreordre erhalten; dasselbe scheint mit anderen Truppenabtheilungen der Fall zu sein, vielleicht auch mit der hannoveranischen Cavallerie und Artillerie, die auf dem Marsch hieher begriffen war; eine Compagnie hannoverscher Infanterie war von der Eisenbahn ab nach der Gegend von Itzehoe beordert worden. Die Würtemberger befinden sich auch noch hier und in der Umgegend.

Italien.

Der Allg. Ztg. schreibt man aus Wien, 7. September: Frankreich und England verlangen in eben eingereichten Noten, daß während der Vermittelung Venedig nicht angegriffen werde.

Die Wiener Zeitung vom 7. September schreibt: Noch haben die Unterhandlungen zur Herstellung des Friedens mit dem König von Sardinien wenig Fortgang gehabt. Indessen hat aber die kaiserl. Regierung den Entschluß gefaßt, mit der neuen Constituirung des lombardisch-venetianischen Königreichs nicht länger zu zögern, und zu diesem Behuf in Bälde Deputirte aus den verschiedenen Provinzen desselben nach Verona zu berufen, welche die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen größter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität in Berathung zu nehmen haben werden. Diese Deputirten sollen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, aus ganz freien Wahlen hervorgehen, und wird die Zahl der Deputirten nach dem Maßstabe der Bevölkerung bemessen werden. Die innere Administration wird rein italienisch sein.

Frankreich.

* Paris, 8. September. Die Discussion der Constitution hat gestern einen Schritt vorwärts gemacht, die sieben ersten Paragraphen der Einleitung sind, im Sinne des Entwurfes der Commission angenommen worden. Die Sitzung wurde um 4½ Uhr aufgehoben und um 8 Uhr schon waren alle Notabilitäten von Paris auf dem glänzenden Balle versammelt, den Herr A. Marast im Hotel der Präsidentschaft gab. Das diplomatische Corps war sehr vollzählig, der weibliche Theil der Gesellschaft sehr zahlreich, man sah höchst elegante Toiletten. In den Sälen circulirte die Nachricht, daß in Folge einer constitutionellen Mittheilung des preußischen Gesandten an Herrn Bastide, Oesterreich sich endlich erklärt habe, „die englisch-französische Vermittelung anzunehmen.“ Der Nationalwerde heute ebenfalls dieses Gerüchtes, sagt aber hinzu, die Regierung habe hierüber noch keine direkte, offizielle Mittheilung aus Wien erhalten.

Der Bien public zeigt an, daß General Changarnier zum Commandanten des Observationskorps am Rheine bestimmt sey und Oberstlieutenant Charras unter ihm als Generalstabs-Chef funktioniren werde. Der Constitutionel zeigt an, daß noch zwei aus Algier zurückgekehrte Linien-Bataillons und eine zweite Artillerie-Batterie die in Marseille zur Einschiffung nach dem Kirchenstaate bestimmte Brigade verstärken werden.

Der Division-General Bautrand, erster Adjudant des Herzogs von Orleans und später des Grafen von Paris ist gestern hier gestorben.

In dem Dorfe Arras und einigen andern Lokalitäten des Departements der unteren Pyrenäen ist es zum offenen Widerstande gegen die Eintreibung der Zusatzsteuer von 45 Prozent gekommen. Die Regierung hat sogleich den Befehl ertheilt, das Departement in Belagerungszustand zu erklären und die Truppen von Pau und von Tarbes haben sich sogleich nach den widerspenstigen Lokalitäten in Marsch gesetzt.

Louis Napoleon zeigt in einem an den General Hurt gerichteten Briefe an, daß er, falls die Wahl dieses Mal wieder auf ihn fallen sollte, seinen Platz als Volksvertreter in der Nationalversammlung einnehmen werde, um „die Republik fest begründen zu helfen.“

General Garibaldi, der den italienischen Krieg bis zum letzten Augenblicke fortführte, und erst als alle Hoffnung verschwunden war, auf Schweizer-Gebiet übertrat, ist in Paris angekommen. Er wird das Commando der italienischen Legion erhalten.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 8. September. Der Minister Bastide nimmt das Wort: „Sie wissen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs, Oesterreich und Sardinien ihre Vermittlung angeboten haben um dem Kriege in Italien ein Ende zu machen. Bereits hatte Sardinien diese Vermittlung angenommen, ich freue mich Ihnen heute anzeigen zu können, daß Oesterreich nun ebenfalls die Vermittlung angenommen hat. Die Versammlung wird gewiß mit Befriedigung dieses Resultat der ersten Phase unserer Unterhandlungen erfahren, die nicht nur den Frieden Europas zu erhalten, sondern auch unsere Staatslasten zu vermindern und gegründete Hoffnung geben. (Allgemeine Bestimmung.)

Moldau und Walachei.

Die Nachrichten aus Fiume gehen bis zum 3. September: Jellachich war am 2. von Agram nach Waradin gegangen, um an der Spitze seiner Armee über die Drau zu gehen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 12. September. In der gestrigen Sitzung des patriotischen Vereins, die sich durch zunehmende Theilnahme der hiesigen Bürgerschaft vor früheren Versammlungen auszeichnete, wurde die Verbindung dieses Vereins mit dem ähnliche Tendenzen verfolgenden constitutionellen Verein in Bamberg beschlossen. Auf eine Einladung der Erlanger patriotischen Gesellschaft, die am 17. d. Mtd. in Erlangen statfindende Versammlung der fränkischen Vereine auch von hier mit einer Deputation zu beschicken, wurde der Beschluß gefaßt, der Einladung Folge zu geben und wurden die Herren Dr. Aub, Fenstel und Großmann als Abgeordnete gewählt. Ferner wurde folgende von Hrn. Dr. Aub verfaßte, an das Reichsparlament gerichtete Adresse einstimmig genehmigt und beschlossen, dieselbe direkt an die Nationalversammlung zu senden. Dieselbe, die heute bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgesendet wurde, lautet wie folgt:

Digitized by Google

Hohe deutsche Nationalversammlung! Kaum war die Kunde von den Ausbrüchen sowohl als von den Bedingungen des von der preußischen Regierung im Namen Deutschlands mit Dänemark geschlossenen Waffenstillstandes zur Kenntniß der deutschen Nation gekommen: so erhob sich nicht allein in dem verhöhnten Schleswig-Holstein ein Schrei des Entsetzens, sondern jedes deutsche Herz ward vom schmerzlichen Unmuth ergriffen. Denn durch den Nebeldunst diplomatischer Politik sollte wiederum der Glanz des deutschen Waffenruhmes verdunkelt, das Recht und Wohl eines edlen Zweiges vom deutschen Stamme den harten, ungerechten Anforderungen eines ausländischen Fürsten Preis gegeben und des Vaterlandes Größe und Ehre den anmaßenden Drohungen neidischer Nachbarstaaten zum Opfer gebracht werden. — In diesen schweren Stunden der Landestrauer richteten sich des deutschen Volkes Blicke auf die in der Paulskirche tagenden Männer seines Vertrauens; gespannter, ja banger Erwartung lauschte, folgte jeder Vaterlandsfreund den Verhandlungen der Nationalversammlung über diesen hochwichtigen Gegenstand.

Dem Himmel sey Dank! Hohe Abgeordnete, Sie täuschten nicht das Zutrauen der Nation, deren Wahl Sie zu ihren Vertretern berufen; Sie waltzten durch Ihren am 5. d. Mts. gefaßten Majoritätsbeschluß die gefürchtete Schmach von unserem Haupte und verwandelten dann des Landes ängstliche Besorgniß in freudige Zuversicht. — Das deutsche Volk weiches mit Ihnen die Gefahr eines Krieges der Entwürdigung seines Namens vorzieht, bringt Ihnen für diesen rühmlichen und erhebenden Beschluß wie den Tribut des innigsten Dankes so die Zusage willig sich aufopfernden Beistandes. — Auch der patriotische Verein dahier ergreift freudig diese Veranlassung, um mit der Versicherung herzlicher Dankbarkeit die Gefühle treuer Anhänglichkeit und unerschütterlichen Vertrauens vor Ihnen auszusprechen. — Mögen Sie ferner, deutsche Abgeordnete, in Ihren Berathungen und Beschlüssen die Einheit und Freiheit des deutschen Reiches, die Ehre und Größe der deutschen Nation, kurz das Recht und Heil des Gesammtvaterlandes im Auge behalten, ohne sich weder von der Selbstsucht noch von dem Eigennutze einzelner Stände und Parteien verleiten zu lassen, damit der Name Einer freien deutschen Nation — lange genug der ihm gebührenden Achtung beraubt — seinen alten Ruhm wieder erlange und in sich wahre! Dann wird das Werk Ihrer Hände gelingen, daß Deutschland zu einem unzertrennlichen freien Bundesstaate gebildet, im Kriege mächtig, im Frieden glücklich, den dreisten Angriffen seiner innern wie äußern Feinde zu trotzen und zu widerstehen vermag! Mögen Sie verehrliche Abgeordnete vertrauen und bauen auf das deutsche Volk, wie dieses wiederum auf Sie seine Hoffnung setzt, daß Sie die Lösung der schweren Aufgabe, zu welcher die deutsche Nation Sie berufen hat, segensreich beenden! Dann wird das Gebäude mit dessen Aufstellung und Ausführung Sie betraut sind, prangen und feststehen bis in die spätesten Tage, getragen von deutscher Treue, bewacht von deutschem Muthe, gesegnet von Gottes Liebe und geschützt von Gottes Macht. Denn Gott, der seinen Deutschen verlässt, wird mit Ihnen und Deutschland seyn. Mit diesem deutschen Herzenswunsche besteht in treuer Ergebenheit und Ehrerbietung

Der patriotische Verein dahier.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hülfsvollstreckung wird das Anwesen des hiesigen Webermeisters Maurer und der ledigen Magdalena Maurer dahier, bestehend

1) in einem halben Wohnhause im neuen Weg, welches jetzt für sich besteht, und die St.-Bes.-Nr. 388a führt,
2) in einem hinter demselben befindlichen Garten zu einer Fläche von 14¼ □Ruthen,
3) in einer Holzlege und einer Hofstatt, welche zur Hälfte dem Eigenthümer des angebauten Nachbarhauses zugehört, und
4) in ¾ Tagwerk Wiese in der untern Au, St.-Bes.-Nr. 388b

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist nach der gerichtlichen Schätzung vom 18. August c. mit Berücksichtigung der sämmtlichen darauf haftenden Lasten auf 610 fl. eingewerthet worden und der Brandassecuranz mit 620 fl. einverleibt.

Die Taxationsverhandlungen können von allenfallsigen Kaufsliebhabern bei dem unterzeichneten Gerichte eingesehen werden und werden dieselben zu dem Strichtermin am

17. Oktober c. Vormittags 10 bis 12 Uhr
im Geschäfts-Zimmer Nr. 7

unter dem Bemerken eingeladen, daß die Kaufsbedingungen in diesem vor der Licitation bekannt gegeben werden, und daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 erfolge.

Bayreuth, den 28. August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der Königl. Director
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Bekanntmachung.

Die für das Monat Juli 1847 unausgelösten Pfänder von Nr. 26120 bis 27425 incl. werden in dem auf

Donnerstag den 5. Oktober

Vormittags angesetzten Strichtermin an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft.

Bayreuth, 10. Septbr. 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.
Stillkrauth, Schobert,
Kassier. Kontrolleur.

Anzeigen.

Soeben ist erschienen, und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Ofschwald, A., Pfarrer, **Blicke auf Gegenwart und Zukunft.** 5te Auflage. Preis 6 kr.
— — **das tausendjährige Reich.** 3te Aufl. Preis 6 kr.

Statt aller Empfehlung bemerken wir nur, daß trotz der Fluth ähnlicher Schriften, welche in letzterer Zeit erschienen sind, von obigem Werkchen in kurzer Zeit 5 Auflagen nöthig wurden.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Leitfaden
zur richtigen Auffassung der bestehenden allerhöchsten
Aufschlags-Verordnungen
im Königreich Bayern.
ein Handbuch
für Bräuer, Branntweinbrenner, Wirthe und Müller, zunächst für solche, welche sich auf dem Lande befinden. Herausgegeben von einem vormaligen Aufschlags-Beamten.
8. brosch. 54 kr.

(Eingesandt.) Dem Vernehmen nach soll sich ein, seit einigen Monaten hier privatisirender Musiklehrer, der kein bayrischer Staatsbürger ist, um die an dem kgl. Gymnasium erledigte Musiklehrerstelle gemeldet haben. Da derselbe während seines kurzen Hierseyns noch keine Proben von seiner Tüchtigkeit für diesen Posten abgelegt und noch keine Beweise gegeben hat, in welchem Maße er die Behandlungsweise der Blaseinstrumente verstehe, so glaubt man — obwohl er begünstigte zu werden scheint — denn doch, daß billigerweise die erwähnte Musiklehrerstelle dem Stadtmusikus Geyßer, der begründetere Ansprüche darauf hat, übertragen werde, indem derselbe nicht nur 11 Jahre Militärdienste leistete; sondern auch seit 15 Jahren die Stelle als Stadtmusikus dahier begleitet, und sattsam bewiesen hat, daß er sowohl in theoretischer, als auch in praktischer Hinsicht einen solchen Posten in allen seinen Beziehungen auszufüllen sehr gut geeignet ist.

Ein Freund der Billigkeit und des Rechtes im Namen Vieler.

Verkauf von Jagd- und Scheibenpulver.

Im königl. Zeughause Rosenberg, sowie bei sämmtlichen Zeughaus-Verwaltungen diesseits des Rheins, wird das auf der Militair-ärarialischen Pulvermühle erzeugte Jagd- und Scheibenpulver von Nr. 0 bis einschließlich Nr. 5 sortirt unter folgenden nähern Bestimmungen verkauft.

Der Preis im Einzelnen ist per bayerisches Pfund 33 kr., und wird baarbezahlt bei einer Abnahme von 1—5 Pfund in etiquietten papiernen Hülsen, dann beim Verkaufe von 25—99 Pfund mit 10, von 100—199 mit 15 und von 200 Pfund aufwärts mit 20 Prozent Rabat gegeben.

Rosenberg, den 4. September 1848.

Gesundheits-Flauelle und **Moltons** sind eingetroffen bei
Oscar Wagner.

Im Verlage der Ech. Kammerrath **Hagen**'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 256.** **14. September 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 11. September. Der National-Versammlung wurde heute durch den Abg. Dahlmann angezeigt, daß er den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten abgelehnt habe; zugleich theilte H. v. Schmerling dem Präsidenten mit, daß der zte Vicepräsident v. Herrmann aus München nunmehr mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt sey. H. v. Herrmann gehört zum linken Centrum, und wird wahrscheinlich das Ministerium aus dieser Fraktion wählen. Von H. Bassermann und 24 andern Mitgliedern der Rechten war ein Antrag gestellt worden, welcher begründet, über die einzelnen §§. der Grundrechte ohne Discussion abstimmen zu lassen, um desto schneller zur Berathung der Verfassung zu gelangen. Dieser Antrag wurde verworfen, und dagegen ein anderer angenommen, wonach sofort die Bestimmungen der Grundrechte über Vereinsrecht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Rechtspflege, Geschwornengerichte, Befreiung des Grund und Bodens sogleich berathen und mit den schon angenommenen Bestimmungen über persönliche, Glaubens- und Gewissens-Freiheit, Preßfreiheit ꝛc. sogleich publizirt werden sollen. Ueber den Paragraphen 14, welcher die Verhältnisse der Kirche zum Staat enthält, wurde heute endlich abgestimmt. Für die gänzliche Unabhängigkeit der Kirche vom Staat stimmten nur die Ultramontanen; sie wurde mit 356 gegen 99 Stimmen verworfen. Dagegen wurde fast einstimmig beschlossen, daß die Kirchengemeinden in ihrer innern Verwaltung selbstständig, jedoch wie alle andern Gesellschaften den Staatsgesetzen unterworfen seyn sollen. Alle Religionen sind gleich; es gibt keine Staatskirche mehr. Der Antrag, daß die Gemeinden ihre Pfarrer selbst wählen, wurde mit 320 gegen 134 Stimmen verworfen. — Man sagte heute, daß der vereinigte Ausschuß mit 10 gegen 9 Stimmen auf Annahme des Waffenstillstands antrage.

Frankfurt, 9. September. Der Reichsverweser hat heute um 2 Uhr dem Hrn. Kamill v. Briey eine Audienz zum Behufe der Ueberreichung des Schreibens Sr. Maj. des Königs der Belgier ertheilt, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beglaubigt wird. (Amtlicher Theil der O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 9. September. Die provisorische Centralgewalt hat unterm 30. August zur Feststellung des Verhältnisses derselben zu den Bevollmächtigten der Landesregierungen, nach dem Vorschlage des Ministerraths, einen Erlaß verfügt, durch welche sie glaubt, da nun von beinahe allen Regierungen Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ernannt sind, sich über ihre Beziehungen zu denselben erklären zu sollen. Die Centralgewalt erkennt (heißt es in diesem Erlasse) die Größe der Wichtigkeit ihrer Verpflichtungen, sie weiß, daß ihre Lösung in der Kraft und Entscheidung bei ihren Anordnungen bedingt ist, und daß, wenn auch den großen Ansprüchen der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden soll, die Einheit Deutschlands vor Allem erstrebt und gewahrt werden muß. Mit diesen Grundsätzen ist das Verhältniß der Centralgewalt zu den bei ihr Bevollmächtigten bezeichnet. Es wird dadurch erkannt, daß durch sie die Vollziehung der Beschlüsse der Centralgewalt vermittelt, befördert und erleichtert werde, ohne daß ihnen das Befugniß eingeräumt werden könnte, auf die Beschlußnahme der Centralgewalt entscheidend einzuwirken oder irgend eine collective Geschäftsführung auszuüben. Die Centralgewalt behält es sich daher vor, nach Umständen unmittelbar mit den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten und deren leitenden Organe in Verkehr zu treten, wobei sie der gleichen Erwiderungen entgegen sieht. Sie wird aber auch, nach Lage, sich gegen Durchführung von Vollziehungsmaßregeln an die Bevollmächtigten selbst und allein wenden, und in entsprechendem Wege deren Zuschriften entgegennehmen, wenn dieser ihr zur Förderung geeignet erscheinen wird. Dabei wird die Centralgewalt bedacht seyn, durch Verkehr mit den Bevollmächtigten von den Wünschen, Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen deutschen Staaten fortgesetzt sich zu unterrichten und denselben jene Rücksicht angedeihen zu lassen, die mit den allgemeinen Interessen Deutschlands vereinbarlich ist.“

Frankfurt, 10 September. Folgender Antrag zur Beschleunigung der Verfassungsberathung ist uns zur Veröffentlichung mitgetheilt worden: „Zu Erwägung, daß nach dem Maßstabe bisheriger Erfahrung, auch nach der günstigsten Berechnung und in der Voraussetzung kürzerer Berathung das endliche Zustandekommen der Verfassung nicht vor dem Jahre 1850 in Aussicht steht; in Erwägung, daß in der jetzigen wechselvollen Zeit eine solche Länge des Wegs bis zum Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf die politischen wie auf die staatswirthschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes nur nachtheilig wirken kann; in Erwägung, daß der jetzige provisorische Zustand einer scharfen Feststellung des Verhältnisses zwischen Centrals und Einzelregierungen nicht günstig ist, daß vielmehr eine einheitliche feste Organisation im Innern erst mit der Einführung der definitiven

Feuilleton.

Die Grenzboten liefern in ihren neuesten Nummern Portraits aus der Berliner wie der Frankfurter Nationalversammlung. Ein treffliches Gemälde geben sie in der Abkonterfeiung des Obrapellationsraths Schlink in der Berliner Constituante. Von den verschiedenen Originalien der äußersten Rechten meldten sie, ist der Herr Oberapellationsrath Schlink eines der merkwürdigsten. Der Staatshämorrhoidarius in den fliegenden Blättern, wie er leibt und lebt — auf der Tribune die genaue Kopie der Scene, wo der erste sich zum mündlichen und öffentlichen Gerichtsverfahren vorbereitet. Ein breiter, staubiger, in sich zusammengesunkener Aktenstoß, obendrauf eine Perrücke, die in allen Farben des Regenbogens schillert. Selbige Perrücke ist übrigens für seine Partei eine Art telegraphisches Signal. Sobald diese, oder auch der ehrenwerthe Abgeordnete selbst sich in irgend einer bedeutenden Verlegenheit befindet — was, beiläufig gesagt, bei dem letzteren stets der Fall ist, sobald er die Tribüne besteigt — so beginnt er die Zierde seines Hauptes mit großer Behemenz hin und her zu zerren; in besonders kritischen Momenten nimmt er sie auch mitunter ab, um sich den Kopf kratzen zu können. Kurz will man beim Eintritt wissen, wie es der äußersten Rechten geht: so darf man nur nach Schlinks Perrücke sehen; die Signale die sie gibt, sind zwar complizirt und nicht leicht zu verstehen, aber sehr genau. —

So viel von den Aeußerlichkeiten dieses merkwürdigen Mannes. Was seinen innern Gehalt betrifft, so steht nur so viel fest, daß er eine ungeheure Gewandtheit darin besitzt, auf Tagesordnung anzutragen. Sie ist ihm Universalpferdstrum, das in allen Fällen helfen soll. Mag die äußerste Linke einen ungemein dringlichen Antrag stellen auf Einführung der Republik oder auf Abschaffung des Consulabels: Schlink erhebt sich und schlägt vor, zur Tagesordnung überzugehen — gleichviel ob die geringste Aussicht vorhanden ist, damit durchzudringen oder nicht. Daß größte Aufsehen erregte er, als er dies Hausmittelchen auch bei dem Antrage Ulrichs auf Abschaffung der Todesstrafe anwenden wollte.

Jedermann sah voraus, daß er kaum ein Paar Dutzend Stimmen für sich haben würde: nichts desto weniger kam Schlink wieder die Tribüne heraufgepoltert. Er blickte diesmal ganz besonders grimmig drein, weil er den klaglichen Ausgang seines Unternehmens ahnen mochte. Sonst pflegte er bei dergleichen Gelegenheiten immer nur auf der Tribüne herumzustampfen, wie ein Pferd auf der Tretmühle, sich bald zur Rechten, bald zur Linken, bald zum Centrum zu wenden und, die Bewegungen seiner Beine immer mit den entsprechenden Wendungen der Perücke begleitend, fortwährend die Worte zu wiederholen: „Meine Herren! Sie müssen auf keinen Antrag eingehen! Sie müssen zur Tagesordnung über-

Digitized by Google

Verfassung vollständig erreicht werden kann, daß aber Stärke und Ansehen nach Außen dadurch wesentlich mit bedingt sind; in fernerer Erwägung, daß vor solch außerordentlichen Rücksichten die Rücksicht auf etwas größere oder geringere Gründlichkeit in den Hintergrund tritt; daß es in großen Zeiten, wie die jetzige, vor Allem darauf ankommt, das große Ganze festzustellen, und die Ausführung in einzelnen ruhigeren Zeiten überlassen werden kann; in Erwägung endlich, daß die Volksstimme aus allen Theilen Deutschlands eine baldige Erledigung der Berathungs-Berathung dringend verlangt, und daß es stets als Pflicht erkannt worden, das Gute nicht durch das Streben nach Besserem zu gefährden, stellen die Unterzeichneten folgende Anträge: I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den §. 14 der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Berathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die Nationalversammlung auf die Diskussion zu verzichten beschliesse. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungsausschusses auch die Minderheitsgutachten desselben Ausschusses, so wie die etwa correspondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirthschaftlichen, zur Abstimmung gebracht werden. II. Die Nationalversammlung möge den Verfassungsausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben durch Aussetzen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Berathung über den Waffenstillstand-svertrag, so wie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur 4 öffentliche Sitzungen Statt finden sollen. — Frankfurt a. M., den 8. September 1848. Boffermann. v. Beckerath. Böcking. Bronn. Compreß. Detmold. Duncker. Edel. Giskra. — Jordan von Marburg. Jürgens. Laube. Liebmann. Mathy. Mittermaier. Robert Mohl. Neuwall. v. Radowitz. Riesser. v. Raumer. Rüder. Schneider. Graf Schwerin. Teichert. Brit. Waiz. Zell. Zittel.

□ München, 11. September. Gestern hielten die hiesigen Anhänger des Deutsch-Katholicismus ihre beiden ersten Versammlungen und zwar eine vorbereitende und eine allgemeine, bei welchen der Pfarrer Aim zugegen war. Vorerst geschehen diese Zusammenkünfte in aller Stille, da aber dabei mehrere unserer ersten Bürger und viele Notabilitäten der Intelligenz sich dabei betheiligen, so läßt sich nicht voraussehen, daß in kürzester Zeit die jetzt schon ziemlich beträchtliche Zahl der Anhänger zu einer Größe heranwachsen wird, die sich zu einer förmlichen Gemeinde auch äußerlich constituiren kann. — Am kommenden Sonntag wollte sich der demokratische Verein und der Verein für Volksrechte zu einer Versammlung in Neuberghausen vereinigen, wobei eine Anfrage bei der kgl. Staatsregierung, wie sie in allen nationellen Angelegenheiten dem frankfurter Parlamente gegenüber sich erhalten wolle, dann die Associations- und andere zeitgemäße Fragen berathen werden soll. — Der Verein zur Förderung des Wasserheilverfahrens, welche schon eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern zählt, hat eine Adresse an S. M. dem König beschlossen, worin um Errichtung eines Wasserspitals für Cholerakranke gebeten wird. Prof. Vollmer und Literat Bauernfreund wurden mit Deputirte gewählt, um S. M. dem König in Hohenschwangau die Adresse zu überreichen. — Vergangene Nacht hat sich ein Wehrmann des Landwehrfreikorps durch einen Schuß entleibt.

München, 10. September. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe hat heute nach dreitägigen heftigen Kämpfen sich dahin entschieden, daß dem Gesetze wegen einstweiliger Beibehaltung des privilegirten Forums nicht beizustimmen sey, dieses Forum somit nicht erst nach Durchführung der neuen Gesetzgebung, sondern schon jetzt bei Einführung der transitorischen Gesetze aufzuheben sey. Es ist somit die erste Kammer liberaler gewesen, als die zweite. „Es ist traurig, aber wahr!“

Berlin, 10. September. Hr. Grabow soll sich geweigert haben; ein Ministerium zu übernehmen, wohl aber wird er seine Mitwirkung einer Bildung desselben zu gute kommen lassen. Er ist ein bei allen Parteien geachteter Mann. Auch die Combination, ein Ministerium Merviffen-Beckendorf von außerhalb der Kammer zu construiren, scheint auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein; denn es Fractionen der Nationalversammlung sollen sich dahin geeinigt haben, ein solches Ministerium nicht zu unterstützen. Unter den vielen Versionen, welche gestern hier circulirten, verdient die hervorgehoben zu werden, daß der König an Herrn von Schrekkenstein den Befehl erlassen werde, das vielbesprochene Circular an die Aemter in einer Form zu expediren, welche principiell der Majorität in die Kammer genügen müßte. — In Bezug auf die deutsche Angelegenheit ist hier ein definitiver und durchgreifender Entschluß zu erwarten, zumal alle auswärtigen Mächte, namentlich England, einen casus belli darin erblicken würden (?), falls der Waffenstillstand mit Dänemark gebrochen werden sollte. Vom englischen Gesandten ist, wie man hört, eine derartige Mittheilung geradezu in die Hände des Königs niedergelegt worden. Großbritannien hat sich überdies entschieden geweigert (?), die deutsche Centralgewalt anzuerkennen; ebenso hat der Kaiser von Rußland erklärt, er werde Hrn. v. Auerswald lediglich als preußischen Offizier empfangen, der ihm einen Brief des Erzherzogs Johann überbringt.

Berlin, 10. September. Von vielen Seiten wird behauptet, daß morgen ein Erlaß des Königs an die Nation erscheinen werde. Ueber den Inhalt weiß Niemand etwas anzugeben. — Man versichert, daß zwischen Frankreich und Rußland eine Coalition stattgefunden habe. Der Umstand, daß diese Nachricht jetzt aus einem Ministerium gekommen sein soll, gibt derselben eine eigenthümliche Bedeutung.

Die Neue Berliner Zeitung berichtet unterm 9. September: Wir bemerken, daß die Cholera seit einigen Tagen in einer sehr bedenklichen Weise aufgetreten ist, und viele Opfer hinweggerafft hat. Es ist deshalb bereits seit mehreren Tagen das in dem Ho-

---

gehen!“ Diesmal aber, in Betracht der Wichtigkeit des Gegenstandes, ließ die „wandelnde Tagesordnung“ — sein stehende Name bei den Journalisten — sich soweit herab, auch Gründe für seine Meinung anzugeben, obwohl diese bei ihm eben nicht so häufig wie Brombeeren sind. —

Die Gründe waren denn auch in der That so subtiler Natur, daß sie einem Staatshämorrhoidarius alle Ehre machten. „Wenn Sie die Todesstrafe abschaffen, so müssen Sie die ganze Scale der Strafen herunterstehen. Das aber können Sie nicht anders bewirken als durch die Criminalgesetzgebung. Wenn Sie also jetzt vorher die Kapitalstrafen aufheben, so begehen Sie ein Unrecht gegen alle Verbrechen geringerer Art, denn diese haben alsdann auch gerechten Anspruch auf Verminderung des sie treffenden Strafmaaßes.“ — Das war dem Berichterstatter Schrendsaum doch etwas zu viel. „Also, meine Herren, der Peter sey zum Tode verurtheilt und der Paul zu 6 Wochen Gefängniß. Wenn Sie nun dem Peter die Hinrichtung erlassen, so kann der Paul sagen: Halt! dann muß ich doch 5 Wochen 6 Tage eingesperrt werden. Wenn ich aber meine vollen 6 Wochen absitzen soll, so muß der Peter auch gehörst werden. Das ist mein Recht und das kann ich nach allen Regeln der Billigkeit fordern. — Meine Herren, wo bleibt da die Logik?“ — Unter schallenden Gelächter beseitigt Schlink nochmals die Tribüne. — „Ich hätte von einem Berichterstatter Anstand und Würde erwartet.“ Natürlich unterbricht ihn der donnernde Ruf zur Ordnung! „Nun“ fuhr er giftig heraus, „so will ich nur sagen, daß der vorige Redner mich karrikirt hat.“ Wer sich die unglückselige Persönlichkeit in diesem Augenblicke ansah, die Perücke nur noch zur Hälfte auf den Kopfe und den Mund bis in die Nachbarschaft der großen Ohren ausgedehnt: den mußte der Zweifel aufreizen, ob selbst die geschickteste Hand hier noch im Stande sei zu karrikiren. Neben seinen Gegnern in der Kammer und auf der Tribune aber hat der arme Oberappellationsgerichtsrath noch einen schlimmern Feind, vor dem er in beständigem Entsetzen schreibt: und das ist die Cholera morbus. Ueberall verfolgt ihn das drohende Schreckgespenst. Mag der Unglückliche die Redneruhne besteigen oder sein hohes Himmelbett — post equitem sedet atra cura: selbst an der Tafel verläßt sie ihn nicht. „Ob die Cholera auch wohl nach Berlin kommen wird?“ fragte er neulich bei Tische den Dr. Angelstein. — „Ganz gewiß!“ war dessen lakonische Antwort. Schlink legte das Messer hin und zupft die Perücke nach der rechten Seite. „Ob auch wohl Deputirte daran sterben werden“? — „Ganz gewiß.“ — Schlink läßt auch die Gabel fallen und zieht seine Kopfbedeckung links hin, dann wischt er sich den Angstschweiß von der Stirne. „Miele, Herr Doktor? sühnt er endlich noch mit sichtlicher Anstrengung hervor. — „Zwei Drittel bis Drei Viertel, erwiederte der maitiske Arzt. „Aber das schadet nichts, die Herren haben so Stellvertreter.“ Doch Schlink hat die letzte Blasphemie nicht mehr gehört; er ist zusammengesunken im Sessel, ohnmächtig und darhaarig.

Und so saß er eine Leiche
Vor dem Teller da —
Nach dem Braten noch das bleiche
Starre Antlitz sah.

Digitized by Google

spital am frankfurter Thore besonders eingerichtete Cholerahospital zur Aufnahme von Kranken eröffnet worden. An der Cholera waren bis gestern Mittag erkrankt 711, hinzugekommen sind bis heute Mittag 73, zusammen 784. Davon sind gestorben 484, genesen 95, und in ärztlicher Behandlung 205.

Wien, 8. September. Der vom Reichstage niedergesetzte Rekrutirungsausschuß hat seinen Antrag bereits überreicht. Folgende Modificationen der bestehenden Rekrutirungsvorschriften sollen Platz greifen: 1) die Exemtion des Adels hört auf; 2) die Dienstzeit währt vom 20. bis 25. Lebensjahre; 3) bei der Rekrutirung entscheidet das Loos; 4) ambulante Assentirungscommissionen sind zu errichten. — Der beabsichtigte Aufbringung des Soldaten-Gehaltsaufbringungsrestes werden von der Nationalbank im reichsständischen Finanzausschusse bedeutende Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Wesentlich wird nur die Soldausfuhr gestattet werden.

Wien, 9. September. Die ungarische Reichsdeputation ist vom Kaiser empfangen worden, hat jedoch eine abschlägige Antwort erhalten. Sogleich flecken die Ungarn schwarze und rothe Federn auf die Hüte, haranguiren die Leute und reißen ab. Erzherzog Stephan soll Pesth verlassen und sich nach Komorn begeben haben. (N. K.)

Wien, 8. September. Es ist so eben (1 Uhr) die telegraphische Depesche eingelaufen, daß die sardinische Flotte Venedig verlassen habe und die österreichische Flottille von Triest zur Blocade abgesegelt sei.

Triest, 6. September. In Fiume herrscht vollkommene Ruhe. Das ungarische Ministerium ließ den Banus in Kenntniß setzen, daß es die Draudrücke zerstören lassen werden. Jellachich antwortete, es möge thun was ihm beliebte. Von Carlstadt die Bürgerbrücken sind sämmtliche Fuhrwerke zum Transport der croatischen Freischärler und Sperzanen requirirt worden, und dem Vernehmen nach sollte am 2 der Angriff an verschiedenen Punkten erfolgen. — Essek und Bucovar sind ebenfalls ohne Schwertstreich von den Croaten besetzt worden. Die Stärke der dem Banus zu Gebot stehenden Gesammtarmee, mit Einschluß der Serben, wird auf mehr als 100,000 Mann (?) geschätzt.

Hannover, 8. Sept. Es wird hier mit Bestimmtheit versichert, daß unsere Truppen den Befehl erhalten haben, Schleswig-Holstein nicht zu verlassen. — Es herrscht fast in allen Kreisen große Freude über den Beschluß der Reichsversammlung gegen den Waffenstillstand. Auch der Abgeordnete der Hauptstadt, Wachsmuth, hat das Vertrauen seiner Wähler gerechtfertigt und wie fast alle hannoverschen Abgeordneten mit Dahlmann gestimmt. Am Hofe soll das Verfahren der preußischen Minister gegen Schleswig-Holstein unumwunden getadelt werden.

Hamburg, 10. September. Gestern sind mehre wegen Beleidigung des Königs verhaftete Soldaten vom preußischen Garderegiment Kaiser Alexander wieder vom Volk in Altona befreit worden. Sie hatten, gereizt dadurch, daß mehre Offiziere die schwarz-roth-goldene Cocarde abgerissen, den preußischen Adler mit Füßen getreten und erklärt, sie könnten die Schmach, daß ihr König solchen Schimpf durch den Waffenstillstand über Deutschland bringe, nicht dulden. Nachdem sie in Haft genommen, drängten zahlreiche Volksmassen gegen die altonaer Hauptwache, wo die Bürgergarde nicht lange zögerte, sie freizulassen.

Nachdem gestern auf amtlichem Wege vom Chef des Generalstabes des 10. Bundes-Armee-Corps dem Hamburger Senate die Mittheilung gemacht worden war, daß ein Theil dieses Corps dieselben der Elbe Standquartiere nehmen soll, ist dem Senate heute Morgen von derselben Behörde die Anzeige zugegangen, daß dieser Beschluß wieder zurückgenommen sei und die Truppen ohne Aufenthalt ihren Rückmarsch über die Elbe fortsetzen werden.

Kiel, 7. September. Der Graf Karl Moltke hat sich nach Hamburg begeben und von dort aus versucht, die in zweiter Reihe zu Regierungsmitgliedern designirten Männer zu gewinnen, aber auch diese haben den Antrag abgelehnt. Hoffentlich wird der Graf nun einsehen, daß seine Wirksamkeit für die Herzogthümer zu Ende ist, und keine weiteren Attentate gegen uns versuchen.

Kiel, 9. September. Gestern hat Hr. v. Below (welcher sich mit dem Kammerherrn v. Reedz in Schleswig befindet) an die HH. Oberappellationsgerichtsrath Preusser, Graf Reventlow zu Jersbeck, Baron v. Heintze und Landvogt Boysen die Aufforderung erlassen, die neue Regierung Schleswig-Holsteins mit der Befugniß zu bilden, sich selbst ein fünftes Mitglied als Präsidenten wählen zu können. Natürlich ist auch dieses Ansinnen abgelehnt, in Folge der Beschlüsse der Landesversammlung vom 4 Sept.

(D. A. Z.)

Italien.

In Pisa bildet sich ein Lager, gegen Livorno bestimmt ist, zu dem von der toskanischen Regierung alle disponiblen Truppen hingesandt werden und zu dem von allen Seiten des Großherzogthums die Guardia Civica hinströmt. Den Oberbefehl der Heeres gegen Livorno wird der Großherzog selbst übernehmen.

Frankreich.

* Paris, 9. September. Die Nationalversammlung hat gestern das Maximum von zwölf Arbeitsstunden mit großer Majorität angenommen.

Die Nachricht von der Annahme der englisch-französischen Vermittlung durch das Wiener Kabinet macht hier einen sehr günstigen Eindruck; — die Curse stiegen an der gestrigen Börse augenblicklich. Am 22. August hatte der Minister Wessenberg die erste ablehnende Antwort gegeben, am 27. traf diese hier ein, es wurde sogleich ein Ministerrath gehalten und am 28. ein Ultimatum nach Wien gesandt, welches die Vermittlung noch ein Mal und zwar auf der Basis der Unabhängigkeit der Lombardei andot, 24 Stunden Bedenkzeit zur Annahme oder Ablehnung stellte und erklärte, daß nach Ablauf dieser Frist Frankreich sogleich handeln würde. Am 3. Sept. Morgens traf dieses Ultimatum in Wien ein und ward von dem Geschäftsträger Delaeour sogleich dem Minister Wessenberg übergeben. Gleichzeitig war in Wien die Nachricht von dem Abschlusse des Waffenstillstandes in Malmoe eingetroffen, — man begriff sogleich die nothwendigen Folgen desselben, sah, daß man unter diesen Umständen auf Deutschland nicht mehr rechnen könne (?) und am 3. Morgens 10 Uhr nahm das österreichische Kabinet die Vermittlung auf der vorgeschlagenen Basis an. Es handelt sich jetzt für das französische und englische Kabinet darum, zu verhindern, daß die Annahme nicht bloß zum Mittel wird, um Zeit zu gewinnen und günstigere Ereignisse abzuwarten; zu diesem Zwecke sind neue Instruktionen nach Wien abgegangen und wir glauben mit Bestimmtheit vorhersagen zu können, daß noch vor Ablauf des Waffenstillstandes der Abschluß eines definitiven Arrangements zu erwarten steht.

Durch den Telegraphen ist der Befehl nach Marseille abgegangen die Einschiffung der Brigade Mellière vorläufig zu suspendiren. Die Alpen-Armee bleibt übrigens in ihren bisherigen Stellungen und der Dampfer Cocyte ist von Toulon mit Depeschen an die Escadre des Mittelmeeres abgegangen. Man hat hier die Nachricht erhalten, daß der König von Neapel seine Expedition gegen Sizilien am 30. August hat abgehen lassen. Acht Dampfer, mehrere Corvetten und Transportschiffe haben 12,000 Mann nach Reggio eingeschifft, 300 Mann werden noch an einem andern Punkte eingeschifft werden. Man ist sehr gespannt, welche Haltung England und Frankreich in dieser Angelegenheit annehmen werden.

Der Zwischenfall zwischen den Herren Baune und Turf ist durch eine Commission von Vertretern ausgeglichen worden. Hr. Turf hat seine Aussage vor der Untersuchungs-Commission zurückgenommen und erklärt, daß er sich in der Person geirrt habe. Der Rapport des Polizei-Präfekten über die letzten 10 Tage lautet sehr günstig, — die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter hat sich sehr vermindert, alle Ateliers sind, der einlaufenden Bestellungen halber, wieder in Thätigkeit und selbst die Luxus-Industrie lebt wieder auf. Der Direktor der Münze hat dem Präfekten folgende Uebersicht der Einnahmen für die Anschlagung des Controlle-Stempels auf neue Gold- oder Silberwaaren mitgetheilt. Das Erträgniß dieser Stempelgebühr betrug im April 9000 Frs., im Mai 11,000 Frs., im Juni 17,000 Frs. im Juli 19,000 Frs. im August 36,141 Frs. Die Fremden und die Bewohner der Provinzen strömen wieder nach Paris, in diesen 10 Tagen sind in Paris angekommen: 743 Fremde und 6381 Franzosen, dagegen sind nur 12301 Personen abgereist. — Von den Juni-Gefangenen sind bereits seit 26. Juli 2909 in Freiheit gesetzt worden. Diese 10 Tage boten ein einziges Attentat auf Personen und zwar eine leichte Verwundung, 20 Angriffe auf das Eigenthum und 9 Selbstmorde dar. Der Gesundheitszustand ist höchst befriedigend, die Einnahmen der Theater und Bälle haben vom 28. August bis 3. September 79,604 Frs. betragen.

Die Gesandten der Staaten Chili und Nicaragua haben den Minister Bastide ihre Beglaubigungsschreiben überreicht. Marquis Ridolfi, Gesandter des Großherzogs von Toskana in London, mit einer besonderen Mission bei der französischen Republik beauftragt, ist vom General Cavaignac empfangen worden.

Der Bankausweis der Bank von Frankreich ist in den letzten acht Tagen von 203 auf 213 Millionen gestiegen.

Digitized by Google

Cavaignac, Lamoricière, Marrast und Ducoux haben unter einander die Verabredung getroffen, den ganzen Betrag der Gehalte die sie beziehen zu Festen zu verwenden und die Minister und hohen Würdenträger zur Nachahmung aufzumuntern. Es liegt deßhalb auch heute schon der Nationalversammlung ein Vorschlag vor, den Gehalt des Präsidenten der Nationalversammlung von 4000 auf 10.000 Frß. zu erhöhen.

Im russischen Gesandschafts-Hôtel auf dem Vendôme-Platze herrscht eine außerordentliche Thätigkeit. Alle Appartements werden in Bereitschaft gesetzt um den Grafen Pahlen zu empfangen. Der Graf überbringt persönlich die Anerkennung der französischen Republik durch den Kaiser von Rußland.

Der Bien public des Hrn. Lamartine verwendet sich heute zu Hrn. v. Raumers Gunsten und glaubt, die französische Republik solle mit gutem Beispiele vorausgehen und die deutsche Centralgewalt vor allen andern Mächten anerkennen. Ein kleines Blatt bemerkt hinzu, daß dieses gewiß längst geschehen wäre, wenn man sich nicht in Frankfurt so feindlich (?) gegen Frankreich gezeigt und die von Lamartine so oft dargebotene Freundeshand zurückgewiesen hätte.

Herr von Cormenin (Timon) der ein beißendes Pamphlet über den neuen Verfassungs-Entwurf geschrieben hat, in dem er seine Collegen der Verfassungs-Commission scharf mitnimmt, ist von diesen gezwungen worden, augenblicklich seine Entlassung als Präsident der Verfassungs-Commission zu geben.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 9. September. Vorsitzender: Vice-Präsident Lacrosse. Die Sitzung beginnt um 1¼ Uhr. General Baraguay d'Hilliers beschwert sich, daß der Gesetzesentwurf über die Suppression der Journale nicht, wie es gestern der Fall war, heute der erste auf der Tagesordnung stehe, — statt dessen habe man die Gehaltsverrechnung für den Präsidenten obenan gesetzt, — diese aber könne warten, jede die Preßfreiheit betreffende Frage sey viel wichtiger. Mehrere ähnliche Reklamationen fur andere Gesetzvorschläge werden angebracht und eine lange und verwirrte Discussion erhebt sich theils über die Tagesordnung, theils über den Verbalprozeß der gestrigen Sitzung. Endlich wird zu den Petitions-Berichten übergegangen. Hierauf folgt die Fortsetzung der Discussion über die Arbeitsstunden. Es handelt sich um ein Amendement Bass und Jeandeau, welches nun, nachdem ein Maximum von 12 Stunden festgesetzt ist, verlangt, daß für gewisse Departements und gewisse Incitentien die Anzahl der Arbeitsstunden so festgesetzt bleibe, wie sie vor der Februar-Revolution bestand, ohne jedoch das Maximum überschreiten zu dürfen. So z. B. arbeiten alle Handwerker des Baues (in Paris allein 150,000) nur 10 Stunden täglich, die Feldarbeiter um Paris nur 11 Stunden im Sommer, 10 Stunden im Winter. Dieses Amendement wird von vielen Rednern als ein (ungebührlicher) Widerspruch mit dem Maximum bekämpft, von der Regierung aber durch den Handelsminister unterstützt. Die Discussion über dieses Amendement mit großer Heftigkeit geführt, dauert über anderthalb Stunden, — Aiken zeigt bei dieser Gelegenheit an, daß mehrere Patrone in deren Werkstätten die Arbeitszeit seit undenklichen Zeiten nur 10 Stunden betrug, das gestrige Votum der Versammlung zum Vorwande nahmen und heute schon von den Arbeitern 12 Stunden Arbeit verlangen. Endlich wird um 3¼ Uhr zur Abstimmung geschritten und das Amendement, welches die vor der Februar-Revolution bestandenen Gebräuche und Conventionen über eine geringere Arbeitszeit als 12 Stunden sanktionirt, angenommen. Der nächstfolgende Artikel bestimmt, daß alle Arbeitszeit über die 12 Stunden besonders gezahlt werden muß, — hiezu wird ein Amendement vorgeschlagen, wonach auch jede Verwehrung der durch partielle Gebräuche festgestellten Arbeitszeit von weniger als 12 Stunden extra bezahlt werden soll. Bei Postschluß entspinnt sich hierüber eine lange Debatte, doch wird das Dekret jedenfalls noch heute angenommen werden.

Zeitungsleser" (Fenner v. Fennberg). 16½ Bogen stark. Broschirt. Preis 48 kr. oder 16 Ngr.

Die Zeitungspresse dem Volke verständlich, für zum Gemeingut für Alle zu machen, ist der Zweck des vorliegenden Werkchens, welches alle politischen Begriffe und Zeit-Ideen erörtert, die politischen Fremdwörter und Parteinamen, so wie die im Rechtsleben gangbarsten Ausdrücke faßlich erklärt. — Bei dem gegenwärtigen Umschwung der Zeit, wo jeder zur thätigen Theilnahme am öffentlichen Leben und dem Gemeinwohl berufen ist, hieret dies Werk einen trefflichen und unentbehrlichen Rathgeber für jeden Zeitungsleser — und wer ist dies gegenwärtig nicht? — Den Preis dieses inhaltreichen, gemeinnützigen, fast unentbehrlichen Werkchens haben wir auf großen Absatz berechnet und demnach so billig gestellt.

Bei Lampart & Comp. in Augsburg ist so eben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Entwurf
einer
Allgemeinen Handwerker- und Gewerbe-Ordnung
für Deutschland.

Der deutschen National-Versammlung zur Grundlage für ein allgemeines

deutsches Gewerbe-Gesetz,

übergeben

von dem in Frankfurt vom 15. Juli bis 15. August 1848 versammelten

deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congreß.

gr. 8. broschirt 6 kr. oder 2 Ngr.

Während Deutschlands Intelligenz in der Paulskirche zu Frankfurt beschäftigt ist, die politischen Fragen des Vaterlandes, zu Europa's zu lösen, sehen wir seit 5 Wochen eine Anzahl **Handwerker** auf dem ehrwürdigen Romer, in derselben Stadt, die viel schwierigere **sociale Frage** beraten; — eine Erscheinung, wie sie die deutsche Geschichte nicht aufzuweisen hat. — Die von dem deutschen Handwerker-Congreß berathene und fast **einstimmig** beschlossene **deutsche Gewerbe-Ordnung** ist ein schlagender Beweis von der Kraft und Einsicht des zum Bewußtseyn gelangten deutschen Volkes, und so schlicht und einfach der Handwerker seine Wünsche und Anträge in dem Entwurfe einer deutschen Gewerbe-Ordnung ausgesprochen hat, so überzeugend sind sie für den unbefangenen Beurtheiler, und dürfte ihnen daher auch die erwartete Berücksichtigung bei der deutschen Gewerbs-Gesetzgebung nicht entgehen.

Handels-Lehr-Institut.

Am 2. October d. Js. beginnt in meinem von hoher K. Regierung autorisirten Institute wieder ein frischer Lehrkurs. Lehrgegenstände sind: Kalligraphie; kaufm. Arithmetik in Verbindung mit Münz-Maß- und Gewichtskunde aller Länder; Wechsel- und Handelslehre; Korrespondenz; einfache und doppelte Buchhaltung, und Anleitung zu den übrigen Comptoirarbeiten; Handelsgeographie; deutsche, franz. und engl. Sprache.

Aufnahmsfähige sind Jünglinge in 13. Jahre, die sich über früher genossenen Unterricht und ihre Sittlichkeit ausweisen können. Anmeldungen zur Aufnahme neuer Schüler bitte ich gefälligst vor den Beginn des Kurses zu machen. Nähere Auskunft ertheile ich gern mündlich und auf portofreie Briefe schriftlich.

Bayreuth, 12. September 1848.

M. A. Mayer,
Sprach- und Handlungslehrer.

Zur Belehrung des Herrn Hoffmann in Kirchenlamitz (Nro. 247. d. Bl.) diene, daß das Adjectivum von Nehr nicht „närrisch", sondern „nehrisch" heißt.

Selb, den 5. September 1848.

Ein Sprachforscher.

Am 14. d. Mts. ist Gartenmuſik vom k. 13. Infanterie-Regimente, wozu ergebenst einladet

Wirth Weber in der Altenstadt.

Am nächsten Sonntag den 17. d. Mts. ist Kirchweih in Neunkirchen, wozu ergebenst einladet

Maisel, Gastwirth.

Vorzügliches Faßpech bei

Wilhelm Höflich.

Anzeigen.

Im Verlage von Lampart & Comp. in Augsburg ist so eben erschienen und zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth:

Der unterrichtete Zeitungsleser. Sammlung und Erklärung aller in den politischen Zeitungen vorkommenden Fremdwörter, Parteinamen u. s. w. Herausgegeben vom Verfasser des „Handbuchs für

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 257. 15. September 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 12. September. Die Nationalversammlung hat heute die §§. 16 und 17 der Grundrechte angenommen. Nach denselben soll Niemand zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Die Eidesformel ist für alle Konfessionen gleich. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß. Die Standesbücher (Civilstandsregister) werden von den bürgerlichen Behörden geführt. Die Ultramontanen versuchten die Bestimmung, daß die kirchliche Trauung erst nach der bürgerlichen Statt finden dürfe, zu bekämpfen, sie trösteten aber wieder einst förmliche Niederlage, welche besonders dem energischen Auftreten des Professor Mittermaier zu danken ist. Ein katholischer Bischof (Gerig von Ermeland in Westpreußen) protestirte gegen die Aufordnung des Cölibats, von dem aber gar nicht die Rede war. Es war zwar ein Antrag gestellt, daß einem ausgetretenen katholischen Geistlichen die Eingehung einer Civilehe von Staatswegen nicht verwehrt seyn solle; allein dieß wurde als überflüssig verworfen. Mittermaier wieß auch auf die Vortheile hin, welche die Civilehe zwischen Christen und Juden für die Verschmelzung der beiden Konfessionen haben werden. — Die linke Seite hat heute wieder vergebens versucht, den Antrag auf Absendung einer Deputation an den Reichsverweser um Beschleunigung der Ministerkrisis durchzusetzen. Die Kommission, welche den Waffenstillstand zu prüfen hatte, hat sich in 2 Fraktionen getheilt. Die Majorität von 12 Stimmen trägt auf Verwerfung des Waffenstillstands an, weil derselbe die Rechte Schleswig-Holsteins verletze und die preußische Regierung ihre Vollmacht überschritten habe. Die Vorbereitungen zum Krieg sollen wieder aufgenommen werden, wenn nicht Dänemark unverzüglich sich zu Friedensunterhandlungen direkt mit der Centralgewalt entschließt. Die Minorität von 10 Stimmen will den Waffenstillstand annehmen, weil Dänemark in einer Note vom 9. September auf den Grafen Molike verzichtet und sich zu Konzessionen für die Herzogthümer bereit erklärt hat. Zugleich beantragt die Minorität, daß über das Verhalten Preußens gegen die Centralgewalt eine besondere Prüfung Statt finde. Die Diskussion über beide Berichte findet übermorgen Statt. Der Minoritätsantrag will daß 1) das der Waffenstillstand nicht weiter beanstandet, 2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich eröffnet werden, 3) daß über das Verfahren der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber dem Ausschuß berichtet werde.

Frankfurt, 11. September. *Ausführlicher Bericht über die 75. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.* — Nach Eröffnung der Berathung über den Antrag von Bassermann und Consorten nahm zuerst Bassermann das Wort. Seit der Berathung der Grundrechte sey das Vertrauen zur Nationalversammlung nicht gewachsen. Dieß liege theils in der natürlichen Ungeduld des Volkes, den worttrichen Diskussionen gegenüber, theils in der Beschaffenheit der Beschlüsse, wie z. B. jener über Gewerbfreiheit und Umzugsrecht, die theilweise aber auch Unzufriedenheit erregen müßten. Bei künftigen Beschlüssen werde dieß ebenso der Fall seyn, namentlich bei jenen über die Centralgewalt. Es habe sich bereits gezeigt bei dem ersten Aufgehen in Deutschland, bei Gelegenheit der Huldigung vom 6. August. Auch die Stellung zu Oestreich sey noch nicht klar. Je länger das Provisorium dauere, desto schwieriger werde das Definitivum. Vom 2. Juli bis 3. September seyen von den 48 §§. der Grundrechte 14 berathen worden. Zur Berathung der übrigen §§., dann der Verfassungsbestimmungen über die Befugnisse der Centralgewalt, das Reichsgericht, Oberhaus und Staatenhaus, des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit, Preß- und Heimathsgesetzes, der Wehrverfassung, Zoll- und Handelssachen, wahrlich im günstigsten Falle noch 17½ Monate erforderlich seyn. Bis dahin könnten mancherlei nachtheilige Einflüsse auf die Berathungen einwirken. Der Drang nach Ordnung, Sicherheit, Wiederbelebung des Handels und der Industrie könnte in eine Erschlaffung umschlagen, und diese von dem Partikularismus ausgebeutet werden; dazu komme die unsichere Stellung der Centralgewalt, die geographische Lage Deutschlands u. s. w. Die Krisis werde nur brenzlicher seyn, wenn die Verfassung zu Stande gekommen sey. Gegen das Ausland werde man kräftig dastehen; Fragen, wie die limburgische, schleswig'sche ꝛc. würden leichter gelöst; an der Donau und in Siebenbürgen könne Deutschland durch eine friedliche Handelspolitik seine Interessen sicher stellen. Bisher habe die Nationalversammlung einem Manne zugleich, der sein Haus anbliese, ehe das Dach fertig sey. Wenn sein Vorschlag angenommen werde, dann werde sie schleuniger zum Ziele kommen. Sie müßte aber Alles, was sich in die Berathungen über die Verfassung hineindrängen wolle, abweisen, die Regierung nicht in dieses Haus hineinziehen und die Interpellationen vermeiden. M. Mohl beantragt für den Antrag von Bassermann und Consorten und den ebenfalls verlesenen von Schoder die Zuweisung an den Verfassungsausschuß. Die Energie bestehe nicht darin, Berathungen über das Knie abzubrechen, sondern darin, daß man die Rechte, Ehre und Würde des deutschen Volkes wahre, wozu bei der schleswig-holsteinischen Frage Gelegenheit gegeben sey. Die Berathung wird von der Versammlung für dringlich erklärt und sofort eröffnet. Schoder erinnert daran, daß früher von der linken Seite Anträge auf Abkürzung der Debatten gestellt, von der andern Seite aber deren Nothwendigkeit verkannt worden sey. Der Bassermann'sche Antrag aber würde der Majorität eine Gewalt in die Hände geben, die der Minorität schädlich werden könnte. Die Majorität werde eine Discussion zulassen, wenn sie sie für ihre Sache nützlich erachte, und sie verhindern, wenn sie sie nicht für nützlich erachte. Auf den Takt und das Billigkeitsgefühl der Majorität dürfe man sich in dieser Hinsicht nicht verlassen; bei der neulichen Ergänzungswahl des Verfassungsausschusses sey unter den 15 Vorgeschlagenen keiner den drei Fractionen der linken Seite entnommen worden. Der Vorschlag Bassermanns erriche auch nicht, was er erreichen solle. Die Grundrechte würden noch lange in der Registratur liegen, während ihre Verkündigung nothwendig sey, theils zum Schutze gegen Reaction, theils als Richtschnur für die Gesetzgebung der einzelnen Regierungen. Die wesentliche Bestimmungen der Grundrechte seyen jene über Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichstellung der Culte, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, Preßfreiheit, Briefgeheimniß. Zu diesen solle man noch die Bestimmungen über Versammlungs- und Vereinsrecht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengericht und Befreiung von Grund und Boden fügen, dann habe die Nationalversammlung etwas für das deutsche Volk gethan, und das werde gut sein Angedenken der bevorstehenden Verwickungen; es werde das Vertrauen stärken und ihr in ganz Deutschland Unterstützung verschaffen. Die Vorlage des volkswirthschaftlichen Ausschusses könnten gleichwohl berathen werden, auch Interpellationen stattfinden. Wenn diese nicht wären, dann könnten Waffenstillstände à la Mainz abgeschlossen werden. Er beantragt, daß die Nationalversammlung 1) sogleich auf die Berathung der Bestimmungen über Versammlungs- und Vereinsrecht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, mit Geschwornengerichten, und Befreiung von Grund und Boden eingehe, die Beschlüsse hierüber sowie über Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Preßfreiheit, Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, Briefgeheimniß vom Verfassungsausschusse zusammengestellt, das Ergebniß aber mit den in Folge der zweiten Berathung und Abstimmung etwa erforderlichen Modifikationen sogleich als Gesetz berathen werde; 2) daß sofort zur Berathung der Verfassung und der vorliegenden volkswirthschaftlichen Ausschussfrei übergegangen, 3) diejenigen im Entwurf der Grundrechte aufgeführten Bestimmungen aber, welche in das nach Ziffer 1) zuerlassende Gesetz nicht aufgenommen werden, späterer Berathung vorbehalten bleiben. v. Wincke erblickt in dem Bassermann'schen Antrag eine Art Terrorismus eine Uebertragung des Mandats der Versammlung an einen Ausschuß von 30 Mitgliedern. In Beziehung auf Schoder's Antrag erklärt er sich gegen das Herausreißen einzelner Bestimmungen der Grund-

Digitized by Google

rechte. Vor Allem möchten die formellen Befugnisse der Centralgewalt und der gesetzgebenden Körper in Deutschland unter Verfassung der Grund-Rechte berathen werden. Dann würden Ereignisse, wie die der letzten Zeit, nicht eintreten, die Gesandten der Central-Gewalt nicht zurückgewiesen werden, Deutschland als europäische Macht geachtet seyn, die österreichische Regierung nicht mehr die Befugniß der Nationalversammlung in Zweifel stellen. Ueber einen Antrag auf Vertagung der Debatte bis Freitag wird abgestimmt und bei Stimmengleichheit (211 gegen 211) die Berathung fortgesetzt. v. Soiron: Der Verfassungsausschuß könne das wichtige Capitel, jenes, über die Befugniße der Centralgewalt, binnen acht Tagen vorlegen; jene über das Reichsgericht, das Unterhaus und das Staatenhaus seyen von der Untercommission vollständig vorbereitet. Vogt citirt Bassermann's Rede über die Interpellationen, wie dieser selbst gegen Annahme in Bausch und Bogen gesprochen und der Verf.-Commissionen empfohlen habe, mit gehörigem Zeitaufwand, Muße und Gründlichkeit zu berathen. Damals freilich sey die Bildung des Ministeriums nahe gewesen, und da habe man gewünscht, daß die Nationalversammlung die Grundrechte mit Muße und Gründlichkeit berathe und das Ministerium schalten lasse. Man wolle über die Rechte des Volkes schnell hinweggehen, um desto schneller zu den Rechten der Regierungen zu gelangen. Das Volk erwartete mit Ungeduld, daß ihm etwas geboten werde. Die Grundrechte seyen noch nirgends in Blut und Leben übergegangen. Preßfreiheit, Vereinsrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit re. existiren noch nirgends gesetzlich, darum müsse man sie gesetzlich geben. Nicht die Bestimmungen über die Centralgewalt seyen Schuld, daß sie keine Festigkeit habe, sondern die Art, wie sie gehandhabt würden. Wenn man gegen die gelinden Anordnungen der provisorischen Centralgewalt rebellire, wie werde es mit den zehnmal fürchterlichern Befugnissen des Definitivums gehen? Das Definitivum verlange man von einer gereizten Seite zu schnell, um es für sich zu behalten. Schaffrath widerspricht Bassermann's Angabe, daß man von der linken Seite die Zustimmung der sächsischen Kammer für die Errichtung der Centralgewalt vorbehalten habe. Es sey damals von der andern Seite das Einverständniß mit den Regierungen zur Bedingung gemacht worden; die Linke habe darauf hingewiesen, daß man alsdann auch den Kammern die Zustimmung einräumen müßte und daß dieß gefährlich wäre. Die Linke, die damals die Volkssouveränetät gewollt, finde jetzt von allen Seiten Anerkennung; es werde auch mit andern ihrer Ansichten so gehen. Man sage, das Vertrauen zur Nationalversammlung sey nicht gewachsen. Die Majorität sey aber bei der rechten, nicht bei der linken Seite gewesen; jene habe es folglich zu verantworten, wenn das Vertrauen gesunken sey. Nachdem noch Bassermann und Schoder ihre Anträge vertheidigt hatten, erfolgte die Abstimmung, welche (wie bereits gemeldet) die Annahme der ersten Abtheilung des Schoder'schen und des Schneer'schen und die Verwerfung des Bassermann'schen Antrags ergab. Simon von Trier stellt folgenden Antrag: „Die deutsche Nationalversammlung in Erwägung, daß die Versammlung der preußischen Nationalvertreter in Berlin durch die standhafte Aufrechthaltung des von ihr vom 9. August aus Veranlassung der Schwerinigen Vorfälle gefaßten Beschlusses dahin, daß das gesammte Offizierkorps der preußischen Armee aufgefordert werde, sich von allen reaktionären Bestrebungen fern zu halten, alle Conflikte mit den Bürgern zu vermeiden, und mit den letzteren vereinigt zu streben für Einheit und Ordnung des Landes; daß ferner jene Offiziere, deren Gesinnungen mit der jetzigen Staatsform nicht übereinstimmen, ihren Abschied nehmen möchten; — sich um das Wohl und die Sicherheit von 16 Millionen deutscher Brüder in Preußen, so wie um das ganze Vaterland wohl verdient gemacht hat; daß dieser Beschluß geeignet erscheint, das freudige Einverständniß der deutschen Nationalversammlung hervorzurufen, wodurch insbesondere den obwaltenden Mißverständnissen über die Nichtanerkennung „edler deutscher Volksstämme" am Besten und Leichtesten begegnet werden würde — spricht die Versammlung der preußischen Volksvertreter zu Berlin für die standhafte Aufrechthaltung des Beschlusses vom 9. August d. J. in der Sitzung vom 7. September d. J. ihre freudige Anerkennung aus. L. Simon von Trier, v. Trützschler, Schlöffel." Die Frage des Präsidenten, ob der Antrag für dringlich erklärt und zur sofortigen Berathung zugelassen werde, wird durch Stimmenmehrheit verneint. Hierauf schreitet die Versammlung zur Abstimmung über §. 14 der Grundrechte. Nachdem die Reihenfolge der Fragen (30 an der Zahl) besprochen und festgestellt worden, wird zuerst über das erste Minoritätsgutachten: „Die bestehenden und die neu zu bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig," namentlich abgestimmt und dasselbe mit 357 gegen 99 Stimmen verworfen; eben so Anträge von Zacharia („Die bestehenden und neu sich bildenden Religionsgesellschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig und unabhängig von der Staatsgewalt") und von Salzwedel („die bestehenden und neu sich bildenden Religionsgesellschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig") und das zweite Minoritäts-Gutachten (die bestehenden und die neu sich bildenden Religions-Gesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre innern Angelegenheiten selbstständig"). Dagegen wurde der Antrag von Kuenzer und Genossen („jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt, aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den Staatsgesetzen unterworfen") angenommen. Der zweite Antrag des Verfassungs-Ausschusses (neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht) wurde angenommen; das vierte Minoritäts-Gutachten: keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche, angenommen. Der Antrag von Osterrath, Umbscheiden und Genossen (den Pfarrer und Kirchenvorsteher der Gemeinden werden von diesen gewählt und ernannt, ohne daß es hierzu der Bestätigung von Seiten des Staates bedarf) bei namentlicher Abstimmung mit 320 gegen 134 Stimmen verworfen; jener von Nagel, 3. Absatz (die Bekanntmachung kirchlicher Erlasse ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen) verworfen, und endlich der Antrag Bischer's von Tübingen (ein entsprechender Theil des Kirchenguts wird ausgeschieden für die Zwecke der Schul- und Wohlthätigkeits-Anstalten) zurückgenommen.

Frankfurt am Mayn, 12. September. (Dienstesnachrichten.) Auf die erledigte Friedensrichterstelle in Kusel ist der Friedensrichter Herche zu Pirmasens versetzt, dem Appellationsgerichte von Oberfranken wegen seiner dermaligen Geschäftsüberhäufung ein Assessor außer dem Status beigegeben und auf diese Stelle der Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg Lamprecht versetzt, und zum Assessor außer dem Status bei dem k. Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg der Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse zu Straubing Gutschneider befördert worden.

Berlin, 11. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erschienen wider alle Erwartung sämmtliche Minister und ließen sich auf ihren gewohnten Plätzen nieder. Die Versammlung leitete der Vicepräsident Kosch. Nachdem das Protokoll verlesen, erhob sich der Ministerpräsident v. Auerswald zu folgender Erklärung, die mit außerordentlicher Spannung angehört wurde: Das Ministerium hat in Vereinigung der Verhandlungen dieser Versammlung vom 7. d. M. keinen Augenblick gezögert, bei des Königs Maj. seine Entlassung nachzusuchen, und dieselbe demnächst wie folgt begründet: „Ew. kgl. Maj. haben wir bereits die ehrerbietige Bitte um Enthebung von den uns anvertrauten Aemtern vorgetragen. Indem wir diese Gesuche hiermit ehrfurchtsvoll wiederholen, erlauben wir uns, zur Begründung desselben Folgendes anzuführen: Unserer Ansicht nach muß das von uns vertretene und in der Sitzung der Nationalversammlung vom 7. d. M. vertheidigte Princip: daß derselben die Fortsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Wir glauben aber aus dem in jener Sitzung gefaßten Beschlusse der Nationalversammlung einen Mangel an Vertrauen zu unsern Personen folgern zu müssen, welcher es uns in hohem Grade schwierig machen würde, jenes Princip aufrecht zu halten. Aus diesem Grunde bitten wir Ew. kgl. Maj. ehrfurchtsvoll, uns die nachgesuchte Dienstentlassung allergnädigst ertheilen zu wollen. Berlin, 9. September 1848. Die Staatsminister, v. Auerswald, Hansemann, Frhr. v. Schreckenstein, Milde, Märcker, Gierke, Kühlwetter." Es haben des Königs Maj. darauf erklärt: „Ich bin mit der in Ihrem Berichte vom 9. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß ohne Aufrechthaltung des darin aufgestellten Princips die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Gleichwohl werde ich Ihnen aus dem Ihnen angeführten Grunde die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilen. Bis zur Bildung eines neuen habe Ihnen ferner mitzuwirken, daß der Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung, Hr. v. Beckerath, zu Sr. Maj. berufen worden; hiernächst ersuche ich die hohe Versammlung, ihre Sitzungen auf eine angemessene Zeit aussetzen zu wollen. — Die Minister entfernten sich hierauf sämmtlich in schweigender Reihe aus dem Saale.

Digitized by Google

Nach längerer Debatte wird endlich der Antrag des Abg. Duncker angenommen, die nächste Sitzung auf Donnerstag (14. September) festzustellen, und somit über die Vertagungsfrage heute noch nicht zu beschließen.

Hr. v. Beckerath wird noch heute in Berlin erwartet. Aus welchen Elementen und Persönlichkeiten er das neue Cabinet bilden wird, darüber hat jetzt die Combinationslust den weitesten Spielraum. Bei weitem schwieriger wird sich aber die Frage lösen, an welcher das Beckerath'sche Ministerium sofort seine Existenz, und seine Lebensfähigkeit zu erproben haben wird, nämlich den verhängnißvollen Beschluß der Nationalversammlung vom 7. September zu aufzunehmen, daß ein weiterer Bruch mit der Versammlung vermieden und zugleich dem constitutionellen Princip Rechnung getragen wird, welches, auch nach der Ansicht des Königs, durch jenen Beschluß verletzt worden ist. Auf der Tribune der Nationalversammlung sah man heute auch Hrn. Meyissen, der gestern aus Frankfurt hier eintraf und dazu bestimmt scheint, in dem künftigen Cabinet einen Platz einzunehmen.

Der bisherige Justizminister Märcker geht als Chefpräsident nach Halberstadt.

Die National-Zeitung schreibt aus Berlin: Nach hier eingegangenen Privatnachrichten aus Mecklenburg-Strelitz sollen sich am 7. September die Bewohner von Alt-Strelitz und die Bauern auf der Umgegend, unzufrieden mit dem die Aeltigen begünstigenden Wahlgesetz, mit Knütteln bewaffnet nach Neu-Strelitz begeben haben, um vom Großherzog eine Abänderung des Wahlgesetzes und die Entlassung der Minister und Räthe zu verlangen. Der von ihnen abgesendeten Deputation wurde zwar der Entscheid, daß eine so wichtige Angelegenheit einer längern Berathung bedürfe, die Volksmenge begnügte sich jedoch damit nicht, zwang die Bürgerwehr, sich zurückzuziehen, und setzte ihre Forderungen durch. Der Großherzog versprach Abänderung des Wahlgesetzes.

Mainz, 11. September. Soeben erfahren wir, daß der Bürgermeister nebst einer Deputation des Gemeinderaths nach Frankfurt sich begeben hat, um dort der Centralgewalt Kenntniß von dem Zustande unserer Stadt zu geben und Abhülfe zu verlangen. Wir zweifeln nicht (bemerkt hierzu die Mainzer Zeitung) das namentlich die letzten Ereignisse, daß die Kenntniß der Menschenjagd, die mit einem Morde endete, an dessen Möglichkeit man mitten in einem civilisirten Lande nicht hätte glauben können, wäre nicht Tausend Zeugen dieser grausamen That gewesen, die Centralgewalt bestimmen werden, Maßregeln zu ergreifen, welche die Bevölkerung von Mainz zu erwarten das Recht hat.

Konstanz, 9. September. Heute wurde der erste von den sieben Preßprozessen gegen den Redakteur der Seeblätter (Fickler) vom hiesigen Hofgerichte verhandelt. Die Klage betraf ein Protest gegen die Aufhebung der demokratischen Vereine, und der Antrag des Staatsanwalts lautet auf 4 Monate Gefängnißstrafe. Der Staatsanwalt wurde mit seiner Klage zurückgewiesen und in die Kosten verfällt. — Nächsten Montag kommt der zweite Prozeß gegen den Redakteur zur Verhandlung; der Antrag des Staatsanwalts lautet auf 6monatliche Arbeitsstrafe.

Aus Triest kommen der Allgemeinen Zeitung Briefe vom 8. zu. Albini hatte sein Ehrenwort gegeben noch am 7. mit den bereits eingeschifften piemontesischen Truppen das Gewässer von Venedig zu verlassen. Aber am folgenden Tag lag er noch ruhig vor Anker. Aus Triest kommen immer häufigere Klagen und Anklagen daß die österreichische Flottille gegenüber den feindlichen Schiffen gar nichts thue! Wie anders hatten sich einst die kleinen griechischen Brander gegen die mächtigen Geschwader der Pforte benommen. (A. Z.)

Italien.

Nach den neuesten Nachrichten, die italienische Blätter über die „verwickelten und dunkeln" Begebenheiten in Livorno mittheilen, war es in der Stadt am 6. September vollkommen ruhig, in den Tagen vom 2. bis 6. waren Dinge vorgegangen deren Bedeutung noch nicht ganz klar ist. Ein Marseiller Dampfboot hatte (vor längerer Zeit) nach Livorno Polen gebracht, die für die italienische Freiheit kämpfen wollten; mit den Polen war General Torres gekommen, von Geburt wie es heißt ein Piemontese. General Torres hatte mit der in Livorno eingesetzten provisorischen Regierung Händel bekommen, und am 4. wie es scheint mit Hülfe des Livorneser Volks diese provisorische Regierung gesprengt oder doch ihres Ansehens beraubt. Ueber die Rolle welche hierbei die Polen spielten, herrscht Zwiespalt in den Nachrichten. Noch am 4. ferner hatte Torres mit dem Befehlshaber der Linientruppen im Fort Porta Murata einen Vertrag geschlossen, kraft dessen die im Fort liegenden Truppen bis auf ungefähr 100 das Fort räumten und sich in ihre Casernen in der Stadt begaben, während gleichzeitig 100 Livorneser Nationalgarden und 100 polnische Flüchtlinge, „die heute die Guidencompagnie des Generals Torres bilden" in die Festung einzogen. Am 5. war der bekannte Republikaner Guerazzi in Livorno erschienen, Torres hatte, wie es scheint, sein Ansehen wieder eingebüßt; von den Polen hatten mindestens eine große Anzahl sich gegen eine Betheiligung an den Livorneser Angelegenheiten erklärt. Der Großherzog von Toscana hat am 3. September einen Aufruf erlassen: in Livorno sey ein gräßliches Unglück geschehen, von dem man die nähern Umstände nur erst schlecht kenne; man wisse bisjetzt blos soviel daß ein Kampf entstanden sey und die Anarchie herrsche. Eine Machination, die Toscana zum Mittelpunkt eines italienischen Umsturzes machen wolle, setze mit den Einrichtungen der toscanischen Bürger ihre Ruhe die Ordnung in Gefahr. Der Großherzog habe darauf daß die Nationalgarde von ganz Toscana sich um ihn sammle, und rasch zur gemeinsammen Vertheidigung herbeieile.

Briefe aus Turin wollen mit Sicherheit den Friedensabschluß zwischen Sardinien und Oesterreich wissen, und bestimmen die von Sardinien zu zahlenden Kriegskosten auf fünf Millionen. Auch soll Sardinien ein Schutz- und Trutzbündniß gegen eine allenfallsige bewaffnete französische Intervention abgeschlossen haben.

Aus Neapel vom 31. August wird die am Abend zuvor erfolgte Einschiffung der schweizerischen Truppen nach Sicilien berichtet. Man versprach sich in Neapel unschweren Sieg über die Anarchie, die in Sicilien mehr und mehr um sich griff.

Königreich der Niederlande.

Aus dem Haag, 8. September. Der gestern hier angelangte außerordentliche Gesandte des Reichsverwesers Hr. Liebe ist heute vom König in besonderer Audienz empfangen worden.

Frankreich.

* Paris, 10. September. Baron Könneritz ist gestern vom Minister Bastide dem General Cavaignac vorgestellt worden und hat demselben das Schreiben überreicht, wodurch er als Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Sachsen bei der französischen Republik beglaubigt wird.

Die Unruhen in Arros und in andern Lokalitäten des Departements der untern Pyrenäen sind glücklich ohne Blutvergießen beigelegt worden. Die Bevölkerung hat sich noch vor Ankunft der Truppen unterworfen und die dieher verweigerte Zusatzsteuer von 45 Prozent bezahlt.

Das Gesetz über die Arbeitsstunden ist gestern endlich votirt worden. Ein Amendement des Abbé Sibour wodurch sein Patron seine Arbeiter anhalten könnte, Sonntags zu arbeiten, ward mit ungeheurer Majorität verworfen.

Die Kriegerüstungen dauern noch immer fort, die Artillerie-Direktion in Metz hat den Befehl erhalten acht neue Feldbatterien auszurüsten und nach Besançon abgehen zu lassen. Die in Marseille zur Einschiffung nach Italien bestimmte Brigade bleibt auf dem Kriegsfuße und muß stets binnen 24 Stunden marschfertig seyn.

Lord Normanby hat vorgestern und gestern lange Conferenzen mit den Minister Bastide gehabt. Gestern Mittag ging ein Attaché des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit Depeschen für den französischen Geschäftsträger Delacour nach Wien ab. Da die Vermittlung auf die Basis der Unabhängigkeit der Lombardei von Oesterreich angenommen worden ist, so fordern die vermittelnden Mächte vor Allem die Räumung der Lombardei durch die österreichischen Truppen und die vollständige Erhaltung des Status quo was Venedig betrifft. Sollte diese erste Bedingung nicht sogleich ausgeführt werden, so ziehen Frankreich und England ihre Vermittlungsanerbieten zurück. Die italienische Frage muß sich also jetzt rasch entscheiden.

Man schreibt der Kölner Zeitung aus Paris: Ist auch Hr. v. Raumer bis jetzt nur „offiziesfremder" vom General Cavaignac empfangen worden, so hat man durchaus Unrecht, daraus auf üble Dispositionen der Republik gegen Deutschland, auf Rückkehr zu Louis Philippe'scher, Richilieu'scher Politik zu schließen; vielmehr liegt der Grund dieser Vorsichtigkeit in gewissen, große Rücksicht verdienenden Schwierigkeiten, von denen wir versichern können, daß sie zur Stunde bereits beseitigt sind, und eben so glauben wir Ihnen melden zu dürfen, daß die offizielle Anerkennung der deutschen Centralgewalt von Seiten der französischen Republik außer aller Frage und in nächster Aussicht steht.

Großbritannien.

London, 9. September. Ritter Bunsen gab dieser Tage zu Ehren des Baron Andrian ein Fest, dem Lord Palmerston und die hiesigen Vertreter der deutschen Regierungen beiwohnten.

Amerika.

Einem pariser Blatte wird aus New-Orleans gemeldet, daß 200 Personen, die sich nach Amerika begaben, um dort das

Digitized by Google

System Cabet's, den Communismus, praktisch durchzuführen, an den Ufern des rothen Flusses sich niedergelassen hatten; es entstanden jedoch schnell Zwistigkeiten unter ihnen, sie schlugen sich mörderisch und brachten sich fast bis auf den letzten Mann um.

Lokales und Provinzielles.

Kunst-Notiz.

Ueber die Leistungen des Mr. Chapman, der heute auf hiesigem Stadttheater sich produzirt, spricht sich eine „Leipziger Zeitschrift" folgendermassen aus: „Die Vorstellung des Hrn. Chapman nennen wir unbedingt eine vorzügliche. Die Anforderungen, welche man immer an die höhere Gymnastik und an die Balancirkunst stellen kann sind hier auf eine Höhe getrieben, daß ein darüber hinaus fast unmöglich erscheint und man im eigentlichen Sinne sagen muß: man muß es sehen, um es zu glauben. Dazu kommt, daß die Erfindung der gestellten Aufgaben höchst originell und neu ist und daß über die Lösung derselben neben dem höchst präcisen Erfolge, eine Leichtigkeit und Eleganz schwebt, wodurch die damit verbundene, halbbrechende Gefahr vor den Augen der Zuschauer vollkommen in den Hintergrund tritt und verschwindet. Das Spiel des Herrn Chapman mit dem Zaubersaale ist ein so bewundernswürdiges Meisterstück, daß eine auch nur annähernde Beschreibung gegen die Ausführung und Ansicht desselben sehr bölzern erscheinen würde, weßhalb wir sie unterlassen. Wir zählen einen solchen Abend derUnterhaltung schen der Originalität wegen mit zu den interessantesten und machen wiederholt auf die Bewunderung erregende Geschicklichkeit des englischen Künstlers Alle jene besonders aufmerksam, welche die Gelegenheit, ihn zu sehen, vorüber gehen ließen."

Sollte ich zu ungeschickt gewesen seyn, meinen Wahlzettel selbst zu schreiben, so müßten die übrigen eilf die hiezu erforderliche Geschicklichkeit auch nicht besessen haben. — Waren die Tadler meiner Eigenschaften vielleicht meine Lehrer oder Schulkameraden? — dazu sind sie viel zu jung! Da man den Mikel auf jede mögliche Weise zu brandmarken sucht, so will er mit jenem Pharisäer beten: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute, Räuber, Ungerechte, Ehebrecher u. s. w."

Uebersässig haben sich die Einsender um einen Hocherleuchteten in Kirchenlamiz angenommen, denn ein Jeder wird vor seiner eigenen Thüre zu kehren haben. Splitterrichter hat es zu allen Zeiten genug gegeben und gibt es deren heute noch; Mikel will denselben aber rathen, zuerst den Balken aus ihrem Auge zu ziehen.

Zu Nr. 247 dieses Blattes.

Den Herrn Hoffmann zu Kirchenlamiz frage ich zuvörderst, ob ihm vorgedachter Gegenstand vielleicht etwas angeht, weil er sich darum annimmt? — Das Anstinnen: eine Erklärung wegen des Schießens eines Pferdes für eine Wachtel abzugeben, muß mit ein närrisches erscheinen, und zwar darum, weil er sich einer fremden Sache annimmt, und ich dieses Anstinnen nur für die Ausgeburt einer närrischen Phantaste, (wie er sich selbst ausdrückte) erachten kann. Die übrigen gegen mich gebrauchten überflüssigen und ungeeigneten Herzensergießungen lasse ich in dem Meere der Albernheit mit fortschwimmen.

Selber-Vorwerk, den 9. September 1848.

Nikol Hupfauf,
Bürger und Gutsbesitzer.

Arzberg, 12. September. Die hiesige Gesellschaft kann nicht umhin, ihre Dankeserhebung und ihren Beifall für das am 10. d. Mts. veranstaltete Concert auf dem Piano-Forte von Hrn. Lehrer Kirmreuther dahier und auf Horn und Violin von den Gebrüdern H. Mainer aus Hohenberg, auszudrücken, wie sehr sie durch Vortrag und Fertigkeit des Spiels das gesammte anwesende Publikum ergötzten und allgemeines Staunen erregten.

Als Bemerkung diene, daß ein vorher bei genannten Herren Concertisten angeschlossenes Individuum durch Ausschließung das Vergnügen vereiteln wollte. Diese leicht entbehrliche Person wurde jedoch durch einen viel tüchtigeren und an Fertigkeit weit überwiegenden Mann ersetzt, welcher nicht diese Einbildung von seiner Kunst hat, als jener.

Im Namen aller anwesenden
Musikfreunde.

Auf der Kirchweih in Ederstorf ist ein ganz neues Goller, von dunkelgrünen Tuch, mit stehenden Kragen, hohen Knöpfen, Perkalfutter, in Aermeln flächsernes Futter, vertauscht worden. Dagegen ist geblieben, ein altes dunkelbraunes, auf dieselbe Art gemacht, aber mit einem groben leinernen Futter und rothen Leder am Ellenbogen. Wer es ausmacht, bekommt ein sehr gutes Trinkgeld und hat es anzuzeigen bei dem Gemeinde-Vorsteher in Donndorf.

Beste neue Voll-Häringe empfiehlt

J. G. Felbinger.

E. N. 34 am untern Markte ist die mittlere Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, Cabinet, Kochstube, großer Küche, versperrtem Hausplatze, mit oder ohne Stallung auf 4 Pferde und sonstigen Bequemlichkeiten, sogleich oder auf Martini zu vermiethen. — Das Nähere ist in E. N. 235 im Rennwege, dem Gasthofe zur Sonne gegenüber, zu erfragen.

Theater-Anzeige.

Freitag den 15. August 1848

Große Produktion des gymnastischen Tänzers

Mr. Shapman,

ersten Pantomimisten des Astley-Theaters in London.

Cassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Anzeigen.

Im Verlage von Lampart & Comp. in Augsburg ist so eben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Nachrichten über Verpflegung, Versorgung und Beschäftigung der Armen.

Gesammelt

auf einer Reise im Auftrage des Magistrates der Kreis-Hauptstadt Augsburg. Für Magistrate, Armenpflegen, Versorgungs- und Beschäftigungs-Anstalten, so wie für Armenfreunde überhaupt.

Von **J. G. Wirth,**

Oberleiter der drei Kleinkinderbewahranstalten Augsburgs.

Mit einem das Armenwesen berührenden Anhange und 81 lithographirten Abbildungen. 7½ Bogen in gr. 8. Broschirt. Preis 54 kr. oder 18 Sgr.

Der geschätzte und verdienstvolle Herr Verfasser hat sich durch die Herausgabe des vorliegenden Werkchens gewiß den Dank aller mit dem Armenwesen beschäftigten Behörden und Personen, ganz besonders aber derjenigen Armenfreunde erworben, welche ihr Herz und Auge der Armuth nicht verschließen, sondern gerne helfen, wenn sie nur wissen, wo und auf welche Weise am Besten zu helfen ist, und darüber findet man in diesem Reise-Bericht gewiß die beleehrendste Auskunft in Bezug auf Versorgung, Verpflegung und Beschäftigung der Armen.

Der Magistrat der Stadt Augsburg, in dessen Auftrage und Kosten Herr Oberleiter Wirth die Reise gemacht hat, kaufte nun von dem Werkchen selbst 100 Exemplare, und vertheilte sie an diejenigen Bürger der Stadt, welche mit dem Armenwesen in irgend einer Weise beschäftiget sind.

Entgegnung auf die Erklärung in Nr. 243 dieses Blattes.

Auf die Frage: „warum so spät Mikel?" — diene zur Antwort: „wer langsam geht, kommt auch weit!" —

Schriftsführer war auf dem Selber Wiesenfeste nur Einer! Keiner aber von den 17 Wahlmännern. Ohrenbläser waren mehr als zu viel. Nur hätte man sich der amerikanischen Blau — nicht der deutschen Schwarz-Tinte bedienen sollen, um der Sache das Ansehen einer neuen — ich will nicht sagen Erfindung — zu geben.

Sich wegen des deutschen Verfahrens in weitere Discussion einzulassen, wird überflüssig seyn.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 258.** **16. September 1848.**

Einladung.

Bestellungen auf die Bayreuther Zeitung für das vierte Quartal wolle man auswärts bei der nächsten Postanstalt — möglichst bald machen. Der Vierteljahrgang kostet für ganz Bayern 1 fl. 30 kr.

Deutschland.

Frankfurt, 12. September. Ausführlicher Bericht über die 76. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Abg. Stedmann erhält das Wort zu einer Berichterstattung in der Waffenstillstandsfrage. Er theilt mit, daß die beiden vereinigten Ausschüsse zu seinem übereinstimmenden Beschlusse gekommen seyen. Eine Majorität von 12 Stimmen trägt auf Verwerfung, eine Minorität von 10 Stimmen auf Annahme des Waffenstillstandes an. Die Abgg. Blum, Kolb, Brunck, Schoder u. A. stellen den Antrag, daß die Nationalversammlung bei der drohenden Lage der Dinge in Schleswig-Holstein, und da die Ernennung eines Ministeriums dringend nothwendig sey, wenn nicht der Beschluß vom 5. September wirkungslos bleiben solle, durch eine Deputation von 15 Mitgliedern den Reichsverweser um Beschleunigung der Ministerkrisis ersuche. Die Frage, ob dieser Antrag als dringend sogleich begründet werden dürfe, wird, nachdem die erste Abstimmung zweifelhaft geblieben, mittelst Zählung durch 219 gegen 208 Stimmen verneint. Auch der Antrag von Schlöffel und Konsorten, daß, da das Verhalten Preußens in der Waffenstillstandsfrage ein Attentat auf die Ehre Deutschlands sey, die vorliegenden Aktenstücke den Mitgliedern der Nationalversammlung mitgetheilt werden mögen, wird nicht als dringend erkannt. Hierauf wird, die Tagesordnung gemäß, zur Berathung und Beschlußnahme über §. 15 der Grundrechte geschritten. Der Präsident stellt, dem gestrigen Beschlusse gemäß, zuerst die Frage ob die Versammlung auf die Berathung verzichte. Es erheben sich keine 100 Mitglieder; die Berathung unterbleibt demnach. Nachdem sämmtliche Anträge verlesen und zur Unterstützung gebracht worden, wird abgestimmt. Der §. wird in der Fassung des Ausschusses: „Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden," angenommen. Ein Zusatz von Rieder und Konsorten: „Die Form des Eides soll eine für Alle gleichmäßige und an kein bestimmtes Religionsbekenntniß geknüpft seyn" wird mittelst Zählung mit 226 gegen 185 Stimmen angenommen, dagegen die Anträge Hoffmann's von Ludwigsburg: „an die Stelle des bürgerlichen und politischen Eides tritt eine feierliche Versicherung" und von Debes „Niemand soll gezwungen seyn, die kirchlichen Ruhetage zu halten" verworfen. §. 16. lautet: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilactes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden." Mittermaier: „Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt." Wedekind beantragt als Zusatz: „Das Gelöbniß der Ehelosigkeit ist bürgerlich unwirksam; alle geistliche Gerichtsbarkeit ist aufgehoben." Richter von Aachen und Konsorten: „Katholischen Geistlichen, welche ihr Kirchenamt niederlegen, steht als solchen, wenn sie eine Civilehe eingehen wollen, kein civilrechtliches Hinderniß entgegen." Nachdem mehr als 100 Mitglieder sich für Berathung des §. ausgesprochen, erhält Bischof Gerig das Wort. Er erkennt die Competenz der Nationalversammlung, über den Cölibat zu entscheiden, nicht an. Auf die Bemerkung des Präsidenten, es handle sich nicht um das Cölibat, erklärt der Redner, er sey im Irrthum gewesen. Debes bemerkt, das Amendem. von Richter könne allerdings auf den Cölibat bezogen werden, allein da man das Kirchliche vom Staatlichen trennen wolle, könne man auch aussprechen, daß dem Geistlichen ein staatliches Ehehinderniß nicht entgegenstehe. Er beantragt, daß der zweite Absatz des Ausschußantrags („die kirchliche Trauung kann erst nach Vollziehung des Civilacts stattfinden") gestrichen werde. Bei der ausgesprochenen Selbstständigkeit der Kirche sey diese Bestimmung unpassend. Die kirchliche Trauung habe keine bürgerlichen Folgen. Es könne Fälle geben, wo zur Beruhigung der Gewissen die kirchliche Trauung ohne Civilact nothwendig werde. (Z. B. bei Trauungen auf dem Sterbebette.) Dieringer ist ebenfalls für die Streichung des zweiten Absatzes. Das französische Gesetz enthalte zwar ebenfalls eine ähnliche Bestimmung, sogar unter Strafandrohung für das zuwiderhandelnden Geistlichen. Aber es sey ein Mißbrauch, daß das Gesetz sich darum bekümmere, wann geistliche Handlungen vorgenommen werden sollen oder nicht. Wenn der Staat erkläre, seine Auffassung der Ehe gehe nicht mehr parallel mit jener der Kirche, dann müsse er dieser auch die selbstständige Behandlung der Sache überlassen. Mittermaier erkennt die Civilehe als nothwendige Folge der Gleichstellung der Konfessionen. Das Beispiel von Frankreich und Rheinpreußen zeige, daß die Sittlichkeit nichts dabei verliere, vielmehr Collisionen in den Familien beseitigt würden. An den 2. Absatz des Ausschußantrags möge man streng fest halten. Es sei die wörtliche Ueberfassung des belgischen Gesetzes, und verhindere, daß Manche sich erst kirchlich trauen ließen, und hintennach auf bürgerliche Ehehindernisse stießen. Die Civilehe werde die Ehen zwischen Christen und Juden möglich machen und dadurch eine Scheidewand beseitigen. In Weimar, Braunschweig ꝛc. sey dieß bereits eingeführt. Die Uebertragung der Standesbücher an die bürgerliche Behörde sey nöthig, damit nicht der Geistliche zu Eintragung einer Ehe genöthigt sey, die er in seinem Gewissen unpassend. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Ausschusses und Mittermaier's angenommen, jene von Schlöffel und Richter verworfen. Ein Antrag Fuchs's, daß bis zur zweiten Berathung der Grundrechte der Gesetzgebungsausschuß Entwürfe über die Form des Civilacts und die Führung der Civilstandsregister vorzulegen habe, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Berathung über Art. II. der Grundrechte ist beendigt. Jene über Art. III. (Schulwesen) bleibt auf den Wunsch des Ausschusses für das Schulwesen bis zu einem weitern Bericht desselben ausgesetzt.

Man schreibt der Allg. Zeitung aus Frankfurt, 10. September. Die Haltung unseres Volks seit dem Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen beweist, daß die deutsche Nation fester als mit ihrer Freiheit nicht spielen läßt, daß die Zeiten einer hochdeutschen Staatskunst vorüber sind, daß Deutschland seine Zukunft nicht mehr dem Rathe und den Beschlüssen jener gewissenlosen ehrvergessenen Diplomatie preisgeben wird, durch welche zu unserm Schaden und zu unserer Schande unsere Vergangenheit bestimmt worden ist. Ich komme aus Hamburg, aus der geldsüchtigen Hansestadt, die bei dem Krieg mit Dänemark vielleicht mehr verloren hat als irgend eine andere deutsche Stadt oder Landschaft, und selbst in Hamburg herrschte nur eine Stimme des Unwillens über den Waffenstillstand, und selbst in Hamburg sah man ein daß solcher Waffenstillstand ein schlechtes Geschäft sey. In dem sehr gemäßigten, aus besonnenen und wohlhabenden Männern zusammengesetzten „deutschen Club," wo man gerade über die Hamburger Verfassungsfrage berieth, wurden die mit Unterbrechung dieser Berhandlung vorgelesenen Beschlüsse der schleswig-holsteinischen Landesversammlung vom 4. d. mit unermeßlichem Jubel begrüßt. Doch was rede ich von Hamburg? Hat doch sogar das sonst politisch vollkommen gleichgültige, das politisch todte Lüneburg in den Waffenstillstandsbedingungen einen Zorn gefühlt, unter welchem es aus seiner beschaulichen Ruhe aufgefahren ist. Eine am 6. d. in Lüneburg abgehaltene Volksversammlung beschloß eine kraftvolle Einsprache gegen den Waffenstillstand beizulegen, und um anzuzeigen daß es ihr nicht bloß um Worte zu thun, so eröffnete sie zu gleicher Zeit zur Beförderung der Wiedereröffnung des Kriegs eine Sammlung für die Flotte welche einen reichlicheren Ertrag gab. Am folgenden Tage in Braunschweig angekommen, fand ich dort gleichfalls das Volk auf dem Markt versammelt um das Recht und die Ehre Deutschlands durch einen Protest gegen den Waffenstillstand zu wahren, und zu den wildesten Entschlüssen bereit. Die einstimmige Ablehnung der wesentlichsten Bedingungen des Waffenstillstandes durch die schleswig-holsteinische Landesversammlung, und die Wei-

Digitized by Google

gerung der säramtlichen zu Mitgliedern der neuen provisorischen Regierung vorgeschlagenen Männer mit dem Grafen Molike ins Amt zu treten, diese Thatsachen haben längst die Handgreiflichkeit dargethan daß der Waffenstillstand unausführbar ist. Die aber, welche die Verantwortlichkeit für diesen Bruch einer Unmöglichkeit trifft, die welche Deutschland in die Rothwendigkeit eines Vertragsbruches gesetzt haben, dürfen nicht mehr einen Finger, geschweige eine Hand an die deutsche Nationasache legen. Wir haben neue Männer nöthig für eine neue Geschichte, und wir werden sie finden wenn man uns nicht hindert.

Frankfurt, 11. September. (Allgemeiner deutscher Arbeiter-Congreß.) Am 9. d. M. legte die Commission zur Abfassung der Denkschrift über die von dem hiesigen Gewerbes-Congreß ausgearbeitete Gewerbe-Ordnung ihren Entwurf der Versammlung zur definitiven Entscheidung vor. Da dieser Akt auf Grund einer 14tägigen Vorberathung vorgenommen war, so erfolgte die Annahme der §§. ziemlich schnell, und nur bei wenigen entfsann sich eine längere Discussion. Untersuchen wir den wesentlichen Inhalt dieser, wie es scheint, mit vieler Gründlichkeit ausgearbeiteten Arbeit, so ergiebt sich daraus, daß, wie schon früher erwähnt, die Arbeiter, dem Princip nach, mit den Meistern übereinstimmen; sie verlangen nämlich, ebenso wie diese, die Aufnahme eines soziasen Parlamentes in das Reichsgrundgesetz; ferner die Garantie einer allgemeinen, socialen Gesetzgebung für ganz Deutschland mit Ausschluß aller Sonderrechte, endlich die Einführung einer allgemeinen, für alle Stände bestimmten Innungsverfassung, oder was dasselbe ist, die gänzliche Aufhebung der Gewerbefreiheit, insofern diese in Deutschland noch besteht. Den größten Widerspruch fand indeß der im Meister-Congreß beschlossene Gewerbe-Rath, welchem allerdings so viel Befugniße eingeräumt worden sind, daß man nicht absehen kann, wie sich die vielen Meister, welche nicht in Gilde haben, Mitglieder des Gewerbe-Raths zu sein, einer solchen wahrhaft drückenden Polizeigewalt unterwerfen sollten. Die preußischen Deputirten versicherten, daß in ihrem engern Vaterlande sowohl Meister als Gesellen sich unter keiner Bedingung einen solchen Gewerberath gefallen lassen würden; es sey jetzt Zeit, meinten sie, daß man sich durch Gesetze und Institutionen regiere, aber nicht durch Verwaltungsbehörden mit Befugnissen, wie sie bisher kaum ein Fürst gehabt habe. Eben so sprach man sich dagegen aus, daß solchen gewerblichen Behörden gestgetzentz, richterliche und administrative Gewalt zustehen solle, so gerade eine Trennung der Gewalten im Geiste des modernen Staatslebens sey. Nachdem die Verfassungsfrage erledigt war, ging man zu dem 2. Tit. der Gewerbe-Ordnung, welcher von den Lehrlingen handelt, über; da die Discussion hierüber in der nächsten Sitzung fortgesetzt ist, so werden wir unsern Bericht im Zusammenhange folgen lassen.

München, 12. September. Das von unserm Staatsministerium und Korpskommandos erlassene Reskript, in Betreff der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des stehenden Heeres in Bayern, lautet im Eingang: „Ein Theil der Tagespresse macht es sich zur Aufgabe, die Meinung zu verbreiten, als werte das bayerische Heer, weil ihm keine stenstlichen Aufschlüsse gegeben worden, über seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten absichtlich im Dunkeln gelassen. Es wird hiebei nicht in Erwägung gezogen, daß es in Bayern nicht üblich ist, dem Staatsdiener eine amtliche Unterweisung über seine gesetzlichen Rechte und Pflichten ertheilen zu lassen, indem vielmehr die gesetzliche Annahme besteht, daß jeder Staatsbeamtenwohner sich die Kenntniß der gehörig verkündeten Gesetze aus eigenem Antreibe verschaffe. Die Verfassungsurkunde als Staatsgrundgesetz und die darauf hingiehen Spezialgesetze sind ordnungsgemäß öffentlich kundgemacht. Für den Soldaten wie für den Bürger und Bauern, für jeden Stand liegen sie aufgeschlagen vor. So kann das bayerische Militär in dem Mangel besonderer dienstlicher Aufschlüsse die Absicht der Verheimlichung der Rechte und Pflichten, deren es durch die Leistung des Konstitutionseides theilhaftig wird, mit Grund nicht finden. Um indessen auch den Minderbehilflichen Gelegenheit zu geben, die Grundlagen der bayerischen Verfassung auf einfachem Wege kennen zu lernen, steht man nicht an, hier als Leitfaden für sämmtliche bayerische Militärpersonen eine Zusammenstellung der Grundzüge des zur Zeit mit allgemein bindender Gesetzeskraft bestehenden Verfassungsrechts ferstalt zu geben....“ Es folgt nun eine nähere Entwicklung der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten in 10 Sätzen, welche bald mehr bald minder den 11 Grundzügen in der Einleitung zur Verfassungsurkunde entsprechen und von denen der zweite allein eine nähere Beachtung verdient, welcher lautet: „Freiheit der Presse und freie Meinungsäußerung, soweit nicht Strafgesetze übertreten werden; durch allerhöchste Verordnung vom 12. August 1848 ist überdieß ausgesprochen, daß den Vereinigungen zu erlauben, d. h. solchen Zwecken, welche die verfassungsmäßige Staatsordnung nicht bedrohen, keinedwegs entgegengetreten werde.“ Mit diesem Paragraph ist den bayerischen Militärs das Versammlungsrecht sofort als eine unbestrittene Errungenschaft zugestanden, und schon auf diesen Abend laden mehrere Militärs der hiesigen Garnison sämmtliches Militär aller Chargen und Beanchen, so wie Bürger und Freiforps und alle für das Militär Gutdenkenden freundlichst zu einer Versammlung im Bratet ein, „um über mehrere das Militär nahe stehende Punkte berathen zu können.“

Das Regierungsblatt vom 12 Septemb. (Nr. 52) bringt folgende königliche Verordnung, den Uebergang der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt an den Staat betr.: Wir finden Uns bewogen, zum Vollzuge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit u. s. w. zu verordnen, was folgt: I. Vom 1. Oktober l. J. an geht gemäß Art. 1 des bemeelten Gesetzes die gesammte bisherige standes- und gutsherrliche Gerichts- und Polizeigewalt an den Staat über. II. In Folge Dessen wird 1) die Regierungs- und Justizkanzlei in Kreuzwertheim in der Art aufgelöst, daß sie ihre Geschäfte an letzten dieses Monats schließt, und solche vom 1. Oktober an die Kreisregierung und beziehungsweise an das Appellationsgericht von Unterfranken und Aschaffenburg übergehen. 2) Die Akten über noch laufende Rechtssachen sowohl, als auch die in der Registratur repenirten Akten sind mit einem Verzeichnisse wohlverwahrt an das Appellationsgericht und beziehungsweise die Kreisregierung zu übersenden. 3) Das bei der genannten Regierungs- und Justizkanzlei angestellte Personal, insoweit dasselbe mit seinen Bezügen nach dem Gesetze vom 4. Juni l. J. auf die Staatskasse zu übernehmen ist, tritt vom 1. Oktober an in temporäre Quieszenz. 4) Ferner sind aufzulösen die sämmtlichen herrschaftlichen Commissariate, Patrimonialgerichte II. Klasse und Patrimonialämter; die Bezirksgerichte gehen auf die Landgerichte über, in deren Bezirke sie belegen sind. 5) Die Herrschaftsgerichte und Patrimonialgerichte I. Klasse, welche nicht gemäß Nr. III. durch besondere Entschließung aufgelöst werden, sollen bis zur definitiven Gerichtsorganisation auch nach dem 1. Oktober in ihrer bis dahin bestandenen Gerichtsgrenze und Kompetenz wirksolig fortbestehen, so jedoch, daß sie, von dem besagten Termine angefangen, als königl. Gerichte verbanten und angesehen werden müssen. Sie erhalten die Benennung „Königliche Gerichts- und Polizeibehörde“ mit Beyeichnung nach dem Orte des Amtssitzes. Sie erhalten ein königliches Siegel gleich den Landgerichten. Das Verzeichniß der hienach sich bildenden kgl. Gerichte ist durch die Kreisintelligenzblätter bekannt zu machen. III. Wir behalten Uns vor, auf Anteag Unserer Staatsministerien der Justiz und des Innern auch die unter II. 5. bezeichneten Gerichte, namentlich Jene von allzu geringem Umfange, nach Maßgabe bestehender besonderer Verhältnisse noch vor der bevorstehenden definitiven Gerichtsorganisation den benachdarten kgl. Gerichten einzuverleiben oder denselben zur ausgeschiedenen Verwaltung zuzutheilen. IV. Unsere Staatsministerien der Justiz und des Innern sind beauftragt, da, wo der kleinere Theil eines bisherigen Herrschafts- oder Patrimonialgerichts I. Klasse in einem anderen Regierungsbezirke belegen ist, als der Hauptheil dieser Behörde, die Zutheilung der kleineren Parzelle an ein benachdartes Landgericht des betreffenden Regierungsbezirkes zu verfügen. V. Unsere Staatsministerien der Justiz und des Innern sind mit dem Vollzuge beauftragt. Hohenschwangau, den 9. September 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinz.

Der Augsb. Abdztg. schreibt man aus Nördlingen, vom 11. September. Gestern hielten die fürstl. Oettingen-Wallerstein'schen Jäger Hofjagd im Revier von Klein-Nördlingen; da diese Jagden sich in letzter Zeit so häufig wiederholten, daß Alles zusammengeschossen ward und die Jagd für die Zukunft gänzlich ruinirt wurde, so lehnten sich mehrere Bewohner des genannten Orts auf, versammelten sich auf den Triebfeldern und zwangen die Jäger, die Jagd einzustellen. Hierauf mußten dieselben die Gewehre in die Luft abschießen und die geschossenen Hasen ausliefern; auch fing man an Sturm zu läuten, welches den Auflauf noch vermehrte. Uebrigens wurde von den Waffen kein Gebrauch gemacht und Niemand verletzt.

Köln, 11. September. In der Thievholzgasse brach heute Abend vor 8 Uhr zwischen Bürgern und Soldaten des 27. Regiments Streit aus, wobei diese Gebrauch von der blanken Waffe machten. Das Genauere wird die Untersuchung ergeben.

Köln, 12. September. Die Aufregung in der Stadt ist groß — Zeugen sagen aus, daß die Soldaten des 27. Infanterie-Regiments die Bürger auf der Straße angegriffen und selbst

Digitized by Google

ehrbare Frauenzimmer angegriffen haben. Die Soldaten hatten sich wüthend benommen, von ihren Waffen Gebrauch gemacht, einem Bürger mehrere Wunden beigebracht und an verschiedenen Häusern die Fenster eingeschlagen. In ganzen Rotten seien mit blanken Säbeln aus der Kaserne auf die Straße gestürzt und hätten sich dabei Aeußerungen erlaubt, welche die Bürger aufs Aeußerste empören mußten. Es war ein Glück, daß zufrgt die Soldaten in der Kaserne zurückgehalten wurden, sonst würde es nicht ohne blutigere Scenen abgelaufen sein. Vier Soldaten des 16. Regiments nahmen sich der mißhandelten Bürger an und verbinderten gröbere Excesse. Diesen Morgen versammelten sich die Bürger sehr zahlreich auf dem Rathhause und verlangten stürmisch daß das Bataillon des 27. Regiments sofort aus der Stadt geschafft werden solle. Mit dem Versprechen, daß die Soldaten in die Forts verlegt werden sollten, wollte man sich nicht begnügen. — Bis dahin haben wir in den letzten stürmischen Zeiten auch nicht die geringsten Unannehmlichkeiten zwischen Bürger und Soldaten gehabt. — So eben, nach 12 Uhr, wird Alarm der Bürgerwehr geblasen. Die Siebenundzwanziger sollen schon in die Forts verlegt sein. Man besteht aber darauf, daß sie die Stadt ganz verlassen sollen. Wir wollen sehen, was der Telegraph bringt. Von Verwundungen, außer einer einzigen, eines Bürgers, verlautet bis jetzt noch nichts; ungeachtet sorgfältiger Nachforschung von Seiten der Vorgesetzten hat sich ein verwundeter Soldat nicht entdecken lassen. Die oberste Militär-Behörde erkennt den wahren Sachverhalt in ihren heutigen Parole-Befehl an und bedauert den von den Soldaten mit Rohheit verübten Excess, der von dem lobenswerthen Benehmen Garnison so sehr abweicht. Das aber bemerken wir noch ausdrücklich, einen politischen Charakter hatte der Vorfall nicht im entferntesten. (K. Z.)

Rendsburg, 11. September. Gestern Abend machte der General v. Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der provisorischen Regierung einen Besuch und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das dänische Gouvernement darein willigen, daß die Trennung unserer Truppen in schleswigsche und holsteinische während des Waffenstillstandes wegfalle und daß ferner der §. 7 der Waffenstillstandskonvention dahin verändert werde, daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verfügungen in Kraft erhalten würden und es der neuen Regierung nur freistehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn die von dem General ausgesprochene Erwartung sich erfüllte, das Land aller Wahrscheinlichkeit nach sich mit dem Waffenstillstand versöhnen würde.

Triest, 9. September. Laut einer von gestern datirten Bekanntmachung ist — „in Folge des Waffenstillstandes und der dießfälligen Verständigung zwischen dem Militär-Oberkommandanten des Küstenlandes, Grafen Radetzki und Admiral Albini" — der Belagerungszustand der Stadt und des Hafens von Triest für aufgehoben erklärt, und hat der Gouverneur Altgraf von Salm die Ausübung der politischen Gewalt wieder übernommen. Die piemontesischen Truppen sind nun zwar eingeschifft; statt daß aber, wie nach den gestern erhaltenen schriftlichen Versicherungen zu erwarten war, Albini mit seinen Schiffen die Gewässer von Venedig verlassen hätte, hat heute abermals ein sardinisches Dampfboot die Meldung gebracht, daß Albini erst nach erhaltener Versicherung, daß keine Feindseligkeiten gegen Venedig unternommen werden, seine Fahrt antreten werde.

Italien.

Einer Deputation von Livorno hat der Großherzog am 6. September Verzeihen und Vergessen zugesagt wenn man dort die Ordnung wiederherstellt. Darauf sey man daselbst zum Frieden zurückgekehrt, versichern italienische Blätter.

Briefe aus Genua vom 9. September erwähnen nichts von einem Siege der neapolitanischen Expedition auf sicilischen Boden. Auch die Genueser Blätter schweigen darüber. Briefe aus Arona (der ersten piemontesischen Ortschaft am Lago maggiore) und Turin vom 9 berichten von bedeutenden Rüstungen im piemontesischen Heer und von Vorrücken mehrerer Corps gegen die Lombard. Gränze.

Aus Sizilien. Ju Genua ist am 7. September Morgens ein französisches Postdampfschiff mit Nachrichten aus Messina vom 3. d., Nachmittags 2 Uhr. Der Kampf hatte begonnen. Morgens 6 Uhr hatte die Zitadelle ein fürchterliches Feuer eröffnet, welchem die sizilischen Batterien antworteten. Es wurde die Aufschiffung einer Abtheilung Schweizer versucht, fast Alle wurden in Stücke gehauen. Von der Meerseite aus brachten die neapolitanischen Dampfer 2000 Mann in die Zitadelle. Die Begeisterung der Sizilianer ist übrigens groß, sie sind zum hartnäckigsten Kampfe gerüstet. Bei Abgang des Dampfers dauerte das Feuer fort. Soweit der Corriere Mercantile. Der Semaphore von Marseille meldet, daß am 7. daselbst ein englischer Dampfer ankam, der auf der Fahrt von Malta Messina berührte. Man hörte durch ihn, die Truppen Ferdinands haben erst beim Ausschiffen eine Niederlage erlitten, aber gleich wieder den Angriff begonnen, und einen Vortheil erreicht, so daß sich ein Theil der Schweizer Regimenter der Zitadelle bemächtigte.

Frankreich.

* **Paris, 11. September.** Der National zeigt an, daß in der Nacht vom 3. auf den 4. der Dampfer Tartare mit dringenden Depeschen für den Commandanten der Escadre des Mittelmeers von Toulon expedirt worden sey. Daßelbe Blatt fügt hinzu, daß, da der Admiral Baudin sich noch immer sehr leidend in Jschia befinde, der Contreadmiral Trehouart die Operationen der Escadre an den Küsten Italiens dirigiren werde.

Der Constitutionel, der jetzt sehr fremm und conservativ geworden ist, wie alle Libertins in ihren alten Tagen, bricht heute offen mit Eugen Sue und erklärt, er werde in seinem Feuilleton keinen socialistischen Träumereien mehr Raum geben. Früher sey die Gesellschaft hinlänglich geschützt gewesen und man habe in der Wahl der Mittel sie zu unterhalten, nicht so ängstlich zu seyn brauchen, jetzt sey Alles in Frage gestellt, Alles in Gefahr und daher die größte Vorsicht nöthig. Die Publikation von Eugen Sues: „Sieben Todsünden," die nach vorige Woche ihren Fortgang im Feuilleton des Constitutionel hatten, wird also nun wohl unterbrochen werden.

Gestern hier angekommene Nachrichten aus Palermo melden, daß die neapolitanische Expedition bei Messina gelandet ist, aber von den Sizilianern auf die Schiffe zurückgeworfen wurde. Eine von der neapolitanischen Escadre geworfene Bombe ist auf ein englisches Schiff gefallen und hat einen Matrosen getödtet. Die sizilianische Regierung hat sogleich einen Abgesandten auf einem englischen Dampfer an den Admiral Parker geschickt, um die Hülfe der englischen Flotte zu verlangen.

Marschall Bugeaud und Graf Molé treten als Candidaten für die Wahlen des 17. in Paris auf, die meiste Aussicht haben die Candidaten der gemäßigten Partei, Royal (le Nord), Edmond Adam und Achille Fould. Die radikale Partei wetzt für Cabet, Raspail und Corsikette. Louis Napoleon tritt nicht nur als Candidat für die Nationalversammlung auf, sondern seine zahlreichen Anhänger erklären laut: er müsse Präsident der Republik werden.

Die Journale berichten von mehreren mehr oder minder wichtigen legitimistischen Umtrieben in einzelnen Departementsstädten, die aber alle der Entschlossenheit der Behörden und der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber ohne Erfolg geblieben sind. Briefe aus Marseille behaupten mit Bestimmtheit, daß sich die Herzogin v. Berry auf einem der Schiffe in der Umgebung von Marseille verborgen halte. Herr Monnier zum außerordentlichen Commissär der Regierung in den fünf Südostdepartements ernannt, ist bereits mit sehr ausgedehnten Vollmachten versehen, auf seinen Posten abgegangen.

Eine heute erschienene Broschüre schlägt vor, den General Cavaignac, Hrn. Thiers und Louis Napoleon zu Consuln zu ernennen und so alle Parteien zu vereinigen. Um logisch zu seyn, müßte man auch noch den Herzog von Bordeaux und den Prinzen von Joinville hinzufügen. Welche schöne Regierung gäbe das!

Der Mien public meldet, daß vorgestern drei Cholerafälle in Paris vorgekommen seyen, wovon zwei den Tod herbeiführten.

Wir glauben zu wissen, daß die Anerkennung einer plötzlich entstandenen neuen und so bedeutenden Großmacht, wie das vereinigte Deutschland ein Gegenstand ernster Erwägung für die Großmächte war, die bisher die europäische Politik regelten, daß die Anerkennung selbst im Prinzip keineswegs bestritten wird, daß jedoch über die Art und Form derselben Unterhandlungen zwischen Frankreich und England angeknüpft worden und Rußland, Oesterreich und Preußen ebenfalls zur Theilnahme an denselben eingeladen sind und daß die Anerkennung gleichzeitig erfolgen wird. Das bedeutendste Hinderniß dieser Anerkennung bietet bis jetzt Rußland dar und theilweise Deutschland selbst. Es ist in der That nicht zu läugnen, daß die neuesten Vorgänge in Deutschland die deutsche Einheit noch nicht als Thatsache und die oberste Gewalt des Reichsverwesers noch nicht als allgemein anerkannt ansehen lassen. Allein sobald das deutsche Reich und seine Centralgewalt in Deutschland selbst begründet und anerkannt worden sind, d. h. faktisch und nicht bloß auf dem Papiere, so wird auch die Anerkennung von Außen nicht auf sich warten lassen.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 11. September.) An der Tagesordnung ist der, auf Crebpel de

Digitized by Google

Latouches Vorschlag hervorgegangene Gesetz-Entwurf, wodurch die Suspension der Journale während des Belagerungszustandes gesetzlich geregelt werden soll. Herr Crespel de Latouche verwahrt sich dagegen, daß man aus seinem Vorschlage, welcher gegen jede Journal-Suspension gerichtet war, eine gesetzliche Suspensions-Maßregel gemacht habe. Er behält sich das Recht vor, seinen Vorschlag in seiner ursprünglichen Form zu erneuern. Im gleichen Sinne spricht Jsambert, er will nicht, daß ein offenbarer Eingriff in die Preßfreiheit legale Formen erhalte und von der Nationalversammlung sanktionirt werde. Labordère spricht zu Gunsten des Entwurfes, als in den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen nothwendig. St. Godin spricht für den Entwurf, er weist nach, wie man in Departementsblättern ganz ungescheut die Republik: „die Regierung der Canaille" nenne. Victor Hugo erhebt sich mit Heftigkeit gegen jede Beschränkung der Preßfreiheit und Allarecht trägt an Schlusse der allgemeinen Discussion darauf an, daß die Versammlung gar nicht zur Diskussion der Artikel des Entwurfes übergehe. Der Justizminister erklärt, daß der Regierung in dieser Frage die größte Zurückhaltung auferlegt sey und daß sie es daher ganz der Versammlung überlasse, ob sie das Recht, die Journale zu suspendiren, der ihr verantwortlichen Executivgewalt lassen, oder es auf die unverantwortliche gerichtliche Gewalt übertragen wolle. — Herr Charamaulle vertheidigt im Namen des Gesetzgebungs-Comités den Entwurf, als einen Mittelweg, der in außerordentlichen Fällen außerordentliche Repressivmittel und doch auch der Presse eine gesetzliche Bürgschaft gebe. Bondet macht aufmerksam, wie gefährlich es sey, das der Justiz, ein politisches Instrument zu machen. Man solle nicht vergessen, daß es sich nur vom Belagerungszustande handle und daß derselbe so wenig zu reglementiren sey, als die Ereignisse, die ihn nothwendig machten. Man verlangt den Schluß der Debatte. Jules Favre nimmt das Wort gegen den Schluß. Er bekämpft Boudets Ansicht eben so wie den Gesetzentwurf der Majorität des Comités, d. h. er will von gar keiner Suspension der Journale etwas wissen. Er sagt der Regierung sehr bittere Wahrheiten, unter Anderen, daß, sobald sie nicht mit der Preßfreiheit regieren könne, dies nur beweise, daß sie auf einem falschen Wege sey. Die allgemeine Discussion wird geschlossen und die Diskussion durch Abtheilung über die Frage geschritten. Ob man zu der Diskussion der Artikel des von der Commission vorgeschlagenen Entwurfes übergehen solle. Das Resultat des Scrutins ist folgendes:

Anzahl der Votirenden	753
Absolute Majorität	377
Für die Diskussion des Entwurfs . .	238
Gegen dieselbe	515

Die Versammlung geht also nicht zur Diskussion über den Entwurf des Gesetzgebungs-Comités über, die Regierung hat somit einen ersten Sieg mit einer Majorität von 277 Stimmen errungen.

Lokales und Provinzielles.

0 Nachstehende Adresse, von einer großen Anzahl hiesiger Einwohner unterzeichnet, ging dieser Tage nach Frankfurt ab.

Bayreuth, 23. August. Hohe deutsche Nationalversammlung! Ehrfurchtsvolle Vorstellung der unterzeichneten Einwohner Bayreuths. — Die Stellung der Volksschule betreffend.) Berufen zur Lösung der großen und schweren Aufgabe, ein die bürgerlichen, politischen und geistigen Freiheiten sichrendes Verfassungsgebäude für das deutsche Gesammtvaterland aufzustellen, sind Sie, hohe Abgeordnete, von der richtigen Einsicht geleitet, daß dieser Bau nur dann den gerechten Ansprüchen der deutschen Nation entspreche, und eine feste, den Stürmen der Zeit nicht unterliegende Dauer verheiße: wenn er für alle Zweige und Verhältnisse des öffentlichen Lebens wahre Freiheit gewährt und nirgends eine schadhafte Stelle unverbessert bleibt. Doch mag auch der Freiheit heiliger Tempel in vollendeter Form durch Ihre Hände hergestellt werden: er würde wanken und wieder zusammenstürzen, wofern er nicht auf sicherem Grunde und Boden ruhte. Dieser Grund, oder mindestens der vorzüglichste Eckstein, der Granitfels welcher den Dom der Verfassungsfreiheit für alle Zeiten trägt, ist eine richtige und tüchtige Bildung des Volkes. Nur ein Volk, das den Werth der Freiheit kennt und sich ihrer würdig zeigt, weiß auch über dieselbe zu wachen und sie zu schützen. Die erste Saat zu dieser Bildung wird in der Schule gelegt und gepflegt; diese ist, wie keine andere Anstalt, die Pflanz- und Erziehungsstätte aller Staatsangehörigen. Diese wichtige Bedeutung der Volksschule erkennend, haben Sie, hohe Abgeordnete, diesem Gegenstande Ihre vorzügliche Aufmerksamkeit zugewendet und durch verehrliche Mitglieder der für diesen Zweig gewählten Sektion am 19. v. Mts. einen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet, seine allenfallsigen Wünsche und Ansichten, rücksichtlich Ihnen auszusprechen. Dieser Aufforderung Folge leistend, erlauben sich die ergebenst Unterzeichneten, nachstehende Wünsche Ihrer Prüfung und Würdigung zu empfehlen: Eine hohe Nationalversammlung wolle beschließen: 1) daß die Volksschule, mit Ausschluß des Religionsunterrichtes, von der Aufsicht der Kirche befreit und unter die Inspektion sachkundiger Schulmänner gestellt werde; 2) daß die Schule, gleich den sogenannten höhrern Schulen, zur Staatsanstalt erhoben, somit den Schullehrern pragmatische Dienstrechte eingeräumt und die Schulgelder aufgehoben werden; 3) daß aber auch sowohl an die Volksschulen, wie an die Bildungsanstalten für die Volkslehrer größere Ansprüche im Umfange und Grade der Unterrichtsgegenstände gestellt werden, damit eine der jetzigen Zeit genügende Ausbildung für die Jugend erzielt werden könne. Wir wollen diese drei Punkte unseres Gesuches mit einigen Gründen zu rechtfertigen suchen. **Ad 1.** zugegeben, was theilweise in Abrede gestellt werden muß, die Volksschule sey eine Tochter der Kirche, und dem Staate kämen gar keine Väterrechte auf diese Anstalt zu: so gibt das noch keinen Grund ab, die Schule unter beständiger Curatel der Kirche zu halten. Auch die gelehrten Schulen standen frühehin unter der Leitung der Kirche und haben sich nach und nach derselben wieder entzogen, ohne daß wir diese Besteurung zu beklagen hätten. Warum also soll gerade die Volksschule nicht ohne Gefahr von der Bevormundung der Kirche befreit werden? Die religiös-sittliche Bildung ist allerdings die Grundlage aller Volksbildung, wie sie die jeder Bildung überhaupt ist; allein wird der Staat nicht Sorge tragen können, nur religiös-sittlichen Lehrern, wie an den gelehrten Schulen so an der Volksschule den Unterricht anzuvertrauen? Der spezielle Religionsunterricht soll und muß an der Volksschule, wie an allen Bildungsanstalten, unter der Aufsicht der Kirche stehen; die übrigen Gegenstände des Unterrichts mögen von den sachverständigsten Männern des Fachs beaufsichtigt werden. Dem Einwande, als sey die Beaufsichtigung der Schule in den Dörfern oder dem Lande nicht zu ermöglichen, wenn nicht die Geistlichen dazu beauftragt werden, begegnen wir dadurch, daß 1) sich immer tüchtige Lehrer, welchen diese Inspektion überlassen werden kann, in der Nähe sich finden werden, sodann 2) der Geistliche, wenn auch nicht als solcher, doch wenn er tüchtiger Schulmann ist, von dem Staate zum Inspektor ernannt werden kann; endlich 3) es sehr traurig um den Charakter und um die Fähigkeit des Lehrers, somit auch der Schule stehen würde, wenn der Lehrer unter beständiger Aufsicht und Controlle von Tag zu Tag gehalten werden müßte. **Ad 2.** Die Volksschule ist die Bildungs-Anstalt für **alle** Staatsangehörigen. Welches Institut verdiente daher mehr als sie als Staatsanstalt anerkannt zu werden? Nur dann, wenn die Schule auf diese Weise gehoben und der Stand der Lehrer dadurch gehoben wird, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Moralität und den Anforderungen der fortgeschrittenen und fortschreitenden Zeit stets Rechnung tragen werde. **Ad 3.** Dieser Punkt verdient die höchste Aufmerksamkeit und Berücksichtigung. In den jüngsten Zeit wurde in vielen Schulen der Rückschritt und die Verminderung der Aufklärung absichtlich erzielt, die Lehrgegenstände waren ungenügend, die Methode nicht der Art, daß eine gründliche Ausbildung aller geistigen Kräfte und Fähigkeiten, wie sie für den Menschen in der Gesellschaft wünschenswerth ist, erreicht werden konnte. Sowohl die Bildungsanstalten für die Lehrer wie die Schulen müssen verbessert und gehoben werden. Diese Aenderung mag hinreichen zur Begründung unseres Gesuches. Wir wollen keine hohe Nationalversammlung mit weiterer Auseinandersetzung nicht behelligen, sondern vertrauen deren Einsicht und guten Willen und beharren in diesem Vertrauen unter dem Ausdrucke der vollkommensten Hochachtung und Ehrfurcht Einer hohen deutschen National-Versammlung ergebenste (folgen die Unterschriften).

Anzeigen.

Im Verlage von **A. D. Geisler** in Bremen ist erschienen und in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel vorräthig:

Die Cholera mit dem besten Erfolge bekämpft durch die homöopathische Curart. Nach den berühmten Aerzten Hahnemann, Schmidt, Bigel, Quin, Schubert und Roth. Dargestellt von einem Freunde des öffentlichen Wohls. gr. 8. geh. 40 kr.

Der geschichtliche Beweis ist unläugbar, daß die homöopathische Curart am besten gegen die Cholera geklämpft und gesiegt hat. Dieses Buch bringt auch zugleich die homöopathischen Schutzmittel gegen die Cholera.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonntag Nro. 259. 17. September 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 14. September. Die Berathung über den Waffenstillstand mit Dänemark wurde heute eröffnet. Im Ganzen sprachen 9 Redner, worunter der Abgeordnete Heckscher sich 2 Stunden lang die Tribüne einnahm, um das Ministerium zu rechtfertigen und die Annahme des Waffenstillstands unter den von Dänemark zugestandenen Konzessionen (Verzichtung auf die Trennung der schleswig-holsteinischen Truppen und auf die Aufhebung der Verordnungen der provisorischen Regierung) zu empfehlen. Auch der schleswigsche Abg. Francke sprach für Annahme des Waffenstillstands mit Modifikationen. Man sagt, daß der Herzog v. Augustenburg, der gestern hier angekommen und heute der Sitzung beiwohnte, die schleswigschen Abgeordneten bestimmt habe, für den Waffenstillstand zu stimmen. Dadurch erklärt sich auch, daß mehrere derselben einen Antrag auf Genehmigung des Waffenstillstands unter Voraussetzung gewisser Modifikationen stellten. Ein ähnlicher Antrag ist auch von preußischen Abg. und von dem sächsischen v. Lindenau gestellt. Der alte Arndt, der noch vor zwei Tagen den Antrag der Majorität des Ausschusses auf Verwerfung des Waffenstillstandes unterzeichnete, hat die Farbe gewechselt und sprach heute für Annahme. Für die Verwerfung erklärten sich am Entschiedensten Venedey aus Köln. Eisenmann griff ebenfalls den Vertrag und das Verfahren Preußens lebhaft an und beantragte vorläufige Suspendirung des Waffenstillstands und Anknüpfung direkter Unterhandlungen durch die Centralgewalt. Herr Simon aus München unterstützte in einer kräftigen Rede den Antrag auf Verwerfung des Waffenstillstands. Seine Aeußerungen haben um so mehr Gewicht als derselbe seit 3 Tagen mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt war, aber diesen Auftrag zurückgegeben hat. Er erklärte, daß der preußische Minister v. Camphausen einige Modifikationen des Vertrags zugestanden habe, daß aber diese nicht hinreichend seyen, um die Majorität der Versammlung für die Annahme des Waffenstillstands zu gewinnen. Der Erminister von Schmerling erwiderte Einiges auf die Angriffe Hermanns gegen das vorige Ministerium worauf die Debatte auf morgen vertagt wurde. Der Ausgang ist noch sehr ungewiß. Die Rede Hermanns, der das ganze linke Centrum repräsentirt, hat die Aussicht auf eine Ausgleichung unsicher gemacht.

Frankfurt, 12. Sept. Das erwartete Ministerium Hermann scheint nicht zu Stande zu kommen. Hr. v. Hermann hoffte durch eine Unterhandlung mit Preußen zu einer Lösung der schwebenden Schwierigkeiten zu gelangen und hat deßhalb zwei Tage mit Camphausen über unumwundene Anerkennung der Centralgewalt, sofortige Aufknüpfung von Friedensunterhandlungen und zwar direkt durch Abgeordnete der Centralgewalt, Außerkraftsetzung der Gesetze und Verordnungen in den Herzogthümern lebhafte Erörterungen gepflogen. Camphausen hat darauf im Wesentlichen stets geantwortet: „Wir werden uns verständigen," heute Vormittag aber auf das Drängen nach einer bestimmten Erklärung, diese dem Vernehmen nach verweigert und erklärt: „Man müsse die Sache der Besetzung überlassen." Darauf soll Hermann seinen Auftrag in die Hände des Reichsverwesers zurückgegeben haben. Thatsache ist, daß heute Mittag Römer, Heinrich Simon, Schoder und Vogt, also reine Linke, Westindier und deutscher Hof, zum Reichsverweser gerufen worden sind und längere Zeit mit demselben gesprochen. Der Antrag zur Bildung eines Ministeriums ist Niemand gemacht worden, da der Reichsverweser „erst noch andere Leute kennen lernen zu wollen" erklärte; doch hat sich der Reichsverweser angelegentlich mit Allen über den Waffenstillstand unterhalten und seinen Entschluß ausgesprochen, einem Beschlusse der Nationalversammlung, demselben die Genehmigung zu versagen, mit aller Kraft Geltung zu verschaffen. Die vom Reichsminister Schmerling ausgesprochene Befürchtung, daß der Reichsverweser sein Amt niederlegen werde, wenn die Genehmigung versagt werde, erklärte der Reichsverweser für ungegründet; er werde bis zur Herstellung einer definitiven Staatsgewalt in seinem Berufe ausharren.

Man vernimmt, daß General v. Wrangel zum Generalissimus der preußischen Armee und General von Schreckenstein zum Gouverneur von Berlin ernannt ist.

Frankfurt, 11. September. Nach dem Berichte des in Hamburg versammelt gewesenen deutschen Marinecongresses ist als das Minimum einer deutschen Flotte anzusehen und sogleich zu beschaffen: 8 Segelfregatten mit 60 Kanonen, 6 Segelfregatten mit 40 Kanonen, 6 Dampfschraubenfregatten von 500 Pferdekraft und 1500 Tonnen. Sämmtliche Geschütze dieser Schiffe sind von schwerstem Kaliber. Dazu treten 6 Dampfschraubenfelder-Corvetten von 3—400 Pferdekraft, 9—1200 Tonnen und Bombenkanonen. Bei Angabe dieser Verhältnisse ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß Deutschland sich zu Anfang nur als eine Seemacht zweiten Ranges betrachten möge. Die Bestimmung dieses Geschwaders in Friedenszeiten würde sein: 1) Stationirung von Kriegsfahrzeugen in solchen Gegenden, wo deutscher Handel oder deutsche Einwohner des Schutzes bedürfen; 2) Unterstützung diplomatischer Verhandlungen durch bewaffnete Macht, Ueberführung von Gesandten u. dgl., und 3) Uebung der Offiziere und Mannschaften. Es würden demnach zu verwenden sein: für Nordamerika, Westindien, und den mexicanischen Golf 1 Fregatte von 60, 1 Fregatte von 40 Kanonen und 1 Dampffregatte. Für die südamerikanische Ostküste: dieselbe. Für die Westküste von Amerika: 1 Fregatte von 60 Kanonen und 1 Dampffregatte. Für China und Ostindien: 1 Fregatte von 60 und 1 Fregatte von 40 Kanonen. Im Mittelmeere: 2 Fregatten von 60, 1 Fregatte von 40 Kanonen, 1 Dampffregatte und 1 Dampfcorvette. Dies würden zusammen, 6 Fregatten von 60, 1 Fregatte von 40 Kanonen, 3 Dampffregatten und 2 Dampfcorvetten, welche (von dem oben angegebenen Minimum in Abzug gebracht) 2 Fregatten von 60 Kanonen, 3 Dampffregatten und 4 Dampfcorvetten disponibel ließen, die schon beim ausbrechenden Krieg verwendet werden können, bis die Geschwader des Mittelmeeres und von Nordamerika eingezogen sind, diese beiden Geschwader mit der angegebenen Reserve, aus 7 Segelfregatten und 10 großen Dampfern bestehend, können z. B. den Belt sperren, ohne daß Dänemark es zu hindern vermag. Sollten dagegen Feindseligkeiten im südlichen Europa zu befürchten sein, so würde das Geschwader des Mittelmeeres hinreichen, den beiden Staaten (mit Ausnahme Frankreichs) die Spitze zu bieten, wenn es sich in der Defensive hielte, mindestens so lange, als die an der deutschen Küste und in Nordamerika befindlichen Geschwader herbeigekommen wären. Bräche ein Krieg mit Brasilien oder den La Plata-Staaten aus, so könnte das dortige Geschwader sogar gleich offensiv verfahren, weil die entgegenstehende Macht nur gering ist. Ein Gleiches könnte, aus den nämlichen Ursachen von dem nordamerikanischen Geschwader gegen Mexico geschehen. Das im Centrum liegende Geschwader des Mittelmeers muß dieses so gestellt sein, daß es sogleich nach dem Beginn solchen kann, wo man seiner Hülfe benöthigt ist. Wenn dies das Minimum ist, welches der Marineeongreß beantragt, so verlangt er, daß davon sogleich in Angriff genommen werden: zwei Dampfregatten, vier Dampfcorvetten, zwei Segelfregatten von 14 und zwei von 40 Kanonen, welche binnen zwei Jahren, inclusive 75 Kanonenboote rc. vollständig fertig sein können. Die Besatzung für jenes Minimum ist auf 9140 Mann, die Kosten dafür auf 10,250,000 Thlr. angegeben. Die in den ersten zwei Jahren zu erbauenden Schiffe würden 4,075,000 Thlr. kosten; der jährlichen Unterhaltungskosten sind auf 3,620,000 Thlr. zu veranschlagen.

Berlin, 13. September. Den neuesten hier mit vieler Glaubwürdigkeit verbreiteten Gerüchten zufolge werden in das von Hrn. v. Beckerath zu bildende Ministerium mehre Mitglieder der abgetretenen Cabinets, namentlich die HH. Milde und Gierke wieder eintreten. Es wird für die morgende Sitzung der Nationalversammlung von mehren Seiten eine königl. Erklärung angekündigt, welche mit Bezug auf die jüngste Abstimmung und deren Bedeutung die Stellung der Krone im Verhältniß zu der Versammlung klar zu bezeichnen beabsichtigt. — In Potsdam haben gestern Abend unruhige Auftritte stattgefunden, indem von vielen Seiten des Volks versucht wurde, mehre inhaftirte Soldaten zu befreien. Als Truppen zur Herstellung der Ruhe anrückten, wurde ein Versuch zum Barrikadenbau gemacht, wozu auch hier wieder ein geheimnißvoller Schuß das Zeichen gab. Der

Digitized by Google

Versuch ward indessen vereitelt; die Polizeihäuser wurden gesprengt, viele Tumultuanten verhaftet, und nach 1 Uhr in der Nacht war die Ruhe wiederhergestellt. Mehre Minister sind heute nach Potsdam zum König gegangen.

Köln, 13. September. Am Abend erschien zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther folgende Bekanntmachung des Gemeinderathes: „Der Belagerungszustand hat so eben, Abends 7 Uhr, sein aufgeregtenlicher Anfang beschlossen eine Deputation aus seiner Mitte sofort nach Coblenz zu dem commandirenden General und Ober-Präsidenten der Rheinprovinz zu senden, um in Uebereinstimmung mit dem laut und allgemein ausgesprochenen Verlangen der Bürgerschaft die sofortige Entfernung des 27. Infanterie-Regiments von Köln dringendst zu beantragen. Köln 12. September 1848. Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete."

Nach einer telegraphischen Depesche ist der Bitte willfahrt worden.

In Düsseldorf wurde am 9. September nach einer Volksversammlung ein Versuch gemacht, den gefangenen Freiligrath zu befreien. Den Bemühungen besonnener Bürger gelang es indeß, die tobende Masse zu beruhigen und von ihrem Vorhaben abzubringen.

Privatnachrichten aus Chemnitz vom 12. September besagen, daß schon am 11. September früh bekannt gewesen, was gegen Abend zu erwarten sey, daß aber Vorkehrungen verzögert worden seyen. Als um 7 Generalmarsch geschlagen wurde, waren Markt und Straßen schon gedrängt voll Menschen und von den einzeln ausrückenden Communalgardisten wurden mehrere einwohnet und mißhandelt, auch erschienen sie nur in geringer Anzahl. Die betrittene Communalgarde, circa 30 Mann stark, that jedoch ihre Schuldigkeit, ward aber mit einem Steinhagel angegriffen und hat mehrere bedeutend Verwundete. Die zwei Gefangenen, um welche es sich handelte, wurden aus der Frohnveste nun befreit, und nachdem noch die an der Hauptwache aufgestellte kleine Abtheilung Communalgarde auf Forderung der Tumultuanten entlassen worden, trat für die Nacht über Ruhe ein. Gegen 4 Uhr heute Morgen rückte Reiterei von Marienberg, gegen 10 Uhr Infanterie von Zwickau ein und man schritt nun zur Wiederverhaftung der zwei befreiten Gefangenen, von denen einer sich freiwillig gestellt haben soll. Darüber entstand neue Aufregung, die Maschinenbauer zogen, jedoch unbewaffnet, auf den Markt, und um 2 Uhr, als gerade noch zwei Schwadronen Reiterei von Freiberg einrückten, wurde wieder Generalmarsch geschlagen und Alarm geblasen. Jetzt nahm die Sache eine sehr traurige Wendung. Die Tumultuanten errichteten auf dem Graben, am Theater, am Ausgange der Johannisgasse und andern Orten Barrikaden, und es begann ein Kampf, bei dem Häuser abgedeckt und die Ziegel als Waffen gebraucht und vom Militär scharf gefeuert wurde. Der Kampf dauerte bei Pestabgang (Abends 6 Uhr) noch fort. Todte und Verwundete gibt es schon auf beiden Seiten. Wie Bangen sah man der Nacht entgegen. — Geheimer Regierungsrath Tott ist als kgl. Commissär mit Vollmachten von den Ministerien des Kriegs und des Innern am 12. September aus Dresden nach Chemnitz abgegangen. (D. A. Z.)

Leipzig, 14. September. Die gestrigen Nachrichten über die in Chemnitz seit dem 11. September Abends sich begebenen unglücklichen Ereignisse gingen bis den 12. September Abends. Schon ½4 Uhr ist nach dem Chemnitzer Central-Anzeiger die erste Salve mit einer Abtheilung Militär in der Johannisgasse nach dreimaliger Aufforderung und nachdem die Cavalerie mit Steinwürfen aus der Straße zurückgetrieben war, abgegeben worden. Der Bericht in dem erwähnten Blatte fährt fort: „Wuthgeschrei über alle Straßen. Barrieaden und aufgerissene Pflaster im Spitzgäßchen und der Johannisgasse. Wir sehen einer entsetzlichen Straßenschlacht entgegen.

½6 Uhr. Barricadensturm auf dem Graben. Ununterbrochenes Geschützfeuchen (soll jedenfalls Feuern heißen, da noch kein Geschütz dort war) des Militairs, jetzt auch von der andern Seite. Die Cavalerie geht nach der Pforte zurück. Zudelruf der Barricadenvertheidiger, die Barricade wird mehr befestigt. Was in andern Stadttheilen geschieht, wissen wir nicht. Der Theaterplatz scheint rings durch Barricaden geschützt zu sein. Die Cavalerie hält in der Nähe der Pforte.

8 Uhr. Seit zwei Stunden hat der Kampf in der Stadt selbst aufgehört, die Barricaden sind fast überall weggeräumt, die Cavalerie hält größtentheils auf dem Markt und ist theilweise abgestiegen; die Communalgarde, meist in Gemeinschaft mit dem Militair, hält die Hauptstraßen nach dem Markt und der Hauptwache zu besetzt. — Die beiden Gefangenen sind freigelassen und der Streitpunkt ist nur noch der, daß die Arbeiter die Entfernung des Militairs verlangen, das sofort schriftlich von den Behörden und der Communalgarde entlassen worden wird, weil letztere, von welcher sich höchstens der dritte Theil gestellt hat, allein einem neuen Angriffe schwerlich zu widerstehen vermöchte. — Die Zahl der Verwundeten und Todten wird auf 20 angegeben, doch weiß man darüber noch nichts Bestimmtes. Von der Cavalerie ist ein Mann erschossen, zwei sind verwundet und einer ist gefangen. Es heißen sie hat der Kampf stattgefunden an der Bürgerschule, wo die 4. Compagnie der Communalgarde eine Barricade und das Schulhaus selbst stürmte, und auf dem Roßmarkte.

14. September Mittags. Mittwochst Heftig und ungefähr 20 Soldaten sind geblieben, geh. Regierungsrath Todt durch einen Steinwurf auf der Brust verwundet." (Aus Chemnitz in Leipzig eingetroffene Reisende erklären letztere Nachrichten für übertrieben. Als am 13. September Mittags das von Leipzig abgesendete Bataillon leichter Infanterie anlangte, war die Ruhe völlig hergestellt und geschehen. Die Zahl getödteter Civilisten wird auf 16 angegeben.)

Dresden, 13. Sept. Heute früh sind noch ein Bataillon des Leibinfanterie-Regiments sowie vier Geschütze reitender Artillerie nach Chemnitz abgegangen. (D. A. Z.)

Meiningen, 8. September. Unser Ministerium Wertberen-Brandis hat den Abschied eingereicht und erhalten. Spezhardt ist zum Minister ernannt; die übrigen Mitglieder des Ministeriums sind noch nicht bekannt. B. Trinks und Bernhardi sollen die Annahme von Stellen im Ministerium ausgeschlagen haben. Der Oberamtmann der Verwaltungsämter Meiningen und Walsungen, Herr Schmidt, ist suspendirt, die neuliche Auslegung des Gemeindegesetzes zurückgenommen. (D. A. Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Die regierende Familie von Hohenzollern-Sigmaringen soll sich mit der Absicht tragen, das Fürstenthum zur Verfügung der Reichsgewalt zu stellen, die es wahrscheinlich theils Würtemberg, theils Baden einverleibt. Dieser Beispiel wird der Fürst von Hohenzollern-Hechingen folgen.

Wien, 10. September. Etwa eine Stunde vor dem Aufbruch der ungarischen Deputation nach Schönbrun wurde hier plötzlich in unzähligen Exemplaren das von seinem Minister kontrasignirte, in der Agramer Zeitung aber am 7. September abgedruckte Handschreiben des Kaisers an den Banus von Kroatien verbreitet. Nach Ansicht dieses Manifestes begaben sich alsbald einige Mitglieder der Deputation zu Hrn. v. Wessenberg und befragten ihn über Ursprung und Sinn desselben. Er erklärte, daß es ohne sein Mitwissen erlassen sei, und schien sehr betroffen. Es scheint außer Zweifel, daß es dem Kaiser von seiner nächsten Umgebung, zu der besonders der Staatsrath Pietzig, die Hofräthe Erd und Rosenfeld, so wie der ehemalige Gesandte in Florenz, Graf Revitzky, gehören, diktirt wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der am 23. abgelassene Waffenstillstand auf 4 Wochen verlängert wird. Unsere Regierung bemüht sich, mit allen italienischen Regierungen in direkte Unterhandlungen über die Reorganisation Italiens und die Garantien eines dauernden Friedens zu treten, wodurch die Vermittelung ihren Gegenstand verlöre. — Der Minister des öffentlichen Arbeiten, Schwarzer, hat nun, nachdem seine Entlassung das erste Mal nicht angenommen wurde, gestern abermals seine Dimission eingereicht, und soll, wie es heißt, gesonnen seyn, nach seinem Austritt aus dem Ministerium wieder die Redaktion der Allg. Oesterreichischen Zeitung zu übernehmen. (A. Z.)

Wien, 11. September. Die von hier abgereiste ungarische Deputation hat, wie man eben vernimmt, in Preßburg eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden, und ihre Manifestation durch das Aufsteden der rothen Fahne und Abzeigen erregte bei den dortigen Bewohnern den allgemeinen Unwillen in einem solchen Grade, daß man sie kaum landen lassen wollte. (Nach Einigen wollten die Preßburger Bürger sogar auf sie feuern.) Die Bürger drangen darauf, die rothe Fahne abzunehmen, und sowohl in Preßburg als in Odenburg wurde die weiße Fahne aufgesteckt. Heute eingegangenen Nachrichten aus Agram zufolge soll Jellachich mit seinen kroatischen Truppen erst gestern und heute die Drau an drei Punkten überschritten haben. Zugleich hat derselbe an die Armee, an die Ungarn und an die österreichischen Völker Proklamationen erlassen, in welchen er sich über seine loyalen Gesinnungen und Absichten offen ausspricht. (A. Z.)

Wien, 12. September. Während wir diesen Bericht beginnen, wirbelt der Allarmschlag durch die Straßen. Folgendes ist die debauerliche Veranlassung! Ein Unternehmer Namens Swoboda hatte sich des freistehenden Vereinigungsrechtes bedient, um eine Kreditgesellschaft ins Leben zu rufen, die ihrer Bestimmung nach eine wechselseitige Unterstützungsanstalt seyn sollte. Wer 1 fl. C.-M. einzahlte, bekam eine Aktie pr. 10 fl., zu den Nachzahlungen ver-

Digitized by Google

pflichtete sich Jeder freiwillig. Die Aktien kamen in Zirkulation. Plötzlich verbreiteten sich ungünstige Gerüchte; der Kredit der Anstalt kam ins Wanken. Ein wilder, aufgeregter Haufe drang gewaltsam in das Ministerium des Innern und verlangte die Garantie des Staates für die emittirten Aktien. In aller Eile ließ Dodhoff ein Plakat drucken, worin er den Getäuschten alles Billige versprach, ja sogar theilweise Entschädigung z. Nichts destoweniger erneuerten sich heute Morgen die tumultuarischen Auftritte. Eine Menschenmasse drang in die Gemächer des Ministeriums, zerschlug und zerstörte, was ihr in den Weg kam. Unglücklicher Weise fügte sich's, daß wachhabende Nationalgarden die Bajonette gegen die Eindringlinge, worunter sich selbst viele Garden befanden, kehrten. Nunmehr begann erneuerter Sturm, in Folge dessen drei Bataillone Militär zum Schutz etlichen Kompagnien der Legion sich auf dem Judenplatze aufstellten. Bis jetzt hat die Sache einen politischen Charakter noch nicht angenommen. (N. K.)

Rendsburg, 10. September. Aus ziemlich sicherer Quelle erfahren wir, daß der preußische General v. Bonin, welcher sich anfänglich bereit erklärt hatte, den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein zurückbleibenden Reichstruppen zu übernehmen, wahrscheinlich in Folge des in der schleswig-holsteinischen konstituirenden Landesversammlung gefaßten Beschlusses vom 4. Sept., erklärt hat, auf den Oberbefehl verzichten zu müssen. (A. Z.)

Kiel, 11. September. Es verbreitet sich hier das Gerücht, daß jetzt folgende Combination einer neuen provisorischen Regierung im Werke sey: General v. Bonin Präsident, Graf Reventlow-Preetz und Beseler, Mitglieder der bisherigen provisorischen Regierung, und zwei von dem Herzoge von Schleswig und Holstein zu ernennende Mitglieder.

Lemberg, 7. September. Ein scheußliches Verbrechen ist gestern hier begangen worden. Die ganze Familie des hiesigen Rabbiners wurde vergiftet. Schon seit lange lebten die alt gläubigen Israeliten mit den Reformern im heftigsten Streit und Kampfe. Die Regierung hatte der ganzen Gemeinde einen Rabbiner nach dem Wunsche der Reformer gegeben und die Altgläubigen oppositen aufs heftigste dagegen. Diese zwei Sekten entfernten sich immer mehr von einander, und die Altgläubigen verlangten einen Rabbiner nach ihrem Bekenntnisse. In den ersten Tagen der aufgegangenen Freiheit fingen sie an, sich laut gegen den Rabbiner Kohen zu erheben, stiegen in sein Haus und insultirten ihn auf offener Straße. Jetzt begingen sie ein Verbrechen, um ihn zu beseitigen. Ein Jude schlich sich in die Küche und warf eine starke Partie Arsenik in einen Topf. Nach dem Mittagsmahle erkrankte sogleich die ganze Familie mit den Dienstboten, zusammen neun Personen. Man beeilte sich ärztliche Hülfe zu verschaffen. Bis jetzt ist der Rabbiner und ein Kind gestorben, die andern sind noch am Leben, aber ohne Hoffnung gerettet zu werden. Einige Zigeuneten, auf die man Verdacht hatte, wurden verhaftet. Man konfrontirte sie mit der kranken Magd, sie erkannte unter ihnen aber keinen Schuldigen. (D. A. Z.)

Schweiz

Bern, 10. September. Morgen wird Franz Raveaux, der Gesandte Deutschlands, dem Präsidenten der Tagsatzung in feierlicher Audienz seine Beglaubigung abgeben.

Zürich, 12. September. Der heutige Tag ist epochemachend in der Geschichte der Schweiz. Die Tagsatzung hat heute die neue Bundesverfassung angenommen.

Italien.

Aus Messina brachte am 8 September das Dampfboot Jancred nach Marseille ebenfalls die Nachricht vom Beginn des Kampfes mit der neuen neapolitanischen Expedition. Hiernach waren die Weissenfesen bis zur Ankunft des Dampfers im Vortheil gewesen. Einer von Livorno nach Messina an ihn abgegangene Deputation hat, nach italienischen Blättern, der Großherzog (6) folgende Punkte bewilligt: Für das Geschehene ist volle Amnestie gegeben; die Livorneser Nationalgarde wird neu organisirt; die Reserve wird organisirt und bewaffnet (d. h. gegen Oesterreich wird gerüstet); „unter der Voraussetzung daß es in Livorno ruhig bleibt" verspricht die großherzogliche Regierung von der ihr verliehenen außerordentlichen Gewalt keinen Gebrauch zu machen, die Constitution wiederum walten zu lassen, und gegen Livorno keine Truppen zu schicken; in Livorno selbst wird vom Volk eine Regierung gewählt die bis zur vollen Wiederherstellung der Ruhe mit fast unumschränkter Vollmacht regiert. Hiernach hat man sich in Livorno zufrieden erklärt, es ist alles ruhig, und an der Spitze der schon gewählten neuen Regierung steht Guerrazzi. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 12. September. Es wird hier am 20. ein Congreß der „Freunde des allgemeinen Friedens" Statt finden, zu welchem bis jetzt an zweihundert namhafte Männer aus Amerika und England ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Congreß sollte in Paris Statt finden; man fand es aber unter den jetzigen Umständen rathsam, ihn in Belgien abzuhalten. Mehrere Mitglieder des Vereines haben sich nach Deutschland gewendet und rechnen auch von dort auf zahlreiche Theilnahme. Es sollen unter Anderm Rundschreiben an sämmtliche Mitglieder der berliner und der frankfurter National-Versammlung ergehen, um sie einzuladen, dem Congresse beizuwohnen. Die Verhandlungen desselben werden hauptsächlich darauf gerichtet werden, ein passendes Mittel zu finden, die gewaltenden Differenzen zwischen den Völkern immer auf schiedsrichterlichem Wege zu vermitteln, anstatt, wie es bis jetzt geschehen ist, die Zuflucht zu den Waffen zu nehmen.

Frankreich.

* Paris, 12. Sept. Herr Pascal Duprat, Volksvertreter, ist mit einer außerordentlichen Mission der Regierung nach Wien abgegangen und hat deshalb von der Nationalversammlung einen dreiwöchentlichen Urlaub erhalten. Der Constitutionel versichert, daß Herr Pascal Duprat als Gesandter in Wien bleiben und der bisherige Geschäftsträger Herr Delaforest zurückkehren werde.

Wir haben heute ausführlichere Nachrichten aus Messina, — der Angriff der Neapolitaner, die landeten, war mit einem fürchterlichen Bombardement der Stadt durch die Citadelle verbunden. Die Sicilianer schlugen sich voll Enthusiasmus, aber sie haben weder tüchtige Führer, noch gute Artilleristen. Bei Abgang dieser Nachrichten, die bis zum 3. Mittags gehen, war der Kampf noch nicht entschieden. Die englischen und französischen Schiffe beobachteten die strengste Neutralität. Das Debats hat Briefe aus Turin, denen zu Folge die piemontesische Armee ganz reorganisirt und 80,000 Mann stark ist und vor Begierde brennt (?) wieder ins Feld zu rücken. Die Nachrichten aus Florenz melden „daß sich der Großherzog selbst an die Spitze seiner Truppen gestellt hat, um gegen die aufrührerische Stadt Livorno zu marschiren (?) (S. o.)

Man schreibt der Reforme, daß Marschall Radetzky in Mailand den ganzen Tag den Plan der Befestigungen von Paris studire und sich geäußert habe: in zwei Monaten werde er Frankreich einen König geben und die deutsche Fahne auf den Thürmen von Notre Dame aufpflanzen. Solche Enten, eigends erfunden, um die Völker gegen einander aufzuhetzen, sind also nicht blos in den deutschen Journalen zu finden.

Mehrere Journale zeigen heute an, daß in Folge einer Differenz über die Arbeitsstunden, die die Unternehmer erhöhen wollten, sämmtliche Maurer ihre Arbeiten eingestellt haben.

Die Wände und Straßenecken sind buchstäblich mit auf die Wahlen vom 17. bezüglichen Plakaten bedeckt. Wir bemerken, daß die Plakate der demokratischen Partheі; die Cadet, Raspail und Thoré empfehlen, fast überall abgerissen werden. Man hegt übrigens nicht die geringsten Besorgnisse für den Wahltag und ist fest überzeugt, daß er ganz ruhig vorübergehen wird. Louis Napoleon läßt wie gewöhnlich viel Lärm von sich machen und es scheint daß ihn die äußerste Linke unterstützen will um im Nothfalle ein Gegengewicht gegen Henri V. zu haben.

Die Nachrichten aus Mexiko gehen bis zum 7. Die Herzogin von Montpensier war noch nicht entbunden. In Catalonien nahm der carlistische Aufstand zu, Cordova ist an Pavias Stelle zum General-Capitain ernannt und Truppen marschiren in Eile nach Catalonien.

Der Constitutionel hat gestern Bericht über eine Audienz abgestattet, die eine Deputation der Nationalgarde beim General Cavaignac hatte und in der er sich über die Bewerggründe aussprach, die ihn bestimmt haben, für die in den Junitagen bewiesene Tapferkeit Ehrenbezeugungen und Auszeichnungen zu decretiren. Es sey der Junikampf kein Bürgerkrieg gewesen, sondern ein Vertheidigungskampf der Gesellschaft gegen die Anarchie und somit jede Auszeichnung in demselben der Bürgertreue werth. Der General sprach hierauf seine Ueberzeugung aus, daß kein Kampf in Paris stattfinden und daß auch der äußerste Friede nicht gestört werden würde, da Oesterreich die englisch-französische Vermittlung angenommen habe.

Ungarn.

Oravieza, 31. August. Gestern wurde von hier aus ein mächtiger Brand in der Nähe von Weißkirchen, oder dort selbst, beobachtet, auch von Morgens 5 Uhr bis 10 Uhr Kanonendonner gehört. Die Garden von Szabka und Werschitz hatten Befehl bekommen, gegen Weißkirchen vorzurücken. — Heute hören wir, daß diese unglückliche Stadt wieder angegriffen worden und mit Grana-

Digitized by Google

ten beschossen ward. Die Garnison that einen tapfern Ausfall, wobei die Linien-Infanterie nicht mehr zusehen konnte und zwei Dechargen in die Feinde gab. Sie wollte eben das Bajonet fällen und Sturm laufen, als Oberst Bloemberg, der mit 800 Uhlanen müßig zusah, denselben Befehl gab, ihre Bewegung einzustellen.— Glücklicherweise befanden sich die Aufrührer in diesem Augenblick bereits auf der Flucht, und wurden so von den Weißkirchnern und den mobilen Garden in das Dorf Wratschemgzi zurückgeworfen. So viel wir wissen, konnte das hinderdorfer Szaßteer Detachement nicht mehr zu rechter Zeit auf dem Kampfplatz eintreffen. — Wie entmuthigend diese unerklärliche Zurückhaltung des regulären Militärs da wirkt, wo es sich nicht mehr um politische Angelegenheiten, sondern einzig und allein um bürgerlichen Besitz und gesetzliches Recht handelt, läßt sich nicht sagen. Alles in der Umgegend wandert aus, um aus dem Bereich dieser unerhört verrätherischen Bewegungen zu kommen. (Oest. Z.)

Moldau und Walachei.

Jassy, 3. September. Die Lage der Fürstenthümer wird ernstlicher. Großbritannien hat sich entschlossen die Pforte gegenüber von Rußland in den Unterhandlungen über die Moldau und Walachei zu unterstützen. Der englische Consul zu Bukarest hat der Regierung seine Missbilligung dargethan, daß die Pforte die von den Russen verlangten Reformen anerkannt habe. Solch ein politischer Meteor war ganz geeignet, Nicolaus zum Kriege zu treiben oder seine Drohungen Lüge zu strafen. Der Czaar wählte das Erstere. Die türkischen Truppen sammeln sich. Man darf die Macht auf 300,000 Mann Türken und Aegyptier schätzen, welche unter Ibrahim Pascha Rußland die Spitze bieten können. Als letzte Friedensmaßregel war ein Adjutant Soliman Pascha's an General Duhamel mit der Aufforderung abgegangen, die Moldau zu räumen, da die Ordnung wieder hergestellt und es nöthig sei, die, durch die Umstände gebotenen Veränderungen in der Moldau auf denselben Fuß wie in der Walachei vorzunehmen. Auf die Antwort des russischen Generals, daß er nur auf Befehle des Gesandten in Constantinopel handeln dürfe, ist Soliman Pascha sogleich dahin abgereist. (Oest. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 9. September. Die Nachricht, daß in der frankfurter Versammlung beschlossen worden, daß die deutschen Truppen nicht aus Schleswig-Holstein rücken sollen, hat hier gar keine Sensation erregt, auch keine Präventivmaßregel im Abgange der deutschen Schiffe, wovon mehre rostocker und hannoversche bereits abgegangen, veranlaßt. Nur der Armeebefehl vom 4. September, wonach die Dislocation und Permittirung der Truppen angeordnet wurde, ist wieder zurückgekommen, aber wir zweifeln keineswegs, daß Preußen ohne weiteres den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten wissen wird. — Fädrelandet vom 9. September meint, Preußen spiele, nach dem Schreiben des Ministerpräsidenten Auerswald, eine etwas zweideutige Rolle. Es sei 1) höchst wunderlich, daß die preußische Regierung sich mit einer Aufruhrregierung in den Herzogthümern einlasse; 2) habe Hr. Auerswald die Bedeutung der Waffenstillstandsbedingungen in mehren Hinsichten verdreht. Er spräche von der Bedeutung, daß deutsche Truppen in Schleswig bleiben sollten und daß das schleswig-holsteinische Armeecorps unvermindert bestehen solle, trotzdem, daß gerade durch die Waffenstillstandsbedingungen erzielt sey, daß das schleswigsche und das holsteinische Heer sich trennen solle, und die Bundestruppen auf die Gegend von Altona angewiesen setzen. Endlich habe der Minister geradezu eine Umwahrheit vorgebracht, wenn er sage, daß der Rechtszustand in den Herzogthümern bleiben solle. (D. A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 10. September. Die auf Sonntag den 17. d. Mts. anberaumte Versammlung der Kreisvereine in Erlangen findet morgen nicht statt, sondern ist auf 8 oder 14 Tage aufgeschoben worden.

Bayreuth, 16. September. Die Leistungen des Pantomimisten, Herrn Chapman, der sich gestern im hiesigen Opernhause producirte, sind eben so bewundernswerth als neu in ihrer Art. Man wußte nur nicht, sollte man die Kunstfertigkeit und Eleganz mehr bewundern, mit welcher er ein großes, gegen acht Eimer haltendes Faß auf seinen Fußsohlen nach den verschiedensten Takten tanzen ließ, oder die Gewandtheit und Muskelkraft, mit welcher er auf einem großen Fasse stehend, dasselbe leicht nach allen Seiten hinbewegte, über Hindernisse ohne Gefahr hinwegsetzte und dasselbe endlich auf eine schiefe Ebene mit bedeutender Steigerung hinantrieb? Allgemeiner Beifall wurde ihm sowohl für diese Leistungen, sowie für seine gymnastischen Uebungen, die er mit drastischer Komik ausführte.

Anzeigen.

Erklärung.

In einer Nr. 254 der Bayreuther Zeitung vom 12. Sept. d. Js. enthaltenen Anzeige mehrerer nicht genannter Bürger ist die unwahre Behauptung aufgestellt:

ich hätte mit der Minorität für den Abschluß, — es soll wohl heißen, für die Annahme — des für ganz Deutschland schmachvollen Waffenstillstands gestimmt, — worunter wohl der Waffenstillstand mit Dänemark verstanden seyn soll. —

Da erst heute die Frage über die Genehmigung dieses Waffenstillstandes in der Nationalversammlung zur Berathung gekommen ist und solche morgen weiter fortgesetzt werden wird, somit ein Beschluß hierüber noch gar nicht gefaßt ist, so erscheint die Behauptung jener Bürger als eine ungebührliche Verläumdung.

Ich habe früher blos dafür gestimmt, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird, daher nur gegen jede Uebereilung dieser wichtigen und folgenreichen Sache, ehe und bevor die vielen zur Beurtheilung derselben von den Ministern in Beziehung genommenen Aktenstücke gedruckt und unter die Abgeordneten vertheilt, so wie die Gutachten der vereinigten Ausschüsse erstattet worden seyn würden, gestimmt, was jeder Jurist und Staatsmann thun muß, wenn er nicht blind ohne Kenntniß aller Thatsachen über einen Gegenstand urtheilen will.

Wie ich meine Stimme in der Hauptsache abgeben werde, habe ich schon vor zwei Tagen dem Herrn Stadtcommissär Willmann zu Fürth geschrieben, der mich seiner Zeit rechtfertigen wird, daß meine Stimmgebung nicht erst durch die verdächtigende Anzeige einiger Bürger veranlaßt wurde, an deren Urtheil mir wenig gelegen seyn kann.

Frankfurt a. M., den 14. September 1848.

Keim.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten erlaube ich mir anzuzeigen, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen geliebten Gatten

Johann Burkhard Kretschmann,

weil. Gastwirth zum goldenen Löwen, in einem Alter von nur 31 Jahren, 10 Monaten, am 12. d. Mts. aus dieser Welt in eine bessere abzurufen.

Den theueren Verblichenen einem frommen Andenken empfehlend, bittet um stilles Beileid

die trauernde Wittwe Friederike Kretschmann, geborne Schaffner.

Zugleich widme ich den verehrlichen Reisenden sowie einem hiesigen Publikum die Anzeige, daß ich die Gastwirthschaft zum goldenen Löwen fortführen und mich bestreben werde, des uns bis jetzt geschenkten Vertrauens auch ferner mich würdig zu zeigen.

Bayreuth, 16. September 1848.

Friederike Kretschmann.

Auktions-Anzeige. In dem Brandenburger Hause wird Dienstag den 19. September Morgens 9 Uhr anfangend, Versteigerung von Zinn, Kupfer und Messinggeschirr, schöne Glaswaaren, Tassen, Spiegel, gute Betten, Kleidungsstücke, Meubeln, wobei ein vorzüglich schöner Kleiderschrank von Eichenholz, spanische Wände, Wintersessier, dann Haus- und Küchengeräthe jeder Art, gegen Baar-Zahlung gehalten, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

Feinsten 1846er Eschendorfer à 24 kr. per Bouteille, empfiehlt

I. G. Felbinger.

Beste neue Voll-Häringe bei

Joh. Georg Vogel.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 17. August 1848.

Große Produktion des gymnastischen Tänzers

Mr. Chapman,

ersten Pantomimisten des Astley's-Theaters in London.

Cassaeröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 260.** **18. September 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 15. September. In der heutigen Sitzung sprachen wieder 8 Redner über den Waffenstillstand, ohne daß jedoch die Frage ihrer Entscheidung näher rückte. Für die Annahme des Waffenstillstands sprachen Jordan von Marburg, Blömer von Aachen und Mühlfeld von Wien, die beiden ersten aber mit Vermittlungsanträgen, welche auf eine Modifikation des Vertrags hinausliefen. Mühlfeld machte besonders die Interessen des durch den Krieg gelähmten norddeutschen und Triester Handels geltend. Ein anderer Oesterreicher, der junge und feurige Giskra, sprach dagegen mit Begeisterung für die Verwerfung des Waffenstillstandes und verschierte, daß Oesterreich im Nothfall 500,000 M. auf die Beine stellen würde. Jordan von Breslau beantragte, den Schirmungsbeschluß zurück zu nehmen und wer Alles die Anerkennung der Centralgewalt durch Dänemark und den Abschluß zu nehmen, die Rechte der Herzogthümer wahrenden Frieden zu betreiben. Dieser Redner, der früher zur linken gehörte, aber schon in der Polenfrage sich von ihr losgesagt, hielt dem preußischen Partikularismus eine Lobrede, und verscherte, die preußische Regierung habe in der Waffenstillstandsfrage ihre Stände und den größten Theil des Volks für sich. Von der linken Seite wurde dies gradezu für unwahr erklärt. Für die Verwerfung des Waffenstillstandes sprachen noch Waiz, Schoder und Vogt. Ersterer ging sehr gründlich auf die Waffenstillstandsfrage ein und tadelte scharf das Verfahren des preußischen Ministeriums, während Vogt mit seinem bekannten Humor den preußischen Partikularismus geißelte und die Bösse der bisherigen Unterhandlungen aufdeckte. Morgen soll Gagern sprechen; vielleicht daß er durch einen neuen „kühnen Griff“ wie bei der Berathung über die Centralgewalt den gordischen Knoten löst, dessen Entwirrung sich außerdem noch sehr in die Länge ziehen dürfte.

Frankfurt, 14. September. Ausführlicher Bericht über die 77. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Im Eingange seines Vortrags bemerkte der Abg. Hecscher: Er habe mit schmerzlicher Sehnsucht dieser Stunde entgegen gesehen, welche sie den bisherigen Bestand der Centralgewalt und die Verantwortlichkeit ihrer Diener, für den Frieden Europas, die Einheit Deutschlands, das Glück und den Wohlstand der Herzogthümer, den Geist und die Richtung des künftigen Reichsministeriums entscheidend sey. Er habe — fügte er hinzu — Vieles hören, Vieles ertragen müssen, und verlange als Aequivalent nur Gehör und Gerechtigkeit. In einem zweistündigen Vortrage ging er sodann den ganzen Verlauf der Verhandlungen durch und suchte das vom Ministerium dabei eingeschlagene Verfahren zu rechtfertigen. Auf die Frage, warum die Centralgewalt nicht selbst unterhandelt habe, anstatt die Unterhandlung Preußen zu übertragen, antwortet er: Preußen hatte anerkennungswerthe Opfer gebracht, die schwierigen Unterhandlungen bis dahin geführt; es hatte nie, weder im Krieg noch Frieden das Vertrauen Deutschland verscherzt; konnte die Centralgewalt ihm ein Vertrauensvotum versagen? Warum die Ratifikation des Reichsverwesers und die Genehmigung der Nationalversammlung nicht vorbehalten wurde? Ersteres war unthunlich, und letzteres angezweifelt, war das Ministerium bereit, auf die Grundlagen von Bellevue hin und seine Zusatzbedingungen die Verantwortlichkeit zu übernehmen, und wäre, würde auf diese Grundlagen abgeschlossen worden, einer Indemnitätbill sicher gewesen. Die siebenmonatliche Dauer des Waffenstillstandes sey eine unerläßliche Bedingung von Seite Schwedens, einer für Deutschland sehr wohlwollend gesinnten Macht, gewesen. Schweden habe aus Besorgniß vor der Cholera seine Truppen auseinander legen wollen. Was die Winterfeldzüge betreffe, so täuschten sich Diejenigen sehr, welche einen Einfall in Dänemark über die Belte als leichte Sache darstellten. Auch die Bestimmungen über die Trennung der Truppen und die Aufstellung der Verordnungen der prov. Regierung, sucht er als theils in der Natur der Verhältnisse gegründet, theils durch andere Bestimmungen aufgewogen darzustellen. Die Ernennung des Grafen Welts habe freilich bei dem Ministerium Besorgnisse erregt, da er auf seiner der ihm eingerechten Bitten gestanden habe; das Ministerium sey aber gleich von vornherein überzeugt gewesen, daß es nicht zum wirklichen Vollzug dieser Anordnung kommen würde. Der Waffenstillstand — bemerkt er ferner — liege die Rechte der Herzogthümer und die Erhaltung des deutschen Elements sicher; Schleswig mit einem Male deutsch zu machen, sey nicht Zweck des Krieges gewesen. Die Verwerfung des Waffenstillstandes würde Preußens Ehre tief kränken, seine Stellung zu den auswärtigen Mächten unhaltbar machen. Norddeutschland würde die Fortsetzung des Krieges verweigern; Deutschland würde nicht blos mit Dänemark, sondern mit anderen europäischen Mächten in Conflikt gerathen. Das Ministerium habe sich zwar nie durch Drohungen einschüchtern lassen, viel könnten ihm Lord Cowley und der deutsche Gesandte in London, Hr. Banks, bezeugen, allein es sey doch Thatsache, daß die Mächte, ob mit Recht oder Unrecht, sich durch die Garantie Schleswigs gegen Dänemark verbunden erachten, und nach ihren vorliegenden Erklärungen könne die Gefahr eines Krieges nicht bestritten werden. Die Ehre sey nicht verletzt, Deutschlands gutes Recht nicht aufgehoben, sondern nur ein Interimistikum eingegangen, das für Dänemark noch ungünstiger sey. Der Waffenstillstand gewähre Deutschland Zeit, Heer und Flotte zu organisiren, die Einheit herzustellen, die fremden Mächte über sein Recht zu belehren. Und wenn er auch unausführbare Bestimmungen enthalte, so habe die Centralgewalt keine Verpflichtung übernommen, ihren Wolzug mit Waffengewalt zu erzwingen; Dänemark möge zusehen; darum habe es auch auf Klugheit schon nachgegeben. Er erklärt sich schließlich für den Ministerialantrag und jeden andern, der die Ehre Deutschlands und die Würde der Centralgewalt sicher stellt, ohne eines seiner mächtigsten Glieder zu verletzen. — Beseler sucht nachzuweisen, daß der Bundestag sich viel tapferer benommen habe, als die Centralgewalt, er habe die Protestation der fremden Mächte entschieden zurückgewiesen. Wer geachtet seyn wolle, den müsse man fürchten. Dänemark werde ganz nachgeben, wenn die Nationalversammlung auf ihrem Beschlusse beharre. In einem Kampf zwischen Deutschland und Preußen wäre Preußen verloren; allein es werde nicht dazu kommen. Das preußische Volk werde einsehen, daß sein Geschick mehr auf dem Spiele stehe, wenn es gegen Deutschland kämpfe, als wenn es mit Deutschland den Frieden in Dänemark erzwinge. v. Herrmann zählt die Fehler auf, die nach seiner Ansicht begangen worden sind. Man habe die Ratifikation des Reichsverwesers und der Nationalversammlung vorbehalten, dieser die Bestimmungen vorher vorlegen, den Abschluß nur im Namen der Centralgewalt und des Reichs zugeben, die Unterhandlungen durch den Bevollmächtigten der Centralgewalt direkt überwachen lassen und den Vertrag an Preußen zurückgeben sollen, damit die anstößigen Bestimmungen entfernt würden. Jetzt sage man, Dänemark möge zusehen. Allein wenn es redlich zugehen solle, müsse beide Theile vollziehen, und wir müßten eigentlich jetzt gegen Holstein marschiren. Nach seiner Ansicht ist nicht die preußische Ehre gefährdet, sondern nur die Eitelkeit einiger Minister im Spiele. Durch die Verwerfung des Waffenstillstandes trete man die Ehre Preußens, denn er sey unvollkommen. Der Redner erzählt, daß er, nachdem er mit der Bildung des Ministeriums betraut worden, mit Herrn Camphausen wegen einer möglichen Ausgleichung verhandelt habe. Herr Camphausen habe sich bereit finden lassen, zu erklären, daß der Waffenstillstand kraft der Vollmacht des Reichsverwesers und im Namen des Bundesstaates geschlossen worden, auch der Anstand wegen Nichterwähnung der Ratifikation der Nationalversammlung zu beseitigen, aber über Abänderung der unausführbaren Artikel sey man nicht zum Reine gekommen: Herr Camphausen habe sich bloß zu Modifikationen in der Ausführung unter Zuziehung von Commissarien der Centralgewalt verstehen wollen. Er (Herrmann) habe sich bei den verschiedenen Fractionen der Versammlung zu überzeugen gesucht, ob auf diese Grundlage hin eine Ausgleichung möglich sey. Dies sey ihm nicht gelungen; mittlerweile seyen die drei Tage seines Mandats abgelaufen; er lehne deshalb auf seinem freiern Standpunkt zurück und stimme für Nichtgenehmigung des Vertrags. Mit Suspendirten gewinne man nichts. Die Nationalversammlung und die preußische Re-

Digitized by Google

gierung seyen bei der Verwerfung besser daran. Es gebe eine sogenannte Ministerkrisis; der Staat sey nicht gefährdet; er lasse seine Minister fallen (wahrscheinlich seyen sie schon gefallen) und damit sey die Sache zu Ende. Dann trete Waffenruhe ein und man unterhandle über den Frieden, zu welchem beide Theile als vernünftige Menschen sich bereit finden würden. Der Redner glaubt an keinen Krieg der deutschen Stämme. „Wir — sagt er — repräsentiren sie. Haben wir denn solche Feindschaft gegeneinander im Leibe? Wer im Sonderinteresse einen Krieg anfinge, gegen den hätte die Centralgewalt mächtige Bundesgenossen: alle Herzen, die für Einheit schlagen, und alle Geister, die Freiheit wollen, und diese Bundesgenossen würden wir selbst im feindlichen Lager finden. Das Europa Kriege wolle, das glaube ein Anderer; die Mächte sind vernünftig genug, um sich zu besinnen, ehe sie mit dem Volke von 40 Millionen Krieg anfangen. Man macht sich grimmige Gesichter, aber man schlägt nicht auf einander los (Gelächter). Müßte es übrigens zum Krieg kommen, dann würde durch ihn eine allgemeine Kräftigung Deutschlands und seiner Einheit herbeigeführt. Deutschland möge sich das kleine Dänemark zum Muster nehmen, das durch seine energische Fortsetzung des Kriegs, obgleich es ursprünglich im Unrecht war, die Achtung aller Mächte erwarb. Kaufen Sie Schiffe, geben Sie Kaperbriefe aus. Lassen Sie sich nicht den Gedanken Herr werden, daß Rube die Hauptsache sey. Rüsten Sie, damit Sie den Frieden haben. Hüten Sie sich, daß nicht ganz Europa ruft: Ihr Deutschen seyd nur ein Kinderspiel!“

Frankfurt, 15. September. Der „Verein für deutsche Zolleinigung“, welcher so gute Früchte in Aussicht stellte, ist in seiner Wirksamkeit einstweilen gestört, da in der Sitzung vom Freytage den 8. ds., vor Beginn der Discussion fast alle anwesenden Fabrikanten ihren Austritt auf so lange anzeigten, bis alle deutsche Staaten, besonders Oesterreich, hinreichend vertreten seyen.

Berlin, 14. September. Unsere Ministerkrisis wird bis zum Wiederzusammentritt der Nationalversammlung am 19. September schwerlich schon zu einer bestimmten Lösung gelangt seyn, da sich die principiellen Schwierigkeiten der Verwirklichungen bei manchen Zag zu Tag blühen und der denselben gewachsenen Persönlichkeiten wenigstens da, wo man sie sucht, nicht vorhanden sind. Die linke Seite der Versammlung will jedoch am 19. September, auch wenn das neue Cabinet abtrann noch nicht existirt, auf uns ausgesetzten Fortgang der Berathungen in einer ganz bestimmten Weise antragen. Hr. v. Beckerath wird heute Nachmittag um 4 Uhr hier erwartet; der Finanzminister Hansemann ist ihm eine Strecke Wegs entgegengereist, aus welcher eifrigen Bemühung man auf erneuerte Absichten Hansemann's, auch im neuen Cabinet einen Platz einzunehmen, schließen will. Das Beckerath'sche Ministerium wird keinesweegs eine der linken Seite sein, und man zweifelt überhaupt, daß es zu Stande kommen werde. Dem Charakter und den aufrichtigen Absichten Beckerath's lassen alle Parteien im voraus Gerechtigkeit widerfahren.

Berlin, 14. September. Hr. Giercke soll als Präsident des Oberlandesgerichts nach Bromberg gehen. — Auch aus Frankfurt a. O. berichtet man von schlimmen Conflicten unter dem dortigen Militair; es hätte die Waffen niedergelegt, es wolle unter den bisherigen Offizieren nicht mehr dienen; eine andere Version sagt sogar: es habe sich dem dortigen demokratischen Club zur Disposition gestellt. Damit sind die fast gleichgeltenden Vorfälle in Potsdam, in Köln und Posen zu vergleichen; es gibt Leute, welche von einem zu Grunde liegenden weit verzweigten, gemeinsamen Operationsplan sprechen. (D. A. Z.)

Leipzig, 15. September. Die von gestern aus Chemnitz eingegangenen Nachrichten bestätigen die Fortdauer der hergestellten Ruhe. Die vom Dresdner Journal gebrachte Nachricht von Verwundung des Regierungscommissärs, geheimen Regierungsrath Todt, durch einen Steinwurf auf der Brust ist glücklicher Weise eben so unbegründet wie der Tod des Rittmeisters Helbig.

Wien, 13. September. Die Zustände haben heute eine sehr bedenkliche Physiognomie angenommen. Der Unfug vor dem Hotel der Ministers des Innern wiederholte sich auch gestern Abends, nachdem das aufgebotene Militair bereits nach Hause marschirt war. Erst spät Nachts zerstreute sich der tumultuirende Haufe. Heute Morgens erneuerten sich diese Zusammenläufe. In der Reichszeitung verbreitete sich die Nachricht, daß mächtige Bewegungen auf der Aula und theilweise auch im Volke Statt finden. Eine Sturmpetition werde vorbereitet; ein demokratisches Ministerium, der Linken entnommen, soll an die Spitze der Geschäfte treten; der Sicherheitsausschuß soll seine Functionen wieder beginnen; mehrere gestern angeschlagene Plakate sollen widerrufen, das Militär bloß von dem Oberkommandanten der Nationalgarde zur Hülfeleistung requirirt werden. Die diesfälligen Entschließungen sollen heute bis 4 Uhr Nachmittags erfolgen. Der Kriegsminister machte nunmehr die Mittheilung, daß das Militär konsignirt sey, und der Reichstag erklärte sich permanent. Was uns die Nacht heute noch bringen wird, Gott weiß es! — Eben höre ich, daß die Abgeordneten Goldmark und Kublich von der Aula nach dem Reichstage zurückkehren, um Bericht zu erstatten. — Aus Ungarn briefliche Nachricht, daß das verantwortliche kgl. Ministerium sich erhalten, den Gleichheitsklub augelöst habe ꝛc. Spätere Nachricht: Provisorische Regierung. Kossuth an der Spitze. (Bedarf noch der Bestätigung.) (N. K.)

Rostock, 11. September. Heute langten die ersten deutschen Schiffe mit der schwarz-roth-goldenen Flagge geschmückt in unserm Hafen an und wurden von einer zahlreichen Volksmenge jubelnd begrüßt. (D. A. Z.)

Altona, 12. September. General Wrangel ist heute auf einer Reise nach Berlin hier durchpassirt.

Italien.

Venedig ist wirklich von den Piemontesen verlassen worden; die Flotte Albini's wurde, nach unsern jüngsten Triester Berichten, in der Nähe von Ancona gesehen. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 13. September. Die große Frage unserer Zeit: das Recht auf die Arbeit hat gestern die ganze Sitzung der Nationalversammlung ausgefüllt, die Discussion darüber wird heute, ja sie wird vielleicht noch mehrere Tage fortdauern. Wir haben die Nationalversammlung noch nie so leidenschaftlich bewegt, so im höchsten Grade gespannt und aufgeregt gesehen, als im dieser Frage, ein richtiges Gefühl scheint ihr zu sagen, daß sie an einer Lebensfrage der Zukunft steht, von deren richtigen Lösung Alles abhängt. Nach dem, wie immer gestritten, Duvergier de Hauranne sprach noch Barthe gegen, Cremieux für das Recht auf die Arbeit. Ueber zwei Punkte zeigen sich die vorzüglichsten Redner einverstanden, darüber, daß den Leiden der arbeitenden Klassen auf jeden Fall abgeholfen werden müsse und darüber, daß die der Gesellschaft dadurch auferlegte Pflicht sich nur in den Gränzen des Möglichen bewegen könne.

Der Dampfer Tonnerre, der Jschia (Golf von Neapel) am 5. verlassen hat, ist mit Depeschen des Admirals Baudin am 8. in Toulon angekommen. Die am 30. August von Neapel abgegangene Flotte des Königs von Neapel mit 22,000 Mann Landungstruppen an Bord hat Messina am 1. Sept. angezeigten. Die in Besitz der Neapolitaner befindliche Citadelle verband ihr Feuer mit dem der Flotte und dem Angriffe der Landungstruppen. Die Neapolitaner drangen in die Stadt, wurden aber mit großem Verluste wieder hinausgeschlagen. Die Bevölkerung von Messina hat in der Stadt barrikadirt und will eher umtergehen, als sich ergeben. Am 3. begann die Citadelle ein mörderisches Feuer gegen die Stadt, die wahrscheinlich vernichtet werden wird.

Paris 13. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ergriff Herr Thiers in der Arbeitsfrage das Wort und leitete seinen Vortrag folgendermaßen ein: Wir haben die Republik nicht gemacht, aber wir nahmen sie aufrichtig und ehrlich an, — für jeden vernünftigen Menschen ist die gesetzliche Regierung seines Landes die einzige. Wir haben nicht conspirirt, wir werden nicht conspiriren. Wir haben beim Königthume nicht gesschmeichelt, es nicht verrathen, — wir werden der Republik nicht schmeicheln, sie nicht verrathen. Wir haben immer die Freiheit gewollt, eine acht nationale Politik nach Außen und eine gute Verwaltung unserer Finanzen. Was wir gewollt haben, wollen wir noch und so wollen wir der Republik offen und ehrlich dienen. (Große Sensation.) Herr Thiers geht nun auf die Frage der Arbeit über und führt als Grundlagen der Gesellschaft das Eigenthum, die Freiheit und die Concurrenz auf. Wir werden auf diese Rede morgen zurückkommen, nach welcher ohne Beschlußfassung die Sitzung bei Posschluß für einige Zeit suspendirt wurde.

Anzeigen.

Versteigerung.

Donnerstag den 21. d. Mts. von Morgens 9 Uhr anfangend findet im Hause der Frau Hauptmann Vogel über eine Stiege Versteigerung von Kommoden, Schränken, Tischen, Sesseln, Spiegeln, Kupfer und Meßing, Betten, Kleidungsstücken, Zaumzeug, Tränkeimern, Haferkästen und Waschschäffen gegen gleich baare Bezahlung statt, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Bayreuth, den 17. September 1848.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 261.** **19. September 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 16. September. In der heutigen Sitzung sprachen noch über den Waffenstillstand v. Vincke, Ziegert, Mr. Löwe v. Calbe, Degenkolb, Blum, Fürst Lichnowsky, Simon von Trier, Max v. Gagern, Hecscher und zuletzt die Berichterstatter der Majorität und Minorität Wurm und Stedtmann. Die Abstimmung über den Majoritätsantrag begann um 6 Uhr und ist soeben vor Postschluß (6½ Uhr) beendigt. Der Antrag der Ausschußmehrheit auf Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes ist mit 258 gegen 237 Stimmen verworfen.

Anm. Das Majoritätsgutachten lautet wörtlich:

1) Der Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt; 2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundes-staats sogleich zu eröffnen."

Da wir die positiven Beschlüsse der Nationalversammlung noch nicht kennen, ob der Majoritätsantrag, ob neu gestellte oder frühere Motionen angenommen worden sind, so enthalten wir uns für heute noch eines jeden Urtheiles. Schon in der Sitzung vom 14. d. M. waren außer den Ausschußanträgen nicht weniger als 7 besondere Anträge in dieser wichtigen Angelegenheit eingebracht worden.

Frankfurt 15. September. Ausführlicher Bericht über die 78. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nachdem heute zuerst der Abgeordnete v. Reden einen Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Gewerbeverhältnisse angezeigt hatte, ertheilt der Abgeordnete Jordan das Wort über die Waffenstillstandsfrage. Die deutsche Ehre ist nach seiner Ansicht durch den Waffenstillstand nicht gefährdet. Die Ueberschreitungen von Seiten der preußischen Regierung seyen nicht aus bösem Willen, sondern aus Irrthum entstanden. Man könne das preußische Ministerium nicht vom Volke trennen, denn es sey aus dem Volke hervorgegangen. Preußen aber hänge mit Deutschland zusammen wie die siamesischen Zwillinge. Die Regierung sey untrennbar das Volk, Volk und Regierung seien Eins (Widerspruch links). Die dynastischen Interessen — setzt der Redner hinzu — sind dem Volke entgegengesetzt, aber nicht der Regierung als solche. Wenn wir den Waffenstillstand nicht ratifiziren, bleibt er gleichwohl verbindlich. Das Verhältniß des Bevollmächtigten zum Vollmachtgeber ist ein inneres, um das sich die Politik nicht kümmert. Preußens Ehre wird es erfordern, gegen Deutschland zu stehen; denn wie der Einzelne, so kann auch der Staat sein Wort, und hätte er es auch unüberlegt gegeben, nicht brechen. Der Redner schildert dann die Nachtheile einer Wiederaufnahme des Kriegs. Die deutschen Heere würden, von dänischen und andern Feinden umringt, in Schleswig fixirt; der ohnedin darniederliegende Handel und Wohlstand noch mehr gehindert; die finanziellen Kräfte würden am Ende so sehr erschöpft, daß die Nationalversammlung nicht mehr unterhalten werden könnte, zum Frohlocken des Auslandes, dem die deutsche Einheit ein Dorn im Auge sey. Jordan schließt mit den Worten: den Waffenstillstand nicht länger zu beanstanden und die Centralgewalt zu beauftragen, daß sie mit Dänemark unmittelbar wegen Modifizirung des Waffenstillstandes und wegen des Friedens unterhandle und der National-Versammlung seiner Zeit Vorlage darüber mache. — Abgeordneter Wais vertheidigte sich über das Verhältniß des gegenwärtigen preußischen Ministeriums in der Schleswig-holsteinischen Sache im Gegensatz zu dem des vorigen Cabinets. Er tadelt das erstere wegen der dem Bundestag noch später der Centralgewalt regelmäßig Kunde von den Verhandlungen gegeben, daß es ohne allen Grund und ohne daß man in London, Frankfurt und Rendsburg davon gewußt, Unterhandlungen mit Schweden angeknüpft und durch den ersten Malmöer Entwurf den Keim zu allen jetzigen Verwirrungen gelegt habe. Die Dänen selbst hätten die Annahme ihrer Bedingungen von Seiten Preußens nicht erwartet. Auch die Ratification in Berlin tadelt er als voreilig; dem Benehmen Max v. Gagerns während der Unterhandlung zollt er warmes Lob. Den Beschluß vom 5. September nennt er gerecht und nothwendig. Wie habe man den Waffenstillstand der Nationalversammlung zur Annahme oder Verwerfung vorlegen und zu gleicher Zeit schon vollziehen dürfen? Dann geht er die einzelnen Bestimmungen durch und hebt unter Anderm hervor, daß bei deren strenger Anwendung das dänische Commando wieder eingeführt und das dänische Eigenthum an den Schiffen gesichert gemacht, die Einberufung der schleswig-holsteinischen constituirenden Versammlung, das Wahlgesetz selbst die Wahl zur deutschen Nationalversammlung als ungesetzlich erklärt werden könne. Von Anerkennung der Centralgewalt durch den Herzog von Schleswig finde sich nirgends eine Spur in dem Waffenstillstande. Der Redner bestreitet, daß die Lage der Dinge so dringend gewesen, um zu solchen Beleidigungen Ja sagen zu müssen. Dänemark sey von jeher auf der Halbinsel bezwungen worden; das hätte Deutschland auch vermocht. Der Abzug ihn und des Mißtrauen der fremden Mächte sey nicht durch die schleswigsche Frage, sondern durch die gesürchtete Einheit Deutschlands hervorgerufen worden. Schleswig sey nur der Vorwand, und nach ihm zusammenden Gerüchten habe Frankreich seinen Angriff auf einen ganz anderen Punkt gerichtet, und nicht die Besetzung Jütlands, sondern die Einheit Deutschlands für einen Kriegsfall erklärt. Von allen Seiten biete man jetzt Deutschland bessere Bedingungen an, ein Beweis, daß der Abschluß übereilt und nicht das Aeußerste aufgeboten worden sey. Das Volk von Schleswig-Holstein selbst habe übrigens den Vollzug des Waffenstillstandes unmöglich gemacht und vernichtet. Schoder gesteht zu, daß Mißtrauen im Volke herrscht, das aber nicht, wie Jordan meine, von sittlicher Verkommenheit herrühre, sondern durch die Bestrebungen der Regierungen und einiger Parteien, dem Volke die Errungenschaften seiner Revolution zu entreißen, hervorgerufen sey. Mäßigung, Klugheit und Kälte seyen empfehlenswerthe Tugenden; aber hier gelte es Gefühl für die Ehre und die Rechte des Volks. Der Waffenstillstand sei für Deutschland unverbindlich; sein Vollzug würde die Nachtheile nicht beseitigen, die man dadurch zu beseitigen hoffe. Man werde weder im Verein mit Dänemark den Schleswig-Holsteinern Gewalt anthun, noch dieß den Dänen allein überlassen wollen. In ganz Süddeutschland herrsche die größte Erbitterung gegen den Waffenstillstand. Auch in Norddeutschland namentlich in Hamburg, herrsche mit wenig Ausnahmen dieselbe Stimmung gegen den Waffenstillstand. Er trägt darauf an, denselben offen und ohne Rückhalt zu verwerfen, ohne dadurch künftige Unterhandlungen abzuschneiden. Nachdem Schoder geendigt, wurde das Verzeichniß der in Betreff des Waffenstillstandes bisher eingegangenen Aeußerungen verlesen. Es sind ihrer ungefähr 80, darunter aus Nassau 2, Würtemberg 8, Bayern 12, Großherzogthum Hessen 10, Kurhessen 5, Preußen 11, Sachsen 1, Braunschweig 3, Hannover 3, Frankfurt 4, Oesterreich 1, Bremen 2, Schleswig-Holstein 1, Homburg 1 u. s. w. Sie sprechen fast sämmlich die Abstimmung zu dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 5. dieses Monats aus. Giskra will, daß Deutschland der Welt zeige wie es nicht Länder fressen, sondern nur sein Recht vertheidigen wolle, und das Ausland werde keinen Krieg anfangen. Sei dem aber anders, nun so lege man die Hand an das Schwert. Man werde doch nicht einen Vertrag, den zwei Fürsten miteinander geschlossen, einem Volke mit dem Bajonett aufzwingen wollen! Wenn die Nationalversammlung sich durch diesen eitrigen Beschluß eines Cabinetts gebunden erachte, gebe sie sich eine Blöße gegen Holland (wegen Limburgs) und Alle, die an dem Umbau Deutschlands zu rütteln Lust hätten. Durch den Waffenstillstand sey die Centralgewalt tödtlich verwundet, offen verhöhnt, ihr Gesandter bei den Unterhandlungen durch die Stellung, die er dort eingenommen, beschimpft worden. Der Redner fürchtet keinen Bruch mit Preußen, wenn der Waffenstillstand verworfen werde. Der König von Preußen sey zu hochsinnig und zu sehr für die deutsche Einheit begeistert; einen Minister aber, der sich zwischen Fürst und Volk stellen wollte, würde das sichere Verderben ereilen. Wenn aber auch Preußen es wagen sollte, habe nicht die Nationalversammlung das ganze deutsche Volk hinter sich? Oesterreich sey, trotz des egoistischen Treibens einer schwarzgelben Partei, voll Sympathie für Schleswig-Holstein und deutsche Einheit; es werde seine Bundespflichten erfüllen und im Nothfall, wie im Jahr 1809 wieder 500,000 Mann stellen. Die Nationalversammlung habe

Digitized by Google

mit Hand und Mund gelobt, die Centralgewalt zu führen; sie möge ihres Schwurs gedenken. Der Reichsverweser habe die Gerüchte, daß er im Falle der Verwerfung des Waffenstillstands abtreten würde, für eine Lüge erklärt und versichert, er werde mit der Nationalversammlung stehen oder fallen. Wenn ein Feind Deutschlands Einheit antaste, werde es fegen oder mit Ehren fallen. Möge man nicht auf seinen Leichenstein setzen: Hingesunken durch die Hand seiner Söhne! Jordan von Berlin geht von der Ansicht aus, daß Dänemark Deutschland mehr geschadet, als dies ihm, daß es den deutschen Handel an den Rand der Verzweiflung gebracht und daß man deßhalb nur auf dem Fuße der Parität mit ihm unterhandeln könne. Dahlmann's Winter-Feldzug gehe nur darauf hinaus, die Deutschen auf's Eis zu führen. Wenn die Dänen einen kürzeren Waffenstillstand geschlossen hätten, wären sie die größten Dummköpfe der Welt gewesen. Den Waffenstillstand findet Jordan zwar nicht besonders ruhmvoll, aber auch nicht unehrenvoll. Die Stimmung Preußens anlangend, habe er Briefe aus Berlin, nach welchen Temme und Waldeck dem König erklärt hätten, daß in dieser Frage die Regierung auf das fast einstimmige Urtheil der Versammlung rechnen dürfe. Auch der größere Theil des Volks sey für die Regierung. (Stimme links: Das ist nicht wahr!) Der Redner weist diese Unterbrechung als beleidigend zurück. Wenn Deutschland, behauptet er, den Waffenstillstand nicht vollzöge, würde die deutsche Ehre im Ausland zum Kindermährchen werden. Vogt fällt in den Aktenstücken über den Waffenstillstand die unbegründete Furcht vor Rußland und den Russen Schwedens auf, das ohne allen Grund Truppen nach Jütland werfe und und Greuelthaten sage, und gleichwohl von Hrn. Hecscher eine Deutschland befreundete Macht genannt werde. In Bezug auf Jordans Aeußerung über die Dauer des Waffenstillstandes fragt er, ob denn die Deutschen allein das Privilegium der Dummheit haben sollten? In einem freilich nicht in den Aktenstücken abgedruckten Briefe des dänischen Ministers Knuth an den englischen Gesandten Byng finde man, der Waffenstillstand müsse Preußen durch Schweden und Rußland aufgedrungen werden, und die längere Dauer desselben habe für Dänemark den Vortheil, daß es die Verwaltung in Schleswig vervollständigen könne. Wolle würde den Waffenstillstand vielleicht angenommen haben, wenn ihn die Centralgewalt geschlossen hätte, nimmermehr aber nachdem Preußen ihn gegen die Vorschriften der Centralgewalt abgeschlossen. Die gerühmten Concessionen Dänemarks beständen bis jetzt in der Erklärung Camphausens, „daß Graf Moltke als zurückgetreten anzusehen sein möchte“, und in den Versprechen, Dänemark werde die Modificationen zugeben, welche für die Ruhe der Herzogthümer erforderlich seyen. Unter Ruhe verstehe man Unterwerfung unter den Waffenstillstand. Die Ruhe und Ordnung in den Herzogthümern, wie Nikolaus sie in Warschau hergestellt, dahin werde man erreichen, wenn man den Waffenstillstand genehmige. Preußen möge zusehen, wie es sein Wort halte, das es bereits durch Ueberschreitung der Wollmacht gebrochen. Lange habe Preußen sich mit dem Traum gewiegt, eine Großmacht zu sein, und sey doch nur das fünfte Rad am Wagen gewesen und von Rußland am Schleppтau gezogen worden. Hätte Preußen sich ganz der Centralgewalt hingegeben, man würde ihm auf dem Präsentirteller gebracht und freudig an den Kopf geworfen haben, was man ihm jetzt Fuß für Fuß streitig mache und nur mit Wiederwillen und dem Stachel des Ingrimms geben werde, wenn man es überhaupt gebe. Da sei Folge der kleinlichen Krämerpolitik die seines großen Gedankens fähig sey. Ein Redner habe Deutschland die großartigen Anstrengungen Frankreichs gegen seine äußeren Feinde im Revolutionskriege als Muster vorgehalten. „Es war — sagt Wegt — ein Convent, der Das konnte, und nur ein Convent kann Das.“

Das F. J. schreibt: Sicherm Vernehmen nach hat General v. Wrangel das Kommando des Bundesheeres niedergelegt und im Vollzug des Waffenstillstandes die Bundestruppen bis auf die stipulirten 2000 Mann aus den Herzogthümern zurückgezogen. General v. Wrangel hat sein Hauptquartier nach Potsdam verlegt.

□ München, 16. Sept. Am 28. d. wird König Max aus Hohenschwangau zurückkehren. Die kk. Majestäten werden dem Oktoberfeste anwohnen, welches auch heuer wieder seinen Vorgängern in seiner ganzen Unbedeutenheit gleichen wird. — In einer Staatsrathssitzung am Montag kommen mehrere Gesetzentwürfe zur Berathung, die von den beiden gesetzgebenden Ausschüssen der Kammern erledigt sind; Prinz Luitpold wird präsidiren. — Einem hier allgemein verbreiteten Gerüchte soll vor einigen Tagen Lola Montez in Bergesgaden sich gezeigt haben, wo den Gebirgsbewohnern aber so übel empfangen worden seyn, daß sie nacht sich flüchten mußte. — Zur morgigen Volksversammlung in Neuberghausen scheint die Theilnahme äußerst lebhaft werden zu wollen. Die hiesigen Deutschkatholiken halten morgen in aller Frühe eine öffentliche Versammlung im Paradiesgarten; ein junger katholischer Pfarrer aus München, gebornen Münchener wird dabei sein Glaubensbekenntniß als Deutschkatholik ablegen. — Von den am 21. August Verwundeten ist abermals Einer gestorben; morgen ziehen die Arbeiter an sein Grab, um eine Leichenfeier zu veranstalten.

Berlin, 15. Sept. Mit Bestimmtheit wird wiederholt versichert, daß der König auf einem Progamm gegenüber der Kammer bestehe, zu dessen Durchführung sich das Ministerium verpflichten soll, und das eben die Bildung erschwere. — Nächsten Sonntag soll hier von dem Schönhauser Thore auf Veranlassung des Vereins für Volksrechte ein Verbrüderungsfest zwischen Militär und Civil gefeiert werden; und man geht damit um, eine Adresse an das preußische Militär, welche Petitionen und Zeitungshalle als die offiziellen Organe der hiesigen Bewegung bereits gebracht, in 30,000 Exemplaren unter die Soldaten zu streuen.

Man erwartet von England eine Note, welche die Aufrechthaltung des Waffenstillstands mit Dänemark geradezu verlangt und welche sich in jeder Beziehung harmonirend mit den preußischen Ansichten ausspricht; wie man versichert, wird auch Frankreich einen ähnlichen Schritt thun und zwar in eclatanter Form. (D. A. Z.)

Hannover, 13. September. Heute ist das neue Verfassungswerk als „Gesetz, verschiedene Aenderungen des Landesverfassungsgesetzes betreffend“ erschienen. Es wurde am 5. Sept. vom König und von sämmtlichen zeit verantwortlichen Ministern unterzeichnet. Somit ist denn das Gesetz, das 1840 dem Lande aufgezwungen wurde und ihm viele seiner theuersten Rechte verkümmerte, beseitigt und eine Verfassung rechtgültig geworden, welche gesetzliche Freiheit im vollen Maße verbürgt. In 109 Paragraphen sind die neuen Bestimmungen und die Abänderungen des frühern Gesetzes enthalten.

Rendsburg, 13. Sept. Nach neuern Berichten soll auch der König von Dänemark mit den vom Kammerherrn Reedtz gegen den General v. Wrangel in Ausführ gestellten und von diesem in einem Schreiben an die provisorische Regierung angezeigten Modifikationen sich einverstanden erklärt haben. Behufs Beseitigung dieser Fragen soll von einer hochgestellten Person die Proposition gemacht worden seyn, eine Deputation an den König zu entsenden. Die Reise wäre leicht zu bewerkstelligen, da der König sich seit vorgestern auf Alsen befindet. — Der General v. Bonin hat gestern zum ersten Mal als Oberbefehlshaber der in den Herzogthümern befindlichen Truppen einen Parolebefehl erlassen. Derselbe hält sein Hauptquartier in Alsen. (D. A. Z.)

Laut Briefen aus Wien vom 14. September war es dort trotz der allseitigen Aufregung zu keinem ernstlichen Konflikt gekommen. Der Reichstag war fortwährend in Permanenz. Er hatte auf Vorschlag des Ministeriums 2 Mill. zur Unterstützung der Gewerbetreibenden bewilligt, dagegen die Wiedereinsetzung der Sicherheitsausschusses abgelehnt. Das Ministerium wird vom Reichstag energisch unterstützt und hat am 14. angekündigt: „daß es nicht eher ruhen werde, als bis Frieden in die Residenz zurückgekehrt.“ Man sah einer dessen Zeit entgegen.

Triest, 11. September. Noch immer wissen wir nicht bestimmt welche Richtung unsre Flotte eingeschlagen hat, wahrscheinlich ist sie nach Venedig gegangen. Gestern Abend befand sie sich auf der Höhe von Umago, weil sie vom Gegenwinde zurückgehalten ihre Fahrt nicht fortsetzen konnte. Das sardinische Geschwader wurde gestern in den Gewässern von Ancona gesehen. — Ueber die Vermittelungsfrage vernehmen wir aus zuverlässiger Quelle daß die Mediation der Regierungen von England und Frankreich von unserm Cabinette zwar allerdings bedingungsweise angenommen worden ist, daß aber diese Vermittelung sich nur an die wirklich kriegführenden Theile, d. h. auf Oesterreich und Sardinien, nicht aber auf den Streit zwischen dem Kaiser und seinen Unterthanen erstrecken kann, weßhalb auch das von dem englischen Geschäftsträger La Cour an den Ministerpräsidenten v. Wessenberg gestellte Ansinnen, den mit dem König Karl Albert geschlossenen Waffenstillstand auf den Platz von Venedig auszudehnen, von dem österreichischen Ministerium unter Geltendmachung obigen Grundsatzes abgelehnt worden ist. (A. Z.)

Italien.

Ein Brief aus Corfu berichtet, daß die provisorische Regierungvon Venedig und die ehemaligen österreichischen Marineoffiziere größtentheils sich eingeschifft haben, um sich nach Amerika zu begeben. Nachträglich wird von Fahrzeugen, die als das venetianischen Gewässern kommen, gemeldet, daß wirklich kein sardinisches Schiff mehr dort zurückgeblieben sey.

Digitized by Google

Ungarn.

Pesth, 12. September. In der verflossenen Nacht hatte das Repräsentantenhaus einstimmig eine provisorische Regierung unter dem Namen eines provisorischen Ministeriums eingesetzt und daßselbe mit aller nöthigen Machtvollkommenheit begleitet. Der Hergang der Sache war folgender. In einem Handschreiben des Königs an den Ministerpräsidenten Grafen Ludw. Batthyanyi wurde dieser angewiesen, den in einem an den Erzherzog Palatin ergangenen Memorandum des Wiener Ministeriums niedergelegten Eröffnungen zu folgen. Dieses Memorandum versucht die Unverträglichkeit der Märzgesetze mit dem Sinne der pragmatischen Sanction auseinander zu setzen, und schließt mit der kaiserlichen Eröffnung, daß diese Gesetze keine Gültigkeit haben können. Nach dem Rücktritte des Ministers Fürsten Paul Esterhazy gelang es auch der Camarilla, den schwachen Batthyanyi einzuschüchtern, und dieser war zur Nachgiebigkeit entschwichen. Nicht so aber Kossuth und Szemere. Der Erzherzog Palatin machte von dem ersten niederschlagenden Eindrucke Gebrauch und brachte dadurch die Revolution zum beschleunigten Ausbruch. Er verbot dem Finanzminister Kossuth die Emittirung von 5-Fl.-Noten. Batthyanyi wollte den Befehl annehmen, aber Kossuth wies ihn zurück. Die Ministerkrisis trat nun ein, welche mit der Demission sämmtlicher Minister endete. Der Erzherzog nahm die Demission an und wollte nur bis zur neuen Ernennung und Bestätigung eines andern Ministeriums durch den König als Palatin die Zügel der Regierung allein ergreifen. Als der Präsident des Repräsentanten die schriftliche Anzeige des Erzherzogs von der beabsichtigten einstweiligen Alleinregierung vorlegte protestirte das ganze Haus gegen solche absolutistische Usurpation. Das Schreiben selbst wurde als gesetzwidrig erklärt. Kossuth und Szemere ertheilten den Auftrag die verantwortliche Regierung so lange zu leiten, bis ein neues Ministerium gebildet ist, und dem Erzherzog war verboten, irgend eine Verordnung ohne die Contrasignation eines dieser Minister zu erlassen. Eine Deputation überbrachte dem Erzherzoge diese Beschlüsse. In einer zweiten Zuschrift erklärte der Erzherzog, daß er die genannten Minister auch provisorisch bis zur Bildung des neuen Ministeriums nicht anerkenne, wenn aber das Haus seiner (unverantwortlichen!) Palatinalregierung nicht vertraue und den Weg der Revolution betrete, so werde er sich veranlaßt sehen, das Vaterland zu verlassen. Ein allgemeines donnerndes Eljen Kossuth! war die Antwort auf dieses Schreiben, welches auf neuen gelegt wurde. Kossuth und Szemere übernahmen die gesetzliche verantwortliche Regierung und gaben sich zu Collegen den Präsidenten v. Szlamandy, Paul v. Nyari und Sigmund v. Perczely. Zugleich faßte das Haus folgende bedeutschige Beschlüsse: das Finanzund Rekrutirungsgesetz soll auch ohne die kgl. Sanktion sofort ins Leben treten, das letztere aber mit der bedeutsamen Modification, daß sämmtliches Militär nicht, wie früher bestimmt worden, theilweise nach österreichisch kaiserlichem, sondern durchaus nach ungarischen Fuß gebildet und unter ungarisches Commando gestellt werde.

Nachschrift. Am Hof in Ofen soll die größte Niedergeschlagenheit herrschen, das Königthum ist compromittirt. Die wichtige Festung Komorn ist nach langem Weigern dem vom Ministerium bestimmten General Majthenyi übergeben worden.

Frankreich.

*Paris, 14. September. Die große Frage, ob das Recht auf die Arbeit in der Constitution der Republik anerkannt werden soll, ist noch immer nicht gelöst; drei Tage dauert nun schon die Debatte, 52 Redner sind eingeschrieben, wovon kaum ein Drittel gesprochen hat, 17 Amendements liegen vor, — der liebe Himmel allein weiß, wohin das führen soll. Thiers gestrige Rede macht große Sensation, nicht sowohl wegen ihrer kräftigen Angriffe gegen die sozialistischen Schulen, als vielmehr wegen ihres politischen Theiles. Was wir bereits im Voraus ankündigten, ist erfolgt, die ehemalige Linke, die dynastische Opposition hat ihren offenen und unbedingten Beitritt zur Republik erklärt und Thiers hat dies in seinem und seiner Freunde Namen in sehr klarer Fassung ausgesprochen. Dieser Beitritt einer starken und gut disciplinirten parlamentarischen Parthei ist von Wichtigkeit, er sesslirt die Legitimisten und zeigt, daß selbst die klassen Köpfe die Rückkehr der Monarchie für unmöglich halten. Der Rest der Debatte nach Thiers Rede bot nur ein geringes Interesse dar, — Herr Considerant, der Chef der Fourieristen gab Herrn Thiers zu, daß die Gesellschaft auf die drei großen Principien des Eigenthums, der Freiheit und der Concurrenz gegründet seyn müsse, aber er glaubt nicht, daß diese drei Principien in der jetzigen Gesellschaft in ihrer richtigen Anwendung zu finden seyen. Er erklärte sich, Thiers Aufforderung an die Socialisten gemäß, dreist, sein socialistisches System und die unfehlbaren Heilmittel desselben gegen die Uebel des Proletariats zu entwickeln, aber er forderte hiezu vier besondere Abendsitzungen oder Verlesungen, worauf die Versammlung nicht eingehen wollte.

Das neue Decret, daß das Maximum der Arbeitsstunden auf zwölfe festsetzt, wird von den Patronen falsch ausgelegt, Differenzen sind entstanden und die Maurer, die Steinschneider, die Weißgerber haben bereits in Masse die Arbeiten eingestellt und die Tischler stehen auf dem Punkte, diesem Beispiele zu folgen. Eine heute veröffentlichte Proclamation des Polizei-Präfecten erklärt den Sinn des Decrets und sucht die Differenzen zu lösen. Wenn man bedenkt, daß die mit einem ganzen Arsenale drakonischer Arbeitsgesetze ausgerüstete Monarchie gegen diese Arbeitseinstellungen in Masse nichts vermochte, so kann man sich die Schwierigkeiten vorstellen, die diese Frage der jungen Republik bereitet. Jedem Unbefangenen wird klar, daß die Arbeitsfrage eine vollständige, befriedigende Lösung erhalten muß, ehe sich an eine geregelte und ruhige Gesellschaft denken läßt.

Man verstärkte heute ihn Conferenzsaale der Nationalversammlung, die telegraphische Depeschen der Regierung die Nachricht von der Einnahme Messinas durch die Neapolitaner und von der Absahrt der sardinischen Flotte unter Albini aus den Gewässern von Venedig gebracht hätten.

Die neuesten Nachrichten aus Grenoble vom 11., aus Marseille vom 10. meiden, daß die Alpenarmee fortwährend Verstärkungen erhält, daß die Belgade Molière in Marseille täglich zur Einschiffung bereit ist und die zu diesem Zwecke vereinigte Dampfflotille auf der Rhede vor Anker liegt. Es scheint die Absicht der Regierung die Medition rasch zu einer Entscheidung zu führen und bis zur vollständigen und befriedigenden Lösung stets zum Kriege bereit zu sein.

Auf Befehl der Regierung wird ein Lager von 10,000 Mann im Departement der Cote d' Or, in und bei Dijon zusammen gezogen.

Heute Nacht ist ein neuer Transport von 500 Juntinsurgenten zur Einschiffung nach Havre abgegangen. Wir bemerken in der Namensliste abermals eine große Anzahl Deutscher, unter Andern den talentvollen Pianofortefabrikanten Reichmann. Es scheint, daß man in Frankfurt diese Sache ganz vergessen hat; wenn auch Heer von Raumer hier nicht empfangen wird, so sollte doch nichts hindern, in Frankfurt selbst durch den französischen Geschäftsträger zu unterhandeln.

Die Patrie erklärt, daß Herr Pascal Duprat seit nach Pesth begeben werde, wo Frankreich künftig einen Geschäftsträger bei der ungarischen Regierung haben werde.

Fiocon wird heute auf dem Bureau der Nationalversammlung einen Vorschlag niederlegen, wodurch kein Prätendent zum Volksvertreter gewählt werden kann. Dieser Vorschlag ist gegen Louis Napoleon gerichtet.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 13. September. Wir sahen in der gestern beschlossen Rede Thiers fort. „Ihren Ansichten kommt nun auf die Frage selbst, ob Sie weder einer der Lehrer, noch ein Schüler der alten National-Oekonomie, die man jetzt so verächtlich behandle, aber er achte sie und glaube fest, daß sie nicht an dem vorgefassten Blute Schuld sey. Aber er wende sich an die neue Wissenschaft, die so absprechend auftrete und fordere sie auf endlich ein Mal die neuen Heilmittel zu bringen, mit denen sie die Uebel der Gesellschaft gründlich kuriren wolle. „Eure Mittel, Euer Recept!" diese Worte werde er ihr beständig zurufen, — denn er habe alle ihre Schriften mit Aufmerksamkeit studirt und noch nichts Praktisches gefunden. Es gebe Grundsätze, auf denen die Gesellschaft aller Zeiten, aller Völker basirt war, und diese seyen unumstößlich. Sie heißen das Eigenthum, die Freiheit, die Concurrenz. Das Princip des Eigenthums sey die Arbeit, nur durch die Arbeit sey der Mensch, sey die Gesellschaft etwas. Aber die Triebfeder der Arbeit sey der Besitz, der Besitz bei Frucht der Arbeit für den Arbeiter, für seine Kinder. Hierin liege das Interesse des Einzelnen, das Interesse der Gesellschaft. Sei die Freiheit ein natürliches Recht, so sey es das Eigenthum auch, denn es beruhe auf derselben Grundlage. Dieses Recht sey kein willkührliches, kein vorübergehendes, es sey ein unveränderliches, in allen Zeiten, bei allen Völkern existirend und eine Gesetzgebung, die es abschaffen wollte, würde nicht fünf Jahre bestehen. Er beruft sich auf das vielgerühmten Lamartine Bemerkung, daß wo das Eigenthum gesichert und geschützt, die Civilisation vorgeschritten, wo es precär gestellt, die Barbarei herrschend sey. Das zweite Princip der Gesellschaft sey die Freiheit, nicht bloß die politische Freiheit, son-

Digitized by Google

dern die soziale Freiheit, die Freiheit aller Fähigkeiten zu entwickeln. Aber eben aus dieser Freiheit sehen die Reichen und die Armen hervorgegangen, — durch sie werden die Armen reich, die Reichen arm. Diese Freiheit läßt sich nicht maßregeln, nicht beschränken. Das dritte Prinzip sey die Concurrenz, d. h. der Wetteifer. Es besser machen, als der Andere, sey die Losung. So sehen die Maschinen an die Stelle der Hände getreten, so seyen die Preise der Bedürfnisse ermäßigt, so jedem zugänglich geworden. Alles dieses sey nur durch den Wetteifer der Industrie geschehen, und man vermöge sich die Concurrenz als ein Unglück, als das Verderben der Arbeiter darzustellen. Man vergesse immer, daß der Arbeiter nicht bloß Produzent, daß er auch Konsument ist, und daß alle aus der Concurrenz hervorgegangenen Vortheile auch ihm zu Gunsten kommen. Er wünscht, daß eine Commission aus der Nationalversammlung ernannt werde, daß diese die industrielle Lage des Landes genau untersuche und die Lügen, mit denen man das Volk irre führe, würden bald auf ihr Nichts zurückgeführt werden. Der Feldarbeiter sey z. B. 1789 mit 24 Sous täglich bezahlt worden, 1815 mit 30 Sous, jetzt mit 40 bis 50 Sous, so sey bezahlt wurde, erhält jetzt 40, der Spinner sey von 40 auf 50 sey von 3 Frs. auf 6 bis 7 Frs. gestiegen, der der Formgießer auf 10 Frs. Und während so die Arbeitslöhne gestiegen sind, seyen alle Lebensbedürfnisse des Arbeiters, besonders die Kleider (diese um 80 pro C.) wohlfeiler geworden, nur die Wohnung sey um circa 25 pro C. theuerer geworden. Hier aber sey ein Hülfsmittel möglich das er auch unterstütze, die Ueberlassung der unbebauten Staats- oder Communal-Gründe an Arbeiter um sie urbar zu machen und sich darauf anzusiedeln. Allerdings sind diese Vortheile, die uns die Concurrenz gebracht hat, noch nicht das Höchste, aber sie sind im Fortschritt, — die bloße brutale Arbeit ist den Maschinen zugefallen, die intelligente den Arbeitern geblieben. Er weist nun in Ziffern nach, wie in den letzten Jahren in Frankreich durch die Concurrenz die Produktion gestiegen sey. — Mit diesen drei Principien habe die Gesellschaft bis jetzt gelebt, die jetzt ungehörte Forschritte gemacht. Das Geld sey immer mehr im Preise gefallen, von 40 pro C. unter den Römern, von 8 pro C. im Mittelalter, auf 5 pro C. und weniger. Und doch klage man fortwährend das Kapital als böses Prinzip an; aber was wolle man an seine Stelle setzen? Abschaffung des Eigenthums (Communismus), Associationen (Fourieristen), Produktentausch oder Reciprocität (Proudhon). Er geht diese letzten Systeme durch, — was sey man könne einem Menschen sagen: Setzt für das Vaterland! und er werde es thun, aber man sage ihm: Schmiede Eisen für das Vaterland! und man werde sehen, wie er es nicht thun werde. Für die Gemeinschaft, für die Gesellschaft werde Niemand arbeiten. Ich bedauere, daß der Urheber der Association = Theorie (Louis Blanc) nicht hier ist.

Thiers weist nun die Hindernisse, ja die Unmöglichkeit der Associationen nach, wo das Collectiv-Interesse stets an dem Einzelen-Interesse scheitern werde. Er führt Beispiele von Associationen an, die durchaus verunglückt sind. Und nun wolle man Associationen machen, die mit dem Gelde des Staatsschatzes etablirt, auf Staatskosten speculiren würden. Und wenn nun alle 36 Millionen Franzosen, die doch alle gleiche Rechte haben, sich so associiren wollten, wo sollte das Geld da im Staatsschatze herkommen, oder wolle man wirklich aus der linken Tasche nehmen um es in die rechte zu stecken, und umgekehrt. Dahin aber komme man mit einem falschen Prinzipe. Herr Thiers kritisirt nun Proudhon-System und weist das Unmögliche, das Lächerliche desselben nach, er beweist, daß es nichts Anderes sey, als das alte Maximum von 1793, und die Assignaten-Presse. Thiers glaubt nicht, daß selbst, wenn die Gesellschaft sich dazu hergebe, der Communismus, die Association oder Proudhons Tauschhandel organisirt werden könnten. Und diese Mittel wolle man an die Stelle der großen Prinzipien des Eigenthums, der Freiheitund der Concurrenz setzen? Nein! möge die neue soziale Wissenschaft sagen was sie wolle, uns bei Irrthumr, der Blindheit, der Thorheit beschuldigen, — wir glauben daß wir stets recht gehandelt haben, nicht immer glücklich waren, aber doch den wahren Prinzipien folgen und so wenig Uebel als möglich stiften. — Ich komme nun auf das Recht an die Arbeit, das man in unsere Comilitation setzen will. Worin besteht dieses Recht? Darin, daß die Gesellschaft jedem Menschen, der sich meldet, 40 Sous geben und ihn dafür beschäftigen muß. — Das klingt allerdings sehr schön, — aber die Ausführung, — die Möglichkeit, — die Finanzen? Denkt man auch an diese?

Wie wollt ihr diese Leute für die 40 Sous, die ihr ihnen gebt, beschäftigen? In den Nationalwerkstätten? ich glaube nicht, daß man dieses Experiment wiederholen wird. Wollt ihr sie in die Wüsten Afrikas schicken? Aber selbst dann müßt ihr ihnen Werkzeuge, ein Kapital mitgeben, könnt ihr das? — Nein! Laßt uns ruhig prüfen, — welchem Uebel wolle ihr eigentlich abhelfen, — dem Arbeitslosigkeitsstande in großen industriellen Crisen. Wo findet dieser Arbeitslosigkeitsstand statt, auf dem Lande, beim Ackerbau nie, — nur in den Städten. Es handelt sich also nicht um das ganze Volk, sondern um einen bestimmten Theil der Bevölkerung, und um gewisse Ausnahmsfälle. Für diese aber muß das Recht auf den Bestand der Gesellschaft ausreichen und es ist ein schlechter Sophismus zu sagen: die Unterstützung erniedrige den Empfänger. Das ist nicht wahr, — das ist nie wahr gewesen, — wie? eine Wohlthat sey zugleich eine Schmach? sie vernichte die Gleichheit. Welche Gleichheit? die von dem Gesetze oder die aller Menschen, die noch auf Brüderlichkeit, also auch gegenseitige Hülfe basiet sey. Nein, die gut organisirte Unterstützung ist keine Beleidigung, — sie ist eine Pflicht der Gesellschaft, sie ist ein Recht der Unterstützten. Und waren eure Nationalwerkstätten etwas Anderes als ein Almosen, — und ein schlecht organisirtes dazu. Ein Almosen, sagt ihr, ist eine Erniedrigung, aber was ist denn die Verbannung aus der Heimath. Die Sendung nach Afrika, die ihr als Heilmittel vorschlagt. Sind sie nicht grausamer, barbarischer? — Und wenn ihr nun diese Berathung einer illusorischen Arbeit als Recht aufstellen wollt, — nehmet euch in Acht, was ihr thut, — mit Rechten spaßt man nicht, besonders wenn 500,000 Arbeiter kommen und dieses Recht reklamiren. Diese Arbeiter gewannen 3, 4, 5 Frs täglich, das könnt ihr ihnen nicht geben, ihr könnt ihnen auf die Länge nicht 40 Sous geben, — ihr werdet ihnen also das Allernothwendigste geben, sie werden auch nur das allernöthigste arbeiten, — und das nennt ihr ein Recht. Wißt ihr, was ein Recht ist? ein Recht ist allgemein, jeder Bürger muß es üben können, — und wenn nun Morgen die Schriftsteller, die Maler, die Musiker nichts verdienen, wenn sie vermöge ihres Rechtes zu euch kommen, — welche Arbeit wollt ihr ihnen geben? Schanzarbeiten? Holzhacken? — Geht doch mit eurem Recht, das in der Wirklichkeit nichts ist, das aber auf Barrikaden, wie im Juni, proklamirt, fürchterliche Folgen haben kann. Ihr habt einen alten Souverainen den Art. 14 der Charte gestrichen, weil sie ihn auf ihre Art auslegten, — nehmt euch ihn Acht, daß ihr nicht euerem neuen Souverain dem Volke mit dem Rechte auf die Arbeit einen neuen Artikel 14 in die Hand gebt. (Lebhafte Sensation.) Herr Thiers geht nun noch auf die finanzielle Seite der Frage ein und weißt mit seiner unbestreitbaren Meisterschaft in diesem Fache, die großen Irrthümer nach, in die die provisorische Regierung aus den edelmüthigsten philantropischen Absichten verfallen war, — er schließt mit der Warnung, sich nicht wieder von falscher Philantropie zu einem neuen Irrthum hinreißen zu lassen. — Thiers verläßt unter einem Beifallssturme die Tribüne.

Anzeigen.

Im Hause Nr. 373 in der Friedrichsstraße ist das mittlere Quartier, 3 heizbare Zimmer, Kabinet, Küche, verperrter Hausplatz zc. zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Es wird ein gutes Forte-Piano zu kaufen gesucht.

Es werden 2 Stück 3½ prozentige Staats-Obligationen jede zu 500 ℛ — billig — zu verkaufen gesucht — bei wem? sagt die Expedition dieses Blattes.

Verlaufener Hühnerhund.

Am 16. d. M. verlief sich eine schwarze Hühnerhündin, dieselbe trägt ein Halsband mit Korallen, es wird gebeten dem sie zugelaufen sein sollte, gegen Belohnung im Gasthof zum schwarzen Roß dahier abzugeben, und zugleich wird vor deren Ankauf gewarnt.

Theater-Anzeige.

Dienstag, den 19. August 1848.

Große Produktion des gymnastischen Tänzers

Mr. Chapman,

ersten Pantomimisten des Astley-Theaters in London.

Cassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 262.** **20. September 1848.**

ρ Was Maximilian, der Geliebte, seiner Zeit verfügte, soll nach 30 Friedensjahren endlich unter Maximilian II. und seinem Nachfolger durch mildthätige Vereine zur Wahrheit werden. Es sollen fortan keine Schulstellen unter 250 fl. mehr existiren. — Wohl Euch Tausenden von Lehrern, wenn der Pechmann'sche Verein seine Aufgabe einstens lösen wird. Sinken auch nach Tausende Eurer Brüder unter Nahrungssorgen ins Grab, ehe der edle Zweck beschieden zur vollen Auferstehung gelangt, so ist doch dis dahin Euer Leben um eine frohe Hoffnung reicher! — —

Nehmen wir Oberfranken als Maßstab an, so existiren in Bayern noch 4000 Schulstellen, die einzeln — incl. der noch nicht bestimmt gerecht werdenden Congruatergänzungen — unter 250 fl. selbst unter 200 fl. ertragen. Würde nun jeder dieser Stellen aus den zu hoffenden Capitalszinsen des Vereins jährlich nur 50 fl. zugelegt werden wollen, so müsse hiezu eine jährliche Rente von 200,000 fl. disponibel sein, wozu ein 4 prozentiges Capital von 5 Millionen nöthig ist. Wird nun der Pechmann'sche Verein neben dem Dombau-, Flotten-, Wittwen-, Landwirthschafts-, Pensions-, Hagelschags-, Taubstummen-, Thiercabi.-ic. ic. Vereinen auf solch glänzenden Erfolg seiner Bemühungen rechnen können? — —

Hat Herr v. Pechmann bei Gründung dieses Vereins in seiner merkenswerthen Fürsorge für die bayerischen Volksschullehrer aber auch bedacht, welche Wunde er dadurch dem Ansehen derselben in den Augen des weniger gebildeten größeren Theils des Volkes wie ihrem eigenen Selbstgefühle schlug?

Wird die, ohnehin fast sprichwörtlich gewordene Armuth der meisten Lehrer, namentlich auf dem Lande, durch diesen Verein nicht noch greller beleuchtet und für die Lehrer moralisch drückender? Welches demüthigende Gefühl muß auch den würdigsten Lehrer in geselligen Vereinen befallen bei dem Gedanken: „Lieber oder lieber mitleidiger Herr trägt auch ein mildthätiges Scherflein bei zu deiner kummerlichen Existenz!" — Sind denn wirklich Gemeinde, Kirche und Staat so arm, daß die öffentlichen Jugendlehrer erst durch mildthätige Vereine in bessere Verhältnisse gesetzt werden müssen? Fast möchte man den die und da anstaudenden Vermuthungen Raum geben, es hätte die jesuitische Parthei, die um Mittel für ihre herrschsüchtigen Zwecke nie verlegen ist, ihre Hand im Spiele bei Gründung dieses Vereins. — Fragen wir endlich, ob dieser Verein auch zeitgemäß sei, so müssen wir uns noch mehr wundern. Ist nicht die Nationalversammlung die Grundrechte des deutschen Volkes feststetzt, wobei die Lehrerverhältnisse gewiß besondere Würdigung finden werden und sicher angenommen ist, daß die Volksschule zur Staatsanstalt erklärt werde, will man in Bayern durch mildthätige Vereine Das erreichen, was bereits vor 30 Jahren eine Ministerial-Verfügung für nothwendig erkannte! Ist das Fortschritt oder Rückschritt?

Mag man diesen Pechmann'schen 12 fr. Verein noch so glänzend darstellen, mögen bei seiner Gründung auch die ebelsten Bewggründe geltend gemacht worden sein, — so können wir dem selben dennoch bei gegenwärtiger Zeit resp. Volksstimmung, trotz der Sanktion Sr. Maj. des Königs nimmermehr ein günstiges Prognostikon stellen.

Deutschland.

† Frankfurt, 16. Sept. Die heutige Sitzung eröffnete der preußische Abg. v. Minke mit einer Rede für den Waffenstillstand, die allgemein für die beste und geistreichste gilt, welche von der rechten Seite gehalten wurde. Auch Merck von Hamburg und Degenkolb aus Preußen sprachen für Annahme des Waffenstillstandes, jedoch ohne sonderlichen Effekt, für die Verwerfung aber Ziegert aus Hannover, Löwe aus Preußen, Robert Blum aus Leipzig und mit besonderem Feuer Simon aus Rheinpreußen. Die Discussion war erschöpft und man verlangte die Abstimmung. Mit großer Mühe konnte der Präsident durchsetzen, daß seinem Bruder Max v. Gagern (der als Bevollmächtigter der Centralgewalt zu den Unterhandlungen abgesandt worden) und den Ministern noch das Wort gegönnt wurde. Der Erminister des Auswärtigen Hr. Heckscher begann aber seine Rede mit Verdächtigungen der Opposition, der er vorwarf, daß sie den Bürgerkrieg herbeiführen wolle, und daß eine Einzweiung mit Preußen ihr willkommen wäre. Darüber entstand ein fürchterlicher Tumult; Präsident v. Gagern, der vergebens gesucht hatte, Heckscher zur Mäßigung zu bringen, rief ihn zweimal zur Ordnung, und als er sich hierauf zum dritten Mal Beleidigungen erlaubte, trug die Linke darauf an, ihm das Wort zu entziehen, was jedoch von der Majorität verworfen wurde. Hierauf sprachen noch die Referenten der Mehrheit und Minderheit des Ausschusses, und die Debatte war endlich abgestimmt werden. Der Antrag der Ausschußmajorität lautete: die Nationalversammlung beschließt, daß der Waffenstillstand nicht genehmigt und daß die Centralgewalt aufgefordert werde, den Krieg fortzusetzen, falls Dänemark nicht bereit wäre, sogleich Friedensunterhandlungen einzuleiten. Die linke Seite verlangte, daß über diese beiden Sätze des Antrags getrennt abgestimmt werde, weil die Verwerfung des Waffenstillstandes und die Fortsetzung des Krieges 2 verschiedene Gegenstände seyen. Die Mehrheit aber verwarf die Trennung, in der Hoffnung, dadurch manche Zaghafte die sich scheuten, für den Krieg zu stimmen, für sich zu gewinnen. Die Mehrheit schien indessen zweifelhaft, von der linken Seite wurde behauptet, es hätten auf der Rechten Fremde mitgestimmt, und man verlangte wiederholte Abstimmung. Nach langer Weigerung und stürmischer Debatte gab die Majorität dieß zu, das Resultat war 2 Stimmen Mehrheit (246 gegen 244) gegen die Trennung. Hierauf wollte die Ausschußmehrheit den 2. Theil des Antrags zurücknehmen, was aber nicht zugelassen wurde. Der Majoritätsantrag fiel (wie schon gemeldet) mit 258 gegen 237 Stimmen durch. Dagegen wurde der Antrag des schleswig. Abg. Francke, Droysen, Michelsen und Reergardt: die Ausführung des Waffenstillstandes, so weit er noch ausführbar, nicht länger zu hindern, und die Centralgewalt zu unmittelbarer Einleitung von Unterhandlungen mit Dänemark wegen Modifikation des Waffenstillstandes (wozu Dänemark sich bereit gezeigt) und wegen Abschlusses des Friedens aufzufordern, ebenfalls mit 21 Stimmen (257 gegen 236) angenommen. Der Antrag der Ausschußminorität, das Verfahren Preußens gegen die Centralgewalt durch den Ausschuß prüfen zu lassen, fiel mit 205 gegen 165 Stimmen durch. Viele Mitglieder der Linken enthielten sich hiebei der Abstimmung. Die Sitzung dauerte ununterbrochen von früh 9 bis Abends 8 Uhr. — Schon während der Sitzung und noch mehr nach der Annahme des Waffenstillstandes bekannt wurde, hatte sich große Aufregung in der Stadt verbreitet. Das Volk sammelte sich an der Paulskirche zischte und pfiff die Abgeordneten der Rechten aus, sang das Schleswig-Holstein- und Hecker-Lied u. s. w. Später gegen 10 Uhr fanden Zusammenrottungen statt. In der Westendhalle und den englisch. Hofe, Versammlungsplätzen der Parlamentsmitglieder wurden die Fenster eingeworfen, das erstere Haus auch im Innern verwüstet. Bei einem Versuch, das Thor des englischen Hofes zu sprengen, erhielt der mit andern Abgeordneten im Hause befindliche Abg. Zell aus Trier einen Hieb an den Kopf. Heckscher wurde in seiner Wohnung (bei Beithmann) von der zahlreichen Menge vergebens gesucht und auch dort die Fenster eingeworfen. Der Generalmarsch ging durch die Straßen, das Bürgermilitär und die kurhessischen Truppen rückten aus, und der Tumult legte sich erst um 1 Uhr. Heute Nachmittag ist große Volksversammlung.

† Frankfurt, 17. Sept., (6½ Uhr Abends.) In der so eben (Abends 6 Uhr) beendigten Volksversammlung, welcher viele Tausende von hier, Hanau, Offenbach, Mainz u. s. w. beiwohnten, und die Deput. der Linken Simon von Trier, Wesendonk, Zitz, Schlöffel, Heinges u. A. sowie Hr. Metternich von Mainz und Hr. Reisinger von hier das Wort nahmen, wurde beschlossen: 1) die Mitglieder der Majorität, welche gestern den Waffenstillstand verfügten, für Verräther am Vaterland und der Ehre und Freiheit Deutschlands zu erklären, 2) diesen Beschluß aufs Schnellste dem deutschen Volke bekannt zu machen und 3) durch eine Deputation denselben morgen in der Paulskirche den Mitgliedern der Majorität förmlich mitzutheilen. Heute Abend versammelt sich die linke Seite im „deutschen Hof" um dort über ihr nunmehr einzuschlagendes Verfahren Beschluß zu fassen und denselben dem ver-

Digitized by Google

sammelten Volke mitzutheilen. Die öffentliche Ruhe ist seit dem Auftritte der verflossenen Nacht nicht mehr gestört worden.

☐ München, 17. September. Der heutige Tag war reich an großen und wichtigen Ereignissen. Die erste öffentliche Versammlung der Deutschkatholiken, für welche man Störungen befürchtet hatte, ging in schönster Ordnung vorüber. Der größte Saal im Paradiesgarten vermochte bei Weitem nicht alle Andringenden zu fassen. Ein junger katholischer Pfarrer in Münster, Dumhof, mit dem vorzüglichsten Zeugniß des hiesigen Erzbischofs über gediegene Begabung und Sittlichkeit ausgerüstet, legte sein deutsch-katholisches Glaubensbekenntniß öffentlich ab. Zugleich constituirte sich eine deutsch-katholische Gemeinde, zu welcher sich bereits eine große Zahl der Anwesenden einzeichnete. — Die angekündigte Volksversammlung in Neuberghausen fand trotz der schlechten Witterung statt um 7—8000 Personen nahmen Theil an demselben. Ich beschränke mich wegen Volksdrangs für heute nur auf Mittheilung der Beschlüsse. Aus Anlaß des schmählichen Waffenstillstandes von Malmö wurden 1) eine von dem demokratischen Vereine und dem Vereine für Volksrechte entworfene Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt gegen die Minorität der Abgeordneten, 2) ein Manifest an die sämmtlichen Parlamentswähler Deutschlands um Abberufung der gegen die Interessen und die Ehre Deutschlands votirenden Abgeordneten, 3) eine Adresse an das bayer. Gesammte Staatsministerium um völlige Unterwerfung unter die Centralgewalt, endlich 4) eine Interpellation an das bayr. Staatsministerium wegen der ungesetzlichen Verordnung gegen die demokratischen Vereine mit Stimmenmehrheit angenommen.

München, 16. September. Aus verlässiger Quelle erhalten wir die Kunde, daß die Organisation des kgl. Kadettenkorps noch in diesem Jahre einer Reform unterworfen und die allgemeine Bewerbung um Aufnahme in die künftige Militair-Bildungs-Anstalt mit dem Schuljahr 1848 eröffnet werden wird. Die Zöglinge des Kadettenkorps konkurriren mit den übrigen Bewerbern. Alle Bayern, ohne Rücksicht auf Stand und Geburt sollen den Zutritt zur militärischen Bildungs-Anstalt erlangen können, wenn sie den gesetzlichen Aufnahmsbedingungen entsprechen und in soweit es die Anzahl der Plätze gestattet. Die bis jetzt bekannt gewordenen Aufnahmsbedingungen sind folgende: Die Bewerber sollen am Tage der Aufnahme das 16te noch nicht überschritten haben. Die seiben müssen ihre körperliche Tüchtigkeit zum Kriegsdienste vermittelst einer ärztlichen Untersuchung und den guten Leumund durch amtliche Zeugnisse nachweisen. In einer Prüfung müssen die Bewerber darthun, daß sie in wissenschaftlicher Beziehung gut qualifizirt sind. Nach dem Lehrplane der künftigen Anstalt werden die Bewerber die erste Klasse des Gymnasiums absolvirt haben müssen. Da die Aufnahme in das Kadettenkorps bisher nur vier Standeskategorien, mit geringen Ausnahmen, vorbehalten war, so wird durch die neue Organisation deselben dem Talente und dem inneren Berufe für den Militärstand der Zutritt zu der Militärbildungsanstalt besser, als bisher, geschehrt. (R. M. Z.)

München. Gegen vier Journalisten sollen bei dem hiesigen kgl. Kreis- und Stadtgerichten Pressprozesse instituirt worden sein, dasselbe sich aber für inexpetent erklärt und diese Prozesse an die zu errichtenden Geschwornengerichte überwiesen haben, als der nach dem Preßgesetze competenten Behörde. Die Angelegenheit wurde daher bis zur Einführung der Geschwornengerichte sistirt. (B. Z.)

München, 16. September. Der Appellgerichtsaccessist Dr. K. A. Bischoff in Bamberg wurde zum Regierungsassessor o. st. mit Verwendung im k. Staatsministerium der Finanzen ernannt; der Revierförster zu Weil, F. Reindl, in den Ruhestand, an dessen Stelle der Revierförster zu Walchensee, S. Kirchmaier versetzt und zum Revierförster in Walchensee der Forstamtsaktuar in München, Fr. Schreyer, ernannt; der Regierungsassessor und Fiskaladjunkt Dr. E. Hassold in Würzburg zum Finanzassessor daselbst und an dessen Stelle der Fiskaliatsrathsaccessist F. v. d. Pfordten ernannt.

München, 17. September. Auf die bei dem k. Obrtappellationsgericht in Erledigung gekommene Rathsstelle wurde der Obrtappellationsgerichtsrath ausser dem Status K. Steyrer, seiner zum elften Oberappellationsgerichtsrath J. A. J. F. Popp in Bamberg befördert, der Landrichter J. Guggenbiller zu Neumark in Oberbayern auf die erledigte Landrichterstelle zu Grafenau versetzt, und die hierdurch erledigte Landrichterstelle zu Neumark dem 1. Landgerichtsassessor F. Drausnicl zu Rabburg verliehen, der Assessor Bs. Knorr zu Miesbach temporär quiesziert, und dessen Stelle dem zweiten Landgerichts-Assessor A. Schmid zu Wasserburg verliehen. (R. K.)

Berlin, 16. September. Die Ministercombination Beckerath als Premier, Pinder für das Innere, Meyissen, v. Wrangel scheint einige Festigkeit zu gewinnen; sie würde den gemäßigten Constitutionalismus ausdrücken, verbunden mit energischer Handhabung im Kriegswesen und mit exakten Geschäftsformen für die Administration. Wie es heißt, wünscht der König, daß Hr. Beckerath die Finanzen übernehme, indeß dieser vorläufig nur zur Präsidentschaft ohne Portefeuille sich verstehen will.

Berlin, 15. September. Man vernimmt, daß Hr. v. Beckerath ein Ministerium aus den verschiedenen Parteien der Nationalversammlung zu bilden wünscht, in welches auch Hr. Waldeck einzutreten aufgefordert werden wird. Auf den Geist, in welchem Hr. von Beckerath seine Aufgabe auffaßt, kann man aus einer Aeußerung desselben schließen. Er bemerkte: Das neue Ministerium muß der Kammer immer um einen Schritt voraus sein. Möge sein Handeln so kräftig sein wie sein Wort! Im Laufe des 16. Tages ist auch Hr. Pinder, Oberpräsident von Schlesien, hier eingetroffen. Hrn. Meyissen's Ankunft ist bereits vor einigen Tagen erfolgt. (D. A. Z.)

Dresden, 15. September. Mehre Leitungen bringen die auch in dieses Blatt aus der Lemberger Zeitung übergegangene Nachricht von einem an dem Rabbiner Cohn zu Lemberg verübten Mord durch Vergiftung von Seiten der sogenannten Altgläubigen. Nach hier eingelangten Briefen ist dieses Factum dahin zu berichtigen, daß die nur in Lemberg herrschende Cholera in dem Hause des gedachten Rabbiners mit ungemeiner Wuth aufgetreten und ihn selbst nebst mehren Mitgliedern seiner Familie sich zum Opfer auserkoren hat.

Naumburg, 15. September. Gestern Abend ist es hier zu schlimmen Auftritten gekommen. Es waren von der revolutionairen Partei die Bauern der Umgegend förmlich aufgeboten. Doch ist deren Zuzug durch das energische Auftreten unseres Landraths gehindert. Von den auf das Land geschickten Boten ist einer aufgefangen worden, und man wird sonach den Leitern auf die Spur kommen. In der Stadt, wo große Bewegung herrschte, wurde nach dreimaligem Trommelschlag und Verlesung des Aufruhrgesetzes der Markt zuerst durch Kolbenstöße und dann durch ruhigen Bayonnetangriff geräumt. Schon am 11. und 12. September hatte es in Naumburg des jährliche Manövrichen der Bürgerschützen mit einem solennen Aufzuge begonnen hat, an welchem viele Mitglieder auswärtiger Schützengilden theilnahmen, kam es auf der Vogelwiese zu tumultarischen Auftritten. Ein Theil der versammelten Menge verlangte nämlich die Beseitigung etlicher schwarz-weißer Fahnen und daß nur dreifarbige wehen sollen. Das Schützenkorps wurde Abends, mit Seitengewehren bewaffnet, zum Fahnenschutz in geschlossenen Reihen aufgestellt und behauptete sich gegen die mehrmals vorgedrängte Menge bis gegen 11 Uhr. Da jedoch das Volk eine immer drohendere Stellung einnahm, fanden sich die Schützen genöthigt, die preußischen Fahnen unter Pfeifen und Schreien der Menge abzunehmen. Ein großer Theil der einmal aufgeregten Volksmenge zog dann vor die Wohnungen mißliebiger Personen, um Katzenmusiken zu bringen und da, namentlich bei dem Bürgermeister und andern ältern Rathsgliedern, sowie ganz besonders bei dem Schützenmajor Justitiar Richter Fenster einzuwerfen.

Altona, 14. September. Der Oberbefehlshaber, General v. Wrangel, hat nachstehendes Schreiben an das Reichsministerium erlassen: „Einem hohen Reichsministerium des Kriegs versehe ich nicht, ganz ergebenst zu berichten, daß ich gestern und heute die einzigen von mir noch nicht gesehenen Truppen der Armee, die combinirte Division des achten deutschen Bundeskorps inspicirt und sie dabei in demselben guten, kriegstüchtigen Zustande gefunden habe, der die übrigen, schon länger hier anwesenden Abtheilungen der Armee so rühmlich auszeichnet, was ich für meine Pflicht halte, hier öffentlich auszusprechen. Hiermit glaube ich nunmehr meinen Dienst als Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee in Schleswig und Holstein beenden zu können, denn der Waffenstillstand ist geschlossen, die Ausführung des militärischen Theiles der Convention ist im Gange und wird in wenigen Tagen beendet seyn, und endlich hat der preußische Generalmajor v. Bonin das Kommando der in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen, einschließlich der schleswig-holsteinischen, übernommen, so daß für mich keine wesentliche Wirksamkeit mehr übrig bleibt; ich lege daher das mir anvertraute Armeecommando ehrfurchtsvoll in die Hände eines hohen Reichsministeriums des Kriegs nieder; bis auf weiteres aber wird der Chef des Stabes der Armee, der preußische Oberst v. Hahn, in Altona die Geschäfte des Armeecommandos fortführen, und zwar bis die zurücksendenden Abtheilungen die Herzogthümer verlassen haben oder ein hohes Ministerium anders

Digitized by Google

darüber verfügt, während ich bereits meine Reise nach Potsdam angetreten habe, wie ich dies hochdemselben gestern gemeldet. Reimbeck in Holstein, 12. September 1848. Der kgl. preußische General der Cavallerie. (gez.) v. Wrangel." (D. A. Z.)

Mölln, 13. September. Heute ist der lauenburgische Landtag wieder beisammen gewesen. Das Resultat der Berathung war, daß man sich einstimmig dahin entschied, daß die mailänder Waffenstillstandsconvention, soweit sie das Herzogthum Lauenburg betreffe, nicht ausführbar sei, daß vor Allem der designirten Regierung, den HH. Grafen v. Rantzau und Reventlow, unmöglich das Ruder wieder in die Hände gegeben werden könne. In einem nach dem Schlusse der Versammlung per Estaffette an den Reichsverweser befederirten Proteste ward es als der Wille des Landes ausgesprochen, daß die vom deutschen Bunde ausdrücklich bis zum definitiven Friedensschlusse eingesetzte Administrationscommission in Function bleibe, daß die von dieser Behörde erlassenen Verfügungen nicht aufgehoben werden. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 13. September. Es ist wieder ein plötzlicher Umschwung eingetreten. Der Erzherzog-Statthalter hat den Grafen Ludwig Batthyany mit der Bildung des Ministeriums beauftragt. In der eben des nächsten außerordentlichen Sitzung des Repräsentantenhauses hat Kossuth selbst eine Vertrauensadresse für den Ministerpräsidenten gehalten. Kossuth und Szemere treten aus dem Ministerium. Mit tiefster Betrübniß hat das ganze Haus diesen Rücktritt vernommen, es liegt darin bereits die halbe Unterwerfung Ungarns. Die plötzliche Wendung der Dinge hat eine Estaffette aus Wien bewirkt, welche die Aufsichtung Kossuths's und dem Ministerium als die Conditio sine qua non überbrachte, fernes das Vordringen des Banus Jellachich mit seinen Schaaren, welcher bereits bei Csakathuro angelangt ist.

Frankreich.

* Paris, 13. Sept. Die Discussion über das Recht auf die Arbeit ist gestern noch nicht zum Schlusse gelangt.

Der National bestätigt heute aus osizziellen Quellen die Nachricht von der Einnahme Messinas durch die Neapolitaner nach einem fünftägigen blutigen Kampfe. Ueber 7000 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden an Bord der englischen und französischen Flotte aufgenommen. Der französische Gesandte und der Admiral Sir W. Parker haben die neapolitanische Regierung eingeladen sich auf den Besitz von Messina zu beschränken und das übrige Sicilien unangegriffen zu lassen. Der National kömmt ferner auf die Räumung Venedigs durch die sardinische Flotte und Truppen. Er glaubt nicht; das Oesterreich Venedig besetzen werde, da der, von Frankreich nicht einmal anerkannte Waffenstillstand zwischen Radetzky und Carl Albert, wohl die Räumung Venedigs durch die sardinischen Streitkräfte, keineswegs aber die Besetzung durch die Oesterreicher stipulire. Die von Oesterreich angenommene Vermittlung bedinge als erste Basis die Erhaltung des status quo, die Oesterreicher dürften daher Venedig nicht besetzen und jeder Schritt dieser Art wäre nicht nur ein Angriff gegen Italien, sondern auch ein direkter Angriff gegen die beiden vermittelnden Mächte: Frankreich und England.

Der Moniteur enthält heute eine Ordonanz Cavaignacs wodurch die Dekoration des Ordens der Ehrenlegion in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder hergestellt wird. Die Krone über dem Kreuze fällt weg und die alte Inschrift: **Honaparte, premier Consul. 1802.** wird wieder hergestellt.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 13. September. Nach mehreren unbedeutenden Reklamationen wegen des Verbalprocesses nimmt Dufaure im Namen der Commission das Wort: Die Commission behaete darauf das Recht auf die Arbeit als ein absolutes Recht nicht in die Constitution aufzunehmen, aber sie schlage für das Recht des Bestandes folgende bestimmtere Fassung vor: „Die Gesellschaft verpflichtet sich, durch brüderlichen Beistand das Daseyn der Bedürftigen zu sichern, sey es daß sie ihnen in den Grenzen ihrer Hülfsmittel Arbeit gibt, sey es, indem sie an die Stelle der Familien tretend, denen die arbeitsunfähig sind, die Mittel zur Existenz gibt." Diese Fassung findet allgemeinen Beifall, die meisten Amendements werden zurückgezogen, der erste Theil des Artikels: „Die Republik ist verpflichtet, jeden Bürger in seiner Person, seiner Familie, seinem Eigenthum, seiner Arbeit zu beschützen und den allen Menschen unentbehrlichen Unterricht ihm zur Verfügung zu stellen" wird sogleich angenommen und die zweite Theil in der veränderten Fassung der Commission ebenfalls. Der Artikel 8 ist endlich erledigt. Man geht zur Constitution über. Kapitel I. Art. 1. Von der Volks-Souveränetät. — Pierre Leroux nimmt das Wort: Er findet die Constitution wesentlich monarchisch; alles was auf die Volks-Souveränetät Bezug habe, sey unbestimmt und unklar redigirt. Der Redner geht nun auf eine Kritik der einzelnen Ausdrücke und der ganzen Fassung des Art. 1 über und vergleicht sie mit der, der Constitution vom Jahre 3 die er ungleich besser finden. Eine von ihm vorgeschlagene Fassung wird verworfen. Pierre Lefranc schlägt ebenfalls eine andere Fassung vor, sie wird ebenfalls verworfen und der Art. 1 wird angenommen. Art. 2. Von den Rechten der Bürger gibt ebenfalls zu einer Menge Redaktions-Amendements Anlaß, allein Dufaure weist mit Recht nach, daß alle diese Details, wie z. B. über die Naturalisation der Fremden u. d. g. in die Gesetzbücher gehören und nicht in die Constitution. Man beseitigt die Amendements und schreitet bei Postschluß zur Discussion des Kapitels II. in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung.

Großbritannien.

London, 14. September. Nach Berichten aus Dublin vom gestrigen Datum war dort auf Carcick on Suir und Kilkenny die Kunde von neuen Aufstands-Versuchen der Insurgenten eingetroffen. Das Hauptcorps soll, 4000 Mann stark, auf dem Rubrehügel, in der Grafschaft Tipperary, hart an der Gränze von Kilkenny, lagern und eine stark befestigte Stellung inne haben. Die meisten sind mit Piken, viele aber auch mit Büchsen bewaffnet. Als ihre Führer werden Doheny und O'Mahony genannt; Einige geben als Oberbefehlshaber Richard O'Gorman an, der nach anderen Angaben erst in den letzten Tagen mit O'Donnell und Doyle zur See entkommen war. Die nächste Polizeistation, wo die Mannschaft sich flüchtete, war von den Insurgenten besetzt und darauf das Haus niedergebrannt worden. Auch in Portland brangen die Rebellen am 11. Nachts ein, griffen das Polizeigebäude an und bestanden ein Gefecht mit der Mannschaft, worin auf beiden Seiten mehrere getödtet und verwundet wurden. Bei Curraghmere lagerten etwa 500 Pikenmänner, deren Angriff der Marquis von Watersort auf seinem Landsitze jeden Augenblick gewärtigte. Aus Watersord marschirten am 12. eine Abtheilung Dragoner und 300 Mann Infanterie zu seinem Schutze ab. An mehreren Punkten in den Grafschaften Watersord und Tipperary trieben sich bewaffnete Insurgentenhaufen umher; sie hatten schon Angriffe auf Eilwägen unternommen und mehrere Brücken abgebrochen versucht, um dem sogleich aus mehreren Garnisonsorten gegen sie beorderten Militär den Weg zu sperren. Bei keinem ernsten Zusammenstoße war gestern in Dublin noch nichts bekannt. Es hieß, daß General Macdonald sofortige Verstärkung an Artillerie und Cavalleerie gefordert hatte. Von Carcick waren die dortigen Truppen nach Milmarthomas abgezogen, wo ein Insurgentenhaufen lagern soll. — Nach Berichten des „Times" aus Bristol von gestern Abend war dort seeben ein Schiff aus Watersord mit der Kunde angelangt, daß eine Schaar bewaffneten Landvolkes, die auf 6—12,000 Mann angegeben wird, die Polizei-Caserne zu Carcick angegriffen und völlig demolirt hatte. Ein Constabler ward getödtet und mehrere verwundet. Von Watersord waren Truppenabtheilungen und die Marinesoldaten der dort liegenden Kriegsschiffe nach Carrick abmarschirt. Später erfuhr man, daß die Insurgenten nach dem vorerwähnten Angriffe Carrick verlassen und sich in die Berge zurückgezogen hatten. In Kilkenny soll es wiederholt zum Handgemenge zwischen Militär und Polizei gekommen seyn und auf beiden Seiten Todte und Verwundete gegeben haben; man hält diese Nachricht jedoch für irrig. Ferner verlautete, daß die Rebellen Coneaghmore-House, den Landsitz des Marquis Watersord, mit Erfolg angegriffen und die dort befindlichen Kanonen und Waffen mit sich fortgeführt hätten. (K. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Finsternißs-Anzeige.

Bayreuth, 19. September.

Seit mehreren Tagen, und besonders gestern Abends war in hiesiger Stadt eine Finsterniß, bei welcher selbst in der Kreishauptstadt die Regierung schwer zu finden gewesen wäre. — Sollten wir aber das Unglück haben, die Cholera zu bekommen, so wäre jetzt der günstigste Augenblick, denn sie könnte sich Abends die Hörner ganz gut abstoßen. — Möge die Vorsehung unsern Stadtmagistrat bald erleuchten.

(Anmerkung.) Es ist ein Lieblingszopf, der der städtischen Verwaltung sein unverdenklichen Zeiten anhängt, daß sie nur in den Neumondsnächten, die zwischen den Herbst- und Frühlingsnachtgleichen in der Mitte liegen, die nächtliche Finsterniß als wirklich bestehend anerkennt: hoffentlich wird die neue Wahl lichtfreundlichere Männer dieser Corporation zuführen, und in der Zu-

Digitized by Google

kunft die Stadt auch in den bisher nicht anerkannten Finsternissen ihr nöthiges Licht erhalten. Daß aber zu diesem Behufe die Laternenlöwer ertappt und auch auf solche aufgerufen werden muß, die bisher nichts dazu beigetragen haben, versteht sich wohl von selbst.

Wunsiedel, 16. September. Das in Nr. 87 des Intelligenzblattes für Oberfranken enthaltene Gesetz über die Einkommensteuer bestimmt in Art. 12, daß die zum Schiedsgerichte zu wählenden 24 Schiedsmänner von dem Magistrate der Stadt oder des Marktes oder dem Ausschusse der Landgemeinde, wo die Polizeibehörde ihren Sitz hat, unter Beiziehung der Gemeindebevollmächtigten und Vorsteher der zum Bezirke gehörigen Gemeinden gewählt werden sollen; in Art. 14, daß der Vorsteher des Staatsrars und der Appellant nach dem Schlusse der Verhandlung abtreten müssen; in Art. 15, daß zur Eröffnung des Beschlusses des Schiedsgerichts die im Sitzungsgebäude noch anwesenden Partheien wieder vorgerufen seyen. Der Landgerichtsvorstand zu Wunsiedel aber hat: a) bei der Wahl der Schiedsmänner die Bevollmächtigten der Distriktsgemeinden nicht beigezogen; b) er hat es als Vorstand des Schiedsgerichts gestattet, daß bei der Fassung des Beschlusses des Schiedsgerichts der Vertreter des Staatsärars, der kgl. Rentbeamte im Sitzungszimmer anwesend blieb, während der Appellant sich entfernen mußte. c) Er hat die gefaßten Beschlüsse der Appellanten nicht eröffnet. Hatte es dieser Landgerichtsvorstand, dem die Staatskasse viel besser am Herzen liegt, als der Geldbeutel seiner Untergebenen, als Mitglied der Einkommensteuer-Prüfungs-Commission in Gemeinschaft mit dem Vertreter des Staatsärars soweit gebracht, daß das Einkommen eines Halbhofbesitzers, der keine Einnahme als die aus seinen Gutserzeugnissen hat und außerdem noch Kapitalszinsen geben muß, auf 600 fl. berechnet wurde, während für das Besitzthum höchstens 150 fl. Pachtgeld zu erlangen sind, so muß die unerlaßene Zuziehung der Gemeindebevollmächtigten zur Wahl der Schiedsmänner den dringendsten Verdacht erregen, den Landgerichtsvorstand habe hiebei die Absicht geleitet, so wenig als möglich Landwirth ein das Schiedsgericht zu bringen, sondern Leute, die eben so wenig von der Landwirthschaft und dem Einkommen hieraus verstehen als er selbst und diese Absicht hat er denn auch erreicht, da mehrere Handwerker, ein Arzt u. dergl. im Schiedsgerichte waren, während die sämmtlichen Appellanten mit Ausnahme zweier oder dreier Oeconomie treibender Bürger Landwirthe waren.

Welchen Einfluß die Anwesenheit des Rentbeamten bei der Beschlußfassung auf Schiedsmänner haben mußte, die theilweise das Gesetz kaum gelesen hatten, die, im Polizeistande erzogen, ihre Vorgesetzten für Götter und deren Meinungen für unfehlbar ansehen, läßt sich leicht denken.

Was mag endlich den Landgerichtsvorstand zur Unterlassung der sofortigen Eröffnung des Beschlusses des Schiedsgerichts veranlaßt haben? — Hielt er etwa die Anwesenheit des k. Rentbeamten schon für hinlänglich?

Wenn Staatsdiener, welche zur Aufrechthaltung der Gesetze angestellt sind, diese zum Nachtheil ihrer Untergebenen umgehen, kann es dann noch Wunder nehmen, wenn auch die übrigen Mitglieder des Schiedsgerichts, ganz im Sinne eines solchen Beamten, durch dringendes Bitten zur freiwilligen Steuerzahlung zu bewegen suchen, wenn sie auch fest überzeugt sind, daß der Gebretene leinen Kreuzer Steuer schuldet!

Möchte doch endlich die Staatsregierung auf Beamte, die die neue Zeit so wenig begreifen wollen, noch immer vom alten Pinsmachungs-Systeme durchdrungen sind, die sich nicht scheuen, Gesetze zu umgehen, wenn sie nicht in ihr System passen, Rücksicht nehmen, wenn ihr nur im mindesten daran liegt, die Achtung ihrer Unterthanen zu erhalten!

Kann man es dem geplagten und gedrückten Bauer verargen, wenn er sich sträubt, zu seinen vielen Abgaben noch eine neue nicht schuldige zu geben? und muß er nicht Haß gegen diejenigen fassen, die ihn mit Umgehung der Gesetze zu solchen Lasten zu verhelfen suchen? —!

Anzeigen.

(Eingesandt.) Die Wahlen nach dem alten Systeme haben begonnen. Was werden und dieselben für ein Resultat bringen? Hoffentlich doch ein besseres als früher. Daher ergeht das Ersuchen an die Wahlmänner, solche Männer als Gemeindebevollmächtigte zu wählen, die nicht reaktionären Gesinnungen huldigen, sondern die muthig unsere geschmälerten, und so lange vorenthaltenen Rechte schützen und zu vertheidigen wissen; Männer also, die das alte morsche Gebäude nicht auf ihrer Schulter tragen helfen, sondern die dasselbe, da es seinem Zusammensturz immer näher rückt, seinem Verfalle überlassen. Noch müssen wir uns fragen, wo sind die von unserer Bürgerversammlung verlangten Rechte? Was helfen die von unserm Bürgerausschusse mit Mühe und Aufopferung, zur Zufriedenheit aller Mitbürger hervorgegangen Arbeiten? Fragt man sich, was von Allen diesen in Erfüllung gegangen ist, so muß man sich gestehen, Kleinigkeiten sind beseitiget und die Hauptsachen hat man bisher außer Acht gelassen: wiederholen wir es daher nochmals, Männer müssen an die Stelle treten, die mit Energie auftreten, um das Verwachlässigte und Versäumte nachzuholen, und die die folgenden Punkte sich vor Allen zu Aug und Herz gewachsen seyn lassen, da es die Ehre sämmtlicher Bürger, mehr aber noch unsers Ausschusses fordert, welcher Letzterer bei erfolgter Nichtbeachtung dieser Wünsche zum Lohne seiner Thätigkeit nur schnöden Undank einernten müßte.

Die oben angedeuteten Punkte, nun sind:

1) Die Stelle eines Polizeisoldaten muß entweder durch den Spitaldiener oder durch den Spinnmeister ersetzt und an dessen Stelle ein ohne sein Verschulden, in unsichte Umstände gerathener mit gutem Leumund versehener Bürger versehen werden, ein Punkt, den auch die Oppositionsmänner ohne Widerspruch gut geheißen haben.

2) Sollte schon längst der Markt zur Verpachtung ausgeschrieben seyn, da hieraus bestimmt ein nicht kleines Einkommen unserer Commune zufließen würde, eine Sache, die gleichfalls Noth thut.

3) Vom 1. Oktober sollen die Thore zu neuer Verpachtung ausgeschrieben werden und nicht hinter verschlossenen Thüren durch Collegialbeschluß beschlossen bleiben.

4) Kann außer dem jetzigen Revisor, kein anderer dessen Stelle versehen?

5) Endlich wäre sehr anzuempfehlen, daß die vordern Quartiere im Hospital dazu eingerichtet werden, um verarmten Bürgersleuten Holz und Miethzins zu ersparen, da es das einschtsvolle Publikum gewiß nicht beanstanden würde, wenn sich an den Fenstern Leute mit Kopfnicken und Kopfschütteln sehen ließen.

Diese Punkte möchten als beachtenswerth nochmals dringend empfohlen werden.

A.. B.... L.....

Jedermann, welchen es etwa interessiren möchte, erkläre ich hiemit, daß mein Name in Nr. 256 dieser Zeitung, in einer Volkanzeigenbeilage, welche mich niemals berührte, durch eine unbefugte Person mißbraucht und beleidiget wurde, worüber ich sie geeigneten Orts zur Rechenschaft ziehen werde.

Seid, am 16. September 1848.

Dr. Nehr, kgl. Landgerichtsarzt.

Pferdeversteigerung.

Samstag den 23. d. Mts. Vormittag 11 Uhr wird in der Wohnung der Frau Hauptmann Vogel ein ganz fehlerfreies, 18 Faust großes, zum Reiten und Fahren geeignetes Pferd, 6 Jahre alt, Mecklenburger Race gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Bayreuth, den 19. September 1848.

Verlaufener Hühnerhund.

Am 16. d. M. verlief sich eine schwarze Hühnerhündin, dieselbe trägt ein Halsband mit Korallen, es wird gebeten, dem sie zugelaufen sein sollte, gegen Belohnung im Gasthof zum schwarzen Roß dahier abzugeben, und zugleich wird vor deren Ankauf gewarnt.

Bayreuth, am 17. September 1848.

Beste neue Volhäringe, frische Essiggurken und marinirte Häringe bei J. M. Maisel.

Es werden einige Gymnasial- oder Gewerbschüler im Kost und Logis zu nehmen gesucht, Nr. 501 Wolfsgasse.

Ein möblirtes Quartier, aus Wohnzimmer und Schlafcabinet bestehend, wird zu miethen gesucht. Darauf Reflektirende wollen ihre Addresse in der Expedition der Bayreuther Zeitung abgeben.

Haus-Nr. 159 ist ein kleines Quartier zu vermiethen.

Im Verlage der Ebh. Kummerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag — Nro. 263. — 21. September 1848.

Deutschland.

Bayreuth, 20. Sept. Briefe und Blätter, die uns heute morgens von und über Frankfurt zukommen sollten, sind nicht eingetroffen und wir glauben und nicht zu täuschen, wenn wir in einer in Frankfurt ausgebrochenen Volksbewegung die Veranlassung der unterbrochenen Postverbindung suchen; unsere Frankfurter Briefe im gestrigen Blatte lassen einen solchen Ausgang der dortigen Volksversammlung befürchten. Mit dem Beschlusse über die Genehmigung des Waffenstillstandes hat die Mehrheit der Reichsversammlung ihre Nichtanerkennung der öffentlichen Meinung, des Volkswillens, wie er sich durch ganz Süddeutschland und auch theilweise in Norddeutschland ausgesprochen hat, zu erkennen gegeben, und deutlich gezeigt, daß Sylvester Jordan im Unrecht war, wenn er behauptete, die bestehenden Kammern seyen der allein wirkliche Ausdruck der Volksmeinung. Als ein solcher kann eine Nationalversammlung im allgemeinen nur während der Wahl und wenn sie von da an mit dem Vorwärtsschreiten des Volksgeistes gleichen Schritt hält, angesehen werden; in Deutschland aber, wo das öffentliche Leben so sung ist, daß das Volk zur Zeit der Wahl noch wenig Kenntniß von den geistig und sittlich hervorragenden Persönlichkeiten haben konnte, eben weil ihm der Probierstein der Oeffentlichkeit bis dahin gefehlt hatte, — war nur die Wahl ein Ausdruck der Volksmeinung, und nur ausnahmsweise auch die Gewählten: denn man mußte die Candidaten nur allzuhäufig wie aus einem Glückstopfe holen, und gewann — Nieten. Die vier Monate der Reichsversammlung haben das Volk aufgeklärt über die geistige Befähigung und den sittlichen Halt seiner Vertreter, über den politischen Standpunkt, den sie einnehmen, — und nun muß es ihm sehr stehen seine Meinung auszusprechen, ob es mit seinen Repräsentanten zufrieden ist oder nicht. Ein Mißtrauensvotum aber kann für den Abgeordneten nichts Anderes seyn, als die Aufforderung sein Mandat niederzulegen und weicher Mann von Ehre würde einer solchen Aufforderung nicht sofort Folge leisten? — Das wäre der Weg, auf welchem das Volk seiner Meinung Geltung verschaffen könnte, ohne den andern verwerflichen der offenen Empörung einschlagen zu müssen. Wir fürchten aber, das Volk von Frankfurt und seiner Umgebung hat den letzteren betreten.

Bayreuth, 20. September. Soeben kömmt uns durch gütige Mittheilung ein Privatbrief aus Frankfurt zu, der eine traurige Bestätigung unserer Befürchtung bringt. Wir entnehmen demselben folgendes: Frankfurt 18. September. Soeben, um 11 Uhr Vormittag, werden die Läden geschlossen, 1000 Oesterreicher und 1000 Preußen, die heute Früh 2 Uhr von Mainz gekommen sind, bewachen die Paulskirche. Das Volk will sie stürmen, die Rechte verfasen und die Linke allein anerkennen: denn in der gestrigen Volksversammlung war der Beschluß gefaßt worden, heute Morgens 9 Uhr eine Volksdeputation in die Paulskirche zu senden, um die 258 aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. — Die Nacht war ruhig verübergegangen, und es war nichts besonderes vorgegangen, als das auf des Reichsverwesers Befehl geschehene Einrücken der Mainzer Truppen. — Bis jetzt ist die gestern votirte Deputation noch nicht gekommen, und wahrscheinlich wird man alle, die offene Empörung gegen die Majorität der Reichsversammlung predigten, festnehmen. — Mittag 1 Uhr. Ich komme soeben aus der Paulskirche. Während dort über die Trennung der Schule von der Kirche debattirt wird, bauen man in den Straßen Barrikaden. Ich war erstaunt alle Zugänge zum Landsberg verbarrikadirt zu finden. Ich mußte hinübersteigen, um herein zu kommen. Unter meinem Fenster sind eben etwa 100 Menschen beschäftigt, das Pflaster aufzubrechen und die Barrikaden zu erhöhen. Die Rinnsteine werden mit Hebeisen ausgehoben. Ich begreife nicht, wozu diese Schanzen? Die Soldaten werden sich hüten, hereinzugehen; sie haben hier nichts zu thun. — 3 Uhr. Ich war seit einer Stunde fort und bin nun froh, wieder in meinem Zimmer zu sitzen. Die Barrikaden mehren sich. Hinter denselben lauern die Republikaner mit gespannetem Hahn. Allenthalben umgestürzte Wagen, Kisten und Fässer mit Steinen gefüllt. Um 2½ Uhr hat das Schießen begonnen. Die Oesterreicher haben den Liebfrauenberg mit Flintenfeuer geräumt und stehen nun vor einer Barrikade in der Düngergasse. Auf dem Liebfrauenberg habe ich viel Blut, aber keinen Todten gesunden. — Das Schießen hat, wie 14 Tage dauern, wird aber nun wohl ein Ende haben. Alle Gewehre, alle Häuser sind geschlossen. — Das Schießen hat auf, Redendei will ich bemerken, daß der Abgeordnete des Bayreuther Wahlbezirks, Keim, mit der Minorität für die Verwerfung des Waffenstillstands gestimmt hat.

München, 18. September. (Reorganisation des Kadettenkorps.) Um mit dem Beginn des nächsten Schuljahres die betheiligten Reformen in der Organisation des Kadettenkorps anbahnen zu können, hat Se. Majestät der König nachstehende Verfügungen getroffen: 1) Mit dem neuen Schuljahre 18⅜ tritt im Kadettenkorps der mobilisirte Gymnasialkursus in Wirksamkeit. 2) Die Zöglinge der bisherigen 5. Klasse treten, soweit sie zum Vorrücken befähigt sind, in die 1. Klasse des Militärgymnasiums über. 3) Die 6. und 7. Klasse verbleiben in ihrer bisherigen Studieneinrichtung. 4) Mit dem Schuljahr 18⅜ wird die allgemeine Bewerbung zum Militärgymnasium eröffnet. Die Zöglinge des bisherigen Kadettenkorps konkurriren mit den übrigen Bewerbern und haben unter den Gleichbefähigten den ersten Anspruch auf Aufnahme. Behufs der Aufnahme in das künftige Militärgymnasium muß der Bewerber in einer Prüfung die erforderlichen wissenschaftlichen Vorkenntnisse und Fertigkeit nachweisen, und zwar in der Religion, in der deutschen, lateinischen und französischen Sprache, in der niederen Mathematik, in der Geschichte und Geographie, in der Kalligraphie, im Handzeichnen und im Turnen, und mindestens die mittlere Note „gut" als allgemeine Prüfungsnote erreichen. 5) Die Zöglinge der 2., 3. u. 4. Klasse sind für die Bewerbung um Aufnahme in das Militärgymnasium sorgfältig vorzubereiten. Der Lehrplan dieser Klassen ist daher vom beginnenden Schuljahr 18⅜ an mit dem Lehrplane der entsprechenden lateinischen Schulen in Uebereinstimmung zu bringen u. s. w. 6) Für das Vorrücken in die höheren Klassen sind, vom Schuljahr 18⅜ anfangend, jene Normen zu Grunde zu legen, welche zur Aufnahme in das Militärgymnasium festgesetzt sind. 7) Dem Ermessen der Eltern aller Zöglinge der 2. bis 5. Klasse ist es anheimgegeben, zu erwägen, ob ihre Söhne nach Maßgabe ihrer bisherigen wissenschaftlichen Fortschritte zu der Hoffnung berechtigen, daß sie den neuen und strengeren Anforderungen der künftigen Kriegsschule genügen werden. Insbesondere sind die Eltern der Zöglinge der 4. und dezieh ungsweise der 5. unteren Klasse aufzuforderu, in Erwägung zu ziehen, ob sie unter diesen Verhältnissen nicht lieber ihre Kinder zu sich nehmen und unter ihren Augen für den späteren Eintritt in die Kriegsschule vorbereiten lassen wollen, wobei ihnen zugleich zu eröffnen ist, daß jenen Zöglingen, welche durch ihre Eltern aus der Anstalt genommen werden, gleich den in der Anstalt verbleibenden der erste Anspruch auf Aufnahme zugesichert bleibt, wenn sie in der Aufnahmsprüfung bestehen, sowie daß solche Zöglinge, wenn sie im Genusse einer Kostgeldvermindrung waren, längstens bis zu dem Lebensjahre, in welchem die Aufnahme in Militärgymnasium zulässig wird, folgende Unterstützungen erhalten, und zwar ein Zögling, welcher im Genuß einer Freistelle war, jährlich 300 fl., wenn er 102 fl. Kostgeld zu entrichten hatte, 200 fl., und wenn er 204 fl. Kostgeld bezahlte, jährlich 100 fl. Bei ihrem Austritt aus der Anstalt wird überdies jedem dieser Zöglinge eine Summe von 30 fl. zur Ausstattung mit Kleidstücken eingehändigt. Die Bewerber um Aufnahme in die 1. Klasse des Militärgymnasiums sollen am Tage der Aufnahmsprüfung (8. Oktober) das 15. Lebensjahr vollendet, das 17. aber noch nicht überschritten haben.

Der Bamberger Stadtmagistrat erläßt folgende Bekanntmachung: „Durch die allerhöchste Verordnung vom 5. l. M., die Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeindesachen betr., wurde zwar die Oeffentlichkeit der Berathung in den die Gemeinde betreffenden Angelegenheiten als Regel ausgesprochen, in dem Art. III. aber bestimmt, daß die Abstimmungen bei verschlossenen Thüren vorgenommen werden sollen. Hiedurch wird nicht nur der Zweck der öffentlichen Sitzungen größtentheils vereitelt, sondern

Digitized by Google

es wird auch ein äußerst zeitraubender und schleppender Geschäftsgang herbeigeführt, der nicht geeignet ist, das Gemeinderleben zu heben und zu kräftigen, sondern der gerade dem entgegengesetzten Erfolg herbeiführen möchte. Dies hat den Magistrat bestimmt, seine Sitzungen vorerst nicht öffentlich zu halten, sondern sich an das k. Staatsministerium des Innern mit dem Ansuchen zu wenden, auch die Notwahrne der Abstimmungen in öffentlicher Sitzung zu gestatten." (K. v. u. f. D.)

Fürth, 18. Sept. Gestern fand bei Mugenhof die (neulich erwähnte) Versammlung statt, in welcher Geschäftsmänner, die Zustimmung zu seinem Beschluß in der Waffenstillstands-Sistirungsfrage und das Vertrauen auszudrücken, daß es auf diesem Wege forfahren werde. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, dem Abgeordneten des Wahlbezirks Fürth Mißbilligung wegen seiner Abstimmungen auszusprechen und denselben zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern; ferner dem ersten Ersatzmann desselben kund zu geben, daß auch er in parlamentarischer Hinsicht das Vertrauen der Versammlung nicht besitze. Am Schlusse machte Herr Cramer das Schnieging auf den Ernst der gefaßten Beschlüsse aufmerksam. Es sey nicht damit getban der Nationalversammlung Sympathien auszusprechen, es könne leicht zum Kriege kommen und ob sie entschlossen wären, dann die deutsche Sache auch durch die That, mit Gut und Blut zu vertreten. Ein allseitiges Ja war die Antwort, worauf mit einem dreimaligen Hoch auf das Gesammtvaterland die Verhandlungen geschlossen wurden. (N. K.)

Eßlingen, 17. September. Heute wurde in der Nähe unserer Stadt eine Volksversammlung abgehalten die von mehreren Tausend Theilnehmern besucht war. Gegen 3 Uhr Nachmittags setzte sich der Zug mit vielen Fahnen und Musikchören vom Bauhofe aus in Bewegung und nahm unter lautem Hochrufen die Richtung durch die ganze Stadt. Der größere Theil der Anwesenden war mit schwarz-roth-goldenen Bändern und Kokarden geziert, doch bemerkte man auch viele rothe Schleifen u. dgl., Fe dern auf den Hüten. Daß ich es kurz sage: der Charakter der Versammlung war ein rein republikanischer, und die Rufe: es lebe Hecker! es lebe die Republik! wollten gar kein Ende nehmen. Alle Anträge wurden mit einer Einstimmigkeit und einem Jubel angenommen, wie ich sie bei einer gleich großen Versammlung noch nie gehört habe. Noch in diesem späten Augenblick gellen die Rufe: es lebe Hecker, es lebe die Republik! aus tausend Kehlen vor meinen Ohren. Im Uebrigen muß ich bekennen, daß die Versammlung in größter Ordnung und Anständigkeit auseinander ging. Als diejenigen Redner, welche dem meisten Beifall hervorriefen, nenne ich Rau aus Gaildorf, Hegel aus Weil und den Maler Simon (der die blutige Republik will). Auch ein Herr Beyschlag aus München versuchte sich nicht ohne Geschick, doch nicht im Geist der Versammlung, da er von übereilten Schritten abmahnte. Rau endete seinen zündenden Vortrag mit den Worten: „Demokraten, den Tag will ich für den glücklichsten meines Lebens erklären, wo ich Euch offen anreden kann: Bürger Republikaner!" Daß hierauf ein allgemeiner Jubel erscholl, können Sie sich denken. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 17. September. In Stettin soll eine Revolte ausgebrochen und der Gresherzog gefänglich sein. Das preußische 6. Kürassierregiment aus Rathenow und der Umgegend soll beordert sein, in das Mecklenburgische einzurücken. — Bekanntlich legte der Prinz von Preußen kurz vor dem Märzereignissen, als er die Stellung am Rheine annehmen sollte, das ihm übertragene Generalcommando nieder; v. Wrangel hat nunmehr diesen wichtigen Posten in erweiterter Form übernommen. — Hr. Hansemann soll in der That mit Hrn. v. Beckerath in der Provinz Sachsen ein Rendezvous gehabt und der Letztere ein vollständiges Programm mitgebracht haben. Man will wissen, daß die erste Unterredung zwischen dem König und Hrn v. Beckerath ein zufriedenstellendes Resultat gehabt, heißt aber das Beste von einer heute Vormittag stattgehabten Audienz. Hr. Oldenhoven und geheime Finanzrath Camphausen werden ebenfalls für die neue Combination genannt. In der Versammlung bei Mielenz (Centrum) hat es gestern einen sehr guten Eindruck gemacht, als man erfuhr, daß Hr. v. Beckerath dem Könige sehr freimüthige und vollkommen orientirende Mittheilungen gemacht und daß er das Gefährliche der Lage im klaren Zusammenhange dargestellt. — Man spricht hier von einem großen Verbrüderungsfeste zwischen Militär und Civil, an welchem die gesammte königliche Familie Theil nehmen soll. (D. A. Z.)

Berlin, 17. September. Die Cholera scheint jetzt nachzulassen, da in den beiden letzten Tagen zusammen nur 86 Personen erkrankt sind.

Die von Dresden aus gegangene Berichtigung in der lemberger Vergiftungsgeschichte scheint wieder zweifelhaft durch folgenden Bericht der Breslauer Zeitung aus Lemberg vom 12. September zu werden. Er lautet darin: Der Vergiftet des hiesigen Rabbinerts und seiner Familie ist bereits ergriffen. Es ist ein Gastarbeiter Namens Pilbel. Er hatte sich in den ersten Augenblicken verstellt, und es hieß, er sei ernstkrank. Aber während der Verbindung des Rabbinerts kam er zu einem Barbier und ließ sich den Bart und die langen Haare abnehmen. Dies lenkte die Aufmerksamkeit auf ihn, es wurden seine Nationalargadisten herbeigerufen, die ihn in Verhaft nahmen. Die Dienstboten aus dem Hause des Rabbinerts erkannten ihn sogleich und sagten aus, daß er bei ihnen nach der Küche des Rabbinerts sich erkundigt habe.

Chemnitz, 16. September. Heute sind die möglichsten Vorkehrungsmaßregeln gegen neue Ruhestörungen getroffen worden. Es stehen 2 Compagnien Communalgarde auf der Wache, das Schützenbataillon hält sich in Bereitschaft, desgleichen auch eine Schwadron Cavallerie und eine Compagnie Linie ist bereit. Um 5 Uhr waren die Marktagsbuden auf den Märkte größtentheils weggeräumt. Heute ist der von Stadtgericht erlassene Verhaftsbefehl gegen Kriesthausen vollzogen worden. Advocat Böttcher, gegen den ebenfalls ein Verhaftsbefehl vorlag, hat sich auf Chemnitz entfernt. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich nun, einschließlich dreier einstweilen wieder entlassener Individuen, auf 42. — Heute fand die erste Probefahrt auf der Chemnitz-Riesaer von Chemnitz nach Mittweida und zurück statt. Man fuhr Nachmittags 2 Uhr in 41 Minuten nach Mittweida und nach einem Aufenthalte daselbst in 40 Minuten wieder zurück.

Wien, 15. Sept. Unsere Regierung hat gestern — im Einverständniß mit den vermittelnden Mächten — den Feldmarschall Radetzky ermächtigt, den 9. August geschlossenen Waffenstillstand auf dreißig weitere Tage vom 22. September an gerechnet zu verlängern.

Wien, 14. Sept. Kossuth hat, wie wir durch außerordentliche Gelegenheit aus Pesth erfahren, die Bildung eines neuen Cabinets, abgelehnt und Graf Batthianyi, welcher zugleich die Präsidentschaft des Ministeriums wieder übernimmt, ist mit dem Baron Wenkheim mit der Zusammensetzung desselben betraut worden. Unter andern geht uns so eben die wichtige Nachricht zu, daß der Palatin Erzherzog Stephan die weitere Annahme der Kossuth'schen Banknoten verboten hat, nachdem Kossuth gegen die Nichtannahme der ungarischen Banknoten am 12. d. MS. sogar die Todesstrafe angedroht haben soll! (D. A. Z.)

Wien, 16. 18. September. Zu gestern hier stattgefundenen Verbrüderungsfeste hatte sich eine zahllose Menge von nah und fern eingefunden; ganze Züge langten auf den Eisenbahnen aus Leipzig, Merseburg, Delitzsch, Weißenfels, Osterfeld, Zeitzer, Deputationen unter Anderen aus Berlin, Braunschweig, Bernburg ꝛc. an. Der Festzug bewegte sich vom Bahnhofe, Nachmittags 3 Uhr mit Musik und Gesang in verschiedenen geschlossenen mit Fahnen geschmückten Abtheilungen durch die Leipziger Straße, über den Markt, durch die Steinstraße auf den Roßplatz, wo eine große Tribune, die wohl 100 Personen faßt aufgerichtet war, auf deren Mitte ein hoher Mast mit der deutschen Flagge sich erhob. Nach einem Festliede von Giese eröffnete Fabrikant Fuhse als Ordner des Festredners, worauf Dr. Bertling aus Leipzig folgte; Einheit des Vaterlandes und die deutsche Freiheit war sein Losungswort wie das der folgenden Redner; Kraftrügge, Mitglied der preußischen Nationalversammlung, der der auf friedlichem und humanem Wege sich fortwickelnden Revolution ein Hoch brachte, wobei ein, jedenfalls auf einem Mißverständnisse beruhender Versuch des Ordners, dem Sprecher das Wort abzuschneiden, was aber nicht gelang, zu einiger Verzögerung Anlaß gab; Dr. Ruge, welcher sich von der Versammlung beauftragen ließ, in der deutschen Nationalversammlung auf eine Fürstenversammlung zu dringen, damit die Fürsten sich auch einigten und einen aus ihrer Mitte zum alleinigen Regenten Deutschlands bestellten; Professor Flathe aus Leipzig, der Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in kräftigen Zügen markirte; Erde aus Altenburg; Held aus Osterfeld, Günther und Weißgerber aus Halle ꝛc. Den Schluß machte Wisticenus, der wie Kraftrügge und Ruge bei seinem Auftreten mit stürmischen Hoch empfangen ward, indem er die Versammlung veranlaßte, mit einem feierlichen Gelöbnisse zu innigem, treuem und brüderlichem Zusammenhalten sich zu verpflichten. Der Zug bewegte sich zurück nach dem Markte, wo sich derselbe auflöste. Der Eindruck des Festes wird sobald nicht verlöschen. (D. A. Z.)

Braunschweig, 17. September. Gestern ist der Rest unserer Truppen, die Artillerie, von Schleswig kommend, hier eingerückt. (D. A. Z.)

Bremen, 15. September. Fast gleichzeitig mit unsern aus

Digitized by Google

Schleswig-Holstein befindlichen Truppen ist ein schlimmer Gast in unsere Mauern eingezogen, die Cholera. So viel bekannt geworden, sind bis jetzt etwa zwölf Personen erkrankt und fast alle gestorben. (D. A. Z.)

(Die Auslieferung der deutschen Schiffe in Kopenhagen.) Die Dänen sollen, nach einem in Stettin eingelaufenen Briefe, die Herausgabe der deutschen Schiffe noch an allerlei, in der Waffenstillstands-Convention nicht vorhergesehene, Nebenbedingungen knüpfen, darauf hinauslaufend, ihnen noch möglichst viel Geld abzupressen. So wurde verlangt, daß die Schiffe nochmals mustern und daß sie Hafengelder bezahlen sollten; die Ausladen waren so geschickt getroffen, daß immer nur zwei Schiffe an einem Tage expedirt werden konnten. Die wichtigste seiner Bedingungen aber, und dazu eine Bedingung, die uns geradezu verzweiflung schreiben, ist das Verlangen der „Erstattung sämmtlicher Kosten für den Unterhalt der Mannschaften der gekaperten Schiffe!" Diese Mannschaften waren als Kriegsgefangene behandelt worden; man hatte es nicht in ihr Belieben gestellt nach Hause zu gehen; nach dem klaren Wortlaut der Convention werden die beiderseitigen Kriegsgefangenen gegen einander ausgewechselt. Dem Vernehmen nach haben sich, da der Verkehr mit der Quarantäneanstalt sehr weitläufig und zeitraubend gewesen, die bisher abgegangenen Schiffe in jene Bedingungen gefügt, um nur wegzukommen und nicht auch noch die Herbststürme zu verlieren. Doch werden sie von der preuß. Regierung den Schadenersatz verlangen. Die Thätigkeit des Herrn Philippsborn war durch die bisher nicht abgelaufene Quarantäne noch gelähmt. (W.-Z.)

Triest, 12. September. Albini, der uns das tausendgeleidigte Meer eine Zeitlang gesperet und unserem Handel Fesseln angelegt hatte, ist nur auf Deutschlands Bannspruch gewichen und hatte sich zuletzt darauf beschränkt, Venedig vor einem Blokus zu bewahren. Nun der sartinische Contreadmiral unsere Gewässer gänzlich verlassen und die abtrünnige venetianische Flotte sich in die innern Kanäle der Inselstadt zurückgezogen hat — nun hat österreichische Geschwader die Kette, so den Hafen von Triest geschlossen, aufbod und unter Segel ging, sind wir an einem neuen Wendpunkte angelangt; von diesem aus mußte sich eine offenere Aussicht auf die Ereignisse der jüngsten Tage bieten — und sie fehlt in der That nicht. Französische Flaggen eilen unserem Hafen zu und vermag man auch nicht mit Bestimmtheit den Plan dieser Bewegung darzulegen, so steht doch Albini's spätter Abzug und das Erscheinen der Gallier so ziemlich einem Absiegen gleich. Wir dürften bald hierüber im Reinen sepn. Wir vernehmen, daß eine von hier ausgelaufene und nach Venedig steuernde Barke von einem österreichischen Kreuzer aus den venetianischen Gewässern zurückgewiesen wurde und da die französischen Schiffe nicht lange mehr ausbleiben können, so wird sich bald zeigen, ob sie sich diesem Benehmen der Oesterreicher gegenüber neutral verhalten werden, oder ob ihre Instructionen anders lauten als jene, nach welcher sich der Commandant des in unseren Gewässern stationirten „Admirable" benimmt. (Oesterr. Ztg.)

Italien.

Ein Courier hat aus Turin nach Paris die Nachricht gebracht, daß Carl Albert sich entschieden weigere, den Waffenstillstand über den 20. d. Mts. hinaus zu verlängern, und daß er auf eine schnelle Entscheidung dringe, da er seine Truppen nicht so lange und ohne Zweck auf den kostspieligen Kriegsfuß erhalten wolle. Er besteht zugleich auf seinen Ansprüchen auf die Lombardei, Venedig, Modena, Parma und Piacenza, die durch den freien Willen der Bevölkerung mit Piemont vereinigt worden seyen. Wahrscheinlich denkt Carl Albert: „Man muß viel fordern, um doch etwas zu bekommen." — Andererseits meldet der Courier français, daß das Wiener Kabinet sich geweigert habe, dem Vorschlage der vermittelnden Mächte gemäß, den Waffenstillstand um 14 Tage zu verlängern und daß General Welden den Befehl erhalten habe, Venedig anzugreifen. Im Conferenzsaale der französischen Nationalversammlung zeigte man Briefe aus Turin, meldend, daß Carl Albert sich anchicke, am 21. d. wieder die Offensive zu ergreifen. (Vergleiche unten Wien.)

Genua, 13. Sept. Mit dem Dampfer Palermo kamen gestern Nachrichten von Sicilien bis zum 8. Nach diesen landete das unapolitanische Geschwader am 3. d. M. in Messina. Schon einige Stunden vor der Landung feuerten die Schiffe auf die Stadt und setzten dieselbe an mehreren Stellen in Brand. Die Flotte bestand aus 3 Fregatten, 13 Dampfern, 20 Kanonierbarken, 8 Brandern und 30 Transportschiffen. Die Landung fand an der Küste von Maregrosso statt und unter heftigem Feuer der Messiner. Ein wüthender Kampf von mehreren Stunden fiel zum Nachtheil der königlichen Truppen aus, welche sich gegen 8 Uhr Abends genöthigt sahen sich wieder einzuschiffen um am nächsten Tag gegen Mittag in Syrakusa zu landen. Am 4. und 5. wurde nun die Stadt regelmäßig von den Truppen und vom Hafenschloß beschossen. Obgleich an mehreren Orten brennend und halb in Ruinen, widerstand die Stadt mit dem beispiellosesten Heldenmuthe bis zum 6. Abends, wo die Einwohner sich zurückzogen und den königlichen Truppen der Einzug in die brennenden Ruinen frei stand. Trotz dieses Kriegsschreckens beharren die Palermitaner sowie die ganze Insel in ihrem Widerstand gegen die Bourbonische Dynastie. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 13. September. Der Erbherzog Stephan ist zum Theil — unpopulär geworden. Alle Hoffnungen, die man an ihn geknüpft hat, sind in den Herzen erstorben. Er ist nicht mehr volksthümlich.

Kossuth ringt mit den letzten Kräften seines Geistes; er bemüht sich der „Held der Geschichte" zu verbleiben — er weicht wenigstens nicht vor der Gefahr zurück! — Der Reichstag zerfällt und sammelt sich wieder, Nyary, Beyerdy, Madarász, Szemere, Batthyány ranquiren auf der Tribune. Das Volk zieht im aufgeregtesten Zustande durch die Straßen. — Man will alles — ungeschehe vermeiden. Das Repräsentantenhaus wird fast bestürmt von dem Publicum; — ein jeder will dem Despotismus der Camarilla anheimfallen — kein Ausweg — und dieß Alles, weil der Kaiser von Oesterreich — der Friede seiner eigenen Person, des Königs von Ungarn, geworden ist! (Oest. Z.)

Pesth, 14. September. Der Uebergang der Garnison von Ofen zu den Freiwilligen wäre ein vollständiger gewesen, wenn der neue Ministerpräsident Graf Batthyanyi nicht den weiteren Uebergang verboten hätte. Das ganze Bataillon des italienischen Regiements Ceccopieri wollte übergehen. Es wurde aber in den Kasernen eingesperrt und heute früh nach Wien befördert. Das ungarische Regiment Turkßy bleibt hier. — Die Sympathien des Repräsentantenhauses bieten jetzt weniger Interesse dar. Sie zeigen nur, wie der Ministerpräsident Batthyanyi bei jeder Frage zu fallen droht, wenn ihn nicht Kossuth auf den Beinen hält. Das Ministerium Batthyanyi kann nur so lange bestehen, als das schwarzgelbe Oesterreich stark ist und Ungarn mit Heeresmacht zu erdrücken droht. Tritt eine Wendung der europäischen Politik ein und kömmt das schwarzgelbe Oesterreich wieder in Verlegenheit, so wird Kossuth wieder das Staatsruder in die Hand nehmen.

Aus dem Crassoer Comitate im Banat, 6. September. Die walachische Bevölkerung, welche die Mehrzahl in unserem Comitate und einen großen Theil derjenigen des Temeser Comitates bildet wird der griechischen Kirche angehört, aber in allen ihren kirchlichen Beziehungen stets von ihrem illyrischen Glaubensgenossen unterdrückt ward, hat sich nunmehr entschlossen, in den Kampfe der Slaven gegen die Deutschen im Banate nicht länger mehr gleichgiltig und unthätig zu bleiben. Sie wird sich demnach in Masse erheben und bei 40,000 Mann stark mit allen Schreckmitteln des Krieges und der Zerstörung in die Militärgränze des illyrisch-banater Regimentes eindringen. Die folgenwichtig dieser Entschluß der walachischen Nation auf die Lage der Dinge im Banate und auf den daselbst gestifteten Raubmordskampf werden muß, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Eingetroffenen Nachrichten zufolge, sind die Türken aus Bosnien und türkisch Croatien in das ungarische Gebiet mit bedeutender Macht eingedrungen und haben Petrin besetzt.

Frankreich.

* Paris, 16. Sept. Die Nationalversammlung hat gestern die vier ersten Artikel der Constitution votirt. Ueber den 5. Art.: „Abschaffung der Todesstrafe für politische Vergehen" gab ein Amendement des Pastors Coquerel, das die Todesstrafe überhaupt beantragte, Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Für das Amendements sprachen Tracy, V. Hugo, Raduen, B. Lefranc. Bixien verlangte im Namen der Commission, daß die Frage bis zur Revision der Gesetzbücher vertagt werde und ward von Aylies, Freßton unterstützt. Die Versammlung wollte über einen so wichtigen Punkt keinen übereilten Beschluß fassen und vertagte die Debatte auf den nächsten Montag.

Da sich in mehreren Departements in Folge der Juni-Ereignisse und der royalistische Umtriebe eine vollständige Reaktion gegen das republikanische Princip entwickelt hat und das alte Gespenst der Decentralisation und des Föderalismus wieder an manchen Orten, wie z. B. in Bordeaux sein Haupt erhebt, so hat General Cavaig-

Digitized by Google

nac beschlossen, eine Anzahl Repräsentanten, als außerordentliche Commissäre in diese Departements zu senden, um durch Schritte der Verständigung und der Versöhnung jede mögliche Zwistigkeit im Keime zu ersticken. Zu diesem Zwecke fand gestern bereits eine Versammlung der hiezu bestimmten Repräsentanten bei dem Generale Statt, der ihnen ihre Instruktionen gab. Diese Commissäre haben zugleich den Auftrag die Regierung von dem Zustande der Verwaltung, der öffentlichen Meinung und von allen sonst Bemerkenswerthen in diesen Departements in vollständige Kenntniß zu setzen.

Herr von Raumer ist gestern vom General Cavaignac ganz in derselben Art empfangen worden, wie Baron Rubrian in London von der Königin Viktoria. Der Moniteur zeigt diesen Empfang in seinem offiziellen Theile mit folgenden Worte an: „Herr Friedrich von Raumer hat heute dem General Cavaignac einen Brief des Erzherzogs Johann von Oesterreich übergeben, durch den S. k. k. Hoheit der Regierung der französischen Republik mittheilt, daß der Frankfurter Bundestag die Central- und Föderativ-Gewalt Deutschlands in seine Hände niedergelegt hat."

Wenn man nicht entschieden ungerecht seyn will, so muß man zugestehen, daß diese Lösung die einzige praktisch mögliche und mit den wenigsten Schwierigkeiten verbunden war. Der deutsche Bundestag bestand als von allen Mächten anerkannte deutsche Centralgewalt, der Bundestag hat diese Centralgewalt dem Erzherzog Johann übergeben*), Frankreich und England empfangen diese Notifikation ohne Einspruch, sie werden sich von nun an in ihren diplomatischen Beziehungen an den Erzherzog als Vertreter der bisherigen Centralgewalt wenden, aber so wie in obiger Anzeige des Moniteurs sorgfältig die Worte: „Deutsches Reich" und „Reichsverweser" vermieden sind, so behalten sich beide Kabinette die Anerkennung der Umgestaltung Deutschlands und der Veränderung seiner Regierungsform bis nach der definitiven Constituirung derselben vor. Wenn jedoch Frankfurter Correspondenten von einer drohenden Note der deutschen Centralgewalt sprechen, die Herr v. Raumer hier überreicht hätte, um seinen Empfang zu erzwingen, so können wir versichern, daß eine solche Note nie existirt hat. Der Minister Bajade hat das wahre Verhältniß Hrn. v. Raumer gleich am ersten Tage auseinandergesetzt und seinen aufrichtigen Wunsch ausgesprochen, trotz aller Beobachtung der herkömmlichen diplomatischen Formen, doch mit Deutschland im freundschaftlichsten Einverständnisse und in ununterbrochenen Beziehungen zu bleiben. Hr. v. Raumer referirte nach Frankfurt und man fand dort kein Bedenken über die Formfrage hinwegzugehen. Wir wollen hoffen, daß Hr. v. Raumer sich nun thätigst zu Gunsten der vielen Deutschen unter den deportirten Juni-Gefangenen verwenden wird, für die bis jetzt noch nichts geschehen ist.

Französische National-Versammlung. Sitzung vom 16. September. Das Dekret über die Ergänzungsstrette des 48 Budgets von 1847 wird ohne Diskussion vottt. Herr Baze interpellirt hierauf den Minister des Innern über die beabsichtigte Absendung von Repräsentanten als Commissäre in die Departements (siehe oben), die er als unpassend tadelt. Herr Senard, der Minister, erklärt, daß diese Maßregel genommen werde, theils um die Departements über Paris, theils die Regierung über die Bedürfnisse des Departements aufzuklären. Der Minister wird vielfach unterbrochen und die Repräsentanten, die allein die Departements repräsentiren wollen, reclamiren dagegen, daß man Andere als sie in die Departements schicke. Baze nimmt wieder das Wort und greift die Maßregel, als hinter dem Rücken und ohne Wissen der Versammlung genommen, an, — ja, er bezeichnet sie als das Werk einer Coterie, was einen heftigen Sturm auf den Bänken der Linken hervorruft. Sarrans vertheidigt die Maßregel der Regierung und die gute Absicht, die sie inspirirt habe. — Fallour bekämpft die Maßregel als gefährlich und ganz geeignet, um in den Departements Mißtrauen und Zwietracht zu erwecken. Fallour spricht mit großem Talente und bei Postschluß ist noch keine Aussicht da, daß es sobald zu einer Entscheidung kommt. Wenn die ministerielle Majorität sich in dieser Frage spaltet, was nicht unmöglich ist, so fällt der Minister des Innern.

Großbritannien.

London, 15. September. Telegraphische Nachrichten aus Dublin von gestern früh melden die völlige Herstellung der Ruhe im südlichen Irland.

*) Das ist kaum die halbe Wahrheit.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. September. Fadrelandet ist der Meinung, daß Preußen auf die Modifikationen des Waffenstillstandes, welche die Centralgewalt verlangen dürfte, nicht eingehen werde; sollte dies aber dennoch der Fall seyn, so würde die Ehre der in dieser Sache vermittelnd eingeschrittenen Macht eine Kriegserklärung gegen Deutschland erheischen! Indessen scheint der Einfluß der Gönner der Fadrelandet nicht mehr der frühere zu seyn. — Es herrscht hier eine schwüle Stimmung, der Steuerdruck und die Geldfrage fangen an, sich geltend zu machen. Auch an Wahlumtrieben fehlt es nicht. Der 5. Oct. soll allgemeiner Wahltag für das Königreich seyn. (D. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 10. September. Die Vermählung des Großfürsten Constantin mit der Prinzessin Alexandra von Sachsen-Altenburg findet morgen im Winterpalaste Statt. Die deutschen Zeitungen bringen das Programm dieser Feier. (D. A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 20. Sept. Zwei Bataillone des hiesigen Infanterie-Regiments Hertling erhielten den Befehl sich marschfertig zu halten. Die Beurlaubten sind einberufen. Dem Vernehmen nach sollen diese Truppen zur Besetzung der teutschen Fürstenthümer bestimmt seyn.

Anzeigen.

In der **Jos. Thomann**'schen Buchhandlung in Landshut ist erschienen und in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel zu haben:

Beleuchtung der Vortheile und Nachtheile des bayerischen Ablösungs-Gesetzes vom 4. Juni 1848. Zugleich eine Widerlegung der Pfarrer Westermayer'schen Abhandlung im katholischen Hausfreund (III. Jahrgang Nr. 29. S. 485) betreffend: „die acht Silgkeiten des Ablösungs-Gesetzes. Mit Berechnungen und Erläuterungen von einem Unparteiischen. Preis 18 kr.

Zusammenstellung der neuesten Gesetze für das Königreich Bayern. Ein Handbuch für Beamte und Staatsbürger. Nebst Vollzugs-Instruktionen und einer Tabelle zur Berechnung über die verschiedenen Arten der Ablösung und Umwandlung der Gefälle. 2te mit den Gesetzen v. 15. April und 12. Mai vermehrte Auflage. gch. Preis 45 kr.

☞ Für die Besitzer der 1sten Auflage unserer Zusammenstellung der Gesetze vom 4. Juni 1848:

Gesetze, die vom 15. April und 12. Mai 1848. Als Ergänzung zu den Gesetzen vom 4. Juni 1848. Preis 9 kr.

Gesetze über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit; dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten und die Ablösung des Lehensverbandes. Sammt der Vollzugs-Instruktion zu ersterem und beigefügten Berechnungen über die verschiedenen Arten der Ablösung resp. Umwandlung. 15 kr.

Die Kirche an die bewegte Zeit. Ein Wort des Ernstes für Fürsten, Staatsdramte, Eltern und Lehrer. gr. 8. 12 kr.

Mit Vergnügen habe ich in der heutigen Zeitung die Wahrnehmung gemacht, daß ich den Herren A..., B... und L..... nicht aus dem Gedächtniß gekommen bin. Meinen herzlichen Dank für die mir geschenkte Aufmerksamkeit.

Bayreuth, den 20. September 1848.

C. Teufel, magistratischer Revisor.

Daß ich mich bei dem in der gestrigen Zeitung enthalteuen, die bürgerlichen Verhältnisse hiesiger Stadt betreffenden Aufsatze nicht betheiligt habe und daß die Chiffre A.. nicht meinen Namen andeuten sollte, erkläre ich hiermit, ohne daß ich über den Inhalt dieses Aufsatzes durch diese Erklärung eine Kritik zu geben beabsichtige.

Dr. Au d.

Die Wahlmänner werden eingeladen am Donnerstag den 21. d. M. Nachmittags 4 Uhr sich zu einer Besprechung im Deutschen Hause einzufinden.

Die durch Versetzung des Hrn. Rittmeisters v. Schaumberg in meinem Hause freiwerdende Wohnung, bestehend aus 6 Zimmern, 2 Cabinetten und 3 Kammern, großer Küche, Holzegen, Stallung auf 2 Pferde, Benützung der Waschküche und des Bodens ꝛc., ist zu vermiethen und kann noch vor Martini oder auch erst zu Lichtmeß bezogen werden.

J. Wertheimber.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Freitag Nro. 264. 22. September 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 19. September. Nach den erschütternden Ereignissen des gestrigen Tages war man allgemein gespannt auf die heutige Sitzung der Nationalversammlung. Der Präs. v. Gagern hielt eine ergreifende Rede an die Versammlung, in welcher er der traurigen Vorfälle des Meuchelmordes an Lichnowsky und Auerswald erwähnte, und dieses Ereignis ein dreifaches Verbrechen an Deutschlands Einheit und Freiheit und an der Menschlichkeit nannte und erklärte, daß die Nationalversammlung alle Maßregeln des Ministeriums zur Aufrechthaltung der Ordnung und der Gesetze unterstützen, dabei aber sich von der Bahn der Freiheit nicht ablenken lassen werde. Hierauf theilte der Minister v. Schmerling der Versammlung die ergriffenen Maßregeln mit und eröffnete ihr, daß das Ministerium auf eigne Verantwortung den Belagerungszustand erklärt habe und ihn bis zu gänzlicher Sicherstellung der Ruhe in Frankfurt und den Nachbarstaaten aufrecht halten werde. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte, dem Ministerium die Zustimmung zu seinen dictatorischen Anordnungen und die kräftige Unterstützung für alle künftigen, zur Aufrechthaltung der Einheit und Freiheit Deutschlands nothwendigen Maßregeln auszusprechen, und den Reichstruppen für ihre Hingebung und Mäßigung bei Unterdrückung des Aufruhrs den Dank des Vaterlands zu voiren. Morgen wird der Justizminister ein Gesetz wegen des Schutzes der Mitglieder der Nationalversammlung vorlegen. — Heute ist ein Kriegsgericht eingesetzt und die Einlieferung aller Waffen binnen 24 Stunden anbefohlen worden. Man soll schon viele Personen verhaftet, auch bewilde Waffenniederlagen entdeckt haben.

Wir geben folgende Mittheilungen über die frankfurter Ereignisse aus dem Frankf. Journal. — Frankfurt, 18. September. Die Straßenauflaufe in unserer Stadt haben seit heute Morgen um 9 Uhr einen sehr unruhigen Charakter angenommen. Große Massen versammelten sich, und zogen sich in die Nähe der von österreichischen und preußischen Truppen besetzten Paulskirche. Der Zusammenfluß des Volkes wurde dort immer stärker. Preußische Piquets besetzten alle Eingänge der nach der Paulskirche hinzuführenden Straßen. Das herzuströmende Volk stieß heftige Drohungen aus. Es sammelte sich zu einer Berathung um 11 Uhr auf dem Roßmarkt unter seinen Leitern und Führern. Da fiel diese Versammlung nicht sehr zahlreich aus. Ein Redner forderte dazu auf, daß sich die Vorsteher aller Vereine im Gräberschen Saale einfinden sollen, um dort zu beschließen, was unter diesen Umständen zu thun sey. Gegen 12 Uhr hörte man Generalmarsch schlagen. Das Volk fing an, an den Römerberg, dem dem Eingange der Webelgasse und der neuen Kräme, die Meßstände und die Buden einzureißen; es errichtete dort die ersten Barrikaden. Man hörte den Ruf: „Zu den Waffen! Nach dem Zeughause; Fort mit den Preußen!" Alle Läden wurden geschlossen. Einzelne Bewaffnete eilten nach dem Ort der Bewegung. Nach 12 Uhr wurde der Tumult immer stärker; in der Schnurgasse, Fahrgasse rc. sah man Barrikaden errichten. Fortwährend ertönt der Generalmarsch. Der Taunus-Eisenbahnhof ist von kurhessischen Soldaten. Der elektromagnetische Telegraph auf der Taunus-Eisenbahn soll zerstört worden sein. Viel Volk zum Theil bewaffnet, strömt fortwährend zu den Thoren herein. In diesem Augenblicke (halb 2 Uhr Nachmittags) hört man, daß mehrere Eisenbahnwagen erstürmt wurden. Die preußischen Truppen mehr um die Paulskirche herum concentrirt werden; man verlangt laut und stürmisch deren Entfernung, während das Volk mit den Oesterreichern und Kurhessen fraternisirt. Letztere halten alle Wachen besetzt. Man hofft, daß, falls die Preußen aus der Stadt entfernt würden, die Ruhe allmählig wieder hergestellt werden dürfte.

Frankfurt, 19. September. Wir haben gestern einen traurigen, einen blutigen Tag erlebt! Es hat sich ein Kampf eröffnet Leben und Tod zwischen Deutschen und Deutschen! Das ist ein trauriges, ein tiefbetrübendes Wort; — Wir hatten in unserer gestrigen zweiten Beilage (S. o.) noch kurz vor 12 Uhr berichten können, was bis zu dieser Zeit hier vorfiel. Wir erfuhren bald darauf, daß zu dieser Zeit, zwischen 12 und 2 Uhr, in vielen Theilen unserer Stadt, besonders in der Schnurgasse, der Döngesgasse, der Haasengasse, der Fahrgasse, später auch an der Allerheiligengasse, der Alten- und Breiten-Gasse, mit überraschender Schnelle Barrikaden aufgerichtet wurden. In der Fahrgasse allein konnte man gar bald sechs bis acht Barrikaden zählen. Den gegenseitigen Kampf, nachdem schon am Morgen in der Nähe der Paulskirche einige Verwundungen durch Bajonnetstiche vorfielen, wurde gegen 2 Uhr Nachmittags in der Döngesgasse und der Schnurgasse von den österreichischen Truppen eröffnet. Besonders starkes gegenseitiges Feuern hörte man dort in der Nähe der Haasengasse (dem Trierischen Plätzchen), und in der Schnurgasse am Ecke der in dieselbe führenden Ziegelgasse. Ein Haus am Ecke der Haasengasse war von den Barrikadenmännern besetzt, und unterdrochen hörte man dort das Feuer. Zwei Mann fielen daselbst; mehrere wurden verwundet. Der Kampf zog sich dann auf die Zeil in die Nähe der Constabler Wache; auch dort waren am Ecke der Bornheimerspforte und am Ausgange der Allerheiligengasse Barrikaden errichtet. Oesterreichische Soldaten besetzten den Ausgang der Haasengasse nach der Zeil zu, während preußische Soldaten nach der Allerheiligengasse zu agirten. Von dort her hörte man gegen 3 Uhr ein starkes Pelotonfeuer, bei welchem auf beiden Seiten eine Anzahl blieb, viele andere wurden verwundet. Unterdessen waren von Mainz und Darmstadt frische Truppen zur Verstärkung nach unserer Stadt gerückt. Die hessen-darmstädtischen Truppen, circa 1200 Mann stark, worunter ein Bataillon Schützen und Artillerie, setzten über die neue Eisenbahnbrücke oberhalb des Grindbrunnens und theilten sich in Unternainkher in zwei Theile. Das Bataillon Schützen marschirte im Sturmschritt dem Mainquai herauf nach der mit Barrieaden stark verschanzten Fahrgasse. Als sie in die Nähe der Mehlwage kamen und dort eine von den Barrikadenmännern verlassene Verschanzung wegräumen wollten, wurden sie aus einigen Häusern mit starken Steinwegen empfangen. Gleich darauf hörte man ein starkes Gewehrfeuer. Das gr. hess. Militär nahm nun im Sturmschritte die in der Fahrgasse aufgerichteten Barrikaden, wobei auf beiden Seiten scharf gefeuert wurde und eine Anzahl Militärs so wie Civilisten getödtet und verwundet wurden. Dieses Bataillon hessischer Schützen drang bis zur Bornheimer Pforte vor.

Nach fünf Uhr erschienen mehrere Mitglieder der Linken, u. A. Rößler und Schlöffel, auf dem Kampfplatz und begaben sich, mit weißen Tüchern wehend, durch die Reihen der preußischen und hessischen Truppen nach der Allerheiligenbarrikade, worauf ein dreiviertelstündiger Waffenstillstand eintrat, während welchem Unterhandlungen zwischen den Kämpfenden stattfanden, die aber zu keinem Ziele führten. Mittlerweile war hessen-darmstädtische Artillerie eingetroffen; die Geschütze wurden gegen die Barikade an der Allerheiligengasse gerichtet und es erfolgten nun mehrere Kartätschensalven, welche die Einnahme der Verschanzung von Seiten der darmstädtischen Truppen unvermeidlich zur Folge hatte. Auf andern Punkten der Stadt wurde indessen der Kampf noch eine Zeit lang fortgesetzt und erst gegen 9 Uhr stellte sich vollständige Ruhe ein, die bis jetzt, in Folge des eingetretenen Belagerungszustandes, fortdauert. — Viele Häuser sind hart mitgenommen worden, namentlich an der Zeil, der Fahrgasse, in der Haasengasse, auf der Allerheiligengasse rc. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist sehr beträchtlich. Im heiligen Geistspitale allein lagen heute Morgen um 8 Uhr 31 Verwundete und 15 Todte, unter welch' letzteren ein junges Dienstmädchen, das in der Fahrgasse bei dem Schießen eines Ladens am Fenster erschossen wurde. — Fürst Lichnowsky fiel während des Kampfes, als er im Begriff war, zum neuen Thore hereinzureiten. Auch der Abgeordnete Auerswald wird unter den Gefallenen genannt. Simon von Trier ist verwundet. Fortwährend treffen noch Truppenverstärkungen hier ein und in der ganzen Umgegend lagert Militär. Die im Feuer gewesene Mannschaft ist sehr erschöpft, indem sie die ganze Nacht unterm freien Himmel und unterm Gewehr zubringen mußte. Auf dem Roßmarkt war die Nacht hindurch ein Bivouacfeuer an dem andern. Man ist heute Morgen beschäftigt, die Barrikaden vollends hinwegzuräumen und die ungehemmte Circulation wieder

Digitized by Google

herzustellen. — Die Nationalversammlung wird übrigens, wie das eben angeschlagene Programm besagt, ihre Berathungen heute in der gewöhnlichen Weise fortsetzen.

Zwei Batterien würtembergischer reitender Artillerie sind ihrem Rückmarsche aus Schleswig-Holstein begriffen, sind hier eingetroffen.

Von gestern Nachmittag 2 Uhr an waren durch die Errichtung der Barrikaden in den Hauptstraßen der Stadt alle Verbindungen mit dem westlichen und nordwestlichen Theile der Stadt (also auch mit der Post) gehemmt. Briefe und Paquete konnten von und nach der Post nicht befördert werden; auch unsere Blätter nicht.

Frankfurt, 19. September. Der Tod von Auerswald bestätigt sich, er fiel in dem Augenblicke, als er seinem Freunde Lichnowsky zu Hülfe eilen wollte. Eine Verwundung des Abgeordneten Simon aus Trier hat dagegen nicht stattgefunden. Den allen bei dem Kampfe gefallenen Gräulichkeiten ist die auf der Allerheiligengasse gelegene Löwen-Apotheke am ärgsten mitgenommen worden, indem sie die vollen Kanonenladungen empfing, von denen noch die traurigen Spuren allenthalben in ihren Mauern sichtbar sind. Charakteristisch ist übrigens der Umstand, daß an den meisten Läden der belebtesten Straßen und auch an dem Rothschild'schen Hause von augenscheinlich ungeübter Hand die Worte: „Heilig das Eigenthum", angeschrieben stand. Die Barrikaden sind abgetragen und man sieht die Pflasterer beschäftigt, das aufgerissene Straßenpflaster wieder herzustellen. Es mögen jetzt wohl über 6000 Mann deutscher Reichstruppen unsere Stadt besetzt halten. An dem Brückenkopfe sind Kanonen aufgepflanzt; die Brückenmühlen sind von Oesterreichern besetzt. Patrouillen durchziehen fortwährend die Straßen. (F. J.)

Frankfurt, 19. September. Folgende Proclamationen und Bekanntmachungen sind gestern im Laufe des Tages und spät Abends erschienen: Erinnerungen. Alle Familienhäupter werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß ihre Angehörigen so viel wie möglich zu Hause und von Zusammenläufen ferne gehalten werden, da den Reichsministerium entschlossen ist, die Ruhe dieser Stadt und den Schutz ihrer Bewohner mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und Störungen zu unterdrücken. Frankfurt, den 18. September 1848. Der interim. Reichsminister des Innern: Schmerling.

Belagerungsstand. Bei der Fortdauer des Aufruhrs wird Frankfurt in Belagerungsstand erklärt, und das Kriegs-Gesetz verkündet. Alle Vereine sind suspendirt, und es wird deren Mitgliedern verboten sich zu versammeln. Wer zum Aufruhr aufreizt, wer den Truppen Widerstand leistet, oder sich nur unbefugterweise bewaffnet einfindet, wird standrechtlich behandelt. Frankfurt, den 18. September 1848. Der Reichsverweser Johann. Der Reichsminister des Innern: Schmerling.

Um die Stadt vor fernerem Unglück zu bewahren, werden sämmtliche Einwohner dringend aufgefordert, ihre Wohnhäuser alsbald zu schließen und verschlossen zu halten. Polizey-Amt.

(Bekanntmachung.) Zur Durchführung der zur dauernden Ruhe erforderlichen Maßregeln, wird die Entwaffnung der hiesigen Einwohner, insofern sie nicht zur organisirten Bürgerwehr und Schutzwache gehören, hiermit verfügt. Es sind daher alle Feuergewehre, Hieb- und Stichwaffen unverzüglich in das Kriegszeugamt abzuliefern. Diejenigen, welche diesem Befehl nicht längstens binnen 24 Stunden entsprochen haben, werden nach der Strenge der Kriegsgesetze behandelt. Frankfurt, am 19. Sept. Der interimistische Reichsminister des Innern: Schmerling.

(Erinnerung.) In Folge der Zuzüge befindet sich eine Menge von Personen in der Stadt, die geeignet ist, deren Ruhe zu gefährden. Es ergeht daher an alle Jene, die an den Zuzügen Theil genommen haben, die ernstgemessene Ermahnung, die Stadt zu verlassen, und in ihre Heimath zurückzukehren, widrigenfalls gegen sie mit der Strenge der Gesetze verfahren werden würde. Frankfurt, den 18. September 1848. Der interimistische Reichsminister des Innern: Schmerling.

Frankfurt, 17. September. Das Gerücht geht, Heinrich von Gagern wolle dem Vorschlag in der Versammlung abgeben, daß den stürmischen Abstimmungen am 16. hatte Schweigen präscribirt, der nie die Zügel mit Anstand und Festigkeit zugleich zu führen weiß. Verzichtet er auf jene Stelle, auf der er unersetzbar ist, so wird er es hoffentlich nur thun, um ins Reichsministerium zu treten, denn Männer seiner Art sind dem Vaterlande in den Augenblicken, wo die höchsten Entscheidungen fallen, alle ihre Kräften darzubringen verpflichtet, auch wenn sie überzeugt wären, daß sie dabei zu Grunde gehen. Ist das Verfassungswerk aufgerichtet, so mögen andere aus Ruder treten; wer den Bau aufgeführt hat, hat genug gethan für die Gegenwart und die Zukunft. Wer aber jetzt die Arme sinken lassen wollte, würde an sich und der Sache zum Verräther werden — das aber ist von Heinrich v. Gagern nie und nimmer zu fürchten. (A. Z.)

Frankfurt. Das frühere Reichsministerium ist wieder ins Amt getreten, mit Ausnahme Heckschers, dessen Porteuille einstweilen v. Schmerling übernommen hat. Für Beckerath der bekanntlich die Aufgabe hat, in Berlin ein Portefeuille zu übernehmen, versieht Duckwitz das Finanzministerium.

Nach einem Privatbriefe aus Frankfurt wird unter den bemerkenswerthen Gefallenen auch der bekannte Mainzer Demagoge Metternich genannt.

Frankfurt, 16. Sept. (Ausführlicher Bericht über die 79. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls und Bekanntmachung neuer Beiträge für die deutsche Flotte erhält der Abg. v. Vincke das Wort. Nach seiner Ansicht ist die Frage, ob der Waffenstillstand den von der Centralgewalt vorgeschriebenen Bedingungen entspreche, Nebensache, die Hauptfrage dagegen, ob er den Interessen Deutschlands und der Herzogthümer entspreche. In dieser Beziehung nun behauptet der Redner, es sey durch den Waffenstillstand mehr erreicht worden, als man zu Anfang des Kriegs erwarten konnte. Er hat hierbei besonders das dänische Patent vom 14. März im Auge, dessen Aufhebung man dem Waffenstillstand verdanke. Er erklärt sich für die Annahme des letztern, aber gegen alle Vermittlungsantrage; lieber würde er für Verwerfung stimmen. Der Unentschlossenheit und Halbheit in der Politik seyen Alle satt; sie setze uns dem Auslande gegenüber herab, und schlage unserm Handel tiefe Wunden. Der Redner vertheidigt die preuß. Regierung gegen die Angriffe mehrerer Vorredner; das preußische Volk, sagt er ferner, wisse, daß es deutsch sey: es habe dies im vorigen Jahrhundert und im Jahre 1813 bewiesen. Der König habe gern dem Hause Habsburg in Deutschland den Vortritt abgetreten, und Preußen werde bereitwillig das Definitivum an Oesterreich übertragen, wenn Oesterreich seine nichtdeutschen Besitzungen mit Deutschland verbinge oder sich ihrer entäußere. Preußen sey nicht weniger gegen die Centralgewalt: es werde aber auch Dänemark Wort halten. Herr Schreiber möge nur kommen mit seinen Freischaaren und die rothe Republik bringen; er werde Preußen zur Vertheidigung bereit finden. Indem er nochmals die Annahme des Waffenstillstandes empfiehlt, schließt er mit den Worten: „Auf der einen Seite ist Achtung in Europa und Einheit in Deutschland; auf der andern Mißachtung in Europa und Spaltung in Deutschland. Die Würfel fliegen: wählen Sie! —"

Jiegert erklärt sich gegen den Waffenstillstand und protestirt im Namen des preußischen Volkes gegen jeden Zweifel an seiner deutschen Gesinnung. Das preußische Volk sey durch und durch deutsch; die alten Kriegervereine und die Bürgerschützenvereine Gesellschaften seyen nur eine sehr unbedeutende Minorität. Dort finde man vielleicht jene Preußen, die nach Jordan's Ausdruck nicht wüßten, daß sie Deutsche seyen. Deutschland dürfe sein Stückchen Erde von Schleswig fallen lassen, sonst wäre seine Ehre und Treue vernichtet. Preußens Volk und König würden zu Deutschland halten, was auch kommen möge. Deutsches Recht und deutsches Schwert würden uns über Alles hinwegführen. Merck stimmt für Annahme des Waffenstillstandes wegen der Bedrängniß, in der der Krieg über den deutschen Handel gebracht. Er hofft, Deutschland werde sich niemals durch Aufgabe seiner Kaperbriefen beschelen, die doch nur eine privilegirte Freibeuterei wäre. Löwe von Calbe bestreitet, daß der Waffenstillstand dem Handel aufhelfen werde. Bei der Ungewißheit, ob nicht der Krieg nach Ablauf der 7 Monate aufs Neue ausbrechen werde, werde Niemand sich in bedeutende Operationen einlassen können. Degenkolb erklärt sich für Annahme des Waffenstillstandes. Blum unterwirft das Verfahren des Reichsministeriums in der Waffenstillstandsfrage einer scharfen Beleuchtung, besonders in Bezug auf den unterlassenen Vorbehalt der Ratificationen. Weder nach der Buchstabe noch nach dem Geiste über die Centralgewalt sey Preußen berechtigt gewesen, für sich einseitig abzuschließen. Daß Dänemark die Centralgewalt anerkannt und dennoch die Vollmacht, die diese für Preußen ausstellte, respectirt haben solle, das gehe über seinen, freilich nicht diplomatischen Verstand. Ein entschiedenes Ministerium würde gesagt haben, was Buonaparte bei Campo Formio: Die Centralgewalt ist wie die Sonne; sie bedarf keiner Anerkennung. Die so oft erwähnte Noth der Ostseeprovinzen, sagt er ferner, rühre nicht von dem Kriege mit Dänemark, sondern von dem Liebäugeln mit Rußland, der Gränzsperre, dem Kartellvertrag, von denselben Ursachen her, welche auch die Hungersnoth in Schlesien herbeigeführt hätten. Er hält es für wahrscheinlich, daß die linke Seite der Berliner Versammlung die Waffenstillstandsfrage eben

Digitized by Google

so behandeln werde, wie die hiesige Linke. Kein preußisches Blatt außer der „neuen preuß. Ztg.“, keine Adresse spreche sich für den Waffenstillstand aus. Man habe die Adressen und die Tausende die sie unterzeichneten, gering geschätzt; man hätte aber nicht vergessen sollen, daß diese Tausende im Stande waren, Kerkermauern zu sprengen und die darin Befindlichen zu befreien. Auf die aus gedrücklichen Kriegsgefahren von Außen übergehend, äußert der Redner u. A.: „Drohe der Krieg von Osten oder Westen; wir werden den letzten Mann gegen die französische Republik bewilligen, wenn diese sich in unsere Angelegenheiten zu mischen wagt. Allein die auf Sachunkenntniß beruhende Erklärung der französischen republikanischen Polizei-Regierung ist noch keine Kriegserklärung. Auffallen muß es allerdings, daß eine kaum 6 Monate alte Regierung sich uns gegegüber auf verrottete Regalamente beruft.“ Der Schluß seiner Rede lautet: „Man wirft uns ein Streben vor, die Revolution permanent zu erklären. Wenn dies der Fall wäre würden wir Ihnen mit aller Kraft anrathen, den Waffenstillstand anzunehmen. Es ist aber nicht wahr, nicht weil wir uns mit dem Gedanken tragen, daß die Ratification die Bewegung unterdrücken werde, sondern weil wir fürchten, diese in Hände gerathen zu sehen, die weit von uns nach dieser oder jener Seite liegen und die ohne ihre Schuld alle geistigen Errungenschaften unserer Zeit in Frage stellen könnten. Weil die Vertreter des Volks kornumpirt waren, zu Allem Ja sagten und nicht den Muth hatten, für das Volk einzustehen aufzutreten, fiel die Juli-Monarchie, nicht weil die Kammern ihr opponirten. Sie sagen, sie ehren Ihre Fürsten. Dann treten Sie ihnen immer weiter um sich wuchernden Glauben entgegen, daß die Fürsten mit ihren dynastischen Interessen die Entwickelung unserer Zustände hemmen; zeigen Sie, daß Sie die Uebergriffe von beiden Seiten in den Schranken halten. Sie haben gesagt, die Revolution sey vor den Thronen ehrerbietig stehen geblieben. Sorgen sie dafür, daß ihre zweite Bewegung nicht darüber hinausgehe. So lange Ludwig **XVI**. blos im Innern reagirte, hatte er bloß parlamentarische Kämpfe zu bestehen. Als er die Nationalität-Ehre seines Volks seinen dynastischen Interessen opferte, und mit den Anland konspirirte, war er verloren.“ (Forts. f.)

Würzburg, 19. September. Heute Nachmittag halb 2 Uhr marschirten 3 Kompagnien des hiesigen Inf.-Regim. nach Aschaffenburg. Muthmaßlich, weil die bayerischen Jäger von Aschaffenburg nach Frankfurt abmarschirt sind. (N. W. Z.)

Nürnberg, 20. September. Drei Kompagnien des hiesigen Infanterieregiments werden morgen nach **Bamberg** abgehen, zum Ersatz einer gleichen Anzahl der dasigen Truppen, welche nach den sächsischen Herzogthümern verlegt werden sollen.

Berlin, 18. September. Im Zusammenhange mit der bereits gestern gegebenen Notiz, daß in der ersten Unterredung zwischen dem Könige und Herrn v. **Beckerath** eine Verständigung nicht hat stattfinden können, soll die an jenen Staatsmann gelnüpfte Combination sich ganz zerschlagen haben, Hr. v. **Beckerath** ist bereits abgereist und es soll ein Ministerium auf dem Tapete sein, an dessen Spitze Hr. v. Pfuel und Graf Dönhoff stehen. Es werden in der Stadt die alarmirtenstien Gerüchte verbreitet; die sich so weit verlaufen, daß man von einer bevorstehenden Auflösung der Kammer spricht; und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich an eben diese Verbreitung für morgen ein unruhiger Tag knüpft. So viel steht fest, daß man entschlossen ist, für gewisse Eventualitäten energische Maßregeln zu ergreifen: und es wird uns versichert, daß man seit gestern in der hiesigen Region eine positive Haltung anzunehmen beginnt. Erwähnt sey noch, daß — wie man sagt — ein Theil der Linken eine Deputation an den König senden wolle, um demselben das Gefährliche der Lage uns einander zu setzen. (D. A. Z.)

— In der Stadt wird in diesem Augenblick eine Petition verbreitet, die den König um ein Ministerium Waldeck ersucht, weil nur unter einer solchen Verwaltung das Vertrauen zurückkehren könne. (D. A. Z.)

Königsberg, 16. September. Gestern früh ging hier eine Estaffette nach Friedrichsstein zum Grafen Dönhoff durch. Derselbe ist zum Könige berufen, muthmaßlich um ein Portefeuille im neuen Ministerium zu übernehmen. Gestern Abend kam der Graf nach der Stadt und ist sofort nach Berlin abgereist.

Köln, 16. September. Heute Nachmittag ist durch Erkenntniß des Anklagesenats des kgl. Appellations-gerichtshof **Freiligrath** wegen Erregung von Mißvergnügen und Aufforderung zum bewaffneten Aufruhr gegen die Landesregierung (in seinen bekannten Gedicht: **Die Todten an die Lebenden**) vor die nächsten dasselbeorter Assisen verwiesen worden.

Italien.

Neapel, 7. September. Hier wurden durch kurzes Decret des Königs die Kammern bis zum **30.** November vertagt. Die Deputirten erklärten auf den Antrag des Abgeordneten Taxarini einstimmig daß dieses ganz gegen ihren Wunsch geschehen und daß sie alle auf ihrem Posten zu bleiben wünschten. Die anticonstitutionelle Partei jubelte, erschien mit weißen Fahnen und rothen Kokarden und forderte gleichsam die Constitutionellen zum Kampf heraus. Es kam abermals zu blutigen Conflikten wobei es Todte und Verwundete gab. Zahlreiche Patrouillen durchzogen die Stadt, aber es wird wiederum gewußt daß die Lazzari sich mit Steinen Stöcken und Messern bewaffnet zeigen. Die Regierung scheint durch die Lazzari die Bevölkerung im Zaum halten zu wollen. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt, aber nur unter der liberalen constitutionellen Partei. Man sieht noch sehr traurigen Auftritten entgegen. Die Constitution scheint vernichtet. Der Einfluß des Grafen Chreptowitsch bei Hof ist nach allgemeiner Angabe ein sehr starker und unheilbringender. Jedermann kennt die illiberalen Gesinnungen des russischen Gesandten. Groll gegen Rußland kocht in vieler Herzen, zumal es sich herausstellen scheint daß Rußland gegen England und Frankreich jede Einmischung in die Expedition Ferdinands gegen Sicilien für einen **casus belli** erklärt hat. Sicilien, welches sich ohne fremde Hülfe der Knechtschaft entzogen, wird also geopfert und aufs neue in Fesseln geschlagen werden. Man spricht ganz ernsthaft von der baldigen Rückkehr Declarretis's. Die Stadt ist überall unsicher; Raub- und Mordanfälle bei Tag und bei Nacht sind sehr häufig. Ein Engländer, welcher mit einem Lazzaro in Streit gerieth, soll auf offener Straße ermordet worden sein. Die Kammer sah ihre Vertagung voraus und benahm sich in allen Punkten, welche mit dem alten System in allzuschroffen Wiederspruch standen, sehr gemäßigt und nachgiebig; dennoch ignorirte der König sie, ihre Adresse und ihre Geschäfte gänzlich. Ein Deputirter, ein gewisser Gaëtano de Peppe legte den Entwurf eines Preßgesetzes vor, welches an Strenge und Willkür seinesgleichen sucht. Die Journale erklären diesen Entwurf jedoch für die einzig mögliche und vernünftige Handlung welche die legislative Kammer dis jetzt verrichtet.

Frankreich.

* **Paris**, 17. September. Gestern Abend bot Paris einen seit drei Monaten ungewöhnten Anblick dar, — dichte Gruppen hatten sich auf den Straßen, Plätzen und Boulewards gebildet, in denen die gestrige Sitzung der Nationalversammlung und die heutigen Wahlen diskutirt wurden. Die Gruppen hatten jedoch durchaus einen friedlichen Charakter und die Polemik war gemäßigt. Starke Kavallerie-Patrouillen durchzogen schweigend alle Theile der Stadt, es fiel nicht die geringste Unordnung vor.

In Folge von Wien eingetroffener wichtiger Depeschen ist die Adresse des Vertreters Pascal Duprat, der mit einer Missen in Oestreich draustragt war, verschoben worden. Gestern war Ministerrath und nach Beendigung desselben gingen Courriete nach London und Turin ab.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung, die so ruhig begonnen hatte; führte noch einen der heftigsten parlamentarischen Stürme, die wir je erlebt haben und die **Kabinetsfrage** herbei. Wir haben bereits gestern gemeldet, daß Herr Bay im Namen der Rechten das Ministerium wegen Absetzung von Commissairen in die Departements interpellirte und daß diese Maßregel von ihm, von Falloux und von andern Royalisten bitter getadelt ward. Vergebens gab der Minister Senard befriedigende Erklärungen, die falschen Auslegungen und Deutungen gingen ihren Weg, der Tadel gegen die Regierung ward so deutlich und herb ausgesprochen, daß General Cavaignac sich veranlaßt fand, durch den Justizminister im Namen des Kabinettes erklären zu lassen: die von der Regierung beschlossenen Maßregeln sey restlich überlegt, sie sey sie nöthig befunden worden, die Regierung beharre, nach wie vor, auf derselben, und sie fordere die Versammlung auf sich durch ein deutliches Votum zu erklären. So war die Kabinetsfrage gestellt und Verwirrung und Entsetzen brach über die Versammlung herein. Den Anblick zu schildern, den die Versammlung darbot, ist unmöglich, — es fand keine Sitzung mehr Statt, in dichten Schaaren drängte sich Alles um die Ministerbank und beschwor Cavaignac seinen Entschluß zurückzunehmen, — er blieb unerschütterlich, — eine halbe Stunde dauerte diese Scene der Verwerrung und der Aufregung, dann erhob sich Cavaignac und zog sich mit den Ministern in einen andern Saal zurück. Nach einer Stunde ward die Sitzung wieder aufgenommen und Marrast schlug auf der Tribune, im Namen der ministeriellen Majorität folgende

Digitized by Google

motivirte Tagesordnung vor: „Die Nationalversammlung, nachdem sie die Erklärungen gehört und die Beurtheilung der vorgehabten Maßregel der Verantwortlichkeit der Exekutivgewalt überlassen hat, geht zur Tagesordnung über.“ Ein Stein fiel der Versammlung vom Herzen und diese Tagesordnung ward ohne Diskussion und mit Einstimmigkeit angenommen.

Die Abstimmung von außerordentlichen Commissionen in gewisse Departements wird durch die immer stärker hervortretenden Umtriebe der Legitimisten nöthig gemacht und die Journale bringen jeden Morgen eine Menge von Details, aus denen hervorgeht, wie wühlerisch diese Partei, die in Paris republikanisch thut, in den Provinzen arbeitet. Wir haben die Junischlacht mit dem Socialismus vorausgesagt, wir sagen auch dieses Mal voraus, daß die Umtriebe der Legitimisten nur in einer offenen Schlacht ihr Ende finden werden und diese Schlacht wird nicht nur in Paris, sondern auch in den Provinzen geschlagen werden und wahrscheinlich eben so entschieden, wie die der Junitage ausfallen.

Großbritannien.

London, 16. Sept. Louis Napoleon hat sich vorgestern zu Southampton nach Havre eingeschifft.

Nach Berichten aus Dublin von gestern Morgen war aus dem Süden die Nachricht eingetroffen, daß die Ruhe völlig hergestellt und nirgendwo ein neuer Exceß vorgefallen war. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Lokalblätter, sowie die irischen Correspondenten einiger dubliner und londoner Journale, die von einigen Arbeiterhaufen verübten Unfuge arg übertrieben hatten, indem sie dieselben als den organisirten und weitverzweigten Aufstand vieler Tausende darstellen. Das angeblich Lager bei Carrick bestand aus einer Zusammenrottung einiger hundert Bauern, die wenige vereinzelte Polizeistationen überfielen und mit Verlust mehrerer Todten und Verwundeten zurückgeschlagen wurden. Bei Annäherung einer Truppenschaar liefen sie auseinander.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 21. September. In der gestrigen Sitzung des patriotischen Vereines wurde zuerst ein Schreiben des Ausschusses des Erlanger Vereins bezüglich der Verlegung der Volksversammlung, sodann ein Brief des ausgetretenen Abgeordneten Glas an seine Wähler verlesen, der Veranlassung gab, über die verschiedenen Verhältnisse zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern Vergleichungen anzustellen. Herr Frustel, der hierauf das Wort ergriff, sprach über den neuesten Beschluß der Nationalversammlung und die ewig beklagenswerthe Folgen, die sich daran knüpfen. Wie der patriotische Verein in seiner Anerkennungsadresse zu dem Beschlusse vom 5. September sich mißbilligend über den Waffenstillstand ausgesprochen hat, so könne er ihn auch jetzt noch nicht gutheißen; und er wage, was der Redner meint, wahrscheinlich auch nicht von der Nationalversammlung anerkannt worden, wenn man, bevor man zur Berathung darüber geschritten, den Beschluß gefaßt haben würde, allen Denjenigen, welche durch den dänischen Krieg Schaden erleiden, von Reichswegen vollen Schadenersatz zu verbürgen. Nun aber, da ein Beschluß gefaßt, müsse derselbe unter allen Umständen aufrecht erhalten werden; und mit Recht, denn das oberste Prinzip des Systems der Volksvertretung ist die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Majorität. Jede Abweichung von diesem Grundsatze führe zu grauenvoller Anarchie. Das Attentat der Frankfurter Volksversammlung gegen die Reichsversammlung, wo einige Tausende ihre Meinung den von ganz Deutschland gewählten und 40 Millionen vertretenden Abgeordneten gewaltsam aufdringen wollen, ist ihm ein Frevel gegen das deutsche Volk begangen. — An diesen Vortrag knüpfte sich eine Debatte, worauf, auf den Antrag des H. Kreisrath Ritter, der Beschluß gefaßt wurde, den Vorstand zu beauftragen, eine Adresse an die Reichsversammlung zu veranlassen, welche einen kräftigen Tadel dieses Auflehnen gegen die Beschlüsse und die Wirksamkeit der Nationalversammlung aussprechen soll. Heute Abend wird diese Adresse dem Vereine zur Berathung vorgelegt werden.

Hof, 18. September. Die auch in die Bayreuther übergegangene Nachricht von einer Nichtvornahme der Gemeindewahl in Hof bestätigt sich nicht. Die Sache verhält sich folgendermaßen. Der dortige constitutionelle Verein hatte beschlossen, daß nur eine solche Wahl vorgenommen werden solle, die mit dem Proteste versehen sey, daß dieselbe nur bis zum Erlaß des neuen Gemeindewahlgesetzes Geltung habe. Darauf machte der Bürgermeister Schrön in einer zu dem Zwecke der Einigung abgehaltenen Bürgerversammlung bekannt, daß die gesetzlich verbleibenden Magistratsräthe ihre Stellen freiwillig niedergelegt hätten. Darauf hin wurde von der Versammlung beschlossen, die Wahl des nun ganz neu zu schaffenden Magistrats unter genannten Proteste vorzunehmen. Dem Bürgermeister Schrön würde auf die von ihm gestellte Frage, ob er das Vertrauen der Bürgerschaft besitze und ob man ihn unter den jetzt für ihn so schwierigen Verwaltungsumständen kräftigst unterstützen wolle, mit einem einstimmigen Ja und dreimaligen Lebehoch geantwortet. Abends wurde demselben die Deputation die Zuschreibung des vollen Vertrauens derselben erneuert.

Anzeigen.

(Eingesandt.) Die in München erscheinenden N. Nachrichten enthalten in ihrer Nr. 163 dat. vom 18. Sept. eine Erklärung des Hrn. Oberst Spraul, worin er sich aus Anlaß der gegen ihn gerichteten Angriffe des Oberlieutenants v. Crailsheim, die seiner Zeit auch in diesen Blättern erwähnt wurden, rechtfertigt. Die vor ein militärisches Ehrengericht gebrachte Sache wurde von demselben dahin entschieden, daß in den beiderseitigen Artikeln eine gegenseitige Ehrenbeleidigung erkannt wurde, daß ferner eine gütliche Vermittelung nicht erzielt werden konnte, und endlich wurde die Sache im Betreffe eines Punktes zur weitern Verhandlung und Entscheidung an die zuständige Militärbehörde (k. Commandanschaft) abgegeben. Ferner beschloß das Ehrengericht, die Sache bezüglich des Oberlieutenants v. Crailsheim, dessen Handlungsweise auf dem Wege öffentlicher Lokalblätter und in anonymer Weise und in besonderer Berücksichtigung seiner dienstlichen Stellung gegenüber seinem Commissionsvorstand, als mit den Dienstvorschriften wie Subordinationsverhältnissen in grellem Widerspruche stehend, auf den Disciplinarweg hinzuweisen. Das Resultat der gegen den Oberst Spraul eingeleiteten Untersuchung darüber, ob er sich kein offizierscharakterwidriges Benehmen habe zu Schulden kommen lassen, war ein Erlaß der Commandantschaft, in dem es heißt: daß von der zufolge ehrengerichtlichen Beschlusses vom 9. August angeordneten Untersuchungscommission beschlossen wurde: „es sey kein gesetzlicher Grund gegeben, gegen den pensionirten charakterfesten Hrn. Oberst Spraul eine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten.“ Es dürfte wohl kaum nöthig seyn hier beizufügen, daß eine militär-strafrechtliche Untersuchung nicht im bürgerlichen Sinne zu verstehen ist, indem das offizier-charakterwidrige Benehmen eines Militärs ein militärisches Verbrechen ist, worauf geeignete Strafen gesetzt sind.

— Der Erklärung beigefügt ist noch eine Widerlegung des Vorwurfs, als ob der Herr Oberst Spraul seine neue Stellung nur dem Einfluß der von ihm besuchten Dola Montez verdanke. Er war nämlich auf seine im Juli 1846 an den König gestellte Bitte schon am 29. März 1847 reaktivirt worden, und erst zwei Monate später (Mai 1847) hat er das Haus des genannten Frauenzimmers, mit innerem Widerstreben, nur in Folge ausdrücklichen Wunsches und Auftrags des Königs betreten. Er war früher niemals in ihr Haus gekommen. — Außer seiner Pflicht habe ihn noch besonderer Dankbarkeit und dankbare Erinnerung bewogen, dem königl. Wunsche nachzukommen. Denn des Obersten Vater war 1792 zur Zeit der ersten französischen Revolution so glücklich gewesen, gleichsam das Leben des Prinzen Maximilian Joseph, nachmaligen Königs von Bayern, sowie jenes der ganzen königlichen Familie nebst deren Güter von höchstem Werthe mit eigner Lebensgefahr vor Feindeshand zu bewahren, welche Begebenheit dem Retter der fürstlichen Familie den Verlust seines nicht unbedeutenden Vermögens zuzog. Es hat dies das allerhöchste Haus Max I. nie vergessen und was der Vater dem Vater anerkennend lohnt, hat der k. Nachsteiger dem Sohne oft mit großer Huld zu erkennen gegeben. Lediglich in Berücksichtigung dieses Verhältnisses wurde in einem k. Handbillet dem Herrn Obersten die Aussicht auf Sorge für die Erziehungskosten seiner Kinder eröffnet. Schließlich erklärt er sich bereit, einem gegnerischen Angriffe als Offizier und Mann von Ehre zu begegnen.

Verlaufener Hühnerhund.

Am 16. d. M. verlief sich eine schwarze Hühnerhündin, dieselbe trägt ein Halsband mit Korallen, es wird gebeten, dem sie zugelaufen sein sollte, gegen Belohnung im Gasthof zum schwarzen Roß dahier abzugeben, und zugleich wird vor deren Ankauf gewarnt.

Bayreuth, am 17. September 1848.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

5 8 3 30 70

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 265.** **23. September 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 20. September. Der Nationalversammlung ist heute vom Justizminister ein Gesetzentwurf über den Schutz der Nationalversammlung und ihrer Mitglieder vorgelegt worden. Jeder gewaltthätige Angriff auf die Nationalversammlung wird dadurch für Hochverrath erklärt. Den Anstiftern von Zusammenrottungen in der Nähe des Sitzungslokals wird mit Gefängniß von einem Jahr, den übrigen Theilnehmern mit 3monatlicher Einsperrung gedroht. Für Thätlichkeiten gegen Mitglieder der Nationalversammlung ist 5 Jahr, für Bedrohung derselben 3 Monate Gefängniß angesetzt. Volksversammlungen unter freiem Himmel sind auf einen Umkreis von 5 Meilen vom Sitze der Nationalversammlung verboten. Diese Vorlage führte zu einer lebhaften Debatte, indem ein Abgeordneter der Rechten, Stavenhagen, auch gesetzliche Bestimmungen gegen Verläumdung der Nationalversammlung verlangte und einen Artikel aus der von den Abgeordneten Blum und Günther redigirten Reichstags-Zeitung verlas, welcher die Abstimmung der Majorität in der Waffenstillstandsfrage vom 20. d. Mts. einen Verrath nannte. Der Abg. Schaffrath erwiderte hierauf, daß die Versammlung hierüber nicht zu urtheilen habe, indem die Beleidigten sich an die ordentlichen Gerichte zu wenden hätten. Er protestirte im Namen der linken Seite gegen alle Ausnahmsgesetze. Der Justizminister Mohl erklärte, er halte Bestimmungen über Preßvergehen gegen die Nationalversammlung nicht für nothwendig, werde jedoch den deßfallsigen Antrag des Ausschusses abwarten. Der Abg. Briegleb beantragte einen Aufruf an die deutsche Nation aus Anlaß der letzten Ereignisse, welcher Antrag nach einigen Debatten, trotz des Widerspruchs der Linken angenommen wurde. Der Abg. Gravell, von der Rechten, schlug den Erlaß eines Aufruhrgesetzes vor, welcher aber nicht genehmigt wurde. Bei Anlaß des Briegleb'schen Antrags erwahnte Venedey die Rechte, sich nicht durch den Sieg zur Reaktion hinreißen zu lassen. Ein Antrag von Platzhner auf Erlaß eines Gesetzes über Injurien gegen die Nationalversammlung wurde eben so wenig zur schleunigen Berathung zugelassen, als ein Antrag von Vogt und andern Mitgliedern der linken Seite auf Abschaffung der Prügelstrafe beim Militair. Morgen früh wird die feierliche Beerdigung der im Kampfe gefallenen Offiziere und Soldaten vor sich gehen und deßhalb keine Sitzung Statt finden.

Frankfurt, 16. Sept. Ausführlicher Bericht über die 79. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß.) Fürst Lichnowsky hat in allen bisherigen Reden die Anbahnung zur Versöhnung und Vermittlung vermißt, obgleich doch ein extremer Beschluß zum Bruche führen müsse. Ein Mitglied der schleswig-holsteinischen Regierung habe selbst den Waffenstillstand für annehmbar erklärt: die Nationalversammlung brauche nicht schleswiger zu sein, als die Landesversammlung. Er ist überzeugt daß nach 7 Monaten die Weisheit der Centralgewalt und das feste Auftreten aller europäischen Mächte einen guten und ehrlichen Frieden herbeiführen werden. Preußen, setzt der Redner hinzu, wird seine Verbindlichkeiten halten, ohne Krieg, aber fest. Simon von Trier erinnert an die Beschlüsse des Vorparlaments in Bezug auf Schleswig. Wenn man einen Beschluß des Vorparlaments nach dem andern zurücknehme, werde man zuletzt eines Morgens behaupten, es sey überhaupt eine Albernheit gewesen, die Vertreter des Volks in der Paulskirche zusammentreten zu lassen. Der erste Krieg, den Deutschland mit der Revolution führe, werde nicht zu Ende geführt, man verbeuge sich vor den dynastischen Interessen des Königs von Dänemark und des Kaisers von Rußland und stecke das Schwert in die Scheide. Einen Bruch mit Preußen brauche man nicht zu scheuen. Die Majorität des preuß. Volks sey deutsch gesinnt; das Ministerium, das sich auf das speerische Preußenthum stütze, sey gestürzt, ein Ministerium der Linken in Aussicht gestellt. Wolle jene Partei aber noch einmal den Kampf wagen, so möge sie sich unter den Trümmern der Revolution begraben lassen. Präsident v. Gagern hält dafür, daß der Schluß allerdings wünschenswerth sey, weil ohne die Entscheidung dieser Frage kein Ministerium gebildet werden könne. Er glaubt aber, daß außer den Berichterstattern auch noch M. v. Gagern und die Minister das Wort erhalten sollten. Fürst Lichnowsky spricht gegen den Vorschlag des Präsidenten, von Bincke und Eisenmann dafür. Lebhafter Widerspruch links. Präsident v. Gagern: Ich hätte nicht geglaubt, daß die Leidenschaft so weit ginge, den Angegriffenen das Wort zu entziehen. Die Versammlung beschließt zuletzt, daß M. v. Gagern und die Minister noch gehört werden sollen. M. v. Gagern verbreitet sich über seine Sendung nach Berlin und Rendsburg. Heckscher beginnt mit der Bemerkung: es gebe Leute, denen die Einheit ein Dorn im Auge, und welche die Fackel der Zwietracht in ihr Vaterland schleudern wollten. Er wird vom Präsidenten gefragt, ob er eine Partei in dieser Versammlung meine, antwortet bejahend, und wird zur Ordnung gerufen. Er spricht dann weiter von Leuten, denen eine Entzweiung mit Preußen willkommen wäre. Der Präsident fordert ihn wiederholt zur Mäßigung auf. Simon von Breslau beantragt, ihm das Wort zu entziehen. Präsident: Er sey überzeugt, daß Hr. Heckscher nicht in diesem Tone fortfahren werde. Heckscher: Ich hätte nicht geglaubt, daß so wenig Gerechtigkeit und Billigkeit in dieser Versammlung wäre. (Neuer Lärm). Präsident läßt abstimmen, ob er Heckscher das Wort entziehen solle; er wird mit Mehrheit verworfen, hierauf erwähnt er auch's Neue inzüchtigt den Redner, seine Worte zu wägen. Dieser vertheidigt sich und das Ministerium gegen die erhobenen Beschuldigungen, erklärt: man müsse den Waffenstillstand annehmen oder verwerfen; ein Drittes gebe es nicht. Wenn man annehme, sey es so gut wie ausgemacht, daß der Krieg nicht wieder ausbrechen werde. Er beantragt, „im Hinblick auf die schon eingetretenen und noch eintretenden Modifikationen" die Nichtberathstandung des Waffenstillstandes. Jucho und Rüder verlangen namentliche Abstimmung über die verschiedenen Anträge. Richter verliest eine Adresse der Bauernbezirker Stände gegen den Waffenstillstand. Von der Linken wird getrennte Abstimmung über die drei den Theile des Majoritätsantrags beantragt. Der Vorsitzende (v. Soiron) läßt über diesen Antrag abstimmen und erklärt denselben für verworfen. Von der Linken wird nochmalige Abstimmung verlangt, weil Fremde auf der Rechten gesessen und mitgestimmt hätten. Nach lebhaften Debatten wird nochmals abgestimmt und die Trennung mit 246 gegen 244 Stimmen verworfen. Wurm will nun den zweiten Theil des Majoritätsantrags zurückziehen. Schoder beruft sich darauf, daß schon vor der Abstimmung über die Trennung die eventuelle Zurücknahme vorbehalten worden sey. Letzere wird jedoch nicht zugelassen. In Betreff der Abstimmungen verweisen wir auf unsere frühere Mittheilung.

Frankfurt, 19. Sept. (Ausführlicher Bericht über die 81. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Die heutige Sitzung eröffnete der Präsident von Gagern durch eine, mit tiefbewegter Stimme vorgetragenen Anrede, folgenden wesentlichen Inhalts: „Ich eröffne diese Sitzung unter den traurigsten Eindrücken. Die Neugestaltung unseres Vaterlandes hat neue blutige Opfer verlangt, oder vielmehr sie wurden muthwillig geliefert. Unter den Opfern, die wir beklagen, befinden sich auch zwei hochverehrte und ausgezeichnete Mitglieder dieser Versammlung. Ich bin tief erschüttert, indem ich Ihnen anzeigen muß den Tod der Herren v. Auerswald und Fürst Lichnowsky. Leider war es diesen ritterlichen Männern nicht beschieden, wie sie vielleicht gewünscht hatten, den Tod zu finden im Kampfe für die Ehre Deutschlands, im Kampfe gegen äußere Feinde; sie haben nicht einmal gekämpft für die Unterdrückung des Aufruhrs; sie sind auf das Niederträchtigste gemeuchelmordet worden. Ich will nicht aufregen, aber das Gefühl der Schmach, die durch solche That über das Vaterland kommt, kann ich nicht unterdrücken. Es fragt sich nun: was war die Veranlassung dieser Ereignisse, wo stehen wir jetzt und was werden die Folgen seyn? Die Veranlassung war ein Beschluß der Mehrheit dieser Versammlung: Sie hat ausgesprochen, daß sie den Kampf mit Dänemark einstweilen ruhen lassen und den Frieden anbahnen will. Ich ehre alle Ueberzeugungen, wenn ich sie als redliche Ueberzeugung erkennen muß, und so erkenne ich auch gewiß die redliche Ueberzeugung Derer an, die geglaubt haben, es würde besser und vielleicht

Digitized by Google

kräftigenden für die Ehre Deutschlands seyn, nicht den Frieden anzubahnen. Aber die Mehrheit welche gleichen Anspruch auf Anerkennung ihres Ehrgefühls hat, hat anders entschieden: die Nation verlangte Gehorsam für diese Entscheidung und er wurde verweigert. Daß eine solche Verweigerung nicht ungestraft hingehen konnte, darüber wird in dieser Versammlung kein Zweifel sein. Was ist das für ein Aufstand gewesen? Er hat angestrebt gegen die Einheit Deutschlands. Worauf beruht sie und was ist ihr Ziel? Vor Allem Ausgleichung aller Standesvorurtheile, Vermittlung aller Ansichten zwischen Norden, Westen, Osten und Süden. Wenn diese Vermittlung nicht möglich ist, dann ist auch die Einheit nicht möglich, und wer dazu beiträgt, solche Vorurtheile zu nähren, als habe der Süden ein feineres Ehrgefühl als der Norden, der es stets bewährte, der steht nicht nach Einheit; der zerreißt das Vaterland und macht seine Einheit unmöglich. Es war aber auch ein Verbrechen gegen die Freiheit. Die Freiheit wollen wir ehrlich und werden auch gewiß der Pflicht eingedenk seyn, daß die Einheit nur mit der Freiheit Hand in Hand gehen soll. Jedes Reduerd Nachgefühl, möge es einen Augenblick noch so sehr gerechtfertigt scheinen, muß unterdrückt werden. Wir werden auf dem Weg fortgehen, der auch zur Freiheit geht und keinem Gelüste Bahn machen, das etwa nach Rückwärts leitet. Es war aber auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn die Barbarei zunehmen sollte, die eine solche That möglich machte, dann möchte man beinahe verzweifeln und Diejenigen, welche die Hoffnung hegten, daß Alle zur Freiheit beitragen würden, mögen Alle ihre Stärke zusammennehmen, um den Geist niederzuhalten, der solcher Thaten fähig ist. Wenn man, statt die Parteileidenschaften aufzuregen, sie vielmehr zu beschwichtigen gesucht hätte, wir hätten solche Ereignisse nicht erlebt. Ein Redner hat vor einigen Tagen gesagt, das Reichsministerium habe keine Mehrheit. Dies ist in gewisser Beziehung wahr, indem es ihm sehr schwer wird, eine Mehrheit zu bilden. Es ist leicht, ein Ministerium zu stürzen, aber schwerer, eins zu gestalten, und darum muß man, ehe wir zu so entscheidenden Maßregeln schreiten, unsern ganzen Zustand in Erwägung ziehen und fragen: war ein Grund vorhanden? Wir sind in der Lage, ein Ministerium schützen zu müssen, denn die Ereignisse sind dereinend und die Verantwortlichkeit, die auf den Männern ruht, ist groß. Ueber die nothwendigen Maßregeln wird das Ministerium sich äußern und wir werden dasselbe in Allem, was zur Aufrechthaltung der Ordnung und zu kräftigem Vollzug der Gesetze erforderlich ist, unterstützen. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir sie mit Maß wollen und ihr Maß gewähren. Wollen wir die Einheit, so lassen Sie uns vor Allem hier einträchtiger seyn, als bisher." Hierauf nahm der provisorische Reichsminister des Innern, v. Schmerling, das Wort, um über die Vorfälle der letzten Tage und die in Bezug auf dieselben getroffenen Anordnungen zu berichten. Wir entnehmen seinem Vortrag u. A. Folgendes: „Außer der Requisition der Truppen aus Mainz am Abende des 17. habe der Senat in der Mitternacht vom Sonntag auf dem Montag auch das Reichsministerium ersucht, da für den Schutz der Nationalversammlung als eine dem Reiche obliegende Pflicht von dem Reichsministerium Fürsorge zu treffen sein dürfe, die Leitung aller dahin führenden Vorkehrungen zu übernehmen. Das Reichsministerium habe diesen Aufforderungen sofort entsprochen. Ein Versuch, in die Kirche stürmend einzudringen (Montag Morgen), sey von den Reichstruppen zurückgewiesen worden. Die angelangten Reichstruppen seyen sämmtlich unter den General Nobili gestellt worden. Auf dringendes Bitten wiederholter Deputationen sey nach 4 Uhr, bis zu welcher Zeit der Straßenkampf an den Barrikaden währte, eine halbe Stunde Waffenruhe bewilligt worden, um den Aufständischen Zeit zur Abtragung der Barrikaden zu gewähren. Da dies nicht geschah, habe der Angriff aufs Neue begonnen, die größeren Barrikaden seyen mit Anwendung schwerer Geschütze zerstört und genommen worden, Häuser, aus welchen auf die Truppen gefeuert, seyen erstürmt, noch während der Nacht und heute Morgen die letzten Barrikaden genommen worden, und die Stadt und Sachsenhausen seyen nun vollständig besetzt.

Frankfurt, 20. September. Im Laufe des gestrigen Tages erschienen hier folgende weitere Bekanntmachungen: „Nachdem durch Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom heutigen zur Durchführung der dauernden Ruhe erforderlichen Maßregeln die Entwaffnung der hiesigen Einwohner, insofern sie nicht zur organisirten Bürgerwehr und Schutzwache gehören, verfügt und zugleich angeordnet worden ist, daß dieser Verfügung zufolge, alle Feuergewehre, Hieb- und Stichwaffen unverzüglich in das hiesige Zeughaus nächst der Weißfrauenkirche abzuliefern, und daß Diejenigen, welche diesem Befehle nicht längstens binnen 24 Stunden entsprochen haben, nach der Strenge der Kriegsgesetze behandelt werden sollen, so wird hiervon der gesammten Einwohnerschaft zur ungesäumten Befolgung Kenntniß gegeben mit dem Bemerken, daß die Ablieferungsgegenstände mit dem Namen der Ablieferenden bezeichnet sein müssen. Frankfurt, 19. September 1848. Kriegs-Zeug-Amt."

„Bekanntmachung. In Folge der Erklärung des Belagerungszustandes ist ein ständiges Kriegsgericht niedergesetzt. Dasselbe hat in der Hauptwache seinen Sitz; es hat somit dahin alle etwaige Gefangene abzuliefern. Frankfurt, 19. September 1848. Das Reichsministerium der Justiz: R. Mohl."

Der Tod der beiden Reichstags-Deputirten, des Fürsten v. Lichnowsky und des Obersten v. Auerswald ist auf eine gräßliche, wahrhaft schaudererregende Weise erfolgt, so daß sich die Feder sträubt, es niederzuschreiben. Auerswald soll mit Stöcken und Kolben erschlagen worden seyn.

Frankfurt, 20. September. Bereits sind viele Verhaftungen vorgenommen und schon eine große Anzahl der Betheiligten (gegen 50) unter militärischer Escorte mittelst der Eisenbahn geschlossen nach Mainz gebracht worden. Es befinden sich unter den Inhaftirten nur wenige hiesige Staatsangehörige. Einige Hauptanführer der Barrikadenkämpfer sind verschwunden. Ueber die schmähliche, den deutschen Charakter wahrhaft entehrende Weise, mit welcher man die beiden verhrlosen Reichstags-Abgeordneten Fürsten Lichnowsky und von Auerswald hingemordet hat, herrscht selbst bei den ehrlichen Gegnern derselben nur eine Stimme der Verdammung. Die Zahl der bis jetzt bekannt gewordenen Todesfälle Seitens der Civilisten, darunter mehrere aus dem Kampfe unbetheiligte Familienväter, übersteigt 40; der Verlust der Militärs dürfte kaum geringer sein. Noch immer dauert das Einrücken von Reichstruppen in unsere Stadt fort. Am gestrigen Nachmittage kamen mehrere Tausend Mann Bayern an, welche sich in Sachsenhausen gelagert haben. Von den schon vorgestern hier angekommenen Truppen ist ein großer Theil bei den hiesigen Bürgern einquartiert, während noch verschiedene andere Abtheilungen die Hauptstraßen und die Thore besetzt halten. Am gestrigen Tage waren noch alle Läden geschlossen und ein eigentlicher Verkehr fand nur in den nothwendigen Artikeln statt, während der größte Theil der Bevölkerung unter den Executionstruppen umherwandelte und sich die verschiedenen Uniformen derselben ansahnte.

Räthselhaft bleibt bis jetzt die Art und Weise der Organisation, deren Spuren die Emeute vom 18. d. in so mancher Hinsicht zeigte. Allgemein angenommen erscheint die Thatsache, daß die Hauptmasse der Erbauer und Vertheidiger der Barrikaden aus fremden Individuen bestand. Nicht bloß das laufende Gerücht spricht dafür, sondern auch notorische Gründe, wie mehrere vorgefiern an den Eisenbahnen vorgenommene militärische Maßregeln, auch die Spitalslisten u. dg. M.

Folgendes ist das Resultat der letzten namentlichen Abstimmung in Bezug auf die bayerischen Abgeordneten. Für die Bewerfung des Waffenstillstandes stimmten: Barth, Bauer, Blumröder, Burkhardt, Cucumus, Eisenmann, Fallmerayer, Gebhardt aus Hof, Geigl, Herrmann, Keim, Kirchgeßner, Müller, Mayer, Paur, Pögl, Raumer, Reitmayer, Schneider, Stahl, Weber, Zergiebl und sämmtliche Rheinpfälzer. Gegen die Verwerfung stimmten: Arndts, Behr, Beisler, Döllinger, Eckardt, Edel, Gombart, Haubenschmidt, Hegnenberg-Dux, Krafft, Neumayer, Obermüller, Philipps', Quante, Rotenhan, Künsberg, Schrenk, Schubert, Sepp, Thinnes, Vogel, Friedrich, Wulfen, Schauß, Jenetti. Zehn waren abwesend. Der Rest

München, 19. September. Der kgl. penſionirte Oberst Spraul, welcher von Seite eines Oberlieutenants (Baron von Crailsheim) in öffentlichen Blättern Angriffe auf seine Ehre erlitt, weil derselbe (auf Wunsch des Königs Ludwig) das Haus der Lola Montez besucht hat, hat bei dem Ehrengerichte auf Untersuchung angetragen und wurde von demselben gänzlich frei gesprochen. Oberst Spraul erließ nun gestern eine öffentliche Erklärung, die ihn in den Augen aller Unbefangenen rechtfertigen muß. Heute tritt vollends eine unparteiische Stimme im hiesigen Tagblatt für ihn in die Schranken, die seinen Charakter und seine Offizierehre im vollsten Maaße rechtfertigt. Ich glaube Ihnen diese Mittheilung schuldig zu seyn, da Oberst Spraul im Besitze des Ehrenbürgerrechts der Stadt Bayreuth ist, wo er viele Jahre lebte und sich große Verdienste erwarb.

Berlin, 19. Sept. Die Nationalversammlung fand sich heute zum ersten Mal in ihrem neuen Sitzungslokal, im Concertsaale des Schauspielhauses, zusammen, dessen Einrichtung sehr freundliche und bequeme Verhältnisse gewährt. — Es wird ein Schreiben des bisherigen Ministerpräsidenten v. Auerswald verlesen

Digitized by Google

(d. d. 18. Sept.), welches angeigt, daß die Verhandlungen zur Bildung eines neuen Ministeriums noch nicht zum Schlusse gediehen, weshalb dem Präsidenten der Nationalversammlung „anheimgegeben wird, veranlassen zu wollen, daß die Sitzungen noch ausgesetzt bleiben.“ Der Abg. v. Berg bemerkt: Die Nationalversammlung befinde sich nun schon zum zweiten Mal in dieser ungewissen Lage, über ihre Vertagung beschließen zu sollen. Dies sey aber nicht möglich, ohne zu wissen, wie dies ein Ende nehmen werde. Er stelle deshalb folgenden Antrag: Die Versammlung möge ihren Präsidenten und Vicepräsidenten den Auftrag einer durch das Loos zu erwählenden Deputation von 12 Mitgliedern zum König senden, um denselben in Betracht der bedenklichen und gefährlichen Lage der Dinge um Beschleunigung der Bildung des neuen Ministeriums anzugehen. Dieser Antrag wird am 21. Sept. zur Discussion kommen. — Die Versammlung geht darauf zu der auf heute anberaumten Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten über. Obwohl die musterhafte, in unparteiischen Gerechtigkeitssinn und parlamentarischer Logik in der That unübertreffliche Geschäftsführung Grabow's bisher von allen Parteien gleichmäßig anerkannt worden, so wurde ihm doch diesmal von der linken Seite Herr Phillips als Gegencandidat gegenüber gestellt. Herr Grabow wurde jedoch mit 179 Stimmen (unter 330 Stimmenden) wieder zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, während Hr. Phillips 151 Stimmen für sich hatte.

Berlin, 19. September. General Wrangel hat folgenden Armeebefehl, datirt Potsdam 17. September, erlassen: Se. Maj. der König haben mir einen neuen Beweis seiner Gnade und seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittels allerhöchster Cabinetsordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wo sie gestört ist, dieselbe zu erhalten. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Officier, seinem Führer, auch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, sowie die Liebe und treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich indeß der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist ja ihr eigener Herd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Land auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letztern will ich sofort zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zwecke gern um mich schaaren. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! laßt euch nicht irre leiten von den Reden und Proklamationen, welche von unbekannten Leuten an euch gerichtet werden; hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für euch klingen und sie eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald ihr die euch gegebenen Rathschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört Jaggen auf meine Stimme, die Stimme eures Generals, sie ist wohlgemeint! Haltet fest an euern Officieren wie diese an euch; zwischen beiden darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt ihr gerechte Wünsche, so tragt sie euren Officieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemand wird euch sicherer geholfen werden als von diesen, denn Niemand kennt eure Bedürfnisse besser als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, euch mit Rath und That beizustehen. Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für euer Wohl als Soldat, sondern auch für euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke gesetzten Infanterieregimenter sofort auf 900 M. vermindert werden, und binnen kurzen hoffe ich abermalige Verminderung derselben bis auf 800 M. eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reclamirten und dann Diejenigen aus den ältesten Reserven zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reserven zu entscheiden. Zum Schluß rufe ich auf eine Officiere und Soldaten! haltet fest in eurem gegenseitigen Vertrauen und an eurem theuren König! Er lebe drei Mal hoch! Der Oberbefehlshaber in den Marken. (Gez.) v. Wrangel.

Berlin, 19. Sept. Der durch die heutigen Zeitungen veröffentlichte Armeebefehl des Generals Wrangel hat wegen seines bedeutungsvollen Inhalts überall in der Stadt großen Eindruck gemacht. Nicht minder der geistverwandte Erlaß des hiesigen Commandirenden an die Soldaten. Man bringt damit ganz unwillkürlich das heute als bestimmt verbreitete Gerücht in Verbindung, daß der General v. Pfuel in das neue Ministerium eintreten, vielleicht sogar dessen Präsidentschaft übernehmen werde, und schließt aus allen diesen Erscheinungen wohl nicht mit Unrecht, daß man in Potsdam entschlossen sey, der jüngsten Wendung der Dinge gegenüber eine entschiedenere Haltung als bisher anzunehmen. Hr. v. Beckerath soll nach dem Scheitern seiner Ministerombination bereits wieder abgereist seyn.

Die Berliner Nachrichten berichten aus Mecklenburg-Strelitz über das Einrücken preußischer Truppen: Die Unruhen in Strelitz haben sich auf eine so bedenkliche Weise erneuert, daß auf Ersuchen der großherzoglichen Regierung, das in Brandenburg und Rathenow garnisonirende 6. Kürassierregiment Befehl erhalten hat, sich schleunigst nach dem Großherzogthum zu begeben, um dort zur Herstellung der Ruhe mitzuwirken.

Heidelberg, 19. Sept. In der letzten Nacht wurde die Ruhe unserer Stadt auf kurze Zeit gestört. Mit dem letzten Bahnzuge kehrten mehrere junge Leute, welche an einer gestern in Mannheim abgehaltenen (wie sie es nannten) Volksversammlung Theil genommen hatten, zurück. Diese forderten, die Straßen durchziehend, auf in Masse nach Frankfurt zu gehen und die mit dem Beschlusse des Parlaments Unzufriedenen zu unterstützen. Auch gelang es ihnen, die Thüre des Glockenthurmes an der Heiliggeistkirche zu erbrechen und Sturm zu läuten. Auch eine Trommel wußten sie sich zu verschaffen, mit der sie Lärm schlugen. Aber, wie wir oben sagten, die Sache dauerte nur ganz kurze Zeit. Die Patrouille entfernte augenblicklich Denjenigen, welcher in den Glockenthurm gedrungen war, und dem Trommeln machte der Zugführer durch das einfache Mittel, daß er das Trommelfell durchstach, eben so schnell ein Ende. Dadurch war die Ruhe wieder hergestellt. (F. J.)

Darmstadt, 19. September. Die Saat, die man streute, hat also, wie es nicht anders seyn konnte, ihre blutigen Früchte getragen, und ihre Rückwirkung, die sich noch weit erschrecken dürfte, hat auch unsere Stadt, wenn auch Gottlob nur in schwachen Schwingungen, ergriffen; denn der Boden ächter constitutioneller Freiheit ist nicht der roher Gewalt und blutiger Anarchie! Zwar berannte unser demokratischer Verein, zur raschen Benutzung des Moments, plötzlich eine außerordentliche Versammlung auf gestern Abend an; zwar sammelten sich Haufen von alleriei Genossen, denen es den Tag über auch nicht an Geld zu Trinkgelagen mangelte, gesetzt hatte, das Hecker'sche singend; auch warf man nach beliebter roher Manier und den immer mehr wüster werdenden Faustrechte dem Minister Jaup die Fenster ein; — dabei blieb es aber und weitere ernstliche Pläne, die gehegt worden seyn sollen, von Sturmläuten und Plündern des Zeughauses, kamen bei der trefflichen Haltung unserer Truppen und Bürgerwehr nicht zur Ausführung. (F. J.)

Aus Schleswig-Holstein, 16. September. Als General Wrangel am Dienstag nach Wandsbeck kam, wurde ihm ein Lorbeerkranz nebst einem Gedichte überreicht. Wrangel empfing diese Gaben mit unverkennbarer Rührung; Thränen füllten seine Augen, indem er sagte: „Dank, herzlicher Dank für diese Gabe, die mir ein unsichtbares Zeugniß ist, daß ich von dem Volke Schleswig-Holsteins geliebt werde. Gott ist mein Zeuge, wie ungern ich mein Schwert in die Scheide gesteckt habe, allein ich muß gehorchen, wenn mein König befiehlt.“ (F. J.)

Altona, 18. September. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr Reedz, bereits eingewilligt, daß die interimistische Regierung von Schleswig-Holstein während des Waffenstillstandes nur mit Uebereinstimmung der Herzogthümer gewählt werde, sowie daß die schleswig-holsteinischen Truppen nicht getrennt werden. Ueber das Verbleiben der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnung wird noch unterhandelt. — Es haben bereits über 40,000 Mann Bundestruppen die Herzogthümer geräumt.

Ungarn.

Pesth, 16. Sept. Eine gestern Abend eingetroffene Estaffette brachte die Nachricht, daß auch der General Adam Teleki, welcher an der Spitze der dem Ban Jellachich entgegengestellten Trup-

Digitized by Google

pen steht, die ungarische Sache verrathen und mit Jellachich offen zusammenhält. Als der Ministerpräsident Batthyanyi diese Depesche um 10 Uhr in der Nacht dem Hause vorlegte, brach ein unbeschreiblicher Sturm aus. „Verrath und Tod!“ donnerte es im ganzen Hause. Batthyanyi und Kossuth machten nun den Vorschlag, den Erzherzog-Palatin aufzufordern, daß er selbst in das Lager abgehe und das Heer anführe. Die Deputation, welche diese Aufforderung dem Erzherzog überbrachte, kam mit der Erklärung desselben zurück, daß er seiner Palatinalpflicht gemäß bereit sey, sogleich persönlich die Heeresführung anzuteeen. Die drei Volksrepräsentanten Moritz v. Perzel, Samuel v. Bonisch und v. Aptalos wurden hierauf dem Erzherzog als außerordentliche Commissäre beigegeben. Die Sitzung ward erst nach 2 Uhr geschlossen, und heute früh ist der Erzherzog mit 6000 Nationalgarden nach Wetzprim abgegangen, wo die ungarischen Streitkräfte konzentrirt werden sollen. General Teleki befindet sich auf seinem Rückzuge ebenfalls bei Wetzprim. Er soll vom Erzherzog vor ein Kriegsgericht gestellt werden. (Z. A. Z.)

Italien.

Triest, 15. September. In diesem Augenblick laufen das französische Linienschiff „Jupiter“ und die französische Fregatte „Pische“ im Hafen ein. Unsre Flotte ist fortwährend in den Gewässern von Istrien, ohne etwas gegen Venedig zu unternehmen, welches jetzt auch von der Landseite unbehelligt bleibt, indem das Weidenʼsche Corps unthätig in seiner Stellung bleibt, während es von Malghera aus beunruhigt werden soll.

Frankreich.

* Paris, 18. Sept. Das Journal des Debats, das von der jetzigen Regierung Frankreichs gänzlich unabhängig dasteht, kommt heute wieder auf Deutschland und bespricht die Frage der deutschen Einheit in einem langen Artikl. Wir geben hier nur die Conclusion desselben: „Die deutsche Einheit, deren Vertheidiger wir stets waren, kann, unserer Ansicht nach, nur einen einzigen hezeichnenden Namen haben, den der Centralisation. Die deutsche Einheit kann nur eine Verbindung seyn, keine Mediatisation dieses oder jenes Staates. Aber vor Allem muß sie seyn, was sie in den patriotischen Liedern von 1813 war: ein Gefühl. Als Gefühl wird sie überall seyn, sie wird den regenerirten und demoralisirten Bund, der in Frankfurt seinen Sitz hat, beleben. Als diese Centralisation aber muß sie Alles schwächen, Alles vernichten. Wenn der Geist der Centralisation in Frankfurt den Sieg davonträgt, so ist das große Werk Deutschlands verfehlt. Man wollte eine große Nation und ein großes Reich schaffen und man wird in Wirklichkeit nichts gegründet haben, als einen ephemeren Club.“

Der National enthält ebenfalls einen bemerkenswerthen Artikel über Deutschland, in dem die Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß eine in der Civilisation, der Humanität und der Wissenschaft so weit vorgeschrittene Nation, wie die deutsche, alle ihre Werke, Pläne und Arbeiten auf die, dem Geiste der Zeit durchaus nicht mehr entsprechende, Kriegs-Politik begründet.

Wie bereits gestern aus Marseille (vom 14.) Nachrichten aus Sicilien bis zum 8. Das Packetboot Courier de Corse bringt die Nachricht, daß die Bevölkerung von Messina, nachdem sie sah, daß aller Widerstand vergebens war, sich auf das flache Land zurückgezogen hatte und daß nach dem Einrücken der Neapolitaner in Messina, die zu diesem Zwecke verbereiteten Mienen von einigen entschlossenen Männern angezündet wurden, so daß die ganze Stadt und die Citadelle in die Luft gesprengt wurden. Ueber 20,000 Neapolitaner sollen auf diese Art den Tod gefunden haben und von dem blühenden Messina nichts mehr als ein Schutthaufen übrig seyn. Diese Nachricht wird auch von Livorno aus bestätigt. (?)

Das ministerielle Organ: le Journal, meldet als Berichtigung entgegengesetzter Gerüchte, daß Marschall Radetzky auf die Anfrage wegen Verlängerung des Waffenstillstandes geantwortet habe, er werde sich streng nach den von Wien kommenden Befehlen benehmen und, wenn er nicht angegriffen werde, die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen.

Die Nachrichten aus Madrid sind vom 13. Der carlistische Aufstand in Catalonien ist im Junehmen und frische Truppen mit den Generalen Cordova, Oribe, Mata und Lersundi sind dahin geschickt worden. Zu gleicher Zeit ist aber der Brigadier Rego von Portugal aus in Spanien eingedrungen und hat eine Ausbehung von 25,000 Mann angeordnet. In Madrid herrschte Besorgniß und die Curse fielen.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 18. Sept. Der Kriegsminister Lamoriciere nimmt das Wort, um zu verlangen, daß sein neuer Gesetzvorschlag wegen der Colonisation von Algier als dringlich morgen schon discutirt werde. Lamoriciere verlangt bekanntlich einen Kredit von 50 Millionen, um in Algier agricole Colonien zu gründen. Die Diskussion wird auf morgen festgesetzt. Man geht in der Tagesordnung weiter. Ein Amendement Wasseding, die Todesstrafe mit 1. Januar 1850 aufzuheben, findet keine Unterstützung. Ein anderes von Moreau schlägt vor, daß für politische Vergehen nicht nur die Todesstrafe, sondern auch die Galeerenstrafe abgeschafft werde; es wird von seinem Urheber entwickelt, von Woirhaye, im Namen der Commission bekämpft, da zu den infamirenden Strafen auch die Deportation, die Verbannung und das Zuchthaus gehöre und also Individuen, die den Umsturz der Regierung versucht hätten, nur mit einer leichten Strafe belegt werden könnten. Das Amendement wird in der Abstimmung verworfen und der Vorschlag des Herrn Jfambert, die politischen Vergehen genau zu specifiziren, wird von Herrn Bixien, im Namen der Commission, als nicht in eine Constitution gehörend, auf die Revision des Kriminalgesetzbuchs verwiesen. Der Art. 8, der die Todesstrafe für alle politischen Verbrechen und Vergehen abschafft, wird einstimmig angenommen. Folgt Art. 6, der die Sklaverei auf dem ganzen Gebiete Frankreichs für immer abschafft, er wird angenommen; folgt Art. 7: Allgemeine Religionsfreiheit, gleicher Schutz für alle Cultus, Besoldung vom Staate der Priester der gesetzlich anerkannten Cultus; — es liegen sechs Amendemente vor. Pierre Leroux nimmt das Wort, er spricht gegen den Artikel, er will, daß die Religion gänzlich vom Staate getrennt werde und ihm ganz fremd bleibe. Er weist nach, welch' ein Widerspruch darin liege, daß man allgemeine Religionsfreiheit proclamire und doch nur den Priestern einzelner Secten das Privilegium eines Staatsgehaltes gegeben habe. Er schlägt sein Amendement vor, das auch in den wenigen Worten besteht: „Jeder übt frei seine Religion aus.“ — Im Namen der Commission bekämpft Coquerel (protestant. Pastor) das Amendement Leroux und Lherbette spricht ebenfalls gegen dasselbe. Bei der Abstimmung wird es mit großer Majorität verworfen, jedoch die Frage der Bezahlung der Geistlichen durch den Staat für die andern Amendements reservirt. Boursac bringt ein Amendement gegen alle religiösen Congregationen und Associationen (gegen die Jesuiten gerichtet) vor, denen zu Folge diese der Autorisation durch ein besonderes Gesetz für jeden Fall bedürfen. Charles Dupin bekämpft das Amendement und zugleich ein anderes Lavalleʼs, welches verlangt, daß der Staat sich durchaus nicht mit der Bezahlung der Geistlichen zu beschäftigen habe. Boursacs Amendement wird nicht angenommen, wobei aber ausdrücklich bemerkt wird, daß diese Frage der organischen Gesetzen vorbehalten bleibt. Bei Posschluß entspinnt sich eine lange Discussion über Lavalleys Amendement, welches den Cultus nicht vom Staate besoldet wissen will, — und es wird schließlich verworfen.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Sept. Faedrelandet erhebt ein Triumphgeschrei über die Schwäche Deutschlands, über die unbedeutende Stellung seiner Centralgewalt, über die Stärkung der separatistischen Tendenzen. „Wie auch der Ausgang der deutschen Wirren seyn mag,“ so schließt es seine Auseinandersetzung, „entweder schließen wir einen günstigen Frieden mit den sich kräftigenden Einzelstaaten ab, oder wir siegen, mit den großen Mächten verbunden, gegen das einige Deutschland.“ Gewiß ein Schluß, aus dem sich manche Belehrung schöpfen läßt! (K. Z.)

Türkei.

Die Post aus Konstantinopel vom 6. Sept. meldet die Belehnung Jbrahim Pascha's mit Aegypten, nachdem Mehemet Ali seit einiger Zeit in Wahnsin verfallen ist.

Anzeigen.

Handels-Lehr-Institut.

Am 2. Octeber d. Js. beginnt in meinem von hoher K. Regierung autorisirten Jnstitute wieder ein frischer Lehrkurs. Lehrgegenstände sind: Kalligraphie; kaufm. Arithmetik in Verbindung mit Münz- Maß- und Gewichtskunde aller Länder; Wechsels und Handelslehre; Korrespondenz; einfache und doppelte Buchhaltung, und Anleitung zu den übrigen Comptoirarbeiten; Handelsgeographie; deutsche, französische und englische Sprache.

Aufnahmsfähig sind Jünglinge im 15. Jahre, die sich über früher genossenen Unterricht und ihre Sittlichkeit ausweisen können.

Anmeldungen zur Aufnahme neuer Schüler bitte ich zeitig vor dem Beginn des Kurses zu machen. Nähere Auskunft ertheile ich gern mündlich und auf portofreie Briefe schriftlich.

Bayreuth, 21. Sept. 1848. **M. A. Mayer.**
Sprach- und Handlungslehrer.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 266. — 24. September 1848.

An das deutsche Volk!

Deutsche! Die verbrecherischen Vorfälle in Frankfurt, der beabsichtigte Angriff auf die Nationalversammlung, Anfuhr in den Straßen, der durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, empörender Meuchelmord und lebensgefährliche Bedrohung und Mißhandlung an einzelnen Abgeordneten verübt, sie haben die Pläne und Mittel einer Partei deutlich gezeigt, die unserm Vaterlande die Schreckniße der Anarchie und eines Bürgerkrieges bringen will. Deutsche! Eure Freiheit ist mir heilig. Sie soll durch das Verfassungswerk, zu welchem eure Vertreter hier versammelt sind, dauernd und fest begründet werden. Aber sie würde Euch entrissen werden, wenn die Gesetzlosigkeit mit ihrem Gefolge über Deutschland sich verbreitet. Deutsche! Durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 ist mir die vollziehende Gewalt gegeben in Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen. Ich habe unser Vaterland zu schützen, möge es durch Feinde von Außen, möge es durch verbrecherische Thaten im Innern gefährdet werden. Ich kenne meine Pflicht, ich werde sie erfüllen; ich werde sie erfüllen fest und vollständig. Und Ihr, deutsche Männer! die Ihr Euer Vaterland und Eure Freiheit liebt, Ihr werdet mir, deßen bin ich gewiß, thätig zur Seite stehen.

Frankfurt, den 20 September 1848. Der Reichsverweser:
Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Duckwitz. Mohl.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Sept. Ausführlicher Bericht über die 82. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nachdem der Reichsjustizminister den Gesetzvorschlag, den Schutz der Nationalversammlung und ihrer Mitglieder betreffend, eingereicht hatte, deßen wesentliche Bestimmungen bereits mitgetheilt sind, verlangte v. Stavenhagen das Wort, um die Anfrage an den Minister zu richten, ob nicht auch gegen Verläumdungen der Nationalversammlung und Anmaßung ihrer Würde eine Vorlage erfolgen solle. Er verlas einen Artikel aus der, wie er hinzusetzte, unter Verantwortlichkeit der Reichstagsmitglieder Blum und Günther erscheinenden Reichstagszeitung, in welchem u. A. den Mitgliedern der Majorität vom 16. Sept. Verrath vorgeworfen wird. Schaffrath findet diese Interpellation nicht in der Geschäftsordnung gegründet, auch die Nationalversammlung nicht zur Aburtheilung über Zeitungsartikel berufen, dazu seyen die Gesetze und die ordentlichen Gerichte da. Es bedürfe keiner Annahmegesetze zum Schutz der Nationalversammlung, und die linke Seite erklärte hiermit, daß sie keinen Schutz dieser Art verlange. Wesendonck glaubt, daß vor Allem die durch eine frühere Gesetzvorlage des Ministeriums angeregte Frage, ob dasselbe zu solchen Vorlagen competent sey, erledigt werden müsse. Wichmann meint, die Competenz des Ministeriums sey so klar wie die Sonne. Das Ministerium sey kein Vollziehungsausschuß, sondern das verantwortliche Organ einer Centralgewalt. Schelle erklärt, er werde den Antrag nöthigenfalls zu dem seinigen machen. Justizminister Mohl: der Minister nehme die Initiative nicht in dem Umfange in Anspruch, daß der von ihm ausgehende Vorschlag an einen Ausschuß verwiesen und von der Nationalversammlung berathen werden müße; aber das Recht, einen Vorschlag einzubringen, werde ihm doch wohl gestattet seyn. In Beziehung auf Stavenhagen's Anfrage erwiedert er, daß er eine Vorlage in Betreff der Preßvergehen nicht für nothwendig erachte. Riesser: die Dringlichkeit von Schutzmaßregeln für die Nationalversammlung habe sich in diesen Tagen auf so schauderhafte Weise gezeigt, daß Niemand wagen werde, sie zu bezweifeln. Hierauf wurde ein Antrag v. Gravell, den Erlaß eines Aufruhrgesetzes betreffend, verlesen, aber nicht für dringlich erkannt, ebenso der Antrag von Vogt u. A., daß die Nationalversammlung sich gegen die entehrenden, die Menschlichkeit verhöhnenden körperlichen Strafen bei den Reichsverruften entschieden aussprechen. Briegleb beantragt, die Nationalversammlung wolle aus Anlaß der jüngsten Ereignisse eine Ansprache an das Volk richten, worin sie sich über das Ziel derselben und über das, was sie selbst wolle und bezwecke, aussprechen möge. Gegen diesen Antrag sprach Zimmermann von Stuttgart. Es bedürfe hierzu einer ruhigeren Zeit. Eine Darstellung dieser Art würde nicht beruhigend, vielmehr aufregend wirken. Er bedauere, daß heute neue Feuerbrände in diese Versammlung geschleudert werden, wie der Stavenhagen'sche Antrag einer sey. Ob nicht bei der Berathung des vorliegenden Antrags die Leidenschaften sich heftig entzünden würden? Es habe auf ihn einen traurigen Eindruck gemacht, daß noch vor wenig Tagen ein Mitglied, das einen heftigen Todeswerthen Tod gefunden, zur Versöhnung gerathen und die Palme des Friedens gesucht habe. Schließlich wie — sagt der Redner — Versöhnung und Frieden! Wo ist? Er habe keinen Augenblick gezweifelt, daß der Beschluß über den Waffenstillstand wie er auch ausfallen möge, eine große Aufregung hervorrufen werde. Aber Niemand habe ahnen können, daß ein solcher Beschluß, der zunächst nur die auswärtige Politik betreffe, solche Verbrechen erzeugen könnte. Dieß sey lediglich einer Unkenntniß der Sache zuzuschreiben. Aber nicht dieser Beschluß allein sey die Veranlassung gewesen. „Es ist, fährt er fort, eine lang andauernde Unzufriedenheit darüber, daß wir nicht die Wege Derer gehen, die jetzt gegen uns aufgetreten sind. Wir müssen sagen, was die Nationalversammlung will, was sie gethan hat und mit Gottes Hülfe noch thun will. Venedey: Diesen Morgen erst sey es klar geworden, welche Gefahr in dem Siege liege; denn der Parteistreit sey heute heftiger als je entbrannt. Er citirt eine Aeußerung Machiavelli's: Jeder Sieg ist eine Gefahr für die siegende Partei, weil sie den Sieg mißbrauchen und dadurch den Aufständischen neue Waffen in die Hand geben könne. Er versichert, die linke Seite habe die Anträge der Empörer mit solcher Entrüstung zurückgewiesen, daß sie zuerst von ihnen profribirt worden sey. Auf ihre Mitglieder seyen auch die ersten Schüsse gefallen.

Frankfurt, 20. Sept. Auf den bisher gepflogenen amtlichen Erhebungen läßt sich vorläufig Nachfolgendes über die thatgehabte Ermordung des Gener. v. Auerswald und des Fürsten Lichnowsky mittheilen: Nachdem Beide auf einem Spaziergang in der Gärtnerei vor den Verfolgungen einer großen Anzahl Bewaffneter, von deren Seite mehrere Schüsse erfolgt und auf sie abgefeuert worden waren, in dem an die Bornheimer Heide gränzenden Garten des Kunstgärtners Schmitt sich zu retten gesucht und in der dortigen Gartenbehausung (General Auerswald in einer Bodenkammer, Fürst Lichnowsky in dem Keller) sich versteckt gehabt, drangen jene Bewaffneten in den Garten ein, wo ein Theil zuvörderst die beiden Pferde der Versteckten fortführten, die Uebrigen aber die Schmitt'sche Behausung auf das genaueste durchsuchten. Nach etwa einer viertel Stunde gelang es ihnen, zuerst den General Auerswald und eine kleine viertel Stunde nachher auch den Fürsten Lichnowsky in ihrem Versteck aufzufinden. General Auerswald wurde unter fortwährenden Mißhandlungen durch Schlagen mit Knitteln und Stößen mit Gewehrkolben aus der Schmitt'schen Behausung nach der hintern Ausgangsthüre des Schmitt'schen Gartens geschleppt, dort durch einen Kolbenstoß auf die Brust zu Fall gebracht, dann hinzugenommen Staben geworfen und nun durch einen Flintenschuß getödtet. Fürst Lichnowsky wurde gleich nach seinem Auffinden auf dem nämlichen Wege aus dem Schmitt'schen Garten gebracht, jedoch noch eine Strecke von etwa 350 Schritten in der Richtung nach Bornheim in der Pappelalle fortgeführt und alsdann durch mehrere Flintenschüsse zu Boden gestreckt. An einen Kampf oder auch nur irgend eine Vertheidigung von Seiten des Fürsten Lichnowsky und des Generals v. Auerswald war unter den angegebenen Umständen nicht zu denken, und zwar, was insbesondere den General v. Auerswald betrifft, umsoweniger, als diesem schon vor seiner Ankunft in dem Schmitt'schen Garten durch einen Steinwurf der eine Arm gelähmt worden war.

Unterm 19. d. werden von hiesigem Polizei-Gericht wegen Theilnahme an der am 18. d. dahier stattgehabten Emeute steckbrieflich verfolgt: Germain Metternich aus Mainz, (ist also nicht todt, wie wir fälschlich gemeldet haben), Christian Esselen aus Hamm und Arnold Reinach von hier. (F. J.)

Digitized by Google

Frankfurt, 21. September. Heute Vormittag um 9 Uhr bewegte sich vom Roßmarkte aus ein langer Zug nach dem Friedhofe. Die im Kampfe gefallenen Militärs, sowie die gemordeten Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald wurden zur letzten Ruhestätte begleitet. Den Zug eröffnete ein österreichischer Grenzral mit einem Adjutanten und zwei Dragonern. Darauf folgte eine Abtheilung württembergischer Uhlanen, dann bayerische Jäger, zwei preußische Geschütze, hierauf die und preußische Infanterie, preußische Musik. Unter Vorantritt der prot. und kath. Geistlichkeit unserer Stadt folgten nun die Trauerwagen mit den Särgen. Der erste Wagen trug die Leiche des Abgeordneten v. Auerswald und die eines preußischen Militärs. Die Särge des zweiten Wagens umschlossen den Körper des Fürsten Lichnowsky und den eines österreich. Soldaten. Die beiden letzten Wagen trugen die Leichen je eines Offiziers und eines Soldaten. Dem Leichenwagen unmittelbar schlossen sich an das Offizierscorps aller gegenwärtig hier liegenden Truppen, sowie auch unserer Bürgerwehr, der größte Theil der Nationalversammlung, die Behörden hiesiger Stadt, die Equipage des Reichsverwesers und Bürger aller Stände. Ein österreichisches Musikcorps, preußische und darmstädtische Infanterie, zwei österreichische Geschütze, österreichische Infanterie und württembergische Uhlanen schlossen den imposanten Zug. (F. J.)

München, 20. September. Die badische Regierung hat abermals bayrische Truppen für den Seekreis requirirt, und zwar vorläufig eine Brigade. Dem zu Folge wird dem Vernehmen nach die Garnison Lindau verstärkt und marschbereit gehalten werden, nach den bedrohten Punkten zu maschiren.

München, 20. September. Durch allerhöchste Entschließung vom 5. d. ist zur Verbesserung der dienstlichen Stellung der Kanzlei- und Militärzahlenhofs-Aktuare bestimmt worden, daß 1) die bisherigen Kanzleiaktuare I. Klasse unter Belassung ihrer dermaligen Bezüge zu Kanzleisekretären I. Klasse im Range der Unterärzte und Unterquartiermeister I. Klasse; 2) die bisherigen Kanzleiaktuare II. Klasse zu Kanzleisekretären II. Klasse in gleichem Range mit den Unterärzten und Unterquartiermeistern II. Klasse, und 3) die Militär-Zahlenhofsaktuare unter Belassung ihre dermaligen Bezüge zu Unterquartiermeistern II. Klasse ernannt werden. Durch weitere allerh. Entschließung vom 14. wurden befördert: zu Kanzleisekretären I. Klasse: die bisherigen Kanzleiaktuare I. Klasse Rösner, Kueff, Mayer, Töpfer, Dietrich, Winkler, v. Harz, Schuster, Lohmüller; zu Kanzleisekretären II. Klasse: die bisherigen Kanzleiaktuare II. Klasse Rächl, Küster, Stübinger, Neubauer, Loy, Puchta, Saetzel, Frhr. v. Perchenfeld, Döderlein, Sauer; zu Unterquartiermeistern II. Klasse: die Militär-Zahlenhofsaktuare I. Klasse Nagner und die Zahlenhofsaktuare II. Klasse Dorn, Enzensdorf und Ebert.

München, 21. September. (Militärdienstesnachrichten.) Der Generallieutenant und Premier-Lieutenant der Leibgarde der Hartschiere Fr. Gr. Graf v. Taufkirchen ist pensionirt worden, ebenso die Hauptleute M. Bauer im 6. und V. Meißner im 2. Inf.-Reg., dann der Unterarzt Dr M. Altmann im 12. Inf.-Reg. auf ein Jahr und der Bataillonsarzt Dr A. Baader im 5. Chevaul.-Reg. auf 2 Jahre. Charakterisirt wurden: der charakteristirte Generalmajor Herr v. Stromer als Generallieutenant, der Obristlieutenant à la suite, Max Freiherr von Freyberg als Obrist à la suite, der pensionirte Rittmeister St. Wimmer als Major, der pensionirte Regimentsarzt Dr. Birne als Staabsarzt der Major im Armee-Montirdepot J. Steidel als Obristlieutenant, der pensionirte Obristlieutenant B. v. Herz als Obrist, der pens. Hauptmann Th. Remich als Major, der Oberlieutenant à la suite F. Frh. v. Andrian als Hauptmann à la suite, der Unterlieutenant à la suite L. Mann Tiechler als Oberlieutenant à la suite, der pens. Oberlieutenant von der Mark als Rittmeister, der Hauptmann à la suite M. Graf Butler als Major à la suite und der pens. Hauptmann J. Gnau als Major. — Befördert wurden: Der Major L. Frhr. von der Tann, Flügeladjutant des Königs, zum Obristlieutenant, der Junker Th. Frhr. v. Crailsheim im 2. Chevaul.-Reg. zum Unterlieutenant, der Divisionssekretär im Kriegsministerium St. Wimbach zum Kriegsministeriallsekretär II. Klasse.

München, 21. September. (Dienstesnachrichten.) Die erledigte Stelle eines Landgerichtsarztes zu Rothenburg wurde dem praktischen Arzte Dr. W. Sedelbauer zu Kirchdorf, die erledigte Landrichterstelle zu Roding dem l. Landgerichtsassessor Dr. D. Lang zu Landshut, die erledigte Landrichterstelle zu Donauwörth dem l. Landgerichtsassessor J. H. Kerker zu Ottobeuern verliehen. (K. v. u. s. D.)

Berlin, 20. September. Hr. v. Beckerrath hat, wie uns versichert wird, als Bedingung seines Eintritts in ein Ministerium die gänzliche Reorganisation des Heeres gestellt, worauf man in diesem kritischen Augenblick in Potsdam nicht hat eingehen wollen.

Berlin, 20. Sept. Die Dinge nehmen hier die Wendung, welche unsere letzten Berichte zur Genüge angedeutet. Es liegen jetzt Thatsachen vor, aus denen man mit Recht auf durchgreifende reaktionäre Maßregeln zu schließen veranlaßt wäre; aber man scheint jetzt für die Aufrechthaltung des constitutionellen Königthums der beanspruchten Souveränetät der Nationalversammlung und ihren administrativen Griffen gegenüber eine concrete und positive Grenzlinie ziehen und diese, wenn es seyn muß, mit Energie vertheidigen zu wollen. Dieser Haltung zufolge konnte ein Ministerium Beckerath nicht zu Stande kommen; Männer wie Pfuel, Eichmann, Bonin und Döhdeff, d. h. Männer der exacten und praktischen Verwaltung, sollen an die Spitze der Geschäfte treten, und man weissagt von einer morgen zu veröffentlichenden Ansprache des Königs an die Kammer und die Nation, in der Form einer Cabinetsordre. General v. Wrangel, der sein Hauptquartier, es handelt sich also um quasi-martialische Handlung in der Mark, in Charlottenburg aufgeschlagen, hielt gestern dort Revue über die mit Blumenbouquets geschmückte Bürgerwehr, und ein Fackelzug wurde ihm veranstaltet. (D. A. Z.)

Von der schleisch-posenschen Grenze, 18. September. Soeben langt die Nachricht an, daß das fünfte Armeekorps (welches in Niederschlesien und Posen garnisonirt) von neuem mobil gemacht werden soll. Bis zum 27. September soll diese Mobilmachung beendet seyn. Als Bestimmungsort des fünften Armeekorps bezeichnet man die polnisch-russische Grenze.

Wien, 17. Sept. Die ungarische Deputation, welche die Absicht hegt, den österreichischen Reichstag um Hülfe zu bitten, ist heute früh um acht Uhr von Pesth hier angekommen. (Oest. B.)

Wien, 17. September 4 Uhr. Soeben erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Adam Teleky flüchtigen Fußes aus Ungarn in Graz angekommen sey. Wir geben die Nachricht wie wir sie erhalten, jedoch fragen wir? warum flüchtete sich Teleky, da er sich mit seinen Leuten zurückgezogen hatte? Sollte sich etwa seine eigene Mannschaft gegen ihn empört haben? Und warum ging er dann nicht in das viel nähere Lager des Banus? Es liegt außerordentlich viel räthselhaftes in all den ungarischen Verhältnissen. (A. Z.)

Stuttgart, 20. September. Heute wurde derselbe erdenkliche württembergische Landtag durch den Vorstand des Ministeriums des Innern, Staatsrath Duvernoy, eröffnet. Zuerst wurden nach Verlesung des gewöhnlichen Ständereihs, welcher jedoch durch eine vertheilte gedruckte Erklärung des Ministeriums dahin erläutert worden war, daß derselbe natürlich der Unterordnung Württembergs unter die Reichsverfassung nicht im Wege stehen könne, die ersimals einretenden Abgeordneten beeidigt, wir bemerken unter ihnen Dr. Strauß. Der Thronrede entnehmen wir folgenden Sag: „Die bevorstehenden Beschlüsse der Nationalversammlung deren Bezugnis zur neuen Begründung der Verfassung Deutschlands für die Regierung festsetzt, werden wesentliche Abänderungen auch unserer Landesverfassung zur Folge haben. Die Regierung wird nicht anstehen, dieselben mit einer nach einem neuen Wahlgesetze einzuberufenden Ständeversammlung in Ausführung zu bringen, sobald die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung verkündigt sein werden. (K. Z.)

Schleiz, 19. Sept. Durch Verordnung vom 9. Sept. ist der constituirende Landtag für die Fürstenthümer Reuß j. L. auf den 2. Oktober nach Gera berufen worden. Die Verordnung ist vom Fürsten Heinrich LXII. zugleich im Auftrage des Fürsten Heinrich LXXII. von Ebersdorf unterzeichnet, welcher seiner Regierungsrechte an Erstern als seinen verfassungsmäßigen Nachfolger abzutreten gedenkt, wodurch die Fürstenthümer Schleiz, Lobenstein, Ebersdorf, Gera und Saalburg unter Eine Administration kommen werden. — In Greiz wird nächstens ebenfalls ein constituirender Landtag eröffnet werden. (D. A. Z.)

Hamburg, 19. Sept. Trotzdem, daß Fährstandel und Berlingke Tidende, die beiden dänischen Regierungsorgane, entschieden ablängnen, daß irgend eine Modifikation des Waffenstillstandes zu erwarten sey, ist der Kammerherr Reedz dänischerseits nicht allein plötzlich mit Nachgiebigkeit entgegengekommen, sondern hat sogar den Wunsch ausgesprochen, daß statt der stipulirten 2000 Mann, lieber 10,000 Mann Bundestruppen in den Herzogthümern stehen bleiben möchten. Hr. v. Below zeigte sich nicht ungeneigt; allein am Morgen nach dieser Unterredung fragt der dänische Kammerherr den preußischen Diplomaten, welche Bundestruppen wohl in dem besprochenen Falle in Schleswig-Holstein stehen bleiben würden. Hr. v. Below soll undefangen erwidert haben: er denke Württemberger und Badenser. In diesem Falle, entgegnete Hr.

Digitized by Google

v. Reetz haltig, lassen wir es doch lieber bei den 2000 Mann bewenden. Hr. v. Reetz wollte nämlich aus Besorgniß vor einer republikanischen Schilderhebung in Schleswig-Holstein Bundestruppen im Lande behalten, schrint aber in diesem Falle die Badenser und Württemberger nicht für die geeignetsten Truppen zur Unterdrückung der Republik gehalten zu haben. — Schifffahrt und Geschäfte fangen an sich wieder zu beleben, obgleich die tiefe Erschütterung der Creditverhältnisse sich noch immer fühlbar macht und insbesondere die kleinen Kaufleute drückt. — Die Cholera tritt hier mit großer Heftigkeit auf. Daß die Behörden keine amtliche Bekanntmachungen gestatten, trägt nur bei, im Volk die überlebendsten Gerüchte zu befestigen. (D. A. Z.)

Triest, 15. Sept. Unsere Flotte ist bei Rovigo gesehen worden. Von einer Blockade Venedigs verlautet gar nichts und es scheint, daß selbst die Schiffe, die dort ein wenig kreuzten, zurückgezogen worden seyen. (Oest. Z.)

Triest, 15. September. Gestern langten von Venedig kommend die französische Dampfcorvette Solon, die englische Fregatte Spartan und die Dampfcorvette Locust hier an und soeben wird das französische Linienschiff Jupiter von 80 Kanonen signalisirt. Ausserdem befindet sich noch im Hafen die englische Dampfregatte Terrible. — Diese Nacht sah man in der Gegend von Caorle einen starken Brand, und heute bei Tagesanbruch hörte man längere Zeit von derselben Seite Kanonendonner und darauf eine starke Explosion, worauf man wieder anderthalb Stunden währenden Brand sah. Ein Kriegsdampfer wurde ausgeschickt um Erkundigungen einzuziehen.

Triest, 15. September. In Fiume hat gestern die erste kroatische Congregation stattgefunden. Der Bicegespan eröffnete dieselbe mit einer Rede in deutscher und kroatischer Sprache, welche von der Versammlung mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen wurde. Die Fiumaner bedienten auch eine Deputation mit einer Ergebenheitsadresse an Jellachich.

Schweiz

Chiasso, Kanton Tessin, 16. Sept. Hier hat sich soeben die Nachricht verbreitet, daß Radetzky mit einer neuen Note der hiesigen Regierung angezeigt habe, daß mit dem 18. d. alle und jede Verbindung mit dem Kanton Tessin unterbrochen und daß er alle in der Lombardei ansäßigen Tessiner nach Hause senden werde. — Zur Bestätigung dieser Mittheilung dient eine Anzeige des österreichischen Oberpostamts, daß auf Befehl Radetzky's vom 18. d. M. an, jede Briefe und Fahrpostverbindung zwischen der Lombardei und dem Kanton Tessin aufzuhören habe.

Ungarn.

Pest, 16. September. Wir erhalten soeben aus Neusatz die neueste Nachricht, daß Pirrosch von einer Schaar Rebellen um die Mitternachtsstunde überfallen, und 3 bis 5 Ungarn ermordet wurden. Die gut gesinnten Einwohner erhoben sich plötzlich aus ihrem Schlafe und trieben die Reigen hinaus; es sollen über hundert der Rebellen am Platze geblieben sein.

Futtoh soll ein Raub der Flammen geworden sein. Die Unropolyaer wollen keine Rekruten für das Insurrectionsheer stellen. Von Agram aus will man sie dazu zwingen — es soll zu diesem Behufe großes Geschütz dahin beordert worden sein.

Pesth, 17. Sept. Morgen Nachmittag geht abermalen eine ungarische Deputation nach Wien, um den constituirenden Reichstag Oesterreichs um Hilfe gegen den Ban Jellachich zu bitten. Wir wollen uns der Ueberzeugung hingeben, daß Oesterreichs Völker einstimmig, die arme gedrückte Nation vom Slavenjoche befreien werde. — Die ungarischen Truppen haben sich gegen Westprim zurückgezogen, um den Feind da begrüßen zu können. (Oest. Z.)

Frankreich.

* Paris, 19. September. Die Wahlen sind gestern Abend ohne die mindeste Störung der Ruhe beendigt worden. In den Clubbs, namentlich in dem demokratischen Club des Boulevard Bonne Nouvelle ging es sehr stürmisch zu, ohne daß jedoch die öffentliche Meinung auf diesen Umstand einiges Gewicht legte und selbst ein allarmistischer Artikel des Debats, der gestern schon eine neue Straßenschlacht prophezeite, ging ohne Wirkung vorüber. Dichte Gruppen discutirten auch gestern Abend wieder, mit Leidhaftigkeit, aber ohne gewaltthätige Heftigkeit, die Wahlen und ihr wahrscheinliches Resultat, starke Patrouillen circulirten auf den Hauptpunkten, sonst aber hat Paris seine gewöhnlichen Physiognomie. Heute hat das Stimmsondern der Wahlen in den Sectionen begonnen, morgen wird es in den Arrondissements zusammengestellt und am 21. wird das Resultat bekannt werden, über das sich heute noch nichts voraussagen läßt.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward der Art. 7. der Constitution angenommen und die Discussion über Art. 8 (Associations- Versammlungsrecht) begonnen. Graf Montalembert hielt eine zweistündige Rede zu Gunsten der Unterrichtsfreiheit.

Das Kriegsgericht der ersten Militär-Division hat gestern den Grafen von Feuchercourt (ehemaliger Garde du Corps Carls X.) der eine Barricade commandirte und die weiße Fahne aufgepflanzt hatte und Henri V. proklamirte, zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Sämmtliche Schweizer unter den Juni-Gefangenen sind auf Reclamation des schweizerischen Geschäftsträgers in Freiheit gesetzt und an die Gränze geführt worden. — Und die Deutschen?

Die französische Dampf-Corvette Pluto, die Neapel am 11. verlassen hat, ist am 14. in Toulon angekommen; die gestrige Nachricht über die Zerstörung Messinas scheint sich nicht zu bestätigen, wohl aber hat die Stadt durch das Bombardement und die Feuersbrunst sehr gelitten. Die sicilianische Regierung hatte den Aufstand in Masse angeordnet und die größten Vertheidigungsanstalten worden gemacht, die neapolitanische Armee war ganz gelandet und concentrirte sich um Messina. Die französische Escadre lag vor Palermo.

Eine telegraphische Depesche des Kriegsministers an den Commandanten der Militär-Division von Lyon hat diesem befohlen, die Ambulanz und das Feldspital der 2. Division der Alpenarmee an die Gränze vorrücken zu lassen. Wahrscheinlich ist dies nur eine Vorsichtsmaßregel, um bei dem (morgen eintretenden) Ablaufe des Waffenstillstandes zwischen Carl Albert und Radetzky auf alle Eventualitäten gefaßt zu seyn.

Die Presse gibt heute die Nachricht vom Rückmarsche der Bundestruppen aus den Herzogthümern und von Wrangels Niederlegung des Commandos und fügt die Bemerkung hinzu: „Der Waffenstillstand ist somit gegen den Willen der Centralgewalt und der Reichsversammlung abgeschlossen. Wir glauben, daß die Centralgewalt jetzt keines Ministeriums mehr bedarf."

Man gab heute im Conseilszsaale der Nationalversammlung als das wahrscheinliche Resultat der Wahlen von Paris folgende drei Namen an: Louis Napoleon, Raspail, Cabet.

Die Nachrichten aus Madrid vom 14. sind ohne Interessen. Sollte Cordova nicht damit zu Stande kommen, den karlistischen Aufstand in Catalonien zu unterdrücken, so wird sich Narvaez selbst an die Spitze der Truppen stellen. Cabreras Streitkräfte wachsen täglich.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 19. September. Um 2¼ Uhr wird zum Scrutin über die Wahl des Präsidenten geschritten, und gibt folgendes Resultat:

Anzahl der Votirenden	678
Absolute Majorität	340
Es erhielten Stimmen: Herr Armand Marrast .	527
„ Dufaure	54
„ Th. Bac	50
„ Lacrosse	17

Herr Armand Marrast wird somit als Präsident proklamirt.

An der Tagesordnung ist das Decret, welches einen Credit von einer Million als Unterstützung für die Arbeitslosen in Paris bewilligt, es wird ohne Discussion einstimmig angenommen. Folgt das Decret über einen Kredit von 50 Millionen um ackerbauende Kolonien in Algier anzulegen und so der arbeitslosen Bevölkerung des Mutterlandes einen Abfluß zu geben. Herr Boulat spricht für das Decret; er wird wenig gehört und unterbricht endlich die eintönige Vorlesung seiner geschriebenen Rede. Ihm folgt Herr Didier, Repräsentant von Algier, der über die Art und Weise der Colonisation spricht und behauptet, daß eine Colonisation nur dann erfolgreich seyn werde, wenn man Algier in allen dem Mutterlande gleich stelle, d. h. es zum französischen Departements mache. Der Kriegsminister Lamoricière bekämpft die Einwendungen Didiers und namentlich die, warum man nicht lieber die unbebauten Theile Frankreichs colonisirte, als die Algiers. Lamoricière entgegnet mit Recht, daß die unbebauten Terrains in Frankreich höchst unfruchtbar seyen, Algier im Gegentheile einen fruchtbaren Boden darbiete, zu dessen Baue nichts fehle als Arme mit einem kleinen Kapital unterstützt; diese Algier zu geben, sey der Zweck des Decretes. Die Versammlung schließt die allgemeine Diskussion und geht zu den Artikeln über. Mehrere Amendements die den Kredit beschränken wollen, liegen vor und werden vom Kriegsminister bekämpft, der nachweist, daß in großartigen Colonisations-Unternehmungen jede Knauserei ein Unsinn sey und Alles in Frage stelle. Nach einer langen und verwirrten Diskussion werden die Amendements verworfen und der Kredit von 50 Millionen wird mit großer Ma-

Digitized by Google

joritätt angenommen. Bei Postschluß werden auch die andern Artikel votirt und dann zu dem Decrete, das 6 Millionen zum Baue von neuen Vizinalstraßen bewilligt, übergegangen.

Großbritannien.

Aus Dublin wird unterm 17. Morgens geschrieben: Die amtlichen Berichte aus den südlichen Bezirken melden, daß die großen Schaaren von Landvolk, welche sich in der ersten Hälfte der Woche längs des Suir und auf den umliegenden Höhen gesammelt hatten, jetzt in kleinen Banden von 30—50 Mann das Land zu durchziehen und überall nach besten Kräften plündern, Schafe stehlen, Heerden wegtreiben und überhaupt Diebsunfug alle Art verüben. Aus Clonmel erfährt man, daß ein starker Insurgentencorps oder Räuberhaufe in den Comaragbergen vor einer Abtheilung Militär, die von Carrick abgezogen war, eiligst auf die Tipperary-Seite des Flusses Suir mit Hinterlassung eines Theils seiner Waffen entwichen war. O'Mahony, der die Schaar führte wäre beinahe gefangen worden; sein Pferd wurde erbeutet. Unterwegs plünderten die Flüchtlinge mehrere große Pachthöfe. (K. Z.)

Der „Expreß" meldet, daß in Folge der ersten über den neuen Aufstandsversuch in Irland an die Regierung gelangten Berichte sofort nach Woolwich und Chatham der Befehl ergangen sei, Truppen zur Einschiffung nach Irland bereit zu halten; ähnliche Weisungen hat man in Bezug auf alle verfügbaren Marinestationen nach nach Portsmouth und Plymouth abgeschickt. Bei der jetzigen veränderten Sachlage in Irland wird die wirkliche Absendung dieser Truppen wohl unterbleiben.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. September. Mit Bezugnahme auf das in altonaer und hamburger Blättern enthaltene Gerücht, daß General Wrangel geäußert, es sei Aussicht zu Mogiftationen des Waffenstillstandes, erklärt die Berlingsche Zeitung, sie sei in den Stand gesetzt, aufs bestimmteste zu versichern, daß von Seiten der dänischen Regierung durchaus nicht die Rede seyn könne, sich auf die angedeuteten Modifications einzulassen. (In diesem Falle muß man annehmen, daß Kammerherr von Reedz ohne Autorisation gehandelt oder desavouirt worden.) Fädrelandet bestätigt diese Angabe und fordert die Regierung auf den 17. September eine äußerste Frist zur Vollstreckung des Waffenstillstandes anzusetzen, und nach deren fruchtlosem Ablaufe Schleswig zu besetzen. (D. A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. September. Ein Reisender hat der Ostseezeitung eine Erläuterung über den vielerwähnten, doch bisher so unaufgeklärten „Aufruhr" in Petersburg gegeben, die wenigstens die Glaubhaftheit für sich hat. Es heißt in dem Bericht: „Die Cholera war hier bereits im Laufe des August im Abnehmen, indeß häuften sich zu Ende des Monats die Krankheits- und Sterbefälle wieder. Dazu gesellte sich das unsinnige Gerücht daß sich die Dornehmen mit den Aerzten verschworen hätten um die Proletarier durch giftige Arzneimittel zu beseitigen, und es kam daher zu Excessen, indem Aerzte und gut gekleidete Personen auf der Straße insultirt wurden. Am 30. August wurden die Truppen gegen diese Volkshaufen beordert, welche dagegen an einer Straßenecke den Bau einer Barricade begannen. Als jetzt die Soldaten Halt machten, erschien der Kaiser mit einem Adjutanten, von Peterhof heimkehrend, auf dem Platze und befahl dem Militär sich auf eine gewisse Entfernung zurückzuziehen. Er bestieg mit seinen Adjutanten die Barricade und sprach zu der Menge: „Die Cholera sey ein Strafmittel Gottes, dessen Züchtigung man sich zu unterwerfen habe, und das Gerücht von einer Vergiftung müsse man für eine Erfindung boshafter Menschen halten." Die Worte des Kaisers wirkten besänftigend auf die Menge, welche knieend, zum Theil lautlos, der Rede folgte. Als darauf einige Männer Widerspruch erhoben, ließ sie der Kaiser vom Volke verhaften, und dieses letztere kehrte ruhig nach Hause zurück.

Amerika.

Das Dampfschiff Cambria, am 14. Sept. Abends in Liverpool angekommen, bringt bis zum 30. August von Newyork keine politischen Nachrichten von Bedeutung aus den Vereinigten Staaten. Aus Mexico wird unterm 13. August berichtet, daß sich die dortige Regierung zu befestigen scheine und daß der Aufstand des Paredes vollständig unterdrückt sey. (D. A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 21. Sept. Beifolgende Adresse wurde von Seite des hiesigen patriotischen Vereins an die Nationalversammlung gesendet: Hohe deutsche Nationalversammlung! Wo finden sich Worte für den Ausdruck des tiefen Schmerzes, der jede deutsche Brust durchschneidet bei der Kunde von dem, was in diesen Tagen in Frankfurt sich begeben!? Das nie Geschehene, das Gräßlichste ist geschehen! Der Nationalversammlung ist Gewalt angethan worden, ob eines mißfälligen Majoritätsbeschlusses, und Aufruhr, Barrikaden, Blut und — kaum entwindet sich das fürchterliche Wort den Lippen — Meuchelmord umgeben die Stätte, an welcher die Vertreter des gesammten deutschen Volkes das große Werk treiben sollen, zu dem sie berufen sind, — die Schaffung und Wahrung eines einigen auf der Grundlage der ungetrübtesten bürgerlichen politischen und religiösen Freiheit feststehenden Deutschlands. Beseelen zu diesem großen Werke durch die freie Wahl aller deutschen Stämme, beseelen in Folge dieser Wahl mit der Souverainetät des gesammten deutschen Volkes hat die Nationalversammlung auch das Recht, die Anerkennung dieser Souverainetät in allen Fällen ihrer Wirksamkeit zu erwarten und zu fordern. Als eine Verletzung der Souverainetät des Volkes aber und somit als ein Verrath an der großen Sache derselben muß jedes Ankämpfen gegen dieses Recht der Nationalversammlung betrachtet werden. Unbedingte Geltung ihren Beschlüssen verweigern wollen, heißt: dem ganzen Volke und seiner Souverainetät sich feindlich gegenüberstellen. In Anerkennung und Feststaltung dieser Grundsätze spricht der patriotische Verein, der ebenso offen seine mit dem Beschlusse vom 5. d. Mts. übereinstimmende Ansicht in seiner Adresse vom 11. kundgeben, hiemit laut und vor aller Welt seine gerechte Entrüstung über das jüngste Attentat gegen die Nationalversammlung aus. Vor der großen Aufgabe, deren Lösung das deutsche Volk sehnlichst von der Nationalversammlung erwartet, tritt jede Meinungsverschiedenheit zurück. — Das Ansehen der Nationalversammlung vor Allem; nach ihm der gesetzliche Kampf der Meinungen! — Darum, deutsche Männer, bauen Sie, von solchem unseligen Treiben einer gesetzlosen Rotte unbeirrt, rüstig an dem großen Werke der Einigung und volksthümlichen Entwicklung Deutschlands. — Der gesunde Sinn des deutschen Volkes, der erkennt, daß nur durch das Gesetz und die Freiheit werden kann, wird Sie halten, und jeder Deutsche, dem es um das Wohl des Vaterlandes zu thun ist, wird mit Gut und Blut für die ungeschwächte Machtvollkommenheit der verfassunggeb. Reichsversammlung einstehen.

Bayreuth, 23. September. Wir haben seiner Zeit Mittheilung gemacht über eine durch Soldaten geschehene Verhaftung eines hiesigen Aufsehers und damals gegen die Ungesetzlichkeit dieser Maßregel protestirt; wir ersahen nun, daß dieser Tage der Akten über diesen Vorfall geschlossen wurden und daß vom Magistrate der Beschluß gefaßt wurde, daß im gegebenen Falle eine Ursache zur Arretirung nicht gegeben war, da die Aussage des Denuncianten nicht als vollkommener Beweis gelten kann und andere Beweise nicht gegeben sind. Der Beschluß wurde dem Vernehmen nach der Commandantschaft mit der Bemerkung übersendet, daß man sich, da die Verantwortlichkeit für die öffentliche Ordnung bei der Polizeibehörde ruht, und die Commandantschaften angewiesen sind, die Polizeibehörden nur auf ihr Ansuchen zu unterstützen, für die Folge gegen dergleichen Eingriffe in die Rechte des Magistrats verwahre.

Anzeigen.

Ad Nr. 263 der Bayreuther Zeitung.

Ein Ungenannter hat unterm 16. d. Mts. das Verfahren der hiesigen Commission zur Regulirung der Einkommen-Steuer insbesondere das polizeiliche Verfahren getadelt, welcher Tadel, ob er gleich seine Verwerflichkeit in der Hauptsache selbst bekundet, dennoch wegen der eingegriffenen Erdichtungen ꝛc. die Abwehr erfordert; daher die gesetzlichen Schritte dazu ergriffen worden sind, was man andurch vorläufig zu ersennen geben wollte.

Wunsiedel, den 21. September 1848.

Es werden einige Schüler in Kost und Logie aufzunehmen gesucht. Von wem? sagt die Expedition dieses Blattes.

Der Einsender der Anzeige in der Bayreuther Zeitung Nro. 261, der ein Fortepiano kaufen will, beliebe sich in der Expedition zu nennen, da sein Name nicht eingetragen ist, und mehrere darauf bezügliche Anmeldungen eingelaufen sind.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 267.** **25. September 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 21. September. Erst gegen Mittag war die seltene Leichenfeier, welche heute so viele Tausende auf den Friedhof zog, beendigt. Die Särge des Abg. v. Auerswald und der in dem Kampfe gefallenen sechs preußischen Krieger (zwei Offiziere und vier Soldaten) wurden auf der neuen Abth. des Friedhofs beerdigt, und ein Denkstein soll ihnen gesetzt werden. Die Leiche des Fürsten v. Lichnowsky wird in die Familiengruft abgeführt werden. Von den Abg. der National-Versammlung sprachen: v. Ketteler, kath. Geistl. aus Westphalen, Zittel, prot. Dekan aus Baden, der Präsident H. v. Gagern und Jordan aus Berlin. Gagern gab in seiner Rede den Glauben an das Gelingen des großen Werkes der Einheit und Freiheit Deutschlands nicht auf, wenn auch manches Opfer würde gefordert werden, und glaubte deßhalb, die Fahne der Hoffnung auf den Gräbern der Gefallenen aufpflanzen zu dürfen. Jordan sprach über die Persönlichkeit Lichnowsky's, aber auch, gleich v. Ketteler, gegen die Aufreizung zum Aufruhr. Lichnowsky wurde im 35. Jahre aus einem stark bewegten und thatenreichen Leben durch ein schwarzes Geschick gerissen. Eine Mutter und 5 Geschwister betrauern ihn. — Wie man hört, werden nach und nach in unserer Gegend 30 — 35,000 (?) Mann Reichstruppen zusammengezogen. Das 5. bayerische Chevaulegersregiment wird erwartet, eine Eskadron ist bereits heute Vormittag einmarschirt. — Es wiederholt sich das Gerücht, daß von den nach Mainz gebrachten Barrikaden-Kanonen bereits einige nach stiegsgerichtlichem Urtheil erschossen worden seyen, u. A. zwei Bäckersöhne von hier, die aus ihrem elterlichen Hause auf preußische Vorposten schossen und auf frischer That ergriffen wurden. — Vom Militär sind, wie sich jetzt herausstellt, nur 6 geblieben; es liegen aber viele verwundet darnieder.

Ein Artikel der O.-P.-A.-Z. schreibt über die Maßregeln, welche nach dem Aufruhr vom 18. zur Sicherung der Nationalversammlung nothwendig seyn werden: „Der Aufruhr ist hauptsächlich durch Zuzüge von Außen bewerkstelligt worden, indem diese die Menschenmassen lieferten, denen man, zu trauen, bei solchen Gelegenheiten bedarf. Frankfurt ist eine der Städte, die am Wenigsten völlig nahrungslose Einwohner oder Proletarier zählt, und wenn unter den übrigen Einwohnern auch eine bedeutende Anzahl seyn mag, die mit den Ansichten der linken Seite harmonirt, so halten wir diese doch nicht für so gefährlich, daß deßhalb allein eine längere Fortdauer des Belagerungszustandes nothwendig wäre. Dagegen wird es durch die Umstände gedoten seyn, den Zuzügen aus den benachbarten Städten und Orten zu politischen Zwecken, durch welche Frankfurt schon so lange Zeit in Unruhe und Spannung erhalten worden ist, ein Ende zu machen. Zu dem Behufe werden wohl vor allen Dingen die höheren Sicherheitsmaßregeln in die Hände des Reichsministeriums gelegt werden müssen. Soviel halten wir es für unvermeidlich, daß das militärische Kommando der Stadt von der Centralgewalt dieselbe ausgeübt werde. Allein hiebei wird es nicht sein Bewenden haben können. Da es klar ist, daß die hiesigen Vorgänge weite Verweigungen haben, und man auf Wiederholungen gefaßt seyn muß, so wird die Centralgewalt ohne Zweifel ein Armeekorps von Reichstruppen zum Schutze und zur Verfügung der National-Versammlung und der Central-Gewalt aufstellen müssen, dessen Hauptquartier hieher zu verlegen seyn wird. Dieses Armeekorps dürfte fürs Erste in die Städte und Ortschaften, aus denen die Zuzüge hieher erfolgten, zu vertheilen seyn. Zugleich wird dasselbe dazu zu dienen haben, Aufstände, die in anderen Städten des südwestlichen Deutschlands's ausbrechen könnten, zu unterdrücken. Daß eine solche Maßregel in der Absicht der Centralgewalt liegt, geht aus der großen Anzahl von Truppen hervor, die hierher beordert worden sind, und die nicht nothwendig wären, wenn man das Uebel als ein bloß lokales betrachtete. (K. v. u. f. D.)

□ **München, 22. September.** Vergangene Nacht wurden dem Vorstand des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung, Fabrikant Hänle, und dem aus Frankfurt hieher gekommenen ultramontanen Mitglieder der Rechten, Prof. Philipps, Kapuzenmützen gebracht. Ersterem wirft man vor, von der Regierung zur Hebung seines Geschäftes 12,000 fl. als Vorschuß empfangen zu haben, wofür in dem Bereein, auf welchem Hänle einen so großen Einfluß übt, in der letzten Zeit eine reaktionäre Tendenz um sich gegriffen habe. Wir halten den Charakter des Hrn. Hänle jedoch über einen so schmählichen Verdacht erhaben, wenn er selbst von der Regierung ein Darlehen angenommen hat, ein Renegat seiner freien Ueberzeugung zu werden. — Die von dem demokratischen Vereine angekündigte Volksversammlung wird erst nach dem Erscheinen des Aufrufs der Frankfurter Linken an das deutsche Volk stattfinden. — Am 7. October wird Gluck's Standbild vor dem Odeon enthüllt werden; die Statue hält eine aufgewickelte Rolle in der Hand, auf welcher nach Befehl König Ludwig's die ersten Takte des Orpheuchors auf der „Odyssee" eingegraben sind. — Unsere Magistratsrathswahlen haben das erwartete traurige Resultat geliefert; es wurde mehr auf den „Bürger bei der Stadt" als auf den „Bürger von Intelligenz" Rücksicht genommen.

Das „Münch. Tagbl." schreibt: Man spricht von einem Entwurf, eine neue Organisation unserer Kreisregierungen betreffend, nach welchem der Wirkungskreis derselben vereinfacht, die bisher mit 8000 fl. remunerirten Präsidentenstellen aufgehoben, einer der beiden Direktoren dessen Funktionen versehen, den Titel Präsidialdirektor führen und 400 fl. Zulage erhalten würde. Bei jeder Kreisregierung sollten auf diese Weise ungefähr 12,000 fl. über im Ganzen beiläufig 100,000 fl. erspart werden.

München, 21. September. Das 5., 10., 12. und 13. Regiment in Nürnberg, Bamberg, Amberg, Würzburg und Bayreuth sollen in Folge heute abgegangener Depeschen den Befehl erhalten haben, ihre sämmtlichen Bataillone, zu 100 Feuergewehr die Kompagnie, marschfertig zu halten. Deßgleichen sollen das 4. Regiment in Regensburg und das 4. Jägerbataillon in Straubing den Befehl erhalten haben, ihre Bataillone auf 700 Mann in Marschbereitschaft zu halten, um im Fall der Noth allsogleich an die einzelnen Bestimmungsorte abgehen zu können.

München, 22. Sept. (Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat unterm 14. Sept. beschlossen, die Generalinspektion der historischen und plastischen Denkmäler des Reichs mit der Geschäftsaufgabe der obersten Baubehörde wieder zu vereinigen und hiernach den Professor der polytechnischen Schule in München Oberbaurath extra statum Metzger der Funktion der besagten Generalinspektion und des mit derselben verbundenen Referats in dem kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu entheben. Durch Dekret vom 14. Sept. wurde der Baubeamte Schönauer bei der Saline Rosenheim in den Ruhestand versetzt, der Baumaisfunktionär Chr. Schmidt zu Arzberg zum Einfahrer und Marscheider daselbst ernannt, der Stationskontroleur bei dem preußischen Hauptzollamte zu Wittenberg L. Diehl auf die erledigte bayerische Stationskontroleursstelle bei dem preußischen Hauptzollamte Ratibor versetzt; den Grenzobereontroleur F. v. Soyer zu Rottach die Stelle zu Wittenberg verliehen; der geheime Registrator im Staatsministerium der Finanzen J. R. v. Vollmar in den definitiven Ruhestand versetzt und demselben in Anerkennung seiner vorzüglichsten Dienste der Titel und Rang eines königlichen Rathes verliehen und an dessen Stelle der Kanzleisekretär Wild ernannt.

Nürnberg, 23. September. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten hat beschlossen, in seinem nunmehr öffentlichen Sitzungen auch die Abstimmungen öffentlich vorzunehmen. Es hat ferner das Ministerium von diesem Beschlusse Mittheilung gemacht, jedoch nicht verschoben wurde, in Kenntniß gesetzt. (N. K.)

Berlin, 21. Sept. Der Preußische Staatsanzeiger enthält Folgendes: Ich habe den Ministerpräsidenten v. Auerswald sowie die Staatsminister Hansemann, Frhrn. v. Schreckenstein, Milde, Märcker, Gierke und Kühlwetter, ihrem Antrage gemäß, von ihren bisherigen Aemtern entbunden und zugleich: 1) den General der Infanterie v. Pfuel zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister, 2) den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Eichman zum Minister des Innern, und 3) den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Bonin, zum Finanzminister ernannt. 4) Die Leitung des Mi-

Digitized by Google

nisteriums der auswärtigen Angelegenheiten habe ich dem wirklichen Geheimenrath Grafen v. Töpheff, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen. 5) Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird vorläufig von dem Minister des Innern, und 6) das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig von dem Finanzminister mit verwaltet werden. 7) Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Justizministeriums habe ich, bis zur Wiederbesetzung dieses Ministeriums, den Unterstaatssekretär Müller beauftragt. Bellevue, den 21. Sept. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (conteaf.) v. Pfuel.

Berlin, 21. Sept. Die Nachrichten über die blutigen Vorgänge in Frankfurt a. M. haben hier einen unermeßlichen Eindruck gemacht und eine große Bewegung in unserer Bevölkerung hervorgerufen. — Vor Eröffnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ging es auf den Plätze vor dem Schauspielhause sehr lebhaft zu. Es hatte sich dort eine nicht unbedeutende Volksmenge eingefunden, in welcher über die frankfurter Ereignisse, über den Armeebefehl, über die gestrige Parade und über die Ministerkrisis sehr lebhaft debattirt wurde. Ein Redner ergriff öffentlich das Wort und forderte die Menge auf, sich der Einsetzung eines „Soldatenministeriums“ auf das Entschiedenste zu widersetzen.

Herr v. Bockerath soll neben der Reorganisation des Heeres Aufhebung aller Titel und Orden verlangt haben, ferner sofortige Sanction des Gesetzes wegen Sicherheit der persönlichen Freiheit und sofortige Ausübung des Steuschen Antrags.

Wien, 20. September. Die ungarische Deputation ist vom hiesigen Reichstage nicht empfangen worden. Obschon sich die Linke außerordentliche Mühe gab, die Sache durchzusetzen, so scheiterte sie doch an dem energischen Widerstande der slawischen Partei. — Der österreichische Regierung steht ganz und gar auf dem Boden der von Karl VI. herrührenden pragmatischen Sanktion. Sie behauptet, die Integrität der ungarisch-deutschen Erblande sey eine Nothwendigkeit und eine Pflicht für sämmtliche Bestandtheile der Gesammtmonarchie und keiner davon könne sich einseitig lossagen. Der Monarch habe im März an Ungarn Rechte gegeben, wogegen er kraft seiner Verpflichtungen gegen die deutschen Erbstaaten niemals irgend eine Befugniß besaß. Alle Unbilden, welche sich das ungarische Ministerium gegen das österreichische zu Schulden kommen ließ, wurden in langer Reihe aufgezählt. — Jellacic rückt gegen Stuhlweissenburg. Die Aufregung in Pesth gränzt an Wahnsinn. Volksreden haranguiren die Menge; ein stürmischer Beschluß treibt in der Kammer den andern; deutsche und magyarische Plakate bedecken die Straßenecken. (N. K.)

Wien, 19. September. Eingelaufenen Privatnachrichten zu Folge steht der Bann bereits am Plattensee in Ungarn. Er ist bis dahin ohne Widerstand vorgerückt. Die Willfährigkeit der Soldaten, gegen Jellacic zu ziehen, steht sehr zu bezweifeln. Die ungarischen Nationalgarden zersteuen sich überall bei Annäherung der Kroaten. Der Banus behauptet in einigen Tagen vor Pesth zu stehen.

Wien, 19. September. Hier die Liste des neuen ungarischen Ministeriums, die heute dem Kaiser zur Bestätigung wird. Ministerpräsident: Graf Ludwig Batthyanyi; das Innere Baron Kemény; Finanzen Ghyczy; Justiz Deak; Cultus Baron Eötös; öffentliche Arbeiten Szentkraliy; Krieg Mezgaros; Handel Baron Bay, Akelaus; Auswärtiges Graf Eedöy, Alexander. Dieß Ministerium gehört der gemäßigt liberalen, durchaus nicht der reactionären Partei an. So viel wir wissen, wird es sich der Unterstützung Kossuths zu erfreuen haben. Nur mit ihm kann es sich halten, so lange nämlich in Ungarn überhaupt noch etwas hält.

Stuttgart, 21. Sept. Die Stadt ist in unruhiger Spannung: man trägt sich mit mannichfaltigen Gerüchten von bevorstehenden Ausbrüchen demokratischer Pläne. In dieser Augenblick (8½ Uhr Abends) wimmelt die Königsstraße von Menschen. Artillerie und Reuterei soll von Ludwigsburg hereingezogen worden seyn; die Bürgerwehr hat aber bloß Befehl, achtsam auf den Generalmarsch zu seyn. Eine Sturmpetition an das Ministerium des Innern um absolutige Berufung von Urversammlungen zur Entscheidung der Frage, ob Würtemberg Demokratie oder Monarchie seyn solle, soll im Werke seyn. Aber zuverlässig ist die Stimmung der Gemeinderathsast der überwiegenden Mehrzahl nach eine solche, daß die rothe Republik noch lange keine Aussicht auf Erfolg bei uns hat. (K. v. u. f. D.)

Altona, 19. Sept. Gestern erschienen hier die dänischen Marineoffiziere Krieger und Wilde in voller Uniform und begaben sich zum Oberpräsidenten, von dem sie die Auslieferung des auf der Elbe sich stationirten Wachtschiffes verlangten!

Das Kieler Correspondenz-Blatt schreibt: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß die Mitglieder unseres Fürstenhauses, welche anders als die neugeschaffene dänische Hoheit in partibus denken, sich nicht verpflichtet haben, das durch ihre Beihülfe befreite Land zu verlassen, und auch nur zum Theil und zu bestimmten Zwecken auf kurze Zeit verreist sind. Bei näherer Ueberlegung konnte auch Niemanden einfallen, daß die Unverschämtheit der Diplomatie so weit gehen werde. Daß die betreffenden eine so eigenthümliche Art von Belohnung für ihre Deutschland geleisteten, zum Theil sehr großen Dienste sich verbeten haben würden, versteht sich wohl von selbst. Der Prinz Friedrich, der sich bei seiner leidenden Gemahlin in Nienstädten befindet, hat nicht den Ruf, sich dergleichen gefallen zu lassen.

Italien.

Neapel ist wieder von der österreichischen Flottille blokirt. Am 17. September ward ein Küstenschiff aufgefangen, das 150 päpstliche Freischärler nach der Lagunenstadt hatte führen sollen.

Die offizielle Zeitung Neapels vom 9. berichtet nach telegraphischer Depesche von Messina: alle sicilischen kleinen Boote und Kanonenboote sind, mit Ausnahme zweier, auf die man Jagd macht, genommen, alle Forts, mit Inbegriff des Faro, sind besetzt. Die Zeitung vom 11. berichtet nach neuern telegraphischen Depeschen: Der Brand in Messina hat aufgehört, Milazzo ist unterworfen, der Dampfer Vesuvio ist genommen, an allen Küsten wird gekreuzt. — Der Bestelsbadee des zu Livorno am 14. angekommenen Dampfers St. Georg ist nach der Florentiner Patria von dem französischen Offiziere, der ihm seine Depeschen übergab, ermächtigt zu verkündigen, daß die Feindseligkeiten gegen die Sicilier durch die Intervention des französischen, englischen und russischen Ministers suspendirt seyen. (?)

Briefe aus Rom vom 14. Sept. melden, daß das Ministerium in Masse seine Entlassung gegeben, und Rossi nun wirklich mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt sey. Die Ernennung stieg in bedrohlicher Weise. (A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 23. Sept. Bei der heutigen Wahl wurden zu Gemeindebevollmächtigten gewählt: die Herren Reiß, Herold, Fensel, Kreisrath Ritter, Hörath, Wolfgang Bayer, Kraus, Friedrich Kästner, Kronacher, Schulte. Als Ersatzmänner die Herren: Keim, Schmidt (Schlosser), Schmidt (Färber), Reuschel, Dr. Schmidt, Weber, Reiß, Freiberger (Gärtner), Grau, Weidmann, Rauh (Christoph).

Bayreuth, 24. September. Leider können wir schon heute wieder unsern Lesern keine neuen Nachrichten aus dem Westen Deutschlands, aus Frankreich und Großbritannien bringen: denn in noch größerer Ausdehnung als in Folge des Barrikadentages in Frankfurt a. M. sind heute die Lücken in unsern Blättern und Briefen. Wollen eine neue Volksbewegung die Ursache ist, so müssen wir annehmen, daß sie nicht in Frankfurt oder wenigstens nicht dort allein stattfinde, da unsere Pariser Briefe, die die Mainstadt gar nicht berühren, ebenfalls nicht eingetroffen sind.

Anzeigen.

Hofgut-Versteigerung.

Am 14. Oktober l. Js. wird zu Stockau, Landgerichts Bayreuth, ein Halb-Hofgut auf freier Hand an den Meistbietenden verkauft. Es enthält: 1 Wohnhaus, Stallung, Stadel, Keller, Schorgärtlein, Hofraith, Felder, Wiesen, Holz und wolzende Gründe. Die darauf haftenden Reichnisse sind: 18 fl. 57 kr. Steuer, 5 fl. 6½ kr. Grtzins, ½ Mez Korn und 2 Scheffel 3½ Metzen Haber-Gilt, theils an das königliche Rentamt, theils an das königliche Stadtpfarramt und an einige Gemeindeglieder lehen- und zehentbar.

Die näheren Verkaufsbedingnisse werden vor der Versteigerung eröffnet, je wie auch täglich, bis zum Termin, das Merkanzis-Objekt eingesehen werden kann.

In diesem Schichtenraum, den in obigen Hause selbst abgehalten wird, werden zahlungsfähige Kaufsliebhaber eingeladen.

Stockau, 24. September 1848.

Johann Wolfgang Hübner, Bauersmann.

Beim Schlosser Gaab auf dem Kirchhof ist die mittlere Etage auf Lichtmeß zu vermiethen, bestehend in zwei Zimmern, nebst Küche, Keller, Boden und Waschgelegenheit.

Beste neue Voll-Häringe empfiehlt

Herrmann Mengert.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubestellungen werden alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 266. 26. September 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 23. Sept. Die Nationalversammlung hatte bekanntlich vorgestern beschlossen, über die letzten Ereignisse eine Ansprache an das deutsche Volk zu erlassen und eine Commission mit dem Entwurf derselben beauftragt. Dieser Entwurf (S. u.) wurde heute berathen. Gleich zu Anfang stellte der Abg. Freudentheil den Anteag übee den ganzen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen. Der Abgeord. Vogt unterewarf den ganzen Entwurf einer beißenden Kritik; er suchte darzuthun, daß der ganze Inhalt desselben auf Unrichtigkeit beruhe. Es sey keine ein heitliche Regierung für Deutschland, sondern nur eine, durch den Waffenstand mit einer Regierungen geschlossene provs. Centralgewalt geschaffen worden sey für die künftige Verfassung Deutschlands, soviel wie gar nichts geschehen. Was das deutsche Volk an Freiheit besitze, sey sehr wenig und auch dieses Wenige wolle man ihm durch Ausnahmsgesetze wieder abzwacken u. s. w. Dabei schlug Herr Vogt eine Menge Aenderungen vor, die den ganzen Entwurf im Sinne der Linken umgestaltet haben würde. Dieser Umstand und wohl auch die Besorgnisse leidenschaftlicher Debatten hervorzurufen blos um eines Beschlusses wegen, der als ein nicht einstimmig gefaßter doch keine moralische Wirkung auf das Volk hervorgebracht hätte, bewog die Majorität auf die ganze Adresse zu verzichten. Die Tagesordnung wurde mit 197 gegen 173 Stimmen beschlossen. Man sagt, die Linke habe im Fall der Annahme der Adresse eine öffentliche Protestation in petto gehabt. Hierauf berieth man über das österreichische Gesetzausführverbot. Die Centralgewalt solle die österr. Regierung zu sofortiger Zurücknahme des Verbotes auffordern. Der Abgeordnete Berger aus Wien stellte dagegen den Antrag, nachdem mehrere Aufforderungen dieser Art bisher erfolglos gebtieben, solle die Nationalversammlung selbst die Aufhebung des Verbots für die deutschen Provinzen Oesterreichs beschließen. Mehrere österreichische Abgeordnete saumelten Widerspruch und Malowitsch unterstützten diesen Antrag, indem sie sich kräftig gegen den Patriotismus Oesterreichs aussprachen. Dagegen erklärte Würth, ebenfalls ein österreichischer Abgeordnetee; ein solches Tekret der Nationalversammlung wäee nur durch Waffengewalt ausführbar! Kolb sprach ebenfalls für den Berger'schen Anteag, dagegen Biedermann, R. Mohl u. A. für jenen; des Ausschusses, der in der Abstimmung sich angenommen wurde. Montag wied die Berathung der Grundrechte fortgesetzt werden.

Frankfurt, 16. Sept. Aus dübelicher Bericht über die 82. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nach Verleiung des Protokolls und Verkündigung neuer Beiträge zur deutschen Flotte theilte der Präsident mit, daß die Abgeordneten Bassermann, Blömer, Gevekoth, Meek und Teichert sich zur Annahme von Beiträgen für die Angehörigen der am 18. Sept. gefallenen und verwundeten Kriegee bereit erklärt hätten. Hieeauf nahm der provisorische Handels- und Finanzminister Duckwitz das Wort, um der Versammlung anzuzeigen, daß die Mittel der Reichskasse durch die Ausgaben für die Nationalversammlung (monatlich 25,000 fl.) die Ministerien (8,000 fl.) kann den Aufwand für Gesandtschaften, Marine rc. größtentheils erschöpft seyen. Das Finanzministerium sucht deßhalb die Genehmigung der Ausschreibung eines Matrikularbeitrags von 120,000 fl. auf die einzelnen Staaten nach. Fernee legte der Handelsminister den Plan für die kommeezielle Einigung Deutschlands vor. Derselbe bezweckt möglichste Freiheit des Handels und der Schifffahrt nach Innen und Außen nach dem Grundsatz der Reciprozität, Schutz der deutschen Industrie, soweit er zu ihrem Gedeihen erforderlich und zweckmäßig ist, möglichste Schonung des Handelsverkehres bei den Zolleinigungen u. s. w. Als eines der Mittel zum Ziele wird vor Allem Umwandlung der bisheeigen Handels- und Schifffahrtsverträge der einzelnen Staaten in einen allgemeinen Reichsvertrag bezeichnet. Die erstee Vorlage wurde dem Finanzausschuß, die zweite dem volkswirthschaftlichen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung überwiesen. Hierauf verlaß Wernher im Namen der gestern gewählten Commission den Entwurf einer Ansprache an das deutsche Volk. Derselbe lautet: „An das deutsche Volk! Das deutsche Volk hat in freieter Wahl die Männer erkoren, welche die Freiheit für Alle und die Einheit des Vaterlandes gründen sollen. Niemals war einer Versammlung eine größere, nie eine schwierigeree Aufgabe gestellt, als der deutschen Nationalversammlung. Im Drang der Ereignisse von verschiedenen Forderungen bestürmt, schritt sie dennoch, das Ziel im Auge, beharrlich voran. Mochte nicht jeder Beschluß Allen gefallen, mochte manche Entscheidung auf sich watten lassen: es wurde doch wichtiges glücklich vollendet. Die einheitliche Regierung für das gesammte Deutschland wurde geordnet, den Rechten des Volks eine feste Grundlage bereitet, der künftigen Verfassung des einigen Vaterlandes kräftig vorgearbeitet. Aber das Unerhörte ist geschehen. Man hat es gewagt, Beschlüsse der Nationalversammlung als hochverrätherisch zu bezeichnen. Man hat sich erfrecht, den Reichstag zu überfallen. Der Anfruhr hat sich offen um den Sitz der Versammlung und in den Straßen der Stadt erhoben. Abgeordnete, welche gewissenhaft und muthig ihre Ueberzeugung vertraten, sind grauenvoll gemordet worden. Die Nationalversammlung, welche mit Trauer und Entrüstung auf das geschehene hinblickt, fühlt sich gedrungen, bei so ernsten Ereignissen ein Wort an das deutsche Volk zu richten. Sie weetraut, daß das deutsche Volk seine Freiheit in der Freiheit seine Vertreter ehre, und nimmer dulde, daß Bedrohung oder Gewalt die Unabhängigkeit der Rede und der Abstimmung beschränke. Sie ist gewiß, daß das deutsche Volk niemals Anderen, weder Einzelnen noch Vereinigungen, gestatten kann, ihren Willen an die Stelle Dessen zu setzen, was sie, die beaufttagte der gesammten Nation, beschließt. Sie weiß, daß das deutsche Volk Niemanden als ihr das Recht zugestebt, die Verfassung Deutschlands zu begründen. Deutsches Volk! Wir werden nicht abiaffen, Deine Freiheit zu schirmen und ihr eine sichere Stätte im Vaterland zu beeiten. Nichts soll uns hindern, den Bau der deutschen Einheit zu vollenden. Mögen Fürsten von welcher Seite immer, uns bedrohen, wie werden stehen wie ein Mann, wenn es gilt, unser Recht zu wahren, und nicht werden wie von den Plätzen weichen, die uns überwiesen sind, bis Deutschland sich geeinigt hat in freier Verfassung. Die deutsche National-Versammlung." — Die Berathung über diesen Entwurf wird auf morgen festgesetzt. Schaffrath, Blum, Zitz rc., Mitglieder der Linken, haben folgenden Antrag gestellt: „In Erwägung, daß der provisorischen Centralgewalt nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 nur eine Vollziehungsgewalt, dagegen aber keinetlei Gesetzgebungsrecht, sa, nicht einmal ein Antheil an diesem, daher auch nicht das Recht zur Verkündung und Einführung des Belagerungszustandes und des Kriegsgesetzes über Standrechts, zumal ohne Zustimmung der gegenwärtig versammelten Nationalvertretung zusteht, und daß die Verkündung des Belagerungszustandes und des Kriegsgesetzes auch in der bestehenden Gesetzgebung der freien nicht reichsunmittelbaren Stadt Frankfurt durchaus nicht begründet ist; in Erwägung ferner, daß der Belagerungszustand und das Kriegs- oder Standrecht in der Stadt Frankfurt von der Reichs-Centralgewalt erst gestern, den 19. September Vormittags nach gänzlicher Unterdrückung der Unruhen verkündet, daher auf deren Ueberder. und Theilnehmer ohne die größte Verletzung, ja Aufhebung der in einem jeden Rechts-, ja auch in jedem Polizeistaate geltenden Rechtsgrundsätze nicht rückwirkend angewendet werden darf; sodann in Erwägung, daß solche Ausnahmsmaßregeln einer Schreckensherrschaft nur in der dringendsten, anders nicht abwendbaren Gefahr zu ergreifen, und wenn ja ergriffen, so schleunig als möglich wieder aufzuheben sind; nicht minder in Erwägung daß Unruhen in der Stadt Frankfurt, am Nachmittag des 18. September von einer nur sehr kleiner Anzahl noch dazu schlecht Bewaffneten erregt, beeelts in der Hälfte der folgenden Nacht gänzlich unterdrückt worden, in jedem Falle aber durchaus nicht mehr zu befürchten sind; endlich in Erwägung, daß die Reichsunmittelbarkeit oder vielmehr Rechtslosigkeit des Belagerungs- und Kriegszustandes nicht nur die freie Berathung der Nationalversammlung, sondern auch Gewerbe und Arbeit, Handel und Verkehr zumal in der jetzigen Meßwoche lähmt und darniederdrückt, stellen wir den Antrag: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die

Digitized by Google

sofortige Aufhebung der Verhängung des Belagerungszustandes und des Kriegsgesetzes oder Standrechts in der freien Stadt Frankfurt; 2) Die Mittheilung dieses Beschlusses an das Reichsministerium zur Ausführung. Die Frage des Präsidenten, ob dem Abg. Schaffrath zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrags das Wort gegeben werden solle, wurde durch Mehrheit verneint; der Antrag geht sonach an den Gesetzgebungsausschuß. An der Tagesordnung ist die Berathung des Art. IV. der Grundrechte. An der allgemeinen Discussion nahmen noch die Abg. Rheinhard, Hoffmann von Ludwigsburg, Oberrath und Löwe von Magdeburg Theil. Die specielle Debatte über §. 17 („die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei") unterblieb, da weniger als 100 Mitglieder sich für dieselbe erhoben. Der Paragraph wurde angenommen, einige Unteranträge dagegen beseitigt. Ueber §. 18 („Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht jedem unbescholtenen Deutschen frei") fand zufolge Beschlusses der Mehrheit die Discussion statt; die Abstimmung aber wurde, da die Fragestellung mehrere Unteranträge zu umfassen hat, auf Montag ausgesetzt.

Frankfurt, 22. September. Das „Mainzer Journal" gibt „aus guter Quelle" Folgendes als den Status der Todten und Verwundeten: Die österreichischen Truppen haben 1 Todten, 17 Verwundete; die preußischen 3 Todte (darunter 2 Offiziere), 21 Verwundete; die hessischen 1 Todten und 3 verwundete Offiziere, 10 verwundete Soldaten. Im Ganzen fielen also in diesem Kampfe gegen die Anarchie 3 Offiziere und 2 Soldaten, verwundet sind 3 Offiziere, 48 Soldaten.

Frankfurt, 23. September. Heute Morgen, schon mit Tagesanbruch, setzten sich nach verschiedenen Richtungen hin von den hier befindlichen Bundestruppen verschiedene Abtheilungen in Marsch um mehrere benachbarte Städte und Orte, wie Bockenheim, Rödelheim, Ginheim ꝛc. zu besetzen. Nach verschiedenen Gegenden gingen österreichische, preußische und großh. hessische Truppen mit mehreren Geschützen ab. Gegen 10 Uhr marschirten preußische und hessen-darmstädtische Truppen über unsere alte Mainbrücke, um mittelst der Main-Neckar-Eisenbahn auf's Schleunigste nach dem Badischen befördert zu werden, wo ausständige Bewegungen stattfanden.

Bamberg, 22. September. Wie man vernimmt, hat das hiesige Kreis- und Stadtgericht den Antrag der Gemeindewahlkommission auf Einleitung einer Kriminaluntersuchung gegen den konstitutionellen Verein wegen angeblicher Beeinträchtigung der Wahlfreiheit als unbegründet zurückgewiesen. Auch soll die Regierung den Wahlausschuß wegen der von ihm in dieser Sache getha nen Schritte zur Verantwortung aufgefordert haben.

Berlin, 22 September. Wir haben einen sehr heißen parlamentarischen Tag gehabt, freundet von aufgeregten Placaten, lebendigen Volkswogen. Heftige, fast maßlose Leidenschaft in der Kammer, aber doch im Ganzen Ruhe auf der Gasse, trotz der tiefen Besorchungen. Denn mit einem Male verbreitete sich das Gerücht von einem Handstreiche gegen die Nationalversammlung, und man muß es dem demokratischen Centralausschuß für die Mark Brandenburg Dank wissen, daß er in einem geschriebenen Placate, unterzeichnet Eichler, Streckfuß, Fischstätten, Herzfeld, Schramm, das berliner Volk vor solchem unsinnigen und verrätherischen Unternehmen warnte. Die Sachen liegen, kurz gefaßt, so, daß, falls die Nationalversammlung sich für permanent zu erklären genöthigt würde, ihr ein schlagfertiger Aufstand mit reichen Kräften zur Seite stände. — In den burgerlichen Kreisen hat die Erklärung Pfuel's, daß Wrangel unter dem Kriegsministerium stehe, und das Militair nur auf Requisition der Bürgerwehrcommandanten einschreiten würde, beruhigten Eindruck gemacht. — Das wahrscheinlich ungegründete Gerücht wird verbreitet, der König sei heute früh nach Königsberg abgegangen.

Der Berliner Zeitung zufolge umfaßt seit einigen Tagen in den Privatkreisen der Abgeordneten das Gerücht, daß der König sich bereit erklären werde, den Verfassungsentwurf der Verfassungscommission, wie er aus den Berathungen der Abtheilungen hervorgehen und durch die Centralabtheilung redigirt sein wird, ohne Weiteres anzuerkennen. Dies jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die Nationalversammlung ihrerseits auf die paragraphenweise Discutirung im Plenum verzichte und in Einer Sitzung durch sofortige Abstimmung über das Ganze sich über Annahmen oder Verwerfung des Entwurfs entscheide. Sei auf diese Weise die Annahme erfolgt, so solle die Aufgabe der constituirenden Versammlung als vollendet betrachtet, dieselbe aufgelöst und zu sofortiger Einberufung der legislativen Kammer geschritten werden, der dann auch die fernern sogenannten organischen Gesetze zur Erledigung überwiesen werden würden. Hiervon sollten nur diejenigen Gesetze eine Ausnahme machen, welche die Gemeinde-, Bezirks- und Kreisordnungen, die Voraussetzungen der Verfassung sind und also mit ihr zusammenfallen.

Berlin, 22. September. Der Preußische Staats-Anzeiger meldet amtlich: Der König hat bei Entbindung der bisherigen Minister von ihren Stellungen dem Ministerpräsidenten v. Auerswald die Verwaltung des Departements des Oberpräsidiums der Provinz Preußen übertragen; den Finanzminister Hansemann zum Chef der preußischen Bank, den Justizminister Märcker zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Halberstadt, den Staatsminister Gierke zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Bromberg und den Staatsminister Kühlwetter zum Präsidenten der Regierung zu Aachen ernannt.

Berlin, 22. September. Die neuernannten Minister haben sich heute zeitig in der Nationalversammlung eingestellt, um der Sitzung derselben beizuwohnen und ihr Programm darin abzugeben. — Die Stimmung der Bevölkerung zeigte sich gestern Abend und am heutigen Morgen in den Umgebungen des Sitzungshauses mäßiger und zurückhaltender, als die drohenden Voraussichten für diese Sitzung in den letzten Tagen annehmen ließen. Doch scheinen darum die Vorbereitungen auf einen entscheidenden Schlag von allen Seiten nicht minder ernstlich getroffen zu seyn. Es läßt sich jedoch bereits so an, als wenn es am heutigen Tage zu keinem gewaltsamen Conflikt kommen werde. — In der Nationalversammlung erhebt sich zuerst der Ministerpräsident-General v. Pfuel zu folgender Erklärung: Wir treten in die hohe Versammlung mit der Versicherung, daß wir fest entschlossen sind, auf dem betretenen constitutionellen Wege fortzugehen und die dem Volke gegebenen Freiheiten kräftig zu schützen. Wir werden die reaktionären Bestrebungen sowohl in allen Zweigen der Civilverwaltung als im Militair mit Kraft zurückweisen und überall für die Befestigung unserer Grundsätze Sorge tragen. Das Ministerium erkennt an, daß die hohe Versammlung berufen ist, die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren und daß das preußische Volk mit der ganzen deutschen Nation einträchtig und stark seinen weltgeschichtlichen Beruf zu erfüllen hat. Der auf den angegebenen Grundlagen ruhenden Entwickelung mit ganzer Seele zugewendet, erkennen wir aber auch die Pflicht, welche die Pflicht jeder Regierung ist: dem Umsturze der Anarchie mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Lassen Sie uns bedenken, daß die neuerrungene Freiheit nur in der gesetzlichen Ordnung gedeihen kann. Das Ministerium wird den Wünsche des ganzen Volkes gemäß auf Beschleunigung des Verfassungswerkes hinwirken. Während der Berathung der Gemeindeordnung und des Bürgerwehrgesetzes werden wir für eine Beschleunigung der Vorlage einer Kreis- und Bezirksordnung Sorge tragen. Wie wir die Freiheiten des Volkes zu schützen entschlossen sind, so werden wir auch die Rechte und die Würde der Krone mit aller Kraft aufrecht erhalten. Während wir über unsere eigene Verwaltung stets pflichtmäßig Auskunft zu geben bereit sind, werden wir der Krone, als der einzigen rechtmäßigen Berathung, dieselbe gewissenhaft wahren. Wir betreten unser schwieriges Amt in der Hoffnung und dem Vertrauen, daß die hohe Versammlung mit uns seyn werde. (D. A. Z.)

Nach der Parade, welche General Wrangel am 20 Sept. über die Truppen Berlins abgehalten hatte versammelte er sämmtliche Stabsoffiziere und Hauptleute der Truppen sowie die Offiziere von der Bürgerwehr und hielt folgende Anrede: Meine Herren! Es ist heute ein sehr glücklicher Tag meines Lebens. Ich bin schon vor den Thoren so freundlich von der berittenen berliner Bürgerwehr begrüßt worden und in der Stadt war es wie ein Triumphzug. Ich weiß, das könnte sich nicht auf mich beziehen, sondern auf die Truppen, welche ich die Ehre gehabt habe in Schleswig zum Siege zu führen. Ich werde diese Truppen auch hierher führen, wenn es die Zeit ist, jetzt noch nicht, aber sie werden kommen. Meine Herren! der König hat mir den größten Beweis der Gnade und des Vertrauens gegeben, indem er mir das Commando über die in den Marken stehenden Truppen übergab. Ich soll mitwirken die Ordnung, wo sie gestört, das Gesetz, wo es übertreten wird, wieder herzustellen, aber nicht zuerst, — nur dann wenn es der Bürgerwehr nicht gelingen sollte, dann erst werden wir erscheinen und es wird uns gelingen. Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr, aber nicht gegen euch Berliner, sondern zu eurem Schutze zum Schutze der Freiheit, die der König gegeben, und zur Aufrechthaltung des Gesetzes. (Allgem. Jubel oder Jurus). Gefällt euch das Berliner?

Das freut mich. Für euch und mit euch werden wir auftreten und handeln. Keine Reaction (Bravo!) aber Schutz der Ordnung, Schutz dem Gesetz, Schutz der Freiheit. (Bravo!) Wie traurig sehe ich Berlin wieder, in den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden voll Waare, aber ohne Käufer,

Digitized by Google

der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst, der Handwerker verarmt. Das muß anders werden. Ich bringe euch das Gute mit Ordnung, die Anarchie muß und wird aufhören. Ich versprech es euch, und ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen. (Stürmischer Jubel.) Meine Herren, es macht mich sehr glücklich, die Truppen in diesem guten Zustande zu sehen. Sie werden sich darin erhalten. Verträglichkeit mit den Bürgern muß stattfinden. (Bravo!) Sie sind mit euch verwandt, sie haben denselben Zweck, Preußens Größe und Ruhm aufrecht zu erhalten und die Einigkeit Deutschlands mit zu begründen. Sie sind eure Brüder (zu den Bürgern gewendet) und Sie werden nicht vergessen, daß in der Armee Ihre Brüder, Freunde, Väter sind. Meine Herrn, es thut mir nur leid, daß ich an dem heutigen glücklichen Tage die Truppen nicht Sr. Majestät vorführen konnte. Er erkennt die Beschwerden an; er hat den Soldaten daher eine Zulage bestimmt; es macht mich sehr glücklich, dies ihnen bekannt machen zu können. Es lebe Se. Maj. der König! (Alle stimmen in diesen Ruf ein.)

Wien, 21. September. Graf Teleki, der abtrünnige Führer der ungarischen Truppen, befindet sich hier. Ein Theil der abgefallenen Truppen ist durch Teleki's Anstiftung, sich nach Freistau in Steiermark zu begeben und dort die neuen Befehle des Wiener Kriegsministeriums abzuwarten. Heute Morgens war hier die Nachricht verbreitet, daß bei Stuhlweißenburg ein Zusammenstoß gekommen sei. Nähere Angaben fehlen. In den letzten Tagen waren hier mehrere falsche Gerüchte ausgesprengt, der Banus habe sich zurückgezogen, aus Bosnien seien die Türken hereingebrochen u. dgl. An alledem war kein wahres Wort. — Man versichert, daß für diese Nacht ein Theil des hier garnisonirenden Militärs zu einem Eilmarsche beordert ward, als dessen Bestimmung man Ungarn bezeichnet. Stündlich wird die Nachricht von einem blutigen Zusammenstoße erwartet. Die ungarischen Deputirten sind tiefgebeugt abgereist.

Aus Baden, 20. Sept. Die Frankfurter Ereignisse sollen nicht vereinzelt stehen; es ist uns gleich bei der ersten Nachricht davon kein Zweifel geblieben, daß das frevelhafte Beginnen gegen die Reichsversammlung in andern Gegenden Deutschlands ähnliche Versuche, die rothe Republik herbeizuführen, zur Folge haben werde. Unsere Voraussehung ist leider schnell in unserer Nähe in Erfüllung gegangen. Heute Mittag ist mittelst eines besondern Eisenbahnzuges die Nachricht von Lörrach und Schliengen eingetroffen, daß gestern Abend an 3000 Freischärler angeführt von Struve, bei Lörrach über den Rhein gesetzt und heute früh bereits bei Schliengen eingetroffen seyen. Wir vermögen die Angabe der Zahl nicht zu verbürgen, und scheint sie uns wohl etwas übertrieben; dagegen ist die Thatsache des Erscheinens der Freischaaren auf badischem Gebiete wohl außer Zweifel, da die Nachricht auf amtlichen Wege nach Karlsruhe gegangen ist. (F. J.)

Heidelberg, 22. Sept., Abends 8½ Uhr. Eben kommt der nach Schliengen bestimmte Bahnzug hier wieder an. Er konnte nur bis Müllheim kommen. v. Struve hat einen Einfall in das badische gemacht. Die obern Gegenden sind bis Schliengen besetzt. Zu Lörrach wurde Amtmann Erter gefangen, mit weggeführt und die Republik ausgerufen. Reisende wurden von Freischärlern angegriffen. Des Bahnzuges wollten sich die Freischaaren in Schliengen bemächtigen, wahrscheinlich um geraden Wegs mit demselben nach Frankfurt zu fahren, und wären die Zugführer in Müllheim nicht zeitig genug gewarnt worden, so wäre es ihnen gelungen. Bedeutende Truppenmassen wurden sogleich von Rastatt und Karlsruhe aus ins Oberland gesendet, und man zweifelt nicht, daß es ihnen gelingen wird, in Bälde die Ruhe wieder herzustellen. So viel berichten die eben angekommenen Reisenden. (F. J.)

Anm. Wie wir von Reisenden vernehmen, haben die Freischaaren unter Struve Freiburg in Besitz genommen.

Göttingen, 19. Sept. Einer von den bekannten sieben Göttinger Professoren, Hofrath Albrecht, mit dem das Curatorium schon im Monat April Unterhandlungen wegen seiner Rückkehr anknüpfte, ist gestern hier eingetroffen. Die Privatdocenten **Dr. med. Frerichs**, **Dr. phil. Stern**, **Dr. Wiggers** sind zu außerordentlichen Professoren ernannt worden. — Wie wir hören, ist der Professor der Chirurgie, Dr. Stromeyer, zu Freiburg, an unsere Universität berufen worden. (W. Z.)

Flensburg, 19. September. Dänemark gibt uns schon den klarsten Beweis, daß es uns nicht mehr als dänische Unterthanen ansieht. Vor einigen Tagen wurde der hiesigen Zollinspektion bekannt gemacht, daß alle Waaren und Fabrikate der Herzogthümer bei der Einfuhr nach Dänemark verzollt werden sollten. Am meisten wird ein treues Flensburg durch solche Maßregel gedrückt und doch gab es immer die wärmsten Sympathien für die dänischen Brüder kund! Die Flensburger sind darüber sehr erbost und wissen nun nicht, ob sie auf die Dänen oder auf die Dänischen schimpfen sollen. (D. A. Z.)

Altona, 19. September. Des Oberhofmarschalls v. Levetzau Reise nach Petersburg betrifft nichts weiter als eine neue Anleihe von 2 Mill., wofür die Insel Fehmarn als Pfand offerirt werden soll, wogegen man bei der ersten Anleihe die Insel Bornholm verpfändete. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 21. Sept. Das Resultat der Wahlen für Paris und das Departement der Seine ist bekannt, zwar wird die officielle Veröffentlichung erst heute Abend erfolgen, da noch das Resultat von vier Gemeinden der Banlieue fehlen, doch kann dieses an dem Hauptresultate nichts mehr ändern. Die drei gewählten Vertreter sind: Louis Napoleon Bonaparte, Achille Fould und Raspail. Der erste durch die Stimmen der Malcontenten aller Partheien und Farben, der zweite als geschickter Finanzmann von den Conservateurs und gemäßigten Republikanern, der dritte durch die Socialisten und Ultra-Radikalen gewählt.

Die Erwählung Raspails, des Redakteurs des Ami du peuple, der wegen des Attentats vom 15. Mai gefangen in Vincennes sitzt, ist sehr bezeichnend, so wie das daß gleich nach ihm Cabet, der Chef der ikarischen Communisten und Thorè, einer der Führer der rothen Republik die meisten Stimmen haben.

Die Wahl Louis Napoleons in Paris und vier Departements zieht die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, — man erwartet den Prätendenten noch heute in Paris. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man seine Zulassung bis nach der Annahme der Constitution hinausschieben und es scheint gewiß, daß das Amendement: die erste Wahl des Präsidenten der Republik ausnahmsweise von der Nationalversammlung, und nicht durch das allgemeine Wahlrecht von der Bevölkerung, selbst vornehmen zu lassen, durchgehen wird. Die socialistische Parthei, deren Stimmen Louis Napoleons größtentheils seine Erwählung verdankt, sieht in ihm ihren Degen und einen Namen, der sich mit mehr Glück voranstellen läßt, als die Blanquis, Barbes, Cabets, L. Blancs u. s. w. — nach dem Siege hofft man sich des Napoleoneiden schon wieder entledigen zu können. Louis Napoleon der sich während seiner Gefangenschaft in Ham schon mit dem Socialismus beschäftigte und ein Buch über den Pauperismus schrieb, ist zu Allem bereit, was ihm eine Parthei und Einfluß geben kann und so sollte es uns nicht wundern, daß Napoleon binnen Kurzem mit der rothen Republik Hand in Hand gehen zu sehen, um sich später gegenseitig zu desavouiren.

Man erwartet die Wahl Molés in Bordeaux und die Genoudes in Montpellier.

Die Patrie zeigt an, daß der Waffenstillstand zwischen König Carl Albert und dem Marschall Radetzky auf vier Wochen verlängert worden ist und daß der König von Neapel die französische Intervention wegen Siciliens angenommen und dem General Filangieri den Befehl ertheilt habe, die Feindseligkeiten einzustellen. — Admiral Baudin hat den Befehl erhalten Venedig gegen jeden Angriff der österreichischen Escadre zu schützen.

Die Madrider Nachrichten sind vom 17. — General Breton hatte das General-Capitanat von Madrid übernommen, — seine Ernennung ist bezeichnend da seine Energie, sowie seine Grausamkeit bekannt sind. Man schien in Madrid eine Bewegung zu fürchten, denn seit 2 Tagen standen alle Truppen unter den Waffen. Briefen aus Sevilla vom 12. zu Folge ward die Entbindung der Herzogin von Montpensier binnen 24 Stunden erwarte. Der Aufstand in Catalonien ist noch immer im Zunehmen.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 21. September.) Vorsitzender: Hrn. Marrast. Die Sitzung wird um 12½ Uhr eröffnet. Im Conferenzsaale ist es sehr lebhaft, man bespricht das Resultat der Wahlen und besonders die Stellung, die Louis Napoleon einnehmen dürfte. Allarmirende Gerüchte circuliren, man spricht von einer beabsichtigten Demonstration, die darin bestehen soll Louis Napoleon bei seinem ersten Erscheinen in Paris in Masse in die Nationalversammlung zu begleiten. Jedenfalls ist die Behörde auf ihrer Hut und man bemerkt heute außergewöhnliche und bedeutende Truppenbewegungen in Paris. Cavaignacs Taktik gemäß steht man jedoch keine Soldaten in der Nähe des Palastes der Nationalversammlung, obwohl in dessen unmittelbarer Nähe, wenn auch nicht sichtbar, Truppen genug konzentrirt sind. Jedermann fühlt, daß die Situation abermals gespannter geworden ist und keine definitive Lösung nöthig macht. Man erwartet diese von Cavaignacs Republikanismus und seiner Energie und zwar schon in den nächsten Tagen, jedenfalls scheint

Digitized by Google

es, daß die außerordentlichen Commissäre in die Departements jetzt doch abgehen werden. Heute hat eine Versammlung der Deputirten der Majorität bei Cavaignac stattgefunden und dieser folgte ein Ministerrath der bis 1 Uhr dauerte. Wir gehen jedenfalls einer Entscheidung entgegen, das republikanische Juste-milieu ist eben so unhaltbar, als das monarchische, — und Cavaignac wird sich nun, wo ein gefährlicher Concurrent in Louis Napoleon auftritt, entscheiden müssen. Die öffentliche Sitzung ist ohne großes Interesse, die Vertreter nicht sehr zahlreich und sichtlich zerstreut. Discutirt wird der Art. 9 der Constitution die Unterrichtsfreiheit eine Wiederholung aller der Argumente für und gegen die wir bereits Jahre lang in der Pairs- und Deputirtenkammer und in den letzten Tagen anticipative in der Nationalversammlung gehört haben. Redner kommen auf die Zeitbune und gehen wieder, Amendements erscheinen und verschwinden, ohne daß wir der Lösung der Frage viel näher rückten. Von den Rednern machte Barthelemy St. Hilaire der für das Unterrichts-Monopol des Staates sprach, noch den meisten Eindruck. Ein Amendement Tracys, welches die unbeschränkte Unterrichtsfreiheit will, wird im geheimen Scrutin mit 543 gegen 181 Stimmen verworfen. Bei Postschluß dauert die Discussion über den Art. 9 und die noch vorliegenden Amendements fort. Endlich wird der Art. 9 angenommen und man geht zu Art. 10, Unfähigkeit Aller zu allen Aemtern und Würden über. — Es liegen abermals eine Anzahl Amendements vor, über die sich eine ziemlich verwirrte Debatte erhebt.

Großbritannien.

Aus Dublin wird unterm 20. September berichtet, daß die Umgegend von Clommel, Portlaw, Kilmacthomas und ein paar anderen Orten fortwährend durch Haufen aufrührischer Bauern, welche bei Nacht auf Plünderungen ausgehen, in Unruhe erhalten wurde. Die Scharen stehlen meistens Waffen und Lebensmittel, die sie in den einzeln liegenden Gehöften mit Gewalt wegnehmen. Marquis Waterford hat mindestens 150 Personen, welche aus ihren Wohnungen flüchteten, bei sich aufgenommen. In den übrigen Theilen der Tipperary, so wie überhaupt im südlichen Irland, ist seit 4 bis 5 Tagen die Ruhe nirgendwo gestört worden. — S. O'Brien, Meagher und Consorten wurden am 18. unter starker Bedeckung von Polizei-Mannschaft von Kilmainham auf der Eisenbahn nach Clonmel gebracht, wo man sie ins Gefängniß führte. Gegen etwaige Befreiungs-Versuche sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen. S. O'Brien und Meagher sind gesund und scheinen guter Dinge zu seyn.

Amerika.

Das Post-Dampfschiff „Brittannia" hat Nachrichten aus New-York bis zum 5. September überbracht, die in politischer Beziehung ganz belanglos sing, da sich die Journale Union bloß mit dem Fortgange der Wahlen beschäftigen, deren End-Ergebniß sich noch gar nicht mit Sicherheit angeben läßt.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 25. September. Dem Vernehmen nach ist der Befehl hieher gelangt, daß das dritte Bataillon des 13. Infanterieregiments nach Hof, Wunsiedel und Kulmbach verlegt werde.

Bayreuth, 25. September. Das gestern gemeldete Ausbleiben der westlichen Nachrichten war glücklicher Weise durch kein politisches Hinderniß veranlaßt: wir bitten deßhalb unsere Leser um Entschuldigung, wenn wir ihnen durch unsere Bemerkung im gestrigen Blatte einige Besorgniß eingeflößt haben sollten. Wir haben uns einer Vergeßlichkeit schuldig gemacht, indem wir beim Niederschreiben jener Zeilen nicht daran dachten, daß unsere westlichen Nachrichten mittels der Würzburger Post, die das hieher bestimmte Paquet, wie es nicht selten im vergangenen Winter geschehen war, nach einer andern Richtung versandte, zu uns gelangen. Das betreffende Postpaquet traf auf seiner Irrfahrt glücklich heute hier ein.

Aufforderung an den Magistrat der Stadt Bayreuth.

Die städtische Behörde wird hiemit dringend aufgefordert, bei der unduchdringlichen Finsterniß wie sie jetzt allnächtlich herrscht, die Straßen mindestens in den vormitternächtlichen Stunden sofort beleuchten zu lassen.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hülfsvollstreckung wird das Anwesen des hiesigen Webermeisters Maurer und der ledigen Magdalena Maurer dahier, bestehend

1) in einem halben Wohnhause im neuen Weg, welches jetzt für sich besteht, und die St.-Bes.-Nr. 388a führt,
2) in einem hinter demselben befindlichen Garten zu einer Fläche von 14½ □Ruthen,
3) in einer Holzlege und einer Hofraith, welche zur Hälfte dem Eigenthümer des angebauten Nachbarhauses zugehört, und 4) in ¾ Tagwerk Wiese in der untern Au, St.-Bes.-Nr. 388b

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe ist nach der gerichtlichen Schätzung vom 18. August e. mit Berücksichtigung der sämmtlichen darauf haftenden Lasten auf 610 fl. eingewerthet worden und der Brandassecurang mit 620 fl. einverleibt.

Die Taxationsverhandlungen können von allenfallsigen Kaufsliebhabern bei dem unterzeichneten Gerichte eingesehen werden und werden dieselben zu dem Streichstermin am

17. October c. Vormittags 10 bis 12 Uhr
im Geschäfts-Zimmer Nr. 7

unter dem Bemerken eingeladen, daß die Kaufsbedingungen in diesem vor der Licitation bekannt gegeben werden, und daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 erfolge.

Bayreuth, den 28. August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der Königl. Director
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Anzeigen.

Mittwoch den 27. d. M. Vormittags 11 Uhr wird im Schierfeldar der Dünger von den Ehrenlagers-Pferden für die Monate October, November, Dezember versteigert.

Bayreuth, den 25. September 1848.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum bringe ich hiermit ergebenst zur Anzeige, daß ich das Geschäft meines seligen Mannes fortführen werde. Ich bitte daher, das demselben geschenkte Vertrauen auch auf mich gütigst zu übertragen und das um so mehr, da mir nun die alleinige Firserge für meine zwei noch unmündigen vaterlosen Waisen obliegt und es meine stete Sorge seyn wird, mir dasselbe in jeder Hinsicht zu erhalten.

Bayreuth, den 24. September 1848.

Katharine Adler, Lohnrößlers-Wittwe.

Hofgut-Versteigerung.

Am 14. October l. Js. wird zu Stockau, Landgerichts Bayreuth, ein Halb-Hofgut aus freier Hand an den Meistbietenden verkauft. Es enthält: 1 Wohnhaus, Stallung, Stadel, Keller, Schorgärtlein, Hofraith, Felder, Wiesen, Holz und wolzende Gründe. Die darauf haftenden Reichnisse sind: 18 fl. 57 kr. Steuer, 5 fl. 6½ kr. Erbzins, 1½ Mez Korn- und 2 Scheffel 3½ Mezen Hader-Gilt, theils an das königliche Rentamt, theils an das königliche Stadtpfarramt und an einige Gemeindeglieder leben- und zehentbar.

Die näheren Verkaufsbedingnisse werden vor der Versteigerung eröffnet, so wie auch täglich, bis zum Termin, das Verkaufs-Objekt eingesehen werden kann.

In diesem Streichstermin, der im obigen Hause selbst abgehalten wird, werden zahlungsfähige Kaufsliebhaber eingeladen.

Stockau, 24. September 1848.

Johann Wolfgang Hübner, Bauersmann.

Beste neue Voll-Heringe bei

Friedr. Eisenbeiß.

Es werden für das nächste Quartal einige Mitleser für die Bayreuther Zeitung und den Nürnberger Korrespondenten gesucht. Erlangerstraße Nr. 500.

Hs.-Nr. 390 über eine Stiege ist ein großes Zimmer zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch Nro. 269. 27. September 1848.

Deutschland

Frankfurt, 23. Sept. Ausführlicher Bericht über die 84. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Zu Anfang der Sitzung wurde unter andern Interpellationen auch eine von Venedey in Betreff des Belagerungszustandes angekündigt und die Beantwortung derselben durch den Reichsminister des Innern auf Montag festgesetzt. An der Tagesordnung ist die Berathung über die Ansprache an das deutsche Volk. Freudentheil beantragt mit mehreren andern Abgeordneten, über diesen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen. Eisenmann schlägt vor, über den Freudentheil'schen Antrag ohne Discussion abstimmen zu lassen. Dies wird verworfen. Freudentheil begründet seinen Antrag, indem er die Ansprache theils als mit der Würde der Nationalversammlung unvereinbar, theils als überflüssig darstellt. Das Volk könne der Nationalversammlung mit einem berühmten Denker zurufen: „Der Worte sind genug gewechselt, so laßt und nun Thaten sehen“. Die Nationalversammlung möge den Bau der Einheit und Freiheit gründen und die Grundrechte zum Gesetz erheben; das werde die beste Ansprache an das deutsche Volk seyn. Osterrath dagegen glaubt, daß nach Vorgängen, wie die der letzten Tage, das deutsche Volk eine Ansprache seiner Vertreter erwarte. Die ehre Deutschlands sey verletzt; die Nationalversammlung müsse wie Ein Mann zusammenstehen um diese Ehre zu retten. Vogt erhält das Wort gegen den Entwurf der Ansprache. Derselbe enthalte viele Unrichtigkeiten. Im Eingange sey gesagt: das deutsche Volk habe in freier Wahl die Nationalversammlung erkoren. Nun habe aber bekanntlich an mehreren Orten die Wahl mit Census und andern Beschränkungen stattgefunden. Er beantragt, statt „freie Wahl“ zu setzen „gesetzliche Wahl.“ Ferner werde die bisherige Thätigkeit der Nationalversammlung gerühmt, obgleich das Ergebniß ihrer 80 Sitzungen ein sehr mageres sey. Es heiße ferner, „die einheitliche Regierung für das gesammte Deutschland wurde geordnet.“ Auch dies sey unrichtig. Er schlägt statt dessen vor: „Eine provisorische, leider durch den Widerstand der Einzelstaaten bisher bis jetzt in ihrer Wirksamkeit sehr gehemmte Centralgewalt wurde geschaffen.“ Bei der Stelle: „Der künftigen Verfassung des einigen Vaterlandes wurde kräftig vorgearbeitet,“ fragt er: „Wo sind sie denn, diese Vorarbeiten? (Rechts: in den Ausschüssen!) Richtig, sie liegen und werden modern in den Ausschüssen bis zum nächsten Jahre.“ Zur Stelle: „Die Nationalversammlung fühlt sich gedrungen, bei so ernsten Ereignissen ein Wort an das deutsche Volk zu richten,“ beantragt Vogt nach dem Worte „sich“ den Zusatz: „in ihrer Majorität.“ Anstatt der Worte: „Die Nationalversammlung vertraut, daß das deutsche Volk seine Einheit in der Freiheit seiner Vertreter ehre und nimmer dulde, daß Bedrohung oder Gewalt die Unabhängigkeit der Reden und der Abstimmung beschränke“ soll nach des Redners Antrag gesetzt werden: „Die Nationalversammlung wünscht die freieste Critik ihrer Beschlüsse in Rede und Schrift; sie wünscht jeden Ausdruck des Volkswillens zu erfahren, aber sie hofft, daß das deutsche Volk seine Freiheit in der Freiheit seiner Vertreter ehre und nimmer dulde, daß widerrechtliche Bedrohung oder Gewalt, sie komme von oben oder von unten, die Unabhängigkeit rc. — „Die Gewalt — sagt der Redner — ist gekommen von unten, aber die Bedrohung ist gekommen von oben und auf dem schlüpfrigen Wege, auf dem wir uns befinden, der nach abwärts führt unter die Freiheiten des Volks und seiner Vertreter, da werden die Bedrohungen der Freiheit der Vertreter des Volks von oben bald nachfolgen.“ Nach dem Entwurf müßten wir, auch wenn das Verfassungswerk noch zehn Jahre dauern sollte, nach zehn Jahren noch der Ausdruck des Volkswillens seyn, wie wir jetzt zu seyn uns schmeicheln. Weil ich aber an den politischen Fortschritt glaube, glaube ich auch, daß die Versammlung, selbst wenn sie aus der freiesten Wahl hervorgegangen und der Ausdruck des Volkswillens ist, in den Zustand kommen kann, daß sie nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens, vielmehr hinter demselben zurückgeblieben ist. Die Revolutionen wären nicht erfolgt ohne die Eitelkeit der Volksvertreter, in alle Ewigkeit die Repräsentanten des Volkswillens zu seyn.“ Anstatt der Stelle: „Deutsches Volk! Wir werden nicht abfallen, Deine Freiheit zu schirmen und ihr eine stärke Stütze im Vaterland zu bereiten“ schlägt der Redner folgende Fassung vor: „Wir werden nicht abfallen, für die Freiheit, die Dir errungen werden soll, einzustehen. Deine Mitwirkung rufen wir an, um alle Sonderbestrebungen der wachsenden Reaktion zu überwinden und so den Bau der deutschen Einheit zu vollenden.“ „Wo ist denn fragt er — diese Freiheit? Ich habe sie vergebens gesucht nach der Erhebung der Märztage; wie kann ich beschirmen, was noch nicht geboren? Die Freiheit hat das deutsche Volk nicht und wird sie wahrscheinlich noch lange nicht haben. Sagen wir dem deutschen Volke, daß wir ihm die Freiheit erringen wollen, nicht aber das Bischen, was es jetzt hat, und was ihm durch Ausnahms-Maßregeln abgezwackt werden soll, schirmen.“ Zu dem Schlußsatz endlich: „und nicht werden wir weichen von den Plätzen, die uns überwiesen sind, bis Deutschland sich gereinigt hat in freier Verfassung.“ will Vogt beistehen „oder bis unsere Wähler uns abberufen.“ Auch das, sagt er, folge aus dem Princip des Fortschritts und der Fortbildung. Nachdem hierauf der zweite Gegenstand der Tagesordnung, das Gesetz über die Verkündigung der Gesetze und Verordnungen, berathen und unverändert angenommen worden war, ging man zu dem dritten Gegenstand, dem österreichischen Gesbaussuhrverbot, über. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hatte beantragt, der provisorischen Centralgewalt aufzugeben, daß sie die österreichische Regierung ungesäumt auffordern, sofort das Ausfuhrverbot aufzuheben, damit der Verkehr der deutschen Staaten unter sich wieder in seine alten Rechte eingesetzt werde. Berger, der zuerst das Wort erhielt, bemerkte: er habe früher diese Maßregel mit der Rothlage des österreichischen Staates entschuldigt. Seit der Rückkehr des Hofes aber und der Eröffnung des Reichstags habe in Wien der Parteikatarismus die Oberhand gewonnen, nicht von Seite des Ministeriums, das, auf den Schultern der deutschen demokratischen Partei emporgetragen, sich auf die slawische Mehrheit des Reichstags stütze. Der Bundestag müsse in allen seinen Beziehungen durchgeführt werden, also auch für den Gesbaussuhrverbot, und da die österreichische Regierung auf mehrere Aufforderungen keine Antwort gegeben, so müsse die Nationalversammlung die Sache selbst in die Hand nehmen. Er beantragt daher: die Nationalversammlung solle das Gesbaussuhrverbot, so weit es die deutschen Provinzen Oesterreichs betrifft, für aufgehoben erklären, das Reichsministerium mit dem Vollzug beauftragen, und durch dasselbe die österreichische Regierung auffordern lassen, das Verbot auch für die nichtdeutschen Provinzen aufzuheben. Kaiser bemerkt: die Sache liege dem Reichstage vor; dieser werde das Verbot aufheben und die Regierung den Beschluß vollziehen. Er fragt, ob bei solcher Sachlage die Nationalversammlung selbst einen Beschluß fassen und sich direkt in Verwaltungsmaßregeln einmischen dürfe? Sein Antrag geht dahin: die provisorische Regierung aufzufordern, bei der österreichischen Regierung auf die Aufhebung des Gelbausfuhrverbots hinzuwirken. Biedermann meint: man könne zwar, da das Verfassungswerk und die deutsche Einheit, namentlich im Münzwesen, noch nicht hergestellt sey, keinen direkten Beschluß fassen, wohl aber von Oesterreich eine kategorische Antwort verlangen. Wenn man Preußen so große Opfer zumuthe, müsse sich auch Oesterreich sein Opfer bringen, das übrigens nach der Ansicht competenter Beurtheiler nicht einmal ein Opfer sey. Jordan von Berlin: Es handle sich um die Stellung Oesterreichs zu Deutschland überhaupt. Erst neulich sey bemerkt worden, daß Oesterreich mit einer Macht, mit welcher Deutschland im Kriege war, friedlichen Verkehr unterhielt. Man spreche von Preußens Particularismus; aber Oesterreich habe sich Schlimmeres zu Schulden kommen lassen als Particularismus, nämlich Indifferenz. Nach Norden habe die Blokade aufgehört, nach Süden dauert sie fort; denn das Gesbaussuhrverbot sey eine wahre Blokade. Es frage sich, ob Oesterreich mit Deutschland einen Bundesstaat bilden und sich den Beschlüssen der Nationalversammlung fügen könne, oder ob das sein Verhältniß des Staatenbundes fortdauern solle. Man möge Oester-

Digitized by Google

reich auffordern, sich über die Stellung, die es einnehmen wolle, mit Ja oder Nein zu erklären, nicht aber sich durch einen Beschluß bloßstellen, der doch nicht ausgeführt werde. Er beantragt Tagesordnung. Würth: die österreichische Regierung habe auf die frühere Aufforderung erwidert: das Geldausfuhrverbot sei nur aus sehr dringenden Gründen der Notblage erlassen worden; diese Härten noch nicht ganz aufgehört, und ohne den Reichstag könne das Verbot nicht aufgehoben werden. Hierauf sey vor 8— 10 Tagen eine neue, noch dringendere Aufforderung nach Wien abgegangen. Uebrigens schließe er sich mit den meisten österreichischen Abgeordneten dem Ausschußantrag an. Kolb: Wir sollten wir hinkommen, wenn alle unsere Beschlüsse erst einem anderen Reichstag vorgelegt werden müssen? Dann können wir nach Hause gehen. Und wenn ein großer Staat dieß thun kann, hat der kleinste dasselbe Recht. Er schließt sich dem energischen Antrag Berger's an. v. Mühlfeld glaubt, daß ein Beschluß der Nationalversammlung, wie Berger ihn vorschlage, nur durch Waffengewalt ausführbar wäre. Die österr. Regierung sei nur durch die Aufregung des Volkes zu dieser Maßregel gezwungen, und könne dieselbe nicht ohne den Reichstag, der zu das Volk repräsentire, aufheben. Auch sey zu bedenken, daß das Mißverhältniß zwischen dem Winzfuße Oesterreichs und der übrigen Deutschlands ganz zum Nachtheil Oesterreichs sey. Er erklärt sich für den Ausschußantrag, mit Beglassung des letzten Absatzes. Wiesner: Das Metternich'sche System habe Oesterreich von Deutschland abgeschlossen, indem es den Gedanken ächtete; aber es habe die Handelsverbindungen gesichert und nach dem Staatsbankerott die Gläubiger möglichst zu entschädigen gesucht. Das constitutionelle Ministerium hatte an einer Maßregel fest, die Oesterreich von Deutschland commerziell abschneide. Hierin liege eine reactionäre Tendenz. Bald werde eine chinesische Mauer Deutschland von Oesterreich trennen. Er protestire dagegen, daß das Volk von Oesterreich das Geld ausführen dürfe. Seine Landsleute hielten auf Ehre und Treue, wollten mit Deutschland verbunden seyn und wüßten recht gut, daß solche unsinnige Maßregeln nur zum Ruin Oesterreichs ausschlügen. Wenn nicht so viel Geld in Jellachichs Lager flöße, um den Bürgerkrieg zu nähren, wäre das Verbot nicht nöthig. Die Reaction werde so lange fortdauern, bis die Nationalversammlung sich mit Macht und Gewalt erhebe, und statt zu hoffen und zu erwarten, dekretire. Es bedürfe hiezu keiner Waffengewalt. Die Oesterreicher hätten ganz andere und bessere Ansichten als eine gewisse Partei in Wien, die um jeden Preis die alten Zustände herbeischleppen und das deutsche Oesterreich in ein Slawenreich umwandeln möchte. Makowitzka: Wir sind bisher dem österreichischen Particularismus aus dem Wege gegangen. Wir sind dem Particularismus in Hannover und Preußen entgegengetreten und müssen ihm daher auch in Oesterreich entgegentreten. In Wien mögen die Bankiers das Geldausfuhrverbot verlangt haben, aber die Kaufleute und die Fabrikanten in Böhmen waren darüber ungemein betroffen; es hat ihnen unsäglichen Schaden verursacht, und sie leiden noch jetzt darunter. Darum hat auch ein böhmischer Abgeordneter den Antrag auf Zurücknahme des Verbots gestellt. Die Ueberweisung der Sache an den Reichstag war ein slawisches Manöver. Alle Deutschen in Oesterreich erwarten von ein entschiedenes Wort. Nehmen Sie den Antrag Bergers an, und Sie werden 6 und 7 Mill. Deutsche für sich gewinnen. M. Mohl dankt dem Redner im Namen Deutschlands für seine deutsche Gesinnung, glaubt aber, daß der Ausschußantrag in mildester Form den Zweck besser erreiche. Merck als Berichterstatter macht u. A. geltend, daß die Maßregel ohnmächtig gewesen; es seyen Millionen herausgeschmuggelt worden, wie die Frankfurter Bankiers am Besten bezeugen können. Bei der Abstimmung wurden, nachdem Jordans Antrag nicht unterstützt, jener Kaisers zurückgezogen worden die Anträge von Berger und Mühlfeld verworfen, dagegen der des Ausschusses angenommen. Tagesordnung für Montag: Grundrechte.

Frankfurt, 24. Sept. Von hier aus wurden 2000 Mann Reichstruppen nach dem badischen Oberlande befördert, welche ohne Aufenthalt bis Emmendingen verbracht werden, bis wohin die Eisenbahn demolirt worden ist. (Emmendingen ist die zweite Station von Freiburg herabzu.) — Die neuesten, gestern Abend hier eingetroffenen Nachrichten lauten dahin, daß die Freischärler in Schliengen und im Besitz von 4 Kanonen sind. — Die Bahn ist aber bis Freiburg wieder fahrbar. Hinter Karlsruhe, bei Malsch, wurden gestern Morgen die Schienen aufgerissen.

Nachschrift. Morgens 9 Uhr. Die Main-Neckar-Eisenbahn ist heute Nacht bei Weinheim demolirt worden. Zwei Maschinen, welche mit leeren Wagen von Heidelberg nach Frankfurt befördert werden sollten, sind von dem Bahndamm heruntergestürzt. Ob von dem Dienstpersonal dabei verunglückt, ist noch nicht bekannt. — Die Personenzüge sind heute Morgen um 6 und um 9 Uhr bis Weinheim gefahren. (F. J.)

Rastadt, 22. September. So eben, Mittags 3 Uhr, trifft aus dem Oberlande die offizielle Nachricht ein, daß gestern Abend eine bedeutende Anzahl Freischärler unter der Anführung von Struve bei Lörrach ins Badische eingedrungen ist. Die Bürger sollen Widerstand entgegengesetzt haben, aber zurückgedrängt worden seyn. Die Freischärler waren dieses Morgen bereits in Schliengen. Ueber die Zahl verlauten gehen verschiedene Gerüchte; die höchste Angabe nennt 2- bis 3000. Mittelst eines besonderen Eisenbahnzuges ist die Nachricht nach Karlsruhe befördert worden.

Aus Baden, 23. September. Noch gestern Abend ist der Präsident des Kriegsministeriums, Hoffmann, mit einem Theil des Generalstabs nach dem Oberland abgegangen. Von Karlsruhe ist ihm ein Bataillon Infanterie, ein Reiterregiment und eine Batterie Artillerie gefolgt; von Rastadt ist sodann gestern Nachts 9 Uhr noch ein Bataillon Infanterie (vom 3. Regiment) gleichfalls nach Freiburg abgegangen. Der Freischaarenzug hat in ganz wütiger Weise sein Unternehmen begonnen, um auf den Namen einen Rauthzug Anspruch machen zu können. Auf der Schusterinsel bei Lörrach haben sie die Zollstätte geplündert und stellen in Lörrach den Amtsvorstand verhaftet haben. Uebrigens besteht der ganze Zug zum größten Theil aus Franzosen und Italienern, welch letztere dem Schwerte Radetzky's zuflohen sind. Aus Durchgehen sind derlei Leute schon gewohnt und wird wohl die ganze Freischärlerunternehmung nur von kurzer Dauer seyn.

Mannheim, 22. September. In Schliengen ist der Bahnhof von circa 600 Aufständischen mit zwei Stück Geschütz besetzt. Struve's Stellung selbst der mit (angeblich 1500 Mann) weiter rückwärts stehen soll, ist zur Zeit noch unbekannt. Struve hat sofort das Standrecht verkündet, ebenso ist alle waffenfähige Mannschaft von 18.—40 Jahre aufgeboten. Von Karlsruhe ist bereits ein Bataillon in die bedrohten Gegenden abgegangen. Morgen folgt Artillerie. Steasburg soll völlig leer von deutschen Flüchtlingen seyn.

Gießen, 23. Sept. Man liest in der „Deutsch. Ztg.“: Aus einem Frankfurter Berichte entnehmen wir die Nachricht, daß mit Ausnahme des Fürsten v. Leiningen, Hechscher's und Merissen's, das alte Ministerium wieder definitiv an die Spitze der Geschäfte getreten ist. Hr. Hechscher geht als Gesandter an die Höfe von Turin und Neapel, Hr. Bassermann als Gesandter nach Kopenhagen, Hr. Friedmann als zum Reichskommissär nach Schleswig-Holstein ernannt, um die Ausführung des Waffenstillstandes zu vermitteln. Herr v. Stockmar wird in London die Leitung der Friedensunterhandlungen übernehmen.

München, 23. September. Aus zuverlässiger Quelle vernimmt man, daß die Verordnung, durch welche die Helme bei der ganzen Landwehr eingeführt werden sollen, demnächst erscheinen wird.

München, 24. September. [Dienstes-Nachrichten.] Se. Maj. der König hat unterm 20. d. beschlossen: 1) der Regierung von Unterfranken einen vierten Assessor beizugeben und 2) daß diese neue Stelle den Regierungsfekretär II. Klasse bei dieser Regierung G. Hornig zu bekleiden, 3) der Regierung von Mittelfranken K. d. J. einen weitern Assessor prot. Confession beizugeben und 4) auf diese neue Stelle den Regierungssekretär II. Klasse B. v. Wächter bei der Regierung von Oberfranken zu befördern, auf die bei der Regierung von Niederbayern K. d. J. eröffnete Stelle eines Regierungsassessors den Regierungssekretär II. Klasse bei der Regierung von Oberbayern J. H. Kaisenberg zu befördern. Die erledigte Stelle eines Regierungssekretärs II. Klasse bei der Regierung von Oberfranken K. d. J. wurde dem Regierungsaccessisten K. Feder aus Bayreuth und die eröffnete Stelle eines Regierungssekretärs II. Klasse bei der Regierung von Oberbayern K. d. J. dem Accessisten bei der Regierung von Mittelfranken K. d. J. C. Freiherrn v. Harsdorf aus Ansbach, ferner die erledigte Stelle eines Regierungssekretärs I. Klasse bei der Regierung von Unterfranken dem Landgerichtsaktuar Frhrn. L. v. Freyberg zum voto consultativo verliehen. Zu der am Kreis- und Stadtgerichte Fürth erledigten Rathsstelle ist der Protokollist dieses Gerichts M. Dambacher befördert und die hiedurch in Erledigung gekommene Protokollistenstelle dem Rechtspraktikanten J. Prumer zu Donauwörth verliehen worden.

Würzburg, 23. Sept. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge, sollen vier tägliche Züge, jeder von 12,000 Mann, und zwar das eine bei Altenburg, das zweite bei Kreuznach, das dritte bei Ulm, das vierte bei Offenburg zusammengezogen werden. Die zurückbleibenden Truppen, welche überall auf den mobilen Präsenz-

Digitized by Google

stand gesetzt werden, formiren nach Zurücklassung einer genügenden Reserve mobile Kolonnen. (Würzb. J.)

Berlin, 20. Sept. Ich kann Ihnen mit voller Bestimmtheit angeben daß unser Cabinet durch seinen Bevollmächtigten in Wien dem dortigen Ministerium den Wunsch ausdrücken ließ bei dem Vermittlungsgeschäfte wegen der Pacifikation von Italien mitzuwirken. Die preußische Regierung gründet ihr Begehr darauf daß sie die Verträge, welche etwa durch die Resultate der Vermittlung eine Abänderung erleiden könnten, mit unterzeichnet und mit garantirt habe; sie sey also auch bei ihrer Aenderung betheiligt. Es war vorauszusehen daß in den übrigen Großmächte sich bei dieser Gegenheit einstellen würden, und wenn wir wohl unterrichtet sind, so ist ein ähnliches Ansinnen des russischen Cabinets demnächst zu gewärtigen. Daß dieß geschehe, hatte bereits des Kaisers Nikolaus Sendung an Radetzky gezeigt. (A. Z.)

Berlin, 23. September. Die Erwartung, daß die Ruhe, ungeachtet der geringen Befriedigung, welche die gestrigen Verhandlungen der Nationalversammlung dem Volke gewährt haben, nicht gestört werden wird hat sich bestätigt. Die Massen welche das Schauspielhaus umdrängten, zerstreuten sich nach dem Schlusse der Sitzung. Von einem Pfeifer der großen Freiherrn des Schauspielhauses Brach der Kaufmann Müller, der sogenannte Prädikant des Lindenklubs, in der dem Volke mundgerechten Weise. Er stellte den Gang der Verhandlungen als eine Komödie dar, deren Kosten das Volk zu tragen habe, ohne daß es Zutritt erlange. „Wir müssen Entree bezahlen und dürfen nicht hinein.“ Er lud zu einem großen Aufzuge auf Sonntag Nachmittag unter den Linden ein.

Die Hansemann'schen Finanzgesetze werden, wahrscheinlich in einer der nächsten Sitzungen, zurückgezogen und durch anderweitige Vorlagen, die den großen Grundbesitz weniger belasten, ersetzt werden. (D. A. Z.)

Wien, 22. September. Ein Theil der Legion, die ehemalige mobile Garde, setzt sich in Bewegung, um den Marsch nach Ungarn anzutreten. Bedeutend kann die Hülfe nicht genannt werden, da das Korps aus höchstens 250 Mann bestehen wird. — Die heutige Reichstagssitzung war dadurch sehr bemerkenswerth, daß der czechische Abgeordnete Rieger ganz im oppositionellen Sinne interpellirte. Er beklagte sich über das mangelhafte Avancementssystem, wornach Adelige, zu selbst Ausländer den Vorzug vor braven Unteroffizieren hätten. Der Kriegsminister widerlegte ihn durch Ziffern; in seinem eigenen Regimente hätten er 17 Felbwebel zu Offizieren vorrücken lassen. Rieger citirte namentlich eine Reihe von Beförderungen, Aeußerungen und Willkührlichkeiten konstitutionswidriger oder doch unkonstitutionsmäßiger Art, und wünschte zu wissen ob der Kriegsminister gesonnen sey einen das Wesen der Konstitution erläuternden und zur Beobachtung derselben auffordernden Tagsbefehl herauszugeben? ob er ferner gesonnen sei dem Militär den Genuß der Preß- und Associationsfreiheit, sowie des Petitionsrechtes nicht zu verkümmern? Der Minister antwortete ausweichend. Rieger behielt sich vor, Anträge in dieser Richtung zu stellen. Die Linke war hocherfreut. Sollte die czechische Rechte zu ihr übertreten, so wäre der Sieg der Opposition ausgemacht.

Briefe aus Wien vom 21. Sept. melden das Gerücht daß die Ungarn bei St. Thomas einen Sieg über die Serben davon getragen und das dortige Lager erstürmt haben sollen. Doch war die Sage noch so wenig verbürgt daß ein anderes Gerücht den Sieg in eine große Niederlage der Ungarn (von Mészaros besiegt) verwandelte. Am 20. Sept. legte Minister von Wessenberg die über die ungarischen Differenzen dem Pesther Ministerium mitgetheilte Staatsschrift auf den Tisch des Reichstags. Sie enthält die Vergleichsvorschläge, für deren gemeinsame Berathung dem Pesther Ministerium eine Frist von 8 bis 14 Tagen gegeben war, ohne daß man in Pesth davon Gebrauch gemacht hatte. (A. Z.)

Wien. Sicherem Vernehmen zufolge, soll die Partei der „Swornost“ aus Böhmen (der ultradoktrinäre Czechenschlag), in Oberungarn eingefallen seyn, um gegen die Magyaren — für die Croaten und Slavonier zu streiten.

Hamburg, 22. September. Die eben eintreffende kopenhagener Post bringt die bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Verhältnisse doppelt wichtige amtliche Nachricht, daß Dänemark in seinerlei Modifikation des Waffenstillstandes willigt und den Grafen Karl Moltke als Bevollmächtigten der interimistischen Regierung aufrecht hält. — Die erste Nachricht ist in einer Circularnote des dänischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an alle dänischen Gesandten im Auslande enthalten, welche vom 17. Sept. datirt, lautet. Die Thatsache, daß Dänemark sich willig erklärt hat, gewisse näher bezeichnete Modifikationen in dem mit Preußen abgeschlossenen und ratifizirten Waffenstillstand vom 26. Aug. einzuräumen, haben in keinem bedeutenden Grade die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung auf sich gezogen, so lange diese nur deutschen Blättern enthalten waren. Man verließ sich darauf, daß dieselbe zu Hause noch auswärts Glauben finden würden. Da aber jetzt in Erfahrung gebracht wird, wie eine Fraction der Nationalversammlung in Frankfurt dennoch ihre Annahme oder Nichtannahme des Waffenstillstandes auf ein solches Gerücht hin bauen will, finde ich die Veranlassung, Sie zu ersuchen, bei der Regierung bei welcher Sie accreditirt sind, Erkundigungen zu erklären, daß von seinen Modifikationen durchaus keine Rede gewesen ist, weder als Vorschlag von der einen Seite, noch als Einwilligung dieser Seite. Es würde zu nicht wünschenswerthen Verwickelungen führen, falls oben benannte Versammlung, von unrichtigen Prämissen geleitet, einen Mittelweg einschlagen sollte zwischen Annahme und Verweigerung. Der dänischen Regierung liegt es daher ob, jede Idee daß Sie zu solcher Unklarheit oder Zweideutigkeit Veranlassung gegeben hätte, zu entfernen. Was man von heraus glaubt, berechtigt zu sein, fordern zu dürfen, ist, daß diejenigen Autoritäten, welche sich selbst die Rechte beilegen, den gültig abgeschlossenen Waffenstillstand über spätern Bestimmungen zu unterwerfen, zu einem klarem Resultate kommen mögen, entweder den Waffenstillstand anzunehmen, um ihn mit derselben Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, wie es von Seite Dänemarks geschehen ist, oder ihn zu verwerfen. Der Waffenstillstand ist ein Versöhnungsact mit den Herzogthümern. Sein Zweck ist, zu versuchen, die Differenzen auszugleichen, welche zwischen der Bevölkerung dieser Länder und der hiesigen entstanden sind. Dies Gute kann aber nicht erreicht werden, so lange die Partei in den Herzogthümern, welche die Fortsetzung des Krieges wünscht, Hoffnung hat, durch Unterstützung der Nationalversammlung ihre Pläne zu erreichen. Darin stimmt die dänische Regierung einen Grund mehr, dazu beizutragen, auch von Seiten Deutschlands eine unzweideutige Abmachung zu erwirken. Sie werden möglichst schnell der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, eine Mittheilung in diesem Sinne machen.“ — Diese Note ist erlassen, nachdem der Kammerherr Rezy, der die in der Note Camphausen's an Hedscher erwähnten Anerbieten gemacht, bereits in Alsen beim König gewesen. Graf Karl Moltke, der von Itzehoe hat entsliehen müssen, will jetzt von Alsen als Präsident nach Schleswig reisen. — Die Berling'sche Zeitung will, daß, falls Preußen nicht mit Dänemark in den Herzogthümern übrigbleibenden Bedingungen der Konvention erfüllen will, die dänische Armee Schleswig, Rendsburg und Friedrichsort und die bestreitenden Fähen und den Kanal aufs strengste blockiren müsse.

Kiel, 21. September. Die heutige Sitzung der Landesversammlung war sehr aufgeregt, theils in Folge der traurigen Nachrichten aus Frankfurt, theils besonders wegen der eben eingelaufenen Kunde von der angeordneten theilweisen Demontirung und Entwaffnung unserer Strandbatterien und namentlich der Festung Friedrichsort. Graf Reventlow-Preetz erhob sich, sofort nach Schleswig abzureisen und im Auftrage der Landesversammlung mit General Bonin und Oberst Baudissin darüber zu verhandeln und die Sistirung dieser Maßregel zu erwirken.

Italien.

Neapel, 12. Sept. Es geht das Gerücht daß der französische Gesandte zu Neapel den König eingeladen, sich mit der Besatzung Messina's zu begnügen. Parker und Napier sollen diesen Wunsch unterstützt haben. Ich glaube nicht daran. Solange der russische Einfluß fortdauert, gelten Frankreich und England gar wenig bei Hofe. Graf Chreptowitsch ist für König Ferdinand ein neuer Heiliger geworden den er anbetet. — Der „Tempo“, früher liberal, jetzt ultraconservativ, ist eifrig bemüht den Sicilianern die schändlichsten Greuel aufzubürden: „Sie sollen verwundete Soldaten lebendig in Stücke gerissen, die Köpfe umhergetragen, neapolitanisches (auch wohl schweizerisches) Menschenfleisch verkauft, gebraten und gegessen haben.“ (Florentiner Blätter dagegen versichern: die Neapolitaner hätten sicilisches Menschenfleisch gefressen!) Die Schweizer besetzten Messina am 8. Sept. 10 Uhr Vormittags. Die Behörden von Messina ersuchten die französischen und englischen Schiffskommandanten um Vermittlung, aber auch diese wurde abgelehnt. Ich denke die Italiener werden nun bald genug an französischen und andern Interventionen haben. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 19. Septbr. Unser Kriegsminister, General Lazar Mészaros, hat am 17. Sept. einen allgemeinen Sturm auf die starken Verschanzungen von St. Thomas unternommen. Man stehe sämmtlich der Nachricht über den Erfolg entgegen. Bei Groß-Besskerek hat der Oberst Kisch ein siegreiches Gefecht geliefert, wobei er vier Kanonen erbeutet, viele Feinde getödtet oder gefangen hat.

Digitized by Google

Tags vorher hatte er die Stadt Perlaß genommen und den Flammen übergeben, auch eine Kanone erbeutet. Auf der andern Seite sind aber die Aufständischen in den Groß-Kikindaer Kreis eingedrungen und haben Kumand besetzt. — Graf Edmund Zichy, ein alter Kämpe der Freiheit, ist auf eigne Faust mit 30,000 Bauern in Kroatien eingefallen. — Der Ban Jellachich concentrirt seine Armee bei Groß-Kanisa. Bis jetzt hat er nur 8000 Mann bei sich. Der Stadt Pest er aber die Proviantversorgung für 30,000 Mann aufgetrieb. Ein Theil seiner Truppen zieht plündernd umher. Durch die Nachricht, daß der Erzherzog Stephan selbst an die Spitze der ungarischen Streiter tritt, soll im Lager des Jellachich ein panischer Schrecken erzeugt worden seyn. Es wird aber Alles darauf ankommen, ob der Erzherzog Stephan es ernst mit Ungarn meint. (D. A. Z.)

Stuhlweissenburg, 17. Sept. Oberst Graf Adam Teleky, der sich gestüchtet hat, soll neuerdings sein Commando gegen Jellachich übernommen haben. Auch der tapfere General Kiss, der sich bei Perlaß so ausgezeichnet hat, will über die Donau kommen, und die Jellachich'sche Armee im Rücken fassen. Erzherzog Stephan führt die ungarische Hauptarmee an. (N. Oest. Z.)

Frankreich.

* Paris, 22. Sept. Die Nationalversammlung hat gestern noch eine ungewöhnliche Thätigkeit entwickelt, sie hat eine Anzahl von Amendements über Bord geworfen und die Art. 11, 12, 13 und 14 der Constitution angenommen. Unter Art. 15, das Gleichheits-Prinzip der Steuerpflichtigkeit betreffend, entspann sich abermals eine lange Debatte, die ohne Resultat vertagt werden mußte.

Louis Napoleon, Achille Fould's Vetter Räspail sind gestern als Repräsentanten des Departements der Seine proklamirt worden. In Avignon wurde Herr Gent wieder erwählt, dessen Wahl die Nationalversammlung vor einem Monate annullirt hat. In Lille der Oberst Regnier, in Lyon Here River, in Bordeaux Graf Molé und in Bersi der General Lesto.

Allerhand beunruhigende Gerüchte circuliren gestern in Paris und besonders an der Börse; man behauptete, Cavaignac sehe sich durch die immer drohendere Haltung der Legitimisten in den Departements veranlaßt, sich mehr zur Linken zu wenden; die Minister Senard und Recurt würden zurücktreten und Ledru-Rollin Minister des Innern werden, um mit seiner bekannten Energie aufzutreten; es scheint allerdings, daß an diesen Gerüchten etwas Wahres ist und daß wir in den nächsten 14 Tagen einer Krisis entgegen gehen, die der Lage der Dinge hier eine bestimmtere Physiognomie geben wird. Man glaubt auch, daß die Regierung der Zulassung Louis Napoleons nicht das geringste Hinderniß entgegensetzen wird.

Cavaignac wird am künftigen Sonntage eine Revue der gesammten Nationalgarde des Departements der Seine abhalten. Lamoricière, Changarnier und der nun ganz hergestellte Bedeau werden Cavaignac begleiten.

Napoleon Bonaparte, der Sohn Jerome's, hat sich gestern zum Polizeipräfekten begeben und diesem erklärt, daß er für die friedlichen und ruhigen Absichten seines Cousins Louis hüge, — er glaube nicht, daß er, ehe die Versammlung nicht seine Zulassung ausgesprochen habe, nach Frankreich kommen werde, keineswegs aber werde er je dulden, daß sein Name den Unruhestiftern zum Vorwande diene.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 22. September.) Man beschäftigt sich in Conferenzsaale und in den Gruppen der Vertreter lebhaft mit den Kabinetsveränderungen, die man erwartet, und mit dem republikanischen Bankette, das heute Abend zur Feier der Gründung der ersten franz. Republik (1. Vendemiaire des Jahres I.) Statt findet. Marchal nimmt das Wort um die Versammlung aufmerksam zu machen, wie langsam die Discussion der Constitution vorwärts schreite. In vier Wochen habe man erst die Einleitung und 14 Artikel erledigt, man brauche also zu den andern 114 Artikeln noch wenigstens 15 Wochen, dann 2 Wochen zur General-Revision der Verfassung und so könne diese vor Ende Januar oder Anfang Februar nicht in's Leben treten. Eine solche Fortdauer des Provisoriums in den Winter hinein sey aber gefährlich und er schlage daher vor, die Sonntage und fünf Tage in der Woche zur Verfassung zu verwenden. Nach einigen Bemerkungen Luneaus behält sich die Versammlung die Entscheidung über diese Frage vor. Man schreitet hierauf zur Discussion des Dekretes, das einen Kredit von sechs Millionen zum Baue von Vicinalstraßen bewilligt. Nach einer langen Diskussion wird das Gesetz angenommen. Sauteyre nimmt das Wort um Interpellation an den General Cavaignac zu richten. Sauteyre beruft sich auf den Ernst der gegenwärtigen Lage um seine Interpellation zu rechtfertigen. Das Vertrauen habe wieder zugenommen, und mit ihm Handel und Industrie, — aber seit einigen Tagen herrsche wieder Unruhe in der Bevölkerung. Nachdem er die Nothwendigkeit auseinander gesetzt hatte, daß alle Spaltungen beseitigt und alle Meinungen zum Besten des Landes vereinigt werden sollen, kömmt er auf den Hauptgegenstand seiner Interpellation und behauptet, vor Allem sey nöthig, daß sich eine große und compacte Majorität im Sinne der Verjöhnung und gemäßigter Concessionen bilde, die mit Kraft und Energie für das Beste des Landes arbeite. Nach einigen Lobsprüchen für Cavaignacs Charakter und Patriotismus fordert er diesen auf mit seiner bisherigen Energie jeden Versuch zu Unordnungen, unter welcher Fahne er sich auch zeigen möge, sogleich zu unterdrücken und dittet ihn zu sagen, was er von dem Zustande des Landes denke und was er thun wolle. Cavaignac: Die Versammlung scheint nicht zu wollen, daß die Regierung auf diese Interpellation nicht antworte. Ich werde es nicht thun, aber ich habe eine Frage an die Versammlung zu richten. Seit einigen Tagen scheint sich in dieser Versammlung eine Wolke zwischen uns und einem Theile der Versammlung erhoben zu haben. Ein solcher Zustand ist nachtheilig und bedarf der schnellsten Aufklärung. Man scheint auf Thatsachen, die außer diesem Saale Statt fanden (die Wahlen) zu großes Gewicht zu legen, — aber eben darum ist es nöthig, daß die Wolken die uns gegenseitig verhüllen, verscheucht werden. Was aber beabsichtigte Unruhen betrifft, so brauche ich wohl nicht zu sagen, was die Regierung thun wird. Wir haben unser Alles aufs Spiel gesetzt, wir können und werden nicht rückwärts gehen. Was die Fahne der Versöhnung betrifft, so haben wir sie längst aufgesteckt und sie heißt die Fahne der Republik. Jeder, der zu uns kömmt und zum Heil und Gedeihen der Republik beizutragen, wird mit offenen Armen empfangen werden, ohne daß wir nach seinem Vertrauen fragen. Die Lage ist ernst, aber nicht so bedenklich, als man sie machen will, die Regierung ist auf alle Eventualitäten gefaßt, sie besitzt Gewalt genug und sie verlangt keine größere. Sie gibt aber hiemit dem Lande die Versicherung, daß es ruhig seyn kann und daß keine ernstliche Gefahr droht. (Allgemeiner Beifall.)

Lokales und Provinzielles.

Aufforderung an den Magistrat der Stadt Bayreuth.

Die städtische Behörde wird hiemit dringend aufgefordert, bei der unbarmherzigen Finsterniß wie sie jetzt allnächtlich herrscht, die Straßen mindestens in den vormitternächtlichen Stunden sofort beleuchten zu lassen.

Bayreuth, 26. September. Die gestrige Mittheilung über den Abmarsch eines tiefigen Infanterie-Bataillons müssen wir nach zuverlässiger Quelle dahin berichten, daß nicht vom dritten, sondern vom ersten Bataillon des 13. Regiments je zwei Compagnien nach Hof, Münchberg und Wunsiedel verlegt werden. Major von Merkel, der das Bataillon befehligt, wird sein Quartier in Hof aufschlagen. — In der 83. Sitzung der Nationalversammlung zeigte der Präsident den Austritt des Abgeordneten Keim aus den Wahlbezirk Bayreuth an.

Anzeigen.

Daß man die von mir mitgetheilten Thatsachen in Abrede stellen und durch Einleitung von Untersuchungen zu widerlegen trachten werde, wußte ich bereits bei Einsendung meines Berichts. Ich fürchte aber eine Untersuchung keineswegs, da ich die von mir referirten Thatsachen durch 20 und noch mehr Zeugen vollständig nachweisen werde. Die Redaction hatte ich schon früher ermächtigt auf Anfrage Jedermann meinen Namen zu nennen. Soviel als Erwiderung auf die Anzeige auf Nr. 262 der B. Z. d.d. Wunsiedel, den 21. September 1848.

Grimm aus Hohlenbrunn.

Zum öffentlichen und meistbietenden Verkauf von einigen Klaftern Stock- und Scheitholz heurigen Schlags, aus der Hospitalwaldung, Forstrevier Ottmannsreuth, steht auf Montag den 2. October Vormittags 10 Uhr Termin an und werden Kaufsliebhaber eingeladen, sich am genannten Tage zunächst dem hospitalischen Jägerhause bei Ottmannsreuth einzufinden.

Bayreuth, am 25. September 1848.

Die Hospital-Verwaltung.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag — Nro. 270. — 28. September 1848.

Bayreuth. Sichtrem Vernehmen nach beabsichtigt ein Theil der oberfränkischen Geistlichkeit in Culmbach demnächst eine Pfarrer- und Lehrerversammlung zu veranstalten, wodurch eine Verständigung zwischen beiden Parteien hergestellt und das Verlangen der Lehrer nach Befreiung von geistlicher Bevormundung versuchsmäßig gemacht werden soll. Neunzehn Thesen sind für diese Conferenz von den Pfarrern bereits berathen und durch den Druck unter dieselben verbreitet. — Sollten bei dieser beabsichtigten Conferenz wirklich Lehrer betheiligt werden, so muß man gestehen, daß dieselbe eigentlich post festum kommt; denn bei Weitem der größere Theil der oberfränkischen Lehrer hat sich bereits an den, von den einzelnen Lehrerversammlungen und Vereinen ausgegangenen Petitionen für Emancipation der Schule betheiligt; eine freiwillige Theilnahme von ihrer Seite ist demnach bei einiger Consequenz nicht zu erwarten und eine möglicherweise durch geistlichen Einfluß moralisch erzwungene Theilnahme Weniger würde den Zweck dieser Versammlung auch nur wenig fördern. Was die aufgestellten 19 Thesen betrifft, so sind dieselben natürlich ganz im Sinne der Pfarrer verabfaßt. Mehre von ihnen bedürfen keiner Verständigung, da es noch keinen Vernünftigen eingefallen ist, dieselben streitig zu machen; andere beruhen auf einseitiger Annahme; alle aber haben zum Resultate, daß es der Laurische nach beim Alten bleiben muß, d. h. die Pfarrer sind ein für alle Mal von Gottes Gnaden Vormunde der Schule und ihrer Lehrer. —

Allerdings muß alle wahre Volksbildung auf religiöser Grundlage beruhen und es ist eine absichtliche Entstellung der Wahrheit, zu behaupten, daß durch die Emancipation der Schule dieser oberste Grundsatz aufgehoben werden soll, wie man es dem leichtgläubigen Volke namentlich in den Rheinlanden glauben machte und gegen die Lehrer fanatisirte. Wollen die Pfarrer gerecht seyn, so müssen sie gestehen, daß die religiöse Bildung, welche die Jugend bis zum 14. Lebensjahre empfängt — also die vorzüglichste religiöse Grundlage — bei Weitem dem größten Theile nach eine Frucht des genossenen Religionsunterrichtes von Seite der Volksschullehrer sey; denn die in jeder Woche nur einmal stattfindenden Christenlehren, wie der alljährlich abzuhaltende 6 bis 8wöchentliche Confirmandenunterricht der Geistlichen ist nichts Anderes als eine bloße Wiederholung und ein Beschluß des gesammten Religionsunterrichtes, den der Lehrer jahrelang ertheilte. So gut nun die Schullehrer seither vorzugsweise die Religionslehrer für die Jugend waren, eben so gut werden sie dasselbe auch nach wirklich ausgesprochener Emancipation der Schule seyn, man müsse denn so gemein denken, daß der redliche Lehrer nur dann seinen Pflicht Genüge leisten werde, wenn ihn beständig ein Pfarrer mit der drohenden Conduite hinter ihm das Brausstichtigungsrecht übt. Ja es würde gewiß jeden braven Lehrer schmerzlich berühren, wenn er wirklich den Religionsunterricht fernerhin aufgeben müßte, denn er ist für ihn — den unseligen Gedächtnißstraum abgerechnet — der belohnendste. Es werden auch die Pfarrer, als Wächter über diesen Unterricht, nach wie vor Christenlehre und Confirmandenunterricht ertheilen und die Volksschule wird eben so gut wie die Latein- und Gewerbsschulen nach wie vor eine christliche Bildungsanstalt seyn. Die Behauptung, daß durch Emancipation der Schule die Religion in Gefahr käme ist demnach ein Hirngespinst, womit man nur Leichtgläubige und Besangene beitren kann. Daß der Religionsunterricht, der darauf zu verwendenden Zeit nach, wie in den höheren Anstalten, in ein richtigeres Verhältniß zum Fachunterricht gebracht werde; daß er nicht mehr — gleich dem Geschichtsunterricht an Gymnasien — als Mittel gebraucht werde, confessionelle Scheidewände aufzuführen; daß der Ballast religiöser Gedächtnißübungen auf ein vernünftiges Maß reducirt und dem Religionsunterrichte selbst eingetheilt werde; daß der Symbolzwang ermäßigt werde ꝛc. sind zeitgemäße, nothwendige Verbesserungen, die mit der Emancipation in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen und auch ohne dieselbe stattfinden müssen, und keinem Vernünftigen wird es einfallen in diesen nothwendigen Verbesserungen eine Gefahr für die Religion selbst zu finden. Durch besagte Emancipation soll lediglich der überwiegende Einfluß der Geistlichkeit auf das gesammte Volksschulwesen in die ihm mit Recht zu setzenden Schranken zurückgewiesen und namentlich verhindert werden, daß die Volksschule als Mittel zur Erreichung hierarchischer Zwecke benützt werden könne; fernerhin sollen durch dieselbe die Jugendlehrer so gestellt werden, daß sie nicht mehr nöthig haben, aus Sorge für ihre Existenz stummen Mundes und gesenkten Hauptes des Winkes geistlicher Obern blindgewärtig zu seyn; ihrer Erfahrung soll die nöthige Beleuchtung zu Theil werden, wo es sich um das Wohl der Schule handelt, und gleichwie der Pfarrer gleichfalls Pfarrer, der Jurist Juristen, der Forstmann Forstleute, der Techniker Techniker zu urtheilenden Vorgesetzten hat, so soll auch der Lehrer endlich mündig gesprochen werden, in seinem Amte seines Gleichen als Vorgesetzte haben.

Daß aus der Emancipation der Schule verderbenbringende Anfeindung entspringen soll, ist eine unchristliche Annahme, und kann von gebildeten und christlichen Pfarrern und Lehrern am wenigsten aufgestellt werden. Im Gegentheile sind wir der Ansicht, daß durch die Emancipation ein freundlicheres, traulicheres Verhältniß herbeigeführt werde, was durch das Subordinationsverhältniß seither häufig verhindert wurde.

Uebrigens können wir die Idee beabsichtigter gemeinschaftlicher Conferenzen des Lehrstandes der Kirche und Schule mit der Lösung des Friedens, gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Achtung nur eine glückliche nennen und ist deren Verwirklichung sehr zu wünschen, da dieselben gewiß einen Nachlaß geistlichen Hochmuths einestheils und ein Schwinden lächerlichen Dünkels und schamloser Kriecherei anderntheils von Seite vieler Glieder des Pfarrer- und Lehrerstandes veranlassen würden, nur dürften denselben keine Themate zu Grunde gelegt werden, bei deren Abhandlung die Interessen und Controversen allzu grell hervortreten würden, wie z. B. das der Emancipation der Schule.

Der in Culmbach abzuhaltenden ersten Conferenz werden jedenfalls nur wenige oder gar keine Lehrer beiwohnen, da sie, trotz hinreichender Begründung der nothwendigen Realistrung dieser Zeitfrage, der scharfen Dialektik der auf die Thesen vorbereiteten Geistlichen gegenüber, dennoch den Kürzern ziehen würden. Mögen beide Parteien leidenschaftslos abwarten, was die Vertreter des Volkes, als die competenten Richter in dieser Angelegenheit beschließen werden. Der gebildetere Theil des Volkes ist es ja, von dem die Anregung dieser Zeitfrage vorzugsweise ausgeht. Pfarrer und Lehrer kämpfen in dieser Angelegenheit lediglich für ihre Parteigweche, wenn auch beide mit dem Wahlspruche des Volkswohles. Mag der Spruch der Vertrauensmänner lauten wie er wolle, — christliche Kirchen- und Schullehrer werden nach wie vor ihre Pflicht treulich erfüllen.

Von einem Unparteiischen.

Deutschland.

† Frankfurt, 25. Sept. Der National-Versammlung ist heute vom Reichsverweser angezeigt worden, daß er alle früheren Minister mit Ausnahme des Herrn Heckscher (dessen Portefeuille einstweilen der Minister des Innern v. Schmerling übernimmt) sowie alle Staatssekretäre wieder in ihre Funktionen eingesetzt habe. Die linke Seite machte heute einen Versuch, gegen die Minister des Innern und der Justiz (Mohl) eine Anklage wegen des Belagerungszustandes zu gründen; allein die Majorität ließ den Antrag nicht einmal zur Diskussion gelangen, sondern verwies ihn an den Ausschuß. Die Erklärung v. Schmerlings: Die Mitglieder der Nationalversammlung seyen wie alle Einwohner Frankfurt's dem Belagerungszustand unterworfen, rief einen gewaltigen Sturm auf der Linken hervor. Man schrie: das ist eine Schmach! Schmerling fügte hinzu: daß kein Mitglied der Nationalversammlung ohne Zustimmung derselben verhaftet werden solle; übrigens werde der Belagerungszustand so lange dauern, als das Ministerium für nothwendig halte. Hierauf schlug Venedey vor, die Nationalversammlung solle sich für sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes erklären; allein trotz des von ihm verlangten namentlichen Aufrufs entschied die Majorität mit 277 gegen 131 Stimmen, daß ihm zur Begründung des Antrags das Wort nicht gleich zu geben sey. Sodann wurde über §. 18 der Grundrechte abgestimmt, und

Digitized by Google

mit Mehrheit von 4 Stimmen (180 gegen 176) beschlossen: daß jeder Deutsche (in dem ursprünglichen Antrag hieß es: jeder unbescholtene Deutsche) berechtigt seyn solle, Unterricht zu ertheilen, Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, wenn er die erforderliche moralische, wissenschaftliche oder resp. technische Befähigung dazu von der betreffenden Staatsbehörde nachweist. Ein Mitglied (Meyer aus Liegnitz) hatte als Zusatz beantragt, daß den Mitgliedern gründlicher Orden und anderer exceptioneller geistlicher Körperschaften das Unterrichts- und Erziehungswerk gänzlich untersagt seyn soll; allein dieser Zusatz der einen seltsamen Widerspruch zu dem eben erst ausgesprochenen Princip der Unterrichtsfreiheit gebildet haben würde, wurde mit großer Mehrheit verworfen. Ueber den §. 19, welcher die Befreiung vom Schulgeld, die Trennung der Schule von der Kirche u. s. w. berührt, wird morgen abgestimmt werden, eben so über den §. 20, nach welchem Jedem freisteht, seinen Beruf zu wählen und sich zu demselben vorzubereiten, wie und wo er will.

Frankfurt, 25. September. Die provisorische Centralgewalt hat den Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung Gustav Grafen v. Keller zum Reichscommissär für den Umfang aller südwestlichen Bundesstaaten mit unbeschränkter Vollmacht ernannt. (F. J.)

Das F. J. berichtet: **Frankfurt**, 25. Sept. In unserm gestrigen Jour. theilten wir in einer Nachschrift kurz mit, daß in der vergangenen Nacht auf der Main-Neckar-Eisenbahn (bei Weinheim an der Bergstraße, zwischen diesem Städtchen und Großsachsen) eine kurze Eisenbahnstrecke demolirt worden war, wodurch ein Zug von 10 Waggons mit zwei Locomotiven, der von Heidelberg hierher zurückkehren wollte, einen etwa 10 bis 12 Fuß hohen Damm hinabstürzte, die Locomotiven stark beschädigt und 5 Waggons total zertrümmert wurden, die übrigen Waggons aber sich auf der Bahn selbst über einander schoben. Die Führer der Locomotive bemerkten zugleich vor oder bei dem Sturze eine nicht unbedeutende Explosion, durch welche zuerst die schweren Locomotiven in die Höhe gehoben wurden: der Damm war an jener gefährvollen Stelle **unterminirt**! Schon am Samstag wurden mehrere Male bei den Transporten der Reichs-Truppen von hier nach Baden längs der Bergstraße nach den Locomotivführern geschossen. Die regelmäßigen Fahrten wurden durch obige Umstände gestern etwas gestört und verspätet. Die Frühzüge konnten nur bis Weinheim gelangen; der Zwölfuhr-Zug ging erst 4 Uhr Nachmittags von hier weg, mußte aber wahrscheinlich des Heidelberg gegenwärtigen seyn, da die gestört gewesene Stelle gestern Nachmittag schon wieder hergestellt seyn konnte.

Schliengen, 22. September, Morgens 6 Uhr. Unser armes Oberland ist seit gestern wieder ein Schauplatz eines Aufruhrs. Gestern war Jahrmarkt in Lörrach, verschärfte Reden fielen schon Nachmittags, Abends aber zog, von der ohne ihre Hauptleute versammelte Lörracher Bürgerwehr freudig empfangen, Hr. von Steuve in Lörrach ein. In einer Rede vom Rathhause versprach er nun dies zweite Mal die rechte Freiheit Deutschlands und forderte das Volk auf, sich ihm anzuschließen mit ausdauerndem Muth. In allen Thälern Deutschlands werde es am selben Tag losbrechen. Es befahl das Eigenthum zu schonen, stellte als Führer „General Löwenfels" vor, und schloß mit einem Lebehoch auf Deutschland. Nachts stürmte und trommelte es in den Oertschaften des Wiesenthales, und reitende Boten aus der Lörracher Bürgerwehr eilten in die Dörfer mit „Befehl" (!) an die Bürgermeister, unverzüglich die Mannschaft vom 18.—40. Jahre ins Hauptquartier nach Lörrach zu senden. In einem Dorfe, wo der Einsender war, hielt man, nicht sehr für diese neue, befohlene Freischaarenfreiheit eingenommen, eine Bürgerversammlung, und beschloß, jedenfalls noch zu warten, was andere Gemeinden thun würden. Morgens um 3 Uhr, als wir zur Eisenbahn abfuhren, war noch kein Bürger ausgezogen, in den benachbarten Ortschaften Alles still; nur vom Wiesenthale her zog den Bewaffnete.

Aus dem **Breisgau**, 23. September. Ueber Schliengen sind die Freischärler bis jetzt nicht hinausgekommen. Eine Locomotive fuhr heute, um zu rekognosziren, bis an das letzte Bahnwarts-Haus vor Schliengen, und kehrte erst zurück, als bewaffnete Mannschaft heranzog. Dieselbe war einige Hundert Mann stark, und marschirte in Reih' und Glied nach dem Schall der Trommel.

Freiburg, im Breisgau, 24. September. Mehrere Tage lebten wir in großer Angst. Die Aufrührer rückten uns immer näher und nur wenig Militär war in unserer Stadt. Man fürchtete Exesse. Die Häuser derjenigen Männer, die man als entschiedene Gegner der republikanischen Bestrebungen kennt, wurden in der Nacht mit einem Striche von rother Farbe bezeichnet. Das erwartete Militär wurde, weil die Eisenbahn an mehreren Orten zerstört war, unterwegs aufgehalten. Zu unserer großen Freude ist man jetzt eine bedeutende Truppenmacht in und um unserer Stadt. Heute früh ist ein Theil derselben den Rebellen entgegengezogen, die überall die öffentlichen Kassen plündern, und die Beamten mit sich fortschleppen. Alle Verbindung mit dem Oberlande ist abgeschnitten. Ohne Gefahr, angehalten oder beraubt zu werden, kann nur reisen wer einen von Blind ausgestellten Paß hat, der sich als „Chef der provisorischen Regierung" unterschreibt. Erfreulich ist es, daß, wie sich aus den eben eingelaufenen Berichten, die sämmtlichen Bürgermeister des Amtes Stockach erklärt haben, den Struve'schen Schaaren, wenn sie ihre Drtschaften heimsuchen wollten, mit Gewalt entgegen zu treten, und es auf das Aeußerste ankommen zu lassen. Auch Schopfheim hat sich in gleicher Weise erklärt. Mit der größten Spannung sehen wir den nächsten Nachrichten von unsern Truppen entgegen. Befehlshaber derselben ist Hoffman.

Mannheim, 23. September, Abends. Hier weiß man über den Stand des Steuve'schen Einfalles nichts Positives. Soviel steht jedoch fest, daß die ersten nach Frankfurt gelangten Nachrichten jedenfalls sehr übertrieben waren. Man spricht von nur einigen 100 Mann, worunter viele Bürgerliste und Polen, mit denen er bei Schliengen stehen soll. Davon, daß er in Freiburg eingerückt und die politischen Gefangenen befreit haben sollte, verlautet kein Wort.

Mannheim, 25. September. Hier hat man keine weiteren Nachrichten aus dem Oberlande. Daß Freiburg von Struve angegriffen worden sey, war ein leeres Gerücht. Diese Stadt ist gut von Truppen besetzt und ruhig. — Es scheint, daß Struve von allen Seiten umschlossen und der Sache auf einmal ein Ende gemacht werden soll.

Karlsruhe, 24. September. Ein eben ausgegebenes Regierungsblatt verordnet für diejenigen Bezirke und Fälle, in denen die Umstände es erfordern, den Kriegszustand mit dem Standrecht an, den entweder der Großherzog oder der dazu ermächtigte Obercommandant der Truppen nach Maßgabe der Verhältnisse beschließt und in Ausführung bringt. Bereits hatte der commandirende Kriegsminister Hoffman die Aemter Lörrach und Müllheim in Kriegszustand erklärt, während nun dasselbe Regierungsblatt, in Anbetracht, daß an verschiedenen Orten die Eisenbahn zerstört wurde, den Kriegszustand von Lörrach bis abwärts und einschließlich Achern, so wie über den Bezirk Ettlingen ausdehnt. Wir vernehmen, daß in letzter Nacht auch bei Ladenburg und oberhalb Kreyzingen einzelne Schienen an der Bahn aufgerissen wurden. (F. J.)

Karlsruhe, 23. September. Heute Abend treffen drei Bataillone Reichstruppen ein. Das eine wird in Offenburg und Appenweier, das andere in Acheen, das dritte hier in Karlsruhe Halt machen. Morgen rücken weitere Reichstruppen nach, welche direkt in das Oberland ziehen werden. Auch sind von Reichsministerium die Truppen von Lindau und Bregenz angewiesen, in den Seekreis zu marschiren, von wo aus sie den Aufständigen in den Rücken kommen werden.

In Regensburg ist der Landgerichtsassessor Schwarz von Hermaun zum Bürgermeister gewählt worden, hat aber die Wahl abgelehnt. — Man gibt sich in Regensburg viel Mühe, die Nationalversammlung dorthin zu bekommen. Auf den 25. war eine Volksversammlung anberaumt, um eine desfallsige Adresse an das Parlament zu erlassen; man faßte jedoch keine Beschlüsse, da gleich beim Beginn der Versammlung angezeigt wurde, die städtischen Behörden hätten die Sache bereits zur Hand genommen und würden den eine Bürgerversammlung veranlassen.

Das Meininger Staatsministerium macht bekannt, ein Gesuch an Bayern, Truppen in das Herzogthum Meiningen einrücken zu lassen, sei bermalen nicht gestellt worden, bei der rechtlichen und guten Gesinnung der großen Mehrzahl hoffe man ohne Truppen die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten; doch werde nöthigenfalls jederzeit eine schnelle und wirksame Hülfe durch Reichstruppen zu Gebote stehen. — Ausmärtige Blätter erzählen von Schilderhebung, welche die Republikaner in den sächsischen Herzogthümern beabsichtigen. Für diesen Fall hätten die bayerischen Truppen zu Bamberg und Bayreuth Befehl einzurücken, und das Unternehmen zu vereiteln. (Dorfz.)

Jena, 21. Sept. Der Professorencongreß zur Reform deutscher Universitäten hat heute seine zwei ersten Sitzungen gehalten. Als Präsident wurde Kanzler Wächter, als Vicepräsident Hofmann aus Jena gewählt; als Secretäre: Schletter, Schaffhausen, Heiser, Cäsar und Domrich. Es wurde beschlossen, daß die Deputirten virilim und nicht per curiam stimmen sollten, gleichviel ob eine Universität 9 oder 2 Deputirte gesendet hat. Der erste Ge-

Digitized by Google

genstand der Berathung war die Lehrfreiheit, und es wurde darüber beschlossen, daß alle politischen und kirchlichen Beschränkungen fallen müssen, daß indessen eine Einämmung eintreten könne, wenn ein zu allgemeiner Geist über Alles, selbst das ihm Heterogenste Vorträge halten wolle.

Berlin, 24. September. Hier bereitet sich Alles auf einen Schlag auf morgen vor und die Stadt ist in sehr düsterer Besorgniß. Man spricht davon, daß die Bürgerschützen morgen die Umgebung des Schauspielhauses und die Eingänge zum Concertsaale, gebung des Schauspielhauses und die Eingänge zum Concertsaale, wo vielleicht den letzteren selbst, besetzen werden. Die Bürgerwehr ist consignirt, die Soldaten mit Sack und Pack marschfertig. Heute gegen Mittag gegen etwa 300 Leute, an der Spitze Soldaten, die mit dem Volke fraternisirten, durch die Königsstadt nach dem Schönhauser Thore. Die revolutionären schlagfertigen Massen wollen sich indeß nur erheben, wenn es gilt, die Rentiers der Linken zu schützen und wenn das gesammte Volk sich im Aufstande befindet. Die Regierung, sagen die hiesigen Kernpyhäen der Bewegung, muß zuerst auf die rohe Gewalt provociren und dadurch die Revolution legal machen. Dabei Placate über Placate, darunter eins von den schleswig-holsteinischen Freischaren an den General Wrangl, worin sie Jenen auseinandersetzen, sie hätten etwas unter ihm gelernt. Die Polizei hält Nachforschungen wegen etwa angekommener Fremden; an den Eisenbahnen sind Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Nachmittags 4 Uhr: Aus bewährter Quelle läuft die beruhigende Nachricht ein, wie gegründete Hoffnung vorhanden ist, daß es morgen zu einer friedlichen Verständigung in der Kammer kommt. Mit dieser wäre die Gewitterwolke, die Berlin droht, einstweilen entladen. Diese Nachricht kommt aus sehr guter Quelle; die Centren der Kammer und die Regierung bieten die Hand zur endlichen Verständigung.

Berlin, 24. September. Eine große Sensation hat die gestern Abend erfolgte Beschlagnahme der noch vorhandenen Exemplare der Nr. 220 der Zeitungs-Halle hervorgerufen. Um der Person des Herausgebers habhaft zu werden, sind schon seit gestern Vormittag ernstliche Verfolgungen eingeleitet. Dem Vernehmen nach ist Hr. Julius zufällig auf einer Geschäftsreise begriffen. Es ist dies nach dem 18. März der erste direkte Angriff der Regierung auf die periodische Presse. — An den Ecken erneuern sich die Proteste gegen General Wrangel fortwährend, und nachdem auch das Commando der Bürgerwehr sich zur Einberufung einer authentischen Declaration hat verstehen müssen, wird bald kein Bataillon mehr übrig sein, das nicht seinen besonderen Protest aussprechen.

Rendsburg, 21. Septbr. Die häufigen Conferenzen des Generals v. Bonin mit der provisorischen Regierung lassen nun wohl vermuthen, daß Letzterer nicht allein über die in unsern Herzogthümern befindlichen Truppen das Oberkommando führt, sondern daß dieselbe sogar auch als Chef des Kriegsdepartements fungirt. Gestern gegen Mittag kam der General von Schleswig wieder hier an, stieg bei den Mitgliedern der provisorischen Regierung gleich nach seiner Ankunft zu einer mehrstündige Conferenz und kehrte nach Beendigung derselben nach Schleswig zurück.

Rendsburg, 23. Sept. Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: Mitbürger! Wir haben in unserer Proklamation vom 24. März d. J. gelobt, uns in dem Kampfe für Freiheit und Recht den Einheitsbestrebungen Deutschlands mit aller Kraft anzuschließen. Die deutsche Centralgewalt hat uns deutsche Waffenbrüder zur Hülfe gesandt, um das Land von dem Feinde zu befreien. Den Schleswig-Holsteinern vor allem liegt die Pflicht ob, die Centralgewalt, so viel an ihnen ist, zu stützen und ihren Befehlen Folge zu leisten. Die Nationalversammlung in Frankfurt, die höchste Rath der deutschen Nation, hat den von der Krone Preußen verhandelten Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark genehmigt; wir erwarten die Anordnungen des Erzherzogs-Reichsverwesers, um im Einverständniß mit der schleswig-holsteinischen Landesversammlung die von uns geübte Gewalt niederzulegen; bis dahin werden wir die Pflichten erfüllen, welche wir gegen das Land übernommen haben. Es ist uns amtlich zur Kunde gekommen, daß drei Personen, Moltke, Johannsen und Hansen, von der Insel Alsen aus Bekanntmachungen an das Volk der Herzogthümer erlassen, in denen sie sich als Mitglieder „einer königlichen Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" bezeichnen. Wir werden dem landesfeindlichen Treiben einer solchen unbefugten, mit den Waffenstillstandsverhandlungen im Widerspruch stehenden „königlichen Immediatkommission" nachdrücklich entgegentreten und haben an alle Polizeibehörden des Landes die Verfügung erlassen, die gedachten drei Personen, wo sie sich finden lassen, in Verwahrsam zu nehmen und den Gesetzen nach weiter gegen sie zu verfahren. Von dem gesetzlichen Sinn unserer Mitbürger aber dürfen wir erwarten, daß sie sich auch durch solche Provokationen nicht zu ungesetzlichen Scheitten gegen jene Personen hinreißen lassen. Rendsburg, 22. Sept. 1848. Die provisorische Regierung. Besseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt.

Ein Kundschreiben an sämmtliche Polizeibehörden der Herzogthümer Schleswig-Holstein lautet: Da es zur Kunde der provisorischen Regierung gekommen, daß der Graf Karl Moltke, der Conferenzrath Friedrich Heinrich Christian Johannsen, vormaliger Amtmann des Amts Hadersleben, und der Bischoff Jörgen Hansen zu Ecken sich zu einer sogenannten königl. Immediatkommission für die Herzogthümer constituirt und eine im landesfeindlichen Sinne abgefaßte Proklamation an das Volk erlassen haben, und da es der provisorischen Regierung obliegt, einem solchen Treiben entgegenzuwirken, so beauftragt sie ....., die genannten Personen, sobald dieselben sich im ..... Polizeidistrikte einstellen sollten, unverzüglich in Verwahrsam zu nehmen, und nach solches geschehen, an die provisorische Regierung einzuberichten. Rendsburg, 22. September 1848. Die provisorische Regierung. Besseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt.

Flensburg, 21. September. (Graf Moltke in den Herzogthümern.) Großes Staunen erregt die dem hiesigen Magistrate gewordene Meldung, daß Graf C. Moltke und drei seiner Gleichgesinnten, Johansen, Paulsen und Hansen von Alsen aus, wo der Erste mit dem Kammerherrn Reedtz bei dem Könige war, morgen hier eintreffen und als vom Dänemark geschickte provisorische Regierung in Funktion treten werden. Nach anderen Nachrichten würde er erst am 26. hier eintreffen. Der provisorischen Regierung und dem General Bonin ist bereits Anzeige davon gemacht, und, wie man hört, eine stärkere Truppenabtheilung nach Flensburg beordert worden um die durch Moltkes Ankunft bedrohte Ruhe zu erhalten. Laut Palmerston soll eine ernstliche Note an die deutsche Regierung erlassen haben. In Kiel war am 21. eine von Sonderburg datirte, von dem Grafen und seinen Freunden unterzeichnete Proklamation bekannt geworden, worin sie ihre bevorstehende Ankunft in den Herzogthümern anzeigen und sich als die einzig rechtmäßige Oberbehörde der Herzogthümer bezeichnen.

Kiel, 21. Sept. Heute Nachmittag ist die allgemeine Aufregung noch vermehrt worden, indem der hier anwesende Major v. Bülzenbruch einem Mitglieder der Landesversammlung die Bekanntmachung der Immediatkommission mitgetheilt hatte. Man erfährt, daß ein dänischer Offizier, welcher außer einem Ballen solcher Proklamationen ein Scheiben an die Hauptstadt in Rendsburg bei sich führte, nach Schleswig gekommen, doch jedoch vom General Bonin zurückgewiesen war. In einer Versammlung der Landesdeputirten, welche heute Abend stattfand, wurde die Moltkesche Bekanntmachung vorgelesen und erregte Heiterkeit. Man kann aber erwarten, daß im nördlichen Schleswig das Auftreten der Immediatkommission zu großer Verwirrung führen werde, da auch noch wenige deutsche Truppen dort noch vorhanden sind, und es sich bereits als sehr schwierig zeigte, die Zügel der Regierung noch mit fester Hand zu lenken.

Die neueste **Wiener Post** vom 22. September meldet nichts von größerer Bedeutung. Die ungarische Deputation hatte es verschmäht schriftlich mit dem Reichstag zu verkehren, und war nach Pesth zurückgekehrt. Im Reichstag erklärte der Minister v. Doblhoff das Gerücht für unwahr als sey eine Aufbedung der Innsbrucker Hochschule beabsichtigt. Es wird bestätigt daß österreichischerseits Innsbruck als Congreßort für die italienischen Differenzen vorgeschlagen worden, und daß Preußen an den diesfälligen Conferenzen theilnehmen will. Ancy beharrte Oesterreich dabei daß die fremde diplomatische Einmischung sich nur auf die Händel mit Sardinien beziehen, und die Ordnung der Angelegenheiten im lombardisch-venezianischen Königreiche nicht berühren dürfe; diese Ordnung müsse Oesterreich, das sich seine Provinzen mit seinem Blute wieder verschaffen habe, allein überlassen bleiben.

Der berüchtigte Hofrath Hunter, der in Wien als Geschichtsschreiber des kaiserlichen Hauses angestellt war, ist ohne Pension entlassen worden und hat in Tyrol glücklich ein Asyl bei den Jesuiten gefucht.

Prag, 22. September. Aus Nordungarn erfährt man, daß auch dort bereits der Aufstand gegen die Magyaren ausgebrochen ist. Hurdban steht an der Spitze einer der aufständischen Scharen.

Ungarn.

Pesth, 20. September. Am 18. Sept. rückte Jellachich mit dem Gros seiner Armee, bestehend aus ungefähr 9000 regulären und 14,000 irregulären Truppen, in drei Colonnen gegen Szalas-

Digitized by Google

Egerszegh vor. Dieser Ort war von einem Szekler- und drei Mobilgardebataillonen unter dem Obercommando des tapfern Major Vöhar besetzt. Bei Börend und Szalabér stand das ungarische Hauptlager unter dem Obercommando des Grafen Teréf an 16000 Mann stark. Die Magyaren griffen den Feind mit solchem Ungestüm an, daß dieser, 7—8000 M. stark, nach einigem Widerstand in wilder Flucht über das ihn von der Hauptmacht trennende Flüßchen Szala eilte, wo fünf Cavallerieabtheilungen ein furchtbares Gemetzel anrichteten. Der Bau, der auf Szala-Egerszegh losrückte, wurde von den unter Major Vöhar stehenden Truppen und den sich schnell gebildeten Landsturm aufgehalten und als die Kroaten ihren rechten Flügel in so wilder Flucht davoneilen sahen, wurden sie, von einem panischen Schrecken befallen, mit in die Flucht fortgerissen. Ihr linker Flügel kam gar nicht ins Gefecht. Kroatischerseits blieben auf dem Kampfplatze 12—1500 Todte und Verwundete, nebst 17 Kanonen und 3 Fahnen. Ungarischerseits 123 Todte und 192 Verwundete. (D. A. Z.)

Italien.

Nach den neuesten Berichten aus Livorno hat sich diese Stadt thatsächlich in eine Republik verwandelt. Es ist dort eine Volksregierung eingesetzt, die vollkommen unabhängig ihre Maßregeln trifft. Die Regierung in Florenz hat bereits verkündigt, daß sie diesen provisorischen Regierungsausschuß nicht anerkenne, und hat demgemäß alle Akte derselben, als den Grundsätzen des Landes zuwiderlaufend, für nichtig erklärt. Früher oder später wird es demnach zu einem Zusammenstoße kommen; denn es ist nicht wahrscheinlich, daß die ehrgeizigen Volksführer, den Demagogen Guerazzi an der Spitze, freiwillig ihre Macht wieder niederlegen werden. Auf Anrufen der Konsuln sind englische und französische Kriegsschiffe im Hafen von Livorno erschienen, um das vom Pöbel bedrohte Eigenthum ihrer Landsleute zu schützen.

Mailand, 20. September. Der russische General, welcher die Ehrenzeichen an Radetzky und die ausgezeichnetsten Offiziere der österreichischen Armee in Italien überbrachte, soll noch außerdem geheime Aufträge vom Kaiser Nikolaus dem allen Marschall ausgerichtet haben. Rußland wünscht, sagt man, seine Radhgiebigkeit gegen die Forderungen Frankreichs. Wie dem auch sey, so verdient jedenfalls der Umstand Erwähnung, daß die österreichische Armee vom Marschall Jellachich heute schon der festen Ueberzeugung durchdrungen ist, im Fall einer französischen Invasion können man auf Rußlands bewaffneten Beistand mit aller Zuversicht rechnen, und es berüfte hiezu nur eines Winkes von Wien.

Frankreich.

Paris, 23. September. Das gestrige Vertrauensvotum der Nationalversammlung bildet heute den Hauptstoff des Inhalts aller Journale. Die Situation war zu ernst geworden, die sich kreuzenden Gerüchte waren zu beunruhigend, als daß nicht eine Erklärung von beiden Seiten unerläßlich nothwendig gewesen wäre. Leider war diese Erklärung nicht vollständig, denn Cavaignac erklärte sich blos bereit, jeden Versuch zu Unordnungen zu bekämpfen; behielt aber sein politisches Programm in petto. Die Versammlung gab ihm fast einstimmig ein Vertrauensvotum, aber die Executiv-Commission erhielt auch noch am 12. Juni ein Vertrauensvotum und war am 24. schon gestürzt. Hat Cavaignac sich noch für kein bestimmtes Programm entschieden, oder ist seine Wahl getroffen und wagt er es noch nicht, seine Fahne offen zu entfalten? Alle diese Fragen bleiben unbeantwortet und die gestrige Discussion sammt ihrem Resultate wird nicht hinreichen, die Unruhe in den Gemüthern zu beschwichtigen. — Cavaignacs Worte wurden wie immer mit lebhafter Theilnahme, mit großem Beifalle aufgenommen, aber man sah ihm doch an, daß er sich nicht mehr so wohl, so heimisch auf seinem Platze fühle, wie noch vor vier Wochen. Die Legitimisten und die Rothen votirten gegen die motivirte Tagesordnung, mit ihnen auch Napoleon Bonaparte. „Que voulez vous, sagt der Rationat, un prince de sang!“ — An der Börse steigen die Course, aber was bedeutet das heute noch, wo die scharfsinnigen Politiker, die gewandtesten Börsenmänner das Morgen nicht mehr voraussehen können.

Die Regierung hat gestern die offiziellen Nachrichten erhalten, daß der Waffenstillstand zwischen Radetzky und Carl Albert verlängert worden ist, daß die österreichische Regierung allen feindlichen Schritten gegen Venedig entsagt hat und daß der König von Neapel auf das Einschreiten des französischen und englischen Admirals die weiteren Feindseligkeiten gegen Sicilien eingestellt und die Vermittlung beider Mächte angenommen habe.

Auch heute circuliren wieder eine Menge von Gerüchten, — man spricht von einem Mordanfalle auf Cavaignac, von einem Complotte mit dem Zwecke, den General um jeden Preis aus dem Wege zu schaffen, auch das Gerücht von dem beabsichtigten Ueberfalle des parlamentarischen Clubs Poitiers, um dessen Mitglieder zu den Fenstern hinaus zu werfen, erhält sich.

Das Bankett zur Feier der Gründung der ersten Republik hat gestern ohne die mindeste Störung stattgefunden. Ueber 150 Vertreter wohnten demselben bei. Ledru-Rollin brachte den ersten Toast aus und hielt eine Rede, in der er das künftige Programm der Republik in kräftigen Zügen aufstellte.

Großbritannien.

London, 21. September. Ludwig Philipp und seine Gemahlin geriethen dieser Tage im Park von Claremont auf einem Spaziergange in große Gefahr durch einen auf sie losstürzenden wild gewordenen Stier. Ein Diener wendete durch Entschlossenheit dieselbe ab, die Erkönigin ist aber in Folge des Schreckens sehr unwohl geworden. (D. A. Z.)

Aus Dublin wird unterm 20. berichtet: Heute gehen der General-Avvocat, die Obertichter ꝛc. nach Clommel ab, um dort morgen Assisen zu eröffnen, vor welchen S. O'Brien und Genossen abgeurtheilt werden sollen. Man glaubt nicht, daß im Falle ihrer Schuldigsprechung das über sie auszusprechende Todesurtheil zum Vollzuge kommen werde. — Die heute angelangten Berichte aus Tipperary melden die Fortdauer der Ruhe; doch erregte die schlimme Stimmung des Landvolks noch mancherlei Besorgniß, da man für den Winter ernstere Ruhestörungen erwartet.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. September. Die schwedischen Truppen haben Contreordre erhalten und die Abtheilung schwedischer Kusaren, die bereits in Roeskilde angekommen, ist nach Slagelse zurückgekehrt, um bis auf weiteres daselbst Quartier zu nehmen. Auch die in Svendborg befindlichen schwedischen Truppen haben einstweilen Befehl erhalten, noch vorläufig daselbst zu bleiben.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 27. Februar. Bei der heutigen Wahl der Gemeindevollmächtigten wurden als Magistratsbeisitze gewählt: die HH. Dorfmüller, Wagner (Uhrmacher), Krauß, Herold (Kaffetier,) Landbeintrieb. Als Ersatzmänner: die Herren Höreth, Kästner (Posamentier), Schmidt (Kaufmann).

Bayreuth, 27. Sept. Die Straßenbeleuchtung wird beginnen, sobald die Ketten und Laternen aufgemacht seyn werden. Eine unliebe Verzögerung in der Straßenbeleuchtung ist dadurch eingetreten, daß, wie es scheint, aus böswilliger Absicht die Nummern an den Ketten und Laternen verwechselt worden sind.

Bayreuth, 27. Sept. Ueber die Dislocirung des von hier zu verlegenden Inf.-Bataillons werden neuerdings Hof, Culmbach und Kronach als die Städte genannt, wohin die Truppen bestimmt seyen. In Kronach wird der Kommandant des Bataillons sein Quartier haben. Die Truppen sollen in diesen Städten und in den umliegenden Dörfern einquartiert und als mobile Colonnen verwendet werden. Morgen (den 28. d. Mts.) werden dieselben von hier abmarschiren.

Traurefall.

Verehrten Verwandten und Freunden wi dmen wir hiermit die schmerzliche Anzeige von dem heute Morgens erfolgten Dahinscheiden unserer Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Elisabetha Wagner,
geborne Egloff,

an einer Lungenlähmung, im 63. Lebensjahre. Indem wir um stilles Beileid bitten, empfehlen wir uns zu fernerem Wohlwollen.

Bayreuth, den 26. September 1848.

Die Hinterbliebenen.

Anzeigen.

Der rühmlich bekannten Sängerin, Mad. Micolino, wurde ausnahmsweise gestattet, in dem Harmonie-Saale Freitag den 29. d. M. ein öffentliches Concert zu geben, wobei der ausgezeichnete Violinspieler Herr Deahna aus Gefälligkeit mitwirken wird. Anfang 6½ Uhr Abends.

Bayreuth, den 26. September 1848.

Die Vorsteher der Harmonie-Gesellschaft.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 271. 29. September 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 26. September. Die neueste Verwickelung der dänischen Angelegenheit führte heute zu mehreren Interpellationen an die Minister. Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß er von dem Cirkularschreiben des dänischen Ministeriums, worin dasselbe sich gegen jede Modifikation des Waffenstillstands erklärt, keine offizielle Kenntniß habe, daß übrigens die Centralgewalt auf dem Vollzug des Waffenstillstandes bestehen werde und hierin auf den Beistand der befreundeten Mächte rechne, und daß sie die von Dänemark ernannte Regierungscommission nicht anerkennen wird, weil dieselbe den Bestimmungen des Waffenstillstandes zuwiderlaufe. Auch über den Belagerungszustand kamen wieder mehrere Interpellationen von Seite der Linken Statt. Sie wollte wissen, nach welchen Gesetzen der Belagerungszustand aktretuet worden sey, welches Verfahren bei dem Standrechte in Anwendung komme u. s. w. Der Justizminister mußte, zur großen Belustigung der Linken gestehen, daß er hierüber keine Auskunft zu geben vermöge; er versprach sie auf künftigen Montag, und als er noch mehr gedrängt wurde, auf nächsten Donnerstag. Die Beschlüsse über das Schulwesen fielen im Ganzen sehr liberal aus, die Unabhängigkeit der Schule von der Kirche wurde mit großer Mehrheit (316 gegen 74) angenommen. Die Schulen stehen unter der Oberaufsicht des Staats: Die Lehrer werden von den Gemeinden gewählt und besoldet; bei Unvermögen komme die Staatskasse zu Hülfe. Die Lehrer genießen die Rechte der Staatsdiener. In den Volksschulen und in den Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Arme genießen in allen öffentlichen Bildungsanstalten unentgeltlichen Unterricht. Die Bestimmungen über das Vereinsrecht lauten: Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich ohne Waffen zu versammeln, einer Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. (Diesen letzten Satz wollte die Opposition streichen; er ging aber mit 255 gegen 132 Stimmen durch.) Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden; dieses Recht darf nicht durch vorbeugende Maßregeln beschränkt werden. Von der Linken wurden mehrere Anträge auf Aufhebung der geistlichen Orden, Klöster u. s. w. gestellt, aber von der Mehrheit verworfen. Dagegen ging die Bestimmung: „die Orden der Jesuiten, Ligorianer und Redemptoristen sind für alle Zeiten aus dem Gebiete des deutschen Reichs verbannt" mit großer Mehrheit durch. Uebermorgen wird über die Aufhebung der Grundsteuern berathen werde.

Frankfurt, 28. Sept. Aus führlicher Bericht über die 85. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nachdem der Präsident die Zuschrift des Reichsverwesers in Betreff der definitiven Bildung des Ministeriums mitgetheilt und ferne eröffnet hatte, daß für die Angehörigen der im Kampfe vom 18. dieses Monats gebliebenen und verwundeten Krieger bereits 508 fl. eingegangen seyen, erstattet Stavenhagen für den Wehrausschuß Bericht über die Organisation der Volkswehr. Hierauf wurde der Antrag von Schaffrath, Simon von Trier, Wiegart u. A. auf Anklage gegen die Reichsminister v. Schmerling und Wedi wegen Verfassungsbruch des Belagerungszustandes u. s. w. verlesen, von der Versammlung aber dem Abg. Schaffrath das Wort zur Begründung der Dringlichkeit nicht ertheilt, vielmehr der Antrag an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen. Nauwerk beantragt: die Nationalversammlung solle die preußische Nationalversammlung zum Beharren auf ihren Beschlüssen vom 7. Aug. und 9. Sept., sowie zur Ausdauer im Kampfe für die Volksfreiheit auffordern. Auch dieser Antrag wird nicht für dringend erkannt; eben so jener Eisemann's, daß der Ausschuß beauftragt werde, über seinen Antrag in Betreff der Verhältnisse Deutschlands zu Ungarn binnen drei Tagen zu berichten. Wesendonck stellt den Antrag, daß nach gesetzlicher Untersuchung über die Theilnehmer des Aufstandes vom 18. September die Akten dem Appellationsgerichte in Köln zugestellt und von diesem die Aburtheilung an den Assisenhof in Koblenz übertwiesen werde. Der Antrag wurde nicht als dringend erkannt. Ein Mitglied interpellirt den Verfassungsausschuß über den Stand seiner Arbeiten. v. Soiron erwiderte: er glaube, daß längstens in 8 Tagen eine Vorlage erfolgen könne. Bigard meint dagegen, es werde kaum in 4 Wochen dazu kommen. Beseler bemerkt, er halte es für wahrscheinlicher, daß die Angabe v. Soirons begründet sei. Venedey hatte eine Anfrage dem Ministerium angekündigt: ob der Belagerungszustand auch auf Mitglieder der Nationalversammlung Anwendung finde; warum derselbe überhaupt nach hergestellter Ruhe noch fortbestehe, und wie lange er noch dauern werde? Reichsminister v. Schmerling erwidert: da die Nationalversammlung für ihre Mitglieder noch keine exceptionelle Gesetzgebung beschlossen, so sey es natürlich, daß dieselben den gleichen Gesetzen wie die Einwohner Frankfurts unterworfen seyen. Rugt: Das ist ein Schimpf! Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung! Die linke Seite erhebt sich mit Ruf: Wir bitten darum; es ist ein Schimpf!) Er habe jedoch — bemerkt der Minister — noch hinzufügen, daß das Ministerium der Ansicht sey, daß nach einem allgemeinen parlamentarischen Gebrauche Mitglieder der Nationalversammlung ohne Zustimmung der Versammlung nicht verhaftet werden könnten. Die zweite Frage des Hrn. Venedey betreffend, sey der Belagerungszustand zum Schutze der Nationalversammlung und zur Sicherheit der Stadt angeordnet worden, und werde so lange beibehalten werden, als das Ministerium dieß, seiner Verantwortlichkeit gemäß, für nothwendig finde. Hierauf stellt Venedey mit mehreren Andern den Antrag: die Nationalversammlung solle das Reichsministerium veranlassen, sofort den Belagerungszustand wieder aufzuheben. Er verlangt über die Frage der Dringlichkeit namentliche Abstimmung; diese wird von mehr als 50 Mitgliedern unterstützt, ergibt aber als Resultat, daß 277 Stimmen gegen 131 die Dringlichkeit und somit die sofortige Begeinbung des Antrags verwerfen. Hierauf folgt die Abstimmung über §. 18. der Grundrechte.

Frankfurt, 24. Sept. Nach Alzei und Worms, wo am 18. die rothe Fahne aufgesteckt und die Republik proklamirt worden, ist Reg.-Kommissär Ulmannbecker von Mainz mit ausgedehnten Vollmachten entsendet worden.

Aus Baden, 25. Septbr. Es ist kaum möglich aus der Masse von Gerüchten über den Aufstand im Oberland das Thatsächliche herauszufinden. Soviel ist indessen unzweifelhaft, daß in den Aemtern Lörrach und Müllheim die deutsche Republik proklamirt ist und daß Struve im Namen der provisorischen Regierung alle Aktenstücke unterzeichnet. In den Ortschaften ertönt unausgesetzt die Sturmglocke und auf den Bergen werden Nachts Feuer angezündet. Gegen Beamte, welche Widerstand zeigen, wird standrechtlich verfahren. Unter solchem Schreckensystem darf man sich nicht wundern, wenn die Schaaren der Aufrührer sich vermehren. — Nachrichten von Reisenden zufolge, welche gestern Abend eintrafen, hat sich eine ansehnliche Schaar in das Städtchen Staufen, 4 Stunden oberhalb Freiburg, geworfen. Badische und Reichstruppen, welche von dem besten Geiste beseelt sind, haben den Ort umzingelt, und da die Aufrührer der Aufforderung, sich zu ergeben, keine Folge leisteten, wurde die Stadt mit Kanonen beschossen. Die Truppen sollen mit ungeheurer Erbitterung erfüllt seyn und keine Gefangene machen. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. Wir erwarten heute Mittag nähere Nachricht.

Karlsruhe, 25. Sept. Nach Nachrichten, die gestern Abend von Freiburg eintrafen, hörte man dort Kanonendonner. Heute Nacht ist nun eine Extralokomotive mit der Nachricht angekommen, daß unsere Truppen die in Staufen eingezogenen Rebellen geschlagen und zerspreugt haben. Bei Heitersheim sind die Truppen auf die 6—700 Mann starken Rebellen gestoßen, und haben sie nach Staufen gedrängt. Nach einer nicht unbedeutenden Gegenwehr wurde Staufen von den Truppen eingenommen. Einige Häuser sind dort abgebrannt. Auf der Seite der Rebellen sollen viele Todte seyn, und auch einige auf der Seite der Truppen. Die näheren Einzelnheiten werden erst erwartet.

Karlsruhe, 25. Sept. Die Botschaft, daß Struve heute früh mit einer großen Anzahl seiner Genossen gefangen und ersterer bereits standrechtlich erschossen wurde, bestätigt sich nach eben hier eingetroffenen bestimmten Berichten. Nach gefälltem kriegsgerichtlichen Spruche

Digitized by Google

wird auch an den übrigen 80 seiner geistigen Anhänger dasselbe Urtheil vollzogen werden. (F. Z.)

Heidelberg, 25. Sept. Die Deutsche Zeitung berichtet: „Soeben, vor dem Schlusse des Blattes, erhalten wir die Nachricht, daß gestern Mittag bei Krozingen die Struve'schen Rebellenhaufen von den Reichstruppen angegriffen und vollständig aufgerieben worden sind. Der Aufstand ist damit als beendigt anzusehen."

Mannheim, 23. Sept. Heute Mittag sind endlich auch dem Oberland sichere Nachrichten eingetroffen, welche einen blutigen Zusammenstoß der Struve'schen Freischaaren mit Militär schildern. Derselbe hatte in Staufen, eines 4 Stunden von Freiburg, statt. Anfangs beschoß das Militär das von den Insurgenten besetzte Städtchen mit Kugeln, bis der hartnäckige Widerstand zur Anwendung von Shrapnels führte. Zwei und dreißig Schüsse mit ihrem furchtbaren Kugelregen endeten den Kampf und zwangen die Insurgenten zur Flucht; zugleich aber hatte die Cavallerie während des Bombardements die Stadt nach der Seite der Ebene hin umgangen und den Flüchtlingen, welche ihr Leben bereits gerettet glaubten, blieb keine andere Wahl, als den ungleichern Kampf auch mit diesem neuen Feinde aufzunehmen. Die meisten Derer, welche die Kugeln verschont hatten, blieben unter dem Säbel der Dragoner, die keinen Pardon gaben. Die Anzahl der Gefallenen ist noch nicht bestimmt anzugeben, der Rest hat sich in wilder Flucht nach Müllheim geworfen, wo, wie man sagt, ein ungleich bedeutenderer Haufen den Kampf mit dem Militär von Neuem aufnehmen will. Staufen soll durch das Bombardement außerordentlich gelitten haben, viele Häuser wurden in Asche gelegt und noch mehr vollgefüllte Scheuern wurden ein Raub der Flammen. Die armen Bauern dort werden noch lange an den „rothen Hahn" der Republik denken! (F. Z.)

Mannheim, 24. Sept. Ein so eben unterm heutigen Datum erschienenes Regierungsblatt erklärt den Amtsbezirk Weinheim wegen Zerstörung der Eisenbahn bei Großsachsen in Kriegszustand. Die Zerstörung der Eisenbahn wird für Hochverrath erklärt und die Gemeinden werden für möglichste Vertheilung derselben unter Hinweisung auf mögliche für sie nachtheilige Maßregeln verantwortlich gemacht. (F. Z.)

Stuttgart, 25. September. Von Heilbronn wurde heute Mittag durch eine Extra Lokomotive nach Ludwigsburg und hierher gemeldet, daß ein Haufe auswärtiges Gesindels aus dem Baselschen bei Neuffstadt an der Linie ins Württembergische eingefallen sei und nach Heilbronn zu marschire, um daselbst letztere Stadt sich nach Kräften in Vertheidigungszustand setze, von der Regierung aber Stuhg durch Linienmilitär erbat, worauf die Fußartillerie von Ludwigsburg dahin beordert wurde.

□ München, 26. Sept. Schon gestern hat sich eine Abtheilung unserer Artillerie nach dem Seekreise begeben, morgen werden 3 weitere Batterien und 1 Bataillon des Leibregiments und 1 Bataillon des 1. Regiments, am 29. 1 Batterie des reitenden Artilleriergiments dahin folgen. Unsere Hauptstadt wird von der ungeheuern Garnison fast entrückt; man fragt überhaupt sich vergebens: Wozu unterhält Bayern die ungeheuern Militärmassen, wofhalb trägt dieses Volk die furchtbaren Lasten, da Deutschland doch, dem Frieden um jeden Preis huldigend, keinen äußeren Feind bekämpfen will? Es erneuern sich fortwährend die Exzesse von Soldaten gegen Civilpersonen; vorgestern wurden auf den Kirchweihen zu Giesing und in Neuhausen blutige Rauschereien von Kuirassiren und Infanteristen, welche an Sonntagen gegen alle Vernunft Säbel tragen dürfen, verübt. — Gestern machte die Landwehr unserer Hauptstadt einen Reisemarsch nach der Menterschwaig, wozu sie zum Ersteumal durch Signale (Trompeten und Trommelwirbel) aufgerufen wurden. Es wurde dabei trefflich manövrirt, herrlich hinreuchirt und vorzüglich menagirt. Zwei Bürgerstmädchen begleiteten das militärische Aufgebot als Marketenderinnen im Costüm der Regimentstochter, mit dem Schnapsfäßchen zur Seite. Das Wetter war günstig und Tausende vom Publikum erheiterten sich als Zuschauer des militärischen Schauspiels. Das Soldatenspielen wird hier immer gern gesehen.

München, 27. September. In der Gegend zwischen Ulm und Memmingen wird wieder ein Truppenkorps gebildet, welches unter dem Obertommando des 7. und 8. deutschen Armeekorps (Prinz Karl von Bayern) steht. Den Befehl erhält der Generallieutenant und Divisionär der zweiten Armeedivision, Freiherr v. Gumppenberg. Dasselbe besteht aus dem Inf.-Leibregiment (2 Bat.), 1. Inf. Reg. Königin (2 Bat.), 1. und 3. Jägerbataillon 3. Inf. Reg Prinz Karl und 11. Inf.-Reg. Pfeudorf, welche 2 Brigaden unter dem Kommando der Generalmajors Hartmann und v. Bosch bilden; ferner aus 1 Kavallerie-Brigade unter Kommando des Generalmajors Flotow, 2 Batterien des Artill.-Reg. Prinz Luitpold (1—12 Pf., 1—6 Pf.), dann einer Genie-Kompagnie. Das Hauptquartier soll in Memmingen sein. (B. L.)

München, 26. September. Unsere Regierung beabsichtigt, wie verlautet, dem kommenden Landtag das Budget bloß auf 2 Jahre vorzulegen.

Dresden, 26. September. Gestern früh hat ein Kurier vom Reichsministerium den Befehl gebracht, das sächsische Contingent von 6000 Mann marschfertig zu halten. Demgemäß sind heute früh Vorposten an die sächsische teutschen Soldaten abgegangen. Dem Vernehmen nach soll in den sächsischen Herzogthümern ein aus sächsischen und österreichischen Truppen gebildetes Armeekorps zusammengezogen und unter das Kommando eines österreichischen Generals gestellt werden. (D. A. Z.)

Berlin, 25. September. Der mit allseitiger Spannung und Befürchtung erwartete Tag der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ist herangenaht. Obwohl man schon gestern die Absicht des neuen Ministeriums kannte, der Versammlung heute einen Erlaß an das Heer vorzulegen, der für eine entsprechende Ausführung des Steinschen Antrags gelten konnte, so hatte sich doch die Besorgniß vor einem gewaltsamen Konflikt keineswegs, wie namentlich auch aus den außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln, welche heute für die Belegung der öffentlichen Gebäude getroffen waren, hervorging. Besonders auffallend zeigt sich, daß das Innere des Sitzungshauses der Nationalversammlung, besonders alle Treppen und Zugänge zu den Tribunen, mit einer großen Menge von Schutzmannschaften angefüllt sind. Nach Eröffnung der Sitzung beantragt zuerst der Abg. Grebel die Zurückziehung der Constabler, welche dis in die Mitte des Hauses und dicht vor die Thür des Saales vorgedrungen seyen. Man müsse dem Polizeipräsidenten deutlich machen, daß er sich künftig solcher Uebergriffe enthalten möge, da die Nationalversammlung früher entfernt, daß sie sich unter den Schutz der berliner Bürgerwehr gestellt habe. Der leitende Vizepräsident Phillips zeigt hierauf an, daß er bereits vor Anfang der Sitzung Schritte gethan, damit die wider sein Wissen herbeibeorderten Constabler wieder entfernt würden, wogegen er die Bürgerwehr, unter deren Schutz sich die Nationalversammlung gestellt, requirirt habe. Der Abg. v. Unruh zeigt an, daß sich die Constabler bereits wieder aus dem Hause entfernt hätten. Es wird darauf ein Schreiben des Ministerpräsidenten der Versammlung mitgetheilt, daß der König den bisherigen Oberjandesgerichts-Vizepräsidenten (in Naumburg) Hrn. Kisker, zum Justizminister ernannt habe. Denselben erblickt man auch heute bereits am Ministertische anwesend. Auf den Antrag des Abg. v. Unruh wird der nenlich vertagten Interpellation des Abg. Par über die Ausführung des Steinschen Antrags durch das neue Ministerium heute die unbedingte Priorität vor allen sonstigen Gegenständen der Tagesordnung eingeräumt. Der Abg. Par geht zur Begründung seiner Interpellation auf die Geschichte des Steinschen Antrags zurück: derselbe sey mit allgemeinem Jubel des Landes begrüßt worden (Murren rechts) und durch seine Annahme habe sich das gesammte Vertrauen zur Nationalversammlung wieder gehoben. Eben so bestimmt werde nun die Ausführung erstehen erwartet, die sieberhafte Spannung des Landes nehme mit jedem Augenblicke zu, da das Umsichgreifen der Reaction immer bedrohlicher geworden und man dieselbe vorzugsweise im Schooße des Heeres suche. Er hob darauf besonders das zweifelhafte Verhältniß zu Frankfurt und zu der deutschen Einheit hervor, die nicht zu einer Wahrheit werden könne, so lange die Regierungen noch immer Vorbehalte machten. Der Ministerpräsident v. Pfuel erhob sich hierauf zu folgender Erklärung: Mit Beziehung auf die Beschlüsse der Versammlung vom 9. August und 7. September theile ich Ihnen zuerst ein Schreiben mit, welches der frühere Kriegsminister, General v. Strotzenstein, unterm 13. Sept. an die commandirenden Generale erlassen hat. Der Ministerpräsident liest hierauf, diesen, bereits durch die Zeitungen bekannt gewordenen Erlaß vor und fährt fort: Das gegenwärtige Kriegsministerium hat am 23. d. also vorgestern, das neue Programm der Regierung den commandirenden Generalen mitgetheilt und dabei Gelegenheit genommen, seinen festen Willen auszusprechen, allen reactionären Bestrebungen entschieden entgegenzutreten. Dieses Schreiben an die Generale lautet folgendermaßen: „In Folge meiner Ernennung zum Minister des Kriegs berufe ich mich, Ew. Exc. das Programm des neuen Ministeriums zu übersenden. Se. Maj. der König hat bereits in einem Armeebefehl vom 1. Mai d. J. auf die Stellung hingewiesen, welche die Armee bei den veränderten Verhältnissen des Staats einzunehmen haben wird. Auch mein Amtsvorgänger hat erklärt, daß die Regierung des Königs reactionaire Tendenzen überall nicht hege, sondern constitutionelle Entwickelung des Staats aufrichtig gefördert wissen wolle, und dabei auf die Nothwendig-

Digitized by Google

keit hingedeutet, daß dieselbe auch im Militair durch alle Instanzen zu verwirklichen sey. Einverstanden mit diesen Ansichten und entschlossen, reactionaire Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich Ew. Exc., das Einvernehmen zwischen Militair und Civil überall zu fördern und reactionairen Bestrebungen mit Kraft entgegen zu treten. Von diesem Erlasse sind die Offiziere aller Grade in Kenntniß zu setzen und darauf aufmerksam zu machen, daß, nach Vollendung der von dem König vorgelegten Verfassung, sie eidlich auf das Staatsgrundgesetz verpflichtet werden sollen und sie sich zu hüten haben würden, nicht mit der Uebernahme solcher Verpflichtungen im Widerspruche zu stehen, wie überhaupt reactionaire Gesinnungen mit der Stelle eines Offiziers nicht für vereinbar erklärt werden können. Je schwieriger die Verhältnisse sind, deste nothwendiger wird das Zusammenwirken aller gesetzlichen Gewalten und deste mehr wird es darauf ankommen, auch den Schein jeder Spaltung zu vermeiden, das ausgesetzte Mißtrauen wieder zu entfernen und die Ueberzeugung zu gewähren, daß die von dem König angekündigte constitutionelle Entwickelung von der Kriegsmacht nicht bedroht, sondern geschützt werde. Ich spreche schließlich die Hoffnung aus, daß das Heer mit mir stets nach demselben Ziele streben werde." Hiermit hält das Ministerium die Sache für erledigt. (Beifall von der rechten Seite.) Der Schluß der Debatte wird nach einigen Zwischenreden angenommen und damit diese vielbesprochene, vor kurzem noch zu weit ausgehenden Verwechslungen angehane Angelegenheit erledigt.

Berlin, 25. September. Die Dinge in der Nationalversammlung haben sich analog dem gestrigen Berichte entwickelt. Sowohl die Regierung wir die äußerste Linke zeigten politischen Verstand und theilweise tiefe Einsicht; jene indem sie unabweisbare Concessionen machte und das Angemessene des Geforderten dem Princip nach anerkannte; diese indem sie sich genügsam, selbst bereitwillig zeigte und über das Formelle ein Auge zudrückte. Dramen zwar, nach Allem, was man hört, die Revolte durchgreifend und energisch organisirt, wohl gegen 8000 sehr handfeste Leute, darunter viele mit Waffen, Andere in phantastischer Tracht; die Meisten in sehr aufgeregter Stimmung, bereiten den Platz, die Führer der Klubs waren da, also die Barricadenhelden, Männer mit verwegenen Gesichtern. Sehr drohwürdige Physiognomien des Gendarmeriemarkts, ähnelnd den Beschreibungen der ersten französischen Revolutionszeit und gerade nicht erfreuliche Aussichten eröffnend, falls man forschärfe, die durch und durch revolutionaire Bevölkerung Berlins zu verkennen. Denn ein großer Theil der Versammelten schien gar nicht damit zufrieden, daß es nicht zum „Klappen" käme, wie die Berliner sagen; und da waren Leute mit rothen Mützen, wieder andere mit sehr langen, scharf geschliffenen Säbeln und mit weit langenden Musketen, vielleicht paradirend die fatalste Mißverstehens-Phrase, die man ersinnen könnte, da mit Beuteln an dem Gurt, worin etliches Pulver sich befand und blanke, von Dilettantenhand gegossene Kugeln. Ja, noch jetzt, gegen Abend, spritzt der Volkswoge erfreulicher Schaum durch die Straßen der Stadt, es gehen Trupps über die Gassen mit gerade nicht liebenswürdiger Haltung, vor dem Zeughause an der Wasserseite ist ein Auflauf, freilich ohne Bedeutung, und die Rede eines der Volkshäupter auf dem Gendarmenmarkte: Das wäre doch Alles Unsinn! Es müsse doch zum Klappen kommen, aber heute sey das Handeln verfehlt! (D. A. Z.)

Köln, 25. September. Seit heute früh ist die Stadt in ziemlich lebhafter Bewegung. Im Auftrage der gerichtlichen Behörden sollen mehrere Verhaftungen, angeblich wegen Theilnahme an einem Complotte vorgenommen werden. Drei Personen wurden auch in ihrer Wohnung ergriffen, zwei derselben jedoch den Polizei-Beamten auf der Straße entrissen. (Sie sollen auf flüchtigem Fusse sein.) Wohl nur in Folge der Aufregung, welche dadurch natürlich in den betreffenden Stadttheilen entstand, versuchten Knaben in der Nähe des Zeughauses, wo gerade die Straße umgepflastert wird, die Pflastersteine zu einer Art Barricade zusammen zu tragen. Als die in der Nähe befindliche Wache sie stören wollte, wurde sie verhöhnt und mit Steinen geworfen. Da nun der wachthabende Lieutenant herauf Angetrabt und das Volk scharf laden ließ und sich immer mehr Volk sammelte, so daß es zu ernstlichen Reibereien zu kommen drohte, ließ der Bannerführer des Bezirks seine Banner allamiren. Ein Theil der Mannschaft trat zusammen, doch war unterdessen die Ruhe hergestellt. — Inzwischen war durch Placate eine Volksversammlung auf heute Mittag 1 Uhr auf dem Altenmarkte zusammenberufen; es erschien jedoch sofort eine Bekanntmachung des interimistischen Polizei-Directors, wodurch dieselbe in Bezug auf den Paragraphen 4 der Verordnung vom 6. April dieses Jahres verboten und vor der Theilnahme an derselben gewarnt wurde. Wohl in Folge dieses Verbots sammelte sich gegen 12 Uhr ein kleiner Haufe Volkes vor dem Gebäude der Polizei-Direction in der Glockengasse und zertrümmerten mit schweren Steinen den größten Theil der Fenster, hatte sich jedoch bereits wieder entfernt, als eine Abtheilung der Bürgerwehr heranrückte. Diese ward sofort insgesammt alarmirt zur Wiederherstellung der Ruhe und um nöthigen Falls das verkündete Verbot aufrecht zu erhalten; die verschiedenen Banner fanden sich bereits auf ihren Sammelplätzen ein. (K. Z.)

Während Flensburg früher vorzugsweise in dem Ruf undeutscher Gesinnung stand, so hat in diesen Tagen wenigstens ein Theil der Einwohnerschaft durch eine nach Frankfurt abgesendete Adresse Protest eingelegt gegen jenen Verwurf. Die Adresse ist mit gegen 500 Unterschriften der intelligentesten Bewohner bedeckt, worunter gegen 100 Kaufleute und 24 Schiffsführer.

Wien, 19. Sept. Eine ebenso erfreuliche als bemerkenswerthe Erscheinung ist daß mehrere der bedeutendsten Blätter des Kaiserstaats — selbst die Wiener Zeitung und das Journal des Oesterreichischen Lloyd — dem Anschlusse Oesterreichs an den deutschen Zollverein aufs wärmste das Wort reden, und zwar vom commercellen wie vom politischen Gesichtspunkt aus. Auch von Böhmen aus wird der Anschluß in Schutz genommen; bekanntlich hat der neulicher deutsch-böhmische Congreß desondere Petitionen in dieser Beziehung beschlossen. Der Wiener Handelsstand ist nicht zurückgeblieben. (A. Z.)

Wien, 22. September. Das Ministerium herrschten Spaltungen, der volksfreundliche Doctheil ist gegen die Politik Wessenbergs und wagt es nicht, seine Demission zu geben, aus Furcht, daß diese wie eine Anklage des Ministerprasidenten gedeutet werden, und fruchtbare Aufregung herbeiführen könnte. Schwarzers dreimal gegebene Demission wird nicht angenommen; die Hofpartei fürchtet, daß Schwarzer, der sodann wieder die Leitung der österreichischen Zeitung übernehme, ganz arge Stücklein aus der Schule schwatzen dürfte.

Italien.

Aus Sicilien melden italienische Blätter die Unterwerfung Liparis. Zwischen Melazzo und Messina sind die Verbindungen wieder hergestellt. Auch die Unterwerfung Catanias, Noto's und Girgenti's wird erwartet. Ueberhaupt bemächtigen sich die königl. Truppen, obgleich sie große Verluste erlitten, täglich neuer Stellungen. Nicht so günstig lauten die Berichte aus dem dießseitigen Königreich. So liest man in der Patria: „Man kann sich kaum einen Begriff machen von der traurigen Lage in welcher sich dieser Theil Italiens befindet. Der Belagerungszustand trifft Gemeinde um Gemeinde; überall wird entwaffnet und die alte Stadtwehr, diese Staffelttin der Polizei, wiederhergestellt. Es gibt keine Gemeinde mehr, die sich nicht ein Hanfe Soldaten befände und wo nicht Sergenten und Corporale die unumschränkten Herren spielten. Schon ist das Heer auf ungefähr 100,000 Mann angewachsen, und bereits eine neue Ausbedung von 5 auf 1000 angeordnet. Die ergebensten Anhänger des Despotismus fehren auf ihre früheren Stellen zurück. Kurz das Uebel hat den höchsten Grad erreicht, und die Folgen davon fangen bereits an sich merklich zu machen. In den Provinzen, wo man die alte Bigotterie wieder ins Leben rufen wollte, nimmt, wenn auch kein theoretischer, so doch ein praktischer Communismus immer mehr überhand."

Ungarn.

Pesth, 21. September. Während der ungarische Gesandte Ladislaus v. Szalay schon seit Monaten in Frankfurt weilt, ohne daß ein deutscher Reichsgesandter hier eingetroffen wäre, hat die Regierung noch an demselben Tag, als der ungarische Gesandte Graf Teleki in Paris angekommen, schon einen französischen Gesandten für Pesth bestimmt. Dieser wird hier heute erwartet und mit außerordentlichem Jubel begrüßt werden. Der letzte Hoffnungsanker Ungarns ist jetzt Frankreich.

Frankreich.

* **Paris**, 24. September. Der Moniteur enthält heute zwei offizielle Berichtigungen, — die erste erklärt die Gerüchte über die bevorstehende Modifikation des Cabinets für unwahr. Das Ministerium sey vollkommen einig und keines seiner Mitglieder denke daran seinen Posten zu verlassen. Die zweite Berichtigung widerlegt die Gerüchte über ein Attentat gegen General Cavaignac, und über einen drabschichten Handstreich gegen den parlamentarischen Klubb der rue Poitiers als durchaus grundlos.

Der Polizei-Präfect Dureour hat zur Feier des Jahrestags der Gründung der ersten Republik am 22. d. ein Diner mit Soirée gegeben. Alle Minister, das diplomatische Corps, die Nationalversammlung und eine große Anzahl Notabilitäten wohnten demselben bei.

Die Nachrichten aus Neapel gehen bis zum 14. Der französische Admiral Baudin hatte den General Filanglere erklärt, daß

Digitized by Google

er ihn die Feindseligkeiten gegen Sicilien nicht fortsetzen lasse und die Operationen desselben sind eingestellt. In Neapel war aus Besorgniß vor Unruhen der Belagerungszustand proklamirt worden.

Louis Napoleon ist nur in Paris und in zwei Departements gewählt worden; — in drei andern Departements, wo er ebenfalls als Candidat auftrat blieb er in der Minorität. Er wird dem „Journal" zu Folge, heute in Paris erwartet und wird bei seiner Cousine, der Fürstin Demidoff wohnen. — Seine Anhänger beabsichtigen ihm mit einer Demonstration zu empfangen und man spricht von nichts Geringerem, als von einem großartigen Fackelzuge von mehreren 1000 Personen, der sich zuerst zum Prätendenten und dann zum General Cavaignac begeben würde, um Letzteren zu bitten, das Gesetz aufheben zu lassen, das die Napoleoniden aus Frankreich verbannt.

Die Reforme gibt heute die Rede, die Ledru-Rollin bei dem republikanischen Bankette am 22. d. hielt. Sie ist sehr heftig und enthält eine scharfe Kritik der jetzigen Regierung der Republik, die die Revolution fälsche und entstelle. In Bezug auf Deutschland sagte Ledru-Rollin: „Das Benehmen unserer Regierung Deutschland gegenüber ist in meinen Augen unerklärlich. Entweder begreift sie die Bewegung jenseits des Rheins nicht, oder sie begreift die Interessen Frankreichs nicht. Die Zukunft Deutschlands wird durch eine junge, glühende und muthige Demokratie repräsentirt, die in der Einheit des Landes seine Freiheit sieht. Die Einheit Deutschlands heißt die Demokratie Deutschlands und die Demokratie bezeichnet die Sympathie für Frankreich. Fragt Alle, die Deutschland kennen, ob ich nicht Recht habe. Oh! ich weiß wohl, daß man der deutschen Demokratie feindselige Absichten gegen uns unterstellt, es ist dies eine der gewöhnlichen Kriegslisten der alten Aristokraten, um uns zu entzweien. England, das seine Hand dabei im Spiele hat, lacht und sagt: „„Es wird nun bald so weit kommen, daß Frankreich in Deutschland, wie in Italien nichts mehr ohne englischen Einfluß thun kann.““ Ein heftiger Ausfall gegen die englische Allianz schloß diesen Theil der Rede.

Der Heraldo will wissen, daß der Kaiser von Rußland die Königin Isabella anerkennen und daß General Zarco del Valle sich zu diesem Zwecke nach Petersburg begeben werde. Die Herzogin von Montpensier war am 16. noch nicht entbunden.

Man bemerkt seit zwei Tagen große Vorsichtsmaßregeln von Seite der Regierung, um jedem möglichen Versuche einer Unordnung vorzubeugen. Die Regierung, so zuversichtlich sie sich auch zeigt, soll nicht ohne Besorgnisse seyn. Man erzählt, daß General Cavaignac dem Oberkommandanten der Nationalgarde General Changarnier gestagt habe, was er von der Nationalgarde erwarte, falls die Anhänger Louis Napoleon einen Handstreich zu Gunsten des Prätendenten versuchen sollten. „Ich glaube," entgegnete Changarnier, „die Nationalgarde wird von den Fenstern aus zusehen." — An der Londoner Börse machte man am 22. Wetten, daß Louis Napoleon in 14 Tagen Kaiser der Franzosen seyn werde.

Straßburg, 23. Sept. In Folge der Ereignisse im badischen Oberlande sind heute viele Reisende dahier angekommen, welche gestern in der Nähe von Körrach angehalten wurden, und wieder nach Basel zurückkehren mußten. Von dort fuhren sie dann auf der elsässischen Eisenbahn hieher. Diesen Abend sprach man von weiteren Unruhestiftungen der Unruhigen im Badischen. In dem nahen Kehl, sowie in der ganzen Umgegend nächst der Gränze herrscht indessen Ruhe und Ordnung. Der Abgeordnete bei der Nationalversammlung in Frankfurt, Hr. Dr. Zitz aus Mainz, befindet sich seit einigen Tagen in unserer Stadt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 23. Juni. Der Führer der Tory- und Protectionisten-Partei, Lord George Bentinck, ist voregestern unweit seines Landsitzes auf dem Wege nach dem 2 Stunden entfernten Gute des Lord Manners, wo er speisen wollte, am Schlagflusse gestorben. Da er zu Fuß und allein war, so fand man erst um 9 Uhr Abends die auf dem Fußwege liegende Leiche. — Aus Clonmel wird berichtet, daß dort das gerichtliche Verfahren gegen die Führer des Aufstandes am 21. vom Oberrichter mit einer Anrede an die Jury eröffnet ward. Vorläufig ward bloß die Anklage gegen Smith O'Brien und vier seiner Genossen, M'Manus, Orchard Eighe und Patrick O'Donnell von der Jury für begründet erklärt. Die weitläufige Anklage-Akte ward verlesen. Die fünf Angeklagten wurden sodann in den Saal geführt und ihnen Abschriften der Anklageakte mitgetheilt. Auch wurden sie über die von ihnen gewählten Vertheidiger befragt. Am folgenden Tage wollte die Jury die Anklagebill gegen Meagher in Erwägung ziehen. Man glaubt, daß Lord J. Russel, der von dem Anwalte Sir O'Briens's als Zeuge vorgeforderdert ist, vor dem Gericht erscheinen werde.

Rußland und Polen.

Von der russischen Gränze schreibt man der Königsberger Zeitung über die Gränzbesetzung: Die neulich als erwartet bezeichneten Truppen sind in Georgenburg und Umgegend eingerückt. Von Georgenburg über Polangen nach Riga, wie es heißt 40,000 Mann (?). In Georgenburg und Umgegend 4000 Mann. Die Leute sind sämmtlich zu 4 bis 10 Mann in Quartieren untergebracht; Bagage- und Munitionswagen in unmittelbarster Nähe der Stadt. Nach russischen Zeitungen besteht eine solche Gränzbesetzung von Riga bis nach Grodno aus Hauptcorps von Georgenburg bis Polangen. Zwischen diesen beiden Orten, an verschiedenen Stellen stationirt, steht Artillerie und Cavallerie. In Georgenburg werden noch Husaren von Rossein erwartet.

Trauerfall.

Unsere innigstgeliebte gute Mutter ist nicht mehr! mitten im unermüdeten rastlosen Berufe Ihres vielbewegten, sorgenvollen Lebens, entschlief Sie heute Morgens 8¼ Uhr unerwartet sanft und ruhig im 70. Lebensjahre.

Ihrer Kinder Wohlfahrt stets mit liebender Mutterhand zu schaffen und zu fördern, war Ihres einfachen, redlichen Lebens schönstes, unverrücktes Ziel — solches erreicht zu sehen Ihr einziges kostbares Erdenglück!

Theilnehmen der Liebe und Dankbarkeit unserer theuern Verblichenen — Friede, heiliger Friede ihrer Asche!

Diese Trauerkunde allen lieben Verwandten und Freunden, die unseren Schmerz theilnehmend bemessen werden.

Baireuth, Schallhausen, Augsburg, Neustadt a. d. Aisch und Wunstedel, am 26. September 1848.

Carl Kellein, königl. Pfarrer.
Maria Planer, Kreiskasse-Controleurs-Gattin.
Gottfried Kellein, Zinngießermeister,
Christian Kellein, königl. Landrichter, } als Kinder.
Andreas Carl Kellein, königl. Kriminalrichter.
Heinrich Kellein, Kaufmann.
Mit ihren Familienangehörigen.

Anzeigen.

Bei **Reichel** in Baugen erschien und ist in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Baireuth zu haben:

Der jüngste Tag
ob, wie und wann er kommen wird?
in physischer, politischer und theologischer Hinsicht aus der Natur und Bibel erklärt
von **Dr. theol. Timius.** Zweite Aufl. 18 Sr.

Bei Reichel in Baugen ist erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Baireuth zu haben:

Diana's Jagd-Brevier.
Taschenbuch für Förster und Jagdfreunde.
Enthaltend Jagdanekdoten, Gedichte, Jägerlieder ꝛc.
Zweite vermehrte Auflage. Preis 36 Kr.

Mein Tuch und Modewaarenlager ist für den bevorstehenden Winter mit mittelfeinen und feinen **Tuchen**, neuester Stoffe zu **Winterröcke, Beinkleider, Westen,** so wie **Foulards,** seidene u. wollene **Slips, Binden** u. **Cravaten, Flanells, Schlafrockstoffe** ꝛc. ꝛc. sehr reichhaltig ausgestattet.

Durch vortheilhafte persönliche Einkäufe zur Leipziger Messe bin ich in den Stand gesetzt, meine verehrten Abnehmer auf jede mögliche Weise zufrieden stellen zu können.

Oscar Wagner.

Concert-Anzeige.

Zu dem am Freitag den 29. Sept. stattfindenden Concert in der Harmonie sind auch Billets im Brandenburger Haus bei Herrn Caffetier Herrmann zu haben.

A. Mleolino-Echold, Sängerin.

Sonntag den 24. d. M. wurde auf dem Fremitzer Weg eine goldene Vorsteknadel gefunden. Nr. 626, vis a vis dem Schlachthaus, kann sie gegen die Insertions-Gebühren in Empfang genommen werden.

(Berichtigung.) Im gestrigen Blatte soll es in der zweiten Spalte Zeile 7 im Aufsatze über Emanzipation der Schule heißen: „Beachtung" statt: „Beleuchtung"; weiter unten „Loosung" statt „Lösung."

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend — Nro. 272. — 30. September 1848.

Bayreuth. Das dicht geballte Gewölke, das vor einigen Tagen den politischen Himmel in weiterer Ausdehnung verfinsterte, so daß man von Stunde zu Stunde einer gefahrvollen Entladung entgegensehen mußte, ist heute schon wieder einigermaßen zerstreut, verweht und die Gefahr für den Augenblick beseitigt, — nicht für immer, da einzelne Wolken immer noch schwer genug herabhangen. — Durch Einen Schlag beendet ist die aufrührerische Bewegung im Südwesten Deutschlands, — eine Erhebung des Landvolks, in welcher unbefangene Beobachter schon von vorneherein keine so große und gefahrvolle Bedeutung fanden, als die Conservativen um jeden Preis, die Männer und Blätter des Rückschrittes und des Siebenbleibens darin sehen wollten: diese schilderten in den grellsten Tönen, denn je fürchterlicher die Bewegung aus der Ferne erscheint, desto nutzbarer wird sie ihnen werden, wie ihnen einst der weiland Heckerische Aufstand bei den Wahlen zum deutschen Reichsparlament vortrefflich zu statten kam. Doch Struve und Consorten sind glücklicherweise dem ersten Angriffe unterlegen und werden büßen, was sie durch ihre Auflehnung gegen die nur in der Nationalversammlung repräsentirte Volkssouveränetät um die unglücklichen, von ihnen verführten und gedrängten Landsleute im badischen Oberlande reichlich verdient haben. Der Aufruhr hat trotz den pompösen Berichten der Blätter der rechten Seite im Ganzen nur sehr wenig Anklang gefunden, und konnte naturgemäß nur wenig finden, nicht als ob nicht noch viele staatliche Uebel vorhanden wären, deren baldige Abschaffung eine dringende Nothwendigkeit ist; nicht als ob die Regierungen Vertrauen der Völker in dem Maaße besäßen, wie sie es haben würden, wenn sie ein Ausdruck der herrschenden öffentlichen Meinung wären; auch wohl deshalb nicht, weil die unbedingten Anhänger der Ordnung und Ruhe an Zahl und Kraft jene so sehr übertrafen, die im ersten Gliede Freiheit und Einheit und nur mit und nach ihnen die Ordnung und Ruhe erstreben, von der Ueberzeugung geleitet, daß diese nur durch jene für längere Zeit geschert seyn kann; — aber auch nicht deshalb allein, weil das von denselben Männern theilweise aufgestellte grauenvolle Vorspiel in Frankfurt jedes nicht ganz verhärtete Herz mit Schauder erfüllen mußte gegen diese Aristokratenrepublikaner, die trotz ihres verledenden republikanischen Ausbängeschildes die obersten Grundsätze einer jeden freien Staateneinrichtung absichtlich verletzten und nicht weniger despotisch waren als irgend welcher Tyrann, der kein Mittel scheut, um seinen Einzelwillen Völkern aufzunöthigen. Wir können uns nur noch zwei Fälle denken, in welchen sich ein Volksaufstand erheben und zur siegreichen Revolution werden würde: der erste ist nur bei beschränktem Wahlrecht möglich, wenn nämlich die Volksvertreter nicht die Volksmeinung darstellen oder absichtlich verläugnen, was bekanntlich die Februarrevolution hervorrief. Dieser Fall kann auf die Paulskirche keine Anwendung finden. Der zweite ist wenn möglicher, leider nicht unwahrscheinlicher: er würde eintreten, wenn die Staatsregierungen selbst die Initiative zur Empörung geben würden, d. h., wenn sie es wagten die Souveränetät der Reichsversammlung anzutasten, ihre Gesetze nicht anzuerkennen, ihren Beschlüssen sich zu widersetzen. Ganz Deutschland, vielleicht mit Ausnahme einiger wenigen preußischen und österreichischen Provinzen würde sich erheben, und der Ausgang einer solchen Erhebung ist leicht zu errathen. Was wir übrigens hier vom Reiche gesagt, mag im besondern auch hinsichtlich Preußens seine Geltung haben. Wie seinen Augapfel hütet das preußische Volk seine von der Krone geführdete constituirende Reichsversammlung und harrt gewaffnet der Aufforderung zu ihrem Schutze, wenn er gegen einen nicht unwahrscheinlichen Staatsstreich von ihr etwa verlangt werden sollte. Pfuel, der ehemalige verhaßte militärische Statthalter von Neuenburg, das er trotz der vielverlachten großprahlerischen Proklamation der preußischen Regierung, einmal verjagt, nicht wieder sehen sollte,— den aus der Bodelschwinghschen Schule hervorgegangenen Büreaukraten Eichmann und mehr noch Bonin, derselbe der im vorigen Jahre zu den Magdeburgern, als sie für Ubrich bei ihm petitionirten, sagte: sie sollten auf die Antwort warten, bis die Truppen von den Herbstmanövern nach Magdeburg zurückkehrt seyn würden und dem ehemaligen Bundestagsgesandten Graf Dönhoff (der übrigens als der liberalste des Kabinets gilt und auch von anderer Seite, ob mit Recht? als Diplomat viel belobt wird, ist ein Staatsstreich wohl zuzutrauen, der das soldatisch-bureaukratische alte Preußenthum wieder zurückführen würde. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 26. September. Ausführlicher Bericht über die 86. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Im Namen des Ausschusses für die Wahl von Konstanz und Thiengen erstattet Adams einen Bericht, in welchem der Ausschuß darauf antragt, die verlangte Autorisation zur Untersuchungshaft gegen den Abg. Peter bei gegenwärtiger Sachlage nicht zu ertheilen, jedoch zu erklären, daß der Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens gegen denselben nichts im Wege stehe. Lette berichtet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß über mehrere Petitionen gegen unentgeltliche Aufhebung der Jagdrechte. Eine Beschwerde Grävell's gegen den Präsidenten wegen Zurückfassung der von ihm eingereichten Anträge geht an den Ausschuß für die Geschäftsordnung. Simon von Trier stellt den Antrag, die Nationalversammlung wolle, in Folge der offiziellen Erklärung der dänischen Regierung, daß sie keine Modifikation des Waffenstillstandes zulassen werde, ihre Genehmigung des Waffenstillstandes von Malmoe für null und nichtig erklären und eine neue Diskussion darüber auf einen der nächsten Tage anberaumen. Wigard u. A. stellen die Frage: ob daß in den Zeitungen enthaltene dänische Circularschreiben vom 17. d. M. ächt, und welche Schritte von Seiten des Ministeriums geschehen sehen, um den Widerspruch zwischen diesem Schreiben und jenem des preußischen Ministers Camphausen aufzuklären? Auf die Frage des Präsidenten, ob der Simonsche Antrag als dringend sogleich begründet werden dürfe, entscheidet die Versammlung verneinend. Zimmermann von Spandau stellt an den Minister des Aeußern folgende Fragen: 1) Ist es gegründet, daß bis jetzt noch kein Gesandter nach Ungarn designirt, auch noch keine Verbandlungen zu einem Bündniß mit Ungarn eingeleitet sind? 2) Welche Schritte sind gethan, um die Anerkennung der Centralgewalt von Seite Dänemarks zu bewirken? Ist es gegründet, daß Dänemark auf die in Aussicht gestellten Modifikationen des Waffenstillstandes nicht eingehen will? Was beabsichtigt das Ministerium im Bejahungsfalle zu thun? 4) Ist es gegründet, daß der Gesandte bei der französischen Republik, Abg. Raumer, in seinem Accreditiv die Notifikation überbracht, der Bundestag habe seine Befugnisse auf den Reichsverweser übertragen, dagegen der politischen Umgestaltung Deutschlands und Begründung der Centralgewalt durch die constituirende Nationalversammlung nicht gedacht ist? 5) Welche Maßregeln hat das Ministerium in Bezug auf die in Ungarn gegen Deutsche verübten Gräuelthaten ergriffen? 6) Ist es begründet, daß der General Wrangel das Oberkommando der deutschen Armee in Schleswig-Holstein ohne ausdrückliche Genehmigung der Centralgewalt niedergelegt hat? Was beabsichtigt das Reichsministerium in Bejahungsfalle zu thun? Der Reichsminister v. Schmerling erklärt: Die Centralgewalt habe den Syndikus Banks zur Rectification der Einsetzung des Reichsverwesers nach Kopenhagen und den Abgeordneten Heckenmann zur kräftigen Vertretung der Centralgewalt bei den Verhandlungen über Vollziehung des Waffenstillstandes nach Rendsburg abgeschickt. Von dem dänischen Ministerialschreiben sey ihm keine offizielle Kenntniß zugekommen. Jedenfalls werde das Reichsministerium der Beschluß der Nationalversammlung v. 16. d. M. in seinem vollen Umfange vollziehen, und rechne dabei auf den Beistand der befreundeten Mächte. Was die aus Moltke und Consorten bestehende Immediatcommission betreffe, so werde das Reichsministerium dieselbe, als in den Stipulationen des Waffenstillstandes nicht begriffen, unter keinen Umständen anerkennen. Das Kreditiv des Abgeordneten von Raumer betreffend, so sey dasselbe ausdrücklich im Namen der provisorischen Centralgewalt unter Hinweisung auf die

Digitized by Google

Wahl derselben durch die Nationalversammlung ausgestellt. Auf die weiteren Fragen will der Minister nächsten Montag antworten. Zimmermann behält sich seinerseits weitere Anträge bevor. Von Marcel, sowie von Reh und Konsorten werden Fragen an das Justizministerium darüber gestellt: nach welchen Gesetz der Belagerungszustand und das Kriegsrecht verkündet worden, welches das Verfahren bei dem Standrechte sey, welche Gebote und Verbote bei dem Belagerungszstand in Anwendung kommen u. s. w. Justizminister Mohl erklärt: er werde die Antwort hierauf nächsten Montag ertheilen. Links: das ist viel zu lang für den Belagerungszstand! Mohl: er werde sobald wie möglich antworten. Zimmermann von Spandau: denn es hingen Menschenleben daran; er beantragt, die Versammlung solle beschließen, daß der Minister binnen 24 Stunden zu antworten habe. Mohl: Es sei ihm unmöglich, über die eben vorgenommenen Fragen sogleich Auskunft zu geben; er wolle sie aber bis Donnerstag ertheilen. Nachdem der Präsident bemerkt hatte, daß die Festhaltung des Tags dem Minister überlassen bleiben müsse, wurde dieser Gegenstand verlassen, und zur Abstimmung über die Paragraphen 18 bis 20 der Grundrechte geschritten. Die Beschlüsse haben wir bereits mitgetheilt. Es sey hier nur noch bemerkt, daß der Antrag des Schulausschusses auf Unabhängigkeit der Schule von der Kirche bei namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 74 Stimmen, das von demselben Ausschusse ausgesprochene Oberaufsichtsrecht des Staats über die Schule mittelst Zählung mit 200 gegen 190, und das Recht der Gemeinden, ihre Lehrer zu wählen, mit 176 gegen 47 Stimmen angenommen wurde. Hierauf wurde, dem früheren Beschluß gemäß, über Art. 11. und 12. zusammen nochmals abgestimmt und dieselben in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen. Art. V. (§§. 21 und 22.) wird nach dem früher angenommenen Schoder'schen Antrag vorläufig übergangen, und Art. VI. unter Verzichtung auf die Discussion angenommen.

Frankfurt, 27. September. Unter'm 24. d. erließ das Reichsministerium der Justiz (R. Mohl) folgendes Rundschreiben an die Justizministerien der Einzelstaaten Deutschlands: „Mit Schmerz und Besorgniß muß jeden wahren Vaterlandsfreund der immer maßloser um sich greifende Mißbrauch der Presse zu verbrecherischen Zwecken erfüllen. Wenn die Nation mit Recht die Preßfreiheit als eines ihrer theuersten Güter betrachtet, welches ihr daher auch in ihrer Weise zugesichert werden darf, so soll dasselbe doch keineswegs ein Freibrief sein zu den frechsten Beschimpfungen und Verläumdungen von Behörden und Beamten, zur Provocation zum Aufruhr und zum gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland, welche nach Art. 2 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. die vollziehende Gewalt zu üben hat in allen Angelegenheiten, welche die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, darf nicht länger ruhig zusehen, daß die mittelst der Presse begangenen Verbrechen und Vergehen ungestraft bleiben; wie sie einerseits nicht daran denkt, der Preßfreiheit selbst Schranken zu stellen, oder durch präventive Maßregel entgegenzuwirken, so muß sie andererseits ernstlich darauf bestehen daß jedes Vergehen und Verbrechen, welches mittelst der Presse verübt wird, nach Maßgabe der bestehenden Strafgesetze zur Untersuchung und Ahndung gezogen werde. Ebenso darf es nicht länger geduldet werden, daß in Vereinen und Volksversammlungen Behörden und Beamte beschimpft, der Umsturz der bestehenden Verfassungen proclamirt, und das Volk zur gewaltsamen Empörung gegen die gesetzlichen Zustände aufgefordert wird. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht soll dem deutschen Volke unverkürzt erhalten werden; die Verbrechen aber, zu denen dieses Recht mißbraucht wird, oder welche bei Ausübung desselben verübt werden, müssen nach den bestehenden Gesetzen strenge bestraft werden. Demgemäß ersucht das Reichsministerium der Justiz die Justizministerien der Einzelstaaten, die betreffenden Behörden nach Vorstehendem mit strenger Anweisung zu versehen."

Lörrach, 22. September. Struve entkam mit seiner Frau nach Boschweil und St. Ulrich in die Gebirge des Schwarzwaldes. Seine Kriegskasse, etwa 1700 fl. enthaltend, sowie seine Correspondenz, die sehr wichtige Papiere enthalten soll, sind auf dem Rathhause dahier festgenommen worden.

Nachschrift. Der Graf Keller hat dem Vernehmen nach, als Reichskommissär der Einnahme von Staufen beigewohnt. Er wird die Expedition auf ihrem weiteren Zuge begleiten und im Namen des Reichs alle diejenigen Anordnungen treffen, welche erforderlich sind, um das Ansehen der Gesetze durch Gewaltmaßregeln jeder Art herzustellen. Er ist dazu mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen. (F. J.)

Freiburg, 25. Sept. Heute sind 76 in und bei Staufen gefangene Freischärler hier eingebracht und gebunden zu Fuß durch die Stadt ins Gefängniß geführt worden.

Nachschrift. So eben erhalten wir, aus ganz zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß Struve nebst Gemahlin, auf der Flucht nach dem Gefechte von Staufen, in der Nacht vom Samstag auf Montag, zu Todtmau, im Wiesenthal, angekommen ist. Da er dort auf Widerstand gegen sein Unternehmen stieß, so floh er noch in derselben Nacht weiter, man sagt nach St. Blasien zu. Durch alle Künste der Rede gelang es ihm in Todtnau kaum, seine wenigen Getreuen zu überreden, er sey nicht auf der Flucht und entführte die Kassen auch nicht, sondern gehe nur nach St. Blasien, um die Schlüsselreduug dort zu organisiren. (Fr. Z.)

Frankfurt, 27. September. Heute Vormittag ist uns folgende ministerielle Bekanntmachung aus Karlsruhe zugekommen: „Aus einem so eben eingelaufenen Bericht des Bezirksamts Lörrach vom Gestrigen, unterzeichnet von dem gestern gewesenen Oberamtmann Ecker, ist der Anführer der Rebellen, Gustav Struve, auf seiner Flucht in Wehr verhaftet worden. Karlsruhe, den 26. September 1848. Ministerium des Innern. Bekk."

Von der Murg, 25. Sept. Heute findet der Angriff auf Mühlheim statt. Bei Günterthal ist nach der Staufener Affaire ein zersprengter Trupp der Freischaaren, nach kurzer zweiseitiger Gegenwehr, von den Reichstruppen fast gänzlich aufgerieben worden. (Mannh. J.)

Karlsruhe, 25. Sept. Dem Vernehmen nach hat Franzelius seine Rheingränze besetzt, um den Freischaaren den Uebergang zu wehren, und auch die Schweiz soll endlich zur Einsicht gekommen seyn, und eine Rückkehr der Flüchtlinge nicht mehr gestatten wollen. Es wäre dies das einzige Mittel, eine ohnehin schwere Verantwortung abzuleinen.

Karlsruhe, 25. Sept. Die hiesige Zeitung berichtet: „Wir sind in den Stand gesetzt, über das Gefecht bei Staufen folgende näheren Einzelheiten mitzutheilen:

„Staufen, 24. September 1848. Heute Morgen um 6 Uhr brach General Hoffmann von Freiburg auf, mit 2 Bataillonen, 1 Escadron und 4 Geschützen. Als wir gegen Heitersheim kamen, entdeckte man gegen das Gebirge hin zwischen Staufen und Heitersheim mehrere bedeutende Haufen von Aufrührern. General Hoffmann ließ sogleich die Truppen ausrücken, marschirten, um die Freischaaren, die Stand zu halten schienen, anzugreifen. Die Truppen hatten aber kaum die nächste kleine Höhe erstiegen, als die Freischaaren eilig ihre Position verließen und sich nach Staufen warfen. Hier errichteten dieselben eine Menge Barrikaden und brachen die Brücke über den Neumagen. Die Truppen folgten im Sturmschritt nach, und schritten in 2 Kolonnen getheilt, deren eine General Hoffmann, die andere General v. Gayling kommandirte, sogleich zum Angriff. Die Vertheidigung war sehr lebhaft, und bei weitem ausdauernder, als früher bei Freiburg; allein der Muth unserer braven Soldaten, an keinen Spitze die beiden Generale, überwand alle Hindernisse. Unser Verlust ist gering. Wir haben nur 2 Todte und 7 bis 10 Verwundete, während die Rebellen sehr viele Leute verloren haben. Die Leichen liegen vor und in der Stadt noch ungezählt. Gefangene wurden 60 gemacht, welche morgen nach Freiburg gebracht werden, da sie hier nach dem Abmarsch des Militärs nicht bleiben können. Leider ist Struve entkommen; (Siehe unten Frankfurt.) nur der Hut und Mantel seiner Frau blieb in den Händen der Soldaten. Erbeutet wurde noch eine Masse von Waffen aller Art, acht Pferde und einige tausend Gulden. Der Geist der Truppen ist vortrefflich. Morgen will der General die Verfolgung der Rebellen, welche heute nur durch die Nacht unterbrochen wurde, fortsetzen.

München, 27. Sept. Morgen Abend werden die ek. Majestäten als Hohenschwangau zurückerwartet. Auf der Theresenwiese sind einstweilen die Wirthshäuden, wo die treffliche Löizerquelle strömt, zahlreich besucht. — Heute früh gingen durch die Eisenbahn 2 Batterien Artillerie, etwas später 2 Bataillons vom Inf.-Leibregiment nach Baden ab, denen morgen 2 Bataillons vom Inf.-Regiment König folgen. Nur das Regiment Kronprinz bleibt vorerst ganz hier. Auch von Augsburg gehen heute Chevauxlegers ab; aber auch unser Kuirassierregiment hat Bereitschaft. Es heißt bei Memmingen soll ein Lager gebildet und unter dem Commando des Generals Gumpenberg 12000 Mann zusammengezogen werden. — Das neue bayer. Anlehen hat bereits einen bedeutenden Absatz gefunden und wird im Aus- wie im Inlande baldigst das größte Vertrauen genießen. Gleichwohl weigert sich unsere Hypotheken- und Wechselbank dieses Papier in Depot zu nehmen. Der Gewerbsmann erhält dieses freiwillige Anlehen gegenwärtig häufig von königlichen Kassen an Zahlungs-Statt

Digitized by Google

und es wäre daher auch billig, daß, wenn man dasselbe auch vorerst noch nicht in Kurs, doch anderweitig ohne Verlust unterbringen kann. — Die Schützen des Künstlerfreikorps veranstalten heute auf der Menterschwaige ein Vogelschießen. — Gestern Nacht wurden in ihrem Bette die Mitglieder des Comités des demokratischen Vereins in aller Stille verhaftet, nemlich der Präsident Dr. Al. Ringler, E. Roller (Miterateur und Eigenthümer der Leuchtkugeln), der k. Advokat Dr. Riedel, die Rechtspraktikanten Dr. Herrmann, Dr. Weiner und Stunz, Künstler Schmolze und noch ein achtes Mitglied, dessen Namen sich nicht erfuhr. Noch andere Verhaftungen stehen bevor, man spricht von den Redakteuren des Vorwärts, Brüder Sensburg u. A. Sieht Elsenmann vielleicht auch jetzt noch keine Reaktion?*) Da sind wir im sechsten Monat nach unserer Revolution angelangt, daß man mißliebige Personen, ohne andere Schuld, als daß sie vom Assoziationsrechte freien Gebrauch machen, heimlich einsteckt. Daß diese Vorfälle in verschiedener Weise große Aufregung hervorriefen, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. — Gestern ist Prinz Carl nach dem Seebade abgereist, um im Auftrage des Reichsverwesers das Commando über die dort concentrirten deutschen Truppen zu übernehmen. — Das hier zurückgebliebene Militär ist für den Abend in den Kasernen konsignirt; Landwehr- und Freikorps-Abtheilungen haben auf dem Rathhause sich zum Wachdienst einzufinden.

Altenburg, 26. September. Gestern Vormittag empfing die hiesige Staatsregierung vom Reichsministerium den Befehl, das hiesige Bataillon marschfertig zu halten, da es dislocirt werden solle, und hierher sowie in die preußischen Fürstenthümer dafür ein Corps sächsische Truppen kommen würde, welche später von Oesterreichern und Bayern abgelöst werden würden. Diese von hiesigen Demokraten sehr unbescheidene Maßregel hatte heute folgenden Beschluß der Landstände zur Folge: Das Reichsministerium hat die militairische Besetzung der kleinen sächsischen Herzogthümer und des Fürstenthums Reuß angeordnet. In Folge dessen hat der versammelte Landtag des Herzogthums Sachsen-Altenburg sofort Protest an die Nationalversammlung zu Frankfurt einstimmig beschlossen und durch zwei seiner Mitglieder dahin abgesendet. Zugleich hat der Landtag das Ministerium aufgefordert, bei dem Reichsministerium gegen diese Gewaltmaßregel gleichfalls zu protestiren und sich den übrigen betreffenden Regierungen davon unverzüglich Nachricht zu geben.

Berlin, 26. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sind die Tribunen leer, wie auch die Ruhr, welche draußen auf dem Platze herrscht, den entschiedensten Gegensatz zu dem gestrigen Tag darbietet. Die Versammlung wird zuerst durch ein Schreiben des Ministerpräsidenten benachrichtigt, daß der König das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vollzogen habe.

Berlin, 26. September. Nachdem der gestrige Tag ziemlich ruhig und ohne Exzeß verübergangen war, trotzdem bedeutende Menschenmassen exaltirt und seit längerer Zeit schon in einer gewissen Spannung lebend auf den Beinen waren, brachte uns der gestrige Abend einige wenn auch nicht sehr erhebliche Ruhestörungen. Schon den Nachmittag über hatten sich auf einzelnen Plätzen Haufen von Leuten gebildet, die sich jedoch ziemlich still verhielten. Erst Abends zogen dieselben zunächst vor die Stadtvogtei und verlangten die Freilassung der politischen Gefangenen. Es wurde in den verschiedenen Bezirken Alarm geblasen und geschlagen. Die Bürgerwehr erschien bald auf dem Platze. Hr. v. Bardeleben soll hier die Verschärfung gegeben haben, daß die politischen Gefangenen in kürzester Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden sollten. Man erzählt, daß auch wirklich eine Estafette nach Potsdam dieserhalb abgegangen sein soll. Der Volkshaufe vertieft sich einiger Zeit meist nach der Königsstraße, wo einiger Tumult entstand, der jedoch durch die Bürgerwehr bald beseitigt wurde, obschon man sogar an der Königs- und Poststraßenecke versucht hatte, eine Barricade zu errichten, wozu nach dem in der Schloßwache aufgenommenen Protokolle ein Graf Dreßler aus Alt-Ebenmig aufgefordert haben soll. Graf Dreßler befindet sich in Haft. Heute ist alles vollkommen ruhig.

Köln, 26. Sept. (Köln in Belagerungszustand.) In Folge mehrerer Verhaftungen gegen die Anführer der demokratischen Partei fanden am 25. Unruhen in Köln statt. Volksversammlungen auf offenem Markte wurden gehalten, heftige Rede geführt, alle schwarz-weißen Pfähle herausgerissen und verbrannt und endlich Barrikaden mit großer Meisterschaft gebaut. Da die Bürgerwehr auf die Anfrage des Stadtkommandanten, ob sie zu den weitern Verhaftungen Hand bieten wolle und ob sie sich stark genug fühle die Ruhe aufrecht zu erhalten, mit Nein antwortete, rückte das Militär, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, aus und besetzte die Plätze. Die Rebenthore wurden geschlossen, die Hauptthore besetzt. Die Truppen räumten ohne Kampf die Barrikaden, und nur durch einen unglücklichen Fall eines Soldaten verwundet, dessen losgehendes Gewehr einen Unteroffizier und einen hinter einer Barrikade Stehenden. Mehrere Waffenläden wurden geplündert. Eine Barrikade trug die rothe Fahne. Schüsse fielen an verschiedenen Orten, waren aber in die Luft gefeuert. — Am 26. Morgens 5 Uhr drangen Mehrere in den Glockenthurm des Doms und läuteten Sturm wurden aber vom Militär überrascht und zur Haft gebracht. Mit Tagesanbruch wurden die Barrikaden gänzlich weggeräumt. Die Exzesse hatten damit begonnen, daß das Volk mehrere Verhaftete den Händen des Gerichts entriß. — Am 26. Mittags wurde die Bekanntmachung des Belagerungszustandes in in den Straßen verkündet, wie es darin heißt, zur Sicherung der Festung und zum Schutze der Bürgerschaft. Alle Vereine zu politischen und socialen Zwecken sind aufgehoben. Versammlungen von mehr als 20 Personen am Tage, 10 Personen bei Nacht sind untersagt. Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr geschlossen. Die Bürgerwehr ist vorderhand ihrer Reorganisation aufgelöst und alle Waffen sind abzuliefern. Wer in offenem Widerstand getroffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden und die neue rhein. Zeitung, die Zeitung des Arbeitervereins, die neue Kölnische Zeitung, der Wächter am Rhein, sind suspendirt.

Schleswig-Holstein, 24. September. Auch General Bonin hat vergestern von Schleswig aus ein Rundschreiben an alle Commandanten der Herzogthümer erlassen, in welchem er sie anweist, die Behörden und Einwohner Schleswig-Holsteins vor den Uebergriffen der sogenannten Immediatcommission zu schützen und Ruhe und Ordnung im Land aufrechzuhalten. Zugleich hat er derselbigen Erklärungen über die Desmontirung und Desavouirung der Festen Friedrichsort und Laboe ꝛc. gegeben.

Wien, 23. September. Der Kaiser hat die Entlassung des Arbeiterministers Schwarzer angenommen. Maier, Reichstagsdeputirten, soll sein Nachfolger sein. An die Stelle des Ministers des Innern v. Doblhoff soll Hr. Schmerling aus Frankfurt erwartet werden. Binnen wenigen Tagen wird die neue Ministercombination ausgeführt sein. — Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß soeben an die Armee ein Befehl zum Schwure auf den constitutionellen Kaiser ergeht.

Wien, 24. Sept. Nach kurzem Aufenthalt in der Residenz verließ uns gestern Fürst Windisch-Grätz, um, wie wir hören, zu seiner Erholung nach Italien zu gehen. F. M. L. Welden wird sich Ihrer hier erwartet; er soll das Commando in Prag übernehmen. Die Zusammenziehung der Truppen in und um die Stadt Wien ist eine unbestreitbare Thatsache. Es liegen jetzt in Wien gegen 15,000 Mann, und in weniger als 8 Stunden können dieselben auf das doppelte gebracht werden. Da Oberösterreich vollkommen ruhig ist, so konnten von dort her mehrere Bataillone in die Nähe der Hauptstadt verlegt werden, was auch geschehen ist.

Wien, 24. September. Eben eingehende Nachrichten aus dem Hauptquartier des Banus von Kroatien, Jellachich, aus Lenkseldorp vom 22. September melden: Der Banus ist von Kis-Komarum unaufhaltsam und ohne Widerstand dort eingerückt. Alle ungarischen Nationalgarden gerstreuten sich oder warfen die Waffen weg, das wenige regulaire Militär weigerte sich bis jetzt zu kämpfen oder zog sich zurück. Unter solchen Umständen traf der Erzherzog Palatinus von Pesth bei der sogenannten ungarischen Armee in Pröprim ein. Er sandte den Grafen Zichy an den Banus und lud ihn zwei Mal zu einer Unterredung nach Szemeß ein, allein der Banus weigerte sich standhaft, sich ohne Anerkennung seiner gerechten Forderungen für die Gesammtmonarchie in Unterhandlungen einzulassen; überdies erklärte er noch feierlichst daß alles Linienmilitär, welches sich auf seinem Marsche nicht den Befehlen des österreichischen Kriegsministeriums unterwirft, von ihm als Rebellen behandelt werden wird. Seine Vereinigung mit den bei Weißkirchen heranrückenden Grenzern und Serbiern ist so gut als vollbracht. Unter solchen Umständen schlug der Erzherzog Stephan den Weg nach Wien ein, wo er zu nicht geringen Schrecken der demokratischen Ungarn heute Vormittag 10 Uhr eingetroffen ist.

Triest, 27. Sept. Vom serbischen Kriegsschauplatz wird uns eben die Einnahme von Becskerek durch die Serben gemeldet.

*) Die Untersuchung kann uns erst das Maaß der Betrecheilung über diese Verhaftung geben: bis es zur öffentlichen Verhandlung kommt, müssen wir daher unser Urtheil suspendiren.

Digitized by Google

(Der in Wien bekannt gemachte Sieg der Ungarn über die von Jellachich befehligten Croaten war ein Puff, obgleich das Siegesbulletin die kleinsten Details erzählte. Wie die heutige Wiener Correspondenz berichtet, wäre der Ban vielmehr bis Stuhlweissenburg vorgerückt.)

Schweiz

Der Reichstagsgesandte bei der Schweizer Eidgenossenschaft, Fr. Rayeaux ist beauftragt, ungefäumt über die Vorgänge in den Gränzkantonen Erläuterungen zu begehren wegen des Einfalls der Freischaaren aus der Schweiz in das Großherzogthum Baden, und darauf zu dringen, daß Vorkehrungen getroffen werden, wiederholte Einfälle zu hindern. Das Reichsministerium behält sich nach Einlangung weiterer Berichte fernere Maßregeln vor.

Frankreich.

*Paris, 25. September. Der National bespricht heute die in Baden ausgebrochene republikanische Bewegung in einem sehr heftigen Artikel, der auf eine Kenderung der bisher von dem französischen Kabinette befolgten Politik deutet und aus dem wir folgende bezeichnende Stelle citiren: „Wir haben seit dem 23. Febr. die friedliche Politik befolgt, wir haben den größten Lockungen, den aufreizendsten Herausforderungen widerstanden. Diese unserem Charakter antipathische Politik hat traurige Folgen gehabt und unser Herz blutet, wenn wir an die Einnahme Mailands, an das Bombardement von Messina denken. Aber man hat unsere Geduld, unsere Mäßigung für Schwäche genommen, man hat uns für gleichgültig für die Unterdrücten gehalten, und diese doppelte Schmach werden die theuer bezahlen, die sie uns angethan haben. Man glaube nicht, daß wir deßhalb schon in die Kriegstrompete stoßen, wir haben eine mächtigere Armee als die der tapfersten Bataillone, die Armee unserer Zeiten, die Propaganda unserer Grundsätze, die Autorität unseres Beispiels, die Thatsache unseres Daseyns. Wir sind die französische Republik und das ist genug, um ganz Europa zu revolutionairen. Darum rühlen wir auch em großes Mitleid, wenn wir diese schwankenden Regierungen betrachten, die von einer unmöglichen Restauration träumen. Glaubt Oestreich vielleicht, wir wissen nicht, was in Wien geschieht. Wissen wir nicht, daß die zuerst zurückgewiesene Vermittlung nur auf Andringen der Gesandten Belgiens und Hollands und nur um Zeit zu gewinnen angenommen wurde? Kennen wir nicht den Plan der Camarilla, zuerst Ungarn zu vernichten, um sich dann mit allen Militärkräften, nicht auf Italien, sondern auf Wien selbst zu werfen, wo die Demokratie übermächtig zu werden droht. Und das Frankfurter Parlament, in den Augen der Deutschen selbst schon ohne Glauben, glaubt es uns täuschen zu können? Es möge es doch versuchen, das liberale Deutschland auf und zu hetzen. Was Preußen betrifft, so ist sein König mit der Erhaltung seines eigenen Thrones zu sehr beschäftigt, um an uns denken zu können. Es bleibt also nur Rußland, das blitzende Schwert des Absolutismus, die letzte Hoffnung dieses Schattenkaisers, den die Erzherzogin Sophie sprechen läßt, wie sie soufflirt. Rußland hat eine zahlreiche Armee, aber wenig Geld, und was er vor Allem fürchtet, ist, seine Armeen mit dem Westen in Berührung bringen. Der Czar fürchtet für seine Soldaten die Ideen mehr als die Kanonen. Wenn ein Krieg ausbricht, so werden die russischen Truppen das Oestreich verabscheuende Galizien, das über die neueste preußische Theilung unzufriedene Posen besetzen, sie werden nicht einen Schritt weiter thun. Und Ungarn, — Böhmen, — niedergedrückt, aber nicht unterjocht, — was erwarten sie, um ihre Unabhängigkeit zu erklären? Das Signal eines Kriegs. Ein hoher preußischer Staatsbeamter, dessen Ansicht um so weniger verdächtig ist, als er entschieden gegen die Republik ist, sagte uns vor einigen Tagen: „Ehe noch ein Jahr vergeht, werden sich die sämmtlichen deutschen Staaten in Republiken umgewandelt haben, nicht in eine unitarische Republik, aber in einen Bund von verbrüderten Republiken. Und es wird, um diese allgemeine Revolution hervorzurufen, nichts bedürfen, als den Einmarsch einer französischen Armee in Italien.“ Wenn diese Ansicht wahr ist, so kann das elende Spiel, das Oestreich jetzt spielt, seinen Fall wohl verzögern, aber es nicht retten. — Kurz Frankreich will den Frieden, es will mit dem Blute der Völker sparsam sein: aber es kann den Krieg führen. Wir bedauern die bisher bewiesene Langmuth nicht, aber was nun auch geschehen möge, alle Interessen werden geschützt, alle Rechte anerkannt seyn. Wenn die Karte Europas umgestaltet werden wird, wird Frankreich nicht einen Zoll Terrain gewinnen und dies wird ihm ewig zur Ehre gereichen, aber es wird auch nicht mehr ein einziges Volk existiren, das sich nicht selbst angehörte.“

Die Regierung hat durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß vier französische Fregatten mit 4000 Mann Landungstruppen vor Venedig angekommen sind.

Louis Napoleon Bonaparte ist gestern Abend in Paris angekommen.

Louis Napoleons Ankunft in Paris hat einige Bewegung hervorgerufen, — die Regierung hat sich veranlaßt gesehen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Zwei Bataillone Linie stehen auf dem Carrousselplatze, ein Bataillon Mobile im Tuilleriehofe, zwei Bataillone im Louvre, — ferner sind zwei Bataillone Linie in der Caserne Orsay unter den Waffen und das Dragoner-Regiment daselbst hat seine Pferde gesattelt. Auch auf den andern Punkten von Paris sind ähnliche Vorkehrungen getroffen, nur in der Nähe des Pallastes der Nationalversammlung sieht man keinen einzigen Soldaten. Ein Ministerrath hat diesen Morgen um 8 Uhr stattgefunden; — es geht aus dem Polizeis-Rapporte hervor, daß die Anhänger des Prätendenten eine Demonstration beabsichtigen. Gavaignac hat sich auf das Entschiedenste dahin erklärt, daß er bei dem ersten Schusse, der von dem Vermande Louis Napoleons abgefeuert werde, die Napoleoniden sammt und sonders verhaften und auf einem Staatsschiffe nach Sinnamarie deportiren lassen werde.

Louis Napoleon ist auch in Corsica und fast mit Einstimmigkeit zum Vertreter gewählt worden.

Todes-Anzeige.

Dem Allmächtigen über Leben und Tod hat es gefallen, unsern, von einem dreijährigen Leiden heimgesuchten, geliebten Sohn und Bruder, den Schlossergesellen

Matthäus Gagb

in einem blühenden Alter von 23 Jahren von diesem Wohnplatze in ein besseres Jenseits abzurufen. Vom tiefsten Schmerzgefühl ergriffen, halten wir es demnach für unsere heilige Pflicht, den edlen Menschenfreunden, die ihn während seiner Blindheit so große Hülfe angedeihen ließen und bei seiner Leichenbestattung ohne Anregung eine so treffliche Abtheilnahme bewiesen, den innigsten Dank abzustatten, mit dem Wunsche, daß der Vergelter alles Guten vor ähnlichem Unglücke sie bewahren wolle. Mit der Bitte um stilles Beileid

Bayreuth, den 29. September 1848.

Die Hinterbliebenen.

Anzeigen.

Bei **Reichel** in Bautzen erschien und ist in der **Buchner**schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Fünf General-Mittel

gegen Hämorrhoidalleiden, allzugroße Abmagerung, großes Dick- und Fettwerden und des üblen Geruchs aus dem Munde. Ferner über Zeugung gesunder Knaben od. Mädchen nach Willkühr der Eltern, nebst Mitteln zum Wachsthum und Färbung der Haare. 54 kr.

In der **Buchner**schen Buchhandlung ist soeben angekommen:

Der Himmel und seine Gestirne.

Lehrbuch der Astronomie für Schule und Haus,
bearbeitet von G. E. Seldemann. Preis 36 kr.
Mit 28 Abbildungen und 1 Planetensystem.
Verlag von F. A. Reichel in Bautzen.

Dem Hochwürdigen Herrn Stadtpfarrer Dittmar für die nach dem Wunsche unserer geliebten guten Mutter, der Stadtviertelsmeisters Wittwe Margaretha Kunigunda Kellein, am Grabe gesprochenen so schönen und trostvollen Worte, allen lieben Verwandten und Freunden, die unsere theure Verblichene mit uns zum Grabe begleiteten, unsern innigsten, wärmsten Dank!

Bayreuth, 29. September 1848.

Die Hinterbliebenen.

Empfehlung.

Wer einen eben so guten als billigen Kaffe (die Tasse kostet nur 6 kr.) trinken will, besuche den Wagnerschen Gasthof in Bernec k.

Mehrere durchreisende Soldaten.

Den 1. October fährt eine leere Chaise nach Hof. Das Nähere bei Bergmann, Lohnkutscher.

Nr. 68 in der Frauengasse ist auf Lichtmeß Parterre ein Quartier zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezieben durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 2 fl. 30 kr., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag | Nro. 273. | 1. Oktober 1848.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24. September. Der N. Würzb. Ztg. soll „sichern Vernehmen nach" der in Frankfurt weilende Bevollmächtigte der provisorischen Regierung der Walachei beauftragt worden seyn, die Vermittelung der provisorischen deutschen Centralgewalt für die Fürstenthümer nicht nur zu beanspruchen, sondern auch dahin zu wirken, daß Deutschland dieselben unter seinen Schutz nehme, mit Deutschland vereinigt oder unter die Regierung eines deutschen Fürsten stellt. (F. J.)

Frankfurt, 28. Sept. Eine offizielle Mittheilung lautet: „Wirksamer dafür zu sorgen, daß überall in Deutschland die Herrschaft des Gesetzes nicht ungestraft dreinträchtigt werde, hat das Reichsministerium des Innern die Regierungen von Preußen und Würtemberg um baldigste Mittheilung darüber ersucht, aus welchen Ursachen die in jüngster Zeit in Heilbronn, Koblenz und Köln stattgehabten Ruhestörungen nicht verhindert worden, und welche Maßregeln ergriffen wurden, diese zu beseitigen und die Uebertreter der Gesetze zu bestrafen. (F. J.)

Karlsruhe, 26. Sept. Diesen Abend um 5 Uhr kam die offizielle Nachricht von der Gefangennehmung Struve's hier an. Die Berichte lauten hierüber verschieden. Er soll von einem seiner Anhänger verrathen worden seyn, indem er den ihn verfolgenden Dragoner die Richtung angab, in welcher er gestehen; bei Wehr am Rhein sind sie denn auch seiner habhaft geworden. Nach einem andern Berichte haben ihn einige Bauern daselbst erkannt und nebst seiner Frau festgenommen.

Die „Karlsruher Ztg." bestätigt die Nachricht der „Freib. Ztg.", daß zu Staufen 9 Freischärler, die sich am 25. in dem Hause eines dortigen Kaufmanns verstecke, und während, oder kurz nach der Beerdigung der dort gebliebenen Scharfschützen unversehens auf die Soldaten gefeuert hatten, standrechtlich erschossen wurden.

Das so eben ausgegebene Reg.-Bl. Nr. 67 erklärt nun auch die Amtsbezirke Schopfheim, Schönau, St. Blasien, Säkingen, Waldshut, Jestetten, Stühlingen, Beandorf und Neustadt in Kriegszustand. (F. J.)

In Sulzberg und Müllheim sollen sich noch Abtheilungen der Freischaaren befinden. Die in Staufen gestandenen, haben sich nach der dortigen Niederlage, versprengt und vereinzelt, durch das Münsterthal zurückgezogen. — Aus Lörrach vernimmt man, daß auf die Nachricht von dem Gefechte bei Staufen die gefangen gehaltenen Beamten wieder freigegeben wurden und sich ein bedeutender Umschlag in der Stimmung bemerklich machte.

Freiburg 26. Sept. Nach dem Gefechte bei Staufen zerstreuten sich die Freischärler in unregelmäßigen Haufen. Einer derselben kam in das Städtchen Sulzburg, brandschatzte dort die vermöglicheren Bürger, und zog mit 15—1600 Gulden die er erpreßt hatte wieder ab. — Schon in der Nacht vom 24.—25. kamen flüchtige Freischärler aus Staufen in Lörrach an, mit der Hiobspost von ihrer Niederlage. Sogleich löste sich die „provisorische Regierung der deutschen Republik" auf, und suchte das Weite. Die gefangenen großherzoglichen Beamten sind wieder frei. — Diesen Nachmittag sind zwei Schwadronen des Dragoner-Regiments Großherzog auf der Eisenbahn hier eingetroffen. Beide marschirten noch Abends ins Oberland ab. — Uebereinstimmende Nachrichten aus dem Oberlande besagen, daß die Truppen nirgends mehr Widerstand finden. Sie sind heute Vormittags ohne Schwertstreich in Müllheim eingerückt. Die Freischärler, welche sich dort aufstellten, stehen ins Gebirge. Die Truppen sollen gestern und heute noch gegen 150 Gefangene gemacht haben.

□ München, 28. September. Vorgestern Abend ist der Staatsminister des Aeußern, Graf Bray aus Frankfurt zurückgekehrt und in der darauf folgenden Nacht geschah die Verhaftung der Demokraten. Daß diese beiden Umstände mit einander in Verbindung gebracht worden, ist um so natürlicher, weil man hier nirgends eine Schuld der Führer des Demokratenvereins am Tage liegender sind vermuthen muß, daß gravirende Dinge geheimer Natur obwalten müssen, welche ein Einschreiten gegen alle demokratischen Vereine Deutschlands, zwischen denen Verbindungen bestehen, veranlaßten. Die Art und Weise der Verhaftung in nächtlicher Dunkelheit und aus dem Bette erregt viel Tadel; zu den gestern Genannten kam noch der Studierende Baron v. Rauendorf und Jul. Knorr hinzu, welcher aber gegen Caution noch am nemlichen Tage freigelassen wurde, Redakteur Sensburg und noch 5 Andere. Man fürchtet, daß am Abend die gestern den ganzen Tag über herrschende Aufregung zum Ausbruch kommen werde. Ein gegen Abend erfolgender Anschlag des demokratischen Vereins jedoch, welcher zur Ruhe auffordert, damit die Sache nicht noch mehr verschlimmert werde, verhinderte das Entstehen von Unordnungen. Schon war nemlich das Proletariat und die pfiffige Straßenjugend auf den Beinen. Schon hörte man jene gellenden Vorübungen eines Crawalls, aber man beschränkte sich darauf, gruppenweise über die Vorfälle des Tages zu converstren und hie und da seinem Unmuth durch Reden und Drohungen Luft zu machen. Auf dem Schrannenplatze waren bis gegen 9 Uhr mehrere hundert Menschen gruppirt, in andern Straßen und namentlich vor einigen Bräuhäusern postirten sich ebenfalls dichte Schaaren, schimpften, pfiffen, ließen Hecker und Struve und die Demokraten leben, sangen Freiheitslieder; dieß war namentlich um die Frohnveste herum der Fall, wo der aufgestellten Eskadron Cuirassire und 2 Compagnien Infanterie gegenüber der größte Volkshaufen versammelt war. Schon um 10 Uhr aber waren die Straßen wieder leer, einige Compagnien Landwehr und die Freicorps patrouillirten und zertheilten die Massen, nahmen aber auch in der Nähe der Frohnveste einige Verhaftungen vor. Das Zuchthaus, gegen welches man ein Attentat befürchtete, war mit Militär stark besetzt. In den Casernen war das Militär consignirt, an der Residenz und auf der Hauptwache die Mannschaft verstärkt und an einzelnen Orten Soldaten aufgestellt. Die Cuirassire patrouillirten in großer Verstärkte die ganze Nacht; es kam kein größerer Excess vor, obgleich beunruhigende Gerüchte in Umlauf waren. So sagte man z. B., auf den Thoresthürmen seyen mehrere Hundert bewaffnete Individuen versammelt, die gegen Mitternacht in die Stadt rücken werden; Letzteres war jedoch nicht der Fall. Bei Tröglern und in andern Läden wurden gestern von Arbeitern viele Waffen aufgekauft. — Der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" fragte gestern bei der Polizei um Aufschluß über die vorgenommenen Verhaftungen an; auf den Bescheid dieser Behörde, daß sie in höherem Auftrag gehandelt habe, wandte sich der Ausschuß an den Justizminister, welcher erklärte, daß die Verhaftungen in Folge einer Requisition des obersten Gerichts vorgenommen wurden, er werde sehen, was in der Sache zu thun sey. — Das für heute zum Ausmarsch commandirt gewesene 1. Infanterieregiment hat Gegenordre erhalten. Heute Vormittags wird eine Batterie Artillerie von hier abgehen.

München, 27. Sept. 4½ Nachmittags. So eben bedecken sich die Straßenecken mit folgender Ansprache an die Einwohner Münchens: Die heute Morgens zwischen 4 und 5 Uhr vorgefallene Verhaftung derjenigen Mitglieder des demokratischen Vereins, welche bei der letzten Volksversammlung zu Neuberghausen den Vorsitz führten, beunruhigt die Gemüther jener Einwohner Münchens, welche Sinn für Recht und Freiheit haben. Unser Bewußtseyn sagt uns, daß diese Verhaftungen lediglich gesetzlichen Grundes entbehren. Da durch jede Ruhestörung die gute Sache gefährdet und der jeder freien Regung feindseligen Partei nur willkommener Vorschub geleistet würde, so sehen wir uns gedrungen, alle Einwohner Münchens dringend zu bitten, jede Ruhestörung, jede gewaltthätige Handlung zu unterlassen und den weitern Verlauf der Ereignisse ruhig abzuwarten. Der demokratische Verein.

München, 28. Sept. Die Aufregung in der Stadt ist im Laufe des Nachmittags sichtlich und hörbar gestiegen; die Ansprache des demokratischen Vereins hat jedoch ihren Zweck nicht verfehlt. Wohl bildeten in manchen Straßen, besonders in den der Frohnveste zunächst gelegenen, einzelne Gruppen; doch war man so weit von dem Gedanken der Ruhestörungen entfernt, daß selbst das sonst unfehlbare Reizmittel hiezu — die Aufstellung bewaffneter Macht — und der nicht zu rechtfertigende Eifer eines Pikets, von welchem aus ruhig stehende Personen mit nichts weniger als hof-

Digitized by Google

lichen Worten oder sanften Geberden zum Verlassen ihrer Plätze eingeladen wurden, gestern die gewohnte Wirkung nicht hervorbrachte. (N. K.)

München, 28. September. Der gestrige Abend ist ohne eigentliche Ruhestörungen vorübergegangen. In der Gegend der Frohnveste, wo die Verhafteten (die Redekpraktik. Dr. Greisnet, Herrmann und Stunz, Advokat Riedl, Maler Schmolze, Privatier Nauendorf, Dr. Ringler und Roller Eigenthümer der Leuchtkugeln) sich befinden, standen bis gegen Mitternacht Gruppen, welche sich mehr als einfachen gegen die Maßregel aussprachen. Sie wurden von verschiedenen Dazugekommenen beschwichtigt; wo Dieses jedoch mit Schmähung auf jene Personen und mit der Bezeichnung „Wühler“ geschah; hatten sich der Redner schlechten Dankes zu erfreuen. Mit der patrouillirenden Linie und Landwehr fanden nur einige unbedeutende Neckereien statt, von den Waffen wurde kein Gebrauch gemacht, wohl aber einige Arrestationen vorgenommen. Ein Aufruf des demokratischen Vereins hatte die Versicherung gegeben, daß ein gesetzlicher Grund zu jener Maßregel nicht vorliegen könne, aber das Resultat der Untersuchung nur in Ruhe abgewartet werden solle. Nachmittags waren Deputationen des Bürgervereins, der Studentenschaft und des demokratischen Vereins bei den Staatsministern des Innern und der Justiz. Es ward ihnen die Versicherung, daß die Haft durch das Appellationsgericht in Freising angeordnet werden, daß an ein Fortdringen der Gefangenen nicht gedacht werde und jede Abtheilung, wenn es dazu komme, jedenfalls durch Schwurgerichte erfolge. Weitere Aufschlüsse — vielleicht auch über die Anschuldigungspunkte — sollen morgen gegeben werden.

München, 25. September. Als einen Beleg für die Art, wie unsere Regierung die Frage über die Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe auffaßt, kann Folgendes mitgetheilt werden. In einer Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe äußerte Graf v. Reigersberg: er hätte schon dermal von der Todesstrafe Umgang nehmen können, übrigens sehe er wohl, daß die Aufschüsse nach ihrem Wandat in dieser Beziehung keine Kompetenz hätten. Hierauf antwortete Staatsminister Heinz: „Ja Abschaffung derselben in Deutschland wird nothwendig die Abschaffung derselben in Bayern zur Folge haben. Mowentan kann Das nicht geschehen, und die Regierung kann sich nur dadurch helfen, daß sie keine Todesurtheile mehr vollzieht, was auch schon geschehen ist, indem einige Fälle der Art vorkamen, wo Begnadigung eingetreten ist, obwohl keine Gründe hier zu verlagen.“

Bamberg, 27. Sept. Die Eröffnung der Eisenbahn bis nach Hof unterliegt nunmehr keinen Zweifel. Die Probefahrten beginnen am 15. Oktober, die Eröffnung der Bahn erfolgt am 1. November. (Z. B.)

Aus dem Waldeckischen wird unterm 19. Sept. gemeldet daß man aus Pyrmont die Fürstin (Vormünderin des Fürsten ihres Sohnes) verjagt habe. Sie ist zu ihrem Schwiegervater, dem Fürsten von Bückeburg geflohen, weil sie es nicht wagte, nach Arolsen zurückzukehren. Der Grund dieser Aufregung ist die Verweigerung der im März gegebenen Verheißungen, und der republikanische Geist der das Ländchen ergreifen. Ein trostloser Rechtszustand, eine schlechte Verwaltung, Armuth unter den Bauern und ein fauler Finanzzustand haben das Land entnervt und die meist freisinnige protestantische Bevölkerung niedergedrückt. Noch wartet man vergeblich auf die Berufung eines constituirenden Landtags, trotzdem daß Waldeck schon eine freisinnige Verfassung auf dem Papier hatte. Weil man kein Geld hatte, kannte die Kammer nie zusammentreten, und machte Gesetze, indem eine Mappe bei den einzelnen Deputirten zur Einsagung ihres Votums herumgetragen wurde. Ja nicht einmal Strafgesetzeinrichtung hat die Duodezregierung Arolsen, weil man kein Geld zum Oel herbeischaffen kann, und doch müssen diese 20 Quadratmeilen 500 M. Soldaten ernähren. (D. A. Z.)

Berlin, 27. September. Durch ein Circular an die Regierungen ist von Seiten des Ministeriums des Innern die Aufhebung der Theatercensur als eines mit der Freiheit der Rede und der Presse unverträglichen Zwangsinstituts verfügt worden. Das Gouvernement ist mit diesem Erlasse einem Beschlusse der Nationalversammlung zuvorgekommen. Ein Antrag des Abg. Jung von gleicher Tendenz befindet sich nämlich in den Abtheilungen.

Berlin, 27. September. Wie man hört, beschäftigt sich das gegenwärtige Ministerium ernstlich mit dem Thema einer allgemeinen politischen Amnestie. — Die Stadt ist ruhig; die Clubs bereiten Adressen an die Nationalversammlung vor über das Einrücken preußischer Truppen in das Mecklenburgische ohne Auftrag der Centralgewalt, über die Eidesformel der Bürgerwehr ꝛc. Graf Pahlen wird vorläufig nicht nach Paris gehen, eine offizielle Anerkennung der französischen Republik in Petersburg ist bis jetzt nicht erfolgt.

Köln, 27. September. Im Laufe des gestrigen Tages ist unsere Garnison um drei Bataillone, nämlich des 13., 17. und 34. Infanterie-Regiments, welch letzteres und erst vor einigen Tagen verlassen hatte, und eine Abtheilung Schützen verstärkt worden. Das 6. Uhlanen-Regiment von Düsseldorf soll für die Dauer des Belagerungszustandes nach Deutz verlegt sein. Hier in Köln wurden die Soldaten von ihren Cameraden mit Jubel empfangen und nahmen theils, wie bereits mitgetheilt wurde, an den Biwouaks auf den öffentlichen Plätzen Theil, theils aber gegen sie in die Forts, da der ganze Rayon der Festung mit Truppen besetzt ist. Während der ganzen Nacht ist auch nicht die geringste Störung vorgefallen. Leider berichtet man, daß einzelne Militärposten gegen Beleidigungen, welche sich gestern Abend dem Neumarkte u. s. w. näherten, arge Mißhandlungen und sogar tödtliche Verletzungen sich hätten zu Schulden kommen lassen. (K. Z.)

Bremen, 26. September. Das Dampfschiff „Hermann“, Capit. Crabtree setzte am 20. d., seinem regelmäßigen Tage, seine Reise von Southampton nach Newyork mit 150 Passagieren und voller Ladung fort. Unter den Passagieren befand sich auch Dr. Hecker aus Mannheim. (Z. Z.)

Darmstadt, 26. September. In der Weser-Zeitung heißt es aus Schleswig-Holstein vom 25. September: Nicht besser als mit dem Verhältnisse der Centralgewalt zu Dänemark steht es mit den Schweden aus. Es ist schon länger als 4 Wochen her, seit Welker von Lübek aus sich nach Schweden einschiffte, und vergeblich sucht man bis zum heutigen Tag nach einer Nachricht über seine Aufnahme daselbst, über eine Audienz beim König und über die Aussichtung seiner Missen.

Altona, 25. September. Die Bundeshülfstruppen haben nun sämmtlich auch das hamburger Gebiet verlassen, indem die letzten, das feankfurter Bataillon, gestern morgen über die Eide gegangen sind.

Flensburg, 25. Septembre. In Hadersleben verlautet allgemein, daß man ehestens den Besuch der dänischen Armee, die sich hart an der schleswigschen concentrirt befinden soll, zu erwarten habe, falls wir uns weigern, die neuerlich auf Alsen improvisirte, vom dänischen König ausersehene, neue Regierung in unsern Schooß aufzunehmen. — Durch von heute datirtes Circulac auf sämmtliche Polizeibehörden der Herzogthümer Schleswig-Holstein wird von der provisorischen Regierung anbefohlen, diejenigen dänischen Soldaten und Militärpersonen, welche, ohne durch eine gehörige Legitimation als Parlamentäre oder in ähnlicher Eigenschaft über ihren Aufenthalt im hiesigen Lande sich ausweisen zu können, in dänischer Uniform, mit oder ohne Waffen innerhalb der Grenzen des Herzogthümer sich etwa betreffen lassen sollten, sofort zu arretiren und auf den kürzesten Weg über die Landesgrenze transportiren zu lassen.

Rendsburg, 25. Sept. (Lord Palmerston's Note.) Man weiß hier mit Bestimmtheit, daß Lord Palmerston eine energische Note an Dänemark hat ergehen lassen, in welcher dasselbe aufgefordert wird, den billigen Wünschen der Herzogthümer in der Waffenstillstandsfache zu entsprechen. Diese Note kennte aber in Kopenhagen noch nicht so früh angekommen seyn, daß man bis jetzt deren Rückwirkung hätte bemerken können. Die nächsten Kopenhagener Zeitungen werden gewiß einen ganz geänderten Ton spielen. Als ich von Moltke in Eutin nicht die Ehre hatte, wird von Kjöbenhavens-posten bereits zugegeben. Aber auch in den anderen Punkten wird man hier eine Entschlossenheit finden, wie man sie gewiß nicht erwartet hat. (H. C.)

Aus Schleswig-Holstein, 25. September. Von Sonderburg hat sich die s. g. „königl. Immediat-Commission für die gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein“ an den General v. Bonin in Schleswig gewendet, sich demselben angekündigt und um Schutz gebeten. Die Antwort Bonin's lautete dahin, es, der General Bonin, könne sich mit den Herren nicht einlassen, am allerwenigsten aber ihnen Schutz verschaffen. Noch soll Bonin den Rath hinzugefügt haben, die Immediat-Commission möge dann zusehen, die Regierung der Herzogthümer an sich reißen zu wollen und dieselbe zu betreten, da keine Behörde und kein Beamter sie anerkennen werde und das Volk zum Aeußersten getrieben werden könnte.

Wien, 25. September. Es ist die Nachricht hier angekommen, daß in dieser Stunde wahrscheinlich am Belenetzerfer, nordöstlich von Stuhlenweissenburg, 10 bis 12 Stunden von Ofen, der entscheidende Kampf geliefert wird.

Digitized by Google

Wien, 25. September. Eben eingehenden Nachrichten vom 22. Sept. zufolge ist der Banus von Kroatien ohne Schwertstreich in Stuhlweissenburg eingetrieb. Das Volk und die Nationalgarden haben den Banus überall als Befreier empfangen. Nach der Abreise des Erherzogs-Palatin verliessen die meisten Nationalgarden Oedenburg und zerstreuten sich. Gestern Abend hat der Erzherzog-Palatin seine Stelle als Palatin in die Hände des Königs zurückgelegt. Allein der König hat sie nicht angenommen. Der ungarische Reichstag wird wegen seiner Verfügungen aufgelöst. Man erwartet stündlich eine königl. Resolution, sowohl wegen Beeidigung des ungarischen Militairs als auch in Betreff der jetzigen Werthätnisse in Pesth. (D. A. Z.)

Erzherzog Stephan hat Wien nach einem mehrstündigen Aufenthalt verlassen und sich nach dem ungarisch-croatischen Kriegsschauplatze begeben. (Allg. Oest. Ztg.)

Italien.

Neapel, 15. Sept. Die verwittwete Königin von Neapel ist, wie bereits gemeldet, vorgestern gestorben. Man ignorirt diesen Todesfall, weil es in Neapel wiederum sehr dunt hergeht. Die Lazzaroni, hier durch constitutionelles, dort durch königliches Geld bestochen, fangen an sich in die Haare zu gerathen. Das läßt man natürlich nur die Constitutionellen büßen. Der neue Polizei-Chef, Hr. Peccheneda, hat abermals eine allgemeine Entwaffnung angeordnet. Die brutalsten Haussuchungen und Plackereien sind damit verknüpft. Patrouillen durchziehen die Stadt, und mehrere Stadtquartiere, wie z. B. Monte Calvario (wo constitutionelle Lazzaroni hausen) sind förmlich in Belagerungszustand erklärt. Offiziere und Soldaten, welche statt der Liberalen jetzt den Unfug in den Caffehäusern treiben, erklären bereits die Constitution für abgeschafft. Und davon ist auch jedermann überzeugt. Ja man fürchtet einen neuen Straßenkampf und demnächst die Aufrichtung des Schaffots auf irgend einem öffentliche Platze. Morden und Plündern ist an der Tagesordnung. In Calabrien spuckt es aufs neue zu Bovalina, Gieiosa und Cerace. — Die Nachrichten aus Sicilien lauten sehr traurig. Messina ist halb zerstört. Catania, Noto und Girgenti haben — wie ich vermuthete — Unterwerfungsadressen geschickt. Die Flotte segelte daher an Catania vorüber und es geht jetzt auf Trapani los, wo ein guter, d. h. ein sicilianischer Geist herrscht. In Palermo herrscht ungeheure Aufregung. Stabile und Amari fallen nach Malta geflüchtet sein. Ruggiero Settimo leitet alles. Ein junger holsteinischer Astronom, Dr. Peters, bei der Sternwarte zu Neapel angestellt, soll die Messinesen, besonders die Artillerie auf heldenmüthige, thatkräftige Weise unterstützt haben. Den englischen, französischen und amerikanischen Schiffen wird der tiefgefühlteste Dank abgestattet; man hebt ihre Menschlichkeit bis in den 3. Himmel empor. Starke schweizerische Rekrutirungen wurden über Mailand nach Modena erwartet. Auch Modena und Florenz wollen Schweizer anwerben. Der Handel wird also ein sehr einträchtlicher werden. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 26. Sept. Die Nationalversammlung hat gestern nach feierlicher Verwerfung des Prinzips der Progressivsteuer, die Art. 15, 16, 17, 18 und 19 der Verfassung angenommen. Hierauf begann die Diskussion über Art. 20. Von der gesetzgebenden Gewalt. — Hier stehen sich zwei Partheien gegenüber, die des Einkammer- und die des Zweikammer-Systems. Es liegen 22 Amendements vor und 33 Redner sind eingeschrieben. Der Rest der gestrigen Sitzung ward durch eine Rede Duvergier de Hauranne's zu Gunsten des Zweikammer-Systems und eine Rede A. Theurets dagegen ausgefüllt. Auf den Antrag einiger Mitglieder ward festgesetzt, daß von nun an fünf Tage in der Woche der Discussion der Verfassung gewidmet werden sollen.

Der National hatte gestern die Ankunft Louis Napoleons in Paris angezeigt und die von der Regierung ergriffenen Vorsichtsmaßregeln schienen diese Nachricht zu bestätigen. Die Assemblée nationale dagegen sagt, Louis Bonaparte habe allerdings London verlassen, sey aber unterwegs erkrankt und man wisse noch nichts über seine Ankunft. (S. u.)

Der Moniteur du soir behauptet, die von dem National gegebene Nachricht über die Ankunft von 4 französischen Fregatten mit 4000 Mann Landungstruppen von Venedig sey unbegründet.

Offizielle Nachrichten aus Palermo vom 16. bestätigen, daß sowohl der König von Neapel als die Regierung Siciliens den von dem englischen und französischen Admirale vorgeschlagenen Waffenstillstand angenommen habe.

Briefe aus Genua melden, daß die sardinische Escadre den Befehl erhalten habe, im adriatischen Meere auf Kreuzung zu bleiben.

Die Bureaux der Nationalversammlung sind heute zusammenberufen, um sich mit der Prüfung der Wahlen Louis Bonapartes, Fould's und Raspail's zu beschäftigen.

Die Zahlung der halbjährigen Interessen der Staatsrente hat gestern begonnen und wird bis zum 30. d. fortgehen. Die reaktionären Journale hatten einige Tage vorher ausgesprengt, daß diese Zahlung verschoben werden würde.

Trotz aller Dementis des Moniteurs circuliren noch immer Gerüchte über eine Veränderung des Kabinets. Eine Liste bezeichnet Jules Favre für das Auswärtige und Bedeau für den Krieg.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 26. September.)

An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion der Verfassung, — Art. 20. Gesetzgebende Gewalt. Eberveille spricht zu Gunsten des Zweikammer-Systems. Marcel Barthe für den Commissions-Entwurf, der nur ein gesetzgebende Versammlung will. Die Versammlung zeigt nur wenig Aufmerksamkeit, denn diese Frage ist in der öffentlichen Meinung längst entschieden. — In diesem Augenblicke tritt Louis Napoleon in den Saal und nimmt seinen Platz auf den höheren Bänken der Linken, in der Nähe des Berges; — sein Auftreten ist bescheiden, aber dennoch erregt sein Emeritt große Aufmerksamkeit und es dauert einige Zeit bis es Marrast gelingt die Ruhe wieder herzustellen. Louis Bonaparte hat seinen Platz neben Vieillard, seinem einstigen Erzieher genommen. Nachdem Marcel Barthe geendigt hat, ratitet Clement über die Wahl Louis Bonapartes im Departement der Yonne Bericht ab. Der Berichterstatter trägt auf provisorische Zulassung Louis Bonapartes, bis zur Ausweisung des Alters und der Nationalität an. Es erhebt sich eine Art von Conversation zwischen dem Berichterstatter und einigen Mitgliedern dicht an der Tribüne. — Ersterer erklärt, mehrere Mitglieder des Bureaux beständen auf der unbedingten Zulassung, andere reklamiren dagegen, — es entsteht eine tumultuarische Bewegung. Bivien nimmt endlich das Wort und trägt auf die einfache Zulassung an. Diese wird nicht beanstandet und der Präsident proklamirt Louis Bonaparte als Vertreter. Dieser nimmt das Wort um sich gegen die Verläumdungen zu vertheidigen, deren Gegenstand er gewesen sey. Nach 33 Jahren Verbannung kehre er zurück, er danke dies der Republik und der Republik wolle er seine Anhänglichkeit, seine Hingebung. Er begrüße seine Collegen und werde mit ihnen an der Befestigung der Republik und an der Entwicklung der demokratischen Institutionen, die das Volk ein Recht habe zu fordern, arbeiten. Seine Rede wird mit allgemeinem Beifalle aufgenommen.

Ein achter Transport von 547 Jungfergangenen ist gestern zur Deportation nach Hayre abgegangen; die Liste enthielt abermals eine Angahl deutscher Namen, für die noch immer nichts Wirksames geschehen ist.

Neueste Nachrichten.

† Frankfurt, 28. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung trug der Marine-Ausschuß auf Errichtung eines Marine-Ministeriums mit einem Admiralitäts-Collegium an. Der Minister v. Schmerling zeigte an, daß ein Oesterr. Vicedamiral mit der Prüfung der in Hamburg für die deutsche Marine ausgerüsteten Kriegsschiffe beauftragt sey. Der österr. Abg. Berger fragte das Ministerium, was es wegen der verzögerten Parlamentswahlen in Oesterreich gethan, und auf welche Weise es den traktatmäßigen Bestrebungen Oesterreichs und der Gesinnung der deutsch-österreichischen Provinzen von dem deutschen Bunde los zu reißen, entgegen wirken wolle. Der Minister v. Schmerling versprach hierauf auf den 2. Oktober Antwort. Der Justizminister Mohl gab die versprochenen Erläuterungen über den Belagerungszustand und erklärte, daß derselbe sich auf das Gesetz über die Centralgewalt, auf die Bundesgesetze und das Frankf. Kriegsgesetz stütze. Die Linke war mit diesen Erklärungen keineswegs zufrieden, verlangte vielmehr wiederholt die Aufhebung des Belagerungszustandes; sie war aber mit diesem Antrage nicht glücklicher als vor diesen Tagen, indem, trotz der von ihr verlangten namentlichen Abstimmung, die sofortige Berathung des Antrags mit 286 gegen 110 Stimmen verworfen wurde. Sodann wurde wieder über die Grundrechte berathen, und die Unverletzlichkeit des Eigenthums, sowie die Theilbarkeit des Grundeigenthums ausgesprochen, in letzter Beziehung aber ein Zusatz beschlossen, wonach die Durchführung dieser Prinzips in den einzelnen Staaten durch Uebergangsgesetze vermittelt werden soll. Auch die Beschränkung der Anhäufung des Grundbesitzes in todter Hand wurde durch Reichsgesetze als zulässig erklärt. Endlich ist auch der Grundsatz, daß kein Eigenthum anders als durch ein Gesetz und gegen gerechte Entschädigung für öffentliche Zwecke expropriirt werden darf, zum Beschluß erhoben worden.

Digitized by Google

Anzeigen.

Letzte Worte des Abgeordneten des Wahlbezirks Bayreuth an seine Wähler.

Eingedenk der Schuld der Dankbarkeit für das Vertrauen, welches mir meine geehrten Wähler durch die auf mich gerichtete Wahl zum Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung erzeigt haben, liegt es mir ob, die Gründe darzulegen, welche mich zur Niederlegung dieses Mandats nach Ablauf von 4½ Monaten bestimmen.

Diese Gründe gebe ich, wie nachsteht, an:

1) Meine geehrten Wähler haben keinen besondern Ausschuß gebildet, mit welchem ich mich in steter Verbindung erhalten und einen festen Anhaltspunkt gegen jede ungebührliche Verdächtigung finden konnte, wofer es auch kommen mag, daß ich auf alle meine Berichte ohne eine offizielle Erwiderung geblieben bin.

2) Zur Zeit meiner Wahl war die Aufrechthaltung des constitutionellmonarchischen Prinzips mit einer Art von Leidenschaft von einem Abgeordneten gefordert, wozu ich mich auch bekannte und in einem öffentlichen Progamm meine Ansichten und Grundsätze, nach denen ich zu wirken suchen würde, vorgelegt habe, welchen Grundsätzen ich auch treu geblieben bin.

Auf diesem festen und sicheren Boden stehe ich in dem Wahlbezirk Bayreuth nicht mehr.

Die Wortführer reizen die Volksmasse auf, über diese Grenzlinie hinauszugehen, sie stehen in jeder Anordnung der deutschen Regierungen zur Aufrechthaltung der Ordnung und der Gesetze eine Reaktion gegen die Volksfreiheiten, gegen die Einheit Deutschlands, sie sehen aber nicht in einer Reaktion der rothen Republik gegen die Souveränetät der Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Centralgewalt und mißbrauchen die Presse zur Irreleitung des noch nicht politisch genug herangebildeten Volkes.

Blose Gefühlsregungen setzt man an die Stelle ruhiger, besonnener Ueberlegung, und selbst der patriotische Verein verschmähte es nicht, in einer unmittelbar an die Nationalversammlung eingesandten Adresse meine Stimmgebung über die Vorfrage der einstweiligen Sistirung des Waffenstillstandes mit Dänemark, ohne noch zu wissen, wie ich in der Hauptfrage, auf die doch alles ankam, stimmen werde, öffentlich zu mißbilligen und dadurch das Volk gegen mich und alle mit mir gleich Gesinnten aufzureizen.

3) Wenn ich schon weiß, daß ein Abgeordneter auf die Gesinnung seines Wahlbezirks nicht zu achten, sondern nur nach seiner Ueberzeugung und Gewissen zu handeln hat, so tritt doch bei mir der besondere Fall ein, daß ich mit Rücksicht auf die Grundsätze meines Programms gewählt wurde, welche ich als Bedingung meines Mandats ansehen muß, das ich niederzulegen veranlaßt bin, sobald ich mich überzeuge, daßselbe nach der veränderten Gesinnung meines Wahlbezirks nicht mehr mit allgemeiner Zufriedenheit ausführen zu können.

Nur in Uebereinstimmung mit seinem Wahlbezirk kann ein Abgeordneter seinen schweren Beruf mit Freudigkeit erfüllen.

4) Es werden von dem Volke in die Nationalversammlung und deren Abgeordneten Hoffnungen einer schleunigen Abhülfe ihrer gedrückten Erwerbs- und Unterhaltsverhältnisse gehäuft, die natürlich bei einer blos constituirenden Versammlung keine unmittelbare und augenblickliche Lösung finden können. Das Volk fühlt, daß eine Besserung seiner socialen Zustände eintreten müsse, es weiß aber nicht, wie dieß geschehen soll, daher es jedem Redner, wenn er auch noch so unsinnige Mittel hiezu angiebt, willig Gehör schenkt und den wahren Volksfreund, der jede Täuschung verschmäht, verkennt und verdächtigt.

Wird doch unser von ganz Deutschland hochverehrter freisinniger Präsident v. Gagern in den Blättern der rothen Republikaner, als ein mit russischen Geld bezahlter Vaterlandsverräther, bezeichnet.

5) Wenn ich schon noch ohne Brille ganz gut sehen und geistig noch verständig und folgerecht denken kann, so bin ich doch zu alt, um mich zur Republik und Anarchie hindrängen zu lassen, besonders, wenn ich die traurigen Ergebnisse der ältern und neuern Republik Frankreichs und die letzten Greuelthaten der rothen Republikaner dahier betrachte, die von ihren Führern zwar zu ihren Unthaten aufgehetzt, aber in der Stunde der Gefahr, wie überall, verlassen wurden.

6) Als ich mein Mandat übernahm, durfte ich voraussetzen, daß in 4½ Monaten das Verfassungswerk werde zu Stande gebracht werden.

Da durch die unerhörtesten Machinationen der republikanischen Parthei dieß unmöglich gemacht wurde, so ist es billig, daß ich meinen Dienst- und Privatgeschäften nicht länger entzogen, sondern von meinem ersten Ersatzmann, der mein Programm mit unterschrieben, daher auf demselben Wege, wie ich, fortzugehen hat, ein gleiches Opfer gebracht werde.

Ich habe zu einer Zeit, wo es nur wenige wagten, freimüthig und muthig gegen jede Bedrückung des Volkes gekämpft, ich habe mich niemals weder um die Gunst der Fürsten und ihrer Diener, noch die des Volkes beworben, ich habe auch bei meiner Mission als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung durch meine veröffentlichten Berichte freimüthig ohne Menschenfurcht meine Ansichten ausgesprochen und eine breite Basis zu Angriffen gegen mich dargeboten, was kaum ein anderer Abgeordneter in gleicher Weise gethan hat; ich habe meinen Auftrag vollzogen, wie es Pflicht und Gewissen eines für das Wohl des deutschen Gesammtvaterlandes und seiner Mitbürger glühenden Mannes gebietet; ich trete mit Verubigung in das Privatleben zurück, wenn ich auch von Einzelnen verkannt werden sollte.

Frankfurt a. M., den 28. September 1848.

Keim.

Bei Reichel in Bautzen ist erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Practisches Handbuch für Destillateure, Brandweinbrenner, Gastwirthe und Kaufleute.

Enthaltend gründliche Anweisungen über Bereitung des

Spiritus und Brandweins

mit mehr als **300** der besten und billigsten

Recepte zur Fabrikation

der Berliauer, Berliner, Danziger, Stettiner, Graudenzer, Magdeburger, Ebemniger und franz. Doppelten und einfachen Liqueure, Rosoli's Crêmes, Ratafia's ꝛc., sowohl auf der Destillirblase als auch auf kaltem Wege mit ätherischen Oelen. Ferner die Fabrikation des Arak, Rum, Cognac, Eau de cologne und vieler Essenzen, Tincturen und Farben, sowie der Bereitung der Kunstheffen ꝛc. Durch die Praxis erprobt von E. G. W. Pistorius. Preis 1 fl. 48 kr.

Arzberg, 24. September. Auf die in No. 257 der Bayr. Zeitung erschienene Anzeige im Betreff des hier am 10 September stattgehabten Concerts erklären mehrere damals anwesende Musikfreunde, daß sie der dem Konzertisten gemachten Lobhudelei nicht beistimmen.

Sie trugen Niemanden auf, demselben ihren Dank und Beifall öffentlich auszusprechen und wissen Nichts von Staunen, das durch deren schülerhaften Leistungen erregt worden sein soll.

Sie halten diese Anzeige vom 12. September nicht für den Ausdruck der hiesigen Gesellschaft, deren Mitglieder zu besonnen sind, als daß sie ihre Meinung aufzeigen wollten und belediegende Aufklärung gegen eine Person sich erlaubten, die nie daran dachte, dem Konzerte hindernd in den Weg zu treten: sondern erkennen darin nur das Machwerk eines vorwitzigen und unübertegten Menschen, der sein verkehrtes Urtheil für das aller anwesenden Musikfreunde ausgeben möchte, dabei aber deutlich gezeigt hat, daß er über solche Gegenstände nicht zu urtheilen vermag.

Mein Tuch und Modewaarenlager ist für den bevorstehenden Winter mit mittelfeinen und feinen **Tuchen**, neuester Stoffe zu **Winterröcke, Beinkleider, Westen,** sowie **Foulards,** seidene u. wollene **Slips, Binden** u. **Cravaten, Flanells, Schlafrockstoffe** ꝛc. ꝛc. sehr reichhaltig ausgestattet.

Durch vortheilhafte persönliche Einkäufe zur Leipziger Messe bin ich in den Stand gesetzt, meine verehrten Abnehmer auf jede mögliche Weise zufrieden stellen zu können.

Oscar Wagner.

Vom 1. October an fahren die unterzeichneten Stellwagenbesitzer täglich nur 2 Mal nach Culmbach, und zwar in der Art, früh ½3 Uhr und Mittags ½ nach 11 Uhr.

Bergmann. Schuster. Kolb. Lebermann. Reichel. Greß in der Friedrichsstraße.

Haus-Nr. 390 über eine Stiege ist ein großes Zimmer zu vermiethen.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

71 37 79 28 85

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 274.** **2. October 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 29. Sept. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat heute das Gesetz über das Verfahren im Falle strafrechtlicher Untersuchung gegen Mitglieder der Nationalversammlung und deren Sicherstellung berathen und in folgender Fassung angenommen: „Ein Abgeordneter zur Reichsversammlung darf vom Augenblicke der auf ihn gefallenen Wahl an, ein Stellvertreter vom Augenblicke an, wo das Mandat seines Vorgängers erlischt, während der Dauer der Sitzungen ohne Zustimmung der Nationalversammlung weder verhaftet, noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzten Fall ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maßregel sofort Kenntniß zu geben, und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft der Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungen zu verfügen. Dieselbe Befugniß steht der Reichsversammlung in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über einen Abgeordneten zur Zeit seiner Wahl bereits verhängt gewesen ist. Kein Abgeordneter darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmungen in der Reichsversammlung oder wegen der bei Ausübung seines Berufs gethanenen Aeußerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Vorstehende Bestimmung tritt in Kraft mit dem Tag ihrer Verkündigung im Reichsgesetzblatt.“ Die vom Finanzminister beantragte Ausschreibung eines Matrikularbeitrags von 120,000 fl. wurde von der Versammlung genehmigt.

München, 27. September. Seit einigen Tagen ist der Staatsschatz aus seinen eisernen Kisten hervorgeholt, mit dem Inventarium genau verglichen und dem Publikum nunmehr zur Besichtigung geöffnet worden. — Auch an die bayerische Regierung ist von Seite der provisorischen Zentralgewalt die Mittheilung ergangen, daß der Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung Graf Gustav v. Keller zum Reichskommissär für den ganzen Umfang aller südwestlichen deutschen Bundesstaaten ernannt worden ist, um zur Aufrechthaltung der Herrschaft der Gesetze alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, die etwa erforderlichen Truppen zu requiriren, selbst Belagerungserklärung und Standrecht zu verkündigen. Die bayerische Regierung hat allen Behörden davon Kenntniß gegeben, mit dem Auftrag, „allen ihnen hienach zugehenden Verfügungen unweigerlich und ungesäumt Folge zu leisten, und die Durchführung der von dem Reichskommissär getroffenen Maßregel auf das Kräftigste zu unterstützen.“ Der Reichsministerium für wird, kraft Verabredung des Reichsministeriums mit dem bayerischen Min. des der Zentralgewalt, einen bayerischen Bevollmächtigten zur Seite haben, um sich mit ihm über die zu erlassenden Beschlüsse zu benehmen, und durch ihn den Vollzug einleiten zu lassen. Glücklicherweise ist bis jetzt nirgends in Bayern eine solche Anwendung der Reichsgewalt nöthig geworden.

München, 28. Sept. Man ist jetzt darüber einig, daß die Verhaftungen auf den Verdacht hin vorgenommen wurden, der hiesige demokratische Verein stehe mit den schmählichen Vorgängen in Frankfurt und der republikanischen Schilderhebung in Baden im Einverständniß. — Wie wir hören, ist Hr. Stadtgerichts-Direktor Barth Inquirent in der vorliegenden Untersuchung.

□ **München**, 29. Sept. In den Verhaftsiten ist nun auch der Redakteur F. Sensburg hinzugekommen; auf die Prospektivolisse der Kriminalsenats sollen noch viele andere Personen vorgemerkt seyn. Der Rechtspraktikant Wagner wurde gestern in dem Augenblicke von einem Gendarmen gepackt und arretirt, als er ein an den Straßenecken angeheftetes Schmahplakat, als dessen anonymen Verfasser man den königlichen Rath und Advokaten Dr. Hirneis bezeichnet, herabreißen wollte. — Heute macht der „Verein für Freiheit und Ordnung“ das Resultat seiner wiederholten Recherchen beim Justizminister Heinz durch einen öffentlichen Anschlag an den Straßen bekannt. Der Justizminister äußerte sich u. A. dahin, daß die Verhaftungen ohne Einwirkung des Staatsministeriums geschehen seyen, daß die Beschuldigung hochverrätherischer Handlungen hiezu Anlaß gab; die Untersuchung sey von den ordentlichen Gerichten (dem Stadtgerichte München auf Beschluß des Appellationsgerichtes) angeordnet worden; es werde kein ausnahmsweises Verfahren, besonders kein Ausnahmsgericht statt finden, und die Verhandlung dieser Sache, wenn sie sich als strafrechtlich erweisen sollte, den mit dem Monat Oktober ins Leben tretenden Geschwornengerichten unterworfen werden. — Morgen Abend werden die k. k. Majestäten aus Hohenschwangau zurückkehren. — Zum Oktoberfest sind bereits viele Landleute und vieles schönes Vieh hier angekommen.

München, 29. September. Seit gestern ist auch der Stuttgarter Freund Sensburg, Redakteur der Zeitschrift „Verwärts“, verhaftet worden. Ferner geht hier ein Gerücht, welches zu abentheuerlich klingt, als daß man daran glauben könnte, welches aber jedenfalls sehr bezeichnend ist. Fürst Wallerstein soll nämlich ebenfalls verhaftet seyn. — Ich verwahre mich wiederholt ausdrücklich, die Sache für gewiß auszugeben, aber es herrscht allgemein dieses Gerücht. Morgen Näheres. (N. Z.)

Freiburg, 27. Sept. Gestern Abend wurde Struve und Genossen in das Hauptquartier zu Mühlheim gebracht, wo heute ein Kriegsgericht zusammengetreten ist, von dessen Personalbestand wir nur wissen, daß auch drei Mitglieder des hiesigen Hofgerichts, nämlich die Hofgerichtsräthe Waidele, Bodmann und Beyinger, denselben beigegeben sind.

Karlsruhe, 28. Sept. Die Gefangennehmung Struve's hat durch Bürgerwehrmänner aus dem Städtchen Schopfheim und dem Dorfe Wehr im Wiesenthal stattgefunden, worauf er sogleich sammt seiner Frau und seinen Genossen Blind, Trautmann, Hüzar und Müller über Schlingen nach Freiburg gebracht wurde. Alsbald wurde standrechtlich über ihn abgeurtheilt, und wie wir vernehmen, sollte heute Vormittag um 10 Uhr das Urtheil vollzogen werden (?). (F. J.)

Kassel, 27. September. Das Todesurtheil unseres Bankrautentbums ist gefällt! Die Regierung hat unseren Ständen mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt, wonach alle seitherigen, unter dem Ministerium stehenden Verwaltungsstellen, von den Provinzialstellen bis zu den Polizeikommissionen hinab aufgehoben und dafür Bezirksvorstände mit vom Volke gewählten Bezirksräthen, welchen instruirende und vollziehende Verwaltungsämter untergeben sind, geschaffen werden. Das Ministerium behält sich nur technische Commissionen zur Begutachtung und Berathung vor. (F. J.)

Aus **Niedersachsen** vom 27. Sept. heißt es in der Deutschen Reichszeitung: Man spricht seit einigen Tagen stark davon, daß durch ganz Deutschland demnächst Belagerungszustand vorgenommen werden sollen. Die Truppen sollen, ohne Rücksicht auf die Partikularfahnen, vereigt werden. Bewaffnetheit soll dieses Gerücht, geht die Maßregel von der Centralgewalt aus und ist sie nicht etwa eine Eingebung der Besorgniß, sondern, was wir glauben, ein weiterer Schritt zur faktischen Einigung unsers Vaterlandes, so können wir uns über die hierin sich bekundende Thatkraft der Centralgewalt nur freuen.

Berlin, 28. Sept. Die heutige Erklärung des Justizministers Kisler, nach welcher die Regierung die Sanktion des von der Kammer beschlossenen Gesetzes über Aufhebung der Todesstrafe bis nach der hierüber zu erwartenden Entschließung der deutschen Nationalversammlung zu vertagen beabsichtige, hat die antiministeriellen Fraktionen heute zu einer sofortigen Berathung zusammengeführt. — Der Abg. Reichertus wird seine Interpellation in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu einem Antrage gestalten. Nur eventuell will er die Interpellation in ihrer gegenwärtigen Fassung an das Ministerium richten. Dieselbe lautet dahin: 1) Ob die Regierung von dem in öffentlichen Blättern mitgetheilten Runtschreiben des dänischen Ministeriums des Auswärtigen an die dänischen Gesandten im Auslande vom 17. Sept., betreffend die in dem Schreiben des preußischen Ministers Camphausen an den Reichsminister Heckscher vom 9. Sept., und in dem §. 2 des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 26. Sept. bezeichneten Modifikationen des Waffenstillstands vom 26. August Kenntniß habe? 2) Ob die in diesem Runtschreiben enthaltene Behauptung gegründet sey, daß zwischen den den Waffenstillstand abschließenden Theilen von jenen Modifikationen „durch-

Digitized by Google

aus keine Rede gewesen sey, weder den Vorschlag von preußischer Seite, noch als Einwilligung von däuischer“ 3) Was die Regierung in Beziehung auf das Rundschreiben und die ernannte Immediatcommission zu thun gedenke oder bereits gethan habe? 4) Ob die Regierung geneigt sey, der Versammlung die Aktenstücke vorzulegen?

Aus Leipzig langt soeben folgende Nachricht an: Die dortige Bürgerwehr hatte wie die Breslauer vom Magistrat Patronen verlangt. Sie wurden unter dem Vorgeben verweigert, es seyen dergleichen nicht vorhanden, obwohl es bekannt war, daß im dortigen Regierungsgebäude eine große Quantität aufbewahrt sey. Gestern Nacht besetzte die Bürgerwehr das Regierungsgebäude; heute revidirte sie dasselbe und fand und nahm nicht weniger als 150,000 Stück Patronen. (A. Z.)

Köln, 28. Sept. Die Stadt hat fast ganz ihr gewohntes Ansehen wieder gewonnen, nur wenige Spuren des so beklagenswerthen Treibens sind noch sichtbar. Das Vertrauen ist zurückgekehrt, und seit gestern sieht man die Läden, welche in manchen Straßen geschlossen waren, wieder geöffnet. Während des Tages herrscht lebhafter Verkehr, Abends und Nachts die größte Ruhe. Daher wurden denn auch gestern die Soldaten zeitiger von fast allen öffentlichen Plätzen in die Casernen zurückgezogen und die im Laufe des Tages wieder aufgefahrenen Geschütze abgefahren. Nur wenige außergewöhnliche Posten waren noch aufgestellt und die Patrouillen minder stark. (K. Z.)

Das in Kiel erscheinende Correspondenzblatt sagt unterm 26. Sept.: Abgeordneter Stedmann ist als Reichskommissär bereits in Rendsburg eingetroffen, möchte aber nicht gar viel zu thun finden, wenn er nicht etwa mit der königl. Immediatkommission verhandeln will, denn Hr. v. Reedz wird wohl noch in Berlin seyn.

Der „Altonaer Merkur“ schreibt aus Kiel vom 26. Sept.: Heute war General v. Bonin hier anwesend, welcher die Seebefestigungen in Friedrichsort und bei Laboe jetzt selbst inspicirt hat. Es scheint, daß seine Ansichten durch eigenes Anschauen etwas verändert worden, denn man hört, daß die Batterien wieder vollständig armirt werden sollen. (A. Z.)

Wien, 26. Sept. Im Ministerrath ist gestern Abend der schleunigen Vorrücken des Bans von Kroatien gegen Pesth Einhalt zu thun, was freilich unglaublich klingt. Es scheint, daß der Erzherzog Palatin diesen Befehl, der Ungarn von einer gänzlichen Unterjochung retten soll, allein keineswegs berechnet ist, eine starke Monarchie herzustellen, erweist hat. F. M. L. Graf Lamberg, welcher bereits aus Preßburg hier eingetroffen war, ist als k. Abgesandter abgegangen. (D. A. Z.)

Der Tyrolerbote schreibt aus **Ferdinandshöhe** vom 20. September: „Heute pflanzte die hiezu bestimmte polnisch-tschechische Kommission im Namen der Nationalversammlung zu Frankfurt auf dem obersten Straßenpunkt, mehr als 6000 F. hoch über der Meeresfläche, den deutschen Grenzpfahl am Stelvio auf.“

Die Angabe der Allg. Ztg., die Abdankung des Erzherzogs Stephan als Palatin sei nicht angenommen worden, erweist sich als unrichtig. Sie ist angenommen und Graf Mailath provisorisch mit den Palatinalfunktionen betraut. Der Erzherzog macht eine Reise in's Ausland. (K. v. u. s. D.)

Italien.

Am 20. September Morgens fand in Turin ein großer Volksaudrang nach dem königlichen Schlosse statt. Es wurde ein Ministerrath in demselben gehalten, und unter dem Volke lief das Gerücht, daß der König zu Gunsten seines ältesten Sohnes so eben abgedankt habe; die Reisewagen fänden gepackt und Karl Albert werde seinen Wohnsitz zunächst in Genf (oder am Genfer See) nehmen. Dagegen meldet der in Annecy (an der sardinisch-französischen Grenze) erscheinende „Rational Savoisien“ vom 22. September: „Im Augenblick, wo wir Dieß schreiben, muß der König Karl Albert bereits in Chambery eingetroffen seyn. Wenn man den Zweck dieser Reise, der übrigens für Niemand mehr ein Geheimniß ist, mit dem Umstande in Zusammenhang bringt, daß General Ondinot, provisorischer Oberbefehlshaber der Alpenarmee, sich bereits seit dem Dienstag mit mehreren Adjutanten in Chambery befindet, so wird man die Bedeutsamkeit begreifen, die sich an diese Reise des Königs knüpft. (Augsb. Abdztg.)

Frankreich.

Paris, 27. September. Die Nationalversammlung hat gestern, nachdem sie Rodyaris Wahl für gültig erklärte, sogleich auch die Bewilligung zur Fortsetzung der gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Verfolgung gewährt. Nur Ledru-Rollin und die äußerste Linke votirten dagegen. Hierauf ward die Reihenfolge der 32 Reden festgesetzt, die wir über den Art. 20 der Constitution zu erdulden haben. Allein da es den saltadorischen Herrn Charles Dupin nicht mehr gelang, die Aufmerksamkeit der durch die vorhergegangenen dramatischen Zwischenfälle bewegten Versammlung zu erregen, so wird die Sitzung bis 6 Uhr aufgehoben.

Die Regierung hat aus Avignon die Nachrichten erhalten, daß der daselbst gewählte Vertreter Gent, dessen erste Wahl vor einem Monate annullirt wurde, nach seiner Wiederverwählung ein Duell auf Pistolen zu bestehen hatte, daß der Schuß seines Gegners ihn den rechten Arm zerschmetterte und dann in die Brust drang, daß eine Amputation vorgenommen werden mußte und die Aerzte an seiner Rettung verzweifeln.

Das Kriegsgericht hat gestern den Gefangenwärter Constantin von der Ueberlaufene an der Insurrection frei gesprochen, ihn aber, weil er nicht im Augenblicke der Gefahr auf seinem Posten erschienen ist, seines Grades hierdurch für unfähig, für die Armee zu dienen und zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Seine drei Neffen und Adoptivsöhne, die in den Reihen der Insurgenten waren, sind degradirt worden.

Der dänische Gesandte hat gestern dem Kriegsminister Bastide eine Note seiner Regierung mitgetheilt, in der diese den befreundeten Regierungen anzeigt, daß sie in keine Modifikation der Artikel des durchaus Deutschland günstigen Waffenstillstandes von Malmoe willigen und, daß wenn Deutschland zögern werde, ihre von Dänemark je gewissenhaft eingehaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, die dänische Armee sogleich wieder Schleswig besetzen und die dänische Flotte die deutschen Nordsee-Häfen blokiren werde.

Man spricht von einer Annäherung zwischen der Rechten und der gemäßigten Linken der Nationalversammlung. Unterhandlungen sind eingeleitet, um eine Fusion beider Partheien und so eine mächtige Majorität zu bilden. Das Resultat würde seyn, daß die Rechte Cavaignac als einzigen Candidaten für die Präsidentschaft der Republik annähme, wogegen Cavaignac mit Genehmigung der Linken Thiers zum Vicepräsidenten vorschlagen würde. Zwei Mitglieder der Rechten würden diplomatische Posten erhalten und zwar Herr Drouin de Lhys als Gesandter nach Berlin, Herr Leon von Malleville nach Frankfurt gehen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 21. Sept. Die Cholera, welche gegen die Mitte des Junimonats begann, ist nun fast zu Ende, und die allgemeine Ansicht geht dahin, daß der diesjährige Einbruch weit bösartiger gewesen als im Jahr 1831. In den ersten siebzehn Tagen starben hier nicht weniger als achthalbtausend Menschen.

Anzeigen.

Mein bekanntes

Tuch- und Schnitt-waaren-Lager

ist durch den in gegenwärtiger Leipziger Messe persönlich gemachten Einkauf mit allen Gattungen Tuch von feinster bis zur geringsten Qualität, sowohl in Civil- als Uniformfarben, sowie mit den elegantesten Stoffen zu Winterröcken, Beinkleider und Westen reichlich assortirt.

Da ich in den Stand gesetzt bin, billige Preise zu stellen, so bitte um recht zahlreichen Zuspruch.

Jacob Würzburger,
Kanzleistraße Nr. 109.

Durch die von der Leipziger Messe heute eingetroffenen neuen Vorräthe ist mein

Schnitt-, Mode- und Putz-Waaren-Lager

in allen Branchen mit den neuesten Erzeugnissen, auf das vollständigste assortirt und empfehle ich solches zur geneigten Abnahme, unter Zusicherung der billigsten Preise.

J. Würzburger jun.,
Ecke der Opernstraße.

Im Verlage der Geh. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Bestellungen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag Nro. 274 3. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Sept. Ausführlicher Bericht über die 88. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Im Namen des Privilegiums- und Petitionsausschusses erstattet Abg. Fuchs Bericht über die Beschwerde von 35 Vaterlandsvereinen im Fürstenthum Reuß-Gera gegen den Reichskommissär Oberländer wegen Besetzung des Landes durch sächsische Truppen. Die Beschwerdeführer behaupten, daß zu dieser Maßregel kein gegenwärtiger Anlaß vorhanden gewesen, verlangen Zurückziehung der Truppen und Untersuchung durch eine Commission, die zur Hälfte vom Volk gewählt werden solle. Der Ausschuß beantragt die Zuweisung dieser Beschwerde an den Reichsminister des Innern und die Versammlung beschließt sofortige Berathung hierüber. Wigard beantragt, daß zugleich auch die heute eingelaufene Protestation der Altenburger Landstände gegen die baldige militärische Besetzung des Landes verlesen, und zur schleunige Erledigung an den Petitionsausschuß verwiesen werde, welcher sich mit den beiden, zur Uebergabe der Protestation hier eingetroffenen Landtagsmitgliedern in Benehmen zu setzen habe. Diese Protestation wird sofort verlesen. Nach Verlesung dieses Actenstückes beschließt die Versammlung, daß diese Angelegenheit nicht im Zusammenhange mit den vorliegenden Beschwerden aus Gera zu berathen sey. Letztere wird sofort zehne Discussion nach dem Antrag des Ausschusses an das Reichsministerium des Innern verwiesen, ersterer aber dem Petitionsausschuß nach Wigards Antrag zu schleuniger Berichterstattung zugestellt. Auf eine Interpellation v. Reden's in Betreff der Erhebung und Verwendung der für die deutsche Flotte bewilligten 6 Millionen Thaler, antwortete der Finanzminister v. Beckerath, das Reichsministerium werde sich die Förderung dieses großen Nationalwerkes angelegen seyn lassen. Die Tagesordnung führt nun zur Berathung des Berichts des Abgeordneten Rießer, „das Verfahren im Falle strafrechtlicher Untersuchung gegen Mitglieder der Nationalversammlung und deren Sicherstellung" betreffend. Der Antrag des Ausschusses lautet: „Ein Abgeordneter der Reichsversammlung darf vom Augenblick der Wahl an, während der Dauer der Sitzungen und während der darauf folgenden 8 Tage ohne Zustimmung der Reichsvers. weder verhaftet, noch in gerichtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Fall ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maßregel sofort Kenntniß zu geben und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungen zu verlangen. Dieselbe Befugniß steht der Reichsversammlung in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über einen zur Zeit seiner Wahl bereits verhängt gewesen ist. Die Wirkung dieses Gesetzes tritt für den Stellvertreter in dem Augenblick ein, wo das Mandat des betreffenden Abgeordneten erlischt. Kein Abgeordneter darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmungen in der Reichsversammlung oder wegen der Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Hiezu waren verschiedene Modifikationen vorgeschlagen worden: v. Reh und Consorten: daß zu einem gültigen Beschluß über die Verhaftung eines Mitgliedes eine Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder, für Aufhebung der Haft aber nur ein Drittel erforderlich seyn solle, von Mittermaier, daß die Worte: „und während der darauf folgenden 8 Tage" wegblieben mögen; von Vogt: daß im zweiten Satz statt „verlangen" gesetzt werde: „verfügen" u. s. w. Nach eröffneter Berathung sprach der Abg. Reh zur Unterstützung seines Antrags. Er begründet denselben durch die Nothwendigkeit, die Mitglieder der Nationalliebenschaften sicher zu stellen. Letztere meint, diese aus England entlehnten Maßregeln stammten aus finsteren Zeiten der Barbarei und des Feudalwesens. Bei geordnetem Rechtszustand und unabhängigen Richtern dürfe kein Staatsbürger ein Vorrecht vor dem andern haben. In Amerika seyen die Fälle der Felonie, des Hochverraths und des Friedenbruchs von den Privilegium der Congreßmitglieder gegen Verhaftung ausgenommen. Gegen die Ausdehnung des Privilegiums auf die nach dem Schluß der Sitzungen folgenden acht Tage erklärt er sich ausdrücklich, weil während dieser Zeit der Abgeordnete ein Freiherr wäre, der alle möglichen Verbrechen begehen könnte. Grumbrecht schließt das Zufag vor: „Gerichtliche Verfolgung wegen Privatinjurien kann jedoch auf Antrag des Beleidigten von der Nationalversammlung zugelassen werden." Mittermaier: Es handle sich nicht von einem Vorrecht, sondern von einer Bestimmung im Interesse der Würde, Unabhängigkeit und Freiheit der Berathungen der National-Versammlung, im Interesse des Volks und der Wähler. Zu allen Zeiten seyen mißliebige Abgeordnete verfolgt worden; hier bedürfe es des Schutzes gegen Tendenzprozesse. Amerika habe alle Fesseln des Feudalwesens abgestreift und dennoch ähnliche Bestimmungen in die Congreßakte aufgenommen. Er könne nicht glauben, daß die Personen, die vor dem Monat März Verfolgungen genossen, seitdem wie durch einen Zauber umgewandelt seyen. Die Neigung könne wieder erwachen, und es gebe Verhältnisse, die ihr neue Nahrung gäben. Wer hier spreche, müsse wissen, daß er Niemand als seinem Gewissen und Gott Rechenschaft schuldig sei. Was die Verbrechen der Felonie, des Hochverraths und Friedensbruchs betreffe, so hätten diese in Amerika eine ganz andere Bedeutung. Einer Privathklage solle der Abgeordnete nach seiner Ansicht nur dann unterworfen sein, wenn er sich Verleumdungen zu Schulden kommen lasse. R. Mohl beantragt, daß das Gesetz ausnahmsweise schon mit Tage seiner Verkündigung im Reichsgesetzblatt an und nicht erst nach 20 Tagen Gültigkeit erhalte. Wenn es auch dadurch möglicher Weise zu Gunsten eines Abgeordneten rückwirke, so sei dieß doch weniger nachtheilig, als wenn es fast einen Monat unvollzogen bleibe. Zimmermann von Stuttgart: „Man spricht so oft von dem Dom der Freiheit und Einheit. Wenn wir am Dome bauen, so sind wir auch die Priester der Einheit und Freiheit; geben Sie uns darum so viel Unverletzlichkeit, als die Kirche ihren Priestern gibt." Der Redner freut sich, daß der Ausschuß auf die Würde des Volksvertreters mehr Werth legt, als vor einigen Tagen der Minister des Innern. Er findet aber den Antrag des Ausschusses nicht genügend und verlangt für ihn einen gültigen Beschluß über die Verhaftung eines Abgeordneten drei Viertheil der Stimmen mit Namensaufruf. „Wir haben noch sage er, die alten Gesetze und ihre alten Erläuterer und Handhaber; wir haben noch nicht vergessen die Gefängnisse von Marburg und Passau und die Art, wie Männer, die in dieser Versammlung sitzen, in jene Gefängnisse gebracht wurden. Die Gesetze in Amerika wurden gemacht, als es keine Parteien mehr gab, und nur ein freies, mit sich selbst einiges Volk bestand. Parteien aber denken sehr verschieden über Hochverrath und Friedensbruch. Jene Gesetze hat Franklin gemacht, der an sich selbst die Gewalt des Parteihasses erfahren, und der das Parlament selbst unter dem Geschrei: Ergreift den Hochverräther; der Strang ist für ihn! Denken sie an Manuel und Lisé! Die Geschichte lehrt uns, daß man die Volksvertreter vor den Parteileidenschaften des Augenblicks sicher stellen muß. Geben Sie uns und sich diesen Schutz, selbst auf die Gefahr hin, daß wir reisen, was Hr. Lette mit einer ganz eigenthümlichen Definition des Wortes Freiherr gesagt hat, Freiherren. Jordan aus Berlin: Man könnte es eigenthümlich finden, daß die Nationalversammlung, während sie bisher nur von andern bedroht gewesen, sich Sicherheit nach oben verschaffen solle. Allein in unserer Zeit sey nichts unmöglich, und wer könne dafür stehen, daß nicht andere Grundsätze an die Regierung kämen. Man sage zwar, man solle warten, bis die Verf. zu Stande gekommen; allein das könne noch lange dauern, und es sei eben so unangemessen, provisorisch eingesetzt oder einstweilen geführt zu werden. Was die 2 oder 3 Mehrheit betreffe, so glaube er nicht, daß es mit diesen Anträgen Ernst sey. Daß übrigens die Parteien sehr verschiedener Ansicht über Verrath seyen, das könne er aus eigner Erfahrung bezeugen. Venedey gibt zu bedenken, daß ein einfacher Mehrheitsbeschluß nicht denselben Eindruck, wie ein mit großer Majorität gefaßter hervorbringe. Wo ein wirkliches Verbrechen vorliege, werde die ganze Versammlung mit wenig Ausnahmen für die Verhaftung stimmen. Allein man mache häufig aus Parteisachen Verbrechen. Wir leben freilich nicht mehr im Poli-

Digitized by Google

zeitsaat, dafür aber hätten wir jetzt den Bayonettenstaat. Rießer (Berichterstatter): Die einfache Majorität entscheidet über die reinsten Interessen des Volkes. Wollen Sie den Schutz eines Abgeordneten höher stellen, als das Interresse des Volkes? Jeder Ausspruch der Majorität hat den Charakter eines gesetzlichen Ausspruchs der Gehorsam fordert. Kann eine Minorität von ½ nicht auch von Parteileidenschaft verblendet seyn? — Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Mittermaier's, statt „mit Ausnahme des Ergreifens auf frischer That" zu setzen: „mit Ausnahme des Falls der Ergreifung bei Verübung der strafbaren That", wird verworfen, eben so die Anträge von Reh und Zimmermann in Betreff der ⅔ bis ¾ Majorität, und die Anträge von Grumprecht und Mittermaier in Betreff der Zulässigkeit der Injurien- oder Verläumdungsklage (ersterer mit 181 gegen 165 Stimmen). Dagegen wird der Ausschußantrag mit Weglassung der Worte: „und während der darauf folgenden acht Tage" und mit dem Zusatze Mohl's angenommen. (Den nunmehrigen Wortlaut des Gesetzes haben wir gestern mitgetheilt.) — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Finanzausschusses: dem Finanzministerium die verlangte Zustimmung zu dem Matrikularausschreiben vom 120,000 fl. für den nächsten Monat der Reichskasse zu ertheilen, und die Erwartung auszusprechen, daß durch die unverzüglich angestellte definitive Vorlage eines möglichst vollständigen Budgets die nothwendige Versorge für das weitere Bedürfniß rechtzeitig getroffen werden könne. Gegen die Bewilligung sprachen die Abgg. Vogt und Blum, theils weil das Bedürfniß nicht näher nachgewiesen sey, theils weil sie dem Ministerium kein Vertrauen schenken. Den Ausschußantrag vertheidigten Salzwedell, der Berichterstatter Eckart und Finanzminister v. Beckerath, worauf derselbe genehmigt wurde. Nächste Sitzung: Montag, den 2. October. Tagesordnung: Präsidentenwahl und Grundrechte.

Auf die Erklärung der bayerischen Regierung vom 9. Sept. hat das Reichsministerium folgende Antwort ertheilt: „Das Reichsministerium hat mit ungetheilter Befriedigung die Erklärung des kgl. bayr. Gesammtministeriums vom 8. Sep. 1848 empfangen, worin dasselbe die Anerkennung der Zentralgewalt und die Bereitwilligkeit, den Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni dieses Jahres zu vollziehen, aussprecht und bestätigt, daß die kgl. bayerische Regierung alle ihre Kräfte aufbieten werde, um die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionell-monarchischen Prinzipe der Einzelstaaten herzustellen, zu befestigen und zur friedlichen Vermittlung der widerstreitenden Interessen auf jede mögliche Weise beizutragen. Das Reichsministerium erkennt in diesen Aussprüchen eine große Bürgschaft für die Einigung Deutschlands zu einem großen mächtigen Reiche, es erwidert die offene Erklärung mit der Zusicherung, daß das konstitutionell-monarchische Prinzip der Einzelstaaten immer gewahrt seyn werde; das Reichsministerium ist erfreut, bei der großen Aufgabe, die ihm geworden, der unterstützenden Mitwirkung der kgl. bayer. Regierung sicher zu seyn. Frankfurt a. M., den 20. Septbr. 1848. Das Reichsministerium. Schmerling. Peucker. Duckwitz. R. Mohl."

München, 30. September. Das Ihnen gestern mitgetheilte Gerücht von der Verhaftung des Fürsten Wallerstein entbehrt, wie ich aus sicherer Quelle erfahren habe, alles Grundes. Auffallend ist es aber jedenfalls, wie eine solche Nachricht so allgemein verbreitet und geglaubt sein konnte, wenn dieselbe ganz grundlos war. — Wie man hört, steht in der bisherigen Einrichtung der vier Armee-Divisions-Kommandos insoferne eine Aenderung bevor, daß von nun an die Brigade-Generäle nicht mehr, wie bisher, am Sitze des Divisions-Kommandos zu wohnen haben, sondern in den verschiedenen Provinzial-Städten, in welchen ihre unterhabenden Militär-Abtheilungen garnisonirten. Jedenfalls wird diese Einrichtung auf die taktische Ausbildung der Truppen wohlthätig wirken, und es werden zugleich die Brigade-Generäle im Stande sein, sich einen gewissen Wirkungskreis zu bilden, während sie jetzt, ich möchte beinahe sagen, in völlige Unthätigkeit ihre hohen Gehalte vergehren.

München, 30. September. Der Landb. schreibt: Beim Schlusse unseres Blattes kommt uns die freudige Nachricht zu daß von den in den letzten Tagen hier verhafteten Mitgliedern des demokratischen Vereins einige bereits ihrer Haft entlassen sind, die andern derselben noch heute entlassen werden. Wir zweifeln nicht, daß die Freilassung geschah, weil die Verhafteten sich keines Vergehens schuldig machten, wir hoffen aber auch zuversichtlich, daß die Veranlasser der Verhaftungen nach der ganzen Strenge des Gesetzes gerichtet werden. Die Freude, welche diese Nachricht durch die ganze Stadt verbreitet, wird leider durch die Trauerbotschaft getrübt, daß die Gattin eines der Verhafteten, des Hrn. Dr. Riehl, während seiner Haft gestorben ist.

Bayreuth, 2. Oktober. Wir erhalten aus München Briefe vom Gestrigen, die uns melden, daß vorgestern Abend 6 Uhr die politischen Gefangenen unter endlosem Volksjubel der Haft entlassen wurden. Ein Fackelzug mit Serenade wurde den Befreiten gebracht. Sendung war allein noch verhaftet. Morgen Näheres.

Der Mannheimer Abendzeitung wird aus Karlsruhe unterm 28. d. berichtet: Struve lebt noch! Das Kriegsgericht hatte ihn Standrechtlich zum Tode verurtheilt, und die Execution soll heute Vormittag vollzogen werden; allein das Hofgericht in Freiburg legte gegen die Vollziehung dieses Urtheils Protest ein, weil Struve nicht auf frischer That betreten wurde, und gegen denselben erst eine geregelte Untersuchung geführt werden müsse. Das Hofgericht hat demnach die Untersuchung an sich gezogen und Struve wird f. Z. sein Urtheil vom Geschwornengericht erhalten.

Freiburg, 28. September. Reisende, welche heute aus dem obern Breisgau hier eintrafen, brachten die Nachricht mit, es sei gestern in der verflossenen Nacht zwischen Schliengen und Basel allerlei Gesindel aus dem Elsaß herübergekommen, welches nun in Gemeinschaft mit gesprengten Freischärlern die persönliche Sicherheit und das Eigenthum gefährdet. Mehrere Dörfer haben sich zu ihrem Schutze bewaffnet, und die Gemeinde Hattingen unweit Basel, bestand bereits mit solchen Horden ein kleines Gefecht, in welchem ein Bürger verwundet wurde. Auf die in das Hauptquartier in Müllheim gemachte Anzeige von diesen Vorfällen, ging heute eine Militärabtheilung mit 2 Geschützen nach der bedrohten Gegend ab.

Müllheim, 28. Sept. Heute ist hier das Standgericht, bestehend aus 3 Militärpersonen und 3 Mitgliedern des Hofgerichts des Oberrheinkreises, zusammengetreten und hat die Frage zu Handen genommen, ob Struve und Consorten standrechtlich zu behandeln seien oder nicht. Die Frage ist heute noch nicht entschieden worden und wird erst morgen entschieden werden. Der Besatzung wurde besonders der Umstand entgegengestellt, daß die Publikation des Standrechts erst unterm 26. d. erfolgt sey, während die Verhaftung am 25. stattfand. Dagegen wurde u. A. in Frage gebracht, ob nicht das Benehmen des Gefangenen zur Zeit, als er gefangen hierher transportirt wurde, ein derartiges war, daß dadurch eine Berechtigung zur standrechtlichen Behandlung bedingt werde, oder ob diese nicht darauf begründet werden müsse, daß Struve als der intellektuelle Urheber des auch jetzt noch immer in der Forstzeung begriffenen Aufruhrs erscheine, und er nichts zu dessen Beendigung gethan habe.

In dem Breisgau, 26. September. Die nach allen Seiten ausgesandten Streifcorps bringen fortwährend Gefangene ein. Die Stimmung der Truppen ist noch sehr erbittert und es soll auch heute der Fall vorgekommen seyn, daß vier Freischärler, welche nicht die Waffen niederlegen wollten, sofort niedergeschossen wurden. Die Soldaten sagen, den Gefangengenommenen würde ja doch nichts geschehen. — Heute ist übrigens die bisher unterbliebene Verkündigung des Standrechts nunmehr erfolgt. Von Seiten der „provis. Regierung" war es in Müllheim am Samstag verkündigt worden. Drei Tage lang war Müllheim in der Gewalt der Freischärler, welche mit schrankenloser Willkühr zu Werke gingen. An einem Tage sollen gegen 4000 Mann daselbst einquartirt gewesen seyn. (F. J.)

Elsaß, 28. Sept. Heute begann hier die allgemeine deutsche Lehrerversammlung. Köchly aus Dresden präsidirte. Es sind etwa 450 aus allen Gegenden Deutschlands. Nach einer sehr langen Debatte nahm die Versammlung folgenden Paragraphen, betreffend die Gründung eines allgemeinen deutschen Lehrervereins an: Der allgemeine deutsche Lehrerverein hat zum Zweck: a) Verbrüderung aller Lehrer der verschiedenen Schulen Deutschlands. b) Herstellung und Fortbildung eines geordneten Schul- und Erziehungswesens zur Förderung nationalsittlicher und religiösöffentlicher Volksbildung.

Berlin, 29. September. Sämmtlichen Gerichtsbehörden ist von Seiten des Justizministers Kötter bei Uebernahme seines neuen Amtes eine Abschrift des von dem Staatsministerium erlassenen Programms mitgetheilt worden, um daraus zu ersehen, in welcher Art die gegenwärtige Regierung des Königs ihre Aufgabe aufgefaßt hat. Der Justizminister soll in den erlassenen Circular zugleich die Erwartung ausgesprochen haben, daß auch die Gerichtsbehörden nach den in jenem Program angedeuteten Grundsätzen, denen er sich aus voller Ueberzeugung angeschlossen habe, in ihrem Ressort verfahren, und in dem von den Staatsministerium bezeichnetem Geiste für den Schutz der gesetzlichen Freiheit, die Befestigung der Ordnung und die Wohlfahrt des Volkes nach allen Kräften wirken werden.

Digitized by Google

Kiel, 27. September. Unterm heutigen Tage ist der preußische Generalmajor v. Bonin zum Generallieutenant in der schleswig-holsteinischen Armee und zum commandirenden General der sämmtlichen schleswig-holsteinischen Truppen ernannt worden.

Wien, 28. September. Zwei Manifeste des Kaisers von keinem verantwortlichen Minister kontrasignirt, sind erschienen; eines an die Völker, das andere an die Armee in Ungarn gerichtet. Der Inhalt derselben besteht in Folgendem: F. M. L. Graf Lamberg übernimmt den sofortigen Oberbefehl über alle in Ungarn befindlichen, bewaffneten Korps (somit auch über Jellačic's Armee und die ungarischen Garden), vor Allem habe er allenthalben Waffenruhe zu bewirken; zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung im Rezugungarn seien bereits die erforderlichen Verfügungen getroffen; ebenso sei die definitive Auflösung aller innern Zwistigkeit eingeleitet worden; das Verhältniß zwischen Ungarn und den übrigen österreichischen Staaten müsse auf die Grundlagen der pragmatischen Sanktion zurückgeführt werden. Graf Lamberg habe sich in das ungarische Hauptquartier zu verfügen, dort alle Feindseligkeit einzustellen und den gleichen Befehl an den Ban von Kroatien zu erlassen. Kossuth hat Pesth verlassen und sich nach Szolnok verfügt, um das magyarische Landvolk aufzuregen. Wir glauben vergebens, denn, wie uns wohlbekannt, steht der magyarische Bauer ungefähr auf derselben Stufe wie der galizische; er verehrt den König, allein er schenkt dem Adel, der denn doch in Ungarn an der Spitze der Bewegung steht, weder Respekt, noch Vertrauen, während er der etlichen Jahren noch demselben gehorchen zu müssen glaubte. Andererseits fehlt ihm jeder feinere Patriotismus jedes noch so bescheidene Maß politischer Bildung. — Hier verfloß die letzte Nacht sehr stürmisch und blutig. Bekanntlich sind hier die Katzenmusiken permanent an der Tages- oder vielmehr Nachtordnung. In der Vorstadt Schottenfeld kam es diesfalls zum Einschreiten der Nationalgarde; als sie mit gefälltem Bajonette vordrang, rottete sich Volk zusammen, warf mit Steinen, schoß zum Theile aus den Fenstern heraus, so daß von der Garde 9, vom Volke 6 Individuen tödlich verwundet wurden. Die Garnison war gestern und ist heute noch konsignirt.

Ungarn.

Ofen, 24. Sept. In heutiger Sitzung des Repräsentantenhauses hielt Kossuth, nachdem sein gestriger Vorschlag einer allgemeinen Schilderhebung mit einer Majorität von nur 8 Stimmen angenommen worden war, eine Abschiedsrede, die das Haus bis zu Thränen rührte. Es bleiben nur 100 Mitglieder hier beisammen um die Geschäfte mit dem (unvollständigen und nicht beschlußfähigen) Ministerium zu führen, die übrigen begeben sich in ihre Wahlbezirke um das ganze Volk aufzubieten; sie sind mit Vollmachten ausgerüstet um Jeden, die man für Spione hält, Widersacher zc. standrechtlich hängen zu lassen. Kossuth selbst gibt sich nach Szegled, und wird die Fahne des Landsturms voranstragen, mit ihr, wie er sagt, fterben oder siegen. Hier dauen täglich Tausende gegen Süden Schanzen; an der Arbeit betheiligt sich Jung und von jedem Stande und Geschlechte. Die Stärke des kroatischen Heeres wird verschieden angegeben, ja die Angaben schwanken zwischen 40,000 und 109,000. Gewiß weiß niemand, da es in drei Abtheilungen marschirt. Jellačich wendet sich jetzt gegen Fünfkirchen.

Ein uns von Wien zugesandtes Schreiben aus Neusatz vom 22. Sept. versichert, daß am 21. endlich Szent Tomas von den Ungarn erstürmt worden sei. Hülfe aus dem Carlowitzer Lager sey den Serben zu spät gekommen. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 28. Sept. Die große Frage, ob die französische Republik in ihrer künftigen Verfassung die gesetzgebende Gewalt zweier oder einer Kammer übertragen werde, ist nach einer dreitägigen Debatte gestern von der Nationalversammlung gelöst worden. Nach den zwei, in jeder Hinsicht bedeutenden Reden Lamartines für eine einzige, Odillon Barrots gegen eine einzige Kammer, resümirte Dupin d. ä. im Namen der Majorität der Commission die Debatte und es ward zur Abstimmung über Duvergier de Hauranne's Amendement, das zwei Kammern vorschlägt, geschritten. Es ward mit 530 gegen 289 Stimmen verworfen, und somit auch das Schicksal der unzähligen andern Amendements dieser Art, die noch vorliegen, entschieden.

Die 5. Division der Alpen-Armee, die in Dijon gebildet wurde, ist sogleich, nachdem ihre Concentration beendigt war, in Eilmärschen nach Grenoble aufgebrochen. Zwanzig neu organisirte Batterien von La Fère haben den Befehl erhalten ebenfalls nach Grenoble abzugehen.

Dreihundert deutsche Flüchtlinge, die von Besançon aufgebrochen waren, um Struve in Baden zu Hülfe zu eilen, sind ehe sie an die Grenze kamen, aufgehalten und unter Bedeckung in ihre Wohnorte zurückgebracht worden.

Die Nachrichten aus Madrid sind vom 23. Die Provinzen Toledo und Ciudad real sind in Belagerungszustand erklärt. Cabreras Banden wachsen immer mehr und hatten bereits mehrere wichtige Punkte im Maestrazgo besetzt. Nachrichten aus Bayonne vom 25. melden, ein Courier habe die Nachricht von der Entbindung der Herzogin von Montpensier von einer Tochter, — am 22. in Sevilla erfolgt, — dorthin gebracht.

Die Nachrichten aus Italien sind ohne großes Interesse. Radetzky zieht Truppen um den Canton Tessin zusammen, in dem die aus der Lombardei ausgewiesenen Tessiner in Massen ankommen. Die Gränz-Journale enthalten zahllose Berichte von den Gräuelthaten der Oesterricher in Mailand, alle Tage finden ihnen zu Folge Hinrichtungen statt und in Monza ist ein Franzose, Neffe des französ. Ministers Bastide, von einem österreichischen Commandanten verhaftet und mit 30 Stockstreichen mißhandelt worden. (??) Es herrscht große Aufregung in den Gränzdepartements, so wie in den südlichen Schweizerkantonen und es wird bald schwer werden Ruhe und Frieden auf diesen Punkten zu erhalten. Der österreichische Geschäftsträger Herr v. Thom hat vor 4 Tagen den Minister Bastide das Gegenprojekt der österreichischen Regierung übergeben. Es soll die Integrität der österr. Monarchie als Basis der Friedensunterhandlungen auf.

Der Chef der ikarischen Communisten Cabet hat sich vorgestern nach Havre begeben, um eine neue Colonne seiner Anhänger auf den Bremer Schiffe Victoria nach New-Orleans einzuschiffen, von wo sie sich nach Texas in die von Cabet gegründete communistische Colonie Icaria begibt. Ungefähr 3000 Ikarier sind zur Einschiffung bereit und werden jetzt nach und nach expedirt werden.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 27. Sept. Reucher spricht für das Amendement Duvergier de Hauranne's (zwei Kammern.) Nach Roucher, der wenig angehört wird, spricht Lamartine für eine einzige Kammer. Er weist nach, wie die historische Entwicklung der verschiedenen Völker sie dazu bestimmt hätten bald eine, bald zwei Kammern zu verzweigen, aber er hebt zugleich den Unterschied hervor, der zwischen der Entwickelung und dem Wesen der französischen Nation und jenen Völkern bestehe, die, wie z. B. England, Nord-Amerika, zwei Kammern haben. In England, einem ursprünglich aristokratischen Staate, habe ursprünglich nur das Oberhaus regiert, das Haus der Gemeinen sey im Anfang nur geduldet worden. In Nord-Amerika strebe nicht Alles, wie in Frankreich, auf die demokratische Einheit hin, sondern das Grundprinzip Nord-Amerikas sey das Föderativsystem und dieser bedürfe bei seinem Bedürfnisse der Ueberwachung, der Erhaltung des Gleichgewichts zweier Kammern. Allein dieser sey in Frankreich nicht der Fall, wo es weder Aristokratie, noch Föderation gebe, wo ein Prinzip Alles leite, das der Einheit und Gleichheit. Zwei Kammern seyen ein Rückschritt zum Privilegium und keine Nation sey so Feindin aller Privilegien, als die französische; zwei Kammern seyen die Wiederherstellung der Aristokratie und das Land wolle keine Aristokratie mehr. Die Demokratie, deren Entwicklung nichts mehr aufhalten könne, werde sich erinnern, wie aus dem Rathe der Alten, ein Feudaler Senat und aus diesem eine erbliche Pairie ward, und sie werde eine Schöpfung dieser Art von Anfang an schon mit Mißtrauen aufnehmen. Eine einzige Kammer sey das natürliche Vertrauen der Nation, in ihr allein ruhe Kraft und Vertrauen. So spreche sich die öffentliche Meinung aus und die Versammlung werde gut thun bei dieser Datum nur dieser Stimme zu folgen. Er geißelt mit scharfen Worten jene historischen Spekulanten, die in der gegenwärtigen, bewegten, gefährlichen Lage nicht nur Frankreichs, sondern ganz Europa, in der Stille ihres Cabinets sich spekulativen Meditationen hingeben und dann als deren Resultat mit den Worten vor das Land treten: „Zwei Kammern sind besser als eine!“ — Jetzt sey keine Zeit zu solchen Spielereien, jetzt heiße es die Theorien und Systeme bei Seite legen und sich nur vom Geiste des Augenblicks leiten zu lassen. Die ganze Welt sey in Bewegung, die Gesellschaft bis in ihre Grundfesten auf aufgeregt und man wolle eine systematische Langsamkeit organisiren, ein künstliches Spiel zweier Kammern, wo der Tag, die Stunde, ja der Augenblick das schnellste, kräftigste, energische Handeln nöthig machen könnten. In einer ganz revolutionären Zeit wolle man wieder zu den fictiven des alten constitutionellen Systems seine Zuflucht nehmen. Das sey, gelind gesagt, Anachronismus, wenn nicht ein Unsinn. Zwei Kammern seyen gut gewesen, als es einen Souverain und ein Volk gab, jetzt gäbe es nur eines, die Souveränetät des Volkes und diese Souveränetät müsse ungetheilt in einer Nationalversammlung ruhen. Lamartine setzt nun alle die praktis-

Digitized by Google

schen Schwierigkeiten auseinander, die das Sondern dieser zwei Kategorien durch die Wähler, die nothwendige Superiorität einer oder der andern Kammer haben müsse, und er beschwört die Versammlung das Amendement zu verwerfen. Großen Gefahren gingen Frankreich, die Republik und die Freiheit entgegen, — ein allgemeiner Cataclysmus bedrohe Europa, — in solchen Zeiten sey Schnelligkeit, Elasticität nöthig, man möge sich hüten, sich im Voraus schwere Kugeln an die Füße, Eisen an die Hände zu schmieden. Wahrscheinlich sey in nächster Zukunft eine Dictatur nöthig und diese müsse in einer Versammlung liegen, die sie dann einem Individuum oder einem Ausschusse delegiren könne. — Allgemeiner Beifall folgt Lamartine's Rede. — Die Versammlung ist in lebhafter Aufregung und die Sitzung wird auf eine Viertelstunde suspendirt. Louis Bonaparte ist in der Pause in den Saal getreten, er plaudert mit Arago und andern Vertretern. Irrsinnig, daß mehrere Hunderte von Menschen tigen um den Pallast versammelt sind, ist er doch nicht erkannt und seine Ankunft nicht bemerkt worden. — Um 3¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten verlangt einen Kredit von 670,000 Fr. für außerordentliche Missionen. — Odillon Barrot nimmt das Wort. Es sey die Eigenschaft ausgezeichneter Geister stets in die Tiefen einer Frage einzudringen und so Wahrheiten zu Tage zu fördern, die oft der von ihnen behaupteten Meinung geradezu entgegen seyen. So sey es auch Lamartine gegangen und in seinen letzten Worten liege die Frage nach- und unverstellt, — sie spreche sich in dem Worte aus: Dictatur. Ja, eine Dictatur wolle man bilden mit einer einzigen Kammer und was noch schlimmer sey: eine permanente Dictatur. Man brauche nur in der Geschichte Frankreichs zurückzublättern, um zu finden, daß dies wahr sey. Als unsere Väter eine revolutionäre Ausnahmsregierung schufen, sagten sie es gerade heraus, und wir wollen unter der Maske einer demokratischen Constitution die revolutionäre Regierung permanent machen. Eine einzige Kammer könne nur eine constituirende seyn, sobald man aber in eine reguläre Regierung trete, sey sie ganz unmöglich. Die Convention sey eine große Kraft, eine fürchterliche Gewalt gewesen, sie habe alle Kräfte, alle Vollmachten concentrirt und so das Land gerettet, aber neben ihr habe auch neben eine unabhängige Regierung bestanden, sie sey gesetzgebende und ausübende Gewalt gewesen. Mit einer einzigen Kammer werde keine Regierung, keine Exekutivgewalt bestehen können, sie werde ihr immer unterliegen. Eine einzige Kammer ohne Moderator, ohne Gegengewicht, werde stets dem angeborenen Zerstörungstriebe folgen und jede Regierung erst untergraben, dann vernichten. Es sey nur eine permanente Convention möglich, die zugleich regiert oder eine Regierung mit zwei sich das Gegengewicht haltenden Kammern. O. Barrot bekämpft Lamartines Ansichten über die Gefahren die Frankreich von Außen drohen. Die Fürsten können ihren absolutistischen Interessen zu Liebe, seinen Krieg mehr gegen Frankreich führen und die Völker hatten keine Ursache Frankreich zu bekriegen. Ganz Europa habe mit sich selbst genug zu thun, als daß es sich gegen Frankreich wenden könne. Aber auch im Innern drohe der Republik keine Gefahr, der Geist der Nation, ihr Civilgefühl, ihre Gebräuche seyen schon lange republikanisch gewesen, — man habe nur die äußere Form der Regierung geändert, — die wahre, die gemäßigte, die gesetzlich geordnete Republik bestehe schon lange gesetzig in Frankreich, — und eine andere Republik als diese wolle Niemand. Es sey nicht schwer eine Republik zu proklamiren aber die wahre Republik sey sie zu regeln, dauernd zu organisiren. Dadurch erst werde man Europa ein großes Beispiel geben und Nachahmung finden. Da nun weder die auswärtigen, noch die innern Verhältnisse der Art seyen, daß sie eine Dictatur erforderten, so dürfe man in der neuen Constitution das gefährliche System einer einzigen Kammer nicht aufnehmen. O. Barrot geht nun auf den Grund der Frage selbst ein und setzt die Vorzüge des Zweikammersystems auseinander, er weist nach, wie eine zweite Kammer in Frankreich nicht nur möglich sondern sogar nauürlich sey; — es heiße dies: die Demokratie vor sich selbst retten, vor ihren eigenen Uebergriffen sicher stellen, — es heiße dies: die Republik conserviren, — die Revolution regelmäßig machen. O. Barrot entwickelt nun verschiedene Amendements und weist nach wie der Dualismus des Entschlusses und der Berathung im Individuum, in der Familie, in der Gesellschaft vorherrsche und da die Demokratie nichts sey als ein Ausdruck der Menschheit, so müsse sie auch nach den allgemeinen gültigen Gesetzen der Letzteren geregelt werden. — O. Barrots Rede und besonders seine scharfe Kritik des Staatsrathes, den die neue Verfassung neben der gesetzgebenden Versammlung schaffen will, machen einen sehr großen Eindruck und als er schließt ist die Versammlung in der größten Aufregung.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 2. Oktober. Die erste öffentliche Sitzung des oberfränkischen Landrathes wurde heute 9 Uhr durch den Herrn Regierungspräsidenten von Stenglein eröffnet. Die Sitzungen finden im Saale des neuen Schlosses statt, der auch ohne Galerien geräumig genug ist, ein zahlreiches Publikum zu fassen. Für die Einrichtung des Saales, um ihn für öffentliche Sitzungen geeignet zu machen, war nichts geschehen: die Landräthe und das Publikum treten durch dieselbe Thüre ein, keine Schranke trennt die Zuhörer von den Sitzen der Landräthe, die nur den Vorzug haben, daß sie Plätze zum Sitzen haben, während die andern Anwesenden stehen müssen. Da dieser Uebeln mit geringem Kostenaufwand abgeholfen werden kann, so darf man wohl erwarten, daß noch im Laufe dieses Landtages hierin eine Aenderung eintrete. Das Sitzungs-Lokale des Cassationshofes, das ebenfalls ohne Galerien, aber frei von den oben benannten Uebelständen ist, könnte hiezu als Muster dienen. Uebrigens waren in der heutigen Sitzung nur sehr wenige Zuhörer anwesend. Herr Regier.-Präs. v. Stenglein machte in seiner Eröffnungsrede auf die eingreifenden Veränderungen aufmerksam, die durch die Weltereignisse nothwendig geworden sind. Auch Oberfranken sey nicht unbetroffen davon geblieben, und wenn auch anfangs betrübende Ereignisse stattgefunden haben, so sey doch nach ganz kurzer Zeit dem Gesetze wieder Geltung verschafft worden. Man hoffe, daß solch beklagenswerthe Unruhen nicht wiederkehren mögen; sie würden übrigens die öffentliche Gewalt bereit finden, sie zu bewältigen. — Nachdem er noch einige Worte über die Bedeutung des jetzigen Landraths, hinsichtlich der ihm gestatteten (nur theilweisen) Oeffentlichkeit und ihrer Wirksamkeit im Betreff der Schwurgerichte gesprochen hatte, erklärte er den Landrath für das Jahr 18⅓ für eröffnet. Das neu eingetretene Mitglied, Herr Schmidt von Bindlach, und der dem oberfränkischen Landrath zum erstenmale beiwohnende Reichsrath Freiherr von Würtzburg leisteten hierauf den Eid. — Herr Regierungssekretär Dieing hat sodann die Berathungsgegenstände ab, den Voranschlag der Kreisausgaben einen zifferreichen Vortrag, dem unser Blatt nicht nachkommen konnte. — Als Regierungscommissäre wurden die Herren Regierungsrath Brand und Bezirksingenieur Dollhopf ernannt. — Bei der hierauf erfolgten Wahl des Präsidenten wurde Herr Regierungsrath von Dobeneck einstimmig zum Vorsitzenden erwählt; da derselbe abwesend war, so wurde die Wahl der Sekretare auf die nächste Sitzung aufgeschoben.

Bayreuth, 2. Oktober. Heute morgens nach 6 Uhr marschirte das erste Bataillon des hiesigen Infanterieregiments von hier ab, um, wie wir bereits mitgetheilt, in Kronach, Kulmbach und Hof zu je zwei Kompagnien zu kantoniren.

Anzeigen.

Die rühmlich bekannte Sängerin Mad. Micolino wird am Mittwoch, den 4. d. Mts., im Saale der Bürger-Ressource ein Concert geben.

Billets für Nichtmitglieder à Person 18 kr. sind bei den Herren Caffetier Hermann und Kappenmacher Seyfferth abzuholen. Anfang Abends 8 Uhr.

Bayreuth, den 2. October 1848.

Die Vorsteher der Bürger-Ressource.

Stuttgarter Renten-Anstalt.

Vielseitigen Anfragen in Bezug dieser Anstalt zu begegnen, erkläre ich andurch, daß ich die Agentur für die Stuttgarter Renten-Anstalt aufgegeben habe. Ich bitte daher die Interessenten, von dieser Anzeige gefällige Notiz zu nehmen.

Bayreuth, 1. October 1848.

H. M. Wilmersdörffer.

Bei den jetzt billigen Einkäufen finde ich mich veranlaßt, einem verehrlichen Publikum anzuzeigen, daß ich vom 3. Oktober an Winterhüer ausgezeichneter Qualität um 4 kr. verabreiche.

St. Georgen, 2. Oktober 1848.

Conrad Popp.

Auf dem Weg von Bayreuth nach Gefees wurde am vergangenen Sonntag ein schwarzes gewirktes Halstuch verloren. Der redliche Finder wolle es gegen ein Douceur bei der Expedition dieser Zeitung abgeben.

Haus-Nr. 390 über eine Stiege ist ein großes Zimmer zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 276.** **4. October 1848.**

Deutschland.

□ München, 1. Oktober. Dr. Riedel wurde gestern früh seiner Haft entlassen, da seine Gattin in der Nacht verschieden ist. Kerkermauern scheiden den liebenden Gatten von dem Sterbebette seiner Gemahlin. An diese Besreiung knüpfte sich gestern bald die Nachricht, daß auch die übrigen Verhafteten noch am nemlichen Tage auf freien Fuß gesetzt werden sollen. Man erfuhr nemlich, daß diese Gewaltmaßregel in Folge einer schmählichen Denunciation eines berüchtigten ultramontanen Bürgers, die selbst auf einer sämmtlichen Mystifikation beruht, vollführt wurde. Da man gegen Mittag mit Bestimmtheit erfuhr, daß diese Freilassung der Gefangenen um 3 Uhr Nachmittags erfolgen solle, so versammelten sich um diese Stunde zahlreiche Personen aus den gebildeten Ständen vor der Frohnveste, die aber bis 6 Uhr Abends auf den ersehnten Augenblick harren mußten. Erst jetzt öffneten sich die Kerkerpforten und die herausgetretenen Gefangenen wurden von der mittlerweile beträchtlich angewachsenen Versammlung mit ungeheurem Jubel empfangen und unter endlosem Hoch in ihre Wohnungen geleitet. Dr. Ringler, der Letzte der Entlassenen, hielt eine mit Enthusiasmus begleitete Rede an die Menge. Leider mußte man wahrnehmen, daß Redakteur Sendburg noch nicht unter der Zahl der Befreiten ist, welche Kunde lautes Murren erregte. Bald versammelten sich viele Personen vor dem Lokal des Arbeitervereins und von hier aus bildete sich ein Zug mit Flambeaux nach dem bayerischen Hofe, wo die gefeierten Befreiten in den herrlich dekorirten Saale bei einem Souper versammelt waren, das ihnen der demokratische Verein veranstaltete. Eine Serenade ertönte, deren Pausen von den Fackelträgern und dem Volke mit jubelnden Hoch ausgefüllt wurden. Später erschien Dr. Herrmann auf dem Rathhause wo unter der zahlreichen Wachtmannschaft der Bürgerwehr auch die erste Compagnie des Landwehrfreikorps, welchem Dr. Herrmann angehört, versammelt war. Endlose Vivat tönten auch hier ihm entgegen und einer Rede des Befreiteten folgte endloser Enthusiasmus. So flogte wiederum die gute Sache gegenüber den Verläumdungen und den Ränken derer, welche keine Verdächtigung, keine Denunciation, kein noch so schlechtes Mittel scheuen, um dem gebieterischen Fortschritt entgegen zu arbeiten.

München, 1. October. Der gestrige Tag war ein Tag des Jubels für ganz München; er gab die Männer des Volkes dem Volke wieder! — Schon früh Morgens strömte eine Menge Menschen nach der Frohnveste hin, um Zeuge der Befreiung der dort unschuldig eingekerkerten Demokraten zu sein. Sie harrten hier in Ruhe bis gegen Abend, wo sich endlich die Kerkerthüren öffneten. Donnernde Hochs empfingen die Befreiten und geleiteten jeden derselben in seine Wohnung. Schon um 8 Uhr waren sämmtliche Sängervereine und Liedertafeln Münchens am Kreuze versammelt, um von dort aus mit einem grandiosen Fackelzuge nach dem bayerischen Hofe zu ziehen, wo die Befreiten im Kreise einiger Freunde weilten. Einer der Männer, Hr. Sendburg, war aber noch nicht seiner Haft entlassen, und bis er ebenfalls frei, wollte sich weder der Zug in Bewegung setzen, noch die Menge vor der Frohnveste weichen. Da ging der „Wühler" und „Umsturzmann" Dr. Ringler, vom Polizeidirektor ersucht, an der aufgeregten Menge, und wenige erklärende Worte, daß Herr Sendburg, eines Preßvergehens wegen, in Untersuchung ebenfalls freigelassen werde, genügten, die Menge zu beruhigen. Um 9 Uhr bewegte sich der Fackelzug, von einer ungeheuren Menschenmenge umweogt, nach dem Promenadeplatze hin, wo die Sänger des Tages würdige Lieder erschallen ließen, und die HH. Schultes und Fingerl in zündenden Worten die Gefühle aussprachen, welche die Brust jedes Deutschen für Männer wie die Befreiten birgt. Die HH. Dr. Greiner, Dr. Herrmann und Dr. Ringler erwiderten diese Reden mit erhobenen und ermahnenden Worten, und unter nicht enden wollenden Hochs schloß sie eine Volkskemonstration, wie München's Mauern noch nie eine herrlichere gesehen. (Bayer. Lbtle.)

München, 30. September. In einer außerordentlichen Beilage zum „Vorwärts", dessen Redacteur bekanntlich auch in diesen Tagen verhaftet wurde, wird die Ursache der Verhaftung von Mitgliedern des demokratischen Vereins wie folgt erzählt: Es befindet sich hier ein alter Künstler, welcher der Demokratie entschieden abgeneigt ist und stets auf die „Lumpen" schimpfte. Ein Student, der oft in sein Haus kommt, nahm sich entschieden der Sache des Freischrittes an. Der Haß auf die Demokratie wuchs bei dem Alten, und der Student suchte ein Mittel ihn zu ärgern. Einige Tage vor der letzten Volksversammlung in Neuberghausen, schickte er ihm das Programm der Versammlung, und folgenden Brief: „Geehrter Herr! Da Sie uns als ein entschiedener Verfechter der Volks-Souverainität gerühmt worden und sich zur Aufgabe gemacht haben, eine freisinnige Verfassung auf breitester demokratischer Basis nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten (Republiken) in Bayern anzubahnen, so giebt sich der demokratische Verein die Ehre, Sie zu der am 17. Sept. in Neuberghausen stattfindenden Volksversammlung einzuladen, und seine Sache durch ihr außerordentliches Rednertalent zu unterstützen. Der demokratische Verein." Der Alte wollte Anfangs sich fast zur Demokratie neigen, allein bald stellte sich die alte Gesinnung wieder ein, und so kam er in die Hände des Herrn Zipperer. Dieser Verfechter der guten Sache lieferte ihn welter, bis er zu Bedenken gelangte. So wurden die Vorstände des Vereins in Untersuchungshaft genommen. Ihre Befreiung wird gewiß jeden rechtlich Gesinnten mit innigster Freude erfüllen. (Herr Zipperer hat eine Erklärung erlassen, welche dartuet, ihn von der Anklage, Denunziant gewesen zu sein, zu reinigen.)

München, 30. September. Der Kriegsminister hat mehrere Brigadegenerale vom Hauptquartier der Divisionskommandos hinwegetzeichnet, damit dieselben in vorkommenden Fällen sogleich selbstständig handeln und den Oberbefehl über Truppenabtheilungen ergreifen können. Dieser, durch die bedrohlichen Zeitumstände allerdings gebotenen Maßregel zufolge, wird künftig der Generalmajor Posch nach Kempten, der Generalmajor v. Weinbach in Bamberg, der Generalmajor Duponteil in Aschaffenburg, der Generalmajor Pröffel in Bayreuth und der Generalmajor v. Gredmer in Nürnberg seinen Sitz haben. Die Besatzung Rosenberg wurde verstärkt und auch Artillerie in den Platz gelegt. Aschaffenburg erhält ein Bataillon des 12. Infanterie-Regiments. (D. r. Z.)

München, 1. Oktober. Das „Vereinigungsrecht des Militärs" betreffend, ist nunmehr ein Kriegsministerialerlaß ergangen, welcher in den Hauptbestimmungen Folgendes besagt: „Wenn der bayerische Militär, welcher an Vereinen zu erlaubten Zwecken Theil zu nehmen wünscht, hieran so lange nicht gehindert werden, als die Thrilnahme unbeschadet des Dienstes geschehen kann, so ist gleichwohl das aus dem Zwecke des Militärstandes folgerecht sich ableitende beschränkende Verhältniß nicht aus den Augen zu lassen. Jeder Bayer hat verfassungsmäßig die Pflicht zum Kriegsdienste und so wie er bei der Fahne steht, hat er die verfassungsmäßige Verbindlichkeit, den Militärgesetzen zu gehorchen, wie es der geleistete Fahneneid fordert. Dieser Gehorsam darf nach dem Wesen der Wehrpflicht keiner Verzögerung unterliegen, denn hier muß dem Befehle die rasche That folgen. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die persönliche Ausübung politischer Rechte mit dem Kriegsdienste unvereinbarlich ist und daß dem Heere kein Recht zusteht, zu berathen. Auch außerhalb des Waffendienstes hat der Militär die Verpflichtung, sich den militärischen Gesetzen und Vorschriften gemäß zu verhalten. Das Bekritteln der dienstlichen Angelegenheiten kann niemals gestattet werden, und hierauf zielende Versammlungen bleiben den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten verboten. Wer dagegen handelt, verstößt gegen die, solche Zuwiderhandlungen verbietenden militärischen Strafgesetze, welche in dieser Zeit, wo das Band des Gehorsams allein die Stärke und Ehre des stehenden Heeres begründet und erhält, mit allem Nachdrucke zu handhaben sind. Der gesetzliche Weg für Bitten und Beschwerden ist ebenfalls durch die Dienstesvorschriften genau bezeichnet u. s. w." (K. v. u. s. D.)

Nürnberg, 2. Oktober. Die gestern in Erlangen, dem Sitze des provisor. Ausschusses des konstitutionellen Kreis-

Digitized by Google

vereins für Franken, abgehaltene Kreisversammlung war von den Vereinen in Hof, Bayreuth, Bamberg, Nürnberg, Schwabach, Altdorf beschickt worden, so wie auch die drei in Erlangen bestehenden Vereine bei derselben zahlreich vertreten waren. Nach freundlicher Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Kreisausschusses, Herrn Kaufmann Spitzbarth aus Erlangen, wurde Herr Dr. Schüttinger aus Bamberg zum ersten, Herr Accessit Hofmann aus Nürnberg zum zweiten Sprecher ernannt und alsdann zur definitiven Feststellung der Kreisverbindungssatzungen übergegangen. Nachdem Mitglieder mehrerer Vereine erklärt hatten, nur unter vorherhaltener Genehmigung der Beschlüsse Seitens ihrer Lokalvereine an der Abstimmung Theil nehmen zu können, wurden die am 13. August d. J. aufgestellten Satzungen mit wenigen Modifikationen angenommen, jedoch nach längerer Debatte als §. 2 folgender Zusatz eingeschaltet: „Wir wollen die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage. Die Beschlüsse der Nationalversammlung sind bindend für Fürst und Volk." Hierauf schritt man zur Wahl des definitiven Vororts des Kreisvereins, zu welchem der konstitutionelle Verein in Nürnberg mit 7 unter 9 Vereinsstimmen erwählt wurde. In Folge eines Antrags von Bamberg erhielt derselbe zugleich den Auftrag, die nöthigen Einleitungen zur Gründung eines „bayerischen konstitutionellen Landesvereins" mit andern Kreisvereinen zu treffen, um in solcher Art aufstrebend eine allgemeine Verbrüderung aller deutschen konstitutionellen Vereine anzubahnen. (K. v. u. f. D.)

Das Reichsgesetzblatt enthält das Gesetz über das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder des verfassunggebenden Reichstags.

Mülheim, 29. September. Heute Nachmittag ist der Civilcommissär v. Reizenstein, der in Sachen des Staudrechts nach Carlsruhe abgegangen war, wieder hierher zurückgekehrt. Morgen früh 8 Uhr wird die erste Sitzung der Standrechtlichen Commission stattfinden. Ueber ihr Resultat sind nur Vermuthungen möglich. Die juristischen Mitglieder sollen gegen die Zulässigkeit des standrechtlichen Verfahrens sein.

Freiburg, 29. Sept. Soeben trifft die offizielle Nachricht ein, daß der kgl. württembergische General Miller mit seinem General stabe morgen hier ankömmt und daß eine Heeresschaar von 20,000 Mann Reichstruppen unter seinem Commando in Freiburg und der Umgegend zusammengezogen werden wird.

Stamaringen, 28. Sept. Die hierher gelangte Nachricht, daß einiges bayerisches Militär Marschbefehl in die hohenzollerischen Fürstenthümer erhalten habe, hat hier große Aufregung hervorgebracht und einen Volksversammlungen gestern Abend veranlaßt, in welcher die Aufstellung eines Sicherheitsausschusses unter der Direction des Advokaten Würth beschlossen wurde mit der Aufgabe, den Einmarsch der Reichstruppen mit bewaffneter Hand zu verhindern. Gestern nun hat der Fürst Karl Anton eine Proklamation erlassen, in welcher er gegen diese Androhung von Gewaltanwendung und offenem Aufruhr sich aussprecht und bedauert, dieser gegen seine Regierung bethätigten Gewalt zu weichen genöthigt zu seyn. Er halte es mit der Pflicht und Ehre eines Regenten nicht mehr vereinbarlich, neben einer revolutionären Behörde und unter dem Einflusse absoluter Gewalt zu regieren; er begehr sich daher mit seiner Regierung in's Ausland zu. s. f. (K. Z.)

Jena, 24. September. Der Congreß zu Reform der Hochschulen ist heute geschlossen und Heidelberg zum Versammlungsorte für das nächste erwählt worden. Eine zu dem Behufe niedergesetzte Commission unter Wangerow sorgt für die Veröffentlichung der Protokolle u. s. w.

Berlin, 27. September. Es ist seit gestern hier allgemein das Gerücht verbreitet, daß der General Wrangel in Folge der Erklärung, welche der Minister-Präsident von Pfuel in der Kammer bei Gelegenheit der Kirchmann'schen und der Parschen Interpellationen abgegeben hat, um seine Entlassung nachgesucht habe. Wir vermögen bis jetzt noch nicht mit Zuverlässigkeit anzugeben, inwiefern dasselbe begründet sei, nehmen jedoch seiner allgemeinen Verbreitung halber keinen Anstand es hier auszuzeichnen.

Hr. v. Rönne ist definitiv zum preuß. Gesandten in Washington ernannt worden und geht demnächst auf seinen Posten ab.

Heute soll der Kammerherr Reedtz zu neuen Unterhandlungen angelangt sein. Andererseits befindet sich der Syndikus Bank hier und wird übermorgen im Auftrage der deutschen Reichsregierung nach Kopenhagen abgehen.

Die Versammlung der Bürgerwehrmajore von Berlin hat am 29. September den Beschluß gefaßt, daß die Wachen der Stadt Berlin von jetzt ab; mit Ausnahme der Schloßwache, dem Militair wieder zur Besetzung übergeben werden sollen.

Posen, 28. September. Seit der letzten Revolution haben die Polen bekanntlich einen grenzenlosen Haß auf die Juden, auch auf die Deutschen im Allgemeinen geworfen und in Folge dessen den Beschluß gefaßt, so viel als irgend möglich allen Verkehr mit ihnen abzubrechen, insbesondere bei jüdischen Kaufleuten auch nicht das Geringste zu kaufen. Dieser Beschluß ist bis jetzt von ihnen mit starrer Consequenz durchgeführt worden, und es haben sich seitdem eine namhafte Anzahl polnischer Kaufleute hier niedergelassen, die gute Geschäfte machen. Anfangs lachte man zu dieser Maßregel und glaubte, daß die Polen sie unmöglich lange durchführen; da nun aber die deutschen, verzüglich die zahlreichen jüdischen Kaufleute außerordentlich darunter leiden, so ist bei der Volksversammlung am 24. September der Beschluß gefaßt worden, Repressalien anzuwenden, und alle Anwesenden haben sich verpflichtet, vor der Hand und so lange die Polen bei dem genannten Beschlusse beharren würden, weder von den Polen etwas zu kaufen noch einen Handwerker oder Arbeiter polnischer Nationalität zu beschäftigen. Insbesondere haben sämmtliche Mäkler und Gastreibehändler, lauter Juden, sich anheischig gemacht, in den nächsten vier Wochen auch nicht eine Metze Getreide von einem polnischen Gutsbesitzer oder Bauer zu kaufen. Diese Maßregel kann eine bedeutende Wirkung unmöglich verfehlen, und wird, wenn der Adel nicht bald sein Interesse zurücknimmt, zu einer Spaltung zwischen Adel und Bauern führen. Die großen Gutsbesitzer können ihre Feldfrüchte wohl direct nach Breslau, Stettin oder Berlin schicken, aber das kann der polnische Bauer mit seinen geringen Verhältnissen nicht. (D. A. Z.)

Kiel, 28. September. Der Neuen Berlinschen Zeitung ist auf Altona berichtet worden, daß dort das Gerücht verbreitet sei, der Graf K. Moltke sei in der Gegend von Hadersleben festgenommen, wo er er eine Unterredung mit dänischen Agenten haben wollte.

Oldenburger Landtag. Sitzung vom 28. Septbr. Die Berathung über das dem Fürsten zustehende Veto hat heute stattgefunden, wobei die Landesversammlung das absolute mit 17 gegen 14 Stimmen angenommen.) (B. H.)

Wien, 29. Sept. Der Konstitutionsausschuß hat heute den „Entwurf der Grundrechte der Völker, Völker und Staatsbürger" veröffentlicht. Die wesentlichsten Punkte sind folgende: Standesvorrechte und Adelsbezeichnungen sind abgeschafft und dürfen nicht mehr verliehen werden; die Todesstrafe ist abgeschafft; das Petitionsrecht ist unbeschränkt: Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur in Fällen dringender Gefahr untersagt werden; kein bewaffnetes Korps darf über politische Fragen berathen oder Beschlüsse fassen; eine Staatskirche gibt es nicht; die Civilehe wird eingeführt; die Preßfreiheit darf weder durch Censur noch durch Kautionen und Stempel beengt werden; die Gleichberechtigung aller Nationalitäten ist ein unveräußerliches Recht derselben; Majorate und Fideikommisse hören auf; das Heer unterstehr den bürgerlichen Gesetzen und Gerichten. Diese herausgehobenen Kardinalpunkte werden die lebhaftesten Debatten veranlassen! man glaubt indeß schon jetzt, daß in den Abtheilungen der Staud von den radikalen Schmetterlingsflügeln dieser Anträge zum großen Theil weggblasen werden dürfte.

Wien, 28. Sept. In wenigen Tagen wird ein kaiserliches Manifest an die österreichisch-italienischen Provinzen erscheinen, worin das System der zukünftigen Verwaltung Italiens in Grundzügen entwickelt, und die Garantien für die neue Ordnung der Dinge aufgeführt werden sollen. Es ist dieß wirklich eine so dringende Nothwendigkeit daß man kaum begreift wie die Regierung damit so lange zuwarten konnte. Daß es endlich geschieht, soll durch Vertheilung eines Oesterreich besonders betreuenden Hofes bewirkt worden sein. Wir können im übrigen versichern, daß von hier aus eine Einladung an alle Theilnehmer der Wiener Friedensschlüsse ergangen ist bei dem italienischen Vermittlungsgeschäfte mitzuwirken.

Wien, 29. Sept. Das amtliche Blatt des ungarischen Ministeriums Kölény theilt in einem Supplement mehrere aufgefangene Briefe mit. Jellachich bedankt sich in einem derselben bei Latour für die richtig besorgte Geldsumme, fordert aber neue Sendungen, um den guten Geist und die Mannszucht unter seinen Truppen aufrecht zu erhalten. Mehrere Schreiben geben Aufschluß über den Abfall des Kürassierregimentes Hardegg und einer Division Kreß-Chevauxlegers von der ungarischen Armee. Die meisten Schreiben sind minder erheblicher Art, geben jedoch interessante Aufschlüsse über das kroatische Lagerleben. Minuter scheinen die Offiziere der kroatischen Armee zu empfinden, daß der Boden unter ihren Füßen wankend werden könnte; Jellachich gesteht selbst, vor dem Gedanken zurückzuschaudern, daß er seine Kanonen gegen die Husaren richten müßte, „indem dadurch ein unheilbarer Riß

Digitized by Google

in der Armee bewirkt werden könnte." — Neueren Nachrichten zu Folge hat sich Jellachich ins Somogyer Komitat gewendet, und wünscht vermuthlich auf einem geeigneten Punkte über die Donau zu setzen, um sofort Pesth anzugreifen.

Wien. Der Graf Ludwig Batthyany ist mit dem von Sr. Majestät beraths gelangten Manifeste bereits nach Pesth abgereist, um dasselbe von dem Ministerpräsidenten Batthiany eous trasigniren zu lassen, und sogleich dem Jellachich die weiteren Mittheilungen in Bezug des ungarisch-croatischen Krieges zuzustellen. Was wird Jellachich für eine Antwort geben?

Wien. Der evangelische Geistliche Hurban der in Oberungarn mit einer Schaar aus Böhmen eingerückt ist, befindet sich hier. (A. öster. J.)

Brünn, 20. Sept. Fast einstimmig wurde in der heutigen Sitzung des mährischen Landtags folgender Paragraph zur Verfassung angenommen: „Der Adel hat in dem Lande Mähren nicht nur dem Vorrechte, sondern auch dem Titel nach für immer aufzuhören und es darf kein neuer Adel mehr verliehen werden.

Ungarn.

Pesth, 26. September. Der wiener Hof hat endlich sein gefahrvolles Spiel mit Ungarn erkannt und will einlenken. Es dürfte aber schon zu spät sein. Am 25. Sept. ließ der Erzherzog Franz Karl den ungarischen Staatssekretär des Auswärtigen Franz Pulszky zu sich rufen und eröffnete ihm, daß der König die friedliche Ausgleichung auf loyalem Wege in einem schriftlichen Documente dem Landtag übermachen werde. Der Erzherzog Stephan ist gestern hier angekommen und überbrachte dieses Document. Der Inhalt desselben kann noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle vernehmen wir im Allgemeinen, daß der König das neue ungarische Ministerium bestätigen und die Märzgesetze neuerdings für heilig erklären will, wenn die Feindseligkeiten eingestellt, die Werbungen und Rekrutirungen, sowie auch die Emittirung der 5-Fl.-Banknoten sistirt und die Ausgleichung der kroatisch-serbischen Angelegenheiten einem neu zu wählenden, binnen zwei Monaten zusammentretenden allgemeinen Landtag anheimgegeben würde.

Pesth, 27. September. Graf Mensdorf ist gestern hier eingetroffen. Er geht als kaiserl. Kurier zu Jellachich und soll diesem, wie es heißt, den Befehl zum Rückzuge bringen. Der Erzherzog Stephan ist wieder in Wien. Es sind mehrere Kuriere des Jellachich mit sehr wichtigen Briefschaften aufgefangen worden. In diesen sollen mehrere Mitglieder der Dynastie compromittirt sein; der Minister Batthyanyi hat daher diesen Theil der Papiere vernichten wollen, das zusammengeschrumpfte Repräsentantenhaus hat aber den Kriegskomite den Auftrag gegeben, die Papiere durchzulesen und den Hause Bericht zu erstatten.

Frankreich.

* Paris, 29. September. Der Monteur zeigt an, daß die Commission zur Gründung ackerbauender Colonien an den ersten zwei Tagen ihres Zusammentretens (25. und 26. d.) bereits über 6000 Anmeldungen von Auswanderungslustigten erhalten und um diese schleunigst zu erledigen, sich in Permanenz erklärt habe. Sie hält demnach ihre Sitzungen von 8 Uhr Morgens bis 11 Uhr vor Mitternacht. Der Kriegsminister hat bereits die nöthigen Accorde mit Fuhrwerken für den Transport der Auswanderer von Paris nach Toulon getroffen und zwischen 5. und 8. October wird der erste Zug bereits abgehen.

Die Akademie der Medicin hat eine Commission von 11 Mitgliedern ernannt, um sich mit Allem zu beschäftigen, was auf Vorbeugung und Heilung der Cholera Bezug haben könnte, falls diese Krankheit abermals Frankreich heimsuchen sollte. Der Ansicht der Akademie nach steht das Eindringen der Cholera hier nicht vor Ende Februar in Erwartung.

Die Nationalversammlung hat gestern den Art. 27 (Incompatibilitäten) an die Commission zurückgeschickt, — Art 28. die Art der Wahlen betreffend, ward discutirt und ein Amendement, das die Wahlen in jedem Canton und nicht im Hauptorte des Arrondissements vornehmen lassen wollte, ward verworfen. Die Versammlung beschloß endlich von nun an fünf Tage in der Woche der Constitution zu widmen.

Die Administratoren der Bank von Frankreich sollen beschlossen haben, ihre Zahlungen, die sie jetzt noch immer in Papier machen, erst vom 1. April an wieder in Baargeld zu machen, und falls die Nationalversammlung in der Zwischenzeit oder später die Ausgabe von Papiergeld votiren sollte, sogleich zur Liquidation der Bank zu schreiten.

Man versichert mit Bestimmtheit, daß gestern sehr ungünstige Nachrichten aus Italien angekommen sind. Gewiß ist, daß gestern Abend Ministerrath beim General Cavaignac war, der sich bis nach Mitternacht verlängerte und daß heute Courriere nach London und Turin expedirt wurden.

Drillon Barrot hat nun auch (in seiner letzten Rede) seinen offenen und unbedingten Beitritt zur Republik erklärt und wird heute vom Bien public und andern aufrichtig republikanischen Journalen mit herzlicher Anerkennung begrüßt.

Die Vertreter der Colonien (mit Ausnahme Schölchers Mulatten) sind gestern zum ersten Male in der Nationalversammlung erschienen. Sie haben ihren Platz auf der äußersten Linken, in den Reihen der Bergpartie genommen.

An der gestrigen Börse war die Nachricht verbreitet, daß die französische Regierung eine Anleihe von 300 Millionen nahe bevorstehend sey. Diese Nachricht wirkte, als ein Beweis des Kredites, dessen sich die Finanzen der Republik im Auslande erfreuten, sehr günstig auf die Curse. Man sagt, daß dieses Anlehen nur bedingungsweise abgeschlossen ward und daß die französische Regierung sich vorbehalten habe, es nur dann zu realisiren, wenn die auswärtigen Verhältnisse den Krieg unvermeidlich machen sollten. Kann jedoch der Frieden erhalten werden, so verzichtet der Finanzminister auf diese außerordentliche Aushülfe. Der Termin zur Entscheidung hierüber ist bis Ende Oktober festgesetzt.

Eine kleine Note im nichtoffiziellen Theile des Monteur erklärt dagegen, daß die Regierung bei dem gegenwärtigen Zustande des Staatsschatzes nicht nöthig habe und also auch nicht daran denke, eine Anleihe in England zu centrahiren. Wir haben bereits oben bemerkt, daß diese Anleihe nur bedingungsweise negociirt wurde und ihre Realisirung von den Umständen abhängt.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 28. Sept. An der Tagesordnung ist die Diskussion der Constitution; — Art. 20. — Bergebens versucht noch Barthelemy St. Hilaire das Prinzip des Zweikammersystems dadurch zu retten, daß er die eine Kammer nur als provisorisch zu setzten vorschlägt, — sein Amendement und ein Dutzend ähnlicher wurden rasch über Bord geworfen und der Art. 20, der das Prinzip einer einzigen Kammer aufstellt, mit großer Majorität angenommen — Art. 21, der die Anzahl der Vertreter auf 750 festsetzt, gibt abermals zu einer Unzahl von Amendements und einer langen, verwirrten Diskussion Anlaß. Ein Amendement Boudy, das die Zahl der Vertreter auf 900 beschränken will, wird verworfen, — ein anderes, das auf 60,000 Köpfe der Bevölkerung einen Vertreter bestimmt, wird ebenfalls verworfen, und der Art. 21 angenommen. Art. 22 wird ohne Diskussion angenommen, — ebenso nach einer unbedeutenden Debatte die Art. 23, 24, 25 und 26. Bei Art. 27 ergibt sich ein Anstand, — zahlreiche Amendements liegen vor, die jedes besoldeten Staatsbeamten ohne Unterschied für unfähig erklären wollen, Vertreter zu seyn. Es wird zuerst das Prinzip der unbedingten Incompatibilität zur Sprache gebracht. Die Commission verlangt, daß diese Bestimmung dem organischen Wahlgesetze vorbehalten bleibe, zahlreiche Widersprüche erhebt sich dagegen. Bei Postschluß wird hierüber abgestimmt.

Sitzung vom 29. September. Man schreitet zur Discussion der Constitution; Art. 28. — Es handelt sich, in Folge zahlreicher Amendements, abermals darum, daß die Wahlen nicht am Hauptorte des Arrondissements, sondern per Canton, ja wo möglich per Gemeinde stattfinden. Würde diese letztere Wahlart angenommen, so hätten der Maire und der Pfarrer die Wahl in ihren Händen und deshalb drängen auch die Legitimisten so sehr auf Annahme dieser Amendements, die ihrer Parthei binnen Kurzen in dem größten Theile Frankreichs, d. h. überall auf dem Lande, den Sieg verschaffen würden. Dufaure schlägt im Namen der Commission einen Mittelweg vor, — die große Arrondissements sollen auf den Vorschlag des Departementsrathes in 2 oder mehr Sektionen getheilt werden, damit die Wähler sich nicht zu weit zu dem Wahlorte zu begeben haben. Allgemeine Bestimmung begrüßt diesen Vorschlag und Larochejacquelin sucht durch einige Worte den Rückzug der Legitimisten, die sich durch die Feinheit der Commission geschlagen sehen, zu decken. Es wird zur Abstimmung geschritten und das Amendement, das die Wahl in der Gemeinde festsetzen will, wird mit 538 gegen 271 Stimmen verworfen. Hierauf kündigt Bussanier Interpellationen wegen der Angelegenheiten Italiens an, aber der Kriegsminister Lamoriciere nimmt das Wort und beschwort sich, daß solche Interpellationen vorgebracht würden, während der Chef der Kreuzungswalt und der Minister des auswärtigen Angelegenheiten abwesend seyen. Ledru-Rollin besteht auf den Interpellationen; — die Lage sey zu ernst, als daß das von der Regierung beobachtete Stillschweigen noch länger geduldet werden könne. Als Mitglied der ehemaligen Regierung kenne er die Instruktionen, die den diplomat. Agenten Frankreichs gegeben worden seyen und die neuesten Ereignisse zeigten ihm, daß

Digitized by Google

man sowohl in Italien, als in Deutschland eine andere Politik angenommen habe, eine Politik, die Frankreichs Ehre und Interessen beeinträchtigen müsse. Rußland und Preußen mischten sich in die italienische Frage, man spreche von einem Congresse und die Nationalversammlung wisse von nichts, werde über nichts gefragt. — Ueberall, in Italien, wie in Deutschland suche man der Freiheit ein kurzes Ende zu machen, um sich dann gegen Frankreich, dem Heerd der Revolution, zu wenden. Die Nationalversammlung sey souverain, sie allein sey es, die in letzter Instanz über Krieg oder Frieden entscheide, und im Namen dieser Souveränetät verlange er Aufschluß. Lamoriciere erklärt nochmals, daß Cavaignac und Bastide nicht anwesend seyen und daß man daher für heute zur Tagesordnung übergehen solle. Auch glaube er nicht, daß man jetzt, wo die Unterhandlungen schwebend seyen, Interpellationen brauwarten könne. Es erhebt sich nun eine lebhafte Debatte über die Frage, ob die Kammer das Recht habe, über die Zulässigkeit der Interpellationen zu entscheiden und diese zu bewilligen oder zu verweigern, an der Burgiuer, Dupin d. ä. und Lamoriciere Theil nahmen. Nachdem die Interpellationen auf Montag den 2. Oktober festgesetzt worden sind und Duplu für Morgen Interpellationen an den Minister des Innern über ein ultrarabicales Banket in Toulouse, an dem der Prefect Theil genommen hat, angekündigt, wird zur Tagesordnung übergegangen, und die Discussion des Art. 28 fortgesetzt.

Rußland und Polen.

Der Kaiser von Rußland wird am 27. September in Warschau erwartet. So berichtet der bekanntlich über russische Angelegenheiten wohlunterrichtete „Hamburger unparteiische Correspondent."

Vermischte Nachrichten.

— Vater Jahns Bart ist der Revolution zum Opfer gefallen. Am Sonnabend Abend bei dem Angriff des Pöbels auf Westenhall rettete sich der Vater der Turner von seinen ungerathenen Söhnen unter ein Sopha. Am Montag aber hielt er sich an keinen Zufluchtsort mehr sicher, so lange er sich seines weisen Bartes nicht entledigt hätte. Er wurde nicht, erzählt nun die Reichszeitung, wie vielfach gesagt ist, mißhandelt und verstümmelt sondern er verstümmelte sich selbst, und entfernte sich desjenigen Schmuckes, welcher seit Jahren sein größter Stolz gewesen. Sein weltberühmter bis weit auf die Brust herabwallender, schneeweisser Bart existirt nicht mehr, auch er ist als ein Opfer des 18. Sept. gefallen. Das soll der Grund sein, weshalb Vater Jahn noch immer unsichtbar bleibt, ja man behauptet sogar, er werde des Verlustes wegen überhaupt nicht wieder im Parlamente erscheinen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 3. Octoder. Nachdem gestern früh das 1. Bataillon des 13. Infanterieregiments von hier nach dem Norden der Provinz abmarschirt ist, werden morgen wieder drei Compagnien desselben Regiments nach Cronach, sey es zur Verstärkung der Festung, sey es, weil man die bereits abgegangenen Truppen nicht gutwillig aufnehmen will, nachrücken.

Bayreuth, am 21. September 1848.

Subhastations-Patent.

Die Debitsache des Antiquars Seligsberg dahier betr.

Da bei der ersten Versteigerung des Wohnhauses des Antiquars Seligsberg dahier, Hs.-Nr. 113, St.-Beßs-Nr. 40 in der Canzleistraße, das Meistgebot den Schätzungswerth zu 5750 fl. nicht erreichte, so wird auf Antrag der Gläubiger anderweiter Bietungstermin auf

Donnerstag den 16. November l. Js. Vormittags 10 Uhr

im diesgerichtlichen Commissionszimmer Nr. 9 anberaumt, wozu Kauflustige mit dem Bemerken beigeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 und 101 der Prozeß-Novelle von 1837 erfolgen wird und die Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungsverhandlungen in der Zwischenzeit in der Registratur eingesehen werden können.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Jann.
v. u.
Landgraf.

Anzeigen.

Eine grose Auswahl Spazierstöcke, Cigarrenspitzen von Bernstein etc., die ich von der jüngst Leipziger-Messe erhalten, empfiehlt zu den billigsten Preisen

J. M. Schmidt,
Opernstrase Nro. 164.

Mein bekanntes

Tuch- und Schnitt-waaren-Lager

ist durch den in gegenwärtiger Leipziger Messe persönlich gemachten Einkauf mit allen Gattungen Tuch von feinster bis zur geringsten Qualität, sowohl in Civil- als Uniformfarben, sowie mit den elegantesten Stoffen zu Winterröcke, Beinkleider und Westen reichlich assortirt.

Da ich in den Stand gesetzt bin, billige Preise zu stellen, so bitte um recht zahlreichen Zuspruch.

Jacob Würzburger,
Kanzleistrase Nr. 109.

Durch die von der Leipziger Messe heute eingetroffenen neuen Vorräthe ist mein

Schnitt-, Mode- und Putz-Waaren-Lager

in allen Branchen mit den neuesten Erzeugnissen, auf das vollständigste assortirt und empfehle ich solches zur geneigten Abnahme, unter Zusicherung der billigsten Preise.

J. Würzburger jun.,
Ecke der Opernstrase.

Mein Waarenlager ist nach den auf gegenwärtiger Leipziger Messe persönlich und sehr vortheilhaft gemachten Einkaufen wieder vervollständigt. Dasselbe bietet jetzt besonders in

Tuch

einen sehr großen Vorrath, sowohl in ganz feinen als geringeren Qualitäten, in Mode- wie in Uniformsfarben; viele schöne, neue Stoffe zu **Winterröcken, Beinkleidern** und **Westen; Halsbinden, Flanelle, Futterstoffe** 2c.

Meine geehrten Abnehmer können auf **sehr billige Preise** sicher rechnen.

Bernhard Meyer
in der Friedrichsstraße.

Meine neuen persönlich eingekauften

Leipziger Mefswaaren

sind heute in reichhaltigster Auswahl eingetroffen. Ich bitte ergebenst, indem ich die reelste Bedienung und ausserordentlich billige Preise verspreche, um geneigten zahlreichen Besuch.

I. M. Aub, Friedrichstrase.

(Keller-Vermiethung.) Im Hause Nr. 80 am Markt ist ein geräumiger Keller, zur Aufbewahrung von Kartoffeln geeignet, zu vermiethen.

Nr. 83 am Markt ist das Logie über zwei Treppen für eine stille Familie auf Martini zu vermiethen.

E.-Nr. 150 ist ein meublirtes Zimmer für einen ledigen Herrn zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch die Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 277.** **5. October 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 2. October. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung brachte eine Fluth von Anfragen der Minister auf früher angekündigte Interpellationen. Sie betrafen die Wahlen in Oesterreich und Baden, den General Wrangel, das Schicksal der Deutschen in Ungarn und die deutschen Juni-Gefangenen in Paris, die Absendung eines Gesandten nach Ungarn, die Aufstellung von Bundestruppen in den sächsischen Herzogthümern u. s. w. In letzterer Beziehung erklärte der Minister des Innern, es handle sich nicht von einer Occupation, sondern von einer Truppenaufstellung zu strategischen Zwecken und zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung. Der alte Jahn, der am 28. Sept. beinahe von den Aufständern getödtet worden wäre, verlangte, daß man den Belagerungszustand streng handhabe und gegen die zügellose Presse, besonders die Reichstagszeitung (herausgegeben von den Parlamentsmitgliedern Blum und Günther) welche die Empörer in Schutz nehme, kräftig einschreite. Minister von Schmerling antwortete, die Justiz werde alle Schuldigen ausmitteln und bestrafen. Jahn war damit nicht zufrieden und verlangte, daß die ganze Linke wegen Theilnahme am Aufruhr in Anklagestand versetzt und von der Versammlung ausgeschlossen werde. Ein schallendes Gelächter der Linken war Alles, was dieser Antrag zur Folge hatte. Bei der Präsidentenwahl wurde v. Gagern mit 307 unter 377 Stimmen zum Präsidenten (er soll erklärt haben, daß er nächsten Montag keine Wahl mehr annehmen werde) dagegen an die Stelle des bisherigen ersten Vicepräsidenten v. Soiron der Abg. Simson aus Königsberg mit 215 unter 367, und statt des zweiten Vicepräsidenten v. Herrmann aus München, der Abg. Rieper aus Hamburg mit 225 unter 368 Stimmen gewählt. Die Berathung über Aufhebung oder Ablösung der Grundlasten wurde auf morgen vertagt.

Frankfurt, 29. September. Hr. Heckscher ist heute auf seinen neuen Posten nach Turin abgereist. Er wird dort gegenwärtig in der italienischen Angelegenheit thätig sein. Sie wissen, daß die deutsche Centralgewalt sich vorbehalten hat an der Vermittlung theilzunehmen wenn überhaupt eine solche eintritt. Sollte es bestätigen was einige Zeitungen melden, daß Preußen in dieser Sache als eigne Großmacht eine besondere politische Thätigkeit entwickeln wolle, so können Sie voraussetzen, daß das Reichsministerium sich seine Stellung nicht wird dreinträchtigen lassen.

Frankfurt, 30. September. (Note an den schweizerischen Vorort.) Wir sind in den Stand gesetzt, den wesentlichen Inhalt der Note mitzutheilen, welche Hr. Raveaux beauftragt ist, beim schweizerischen Vorort einzureichen. Nachdem der Schweizer Zentralbehörde ins Gedächtniß gerufen worden ist, wie nach dem verunglückten Unternehmen Hecker's die Flüchtlinge sich größtentheils auf Schweizer Gebiet zurückgezogen, wie sie dort, statt des Asylrechts sich durch ruhiges Verhalten würdig zu zeigen, ihre Umtriebe ununterbrochen fortgesetzt und eifrig bemüht waren, den südwestlichen Theil von Deutschland gegen die gesetzlichen Behörden aufzuwiegeln, wird an die Note erinnert welche in Folge solcher offenkundigen verbrecherischen Bestrebungen die deutsche Bundesversammlung unterm 30. Juni d. J. an den Vorort gerichtet und worin sie die Entfernung der bewaffneten Flüchtlinge aus den Grenzkantonen, wo sie sich zu organisiren und in den Waffen zu üben begannen, begehrte. In der Antwort, die der Präsident des Vororts ertheilte, waren die erhobenen „Beschwerden, „wie sich auch den Mittheilungen der Kantonalregie, igen ergeben," als unbegründet bezeichnet und versichert, die h tüchtlinge verhielten sich im Gegentheile vollkommen ruhig und sie unterlägen der genauen Kontrole der Kantonalbehörden, welche den festen Willen hätten, einen Mißbrauch des Asylrechts nicht zu dulden. Ob solche Versicherungen irgend Glauben verdienen, vermag nun Jeder zu beurtheilen. Der völlig organisirte Einfall Struve's mit bewaffneter und disziplinirter Schaar, so bald nach dem Zug, den Hecker aus der Schweiz erhalten, legt der Regierung des Reichsverwesers lands und seine Sicherheit erheischen. Für die auffallende Verletzung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen nimmt das Reichsministerium „unumwundene und vollständige Genugthuung" in Anspruch und „begehrt, daß ihm diese in kürzester Zeit werde." Zu diesem Ende verlangt es, „daß von den Regierungen jener Kantone, in welchen die Organisirung und von welchen aus der Einfall der Freischaaren stattfand, ungesäumt die strengste Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten oder Behörden eingeleitet, daß alle Flüchtlinge sofort entwaffnet und, in sofern deren Entfernung aus den Kantonen nach der Verfassung derselben etwa nicht zulässig wäre, unter genaue Polizeiaufsicht gestellt werden und daß möge, daß ähnliche Vorfälle, wie die gerügten, sich nicht erneuen. Sollte diesem Ansinnen, so fährt die Note fort, in nicht kürzester Zeit entsprochen seyn, so wird die Regierung des Reichsverwesers, in dem Bewußtseyn, daß sie nicht für die Unterdrückung, sondern für die Freiheit in die Schranken tritt und daß sie nicht das schweizerische Volk, sondern nur die Verräther des Gesetzes und der Civilisation zu Gegnern zu haben verdient, alle jene eigenen Hilfsmittel erschöpfen, deren Anwendung durch die berührten Verletzungen der völkerrechtlichen Verpflichtungen gerechtfertigt und von der Ehre Deutschlands gefordert wird. (K. v. u. s. D.)

Der A. Z. schreibt man über die den Demokraten in München gebrachte Demonstration: „Dieselbe genügte den unbegreiflichen Mißgriff zu zeigen den die Gerichte, wie es heißt nicht ohne bestimmtes Wissen des Ministers des Innern, gemacht hatten, als sie die leichtsinnige Mystifikation eines alten Künstlers durch einen Studenten feierlich zu ihrer eigenen Mystifikation umwandelten. Schreiber dies ist kein Lobredner der Volksversammlungsberathschlagt, er ist ein Gegner der jüngsten Manifeste der demokratischen Vereine; unsomehr beklagt er, daß der Minister des Innern — wenn die erzählten Thatsachen richtig sind — durch offenbaren Mangel an politischem Takt und die Gerichte durch ihr rasches Zugreifen die Staatsgewalt in einen Augenblick kompromittirt haben wo dergleichen sorgfältig hätte vermieden werden sollen."

Karlsruhe, 30. September. Bei der heute hier stattgehabten 11. Gewinnziehung der großh. badischen fl. 35 Loose, sind auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen als: Nr. 351,102 fl. 50,000; Nr. 129,204 fl. 15,000; Nr. 182,384 fl. 5000; Nr. 182,380, 277, 169, 170,693 jede fl. 2000; Nr. 14,367, 14,399, 14,357, 83,989, 87,762, 147,255, 264,759, 212,981, 273,258, 274,368, 284,384, 358,464, 368,141 jede fl. 1000.

Freiburg, 30. Sept. Die in Müllheim zusammengetretene gemischte Militär- und Civilcommission hat sich, nach eingebrachter Nachricht, zur Constituirung eines Kriegsgerichtes mit 5 Stimmen gegen eine incompetent erklärt, wornach also Struve und Mitschuldige an das ordentliche Untersuchungsgericht gewesen sind. 7½ Uhr Abends. Soeben wurden Struve mit Frau, Blind, Kaufmann und Dufar unter starker militärischer Begleitung hier eingebracht und auf die Hauptwache geführt. Im Laufe des Tages wurden abermals 34 gefangene Freischärler hier eingebracht. (F. J.)

Darmstadt, 1. October. Struve wurde zur Abtheilung durch die gewöhnlichen Gerichte, mit Blind zu Wagen gegen auf der Eisenbahn von Müllheim in Ketten und unter starker Bedeckung badischer Dragoner nach der Bundesfestung Rastatt gebracht, wo die Kasemmatten die Gefangenen aufnehmen. Seine Frau wird ebenfalls noch heute daselbst eintreffen, desgleichen eine beträchtliche Zahl seiner Genossen.

Oberndorf, 28. Sept. So eben, Abends 7 Uhr, erscheint Herr Rau dahier auf der Post und verlangt in Gegenwart des zufällig anwesenden Ortsvorstandes zwei Begleiter von der Bürgerwehr, um nach Stuttgart reisen zu können, anfügend, daß er seine Sache selbst aufzuklären beabsichtige. Er wird noch diesen Abend mit Begleitung dahin abgehen. (F. J.)

Sigmaringen, 28. Sept. Wegen fortwährenden Drohungen flüchteten sich in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag der Fürst, die ganze fürstliche Familie und die Mitglieder der Landesregierung, nachdem sie zuvor die (bereits mitgetheilte) Proklas-

Digitized by Google

mation unterzeichnet hatten. Diese Maßregel steigert einerseits die Erbitterung während sie andererseits auch dem Sicherheitsausschusse allen Vertrauen raubte. Wir befinden uns in einem Zustande der vollkommensten Anarchie und die Drohungen die Stadt anzuzünden, alle Beamte und reaktionären Bürger zu ermorden, werden so laut, daß dieselben mit Frauen und Kindern sich aus der Stadt flüchten. Mit Bangigkeit sehen wir der kommenden Nacht entgegen. (Schw. M.)

Orra, 29. Sept. Heute versammelten sich in Folge ergangener Aufforderung von Seiten der gemeinschaftlichen Landesregierung die 31 Mitglieder des konstituirenden Landtags für die preußischen Fürstenthümer jüngerer Linie hier zur ersten Vorberathung, die bei geschlossenen Thüren gehalten wurde. Es wurden zunächst sämmtliche Wahlacten durch den Landtagskommissär Kanzler v. Bretschneider, den Abgeordneten vorgelegt, nachdem der Alterspräsident (Lederfabrikant H. Müller aus Hirschberg) ernannt worden war. Am 1. Okt. wird eine kirchliche Feier zur Eröffnung des Landtags stattfinden, dieser aber den 2. Okt. förmlich eröffnet werden. Seit einigen Tagen liegt auch eine gedruckte provisorische Geschäftsordnung für die Verhandlungen unseres Landtags von der Landesregierung vor; auch haben mehrere Abgeordnete des preußischen Obrilands eine solche ausgearbeitet und circuliren auch in der übrigen Deputirten vertheilt.

Weimar, 30. September. Es hat hier Unruhen bedenklicher Art gegeben. Die Soldaten unseres von Schleswig zurückgekehrten Bataillons waren unzufrieden, weil sie weniger Löhnung im Felde erhalten hatten, als die übrigen Reichstruppen. Die Hülfe unserer Truppen wurden in ihrer Heimath entlassen, aber schon nach wenigen Tagen, auf Befehl des Reichskriegsministers, wieder einberufen und ihnen angekündigt, daß sie in eine andrer Gegend Deutschlands als Garnison verlegt werden würden. Die Soldaten begannen Versammlungen zu halten und um höherer Feldzulage zu bitten. —. Die Bitte war gerecht und das Ministerium hat sie bereits gewährt; es begann aber auch gleichzeitig der Gedanke zu spuken, daß die Truppen nicht nöthig hätten, sich einem Garnisonwechsel gefallen zu lassen. Da kamen gestern früh Abgeordnete der Jenenser Republikaner — sie sagten, auf den Hülferuf vieler Bürger und Soldaten — hatten bereits einen gedruckten Protest gegen jenen Garnisonwechsel, Namens der Bürger und Soldaten, in der Tasche, zogen einige Soldaten an sich heran, bewegten sie, den Protest im Namen ihrer Compagnien mit zu unterschreiben, verfügten sich alsdann insgesammt zum Minister v. Watzdorf und überreichten den Protest, der inzwischen auch an den Straßenecken angeschlagen worden war. Hr. v. Watzdorf erwiderte den Protestirenden mit großer Bestimmtheit, daß er den Befehl des Reichsministeriums unweigerlich vollziehen werde und daß die Soldaten gehorchen müßten. Die Republikaner hielten um 6 Uhr eine Volksversammlung, zu der sich jedoch nicht mehr als 2—300 Personen einfanden, darunter etwa 40 Soldaten, sprachen von fremden, z. b. Reichstruppen, von brutaler Regierung und nahmen den Anwesenden das Versprechen ab, daß sie nicht gegen ihre Brüder kämpfen wollten. Darauf arretirten einige anwesende Soldaten und Unteroffiziere, ohne alle Umstände, auf einige Faust, die ganze Jenenser Deputation und führten sie auf die Hauptwache. Die Jenenser wurden natürlich von dem wachthabenden Offizier wiedrr frei gelassen und reißten ab. Es sammelte sich gegen 8 Uhr einige hundert Menschen und verlangten die Freilassung eines wegen Disciplinarvergehens gefangenen Soldaten. Als man dieß abschlug, begann die Menge mit Steinen zu bombardiren, ein Unteroffizier wurde nicht unbedeutend verwundet. Sofort rückten 50 Mann von der 1. Compagnie vor, der Befehlshaber, Hauptmann v. Henne, ermahnte die Menge, auseinander zu gehen und gab ihr hiezu 10 Minuten Zeit, sobald diese Frist ohne Erfolg verstrichen war, machten die 50 Mann einen Bajonnettangriff und die Menge zerstob, sammelte sich wiedrr, wurde abermals auseinander gesprengt und so ging es fort bis endlich gegen 10 Uhr das Volk sich verlaufen hatte, und die Ruhe zurückkehrte.

Berlin, 28. September. Es sind in der letzten Zeit zwei Männer von hoher Auszeichnung aus Frankfurt hieher gekommen in einer besondern Sendung, über deren Gegenstand, wohl nicht ohne Absicht, in den verschiedensten Blättern Verschiedenes mitgetheilt worden. Als vollkommen zuverlässiger Quelle kann ich über den Zweck welchen das Reichsministerium durch die Sendung des Grafen Schwerin sowie des Hrn. v. Stockmar zu erreichen gedachte, folgendes mittheilen. In einer an sämmtliche Regierungen kürzlich gerichteten Circular-Note wird die Nothwendigkeit dargelegt der Wirksamkeit des Reichsgesandten an den fremden Höfen seitens der Einzelstaaten in angemessener Weise Unterstützung zu gewähren, und da das Auftreten der Reichsgesandten auch in dem Umstande ein Hinderniß gefunden, daß die deutschen Einzelstaaten bisher noch ihre besondern Gesandtschaften im Auslande unterhalten, und dadurch die Stellung der Reichsgesandten und das Urtheil der fremden Cabinette darüber verwirren, so wird den Einzelregierungen aufgegeben entweder ihre Gesandten zurückzuziehen, oder den betreffenden Cabinetten die Erklärung abzugeben, daß fernan alle politischen Verhandlungen ausschließlich den Reichsgesandten übertragen und deren Namens der Centralgewalt abgegebende Erklärungen u. s. w. für alle deutsche Staaten verbindlich seien. Diese Note ist den Regierungen von Oesterreich und Preußen mit einer besondern Erläuterungsschrift übergeben worden, worin den österreichischen ein ferneres Fortbestehen in einem coordinirten Verhältnisse vorbehalten wird, wohingegen es in Betreff Preußens kaum darauf ankommt, eine Verständigung darüber herbeizuführen, unter welchen Bedingungen dasselbe geneigt sein möchte, durch Zurückziehung seiner Diplomatie den Reichsgesandten den Weg zu bahnen.

Berlin, 1. Oktober. Gegen den Redacteur der Zeitungs-Halle, der noch nicht nach Berlin zurückgekehrt ist, werden, ohne daß ein richterlicher Verhaftsbefehl, wie ihn die kürzlich als Gesetz publicirte Habeas-Corpusakte vorschreibt, erlassen ist, die polizeilichen Verfolgungen unablässig fortgesetzt. Heute hat eine neue Haussuchung durch Polizeibeamte und Constabler stattgefunden, die sich selbst bis auf das Archiv des Lesezirkels erstreckte. — Bis zum 1. Oktober sind als an der Cholera erkrankt amtlich angemeldet 1846 Personen. Davon sind gestorben 1051, genesen 311 und 384 befinden sich noch in Behandlung.

Köln, 30. Sept. Dem Vernehmen nach wird der Belagerungszustand für Köln am 4. October aufgehoben. Die „Neue Rheinische Ztg." wird, einer heute Abends erschienenen Ankündigung gemäß, am 5. October wieder erscheinen. (K. Z.)

Eine Nachricht aus Danzig zufolge ist die preußische Kriegscorvette Amazone am 24. Sept. nach Stettin abgesegelt. Wir vermuthen, daß sie zu einer Tour nach Amerika bestimmt, nach deren Beendigung sie vor Hamburg überwintern wird, wofelbst ihre Mannschaft in Verbindung mit der Mannschaft der dort befindlichen neugebauten Kanonenboote einexercirt werden soll.

Rendsburg, 28. September. Generalmajor v. Bonin kam gestern von Schleswig hierher und theilte das jedenfalls für die Herzogthümer freudige Ereigniß der provisorischen Regierung gestern Mittag bei Tafel in Gegenwart vieler mit hinzugezogener Staabsofficiere mit, daß er vom Könige von Preußen seine Dimission genommen habe und sich jetzt der provisorischen Regierung ganz zur Verfügung stelle. Man kann sich leicht denken, mit welchem Jubel diese Nachricht hier aufgenommen worden ist. Der Generalmajor v. Bonin ist nun als Generallieutenant in unsere Dienste getreten und ihm das Oberkommando über sämmtliche schleswig-holsteinische Truppen übergeben. (D. N. Z.)

Der Altonaer Merkur schreibt aus Kiel vom 29. Sept.: Der Herzog von Schleswig-Glücksburg ist heute von Berlin wieder hier angekommen. Es ist ganz ohne Grund, wenn einige Zeitungen seinem Aufenthalte daselbst eine politische Bedeutung beilegten. Heute Abend ist auch dem Vernehmen nach der Reichskommissär Stedmann in Begleitung unserer Gesandten Schreiben von Berlin in Rendsburg eingetroffen.

Flensburg, 28. Sept. Die Immediatkommission ist noch nicht angelangt, obgleich man ihr stündlich entgegen sieht. Durch das Sonderburger Blatt erfährt man, daß sie schon viele neue Vernehmungen an der „Schleswig-Holsteiner" ergeben. Die alsener Batterien werden nach dem sonderburger Schlosse transportirt. Der Zoll für Fabrikate der Herzogthümer nach Alsen ist wieder aufgehoben worden.

Oldenburg, 29. September. (Die Stände für die unbedingte Unterwerfung dtr Rrgierung unter die Centralgewalt.) Die gestrige Landtagssitzung wurde außer der Erledigung der Betofrage dadurch merkwürdig, daß in derselben das Verhältniß unsers Volkes zur Centralgewalt gänzend ans Licht trat. Der Verfassungs-Ausschuß hatte den 152. Artikel des Entwurfs, nach welchem die Hoheitsrechte der allgemeinen deutschen Regierungsgewalt nach ihrer Verkündigung ohne Weiteres übergetragen haben sollen, dahin erwriert, daß auch den Beschlüssen Gesetz und Erlaß gemacht warrn. So unbedrutend anfangs diese Aenderung aussah, so entwickelte sich doch im Laufe der Verhandlungen eine heiße Debatte, in der von mehreren Rednern, unter allgemeiner Zustimmung der Kammer und gespannter Aufmerksamkeit des Publikums, die unbedingte Unterwerfung drr Landesregierung unter die Reichsgewalt mit der größten Entschiedenheit gefordert wurde. Diese herrliche

Digitized by Google

Manifestation einer ächt deutschen Gesinnung mußte alle Herzen um so mehr erheben, als sie ganz unvorbereitet aus dem unmittelbaren Drange des Augenblicks kam.

Wien, 30. Sept. (Graf Lamberg ermordet.) Die Nachricht einer in Pesth verübten gräßlichen That verbreitete sich heute Morgens in der Stadt, der ich Anfangs Glauben beizumessen Anstand nahm, die sich aber, nach verläßlichen Erkundigungen, bewahrheitet. Der zum königl. Kommissär und Oberkommandanten der Truppen in Ungarn ernannte Feldmarschall-Lieutenant Graf Lamberg, im Lande begütert und wegen seiner leutseligen Persönlichkeit bei Jedermann beliebt, ist daselbst unter den Händen von Meuchelmördern gefallen. Vorgestern Nachmittag war der General über die Pesth-Ofener Brücke gegangen, als durch einen Mörder Studenten (deren mehrere als Freiwillige nach Ungarn gegangen sind) ein Volksbauf mit dem Rufe: „Sehr! Dieser ist der Verräther!“ gegen ihn gehetzt wurde, daß die wüthende Menge über ihn herfiel und ihn erschlug. Nach Andern wäre Lamberg von einem Schuß jenes Studenten getödtet worden. Damit ist der letzte Wurf über Ungarn geschehen, und das Einrücken des Banus in Ofen und Pesth, von wo bessen Vorhut nur noch drei Stunden entfernt lag, wird nun baldigst erfolgen oder ist vielleicht schon zur Stunde geschehen. Jellachich selbst ist wohl von einem ähnlichen Schicksale, wie Lamberg, oder wenigstens einer ähnlichen gütigen Gefangennehmung in Folge jener zur Besprechung mit dem Palatinus am Plattensee an ihn ergangenen Einladung nur durch die Offiziere seiner Armee, die ihn fast gewaltsam davon abhielten, gerettet worden. (K. u. k. D.)

Wien, 30. Sept. In Pesth herrscht grenzenlose Verwirrung, und der Ausbruch anarchischer Zustände ist nächstens zu erwarten. Der Körper des Grafen Lamberg ward kannibalisch zerfleischt. Die entmenschte Menge balgte sich förmlich um ein Stück vom Körper des unglücklichen, der eine geliebte Gattin mit acht Kindern hinterläßt. Die ungarische Nationalversammlung hat die Sendung des Grafen Zichy als kgl. Kommissärs mit Protest zurückgewiesen. Pesther Flüchtlinge strömen in Massen herauf. Selbst der greise Patriot Wesselényi ist gekommen, um seinem verlornen Vaterlande den Rücken zu kehren. Die magyarische Sache ist allem Anscheine nach verloren. Die nordslavische Insurrektion ist vorläufig unterdrückt.

Gratz, 27. September. In Folge einer gestern Abends hier eingelangten telegraphischen Depesche, des Inhalts: „Der Ministerpräsident ladet den Herrn Gouverneur, Grafen Wickenburg zu einer Besprechung mit dem Ministerrathe ein,“ ist Graf Wickenburg heute Morgens nach Wien abgereist. Bei dem sieben erfolgten Rücktritte Schwarzer's bringt man diese Reise mit einer neuen Ministercombination in Verbindung.

Triest, 27. September. Venedig kann sich noch lange halten, es scheint es auch zu wollen. — Zu Land kann man nicht zu, und unsere Flotte hält sich in einer respectablen Entfernung, meistens an der istrischen Küste.

Schweiz

Heinzen erklärt öffentlich, daß er an Struve's Unternehmen keinen Theil genommen, sondern davon abgerathen habe.

Ungarn.

Pesth, 28. September. Der königl. Statthalter und Palatin Erzherzog Stephan hat abgedankt und Ungarn Lebewohl gesagt. Zugleich mit dieser Abdankungsbotschaft ist gestern ein vom König allein ohne Contrasignation eines ungarischen Ministers unterschriebenes Decret angelangt, in welchem der Feldmarschallieutenant Graf Franz Lamberg zum Oberbefehlshaber aller ungarischen und kroatischen Truppen und bewaffneten Haufen mit unbeschränkter Vollmacht eines königl. Commissärs ernannt, der Minister-Präsident Graf Batthyanyi entlassen und an seiner Stelle der Kroatische Baron Nikolaus Vay mit der Ministerpräsidentschaft beliehet wird. Graf Lamberg, ein zweiter Montecuculi, ist gestern hier eingetroffen. Kossuth wurde sogleich von seiner Wanderschaft pr. Estaffette zurückberufen. Um 8 Uhr Abends kam er an. Einige geheime Conferenz der Repräsentanten dauerte bis 11 Uhr. Dann war öffentliche Sitzung. Auf Antrag Kossuth's erklärte nun das Repräsentantenhaus einstimmig die Ernennung des Grafen Lamberg als ohne die gesetzmäßige Contrasignation eines verantwortlichen Ministers geschehen für gesetz- und verfassungswidrig, daher null und nichtig. Dem Grafen Lamberg ward bei Strafe des Hochverraths verboten, die verfassungswidrige Ernennung anzunehmen und allen Truppen und bewaffneten Corps bei gleicher Strafe untersagt, dem Grafen Lamberg zu gehorchen. Zwölf Repräsentanten sind mit diesen Beschlüssen sofort ins Lager abgegangen, um dieselben den Truppen und Nationalgarden bekannt zu machen. Graf Batthyanyi ist schon Nachmittags mit Lager geeilt. Die Kroaten sind bereits in Stuhlweissenburg, acht Stunden von hier, ohne Schwertstreich eingezogen, was man sich ohne Verrath nicht erklären zu können glaubt. Unser Heer ist an Zahl den feindlichen überlegen und dieses hat den Rücken nicht gedeckt. Auf Kossuths begeisterten Ruf treffen hier heute 12,000 Magyaren ein. Auch aus andern Gegenden ziehen Schaaren wohlbewaffneter herbei. Die Streitmacht der Ungarn im Felde wird bereits auf 80,000 Mann geschätzt.

12 Uhr Mittags. Heute wird eine Schlacht geliefert, auf dem Blocksberge hört man die Kanonade. ½ Uhr Nachmittags. Soeben ist ein Kurier eingetroffen, welcher die Nachricht bringt, daß der eine Flügel Jellachich's geschlagen ist. Die Husaren sollen ohne Commando angegriffen haben. Jellachich soll bereits einen Waffenstillstand begehrt haben. (?) (D. A. Z.)

Italien.

Wunderlich sind die Verhältnisse des restaurirten Herzogthums Modena, welches bekanntlich bereits zwischen Toscana und Piemont getheilt worden war. Toscana hat die ihm zugefallenen Gebietstheile wieder geräumt, und 5000 Oesterreicher werden dort einrücken; Piemont dagegen erklärt, es betrachte Modena und Reggio noch immer als integrirenden Theil der sardinischen Monarchie und die gegenwärtige österreichische Besetzung jener Gebiete nur „als ein vorübergehendes militärisches Factum.“ Unterm 16. hat der Herzog seine Unterthanen mit einer Zwangsanleihe von 1 Million Lire beglückt.

Frankreich.

* **Paris, 30. September.** Der Moniteur enthält heute eine offizielle Note, worin das Publikum gewarnt wird, den vielen umlaufenden lügenhaften Gerüchten, die von den Feinden der Republik verbreitet würden, um Handel, Kredit und Vertrauen zu lähmen und die Bevölkerung in Besorgniß und Unruhe zu erhalten, keinen Glauben zu schenken. Es sey nicht möglich alle diese Gerüchte immer sogleich zu widerlegen oder die Verbreiter zu verfolgen, aber das Publikum brauche nur von dem Einen fest überzeugt zu seyn, daß wenn wirklich irgend eine Gefahr drohen sollte, die Regierung als Wächterin der öffentlichen Ruhe, sich sogleich selbst durch einen freimüthigen und loyalen Aufruf an den trefflichen Geist und die Hingebung der Pariser Bevölkerung wenden und sie von den Gefahren, die das Land bedrohten in Kenntniß setzen würde. — Eine zweite Note bezeichnet eine von der Presse gestern gemachte Mittheilung über den Stand der Vermittlungs-Angelegenheit als erfunden und durchaus unwahr.

Zu den Gerüchten, die in diesen ängstlichst Paris beunruhigten und auf die Note des Moniteurs anspielt, gehören auch folgende. Die Garnison soll mit den lästigen und unangenehmen Lagerdienste unzufrieden und außerdem ernste Mißhelligkeit zwischen der Linie und der bevorzugten Mobilen Garde ausgebrochen seyn; — ein Theil der mobilen Garde nach Grenoble zur Alpenarmee beordert, habe sich geweigert zu marschiren, da das Engagement nur auf den Dienst in Paris laute, — endlich 150,000 Bewohner der Faubourgs wurden der Nationalversammlung die Petition überbringen, in der die Freilassung Raspails, als Vertreter des Volkes gefordert wird.

Die Madrider Nachrichten sind vom 25. Die Gazeta zeigt die Entbindung der Herzogin von Montpensier in offizieller Weise an; die neugeborne Prinzessin hat folgende Namen erhalten: Maria, Isabella, Francisca d'Assisi, Antonia, Louise, Fernanda, Christina, Amalia, Philippine, Adelaide, Josepha, Helena, Henriette, Caroline, Justina, Rufina, Gaspatina, Melchiere, Baltasara, Mateа; — somit einen completen Kalender, zu dem noch die Namen Bourbon-Orleans-Montpensier hinzuzufügen sind.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 30. Sept. Camille Beranger nimmt das Wort um den Finanzminister zu interpelliren, warum dem Decrete der Versammlung entgegen, das allen Vertretern Empfehlungen und Supplikationen bei den Ministern verbietet, doch solche Fälle täglich noch vorkämen, ja sogar zur Regel geworden wären. Die Depputirten eines Departements überwachten alle Ernennungen in denselben, begünstigten die Einen, bekämpften die Andern und schlügen gewöhnlich der Regierung ihre Kandidaten vor, dieser einen moralischen Zwang anthuend, der zuletzt alle Selbstständigkeit der Regierung aufheben würde. Er liest nun eine Antwort des Finanzministers an mehrere Vertreter vor, die ein Tabaksbureau für eine Dame in Paris verlangt hatten und weist nach, daß diese Verwendung der Deputirten bei den Tabaksbureaux anfangen und bis zu den Präfectenstellen hinaufreichen. Der Finanzminister gibt einige Erklärungen, mit denen sich die Versammlung zufrieden gestellt erklärt, und der Zwischenfall ist beendigt. Hierauf interpellirt Danjoy den Minister des Innern über das radi-

Digitized by Google

kale Bankett, das am Jahrestage der ersten Republik in Toulouse Statt gefunden habe, wie dies in Paris und mehreren andern Departements ebenfalls vorkam. Diese Bankette scheinen von der ultrarothlaken Partei, wie der Redner behauptete, in ganz Frankreich organisirt zu werden, um dieselbe Aufregung hervorzubringen, die der Februar-Revolution, durch die Reformen-Bankette, voranging. Er weiß nach, daß dieses Banket wie die anderen den Zweck haben, die arbeitenden Klassen gegen die Regierung, die Nationalversammlung, gegen die bestehende Gesellschaft aufzureizen. Und einem solchen Bankette hätten die Behörden nicht nur kein Hinderniß entgegengesetzt, sondern der Präfekt, der Maire und die Municipalität hätten ihm beigewohnt, nur der General Ballon hätte die Einladung entschieden zurückgewiesen. Bei diesem Bankette sey die Deforation des Saales roth gewesen, die Commissäre hätten rothe Armbänder getragen, die dreifarbige Fahne sey verbannt gewesen, einen Toast auf die Nationalversammlung habe man nicht gebracht. Nach dem Bankette, bei dem man Champagner ein Pereat ausgebracht hatte, zog alles mit Musik durch die Stadt und schrie: „Es lebe Baebuf, Marat, Robespierre, — es lebe die Guillotine!“ Und so wolle man der Nation die Republik annehmbar machen, — durch solche Bankette von Toulouse oder von Chalet (wo Ledru-Rollin sprach.) — Ein fürchterlicher Sturm bricht bei diesen Worten vom Berge aus, — die Rechte antwortet, die heftigsten Interpellationen kreuzen sich, der Tumult ist unbeschreiblich. Denjoy faßt noch einige Worte hinzu, in denen er als das höchste Ziel der Linken die „Heilige Guillotine“ aufstellte. Jetzt bricht der Sturm in unzeigbarer Wuth los, die Vertreter des Berges stürzen herab an den Fuß von Tribune, sie nennen Denjoy mit heftigen Geberden einen Verräther, die legitimistischen Deputirten eilen ihrem Collegen Denjoy zu Hülfe, die ganze Versammlung erhebt sich, ein fuechtbares Durcheinander wogt um die Tribune, der Präsident bedeckt sich. — Nach einer halben Stunde wird erst die Ruhe wieder hergestellt, — Denjoy ist barinnäckig auf der Tribune geblieben, wiewohl ihn Marrast und einige andere Vertreter gebeten haben nicht weiter zu sprechen. Endlich nimmt er wieder das Wort und erklärt, er habe mit seinen letzten Worten Niemand von seinen Collegen gemeint, — (Stürmisches Rufen: Sie haben vom Banket des Chalet gesprochen.) Neuer Tumult. — Denjoy wiederholt, daß er keinen einzigen seiner Collegen gemeint habe, es könnt nun auf das Banket von Bourges, von dem er eine ähnliche Schilderung, wie von den von Toulouse macht und dem die Behörden ebenfalls beiwohnten. Im Laufe seiner Rede wird der Tumult immer größer und die Aufregung der Versammlung wird zur gegenseitigen heftigen Erbitterung. Er interpellirt schließlich die Minister, was sie ihren pflichtvergessenen Beamten gegenüber thun würden. — Nach einer langen Unterbrechung nimmt der Minister Senard das Wort: er habe die Interpellation nicht abgewartet um das Nöthige zu thun und die Regierung bleibe ihrer Aufgabe getreu, indem sie vor Allem die Ordnung stets und überall aufrecht erhalte. Aber so geschwind könne und wolle die Regierung nicht gehen wie Hr. Denjoy und auf einen bloßen Journalartikel hin, keine sie keine definitiven Maßregeln ergreifen. Er habe die feste Ueberzeugung, daß der größte Theil von dem, was Herr Denjoy nach einem Journale erzählt habe, nicht wahr sey, nicht wahr sein könne. Er weiß nun nach, daß die ganze Erzählung der legitimistischen Journale voll Uebertreibungen und Entstellungen sey, daß der Maire einer der angesehensten Kaufleute und Grundbesitzer von Toulouse sey, den alles achte und ehre. Die Regierung habe sich längst mit diesen Vorfällen beschäftigt, eine strenge Untersuchung angeordnet; würden die Thatsachen sich so bestätigen, wie Hr. Denjoy sie erzählt habe, so würde sie alle Beamte absetzen. Allein die amtlichen Berichte stellten das Banket keineswegs, und besonders nicht die Betheiligung der Behörden in dem Lichte dar, wie es Hrn. Denjoy gefallen habe sie zu erzählen, keine Störung der Ruhe sei vorgefallen und das Ganze ein patriotisches Fest gewesen, bei dem eben die Anwesenheit der Behörden jedes Ausarten in einem Excesse unmöglich gemacht haben. Uebrigens möge die Versammlung unbesorgt sein, so wie die Regierung die volle Wahrheit wissen werde, was nicht lange dauern werde, so werde sie ihre Schuldigkeit in vollsten Maße thun. Joly (Vater), Vertreter von Toulouse, nimmt das Wort um zu erklären, daß er von der Bevölkerung von Toulouse beauftragt sey, die Lügen und die Verläumdungen, die Denjoy vorgebracht habe, zu widerlegen. Er weiß nun eine um die andere die Lügen und Uebertreibungen der legitimistischen Journale und der Ausschmückungen Denjoys nach, und erklärt das Bankett sey nothwendig gewesen, als eine Demonstration der Republikaner, um der toulouschen Bende zu zeigen, daß die Republik leben und Kraft habe. Joly liest nun mehrere Stellen aus den legitimistischen Journalen von Toulouse vor, in denen geradezu erklärt wird, daß es ohne indirekte Wahlen, zwei Kammern und der Erblichkeit der Executivgewalt keine Freiheit und kein Glück für Frankreich geben könne. Er liest dann den Brief Henri's V. vor, worin dieser sich als die letzte Zuflucht und das einzige Heil Frankreichs aufstellt, — was eine lange Heiterkeit hervorbringt. Er citirt Stellen, wo diese Journale geradezu erklären, man müsse der Republik ein furzes Ende machen und die Monarchie wieder einführen, — solchen täglichen Aufreizungen gegenüber sey das Bankett nothwendig gewesen. Der Kriegsminister Lamoriciere nimmt das Wort: Wenn, sagt er, die Regierung das Bankett von Toulouse für der Republik nützlich gehalten hätte, so hätte der Chef der Executivgewalt nicht den kommandirenden General von Toulouse Ballon verboten dem Bankette beizuwohnen. Der Justizminister hat mich ersucht, in seinem Namen zu erklären, daß wenn die von Herrn Denjoy angegebenen Thatsachen wahr seyen, die gerichtlichen Verfolgungen unnachsichtlich eingeleitet werden würden. Die Regierung weiß, daß die Republik von mehreren Seiten angegriffen wird, aber sie wird sich gegen alle Angriffe zu vertheidigen und unter allen Umständen ihre Pflicht zu thun wissen. (Stürmischer Beifall.) Germain Sarrut nimmt das Wort; er macht auf die Nothwendigkeit der Verständigung und der Versöhnung aller Partheien in ganz Frankreich aufmerksam, und erklärt zugleich aus dem heftigblutigen südlichen Charakter die Lebhaftigkeit des Streites der Partheien in Toulouse. Der Ruf: zur Tagesordnung! wird immer heftiger, — und als endlich Dabeaux die Tribüne besteigt, erhebt sich die ganze Versammlung und schießt mit ungeheurer Majorität die Debatte über diesen aufregenden Zwischenfall, der sein Echo erst außerhalb dieses Saales finden wird.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 4. October. Die gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzungen des Landraths von Oberfranken sind noch so lange ausgesetzt, bis die Ausschüsse die Vorarbeiten erledigt haben werden. Die Wahl für die Ausschüsse hat folgendes Resultat ergeben: In den I. Ausschuß zur Prüfung der Rechnungen für nothwendige Zwecke wurde gewählt: Glas, Kraypmann, v. Seefried, Jordens; in den II. Ausschuß zur Prüfung der Rechnung für fakultative Zwecke: Rennebaum, Brückner, Schimbach, Pülz; im III. Ausschuß zur Prüfung der Kreisfondsberechnung und der Kreisbülfskasse sind: Vetter, Dütsch, Ruß, Schmerling, Gambert, Schmidt; in den IV. Ausschuß für Anträge und Wünsche wurden gewählt: Dilchert, Kauschinger, Rinecker, Meinel, Bachmayer, Weigel. Wann die nächste öffentliche Sitzung stattfinden wird, soll öffentlich bekannt gegeben werden.

Bayreuth, 4. Oktober. Heute morgens rückten die dreizehnte, vierzehnte und fünfzehnte Kompagnie des 13. Infanterieregiments von hier aus nach Kronach. — In der vielbesprochenen Wunsiedler Freischaarenangelegenheit hatten wir vor einiger Zeit schon von unseren A & O Berichterstatter einen Bericht erhalten, der die in verschiedenen Injektionen gegen ihn und seinen ersten Artikel enthaltenen Anschuldigungen und Zweifel bündig widerlegt; wir glaubten übrigens im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir, um die Sache nicht noch mehr aufzubehnen, mit dieser kurzen Anzeige diesen Gegenstand für immer verlassen, und durch den Abdruck jenes Artikels nicht zu weitere Entgegnungen Veranlassung geben.

Anzeigen.

Patriotischer Verein.

Donnerstag (5. October) Abends 8 Uhr Sitzung in dem Lokale der Bürger-Ressource.

Der Vorstand.

Unterzeichneter bringt hiemit zur Kenntniß, daß immer Fahrgelegenheiten mit Chaisen nach Kulmbach zur Eisenbahn bei ihm zu finden sind und zwar um den billigen Preis à Person 36 kr.

Heinrich Dehn,
Lohnkutscher am Herold'schen Caffeehaus.

Friedrichs-Straße No. 451 ist eine Stube und Studentkammer auf Martini zu vermiethen. Auch ist daselbst ein Keller sogleich zu vermiethen.

Es werden für das nächste Quartal einige Mitleser für die Bayreuther Zeitung und den Nürnberger Korrespondenten gesucht. Erlangerstraße Nr. 500.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 278. | 6. October 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 3. October. Ein Theil der Rechten in unserer Nationalversammlung hat heute wieder den Versuch gemacht, die namentlichen Abstimmungen, die ihr ein Dorn im Auge sind, unter dem Vorwand der Zeitersparniß in der Art zu beschränken, daß sie künftig nur bei wichtigen Prinzipienfragen Statt finden sollen. Der Antrag wurde von Wichmann gestellt und von 52 andern Mitgliedern unterstützt, und sollte als dringend sogleich berathen werden. Den kräftigen Gegenvorstellungen eines Redners der Linken, Hrn. Venedey, gelang es jedoch (freilich nur mit 7 Stimmen Mehrheit) die Dringlichkeit zu beseitigen, und der Antrag geht nun den gewöhnlichen Weg durch die Ausschüsse. Die Tagesordnung war heute die Aufhebung der Feudallasten, die Jedermann, gutsherrlichen Rechte, Jagdgerechtigkeiten u. s. w. theilt mit, theilt ohne Entschädigung. Es waren über 30 Redner eingeschrieben, wovon aber nur 16 zu Worte kamen. Die Redner der Linken verlangten Aufhebung der Feudallasten ohne alle Entschädigung, und drohten theilweise (wie Schlöffel, Rößler v. Oels) mit Revolution und Bauernkrieg, während die der Rechten diesen Schreckbildern die des Kommunismus, des Faustrechts u. s. w. entgegenstellten. Die Abstimmung wird erst übermorgen Statt finden und wegen der vielen Amendements sehr schwierig werden. Es ist kaum zu zweifeln, daß die Ausschußanträge, welche zwischen den beiden Extremen so ziemlich die richtige Mitte halten, im Wesentlichen durchgehen werden. — Es sind wieder mehrere neue, namentlich österreichische Abgeordnete in die Versammlung eingetreten. Dagegen ist die Zahl der Abwesenden fortwährend sehr bedeutend, so daß der heutigen Sitzung kaum 300 Mitglieder beiwohnten.

Frankfurt, 2. October Ausführlicher Bericht über die 89. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nachdem der Präsident den Austritt der Abgeordneten Glück von München, Pointinger von Leoben, Jacob Grimm und v. Pegulien angezigt, theilte derselbe mit, daß die Abgeordneten Jordan von Marburg, Prettis, von Sommaruga in den internationalen, und v. Radowitz in den Vertrauensschuß gewählt worden seyen. Im Namen des Marineausschusses beantragt Jordan von Berlin: die Nationalversammlung möge das Finanzministerium auffordern, sofort den Beschluß der Nationalversammlung vom 14 Juni zu vollziehen und drei Millionen Thaler für die deutsche Marine flüssig zu machen. Hierauf ertheilt der Präsident dem Reichsminister des Innern v. Schmerling das Wort zu der auf heute anberaumten Beantwortung verschiedener Interpellationen. Der Minister erwidert 1) auf die Interpellation Zimmermanns von Spandau wegen der gegen die Deutschen in Ungarn verübten Grauelthaten: Es sey zu unterscheiden zwischen den, in Ungarn angesiedelten und eingebürgerten und den sich nur vorübergehend dort aufstaltenden Deutschen. Für erstere vermittelnd einzuschreiten, liege eben so wenig in dem Berufe Deutschlands, als es z. B. bei einem Bürgerkriege in Frankreich für die Elsässer einzuschreiten berechtigt wäre. Was die zweite Klasse von Deutschen betreffe, so sey dem Ministerium von Unbilden gegen dieselben sowie von Beschwerden ihrerseits nichts bekannt geworden. Sollte der Fall wirklich vorkommen, so werde das Ministerium seine Verpflichtung zum kräftigen Schutze jener Deutschen erfüllen. Die zweite Frage wegen Absendung einer Gesandtschaft nach Ungarn sey eine schwebende und könne deßhalb jetzt noch nicht in Erörterung kommen. Uebrigens müsse er bes merken, daß noch keine europäische Macht diplomatische Verbindungen mit Ungarn angeknüpft habe. Die dritte Frage, die deutschen Juni-Gefangenen in Paris anlangend, beantwortete er dahin: die französische Regierung hat sich bereit erklärt, diejenigen Gefangenen, gegen welche keine andere Anklage vorliege, auf etwaige Reclamation ihrer Regierungen an diese auszuliefern. England — bemerkt der Minister v. Schmerling dazu — habe erklärt, daß es keine Reklamation für seine in dieser Categorie befindlichen Angehörigen erheben werde. Uebrigens sei die Erklärung der französischen Regierung den einzelnen deutschen Regierungen zugestellt worden, da es nicht Sache des Reichs, sondern der einzelnen Staaten sei, eine Reklamation zu erheben. Nun kommt die Reihe 4) an die Interpellation Bergers in Bezug auf die rückständigen Wahlen in Oesterreich. Der Minister theilt mit, das österreichische Ministerium habe auf die früheren Aufforderungen des Reichsministeriums geantwortet; es sei vollkommen von der Wichtigkeit einer vollständigen Vertretung Oesterreichs in der Nationalversammlung durchdrungen; allein es seien in einzelnen Bezirken Vorurtheile zu besiegen, was nicht Sache der Gewalt, sondern nur der Belehrung sein könne. Indessen habe das Ministerium an die Behörden von Mähren und Böhmen neue Befehle wegen Vornahme der Wahlen erlassen. Das Reichsministerium hat nach Empfang dieser Erklärung das österreichische Ministerium des Innern wiederholt aufgefordert, die Vornahme der Wahlen ernstlichst zu beschleunigen. Hr. Berger hat 5) gefragt, welche Stellung die Centralgewalt den reaktionär-partikularistischen Bestrebungen Oesterreichs gegenüber einzunehmen gedenke. Der Minister erwidert hierauf: Das Reichsministerium werde allen reaktionären Bestrebungen eben so energisch entgegentreten, wie es die Anarchie bekämpft habe und bekämpfen werde. Die 6) Interpellation ist jene von Jungbanns in Betreff der badischen Wahlen. Hierüber gibt der Minister die Auskunft, daß die Wahl für Thiengen bereits angeordnet, durch die Unruhen in Baden aber verzögert worden sey. In Offenburg sey (für den ausgetretenen Abg. Bee) der radikale Flüchtling Advokat Werner gewählt worden; die Wahl habe ihm aber nicht eröffnet werden können, da derselbe mit Steckbriefen verfolgt werde. Was 7) die von Schüler von Jena zur Sprache gebrachte Besetzung der thüringischen Herzogthümer betreffe, so sey dort allerdings eine Truppenaufstellung erfolgt und zwar aus strategischen Gründen, und um der Regierung zur Erhaltung der Gesetze und der Ordnung Beistand zu leisten, von einer Besetzung der Herzogthümer sey aber keine Rede. Jene Aufstellung werde übrigens so lange dauern, bis ihr Zweck, der theilweise eingetretenen Gesetzlosigkeit zu steuern, erreicht sey. Nachdem der Minister des Innern diese Erläuterungen gegeben, stellte Jahn zwei neue Fragen an denselben: 1) ob die Gesellschaft des „Deutschen Hofes" vor dem Ausbruch der Empörung angezeigt habe, daß die Empörer mit ihr unterhandelt und ihr Anträge gemacht hätten; 2) warum der Belagerungszustand nicht gehörig gehandhabt und namentlich gegen die zügellose Presse, besonders die Reichstagszeitung, welche die Empörer in Schutz nehme, eingeschritten werde. Minister v. Schmerling: auf die erste Frage müsse er entschieden mit Nein antworten; die zweite anlangend, wählen die Gerichte alle Schuldigen ermitteln und bestrafen, und gewiß ihre Pflicht erfüllen. Auf die neuliche Interpellation des Abgeordneten Zimmermann von Spandau: daß es wahr sey, daß General Wrangel ohne Vorwissen der Centralgewalt sein Kommando niedergelegt habe, erwidert hierauf der Reichsstriegsminister v. Peucker: Das Kommando des Generals Wrangel habe sich durch die für die Dauer des Waffenstillstandes verfügte Auflösung des Heeres von selbst erledigt; denn wo kein Heer, da sey auch kein Feldherr. Ob wieder eine Armee zusammengezogen werde, lasse sich jetzt noch nicht voraus sagen. General Wrangel aber verdiene den Dank des Reichsministeriums für den Muth und die Einsicht, die er bei seinen Operationen an den Tag gelegt habe. Als Nunmehr der Präsident die Berathungen vorlagt: ob sie noch weitere Anträge zu stellen hätten, beantragte Leue (im Namen Zimmermanns von Spandau) schleunige Berichterstattung über die Anträge in Betreff des Verhältnisses zu Ungarn (wird nicht als dringend erkannt und dem internationalen Ausschuß zugewiesen); Reuter: sofortige Absendung eines Gesandten der Centralgewalt nach Ungarn (ebenso); Zimmermann von Spandau: daß die Erklärung des Ministers in Betreff der deutschen Junigefangenen in Paris, da die darin ausgesprochenen Grundsätze über die Vertretung Deutschlands nach Außen mit denen der Nationalversammlung in Widerspruch stünden, dem internationalen Ausschuß zur Prüfung überwiesen werde; Berger: 1) daß die Centralgewalt sogleich und unmittelbar die Wahlen in Oesterreich ausschreibe und die österreichische Regierung auffordere,

Digitized by Google

dieselben innerhalb einer peremtorischen Frist vornehmen zu lassen; 2) daß der internat. Ausschuß Anträge stellen möge, wie die Eingliederung Oesterreichs in Deutschland unweigerlich zu garantiren sey. (Dieser Antrag wird nicht als dringend erkannt). Wigard findet die strategischen Gründe für das Einrücken der Reichstruppen in die Herzogthümer nicht stichhaltig und beantragt, daß die Erklärung des Ministers dem mit der Berichterstattung über die deßfallsigen Beschwerden ernannten Ausschüsse zugewiesen werde. Jahn: Nachdem nicht bloß einzelne Mitglieder, sondern ganze Bruchtheile der Nationalversammlung an der Empörung Theil genommen, mit den Empörern unterhandelt hätten u. s. w., so möge die Nationalversammlung beschließen, daß die ganze linke Seite in Untersuchung zu ziehen, ihre Mitglieder aus der Nationalversammlung zu entfernen und ihre Stellvertreter einzuberufen seyen. (Gelächter und Beifall links.) Der Präsident bemerkt, daß die Dringlichkeit nicht beantragt sey. Die Linke erhebt sich für die Dringlichkeit. Zimmermann von Spandau beantragt: Die Niederlegung des Kommando's von Seite des Generals Wrangel ohne Vorwissen der Centralgewalt für ebenso ungerechtfertigt zu erklären, als die ebenfalls ohne Vorwissen der Centralgewalt erfolgte Annahme eines Kommando's von Seiten des Generals Bonin. von Mayern beantragt andererseits, dem General Wrangel und den unter seinem Befehl gestandenen Truppen den Dank der Nationalversammlung für ihre Tapferkeit auszudrücken. Dieser Antrag wurde für dringlich erkannt und nach einigen Erörterungen angenommen, der Zimmermann'sche aber an den Ausschuß für die Centralgewalt verwiesen. Die Tagesordnung führt nun zur Wahl des Präsidenten und seiner beiden Stellvertreter. Präsident von Gagern sprach nach seiner Wiedererwählung: „Die große Stimmenmehrheit verpflichtet mich von Neuem zum Danke für die Versammlung. Ich werde dem wichtigen Amt, welches Ihr Wille mir übertrug, mich ganz hingeben; ich werde ihm alle Kräfte weihen, um so mehr, da wir in wenig Wochen schon das wichtige Werk der Verfassung berathen, worauf das Volk harrt. In meinem Amte werde ich unparteiisch seyn. Die Unparteilichkeit besteht nicht darin, daß man der Ansicht aller Parteien sey, wohl aber darin, daß man jeder Partei ihr Recht werden läßt. Dieß Bewußtsein hege ich. Simson: „Ihr entschiedener Wille weist mir für einige Wochen einen Platz neben dem verehrten Manne an, dem wir mit stets erneutem, stets wachsenden Vertrauen heute zum 6. Male den Vorsitz dieser Versammlung übertragen haben." Er ersuchte sodann die Versammlung, mit ihrer Weisheit seiner Unerfahrenheit zu Hülfe zu kommen, und versprach ein unparteiisches Organ der Entscheidungen zu seyn. Der zweite Vicepräsident Rießer war bei Verkündigung seiner Wahl nicht in der Versammlung anwesend. Die Tagesordnung führt nunmehr weiter zur Berathung über den §. 27 der Grundrechte. Er lautet: „Alle gutsherrlichen Grundlasten, Zehnten, ländlichen Servituten, soweit die letzten der freien Benutzung und Kultur des Bodens hinderlich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar." Zu diesem §. sind zahlreiche Amendements eingereicht und 16 Redner eingeschrieben. Auf Antrag Rödler's von Oels beschließt die Versammlung, diesen §. mit den §. 28 und §. 29 vereinigt zu berathen, und da hierdurch die Umänderung der Rednerliste als nothwendig erscheint, wird die Berathung auf morgen vertagt. §. 28 lautet: Ohne Entschädigung aufgehoben sind: a) die Gerichtsbarkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, d) die aus solchen Rechten herstammenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben, e) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür obliegen. §. 29: „Die Jagdgerechtigkeit auf fremden Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eignem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist."

Frankfurt, 1. October. Der Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung ist in diesen Tagen von Seiten des Wehrausschusses an die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung vertheilt worden. Er umfaßt in 17 Artikeln 86 Paragraphen, und wir wollen versuchen, den Hauptinhalt desselben in gedrängter Kürze wiederzugeben. Art. I. (§§. 1—8.) Umfang der Befugniß der Centralgewalt. Die Heere der Heeresabtheilungen der größern deutschen Staaten bilden selbstständige Theile der gesammten deutschen Wehrmacht. Die kleinen Staaten, die weniger als 3000 M. Contingent stellen, werden entweder in sich in größere Ganze verschmolzen, welche unter unmittelbarer Leitung der Centralgewalt stehen, oder einem angrenzenden größern Staat angeschlossen. Die gesammte deutsche Land- und Seemacht steht unter der obern Leitung der Centralgewalt. Den Befehl über die einzelnen Theile führt dieselbe im Frieden nur mittelbar durch die Landesregierungen; sie kann jedoch, wenn sie es für das Gemeinewohl erforderlich erachtet, auch im Frieden einen größern oder geringern Theil der Truppen unter ihren unmittelbaren Befehl nehmen. Ueber die allgemeine Vertheilung, Dislocation der Truppen im Frieden entscheidet die Centralgewalt, so weit dabei nach ihrem Ermessen die Sicherheit des Reichs in Frage kommt. Für den Krieg und im Kriege hat sie die unmittelbare und ausschließliche Verfügung über die gesammte deutsche Wehrkraft. Die Besetzung der Befehlshaberstellen und die Ernennung der Offiziere bleibt den Landesregierungen überlassen; nur für vorzeitige Ernennungen mehrer Staaten ernennt die Centralgewalt unmittelbar die Befehlshaber. Für den Krieg ernennt sie die commandirenden Generale der verschiedenen Armeen und selbstständigen Corps, sowie das Personal der Hauptquartiere. Art. II. (§§. 9—15.) Allgemeine Verpflichtung zum Wehrdienste. Das deutsche Heer wird nur aus Deutschen gebildet und nur Deutsche können in denselben Befehlshaberstellen bekleiden. Jeder Deutsche ist mit Vollendung des 20 Lebensjahrs zum Wehrdienst und zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet. Der Wehrpflicht ist eine strenge persönliche. Stellvertretung findet nicht statt. Gänzliche Befreiung vom Wehrdienst ist nur zulässig für die Mitglieder der regierenden Familien und für die Mitglieder und Nachkommen der jetzt in Deutschland lebenden Familien, welche nach ihren jetzigen Religionsgesetzen keinen Wehrdienst leisten können. Zeitweise Befreiungen vom Wehrdienste können eintreten, mit Rücksicht auf Familienwohl, Gewerbe, Gemeinde- und Staatsdienst. Alle verfügbaren Wehrpflichtigen werden auch wirklich eingereiht und ausgebildet. Art. III. (§§. 16—21.) Zusammensetzung der deutschen Volkswehr. Die deutsche Volkswehr besteht a) aus dem ersten Heerbann (bereites Heer), b) aus dem zweiten Heerbann (Landwehr ersten Aufgebots), c) aus dem dritten Heerbann (Landwehr zweiten Aufgebots), d) aus dem vierten Heerbann (Bürgerwehr und Landsturm). Der erste Heerbann hat im Frieden den Besatzungsdienste zu leisten und als allgemeine Waffenschule für die ganze Nation zu dienen, für außerordentliche Verhältnisse aber und für den Krieg die zunächst bereite Streitkraft zu bilden. Er umfaßt die fünf Altersklassen vom 21. bis zum vollendeten 26. Lebensjahre. Der zweite Heerbann wird in der Regel im Frieden nur zu den nothwendigen Uebungen versammelt; bei außerordentlichen Verhältnissen aber, im Falle im Krieg die erforderlichen Fälle auch in seiner ganzen Stärke wie der erste Heerbann verwendbar. Er umfaßt die sieben Altersklassen vom 26. bis zum vollendeten 32. Lebensjahre. Der dritte Heerbann wird nur im Kriege noch Bedürfniß versammelt, um innerhalb der Grenzen des Vaterlandes zum Festungs- und innern Sicherheitsdienst verwendet zu werden. Er umfaßt die sieben Altersklassen vom 33. bis vollendeten 39. Lebensjahre. Zum vierten Heerbann ist die nicht in den drei ersten Heerbannen waffenfähige Bevölkerung bis zum 50. Lebensjahre verpflichtet. Seine Bestimmung ist im Frieden vorzugsweise die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit; außerdem tritt er nur bei erfolgtem feindlichen Einfall in denjenigen Landestheilen in Wirksamkeit, welche mit einem solchen unmittelbar bedroht sind. Im Krieg findet ein Uebertritt von einem Heerbann in den andern nicht statt. Art. IV. (§§. 22—28.) Dienst-(Uebungs-)Zeit bei der Fahne im Frieden. Die Dienstzeit bei der Fahne im Frieden beträgt 1) beim ersten Heerbanne a) bei der Infanterie einschließlich der Scharfschützen höchstens 1½ Jahre, wovon wenigstens sechs Monate ohne Unterbrechung zur ersten Ausbildung zu verwenden sind. b) Bei der Reiterei und Artillerie zur ersten Ausbildung wenigstens zwei Jahre, im Ganzen höchstens drei Jahre. c) Für die Genietruppen wird eine fortlaufende 2jährige Dienstzeit bestimmt, nach welcher keine Einberufung mehr stattfindet. Eine Ausgleichung der verschiedenen Dauer der Dienstzeit für die verschiedenen Waffen erfolgt durch eine Geldentschädigung. Junge Männer, welche sich den Wissenschaften, Künsten und höheren Gewerben widmen und ihre Fähigkeit zu höherer Ausbildung bekunden, dürfen im Frieden ihre Dienstpflicht durch eine fortlaufende einjährige Dienstzeit lösen. Jeder junge Mann kann nach vollendetem 19. Jahre, bei gehöriger körperlicher Stärke, sich zum Kriegsdienst melden, wodurch er dann um eben so viel Jahre früher frei wird. Der Wehrmann dann um eben so viel Jahre früher frei wird. Der Wehrmann des zweiten Aufgebots kann alle zwei Jahre zu einer 14tägigen Uebung einberufen werden. Außerdem sind sämmtliche Wehrmänner verpflichtet, sich bei den zwei Mal im Jahre, im Frühjahr

Digitized by Google

und Herbst, stattfindenden Controlversammlungen zu stellen. Diejenigen der Infanterie haben ferner an drei Tagen jeden Jahres an den in ihren Bezirken anzuordnenden Schießübungen Theil zu nehmen. Beim dritten Heerbann finden im Frieden nur die jährlich zweimaligen Controlversammlungen statt. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 2. Okt. Aus guter Quelle hören wir, daß die diplomatischen Verhältnisse zwischen Frankfurt und Paris nunmehr vollständig geregelt sind, und an beiden Orten ständige Gesandte die beiden Länder vertreten werden.

Frankfurt, 2. October. Heute Morgen hat der preußische Bevollmächtigte, Hr. v. Gamphausen, das Reichsministerium des nachrichtigt, daß der Kammerherr v. Reetz, welcher von der Krone Dänemark nach Berlin gesandt worden, dasselbst eine Erklärung seiner Regierung abgegeben hat, dahin lautend: daß die provisorische Regierung der beiden Herzogthümer aus der von dem Bevollmächtigten der Centralgewalt, Max v. Gagern, vorgelegten Personenliste neu zusammengesetzt werden solle, und zwar nach Vorschrift des betreffenden Paragraphs des Vertrages.

München, 1. October. Se. Maj. der König haben genehmigt, daß bei Einberufungen vom Urlaube, sowie bei angeordneten Urlaubungen in allen jenen Fällen, wo es für nöthig erachtet wird, für die Tage des Antritts zur Einrichtung des Garnisons- oder des Einrückungsortes und resp. der Heimath nach gebührender Bemessung erforderlich sind, dem Manne die Löhnung und das Brodgeld belassen werde. Demnach ist bis auf weitere nähere Bestimmung und entsprechende Fixirung nach der Stundenentfernung und mögliche Gleichstellung verordnet worden, daß bei allen vom 18. d. Mts. an stattgefundenen und stattfindenden Einberufungen und darauf erfolgten Einrückungen vom Urlaube, sowie bei allen künftig angeordnet und vollzogen werdenden, also unfreiwilligen Beurlaubungen, jedem Manne, vom 1. Unteroffizier abwärts, die gewöhnliche Löhnung und das Brodgeld für so viele Tage als Reiseverpflegung vergütet werde, als derselbe von seiner Heimath oder dem Beurlaubungsorte in den Garnisons- rc. Ort und resp. von da in seine Heimath, nach entsprechender Bemessung nöthig hat. (Bayer. Bbte.)

München, 3. October. Se. Maj. der König haben sich bewogen gefunden, die in Rothenfels erledigte Advokatenstelle dem fürstlich Löwenstein'schen Regierungs- und Justizkanzleirathe Bernhard Koch zu Kreuzwerthheim zu verleihen.

Die Majorität der Wahlmänner des Wahlbezirks Erding hat ihren Reichstagsabgeordneten Hrn. v. Beisler wegen seiner bekannten Rede, worin er die Bischöfe „Satrapen des Papstes" nannte, ein Abrufungsschreiben zugeschickt. Er wird darin an sein gegebenes Versprechen, „auch für die kirchliche Freiheit einzustehen" erinnert, des Vertrauens der Unterzeichneten Wahlmänner für verlustig erklärt und aufgefordert, sich seines Mandats zu begeben. Die Adresse ist bereits vom 12. September, es scheint also nicht, daß Hr. v. Beisler darauf Rücksicht zu nehmen gezeigt ist.

Gießen, 1. October. Der Studiosus A. Welcker wurde gestern verhaftet hier eingebracht. (F. J.)

Halle, 30. Sept. Die hiesige „Demokratische Zeitung" berichtet: „Gustav Adolph Wislicenus, Deutschlands edelster Mann, verläßt am 15. October c. Europa, mit Frau und acht Kindern, um in Texas ein Asyl zu finden, in welchem er mit Karst und Spaten Brod für seine Familie und die tiefbekümmerte Gattin Ruhe nach den hier durchlebten harten Kämpfen zu finden hofft. Seine Freunde sind bestürzt und niedergebeugt!"

Altenburg, 2. October. Heute Mittag nach 1 Uhr ückten hier die sächsischen Truppen ruhig ein. Die Bürgergarde war an mehreren Punkten, Brühl drittes, Markt erstes, Reppian zweites Bataillon aufgestellt, und namentlich vom dritten Bataillon wurden die Sachsen mit Hurrah empfangen, doch hörte man auch bei diesem Bataillon den Ruf: „Heder und Struve sollen leben! die Republik soll leben! die deutsche Freiheit soll leben!" Der erste bedenkliche Auftritt ereignete sich aber nach dem Einmarsch der Truppen auf dem Markte, wo die Bürgergarde den eingerückten Truppen die Hauptwache nicht übergeben wollte; erst nach dreiviertelstündiger Unterhandlung zogen die Bürger ab und die Hauptwache wurde von sächsischen Linientruppen besetzt. Unter einem Theile der Bürger, der vom republikanischen Fieber angesteckt ist, ist die Aufregung allerdings groß, und es schließen sich ihr die sämmtlichen Proletarier, Handwerksgesellen, Arbeiter rc., welche in einem bewaffneten Freikorps und einer Abtheilung Sensenmänner der Bürgergarde zugetheilt sind, an. Indessen ist der gestrige Abend, einige unruhige Versammlungen vor dem republikanischen Kaffeehause abgerechnet, von dessen Stufen herab Parteiführer Reden hielten, ruhig abgegangen. (D. A. Z.)

Eisenach, 1. October. Heute früh war hier ein leidiger Krawall, die Hälfte des hier garnisonirenden 2. weimarischen Bataillons sollte nach Weimar marschiren, da das 1. Bataillon aus Weimar ausgerückt. Die Bürger wollten sie aber, in der Befürchtung, es würde nun fremdes Militair in die Stadt rücken, nicht fortlassen und hatten sich dicht vor dem Bahnhofe geschaart, sodaß ein Angriff mit gefälltem Bayonnet auf sie gemacht werden mußte. Anderthalb Compagnien gingen endlich widerstrebend ab, nachdem die Offiziere Alles aufgeboten, sie in die Waggons zu bringen; aber etwa 50 Mann erklärten, nicht fortziehen zu wollen und mußten in die Kaserne zurückgeführt werden. Mit Jubel wurden sie dahin begleitet. Ohne daß energisches Auftreten des einen Hauptmanns wäre wahrscheinlich kein einziger Soldat marschirt, da die Soldaten erklärten, sie würden gern ins Feld gehen, aber nicht in andere deutsche Länder, um da zu „wer weiß was" gebraucht zu werden. Dem weimarischen 1. Bataillon, das nach Altenburg marschirt ist, hat man erst vor der Front erklären müssen, daß es nach Altenburg und nirgend anders hin solle, eher ist auch es nicht abmarschirt. (D. A. Z.)

Berlin, 2. October. Man versichert, die Centralgewalt habe in bestimmten Ausdrücken die Forderung erlassen, daß die Partikulargesandten der einzelnen deutschen Staaten abzuberufen und ihre Vertretung fortan den deutschen Gesandten zu übertragen sey. Die Abgeordneten Syndikus Banks und Stedmann, bekanntlich von Frankfurt aus nach Kopenhagen und Rendsburg bestimmt, befinden sich hier in lebhaftem Verkehre mit Mitgliedern der Nationalversammlung. — Bruno Bauer soll für Schlesien in die Nationalversammlung gewählt seyn. (D. A. Z.)

Kiel, 29. Sept. Die dänische Immediatcommission, die zur Zeit immer noch auf Alsen ihren Sitz hat, hat ein Rundschreiben an alle Hebungsbeamte in Schleswig-Holstein erlassen, in welchem sie diesen Beamten bei Strafe eigenen Hafens untersagt, an die provisorische Regierung Zahlungen zu leisten. Dieser Erlaß ist an die schleswig-holsteinische Regierung auf Gottorp gesandt worden, welche jedoch für gut befunden hat, die ganze Auflage an die provisorische Regierung einzusenden, wo sie auch acceptirt ist. (D. A. Z.)

Wien, 1. October. Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß der sehr kräftige und ausgiebige Support Russlands dem österreichischen Kabinette für den Fall zugesagt ist, als die Verwicklungen Italiens zum Kriege mit Frankreich führen sollten. Auch Siebenbürgen ist in voller Bewegung. Der Oberstlieutenant eines wallachischen Grenzregimentes Namens Orban organisirt ein gleiches Unternehmen wie Jellachich. Die Wallachen und die Sachsen, also die überwiegende Majorität Siebenbürgens bekennen sich zu demselben Prinzipe.

Wien, 30. Sept. Ohne Zweifel haben Sie schon durch direkte Mittheilungen erfahren, was in Bucharest vorgefallen ist. Das Volk mit dem Metropolitan an der Spitze, hat die russische Organisationsakte auf öffentlichem Markte verbrannt, und der Erzbischof darauf die neue Constitution eingesegnet. Mehrere türkische Truppenabtheilungen waren auf dem Wege nach Bucharest.

In Innsbruck wurde am 26. September der schon vor längerer Zeit erlassene Befehl zur Räumung der Jesuiten- und Ligorianerklöster vollzogen.

Ungarn.

Pesth, 24. Sept. In der nach der Ermordung Lambergs abgehaltenen Sitzung der Repräsentanten wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: In Ermangelung einer Regierung ernennt das Land die Sechser-Commission, welche Batthyanyi schon vor zwei Wochen in Kriegsangelegenheiten zugetheilt wurde — zur provisorischen Regierung mit unumschränkter vollkommener Macht.

Italien.

Manifest an das italienische Volk. In der Hoffnung binnen Kurzem die Ruhe in allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreichs wiederhergestellt zu sehen, und beseelt von dem Wunsch ihre Völkerschaften aller der Freiheiten, welche die übrigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaats genießen, theilhaftig zu machen, fühlen wir uns gedrungen, schon jetzt unsere dießfälligen Absichten kundzugeben. Wir haben bereits allen Bewohnern des lombardisch-venetianischen Königreichs ohne Unterschied für den Antheil an sie an den politischen Ereignissen des laufenden Jahres genommen haben mögen, volle Vergeihung gewährt, indem Wir verordnet, daß gegen sie keinerlei Untersuchung oder Strafe eintreten solle, nur mit Ausnahme der Rücksichten, die man bei der Bestätigung öffentlicher Aemter zu nehmen geeignet finden mag. Zu diesem Ende werden wir, sobald der Friede und Ruhe hinreichend gesichert sind, an einem noch zu bestimmenden Ort

Digitized by Google

Vertreter der Nation zusammenrufen, welche von allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreichs frei zu wählen sind. Gegeben in unserer Residenzstadt Wien, heute am 20. Sept. 1848.
Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

Die Oesterreichische Ztg. berichtet aus Padua vom 25. Sept. Die Venetianer haben an zwei verschiedenen Punkten einen Ausfall gemacht; sie wurden jedoch überall zurückgeworfen und stoben mit Verlust von 60 Todten und 50 Gefangenen nach der Lagunenstadt zurück.

Frankreich.

* Paris, 1. Oktober. Der National weist heute in einem langen Artikel nach, daß Frankreich in finanzieller Hinsicht das einzige Land in Europa sey, das in diesem Augenblicke Krieg führen könne. Er nimmt alle möglichen Fälle an, daß England neutral bleibe oder sich gegen Frankreich wende, daß Rußland mit Oesterreich gemeine Sache mache und daß der Krieg selbst zwei Jahre dauere und weist nach, daß unter allen diesen Umständen Frankreich noch nicht zu außerordentlichen Hülfsmitteln greifen müsse. Er schließt mit folgenden Worten: „Die Republik ist nach Außen vollkommen frei. Alle ihre Gegner würden im Falle eines Zusammenstoßes mit Frankreich bei sich den Bürgerkrieg haben, und Gott sey Dank! gerade im Falle eines auswärtigen Krieges würde Frankreich keine inneren Unruhen zu fürchten haben. Alle Gegner Frankreichs würden augenblicklich zu außerordentlichen Finanzmaßregeln ihre Zuflucht nehmen müssen und einige darunter zu den allerverzweifeltesten, während die Republik zwei Jahre lang mit dem größten Nachdrucke kämpfen könnte, ohne zu diesen äußersten Mitteln greifen zu müssen. Die Regierung der Republik begreift diese Vortheile und wird sie zum Besten Frankreichs zu benützen wissen."

Mehrere Journale kündigen heute an, daß Herr Senard, Minister des Innern, in Folge der gestrigen stürmischen Sitzung der Nationalversammlung und des ungünstigen Eindrucks seiner Rede seine Entlassung gegeben habe.

Man spricht von mehreren Duellen, die in Folge der gestrigen stürmischen Sitzung heute zwischen Vertretern stattfinden sollen. Im Conferenzsaale der Nationalversammlung ist auch das Gerücht verbreitet, daß der Telegraph die Nachricht von dem Ausbruche ernster Unruhen in der Vendée gebracht habe. Falloux, Larochejacquelin und einige andere Legitimisten protestirten auf das Lebhafteste gegen solche unsinnige Versuche.

Briefe von Herrn Guizot aus London an seine hiesigen Freunde gerichtet, zeigen von einer tiefen Kränkung dieses alten Staatsmannes und von dem tiefen Eindrucke, den der Undank seiner einstigen Freunde auf ihn macht. Sein Kabinetsfetretair, Herr Genie, den er aus dem Nichts hervorhob und zu einem angesehenen und reichen Manne machte, hat ihm seit 24. Februar auch nicht ein einziges Mal geschrieben, — und als Guizot sich mehrere Male im Hotel der Fürstin von Lieven präsentirte, mit der er hier auf dem vertrautesten Fuße lebte und die er sogar heirathen sollte, ward er nicht ein Mal vorgelassen, während die Fürstin jetzt auf dem vertrautesten Fuße mit Herrn von Beaumont, Gesandten der Republik steht. Als Gegenstück müssen wir bemerken, daß Herr Pageot, unter der Juli-Dynastie Gesandter Frankreichs in Nordamerika sein Vermögen, das sehr beträchtlich ist, Louis Philipp und seiner Familie unaufgefordert zur Disposition gestellt hat.

Die Madrider Journale vom 26. beschäftigen sich fast ausschließlich nur mit der Haupt- und Staats-Aktion der Entdinung der Herzogin von Montpensier.

Der sardinische General Della Marmora hat Paris verlassen und war am 25. schon in Chambery.

Herr Emil Thomas, der einstige Direktor der Nationalwerkstätten ist von der Regierung mit einer Mission nach den Antillen geschickt worden.

Der Departementsrath der Seine hat in seiner vorgestrigen Sitzung beschlossen eine Anleihe von 6 Millionen à 5 pCt. zu machen und diese Summe zur Unterstützung der arbeitenden Klassen während des bevorstehenden Winters zu verwenden. Der Staat gibt zu diesem Zwecke drei Millionen und mit diesen neun Millionen hofft man bis Ende April allen Forderungen des Augenblicks genügen zu können.

Großbritannien.

Aus Clonmel wird berichtet, daß am 28. das eigentliche Verfahren gegen S. O'Brien begonnen hatte. Sein Vertheidiger Whiteside erhob allerhand technische Einwendungen gegen die Weise, wie die Jury zusammen gesetzt worden sei, worauf der Oberrichter diese Einwürfe in einer Anrede an die Jury zu entkräften suchte. Eine Entscheidung war noch nicht erfolgt.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth. Die nächste öffentliche Landraths-Sitzung wird Freitag den 6. October Vormittags 10 Uhr abgehalten.

Anzeigen.

Mit allerhöchster Genehmigung des k. Ministeriums des Innern.

Maländischer Haarbalsam, anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl, als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle. — Dieses unträgliche Haarwuchsmittel, approbirt von höchsten Medizinalstellen, und rühmlichst empfohlen durch tausende der unverwerflichsten Zeugnisse von Personen aus allen Ständen, großen Chemikern und Aerzten von europäischem Ruf und Namen, wird fortwährend in ganzen Gläsern zu 54 kr. und in halben zu 30 kr. abgegeben. Nicht weniger vortheilhaft bekannt sind:

Eau d'Altrona, oder feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leberflecken und andere Hautunreinheiten, das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. nebst Gebrauchsartet mit ärztlichen Zeugnissen.

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt; das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen dieser ätherisch-geistigen Flüssigkeit sind hinreichend, dem Waschwasser, der Leibwäsche, Taschentüchern, Kleidern, Handschuhen ꝛc. den köstlichsten und dauernsten Wohlgeruch zu ertheilen.

Duft-Essig, ein vortreffliches Zimmerparfüm und Lufterneuerungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis per Glas 15 kr. Auswärtige Bestellungen mit Beifügung der Beträge und 3 bis 6 kr. für Verpackung werden franco erbeten

Karl Kreller in Nürnberg.

Nachricht über die Wirksamkeit des Maländischen Haarbalsams aus Paris.

Paris, den 9. August 1848.

Mein Herr! So eben erhalte ich einen Brief von meinem lieben Freunde, **Monsieur L'Abbé Prub**, Pfarrer und **Professeur au gymnase à Zug (Suisse)** in welchem er mir meldet, daß er, nachdem er sich aller Haarsalben vergebens bedient, endlich ein Mittel gefunden, auf welches seine verlorenen Haare wieder gewachsen sind und sich vermehrt haben, und dieses Mittel ist Ihr Maländischer Haarbalsam. Ich selbst habe mich vieler Mittel vergebens bedient und will nun auch Ihren Balsam gebrauchen; ich ersuche Sie daher mir 4 Dutzend flacons zuzusenden ꝛc.

Charles Frantz, ancien Organiste de la Cathédrale de Langres. (Haute-Marne)

Rue Meslay, Nr. 17 à Paris.

Von obigen renommirten Mitteln befindet sich in Bayreuth die einzige Niederlage bei

J. Schweiger & Comp.

Meine neuen persönlich eingekauften

Leipziger Meswaaren

sind heute in reichhaltigster Auswahl eingetroffen. Ich bitte ergebenst, indem ich die reelste Bedienung und ausserordentlich billige Preise verspreche, um geneigten zahlreichen Besuch.

I. M. Aub, Friedrichstraße.

Kaufslustigen wird hierdurch angezeigt, daß am Sonnabend den 7. October Morgens 11 Uhr der Thalweiher in Fantaste gefischt werden wird.

Lampert.

Gasthaus zum Lorenz Oertel zu Fantaste ist gesonnen, sein Anwesen daselbst, worauf die Gastwirthschaft und Metzgerei ruht, aus freier Hand zu verpachten und zwar auf 6 Jahre. Die nähern Bedingnisse können täglich dahier erholt werden. Zur Verpachtung ist übrigens der 19. October d. Js. bestimmt. Zahlungsfähige Pachtlustige werden dazu eingeladen.

Es werden einige Lateinschüler oder Gymnasial-Schüler unter annehmbaren Bedingnissen und sorgfältiger Aufsicht in Kost und Logie zu nehmen gesucht. Haus-Nr. 367, Friedrichsstraße.

Es werden für das nächste Quartal einige Mitleser für die Bayreuther Zeitung und den Nürnberger Korrespondenten gesucht. Erlangerstraße Nr. 500.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend — Nro. 279. — 7. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 3. October. Ausführlicher Bericht über die 90. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. In der heutigen Sitzung trat auf Einladung des Präsidenten der zum zweiten Vicepräsidenten gewählte Abgeordnete Riesser dieß Function mit einer kurzen Anrede an. Er dankte der Versammlung für ihr Vertrauen und versicherte, daß er dasselbe durch treue Pflichterfüllung zu verdienen suchen werde. Sollte ihm der Zufall die hohe Ehre verschaffen, den Vorsitz in dieser Versammlung zu führen, so werde ihn das Bewußtsein aufrecht halten, daß die Macht des Gesetzes auch in den Schwachen stark und daß eine fest gegründete und willig anerkannte Ordnung leicht zu handhaben sey. Der Präsident zeigt den Austritt des Abg. Fessler aus Tyrol, sowie den Empfang mehrerer Beiträge für die deutsche Flotte an. Wichmann und 50 andere Mitglieder beantragen eine Aenderung der Geschäftsordnung in dem Sinne, daß die namentliche Abstimmung künftig bei nur formellen und sonstig minder erheblichen Fragen nicht mehr verlangt werden dürfe. Die Versammlung beschließt mit 162 gegen 140 Stimmen, daß Hr. Wichmann zur Begründung der Dringlichkeit das Wort erhalten solle. Er führt für seinen Antrag an, daß durch die häufigen namentlichen Abstimmungen viele Zeit verloren gehe, und die Beschleunigung des Verfassungswerkes höchst nothwendig sey. Die namentliche Abstimmung solle übrigens keineswegs bei eigentlichen Principienfragen beschränkt oder beseitigt werden. Benedey erklärt sich gegen die Dringlichkeit. Der Antrag bedürfe einer reiflichen Erwägung. Die namentliche Abstimmung sey ein Schutz für die Minorität. Wenn man diesen Antrag als dringend anerkenne, so thue man etwas in Folge der neuesten Ereignisse, was man nicht hätte thun sollen. Dagegen spricht Schneer für die Dringlichkeit des Antrags, und führt als Motiv die mehrmals nacheinander provozirte namentliche Abstimmung über die Aufhebung des Belagerungszustandes an. Die Abstimmung über die Dringlichkeit ist zweifelhaft; es wird deßhalb die Zählung vorgenommen und diese ergiebt 169 Stimmen gegen und 162 für die Dringlichkeit des Wichmann'schen Antrags. Derselbe wird an den Ausschuß für die Geschäftsordnung verwiesen. Hierauf wird der Tagesordnung gemäß die Berathung über die §§. 27 bis 29 der Grundrechte eröffnet. Außer den bereits verlesenen Verbesserungsanträgen werden deren noch neue eingebracht. Das Verzeichniß der eingeschriebenen Redner ergibt deren 18 gegen und 16 für die Ausschußanträge. Der Reihe nach sprachen M. Mohl, Schneer, Jiegert (für Aufhebung der Tagdrecht ohne Entschädigung), Wachsmuth, v. Trützschler, Freudentheil, v. Binke (für das Princip der Entschädigung bei Aufhebung der Grundlasten), Wichmann, Rheinwald, Schlöffel (für unbedingte Aufhebung aller Vorrechte), Rößler v. Oels, Edlauer, Plathner, Mittermayer, Reichensperger und Leue (die sind letzten mehr oder minder im Sinne des Entschädigungsprincips). Die Versammlung sprach sodann den Schluß der Debatte aus. Die Fragen werden zum Behuf der Abstimmung bis zur nächsten Sitzung (Donnerstag) zusammengestellt werden. Vor dem Schluß der Sitzung verkündigte der Präsident, daß an die Stelle des zum ersten Vicepräsidenten gewählten Abgeordneten Simson von Königsberg der Abg. v. Waltzahn zum Schriftführer gewählt worden sey.

Frankfurt, 2. October. Nachdem verschiedene im volkswirthschaftlichen Ausschusse vorgelegte Entwürfe zu einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung für ungenügend erachtet worden sind, widerfahrt, wie man uns versichert, dem, vom hier abgehaltenen Handwerkskongreß der hohen Nationalversammlung überreichte Gewerbeordnungs-Entwurf die Ehre, bei den jetzt gepflogenen Berathungen des volkswirthschaftlichen Ausschusses mit zu Grunde gelegt zu werden. Dieser Umstand scheint uns für die jahrelangen Betheiligten von großer Wichtigkeit zu seyn; verbürgt er ihnen auch keineswegs eine Unterstützung aller von ihnen oft ohne Rücksicht auf allgemeine Interessen gestellten Forderungen, so dürfen sie sich doch von einem prüfenden Eingehen auf ihre Ansichten nur Gutes versprechen. Es ist nicht daran zu denken, daß die mit Herstellung der Einheit Deutschlands beschäftigte Nationalversammlung in jegend Etwas willigen werde, was den alten, namentlich mit den Zünften verbundenen verwickelten Rechtszustand aufrecht erhalten oder gar, wo er bereits beseitigt, wieder einführen könnte. Die Handwerksmeister sind in ihrer Gewerbeordnung zu weit gegangen; sie wollen die überwundene Antonomie der Zünfte wieder herstellen. Der leitende Gedanke der modernen Rechtsbildung ist aber der, daß es keine Rechte und Freiheiten, sondern nur Ein Recht und Eine Freiheit gibt und geben darf.

Frankfurt, 4. Octbr. Wir erfahren soeben aus sicherster Quelle, daß ein vom Könige von Sardinien an den Reichsverweser abgeordneter Chargé d'affaires hier eingetroffen und sein Beglaubigungsschreiben, natürlich vorderhand auf nicht-amtlichen Wege, dem Reichsminister des Aeußern übersendet hat. (D. Z.)

Aus München, 3. Oktober, schreibt man der A. Abdztg.: Wie man vernimmt, soll auch der bisherige zweite Vicepräsident der Frankfurter Nationalversammlung, Ministerialrath v. Herrmann, sein Mandat niederzulegen beabsichtigen. Die Parlamentsverhältnisse, welche sich tagtäglich kreationäre gestalten, der permanente Belagerungszustand, die vertraulichen Berathungen des Reichsministerium mit den Mitgliedern der Rechten, um sich eine künftige Majorität für alle Fälle zu sichern, — dieß und so manches Andere hat der kleinen Zahl der freimüthigen Abgeordneten Bayerns ihren Beruf verleidet.

München, 1. Okt. Offiziere des Generalstabs und des Ingenieurkorps, man nennt die Oberstlieutenants Lei und Zach, haben bereits Befehl, nach Frankfurt abzugehen und sich dem deutschen Reichskriegsministerium zur Dienstleistung vorzustellen.

München, 3. October. Der ärztliche Kongreß hielt heute seine zweite und dritte öffentliche Sitzung, welcher auch die inzwischen eingetroffenen Deputirten der Oberpfalz beiwohnten. Nach Bildung eines Ausschusses zur Berichterstattung über eine zu errichtende Pensionsanstalt für die Wittwen und Waisen der Aerzte referirte der Vorstand des ersten Ausschusses (Dr. Heyfelder) über das Studium der Medizin, und der Beschluß fiel in folgender Weise aus: „Nur eine vollständige Gymnasialbildung befähigt zum Studium der Medizin. Eine solche Bildung kann in öffentlichen Lehranstalten sowohl, als auch privatim erworben werden. Dieser Unterricht soll neben den alten Sprachen, der Mathematik u. s. w. auch die neuern Sprachen und die Naturgeschichte umfassen. Das Studium der Medizin findet allein auf einer Hochschule statt. Die Wahl der Hochschule, die Wahl der Lehrer und der Vorlesungen ist dem Ermessen der Studirenden anheim gegeben. Jeder Studienzwang ist aufgehoben. Ein gründliches Studium der Medizin fordert umfassende Lehrkräfte und den Anforderungen der Zeit entsprechende Institute, daher die schon bestehenden (das anatomische Theater, die Klinika) reichlicher zu dotiren und zu erweitern sind und für die Errichtung physiologischer Institute, pathologisch-anatomischer Sammlungen, für einen praktisch-psychiatrischen Unterricht, für die Mittel zu einer praktischen gerichtsärztlichen Ausbildung der Staat sorgen wolle. Der Zutritt zu allen größeren Krankenanstalten soll den Studirenden für ihre praktische Ausbildung möglich gemacht werden. Auf jeder Universität muß in der Veterinärmedizin nicht allein ein theoretischer, sondern auch ein praktischer Unterricht ertheilt werden, so weit solcher für den Arzt nöthig ist. Zur Ausübung der Medizin ist befähigt zu erachten, wer nach vorhergegangenem Studium derselben diese seine Befähigung in einer öffentlichen Prüfung nachgewiesen hat. Diese ist dreigetheilt, nemlich naturwissenschaftlich, theoretisch und praktisch, und erstreckt sich, 1) über die Naturwissenschaften, wie Zoologie, Botanik, Mineralogie, Physik und Chemie, 2) über Anatomie, Physiologie, Arzneimittellehre. 3) Pathologie, Therapie, Chirurgie und Geburtshilfe und Klinik. Diese drei Abtheilungen der Prüfung können in getrennten Zeiträumen oder gleichzeitig nacheinander gemacht werden. Die Zulassung zur Prüfung fordert keine bestimmte Dauer des Studiums. Die Prüfung geschieht durch einen Prüfungsrath, welcher alljährlich durch die höchste Medizinalstelle ernannt wird und welchem theilweise

Digitized by Google

Nichtlehrer beigegeben werden sollen. Es besteht unbedingte Lehrfreiheit, jedoch soll jeder mit einer Nominalprofessur betraute Lehrer verbunden seyn über die dahin einschlagenden Fächer alljährlich eine Vorlesung zu halten. Die Besetzung der Lehrstellen geschieht durch die höchste Medizinalstelle, aber niemals ohne Einvernehmen der betreffenden Fakultät. Die Habilitation der Privatdozenten fordert außer der Doctorpromotion den Nachweis der Lehrfähigkeit durch einen durch die Fakultät gegebenen Gegenstand und nach einer Vorbereitung von drei Tagen, durch einen weitern freien Vortrag über einen durch die medizinische Fakultät zu ertheilenden Gegenstand nach einer Vorbereitung von 1 bis 2 Stunden, durch eine vom Aspiranten verfaßte gediegene wissenschaftliche Abhandlung in deutscher Sprache. Vorträge über Gegenstände, welche eine praktische Ausbildung zum Zweck haben, sollen nicht mehr privatissime gehalten werden. Die Medizin als Wissenschaft und als Kunst wird wesentlich gefördert werden durch Verstärkung der physikalischen Sektion bei der kgl. Akademie der Wissenschaften vermöge Kreirung neuer Stellen, welche allein mit Aerzten zu besetzen sind." Ein von Dr. Dietrich gestellter Antrag auf Einführung eines Konkurses bei Besetzung der Professuren wurde nach lebhafter Debatte zurückgewiesen.

München, 2. October. (Dienstesnachrichten.) Die bei dem Wechselgerichte II. Instanz zu Bamberg erledigte Direktorstelle ist dem l. Appellationsgerichtsdirektor alda Schumann übertragen, auf die bei dem Oberappellationsgerichte offen gewordene Kanzleistenstelle der Kanzleisekretär des Appellationsgerichts von Oberbayern J. B. Geistler befördert und die hiedurch in Erledigung gekommene Kanzlistenstelle bei dem genannten Appellationsgerichte dem Appellationsgerichtsrathsdiener in Bamberg Kammerecker verliehen, dann der ordentliche öffentliche Professor der orientalischen Sprachen an der philosophischen Fakultät der Universität Erlangen Dr. Dietrich in Anwendung des §. 19. der IX. Beilage zu Verfassungsurkunde auf sein Jahr quiescirt worden. Der II. Landg.-Assessor Dorner zu Männerdorf ist in gleicher Eigenschaft nach Wasserburg versetzt und dessen Stelle dem Rechtspraktikanten R. Schmidt aus Heidingsfeld verliehen worden.

Der Speyerischen Zeitung schreibt man vom 30. September. Wir können der protestantischen Pfalz die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß auf den 18. October eine außerordentliche Generalsynode nach Speyer berufen ist, deren Mitglieder neu gewählt werden. Die Verhandlungen werden vornehmlich zwei wichtige Fragen betreffen, nämlich die Trennung der vereinigten Kirche von l. Ober-Consistorium und Feststellung des Wahlmodus, nach welchem künftig die Mitglieder der Generalsynoden gewählt werden sollen.

Aus Baden, 3. September. Man erfährt heute aus Strasburg, daß dort eine Anzahl von steckbrieflich verfolgten deutschen Flüchtlingen, welche des Mordes an den Fürsten Lichnowsky und den Grafen v. Auerswald verdächtig sind, in jener französischen Grenzstadt verhaftet und bereits an die deutschen Behörden ausgeliefert sind. Sie werden unverzüglich nach Frankfurt abgeliefert.

Freiburg, 2. October. Auf Requisition der Reichsregierung sendet das badische Ministerium drei Richter nach Frankfurt zur Untersuchung des Attentats gegen die Reichsversammlung, welches mit andern republikanischen Bewegungen in Deutschland im Zusammenhange steht. — Der Commandant von Hüningen, General Cavaignar, Bruder des Raths-Präsidenten, hat dem Befehlshaber der Truppen im Oberlande die Anzeige gemacht, daß die deutschen Flüchtlinge, welche sich, beläufig 400 an der Zahl, bei Hüningen gesammelt hatten, auf Anordnung der französischen Regierung entwaffnet worden seyen, und daß jene, welche sich nicht in ihre Heimath nach Deutschland begeben wollen, in das Innere von Frankreich transportirt werden. (F. J.)

Stgmaringen, 30. September. Die durch die jüngsten Ereignisse hervorgerufene Aufregung fängt an, in eine gegentheilige Stimmung umzuschlagen. Die übereinstimmenden Nachrichten von dem Mißlingen der Erhebung an andern Orten, mit denen die hiesige ohne Zweifel in Verbindung steht, und das Heranrücken von Truppen lassen dieß leicht erklären. Die Angehörigen der flüchtigen Beamten kehren zurück, dagegen rüsten sich andere Leute zur Abreise. Allgemein wünscht man die baldige Rückkehr des Fürsten und der Regierung und hofft, daß dieselbe auf eine energischere Weise, als bisher, auftreten werde. — Als die für das Fürstenthum bestimmten Reichstruppen werden ein preußisches und ein bayerisches Regiment bezeichnet.

Zum Präsidenten der in Stgmaringen eingesetzten Republik ist der Advocat Mürk (Bruder des Hofgerichts-Advokaten in Konstanz) ernannt worden, den die öffentliche Stimme dahier als einen überspannten, keineswegs willenskräftigen Mann, wie man zu sagen pflegt, als einen „Hafpelt" bezeichnet. Uebrigens seyen die Bayern und die Bürgerwehr in Sigmaringen ganz gut organisirt, und zwei Tausend Mann seyen entschlossen, die neue Regierungsform aufrecht zu erhalten. — Würth ist an einer keineswegs behaglichen Stellung, denn er ist von seinen Leuten mit mißtrauischen Augen bewacht. Da er bisher immer an der Spitze der Volksbewegungen gestanden, so wird unmöglich von Seiten der Aufständischen das Verlangen an ihn gestellt, die Suppe auch auszufressen, die er eingebrockt hat. (F. J.)

Altenburg, 2. October. Das eingerückte kgl. sächs. Militär ist durch die ganze Stadt einquartirt. Die Drohungen, daß den Soldaten der Eintritt in die Wohnungen der wenigstens die Beköstigung verweigert werden sollte, scheinen nirgend erfüllt worden zu seyn. Im Gegentheil scheint man ihnen überall freundlich entgegenzukommen. (D. A. Z.)

Berlin, 3. October. Die Nationalversammlung empfing in ihrer heutigen Sitzung folgende Benachrichtigung des Ministerpräsidenten: „daß sogleich, nachdem die Nachrichten von den Frankfurter Unruhen hier eingetroffen wären, die Regierung die Truppencommandos in den Rheinprovinzen angewiesen habe, den Requisitionen des Centralgewalt Folge zu leisten. Durch diese Maßregel möchte dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 26. September Genüge geschehen seyn und werde die Regierung stets bereit seyn, der Centralgewalt die nöthige Unterstützung zu gewähren." — Abg. Rodbertus stellt den Antrag: die Versammlung wolle erklären, daß sie die Ueberzeugung von Sr. Maj. Regierung hegen wolle, daß dieselbe zur Aufrührung aller Beschlüsse der prov. Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in der nun drohenden Verwickelung der dänischen Frage pflichtmäßig und kräftigst beitragen werde. Der Antragsteller bemerkte bei Begründung desselben, daß er damit die bereits gelockerten Bande zwischen Preußen und Deutschland wieder befestigen und dem Auslande die Freude über diese Lockerung verderben wolle. Wir rufen nicht Eroberungen, daß Preußen große Verdienste um die deutsche Einheit habe, doch müsse er auch bekennen, daß Preußen in Bezug auf die deutsche Frage im März d. Js. größere Hoffnungen erweckt, als später realisirt worden. — Reichensperger ist gegen den Antrag, weil zur Zeit keine Veranlassung dazu vorliege. Er ist für motivirte Tagesordnung, und wenn diese nicht durchgeht, für Rodbertus Antrag. — Der Minister des Auswärtigen erklärte hierauf: Ich habe der Versammlung bereits einen Theil der Aktenstücke über die dänische Frage vorgelegt, und werde die Erre haben, sie auch die übrigen mitgetheilt, sobald die gerade jetzt noch obschwebenden Unterhandlungen über die Vollziehung des Waffenstillstands beendet seyn werden. Ich kann versichern, daß die Regierung Sr. Maj. durchaus mit der Centralgewalt Hand in Hand geht und es wohl einsieht, wie nur dadurch ein defriedigendes Ende herbeigeführt werden kann. Sowie unsere Truppen in Schleswig ihr Blut vergossen und erst unlängst in Frankfurt der Anarchie entgegengetreten sind, so wird die Regierung auch für die Zukunft fortfahren, der allgemeinen deutschen Sache ihre kräftige Unterstützung zu leihen. — Bei der Abstimmung wurde die motivirte Tagesordnung verworfen, dagegen der Antrag des Rodbertus mit 275 gegen 17 Stimmen angenommen. Zum Schlusse der Sitzung erklärte Pfuel, er habe soeben eine telegraphische Depesche mit der Meldung erhalten, daß der Belagerungszustand in Köln aufgehoben worden sey.

Posen, 1. Octbr. Im Namen der Bewohner des deutschen Theiles der Provinz ist eine Adresse von hier aus an das Staatsministerium gesandt. Indem die preußische Regierung den Vorwurf eines principlosen Schwankens hören muß, wird das Ministerium aufgefordert, die Demarcationslinie nach dem Beschlusse der deutschen Nationalversammlung festlegen und ohne Verzögerung die entsprechenden Verwaltungsmaßregeln ins Leben treten zu lassen.

Aus Rendsburg wird im Hamburger Correspondenten bemerkt: Nach den Mittheilungen des Reichskommissärs Stedtmann sind die in Berlin gepflogenen fernern Verhandlungen wegen der Waffenstillstandsfrage so weit gediehen, daß eine baldige Regulirung dieser bisher so verwickelt gewesenen Angelegenheiten zu erwarten steht. In specie hat Hr. Stedtmann sich dahin geäußert, daß au die Stelle der jetzigen provisorischen Regierung binnen kurzem eine andere interimistische Regierung treten werde. Es wird uns ferner aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß Hr. Beseler in die bemahsche Regierung mit eintreten und zwar in derselben das Präsidium führen würde und daß dem Generallieutenant von Bonin, welcher ebenfalls in die Regierung eintreten soll, außer dem Oberbefehl über die schleswig-holsteinischen Truppen auch die Administration des Heerwesens obliegen wird. Ueber

Digitized by Google

die Deputation der übrigen 3 Mitglieder ist uns zur Zeit nichts Näheres bekannt. Den neuesten Berichten aus Rendsburg zufolge dürften auch die HH. Baron Heintze, Landvogt Boysen und Doctor Hansen ihre neue Regierungskommission treten. Die sogenannte Immediatcommission soll von der dänischen Regierung aufgehoben seyn.

Wien, 1. Octbr. Einem Bericht aus Pesth vom gestrigen Tage (30. S.) früh zufolge verließen alle, welche sich Mittel verschaffen konnten, eilig die Stadt, und flüchteten sich. Der provisorische Ausschuß oder die executive Gewalt hat die Mörder des Grafen Lamberg verhaften lassen. Wie ich soeben erfahre, haben sämmtliche Officiere der regulären Truppen in Pesth feierlich erklärt nicht gegen ihre Cameraden zu fechten. In Pesth herrscht nun vollkommene Anarchie. Die Reichsversammlung will, dem Vernehmen nach, den mit der Pflicht des neuen Ministeriums beauftragten Baron Pay nicht anerkennen.

Wien, 1. Okt. Für die in Ungarn hervorgerufene Verwirrung gibt es nun keinen Namen mehr. Gestern Abend kam aus Pesth auch noch Graf Batthyanyi hier an, nachdem er sein Portefeuille in die Hände des Reichstages niedergelegt. Er war bei Jellachich im Lager gewesen und hatte dort einen Zustündigen Waffenstillstand abgeschlossen. Als er zu den Seinigen zurückkam, waren diese sehr entrüstet darüber, daß Batthyanyi gerade in einem Augenblick Waffenruhe eintreten ließ, wo Jellachich Verstärkungen erwartete, namentlich die Husaren sollen ihn darum sehr hart angeklagen haben. Dazu kam die Nachricht von der Ermordung Lamberg's und erschütterte vollends den ohnehin wankelmüthigen Mann, und derselbe Mann, der zwei Tage vorher die Korrespondenz Jellachich's bekannt machen ließ und begeistert für die Sache Ungarns schien, verläßt Pesth zugleich mit Görgei, dem gewesenen Unterrichtsminister, und beide kommen nach Wien, um ihre Ergebenheit auszusprechen. Hier bedecken wüthende Plakate gegen die Ungarn alle Mauern.

Frankreich.

* **Paris**, 2. Okt. Die in Heidelberg erscheinende „Deutsche Zeitung" hat vor einigen Tagen einen Artikel gebracht, worin erzählt wurde, der französische Minister des Auswärtigen, Herr Bastide, habe in einer Unterredung mit Herrn von Raumer diesem erklärt: Frankreich könne die deutsche Centralgewalt nicht eher anerkennen, als bis diese die gehörige Energie entwickelt und den revolutionären Umtrieben in Deutschland ein vollständiges Ende gemacht habe. Der Moniteur enthält nun heute folgende offizielle Note: „Ein Artikel der Deutschen Zeitung in Heidelberg, von der Reforme wiedergegeben, schreibt dem Minister Bastide eine Unterredung zu, deren Inhalt mit den politischen Grundsätzen der französischen Regierung im offenen Widerspruche steht. Auf diese eben so alberne, als verläumderische Erfindung kann man nur eine Antwort geben, die nämlich: daß der Bericht der Heidelberger Denschen Zeitung vom Anfang bis zum Ende unwahr ist."

Die Gekadre von Rom vom 19. enthält die offizielle Anzeige, daß das, am 13. Sept. erlassene Verbot der Ausfuhr von Gold- und Silbermünzen zurückgenommen ist.

Die Commission der Constitution hat gestern noch einmal die Wahl des Präsidenten der Republik diskutirt und sich mit 10 gegen 8 Stimmen dahin ausgesprochen, daß diese Wahl von der ganzen Bevölkerung und durch das allgemeine Wahlrecht vorgenommen werden soll.

Admiral Bruat ist zum Generalgouverneur der Antillen ernannt und geht mit einer Truppenverstärkung und ausgedehnten Vollmachten dahin ab, um die Ruhe und Ordnung in diesen Colonien wieder herzustellen.

Die in den politischen Kreisen vielbekannte Fürstin von Lieven kehrt in diesen Tagen wieder von London nach Paris zurück, wo ihr Hotel bereits eingerichtet wird.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 2. Oktober. Um 2½ Uhr nimmt Bussinier das Wort, um die Regierung wegen der Angelegenheiten Italiens zu interpelliren. Das Land sey über die lange Dauer der Unterhandlungen und den Mangel jeglichen sichtlichen Resultats beunruhigt. Frankreich habe der Freiheit und Unabhängigkeit Italiens seinen Schutz versprochen, es müsse sein Wort halten. Um dieses zu thun, sey es nöthig, daß die Basis der Vermittelung die vollständigste Unabhängigkeit Italiens sey. Allein alle Nachrichten aus Oesterreich, Deutschland und England stimmten dahin überein, daß Oesterreich auf den Verträgen von 1815, also auf dem Besitze Italiens beharre. Er fordere daher die Regierung auf, sich klar über die Basis ihrer Unterhandlungen zu erklären, damit die Versammlung urtheilen könne, ob die Regierung in ihrem Sinne handle. „Ist es wahr daß die Annahme der Vermittelung nur in der Art geschehen sey, daß die französische Regierung die Rechte Oesterreichs auf Italien anerkannt habe? Wenn dies der Fall sey, so habe die Regierung gegen das Votum der Nationalversammlung vom 24. Mai, gegen die Würde und die Interessen Frankreichs gehandelt. Sey es aber nicht wahr, so werde die Regierung jetzt in die Lage gesetzt, alle die verläumderischen Behauptungen der offiziellen Mailänder Zeitung und anderen Blätter bestimmt zu widerlegen. General Cavaignac: Als wir die Vermittelung Englands und Frankreichs angezigten, ersuchten wir die Versammlung von uns keine weiteren Mittheilungen zu verlangen, — jetzt wo die Unterhandlungen weiter vorgerückt, aber nicht beendigt sind, müssen wir dasselbe Verlangen stellen. Später Zeit werden wir auf Alles antworten und alle Dokumente vorlegen, ohne die eine gründliche Diskussion ebenso unmöglich ist; — jetzt ersuchen wir aber die Versammlung über diese Interpellationen zur Tagesordnung überzugehen. Was die direkte Frage des Herrn Bussinier betrifft, so kann ich nur hinzufügen, daß wenn wie die Rechte Oesterreichs auf Italien anerkannt hätten, die Vermittlung ja ganz unnöthig gewesen wäre. (Sehr gut. Zur Tagesordnung!) Ledru-Rollin nimmt das Wort gegen die Tagesordnung; er begreife, daß bei diplomatischen Unterhandlungen die größte Vorsicht nöthig sey, — aber wenn man keine Details, keine Dokumente verlange, wenn man die Regierung nur über die Principien interpellire, nach denen sie handeln wolle, so dürfe sie sich nicht hinter Schweigen verschanzen. Ledru-Rollin sucht zu beweisen, daß die europäischen Mächte Alles aufboten um die Verträge von 1815 aufrecht zu erhalten, — für die französische Republik existirten sie aber nicht mehr und demgemäß müsse die Regierung handeln. Der Redner kommt nun auf Deutschland und erinnert ebenfalls an das Votum der Versammlung: Brüderlicher Bund mit Deutschland! und behauptet, daß die Regierung nichts dafür gethan, daß sie sich in der Schleswig-Holsteinischen Frage auf die Seite der Gegner der Einheit Deutschlands gestellt habe. Die Einheit Deutschlands aber wolle nur die deutsche Demokratie durchsetzig und mit dieser müsse die französische Republik Hand in Hand gehen. Den Gesandten der deutschen Einheit Herrn v. Raumer habe man nur offiziös empfangen und so die öffentliche Meinung in Deutschland mit Recht erbittert. Aber man möge sich in Acht nehmen, schon bilde sich die heilige Allianz wieder, die Reaction suche in Deutschland die Völker wieder zu unterjochen und wenn ihr dies gelungen sey, werde sie sie gegen Frankreich hetzen. Der Redner verwahrt sich schließlich gegen den Vorwurf, als wollten er und seine Freunde den Krieg um jeden Preis, aber sie wollten auch nicht, daß die Ehre, die Würde, die Interessen Frankreichs der Furcht vor einem Kriege geopfert würden, und wenn später unter viel ungünstigeren Verhältnissen werde annehmen müssen.

Denn wie werde das monarchische Europa die französische Republik annehmen? Alle einst absoluten Mächte warteten nur auf den günstigen Augenblick, um erst bei sich zu Hause wieder in den Besitz der unbeschränkten Gewalt zu gelangen und dann die alte Coalition zu erneuern und sich auf Frankreich zu werfen. Die Regierung aber vernachlässige ihre wahren Freunde und Bundesgenossen, sie denke nur daran, sich anerkennen zu lassen, in das europäische Concert einzutreten, sie vergesse, daß die französische Republik nach Napoleons Ausdruck nur die Sonne sey, die keiner Anerkennung bedürfe. (Lebhafter Beifall.

Cavaignac: Er habe Ledru-Rollin nur einige Worte zu sagen; es irre sich, wenn er glaube, die Regierung habe sich Mühe geben müssen, damit die Republik von andern Mächten anerkannt werde. Dem sey nicht so, Frankreich habe erklärt, es verstehe unter Republik: die Regierung des Landes durch sich selbst, — es werde stets ehrlich und freundnachbarlich handeln, jedoch die eigenen Interessen und die Ehre Frankreichs nie hintansetzen. So erfolgte die Anerkennung und auf diesem Fuß stehe man mit dem Auslande. Was die Anerkennung der Verträge von 1815 betreffe, so brauche er nur zu wiederholen, daß eine solche Anerkennung bei Vermittlung unmöthig gewesen hätte. (Sehr gut.) Der Präsident will über die Tagesordnung abstimmen lassen, aber Bussinier schlägt eine motivirte Tagesordnung vor: „Die Nationalversammlung, indem sie ihr Votum vom 24. Mai bekräftigt und ohne sich um die Prätentionen Oesterreichs zu kümmern (Gelächter) trägt der Regierung auf, die vollständigste Befreiung Italiens zur Basis ihrer Vermittlungsunterhandlungen zu machen."

Es erhebt sich lebhafter Widerspruch, man verlangt die einfache Tagesordnung, es werden 3 oder 4 motivirte Tagesordnungen von Creton, Flocon, Jules Favre vorgeschlagen, die befragte Versammlung gibt der einfachen Tagesordnung die Priorität vor der motivirten und es wird nun von der Linken die Abstimmung durch Theilung verlangt. Heftiger Widerspruch von der Rechten,

Digitized by Google

da mit dieser Abstimmung die Einrückung der Namen im Moniteur verbunden ist und Viele sich nicht gerne in ihrem Departements durch ihr Votum für die Tagesordnung unpopular gemacht seben wollen. Demungeachtet wird um 4 Uhr zum Scrutin geschritten, das in einer großen Aufregung der Versammlung Statt findet und folgendes Resultat gibt: Für die einfache Tagesordnung 481, gegen dieselbe 336.

Es wird also einfach zur Tagesordnung übergegangen und die Interpellationen wegen Italiens sind somit ohne Resultat erledigt.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 26. September. Am 24. Sept. wurde der Gesandte der deutschen Centralgewalt Dr. Welcker und der Legationssecretaire Dr. Lutteroth in besonderer Audienz zuerst dem Könige, sodann der Königin und der königl. Familie, darauf der Königin-Wittwe und endlich dem Kronprinzen vorgestellt. Nachdem der König Oskar das Beglaubigungsschreiben des Reichsverweseres in Empfang genommen, unterhielt sich derselbe noch mit Hrn. Welcker in ausserthalbstündiger vertraulicher Unterredung. Die Post- und Inrikes-Tidningar melden die besondere Audienz, die der König dem Geheimeath Welcker gegeben, mit dem Hinzufügen, Letzterer habe in besondern Aufträge des Erzherzogs Johann, deutschen Reichsverwesers, einen Brief überliefert, der dem Könige die Uebernahme der Centralgewalt von Seiten des Erzherzogs meldet.

Anzeigen.

Erklärung.

Der bisherige Abgeordnete des Wahl-Bezirks Bayreuth zur deutschen Reichsversammlung, Herr Advokat Keim dahier, hat in seinen „letzten Worten an seine Wähler" vom 28. September d. Js. — Nr. 273 der Bayreuther Zeitung — auch des hiesigen patriotischen Vereins mit folgenden Worten Erwähnung gethan:

„Böse Gefühlsregungen sehe man an die Stelle ruhiger, besonnener Ueberlegung, und selbst der patriotische Verein verschmähte es nicht, in einer, unmittelbar an die Nationalversammlung eingesandten Adresse, meine Stimmgebung über die Vorfrage der einstweiligen Sistirung des Waffenstillstandes mit Dänemark, ohne noch zu wissen, wie ich in der Hauptfrage, auf die doch Alles ankam, stimmen werde, öffentlich zu mißbilligen, und dadurch das Volk gegen mich und alle mit mir Gleichgesinnten, aufzuregen."

Der patriotische Verein weiß, im Bewußtseyn seines redlichen und gesetzmäßigen Strebens, den ihm damit gemachten Vorwurf hiedurch als eine grundlose Verdächtigung zurück, indem

1) der patriotische Verein, mit dem Rechte der eigenen Ueberzeugung, auch die Befugniß hatte, selbstständig über die von der Nationalversammlung am 5. September d. Js. beschlossene Sistirung des Vollzugs des Waffenstillstandes mit Dänemark anderer Meinung zu seyn, als Herr Abgeordneter Keim, wobei sich der patriotische Verein in Uebereinstimmung befand mit einem großen Theile Deutschlands, worunter Männer, wie die Abgeordneten: Gueumus, Dahlmann, Eisenmann, J. Grimm, v. Hermann, Kirchgeßner, Mittermaier, M. Mohl, Stockinger, Uhland; ferner, viele andere constitutionelle Vereine, dann nach halböffizillen Nachrichten öffentlicher Blätter, auch das bayer. Staatsministerium;

2) dem patriotischen Verein, wie jedem Deutschen, das Recht zusteht, seine Ansichten der Nationalversammlung durch Adressen und Petitionen kund zu geben, ohne sich hiebei nach den Abstimmungen des Abgeordneten des Wahl-Bezirks Bayreuth richten zu müssen;

3) der patriotische Verein nicht minder freie Wahl über die Art der Zustellung der von ihm beschlossenen Adressen und Petitionen hat, wobei im vorliegenden Falle der Abgeordnete Keim gerade wegen seiner entgegengesetzten Abstimmung schicklicher und geeigneter Weise umgangen werden mußte, weil es indicirer und gegen alles parlamentarische Herkommen gewesen wäre, demselben die Ueberreichung einer Beschwerde anzuvertrauen, mit deren Inhalt solcher nicht einverstanden seyn konnte;

4) zu der Zeit, wo die fragliche Adresse vorbereitet und entworfen wurde, die Stimmgebung des Abgeordneten Keim dahier gar noch nicht bekannt war;

5) bei der förmlichen Annahme des Adreß-Entwurfes die Person des Abgeordneten Keim als unwesentlich gar nicht berührt wurde;

6) der Inhalt der gedachten Adresse, welche in Nr. 255 dieser Blätter abgedruckt ist, von den Personen und Abstimmungen des Abgeordneten Keim und „aller mit ihm Gleichgesinnten" gänzlich abstehe, und um so weniger eine Aufregung gegen solche enthalten konnte, als der patriotische Verein es sich zur Pflicht gemacht hat, zu beruhigen, sowohl der Geist, mit welchem die mehrgedachte Adresse entworfen, berathen und beschlossen wurde, als auch die jüngste Adresse des patriotischen Vereines, worin derselbe diese Mißbilligung ohne das Frankfurter Attentat aussprach, — Nr. 264 und 266 dieser Blätter — jeden Unbefangenen überzeugen konnte!

Soviel zur Abwehr!

Bayreuth, den 5. October 1848.

Der patriotische Verein.

Sonnabend, den 7. October 4. öffentliche Sitzung des Landraths für Oberfranken. Anfang: 9 Uhr.

So eben ist erschienen:

Der Völkerproceß der

Magyaren und Kroaten.

Mit Berücksichtigung seiner auch für Deutschland wichtigen Folgen. Gr. 8. Geh. 45 kr. rheinisch.

Der Aufgang der ungarisch-kroatischen Wirren ist für die österreichische Gesammtmonarchie eine Lebensfrage; aber auch für das übrige Deutschland ist derselbe von großer Wichtigkeit. Vorstehende interessante und gut geschriebene Schrift wird allen, die sich eine detaillirtere Kenntniß dieses Volksyerwürfnisses zu verschaffen wünschen, gute Dienste leisten.

Zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahresgesellschaft zählte am Schlusse von 1847 ein Einlags-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich dasselbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahresschluß die zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration ladet daher die Betheiligungslustigen ein, ihre Einlagsbeiträge bis längstens Ende November entweder direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg oder bei den an allen bedeutenderen Orten aufgestellten Agenten einzuzahlen.

Da die bayer. Renten-Anstalt unter der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in dieser schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen ansprechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen derer nicht zu verwirklichen vermag, welche von einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt hat die Bestimmung, für die späteren Jahre des Lebens eine Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Geduld die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Aussicht stellen.

München, 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler,
Director.

Zu Vermittlungen erbietet sich:

Friedrich Feustel,
Agent in Bayreuth.

Anfrage.

Ist es auch recht oder gesetzlich, daß Magistratsräthe (in ihren anvertrauten Verwaltungssachen) bei Versteigerungen von Objekten sich erlauben, Abstrichsgebote zu setzen? was bei einer kürzlichen Oeffentlichen Versteigerung zur Straßenbeleuchtung in Kulmbach der Fall war? Oberbehörden wollen diese Frage erwägen und vielleicht der anworten.

Kaufsliebhaber wird hierdurch angezeigt, daß am Sonnabend den 7. October Morgens 11 Uhr der Thalweiher in Fantasie gefischt werden wird.

Lampert.

Friedrichs-Straße Nro. 451 ist eine Stube und Stubenkammer auf Martini zu vermiethen. Auch ist daselbst ein Keller sogleich zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 280. — 8. October 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 3. Octbr. Wir hatten heute in der Paulskirche eine sehr stürmische Sitzung. Das hiesige Appellationsgericht hatte bei der Nationalversammlung darauf angetragen, daß gegen die Abgeordneten Robert Blum und Günther als verantwortliche Redakteure der Reichstagszeitung eine Anklage wegen Preßvergehen und gegen die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier die Verhaftung wegen Aufreizung zum Aufruhr und zur Mißhandlung von Mitgliedern der Nationalversammlung genehmigt werde. Der Präsident schlug vor, die Angelegenheit an eine Commission von 15 Mitgliedern zu verweisen. Simon von Trier stimmte ihm bei, wollte aber, daß die Commission ermächtigt werde, auch Zeugen zu vernehmen, damit die Nationalversammlung ein unparteiisches Urtheil fällen könne. Mehrere Mitglieder der Rechten wollten Letzteres nicht zugeben, obgleich die Geschäftsordnung ausdrücklich den Anschuldigten diese Befugniß einräumt. Die Mehrheit bezeichnete interessirt nach dem Antrag Simons von Trier und des Präsidenten. Wießner und Schmidt aus Schlesien (von der Linken) beantragten, die Nationalversammlung soll, um sich in ihrem wahren Lichte zu zeigen, die Verhaftung ohne Weiteres gestatten. v. Gagern, der nicht selbst präsidirte, nannte diesen Antrag eine Frechheit; die Linke sollte und wollte Gagern zur Ordnung rufen wissen; der Vorsitzende, Simson, verwegierte es; darüber entstand eine heftige Scene, zuletzt beschloß man, daß eine eigne Commission über die Anträge von Schmidt und Wießner, über Gagern's Aeußerung und das Verfahren des Vorsitzenden berichten solle. Die Beschlüsse über die Grundrechte gehen im Wesentlichen dahin, daß alle gutsherrliche Gerichtsbarkeit und alle auf denselben haftenden Rechte und Abgaben ohne Entschädigung aufgehoben sind, alle übrigen Grundabgaben, Zehenten u. s. w. aber abgelöst werden können. Auch das Jagdrecht auf fremden Grund und Boden nebst allen Jagdfrohnden u. s. w. ist ohne Entschädigung aufgehoben, und Jedem das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zuerkannt.

Frankfurt, 5. Okt. Ueber §§. 27 bis 29 der Grundrechte sind folgende Beschlüsse gefaßt: „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, so wie alle andern einem Grundstücke oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben jeder Art; 3) die auf dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Alle übrigen unzweifelhaft auf den Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Berthältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der andern begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen."

Frankfurt, 3. Oktober. Die O.-P.-Z. schreibt: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß der Reichsgesandte, Abgeordnete Welcker, in wenig Tagen schon von seiner Sendung zurück hier eintreffen wird. Seine Mission ist vollständig erfüllt und ein schwedischer Gesandter wird ihm bald nachfolgen. — Ebenso ist, wie wir hören, von Kopenhagen die Nachricht eingetroffen, daß, wie vorauszusehen war, der dänische Hof nicht allein bereit ist, einen Gesandten des Reichsverwesers zu empfangen, sondern auch sofort ein eigenes Dampfboot nach Sonderburg gesendet hat, um Hrn. Banks von dort nach Kopenhagen abzuholen.

Frankfurt, 1. Okt. (Fortsetzung des Gesetzentwurfs über die deutsche Wehrverfassung.) Art. V. (§. 29—36.) Formation der deutschen Volkswehr. Beim ersten und zweiten Heerbann. Bei der Infanterie, den Scharfschützen und Genietruppen bildet das Bataillon die taktische Einheit, bei der Reiterei die Schwadron, bei der Artillerie die Batterie (Compagnie). Vier bis sechs Bataillone bilden ein Infanterieregiment, vier bis sechs Schwadronen ein Reiterregiment, vier bis acht Batterien eine Artillerieabtheilung. Zwei bis drei Regimenter Infanterie oder Reiterbrigade, ebenso zwei bis drei Abtheilungen bei der Artillerie. Eine Armeecorps wird aus mehreren Brigaden der verschiedenen Waffen gebildet, und ihnen sind einzelne Bataillone der Scharfschützen und Genietruppen zuzutheilen. Der Regel nach wird nur für die größern Uebungen und im Kriege das Armeekoeps in Divisionen von allen Waffen mit einer Reiter- und Artilleriereserve formirt. Doch kann auch schon im Frieden eine bleibende Formation von größern Truppenkörpern aus gemischten Waffen innerhalb eines Armeekorps angeordnet werden. Beim dritten Heerbann findet eine Formation in Regimenter ꝛc. im Frieden nicht statt. Die nähern Bestimmungen über Stärke und Formation der Contingente der Einzelstaaten bleiben besondern Reichsgesetzen und Verordnungen der Centralgewalt vorbehalten. Als Grundsatz gilt hierbei, daß die Leistungen der Einzelstaaten in aller Beziehung im Verhältniß gleichmäßig sind.

Art. VI. (§. 37.) Bewaffnung. Die Bewaffnung soll nach den Bestimmungen der Centralgewalt im gesammten deutschen Heere bei den einzelnen Waffen- und Truppengattungen eine und dieselbe seyn; jedoch kann dieß mit Rücksicht auf das bestehende Verhältniß zur Vermeidung der Kosten nur allmählig zur Ausführung kommen. Namentlich gilt dies von der Construktion und dem Kaliber der Schießgewehre.

Art. VII. (§. 38—40.) Bekleidung und Ausrüstung. Die Bekleidung und Ausrüstung muß innerhalb jedes Armeekorps für die einzelnen Waffengattungen ganz gleichförmig seyn. Bei den aus Truppen mehrerer Staaten zusammengesetzten Armeekorps bestimmt die Centralgewalt über Bekleidung und Ausrüstung mit Berücksichtigung eines allmähligen Ueberganges aus dem Bestehenden zur Gleichförmigkeit. Das gesammte deutsche Heer trägt als gemeinsames Bundeszeichen die deutsche Cocarde und an den Fahnen und Standarten das deutsche Band.

Art. VIII. (§. 41.) Exercier- und Dienstreglement. Für sämmtliche deutsche Truppen gelten dieselben Exercier- und Dienstreglements wie oben, welche von der Centralgewalt aufgestellt werden.

Art. IX. (§§. 42—47.) Bestimmungen für den Uebergang aus dem Friedensstand auf den Kriegsfuß. Die Centralgewalt wird ein besonderes Reglement für den möglichst schnellen Uebergang aus dem Friedensstand auf den Kriegsfuß erlassen. Binnen sechs Wochen nach erhaltenem Befehle müssen die Truppen jedes Contingents an den bestimmten Sammelplätzen vollständig kriegsfertig bereit stehen können. (Folgen Bestimmungen über die vorräthig zu haltenden Waffen, Munition ꝛc.) An Pferden müssen im Friedensstand im Dienste gehalten werden: a) bei der Reiterei zwei Drittel der Contingentsstärke, mit Ausnahme der Staaten, wo eine Beurlaubung mit Pferden zulässig ist, in welchen die Hälfte der Reiterpferde im Dienste seyn muß; b) bei der Artillerie und Geschützbespannung zwei Drittel der Kriegsstärke der Geschütze und ersten Munitionswagen.

Art. X. (§. 48.) Grundsätze für die Beförderung. Jeder Deutsche kann nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu den höchsten militärischen Stellungen aufrücken. Beim ersten Heerbanne (§§. 49—56): Die Bestimmungen über die Beförderung zum Unteroffizier bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Die Beförderung zum Offizier hängt im Frieden von dem Nachweise bestimmter allgemeiner und kriegswissenschaftlicher Bildung mittelst einer Prüfung ab und kann erst erfolgen, nachdem der Candidat wenigstens ein Jahr in den untern Stufen zur Zufriedenheit gedient hat. Im Kriege entscheiden vorzugsweise Tapferkeit und die kriegerischen Eigenschaften und Tugenden, welche nur dem Feinde gegenüber sich geltend machen können. Die Beförderung bis zum Stabsoffizier einschließlich erfolgt in der Regel nach dem Dienstalter. Vor der Beförderung zum Hauptmann oder Rittmeister muß eine Prüfung abgelegt werden. Außer der Reihe können nur Diejenigen befördert werden, welche von der Mehrheit ihrer Offizierkorps wenigstens zwei Jahre hinter einander als hierzu geeignet bezeichnet worden sind. Für die Beförderung außer der Reihe zum Stabsoffizier erfolgt diese Bezeichnung von den Hauptleuten oder Rittmeistern ohne Theilnahme der niedern Chargen. Die Beförderung zu den höhern Stellen des Regiments, Commandeurs ꝛc. bleibt

Digitized by Google

ohne Einschränkung den Landesregierungen resp. der Centralgewalt überlassen. Bei den zweiten und dritten Heerbanne (§§. 57—60.) gilt als Grundsatz aller Beförderung bis zum Compagnie- und Schwadronsbefehlshaber einschließlich die Wahl durch die Wehrmänner. Sie ist jedoch auf solche Personen beschränkt, welche aus ihrer Dienstzeit im ersten Heerbann schon mit Zeugnissen ihrer Befähigung zum Unteroffizier versehen sind. Für die Compagnie- und Schwadronsbefehlshaber hat die Landesregierung resp. die Centralgewalt das Bestätigungsrecht. Zu Bataillonskommandeurs werden von der Landesregierung, resp. der Centralgewalt, jedesmal zwei Personen dem betreffenden Offizierkorps vorgeschlagen, wovon dieses eine auswählt. Beim vierten Heerbann (§. 61.) bleiben alle Bestimmungen über Ernennung der Befehlshaber der Gesetzgebung in den Einzelstaaten überlassen. (Schluß folgt.)

München, 5. October. Einige Blätter haben die Nachricht verbreitet, Prof. Hermann beabsichtige auf der Nationalversammlung aufzutreten. Ich hatte Gelegenheit, mehrere Briefe, die Hermann in jüngster Zeit hierher geschrieben, zu lesen, und kann Ihnen danach auf das Bestimmteste versichern, daß jene Nachricht allen Grundes entbehrt. (K. v. u. f. D.)

München, 4. October. An der heute stattgefundenen vierten und fünften Sitzung des ärztlichen Kongresses nahmen auch 3 Deputirte der Rheinpfalz Theil. Dr. Eichhorn referirte im Namen des zweiten Ausschusses über die Bildung und das Wesen der obersten Medizinalstelle. Der Antrag ging dahin, daß die oberste Leitung der Medizinalangelegenheiten nicht mehr durch Einen Beamten im Ministerium (wie bisher), sondern durch ein Obermedizinalkollegium geschehe, das aus einem Director und vier Räthen zu bestehen habe; der Vorstand desselben soll zugleich Referent im Ministerium des Innern sein, er sowohl, als auch die übrigen Mitglieder des Kollegiums sollen weder sonst ein Amt haben, noch die ärztliche Praxis ausüben. Das Obermedizinalkollegium habe in Zukunft die Obergutachten in letzter Instanz auszuarbeiten, Anträge auf Ernennungen, Verbesserungen u. s. w. zu stellen. v. Walther bemerkt in Bezug auf die für diese Kollegien angemessene Stellung, daß die Aerzte ihrem Wesen nach nicht regieren, sondern nur rathen sollen, eine solche Autonomie einer ärztlichen Centralstelle arte in eine hierarchische Tyranne aus, daher man davon Umgang nehmen möge. Ringseis erklärt sich in analogem Sinne. Heyfelder glaubt, daß die Interessen des ärztlichen Standes u. s. w. besser gewahrt werden, wenn, wie in Preußen, dem Ministerium des Innern eine besondere Abtheilung für die Medizinalangelegenheiten beigegeben werde. Ein Antrag Walthers, darüber Beschl. zu fassen, ob Aerzte berathende oder selbstregierende Gewalt haben sollen findet keine genügende Unterstützung und wird, von Rapp und andern Seiten angegriffen, nicht zur Abstimmung gebracht. Heyfelder weist darauf hin, wie wenig ersprießlich und wie nachtheilig es sei, wenn die Mitglieder einer medizinischen Zentralstelle weder Praxis in der Stadt noch in einem Hospitale treiben dürfen, indem jeder Arzt, dem die Gelegenheit zu beobachten genommen werde, offenbar zurückgehen und für seine Stellung in einem solchen Kollegium untauglich werden müsse. Endlich wird der Antrag in folgender Weise formulirt angenommen: „Ein Obermedizinalkollegium soll die Centralstelle für die Leitung der Medizinalangelegenheiten im Königreich sein. Dasselbe besteht aus einem Director, vier Räthen, einem veterinärmedizinischen und einem pharmazeutischen Assessor. Der Director sei zugleich Referent im Ministerium des Innern und habe den Rang und den Gehalt eines Ministerialraths, die vier Räthe haben den Rang und Gehalt der Kollegialräthe. Die fünf Räthe dürfen nebenbei weder ein anderes Amt noch andere Funktionen haben, die Praxis jeweilen in einem Hospital als auch außer demselben ist ihnen gestattet. Die Ernennungen zu Mitgliedern des Obermedizinalkollegiums sollen vorzugsweise aus den Reihen der erfahrensten und verdientesten amtlichen Aerzte geschehen. Das Obermedizinalkollegium giebt in der Folge die Obergutachten in letzter Instanz ab, es hat die Initiative zu allen Medizinalgesetzentwürfen und Verordnungen; von ihm gehen nach eingeholten Gutachten der Kreismedizinalräthe die Vorschläge zu Ernennungen und Beförderungen im Medizinalwesen aus." Ein anderer Referent (Fischer) legt seinen Entwurf über das Kreismedizinalwesen vor. Die Debatte wurde hier so stürmisch, daß man nicht zur Abstimmung über den 1. §. gelangen konnte, was offenbar daher kam, daß dieser Entwurf nicht das Prinzip des Kreismedizinalwesens schaff ins Auge gefaßt und ausgesprochen hatte, daher Heyfelder zuletzt den Antrag stellte, darüber einen Beschluß zu fassen, ob das Kreismedizinalwesen in Zukunft durch Einen Medizinalrath bei der Regierung oder durch ein Medizinalkollegium vertreten werden solle. Bei der Abstimmung hierüber wurde einem Medizinalkollegium der Vorzug vor Einem Medizinalrath gegeben. (K. z. u. f. D.)

Berlin, 4. October. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gewährte zuerst eine dringende Interpellation des Abg. Kosch an das Kriegsministerium einiges Interesse. Diese Interpellation lautet: „Nachdem durch §. 5 des Gesetzes vom 6. April 1848 ist die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte fortan von dem religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig gemacht. Im Widerspruche mit diesem Gesetz ist noch unter dem 14. Aug. c. vom Kriegsministerium die Verfügung ergangen, daß jüdischen Aerzten der Eintritt in militairärztliche Stellen, welche mit dem Offizierrange verbunden sind, vorläufig nicht zu gestatten sei, bevor nicht das für den preußischen Staat jetzt zu vereinbarende Verfassungsgesetz als solches und namentlich in ihm der §. 10 Kraft erhalten hat. Der Kriegsminister wolle daher erklären: ob er mit dem Verfahren seines unmittelbaren dem geeigneten Wege dem oben angeführten Gesetze seine volle Geltung auch im ganzen Umfange des Militairdepartements zu sichern?" Der Ministerpräsident v. Pfuel erwiderte hierauf: Meine Herren! Ich nehme gar keinen Anstand, das Gesetz vom 6. April für verbindlich zu halten und demselben im Umfange der Armee Geltung zu verschaffen. (Brave.)

Berlin, 4. Oktober. Aus Potsdam gehen uns Nachrichten über einen neuen Militairaufstand zu. Der dortige politische Verein hatte wie gewöhnlich gestern Abend seine Sitzung, und nicht eben wenig Soldaten von 1. und 2. Garderegiment waren gegenwärtig. Plötzlich sammelten sich vor dem Locale eine Menge Gardes du Corps, und eine Anzahl von ihnen trat in das Local ein. Hier sollen nun die anwesenden andern Soldaten „Garde du Corps raus!" geschrien haben. Die Gardes du Corps fingen darauf Prügeleі an, wobei sie sich verschiedener eiserner Werkzeuge bedienten und dadurch erhebliche Verwundungen herbeiführten, die jedoch nicht blos Soldaten, sondern auch Civilisten getroffen haben. Es wurde Alarm geschlagen die Bürgerwehr zerstoben und verhaftete die Ruhestörer. General v. Prittwitz hat die strengste Untersuchung verfügt.

Düsseldorf, 3. Okt. Soeben, Mittags 12½ Uhr, ist Ferdinand Freiligrath von dem Assisenhofe hierselbst freigesprochen worden. Schon von früh Morgens an bemerkte man in der Stadt eine außergewöhnliche Lebendigkeit, welche besonders in der Gegend der Gerichtsgebäude auffallend war, indem sich dort große Haufen von Neugierigen aus allen Ständen versammelt hielten. Zur größeren Sicherheit waren mehrere Compagnieen der Bürgerwehr entboten, und, wie wir hören, hatte man sich sogar veranlaßt gesehen, Pikets von Soldaten in das Gefangenhaus zu legen und die Kasernen in die Kaserne zu konsigniren. Der Angeklagte wurde vor seinem Eintritt in den Gerichtssaal, worin sich Kopf an Kopf drängte, mit Blumen bewerfen. Die Verlesung des Anklage-Akts wurde bei einer Stelle desselben, die der rothen Fahne erwähnt, durch Beifallsruf unterbrochen, welche dem Präsidenten zu einer ernsten Ansprache Anlaß gab. Der Gang der Verhandlungen war übrigens äußerst ernst und würdig. Die Menge hielt sich in fortwährender stiller Aufmerksamkeit; nur zu Ende der Vertheidigung brach ein Bravo und zu Ende der Verhandlungen und bei der Freisprechung ein großer Jubel aus. Indeß muß man auch gestehen, daß der Gerichtshof eine außerordentliche Humanität entwickelte. Der Umstand, daß der Antrag des Ober-Prokurators beim Anklage-Senate, Hr. v. Prof.-Zenker auf Verwerfung des dagegen eingebrachten Einwurfs angetragen hatte, kam dem Angeklagten sehr zu Statten. Herr v. Ammon I., als öffentliches Ministerium, hielt seinen Vortrag in sehr ernster, würdiger Weise. Die Vertheidigung des Hrn. Advocat-Anwalts Eduard Mayer aus Köln war äußerst geistreich und schlagend. Zunächst zergliederte er das Gedicht und wies nach, daß die incriminirten Stellen, wenn man sie nicht aus dem Zusammenhange herausreiß, eine ganz andere Deutung erhielten. Dabei entwickelte er eben so viel feine ästhetische Bildung wie kritischen Takt, und lieferte den Beweis, daß er vorzugsweise die Befähigung hat, in so schwierigen Verhandlungen aufzutreten. — Das Resumé des Präsidenten Brocher zeichnete sich durch seine Präzision und gemäßigt-humane Darstellung aus. Das Resultat ergab daß die Geschworenen mit 11 Stimmen gegen 1 das „Nichtschuldig" aussprachen. Der Dichter wurde mit Begleitung von Bürgerwehr und einer zahllosen Menschenmenge, die in allen Straßen in laute Freudenrufe ausbrach und ihm Kränze vortrug, nach Hause begleitet. Die Stimme des Volkes, welche sich selbst in den gemäßigten Blättern unserer Provinz zu Gunsten des Angeklagten ausgesprochen hatte, fand auch hier einen lebhaften Ausdruck. Uebrigens darf man nicht glauben, daß es blos die Mitglieder des Volks-Clubs waren, welche diese Züge bildeten. Das Publikum ehrte in den Freigesproche-

Digitized by Google

chenen den Dichter, der ihm lange Jahre durch die Gebilde seiner Phantasie Freude und Begeisterung geboten hatte, und deßhalb war sein Zuruf ein ungeheuchelter und frischer. (K. Z.)

Wien, 1. Oktober. Die Nachricht von der Ermordung des Feldmarschallieutenants Grafen Lamberg zu Pesth soll einen entsetzlichen Eindruck auf die Kaiserfamilie gemacht haben. Wie ich höre, ist man nun gesonnen gegen Ungarn die kräftigsten Maßregeln anzuwenden, und vielleicht wird ein Theil der in der Umgegend von hier liegenden Truppen anstatt nach Italien, dahin aufbrechen. Die Mehrheit der diesigen Bevölkerung ist gegen die Ungarn. (A. Z.)

Wien. (Die hiesige deutsche Gesinnung.) Der Wiener ist deutsch, aber nicht enschieden deutsch gesinnt. Frägt man ihn, ob er sich eine slavische Herrschaft gefallen lassen würde, so ist seine schnelle Antwort: Selbst wenn es mein Blut kosten solle, ich liefse mit eine solche nicht gefallen. Führt man sodann die Zukunft vor seinem Geiste vorüber, so leugnet er die Möglichkeit derselben nicht, aber gegenwärtig glaubt er an sie nicht. Deßhalb ist von einem Aufgehen in Deutschland bei ihm noch keine Rede. Er hat überhaupt noch keine rechte Vorstellung von dem oft gehörten Ausdrucke zu Deutschland. Dessenungeachtet gibt es hier unter den wissenschaftlich Gebildeten eine bedeutende Anzahl, welche von der Nothwendigkeit einer unbedingten Unterwerfung unter die Reichsgewalt mit ihrem Herzblute überzeugt sind. Auch gewinnt jetzt die Ueberzeugung immer die Oberhand, daß unsere Monarchie nur als Föderativstaat für die Zukunft existiren kann, wobei sich sodann die Verbindung mit Deutschland leichter herstellen liefse. Je mehr aber der Gegenstand von allen Seiten beleuchtet wird, desto kräftiger und lebendiger wird hier das deutsche Bewußtseyn und ich zweifle nicht, Deutschland wird einig, trotz der ungeheuern noch zu überwindenden Schwierigkeiten. Ist nur das Volk darüber einmal im Klaren, die Fürsten werden schon nachgeben. (A. Oestr. Z.)

Wien, 3. Oktober. Die Gerüchte bezüglich der ungarischen Vorgänge kreuzen und verwirren sich auf das Bunteste. Flugschriften und Plakate tauchen auf, worin einmal ein glänzender Sieg der Kroaten und deren Vordringen bis Ofen, ein andermal wieder deren gänzliche Aufreibung gemeldet wird. Die Glaubwürdigkeit der Pesther Blättlins ist nicht gröfser und nicht geringer, als der meisten andeweitigen Ereignisse dieser Art. Der Kenner strategischer Bewegungen darf sich eigentlich nur an die unläugbaren Thatsachen halten. Und da erscheint es nun wahrhaftig ungegreiflich, weßhalb die ungarische Armee, wenn sie wirklich im Siegen begriffen war, sich nicht zwei Meilen von dem treffistuirten Velencze nach Marosvasar zurückgezogen haben sollte. Dies aber ist das letzte zuverlässige Ergebniß der taktischen Bewegungen beider Heere. Es wird hier ebenfalls ausgesprengt, Jellachich habe sich mit seinen Truppen bis nach Raab geworfen und es sey dieses Ergebniß die Folge eines bedeutenden Siegs. Wir haben aus guter Quelle erfahren, daß es den Kroaten gelang, sich nicht bloß der Stuhlweissenburger, sondern auch der Wiener-Ofener Straße zu bemächtigen. — Nach eben einlaufenden Nachrichten brach vorgestern aus Pesth der Landsturm auf, um nach dem Lager zu Marosvasar zu ziehen. Es war in der Nationalversammlung auf Antrag des Landesvertheidigungs-Ausschusses gesagt worden, daß das Heer ganz vorzugsweise der Verstärkung mit Massen bedürfe und der Patriotismus setzte sofort ziemlich dichte Haufen in Bewegung. Ob sie bei ihrer Kriegs-Unkundigkeit im offenen Felde zu brauchen seyn werden, möchten wir ernstlich bezweifeln. — Noch immer sind keine entscheidenden Nachrichten aus Ungarn eingetroffen. Doch wird mit vieler Bestimmtheit versichert, ein dreitägiger Waffenstillstand sey geschlossen worden. Noch erzählt man, Graf Edmund Zichy — eine neue Frucht des Terrorismus — sey nach seiner Gefangennehmung vom Volke aufgehängt worden. Hier erwartet man mit Sicherheit das neue konstitutionelle Manifest an die Ungarn. Als Kontrasignant wird der Feldmarschallieutenant Baron Kreß bezeichnet. (Oestr. Ztg.)

Schweiz

Bern, 30. September. In der gestrigen Bernerzeitung steht folgender Beschluß des Regierungsrath bezüglich auf die flüchtigen Theilnehmer am letzten Aufstande in Baden: 1) diejenigen welche das Asylrecht früher hier genossen und nun durch ihre wiederholte Theilnahme mißbraucht haben, aus dem Kanton zu verweisen; 2) die übrigen unter spezielle polizeiliche Aufsicht zu stellen. Aehnliche Maßregeln haben die Behörden von Zürich und Baselland getroffen. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 30. Sept. (Morgens 6 Uhr.) Gestern Abend kam ein Kurier aus dem Lager, welcher die Nachricht brachte, daß die Schlacht gegen Jellachich um 11 Uhr Vormittag begonnen. Jellachich hat die Offensive ergriffen, nachdem die Unterhandlungen sich zerschlagen. Dieser Kurier verließ das Lager um 11½ Uhr. Wir wachten die ganze Nacht in höchster Spannung. Um 2 Uhr nach Mitternacht kam wieder ein Kurier und brachte einen um 10 Uhr Abends datirte Depesche, daß Jellachich, an allen Punkten zurückgeschlagen worden. Die hiesige Nationalgarde steht unter Waffen, einige Compagnien sind auf Dampfschiffen ins Lager gegangen. — 12 Uhr Mittag. Ein von Paul v. Nyari, Mitglied des Ausschusses zur Vertheidigung des Vaterlandes, unterzeichnetes Bulletin meldet, daß der Oberzgespan von Baranna, Graf Kasimir Batthyanyi, welcher den Landsturm dieses Comitats bei Mohacs befehligt, dem Feinde 16 Pulverwagen sammt der Bedeckung von 18 Gemzern bei Stoßsz abgenommen. Die Munition ist der feindlichen Heeresabtheilung nachgefahren, welche unter General Roth am 26. Sept. Fünfkirchen verlassen und weiter vorrückte. Diese Abtheilung bestand aus 6 Bataillonen und 12 Kanonen. — 1 Uhr Nachmittag. Noch keine bestimmten Nachrichten von der Entscheidungsschlacht. Georg v. Mailath, Präsident des Oberhauses und vom Wiener Hof zum provisorischen Statthalter bestimmt, hat sich gestürchet. (D. A. Z.)

Italien.

Mailand, 1. Oktober. In Piemont soll eine Revolution ausgebrochen seyn. So lispelt man seit gestern Abend in den Kaffeehäusern, und daß die Mailänder wohlgefällige Miene dazu machen, versteht sich von selbst. Da wir hier weder Journale noch Briefe aus Turin erhalten, können wir nicht urtheilen inwieweit die dumpfen Gerüchte Glauben verdienen. Uebrigens scheint ein Versuch der republicanischen Partei in Genua und Turin sehr möglich, der Erfolg aber für den Moment nicht wahrscheinlich. Im Heer wünscht man den Herzog von Savoyen zum König.

Neapel, 25. September. Auch Syracus soll sich unterworfen haben. In Palermo hat die fremde Vermittelung den Muth aufs neue angefacht. Daher verwünschen die f. Journale die englische Flotte in die chinesischen Gewässer und die französische an die Küste der Königin Pomare. 10,000 bewaffnete Landleute, der Kopf mit 4 Carlini (48 Kreuzer täglich honorirt), sind in Palermo kampfertig. Indessen dittet man sechsmonatliche Waffenruhe. Die Consuln haben gegen die Aufhebung der Bannzahlungen protestirt. Calabrien wird von den Räuberbanden hart heimgesucht. Die Partei der Regilisti steht hier der der Feuchtist gegenüber. Beide beschuldigen sich reactionärer Bestrebungen, während doch die unglücklichen Zustände dieser Provinzen nur die Folgen der langen Anarchie und des Bürgerkrieges sind. Die „Sicilia indipendente" von Florenz ist das erste Journal Mittels und Oberitaliens welches die sicilische Frage in einem Neapel günstigen Lichte beurtheilt. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 3. Oktober. Nach den gestrigen Interpellationen über Italien und nachdem der Minister Bastide nochmals feierlich erklärt hatte, daß der Uebergang zur Tagesordnung den Grund der Frage in nichts beeinträchtige, und das Votum des 24. Mai: „Vertheidigung Italiens!" die unabweichliche Richtschnur der Politik der Regierung bleibe, ward wieder zu dem Decrete über die agricolen Unterrichtsanstalten zurückgekehrt und nach einer langen und lebhaften Debatte der erste Artikel, der das Prinzip feststellt, mit 493 gegen 59 Stimmen angenommen. — Seitdem die ehemalige Linke, durch Thiers, Odillon Barrot, Duvergier de Hauranne u. A. ihren offenen und unumwundenen Beitritt erklärt hat, sind ihre Reihen bedeutend gestiegen und man wendet die Augen auf diese Männer, die 18 Jahre lang Louis Philippes falsche Politik bekämpfen und denen man eine gewisse parlamentarische und politische Gewandtheit nicht absprechen kann. Die gestrige Organisation der Bureaux der Nationalversammlung gab hievon bereits einen Beweis. In 15 Bureaux wurden eise von der Linken zu Präsidenten gewählt und zwar die Herren Odillon Barrot, Leon de Malleville, Thiers, Lacrosse, Remusat, Dufaure, Tracy, Glais-Bizoin, Bim de Bourdon, Duvergier de Hauranne und Legrand, ein Bureau wählte den Grafen Molé und die alten Republikaner, Fr. Arago, Landrin und Dupont (de l'Eure) wurden nur in drei Bureaux gewählt.

Spanien.

Die Madrider Journale vom 28. melden, daß zwei geheime Gesellschaften in Madrid von der Polizei entdeckt und aufgehoben worden sind, deren Absicht die Verführung der Garnison und der Umsturz der Regierung gewesen sein soll. Herr v. Lesseps, bis jetzt nur Geschäftsträger sollte nun als Botschafter am spanischen Hofe beglaubigt werden. — Mehrere Chefs-Chefs, unter ihnen Caterna und Forradell sollen sich freiwillig unterworfen haben.

Digitized by Google

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 6. Oct. Die heutige zweite öffentliche Sitzung des Landraths für Oberfranken wurde nach 10 Uhr vom Präsidenten von Dobeneck eröffnet. Zur Abscheidung der Plätze der Landräthe und des dem Publikum zugewiesenen Raumes war noch nichts geschehen. Letzteres war wieder zum Stehen verurtheilt, was ihm übrigens um so leichter wurde, als seine Anwesenheit in der Sitzung auf nicht eine volle Stunde beschränkt war. Die Sitzung wurde eröffnet mit der Verlesung von 7 Anträgen durch den Präsidenten, von denen wir zwei von allgemeinem Interesse hervorheben wollen. Der erstere betrifft den Wunsch, daß die von Oberfranken abgetrennten oberpfälzischen Landgerichte wieder mit ersterer Provinz vereinigt werden möchten, der andere betrifft die Erbauung der neuen Straßen von Bayreuth nach Neuenmarkt. Da beide Gegenstände von höchster Wichtigkeit namentlich für hiesige Stadt sind, so war man nicht wenig auf die Berathung über dieselben gespannt. Dekan Rennebaum ist für sofortige Berathung; da aber die Verordnung über die den Landräthen gestattete Oeffentlichkeit ihrer Verhandlung sie gerade für Bitten, Beschwerden und Anträge nicht zugibt, d. h. alles was von allgemeinem Interesse ist, nicht öffentlich verhandeln läßt, so wird von der sofortigen Berathung über diese Anträge abgegangen und nur der Beschluß gefaßt, den Wunsch zu stellen, daß in Zukunft alle Verhandlungen öffentlich seyn sollen. Bei der Berathung des Budgets glaubt man übrigens den einen oder den andern dieser Anträge anreihen und damit öffentlich verhandeln zu können. — Hierauf erstattet Probekan Vetter Bericht für den III. Ausschuß über die Rechnung der Kreisbilfsfasse aus dem Jahrgange 18$\frac{4}{5}$. Durch Beschluß wird die Rechnung als richtig befunden. Hierauf mußte sich das Publikum entfernen.

Hof, 6. October. Am 4. huj. sind die vom 5gl. 13. Linien-Infanterie-Regimente (Hertling) nach Hof in Cantonirung verlegten 2 Compagnien Schützen dortselbst eingetroffen und sehr freundlich empfangen worden. Bis an die Grenze der Stadtmarkung waren ihnen sämmtliche Offiziere und Unteroffiziere der Höfer Landwehr und Freiwilligen mit der Bataillons-Musik entgegengegangen und geleiteten sie unter dem Schalle der Letzteren bis in die Stadt. Am Rathhause angekommen bewillkommte die Truppen der Bürgermeister Schrön Namens der Stadt und ihrer Bewohner in einer herzlichen Anrede, nach deren Erwiderung von Seite des Commandanten Hauptmann von Kraisheim Offiziere und Mannschaft bei den Bürgern einquartirt und überall freundlich empfangen wurden. Auch unterwegs wurden diesen Truppen Beweise freundlichen Entgegenkommens gegeben. So hatte der General von Staff-Reizenstein die Offiziere und Mannschaft bei ihrem Durchmarsche durch das von ihm bewohnte, 2 Stunden von Hof entfernte, Dorf Conradsreuth zu einem Frühstück eingeladen, während dessen Genusse die fröhlichste Unterhaltung herrschte. — Aussehen und Haltung der Mannschaft ist vortrefflich.

Bekanntmachung.

Durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse veranlaßt, hat der unterfertigte Stadtmagistrat beschlossen, den Zinsfuß für die Einlagen bei der städtischen Sparkasse von jährlich 3 Prozent auf

3½ Prozent

von 100 fl. Einlage zu erhöhen, was mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß diese Zinserhöhung vom Ziele Jakobi d. Js. an in Wirksamkeit tritt.

Bayreuth, am 18. September 1848.

Der Stadtmagistrat.
Heumann. Haß.

Anzeigen.

So eben ist erschienen:

Frhr. v. Biedenfeld, die gepriesene

Glückseligkeit

unserer dermaligen Zustände in Deutschland und unsere Aussichten in die Zukunft. Nebst kritischer Beleuchtung unsers neuesten National-Regiments. Gr. 8. Geh. 1 fl. 3 Kr. rheinisch.

In Deutschland gestalten sich die schönsten Tage seines Hoffens allmählich zu einer furchtbaren Krisis. Es ist bedroht mit völliger Anarchie und Verwirrung, mit totalem Auseinanderzerren und Zerspitterung, mit sich selbst zerfleischender Parteienwuth. Unendlich viel sich, sieht die Nation am Abgrund des Schrecklichsten der Schrecken — des Bürgerkriegs. — Die Aufstifter und Beförderer dieser Greuel bedienen sich schonklingender Worte und Phrasen zur Bethörung und Fanatisirung der Gemüther, zur Beraubung des Volks: ihnen kräftig mit der Waffe der hier allein eitenden Wahrheit entgegen zu treten ist die Aufgabe dieser keineswegs ecasionirten Schrift, denn sie wird auch dem Freiesten — dem Constitutionellen wie dem Republikaner — zusagen und nur dem Anarchisten mit seinen tückischen Phrasen wird sie ein Aerger sein. Hier finden sie ihr Bild, treu wie in einem Spiegel.

Zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth.

In Bayreuth und Hof in der **Gran**'schen Buchhandlung — Bamberg bei **Hoyl'sbach** — Coburg bei **Meusel & Sohn** und in allen andwärtigen Buchhandlungen ist zu haben:

(Um ein stärkeres Gedächtniß zu erhalten und Alles, was man hört und liest, behalten zu können:)

Die Kunst ein vorzügliches

Gedächtniß

zu erlangen. Auf Wahrheit, Erfahrung und Vernunft begründet. Zum Besten aller Stände und aller Lebensalter. Herausgegeben von **Dr. C. Hartenbach.** Preis 36 kr.

Von diesem Buche ist jetzt die sechste verbesserte Auflage erschienen, mehr als 9000 Exemplare wurden binnen kurzer Zeit davon abgesetzt. — Tausende von Menschen haben durch den Gebrauch dieses Buches ein geschärftes Gedächtniß erhalten.

Um in 8 Tagen ein gebildeter Kaufmann zu werden, ist mit Ueberzeugung zur Anschaffung zu empfehlen:

Die

Handlungs-Wissenschaft

zur Kenntniß 1) der merkantilischen Kunstausdrücke, 2) der Handelsgeographie, 3) der Handelsgeschichte, 4) des kaufmännischen Rechnens, 5) der Münz-, Maß- und Gewichtskunde, 6) der Correspondenz, und 7) der Buchhaltung. — Nebst Anweisung, in kurzer Zeit eine schöne Handschrift zu erlangen.

Von Fr. Bohn.

(Dritte verb. Aufl.) 1 Fl. 30 Kr.

Ein wortvolles Buch für alle diejenigen, welche sich in kurzer Zeit die wichtigsten Handlungskenntnisse verschaffen wollen. Der rasche Absatz von 2500 Exemplaren bürgt für die Brauchbarkeit desselben.

(Zur Erklärung der **fremden Wörter** ist zu empfehlen:)

Sammlung, Erklärung und Rechtschreibung von (**6000**)

fremden Wörtern,

welche in der Umgangssprache, in Zeitungen und Büchern täglich vorkommen, um solche richtig zu verstehen und auszusprechen. Von **Dr.** und Rektor **Wiedemann.** (**10te** Aufl.)

Preis 45 Kr.

Selbst der Herr Professor Dezet hat dieses Buch, wovon binnen kurzer Zeit 13,000 Exemal. abgesetzt wurden, als sehr brauchbar empfohlen. Es enthält die Rechtschreibung und richtige Aussprache der im gemeinen Leben oft vorkommenden Fremdwörter, deren Sinn man häufig nicht versteht, die man so oft unrichtig auffaßt und selbst unrichtig ausspricht.

Aechter 1845er **Burgunder Nuits** empfiehlt unter Berufung auf nachstehendes Zeugniß

J. G. Felbinger.

Nous certifions à Mr. J. G. Felbinger à Baireuth, que nous lui avons vendu du Bourgogne Nuits de l'année 1846, première qualité

Geiswciler & Fils à Nuits.

Durch die von der Leipziger Messe heute eingetroffenen neuen Vorräthe ist mein

Schnitt-, Mode- und Putz-Waaren-Lager

in allen Branchen mit den neuesten Erzeugnissen, auf das vollständigste assortirt und empfehle ich solches zur geneigten Abnahme, unter Zusicherung der billigsten Preise.

J. Würzburger jun.,
Ecke der Opernstraße.

Bei der Unterzeichneten kann ein geübter Glasergeselle täglich in Arbeit treten.

Kunigunda Dost, Glasermeisters-Wittwe.

Im Hause Nr. 373 in der Friedrichsstraße ist das mittlere Quartier, 3 heizbare Zimmer, Kabinet, Küche, verschiedene Hausplatz ꝛc. zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Friedrichs-Straße Nr. 451 ist eine Stube und Studentammer auf Martini zu vermiethen. Auch ist daselbst ein Keller sogleich zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kammerath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 281.** **9. October 1848.**

Deutschland.

† **Frankfurt**, 6. October. Die heutige Sitzung war wieder sehr stürmisch, das Gesetz über den Schutz der Nationalversammlung wurde berathen, worüber sehr viele Redner sprachen. Hr. v. Vincke warf dem linken Centrum vor, daß es mit der Revolution kokettire, hierüber erhob diese Partei großen Lärm, und es wäre beinahe zum Handgemenge gekommen, indem ein Mitglied der Rechten wirklich von Hinauswerfen sprach. Auch die Linke und der Präsident v. Gagern rückten wieder scharf hinterinander. Eine Commission wurde beauftragt, Disciplinar-Vorschriften für die Versammlung zu entwerfen. Die Abstimmung über das Gesetz wurde auf Montag verschoben.

Frankfurt, 6. Oct. Der Ausschuß der Nationalversammlung zur Begutachtung der Anklage gegen die Abgeordneten Blum, Günther, Zitz, Simon und Schlöffel besteht aus folgenden Mitgliedern: Hergenhahn, Scheller, Biömer, Edmaier, Briegleb, Martens, Maltzahn, Werner, Schüler (von Zweibrücken), Langerfeld, Zacharia (von Göttingen), Dunker, Sprengel, Reh und Gombart. In den Ausschuß zur Berichterstattung über den Schmidt-Wießner'schen und den v. Gagern'schen Antrag, sowie des vorsitzenden Simson wurden gewählt: Lassaux, Dreuning, Schwarz (von Halle), Herzog, Edel, Grumbrecht, Pagenstecher, R. Mohl, Löwe (von Magdeburg), Wernher, Schwetschke, Reichensperger und v. Blittersdorf.

Frankfurt, 1. October. (Schluß des Gesetzentwurfs über die deutsche Wehrverfassung.) Art. XI. (§. 62—67.) Militair-Unterrichts- und Bildungsanstalten. Alle einstelig militairischen Erziehungsanstalten sind aufzuheben. Zur Bildung von Unterofficieren werden Regiments-, resp. Abtheilungs- und Bataillonsschulen eingerichtet, in welchen diejenigen Personen, welche sich zu einer längern Dienstzeit verpflichten und Hoffnung geben, brauchbare Unterofficiere zu werden, aus Staatsmitteln Unterweisung und Uebung erhalten. Zur Bildung von Officieren der Infanterie und Reiterei werden bei den Brigaden oder Armeecorps Unterrichtsanstalten gegründet, zu Gunsten freier Ausbildung derjenigen jungen Männer, welche nach einjähriger Dienstzeit die Erwartung geben, daß sie sich zu brauchbaren Officieren heranbilden werden. Für die Bildung zum Officier bei der Artillerie und den Genietruppen werden Specialschulen unter denselben Bedingungen errichtet. Für das höhere militairische Studium werden Lehrstühle der Kriegswissenschaft bei mehren Universitäten errichtet. Die obere Leitung des gesammten Militairunterrichts und Bildungswesens beruht bei der Centralgewalt, die specielle Aufsicht und Anordnung verbleibt den Landesregierungen.

Art. XII. (§. 69 und 79.) Disciplin und Rechtspflege. Für das gesammte deutsche Heer wird eine disciplinarische Vorschrift und ein Militärstrafgesetz von der Centralgewalt im legislativen Weg erlassen. Körperliche Züchtigung findet nicht statt. Die Militärgerichte haben im Frieden nur über Dienstvergehen und Dienstverbrechen, im Kriege über alle Fälle zu erkennen. Das Verfahren bei den Militärgerichten ist mündlich und öffentlich. Ueber Schuld oder Nichtschuld erkennen Geschworne. Die Ehrengerichte sind abgeschafft.

Art. XIII. (§§. 71—73.) Militärmedicinalwesen. Dasselbe bleibt nach den von der Centralgewalt aufzustellenden allgemeinen Grundsätzen den Einzelstaaten überlassen; die noch bestehenden besondern Anstalten zur Bildung von Militärärzten sind aufzuheben. Militärärzte, welche auf Grund der bestandenen Prüfung zur ärztlichen Praxis befugt sind, erhalten Offizierrang und eine dem angemessene Besoldung.

Art. XIV. (§§. 74—76.) Militäradministration. Die Militäradministration einschließlich der Verpflegung und Besoldung der Truppen bleibt für die gewöhnlichen Dienstverhältnisse den Einzelstaaten überlassen. Für den Krieg und alle Fälle, wo die Truppen unter unmittelbaren Befehl der Centralgewalt treten, erläßt diese besondere Gesetze und Reglements. Alle durch Verwendung von Truppen zu Bundeszwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgaben im gewöhnlichen Friedensverhältnisse übersteigen, fallen dem gesammten Bundesstaate zur Last.

Art. XV. (§§. 77—79.) Festungen. Von den Festungen und fortificatorischen Anlagen des Bundesstaats wird die Centralgewalt diejenigen bezeichnen, über welche sie im Interesse des Bundesstaats die oberste Aufsicht übernimmt. Sie bestimmt auch in letzter Instanz über Veränderungen in den oben bezeichneten Fällen und über Anlagen neuer Befestigungen. Die hieraus und aus der Erhaltung der Festungen und fortificatorischen Anlagen einschließlich des Materials erwachsenden Kosten fallen den gesammten Bundesstaaten zur Last.

Art. XVI. (§§. 80—85.) Grundsätze über Pensionirung und Invalidenversorgung. Das Vaterland erkennt die Verpflichtung an, jedem im Dienst und durch den Dienst desselben, sey es im Frieden oder im Kriege, zur Fortsetzung des Dienstes und zum Selbsterwerb unfähig gewordenen Krieger ein seinen Dienstverhältnissen angemessenes Auskommen lebenslänglich zu sichern. Die Centralgewalt wird auf legislativem Wege allgemein gültige Grundsätze für die Pensionirung und Invalidenversorgung feststellen. Für die Hinterlassenen im Felde gebliebener Krieger hat das deutsche Vaterland eine besondere fürsorgliche Verpflichtung, welche ebenfalls im Wege des Gesetzes durch die Centralgewalt festzustellen ist. Unter den gewöhnlichen Friedensverhältnissen ist die Pensionirung und Versorgung der invalid gewordenen Militärs nach Maßgabe der oben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen Pflicht der Einzelstaaten, die Pensionirung der im Kriege invalid Gewordenen sowie die Versorgung der Familien der im Kriege Gebliebenen ist Sache des gesammten Bundesstaats. Unfreiwillige Pensionirungen können nur nach den Bestimmungen eines besondern Gesetzes erfolgen.

Art. XVII. (§. 86.) Marine. Ein besonderes Gesetz für die Organisation, Ergänzung ꝛc. der Marine wird die Modificationen der in dem vorhergehenden Artikel aufgestellten Grundsätze bei ihrer Anwendung bei der Marine bestimmen.

Frankfurt, 4. Oktbr. Die Oberpostamts-Zeitung enthält unter der Ueberschrift: „Die Befestigung des Oberrheins", einen Aufsatz, der den Vorschlag motivirt, zwei neue Bundesfestungen anzulegen, Donaueschingen und Stockach.

□ **München**, 6. Oct. Gestern hat der ärztliche Congreß den egoistischen Beschluß gefaßt, daß die ärztliche Praxis nicht frei gegeben werden soll. Von den 25 Votanten traten 20 diesem Beschlusse bei. Hieran läßt sich der ganze Handwerkersinn unserer Medizinkünstler erkennen, die so recht in die Kategorie der Gevatter Schneider und Handschuhmacher gehören, welche man mit dem Gespenst Gewerbfreiheit unter den Ofen jagen kann. Also auch die Wissenschaft, die Kunst deengt, beschränkt und zopfumhängt. Der ärztliche Congreß in München im Jahre 1848 hätte kein sprechenderes Armuthszeugniß seiner Gesinnung ausstellen können als durch diesen Beschluß. Eine Sektion dieses Congresses machte gestern ihre Aufwartung bei S. M. dem König. Gleichzeitig hatten aber auch die Herren Professor Vollmer und Literat Bauernfreund als Deputirte des hydropathischen Vereins eine lange Audienz bei dem König und wurden mit großer Zuvorkommenheit aufgenommen und unter guten Auspichten für ihre Sache entlassen. — Gestern ward auf der Theresienwiese ein Trabrennen abgehalten, eine unserem Volksfeste in seiner geistlosen Langweile und unserer magdthaftschen Fantasie ganz angemessenen Unterhaltung. Dennoch mochten 20,000 Menschen dabei zugegen gewesen seyn. — Kriegsminister Welshaupt hat sein Portefeuille wieder übernommen.

München, 5. October. Statt des in Rubestand versetzten Oberstlieutenant Daniel Heuber vom 1. Chevauxlegers-Regiment Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg wurde der bisherige Major vom 4. Chevauxlegers-Regimets König, Otto Frhr. v. Hunoltstein zum Oberstlieutenant-im obigen Regimente befördert.

Mannheim, 5. October. In Sigmaringen, welches die letzten Tage durch einen Sicherheitsausschuß von 9 Mitgliedern, an dessen Spitze Advokat Würth stand, regiert worden war, darf die Contre-Revolution als beendigt angesehen werden. Reichstruppen zogen ein und mit ihnen auch wieder der Fürst(?), welcher sammt Gefolge bisher in Ueberlingen sich aufgehalten hatte.

Leipzig, 6. Octbr. Der geh. Legationsrath Dr. Welcker ist von seiner außerordentlichen Sendung nach Stockholm, wo er

Digitized by Google

sehr günstig aufgenommen worden ist, gestern Abend über Berlin hier angekommen und heute früh über Bamberg nach Frankfurt abgereist. (D. A. Z.)

Altona, 4. Octbr. Hr. Frande, der vorgestern hier durchgereist ist, um seinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung wieder einzunehmen, wird zugleich an Hrn. v. Madai's Stelle als Bevollmächtigter für Holstein bei der Centralgewalt fungiren.

Ungarn.

Pesth, 1. October (11 Uhr Nachmittags). Soeben ist ein Bulletin, in einer Depesche des Oberfeldherrn Moga bestehend, ausgegeben worden. Nach derselben ist der Feind am 29. Sept. überall zurückgeschlagen worden. Der Verlust der Feinde wird auf 190 Todte und mehre Gefangene, der unsrige auf 7 Todte und mehre Verwundete angegeben. Aus strategischen (?) Rücksichten hat eine Veränderung unsres Lagers stattgefunden, wodurch es etwa eine Stunde näher der Hauptstadt ist.

Pesth, 2. Oct. Vor Allem die wichtige Nachricht, daß ein Bataillon Grenzer aus dem feindlichen Lager zu den Ungarn übergegangen. Der Waffenstillstand dauert bis morgen 6 Uhr Abends. Doch wurde gestern auf einer Seite gekämpft. Eine feindliche Abtheilung wollte nämlich ihre Position ändern, was während des Waffenstillstandes nicht gestattet ist; sie wurde von den Unsrigen angegriffen und bis zur Auflösung geschlagen. Graf Eugen Zichy, früher Administrator des stuhlweißenburger Comitats und jetzt mit Jellachich im Bunde, wurde als Spion in unserm Lager auf der Donauinsel Csepel ergriffen und durch den Strang hingerichtet. Man hat wichtige Briefschaften bei ihm gefunden. Während der Execution hatte er noch die Geistesgegenwart, aus einer verborgenen Tasche einen Brief zu ziehen und entzwei zu reißen. Man demächtigte sich aber der Stücke; der Brief soll eigenhändig von der Erzherzogin Sophie geschrieben syn. Sein Bruder, Graf Desöen Zichy, früher kgl. Oberstallmeister, starb gestern in Moony eines gleichen Todes. Er war in vertrautherischer Verbindung mit Jellachich. Die blutige Strenge, welche nun an 3 Häuptern der hohen Aristokratie geübt worden, vermehrt den Schrecken vor der Möglichkeit einer Niederlage der Unsrigen, und Alles greift daher zu den Waffen, um den Jammer einer feindlichen Invasion von unserer Hauptstadt abzuwenden. Heute organisirt man auch hier den Landsturm; jeder Waffenfähige muß sich schlagfertig halten. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 4. October. Das Gesetz über die agrikolen Unterrichtsanstalten ist mit seinen 23 Artikeln ist endlich gestern mit 579 gegen 100 Stimmen angenommen.

Mehrere ministerielle Deputirte verfochten heute im Conferenzsaale der Nationalversammlung, die Regierung habe die offizielle Anzeige erhalten, daß die österreichische Regierung die Erneuerung der Blokade von Venedig aufgegeben und die Eskadre sich nach Pola zurückgezogen habe.

Wir haben gestern gemeldet, daß die Posten um die Nationalversammlung verdoppelt worden sind. Abends zirkulirten Gerüchte über eine weit ausgedehnte Verschwörung, an deren Spitze der Neffe Radpails, der Vertreter von Lyon, Eugen Raspail, stehe; — die Nationalversammlung solle überfallen und die Bergpartie in Besitz der Gewalt gesetzt werden. Die Reforme warnt heute die Bevölkerung, nicht in die Falle zu gehen, die Royalisten und Prätendenten ihr legen wollten, um so eine Diktatur herbeizuführen und der Republik ein Ende zu machen. Dasselbe Journal veröffentlicht einen Brief des Lebreton, Quästors der Nationalversammlung, an den Präsidenten Marrast, worin dieser drei Bataillons für die innere Sicherheit der Nationalversammlung verlangt, sich über Lamoricieres Anordnungen beschwert und mit seiner Entlassung droht. Dieser Brief ist von 25. September. — Es ist übrigens wahr, daß sich wieder einige Aufregung in den Fabrikvorstädten zeigt.

Der zehntägige Rapport des Polizeipräfekten lautet sehr befriedigend. Die Arbeiten haben überall wieder zugenommen, zahlreiche Bestellungen aus dem Auslande sind eingegangen. Selbst die Luxus-Industrie ist im Steigen, dem Controlstempel im Münzamte wurden im Monate Septrmber an Bijouterie-Arbeiten unterzogen 258 Pfund Gold und 2706 Pfund Silber. Die Einnahme der Theater, die vom 1—15. September 133,656 Frs. betragen hatte, ist vom 1. bis 15. September auf 213,683 Frs. gestiegen. Nur noch 542 Innigefangene sind in den Forts um Paris. In den letzten 10 Tagen sind 1346 Fremde und 7950 Franzosen in Paris angekommen und 647 Fremde und 1708 Franzosen abgereist. Der Gesundheitszustand ist sehr gut, alle Gerüchte von Cholerafällen haben sich als unwahr erwiesen. Statt 12,000 sind zur Auswanderung nach Algier schon 17,000 Familien in Paris und den Departements eingeschrieben. Die Commission ist jetzt beschäftigt, die nöthige Auswahl zu treffen.

Anzeigen.

In Bayreuth und Hof in der Grau'schen Buchhandlung — Bamberg bei Hoblbach — Coburg bei Meusel & Sohn und in allen auswärtigen Buchhandlungen ist zu haben:

Galanthomme,

oder: Der Gesellschafter wie er sein soll.

Eine Anweisung, sich in Gesellschaften beliebt zu machen und sich die Gunst der Damen zu erwerben.

Ferner enthaltend: 40 musterhafte Liebesbriefe, 28 poetische Liebeserklärungen, — eine Blumensprache, — eine Farbens- und Zeichensprache, — 24 Geburtstagsgedichte, — 40 declamatorische Stücke, — 28 Gesellschaftslieder, 30 Gesellschaftsspiele, — 18 belustigende Kunststücke, — 24 Pfänderlösungen, 93 versfängliche Fragen, — 30 scherzhafte Anekdoten), — 22 verbindliche Stammbuchsverse, — 80 Sprüchwörter, — 45 Toaste, — Trinksprüche — und Kartenorakel. — Herausgegeben vom Professor S . . . t. 4. Auflage

Preis 1 Fl. 30 Kr.

Dieses Buch enthält Alles das, was zur Ausbildung eines guten Gesellschafters nöthig ist, weshalb wir es zur Anschaffung bestens empfehlen und im Voraus versichern, daß Jedermann noch über seine Erwartung befriedigt werden wird.

So eben ist erschienen:

H. v. Gerstenberg, die Wunder der

Sympathie und des Magnetismus

oder die enthüllten Zauberkräfte und Geheimnisse der Natur,

enthaltend 700 vielfach bewährte sympathetische und magnetische Mittel, durch welche nicht nur sehr viele Krankheiten, auch Wunden und sonstige leibliche Uebel schnell, wohlfeil und sicher geheilt werden können, sondern die auch der Hauswirthschaft, Viehzucht, dem Acker-, Wiesen-, Obst- und Gartenbau, dem Forst-, Jagd- und Fischereiwesen ungewöhnliche Vortheile erschließen. Dundez. geh. 36 Kr.

Daß solche Mittel mehr als bloßer Aberglaube sind, daß sie in Millionen Fällen alle andern an Wirksamkeit und Zuverlässigkeit übertreffen, daß sie gegen gewisse Uebel selbst von den größten Aerzten verordnet worden sind, ist so sattsam, als bei keiner andern Schrift, wahrscheinlich derselben verdienstlich sein sollte; denn wer nur wenig weiß es nicht, daß ein geschickter Bestreaptel, gegen die Blätter geschabt, lacirend, — dagegen gegen den Stier geschabt, verlockend wirkt, — daß die Rinde des Hollunders ausmärs geschabt, ein vorzügliches Beschmittel abgibt, dagegen abwärts geschabt, purgirend wirkt, daß der rechte Beisuß auf gewisse Weise abgeschnitten, die Menstruation befördert, in anderer Richtung aber sie stillt, daß eine am Frohnleichnamstage in der Mittagsstunde ausgerissene Kornblumenwurzel alles Bluten sofort stillt, sobald sie, in die Hand genommen, erwärmt ist? — alles Thatsachen, die kein grübelnder Naturkundiger umstoßen kann.

Zu haben in der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Neue Mäntel- und Kleiderstoffe, Shawls und Umschlagtücher in reichhaltigster und geschmackvollster Auswahl

bei

S. FRANK.

Eine grose Parthie billiger

Wollen-Mousseline

bei

S. FRANK.

Im Verlage der Geb. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 282. 10. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 5. Octbr. Ausführlicher Bericht über die 91. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Nach Verlesung des Protokolls erhält v. Reden das Wort, um eine von ihm und 30 andern Mitgliedern gestellte Interpellation in Betreff der, nach dem Gesetz vom 28. Juni der Centralgewalt übertragenen völkerrechtlichen und handelspolitischen Vertretung Deutschlands nach Außen zu begründen. Reichsminister v. Schmerling erwidert: er hoffe, der Versammlung hierüber bald befriedigenden Aufschluß geben zu können, und ersuche sie, da die Unterhandlungen mit den fremden Mächten noch schwebend seyen, noch einige Zeit zutrauensvoll zuwarten zu wollen. Der Vorsitzende Simson verliest zwei Schreiben des Reichsjustizministers an den Präsidenten der Nationalversammlung, mit welchen derselbe 2 Anträge des hiesigen Appellations- und Kriminalgerichts übermacht, der eine auf Genehmigung der Strafrechtlichen Untersuchung gegen die Abgeordneten Blum und Günther als verantwortlicher Redacteure der „Reichstagszeitung" wegen des Inhalts der Nummern 104, 105 und 106, der andere auf Genehmigung der Verhaftung der Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier auf die Anschuldigung der Aufreizung zum Aufruhr und zur Mißhandlung von Mitgliedern der Mehrheit der Nationalversammlung. Der Justizminister stellt die Entscheidung der Nationalversammlung anheim. Der Präsident beantragt, diese Angelegenheit an eine in den Abtheilungen zu wählende Commission von fünfzehn Mitgliedern zu verweisen. Simon von Trier nimmt den Vorschlage des Präsidenten auf Ernennung einer Commission zur Prüfung der Vorlagen unter Hinzufügung des Ersuchens bei, daß dieser Commission die Befugniß des §. 24 der Geschäftsordnung ertheilt werden möge, Beweislige vorzufordern, sowie ferner Zeugen zu vernehmen oder vernehmen zu lassen. Da die Untersuchung bisher ohne alle Zuziehung der Betheiligten geführt worden sey, so könne möglicher Weise die Nothwendigkeit der Vernehmung von Entlastungszeugen eintreten, sofern die Entscheidung der Nationalversammlung überhaupt einen unparteiischen Werth haben solle. Im Uebrigen erkläre derselbe es als eine wahre Wohlthat, hierdurch Gelegenheit zu erhalten, jenem schimpfenden Bedientenschwarm vor der ganzen Nation zurechtzuweisen, welcher während der letzten Wochen über ihn und seine Freunde in Wort und Schrift mit allen Mitteln der Entstellung, Lüge und Verläumdung hergefallen sey. v. Selchow begutachtet die Zuweisung an die in der Angelegenheit des Abgeordneten Peter niedergesetzte Commission, welche binnen 24 Stunden Bericht zu erstatten hätte. Blathner erklärt sich gegen die Befugniß der Commission, Zeugen zu vernehmen; die Nationalversammlung würde dadurch in das Richteramt eingreifen. Schaffrath macht darauf aufmerksam, daß der §. 24 der Geschäftsordnung der Ausschüsse keineswegs verpflichte, selbst Zeugen zu vernehmen, sondern es ihnen anheimstellt, Zeugen vernehmen zu lassen. Der Präsident bestätigt dieses mit dem Bemerken, daß ein Beschluß vorliege, welcher allen Ausschüssen die Befugnisse des §. 24. beilege. v. Binke spricht sich gegen die Zeugenvernehmung, dagegen für Beschleunigung der Sache, und zwar im eigenen Interesse der Angeklagten aus. Eisenmann: Man möge bedenken, daß der Richter die jetzt nur Belastungs-Zeugen gehört; es könne aber auch Entlastungs-Zeugen geben. (Stimmen rechts rufen nach Schluß. Widerspruch links). Simon von Trier findet sich durch Blathners Antrag überrascht. „Wollen Sie — sagt er — auf einseitiges Verlangen entscheiden, wollen Sie einen hinden Griff nach einem politischen Gegner thun, dann appelire ich an das Urtheil der Nation, werde auch für diesen Fall meinen Gegnern nicht aus dem Wege gehen. (Lebhafter Beifall auf der linken Seite.) Benedey warnt vor Einseitigkeit bei der Wahl der Commission. Schmidt aus Schlesien: „Entscheiden Sie nach Blathners Antrag und genehmigen Sie blindlings die Verfolgung Ihrer Kollegen; wir tragen darauf an, damit die Welt sehe, was die Centralgewalt und die Nationalversammlung ist, krasslos und ohnmächtig gegen das Ausland (Unterbrechung rechts). Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Dieser verwahrt sich dagegen unter Berufung auf das durch die Revolution und das Mandat der Abgeordneten erworbene Recht der Redefreiheit. Der Präsident erkennt dieß Recht in vollem Umfang an, glaubt aber nicht, daß dasselbe bis zur Herabwürdigung der Centralgewalt ausgedehnt werden dürfe. Der Redner wiederholt seinen Antrag, damit die Welt sehe, daß die Centralgewalt nichts Anders sey, als der Bundestag, der Brennpunkt aller Reaktion. Reichensperger erklärt sich gegen die Zeugenvernehmung, Möhring für dieselbe, indem er nachweist, daß auch bei den Mainzer Vorfällen in gleicher Art verfahren worden sey. Beseler: die vorliegende Sache habe mit der Centralgewalt nichts gemein; die Beesammlung habe blos zu prüfen, ob Grund zur Untersuchung vorhanden sey. Rieser bemerkt: die Befugniß eines Ausschusses zur Zeugenvernehmung verstehe sich von selbst und könne unmöglich einem einzelnen Ausschusse ausnahmsweise entzogen werden. Daß derselbe die Gränze zwischen seiner und der richterlichen Thätigkeit inne halte, darüber werde die Nationalversammlung selbst wachen. Nachdem noch Juho bemerkt hatte, daß auch der Commission für die Wahlen von Konstanz und Thiengen die Befugnisse des §. 24 beigelegt worden, ohne daß die Gerichte dadurch beeinträchtigt worden, wurde beschlossen, die Angelegenheit an eine nach der Sitzung in den Abtheilungen zu wählende Commission von 15 Mitgliedern zu verweisen, welche die Befugnisse des §. 24 ausüben (der Blathner'sche Antrag blieb ohne Unterstützung) und schleunigst Bericht erstatten soll. Hierauf verlas der Präsident auf einen Antrag von Schmidt aus Löwenberg und Wiesner des Inhalts: in Erwägung, daß es wünschenswerth sey, daß die Nat.-Vers. sich dem Volke im ihrem wahren Charakter zeige, möge dieselbe die Verhaftung der drei angeklagten Mitglieder ohne Weiteres genehmigen. v. Gagern schlägt vor, diesen Antrag an einen besondern Ausschuß zu verweisen, damit derselbe begutachten möge, was solcher Frechheit gegenüber zu thun sey. Hierüber entsteht heftiger Sturm auf der Linken; man ruft zur Ordnung! Der Vorsitzende Simson erklärt: er werde v. Gagern nicht zur Ordnung rufen, und überlasse es Denen, die sich verletzt glaubten, Beschwerde zu führen. Bei immer steigender Aufregung beantragt Jordan von Berlin die Aussetzung der Sitzungen bis nach Erstattung des Berichts über die Anklage gegen die 5 Mitglieder. Benedey und Wesendonk rügen v. Gagern's Aeußerung als eine Beleidigung für eine Partei, während Breuning auf Verwichtung des Schmidt-Wiesnerschen Antrags als die ganze Versammlung beleidigt anträgend. Zuletzt wird beschlossen, den letztgenannten Antrag, so wie jenen von Gagern an eine Commission zu verweisen, welche zugleich über die Aeußerung des Letztern sund das Verfahren des Vorsitzenden Simson zu berichten hat. Zu den mitgetheilten Beschlüssen über die §§. 27 bis 29 der Grundrechte sind noch folgende später gestellte nachzutragen: „Alle Zehnten sind auf den Antrag des Belasteten ablösbar. Die Summe der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Mit den abgeschafften Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher berechtigten dafür oblagen." Das Jagdrecht ist auf fremden Grund und Boden, die Jagdlasten, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufzuheben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist." Am Schluß der Sitzung erhob sich noch, angeregt durch v. Binde, eine Debatte darüber, ob die Mitglieder, gegen welche Anklage erhoben ist an der Wahl des Ausschusses Theil nehmen können. Nachdem aber Zitz in deren Namen erklärt hatte, daß sie sich der Abstimmung, jedoch ohne Präjudiz für die Rechtsfrage, enthalten würden, wurde dieser Gegenstand verlassen. Im Laufe der Sitzung hatte auf die Frage Röbler's v. Oels: ob das Justizministerium von der Verhaftung des Abgeordneten Minkus in Schiesien Kenntniß habe: der Justizminister erwidert, es sey noch keine amtliche Nachricht eingegangen: jedoch habe das Ministerium schon auf das bloße Gerücht hin bei dem preußischen Ministerium Anfrage gestellt, und werde die Antwort seiner Zeit mittheilen.

Digitized by Google

Frankfurt, 7. Octobet. Die „Oberpostamtszeitung" enthält in Ihrem amtlichen Theile folgenden Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche deutsche Regierungen. „Von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland. In dem Runkschreiben vom 22. September 1848 hat die provisorische Centralgewalt sich bereits ausgesprochen, daß sie Hand in Hand mit den deutschen Regierungen Maßregeln treffen werde, damit dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands stille steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Sie hat an diese Erklärung die Aufforderung geknüpft, alle Behörden und Beamten, so wie jene Institute, die zur Vertheidigung der Ordnung und der Gesetze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung ernstlich zu ermahnen. Nun ist es aber wahrgenommen, daß die Beamten häufig Verordnungen selbst Mißhandlungen, sich ausgesetzt sahen, wenn sie pflichtgemäß vorgegangen sind, und daß die gewöhnlichen Kräfte oft nicht ausreichen, der eingerissenen Zügellosigkeit zu steuern. In diesen Verhältnissen liegt die Aufforderung für die provisorische Centralgewalt, Sorge zu tragen, daß diesen Uebelständen sofort abgeholfen werde. Als eine dazu geeignete Maßregel wurde die Aufstellung bedeutender militärischer Streitkräfte an verschiedenen Punkten Deutschlands erkannt, — bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg, an der Iller und in Thüringen, — nicht minder die Absendung eigener Reichskommissäre mit ausgedehnten Vollmachten in jene Gegenden, wo bereits auffallende Ruhestörungen vorgefallen oder zu besorgen sind. Die Aufgabe dieser Reichskommissäre wird dahin gerichtet sein, durch das Ansehen der Centralgewalt und durch die ihr zu Gebote stehenden umfassenden materiellen Mittel die thätigen Bemühungen der einzelnen Regierungen, die Herrschaft der Gesetze durchzuführen, kräftig zu unterstützen, und die Reichstruppen sind nur dazu bestimmt, zu dieser Unterstützung mitzuwirken und die Versuche Jener zu bekämpfen, die einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse (deren gesetzliche und friedliche Umgestaltung überall eingeleitet ist) beabsichtigen, die die persönliche Sicherheit einzelner deutscher Bürger oder Eigenthum angreifen, oder bedrohen, und die damit Zustände der Gesetzlosigkeit hervorzuführen bemüht sind, die nie und nimmer geduldet werden dürfen. Die entgegenkommende Bereitwilligkeit, mit der bisher ergangenen Anordnungen entsprochen wurde, die musterhafte Haltung der deutschen Reichstruppen, der herzliche Empfang, den sie bei der Bevölkerung aller Gegenden fanden, und den Kriegern herrscht, bethätigt, daß das deutsche Volk und die deutschen Regierungen über die Richtung der getroffenen Maßregeln nicht irre sind, daß sie darin eine Bürgschaft für die Bewahrung ihrer Freiheit erkennen, die nur unter dem Schutze der Ordnung und Gesetzlichkeit gedeiht, und daß sie in einer einheitlichen und kräftigen Durchführung jener Verfügungen, welche die Wohlfahrt Deutschlands betreffen, nur durchgehende Gewähr einer erfreulichen Zukunft und einer Durchbildung aller staatlichen Verhältnisse erblicken. Die provisorische Centralgewalt wird daher, sicher der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde, die getroffenen Maßregeln so lange bestehen lassen, bis der theilweise unterbrochene innere Friede befestigt, der Sinn für Ordnung vollständig wiedergekehrt ist, und bis die vollständige Beruhigung wird, daß die Gesetze und ihre Durchführung überall vollständige Geltung finden. Ein Theil jener Reichstruppen, die im südwestlichen Deutschland aufgestellt sind, soll aber überdies auch dazu dienen, unsern gerechten und dringenden Forderungen Deutschlands nöthigen Falls die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Forderungen, die von der provisorischen Centralgewalt gegen einen Nachbarstaat bereits erhoben sind, der schon zwei Mal in diesem Jahr es geduldet, daß räuberische Schaaren auf seinem Gebiete sich sammelten, um von da aus Einfälle in einen Theil Deutschlands zu unternehmen und dort die Gräuel des Bürgerkriegs zu entflammen. Frankfurt a. M., 2. Oct. 1848. Der Reichsverweser gez. Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern gez. Schmerling."

München, 7. Oct. Se. Maj. der König haben unterm 3. Oct. den Landrichter zu Sommer zu Ludwigshafet auf die erledigte Landrichterstelle zu Kipfenberg zu versetzen; die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Rabburg dem II. Landgerichtsassessor Schieder daselbst zu verleihen, und auf die sich eröffnende II. Landgerichtsassessorstelle zu Rabburg den Rechtspraktikanten Schrödel aus Bayreuth zu ernennen; ferner die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Neustadt a. d. N. dem II. Landgerichtsassessor Hötterl daselbst zu verleihen, und auf die hierdurch erledigte II. Assessorstelle bei demselben Landgerichte den Rechtspraktikanten Brenner aus Weichaus zu ernennen geruht und die erledigte Landrichterstelle zu Ludwigstadt dem I. Landgerichtsassessor Kuhn zu Boxcheim zu verleihen; unterm 4. Oct. die durch Ernennung des Kanzlisten Seig zum Kanzleisekretär und geheimen Kanzlisten im Staatsministerium des Innern erledigte statusmäßige Kanzleistenstelle bei der k. oberpfälz. Landwehr-Bataillons-Inspektion dem k. Staatsministerium des Innern Wagner in provisorischer Eigenschaft zu verleihen geruht. (N. M. Z.)

Wien, 4. October. (Abends 7 Uhr). Es wurde heute in der hiesigen Staatsdruckerei ganz im Geheimen ein Manifest des Königs von Ungarn gedruckt, welches heute nach Ungarn abgeschickt wurde. Der höchst wichtige Inhalt desselben ist folgender: 1) der ungarische Reichstag ist aufgehoben; 2) alle Beschlüsse desselben sind ungültig, sobald sie nicht von Sr. Maj. schon sanirt wurden; 3) alle Kongregationen sind aufgehoben; 4) Jellachich ist zum Civil- und Militärgouverneur ernannt; 5) alle Nationalgarden, Bürgerwehr und mobile Garde ist dem Befehle des Jellachich untergeordnet. Das Manifest ist von Kaiser Ferdinand unterzeichnet. — Nachmittags 2 Uhr wurde Recsey zum Premierminister von Ungarn von dem König ernannt und die nachträglich nach Ungarn geschickten Abdrücke des Manifestes sind von ihm mit contrasignirt. — Ferner gehen zwischen heute und morgen 20 Bataillone Militair und sechs Batterien nach Ungarn, um die Ausführung des Manifestes zu unterstützen.

Abends. Es herrscht in Ungarn Anarchie im höchsten Grade. Der Banus stand in Mattonvasar; die Waffenruhe soll bis gestern Abend 6 Uhr fortdauern. Gestern sind in der Gegend von Raab zu nicht geringen Erstunnen 4 Eisweder mit 5000 Kroaten angekommen. Es ist demnach klar, daß das Landvolk denselben nirgend Widerstand leistete. In der Umgegend von Pesth sind die Straßen mit Landstürmern, die nach Pesth eilen, bedeckt. Das Fiüchten aus Ofen, Pesth und Pressburg nach Mähren und gegen die Grenze dauert ununterbrochen fort. Nach eben eingehenden aus Raab von gestern Abend um 6 Uhr sind die kroatischen Truppen, 7—8000 Mann stark ohne Schwertstreich allvort eingerückt: die Nationalgarde hatte sich überall zerstreut und keinen Widerstand versucht.

Wien, 4. Octbr. Diese Nacht hatte der Kaiser das Manifest gezeichnet, welches Jellachich zum Civil- und Militärgouverneur von Ungarn ernannte, die Kammern auflöste und das ganze Königreich dem Kriegsgesetz unterwarf. Es war strenge Vorsorge getroffen, daß keine Exemplare aus der kaiserlichen Druckerei entfernt wurden ehe dies Manifest in Jellachichs Hände gekommen. Da kamen diesen Morgen sehr schlechte Nachrichten von Jellachichs Armee. Sein Centrum war zerstrengt. 6000 Grenzer hatten sich auf Raab zurückgezogen; Jellachich war gezwungen gewesen von seinen eigenen Leuten massenweise erschossen zu lassen weil Sie Batterien beginnen die unerhört waren.*) Außerdem kam ein hoher österreichischer Offizier an, welcher der Commandant von Komorn gewesen seyn, der seine Relation mit den Worten begann: Wäre Jellachich selbst ein Feldherr wie Napoleon und seine Banden französische Regimenter, er entginge dem Verderben dennoch nicht, denn es umzingelt ihn ein Landsturm wie er noch niemals gesehen wurde; wenn zehn fielen, stünden hundert dafür auf. Alle Maroderts werden niedergemacht, es ist ein Kampf des Einzelnen gegen den Einzelnen u. s. w. — (Nachschrift.) Man erfährt, daß von den Ungarn 500,000 fl. aufgefangen wurden die für Jellachich bestimmt sind. Graf Edmund (Georg?) Zichy ist wirklich standrechtlich erhängt worden. Ich erzähle hundert andere Details nicht weil ich an deren Wahrscheinlichkeit zweifle, doch ist so viel sicher, daß in Ungarn der entsetzlichste Krieg wüthet, den man denken kann. (A. Z.)

Wien, 4. Octbr. Die Magyaren gewinnen täglich, ja stündlich größere, entschiedenere Vortheile über die Kroaten. Der linke Flügel der Kroaten wurde bei Stuhlweißenburg mit großem Verluste zurückgeworfen. Jellachich ist rings eingeschlossen und zieht sich mit seinem Heere gegen Raab und Göngö. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses gänzlich aufgerieben; man fängt in Schönbrunn an bange zu werden; Pulsky, der ungarische Staatssekretär, welcher daselbst den ganzen gestrigen Tag zu; heute wurde Bargo, dessen Sekretär, an die Magyaren und ein Anderer aus der Umgebung des Hofes im Namen des Kaisers an Jellachich geschickt, um die Pacifikation einzuleiten. Von Ofnütz ist Artillerie aufgebrochen, um den Kroaten zu Hülfe zu kommen. Ein von der österreichischen Regierung an Jellachich abgeschickter Transport von Munition auf 85 Wagen ist sammt Bedeckung von den Magyaren bei Stein am Anger aufgefangen und in Beschlag genommen worden. Ganz Ungarn ist in Aufruhr, der Landsturm ist jetzt allge-

*) Diese Nachricht ist einem ungarischen Bericht entnommen; ein anderer ungarischer Berichterstatter sagt: der Ban habe auf seine Truppen schießen lassen, um sie vorwärts zu treiben. Ohne Zweifel eine Erfindung.

Digitized by Google

mein aufgeboten; Kossuth und mehre andere Glieder der Kammer reisen umher und entflammen die Gemüther der Magyaren; strenge Gesetze rufen die Wehrhaften zur Fahne; alle Männer zwischen 15 und 60 Jahren müssen zu den Waffen greifen; viele Familien sind nach Wien geflüchtet, um den Verwirrungen und Gräueln des Kriegs zu entgehen. In Pesth ist aller Verkehr abgebrochen, man denkt nur an Angriff und Vertheidigung. Die ungarischen Soldaten in der Armee suchen auf alle mögliche Weise in ihr Vaterland zu gelangen. In Lemberg wurde das magyarische Regiment Großfürst Michael (früher Mariasz) in der Ausführung seines patriotischen Vorhabens durch den General Hammerstein gestört, der, davon in Kenntniß gesetzt, Grenadiere und Kanonen anwendete, die Vaterlandsfreunde gewaltsam zurückzuhalten: er versprach jedoch diesem Regimente, daß es diesem am 6. October freistehen sollte, zu gehen wohin es ihm beliebe. Würde nun in Italien soll eine gewaltige Gährung unter den magyarischen und kroatischen Soldaten stattfinden, sie verlangen nachdrücklich den Abzug in ihre Heimath.

Prag, 4. October. In der Nacht kam an das hiesige Generalcommando von Wien der Befehl, einen Theil der Garnison im Laufe des heutigen Tages abmarschiren zu lassen. Ein Bataillon (Wellington) bekam am Morgen Contreordre, hat sich aber marschfertig zu halten; das Landwehrbataillon Khevenhüller und ein Bataillon Hohenegg Infanterie hat mit dem heutigen Abendtrain Prag verlassen. Mehre andere Bataillone halten sich marschbereit. Fürst Windisch-Grätz soll um 8 Uhr Abends wieder eine telegraphische Depesche erhalten haben.

Byrmont, 2. October. Nach einem Artikel der Triersichen Zeitung sollte unsere Fürstin von hier verjagt und zum Fürsten von Bückeburg geflüchtet sein. Diesen Artikel hat nun die schändliche Verleumdung erfunden, und wird seine Reise, welche unsere Fürstin am 24 Sept. Morgens zu ihrer Tochter, der Erbprinzessin von Bückeburg dorthin unternahm, und von welcher sie noch selbigen Abend hieher zurückkehrte, allein die Veranlassung zu dem erwähnten verleumderischen Artikel gewesen sein. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 4. October. Der halboffizielle **Moniteur du soir** enthält eine Note, worin angezeigt wird, daß Carl Albert mit größter Thätigkeit alle Anstalten treffe, um kräftig und energisch die Offensive ergreifen zu können, wenn die Vermittlung und die angeknüpften Unterhandlungen kein günstiges Resultat bieten und nicht eine rasche und von der Bevölkerung Italiens gerne gesehene Lösung herbeiführen sollten.

Die Nachrichten aus Madrid sind vom 30. Sept. Die ministeriellen Journale kündigen mit großem Jubel an, daß sämmtliche Beamten wieder einmal ein Monat ihres Gehaltes ausbezahlt werden soll, worüber natürlich große Freude unter allen Betheiligten herrscht. Man meldet von der Grenze, daß Cabrera seine Unternehmung aufgeben und nach Frankreich zurückkehren wolle. Andere Nachrichten behaupten, er habe der Regierung Zjabellas seine Unterwerfung angeboten und werde als General in die spanische Armee treten.

Französische National-Versammlung. Die Vorsichtsmaßregeln dauern fort, die Besatzung des Palastes ist seit vier Tagen um drei Bataillone verstärkt, wovon eines unter der, die Concordebrücke dominirenden, Kaserne liegt. In Folge dessen sind die cirkulirten lebhaft besprochene Gerüchte über die heimliche Anwesenheit der Herzogin von Berry in Paris, das sie erst am 2. October verlassen haben soll. Man kündigt auch an, daß der Polizei-Präfekt Ducour seine Entlassung gegeben habe, da Cavaignac ihn wegen seiner Unachtsamkeit ernst zur Rede gestellt habe. — Man hat jedenfalls Besorgnisse vor einer Bewegung, aber eine Parthei schiebt sie der andern zu und die Ultra-Radikalen sagen geradezu, die Regierung wolle selbst eine Emeute machen lassen, um sich unter einem guten Vorwande der 40 bis 50 Vertreter des Berges durch Verhaftung und Deportation zu entledigen. In der öffentlichen Sitzung ist die Fortsetzung der Diskussion der Constitution an der Tagesordnung. Art. 40 der das Kapitel IV. schließt, wird nach einer kurzen Diskussion angenommen, nun zu dem wichtigen Kapitel V. und zu dem Art. 41 geschritten, der folgendermassen lautet: Art. 41. „Das französische Volk überträgt die ausübende Gewalt einem Bürger, der den Titel eines Präsidenten der Republik führt.“ Art. 42. „Der Präsident muß ein geborner Franzose, wenigstens dreißig Jahre alt seyn und nie seine Eigenschaft als Franzose verloren gehabt haben.“ Art. 43. „Der Präsident wird mittelst des allgemeinen und direkten Wahlrechtes, im geheimen Skrutin und mit der absoluten Majorität der Stimmenden gewählt.“ Ueber diese drei ersten Artikel liegen eine Unzahl von Amendements vor und eine Menge Redner sind eingeschrieben. Louis Bonaparte zeigt in einem Briefe an den Präsidenten an, daß er unter den fünf auf ihn gefallenen Wahlen sich für Paris, seinem Geburtsort entscheide. — Die allgemeine Discussion über das Kapitel V. beginnt durch gänzlich unbedeutende Redner, deren Vorträge wir unerwähnt lassen. Felix Pyat ist der einzige der einige Aufmerksamkeit erregt, er spricht sich entschieden gegen die Einsetzung eines Präsidenten aus, weil dies nichts als ein Wahlkönig sey, eine offene Rückkehr zur Monarchie, — er will daß die ausübende Gewalt, wie die gesetzgebende in den Händen der Nationalversammlung bleibe. Tocqueville im Namen der Commission bekämpft Pyats Ansichten in einer sehr aufmerksam angehörten Rede. Er weist aus den Artikeln der Constitution nach, wie beschränkt die Gewalt des künftigen Präsidenten sey und wie er nie der Republik gefährlich werden könne. Nicht nur die Nationalversammlung stehe ihm gegenüber, die er weder auflösen, noch vertagen könne, sondern er sey auch noch der Staatsrath da und endlich der Ministerrath, der aus Mitgliedern der Nationalversammlung bestehe. Tocqueville spricht sich bei dieser Gelegenheit gegen jede andere Ernennung des Präsidenten, als durch die allgemeine Wahl der ganzen Nation aus. Wie man sich von dem vorgeschlagenen Wege entferne, werde man nur eine Convention haben; — nicht die Convention von 1793 mit dem Schreckensſystem, denn diese sey jetzt eben so unmöglich als die alte Monarchie, aber man werde eine schlechte Regierung haben, und das sey schlimmer noch als der Terrorismus. Tocqueville kömmt nun auf den speciellen Fall, der alle Gemüther beschäftige, offenbar ihr Niemand Worte geben (die mögliche Wahl eines Prätendenten), aber habe man auch das Recht zu thun, was man thun wolle? Die Gewalt der Nationalversammlung sey als constituirende allerdings unbegränzt, sie habe kein imperatives Mandat erhalten; — sie könne auch decretiren, daß der Präsident nicht vom Volke, sondern von der gesetzgebenden Versammlung gewählt werde, aber sie dürfe ihn nicht selbst wählen, dazu habe sie kein Mandat und es müsse daher eine neue gesetzgebende Versammlung berufen werden, die von den Wählern zu dieser Wahl ein neues Mandat erhalten. Da aber die jetzige Versammlung bis zur Beendigung der organischen Gesetze in Thätigkeit bleibe, so würde die Präsidentenwahl noch lange nicht Statt finden können und wer verbürgt, daß sie dann anders ausfiele, als bei der allgemeinen Wahl. Warum habe die Versammlung, die sich in den Bureaus noch für die Wahl des Präsidenten durch die Nation ausſprach, jetzt ihre Meinung geändert? Weil die neuesten Wahlen bei vielen aufrichtigen Freunden der Republik die Besorgniß erregt hätten, daß auf der allgemeinen Wahl ein der Republik feindlicher Name hervorgehe. (Unterbrechung.) Aber woran liege die Ursache der diplomatischen Schwäche im Auslande, der Schwäche der Regierung im Inlande, woran liege das Stocken des Handels, der Industrie, des Kredits? Einzig und allein in der auf Allen lastenden Ungewißheit über die Zukunft, in dem Zweifel an die Stabilität der Republik. Wolle man dieser Ungewißheit, diesem Zweifel dadurch abhelfen, daß man den Präsidenten durch die Nationalversammlung wählen lasse? Man werde dadurch nur zeigen, daß man der republikanischen Gesinnung des Volkes mißtraue und daß man eine Republik ohne Republikaner, eine Democratie ohne Volk schaffen wolle. Nein, man müsse mehr Zutrauen in das Volk haben, man müsse sich nicht für republikanischer als das Volk halten und sich ja nicht von ihm trennen, denn sonst werde die Nationalversammlung bald ohne alle moralische Kraft dastehen. (Lebhafte Beistimmung.) Was man vorschlage, sey ein Staatsſtreich, ein solcher sey nie istelirt, andere Staatsſtreiche müßten ihm folgen und die Republik ins Verderben stürzen. Tocqueville weist nun mit klaren Zügen nach, daß die Befürchtungen, die man hege, unbegründet, wenigstens übertrieben seyen. Frankreich sey durch seine Instinkte mehr noch als durch seine Ideen, demokratisch, die Gleichheit liege im Blute der Nation und die legitimistischen, bonapartischen und andern Regungen in diesem oder jenem Theile seyen nur Symptome der jetzigen Ungewißheit, aber keineswegs eine beunruhigende Krankheit des Staatskörpers. Die französische Nation sey zu vernünftig, um einen Namen für einen Mann zu nehmen. Darum sey das einzige Mittel, Alles dem gesunden Sinne des Volkes zu überlassen und sich lieber damit zu beschäftigen, die Ruhe, das Vertrauen und den Kredit wieder herzustellen, indem man ein für alle Mal mit den Excessen der Revolution breche. Das beruhigte Volk werde dann gewiß eine richtige Wahl treffen. — Große Aufregung folgt Tocqueville's Rede und die Sitzung wird suspendirt. (Fortsetzung).

Großbritannien.

Clonmel, 4. October. Der „Dublin Herald“ will aus sicherer Quelle wissen, daß die Regierung für den Fall einer Verurtheilung S. O'Brien's und seiner Genossen zum Tode entschlos-

Digitized by Google

sen sei, dem Gesetze wenigstens in Bezug auf die Hauptanstifter des Aufstandes seinen Lauf zu lassen. Den nächsten Verwandten S. O'Brien's soll dies auch bereits angedeutet worden sein.

Amerika.

Die Berichte aus New-York bis zum 19. Sept. sind in politischer Hinsicht äußerst dürftig. Die gesammte Bevölkerung scheint sich nur mit dem Fortgange der Präsidentenwahl zu beschäftigen, was auch wohl bis zum nächsten März andauern wird. Die Aussichten des Generals Taylor auf den höchsten Posten in der Union hatten sich in letzter Zeit anscheinend gebessert. Hr. Clay hat öffentlich bekannt machen lassen, daß er die Ernennung zum Präsidenten, falls sie auf ihn falle, nicht annehmen könne, weil er sich durch die Uebereinkunft zu Philadelphia gebunden erachte. Er wünsche und wolle daher nicht, daß man ihn als Candidaten für die Präsidentschaft aufführe. (L. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Nachruf an die beiden Ermordeten des 18. Septembers.

Hier ist der Platz. Von diesem Grase starrt
Der Mord. Noch in den Pappeln bebt der Schrecken:
Und schaudernd von der grauen Gegenwart
Sucht Jeder im Grün die Stadt sich zu verstecken;
Hier war's: kein Tag verscheucht den blut'gen Traum
Der dieser Hade frischen Glanz umnachtet;
Dahnowsky fiel zerfleischt an jenem Baum,
Hier Auerswald im Graben zungerschachtet.

Zwei Stimmen hör ich wandern. Eine spricht
Mit trog'gem Ton: Nicht, Vater? Kein Verbrechen
War jener Mord? War nur ein Strafgericht
Vollstreckt, des Volkes lange Schmach zu rächen
An zwei Verräthern? Ja, so ist's mein Sohn!
Fluch jeder feigen Brust die Mitleid heuchelt,
Und bis ins Grab dinunter Fluch und Hohn
Den beiden Schelmen die mir hier gemeuchelt!

Gemeuchelt, ja. Was Besseres sind sie werth.
Die Freiheit und und Ehr und Macht verkümmern?
Doch nur Gedruld! Bald schlägt als Herrscherschwert
Der dunkle Dolch ihr Regiment in Trümmern;
Dann halten wir ein offnes Hochgericht
Und fällen die, so sehr wir einzeln fehlen,
Zu Tausenden. Frisch, Knabe, zage nicht!
Für Volk und Freiheit gibt es kein Verbrechen.

O ew'ge Schmach! Verstecker Sünde Wuth!
Selbstsüchtiger Frechheit ingnerisches Gleißen!
Stehn Eure Furien auf von diesem Blut
Den Wahnsinn dieses Frevels zu zerreißen?
Das Herz das keiner sanftern Mahnung bebt,
Zu kahn, zu kahn im blut'gen Kerkerwinge
Und tobt zu hegen? — Sieh vom Himmel schwebt
Ein hohes cruftes Weib, und steht im Glanze.

Germania ist's. Sie spricht: Gerechtigkeit!
Verganguer Menschenalter Schuld zu büßen,
Fließ, meiner Zukunft Neuesis geweiht,
Auch dieß unschuld'ge Blut zu meinen Füßen.
Ich athm' es dankend ein, sein Purpur schmückt
Hoch in Walhalla jetzt die Kampfgenossen;
Doch tief zur Hölle fahre, schmachbedrückt,
Und fehre nie der Frevel her's vergessen!

Wahnsinn'ge! Meint ihr meines Volkes Macht,
Der Millionen Herzen, die mir schlagen
Und je mir schlugen, volle Lebenspracht
In eurer Greifer eitlem Schaum zu tragen?
Mein reinstes Licht in eurem Mörderstahl?
Weh mir! Dem langen Schlaf heb ich das kranke
Siegesbrust'ge Haupt — ; ihr fällt den Blutpocal
Aus Frankreichs Mordelocken mir zum Tranke!

Ich sog euch von mir. Eure starke Bahn
Sieht nichts von meines Wesens Fall und Weite,
Mein Athem mißt der Zeiten Ocean.
Mit diesen letzter Well ihr liegt im Streite;
Der Fernen Tiefsinn der mein Haupt umflicht,
Strahlt hoch ob eures Dünkels Leidenschaften;
Frevler hinweg! Zerstört die Blüthen nicht
Daran die Wurzeln meines Daseyns haften!

Freibeit im Mund und Herrschsucht in den Klau'n,
Schlecht ihr umher und liegt der Lüge Schlingen,
Entmannt den Glauben, schändet das Vertrau'n
Und säet Mord; es soll euch nicht gelingen!
Schon weicht der Schatten Heer, der Nebel fällt,
Frei strebt und licht mein Aug ich richte,
Und triumphirend wie zur Seite hält
Der ew'ge Moegen seine Siegsgerichte. (A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 7. Oct. In der heutigen Sitzung des Landraths für Oberfranken erstattete Prodekan Better Vortrag über die Revision der Rechnung der Ausgaben für salcultative und nothwendige Zwecke des verflossenen Jahres. Die Rechnung wird anerkannt und mehrere Wünsche und Notate dem Protokolle beigefügt. Es wird namentlich der Wunsch an die Regierung gestellt, daß sie Zuschüsse bewilligt zur Gründung von Beschäftigungs- und Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder in verschiedenen Bezirken des Kreises. Bei der Diskussion über diesen Gegenstand wurde besonders hervorgehoben, wie sehr im Nachtheile der obere fränkische Kreis gegen andere bezüglich der Schuldotation stehe. Dasselbe Verhältniß stellt sich bei Besprechung der für den Wegbau geleisteten Beiträge heraus: Oberfranken, das gebirgige, erhält 66,000 fl., Mittelfranken 167,000 fl. zur Erhaltung der Straßen und Brücken. Ein Wunsch um Einhöhung dieser Beiträge soll bei der Berathung des Budgets beigefügt werden, doch wird auch schon bei der Revision der Rechnung das Bedauern ausgedrückt, daß die Regierung bisher für Straßen- und Brückenbau in Oberfranken nicht mehr thun konnte.

Bayreuth. Die nächste öffentliche Sitzung des Landrathes von Oberfranken findet Dienstag den 10. d. Mts. Morgens um 9 Uhr statt.

Anzeigen.

Im Verlage von A. D. Geistler in Bremen ist so eben erschienen und in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel vorräthig:

Merkwürdige Prophezeiungen des Pater Guardian in einem Kloster in Polen von dem Jahre 1790 bis 2000. 8. geh. 9 kr.

Nicht wie die gewöhnlichen Prophezeiungen, sondern diese sind ganz besonders, und bezeichnen bestimmt, wo und was geschehen wird.

Bekanntmachung.

Von der Oekonomie-Kommission des 13. Infanterie-Regiments (Hertling) werden am Mittwoch, den 18. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, die Dungstätten in der Infanterie- und Kavallerie-Kaserne und dem Krankenhause auf weitere 2 Jahre verpachtet.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Ansbacher Aussteuer-Anstalt.

(Die Einlagen für das Jahr 1848 betr.)

Die bereits eingezeichneten Theilnehmer werden ersucht, ihre Beiträge zu 1 fl. 12 kr. per Loos, sowie Neubeitretende per Loos 1 fl. 18 kr. bis 1. November l. J. an Unterzeichneten, und zwar auswärtige Theilnehmer postfrei einzusenden.

Zur unentgeldlichen Abgabe der Statuten, Empfangnahme von Beiträgen, sowie zur Ausstellung von Beitrittsscheinen, sowohl für hiesige als auswärtige Personen bin ich stets mit Vergnügen bereit.

Bayreuth, den 8. October 1848.

Singer, Regiftrator, als Filial-Kasser.
Erlangergasse H.-Nr. 500.

Von der Leipziger Messe zurück, empfehle ich mein bekanntes

Galanterie- Schnitt- und Modewaarenlager

welches durch sehr vortheilhafte Einkäufe auf das Schönste assortirt ist.

Namentlich in den neuesten **Kleider-** und **Mäntelstoffen, Meubles-** und **Gardinenzeugen, Shawls, Umschlagtüchern** kann ich eine reichhaltige Auswahl bieten, weshalb ich um geneigten Besuch bitte.

S. M. Wilmersdörfer
Friedrichsstraße No. 460.

Ein nicht allzugroßes Hammerwerk oder eine Wasserkraft, an welcher sich ein solches ohne viele Mühe einrichten ließe, wird zu pachten, später vielleicht auch zu kaufen gesucht. — Wer etwas Passendes anzubieten hat, beliebe sich zu wenden an Julius Münch sen. in Bayreuth.

Der 5. Band von Shakespeare, Ausgabe von Schlegel und Tied möge mir endlich zurückgegeben werden.

S.

Am Markt Nr. 20 ist eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche für 10 fl. auf Martini zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer stündlich zu vermiethen. Breite Gasse E. N. 268.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. 24 kr. halbjährig 3 fl. 12 kr. vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 283. | 11. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Octbr. Ausführlicher Bericht über die 92. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Schluß.) Nachdem zuerst der schon mitgetheilte Gesetzentwurf den Schutz der Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt betr. verlesen war, wurden die verschiedenen Verbesserungs- und Zusatzanträge verlesen. Als erster Redner erhielt sodann Mölling das Wort gegen den Gesetzentwurf: er wünsche den Frieden dieses Hauses, und beklage das stattgehabte Attentat. Er frage aber, ob die Nationalversammlung eines solchen außerordentlichen Gesetzes bedürfe, das außerordentliche Strafen androhe, der Polizeigewalt so viel Spielraum gewähre, dem Volk ein kaum errungenes Recht wieder verkümmere und den Unschuldigen bestrafe. Man schätze die hier anwesende Truppenzahl auf 10—12000 Mann, und allen Zurüstungen nach würden sie längere Zeit hier bleiben. Wie wäre es da denkbar, daß das Attentat sich erneuern sollte, und wenn auch das Volk es wagte, seine nackten Leiber den Bajonnetten entgegenzustellen, glaube man wohl, es würde sich zurückscheuchen lassen durch den bloßen Buchstaben eines Gesetzes? An die Quelle des Uebels müsse man zurückgehen und sie verstopfen. Diese Quelle seyen die Wühler, die Anarchisten und Republikaner, nach der Behauptung der conservativen Partei, derselben, die schon in den 20er Jahren die freiheitsschwärmenden Jünglinge verdächtigte, und heute eine ganze Seite dieses Hauses der Wühlerei beschuldige. „Deutschland — sagt der Redner weiter — ist krank, und der Arzt findet das rechte Heilmittel nicht. Da, wo es gilt, zieht sich die Centralgewalt und die Nationalversammlung scheu zurück. Dadurch hat die Nationalversammlung allein das Verlorene verloren. Um es wieder zu gewinnen, muß sie rasche und kühne Entschlüsse fassen. Sehen Sie an die Stelle des vorliegenden Gesetzentwurfs ein Gesetz, das die Volkssouveränetät zur Wahrheit macht und mit allen ihren Consequenzen ins Leben ruft; sprechen Sie aus, daß die Nationalversammlung allein das Recht habe, die Gesammtverfassung zu gründen; gewähren Sie den Einzelstaaten dasselbe Recht, dann wird Ruhe und Vertrauen wiederkehren und die Nationalversammlung kein neues Attentat zu fürchten haben. Ich beantrage die einfache Tagesordnung." Der Redner spricht sodann von dem Militärdrucke und sagt, wie lange das Volk denselben noch aushalten solle? Der Taglöhner und Handwerker habe kaum für sich selbst Brod, viel weniger für die Soldaten. Dieser Zustand führe Deutschland zum Tod oder zu neuen Zuckungen; indem es sich vom Arzt losreiße und Heilung in sich selbst suche. — Riesser: die Ereignisse des 18. Sept. seyen bisher nur im miden, beschönigenden Sinne von dieser Tribüne herab besprochen worden, nicht mit der tiefen sittlichen Entrüstung, die sie in jedem redlichen Gemüthe erzeugen mußten. Er entwickelt eine Schilderung derselben. Man habe gesagt, die Barrikaden seyen zwecklos und sinnlos errichtet worden. Ein solches Unternehmen aber sey Wahnsinn und den Wahnsinnigen müsse man binden. Man habe die vorgeschlagenen Schutzmaßregeln als ein Produkt der Furcht bezeichnet; er fürchte den Tod nicht, aber er fürchte das Verbrechen um des Vaterlandes willen, dessen Ehre es bestecke, dessen Zukunft es gefährde. Denen, die mit dem schauderhaft grotzartigen Bilde des Konvents spielen, gebe er zu bedenken, daß Deutschland sich nicht in der Lage befinde wie Frankreich im J. 1793. Deutschland werde niemals eine blutige Herrschaft anerkennen; die Städte von Königsberg bis München, von Triest bis Hamburg würden ihr nicht die Thore öffnen wie Lyon und Arras; Deutschland werde nur durch Freiheit, Recht und Mäßigung beherrscht werden. Der Partikularismus wüthe, wenn er sich gegen die Bluthherrschaft zu vertheidigen hätte, auf Jahrhunderte hinaus gehärkt werden, und die Reaktion, die einer solchen Anarchie folgte, würde alle Freiheit untergraben. Man habe sich nicht gescheut, den Namen eines deutschen Stammes als ein Zeichen des Hasses und des Mordes in das deutsche Volk zu schleudern. Wolle man den Partikularismus des Hasses und des Mordes verdrängen? Wenn nicht diese Wuth von Grund aus vertilgt werde, sey die Einheit Deutschlands unmöglich. „Wir — fährt der Redner fort — die wir gegen die Majorität in der Waffenstillstandsfrage gestimmt, wir müssen vor Allem das Bündniß mit den Gräueln zurückweisen, denen jener Waffenstillstand nur zum unächten Vorwand diente. In jenen Landen, deren Recht und Freiheit wir allein im Auge gehabt, haben die hiesigen Ereignisse einen schmerzlichen Eindruck hervorgerufen. Die Partei, welche für die Rechte der Herzogthümer kämpfe, hat durch eine schwierigere Stellung erhalten. Der Minorität muß daran gelegen seyn, daß ihre Sache nicht mit jenen entsetzlichen Unternehmungen verwechselt werde. In in England ist es etwas Großes um die Agitation, wenn in einer Stadt ein paar Männer auftreten, und Jahre lang sprechen und lehren und überzeugen, bis das Land und die Regierung überwunden zu ihren Füßen liegen. So ist dort die Katholiken-Emanzipation, die Reformbill und die freie Korneinfuhr zu Stande gekommen; aber kein einziges Verbrechen, keine gesetzwidrige Handlung hat dabei stattgefunden." Der Redner spricht dann von der Zumuthung, die der Nationalversammlung gemacht wurde, daß sie sich auflösen solle. Dies wäre, sagt er, ein Selbstmord, der diese Versammlung und die Zukunft Deutschlands in ihrem Schooße erschlagen würde. Aber wenn unser Werk vollendet ist, dann wird es Zeit seyn, vor unsere Wähler zu treten und uns mit unsern Gegnern zu messen; es wird sich dann zeigen, ob das Volk uns wieder wählt oder andere sendet. Bis dahin betrachten wir uns als den Ausdruck des Volkswillens, und erklären Jeden für einen Verräther, der einen Theil des Volkes gegen die Majorität aufhetzt. — Wir wollen den Tag jubelnd begrüßen, wo eine nächstfolgende Versammlung die Maßregeln, zu denen wir uns jetzt genöthigt sehen, im Vertrauen auf den wiedererwachenden Sinn für Freiheit und Gesetzlichkeit wieder aufheben kann." Schober bemerkt, daß von Riesser aufgestellte Gemälde der Ereignisse vom 18. Sept. sey leider nicht unwahr; allein durch den frischen Eindruck des Moments dürfe man sich die Besonnenheit und Ruhe des Gesetzgebers nicht berauben lassen. Er erklärt sich gegen die Judithausstraße, weil diese eine entehrende sei, der Hochverrath aber meistens nicht aus schlechter Gesinnung, sondern aus politischer Verblendung entspringe. Was nütze es auch, ein Verbrechen mit einer entehrenden Strafe zu belegen, wenn das Volk es nicht als entehrend ansehe? Er beantragt eine Gefängnißstrafe von 1 bis 12 Jahren. Abschrecken könne man doch selbst durch die härteste Strafe nicht, nicht durch Todesstrafe, nicht durch Galgen und Rad. Wenn man den Schutz der Nationalversammlung wolle, dann möge man alle Soldaten, die sich auf fünf Meilen im Umkreise befinden, auf den Schutz der Nationalversammlung verpflichten. Nicht als ob er glaube, daß man vor der Centralgewalt etwas zu fürchten habe; allein es habe sich schon gezeigt, daß sie manchen Bestrebungen gegenüber ohnmächtig sey, und es könnte geschehen, daß man das Herz, welches von ihnen noch durch die Regierungen genannten Offizieren, befehligt werde mit Umgehung der Centralgewalt zu andern Zwecken verwendete, darum müsse man eine Garantie in dem Eide der Soldaten suchen. Er habe das Glück gehabt, von dem edlen Hr. v. Binde an die Spitze der Freischaaren der rothen Republik gestellt zu werden. Das sey eine leichtsinnige Entstellung und Verdächtigung seiner Rede, die er dem gesunden Urtheil der Versammlung und des Publikums überlasse. Seine Partei müßtelige jedes gewaltsame Auftehnen gegen die Nationalversammlung und ihr zu schaffendes Werk. Sie bedauere, daß sie mit vielen Beschlüssen der Nationalversammlung und mit deren Geist nicht einverstanden sein könne; aber sie müßtelige es, daß man die Mitglieder der Mehrheit Verräther genannt und das Vertrauen zur Nationalversammlung zu untergraben suche. Allein sie wolle nicht durch anarchische Bestrebungen, an denen sie kein Theil habe, sich von ihrem Ziele zurückdrängen lassen; nur wenn man zwischen anarchischen und reaktionären Bestrebungen hindurch gehe, könne man das Ziel erreichen. Die Nationalversammlung dürfe das eben erst proklamirte Vereinsrecht nicht ohne die wichtigsten Gründe aufheben. Wenn man öffentliche Versammlungen verbiete, dann bilden sich geheime Vereine. Hätte keine öffentliche Versammlung stattge-

Digitized by Google

gefunden, so würde man nicht erfahren haben, was vorgehe, und hätte nicht Truppen herbeiziehen und andere Verkehrungen treffen können. In England, wo das Gesetz zur Zeit der Parteikämpfe gemacht, erstrecke sich das Verbot nur auf 3 englische Meilen im Umkreis, und dort sey eine große Hauptstadt von 14 Millionen, also mehr Bevölkerung, als im ganzen Umkreis von Frankfurt. Edel bedauert, daß das Militär, sich am 18. September auf den Schutz der Nationalversammlung beschränken mußte, und sich nicht verdoppeln konnte, um auch den Barrikadenbau zu hindern. Er hält das Gesetz für nothwendig, weil die Partikular-Gesetzgebungen keine Bestimmung über Hochverrath gegen die gesammte Nation enthielten. Dagegen erklärt er sich gegen die Ausdehnung auf die Beamten der Centralgewalt, weil die Repräsentanten der Nation höher stehen müßten, als alles Andere. Den Vorwurf der Reaktion betreffend, versichert er, die Mehrheit sey sich keiner andern Reaktion bewußt, als der Rückkehr in die Bahn des Gesetzes. Venedey: Ludwig Philipp hat die Emeuten in seinem Interesse aufgeboten, anstatt sie sich zur Lehre zu nehmen; Sie sind auf demselben Wege. Die Engländer haben ihre Emeuten nicht aufgeboten; der Aufstand in Irland wurde energisch unterdrückt; aber alsbald kommt Lord John Russell nach Irland, um sich persönlich von den Bedürfnissen des Landes zu überzeugen. Die Stellung der Nationalversammlung nach Innen und Außen ist nicht die rechte. Nach dem Sistirungsbeschluß hatte man im Ausland Respect vor ihr: seit der Annahme des Waffenstillstands spricht man im wegwerfenden Tone von ihr; wir haben die Wühlerei bekämpft und dem Aufstand den moralischen Boden entzogen. Sie sind blos den Auffstand entgegengetreten, der hier an die Thüre klopfte; wir wollen auch der andern Seite entgegentreten. Es ist Gefahr vorhanden, daß das Militärregiment uns über den Kopf wächst. Wir wollen jedem Minister oder Andern, der etwas Aehnliches spricht, die Nationalversammlung mit Gewalt aufheben, die ganze Strenge des Gesetzes entgegenhalten; darum Verpflichtung des Militärs als Schutz gegen Reaktion. Vogt findet die Ereignisse sehr beklagenswerth, noch beklagenswerther aber, daß man sie einer ganzen Partei, Männern, die ihre Ueberzeugung hier offen aussprechen, frech und unverschämt in die Schuhe schiebe. Er habe allerdings gesagt, man müsse an die Leidenschaften appelliren und sage es noch; denn nur die Leidenschaft vermöge jeder Noth umzuwälzen, und unsere verrotteten Zustände zu verbessern. Wenn daß er an die Leidenschaften appellirt hätte, die sich bei diesen Ereignissen kund gegeben, so weise er als Schmähung gegen eine ganze Partei zurück. An jeder Partei, der ehrlichen reaktionäcen wie der ehrlichen republikanischen, hänge ein Schwanz, mit dem sie sich nicht gern bestrunde; wer aber diesen Schwanz mit der Partei indentifizire, der verläumde sie. Allerdings seyen auch in England bei den Reformbestrebungen Ungesetzlichkeiten vorgefallen; aber Niemand habe O'Connell in die Schuhe geschoben, was Smith O'Brien gethan. Der Redner geht sodann den Gesetzentwurf durch, und tadelt, daß man lebenslängliches Gefängniß einführen wolle, was selbst Metternich nicht gewollt habe. Was in Volksversammlungen unter freiem Himmel vorgehe, sey nicht zu sicher; man solle fürchten, was in den Kabinetten vorgehe, das sey die rechte Furcht. Eine Meile Umfang sey genug, zumal den Volksversammlungen auch Solche beiwohnen, die sich nach ihrer Rückkehr zu Protokoll vernehmen lassen, so daß man von einem etwaigen Uebereall noch zeitig genug Nachricht erhalte. Wenn die Beamten und Diener der Nationalversammlung gegen Beleidigung geschützt seyn sollten, möge man ihnen Abzeichen geben, wie etwa den Herolden im Dom zu Köln. Er verlangt öffentliches Verfahren mit Geschworenengerichten und Zulassung mildernder Umstände und daß die Nationalversammlung in allen Fällen die Strafe herabsetzen oder erlassen könne; die Majorität könne ja alsdann Diejenigen begnadigen, die von oben herab einen Angriff auf sie begehen. Schaffrath erklärt gegen Riesser, Deutschland wolle auch keine blutige Centralgewalt, keine blos politische Einheit. Er protestirt dagegen, daß man ruhige Gegenden mit Truppen belege ꝛc. Mittermaier motivirt 2 Anträge, den einen, daß bei Zusammentreffen mildernder Umstände der Richter die Strafe herabsetzen dürfe, ferner, daß die Centralgewalt Einleitung treffe, damit die hier aufgezählten Vergehen durch öffentlich-mündliche Geschworenengerichte abgeurtheilt würden. Er macht aber darauf aufmerksam, daß das Verbot der Volksversammlungen auf 5 Meilen im Umfang „fünf Nationen“ treffe. Die Versammlung möge nicht im Zorn Gesetze geben, sonst werde die Strafe in der öffentlichen Meinung kein Vertrauen haben. v. Winke widerlegt mehrere Redner vor ihm. Den Barrikadenbau habe man wegen Anfangs ungenügender Truppenzahl nicht verhindern können, da die Truppen vor Allem die Nationalversammlung schützen mußten. Die planmäßige Leitung des ganzen Aufstandes und seinen Zusammenhang mit auswärtigen Bewegungen müsse auch der Blinde erkennen. Daß die linke Seite Anträge der Empörer zurückgewiesen, sey ehrenwerth; sie hätten aber auch den Behörden davon Anzeige machen sollen. Der Antrag auf Verpflichtung des Militärs auf den Schutz der Versammlung scheint ihm nach dem bisherigen Verhalten der Truppen überflüssig und für dieselben beleidigend. Was Hrn. Schober betreffe, so habe dieser früher von einer neuen blutigen Revolution gesprochen; er (Winke) habe ihm den Muth zugetraut, sich an ihre Spitze zu stellen; wenn er darin geirrt, bitte er um Verzeihung. Der Redner widerspricht dem mehreren Behauptungen Vogts und äußert weiter: er achte übrigens Diejenigen, die hier offen eine äußerste Ansicht vertreten, mehr als Diejenigen, die stets an den Grenzen der Revolution umherstreifen, und mit der Revolution kokettiren. Schober tragt den Redner, ob er ihn und seine Partei gemeint; Andere vom linken Centrum schließen sich an. Auf die Frage des Präsidenten erklärt v. Winke, er habe seine Partei gemeint, die mit der Revolution fokettire. . . . . (Unterbrechung links: Das ist frech!) Der Präsident: Wenn sie den Redner beleidigen, ehe er sich erklärt, so ist die Freiheit auf ihrer Seite. Heftiger Tumult. Von der Linken wird verlangt, daß Stavenhagen zur Ordnung gerufen werde, weil er von „Hinauswerfen“ gesprochen. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung. Baisermann verlangt, daß über die beleidigende Aeußerung Köstels von Oels gegen den Präsidenten, die er nicht wiederholen wolle, eine Commission zum Gutachten aufgefordert werde. Die Linke versichert, die Aeußerung Köstels nicht gehört zu haben. Letzterer bemerkt, seine Aeußerung müsse mit jener des Präsidenten im Zusammenhang genommen werden. Der Präsident ist damit einverstanden, wenn über jene und Köstels Aeußerung im Zusammenhang von der Commission berichtet werde. Zell beantragt die Vorlage einer Disciplinarverfassung für die Nationalversammlung. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die gestern für den Schmidt-Wiesner'schen und Gagern'schen Antrag ernannte Commission solle auch über den heutigen Vorgang berichten und zugleich auch den Entwurf eines Disciplinarverfahrens zur Handhabung der Ordnung in der Versammlung vorlegen. Im Verlaufe des stürmischen Auftritts hatte Schober durch Verlesen seiner Waffenstillstands-Rede zu belegen gesucht, daß v. Winke ihn mehr als Vertheidiger der Aufreizung zur Revolution beschuldigt habe.

München, 7. Oktober. Man ersieht aus dem Präsidenten der hiesigen Assisen sey Oberappellationsrath Kilian festgesetzt, für Unterfranken Oberappellationsrath Hauf, für Mittelfranken Oberappellationsrath Petersen; auch sollen die Bezirksgerichte für ganz Bayern schon bestimmt seyn.

Se. Maj. der König hat genehmigt, daß das für die Betreffenden von den neunzig Jahren die laufen. 1812/13 gestiftete Denkzeichen in soweit der bereits sezige Verrath ausreiche, am 12. Oct. l. Js. als an dem allerhöchsten Namensfeste vertheilt werden dürfe.

München, 8 Oktbr. Der demokratische Verein hat folgende Adresse beschlossen: „Ansprache der unterzeichneten Einwohner Münchens an die deutsche Nationalversammlung. In der feierlich proklamirten Souveränetät des deutschen Volkes und in dem obersten Rechtssatz freier Staaten, wonach die Nationalvertretung den Willen der Mehrheit des Volkes repräsentiren muß, finden die beiden Ansprachen der linken Seite der deutschen Nationalversammlung an das deutsche Volk ihre innere Berechtigung. Die äußere Veranlassung — der Waffenstillstand mit Dänemark — ist eine Frage der Ehre und Einheit Deutschlands, vollwichtig genug, die Berufung an die Nation zu rechtfertigen. Dieser Berufung Folge gebend und tief ergriffen von der Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner ereignißschweren Bedeutung erklären die Unterzeichneten: Die geringe Majorität vom 16. Sept. können wir da, wo es sich um die Ehre und Einheit des Vaterlandes handelt, nicht als Willensausdruck der Mehrheit des Volkes erachten. Wir sehen in der Genehmigung des Waffenstillstandes „auf Grund einer angeblich dänischer Seits erklärten Bereitwilligkeit zu Veränderungen“ und mit dem Beisatze: „soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist“, den Hohepunkt jenes traurigen Systems der Halbheit, das aus freiheitsfeindlichen innern und äußeren Verhältnissen erwachsen, selbst unsere Ehre nicht schont, um unsere Freiheit zu vernichten. Schleswig-Holstein hat den Waffenstillstand verworfen, die willkürlich gesetzte Regierung verjagt, und die dänische Zumuthlosmachtsmission geächtet. Was ist nun bei dieser Sachlage noch ausführbar? Dänemark hat die Zusagen seines Gesandten verläugnet, und den Herzogthümern auf eigne Faust eine Regierung in der Person von Landesverräthern aufzudringen versucht.

Digitized by Google

Wo ist da die gerühmte Bereitwilligkeit zu Abänderung des Waffenstillstandsvertrags? — Die Ehre des Volkes wurde dynastischen Interessen geopfert; die Einheit des Vaterlandes gefährdet; eine furchtbare That der Verzweiflung, von welcher jeder Vaterlandsfreund zurücktritt, herausbeschworen, und der Reaktion neue Bahn geöffnet. Wir verkennen die Nothwendigkeit nicht, sich dem sozialistischen Mehrheitsbeschlusse des Parlamentes, wenn auch mit schwerem Herzen, unterzuordnen, halten es aber für eine heilige Pflicht, in dieser ernsten Stunde der Entscheidung offen vor der Nation zu bekennen: „die Männer der Minorität vom 16. Sept. haben in unserem Sinne, nach unserem Willen gehandelt. Wo es die Ehre gilt, kennen wir keine Wahl. München, 8. Oktbr. 1848.“ Diese Ansprache liegt zur Unterzeichnung auf dem Rathhaussaale und in der Studentenhauptwache auf. (R. K.)

München, 6. Oktbr. In den gestrigen und heutigen Sitzungen des ärztlichen Kongresses wurden die Verhältnisse der praktischen Aerzte diskutirt. Als Prinzipfrage wurde die Freigebung der ärztlichen Praxis vor allen hiehin ins Auge gefaßt. Die Diskussion darüber wurde mit Besonnenheit von Einigen, von Andern mit Heftigkeit und selbst mit Bitterkeit geführt. Für die unbedingte Freigebung der ärztlichen Praxis sprachen und votirten v. Walther, Seitz und Graf aus München, Heyfelder aus Erlangen, Wirrer aus Bamberg, Jochner von Neu-Ulm; dagegen waren v. Ringseis, Buchner und fast alle Deputirten aus der Reihe der Gerichts- und praktischen Aerzte. Die Beschlüsse lauteten so: „Der praktische Arzt erhalte als solcher das bayerische Staatsbürgerrecht und den Titel zur Ausübung desselben. Es werde ihm im Staate ein bestimmtes Rang- und Standesverhältniß angewiesen, wie solches den Advokaten. Die ärztliche Praxis werde nicht freigegeben. Das ganze Königreich werde in ärztliche Distrikte durch die oberste Medizinalbehörde, je nach Maßgabe der Bevölkerung, der Lokalitätsverhältnisse, des Wohlstandes der Einwohner, nach eingeholtem Gutachten von Seite der Kreisbehörden, der Polizeibehörden, der Gerichtsärzte, der ärztlichen Vereine und der Gemeinden neu eingetheilt, ohne Rücksichtsnahme auf das subalterne ärztliche Personal (Chirurgen, Landärzte, Bader). Sämmtliche Distrikte der praktischen Aerzte werden nach eingeholten Gutachten der Polizeibehörden, der Physikate und der ärztlichen Kreisvereine durch die betreffende Kreisbehörde in Bezirksklassen eingetheilt. Für jene Distrikte, deren Bewohner so arm sind, daß der Arzt dort nicht bestehen kann, werde ein Sustentationsbeitrag von 200 bis 300 fl. jährlich aus Staatsmitteln genehmigt. Jede erledigte Stelle werde durch alle Kreis-Intelligenzblätter öffentlich bekannt gemacht und nach dem Rechte der Ancienneität und nach der Qualifikation nach eingeholtem Gutachten der Kreisregierung durch die oberste Medizinalbehörde besetzt, aber nicht vor Verfluß von vier Wochen nach dem Ausschreiben. Eine Versetzung oder Entsetzung der praktischen Aerzte kann auf administrativem oder disziplinarem Wege nie stattfinden. Der Arzt soll nicht gedalten seyn, irgend eine Funktion unentgeltlich vorzunehmen. Die Armenpraxis werde dem praktischen Arzte des betreffenden Distriktes oder Distriktskomplexes gegen eine fixe Remuneration übertragen mit Sitz und Stimme im Lokalarmenpflegschaftsrathe. Die Todtenbeschau werde vorzugsweise dem praktischen Arzte des Distriktes oder Distriktskomplexes übertragen und nach einer für Kinder und Erwachsene gleichen und nach Maßgabe der Entfernung zu erhöhenden Taxe honorirt, und das Honorar werde mit den Leichengebühren erhoben. Die kurative Behandlung aller forensen Fälle gebühren den praktischen und Gerichtsärzten; jedoch können solche nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit unter spezieller Leitung eines Arztes und unter bestimmter Rapporterstattung an denselben auch vom untergeordneten ärztlichen Personale übernommen werden. Der praktische Arzt des Gerichtssprengels ist Stellvertreter des Gerichtsarztes in dessen Verhinderungsfalle und bei Vakaturen nach ein für allemal bei der Einweisung in dem Distrikt schon stattgehabter Beeidigung. Zur Lassetechen und Konstription ist statt (wie bisher) eines Chirurgen die Zuziehung eines praktischen Arztes nöthig. Die Zeugnisse der praktischen Aerzte bedürfen zu ihrer rechtlichen Giltigkeit keiner weiteren Bestätigung, als der Aechtheit ihrer Unterschrift. Die bisherige Qualifikation der praktischen Aerzte durch die Polizeibehörden und Gerichtsärzte hat aufzuhören. Bei Bewerbungen ist dieselbe durch offene Zeugnisse nachzuweisen. Nur an Orten, wo keine Apotheke ist, sollen die Dispensiranstalten der praktischen Aerzte fortbestehen (mithin müssen die homöopatischen Dispensiranstalten von München u. s. w. fallen! Ref.), wenn sie nach eingeholtem Gutachten von Seite der Polizeibehörden, des Gerichtsarztes, der umwohnenden Aerzte und der einschlägigen Gemeinden nothwendig sind. Jedoch hat der Arzt die nöthigen Arzneistoffe aus einer der Apotheken des Gerichtsbezirkes nach dem Civilgewichte zu nehmen und nach dem Medizinalgewichte abzugeben. Bei Besetzung von ärztlichen Stellen, die mit ständigen Geldbezügen verbunden sind, soll auf die möglichst gleichheitliche Vertheilung unter den Aerzten Rücksicht genommen werden. Die Aerzte sind gegen alle Beeinträchtigung ihrer Rechte kräftig zu schützen, möge solche von Gerichtsbehörden oder von untergeordnetem ärztlichen Personale ausgehen. Die Instruktionen für das subalterne ärztliche Personal sollen einer strengen Revision und einer bestimmten und klaren Bezeichnung der Befugnisse unterworfen werden mit beiderseitiger Berücksichtigung ihrer Dispensfreiheit. Bei Revision dieser Instruktionen möge die möglichste Rücksicht auf die Anträge der ärztlichen Kreisvereine genommen werden. Die Ertheilung der Reisestipendien soll an die würdigsten und ausgezeichnetsten geprüften Aerzte erfolgen. Den Maßstab hiefür bilden die Resultate der vorausgegangenen Prüfungen und eines eigens dazu abgehaltenen Konkurses.“ (K. v. u. f. D.)

Fürstenthum Reuß. Die seit einiger Zeit verbreiteten Gerüchte von der beabsichtigten Abdankung des Fürsten Reuß-Ebersdorf (Heinrich **LXXII.**, geb. 1797, gelangte zur Regierung im Juli 1822 und ist unvermählt) erhalten ihre Bestätigung durch folgende Urkunde, kraft deren er seine Regierung niederlegt hat:

Geraume Zeit ist es mein Vorsatz, wegen meiner erschütterten Gesundheit die Führung der Regierung niederzulegen. Jetzt bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenlager geworfen ward, ist es gebieterische Pflicht. Und — schwarzer, unerwarteter Undank von mancher Seite hat mein Wirken abgeschnitten. Deshalb — habe ich schon im April am rechten Ort meinen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, ausgeziehen. Dieß Falls fige Vereinbarung ist endlich erfolgt. Ich lege, lange dieses, zum Besten meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihre des regierenden Fürsten von Schleiz Durchlaucht und Liebden, die Regierung nieder. Treu glaube ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für meine Wahlsprüche; „Volkswohl ist Fürstenlust!“, „Reform, nicht Revolution!“ gewirkt zu haben. Wenn mir's nicht ganz möglich ward, wenn mein öffentlicher Charakter verschleiert, so wirkten dazu ungünstige Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Provokollen-Nacht. Nun, die große Zukunft wird Alles besser! Mein Trost ist Aber Bitteres ist die feste Hoffnung, die ich schon am 24. März öffentlich aussprach: „Ein freies, großes, starkes Deutschland, so mein teine Sprache.“ Ein Lab — der letzte Blutstropfen. Mein herzliches Lebewohl Denen meiner theuern Landsleute, die mit einen Rest von Liebe schenken. Urkundlich meiner eigenhändigen Vollziehung und Beidrückung meines fürstl. Wappens. Den 1. Oct. 1848. H. d. **LXXII.** Fürst Reuß.

Berlin, 7. Oktober. Ein Gerücht, das schon vor längerer Zeit einmal Tagesgespräch war, ist jetzt von neuem aufgetaucht. Uns in die Oeffentlichkeit desselben aus einer Quelle zugegangen, deren Lauterkeit jeden Zweifel über Begründung ausschließt. (?) Es sollen alles Ernstes diplomatische Unterhandlungen schweben, welche die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen unter der Bedingung einer Theilung der preußischen Monarchie in drei von einander völlig zu trennende Dynastien bezwecken. Die Theilung wird in der Weise projektirt, daß Pommern, Preußen und Posen dem Prinzen von Preußen, Rheinland und Westphalen dem Sohne des Prinzen Karl als getrennte Königreiche überlassen werden sollen. Die übrigen Provinzen bleiben als Königreich Preußen unter dem gegenwärtigen Könige vereinigt, der mit dieser verminderten Macht im Besitz der deutschen Kaiserkrone den übrigen Staaten Deutschlands geringere Besorgnisse einflößen würde, als sich bei Gelegenheit der bisherigen Verhandlungen kundgegeben haben. Wir müssen zwar Jedem überlassen, hiervon so viel oder so wenig er will zu glauben, wir wiederholen indeß die Glaubwürdigkeit unserer Quelle. — Auf den 27. Oct. ist der Zusammentritt der Oppositionsmitglieder der verschiedenen constituirenden Versammlungen Deutschlands hier in Berlin zur vorläufigen Berathung der Schritte wegen der Constituirung eines neuen deutschen Parlaments angesetzt. Die Conferenz wird drei Tage dauern.

Nachdem die hiesige berliner lithographirten Nachrichten bereits zwei Mal von einem von den Mitgliedern der Linken der verschiedenen National- und Ständeversammlungen gegen die Deutsche Reichsversammlung gerichteten Plan gesprochen, berichtet jetzt auch die Berlinische Zeitung auf Berlin vom 7. Oct. aus angeblich ganz sicherer Quelle Folgendes: Eine bemerkenswerthe Conferenz soll hier unlängst zwischen einigen Oppositionsmitgliedern der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen und einigen Mitgliedern der Linken der hiesigen Nationalversammlung stattgefunden haben, wo-

Digitized by Google

nin, wie es heißt, der Beschluß gefaßt worden sein soll, sich mit den oppositionellen Fractionen aller übrigen deutschen Ständeversammlungen zu vereinigen und in einem gemeinschaftlichen Manifest die Nichtanerkennung des frankfurter Parlaments auszusprechen. Zugleich solle in diesem Manifest die Constituirung eines neuen deutschen Parlaments vorbereitet werden, dessen Sitz Berlin sein würde. Das erwähnte Manifest soll bereits ausgegeben, dessen weitere Verbreitung jedoch nicht erwünscht sein. Hr. R. Ruge scheint an diesem neuesten Unternehmen vom Standepunkt seiner Weltanschauung großen Antheil zu haben. (D. A. Z.)

Die Berlinische Zeitung vom 7. Oct. sagt: Bekanntlich ist unserer Regierung Seitens der frankfurter Centralgewalt, und wie es heißt, in wenig höflichen Tone, die Aufforderung zugegangen, ihre diplomatischen Vertreter und Agenten im Auslande zurückzuziehen oder ihnen wenigstens sofort die Weisung zu ertheilen, sich vollständig den Anweisungen der auswärtigen Vertreter der Centralgewalt unterzuordnen, da es nicht ferner statthaft sein könne, daß eine Vertretung der einzelnen deutschen Staaten im Auslande bestehe. Die Zeitungs-Halle will jetzt in ihrer neuesten Nummer wissen, daß die preußische Regierung in einem Schreiben vom 4. October der Centralgewalt die Antwort ertheilt habe, daß sie eine Folgeleistung jener Aufforderung nicht zusagen könne. (D. A. Z.)

Breslau, 6. Oct. Soeben bringt der Güterzug der Oberschlesischen Eisenbahn die Nachricht mit, daß das österreichische Militair gestern früh aus Krakau eiligst nach Ungarn aufgebrochen und auf Wagen nach dort transportirt worden ist. Es ist nur eine kleine Besatzung in Krakau zurückgeblieben. Wird es in Krakau ruhig bleiben? Seit Wochen spricht man nämlich von einer neuen Bewegung, welche in Wielizka angeblich ihren Anfang nehmen sollte.

Kiel, 4. October. Das gestrige Gerücht, daß die Bestätigung der von Hrn. v. Reedtz in Berlin versprochenen Concessionen aus Kopenhagen schon erfolgt sei, hat sich nicht bestätigt, vielmehr dürften bei den in Schleswig (wie es scheint) mit dem dänischen Commissar jetzt fortgesetzten Verhandlungen noch einige Anstände vorliegen, deren baldige Beseitigung jedoch Niemand bezweifelt. Die Centralgewalt und Preußen haben den entschiedenen Willen geäußert, daß der Waffenstillstand nun wirklich auch hiesigerseits nach Möglichkeit aufgeführt werde. In diesen Sinne scheint Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen einigermaßen jetzt ausgeführt zu sein, ein Schritt, der übrigens nach der bestehenden Organisation des Armeewesens thatsächlich fast gar keine bedeutenden Schwierigkeiten hatte.

Wien, 5. Oct. Große Truppenmassen werden seit gestern von allen Seiten nach Ungarn dordert. Gerüchtsweise wird auch von einem Armeekorps gesprochen, das in Mähren unter dem Fürsten Windisch-Grätz concentrirt werden soll. Der in Wien commandirende General Graf Auersberg wird als dessen Nachfolger in Böhmen genannt; Feldmarschallieutenant D'Aspre soll an dessen Stelle nach Wien kommen.

Ungarn.

Pesth, 3 Oct. Eben sind mit dem Szolnoter Bahnzuge 6000 meist mit Sensen, aber auch mit Gewehren bewaffnete Bauern angekommen und sogleich ins Lager abmarschirt. Andere 6000 M. werden erwartet. Bemerkenswerth ist es, daß der Fürst-Primas von Ungarn, Johann Ham, hier weilt und sehr häufig in den Straßen promenirt. Er scheint der ungarischen Nationalerhebung treu anzuhängen. — Sämmtliche Setzer hatten sich dem Landsturm angeschlossen, sodaß auf Befehl der Regierung einige zurückbleiben mußten, um die Regierungspresse zu versehen. Die hiesigen Blätter sind daher gestern und heute nicht erschienen.

Pesth, 4. Oct. Gestern Abend kamen der Kriegsminister General Lazar Meßaros und der General Ernö Kis aus dem Nageer an. Sie wurden vom Volk angehalten und mußten vom Balcon des Gasthofs zur Königin von England herunter sprechen. Der Kriegsminister erzählte, daß Jellachich den von ihm begehrten und von uns bewilligten dreitägigen Waffenstillstand gebrochen, indem er während desselben mit dem größten Theile seiner Armee sich auf die Flucht begeben. Er werde aber nachdrücklich verfolgt und gewiß vernichtet werden. Wenn er selbst entkäme, so werde er sein Leben lang daran denken daß er in Ungarn gewesen. Das Volk hörte ihn sowie auch den General Kis mit vielen Beifall. Ein eben erschienes Placat zeigt an, daß Jellachich „in schändlicher Weise" mit dem besten Theile seiner Truppen während des Waffenstillstandes über Moor gegen Raab sich gezogen und jetzt „wahrscheinlich" in dieser Stadt schon eingetroffen sei. Der Landsturm des raaber Comitats werde ihn aber wohl aufhalten, bis unsere Armee ihn erreicht. An 20,000 M., welche Jellachich in seinem Lager zurückgelassen, wollen capituliren. Einzelne Transporte von Gefangenen, Geschütz und Munition werden dahier ständlich eingebracht.

1½ Uhr Nachmittag. Die heutige Mittagssitzung ward durch einen Kurier unterbrochen, welcher aus dem Lager eintraf. Wir erfahren aber, daß dieser Kurier die erfreuliche Nachricht von der gänzlichen Niederlage des feindlichen Heeres bei Stuhlweißenburg überbrachte. Heute werden 1500 Gefangene hier eingebracht, welche in der heutigen Schlacht gemacht wurden. Der feindliche General Roth wird morgen in seinen Positionen angegriffen werden. Die von mir gestern mitgetheilten Nachrichten finde ich heute offiziell bestätigt.

Italien.

Mailand, 2. October. Die Gerüchte von republikanischen Aufständen in Piemont haben sich bis jetzt nicht bestätigt. Da außer der hier erscheinenden Gazetta di Milano, an deren Inhalt man ohne Mühe den äußersten Censurzwang erkennt, kein einziges Blatt aus Italien zugelassen wird, so haben die Verbreiter von Lärmgerüchten hier leichtes Spiel. Das arme Volk glaubt um so lieber alles was man zu Ungunsten Oesterreichs verbreitet, als zu dem politischen Haß noch eine entsetzliche Nahrungslosigkeit, ein undescheidliches Elend der arbeitenden Bevölkerung hinzugekommen ist. Jedes Ereigniß das den Stand der Dinge auf irgendeine Weise ändern könnte, würde hier freudigst begrüßt. Inzwischen vernimmt man gar nichts über den Erfolg der Unterhandlungen. Die Sache dürfte auf die lange Bank geschoben und der Waffenstillstand noch einmal verlängert werden, wenn es die Kriegsbarrieri in Aurin sich gefallen läßt. Radetzky hat sich inzwischen wiederholt bestimmt geweigert das prächtige Belagerungsgeschütz der Piemontesen welches in Peschiera erbeutet worden ist, herauszugeben, weil in Betreff Venedigs der Waffenstillstandsvertrag von den Piemontesen zuerst gebrochen wurde. Der zum Tod verurtheilte Wirth des Gasthauses San Marco ist von Radetzky begnadigt worden. Einige bayerische Offiziere sind hier angekommen, um den Schauplatz des letzten Krieges als Liebhaber in Augenschein zu nehmen, (A. Z.)

Bayreuth, 10. Octbr. Die neueste Würzburger- sowie die Wiener-Post sind heute nicht eingetroffen.

Anzeigen.

In Bayreuth und Hof in der Grau'schen Buchhandlung — Bamberg bei Hohlbach — Coburg bei Meusel & Sohn und in allen auswärtigen Buchhandlungen ist zu haben:
(Zur Erhöhung der Feier von Familienfesten.)

L. Schellhorn auserlesene

Geburtstags-, Hochzeits- und Abschiedsgedichte.

Ferner Stammbuchsverse, Räthsel und Polterabendscherze.

6. verb. Auflage. — Preis 54 kr.

Ein schönes Gedicht ist bei Polterabend-, Hochzeits- und Geburtstags-Feierlichkeiten von großem Werthe. Diese Sammlung enthält davon 75 Geburtstagsgedichte an Vater, Mutter, Großältern. — 23 Hochzeits-, 20 Liebes-, 8 Abschieds- und 14 vermischte Gedichte, 40 Neujahrswünsche, 34 Grabverse, 50 Stammbuchverse. — Denksprüche, — 4 Polterabendscherze und 29 Räthsel. (8500 Exemplare wurden bereits davon abgeizt.)

Bei Neustädter in der Jägerstraße dahier, ist die Oeconomie zu verpachten, und kann zu Lichtmeß 1849 bereits angetreten werden.

Dieselbe besteht aus Wohnung, Rindviehstallung, Gemüsegarten und Wiese sammt Obstertrag.

Solide Bewerber erhalten Auskunft bei dem Fabrikanten Jacob Neustädter, derselbe ertheilet sich auch einzelne Bestandtheile, Pachtweise zu überlassen.

Einige Mädchen von guter Erziehung finden Beschäftigung. Wo? sagt die Expedition.

Neue **ächte holländer** Häringe.
Fried. Eisenbeis.

Neue **Vollhäringe** bei
Wilh. Höflich.

Aechte neue **Vollhäringe** bei
August Pausch.

Ein möblirtes Zimmer stündlich zu vermiethen. Breite Gasse F. N. 268.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag | Nro. 284. | 12. October 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 9. October. Die Nationalversammlung hat heute über das Gesetz, welches sie und ihre Mitglieder, sowie die Beamten der Centralgewalt gegen gewaltsame Angriffe, sowie gegen öffentliche Beleidigungen, Thätlichkeiten u. s. w. sicher stellen soll, angenommen. Alle Bemühungen der Opposition, die Härte dieses Gesetzes zu mildern, blieben fruchtlos. Sie konnte eben so wenig durchsetzen, daß das Militair auf den Schutz der Nationalversammlung beschränkt werde (was von mehreren Rednern als ein Schutz gegen Reaktion vorgeschlagen war) und daß in einem Umkreis von 5 Meilen vom Sitze der Nationalversammlung (also in demselben Rayon, in welchem Volksversammlungen verboten sind) keine außerordentlichen Truppenconcentrirungen Statt finden dürfen! Das Einzige, was die Opposition durchsetzte war, daß wegen Beleidigungen gegen Reichstagsmitglieder nur auf Antrag der Beleidigten eine Untersuchung eingeleitet werden darf, und daß die Centralgewalt ersucht wird, für baldige Einführung der Geschworenengerichte zur Aburtheilung der in diesem Gesetz bezeichneten Verbrechen zu sorgen, und auch diese Bestimmung ging mit so kleiner Mehrheit durch, daß man allgemein glaubte, sie sey verworfen. Der Artikel, wonach wegen Beleidigung der Nationalversammlung in Druckschriften auf 2 Jahre Gefängniß erkannt werden soll, blieb unverändert. Die Preßfreiheit und das Vereinigungsrecht erhalten durch diese Beschlüsse einen harten Stoß, ohne daß das Ansehen der Nationalversammlung dadei gewinnen wird. Sie hat dadurch unstreitig einen harten Schritt auf den Bahn der Reaktion getan gemacht. Die Thatsächen Austritte der vorigen Sitzung sind heute durch beglaubigte Erklärungen der Herren v. Gagern, v. Stavenhagen und Rösler beigelegt worden.

Frankfurt, 9. October. Nachmittags 2 Uhr. Das Gesetz über den Schutz der Reichsversammlung wurde in der heutigen 93. Sitzung in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben: „Gesetz betreffend den Schutz der constituirenden Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt. Der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 9. Oct. verkündet als Gesetz: Art. 1. Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, ist Hochverrath und wird mit Gefängnißstrafe und je nach Verhältniß der Umstände mit Zuchthausstrafe bis zu zwanzig Jahren bestraft. (Verbesserungsantrag v. Mühlfeld's mit 199 gegen 192 Stimmen.) Wer zu solchen Handlungen öffentlich auffordert, wird nach richterlichem Ermessen bestraft (Schober). Art. 2. Die Theilnahme an einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokales stattfindet und sich nicht auf die „dreimalige" (Vogt) Aufforderung der zuständigen Behörde oder auf den Befehl des Vorsitzenden der Nationalversammlung auflöst, wird bei Anstiftern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu einem Jahr, bei andern Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft. (Anschußantrag.) Die Aufforderung muß mit einem allgemeinen wahrnehmbaren Zeichen, z. B. Aufpflanzen einer Fahne, weißen Tuches, Trommelschlag oder dergleichen begleitet seyn. (Wigard.) Art. 3. Es ist während der ganzen Dauer der Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft. Art. VI. Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslocal der Nationalversammlung, oder thätliche Widersetzlichkeit gegen die mit Ausweisung dort befindlicher Personen Beauftragten, endlich eine im Sitzungslocale von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglieder, Beamten oder Diener, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. Thätlichkeiten im Sitzungslokale an einem Mitglieder, Beamten oder Diener der Versammlung verübt, werden außer der gesetzlichen Strafe der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt. Art. V. Oeffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung, auch außerhalb des Sitzungslocales verübt, unterliegen einer Gefängnißstrafe bis zu 1 Jahren. (Mit 226 gegen 161 bei namentlicher Abstimmung.) Art. VI. Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung in Beziehung auf seine Eigenschaft oder sein Verhalten-als Abgeordneter verübte Thätlichkeit, wird außer der gesetzlichen Strafe der Handlung, mit Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft. Bei gefährlichen Bedrohungen oder öffentlichen Beleidigungen dieser Art, tritt eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten ein. (Antrag des Ausschusses.) Wegen solcher öffentlichen Beleidigungen findet eine gerichtliche Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten statt. (Dieß auch zu Saarbrücken.) Art. VII. Als eine öffentliche wird jede Beleidigung betrachtet, welche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen stattgefunden hat, oder in gedruckten oder ungedruckten Schriften, welche verkauft, vertheilt oder herumgetragen, zur Ansicht des Publikums angeschlagen oder ausgestellt werden, enthalten ist. Art. VIII. Die Bestimmungen der Artikel IV und VI finden auch Anwendung auf Bedrohungen, Beleidigungen und Thätlichkeiten gegen Beamte der provisorischen Centralgewalt. (Unter 380 Stimmen mit 195 gegen 185 Stimmen angenommen) Zusatzartikel. Vorstehendes Gesetz tritt in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt mit dem 3. Tage, im Kurfürstenthum Hessen, in dem Großherzogthum Hessen, in dem Herzogthum Nassau, in der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in dem königlich preußischen Kreise Wetzlar mit dem zehnten Tage, in allen übrigen Theilen Deutschlands mit dem zwanzigsten Tage nach dem Tage der Ausgabe des betreffenden „Reichsgesetzblattes Frankfurt, in Kraft. (Ausschußantrag.) Die Nationalversammlung beschließt, das Reichsministerium aufzufordern, ungesäumt Einleitungen zu treffen, daß wenigstens die in Art. I bis IV bezeichneten Verbrechen auf den Grund der mündlichen und öffentlichen Verhandlungen durch Geschworne abgeurtheilt werden. (Mittermaier.)

Die D.-A.-Ztg. meldet in ihrem amtlichen Theil: Der österreichische Contre-Admiral Seurbeau ist durch anderweitige Geschäfte verhindert, dem an ihn ergangenen Rufe, zur Bildung der deutschen Marine mitzuwirken, zu folgen. Das Ministerium hat ungesäumt veranlaßt, daß andere erfahrne Männer des Marinefaches hier eintreffen, um mit ihnen die Frage wegen Organisirung der Marine zu berathen. Unter Einem aber sind die Abgeordneten der Nationalversammlung Major Telchert und Hauptmann Möring mit dem Marineingenieur Morgan nach Hamburg beordert worden, um die dort stationirte Flotille zu inspiziren, und für das Reich zu übernehmen. — Zur Ausführung der in dem Erlasse des Reichsverwesers am 2. Octbr. 1848 vorgezeichneten Maßregeln ist der Oberappellationsgerichtsrath Ludwig von Mühlfeld zum Reichscommissär für die großherzog. und herzog sächsischen und reußischen Herzogthümer ernannt worden, und bereits dahin abgegangen.

Frankfurt, 8. Oct. Zwei der flüchtigen Individuen, welche der Theilnahme an der Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Grafen Auerswald beschuldigt sind, haben sich jetzt bei ihren Heimathsbehörden in Bockenheim und Ginnheim (Kurfürstenthum Hessen) freiwillig gestellt; ein drittes dieser Individuen (aus Bockenheim) ist in der Umgegend verhaftet und gefänglich eingebracht worden.

München, 7. Octbr. In der 9. Sitzung des ärztlichen Kongresses ward zunächst beschlossen, einen permanenten Centralausschuß zu bilden, der seinen Sitz in München haben und aus fünf Mitgliedern bestehen soll, die aus sämmtlichen Aerzten Münchens zu wählen seyen. Hierauf trug v. Walther unter dem Titel: „Bemerkungen" zu dem in einer früheren Sitzung angenommenen Beschluß, daß die Praxis nicht frei zu geben sey, im eigentlichsten Sinne ein Separatvotum vor, welches den Beifall der Minorität und das Mißfallen der Majorität hervorrief. Einem Antrage Bezold's, allerhöchsten Orts für Verleihung des vollen Militärrangs an die Militärärzte sich zu verwenden, wird die Zustimmung ertheilt und sodann zur Tagesordnung übergegangen. Ueber das Institut der Physikate erstehen im Wesentlichen nachstehende Beschlüsse: „Für jedes Stadt- und Landgericht besthete

Digitized by Google

ein Physikat. Das Physikat ist derjenigen Behörde koordiniert, der es beigegeben ist. Die mit einem Physikat verbundene Besoldung soll im ganzen Königreich mindestens 600 fl. betragen. Eine Erhöhung der Besoldung findet nach den Dienstjahren statt und zwar von 5 zu 5 Jahren je um 100 fl. zum Höchstbetrage mit 1000 fl. Physikatsbezirken, wo wegen der Größe der Bevölkerung oder besonderer Territorialverhältnisse es nothwendig ist, sollen ein oder mehrere Assistenten beigegeben werden. Ein solcher Assistent soll aus den praktischen Aerzten des betreffenden Physikatsbezirkes ernannt werden und seine jährliche Remuneration von mindestens 150 fl. beziehen. Den Physikaten wird das ganze in ihrem Bezirke befindliche ärztliche Personale, ohne alle Ausnahme, was die Besolgung der erlassenen Verordnungen, sowie die medizinische Polizei überhaupt betrifft, zunächst zur Aufsicht übergeben. Die Physikate sind den Kreisregierungen untergeben und die Vollzugsorgane sämmtlicher von diesen Stellen erlassenen Verordnungen. Die Qualifikationsliste steht jedem Betheiligten zur Einsicht offen. Die erledigten Physikate sollen in den sämmtlichen Kreis-Intelligenzblättern ausgeschrieben und ein vierwöchentlicher Bewerbungstermin anberaumt werden. Das Physikat erhält von sämmtlichen Medizinalpersonale seines Bezirks die vorgeschriebenen Listen und Anzeigen, so wie dieselben ihre Anstände und Klagen zunächst an das Physikat zu richten haben. Das Physikat hat in sanitäts-polizeilicher Beziehung die Beschtigung sämmtlicher im Bezirke liegender Kranken- und Versorgungsanstalten. Die Untersuchung der Konstriktionspflichtigen findet durch den betreffenden Physikus nicht statt, sondern die Physici wechseln nach Anordnung der Kreis-Medizinalbehörden. Zweimal des Jahres hat der Physikus seinen Bezirk in umfassender Weise zu bereisen und alle in die medizinische Polizei einschlägigen Anstalten, Zustände, Sammlungen ꝛc. einer genauen Untersuchung zu unterwerfen und zur Beseitigung der gefundenen Mängel das Geeignete zu veranlassen. Alljährlich erstattet er mit Benützung des vom medizinischen Personale gelieferten Materials den vorschriftsmäßigen Bericht an die Kreismedizinalbehörde. (K. u. u. f. D.)

(Dienstesnachrichten.) Der Rentbeamte Linsmeyer in Spreinhardt wurde in den Ruhestand versetzt und dem Finanzrechtungskommissär Markert in Ansbach dieses erledigte Rentamt verliehen; der Forstrath in Landshut Schmidt wurde mit allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle ein Forstkommissär II. Klasse in der Person des dortigen Forstkommissärs II. Klasse Martin ernannt; der Revierförster von Langenbruck v. Spiegel auf Ansuchen unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt; dessen Stelle dem Revierförster zu Troebes Richter auf Ansuchen, und des letzteren Stelle dem Forstamtsaktuar Friedrich Scheidemantel provisorisch verliehen; die Controleurstelle beim Nebenzollamt I. Rieberstaufen dem Grenzobereaufseher in Lindau Holzbock provisorisch, die erledigte Postverwaltersstelle I. Klasse zu Amberg dem Specialskassier fahrender Posten zu Augsburg Trapp verliehen, und der Hauptzollamtsverwalter zu Waldmünchen Urban für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt.

München, 9. October. Das erste der beiden von hier nach Sigmaringen abgegangenen Bataillone vom Infanterie-Leibregiment soll von den Bewohnern des Fürstenthums Widerstand erfahren und mehrere Mann verloren haben.

Nach Meiningen sind auf Requisition der dortigen Regierung am 9. ein Bataillon von Bamberg und ein zweites in Kronach stationirtes Bataillon Infanterie, jedes 600 Mann stark, mit Artillerie abgegangen. Die Veranlassung zu dieser Requisition sollen unruhige Auftritte in Hildburghausen, hervorgerufen durch die deabsichtigte Verhaftung eines Demokratenführers, gegeben haben.

Mainz, 8. Octbr. Im hiesigen Garnisonslagareth sind dieser Tage einige Cholerafälle mit Symptomen der Cholera vorgekommen. (D. P. Z.)

Bremen, 5. October. Die amerikanische Fregatte St. Lawrence, Captain Paulding, ist hierher unterwegs und wird in den nächsten Tagen erwartet. Amerika schickt sie zur Begrüßung Deutschlands und um die vier von Preußen zu stellenden Midshipmen abzuholen.

Wien, 6. October. Heute Morgen sollten einige Bataillone Grenadiere auf der Eisenbahn nach Ungarn befördert werden, ein italienisches und zwei deutsche. Da die Stimmung in den unteren Volksschichten für die Magyaren ist, hinderte man die ohnedieß schon schwankende Mannschaft, welche erklärte: sie werde nicht nach Ungarn gehen. Auch eine Verbrüderung mit der akademischen Legion und den derselben befreundeten Nationalgarden fand heute Nacht statt und so war es denn natürlich, daß heute Morgens beim Abmarsche eine Masse Volkes sich einfand, welche auf die Grenadiere in aller Weise influirte und sie zur wiederholten Erklärung bewog: wir ziehen nicht fort. Die italienischen Kompagnien fuhren nach Günfersdorf, wo auch sie Halt machten. Der Landsturm in den umliegenden Ortschaften wurde aufgeboten, die beiden deutschen Bataillone blieben am Bahnhof, dessen Schienen um die Abfahrt zu hindern, demolirt wurden und es kam, da Kürassiere, um die Abfahrt durchzusetzen, nebst Nationalgarde auf den Bahnhof beordert wurden (den sie auch wirklich besetzten) zu einem fürchterlichen Gemetzel. Die Grenadiere schossen auseinander, da nicht alle einverstanden waren; hier zu bleiben, traten Legionisten; diese schossen auf die Grenadiere, ein General soll geschossen seyn — genug, es ging heiß her. Seit zwei Stunden wird Sturm geläutet, Allarm getrommelt; Barrikaden zu bauen versucht, die Gewölbe sind geschlossen u. s. f. Garden haben auf vorübergehende Stabsoffiziere mitten in den Straßen gefeuert, wie ich selbst sah. Heß, ein polnisches Bataillon, ist schwankend, Hrabowski, ein deutsches, zur Legion übergegangen, die Kürassiere thun ihre Schuldigkeit. Nach der Bataille, die um so gräßlicher war, da man Freund von Feind nicht zu unterscheiden vermochte und eine Masse Neugieriger vor dem Bahnhofe stand, zog sich die Legion und der mit ihr vereinte Theil der Garde in die Stadt zurück, wo sie die Basteien (gegen die Leopoldstadt) besetzt hält.

Wien, 6. October. Nachmittags 2 Uhr. (Aus einem Privatschreiben.) Ich schreibe in der größten Aufregung, denn ich komme so eben wieder von einem Blutbade, das gräßlicher ist, als alle noch in Wien erlebten. Der kurzgefaßte Anlaß ist, daß heute Militär nach Ungarn abgehen sollte; Diesem widersetzte sich ein Theil des Volkes, brach die Brücken ab, über die das Militär gehen sollte ꝛc. Ein Theil des Militärs, der wider Willen abzog, verübte Raub und schlug sich zum Volk. Das Volk nahm dem Militär drei Kanonen weg. In dieser Augenblicke gingen auch ganze Kompagnien vom Militär zum Volke über. Nun (10½ Uhr) kommandirte General Brede Feuer. Das Volk und die übergegangenen Truppen riposttirten, und der Kampf dauerte unter fortwährendem Feuer über 1½ Stunden. General Brede war eines der ersten Opfer. — Nachschrift um 3 Uhr. Fortwährend Feuern am Stephansplatz; überall Barrikaden. 3½ Uhr: Barrikaden überall in der Stadt; das Feuern dauert fort unter fortwährendem Sturmläuten.

Wien, 7. October. 11 Uhr Norgens. Nachdem Kartätschen und Kanonenfeuer gegen das Zeughaus die ganze Nacht fortgedauert, wurde es endlich vom Volke heute gegen 7 Uhr früh genommen. Gegenwärtig steht ein Theil des Zeughauses in Flammen, eine furchtbare Menge aus den untersten Volksklassen plünderte den unermeßlichen Waffenvorrath, der sich auf 100,000 Gewehr und eine Unzahl älterer Waffen belaufen soll. Die Erstürmung des Zeughauses muß Hunderte von Menschenleben gekostet haben. In der Renngasse schwimmt das Blut buchstäblich. In allen umliegenden Häusern liegen Todte und Verwundete. Die Todten werden zu 15 bis 20 auf Wägen geladen und weggeführt; ich sah schon vier solche Wägen vorüberfahren. In den Straßen hat vorläufig alles Kampf aufgehört; sie füllen sich wieder mit Neugierigen, die die Verwüstung von gestern in Augenschein nehmen. Volk aus den untersten Schichten strömt zu Tausenden nach dem Zeughaus, um sich zu bewaffnen oder vielmehr Waffen zu rauben. Was der Abend noch bringen wird, wage ich nicht vorauszusagen. Es wäre leicht möglich, daß wir erst mit den Vorspiel zu Ende sind; denn wir haben jetzt ein fürchterliches bewaffnetes Proletariat in der Stadt.

Wien, 7. Oct. (1 Uhr.) Eine Abtheilung der Wiedner Nationalgarde rückt in die Stadt auf den Stephansplatz und wird daselbst von Garden des Kärnthner Viertels durch Schüsse angegriffen. (3 Uhr.) Drei Kompagnien Pioniere mit 4 Kanonen rücken in die Stadt durch das von Soldaten besetzt gebliebene Burgthor, sie werden angegriffen und trotz dem heftigen Kartätschenfeuer, das sie unterhalten, überwunden, zu Paaren getrieben und Viele von ihnen gefangen genommen, entwaffnet und auf die Universität gebracht. Während dieses Gefechtes werden in den verschiedenen Straßen Barrikaden gebaut, so zwecklos, als hätten die Erbauer in Paris studirt. Die Basteien sind fortwährend mit bürgerlicher und der Nationalgardartillerie besetzt. (5—6 Uhr.) Das Volk bemächtigt sich des Kriegsgebäudes und der daselbst befindlichen Kanonen, bringt in das Haus, sucht in demselben den versteckten Kriegsminister Latour, findet und ermordet ihn trotz der Abwehr durch einige Deputirte, durch Legionärs und Nationalgarden. Die in der Wohnung des Kriegsministers vorgefundenen Papiere wurden von der Menge in Beschlag genommen und auf die Universität gebracht. (6½ Uhr Abends.) Von den versprengten Pionieren und noch anderen Soldaten wurde das

Digitized by Google

kaiserliche Zeughaus, in welches sich „reaktionäre" Garden geflüchtet hatten, besetzt; das Volk verlangt die Waffen aus demselben; die Besatzung verweigert es; ein hartnäckiger Kampf beginnt; die Besatzung beherrscht die Rennagasse durch ein anhaltendes Kartätschenfeuer; viele Opfer fallen, und es wächst der Grimm und die Erbitterung des Volkes, welches das Feuer nur und feuchtlos erwidert. Kanonen wurden von dem Volke herbeigeführt und mit diesen das Thor des Zeughauses erbrochen: auch von einer Seite noch, nemlich von der Seitentreppe, wird das Zeughaus beschossen, aber vergebens; der Kampf dauert anhaltend bis heute 7 Uhr Morgens. Keine Vermittlung wird angenommen; von zwei Parlamentärs, die das Studentenkomitee schickt, wird Einer erschossen. — Heute 7½ Uhr Morgens hat sich die Besatzung unter der Bedingung ergeben, daß das Zeughaus von akademischer und Nationalgarde besetzt würde, und Dieses geschah. Das waffenlose Volk wurde sofort bewaffnet; viele Todte, deren Zahl bis jetzt noch nicht genau angegeben werden kann, fielen als Opfer des zwecklosen Kampfes. Die im Zeughaus befindlich gewesene Nationalgarde, gegen welche die Wuth des Volkes am heftigsten war, ist durch einen unbewachten unterirdischen Gang dem sichern Verderben entkommen.

(Reichstagssitzung vom 7.) Es wird beschlossen, daß der neu gewählte Gemeinderath sogleich in Wirksamkeit zu treten habe. Um 10 Uhr wird gemeldet, daß der Kaiser sein Schloß zu Schönbrunn verlassen habe; es wird eine Kommission ernannt, welche die Wahrheit dieser Nachricht zu untersuchen hat. 10½ Uhr. Der Minister Kraus meldet, daß eine Proklamation des Kaisers zurückgeblieben sey, in welcher dieser ausspricht, daß er Wien wegen dessen Hang zum Aufruhr verlasse und von einem andern Punkte aus die geeigneten Maßregeln treffen werde; er, Kraus, müsse die Konstraßnatur als inkonstitutionell verweigern. Wird beschlossen, daß der Reichstag die konstituirende und exekutive Gewalt übernehme und Kommissäre mit diesem Erlaß in die Provinzen sende. Postschluß: Ganz Wien ist bewaffnet und, eine übrigge bliebene Aufregung abgerechnet, ruhig.

Italien.

In Neapel scheint der König die Fortsetzung des Kampfs mit Sicilien anbefohlen zu haben. Am 25. war der von England und Frankreich herbeigeführte Waffenstillstand abgelaufen. Die englische und französische Escadre wollen, wie es scheint, bloß fernere Städtebeschießungen, nicht aber im allgemeinen die Fortsetzung des Kriegs hindern. Sicilien beharrt im Widerstand — ob mit Hoffnung? — In Toscana greift die Anarchie um sich, und in den Kammern erklärte das Ministerium offen, man könne kaum über 4000 Mann Truppen verfügen. Daher die Hülfsbataillone von Piemont und der Wunsch Schweizertruppen anzuwerben. — Livorno hat sich ganz von der Autorität des Großherzogs losgesagt und wirthschaftet für sich. (A. Z.)

Frankreich.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 7. October.) Die Diskussion wird durch Roux-Lavergne (Redner der ultramontanen Partheі) eröffnet, der sich für die Regierung durch die Nationalversammlung ausspricht. Es handle sich jetzt nicht um konstitutionelle Metaphysik, um die Reduktionen auf diesem oder jenem Prinzipe, sondern die Nationalversammlung sey vom Lande hierher geschickt worden, um die Republik zu begründen, — die Constitution zu machen, eine Regierung einzusetzen, und in Anbetracht der dringenden, ja gefährlichen Zustände des Augenblicks müsse sie den Muth und die Energie haben, ihre Mission ganz zu erfüllen. Jedenfalls aber hält der Redner es mit Pyats und Grevys Meinung, daß gar kein Präsident besser sey als selbst ein von der Nationalversammlung eingesetzter und daß die Nationalversammlung, wenn sie ihrem Mandate ganz genügen wolle, die ausübende Gewalt in ihren Händen behalten und selbst regieren müsse. — Nach seiner Rede verlangt ein großer Theil der Versammlung den Schluß der Diskussion, aber Marabit widersetzt sich und spricht für Fortsetzung der Debatte. Er dringt auf die Wahl des Präsidenten durch das allgemeine Wahlrecht, kann aber vor Unterbrechungen nicht weiter reden. — Man schreitet zur Diskussion von Grevys Amendement, welches die Fortdauer des jetzigen Zustandes will, so daß die Nationalversammlung die Exekutivgewalt zeitweise einem Bürger übertrage, der den Titel eines Präsidenten des Ministerrathes führt. Eine kurze Diskussion entspinnt sich, in der sich besonders Bac mit großer Beredsamkeit für die Regierung der Nationalversammlung selbst ausspricht, da alle absetzbaren und widerrufbaren Regierungen keine wahre, innere Kraft hätten. — Zugleich erklärt aber Bac, der eigentliche Wortführer der Bergpartheі, daß, falls durchaus ein Präsident die ausübende Gewalt selbstständig vertreten solle, so müsse er durch die ganze Nation gewählt werden, und nicht durch die Nationalversammlung. Diese Erklärung ist in sofern wichtig, als die Versammlung über diese Frage in zwei gleiche starke Partheien gespalten ist und die 50 bis 60 Stimmen des Berges daher den Ausschlag geben werden. St. Gaudin spricht für einen Präsidenten, der aber von der ganzen Nation erwählt werden müsse und bekämpft Grevys Amendement, so wie die zu Gunsten desselben vorgebrachten Argumente. Es wird zur Abstimmung durch Theilung über das Amendement Grevy geschritten und es gibt folgendes Resultat: Anzahl der Votirenden 801, für das Amendement Grevy 158, gegen dasselbe 643. Nun kömmt Fiocons Amendement, welches die Wahl des Präsidenten der Republik der Nationalversammlung überläßt. Fiocon verzichtet jedoch auf sein Amendement, da es mit dem Leblonds übereinstimmt, dem er sich anschließe. Ein drittes Amendement von Berard will ebenfalls die Wahl des Präsidenten durch die Nationalversammlung. Fiocon, welcher es diese drei gleichstehenden Amendements entwickelt, stellt die Frage nun klar: Soll der Präsident der Republik durch das allgemeine Wahlrecht oder durch die Nationalversammlung gewählt werden. Fiocon will beweisen, daß die Wahl dieser Letzteren zustände, da ihr ja auch das Recht zustehe, die Form der Executivgewalt festzusetzen und zu entscheiden, ob es überhaupt einen Präsidenten geben solle. Der Präsident der Republik sey nichts als der erste Beamte der Nationalversammlung, ihr Arm und daher brauche man zu seiner Ernennung nicht das ganze Volk in Anspruch zu nehmen. In dem Augenblicke, wo das Prinzip einer Kammer entschieden worden sey, sey auch die Frage der Präsidentschaft gelöst worden und die Nationalversammlung, die jenes Votum gegeben habe, müsse auch den Muth haben die Consequenzen desselben ohne Rückhalt anzunehmen. Dursaure nimmt im Namen der Commission das Wort und verlangt, da Fiocon sein Amendement zurückgezogen habe und das Amendement Leblonds zu Art. 43 gehöre, vor Allem den Art. 41 zu votiren, hierauf den Art. 42 zu übergehen (welcher die Bedingnisse der Wahlbarkeit festsetzt) und gleich den Art. 43 vorzunehmen, der über die Art der Wahl entscheidet. — Es wird zur Abstimmung über den Art. 41 geschritten und derselbe fast einstimmig angenommen, nur der Berg, der von keinem Präsidenten etwas wissen will, enthebt sich dagegen. Ein Zusatz-Amendement zu diesm Artikel schlägt vor, die Wahl des Präsidenten bis nach der Beendigung der organischen Gesetze zu verschieben. Vierzien verweist im Namen der Commission dieses Amendement auf den Art. 119, — was angenommen wird. Art. 42 wird vorläufig beseitigt und zu Art. 43 geschritten, welcher die Wahl des Präsidenten durch das allgemeine Wahlrecht vorschreibt. Hier kömmt nun das Amendement Leblonds und Berard an die Reihe, die Wahl durch die jetzige Nationalversammlung und das Amendement Didiers, die Wahl des Präsidenten durch eine neu zu berufende Versammlung. Bei Postschluß entwickelt Didier sein Amendement.

Großbritannien

London, 3. Octbr. Wieder einer der irischen Rebellenhäuptlinge ist entwischt, — jener Doheny, von dessen Räuberhauptmannsleben die Zeitungen letzthin so viel zu erzählen wußten. Doheny war ein ächter Volksheld; von der Polizei unablässig gejagt, fand er bei den irischen Bauern ein sicheres Asyl, und obwohl auf seine Auslieferung ein Preis von 300 Pf., auf seine Beherbergung eine strenge Strafe gesetzt war, fand sich unter den armen Leuten kein Verräther. Zuletzt schwärzte Doheny sein rothes Haar, kleidete sich in Lumpen und wanderte mit fünf Schweinen, die er vor sich hertrieb, nach Waterford, wo er sich nach Bristol einschiffte. Dort verfaufte er die Schweine und entkam glücklich nach Frankreich. — Die „Versöhnungshalle" in Dublin, O'Connells alter Tempel, soll jetzt wirklich wegen Geldmangels sammt der Repeal-Bibliothek versteigert werden. — Die Handelsnachrichten aus Indien lauten auch diesmal günstiger: die Einfuhren finden in Calcutta und Bombay fortwährend guten Absatz. — Das Dampfschiff „Washington" wird täglich in Southampton erwartet.

Die Times will ganz sichere Kunde haben, daß der König von Neapel, aufgefordert in den sicilischen Angelegenheiten die englisch-französische Vermittlung anzunehmen, geantwortet habe: die Vermittlung irgendeiner Macht zwischen seiner Krone und seinen Unterthanen könne er nicht annehmen, inzwischen vom Fall Messina's unterrichtet, jedoch wolle er die Feindseligkeiten so lange einstellen, bis der englische und französische Admiral in den sicilischen Gewässern neue Befehle ihrer Regierungen erhalten hätten.

Vermischte Nachrichten.

Nachrichten aus München zufolge nimmt der ärztliche Congreß alle Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch; selbst die bedeu-

Digitized by Google

tenden Wiener Ereignisse wurden hiedurch zurückgedrängt. Während der letzten zwei Sitzungen, die bis spät in die Nacht dauerten, war das Akademiegebäude vom Publikum belagert. Einen erhebenden Eindruck machte es, daß in dem Augenblicke, wo das Vaterland wegen außerordentlicher Ausgaben in Geldnoth ist, der Congreß Alles aufbietet, durch Gehaltserhöhung und kostspielige Einrichtungen das Loos seiner Collegen zu verbessern. Bei der Nachricht, daß die ärztliche Praxis nicht freigegeben werden solle, eilte der Vorstand des Vereins gegen Thierquälerei sogleich in den Sitzungssaal und machte Gegenvorstellungen. Aber umsonst. In geheimer Sitzung soll beschlossen worden seyn, die oberste Medizinalbehörde, jene des Kreises nicht ausgenommen, nach Frankfurt zu verlegen und mit dem Reichsparlamente zu verbinden*). Seit der medizinische Congreß hier versammelt ist, sank sonderbarer Weise der Preis der Blutegel sehr herab; also auch auf die Curse hatte der Congreß Einfluß. Nächstens mehr hierüber.

München. (Sonst und Jetzt.) Die Anekdote von dem Beinkleide, welches ein armer Teufel auf der Theresienwiese von unsern gütigen Monarchen forderte und erhielt, hat die Runde durch die Lokalblätter gemacht. Wie betrachten den Vorfall als ein erfreuliches Zeichen der Zeit, denn wer früher bei und in Nöthen war, der sah nicht nach seiner Hose, sondern nach einem Unterrocke sich um. (D. c. Z.)

(Die Republiken Frankreich und Sigmaringen.) Die deutsche Centralgewalt hat sich breit, die französische Republik anzuerkennen, und ihrem Beispiele sind Nassau, Palmerston und die sieben Thürme gefolgt und vorangegangen. Sollte der Republik Sigmaringen nicht eine gleiche Anerkennung werden, so wäre dieß nur ein neuer Beweis, daß man die großen Diebe laufen läßt, die kleinen aber hängt. (D. c. Z.)

*) Am Ende sind wir so unglücklich unsern freisinnigen Fischer zu verlieren.

Bekanntmachung.

Von der Oekonomie-Kommission des 13. Infanterie-Regiments (Hertling) werden am Mittwoch, den 18. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, die Dungstätten in der Infanterie- und Kavallerie-Kaserne und dem Krankenhause auf weitere 2 Jahre verpachtet.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 25. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr, werden von der Oekonomie-Kommission des 13. Infanterie-Regiments (Hertling) circa 1,100 Klafter Fichten- und Fehren-Scheitholz in Losen zu 50 und 100 Klaftern an Meistbietende in Lieferung gegeben.

Bemerkt wird, daß die Steigerungslustigen sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Die für das Monat August 1847 unausgelösten Pfänder von Nr. 27431 bis 28656 incl. werden in dem auf

Donnerstag den 26. Oktober

Vormittags angesetzten Strichtermin an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft.

Bayreuth, 10. October 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.

Stillfraunt, Schobert,
Kasser. Kontrolleur.

Anzeigen.

In Bayreuth und Hof in der **Grau**'schen Buchhandlung — Bamberg bei **Hoblbach** — Coburg bei **Mensel & Sohn** und in allen auswärtigen Buchhandlungen ist zu haben:

(Ein sehr werthvolles Buch für erwachsene Töchter ist:)

Die dritte verbesserte Auflage von

☞ Die

Bestimmung der Jungfrau

und ihr Verhältniß als Geliebte und Braut.

Herausgegeben von Dr. Seidler.

Enthält 1) eine treffliche Belehrung, wie sich die Jungfrau im Innern und Aeußern ausbilden, 2) ihr Verhältniß gegen den Jüngling, 3) ihr künftiger Stand als **Gattin, Mutter, Erzieherin** und 4) die Zurechtweisung zu einem vollkommenen weiblichen Charakter, zur Ausbildung einer frommen, sanften Hausmutter.

In sauberm Umschlage. — Preis 1 Fl. 30 Kr.

Von ganz besondern Werthe sind noch die darin enthaltenen Regeln für das **gesellschaftliche Leben**, wodurch sich jedes Frauenzimmer im häuslichen und gesellschaftlichen Kreise **angenehm macht**. Der rasche Absatz (von 3000 Exemplaren) bürgt für den Werth dieses in jeder Hinsicht empfehlungswerthen Buches.

Am 15. October 1848 Nachmittags 3 Uhr wird das Bäckermeister Kispertsche Söldengut zur Abstadt Bayreuth in einzelnen Stücken und zwar:

1) Wohnhaus, Stadel, Schupfe, Backofen, Gartenhaus, ein Stück Gartenland und ein Stück Grasgarten und Ackerland;
2) 1 Tagw. Feld, der Trieb genannt;
3) 2 Tagw. der breite Acker;
4) 1 Tagw. Feld, die Räth;
5) ½ Tagw. Feld an der Steegwiese;
6) 1½ Tagw. Wiese, die Pechhütte;
7) ¾ Tagw. die Ziegelwiese;
8) ¾ Tagw. die Steegwiese;
9) ¾ Tagw. Feld am rothen Hügel;
10) ½ Tagw. Feld hinter dem Spiegelhof;
11) 1½ Tagw. Nutwiesen hinter der Rückleinsmühle;

von dem jetzigen Besitzer aus freier Hand meistbietend verkauft, wozu Kaufsliebhaber zu dem Wirth Herrn Weber zur Aistadt eingeladen werden.

Kunstanzeige.

Einem geehrten hiesigen kunstliebenden Publikum beehre ich mich hiemit anzuzeigen, daß ich mit hoher Bewilligung, ein Kunstwerk

Das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci

in voller Bauordnung aus Lindenholz gearbeitet, wobei die neusten Ereignisse: Die Erstürmung der großen Barrikade in Berlin auf dem Alexanderplatz in der Nacht vom 18. auf den 19. März, und in Paris die Erstürmung des Palais Royal hier im Gasthofe zum goldenen Adler aufstellen werde. Das Nähere besagt der Anschlagzettel.

Schneggenburger, aus Berlin.

Von der Leipziger Messe zurück, empfehle ich meinbekanntes

Galanterie- Schnitt- und Modewaarenlager

welches durch sehr vortheilhafte Einkäufe auf das Schönste assortirt ist.

Namentlich in den neuesten **Kleider-** und **Mäntelstoffen, Meubles-** und **Gardinenzeugen, Shawls, Umschlagtüchern** kann ich eine reichhaltige Auswahl bieten, weshalb ich um geneigten Besuch bitte.

S. M. Wilmersdörfer
Friedrichsstraße Nro. 460.

Ein nicht allzugroßes Hammerwerk oder eine Wasserkraft, an welcher sich ein solches ohne viele Mühe einrichten ließe, wird zu pachten, später vielleicht auch zu kaufen gesucht. — Wer etwas Passendes anzubieten hat, beliebe sich zu wenden an Julius Münch sen. in Bayreuth.

Bei Unterzeichnetem ist aus der Dampf-Kunst-Walz-Mühle von Nürnberg ganz feines **Hofmehl** zu haben.

Angermann, in der Kanzleistraße.

Einige Mädchen von guter Erziehung finden Beschäftigung. Wo? sagt die Expedition.

Neue **ächte holländer** Häringe.
Fried. Eisenbeis.

Es werden ein oder zwei Gymnasial- oder Gewerbs-Schüler unter annehmbarer Bedingung in Kost und Logie zu nehmen gesucht. Das Nähere in der breiten Gasse Nr. 372.

Am Markt Nr. 20 ist eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche für 20 fl. auf Martini zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer sündlich zu vermiethen. Breite Gasse E. N. 268.

Im Verlage der Ech. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 285. 13. October 1848.

Deutschland.

† Frankfurt, 10. Octbr. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung bot uns noch ein Nachspiel zur gestrigen Sitzung. Ein kräftiger Protest der linken Seite gegen das Gesetz über den Schutz der Nationalversammlung wurde verlesen. Sie erklären darin, daß sie in dem Beschluß eine Verkümmerung der Volksrechte, besonders des Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit und eine Verletzung der Würde der Nationalversammlung erblicken. Eine andere Fraktion der linken Seite begnügte sich mit einer Erklärung der Motive ihre Abstimmung gegen das Gesetz, und eine dritte Fraktion (die des Hrn. Eisenmann) erklärt ganz einfach, sie verlange für ihre Ehre keinen andern Schutz, als den jeder andere Bürger genieße. Hr. v. Wincke, der sich immer mehr zum Wortführer der äußersten Rechten aufwirft, wollte den Protest der Linken nicht zulassen, indem er es für ganz unparlamentarisch erklärte, daß die Minorität gegen einen Beschluß der Nationalversammlung protestire, allein die Herren Wigard und Vogt opponirten ihm so kräftig, daß er sich zurückziehen mußte. Aus einer Erklärung des Justizministers und des Gesetzgebungsausschusses entnehmen wir, daß nächstens ein Vorschlag wegen Einführung eines allgemeinen deutschen Wechselrechts an die Nationalversammlung gelangen wird. Auch eine Beschwerde wegen der Behandlung der Erbschaftsangelegenheiten in Holland kam zur Sprache. Es wurde nemlich geklagt, daß die holländischen Gerichte sehr häufig die Einwendung der Verjährung bei Erbschaften erheben. Dagegen verscherte ein Mitglied der Versammlung, Hr. Bernhardi, daß er bei den holländischen Behörden stets die größte Bereitwilligkeit gefunden habe. Die Petition wurde an den Minister des Auswärtigen gewiesen. Der Art. 31 und 32 der Grundrechte, wegen Aufhebung der Lehen und Fideikommisse, wurde berathen, die Abstimmung aber auf die nächste Sitzung übersetzt, wegen Zeitmangel, in welcher auch über die Einführung des öffentlichen und mündlichen Prozeßverfahrens und der Geschwornengerichte abgestimmt wird. Der §. 33 welcher die Güterconsolidation abschafft, wurde heute einstimmig angenommen. — Wie man hört, hat die Kommission welche den Antrag auf Verhaftung der Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zu begutachten hatte, sich einstimmig gegen die Verhaftung erklärt.

Frankfurt, 8. Octbr. Der Entwurf des Gesetzes über „das Reich" und „die Reichsgewalt" ist ausgegeben worden und lautet: „Das Reich: Art. I. (§. 1.) Das deutsche Gebiet besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmungen im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten. Art. II. (§. 2). Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt seyn. §. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nicht-deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen. §. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nicht-deutschen Lande im Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niederlegen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. §. 5. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nicht deutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen. Art. III. §. 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, so weit dieselbe nicht durch die Reichsgewalt beschränkt ist; sie haben alle staatsrechtlichen Hoheiten und Rechte, so weit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. — Die Reichsgewalt. Art. I. §. 7. Die Reichsgewalt übt den Ausländer gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. §. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandten zu empfangen oder zu halten, mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten bei dem Reichsoberhaupt. §. 9. Die einzelnen deutschen Staaten sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nicht-deutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nicht-deutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und in soferne das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 11. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und des Friedens zu. §. 12. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung. §. 13. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. §. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt. §. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. Die Ernennung der Flottenoffiziere geht allein vom Reich aus. Art. IV. §. 21. Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. §. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern. §. 23. Die Abgaben, welche durch die Seeuferstaaten von den ihre Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 24. Im Betreff dieser Abgaben sind alle inländische Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse. Art. V. §. 25. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über Flüße, Kanäle und Seen. §. 26. Alle Flüße sind für deutsche Schifffahrt und Flößerein frei von Flußzöllen. §. 27. Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Schleusen- und dergleichen Gebühren in den mehrere Staaten durchströmenden Flüßen, unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reichs. Es darf in Betreff dieser Gebühren keine Begünstigung stattfinden. §. 28. Flußzölle und Schifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe nur durch die Reichsgewalt gelegt werden. Art. VI. §. 29. Die Reichsgewalt hat über das gesammte Eisenbahnwesen das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht. §. 30. Die Reichsgewalt hat das Recht, Eisenbahnen anzulegen, oder deren Anlage zu billigen, sowie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. §. 31. Bei der Anlage von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen. §. 32. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüße schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern. Sie hat für die Unterhaltung der in gemeinnem Verkehrswege zu sorgen. Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Verlandungen gehören dem Reich. Art. VIII. §. 33. Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden mit Vorgsal der Binnengrenzzölle. Der Reichsgewalt bleibt es vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen. §. 34. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwerensen. §. 35. Die Zolleinkünfte werden nach Anordnung der Reichsgewalt erhoben und aus denselben ein bestimmter Theil nach Maßgabe des jährlich festzustellenden Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweg genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. § 36. Die einzelnen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- und ausgehen, Zölle zu legen. §. 37. Der Reichsgewalt steht es zu, die Produktions- und Verbrauchssteuer festzusetzen und zu überwachen, insoweit es

Digitized by Google

sich durch die Aufhebung der Binnengrenzzölle nothwendig zeigt. §. 38. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über Handel und Schifffahrt. §. 39. Erfindungspatente, die sich auf das Reich erstrecken, werden von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Art. VIII §. 40. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reich. Ihr steht die Gesetzgebung über die Organisation des Postwesens, über die Taxe, die Portotheilungen und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen zu. §. 41. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden. Wo Reichspostverträge geschlossen werden, erlöschen die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen. §. 42. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, soweit es ihr nöthig scheint, das Postwesen für Rechnung des Reichs in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung wohlerworbener Privattrechte. §. 43. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benutzen. (Forts. folgt.)

München, 7. October. Auf mehrfache Gesuche der Betheiligten ist nunmehr auch den Offizieren der Kommandanschaften und der Kadettenkorps das Tragen der Waffenknöpfe und der silbernen Säbeltuppeln gestattet worden, und eben so soll die bisherige, auf Märschen und bei Regenwetter nicht praktikable Rokokokopfbedeckung der Militärbeamten verschwinden, und dem fast bei der ganzen Armee eingeführten Helme Platz machen.

München. Die Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen ist angewiesen worden, die außerordentlicher Weise einberufenen beurlaubten Soldaten auf den k. Eisenbahnen frei befördern zu lassen.

Nach der N. N. Z. ist die Nachricht von dem Widerstande, den die bayerischen Truppen beim Einrücken in die Sigmaringenschen Lande gefunden haben sollen, unbegründet. (N. K.)

Aus Sigmaringen wird geschrieben, daß, obgleich der Fürst und die Regierung durch ihre Flucht das Land ohne genügenden Rechtsschutz zurückließen, Gesetz und Ordnung überall gehandhabt werden. Die Ruhe sei seither sowohl in dieser Stadt als auch in den Ortschaften nicht im geringsten gestört worden.

Neuere Berichte aus Hildburghausen schildern die dortigen Vorgänge als ziemlich bedeutend. Die Bauern aus der Umgegend waren fast sämmtlich mit scharf geladenen Gewehren bewaffnet, und man wollte nicht nur das Gefängniß, sondern auch das Schloß stürmen. Die Aufregung war furchtbar. Die aufgebotene Bürgerwehr rührte sich nicht. Nach einem andern Berichte soll der Herzog selbst in Gefahr gewesen sein, mißhandelt zu werden.

Hildburghausen, 10. Octb. Mittags. So eben geht noch die Nachricht ein, daß heute Nachmittag Reichstruppen aus Bayern mit Geschütz hier einrücken. Sie sind diesen Morgen von Coburg abmarschirt.

Caub, 8. Octb. Heute Nacht um 1 Uhr gab es hier Feuerlärm, und in dem Augenblicke stand schon ein Haus in heller Flamme. Auf beiden Seiten des Hauses nahm das Feuer so schnell überhand, daß alsbald 30 Häuser in Flammen aufgingen. Die ganze schöne Häuser-Fronte am Rhein ist zerstört, sammt allen Hintergebäuden. Alle Wintervorräthe sind verbrannt. Arme wie Reiche konnten Nichts retten als das nackte Leben.

Berlin, 9. Oct. In einer Präsidialconferenz ist von dem Präsidenten und dem Bureau der Nationalversammlung der Beschluß gefaßt worden, den König zu seinem Geburtstage, falls derselbe sich in Charlottenburg oder Bellevue befinden sollte, zu beglückwünschen. Falls indeß der König an jenem Tage in Potsdam oder Sanssouci weilen sollte, wird die Gratulation unterbleiben. — Gestern fanden eine Menge Volksversammlungen statt. Vor dem Hallischen Thore hatte der Präsident des Lindenclubs, Müller, eine solche „für Civil und Militär" veranstaltet. Auf dem Platze vor den Zelten und auf dem Exerzierplatze vor dem Schönhäuser Thore waren viele Tausende versammelt. Das Verhältniß zu den Soldaten und das Bürgerwehrgesetz waren die Gegenstände der Debatte. In einem Saale falle über die Feier des 15. Oct. berathen werden. Mehrere Bürger und Beamte, welche die Einladung hatten ergehen lassen, weigerten sich den Vorsitz zu übernehmen. Derselbe wurde Hrn. Held angetragen, der jedoch erklärte, er sey mit dem Auftrage hierher gekommen, gegen eine öffentliche Begehung des königl. Geburtsfestes zu sprechen. So gelangte das Präsidium an Hrn. Woenzer. Zu einer Beschlußnahme ist es nicht gekommen, da Alle, die als Redner auftraten, sich gegen die Feier erklärten. — Der Vorschlag zur Errichtung eines Centralhandelsbazars, von einem hiesigen Kaufmann Neumann in einer besondern Schrift als Erweiterung des Instituts der Darlehnskassen empfohlen, soll jetzt Aussicht auf Verwirklichung haben.

Wien, 7. October. Nachdem das kaiserliche Zeughaus genommen und jeder wer da will, sich mit Waffen versehen, ist die Ruhe wieder hergestellt. Alles durchwogt scheinbar ruhig die Straßen. Die Läden bis auf jene der Victualienhändler sind geschlossen, und ein Fremder der zufällig herkommt ohne die Ereignisse zu kennen, würde glauben es sey ein Festtag. — Die Proclamation des Reichstags haben gut gewirkt. Wir werden nun sehen welches volksthümliche Ministerium Hornbostel und Doblhoff zusammenbringen werden. Auch Schwarzer wurde gefangnet, und so eben höre ich seine Gefangennehmung in Mariahilf.

Wien, 8. Octbr. Das Militair ist sämmtlich aus der Stadt auf einen diese beherrschenden Höhepunkt beim Belvedere gerückt und hat daselbst ein Lager bezogen. Der kommandirende General, Graf Auersperg, beruhigt in einer Zuschrift an das Ministerium, welches gegenwärtig aus Doblhoff, Krauß und Hornbostl besteht, die Sache hinsichtlich eines gegen sie beabsichtigten Angriffes, im Falle das Militair nicht etwa dazu genöthigt werde, was leider nach einem allgemein verbreiteten Gerüchte in Aussicht steht, da der heutige oder morgige Tag zur Ergreifung der Offensive gegen dasselbe bestimmt seyn soll. Heute (Sonntag) wimmelt die Straßen von Neugierigen, welche die durch Kanonen und Kartätschen angerichteten Verwüstungen beschauen oder nach dem Spitale wandern, wo die Getödteten (gegen 120) öffentlich ausgestellt sind. Im Ganzen mag ihre Zahl, mit Einschluß des Militairs, über 200, die der Verwundeten das Dreifache betragen. — Jellachich ist in Preßburg ohne Schwertstreich eingerückt, um sich, wie ich schon früher gemuthmaßt habe, der diesseitigen Komitate zu versichern und einen Kommunikationspunkt mit Oesterreich zu gewinnen. Viele besorgen einen Besuch von ihm auch in Wien. Gewiß ist, daß eine starke Truppenzahl hier konzentrirt werden wird.

Wien, 7. October. Das vom Kaiser von seiner Abreise (er soll den Weg nach St. Pölten, d. h. die Straße nach Linz oder Salzburg und Innsbruck eingeschlagen haben) an den Reichstag erlassene Manifest lautet beiläufig folgendermaßen: „Alles, was ein Herrscher an Liebe und Güte für sein Volk thun kann, habe ich mit Freuden erschöpft, habe mich meiner ererbten absoluten Macht begeben, um durch dieselbe die Kraft und das Selbstgefühl meiner Völker zu erhöhen. Und wenn die Gewalthat des 15. Mai mich aus der Burg meiner Väter vertrieben hat, so wurde ich sie nicht müde, zu geben und zu gewähren. Auf den breitesten Grundlage des Wahlrechtes wurde der Reichstag berufen, um in Uebereinstimmung mit mir die Konstitution zu berathen. Hierauf kehrte ich in meine Hauptstadt zurück, ohne für meine persönliche Sicherheit eine andere Bürgschaft zu verlangen, als das Rechtsgefühl und die Dankbarkeit meiner Völker. Allein eine geringe Anzahl Irregeführter bedroht die Hoffnungen jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung, die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Brand und Mord erfüllt, mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser. gez. Ferdinand."

Reichstag, Sonntag, den 8. Oktober, 10 Uhr Morgens. Purtscher zeigt an: In dem Abendblatte der Allgem. Oesterr. Ztg. stehe die irrthümliche Nachricht: der Reichstag habe beschlossen: Se. Majestät anzuzehen, die Erzherzoge Franz Karl und Ludwig nebst der Erzherzogin Sophie des Landes zu verweisen. Die Versammlung beschließt, den Redakteur zum Widerruf anzuhalten. Neuerdings entspinnt sich eine Debatte über die zweckmäßigste Art und Weise der Verfassung der Proklamation an die Völker Oesterreichs. Ein wichtiger Antrag des Abgeordneten Borrosch wird angenommen; er lautet: 1) Der Reichstag, der unauflösbar ist, erklärt: auch unter den dobrohlichsten Umständen sich selbst nicht auflösen, seinen Pflichten treu zu bleiben. 2) Der Reichstag ist ein untheilbares Ganzes, er vertritt alle Völker Oesterreichs, welche ihn beschickt haben. 3) Der Reichstag ist zufolge des Manifestes vom 6. Juni und durch die freien Wahlen der auf dem Reichstage vertretenen Länder das alleinige konstitutionelle Organ der Einigung zwischen dem Thron und der Volkssouveränität zur Wahrung der Volksfreiheit und des erblichen Thrones. 4) Der Reichstag wird auf dem Wege konstitutionell-legaler Maßregeln das Vaterland, den erblichen Thron, die Volksfreiheit zu wahren suchen. 5) Der Reichstag besteht und in den freien Vertretern freier Völker, wird keinem Abgeordneten einen moralischen Zwang zum Bleiben auferlegen. 6) Der Reichstag fordert alle mit oder ohne Urlaub abwesenden

Digitized by Google

Mitglieder auf, binnen vierzehn Tagen längstens wieder einzutreffen.

Wien. Ueber den Tod Latours schreibt die D. Allg. Ztg.: Mittlerweile bestürmte das aufgeregte Volk das Palais des Kriegsministers Latour, forderte das augenblickliche Zurückziehen der Truppen und bedrohte sein Leben. Da erschienen die Reichstagsdeputirten Borrosch, Goldmark, Fischhof und Smolka, sprachen zum Volke, suchten es zu beruhigen und zum Abzuge zu bewegen. Namentlich Borrosch hielt eine eindringliche Rede, worin er das Volk bat, die Freiheit nicht durch Gräuelthaten zu besudeln. Es gelang ihm, das Volk zu besänftigen und mit einer weißen Schärpe umgethan und die Friedensfahne in der Hand, zog er mit dem Volke ab, das ihn unter lautem „Es lebe Borrosch!“ durch die Stadt trug. Die andern drei Deputirten begaben sich zum Kriegsminister, der hinter einer Tapetenthür versteckt war. Sein Kammerdiener, der sie kannte, ließ sie ein, und sie verlangten vom Minister, daß er sein Amt niederlege. Er unterschieb in der That eine derartige Erklärung, jedoch mit dem Beisatze, nur wenn es der Kaiser so wolle. Diese Erklärung beseitigte nicht und über eine Seitentreppe drang ein neuer Haufe Volkes in die Wohnung. Sie ergriffen den Kriegsminister. Vergebens beschworen die Deputirten die wuthentbrannte Menge, vergebens suchten sie den Minister mit ihren eigenen Leibern zu decken, vergebens klammerten sie sich an seine Kleider und hielten ihn fest; Rache schnaubend ergriff man ihn bei den Füßen und schleifte ihn über die Treppe hinab. Ein Arbeiter führte einen Streich mit dem Hammer gegen seinen Kopf, Fischhof wehrte ihn ab, ein zweiter Arbeiter führte aber den tödtlichen Schlag, der ihm die Hirnschale zerschmetterte. Man stach und schoß nach seinem Körper, zerrte ihn bis auf den Platz und die Artillerie soll seine Leiche an einen Laternenpfahl aufgehängt haben. Selbst dann noch mißhandelte man auf die rohste Weise den Leichnam.

Der Korresp. erzählt: Das Studentenkomité in den Tagen unserer Revolution der Centeal- und Ausgangspunkt der politischen Bewegung und Lenkung, handelte diesmal bei einer geregelten Organisation bespolitischen Zustandes nicht für sich allein und maßgebend, sondernin Uebereinstimmung und Zusammenhang mit dem Centralcomité. Von diesem wurde in den Abendstunden des 6. Oct. ein Petitionsentwurf, den man dem Reichstage vorlegen wollte, in das Studentencomité zur Mitberathung und Bestätigung gebracht. Seine wesentlicher Inhalt „Petition“ wurde angefügt gefunden. Es befanden sich im Comité leider viele eingedrungene fremde Elemente von rohester Parteisucht. Die Punkte der Petition oder Forderung, wie sie die letztgenannte Partei genannt wissen wollte, waren im Wesentlichen ungefähr folgende: Zurücknahme des Manifestes, Abdankung des sämmtlichen Ministeriums und Bildung eines neuen durch den Abg. Löhner, Unterordnung des Militärs unter die Civilbehörden, augenblickliche Zurückziehung des Militärs aus der Stadt, und namentlich vom sofesthädter Glacis, Verbannung des Erzherzogs Ludwig und der Erzherzogin Sophie aus den österreichischen Landen, Beendigung des Obercommandos' Radetzky's in Mailand und dessen Unterstellung unter eine Civilregierung ꝛc. Man steht aus diesen letzern Punkten die furchtbare Aufregung und radicale Stimmung der Stadt, wie sie sich im Centralcomité abspiegelte und deren Ausdruck in dieser Formulirung dem Studentencomité mitgetheilt wurde. Nunmehr sollte zur Debatte darüber geschritten werden. Aber der Sturm und die Verwirrung war ungeheuer, es gelang dem Präsidenten kaum, mit der maßesesten Anstrengung eine nothdürftige parlamentarische Form zu erringen. Inzwischen wurde die Verhandlung durch immer neue und wichtige Berichterstattungen gestört. Die bedeutendste darunter war das Referat eines Arbeiters über den Tod Latours. Mit einer langen Brechstange in der Hand, in weißer Jacke und Schürze erzählte dieser Mann im wiener Dialekte kurz Folgendes: Wir befanden uns früher am Wienerberge und zogen nach dem Bahnhofe bei Belvedere herein. Dem allgemeinen Alarmschlage folgend, rückten wir in die Stadt ein und bauten an der Linie Barricaden. Als wir damit fertig waren, verbreitete sich das Geschrei nach Latour; wir begaben uns in die Stadt, ihn zu suchen. Wir durchsuchten zuerst das erste Stockwerk und als wir ihn da nicht fanden, das Erdgeschoß. Hier ergriffen wir ihn, und ich durchstieß ihm mit meiner Brechstange die Kehle. War das nicht recht? Die andern hieben mit ihren Werkzeugen nach seinem Kopfe, ich aber meinte, er sollte lieber gehängt werden. Wir knüpften ihn daher im Hofe an einer Schnur auf, aber diese zerriß. Da gingen wir mit ihm ins Freie hinaus und hingen ihn an die Laterne. War das nicht recht? Allgemeines tiefes Entsetzen herrschte im Sitzungssaale, nur einzelne Stimmen riefen Beavo. Hierdurch empört, verfügte der Präsident die Reinigung des Saales, indem er befahl, daß jeder Anwesende seine Vollmacht vorzeigen solle, und wer das nicht könnte, als dem Comité nicht angehörig daselbe zu verlassen habe. So reinigte er die Sitzung von jenem rohen entsetzlichen Proletariate, welches trotz der starken energischen Wachen sich ins Comité eingedrängt hatte. Nun wurde die Debatte über die oben angeführte Petition eröffnet. Neue Berichte kreuzten sich indessen wieder, worunter die Hinterbringung eines großen Packets aus Latours Papieren besonders benennenswerth. So zog sich die Verhandlung bis tief in die Nacht. Ein Plakat, welches das Studentenconomité schon früher zur öffentlichen Beruhigung ergehen lassen, war zwar im Satze fertig, wurde aber nicht gedruckt, da die Drucker inzwischen die Arbeit verlassen und sich bewaffnet hatten. Es gelangte daher nicht zur Oeffentlichkeit.

Wien, 6. October. Nach der heutigen Wiener Ztg. trafen Courriere und Posten aus Pesth und Osen vom 3. und 4. Oct. ein. Die Nationalgarde war unter großem Jubel aus dem Lager in jene Städte zurückgekehrt, und man hat verkündet Jellachichs Armee sey nach allen Seiten in wilder Flucht davongegangen. In Wahrheit scheine aber außer dem Gefechte bei Velencze nichts weiter von Bedeutung vorgefallen zu sein als daß der Ban, von den Bauern in seinen Communicationen bedroht, den Weg nach Raab einschlug, wo er, wie bereits bekannt, am 3 eintraf, und zwar wie die Wiener Ztg. versichert mit nicht weniger als 40,000 Mann. Sollte diese Zahl nicht übertrieben seyn? Am 4. Nachmittags war sein Hauptquartier in Altenburg, wo er das kaiserl. Manifest seiner Ernennung als Stellvertreter des Kaisers verkündete. Dort werde er vielleicht einige Tage stehen bleiben um Befehle aus Wien abzuwarten und dann seine Operation fortzusetzen. (A. Z.)

Preßburg ist am 5. Oct. vor den kaiserl. Truppen ohne Widerstand besetzt worden.

Prag, 8. October. (Mittags.) Die Folgen der wiener Ereignisse sind unabsehbar. Strobach und Rieger, Deputirte der czechischen Partei, in Wien verhaft, sollen sich gestichtet haben. Auf diese Nachricht hat sich die Slowanska Liga und der Studentenausschuß in Prag als permanent erklärt. Die Garnison ist consignirt. — Die hiesigen Redacteure sind jetzt zum Gubernialvicepräsidenten zu einer dringenden Berathung eingeladen.

Briefe aus **Triest** vom 5. und 6. Oct. melden einen in der Provinz Cattaro ausgebrochenen Bauernaufstand (der mit Steuerverweigerung anfing). Sie wiederholen auch das seitsame Gerücht daß zehntausend Montenegriner dem Banus zu Hülfe angeboten setzen. Wahrscheinlicher ist daß unter jenen Aufrührerhaufen Montenegriner sich finden.

Triest, 5. October. Der gestern von Dalmatien zurückgekehrte Lloyd-Dampfer: „**Il Dalmata**“ brachte die Nachricht, daß im Kreise von Cattaro eine fürchterliche Insurrektion Statt gefunden, und daß die Insurgenten von Zuppa in Verbindung mit 1500 Montenegrinern unsere Truppen am 28. und 29. Septemb. zu förmlichen Schlachten geliefert haben. Die Feindseligkeiten soll der Anlaß hiezu gewesen seyn. Unsere Truppen zogen sich in Eilmärschen nach Cattaro zurück, da sie nur 600 Mann zählten und der Uebermacht von 3000 Insurgenten sich nicht gewachsen fühlten. Alles ist in Aufruhr, was stechen kann, sticht. Viele suchten im Castelle von Cattaro Zuflucht. Niemand wagt zu bleiben, geschweige denn Widerstand zu leisten, denn die Insurgenten morden und plündern ohne Unterschied des Alters, Geschlechtes und Ortes.

Der „Dalmata“ brachte auch zwei Offiziere aus Montenegro nach Zara, von wo aus sie nach Croatien gingen, um dem Banus die Hilfe von 10,000 Montenegrinern anzubieten. (Allg. öster. Z.)

Schweiz

Der Berner „Verfassungsfreund“ enthält Folgendes: „Der Vorort hat bereits „„in kürzester Frist““ die Antwort auf die Note des deutschen Reichsministeriums berathen, und zwar eine Antwort in der Art und Weise, wie die Zuschrift sie verdient. Es dürfte in den schweizerischen Archiven wohl schwerlich ein diplomatisches Aktenstück aufgefunden werden, welches das vorliegende an Grobheit und gänzlicher Mißachtung der wahren Stellung von Staat zu Staat überbietet. Die Antwort wird würdig, bestimmt und ernst sein, wie es der Politik der Schweiz geziemt. Uebrigens hat die Note selbst, da sie von notorisch unrichtigen und falschen Voraussetzungen ausgeht, die Antwort bedeutend erleichtert.“

Schweizer Blätter schreiben: Nach einem Ministerialerlaß vom 24. Sept. ist im Großherzogthum Baden längst der Schweizergrenze eine Personalsperre angeordnet worden, in der Weise, daß sogar deutsche, mit gehörigen Ausweisschriften versehene Handwerker wieder in die Schweiz zurückgewiesen werden.

Digitized by Google

Ungarn.

Pesth, 3. October. Unsere Stadt ist heute wie ausgestorben, da fast alles was waffenfähig ist sich dem Landsturm angeschlossen hat und in das Feld gezogen ist. Sogar die Juden bilderen ein ansehnliches Corps von etwa 2000 Mann und folgten dieser allgemeinen Bewegung. Diese Juden welche man aus den Reihen der Nationalgarden gewaltsam ausgestoßen, ziehen jetzt freiwillig zur Vertheidigung des Vaterlandes, aber man läßt sie nicht sich mit den christlichen Landstürmern vermischen; sie müssen eine besondere Abtheilung bilden. Solche Begriffe hat man bei uns von Freiheit und Gleichheit! Vom Kriegsschauplatz verlautet heute wenig. Unser Hauptquartier war gestern noch zu Martonvasar, vier Stunden von Ofen; aber der Feind hat seine Stellung geändert, und soll sein Hauptquartier nach Moor, auf der Straße nach Raab, verlegt haben.

Frankreich.

* Paris, 8. October. Die große Frage ist entschieden, — der Präsident der Republik wird durch die ganze Nation mittelst des allgemeinen und direkten Wahlrechtes gewählt werden; — zwar ist der dies aussprechende Artikel 43 noch nicht votirt, aber sieben Amendements, die seine Wahl durch die Nationalversammlung feststellten, sind mit einer so ungeheuern Majorität (602 gegen 211 Stimmen) verworfen worden, daß an den festen Willen der Versammlung die Souveränetät des Volkes unmittelbar aufrecht zu erhalten, nicht mehr gezweifelt werden kann. Es liegen noch 18 andere Amendements vor, die theils die allgemeine, aber indirekte Wahl, theils vorschlagen, den Präsidenten, ausnahmsweise, für das erste Jahr, durch die Nationalversammlung wählen zu lassen, aber man kann nun fast mit Gewißheit annehmen, daß diese Vorschläge nicht durchgehen werden. Der National nennt das gestrige Votum ein Vertrauensvotum für das Volk, die Versammlung habe das Schicksal Frankreichs in die Hände des Volkes gelegt, dieses habe nun große Verpflichtungen zu erfüllen, deren es sich würdig zeigen müsse. Nachdem noch Martin (von Straßburg) im Namen der Minorität, und Dufaure im Namen der Majorität der Commission die Debatte resümirt hatten und Clement Thomas durch einen heftigen Ausfall auf die rührende Einstimmigkeit, die in dieser Frage zwischen den Ultra-Radikalen und den Republikanern eines Tages (der Rechten) herrsche, vergebens Skandal zu erregen suchte und von Victor Lefrane ernst zurechtgewiesen ward, erfolgte unter großer Anfregung der Versammlung die oben erwähnte Abstimmung und die Sitzung ward aufgehoben.

Der National beschwert sich heute in einem, wie es scheint halboffiziellen Artikel, über die großen Rüstungen und Truppenzusammenziehungen, die Deutschland an der französischen Grenze zusammen ziehe. Er sucht darin einen feindseligen Rückhalt gegen Frankreich und fragt, ob man damit „die Insolenzen Radetzys gegen den Süden der schweizerischen Eidgenossenschaft" vom Norden aus unterstützen wolle; in diesem Falle würde Frankreich keinen gleichgültigen Zuschauer abgeben können. Er verlangt hierüber Erklärungen von der Regierung und wir erfahren so eben, daß auch in der Nationalversammlung Interpellationen über diese Truppenzusammenziehungen Deutschlands stattfinden sollen.

Der von Cronstadt zurückgekommene Dampfer Tajo, der den General Lesto nach Petersburg brachte, ist wieder in Havre angekommen und hat die Nachricht gebracht, daß der französische Gesandte am 26. September vom Kaiser Nikolaus in öffizieller Audienz empfangen worden sollte.

Rußland und Polen.

Von der russisch-polnischen Grenze, 29. September. Petersburger Briefe besagen, daß man neuerdings dem österreichischen Cabinet von hier aus den Wunsch in Form eines Raths ausgesprochen hat, dasselbe möge in Rücksicht auf Italien das Prinzip einer strengen Aufrechthaltung der Tractate geltend machen. Man hatte sich in Petersburg nicht allein zur kräftigsten moralischen wie auch materiellen Unterstützung in allen dadurch etwa hervorzurufenden Conflicten verpflichtet, sondern es soll sogar dem wiener Cabinet der Antrag gemacht sein, für den Fall, daß eine Verwendung der gesammten österreichischen Streitmacht im Süden und Westen nothwendig sei, für die Pacification Ungarns und Galiziens kräftigst Sorge zu tragen. — Der in Petersburg eingetroffene General Lesko ist vom Kaiser in Privataudienz empfangen, keineswegs jedoch als officieller Abgeordnete der Republik. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Direkte Briefe aus der Walachei vom 27. Sept. melden das Einrücken der türkischen Truppen in Bucharest mit Duhamel. Zugleich überschritt General Lüders mit seinem Armeekorps den Pruth.

Großbritannien

— Nach Berichten aus Clonmel vom 5. wurde an diesem Tage das Zeugenverhör S. O'Briens geschlossen. General Napier und andere angeblich verschiedene Zeugen, von welchen man Aufsagen bezüglich der Reformversammlung von 1841 erwartete, sind gar nicht vernommen worden. S. O'Brien zeigt sich nichts weniger als ängstlich über den wahrscheinlichen Ausgang seines Prozesses.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 12. October. Heute morgens zog das zweite Bataillon des dreizehnten Infanterieregiments von hier aus an die Gränze der sächsischen Herzogthümmer, in welche die vor einiger Zeit abgegangenen Abtheilungen desselben Regiments bereits eingerückt sind. Oberst von Großschedel ist bereits vorgestern früh dahin abgegangen, um dort das Commando über die bayerischen Truppen zu übernehmen. — Heute morgens fand militärische Kirchenparade wegen des Namensfestes des Königs statt. — Der Landrath von Oberfranken wird morgen früh 9 Uhr öffentliche Sitzung haben.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 25. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr, werden von der Oekonomies-Kommission des 13. Infanterie-Regiments (Hertling) circa 1,100 Klafter Fichten- und Föhren-Scheitholz in Loosen zu 50 und 100 Klaftern an Wenigstnehmende in Lieferung gegeben.

Bemerkt wird, daß die Steigerungslustigen sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Bekanntmachung.

Von der Oekonomies-Kommission des 13. Infanterie-Regiments (Hertling) werden am Mittwoch, den 18. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, die Dungstätten in der Infanterie- und Kavallerie-Kaserne und dem Krankenhause auf weitere 2 Jahre verpachtet.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Da nunmehr sämmtliche Passiv-Kapitalien Hauptbücher bei hiesiger Sparkasse pro 18½ abgeschlossen sind, so werden hiervon die Besitzer von Sparkassebüchlein mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die Eintragung der Zinsen in die Büchlein nächsten Samstag

den 14. October Nachmittags 2 Uhr

und an den gewöhnlichen Sparkassetagen erfolgen wird.

Bayreuth, 11. October 1848.

Sparkasse Verwaltung.

Anzeigen.

Buchner'sche Leihbibliothek in Bayreuth.

Bei Wiedereintreten der für die Lectüre geeigneten Jahreszeit wird das Institut **insbesondere resp. Lesern auf dem Lande** zur geneigten Benutzung bestens empfohlen und bemerkt, daß für auswärts durch vermehrte Büchermasse gern mögliche Erleichterung gewährt werden soll. Die näheren Lesebedingnisse sind aus dem Katalog zu ersehen, der 8000 Nummern stark um 12 kr. zu beziehen ist.

M. L. Harburger,

Opernstraße, Nr. 164,

empfiehlt sein neuerdings bestens assortirtes Schnitt- und Modewaarenlager nebst einer reichen Auswahl in angefangenen Stickereien und Stickwolle zur geneigten Abnahme.

Feinste **Düsseldorfer Punschessenz** offerirt zu dem billigen Preis von fl. 1 15 kr. per Flasche ohne Glas

Adolph Grünewald.

Am Markt Nr. 20 ist eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche für 20 fl. auf Martini zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend | Nro. 286. | 14. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. October. Entwurf des Gesetzes über „das Reich" und „die Reichsgewalt." (Schluß.) Art. IX. §. 44. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen. §. 45. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, sowie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen. §. 46. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und der Oberaufsicht über das Zettelbankwesen in Deutschland. Sie ist befugt, Zettelbanken anzulegen und ihre Anlagen zu bewilligen. Art. X. §. 47. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten. §. 48. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Zolleinkünften angewiesen. §. 49. Die Reichsgewalt hat das Recht, in soweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern auszuschreiben, zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Matrikularbeiträge aufzunehmen. §. 50. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren. Art. XI §. 51. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht. Art. XII. §. 52. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren, sowie die gesetzlichen Normen für den Executus und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen. §. 53. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechterhaltung innerer Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird: 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einbeimische oder Fremde gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu aufgefordert sei, denn, daß dieselbe dazu nothwendig außer Stande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Regierung eines deutschen Staats die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichts unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist. §. 54. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Commissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht. §. 55. Der Reichsgewalt steht es zu, allgemeine Gesetze über das Assoziationswesen zu erlassen. §. 56. Die Reichsgewalt ist befugt, allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen. Art. XIII. §. 57. Die Reichsgesetzgebung ist befugt für die Aufnahme des öffentlichen Urkunden diejenigen Erfordernisse fest zu stellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern. §. 58. Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist, sowie in allen Fällen, wo das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maaßregeln erheischt. §. 59. Die Reichsgewalt wird Sorge tragen, daß durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke festgelegt werde. §. 60. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichswegen verbindliche Kraft. Art. XIV. §. 61. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus. Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen.

Frankfurt, 11. October. Das gestern Abend erschienene dritte Stück des „Reichs-Gesetz-Blattes" enthält Verordnung, betreffend eine Matrikularumlage zur Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Centralgewalt; vom 30. Sept. 1848: „Der Reichsverweser, nach Einholung des zustimmenden Beschlusses der Reichsversammlung vom 29. Sept. 1848, verordnet wie folgt: §. 1. Zur einstweiligen Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Centralgewalt bis zur Erlassung eines Finanzgesetzes soll eine Umlage von Hundertzwanzigtausend Gulden nach der bestehenden Bundesmatrikel bewerkstelligt werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, 30. Sept. 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen: v. Beckerath."

Die Deutsche Zeitung berichtet aus Frankfurt, 9. October. Wir sind in den Stand gesetzt, die durch Berliner Zeitungen verbreitete Nachricht, als habe Oesterreich erklärt, unter keinerlei Umständen sich dem deutschen Zollverein anschließen zu können, weil es dadurch in seinen Geldeinnahmen zu sehr beschränkt werde, für völlig unbegründet zu erklären. Die jetzigen Zolleinnahmen Oesterreichs, einschließlich der Einnahme durch das Tabakmonopol, betragen auf den Kopf 33 Kreuzer C. M. Im Zollverein beträgt die Einnahme bekanntlich 1 fl. 30 kr. rheinisch. Die Finanzen Oesterreichs würden daher durch einen Anschluß nur bedeutend gewinnen können.

Ebenso unwahr ist, wie wir aus bester Quelle versichern können, die gleichfalls aus Berliner Blättern stammende Nachricht, Preußen habe es abgelehnt, seine diplomatischen Verbeter im Auslande denen der Centralgewalt unterzuordnen. Die Verhandlungen darüber sollen noch im Zuge sein. (D. Z.)

München, 10. Octbr. Der deutschkatholische Pfarrer Dumhof ist vorgestern in der Domkirche auf Beschluß des erzbischöflichen Ordinariats aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen, (exkommunizirt) und mit Kirchenbann belegt worden.

Vorigen Freitag und Sonnabend haben die Gesetzgebungsausschüsse in gemeinsamen Sitzungen die Gesetzentwürfe über das Verfahren vor den Schwurgerichten, und das Ungehorsamsverfahren bei Beebrechen die vor Schwurgerichten jadgeurtheilt werden, mit Modifikationen angenommen. Es erübrigen und noch zwei kleinere Gesetzentwürfe: über Rechtsmittel und Beefahren vor den Kreis- und Stadtgerichten, deren Berathung und Beschlußfassung wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche zu Ende gebracht werden wird. Es steht alsdann nichts mehr im Wege daß die gegenwärtige Kammer aufgelöst und zur Ausschreibung der Wahlen für die neuzubildende Kammer geschritten wird.

München, 10. Octbr. (Dienstesnachrichten.) Die bei dem Appellationsgerichte von Mittelfranken erledigte Rathsstelle ist dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe zu Augsburg Chr. F. Donauer, und die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg offen gewordene Rathsstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsassessor daselbst J. F. K. v. Grundherr verliehen worden.

Reuß-Schleiz, 3. Oct. Beinahe drei Wochen haben wir auf unsern, an Stelle des dahingeschiedenen, tief betrauerten Wirth berufenen Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung, Julius Fröbel aus Rudolstadt, vergeblich gewartet. Er war bei seiner Gegenpartei als Communist und Republikaner so in Verruf gekommen, daß dieselbe nur mit Angst und Schrecken seiner Ankunft entgegen sah. Endlich am Michaelistag früh, ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt: „Fröbel ist da!" Zunächst stellte er sich dem Magistrate in der Bürger-Feyholung vor; hierauf defilirte die consignirte Bürgerwehr mit ihrer großen dreifarbigen Fahne mehrere Male an seinem Logis vorüber, stellte sich sodann vor demselben auf, präsentirte das Gewehr und brachte ein dreimaliges Hoch. Fröbel dankte vom Balkon herab. Eine permanente Ehrenwache, welche Tag und Nacht alle Stunden regelmäßig abgelöst wurde, blieb zurück. Ein Ständchen, welches die Liedertafel brachte, begann mit Uhlands: „Das ist der Tag des Herrn!" Auch der Sonnabend verging unter den mannichfachsten Ehrenbezeigungen. Sonntag früh schlug die Bürgerwehr Reveille durch die ganze Stadt und Alles war gespannt auf die große Volksversammlung, welche in der Hauptkirche abgehalten werden sollte. Eine Deputation holte unsern Fröbel ab. Auch Thieme der „treußische Hecker", war inzwischen aus Hildesheeg eingetroffen. Die Kirche vermochte das nachströmende Volk

Digitized by Google

kaum zu fassen. Zuerst wurden unter Posaunen-Begleitung „Eine feste Burg ist unser Gott“ gesungen. Sodann sprach Fröbel, ein politisches Glaubensbekenntniß, und sein Grundsatze entwickelnd, mit wohltönender, herzgewinnender Stimme 1 Stunden lang vom Chore herab. Alle Zuhörer waren von dieser Rede tief ergriffen. Mit etwaiger Ausnahme einiger Steck-Artikel traten hat er aller Herzen gewonnen; selbst jene Partei, welche ihn vorher fürchtete und verabscheute, ist vollständig mit ihm ausgesöhnt. Nicht nur die Würde, Klarheit und Consequenz seiner Vorträge, sondern auch seine ganze Persönlichkeit macht auf das Volk einen ausserordentlichen Eindruck. Zu seiner Wirthsamkeit in Frankfurt hat man das unbegränzteste Vertrauen. Schließlich beantragte Thieme zwei Proteste, die militärische Besetzung des Neufenlandes und die Feudallasten betreffend; beide wurden einstimmig gebilligt und wenige Stunden später nach Gera abgesendet.

(F. J.)

Mainz, 10. Oct. Mit dem Beginn dieser Woche hat in vielen Gemeinden unsrer Provinz die Traubenlese angefangen; mit der Quantität ist man viel zufriedener als mit der Qualität. — Den in unserer Citadelle aufbewahrten Gefangenen des Frankfurter Aufstandes sucht man die Untersuchungshaft so leicht als möglich zu machen; dieselben dürfen jeden Tag zwei Stunden im Innern der Citadelle unter -militärischer Bewachung in freier Luft sich ergehen. Andre sind bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden. (F. D. P.-Z.)

Berlin, 10. Oct. Aus Brandenburg wird von einer Soldatenemeute berichtet. Ein Unteroffizier wurde wegen eines nach der Meinung der Soldaten ihm unverschuldet zur Last gelegten geringfügigen Dienstvergehens in Arrest geschickt. Etwa 100 Soldaten zogen vor das Haus ihres Majors und brachten ihm eine Katzenmusik. General Hanneke kam hinzu und beschwichtigte die aufgebrachten Mannschaften. Sie stellten hierauf ihre Forderungen: die Kriegszulage, Entlassung der Reserven, Wegslassung des Gepäcks beim Exerciren ꝛc. Der General veranlaßte die Wahl von vier Vertretern, um mit ihnen zu verhandeln, und bestprach, sich für die Bewilligung ihrer Forderungen höheren Orts zu verwenden. — Nachdem die Verfassungskommission der Einleitung zur Verfassungsurkunde alle Kgl. Redemittel verworfen hat, verlangen die polnischen Mitglieder die Beibehaltung des Titels: „Großherzog von Posen.“ Abg. Puttwerowski hat ein hierauf bezügliches Amendement eingebracht.

Die Gesellschaft für die deutsche Sprache zu Berlin hat an die frankfurter Nationalversammlung die Bitte gestellt, bei der Umgestaltung des deutschen Heerwesens der deutschen Sprache ihr Recht werden zu lassen. Sie hat sich bereit erklärt, ihre näheren Aenderungsvorschläge einzureichen. — Die Nationalversammlung ist darauf eingegangen und hat in einem anerkennenden Schreiben die Gesellschaft ersucht, ihr schleunigst ihre Vorlagen einzusenden.

Der preußische Staats-Anzeiger enthält einen allerhöchsten Erlaß vom 9. October 1848, die Amnestie für alle in der Provinz Posen bis zum 1. Juli d. Js. begangenen politischen und damit in Verbindung stehenden Vergehen und Verbrechen betreffend.

Berlin, 10. Oct. Von hier aus sind Befehle nach Schlesien gegangen, an der mährischen Grenze ein Truppencorps zusammenzuziehen. Truppen aus Pommern und der Provinz Sachsen sollen zum Ersatze der geschwächten Garnison nach Schlesien nachrücken. Auch ist fast allgemein hier die Ansicht verbreitet, daß die an der galizischen Grenze aufgestellten russischen Truppen demnächst die Grenze überschreiten werden.

Aus der Provinz Preußen, 8. Oct. In Westpreußen ist man wegen neuer Insurrectionsversuche der Polen nicht ohne Besorgniß. (D. A. Z.)

Posen, 8. Oct. Die Cholera tritt hier jetzt in verheerendster Weise auf, und wir zählen täglich 50 und mehr Leichen; vorzüglich sind die niedrig gelegenen Stadttheile und Vorstädte davon heimgesucht. (D. A. Z.)

Bremen, 9 Oct. Seit vorgestern liegen die amerikanischen Fregatten St. Lawrence und das Dreadnaughtboot Washington auf der Rhede von Bremerhaven. Die Fregatte St. Lawrence führt über 50 Geschütze, darunter einige lange 32 Pfünder und mehrere Pairhans von schwerem Caliber. Die Fregatte hat 499 Personen am Bord. Die St. Lawrence, ursprünglich wegen des dänischen Krieges zur Beschützung der amerikanischen Flagge bestimmt, wird sich nur kurze Zeit auf der Weser aufhalten und in Cadix oder Lissabon überwintern. (W. Z.)

Wien, 8. Oct. Die Abreise des Kaisers hat bei der fanatisch für ihre Freiheit aufgeregten Bevölkerung keinen Eindruck gemacht. Gestern und heute hört man nichts als Verwünschungen gegen die kaiserliche Familie, nur der Kaiser für seine Person findet nach Gnade. Ueber die Abreise des Kaisers erfährt man, daß mehrere Reichstagsabgeordnete, unter denen Schwarzer, vorgestern Abend die Entfernung des Erzherzogs Franz Karl und seiner Gemahlin mit so ernstlichen Anspielungen auf den eben vollbrachten Mord des Grafen Latour in Schönbrunn verlangt hatten, daß der Entschluß des Kaisers schnell gefaßt war. Er zog Morgens 8 Uhr mit seiner kaiserlichen Familie unter Bedeckung von 3—4000 M. Infanterie und Cavalerie von Schönbrunn über St.-Veit gegen Burkersdorf ab. Der Kaiser und sein Bruder waren niedergeschlagen, nur die Kaiserin zeigte eine ungewöhnliche Fassung und Geistesruhe. (D. A. Z.)

In der Umgebung sammelt sich von allen Seiten Militär, und es ist, wenn ein Schlag gegen die Stadt erfolgt, das Gräßlichste zu fürchten. Die Hofpartei hat nur bei den Reichen auf Sympathie zu rechnen, die ganze übrige Bevölkerung ist durch und durch radical. Die schrecklichen Fehler des, bisherigen Ministers haben den Radicalen die Massen zugewendet.

Wien, 8. Octbr., 2 Uhr Nachmittags. Die Nacht ist ruhig vorübergegangen, und auch heute hat man sich bis in diesem Augenblick vor Störung der Ordnung nicht zu beklagen. Die Gemüther sind jedoch sehr ängstlich. Viele flüchten von der Stadt auf's Land andere vom Land in die Stadt. Sie sehen daß die Leute bei der Ungewißheit über die kommenden Dinge eigentlich gar nicht wissen was sie thun sollen. Jedenfalls stehen uns dieser Tage große Ereignisse bevor. Eine Proclamation des Grafen Auersperg scheint günstig gewirkt zu haben. (Er bemerkt daß er die Truppen concentrirt habe, aber nicht in feindlicher Absicht.)

Wien, 9. Oct. Die Stadt ist ruhig, die meisten Verkaufsgewölbe sind wieder geöffnet. Die Nationalgarde und die akademische Legion steht unter den Waffen. — Heute Vormittags bis 2 Uhr war keine Reichstagssitzung. Die Deputirten hatten sich versammelt, weil der Reichstag in Permanenz erklärt ist um beim ersten Anlaßbot zusammenkommen zu können. — Der flüchtende Kaiser wurde in Sieghartskirchen, 5 Stunden außer Wien, wo er mit einer Kanonen- und Kavalleriebedeckung, die einer kleinen Armee gleich sah, ankam, vom Landsturme angehalten und in seine Residenz zurückgeführt. (Ein Irrthum d. R.)

Wien, 8. Oct. (Abendsitzung des Reichstags.) Der Preßburger Magistrat ruft den Reichstag um Hülfe an, er solle durch das österreichische Ministerium dem Kaiser beorworten, daß das von Jellachich angedrohte Bombardement unterbleibe. Die Versammlung beschließt, mittelst einer Note dem Ban die Antwort zuzumitteln, welche Sr. Maj. der Reichstagsdeputation auf die von derselben vorgetragenen Volkswünsche ertheilt hat und worin ausgesprochen ist, daß er alsbald mit einem neu zu ernennenden Ministerium die wichtigen Fragen erledigen werde.

Wien, 9. Octbr. Die Stadt war gestern (Sonntag) bewegt, aber ohne Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die noch vorhandenen Barrikaden erschienen nicht so bemmend für den Verkehr, als es am 26. Mai der Fall gewesen. — Die an Jellachich ergangene Weisung erwahnte zur Beobachtung, daß der Kaiser das Manifest an die Ungarn durch Ernennung des neuen Ministeriums stillschweigend zurückgenommen, vielmehr erklärt habe, den Antrag zur Zurücknahme des Manifestes in Erwägung zu ziehen. — So eben wird der Sicherheitskommission von dem Studentenkomite mitgetheilt, daß Jellachich die österreichische Grenze überschritten habe, daß in Bruck an der Leitha sich befinde; daß Ordonnanzen Pratz wird an Jellachich abgeschickt, um noch dessen Absichten zu fragen. Das Militär, das noch immer beim Belvedere konzentirt ist, nimmt wieder eine bedrohlichere Stellung ein, es will sich in seiner jetzigen unbequemen Lage nicht länger halten lassen; 4 Studenten, deren die Soldaten des Nachts habhaft wurden, sind erhängt worden. Aus Böhmen kommen Truppen herbei, lassen sich bei Klosterneuburg über die Donau schiffen. Legion, Nationalgarden, Arbeiter und übergetretenes Militär sind gerüstet und erwarten den Kampf. Die verschiedenen Parteien haben sich vereinigt, die Stadt ist ebenso zum Angreifen wie zur Vertheidigung bereit. 1500 steirische Freiwillige sind so eben in die Stadt eingezogen.

Wien, 8. Oct. Der Gemeindeausschuß hat beschlossen, die Stadt zu verproviantiren und sie in bestmöglichen Vertheidigungszustand zu setzen. Eine Vertheidigungskommission ist ernannt, an deren Spitze Offiziere stehen, namentlich Oberst Cainelli und Oberst Stodnizki, ein aus dem polnischen Insurrectionskriege bekannter Name. Zwei Linienregimenter kamen Vormittags auf die Universität und boten sich an, mit ihren Kompagnien zum Volk überzugehen. Das ganze Militär hat sich dem Belvedere und vor dem Schwarzenbergschen Garten eine feste Position genommen. Mehrere von ihnen aufgefangenen Nationalgarden wurden stand-

Digitized by Google

rechtlich erschossen, einigen Tabakläden in der Vorstadt Wieden von ihnen geplündert.

Einer nicht ganz zuverlässigen Nachricht zu Folge soll das Militär aus der Stadt Linz verjagt und die Stadt von Bauern besetzt worden seyn.

Prag, 9. Oct. Um 12 Uhr in der Nacht ist folgende telegraphische Depesche von Wien eingegangen und hier veröffentlicht worden: Der Minister Hornbostl ist von Sr. Maj. zur Gegenzeichnung der allerhöchsten Befehle unter heutigem Tage an das Hoflager nach Sieghartskirchen berufen worden. Messery, k. k. Gubernialpräsident. (Sieghartskirchen, volksfreundlich Sitzkirchen), liegt 2 Posten westlich von Wien auf der Straße nach St.-Pölten.)

Prag, 9. October. Man spricht viel von einer Deputation der obersten städtischen Behörden beim Fürsten Windisch-Grätz, welcher mit dem Vorschlage verseh'en, im Fall eines gewaltsamen Sieges der Minorität in Wien und eines Umsturzes, eine provisorische Regierung in Böhmen einzusetzen, sich einverstanden erklärt haben soll; ebenso von einer Anfrage seinerseits, daß, wenn die städtischen Behörden und die Nationalgarde die Aufrechthaltung der Ruhe verbürgen wollten, er im Nothfalle alles Militär aus Prag nach Wien schicken wolle. Heute ist endlich die Auslieferung der Gewehre an die Nationalgarde erfolgt.

Ungarn.

Pesth, 5. October. Ein Theil unserer Armee ist gegen die feindliche Division unter General Roth aufgebrochen, deren Vernichtung oder Gefangennehmung man hier stündlich erwartet. Die Hauptarmee verfolgt Jellachich. Sie wird theilweise auf Wagen und Dampfschiffen befördert.

Unter den aufgefangenen Briefen des Jellachich befindet sich auch ein „Liebesbrief" (so lautet der wörtliche Ausdruck des Landtagsprotokolls) desselben an die Erzherzogin Sophie. Jellachich wird seitdem hier der Sophist genannt.

Die Postkouriere aus Ofen und Pesth sind heute wieder ausgeblieben. Die Truppen des Jellachich sind bis Bruck an der Eisenreichischen Grenze vorgerückt. (D. A. Z.)

Pesth, 8. Oct. Man berichtet heute, daß eine abgeschnittene Abtheilung der kroatischen Armee unter General Roth, 5000 M. stark, von den Ungarn gefangen genommen worden seyn soll. Gestern kamen hier etwa 1000 kriegsgefangene Kroaten an, welche nach Stuhlweissenburg kamen, in der irrigen Meinung, diese Stadt sey noch von Jelachich's Armee besetzt, und dort entwaffnet worden.

Belgien.

Brüssel, 8. Oct. Das republikanische Blatt „die Nation" meldet, daß die Herren Engels und Dronke, Redakteren der „Neuen Rheinischen Zeitung", welche sich seit mehreren Tagen in Brüssel befanden, dort von den Local-Behörden verhaftet und in einem Zeitenwagen nach der Eisenbahn-Station des Südens gebracht sind. Man vermuthet, daß sie nach der französischen Gränze werden transportirt werden. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 9. Oct. Die General-Conseils der Departements sind versammelt und wie es zu erwarten stand, zeigt die monarchische oder vielmehr die legitimistische Majorität in einigen derselben eine entschieden feindselige Tendenz gegen die Regierung. Der Generalrath des Departements der Eure hat in seiner Sitzung vom 5. folgenden Beschluß gefaßt: „Der Rath hat mit Bedauern gesehen, daß bei den zahlreichen Ernennungen von Steuereinnehmern, die Stadt gefunden haben, die Bedingungen gesetzlicher Fähigkeit nicht beobachtet wurden und er hofft, daß dieser Fall sich nicht erneuern werde."

Eine Ordonanz Cavaignacs, im Moniteur, bestehlt nun, da der Departementsrath seine Befugnisse überschritten und sich in die Verwaltung gemischt habe, daß diese Berathung und dieser Beschluß als ungültig annullirt seyen. Es ist dies eines der ersten Symptome des kleinen Krieges, den mehrere Departements gegen die Central-Regierung führen.

Der Moniteur erklärt die Nachricht, daß die Herzogin von Berry heimlich in Paris gewesen sey, für unwahr.

Ein gleiches Dementi erhält die Nachricht deutscher Blätter, als seyen sechs in die Frankfurter Unruhen verwickelte Deutsche von den Straßburger Behörden ausgeliefert worden. Diese Auslieferung habe nicht Statt gefunden.

Der erste Transport der freiwilligen Colonisten für Algier ist gestern 600 Köpfe stark abgegangen. Sie wurden auf großen, eigends hiezu eingerichteten Lastschiffen auf der Seine nach Rouen eingeschifft, von dort gehen sie über Havre nach Algier. Wir haben uns überzeugt, daß für alle Bedürfnisse der Abgehenden bestens gesorgt war und daß eine freudige heitere Stimmung unter ihnen herrschte. General Lamoricière wohnte selbst der Einschiffung bei und bekümmerte sich um die kleinsten Details. Der Genie-Capitain Chaptain, dem die Direktion dieser ersten Colonie, St. Cloud genannt, übertragen ist, ein Oberarzt und ein Rechnungsführer begleitete diese Expedition und bleiben auch an Ort und Stelle bei ihnen. Tuisane und Trelat hielten an die Abziehenden begeisterte Reden, der Kriegsminister übergab ihnen eine schöne Fahne und der Pfarrer Berg segnete sie ein. Die Auswanderer erhielten zugleich jeder ein Exemplar des Planes der neuen Colonien, einen ärztlichen Ratheber für Algier und das Handbuch des Algierischen Ackerbaues. Sie sind in Gruppen von zwölf Köpfen getheilt, die sich jede einen Führer wählt, der auf der Reise Alles besorgt. Alle fünf Tage geht nun ein Transport ab; die festgesetzte Zahl von 12,000 ist längst ausgereicht, und die Regierung bedauert nur, daß sie in diesem Augenblicke nicht größere Mittel hat, denn die Anzahl der Einschreibungen beträgt allein in Paris 36,000. — Algier ist plötzlich bei den Arbeitern populär geworden.

Das Journal des Débats kritisirt heute die Stellen in Ledru-Rollins letzter Rede von 2. d. Mts., die auf Deutschland Bezug haben. Es weist Hr. Ledru-Rollin nach, daß Frankreich Dänemark nicht so leichtfertig im Stich lassen dürfe, dem dieses habe treu an Frankreich gehalten und dies theuer bezahlt. Was die Sympathien der deutschen Demokratie für Frankreich betrafe, so seyen diese nicht weit her und Hr. Ledru-Rollin wisse wahrscheinlich, daß seine guten Freunde jenseits des Rheines eine Ader von Marseillaise sängen deren energische Strophe eine Beschimpfung Frankreich sey. Und selbst die rothen Republikaner in Deutschland würden sich gar nicht genieren, wenn sie zur Gewalt kämen, eben weil sie zu radikal wären, von Frankreich Elsaß und Lothringen zu verlangen. Wenn den Rückkämpfung der Hrn. v. Raumer betreffe, so brauche Hr. Basilde ja nur zu erwidern, daß die deutsche Centralgewalt selbst Frankreich hierin Recht gegeben habe, denn in diesem Augenblicke habe sie die HH. Stockmar und Schwerin nach Berlin geschickt um die preußische Regierung zu beschwören ihre Gesandten im Auslande zurückzuziehen, und so erkenne die Central-Regierung selbst die Unmöglichkeit an, unter den bisherigen Verhältnissen diplomatische Beziehungen mit dem Auslande aufrechthalten zu können. (!) Oder hätte Frankreich und England die Gesandten Oesterreichs, Preußens u. s. w. zum Lande hinaus weisen sollen, um die Hrn. Raumer und Bethman zu empfangen? Frankreich, England und Rußland hätten immer noch Zeit in feierliche und offizielle Beziehungen zur Centralgewalt zu treten, sobald diese sich mit den sämmtlichen deutschen Staaten dahin abgefunden habe, daß sie ihr ausschließliches Organ seyn solle. Das Debat glaubt nicht, daß die Bemühungen der Centralgewalt in dieser Hinsicht Erfolg haben würden, es meint übrigens, diese Centralgewalt sey eine ganz gute Regierung, sie habe sich bei dem Frankfurter Attentat und gegen Struve ganz gut benommen, der Reichsverweser sey ein ganz annehmbarer Mann und selbst die Persönlichkeit des Hrn. v. Raumer sey geeignet, viele Schwierigkeiten zu heben, aber die erste aller zu lösenden Schwierigkeiten bleibe immer die, daß die Deutschen sich zuerst unter einander verständigen müßten, ehe sie dem Auslande Vorschriften machen wollten, und diese Schwierigkeit zu lösen, dazu habe Frankreich keine Mission.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 9. September. Nach der Verwerfung verschiedener Anträge wird der Art. 42 angenommen und das Prinzip der allgemeinen und direkten Wahl festgestellt. Der Art. 44, welcher die Prüfung der Wahloperationen und die Proclamation des Präsidenten der Nationalversammlung übertragt, fernet bestimmt, daß falls keiner der Candidaten die absolute Majorität erhält, die Nationalversammlung aus den fünf Candidaten, die die meisten Stimmen haben, den Präsidenten wählt. Die erste Hälfte dieses Artikels wird ohne Discussion angenommen, über die zweite Hälfte liegen mehrere Amendements vor. Gerson schlägt vor, zu setzen statt: „Wenn kein Candidat die absolute Majorität hat" — „Wenn kein Candidat wenigstens drei Millionen Stimmen hat." — Mosien im Namen der Commission schlägt als Minimum die Zahl von zwei Millionen Stimmen vor, welche bleibt bis die Berufung der absoluten Majorität bei, die Bestimmung der Commission wird angenommen. Larabit schlägt vor, daß die Nationalversammlung unter sechs (nicht fünf) Kandidaten wählen könne, wird verworfen, — ein Vorschlag, ihre Zahl auf drei zu beschränken, wird verworfen, und die Zahl auf 5 beibehalten, dann der Artikel 44 angenommen. Folgt Art. 42, der die Bedingungen der Wahlfähigkeit festsetzt: 30 Jahre mindestens, geborner Franzose, und nie die Nationalität verloren zu haben. Deville (vom Berge) schlägt ein Amendement vor, wonach kein General Präsident der Republik werden kann und auch kein Mitglied einer Familie, die über

Digitized by Google

Frankreich geherrscht haben, diese Würde bekleiden könne. Er entwickelt sein Amendement in einer heftigen Rede gegen die Säbelherrschaft und die Reaction, wird aber oft und stürmisch unterbrochen, so daß man wenig oder gar nichts von seinen Worten hört. Jemehr er spricht, je größer wird die Heiterkeit der Versammlung, aber die Heiterkeit verwandelt sich nach und nach in Aerger, als der Redner eine schärfe Parallelle zwischen der rothen und weißen Republik zieht, wobei Letztere nicht glimpflich behandelt wird. Es gelingt ihm übrigens doch, zuletzt die Aufmerksamkeit der Versammlung zu fesseln, als er auf die Beharrlichkeit aufmerksam macht, mit der alle abgesetzten Regentenfamilien noch Jahrhunderte lang ihre Ansprüche behauptet, ihre Intrigiren fortgesetzt haben und wie gefährlich es daher sey, ihren Abkömmlingen den Weg zur Gewalt zu öffnen. Degousse bekämpft Devilles Amendement und protestirt gegen die Lobrede auf die rothe Republik. — Die erste Hälfte des Amendements wird hierauf verworfen, die zweite Hälfte, die auf die Dynastien Bezug hat, stimmt mit 5 bis 6 andern Amendements überein und ruft eine neue Diskussion hervor. Ant. Thouret besteht auf der Ausschließung aller Abkömmlinge der einst über Frankreich regiert habenden Familien. Wirtze und Jerome Bonaparte verlangen das Wort, Jerome nimmt es, um zu erklären, daß er habe sprechen wollen, da er aber gehört habe, die Commission habe das Amendement verworfen, so überlasse er es dieser, ihren Entschluß zu vertreten. Dieser seine Ausweg überrascht die Commission, wie die Versammlung. Wolthaye nimmt das Wort gegen das Amendement, welches er unnöthig findet, da man sich auf den gesunden Sinn des Volkes verlassen müsse. Es entspinnt sich nun eine Discussion, an der jedoch die Polizeichuß nur unbedeutende Redner Theil nahmen. Das Amendement wird wahrscheinlich verworfen werden.

Paris, 7. October. Neben der auswärtigen Politik ist die Frage über die Wahl eines Präsidenten der Republik die hauptsächlichste Beschäftigung des Cabinets. Man fürchtet seit einigen Tagen daß Ledru-Rollin nicht wenig Chancen habe, falls sich die Stimmen zwischen Cavaignac und Ludwig Napoleon theilen und, wie das namentlich im Süden zu erwarten steht, der Herzog v. Bordeaux eine große Mehrheit erlangt. Die Freunde Cavaignacs wünschen daher ein engeres Anschließen an die Partei der ehemaligen dynastischen Linken, was wohl nur dadurch möglich wird daß einige Coryphäen derselben in das Ministerium aufgenommen werden. Schon seit etwa 14 Tagen sind ein dieser Beziehung Unterhandlungen eingeleitet, die jedoch an der Sprödigkeit jener Heroen scheitern. — Die Beziehungen des Cabinets zur deutschen Centralgewalt sind — wie auch deutsche Blätter anderes darüber berichten mögen — überaus freundschaftlich. Vielleicht wäre die Offenheit noch eine vollständigere wenn der Particularismus der deutschen Einzelstaaten der Reichsregierung nicht so viele Schwierigkeiten bereitete. (A. Z.)

Großbritannien

In Edinburg ist die Cholera ausgebrochen. Fünf Fälle haben sich gezeigt, von von denen drei in 24 Stunden einen tödtlichen Ausgang hatten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. Sept. Es haben jetzt sämmtliche schwedische Truppen Fühnen verlassen und sind hier angekommen.

Amerika.

Bremen, 9. October. Die politischen Nachrichten, welche wir mit dem Washington aus Newyork bis zum 20. erhalten, sind wenig erheblich. Während das alte Europa im Kampfe um die Freiheit in seinen Grundfesten erbebt, erfreut sich Amerika aller Segnungen seiner Verfassung und seiner unerschütterlichen Naturkräfte. Die Präsidentenwahl allein hält das Volk und die Parteien im politischen Athem, Cäß, Taylor oder Van Buren, das ist die Frage, welche alle amerikan. Blätter beschäftigt. Nach dem neuesten Stand der Sache hat Gen. Cäß, der demokratische Candidat, die meisten Chancen, für die nächsten vier Jahre das weiße Haus zu beziehen. Taylor hat unter den Clay-Whigs viel von seinem Anhang eingebüßt durch einen Brief an die Charleston-Demokraten, in welchem er die auf ihn gefallene Wahl als Präsidentschafts-Candidat anzunehmen versprach. Van Buren, der Candidat der Abolitionisten wird ohne Zweifel in der Minderheit bleiben; doch könnte dessen Partei, wenn sie für den Fall, daß sie ihren Candidaten nicht durchbringt, sich auf die Seite Taylors stellt, den Sieg des Gen. Cäß noch zweifelhaft machen. Die Spannung ist also noch nicht gelöst. — Die Einwanderung von Deutschland ist in diesem Jahre geringer, unter den 16,825 Personen, welche während des Augustmonats im Hafen von Newyork eingewandert sind, befanden sich nur 5489 Deutsche, dagegen 6651 Irländer und 2681 Engländer. Während der letzten 8 Monate sind im Ganzen über Newyork 130,864 Personen eingewandert. — Der Gesundheitszustand in Newport ist befriedigend, einige Fälle von gelbem Fieber abgerechnet. In Neworleans war Ende August und Anfang September die Hitze kaum auszuhalten, und das gelbe Fieber raffte viele Opfer hinweg, doch war die Bösartigkeit nach den letzten Angaben im Abnehmen begriffen.

Bayreuth, am 21. September 1848.

Subhastations-Patent.

Die Debitsache des Antiquars Seligsberg dahier betr.

Da bei der ersten Versteigerung des Wohnhauses des Antiquars Seligsberg dahier, H.-Nr. 115, St.-Bezirk Nr. 40 in der Gangleistraße, das Meistgebot den Schätzungswerth zu 5750 fl. nicht erreichte, so wird auf Antrag der Gläubiger anderweiter Bietungstermin auf

Donnerstag den 16. November l. Js. Vormittags 10 Uhr

im diesgerichtlichen Commissionszimmer Nr. 9 anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken beigeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 und 101 der Prozeß-Novelle von 1837 erfolgen wird und die Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungsverhandlungen in der Zwischenzeit in der Registratur eingesehen werden können.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Zann.

v. n.

Landgraf.

Anzeigen.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **H. A. Grau** in Hof und Münchberg ist zu haben:

Der unterrichtete Zeitungsleser. Sammlung und Erklärung aller in den politischen Zeitungen vorkommenden Fremdwörter, Parteinamen ꝛc. brosch. 48 kr.

Roß, G., **Wostentaschenfremdwörterbuch**, oder Verdeutschung von mehr als 13000 fremden Wörtern. brosch. 54 kr.

Spindler, C., **Vergißmeinnicht.** Taschenbuch der Liebe, der Freundschaft und dem Familienleben gewidmet für 1849. brosch. 54 kr.

Rehmer, F., Deutschlands alte und neue **Büreaukratie.** geh. 30 kr.

Gesetz über die Einführung der **Schwurgerichte.** brosch. 6 kr.

In demselben Verlage ist soeben erschienen:

Das königlich bayerische

Ablösungs-Gesetz

vom 4. Juny 1848

in seiner praktischen Durchführung.

Ein Hilfsbuch für Alle ꝛc.

gr 8. geh. 36 kr.

Am 15. October 1848 Nachmittags 3 Uhr wird das Bäckermeister Klipperschie Sölzengut zur Anstatt Bayreuth in einzelnen Stücken und zwar:

1) Wohnhaus, Stadel, Schupfe, Backofen, Gartenbaus ein Stück Gartenland und ein Stück Grasgarten und Ackerland;
2) 1 Tagw. Feld, der Trieb genannt;
3) 2 Tagw. der breite Acker;
4) 1 Tagw. Feld, die Rüth;
5) ½ Tagw. Feld an der Steegwiese;
6) 1½ Tagw. Wiese, die Brechhütte;
7) ¾ Tagw. die Ziegelwiese;
8) ¼ Tagw. die Steegwiese;
9) ¾ Tagw. Feld am rothen Hügel;
10) ¾ Tagw. Feld hinter dem Spiegelhof;
11) 1½ Tagw. Anwiesen hinter der Rückersmühle;

von dem jetzigen Besitzer aus freier Hand meistbietend verkauft, wozu Kaufsliebhaber zu dem Wirth Herrn Weber zur Anstadt eingeladen werden.

Bei Schreiner Brüssel ist die mittlere Wohnung auf das Ziel Lichtmeß 1849 zu vermiethen.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

81	12	41	44	25

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 287.** **15. October 1848.**

Deutschland.

*Frankfurt, 12. October. Bericht über die 92ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Der Vicepräsident Simson eröffnet die Sitzung und ruft Jordan von Marburg auf die Tribune, um im Namen des internationalen Ausschusses über die Eisenmann'sche und Bergerschen Anträge: Oesterreichs Verhältnisse zu Deutschland betreffend, zu berichten. Der Ausschuß räth die Entscheidung dieser Angelegenheit bis zur Berathung des §. 1 des Verfassungsentwurfs (Reichsgebiet) auszusetzen. — Brüwning theilt den Antrag des Ausschusses mit, welcher zur Schmidt-Wiesner'schen Angelegenheit niedergesetzt war. Er geht dahin, daß Schmidt und Wiesner eine die Beleidigung gegen die Versammlung zurücknehmende Erklärung abgeben sollen und bis dieß geschehen sey, zur Ausübung ihrer Funktionen als Abgeordnete nicht zuzulassen seyen. Ueber Schaffraths Antrag gegen Gagern und Simsen beantragt der Ausschuß die Tagesordnung. Blum verlangt, daß zuerst der Ausschußbericht über die Angriffe gegen Brentano am 7. und 8. August zur Berathung gebracht werden solle. Simson stimmt bei. Zucho beantragt, daß das Reichsministerium aufgefordert werden solle, den Belagerungszustand aufzuheben, sobald das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung in Kraft trete. Wird nicht für dringlich erkannt. — Berger und Eisenmann stellen Anträge, die ebenfalls nicht für dringlich erkannt werden; ersterer will den Wiener Demokraten und dem Reichstage den Dank des Vaterlandes ausgedrückt wissen, letzterer den Reichskommissär nach Wien abgesendet haben. Schmerling, der später eintritt, erklärt, daß die Centralgewalt bereits in dieser Angelegenheit Schritte gethan habe; die durch die Vorgänge in Oesterreich nothwendig gewordenen Maßregeln seyen bereits gestern Abend vom Ministerrath beschlossen und vom Reichsverweser genehmigt worden: sie würden ungesäumt vollzogen werden. Ueber den Inhalt der Maßregeln wird das Reichsministerium der Nationalversammlung in kürzester Zeit Mittheilungen machen. Auf eine bezügliche Anfrage Rüh's antwortet Schmerling: daß das Reichsministerium beschlossen hat, für alle zu einem außerordentlichen Zwecke verwendeten Reichstruppen, eine entsprechende Entschädigung für die Quartierträger zu leisten. — Hierauf wird zur Beschlußfassung der an der Tagesordnung stehenden §§. 31 u. 32 der Grundrechte geschritten und sie in folgender Fassung angenommen. „Die Familien-Fideicommisse sind aufgehoben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Die Bestimmungen über die Familien-Fideicommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Gleiche Bestimmungen wie für die Familien-Fideicommisse gelten für die Stammgüter." „Alles Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen." Der §. 34 wurde in folgender Fassung angenommen. „Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten ausgeübt. Kabinets- oder Ministerial-Justiz ist unstatthaft." §. 35. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die militairische Gerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militair-Disciplinar-Vergehen beschränkt; vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand. §. 36. (Ohne Discussion angenommen.) Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt, suspendirt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen außer auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden. §. 37. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich seyn. §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen freigewählte Richter geübt oder mitgeübt werden. §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt seyn. Der Polizei steht nirgens Strafgewalt zu. Im deutschen Kriegsheere gilt nur ein und dasselbe Kriegsgesetz, auf Schwurgericht und öffentliches Verfahren gegründet. §. 41. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf, über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. §. 42. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte und öffentliche authentische Urkunden sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar." — Mit der Annahme dieser §. sind alle die Grundrechte erledigt, deren Berathung vorausgenommen und beschleunigt werden sollte. Schoder schlägt jetzt neue Maßregeln vor, um binnen der kürzesten Frist die zweite Abstimmung und die Veröffentlichung der Grundrechte berbeizuführen. Die Berathung hierüber wird auf die nächste Sitzung vertagt. — Drei Anträge — von Wesendonk: das Reichsministerium um sofortige Mittheilung der in Bezug auf Oesterreich ergriffenen Maßregeln anzugehen; von Wiesner: daß sich die Nationalversammlung gegen jede Absendung von Reichstruppen gegen die Wiener Demokraten erkläre; von Schüler: daß jener Schritt des Reichsministeriums, in die österreichischen Verhältnisse gewaltsam einzugreifen, als ungesetzlich bezeichnet werde, — werden nicht als dringlich befunden. Ein Antrag Backhaus', Eisenmann's, Wartensleben's: im Hinblick auf die Ereignisse in Wien sofort an die Berathung der Verfassung zu gehen, wird auf die morgende Tagesordnung gesetzt.

München, 10. October. Die Zurückberufung der bayerischen Gesandten und Geschäftsträger an auswärtigen Höfen soll nun in der That bereits eingeleitet, nach Einigen sogar schon bewerkstelligt seyn. Wie es heißt, will Bayern lediglich den preußischen Hofe noch einen Separat-Repräsentanten beibehalten, was in Hinblick auf die nahen verwandtschaftlichen Verhältnisse weder von der Centralgewalt noch von den bayerischen Kammern beanstandet werden mag. (D. c. Z.)

* Das Regierungsblatt vom 11. October enthält eine k. Verordnung, welche bestimmt, daß „bei Gesuchen um Verleihung des Ludwigordens auch diejenige Dienstzeit in Anrechnung zu bringen sey, welche der Ordensbewerber in dem gutsherrlichen Gerichts- und Polizeiverwaltungsdienste oder als Gemeindebeamtensteher zugebracht hat."

München, 10. Oct. Zufolge allerhöchster Entschließung vom 21. September ist unter Abänderung der Verordnung vom 20. Dezember 1815 die Vorstandschaft des Senats- und Verwaltungsausschusses bei den Landesuniversitäten getrennt und in dem letzteren eine Behörde gebildet worden, welche in ihrer neuen Organisation den Namen Verwaltungsrath annimmt.

München, 10. Oct. Gestern sind 4 Corporale des Leibregiments gefesselt hier eingebracht worden, soviel man aus glaubwürdiger Quelle vernimmt, weil sie die Rädelsführer eines Complots von Soldaten dieses Regiments gegen dessen Obersten gewesen sind. Das Complot kam auf dem Marsche nach Stimaringen zum Ausbruch, nämlich in Memmingen, wo dem Obersten von den Soldaten Kazenmusik gebracht wurde. (D. P. A. Z.)

In Saalfeld ist am 8. Oct. zu schlimmen Auftritten zwischen dem vor vier Wochen wegen unbedeutender Jagdfrevel der Bauern eines Nachbardorfes von dem Kreisgerichte requirirten herzogl. meiningischen Militär und der Bevölkerung gekommen. Auf dem Schießhause war Streit und Schlägerei entstanden. Eine Patrouille Bürgerwehr wurde von Soldaten mit blanken Seitengewehr angefallen; Jene brauchten daher Bayonette. Es gab Verwundungen auf beiden Seiten. Erst nachdem Militair und Bürgerwehr alarmirt und einige Verhaftungen von beiden nach dem Schießhaus ausgerückten Corps vorgenommen worden waren, wurde die Ruhe wieder hergestellt. (D. A. Z.)

Hildburghausen, 12. October. Wie voraussuschen war, ist ein Corps Reichstruppen aus Bayern in das H. Meiningen eingerückt. Gestern Abend rückten 600 Mann mit zwei Kanonen in Hildburghausen ein und wurden theils in eine schnell eingerichtete Kaserne, theils und meistens bei den Einwohnern einquartirt. Schon in den ersten Dorfschaften an der Grenze wurde allgemeine Entwaffnung vorgenommen und einige Personen, die sich widersetzten und Schmähungen erlaubten, sofort bestraft. Einer aus Walkadt bei dem man Terzerol und Dolch fand, wurde gebunden mit fortgeführt.

Digitized by Google

Berlin, 10. Oct. Der Beschluß der Nationalversammlung über Aufhebung der Todesstrafe und die Weigerung des Königs, demselben Gesetzeskraft zu geben, führt uns wiederum an den Rand einer Ministerkrisis. Das Ministerium, wird uns versichert, besteht auf Sactionirung des Beschlusses, es sey ihm jedoch bis jetzt noch nicht gelungen, die religiösen und politischen Bedenken, die man höchsten Orts eingewendet, zu beseitigen. Der Präsident der Nationalversammlung, Hr. Grabow, wird heute Nachmittag in dieser Angelegenheit nochmals eine Reise nach Potsdam unternehmen. Der betreffende Antrag der Abgg. Temme und v. Ditfurth wird wahrscheinlich übermorgen zur Diskussion gelangen. — Von Hrn. Kisker ist das Gerücht verbreitet, daß derselbe auch aus andern Gründen als den vorerwähnten an einen Rücktritt von dem Justizministerium denke. Thatsachen, die ihm das Verhältniß des Hrn. v. Pfuel zu dem Hofe mitgetheilt werden, geben die Ueberzeugung, daß es dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten mit dem in dem Pregamm verheißenen Weitergehen auf dem betretenen constitutionellen Wege in der That voller Ernst ist. Bei einem Anlaß von untergeordneter Bedeutung soll Hr. v. Pfuel wegen verzögerter Genehmigung eines dem Könige vorgelegten Antrags bereits seine Entlassung nachgesucht haben. Es wird erzählt, daß, als er zur Begründung des Dimissionsgesuches auf die constitutionelle Praxis hingewiesen, der König ihm begütigend die Hand gereicht und lachend bemerkt habe: niemals hätte er sich träumen lassen, daß ein alter preußischer General gegen seinen König mit der constitutionellen Praxis wurde kommen können. Der Vorschlag, um den es sich handelte, wurde hierauf genehmigt.

Kiel, 8. October. Man meint, daß sogleich nach geschehener Verlegung der Landesversammlung nach Schleswig die neue Regierung in Wirksamkeit treten werde. Wie wir bereits früher meldeten, wird dieselbe zweifelsohne HH. Reventlow-Jersbeck, v. Heintze, Preuser, Boysen bestehen, denen von den HH. A. v. Moltke und v. Warnstedt der Erstere sich zugesellen wird. Die Präsidentur wird wahrscheinlich dem Grafen Reventlow-Jersbeck zugefallen. Ferner heißt es, daß der Graf Karl Moltke, dessen Zimmerkommission in Kopenhagen wohl nicht mehr in Betracht kommen dürfte, zum Gesandten nach Berlin, der dänischen Commissär während des Waffenstillstandes werden soll wozu bekanntlich früher Hr. v. Reedtz bestimmt war.

Rendsburg, 9. October. In der gestern zu Neumünster abgehaltenen Zusammenkunft von Abgeordneten mehrer Vereine Schleswig-Holsteims, unter Vorsitz des Hrn. Th. Olshausen, ward unter Anderm folgende Resolution beschlossen: Das Volk Schleswig-Holsteins erklärt, daß es aus dem Zustande der in diesem Lande seit der Revolution stattgehabten gesetzlichen Ordnung auf keine Weise in einem Zustand der Anarchie sich will versetzen lassen, daß es nur in dem Beschlusse der Landesversammlung und dem Willen des schleswig-holsteinischen Volkes hervorgegangen, von der Centralgewalt anerkannten provisorischen Regierung Gehorsam leisten, daß es eine Regierung, worin die Hrn. Graf Reventlow-Jersbeck, Baron Heintze und Adolph von Moltke Sitz haben, nicht anerkennen werde; daß es die jetzigen Mitglieder der provisorischen Regierung verantwortlich macht für alle Summen, die sie als Abgaben zur Administration, zur Kriegsführung ꝛc. vom Lande erhoben, und zwar so, daß es ihnen das Recht absprecht, irgend welche Deposita des Staatsvermögens einer neuen, nicht von der Landesversammlung frei erwählten Regierung zuzustellen; daß es von der Landesversammlung verlangt, daß sie den Beschlüssen des 4. Sept. wegen Justimmung der Landesversammlung zu jeder Abänderung der Regierung, Aenderung der Gesetze ꝛc. unwandelbar treu bleibe; daß sie mit Beziehung auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Sept. eine den Beschlüssen vom 4. Sept. widersprechende Aufhebung der provisorischen Regierung, — die Trennung des schleswig-holsteinischen Heeres, — die Aufhebung der von der provisorischen Regierung und der Landesversammlung erlassenen Gesetze vom 24. März bis jetzt, und die Sistirung der Gesetzgebung bis zum Ablauf des Waffenstillstandes für unausführbar erklärt, und daß das schleswig-holsteinische Volk, wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht hiernach modificirt werden, zur Verweigerung der Steuern seine nothgedrungene Zuflucht zu nehmen fest entschlossen ist.

Die Breslauer Zeitung schreibt aus Wien vom 9. October: Man nennt unter den Ministercandidaten den Grafen Wrbna, bisherigen Gesandten in Brüssel, als Minister des Aeußern. Der bisherige Justizminister, gegen welchen die furchtbarste Aufregung war, tritt als Deputirter wieder in den Reichstag ein. Das neue Ministerium wird sich unverzüglich mit dem ungarischen Reichstag in Verbindung setzen und alle gegen Ungarn ergriffenen Maßregeln des Banus von Kroatien null und nichtig erklären. Der Kaiser hat auf seiner Reise Hindernisse gefunden. Die Bauern sind bei Anstalten als Landsturm aufgestanden und haben sich der Weiterreise widersetzt. — Auersperg hält strenge Mannszucht und hat zwei plündernde Soldaten zum Warnung aufknüpfen lassen. Er steht noch immer in derselben Position, nur sind wieder zwei Compagnien Deutschmeister zum Wolf übergegangen. Sie wurden mit ihren Offizieren, welche schwarz-roth-goldene Binden trugen, auf ihrem Zuge zur Aula mit ungeheurem Jubel begleitet. — Der erste Wiener Arbeiterverein hat eine Adresse an den Reichstag erlassen, worin er erklärt, daß er für Gesetz und Ordnung glüht, das Eigenthum als heilig betrachte und bereit sey, jeder Verletzung desselben sich entgegenzustellen, für dessen Wahrung wie für die Volksfreiheit sein Blut zu vergießen. Der Reichstag hat diese Adresse als ein edles Beispiel der wahren Liebe zur Gesetzlichkeit prononcirt. — Jellachich, heißt es, nähere sich Wien. Der Sicherheitsausschuß des Reichstags berath sich über die Mittel, wie die Bewohner des flachen Landes in diesem Falle vor den Plünderungen von Seiten der Kroaten sicher zu stellen seyen. Kossuth soll mit einem Heere von 60,000 M. den Banus verfolgen. — Es bestätigt sich, daß in Latour's Papieren sehr gravirende Indicien vorhanden sind, die ein Einverständniß desselben mit der Camarilla zur Unterdrückung der Volksfreiheit als bestimmt herausstellen. Der General Bechold, der bei Weißkirchen sich so abscheulich benommen, ist darin zum Commandanten der Wiener Nationalgarde bestimmt. Ein zweiter Brief aus Cilly von einem General G. an Latour spricht geradezu von der Nothwendigkeit, die Brut der Aula zu ersticken und die Stimmen der Linken zum Schweigen zu bringen. Diese Briefe sind bereits vom Studentencomite dem Reichstage übergeben worden, der sie wahrscheinlich auch der Oeffentlichkeit überantworten wird. — Bemerkenswerth ist die Verstärkung des englischen Gesandten, der zur Beruhigung der Gemüther, als man ein Bombardement der Stadt befürchtete, behauptete, man dürfe eine Stadt nach den Bestimmungen des Völkerrechts nicht bombardiren, in der sich diplomatische Corps des Auslandes befinden. — Die Kroaten sind in Schwadronen gesehen worden, aber meistens raublustiges, unorganisirtes Gesindel. 8000 Serbier dauern sich bei Odenburg durchzuschlagen. — Das Obercommando der Nationalgarde hat Befehl erhalten, Wien in Vertheidigungsstand zu setzen. — 4 Uhr. Auf die Kunde, daß Jellachich im Anmarsch und nur noch über eine Stunde von Wien entfernt sey, wird Allarm durch alle Straßen Wiens geschlagen. (Unten mitgetheilte telegraphische Nachrichten über Prag bestätigen dies.) (D. A. Z.)

Wien, 9. Oct. Die größte Ordnung, vollkommene Ruhe herrscht in der Stadt, nur der Zuzug von Soldaten, Nationalgarden, Freischaaren und Landsturm vermehrt die gewöhnliche Lebhaftigkeit in den Straßen. — An die Soldaten am Schwazenberg wurde Proviant aus der Stadt verabreicht am 6. Oct. verwundeten Soldaten werden auf das Sorgfältigste gepflegt. — Se. Majestät soll sich nach Krems begeben haben.

Wien. Das k. k. Merkantils und Wechselgericht hat heute bekannt gemacht daß Wechsel, welche in Wien und den zu Wien gehörigen Ortschaften vom 6. bis 10 October zur Annahme oder Zahlung hatten präsentirt werden sollen, auch noch am 11. präsentirt werden können. — Bis heute 9 Uhr Vormittags sind nach den Berichten der k. k. Krankenhausdirection 61 Verwundete (wovon mittlerer Weile 4 gestorben sind) und bis jetzt 110 Todte eingeliefert worden. — Im Spitale der barmherzigen Brüder befanden sich 28 Todte, welche dem allgemeinen Krankenhause überbracht wurden, und 78 Blessirte.

Wien. Unter den am 6. d. M. Gefallenen wird auch der bekannte Volksdichter Friedrich Kaiser genannt, der als Parlamentär zu dem noch von den Truppen und Nationalgarden besetzten Zeughause gesandt, in dieser Funktion dort von einer tödtlichen Kugel getroffen wurde.

Wien, 9. October. In der heutigen Mittagssitzung des Reichstags meldete der Abgeord. Schuselka im Namen des permanenten Wohlfahrtsausschusses, daß die Brotspendung an das Militair stattgefunden habe, und zwar mittelst der akademischen Legion. In der Nacht sey es ruhig, des Morgens aber die verschiedenartigsten Gerüchte ausgebreitet gewesen. Ein Kondukteur der Bruder Eisenbahn habe gemeldet, daß Jellachich sich mit 30,000 Mann in Bruck befinde und bei Trautmannsdorf ein Lager zu schlagen beabsichtige. Die Ungarn seien mit 70,000 Mann bei Wieselburg, Auersperg sey ersucht worden, seine rückende Stellung zu verlassen. Ein Eilbote sey an den Kaiser gesendet worden, damit derselbe dem Ban befehle, nicht gegen Wien zu ziehen. Der Gemeinderath habe den Reichstag seiner Hilfe versichert. Scherzer habe abgedankt und das provisorische Oberkom-

Digitized by Google

mando der Nationalgarde sey dem Hauptmann Bronie übertragen. Er verliest eine Adresse der Grätzer Studenten, worin selbe den Reichstag ihres Schutzes versichern, und eine gleiche der Bauern des Marschfeldes, welche bedauern, daß „die falschen Rathgeber des Kaisers denselben wieder verführen"; sie versprechen, für „ihre freien Diener, denen sie so viel verdanken, mit Gut und Blut einzustehen." (K. z. u. f. D.)

Wien. (Abendsitzung des constituirenden Reichstags vom 9. October.) Der Deputirte Praw ist von Jellachich zurückgekehrt. Er hat dessen Vorposten bei Schwadorf getroffen, also einige Stunden von hier. Das Dorf war ruhig; die Truppen lagerten auf den Feldern. Ein Offizier führte ihn nachdem er die Legitimation vorgezeigt, zum Ban, der im Schlosse inmitten österreichischer Offiziere war. Der Abgeordnete Praw zeigte ihm die schriftlichen Mittheilungen. Der Ban antwortete, daß er allerdings nicht vom Hiere. Reichstags-Befehle über Ungarn erwarte, er sei eben nur im Interesse der Gesammtmonarchie da. Er erwarte Befehle vom Kaiser, und beabsichte sich selbst, so wie Jeden welcher dem Kaiser treu sind, demselben zuzuführen. Der Deputirte verließ hierauf den Ban, und besah die Truppen: sie sind gegen 2000 M. meist irreguläre und allgesammt im schlechtesten Zustande. (Oest. Ztg.)

Prag, 10. Octbr. Die Aufregung ist hier sehr groß, es läßt sich nicht voraussagen, was in den nächsten Tagen geschehen wird. Eine heute früh preußenfeindliche telegraphische Depesche, die gestern Nachts von Wien expedirt wurde, meldet: in Wien werden die Thore gesperrt, Allarm geschlagen und die Ankunft Jellachichs wird befürchtet. Sie hat hier einen unbeschreiblichen Eindruck gemacht.

Ungarn.

Pesth, 7. Oct. In der gestrigen Abendsitzung berichtete der Deputirte Johann Balogh, welcher als Kurier aus dem Lager bei Tag gekommen, daß die Avantgarde des unter General Roth's Anführung stehenden Truppenkorps sich am 5. Oct. den Unsrigen nach dem ersten Angriff auf Gnade und Ungnade ergeben. Diese Avantgarde bildete den Kernstupp des ganzen Corps und zählte 1586 gediente Grenzer. Der General Roth schickte hierauf den General Philippovich als Parlamentair in unser Lager. Der Deputirte Moriz Perzel, welcher als Oberst unsere Armee bei Tag befehligt, verlangte eine unbedingte Unterwerfung und ließ dem General Roth 6 Stunden Bedenkzeit mit der Bemerkung, daß, wenn bis dahin die unbedingte Unterwerfung nicht erfolgt, der Angriff früh geschehen und die Generäle Roth und Philippovich mit ihrem Kopfe büßen werden. So weit die Kurierznachricht. — Vier Escadronen des ungarischen Husarenregiment Wilhelm sind aus ihren Stationen in Galizien durchgebrochen und gestern hier eingetroffen. Die Zahl der Freiwilligen, welche von allen Seiten täglich zuströmen, ist unberechenbar, sie groß. Außerdem hat der „ungarische Washington", Kossuth, 35,000 Männer, darunter 4000 wohlgeübte Reiter, zusammengezogen, welche bis zum vollen Sieg unter Waffen bleiben werden.

Pesth, 7. Oct., Nachmittags 1¼ Uhr. In der eben geschlossenen Sitzung des Repräsentantenhauses wurde ein königl. Reskript, von einem gewissen Reseg (Capitainlieutenant der ungarischen Leibgarde in Wien) als Ministerpräsidenten contrasigniert verlesen, in welchem Jellachich an die Stelle des Grafen Lamberg zum königl. Kommissär über Ungarn und die Nebenländer ernannt, der Landtag aber bis zur Ruhigkeit aufgelöst erklärt wird. Das Haus erklärte dieses Reskript für eine lächerliche Komödie. Es kennt keinen Ministerpräsidenten Reseg. Der ungarische Ministerpräsident muß dem Gesetze gemäß in Ofen-Pesth wohnen. Kossuth, welcher gestern Abend von seiner Reise zurückkam und heute in der Sitzung erschien, wurde mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt. Er erzählte, daß 50,000 M. ihm folgen, und daß es nur eines Wortes des Hauses bedürfe, und es werde 300,000 Mann unter den Waffen haben.

Ofen, 6. October. So eben aus dem ungarisch-kroatischen Lager zurückgekehrt, beeile ich mich Ihnen in Kürze zu melden, daß unsere Armee das Hauptquartier des Marton-Vasar und Baratchia verlassen habe und dem Feinde nach ist. In Stuhlweißenburg hat Jellachich die gesammte Einwohnerschaft ausgeplündert.

Der Rückzug des Jellachich war so eilig, daß weder die von der Stadt Preßburg ihm angetragene Contribution von 40,000 fl. C. M. noch die von einer Ofenerbazh'schen Herrschaft requirirten und bereits zugetriebenen 40 Ochsen in Empfang genommen werden konnten. (A. C. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 10. October. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ward durch die complete Niederlage Louis Bonapartes bezeichnet. In der Debatte, die sich über die verschiedenen Amendements entspann, die jeder Mitglied einer einst in Frankreich regierenden Familie von der Präsidentschaft ausschließen wollten, nahm Herr Lacaze das Wort gegen die Amendements und sprach mit großer Wärme zu Gunsten des Napoleoniten, der keine ehrgeizigen Absichten habe, der der Republik aufrichtig dienen wolle und der nicht fähig sey, sein feierlich gegebenes Wort zu brechen. „So möge er sich selbst erklären!" rief man von mehreren Seiten. Von seinen Freunden gedrängt, bestieg Louis Bonaparte die Tribüne, auf der er sich sehr unheimlich zu fühlen schien. In großer Verlegenheit und mit einem fremdartigen deutsch-italienischen Dialekte stotterte er folgende Worte heraus: „Ich werde nicht gegen das Amendement sprechen. — — Gewiß, — ich bin hinreichend belehrt, indem ich plötzlich — — meine Rechte als Bürger wiederfinde, — und ich habe keinen andern Ehrgeiz. — — Ich will nicht meines Bewußtseins halber gegen — — die Verläumdungen — (Pause. — Mehrere Stimmen: Nun?) und gegen den Namen eines Prätendenten, den man mir gibt, reklamiren, — aber ich muß, im Namen der 300,000 Wähler, die mich drei Mal gewählt haben, protestiren gegen — — diesen Namen eines Prätendenten, den man mir mit Beständig an den Kopf wirft. (Beifalls Gelächter, — L. Bonaparte scheint noch reden zu wollen, — plötzlich besinnt er sich und verläßt die Tribüne. — Todtenstille, — dann Stimmengemurmel, — dann immer mehr steigender Ausbruch der allgemeinen Entrüstung.) Ant. Thouret ruft auf der Zuschauer-Tribüne: „Bürger Volksvertreter! nach den Worten, die ihr gehört habt, begreift ihr, daß mein Amendement unnöthig ist — (Gelächter) — und ich ziehe es zurück. (Allgemeiner Beifall.) Alle andern Amendements werden nun theils zurückgezogen, theils verworfen und der Art. 42 unverändert angenommen. Art. 45, der die Amtsthätigkeit des Präsidenten auf 4 Jahre festsetzt, nach deren Ablauf er erst wieder nach andern 4 Jahren wieder gewählt werden kann, wird mit Verwerfung aller Amendements ebenfalls angenommen und die Sitzung aufgehoben. Diese schmähliche Niederlage des Prätendenten ist heute der Gegenstand aller Conversationen, aller Journalartikel, — und selbst die Leute, die früher einig, daß Louis Bonaparte sich selbst unmöglich gemacht hat. Es ist noch möglich, daß das Landvolk, dem die Agenten und Emissäre des Helden von Boulogne und Straßburg weiß gemacht haben, wenn Louis Napoleon Präsident so würde er alle Steuern auf 5 Jahre erlassen, ihm ihre Stimmen geben, aber er wird nie der Präsident der Republik seyn, — der Fluch der Lächerlichkeit lastet auf ihm, und dieser ist in Frankreich der gefährlichste Gegner.

Die wichtigste Frage des Tages ist nun die: Wann wird der Präsident gewählt werden? — Cavaignac, der wohl fühlt, daß die letzten Worten der Versammlung die Stärke der jetzigen Regierung gewaltig erschüttert haben, will in diesen Tagen schon die Versammlung ersuchen die Wahl des definitiven Präsidenten sogleich vornehmen zu lassen und ihn einer Macht die ihn drücke zu entheben. Es steht zu bezweifeln, daß die Versammlung auf dieses Verlangen eingehe und wir wissen, daß eine große Anzahl von Vertretern der Meinung ist, die Wahl des Präsidenten dürfe erst Statt finden, wenn die Republik vollständig constituirt sey, d. h. nach Erledigung der Constitution und der organischen Gesetze. Macht die Mehrheit der Versammlung diese Ansicht zu der ihrigen, so muß sie doch ein Votum, welches Cavaignac in seinen Funktionen bestätige, bis die Republik ganz constituirt sey, der Regierung neue Kraft geben. Die persönlichen Angriffe gegen Cavaignac, gegen seinen verstorbenen Vater, gegen Arten seiner Minister, der Verläumdungen und Erfindungen werden immer zahlreicher, und Girardin Presse z. B. widmet heute sechs ihrer Riesenspalten dem heftigsten persönlichen Kriege gegen Cavaignac. Die reaktionären Departements-Journale, die den Belagerungszustand und dessen Consequenzen nicht zu fürchten haben, sind noch maaßloser in ihren Angriffen.

Dupin d. ä. sagte gestern nach Louis Bonapartes Fiasco: „Das wird weder ein Napoleon, noch ein Cromwell, noch ein Washington, — das kann höchstens ein Unter-Präsect werden."

Herr v. Lamartine wird, wie man versichert, unmittelbar nach der Abstimmung über die Verfassung nach den südlichen Departementen reisen, um Volksversammlungen zu veranlassen um bei denselben seine Candidatur zur Präsidentenwürde der Republik gelegt zu machen.

In der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 10. October wurde über einen Vorschlag für einen Kredit auf das Grundeigenthum durch Ausgaben von Hypothekarscheinen mit Zwangscurs von 50, 100, 200, 500 und 1000 Franks debattirt. Thiers sprach sich entschieden gegen dies Projekt aus, und da auch der Finanzminister dagegen ist, so ist kein Zweifel, daß dasselbe

Digitized by Google

verworfen werde. Bei Postschluß hatte Thiers seinen Vortrag noch nicht geendet.

Eine starke Colonne deutscher Flüchtlinge, von Struves Corps, ist am 7. d. in Besançon angekommen und dort einquartiert worden. Wie es heißt, werden sie in den Pyrenäen-Departements internirt werden.

Die Regierung hat Depeschen aus Taiti vom 2. Juli erhalten. Die Republik ist daselbst am 24. Juni mit großem Jubel proklamirt worden.

Turiner Blättern vom 6. zu Folge hat es in Mailand am 3. einige Conflikte zwischen der Bevölkerung und den österreichischen Soldaten gegeben, die eine große Entwicketung aller Militärkräfte und verschärfte Vorsichtsmaßregeln nach sich zogen.

Direkte Nachrichten aus Livorno vom 4. melden, daß Professor Montanelli zum Gouverneur von Livorno ernannt, das Volk somit zufrieden gestellt und Ruhe und Ordnung wieder hergestellt worden sind.

Die Madrider Nachrichten vom 5. sind ohne alles Interesse.

Großbritannien

London, 9. October. Zu Clonmel wurde am 6. der erste Act des Staatsprocesses durch die Schuldigsprechung S. O'Briens's geschlossen. Nach dem Hr. Fitzgerald für und der Generalsachwalter gegen den Angeklagten gesprochen hatten, zog sich die Jury zurück und erklärte nach ihrem Wiedereintritte durch ihren Obmann den Angeklagten der 3 Anklagepunkte — der 6. war zurückgezogen worden — für schuldig, empfahl ihn aber zugleich der gnädigen Rücksichtnahme der Regierung, da die Jury einstimmig der Ansicht sei, daß aus vielen Gründen sein Leben geschont werden solle. Hinsichtlich des 6. Punctes wurde der Ausspruch „Nichtschuldig" eingetragen. Der Gefangene ward sodann unter starker Escorte nach dem Gefängniß zurückgebracht und der Gerichtshof vertagte sich, ohne einen Urtheilsspruch zu fällen, bis zum 9. October. Vor dem Gerichtsgebäude waren kaum 60 Personen versammelt und nur wenige davon geleiteten den Wagen, worin S. O'Brien saß, bis zum Kerker. In den Straßen herrschte tiefe Stille; Stadt und Umgegend sind ruhig. Die Gattin S. O'Brien wurde am 4. von einem Knaben entbunden.

Rußland und Polen.

Von der russischen Grenze, 6. Octbr. Auf Anregung des Ministers des Auswärtigen hat der Minister des Innern die Civilgouverneure durch Kundschreiben aufgefordert, über alle verdächtigen Ausländer die kleine Zeugnisse besitzen, aus ihren Jurisdictionen möglichst genaue und umständliche Angaben an das auswärtige Ministerium einzusenden.

Moldau und Walachei.

Das Siebend. Wochenblatt vom 28. meldet über die Katastrophe in Bukarest, nach dortigen Berichten vom 28., Nachm. 1 Uhr: Am 26. Nachmittags haben die Türken Bukarest besetzt und ein großes Biwuak angerichtet. Eine große Deputation, welche ins türkische Lager gesendet wurde, nahm man hier gefangen, und eine zahlreiche Bauernarmee wurde von den Turken umzingelt und abgeschnitten, worauf diese auf mehreren Punkten in die Stadt marschirten. Die Aufregung war furchtbar. Mit allen Glocken wurde geläutet, worein sich ein furchtbares Geheul und Geschrei der Menschen mischte. Plötzlich hörte man eine Kanonade. Die Türken waren mit den Soldaten bei der Kaserne aneinander gerathen. Gegen 200 blieben dabei todt auf dem Platze, worunter ein Pascha. Die Türken haben arg geplündert und treiben sehr viel Böses. Eine Kaimakamie ist eingesetzt und besteht aus dem russischen General Duhamel, dem Türken Fuad-Effendi und dem Kandidaten der Fürstenwürde Kostaki Kantakuzeno.

Mit der neuest. türkischen Post sind der A. J. Briefe aus Galacz bis zum 28. September, aus Jassy bis zum 2. Oct. zugekommen. Sie bestätigen den Einmarsch der Russen in die Walachei, die von ihnen vorgenommenen Verhaftungen, die blutige Reaction von Seite der Türken, kurz den ganzen bisherigen Druck, der auf die noch eben in Freiheitsjubel sich ergehenden Fürstenthümer gelegt wird. Frankreich, England, Oesterreich und — deren höchstes Interesse geböte hier ein Wort mitzureden, haben anderwärts zu thun! (A. J.)

Aegypten.

Die Verkündigung Ibrahim Pascha's als Vicekönig hatte eine düstere Stimmung hervorgerufen, und die einzige Hoffnung schien daß der neue Gewaltherrscher, der noch immer Blut spuckte, bald aufhören werde die Geißel über Aegypten zu schwingen, das seit der Pharaonenzeit nur in kurzen Lichtblicken aufgehört hat das Land der sieben Plagen zu sein. (A. J.)

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 14. October. Das von hier vorgestern abmarschirte zweite Bataillon des 13. Infanterieregiments hat in Kulmbach Gegenordre erhalten, und ist gestern Mittag wieder in hiesiger Stadt eingerückt.

*Hof, 13. October. Gestern und heute hatten die beiden ersten Probefahrten auf der Bahnstrecke zwischen Hof und Neuenmarkt statt. Beide fielen zu vollsten Befriedigung aus und alle Besorgnisse, welche hie und da hinsichtlich der schiefen Ebene geäußert worden, sind zum Triumph der Technik als grundlos beseitiget. Die Locomotive „Dürer" machte die angegebene Wegstrecke mit 13 angehängten Personen- und Güterwaggons bei vorsichtiger Fahrt mit Aufenthalt in 2½ Stunden. Diese Probefahrten werden bis Ende des Monats täglich wiederholt.

Anzeigen.

Kürzlich mußte ich hören, ein nun pens. Staatsbeamter habe sich schon vor mehreren Jahren erlaubt, zu äußern, ich hätte in seinem Hause ein Geldmäßergeschäft vorgenommen und neuerlich soll ein anderer Staatsbeamter, kurz vor seiner Abreise von hier, mich ebenfalls solcher Geschäfte beschuldigt haben. Ich erkläre diese, mir als Kassebeamten besonders nachtheiligen Beschuldigungen hiemit öffentlich für schlechte Verläumdungen und werde auch die Verläumder gerichtlich verfolgen, sobald ich die gesetzlich nothwendigen Beweismittel erlangen kann.

Bayreuth, den 12. October 1848.

Werner, Kreiskasse-Zahlmeister.

Das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,

aus Lindenholz gearbeitet,

sammt den interessanten Panoramen, worunter die neuesten Ereignisse, die Revolution in Paris und in Berlin die Erstürmung der Barrikaden, im Gasthof zum Adler täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr zu sehen. Entre 12 kr., für Kinder die Hälfte.

Heute Sonntag den 15. October wird im kgl. Reithaus zum letztenmal aufgestellt, Abends 6 bis 8 Uhr.

Die deutsche National-Feuersäule

Eintrittspreis nur 6 kr. und 3 kr.

Es bittet um geneigten Besuch

Carl Fischer.

Wie bisher, so auch fortwährend, ertheilt gründlichen Unterricht in der französischen Sprache

Pfaffenberger,
Erlanger-Straße, Nr. 511.

Dem Unterzeichneten ist am 12. d. Mts. ein dressirter Fangshund entlaufen; derselbe ist männlichen Geschlechts, geld von Farbe und weiß gefleckt, hat eine lange Ruthe, welche am Ende (5 bis 6 Zoll lang), ganz weiß ausläuft, trägt ein ledernes Halsband, versehen mit einem eisernen Ringe, und hört auf den Ruf „Leon".

Derjenige, welchen diesen Hund zurückbringt, oder über dessen dermaligen Verwahrungsort sichere Auskunft geben kann, erhält eine angemessene Belohnung und wird dem Eigenthümer auch gerne bereit, die erwachsenen Fütterungskosten zu vergüten.

Bernec, am 14. October 1848.

Johann Georg Baumann, Rothgerbermeister.

In der Erlangerstraße H.-Nr. 516 ist Freitag Abends zwischen 7 und 8 Uhr von dem äußeren Fenstergesimse des erhöhten Erdgeschosses ein von rundgezogenem Epheu umwachsenes Lichtbild — Johannes mit dem Adler — weggenommen worden. Wer von diesem Lichtbild, das für den Besitzer persönlichen Werth hat, etwas weiß oder dasselbe in der Expedition dieses Blattes abgibt, erhält eine angemessene Belohnung.

In jüngster Zeit wurde in hiesiger Stadt ein goldener Fingerring auf dessen innerer Seite die Buchstaben E. C. W., dann die Jahreszahl 1836 angebracht sind, verloren. Der redliche Finder wird gebeten, solchen gegen eine angemessene Belohnung bei der Expedition dieses Blattes abgeben zu wollen.

Es sucht Jemand Arbeit durch Abschreiben, Aufwarten, Botengehen; da er in der größten Noth und treu ist, so hofft er, daß seine Bitte Anklang findet. Auskunft ertheilt Schneidermeister Sammet in der Ochsengasse.

In einer stillen Familie kann noch ein Studienschüler in Logis und Kost genommen werden.

Im Verlage der Gebr. Kaumerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag — **Nro. 288.** — **16. October 1848.**

Deutschland.

† **Frankfurt**, 13. Octbr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Minister wieder von allen Seiten über innere und äußere Angelegenheiten interpellirt. Während Hr. Vogt von der Linken wissen wollte, ob das Ministerium den Schweizer-Vorort wegen der Note vom 3. Oct. Genugthuung geben wolle, fragte Hr. Wiegmann, ob das Ministerium gesonnen sey, wegen der in der Antwort des Vororts enthaltenen Beleidigung gegen die Centralgewalt Rechenschaft zu fordern? Herr Marcck fragte ob es wahr sey, daß Reichstruppen gegen die Bewegung in Oesterreich geschickt werden? Herr Vogt wollte wissen, ob die Centralgewalt gegen die Reaktion in Oesterreich eben so kräftig einschreiten werde, wie gegen die Revolutionen einiger kleiner Staaten, und Venedey verlangt gar, man solle Reichstruppen zur Unterstützung des Oesterreicher Reichstags gegen Jellachich senden. Jahn fragt ob das Ministerium gegen die Verschwörung der Wühler und einiger linkischer Leute" und gegen die Ende dieses Monats ausgeschriebene Meuterei versammlung in Berlin Maßregeln ergriffen habe. Besendorf wollte wissen, mit welchem Recht das Ministerium der bayerischen Regierung die Aufrechthaltung des konstitutionell-monarchischen Prinzips zumuthet, während doch die Nationalversammlung allein über die künftige Verfassung Deutschlands zu entscheiden habe. Auf alle diese Anfragen werden die Minister nächsten Montag Antwort ertheilen. Die Commissionen, welche die Anklage des hiesigen Appellationsgerichts gegen die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zu begutachten hatten, hat einstimmig den Antrag gestellt, die Verhaftung abzuschlagen, dagegen die Untersuchung zu gestatten. Auch dieser Gegenstand wird in der Montags-Sitzung berathen werden, die überhaupt sehr interessant werden dürfte; die Versammlung hat heute beschlossen, die weitere Berathung der Grundrechte zu vertagen, dagegen von nächste Woche an die beiden ersten Abschnitte des Verfassungsentwurfs (sie handeln vom Reich und von der Reichsgewalt) in wöchentlich drei Sitzungen zu berathen. Auch hiebei findet doppelte Berathung statt. Ein Antrag von Schoder, daß die Nationalversammlung sich für die Herabsetzung der Civilliste verwenden möge, wurde nach lebhafter Debatte verworfen. Robert Blum, Moritz Hartmann, Trowie, Bozzo und Rumburg sind heute nach Wien abgereist: wohin sie eine Glückwunschadresse der Linken an die siegreichen Demokraten überbringen.

Frankfurt, 12. Octbr. (Gerücht von Truppensendungen nach Oesterreich.) Das Reichsministerium hat, wie sich diesen Mittag in der Nationalversammlung das Gerücht verbreitete, gestern Abend den Beschluß gefaßt, zur Sicherung der gesetzlichen Ordnung ein Reichsheer in die deutschen Staaten Oesterreichs zu senden, und es wäre zu diesem Behufe bereits die Weisung ausgefertigt worden, daß sich 60,000 Mann preußischer und 20,000 Mann bayerischer Truppen sofort nach Oesterreich begeben sollen.

Frankfurt, 7. October. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen die Nachricht melden, daß binnen kurzer Zeit der Prinz Adalbert von Preußen zum deutschen Reichs-Admiral ernannt werden wird. (W. z. B.)

München, 13. Octbr. Während einer kurzen Beurlaubung der Ministers des Innern hat der Finanzminister Lerchenfeld auch das Portefeuille des Innern übernommen. Einige sind hier sanguinisch genug, darin eine gute Vorbedeutung für die Zukunft zu sehen, da Viele wünschen, Lerchenfeld an der Spitze des Departements des Innern gestellt zu sehen. (N. K.)

München, 13. Octbr. Das Kommando des Künstlercorps haftmittels Anschlags auf dem Kommandanschaftslokale bekannt gegeben, daß sich seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß das Künstlercorps sortan bei seiner Parade mehr betheiligen werde. Dagegen wird daßselbe zu der künftigen Sonntag stattfindenden Enthüllung von Glucks Denkmal auf den Odeonsplatze ausrücken, indem dies als reine Künstlersache betrachtet wird. — Dem Vernehmen nach wird gegen die von dem Landwehrkommando jüngst gebrauchte Bezeichnung „königl." Freikorps von mehreren Seiten Protest eingelegt werden. Die Sache wird wohl wieder auf ein Mißverständniß hinauslaufen wie ähnliche Versuche. (N. K.)

In **Hildburghausen** und der Umgegend stehen an 1000 Mann bayerische Reichstruppen. Mobile Colonnen ziehen in den Dorfschaften umher, um zu entwaffnen; überall ist die tiefste Ruhe. Die Gewehre sind mit großen Kosten meist von den Gemeinden angeschafft worden. In mehreren Bauernhäusern fanden sich Bilder von „dem Hecker und der Heckerin." Der Herausgeber des Freien Volksblattes und zwei seiner Anhänger, Schorn und Günsch, sitzen in der Frohnfeste, ein dritter wird steckbrieflich verfolgt. — Die Nachrichten des Nürnb. Corr., daß man am 6. Oct. mit scharfgeladenen Gewehren bewaffnet gewesen, daß man das Geschütz und das Gefängniß habe stürmen wollen, daß die Bürgerwehr sich nicht gerührt habe, daß der (gar nicht anwesende) Herzog in Gefahr gewesen sey, — sind sämmtliche reine Erdichtungen. (Dorfz.)

Berlin, 12. October. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Emleitungsparagraph zur Verfassung berathen: „Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen." Eine Menge Amendements waren zu diesen Worten im Entwurfe vorgeschlagen worden. Mit 217 gegen 134 Stimmen wurde das „von Gottes Gnaden" gestrichen, dagegen fiel ein Antrag durch, der anstatt König von Preußen — König der Preußen gesetzt haben wollte.

Die Berlinische Zeitung sagt: Ein großer und bedeutender Fortschritt in Gesetzgebung und Rechtspflege steht uns bevor: der Justizminister wird in den nächsten Tagen das eben vollendete Gesetz über allgemeine Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und der Geschwornengerichte beim Criminalverfahren den Nationalvertretern vorlegen. (D. A. Z.)

In **Hamburg** sind am 10. Oct. zwei Mitglieder der von der Centralgewalt zur Uebernahme der hier liegenden Kriegsschiffe bestimmten Commission angekommen.

Der Großherzog von Oldenburg verlangt, von seinen Volksvertretern als Civilliste, außer manchfachen Nebeneinkünften, noch ein reines unbesteuerbares Einkommen von 180,000 Thlr., ½ der ganzen Staatseinnahmen. Er will die Civilliste in geheimer Sitzung berathen wissen; die Abgeordneten sind aber nicht gesonnen diesem Wunsche zu willfahren.

Wien, 11. Octeber. Gestern Abends kriegerische Bewegung in der Stadt; Allarmschlag, Sturmgeläute. Gallopins melden daß die Kroaten vor Meidling gegen Mariahilf ziehen und; bereits mit den Garden handgemein geworden; Alles fliegt auf seine Posten. Zwei ungarische Reichstagsdeputirte, der ungarischen Armee unter Mesaros beigegeben, erscheinen in den Studentenkomité mit der Meldung, daß 30,000 Magyaren — reguläre Truppen — den Wienern zu Hilfe kommen würden, daß diese sich nur zweimal 24 Stunden halten möchten und daß nur Ermattung der Truppen bis jetzt verhindert habe. Der ephemere ungarische Ministerpräsident Reczey wurde aufgehoben und auf die Universität gebracht, wo er vorläufig in Verwahrung bleibt. (K. v. u. f. D.)

Wien, 11. Octoder. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags wurde die denkwürdige Antwort, welche der Banus Jellachich den an ihn gesandten Reichstagsdeputirten Prato und Bilinski ertheilte, vorgelesen, sie lautet beiläufig: „Die Beweggründe, welche mich veranlassen, den Marsch meiner Truppen hierher zu richten, sind die Pflichten, welche mir als Staatsdiener und Militär obliegen. Als Staatsdiener bin ich verpflichtet, nach Kräften der Anarchie zu steuern; als Militär zeigt mir der Donner der Geschütze meine Marschroute an. Die Gesinnungen, die mich beseelen, sind die Aufrechthaltung der Gesammtmonarchie und Treue gegen den konstitutionellen Kaiser. Darum ist meine Macht, wessen Verfügungen ich folgen soll, nicht schwer. Die Verpflegung meiner Truppen geschieht gegen Lieferungen, die quittirt werden. Die Bequartierung belästigt Niemand, da die Truppe lagert. Von ungarischen Truppen werde ich nicht verfolgt. Wenn Sie f. k. Militär auf österreichischem Boden angreifen, werde ich Gewalt mit Gewalt vertreiben. Auf östr. Gebiete kenne ich keine feindlichen Truppen, sondern blos f. k. österreichische, denen ich anzugehören die Ehre habe." (Rothenfeld 10 Oct. Jellachich.) Die vergangene Nacht war äußerst stürmisch, die Häuser waren beleuchtet, mehrere Stadtthore verbarrikadirt, die Pasteien mit Ka-

Digitized by Google

nonen bepflanzt, die bewaffneten Garden patrouillirt. Ein Plakat des Studenten-Komité's widerlegt das Gerücht eines Angriffes auf die Truppen; ein weiteres annoncirt so eben, daß das Prager Studentenkomite durch die Abg. Gergl und Kleinert alle Slaven auffordert, für die Wiener zu kämpfen. Prag steht, kämpft und fällt mit Wien — Hornbostl soll hierher geschrieben haben, daß er die Kontrasignatur der kais. Entschließungen nicht mit seiner Ueberzeugung vereinen könne und daher seine Demission eingereicht habe!! Die Stärke der hier lagernden Truppen wird auf 10000 Mann angegeben, aber ein Theil derselben hält es mit dem Volke und General Auersperg ist daher selbst in seinem Lager schwach. Aus Brünn und andern Ortschaften dieser Seite sind bei National-Garden hier eingetrückt. Der Landsturm wartet nur auf ein Zeichen Wien zu Hilfe zu eilen.

Wien, 11. October. Abendsitzung des Reichstags. Die Deputation an Auersperg kehrt nach 3 Stunden langen Warten, während dem die Berathung der Generäle Statt gefunden, zurück und berichtet, daß Auersperg seine Stellung zu ändern auch diesmal geweigert, weil ihm in den getrennten Kasernen die Sicherheit des Militärs gefährdet erscheine und daß, er auf die Frage der Deputirten, wodurch er von seinem Beschlusse abzubringen wäre, geantwortet habe: Durch Entwaffnung des Proletariats und der unberechteten Nationalgarde und durch Beschränkung der zügellosen Presse gegen das Militair, daß ferner der kommandirende General vor einem Angriff auf sein Lager gewarnt, indem 40,000 Männer kaum genügen würden mit Erfolg gegen ihn zu kämpfen Der Reichstag verordnete, daß das Zeughaus geöffnet und Alles in der Stadt bewaffnet werde.

Aus höchst zuverlässiger Quelle wird der Reg. Ztg. berichtet: Der Kaiser mit seiner militärischen Begleitung traf auf seinem Abenteuerritt aufsehenden Zug am 10. in Hartberg, am 11. in Neiffa ein und wird am 12. in der Nähe von Znaim angelangt seyn, um von da seinen Weg weiter nach Ollmütz fortzusetzen. In seiner Umgebung ist der Erzherzog Franz Karl und in dicht verschlossener Sänfte führt er, wie man vermuthet, den Erzherzog Ludwig mit sich. Sein Nachtlager schlägt er ohne alle Vorbereitung in den Dörfern auf. — Auf die Anträge der österreichischen Nationalversammlung auf vollkommene Amnestie für Vergangenes und auf Absetzung Jellachich ist er nicht eingegangen. Hornbostl hat daher sein Portefeuille niedergelegt, Krauß will ebenfalls nichts damit zu schaffen haben — und so unterzeichnet jetzt Lobkowitz — das heißt, es ist gegenwärtig gar kein Ministerium vorhanden. Der Kaiser zieht alle deutschen Regimenter aus der Nähe von Wien und sendet dorthin polnische und böhmische, und will der Hauptstadt seinen Zorn fühlen lassen. Der Kampf der Magyaren und Slaven hat begonnen, der Kampf der Slaven und Deutschen wird unfehlbar nachfolgen. In der Esorte des Kaisers kommandiren nur böhmische Edelleute. (N. K.)

Wien, 10. October. Den 2000 Kroaten in Schwabors sollen nach zuverlässigen Angaben 13,000 Serezaner folgen. Soeben wird im Reichstage gemeldet, daß 15,000 Magyaren sich bei Preßburg einschiffen lassen, um dem Wiener Volke, wenn es nöthig, zu Hilfe zu kommen. Nationalgarden von Brünn, Baden, Mödling und den umliegenden Ortschaften rücken in die Hauptstadt. Es wurden drei Wagen mit Munition, von Windisch-Grätz an Jellachich geschickt, aufgefangen und auf die Universität gebracht.

Prag, 11. October. General Mesaros ist Jellachich mit 30,000 Mann auf der Ferse. Man sagt, daß von Seiten der Militärmacht ein Manifest erlassen worden sey, daß, wenn in 24 Stunden die Studentenlegion und die Arbeiter nicht entwaffnet seyen, die Stadt von allen Seiten bombardirt würde. Fürst Windisch-Grätz ist heute nach Wien abgereist. Graf Schlick wird mit 50,000 Mann aus Galizien dort erwartet. Von Böhmen sind sind 18,000 Mann nach Wien abgegangen.

Viele slawische Abgeordnete des Wiener Reichstags, die von dort sich gestüchtet haben, schreiben nun in Brünn einen Gegenreichstag aus.

Ungarn.

Pesth, 6. October. Heute wurden dem Repräsentantenhause von dem königl. Commissär Csanyi die übergebenen 226 neu aufgefangenen Briefe des Jellachich vorgelegt. Ein Theil ist noch gestern Abend bekannt geworden. Jellachich spricht sich in diesen Briefen offen aus, daß er die demokratische Partei in Oesterreich stürzen wolle und ein großes Slawenreich zu bilden seine Absicht sey.

Italien.

Dem tessiner Revublicano wird angeblich aus Bergamo geschrieben, es habe sich dort die Nachricht verbreitet, daß eine Bekanntmachung über die „künftige Gestaltung des lombardisch-venetianischen Königreichs“ unter der Presse sey. In dieser Bekanntmachung werde angezeigt, daß Oesterreich, den Vorschlägen der englisch-französischen Vermittelung beistimmend, das lombardisch-venetianische Königreich ganz unabhängig von Oesterreich erkläre; Kaiser Ferdinand aber bleibe sein constitutioneller König. Es bestehe eine Nationalversammlung; Freiheit der Presse; Nationalgarden; das Heer bestehe aus Italienern im Verhältnisse zur Bevölkerung; die österreichischen Truppen räumen das Land, und die Festungen kommen an die italienischen Truppen. Die Versammlung wähle unter den Erzherzogen Ernst und Stephan, Söhnen von Rainer, den, der ihr besser gefällt, zum Vicekönige, der sechs Monate in Mailand und sechs in Venedig residire; 25 Millionen jährliche Apanage; der König sey verpflichtet, jährlich ein Mal seine lombardischen Staaten zu besuchen; wenn Oesterreich Krieg habe, so stelle die Lombardei ein bewaffnetes Contingent; sey sie von einer fremden Invazion bedroht, so stelle Oesterreich 100,000 Mann zu ihrer Vertheidigung; Verwaltungen, Finanzen, Jurisdiction seyen ganz italienisch, alle Aemter mit Italienern zu besetzen.

Frankreich.

* **Paris, 11. October.** Der National, der sich sehr angelegentlich mit den Angelegenheiten Ungarns beschäftigt und ihnen fast täglich einen leitenden Artikel widmet, prophezeit heute, indem er die kaiserlichen Reskripte gegen Ungarn mittheilt, daß diese Kriegserklärung gegen Ungarn das Todesurtheil der österreichischen Monarchie seyn werde. Er bemerkt ganz richtig, daß wie dieser Kampf auch enden möge, seine unmittelbare Consequenz die Aufhebung der Einheit in der österreichischen Armee sey und daß noch nach Jahren die ungarischen, die croatischen und die deutschen Soldaten sich feindlich gegenüber stehen würden. „Diese Politik, sagt er, die die Armee gegen Armee fechten läßt, ist vielmehr die Worsetzheit alter Politik, ein Zeichen des tiefen Verfalls der Leiter dieses Staates. Kein Mann hat sich gefunden, der diesem Schwachkopf von Kaiser, das lebende Bild einer in Staub zerfallenen Monarchie, vom Abgrunde retten konnte.“

Ueber die drohende Schlußstelle, in der Verordnung der deutschen Centralgewalt, die der Schweiz mit Coercitiv-Maßregeln droht, bemerkt dasselbe Blatt: „Wir sind überzeugt, daß diese Drohung gegen die Schweiz: wie sie es verdient, aufgenommen werden wird. Sie beweist, daß der Geist der Herrschsucht, den man so oft und mit Recht der Frankfurter Versammlung vorgeworfen hat, noch immer nicht gemäßigt worden ist, wie dies ohne Zweifel später noch der Fall seyn wird.“

Die Regierung läßt jetzt Experimente mit dem galvanisch-elektrischem Lichte machen, um es bei den Leuchtthürmen einzuführen. Die hiesigen Eisenbahnen sind ebenfalls im Begriffe, es für Nachts-Signale und zur Beleuchtung der Nacht-Trains anzuwenden.

Der Corsaire versichert, daß Graf Mols den Gesandtschaftsposten in Wien angenommen habe.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 15. Oct. Das heutige Geburtsfest der Königin Marie wurde hier in herkömmlicher festlicher Weise durch Kirchenparade, wozu die hier garnisonirende Infanterie und Chevauxlegers und die gesammte Landwehr nebst dem Freikorps ausrückte, gefeiert.

Anzeigen.

Große Versteigerung.

Am Montag den 23. October d. J. und an den folgenden Tagen werden im Gebäude des vormaligen Kapuzinerklosters zu Bamberg in großer Anzahl

altdeutsche, griechische, türkische und dergleichen Fest-Anzüge von Sammt, Seide, Wollenstoff, Leinwand, theilweise mit Gold und Silberstickerei, Hüte, Helme, Federn, Schwerter, und andere Waffenstücke, Behrgehänge, Teppiche, alte Leinwand, Pferdezeug und Geschirre, wier Rennwagen mit Eisenwerk und viele andere ähnliche Gegenstände

Vormittag von 9—12 und Nachmittag von 2—5 Uhr öffentlich gegen Baarzahlung versteigert.

Die Gegenstände sind gut erhalten und von den Anzügen ꝛc. eignen sich viele zum Verbrauch als Futterstoffe. Kaufslustige sind hiezu eingeladen.

Bamberg, den 9. October 1848.

In der Ziegelgasse Nr. 212 kann der in der gestrigen Bayreuther Zeitung bezeichnete Ring abgeholt werden.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag — Nro. 289. — 17. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 14. October. Der Abgeordnete zur Reichsversammlung (für Wittenberg und Schweinitz) Major Deetz ist zum Commandanten in Frankfurt ernannt. Derselbe hat bereits sein Amt am 13. dieses Monats angetreten und sich mit den Behörden der Stadt in Verbindung gesetzt.

Die Oberpostamts-Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theil eine Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) für die deutsche Marine; vom 10. October 1848. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni d. J., verordnet wie folgt: §. 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel vorläufig eine Summe von Fünf Millionen Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Millionen Thaler) verfügbar gemacht werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, 10. Octbr. 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen v. Becherath.

Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der vorläufig für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. auf die einzelnen Staaten, vom 10. October 1848. — Die gemäß des Reichsverwesers vom heutigen Tage zur Gründung einer deutschen Marine vorläufig verfügbar zu machende Summe von 5,250,000 fl. vertheilt sich auf die einzelnen Staaten nach der unterm 3. Mai d. J. ergänzten Matrikel wie folgt: Oesterreich 1,566,138 fl. 33 kr.; Preußen 1,580,686 fl. 50 kr.; Bayern 587,989 fl. 51 kr.; Königreich Sachsen 198,198 fl. Hannover 215,599 fl. 12 kr.; Württemberg 230,482 fl. 26 kr.; Baden 165,165 fl. 41 kr.; Kurhessen 93,792 fl. 25 kr.; Großherzogthum Hessen 102,320 fl. 5 kr.; Holstein u. Lauenburg 50,459 fl. 39 kr.; Luxemburg und Limburg 41,883 fl. 12 kr.; Braunschweig 34,618 fl. 44 kr.; Mecklenburg-Schwerin 39,129 fl. 19 kr.; Nassau 50,007 fl. 3 kr.; Sachsen-Weimar 33,198 fl. 17 kr.; Sachsen-Koburg-Gotha 18,432 fl. 30 kr.; Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 18,994 fl. 3 kr.; Sachsen-Altenburg 16,219 fl. 16 kr.; Mecklenburg-Strelitz 11,853 fl. 46 kr.; Oldenburg 36,455 fl. 2 kr.; Anhalt-Dessau 8745 fl. 1 kr.; Anhalt-Bernburg 6118 fl. 44 kr.; Anhalt-Cöthen 5360 fl. 17 kr.; Schwarzburg-Sonderh. 7451 fl. 47 kr.; Schwarzburg-Rudolstadt 8908 fl. 32 kr.; Hohenzollern-Hechingen 2394 fl. 54 kr.; Liechtenstein 916 fl. 1 kr.; Hohenzollern-Sigmaringen 5873 fl. 17 kr.; Waldeck 8568 fl. 18 kr.; Reuß ältere Linie 3675 fl. 46 kr.; Reuß jüngere Linie 8022 fl. 29 kr.; Schaumburg-Lippe 3468 fl. 29 kr.; Lippe 11,902 fl. 10 kr.; Hrisen-Homburg 3303 fl. 19 kr.; Lübeck 6713 fl. 59 kr.; Frankfurt 7,903 fl. 11 kr.; Bremen 8010 fl. 32 kr.; Hamburg 21,438 fl. 30 kr.; Summe 5,250,000 fl. Frankfurt a. M., den 10. October 1848. Das Reichsministerium der Finanzen. v. Becherath. Beharrel.

Im Laufe des gestrigen Tages sind die Herren Welcker und Mosle als Reichskommissäre nach Wien abgereist. Schwerlich haben sie bestimmte Aufträge; sie sollen nach den Umständen handeln und dann, wenn es erforderlich ist, im Namen des Reiches das deutsche Interesse zu wahren suchen.

Frankfurt, 14. October. Sicheren Vernehmen nach hat Dänemark die deutsche Centralgewalt jetzt förmlich anerkannt. Herr Banks ist in Kopenhagen am 8. d. vom Könige in öffentlicher Audienz empfangen worden, und hat Versicherungen erhalten, mit denen man den Umständen nach zufrieden sein darf. So weit waren die Sachen freilich noch nicht reif, daß Herr von Steckmar unmittelbar von Berlin nach London reisen konnte, um den Frieden zu vermitteln. Er hat sich vorläufig nach Koburg (seiner Heimath) begeben.

München, 14. Octbr. Dem Abgeordneten zur Reichsversammlung in Frankfurt, Hrn. Ministerialrath v. Herrmann, welcher vor einigen Tagen hier eintraf, ward gestern Abend vom demokratischen Verein und den Liedertafeln ein Fackelzug mit Serenade gebracht. Heute um 11 Uhr wird der Herr Ministerialrath per Eisenbahn wieder abreisen. (B. Landd.)

(Dienstesnachrichten.) Es wurden durch allerhöchstes Dekret vom 4. Oct. die Postaccessisten und Funktionäre Friedrich Karl Stummvoll und Maximilian Wolf zu Postoffizialen III. Klasse in Nürnberg provisorisch ernannt; durch allerhöchstes Dekret vom 7. Oct. der Postoffizial Rudolph Mayr in München zum Spezialkassier fahrender Posten in München befördert; durch dessen erledigte Stelle der Postoffizial Max Allweyer zu Hof versetzt, und Allweyer's Stelle in Hof dem Postaccessisten und Funktionär Karl Köppel in Hof provisorisch verliehen; das Rentamt Kirchenheimbolanden dem Finanzrechnungskommissär Emil Wolfin Speier, und des letzteren Stelle dem Rathsaccessisten Philipp Seyffert daselbst provisorisch verliehen; der Rentbeamte Heinrich Herrmann in Pegnitz auf Ansuchen auf das Rentamt Burgebrach in Burgwindheim versetzt, und der Finanzrechnungskommissär Johann Baptist Sieber in Augsburg zum Rentbeamten in Pegnitz, dann an des letztern Stelle der Finanzkommissär in München Christoph Kipferl provisorisch befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 8. der Finanzrathsaccessist in München Franz Vital zum Finanzrechnungskommissär in Augsburg; die Finanzkammerfunktionäre Fr. Wellser und K. Schmidt zu Finanzrechnungskommissäre in Ansbach, der Finanzkammerfunktionär Friedrich Söldner in Würzburg zum Finanzrechnungskommissär daselbst provisorisch ernannt; der Revierförster zu Bärnbeck Joseph Rattinger mit Zufriedenheitserzeugung in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Bayreuth Ernst Leis provisorisch ernannt; der Funktionär bei der Steuerkassakommission Julius Lindau zum Finanzrechnungskommissär in Bayreuth befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 10. der Zollverwalter Friedrich Enzenberger zu Zweisel aus dem Staatsdienste entlassen; der Postoffizial Peter Aug. Frhr. v. Horix in Bamberg zum Post- und Eisenbahnverwalter in Erlangen befördert, und der Postaccessist und Funktionär Friedrich Lausch in München an des letztern Stelle ernannt; der Revierförster zu Aura Fr. Wolter auf das neugebildete Kommunalrevier Hammelburg versetzt und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Neustadt a. S. Valentin Hauerwaas provisorisch befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 11. Oct. der Forstwart zu Beraßhausen Joseph Felser zum Revierförster in Loisnig provisorisch ernannt. (R. M. Z.)

Berlin, 13. Oct. Der Nationalversammlung wurde in ihrer heutigen Sitzung zuerst eine königl. Botschaft mitgetheilt, durch welche ihr das von ihr berathene Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe in einer veränderten Fassung zu neuer Prüfung vorgelegt wird, mit dem Bemerken, daß aus der von ihr angenommenen Fassung nicht klar hervorgehe, in welchen Fällen noch eine Ausnahme von dem Gesetze stattfinden könne. Auf Vorschlag des Präsidenten wird dieser neue Gesetzentwurf, obwohl es gegen die sonstige Geschäftsübsichtheit ist, verlesen. Derselbe lautet folgendermaßen: „§. 1. Die Todesstrafe ist fortan nur zulässig im Fall eines Kriegs- und Belagerungszustandes. §. 2. An die Stelle der Todesstrafe tritt in den Umfreise des rheinischen Appellationsgerichtshofs eine lebenswierige Zwangs- und Arbeitsstrafe, in den übrigen Provinzen Zuchthaus- und Festungsstrafe. §. 3. Im Fall eines Kriegs- und Belagerungszustandes bleibt es bei den bisherigen Gesetzen bis zu einer Revision derselben. §. 4. Schon erkannte Todesstrafen werden durch die zuständigen Gerichte in lebenswierige Freiheitsstrafen verwandelt; ebenso, wenn Todesstrafen, die in Folge eines aufgehobenen Kriegs- oder Belagerungszustandes bekannt waren, noch nicht vollstreckt sind." Dieser Entwurf wurde an die schon für diesen Gegenstand bestandene Centralabtheilung abgegeben. (D. A. Z.)

Berlin, 13. Oct. Gestern Abend 7 Uhr ertönten plötzlich die Lärmhörner in den Bürgerwehrgegenden. Die Veranlassung gab ein erneuter Versuch, den General Wrangel in Gestalt einer Strohpuppe zu verbrennen. Die Bürgerwehr rückte heran, und mehr gütlichen Zureden als Anwendung von Gewalt zerstreute den ohnehin nicht starken Volkshaufen. Gleichzeitig wurde ein Einschreiten der Bürgerwehr durch einen Tumult am schlesischen Thore nöthig.

Digitized by Google

Am 15. Oct. wird eine große Volksversammlung durch sämmtliche demokratische Clubs veranstaltet werden. Es gilt eine Sturmpetition, welche auf Entlassung des Ministeriums, Erlassung desselben durch ein Ministerium Waldeck, Entlassung des Generals von Wrangel, Amnestie für alle politischen Gefangenen und Gewährung der garantirten Volkswehr gerichtet werden soll. Die Behörden scheinen auf einen Coup gefaßt. Die Truppen sind in die Kasernen consignirt, und den Commandanten ist die Weisung zugegangen, ihre Mannschaften schlagfertig zu halten. — Aus Breslau wird das Gerücht hier verbreitet, daß voudort auf der Oberschlesischen Bahn mehre Hundert Bewaffneter abgegangen sind, um den Wienern zu Hülfe zu eilen.

Breslau, 11. Oct. Die in einigen berliner Zeitungen enthaltene Nachricht, der frankfurter Abgeordnete Minkus sei verhaftet worden, entbehrt alles Grundes; derselbe ist bereits nach Frankfurt zurückgereist. (D. A. Z.)

Hannover, 11. Octover. Die hier erscheinende Volkszeitung theilt mit, daß die hannoversche Regierung baldigst sämmtliche Gesandtschaften an deutschen und außerdeutschen Höfen abberufen (?) werde. Die Gesandtschaften Hannovers haben in den Jahren seit 1815 nahe an 2 Mill. Thl. gekostet. — Die Berathung der Abgeordneten von Gymnasien und höhern Bürgerschulen unsers Landes ist geschlossen worden. Unter andern Beschlüssen ist auch der bemerkenswerth, daß künftig alle Titel der Lehrer, mit Ausnahme des Titels Director wegfallen sollen.

Aus Lübeck laufen nähere Nachrichten ein, welche die völlige Planlosigkeit der dortigen Unruhen bewiesen. Die Bürgerschaft hatte sich einverstanden erklärt mit den Vorschlägen des Senates, wodurch das allgemeine Stimmrecht eingeführt wird, und in den Vertretern aus den städtischen Wahlbezirken, ⅓ aus den ländlichen genommen werden sollen. Allein die in die Kirche, wo die Bürgerschaft versammelt war, eindringenden Rotten erklärten, sie wollten keine allgemeinen Wahlen, sondern als Stand (Arbeiter-Stand?) vertreten sein. Die Bürgerschaft zeigt sich jetzt ebenswerth und fest, auch nicht Einer ließ sich in Schrecken setzen. Unterdessen hatten Zimmer- und Maureleute das Dach besiegen, und fingen an es zu demoliren. Ein fürchterlicher Tumult herrschte und dauerte bis tief in die Nacht, wer hinaus wollte, wurde mißhandelt und zurückgetrieben. Einige entkamen aus den Fenstern nach innen durch Hülfe von Leitern, aber auch diese wurden weggerissen. Das herbeigezogene Militär wie Bürgergarde konnte nicht abwehren und erst durch wiederholtes Feuern nach der Kirche und dem Dache derselben gelang es endlich, Nachts 1 Uhr die Meuterer zu vertreiben, die jetzt sputzos verschwunden sind. Nach Berichten aus Lübeck vom 11. Morgens war dort Alles ruhig geblieben. Der Senat hat einen Aufruf erlassen.

Kiel, 9. Oct. Dr. Brenn hat in der vorgestrigen Sitzung der Landesversammlung, Namens der prov. Regierung erklärt, daß wegen der von den Dänen kürzlich genommenen Schiffe Unterhandlungen angeknüpft waren, und das, wenn diese nicht Ziele führten, Repressalien ergriffen werden würdea. Die Landesregierung hat heute den Entwurf der Städteordnung mit 60 gegen 26 Stimmen angenommen.

Wien, 11. Oct. Jellachich steht mit ungefähr 20,000 M. hungeriger Truppen und Horden bei Simmering, eine Stunde vor Wien, wohin er gestern in den Nachmittagsstunden vorgerückt ist. Auf ein von den Standirenden dem Sicherheitshurm als gegebenes Signal daß der Ban heranrücke, wurde in der Stadt und in den Vorstädten Generalmarsch geschlagen, in den Vorstädten wurden Barricaden errichtet, die sämmtlichen Linien Wiens, mit Ausnahme der Belvedere-Linie, verrammelt und mit Nationalgarden stark besetzt. Niemand durfte die Linien mehr passiren. Abends waren die Stadt und die Vorstädte beleuchtet. Etwa um 12 Uhr wurde wiedeholt Allarm geschlagen und auf sämmtlichen Thürmen die Sturmglocken geläutet. Es hieß die Truppen wollen einen Angriff gegen die Stadt unternehmen, was sich aber als unwahr erwies. Die Vertheilung von Waffen dauert ununterbrochen fort; mehre als 60 Kanonen aus dem Zeughaus sind schon auf den verschiedenen Basteien und Plätzen aufgeführt. An Munition ist Ueberfluß, da sämmtliche leer stehende Kasernen geplündert wurden. Gestern Nachmittag wurden 4 mit Kisten bepackte Wägen von den Studenten auf der Hauptmauth in Beschlag genommen. Man fand darin Gewehre welche zur Wegsendung bestimmt waren. Aus Beünn sind heute früh 600 Nationalgardisten mittelst der Nordbahn hier angekommen. Heute Abend erwartet man noch eine gleiche Anzahl. Heute um 10 Uhr Vormittags wurde in der Stadt ein Spion mit Briefen aufgegriffen, er wurde auf die Aula geführt. Es heißt daß auch General Recsey sich gegangen auf der Aula befindet. Von keiner Seite fand bis jetzt noch ein Angriff statt. Mit Spannung erwartet man die heutige Nacht. (A. Z.)

Wien, 11. Oct. Ueber die Reise Sr. Majestät erfahren wir auch Stein, daß sie ernst und langsam vor sich ging. Den fünf Wagen voraus giehen 3 Kompagnien Feldjäger, eine halbe Cavalleriebatterie, eine Division Chevaurlegers, — hinter den Wagen ziehen gleiche Abtheilungen in derselben Ordnung. — Von Stein wird mitgetheilt, daß das Militär nach Uebergang über die Brücke sich in die Schlachtordnung aufgestellt, der Zug eine Pause gemacht hat und erst als die überraschte Bevölkerung keinerlei Zeichen des Mißfallens gegeben hat, wurde in der frühern Ordnung durch die Stadt gefahren. Sr. Majestät soll sehr leidend ausgesehen und kein Zubel die Stille des Zuges unterbrochen haben. — Das ganze Land scheint den Schritt zu bedauern, zu welchem der Kaiser sich bewegen ließ. — In Wien herrscht Ordnung; viele Kaufläden sind wieder geöffnet, die Frauen versehen die Geschäfte, die Männer sind unter Waffen. Einerseits hat man Mühe die Bewaffneten von einem Ausfall auf das Militär abzuhalten, andererseits gehen Gerüchte über vereichedene Punkte, an welchen gleichzeitig angegriffen von den Militärs drabschlägt sein. Scheinangriffe des Militärs sind möglich, zu einem ernsteren Kampfe scheint uns der Anlaß zu fehlen, wir können nicht glauben, daß man nutzlos Blut vergießen will. — Wenn die Nachrichten der Reisenden zuverlässig sind so sind die Vorposten eines ungaeischen Armeekorps bereits mit der croatischen Armeegarde im Gefechte. — In der Festung Eger ist ein Militäraufstand ausgebrochen. (?) — General Auersperg soll abgedankt haben. — Die Bedenklichkeiten der Ungarn, die deutsche Gränze zu überschreiten, um den Ban zu verfolgen, sind dadurch erledigt, daß Jellachich auf den deutschen Boden nicht entwaffnet, sondern im Gegentheil durch Anschluß von andern Truppen unterstützt worden ist. (Oest. Z.)

Wien, 12. October. Der Geist der Bevölkerung ist ein todesmuthiger. Allenthalben Rüstung; Anfertigung von Patronen u. s. f. Der französische Gesandte hat gegen jeden Angriff auf die Stadt protestirt. Barrikaden. Gerüchte von Aufständen in Deutsch-Böhmen. Das Regiment Deutschmeister eilt den Wienern zu Hilfe. — Der Kaiser soll sich nach Peag gewendet haben. — Graf Auersperg hat seine Stelle am Belvedere ohne bestimmte Veranlassung verlassen. Sein Abmarsch schien einer Flucht sehr ähnlich. Das meiste Gepäck blieb zurück. Als Ursache dieses ganz unerwarteten Rückzuges wird der Anmarsch der Ungaen, die mit einer sehr bedeutenden Macht an den österreichischen Gränzen stehen sollen, angegeben. Der Auersperg hat sich mit den Truppen Jellachich vereinigt und sein neues Lager bei Pagersdorf aufgeschlagen. Die Wiener Linien aufgeschlagen. In der Kriegsrathsitzung erfahrene Männer versicherten, daß, wenn den Rückzug Auersperg nicht die bedrängte Lage Windischgrätz oder die Nähe des ungaerischen Heeres veranlassten, derselbe zur Folge haben werde, daß die Stadt von allen Seiten außer den Linien abgesperrt wird. (N. K.)

Wien. (Abendsitzung des constituirenden Reichstags vom 11. October.) Borrosch verliest die von ihm gefaßte Adresse an Se. Majestät, welche die Deputation anmmt. Es ist darin ausgesprochen, daß der Reichstag in seiner Pflicht harren, und den Thron und die Freiheit zu wahren sich bemühe. Es ist darin gewarnt vor dem „zu spät" der Kaiser möge auch diesmal hören wie in Innsbruck. Es kann seiner Majestät gewiß nicht darum zu thun seyn, für ein Leben thätigster Fürsorge zu opfren und durch einen unabsehbaren Bürgerkrieg, in dem Ströme Blutes fließen, die Monarchie zu zersplittern. Der Reichstag will auch ein Curtius seyn und sich in den Abgrund werfen, um das Unheil abzuwehren. Sollten die Opfer fallen, so wird ihr Andenken unverlöschlich fortleben, und ein Ankläger gegen Jene seyn, die durch ihren falschen Rath die Schuld tragen. Se. Majestät möge ein volksthümliches Ministerium ernennen, wie er es versprochen, und zurückkehren. Eine blutvolle Militärherrschaft könne nur von kurzer Dauer seyn, rufmloes, und eine Saat von unberechendaren Uebeln. Die Adresse wird nach kurzer Debatte angenommen. Ein Abgeordneter befragt Minister Krauß, ob er Sr. Majestät schon eine Liste von Vertrauensmännen vorgelegt, um ein Ministerium zu bilden. Krauß erwidert, daß dies nicht geschehen, indem jene Männer, welche er deabsichtigte, ihre Zustimmung von den Erfolgen Hornbostels beim Kaiser abhängig gemacht haben. Krauß eröffnet, daß der Gemeindeausschuß angeschuft, da die Verproviantirung der Stadt nothwendig sey, die Verzehrungssteuer zu erlaffen. Der Minister erklärt sich einverstanden und liest die Lebensmittel vor, welche frei sein sollen. Wird einstimmig genehmigt und der Beschluß tritt schon morgen ins Leben. Smolka fordert auf, da abermals 4 Wochen verstrichen sind, ein

Digitized by Google

neues Bureau zu wählen. Die Versammlung erhebt sich und acclamirt einstimmig Smolka zum Präsidenten. (Oest. B.)

Ungarn.

Laut Briefen aus Pesth vom 8. October hatte sich der General Rott mit seinem Korps Kroaten den ungarischen Aufrührer ergeben. Pagmandy hat sich zu eben an der Spitze von mehreren 1000 M. in Folge einer Ermächtigung des Reichstags, nach Wien in Bewegung gesetzt, um den Wienern „Friedensvorschläge zu machen.“ In Pesth war ein Sicherheitsausschuß mit Kossuth als Präsidenten gebildet worden.

Frankreich.

* Paris, 12. Octbr. Nachdem die Versammlung gestern das Projekt eines auf Tribunalspapier gegründeten Papiergeld von 2000 Billionen mit 500 gegen 260 Stimmen verworfen hat, ward ein Dekret, welches das Gesetz der Verbannung sämmtlicher Mitglieder der Familie Bonaparte aufhebt, ohne Diskussion und mit Einstimmigkeit angenommen. — Eine Motion Hrn. Durrieu's, daß selbst während des Belagerungszustandes kein Journal suspendirt werden könne, führte zu einer ziemlich unbedeutenden Debatte zwischen den Herren Durrieu, Sarrans und V. Hugo einerseits und den Ministern Marie und Senard andererseits und ward schließlich mit 345 gegen 336 Stimmen verworfen.

Im Gerüchte über Veränderungen im Kabinete dauern fort und es scheint gewiß, daß Dufaure mit einigen seiner Collegen von der Rechten in die Regierung treten werde. Gestern Abend dauerten die Unterhandlungen noch fort, und es war nichts abgeschlossen, nichts abgebrochen. Die heute morgen hierher gekommene Nachricht von der neuen Revolution in Wien macht große Sensation und wird die Lösung der italienischen Frage bedeutend beschleunigen. Hr. Bernays, Gesandtschafts-Attaché, ist mit dringenden Depeschen der französischen Gesandtschaft in Wien hier angekommen und hat sogleich mit dem General Cavaignac und dem Minister Bastide eine lange Conferenz gehabt. — Wie es heißt wird sich Graf Mols baldigst nach Wien begeben und Ueberdringer eines Ultimatums seyn. Zugleich ist auch Turin die Nachricht hier eingetroffen, daß die Bewegungspartei, die jetzt den größten Einfluß hat, auf Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich dringt und Carl Albert die feste Zusicherung gegeben hat, daß wenn bis 16. Octbr. keine genügende Lösung der italienischen Frage erfolgt sey, er seiner Armee Befehl geben werde, den Ticino zu überschreiten. Die polnischen Generale, die jetzt an der Spitze der Armee stehen, sind von Zuversicht und vor Allem die Unmöglichkeit die Kosten der bewaffneten Friedens zu erschwingen, treiben Sardinien zur Entscheidung. Die französische Alpen-Armee wird immer konzentrirt und der Kriegsminister Lamericiere steht auf dem Punkte sich nach Grenoble zu begeben, um sie zu inspiziren. — An der Schweizer Gränze zu wird ebenfalls ein Armeekorps zusammengezogen.

Gerüchte, daß Cavaignac heute noch seine und seiner Minister Dimission anzeigen werde, zirkuliren. Man sagt, daß sich das Kabinet durch die geringe Minorität in der gestrigen letzten Abstimmung geschwächt fühlt, und daß Cavaignac ein Votum will, das ihm die Bildung eines neuen Kabinets überträgt.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 12. October. An der Tagesordnung ist die Diskussion der Constitution, — Art. 46. — Vor diesem sind jedoch von Mathieu Zusatzartikel vorgeschlagen worden, wodurch der Präsident der Republik von der Nationalversammlung, durch ein Dekret nach zweimaliger Berathung und Abstimmung mit einer Majorität von zwei Drittel der Gesammtzahl, suspendirt werden kann. Mathieu entwickelt sein Amendement und begründet es auf den möglichen Fall, daß ein Präsident seine Pflichten vernachlässige oder seine Befugnisse zum Nachtheile des Landes überschreite. Seine Entwickelung wird ohne große Aufmerksamkeit angehört. Vivien bekämpft im Namen der Commission Mathieus Zusatzartikel, als unnöthig indem das organische Gesetz über die Verantwortlichkeit aller Staatsdiener den von Mathieu aufgestellten Fall unmöglich machen werde. Der Zusatzartikel wird verworfen, eben so ein anderer von Salmoe und der Art. 46 wird angenommen. Es entspinnt sich nun eine höchst unbedeutende Debatte über den Art. 48 und die Folgenden, welche die Befugnisse des Präsidenten feststellen und denen eine Unzahl von Amendements folgt, sie werden jedoch saß durchgehends beseitigt und die Art. 47, 48, 49 werden angenommen. Bei Art. 50 erhebt sich Combarel de Leyval gegen das der Nationalversammlung vorbehaltene Recht alle Verträge zu ratifiziren, damit sie gültig werden. Er findet diese Beschränkung gefährlich und will, daß dieses Recht dem Präsidenten bleibe. Das Amendement wird verworfen und Art. 50 angenommen, Art. 51 ebenfalls; bei Art. 52 erhebt sich eine Debatte über das Begnadigungsrecht und die Verkündigung von Amnestien. Beide Rechte sollen nach den Einen, der Zustimmung des Staatsrathes, nach Andern, der Nationalversammlung bedürfen. — Bei der Abstimmung über Art. 52 wird das Gutachten des Staatsrathes zur Bedingung des Begnadigungsrechtes gemacht. Eine Amnestie kann nur von der Nationalversammlung mittelst eines Gesetzes publizirt werden. Art. 52 wird bei Pferdschuß votirt und die Versammlung scheint in der Stimmung heute noch einige beträchtliche Artikeln zu erledigen.

Straßburg, 10. October. Die lächerlichen Projekte, mit welchen einige Flüchtlinge und andere, die nicht landesflüchtig sind, um sich werfen, nach welchen das Elsaß und Lothringen in der nächsten Zeit mit dem erfundenen deutschen Reiche vereinigt werden sollen, haben eine Demonstration hervorgerufen, bei welcher Großartigkeit wohl die neuesten Zustände jenseits des Rheines erklären. Die sämmtlichen Städte des Elsaßes werden vereinigt die zweite Jubelfeier des Westphälischen Friedens feiern, durch welchen diese Provinz, von Oesterreich verrathen, durch jesuitische Kniffe, und von dem Reiche verlassen, mit dem Frankenland verbunden worden. Straßburg, obgleich seine Kapitulation erst 1681 abgeschlossen worden, wird der Centralpunkt dieser Manifestation werden, welche beweisen soll, daß politische Sympathien mehr als Sprache und Abstammung vermögen.

Großbritannien.

In London und Woolwich sind Cholerafälle vorgekommen.

Nach Berichten aus Clonmel vom 9., die heute hier eintreffen, hatte der Gerichtshof das Todesurtheil der Hrn. O'Brien gesprochen. Der Lord-Oberrichter verlas dasselbe. Der Schluß desselben lautet dahin, daß er, als des Hochverrathes schuldig befunden, auf einer Schleife zum Richtplatze gebracht und dort am Galge aufgehängt werden solle, bis er todt sey; daß später der Kopf vom Rumpfe getrennt und der Körper geviertheilt werden solle. Die tiefste Bewegung in der Versammlung folgte die Verkündigung des Strafurtheils. Nach einer Pause stürzten mehrere Personen in die Schranken, um von dem Gefangenen Abschied zu nehmen, der ihnen herzlich die Hand drückte. Er war kalt und gefaßt, sein Benehmen ruhig und männlich. Er verließ seinen Sitz mit festem Schritte und lächelnder Miene, um in das angrenzende Wachezimmer geführt zu werden. Als die Kunde von dem Todesurtheil in die Straßen gelangte, sammelten sich Volkshaufen beim Gerichtsgebäude und tiefe Aufregung gab sich kund: Weiber rannten schreiend und händeringend umher. Unter starker Bedeckung von Constablern ward der Gefangene zu Wagen nach seinem Kerker zurück gebracht, ohne daß das Volk irgend eine Gewaltthätigkeit versuchte. Nach seiner Wegführung begann das Verfahren gegen den ebenfalls des Hochverraths angeklagten Mr Manus.

Ein Blatt von Limerick will wissen, daß die Königin nächstens Irland besuchen und eine allgemeine politische Amnestie bewilligen werde. Die nächsten Verwandten Sr. O'Brien's wollen sich persönlich bei der Königin für seine Begnadigung verwenden.

Amerika.

Mit der Europa sind Briefe aus Neuyork vom 27. Sept. eingetroffen. Obgleich Clay von der Candidatur zur Präsidentenwahl zurückgetreten ist, will ihn doch eine Fraction der Whigs in Vorschlag bringen. In einem offenen Briefe erklärt General Taylor, daß er kein Parteiprädikent sein und auch gegen keine Partei Verpflichtungen eingehen werde. Der Plan eines Zugs nach Sierra Madre, um diesen nördlichen Distrikt Mexicos durch eine Privatexpedition wie Texas zu erobern, scheint vor der Hand aufgegeben zu sein. (D. A. Z.)

An meine Wähler.

Obgleich mir durch Privatmittheilungen meines Hrn. Collegen schon seit Beginn des verflossenen Monats der bevorstehende und und nunmehr erfolgte Austritt desselben aus dem deutschen Reichsparlamente bekannt war, so habe ich doch aus muthmaßbaren Rücksichten, die sich aus meinen individuellen Verhältnissen dargeboten haben und wegen deren ich öffentlich Rechnung zu tragen, wohl nicht schuldig bin, es vorziehen müssen, die Einnahme meines Sitzes in der Paulskirche von der vorherigen förmlichen Eröffnung abhängig zu machen. Nachdem letztere in diesen Tagen vervollzogen worden ist, werde ich nunmehr ungesäumt dem Rufe der Ehre und der Pflicht folgen und meine schwachen Kräfte dem heiligen Dienste des Vaterlandes weihen. Wenn ich auch wohl weiß, daß sich seit den hiesigen Wahlverhandlungen manche Begriffe schärfer

Digitized by Google

und bestimmter ausgeprägt haben, wie dieß bei dem großen Ideenkampf, welcher die Zeit bewegt und bei dem ewigen Fortschreiten jeder Geschichte nicht anders der Fall seyn konnte, so weiß ich doch auf der andern Seite auch aus den fortbestandenen vielfachen Berührungen nur zu gut, daß das Prinzip, welches damals für die Anbahnung der Einheit Deutschlands aufgestellt wurde, — das Prinzip der constitutionellen Monarchie auf demokratischer Grundlage nicht blos unangetastet geblieben ist, sondern noch tiefere Wurzeln geschlagen hat und daß daher das Glaubensbekenntniß, welches meine Wahl bedingte, nach wie vor noch mit der Anschauung meiner geehrten Wähler und ihrer Committenten übereinstimmt.

Nie werde ich Anstand nehmen, als Ausdruck derselben, das von mir unterzeichnete Programm meines Herrn Vorgängers gelten zu lassen, vielmehr werde ich dasselbe in dem Streben für die Freiheit, aber auch für Gesetz und Ordnung als meinen festen Leitpunkt betrachten und die freie Bewegung und Selbstständigkeit nur innerhalb seiner weiten Gränzen in Anspruch nehmen. Nicht einzelne Abstimmungen, die mehr oder weniger von den Ansichten meiner verehrlichen Committenten abweichen können, sondern nur das Gepräge, welches meine ganze Denk- und Handlungsweise tragen und die innere Consequenz, die sich aus derselben überhaupt und den prinzipiellen Beschlüssen der Nationalversammlung gegenüber insbesondere ergeben wird, kann den Maßstab für die Kritik bilden, welcher ich mich zu unterwerfen habe.

Wer für die rothe Republik geschwärmt haben konnte, den fürwahr mußten die teuerlen Ereignisse der jüngsten Zeit aus seinen Träumereien aufgeschreckt haben.

Wo die Bande des Gesetzes durchbrochen sind, wo die große Masse in Anarchie aufgelöst, sich mit der Wuth eines Tigers zum Richter aufwirft, da zeigt sich das Bild eines Steomes, der brausend über sein Bette geführt und Alles niederreißt und verheert, was sich seinen Fluthen entgegenstellt.

Wehe dann allen Früchten der Zeit, dem Rechte, dem Besitz, dem Eigenthum, zumal wenn der Hunger und das Proletariat wie ein zweites schreckliches Gespenst im Hintergrund lauert, und bereit ist, sich mit der politischen Leidenschaft zu vereinen und seine gierigen Zähne in das Fleisch der Begüterten einzuschlagen.

Aber auch die Reaktion muß dazu führen, das Bestehende in Frage zu stellen, zumal dann, wenn das Volk aus langer Lethargie aufgeweckt, sich bei den ersten Grüßen der Freiheitssonne bewußt werden, welche Rechte seiner Mündigkeit gebühren, und welche Institutionen andere Nationen auf den Gipfel ihrer Höhe gebracht haben, wenn es mit Argusaugen die Errungenschaften bewacht, die ihm, sey es freiwillig oder unter den Barrikaden gegeben wurden, wenn es mißtrauisch gemacht fürchtet, daß ihm der alte Zopf angeknüpft, und daß es zu den alten Ehrensäulen zurückgeführt werden solle, auf welchen das starre „bis hieher und nicht weiter" eingegraben ist.

Bei einem solchen Zustand lösen sich die heiligen Bande des Vertrauens, es brechen die Stützen, welche das staatliche Gebäude Jahrhunderte lang fest getragen hatten, und wer vermag diese schnell und haltbar durch andere zu ersetzen?

Wohl weiß ich, daß man von gewissen Seiten allzeit fertig ist, auch diese Erscheinungen den sogenannten Wühlern in den Busen zu schieben, allein die Hauptwühler sind die, welche die Zeit und die Gottesstimme des Volkes nicht verstehen, oder nicht verstehen wollen, falschen Vorstellungen und Rathschlägen nach Oben Eingang zu verschaffen wissen, und den Saamen der Zwietracht streuen, aus dem nur tausendfaches Unkraut wuchern kann.

Ob — wo und wie weit eine solche Reaktion besteht? das kann und will ich hier nicht untersuchen.

Eine freudige Erscheinung aber, der jeder Vaterlandsfreund entgegenjubelt, war es jedenfalls, daß der Weisheit unserer bayerischen Staatsregierung die Nothwendigkeit nicht entgangen ist, die von dem souveränen Volk, nämlich den gesetzlich berufenen Vertretern der ganzen großen Gesammtheit angeordnete Centralgewalt anzuerkennen.

Dieses Beispiel, von mehreren kleineren deutschen Staaten, bereits gegeben, kann nicht ohne wohlthuende Wirkungen bleiben, und wo sich noch der Einigung des Vaterlandes, welche unter andern das so lange zerrissene Volk unabweisbar fordert, Schwierigkeiten entgegenstellen, wird es den Vertretern der Nation im Werein mit den Fürsten Gott wohl gelingen, solche zu beseitigen.

So gebe ich mich denn auch der Hoffnung hin, daß aus den blutigen Zuckungen, unter welchen noch der deutsche Boden ächzt, die Geburt eines unauflöslbaren, einigen Deutschland hervorgehen werde, welches nach Außen stark und mächtig, sich im Innern der großen Segnungen aller politischen und religiösen Prärogativen erfreut, welche eines freien, braven Volkes würdig sind, und daß bei wieder hergestellterm Vertrauen, durch Millionen im Gebiete der Agricultur wie der Industeie alle Gauen ihre fleißigen Hände regen und das Andenken der Fürsten fegnen werden, die das Land und Volk vor dem tiefen Stuez in einen unabsehbaren Abgrund bewahrt haben.

In der Mitte zwischen den Extremen werde ich die Wahrheit suchen, daher der Reaktion eben so wenig als Schleppträger folgen, als ich es über mein Gewissen bringen kann, zur Fahne der rothen Republik und der Anarchie zu schwören.

Mit offener Darlegung dieser Grundsätze bringe ich meinen Committenten den Scheidegruß.

Würde ich damit Ihren Ansichten begegneu, wohlan! wo nicht, so würde es mich zwar schmerzen, aber — anders kann ich nicht.

Bayreuth, 15. October 1848.

Käfferlein.

Anzeigen.

Alle im hiesigen k. Gymnasium, sowie in den lateinischen und Gewerbschulen eingeführten Lehrbücher, sind in der Unterzeichneten gebunden vorräthig.

Burchner'sche Buchhandlung.

Renten-Anstalt
der
Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahres-gesellschaft zählte am Schlusse von 1847 ein Einlags-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich daßelbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahresschluß die zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration ladet daher die Betheiligungslustigen ein, ihre Einlagsbeiträge bis längstens Ende November entweder direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg oder bei den an allen bedeutenderen Orten aufgestellten Agenten einzuzahlen.

Da die bayer. Renten-Anstalt unter der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in dieser schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen ansprechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen dener nicht zu verwirklichen vermag, welche ihon einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt hat die Bestimmung, für die späteren Jahre des Lebens eine Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Geduld die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Aussicht stellen.

München, 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler,
Direktor.

Zu Vermittlungen erbietet sich:

Friedrich Feustel,
Agent in Bayreuth.

Das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,

aus Lindenholz treu nach der Natur mit allen kleinsten Details der Gebäude, Verzierungen, Balkons u. s. w. aufs allerfeinste gearbeitet, — nebst einer Anzahl interessanten Panoramen, worunter die Revolution von Paris — und die Erstürmung der großen Barrikade in Berlin — ist täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr im Gasthofe zum Adler gegen Entree, die Person 12 kr., für Kinder die Hälfte, zu sehen.

Da wir vor unserer Abreise nach München, nicht überall persönlich Abschied nehmen konnten, so sagen wir allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Elisabetha Rauh.
Louise Raub.

Eine schwarz-roth-gelbe Börse mit Geld ging verloren. Der Finder wird gebeten, sie in der Zeitungsexpedition gegen Belohnung abzugeben.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 290. | 18. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 14. October. Gestern gingen die Hrn. Prof. Welcker und Oberst Mosle, als Reichskommissäre nach Oesterreich, ab. Ob wir gleich diese Nachricht aus guter Hand haben, finden wir sie doch heute noch nicht in dem amtlichen Theile der O.-P.-A.-Zeitung. Demnach wäre die Sendung noch mehr im Privatkarakter gehalten. Wahrscheinlich wird sie, „dem konstitutionellen Kaiser" die Entscheidung der Centralgewalt über die streitenden Parteien, nebst den Mitteln zur Ausführung dieser Entscheidung bieten. Zugleich aber wird die Centralgewalt als unerläßliche Vorbedingung ihrer Entscheidung und Hülfe auch die lange erwartete unzweideutige Unterordnung des deutschen Oesterreichs als Bundesglied unter sie fordern. (?) Die verschiedenen Clubs unserer Linken sollen den Beschluß gefaßt haben, mit allen Kräften auf eine völlige Trennung des deutschen Oesterreichs von den bisherigen undeutschen Bestandtheilen der Monarchie als die einzig dauernde Bürgschaft für eine allseitig gedeihliche Einfügung in den deutschen Bundesstaat hinzuwirken.

Frankfurt, 12. Oct. Aus sonst zuverlässiger Quelle wage ich es, Ihnen bezüglich der heute abgegebenen Erklärung des Reichsministers des Innern die Mittheilung zu machen, daß der von diesem angedeutete Beschluß des Ministeriums darin besteht, daß dasselbe gesonnen ist, eigstwilen durch Reichscommissäre die Regierung der deutschen Ländertheile Oesterreichs zu übernehmen. In der Ohnmacht der österreichischen Regierung glaubt die Centralgewalt einen genügenden Grund für ihr Verfahren gefunden zu haben. Die völlige Zuverlässigkeit dieser Mittheilung kann ich natürlich nicht verbürgen. (D. A. Z.)

Die O. P. A. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile. Frankfurt, 14. October. Der kgl. niederländische Staatsrath von Schreff hatte heute um 1 Uhr die Ehre, dem Reichsverweser in besonderer Audienz das Schreiben Sr. Maj. des Königs der Niederlande zu überreichen, welches ihn in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei S. kaiserl. Hoheit beglaubigt.

München, 13. October. Gestern ging hier sehr allgemein das Gerücht, Minister Thon-Dittmer habe seine Entlassung eingereicht, und Verchenfeld seine Stelle übernommen, während Dirckse Bever zur Uebernahme des Finanzministeriums hierher berufen worden sei. Dieses Gerücht wird sich zwar wohl kaum bewahrheiten, allein es ist jedenfalls bezeichnend, und ein neuer Beweis dafür, wie gerne man das glaubt, was man wünscht. (N. K.)

Die N. Münch. Ztg. schreibt: Wie man vernimmt, ist von dem Staatsministerium des Innern in Folge eines Rundschreibens der Reichsministerien des Innern und der Justiz an die sämmtlichen Kreisregierungen die Weisung ergangen, die Vorstände sämmtlicher bestehender politischer Vereine zur Vorlage ihrer Statuten und Beschlüsse, dann zur Angabe ihrer Mitgliederzahl und Verbindungen mit andern Vereinen aufzufordern, indem das Reichsministerium von der Bewegung der politischen Assoziation in ganz Deutschland in amtlicher Kenntniß erhalten werden will.

Die deutsche const. Zeitung schreibt aus München, 13. Oct. Laut eines Schreibens aus Leutkirch vom 10. Oct. in Nr. 279 des „Schwäbischen Merkurs" war dort am 7. Oct. amtlich der für den Nachmittag bevorstehende Einzug von 3000 Mann bayerischer Truppen angesagt, „zum Trost der Einwohner", aber, wie es in dem erwähnten Briefe heißt, hinzugesetzt worden, daß diese Mannschaft „Bottlos" am folgenden Tage wieder weiter ziehen werde ꝛc. Nachmittags 3 Uhr rückten auch in der That die 2 Schützenkompagnien nebst 4 Füsilierkompagnien des Regiments Prinz Karl, ferner eine halbe Batterie Artillerie und der Stab unter dem Kommando des Generals Bosch in Leutkirchen ein, welchen Truppen das Regiment Pfenburg folgte, das in der Umgegend Quartiere bezog. Die Mannschaft wußte den Ort ihrer Bestimmung nicht, sondern nur, daß sie am andern Tage gegen Wolfegg aufbrechen würde. In dieser Meinung verließen sie am andern Morgen des 8. Oct. ihre Quartiere: mußten aber einem eben angekommenen Befehl zu Folge wieder den Rückmarsch dahin antreten, von wo sie Tags zuvor gekommen waren. — Schon am 7. October war und mitgetheilt worden, daß an diesem Tage einigen Truppen-Abtheilungen, welche aus dem Lager bei Erkheim in südlicher Richtung gegen Würtemberg hin abmarschirt waren, von hier aus Gegenbefehl, der sie zur augenblicklichen Rückkehr beordete, nachgesandt worden war. Als Grund dieses Gegenbefehls war uns angegeben worden, daß der Abmarsch der betreffenden Mannschaft auf direkte Requisition des deutschen Reichskommissärs erfolgt war, die kgl. bayerische Regierung aber hierin einen Uebergriff und eine Erfüllung der Requisitionen nur dann als zulässig erachtet habe, wenn selbe an das kgl. bayerische Kriegsministerium gestellt seien. — In Erwägung, daß ein solcher Geschäftsgang den ganzen — vorgeschützten — Zweck der Aufstellung mobiler Kolonnen vernichten; daß zweitens dieses Verfahren schnurstracks den Befehlen der deutschen Centralgewalt zuwider laufen würde und also Angesichts der in jüngster Zeit so pomphaft ausposaunten unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt Seiten Bayerns unglaublich erschiene; daß endlich drittens kaum als möglich angenommen werden konnte, daß das kgl. bayerische Ministerium Geschmack finden sollte an Wiederholung der bei Gelegenheit der Huldigungsfeier aufgeführten Posse, der eine ähnliche „Empfindlichkeit" zu Grunde lag und ein „empfindlicher" Spott folgte; in Erwägung dieser Umstände haben wir — aus so glaubwürdiger und gut unterrichteter Quelle auch uns jene Mittheilung zugekommen war — sie dennoch dahin gewiesen zu müssen geglaubt. Wir gestehen, daß es ein Fehler ein grober Fehler von unserer Seite ist, Angesichts alledessen, was wir früher in Bayern erlebt, Angesichts der hiesigen Erscheinungen am 6. und 21. August und Angesichts des lächerlichen Hochverrathsprozesses noch an irgend einer Handlung des bayerischen Ministeriums deßhalb zu zweifeln, weil sie unglaublich ist. — Die nun aus Leutkirch erfolgte Beförderung des Hins und Hermarsches der bayerischen Truppen bestimmte uns aber jetzt, die offene Frage an das Ministerium zu richten, ob wirklich der angegebene Umstand Grund des ertheilten Gegenbefehls ist, und wenn ja: wie diese Handlung mit den in jüngster Zeit aufgestischten Redensarten zusammenstimmt! —

Die Rhein. Volkshalle (klerikales Organ) meldet aus „zuverlässiger Quelle", daß noch im Laufe dieses Monats eine Versammlung der bayerischen Bischöfe in Würzburg in Statt finden solle. Eingeleitet ist dieselbe auf den Wunsch mehrerer (besonders auch bayerischer) Bischöfe durch den Erzbischof Geissel von Köln. Die Versammlung geschieht nicht ohne Vorwissen des Papstes und ein deutsches Nationalkonzil wird als eine der nächsten Folgen derselben in Aussicht gestellt.

Die badische Kammer hat auf Mittelmaiers Antrag beschlossen, daß jeder 30jährige badische Staatsbürger „zum Ehrenamte eines Geschwornen berechtigt und verpflichtet sei." (Also kein Census!) (N. K.)

Königsberg, 9. Oct. Die Cholera, welche bereits die 3. Woche ihres Hierseins überschritten hat, nimmt sowohl an Ausdehnung, wie an Heftigkeit zu. In den letzten 24. Stunden sind 91 Erkrankungsfälle angemeldet, die Sterblichkeit beträgt bisher circa 70 pCt. Eine eigenthümliche Erscheinung bietet der Umstand dar, daß die Krankheit sich auf die niedrigen, dem Pregel zunächst gelegenen Theile der Stadt beschränkt und in höher gelegenen, dem Luftzug mehr ausgesetzten Stadttheilen nur vereinzelte Fälle vorkommen. (Auch in Danzig soll nach der „N. B. Ztg." die Cholera heftig ausgebrochen sein.)

Nach einer Nachricht der Neuen Berliner Ztg. aus Königsberg vom 12. Oct. wäre Dr. Rupp an der Cholera gestorben.

Hamburg, 13. Oct. Die von Frankfurt hier angekommenen Commissäre zur Untersuchung und Uebernahme der für die Reichsmarine gekauften und hier ausgerüsteten Flotille haben dieselbe genau untersucht, jede einzelne Kanone versuchsweise abfeuern lassen und über die ganze Ausrüstung insoweit ihre Zufriedenheit ausgesprochen. Aber sie wollten auch die Seetüchtigkeit derselben ausfindig machen. Zu dem Zwecke wollte man heute die Elbe hinabfahren, in See stechen und um die Insel Helgoland segeln, aber das stürmische Wetter hat die Probefahrt vereitelt und sie unterbleibt bis auf weitere Anordnung. (D. A. Z.)

Digitized by Google

Schwerin, 11. Oct. Auf Requisition des Lübecker Senats wird morgen früh ein Bataillon Scharfschützen von hier nach Lübeck abmarschiren. Vier Geschütze und zwei Schwadronen Cavalerie haben gleichfalls Ordre, sich marschfertig zu halten. Weitere Nachrichten aus Lübeck sollen darüber entscheiden, ob der Abgang der letztern noch nothwendig ist.

Wien, 12. Oct. Der permanente Sicherheitsausschuß stellt an den Reichstag den Antrag, zu beschließen: a) daß alle waffenfähigen Männer in der Hauptstadt sich sofort bei dem Führer des Bezirks, in dem sie wohnen, melden und sich bewaffnen; b) alle diese Mannschaften stehen unter dem Oberbefehle des Obercommandos und werden in die betreffenden Compagnien und Bataillone eingereiht; c) es wird sofort ein aus Mitgliedern der Nationalgarde bestehendes Gericht niedergesetzt, welches über jede Insubordination und Widersetzlichkeit sofort abzuurtheilen und den Schuldigen zu bestrafen hat. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Wien, 12. Oct. Mittags. Der Kampf hat begonnen. Heute früh 6 Uhr wurde Sturm geläutet und Generalmarsch geschlagen in Folge der Bewegung, welche unter den Truppen im Schwarzenbergschen Garten vorgenommen wurde. Die Truppen zogen jedoch ab und zwar wie es heißt, um sich mit Jellachich zu vereinigen. Um 11 Uhr hatten die Kroaten bereits die Vorpostenlinie angegriffen. Auf den Straßen herrschte die größte Verwirrung und betäubender Lärm. Die Bewaffneten strömen in Schaaren herbei. Barrikaden wurden aufs neue gebaut. Alles rief nach Kanonen. Man sagte mir, vor dem Studenthor an der Linie hätten die Kroaten bereits die Garde angegriffen. Oben auf der Bastei wurden die Kanonen gerichtet. Die Abendblätter erschienen nicht, da die Setzer mit den Gewehren in den Händen fechten. 4 Uhr. Ich höre heftigen Kanonendonner von dem Studenthore. Die Kroaten feuern mit Kartätschen. Die Garde schrt eben an der Bastei Geschütze im Trabe vorbei. Ordonanzen sprengen umher. Das Ministerium hat, wie ich höre, insgesammt seine Entlassung gegeben. Der Kaiser soll in Olmütz seyn und den Fürsten Windisch-Grätz dahin citirt haben, um ihn mit Bildung eines Cabinets zu beauftragen. (Zu diesem auf der Breslauer Zeitung entlehnten Schreiben bemerkt die Redaktion der D. A. Z. ausdrücklich, daß keiner von den Wiener Reisenden, welche sie zu sprechen Gelegenheit hatte, bis zur Abfahrt des Zugs Geschützdonner gehört haben wollte.)

Die Wiener Legionen dringen folgenden Protest an die hohe Reichsversammlung. „Wir Männer des Vereins der Deutschen in Oesterreich legen hiermit einen feierlichen Protest gegen die Ueberschreitung der deutschen Reichsgrenze durch irregulare Kroatenbanden unter Führung des Banus beim hohen Reichstag ein. Entschlossen, das deutsche Reichsgebiet gegen solche Verletzung auf dem Rechtsboden zu schützen und diesen Angriff auch mit gewaffneter Hand zurückzuweisen, wenn der feindlich eingedrungene Bau seine Parteigängerschaar nicht augenblicklich vom deutschen Reichsgebiete zurückzieht, erklären wir ferner im Namen unsers hier tagenden Centralvereins und auf Grundlage einger räumter Vollmacht im Namen der 120 mit uns verbundenen deutschen Vereine in Oesterreich, daß wir beim Reichsverweser Deutschlands und bei der Nationalversammlung in Frankfurt gegen den feindlichen Einfall des Banus von Kroatien, Baron Jellachich, denselben Protest eingelegt haben. Im Namen des Vereins der Deutschen in Oesterreich. Der Ausschuß: Dr. Schrötter. Dr. Kuh. Ernst Hau. Dr. Sutten. Dr. Schopf. Dr. Wolf. Schaffer. Würtz."

Wien, 12. Oct. Der Kaiser wurde von dem Abg. Löhner bei Znaim getroffen, eine Unterredung hat Ersterwähnten und Löhner wird mit dem Resultate in nächster Zeit zurückkehren. — Alle Ortschaften an der Nordbahn haben sich für Wien erklärt. 600 Brünner Nationalgarden, welche den bereits hier befindlichen folgen wollten, sind durch den Gouverneur an der Abreise verhindert worden. — Der Schwarzenberggarten ist in solcher Eile vom Militär verlassen worden, daß Uniformen, Bücher, Waffen zurückgelassen worden sind. Ein ensterlter Leichnam mit Nägeln durchbohrt, wurde ausgegraben, mehrere andere Opfer sollen ähnlich mißhandelt worden seyn. Das Volk hat trotz der Aufregung, welche die Ansicht einer Gräuelthat veranlaßte, nichts von dem Eigenthume angerührt, welches sich in dem Palaste verfand, die Gemälde, Spiegel, Alles wurde verschont. — Der Telegraph der Südbahn ist vom Militär zerstört worden. (Oestr. Ztg.)

Wien, 13. Oktober. Die erwähnte Adresse von Borrosch und die nach Gouvernements gewählten Deputirten sind bereits an den Kaiser abgegangen. Viermal wurde gestern das Oberkommando der Nationalgarde gewechselt. In diesem Augenblick ist der von dem Studentenkomite vorgeschlagene Wessenhauer provisorischer Oberkommandant; an seiner Seite fungiren der schon erwähnte Generalstab und aus jedem Korps und jedem Bezirk gewählte Vertrauensmänner. Der Legionskommandant Aigner ist der Vertheidigungskommission beigegeben, seine Stelle übernahm provisorisch der Kommandant der Techniker, Bauer. Heute Vormittag wurde dem Studentenkomite angezeigt, daß der Landsturm bereits gebildet sey und nur des Aufrufs und des Führers harre. Auch kam die wiederholte Anzeige ein, daß Truppen aus dem ungarischen Lager, daß die ungarischen Truppen die österreichische Grenze überschritten hätten und bereit seyen, der Freiheit gegenüber ihre Schuldigkeit zu thun. Das Komite hat wieder eine Deputation in das ungarische Lager geschickt. Der Reichstag hat durch den Gemeinderath die Bewaffnung aller Wehrfähigen befohlen und diesem das Zeughaus zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderath entwickelte eine heftsame Thätigkeit; in allen Bezirken sind Lazarethe mit allen nöthigen Vorkehrungen eingerichtet; die Stadt ist auf das Vollkommenste in Vertheidigungszustand gesetzt und verproviantirt. Auf dem Stephansthurm ist vom Studentenkomite aus eine eigene Wache bestellt, die alle Viertelstunde Tag und Nacht über den Stand der feindlichen Truppen zu berichten hat.

Dekan und Prorektor der Wiener medizinischen Fakultät fordern die der Nationalgarde als Aerzte bisher noch nicht eingereihten Mitglieder auf, sich im Falle von Conflikten Bewaffneter in die provisorische Fakultätskanzlei zu begeben, um zur wundärztlichen Hülfsleistung zur Hand zu seyn.

Wien, 13. October. In dem Reichstage wurde abermals ein Manifest, abermals ohne Kontrasignatur, in demselben absolutistischen Sinne wie das letzte abgefaßt, vorgelesen, welches den Zweck hatte, den österreichischen Volk die Wiener Bewegung im einem schiefen Lichte darzustellen. Der Eindruck dieses Manifestes auf das Haus war ein höchst ungünstiger, dasselbe ist von Herzogenburg datirt. Der an den Kaiser gesendete Reichsabgeordnete Löhner fand am Hofe eine unfreundliche Aufnahme und konnte zu keiner Audienz beim Kaiser gelangen; es steht ihm jedoch, wie er berichtet, eine beim Erzherzog Franz Karl bevor. — Die Dimission der Minister Doblhoff und Bach ist vom Kaiser angenommen. — Der Reichstag hat beschlossen dem Kaiser den Wunsch auszusprechen, daß er nach Wien einen Völkerkongreß berufe, welcher die Ordnung der Wirren und Zerwürfnisse zu übernehmen habe. (R. Z.)

Prag, 13. Oct. Eine gestern Nacht publicirte telegraphische Depesche aus Wien berichtet, daß der Kaiser morgen in Olmütz erwartet wird. — Täglich gehen bedeutende Truppenmassen nach Wien. Von Olmütz marschiren sämmtliche Truppen zu Fuß nach Wien, weil die Direktion der Nordbahn sich standhaft weigert, Truppen nach Wien zu befördern, da der Reichstag, die einzige gesetzliche Autorität, es verboten hat.

Nachschrift. (5 Uhr.) So eben komme ich aus einer zahlreich besuchten Studentenversammlung. Die slavischen Agitatoren Sabdan und Stur waiden in fanatischer Rede die Studenten zum Hasse gegen die Magyaren auf, wobei auch gegen die Deutschen bittere Worte fielen. Nach ihnen sprach der Abg. Rieger, er behauptete, Bewrife in Händen zu haben, daß die Wiener Bewegung durch magyarisches Geld verursacht wurde. Alle Reden wurden in der Aula der deutschen Universität Prag in czechischer Sprache gehalten. (D. A. Z.)

Brünn, 12. Oct. Der Kaiser wird heute Vormittag in Serlowitz erwartet. Eine Deputation, bestehend in 3 Communalausschuß-, 3 Repräsentantenmitgliedern und 6 Garden werden sich nach Serlowitz begeben, um ihm die Aufwartung zu machen und ihm zu danken, daß er Mähren auserstehen hat, um von da aus die constitutionelle Freiheit zum dauernden Gemeingute für alle seine Völker begründen zu können.

Innsbruck, 12. Octbr. Der ständische Ausschuß in Innsbruck und das Gubernium haben im Einverständnisse mit allen Aemtern und dem Magistrate beschlossen, weder Kommissäre noch Beschlüsse vom Reichstage anzunehmen, wenn sie nicht vom Kaiser ihre Beglaubigung und Bestätigung erhalten.

Der Tiroler Bote vom 12. Okt. sagt: „Eben vernehmen wir, daß die Garnison von Salzburg Befehl erhalten habe, in der Richtung gegen Linz abzumarschiren."

Krakau, 12. Oktober. Die von hier nach Wien abgeschickten Regimenter Schönhals und Parma sind unterwegs liegen geblieben. Die Einen sagen, es sei dies geschehen wegen der Unzufriedenheit dieser Regimenter, daß man sie von hier entfernte und nach Wien zu gehen zwinge. Andere behaupten, daß der Maschinist unterwegs die Verbindungskette der Lokomotive mit den Waggons abgenommen und auf der erstern davongefahren sei,

Digitized by Google

die Waggons mit den Soldaten zurücklassend. Heute früh 4 Uhr verließ fast die ganze hiesige Besatzung unsere Stadt, und wurde durch die aus Podgorze ersetzt.

Die Grätzer Zeitung enthält die Nachricht, daß am 2. Oct. das Fort Malghera, welches von der Landseite her am Schlüssel zu Venedig bildet, von den Oesterreichern eingenommen worden; man zweifle keinen Augenblick, daß Venedig nunmehr in Bälde capituliren wird. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 9. October. Gestern wurden die Nachrichten von dem wiener Aufstande bekannt. „Lateur, der größte Feind unsers Vaterlandes, jubelten die prester Blätter, ist aufgehängt.“ Im Repräsentantenhause wurde zugleich mit dieser Nachricht die Gefangennehmung der Generale Roth und Filipovics (mit 7500 Soldaten) gemeldet; die beiden Generale und 50 Offiziere hätten ihre schwarzgelben Zeichen von sich abgerissen und fortgeworfen: „nie mehr wollten sie unter diese Farben dienen.“ Auch die gefangene Mannschaft habe geschworen, nie wieder gegen Ungarn die Waffen zu ergreifen. Die Elite wecke aufbrachen, möge man sich selbst vorstellen. Noch fanatischer war aber der Beifallruf bei der Nachricht von der wiener Revolution und bei der Meldung, die bei Raab stehenden magyarischen Generale seien auf diese Kunde sogleich ohne einen Befehl abzuwarten, aufgebrochen und Jellachich nachgeeilt. Da trat Kossuth auf und hielt eine donnernde Rede. „Nachdem die Wiener die Sache der Magyaren befördert, dürfe auch Ungarn Wien nicht verlassen; um keinen Preis dürfe man mehr mit der Camarilla unterhandeln, aber dem Volke Oesterreichs aufopfernd beistehen.“ Die Regierung wurde dem Landesvertheidigungsausschusse übergeben, Kossuth zum Präsidenten ernannt und beschlossen, daß noch denselben Tag Bewaffnete gegen Wien aufbrechen.

Aus Pesth schreibt man, daß das ganze Land von Jellachich's Banden befreit sey. Die Correspondenz zwischen Jellachich und der Erzherzogin Sophie, die man entdeckt haben wollte, hat ungemeines Aufsehen erregt. (D. A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 10. Oct. Der seit längerer Zeit hier anwesende Notifications-Gesandte des deutschen Reichsverweser, Freiherr von Drachenfels, hat vor einigen Tagen dem König ein Beglaubigungsschreiben überreicht, welches ihm die Bestimmung ertheilt, als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister fortan hier zu residiren; es sind somit die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien wechselseitig in Gang gebracht. (D. A. Z.)

Königreich der Niederlande.

Haag, 12. October. Die erste Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die zwölf Gesetz-Entwürfe zur Verfassungsrevision angenommen. — Das „Handelsblatt“ meldet, daß sich in Amsterdam einzelne Fälle der asiatischen Cholera ereignet haben.

Frankreich.

*Paris, 13. Octbr. Die Nationalversammlung hat gestern die Constitution bis inclus. Art. 62 erledigt. Die Discussion war durchaus ohne besonderes Interesse.

Die Journale beschäftigen sich heute ausschließlich mit den Wiener Ereignissen und mit dem Einfluße, den diese Vorgänge auf die Lösung der italienischen Frage haben dürften. Selbst die hiesige Kabinetskrisis tritt vor diesen wichtigen Ereignissen in den Hintergrund. Die Unterhandlungen wegen Ergänzung des Kabinets haben gestern den ganzen Tag fortgedauert.

Nachdem der Rechten von Cavaignac der Wunsch eröffnet worden war, durch Beitritt mehrerer ihrer Mitglieder das Kabinet zu verstärken, theilte sie ihm gestern folgende Liste mit: Inneres: Dufaure, Auswärtiges: Bedeau, Justiz: Vivien, Unterricht: Falloux, Finanzen: Fould, Staatsbauten: Bineux, Handel: Teurret, Marine: Lacrosse, — diese Combination wurde als ausschließlich der Rechten angehörend, vom General Cavaignac nicht angenommen. Marrast schlug nun die Beibehaltung der Mehrheit des jetzigen Kabinets mit der Aenderung vor, daß Senard, Baudelaille, Recurt und Goudchaux abtreten und Marrast das Innere, Dufaure die Finanzen, Gustav v. Beaumont den Unterricht und Stourm die Staatsbauten übernehmen sollten. Gestern Abend in Marrast's Soirée, der die meisten Vertreter beiwohnten, ward verschiert, die Minister-Crisis sey beendigt und nur zwei Minister, Senard und Recurt, würden austreten und durch Dufaure und Gustav v. Beaumont ersetzt werden. Da General Bedeau das Portefeüille der auswärtigen Angelegenheiten abgelehnt hatte, so bleibt Herr Bastide vorläufig auf seinem Posten.

Die Alpenarmee hat eine rückgängige Bewegung gemacht, um ihre Winterquartiere zu beziehen. Mehrere Offiziere glaubten unter diesen Umständen kürzeren oder längeren Urlaub verlangen zu können, aber alle diese Urlaubsgesuche sind vom Kriegsminister mit dem Bemerken an den General Oudinot zurück geschickt worden, daß nicht nur keine Urlaubsgesuche ertheilt werden könnten, sondern daß auch die Offiziere bei kurzen Bewilligungen ihrer Chefs, immer so in der nächsten Nähe ihrer Corps bleiben müßten, um binnen 24 Stunden marschfertig zu seyn.

Eine große Anzahl von Familien der englischen Aristokratie kommt seit einigen Tagen in Paris an, um der in England auftretenden Cholera aus dem Wege zu gehen.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 13. October. An der Tagesordnung ist der Art. 62 der Constitution. (Fortsetzung der Bestimmungen des Präsidenten.) Die Artikel 62, 63, 64, 65, 66 werden ohne bemerkenswerthe Diskussion angenommen, — bei Art. 67 nach einer kurzen Debatte der Vorschlag der Commission dahin abgeändert, daß der Präsident zur Ernennung des Vice-Präsidenten der Republik, der Nationalversammlung drei, statt eines, Candidaten vorzuschlagen hat. Auch wird auf Clement Thomas Vorschlag angenommen, daß der Vice-Präsident nicht mit dem Präsidenten, bis zum sechsten Grade, verwandt seyn darf. Dieser Artikel ist gegen die Napoleoniden gerichtet. Das Kapitel V. ist somit erledigt und die Versammlung schreitet zum Kapitel VI. „Vom Staatsrathe.“ In der Diskussion ist Art. 68, der die Bildung eines Staatsrathes aus 40 Räthen und unter dem Vorsitze des Vice-Präsidenten der Republik vorschreibt. Ueber das Prinzip des Staatsrathes und seine Attributionen erhebt sich eine allgemeine Diskussion, an der jedoch nur unbedeutende Redner Theil nehmen, die für oder gegen das Institut des Staatsrathes sprechen, denen die Versammlung aber nur geringe Aufmerksamkeit schenkt. Um 3½ Uhr nimmt Cavaignac das Wort. Am 24. Juni habe die Versammlung Paris in Belagerungszustand erklärt, — nur der Versammlung stehe es zu, denselben aufzuheben. Die Regierung verlange, daß die Nationalversammlung eine Commission ernenne, mit der die Regierung alle auf diesen Gegenstand bezüglichen Mittheilungen machen werde, diese Commission würde einen Bericht abstatten und die Nationalversammlung dann entscheiden. Wolle die Nationalversammlung aber diese Frage sogleich behandeln, so sey die Regierung auch hiezu bereit. — Der Präsident Marrast macht bemerklich, daß der Vertreter Hubert Delille einen Vorschlag eingereicht habe, den Belagerungszustand sogleich aufzuheben. Beide Gegenstände könnten also gemeinschaftlich erledigt werden. Labordere ist gegen jede Commission und verlangt daß sich die Regierung sogleich frei und offen erkläre. Cavaignac bemerkt, daß die Regierung nie vor einer Initiative zurückgebebt habe, sie werde ihre Meinung auch in dieser Frage entschieden aussprechen, aber sie ziehe aus begreiflichen Ursachen vor, daß dies von einer Commission geschehe. Die Nationalversammlung werde dann entscheiden und die Regierung ihre Entscheidung aussühren. Clement Thomas verlangt zu wissen, ob die Commission mit dem alten Kabinette oder mit einem neuen in Beziehung treten werde, und ob die Kabinetskrisis beendigt sey. Cavaignac entgegnet, seiner Ansicht nach könne es nur ein Kabinet geben und nicht zwei. Die Versammlung kenne das Kabinet, — wenn es geändert werden würde, würde es seine Ansicht sagen, dies vor Allem der Versammlung anzuzeigen. So lange er hierbei nicht thue, sey das alte Kabinet am Ruder und die Regierung sey und bleibe die Regierung. Trotz des nochmaligen Widerspruchs Cl. Thomas erklärt sich die Versammlung mit ungeheurer Majorität für die Ernennung der geforderten Commission. St. Gaudans verlangt, daß die Commission augenblicklich ernannt werde, da die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes die dringendste von allen sey. Ferd. v. Lasteyrie bekämpft diesen Antrag, den Hubert Delille unterstützt. Es wird abgestimmt und entschieden, daß die Ernennung der Commission Morgen um 11 Uhr in den Bureaux Statt finden soll. — Mitten unter einer lebhaften Aufregung wird die Sitzung auf 10 Minuten suspendirt. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die allgemeine Diskussion über Kapitel VI. der Constitution fortgesetzt. Bei Posladgang spricht Vivien über den Staatsrath. — Die allgemeine Diskussion wird hierauf geschlossen und zu den Artikeln übergegangen, obwohl Cremieux sich widersetzt und das ganze Kapitel: „Vom Staatsrathe“ gestrichen wissen will.

Großbritannien

London, 11. October. Abends. Dem „Standard“ zufolge würde das als sicher verurtheilte Parlamentsglied S. O'Brien lebenslänglich gefangen werden, denn das Begnadigungsrecht stehe dem Lordlieutenant von Irrland ganz allein zu, und dieser zeige sich nicht geneigt an den Insurgenten viel Mitleid zu üben.

Nach Berichten aus Clonmel vom 10. wurde an diesen Tagen die Procedur gegen MrManus fortgesetzt. Der Gemeindean-

Digitized by Google

walt hatte der Gattin S. O'Brien und seinen nächsten Verwandten angezeigt, daß die Regierung nicht beabsichtige, das Todesurtheil vollstrecken zu lassen. Für sein Leben ist somit nichts zu befürchten. Am Vorabend waren 2 der Anklagezeugen auf der Straße angegriffen, die Thäter aber sofort von der Polizei verhaftet worden. Sobald S. O'Brien dies erfuhr, sprach er in einem Schreiben an Hrn. Potter angelegentlich den Wunsch aus, daß weder der Jury noch den Zeugen, durch deren Mitwirkung er verurtheilt worden, irgend eine Beleidigung oder Unbill angethan werde. Wegen Waagbers ist die Behörde sehr in Verlegenheit seyn, weil die wieder ihn vorliegenden Ueberführungsweise seine Schuldsprechung nicht zu sichern scheinen. Er soll daher zuletzt vorkommen oder vielleicht in der jetzigen Gerichtssession gar nicht abgeurtheilt werden.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth. Im Gasthofe zum goldenen Adler ist das Modell der Stadt Berlin aufgestellt, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen wollen. Es ist dieses nicht weniger interessant für denjenigen, welcher Berlin nicht kennt als für jenen der dort schon gewesen ist. Der Verfertiger dieses Modells, Herr Schneggenburger, hat seine schwierige und mühsame Aufgabe, ein ganz getreues Abbild Berlins zu geben, vollkommen gelöst und es ist alles deutlich dargestellt, soweit der kleine Maßstab es erlaubte; alle großartigen Kunstschöpfungen Schinkels, Stüblers u. s. f. bis zu den kleinen Häusern der Vorstadt herab, die Schlösser, Kirchen, Hospitäler, Theater, sind getreu wiedergegeben mit den zwischen ihnen liegenden Straßen, Gärten, Kanälen. Außerdem ist noch in größerem Maßstabe das Schloß Sanssouci, der Lieblingsaufenthalt Friedrichs des Großen, aufgestellt. Eine prächtige Sammlung brasilianischer Schmetterlinge und mehrere Panorama's von öffentlichen Plätzen in Berlin, Kalisch, Paris, Neapel gewähren noch ein besonderes Interesse.

Bekanntmachung.

In der Konkurssache über das Vermögen der Veit und Anna Elisabethe Vogel'schen Eheleute zu Kotzmannsreuth werden nachstehende zur Gantmasse gehörigen Realitäten und Gerechtigkeiten, nemlich:

Lit. A. das Frohngut beim Wagner mit dem Blut-, Groß- und Kleinzehentrecht hierauf.

Gebäude.

0 Tagw. 12 Dez. Wohnhaus mit Stall, angebautem Stadel und Keller, Backofen, Hofraum und Wagenschupfe (Wagnerwerkstätte) Plan-Nr. 449a.

Gärten.

0 Tagw. 03 Dez. Garten, Saam- oder Schorgärtl am Hause, Plan-Nr. 449b.

Aecker.

3 Tagw. 01 Dez. 1 Tagw. mit Oedrain an der Storahutwaide, Plan-Nr. 568.

3 Tagw. 44 Dez. 2 Tagw. Leithen im Eichschlag, Plan-Nr 596,

0 Tagw. 12 Dez. in der Storahutwaide, Plan-Nr. 569b,

0 Tagw. 20 Dez. ½ Tagw. Zank- oder Hühneracker, Plan-Nr. 601b.

Wiesen.

0 Tagw. 73 Dez. ½ Tagw. die Reuthwiese, Plan-Nr. 461,

1 Tagw. 39 Dez. ½ Tagw. mit Oedung bei der Storawaide, Plan-Nr. 569a,

1 Tagw. 9 Dez. 1 Tagwerk unterm Garten mit Wasserhüll, Plan-Nr. 601a,

0 Tagw. 83 Dez. an der Leithen im Eichschlag, Plan-Nr. 601c.

Waldung.

1 Tagw. 24 Dez. ½ Tagw. im Eichschlag, Plan-Nr. 600.

Gemeinderecht

zu 1½ Tagw. Nutzantheil an den unvertheilten Gemeindebesitzungen, Taxe 1020 fl.

Lit. B. Forstrechtsentschädigungstheil.

Waldung.

3 Tagw. 30 Dez. Schwarzschlag, einzehntels Antheil von der ganzen Fläche zu 32 Tagw. 93 Dez., Pl.-Nr. 197, Taxe 70 fl.

Lit. C. waldende Grundstücke mit dem Groß- und Kleinzehentrechte hierauf.

Aecker.

4 Tagw. 25 Dez. vordere Pferchleithen, Pl.-Nr. 472, Taxe 300 fl.,

3 Tagw. 36 Dez. hintere Pferchleithen, Pl.-Nr. 493a, Taxe 270 fl.,

0 Tagw. 29 Dez. Birkackerl an der hintern Pferchleithen, Plan-Nr. 473½, Taxe 25 fl.,

0 Tagw. 36 Dez. die 10 Beet an der Leithen im alten Dorf, Plan-Nr. 596½, Taxe 25 fl.

Wiesen.

0 Tagw. 39 Dez. Pferchleithen (Rain), Pl.-Nr. 473b, Taxe 15 fl.,

0 Tagw. 10 Dez. Leithenfleckl im alten Dorf, Plan-Nr 596½b, Taxe 5 fl.,

1 Tagw. 31 Dez. oder der kleinen Saarwiese, Plan-Nr. 551, Taxe 60 fl.,

2 Tagw. 99 Dez. untere oder große Saarwiese, Plan-Nr. 591, Taxe 225 fl.

Lit. D. Ausbruch aus dem Frohngute Hs.-Nr. 51.

Wiese.

0 Tagw. 65 Dez. ¼ Tagw. Kälbergarten, Plan-Nr. 601¼, Taxe 70 fl.

Lit. E. Waldendes Grundstück.

Waldung.

1 Tagw. 23 Dez. 1 Tgw. Imhofschlag, Pl.-Nr. 318, Taxe 30 fl., dann verschiedene Bauern- und Hausgeräthschaften, Feldfrüchte rc. taxirt auf 89 fl. 53 kr.

dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und hiezu auf

Montag den 27. November l. Js. Vormittags 10 Uhr

Termin in loco Kotzmannsreuth Hegiet, wozu zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Novelle vom 17. November 1837 erfolgt. Die genauere Beschreibung des Gutes und des Schätzungsprotokolls liegen inzwischen den Kaufslustigen in der Gerichtsregistratur zur Einsicht offen, und die Kaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben werden.

Pegnitz, den 29. September 1848.

Königliches Landgericht.

v. u.

Sternecker.

Anzeigen.

Alle im hiesigen k. Gymnasium, sowie in den lateinischen und Gewerbsschulen eingeführten Lehrbücher, sind in der Unterzeichneten gebunden vorräthig.

Buchner'sche Buchhandlung.

Im Verlage von A. D. Geibler in Bremen ist erschienen und in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel vorräthig:

Die neuerfundene Farbe, oder Anleitung, wie man eine Farbe zum Anstrich für Häuser und Stuben in allen Couleuren bereitet, welche dem Holze, dem Eisen, den Fußböden einen so glänzenden und dauernden Anstrich gibt, daß alle andere Farben neben ihr zurückstehen müssen, die dabei in zwei Stunden trocknet und keinen Geruch nachläßt, auch selbst von der Seife nicht angegriffen wird. 2. vermehrte Aufl. Herausgegeben vom Maler L. W. Rambach. 8°. geh. 54 kr.

Die Nützlichkeit dieser Erfindung hat sich noch überall erwiesen, wo sie angewendet ward; dabei ist die Farbe wohlfeil und leicht zu verarbeiten. Was damit gestrichen ist, hat den höchsten Glanz und läßt durchaus keinen Geruch nach.

Solide Handlungshäuser, welche geneigt wären, einen sehr ganghaften, wenig Raum in Anspruch nehmenden Artikel in Commission zu nehmen, wollen ihre Adressen gefälligst unter Chiffre

J. H. nach Gielwitz in Preußisch Oberschlesien

franco mittheilen.

Gutes Faßpech ist fortwährend billigst zu haben bei Joh. Andr. Zapf.

Am vergangenen Mittwoch wurde dahier ein goldener Ring, gezeichnet mit **P. H.** verloren. Der redliche Finder wolle denselben gegen Vergütung des Werthes in der Exped. d. Bl. abgeben.

Es werden ein oder zwei Gymnasial- oder Gewerbs-Schüler unter annehmbarer Bedingung in Kost und Logie zu nehmen gesucht. Das Nähere in der breiten Gasse Nr. 372.

Es werden ein oder zwei Gymnasial- oder Gewerbs-Schüler in Kost und Logie zu nehmen gesucht. Kanzleistraße Nr. 157.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 291.** **19. October 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 16. October. (97. Sitzung der deutschen Reichsversammlung.) Vorsitzender: Präsident v. Gagern. Der Präsident zeigt den Austritt des Abg. Compes aus Köln, ebenso den Austritt des Abg. des 17. schles. Wahlbezirks, Oelsner an. Der Reichsminister des Innern v. Schmerling theilt der Reichsversammlung in einem Schreiben mit, daß der Belagerungszustand dahier werde aufgehoben werden, wenn das Gesetz vom 10. October zum Schutze der Nationalversammlung in Frankfurt und dessen weiterer Umgebung in Kraft getreten ist. Uebrigens werden die zum Schutze der Nationalversammlung ergriffenen Maßregeln fortdauern. Der königl. niederländische außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat dem Präsidium ein Promemoria dirigirt der beabsichtigten Aufhebung der Rheinschifffahrtsacte, welche sich auf Flußzölle übersendet. Es sind verschiedene neue Beiträge zum Flottenbau eingegangen. Förster von Hünfeld interpellirt das Reichsministerium, 1) welche Stellung es den österreichischen Ereignissen gegenüber einzunehmen gedenke, 2) was für Anknüpfung eines Bündnisses mit Ungarn geschehen sey, 3) welche Maßregeln das Ministerium ergreifen werde, um die Donaufürstenthümer von den russischen Truppen zu befreien. Detmold interpellirt, ob amtliche Nachrichten über die Ermordung des Kriegsministers Latour in Wien eingegangen seyen, und ob es wahr sey, daß die bewilligte Amnestie sich auch auf jene Mörder erstrecke. Schmidt von Löwenberg fragt, ob es wahr sey, daß Nummern der Frankfurter Blätter unter dem Siegel des Reichsministeriums versendet worden seyen. v. Reden verlangt Aufklärung über die von dem Reichsministerium bedrohtigten Maßregeln gegenüber dem bevorstehenden Ablaufe der gegenwärtigen Zollvereinsperiode. Reichsminister v. Schmerling behält sich die Beantwortung der Interpellationen bezüglich der Verhältnisse zur Schweiz bis zur erfolgten Ordnung der einschlägigen Papiere vor. Die Interpellation von Vogt wird das Reichsministerium wegen des unparlamentarischen Tons derselben nicht beantworten. Das Reichsministerium hat die Wichtigkeit der Donaufürstenthümer für Deutschland im vollen Umfange erkannt; es wird dem russischen Auftreten dort sobald als möglich Geltung verschaffen. Bedingung für entsprechende Maßregeln ist die bereits in Aussicht genommene Anknüpfung eines diplomatischen Verkehrs mit denselben. Bezüglich Ungarns hat das Reichsministerium bereits seine Sympathien ausgesprochen; zur Anknüpfung von diplomatischen Verbindungen ist der jetzige Zustand des Landes nicht geeignet. Sobald die Ereignisse in Wien dahier bekannt waren, und dasjenige, was in Frankfurt bekannt wurde war nur die Geschichte eines in Wien einstandenen traurigen Bürgerkrieges, dessen weitere Folgen begreiflich damals nicht ermessen werden konnten, hat das Reichsministerium in hohen Grade die Wichtigkeit erkannt, einem Bundesstaate jene Rücksicht angedeihen zu lassen, welche die Wichtigkeit jener Ereignisse in hohem Grade in Anspruch nahm. Wir haben, ohne uns weiter in Unterschungen über die Leiter der Bewegung und die Richtung derselben einzulassen, vermeint, daß es die erste und hauptsächlichste Aufgabe der Centralgewalt sey, dahin zu wirken, daß der Bürgerkrieg, welcher sich entzündet, sobald als möglich beendigt, und auf friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung gebracht werden mögen. Das einzige Mittel, welches das Ministerium schon bei der großen Entfernung Wiens für möglich und angemessen erachtet hat, war die unverzügliche Bestellung von Reichscommissären, welche sich an Ort und Stelle von der Lage der Sache zu überzeugen, und dann die zu Beendigung des Bürgerkrieges erforderlich scheinenden Maßregeln zu ergreifen hätten. Auf die Interpellation, ob bereits Reichstruppen nach Oesterreich beordert worden seyen, ist mit einem Nein zu antworten. Das Ministerium hat zur Sendung von Reichstruppen nach Oesterreich in dem, was ihm von den Vorgängen bekannt wurde, durchaus keinen Anlaß gefunden; allein in der Vollmacht der Commissarien liegt das Mittel, wenn sie sich an Ort und Stelle von der Nothwendigkeit der Herbeirufung von Reichstruppen überzeugen sollten, solche sofort zu requiriren und diese Requisition würde dann aber schneller erfolgen, als wenn sie erst von Frankfurt aus angeordnet werden müßte. Hierdurch glaubt das Ministerium dasjenige eingeleitet zu haben, was ihm nach Lage der Dinge das allein Mögliche und Zweckmäßige schien. — Auf die Interpellation Wesendonck's: ob das Ministerium der bayerischen Regierung die Wahrung des monarchisch-constitutionellen Systems in Deutschland stillschweigend zugeschrieben habe, verliest der Minister das bereits bekannte Schreiben des bayerischen Gesammtministeriums wegen Anerkennung der Centralgewalt, und die Antwort des Reichsministeriums. Dieses hat erklärt, daß es das constitutionell-monarchische Prinzip in den einzelnen Staaten wahren werde; und es sey dies seine Pflicht, so lange es daselbst gesetzlich und verfassungsmäßig bestehe. Darin liege kein Eingriff in die noch zu bildende Gesammtverfassung Deutschlands. — Auf die Anfrage des Abg. Schmidt wegen Versendung der Flugblätter — eine Interpellation, die von einem Polizeibeamten unter Metternich hätte gestellt werden können — werde das Ministerium, wohl im Einverständnisse mit der Mehrheit der Versammlung, nicht antworten. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) — Hinsichtlich der Interpellation Jahn's, welche Schritte das Ministerium gegen die große Verschwörung der Wühler gethan habe, theilt der Reichsminister den Aufruf des demokratischen Centraleomités in Berlin, zur Einberufung einer neuen constituirenden Versammlung auf den 26. October, und eine Requisition des Reichsministeriums an das preußische Ministerium behufs der Ueberwachung jener Versammlung, und zwar unter Hinweisung auf das Gesetz vom 10. October mit. — Vogt protestirt gegen den Eingriff des Reichsministers in die Rede des Präsidiums, indem er in einer Interpellation Verletzung des parlamentarischen Taktes finden wollte, und deßhalb die Beantwortung verweigerte. Der Präsident bemerkt, daß ein solcher Eingriff nicht in der Absicht des Reichsministers gelegen haben werde; er habe nur wegen persönlicher Verletzung durch den Ton jener Interpellation die Beantwortung zu unterlassen erklärt. Vogt erinnert, daß von Verletzung des parlamentarischen Takts gesprochen worden sey und daß sey nicht persönlich. Vogt beantragt, daß das Ministerium aufgefordert werde, strenge zu untersuchen, auf welche Weise die an die Schweiz gerichtete Note „Oberpostamts-Zeitung" mitgetheilt worden sey, damit durch Bestrafung des schuldigen Beamten jener bisher unerhörte Verfall Sühne erhalte. Die Dringlichkeit dieses Antrags, sowie eines weitern Antrages von Vogt: die Nationalversammlung solle dem Ministerium aufgeben, künftighin keine mit den Grundsätzen der mit der Humanität im Widerspruch stehenden Aufforderungen an die Eidgenossenschaft zu richten ꝛc. wird verworfen. Venedey stellt den als dringlich nicht anerkannten Antrag, die Nationalversammlung möge aussprechen, daß sie ein freundnachbarliches Verhältniß mit der Schweiz aufrecht erhalten sehen wolle. Ein Antrag Wesendonck's, daß untersucht werde, ob die Weigerung des Reichsministers v. Schmerling, auf eine Interpellation wegen des angeblich ungeeigneten Tones nicht zu bewerkstelligen, im Einklang mit dem Gesetz über Beantwortung der Interpellationen stehe, wird an den Gesetzgebungsausschuß gewiesen. Reichsminister v. Mohl erklärt, daß amtliche Mittheilungen hinsichtlich der Ermordung des Ministers Latour nicht eingegangen seyen, daß das Ministerium sich in die Amnestiefrage nicht einmischen werde, daß es aber das Zusammenwerfen der Amnestie von politischen Verbrechen mit derjenigen für Meuchelmord nicht für geeignet würde erachten können. Reh beantragt: 1) Beratung über Lindenau's Bericht über die von Schaffrath gegen Seiten vorgebrachten Beschwerden; 2) Berathung von Berufungen Behufs, Namens des Ausschusses für Beurtheilung des von den Abg. Schmidt und Wiesner gestellten Antrags, des dadurch hervorgerufenen Antrags von Gagern und des Verhaltens des Vorsitzenden, Simson. Ueber beide Punkte möge man ohne weitere Berührung in der Hoffnung hinwegschreiten, daß sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen werden. Die Versammlung stimmt Reh's Antrag bei. Eisenmann versucht es, auch Langerfeldt's Bericht, über die wider mehrere Mitglieder der Nationalversammlung eingeleitete Untersuchung, durch eine rasche Abstimmung zu überwinden. Der Widerspruch gegen dieses Ansinnen ist allgemein. Ilmmermann verlangt, daß die Versammlung die Erlaubniß zur Einleitung der Untersuchung verweigere.

Digitized by Google

Plathner: Es sey eben im Interesse der Angeklagten, daß sie von dem auf ihnen lastenden Verdachte durch ein freisprechendes Erkenntniß gereinigt werden. — Wozu unterscheidet einen juristischen und politischen Standpunkt der Frage. Nur von dem letzteren redete er und bemerkte, daß die Revolution niemals von ihren Leitern komme, sondern vielmehr von Denen, gegen die sie gerichtet sey. Wer also bringe jetzt das Volk zur Verzweiflung? Der Redner schließt mit der Erinnerung an das Benehmen der französischen Nationalversammlung gegen Louis Blanc, Caussidiere ꝛc. und empfiehlt ihr Verfahren. Bassermann: Die Linke nähme es übel mit den Mördern Lichnowskys in Verbindung gesetzt zu werden. Allein in den Versammlungen, wo man den Mördern der Abgeordneten ein Hurrah gerufen, habe man auch der Linken ein zweimaliges Hoch gebracht. Wem arbeiten diese Erschütterungen in die Hände? Unsern Feinden. Und was wird aus ihnen hervorgehen? Ein armes zerrissenes Vaterland. Schaffrath eifert gegen die Anklagevertretung. Eckert ist für den Ausschußantrag. Nachdem noch die drei Angeschuldigten und der Berichterstatter Langenfeld gesprochen, wurde abgestimmt. Die Linke stellt den Antrag, daß dies die Generalund nicht die Spezial-Untersuchung zugelassen werden solle. Mit 216 gegen 162 Stimmen wurde jedoch dem Ausschußantrage die Priorität der Abstimmung zugewendet und derselbe bei Namensaufruf mit 246 gegen 140 Stimmen angenommen. Ein Antrag auf getrennte Abstimmung über die beiden Theile des Ausschußantrags (Untersuchung und Verhaftung) war mit 189 gegen 187 Stimmen abgelehnt worden. Die Sitzung endigte erst gegen 5 Uhr.

Wie der Weserzeitung aus Frankfurt geschrieben wird, habe der Frankfurter Senat den langjährigen Flüchtling aus Hannover, Dr. Rauschenplatt, zum Polizeidirektor ernannt. (Vielleicht eine Erfindung seiner ehemaligen Freunde.)

München, 16. October. (Münchnerwechsel.) So eben erfahre ich aus achtbarer Quelle, daß Minister Thon-Dittmer abgedankt habe, Finanzminister Lerchenfeld das Portefeuille des Innern übernehme, Regierungsdirektor v. Bever von Würzburg an Lerchenfeld's Stelle trete, ferner das Kultusministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt und dagegen ein neues Handelsministerium gebildet werde, dessen Chef noch unbestimmt ist.*)

München, 15. October. Wir wir vernehmen, werden die regelmäßigen Eisenbahnfahrten von Nürnberg nach Plauen am 1. Nov. beginnen; die Zwischenzeit ist nothwendig zur Einübung des Fahrdienstpersonals, indem gleich steile und gewundene Bahnstrecken in Bayern noch nicht desahren wurden. Auch haben die Dämme und Stützmauern mitunter, namentlich auf der schiefen Ebene bei Neuenmarkt, die ansehnliche Höhe von 70 bis 100 Fuß, und es fordert deren Befahren immer große Vorsicht.

Aus Franken, 16. October. Wie uns aus Würzburg berichtet wird, ist in einer Verfügung an den dortigen Universitätssenat die vor einem Jahre eingeführte Stundung der Honorare zurückgenommen und der frühere Usus wieder eingeführt worden. Offenbar hat diese Ministerverfügung nicht bloß Geltung für die Universität Würzburg allein, sondern für alle bayerischen Universitäten.

Aus Koburg. Hier werden neue bayerische Truppen erwartet und der fürstliche Marstall für die Cavallerie hergerichtet. — Die Spaltung unter den Bürgern wird immer größer und hat sich nach der Versicherung des Tageblattes bis zur giftigen Gehässigkeit gesteigert.

Berlin, 15. Octbr. Bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt 2134 Personen amtlich angemeldet: davon sind 1334 gestorben, 499 genesen und 301 noch in Behandlung.

Posen, 13. Oct. Den letzten Nachrichten aus dem Königreiche Polen zufolge trifft immer mehr russisches Militär daselbst ein, so daß die dortige Armee bereits eine Stärke von mehr als 200,000 Mann erreicht haben soll. Der größere Theil dieser Truppenmasse steht hart an unserer und der galizischen Grenze, so daß die Bestimmung derselben unzweifelhaft für gewisse, leicht zu errathende Eventualitäten berechnet ist.

Hannover, 13. October. Es wird erzählt, daß von der Reichsgewalt der Befehl angetroffen sei, hannoversche Truppen nach Thüringen zu senden. Sie sollen die dorthin bestimmten öfter. Regimenter ersetzen, welche durch die neuesten Ereignisse in Wien und Ungarn wohl gezwungen sind, in der Heimath zu bleiben. Die Zahl der nach Thüringen marschirenden Truppen wird auf 5000 Mann angegeben. (D. A. Z.)

Hamburg, 13. Octbr. (Wahlen. Sieg der liberalen Partei.) Das Resultat der ersten städtischen Wahl bildet einen eben so unerwarteten wie vollständigen Sieg für die liberale Partei. Mit Ausnahme eines einzigen sind ihre sämmtlichen Candidaten gewählt worden. (W. Z.)

Schleswig, 12. Oct. Es scheint, daß in den nächsten Tagen ein Schritt zur Ausführung der Regierungsänderung erwartet werden kann, da wenigstens von deutscher Seite die durch Franke und Stedmann eingeleiteten Vereinbarungen jetzt genehmigt wurden. Die designirten Mitglieder der neuen Administration (Th. Reventlow, Hinge, Boysen, Preußer, A. Moltke) befinden sich alle neben der provisorischen Regierung in Schleswig.

Wien, 13. Oct. Wichtige Dinge gingen noch gestern Abend in der Reichstagssitzung vor; da sie für größern Theils schon veröffentlicht sind, so schreite ich darüber mit wenigen Worten weg, um zu den heutigen Begebnissen desto schneller zu gelangen. Minister Kraus war auf dem Punkt abgedankt zu haben. Er hatte erklärt, von ihm im August bewilligten Credite von 20 Mill. nur erst 4 Mill. benutzt zu haben, damals seyen nur 6 Mill. als Credit bei der Bank eröffnet worden; nun müsse er auf Erstredung der verbleibenden 14 Mill. hierauf antragen. Der Finanzminister konnte der Debatte hierüber nicht beiwohnen, da ihn dringende Geschäfte abriefen. Auf Antrag des Abgeordneten Ditersdyk werden nur 6 Mill. als einstweiliger weiterer Credit bei der Bank eröffnet. Minister Kraus erfährt das Resultat, betrachtet es als Mißtrauensvotum und will resigniren; da man dies durchaus nicht zugeben, aber auch den schon gefaßten Beschluß nicht umstoßen will, so bewilligt man noch weitere 8 Mill. Es wird eine Adresse vom ungarischen Repräsentantenhause verlesen. Die Ungarn bethauern, die Freiheit der Wiener als die ihrige zu betrachten und ihre Armee zur Disposition des Reichstags zu stellen, indem sie deren Vertheidigung, so lange sie auf österreichischem Boden stehe, selbst übernehmen. Enthusiastischer Applaus folgt der Eröffnung.

Die heutige Reichstagssitzung beginnt um 11 Uhr. Abgeordneter Villersdorf hat sich mit mehreren Abgeordneten besprochen und eröffnet, daß mehrere Abgeordnete, die sich nach Prag begeben, die Ansforderung erlassen hätten, den Reichstag nach Brünn zu verlegen. Der Reichstag möge beschließen, daß er seine Berathungen nicht unterbrechen werde. Es sey die einzige constitutionelle Autorität, und innerhalb seiner Pflicht liege es, seine Arbeiten fortzusetzen. Jeder Versuch, an andern Orten zusammenzutreten, sey ungesetzlich und lade auf die Theilnehmer Verantwortung. Sein Antrag das Ministerium auf zuforbern, das Nöthige einzuleiten, wird mit Acclamation angenommen. Ab. Schuselka berichtet aus dem Sicherheitsausschuß. Im Gegens. zu den in Provinzialblättern aufgenommenen bösewichtigen Nachr. von Anarchie, die zu Wien herrschen, sey dem Sicherheitsausschuß inmitten eines bewaffneten Proletariats leicht geworden, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Das brave Volk von Wien habe sich selbst bewacht und sey werth, Waffen zu tragen und frei zu sein. Sein Wahlspruch sey und bleibe: Heilig ist das Eigenthum. Von den zur Unterstützung der Gewerbetreibenden bewilligten 2 Mill. Fl. werden 200,000 Fl. für Diejenigen bewilligt, welche Wachdienste leisten. Schwer sey es, der Kampfeslust Einhalt zu thun, und doch sey die Mission, wo möglich eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Aus Salzburg sind 2 Professoren mit 36 Studenten angelangt, aus Steiermark 500 Bewaffnete; da die Communication auf der Glogginitzer Eisenbahn von Seiten des Militärs durch Ausbehnung von Schienen unterbrochen ward, so mußten sie den Weg durch das Gebirge nehmen. Olmütz hat eine Adresse hierher geschickt. Die Volksmehr stimmt mit Wien überein. (Und doch weit der Kaiser morgen dort eintreffen!) Abg. Löhner hat zwei telegraphische Depeschen geschickt. Brünn ist ruhig, Lazansky hat dem Kaiser 200 Garden als Ehrenwache nach Olmütz zur Beleidung geschickt. — Der von Borrosch gestern Abend gestellte Antrag, den Kaiser zur Versammlung eines Völkercongresses zu veranlassen, ist einer Commission überwiesen worden, die noch heute Bericht zu erstatten hat.

Wien, 13. Oct. 7 Uhr Morgens. Die Ungarn werden bei 50,000 Mann stark binnen 36 Stunden zuverlässig vor den Thoren Wiens erwartet. Mit ihnen vereint, muß unsere bisherige Defensivstellung verlassen und die Offensive ergriffen werden. Der Feind hat sich die hinter Mödling und Baden liegenden Gebirge zur Deckung seines Rückens gewählt, welcher vom Landsturm bedroht ist.

Wien, 13. October. Vom Ban Jellachich ist ein Offizier angelangt: Er hoffe durch einen früheren Brief beruhigend gewirkt zu haben. Er sei nur für die Freiheit da und sein Wirken in Ungarn zeige, daß er für die Gleichberechtigung aller Nationen kämpfe. Er werde sich zur Bekämpfung der Anarchie jeder gesetzlichen Macht zur Verfügung stellen. Er würde es bedauern, wenn

*) Ein direkter Brief aus München, der die Aufhebung der Prügelstrafe bei dem bayerischen Militär meldet, widerspricht diesen in München verbreiteten Gerüchten.

Digitized by Google

bei Wien ein kroatisch-ungarischer Kriegsschauplatz entstünde. Der Ausschuß antwortete hierauf, daß in Wien weder Anarchie noch Ungesetzlichkeit herrschte und in Anwesenheit des Kaisers der Ausschuß die Ordnung aufrecht erhalte, welche vom Volke kräftig unterstützt werde. Der außerordentliche Zustand sei nur der, daß das Volk unter Waffen sei, weil eben zwei Heere vor seinen Mauern stehen. Um diesen außerordentlichen Zustand zu heben, bedürfe es nichts, als daß der Ban sich wegbegebe, denn der ihm verhaßte Zustand sei nur hervorgerufen, weil der Ban gegenwärtig sei. Auch der Reichstag wolle keinen kroatisch-ungarischen Schauplatz, und darum ersuche er den Ban mit seinen Truppen wegzuziehen.

Villersdorf ist am 13. zum zweiten Vizepräsidenten der Reichsversammlung erwählt worden. Er versprach beim Antritte des Amtes in einer kurzen Rede, Alles für die Volksfreiheit zu thun. (K. v. u. Z.)

Wien, 14. Oct. Dem Wiener Postillon zu Folge — dieses Blatt gibt eine treffliche, bis in's Einzelne eingehende Beschreibung des Kampfes in Wien am 6. und 7. Oct., woraus der Todesmuth und die Ausdauer des Wiener Volkes recht deutlich hervorleuchten — hat Jellachich noch am 5. Oct. Mittags zugleich mit Graf Latour an der Tafel — des Kaisers zu Schönbrunn gespeist! So standen die Dinge.

Zur Charakteristik des blutigen und hitzigen Kampfes vom 6. Oct. theilt das Journal des Österr. Lloyd folgende Angaben und einzelne Züge mit: Die Zahl der offiziell bekannten Todten der steht in 174 Zivilliſten und 142 Militärs. Eine besondere Frau, deren Sohn, Mitglied der akademischen Legion, beim Zeughaus gefallen, suchte ihn unter den Leichen; als sie ihn gefunden, sank sie auf ihn hin, küßte ihn und sprach: „Ich habe mein einziges Kind verloren — es war mein Theuerstes — ich bin jetzt hülflos — doch ich tröste mich — er ist für die Freiheit gefallen — der liebe Gott tröste ihn in Ewigkeit Amen.“ — Am Stephansplatz (beim Stock am Eisen) stand eine Truppe Militär. Ein Mediziner ermahnte den Obrist, die Menschen doch zu schonen und nicht feuern zu lassen. „Sie sind wohl keine Autorität“, entgegnete derselbe. „Ich bin es!“ im Namen der Menschlichkeit“, erwiderte der Student. Der Obrist kommandirte: Feuer! Doch kaum war das Wort gesprochen, lag der Oberst, vom Studenten getroffen, todt am Boden. — Bei der Taborbrücke fiel ein Gardist, von einer Kugel in die Brust getroffen. Zwei Arbeiter eilten herbei, um den Sterbenden hinwegzutragen. Dieser gab ihnen seine Briefstasche mit dem Bedeuten, dieselbe seinem Weibe und seinen Kindern zu geben. Die Arbeiter gaben das Geld am gehörigen Orte ab und schlugen sehr Belohnung aus. — Ein f. Offizier fiel in der Algenergasse an der Seite eines Studenten. Sterbend reichte er diesem die Hand und sagte: „Die Studenten kämpfen wie die Löwen — sie sind Ehrenmänner — wir haben ihnen Unrecht gethan.“ Einen Akademiker, dem im Hospital ein Bein abgenommen wurde, umstanden mehrere Studirende der Klinik. Nach vollbrachter Operation sprach er lächelnd zu seinen Kameraden: „Schade, daß ich so frühe kampfunfähig geworden bin — wir haben noch so viel zu thun.“ Der Brave liegt im Konviktgebäude. Ein Student hatte in der Brusttasche einen Band von Börne's Briefen, Beim Zeughaus traf ihn eine Kugel: Börne's Briefe retteten ihm das Leben.

Prag, 14. Oct. Fürst Windisch-Grätz hat heute Prag verlassen, um den Oberbefehl über die Truppen zu übernehmen. Er hat eine vollständige Feldbruckerei mitgenommen, um die Armeebefehlen und Bulletins zu drucken. Man sieht, daß man sich auf eine lange dauernde Operation vorbereitet.

Krakau, 11. Oct. Vorkehrungen zur Besetzung Krakaus durch die nachbarlichen Russen scheinen getroffen zu sein. In dem eine Meile von hier entfernten Michalowice werden die Letztern ein großes Lager beziehen. Der Gouverneur von Galizien, Jazlewski, sowie General Schlik waren zu verschiedenen Male dort und haben mehrstündige Konferenzen mit dem russischen General gehalten. Dem in Krakau stationirten Militair, etwa 7000 Mann stark, scheint übrigens unheimlich zu Muthe zu sein. Die Offiziere haben in den letzen Tagen viel an Humanität gewonnen.

Italien.

Turin. Der Piemontesischen Zeitung vom 11. zufolge hat Hr. Hescher am 9. eine Privataudienz beim König gehabt, in welcher er diesem seine Beglaubigungsschreiben als in außerordentlicher Mission Gesandter der deutschen Centralgewalt einreichte.

Wir tragen nach daß die Herzogin von Modena jüngst, nach 6jähriger kinderleser Ehe, von einem Prinzen entbunden wurde. (A. Z.)

Frankreich.

*Paris, 13. Octeber. Die Nationalversammlung ist gestern bis zu Art. 72 der Constitution gelangt. Wenn diese Thätigkeit und dieser unerbittliche Krieg gegen die Unzahl unbedeutender Amendements fortdauern, so wird die Constitution noch vor Ende dieses Monates erledigt seyn.

Die Stadt Paris bereitet ein großes Fest für die Nationalgarden aller Departements vor, um diesen ihren Dank für die gastfreundliche Aufnahme der Pariser Nationalgarde-Deputationen, die sich zu den verschiedenen localen Festen in den Provinzen begeben haben, auszudrücken. Da auch zahlreiche Deputationen von Nationalgarden sich in den letzten Wochen nach London begeben haben und dort die zuvorkommendste gastfreundlichste Aufnahme gefunden haben, so wird die Stadt Paris auch den Lord-Mayor und die Aldermans von London, so wie von den Landungsplätzen Southampton und Dover zu dem Feste einladen lassen.

Der Polizei-Präfekt hat gestern eine statistische Tabelle über die 3423 Juni-Insurgenten, die zur Transportation verurtheilt worden sind, veröffentlichen lassen. Diese Tabelle klassifizirt die Insurgenten nach ihrer Beschäftigung, ihrem Geburtsorte und ihrem Alter und enthält sehr interessante Details. Wir finden z. B. unter den Insurgenten 7 Schriftsteller, 2 Advokaten, 1 Arzt, 1 Zahnarzt, 3 Thierärzte, 2 Ingenieurs, 2 Chemiker, 1 Apotheker, 1 Lehrer, 1 Professor, 1 Dollmetscher, 5 Studenten, 8 Buchhalter, 2 Stenographen, — dann 36 Maler, 30 Kupferstecher, 29 Bildhauer, 20 Bildschnitzer, 14 Musiker, 8 Architekten und 2 Schauspieler. Von der Armee: 38 Mobile, 29 republikanische Garden, 13 Stadtrichter, 4 Soldaten der Armee und 2 Pompiers. Vom Handelsstande: 15 Kaufleute, 5 Buchhändler, 70 Weinwirthe, 28 Trödler, 61 kleine Krämer, 11 Kohlenverkäufer, 9 Wohnungsvermiether, 6 Kaffeewirthe, 8 Materialwaarenhändler. Was die Professionen betrifft so finden sich 460 Taglöhner, 328 Tischler, 405 Schmiede und Schlosser, 251 Maurer, 140 Drucker, 81 Zimmerleute, 77 Schneider, 64 Kutscher, 51 Dienstboten, 30 Hutmacher, 21 Bauern und endlich 7 Grundeigenthümer und Rentiers.

Von den Insurgenten sind 622 in Paris geboren, die andern vertheilen sich unter fast alle Departements, nur drei haben kein Contingent zur Insurrection geliefert: Var, Corsika und Sigier. An Fremden sind aufgeführt: 59 Belgier, 25 Savoyer, 15 Schweizer, 11 Preußen, 9 Holländer, 8 Bayern, 7 Piemontesen, 6 Italiener, 4 Deutsche, 4 Oesterreicher, 2 Polen und 1 Portugiese, — endlich 501 Individuen unbekannten Ursprungs.

Die Journale sind heute voll von der seit mehreren Tagen besprochenen Modifikation des Kabinets und bezeichnen die Herren Dufaure, Vivien und Freſton als die neu eintretenden Minister.

Herr Bernays, Gesandtschafts-Attaché, ist gestern mit dringenden Depeschen der Regierung nach Wien abgegangen. Es scheint, daß die italienische Vermittlung in ein entscheidendes Stadium treten wird. Unsere Nachrichten aus Turin vom 10. d. lauten sehr kriegslustig und die Wiener Ereignisse waren dort noch nicht bekannt.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 14. October. Der Finanzminister Goudchaux verlangt ein Dringlichkeitsvotum für die zwei Decrete, die griechische Anleihe und die Fabrikation von Fahnen in Lyon betreffend. Beide Decrete werden fast ohne Discussion votirt. Portalis verlangt das Wort wegen einer Interpellation an den Conseilspräsidenten. Er sagt, soeben werde ein Supplement des Moniteurs ausgetheilt, worin angezeigt werde, daß drei Minister abberufen und durch drei andere ersetzt würden. Gestern aber habe General Cavaignac noch gesagt, es finde keine Minister-Crisis statt. Wenn aber eine Aenderung des Kabinets stattfinde, so müsse das Volk doch auch wissen, warum diese Aenderung erfolgt sey, und die Nationalversammlung, als Mandatar des Volkes müsse davon zuerst in Kenntniß gesetzt werden. Selbst unter der Monarchie sey es so gehalten worden und er frage mit Recht, ob diese Aenderung der Personen auch eine Aenderung des Systems nach sich ziehe, um so mehr, als zwei von den neuen Ministern schon Minister Louis Philippes gewesen seyen. (Heftige Unterbrechungen.) Er gehe zu, daß jetzt Beide gute Republikaner seyen, aber er wolle doch wissen, ob sie das politische System in der Republik einführen wollten, das sie unter Louis Philipp vertheidigt haben. Mit Bedauern sehe der Redner, daß unsere auswärtige Politik nicht geändert werde (Bastide bleibt) daß aber die innere Politik (durch Dufaure) eine bedeutende Aenderung erleiden werde. Cavaignac entgegnet, gestern habe noch das alte Kabinet bestanden, und erst heute sey das neue organisirt worden, daher kein Widerspruch zwischen seiner Erklärung und dem Supplement des Moniteurs vorhanden. Was die Ursache des Austrittes einiger Minister betreffe, so dürfe Herr Portalis sich nur an diese wenden, und sie würden gewiß darauf antworten. Aber auch die Regierung verschlage sich nicht hinter eine systema-

Digitized by Google

tisches Schweigen. Sie war schon vor diesen Interpellationen entschlossen, am nächsten Montag (16.) der Versammlung eine Kreditsbewilligung vorzulegen und hat bei dieser Gelegenheit sich ohne Rückhalt über die Vergangenheit, wie über die Zukunft auszusprechen. Die alten auf ihren Posten bleibenden Minister, so wie die neuen würden vollständige Erklärungen geben und die Versammlung werde sich dann entscheiden. Was die Regierung verlange, sey nicht ein bloßes zufälliges Vertrauensvotum, sondern sie verlange, daß die Versammlung durch eine offene feierliche Erklärung sich vor dem ganzen Lande dahin ausspreche, daß sie die Mehrheit der Versammlung, wie des Landes in der neuen Zusammensetzung des Kabinets vollkommen vertreten finde und Hand in Hand mit derselben gehen wolle. Mit einer solchen Erklärung wird die Regierung sich stark genug fühlen, um alle Hindernisse zu überwinden und sie hoffe, alle zum Wohle des Vaterlandes nöthigen Maßregeln durchführen zu können. — Genügten aber die Erklärungen der Regierung der Versammlung nicht, so werde sie diese feierliche Bestimmung verweigern und dann würden die Mitglieder des Kabinets, alte wie neue, wissen, was sie zu thun haben. Der Zwischenfall ist erledigt und man setzt die Discussion der Constitution fort. — Art. 72 wird angenommen und das Kapitel VI. somit erledigt. Die Commission trägt nun darauf an, daß das Kapitel VII.: Von der innern Verwaltung, zu dem sehr viele, auf Decentralisation abzielende Amendements vorliegen, verschoben und dagegen das Kapitel VIII.: Von der richterlichen Gewalt, berathen werden. Nach einiger Opposition von Seite der Decentralisations-Männer wird dieser Vorschlag angenommen und man discutirt Kapitel VIII. — Folgendes ist die Commission, die die Feierdauer oder Aufhebung des Belagerungszustandes mit der Regierung berathen und den Rapport abstatten soll: General Bedeau, Landrin, Jsambert, General Changarnier, Bauchart, Pleignard, Aylies, Lionville, Flaudin, Portion, Glais-Bizoi; Moreau, Freudhade, Chauvin, Duclerc, Labouliс. — Die Zusammenstellung dieser Commission zeigt, daß es auf die Fortdauer des Belagerungszustandes abgesehen ist. Kein einziger Montagnard ist mit in diese Commission gewählt. Das (abenteuerhafte) Supplement des Moniteurs, um 3 Uhr N. M. ausgegeben, enthält nichts als zwei Ordonanzen Cavaignacs, vom Justizminister Marie gegengezeichnet. Die erste nimmt die Entlassung der Minister Senard, Recurt und Boulabelle an, die zweite ernennt Dufaure zum Minister des Jnnern, Vivien zum Minister der Staatsbauten und Freslon zum Minister des Unterrichts und des Cultus. Diese Beimischung des ehemaligen Centre garde schwächt Thiers Candidatur für die Präsidentschaft und wird den Grafen Mols an das jetzige Cabinet schließen. Vor der Hand wird Mols wohl den Botschafterposten in Wien annehmen. Jedenfalls aber hat Cavaignac seinen Cabinet bedeutend verstärkt. Recurt und Boulabelle waren Nullen, Senard hatte sich schnell abgenützt und compromittirt, dagegen sind Dufaure ein guter Politiker und tüchtiger Redner, Vivien, guter Redner und vorzüglicher Administrator und Freslon, der Linken angehört, beruhigt das Gewissen der Republikaner.

Paris, 13. Octbr. Der Moniteur du Soir theilt aus Neapel mit am 28. Sept. habe ein Kurier der russischen Gesandtschaft zu London eine Note von Baron Brunnow an Lord Palmerston gebracht, des Jnhalts, jede Einmischung Frankreichs und Englands in die Angelegenheiten Siciliens würde von Rußland als eine Kriegserklärung betrachtet werden. Der König von Neapel hätte seinerseits frische Truppen nach Messina übergesandt, um die Drohungen der Franzosen und engl. Admirals auf die Probe zu stellen. (D. J.)

Todes-Anzeige.

Verehrten Verwandten und Freunden bringen wir die schmerzliche Nachricht, daß, nachdem erst vor kurzem unser geliebter Gatte und Vater durch den Tod von unserer Seite gerissen worden war, nun auch unser unvergeßlicher Sohn und Bruder

Carl Hagen

nach langwieriger Krankheit am 13. d. Mts. aus diesem Leben geschieden ist. Wer den theuren Verlebten persönlich kannte, wird unsern tiefen Schmerz gerecht finden.

Für die zahlreiche Leichenbegleitung unsern tiefgefühlten Dank sagend, wünschen wir, daß Sie Gott vor ähnlichen schweren Prüfungen väterlich bewahren möge.

Rosina Hagen,
Schreinerswittwe mit ihren 7 Kindern.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 20. d. Mts., Nachmittags 2½ Uhr, findet eine gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtgemeindebevollmächtigten im Saale des Rathhauses statt, welche in Gemäßheit des Art. VI. des Gesetzes vom 5. September d. Js. öffentlich abgehalten werden soll.

Dies zur Nachricht für alle Diejenigen, welche dieser Sitzung beiwohnen wollen, mit dem Bemerken, daß der Berathungs-Gegenstand das hiesige Armenwesen, insbesondere den Finanzzustand desselben betrifft.

Bayreuth, am 16. October 1848.

Der Stadtmagistrat.
Heumann. Haß.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 25. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr, werden von der Oekonomie-Kommission des 13. Jnfanterie-Regiments (Hertling) circa 1,100 Klafter Fichten- und Forhren-Scheitholz in Loosen zu 50 und 100 Klaftern an Wenigstnehmende in Lieferung gegeben.

Bemerkt wird, daß die Steigerungslustigen sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, am 9. October 1848.

Anzeigen.

In der Buchhandlung von **N. Meck** in Constanz ist erschienen und in der **Gran**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. L. Grau** in Hof und Wunsiedel zu haben:

Die Kartoffelküche, enthaltend 273 Recepte zu verschiedenen Suppen, Pudeln, Knödeln, Krapfen, Auflaufen, Backwerken ꝛc. aus Kartoffeln. Zweite Aufl. 24 kr.

Im Verlage von **Lampart & Comp.** in Augsburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, in Bayreuth in der **Buchner**'schen zu haben:

Der Handwerkerstand,

seine Wünsche und Hoffnungen.

Von Ferd. Aug. Oldenburg.

Median 8. broschirt. Preis 6 kr.

Diese Schrift eines bekannten Autors wurde von dem ersten Herrn Bürgermeister wie von dem Vorstande des Augsburger Gewerbe-Vereins den Mitgliedern desselben empfohlen; ebenso ist sie von dem Herrn Vorstande des Gesellen-Bildungs-Vereins in Augsburg als eine sehr beachtenswerthe Lektüre für den Verein angeschafft worden. Die Jnteressen des Arbeiterstandes sind in dem Werkchen neu und pikant beleuchtet, und die Kritiken sprechen sich aufs Vortheilhafteste darüber aus.

Der auf den 15. d. Mts. angekündigte Verkauf der Kaufmann F. Chr. Schüllerschen Realitäten zur Allstadt konnte wegen unvorhergesehener Hindernisse nicht vorgenommen werden, wesshalb anderweiter Termin zu diesem Zwecke auf Montag den 23. October 1848 Nachmittags 3 Uhr bei dem Gastwirthe Herrn Weber zur Allstadt festgesetzt wird.

Solide Handlungshäuser, welche geneigt wären, einen sehr gangbaren, wenig Raum in Anspruch nehmenden Artikel in Commission zu nehmen, wollen ihre Adressen gefälligst unter Chiffre

J. H. nach Gleiwitz in Preußisch Oberschlesien

franco mittheilen.

In dem Hause Nr. 339 in der Schrollengasse, ist ein Quartier, Parterre, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Küche, Keller, Boden, Holzlege, einem Garten und Mitgebrauch des Waschhauses auf Martini d. Js. oder Lichtmeß k. Js zu vermiethen. Das Nähere beim Eigenthümer.

Eine kleine Familie sucht bis Lichtmeß ein freundlich gelegenes Quartier. Nr. 461 eine Stieg hoch das Nähere.

Zwei möblirte Zimmer sind zu vermiethen bei

J. G. Felbinger.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

0211

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag **Nro. 292.** **20. October 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 17. Oct. Der Präsident der Nationalversammlung zeigte heute derselben den Austritt des Abg. Roß von Hamburg an, welcher besonders in Marinesachen sich sehr thätig gezeigt hatte. Hierauf verlas derselbe einen Antrag von 20 andern Abgeordneten: die Nationalversammlung solle das Reichsministerium auffordern, das deutsche Interesse in Oesterreich kräftig zu wahren und dafür Sorge zu tragen, daß die deutschösterr. Truppen nur unter der ausdrücklichen Verfügung des verantwortlichen Ministeriums und des Reichstags stehen. Hrn. Venedey wurde von der Mehrheit das Wort nicht gegönnt, um seinen Antrag als dringend zu motiviren. Dagegen durfte Herr Zell seine Motion entwickeln, daß Venedey's Antrag an eine eigends zu wählende Commission von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung verwiesen werde, welche zugleich wegen der Sicherstellung der deutschen Interessen überhaupt Vorschläge machen solle. Venedey verlangte, daß die Commission schon binnen 24 oder 48 Stunden Bericht erstatte. So wie in Mainz — meint er — ohne und Frieden geschlossen wurde, so kann, wenn wir nicht kräftig und rasch einschreiten, in Wien Oesterreich für uns verloren gehen. Hr. v. Vincke glaubt, die Nationalversammlung könne sich in so weiter Entfernung, während jeden Augenblick ein Bombardement oder eine Schlacht die ganze Sachlage verändern könne, nicht mit Beschlüssen über die österr. Angelegenheit befassen. Man solle dies dem Ministerium überlassen und nicht in dessen Verantwortlichkeit eingreifen. Hierauf erweiterte jedoch der Finanzminister v. Beckerath: dem Ministerium könne bei der großen Bedeutung der österr. Ereignisse für die Zukunft von ganz Deutschland die Mitwirkung der Nationalversammlung nur angenehm seyn; es sey weit entfernt, in der Ernennung eines Ausschusses einen Eingriff in seine Rechte oder in seiner Verantwortlichkeit zu erblicken, es unterstütze vielmehr den Antrag. Auf diese Erklärung hin stimmte sofort die Majorität für den Zellerschen Antrag. Es wird somit noch heute nach der Sitzung ein Ausschuß von 15 Mitgliedern gewählt werden, welcher über die Sicherstellung der deutschen Interessen in Oesterreich, über den Protest des deutschen Vereins in Wien gegen den Einmarsch Jellachichs auf deutschen Boden und über den Antrag Rauwerks, daß der österr. Reichstag und die Wiener Sicherheitsbehörde als die einzigen gesetzlichen Gewalten in Oesterreich erklärt, und ihnen eine Reichsarmee zu Hülfe geschickt werde, schleunigst Bericht erstatten soll. Von den übrigen Verhandlungen der heutigen Sitzung verdient noch Erwähnung, daß ein Antrag, wonach die zu Staatsämtern ernannten Mitglieder der Nationalversammlung sich einer neuen Wahl zu unterwerfen hätten, mit 217 gegen 156 Stimmen durch die von Bassermann beantragte Tagesordnung beseitigt, und eine Beschwerde Westphälischer Staatsgläubiger dem Reichsjustizminister zur Abhülfe zugewiesen wurde. Donnerstag beginnt die Berathung der beiden Abschnitte des Reichsverfassungsentwurfs. — Nachschrift. Unter den 15 Mitgliedern der heute gewählten Commission für die österr. Angelegenheit die finden sich 6 Oesterreicher und der Antragsteller Venedey.

Die O.-P.-A.-Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theile: Die Vorfälle in Wien und der ensflammte Bürgerkrieg haben die provisorische Centralgewalt veranlaßt, den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung und Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Carl Welker und den Obersten und Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Ludwig Mosle als Reichscommissäre für alle österreichischen Gebietstheile des deutschen Bundesstaates zu bestellen, um alle zur Beendigung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Diese Reichscommissäre sind bereits am 13. Oct. nach Wien abgereist.

□ München, 17. Oct. König und Königin Marie befinden sich bei ihrem Oheim dem Prinzen Karl gegenwärtig in Tegernsee. — Vorgestern ist Fürst Leiningen aus Frankfurt hier eingetroffen; gestern kamen der Reichsgesandte Welcker und der Abg. Mosle aus Frankfurt hier an, um aus Anlaß der Wiener Wirren sich in Auftrag der Centralgewalt nach Wien zu begeben. — Durch ein kgl. Handbillet ist einstweilen, vor dem Erscheinen der neuen militairischen Verordnung, die körperliche Züchtigung in der Armee aufgehoben. — Die gestrige Nacht war reich an mißliebigen Concerten, den beiden hier anwesenden Deputirten der Frankfurter Nationalversammlung Advokaten Ruhwandl und Schauß, dann den beiden Denuncianten in der demokratischen Briefangelegenheit Antiquar Zipperer und Buchdrucker Weiß wurden Katzenmusiken gebracht. Die ausgerückten Cuirassiere kamen zu spät, um sie zu verhindern und lohnten um 2 Uhr wieder heim, da keine weitere Ruhestörung statt fand. Bekanntlich gehören beide obenerwähnten Münchener Advokaten der Rechten in Frankfurt an, mit welcher sie in allen wichtigen Fragen unwohlthätlich auftreten.) — Die Nachricht der Augsburger Blätter von einer unserem Ministerium bevorstehenden Aenderung entbehrt vorerst allen Grund. Minister Thon-Dittmer wird heute aus Regensburg zurückerwartet; es kann keine Rede davon seyn, daß er noch vor dem Landtage abtrete: hie Rhodus, hie salta! — Die Infanterie-Regimenter von Ingolstadt, Regensburg, Bamberg und Passau sollen wirklich zum Ausmarsche nach Oesterreich bestimmt seyn.

München, 17. October. Der Minister des Innern v. Thon-Dittmer ist gestern von seinem Urlaube wieder hier eingetroffen, und hat sogleich sein Portefeuille wieder übernommen. Dagegen hat Justiz-Minister Heintz gestern einen Urlaub angetreten, während dessen Dauer wieder der Finanz-Minister Lerchenfeld dessen Geschäfte versehen wird.

München, 17. Oct. Endlich werden auf den bayerischen Universitäten auch die Ministerialkommissäre aufhören, welche an den übrigen deutschen Hochschulen schon längst nicht mehr existiren und deren Fortbestehen der Kanzler v. Wächter, als Präsident der Professorenversammlung in Jena, als einen Anfang bezeichnet. Der betreffende Erlaß ist bereits ausgefertigt. In demselben ist zugleich bestimmt, daß den Studirenden gegen Strafurtheil der Ortspolizei oder des Senats die Berufung an die Kreisregierungen zusteht. (K. v. u. f. D.)

München, 16. October. Das Gerücht, daß die Erherzogin Sophie, auf ihrer Flucht von Wien, den Weg nach Bayern genommen, hat sich bestätigt; dieselbe traf vergangenen Freitag in Pfeffenhofen ein und wurde von König Ludwig besucht; gestern Vormittag war sie auf ganz kurze Zeit unter strengstem Incognito hier, stieg im Herzog Max Palais ab und begab sich sodann nach Tegernsee, wohin heute König Max reist. (D. c. J.)

München, 17. Oct. Der Fürst von Leiningen, der dieser Tage aus Frankfurt hier eintraf, ist abermals zum Präsidenten der Kammer der Reichsräthe für den bevorstehenden Landtag bestimmt. Da die Gesetzgebungsausschüsse nächsten Montag oder Dienstag ihre letzte Sitzung zu halten gedenken, so können die kgl. Restripte zur Auflösung der Kammer der Abgeordneten und zur Anordnung neuer Wahlen in nächster Woche erfolgen.

Berlin, 16. Octbr. Nachdem in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ein Schreiben des Ministerpräsidenten, welches das Patent vom 14. Oct., das ein vom Reichsverweser unterm 30. Juli publizirtes Gesetz über die Unverletzbarkeit der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung und das Verfahren gegen sie zur öffentlichen Kenntniß bringt, verlesen war, schritt die Versammlung zur Tagesordnung, auf der die Berathung der Verfassung stand. Der Präsident bemerkt, daß, da der dritte Theil der Debatte über die Einleitung (über den Titel Großherzog von Posen) bis zum Art. 1 ausgehoben sey, man zum nächsten Titel, zur Frage: ob die Verfassung zu vereinbaren oder zu beschließen sey, gelange. Es waren hierzu folgende Amendements eingebracht worden: von den Abg. Mätzke und Jung: Statt der vorgeschlagenen Publikationsformel ist zu setzen: „verkündigen hiermit folgende von den Vertretern des Volks beschlossene Verfassung;" Abg. Partisius Amendement verlangt folgende Fassung: „Wir Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit folgende mit den Vertretern des Volks vereinbarte Verfassung;" Abg. Siebert wünscht, die Publikationsformel möge also lauten: „verkünden hiermit die nach dem Willen der Vertreter des preußischen Volks festgestellte und von uns angenommene Verfassung. Abg. Riel will folgende Publikationsformel: „verkünden hiermit die von

Digitized by Google

den Vertretern des Volks durch Vereinbarung mit und festgestellte Verfassung." Sämmtliche Amendements sind hinreichend unterstützt. Nach längerer Diskussion wird über das Jung-Müglersche Amendement zuerst abgestimmt: 216 stimmen gegen, 110 für das Amendement. Das Amendement des Abg. Siebert wird hierauf gleichfalls verworfen, dagegen das Amendement des Abg. Riehl: „Mit verkünden hiermit die von den Vertretern des Volkes durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung" unter Namensaufruf mit 284 gegen 43 Stimmen angenommen. — Nachschrift. In der heutigen Abendsitzung der Nationalversammlung wurde Abg. Grabow mit 231 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Abg. Waldeck hatte nächst ihm die meisten Stimmen.

Berlin, 16. Octbr. Heute steht es in unserer Stadt wieder sehr unruhig und bewegt aus. Schon seit dem Morgen sind viele Abtheilungen der Bürgerwehr aufgeboten, um abermals ausgebrochenen Arbeiterexcessen auf dem Köpnicker Felde zu begegnen. In diesem Augenblicke, Mittags, soll sogar ein sehr heftiger blutiger Kampf zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr stattfinden. Ursache dieser Exzesse ist eine Herabsetzung der Arbeitslöhne und Entlassung eines Theiles der Arbeiter. Wegen Zerstörung einer Wasserhebe-Maschine konnten viele Arbeiter vorläufig nicht weiter beschäftigt werden, da mit Menschenkraft das in den Kanalbau eingedrungene Wasser nicht herausgeschafft werden kann. Dazu kam die durch das Abnehmen der Tage bewirkte Verkürzung der Arbeitszeit, welche ensprechend die Lohnsätze kürzlich verringert wurden. Beide Momente haben den Geist der Zuchtlosigkeit in den Arbeitern neu erweckt und zu den offenen Ausbrüchen der letzten Tage geführt.

3 Uhr. Soeben wird von neuem die Bürgerwehr alarmirt. Man hört nach der Gegend des Köpnicker Feldes hin heftig schießen. Es wird Generalmarsch geschlagen. Auch in den Kasernen wird das Militär alarmirt.

Berlin, 16. October. Heute Knallen der Musketen und Generalmarsch. Ein Kampf zwischen den Kanalarbeitern vor dem Köpnicker Thor und der Bürgerwehr hat sich bis in die innere Stadt hineingezogen. Es gesellten sich in unglaublicher Schnelle von den in der Nähe jenes Thores befindlichen Bauten eine Menge anderer Arbeiter dem ursprünglich im Kampfe betheiligten Haufen zu. Vorwährend rücken, durch den Generalmarsch zusammengerufen, neue Bürgerwehrabtheilungen nach der Gegend des Kampfes vor. Die Bürgerwehr ist bis in das Innere der Stadt durch die lange Köpnickerstraße bis nahe an die Königsstadt zurückgedrängt. Nach der neuen Roßstraße, die an die Köpnickerstraße stößt, wurden soeben (Nachmittag 4 Uhr) vier Arbeiterleichen getragen. Einen Bürgerwehrobristjer sahen wir in einer Droschke, dem Anscheine nach gefährlich verwundet, in das Centralbureau der Bürgerwehr bringen. Unter den zunächst betheiligten Arbeitern herrscht eine große Erbitterung gegen den Commandeur; man beschuldigt ihn, das Commando zum Feuern veranlaßt zu haben. Die Läden, auch im Innern der Stadt, Friedrichs-, Jäger- und Königsstraße, Schloßplatz, sind sämmtlich geschlossen. Die Handwerkerkorps zieht soeben durch die Oberwallstraße vor der Bürgerwehrkommandantur vorüber nach dem Brandenburger Thore zu, das bewaffnete Künstlerkorps rückt nach dem Schlosse zu, wahrscheinlich um dasselbe zu besetzen. Es geht das Gerücht, daß die Stadtvogtei angegriffen werde. — An der Roßstraßenbrücke ist eine Barrikade gebaut. Der bekannte „alte Karbe" ist zu dem Polizeipräsidenten gezogen, um denselben von der Stimmung jenseit der Barrikade zu unterrichten. Ein Zweck ist nicht abzusehen, da der Polizeipräsident in der Sache nichts thun kann.

5 Uhr. In der Breitenstraße und in der Jägerstraße ist ein Versuch gemacht, Wagenladen zu errichten. Die Bürgerwehr hat indeß die Ausführung zu verhindern gewußt. Die Börse wurde durch den Generalmarsch auseinander getrieben. Die erwähnten vier Leichen sind in das Schloß gebracht, dessen Gitterthore gesperrt sind. Auch der sogenannte Sicherheitsausschuß, ein Verein königlicher und städtischer Behörden, ist im Schlosse zusammengetreten. Unter den gefallenen Arbeitern soll sich auch ein Soldat des 20. Infanterieregiments befinden. Es wird erzählt, daß Soldaten des 20. Regiments den wenigen mit Gewehren versehenen Arbeitern die Gewehre geladen haben.

7 Uhr. Der Aufstand scheint beendet. Die Barrikade in der Poststraße steht zwar noch, allein sie wird nicht angegriffen und ist nur von wenigen Leuten besetzt. Die Bürgerwehr hält die Straßen in der Umgebung des Schlosses besetzt. Die Entstehungsursache wird mit unwesentlichen Abweichungen überall so erzählt, wie uns dieselbe berichtet wurde. Der Abg. Waldeck hatte sich auf die genannte Barrikade begeben und beschäftigen sich damit, den Leuten zuzusprechen. Um das Schauspielhaus, in dem jetzt die Abendsitzung zur Präsidentenwahl stattfindet, stehen zahlreiche Gruppen, doch ohne feindliche Absicht. Man unterhält sich über die blutigen Vorfälle des Tags. — Der Soldat, der sich unter den Gefallenen befindet, soll beim Wegtragen einer Leiche den tödtlichen Schuß erhalten haben. Die Zahl der Todten scheint fünf zu seyn; von Bürgerwehrmännern zwei.

Man fürchtet für den Abend weitere ernstliche Folgen dieses Ereignisses. Die Erbitterung der Arbeiter gegen die Bürgerwehr bewerkstelligte es dadurch von neuem zu einer bewaffneten Hetzjagd angefacht worden, und die gewaltsame Herausfoldung des vierten Standes, welcher in dem Bürgerthum eine viel gehässigere Aristokratie fieht als in dem früheren Adel, steht uns nahe.

Aus Berlin gehen weitere Nachrichten vom 16. Oct. bis 9 Uhr Abends ein. Um 7 Abends wurde die Barricade an der Roßstraßenecke noch von der Bürgerwehr erstürmt; es fielen dabei der Bürgerwehrmajor Vogel und mehre Wehrmänner sowie vier Arbeiter. In der Dresdnerstraße begann um 8½ Uhr der Kampf wieder lebhafter. Es wurden Barricaden errichtet und zum Theil unter Gewehrfeuer von den Bürgerwehr wieder genommen. Die Aufregung ist groß, die Arbeiter tragen ihre Todten, Chorale singend, mit Fackeln durch die Stadt.

Berlin, 16. October. Der König hat gestern in den Antworten, welche er verschiedenen von ihm in Bellevue empfangenen Deputationen gab, sich nicht im Geleise eines tattfesten Constitutionalismus, sondern mehr auf den unbewachten Gefühlsstandpunkte der königlichen Individualität bewegt. Der Deputation der Nationalversammlung hat er beziehungsweich genug das ihm von derselben gestrichene „von Gottes Gnaden" in einer pikanten Wendung entgegengetragen, das Commando der Bürgerwehr hat er kennen lassen, daß die Bürgerwehr zuerst die Waffen von ihm empfangen habe: eine inhaltsschwere Andeutung, aus der sich auch verordentlich viel Consequenzen ziehen lassen, und die jedenfalls auch dazu dienen kann, auf die gegenseitige Vertrauensstellung hinzuweisen, aus welcher in Preußen der neue Bund zwischen König und Volk zuerst hervorgegangen. Diese Antworten sind gestern in großen und kleinen Kreisen vielfach debattirt, sie sind mit dem rücksichtslosen Messer der constitutionellen Praxis zergliedert worden.

Wir nahmen gestern Anstand, schreibt die D. A. Z., das was über die Antwort des Königs auf die begrüßenswerthe Anrede der Deputation des Nat.-Vers. verlautete, bevor wir eine Bestätigung aus authentischer Quelle erhalten hatten, mitzutheilen. Das Gerücht hat indeß nicht gelogen. Der König hat fast in höhnendem Ton den Abgeordneten eröffnet: er sei ein König von Gottes Gnaden und werde es bleiben, was auch die Versammlung beschließen möge; das preußische Volk habe sich immer durch die Liebe zu dem angestammten Herrscherhause ausgezeichnet, und diese Liebe eben sei die Frucht des Königthums von Gottes Gnaden; der König habe auch die Ueberzeugung, daß nur aus einen Königthum von Gottes Gnaden Heil für das Volk entspriessen könne. Nach diesem wie zum Hohne dreimal wiederholten „von Gottes Gnaden" verließ der König das Audienzzimmer, und die Gelegenheit zu einer Erwiderung, welche die so tief gekränkte Würde der Volksvertreter zu wahren geeignet gewesen wäre, war abgeschnitten. So wurde gestern in der Stadt allgemein erzählt und so haben wir den Hergang auch dem Munde eines Mitgliedes der Deputation bestätigen hören.

Aus der Provinz Preußen, 12. Oct. Die Cholera tritt in Königsberg mit großer Heftigkeit auf. Seit der kurzen Zeit ihres Ausbruchs sind bereits gegen 1000 Menschen daran erkrankt, blos am 9. und 10. Oct. 100, darunter auch der allgemein geachtete Oberbürgermeister Krah.

Wien, 14. Octbr. Das Militair breitet sich immer mehr und mehr aus. Gestern Nachmittag hat Jellachich die Bewohner von Hitzing und Penzing entwaffnet und ist daselbst im Schlosse eingezogen. Das Lager erstreckt sich somit von Kaiser-Ebersdorf bis nach Penzing. Die Ungarn erwarten wir jeden Augenblick. Gestern Abend wurde ein uns unbegreiflicher Befehl vom Obercommando ertheilt, daß alle Geschütze von den Basteien abgeführt und am Hof in Bereitschaft bleiben sollten. Die Artillerieoffiziere gingen jedoch sogleich zum Obercommando, worauf dann der Befehl zurückgenommen wurde. Es werden bereits 3 mobile Corps gebildet. (D. A. Z.)

Den Berichten aus **Wien** vom 14. Oct. zufolge erschient die Lage wenig verändert. Ban Jellachich reßdirt in Schönbrunn. Eine Bekanntmachung der Reichsversammlung erklärt jeden Versuch von Abgeordneten oder andern Individuen, anderswo zusammenzutreten und Beschlüsse zu fassen, wie sie mit dem Reichstage zustehen, für ungesetzlich und protestirt im voraus. Von Gratz ist

Digitized by Google

eine Beitrittsadresse an den Reichstag eingegangen. Ueber den Stand der ungarischen Hülfstruppen erfährt man noch nichts Gewisses. — Der Reichstag trat heute gegen 12 Uhr zusammen. Die an den Kaiser gesendete Deputation war zurückgekehrt und ein Mitglied derselben erstattete Bericht über den Erfolg der Mission in so naiver treuherziger Weise, daß die hohe Versammlung trotz der so überaus ernsten Umstände mehrmals in Lachen ausbrach, am Schlusse jedoch den Berichterstatter mit lautem Beifall entließ.

Der Empfang war von Seiten des Kaisers freundlicher, vielmehr ein kurz abgefertigter gewesen, worüber aber, wie der Berichterstatter meinte: Se. Maj. zu entschuldigen sey, da der Kaiser einmal von der Reise höchst angegriffen erschien, und dann noch ganz unter dem Eindeucke der Latour'schen Katastrophe war. Seine Umgebung, durchaus militairisch, schien fortwährend die größte Erbitterung über jenen unglücklichen Vorfall zu nähren, und vielmehr bestrebt, jenen Eindruck aufrecht zu erhalten. Der Erfolg der Mission könne als ein günstiger nicht betrachtet werden. Es sey zuvörderst der Kaiser zur ruhigen Rückkehr zu bestimmen gewesen; hierfür walte aber gar keine Aussicht vor, und es sey nur das minder Ueble darin zu finden, daß der Kaiser Olmütz und nicht Prag zum Ziele seiner Reise erkoren habe. Ereignewenig sey Aussicht vorhanden, daß der Kaiser den Rückzug der Truppen Auersperg's und Jellachich's veranlassen wolle. Letzterer müsse sich durch seine militairisch zu treffenden Dispositionen im Kriege mit Ungarn bestimmen lassen. Der Fürst Lobkowitz versicherte zwar der Deputation, daß weder Jellachich noch Auersperg angriffsweise gegen die Stadt verfahren würden, allein auf Befragen der Deputation, ob er dies im Namen des Kaisers erkläre, erwiderte er, es sey seine Privatmeinung. Der Berichterstatter schloß mit der Bemerkung: der Reichstag könne sich hierauf die Aufklärung der ihm gestellten Aufgabe beeilen. Ohne Schuld an den Vorgängen des 6. Oct. habe er Alles angewendet, um die Rechte des Thrones mit denen des Volks in Uebereinstimmung zu bringen, und es falle die Verantwortung auf Jene zurück, welche hinderend in Weg getreten.

Wien, 14. Oct. Wie man hört, wollen die Böhmen und Mähren die deutschen Kreise im Rücken des nach Wien aufgebrochenen Windischgrätz sich erheben und ihn dadurch zwingen, dort zu bleiben, wo er ist. Daß sich der Landsturm in Egerer, Saazer, Leitmeritzer Kreise Böhmens, so wie Olmützer, Troppauer und Znaimer Kreise erheben werde, um nöthigen Falls Wien zu Hilfe zu ziehen, ließ sich mit Zuversicht erwarten — Heute sind abermals kleine Zuzüge aus Gratz und Umgegend erfolgt und sollen denselben im Laufe des Tages 1000 bis 1500 Mann folgen. — Merkwürdig ist das Verhalten der hiesigen Gesandten deutscher Staaten. Fühlen diese Herren nicht, was ihre Pflicht ist, wissen sie nicht, daß sie Wien als deutschen Boden zu erklären und das Schwert des vereinigten Deutschlands in die eine Wagschale zu werfen haben, wenn in der einen die ganze Slavenwelt sich hineindrängt? der preußische, der bayrische, der sächsische Gesandte müssen von ihren Höfen schon Befehle erhalten haben — wie lauten sie?

Wien, 15. Oct. Die Leitung des Heeres bei einem Angriffe auf freiem Felde, der morgen von unserer Seite stattfinden soll, ist dem berühmten Volksgenerale Böhm, (bekannt aus der polnischen Insurrektion von 1831) der bereits hier ist, anvertraut. Die mobile Garde und Diejenigen, die ohne Gehalt im Freien mitkämpfen wollen, sind im Belvedere und im Schwarzenberggarten postirt. Der Angriff auf die Kroaten soll von 2 Seiten geschehen, durch die Ungaen und durch die Wiener; die Ersteren haben seit heute Nacht ein festes Lager in der Gegend von Schwechat bezogen. In der Stadt herrscht die größtmöglichste Ordnung, Gesetzlichkeit und Entschlossenheit. Geschrieben im Hauptquartier im Belvedere. (Liebzgr. Nachr.)

Wien, 15. October. Der Landsturm wird mit aller Emsigkeit und Kühnheit organisirt; er ist in verschiedenen Gegenden sofort fertig und harrt eines Winks, um loszubrechen. Ganz besonders enstlammt für die Sache der Wiener ist die Provinz Steiermarc; auch Mähren zeigt die wärmsten Sympathien.

Jellachich hat das Lustschloß zu Schönbrunn bezogen. Die Ungaen haben die Grenze überschritten und rücken in zwei Colonnen, wie man sagt 50,000 Mann stark, unter Nagro- und Czyacy vor. Auersperg steht in Inzersdorf. (D. A. Z.)

Um Mitternacht vom 14. auf den 15. wurden die Stadt und die Vorstädte durch Sturmläuten und Alarmtrommeln aufgeschreckt, Alles geriet zu den Waffen, es scheint jedoch nur blinder Lärm gewesen zu sein, wie gewöhnlich. Die Erbitterung hat den höchsten Grad erreicht. Der Name Jellachich verursacht alle denkbaren Schreckniße in der erhitzten Phantasie der Wiener.

Reichsversammlung, Sitzung vom 14. October Abends.) Schuselka berichtet, es sei eine Zuschrift, überbracht durch den Abgeordneten Pillersdorf und unterschrieben von Auersperg und Jellachich, einzegangen, welche Vermittlungsvorschläge enthalte. Gegen die Freigebung beds auf der Aula verwahrten Feldmarschallieutenants Reczey, gegen die Erlaubniß, daß die Soldaten ihre Bedürfnisse aus der Stadt und ihre Habseligkeiten sich aus den Kasernen in das Lager schaffen dürfen, wollen die beiden Feldherren von jeder Feindseligkeit abstehen und die Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien nicht hindern. Die permanente Ausschuß legt der Versammlung ein Antwortschreiben ein, den Banus vor, dessen Hauptstellen, wie folgt, lauten: „Die von Eurer Excellenz besohlene Entwaffnung der gesetzmäßig organisirten Nationalgarde der Dorfschaften, die drückenden Requisitionen, die Verhinderung der freien Passage, die Absperrung der Zufuhr von Lebensmitteln und die Besetzung der zum Bezirke der Hauptstadt gehörigen Ortschaften stehen mit den wiederholten Friedensversicherungen der beiden HH. Kommandanten und mit dem kaiserlichen Ausspruche in so grellem Widerspruche, daß der Reichstag gegen diese Maßregeln als gegen thatsächlich feindselige auf's Entschiedenste protestiert. Eurere Excellenz stellen als erste Bedingung des Friedens auf, daß die Ungarn die Grenzen Oesterreichs nicht überschreiten, und sprechen dabei die Meinung aus, daß hierauf nur der Reichstag Einfluß nehmen könnte. Der Reichstag hat die Ungarn nicht ins Land gerufen und kann sie eben so wenig hinaus bekretiern. Der ungarische Reichstag hat und die Anzeige gemacht, daß er dem ungarischen Heere den Befehl ertheilt, Eurere Excellenz zu verfolgen, wohin Sie sich auch wenden mögen, und dann erst Halt zu machen, wenn Eurer Excellenz entwaffnet wären. Der Reichstag wird wieder selbst daher, daß er kein anderes Mittel der Friedens kennt, als daß Eurere Excellenz mit ihren Truppen sogleich den Rückzug in die Heimath antreten und der gesetzlich bewaffneten Volkswehr der Umgebungen Wiens die Waffen zurückzustellen. Geschieht Dies, dann kann der Reichstag mit Berufung auf die Sr. Majestät vorgetragenen Friedensvorschläge auch die ungarische Armee auffordern. Mit dieser Erklärung hat der Reichstag Alles gethan, was er thun konnte. Wird die von ihm ausgesprochene Bedingung nicht erfüllt, kann endet seine Friedensmacht, und es beginnt die Macht des Verhängnisses der unvermeidlichen Schlacht mit den Ungarn, deren Folgen Diejenigen erwägen und verantworten müssen, welche diesen Zustand veranlaßt haben." Nach einigen Debatten wird die Antwort angenommen, und die Feindseligkeiten dürften demnächst beginnen.

Prag, 15. Oct. Eine gestern Nachts angelangte telegraphische Depesche meldet, daß der Kaiser gestern um 4½ Uhr in Olmütz angekommen und mit endlosem Jubel empfangen worden sei. Man hat ihm die Pferde ausgespannt, und das Volk zog ihn im Triumphe nach dem erzbischöflichen Palaste — Der Kaiser hatte an 3000 M. Truppen zur Begleitung auf seiner Reise. — Fürst Windisch-Grätz, der zum Generalissimus aller bei Wien concentrirten Truppen ernannt sein soll (von wem?) ist heute früh unter starker Militairbedeckung mit Eisenbahn nach Olmütz gereist. Dort wird er zwei Tage verweilen und die Befehle des Kaisers entgegennehmen. Von dort begibt er sich in das Lager bei Wien, um die sämmtlichen Truppen zu mustern.

Ungarn.

Pesth, 9. Oct. Alle hier disponiblen Truppen sind heute in Eilmärschen und auf Dampfschiffen gegen Jellachich aufgebrochen. Der Präsident der Nationalversammlung, D. Pazmandy, ist mit 60 Repräsentanten zum Heer abgegangen und wird mit denselben als ungarische Reichsdeputation in Wien erscheinen. Die beiden gefangenen Generale Roth und Philippovich und 57 Offiziere verschiedenen Grades sind in der verflossenen Nacht hierher gebracht worden. Das ganze übrige Truppencorps hat man entwaffnet und frei gelassen und bis an die kroatische Grenze escortirt. Die Kroaten leisten freiwillig den Eid, nie mehr gegen Ungarn zu kämpfen. (D. A. Z.)

Nach einem eben angekommenen Kurier ist der Graf Albert Nugent geschlagen und in das legrader Gebirge gedrängt worden.

Pesth, 11. Oct. In der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses ist die Palatinalstelle für erledigt erklärt worden. Der Erzherzog Stephan habe dadurch, daß er die ungarische Armee und Ungarn selbst „treulos" verließe, die Hoffnungen der Nation getäuscht und das Band, welches zwischen ihr und ihm bestanden, auf immer zerrissen. Da sehr viele Repräsentanten im Lager sind, so ist auf Antrag Kossuth's das weitere Verfahren gegen den Erzherzog Stephan bis zur Rückkehr dieser Repräsentanten verschoben worden. Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Erzherzog Stephan in einem Privatschreiben den Wunsch geäußert, jetzt wieder nach Ungarn zurückzukehren. — Der Kaiser hatte be-

Digitized by Google

kanntlich noch im März eine allgemeine Amnestie erlassen. Nichtsdestoweniger waren in der Festung Szegedin 480 italienische Staatsgefangene zurückgehalten. Dieselben wurden aber dieser Tage auf Befehl der hiesigen Regierung in Freiheit gesetzt und treffen heute hier ein. — Das Oberhaus hat bereits 36 Mitglieder zu einem obersten Gerichtshofe erkohren, welcher über den Feldzeugmeister Adam Reciey, der in verfassungswidriger Weise seine eigne Ernennung zum Ministerpräsidenten und das bekannte Manifest vom 3. Octbr. unterzeichnet hatte, abzutheilen wird. Der österreichische Consul Meyerhofer in Belgrad hat mit 2000 bewaffneten Serbiern die ungarische Grenze überschritten.

Italien.

Turin, 11. October. Die „Concordia" meldet aus Bologna vom 6. Oct., in Modena seien die Ungarn mit den Kroaten handgemein geworden. Die Letzteren hätten den Kürzeren gezogen, worauf die Ungarn die kaiserliche Kokarde weggeworfen und die nationale aufgesteckt hätten. Franz V. sey nach Bozen abgereist. Des Abends wären viele junge Leute unter dem Geschrei: „Es lebe die Republik, Tod dem Herzog!" durch die Straßen gerannt. Wir theilen diese Nachricht mit, ohne sie zu verbürgen. (D. Z.)

Frankreich.

* Paris, 15. Octbr. Der Polizeipräfekt Dutour hat seine Entlassung gegeben, da er, wie er in seinem Briefe an den General Cavaignac sagt, in dem Eintritte der Herren Dufaure und Vivien in das Kabinet, den Anfang der Contrerevolution sieht. Er wird durch Herrn Gervais (de Caen) ersetzt werden.

Der National glaubt, daß der Kaiser von Oestreich die Hülfe Rußlands in Anspruch nehmen werde, um die Ruhe in seinen Ländern wieder herzustellen. Allein der Einmarsch des ersten russischen Bataillons in Oesterreich würde für Frankreich ein casus belli seyn, dem seine Ehre und seine Interessen nicht erlauben auszuweichen. Frankreich, das allen Eroberungsgelüsten feierlich entsagt hat, würde sogleich den deutschen Völkern zu Hülfe eilen und die Welt eine neue Coalition, die der Revolutionen von Paris, Berlin, Wien und Italien gegen den Absolutismus sehen. Der National hofft übrigens noch, daß es zu diesem äußersten Schritte nicht kommen werde. Er fordert die Mailänder und Lombarden auf, den günstigen Augenblick nicht zu versäumen und sich in Masse gegen Radetzky zu erheben.

Der Prinz von Joinville und seine Brüder protestiren in einer im Independant de l'Ouest erschienenen Note gegen jede Benützung ihres Namens um Zwietracht und Bürgerkrieg in Frankreich hervorzurufen. Diese Note ist eine vollständige Abdikation und scheint das Gerücht zu bestätigen, daß die jüngere Linie (der Orleans) allen ihren Ansprüchen auf den französischen Thron, zu Gunsten der älteren Linie (der Bourbons) entsagt habe.

Amerika.

Newyork, 26. September. Hier hat die Entdeckung einer neuen Goldregion in Californien die ungeheuerste Sensation erregt und auf die hierher gelangte Nachricht davon machen sich ganze Colonien von Speculanten und Schwindlern reiserertig nach dem neuen Segenslande. Nach den Berichten ist der Sand an dem Amerikaner- und Federstrome, der sich in den Sacramento ergießt, voll Goldkörnchen, deren Gestalt Eichhornschroten ähnlich ist. Man gewinnt dasselbe durch Waschen in irgend einem Gefäße. Eine einzige Person kann bei diesen Verfahren leicht 2 Unzen täglich gewinnen und manche haben es auf 100 Dollars gebracht. Ueber 4000 Personen sind jetzt mit dem Auswaschen des Goldes beschäftigt. Handwerker, Doctoren, Advokaten, Kaufleute, Matrosen und Soldaten, Alles ist in Masse nach dem Goldlande gelaufen. Man biete dem Arbeiter einen Wochenlohn von 50 Dollars und er wird die Nase rümpfen, man biete ihm 10 Sh. täglich und er wird es vorziehen, nach dem Federstreme zu laufen. Ein Mann hatte in 6 Tagen 500 Dollars Gold gewonnen. Die Goldregion soll ungefähr 35 Meilen oberhalb Sutters Niederlassung anfangen und sich ungefähr 100 Meilen in einer und 50 Meilen in der andern Richtung ausdehnen. Der Andrang der Menschen hat den Preis aller Lebensbedürfnisse in's Unermeßliche gesteigert. Das Faß Weizenmehl kostet 32 Dollars, eine Büchse Boston-Crakers 10 Sh., ein baumwollenes Hemd 10 Sh., Bretter 500 Sh. Ein Schreiner kann täglich 100 Sh. verdienen. General Mason und sein Adjutant sind nach dem Distrikte abgegangen. — Bis jetzt ist es trotz der herannahenden Wahlzeit ungewöhnlich ruhig hier, obgleich die einander gegen über stehenden Parteien sämmtlich das Visier aufgezogen haben. (F. O. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Saphir hielt in Baden kürzlich eine Vorlesung über das Thema: „Die erste allgemeine Ständerversammlung in der Arche Noä, oder: Wenn ein Reichstag keine Hand und keinen Fuß hat, wie kann er eine Rechte und eine Linke haben?" — Hier einige Stellen aus dem Anfang der witzigen Vorlesung. — Die ganze Welt, meine freundlichen Hörer und Hörerinnen, hat Gott allein für sich selbst erschaffen: Erde, Himmel, Bäume, Meer u. s. w., nur als er den Menschen erschaffen wollte, hat er seine verantwortlichen Minister: die Engel, zu Hülfe genommen und gesagt: „Wir wollen einen Menschen machen." Warum? Weil er gewußt hat, der Mensch wird nichts nutz werden, und er kann dann die Schuld aufs Ministerium schieben. Alle Minister waren mit der Ausfertigung des Menschen beschäftigt. Nur der „Finanzminister" hatte bei der Bildung des ersten Menschen nichts zu thun, denn der erste Mensch war nackt, und solche Menschen kann der Finanzminister nicht aussäckeln! Nachdem also Gott den Menschen ausgestattet hatte, setzte er ihn ein, daß er herrsche „über die Fische, über die Vögel, über das Vieh und über das Gewürm." Also von Gottes Gnaden kann der Mensch über nichts Anderes herrschen als über Fische, Vögel, Vieh und Gewürm", aber nicht wieder über den Menschen. Was aber auch der Mensch erfunden, damit er sich selbst zweimachen kann, er könne über Menschen regieren? Ach! Er hat was Pfiffiges ausersonnen! Er hat die Menschen so erziehen lassen, daß sie „Stockfische, Galgenvögel, leichendenes Gewürm und dummes Vieh" wurden, und glaubte, nun könne er von „Gottes Gnaden" über sie herrschen. Der erste Mensch war also der erste König der Welt, er verstieß auch richtig sogleich in einen tiefen Schlaf! Glauben Sie mir, der Schlaf ist noch eine der schönsten Tugenden vieler Herrscher, darum beginnen auch die meisten Erlasse: „Wir haben geruht!" Man könnte keine passendere Grabschrift für viele Regenten finden, als die: Ich wünsche, wohl geruht zu haben." Man sollte glauben, wenn so ein Regent lange geruht hat, steht er endlich auf zur Arbeit; es ist aber nicht wahr: „Wenn die Fürsten gar zu lange geruht haben, stehen die Völker auf!

Anzeigen.

Freut Euch des Lebens!

Taschen-Liederbuch

für das deutsche Volk.

Eine ausgewählte Sammlung von **250** der beliebtesten und bekanntesten Freiheits-, Volks-, Studenten-, Jäger-, Soldaten-, Liebes-, Trink-, Wander-, Opern- und Gesellschaftslieder.

Plauen, bei A. Schröter. Elegant gebunden. Preis 27 kr.

Durch gut getroffene Wahl, Billigkeit und schöner Ausstattung zeichnet sich dieses Liederbuch ganz besonders aus.

Vorräthig in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel.

Harmonie.

Sonntag den 22. d. Mts. Tanz-Unterhaltung.
Anfang 6¼ Uhr.
Bayreuth, den 19. October 1848.
Die Vorsteher.

Kunstanzeige.

Das mit so vielem Beifall aufgenommene Kunstwerk, die ganze **Stadt Berlin und Sanssouci**, aus Lindenholz modellirt, sammt dem interessanten Panorama, im Gasthofe zum Adler, ist nur noch kurze Zeit gegen Entrée die Person 12 kr., für Kinder die Hälfte, zu sehen.

Der auf den 15. d. Mts. angekündigte Verkauf der Kaufmann F. Chr. Schüller'schen Realitäten zur Altstadt konnte wegen unvorhergesehener Hindernisse nicht vorgenommen werden, weßhalb anderweiter Termin zu diesem Zwecke auf Montag den 23. October 1848 Nachmittags 3 Uhr bei dem Gastwirthe Herrn Weber zur Altstadt festgesetzt wird.

Gutes Faßbrech ist fortwährend billigst zu haben bei
Joh. Andr. Zapf.

Zwei kleine Quartiere sind sogleich oder auf Martini zu vermiethen. Näheres Nr. 264 vor dem Eremitager-Thor.

Im Verlage der Geh. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 293.** **21. October 1848.**

Deutschland.

Die O.-P.-A.-Zeitung schreibt in ihrem amtlichen Theil: Am 14. October haben die Herren Reichscommissäre Teichert und Möring die Fregatte „Deutschland", das Kanonenboot „Sanct Paul", die Dampfer „Hamburg", „Lübeck" und „Bremen" sammt den darauf befindlichen Mannschaften ganz, die Corvette „Frankfurt" aber unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsministeriums, für die deutsche Centralgewalt unter entsprechender Feierlichkeit übernommen. (F. D. Z.)

München, 18. Octbr. (Bierkrawalle.) Da vorgestern das Bier um 1 und 2 Pfennige theurer wurde, so hatten wir gestern Abends wieder einmal einen ernstlichen Bierkrawall. Die Brauer erklärten zwar noch am Abend in einem Anschlag an den Straßenecken, daß sie „im Interesse der öffentlichen Ruhe" das Bier zu 4½ statt zu 5 kr., abgeben wollten, allein dies genügte den Leuten nicht. Man meinte, bei den jetzigen niedrigen Preisen der Gerste und des Hopfens könnte das Bier zu 4 kr. gegeben werden. Gegen 8 Uhr Abends nun sammelte sich ein Haufen Volkes vor dem Maderbräuhause im Thale, bei welchem bisher alle Bierkrawalle ihren Anfang nahmen, und zerstörte dort unter Schreien und Pfeifen Fenster, Thüren, Läden, Gläser ꝛc., worauf dieselben Excesse nach und nach bei allen Großbräuern und später auch bei einigen Bäckern verübt wurden. Da die bewaffnete Macht erst spät erschien und dann auch ohne alle Energie auftrat, so hatten die Krawaller hinlänglich Zeit zu ihrem fratzbaren Geschäfte, dabei denn auch mehrere Bräuhäuser sehr arg mitgenommen sind. Diesen Vermittag haben sich die Excesse leider wiederholt. Es gegen einzelne Haufen, zum großen Theil aus Soldaten bestehend, in einzelne Brauhäuser und verlangten das Bier um 4 kr. Wo ihnen Dieß nicht gewährt wurde, wurden sofort die kaum wieder hergestellten Fenster auf's Neue zertrümmert. Ein Gleiches geschah bei mehreren Bäckern, die gewöhnlich waren, das Brod unentgeltlich zu verabreichen. Unbegreiflich ist es, daß man gegen solches Gebähren nicht auf das Ernstlichste einschreitet. Man sieht zwar in den betreffenden Straßen einzelne Militärabtheilungen umhermarschiren, sonst ist aber bis jetzt Mittags 1 Uhr nichts geschehen. Hoffentlich wird man indessen für den Abend umfassende Vorkehrungen treffen, außerdem möchte es leicht zu ganz ernstlichen Auftritten kommen.

Nachschrift, 2 Uhr. Endlich scheint die Behörde Ernst gelegen zu wollen, denn eben schlägt man Generalmarsch. Es sollen bei Schlägereien in Bräuhäusern Verwundungen vorgefallen seyn.

Eisenmann's „Volksblatt" meldet nun nachträglich, daß Herr v. Beisler die Mißtrauensadresse seiner Wähler doch noch erhalten hat, „Er werde ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben."

Regensburg, 17. Oct. Zu Sitzen der Bezirksgerichte des Kreises Oberpfalz sind dem Vernehmen nach bestimmt: Regensburg, Amberg, Neumarkt und Weiden.

Bernburg, 13. Oct. Auch Bernburg hat seit heute einen Landtag, der sich für permanent erklärt, die exekutive Gewalt an sich genommen und einen Landtagsausschuß niedergesetzt hat.

Berlin, 17. Oct. Die deutsche Centralgewalt hat den Prinzen Adalbert von Preußen aufgefordert, die oberste Leitung der deutschen Marineangelegenheiten zu übernehmen, und ihm die für diesen Zweck bestimmten 3 Millionen zur Disposition gestellt. Diese Wahl ist nicht nur durch die besondere Befähigung des Prinzen für diesen Zweig gerechtfertigt (wir erinnern an seine „Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte", Potsdam 1848), sondern auch erfreulich als ein Zeichen, wie von Seiten der Centralgewalt die richtige Würdigung des Verhältnisses von Preußen zu Deutschland wohl und mehr lebendigen Ausdruck gewinnt.

Berlin, 17. Octbr. Der erste in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gefaßte Beschluß geht dahin, daß, wenn ein Mitglied auf länger als 14 Tage Urlaub begehrt, es verpflichtet sey, so lange in ihr zu bleiben, bis sein Stellvertreter eingetreten sey. Hierauf ertheilt sich der Minister des Innern zu folgender Darlegung: Sie werden Alle von den Unruhen des gestrigen Tags gehört haben; ich wünsche Ihnen darüber einen ausführlichen Bericht zu erstatten, noch aber bin ich nicht dazu im Stande, da die Rensteignements noch nicht alle eingegangen sind. Ich kann aber wohl erwähnen, daß die Unruhen sich vom Donnerstag herschreiben. Die Regierung hatte beschlossen, um die Arbeiter auch im Winter beschäftigen zu können, eine Maschine aufzustellen, welche das Wasser aus dem Kanal schaffen sollte. Diese Maschine ist von den Arbeitern zerstört worden. Es sind deßhalb am Orte Bürgerwehrabtheilungen aufgestellt worden. Die Unruhen haben gestern Mittag wieder angefangen; es fanden Conflikte statt, von denen bis jetzt nur feststeht, daß nähere Details noch nicht da sind, daß die Arbeiter die Veranlassung gegeben. Es sind drei Menschen getödtet; seitdem haben stets neue Zuzüge von Arbeitern stattgefunden, Barrikaden sind gebaut worden, die von Arbeitern besetzt und mit Feuergewehr vertheidigt worden sind. Im Ganzen sind bis jetzt 9 getödtet; darunter 7 Arbeiter, aber auch der Tod zweier braver Bürgerwehrmänner ist zu beklagen. Zwischen 9 und 11 Uhr war es zweifelhaft, ob die Bürgerwehr ausreichen würde. Der Sicherheitsausschuß erließ deßhalb eine Requisition an das Militaircommando; es wurden sofort 2 Bataillone in Marsch gesetzt; nachher zeigte sich; daß die Bürgerwehr doch ausreicht, und die Bataillone wurden zurückgezogen. Gegen 11 Uhr war die Bewegung beendigt, die Nacht ist ruhig vorübergegangen. Wir haben das Weitere abzuwarten. Die Untersuchung wird auf das strengste geführt werden; die Leichen wurden besichtigt. Ich bedauere, noch keine nähern Details mittheilen zu können. — Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Berathung über das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung der Lasten. — Der Präsident Grabow berichtet noch über die Thätigkeit der an den König abgesendeten Deputation. Die an benselben gehaltene Rede sey zwischen den Mitgliedern der Deputation verabredet und dem Ministerpräsidenten zur Kenntnißnahme vorgelegt worden. Im Schlosse Bellevue hätten sie dem König ihre Glückwünsche abgestattet. Er nehme nun die Antwort, die er ihnen gegeben, mit zurück, mitzutheilen nimmt er Anstand, weil er sie nicht wortgetreu wiedergeben könne. Ein Couvert sey ihm nicht mitgetheilt. Ferner theilt der Präsident mit, daß dem Abg. Behrends die Petitionen der Arbeiter übergeben worden sey. Der Abg. Behrends ersucht die Petitionscommission, schon heute zu einer Berathung zusammenzutreten, damit morgen der Bericht der Commission berathen werden könne. Hiermit schließt die Verhandlung.

Berlin, 17. Oct. Gestern Abend war an der Jakobs- und Rossstraßenecke noch heftiges Gewehrfeuer. Die Bürgerwehr erstieg die Barrikade, ihr Hauptmann, der Hofvergolder Schneider, packte die dort aufgepflanzte rothe Fahne und sinkt, von 9 Kugeln getroffen sterbend zusammen; des Nachts Ruhe unter bangem Verhalten der Bevölkerung, welche Plünderung fürchtet. Nur ein gewaltiger Grimm über die gefallenen Brüder hat die Erdarbeiter ergriffen; aber — zum Ruhme unserer Demokraten sey es gesagt — sie, die Clubführer an der Spitze, beschwichtigen die rasende Menge. Heute früh wieder allgemeiner Allarm in der Stadt. Das Haus des Bäckermeisters Schulz in der Rosenthalerstraße, der gestern Feuer kommandirte, wird mit Demolirung bedroht, doch von der Bürgerwehr mit Erfolg geschützt. Gegen Mittag ziehen gegen 5000 Erdarbeiter mit Fahnen vor die Nationalversammlung, — ein denkwürdiger, abenteuerlicher Zug. Abg. Behrends, schon gestern mit großem politischen Verstand einschtsvoll und beschwichtigend wirkend, hält den Aufgeregten vor der Freitreppe des Schauspielhauses eine kluge Anrede und empfängt ihre Petitionen, vier Punkte enthaltend, darunter Untersuchung gegen die Bürgerwehr, Verfolgung der Hinterlassenen, feierliches Begräbniß der Gefallenen auf öffentliche Kosten ꝛc. Hr. Rimpler läßt ein Plakat vertheilen, worin er versöhnliche Worte spricht; auch hier mischen sich wieder Demokraten unter die Gruppen, begütigend, zurückhaltend, abmahnend. Denn es heißt, General Wrangel sey mit seinem Generalstab bis an den Stern gerückt. Da geschah es, daß einzelne Arbeiter mit rasenden Gebehrden, die Fäuste geen die aufgestellte Bürgerwehr geballt, bis zur obersten Stufe der Freitreppe gedrängt waren, nur durch eine Glasthür getrennt von dem Rempel der Kunst und der Volksvertreter. Endlich zogen die Massen mit Musik ab. Seitdem Ruhe, durch feierliches, den Demokraten gegebenes

Digitized by Google

Wort von den Arbeitern verbürgt. Aber die Todten, im Vereine mit denen der Bürgerwehr, sollen im pomphaften Zuge begraben werden. Immer Todte — immer prächtige Züge! — Die Berliner lithographirten Nachrichten vom 17. Oct. bemerken zu dem bereits Bekannten: Unter dem Volke hört man beiweitem weniger über die Bürgerwehr als über die Constabler Klagen äußern. Selbst die im Schlosse niedergelegten Leichen sollen von der Rohheit dieser Polizeimannschaft nicht verschont geblieben seyn. Die Erbitterung gegen dieselbe ist seit gestern unglaublich gesteigert worden. Die Zahl der im Schloßkeller aufbewahrten Leichen wird auf 28 angegeben. Verschiedene Personen, die sonst bei dem Volke Einfluß haben, waren vom Beginn des Kampfes bis zum Ende hin bemüht, zu vermitteln und zu versöhnen. — Ein mehrfach genannter Mann, der sich besonders durch seine Agitationen unter der Landwehr zu Gunsten des Prinzen von Preußen bemerklich gemacht hat, soll unter den Arbeitern das Feuer vorzugsweise geschürt haben. (D. A. Z.)

Berlin, 17. Oct. (Abends 10 Uhr.) Die Ruhe ist bis diesen Augenblick in keiner Weise gestört worden.

Aus Aachen, 14. Oct. verstarb nach längerer Krankheit der als Dichter wohlbekannte Dr. Wilhelm Smets, Canonicus an der Stiftskirche zu Aachen. (A. Z.)

Aus Hannover sind am 16. Octbr. ungefähr 5000 Mann Infanterie, Cavallerie und Artillerie als die nach Meiningen bestimmten Truppen abgegangen. (D. A. Z.)

Schleswig, 13. Octbr. In der Landesversammlung ist heute die Gesetzvorlage der Regierung, betreffend die Verwaltung durch verantwortliche Minister, einstimmig abgelehnt worden. Die Regierung hatte nämlich beantragt, daß die Regierungsmitglieder gleichzeitig auch mit verantwortlichen Ministerien beauftragt werden könnten. Die unklare, doppeltdeutige Stellung eines unverantwortlichen Regierungsmitgliedes zugleich als verantwortlichen Ministers war der Grund der entschiedenen Ablehnung. Wir dürfen nun erwarten, daß die provisorische Regierung sich unverzüglich mit der Ernennung der Minister beschäftigen wird.

Bremerhaven, 15. Oct. Das deutsche Kriegsdampfschiff „Lübeck", Capitain King, ist hier eben auf der Rhede vor Anker gegangen. Es führt die deutsche Centralgewaltsflagge und die HB. Reichscommissäre Major v. Teichert und Hauptmann v. Mörring an Bord, um morgen früh die amerikanische Fregatte St. Lawrence zu begrüßen; das Fort Wilhelm wird mit 21 Kanonenschüssen [illegible] erwidern. — Gestern Nachmittags wollte sich eine Schaar von beiläufig 300 Arbeitern aus Steiermark durch die Vorposten der Kroaten nach Wien begeben. Die hiesige Nationalgarde wollte ihren Durchmarsch unterstützen, kam aber zu spät. Die Kroaten hatten die Arbeiter bereits zur Flucht genöthigt. Letztere hatten nur Schaufeln und Krampen zu ihrer Vertheidigung. — Es ist heute der 11. Tag, der für Wien ohne allen Verkehr verübersireicht. Wäht dieser Zustand noch länger, so wird bald eine allgemeine Noth gräßlich sühlbar werden. Der Mangel an Silbergeld wird wieder so groß, daß man selbst bei kaiserlichen Kassen nur selten im Besitz einiger zum Geldwechseln bestimmter Summen ist; dagegen im Lager der Kroaten ein großer Ueberfluß an Gold- und Silbermünzen bemerkt wird. Das Schmuggeln von Waffen und Munition in die feindlichen Lager nimmt gar kein Ende. Gestern Nachmittag wurde bei der Linie ein mit Zimmereinrichtungsstücken beladener, angeblich nach Baden bestimmter großer Wagen angehalten, auf dem sich unter Möbeln mehrere Kisten mit Gewehren und 6 Fäßer mit Pulver befanden. Um die Linie zu passiren, muß man jetzt mit einem Geleitschein der Nationalgarde-Oberkommando in Wien versehen sein.

Wien, 16. Oct. Gestern Sonntag 11 Uhr, soll die Deputation des Reichstag Rubiczy beim Kaiser in Olmütz haben. Sonst kam nichts von Bedeutung vor. Der gestrige Tag verlief ruhig, sowohl in Wien als in dessen Umgebung. Den neuesten Nachrichten zufolge hat Jellachich eine rückgängige Bewegung gegen Wiener-Neustadt gemacht. Die Ungarn zögern, weil sie noch nicht stark genug sind.

Wien, 16. October Vormittags. Die verflossene Nacht war ungestört, denn ein fortwährendes Plänkeln der Vorpostenketten, ein brinahe regelmäßiges Allarmiren und Kriegsgetöse ist uns bereits schon so zur Gewohnheit geworden, daß es als Ruhestörung nimmermehr betrachtet werden kann. In der Stellung der beiden vor unsern Mauern lagernden Heere ergab sich gestern Nachmittags eine wesentliche Veränderung, deren Wichtigkeit dem kriegergeübten Auge nicht entgehen kann. Jellachich verwechselte nämlich seine Position mit jener Auersperg's. Rücken nun die Ungarn in Oesterreich ein, so müssen sie, um Jellachich angreifen zu können, vorerst mit Auersperg handgemein werden; denn die kroatische Armee ist jetzt durch Auersperg gegen einen Angriff der Ungarn sehr gut gedeckt.

Wien, 16. Oct. In der um 4 Uhr gestern fortgesetzten Sitzung des Reichstags berichtete Schuselka als Referent des Ausschusses Folgendes: Es sind höchst erfreuliche Zusicherungen der fernern Gegenden eingegangen. So hat die Stadt Steier in Oesterreich eine Adresse an den Reichstag geschickt, worin sie sich bereit erklärt, dem hohen Reichstage zur Verfügung zu stehen. Aus Troppau kam eine Zuschrift an den hohen Reichstag, wo angezeigt wird, daß in Schlesien das Landvolk bereit stehe und nur Befehle erwarte. Auf Neutitschein kam eine Deputation, die gleiche Zusicherungen gab. Eine Deputation kam in seiner Absicht aus Hadersdorf.

Steiermark, über diesen Stimmung man bisher sehr in Zweifel war, hat sich ganz für die Bewegung ausgesprochen. 3000 Steirer sind am 14. Oct. in Wien schon angekommen; die meisten sind wohl bewaffnete Schützen. Ein Corps von 6000 M. hat sich im Rücken von Jellachich, am Fuße des Semmering, aufgestellt; auch sie wollen Wien zu Hülfe zu eilen. In ganz Steiermark wird der Landsturm aufgeboten; Kanonenschüsse und Feuer auf den Höhen dienen als Signale. Graf Wickeburg, welcher anfangs sich nicht freundlich gegen Wien in seinen Handlungen und Worten aussprach, hat unverbrieft alle diese Maßregeln nicht allein nicht gemißbilligt und verhindert, sondern leitet sie sogar mit großem Eifer. Das in Steiermark bestehende Militair hat sich gleichfalls zur Dispositien des Reichstags gestellt, und der Commandirende unterweist alle seine Schritte der Bestimmung der Civilbehörde. Auch von Marburg und Cilli sind Zuzüge in Wien angekommen, und auch dort ist der Landsturm aufgeboten.

Schweiz.

Bern, 15. Oct. Ueber die Wahlen in den Nationalrath erfährt man jetzt von mehren Seiten der Räthere. Gewählt sind bis jetzt für Bern, Ochsenbein (Treisch), Neuhaus (zweisach), Karlen, Funk, Schneider, Vogel, Kohler, Stockmar, Prytigiani; für Baselland Dr. Matt; für Graubünden Latour und Planta; für Waadt Blanchenay, Eytel, Veillon, Pittet, Suter-Bron, Pittet, Grivaz und Meyster, sämmtlich Candidaten des patriotischen Vereins in Waadt, also Radicale, wie die ehrg. Ztg. angibt. General Dufour hat öffentlich erklärt, es sey ihm unmöglich, eine Wahl in den Nationalrath anzunehmen. (A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 12. Oct. Der schwarzgelbe Commandant der Festung Arad, Namens Berger, hat, nachdem er sein gegebenes Ehrenwort schändlich gebrochen, am 7. Oct. sogar die Stadt von der Festung aus bombardiren lassen. Die trefflichen, arader Nationalgarden hielten aber das Bombardement eine ganze Stunde muthig aus, worauf dieses verstummen mußte. Zu gleicher Zeit hatte der verrätherische Oberst Blomberg mit seinem Uhlanenregimente die Stadt angegriffen, wurde aber so total zurückgeschlagen, daß die wüthenden Soldaten ihn auf der Flucht ermordet haben sollen. Der Commandant Berger hat sich nach arader Privatbriefen in Nationalgardenuniform verkleidet aus der Festung geflüchtet. — Der ungarische Staatssecretär, im Ministerium des Auswärtigen, Franz Pulszky, ist gestern aus Wien hier eingetroffen. Dieses Ministerium in Wien ist jetzt ganz eriedigt und soll auch für die nächste Zukunft wesentlich modificirt werden. Sämmtliche ungarische Blätter sprechen sich jetzt für die Republik aus in dem Falle, „daß auch Oesterreich die republikanische Regierungsform an die Stelle der monarchischen setze." Sollte jedoch, wie es wahrscheinlicher ist, die Monarchie in Oesterreich und Ungarn fortbestehen, so wird dem König durch einen neuen Verfassungsartikel jederzeit königl. Rechtsübung während der jedesmaligen Abwesenheit von Ungarn benommen werden. Als künftigen Palatin und königlichen Statthalter bezeichnet man den Kronprinzen Franz Joseph. Auch der General Dietrich wurde gestern hier „gefangen eingebracht. Die Bauern haben ihn bei Szolnok festgenommen.

Pesth, 12. October. Der Reichstag hat einen wichtigen Beschluß gefaßt: die Rückberufung der ungarischen Truppen aus Italien. (N. K.)

Italien.

Mailand. Dem „Zeffner Republikaner" wird von Como aus berichtet, daß vor wenig Tagen drei ungarische Abgeordnete nach Mailand gekommen, um den hier liegenden ungarischen Trup-

Digitized by Google

pen den Befehl zur Rückkehr ihre Heimath zu überbringen. Radetzky habe diese Abgeordneten einfperren lassen, worauf die ungarischen Offiziere eine Deputation an Radetzky abschicken um die Freilassung ihrer Landsleute zu verlangen. Diesem Begehren sey nicht entsprochen worden, was bedeutende Aufregung unter den Ungarn verursacht habe. Daß aber wirklich ein Soldatenaufstand ausgebrochen sey, wie in Zürich am 15. eingegangene Privatbriefe meldeten, wird hier nicht bestätigt.

Turin, 12. Octbr. (Eine Art Vorparlament.) Die erste Sitzung der lange vorbereiteten Versammlung der **Società federativa italiana** fand vorgestern im **Teatro Nazionale** statt. Die Räume waren überfüllt, die Reden entzückten, Sprecher und Hörer verließen die Vorstellung in angenehmster Aufregung. Um 8 Uhr schritt Vincenzo Giobertn über die Bühne, durch die Reihen der Scenes, vor den unerläßlich grünen Tisch, zwischen die vorläufigen Vizepräsidenten. Langer, stürmischer Beifall begrüßte ihn; er verbeugte sich wiederholt, öffnete sein Manuskript und las über eine Stunde lang vor. Der talentvolle Mann verdient vieles Lob, aber seine Zuhörer nicht weniger, denn sie hörten das 100 Mal Vernommene mit ehrerbietigster Gedult, nahmen den heissen, manchesthalten Vortrag des Redners und einige selbst unrichtige Zitationen mit großer Geistesfreiheit hin. Der **Principe de' Filosofi** legte vor Allem Einheit und Herz, zeigte mit Hilfe der Geschichte die Folgen der italienischen Zwiste, warnte vor Munizipal-Engherzigkeit und Republikanismus, hielt das deutsche **Parlament** als Muster hin, bestand dann nachträglich auf der Nothwendigkeit eines mächtigen nordtalienischen Reiches, und schloß mit **Namensaufruf** der hervorragendsten Bundesversammlungsmitglieder, deren Verdienste er mit wenigen Worten bezeichnete. Nachdem die Sitzung vorerst Halt gebot, verlas einer der Sekretäre die Namen sämmtlicher Mitglieder, deren viele auf's Wohlmeinendste bewillkommnet wurden, vor Allen Mamiani, der bekannte römische Exminister, Peter der Sizilianer, Pier Angelo Fiorentino, die Grafen Casati und Borromeo, die beiden Kalabresen Romeo, die Deputirten Benedigs und Brescia's und Fürst Canino. Hierauf wurde zur Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten geschritten und folgende Wahl bekannt gemacht. Präsidenten: Gioberti, Andrea Romeo und Mamiani, Vizepräsidenten: Canino und Peter. Noch war die Sitzung nicht zu Ende. Nach kurzer Pause erhob sich Mamiani, der Vielgefeierte, und improvisirte eine Rede, die einen ungeheuren Eindruck machte. Er warf seinen Landsleuten Verzagtheit, Unentschlossenheit, gehässige Anklagen vor, mit denen selbst Der nicht verschont worden sei, der sich und seine Söhne so vielen Beschwerden und Gefahren preisgegeben, den das römische Parlament einstimmig als ersten Bürger Italiens erkannt habe (Karl Albert), und schloß mit einem Aufruf zu den Waffen, den einzigen Bundesgenossen eines Volkes, das auf Achtung Anspruch mache. Die Vindizirung des Königs wurde mit einem Beifallssturm aufgenommen, der erst nach einer Weile Peter, der Sizilianer, sich zur Rede begeistert. Er bethenerte, daß Sizilien dem ganzen Italien die Bruderhand reiche, daß 50,000 entschlossene Sizilianer bereit seien, in der lombardischen Ebene zu kämpfen, sobald das hartbedrängte Land nur erst von dem Bourbon, dem österreichischen Feldherrn, befreit sei. Hierauf forderte Gioberti nochmals zu einem „**viva la Confenderazione Italiana** auf, und die Sitzung war zu Ende. Mit dieser ersten Sitzung ist, streng genommen, noch nicht der Grundstein zum projektirten Gebäude gelegt, sondern nur auf Material und Bauleute hingewiesen. (D. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 16. October. Zahlreiche Deputationen der Legionen der Nationalgarde von Paris und andern großen Städten werden sich nach Straßburg begeben, um dem großen Feste der nun zweihundertjährigen Vereinigung des Elsaß mit Frankreich beizuwohnen. Das Monument, das bei diesem Anlaße in Straßburg errichtet wird, wird von dem berühmten Bildhauer David (d'**Angers**) ausgeführt werden.

Wir haben heute die Turiner Nachrichten vom 12. Man kannte die Wiener Revolution, — alles war in der größten Aufregung. Der König ward gedrängt, den Waffenstillstand nicht zu erneuern, sondern die Feindseligkeiten zu beginnen, um so mehr, als man wußte, daß in Mailand die größte Besturzung herrschte, und die Bevölkerung sich zu einem neuen Aufstande vorbereitete.

Französische **Nationalversammlung**. (Sitzung vom 16. October.) Um 1¼ Uhr besteigt der Minister des Innern, **Dufaure**, die Tribüne. Er legt einen Gesetzvorschlag vor, wodurch er einen Supplementar-Kredit von 100,000 Fr. für geheime Ausgaben verlangt. Er liest die motivirte Einleitung zu diesem Zwecke vor, die zugleich eine Art Programm bildet. Eine Ministerveränderung sey eingetreten und das neue Kabinet lege sein Programm hiermit vor. In der jetzigen Lage sey nur ein System möglich, das im Februar angenommene, das die Theilnahme Aller an der Regierung, die Berechtigung Aller zu Allem, zur Grundlage habe. Die Regierung werde an dem Wahlprunche der Republik: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! wie an den in der Einleitung der Verfassung aufgestellten Grundsätzen festhalten. Ruhe und Beistand für die arbeitenden Klassen, Freiheit der Presse, Aufrechthaltung aller Rechte, Bruhigung des Landes durch gütliche Auflärung der Irrthümer, und Vorurtheile, Durchführung des Gedankens, daß die Republik keinesweges eine permanente Revolution sey, Sicherung der drei Grundlagen der Republik, die Freiheit, die Familie, das Eigenthum, werden versprochen. Was die auswärtigen Beziehungen betrifft, so sey die Ruhe Frankreichs für die Ruhe Europas nöthig, der Absolutismus sey nicht mehr gefährlich und falle überall von selbst in Trümmer und nichts stehe dem Fortschritte, der Freiheit und der Civilisation mehr im Wege, so daß man auf friedliche Lösung aller obschwebenden Fragen hoffen könne. Das Kabinet bittet die Versammlung um ihre Unterstützung und überläßt es ihr, die Diskussion sogleich zu eröffnen, oder sie erst durch den Bericht einer Commission vorbereiten zu lassen. Die Versammlung entscheidet, daß die Diskussion sogleich beginnen soll. **Landrin** nimmt das Wort, und skizirt das Historische der Entstehung und des Daseins des jetzigen Kabinets. Das Vertrauen der Versammlung habe diese Regierung eingesetzt, das Vertrauen sie begleitet und unterstützt. Plötzlich habe sich das Kabinet von seinen alten Freunden getrennt und sich seine Majorität auf einer andern Seite zu bilden gesucht. Unter diesen Umständen hielten es die Freunde des vorigen Kabinets für unmöglich, dem neuen Kabinet ihr Vertrauen zu schenken und es zu unterstützen. Allerdings wolle in dieser Versammlung Alles die Republik, aber man wolle sie auf verschiedene Weise und in dieser Hinsicht theile sich die Versammlung, mit Uebergehung verschiedener Nuancen, in zwei große Partheien, die sich geradezu diametral entgegenstehen. Die Executivgewalt habe die erste, die der Republik am aufrichtigsten ergebene Parthei, verlassen und sich in die Arme der Andern geworfen, deren Belehrung zur Republik doch wenigstens problematisch sey. Wenn man sage, man müsse nicht auf die Personen, sondern auf ihr Programm und auf ihre Handlungen sehen, so könne er es: Die Personen seien ihrer Antecedenzien bedeutsamer mehr als ein geschriebenes Programm, das man später debavouiren oder anders auslegen könne, und was die Handlungen betreffe, so könne man das Vertrauensvotum nicht vor denselben, auf ein bloßes Programm hin geben. Er stimme gegen jedes Vertrauensvotum. — **Cavaignac**: Der Redner vor ihm habe sein negatives Votum durch sein Mißtrauen gegen die in das Kabinet getretenen **Personen** motivirt. In dieser Hinsicht habe er nichts zu sagen, als daß er und seine Kollegen des alten Kabinets nicht diese Meinung getheilt hätten. Allerdings habe das Vertrauen der Majorität die Regierung 3½ Monate lang unterstützt, aber als diese Unterstützung plötzlich bei einem wichtigen Votum außer blieben sey, habe die Executivgewalt sich umsehen müssen, ob sie auch auf dem richtigen Wege sey. Keine Regierung sey aber möglich, wenn diese nicht die Elemente der Majorität um sich vereinige. Nach den Junitagen habe es keine Partheien gegeben, die Gefahr habe Alle zu einer ungeheuren Majorität vereinigt, — so sey das vorige Kabinet gebildet worden, so habe es regiert, so habe es leider vielfache Eingriffe in die Freiheiten des Landes machen müssen. Allein nach und nach habe sich gezeigt, daß dieses Kabinet sich nicht bis zur Einsetzung der definitiven Regierung halten könne. Bei aller seiner Achtung vor der Volks-Souverenetät habe er (Cavaignac) nicht mit seinem Kabinette zugleich abtreten wollen, da man dies für eine den Massen gemachte Schmeichelei, für ein Manöver der Präsidentschafts-Candidaten gehalten hätte. So sey er an der Spitze geblieben, so habe er ein neues Kabinet bilden müssen und dieses habe er aus den Elementen der Majorität, wie sie sich ihm in den Boten gezeigt haben, zusammensetzen müssen. So oft habe man schon von dieser Tribüne aus das Wort: Versöhnung ausgesprochen, und jetzt erhebe man sogleich die Personenfrage zur Hauptsache. Die Versöhnung aber müsse man durch die That, nicht durch Worte zeigen, denn das Land verlange diese Versöhnung und Verschmelzung aller Republikaner. Was er gethan habe, welche Folgen es auch haben möge, werde er nicht bereuen, denn er habe das Wohl und den Frieden des Landes im Auge gehabt. (Sehr gut!) **Portalis**: Was bedeute das Programm? Nichts! es sey eine lange Homilie, die man halten könne oder nicht, und die man mit den bekannten Losungsworten aufgeputzt habe. Aber erfahren könne man aus diesem Programme nichts, — es mache du sentiment und appellire an das Gemüth. Aber die Politik eines großen Landes beruhe

Digitized by Google

auf anderer Basis als aus Sentiments und Gemüthlichkeit und in einer Republik müsse die Regierung offen handeln, das Volk klar sehen. Portalis gerieth nun den Hergang des letzten Votums über die Suspension der Journale die die Ministerkrisis herbeigeführt habe. Durch dieses Votum seyen der Belagerungszustand und die Suspension der Journale von der Mehrheit getadelt worden — die abtretenden Minister hätten also wahrscheinlich auf diesen Maßregeln bestanden und seyen deßwegen abgetreten.

Großbritannien

London, 14. October. Die Jury zu Cloumel hat auch den zweiten Angeklagten, M'Manus, der zu den Führern des Aufstandes gezählt wurde, schuldig gesprochen; das Strafurtheil war jedoch noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen gegen den dritten Angeklagten, O'Donoghoe, hatten begonnen. — Eine Deputation achtbarer Einwohner von Dublin, mit dem Lordmayor und dem Parlamentsmitgliede Sharman Crawford an der Spitze, überreichte vorgestern dem Lordstatthalter eine Adresse zu Gunsten einer Umwandlung der über S. O'Brien ausgesprochenen Todesstrafe. Der Lordstatthalter äußerte, die verbreitete Nachricht, daß Befehl zur Hinrichtung ergangen, sei falsch. Er werde bei Ergreifung eines Entschlusses in dieser Sache das Nationalinteresse und die Politik des Landes zu Rathe ziehen. Tags darauf wollte sich unter dem Vortritte des protestantischen und des katholischen Erzbischofs eine zweite Deputation in gleicher Absicht zum Lordstatthalter begeben. In vielen irischen Städten werden Petitionen für Umwandlung der über S. O'Brien verhängten Strafe vorbereitet. — Gegen mehrere Individuen sind neuerdings Haftbefehle wegen Hochverraths-Anklage ergangen; zwei der am stärksten beschuldigten Personen wäre jedoch schon nach Frankreich entkommen. — Die „Dublin Evening Post" kündigt an, daß die Regierung beschlossen habe, die Uebertreter des Repealvereins aufzulösen.

Rußland und Polen.

Nach längerem Schweigen sind neuerdings wieder einige offizielle Berichte aus dem Kaukasus veröffentlicht worden. Am 21. Juli fiel ein Gefecht bei der Stanitza Tengin an der Laba gegen einen Haufen von Abadschen vor, welche die Stanitza hatten überfallen wollen. Die Berichte sprechen natürlich von Heldenmuth der Kosaken und der feigen Flucht der Gebirgsvölker, von denen sogar 200 Mann auf dem Platz geblieben seyn sollen, während die Russen nicht einmal einen Verwundeten gehabt hätten, was die ganze Sache ziemlich zweifelhaft erscheinen läßt. Das Dagheran'sche Detachement beschäftigte sich bis zum 6. August mit der Schleifung des befestigten Auls von Ghergebil, und begann dann den Bau eines neuen Forts bei Aimiaki in der Nähe von Ghergebil, wodurch das mittlere Daghestan gedeckt und eine Ausammlung der Feinde auf dem rechten Karakoiunufer unmöglich gemacht werden soll. Ein anderer Theil dieses Detachements machte am 7. Aug. einen glücklichen Angriff auf einen Beobachtungsposten auf den Berg Turtschidi. — Der Oberbefehlshaber, Fürst Woronzoff, befand sich in der ersten Hälfte des August an verschiedenen Punkten der Tschetschnia und der Suntschalinie. Es wurden einige neue Befestigungen angelegt. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Wir erhalten aus München noch Nachrichten vom gestrigen, wonach am 18. Nachmittags die Excesse sich in erhöhtem Maßstabe wiederholten. Es kam zum Kampfe zwischen den Aufrührern, worunter viele Soldaten und die vereinigte Linien- und Landwehrgarnison. 8 Aufrührer (worunter 5 Soldaten) fielen, 20 wurden verwundet, 60 verhaftet. Abends war mit Ausnahme der Vorstadt Au die Ruhe wieder hergestellt.

Bekanntmachung.

Da auf das in der Ochsengasse belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Seyß u. auf den Felsenkellergang in den sog. 99 Gärten in dem ersten Licitationstermin ein annehmbares Gebot nicht gelegt wurde, so werden diese Realitäten hiemit nochmals öffentlich feilgeboten und anderweiter Bietungstermin auf

den 24. November, Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, zu diesem werden Kaufslustige unter der Bekanntmachung andurch eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypotheken-Gesetzes §. 64. und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §. 98—101 und zwar auch alsdann erfolgt, wenn das Gebot den Schätzungswerth obiger Realitäten von 4100 fl. nicht erreicht. Eine nähere Beschreibung derselben enthält die Taxverhandlung, welche in der Registratur eingesehen werden kann, und wegen welcher auch auf die dießgerichtliche Bekanntmachung vom 25. Juli h. J. (Intelligenzblatt Nr. 94, 96, und 104, d. J.) hingewiesen wird.

Bayreuth, den 10. October 1848.

K. Kreis- und Stadtgericht.
Opel.
v. n.

Landgraf.

Anzeigen.

Goldberger's galvano-electrische Rheumatismus-Ketten.

Diese Rheumatismus-Ketten sind ein sehr bewährtes Heil- und Präservativ-Mittel gegen nervöser, rheumatische und gichtische Uebelaller Art, als:

Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Augenfluß, Ohrenstechen, Hartohrigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Hexttropfen, Schlaflosigkeit, Gesichts-Rose und andere Entzündungen ꝛc. und ist die Heilkraft dieses Mittels auch bereits vielfach von geachteten Aerzten, die dasselbe bei ihren Patienten mit Erfolg angewandt haben, bezlaubigt worden.

Für Nürnberg und die Umgegend habe ich Herrn Kaufmann Sal. Ludwig **Krauß** daselbst das alleinige Depôt meiner Rheumatismus-Ketten übergeben und kostet das Stück mit Gebrauchs-Anweisung 1 Thlr. — stärkere 1½ Thlr. preuß. Courant oder 1 fl. 45 kr. und 2 fl. 38 kr. im 24½ fl. Fuß.

Briefe und Gelder werden sich franko erbeten.

J. L. Goldberger,
in Tarnowitz in Oberschlesien.

Nothgedrungene Bitte.

Ein Schullehrer auf dem Lande im oberfränkischen Kreise befindet sich dermalen in sehr trauriger Lage. Von unbemittelten Eltern abstammend, mußte er in der sein seiner Ausbildung zum Schulamte Schulden machen, die er bisher noch nicht abzahlen konnte. Denn das Einkommen seiner ersten Dienststellen war so gering, daß dadurch kaum seine und seiner Frau Existenz gesichert war. Schwere Krankheiten, ihn und seine Frau öfterd heimsuchend, verhinderten nicht blos die Befreiung von den alten Schulden, sondern verursachten die Anhäufung derselben durch neue. Sein jetziger Dienst ist auch einer der geringeren, und trägt kaum so viel, daß er sich und seine Familie bei gegenwärtiger Zeit zur Noth ernähren und kleiden kann, zumal er bei dem jetzigen Geldmangel von seinen Gläubigern aufs Aeußerste gedrängt wird, so daß ihm häufig das nöthige Geld zur nothdürftigsten Nahrung und Kleidung fehlt. Das Härteste für ihn ist aber der Mangel an den zu seiner Aus- und Fortbildung nöthigen Hülfsmitteln, deren Anschaffung seine Armuth und Noth verbietet, so sehr er sich darnach sehnt. So z. B. fehlt ihm trotz Jahre langen Trachtens darnach, ein gutes Klavier oder Pianoforte, ein für ihn ganz unentbehrliches Instrument, und hat unter bemerkten traurigen Verhältnissen und ohne außerordentliche wohlthätige Unterstützung nicht die geringste Aussicht, ein solches je zu erlangen. In seiner drückenden Lage nimmt auch er in aller Ehrerbietung den Wohlthätigkeitssinn edler Menschenfreunde in Anspruch und wagt die herzinnigste Bitte um liebevolle Unterstützung. Nie wird sein innigster Dank erlöschen, wie für alle, für Menschen wohl warmschlagende Herzen sein Gebet zu Gott dem Allwissenden allzeit dauern wird. Die Expedition d. Bl. übernimmt allenfallsige milde Gaben.

Frisch gewässerter Bamberger Stockfisch ist zu haben bei
Margaretha Deckant.

Zu den „fliegenden Blättern" werden noch einige Mitleser gesucht. Das Nähere in der Expedition dieses Blattes.

Ein Landgerichts-Assessors-Uniform mit Hut und Degen sind zu verkaufen. Bei wem? sagt die Expedition.

In E. R. 440 an der Dammallee sind Zwiebeln und gelbe Rüben billig zu verkaufen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag | Nro. 294. | 22. October 1848.

Deutschland.

†Frankfurt, 19. Octbr. Die vorgestern zur Begutachtung der Anträge von Nauwerck und Venedey niedergesetzte Commission hat bereits heute durch Schubert aus Königsberg ihren Bericht vorgelegt. Derselbe verfällt in ein Majoritäts- und Minoritäts-Gutachten; Ersteres bes Inhalts: daß die Absendung von Reichscommissären gutgeheißen und das Reichsministerium aufgefordert werde, alle zur Sicherstellung der deutschen Interessen in Oesterreich nöthige Maßregeln zu fassen. Letzteres dahin gehend: daß alle deutschen Interessen kräftig gewahrt, die österr. Truppen ausschließlich unter die Verfügung der gesetzlichen Organe gestellt und die Reichsorgane mit dem Vollzug der betreffenden Anordnung beauftragt werden. Die beiden Berichte werden demnächst zur Berathung kommen. Francke und v. Reden interpellirten wegen der vertragswidrigen Behandlung Schleswiger Schiffe von Seiten Dänemarks. Minister v. Schmerling versprach nächsten Montag zu antworten und erklärte zugleich, daß noch heute dem deutschen Reichsgesandten in Kopenhagen die Weisung zugehen werde, die nöthigen Schritte zur Wahrung der verletzten deutschen Interessen zu thun. Mölling wollte wissen, was denn für Erlangung der unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt von Seiten Preußens und den übrigen einzelnen Regierungen geschehen sey, vom Ministerstich wurde jedoch auf diese Interpellation nicht eingegangen. Hierauf folgte wieder eine Reihe dringlicher Anträge. Jahn beantragte, dem durch die Ungarn bedrohten deutschen Reichslande Mähren, die Truppen von Preußen, Sachsen und Thüringen zu Hülfe zu senden. Die linke Seite brach hiebei in lautes Gelächter aus. Liebelt beantragt, daß die Posnische Frage zum zweiten Mal einer Diskussion unterworfen werde. Nun war die Reihe des Lachens an der Rechten und als die Linke sich darüber beschwerte, rief von Gagern dagwischen: das ist Reciprocität. Die Anträge von Jahn und Liebelt wurden übrigens nicht als dringend zu Begründung zugelassen und Liebelt nahm hierauf den seinigen zurück. Nicht besser ging es dem Antrage v. Dahm auf sofortige Zulassung des in Offenburg in die Nationalversammlung gewählten Advokaten Wernher, der als pöbtischer Flüchtling steckbrieflich verfolgt ist, sich aber bereits seit 14 Tagen hier befindet und seine Zulassung verlangt. Nach v. Gagerns Erklärung wurde die badische Regierung um Einsendung der Wahlakte ersucht. Eine Interpellation Wiesmanns an den internationalen Ausschuß bezog sich auf die Entschädigung für Kriegsverluste in Schleswig-Holstein. Zachariä antwortete im Namen des Ausschusses, derselbe habe sich mit dem Gegenstande beschäftigt, ihn jedoch wegen veränderter Verhältnisse wieder zurückgelegt, eine Auskunft, mit welcher Wiesmann keineswegs befriedigt war. Als nun die Berathung des Verfassungsentwurfs beginnen sollte, machte der Präsident bekannt, daß der Verfassungsausschuß die Abgeordneten Mittermaier, Waitz und Rieser zu Berichterstattern (Vertheidigern) gewählt habe. Ein gradzueller Antrag Schreiners ging dahin: den zweiten Abschnitt (Reichsgewalt) vor dem ersten Abschnitt (Reich) zu berathen. Obgleich der Antragsteller sich auf die noch in Unterhandlung begriffene Posener und Schleswiger Frage, auf die verwerrenen Zustände Oesterreichs u. s. w. berief, fand sein Antrag keine Unterstützung. Die Berathung wurde nunmehr über Abschnitt I. Art. 1, §. 1 eröffnet, lautend: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Deutschlands. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmungen im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung überlassen.“ Als Redner hatten sich bellaufig 30 Abgeordnete eingetragen lassen. Rieser vertheidigt die Ausschußanträge und das Resultat war, daß der §. in der odenerwähnten Fassung angenommen wurde. Esterle und Marsilly gaben im Namen der italienischen, Liebelt der posnerschen Gebietstheile, Dahlmann, Michelsen, Droysen und Francke in Bezug auf Schleswig Verwahrung zu Protokoll. In der morgenden Sitzung wird Art. 2, §. 2 zur Berathung kommen.

Frankfurt, 19. Oct. Den 14. d. erhielt der eidgenössische Vorort Bern die offizielle Anzeige, daß der Feldmarschall Radetzky alle seine gegen den Kanton Tessin angeführten Maßregeln aufgehoben hat und der Verkehr wieder wie früher hergestellt ist. Der Feldmarschall hat die eidg. Repräsentanten eingeladen, ihm einen Besuch in seinem Hauptquartier zu Mailand zu machen.

Frankfurt, 18. Octbr. Se. k. k. Hoheit Erzherzog Stephan ist hier angekommen. (F. J.)

□ München, 19. Octbr. Wir haben gestern einen traurigen Tag erlebt, die Bierexzesse nahmen einen scheußlichen Charakter an: am Morgen schon stellten sich Soldaten in mehreren Gasthäusern ein und erzwangen den Tarif von 4 kr., indem sie das Demolirungswerk von vorne begannen. Nachdem einige Bräuer auf diese Weise stark zu Schaden kamen, einschlossen sich die Andern, nicht blos diesen erzwungenen Tarif anzunehmen, sondern gaben ihren Keller noch der wilden Horde eindringender Soldaten und Pöbels' Preis, welche ganze Kufen und Fässer Biers auf die Straße schleppten und sich damit berauschten. Gleichzeitig stürzten sie sich auf Bäckerläden, plünderten dieselben vollständig aus und zerstörten auch die Wohnungen dieser Bürger. Bei all diesen Excessen blieb das ausgerückte Militair, welches nicht gegen seine excedirenden Kameraden einschreiten wollte, müssige Zuschauer, ja selbst als die Frevel bereits den höchsten Grad erreicht hatten. Ein wohr Haufen, welcher das Gastzimmer des Bierbräuers Pschorr in der Neuhauserzasse zerstört hatte, wandte sich nun sogar in den ersten Stock der Wohnung Pschorr's und warf Meubles, Betten, in der Neuhauserzasse zerstört hatte, wandte sich nun sogar in den Preziosen, die Geschäftsbücher, Geld, Papiere zum Fenster hinaus und das vorbeipatrouillirende Militair schaute diesen frechen Treiben ruhig zu. Endlich tönte Generalmarsch, welcher die betrunkenen Soldaten, der Mehrzahl nach zur Besinnung brachte, so daß sie in ihre Kasernen zurückkehrten. Landwehr und Freikorps versammelten sich, das Kuirassierregiment und Infanterie besetzen die Hauptplätze und sperrten die Straßen ab, Artillerie wurde aufgefahren und man begann energisch einzuschreiten. Acht der Aufrührer wurden getödtet*), worunter 5 Soldaten, über 60 verhaftet, ungefähr 20 verwundet. Auch die Aufschrafte wurde verkündet und so stellte sich dann gegen Abend die Ordnung wieder her. Die ganze Nacht wurden von den Bürgerwehr Patrouillen gemacht und im Freien bivouakirt. Nur in der Vorstadt An, wohin sich ein Theil der Excedenten flüchtete, wurden noch einige Bräukeller demolirt. Ein Theil unserer Freikorps kam der Landwehr dieser Vorstadt zu Hülfe und stellte auch dort die Ordnung her. Die Neue Münchener Zeitung, anstatt die Fahrlässigkeit der Behörden und die frechen Uebergriffe der Soldaten als den wahren Grund dieser abscheulichen Excesse anzugeben, entstellte diese Vorfälle und gibt sie Mitte, denselben eine politische Färbung unterzuschieben.

Die D. z. J. schreibt: Nachdem durch achtstündiges Zusehen die Anarchie legalisirt, nachdem das Zerstörbare bereits der Zerstörung verfallen, rief endlich um 2½ Uhr die Allarmtrommel und das Signathorn die bewaffnete Macht herbei. Ein Zug von 24 Landwehrmännern, deren empörtes Gemüth jede Rücksicht auf die Räthlichkeit, das Eintreffen mehrerer Kameraden abzuwarten, schweigen machte, erschien zuerst auf dem Schauplatze der Verwüstung. Der Platz wird gesäubert, Ein- und Ausgänge des Hauses besetzt und aus demselben nach und nach 51 Individuen — unter diesen ein Geistlicher — als Gefangene auf die Studententhurmwache gebracht. Noch viele Verhaftungen wurden im Laufe des Nachmittags und Abends vorgenommen. Zwischen 5 und 6 Uhr verlasen Polizeibeamte an der Ecke jeder von Militärabtheilungen das Martialgesetz mit der angefügten Drohung, daß bei Wiederholung solcher Szenen das Standrecht eintreten werde. Dieser Akt der Behörden wurde vollzogen, als bereits fast 3 Stunden lang keine Ruhestörung mehr vorgefallen war. (D. z. J.)

Nachrichten vom 19. Nachmittags zufolge war die Ruhe in München bis dahin nicht wieder gestört worden. Allgemeine Entrüstung aber herrschte unter der Bürgerschaft über die passive Haltung, welche die Behörde am 17. und 18. beobachtet, und man wollte Schritte thun, um die Entfernung des Ministers des Innern, des Regierungspräsidenten des Polizeidirektors und des Stadtkommandanten zu erwirken.

*) Andere Berichte wissen nur von 2 und 3 Todten.

Digitized by Google

München, 17. Oct. Abends. Die Gerüchte von Ministerveränderungen, erhalten sich fortwährend, doch war die heute Abend immer noch nichts Zuverlässiges darüber bekannt geworden. — In vergangener Nacht wurde außer den schon Genannten auch noch Hrn. v. Thon-Dittmer eine Katzenmusik gebracht, und mehrere Fensterscheiben am Ministerium des Innern zertrümmert. (A. Z.)

München, 17. Oct. Die Gesetzgebungsausschüsse haben vorigen Sonntag die letzten ihnen zur Berathung vorgelegten größern Gesetze durch Gesammtbeschluß angenommen, und somit ihre eigentliche Aufgabe vollkommen gelöst. Zwei kleine Gesetze (Abänderung der Verordnung vom 9. Aug. 1806, Mitdiebstahl betreffend, und Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreitigkeiten über den Ersatz des Wildschadens und über Defraudation) welche noch zu berathen sind, und ferner die Zusammenstellung sämmtlicher Gesetze, etwaige Redaktionsveränderungen ꝛc. werden nur sehr kurze Zeit in Anspruch nehmen, so daß die Auflösung der Ten Kammer und die Ausschreibung der Wahlen zu einer neuen in nächster Aussicht steht*).

Das namentlich von der Münchner Presse sehr vertretene niedere Eisenbahn- und Postpersonale hat nun endlich höheren Orts Berücksichtigung gefunden. In einer betreffenden Verordnung wird ersterlich ihr Besoldungsstatus regulirt. Die Anstellungen bleiben auf Ruf und Widerruf. 10jährige Dienstzeit macht die Anstellung stabil. Die Pensionen und Alimentationen reguliren sich analog den allgemeinen Bestimmungen der IX. Verfassungsbeilage in der Art, daß im ersten Jahrzehnte der erlangten Stabilität $^1/_6$, im zweiten $^1/_5$, nach dem Eintritte ins Dritte $^1/_4$ des Hauptgehaltes zugut als Standesgehalt zu betrachten sind. Im Falle der Verunglückung im Dienste ist ohne Unterschied der Stabilität allen Bediensteten von mindestens $^1/_4$ des Hauptgehaltszugs geschert. Die Reliften werden bei gleicher Veranlassung nach den Bestimmungen der Pensionspragmatik von 1805 alimentirt. Der Besoldungsstatus ist folgender Art: Eisenbahnexpeditoren erhalten von 380 fl. — 530 fl., Oberkondukteure 436 fl., Kondukteure 286 — 386 fl., Postpacker 366 — 466 fl., Briefträger 366 — 466 fl., Wagen- und Staatsmeister 416 — 466 fl., Briefstempler und Paketmacher 270 — 330 fl., Stationsdiener 250 — 270 fl., Lokomotivführer (mit Bewilligung à 200 fl.) 700 — 900 fl., Lokomotivführerlehrlinge 350 fl., Wagenwärter 286 fl., Heizer 350 — 370 fl., Bahnmeister 416 — 466 fl., Bahnwärter 250 fl.

München, 19. Oct. Es wurden der Revierförster zu Bildhausen Kaspar Heid und der Revierförster Friedrich Krapf zu Waldsassen in den Ruhestand, der Revierförster Gerber zu Kothen an des Letztern Stelle versetzt; der Sekretär I. Klasse bei der Regierung von Oberdayern Packenreuth in den Ruhestand versetzt, und der bisherige Inspektor. Kontroleur bei dem Baiersdorfer Bräuhause in Nürnberg Friedrich Mayer zu Packenreuths Stelle provisorisch ernannt; der Salineninspektor Alfred Weishaupt zu Reichenhall zum wirklichen Oberbergs- und Salinenrath mit Belassung auf seiner bisherigen Stelle ernannt.

Nürnberg, 20. Oct. Sicherem Vernehmen nach werden die hiesigen politischen Vereine gegen die vom Reichsministerium von ihnen geforderte Auflieferung ihrer Statuten, Mitgliederverzeichnisse und gefaßten Beschlüsse Protest einlegen. Dieser Schritt verdient jedenfalls Billigung. Denn wo bliebe die Freiheit des Vereinigungsrechts, wenn die Vereine so ohne weiteres genöthigt werden könnten, sich unter polizeiliche Kontrolle zu stellen? (N. K.)

Meiningen, 16. Oct. Die nach Hildburghausen berufenen Reichstruppen zur Herstellung der Ruhe und Entwaffnung der Behrmannschaften in Heldburg zurückgelegenen Dorfschaften haben am 14. d. M. tumultuirende die Zurückführung in ihre Garnisonsorte (Bayern) verlangt und ihren Offizieren den Gehorsam aufgekündigt; auch die Freilassung eines arretirten Kameraden erzwungen. Der Grund dieser nicht unbedeutenden Meuterei wird verschieden angegeben. Nach einer Nachricht soll er in einer verzögerten Löhnungszahlung, nach einer anderen aber darin gelegen haben, daß die Löhnung geringer ausgefallen sey, als von einer Seite bei den Soldaten die Erwartung rege gemacht. Ein großer Theil des Militärs erklärte sich zum Dienste des Königs und des Vaterlandes stets bereit, wolle aber außerhalb Bayern keinen Dienst thun, bei welchem keine Waffenehre zu erndten sey. — Gestern Abends ist der Reichstagskommissär für Thüringen, Herr v. Mühlenfels, hier eingetroffen und am 18. d. M. werden die ersten baunöverschen Truppen hier erwartet. (O.-P.-A.-Z.)

Hildburghausen. Noch stehen die bayerischen Truppen hier und in einigen wenigen Dörfern, und leben mit den Bewohnern im bestes Vernehmen, und man rühmt das gute Betragen und die Freundlichkeit der bayerischen Gäste. Dem Vernehmen nach werden diese uns aber in einigen Tagen verlassen und dafür hannöversches Militär in Coburg, Hildburghausen und Meiningen einziehen. — Sämmtlichen Ortschaften sind starke Geld-Contributionen auferlegt. Die Untersuchungen und Verhaftungen dauern fort.

Die Herzogin von Orleans hat beschlossen, ihr Asyl, die Wartburg zu verlassen, da es sehr zu unruhig dort sei und sich nach Mecklenburg zu begeben, wo bereits das Schloß zu Dargun zu ihrem Empfang eingerichtet sein soll.

Berlin, 18. Oct. Zum Beginne der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird ein Schreiben des Ministerpräsidenten mitgetheilt, worin angezeigt wird, daß der König das Gesetz über Errichtung der Bürgerwehr und die transitorischen Bestimmungen vollzogen habe. Ein zweites Schreiben theilt das Patent vom 17. Oct. mit welches das vom Reichsverweser publicirte Gesetz zum Schutze der Reichsgewalt und ihrer Beamten vom 10. Oct. zur öffentlichen Kenntniß gesetzt wird.

Berlin, 18. Oct. Der gestrige Abend ist ruhig vorübergegangen, was einestheils dem heftigen Regen, welcher den ganzen Nachmittag hindurch bis zum Abend fiel, anderntheils den allseitigen Bemühungen um Beruhigung der Arbeiter zu danken ist. — Die Taktik der frankfurter Linken, auf Abberufung der Mehrheit der deutschen Nationalversammlung hinzuwirken, wird in den hiesigen demokratischen Kreisen jetzt lebhaft unterstützt. Alle Clubs beschäftigen sich mit dieser Frage, deren schließliche Erörterung dem auf den 27. Oct. berufenen demokratischen Congreß vorbehalten bleiben soll. — Dem Vernehmen nach sollen morgen Opfer der jüngsten Ereignisse gemeinsam beerdigt werden. — Aus Potsdam wird berichtet, daß die neuesten blutigen Vorgänge den Entschluß des Königs, bald nach Berlin zurückzukehren, wieder aufgeschoben haben. Der Hof wird voraussichtlich in Potsdam bleiben.

Berlin, 18. October. Man erzählt, daß der Ministerpräsident den bestimmten Willen ausgesprochen habe, seine Dimission zu geben, da er sich nicht im Stande befinde, exsorderlichenfalls die Aeußerungen des Königs der Kammer gegenüber zu vertreten, wie er als constitutioneller Minister dies doch eigentlich müßte. Die Mißstimmung in der Stadt über das allseitige ungnädige Verhalten des Königs ist ziemlich groß.

Berlin, 19. Oct. Die Regierung wird fünf Ministerialvorstände ernennen. Man bezeichnet als solche Landvogt Jensen von Sylt, Amtmann Jakobsen von Flensburg, Landrost Rathgen von Pinneberg, Regierungsrath Hardon von Schleswig, Syndikus Prehn von Altona.

Kiel, 15. Oct. Nach einem berliner Briefe vom 15. Oct. in den Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten sind die Verhandlungen über Einsetzung der neuen Regierung für die Herzogthümer am 14. Oct. in Berlin zu Ende gebracht worden, und der Reichscommissär Stedmann wird die neue Regierung in diesen Tagen installiren. Die Mitglieder derselben sein Landvogt Beseler, Etatsrath Petersen, Amtmann v. Heintze, Graf Revenlow-Jersbeck, Graf Adam Moltke.

Breslau, 17. October. Nach dem Berichte von, mit dem heutigen Wiener Postzuge, ankommenden Reisenden ist Wien ruhig, die Läden sind geöffnet, der Verkehr ziemlich lebhaft. Jellachich will dem Kaiser seine Unterthanen wieder zuführen, wenn die Nationalgarde die Waffen niederlege. Die Truppen werden bei Lundenburg an der Nordbahn zusammengezogen. Der Reichstag wünscht eine friedliche Beilegung des Zerwürfnisses mit dem Kaiser, fordert jedoch Jellachichs Absetzung; die Akademiker wollen zwar kein Kampf, ordnen sich aber dem Reichstag unter. Noch ist die Deputation von Kaiser nicht zurückgekehrt. Der französische und der englische Gesandte befinden sich bereits am kaiserlichen Hoflager. (D. A. Z.)

Die von der Linken nach Wien deputirten Reichstagsabgeordneten Blum, Fröbel, Hartmann ꝛc. sind am 15. Octbr in Breslau angekommen. Eine große Menge Volks sammelte sich vor ihren Absteigquartier und begrüßte sie jubelnd. Rob. Blum hielt eine Anrede, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. Spät in der Nacht brachte ihnen der Arbeiterverein noch ein Ständchen. Am 16. setzten sie ihre Reise nach Wien fort.

Wien, 16. Oct. Der Grund, warum der bedrohlichste Angriff von Seiten der Ungarn noch nicht gemacht werden, ist: daß der ungarische Feldherr Mesaros ohne die nöthige Anzahl der Truppen (20,000 reguläre und 30,000 Garden) nicht gegen die Kroaten vorrücken zu dürfen glaubt. Das Militär in der Umgebung Wiens erlaubt sich empörende Gewaltsamkeiten gegen Abund Zureisende. Das mobile Corps vergrößert sich fortwährend. Die Vertheidigungsanstalten werden verbessert und erweitert; der

*) Wie wir vernehmen, ist bereits ein Erlaß an die Regierungen, die Vorbereitungen zur Wahl betreffend, ergangen.

Digitized by Google

gewesene Oberkommandant von Einem Tage ist verhaftet; man hat ein verrätherisches Einverständniß zwischen ihm und den Gegnern des Volkes entdeckt. Der jetzige Oberkommandant Messenhauser wirkt mit Umsicht und Energie; er veranstaltet jetzt die augenblickliche Drucklegung und Veröffentlichung aller Berichte über den Stand der k. k. Armee. Die Zufuhr von Lebensmittel und Geld ist ohne Aufhör; von der ganzen Umgebung, selbst von den entfernteren Städten, kommen Deputationen mit Gratisbeiträgen. Vom republikanischen Verein aus Dresden ist eine Deputation an das Studentenkomité mit einer Dankadresse gekommen. Zwei neapolitanische Offiziere wurden heute Nacht gefangen genommen und auf die Universität gebracht. Kleine Plänkeleien der Vorposten, besonders der Mariahilfer- und St. Marxer-Linie dauern immer fort.

In der Abendsitzung des Reichstages vom 16. berichtet der Präsident Smolka, daß noch immer 221 Mitglieder anwesend seien. Schuselka zeigte an, daß der Permanenzausschuß, obwohl er hoffe daß sich die Dinge zum Besten wenden würden, doch nichts unterlasse, um Wien immer mehr zu befestigen, so daß es „bei dem Heldenmuthe der Bevölkerung unmöglich sey, die Stadt einzunehmen.“ — Der Oberkommandant Messenhauser macht unterm 16. bekannt, daß er dem (poln.) General Bem die Inspektion und Organisation der Vertheidigung sämmtlicher Linien und Außenwälle übertragen habe.

(Telegraphische Depesche von Olmütz nach Floritsdorf.) Reichstagsdeputirter Fischer an den permanenten Ausschuß des Reichstages. Gestern um 6 Uhr 30 M. Abends war die Audienz. Se. Majestät gab der Deputation folgende Antwort: „Aus der Mir überbrachten Adresse des Reichstages ersehe Ich mit Vergnügen, daß derselbe das Gesammtwohl aller Völkerschaften des österreichischen Kaiserstaates vor Augen habe, und die Bemühungen des Reichstages, der drohenden Anarchie entgegen zu wirken, erhalten Meine vollkommene Anerkennung. Ich werde meinerseits Alles aufbieten, um die nöthige Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herzustellen und dem konstituirenden Reichstage die möglichste Gewährschaft für seine ferneren ungestörten Berathungen zu verschaffen. Floritsdorf, am 16. October 1848. Nachmittags 2 Uhr.“

Wien, 17. Oct. Wieder haben mehrere Städte: Bielitz, Kommotau, Leitmeritz, Neusoh, Hadersdorf, also aus verschiedenen Provinzen Adressen mit den freundlichsten Gesinnungsbezeugungen an den Reichstag geschickt. — Ein Kurier bringt uns den Bericht über Stand und Lage der ungarischen Armee. Als Bevollmächtigter des ungarischen Reichstages unter dem Titel eines Generalkommissärs befindet sich Czányi im Lager, ihm beigegeben ist Pazmandy, der Präsident des Unterhauses. Kommandirender General ist Mogaz, zu welchem gestern Abends Perzel mit seiner Mannschaft gestossen ist so daß die Zahl der Gesammtmasse gegen 65,000 Mann sich beläuft. 15,000 Mann mobiler Garde unter Führung des Obersten Joanka stehen sich von dem Hauptkörper und begeben sich über Pressburg nach Hainburg, um von der Seite den Angriff der Magyaren nachdrücklichst zu unterstützen. 15 Offiziere, unter ihnen Nadvary, der berühmte Redner, sind als verdächtig nach Pesth geschickt und eine Untersuchung gegen sie eingeleitet worden. Die österreichischen Offiziere der Regimenter Ernst und Wasa hatten, weil sie die österreichische Grenze nicht überschreiten wollten, quittirt; die Soldaten hatten neue Offizire aus ihrer Mitte gewählt. — Von Pressburg sind an das hiesige Oberkommando 110 Zentner Pulver geschickt worden. — In der Gegend des Beiverdere wird von der kampffähigen Bevölkerung Wiens ein befestigtes Lager bezogen; Generalkommandant ist Generallieutenant Behm, dem von der Legion 5 Adjutanten beigegeben sind. Eine Unterkantine und ein Feldlazareth werden in Verbindung mit dem Lager ins Leben treten. — In der Stadt bemerkt man kaum mehr eine besondere Aufregung; es ist Alles so gut geordnet, daß man jedem Vorfall gefaßt und ruhig entgegensieht.

Wien, 16. October. Von Windisch-Grätz ist noch nichts zu merken, dagegen ist durch eine Deputation heute die Nachricht angelangt, daß 40,000 Ungarn bei Bruck an der Leitha, bes ersten Winkts gewärtig, unter General Mogaz aufgestellt sind. Es ist ein tüchtiges Heer mit der vortrefflichsten Cavalerie, mit Geschützen, Munition und Lebensmitteln wohl versehen. — Allmälig beginnt es auch, im Lande Tag zu werden. Odschon bis jetzt die Zuzüge gering waren, so theilt doch dieser Umstand in eine neue Phase. In Birlitz und Bisla hat man die schwache militärische Besazung vertrieben, sich der dort befindlichen Kriegsgeräthe (darunter drei Geschütze) bemächtigt, und haben sich dort die Bauern haufenweise gesammelt. Sie sind meist nur mit Piken und Sensen bewaffnet, allein voll Begeisterung, uns zu Hülfe zu eilen. Ein Theil derselben ist angelangt. Es scheint, als wolle die sonst so entmuthigende Zögerung für uns wirken. Leider indessen besetzt das Militär bereits die Eisenbahnen auf allen Seiten, um den Zuzug zu hindern, und es geht dies so weit, daß wahrscheinlich die Dampfwagenzüge nach allen Richtungen eingestellt und man auswärts ganz ohne Nachricht von hier bleiben wird.

Wien, 16. Octbr. Die gestern gefangenen croatischen Offiziere, im Verdacht Spione zu sein, waren der Gefahr ausgesetzt, von der Menge zerrissen zu werden; vier Mitglieder der akademischen Legion haben aber mit der größten Aufopferung die Offiziere gegen die Menge geschützt. — Löhner ist zurück. Die Deputation wurde nicht vom Kaiser(?), sondern von dem bisherigen Minister Wessenberg empfangen, der sich diplomatisch höflich benahm und bestimmt versicherte, daß dem General Windischgrätz ausdrücklich verboten sei in die Stadt Wien einzurücken, — der Kaiser wolle nichts als Ruhe und Ordnung. Wir haben hiebei nur zu bemerken, daß Wien nichts anderes will und allerdings das Einverhalten des Windischgrätz als eine dahinwirkende Maßregel betrachtet.

Kossuth ist im ungarischen Lager angekommen. Es scheint, daß eine Uneinigkeit unter den Offizieren den Angriff der Ungarn verzögert hat. (A. D. Z.)

Olmütz, 14. Octbr. Minister Wessenberg ist schon drei Tage hier, er soll zum Conteaftagniren der kaiserl. Manifeste dableiben. Auch Hofrath Erd ist schon angekommen.

Grätz, 13. Octbr. Vorgestern um 10½ Uhr V. M. wurde die Stadt durch 12 Kanonenschüsse überrascht, welche vom Schloßberge herunter dröhnten. Dabei wurde mit allen Glocken Sturm geläutet. Es war der demokratische Verein, welcher den Landsturm gegen Jellachich aufrief. Eine Menge Garden, Studenten, Arbeiter, Gesellen, jedoch keine Bauern folgen dem Aufgebot. Gestern und heute schaarten und schaaren sich neue Freiwillige zusammen. Von 300, welche gestern mit dem Train abfuhren, wuchs die Schaar, als sie Mürzzuschlag erreicht hatte, schon auf 1900 an. Das hitzige Militärzeughaus ist drm Volke geöffnet worden, welches sich mit Waffen übreiud. General Pürker, Commandant der hiesigen Garde, hat jene Attheilung, welche gegen Jellachich auszog, gegen Wien begleitet.

Prag, 16. October. Noch immer weigert sich die Nordbahndirektion, Militär nach Wien zu befördern. Gestern Abends langte nun hier die Nachricht an, daß ein Hauptmann mit einer Attheilung Truppen in drn Stationsthof Napajedel die zweit Station hinter Perzau gegen Wien) eingerückt sei und drei leer mitfahrende Waggons von dem Wiener Train aushängen ließ. Die Eisenbahnbeamtrn in ihrer geringen Anzahl waren natürlich nicht im Stande, diese Requisition zu verhindern, und es scheint, als ob man so auf den verschiedenen Stationshöfen nach und nach eine hinreichende Anzahl Wagen in Beschlag nehmen und dann die Weiterbeförderung von Truppen erzwingen will. Bemerkenswerth ist bezüglich der Truppensendung auf der Nordbahn eine Aufforderung des Generals des österreichischen Lloyd, wo es heißt, das demokratische Zentralkomité von Wien habe Maßregeln getroffen, die eine jede solche Truppenbeförderung unmöglich machen, ja „den Konvois unabwendbare Vernichtung drohen!“ (K. z. u. f. D.)

Ban Jellachich hat 8—10,000 Mann irreguläter Truppen von Ungarisch-Altenburg unter Befehl des Generalmajors v. Theokorovich nach Kroatien zurückgeschickt. Da sie auf dem Wege viel Unwesen treiben, hat der commandirende General in Steiermark die steirischen Truppen bei Fürstenfeld zur Deckung der Grenzen Steiermarks konzentrirt.

Allgemein fürchtet man in Galizien eine Besetzung durch die Russen, weil das ganze Land von Truppen entblößt ist. Der Adel ist natürlich in der gräßlichsten Bestürzung, weil er eben so sehr die Sensenmänner als die Russen zu fürchten hat. Es bilden sich deßhalb unter Leitung der Edelleute allenthalben Freikorps (ihre Anzahl wird schon auf 14,000 M. angegeben), welche nach Ungarn den Magyaren zu Hülfe ziehen wollen, theils aus politischen Rücksichten, theils um ihr Leben sicher zu stellen. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 17. October. Das neue Kabinet hat gestern am Schlusse der Sitzung das geforderte Vertrauens-Votum mit 570 gegen 155 Stimmen erhalten, — ungefähr 150 Mitglieder der Linken, die durch Ducleve erklären ließen, sie könnten weder für, noch gegen stimmen, sondern sie müßten erst die Handlungen des Ministeriums abwarten, haben sich des Votums enthalten. Das Kabinet kann also in diesem Augenblicke auf 330 bis 600 Stimmen rechnen und 300 bis 350, je nach den Umständen und vorliegenden Fragen, gegen sich. Da die Legitimisten und die übrigen Monarchisten gerneu für die Regierung stimmten, sich

Digitized by Google

aber in der nächsten wichtigen Frage von ihr trennen können, während die Dissidenten der Linken auf ihrem Schmollen beharren würden, so ist diese Majorität keineswegs hinreichend, um vollkommene Beruhigung zu gewähren. Das Cabinet und seine jetzige Majorität können höchstens bis zur Wahl und zur definitiven Einsetzung des Präsidenten der Republik ausreichen, dann muß sich die Situation jedenfalls bestimmter zeigen. Die Discussion bot vor dem Votum keine besonderen Zwischenfälle mehr dar, — nach Tucour, der die Kabinets-Modification bitter tadelte, und ihr geheimnißvolle Motive unterlegte, sprach noch Dufaure mit seinem bekannten Talente, und vertheidigte sein und seiner Freunde Recht, der Republik eben so treu und aufrichtig dienen zu dürfen, als die alten Republikaner. Nachdem noch Grévy und Ducleré erklärt hatten, daß sie und ihre Freunde sich des Votums enthalten würden, ward um 6 Uhr zur Abstimmung geschritten, die das obige Resultat gab. Paris war während der Sitzung, sowie des Abends vollkommen ruhig.

Ein Brief der Fürstin Belgiojoso aus Turin in der Reforme meldet den Ausbruch eines Aufstandes in der Lombardei und daß die sardinische Armee unmittelbar den Ticino überschreiten und Radetzky angreifen werde.

In der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 16. Oct. wurden Art. 82, 83, 84 der Constitution angenommen.

Vermischte Nachrichten.

Leyden, 8. Octbr. Man hofft hier einigermaßen auf Auskunft für einen Theil der Armen in Folge der Austrocknung des Harlemer Meers, da die beträchtliche Fläche des Landes welche gewonnen werden wird, Bewohner herbeirufen muß, und diese Handwerker aller Art bedürfen werden. Ich habe die Arbeiten gesehen die zu diesen kolossalen Unternehmen gemacht werden, sie sind in der That bewundernswürdig. Das Harlemer Meer bildet eine Fläche von 50 französischen Quadratmeilen und geht von Amsterdam bis in die Nähe von Leyden, es ist von der Zuidersee nur durch die Schleusen getrennt über welche die Eisenbahn von dem Thor von Amsterdam führt, und wo man auf einer Seite das Salzmeer und auf der andern das süße Meer von Harlem unmittelbar neben den Schienen hat. Dieses Meer oder vielmehr See wird durch 3 Saugpumpen trocken gelegt werden, von denen die 1. nach dem südwestlichen Ende desselben gegenwärtig arbeitet. Man hat damit angefangen daß man den See mit einem Ringcanal umgeben hat, der theils der Schifffahrt, die sonst auf den Meerte von Harlem ging, dient, theils alles Wasser das von dem umliegenden Land in die See abläuft, auffimmt, theils endlich das Wasser das die Maschinen aus dem See pumpen in das Meer führt. Um den nöthigen Fall zu haben liegt dieser Canal etwa 6 Fuß über dem umliegenden Land, und doch kann er sein Wasser nur bei der Ebbe und wenn zugleich Landwind weht ausgießen; wenn Seewind weht, so wird der Canal durch eine Dampfmaschine die an den Schleußen am Ufer des Meeres steht, entleert und sein Wasser so ins Meer geworfen. Nachdem der Canal gegraben war, hat man die große Saugpumpen gebaut, von denen die erste seit einigen Monaten arbeitet. Sie heißt der Leegwater, nach dem Namen des Verfassers einer kleinen Schrift, der schon im Jahre 1680 die Trockenlegung des Sees vorgeschlagen hatte. Sie besteht aus einem großen runden Thurm aus Backsteinen der im See steht, auf Pfählen ruht und etwa 40 Fuß aus dem Wasser hervorragt, in der Mitte ist eine Dampfmaschine von 5000 Pferdekräften, die täglich 7 Tonnen Steinkohlen oder 10 Tonnen Torf verzehrt. An ihr sind 11 große Arme befestigt welche auf allen Seiten aus dem Thurm hervorstehen und sich gleichzeitig erheben, und deren jeder bei jedem Zug sechs Tonnen Wasser hebt und es in den Rundcanal gießt. Die Maschine hebt also bei jeden Zug 66 T. Wasser, und da sie in der Minute 6 Hebungen macht, zieht sie täglich 599,440 Tonnen Wasser aus dem See. Bis jetzt hat sie den Wasserstand des Sees um einen Fuß tiefer gebracht, d. h. um ein Zehntheil der ganzen Masse aber sie hat bis jetzt nur unter den günstigsten Umständen gearbeitet, nämlich im Sommer wo wenig Regen fällt und wo die Ausdünstung durch die Sonne mitarbeitet. Es werden noch 2 Maschinen gleicher Stärke an 2 andern Stellen des Sees errichtet, und sie werden noch vor dem Winter ihre Arbeit anfangen. Die Maschinen werden in England gegossen und jede kostet mit dem Bau des Thurms 670,000 Gulden. Man glaubt daß sie zusammen den See in einem Jahre ausschöpfen werden, mit Ausnahme der tieferen Pfühle welche dann durch Canäle erst mit den Maschinen in Verbindung gesetzt werden müssen. Die Canäle und die Maschinen müssen immer beibehalten werden um das Grundwasser, das Quellwasser und das Regenwasser das sich in den alten Bett des Sees sammeln würde, wieder auszupumpen und das Land trocken zu halten. Die ganze Unternehmung ist auf 9 Millionen Gulden berechnet, die von Actionären zusammengeschossen worden sind, welche sich mit dem gewonnenen Land bezahlt machen werden. Der Werth von diesem wird auf wenigstens 20 Millionen Gulden berechnet, aber davon gehen natürlich außer den Kosten der Trockenlegung die Zinsen des Capitals bis die neue Erde etwas einträgt und die beständigen Kosten der Trockenerhaltung ab, so daß die Unternehmung im glücklichsten Falle für die Unternehmer nicht außerordentlich vortheilhaft ist. Daher hat auch der letzte König ihnen 2½ Proc. von ihrem Capital garantirt, aber die Generalstaaten wollen jetzt diese Garantie nicht übernehmen, weil es ein Privatakt des Königs gewesen sey. Es ist gegenwärtig eine Commission der Generalstaaten an dem See um einen Bericht zu erstatten, aber wie er ausfallen mag, die Arbeit wird fortgehen und aller Wahrscheinlichkeit nach gelingen. Man rechnet daß in drei Jahren der Bau wenigstens theilweise beginnen und in fünf Jahren die ganze Oberfläche culturfähig seyn werde, und auch wenn das Capital nur schlechte Zinsen eintragen sollte, so ist das ganze Unternehmen für das Land höchst ehrenvoll und zeigt daß der alte Geist, der Holland aus den Sümpfen geschaffen hat, noch nicht eingeschlafen ist. Zu Fall eines sehr günstigen Gelingens denkt man daran die Zuidersee auszutrocknen, aber davon wird Zeit seyn in einigen Jahren zu berichten.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung dahier ist vorräthig zu haben:

Der Felddienst.

(Nach dem 4. Theile der königl. bayerischen Dienstesvorschriften, bearbeitet von J. M. Maillinger.)

I. Heft. **Dienst des Soldaten.** Preis 3 kr.
II. **Dienst des Unteroffiziers.** Preis 9 kr.
III. „ **Dienst des Offiziers.** Preis 24 kr.

Im Verlage von A. D. Geisler in Bremen ist erschienen und in der **Gran**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **C. A. Grau** in Hof und Wunsiedel vorräthig:

Laun, C., (Schiffskapitain.) Kurze Darstellung von **Süd-Australien** und **Port-Adelaide** als Leitfaden für Auswanderer nebst Angabe der Bedingungen zur Ueberfahrt. gr. 8°. geh. 18 kr.

Der Herr Verfasser ist in Port-Adelaide (Süd-Australien) mehrere Male gewesen, kennt die ganzen Verhältnisse genau, und führt diesen Augenblick persönlich eine große Anzahl Passagiere wieder hinüber. Was also hier geboten wird, ist zuverlässig und sicher.

Die Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zu München empfiehlt zu Versicherungen

Friedrich Feustel,
Agent in Bayreuth

Nicht zu übersehen.

Bei beträgesetzten Preisen, die Person 6 kr., für Kinder die Hälfte, ist das **Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,** sammt den Panoramen, wobei eine Sammlung Brasilianischer Schmetterlinge in ihrem schönsten Farbenglanze bis zur Größe von 10 Zoll im Gasthofe zum Adler noch kurze Zeit von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr zu sehen.

Eine Anzahl der am kgl. Gymnasium eingeführten Schulbücher, dann Sprachlehren und Wörterbücher der alten und neuen Sprachen, so wie verschiedene Conversations-Lexica sind billigst zu haben durch

Antiquar **B. Seligsberg.**

Ein goldenes Armband ist in der Friedrichsstraße verloren worden. Der Finder gefällige solches gegen angemessene Erkenntlichkeit bei der Expedition abzugeben.

In E. N. 440 an der Dammallee sind Zwiebeln und gelbe Rüben billig zu verkaufen.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

71 7 27 23 39

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 295.** **23. October 1848.**

Deutschland.

† Frankfurt, 20. Oct. Die heutige Sitzung wurde ohne die gewöhnlichen Zwischenfälle, Interpellationen u. s. w. unmittelbar mit Berathung der §§. 2—4 des Verfassungsentwurfs eröffnet. Die Versammlung beschloß die 3 §§. mit ihren Amendements gemeinschaftlich zu berathen. Bei der Feststellung der Rednerliste ergab sich ein fast komisches Intermezzo, indem zwei Listen, eine von Biedermann und die andere von Feyer aufgenommen waren und jede derselben als die allein gültige gerierte. Endlich wurde der Biedermann'schen der Vorzug zuerkannt und der Feyer'sche derselben angereiht. Es ergab sich, daß 34 Redner für die Commissionsanträge, 29 gegen dieselben eingeschrieben sind. Die Anträge lauten: Art. III. §. 2. Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt seyn. (Zu §. 2.) Minoritätsrecachten. Zusatz. „Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen thunlichst desselben nicht zugelassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichsten Maaße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden.“ (Mühlfeld, Detmold, Rotenhan, Lassaulx.) §. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Land dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen. §. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. (Zu §. 4.) Minoritätsvotum. Zusatz. „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande durch Personalunion verbunden ist, darf nichtdeutsche Truppen in seine Länder nicht verlegen, außer in Veranlassung von Reichskriegen, auf Veranlassung der Reichsgewalt.“ (Schüler, Blum, Wigard.) Dazu sind von mehreren Seiten Verbesserungsanträge eingebracht, darunter einige, welche die Vertagung der Berathung bis nach Ausgleichung der österreichischen Verhältnisse verlangen. Auf diese Anträge wurde jedoch keine Rücksicht genommen. Der erste Redner, Abgeordneter Fritsch, schilderte die Nachtheile einer Trennung Oesterreichs von Deutschland. Eisenmann erklärte sich mit vieler Energie für die Personalunion. „Wollen Sie — so schloß er — der rothen Republik in die Hände arbeiten, dann betreten Sie die Ausflösung Oesterreichs aus Deutschland;“ Arneth (ein erst kürzlich eingetretener Oesterreicher) sprach gegen eine Zertrennung Oesterreichs und besonders gegen den Minoritätsantrag des §. 2. Er glaubt, daß die Erhaltung Oesterreichs für Deutschland um den Preis einiger Rücksicht auf dessen eigenthümliches Verhältniß nicht zu theuer erkauft sey. Reitter von Prag dringt im Angesicht ausgebrochenen Bürgerkriegs auf rasche Entscheidung. Er stellt die Personalunion als das einzige Mittel dar, einer Revolution und einem allgemeinen Bürgerkriege vorzubeugen. Wiesner erklärt sich gegen die Personalunion, weil er hofft, daß Deutschland sich eine Verfassung geben würde, welche die Personalunion überflüssig macht. Er ist für unbedingtes Aufgehen Oesterreichs in Deutschland. Abgeordneter Waitz bemerkt, daß hier nicht bloß von Oesterreich, sondern auch von Schleswig, Luxemburg und Limburg die Rede sey, und vertheidigt den Ausschußantrag. Würth bekämpft die Personalunion und trägt darauf an, die österreichische Regierung zu fragen, mit welcher Motivkation sie die Reichsverfassung annehmen würde. (Lebhafter Beifall links.) Giskra gefällt in einer mehr als 1½stündigen glänzenden Rede die schwarzgelbe Partei, bekämpft die Ansichten der Gegner der Personalunion und zeigt deren überwiegende Vortheile. Gegen Würth bemerkt er, er hätte von einem Beamten der Centralgewalt eine solche Sprache nicht erwartet. Deutschland werde seine Verfassung von der Nationalversammlung erhalten und kein Kaiser und kein König solle darein reden! — So schließt er — kein Oesterich, kein Preußen, aber ein einiges Deutschland, und sollten alle Throne ihren Glanz verlieren und sollten alle Throne stürzen.“

□ München, 20. October. Gestern Nachmittag begab sich eine Deputation von dem Verein für „Freiheit und Ordnung“ mit einigen andern Bürgern zu S. M. dem König, um Aufklärungen über die wahre Sachlage der Ereignisse vom 18. Octbr. zu geben, von welcher S. Maj. anfänglich gar nicht unterrichtet war, da der König während dieser Excesse in die Stadt kam, ohne von allen diesen Vorfällen die mindeste Kenntniß zu haben. Es kam von Seite dieser Deputation auch das Verlangen des Stadtkommandanten, des Regierungspräsidenten und des Polizeidirektors zur Sprache, welche so lange (über 6 Stunden) dem anarchischen Treiben in der Hauptstadt ruhig zusahen, ohne diesen Treiben zu steuern, wo dasselbe so leicht möglich war. Das Einschreiten der Landwehr bedingt zuvor die Requisition der Civilbehörde, welche aber nicht erfolgte. Der Generalmarsch war das erste und einzige Zeichen zum Aufgebot, auf dieses hin erst hatte sich die Landwehr zu versammeln und ließ dann auch nicht auf sich warten. Man sucht aber jetzt wieder die Nothwendigkeit des Linienmilitairs dem Ausbruch von Excessen darzuthun, weil die Landwehr nicht von selbst anrücke, während einer erst jüngst erschienenen Aufklärung zu Folge, die Requisition der Landwehr durch die Polizei zuvor ergehen muß, ohne welche Letztere nicht ausrücken darf. Regierungspräsident und Polizeidirektor ertheilten jedoch diesmal den Befehl nicht; es schien förmlich, als wäre man diese Pöbelexcesse heraufschwören, um das Volk zu verdächtigen, oder die Bereitwilligkeit der Soldaten zu demonstriren und die Volksbewaffnung als ein unpraktisches Institut hinzustellen, vor Allem aber der Sache des Fortschritts mindestens durch gehässige und lügnerische Insinuationen einen Schlag zu versetzen. Der Regierungspräsident äußerte zu einer Deputation von Bürgern bei der Gelegenheit, als diese auf Einschreitung drang: „da habt ihr euere Märzerrungenschaften.“ Ein Offizier bemerkte u. A.: „diese Geschichte hat ihr den Demokraten zu verdanken, bei deren Freilassung ihr sie gejubelt habt.“

München, 19. Oct. Der gestern im Pschorr'schen Bräuhause verhaftete Priester ist auf seine — wahrscheinlich nachgewiesene — Behauptung hin, daß seiner Anwesenheit im erwähnten Hause lediglich der Wunsch, angeblich dort liegenden tödtlich Verwundeten geistliche Hülfe zu bringen, zum Grunde lag, bald wieder in Freiheit gesetzt worden. (N. K.)

München, 20. Oct. Man vernimmt, daß unmittelbar, nachdem die Deputation des Vereins Nymphenburg verlassen hatte, der König einen reitenden Boten in die Stadt an den Ministern sandte, wie man hört, um dieselbe nach Nymphenburg zu entbieten. Man ist nun gespannt, welches Resultat die von den Monarchen zugesagte Untersuchung des Vorgefallenen haben wird. — Graf Hegnenberg-Dux wird dieser Tage aus Frankfurt hier erwartet; es heißt, er wolle aus der Nationalversammlung ausscheiden, um als Wahlkandidat für unsere Kammer der Abgeordneten auftreten zu können. Ist Dieß der Fall, so dürfte seine Ernählung in seinem Wahlbezirke Buch kaum einem Zweifel unterliegen. (K. v. u. f. D.)

Dessau, 18. October. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde die Berathung über die Verfassung fortgesetzt. Bei dem Satze: „Dem Herzog gebührt die vollziehende Gewalt, und er übe die gesetzgebende Gewalt im Vereine mit den Volksvertretern aus,“ wünschte der Abg. Jannasch nach dem Muster der belgischen Verfassung an die Spitze dieses Paragraphen den Satz gestellt zu sehen: „Alle Gewalten gehen vom Volke aus.“ Dieser Zusatz wurde nach längerer Debatte genehmigt. Der erste Theil des folgenden Satzes: „Der Herzog besetzt alle Staatsämter, so weit dies nicht in der Verfassung ausdrücklich beschränkt ist,“ wurde ohne Debatte angenommen; der zweite Theil dagegen: „er verleiht alle Würden und Orden, führt den Oberbefehl über das Militär,“ fiel ganz weg, da hinsichtlich der Würden schon früher beschlossen war, daß sie nicht mehr verliehen werden dürften; hinsichtlich der Orden stellte erst der Abg. Behr, dann der Abg. Fiedler den Antrag auf deren Abschaffung. Die Abgg. Brauer und Prüschenk wollten wenigstens für das Militär und für Tapferkeit im Kriege noch Orden beibehalten, auch Fiedler schloß sich ihnen an, aber

Digitized by Google

Präsident Wallot und Andere wollten gar keine Ausnahme gestatten. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag: „Orden dürfen nicht mehr verliehen werden," mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 19. October. Der aus dem Ministerium des Innern an sämmtliche Regierungen ergangene Erlaß, durch welchen eine vollständige Aufnahme und Statistik aller politischen Vereine in Preußen veranlaßt werden soll, ist auch hier, wie bereits in andern deutschen Staaten, in Folge eines Circulars des Frankfurter Reichsministeriums (wovon aber nichts in der Circularverfügung geschrieben steht) ausgeführt worden. Man erblickt hier darin nur die Absicht, Materialien zu einer systematischen Beschränkung der politischen Association in Deutschland zu sammeln, und die demokratische Parthei bereitet sich auf einen Schlag vor, welcher, wie sie meint, von der deutschen Centralgewalt bei ihrem sich immer deutlicher entwickelnden reichspolizeilichen Charakter gegen Preßfreiheit und Vereinsrecht beabsichtigt werde.

Lübeck, 17. Oct. Zwei russische Kriegsdampfschiffe sind auf unserer Rhede vor Anker gegangen.

Wien, 17. Oct., 12 Uhr Mittags. Vom Stephansthurme wird soeben berichtet, daß die Hauptmacht Jellachichs sich nach Schwechat hin in Bewegung setzt, wahrscheinlich um den bereits über die österreichische Gränze geschlittenen Ungarn entgegenzuziehen. Endlich dürfte also der entscheidende Augenblick herannahen. Die Bewegungen der Kroaten werden vom Stephansthurme genau beobachtet und das Nationalgarde-Oberkommando trifft demgemäß seine Maßregeln.

Wien, 17. October. Ueber die Militäroperationen erfährt man nichts Bestimmtes. Man versichert, der um Wien zu ziehende Cordon solle sich auf 90,000 Mann belaufen. In Mähren soll die Stimmung sehr radical seyn, und die Brünner Freiwilligen werden nächst der Nationalgarde der Vorstadt Wieden in einem Tagsbefehle Messenhauer's besonders belobt. — Man unterhielt sich heute von einem neuen Cabinete. Dimitz ernannten Ministerium mit Wessenberg für das Präsidium und das Aeußere, Stadion für das Innere, Brauner für die Justiz, Kraus für die Finanzen, Welden für den Krieg. Man konnte aber einer solchen Zusammensetzung keinen Glauben schenken.

Wien, 17. October. (4 Uhr Nachmittags.) Eine Abtheilung der mobilen Garde hat in Floridorf eine Bedette des Windischgrätz'schen Corps, bestehend aus einem Unteroffizier und zwei Gemeinen, soeben gefangen genommen. Morgen wird Windischgrätz vor den Thoren stehen. — (5½ Uhr Nachmittags.) Soeben stoße ich auf eine Schaar von 300 Frauenzimmern (ärmster Klasse), welche angeführt von einigen wohlgekleideten Frauen sich zum Reichstage bewegen, um von ihm die Erlaubniß zu bekommen, den Landsturm aufrufen und selbst Waffen tragen zu dürfen!

Wien, 18. Oct., 12¼ Uhr Mittags. Heute Morgens gegen 8 Uhr wollte die Nationalgarde vor der St. Marxer Linie eine Batterie aufführen. Die Kroaten ließen es geschehen und schossen dann scharf drein mit Zwölfpfündern. Die Nationalgarde hatte nur 20 Schuß bei sich, mußte den Platz räumen und dem Feinde die Kanonen überlassen. — Das Ausbleiben der seit 10 Tagen vergebens erwarteten Magyaren drückt die Stimmung sehr darnieder. — In der heutigen Reichstagssitzung zeigte Schuselka im Namen des permanenten Ausschusses an, daß die ungarische Armee nach einem Beschlusse des ungarischen Reichstages sich zurückgezogen hat; ob in Folge einer Konferenz der ungarischen Deputation mit Auersperg oder in Folge einer russischen Note sei unbekannt. Der ungarische Bevollmächtigte Pulszki gab dem permanenten Ausschusse den Rath, sich an den Reichsverweser zu verwenden!

Wien, 18. Oct. Die Zahl der Freiwilligen, welche sich zum Felddienste außer der Stadt bereit erklärten, war heute Mittags 20,000 Mann. Die Nationalgarde von Lerchenfeld und Ottakrin hat auf der Schmelz ein Lager geschlagen. Die Zahl der Mannschaft der mobilen Korps in Wien ist 50,000 Mann. Alle werden auf die Konstitution beidet. — Radschrift. So eben erhalten wir die Radschrift. Die ungarische Armee steht bereits in Fischamend, das Signal zur blutigen Schlacht gewärtigend. Kossuth ist im Lager. Die Wiener Nationalgarde wird sich im Belvedere lagern. Sie zählt 50,000 Mann, General Bem ist Ehef des ersten Treffens. Wir kennen denselben aus den polnischen Freiheitskriegen als bewährten Kämpfer für Freiheit und Recht. Mit vollster Bestimmtheit können wir mittheilen, daß der Angriff der Ungarn gegen die Kroaten in kürzester Zeit erfolgt. Strategische Gründe verhüllen natürlich die Epoche des Angriffes in geheimnißvolles Dunkel. (N. K.)

Die Ost-Deutsche Post sagt aus Wien vom 16. October: Ein Gerücht, das seit gestern in der Stadt zirculirt, erwähnen wir bloß deßhalb, weil es so sehr verbreitet ist; Glauben schenken können wir ihm keineswegs. Es heißt, Graf Medem habe nach Ungarn eine Note geschickt mit dem Bedeuten, da Ungarn zur Zeit sich lossagen habe, so betrachte es der Zar bis zur Ordnung der Verhältnisse mit dem Kaiser als ein selbstständiges Land und erkläre daher, daß in dem Augenblicke, wo die ungarischen Truppen die österreichischen Grenzen überschreiten, alsogleich eine russische Armee in Ungarn einrücken würde.

Prag, 17. Oct. Von dem Plane der aus Wien geflüchteten böhmischen Abgeordneten, den Reichstag nach Brünn zu verlegen, ist man abgekommen, sie werden nicht, wie bestimmt war, am 20. Oct. sich dahin begeben, sondern nur eine Deputation absenden, welche sich mit den dort ankommenden Reichstagsabgeordneten über die Wahl eines andern Ortes für die konstituirende Reichsversammlung verständigen soll. Dem Wunsche mehrer unserer Abgeordneten nach soll Kremsier (die bekannte Residenz des olmützer Erzbischofes) dafür vorgeschlagen werden.

Frankreich.

* **Paris**, 18. October. Die Nationalversammlung ist gestern bis Art. 92 der Constitution vorgerückt und hat somit das ganze Kapitel: Vom Staatsrathe, erledigt. Heute beginnt die Diskussion über das Kapitel: Von der innern Verwaltung, — sobald dieses, nach Beseitigung der auf Decentralisation abzielenden Amendements erledigt ist, ist fast Alles gethan und die Constitution wird jedenfalls bis zu Ende dieses Monats beendigt seyn.

Wir haben Nachrichten aus Neapel vom 6.; die französischen und die englischen Kriegsschiffe hatten alle Häfen von Sicilien besetzt und verhinderten jeden Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Neapolitanern und den Sicilianern.

Wir haben Turiner Nachrichten vom 14.; sie melden übereinstimmend, daß in Mailand die größte Aufregung herrschte, daß zwischen den ungarischen und croatischen Regimentern in Radetzky's Armee blutige Conflikte Statt gefunden und daß die Ungedwid der sardinischen Armee nicht mehr zu zügeln sey.

Die Madrider Nachrichten sind vom 13.; die ministeriellen Blätter zeigen die vollständige Unterdrückung der carlistischen Bewegung in Catalonien an. Die in Barcellona entdeckte Verschwörung hat einen schnellen und blutigen Ausgang gehabt, die drei Hauptschuldigen sind von einer Militär-Commission zum Tode verurtheilt und am 9. erschossen worden, alle Andern wurden zu mehr oder minder längeren Galeerenstrafen verurtheilt.

Der hiesige österreichische Geschäftsträger, Herr von Thom, trifft Anstalten zu seiner Abreise, da er, wie wir hören, abberufen ist. Die französische Regierung soll schon vor einiger Zeit confidentiell seine Entfernung verlangt haben, und es ist auch fast nicht zu begreifen, wie das österreichische Kabinet gerade auf dem hiesigen Posten einen Mann lassen konnte, der, eine Kreatur Metternichs, ganz der alten absolutistischen Schule angehört, und, wie man sagt, mit der österreichischen Emigration in London noch fortwährend in Verkehr steht.

Bayreuth, den 6. October 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte

Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das Haus des Metzgermeisters Tobias Conrad Kögler in der Jägerstraße Nr. 665 mit dazu gehörigem Nebengebäude nebst Stallung, Holzlege, Stadel, Schorgärtlin, ¼ Tagwerk theils in Feld, theils in Pemnitz bestehendem Gartenlande hiemit öffentlich feilgestellt.

Diese Realitäten sind auf 2385 fl. gerichtlich geschätzt, und die Gebäude sind mit 3200 fl bei der Brandassecuranz eingetragen. Auf ihnen haftet außer den gewöhnlichen Steuern jährlich 6¼ kr. für einen Rauchhahn zum hiesigen Rentamte.

Bietungstermin wird auf den

5. December Vormittags 10 Uhr

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, und Kaufslustige werden unter der Bekanntmachung zu demselben eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypothekengesetzes §. 64.— und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837, §. 98—101 erfolgt, und daß ihnen die Taxationsverhandlungen auch vor dem Termine in der Registratur zur Einsicht vorgelegt werden können.

Opel.
v. u.

Landgraf.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 296.** **24. October 1848.**

Deutschland.

Die F. O.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theil: Da mit dem heutigen Tage das Gesetz vom 10. d. Mts. zum Schutze der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung und der Beamten der prov. Centralgewalt in der ganzen Umgebung von Frankfurt in Kraft getreten ist, wird der Belagerungszustand der Stadt Frankfurt hiermit für aufgehoben erklärt. Uebrigens wird das Reichsministerium alle jene Maßregeln, die es für die Aufrechhaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit am Sitze der Reichsversammlung für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortbestehen lassen. Frankfurt, den 20. October 1848. Schmerling, Reichsminister des Innern. Dr. Rademacher.

Frankfurt, 21. Oct. Herr Brunck von Fürfelden, Abgeordneter zur verfassunggebenden Reichsversammlung, ist gestern Abend dahier mit Tod abgegangen.

München, 21. Octbr. Nachdem gestern von einer Anzahl Bürger eine Vorberathung über die Maßregeln, welche in Folge der Ereignisse der letzten Tage zu ergreifen seien, stattfand, wird von denselben mittelst Anschlags auf heute Nachmittag eine allgemeine Versammlung nach dem Zweibrückenstaale berufen. In dieser sollen folgende Punkte zur Berathung kommen: 1) Entfernung der Beamten, die sich Nachlässigkeit rc. zu Schulden kommen lassen; 2) freie Wahl eines Landwehrkommandanten und Unabhängigkeit desselben von der Stadtkommandantschaft; 3) Entschädigung der Bürger, die Schaden erlitten haben; 4) Rückgabe der Lokalpolizei an die Stadtgemeinde und 5) Freigebung des Bierlarifs. Bei den meisten Brauern wird jetzt das Bier zu 4 Kreuzer die Maaß verleitgezeben.

Der Landt. schreibt: Wie wir hören, wurde der Präsident der Regierung von Oberbayern, Frhr. v. Godin, quieszirt; auch sollen dem Polizeidirektor Frhr. v. Pechmann und dem Stadtkommandanten General-Major von Winter andere Wirkungskreise angewiesen werden.

München, 18. Oct. Folgendes ist das Wahlprogramm des hiesigen demokratischen Vereins! „Mitbürger! Unsere Verfassung von 1818 ist auf dem jüngsten Landtage in ihren Hauptbestandtheilen durchbrochen, ist aus ihren Fugen gewichen und in diesem Zustande wenig geeignet, den drängenden Forderungen der Gegenwart zu genügen. Der nächste Landtag ist vor Allem berufen, mit Aufstebung aller Verrechte einen Neubau der Verfassung mit dauerhafter Unterlage aufzuführen, die unreifen Früchte der letzten ständischen Wirksamkeit einschließlich ihrer jüngsten Gesetzgebungsausschüsse einer reiferen Prüfung und Richtung unterzustellen, das neubegründete Bayern, als ein lebendiges Glied in den deutschen Staatskörper einzufügen und der Centralgewalt aufrichtig unterzuordnen. Die Beamtenwillkühr in ihrer enggegliederten und weitverzweigten Stufenleiter der Ueber- und Unterordnung muß dem freichen Geiste volksthümlicher Einrichtungen weichen, die polizeiliche Bevormundung einer angemessenen Selbstverwaltung der Körperschaften Platz machen; kurz der Polizeistaat in einen Rechtsstaat umgewandelt werden, an der Spitze ein in Wahrheit konstitutionelles Ministerium von staatsmännischem Karakter. Damit die Gemeinden, Distriktsversammlungen und Landräthe neu belebt und die festen Säulen des Staates werden, ist vor Allem nöthig, ihre Wahlgesetze auf demokratischer Grundlage vollständig umzubilden. Direkte Wahlen, Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung in ihren untersten Zweigen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in allen Gebieten der Rechtspflege und Verwaltung, Verbesserung des Unterrichtswesens, Vereinfachung des Staatshaushalts, Erleichterung der Steuerpflichtungen durch gleichmäßigere Besteuerung, insbesondere gänzliche Befreiung von der Mahlsteuerpflicht für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, dagegen Zurückführung der allzuhohen Zivilliste des Fürsten auf das Maß der Steuerkraft des Volkes, sind unabweisliche Bedürfnisse der Zeit. Der Landtag ist jährlich zu berufen mit einer Wahlperiode auf höchstens zwei Jahre, ihm gebührt die Prüfung und Feststellung aller öffentlichen Einnahmen nad Ausgaben unter Zugrundlegung der Rechnungen der Vorjahre und des Kassenbestandes. Schwer drückt auf alle Staatsangehörigen das stehende Heer, dasselbe mit einer allgemein einzuführenden Volkswehr zu verschmelzen und soviel möglich, dem Nationalwohl die ihm entzogenen Kräfte zurückzugeben, ist eine hohe Aufgabe Bayerns, im Vereine mit der Centralregierung. Hebung des Ackerbaues, der Gewerbe und des Handels, Sorge für die arbeitende Klasse, den Mittelstand und die subalternen Beamten fordert die Gegenwart; die frische Regung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erheischt endlich einmal wohlverbürgte Sicherung der Freiheit der Person und des Eigenthums, freies gesetzlich begründetes Vereinigungs-, Versammlungs- und Petitionsrecht, Gewissens- und Glaubensfreiheit, Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche mit angemessener Stellung der Lehrer. Den Freiheitsbestrebungen gegenüber erhebt die Reaktion immer frecher das Haupt; ihr im Heere nicht minder als unter den Civilbeamtenheten mit Nachdruck zu begegnen, ist die Pflicht der obersten Staatsstellen. Zugleich aber darf auch die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung nicht länger eine leere Form bleiben, sie muß Realität gewinnen, den Soldaten in die Klasse vollberechtigter Staatsbürger stellen und den Offizier, jedoch ohne Schmälerung seiner bisherigen Pensionsverhältnisse, in den Genuß pragmatischer Rechte setzen. — Dieses sind die Grundsätze und Forderungen, deren Anerkennung und Verwirklichung der demokratische Verein von den Männern verlangt, welche sich berufen glauben, in der nächsten Kammer ihre Sitze einzunehmen." (N. K.)

Nürnberg, 21. October. Endlich ist die Ministerialentschließung wegen einer Generalsynode für die protestantische Kirche diesseits des Rheins erfolgt. Die Wahlen werden ausgeschrieben. In jeder Pfarrei werden durch alle selbständige, christlich-gesinnte Mitglieder so viel weltliche Männer gewählt, als in der Pfarrei Geistliche sind. Diese sollen mit den Geistlichen die Wahlmänner der Distriktssynode und wählen in gesonderten Wahlen die Abgeordneten zur Generalsynode, so daß die Geistlichen den geistlichen, die Weltlichen ihren weltlichen Abgeordneten zu bestimmen haben. Bestätigung ist nicht erforderlich. Urlaub für Beamte soll ohne besondern Grund nicht verweigert werden. Die Synodalkommissäre dürfen keine Petitionen mehr zurückbehalten. Sobald die Wahl vollendet ist, wird Tag und Ort der Eindertufung der vereinigten Generalsynode festgesetzt werden. — Oberkonsistorialrath Rust ist in den Ruhestand versetzt und bleibt mit vollem Gehalt Hauptprediger in München.

Baden. Den badischen Kammern ist ein schon vor den Merzereignissen vorbereiteter) Gesetzentwurf über Umgestaltung des Verwaltungswesens vorgelegt worden. Durch denselben werden die Kreisregierungen, die Bezirksämter und die Amtsrevisorate aufgehoben und die Geschäfte, welche bisher diesen Behörden oblagen, den neu zu bildenden Bezirksverwaltungen übertragen, welche aus den Bezirksstaatsbehörden, der Bezirksversammlung und dem Bezirksausschuß bestehen. Die Mitglieder der Bezirksversammlung werden vom Volke, der Bezirksausschuß von der Bezirksversammlung gewählt. Durch dieses Gesetz (welches von der II. Kammer bereits größtentheils angenommen ist) wird die Verwaltung aus einer bureaukratischen in eine volksthümlich-selbstregierende verwandelt.

Dessau, 15. Oct. In der heutigen Sitzung des Landtages eröffnete Minister Habicht, daß der Herzog Bedenken trage, dem gestrigen Beschlusse wegen Aufhebung der Orden die Genehmigung zu ertheilen. Es bestehe nur Ein Orden, dieser sey ein Haus- und Familienorden und solle künftig noch strenger in dieser Weise gehandhabt werden. Die Ertheilung solle ohne Contrasignatur des Ministeriums vom Herzoge allein, nicht als Regenten, sondern als Familienhaupt, erfolgen. Das Ministerium trug deshalb auf Revision des gestrigen Beschlusses an. Die Stimmung war im Allgemeinen dafür, eine Aushahme hinsichtlich der Ertheilung dieses Hausordens zu machen, indem man sich jedoch vorbehielt, das Annehmen von Orden aller Art allen Staatsbürgern und namentlich allen Beamten zu untersagen. (D. A. Z.)

Berlin, 20. Octbr. Heute Vormittag um 10 Uhr hat die Beerdigung des bei den Vorgängen vom 16. Oct. gefallenen Bürgerwehrmanns Schneider unter den größten Feierlichkeiten stattgefunden. Außer den Offizieren der Bürgerwehr und

Digitized by Google

Mannschaften hatten sich dem imposanten Trauerzuge die ganze hiesige Generalität, mit dem Minister v. Pfuel an der Spitze, der Magistrat, die Stadtverordneten, die Offizierkorps sämmtlicher hier garnisonirenden Regimenter sowie viele Beamte und andere Theilnehmer aus allen Lebenskreisen angeschlossen. Der Sarg wurde von Mehrmännern getragen. Den verschiedenen Abtheilungen des gegen drei Viertelstunden langen Zuges schritten Musikchöre und Fahnenträger voran. Die Bestattung der gefallenen Arbeiter geht ebenfalls heute vor sich. Das zu diesem Zwecke zusammengetretene demokratische Comité lädt durch Straßenanschlag alle Behörden, Communalcollegien, die Bürgerwehr, die Freikorps, das Militair, die Abgeordneten und die Arbeiter zur Theilnahme an dem Zug ein. — Die Kattundrucker haben gestern in Masse die Arbeit eingestellt und erklären, dieselbe nicht eher wieder beginnen zu wollen, als bis ihnen bestimmte Bedingungen erfüllt sind; unter andern die: das Drucken durch Maschinen aufhöre. — Bei der Nationalversammlung soll mit nächstem der Antrag gestellt werden, daß die auf Urlaub abwesenden Mitglieder keine Diäten beziehen. Von anderer Seite wird versichert, das Ministerium habe bereits einen Erlaß der Art an betreffender Stelle mitgetheilt.

Berlin, 22. Octbr. Die Bestattungsfeier der Arbeiter hat begonnen. Der Zug wird vor Abend nicht an sein Ziel, den Kirchhof vor dem Halleschen Thore, gelangen. In diesem Augenblicke ist der letzte Theil des Zuges erst an der Ecke der Friedrichs- und Leipziger-Straße. Unter den Leidtragenden befinden sich viele Frauen. Die demokratischen Frauenclubs befinden sich gleichfalls im Zuge. Die Zahl der Abgeordneten, die sich angeschlossen haben, beträgt etwa 60. Mit Ausnahme eines katholischen Geistlichen, der dem Sarge einen Segensgruß folgt, nimmt man von geistlicher Begleitung nichts wahr. Das Volk gibt seine Anerkennung hauptsächlich dem Corps der Veteranen kund, welches sich zahlreich an derselben betheiligt hat.

In Elbing kam es am 15. Oct. bei der Feier des Geburtstags des Königs zu beklagenswerthen Auftritten. Ein Schreiben von dort, das die berliner National-Zeitung berichtet, gibt dem Preußenverein geradezu die Schuld. Dieser habe nach Beendigung der Bürgerwehrparade seinen Festzug gehalten und gleich darauf hätten die Tumultuanten angefangen, die Entfernung der deutschen Fahne vom Rathhause zu fordern. Die Behörden gaben nach, nahmen aber, um das Decorum doch einigermaßen zu retten, gleichzeitig auch die preußische Fahne ab. Ein Umzug mit Illumination war in Betracht der herrschenden Cholera vom Magistrat zwar bittweise untersagt worden; die Partei des Preußenvereins setzte aber dennoch eine Illumination durch und Drohungen, gegen die Nichtilluminirenden gerichtet, erzwangen die Beleuchtung der meisten Häuser. Von der Bürgerwehr, erst auf den Abend um 6 Uhr bestellt, hatten sich nur 200 M. eingestellt. Einzelne Trupps derselben, die zum Schutz einiger angegriffener Häuser abgeschickt waren, zeigten die größte Hingebung und trotz ihrer Erbitterung doch eine löbliche Zurückhaltung. Der Steinhagel, welcher aus dem Haufen der meist müssigen Zuschauer flel, wurde lange ertragen, obgleich mehr als die Hälfte der Mannschaft von demselben und zum Theil gefährlich getroffen worden. Erst als Bitten, Ermahnungen, Drohungen nicht ausreichten, wurde mit dem Bayonnet und der Büchse eingeschritten. Aber des Tumultes konnte die Bürgerwehr nicht Herr werden; sie mußte an zwei Punkten sich zurückziehen. Da wurden die Husaren requirirt, außer den Rekruten gegenwärtig nur 40 Mann. Diese säuberten in einer Stunde die Straßen. So viel man bis jetzt weiß, sind 2 Bürgerwehrmänner bedeutend verwundet; drei Tumultuanten getödtet, 3 andere tödtlich verwundet. Heute (das Schreiben datirt vom 16. Oct.) rüsten sich die Zimmer- und Maurergesellen zu neuem Kampf. Aber es ist schon eine Kompagnie Jäger zur Hülfe eingerückt, und es wird dem Kampfe hoffentlich vorgebeugt werden.

Breslau, 18. October. Reisende, welche aus Wien mit dem heute rechtzeitig eintreffenden Zuge hier ankamen, erzählten von einem Gefechte, das um 8 Uhr Morgens bei Besetzung des Belvedere am Schwarzenberg'schen Garten zwischen Nationalgarden und Linie stattgefunden hat. Die Kroaten bombardierten die Stadt vom Wiener Berg aus über eine Stunde. Es wurde tüchtig geantwortet und dann war Alles wieder ruhig. Die Stimmung in Wien ist immer noch sehr muthvoll, obschon sich die Truppen furchtbar häufen. Windisch-Grätz befindet sich zu Olmütz beim Kaiser. Dem französischen und englischen Gesandten soll es gelungen seyn, den Kaiser versöhnlich zu stimmen.

Wien, 18. October. Der gestern erwähnte Aufzug der 300 Weiber mit einer Bittschrift an den Reichstag um Bewaffnung des Landsturms und Selbstbewaffnung ist anders als erwartet ausgegangen. Als dieselben nämlich dem Reichstage vorgelassen worden waren, änderten die Wortführerinnen ihre ursprüngliche Absicht und stellten bei dem Reichstage lediglich den Antrag, es möge derselbe in der Landsturmangelegenheit das Möglichste thun. Hiermit war die Sache abgemacht. Dagegen wird man auf dem Universitätsplatze bei klingendem Spiele zu den mobilen Corps an. Der Andrang ist groß. Ein mobiles Schützencorps, aus lauter jagdkundigen Mitgliedern bestehend, ist in der Bildung begriffen. Alle Linien und Außenthore sind von der mobilen Garde besetzt. Die Stadt ist im Stande, jedem Angriffe, von welcher Seite er auch kommen möge, die Spitze zu bieten. Im Laufe des Tages wird mit der Organisation und Aufstellung der Reserve im Lager ernstlich fortgeschritten.

Abends 6 Uhr. Vor den Linien ist Alles unverändert; weder Windisch-Grätz noch die Ungarn erscheinen. Der Ausmarsch der Letztern sollte durch eine weiße Rauchsäule von St. Stephan verkündet werden, allein bis jetzt ist dieses Signal nicht gegeben worden. Im Gegentheil verbreitet sich in der Stadt das Gerücht, daß die Ungarn überhaupt nicht anlangen würden, da eine russische Kundgebung hiergegen Einspruch gethan habe. Amtlich ist in Betreff dieses Punktes bis jetzt noch nichts bekannt gemacht. Man kann leicht denken, welche entmuthigende Wirkung eine solche glaubhaft veröffentlichte Nachricht verbreiten müßte. (D. A. Z.)

Wien, 18. Oct. Die Kammer ist nicht müde, die Vermittlerin zu spielen und die einzeltretene Spaltung im Staate friedlich ausgleichen zu wollen: sie hat beschlossen, ein Ultimatum an den Kaiser zu schicken, in welchem demselben vorgestellt wird, daß in Wien die Ruhe und Ordnung herrsche, daß er den Beschl zum Abmarsch des Banus Jellachich gebe, daß ferner die Zahl festgestellt werde, aus welcher die meine Garnison zu bestehen habe und daß diese Garnison den Civilbehörden untergeordnet bleibe, daß sie auf die in Aussicht gestellte Constitution vor ihrem Einzuge in die Stadt beeidet werde. — Die Ungarn säumen noch immer mit dem längst erwarteten Angriff. Ein Geheimniß liegt dieser Säumniß zum Grunde; es ist uns bis jetzt noch nicht gelungen, dies zu enthüllen. (S. u.)

Wien, 18. Oct. Da die ungarische Armee, die schon bis Petrowall vorgerückt war, seine Aufforderung weder vom Reichstag noch vom Gemeinderath Wiens erhielt, weiter vorzugehen und den Wienern zu Hülfe zu kommen, so sah sie sich abermals an die Gränze zurück mit der Erklärung, daß sie bereit sey, auf jede Aufforderung des Reichstags oder der Stadtbehörde vorzurücken. Demnach kommt es noch einige Tage zu keinem Zusammentreffen.

Wien, 19. Octbr. Die Schlacht unter den Mauern Wiens, welche gestern so pomphaft angekündigt worden, ist aus dem Grunde unterblieben, weil das Hilfskorps der Ungarn nicht erschienen, sondern die Vorhut desselben sich vielmehr von Bruck an der Leytha auf Befehl desselben ungarischen Reichstags, welcher die Verfassung des „gefchlagenen" Jellachich auf den österreichischen Boden betreiter, wieder zurückgezogen hat.

Wien, 19. Oct. Nach der großen Aufregung, die der für gestern erwartete Angriff der croatischen durch die ungarische Armee hier erregte, wirkte die durch Schüsse als Berichterstatter des genannten Ausschusses in der Reichstagssitzung von gestern Vormittag mitgetheilte Nachricht, die ungarische Armee ziehe sich auf Befehls des ungarischen Reichstages wieder auf ungarischen Boden zurück, deste niederschlagender. Es ging damit die hauptsächlichste Hoffnung Wiens verloren. — General Windisch-Grätz ist mit seiner Avantgarde vor Wien angelangt und hat die aus den französischen Kriegen bekannte Insel Lobau besetzt. Sein Hauptquartier wird er in Jedlersee, eine halbe Stunde außer der Taborlinie aufschlagen. Die Stadt Wien ist also derzeit ganz umzingelt, und die Lösung dürfte jetzt Siegen oder Sterben heißen. (N. K.)

Wien, 16. Oct. Die Freunde des Hrn. Ministers Hornbostel waren gestern Abend noch in größter Sorge um sein Schicksal. Bekanntlich ist er dem Kaiser nachgereist und hat dort, in Folge einiger Erlasse, die er nicht contrasigniren mochte, sein Portefeuille niedergelegt; diese Nachricht ist die letzte, die man in Wien von ihm erhielt. Seit dieser Zeit weiß niemand, wo er sich befindet. Herr Hornbostl, Chef der bekannten Seidenfabrik in der Vorstadt Gumpendorf, ist ein junger Mann von etwa 33 Jahren, ein Muster von Biedenherzigkeit, Einfachheit und Bescheidenheit, ein ächt deutscher Charakter. Auch der Exminister Doblhoff fehlt, doch von ihm weiß man wenigstens, daß er eine Reise angetreten hat, deren Ziel allerdings ein Geheimniß ist. Einige wollen ihn in Hamburg gesehen haben. — Das Regiment (ein Bataillon) Latour ist im Militärlager eingetroffen; es trägt eine schwarze Fahne,

Digitized by Google

und soll sich verschworen haben, keinen Pardon zu geben. — Herr Friedrich Kaiser, den man vor einigen Tagen tott sagte, ist glücklicherweise wieder zum Vorschein gekommen. (A. Z.)

Olmütz, 16. October. Gestern Abends, bald nach der Ankunft des Fürsten Felix Schwarzenberg verbreitete sich das Gerücht, der Friede mit Italien sey abgeschlossen. Bis jetzt scheint sich diese Nachricht aber noch nicht zu bestätigen. Wichtiger ist, daß heute Morgens ein Kurier des ungarischen Ministeriums hier anlangte, welcher Unterwerfungsanträge von Seiten Ungarns überbrachte. So unglaublich die Sache scheint, mag die Stellung, welche Auersperg mit seinen Truppen vor Wien angenommen, doch ihren guten Theil daran haben. Er steht nämlich so zwischen den herangerückten Ungarn und der kroatischen Armee, daß er zuerst angegriffen werden müßte, was aber die Ungarn nach einer selbst im Reichstage abgegebenen Erklärung, schon ihrer Schwäche wegen, nicht wagen. Heute wurde von den hier anwesenden Deputirten ein neues Manifest an Windischgrätz zur Vorlage an den Kaiser übergeben, worin der Monarch unter allen Verhältnissen das Bestehen des Reichstags und der Constitution aussprechen soll. In der Aubienz, welche die Wiener Deputation heute bei dem Erzherzoge Franz Karl hatte, sprach der Ministerialrath Fischer sehr energisch für das Volk, für die Freiheit, der Prinz wiederholte nur immer: Wir meinen es ehrlich! — Den 17. Oct. Die Deputation des Reichstags wollte gestern Nachts um 10 Uhr mit einem Extrazug abreisen. Abends kam aber eine telegraphische Depesche von Wien, welche die Ankunft Wiesners mit Depeschen anzeigte. Dazu kam noch die Erklärung Wessenberg's, das übertriebene Manifest sey nicht angenommen, da bereits ein ähnliches unter der Presse sey. Was soll das heißen ein ähnliches? ist der Reichstag bereits so Puppe, daß die Krone es wagen kann, seine Vorlagen so vermittelnder Art zurückzuweisen? Auf die Anfrage der Deputirten hat Graf Stadion versprochen, das kaiserl. Manifest ihnen vor der Kundmachung mitzutheilen. Bis jetzt (10 Uhr) ist aber noch nichts erfolgt, und die Deputationen sind eben bei Wessenberg, um Aufklärung zu fordern. (D. A. Z.)

Prag, 19. Oct., 1½ Uhr Morgens. Der Eisenbahnzug, der gestern früh von Florisdorf abging, hat sich sowie alle bisherigen Trains seit dem 6. Oct. verspätet, er kam soeben an. Er brachte wenig Reisende und eben so wenig Neuigkeiten von Belang. In Wien herrscht fortdauernd Ruhe und Ordnung. Jellachich hat sich nach Carnburg zurückgezogen und General Auersperg's Armeecorps ist mit dem seinigen vereinigt. Im Laufe des gestrigen Tages soll man auf daselbe vom Belvedere aus einen Ausfall mit 40,000 Mobilgarden beabsichtigt haben; ob dieser Plan ernstlich gefaßt gewesen, und ob er zur Ausführung gekommen sey, konnten die Reisenden nicht berichten. (D. A. Z.)

Hamburg, 19. October. Gestern ist in Schleswig in der Ständeversammlung das Gesetz betreffend die Reichskommissäre Stedmann verlesen worden, in welchem, da die Ausführung des Waffenstillstandes von Malmoe so weit vorgeschritten, daß man sich zwischen Dänemark und Deutschland über die interimistische Regierung geeinigt hat, zur Auflösung der provisorischen Regierung (jetzt noch: Beseler, Graf Reventlow-Preetz, Consul Schmidt von Kiel und Obergerichtsadvokat Bremer von Flensburg) aufgefordert wird. Die provisorische Regierung erbot sich, alle nothwendigen weitern Aufklärungen constitentiell zu geben, wozu ein Ausschuß von neun Mitgliedern durch die Ständeversammlung erwählt ward. Es ist nicht zu zweifeln, daß der Bericht dieses Ausschusses im Sinne der Anerkennung der Centralgewalt ausfallen wird. Die dänische Immediatcommission, welche die Regierung übernehmen sollte, ist allmählig verschollen. Die interimistische Regierung, wie die deutschen und dänischen Unterhändler sie festgestellt haben, besteht aus dem Grafen Reventlow auf Jersbeck als Präsidenten, dem Landvogt Beyfen aus Dithmarschen, dem Kammerherrn Ammann Heintzen, dem Grafen A. Moltke und dem Etatsrath Preuser, sämmtlich Männer des rechten Centrums, von denen Graf A. Moltke und Kammerherr Heintzen die von Dänemark vorgeschlagenen Cabidaten sind. (D. A. Z.)

Schweiz.

Genf, im Oct. Lola Montez, die Ergötzlichkeiten Landsberg's bildete sich auch hier, wie früher in andern Städten, einen Hof, beehrt, wo allerlei junge Ritter umherschwärmen. Auch hier übte die kecke Grille anfangs in gewohnter und bekannter Weise ihre angemaßten Freiheiten dem Publikum gegenüber aus. Allein man bedeutete ihr höhern Orts, daß ein solches Auftreten ihren Aufenthalt über kurz oder lang unmöglich machen werde, und seitdem hat sich die übermüthige Tänzerin in die Stille zurückgezogen, und hält nun mit der kleinen Stadt Nyon (wo einst die Muse Mathyffon's und Bonstetten's blühte) die sich durch ihren Besuch geschmeichelt fühlt. Lola sang vor einigen Tagen auf dem dortigen Liebhabertheater, und lud sodann ihre Herren Collegen zum Diner.

Ungarn.

Von der ungarischen Gränze, 17. October. Kossuth befolgt fortan eine ganz revolutionäre Politik. Es sollen z. B. nicht blos die Güter der Erzherzoge Albrecht und Stephan einzogen werden, sondern ein gleiches Schicksal droht auch dem Baron Sina, dessen 33 ungarische Besitzungen nebst der neuen Kettenbrücke zwischen Pest und Ofen konfiszirt werden sollen, da er erwiesenermaßen mit dem Verräther Jellachich im Briefwechsel stand. — Gegen die gefangenen Generale Roth und Philippovich, die mit 32 Offizieren, von Wiener Studenten geleitet, nach Pesth gebracht worden sind, wird kriegsrechtlich verfahren werden; die Offiziere sind während der Reise die Schmach, daß sie durch die ihnen besonders verhaßten Wiener Legionäre eskortirt wurden, denen sie immer den Tod geschworen hatten.

Frankreich.

•Paris, 19. Octbr. Die Constitution der Republik geht rasch ihrer Beendigung entgegen, es sind im Ganzen nur noch 20 Artikel zu votiren und von diesen bietet keiner Stoff zu einer ausführlichen Debatte, als etwa der, der die Militair-Stellvertreter abschafft. Wahrscheinlich aber wird diese Frage, gegen die unzählige Petitionen eingelaufen sind, auf die organischen Gesetze vertagt werden und somit der raschen Erledigung des Verfassungswerks nichts mehr im Wege stehen. Man rechnet nun mit Bestimmtheit darauf, daß die Constitution am 10. November proklamirt werden und somit augenblicklich in Wirksamkeit treten werd. Gestern hat die Diskussion des Abschnittes über die innere Verwaltung begonnen. Der Legitimist Herr Bechard hielt eine lange Rede zu Gunsten der Decentralisation, wie alle Anhänger des alten monarchischen Systems von 1788, verlangte er die volle administrative Unabhängigkeit der Gemeinden und der Departements. Herr Charles Dupin suchte nachzuweisen, daß mit der Annahme von Bechards Systeme weder die Präfekten, noch die Militär-Commandanten, noch die Civil-Administratoren der Departements mehr etwas bedeuten würden, daß jedes Departement bald einen Staat für sich bilden und Frankreich, statt eines mächtigen Landes nur eine ohnmächtige und lächerliche Föderation von 86 kleinen Republiken seyn würde, deren jede andere Interessen, Bedürfnisse und Tendenzen hätte. Nun ist man zwar einstimmig darin, daß etwas geschehen müsse, und daß z. B. die Befugnisse der Municipalräthen einiger Erweiterung fähig seyen, allein von einem Aufgeben der Centralisation kann in Frankreich nie (?) ernstlich die Rede seyn.

Die Wahl des Präsidenten der Republik ist vorläufig auf den 25. November festgesetzt und die Nationalversammlung wird sich hierüber binnen einigen Tagen zu entscheiden haben.

Merkwürdig ist die Art und Weise, wie die Mailänder offizielle Zeitung vom 12. die Wiener Revolution erzählt. Einige Stunden lang hätten allerdings Unordnungen Statt gefunden, dann aber wäre Wien von den Armee-Corps unter Jellachich, Windischgrätz und Hammerstein umzingelt worden und es bleibe der Stadt nichts übrig, als sich auf Gnade und Ungnade zu übergeben, die Häupter der revolutionären Bewegung hätten auch bereits alle die Flucht ergriffen. So schreibt Radetzky Geschichte.

Dagegen melden Briefe aus Mailand vom 12., daß sich am 11. fünf ungarische Offiziere im Namen von 156 Offizieren der ungarischen Regimenter in Mailand zu Radetzky begeben und die Erlaubniß zur Rückkehr der ungarischen Truppen in ihr Vaterland verlangten. Radetzky ließ die fünf Offiziere verhaften, aber es entstand sogleich eine allgemeine Zusammenrottung aller Ungarn, die eine so drohende Haltung annahm, daß Radetzky sich genöthigt sah die fünf Offiziere in Freiheit zu setzen. Die ungarischen Regimenter schicken hierauf eine neue Deputation zum Marschall, um ihm zu erklären, daß falls er ihnen nicht binnen zwei Tagen die Erlaubniß zur Rückkehr gebe, sie ohne seine Bewilligung abmarschiren würden.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 19. October.) Francisque Bouvet kündigt Interpellationen an, und zwar über die auswärtigen Angelegenheiten. Er wird sogleich bei den ersten Worten durch einen heftigen Lärm der Rechten unterbrochen, die den Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Die Linke protestirt gegen diese Beschränkung der parlamentarischen Initiative. Herr Bouvet will wissen, ob das neue Ministerium Angesichts der neuesten Ereignisse in Wien und ihrer möglichen Einwirkung auf Italien neue Ideen ins Leben treten oder ob sie das Manifest Lamartine's gelten lassen wolle. Neuer Lärm. Baftide besteigt die Tribune; er erklärt, daß in der Lage der auswärtigen Angelegenheiten nichts geändert sey, was schon beweise, da er sein Portefeuille behalten habe. Er verweigert übrigens bei dem jetzigen

Digitized by Google

Stande zehe Antwort auf die Interpellation. Baune erhebt sich mit Kraft für die Sache Italiens und verlangt, daß die Republik hier endlich mit Energie handle. Bastide wiederholt, daß er nicht antworten werde, daß die größte Gefahr aus der unzeitigen öffentlichen Verhandlung der politischen Fragen entstehen könne und daß er, falls die Versammlung die Interpellationen bewilligen sollte, dies als ein Mißtrauen gegen ihn betrachten und zurücktreten würde. Baune beharrt auf seinem Verlangen, Interpellationen über Italien zu stellen, aber die Versammlung geht mit einer ungeheuern Majorität zur Tagesordnung über, nur die äußerste Linke votirt dagegen. Der Finanzminister verlangt, daß alle vorliegenden Finanzgesetze, wie die Einkommensteuer, die Regelung der Kron-Domainen u. s. w. unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, damit alle nöthigen Bestimmungen für das Steuerjahr 1849 getroffen werden können. Auf den Vorschlag Dupin d. ä., diese Gesetze in der nächsten Woche unmittelbar nach der Constitution zu entledigen, geht die Versammlung darauf ein. — Die Discussion der Constitution wird fortgesetzt. Pascal Duprat spricht über die innere Verwaltung, im Sinne der Decentralisationspartei. Nach seiner Rede wird das Ergebniß der Präsidentenwahl bekannt gemacht: Anzahl der Votirenden 630, absolute Majorität 316 Stimmen. Es erhielten Arm. Marrast 485, Senard 72, Lacrosse 25, Jh. Bac 16, Armand Marrast wird somit als Präsident proklamirt. Herr Jouin spricht zu Gunsten der Decentralisation, und will beweisen, daß wenn sich bei der jetzigen Centralisation die Arbeiter von Paris, Lyon, Marseille, Toulon, Rouen, Straßburg und 6 bis 8 andern Städten verständen, sie Frankreich zehe ihnen beliebige Regierungsform geben könnten. Die große Masse der Nation wolle aber nicht mehr von solchem Umwesen abhängen und er beschwört die Versammlung, in die künftige Verfassung nicht ein Princip, sa nicht ein Wort aufzunehmen, die das unglückliche System der Centralisation bestätige. Die so angegriffene Centralisation findet einen warmen Vertheidiger an Boylairgire, der nachweist, wie Frankreich seine Kraft, seine Macht und seinen Fortschritt auf der Bahn der Freiheit nur der Centralisation dankt, daß diese Centralisation Einheweg ein Schutz gegen kaiserlichen Despotismus sey, sondern daß die constituirende Nationalversammlung schon die Centralisation ganz richtig begriffen und sie begründet habe. Larochette spricht noch für die Decentralisation, aber die Frage ist bereits so gut wie entschieden. Bechard resümirt die Debatte in seinem Sinne, man ruft schon von allen Seiten: Zur Abstimmung. — Bei Postschluß nimmt der Minister des Innern Dufaure, im Namen der Commission das Wort, um das Decentralisations-Amendement zu bekämpfen und was für die Befugnisse der Municipalitäten zu thun sey, auf die organischen Gesetze zu verweisen sey, was auch angenommen wird.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 13. Octbr. Unser Reichstag hat sich in ernstliche Wirren verwickelt. Ungeachtet der Erklärung des Königs, daß er die jetzt versammelten Reichsstände nicht eher als acht Tage nach der Bestimmung des neuen Budgets verabschieden werde, hält der Bürger- und Bauernstand doch an dem von drei Reichsständen gefaßten Beschlusse fest, die Verwendung der Staatseinkünfte dann erst bestimmen zu wollen, wenn die von dem Könige beantragte Steuer-Vereinfachung abgemacht, was bis jetzt noch nicht geschehen sei, weil Adel und Priester dieselbe auf eine verfassungswidrige Weise nur zur Seite geschoben hätten. Hiedurch will der Bürger- und Bauernstand die beiden ersten Stände in die Nothwendigkeit versetzen, jene Frage in einer Entschiedung im verstärkten Staats-Ausschusse vorkommen zu lassen. Wie sich diese Wirren lösen werden, ist nicht vorauszusehen. — Eine Annahme der vom Könige vorgeschlagenen Repräsentations-Veränderung würde dem Adel und den Priestern alle Mittel rauben, sich so wie jetzt den Vorschlägen des Königs und den Wünschen des Volkes entgegen zu stellen, wo eine bloße Erklärung der Priester, daß sie von ihren Privilegien nichts aufgeben wollten, verfassungsmäßig hinreichend ist, eine so wichtige und nothwendige Reform, wie die von dem Könige vorgeschlagene Steuer-Vereinfachung, ohne Weiteres zu Grabe zu tragen. Dies wäre offenbar die beste Art, allen Wirren glücklich zu entkommen. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. Oct. Der Schah von Persien ist gestorben, und sein Nachfolger, Nasr-ed-din, hat ohne alle Ruhestörung den Thron eingenommen.

Lokales und Provinzielles.

△△ Bunsiedel, 22. Octbr. Gestern fand hier die seit längerer Zeit beabsichtigte Gründung eines politischen Vereins statt, der sich den Namen „Deutscher Verein“ beilegte und folgende Grundsätze als leitende annahm: Einheit des Vaterlandes, eine Reichsgewalt stark nach Außen wie nach Innen, Unterordnung Aller unter die Beschlüsse der verfassunggebenden Reichsversammlung; Entwickelung der constitutionell-monarchischen Staatsformen auf der Grundlage freien Volksbewußtseyns; Entgegentretung jeder Gefährdung der Errungenschaften an Freiheit, wie nicht minder jeder Gesetzlosigkeit; Ermöglichung dieser Zwecke nur innerhalb der Schranken des Gesetzes durch gegenseitige Anregung und Verständigung, durch Einwirkungen der Presse, durch Erlaß von Ansprachen und Anträgen an die gesetzlichen Verfassungskörper und durch Zusammenwirken mit auswärtigen Vereinen gleichen Strebens. Dem Verein sind zur Zeit 41 Mitglieder beigetreten.

Die Redaktion der Bayreuther Zeitung wird hiemit ersucht die Wahrheit eines Vorfalles eben so willig anzunehmen, wie sie bereit war eine böswillig entstellte Sache in ihre Zeitung vom 22. dieses sogleich erscheinen zu lassen: —

Es ist Verlaumdung und Lüge, daß von bayerischen Soldaten eine nicht unbedeutende Meuterei zu Hildburghausen in der Art stattgefunden habe, daß sie die Zuchtführung in ihren Gasthofsorten mit der Erklärung — „außerhalb Bayerns keine Dienste zu thun, verlangt —, und überhaupt ihren Offizieren den Gehorsam aufgekündigt hätten. Die in's Herzogthum Sachsen-Meiningen eingerückten bayerischen Truppen haben sich vielmehr in jeder Beziehung musterhaft betragen, und allen beschwerlichen Anforderungen pflichtgetreu entsprochen, wie solches auch das Zeugniß der herzoglichen Regierung ausspricht.

Wenn überhaupt Treue und Anhänglichkeit an König und Vaterland bei den bayerischen Kriegern in diesen verhängnißvollen Zeiten vorzugsweise zu finden sind, so zeigten sich diese schönen militairischen Tugenden insbesondere auch bei den in das Herzogthum Sachsen-Meiningen eingerückten Truppen auf die glänzendste Art. Eine Verwendung vieler Soldaten um eine bessere Verpflegung in ihren Quartieren, namentlich um besseres Getränk, oder um die nöthigen Geldbezüge hiefür, — welcher Uebelstand auch sogleich beseitigt wurde — kann gewiß keine Meuterei genannt werden, — und dieses ist einzig das Ereigniß, das eine gewisse Partei bemüht ist zu entstellen, und dann — Meuterei zu betiteln.

Der Königl. Bayerische Truppen-Kommandant im Herzogthum Sachsen-Meiningen
Frhr. v. Großschedel, Oberst.

Anm. der Red. Zu obiger Erklärung bemerken wir einfach, daß der beleidigende Artikel der Frankfurter Oberpostamtszeitung, dem offiziellen Blatte der Centralgewalt und Organe der Rechten in der Nationalversammlung, entnommen war, und von der in vielen andern Blättern übergieng. Uebrigens wird uns diese Berichtigung jedenfalls vorsichtiger machen in der Aufnahme solcher Berichte, deren Zuverlässigkeit uns nur durch Blätter dieser conservativ-reaktionären Partei verbürgt ist, die, wie oben richtig bemerkt, es sich angelegen seyn läßt, böswillig zu entstellen.

Anzeigen.

Aus den städtischen Baumschulen werden im Herbste 1848 und Frühjahr 1849 verkäuflich

500 Stück italienische und Balsam-Pappelbäumen per Stück zu 6 bis 8 kr.

käuflich abgegeben.

Für vollständige Emballage der Bäume bei weiten Transporten werden 2 kr. per Stück gerechnet.

Bayreuth, den 21. October 1848.

Die Stadtkämmerei.
Wich.

Die im Korrespondenten von und für Deutschland Nr. 286 und in der Bayreuther Zeitung Nr. 293 angekündigten, in ihrer Heilkraft gegen Gicht und Rheumatismus so bewährten Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismusketten zu 2 fl. 42 kr. und 1 fl. 45 kr., wie auch ächte Ohrenmagnete, gegen Kopf-, Zahn- und Ohren-Schmerzen mit Gebrauchsanweisung zu 1 fl. 20 kr., sind bei dem kgl. Lotto-Receveur Buchner in Bayreuth immer vorräthig zu haben.

Der erste Jahresbericht über die Wirksamkeit und Heilkraft der Goldberger'schen Rheumatismusketten wird gratis gegeben.

Zwei kleine Quartiere sind sogleich oder auf Martini zu vermiethen. Röthered Nr. 264 vor dem Eremitager-Thor.

Beim Wagnermeister Gaab ist das obere Quartier zu vermiethen und kann zu Martini bezogen werden.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Wärzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch — Nro. 297. — 25. October 1848.

Abkürzung und Vereinfachung des Wahlgeschäfts.

Ein allgemein anerkannter Uebelstand bei den Wahlen nach absoluter Stimmenmehrheit besteht bekanntlich darin, daß selten durch das erste Scrutinien ein Resultat erzielt wird. Ja oft sind drei und noch mehrere Scrutinium nöthig, welche öftere Wiederholung nicht allein viel Mühe und Zeit erfordern, sondern nicht selten einen großen Theil der Wähler, ja sogar mit Beirath und Beihilfe der Wahlcommission selbst, nur um endlich einmal zum Ziele und Ende zu gelangen, zu Verabredungen und Uebereinkommen in Betreff der zu Wählenden veranlaßt, die nichts weniger als reines, freies auf Ueberzeugung und Selbstbestimmung beruhendes Wahlresultat liefern. Diese Inconvenienz nicht nur, sondern auch die mit derselben nothwendig verbundene Trübung des Wahlactes resp. des Resultates eine wahre, reine absolute Majorität zu erlangen, kann leicht auf folgende Weise beseitiget werden.

Jeder Wähler verzeichnet auf seinem Wahlzettel eine drei- oder viermal so große Anzahl von Personen, als zu wählen sind, in vier Rubriken in der Reihenfolge, daß er die Namen derjenigen, oder (wo mehrere zu wählen sind) derjenigen, in die erste Rubrik stellt, die er vor allen Andern für wahlwürdig hält, und so in weiterer Aufeinanderfolge immer den oder die von ihm zunächst für den (oder die) würdigsten gehaltenen in die nächstfolgende Rubrik einzeichnet. Auf diese Weise erhielte die Wahlcommission auf Einmal 3 oder 4 oder eine sonst beliebige Anzahl Scrutinien, indem die erste Rubrik sämmtlicher Wahlzettel das erste, die zweite Rubrik das zweite Scrutinium darstellte u. s. w.

Eine fernere Abkürzung des Wahlactes wäre mit dem eben beschriebenen gewiß unserem Wahlgesetze und der Instruktion zu demselben nicht zuwiderlaufenden Vorschlage zu verbinden, wenn von allerhöchster Stelle als Zusatz zur Wahlinstruktion folgendes Verfahren zur gesetzlichen Norm erhoben werden wollte. Im Falle nämlich nicht schon aus der Abstimmung einer der vier oben bezeichneten Rubriken an und für sich eine absolute Stimmenmehrheit sich ergeben sollte, wird versucht, ob nicht mittels Zusammenzählung der gleichartigen Stimmen der ersten und zweiten Rubrik und wenn auch dieß nicht gelingt, ob nicht durch Zusammenzählung der gleichartigen Stimmen der dritten oder vierten Rubrik mit denen der ersten Rubrik eine absolute Majorität sich herausstellt. Ergibt sich nun auf keine dieser oben bezeichneten Weisen eine absolute Majorität, so wird die weitere Probe versucht mittels Zusammenzählung der gleichartigen Stimmen der ersten, zweiten und dritten Rubriken, oder der ersten, zweiten und vierten, oder der ersten, dritten und vierten, oder der ersten, zweiten, dritten und vierten Rubriken eine absolute Majorität zu erhalten. Liefert auch dieses Verfahren keine Majorität — was aber natürlich nicht leicht der Fall seyn wird — so müßte natürlich ein zweites Scrutinium veranstaltet werden.

Ansprache der deutschen Commissäre an das österreichische Volk.

Im Namen des deutschen Reichsverwesers.

Der Reichsverweser von Deutschland, Erzherzog Johann von Oesterreich, in Betracht seiner Pflicht, über die Sicherheit und Wohlfahrt in allen deutschen Landen zu wachen, sendete uns, die Unterzeichneten, als Reichscommissäre nach Oesterreich. Er beauftragte uns, so viel möglich zur Wiederherstellung der friedlichen Verhältnisse in den deutsch-österreichischen Landen zu wirken. Wie erachten es daher für unsere Pflicht, die biederen Bewohner dieser Lande offen um freundliche Aufnahme und Unterstützung unserer Sendung zu bitten. Dieselbe bezweckt die Sicherung ihrer konstitutionellen Freiheit, ihres Lebens und Wohlstandes gegen die allergefährlichsten Störungen. Durch diese Botschaft will die unter Mitwirkung österreichischer Abgeordneter mit Zustimmung der österreichischen Regierung entstandene neue deutsche Reichsgewalt, deren ehrwürdiges Haupt wir Oesterreich und seinem glorreichen Fürstenhause verdanken, den österreichischen Stammlanden ähnliche Dienste erweitern, wie sie früher oftmals kaiserliche Vermittlungs-Commissionen Namens des alten deutschen Reichs einzelnen Staaten in unheilvollen innern Zerwürfnissen mit glücklichstem Erfolge leisteten. Unsere Sendung ist eine Mission des Friedens und der Versöhnung. Wir kündigen dieselbe bei unserem Eintritte in die österreichischen Lande feierlich als eine solche an. Sie nimmt nur das Vertrauen und die Besonnene und rechtliche Ueberzeugung und Mitwirkung der öffentlichen Behörden und der Bürger in Anspruch. Völlig unwahr sind alle Gerüchte, als seyen preußische und bayerische oder andere Truppen zum Einmarsche in Oesterreich aufgeboten, als könne diese Mission, von Männern übernommen, welche schon seit den deutschen Freiheitskriegen länger als ein Vierteljahrhundert ohne Wechsel der Grundsätze und ohne Wanken ihr Leben dem Siege gesetzlicher deutscher Freiheit widmeten, jetzt traktionär gegen diese Freiheit, ja frevelhaft gegen die deutsche Nationalität in Oesterreich und gegen Oesterreichs Verbindung mit Deutschland gerichtet seyn.

Der Mangel vollkommener konstitutioneller Freiheit ist gerade das höchste bisherige Unglück Deutschlands und auch die Quelle der unheilvollen Zerwürfnisse in Oesterreich, ihre traktionäre Unterdrückung würde beide zum Untergange führen. Die deutsch-österreichischen Lande aber sind durch Gott, durch das Vaterland und seine Geschichte mit Deutschland verbunden. Beide gehören so unzertrennlich einander an, wie das Glied dem Körper und der Körper dem Glede. Ihre völlige Zerreißung wäre Zerstörung der Lebensgesundheit für beide, wäre Anfang des Todes, Zerfleischung und Unterjochung aller feindlichen Gelüste in Ost und West, in Nord und Süd.

Wir aber fordern nun Euch, wackere, verständige Oesterreicher feierlich auf, es besonnen zu überlegen, ob nicht gerade die Fortdauer Eurer unglückseligen Zerwürfnisse, ja ob nicht ein blutiger Sieg, wie eine blutige Vernichtung der einen oder der andern der in Eurer vielfach verwickelten Lage jetzt einander gegenüberstehenden Parteien, für die Freiheit, für die Verbindung der deutsch-österreichischen Stämme mit dem deutschen Gesammtvaterlande, für die Ehre, Blüthe und Macht aller unter dem kaiserlichen Oberhaupte vereinigten Völker gleich verderblich wirken müßte! Darum höret die Stimme des deutschen Reiches und des deutschen Reichsverwesers, vernehmet, noch ehe es weiter entbrennt, den blutigen Kampf der Waffen in der friedlichen Unterhandlung und nehmt, so weit ihr derselben irgend Vertrauen schenken könnet, unsere freundliche Vermittlung an, welche wir persönlich Euch anzubieten im Begriffe stehen.

Es lebe Oesterreich und sein ruhmvolles Kaiserhaus! es lebe Wien! Möchte Oesterreich und möchte Wien baldmöglichst und immer mehr Wohlstand und heiteren Lebensgenuß, gleich den freien Britten und ihrer blühenden Hauptstadt, mit einer vollständigen aber gesetzlichen und mit männlicher Reife gehandhabten konstitutionellen Freiheit vereinigen!

Passau, den 19. Oktober 1848.

Die Reichscommission.

Welcker. — Mosle.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Oct. Fürst Windischgrätz ist mit Handbillet vom 17. d. M. zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber der gesammten Armee mit Ausnahme der unter dem Feldmarschalle Radetzky stehenden Truppen ernannt. Der General Graf Nobili wird Chef seines Generalstabes, und geht schon heute Nacht zu seiner neuen Bestimmung ab. Des Fürsten Windischgrätz Ernennung ist von Baron Wessenberg contrasignirt, da derselbe wieder als Präsident des Ministerrathes functionirt. Baron Wessenberg und der Finanzminister, Baron Krauß, haben den Auftrag, das Ministerium zu vervollständigen, nachdem der Minister des Innern und jener des Handels ihre Entlassung verlangt und erhalten haben, und der Kriegsminister erwordet ist. (F. O. Z.)

Frankfurt, 16. Octbr. Unsere Marine-Angelegenheit wird jetzt in kürzester Frist eine sehr erfreuliche Gestaltung annehmen. Die Unterhandlungen, welche man darüber mit den „Vereinigten Staaten von Nordamerika" geführt hat, sind nun fast ge-

Digitized by Google

tradet und haben ein glückliches Resultat gewährt. Mit Bewilligung der Regierung werden ein norddamerikanischer Commodore und mehrere andere Seeoffiziere auf einige Jahre interimistisch in unsere Dienste treten. Ebenso hat die amerikanische Regierung gestattet, daß auf den dortigen Kriegswerften für unsere Rechnung größere Kriegsschiffe erbaut werden können, da wir dies aus Mangel an den nöthigen Arsenalen noch nicht selbst zu thun vermögen, während die kleineren Schiffe auf unsern Werften erbaut werden sollen. Auch mehrere junge deutsche Seekadetten werden auf amerikanischen Kriegsschiffen aufgenommen, um dort den nöthigen Dienst zu lernen. Auch ein englischer Fregatten-Capitän, ein Deutscher von Geburt, und ein dänischer höherer Seeoffizier, ein Altonaer, sollen schon für unsern Dienst gewonnen sein. Mit diesen Vorbereitungen hängt zusammen, daß jetzt die ersten 3 Mill. Thaler für die deutsche Kriegsflotte an die einzelnen Staaten ausgeschrieben sind und in kürzester Frist eingezahlt werden müssen. So werden wir bald die ersten tüchtigen Anfänge einer Flotte erhalten und rüstig immer weiter in der Ausbildung derselben fortschreiten. (W. Z.)

München, 22. Octbr. In der schon gestern erwähnten Versammlung einer großen Anzahl Wehrmänner der Landwehr und der Freikorps (wohl an 1000 Mann) wurde eine, von Dr. Herrmann verfaßte Adresse an Se. Majestät den König mit Bezug auf die jüngsten hiesigen Ereignisse angenommen. Die Adresse verlangt, daß diejenigen Personen, welchen in den Tagen vom 16. bis 18. Oct. die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit oblag und die diese Pflicht „in mehr als besteremdender Weise" verkannten, sofort entfernt und die Rechenschaft gezogen, aber auch für die Zukunft eine bessere Bürgschaft der öffentlichen Sicherheit geschaffen werde. Diese wollen die Bürger selbst übernehmen. Der bisherige Verwaltungsorganismus habe sich zum Schutze des Lebens und Eigenthums der Bürger als unbrauchbar erwiesen. Es werde deßhalb verlangt, daß der Chef der Sicherheitspolizei mit voller Verantwortlichkeit unabhängig gestellt und der bewaffnete Schutz der Stadt dem sogleich frei zu wählenden Kommandanten der Landwehr und Freikorps anvertraut werde. Der nächste Landtag müsse den Stadtbehörden die Handhabung der Sicherheitspolizei zurückgeben und ein Gesetz schaffen, wornach jede Gemeinde für allen Schaden, der aus Störungen der öffentlichen Ruhe entspringt, haftbar sei. Für alle bei den Ereignissen vom 16.—18. Oct. Beschädigten wird sofortige volle Entschädigung von der Staatskregierung verlangt. Diese Adresse hat die heute Mittag bereits einige Tausend Unterschriften von Bürgern und Einwohnern erhalten. In der Versammlung theilte Hr. Pfahler mit, daß so eben der König sein Haus besucht und ihm gerechte Entschädigung verbürgt habe. (K. v. u. f. D.)

München, 22. Oct. Zum Stadtkommandanten von München ist, wie man heute vernimmt, Ingenieur-Oberst Lüders in Ingolstadt ernannt, Generalmajor v. Berks führt die Kommandoamtshaft nur interimistisch bis zu dessen Ankunft. — Das längst erwartete Ausscheiden zu einer protestantischen Generalssnode für die beiden Konfistorialbezirke Bayreuth und Ansbach ist nun erfolgt; die Generalsynode beginnt am 27. November und findet in Ansbach statt. — Der Fürst Alois von Oettingen-Oettingen und Oettingen-Spielberg ist auf sein Ansuchen der Würde als Kronoberstkämmerer des Reichs enthoben worden.

München, 22. Oct. Die Mehrzahl der am 18. Oct. arretirten Tumultuanten soll dem Militärstande angehören. Von der letzteren Artillerie befinden sich 19 Mann in Haft, und einer, der in der Pfisterei schwer verwundet wurde, soll bereits gestorben sein.*). (K. K.)

München, 22. Octbr. Es wurden der geh. Sekretär im k. Staatsm. d. Fin. Kaul zum Regierungsfinanzrath in Regensburg ernannt; der Oberrechtsgamiskontroleur in Augsburg Seelmeyer als solcher nach München versetzt; und dessen Stelle dem Regierungssekretär I. Klasse in Regensburg Schwemmer verliehen; der Revierförster zu Triesdorf Hüttlinger in den Ruhestand versetzt.

Der bisherige temp. pensionirte charakterisirte Oberst C. Purkard wurde unter Ernennung zum zweiten Kommandanten der Festung Landau als wirklicher Oberst reaktivirt. Die Hauptleute Philipp Van der Monden, vom 3. Inf.-Regim. Prinz Carl, Michael Angerer, vom 4. Inf.-Regiment Grumpenberg, Carl Haas, vom 14. Inf.-Regim. Jandt und der Rittmeister Joseph Böhm, vom 4. Chev.-Regim. König, wurden auf Nachsuchen in den Ruhestand versetzt. Der pens. Hauptmann Franz Hoffmann wurde in seiner Charge als Platzadjutant in Germersheim reaktivirt. Der Militär-Fiskal, Stabsauditor Fried. Dorrer wurde zum Oberauditor bei der Militärfondskommission befördert. (N. M. Z.)

Berlin, 21. Octbr. Die Aufregung in der Stadt ist eine sehr bedeutende, und vielleicht wären, regnete es nicht unaufhörlich, für den heutigen Abend ernste Besorgnisse steht gegründet. Grund zu dieser Aufregung ist die Entlassung von 100 Arbeitern und die eigenthümlich gefaßte Bekanntmachung des Bauinspektors Heist, welche in der heutigen Kammersitzung zu vertreten der Minister v. Bonin und Eichmann sich veranlaßt fanden. Die Arbeiter auf den verschiedenen Bauzellen beschwerten sich darüber, daß man vor beendeter oder nur ordentlich eingeleiteter Untersuchung „zur Ahndung des Vergehens" eine Decimirung vornimmt; sehr wenige sind gewillt, an die Bebauptung des Ministers v. Bonin zu glauben, daß die Zerstörung der Maschine Arbeitskräfte überflüssig macht. Ein Theil der Arbeiter ist willens die Arbeit einzustellen. — Die Demokraten wollen in dieser plötzlichen Entlassung der Arbeiter die Provokation eines Krawalls finden, Fe behaupten, man wolle so einen Konflikt hervorführen, dann Militär zur Unterdrückung des selbst provocirten Auflandes heranziehen und endlich die Stadt in Belagerungszustand erklären. Diese Ansicht spricht auch ein Plakat aus, das aufforderk, auf der Hut zu seyn und der Reaktion durch Krawall nicht in die Hände zu arbeiten. In der That ist es zu bedauern, daß, nachdem gestern Abend Bürger und Arbeiter die friedfertigste und versöhnteste Stimmung durch das feierliche Begräbniß der Opfer des 16. Oct. documentirt hatten, heute schon wieder ein neuer aufregender Funke in die Massen gewesen ist. Es könnten sich leicht Leute finden, die diese Aufregung zu benutzen verstehen. — Hr. v. Binde, dessen Wahl von der Versammlung heute für gültig anerkannt wurde, wird in kurzem erwartet. Der frühere Minister, Hr. v. Bodelschwingh, soll an die Stelle des in Folge seiner Ernennung zum Criminalgerichtsdirektor ausgetretenen Abgeordneten Harrassowitz zum Deputirten für den teltower Kreis gewählt sein. Ebenso Minister v. Pfuel für Birnbaum. (D. A. Z.)

Breslau, 20. Oct. Heute morgen ist die Leiche des Fürsten Lichnowsky hier angelangt. — Morgen früh wird die Leiche mittelst Extrazuges nach Ratibor befördert, um in Grätz beigesetzt zu werden. (D. A. Z.)

Aus Liegnitz vom 19. Oct. berichtet die Breslauer Zeitung von fernern Weigerungen der Landwehr, sich einkleiden zu lassen, so der aus der goldberger und haynauer Gegend für die 3. und 4. Compagnie des liegnitzer Landwehrbataillons einberufenen.

Hannover, 19. Octbr. Der Tag der Leipziger Völkerschlacht ist dadurch gefeiert worden, daß gestern endlich die hannoverschen Truppen die schwarz-roth-goldne Kokarde angelegt haben. (W. Z.)

Schwerin, 18. Oct. Der Großherzog hat für den Fall, daß von Seiten des Reichsministeriums die Verwendung der für die deutsche Kriegsmarine im Reichsetat ausgeworfenen Summe zum Bau einer Dampfcorvette daselbst mit dem nöthigen Zuschuß bewilligt würde, eine Beihülfe von 15,000 Thlr. in Geld oder Baumaterial in Aussicht gestellt; desgleichen hat sich der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz in derselben Weise zu einem Beitrage von 1000 Thlr. bereit erklärt. (D. A. Z.)

Schleswig, 19. Octbr. Der Präsident Beseler kündigte der Landes-Versammlung in einer ergreifenden Rede an, daß die Bleiskamkeit der provisorischen Regierung ihrem Ende nahe, womit er den Antrag verband, daß die Landes-Versammlung die provisorische Regierung entlassen und zugleich der Regierung, welche in Folge des Waffenstillstandes nach dem Willen der Centralgewalt das Land verwalten solle, ihre Zustimmung ertheilen möge. Er bezeichnete die zur Bildung einer neuen Regierung berufenen Personen als Männer, welche das Vertrauen des Landes verdienten und rechtfertigen würden. Er sprach hinsichtlich der Zukunft und einer ersteulichen Gestaltung derselben nicht blos Hoffnungen, sondern die bestimmteste Erwartung aus. Schließlich gab er den Wunsch zu erkennen, daß die Landesversammlung über den gestellten Antrag, wenn irgend thunlich, schon morgen beschließen möge. Als die Regierungsmitglieder den Saal verließen, erhoben sich unwillkührlich sämmtliche Abgeordnete von ihren Sitzen. Später legte der Departementschef für das Innere noch einige Dokumente vor, namentlich eine von dem Grafen Dönhoff am 18. Oct. ausgestellte Akte, worurch Preußen die fernere Ausführung des Waffenstillstandes dem Reichscommissär Stedmann überträgt, und ein von dem Grafen Dönhoff preußischer, dem Hrn. v. Reedz dänischer Seits am 12. Oct. zu Berlin unterzeichnetes Protokoll, die neue Regierung betreffend. Zum Schluß der Sitzung wählte die Landesversammlung zur Begutachtung des von der provisorischen Regierung gestellten Antrages einen neuen Ausschuß. (D. A. Z.)

*) Die neue Münchnerin hält die Verhafteten für verkleidete Soldaten!!

Digitized by Google

Wien, 19. Octobr. Da von dem Militär, welches sich um Wien anhäuft, kein Versuch der Ruhestörung stattgefunden hat, so verstrich auch der heutige Tag in der gewöhnlichen Ordnung. So weit es der Waffendienst erlaubt, öffnen sich die Werkstätten und wir wir schon früher gemeldet, fehlt zum vollkommenen Friedenszustande wieder nichts, als die Entfernung der Armee vor den Thoren. Leichtsinnig würde es seyn, wenn die Hofpartei bei der Armee gegen Wien misbrauchen wollte, der Kampf würde ein blutiger, und wie immer sein Ausgang sey, die Folge ein unersetzlicher Verlust für die Dynastie werden. — Was die Ungarn anbetrifft, so stimmen die neuesten Nachrichten darin überein, daß sie keineswegs ihren Entschluß aufzugeben haben, zu Hülfe zu eilen, sobald es gewünscht wird. (Oesterr. B.)

Wien, 20. Oct. Der Kaiser hat an das mährische Volk eine Proclamation gerichtet, in welcher versichert wird, daß die Robot- und Zehentzuhebung bleibe. Diese Proclamation ist von dem Minister Wessenberg kontrasignirt. — Wien ist vom heutigen Tage an förmlich cernirt; von allen Seiten ist die Zufuhr abgeschnitten, ohne daß von irgend einer Provinz eine nachdrückliche Hülfe geboten würde. Wien ist in diesem Augenblicke ganz sich selbst überlassen und doch ist daselbst noch keine Spur von Entmuthigung zu finden. Es berecht nur eine Spannung, mit welcher man dem Ausgange dieser Wirren entgegensieht. Man spricht von einer Proklamation, in welcher den Wienern von dem Kaiser die Bedingungen des Friedens vorgezeichnet werden; man will wissen, daß zu diesen Bedingungen Beschränkung der Presse und Auflösung der akademischen Legion gehören.

Wien, 20. Oct. Die Rendsahn bei Gänserndorf ist von dem Militär demolirt worden, um die Zufuhr aus Ungarn nach Wien unmöglich zu machen, wodurch jede Kommunikation mit Deutschland bedeutend erschwert ist. — Das Regiment Baden, aus Oberösterreichern bestehend, welches gegen Wien beordert war, hat auf halbem Wege mit sammt seinen Offizieren rechtsum gemacht, indem es erklärte, daß es wohl bereit sei, für Wien, aber nicht gegen dasselbe zu kämpfen. — General Hammerstein soll mit 10,000 Mann k. Militärs von Galizien auf in Ungarn eingefallen sein.

In Brünn sind unruhige Auftritte vorgefallen, so zwar, daß das Militair in die Kaserne sich zurückzog und alle Wachen von der Nationalgarde besetzt sind. Der Kratwall rief eine Maßnahme des Militärs zu Lundenburg hervor, welches den aus Wien zurückkehrenden Nationalgarden Brünns die Waffen, ja sogar Geld und Wäsche abnahm.

Die Proklamation an die Völker Oesterreichs wurde vom Reichstag zur Berathung gebracht und nach zweimaliger Lesung angenommen. Sie ist im Geiste der Linken und hält dem Militär ein Sündenregister vor. Der Einmarsch des Jellachich, die Entwaffnung der Nationalgarde und so weiter wird berührt und die Verheidigung Wiens als Konsequenz der Maßnahmen des Militärs dargestellt, Zurückziehung des Militärs, scheinige Bildung eines Volksthümlichen Ministeriums als Bedingung des Friedens bezeichnet. Dieselbe fragt nach der zweiten Lesung, wenn dieß Ultimatum vom Kaiser nicht angenommen wird, was dann? Einige zu grelle Ausdrücke werden gemildert.

Wien, 19. Octbr. Die O. Z. schreibt: Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist an eine Einmischung Russlands in die ungarischen Angelegenheiten nicht zu denken. In Lemberg ist die Aufregung der Soldaten für die Sache Wiens so ausserordentlich, daß das Standrecht verkündet werden mußte, um sie zu zwingen, im fremden Lande der fremden Sache zu dienen. Zu welchen Mitteln man greift, um gegen Wien die Leidenschaften aufzuregen, beweist das Regiment Latour, das vielleicht seinen Namensherrn niemals gesehen, jetzt mit dem Zeichen der Trauer geschmückt sein und keinen Paeton zu geben geschworen haben soll. Würde man zu gleicher Rache alle diejenigen aufmuntern, deren Freunde und Verwandte durch die Politik des unglücklichen Latours in Serbien und anderwärts auf die scheußlichste Weise umgebracht worden sind, wir könnten ganze Armeekorps mit dem Todtruhopf aufstellen. Es ist aber gegen die Natur des edlern Menschen, es ist gegen das Recht der Humanität: der Rache und der Leidenschaft zu dienen und wir hoffen, daß selbst in einem Kampfe von der Seite unserer Streiter die Waffe nicht weiter gebraucht wird als die Noth es bedingt. — Die Posten von Berlin und Paris sind nicht hier eingetroffen. Das Briefgeheimniß wird überall verletzt, wo die Post Truppenabtheilungen begegnet. (A. D. Z.)

Prag, 20. Oct. Der gestrige Abendzug von Wien brachte und die Nachricht, daß von heute an die Nordbahn von Olmütz bis Wien nur zur Beförderung des Militärs bleibt; der Oberst v. Heß ist Wagenmeister, alle Requisiten bleiben für den Bedarf des Militärs vorbehalten, es ist auch zweifelhaft, ob überhaupt eine Personenbeförderung auf der Eisenbahn stattfinden wird. Welche sinnenhafte Gerüchte dann über Wien hier circuliren werden, ist vorauszusehen. Die Stimmung gegen Wien ist hier so ziemlich dieselbe geblieben, die Verständigen, Besonnenen selbst der czechischen Partei sehen in den Ereignissen in Wien einen Kampf der Freiheit gegen die Reaction. Die Menge, von den czechischen Blättern fanatisirt, von den czechischen Deputirten aufgewiegelt, sieht in der Wiener Revolution nur einen nationalen Kampf. Die Schilderung der Wiener Ereignisse, welche die czechischen Deputirten in den hiesigen Blättern veröffentlichen, enthält offenbar unwahre Angaben und vergrößert nur die Verachtung, die ihnen ihrer Flucht wegen zu Theil wird. — Die Truppensendungen nach Wien haben seit gestern aufgehört, die Kanonen der vorgestern abgegangenen Batterie waren mit Blumen geschmückt, gleich als kehrten sie vom Siege heim. Zur ihre Unserer Einwohner muß ich es sagen, daß sich ein großer Theil mit Abscheu von diesem empörenden Anblick wegwandte. Die Slowanska Lipa hat gestern an den Vicepräsidenten Mecsery eine Deputation geschickt, um anzufragen, ob es wahr ist, daß eine deutsche Executionsarmee in Oesterreich einfallen (!?) wolle und daß aus den deutschen Kreisen Böhmens bewaffnete Freischaaren nach Wien zögen. Mecsery gab ihnen zur Antwort, daß er von ersterer gar nichts wisse; bezüglich der Letztern aber seien Anweisungen an die Kreisämter erlassen habe, diese Zuzüge nicht zu dulden. — Aus allen Städten Deutsch-Böhmens gehen Adressen an den Reichstag ab, worin man denselben als einzige gesetzliche Autorität anerkennt. Auch der „deutsche Verein" in Prag hat eine Anerkennungsadresse an Reichstag abgefaßt. — Was guter Qualität erfahre ich folgenden charakteristischen Zug. Dr. Löhner war wie bekannt vom Reichstag als Deputirter dem Kaiser nachgesandt, konnte aber nicht dazu gelangen vorgelassen zu werden. Im Vorzimmer des Erzherzogs Franz Karl wurde Löhner, von Natur aus heftig, ungestüm und verlangte dringend im Namen des souverainen Volkes den Erzherzog zu sprechen. Da trat die Erzherzogin Sophie aus dem Zimmer und rief, purpurroth vor Zorn: Vergessen Sie nicht, daß Sie im Vorzimmer kaiserl. Hoheit sind, und daß ich von meinem Hausrechte Gebrauch machen kann. Ich stehe hier im Namen des souverainen Volkes, erwiderte Löhner, vergessen Ew. kaiserl. Hoheit nicht, daß auch das souveraine Volk von seinem Hausrechte Gebrauch machen kann.

Prag, 19. Oct. Heute kamen zwei Estaffetten aus Schlan hier an; sie sollen die Nachricht gebracht haben, daß gestern abermals zwei Escadrons Palatinalhusaren desertirt seyen. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 20. Octbr. Der Belagerungszustand von Paris ist aufgehoben. Nachdem Herr Apilles gestern im Namen der betreffenden Commission angezeigt hatte, daß die Regierung auf Aufhebung des Belagerungszustandes antrage, daß sie erkläre, sie stehe nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft gut, und daß sie trotz der fortbestehenden Aufregung, die übrigens in einem freien Lande unvermeidlich sey, keine andern Gesetze und Gewalten als die legal bestehenden verlange, ward ohne Diskussion zur Abstimmung geschritten und die Aufhebung des Belagerungszustandes mit Einstimmigkeit votirt. Das betreffende Dekret ist bereits heute im Moniteur erschienen. Am Schlusse der Sitzung ward noch der Art. 73 votirt, der das Prinzip der bisherigen Central-Verwaltung feststellt und die Diskussion über den Artikel 107, die Militär-Stellvertretung betreffend, begonnen.

Der Rational enthält heute einen enthusiastischen „Appel à l'Italie", einen Aufruf an die Völker Italiens, sich jetzt in Masse zu erheben und die günstigen Umstände zu benützen, um die Oesterreicher von dem Boden Italiens zu verjagen.

Die Regierung hat durch einen Cabinets-Courier die Nachricht aus Florenz vom 16. erhalten, daß in Folge der Wiener Ereignisse der Großherzog von Toskana gezwungen worden ist, sein Ministerium zu ändern und ein Kabinet im Sinne der Bewegungspartei zu bilden. Die neuen Minister sind: Nicolini, Guerazzi, Chef der Insurrektion von Livorno, Montenelli, Mazoni, Pigli, Bantani, Frnzi und Bergala.

Weder die Aufhebung des Belagerungszustandes, den man seit drei Monaten in martrieller Hinsicht schon nicht mehr fühlte, noch das Manifest der demokratischen Vertreter, das gestern überall verbreitet ward, machen besonders Aufsehen. Es ist ein Geist der Ruhe und der Innerlichkeit eingetreten, der alle Bewährungen der Alarmisten vereitelt, und die gestern bekannt gewordene Erklärung der Regierung, daß sie für Erhaltung der Ruhe, ohne Anwendung außerordentlicher Mittel einstehe, macht einen sehr günstigen Eindruck.

General Courtais, seit dem 15. Mai verhaftet, wird in diesen Tagen in Freiheit gesetzt werden, weder die Instruktion, noch die

Digitized by Google

Anklagekammer haben einen Grund zur Anklage finden können, und so wird eine Ordonnance de non-lieu erlassen werden.

Der Presse zu Folge hat sich General Oudinot von Turin nach Mailand begeben und dort eine lange Unterredung mit dem Marschall Radetzky gehabt. Der General beobachtete in Mailand das strengste Inkognito und war am 12. wieder in Turin eingetroffen, wo er im Hotel Feder abstieg.

General Gavaignac hat die Deputirten, die den Vorschlag einer Amnestie gemacht haben, gebeten, denselben zurückzuziehen und ihm die Initiative einer solchen Maßregel, ehe er seine Gewalt niederlege, zu lassen. Vor der Hand haben bereits alle Behörden den Befehl erhalten keine Verhaftsbefehle wegen Theilnahme an den Juni-Ereignissen mehr zu erlassen.

Die Turiner Blätter vom 15. geben nun die Wiener Ereignisse ausführlich und fordern die Regierung und die Völker Italiens auf, die Waffen zu ergreifen und eine rasche Entscheidung herbeizuführen.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 20. October.) Odillon Barrot nimmt im Namen der Commission das Wort, um zu erklären, die Commission habe die vielen Amendements, die über die Artikel 74 und folgende (von der innern Verwaltung) vorliegen, geprüft, und sie als im offenbaren Widerspruche mit der ganzen Organisation Frankreichs gefunden. Odillon Barrot setzt hierauf in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede die Uebelstände auseinander, die aus der Einsichtung dieser Amendements entstehen würden und schließ damit, daß er auf deren Verwerfung und die Annahme der ursprünglichen Fassung der Commission anträgt. Luneau folgt ihm, um die Amendements zu vertheidigen, die sämmtlich darauf berechnet sind, im Interesse der Decentralisation des en detail wieder zu erobern, was durch die gestrige Annahme des Art. 73 im Prinzipe verloren wurde. Larey unterstützt Luneaus Amendements, das er jedoch noch schärfer formulirt. Odillon-Barrot widerlegt beide Redner, die Versammlung bringt auf Abstimmung, Dadreux schlägt vor, die Frage auf die organischen Gesetze zu vertagen, kann aber vor Rufen: Zur Abstimmung! nicht sprechen. Der Schluß der Discussion wird mit großer Mehrheit ausgesprochen. Luneaus Amendement wird verworfen und der Art. 74 der Commission wird angenommen. Alle andern Amendements werden nun rasch nach einander verworfen und die sie vertheidigenden Redner fast gar nicht mehr angehört. Als nun während einer Rede Desloncgrais der Colonial-Vertreter Mazuline (ein kohlschwarzer Neger) eintritt, erheitert dieser Zwischenfall die bisher sichtlich gelangweilte Versammlung so, daß sie in eine stürmische Unterredung ausbricht, die trotz alles Läutens des Präsidenten lange nicht zu beschwichtigen ist. Desloncgrais endigt, das Amendement wird verworfen, Havin folgt mit einem andern Amendement, aber ein neuer, ebenfalls kohlschwarzer Vertreter, Charles Dain, tritt in den Saal und nimmt seinen Platz auf der äußersten Linken neben Schölfer. Neuer Lärm, neue Heiterkeit, die Vertreter und die Tribünen sind in großer Bewegung und während dieses Lärms wird auch Havin's Amendement verworfen, und so geht es rasch fort. Um 3½ Uhr betritt der Justizminister die Tribüne, um den Entwurf einer schnelleren und energischen Verfolgung und Bestrafung der Pressvergehen zu erzielen. Fiocon interpellirt das Ministerium wegen der im Moniteur enthaltenen Note, welches die Uebersiedlung der Juni-Gefangenen nach Algier verspricht. Er will wissen, warum hierüber keine offizielle Mittheilung an die Nationalversammlung gelangt sey, und ob die Regierung etwa ihre diesfallige Ansicht geändert habe. — Lamoricière entgegnet, er spreche nicht gern von den künftigen Projekten der Regierung, es sey auch übrigens im Ministerrathe beschlossen worden, auf alle Interpellationen immer nur erst nach vorläufiger Berathung und an einem hiezu festgesetzten Tage zu antworten. Er nehme die Interpellationen daher für morgen an. Fiocon protestirt zwar gegen dieses dilatorische System, aber der Kriegsminister weist nach, daß dieses absolut nothwendig sey, um die Interpellationen vollständig beantworten zu können. Lagrange macht darauf aufmerksam, daß schon seit zwei Monaten ein Vorschlag vorliege, die Junigefangenen als Colonisten in Algier anzusiedeln und daß er den Vorschlag gemacht habe ihnen jede Strafe zu erlassen. Er verlangt, daß diese beiden Vorschläge reglementsmäßig erledigt werden. Die Versammlung beschließt, daß diese Vorschläge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Pierre Leroux nimmt das Wort; er übergibt eine Petition der Frauen und Kinder der Junigefangenen und empfiehlt sie der Humanität und dem Wohlwollen der Nationalversammlung, er kündigt ebenfalls für morgen Interpellationen an den Kriegsminister an. Aber die Versammlung beschließt alle diese Interpellationen bis nach der Constitution zu verschieben, in deren Discussion somit fortgefahren wird. Bei Postschluß dauert der unerbittliche Krieg gegen die Amendements fort und Artikel um Artikel werden angenommen, so daß wahrscheinlich bis morgen Abend die ganze Constitution votirt ist.

Großbritannien

London, 18. October. Graf Reventlow soll nächstens mit Depeschen nach Kopenhagen zurückkehren. Man hofft endlich, die schleswig-holsteinische Frage zur Erledigung zu bringen. Auf welchen Grundlagen hin, wird von den Morgenblättern erörtert. — Der Insurrectionschef A. Mahony hat sich gestellt. (F. D. Z.)

Amerika

Nach Berichten aus New-York vom 2. Oct. wird der Kampf in Betreff der Präsidentenschaft lebhafter, je mehr der Zeitpunkt der Wahl herannaht, über den Ausgang derselben herrscht aber noch die nämliche Ungewißheit. Die Korn- und Mehlpreise standen durchweg niedriger; es fand jedoch ziemlicher Umsatz Statt und nach England wurden ansehnliche Quantitäten verschifft. — Aus Mexico erfährt man, daß Santa Anna die Regierung um Erlaubniß zur Rückkehr ersucht hatte. Das Land war im Allgemeinen ruhig, des Paredes aber bereitete der Regierung noch mancherlei Schwierigkeiten. (K. Z.)

Anzeigen.

In der Buchner'schen Buchhandlung dahier ist vorräthig zu haben:

Der Felddienst.

(Nach dem 4. Theile der königl. bayerischen Dienstesvorschriften, bearbeitet von J. M. Maillinger.)

I. Heft. Dienst des Soldaten. Preis 3 kr.
II. „ Dienst des Unteroffiziers. Preis 9 kr.
III. „ Dienst des Offiziers. Preis 24 kr.

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahresgesellschaft zählte am Schlusse von 1847 ein Einlags-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich dasselbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahresschluß die zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration ladet daher die Betheiligungslustigen ein, ihre Einlagsbeiträge bis längstens Ende November entweder direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg oder bei den an allen bedeutenderen Orten aufgestellten Agenten einzuzahlen.

Da die bayer. Renten-Anstalt unter der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in dieser schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen ansprechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen derer nicht zu verwirklichen vermag, welche von einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt hat die Bestimmung, für die späteren Jahre des Lebens eine Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Geduld die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Aussicht stellen.

München, 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler,
Director.

Zu Vermittlungen erbietet sich:

Friedrich Fenstel,
Agent in Bayreuth.

Weingrüne, noch ganz gute Fässer à 5—6 Eimer, so wie eine Parthie guten Heues und Strohes sind zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Ein gutes Pianoforte ist zu verkaufen, oder auch zu vermiethen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Rennweg Nr. 293 ist ein Quartier für einen ledigen Herrn zu vermiethen, welches sogleich bezogen werden kann.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 298.** **26. October 1848.**

Deutschland.

†Frankfurt, 17. Octbr. 101. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung. Meyer zeigt den Bericht Namens des Gesetzgebungsausschusses an, wonach über den Antrag der in Anklageversetzung der Reichsminister Schmerling und Mohl, so wie Aufhebung des Belagerungszustandes hier, von Staffrath und Genossen zur Tagesordnung übergegangen werden möge. Zucho interpellirt das Ministerium in Folge des Gesetzes über die Centralgewalt oder darauf entsprechenden Abfassung von Gesandten an die verschiedenen außerdeutschen Staaten mit Bezug auf die Ernennung des Abgeordneten Auerswald als Gesandten nach St. Petersburg dahin: 1) Ist das Ministerium im diplomatischem Verkehr mit Petersburg; 2) wenn dies nicht der Fall, welche Hindernisse dem Verkehr entgegen stehen. Reeg aus Birnbaum fragt das Ministerium, ob demselben eine amtliche Mittheilung zugegangen, daß der exponirte General Behm nach Wien berufen und daselbst ein Kommando erhalten hat; 2) ob die Berufung vom Reichstage in Wien ausgegangen ist; 3) ob das Reichsministerium im Einklange damit sei, daß die Bewegung in Wien eine deutsche sey. Reichsminister Schmerling beantwortet die Interpellation von Fraule und Reden über Störung der Schifffahrt von Schleswig-Holstein dahin, daß schleswigsche Schiffe angehalten und nach Dänemark aufgebracht wurden, um das Brandzeichen Dänisch Eigenthum zu erhalten. In Folge dies ist dem Reichsgesandten in Kopenhagen die Weisung zugegangen, die dänische Regierung aufmerksam zu machen, daß es ein Eingriff gegen die beschlossenen Bestimmungen des abgeschlossenen Waffenstillstands sey und daß nach den Verordnungen der provisorischen Regierung vom 14. Juni, dieselbe ein Recht habe, dagegen Protest zu erheben. — Das Führen der deutschen Flagge kann den schleswigschen Schiffen nicht gestattet werden, bevor nicht entschieden ist, ob das Herzogthum zu Deutschland gehöre, daher in Uebereinstimmung mit England entschieden worden, daß eine neutrale Flagge geführt werde, welche zu schützen jene Macht versprache. Es ist daher anzunehmen, daß die Erledigung in kürzester Zeit erfolgen werde. — Auf die Interpellation Möllings's wegen Anerkennung der provisorischen Centralgewalt, Seitens der Einzelstaaten wird erwidert, daß die formelle Anerkennung von den verschiedenen Regierungen geschehen, eine Mittheilung an die bestehenden Standekammern gemacht worden, es hantle sich aber um die praktische Anerkennung, welche wünschenswerther erscheinen muß. Diese ist aber gleichfalls erfolgt, indem sämmtliche Staaten, von den größten bis zu den kleinsten, ihre Kontingente zu den mobilen Kolonnen gestellt haben, welche die Reichsgewalt zu organisiren für gut fand. Nach der Mittheilung des preußischen Bevollmächtigten hat Preußen sogar seine ganze Truppenmacht von 336,000 M. als Reichstruppen erklärt; wenn dagegen Oesterreich nicht in so umfassender Weise seine Betheiligung ausgesprochen, so liegt das in den gegenwärtigen Verhältnissen. — In Bezug auf den österreichischen Verkehr ist es bekannt, daß die nöthigen Verhandlungen bei verschiedenen Staaten eingeleiten und daß selbst bei der Pforte dies Verhältniß eintreten soll, um dadurch die nöthigen Consuln in die Donaufürstenthümer entsenden zu können, da bereits die betreffenden Personen bezeichnet sind. — Wenn der diplomatische Verkehr nicht in seinem ganzen Umfange eingetreten, so beruht dies in dem provisorischen Zustande Deutschlands, weshalb zum Schutze deutscher Bürger noch das Gesandtschaftsrecht einzelner Staaten so lange ausrecht erhalten werden muß, bis die Organisation des gesammten Verkehrs besser stattgefunden. Hieraus möge also die Beruhigung entnommen werden, daß dem Gesetze vom 28. Juni a. c. volle Anerkennung gefunden hat. Wenn es jedoch hin und wieder nicht stattgefunden, so ist es mehr von einzelnen Kammern ausgegangen als von Regierungen. (Bravo rechts.) Die Anzeige über Anstellung des Generals Behm in Wien ist allerdings nicht amtlich angezeigt worden, ob aber die Bekanntmachung Seitens des Oberkommandos der Nationalgarde als eine solche zu betrachten sey, muß der Begutachtung der hohen Versammlung überlassen werden. — Handelsminister Duckwitz gibt seine Erklärung auf die Interpellation Redens wegen der nach dem 31. Decbr. a. c. stattzufindenden Zolleinigung dahin ab, daß nach dem getroffenen Uebereinkommen der Zollverein so lange fortbestehen soll, bis die Organisation der neu eingetretenen Verhältnisse von Frankfurt aus geschehen ist. Den übrigen in der Frage angeführten Punkten ist jedoch keine besondere Würdigung beizulegen, da dieselben nur ein untergeordnetes Interesse haben. — Hierauf wird der Vorschlag des Ministeriums über den Bedarf der Summen, welche die Nationalversammlung, die Centralgewalt und die Bundesmacht für den Zeitraum vom 1. Septbr. bis ultimo Decbr. a. c. gebrauchen dürfte, vorgelegt. Derselbe umfaßt die Summe von 10,468,766 fl., wovon das Cabinet des Reichsverwesers 3813 fl. verbraucht, die Wohnung desselben 5866 fl. Die Nationalversammlung 25,000 fl. monatlich, worin ein außerordentlicher Posten von 18,000 fl. für den Fünfziger-Ausschuß begriffen. Das Reichsministerium 11,119 fl. Das Ministerium des Auswärtigen 17,640 fl. Für Gesandtschaften 100,000 fl. Das Ministerium des Innern und der Gesammtheit 335,293 fl. Für Justiz 23,910 fl. Das Handelsministerium 21,660 fl. Das Kriegsministerium 2,081,136 fl. Die Marine 5,523,000 fl. Das Finanzministerium 6176 fl. Zusammen also die oben angeführte Summe. Die Einnahmen betragen aber 8,493,160 fl. Somit sind noch zu decken 975,600 fl. Dieser Bericht wird gedruckt und dem Ausschuß für Finanzen zur Berathung überwiesen werden. Vicepräsident Simson übernimmt den Vorsitz: verliest den Ausschußbericht über die österreichisch-slawische Frage, über die Anträge von Venedey und Raumer, welcher dahin lautet, daß die Majorität des Ausschusses verlangt, die Nationalversammlung möge beschließen: 1) die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Commissären nach Wien — in welcher die Nationalversammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt — gu zu heißen 2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissären eingehenden Berichten, sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit, jede zum Schutze etwa in Frage gestellten Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen und über dieselbe der Nationalversammlung Mittheilung zu machen. Die Minorität dagegen verlangt 1) das Reichsministerium sey aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen. 2) Das Reichsministerium aufzufordern, Sorge zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Anträge nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen. 3) Das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissären zu übertragen. Ueber diesen Gegenstand ergreift zuerst das Wort Reitter von Prag, welcher zunächst unterstützt, ob die in Wien ausgebrochene Bewegung eine demokratische oder nationale sey und nach Beleuchtung der verschiedenen Ansichten dahin gelangt, zu zeigen, daß es nur eine nationale Sache ist, die von den Wienern vertheidigt wird und es eine Schmach und Schande wäre, die Hülfe Rußlands in Anspruch zu nehmen. Mayfeldt aus Wien stützt sich darauf, daß nach dem Ausspruche des Ministers Dobthoff die Politik nicht mehr auf den Ministerbänken gemacht werde, sondern durch den Weltgeist und findet daher, daß die Bewegung entschieden deutsch und dem Staatenthume entgegen ist, weshalb er für das Majoritätsgutachten sich aussprecht, zu welchem jedoch noch der zweite Punkt des Minoritätsgutachtens hinzugefügt werden möge mit der Aenderung, daß statt des Ausdrucks „Sorge zu tragen", gesetzt werde „sogleich Verfügung zu treffen." Berger von Wien bezieht sich auf den Ausspruch des Ministeriums, wonach dasselbe der Anarchie so wie der Reaktion gleichmäßig entgegen treten wolle und findet, daß dieser Grundsatz nicht streng eingehalten würde, da man auf der einen Seite mit Kartätschen antworte, wo man auf der andern nur Kemmsiäre verwende, die erst in München Schulstuben machen und dann von Passau aus ihre Erklärung an das Wiener Volk erlassen. Bei näherer Beleuchtung der verschiedenen Ereignisse

Digitized by Google

und Thatsachen in Wien und Ungarn zeigt der Redner, wie sehr die Reaction sich bemüht habe, die Errungenschaften des Wiener Volkes zu beeinträchtigen, weshalb er verlangt, daß der Camarille entgegen getreten werde. Somarunga aus Wien ist für den Majoritätsantrag. Wincke von Hagen beleuchtet die verschiedenen Aussprüche einiger Redner und kann sich nicht damit einverstanden erklären daß die Bewegung in Wien keine temekratische wäre, die sogar in Anarchie umgeschlagen sey, da der Mörder des Ministers Latour, in der Aula öffentlich sich habe seiner That rühmen können, ohne Einspruch zu erfahren. Deshalb kann der Redner nur für das Majoritätsgutachten sich erklären und für das Ministerium ein unbedingtes Vertrauensvotum verlangen. Vogt aus Gießen kann sich mit dem Schlusse des vorhergehenden Redners nicht einverstanden erklären und will es versuchen, dessen Ansicht zu widerlegen, obgleich er in Rücksicht der ernsten Verhältnisse Oesterreichs sich nicht veranlaßt fühlen könne, darüber Witze zu machen. Bei Aufzählung der verschiedenen Gründe des Reichsministeriums wird gefunden, daß dasselbe nur Gesetze im Geiste des alten Systemes gegeben, somit keine Aenderung der früheren Zustände herbeigeführt hat. Die Zustände Wiens sind aber aus der Anarchie zur Ordnung übergegangen, es ist Pflicht des Ministeriums, dieser Bewegung die hilfreiche Hand zu reichen, damit dieselbe nicht demokratischer werde, aber dafür habe das Ministerium kein Gehör, sondern es schicke lieber Commissäre, die nichts thun. Wie kann aber gerechtfertigt werden, wenn russische Noten mit einem Einmarsch in Galizien drohen, wenn die Ungarn nicht die deutsche Erde verlassen? — (Pfui! Pfui!) Es möge daher dafür Sorge getragen werden, daß auch nicht die Kirchhofsruhe in Oesterreich eintreten kann. (Minderjährige Applaus.) Eisenmann erhält das Wort um zu Gunsten seines Antrages ein Aufscheiben der nichtdeutschen Deputirten für nichtdeutsche Theile des Reichstages in Wien zu bewirken, damit ein reindeutscher Reichstag daselbst stattfinde. Dieses kann nur dadurch erreicht werden, indem den abgesandten Commissären der Centralgewalt aufgegeben werde, dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung dadurch herbeigeführt, daß der Anschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs an Deutschland ausgesprochen werde. — Venedey bedauert, daß der Gang der Debatte die Frage zu einer Parthei- oder Ministerialfrage gemacht habe, da dieselbe nur eine rein nationale Gegenstand sey. Er ist für das Bündniß mit Ungarn, um nicht denselben Fehler zu begehen, wie es in der Polenangelegenheit geschehen und dadurch Völker von dem deutschen Interesse zu entfernen. — Es soll die Frage keine ministerielle werden, aber dennoch muß von der Nationalversammlung gefordt werden, daß den Versäumnissen des Ministeriums nachgeholfen werde, weßhalb das Minoritätsgutachten zur Annahme empfohlen werden muß. — Um Ruhe und Ordnung herbeizuführen, muß man aber zunächst die Freiheit und Einheit wahren, und die Erledigung des Gegenstandes nicht von dem Willen der Camarilla abhängig machen. — Die Versammlung allein handhabe die Ruhe und Ordnung, die nur wird jedoch im Geiste der Revolution geschehen, und nicht gegen Freiheit und Einheit gerettet werde. (Bravo!) Bassermann: Die Majorität hat ein Recht, sich nicht länger unterdrücken zu lassen, wie es die Magyaren bisher gethan haben, worauf also der Kampf, der ein Kampf der Freiheit genannt werden könne, hervorgegangen ist und die Vermittlung ist nur zur Herstellung der Ruhe eingetreten. Die Sympathien der Ungaen für Deutschland sind aber abzuweisen, da es nur den Bruderkrieg begünstigt. Die Bewegung Wiens ist aber keine deutsche zu nennen, da Gräuel begangen wurden, die die deutschen Interessen gefährden und die bestehende Ordnung in Anarchie verwandeln, und es muß vielmehr das Gange als ein verbrecherisches Unternehmen bezeichnet werden, zum mal die Veranlassung dazu, die Weigerung des Gehorsams, von einem Bataillon Truppen ausging. Eine glorreiche Bewegung ist das Ereigniß nicht zu nennen, wenn auch Russland, Ungarn, Frankreich und Piement sich darüber freuen, um aus diesen Zerwürfnissen Vortheile zu ziehen. Um aber stark nach Außen zu seyn, muß man die Ruhe im Innern durch Polizei feststellen. (Bravo.) Schubert aus Königsberg, als Berichterstatter des Ausschusses, ist mit der Ansicht Venedey's, des Leiters des Minoritätsausschusses, einverstanden, daß der Gegenstand als eine nationale Angelegenheit zu betrachten sey, was dadurch auch das Gutachten der Majorität vollkommen zu Genüge geleistet werde, da den Commissären die Vollmacht geworden, je nach den Umständen mit aller Entschiedenheit zu handeln zu dürfen, zumal keine offiziellen Berichte über die gegenwärtige Sachlage vorhanden, sondern darüber erst von den Commissären Bericht zu erstatten ist. Bei der erfolgten namentlichen Abstimmung wird das Majoritätsgutachten mit 250 gegen 168 Stimmen angenommen, dagegen die Zusätze von Mayseld und Eisenmann verworfen. Schluß 3¼ Uhr.

† Frankfurt, 28. Oct. (Nachschrift. 5 Uhr.) Die Churhessischen Garden haben Befehl bekommen nach Kassel zu marschiren, wovüber eine heftige Schlägerei zwischen dem Militär stattgefunden hat. Ein Casseler Bataillon soll statt ihrer hierher kommen.

Frankfurt, Ende September bestand die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung aus 559 legitimirten Mitgliedern, worunter 193 (statt der Normalzahl von 203) aus Preußen, 116 (statt 190) aus Oesterreich, 71 aus Bayern, 28 aus Würtemberg, 25 aus Hanover, 22 aus Sachsen, 22 aus den drei Hessen, 17 aus Baden, 11 Holstein und Schleswig, 10 aus den sächsischen Herzogthümern, 9 aus beiden Mecklenburg, 6 aus Nassau, 6 aus den freien Städten, 5 aus Luxemburg und Limburg, 5 aus Oldenburg, 4 aus Braunschweig, 3 aus den kleineren Staaten. Anwesend waren am 9. Octbr. 169 Mitglieder, fast ein Drittel der Gesammtzahl, worunter 63 mit Entschuldigung und 104 ohne Erlaubniß! (Fr. D. P. Z.)

Frankfurt, 22. Octbr. Der Reichsverweser hat heute Mittags dem königl. schwedischen Generallieutenant von Mandrach eine besondere Audienz ertheilt, und dann auf dessen Händen ein Schreiben Sr. Maj. des Königs von Schweden und Norwegen entgegengenommen. Dieses königl. Schreiben, welches hierher durch den genannten Generallieutenant in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung überbracht wurde, beantwortet in verbindlichster Weise die seiner Zeit durch den Gesandten Welcker nach Schweden beförderte amtliche Benachrichtigung wegen der Errichtung der provisorischen Centralgewalt.

Das Frankfurter Journal schreibt: Wir vernehmen, daß der Reichsgesandtschaftsrath Dr. Zitz in der nächsten Sitzung seinen Austritt aus der Nationalversammlung anzeigen wird.

Bamberg, 22. Oct. Gestern Nachmittags 5 Uhr wurde der praktische Arzt Dr. v. Sch. in die hiesige Frohnveste abgeführt; als Grund bezeichnet man dessen Auftreten in einer Volksversammlung in der Umgegend, die wahrscheinlich auf eine verbrecht Denunziation hin, Gegenstand einer strafrechtlichen Untersuchung geworden ist. Diese Verhaftung erregte, da Dr. v. Sch. als ein besonnener, obgleich entschiedener Mann bekannt ist, großes Aufsehen, aber wahren Abscheu, die Art ihrer Bewerkstelligung. Am hellen Tage führte ihn der Büttel auf die brutalste Weise, gleich einem gemeinen Verbrecher triumphirend durch die Straßen, im Gefolge der Gaffenjugend und unter dem Zusammenlauf vieler Hunderte von Menschen. — Der Landrath für Oberfranken hat in seiner Majorität das Prinzip aufgestellt resp. praktisch in Anwendung gebracht, daß die Juden keine Geschworenen sein dürften und deßhalb alle Juden aus der Geschwornenliste gestrichen. Der Antrag hiezu soll von einigen protestantischen Dekanen ausgegangen sein. (N. K.)

(Neue Kreisarrondirung.) Die Bamberger Zeitung schreibt: Nach uns zugekommenen Nachrichten unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Stadt Erlangen, Landgerichtssitz Erlangen, Landgerichte Baumach und Ebern dem Kreise Oberfranken demnächst zugetheilt werden und sich dieser daher bedeutend vergrößert. (K. v. u. f. D.)

Mannheim, 21. Octbr. Wie in Alzei, so sind auch in Worms wegen Steuerverweigerung Unruhen ausgebrochen. Es sind deßhalb bereits Reichstruppen dahin beordert worden. (F. Z.)

Köln, 19. Octbr. Heute ist Herr Erzbischof von Köln, v. Geissel, in Begleitung des Herrn Generaladjutant Bandri und des Hrn. Domcapitular München zur Versammlung der deutschen Bischöfe nach Würzburg abgereist. (D. Z.)

Die Nachricht von dem Tod des Dr. Rupp in Königsberg bestätigt sich nicht, er lag gefährlich krank darnieder, befindet sich aber wieder in der Besserung. Bekanntlich ist er schon früher einmal eines unnatürlichen Todes gestorben. (Dorfz.)

Aus der Provinz Preußen, 19. Oct. Nachrichten aus Johannisburg zufolge ist es an des Königs Geburtstage dort zu erheblichen Unruhen gekommen. Militair und Bürgerwehr hat einschreiten müssen, und auf beiden Seiten sollen viele und bedeutende Verwundungen, auch Tödtungen stattgefunden haben. Ebenso sollen noch in einigen andern Städten Masurens am gedachten Tage Unruhen, jedoch nicht erheblich, vorgekommen sein. — In den Städten Straßburg, Graudenz, Thorn, Kulm und Bromberg sind neuerdings zahlreiche deutsche Familien angekommen, welche das Königreich Polen verlassen.

Soeben ist von Greifswald eine Estafette hier angekommen mit der Nachricht, daß Greifswald im vollen Aufstande ist. Schon früher waren hier Conflikte wegen der städtischen Mißverhältnisse ausgebrochen, doch wurden sie durch den besonnenern Theil der Einwohner geschlichtet. Jetzt aber wegen eines Urtelspruches gegen einen bei einem frühern Conflikte betheiligten Schlosfergesellen, der zu 1½ Jahr Zuchthausstrafe verurtheilt, für den

Digitized by Google

jedoch der Volksverein um Begnadigung petitionirt, einestheils; andernstheils durch eine vom Volksverein an den Bürgermeister abgeschickte Deputation, welche von Letzterm mit Geringschätzung und Arreganz behandelt worden seyn soll, ist das Volk erbittert, und will zur Gewalt greifen. Studenten und Volk gehen mit einander und letzteres hat sich mit Knütteln und eisernen Instrumenten bewaffnet. Die Behörden requiriren nun, da die Greifswalder Bürgerwehr die Unruhen nicht beilegen kann, von dem Militaircommando in Stralsund 100 Mann von dem hier garnisonirenden Infanterieregimente. Diese gehen mit Extrapost sofort nach Greifswald ab. Die in Greifswald stehenden Jäger selben erklärt haben, daß sie nicht auf das Volk schießen werden.

Die „Berliner Nachrichten" theilen folgendes, wie sie bemerken, von sonst wohl unterrichteter Quelle berichtetes Project einer Theilung Oesterreichs mit, über welches von den Lenkern der österreichischen Bewegung lebhaft verhandelt werde: Erzherzog Stephan soll Ungarn nebst Zubehör als selbständiges Königreich erhalten, einer der Söhne des Erzherzog Rainer als König der Lombardei an die Spitze eines italienischen Bundes treten, Franz Joseph Erbherzog von Böhmen und Mähren werden, die übrigen österreich-deutschen Lande als Erzherzogthum Oesterreich dem Erbherzoge Johann zufallen, Tyrol, Salzburg und das Innviertel aber an Bayern kommen. (?) (D. Z.)

Schleswig, 20. Oct. Die Berathung über den Antrag des Advokaten Friderici führte in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung schließlich zur Annahme eines Gesetzes, durch welches allen deutschen Kriegern, welche in Folge ihrer Dienste im diesjährigen Kriege gegen die Dänen zur Erwerbung ihres Unterhaltes unfähig geworden sind und kein Vermögen besitzen, einerlei, ob sie bei den schleswig-holsteinischen oder bei den Hülfstruppen, ob sie bei regulairen Militair oder in einem Freicorps gedient haben, sowie auch den Wittwen und Kindern der gefallenen oder verwundeten Krieger unter gleicher Bedingung ein gesetzlicher Anspruch auf Unterstützung aus der schleswig-holsteinischen Staatskasse zuerkannt und zu diesem Zwecke vorläufig eine Summe von 15,000 Thaler jährlich ausgesetzt wird. — Durch Verfügung der provisorischen Regierung vom 17. Oct. werden die dänischen Schiffe in den Häfen der Herzogthümer den Schiffen nicht privilegirter Nationen gleichgestellt. (D. A. Z.)

An den Erzherzog Johann ist eine Deputation des Wiener Gemeinderaths abgegangen mit einer Arreste, worin das Ansuchen gestellt wird, derselbe möge die Bitten des Gemeinderaths dem Kaiser unterstützen. — Am 20. Abends ist ein Theil der Armee des Fürsten Windischgrätz in Florisdorf eingerückt; die Wiener brachen hierauf einen Theil der Brücke ab, und warfen Schanzen auf (K. v. u. f. D.)

(Kaiserliche Manifeste.) I. An meine Völker! Als Mich die zu Wien am 6. Oktober verübten Frevelthaten bewogen, eine Stadt zu verlassen, welche der Tummelplatz der wildesten und verwerflichsten Leidenschaften geworden war, konnte Ich Mich noch der Hoffnung hingeben, daß der verbrecherische Wahnsinn eines Theiles ihrer Bevölkerung nicht von Dauer seyn würde. Ich konnte von dem sonst so gesunden und rechtlichen Sinne der Bewohner Meiner Haupt- und Residenzstadt erwarten, sie würden selbst nach Kräften dazu beitragen, damit dem verkannten Gesetze Achtung, den Verbrechern die verdiente Strafe, der Stadt die bedrohte Sicherheit für Leben und Besitz in kürzester Frist wieder werden möge. Diese Erwartung ist getäuscht worden. Nicht nur, daß es den Urhebern des Aufruhrs in Wien gelang, die an sich gerissene Gewalt durch eine Schreckensherrschaft, die in der Geschichte nur ein Beispiel kennt, über die theils durch Furcht gelähmte, theils in wildem Rausch versetzte Stadt zu befestigen und dadurch die Rückkehr zur Gesetzlichkeit innerhalb der Mauern Wiens zu vereiteln, — auch über diese Mauern hinaus erstreckte sich mit steigendem Erfolge die unheilvolle Wirksamkeit ihrer anarchischen Bestrebungen. Mit einer im offenen Aufstande begriffenen Rachbarprovinz (sic) wurden hochverrätherische Verbindungen angeknüpft, nach allen Theilen Meiner Staaten Boten entsendet, um unter dem gleißnerischen Vorwande, als gelte es, die bedrohte Freiheit zu wahren, auch dort, wo die Ordnung bisher nicht gestört worden war, als Banner der Empörung aufzupflanzen und Meine eben noch so friedlichen, einer gesetzlichen Entwicklung freier Zustände entgegensehenden Lande den Gräueln der Anarchie, des Bürgerkrieges und des Unterganges preiszugeben. Seit Meiner Thronbesteigung war das Wohl Meiner Völker Meine Lebensaufgabe. Die Geschichte Meiner Regierung, die Geschichte der letzten sieben Monate insbesondere, wird Dieß einst bezeugen. Aber es heiße, den Mir von der Vorsehung auferlegten Pflichten untreu werden, wollte Ich länger ein Treiben gewähren lassen, welches den Thron und die Monarchie an den Rand des Abgrundes führt und an die Stelle der von Mir gewährleisteten verfassungsmäßigen Freiheit einen Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu setzen bestissen ist. Dieser Pflichten eingedenk, sehe ich mich daher mit blutendem Herzen genöthigt, dem sein Haupt nunmehr ohne Scheu erhebenden Aufruhr in Meiner Residenzstadt sowohl als allenthalben, wo er sich zeigen sollte, mit Anwendung der Waffengewalt entgegenzutreten und zu bekämpfen, bis er gänzlich überwunden, Ordnung, Ruhe und Gesetzlichkeit wieder hergestellt und die Mörder Meiner treuen Diener, des Grafen Lamberg und Latour, dem rächenden Arme der Gerechtigkeit überliefert sind. Um diesen Zweck zu erreichen, entsende ich auch verschiedenen Theilen der Monarchie Streitkräfte gegen Wien, den Sitz der Insurrektion, und ertheile Meinem Feldmarschalllieutenant Fürsten von Windisch-Grätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereiche Meiner Staaten, mit alleiniger Ausnahme der unter dem Kommando Meines Feldmarschalls Grafen Radetzky stehenden italienischen Armee. Zugleich versehe ich besagten Fürsten mit den entsprechenden Vollmachten, damit er das Werk des Friedens in Meinem Reiche nach eigenem Ermessen in möglichst kurzer Zeit vollbringen könne. Nach Bezwingung des bewaffneten Aufruhrs und Wiederherstellung der Ruhe wird es die Aufgabe Meines Ministeriums sein, im Einklange mit den Mitgliedern des constituirenden Reichstages durch gesetzliche Regelung der bisher mit zügellosem Mißbrauche gehandhabten Presse, des Vereinsrechtes und der Volkswehr einen Zustand herbeizuführen, der, ohne der Freiheit nahe zu treten, dem Gesetze Kraft und Achtung sichern soll. Indem Ich diese im Bewußtsein Meiner Pflichten und Meiner Rechte mit unerschütterlicher Festigkeit gefaßten Beschlüsse Meinen Völkern kund gebe, versehe Ich Mich der ansprechigen und kräftigen Mitwirkung aller Derjenigen, welchen das Wohl ihres Kaisers, ihres Vaterlandes, ihrer Familien und die wahre Freiheit am Herzen liegen und die in Meinem gegenwärtigen Entschlusse das einzige Rettungsmittel erkennen werden, um die Monarchie vor dem Zerfalle, sie selbst vor den Gräueln der Anarchie und der Auflösung aller geselligen Bande zu bewahren. Olmütz, den 16. Oct. 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

II. Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. ꝛc. entbieten Unseren getreuen Völkern Unseren väterlichen Gruß. Durch die blutigen Ereignisse, welche seit dem 6. dieses Unsere Haupt- und Residenzstadt Wien in einen Schauplatz anarchischer Wirren umgewandelt haben, auf das Tiefste betrübt und in unserm Innern erschüttert, sahen Wir Uns genöthigt, Unsern Sitz zeitweilig nach Unserer Kleinigkeit. Hauptstadt Olmütz zu verlegen. Mit gleicher Betrübniß erfüllt Unser Herz die eintretende Nothwendigkeit, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und zum Schutze der an den Gräueln des Aufstandes nicht betheiligten Staatsbürger militairische Maßregeln zu ergreifen; doch wollen Wir, daß in der Anwendung dieses Uns aufgedrungenen äußersten Mittels nur soweit gegangen werde, als es zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit und zum Schutze Unserer getreuen Staatsbürger, so wie zur Aufrechthaltung der Würde Unseres konstitutionellen Thrones nöthig seyn wird. Es ist Unser fester unveränderlicher Wille, daß die Unseren Völkern gewährten Rechte und Freiheiten, wenn sie auch von einzelnen Böswilligen oder Mißgeleiteten mißbraucht worden sind, in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben, und Wir verbürgen solche neuerdings durch Unser kaiserliches Wort. Auch wollen Wir, daß die von dem konstituirenden Reichstage bereits gefaßten und von Uns sanktionirten Beschlüsse, namentlich jene über die Aufhebung des Unterthans-Verbandes, der Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes gegen die Prinzipe von Reichstage anerkannte billige Entschädigung aufrecht erhalten und Unserer bereits erlassenen Anordnung gemäß in Vollzug gebracht werden. Ebenso ist es Unser fester Wille, daß das begonnene Verfassungswerk von dem konstituirenden Reichstage in einer der vollen Gleichberechtigung aller Unserer Völker entsprechenden Weise ungestört und ununterbrochen fortgesetzt werde, damit solches in Bälde Unserer Sanktion unterlegt und einem gedeihlichen Ende zugeführt werden könne. Dieses möglich zu machen wird der Gegenstand Unserer ernsten Sorgfalt seyn, und Wir rechnen dabei auf die Einsicht, Anerkennung und bewährte Loyalität Unserer getreuen Völker. Gegeben in Unserer k. Hauptstadt Olmütz den 19. Oct. 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

Prag, 21. Oct. In Wien hat sich die Lage noch nicht geändert. Studenten und Arbeiter sind entschlossen, sich eher in die Luft sprengen als entwaffnen zu lassen. Die Armeen Jellachich's und Auersperg's sind noch immer in der gleichen Stellung. (D. A. Z.)

Digitized by Google

Schweiz.

Bern, 20. Octbr. Der Vorort hat vermittelst Kreisschreibens an die Kantonsbehörden strenge Weisungen wegen der deutschen Flüchtlinge gegeben. Allen, welche am zweiten Einfall in Baden sich betheiligt haben, soll das Asyl entzogen, die übrigen unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden. Zugleich theilt er ihnen das Gesuch der deutschen Reichsgesandtschaft mit, im Betretungsfall die Mörder Lichnowsky's und Auerswald's in Haft zu setzen. Der deutsche Gesandte ist bereits genöthigt gewesen, gegen hiesige ihn betreffende Zeitungsartikel aufzutreten. Die „Helvetie" enthielt nämlich die Angabe, welche die Runde durch fast alle Schweizerblätter machte, Raveaux habe bei Ueberreichung seiner Note vom 4. d. Mts. dem Präsidenten des Vororts erklärt, daß er deren Sprache nicht billige". Hr. Raveaux weiß diese ihm in den Mund gelegte Aeußerung als unwahr zurück. So verkündeten jüngst alle Zeitungen: „der diplomatische Ritter von Neuwall ist in Bern angekommen, um den demokratischen Raveaux zu unterstützen," während Herr von Neuwall dem Herrn von Raveaux auf seiner zweiten Reise von der Centralregierung förmlich als Legationsrath zugetheilt worden ist, und nur durch einen Abstecher in's Tyrol an der gleichzeitigen Ankunft mit Herrn Raveaux verhindert wurde. Außerdem geht aus den stenographischen Berichten der Frankfurter Nationalversammlung hervor, daß Neuwall in politischer Beziehung den gleichen Standpunkt mit Raveaux einnimmt, und sich besonders lebhaft für Abschaffung des Adels ausgesprochen hat. (F.-P.-J.)

Ungarn.

Pesth, 17. October. Ein aus Sarcs hier eingetroffener Kurier meldet die wilde Flucht des Generals Simonich, welcher aus Galizien hereingebrochen war. Er wartete nicht einmal die Ankunft der ungarischen Truppen ab. Mehr als die Hälfte seiner Soldaten wurden auf der Flucht von den Bauern erschlagen.(?) Dagegen lauten die Nachrichten von dem banater Kriegsschauplatz ungünstig. Die Raizen haben Zsredi-Beseg genommen und vernichten den gross-kikindaer Kreis. Die ungarische Kriegführung im Banat war bisher von Verrath bezeichnet. Unsere jetzige energische Regierung hat nun Maßregeln getroffen, welche der raizischen Insurrektion ein baldiges Ende machen werden. — Dr. Tausenau aus Wien hat gestern hier in einer großen Volksversammlung eine mit allgemeinem Beifall aufgenommene republikanische Rede gehalten. Seit einigen Tagen erscheinen hier auch „Republikanische Blätter".

Frankreich.

* Paris, 21. Octbr. Die Nationalversammlung hat gestern das Kapitel der Verfassung: Von der innern Verwaltung, ganz erledigt. Die unzähligen; mehr oder minder auf Decentralisation abzielenden Amendements wurden alle verworfen und sämmtliche Artikel in der ursprünglichen Fassung der Commission angenommen. Man schritt sogleich zu Art. 107 und hier veranlaßte die Frage der Militärstellvertretung eine lebhafte Debatte. Der Kriegsminister General Lamoricière, der durchaus gegen die Stellvertreter ist, ward von Thiers, Larochejaequelin bekämpft, sie betiefen sich auf die von allen Seiten eingegangenen Petitionen und Protestationen, um nachzuweisen, daß das Land durchaus die Stellvertretung beizubehalten wünsche. Der Kriegsminister, der endlich einsah, daß sich die Majorität in dieser Frage gegen ihn aussprechen würde, verlangte entsich, daß der betreffende Punkt aus der Constitution entfernt und für die organischen Gesetze vorbehalten werde. Allein die Versammlung entschied sich mit 503 gegen 259 Stimmen für die sofortige Erledigung und die Debatte wird auf heute vertagt. Es sind im Ganzen noch 13, meist unbedeutende, Artikel der Verfassung zu erledigen. In der gestrigen Debatte zeigte General Lamoricière an, daß die Regierung binnen Kurzem eine Anstheilung von 90,000 Mann verlangen werde.

Die Nachricht der italienischen Journale, als sei General Oudenet in Mailand und Turin gewesen erweist sich jetzt als eine Verwechselung mit einem Reisenden, der einen ähnlichen Namen führte.

Spanien.

Die Madrider Nachrichten vom 15. sind von größerem Interesse als gewöhnlich. Der neue Generalkapitain von Catalonien Cordoba, der alle Tage Hinrichtungen vornehmen läßt, hat von Madrid beträchtliche Verstärkungen verlangt, was darauf schließen läßt, daß die carlistische Bewegung nicht so besiegt und ohnmächtig ist, als die ministeriellen Journale sie schildern. Außerdem scheint ein Bruch mit England unvermeidlich.(?) L. Palmerston, der den günstigsten Augenblick abwartete, verlangt jetzt mit Nachdruck, daß Sir Bulwer wieder als Gesandter in Madrid, wäre es auch nur auf 24 Stunden empfangen werde und mag nun diesem Verlangen nachgegeben oder mit England gebrochen werden, so scheint der Sturz Narvaez unvermeidlich.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth. Dem Vernehmen nach wird der hiesige Liedertranz in der künftigen Woche sein viertes Stiftungsfest feiern und dabei eine Reihe von Gesängen mit Deklamation, betitelt „die Liedertafel", gedichtet von Franz Bürthold, in Musik gesetzt von A. W. Storch, zum Vortrag bringen. Dichtung und Composition sind wahrhaft großartig und bürgen bei fleißigem Studium von Seite der aktiven Mitglieder für einen genußreichen Abend.

Bayreuth, am 21. September 1848.

Subhastations-Patent.

Die Debitsache des Antiquars Seligsberg dahier betr.

Da bei der ersten Versteigerung des Wohnhauses des Antiquars Seligsberg dahier, H.-Nr. 115, St.-Beitz-Nr. 40 in der Canzleistraße, das Mehrgebot den Schätzungswerth zu 5750 fl. nicht erreichte, so wird auf Antrag der Gläubiger anderweiter Bietungstermin auf

Donnerstag den 16. November l. Js. Vormittags 10 Uhr

im diesgerichtlichen Commissionszimmer Nr. 9 anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken beigeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 98 und 101 der Prozeß-Novelle von 1837 erfolgen wird und die Beschreibung der Realitäten, sowie die Schätzungsverhandlungen in der Zwischenzeit in der Registratur eingesehen werden können.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Jann.

v. u.

Landgraf.

Aus den städtischen Baumschulen werden im Herbste 1848 und Frühjahr 1849 verkäufig

500 Stück italienische und Balsam-Pappelbäumen per Stück zu 6 bis 8 kr.

käuflich abgegeben.

Für vollständige Emballage der Bäume bei weiten Transporten werden 2 kr. per Stück gerechnet.

Bayreuth, den 21. October 1848.

Die Stadtkämmerei.

Bieh.

Bekanntmachung.

In den den Gintagen der Ersparnisse in die hiesige städtische Sparkasse auf das Ziel Martini 1848 sind

Donnerstag der 9.,
Samstag der 11.,
Dienstag der 14.,
Donnerstag der 16. November d. Jrs.

bestimmt, an welchen Tagen die Gelder von Nachmittag 2 bis 4 Uhr angenommen werden.

Rückzahlungen leistet die Kasse nur an den beiden letztbezeichneten Tagen.

Bayreuth, 24. October 1848.

Sparkasse-Verwaltung.

Stillfrauth, Kassirr.

Anzeigen.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Gubitz, F. W., Volks-Kalender für 1849. br. 45 kr.
Der deutsche **Pilger** durch die Welt. Volkskalender für 1849. brosch. 54 kr.
Illustrirter Kalender für 1849. br. 1 fl. 30 kr.

Weingrüne, noch ganz gute Fässer à 5—6 Eimer, so wie eine Parthie guten Heues und Strohes sind zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

E.-Nr. 235 im Rennwege, vis à vis dem Gasthofe zur goldenen Sonne, sind im ersten und zweiten Stock, in jedem ein Zimmer mit Kabinet auf den ersten December zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Freitag **Nro. 299.** 27. October 1848.

Deutschland.

*Frankfurt, 24. Octbr. 102. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über §. 2. 3 und 4 des Verfassungsentwurfs und Ergänzungswahl für den Ausschuß der Geschäftsordnung. Blomer Namens des Gesetzgebungsausschusses zeigt den Bericht über den Antrag des Abg. Wesendonk an, welcher verlangt, daß die Untersuchungsakten über die Ereignisse des 18. Sept. an den Appellationsgerichtshof zu Köln gesandt, um dort geprüft zu werden, und die die Entscheidung über die Betheiligten nach dem rheinischen Strafprozeßverfahren eintreten soll, um solchen durch Tagesordnung zu beseitigen. Dieser Bericht wird getruckt und auf eine der nächsten Tagesordnungen gebracht. Solon zeigt Namens des Verfassungsausschusses an, daß ein neuer Abschnitt des Verfassungsentwurfs, welcher vom Reichsgericht handeln, gefertigt sey. Jucho von Frankfurt stellt in Folge seiner gestrigen Interpellation den Antrag: das Reichsministerium wolle mit Rußland in denselben diplomatischen Verkehr treten, wie es mit Frankreich und England geschehen ist. Wird an den Ausschuß der internationalen Angelegenheiten gewiesen. Sänger aus Gradow in Posen fragt das Reichsministerium, welche Schritte dasselbe in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 25. Juli zur Feststellung einer definitiven Demarkationslinie in Posen gethan hat oder zu thun gedenke. Jahn aus Freiburg stellt an das Reichsministerium folgende Fragen: Ist laut Zeitungsnachrichten einige Abgeordnete aus der Paulskirche verschwunden sind, um nach Wien zu reisen, österreichische Soldaten aber verschiedene Redner verhaftet, so erfordert die Fürsorge zu wissen, welche Vorsichtsmaßregeln das Ministerium ergreifen, um jeden Abgeordneten zu schützen, ob dieselben mit gültigen Aufträgen nach Wien gereist sind, ob sie mit Reichspässen versehen, oder nur als Freischärler dorthin gegangen sind? Reichsminister Schmerling erwidert auf die Anfrage Sängers hinsichts Feststellung der Demarkationslinie in Posen, daß schon seit längerer Zeit der sächsische General Oberst Schäfer als Reichscommissär ernannt worden, um dies zu erledigen, es fehlen jedoch noch die bezüglichen Papiere Seitens der preußischen Regierung, um zum Ziele gelangen zu können. In der Tagesordnung erhält Beidtel aus Brünn zuerst das Wort. Derselbe beleuchtet die Zustände der einzelnen Landestheile der österr. Monarchie und findet, daß dadurch ein Zerreißen der Gesammtheit nicht herbeigeführt werden muß, denn dieselbe wird ihren Verpflichtungen stets nachkommen, und ist es bereits mehr, als manche andere Regierung. Oesterreich wird sich sogar dem Zollverein anschließen, wie dies auch Ungarn wünscht und von Italien zu erwarten ist. In Berücksichtigung der gegenseitigen Verhältnisse ist es sogar erwünscht, daß dieses Gebietstheile zusammengehalten werden, da nur dadurch die Ruhe Deutschlands, Oesterreichs und selbst der Slaven erhalten werden kann. Wagner aus Steyer verlangt definitives Festhalten des deutschen Oesterreichs bei Deutschland, da dies aus völkerrechtlichen, geschichtlichen, sprachlichen und sittlichen Rücksichten zu Deutschland gehört, ohne jedoch die vergilbten Pergamente der pragmatischen Sanction zu zerreißen, da ja doch die deutschen Provinzen Oesterreichs die übrigen am Selbstgefühl nachgezogen haben. Es kann dies nur zum Vortheil Deutschlands gereichen, da eben sogar ein Bevollmächtigter der Wallachei hier anwesend sey, um den Schutz der Deutschen nachzusuchen, welches benutzt werden möge, um jene Landestheile für sich zu gewinnen. Eine Trennung ist also nicht thunlich, da Oesterreich der Deutschen bedürftig und diese hinwiederum der deutschen Oesterreicher bedürftig sind, wehhalb im Nothfall auf deren Armee zu rechnen sey. Mühlfeld von Wien verwahrt sich zuerst gegen den Vorwurf als schwarz-gelb zu erscheinen, daß er mit seinen Gesinnungsgenossen das Minoritätsgutachten zu §. 2 und 3 gebracht, indem er dadurch nur für Eventualitäten habe sorgen wollen, die noch nicht vorherzusehen wären. Ein Zusammenhalten der verschiedenen Landestheile Oesterreichs durch eine Personalunion scheint nicht möglich zu seyn, namentlich wenn das constitutionelle Prinzip in den einzelnen Theilen das leitende ist. Es würde dadurch eine Trennung eintreten, die die Bezeichnung Oesterreichs als Gesammtstaat vernichten muß, wenn man den deutschen Theil noch so benennen mag, das Ganze kann nicht mehr darunter verstanden werden. Die pragmatische Sanction ist daher auch nicht eine bloße Form, sondern ein sehr wesentliches Moment der österreichischen Dynastie. Die Auflösung des Verhältnisses dürfte daher für Deutschland keinen Vortheil herbeiführen, zumal bei der geographischen Lage der einzelnen Theile der österr. Monarchie mancherlei Nachtheile augenscheinlich hervortreten. Oesterreich hat aber die Aufgabe deutsche Freiheit nach dem Osten und Südosten zu tragen, die jedoch nur auf dem Wege der Gleichberechtigung der einzelnen Staaten möglich ist. Deutschland kann aber nur gewinnen, wenn Oesterreich in seiner bisherigen Gestalt als Föderativstaat bestehen bleibt. Binde aus Hagen ist gegen die Ansicht im §. 3 des Verfassungsausschusses, da eine Personalunion nicht geeignet ist, den Zusammenhang der österr. Monarchie zu erhalten, wenn gleich mehrere Redner vor ihm durch verschiedene Gründe darzuthun suchten, daß die Interessen es seyen, die die Völker zusammenhielten Um daher nicht die Nachtheile herbeizuführen, welche schon mehrfach ausgesprochen, sey es nothwendig, Oesterreich mit Deutschland innig zu verbinden; wenn aber dies es nicht möglich, dann möge Oesterreich im Interesse Deutschlands eine exceptionelle Stellung neben demselben einnehmen. Nur im Interesse Preußens könne man die Annahme der §§. 2 und 3 wünschen, da Oesterreich ansehnbar in Folge derselben von Deutschland ausscheiden müßte und somit Preußen eine bedeutende Stellung einnehmen würde. Als Deutscher jedoch kann sich der Redner dieser Ansicht nicht anschließen. (Bravo!) Schneider von Wien ist für die Paragraphen des Verfassungsausschusses nicht nur aus historischen, sondern auch aus politischen Gründen, da die pragmatische Sanction durch Zustimmung der Provinzialstände genehmigt wurde, mithin auch durch Zustimmung derselben gelöst werden kann; die Abgeordneten in der Paulskirche zu dem Zwecke zusammen gekommen sind, um das Verfassungswerk für Deutschland zu vollenden, die Annahme des Minoritätsgutachtens zu §. 2 aber die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland bedenklich befestigen würde. Die Vortheile, welche für Oesterreich aus dem Anschlusse seiner deutschen Provinzen an Deutschland erwachsen, zeigt der Redner in Anführung verschiedener statistischer Zahlen in Bezug auf Besteuerung, Feststellung des Militairetats und dem Einkommen verschiedener Monopole, woraus deutlich hervorgeht, daß die nicht deutschen Provinzen bei weitem nicht die Lasten tragen, welche den deutschen Landestheilen aufgebürdet sind. Clemens von Bonn ist gegen §. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs, da sie nicht im wahren Interesse Deutschlands abgefaßt sind. Die einzelnen Bestandtheile der Monarchie Oesterreich werden sich inniger in einander anschließen und zum Bestehen der Gesammtheit besser wirken, als in einer völkerrechtsthümlichen Verbindung, in welcher das revolutionäre Element nur genährt werden könnte. Biedermann aus Leipzig ist für die Verfassungsparagraphen, weil es Pflicht der Nationalversammlung ist, ihre Bedingungen aufzustellen, unter welchen die verschiedenen Völkerstämme neben einander bestehen sollen und nur kann, wenn es der österreichischen Monarchie nicht möglich, unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf ein Bündniß einzugehen, darf es erlaubt seyn, eine Aenderung der Bestimmungen eintreten zu lassen. Wenden by von Köln sieht den Anschluß für internationale Angelegenheiten, wie weit die Arbeit über die Anträge in der Schweizerfrage gediehen sey, worauf die Antwort erfolgt, daß dieselbe heute erst dem Ausschuß zugegangen. Schluß der Sitzung um 2¼ Uhr. Nächste, Donnerstag.

*Frankfurt, 24. Oct. (Tagesbericht.) Gestern Nachmittag um 4 Uhr fand die feierliche Beerdigung des Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung, Brunck aus Rheinhessen, statt. Am Grabe sprachen Gagern und Löwe von Calbe. Der Verstorbene gehörte zu den politischen Freunden des letzteren. — Heute Morgen sind die Abgeordneten Simon von Trier und v. Trützschler aus Sachsen, beide der Fraction des Donnersberg, in der äußersten Linken, angehörig, nach Berlin zu dem am 27. d. dort stattfindenden neuen Vorparlament abgereist.

Digitized by Google

Die F.-O.-Z. schreibt in ihren amtlichen Theil: Dem Reichsverweser ist in Erwiederung der amtlichen Benachrichtigung wegen Errichtung der prov. Centralgewalt für Deutschland, ein von Balmoral-Schloß in Schottland, 18. v. M. datirtes Schreiben Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien und Irland am 21. v. M. überreicht worden. Dieses königliche Schreiben ist in Ausdrücken gefaßt, die eben so sehr dem zwischen beiden Nationen bestehenden Verhältnisse der Freundschaft und Hochachtung, als den persönlichen Gefühlen entsprechen, welche die Königin schon im Juli d. Js. dem Reichsverweser bezeigt hatte.

Ferner enthält die F.-O.-Z. ein Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Regierungen der deutschen Einzelstaaten. Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat bei der ersten Berathung des Entwurfes der Grundrechte des deutschen Volks, Art. VII. nachstehende Beschlüsse gefaßt. (Folgen die bereits mitgetheilten §. 25—33 der Grundrechte.)

Wenn gleich diese Bestimmungen einer nochmaligen Lesung und Beschlußnahme unterliegen, bevor sie für ganz Deutschland als Gesetz verkündet werden können, so ist doch mit aller Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die Hauptgrundsätze, welche bei der ersten Berathung aufgestellt wurden, und theils die unentgeldliche Aufhebung, theils die Ablösbarkeit verschiedener Reallasten aussprechen, im Wesentlichen auch bei der zweiten Berathung ungeändert, jedenfalls ohne weitere Beschränkungen zum Nachtheile der bisher Verpflichteten werden angenommen werden. Es können nur mehr wenige Wochen verfließen, bis die zweite Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes beendet sein wird. Das Reichsministerium des Innern steht sich hierdurch, um die Durchführung dieser Beschlüsse, wodurch viele auf dem Landvolke lastende, zum Theil sehr beschwerliche Lasten, ihrer völligen Aufhebung oder doch Ablösung entgegengeführt werden sollen, so viel als möglich zu beschleunigen, veranlaßt, an alle deutschen Regierungen die dringende Aufforderung zu stellen, daß schon jetzt in allen deutschen Einzelstaaten die Vorbereitungsarbeiten begonnen werden, welche zur möglichst schnellen Verwirklichung jener Beschlüsse dienen können. Das eigene Interesse aller deutschen Regierungen fordert, daß der großen Masse des deutschen Volks jene materiellen Erleichterungen, die in Folge der Märzrevolution zu hoffen berechtigt ist, so bald als möglich zu Theil werden, daß der Bauernstand in Deutschland von dem Drucke, der Jahrhundert lang auf ihm gelegen, völlig befreit und durch den unmittelbaren Gewinn, der dadurch für seinen Wohlstand erwächst, zur Uebertragung gebracht werde, daß der friedliche und gesetzmäßige Weg, welchen die deutsche Reichsversammlung eingeschlagen, für ihn nicht fruchtlos gethieden ist. Es wird aber auch die möglichste Beschleunigung aller zur Durchführung jener Beschlüsse erforderlichen Maßregeln das Interesse der bisher Berechtigten wesentlich fördern, indem dadurch allein jene Unsicherheit des Besitzstandes und des Werthes von liegenden Gütern aufgehoben werden kann, die seit Monaten andauert und den Realcredit in seinen Grundfesten erschüttert. Das Reichsministerium des Innern glaubt sich der sichern Erwartung hingeben zu dürfen, daß alle deutschen Regierungen eifrigst bemüht sein werden, dieser Aufforderung zum Wohle der großen Zahl aller Grundeigenthümer bereitwillig zu entsprechen und sich dadurch in der Zufriedenheit der zahlreichsten Volksklasse die sicherste Bürgschaft der Fortdauer eines geordneten Rechtszustandes zu verschaffen. Frankfurt a. M., den 22. Octbr. 1848. Der Reichsminister des Innern. Schmerling. (O. Z.)

Die deutsche Zeitung schreibt aus Frankfurt: Zuverlässigen mündlichen Nachrichten zufolge, befindet König Ludwig sich gegenwärtig in Bergdorf-Zarten und man hindert seine Rückkehr in den Lande, damit nicht Lolaskandale sich erneuern. Die Mißstimmung in Bayern gegen ihn ist eher im Steigen als im Abnehmen und man hat die Absicht noch nicht aufgegeben, für die „erübrigten Summen", wenn deren Betrag ermittelt sein wird, sich an der dem König bewilligten Civilliste von 1 Mill. Gulden zu erholen. Die Schneichler des „kunstsinnigen" Königs sind verstummt, in deren Augen ganz Bayern eigentlich nur für Künstler da zu seyn schien, München nur die Bestimmung hatte, einen encyklopädischen Ueberbild der Baukunst aller Zeiten und Völker darzubieten, dagegen brachte die Brochuusliche „Gegenwart" zum erstenmale (im Heft 3 und 4) eine, wenn auch herbe, doch wahre Darstellung der letzten Regierungszeit des Königs, dem der Ruhm, ein „deutscher Fürst" gewesen zu sein, welcher mehr einem Tadel für die übrigen deutschen Herrscher, als ein Lob für ihn allein einschließt, wohl allein bleiben wird. Die Beteiligungshalle zu Kelheim ist aufgegeben worden, nachdem 3 Mill. auf ihren Unterbau verwandt worden sind, und die kostbar behauenen Steine werden jetzt verkauft! Der Ludwigskanal hatte eigentlich nur zwei Bestimmungen: einen Gedanken Karl's des Großen auszuführen und dieß der Nachwelt durch ein Denkmal zu verkünden, und dann: geschmackvolle und künstlerische Schleusen, Brücken, Häfen und Lagerhäuser anzulegen; die Verkehrserleichterung blieb Nebensache und so hat sie sich denn auch bewiesen. Mit einer Summe, womit man in Amerika ein Land von der Größe von Bayern mit Eisenbahnen (freilich mit hölzernen Bahnhöfen) und elektrischen Telegraphen durchzogen hätte, hat man nur ein paar Bruchstücke von Eisenbahnen vollendet, denn auch hier war das Unwesentliche die Hauptsache. Während jährlich 80,000 fl. Apanage für rein dynastische Zwecke nach Griechenland gehen, herrscht eine Leere in der Kriegskasse, welche aus dem Aufsehen der bayerischen Truppen in Frankfurt deutlich genug hervorging*), die Lage der Schullehrer, der Glanz der Klöster, der Zustand der Landstraßen — so hat der König Ludwig nach einer glorreichen Regierung von 23 Friedensjahren sein Land hinterlassen, und wie vortheilhaft und verrelend der Anblick klassischer griechischer Formen auf den Geist der Ikar-Athener gewirkt, das beweist das „Octoberfest" des plündernden und zerstörenden Münchner Pöbels vom Civil und Militär, welcher sich dadurch tief unter den Berliner Mob gestellt hat.

München, 24. Oct. In Bezug auf die bevorstehenden Landtagswahlen ist, da jeder Wähler nach Art. 4 des neuen Wahlgesetzes erweislich den Verfassungseid geleistet haben muß, angeordnet worden, daß einige Tage vor Beginn der Wahlen diejenigen Staatsangehörigen, welche diesen Eid noch nicht geleistet haben, von den betreffenden Behörden beeidigt und Bescheinigungen hierüber ausgestellt werden sollen.

Der N. K. schreibt: Nürnberg, 25. October. Auf außerordentlichem Wege erhalten wir folgende wichtige Nachricht aus München vom 24. Oct. Abends: „Minister Beisler wurde seiner Stelle enthoben, das bisherige Ministerium des Kultus und Unterrichts wieder mit dem Ministerium des Innern vereinigt und zu dessen Chef Frhr. v. Lerchenfeld ernannt, dagegen ein Ministerium des Handels errichtet, welches dem Minister Thon-Dittmer übertragen wurde. Die Geschäfte des Finanz-Ministeriums sind einstweilen dem Staatsrathe Weigand übertragen. Zum Präsidenten der Regierung von Oberbayern soll Ministerialrath Zweyl bestimmt sein."

München, 24. Octbr. Oberst Lüter vom Genie-Regimente ist heute von Ingolstadt hier eingetroffen, um die ihm übertragene Stadtkommandantschaft zu übernehmen.

Dienstesnachrichten. Die erledigte 1. Landgerichts-Assessorstelle zu Rottenburg a. H. wurde dem rechtsk Magistratsrath Dittmar zu Nördlingen verliehen, der Landgerichtsassessor Brems zu Eichstädt bei seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit auf die Dauer von 2 Jahren in den Ruhestand versetzt, und diese Stelle dem Assessor Braun in Beilngries verliehen, und sodann diese Stelle dem Rechtspraktikanten Braun aus Aschaffenburg verliehen. Der Patrimonialrichter 1. Kl., Edelmannsberger wurde zum Assessor extraordinarium in Schwabmünchen ernannt, und die Verwaltung der Justiz- und Polizeibehörde Zettingen dem Partimonialrichter 1. Kl. Bader zu Amendingen übertragen.

In Würzburg ist am 23. Oct. der bereits erwähnte Congreß deutscher Bischöfe eröffnet worden. Bis zum 22. hatten sich dazu eingefunden: die Erzbischöfe von Köln, Freiburg, München und Bamberg, die Bischöfe von Augsburg, Regensburg, Eichstätt Speyer, Würzburg, Hildesheim, Osnabrück, Münster, Trier, Limburg, Linz, Rottenburg, Ermeland und der apostolische Vikar von Dresden, größtentheils von Geistlichen ihrer Diözesen begleitet. Die durch Krankheit verhinderten Bischöfe von Mainz und Breslau hatten Bevollmächtigten in der Person der Domkapitulare Lennig, Förster und Heide gesandt. Mit Ausnahme von Oesterreich war also das deutsche Episkopat fast vollständig vertreten. Der Kardinal-Erzbischof von Salzburg, Fürst Schwarzenberg, wurde auf den 24. erwartet. Ebenso war der Presseler Philipps bereits anwesend, Prof. Buß und Prof. Döllinger sollen alsbald eintreffen. Am 23. wurde der Congreß im Saale des Seminariumsgebäudes eröffnet. Vorher war feierlicher Gottesdienst im Dom. Der Erzbischof von Bamberg zelebrirte bei der bl. Messe, wozu sämmtliche Theilnehmer das Abendmahl empfingen

*) Auffallend war es uns, daß man, 6 Monate nach der Abdankung des Königs Ludwig, noch nicht Mittel gefunden hat, das Loch auf der Lehmen mit M zu vertauschen. Dieses Fehren des Anfangsbuchstabens vom Namen des Fürsten, wie es z. B. auch bei den darmstädtischen leichten Reiterregiment, sogar auf den Kanonen, beim kurhessischen Husarenregiment u. s. w. sich findet, scheint uns aus doppelem Grunde verwerflich; einmal, weil der Wechsel dieser Zeichen eine, wenn auch unbedeutende, unnöthige Ausgabe ist, welche den den ungeheuren Lasten der Kriegsausgabe zu vermeiden ist, besonders aber, weil der Krieger unserer Tage nicht für den Fürsten, sondern für das Vaterland die Waffen führt.

Digitized by Google

und nach Ablegung des katholischen Glaubensbekenntnisses sich in den Sitzungssaal begaben und die Berathungen eröffneten.

Berlin, 23. Oct. Auch der gestrige Tag ist ruhig abgelaufen. Der Regen, der die Straßen fast unwegsam machte, verhinderte eine zur Todtenfeier für die Revolutionsopfer vom 16. Oct. von dem bekannten Karbe berufene Volksversammlung und die Störungen, die aus dieser möglicherweise hätten erwachsen können. — Um ein Placat drängen sich heute zahlreiche Leser. Wir theilen dasselbe wörtlich mit: „Berliner Bürger der Hauptstadt! Unser Vertrauensmann des Ministeriums Eichmann ist am 17. v. M. folgende Cabinetsordre an das Commando der Berliner Bürgerwehr erlassen worden: Die Bürgerwehr meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin hat bei den beklagenswerthen Ereignissen des gestrigen Tages sich würdig gezeigt ihres Berufes, meines Vertrauens und der Ehre, die ich ihr erzeigte, als ich ihr im Mäz die Waffen in die Hand gab zur Vertheidigung des Thrones, unserer Gesetze und der gestörten Ordnung. Ich gebe Ihnen auf, der Bürgerwehr meinen anerkennenden Dank dafür in meinen Namen auszusprechen; ich spreche ihn aus mit dem schönen Gefühl meiner erfüllten Hoffnung, meines gerechtfertigten Vertrauens und einer tröstlichen Aussicht in die Zukunft. Sanssouci, 17. Oct. 1848. Friedrich Wilhelm IV. (Gez.) Eichmann. An den Major a. D. und Oberst der Bürgerwehr, Rimpler. Der demokratische Bürgerwehrverein findet es seiner Ehre angemessen, den in jener Cabinetsordre enthaltenen Dank mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, ebenso wie die Voraussetzungen, auf welche er sich gründet. Denn ersichtlich ist jene Cabinetsordre von Gesinnungen diktirt, welche keine volksthümlichen sind, von Gesinnungen, welche nicht in dem Boden unserer März revolution wurzeln, von Gesinnungen, welche denen gerade entgegen laufen, für welche der demokratische Bürgerwehr der Hauptstadt zu leben, zu wirken und zu sterben sich entschlossen ist. Berlin, 22. Octbr. 1848. Der demokratische Bürgerwehrverein."

Ein Gerücht, daß der Ministerpräsident v. Pfuel seine Entlassung eingegeben habe, war gestern allgemein verbreitet. Wie uns aus sehr glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, war das Gerücht vollkommen begründet. Eine Collision zwischen dem König und dem General v. Wrangel einerseits und Hrn. v. Pfuel andererseits hatte den Letztern zu jenem Schritte veranlaßt. Jene Collision war durch das an den Kriegsminister gestellte Verlangen herbeigeführt worden: die um Berlin cantonnirenden, gehörigen Quartiere ermangelnden Truppen nach Berlin zu ziehen. Graf Brandenburg, der sich hier befindet und in den letzten Tagen den Berathungen des Staatsministeriums beigewohnt hat, war zum Präsidenten des Cabinets bestimmt. Man versichert uns gleichzeitig, daß schon am 16. Oct. eine Rücktrittserklärung von Seiten des Hrn. v. Pfuel abgegeben sei. Die Emeute jenes Tages hatte sich noch nicht zu den blutigen Ergebnissen gestaltet, die in den letzten Tagen so oft beklagt wurden, und schon soll eine Cabinetsordre, welche Berlin in Belagerungszustand erklärte, unterzeichnet gewesen sein. Nur der Fürsprache des Ministerpräsidenten, sofort abzureisen, soll die Maßregel rückgängig gemacht haben.

Breslau, 22. Octbr. (Nachmittags 4 Uhr.) Zwei Franzosen, die gestern Abend Florisdorf verlassen haben, melden, daß Wien nunmehr förmlich belagert sei. Die ringsum dasselbe angehäuften Truppen lassen Niemand weder ein noch aus und halten Briefe und Zeitungen zurück. Des Kaisers Proclamationen, welche von der gesammten Bevölkerung Wiens wie von den Mördern Latour's sprechen, werden überall hin verbreitet. Indeß stehe die Kaiserstadt den Heeren gerüstet gegenüber und sei auf 14 Tage mit Proviant versehen; nur der spanzösische Gesandte soll sich noch daselbst befinden. (D. A. Z.)

Wien, 20. Oct. Ueber die Perfidie der magyarischen Politik noch die Bonhommie der Wiener bedürfen eines Commentars. Diese mögen sich mit der langen schönen Adresse des ungarischen Reichstages trösten. Windisch-Grätz scheint mehr Ungarn als Oesterreich oder vielmehr Wien im Auge zu haben. Hier dürften sich die Zustände von selbst lösen, und trotz der vielen dazu eingerichteten Spitäler wahrscheinlich auf ziemlich unblutige Weise. Das Magyarenthum hat aber vielleicht am längsten in Europa gelebt; ist es so, dann war in der That der Abgang nicht glänzend. Windisch-Grätz soll 3 Forderungen stellen: Verlegung der Universität an einen andern Ort auf mehre Jahre, Reorganisation der Nationalgarde und Auslieferung der Mörder Latour's. Die Posten waren bei Abgang dieses noch nicht angekommen, man vermuthete, daß Windisch-Grätz sie zurückhalte. Das Marsfeld ist mit Truppen bedeckt.

Wien, 21. Octbr. Die Oesterreicher Ztg. schreibt: Die Deputation des Gemeinderaths an den Kaiser ist heute Abend zurückgekehrt. Sie ward von Sr. Majestät empfangen. Ministerpräsident Wessenberg ertheilte derselben auf die überbrachte Adresse des Gemeinderathes an Se. Majestät folgende Antwort: Die Adresse des Gemeinderaths der Stadt Wien ist Sr. Majestät vorgelegt worden. Da sie aber Bitten enthält, worauf Se. Maj. nicht eingehen kann, so habe ich den Auftrag, der Deputation zu bedeuten, daß alle darin enthaltenen Anträge hinfort an den Fürsten Windisch-Grätz zu stellen sind, welcher hiezu die nöthigen Vollmachten erhalten hat. Uebrigens glaubt Se. Maj. durch die Kundmachung seines Manifestes den billigen Wünschen der Wiener zu entsprechen. — Es ist zu bedauern, daß der Kaiser eine Deputation, welche an ihn gerichtet ist, nicht selbst empfängt, es erregt Mitleid, wenn ein Minister keine bessere Antwort zu geben weiß, als Hr. v. Wessenberg, es ist Hohn, das freie deutsche Volk Wiens an den czechischen Fürsten Windisch-Grätz zu weisen, wenn es mit seinem deutschen Kaiser sprechen will!

Es wird bestimmt versichert, daß die Ungarn morgen die Schlacht anbieten werden.

Am 22. Octbr. muß, nach der ausdrücklichen Forderung von Windisch-Grätz, das Wort der Entscheidung gesprochen sein; es muß die bestimmte Erklärung gegeben werden, ob man ohne Vorbehalt alle seine Bedingungen erfüllen oder gewärtigen wolle, daß er ihre Erfüllung mit eiserner Hand erzwinge. (D. A. Z.)

Wien, 21. Oct. Vormittags. Das Ministerium soll bereits gebildet sein. Man nennt Wessenberg, Bach und Kraus, welche die Portefeuilles behalten sollen, dann den Fürsten Felix Schwarzenberg als Kriegsminister, Herrn Mayer, Minister des Innern, Hrn. Bruck, Handel. (Lub. Nachr.)

Wien, 22. Oct. Die Leichenfeier Wiens sind mit Truppen besetzt, um die Beerdigung der Leichen ist zur Unmöglichkeit geworden. Die Verstorbenen müssen oft 6 bis 8 Tage im Hause liegen bleiben. — Gestern Abends sind aus dem Lager des Fürsten Windisch-Grätz 400 Uebereiter, theils Dragoner, theils Jäger und Pioniere hier eingetroffen, für deren Unterbringung und Verpflegung im Odeon sogleich Sorge getragen wurde.

Wien, 22. Octbr. Die Beobachtungen vom Stephansthurme aus sind jetzt durch Nebel und Regenwetter erschwert, fast unmöglich gemacht, und daher muß man sich nach den Angaben der Zureisenden in Beziehung auf die Stellung der Heere richten. Die Ungarn verschanzen fortwährend, daß sie kommen, um die Kroaten anzugreifen und den Wienern zu helfen. Man berichtet auch, daß Joanka die Vorhut kommandire und 20 Kanonen auf den rechten Flügel führe, daß 300 Czikos (ungarische Robstiren) sich verschworen haben, den Jellachich wenn es zum Kampfe kommen sollte, todt oder lebendig zu bringen; daß Kossuth mit 15,000 M. und 16 Kanonen der Hauptarmee nachrücke und daß für die nächsten Tage dennoch eine Schlacht zu erwarten stehe. Aller Verkehr mit Wien ist gehemmt und gefährt; die Zufuhr von Lebensmitteln zur Verpflegung der Kranken sogar wurde von den belagernden Armeen verweigert. Die Post wird nicht nur verzögert, sondern fast gänzlich hinangehalten. Ueberhaupt werden alle Personen, welche sich entfernen wollen, wird eine peinlich strenge Kontrolle geführt. — Die Barrikaden sind abgetragen, die in den Vorstädten und an den Linien werden nach zweckmäßigeren Angaben umgebaut. Für verflossene Nacht waren alle Gaeden konfignirt, weil man einen Einfall des Militärs befürchtete. Es ist vor der Hand bei der Erwartung geblieben. (K. v. u. f. D.)

Prag, 21. Octbr. Reisende werden von Wien nicht mehr herausgelassen. Sowohl von der ärarischen Tabortrücke als auch von der Eisenbahnbrücke wurde von den Wienern ein Joch ganz abgerissen und das rechte Ufer ist mit Kanonen der Garde besetzt, das linke vom Militär. Wien ist nun vollständig cernirt. Die Gesandten der fremden Mächte erhalten Ehrenwachen von der Garde. Der türkische Gesandte soll das Lager Jellachich's besichtigt haben. Einem unverbürgten Gerüchte nach soll bei der englische Gesandte gegen die Belagerung Protest eingelegt haben. Die Wiener sollen jetzt 120 Kanonen besitzen. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 22. October. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ist noch durch einen Zwischenfall bezeichnet worden, der nicht ohne Bedeutung ist. General Lamoricière schloß seine Rede damit, daß er die Versammlung darauf aufmerksam machte, welche soziale Gefahr in den jetzigen Zeiten darin liege, daß die Armee verzugsweise aus Proletariern bestände. 50,000 junge Leute würden jedes Jahr dem Pfluge oder den Werkstätten entzogen und eben so viele kehrten jedes Jahr nach abgemachter siebenjähriger Dienstzeit in den Civilstand zurück. Diese Leute, deren ursprüngliche Carriere unterbrochen wurde, unfähig oder ohne Lust sich derselben wieder zu widmen, durch den Aufenthalt in den Städten verwöhnt, blieben nun in diesen und bildeten eine flot-

Digitized by Google

tante Bevölkerung, die sich auf alle mögliche Weise zu ernähren suche. Aber diese Leute wären militärisch organisirt, an Commando und Disciplin gewöhnt und so seyen sie eine Armee, deren jede Parthei sich bemächtigen könne und die ihr fertige Soldaten biete. Diese Anspielung auf die Juni-Ereignisse, in denen alle Barrikaden-Chefs ehemalige Soldaten waren, machte einen großen Eindruck auf die Versammlung, — da bestieg plötzlich General Lebreton die Tribüne und von der Frage der Tages ganz abgehend, behauptete er, der Kriegsminister habe gelogen, die Armee könne der Freiheit gefährlich werden und er protestire dagegen. „Nein, sagte er, die Armee wird nur dann gefährlich werden, wenn sie sieht, daß die höchsten Grade durch Glück und Zufall erlangt werden (Murren), wenn sie sieht, daß die Günstlingschaft und die Cameraderie eine förmliche Stellenjagd machen und einzig und allein die Wahl Desjenigen bestimmen, der sie vergiebt. (Allgemeines Erstaunen.) Lamoriciere: Ich verlange das Wort. Cavaignac: Was soll das heißen? Lebreton: Dies ist die wahre Gefahr und ich habe sie hiermit bezeichnet. Lamoriciere: Ich habe eine solche Interpellation nicht erwartet, aber sie ist zu deutlich, als daß ich nicht antworten sollte. Ich bitte den General Lebreton, mir anzugeben, wann ich je bei Beförderungen auf der Gesetzlichkeit herausgeschritten bin. Bei jeder Beförderung muß man nothwendig Mißvergnügte machen, aber ich habe bei allen Beförderungen nicht nur auf die Dienste, die Jemand geleistet hat, gesehen, sondern auch auf die, die er noch leisten kann. Ich will jedoch jetzt nur eines sagen: ich bitte nämlich den General Lebreton, einen Tag zu bestimmen, wo wir diese Frage hier öffentlich verhandeln können. General Cavaignac: (blaß und heftig bewegt) Vertreter! ich habe bisher das Wort nie genommen, weil ich mich ganz auf den Kriegsminister verließ und ich hatte mich nicht getäuscht. Ich hätte die Tribüne auch jetzt nicht bestiegen, wenn die Worte des Generals Lebreton nicht eine Antwort erheischten, die der Kriegsminister nicht geben konnte. Der General Lebreton hat, indem er den Kriegsminister ansah, gesagt: die ersten Grade würden durch Glück und Zufall erlangt. Der General Lebreton war, wie ich, in Afrika, er war lange Zeit dort, und er sollte wissen, ob es der Zufall und das Glück sind, die diesen Mann dahin geführt haben, wo er ist. (Allgemeine Bewegung.) Was mich betrifft, Vertreter! so habe ich nur meine Verwunderung auszusprechen, ich, der ich den General Lamoriciere 15 Jahre lang in Afrika gesehen habe, die nämlich, daß er den zweiten Platz einnimmt, während ich mich auf dem ersten befinde. (Allgemeine Bewegung.) Aber eine Sache macht mich noch mehr erstaunen, die, daß Sie, mein Herr! der, wie wir dort waren, der alle unsere Arbeiten mitgemacht hat, für seine Erhebung keinen andern Grund gefunden haben, als Glück und Zufall. Ein Beifallssturm bricht auf diese mit unbeschreiblicher Energie gesprochenen Worte aus, General Lebreton erklärt, er habe nicht die leiseste Anspielung auf den General Cavaignac gemacht, der die Rechte der Armee stets gewahrt und vertheidigt habe, — daß er aber dabei bleibe, daß Rechte verletzt, gesetzliche Verordnungen verletzt worden seyen, daß er dieses beweisen, oder als Verläumder gelten wolle. General Lamoriciere nimmt im Handschuh auf und verlangt, daß ein Tag zu diesen Interpelationen festgesetzt werde, — die nach der Constitution Statt finden werden. Unter der nun fortdauernden Aufregung wird Deville's Amendement, das die Militär-Stellvertretung abschafft, mit 663 gegen 140 Stimmen verworfen, — dagegen die Bestimmung angenommen, daß die Militär-Stellvertretung zwar beibehalten, aber durch ein neues Gesetz geregelt werden sollen. Die Artikel 107 bis 112 der Constitution werden nun ohne Discussion angenommen, so daß nur noch acht Artikel zu erledigen bleiben.

Die Präsidentenwahl zieht bereits die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, man rechnet auf wenigstens zehn Candidaten und zwar: Louis Bonaparte, Cavaignac, Thiers, Lamartine, Ledru-Rollin, Bugeaud (dem die Legitimisten und Orleanisten ihre Stimmen geben wollen, um einen Monk aus ihm zu machen), Raspail, Caussidière u. s. w. — Diese Menge von Candidaten wird nothwendigerweise eine Zersplitterung der Stimmen herbeiführen und so die Wahl des Präsidenten in die Hände der Nationalversammlung legen.

Nordhalben, den 20. October 1848.

Vom Königlich bayerischen Landgerichte
Nordhalben

werden im Wege der Execution nachbenannte, dem Bauer Joseph Kellfig, genannt Dienerklang, in Birnbaum gehörige Grundbesitzungen auf Antrag eines Gläubigers am

Montag den 13. November curr. Vormittags 10 Uhr

im Vogler'schen Wirthshause zu Birnbaum an den Meistbietenden öffentlich versteigert, als:

1) der Gutsrest, bestehend in Wohnhaus mit Scheune und Nebengebäude, Feld, Wiese und Waldung, Bes.-Nr. 1a, taxirt auf 2700 fl.,
2) eine Wiese im Leitschenbach, Bes.-Nr. 139, taxirt auf 150 fl.,
3) eine Wiese in der großen Leitsch, Bes.-Nr. 137, gewerthet auf 300 fl.,
4) 1/4 Tagw. Wiesen unterm Dorf, Bes.-Nr. 339, geschätzt auf 100 fl.,
5) 1/2 Tagw. 49 Ruthen Holz in der Stockackersleithen, Bes.-Nr. 340, gewerthet auf 50 fl.

Hiezu werden Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen, daß sich auswärtige oder dem Gerichte Unbekannte über ihre Zahlungsfähigkeit und Leumund durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Der Königliche Landrichter,
Mayr.

Anzeigen.

Einladung zur Betheiligung

an den Churbesitschen und Badischen Prämien-Ziehungen, welche am 30. November und 1. December 1848 stattinden. Jede darin erscheinende Nummer erhält unbedingt einen der folgenden Gewinne, nämlich: 36,000 Rthlr., 8000 Rthlr., 4000 Rthlr., 2000 Rthlr., 2mal 1500 Rthlr., 3mal 1000 Rthlr., 5mal 400 Rthlr., 10mal 200 Rthlr., 20mal 120 Rthlr., 31mal 100 Rthlr., 425mal 55 Rthlr., 20mal 1000 fl., 480mal 70 fl., 500mal 42 fl.

Für beide Ziehungen zusammen
kostet eine Ser. 4 fl. 40 kr. oder 2½ Rthlr. Pr. Cour.

Ausführliche Pläne, so wie auch f. Z. die Ziehungslisten werden jedem Theilnehmer zugesandt.

Wiederverkäufer, die sich deßhalb an uns wenden wollen, erhalten angemessenen Rabatt.

J. Nachmann & Comp.,
Banquiers in Mainz am Rhein.

Tanz-Unterricht
von
Philipp Thoms,
K. Hofballet-Tänzer und Privat-Tanzlehrer aus München.

Aufgemuntert durch die mir zu Theil gewordenen Zufriedenheitsbezeugungen für den schon seit mehreren Jahren hier ertheilten Unterricht, zeige ich ergebenst an, daß ich

Mittwoch den 1. November 1848
meinen
Privat-Tanzunterricht

in welchem alle bekannten Tänze in kürzester Zeit erlernt werden, wieder eröffne. Die hochverehrten Familien und sonst darauf Reflektirende, welche von diesem meinem Anerbieten Gebrauch machen wollen, ersuche ich daher, sich gefälligst bis längstens Dienstag den 31. October an mich zu wenden.

Logis beim Bäckermeister Popp.

Guts-Verkauf.

Ein schönes Oekonomie-Gut, ½ Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schupfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holz- und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

Die Oertel'sche Gastwirthschaft zur Fantasie ist täglich mit oder ohne Oekonomie zu verpachten und können Pachtlustige täglich die Bedingungen erfragen bei

Lorenz Oertel,
Gastwirth zur Fantasie.

Die mittlere Etage und ein Erkerstüchen in dem Hause des Kaufmanns Kolb am Brandenburger Thor ist zu vermiethen und kann schon zu Martini oder auch erst zu Lichtmeß bezogen werden.

Im Rennweg Nr. 299 ist die mittlere Etage sogleich oder auf Martini zu vermiethen, bestehend in 4 heizbaren Zimmern mit Kabinet, Küche, 2 Kammern, verpertetem Hausplatz, Mitgebrauch des Waschhauses nebst übrigen nöthigen Bequemlichkeiten. Das Nähere bei der Eigenthümerin, Ecke der Opernstraße Nr. 183 über 2 Stiegen.

Im Verlage der Geh. Kammerath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 300. 28. October 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 24. Oct. Man bemerkt, daß die meisten neu eingetretenen Mitglieder sich auf die linke Seite setzen. — Allgemein heißt es auch, daß der Präsident v. Gagern den nächsten Monat, wenn die Wahl wieder auf ihn fällt, die Präsidentschaft nicht mehr annehmen will. (N. K.)

Die Augsb. Abdztg. gibt über die bevorstehenden Veränderungen in den höchsten Verwaltungsstellen folgende Version „aus zuverlässiger Quelle“: Verdenfeld, Minister des Innern unter Wiedervereinigung des Kultusministeriums mit diesem Portefeuille; Thon-Dittmer, Handelsminister; Bever, Finanzminister. Der geh. Rath und Generalsecretär im Staatsministerium des Innern, von Kobell, soll quiescirt werden. Ein Gerücht stellt die Aufhebung des Staatsrathes in Aussicht. — Nach der Allg. Ztg. soll der Polizeidirektor v. Pechmann in München durch den Stadtkommissär Ihl von Bamberg ersetzt werden.

München, 25. October. Es wurden der Regierungsfinanzrath Kaul in gleicher Eigenschaft zur Staatsschuldentilgungs-Kommission versetzt; an dessen Stelle zum Regierungsfinanzrath in Regensburg der Rentbeamte in Fürth Erhard ernannt; an Erhard's Stelle der Rentbeamte Julius Sax in Röwersdorf versetzt; der quieszirte Grenzoberkontrolleur Böhner zum Sekretär I. Klasse bei der Regierung der Oberpfalz und Regensburg ernannt; der Finanzrathsaccessist Ludwig Grabner zum Finanzrechnungs-Kommissär in Bayreuth provisorisch, der Finanzrechnungskommissär Heinr. Poehlmann zum Rentbeamten in Königshofen ernannt; der Rentbeamte in Nabburg auf Ansuchen auf das Rentamt Dillingen und an dessen Stelle zum Rentbeamten in Nabburg der Rentbeamte Heinr. Schwarz in Königshofen versetzt; der Postamtsoffizial Ernst Wechinger in Baireuth in gleicher Eigenschaft zum Oberpostamte Nürnberg versetzt. (N. M. Z.)

Ansbach, 20. Octbr. Vergangenen Sonnabend, den 14. Oct., war dahier außerordentliche Sitzung des Kreis-Schulcharchats. Seminar-Inspektor Jacobi in Schwabach hatte sie durch einen Plan zur Umgestaltung der Schullehrer-Seminarien veranlaßt, den er der kgl. Regierung übergeben hatte, und der so zeitgemäß schien, daß die Vorsände der drei Seminarien des Kreises zu gemeinsamer Berathung mit den Kreis-Schulcharchen hieher berufen wurden. Inspektor Jacobi gab zuerst die Gründe an, warum eine Umwandlung der Schullehrer-Bildungs-Anstalten überhaupt und der Seminarien insbesondere dringend nothwendig sey, und entwickelte sodann die Grundzüge seines Planes. Das Wesentlichste desselben ist Folgendes: Die Seminarien sollen aufgelöst und die Bildungsweise der Präparanden soll so frei gegeben werden, daß man in Zukunft bei den prädagogischen Aufnahmsprüfungen nicht mehr darnach fragt, wo und wann ein Präparand unterrichtet worden sey und wie lange er dazu gebraucht habe, sondern ob er das wisse und zu leisten im Stande sey, was man von einem Schulgehülfen und Verweser fordere. — Dessen ohngeachtet soll der Staat für zweckmäßige Schullehrer-Bildungs-Anstalten sorgen, aber es soll kein Präparand zum Besuche derselben gezwungen werden. Nur in dem Falle will Inspektor Jacobi, daß sich die Staats-Regierung eine Zwangs-Verordnung vorbehalte, wenn es sich später bei den prädagogischen Aufnahmsprüfungen herausstellen sollte, daß diejenigen Schulpräparanden, welche gar keine öffentlichen Berufsanstalten besuchten, auch nicht einmal denjenigen Grad von Bildung und geistiger Tüchtigkeit sich erwerben, der in unserer Zeit auch von einem Schullehrer auf dem Laude gefordert werden muß. Die zu errichtenden Anstalten sollen ähnlich übereinanderstehen, wie die für andere höhere Berufskarten, und S.-J. Jacobi erblickt auch darin einen Mangel an der bisherigen Seminar-Einrichtung, daß Lehrer der verschiedensten Art aus den Seminarien hervorgehen sollten: Kleinkinderpfleger, Volksschullehrer, Kantoren und Chorregenten, Organisten, Lehrer an höheren Töchter- und Gewerbsschulen, Präparandenlehrer, Zeichnen- und Taubstummenlehrer, ja sogar Oekonomen, Bienenwärter und Seidenzüchter. Eine zweckmäßige Abstufung und Erweiterung des Lehrstoffes bildet daher einen wesentlichen Bestandtheil des neuen Plans. Derselbe zeichnet sich auch dadurch aus, daß er die Klausur aufheben und sämmtliche Anstalten vorzugsweise zu Lehranstalten machen will. Die Bildungsanstalten sollen nach dem Plane also über einander gestellt werden: die Volksschule, die lateinische oder Gewerbs-Schule, die Präparanden-Anstalt, das Kreis-Pädagogium, die pädagogische Praxis und die Universität. Was die Volksschule betrifft, soll ein Knabe, der so ziemlich im Voraus zum Schullehrer bestimmt ist, schon in der Volksschule zuweilen zum kleinen Lehrgehilfen verwendet werden, um zu sehen, ob er gerne mit Kindern umgehe, ob er sich ihnen verständlich machen könne u. dgl. Der Besuch einer Latein- oder Gewerbschule wird nicht gefordert, aber empfohlen. Darauf soll der künftige Schullehrer eine Präparandenanstalt besuchen. In diesem Zwecke sollen 4 bis 5 Präparandenanstalten in einem Kreise errichtet werden. An jeder Präparandenanstalt sollen zwei eigene Lehrer angestellt werden, der eine mehr für die wissenschaftlichen Lehrfächer, der andere mehr für Musik. Beide sollen aus dem Schullehrerstande gewählt und so besoldet werden, daß der erste Präparandenlehrer, welcher zugleich Vorstand der Anstalt wird, 800 fl. und der zweite 600 fl. jährliche Besoldung erhält. Nebensicher können von geschickten Schullehrern des Orts selbst gewählt werden. Dem Pädagogium blieben sodann mehr die höhern Lehrgegenstände, als: Glaubens- und Sittenlehre, Katechetik, Pädagogik, Didaktik und Methodik, Geschichte der Pädagogik, Stylistik, Lesen und Erklärern deutscher Klassiker, Geschichte der deutschen Literatur, Universalgeschichte, Psychologie, Physik, höhere Harmonielehre u. dgl.. Nach dem Pädagogium käme eine dreijährige Schulpraxis, von welcher das erste Praktikantenjahr unter Leitung eines selbstgewählten tüchtigen Schullehrers zugebracht würde. Wer bei der darauf folgenden Anstellungsprüfung die erste Note erhält, soll nach dem vorgelegten Entwurf die Erlaubniß erhalten, die Universität zu besuchen, und dort höhere pädagogische und allgemein bildende Kollegien hören. Solche Kandidaten der Pädagogik sollen alsdann Anwartschaft haben auf Lehrstellen an höheren Töchterschulen, Gewerbschulen, Präparanden-Anstalten und Pädagogien. Aus ihnen sollen auch in Zukunft die Schulinspektoren, Kreis-Schulcharchen und Regierungs-Schulräthe gewählt werden. (N. K.)

Nürnberg, 26. Oct. Dem hiesigen konstitutionellen Verein war in Folge des bekannten Erlasses des Reichsministeriums über die politischen Vereine zuerst von dem hiesigen Stadtmagistrat und sodann von dem kgl. Stadtkommissariat ein Schreiben zugekommen, worin derselbe zur Vorlage seiner Statuten und bisher bekannt gemachten Beschlüsse, so wie zur Angabe der Zahl seiner Mitglieder „aufgefordert“ wurde. Der konstitutionelle Verein hat nun in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, diesem Ansinnen nicht stattzu geben und das kgl. Stadtkommissariat von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen. Unseres Erachtens kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Verein dabei in seinem vollem Rechte ist. Es besteht demalen in Bayern noch kein Gesetz über das Assoziationsrecht, dieses ist daher — abgesehen von etwaigen strafgerichtlichen Einschreitungen gegen Mißbrauch — ein völlig unbeschränktes, und eine Besugniß, wie sie von den Verwaltungsbehörden behauptet zu werden scheint, indem sie von den Vereinen Mittheilungen über ihre Statuten ꝛc. fordern, steht der Regierung nicht zu. Sie hätte die Vereine wohl um die gewünschten Aufschlüsse ersuchen können, nimmermehr aber dieselben als eine Pflicht der Vereine in Anspruch nehmen sollen. Es kann dagegen nicht eingewendet werden, daß diese „Aufforderung“ durch den Erlaß des Reichsministeriums bedingt und geboten sey. Dieser Erlaß verlangt zwar Aufschlüsse über die Statuten ꝛc. der Vereine, ohne jedoch den Regierungen irgendwie vorzuschreiben, wie sie sich dieselben zu verschaffen oder gar, daß sie zu deren Erlangung sich einen Eingriff in das freie Vereinigungsrecht, wie er nun einmal in jener „Aufforderung“ zu liegen scheint, zu erlauben hätten.

(K. v. u. s. D.)

Koburg, 24. Oct. Die in den hiesigen Gegenden bestimmten hannöverschen Reichstruppen sind gestern von Gotha aus nach Altenburg gesendet worden. Es ist für gut befunden worden, die seither in Altenburg stationirten königlich sächsischen Reichstruppen

Digitized by Google

von dort zu entfernen und in die westlichen thüringischen Staaten zu vertheilen. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 21. Oct. Die Neue Preuß. Ztg. versichert, aus guter Quelle zu wissen, daß der Verfassungs-Ausschuß in Frankfurt folgende Bestimmung in den Verfassungsentwurf aufzunehmen beabsichtige: „Die Kaiserwürde ist erblich und von der Krone Preußen unzertrennlich." — (?)

Berlin, 24. Octbr. Im Betreff der Besetzung der jetzigen Ministerstellen geht uns die Mittheilung zu: Hr. v. Pfuel sei nur durch die ihm gewordene bestimmte Zusicherung zum Bleiben bestimmt worden, daß man die nächste leichtere Gelegenheit, welche der Ministerpräsident selbst nachzuweisen habe, benutzen wolle, um einen General aus einer Stellung zu entfernen, welche nicht blos die Bevölkerung der Hauptstadt zu stets neuen Besorgnissen fortwährend aufreizt und die Wiederkehr des Vertrauens zur Regierung unmöglich macht, sondern auch die verantwortlichen Vertreter der Krone in ihren Maßnahmen zur Vermittelung und Beschwichtigung der Gegensätze hemmt. Es wird uns bestimmt versichert, daß dies der ungefähre, von Hrn. v. Pfuel selbst vorgeschriebene Wortlaut einer ihm ertheilten Zusicherung sei. (D. A. Z.)

In der Sitzung vom 24. Oct. der preußischen Nationalversammlung verlieset der Abg. Waldeck folgenden von ihm und dem Abg. Esser gestellten Antrag: „Die hohe Versammlung wolle Folgendes beschließen: 1) Kein Erlaß kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der constituirenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen oder genehmigt worden ist. 2) Diejenigen Erlasse der frankfurter Centralgewalt oder verfassungsgebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der preußischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erlangen." Der Vorgeschlagene motivirt den Antrag durch das frühere Staatsrecht. Die Dringlichkeit ergebe sich von selbst und ein Conflikt mit der frankfurter Versammlung entstehe dadurch nicht, obwohl Zeiten kommen könnten, wo es unsere Pflicht wäre, den Conflikt zu erheben, z. B. wenn „diese Leute" beschlössen, nicht den Wienern gegen die sie bedrängenden Kroatenhorden zu Hülfe zu kommen, sondern etwa Reichstruppen nach Oesterreich rücken lassen sollten. Von dem Erlasse des Reichsministers Kohl hofft der Redner, daß unsere Gerichtshöfe niemals dieses Gesetz anwenden würden, obwohl es durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht sei. Es sei nur der Vorläufer weiterer Beschränkungen, wie eine zu Karlsruh gegen die That zu langen Unterbrechungen Veranlassung gab. Wie endlich habe die Centralgewalt den Krieg verstanden? Sie habe ihn gegen das Volk geführt! Sollen wir da, auch der Centralgewalt eine Befugniß einräumen!

Abg. Reichensperger meint: Der Antrag der Abgg. Waldeck und Esser bringe sie um ein Menschenalter zurück. Niemals habe es einen verwegenern Reaktionsversuch gegeben. Als der Fünfzigerausschuß aussprach, daß nicht andere Versammlungen neben der deutschen tagen dürften, da hat gewiß Niemand daran gedacht, daß spätere feindselige Versammlungen sogar ein Veto gegen die Beschlüsse des Parlaments erheben würden. Wenn es mit der deutschen Einheit Ernst sei, sagte früher der Abg. Jakoby, der könne unmöglich behaupten, daß sich die Reichsversammlung mit 38 Regierungen vereinbaren müsse. Sage man es offen heraus, ob sie die deutsche Einheit wollen, ob sie Preußen oder Deutsche sein wollen. Wahrlich, das deutsche Volk wird sich seinen Sieg nicht wieder entreißen lassen, es wird ihn sichern durch seine Fügkeit, mit welcher es auf der Vollgewalt des deutschen Parlaments bestehen wird. Ich darf deshalb den Antragstellern mit Recht den Vorwurf der Inkonsequenz machen. Er wenigstens werde mge nicht zu entscheiden, welche Angelegenheiten als innere vor die Einzelstaaten gehören oder nicht. Ein Deutschland könne nur von Einem Baumeister gebaut werden — wohin sollen die 38 Baumeister führen? Es wird über die Dringlichkeit der Namensaufruf verlangt, und der Antrag mit 174 gegen 173 Stimmen verworfen.

Köln, 24. Octbr. Heute hatten wir hier den ersten Preßproceß vor dem Geschwornengerichte. Der Angeklagte war Herr Bernhard Otzy, Herausgeber der „Freien Volksblätter." Otzy zur Anklage hatte ein Artikel in dieser Zeitschrift gegeben, worin die Verhaftung des Dr. Gottschalk und des Lieutenant a. D. Anneke besprochen wurde. Das öffentliche Ministerium fand in diesem Artikel eine Beleidigung des Ober-Prokurators Zweiffel bei Gelegenheit der Ausübung seines Amtes (à l'occasion) und eine Beleidigung der Gendarmen bei Ausübung ihres Amtes. Der Angeklagte behauptete, der Artikel sei ein Partei-Artikel, und nicht gegen die Person des Ober-Prokurators Zweiffel, sondern gegen die Rechte der Berliner Nationalversammlung gerichtet. Der Vertheidiger, Advokat-Anwalt Schneider II., stellte in Abrede, daß Hr. Zweiffel beleidigt seyn könne, da dieser gar nicht in Köln anwesend gewesen; stellte ferner die Absicht der Beleidigung in Abrede und läugnete, daß die angezogenen Gesetzesstellen hier überhaupt anwendbar seyen. Die Geschworenen sprachen nach langer Berathung mit absoluter Stimmenmehrheit das „Schuldig" aus, worauf das öffentliche Ministerium auf eine Gefängnißstrafe von 3 Wochen und Stellung einer Kaution von 2000 Thlr. antrug, die zu leichter Kautions-Stellung die Zeichnerin des Hrn. B. Dietz nicht mehr erscheinen dürfe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten in die beantragten Strafen und Kosten. Heute Nachmittag wird ein zweiter Preß-Prozeß gegen den Herausgeber der „Arbeiter-Ztg." verhandelt werden. (K. Z.)

Breslau, 19. Oct. (Austritt Ruge's aus dem Parlament.) In einem offenen Schreiben an die Frankfurter Wahlmänner unserer Stadt verlangt Arnold Ruge, daß sie das ihm übergebene Mandat zurücklegen mögen. Er erklärt, daß er es unter den gegenwärtigen Umständen nicht für seinen Beruf halten könne, seine Wähler länger an einem Orte zu vertreten, der sich selbst zum Kirchhofe unserer Hoffnungen gemacht, durch einen solchen Namen das leichtgläubigen deutschen Volkes in der Paulskirche gestänkert hat. — Ruge hat das Frankfurter Parlament bereits verlassen. — Das erwähnte Schreiben Ruge's fortert im Uebrigen unsere Wahlmänner auf, keine weitere Wahl für Frankfurt vorzunehmen. Fragt euch ernstlich, heißt es darin, ob es nicht jetzt die höchste Zeit sei, die Frankfurter Unmöglichkeit einzusehen und dieses Projekt aufzugeben. Ruge trägt darauf an, daß die Wahlmännner die Deputirten aus Frankfurt überhaupt zurückrufen und mit diesem Beispiel den übrigen Städten Deutschlands voranghen mögen. Er meint, daß nur alle unsere Hoffnungen nur nach Berlin wenden müßten. (Bl. Z.)

Schleswig, 22. Oct. In der Morgenstunde des heutigen Tages hat nun die provisorische Regierung von dem bei ihr angestellten Personal Abschied genommen. Um 12 Uhr ist darauf die neue Regierung von den Commissären Stedmann und v. Reedtz in aller Stille auf dem Schlosse Gottorf installirt worden. Eine angemessene Bekanntmachung der abtretenden provisorischen Regierung ist bereits an den Straßenecken angeklebt. Die Proklamation der neuen Regierung wird baldigst erwartet. Aus zuverlässiger Quelle kann ich mittheilen, daß dieselbe sehr beschränkenden Inhalts seyn wird. Außerdem wird dem Vernehmen nach eine Bekanntmachung des Reichskommissärs Stedmann an das Volk Schleswig-Holsteins erschienen. — Zu Anfang der heutigen Sitzung der Landesversammlung war die Proposition wegen Veränderung der Flagge mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen worden. (D. A. Z.)

In Folge ergangener Aufforderung von Seiten der Centralgewalt ist in den Herzogthümern von den Obrigkeiten über die in denselben existirenden Vereine, ihre Tendenz und Verbindung mit andern Vereinen im In- und Auslande Bericht zu erstatten. Der Hrn. Teichert und Möring sind am 23. Oct. in Kiel gewesen, haben den dortigen Hafen besichtigt, sind mit dem Dampfschiffe „der Löwe" bis zum Ederneförder Hafen gefahren und bis nach Friedrichsort von einem Kieler Kanonenböten begleitet worden. — Hr. v. Neergaard, einer der Urheber des Francke'schen Vermittelungsantrages, welcher bei der im vorigen Monate in Frankfurt a. M. stattgehabten Debatte über den Waffenstillstand von Malmö durchging, hat sein Mandat als Parlamentsabgeordneter niedergelegt und bittet seine Wähler, Beseler oder ein anderes Mitglied der abtretenden prov. Regierung als Abgeordneten an seine Stelle nach Frankfurt zu senden. (Bl. Z.)

Oldenburg, 20. Octbr. In der gestrigen Sitzung unserer gesetzgebenden Versammlung ist nach lebhafter Debatte durch überwiegende Mehrheit der von der landständischen Verfassung dem Fürsten bei seinem Regierungsantritte zu leistende Huldigungseid auf dem Verfassungsentwurfe gestrichen worden.

Breslau, 23. Octbr. (Nachmittags 4 Uhr). Der Wiener Postzug, welcher gestern eintreffen sollte, ist soeben erst angekommen und hat sich also um 24 Stunden verspätet. Der heute fällige Postzug ist ausgeblieben, und wir sind daher mit den Nachrichten aus Wien immer noch um einen vollen Tag im Rückstand. Auf dem soeben angelangten Zuge befand sich kein Reisender aus Wien, wohl aber eine Person, welche gestern, von Zing kommend, mit Lebensgefahr auf einem Kahne während des heftigsten Sturmes über die Donau setzte. Der Reisende hat den Weg von Rußdorf nach Floridsdorf zu Fuß zurücklegen müssen und ist Abends 9 Uhr aus Floridsdorf weiter gereist. Dieser Reisende erzählt nach

Digitized by Google

ihm gewordenen Mittheilungen, daß die kaiserlichen Truppen bei Klosterneuburg soeben eine Brücke zu schlagen beginnen. Abgeordnete der Studentenschaft sind mit Vermittelungsvorschlägen an den Kaiser abgegangen. Es sollen die kaiserl. Burg sowie andere öffentliche Staatsgebäude mit Pulver angefüllt seyn, und man soll die Absicht haben, bei dem ersten Kanonenschusse gegen Wien diese Gebäude in die Luft zu sprengen. — Die Ungarn sollen abermals auf Veranlassung Kossuth's sich um zwei Meilen weiter zurückgezogen haben. Bekannt dürfte es vielleicht seyn, daß, wie wir aus anderer verläßlicher Quelle erfuhren, die Ungarn mittels einer Deputation den Wienern erklärt haben, nicht ein Verrath sey der Grund ihres Rückzugs, sondern es habe der Reichstag den Rückzug befohlen, um die Armee erst zu organisiren, da bekanntlich Zwistigkeiten wegen Ueberschreitung der Grenze unter Offizieren ausgebrochen waren. Dieser Befehl langte erst an, nachdem die Ungarn schon eingerückt waren, worauf demnächst der Rückzug erfolgte. Aber noch jetzt wollen sie auf den ersten Ruf nach Wien eilen. Dieser wird indessen nicht erfolgen, so lange der jetzige Sicherheitsausschuß fungirt. Deßhalb findet auf Veranlassung des Dr. Schütte heute (23. Oct.) eine Volksversammlung im Lager statt, in welcher es darauf abgesehen seyn soll, einen anderweitigen Sicherheitsausschuß zu konstituiren, welcher mit mehr Entschiedenheit verfährt. — Ein hier verbreitetes Gerücht, nach welchem die Ermordung des Fürsten Windisch-Grätz mittels Estaffette nach Krakau berichtet worden, ist unwahr. (D. A. Z.)

Wien, 23. October. (Wien im Belagerungszustand erklärt. Der Reichstag erklärt diesen Schritt für ungesetzlich. Rüstungen.) Wien's Geschicke scheinen sich der Entscheidung zu nähern. Gestern wurde dem Gemeinderath vom Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz ein Manifest (datirt Lundenburg, 20. Octbr.) mit dem strengsten Auftrage abgeeilt, der Veröffentlichung zugesandt, worin erklärt wird, Wien sey von einer kleinen, aber verwegenen Faktion, von einer Handvoll Verbrecher, beherrscht, daher Wien sammt Vorstädten und Umgebung in Belagerungszustand versetzt, jede Civilbehörde den Militärbehörden untergeordnet und für Widersetzlichkeiten das Standrecht eingeführt wird. Der Reichstag wird ausdrücklich das Plakat, das aber bald wieder von den Straßenecken abgerissen war, und theilte es zugleich dem permanenten Reichstagsausschusse mit. Darauf berichtete Schuselka im Namen desselben in der Sitzung des Reichstages vom 22. Oct., Abends 6 Uhr. Nach allgemeinen konstitutionellen Grundsätzen könne Belagerungszustand und Standrecht nicht durch Willkühr und einseitige Verfügung, nur auf gesetzlichem Wege über Stadt und Land verhängt werden; im Manifeste vom 19. Oct. habe der Kaiser ferner erklärt, es stehen alle gewährleisteten Rechte ungeschmälert und der Reichstag fort und ungeübt bleiben; das sey aber mit Belagerungszustand und Standrecht unvereinbar, wenn nicht die konstituirende Versammlung selbst, wie in Paris, diese Sicherungsmittel beschließe; es werde also dem Fürsten Windischgrätz dieß kaiserliche Manifest mitgetheilt werden; es hätten endlich militärische Maßregeln, und besonders die so fürchterlichen des Belagerungsstandes und Standrechtes, erst dann einzutreten, wenn alle anderen friedlichen und gewaltthätigen Mittel erschöpft seien, was aber in Wien bei Weitem nicht der Fall sey. Der Ausschuß trägt also darauf an: „In Erwägung, daß die Wiederherstellung gesetzlicher Ruhe und Ordnung nur von ordentlichen, konstitutionellen Behörden, und erst nach freier Aufforderung den Militärbehörden zukommt; in Erwägung, daß die bestehende Aufregung in Wien nur durch die drohende Zusammenziehung von Truppenmassen erhalten wird, in Erwägung endlich, daß das kais. Wort vom 19. d. M. die ungeschmälerte Erhaltung aller Freiheiten und die freie Berathung Seitens des Reichstags gewährleistet: erklärt der Reichstag die angedrohten Maßregeln des Belagerungszustandes und des Standrechts für ungesetzlich, von welchem Beschlusse Minister Wessenberg und Fürst Windisch-Grätz durch Eilboten in Kenntniß zu setzen sind.“ Stürmischer Jubel folgte diesem Antrage, den von 197 anwesenden Abgeordneten (192 ist die zur Beschlußfassung erforderliche Zahl) 194 annahmen, während drei fehlen blieben. Dieser Beschluß ist durch das Präsidium auch den Reichskommissären kundgegeben, sowie durch Plakate zu veröffentlichen. Uebrigens ist bis jetzt, 9 Uhr früh, die Stadt ganz ruhig. — Windisch-Grätz nimmt von dem Beschlusse des Reichstages, wonach die Belagerung Wiens ungesetzlich ist, keine Notiz; der blutige Kampf wird also wahrscheinlich beginnen, wenn die Eilboten Wessenbergs nicht günstigere Nachrichten bringen.

Wien, 20. Octbr. Aus Kroatien sind Berichte eingelaufen, welche, wenn wir die Stimmung der hier anwesenden Grenzer und Kroaten betrachten, nicht ohne Bedeutung zu seyn scheinen. Die Kroaten waren bis jetzt der festen Meinung, daß Jellachich den ungarischen Krieg nur deßhalb führe, um sich von dem Joche der Magyaren zu befreien. Da sie aber jetzt sehen, daß man ihre Kräfte als Mittel für die Zwecke der Camarilla gebraucht, so finden sie sich getäuscht und protestiren bereits gegen solches Treiben. Unsere Vorposten, welche den Kroaten so nahe stehen, daß sie mit ihnen ein Gespräch führen können, erzählen, die Kroaten äußern sich fortwährend, sie seyen größtentheils Familienväter, wollen die Wiener gar nicht beleidigen und würden recht gern in ihre Heimath zurückkehren, woran sie aber gehindert seyen, weil der Ban gedroht habe, er werde Jeden aufhängen lassen, der vom Nachhausekommen nur ein Wort spreche. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 19. Oct. Gestern Nachmittag ist Kossuth in Begleitung von 1200 Nationalgarden, welche sich hier in Ofen freiwillig dazu meldeten, per Dampfschiff zur ungarischen Armee an der Leitha abgegangen, um als der mit der Regierung betraute Präsident die geeigneten Maßregeln ohne Zeitverlust treffen zu können. Das Geschick Ungarns und Oesterreichs wird sich jetzt vor Wien entscheiden. In diesem Bewußtsein war die Abfahrt Kossuth's von unbeschreiblichem Eindrucke auf die Bevölkerung an beiden Ufern. Es war gestern ein Jahr, daß Kossuth zum pesther Comitatsdeputirten für den preßburger Landtag gewählt worden. — Das gestrige untere Dampfboot brachte die offizielle Nachricht, daß der Kommandant der wichtigen Festung Petervardein, Baron Blagovich, in Folge des Befehls der hiesigen Regierung die ungarische Tricolore aufgepflanzt und unserer Regierung unbedingten Gehorsam schriftlich gelobt hat. Die Besatzungstruppen sind meist Magyaren. Schon durch die Festung ist der raizische Aufstand im Schach gehalten. Auch die ihrer Lage wegen bedeutsame Festung Leopoldstadt an der Waag ist in ungarische Gewalt gebracht worden. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 23. Oct. Das große demokratische Bankett, dessen Ankündigung seit einigen Tagen große Besorgnisse unter der Bevölkerung erregt hatte, hat gestern mit der Carriere zu Neuilly Statt gefunden. Ueber 1200 Personen nahmen an demselben Theil, worunter auch Vertreter der Bergpartei, — der Ex-Pair Graf Alton Shee präsidirte. Jeder Gast erhielt beim Eintreten eine kleine lithographirte Warnung, sich nicht durch etwa eingeschlichene provocirende Agenten zu ungesetzlichen Aeußerungen hinreißen zu lassen, es gäbe Leute, die auf diese Unordnungen rechneten und eben deßwegen sey es nöthig, die größte Ruhe und Ordnung zu beobachten. Diese Warnung ward genau befolgt und das Bankett verlief ohne die geringste Störung.

Gestern ist der vierte Convoi der Colonisten nach Algier abgegangen, — die von den ersten drei Convois eingelaufenen Nachrichten lauten sehr günstig. Auf dem ganzen Wege werden die Auswanderer von den Bevölkerungen mit herzlicher Theilnahme empfangen und unentgeldlich mit Milch, Obst und andern Erfrischungen versehen.

Marie Millanolle, die talentvolle Violinspielerin, ist vorgestern Abend hier, erst 16 Jahre alt, an den Folgen eines vernachlässigten Keuchhustens gestorben. Ihr Begräbniß, dem alle musikalischen Notabilitäten beiwohnen werden, findet morgen Statt.

Die Turiner Journale vom 19. melden, daß eine allgemeine Steuerverweigerung in der ganzen Lombardei vorbereitet werde, zu der öffentlich angeschlagenen Proklamationen aufforderten und daß in Triest die Unruhen einen so hohen Grad erreicht hätten, daß der Präsident und der Magistrat sich gezwungen sahen, ihre Entlassung zu geben.

Die Madrider Journale sind vom 17. — ihre Nachrichten ohne Bedeutung. Der Prinz von Capua war in Madrid angekommen. Die angekündigte baldige Ankunft Sir Bulwers rief zahlreiche Commentare und Gerüchte hervor.

Lamartine, den das Departement der Gironde zu einem Besuche in Bordeaux eingeladen hatte, hat in einem Briefe abgelehnt, in dem er erklärt, ein solcher Besuch würde ausgelegt werden, als bewerbe er sich um Stimmen für die Präsidentschaft und er erkläre hiermit, daß er jeder Kandidatur entsage.

Fast alle Journale zeigen heute übereinstimmend an, daß die Wahl des Präsidenten am 10. Dezember stattfinden werde.

General Lamoriciere hat in dem Dienste der französischen Infanterie eine wichtige Verbesserung eingeführt. Alle Infanteriesoldaten müssen die nöthigen Handgriffe des Geschützdienstes lernen, um falls die Artillerie-Bedienung einer Batterie getödtet oder dienstunfähig wird, sie sogleich ersetzen zu können. In allen Infanterie-Kasernen wird bereits mit Geschützen exercirt und bald wird Frankreich 200,000 Artilleristen haben.

Digitized by Google

Französische Nationalversammlung.

(Sitzung vom 23. Oktober.) Der Schluß der Constitution ist an der Tagesordnung. Art. 113 (jetzt durch Wegfallen früherer Artikel zu Nr. 107 geworden) wird ohne Discussion angenommen. Art. 114, Algier und die Colonien betreffend, ruft Herrn Didier auf die Tribune, der für Algier die gleichen Rechte, wie Frankreich, in administrativer und politischer Hinsicht verlangt, allein die Unaufmerksamkeit der Versammlung ist so groß, daß er seine Rede schon nach den ersten Sätzen abbricht. Range ertheilt für das Amendement Didiers und glaubt, daß aber eine vollständige Colonisation Algiers unmöglich sey, denn erst die Gleichstellung Algiers mit dem Mutterlande werde den Menschen, wie den Kapitalisten den Muth einflößen, sich dorthin zu wenden. Dupin d. a. bekämpft im Namen der Constitutions-Commission das Amendement als jetzt unzeitgemäß. Er weiß nach, wie viel in dieser Hinsicht schon geschehen sey und wie man fortwährend mehr thue, nur müsse Alles in einem Lande, das dem Mutterlande so unähnlich sey, wie Algier Frankreich, langsam und stufenweise geschehen. Man sorge aber in diesem Augenblicke, dort eine ordentliche, arbeitsame, durch Familie und Eigenthum verbundene, französische Bevölkerung zu haben, und so wie diese gegen die Eingebornen in der Majorität sey, würden die geforderten Institutionen von selbst kommen. Beaucousin unterstützt das Amendement Didiers. Das Amendement wird mit großer Majorität verworfen, ein anderes von Schoelcher, Bory-Saint und Charles Dain, welches dieselben Forderungen für die Colonien stellt, wird ebenfalls verworfen und der Art. 114 angenommen. Man schreitet zu Art. 115. Von der Revision der Constitution. Auch hier liegen eine Menge Amendements vor, die sich jedoch bloß auf Förmlichkeiten und Details beziehen. Sie werden verworfen, bis auf Eines, welches die Zahl der für die Nothwendigkeit einer Revision votirenden Vertreter auf 500 als Minimum festsetzt. Der Art. 115 wird hierauf zur Abstimmung gebracht und angenommen. Nacheinander werden nun fast ohne Discussion die Art. 116, 117, 118 angenommen. Der Art. 119, den Zeitpunkt der Wahl des Präsidenten betreffend, ist zurückgezogen und wird durch ein specielles Decret ersetzt werden. So kommt man an den letzten Artikel der Constitution, Art. 120. Duplan schlägt als Amendement vor, die Constitution nun nach ihrer Beendigung dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Pujuvsque vertheidigt dieses Amendement in einer langen geschriebenen Rede und es wird zur Abstimmung darüber geschritten. 20 Legitimisten verlangen die namentliche Abstimmung; sie gibt folgendes Resultat: Anzahl der Stimmenden 775, absolute Majorität 389, für das Amendement 42, gegen dasselbe 733. Die Berufung an das Volk ist somit verworfen und der letzte Artikel der Constitution wird angenommen.

Paris, 23. Oct. Die der Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Generals v. Auerswald bezichtigten sechs Flüchtlinge, welche in Straßburg verhaftet worden waren, sind in Bern angekommen, wo sie noch nicht völlig in Freiheit gesetzt die Stadt zum Gefängniß erhalten haben. (D. P. A. Z.)

Dänemark.

Man schreibt aus Kopenhagen vom 18. October, daß die größte Mehrheit der Dänen auf sofortige Besetzung von Schleswig dringe. Das jetzige Ministerium habe seine frühere Popularität verloren wegen seiner Liebe zum Frieden! „Ein Ministerium, welches sich nicht die Aufgabe stellte, Schleswig unter allen Umständen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln Dänemark zu erhalten, würde hier keine 24 Stunden Bestand haben.“ Das ministerielle „Fädrelandet“ behauptet ebenfalls das Recht zu jener Besetzung, räth aber an, bis zum Frühjahre zu warten, um die Flotte benützen zu können. Unter diesen Umständen ist es für Deutschland hohe Zeit, die Frist des Waffenstillstandes zu benutzen. In Norddeutschland gibt sich das Verlangen kund, sogleich in allen Häfen der Ostsee Kanonenböte und kleine Kriegsfahrzeuge zu bauen, unter deren Schutze, ehe das Eis in den russischen Häfen aufgeht, ein deutsches Landungsheer in 10 bis 12 Stunden von der pommerschen Küste nach Seeland übersetzen kann. (D. Z.)

Bekanntmachung.

(Die Eröffnung der Eisenbahn von Neuenmarkt bis Hof resp. die Herstellung der Eisenbahn-Verbindung zwischen Nürnberg und Hof betreffend.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Vom 1. November d. Js. angefangen, wird die Eisenbahn von Culmbach und Neuenmarkt bis Hof in der Art in regelmäßigen Betrieb gesetzt, daß **täglich** von Hof um 10½ Uhr Vormittags ein Wagenzug (zum Anschluß an die zweite Fahrt nach Nürnberg) nach Culmbach abgefertigt wird, und eben so täglich um 12½ Uhr Mittags ein Wagenzug von Culmbach nach Hof abgeht.

Bei beiden Wagenzügen findet an den Stationen Neuenmarkt, Münchberg, Marktschorgast, Schwarzenbach Personen- und Güteraufnahme, an den Haltstellen Stambach und Oberkotzau Personenaufnahme statt.

In Folge vorstehender Einrichtung wird vom 1 Nov. l. Js. an die eine der täglichen Eilwagenfahrten zwischen Hof und Culmbach, bisher abgehend aus Hof um 7 Uhr früh, aus Culmbach um 1 Uhr Mittags aufgehoben, dagegen die Eilwagenfahrt abgehend aus Hof um 9 Uhr Nachts, aus Culmbach um 10 Uhr Nachts noch unverändert beibehalten.

München, den 24. October 1848.

General-Verwaltung der K. Posten und Eisenbahnen
Goek.

Tauber.

Bekanntmachung.

(Gesuche um Anstellung oder Verwendung im Eisenbahn-Dienste betreffend.)

Nachdem fortwährend Gesuche um Anstellung oder Verwendung im k. Eisenbahn-Dienste als Kondukteur, Stationsdiener, Bahnwärter u. s. w. an die unterfertigte Stelle gerichtet werden, so wird hiemit bekannt gemacht, daß die Aufnahme der Bahnwärter lediglich den k. Bahnämtern zusteht, und daß von den k. Bahnämtern die qualifizirten Bahnwärter zu Stationsdienern und die dazu geeignetschafteten Stationsdiener zu Kondukteuren u. s. w. vorgeschlagen werden.

Es sind daher alle Gesuche um Verwendung in niedern Eisenbahn-Dienste an die treffenden k. Bahnämter zu richten, sowie auch alle demungeachtet an die unterfertigte Stelle gelangenden derartigen Gesuche lediglich dem treffenden k. Bahnamte zur zuständigen Würdigung und Verfügung mitgetheilt werden.

Außerdem wird noch ausdrücklich bemerkt, daß sämmtliche Stellen des niederen Post- und Eisenbahn-Dienstes vollständig besetzt sind, und daß noch über 2000 Gesuche um solche Stellen vorliegen, welche bisher nicht berücksichtigt werden konnten.

München, den 16. October 1848.

General-Verwaltung der K. Posten und Eisenbahnen.

Bekanntmachung.

Kommenden Montag den 30. d. M. Vormittags 10 Uhr verpachtet das hiesige Rentamt an den Meistbietenden unter Genehmigungs-Vorbehalt, für die folgenden 6 Jahre

diejenige Kellerabtheilung unter dem dießigen alten Schlosse, welche zeither an den Bäckermeister Karl Ott dahier verpachtet war;

Pachtlustige werden hiezu eingeladen.

Bayreuth, am 20. October 1848.

Königliches Rentamt.

Maurer.

Anzeigen.

Botenfuhrwerk nach Neuenmarkt.

Von königl. Regierung von Oberfranken wurde mir die Concession zur Errichtung einer Frucht-Botenfahrt von hier nach Neuenmarkt gnädigst ertheilt. Ich mache daher die ergebenste Anzeige, daß ich von dem Zeitpunkt an, wo die Eisenbahnstrecke dem öffentlichen Verkehr übergeben wird, täglich einen Wagen von hier nach Neuenmarkt und von da wieder zurückgehen lasse, mit welchem Güter und Paquete billig und pünktlich befördert werden.

Nebenbei wird mein Botenfuhrwerk nach Hof wie früher fortbestehen.

Georg Friedrich Kolb,
Landkutscher.

Die Oertel'sche Gastwirthschaft zur Fantaisie ist täglich mit oder ohne Oekonomie zu verpachten und können Pachtlustige täglich die Bedingungen erfragen bei

Lorenz Oertel,
Gastwirth zur Fantaisie.

Schellengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen, es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag | Nro. 301. | 29. October 1848.

Deutschland.

*Frankfurt, 26. Oct. 103. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung. Präsident v. Gagern fordert die Entscheidung der Nationalversammlung über die Summe von 9310 fl. 4 kr., welche der nordamerikanische Konsul Gräbe nebst einer Adresse im Monat Mai der Versammlung übergeben hatte, um die Wittwen und Waisen der im Freiheitskampfe des Volkes gegen arbiträre Gewalt Gefallenen, namentlich in Wien und Berlin zu unterstützen. Eine Anfrage bei dem Comité in New-York, dieses Geld zum Nutzen der deutschen Kriegsflotte verwenden zu dürfen, wurde jedoch ablehnend beantwortet, und darauf getrungen, daß der ursprüngliche Zweck erfüllt werde. Vogt von Gießen ist über den Ausdruck arbiträre Gewalt nicht klar, da man nicht wissen könne, welchen Kämpfern die Unterstützung zuzuwenden sey. Nachdem der Präsident die Aufklärung dahin abgegeben, daß nur die Volkskämpfer zur Erringung der Freiheit darunter gemeint seyn könnten: wird sein gestellter Antrag, die Summe zu gleichen Theilen für Wien und Berlin durch das Bureau vertheilen zu lassen, von der Versammlung genehmigt. Hierauf wird ein Schreiben des Reichsjustizministers verlesen, wonach das Polizeiamt von Frankfurt die Zustimmung der Nationalversammlung zur Einleitung einer Untersuchung gegen die Abgeordneten Bernhardi, Löw und Jürgens, Redakteure der Flugblätter, wegen einer in ihrer Nummer vom 4. d. Mts. enthaltenen Beleidigung und Verläumdung des Abg. Minkus zu erbeiten. Nachdem die Nationalversammlung beschlossen, auf den Gegenstand jogleich zur Berathung einzugehen, erhält Jürgens das Wort und wünscht, daß die Genehmigung zur Einleitung der Untersuchung gegen ihn ertheilt werden möge, da er nur noch alleiniger Redakteur dieser Blätter sey, da sich die Herren Bernhardi und Löw zurückgezogen haben. Der Antrag des Reichsministeriums wird daher an die schon bestehende Commission zum gleichen Zwecke für die Abgeordneten Blum und Günther verwiesen. Präsident verliest sodann ein Verzeichniß über weiter eingegangene Beiträge zur Begründung der deutschen Kriegsflotte, so wie den von Heinrich Simon und Genf gestellten Antrag, daß das in Leipzig entworfene deutsche Wechselrecht, die Sanction der Reichsgewalt erlangen möge und zur Publikation gelange; jedenfalls aber der Gesetzgebungsausschuß bald einen Bericht darüber erstatten wolle. Mittermaier aus Heidelberg im Namen des Gesetzgebungsausschusses gibt eine Erklärung ab, daß baldigst ein gleichlautender Antrag der Versammlung von demselben vorgelegt werden wird. Bei dem Uebergange zur Tagesordnung geht das Präsidium an den Vicepräsidenten über und Uhland ertheilt das Wort. Mit Hinweisung auf die Aufgabe der Nationalversammlung, die Einheit Deutschlands zu gründen, und die dadurch bedingte Anerkennheit der österreichischen Abgeordneten, als preßeingien Staates, der den so wichtigen Auftrag habe, die deutschen Sitten gegen Osten zu tragen, und dadurch die deutschen Interessen zu wahren, verlangt der Redner, daß die §§. 2 und 3 des Entwurfs von der zweiten Berathung ausgeschlossen werden und sogleich, unbeschadet der Aufnahme in die Reichsverfassung zum definitiven Beschlusse erhoben werden sollen. Weber von Meran ist gegen die §§., da dieselben nur ein Zerbrechen des österreichischen Reiches herbeiführen können, wesshalb er Herrn v. Binde dankbar sey muß, so klar ausgesprochen zu haben, was eintreten muß, wenn Oesterreich in Trümmer geht, allein man würde auch mit Preußen kräftig werden und tabula rasa machen. Es wäre sehr unrecht, wenn man in der Paulskirche die Sympathie für das Kaiserhaus so gering anschlagen wollte, denn gerade der letzte Aufstand in Wien hat dieselbe sehr gestiegert, daß selbst die Camarilla eine ganz andere Bedeutung für Oesterreich hat, als man glaubt, indem selbst Bauern sich dahin ausgesprochen haben, lieber die Regierung derselben zu ertragen, als die Herrschaft einer Partei, die nur Lähmung alles Verkehrs herbeiführen kann. Die Dynastie Oesterreichs kämpft jedoch für deutsche Freiheit, und wird stets das Slaventhum in untergeordneter Stelle erhalten, wesshalb der Redner alle Amendements unterstützen wird, die darauf hin zielen, Oesterreich auf gleicher Basis mit dem übrigen Deutschland zu verbinden, welches aber mit den §§. des Verfassungsentwurfs nicht möglich sey, sondern nur Rußland in die Hände arbeiten würde. Stremayer von Graz findet in der Fassung der §§. keinesweg die Zerrüttung des österreichischen Staats, da namentlich die Tyroler sich ganz entschieden ausgesprochen haben, nur in der geheiligten Person des Monarchen das Band zu erblicken, welches die Gesammtmonarchie erhalten wird, und mit derselben nur ein inniger Anschluß an Deutschland stattfinden kann. Denn aus Prag nimmt zuerst den reindeutschen Standpunkt für sich in Anspruch und kann sich nicht einverstanden erklären, daß man einem Systeme zu Liebe alle jene Länder mit einem Male opfere, und von Deutschland trenne, welche nur durch deutsche Cultur und Sitte an uns gefesselt sind, da selbst Russisch nur durch deutsche Bildung das werden konnte, was er für Ungarn geworden. Es ist aber die Aufgabe Deutschlands, ein großes und mächtiges Reich von 70, 80 ja 100 Millionen Bewohnern zu werden, um den slavischen und latteinischen Völkern die Stirne zu bieten und England die Herrschaft zu entreissen. Berger ist gegen die §§. 2 und 3, trotzdem er den reindeutschen Standpunkt einnimmt, und diese eigentlich Oesterreich aus dem Bundesstaat hinaustagen wollen, obgleich derselbe nur als die möglichste Form beliebt wird. Die prinzipielle Frage aber hätte zuerst erledigt werden sollen, da eben die Anwesenheit der österreichischen Abgeordneten beweist, daß die Form des Bundesstaates auerkannt wurde, und der Zweck bei Aufnahme der ersten Abgeordneten derselben in ungeeinen Enthusiasmus sich kund gab, gegenwärtig aber der Spiritus verflogen und nur das Phlegma noch vorhanden ist. Früher hat man sehr große Sympathien gezeigt für alle mögliche Theile, die in irgend einem Zusammenhange mit Deutschland stehen, gegenwärtig hat man aber für sieben Millionen Oesterreicher kein Mitgefühl, sondern möchte dieselben opfern. §. 1 sagt aber, es solle Alles bei Deutschland verbleiben, was zum deutschen Bunde gehört habe, und somit sind die §§. 2 und 3 erledigt. Eine naturhistorische Nothwendigkeit für die Erhaltung Oesterreichs in seiner Gesammtheit herausfinden zu wollen, ist nicht möglich, da selbst die pragmatische Sanktion solche nicht bedingt, sondern nur darüber, daß Verträge stattgefunden, welche mit Ständen abgeschlossen wurden, die zu jeder Zeit wieder aufgehoben werden konnten, zumal die Zeiten von jener Sanction mancherlei zu erklären im Stande sind. Durch die Feststellung Oesterreichs als Theil des großen Bundesstaats von Deutschland wird aber die Propaganda der Revolution nach den Osten getragen und durch deutsches Element belebend auf jene Gegenden eingewirkt. Vogt zeigt außer der blos einseitig aufgefaßten Beleuchtung der Frage in Bezug Oesterreichs, daß dasselbe auch auf andere nicht deutsche Staaten Anwendung finde, um den staatsmännischen Blick der Minister zu beweisen. Die Frage sey getheilt jedoch in zwei Ansichten, nämlich der der dynastischen Interessen und der der Nationalität, deren erster Theil die Krn. Würth und Beda Weber besonders hervorgehoben haben, um die Herrschaft des Monarchen zu erhalten und durch denselben in Verbindung mit Deutschland zu treten. Die andere Ansicht, die ebenfalls aus dynastischem Interesse entstanden ist, geht darauf hinaus, durch die §§. 2 und 3 die Oesterreicher von Deutschland zu entfernen, obgleich es nicht als besonderer Grund hingestellt wurde, allein dies soll nicht hindernd seyn, diese §§. anzunehmen, da es der einzige Weg ist, die Nationalität Oesterreichs zur Entwickelung zu bringen. Es scheint aber auch darum nothwendig, für die §§. zu stimmen, da dieselben die Zukunft jener Ländergebiete regeln und zur Freiheit führen. Groß von Prag ist für einfache Annahme der §§., da man nicht annehmen kann, daß die einzelnen Landestheile der Monarchie so selbstständig hergestellt werden, um das Bestehen der Dynastie zu gefährden, das Band der Personalunion aber keineswegs so schwach ist, wie es von einigen Rednern angedeutet worden. Präsident v. Gagern erhält das Wort. Unter den Uebelständen, welche bisher das Verfassungswerk erschwerten, war das gemischte Verhältniß der verschiedenen Völker, welche unter einem Scepter zusammen gehalten wurden, wie dies bei Luxemburg zu Holland und Schleswig-Holstein zu Dänemark der Fall

Digitized by Google

ist; Verhältnisse, welche nothwendig geordnet werden müssen. Aehnliche Verhältnisse walten aber noch ob bei andern deutschen Staaten, die fremde Bestandtheile in sich aufgenommen. Preußen hat in dieser Beziehung sich auf den Standpunkt gestellt, der den Gegenstand als erledigt betrachten läßt, anderß scheint es bei Oesterreich der Fall zu seyn, wo es nicht zur unbedingten Nothwendigkeit gehört, daß der Zusammenhang der Länder wie derselbe bisher stattgefunden, aufgehoben werde. Wenn es die Pflicht der Versammlung ist, eine Verfassung zu entwerfen, die den Wünschen des Volkes in seiner Gesammtheit entspreche, so muß andernheils auch den bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen werden. Werden also die deutschen Provinzen Oesterreichs zu dem gesammten Deutschland herübergezogen, so zerfallen die andern Bestandtheile, und man hat also die Wirren, die dort derrschen dadurch vergrößert, daß man den Brand der Zwietracht hineinwarf. Daß Band der Personalunion ist aber so schwach, daß es nicht gemeinsam erhalten werden kann, wie dies selbst Norwegen und Schweden bewiesen, die schon seit Jahren daran arbeiten, wie Etwas an die Stelle zu setzen, das der pragmatischen Sanktion gleiche. Um also die §§. 2 u. 3 anzuwenden auf Oesterreich, muß man die Verhältnisse Europa's und Oesterreichs betrachten. Vom nationalen Standpunkt aus aber scheint Deutschland zu etwas Größeerem berufen, als dies die Verfassung sich zu geben, indem eine größere Einheit zu schaffen ist, die sich gegen Osten und Süden ausdehnen wird, um dort die Verbindung mit dem Meere zu erhalten; ebenso wird man Galizien in unsere Civilisation ziehen müssen, aber jetzt kann es nicht von Oesterreich getrennt werden, um einem Kriege mit Rußland auszuweichen. Außer den Italienern und Polen in Galizien haben auch die Ungarn das Recht auf selbstständige Entwickelung, wenn diese aber ebenfalls sich selbst überlassen würden, so würde das deutsche Element dasselbst ebenfalls zurückgetrieben werden, und ein fremdes sich geltend zu machen suchen. Es haben aber auch die andern Provinzen, denen es noch nicht klar geworden, wohin eine selbstständige Entwickelung sie führen würde, ein Recht, zu fordern, daß das bisherige Verhältniß fortbestehe. Daher muß es die Aufgabe seyn, ein Verhältniß herbeizuführen, worin die einzelnen Theile Oesterreichs in ihrem bisherigen Zusammenhange bleiben, aber ein inniges Anschließen an Deutschland ermöglicht wird. Wenn die Bundesakte ein inniges Band Oesterreichs mit Deutschland nicht herbeiführte, so lag dies in dem Versolgen der besonderen Interessen. Allein es ist noch eine große Frage, ob man den Beschluß wird durchführen können, die deutschen Bestandtheile Oesterreichs von den andern zu trennen, und der Einfluß auf den Osten wird mehr erhalten werden, in dem Fortbestehen des bestehenden Verhältnisse, als in Herbeiführung von neuen. Nach diesen Ansichten kann Oesterreich in den engen Bundesstaat, wie Deutschland ihn will, nicht eintreten, da die Verfassung der Oesterreicher dies nicht will; demgemäß soll Oesterreich in seinem bisherigen Verhältniß zu Deutschland verbleiben. Es scheint mir ein wünschenswerthes, damit nicht ein Zerreißen der Einheit eintreten kann. Da diese Frage gleichzeitig im Zusammenhange mit den höheren der zukünftigen Centealgewalt steht, so muß ein Organismus geschaffen werden, durch welchen ein Ausschließen der zwei großen Hauptstaate nicht stattfinden kann, und eine Hegemonie Preußens nicht in den Vordergrund tritt, da dis jetzt das Schicksal noch nicht entschieden hat. Es mögen daher die Thore des Bundesstaates weit offen seyn, damit es Jedem frei stehe, in denselben einzutreten. — Der abermals verlangte Schluß der Debatte wird wiederum verworfen, dagegen die Vertagung auf morgen genehmigt. Schluß der Sitzung um 2½ Uhr.

* **Frankfurt, 26. October.** Am heutigen Morgen erzählte man sich allgemein von einer Spaltung im Reichsministerium, veranlaßt durch Meinungsverschiedenheit in der österreichischen Frage, und welche folgenschwer werden könnte. Dem Minister Schmerling und Bassermann auf der einen Seite, stände auf der andern der Justizminister Robert Mohl nebst mehreren gegenüber, welche gestützt auf die Berichte der nach Wien gesandten Reichskommissarien das deutsche Interesse in Oesterreich nicht ohne die allerentschiedenste Unterstützung von Seiten des Reichs lassen zu dürfen glauben.

Die F. D. P. Z. enthält in ihrem amtlichen Theile: Rundschreiben der Reichsministerien des Inneen und des Krieges an die Regierungen aller deutschen Einzelstaaten. Da Zweifel darüber entstanden sind, in welcher Weise die Verpflegung der Reichstruppen im Reichsdienste bestritten werden solle, hat das Gesammtreichsministerium den Beschluß gefaßt, daß die Verpflegung von Reichstruppen, die sich im unmittelbaren Reichsdienste befinden, von dem ganzen Reiche bestritten werden müsse. So lange ein allgemeines Militärverpflegsreglement für ganz Deutschland nicht besteht, und insoferne nicht besondere Verträge unter den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen sind, hat daher die Verpflegung und der Transport für die Reichstruppen auf einem andern Gebiete als ihrem unmittelbaren Heimathlande nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landes zu geschehen, in welchem die Reichstruppen verwendet werden, und die Vergütung der tarifmäßigen Naturverpflegung der Reichstruppen und der Transportkosten hat nach dem Maßstabe zu geschehen, welcher für die eigenen Truppen des betreffenden Einzelstaates in Märschen und Einquartierungen bestimmt ist. Die Reichsministerien des Innern und des Krieges ersuchen demnach die Regierungen aller Einzelstaaten, in welchen Reichstruppen verwendet werden, dafür zu sorgen, daß die tarifmäßige Naturalverpflegung von der Bevölkerung vorschußweise gegen Empfangsbestätigungen von Seiten der Truppenkommandanten unweigerlich geleistet werde, und denselben die nachträgliche Vergütung dieser Verpflegung aus der Reichskasse nach den ordnungsmäßigen Sätzen zuzusichern. Zugleich werden alle deutschen Regierungen ersucht, Sorge zu tragen, daß von Seite ihrer Behörden einerseits mit der zur Verhütung von Unterschleifen erforderlichen Genauigkeit, andererseits aber auch mit thunlicher Beschleunigung vorgegangen werde, damit die Staatsbürger, welchen die Einquartierung auferlegt werden muß, so schnell als möglich die ihnen gebührende Vergütung erlangen. Frankfurt, 23. October 1848. Die Reichsminister des Innern und des Krieges: Schmerling. Peucker.

Frankfurt, 25. October. Der Entwurf zum Reichsgesetz lautet folgendermaßen: Artikel I. §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. §. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelnstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelnstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit der Ausübung der Landesverfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelnstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen gegen den Reichsfiskus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelnstaaten, wegen Verletzung der Landesverfassung, insofeen nicht ein Gerichtshof des Landes angezogen werden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung buech Geschworne über die Dienstverbrechen und Vergehen sämmtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbaekeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverrats gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. §. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. (D. Z.)

München, 26. Oct. Die mehrerwähnte Adresse hiesiger Bürger und Einwohner, „den Schutz und die Sicheeheit der Person und des Eigenthums betr.“, ist von Sr. Maj. dem Könige nicht angenommen werden. Eine aus vier Bürgern bestehende Deputation begab sich mit derselben gestern Vormittags nach Nymphenburg, wurde aber nicht empfangen, sondern erhielt Nachmittags folgendes Schreiben des dienstthuenden Flügeladjutanten: „Meine Herren, ich habe die Adresse nunmehr gelesen. Sie ist in einem solchen Tone gehalten, daß Se. Maj. der König dieselbe nicht persönlich entgegennehmen kann und daher auch die Deputation nicht empfangen wird. Ich bitte, diese Antwort als eine offizielle zu betrachten. Nymphenburg, den 25. Oct. 1848. Achtungsvollst Haetmann, Oberst und Flügeladjutant. An die mit Uebergabe der Adresse beauftragte Deputation.“ — Die gestern mitgetheilten Ministerveränderungen scheinen sich zu bestätigen, es wird ihnen wenigstens von keiner Seite widersprochen.

Digitized by Google

Nürnberg, 27. Oct. Die Urwahlen für die protestantische Generalsynode diesseits des Rheins beginnen Mittwoch 1. Novbr. Die Leitung der Wahlen geschieht durch die ersten Pfarrer der Städte, in den Vorsitzern und auf dem Lande durch die Dekangeistlichen; jeder derselben bildet sich zunächst aus den Kirchenvorstellungsgliedern einen Wahlausschuß. Die Wahl geschieht durch jeden Wahlberechtigten persönlich, nach der Zahl der Geistlichen werden in jeder Pfarrei die Wahlmänner und Ersatzmänner gewählt. Relative Stimmenmehrheit entscheidet, Beschwerden werden sogleich vom Wahlausschuß beschieden, vorbehaltlich der binnen 3 Tagen bei dem Dekanate einzureichenden Berufung an das Konsistorium.

Kronach, 22. Oct. Vor einigen Tagen traf vom Kriegsministerium die Weisung ein, unsere Festung Rosenberg solle auf 4 Wochen sich verproviantiren und alles Geschütz auf den Wällen aufgeführt werden. Zugleich wurden Handwerker zur Anfertigung der abgängigen Lafetten hierher beordert. (N. K.)

Berlin, 25. Octbr. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird mit einem Schreiben des Ministerpräsidenten eröffnet, worin eine königliche Botschaft von 24. Oct. über das Gesetz zum Schutze der Fabrikarbeiter gegen das Druckspstem mitgetheilt wird; der Entwurf wird der Fachkommission für Handel und Gewerbe zur schleunigsten Berichterstattung übergeben.

Berlin, 25. Octbr. Nach der heute durch die Interpellation von Schulze (aus Delitzsch) wegen der Sanktionirung des Jagdgesetzes hervorgerufenen Debatte verließ Ministerpräsident v. Pfuel den Ministertisch, und nicht wenige glaubten in seinen Mienen den Vorsatz zu lesen, an diesen Platz nicht wieder zurückkehren zu wollen. In der That hat sich seit Mittag das Gerücht von neuem verbreitet, die Dimission des Hrn. v. Pfuel sei nicht blos eingegeben, sondern diesmal auch angenommen. Hr. Kisker soll sich dem Präsidenten des Cabinets angeschlossen haben, und beide Männer werden die Geschäfte nur noch bis zur Wiederbesetzung ihrer Stellen fortführen. Zu dieser letzten Entschließung des Hrn. v. Pfuel sollen außer den schon gestern von uns erwähnten Umständen persönliche Aeußerungen des Prinzen von Preußen über das Verhalten des Ministeriums gegenüber der Kammer in den Verfassungsdebatten entscheidend mitgewirkt haben.

Königsberg, 23. Oct. Heute früh ist eine Estaffette nach Graudenz abgegangen, wo unter den Polen Unruhen ausgebrochen sein sollen. Dieselbe bringt, wie ich höre, den Befehl zum Einschreiten des Militairs dorthin, nachdem gestern eine Estaffette von Marienwerder hier angelangt war. (D. A. Z.)

Schleswig, 23. Octbr. Die Proklamationen resp. des Reichskommissars Stedmann und der neuen sowie der provisorischen Regierung, alle drei von gestern datirt, sind heute veröffentlicht worden.

Die in der Proklamation der neuen Regierung angekündigte Bekanntmachung über die beizubehaltenden Gesetze, Verordnungen ꝛc. wird erst morgen erscheinen. (Es werden durch dieselbe, nach Angabe des Kieler Korrespondenzblattes, das Staatsgrundgesetz sowohl wie alle übrigen Gesetze der provisorischen Regierung, bis auf einige wenige von geringer Erheblichkeit, anerkannt.) Die neue Regierung ist sammt den Ministerium bereits heute auf dem Schlosse Gottdorf, wo ihr Sitz sein wird, in voller Thätigkeit.

Altona, 23. Oct. Wie erfahren, daß für das 3. und 6. Bataillon unserer Truppen der Befehl gekommen ist, sich marschfertig zu halten, um nach Nürnberg zu gehen. (?)

Die D. A. Z. berichtet aus Breslau, 25. October. Der eben anlangende Zug der Oberschlesischen Eisenbahn bringt keine Post, auch keinen anderweitigen zuverlässigen Bericht aus Wien. Ein einziger Reisender, welcher mit dem Zuge gestern abgereist, hat seiner Versicherung zufolge gestern Nachmittag 3½ Uhr einen vergeblichen Versuch gemacht, nach Wien hinein zu gelangen. Nach seiner Versicherung hatte Windisch-Grätz das Bombardement der Stadt bereits begonnen, welche, wie sich Reisende, ein Engländer ausdrückte, an 2 verschiedenen Stellen in Flammen stand. Ein Weiteres wußte der Reisende nicht anzugeben. (Wir geben diese Nachricht noch, ohne ihre Glaubwürdigkeit irgend zu verbürgen. Die Post aus Wien ist in Leipzig nicht eingetroffen.)

Wien, 23. Octbr. Man hört, daß vom Gemeinderathe und Nationalgarde-Oberkommando der Beschluß gefaßt werden wird, Wien so lange als nur möglich gegen Windisch-Grätz zu vertheidigen. Eine Aufforderung von seiner Seite an die auswärtigen Gesandten, Wien zu verlassen, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. — In der Stadt selbst herrscht eine bedeutende Lebhaftigkeit. Fast alle Männer tragen Waffen, um nöthigenfalls auf ihren Posten zu gehen. Selbst als Männer verkleidete Frauenzimmer haben sich bereits zum Wachdienste gemeldet. Die Barrikaden in der innern Stadt werden bald beseitigt sein.

Wien 23. October. Alle Pferde in der Stadt, auch die aus den kaiserlichen Stallungen, sind nun als Vorspann für die Kanonen requirirt worden. — Es sollen 2 Fäßchen Geld für die belagernden Soldaten bestimmt, von der Nationalgarde angeboten worden sein. — Von München sind ebenfalls einzelne Schutzschützen eingetroffen. — Herübergekommene Soldaten erzählen von der Abneigung, gegen die Stadt zu fechten. Das Gerücht eines Gefechtes zwischen den Ungarn und Croaten hat sich nicht bestätigt.

Wien, 23. Oct., 10½ Uhr Vormittags. Eine heftige Kanonade wird in der Gegend von Rußdorf vernommen, die etwa eine Viertelstunde lang andauert. Von den Basteien aus hört man in der Alservorstadt, Roßau, Josephstadt, Mariahilf ꝛc. überall die Allarmtrommel und die Sturmglocke ertönen. — Heute sollen 2 Bataillone Infanterie von den vor der Stadt lagernden Truppen zu uns übergegangen sein. Der Grund war die Ursache des am heutigen Vormittage vernommenen Kanonendonners. Zwei Kugeln flogen bis in die Vorstadt Lichtenthal.

Wien, 23. Oct. Abends. Von der Besatzung der Türkenschanze sind 100 Mann mit 2 Kanonen zu uns übergegangen. — An der Rußdorfer Linie fand heute Nachmittag ein scharfes Gefecht statt, wobei die kaiserlichen Truppen bedeutend im Nachtheile gegen die Reichstagstruppen blieben, und zwei ihrer Geschütze demontirt wurden. (N. K.)

Den 24. Oct. Abends ist von den Reichskommissären nachstehende Zuschrift an das Reichspräsidium angelangt: „In einhohes Präsidium der Reichsversammlung zu Wien. Ein hohes Präsidium wird unsere per Estaffette abgegangene Zuschrift und Sendung vom 19. d. M. aus Passau erhalten haben. Nachdem wir seither in Linz und auf der Reise hieher durch Mittheilungen der Behörden und notabler Einwohner die Lage der Dinge zu Olmütz und Wien näher erfahren, haben wir den Entschluß gefaßt, von hier aus direkt zu Sr. Majestät dem Kaiser nach Olmütz uns zu begeben. Wir hoffen, von dort recht bald als Boten des Friedens und der Versöhnung nach Wien zu kommen. Unser dringendes Ersuchen, unsere Aufforderung im Namen des Reichsoberwests an alle Parteien, Behörden und Einwohner, dahin, bis zu unserem Erscheinen jedes Zusammentreffen mit den Waffen zu vermeiden. Ein hohes Präsidium ersuchen wir inständig und geziemend, im Interesse unserer großen Aufgabe für die sofortige Veröffentlichung des Inhalts dieses Schreibens in Gemeinschaft und unter Mitwirkung aller in Wien bestehenden Behörden geneigte Sorge tragen zu wollen. Hochachtungsvoll verharrend, die Reichskommissäre: E. Welker m. p. Mosle m. p. Krems, den 21. October 1848." Ein ähnliches Schreiben ist zugleich dem Finanzminister zugekommen.

Der Gemeinderath hat, ohne Zweifel in Folge des Schreibens der Reichskommissären, nachstehenden Aufruf erlassen: „Mitbürger! Nachdem Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Johann durch die Reichskommissäre Welker und Mosle, Namens der deutschen Centralgewalt, sowie der hohe österreichische Reichstag, die friedliche Lösung der Wiener Angelegenheiten eingeleitet haben, so müssen wir Euch dringend an's Herz legen, jeden feindlichen Zusammenstieg mit dem k. Militair zu vermeiden, damit nicht durch voreiliges Einschreiten das große Friedenswerk, welches über das Wohl und Wehe unser Aller entscheidet, in Verwirrung unmöglich gemacht werde. Vom Gemeinderath der Stadt Wien, am 23. Oktober 1848."

In der Sitzung des Reichstags vom 23. ging außer Dem, was bereits gemeldet worden, noch Folgendes vor: Potlewskij stellte den Antrag: In Anbetracht, daß die Pesten seit fünf Tagen in Wien nicht mehr eintreffen, wolle der hohe Reichstag dem Fürsten Windisch-Grätz durch die Minister Kraus und Wessenberg bedeuten lassen: er möge ihre Wegnahme und das Zurückhalten von Briefen seinen Truppen strengstens untersagen, widrigenfalls er die strengste Verantwortlichkeit für die Verletzung des Briefgeheimnisses tragen müßte. (Bravo.) Goldmark meint, diese Aufforderung sei blos an den Minister Kraus zu richten. Wessenberg könne das Vertrauen der Kammer nach seinem letzten Benehmen nicht mehr besitzen, man könne Wessenberg gar nicht mehr als Minister anerkennen. Pillersdorff: Der Reichstag möge nur mit demjenigen Minister in Verbindung treten, welcher seinen Platz beim Reichstage in Wien einnehme. Er für seinen Theil hege wie Abg. Goldmark gerechtes Mißtrauen gegen den Minister in Olmütz. (Stürmischer Beifall.) Denn noch nie habe ein Minister einen Monarchen so sehr bloßgestellt, wie jener Rathgeber in Olmütz Se. Maj. durch Kontrasignirung der letzten unheilvollen Manifeste. (Die Kammer klatscht anhaltend Beifall.) Man muß sagt ein Berichterstatter der Allg. Ztg. hinzu) Pillersdorff's bisherige Stellung in der Kammer und das Ansehen, das seine gewöhnlich verschwenden Worte genießen, kennen, um ein so entschiedenes Auf-

Digitized by Google

treten gegen Wessenberg und mittelbar gegen den Hof zu würdigen. Der Antrag Podlewski's wird mit dem vorgeschlagenen Amendement angenommen. (K. v. u. f. D.)

Die Oestr. Ztg. schreibt: **Wien**, 23. Oct. 11½ Uhr. Auf der Fischamenter Straße steigt soeben viel Rauch auf. Auf dieses wird vom Stephansthurme signalisirt. Sind es die Ungarn, welche ankommen, so sind wir gerettet. — Von Nußdorf wird noch nachgetragen, daß der Anlaß des Kampfes die Detention einiger Grenadiere gewesen sein soll, 4 kamen glücklich herüber, einer jedoch wurde unterwegs erschossen. Ein Reiter stürzte mitten unter den Gewehrsalven hinaus, um den verunglückten Bruder zu holen, was ihm auch gelang. Nachmittags 4½ Uhr. Die Stadt ist in Allarm. Bei der Nußdorfer Linie donnern die Kanonen. Alles, was Waffen hat, eilt auf die Linienwälle. Der Kampf wird dießmal ernstlich werden.

Prag, 22. Octbr. Wieder fand eine große Husarendesertation statt, indem die in der Gegend von Neuschloß, Drum, und Auscha stationirte zweite Division Palatinalhusaren mit Roß und Mann aufbrach. Sie haben die Richtung gegen Kattau eingeschlagen. (D. A. Z.)

Italien.

Messina. Die Stelle über die Mißhandlung des Herrn Kilian, bairischen Consuls zu Messina (74 Jahre alt), abreisten der Schweizer vom 3. Regiment lautet im offiziellen Schreiben des schweizerischen Consuls zu Messina an die Tagsatzung also: „. . . . In einer Stadt des eigenen Landes, deren waffenfähige Einwohner theils getödtet, theils zerstreut, sind die Gräuel welche Statt gefunden, nicht zu entschuldigen. Der kgl. bairische Consul, Hr. Kilian, ein Mann von 74 Jahren, wurde in seinem eigenen Hause von Schweizern, welche plünderten wollten, angetroffen. Vergebens stellte er ihnen seine Würde vor: er war in Uniform. Auf die brutalste Weise wurde er gemißhandelt: ein Säbelhieb über den Kopf, zwei Bayonnetstiche und eine Menge Kolbenstöße auf die Brust brachten sein Leben in die größte Gefahr. Unter diesen Mißhandlungen wurde er auf die Citadelle geschleppt, wo er freilich frei kam; mittlerweile wurde aber sein Haus rein ausgeplündert." So schreibt Herr v. Gonzenbach aus Messina und nennt, voll gerechten Zornes, Ferdinand II. einen verabscheuungswürdigen König. Er gibt als ganz zuverläßig an, daß 600 Brand-Raketen bestimmt gewesen, die Stadt gänzlich durch Feuer zu vernichten, wenn sie hartnäckigen Widerstand geleistet haben würde. (K. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 24. Oct. Nachdem die Nationalversammlung gestern noch entschieden hat, daß die Bestimmung, die jetzige Nationalversammlung werde die organischen Gesetze machen, als Artikel mit in die Constitution aufgenommen und somit unwiderruflich festgestellt werden solle, entspann sich noch eine Debatte über den Art. 120, der in seiner neuen Fassung bestimmen sollte, daß die Kapitel 4 und 5, von der gesetzgebenden und von der vollziehenden Gewalt, sogleich nach der Wahl des Präsidenten auf diesen und auf die Versammlung volle Anwendung haben sollen. Auf die Bemerkung mehrerer Redner, daß die Nationalversammlung dadurch ihre Rechte ablediere und von einer constituirenden zu einer bloß legislativen Versammlung werde, wird beschlossen, den Art. 120 zurückzuziehen und die nöthigen Bestimmungen in das Decret aufzunehmen, welches heute über den Zeitpunkt der Wahl des Präsidenten der Versammlung vorgelegt werden wird. Am Schlusse der Sitzung ward noch ein Decret über die Pensionen der Beamten der ehemaligen Pairskammer votirt.

Louis Bonaparte hat in einem Abendblatte eine Note veröffentlichen lassen, in der er sagt, er habe erfahren, daß einige Unsinnige in seinem Namen Unruhen erregen und ihn so compromittiren wollten. Er habe deßhalb dem Minister des Innern, Herrn Dufaure, von diesem Vorhaben Anzeige gemacht, da alle solche gewaltsamen Schritte seiner Ueberzeugung und der politischen Richtschnur, die er seit dem 24. Februar ergriffen habe, geradezu entgegen seyen.

Der Schiffsexpeditair Ricaudy, der die französische Schiffsdivision vor Venedig commandirt, ist durch Ordonanz vom 16. wegen seines ausgezeichneten Benehmens zum Contreadmiral befördert worden.

Bekanntmachung.

Nächstkommenden
Dienstag den 31. October, Nachmittags 2 Uhr,
wird im städtischen Bauhof altes Bauholz, Bauspäne und mehrere unbrauchbar gewordene Brauhauskufen, Schufen ꝛc. öffentlich an den Meistbietenden verkauft, wozu Kaufsliebhaber einladet
Bayreuth, den 27. October 1848.
Die Stadtkämmerei.
Wich.

Anzeigen.

Für Oekonomen, Bäcker, Gastwirthe etc.

So eben erschien im Verlage von J. D. Grimm in Lützen und ist in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Geheimnisse über die Fabricirung einer Kunsthefe, einem Sauerteig, welche ein Jeder in seiner Behausung verfertigen und nach 24 Stunden mit dem besten Erfolg anwenden kann und auch auf 3 Monate zur Aufbewahrung haltbar sind. — Bärme oder trockene Hefe, Spiritus-Sättigung oder Spiritus zu 100% Stoppani zu verfertigen und Spiritus in beliebiger Farbe abzuziehen. Vierte Auflage. Preis verkl. 27 kr.

Vortheilhafte Anweisungen faures Bier in einer halben Stunde wieder rein, gut und trinkbar zu machen, trübes Bier in 12 Stunden ganz hell zu klären, rothem Wein Blume zu geben, farbigem Wein, Rum ꝛc. beliebe Farbe zu verschaffen und in einer Stunde einen guten Essig zu liefern. Zweite Aufl. Preis verkl. 27 kr.

Liederkranz.

Dienstag, den 31. d. Mts., Abends 7 Uhr

Festproduction

zum Andenken der Stiftung des Liederkranzes, im Saale zur goldenen Sonne.

Der Saal wird um 6 Uhr geöffnet. Der Eintritt findet nur gegen Vorzeigung der Eintrittskarten statt. Für einzuführende Fremde können an demselben Tage, Nachmittags von 1 bis 4 Uhr bei dem Mitvorstande Stadtkantor Buck Karten in Empfang genommen werden.

Nach beendigter Production Harmoniemusik und gesellige Unterhaltung.

Ueber die Abhaltung des statutenmäßigen Balls wird eine weitere Bekanntmachung erfolgen.

Bayreuth, 28. October 1848.

Die Vorsteher.

Kunstanzeige.

Indem ich für den meiner Kunstausstellung: **Das Modell der ganzen Stadt Berlin** und **Sanssouci** sammt den Panoramen bisher geschenkten Beifall und Besuch und über die mich erfreuende Anerkennung meinen Dank ausspreche, bemerke ich, daß die Ausstellung im Gasthofe zum Adler nur noch wenige Tage für den Preis die Personen 6 kr., für Kinder die Hälfte zu sehen ist.

Schneggenburger.

Guts-Verkauf.

Ein schönes Oekonomie-Gut, 3 Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schupfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holze und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

Die mittlere Etage und ein Erkerstübchen in dem Hause des Kaufmanns Kolb am Brandenburger Thor ist zu vermiethen und kann schon zu Martini oder auch erst zu Lichtmeß bezogen werden.

E. Nr. 235 im Rennwege, nis à vis dem Gasthofe zur goldenen Sonne, sind im ersten und zweiten Stock, in jedem ein Zimmer mit Kabinet auf den ersten December zu vermiethen.

Die mittlere Etage im Hause Nr. 477 der Judengasse ist sogleich oder auf Lichtmeß zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Im Verlage der Geb. Kammerrath **Hagen**'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag | Nro. 302. | 30. October 1848.

Deutschland.

In der 104. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung sprachen noch über §. 2, 3 und 4 des Verfassungsentwurfs Riehl, Mayfeld, Wurm und für den Ausschuß der Berichterstatter Riesser. Rößler verlangt Abstimmung über §. 2 und 3, bevor über §. 4 discutirt ist. Der Antrag wird angenommen. Gagern zieht seinen Antrag zurück, da er ersichtlich die Majorität nicht für sich habe und wird denselben bei der zweiten Berathung wieder einbringen. Der Antrag lautet: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern im bestandigen völkerrechtlichen Bunde mit Deutschland. Die organischen Bestimmungen über dieses völkerrechtliche Verhältniß werden in Berücksichtigung der veränderten Umstände Inhalt einer besonderen Bundesacte." — §. 2 des Verfassungsentwurfs wird mit 340 gegen 76 Stimmen angenommen. Desiche lautet: „Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt seyn. §. 3 wird mit 360 gegen 90 Stimmen angenommen. Er lautet: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Oberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen." — Hierauf erstattet Zacharia, Namens des Ausschusses Bericht ab und trägt darauf an, daß in der gerichtlichen Untersuchung gegen Blum und Günther als Redakteure der Reichstagszeitung, dem Begehren des Appellationsgerichts Folge gegeben werden möge. Nächste Sitzung Montag 30. Oct. (Morgen folgt ein ausführlicher Bericht.)

München, 27. Oct. Wie man sich in politischen Kreisen erzählt, soll unsere Regierung in Folge des unbegreiflich nachlässigen Benehmens der Behörden bei den Vorgängen am 18. d. eine sehr ernste Note von Seiten der provis. Centralgewalt erhalten haben. (K.v.u.f.D.)

München, 26. Oct. Unterm 24. Oct. ist der Präsident der Regierung von Oberbayern, Frhr. v. Godin, unter dem Ausdruck der allerhöchsten Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt und zum Verweser der Stelle des Präsidenten der Regierung von Oberbayern der Ministerialrath v. Zweyl ernannt worden. — Wie man heute vernimmt, hat auch Hr. v. Weigand die Uebernahme des Finanzministeriums abgelehnt, und Viele glauben nun, daß Graf Armansperg, der in den jüngsten Tagen öfter längere Zeit beim König war und auch gestern wieder durch Estaffette nach Nymphenburg gerufen wurde, zum Finanzminister werde ernannt werden. (A. Z.)

Der seit vier Wochen in Haft befindliche Redakteur des „Vorwärts", Hr. Sensburg in München, ist am 26. October, nachdem ein Bürger Kaution für ihn gestellt, aus der Frohnfeste entlassen worden.

Der D. A. Z. berichtet man aus München, daß der Präsident von Mittelfranken, Welden, und andere höhere Beamte, die wie dieser starr dem alten System anhängen, quieszirt werden sollen.

Nürnberg, 27. Octbr. Der Volksverein hat die Vorlage seiner Statuten, Beschlüsse ꝛc. als Beeinträchtigung des freien Vereinsrechtes abgelehnt, in gleichem Sinne haben sich auch der konstitutionelle und der politische erklärt. In demselben Sinne wurde in einer Generalversammlung des Volksvereins in Bamberg eine energische Verwahrung eingelegt, wie auch 2 politische Vereine in Fürth für Verweigerung sich aussprechen. (K. v. u. f. D.)

Leipzig, 27. Oct. Die Mittheilung über das durch Feldmarschall Windisch-Grätz begonnene Bombardement Wiens wird durch die unten folgenden weitern Mittheilungen über Breslau sehr unerwartetervweise bestätigt. Die Anwesenheit der Reichscommissäre Welker und Mosle am kaiserl. Hoflager und ihre an den Reichstag in Wien ertheilte Zusage, bald als Friedensboten zurückkehren zu wollen, ließen Besseres hoffen als ein Zurückgehen auf das Recht der Kanonen, mit dem man Völkerherzen nie erobert und sich die Liebe der Völker niemals bewahrt. Haben die Reichscommissäre daran Theil oder war ihr Wort zu ohnmächtig, den nach Allem, was bisher bekannt, keinesweges abgeschnittenen Weg der Verständigung und Versöhnung zur Geltung zu bringen? Die Verantwortung dafür wird Deutschland von ihnen fordern. Denn je mehr der Schleier sich lüftet über das dem 6. Oct. Vorausgegangene, desto deutlicher erhellt die drohende Gefahr eines Sieges des Slawenthums. Wie auf einem Rufe des Jellachich an die Czechen unverholen hervorgeht, kam er von Pesth, zog er vor Wien, um die Feinde der Slaven in der deutschen Kaiserstadt zu züchtigen. Die Ueberzeugung führte ihn vor Wien, daß er gegen den Feind des Slaventhums ziehe. Er ruft keck die Czechen auf, mit ihm die Prätorianer im deutschen Oesterreich zu spielen. Und das Alles begibt sich im Gebiete des deutschen Bundes, dessen Integrität zu wahren und zu erhalten die Centralgewalt feierlich übernommen. Deutschland muß hier anders fordern, als bisher geschehen, wenn es nicht zum Kinderspott werden soll.

Breslau, 25. Octbr. Ein Reisender theilt Folgendes mit: Der Referent kam am 24. nach Floridsdorf, konnte jedoch nicht in die Stadt Wien gelangen. Schon Tags vorher war die vorige große Eisenbahnbrücke von den Wienern demolirt und nur einzelne Bohlen über die Lücken gelegt worden, damit die fortwährend ein- und ausgehenden Parlamentäre über die Donau gelangen konnten. An den Ausgängen der Brücke stand auf der einen Seite Wiener Artillerie, auf der andern Seite die Artillerie des Windisch-Grätz aufgefahren. Am 23. hörte Referent Kanonendonner von der entgegengesetzten (Süd-) Seite der Stadt her, den man aber der großen Entfernung wegen nur schwach vernehmen konnte. Einige vermutheten, daß die Ungarn einen Angriff versuchten. Andere meinten, daß die Wiener einen Ausfall gegen die Kroaten machten. Genug, in Folge dieses Gerüchts ließ Windisch-Grätz sofort bei Ausfuhr eine Schiffbrücke schlagen und setzte mit einem großen Theil seiner Truppen dort über die Donau. Indem Windisch-Grätz diese Stellung im Westen der Stadt einnahm, vollendete er nicht nur die Cernirung von Wien, sondern war auch mit Jellachich in engster Verbindung und im Stande, den Kroaten sofort beizustehen, wenn sie von den Ungarn angegriffen werden sollten. Den Wienern wurde nun, wie man sich im Lager bei Floridsdorf erzählte, von Windisch-Grätz eine neue Frist bis zum 24. früh gestellt, bis wohin sie entweder die Waffen niederlegen sollten oder er sofort das Bombardement beginnen würde. Die Wiener müssen abfällig geantwortet haben, denn um 9 Uhr begann, wie angedroht war, das Bombardement. Dasselbe fand nicht sogleich von allen Seiten statt, denn man hörte zu Floridsdorf den Kanonendonner nur schwach, und zwar von der Westseite der Stadt her. Doch stelen auch einige Schüsse auf den Geschützen, die an der oben bezeichneten Brücke bei Floridsdorf standen. So wurden um 11 Uhr, in der nächsten Nähe des Referenten, drei Artilleristen durch einen Schuß von der Stadt her zu Boden gestreckt und bald darauf durch einen zweiten Schuß einen daher zwei Bäume niedergeschmettert. Nachmittag um 4 Uhr ward jedoch das Bombardement allgemein und der Donner des Geschützes dröhnte fast ununterbrochen fort. Bis jetzt hatten die Wiener immer noch das Ufer jenseits der ersten Eisenbahnbrücke bei Floridsdorf besetzt gehalten, aber von 5 Uhr ab zogen sie sich zurück und stellten, um die Verfolgung zu hindern, die zweite große ganz von Holz aufgeführte Eisenbahnbrücke sowie die andere Fahrbrücke in Brand. Einige Zeit vorher war auch im Westen der Stadt ein Feuer aufgegangen, wie man schon bei Tage von dem vielen Rauch bemerken konnte; zur Zeit aber, als Berichterstatter abfuhr, war jener Brand, sowie der der Brücken so fast, daß er den ganzen nächtlichen Himmel über der Stadt mit einer glühenden Röthe übergoß. (Abends 10 Uhr. Neuere Nachrichten über die Ereignisse zu Wien konnte der jetzt eben angekommene Bahnzug nicht bringen, da die oben mitgetheilten Meldungen bis 24. Oct. Abend um 7 Uhr reichen. Reisende, welche von Ratibor eben angelangt sind, erzählen, daß die Ungarn den Jellachich im Rücken angegriffen und zu gleicher Zeit die Wiener einen Ausfall gemacht haben, wodurch der obige Bericht seine Bestätigung erhält.

Breslau, 25. Octeber. Der Ausfall aus Wien, über welchen wir bereits oben berichteten, hat wirklich am 24. October

Digitized by Google

Vormittag stattgefunden; die akademische Legion wurde hiezbei zurückgedrängt. Windisch-Grätz hat, nachdem eine Brücke über die Donau geschlagen war, gestern Nachmittag 4 Uhr den Sturm, nach Andern das Bombardement gegen die Stadt begonnen. Ueber den Ausgang dieses Kampfes fehlt noch jede nähere Kunde; als Gerücht ward nur noch mitgetheilt, daß eins der stürmenden Bataillone von den Ungarn zurückgeschlagen worden sei, worauf Windisch-Grätz einen Waffenstillstand habe eintreten lassen, der auf die Dauer einer Stunde festgesetzt war. (D. A. Z.)

Floridsdorf, 24. October. Schon vorgestern haben sämmtliche Diplomaten Wien verlassen, und sich nach Hetzing begeben, Windisch-Grätz hat im Schlosse Schönbrunn sein Hauptquartier aufgeschlagen. Nachmittags 3½ Uhr hat die kaiserl. Artillerie die beiden Donaubrücken gänzlich genommen, die ich darauf selbst besucht habe. Abends 7 Uhr höre ich wiederum lebhaftes Gewehrfeuer, und, wie man mir sagt, soll ausserhalb der Stadt der Kampf wieder aufgenommen worden sein. (D. A. Z.)

Wien, 24. Octbr. Die A. Z. schreibt: An der großen Donaubrücke am Tabor kämpfte gestern Nachmittag eine Abtheilung der Windisch-Grätz'schen Truppen mit einem Corps mobiler Garde um den jenseitigen Brückenkopf. Die Brücke ist zerstört, und so konnten nur Kanonen als agirende Heiten auf die Scene gebracht werden. Das Stück endete mit der Besetzung jenes Postens durch das Militair. In gleicher Stunde sind an der Ausdorfer Linie einige Soldaten, die in Döbling einquartiert sind, übergegangen. Es sind Deutsche: und sollen an 70 Mann gewesen seyn. Es wurde ihnen von Döbling aus mit Kartätschen nachgeschossen, aber die Kanonen der Mobilen vor dem Linienthore hinderten ein weiteres Verfolgen. Vor demselben Thore steht auf einer kleinen Anhöhe ein Haus mit einer Umzäumung. Dieser Punkt war von strategischer Wichtigkeit für beide Theile. Die Truppen wollten sich des Hauses und des weiter abseits gelegenen Gebäudes der großen Wasserleitung bemächtigen. Darüber entspann sich eine wechselseitige Kanonade, welche an 2 Stunden dauerte, und damit endete daß sich das Militär zurückziehen mußte. (A. Z.)

Wien, 24. Octbr. Der Fürst Windisch-Grätz gibt in einer Kundmachung der Stadt Wien 48 Stunden Zeit zur Erfüllung folgender Bedingungen: Auslieferung aller Waffen. Die Privaten gehörigen sind bei der Abtheilung besonders zu bezeichnen. Universität und Aula zu schließen. Die Vorsteher der akademischen Legion auszuliefern. Auslieferung der Studenten als Geißeln zu stellen. Schließung aller Clubs (wird vielleicht auch der Reichstag als Club betrachtet?). Suspendirung aller Journale mit einziger Ausnahme der Wiener Zeitung, welche auch dies auf amtliche Kundmachungen sich zu beschränken hat. Auslieferung noch anderer näher zu bezeichnender Personen. Fürst Windisch-Grätz ist zum Kaiser nach Olmütz berufen. (A. Z.)

Prag, 25. Oct. Es liegt mir ein sehr merkwürdiges Actenstück in tschechischer Sprache in, Abschrift vor, ein Schreiben nämlich des Banus von Kroatien, Jellachich, an den hiesigen Verein Slowanska Lipa, welches lautet: Theure Geschworn, liebe Brüder! Meine bisherigen Handlungen zeigen euch, was ich anstrebe und was ich wünsche. So wie ich von Liebe für das Slawenthum beseelt bin, so bin ich auch im Innersten meines Herzens überzeugt, daß das Slawenthum die größte Stütze Oesterreichs, daß aber auch Oesterreich für das Slawenthum eine unausweichliche Bedingung sey, und daß, wenn es fein Oesterreich gäbe, wir eins schaffen müßten." Es gibt sicherlich keinen vernünftigen Menschen, der es nicht wissen würde, daß das Bestehen Oesterreichs mit jenem des Slawenthums und dieses mit jenem aufs engste verknüpft sey. Es war daher meine Pflicht, als treuer und inniger Slawe die anti-österreichische Partei, die sich feindlich gegen das Slawenthum erhob, in Pesth zu erniedrigen und zu vernichten. Als ich aber hinzog nach Pesth, dem Neste magyarischer Aristokratie, da erhoben sich unsere gemeinsamen Feinde, und hätten sie in Wien gesiegt, so wäre mein Sieg in Pesth nur halb gewesen und die Hauptstütze unserer Feinde wäre Wien geworden. Deßhalb wendete ich mich mit meinem Heere nach Wien, damit ich die Feinde der Slawen in Oesterreichs Hauptstadt züchtige. Unermeßlich war meine Freude, als ich sah, wie meine Brüder in Böhmen, gestärkt von derselben Ueberzeugung, welche durch die Adresse der Abgeordneten noch mehr gekräftigt wurde, die flegbeladenen Fahnen vor Wien trugen, um mit und dem verbrüderten Heere die Hand zu reichen und dort entweder heldenmüthig zu siegen oder rühmlich zu fallen. Mich führte die Ueberzeugung, daß ich gegen den Feind des Slawenthums ziehe, vor Wien, und ich hege die Hoffnung, daß ihr mein Wirken nicht nur versteht, sondern auch unterstützen werdet. Nehmt meinen Gruß.

Ungarn.

Pressburg, 21. Oct. Die ungarische Armee hat wirklich die österreichische Grenze überschritten, um den Wienern zu Hilfe zu kommen. Kossuth soll bereitt auf dem Wege zur ungarischen Hauptarmee seyn; obwohl indeß dieselbe nur 5 Stunden von hier steht, weiß man hier von seinem Eintreffen durchaus nichts Bestimmtes.

Frankreich.

* Paris, 25. Oct. Der Rational zeigt heute an, daß der Finanzminister Herr Goudchaux, in Folge des gestrigen Votums der Versammlung seine Entlassung gegeben habe.

Der Salut public von Lyon veröffentlicht einen Brief des Marschalls Soult, worin dieser erklärt, die ihm von allen Seiten angetragene Candidatur zur Präsidentschaft der Republik anzunehmen. Zugleich tritt der Marschall als Candidat für die Deputation im Departement der untern Charente auf. Alle Royalisten werden ihm ihre Stimmen geben, da sie in dem Marschall einen General Monk sehen, der die Monarchie wieder herstellen wird.

Der Candidat der radicalen Partbei für die Präsidentschaft ist Ledru-Rollin, die Socialisten wollen ihre Stimmen Raspail geben. Die beiden Haupt-Candidaten bleiben General Cavaignac und Louis Bonaparte, — aber auch Thiers, Canssidiere und Lamartine werden viele Stimmen erhalten.

Anzeigen.

In Baumgärtners Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versendet worden und zu haben in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel:

Lehrbuch über den Hufbeschlag und die Hufkrankheiten

von **Dr. E. Falke**, Dorenten der Thierheilkunde am landwirthschaftlichen Institute zu Jena. 8. broch. Preis 27 kr.

Anfrage.

Ein Forstbediensteter hatte in B..... eine zahme Rehkitze, welche geschossen worden war, als Sachverständiger zu schätzen. Der Werth dieses Thierchens wurde auf 2 fl. 42 kr. angegeben und für diese wichtige Angabe wurden von dem Sachverständigen 2 fl. 42 kr. liquidirt.

Wenn die schiefe Ebene erstägt werden müßte, wie viel würde der Sachverständige für eine solche Schätzung verlangen dürfen, wenn vorbemerkte Liquidation den Maßstab gibt?

Ein junger Mensch von braver Erziehung und guten Schulkenntnissen, am liebsten aus einer Stadt, kann unter annehmbaren Bedingungen bei Unterzeichnetem sogleich in die Lehre treten

Gefrees, am 29. Octobre 1848.

Johann Klaunünzer,
Töpfermeister.

Unterzeichneter bringt einem hohen Adel und geehrtem Publikum zur ergebensten Anzeige, daß er in Nr. 869, beim Herrn Bäckermeister Niedermann in der breiten Gasse, über 2 Treppen hoch wohne, bittet nun wiederholt die resp. Herren Hausbesitzer, welche Quartiere zu vermiethen haben, ihm schriftlich den Inhalt derselben anzugeben, und ersucht besonders auch Diejenigen, welche Quartiere wünschen, ihm mit dergleichen Aufträgen recht gütigst zu drehren.

Hey, Logis-Vermiether.

Guts-Verkauf.

Ein schönes Oekonomie-Gut, 3 Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schupfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holz- und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

Die Oertel'sche Gastwirthschaft zur Fantaisie ist täglich mit oder ohne Oekonomie zu verpachten und können Pachtlustige täglich die Bedingungen erfragen bei

Lorenz Oertel,
Gastwirth zur Fantaisie.

Maximilianstraße Nr. 25 ist die obere Etage auf Lichtmeß oder auch früher zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag. Nro. 303. 31. October 1848.

Bericht des Abgeordneten des Bayreuther Wahlbezirks an seine Wähler.

In keiner Zeit konnte der Eintritt in die Paulskirche von größerem Interesse seyn, als zu der gegenwärtigen, wo die Verfassungsfrage für das deutsche Vaterland in Angriff genommen wurde. Denn hier müssen alle die verschiedenen Ansichten und Tendenzen auf die Arena des Kampfplatzes herwortreten und die für ihre Sache begeisterten Köpfe sich mit den Waffen messen, welche ihnen das große Arsenal der Geschichte, der Politik und der Verhältnisse darbietet. Schon der 1. Paragraph des Verfassungs-Gesetzes, welcher da sagt:

„Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten."

rief die Vorposten in's Gefecht, indem von Seite der äußersten Linken mehrere Amendements eingebracht wurden. Das eine von Schaffrath gestellt und von Hagen in einer donnernden Rede vertheidigt, wollte die verschiedenen deutschen Nationalitäten gehetzt und so weit sie im Laufe der Zeiten in verschiedenen Staaten versplittert wurden von dieser „Repräsentation der Anarchie" wie er sich ausdrückte, gerettet und wieder vereinigt wissen, so daß sich die bisherigen 35 Regierungen auf etwa 21 reduciren. Allein diese Frage war bei dem §. 1 jedenfalls voreilig heraufbeschworen, da derselbe blos den Zweck hat, die Abgränzung des ganzen deutschen Staates nach Außen festzustellen, keineswegs aber schon die innere Gliederung der Einzelstaaten zu reguliren. Die Rede, obwohl von den Gesinnungsgenossen mit Beifall begrüßt, verfehlte doch sichtbar einen besonders Eindruck auf die ganze Kammer, es fand sich auch im Schooße derselben keiner weiter, der als Vertheidiger dieser Ansicht aufgetreten wäre. In Rücksicht auf die Verhältnisse Posens war man allgemein mit dem Entwurf einverstanden. Nur ein Redner, Liebelt von Posen, trat im entgegengesetzten Sinne auf; er wollte nicht zugeben, daß ein Theil dieses Landes zu Deutschland geschlagen werden soll, obgleich sich die Versammlung bereits in einem frühern Beschlusse hierüber rechtsgültig ausgesprochen und sich lediglich vorbehalten hatte, die Ausscheidung desjenigen Theils, welcher mit seiner großen deutschen Bevölkerung zu Deutschland geschlagen werden soll, von dem übrigen, dem polnischen Posen durch eine Demarkationslinie festzustellen. Er wollte, um eines von dem Abgeordneten Jordan aus Berlin gebrauchten Ausdrucks zu bedienen, daßjenige zu einem Fenster wieder hereinbringen, was die Versammlung bereits zum großen Thore hinausgeworfen, indem er (Liebelt) die Einverleibung des fraglichen posenschen Theils von einer Abstimmung der dortigen Bevölkerung abhängig machen wollte. Als diese bizarre Idee von Jordan, einem ehemaligen Mitgliede der Linken, meisterhaft bekämpft, einen allgemeinen Unwillen hervorrief, glaubte der Antragsteller als Pole auftreten und Namens seiner Landsleute eine Verwahrung in die Versammlung schleudern zu müssen. Das rief einen gewaltigen Sturm hervor. Hier sind nur Deutsche und keine Polen, wir haben nichts mit den Polen zu schaffen, herrschte man dem Redner von allen Seiten entgegen, bis er, sichtbar von der Unklugheit seiner Aeußerung überzeugt, die Tribune verließ. Getheilter war die Meinung über den Art. 1 bezüglich der Verhältnisse Schleswigs. Wenn auch mehrere Redner sich für die sofortige Einverleibung aussprachen, so mußte doch dem Entwurf — wenn man nur irgend die Ehre der Consequenz retten wollte — der Vorzug deßhalb gegeben werden, weil nach dem angenommenen Waffenstillstand und den dadurch mit Dänemark angeknüpften oder doch in gewisse Aussicht gestellten Unterhandlungen über die Verhältnisse Schleswigs die Frage zur Zeit noch als eine offene betrachtet und nunmehr B gesagt werden muß, nachdem ein früherer Beschluß A gesagt hat. Da über die Stellung Schleswigs zu Dänemark und beziehungsweise zu Deutschland der Weg der Unterhandlung angehahnt wurde, so erheischt es die Ehre Deutschlands, das vor ganz Europa verpfändete Wort heilig und unverletzt zu halten, und sich wo möglich mit dem Nachbarland friedlich zu vertragen, und erst dann, wenn die Frage einer gütlichen Lösung nicht entgegengeführt werden kann, wenn Deutschland wiederholt gezwungen wird, zum Schwert zu greifen, kann auch im Schooß der Volksrepräsentanten diese Frage von neuen aufgegriffen und das Festhalten unsers deutschen Zweiglandes ausgesprochen werden. Dieser **status quo** war unvermeidlich, und tritt dem Interesse des Herzogthums einerseits und dem Deutschlands andererseits eben deßhalb nicht zu nahe, weil dadurch dem Rechte des einen oder des andern nicht das mindeste vergeben wird. Von weit größerer Wichtigkeit sind die Art. 2—4, welche feinerhin nicht gestatten wollen, daß ein deutscher Staat mit einem nichtdeutschen Staat real verbunden sey, und welche den Fortbestand einer solchen Vereinigung sortan nur im Wege der Personalunion zulassen. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß durch diese Bestimmung die Verhältnisse Oesterreichs tief berührt werden, welches aus einem Conglomerat verschiedener Länder besteht, in welchem gerade das nichtdeutsche Element das prävalirende ist und die durch die pragmatische Sanction von 1774 als zusammengehörige, unauflösbare Länder erklärt sind. Ueber diese Verhältnisse wurde bisher von einem Theil der ersten Celebritäten pro et contra gesprochen. Mayr, Mühlenfels, Gistra, Arneth, Uhland, Binde und viele andere sind bereits in die Schranken getreten und noch ist eine große Menge Redner eingeschrieben, welche Licht in die Sache bringen wollen. Mit Bedauern muß ich bemerken, daß es um so schwerer hält, den Rednern Wort für Wort zu folgen, als die fortwährenden Einzelgespräche und Zwischenrufe der Zuhörer eine deßhalbige Unruhe verursachen, welche nur durch die Glocke des Präsidenten, oder wenn Männer von besonderer Eminenz die Tribune betreten, beschwichtigt werden kann. Gerne würde ich aus den stenographischen Berichten die Lücken meiner Wahrnehmung ergänzen; allein sie sind mir noch vollständig zugekommen, ich muß mich daher darauf beschränken, blos eine allgemeine Skizze aufzurollen. Daß Oesterreich, soweit es deutsch ist, zu Deutschland gehören soll und muß, das hat eigentlich schon der Art. 1 festgestellt. Die Art. 2—4 dagegen bewähren die Modifikation oder die Art und Weise, wie dieser Anschluß bewerkstelligt werden soll und die Fragen, welche alle Gemüther so ernstlich spannen, sind hierbei die:

1) kann und wird Oesterreich die Realunion mit seinen nichtdeutschen Landen aufgeben, und sich mit einer blos personellen begnügen? oder

2) wird es eine solche Personalunion für ungenügend erachten, um alle seine heterogenen Bestandtheile zusammenzuhalten und seine Dynastie in ihrer bisherigen Integrität zu bewahren, wird es nicht vielmehr auf Beibehaltung der Realunion bestehen und da ihm diese durch die Verfassung des Reichs nicht gestattet wird, es vorziehen, seinen Beitritt zum deutschen Bundesstaat zu verweigern, um als isolirtes Reich fortzubestehen? Wie schon mehrere Redner, insbesondere Oesterreicher, mit Hinblick auf das Verhältniß zwischen Schweden und Norwegen behauptet haben, daß eine solche Personalunion für Oesterreich bei der theilweise noch bestehenden Pietät und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus und weil mehrere nichtdeutsche Provinzen ohnehin nichts weiter als ihre gesonderte Administration verlangten, wohl durchführbar sey, wenn gleich ein Redner speciell von Tyrol aus vorliegenden offiziellen Aktenstücken nachwies daß es keinen andern als einen solchen persönlichen Verband wolle, so ist doch die Ansicht derjenigen, die weit überwiegende, welche da glauben, daß wenn Deutschösterreich von seinen übrigen Ländern losgerissen und an Deutschland gekettet wird, wenn somit die nichtdeutschen Provinzen als lose Anhängsel zu einem, an Deutschland incorporirten Reich erscheinen, wenn das österreichische Kaiserreich aufhören soll, der allgemeine Begriff zu sein, unter welchem sich alle seine einzelnen Staaten subsumiren, daß der Kitt einer bloßen Personalunion nicht mehr ausreicht, um die nichtdeutschen Provinzen an die alte Dynastie zu fesseln, daß sie sich vielmehr von ihr trennen, sich nach ihren Nationalitäten zu neuen Reichen gestalten und an das slawische Rußland anlehnen werden, was um so tiefer zu beklagen sey, als einerseits ihre Kräfte, zumal in strategischer Hinsicht bisher dazu gedient hatten, die deutsche Sache zu unterstützen, und als andererseits Oesterreich dadurch seine hohe Mission verliere, Bollwerk

Digitized by Google

Cultur, der Gesittung und der Humanität nach Often zu seyn. Bei diesem Dilemma haben sich zwei entgegengesetzte Ansichten gebildet,

1) die eine, zu deren Repräsentanten vorzugsweise die Oesterreichischen Deputirten zählen, geht dahin, daß Deutschösterreich, wie es dem übrigen Deutschland seit Jahrhunderten angehört, wie es stets Freud und Leid mit ihm getragen habe, so auch für alle Zukunft zu Deutschland gehören müsse, wenn auch, wie sich der feurige Gisbra ausdrückte, darüber alle Kronen ihren Glanz verlören und alle Throne in Trümmern gingen. Die Gründe, welche für diese Meinung vorgebracht wurden, fassen sich etwa dahin zusammen:

a) nur ein einiges, fest geschlossenes Deutschland stehe groß im Reiche der Völker, und im Schooße der deutschen Nationalversammlung könne kein anderer, als der eine deutsche Gesichtspunkt genommen werden;

b) eine Personalunion sey insolange, als sich die einzelnen Nationalitäten nicht geltend machen, wohl hinreichend den bisherigen Verband zu erhalten und wenn letzterer Fall eintrete, sey selbst eine Reaktion nicht genügend, das Streben der Völker nach Selbstständigkeit aufzuhalten, und

c) die slawische Bewegung habe bereits eine Gestaltung angenommen, daß, wenn Deutschland keinen kühnen Griff thue und zu Oesterreich sage, du bist deutsch, du sollst und mußt deutsch bleiben, wohl befürchtet werden müsse, daß es im Reich der Slawen aufgehen und den Deutschen in Oesterreich weiter nichts übrig bleiben wird, als ihre deutsche Freiheit mit dem Schwerte zu erobern.

Männer, die aus Oesterreich gekommen, Männer von großer Einsicht und Bildung, Männer, die zum Theil als Deputirte an das kaiserliche Hoflager entsandt waren und einen tiefern Einblick in das Treiben der Hofcamarilla gewerfen haben, geben traurige Schilderung von den dortigen Verhältnissen. Es ist factisch, daß Oesterreich die deutschen Farben in seinem Heere nicht geduldet hat, factisch, daß es sich weigert, den deutschen Reichstag gleich andern Mächten durch einen Bevollmächtigten zu beschicken, factisch, daß es seine eigene constituirende Versammlung auf eine Weise zu construiren wußte, wodurch der deutsche Einfluß geschmälert werden mußte, factisch ferner, daß die Hofpartei sich für die slawische Nationalität und die slawische Herrschaft entschieden und daß selbst ein Mann aus der Umgebung des Kaisers öffentlich erklärt hat „wir wollen lieber die russischen Knuten, als die deutsche Freiheit", factisch noch weiter, daß die slawischen Anstifter der Prager Verschwörung, nachdem die Untersuchung niedergeschlagen wurde, sich wohlbehalten am Hoflager befänden, factisch, daß Jellachich die deutsche Fahne von der kaiserlichen Residenz in Schönbrunn hat herunter reißen lassen, factisch endlich, daß 21. Handbillette des Kaisers auf die Gegenwirkung der Hofpartheи nicht im Stande waren, diesen Jellachich von seinem Verdringen nach Ungarn abzuhalten. In Herr Banus von Croatien sollen sogar gerühmt haben zu äußern: „und wenn der Kaiser noch 30 solche Handbillets schicke, so werden sie sich nicht herablassen, darauf zu reflectiren, sobald sie mit ihren hochfliegenden Absichten nicht im Einklang seyen!!! Fürst Windisch-Grätz soll sogar nach glaubwürdigen Mittheilungen, welche österreichische Deputirte erhielten, zu dem Reichstagsgesandten Welker geäußert haben:

„er kenne keine deutsche Centralgewalt, und er (Welker) möge gerrost wieder heimreisen".

Wegu dieses freche antideutsche Auftreten der Hofpartheи führen werde, wer vermag dieß mit prophetischem Auge zu erspähen und gewiß neu bleibt und, daß die Fugen zu bersten drohen, welche sich zwischen dem deutschen und nicht deutschen Elemente Oesterreichs Jahrhunderte lange festgekittet durchzogen, und daß die Sorge derer, welche den wenn auch nur temporären Untergang des deutschen Oesterreichs im Slavismus fürchten um so weniger ein Hirngespinst aus kranker Phantasie hervorgegangen ist, als die deutsche Bevölkerung vielleicht kaum ein Siebentheil der Einwohnerschaft des ganzen Oesterreichs ausmacht, und seine Dynastie wohl gedrängt werden könnte, sich im Kampfe der Elemente dem 7 mal stärkern mit dem überwiegenden materiellen Interesse, welche es gewährt, den Vorzug einzuräumen. Unter den Rednern, die in der heutigen Sitzung für diese offen aufgestellte erste Ansicht Partei nahmen, war auch unser deutscher Dichter Uhland, indem er unter anderem sagte:

1) Wir dürfen Oesterreich nicht verstoßen, der Staatenbund sey untergegangen, und statt seiner stehe der Bundesstaat gesetzlich da. Ein blos völkerrechtlicher Bund mit Oesterreich sey nur die Hand zum Abschied, der höhere Beruf desselben bestehe darin: eine Pulsader zu seyn im Herzen Deutschlands, es habe sein Herzblut gemischt mit dem Mörtel zum Neubau Deutschlands ꝛc., gleichwohl ist

2) eine nicht unbedeutende Anzahl einer zweiten Ansicht, nämlich der: daß die Besonderheit der österreichischen Reichsverhältnisse nicht gestatte, das deutsche Oesterreich jetzt schon definitiv an Deutschland zu knüpfen, und es mit diesem zu einem Bundesstaat vereinigen zu wollen.

Ein Theil will deshalb die definitive Regelung der österreichischen Verhältnisse ausgesetzt, ein anderer Theil dagegen das deutsche Reich mit Ausschluß Oesterreichs gebildet und mit letzterem ein völkerrechtliches Bündniß eingegangen wissen. Schon die Minorität des Verfassungsausschusses hatte die Oesterreich einen Weg offen lassen wollen, und das Votum derselben wurde auch von Mühlfeld und v. Linde glänzend vertreten. In der heutigen Sitzung trat auch Präsident a. Gagern als Verfechter dieses Prinzips auf, indem er den Separatantrag stellte:

„Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in beständigem und unauflöslichem Bund."

Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundesakte.

Es liegt etwas Erhabenes in der ganzen Persönlichkeit von Gagern's, seine Rede fand auch in der Kammer vielfachen Beifall. Man dürfe Oesterreich nicht zerreißen, man dürfe die Brandfackel des Krieges, den vielleicht Rußland gegen uns herbeirufen kann, nicht nach Oesterreich schleudern, man dürfe keine grundgesetzliche Bestimmung geben, von der man nicht wisse, ob man sie vollziehen kann, das waren so ohngefähr die Hauptmotive seines Antrags.

Ich bin weit entfernt, eine Widerlegung derselben zu versuchen, aber in Bezug auf den letztern Grund glaube ich denn doch die Bemerkung nicht unterdrücken zu können, daß gegenwärtig aber so wenig positiv feststeht, daß der Art. 2 selbst mit Hülfe Oesterreichs nicht vollziehbar sey und daß es jedenfalls erst dann an der Zeit seyn dürfte, Ausgleichungsversuche zu treffen, wenn es sich positiv ergeben haben würde, daß Oesterreich sein deutsches Land dem deutschen Föderativstaat wirklich nicht einverleiben will und kann, was um so weniger einem Anstand unterliegen dürfte, als sicherlich ein Zeitraum von mindestens 2 Monaten vergehen wird, bis die zweite definitive Berathung der Verfassung reassumirt wird.

Noch schwankt die Waage. Morgen wird der Tag der Entscheidung seyn. Geht der Minoritätsantrag oder der Antrag von Gagern's durch, dann wird es wahr werden, daß Preußen in Deutschland aufgeht, Preußen, das bereits der Nationalversammlung offiziell hat anzeigen lassen, daß es seine Truppen sortan blos als Reichstruppen betrachte.

Frankfurt, 26. October 1848.

(Nachschrift.) Der Wurf ist geschehen, die Versammlung entschied sich mit sehr großer Majorität für Annahme der Artikel 2 und 3 ohne Zusatz, ohne Amendement. Das Schicksal der deutschen Lande Oesterreichs ist entschieden. Die österreichischen Deputirten jubeln, wie überhaupt ein allgemeiner Applaus der Eröffnung des Resultas folgte. Ein großer Theil dieses Erfolgs gebührt dem Abgeordneten Wurm, der mit seiner Rede einen so schweren Stein in die hin- und herschwendende Waage warf, daß kein Gegenvicht mehr möglich war, und selbst v. Gagern sich vernünftigt sah, seinen Antrag zurückzuziehen.

Frankfurt, 27. October 1848.

Käfferlein.

Deutschland.

* Frankfurt, 28. October. Der Abg. Zitz von Mainz, über dessen Austrittserklärung wir berichtet, hat dieselbe nachträglich wieder zurückgenommen. — Heute ist hierselbst eine Darstellung der Ereignisse am 18. September erschienen, welche den Abgeordneten von Gießen, Vogel, zum Verfasser hat, und im Auftrage der vereinigten Fraktionen des Donnersbergs und des deutschen Hofes geschrieben ist. Die ganze Anschauungsweise in dieser Monographie hängt natürlich mit dem Parteistandpunkte des Verfassers zusammen. Bei dem großen Dunkel, das überhaupt noch über jenem blutigen Tage schwebt, muß indeß der unparteiischen Erforschung der Triebkräfte in unserer Zeit, jede Stimme willkommen seyn. — Zwischen Abgeordneten aus Groß- Hessen, Kurhessen und Nassau finden Annäherungen statt, in Bezug auf die gemeinschaftlichen Interessen dieser Landestheile bei ernsten Eventualitäten.

Die O. P. Z. enthält in ihren amtlichen Theil: Das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten dringt hiermit das am 22. October d. J. auf dem Schiffe Gottorff über die Einsetzung der neuen gemeinsamen Regierung für Schleswig-Holstein

Digitized by Google

aufgenommene Protokoll zur öffentlichen Kenntniß. (Folgt das Protokoll.)

Frankfurt, 28. Octbr. Die O. P. A. Z. schreibt: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß im Falle eines plünderungssüchtigen Angriffs auf die k. k. Bank in Wien sämmtliche darin befindlichen Banknoten durchgeschlagen, mithin unglültig gemacht werden sollen. Ferner sind die Vorkehrungen in der Art getroffen, daß sämmtliche Gebäude unter Wasser gesetzt werden können. Wir veröffentlichen diese Mittheilung zur Beruhigung des Handels und aller übrigen Betheiligten.

München, 28. Octbr. Ministerialrath v. Zweyl hat gestern bereits die Geschäfte des Regierungs-Präsidiums von Oberbayern übernommen. — Das Gerücht, daß Staatsrath Weigand abgelehnt habe, und deshalb Graf Armansperg das Finanz-Ministerium übernehmen werde, scheint unrichtig zu sein. Jedenfalls glaube ich, man darf in die jetzigen Minister das Vertrauen setzen daß sie nicht zugeben werden, daß ein Mann in das Ministerium trete, dessen frühere Wirksamkeit noch im ganzen Lande in üblem Andenken steht, und der daher wohl von vorneherein alles Vertrauens baar wäre. (N. K.)

München, 28. Octbr. Wie es heißt, dürften unsere an der Iller ꝛc. ꝛc. stehenden 11—12,000 Mann Reichstruppen demnächst wieder in ihre Garnisonsorte zurückkehren, um dort großentheils beurlaubt zu werden. — Der heutige Tag brachte uns für die laufende Woche die vierte Adresse an Se. Maj. den König. Die Bürgerrepräsentation nämlich, welche am 25. d. die Adresse vom 21. überreichen sollte, aber keine Audienz erhielt, hat nunmehr die zurückgewiesene Adresse dem Monarchen durch die Post mit einem Begleitschreiben zugesandt, worin sie „feierlich die feste Ueberzeugung aussprecht, daß allen Unterzeichnern die Adresse ohne Ausnahme der Gedanke fremd war, als könne die Sprache der Wahrheit eine nachtheilige Beziehung auf die Gefühle der Liebe und Ehrfurcht zulassen, die sie für den König immerdar im Herzen tragen." . . . „Die Freiheit und das Glück des Vaterlandes, Euer, Eurer Königl. Majestät nicht weniger theuer als dem geringsten Bürger, sind und waren der Zielpunkt unsers Handelns. Mißdeutung schreckt uns nicht. Der Augenblick der That, nicht das leichtverletzbare Wort mag einst entscheiden, wer wahr und treu gehandelt hat."

Berlin, 27. Oct. Während von vielen Seiten bei dem Rücktritte des gegenwärtigen Ministerpräsidenten v. Pfuel ein noch weiter rechts liegendes Ministerium erwartet wird und man sich gerade nach dieser Richtung hin in Combinationen ergeht, wollen Andere wissen, daß man sich mehr links neigen werde, indem man vielleicht ein Ministerium aus der Fraktion Reibenius-Berg zusammensetzen werde. Diese letztere Ansicht wird dadurch unterstützt, daß ein solches Ministerium, wie die Sachen im Augenblicke liegen, wahrscheinlich im Stande sein würde, sich eine feste Majorität in der Kammer zu schaffen. — Der Demokratencongreß setzt seine Sitzungen fort. Heute morgen erstattete Hr. Kriege Bericht über die bisherige Wirksamkeit des demokratischen Centralausschusses. — Die Mitglieder des frankfurter Parlaments, die HH. Robert Blum und Schlöffel, befinden sich hier und werden, wie wir erfahren, an der Konferenz der Linken, dem sogenannten neuen Vorparlament, theilnehmen? (D. A. Z.)

Schleswig, 25. Oct. Der Reichskommissär Stedmann ist gestern in Begleitung des Hrn. v. Reedtz von hier über Alsen nach Kopenhagen abgereist. Dem Vernehmen nach ist Hr. Stedmann zu dieser Reise durch eine Einladung des Reichsgesandten in Kopenhagen, Hrn. Banks, und durch die Wünsche des Hrn. v. Reedtz veranlaßt worden. — Der erste Protest, welchen, wie man sagt, Hr. v. Reedtz zu Protokoll gegeben hat, soll sich gegen die kleinen Verbindungsstriche (-) zwischen Schleswig-Holstein bezogen haben. (D. A. Z.)

Kiel, 24. Oct. Der dänische Commissär hat an der Einsetzung der neuen Regierung Theil genommen, derselbe hat aber (dem Vernehmen nach) auf jene Bekanntmachung der aufrecht zu haltenden „bestehenden" Gesetze einen Protest eingelegt und erklärt, es könne nur von Anerkennung solcher Gesetze die Rede sein, welche vor dem 26. Aug., als dem Abschlusse des Waffenstillstandes, erlassen waren. Unter den Personalverwendungen der neuen Regierung verdient es Bemerkung, daß der Advokat Samwer eine Stellung im Departement der auswärtigen Angelegenheiten eingenommen hat und daß der Landtagspräsident, Advocat Bargum, als außerordentlicher Commissär nach dem nördlichen Schleswig gehen wird, um bei der dänischen Bevölkerung mehr Zufriedenheit mit dem jetzigen politischen Zustande zu vermitteln. (D. A. Z.)

Proclamation des Kaisers von Oesterreich: „Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. ꝛc. Die unserm Herzen so schmerzlichen Ereignisse in der Hauptstadt der Monarchie, und die Forttauer des anarchischen Zustandes daselbst, haben uns zur Wahrung des Thrones und des Glückes unserer Völker in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die offene Empörung durch die Gewalt der Waffen zu unterdrücken, wie wir dieses in unseren Manifesten vom 16. und 19. October l. J. unseren Völkern verkündiget haben. Bei dem gestörten Zustande der gesetzlichen Ordnung in der Hauptstadt und bei dem bevorstehenden Eintritte militärischer Maßregeln ist für den Reichstag unmöglich geworden, daselbst seine Berathungen fortzusetzen. Wir finden uns daher bewogen anzuordnen, daß der Reichstag seine Sitzungen in Wien alsobald unterbreche, und wir berufen denselben auf den 15. Nov. l. J. nach der Stadt Kremsier, wo er in der Lage seyn wird, sich ungestört und ununterbrochen seiner großen Aufgabe, der Berathschlagung einer den Interessen unserer Staaten entsprechenden Verfassung ausschließlich widmen zu können. Es werden demnach alle zum konstituirenden Reichstage gewählten Volksvertreter aufgefordert, sich bis zum 15. Nov. in der Stadt Kremsier zuverlässig einzufinden, um daselbst die unterbrochenen Berathungen in Beziehung auf die Verfassung fortzusetzen, und solche mit Beseitigung aller Nebenrücksichten in Bälde einem gedeihlichen Ende zuzuführen. Wir versehen uns, daß alle zum constituirenden Reichstage gewählten Vertreter des Volkes, ihrer Pflichten gegen das Vaterland eingedenk, sich angelegen sein lassen werden, pünktlich zur oben bestimmten Zeit an dem bezeichneten geräumlichen Sitze des Reichstages zu erscheinen, um sich daselbst ungesäumt mit der baldigen Lösung der ihm gewordenen großen Aufgabe ernstlich zu beschäftigen. Olmütz, den 22. Oct. 1848. (L. S.) Ferdinand. Wessenberg.

Breslau, 26. Oct. Ein ungarischer Geistlicher, welcher gestern Morgen Pressburg verlassen und mit dem Nachtzuge seine Reise hierher gemacht hat, erzählt und Folgendes. Die Feldherren Windisch-Grätz, Auersperg und Jellachich beschießen seit dem 24. Oct. Nachmittags die Stadt abwechselnd mit großem Geschütz. Nur während der Nacht ruht das Feuer. Die Wuth des Feuers nahm zu. Gestern (am 25. Oct.) dauerte das Bombardement den ganzen Tag hindurch anhaltend fort und hatte noch nicht aufgehört, als der Zug von Gänserndorf abging. Die Bevölkerung von Wien ist fast entschlossen, sich eher unter den Mauern der Stadt begraben zu lassen, als sich der Gnade eines Windisch-Grätz oder Jellachich zu übergeben. Leider soll die Stadt nur noch für fünf Tage Lebensmittel besitzen. Die Ungarn stehen, 50,000 Mann stark, bei Schwechat; Kossuth folgt mit dem Landsturme nach. Sie alle brennen vor Verlangen, Jellachich zu vernichten und das heldenmüthige Wien zu entsetzen. Schon heute müssen dieselben angegriffen haben. — Die Details, welche der Reisende anführte, stimmen mit den uns bereits gestern gewordenen mündlichen Mittheilungen über den Beginn der blutigen Katastrophe ziemlich überein. Den Wienern soll es durchaus an tüchtigen Kanonieren mangeln, dabei die ungarische Artillerie aufs Beste bedient werden. Auf seiner Weiterreise hierher will der genannte Geistliche zwei Regimentern regulairer Truppen begegnet sein, welche aus Böhmen kamen und zu Windisch-Grätz stoßen sollten. Auch die Ungarn sollen sich durch 500 Italiener und 1000 Lombarden Wolks und eine Schar von dem des Fürsten Coecoppteri verstärkt. — (Abends 10 Uhr.) Der soeben eingetroffene oberschlesische Bahnzug bringt weder Reisende noch Briefe aus Wien, jedoch macht uns ein Reisender aus Ratibor die Mittheilung, daß das Bombardement Wiens am 24. Oct. dadurch hervorgerufen wurde, daß vier Compagnien der kaiserl. Truppen an diesem Tage zu den Wienern übergehen wollten und Windisch-Grätz es dadurch zu verhindern suchte, daß er ein heftiges Kanonenfeuer begann. Die Wiener, nicht wissend, was dies zu bedeuten habe, erwiderten das Kanonenfeuer lebhaft. (D. A. Z.)

Wien, 25. Oct. Die Gerüchte vom Ausbruch eines allgemeinen Kampfes sind unwahr. Der Kampf hat noch nicht begonnen. Die Frist ist bis zum 25. Abends verlängert. Auf den Protest des Reichstages, welcher den Belagerungszustand für ungesetzlich erklärt, hat Fürst Windisch-Grätz geantwortet: Mit dem Reichstage zu unterhandeln übersteigt meine Vollmacht, da ich denselben blos als eine constituirende Versammlung kenne. Minister Kraus ist nicht frei sondern als Gefangener zu betrachten. Die einzige legale Behörde, die ich in Wien kenne, ist der Gemeinderath, welcher mir untergeordnet ist. Im Uebrigen werde ich die Stadt 24 Stunden Bedenkzeit. — Die Stadt ist so streng cernirt, daß nur mit großer Schwierigkeit der Durchgang zu bewirken ist. Die Armee von Windisch-Grätz besteht aus 62 Bataillonen, 60 Eskadronen und 140 Kanonen (etwa 100,000 M.).

Digitized by Google

Die Truppen sind sämmtlich gut disciplinirt und zum Kampf entschlossen. Die Gerüchte von häufigen Desertionen sind ungegründet. Ebenso die, welche vom Beginn des Kampfes sprechen. Der Kanonendonner, welchen man am 23. Oct. 4½ Uhr Nachmittags hörte, rührte daher, daß an der Ausdorfer Linie das GastHaus „zum Auge Gottes" zusammengeschossen wurde, um dort eine Batterie zu errichten. An einem andern Punkte hatten die 20 von den 170 M. der Regimenter Richter und Deutschmeister, welche nach Wien übergegangen waren, einen Versuch gemacht, zum Heere zurückzukehren, waren aber von Auersperg zurückgewiesen, da er mit Deserteuren nichts zu thun haben wolle. — Der Kaiser hat den Reichstag bis zum 15. Nov. vertagt und ihn dann nach Kremsier (einem zwischen Olmütz und Brünn gelegenen Schlosse) berufen. Das letzte Hauptquartier von Windisch-Grätz war Hetzendorf bei Schönbrunn, wo eine feierliche Zusammenkunft des Fürsten mit dem Banus stattgefunden hat.

Wien, 25. Octbr. 12 Uhr Nachmittag. Um 12 Uhr war Reichstagssitzung, die aber nach einer kurzen Meldung des Präsidenten wieder unterbrochen wurde. Er berichtet, daß Feldmarschall Windisch-Grätz dem Minister Kraus (wie man weiß, den Einzigen in Wien anwesenden Minister) ersucht habe, sich zu ihm einer Besprechung halber ins Lager zu begeben, daß derselbe aber den permanenten Ausschuß ersucht habe, eines seiner Mitglieder ihm beizugeben. Der Ausschuß bestimmte hiezu Bresl. Sodann theilte er mit, daß aus Olmütz eine wichtige Depesche eingelangt sey, über die der Ausschuß berathe. Aus diesen Ursachen vertage er die Sitzung bis 5 Uhr. Der Inhalt dieser Depesche ist, daß der Reichstag von Wien verlegt wird und sich in Kremsier (in Mähren) versammeln soll. (A. Z.)

Italien.

Die sardinische Flotte hat, wie der Kabinetspräsident Perrone am 20. in der II. Kammer erklärte, Befehl erhalten, sich nach Venedig, zur Vertheidigung dieser Stadt gegen die österreichische Flotte, zu begeben. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

* Paris, 26. Oct. Das ganze Interesse des Tages liegt heute in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung oder vielmehr in dem tragi-komischen Zwischenfalle derselben. Dieser Zwischenfall, der eine der gewöhnlichen Reklamen des Präsidenten so schonungslos aufdeckte und geißelte, macht eine ungeheure Sensation und wird seinen Wiederhall in ganz Frankreich finden. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Verhandlung darüber nach der geistreichen Rede Dufaures, nach dem grausamen, aber wohlverdienten Spotte, den er mit unvergleichlichem Talente über diesen imperialistischen Putsch ausbrach, geschlossen worden wäre und wenn Herr Clement Thomas durch seine Heftigkeit nicht eine stürmische Scene herbeigeführt hätte, die dann folgte, aber in jedem Falle schmälert die gestrige Sitzung die Candidatur des Napoleoniden bedeutend, die bereits durch sein unglückliches Debut als Redner einen gewaltigen Stoß erlitten hatte. Die Lächerlichkeit ist nirgends gefährlicher, als in Frankreich, und Louis Bonaparte trägt nun den unauslöschlichen Fluch derselben im hohem Grade. Aber demungeachtet dürfen wir nicht verhehlen, daß alle diese Zwischenfälle, die den kaiserlichen Kandidaten in seiner ganzen moralischen Armseligkeit darstellen, nur auf den intelligenten Theil der Bevölkerung wirken und daß das Landvolk, nach wie vor, seine Stimmen dem Namen Napoleon geben wird. Aber ob Herr Louis Bonaparte, selbst gewählt, lange Zeit Präsident der Republik bleiben kann und wird, ist eine andere Frage, deren Beantwortung die nächste Zeit und bringen wird. Wahrscheinlich wird der (gestern abwesende) Napoleonide heute das Wort nehmen, um sich zu rechtfertigen und in diesem Falle haben wir neuen Scandal zu erwarten.

Der Moniteur zeigt heute an, daß der Chef der Executivgewalt, General Cavaignac, ein Schreiben des Königs von Neapel erhalten habe, worin dieser ihm den Tod der Königin-Mutter angezeigt.

Der Moniteur enthält ferner mehrere Ordonanzen, wodurch die Entlassung des Finanzministers Goudchaux angenommen und Herr Trouve-Chauvel, bis jetzt Präfekt der Seine, zum Finanzminister ernannt wird, — außerdem werden die Wahlen für 5 erledigte Vertreterstellen auf den 19. November ausgeschrieben.

Die Nationalversammlung hat gestern noch das Dekret über die Liquidation der Civilliste und der Privat-Domainen Louis Philipps angenommen. Herr Julus Favre hatte darauf angetragen, die Privat-Domainen Louis Philips für Staatseigenthum zu erklären, allein dieser Vorschlag fand keine Unterstützung. Der Werth der Privat-Domainen beläuft sich auf 100 Millionen Francs, — hierauf ruhen 30 Millionen Schulden und oder der Staat reklamirt 25 Millionen als Ersatz für Verwüstungen der Wälder durch sogenannte „Deutsche Schläge". Das Dekret beauftragt den Finanzminister, diese Liquidationen durch Verkäufe und Anleihen auf diese Privat-Domainen vorzunehmen.

Die mit dem Dampfer Amerika gekommenen New-Yorker Journale bringen und die Ankunft Hecker's in New-York. Ein großes Fest war ihm zu Ehren in Tammany-Hall gegeben worden, bei dem Hecker die Geschichte der neuesten Bewegung in Deutschland vortrug. Enthusiastische Reden begrüßten den deutschen Flüchtling auf dem Boden der Freiheit und besonders die Rede des Generals Waldriedges machte großes Aufsehen. Die Marseillaise, das Yankee-Doodle und deutsche Freiheitslieder wurden vorgetragen.

Briefe aus Turin vom 21. melden, daß sich die Kammer mit großer Mehrheit für die vorläufige Fortdauer des Waffenstillstandes in der Art ausgesprochen hat, daß es der Regierung überlassen bleibt, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach ihrem eigenen Ermessen zu beschließen.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 26. Octobr.) Louis Bonaparte verlangt das Wort über das gestrige Protokoll. Er verliest eine kurze Rede des Inhalts, daß sich gestern eine Debatte über ihn erhoben habe, die ihn noch ein Mal zwinge, von sich zu sprechen. Er habe seine politische Ueberzeugung bereits ausgesprochen, — was die Erfüllung seiner Pflicht als Vertreter betreffe, so nehme er keinen Tadel eines Collegen an, sondern sey nur seinen Wählern verantwortlich. Was endlich die Kandidatur für die Präsidentschaft betreffe, so erkläre er, daß er sie annehme, da er hoffe, daß sein Name noch zur Consolidation der Gesellschaft nützlich seyn könne. (Allgemeine mißbilligende Unterbrechung.) — Die Sympathieen seiner Mitbürger tödteten ihn übrigens für gehässige Angriffe und ungeschickte Vertheidigungen. Sein Verbrechen sey seine Popularität, — er werde sich aber nicht irre machen lassen, — was Frankreich bedürfe, sey eine weise Regierung, nicht die Gewalt der Bajonette, — er werde übrigens, da man ein System der Provocation gegen ihn anwende, auf keine Interpellation mehr antworten. Clement Thomas entgegnet, er habe gestern die persönliche Debatte nicht herbeigeführt, sondern Herr Jerome Bonaparte, der von einem Complotte gegen seinen Cousin und namentlich von dem Pistolenschusse im Juni gesprochen habe. Bei dieser Gelegenheit habe er im Interesse des Bürgers Bonaparte selbst diesen gefragt, was an den Bemühungen gewisser Agenten in den Departements sey, die seinen Namen vorschöben, um Mißvergnügen und Unzufriedenheit zu erregen. Herrn Bonaparte müsse selbst daran liegen, in dieser Hinsicht von jedem Verdachte gereinigt zu seyn. (Der Präsident erklärt den Zwischenfall für geschlossen.)

Amerika.

Neuyork, 11. Oct. Fr. Hecker ist hier von allen Deutschen und Amerikanern mit den größten Ehren empfangen worden. Er war Ehrengast der Stadt. (D. A. Z.)

Die Wiener Post vom 26. d. Mts. ist nicht eingetroffen.

Anzeigen.

Die unterzeichneten Stellwagenbesitzer finden sich veranlaßt, das reisende Publikum in Kenntniß zu setzen, daß vom 1. November täglich ein Stellwagen nach Neunemarkt, früh 10 Uhr, und nach Ankunft des Hofer und Nürnberger Bahnzuges in Neunemarkt wieder zurück nach Bayreuth fährt. Der Fahrpreis ist à Person 30 Kreuzer.

Bergmann. Reichel. Schuster. Groß in der Friedrichsstraße Lebermann. Kolb.

Ich zeige hiemit ergebenst an, daß ich meine bisherige Wohnung verlassen, und die in der Frauengasse Nr. 89 bezogen habe. Ich bitte um gütigen Zuspruch

J. M. Popp,
Tuchbereitermeister und Detaleur.

Bei der Drechslerswittwe Zapf sind gefundene Schlüssel abzuholen.

Im Hause Nr. 58 in der Maximilianstraße ist eine große Parthie gute Erdäpfel zu verkaufen.

E.-Nr. 235 im Rennwege, via à vis den Gasthofe zur goldenen Sonne, sind im ersten und zweiten Stock, in jedem ein Zimmer mit Kabinet auf den ersten December zu vermiethen.

Für den armen Schullehrer sind eingegangen: Von Fr. v. A. 2 fl., von Herrn P. St. 30 kr.

Im Verlage der Geb. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl.. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch — Nro. 304. — 1. November 1848.

y Endlich, — endlich ist eine General-Synode für die protestantische Kirche Bayerns diesseits des Rheins in gewisse Aussicht gestellt und zwar nicht wie früher 2 getrennte General-Synoden, wovon die eine zu Bayreuth, die andere zu Ansbach sich versammelte, sondern eine vereinigte, welche dieses Mal in Ansbach zusammenkommen wird.

Begrüssen wir diesen Fortschritt zum Besseren mit Freude und Dank, so können wir dabei nicht umhin, **laut** und **öffentlich** zu erklären, daß die beabsichtigte Zusammensetzung dieser General-Synode den jetzigen Fortschritten der Zeit keineswegs entspricht. Jede Pfarrei wählt soviel weltliche Wahlmänner, als sie Geistliche hat. Diese Wahlmänner treten mit den Diöcesanen Geistlichen, die gleichfalls als Wahlmänner erscheinen, in einer Diöcesan-Synode zur Wahl der Abgeordneten zur General-Synode zusammen. Dadurch kommen nothwendig eben so viele Geistliche, als Weltliche zur General-Synode als Deputirte. Der Geistliche einer Gemeinde, die z. B. 1500 Seelen zählt, übt also **allein** soviel Einfluß und so viel Recht in Beziehung auf die Kirche, als seine ganze Pfarrgemeinde mit 1500 Menschen. Solch' eine geistliche Bevormundung, solche Unterordnung unter einen Stand, der seinem größten Theile nach den meisten Fortschritten unserer Zeit dennmend entgegen steht und der, wie die Geschichte auf jedem Blatte schlagend beweist, mit Hand und Mund, mit Bibel, Katechismus, Gesangbuch und anderen dergleichen Mitteln die geistige Freiheit der Völker zu unterdrücken mit geringen Ausnahmen bestrebt ist, weden sich die Gemeinden im Einzelnen, wie die Kirche im Ganzen alles Ernstes und mit Nachdruck verbitten. So wie wir auch in staatsbürgerlicher Hinsicht eine ungeschmälerte Freiheit verlangen, so nehmen wir auch in kirchlicher Beziehung unbegrenzte Freiheit des Geistes in Anspruch; — eine religiöse Freiheit, die den großartigen Fortschritten des Jahres 1848 in politischen Angelegenheiten vollkommen entspricht.

Voraussichtlich werden bei den meisten Angelegenheiten, die bei der General-Synode zur Sprache kommen, die Geistlichen wie ein Mann stimmen, während die weltlichen Abgeordneten, unter die sich manche Mucker und Mysiker einschleichen wird, uneinig und dadurch bei der Abstimmung in der Minderheit seyn werden, da natürlich der Mysiker unter den weltlichen Abgeordneten wohl immer nach dem Sinne der Geistlichen stimmen.

Wir verlangen nicht, daß Geistliche blos in so weit an der General-Synode Antheil nehmen sollen, als sie durch ihre Pfarrgemeinden gewählt werden, sondern ihnen immerhin im Verein eine gewisse Anzahl Deputirte aus ihrem Stande garantirt seyn, aber die Zahl derselben darf nicht überwiegend, sie darf nicht gleich, sie muß die Minderheit seyn. Ein Viertel aller Abgeordneten könnte wohl ohne Nachtheil dem Stande der Geistlichen entnommen werden.

Deutschland.

München, 29. Oct. Laut Finanzministerialreskript steht von nun an den Staatsdiensk-Aspiranten im Finanzfache die Einsicht der Qualifikations- und Konkurrenzlisten frei. — Gestern Abend wurde dem, seiner Haft entlassenen Hrn. F. Sensburg ein glänzender Fackelzug und eine Serenade gebracht.

München, 29. Oct. (Personal-Veränderungen.) Der bisherige Bevollmächtigte bei der Bundesmilitärkommission, Oberstlieutenant Joseph Ritter v. Xylander, wurde zum Obersten im Ingenieurkorps befördert; der Unterlieutenant, Anton Trapp, vom 4. Jägerbataillon, wurde bei wieder erlangter Felktriegsdienstfähigkeit mit seinem frühern Range zum Oberlieutenant befördert; der temporär pensionirte Oberlieutenant, Reinhard Notthaft Frhr. v. Weißenstein, wurde mit seinem frühern Range im 13. Inf.-Reg. Hertling reaktivirt; die Hauptleute Friedrich v. Herrmann vom 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, und Joseph Müssig vom 11. Inf.-Reg. Ysenburg wurden unter Verleihung des Majors-Charakters in Ruhestand versetzt, ferner wurden die Hauptleute Max v. Kiele vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Joseph Kellermann vom 9. Inf.-Reg. Wrede und Kajetan Frhr v. Feurl vom 4. Jägerbataillon, dann der Oberlieutenant Karl Eleissin vom 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, dieser unter Verleihung des Hauptmanns-Charakters pensionirt; dem kgl. Kammerer und Ehrenritter des Militär-Max-Joseph-Ordens, Karl Frhr. v. Gagern zu Bockenheim, wurde der Charakter eines Generalmajor à la Suite der Armee verliehen.

Aus Schwaben, im October. Zu Altenstadt, Landgerichts Illertissen im Königreich Bayern, übten seit vielen Dezennien zwei Israeliten reale Schenkwirthsgerechtsame aus. Seligmann, dieß der Eine, der Andere Bach. Beide hatten diese Gerechtsame von ihren Vorältern ererbt, beide Gerechtsame waren reale. Das bekannte Judenedikt von 1813 untersagt aber die Ausübung von Schenkwirthschaften allen denen, die sein Schweinfleisch essen, und die christlichen Gastwirthe von Altenstadt forderten daher vom Ministerium Abel, es möge den Juden das Handwerk legen. Das Ministerium Abel aber fand keinen gesetzlichen Grund, Jemanden ein wohlerworbenes Realrecht geradezu wegzunehmen, und konnte daher nicht umhin, den Eigenthümern die lediglich Ausübung desselben zu gestatten. Was aber der allerchristlichste Minister nicht thun wollte oder durfte, das unterfing sich der Freiherr von Thon-Dittmer. Er läßt den Israeliten Seligmann und Bach die Ausübung ihrer realen Schenkgerechtigkeiten verbieten und dieß im Jahre 1848, in einem Momente, wo eben Deutschland mit andern Jochen auch das konfessionelle Joch abgeworfen zu haben glaubt, wo Juden im Parlamente sitzen, wo Jesuiten des Landes verwiesen werden, wo die Verwirklichung der erst gegebenen königlichen Zusage im Betreffe der israelitischen Staatsbürger von der nächsten Stunde erwartet wird. Wir zweifeln nicht im Mindesten, daß diejenigen der Münchner Bierbrauer, welche unter dem Polizeiministerium Thon-Dittmers eben geplündert und ausgeraubt wurden, dem Herrn Minister sehr dankbar gewesen wären, wenn er ihnen rechtzeitig die Ausübung der Schenkgerechtsame weggenommen hätte. Er war hierzu nicht mehr befugt, als zu dem Verbote gegen die beiden Juden Seligmann und Bach, und wir glauben daher ganz einfach, daß die ministerielle Maßregel lediglich den Schutz des jüdischen Eigenthums bezwecken wollte. Daß aber dieser Schutz sich nicht auch auf die christlichen Wirthe ausdehnte, daß diese vielmehr zu ihrem elegenen Nachtheile in der Ausübung ihrer Gerechtsame belassen wurden, läßt uns vermuthen, es wolle der Herr Minister die israelitischen Staatsbürger mit Hintansetzung der christlichen vorzugsweise begünstigen, und somit wäre zu den vielen schon bestehenden Gründen ein neuer Grund gegeben, aus dem wir dem Freiherrn v. Thon-Dittmer rathen, recht bald in einem andern Portefeuille sein Glück zu probiren, nachdem der Versuch im Departement des Innern für ihn und uns so unglücklich ausfiel. (D. C. Z.)

In Thiengen ist am 26. October Friedrich Hecker abermals zum Abgeordneten in die Reichsversammlung erwählt worden. Von 135 erhielt er 82 Stimmen. (F. D. Z.)

Berlin, 28. Oct. Die neueste Ministerkrisis hat eine eigenthümliche Gestalt. Die Minister nehmen noch immer ihren Sitz in der Kammer ein, und bis jetzt fehlt es noch an jeglicher amtlichen Mittheilung über die Erledigung der Portefeuilles. Im Publikum ist man jetzt ziemlich geneigt zu glauben, Hr. v. Pfuel habe sich zur Wiedernahme bestimmen lassen. Wir sind jedoch im Stande, aufs bestimmteste zu versichern, daß dies nicht der Fall ist. Vielmehr sind verschiedene Unterhandlungen wegen Ersetzung des Hrn. v. Pfuel und des Hrn. Kisker eingeleitet. Unter Andern ist der commandirende General v. Wrangel aus Frankfurt a. d. O. zur Uebernahme des Portefeuilles im Cabinet und gleichzeitiger Leitung der Geschäfte des Kriegsdepartements hierher berufen. — Die Berathungen der hiesigen Linken mit Oppositionsmitgliedern anderer konstituirenden Versammlungen Deutschlands haben gestern Abend begonnen. Die Zahl der bis jetzt eingetroffenen Mitglieder ist nur gering. Bis gestern betrug dieselbe nicht mehr als acht. Daß Robert Blum hier sei, wie kürzlich von einem hiesigen Blatte behauptet wurde, muß auf einer Personenverwechselung beruhen.

Die Breslauer Zeitung sagt, daß sie keine zuverlässigen Nachrichten aus Wien habe, und daß sie die durch Reisende von der

Digitized by Google

schterreichischen Grenze nach Breslau gebrachten Gerüchte, von einem allgemeinen Brand in Wien wie der Eroberung der Leopoldstadt durch Windisch-Grätz ꝛc., als zu unbefümmt und unzuverlässig, der weitern Erwähnung nicht für werth halte. Die Schlesische Ztg. hat folgende Nachrichten: Die Proklamation des Fürsten Windisch-Grätz vom 23. Oct. rief in den uns nahe gelegenen Ortschaften Mährens einen Umwillen hervor, der einen Aufstand der ganzen Provinz befürchten läßt. In Teschen ist bei dem Bekanntwerden der Proklamation sofort der Landsturm aufgeboten worden; in Ostrau hat gestern die Nationalgarde neue Führer gewählt, weil die bisherigen sich weigerten, den Wienern zu Hülfe zu ziehen. Aehnliches soll man auch an andern Orten vorhaben. — Aus Krakau wird uns gemeldet, daß sich dort ein starkes Freikorps (6000 M.) gebildet habe, indeß nicht um den Wienern zu Hülfe zu ziehen, sondern um sich gegen die etwanige Besatzung der Stadt durch die Russen zu wehren. — Die Niederlage der Studenten durch Jellachich hören wir von wohlunterrichteten Reisenden bis ins Einzelnste bestätigen.

(Nachschrift.) Soeben (10 Uhr Abends) kommt der Wiener Zug; er bringt Reisende aus Lundenburg und Olmütz aus dem Windisch-Grätzischen Lager. Früher erzählen, daß die k. k. Truppen noch nicht im Besitze der Leopoldstadt und Jägerzeil (Vorstadt) seyen, auch nicht mehr in den der Tabor- und Erlaer Bahnbrücke; sie waren von letzterer zurückgedrängt und die Brücken dann abgedeckt worden. Die Truppen hatten noch die früheren Stellungen inne. Windisch-Grätz soll eine 25tündige Waffenruhe verlangt und diese von der Stadt gewährt seyn. Diese Frist ist heute abgelaufen.

Das Constitutionelle Blatt aus Böhmen theilt aus Lundenburg vom 26. Oct. mit: Am 25. Oct. gegen 10 Uhr Vormittags begann die Kanonade aufs neue, und zwar in einer sehr bedeutenden Ausdehnung, welche man dem Getöse nach von der St. Marxer bis zur Rußdorfer Linie annahm. Einige glaubten, daß Kanonendonner in der Nähe von Kaiser-Ebersdorf gehört zu haben. Des Nachmittags stieg das Feuern zu einer schauervollen Heftigkeit; der Boden erzitterte und einzelne Schüsse waren kaum mehr zu unterscheiden. Abends hörte man in Floridsdorf in der Richtung gegen die Stadt ein furchtbares verwirrtes Geschrei. Gegen den Bahnhof entstand ein großes Feuer, doch war es nicht möglich, den Ort des Unglücks näher zu bezeichnen. Um ungefähr halb 7 Uhr Abends verstummte der Kanonendonner. (D. A. Z.)

Nach Berichten aus Wien soll der am 24. Oct. an der Taborbrücke begonnene Kampf zwar später eingestellt worden sein, dagegen aber habe am 25. Oct. um 2 Uhr Mittags eine fürchterliche Kanonade wieder begonnen, über deren Beendigung und Ausgang man noch gar nichts weiß. Es hatte schon in Folge des am 24. Oct. sich entspinnenen Kampfes an fünf Stellen gebrannt, soll aber dann gelöscht worden sein. Am 25. Oct will man nun wieder ein viel größeres Feuer gesehen haben, über das man ebenfalls noch nichts Sicheres weiß. Der Kampf am 25. Oct. soll mit vieler Energie von beiden Seiten geführt worden, ein Bataillon vom Regimente Baumgarten soll fast aufgerieben sein; ebenso seien von einem Bataillon Jäger nur 150 M. zurückgekommen, doch behaupten andere Nachrichten, daß die übrigen zu den Wienern übergegangen seien. Die Leopoldstadt befindet sich nach der Aussage von Reisenden in den Händen der Truppen, sonst haben diese jedoch noch keinen Vortheil errungen. Die Ungarn stehen noch an der Leitha, und von einem Angriffe derselben ist noch nichts bekannt geworden.

Nachschrift. Der 26. Oct. soll zum allgemeinen Angriffe sämmtlicher Armeekorps bestimmt sein. Die kroatischen Truppen, bisher halb nackt, sind aus den verschiedenen Montursvorräthen equipirt worden, so daß sie den buntesten Anblick bieten. Jägeruniformen, Artilleriemonturen ꝛc. wimmeln in buntem Gemenge durcheinander, bewaffnet sind aber Alle bis an die Zähne. (D. A. Z.)

Wien, 25. Octbr. Windisch-Grätz hat das Lager bei Jedlersee verlassen. Dasselbst blieb ein Rest von 20 Cavalleristen zurück. Ein großer Theil davon scheint bei Rußdorf übergeschifft zu sein, und sich mit den Auerspergischen Truppen verbunden zu haben, denn bekanntlich hat Windisch-Grätz gegenwärtig sein Hauptquartier in Hezendorf. Die neue Schiffbrücke über die schwarze Lacke ist menschenleer. Aus allen geht hervor, daß Windisch-Grätz die Höhepunete der Umgebungen Wiens besetzt hat, wovon er dasselbe wahrscheinlich zu bombardiren versuchen wird. Dieses wird auch durch die vielen heute sichtbar gewesenen feindlichen Wachfeuer bestätigt. — Um 10 Uhr Vormittags begann heute neuerdings eine Kanonade zwischen Rußdorf, Döbling und dem Währinger Spitz. Auf dem Gebirge zwischen Grinzing und dem Kahlenberg sind mehrere feindliche Kanonen postirt, aus welchen einzelne Schüsse gefallen sind. Mit kleinen Unterbrechungen währt gegenwärtig das Kleingewehrfeuer fort. Die Veranlassung hiezu ist noch nicht bekannt geworden. (Oesterr. Z.)

Wien, 25. Oct., Abends 6 Uhr. Von halb 1 Uhr angefangen bis jetzt währt der Kanonendonner und das Kleingewehrfeuer mit wenigen Unterbrechungen bei der Rußdorfer Linie fort. Um halb 5 Uhr marschirten ein Paar Bataillone Jäger mit zwei Batterien Geschütz, mit Pulverwägen und einigen 100 M. Reiterei zu Rußdorf über den kleinen Donauarm in die Brigittenau. Vom Jägerhause daselbst gingen sie im Sturmschritt über den Damm gegen den Augarten zu. Aufgelöst entspann sich mit den unsrigen ein lebhaftes Kleingewehrfeuer, welches bis jetzt noch fortdauert. Heute Nachmittags hat ein alter Kanonier von den unsrigen mit seinem Geschütz zwei feindliche Stücke unbrauchbar gemacht. Von uns fiel Niemand, beim Feinde sind 3 Todte. Die Schanzarbeiten bei dem Weinberge sind so weit gediehen, daß sie sich mit den bei der Spinnerin am Kreuz baldigst verbinden werden. (Oesterr. Ztg.)

Wien. Nach den Mittheilungen der Oesterr. Ztg. vom 26. October hatte Pillersdorf eine confidentielle Mission bei Windisch-Grätz. Pillersdorf berichtet in der Abendsitzung des Reichstags vom 25. October über das Resultat dieser Mission. Er war in der Unterredung mit Windisch-Grätz darauf hin, daß in Wien die Ordnung nicht gestört sey, daß die Stadtwehr Rechtsgefühl ungerachtet der Ausschweifungen Einzelner nicht verläugnet habe, daß die Gesinnung gegen die Truppen keine feindselige sey, daß die Rüstungen lediglich den Vertheidigungszustand gegenüber der bedrohlichen Stellung des Militärs zum Zwecke haben; daß die Stellung des Reichstags nach dem kaiserl. Manifeste vom 19. d. M. deutlich werden müsse; daß der Reichstag berufen sey, die Exekutivgewalt zu stützen, daß zwischen Reichstag und dem Monarchen kein legaler Weg existire, außer durch ein verantwortliches Ministerium ꝛc., ferner deutete er darauf hin, daß die angeordneten und angestrebten Maßregeln unhuman, unpolitisch und unklug seyen und nicht nur die constitutionelle Freiheit des Volkes, sondern auch die Rechte des Thrones gefährden. — Auf Pillersdorfs Vorstellungen erklärte Windisch-Grätz, daß er zur Unterhandlung mit einer Commission des Reichstags geneigt wäre. — Nebenlicher Weise hatte sich der Fürst gegen Kraus und Bretzl erklärt, daß er geneigt sey, mit einer Deputation von Seiten des Reichstags auf Grundlage der in der Proklamation vom 23. October gestellten Bedingungen zu unterhandeln. Den dritten Punkt ist er geneigt dahin abzuändern, daß die Namen Deputirten weder aufgelistet seyn sollen, genannt werden. — Eine derartige Unterhandlung erklärt der Ausschuß nicht beantragen zu dürfen. — Die baldige Ankunft der Reichsdeputirte wird in Wien sehr angezeigt. — In Betreff der kaiserlichen Verfügung, die Verlegung des Reichstags nach Kremsier betreffend, beschließt der Reichstag, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in welcher dreselbe eines Besseren belehret und zur Zurücknahme des Erlasses veranlaßt werden soll. — Pillersdorf, Potocky, Fischer und Praso werden mit Ueberbringung der Adresse beauftragt.

Prag, 27. Oct. Aus Angaben eines zuverlässigen Reisenden, der gestern mit dem Eisenbahnzug von Floridsdorf hier angelangt ist, entnehme ich Folgendes: So viel ist gewiß, daß obengestern bei Abgang des Zuges von Floridsdorf an mehreren Orten in der Stadt Feuer ausgebrochen war. Da die Richtung des Windes nach der Gegend von Floridsdorf war, hörte man unaufhörliches Hurrahrufen. Ein Sturm der Kroaten soll mit beispiellosem Heldenmuthe von der Nationalgarde zurückgeschlagen sein. Ein Heldenmuth belebt Alles in Wien, der Jedem Bewunderung einflößen muß. Reisende behaupten, in einer Entfernung von hier bis zum Donnern der Kanonendonner gehört zu haben, was auf einen Angriff von Seiten der Ungarn schließen ließe. Ein Bataillon Grenadiere soll ganz aufgerieben worden sein. (D. A. Z.)

Lemberg, 20. Octbr. Heute wurde die Stadt durch ein kaiserliches Manifest in große Unruhe versetzt, und der Centralverein sah sich veranlaßt, sofort eine außerordentliche Sitzung zu halten, um den traurigen Folgen vorzubeugen, welche durch dieses Manifest dem Lande drohen. Dasselbe enthält die verhängnißvolle, aus dem jüngsten galizischen Bauernkrieg bekannte Phrase: „Habe daher keine Furcht und sei ruhig, mein treues Landvolk! wenn sich Leute finden, welche Deinen Kaiser bei Dir verleumden wollen. Bestrachte sie als die Verräther Deines Kaisers- Deines, eigenen Wohls, und hiernach richte Dein Benehmen gegen sie ein.“ (N. K.)

Ungarn.

Pesth, 21. October. In der gestrigen Nationalversammlung meldete der Präses, daß zwischen den ungarischen Truppen und denen des Banus Jellachich bereits ein kleines Vorposten-Gefecht

Digitized by Google

Statt gefunden habe; über deren Erfolg ward nichts erwähnt. Zugleich wurde dem Hause bekannt gemacht, daß Oberst Perezel in der Gegend von Kanisca 800 Createn sammt ihren Officieren gefangen genommen habe. Privatberichte berichten ausführlicher von 700 Gefangenen sammt 359 Pferden und 200 Wagen. Der Reichstags-Deputirte Maraczasy macht hierauf den Antrag, daß Oberst Perezel zum General ernannt werde. Perezel war der Gefangenwesen, der einen Aufruf zur Bildung eines Freicorps erließ. Gleich bei seinem ersten Auftritte fiel ihm ein bedeutender Pulver- und Munitions-Transport in die Hände. Seine zweite glänzende Waffenthat war die Gefangennahme des Generals Roth mit seinen 8000 Mann. Er hat also jetzt schon den treuen Erfolg erungen. (K. Z.)

Pesth, 22. Octbr. Privatbriefe aus Siebenbürgen bringen uns sehr ernste, betrübliche Nachrichten. Die sächsisch-walachischen Bevölkerung des „Hermannstädter Stuhles" hält bei Hermannstadt im Verein mit dem regulären Militär eine große Volksversammlung. Die Festung Karlsburg ist bereits mit walachischen Gränzern besetzt, und in allen ungarischen Städten Siebenbürgens regulärer Militär einquartiert. Selbst Kossuth will von einer Union mit Ungarn nichts wissen. Bekämpft werden die Losreißungs-Bestrebungen nur von den Szeklern, welche schwören daß, so lange nur ein Szekler lebe, kein walachisch-sächsischer Verrath in Siebenbürgen die Oberhand erhalten dürfte. (K. Z.)

Italien.

Die Bas. L. schreibt: „Am 25. Oct war in Luzern das Gerücht verbreitet, der Aufstand in der Lombardei sei aufs Neue ausgebrochen. Diese Nachricht wird bestätigt durch einen Brief aus Zürich, laut welchem das Postamt Chur ersucht, einstweilen keine Postsücke nach Mailand abzusenden, indem sie vorderhand in Chur liegen bleiben, da der italienische Krieg wenigstens im Bezirk Chiavenna aufs Neue losgegangen sei. Wie wurden des Gerüchtes aus Luzern nicht erwähnen, wenn uns nicht zugleich diese letztere Nachricht zugekommen wäre, doch wäre es möglich, daß die Bewegungen im Veltlin bloße Guerillasversuche wären." (In Stuttgart ist die um die fällige italienische Post ausgeblieben).

Mit dem Aufstand in der Lombardei scheint es vorläufig nicht viel auf sich zu haben. In Mailand war wenigstens, wie Briefe aus Bergamo vom 23. melden, Alles ruhig, wenn gleich in Chiavenna, das von österreichischen Truppen verlassen war, die Leute mit Teufelsoren herumgogen und die Republik proklamirten. In Mailand sollen am 23. drei Männer wegen Verleitung eines Soldaten zur Desertation standrechtlich verurtheilt und erschossen worden sein. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

* **Paris**, 27. Oct. Die Entscheidung ist erfolgt, der Präsident der Republik wird am 10. Decbr. gewählt, 887 gegen 232 Stimmen haben sich dafür ausgesprochen. Nach Dupont (de Bussac) Rede wand gestern die allgemeine Diskussion geschlossen und zu den Artikeln übergegangen. Das Amendement Larochejacquelins die Wahl am 26. November vorzunehmen, ward verworfen, eben so zwei andere Amendements, die die Wahl weiter hinausgeschoben sehen wollten, und nachdem Cavaignac noch ein Mal in beredten Worten darauf hingewiesen hatte, daß die Gefahr nicht in der Wahl liege, wie diese übrigens auch ausfallen möge, sondern in der Agitation, in den Parteiumtrieben, in den Candidaturkämpfen, der Wahl vorangingen, und daß es daher zweckmäßiger sey, diese vorbereitende Epoche sowiel als möglich abzukürzen, ward zur Abstimmung über den Art. 1 des Dekrets geschritten und derselbe in der oben angegebenen Weise angenommen. Die andern Art. des Dekrets, die nur Formfragen lösen, wurden auf heute vertagt.

Die Haltung zweier Jouenale, der Presse und des Assemblée nationale, ist heute bemerkenswerth; während fast alle Blätter sich gegen Louis Bonapartes Arrogang erheben, der glaubt, mit seinem Namen sey Alles gethan, während nur der Constitutionel schweigt, um sich immer möglich zu erhalten, nahmen die beiden ersterwähnten Blätter offen für ihn Partei, ja die Presse tritt entschieden als sein Organ auf und vertheidigt seine Candidatur. Das stille Raisonnement dieser beiden Blätter ist: Wir hassen die Republik, sie befestigt sich dennoch. — Louis Bonaparte ist doch quasi ein Prinz, seine Erinnerungen, seine Anhänger werden ihn unaufhaltsam zur Monarchie treiben und es wird der Republik ein Ende machen, — unterstützen wir ihn also, — wenn er ein Mal mit der Republik fertig geworden ist, werden wohl auch wir mit ihm fertig werden und unsere Prätendenten an seine Stelle setzen. Eben so ist auch das Raisonnement der Legitimisten und es müßten bedeutende Zwischenfälle vorkommen, wenn Louis Bonaparte von den Legitimisten, den Imperantisten, einen Theil der Socialisten, der Armee und dem ganzen Landvolke Frankreichs unterstützt, nicht die meisten Stimmen erhalten sollte. Frankreich muß auch noch dieses Experiment durchmachen; geschieht es aber so, wir wir voraussehen, so kommen dann eine neue Revolution und die soziale Republik.

Die Tagesneuigkeiten sind heute ohne alles Interesse, nur melden Berichte aus Neapel vom 14., daß ihre Differenz mit Sicilien auf dem Punkte einer friedlichen Beilegung ist und aus Florenz vom 19., daß die Ministerkrisis noch nicht beendigt und die Aufregung sehr groß ist.

† **Paris**, 27. Oct. Die gestrige Soirée Marrasts war sehr glänzend, die Gesandten von England, Nordamerika, Sardinien, Toscana, Belgien, Holland, alle Minister, die meisten Vertreter waren anwesend. Cavaignac hatte eine lange Unterredung mit Lord Normanby. Während des gestrigen Abends und während der ganzen Nacht waren übrigens alle Truppen in ihren Casernen consignirt und starke Detachements beachten in jede Caserne die Nacht unter den Waffen zu. Alle Posten waren verdoppelt, ohne daß man die Ursache dieser außergewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln kennt.

Die Journale bringen heute die Schilderung des großen Festes, das in Straßburg zur Feier der nun 200jährigen Vereinigung des Elsaßes mit Frankreich Statt fand.

Großbritannien.

London, 26. Octbr. Nach der „Times" ist in dem vorgestern abgehaltenen Cabinetsrathe der Beschluß gefaßt worden, daß die gegen die irischen Insurgenten gefällten Todesurtheile nicht zum Vollzuge kommen sollen. Gestern wurde abermals ein dreistündiger Cabinetsrath gehalten, dem jedoch der Lordstatthalter nicht beiwohnte. (K. Z.)

Rußland und Polen.

In **Stettin** war am 26. Oct. durch Reisende das Gerücht verbreitet, daß Rußland einen Friedensvertrag mit den kaukasischen Bergvölkern abgeschlossen und ihnen ihre Unabhängigkeit zugestanden habe. (D.-A.-Z.)

Digitized by Google

Lokales und Provinzielles.

△△ **Wunsiedel**, 29. Octbr. Wenn die Art und Weise des Vollzugs, welchen der Erlaß des Reichsministeriums vom 3. d. M., Erhebungen über die Vereine betreffend, von Seite einzelner Regierungen fand, in weiteren Kreisen Aufsehen erregte, so bietet die Fassung der Verfügung, welche in diesem Betreffe vom k. Landgerichte Wunsiedel jüngst an den deutsch-patriotischen Verein zu Redwitz erging, ein Beispiel merkwürdigen Geschäftsstyls oder aber einen gewichtigen Beleg, wie unkenntlich die Ausschreiben des Oberbehörden werden können, bis sie im Geschäftslaufe durch die Unterbehörden, an den Angegebenen gelangen. Diese Verfügung lautet: „Nach dem Verlangen des Reichsministeriums sollen die politischen Vereine ihre Statuten und die bisherigen Beschlüsse vorlegen, sammt der Zahl ihrer Mitglieder, auch die Vorstände kund geben. Die k. Regierung von Oberfranken hat daher befohlen, daß die diesfälligen Erklärungen der Vereinsvorstände ohne Zeitverlust zur Vorlage kommen. Deßhalb erhält der patriotische Verein zu Redwitz hiemit den Auftrag, die begehrten Notizen unverzüglich einzusenden." Hiedurch wurde nicht allein das Anstößige, welches in der Forderung der Vorlagen liegt, als ein Ausfluß des Reichsministeriums gegen dessen Richtung unmöthiget Weise mißliedigs Bedenken angeregt, sondern es wurde auch mehr verlangt, als das Reichsministerium zu wissen gewünscht hat, indem dessen Ersuchen um Mittheilungen über auffallende Vereinsbeschlüsse bis zur Zumuthung ausgedehnt wurde, daß ein seit mehren Monaten bestehender Verein seine bisherigen Beschlüsse ohne Unterschied vorlege. Das seenee Ansinnen, auch die Vorstände kund zu geben, scheint, weil es dem Ausschreiben des Reichsministeriums gänzlich fremd ist, nicht einzig statistischer Wißbegierde entsprungen zu seyn und steht einem gelegentlichen Rückfalle in die sublimen Einschüchterungsversuche gewesener Zeiten ähnlicher als einem Zeugnisse für das Vertrauensbund der Jetzzeit. Zwei Möglichkeiten nun öffnet diese Verfügung den Folgerungen. Ist dieselbe ohne besondere Wahl der Ausdrücke verabfaßt, so beweist sie, welche Erledigung das k. Landgericht selbst wichtigen Angelegenheiten, wozu die jungen und darum um so sorgsamer bewachten Vereinsrechte billig zu zählen sind, zu Theil werden läßt; ist die Beeisgung aber von Ueberlegung eingegeben, so muß sie Jenen, welchem die Zustände nicht gleichgültig sind, bestemdend erscheinen und sie veetient wegen ihrer Entstellungen allgemeinere Mißbilligung. Der deutsche Verein zu Wunsiedel hat der an ihn gelangten Verfügung die k. Landgerichts gleichen Betreffs deßhalb nicht Folge zu leisten beschlossen, weil die verlangten Vorlagen als eine Pflicht gefordert wurden.

Bekanntmachung.

Da auf das in der Ochsengasse belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Steyß und auf den Feldrainlebergang in den sog. 99 Gärten in dem ersten Licitationstermin ein annehmbares Gebot nicht gelegt wurde, so werden diese Realitäten hiemit nochmals öffentlich feilgestellt und anderweiter Bietungstermin auf

den 24. November, Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, zu diesem werden Kaufslustige unter der Bekanntmachung anburch eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypothekengesetzes §. 64. und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §. 98—101 und zwar auch alsdann erfolgt, wenn das Gebot den Schätzungswerth obiger Realitäten von 4100 fl. nicht erreicht. Eine nähere Beschreibung derselben enthält die Taxverhandlung, welche in der Registratur eingesehen werden kann, und wegen welcher auch auf die liegerichtliche Bekanntmachung vom 25. Juli h. J. (Intelligenzblatt Nr. 94, 96, und 104, d. J.) hingewiesen wird.

Bayreuth, den 10. October 1848.

K. Kreis- und Stadtgericht.

Opel.

v. n.

Landgraf.

Bayreuth, den 6. Octobrr 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das Haus des Metzgermeisters Tobias Conrad Kögler in der Jägerstraße Nr. 665 mit dazu gehörigem Nebengebäude nebst Stallung, Holzlege, Stadel, Schorgärtlin, ¾ Tagwerk theils in Feld, theils in Peunth bestehendem Gartenlande hiemit öffentlich feilgestellt.

Diese Realitäten sind auf 2385 fl. gerichtlich geschätzt, und die Gebäude sind mit 3200 fl bei der Brandassecuranz eingetragen. Auf ihnen haftet außer den gewöhnlichen Steuern jährlich 6½ kr. für einen Rauchhahn zum hirtigen Rentamte.

Bietungstermin wird auf den

5. December Vormittags 10 Uhr

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, und Kaufslustige werden unter der Bekanntmachung zu demselben eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypothekengesetzes §. 64.— und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837, §. 98—101 erfolgt, und daß ihnen die Taxationsverhandlungen auch vor dem Termine in der Registratur zur Einsicht vorgelegt werden können.

Opel.

v. n.

Landgraf.

Nordhalben, den 20. Octobrr 1848.

Vom Königlich bayerischen Landgerichte Nordhalben

werden im Wege der Execution nachbenannte, dem Bauer Joseph Reissig, genannt Dienersklang, in Birnbaum gehörige Grundbesitzungen auf Antrag eines Gläubigers am

Montag den 13. November cuer. Vormittags 10 Uhr

im Vogler'schen Wirthshause zu Birnbaum an den Meistbietenden öffentlich versteigert, als:

1) der Gutskreß, bestehend in Wohnhaus mit Scheune und Nebengebäude, Feld, Wiese und Waldung, Bes.-Nr. 1a, taxirt auf 2700 fl.,
2) eine Wiese im Leitschenbach, Bes.-Nr. 139, taxirt auf 150 fl.,
3) eine Wiese in der großen Leitsch, Bes.-Nr. 137, gewerthet auf 300 fl.,
4) ½ Tagw. Wiesen unterm Dorf, Bes.-Nr. 339, geschätzt auf 100 fl.,
5) ¾ Tagw. 49 Ruthen Holz in der Stockackerbleithen, Bes.-Nr. 340, gewerthet auf 50 fl.

Hiezu werden Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen, daß sich auswärtige oder dem Gerichte Unbekannte über ihre Zahlungsfähigkeit und Leumund durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Der Königliche Landrichter,

Mayr.

Anzeigen.

In Baumgärtner's Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und an alle solide Buchhandlungen versendet worden und zu haben in der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel:

Vollständige Anweisung

zur Jagdverwaltung und Jagdbenutzung

mit Rücksicht auf eine zweckmäßige Jagdpolizeigesetzgebung.
Ein Handbuch für Jagdbesitzer Jagdverwalter und Jagdliebhaber.

Von Dr. **W. Pfeil**, K. Preuß. Oberforstrathe, Director der K. Preuß. höhern Forstlehranstalt rc. gr. 8. br. Preis 2 fl. 15 kr.

Ferner erschien eben daselbst:

Petite Bibliothèque francaise,

ou choix des meilleurs ouvrages de la littérature moderne, à l'usage de la jeunesse, suivi d'un questionnaire, par **Mme. A. Brée**, Maitresse de conversation à l'Institut français de Leipzig.

1. **Vol.** Thérèse, ou l'enfant volé, par A. F. de Saintes, ouvrage autorisé par l'Université de France. 16. br. 18 kr.
2. **Vol.** La Vendange, ou le diable a dit non, suivi de Fleurette par Mme. Achilie Ceute. Ouvrage qui a obtenu un des prix Monthion, au concours de Septembre 1847. 16. br. 18 kr.

☞ Diese Bibliothek wird fortgesetzt und sind alle Bändchen auch einzeln zu beigesetzten Preisen zu haben.

Für Schulen!

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schönschreibübungen.

6 Hefte, **ermäßigter Preis 1—36 Heft à 4 kr.** und **36 und 66 Heft à 6 kr., 66 Heft à 8 kr.**

☞ In Folge der günstigen Aufnahme, die diese Schreibhefte allgemein finden, können wir den Preis derselben von heute an niedriger stellen, wodurch deren Einführung in den Schulen noch leichter bewerkstelligt werden kann.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung ist zu haben:

Plan von Wien und Umgegend.

12 Kr.

Die unterzeichneten Stellwagenbesitzer finden sich veranlaßt, das reisende Publikum in Kenntniß zu setzen, daß vom 1. November täglich ein Stellwagen nach Neuenmarkt, früh 10 Uhr, und nach Ankunft des Hofer und Nürnberger Bahnzuges in Neuenmarkt wieder zurück nach Bayreuth fährt. Der Fahrpreis ist a Person 30 Kreuzer. Die Fahrten nach Kulmbach bleiben wie gewöhnlich.

Bergmann. Reichel. Schuster. Groß in der Friedrichsstraße Lebermann. Koib.

Unterzeichneter bringt einem hohen Adel und geehrtem Publikum zur ergebensten Anzeige, daß er in Nr. 369, drim Herrn Bäckermeister Niedermann in der breiten Gasse, über 2 Treppen hoch wohne, bittet nun wiederholt die resp. Herren Hausbesitzer, welche Quartiere zu vermiethen haben, ihm schriftlich den Inhalt derselben anzugeben, und ersucht besonders auch Diejenigen, welche Quartiere wünschen, ihn mit dergleichen Aufträgen recht gütigst zu beehren.

Hey, Logis-Vermiether.

Im Hause Nr. 58 in der Maximilianstraße ist eine große Parthie gute Erdäpfel zu verkaufen.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen, es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

Haus Nr. 133 in der Ochsengasse ist eine Treppe hoch auf Lichtmeß ein Quartier zu vermiethen. Näheres in der Breitengasse Haus Nr. 458.

Die mittlere Etage im Hause Nr. 477 der Judengasse ist sogleich oder auf Lichtmeß zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Ein möblirtes Zimmer wird zu miethen gesucht; im Hause Nr. 182 eine Treppe hoch das Nähere.

Maximilianstraße Nr. 25 ist die obere Etage auf Lichtmeß oder auch früher zu vermiethen.

Für den armen Schullehrer sind eingegangen: 15 kr., 15 kr., 12 kr.

Im Verlage der Geh. Kammerath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis vier vom Vierzigsten 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 305.** **2. November 1848.**

R Ein aus Franken datirter Aufsatz, im heurigen Aprilhefte der Darmstädter allgemeinen Kirchenzeitung, ergeht sich in Lobeserhebungen über die Aufklärung der protestantischen Geistlichen in Bayern, und behauptet geradezu, es sey gar nicht möglich, daß die Geistlichkeit je sich selbst gegen alle Einflüsse der Zeitbildung abschließe, daß sie ganz von derselben unberührt bliebe. Die Kühnheit der Behauptung erhebt sich sogar bis zur Bestimmung eines numerischen Verhältnisses, nach welchem unter einer Anzahl von Einhundert Geistlichen kaum zehn dem altlutherischen Wortglauben oder der sogenannten Orthodoxie, ja daß die Mehrzahl unter den Räthen des Oberkonsistoriums und der Konsistorien der gemäßigt rationalistischen Richtung, das ist, der vermittelnden Auffassung der Religion huldige. — Man muß in der That über eine solche Kühnheit der Sprache staunen, da es in Bayern allgemein bekannt ist, wie die kirchlichen Oberbehörden in ihren amtlichen Decreten u. s. w. frei und ohne Scheu den Rationalismus verwerfen, alle rationalistischen Tendenzen unterdrücken, und bis auf den heutigen Tag sich noch zu keiner ernstlichen Aenderung dieses unter Abels Ministerium zur Ausbildung gekommenen Systems bequemt haben. Wir müssen vielmehr bekennen, daß sich unter den protestantischen Geistlichen in Bayern verhältnißmäßig nur Wenige finden lassen, welche bei dem bestehenden Terrorismus es wagen, sich freimüthig für den Rationalismus zu erklären, weil ihnen der schrecklichen Beispiele von der hohen Ungnade, in welche die Aufgeklärten verfallen, genug vor Augen liegen. Wäre es wahr, daß im ganzen Laute kaum zehn Theologen gegen die vermittelnde Auffassung zu Felde zögen, so wäre es erwiesen, die Judenideen dieses angeblich so kleinen Häufleins näher kennen zu lernen, damit uns dann diese schöner der imposante Anblick der aufklärenden Uebermacht gewährt werde; am allerwünschenswerthesten aber wäre es, von den kirchlichen Oberbehörden selbst einen ganz zuverlässigen Aufschluß darüber zu bekommen, ob die Mehrzahl der Kollegialräthe nicht blos im Stillen und privatim, sondern auch amtlich der rationalistischen Richtung huldige. Die Gemeinden wollen und müssen es wissen, wie sie in solchen bedeutungsvollen Punkten mit den frühern Beamten daran sind. Daß übrigens die Gemeinden dem Rationalismus ganz und gar zugethan sind, bedarf wohl keines Beweises; und daß die sie aufgeklärte, freisinnige Prediger zu besitzen wünschen, ist auch bekannt.

Deutschland.

Frankfurt, 30. Oct. (105. Sitzung der Reichsversammlung.) Auf Plathners Antrag beschließt die Versammlung, das Verlangen der badischen Regierung: ihr in Ofenburg um Mandatsniederlegung gewahlten Werner in kriminalgerichtliche Untersuchung ziehen zu dürfen, dem bereits bestehenden Untersuchungsausschusse zur Begutachtung zu überweisen. — Die Verhandlung über den Bericht des internationalen Ausschusses über einen Antrag Zimmermanns, die beim Juniaufstande gefangenen Deutschen betreffend, wird einer nächsten Tagesordnung zugewiesen. — Schaffrath interpellirt wegen der für die Freiheit kämpfenden Wiener Studenten, die von Soldaten gefangen und aufgehängt worden seyn sollen. Ferner fragt er an, ob dem Kriegsminister bekannt sey, daß die beim Frankfurter Aufstande auf die Hauptwache gebrachten Verbrechen mißhandelt worden. Demel interpellirt wegen des volksfeindlichen Heeres, das Windisch-Grätz gegen Wien geführt; Naumerk wegen des Verhaltens der Reichscommissäre in Oesterreich; Förster will das versprochene Programm des Ministeriums in Bezug auf seine auswärtige Politik. Beseler: Wegen Verpflegung der Reichstruppen, daß sie gegen sofortige Baarvergütung geliefert werden möge. Joseph Rank: Ueber die Sendung der Reichscommissäre nach Oesterreich, und über das Betreten des Reichsgebiets durch den Banus von Kroatien. Justizminister Mohl: Von einer Mißhandlung der Gefangenen sey ihm nichts bekannt worden. Ueber die Ermordung Wiener Studenten habe er Erkundigungen eingezogen, ohne daß bis jetzt von der österreichischen Regierung Antwort erfolgt sey. Den nach Wien abgesendeten Commissären sey die Instruktion gegeben worden, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Gesetze der Menschlichkeit und des Rechtes von beiden Seiten beobachtet werden. Sodann ist verfügt worden, daß, wenn die Thatsache von der Ermordung wahr sey, und noch keine Untersuchung eingeleitet worden sey, sogleich die Untersuchung und Bestrafung der Thäter eingeleitet werden soll. Reichsminister Schmerling: Bezüglich der Förster'schen Interpellation, hinsichtlich der Vorlage eines Programms, sey er kaum in der Lage eine stimmte Erklärung abzugeben, indem er kaum wisse, was mit diesem Programm gemeint sey. Hinsichtlich der auswärtigen Politik, sey es richtig, daß er ein desfallsiges Programm versprochen habe, sobald das Ministerium vervollständigt seyn würde. „Allerdings mußte auch das Ministerium in dem Augenblicke als es die Leitung der Geschäfte übernahm, sich vor Allem klar machen, was seine künftige „Aufgabe sey, was von ihm zu erstreben, zu erreichen seyn werde, „es mußte sich insbesondere klar machen, in wiefern die auswärtige Politik dem neugeschaffenen Bundesstaate gegenüber von ganz „Europa sich zu gestalten habe. Seither aber sind Monate vergangen. Was wir damals als zukünftig betrachten mußten, ist „zur Vergangenheit geworden. Nicht auf ein Programm mehr, „auf unsere Maßregeln haben wir zu verweisen. Ich berufe mich „deßhalb auf die Darstellung, die ich Ihnen heute vor 8 Tagen vortrug. Sie haben dabei von mir die Erklärung vernommen, „daß das Wirken der provisorischen Centralgewalt mit eigenthümlichen und nothwendigen Hindernissen in der auswärtigen Politik zu kämpfen haben, und daß sich diese Politik nach dem Maße kräftiger gestalten wird, je nachdem wir von dem provisorischen „Zustande heraus zu einer definitiven Gestaltung übergehen." Dessen zeigt der Minister, den Schmerling auf die Verhältnisse Deutschlands zu den auswärtigen Staaten wirft, namentlich in Bezug auf Dänemark, befriedigende Resultate. In Bezug auf Italien sey die Centralgewalt bemüht, zu einer friedlichen Beseitigung dieser Frage beizutragen. Von den Reichskommissären sey die letzte an das Ministerium gekommene Depesche aus Olmütz vom 24. Oct. Schon von Krems haben sie sich an den Minister Kraus und an Windisch-Grätz gewendet. In Olmütz sind sie von Wessenberg und dem k. Hofe auf das Zuvorkommendste empfangen worden, und ihr Vermittelungsgeschäft scheint schon deßhalb von Erfolg gewesen zu seyn, weil Windisch-Grätz seitdem in seinen feindlichen Schritten eingehalten habe. „Wir wollen die Anarchie „in Wien brennen sehen, aber nicht die Freiheit beeinträchtigt." Daß die Commissäre dahin insteuert seyen, auch der Reaktion zu wehren, erweist Schmerling durch das Verlesen von Aktenstücken. — Was die Truppenverpflegung anlange, so werde die Erledigung dieser Anfrage von den Bewilligungen des Hauses abhängen. — Auf die „dringliche" Interpellation Zahns erklärt der Minister, daß er in Bezug auf dieselbe von seinem Rechte der Nichtbeantwortung Gebrauch mache. — Auf eine Interpellation Schneers erwiedert der Handelsminister Duckwitz, daß fürs nächste Jahr eine Summe zur Errichtung eines statutenmäßigen Centralbüreaus ausgeworfen werden solle. Förster, Löwe, Rank und Naumerk sind mit den ministeriellen Antworten nicht zufrieden, und wollen den Belagerungszustand Wiens aufgehoben, Entfernung der slavischen Heere, und die Unterstützung des Wiener Reichstages durch Reichstruppen. Ihre Anträge werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. Noch einer durch Vogtherr verursachten lärmende Zwischenscene wird zur Berathung der §. 4 und 5 der Verfassung übergegangen. — Röbler hat den Zusatz beantragt, daß kein Ausländer Beamter eines deutschen Staates werden könne. Er vertheidigt das Minoritätsgutachten, nach welchem keine nichtdeutschen Truppen nach deutschen Ländern verlegt werden dürfen. — Linde kommt auf die Betrachtung österreichischen Verhältnisse zurück. Vogt vertheidigt das Minoritätsgutachten und den Antrag Röbers, den er näher beleuchtet. Die Soldatenspielerei und der Soldatenmißbrauch würde aufhören, wenn dieß angenommen würde. — Soiron verweist die Bestimmung wegen der Aufstellungen der Ausländer in die Einleitungsfassungen. Auch die Bestimmung hinsichtlich der nicht deutschen Truppen sei unnöthig, indem es eine Verwaltungsmaßregel und der Oberbefehl der Kriegsmacht künftig bei dem Reichsoberhaupt sein werde.

Digitized by Google

Für die Minderheit des Ausschusses spricht Schüler, worauf der Schluß ausgesprochen wird. Die Abstimmung des §. 6. erfolgt in der Fassung der Minderheit des Ausschusses, und nur mit einer kleinen von Rodbertus beantragten Abänderung: „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältnisse der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. Bei §. 5 verzichtet die Versammlung auf die Discussion. Er wird einstimmig angenommen und lautet: „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.“ Die Beschlußnahme über das Minderheitsgutachten zu diesem §. bleibt ausgesetzt und geht nebst den vorliegenden Mediatisirungsanträgen an den Verfassungsausschuß zurück. Ein Antrag Bogts auf Abstimmung der Gagern'schen Geschäftshandhabung wird als nicht dringlich erkannt und die Sitzung hierauf geschlossen. (Nach der Deutschen Zeitung.)

Frankfurt, 30. Oct. Herr v. Beuk ist gestern mit einem Auftrage der Centralgewalt direkt nach Olmütz zum Kaiser gereist.

Frankfurt, 30. Oct. Aus dem uns aus guter Quelle über, ist im volkswirthschaftlichen Ausschusse der Eisenzuschlag Antrag, die Zollbestimmung einiger Hauptartikel betreffend, mit großer Mehrheit angenommen, wird aber in der Paulskirche eine starke Opposition zu gewärtigen haben. (D. Z.)

München, 30. Oct. Das Ministerium hat nunmehr sämmtliche, auf die neue Strafgesetzgebung brzügliche Gesetzentwürfe, wie solche aus der Berathung der Gesetzgebungsausschüsse hervorgingen, in einem Gesetzentwurf vereinigt und diesen den Ausschüssen zur nochmaligen Revision vorgelegt.

Freiburg, 27. Oct. Der, unser ausgezeichneter Lehrer und Operateur Hofrath Dr. Strohmeyer hat einen vortheilhaften Ruf an die Universität Kiel erhalten, und wird zugleich Generalstabsarzt der schleswig-holsteinischen Truppen. (F. J.)

Aus Eisenach, 28. Oct. Gestern Nachmittag 3¼ Uhr rückten, mit Einschluß der Artillerie (6 Kanonen) 1100 Hannoveraner als Reichstruppen hier ein, um heute früh über Gotha, Erfurt weiter nach Gera zu gehen. Tausende von Menschen erwarteten stundenlang auf dem Markte die Soldaten. Diese wurden aufs freundlichste aufgenommen und gut bewirthet. Bemerkenswerth ist, daß sie die nächsten Marschrouten die Eisenbahn nicht benutzt wird.

Die Herzogin von Orleans wird nun auch den Winter in Eisenach hindringen. Sie liebt in der größten Zurückgezogenheit und widmet ihre Zeit hauptsächlich der Erziehung ihrer Kinder, deren Untericht sie theilweise selbst mit besorgt. (Dorf.)

Berlin, 29. Oct. Der „Demokratencongreß“ geht nach mehrtägiger Berathung seiner Auflösung entgegen. Die Spaltungen, deren wir schon gestern Erwähnung thaten, haben zu einem entschiedenen Bruche geführt. Ein großer Theil der Congreßmitglieder, namentlich fast sämmtliche Schlesier, der hiesige Sachsenverein, die Mecklenburger, die Halberstädter (Bürgermeister), einige pommersche Mitglieder haben ihren Austritt erklärt. Diese alle gehören zur gemäßigten Fraction, zur honneten Republik. Die äußerste Partei wird durch die Mehrzahl der hiesigen Clubs repräsentirt. Bis spät Abends dauerte die gestrige Sitzung. Ihr nächstes, vielleicht einziges Ergebniß ist eine heute Nachmittag vor den Zelten stattfindende Volksversammlung, zu deren Leitung eine Commission von 5 Mitgliedern gewählt ist. (D. A. Z.)

Thorn, 24. Oct. Eine Division Russen unter General Grabbe von circa 12,000 Mann ist 4 Meilen von hier bei Lipnow erschienen. (D. A. Z.)

Lundenburg, 26. Oct. (Nachts 11 Uhr.) Aus dem Munde einiger Eisenbahnbeamtenleute, welche den heutigen Tag über in Floridsdorf Augen- und Ohrenzeugen waren, erfahre ich folgendes: Die tapfern Wiener sind und waren noch überall Sieger. Sie unterhalten im wahrhaft mörderischen Feuer, welches selbst den Kaiserl. Offizieren das Geständniß erpreßte: „Wenn das sofort geht, so haben wir nicht Leute genug!“ Vom 5. Jägerbataillon, welches durch den Prater der Stadt sich näherte, blieben circa 150 bis 160 Mann übrig, die andern sind alle gefallen. Das Merkwürdigste ist, daß man gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr das Feuer einstellen mußte — wegen gänzlichen Mangels an Munition und von den Wienern einen Waffenstillstand verlangte, worauf jedoch diese antworteten, sie brauchen keinen Waffenstillstand, sondern wollen kämpfen, bis sich die Sache entschieden hat. Windischgrätz dachte bei der Ausdorfer Linie ohne Mühe und großen Widerstand einzudringen — doch aber hier auf einen harten Stein, uns weiß soll der ganze Schmelz von stärkten Barrikaden haben. Das Wiener Radndorf einzig und allein ist von den Militär besetzt und dies ist auch Alles, was sie bis jetzt trotz Tagen erreicht haben. Nun fehlt es ihnen gänzlich an Munition und Augenzeugen sagen aus, daß die Patronen des schweren Geschützes herhalten müssen, um den Mangel zu ersetzen. Uebrigens hört man, daß morgen den 27. ein Separattrain von Ollmütz mit Munition abgehen soll. Auch sind heute 2 Briefe an das Verpflegungsmagazin in Brünn abgegangen, wahrscheinlich um Brod, auch fehlt es an Geld und Fleisch. Das Feuer hat Abends neuerdings begonnen und man erwartet eine schreckliche Nacht. Windisch-Grätz soll fortwährend Brandraketen werfen lassen, worin wohl der Mangel an sonstiger Munition Schuld seyn mag. Feuer sieht man an verschiedenen Orten, den Tages unbedeutend, sowie aber die Nacht einbricht, übersieht sich der Himmel mit einem blutrothen Schleier. — Abgebrannt sind die große Dampfmühle an der Donau, die sogenannte Schweizerfabrik am Nordbahnhofe, das Jägerhaus gegenüber. Die braven Wiener werden nicht unterliegen; (?) denn sie kämpfen löwenmuthig und sind auf Alles gefaßt. Die Burg, die Nationalbank, das Zeughaus und die Universität, ja selbst der Stephansdom soll unvermindert seyn, um im Falle der Noth sich und das Innere hinter dem Schutte zu bergen. Jellachich hat sich zurückgezogen. Die kaiserl. Truppen werden bei Floridsdorf eine kleine Schanze aufwerfen. Als sie drei Schuß hoch war, fingen die Wiener darauf zu feuern an, so zwar, daß binnen wenigen Minuten Alles in Fetzen herumflog. Die Pionierefffizier gestehen offen, daß die Wiener sich sehr fest gesetzt haben, was sie nie glaubten.

Am 28. Oct. Vormittags in Nadendorf angekommene Reisende aus der Umgegend von Wien den 26. Oct. abgereist verstehen, daß bereits vier Vorstädte in Brand gesteckt seyen. Es wird sogar behauptet, daß die Vorstadt Jägerzeil von den Wienern angezündet worden sey. Am gestrigen Tage ist wenig, ja fast gar nicht geschossen worden. Bei Presburg kommt sich der ungarische Landsturm, um den Wienern zu Hülfe zu eilen; derselbe soll bereits 100'000 M. start seyn. Aus Krakau meldet man, daß die Russen in Galizien eingedrungen seyen. (D. A. Z.)

Nachmittags. Vier Vorstädte Wiens, nämlich Lichtenthal, Landstraße, Jägerzeil und Erdberg, brennen; am 26. Oct. wüthete das Kanonenfeuer von beiden Seiten den ganzen Tag; die Truppen sind im Besitze des Bahnhofes der Nordbahn, aber noch von keiner Vorstadt. In der Jägerzeil steht eine mächtige Barrikade mit acht Kanonen, und dort ist es zu viel Bürgerkampfe nen bedeutend. Unaufhörlich wüthet das Feuer gegen den Feind, noch fängt man an mit Pulver sparsam umzugehen. Lebensmittel sind noch auf acht Tage vorhanden; die Wasserleitung ist zwar in den Handen des Feindes, aber von ihm noch nicht zerstört. Die Todten werden in dem Glacis begraben, da die Kirchhöfe von Feinden besetzt sind. In einer Straße hat zwischen den dreifardigen und zweifarbigen ein Kampf stattgefunden, in welchem letztere überwunden wurden, nachdem von ihnen die Straße in Brand gesteckt worden. Dieses Beispiel steht indessen vereinzelt da, sonst herrscht überall die größte Eintracht. Ein Hauptmann der Nationalgarde ist gefangen worden, weil er einen Ausfall, den man gegen Ausdorf machen wollte, verrathen hatte. An Geld fehlt es nicht. Die Bank ist noch unangegriffen: 70,000 und dann 9000 Fl., die für das Militär bestimmt waren, sind der Garde in die Hände gefallen. Jellachich und Auersperg stehen südlich und Windisch-Grätz nördlich. Die polnische Legion hat im Prater bedeutende Verluste (60—70 Todte) erlitten. — In Brünn soll ein Kampf stattgefunden haben. Der Besitzer einer Waffenfabrik am Nordbahnhofe hatte von Windisch-Grätz eine halbe Compagnie Militair als Schutz seiner Fabrik gegen das Volk gefordert, was ihm auch gewährt wurde. Die Bürger, welche den Wienern Pulver senden wollten, fallen indessen das schützende Militair bis auf den letzten Mann niedergemacht und sich des Gebäudes bemächtigt haben. Auf den Stationen ist Militär bis Prerau aufgestellt. — Der Minister Kraus und Hr. v. Pillersdorf sind als Deputirte zum Kaiser abgegangen, um zu vermitteln.

An die Bewohner Wiens. Es ist mir der Antrag gestellt worden, eine friedliche Vermittelung mit der Stadt einzugehen und mit meinen Truppen nach Wien einzurücken, um die von mir vorschriebenen Bedingungen selbst in Ausführung zu bringen. Ich appellire an den Rechtlichkeitssinn eines jeden großen Theiles der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einziehen könne, in die Stadt in der nach Ausfage Aller von

Digitized by Google

bewaffneten Uebelgesinnten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen. Ich sage ob Diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungesichert nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinten, im Stande wären, Denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit den Waffen in der Hand die Stadt terrorisiren. Es ist meine Pflicht, den guten Theil der Bewohner Wiens von Dem in Kenntniß zu setzen, was seit der kurzen Zeit meines Erscheinens und vor derselben geschehen ist, da diese Vorfälle gewiß auf das höchste entstellt werden. Seit mehreren Tagen finden stete Angriffe auf meine Truppen statt, die den Befehl haben, nur im dringendsten Falle dieselben zu erwidern, was denn auch bereits an mehreren Orten geschehen ist. Die Partei, welche sie die Urheber jener unerhörten Scandthat, die den vom Kriegsminister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangenen wurde, von St. Maj. Amnestie begehrt, welche die Entfernung der Truppen, die so schändlich angegriffen wurden, verlangt, einen Antrag auf Verbannung mehrer Glieder des kaiserlichen Hauses stellte, noch vor kurzem gegen die mir von Sr. Maj. dem Kaiser verliehene Vollmacht protestirte und meine ganze Sendung als ungesetzlich erklärte — diese Partei schickt Friedensboten zu mir, um mich mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen! Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewaltmaßregeln; es ertönt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt der Monarchie feindlich auftreten zu müssen; doch ich frage nochmals die rechtlich gesinnten Bewohner derselben: ist Vermittelung in der mit angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich? Hauptquartier Hetzdorff, am 25. Oct. 1848. (Gez.) Fürst zu Windisch-Grätz. (D.-A.-Z.)

Wadowice (Galizien), 24. Octbr. An der Grenze soll ein Gefecht zwischen den Oesterreichern und den Ungarn stattgefunden haben. Bei Czaca haben die Ungaen eine Brücke geschlagen; 2 Bataillone wollten sie passiren, aber es gelang nicht, und sie wurden gegen die galizische Grenze hin gedrängt. Nach Duklia, Gymanowa, Sanaka und Krossa finden unaufhörlich Truppenmärsche statt. Die Bauern werden unter Führer in den Auen sagen des Geheimnis gegen Norden und Osten. Aus Jordanow wird gemeldet, daß dort gegen 7000 M. Militär durchgekommen sind, die nach Wien beordert waren. (D. A. Z.)

Italien.

Chur, 26. Oct. Es bestätigt sich, daß wenigstens in einem Theil der Provinzen von Como und Valtellina der Aufstand neuerdings ausgebrochen ist. 4000 Mann Veltlins haben die Galerien von Morens auf der Mailänder Route zwischen Riva und der Adda verbarrikadirt. Bereits ist es in der Nähe von Colliez zu einem Gefecht gekommen. Wo das Veltliner Thal in die Ebene gegen den Comersee ausmündet, wurde in Folge der Acclerrection eine neue sehr schöne Brücke gebaut. Diese hielten die Italiener besetzt um das Vorrücken der Oesterreicher von Colliez aus zu verhindern. Man behauptet die Brücke sei in die Luft gesprengt worden. Aus den Ortschaften Dongo und Gravedone gegenüber Colliez am rechten Seeufer ziehen die Einwohner schaarenweise den Veltlinern zu Hülfe. Auch Lecco soll aufgestanden sein. Auf dem Splügenepaß ist das österreichische Gränzamt besetzt, ganz wie nach den 5 Maßtagen. In Kleven herrschte eine gedrückte Stimmung, man hat es versucht die Ausgezogenen zurückzubringen. Die guten Klevner Hanzelsleute suchten sich aber ebenfosehr der Bewegung entgegenzusein als sie zu fördern; beides könnte, eben je nach dem höchst unsichern Erfolg, für sie von schlimmen Folgen seyn. (A. Z.)

Turin. Die seit einiger Zeit umgehende Sage von Verlängerung des Waffenstillstandes bestätigt sich.

Frankreich.

* **Paris**, 28. Octbr. Nachdem vorgestern der 1. Art. des Dekrets über die Präsidentenwahl nach einer fünftündigen lebhaften Diskussion angenommen worden war, hätte man glauben sollen, die übrigen Artikel würden nun rasch nacheinander votirt werden. Allein diese Hoffnung ward getäuscht und es scheint fast als ob die geschlagene Partei nun Alles ausbiete, um das definitive Votum dieses Dekretes so lange als möglich zu verzögern. Die gestrige Sitzung hat abermals fünf Stunden gedauert und man kam wieder nicht über den Art. 1 hinaus, zu dem eine Menge Zusatz-Amendements vorliegen. Es handelte sich vorzüglich um die Theilung der Wahlbezirke in Sektionen kleineren Umfanges, die somit jedem Wähler erlauben, wieder an der Wahl Theil zu nehmen, ohne darum eine Art von Reise nach dem Hauptorte des Wahlbezirkes machen zu müssen. Das Prinzip dieser Theilung ward angenommen, allein die Anhänger der Wahl in den Gemeinden drangen nun darauf, daß die Theilung unbeschränkt seyn solle. Mehrere Amendements, die die Theilung des Wahlbezirkes auf das Maximum von zwei, dann drei, dann fünf Sektionen beschränken wollten, wurden mit geringer Majorität verworfen, bis die Versammlung, des Kampfes müde, endlich mit eben so geringer Majorität ein Amendement annahm, welches als Maximum der Theilung vier festsetzte. Die Diskussion wird heute fortgesetzt werden.

Lamartine erklärt heute in einem an die Journale gerichteten Briefe, daß es zwar die Präsidentschaft der Republik nicht suche, daß er aber die Wahl, falls sie auf ihn fallen sollte, annehmen würde. So hätten wir denn bereits vier offen angekündigte Kandidaten: Louis Bonaparte, Cavaignac, Lamartine und Bugeaud.

Louis Napoleon ist in der gestrigen Sitzung nicht erschienen und wird, wie es heißt, bis zur Präsidentenwahl unsichtbar bleiben. Die kleinen Witz-Journale sagen, es benütze die Zeit, um indessen Französisch zu lernen. Bedenken könnte er das Wort: Republik nicht aussprechen, sagt der Charivari, und spreche es immer Republique aus. Darum habe sein Cornac, Herr Billard, auch in des Prinzen letzter Rede das Wort: Republik ganz weggestrichen. Man spricht von einem Anleihen von 500,000 Frk., das der Napoleonide bei dem Banquier J. aufzunehmen hat, um die Kosten seiner Kandidatur zu bestreiten und für das die Diamanten seiner Cousine, der Gräfin Mathilde Demidoff, als Pfand eingesetzt sind.

Die Turiner Nachrichten sind vom 24. Oct: Sie sprechen wie von einem noch unbestimmten aber viel verbreiteten Gerüchte, von zwischen Carl Albert und dem Marschall Radetzky direkt angeknüpften Friedensunterhandlungen, deren Resultat die „Unterdrückung der Freiheit Italiens seyn würde". Briefe aus Turin von gleichem Datum sagen, der Gesandte des deutschen Centralgewalt, Herr Hecksicher, habe die Beemittlung Deutschlands angeboten und leite diese Unterhandlungen als Vermittler.

Die Turiner Presse ist heute das plötzliche entschiedene Auftreten von Piemont und Presse für Louis Bonaparte durch einen Vertrag, wodurch Louis Bonaparte sich verpflichtet habe, falls er mit Girardins Unterstützung Präsident wurde, Letzteren zum Finanzminister zu machen.

Der Monteur zeigt heute an, daß gestern Herr Ricci dem General Cavaignac sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Sardinien überreicht habe. — Der Moniteur bringt auch die Ernennung des Herrn Recurt zum Präsidenten der Seine.

Wir erfahren jetzt, daß vorgestern (26.) auch das Fort von Bitenemes in Vertheidigungszustand gesetzt war, alle Truppen waren unter Waffen und die Kanoniere mit brennenden Lunten bei den Geschützen auf den Wällen. Raspail zeigt dies in einem Briefe in der Reforme an und warnt die Bevölkerung, nicht in die Schlinge zu gehen, die ihr perfide Agenten gern legen wollten.

Man kündigt die Vorlage eines Dekretes an, wodurch dem Ex-Könige Louis Philippe eine jährliche Pension von 100,000 Fr. bewilligt wird. Diese Summe wird ihm aus dem Ertrage der unter Sequester gelegten Privat-Domainen, nach ein Mal vorgenommener Liquidation, bezahlt werden. Die Ueberschuß bleibt für seine einstigen Erben in Verwahrung der Republik.

Man versicherte heute im Conservenssaale der Versammlung, daß sich bereits ein Schweif von 100 Vertretern etwa um Louis Bonaparte gebildet habe, der von der aufgehenden Sonne Stellen, Aemter u. s. w. erwarte. Gewiß ist, daß Unterhandlungen zwischen Thiers und Louis Napoleon angeknüpft sind, die jedoch noch zu keinem Resultate gesührt haben, — daher das bezeichnende Schweigen des Constitutionel über Louis Bonapaete. Auch die Bergpartei ist mit dem Napoleoniden in Unterhandlung, dagegen hat sich die Regosiation mit den Philippisten zerschlagen und die Assemblée nationale teilt schon heute entschieden gegen Louis Bonaparte auf.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Octbr. Vorgestern eröffnete der König den Reichstag Dänemarks mit folgender Rede: Dänische Männer! Zu meiner Freude und zu meinen Tränen, sehe ich mich hier zum ersten Male von den Erwählten meines treuen dänischen Volkes umgeben. Die Liebe und Einträchtlichkeit, mit welcher dasselbe meine und des Landes heilige Sache in den schweren Tagen, seit ich meines Vaters Thron bestiegen, unterstützt hat, hiegen mir, daß mit Gottes Beistand bald bessere Zeit für unsere leidenden, von Verwalt und Zwist so hart heimgesuchte Vaterland anbrechen wird. Mit einer tiefgefühlten Erkenntniß dieser Vergangenheit schreite ich jetzt dazu, mit den Erwählten des Volkes die Verfassung zu berathen, welche ich auf freiem königl. Entschluß Ihnen zugesagt

Digitized by Google

habe, durch welche des alten Dänemarks Ehre und Glück festzustellen mein Wunsch, meine Hoffnung und mein Stolz ist. Ich lasse Ihnen durch meine Minister, welchen ich den Zutritt zur Versammlung und das Recht, in derselben, wenn sie es nöthig finden, das Wort zu nehmen, vorbehalten, den Entwurf eines solchen Verfassungsgesetzes vorlegen, und traue fest auf Ihre treue und eifrige Mitwirkung, damit eine schließliche Ordnung dieser so wichtigen Angelegenheit von der gegenwärtigen, zu diesem Zwecke versammelten Reichsversammlung vollbracht werde. Sollte dies indessen nicht gelingen, so ist es doch nicht meine Absicht, die Verfassung in Kraft treten zu lassen, ohne sie nicht vorher einer neuen Reichsversammlung vorzulegen. Ich wünsche Gottes Segen Ihnen und Ihrem Wirken, damit es unserm geliebten Vaterlande zur Ehre, zum Heil und zum Glück gereiche. (D. A. Z.)

Bekanntmachung.

Da auf das in der Ochsengasse belegene Haus des Metzgermeisters Philipp Seyß und auf den Felsenkellergang in den sog. 99 Gärten in dem ersten Licitationstermin ein annehmbares Gebot nicht gelegt wurde, so werden diese Realitäten hiemit nochmals öffentlich feilgestellt und anderweiter Bietungstermin auf

den 24. November, Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, zu diesem werden Kaufslustige unter der Bekanntmachung andurch eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypotheken-Gesetzes §. 64. und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §. 98—101 und zwar auch alsdann erfolgt, wenn das Gebot den Schätzungswerth obiger Realitäten von 4100 fl. nicht erreicht. Eine nähere Beschreibung derselben enthält die Taxverhandlung, welche in der Registratur eingesehen werden kann, und wegen welcher auch auf die dießgerichtliche Bekanntmachung vom 25. Juli h. J. (Intelligenzblatt Nr. 94, 96, und 104, d. J.) hingewiesen wird.

Bayreuth, den 10. October 1848.

K. Kreis- und Stadtgericht.

Opel.

v. D.

Landgraf.

Bekanntmachung.

Auf Ansuchen des königl. Advokaten Fürchtegott zu Bamberg, werden im Wege der Hilfsvollstreckung die unten beschriebenen Grundrealitäten des Bauern Johann Pförtner zu Nedermirsberg im Wirthshause daselbst nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 am

Montag den 20. November l. Js. früh 10 Uhr

unter den an der Tagsfahrt bekannt zu machenden Bedingungen einer nochmaligen Versteigerung unterstellt, wobei ohne Rücksicht auf den Schätzungspreis der Zuschlag erfolgen wird, und das Imperat beantragt, falls ein Angebot nicht erzielt werde, ihm diese Realitäten um die Taxe hinzuschlagen.

1) R.-B.-Nr. 202, ein Gut das sogenannte Bergersgut, bestehend in einem Wohnhause, ½ Scheune, Hofraum, ½ Tagwerk Garten, ½ Tagwerk Felder, ½ Tagwerk Holz und Gemeinderecht, taxirt auf 700 fl.,

2) R.-B.-Nr. 204, ein Theil einer Söldе, unbezimmert, mit ½ Tagwerk Garten, der Banzersgarten, ½ Tagwerk Eggetten und ½ Tagwerk Wiesen, Werth 550 fl.

Ebermannstadt, den 23. October 1848.

Königliches Landgericht.

Dr. Zitler.

Anzeigen.

Für Schulen!

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schönschreibübungen.

6 Hefte, **ermäßigter Preis 1—36 Heft à 4 kr.** und **36 und 66 Heft à 6 kr., 56 Heft à 8 kr.**

☞ In Folge der günstigen Aufnahme, die diese Schreibhefte allgemein finden, können wir den Preis derselben von heute an niedriger stellen, wodurch deren Einführung in den Schulen noch leichter bewerkstelligt werden kann.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Der deutsche Pilger durch die Welt.

Ein unterhaltender und lehrreicher

Volkskalender

für alle Länder deutscher Zunge

auf das Jahr **1849.**

Herausgegeben von einer Gesellschaft von Gelehrten und Schriftstellern, mit Original-Beiträgen von

E. Bank, E. Bode, E. v. Bülow, Fr. Dingelstedt, Dr. M. Duttenhofer, K. Grumbach, M. G. Leu, J. Müller, Hauptm. A. Pack, G. Schilling, A. M. Weber, Th. Weiß und vielen Anderen,

sehr vielen Original-Holzschnitten, Musikbeilagen ꝛc. ꝛc.

Achter Jahrgang.

Zeichnung und Stich der Illustrationen von J. Nisle und Mauch. 13 Bogen gr. Lexikonformat, auf schönem weißen Velinpapier Eleg. brosch.

Preis 54 kr.

Stuttgart im October 1848.

Hallberger'sche Verlagsbuchhandlung.

☞ Durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Grau**'sche Buchhandlung, in Hof und Wunsiedel durch **G. A. Grau**, zu beziehen:

Allen Vereinen, Zeitungslesern und überhaupt Jedem, der rege Theilnahme an jetzigen polit. Verhältnissen nimmt und die vielen fremden Wörter, welche in Nationalversamml., der Umgangssprache und Zeitungen ꝛc. vorkommen; richtig auszusprechen wünscht, empfehlen wir:

12,000 Fremdwörter.

Ebensperger, die wichtigsten Fremdwörter; ihre Schreibung, Betonung ꝛc. Mit Berücksichtigung fremder Personennamen, geographischer Namen ꝛc. Ein Handbuch mit dreifachem Anhange; Erklärung der Abkürzungen, Sammlung der in Zeitungen und Büchern vorkommenden fremden Redensarten und einer Anleitung französische, italienische, spanische, englische ꝛc. Personennamen richtig auszusprechen. Lex. 8. br. Preis nur 48 kr.

J. Ludw. Schmidt's Buchhandlung in Fürth.

Einladung zur Betheiligung

an den Churhessischen und Badischen Prämien-Ziehungen, welche **am 30. November und 1. December 1848** stattfinden. Jede darin erscheinende Nummer erhält unbedingt einen der folgenden Gewinne, nämlich: 36,000 Rthlr., 8000 Rthlr., 4000 Rthlr., 2000 Rthlr., 2mal 1500 Rthlr., 2mal 1000 Rthlr., 3mal 400 Rthlr., 10mal 200 Rthlr., 20mal 120 Rthlr., 31mal 100 Rthlr., 425mal 55 Rthlr., 20mal 1000 fl., 180mal 70 fl., 500mal 42 fl.

Für beide Ziehungen zusammen kostet eine Nr. 1 fl. 30 kr. oder 2⅔ Rthlr. Pr. Cour.

Ausführliche Pläne, so wie auch s. Z. die Ziehungslisten werden jedem Theilnehmer zugesandt.

Wiederverkäufer, die sich desfalls an uns wenden wollen, erhalten angemessenen Rabatt.

J. Nachmann & Comp.,

Banquiers in Mainz am Rhein.

(Verlorenes.) Donnerstag den 26. Oct. l. Js. Nachmittags ist auf dem Wege nach dem Schlosse Fantaisie, oder im Parke daselbst, eine goldene Brosche verloren gegangen, deren redlicher Finder ersucht wird, solche gegen angemessenes Douceur bei der Expedition dieses Blattes abzugeben.

Zu den fliegenden Blättern werden einige Mitleser gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

E.-Nr. 436 in der Friedrichstraße ist in der mittlern Etage ein Quartier, bestehend aus 2 Zimmern, 2 Kabinetten, Küche, Keller nebst sonstigen häuslichen Bequemlichkeiten zu vermiethen; dasselbe kann sogleich oder zu Lichtmeß bezogen werden.

Bei Wagner Mack im Remweg ist auf Lichtmeß ein kleines Quartier zu vermiethen.

Maximilianstraße Nr. 25 ist die obere Etage auf Lichtmeß oder auch früher zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 306. 3. November 1848.

Deutschland.

*Frankfurt, 31. Oct. 106. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung. Präsident Gagern: Raumer, Schaffrath, Fallmerayer und zahlreiche Genossen derselben Partei erklären feierlich und Angesichts der deutschen Nation, daß es nicht an ihnen liege, wenn für Wien nicht energische Maßregeln ergriffen und namentlich die Kroaten nicht vom deutschen Boden entfernt worden seyen. Seit 14 Tagen hätten sie sich vergebens darum bemüht. — Fuchs berichtet für den Ausschuß über Jahns Antrag, die ganze Linke in Untersuchung zu ziehen. Der Ausschuß beantragt in Betracht der Ungehörigkeit des Antrags die motivirte Tagesordnung. Biedermann interpellirt das Reichsministerium: „Sächsischen Blättern zufolge hat das k. sächsische Ministerium ihren Ständen ein Dekret vorgelegt, worin es den Grundsatz aufstellt, daß das deutsche Verfassungswerk vor seiner Einführung in Sachsen der Begutachtung und Genehmigung der dortigen verfassungsmäßigen Gewalten zu unterstellen seyn werde. Die zweite sächsische Kammer hat diesem Dekrete ihre Zustimmung gegeben. Ebenso ist von der Regierung die Ansicht geäußert worden, daß, falls ihr gegen einen Beschluß der Nationalversammlung Bedenken beigingen, sie die Erwägung der Stände zu Rathe ziehen werde. — Da nun diese Ansichten mit dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai, dessen gleichen mit dem Gesetze vom 23. September im Widerspruche stehen, fragen die Unterzeichneten an, ob die Minister davon Kenntniß genommen haben und was sie in Folge davon zur Wahrung der Stellung der Nationalversammlung und zur Durchführung der obendezeichneten Beschlüsse zu thun gesonnen seyen? Der Reichsminister Mohl erklärt hierauf, daß es sich bereits an die sächsische Regierung gewendet und das Protokoll der betreffenden Kammersitzungen eingefordert habe, dasselbe sey noch nicht eingegangen. Nächsten Montag hoffe er, nähere Auskunft ertheilen zu können. Fischen interpellirt: welche Schritte von der Centralgewalt geschehen seyen, um die Beschlüsse der Nationalversammlung in Limburg in Vollzug zu setzen? Zur Tagesordnung übergehend erhält Moritz Mohl das Wort gegen die Fassung des Entwurfs: denn die den Einzelstaaten zugesicherte Selbstständigkeit stehe der Begründung eines Bundesstaates entgegen. Claussen fürchtet, daß die Annahme des §. die Reichsgesetzgebung in Verwicklungen mit dem Partikularismus führen würde. Die Preßgesetzgebung oder die Criminalgesetzgebung sey keineswegs den Einzelstaaten zu überlassen. Die Gesetzgebungsgewalt des Reichs müsse unbeschränkt seyn, damit in einem Einzelstaate niemals Zweifel über die Gültigkeiten entstehen könnten. Schierenberg spricht für die Erhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Mittermeier widerlegt die Bedenken, ob auch die Reichsgewalt ihren Verfügungen und Gesetzen allenthalben hin den nöthigen Nachdruck werde verleihen können durch den Hinweis auf den politischen Aeropag, den das zu errichtende Reichsgericht bilden werde. Ebenso protestirt er dagegen, daß durch das Wort „übertragen" die Vereinbarung mit den Einzelstaaten in die Verfassung eingeschmuggelt werden solle. Auf Reden's Antrag wird durch Beschluß der Mehrheit die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß die Abstimmung über §. 6 der Entscheidung über die dem Verfassungsausschusse vorliegenden Mediatisirungsanträge nicht vorgreifen soll. §. 6 wird unverändert in der Fassung des Ausschusses angenommen. Er lautet: Abschnitt I. (Das Reich) Artikel III. §. 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. Abschnitt II. (Die Reichsgewalt.) Art. I. §. 7. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. §. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten. Wigard spricht gegen Linde für diesen Entwurf, §. 7 will einstimmig angenommen, §. 8 in obiger Fassung, das heißt mit Wegfassung der Schlußworte des Entwurfs: „mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupte." §. 9 und 10 werden ohne Diskussion angenommen. Sie lauten: §. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofeene das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Die F.-Z. schreibt in ihrem amtlichen Theil: Se. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser sind seit der Uebernahme der Centralgewalt und insbesondere aus Anlaß verschiedener von dieser getroffenen Maßregeln, so zahlreiche Ergebenheits- und Zustimmungsadressen von ganzen Provinzen, Städten, Landgemeinden, Vereinen und einzelnen Personen zugegangen, daß die Beantwortung jeder einzelnen derselben nicht wohl stattfinden konnte, sondern nur für jene Zuschriften verfügt ward, wo besondere Gründe eine Erledigung nothwendig machten. Seine kaiserliche Hoheit fühlen Sich jedoch getrungen, den Einsendern dieser Adressen Ihren wärmsten Dank für die darin ausgesprochenen Gesinnungen auszudrücken, und haben das unterzeichnete Reichsministerium des Innern beauftragt, dies in Ihrem Namen öffentlich bekannt zu geben. Frankfurt, den 31. October 1848. Das Reichsministerium des Innern.

Frankfurt, 31. Octbr. Die F.-O.-Z. schreibt: Wir können die wahrscheinlich jetzt durch alle Zeitungen laufende Nachricht, daß sich durch Meinungsverschiedenheit über die österreichische Frage veranlaßt, im Reichsministerium eine Spaltung entstanden, für völlig unbegründet erklären. Das Reichsministerium ist auch in dieser Frage vollkommen einig, und daß es „das deutsche Interesse in Oesterreich nicht ohne Unterstützung von Seiten des Reiches lassen" will, geht aus den heute in der Nationalversammlung veröffentlichten Depeschen an die Reichskommissäre wohl zur Genüge hervor.

Frankfurt, 31. Oct. Herr v. Bruck ist, wie Sie bereits gemeldet, nach Olmütz abgereist. Er ist nicht von der Reichsgewalt gesandt, sondern berufen vom österreichischen Ministerium, das heißt, Herrn v. Wessenberg. Herr v. Bruck, Direktor am Lloyd in Triest, ist ein sehr gewandter Mann, der sein Verwögen und Stellung lediglich seiner eigenen Geschicklichkeit verdankt. Er ist ohne Zweifel zum Minister bestimmt. — Man vermimmt daß die Deputation angekommen ist, welche der Gemeinderath an den Erzherzog Johann abgeordnet hat. Sie schildert den Zustand in Wien als sehr ungeordnet. (D. Z.)

Frankfurt, 30. October. Die österreichischen Abg., welche für die Beschränkung auf Personalunion gestimmt haben, haben zur Rechtfertigung ihres Schrittes eine Proklamation an das österreichische Volk aufgesetzt, unddieselbe gestern schon abgeschickt. Da sie ungweifelhaft ein wichtiges Aktenstück in der Geschichte der Gegenwart bilden wird, geben wir sie hier unverkürzt wieder. Sie lautet: „Oesterreicher! Brudergruß von den deutschgesinnten Männern Euter Wahl zu Frankfurt. — Ihr habt uns nach Frankfurt gesandt, um mit den andern Männern aus Deutschlands Gauen zu schaffen das Werk neuer Größe und Freiheit von Deutschland! Ihr habt uns gesandt, daß wir zusammenfügen auf ewige Zeiten die Männer von Deutschland, die die Fürsten getrennt, in einen Bund der Völker. Ihr habt uns gesandt, die Freiheit zu gründen, die die Fürsten verjagt, die dem Volke gebührt. Wir haben gefühlt und erkannt, was das deutsche Volk bedarf, wir haben ihm Rechnung getragen frei von allem äußeren Einfluß, wir haben erkannt und gefühlt, daß wir Alle zusammengehören zum großen deutschen Volke, das berufen ist, zu seyn eines der mächtigsten der Erde. Darum haben wir jetzt in Frankfurt erklärt, daß alle

Digitized by Google

deutschen Lande Oesterreichs, dessen Prinzen Johann das deutsche Reich jüngst zum Reichsverweser sich gewählt, wie ebevor zum deutschen Reiche gehören; wir haben erklärt, daß die Freiheit deutscher Männer im Herzen von Deutschland auch werden müsse die gleiche Freiheit an den Grenzen von Deutschland, wie sie das Volk allein sich gegeben, wie sie sich stützt auf den Willen und die Kraft von fünfundvierzig Millionen. Wir haben darum erklärt, daß deutsches Wesen und deutsche Freiheit auf deutschem Boden unabhängig bleiben muß von fremdem Uebergewichte, daß nur jenes Recht und Gesetz im deutschen Oesterreich sey darf, was seine Männer als solches erkennen und erklären, und wir sagen, sowie der Deutsche keine andere Nation beherrschen will, so muß er auch frei seyn von aller Uebermacht anderer Nationen, und wie der Deutsche Niemandens Freiheit bedroht, so müssen auch sie, alle sammt, Einer für Alle und Alle für Einen einstehen mit starker Hand zum Schutze ihrer gemeinsamen Freiheit. Darum haben wir erklärt, daß die deutschen Lande von Oesterreich fortan verein einigt mit den nichtdeutschen unter unserm Kaiser, doch ihr eigenes Recht und Gesetz, ihre eigene Verfassung und Verwaltung haben sollen, ein gleiches den nichtdeutschen Ländern wünschend und gönnend. Wir haben es erklärt, in der tiefen Ueberzeugung, daß hierdurch allein der Weg gebahnt wird, auf dem alle Männer Oesterreichs ohne Eifersucht drüderlich nebeneinander gehen können, unter dem Schutze derselben konstitutionellen Kaisers und Königs, der hierdurch allein das ist, was derselbe Mann um die Männer in Oesterreich sich wieder festschlingen in der Hand des Monarchen, daß hierdurch allein zur That werde die Gleichberechtigung aller Männer vom Kaiser und den Reichstagen zu Wien und Frankfurt ebenso in Deutschland, wie im übrigen Oesterreich erkannt und unwiderruflich erklärt. — Wir haben es erklärt, in der tiefen Ueberzeugung, daß darin allein der wahre Schutz gegeben sey gegen den Kampf des Bürgers mit dem Bürger, daß darin allein wahre Bürgschaft liege für die Wiederkehr der Ordnung, für den Frieden, für den Fortschritt und dem Wohlstand in unserm schönen Oesterreich, daß darin allein liege der bleibende Schirm für die Freiheit des Einzelnen, für die Freiheit des Stammes gegen Verkümmerung oder Bedrohung durch alte Willkürherrschaft oder Stammesunterjochung! Wir thun Euch dies offen kund, ihr Männer, daß ihr wahrhaft wißt, was wir gewollt und immer wollen — die Freiheit des Mannes, die Freiheit aller Stämme, die Größe, die Macht des Vaterlands.“ Folgen die Unterschriften.

München, 30. Oct. Wir glauben, mit Bestimmtheit versichern zu können, daß der Widerstand, welchen Ministerialrath Weigand der Uebernahme des Finanzministeriums entgegengesetzt hatte, in Folge einer Audienz bei dem Könige geschwunden ist. Wir wünschen dem als streng rechtlich bekannten Manne Muth zu seiner dornenvollen Mission. (D. c. D.)

München, 31. Oct. Für den unlängst aus der Nationalversammlung ausgetretenen Advokaten **Dr. Ruhwandl** fand gestern zu Haag eine neue Wahl statt, und diese fiel mit 88 Stimmen auf den, von der ultramontanen Partei vorgeschlagenen Hofrath Buß von Freiburg. Hr. Friedrich Rohmer erhielt 14, Hr. Ministerialrath **Dr. Daxenberger** 13 Stimmen. (K. v. u. l. D.)

Nürnberg, 1. Nov. Unsere Stadt ist gestern Abend der Schauplatz, zwar nicht eines Auflaufs, aber solcher Auftritte gewesen, welche, namentlich in gegenwärtiger erregter Zeit, leicht in einen Krawall ausarten können. Den Anlaß hatte ein, bis jetzt noch nicht aufgeklärter Vorfall bei der am Nachmittag auf dem Rathhausplatze stattgefundenen Ziehung des Lotto gegeben. Hier ereignete sich nemlich das unerhörte, daß eine Nummer (17) zweimal aus dem Glücksrade hervorging. Wie Das gekommen, darüber muß erst eine anzustellende Untersuchung Aufschlüsse geben; soviel die Thatsache, daß die Nummern, wie gewöhnlich, vor der Ziehung in Gegenwart des Publikums genau von den dazu bestellten amtlichen Personen geprüft und in das Rad gezählt werden waren. Die statt der zweiten 17 fehlende Nummer (78) soll sich später auf den Fußboden unter einem Tische gefunden haben. Dieser Vorfall konnte nicht verfehlen, unter dem spiellustigen Publicum Aufregung hervorzurufen; der Verdacht eines stattgefundenen Betruges wurde innerhalb und außerhalb des Saales laut. Gegen Abend bildeten sich Gruppen vor dem (der Hauptwache gegenüber liegenden) Rathhause, welche nach und nach lebendiger wurden: es wurden einige Fenster am Rathhaus eingeworfen, von Zeit zu Zeit Hoch's auf die Lotterie, die Republik, Hecker und andere Rufe ausgebracht, in welche dann jedesmal einige Dutzend meist sehr jugendlicher Stimmen einfielen. Diese Demonstrationen dauerten einige Stunden lang fort, ohne jedoch einen ernstlichern Charakter anzunehmen. Inzwischen rückte zahlreiche Militär aus, welches den Platz zwischen dem Rathhause und der Hauptwache, dann die angrenzenden Straßen besetzte. Um 11 Uhr war die Ruhe vollkommen wieder hergestellt, und da um diese Zeit zugleich ein sehr ergiebiger Regen eintrat, so hatten die Straßen bald ihr gewöhnliches Ansehen wieder gewonnen. (K. v. u. l. D.)

Berlin, 30. October. Wie wir hören, ist das Jagdgesetz vom Königl. jetzt vollzogen. — Seit gestern soll sich Herr v. Radowitz in Potsdam befinden.

Berlin, 30. Oct. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Antrag: daß das Ministerium aufgefordert werde, zum Schutze der in Wien gesährdeten Volksfreiheiten alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel schleunigst aufzubieten, mit 181 gegen 168 Stimmen als nicht dringlich beseitigt. Sodann wurde über Art. 4 des Verfassungsentwurfs: „der Adel ist abgeschafft“ berathen. Der Entwurf der Centralabtheilung sagt dafür: Es gibt keinen besondern Adelsstand. Der Adel mußte bei der Discussion wieder manches scharfe Wort hören. So sagte Welcker: Der ganze Adel sey eine historische Lüge. Sclaven und uneheliche Kinder wurden geadelt, damit sie nur in den Dienst der Fürsten traten. Edelinge sind nichts als Geschworne, Ed ist Eid, diese Geschworne wechselten alle Jahre und waren nichts Anders als Beamte. Abg. Schneider: Der Adel sey ein eingewurzeltes Uebel, er datire aus den Zeiten des Faustrechts. Er habe die Ueberzeugung, daß nur dann, wenn der Adel mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde, die Freiheiten des Volks gedeihen können. Jüngli: Der Adel sey zum Instrument Frankreichs und, zum Absolutismus nach oben geworden. Ein Grund, daß der Adel zu so großer Macht gelangen konnte, liege in der Eitelkeit der Frauen, welche mehr auf den äußern Tand der Orden und Titel geben als die meisten Edelleute. Der Mehrzahl unter den Edelleuten erfüllte man mit Abschaffung des Adels einen längst gehegten Wunsch. Der Minister des Innern weist auf den betreffenden Beschluß der Frankfurter Versammlung hin. Das Schneidersche Amendement: „Es giebt im Staate weder Staatsunterschied noch Vorrechte. Titel mit seinen Titeln und Bezeichnungen ist abgeschafft,“ wurde mit 193 gegen 159 Stimmen verworfen. In der nächsten Sitzung wird mit der Abstimmung fortgefahren.

Berlin, 30. October. In der gestern vom demokratischen Congreß anberaumten **Volksversammlung** unter den Zelten vor dem Brandenburger Thore hatten sich einige Tausend Menschen eingefunden. Nachdem Hr. Baythoffer aus Marburg die Versammlung eröffnet und Hr. Berlepsch im Namen der Thüringer einige Worte zu dem heldenmüthigen Volke Berlins gesprochen hatte, berstattet Hr. Silbersteen aus Wien, Mitglied der akademischen Legion, Bericht. Sodann sah sodann sie Berliner auf, das Staatsoberhaupt und die Regierung um Hülfe für Wien zu ersuchen. Wien habe dem Unterdrücker der Freiheit, Jellachich, eine sieche Memme, die wohl das große Wort, aber nicht das starke Schwert zu führen wisse, mit Kanonen ein „Halt“ entgegen getonnert, und man dürfe Wien deshalb nicht im Stiche lassen. Hr. Brauswetter aus Königsberg schreibt den Thronen das Unglück Wiens zu und hofft Alles von der Republik, welche zu erreichen die Provinzen des preußischen Staats ihre Hauptstadt mit Gut und Blut unterstützen werden. Hr. Semin aus Dresden bekannt sich offen als einen Republikaner. Er hebt die Wichtigkeit des demokratischen Congresses hervor. Seiner Angabe zufolge beabsichtigt dieser die Verbesserung der Finanzen und des Soldatenstandes, Preßfreiheit und Republik, deren Glanz, Pracht und Reichthum „nicht durch das Geld des Volks, sondern durch die eignen Mittel der Republik erreicht werden sollen.“ Der Redner äußerte unter Anderm: „Er nehme nur vor Gott und vor dem Gesetze den Hut ab und höchstens, um den aristokratischen Staub herauszuklopfen.“ Die Versammlung dringt, von Hrn. Semmin aufgefordert, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ein Lebehoch aus. Einige Stimmen rufen: Die Republik soll leben! Herr Brakkow aus Schleswig-Holstein (Anführer eines Freicorps) sagt, so wenig die Erde zum Himmel werden könne, so wenig können es Fürsten mit dem Volke redlich meinen. Die Soldaten wären in Schleswig-Holstein, wie jetzt vor Wien nur als Schlachtopfer gebraucht worden, um Wohllüstlinge auf den Thronen zu stützen, das Volk aber in den Koth zu treten. Die Volkspartei müsse sich selbst consolidiren und das Scepter in die Hand nehmen, das die ehrlose Aristokratie und die gekrönten Puppen nicht mehr zu führen vermöchten. Es müsse Tag werden in Deutschland; nach der Republik, dem Paladium deutscher Freiheit, strebe der demokratische Congreß. Herein mit den Abgeordneten, die auf der linken Seite der Reichsversammlung sitzen. — Hr. Arnold Ruge sagt die Versammlung, ob sie mit einer großen Demonstration einverstanden sei, der sich außer Soldaten, Studenten und Arbeitern auch die Bürgerwehr anschließen solle und die dem Ministerium und der Nationalversammlung

Digitized by Google

beweisen müsse, daß die berliner Bevölkerung genug Sympathien für Wien hege, um mit Wien zu stehen und zu fallen; mit einer Demonstration die zugleich beweise, daß deutsche Freiheit nicht durch die Barbaren, seien dieß Kroaten, Czechen oder Russen, unterliegen werde. Nach der Bejahung dieser Frage schließt Hr. Bayrhoffer die Versammlung um 5 Uhr. — Von den fünf Rednern die gestern in der Volksversammlung unter den Zelten gesprochen, und von denen 4 geradezu die Republik und den Kampf dafür proklamirten, sind im Laufe der Nacht 3 durch die Polizei verhaftet worden; der 4. ist entflohen. — (Zwei der Verhafteten sind nach den Lithographirten Nachrichten die HH. Semmin und Silberstein. Bracklow ist flüchtig.)

Berlin, 28. Octbr. Bis zum 15. November wird die elektromagnetische telegraphische Verbindung zwischen hier und Frankfurt a. M. vollständig hergestellt seyn, so daß die Depeschen fast in unmittelbarer Zeit hierher gelangen können. Wenn einst eine Reichsverwaltung völlig organisirt ist, würden die elektromagnetischen Correspondenzen wesentlich dazu beitragen können, alle Maßregeln von Belang schleunigst und gleichzeitig in allen Theilen des Reichs zur Kenntniß und Ausführung zu bringen, und die Lage des Reichsfißes inmitten des Landes wäre dann nicht so nothwendig als es jetzt erscheint. (F. J.)

Aus Schleswig-Holstein, 25. Oct. Zweitausend Mann das 3. und 6. Bataillon unserer Landestruppen sind nach Nürnberg designirt, schon ist das dritte Bataillon in Altona und wahrscheinlich wird das 6. bald folgen, um gemeinsam mit dem 3. seine Reise ins große bairische Heerlager (!) anzutreten. — Im ärgsten Kriege könnte kein lebhafteres militärisches Leben sein, wie in dieser Zeit des Waffenstillstandes.

Breslau, 30. Oct. Heute eingegangenen Nachrichten zufolge hat Jellachich die Vorstadt Leopoldstadt und Fürst Windisch-Grätz die Vorstädte Mariahilf und Jägerzeil inne. Die Vorstädte brennen noch.

In Brünn war gestern ein Aufstand. Das Volk verlangte Organisation des Landsturms zur Hülfe Wiens. Die Ruhe ist jetzo wieder hergestellt worden. Weder Posten noch Passagiere sind aus Wien angekommen (D.A.Z.)

Die Allg. Ztg. hat ein Schreiben aus Wien vom 27. Oct. Aus der Leopoldstadt, heißt es darin, flüchte Alles nach der Stadt; Windisch-Grätz habe drei Personen bezeichnet, die er ausgeliefert haben wolle (General Bem, Pulßky und Schütte). An diesem Tage scheint der Kampf verhältnißmäßig geruht zu haben, man hörte nur selten einen Kanonenschuß.

Linz, 30. Oct. So eben ist hier die Nachricht durch Estafette eingetroffen, daß Wien nach heftigem Kampfe sich ergeben hat; die näheren Bedingnisse sind noch nicht bekannt.

Leipzig, 31. Octbr. Durch das Fahrpersonal der wiener Bahn ist nach Breslau am 29. Octbr. (4 Uhr Nachmittags) eine Abschrift folgender nach Olmütz telegraphirten Depesche angelangt: „General Weiß an den Minister v. Wessenberg in Olmütz. Gestern (am 28. Octbr.) 11. Uhr hat Feldmarschall Windisch-Grätz von allen Seiten angegriffen. Das Bataillon Schönhals, welches am Eingange der Jägerzeil die erste, mit 12 Kanonen besetzte Barricade erstürmt hatte, ist aufgerieben worden. Die Barricade wurde später von den Jägern und Grenadieren genommen. Das Militär ist bis an das Karlstheater vorgedrungen. Die Vorstädte Luisenstraße und Franz-Allee stehen in Flammen. Die Anführer der Studenten flüchten."

Aus anderweitigen zuverlässigen Nachrichten steht übrigens so viel fest, daß die Beschießung und der Angriff der Stadt am 28. Oct. Morgens bald nach 10 Uhr begonnen hatte. Ueber die derselben vorhergegangenen letzten Ereignisse gehen aus der Umgegend Wiens noch folgende Nachrichten zu: Der Fürst Windischgrätz hat die Bedenkzeit 2 Mal verlängert; die letzte Frist war am 28. Oct. Ab. abgelaufen. Man sah 2 Feuersbrünste in der Stadt oder der unmittelbaren Nähe derselben. Der Fürst hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, der der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewaltmaßregeln erwachse, verantwortlich machen. Einzelne Personen, denen es mit großer Mühe gelungen, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das bewaffnete Volk selbst in die Gasthäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme an dem Kampfe zwinge. Die Ungarn standen am 27. Oct. mit angeblich 40 bis 50,000 M. jenseit der Leitha, und über ihre Absichten herrschte vollständige Ungewißheit. Seitdem das erste Dampfschiff mit 700 Ungarn in Grund geschossen worden, ist kein weiterer Versuch von ihnen gemacht worden, der Stadt zu Hülfe zu kommen. (D.A.Z.)

Hietzing bei Wien, 29. Oct. (1 Uhr Mittags.) Diese Nacht wurden fast sämmtliche Vorstädte von den k. k. Truppen mit Sturm genommen. Der Kanonendonner sowie das Schießen hat aufgehört. Die Stadt capitulirt. (Diese Nachricht ging in Berlin am 30. Oct. Abends 9 Uhr als telegraphische Depesche vom preußischen Minister des Auswärtigen ein.)

Prag, 29. Oct. Der deutsche Verein, der die Absendung einer Deputation im Namen aller deutschen Vereine schon früher beschlossen hatte, schloß sich auf Aufforderung der Slowanska Lipa einer Deputation aus ihrer Mitte an, und heute wirken die beiden Vereine dahin, daß auch die übrigen Körperschaften Prags durch Mitglieder aus ihrer Mitte die Deputation verstärken. Sie geht heute Abend nach Olmütz ab und wird sich auch nach Wien verfügen. Sie vertaugt im Namen Böhmens: 1) Schonung Wiens, 2) Bedingungen, welche eine friedliche Beilegung der Sache möglich zu machen, 3) Beschränkung der Vollmachten von Windisch-Grätz. (D.A.Z.)

Schweiz.

Bern, 26. Octbr. Die Ruhe im Kanton Freiburg ist wieder hergestellt, d. h. die dortige Regierung ist wieder durch eidgenössische Bajonette auf ihrem Sitz befestigt worden. Der Hergang bei der letzten Insurrektion ist kurz folgender. Als der Bischof auf das ihm gestellte Ultimatum keine befriedigende Antwort gab, wurde ihm von Seiten der Regierung ein Wagen vor das Haus gefahren mit dem strengen Befehl, denselben sogleich zu besteigen und den Kanton zu verlassen; was auch geschah. Darauf entstand Bewegung und Sturmläuten in der Nacht vom 23. auf den 24. in der Gegend von Rue. Ueber 1000 Bauern nahmen den Begleitpräfekten und mehrere Großräthe gefangen und zogen die Priester mit dem Kreuze voran, gegen die Stadt. Aber Bern hatte man vorbereitet, und schon am 24. rückten Aberländer Bataillone und eine Artilleriekompagnie in den Kanton Freiburg ein. Gestern reiste Herr Oberst Ochsenbein als Abgeordneter des Vororts mit dem Standeswedel nach Freiburg, um die Ordnung herzustellen. Ein Berner Bataillon folgte ihm. Auf die Nachricht, es seien die Bauern im Anzug, baute man in Freiburg die ersten Barrikaden in der Schweiz. Die Insurgenten, als sie die ersten Truppen anrücken wurden, warfen die Waffen weg und zerstreuten sich nach allen Seiten. (D. Z.)

Ungarn.

Pesth, 24. Oct. Laut Rapport eines gestern Abends angelangten Kuriers hat sich unsere Armee bereits wieder an die ungarische Grenze zurückgezogen. (D. A. Z.)

Italien.

Nach dem Echo vom Jura wäre der Frieden in Italien geschlossen. Ein österreichischer Prinz würde König der Lombardei, die Lombardei zahlte unter Garantie von Frankreich und England eine jährliche Contribution von 25 Millionen Gulden an Oesterreich; Oesterreich stellte dagegen dem neuen König 100,000 Mann zur Verfügung; ein Theil der österreichischen Armee marschirte sogleich nach Wien. Alles das zu glauben ist aber niemand verbunden.

Frankreich.

* Paris, 29. October. Nach schweren Wehen und langen Mühen, nach einer dreitägigen Diskussion, ist endlich das Dekret über die Präsidentenwahl gestern Abend angenommen worden. Die einzige nun hinzukommene wichtige Bestimmung ist, daß der neue Präsident bei seiner Einsetzung den Eid der Treue der Constitution und der Republik zu schwören hat. Dieses Amendement von Buchez vorgeschlagen, wurde von Cremieux, der alle politischen Eide lächerlich und unwürdig findet, bekämpft, — von dem Bischofe Fayet, der wolle, der Präsident solle in der Notre-Dame Kirche schwören, vertheidigt, und endlich mit 436 gegen 281 Stimmen dahin angenommen, daß der Präsident diesen Eid in die Hände der Nationalversammlung abzulegen hat. Daß Desloncgrais Amendement, wonach die Nationalversammlung auch dem Präsidenten gegenüber die zur Beendigung der organischen Gesetze, ihre souveräne und constituirende Gewalt behält angenommen wurde, haben wir bereits gestern gemeldet und fügen nur noch hinzu, daß sich General Cavaignac entschieden für diese Beschränkung aussprach.

Die nach London gegangenen Nationalarbeiten von Paris widerlegen heute in National die von der Morning-Post gegebenen Erzählung einer Nationalgarde-Deputation, die Louis Philippe in Clarement ihre Aufwartung gemacht hätte. Die Nationalgarden können übrigens den ihnen in England gewordenen Empfang nicht genug loben.

Digitized by Google

Die Präsidentschaftsfrage dominirt fortwährend alle andern, — Louis Bonaparte hat noch immer die meiste Aussicht, gewählt zu werden. Schon drängen sich von allen Seiten die Mittelmäßigkeiten an ihn und lassen sich von ihm, für ihre Unterstützung seiner Candidatur, Portefeuille und Gesandtschaftsposten versprechen. Selbst die Gegenpartei hat ihm eine Deputation geschickt, um seine wahren Gesinnungen zu erforschen. Allein auf alle positive Fragen gab der Napoleonide ausweichende Antworten, sich immer damit entschuldigend, daß er erst zu kurze Zeit in Frankreich sey und die Menschen und die Dinge noch zu wenig kenne. Er versicherte übrigens, daß er die Steuern erleichtern, den Krieg nicht scheuen werde, um Frankreich seine natürlichen Gränzen wieder zu geben u. d. gl. Endlich mit der Frage in die Enge getrieben, ob er Hrn. Thiers zu seinem Minister machen wolle, entgegnete er nach langem Zögern, dieß sey seine Absicht nicht.

Wenn Louis Bonaparte Präsident wird, so wird ihm die Nationalversammlung entweder Cavaignac oder Thiers als Vice-Präsidenten beigeben. In diesem Falle dürfte er die Rolle von Combaerèds als erster Consul spielen, während der zweite Consul eigentlich regierte.

Großbritannien.

London, 27. Octbr. Die Gräfin Neuilly, der Herzog v. Nemours und der Prinz v. Joinville leiden an einem ziemlich ernsten Nervenübel; man glaubt jedoch nicht an unmittelbare Gefahr. Der Exkönig ist vollkommen wohl; als er neulich von einem Besuche bei der Königin Wittwe, nach Claremont zurückkuhr, ward er zu Harrow von den Zöglingen des Collegiums erkannt und mit so anhaltenden Vivats begrüßt, daß er ausßtieg und ihnen seinen Dank aussprach. (K. Z.)

London, 27. Octbr. Das „Morning Chronicle" äußert in Bezug auf die österreichischen Angelegenheiten: „Wenn es den vereinigten Heeren von Jellachich und Windischgrätz gelingen sollte, den Widerstand Ungarns zu unterdrücken, dann haben jene Führer die Aussicht, ihren Planen eine weit größere Ausdehnung zu geben, als sie es vor drei Monaten hätten erwarten können. Sie werden es vielleicht in ihrer Gewalt haben, inerm sie den Grundsatz der Nationalität bis aufs Aeußerste treiben, Oesterreich zu gleicher Zeit mit Deutschland und Rußland zu verwickeln und ganz Europa in Flammen zu setzen. Wir wollen gern das Bessere hoffen, wir können jedoch nur Mißtrauen empfinden gegen die Vorsicht und die Mäßigung von Männern, welche ihre Kräfte der Verfolgung von Zwecken gewidmet haben, mit denen Vorsicht und Mäßigung — wir bedürchten es — wenig gemein haben. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 1. Nov. Es wurden durch allerhöchstes Dekret vom 23. Oct. die Oberzollinspektorsstelle in Fürth dem Hauptzollamtsverwalter in Kitzingen Joh. Bapt. Dollhofer verliehen; durch allerhöchstes Dekret vom 25. Oct. der Forstamtsactuar in Kelheim Max Knitl zum Revierförster in Duschlberg provisorisch ernannt; der Revierförster zu Bischofsgrün Karl Heerwagen zum Forstmeister I. Klasse in Bayreuth befördert; die Funktion eines Kassiers bei der neugebildeten Ablösungskasse bei der kgl. Staatsschuldentilgungskommission dem quiescirten Specialkassier Joh. Bucher übertragen; der Dienstkontrolleur bei der Finanzrechnungskommissäre Franz Xaver Vital in Augsburg und Ferdinand Wucherer in München genehmigt; durch allerhöchstes Dekret vom 26. Oct. der Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Baptist Leimbach zu Aschaffenburg auf sein allerunterthänigstes Gesuch nach §. 22, lit. D. der Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde mit Vorbehalt seines Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes, dann unter Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen treugeleisteten Diensten in den definitiven Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

Todes-Anzeige.

Nach längerm und bitterm, jedoch geduldig und mit reinem Gottvertrauen ertragenen Leiden, umfaßte der freundliche Genius des Todes am 29. letzterlaufenen Monats, gegen 3 Uhr Abends, unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester, die hinterlassene Tochter des nun verblichenen Königl. Bayer. Forstwarts **Lorenz Georg Angerer** zu Spielberg, **Nannette** getauft, im jungfräulichen Blüthenalter von 21 Jahren, entlud sie dem tausendfachen Erdenweh, und verklärte sie zu einem blühenden Seraph.

So beneidenswerth ihr Loos auch ist, so bedauernswürdig erscheint das uns getroffene, harte und niederbeugende Verhängniß, unser großer Verlust, unser Leben ohne sie! Nur ein vertrauender Blick nach Oben kann uns trösten! Mit dieser, theilnehmenden Verwandten und Freunden gewidmeten Trauerkunde verbinen wir unsern tiefgefühlten Dank für die zahlreiche und ehrenvolle Begleitung ihrer entseelten Hülle auf den der Gottheit und Ruhe geweihten Friedhof.

Bayreuth, am 2. November 1848.

Die gesammten Hinterbliebenen.

Berichtigung.

Auf die in Nr. 303 dieses Blattes enthaltene Anfrage dient allen Freunden der Wahrheit zur Nachricht, daß in der dahier ehemahängig gewesenen polizeilichen Untersuchung wegen einer auf eigenem resp. gepachtetem Grund und Boden erlegten Rehkize der Werth derselben von einem Forstbediensteten allerdings auf 2 fl. 42 kr. angegeben, daß jedoch hiefür kein Kreuzer liquidirt wurde, und daß der schuldige Theil zum Ersatz des doppelten Werthes der Rehkize, also zur Bezahlung von 2mal 2 fl. 42 kr., nach den gesetzlichen Bestimmungen verurtheilt werden mußte.

Bayreuth, den 2. November 1848.

Der Stadt-Magistrat.

Haß. Keyßler.

Künftigen Mittwoch den 8. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, wird im hiesigen Hospitalgebäude

Eine kleine Partie Gerste,

3½ Metz Erbsen und

1 Metz Wicken

unter Vorbehalt magistratischer Genehmigung öffentlich verkauft.

Die Hospitalverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf wiederholten creditorischen Antrag wird das Gesammt-Anwesen des Thomas Bartelmann zu Schnabelwaid auf den 23. November Vormittags 10 Uhr im Pfaumischen Gasthause zu Schnabelwaid dem öffentlichen Verkaufe ausgesetzt. Der Zuschlag erfolgt ohne Rücksicht auf den Taxwerth nach §. 100 der Novelle vom 17. Novbr. 1837. Wegen Beschreibung des Anwesens wird sich auf die Bekanntmachung vom 16. August im Kreis-Intelligenzblatt Nr. 103, Bayreuther Zeitung Nr. 236 in der mittelfränkischen Zeitung Nr. 234, bezogen.

Pegnitz, am 24. October 1848.

Königl. Landgericht.

v. B.

Stenecker.

Anzeigen.

Einladung zur Betheiligung

an den Ehrenbreitstein und Badischen Prämien-Ziehungen, welche am 30. November und 1. December 1848 stattfinden. Jede darin erscheinende Nummer erhält unbedingt einen der folgenden Gewinne, nämlich: 36.000 Rthlr., 8000 Rthlr., 4000 Rthlr., 2000 Rthlr., 2mal 1500 Rthlr., 3mal 1000 Rthlr., 5mal 400 Rthlr., 10mal 200 Rthlr., 20mal 120 Rthlr., 31mal 100 Rthlr., 425mal 55 Rthlr., 20mal 100 fl., 480mal 70 fl., 500mal 42 fl.

Für beide Ziehungen zusammen

kostet eine Orig. 4 fl. 40 kr. oder 2½ Rthlr. Pr. Cour.

Ausführliche Pläne, so wie auch s. Z. die Ziehungsliste werden jedem Bestellenden zugesandt.

Wiederverkäufer, die sich deßfalls an uns wenden wollen, erhalten angemessenen Rabatt.

J. Nachmann & Comp.,

Banquiers in Mainz am Rhein.

Ein gefundenes Armband von geflochtenen Haaren, mit einem Schlangenkopf von Silber, ist in der Sonne gegen die Einrückungsgebühren in Empfang zu nehmen.

Die mittlere Etage im Hause Nr. 477 der Judengasse ist sogleich oder auf Lichtmeß zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

90 47 22 17 6

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 307.** **4. November 1848.**

Bayreuth. Die ängstliche Spannung, mit welcher seit Wochen jeder deutsche Patriot den aus Wien kommenden Nachrichten entgegen sah, ist Dank der brutalen Gewalt des Barrikadenbesiegers Windisch-Grätz und den halbdevisirten Horden des Slavenfürsten Jellachich in Entsetzen über die Gräul der bombardirten und im Sturm genommenen Kaiserstadt übergegangen. Der gute Kaiser Ferdinand, schreibt die gefühlvolle, mitleidige neue Münchenerin, hat geweint, als er den Befehl unterzeichnet, seine Hauptstadt, die erste Stadt des deutschen und österreichischen Reichs zu bombardiren, zu erstürmen, zu Grunde zu richten. Eine solche kaiserliche Thräne aber wiegt der Münchenerin und ihren Verehrern ein Meer von Volksthränen und Volksblut auf, besonders wenn sie um die Freiheit vergossen werden. Der Kaiser hat geweint — wie rührend — erst geweint und dann unterschrieben. Ob diese grauenvolle Unterschrift, die so viel Elend über Tausende brachten, ob diese rührende kaiserliche Thräne nicht hätte erspart werden können, — ob es nicht weiser, nicht menschlicher gewesen wäre, nicht zu weinen und nicht zu unterzeichnen, — danach wird nicht gefragt. Die Camarilla wollte es so, daß Wien um seiner demokratischen Gesinnung, um seiner unbezähmten Freiheitsliebe gezüchtiget und wieder gekmutet werde, der Slavismus stand ihr bei, weil die jugendlichen Wiener Helden das deutsche Schwarz-Roth-Gold dem slavischen Schwarzgelb vorzog, — und so reichten sich auf kaiserlichen Befehl die Repräsentanten dieser beiden Faktionen, Windisch-Grätz und Jellachich die Hände zur Vernichtung der widerstrebenden Hauptstadt. Sie werden Beide vereint bemüht seyn, auf den Trümmern der erst im Entstehen begriffenen constitutionellen Monarchie ein absolutes slavisches Reich zu gründen, und der russische Autocrat in Petersburg, wie der Beifall der neuen Münchenerin und Consorten wird ihnen nicht fehlen, — auch dann nicht, wenn sie nach diesem ersten Siege keinen zweiten erfechten, wenn diese von ihnen errungene Reaktion nur der erste Moment zu einer zweiten, mächtigeren und riesgreichen Revolution werden sollte, ein Gang der Ereignisse wovon die Geschichte so manche Analogien liefert, — wenn sie auch in der neuesten Begebenheit nur die schwärzesten Blätter der Römergeschichte — die Zeit und die Individualitäten eines Sulla und Marius wiederholt. — Was wird das Ende seyn? Man überzeuge diese Thatsachen nach einem andern constitutionellen Lande, z. B. England, und die Beantwortung dieser Frage wird keinen Propheten verlangen. Man denke sich nur, ein englischer Minister conspirire hinter dem Rücken und gegen den Willen des Reichstags mit einer Partei in Irland gegen die dort gesetzlich herrschende Gewalt; derselbe wolle zur Unterdrückung der letztern Regimenter abschicken und werde, weil er von der Bevölkerung der Hauptstadt daran gehindert wurde, die Stadt wider den Willen des Parlaments in Belagerungszustand erklären und sie endlich gar mit seinem Heere umzingeln und durch dasselbe erstürmen lassen! Was würde, abgesehen davon, daß man den Sur wahnsinnig halten mußte, der einen englischen Minister einer solchen Verrücktheit für fähig hielte, das Ende dieses Ministers seyn, was die Geschichte der Dynastie, die solches zugegeben? — Es war auch Kaiser Ferdinands letzte Thräne nicht, die er ob seines Befehls zur Erstürmung Wiens vergossen.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Nov. Es ist soeben eine Adresse des Posener Centralcomités an den Abgeordneten der Stadt Posen zur Ueberreichung an die Nationalversammlung gelangt, welche in demselben Sinne abgefaßt ist, wie der Manifestbericht der deutschen Bevölkerung gegen den Beschluß der Berliner Landesversammlung. Diese Adresse enthält den Antrag, die deutsche Nationalversammlung möge die Bewohner Deutschposens in ihren Rechten schützen und die Abgrenzungslinie als Reichsgrenze endlich definitiv durch die Centralgewalt feststellen lassen. — (D. Z.)

Der Allg. Ztg. wird aus Frankfurt geschrieben, Hr. Raveaux werde am 30. Oct. auf seinen Posten in der Schweiz zurückkehren und dabei des Reichsministeriums letztes Wort auf die verletzende Schweizer Note mitnehmen; „dem Worte sollen aber auch Handlungen folgen." — Ueber die Verfassungsberathung heißt es in diesen Schreiben, daß schon in etwa 8 Tagen auch die Abschnitte über das Staaten- und Volkshaus aus dem Ausschuß hervorgehen werden. Es bleibe dann nur noch der Abschnitt über das Reichsoberhaupt übrig. Was dieses betreffe, so gewinne die Idee, Preußen an die Spitze zu stellen, immer mehr Anhänger.

München, 1. Nov. In den letzten zwei Tagen haben die Gesetzgebungsausschüsse nunmehr auch über die Gesetzentwürfe in Betreff 1) der Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über den Wildviehstahl; 2) der Untersuchung und Abtheilung der Ausschlagsdeservationen und 3) der Fußändigkeit der Gerichte in Rechtsstreiten über den Ersatz des Wildschadens Gesammtbeschlüsse erzielt. Diese Entwürfe, insbesondere die beiden ersteren, wurden nur mit mehrfachen Modifikationen angenommen. Nächsten Sonnabend den 4. d. werden beide Ausschüsse ihre letzte Sitzung halten. Die kgl. Reskripte zur Auflösung der Kammer der Abgeordneten und zur Wahl einer neuen können demnach in den ersten Tagen der nächsten Woche erscheinen; der Termin zur Vornahme der Wahlen wird wahrscheinlich nicht weit gesteckt werden, da die Unterbehörden alle Vorarbeiten zu den Wahlen bereits beendet haben müssen. — An die hiesigen politischen Vereine ist wegen Vorlage ihrer Statuten, Mitgliederzahl, Beschlüsse ꝛc. noch keinerlei Aufforderung von Seite der Behörden ergangen, wie Dieß in Mittelfranken und der Pfalz geschehen ist. Die Regierung von Oberbayern scheint in richtigerer Auslegung des betreffenden Schreibens des Reichsministeriums eine solche Aufforderung als unzulässig erkannt und sich die betreffenden Notizen auf andere, gesetzlichere Weise verschafft zu haben. (K. v. u. f. D.)

München, 1. Nov. Es wurden zur Wiederbesetzung der am Handelsgerichte I. Instanz zu Nürnberg erledigten Stelle des rein technischen Assessors die drei jüngeren Assessoren dieses Gerichts Johann Georg Martin Ebermeyer, Georg Friedrich und Georg Kalb in die erste, zweite und dritte Stelle vorgerückt, und die hierdurch frei werdende vierte Stelle eines technischen Assessors aber dem Kaufmann und Actuarius Karl v. Forster in Nürnberg übertragen; durch allerhöchstes Dekret vom 27. Oct. die Kreirung eines Bahnamtes in Hof als Verwaltung- und Aufsichtsbehörde genehmigt, und zum Bahnamtsvorstande der dortige Betriebsinspector Dr. Georg Löhr bestimmt. Dann zu Assessoren dasselbe die bisherigen Assistenten Joh. Paukner in München und Franz Gerbl in Kaufbeuren provisorisch ernannt, und der Eisenbahnrechtsrat Albert Gossinger von Kulmbach nach Hof versetzt; dem Assessor und Maschinenmeister Karl Ertel bei der General-Verwaltung der Posten und Eisenbahnen unter Zufriedenheitsbezeigung mit seinen bisherigen Diensten der Titel als Obermaschinenmeister verliehen; der Zentralpost- und Eisenbahnkasse wegen Geschäftsmehrung ein Cassist in der Person des bisherigen Postcassialen III. Klasse Ignaz Rosner in München beigegeben; die Spezialfahrsstelle fahrender Posten bei dem Oberpostamte Augsburg dem Postoffizialen Max Huber in München verliehen; an Huebners Stelle der Postoffizial Eugen Elgerhausen in Augsburg versetzt, und Elgerhausens Stelle in Augsburg dem Postaccessisten und Funktionär Ferdinand Miltner in Bamberg provisorisch verliehen; weiter durch allerhöchstes Dekret vom 27. Octbr. die Spezialfahrsstelle fahrender Posten bei dem Oberpostamte Regensburg dem Postoffizialen Joseph Bauer in Regensburg verliehen; der Offizial Friedrich Tünermann vom Bahnamte München zum Oberpostamte Regensburg, der Offizial Moritz Legrand vom Bahnamte Nürnberg zu jenem in München beide auf Ansuchen versetzt. (N. M. Z.)

Der Nürnberger Kurier vom 3. November enthält eine von Dr. Aub eingesandte Erwiderung und Anfrage an die protestantischen Dekane im Oberfränkischen Landrathe, bezüglich des durch dieselben erzielten berüchtigten Beschlusses, wonach aus dem Grunde, weil der Talmud ein Gesetz habe, das dem Juden befehle, er müsse den Christen immer schaden, die Juden von der Jurysiß gestrichen worden seyn sollen. Dr. Aub bittet in dieser Erklärung die betreffenden Dekane, „das Gesetz des Talmuds wörtlich namhaft zu machen, welches dem Juden befiehlt, er müsse den Christen immer schaden", indem er davon absetzt, ob und wie weit der Talmud

Digitized by Google

überhaupt als Religionsbuch Geltung habe. Ihm sey eine solche Stelle im Talmud unbekannt und er glaubt, diese Entdeckung sey in Eisenmengers entdeckten Judenthume gemacht worden, da er wenigstens keinen prot. Dekan oder Consistorialrath (einen freisinnigen und polyhistorischen Consistorialrath hiesiger Stadt hält er für den intellectuellen Urheber des Antrags) kenne, der den Talmud nur lesen könnte, viel weniger studirt hätte.

Detmold, 26. Oct. Auf die hier verbreitete Kunde, daß man in Frankfurt jetzt ernstlich damit umgehe, das Fürstenthum Lippe zu mediatisiren und es einem großern Nachbarstaate, namentlich Hannover zuzutheilen, ist in diesen Tagen eine große Bewegung im Lande entstanden. Ueberall im Lande treten außerordentlich zahlreiche Volksversammlungen zusammen, in welchen in entschiedener kräftiger Sprache Protestationen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung berathen werden. In wenig Tagen werden aus allen Aemtern und Stadtbezirken diese Protestationen, welche von Haus zu Haus zur Unterschrift circuliren, nach Frankfurt abgehen. (W. Z.)

Berlin, 31. Oct. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung stand die Ueberschrift zu Art. 1. der Verfassung: „Vom Staatsgebiete," sowie Art. 2. auf der Tagesordnung. Zum zweiten Male verlesen, wurde sie einstimmig angenommen. Hierauf kommt ein Amendement des Abg. Riel zur namentlichen Abstimmung. Dasselbe lautet: Statt des zweiten Absatzes in Art. 4 zu setzen: „Es gibt im Staate weder einen besondern Adel-, Bürger- oder Bauernstand noch sonst Standesunterschiede oder Standesvorrechte." Demnächst hinzufügen: „Adelstitel dürfen weder verliehen noch anerkannt werden." Das Amendement wird mit 208 gegen 144 Stimmen verworfen. Dasselbe widerfährt dem Amendement des Abg. Walter: „Es gibt vor dem Gesetze keine Vorrechte der Geburt, des Ranges oder Standes." Der zweite Satz des Art. 4 (des Entwurfes der Centralabtheilung): „Es gibt im Staate weder Standesunterschiede," wird fast einstimmig angenommen. Hierauf wird von der Versammlung über das Amendement des Abg. Berends: „Der Adel ist abgeschafft," namentlich abgestimmt und dasselbe mit 200 gegen 153 Stimmen angenommen. Art. 4 lautet nun vollständig: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt im Staate weder Standesunterschied noch Standesvorrechte. Der Adel ist abgeschafft." Ein Amendement der Abgg. Borchardt und Temme: „Der Gebrauch adeliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt," wird bei namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 150 Stimmen zum Beschluß erhoben und sodann über die Einleitung der Verfassungsurkunde wiederholt abgestimmt und dieselbe fast einstimmig angenommen. Ein Amendement des Abg. Jung: „Orden, sowie Titel, die nicht blos das Amt bezeichnen, können fernerhin nicht ertheilt werden," gibt zu einer längern Debatte Veranlassung. Das Resultat ist: mit Ja haben gestimmt 196, mit Nein 140. Der erste Theil des Amendements (Orden dürfen ferner nicht ertheilt werden) ist demnach angenommen. Der zweite Theil des Jung'schen Amendements: „Titel, die nicht blos das Amt bezeichnen, können nicht mehr ertheilt werden," wird einstimmig angenommen. (D. R. u. S.)

Aus Niederschlesien, 29. Octbr. In diesem Augenblicke findet eine bedeutende Zusammenziehung von Truppen in der Gegend von Liegnitz statt. Zehn Bataillone, 4 Escadrons, 16 Geschütze stehen auf den Dörfern um Liegnitz herum. Die Infanterie bilden besonders das 5., 10. und 20. Linienregiment; die Cavalerie besteht aus Kürassiren und Husaren. Die 2 Batterien sind aus Glogau und Sagan gekommen. Der General v. Colomb, welcher in diesen Tagen Glogau passirte, scheint zum Oberbefehlshaber dieses Truppencorps von 10,000 Mann bestimmt zu sein. Natürlich erschöpft man sich in Muthmaßungen über die Bestimmung desselben. (D. A. Z.)

Die Commission, welche den Danziger Hafen in Betreff seiner Umwandlung zum Kriegshafen untersucht hat, soll denselben dem Vernehmen nach nicht so geeignet befunden als den swinemünder Hafen und sich für den letztern ausgesprochen haben.

Am 25. Oct. Abends erschien vom Studentenausschuß in Wien folgender dringender Aufruf, den wir seiner bezeichnenden Sprache willen mittheilen: „Von den 48 Stunden, die Windischgrätz der Stadt Wien zur Bedenkzeit gab, ob sie der Freiheit oder dem Corporalstocke gehorchen will, sind bereits 12 Stunden verflossen. Noch 36 Stunden und der Feind pocht an unsern Thoren, und wir werden aus den freien Bürgern wieder Sklaven des Metternichschen Systems, und dahin sind alle Früchte, die wir seit dem 13. Merz bis 6. October gepflanzt und die wir kraft unseres gesetzlichen Reichstags endlich ruhig zu genießen gedachten. Freunde, Brüder, Mitbürger! Das Vaterland und die Freiheit ist in äußerster Gefahr. Nach schweren war friedliche Verhandlungen über dem gezückten Schwerte des Kriegs: der Reichstag hat Protest gegen den Belagerungszustand eingelegt, und die deutschen Reichskommissäre Welcker und Mosle unterhandeln in Olmütz; wir dürfen einer Wendung zum Guten vertrauen, aber wir dürfen uns nicht unbedingt auf sie verlassen. Windisch-Grätz kann mit frecher Gewaltthat alle Hoffnungen der Guten zu nichte machen; und nur zu wahrscheinlich ist es — er wird es. Alle auf, auf zur Rüstung, zur Vertheidigung der Stadt, die, von Heeresmacht und Kanonen umzingelt, uns jeder Stunde über der Unsicherung ihres Schicksals schlagen geht. Kostbar ist uns jeder gegenwärtige Augenblick, denn nicht wissen wir, wem die nächste Zukunft gehört. In äußerster Schnelle muß die Stadt in ihren bedrohtesten Punkten noch verschanzt und verbarrikadirt werden, keine Hand ruhe, dem Vaterlande seine dringendste Pflicht zu leisten, die unermeßliche Stadt mit ihrer Fülle des edelsten Geistes- und Erdengütes dem zerstörende Tritte des feindlichen Krieges unzugänglich zu machen. Eilet herbei, Männer, Weiber, Kinder, erste und letzte Kraft der Jugend und des Alters, reget und rüstet euch für die Rettung der Freiheit. Wien, gib der Welt ein Beispiel von Patriotismus wie Paris, wie 48 Warschau, wie 48 Budapest! In den Tagen höchster Bedrängniß gelohnt dann haben: schwache Greise eilten herbei, zarte Kinder tummelten sich, vornehme Damen in Sammet und Seide gelleidet stiegen aus ihren Equipagen, trugen Steine, Holz und Sparrwerk herbei, arbeiteten mit Spaten und Brecheisen, und verwandelten in wenig Stunden eine offene Stadt in eine unüberwindliche Festung. Wien, Bewunderung der Welt, die du Dankadressen der halben Erdkugel für den Heldenmuth deiner Merz- und Maitage empfangen hast, auf, bleibe jetzt nicht hinter dir selber zurück, zeige der Menschheit, daß du die Freiheit eben so standhaft behaupten als sie errungen kannst. Für wenige Stunden Beständige fordert die Freiheit deiner Söhne, sie fordert sie ganz, sie fordert sie von Allem, was Leben und Athem in sich hat. „Energie, jetzt oder nie", riefen wir am heiligen Morgen des 13. Merz in der Aula, als wir ins Ständehaus zogen. Energie, jetzt oder nie! halle es auch heute wieder in jedem Herzen, das für die Freiheit schlägt, und wie der Ruf der Aula damals die Stimme von ganz Wien wurde, und wie der Gott der Weltgeschichte damals unserer Schilderhebung den gerechten Sieg gab, so stehe auch jetzt wieder ganz Wien wie ein Ein Mann auf, kämpfe, arbeite, verschanze, verbarrikadire, wache, strenge und opfere sich in den 36 wichtigsten Stunden, die uns noch übrig sind, für unsere theuern Rechte. Ein Gott ist, ein ewiger Wille lebt, der uns hält und schützt, aber vertrauen wir nicht vermessentlich auf seine Hülfe, vergessen wir nicht, daß Gott alles Große und Unsterbliche durch menschliche Hände ausführt. Hilf dir selbst, dann hilft dir der Himmel, und günstig winken dir alle seine Sterne. Alle auf, auf, die Stunde der Gefahr drängt, ganz Wien muß ein Lager seyn, und nach wenigen Stunden wird Wien ein Dom seyn, in welchem ein tausendstimmiges Te Deum laudamus zu Gott dem Befreier emporsteigt. Wir werden für Euch dinten, aber wir werden siegen, glorreich triumphiren, wenn Einer für Alle, Alle für Einen stehen, und ganz Wien Ein Mann und Ein Herz für die heilige Sache der Freiheit. Wien, im October 1848. Der Ausschuß der Studenten." (K. v. u. f. D.)

Leipzig, 1. Nov. Der Kampf um Wien ist zufolge einer nach Prag gelangten telegraphischen Nachricht zu Ende. Wien hat sich danach am 30. Oct. Nachmittags 3 Uhr unbedingt ergeben und die Truppen besetzen bereits die Stadt. Ueber den von Blut und Brand entstellten Weg, der zu diesen Ergebnisse geführt hat, erzählt eine frühere telegraphische Depesche nach Prag vom 29. Oct. 3 Uhr 40 Minuten im Style des Fürsten Windisch-Grätz: Meine tapfern Truppen sind nach 9stündigem Barricadenkampfe der Disposition gemäß in die Vorstädte Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeil eingedrungen und haben dieselben bis an die Wälle der Stadt besetzt. Es werden bereits Unterhandlungsanträge gemacht. Es bestätigt das nur die über Berlin eingegangene, gestern schon mitgetheilte Nachricht. Im Uebrigen stellen wir im Nachfolgenden zusammen, was von verschiedenen Seiten darüber mitgetheilt wird. Bei der Störung aller gewohnten directen Verbindungen läuft natürlich auch unvermeidliches dabei mit unter, und es lassen sich Gerüchte und Erzählungen von Geschehenen noch nicht trennen. Eins nur ist allen Berichten eigen: das vollständige Schweigen über die Schritte der Reichskommissäre Welcker und Mosle. Nach der vom Reichsminister v. Schmerling der Reichsversammlung am 16. Octbr. feierlich gegebenen Erklärung ist der Auftrag dieser Reichskommissäre die Ausführung dessen, was die Centralgewalt

Digitized by Google

in dieser Angelegenheit als ihre „erste hauptsächlichste Aufgabe“ ansah, nämlich zu bewirken (mit v. Schmerlings eigenen Worten im stenographischen Bericht): „daß der Bürgerkrieg, welcher sich entzündet, so bald als möglich geendigt werde und auf friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung gebracht werden mögen.“ Für die Art und Weise der Ausführung dieses Auftrags ist das Reichsministerium der deutschen Reichsversammlung, der deutschen Nation verantwortlich. Nach dem stattgehabten Blutbade, an dem nichtdeutsche Truppen notorisch Theil genommen, ein Umstand, der schon allein das deutsche Ehr- und Nationalgefühl auf das tiefste empören muß, erschallt die Frage nach Rechtfertigung jener Vorgänge überall. Gedenkt die Centralgewalt mit Kroaten und mit slawischen Grenzern die Polizei, den Landfrieden im Reichsgebiete zu handhaben? so fragt sich auch der Unbefangenste, und die Nation hat zu fordern, daß eine Antwort nicht auf sich warten lasse in Zeiten, wo täglich und stündlich die Aufforderung durch die Lüfte zittert: Deutschland erwartet, daß ein Jeder seiner Söhne seine Pflicht thue gegen das Vaterland. (D. R. Z.)

Hietzing, 29. Oct. Einer der schrecklichsten Tage war der gestrige, den seit Morgens 10 Uhr wüthete eine heftige Kanonade bis Mitternacht. Die Stadt hatte eine neue Bedenkzeit des Fürst. Windischgrätz verstießen lassen und so sah sich dieser in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das furchtb. Feuer zu eröffnen. Die Vorstädte hielten sich außerordentlich tapfer, aber der Muth des Militärs gab ihnen nichts nach. In Folge eines hitzigen Gefechts erstürmten die Truppen die Linien an verschiedenen Punkten. Besonders zeichneten sich die des Jellachic aus, welche in drei Stunden gegen 30 Barrikaden erstürmten. Abends 7 Uhr brannte es wieder an vier Stellen der Vorstädte, namentlich in der Wieden und in der Landstraße, wo ungefähr 30—40 Häuser in Flammen aufgingen. Dabei dauerte unausgesetzt das Schießen mit Kanonen und Gewehren fort, deren Aufblitzen man bei der Dunkelheit des Abends deutlich wahrnehmen und bei dieser schrecklichen Beleuchtung auch das Fegende Vorrücken der Truppen in den Straßen genau beobachten konnte. Um 11 Uhr Nachts war noch nichts entschieden, nur so viel, daß die Truppen siegend vorrückten. Die Nacht war der eigentlichen oder innern Stadt sollen gestern Abends bereits die weiße Friedensfahne aufgesteckt haben, aber die Arbeiter rissen sie wieder herab. In der Stadt hat der Commandirende der Nationalgarde, Messenhauser, wie Sie wissen, das Standrecht erklärt und Jeden mit dem Tode gedroht, der sein Haus nicht offen läßt. Nun wissen Sie auch, daß Fürst Windisch-Grätz über Jeden, der seine Thür und Fenster nicht geschlossen hält, dasselbe Schicksal verhängt hat. Diese Proklamation des Fürsten mochten die ins Lager entsendeten Deputirten der Stadt nicht mittheilen. — Sie können sich also den schrecklichen Zustand der Stadt denken, die sich buchstäblich zwischen zwei Feuern befindet. Bomben sind gestern Abend nur wenige als Schreckmittel, und zwar in die Universität geworfen worden, wogegen aber schon am Tage Granaten, Raketen und Shrapnels geschleudert wurden. Heute Morgen am 29. Oct. soll abermals eine Deputation zum Fürsten gekommen sein. Während ich dies schreibe, höre ich immer noch vereinzelt hier und da Gewehrfeuer und Kanonendonner. — In der Nacht zum 29. Oct. hörte man nur vereinzeltes Feuern; während derselben wurde das Bedürfniß der Schwarzenberg'schen Garten sowie die ganze Insel gereizt und Leopoldsberglast von den Truppen, wie es scheint ohne großen Widerstand, besetzt, so daß die Städtischen an der südlichen und östlichen Seite beinahe auf die innere Stadt beschränkt waren. Die Offiziere erklärten, der Fürst habe die Vorstädte besetzen lassen, um sie, die bei einem etwa nothwendig werdenden Bombardement, schon und bei einem Kampf nicht Theil nehmen wollten, eine Zufluchtsstätte anweisen zu können. — Am Morgen des 29. Oct. hatte man Parlamentaire auf drei Wegen aus der Stadt nach dem Hauptquartier kommen sehen und wollte wissen, daß dieselben noch von da dem Fürsten Windisch-Grätz nachgeeilte seien, welcher auf einer Recognoscirung gegen die Ungarn abwesend war. Ueber das Resultat war noch nichts bekannt. Erzählt wurde, General Bem und die Studenten hätten erklärt, sie würden sich bis auf den letzten Mann vertheidigen. — Die Ungarn hielten sich fortwährend ruhig; sie waren während der Kämpfe in die Nähe der Stadt gerückt, sollen sich aber wieder nach Bruck zurückgezogen haben. Einen Angriff hatten sie jedenfalls nicht gemacht; obgleich eine große, aus der Stadt aufsteigende Rauchsäule als ein Hülferuf angesehen wurde. — Um 2½ Uhr. Bei Abgang der letzten Nachricht hörte man wieder Kanonendonner. (D. A. Z.)

Baden bei Wien, 27. Oct. Der Fürst bewilligte Verlängerung des Termins bis gestern um 10 Uhr Vormittags, eine Art Waffenstillstands. Um so überraschender war um 7 Uhr früh der Beginn einer Kanonade, welche bis Abends 7½ Uhr ununterbrochen fortdauerte. Die Wiener machten mehrere Ausfälle, welche zwar sämmtlich zurückgeschlagen wurden, aber sie entwickelten eine Todesverachtung die der besten Sache würdig gewesen wäre, und beiderseits sind eine bedeutende Anzahl. Man schätzt den Verlust der Wiener auf 600, des Militär auf 300. Windisch-Grätz ließ keinen Schuß auf die Stadt abfeuern, das ganze fürchterliche Feuer beschränkte sich auf die Ausfälle und die Barrikaden. Die Wiener verschwendeten das Pulver, indem die Kanonen auf den Linienwällen selbst auf einzelne Patrouillen abgefeuert wurden, natürlich ohne besonderen Schaden anzurichten. Das Militär seinerseits benützte jede Gelegenheit die Wiener Kanonen zu demontiren. Bei den Ausfällen selbst wich das Militär jedesmal scheinbar zurück, um die Wiener ins Freie zu locken wo sie dann ins Kreuzfeuer genommen wurden. Die Wiener mußten ausgezeichnete Offiziere haben; man vermuthet es sei eine große Anzahl Polen bei ihnen. Abends 6 Uhr entstand an drei Orten ein bedeutender Brand. Man vermuthet, daß die hölzernen Hütten am Prater einerseits, auf der entgegengesetzten Seite in der Brigittenau das Coleseum abgebrannt sei, ein großes hölzernes Gebäude für verschiedene Spektakel. — Unweit der Linie befindet sich der große Friedhof, mit Mauern umgeben, in dem unter andern die Opfer der Märztage ruhen. Diesen Kirchhof hatten die Garden besetzt, und von den Kanonen der Linienwälle. Auf der Schnelz fand das Militär, dessen ausgezeichnete Schwäche die Garden zu einem Ausfall vermocht zu haben scheint. (Nach einer andern Erzählung mußte das Militär den Kirchhof nehmen um die Cernirung vollenden zu können). Die Garden hielten sich aber so tapfer, daß sie einen Sturm zurückschlugen nachdem die Artillerie die Mauer eingeworfen hatte. Nun rückten Grenadiere vor und nahmen den Kirchhof mit Sturm. Haufenweise sollen die Todten in demselben liegen, zumeist Garden. Die Garden zogen nun in vollkommenen geordneten Massen Schritt für Schritt sich gegen das Lerchenfeld zurück, durch das Geschütz von den Wällen so gedeckt, daß das Militär innehalten mußte. Auf der Höhe der Schmelz stand aber eine Polizeimusikbande, welche die jenseitige bald zum Schweigen brachte, und Militär nahm den Orden in die Flanke. Nach einem mörderischen Kampfe, wobei Haus für Haus genommen werden mußte, wurden die Garden auch hier geworfen Das Gefecht auf der Schmelz dauerte volle zwei Stunden, ein Beweis für die Hartnäckigkeit des Kampfes. (A. Z.)

Prag, 30. Oct. Wir erfahren, daß der Kampf in der Vorstadt Leopold sehr hartnäckig war, daß man eine zwei Stock hohe Barrikade nur durch Demolirung der angrenzenden Häuser nehmen konnte. Die preßten Ungarn ließen zwar neuerdings nach Wien berichten, daß man, wenn sich Wien nach 48 Stunden halte, ihnen an der Spitze der ungarischen Armee zu Hülfe komme, allein die Wiener wissen aus Erfahrung solche leere Versprechen gehörig zu würdigen. Aber sie haben einen andern Bundesgenossen der im Lager des Fürsten Windisch-Grätz schreckliche Verheerungen anrichtet, die heftig wüthende Cholerine.

Lemberg, 26. Oct. Die ungarischen Soldaten, deren Kasernen noch bis jetzt mit Kanonen umgeben sind, entflehen einzeln. In der Stadt herrscht große Aufregung, was möglicherweise dazu benutzt werden wird, um die Russen ins Land zu bringen. Dwernicki soll an der Spitze von 8000 M. Soldaten, die zum größten Theil aus der österreichischen Armee desertirt sind, den Ungarn zu Hülfe geeilt.

Krakau, 29. Oct. Das Manifest, in welchem sich der Kaiser veranlaßt findet, den Reichstag bis zum 15. Nov. zu vertagen, und dann denselben in der Stadt Kremsier zusammenzuberufen, hat eine furchtbare Aufregung hervorgerufen, überall bilden sich Gruppen, die laut und heftig sich tadelnd aussprechen und es läßt sich fast mit Gewißheit voraussagen, daß die Nachwirkung auf die Provinzen für die gesetzliche Ordnung eben nicht besonders günstig ausfallen wird. Auch das heftige Militair, auf das man eben durch die Veröffentlichung der Wiener Nachrichten zu wirken suchte, soll von polnischen Emigranten bearbeitet werden, und es ist also Wachsamkeit nöthig, um in den Provinzen kein, in der Hauptstadt noch nicht geschlichtete Conflikte heraufzubeschwören.

Ungarn.

Pesth, 28. Oct. Der kaiserl. General Simonich, welcher früher aus Galizien in das saroser Comitat eingebrochen, von dort aber schleunigst zurückgeschlagen war, ist jetzt mit verstärkter Macht in das trentschiner Comitat eingefallen und hat die Ortschaft Csaza besetzt. Die Zahl seiner Truppen wird auf 4000 Mann geschätzt. — Aus Munkacs wird gemeldet, daß das dortige, in strategischer Beziehung übrigens unbedeutende Fort wieder von

Digitized by Google

kaiserl. Militär besetzt worden. Die überaus wichtige komorner Festung, welche in ungarischen Händen sich befindet, ist bereits vollständig verproviantirt. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 30. October. Die gestrigen Revuen der mobilen Garde (durch Cavaignac) und der Nationalgarde (4 Legionen) durch Changarnier, sind sehr glänzend ausgefallen, auch die demokratischen Bankette vor den Barrieren giengen ohne Störung vorüber. Paris nimmt an den Sonntagen immer mehr sein altes festtägliches Aussehen an, Vergnügungsörter und Theater sind überfüllt und die Boulevards und Spaziergänge wieder reich an glänzenden Equipagen und Toiletten.

Die Departements-Journale sprechen sich bis jetzt entschiedener gegen die Candidatur Luis Napoleons aus, als man erwartet hatte, — bis jetzt wird er nur von einigen legitimistischen und reactionären Journalen unterstützt. Hier in Paris haben sich nur zwei Journale für ihn offen erklärt: Girardins Presse und Victor Hugos: Evenement. Der Constitutionel behartt noch immer auf seinem Schweigen, ein Beweis, daß die Unterhandlungen mit Thiers noch nicht zu Ende sind. Louis Bonaparte, der in einem Hotel gaeni wohnt, hat außer einem Anlehen von 500,000 Frs. auch noch eine andere Negotiation abgeschlossen, — nämlich die der Miethe eines prächtigen Hotels der, Champs elysees, mit Möbeln, Silbergeug und Porzellain, der nöthigen Dienerschaft, Equipagen und Pferde, indem er dis Neujahr seinen Hof halten und durch glänzende Feste dem Pariser Handel und der Luxus-Industrie einen Vorgeschmack von dem geben will, was sie unter seiner Regierung zu erwarten haben. Dieses Hotel gehört einem reichen Banquier und dieser verlangt für die zwei Monate Miethe, während welcher Zeit er alles Erforderliche stellt, die Kleinigkeit von 300,000 Frs. — Cavaignacs Candidatur wird von den Journalen noch wenig unterstützt, aber auch wenig bekämpft, nur streuen einige kleine Provinz-Journale das Gerücht aus: Cavaignac habe sich an Louis Philippe verkauft, er werde, so wie er Präsident geworden sey, sogleich den Grafen von Paris als König proklamiren, selbst aber die Herzogin von Orleans und seinen Sohn während der Minderjährigkeit Louis Philippe II. Regent seyn. — Raspail hat von Buxenens an Ledru-Rollin geschrieben, daß er auf die Candidatur der Präsidentschaft Verzicht leiste und seine Anhänger auffordere ihre Stimmen auf Ledru-Rollin zu übertragen. Dieser Brief wird mit Ledru-Rollins Candidatur-Programm veröffentlicht werden und so wird Ledru-Rollin der einzige Candidat der demokratischen und sozialen Parthei seyn: Die Candidatur Molés hat wenig oder keine Aussicht.

Die Verfassungs-Kommission hat gestern die letzte Revision der Verfassung beendigt und wird ihre Arbeit heute der Nationalversammlung vorlegen. Wahrscheinlich wird die Constitution morgen noch einmal vorgelesen und dann im Ganzen votirt werden. Eine große Anzahl von Vertretern wollen noch einmal das Amendement vorschlagen, wonach alle Mitglieder von Familien, die einmal in Frankreich regiert haben, von der Präsidentschaft ausgeschlossen sind.

Der 7te Transport der Colonisten für Algier ist gestern abgegangen, — die Transporte folgen sich regelmäßig von drei zu drei Tagen und zwei davon sind bereits in Marseille angelangt, sogleich nach Algier eingeschifft worden. Der Gesundheitszustand der Colonisten auf dieser 10tägigen Fluß- und Canalreise bis Marseille ist höchst befriedigend.

Die Turiner Journale sind vom 26. — Sie sind fast alle ungehalten über die friedliche Tendenz der Regierung, — die beiden Depeschen Basilides in denen die Intervention Frankreichs eine Ehrenschuld genannt wird, die die Republik stets bereit sey abzutragen, und die der Minister in der Sitzung des 24. der Kammer mittheilte, machen großes Aufsehen. Von den Friedensunterhandlungen mit Radetzky ist es wieder stille geworden. — Die Madrider Nachrichten vom 25. sind ohne alles Interesse.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 30. October.) An der Tagesordnung ist die Diskussion des rectifizirten Budgets für 1848. Der neue Finanzminister Trouves-Chauvel nimmt die Nachricht der Versammlung in Anspruch, da er noch ganz neu sey und sich nur oberflächlich orientiren konnte. Trouves-Chauvel liest nun ein langes Program seiner Führung der Finanzen vor, welches jedoch durch das schwache Organ des Ministers fast ungehört vorüberzieht. — Die Ausgaben des Budgets belaufen sich dieses Jahr auf 1,798,460,879 Franks, die Einnahmen betragen dagegen nur 1,487,124,818 Frs.

Großbritannien.

London, 28. Oct. Die Königin wird am Dienstag zu Windsor Geheimrathssitzung halten. Lord Clarendon hatte gestern eine Conferenz mit dem Minister des Innern. — Der „Globe" will wissen, daß die Regierung bezüglich der Umwandlung des Todesurtheils gegen S. O'Brien und Consorten, obgleich dieselbe nicht zweifelhaft sei, noch keinen Beschluß gefaßt habe und auch nicht fassen werde, so lange über den Antrag auf Umstossung des Urtheils wegen Formfehlers noch nicht entschieden sei. In der nämlichen Nummer des „Globe" jedoch wird unter der Rubrik Irland gemeldet, das den Staatsgefangenen zu Clonmel amtlich eröffnet worden sei, die Königin habe die vom Gericht über sie verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Transportation umgewandelt. — Zu Belfast sind eilf der vierzehn bisher dort eingekerkerten politischen Gefangenen in Folge Geheimrathsbeschlusses gegen Bürgschaftsstellung für künftiges gutes Verhalten freigelassen worden. Nur drei des Hochverraths angeklagte Verhaftete, O'Higgins, Meany und Brennan, sämmtlich Präsidenten von aufrührischen Clubs, sitzen noch im Kerker; Meany war Herausgeber der „Tribune" und Brennan einer der Redakteure des „Felon." Ihre Aburtheilung wird erst vor den nächsten Assisen Statt finden.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Oct. In der gestrigen Versammlung des Reichstags meldete, nach der Wahl des Alterspräsidenten, der Präsident eine Interpellation des Hrn. Nyholm an den Minister des Auswärtigen über die schleswigsche Angelegenheit an. Hr. Nyholm: Die letzten Nachrichten aus Schleswig und namentlich die unerwartete Ankunft der Commissäre Reedz und Stedmann, haben allgemeine Unruhe und Bekümmerniß erweckt. Er wende sich darum an den Minister des Auswärtigen um Aufklärungen, soweit solche mitgetheilt werden könnten, im voraus dankend für die ausgesprochene Bereitwilligkeit. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Knuth, erwiderte: er habe bereits gestern die Bereitwilligkeit der Regierung zu solchen Aufklärungen erklärt, wenn man nur wisse, welcher Aufklärung die verlangten Aufklärungen seyen. Es liege nämlich in der Natur der Sache, daß, je öfter gerade bei Sachen von großer spannender Wichtigkeit die Reichsversammlung Aufklärung wünsche, die Regierung sie am wenigsten geben könne. Das sey nun auch gerade der Fall mit der vorliegenden Frage. Die Regierung habe bereits durch öffentliche Blätter vorläufige Nachrichten gegeben und werde das Ausführlichere folgen lassen. Alles, was er jetzt mittheilen könne, sey, daß, da die neue Regierungsformation briefweise ihre Competenz überschritten, Kammerherr Reedz sich sogleich bestimmt habe, Schleswig zu verlassen, worauf er vollkommen recht gethan und Einheit zwischen seiner Regierung Auftreten herbeigeführt habe. Der Minister sah es dabei als günstig an, daß der deutsche Regierungskommissär sich an den dänischen angeschlossen. Nähere Aufklärungen sey er nicht im Stande vor zwei bis drei Tagen mitzutheilen. (D. A. Z.)

Anzeigen.

Unterzeichnete bringt hiermit zur Kenntniß, daß immerwährend Fahrgelegenheiten mit Chaisen nach Kulmbach zur Eisenbahn à Personen 36 kr., desgleichen nach Neuenmarkt à Person 30 kr. zu haben sind.

Johanna Groß, Wittwe,
wohnhaft bei Herrn Tuchmachermeister
Unger im Rennweg.

Ein Stehpult wird zu kaufen gesucht. Von wem? sagt die Expedition d. Bl.

Nr. 447 in der Friedrichsstraße ist die Parterre-Wohnung zu vermiethen, und kann sogleich oder zu Lichtmeß bezogen werden. Auf Verlangen kann auch Garten dazu gegeben werden. Das Nähere bei Färber Richter.

Es wird ein möblirtes Zimmer, mit Kabinet, sogleich zu miethen gesucht. Darauf Reflektirende wollen ihre Adressen im Redaktionsbureau abgeben.

In dem Hause Nr. 27 am Marktplatz dahier ist ein geräumiger Laden während des Martinimarktes zu vermiethen.

Beim Bäckermeister Carl Wolff ist auf Martini ein Quartier, zwei Treppen hoch, zu vermiethen; das Nähere beim Eigenthümer.

Für den armen Schullehrer sind ferner eingegangen: 2 halbe Guldenstücke und 30 kr. von H. D.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Subscribiren durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 308.** **5. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 2. Nov. Das Ergebniß in der heutigen 107. Sitzung der deutschen Reichsversammlung stattgehabten Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten ist Folgendes: Zum Präsidenten wurde gewählt: H. v. Gagern mit 310 unter 407 St. Ihm zunächst stehen die H. H. Simon aus Breslau mit 82, v. Trützschler mit 7, v. Hermann aus München mit 3 St., und Zell, Wedekind, M. Mohl, Riesser und Simson von Königsberg jeder mit 1 St. Die Wahl des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden fiel auf F. Simson von Königsberg, mit 250 unter 408 Stimmen. Kirchgeßner aus Würzburg erhielt 143, H. Simon von Breslau 9, Rieser 3 und Jahn, v. Binde und v. Radowitz jeder 1 Stimme. Als zweiter Vicepräsident wurde gewählt: G. Rieser aus Hamburg mit 255 St. Aufserdem fielen 149 St. auf H. Simon von Breslau, 7 auf Kirchgeßner und v. Radowitz, und 1 Stimme auf v. Hermann, Biedermann und Schuler. Präsident Gagern zeigt an, daß Möring aus Wien seiner Schriftführerstelle entbunden sein wolle und deshalb eine Wahl zu seinem Ersatze nöthig werde. Sie soll morgen Statt finden. Art II. der Reichsgewalt §. 11, auf den sich nun die Verhandlung weiter erstreckt, lautet: „Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Kriegs und des Friedens zu.“ v. Soiron bevorwortet für den Verfassungs-Ausschuß den Antrag, daß nur der mit dem behandelnden Gegenstande ausdrücklich beauftragte Ausschuß zum Schlußworte berechtigt, die Gegen- und Nebenanträge anderer Ausschüsse aber, wie die Anträge gewöhnlicher Mitglieder zu betrachten seien. Die Ausschüsse, wider welche diese Verwahrung gerichtet ist, sind namentlich der volkswirthschaftliche und der Ausschuß für die Wehrangelegenheiten. Moritz Mohl, v. Stavenhagen (dieser für den Wehrausschuß) und Eisenstuck aus Sachsen erheben lebhaften Widerspruch gegen die „pedantischen Fürstenfronen“ des Verfassungsausschusses. Der obige Antrag des Verfassungsausschusses wird dann von der Versammlung abgelehnt, auf die Diskussion des Paragraphen verzichtet und derselbe ohne Veränderung einstimmig angenommen. Einem Antrage von Eisenstuck u. A. gemäß, verfabrt das Haus zu schnell in der Erledigung des Verfassungs-Entwurfs. Es wird daher von ihm verlangt, daß auch bei abgeschnittener Diskussion den Gegenantrag stellern ein kurzes Wort zur Begründung erlaubt werden möge. An den Ausschuß für Geschäftsordnung. §. 12. „Der Reichsgewalt steht die gesammte Macht Deutschlands zur Verfügung.“ Dazu ein Minderheitsgutachten: „Den Umfang der Reichsgewalt über die gesammte Macht Deutschlands bestimmt der Abschnitt von der Reichswehr.“ Die schwierige Vorfrage darüber, ob neben dem Entwurfe des Verfassungsausschusses bei diesem und den nächstfolgenden §§. zugleich der Bericht des Wehrausschusses mit in die Berathung gezogen werden solle, entscheidet sich nach einer weitläufigen Debatte zwischen Mittermaier (Berichterstatter für den Verfassungsausschuß), Vogt von Gießen, v. Stavenhagen, Wigard, Graf Schwerin, Hollandt, und Rüder, nach dem Vorschlage Rüders, welchem Mittermaier beitritt, dahin, daß sämmtliche auf die Geschäftsbehandlung von Art. III. bezügliche heute gemachten Anträge an den Verfassungsausschuß übergehen werden. Dieser Ausschuß soll darnach bis morgen Bericht erstatten und eine entsprechende Geschäftsbehandlung vorgeschlagen. (D. Z.)

Frankfurt, 2. Nov. Der k. k. österreichische Ministerpräsident, Freiherr v. Wessenberg, hat an alle österreichischen Gesandten an den deutschen Höfen nachstehende Rundschreiben erlassen: „Die letzten Wiener Ereignisse haben in Deutschland eine zum Theil irrige Auslegung gefunden. Zur richtigen Beurtheilung der Frage dürften folgende thatsächliche Umstände zu beherzigen sein. Die in diesem Augenblicke unter den Mauern Wiens stattfindenden militärischen Operationen haben nur einen Zweck: die Bekämpfung der Anarchie und die Wiederherstellung eines gesetzlichen Zustandes. Die gewaltthätigsten Freiheiten zurückzunehmen, den unter dem Namen „Reaktion“ von der Umsturzpartei als Schreckbild aufgestellten Popanz zu verwirklichen, oder gar für eine der österreichischen Nationalitäten über die anderen die Hegemonie zu erobern, liegt außer der Absicht des Kaisers und seiner Regierung. Es ist kein Kampf der Nationalitäten, keine Umbildung der Monarchie in ein slavisches Oesterreich, wie die deutsche Presse glaubt, oder zu glauben vorgibt, sondern der Kampf der Ordnung gegen die Anarchie, der gesetzlichen Gewalt, ohne die es keine Regierung gibt, gegen die Schreckensherrschaft, der Enthallung gegen den Umsturz. Wir müssen es als eine Verwirrung der Begriffe, als eine Verkennung der Thatsachen bezeichnen, wenn man diesen Kampfe eine andere Deutung gibt. Die Revolution hat ein deutsches Gewand angelegt. Die deutschen Farben sind die Wahrzeichen der Partei des Umsturzes geworden. Nicht der Freiheit, der Größe und dem Wohle Deutschlands, welche zu wahren der Kaiser von Oesterreich sich vorzugsweise für berufen hält, gilt es, mit Waffengewalt entgegen zu treten, sondern nur gegen die jene Farben und jene Sachen zu ihren verderblichen Zwecken mißbrauchende Partei sind die Bestrebungen der Regierung und der Armee Seiner Majestät gerichtet. Ich ersuche Euer ꝛc., diesen Gesichtspunkt fest zu halten und in ihren Wirkungskreise nach Möglichkeit geltend zu machen. Se. Maj. der Kaiser und die Regierung sind entschlossen, diesen Kampf zu führen mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Diese Mittel sind in den, denselben durch die Circulardepesche vom 21. d. M. mitgetheilten kaiserlichen Manifesten vom 16. und 19. d. M. näher bezeichnet worden. Der militärische Theil hat bereits seine Anwendung gefunden. Eine Armee von nahe bei 60,000 M. in Persen geführt von dem Feldmarschall Fürsten von Windisch-Grätz, der sein Hauptquartier dermalen in Hetzendorf genommen hat, hält die Hauptstadt hermetisch umschlossen und ich habe Grund zu hoffen, daß der nächste Zweck dieser Operation binnen Kurzem erreicht sein wird. Gleichzeitig hat sich Se. Maj. bewogen gefunden, den Reichstag aus Wien zu entfernen, und für den 15. Nov. nach Kremsier einzuberufen. Olmütz, den 26. Oct. 1848. (gez.) Frhr. v. Wessenberg.“

München, 1. Novbr. Nachdem Minister Lerchenfeld auf einige Tage in Urlaub gegangen, hat Ministerial-Rath Weigandt sofort das Portefeuille der Finanzen definitiv übernommen. Lerchenfeld wird, wie ich höre, unmittelbar nach seiner Rückkunft das Innere übernehmen. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt derselbe mehrere allgemein gewünschte Gesetzesvorlagen in freisinniger Richtung den Kammern vorzulegen; z. B. bezüglich einjähriger Landtage und zweijähriger Budgets. Das Budget für den nächsten Landtag soll bereits angefertigt und nur auf zwei Jahre berechnet sein. Was die Pensionirung mehrerer reaktionären hochgestellten Beamten betrifft, deren Nothwendigkeit der Minister so gut wie irgend Jemand einsehen mag, so ist diese Frage aus finanziellen Gründen noch nicht ganz erledigt. Daß sich diese Maßregel auf die Länge doch nicht umgehen lasse, hat erst die jüngste Vergangenheit wieder gezeigt, wo dem Ministerium von Seiten gewisser unverbesserlicher Anhänger des alten Regimentś neuerdings Unannehmlichkeiten bereitet worden sind. Wer die Zustände in der Provinz genau kennt, wird wohl wissen, daß dem Ministerium von dieser Seite mehr der Boden unterwühlt wird, als durch zehn Vereine oder Versammlungen, welche den hohen Verwaltungsbeamten, auf deren Schultern angeblich das Wohl der Provinz ruht, schlaflose Nächte verursachen. Hier könnte das Ministerium wohl ausrufen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden — (?). (R. K.)

Würzburg, 1. Nov. Eine heute früh im großen Rathhaussaale abgehaltene Versammlung hiesiger Einwohner, namentlich vom Gewerbe- und Arbeiterstand besucht, vereinigte sich zu einem Programm ihrer Anforderungen an den bevorstehenden Landtag, die besonders eine volksthümlichere und wohlfeilere Regierung betreffen, ferner daß der Landtag sich, mit Beseitigung der ersten Kammer, zu einem konstituirenden erkläre. Es wurde ein Ausschuß von 36 Männern gewählt, zur Revision des Programms und Durchführung der Beschlüsse. (N. Bzb. Z.)

Donaueschingen, 29. Octbr. (Besetzung der Schweizergrenze.) Einem in Folge eines Reichskriegsministerialbeschlusses erlassenen Befehle des Kommandanten des 7. und 8. Deut-

Digitized by Google

schen Armeekorps, des Prinzen Karl von Bayern, gemäß, sind die Truppen des deutschen Armeekorps am Oberrhein in der letzten Woche in der Gegend von Freiburg aufgebrochen um an die Schweizergrenze zu marschieren. Das Hauptquartier wird am 30. von Freiburg nach Donaueschingen, wo Graf Wilhelm von Württemberg, der württembergische Brigadegeneral, schon eingetroffen ist, verlegt werden. Durch die Württembreger, die den linken Flügel bilden, wird Konstanz, Stockach, Engen und Waldshut besetzt; mobile Kolonnen werden den Seekreis durchziehen. Die Uebergangspunkte über den Rhein werden besetzt, die ganze Schweizergrenze durch starke Streifpartien beobachtet werden. Ob eine Personensperre eintreten wird, ist noch ungewiß. Die Bayer besetzen unter denselben Umständen wie die Württemberger den Rhein von Waldshut an aufwärts bis Schlierngen.

Dessau, 29. Oct. Heute hat unsere Verfassungsurkunde die Sanktion des Herzogs erhalten. Unverändert ist sie angenommen, wie sie aus der Arbeit der Redaktions-Commission hervorgegangen war. Zwei gleichlautende Abschriften, eine für Dessau, die andere für Cöthen, waren augefertigt und vom Herzog unterschrieben worden. In der um 4 Uhr angesetzten Versammlung der vereinigten Landtage verkündete Minister Habicht diese freudige Botschaft dem Landtage und der harrenden Menge, welche nicht nur den Sitzungssaal ganz erfüllt hatte, sondern auch die Straße bedeckte. Lauter, nicht enden wollender Jubel drinnen und draußen folgte seiner Rede. Möge unsere wahrhaft demokratische Verfassung, mit der wir wir allen übrigen deutschen Staaten vorangeeilt sind, uns für alle Zukunft ein sicherer Schutz und Schirm seyn, möge sie uns dauerndes Glück gewähren! (F. J.)

Berlin, 31. Oct. In der ersten heute abgehaltenen Abendsitzung der Nationalversammlung wird ein Schreiben des Ministerpräsidenten verlesen, worin derselbe anzeigt: daß der Entwurf des Jagdgesetzes vom Könige genehmigt und in der Gesetzsammlung abgedruckt sey. Es wird diese Mittheilung durch den lebhaftesten Beifall beider Seiten begrüßt. Abg. Waldeck stellt den Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten.“ Die Dringlichkeit des Antrags wird nicht bestritten. Ehe jedoch die Verhandlung darüber beginnt, verliest der Schriftführer folgende Amendements: 1) des Abg. Duncker: „die Regierung Sr. Maj. auffuforderen, bei der deutschen Centralgewalt mit Beschleunigkeit dahin zu wirken, daß durch die Folgen der traurigen Wiener Ereignisse die Freiheit und Nationalität eines deutschen Bruderstaates gefährdet werde“; 2) der Abgg. Berg, Rodbertus u. A.: „Die Versammlung wolle beschließen: Sr. Maj. Regierung aufzufordern, bei der Centralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde.“ Als erster Redner erhielt Abg. Waldeck das Wort: Der Antrag werde in aller Herzen Anklang finden; nur über die Form könne ein Zweifel entstehen. Er handle sich darum, ob wiederum die Camarilla oder das Volk siegen werde. In den Märztagen glaubte man, daß sie gestürzt sey mit dem Träger jenes verruchten Systems. Allein man habe sich getäuscht. Dieselbe Stadt, welche im März im glorreichen Kampfe für die Freiheit voranging, werde jetzt betroht von Barbarenheeren und durch deutsche Krieger, trotz des Reichstags, welcher diesen Angriff für ungesetzlich erklärte. Helfen Sie diesem bedrängten Oesterreich, entgelten Sie diesem deutschen Lande das Unrecht, was es gerade von Preußen erfahren. Wähnen Sie aber nicht den Weg über Frankfurt, denn Sie wissen, wie dort diese Frage behandelt wurde. Abg. Eisner: Siege der Absolutismus in Wien, so werde man in 14 Tagen dieselbe Camarilla wie in Potsdam so auch in Berlin haben. Abg. Rodbertus: Weil Particularismus und Reaktion gleichbedeutend, deshalb hätten sie die Umgehung der Centralgewalt nicht zugegeben. Ertaube man auf diesen Weg, so zerstöre man damit das schöne Werk der Einigung und proklamire den Bürgerkrieg. Er empfehle sein Amendement. Preußen solle an die Spitze Deutschlands im Geiste gestellt werden. Minister Dönhoff: Die kaiserl. Regierung habe nicht die Absicht, die Volksfreiheit zu gefährden; ein Beleg sey das Manifest vom 19. Oct. Es sey dieses Manifest centralsgnirt vom Minister Wesenberg, eben so das Manifest vom 22. Oct. Die Centralgewalt habe ausdrücklich zum Schutze der Volksfreiheit die Commissäre Welcker und Mosle gesendet, es regete sich also hieraus, das die Centralgewalt, was sie vermochte, zum Schutze der Freiheit vorgesehen, und in der Aufnahme dieses Antrags liege ein Vorwurf gegen die Centralgewalt. Abg. v. Berg: Die Reichscommissäre würden ihm genügen, wenn man ihnen so stattliches Gefolge mitgegeben hätte wie den Commissären, welche den Altenburgern geschickt wurden. Auf die Bemerkung des Abg. Schramm, das Ministerium gehe von der Ansicht aus, der Kaiser hatte auch dann noch legal, selbst wenn er Wien bombardiren lasse, selbst wenn er Hochverräther werde an dem deutschen Volk, erwiderte der Minister Dönhoff: Ich mache darauf aufmerksam, daß die deutsche Nationalversammlung am 23. October mit großer Mehrheit die Anordnungen der Centralgewalt gutgeheißen hat. Abg. Baumstark: Anstatt der Reichsgewalt in Wien einzuschreiten, stehe dieselbe beseitigten und Preußen an ihre Stelle setzen. In Berlin herrschaftlich nicht die Camarilla, in Wien herrsche die Anarchie. Abg. Jung: Weil ein Mann in einem Zorn einen verrätherischen Minister erschlagen hat, so hatte der Abg. Baumstark sich aller Pflichten gegen sein Brudervolk entledigt? Auf diese Weise könne man sich auch der Pflichten gegen sein eigues Vaterland entledigen. Auch der Minister habe gezweifelt, auf welcher Seite das Recht liege; aber wie könne da Zweifel sein, wo auf der einen Seite ein Kaiser stehe, der von einem Weibe und der Camarilla beherrscht werde? Ihn kümmere nur das Eine: sein Bruder sey in Todesgefahr; er sey ein schlechter Bruder, wenn er ihm nicht zu Hülfe eile. (Stürmisches Bravo. Der Antrag des Abg. Waldeck wird mit 236 gegen 113 Stimmen verworfen, ebenso das Amendement des Abg. Duncker mit 181 gegen 164 Stimmen, dagegen das Amendement des Abg. Rodbertus mit 261 gegen 52 Stimmen angenommen.

Die Nationalzeitung berichtet: Als das Resultat der obigen Abstimmung bekannt wurde, wollte sich das Volk damit nicht zufrieden geben. Es umlagerte noch um 10 Uhr Abends das Sitzungslokal mit dem Entschlusse, die Abgeordneten nicht herauszulassen. Die Bürgerwehr rückte unverdrossen heran und räumte zuerst die Ghorlottenstraße, wo die Abgeordneten einen Ausweg fanden. Am einem andern Ausgange waren inzwischen auch die Maschinenbauer mit einer wilden Fahne erschienen; sie wollten Frieden stiften und mittels einer Chaine den freien Ausgang sichern. Allein der Zudrang war zu groß, das Unterhandeln daß nichts die Bürgerwehr rückte mit gefallten Bayonnett an, und vertrieb die Masse, wobei jedoch auch mehre von den Maschinenbauern verwundet sein sollen. Die Abgeordneten haben alle das Haus verlassen; große Massen umstehen noch immer dasselbe, aber andere Bataillone der Bürgerwehr rücken an. Noch ist von der Schußwaffe kein Gebrauch gemacht, und man ist der Hoffnung daß jetzt zum Aeußersten zu schreiten, die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wird.

Berlin, 1. Nov. Ungeachtet der großen Erregtheit, in der sich das Volk gestern befand und in der es sogar dem anhaltenden Regenwetter mit einer bei Berliner seltenen zähigkeit Widerstand leistete, ist dennoch der gestrige Tag ohne erhebliche Folgen verlaufen. — Aus der Genehmigung des Jagdgesetzes wird allgemein eine Beseitigung der Ministerkrisis gefolgert. Nichtsdestoweniger glauben wir versichern zu können, daß Hr. v. Pfuel sowohl den Vorsitz im Cabinet als auch das Portefeuille des Kriegs aufgegeben hat. Höchst wahrscheinlich wird das schon morgen der Kammer eröffnet und der Gesammtreisignation des gegenwärtigen Ministerpräsidenten als Grund seines Rücktritts angegeben werden. Sehr wahrscheinlich, jedoch noch unverbürgt ist, daß Hr. v. Bonin das Präsidium übernehmen wird.

Göttingen, 24. Oct. Die Cholera rückt aus dem Norden von zwei Seiten heran. Sie steht dicht am nördlichen Fuß des Harzes und an der Aller. Sie ist in Braunschweig und der Umgegend ausgebrochen. Von Hamburg aus ist sie nach Stade, Uelzen und Saltau in der Lüneburger Haide vorgedrungen, auch im Bremischen und in Oldenburg soll sie aufgebrochen seyn. Sehr stark herrscht sie bereits in Lüneburg. Wie ihre Verbreitung durch Schiffe an der nordeuropäischen Küste ungweifelhaft ist, so wandelte sie mit den aus Holstein über Hamburg heimkehrenden Truppen ein. Doch blieb es in manchen Orten bei einzelnen Erkrankungen und Todesfällen, ohne daß eine epidemische Weiterverbreitung stattfand. (A. Z.)

Leipzig, 2. Nov. Die Nachrichten über die Capitulation von Wien am 30. Octbr. begleitenden und vorhergegangenen Umstände sind in Bezug auf geordneten Zusammenhang noch immer spärlich und flüchtig. Der Faden zu Allem muß spätern Mittheilungen aufbehalten bleiben. Was wir über Breslau, Berlin und Prag erhalten haben ist Folgendes:

Florisdorf, 30. Octbr. Heute Mittag 12. Uhr hat Feldmarschall Fürst Windisch Grätz nachfolgende telegraphische Depesche nach Olmütz an Minister Wessenberg abgehen lassen. „Wien ergiebt sich heute noch unbedingt, meine Soldaten werden noch heute in Wien einrücken“ Mittags nach 12 Uhr langte auch die brün-

Digitized by Google

ner Deputation an, welche von da an den Kaiser gesandt und um günstige Bedingungen für Wien gebeten hatte. Der Kaiser wies sie an Windisch-Grätz gab ihr ein Handbillet mit, in welchem er den Fürsten ersuchte, auf ihre Anträge möglichst Rücksicht zu nehmen. Inmitten eines Bataillons Grenadiere hielten die Deputirten ihren Rückzug, und es schien, als weile Windisch-Grätz auf ihr Erscheinen hin. Die Wiener indeß, welche diese Zusammenkunft von den Stadt her sahen und den Zweck derselben nicht kannten, feuerten auf die Grenadiere, worauf sodann die Waffenruhe bis 2 Uhr dauern sollte; ein lebhaftes Feuern gegen die Stadt wieder eröffnet wurde. Hinsichtlich der Stellung des kaiserlichen Militärs bemerke ich, daß dasselbe in der Leopoldstadt bis zum Radetzky'schen Hause, rechts bis zum St.-Gerois Palais vorgedrungen ist. Dort befinden sich die zuletzt genommenen, aus Säcken mit Reis errichtete Barricade. Die nächste befindet sich bei dem Leiterbrechischen Kaffeehause. Sie ist aus 8 Billards zusammengesetzt, hinter welchen die Wollschick des Hauses Arnsteinh und Eskeles aufgestappelt sind. Nachdem Windisch-Grätz das Feuer bis 24 Uhr hatte fortsetzen lassen, hörte dieses plötzlich auf, indem Signale vom Stephansthurme die Ankunft der Ungarn signalisirt hatten. Diese, in einer Stärke von 18,000 M., versuchten zwischen Jellachich und Windisch-Grätz durchzubrechen, indem sie den rechten Flügel des Ersteren und den linken des Letztern angriffen. Der Oberkommandant Meffenhausen unterstützte den Angriff durch einen Ausfall aus einer Seitenpforte in der Nähe des rothen Thurmes. (D. A. Z.)

Das Bombardement, welches um 3 Uhr aufgehört hatte, begann später wieder. Das Resultat dieses Kampfes wird ganz verschieden erzählt. Nach einigen Mittheilungen soll Jellachich in die Donau gesagt worden sein. Nach andern Berichten (und zwar aus dem Munde hoher kaiserl. Offiziere) soll dieses Schicksal die Ungarn betroffen haben, welche total aufgerieben worden wären. Hierauf hörte man den ganzen Abend hindurch eine Kanonade gegen die Stadt, wie sie bisher in diesem Kampfe noch nicht stattgefunden. Sie schwieg um 7 Uhr. Was kann geschehen, und ob die Stadt, die bereits gestern durch Aushängen weißer Fahnen angezeigt hatte, daß sie capituliren wolle, heute die begonnene Capitulation weiter fortgesetzt habe, vermag ich nicht zu berichten. Die Stadt brannte nach 7 Uhr an mehreren Stellen. Zu bemerken ist noch, daß bald bei Beginn des Angriffs der Ungarn ein großer Theil des ungarischen Regiments Liechtenstein, wie es heißt, zu den kaiserl. Truppen übergegangen ist.

Windisch-Grätz, von dem Anrücken der Ungarn unterrichtet, hatte denselben eine bedeutende Macht entgegengesetzt. Um 1 Uhr kam es in der Nähe von Schwechat zur offenen Schlacht. In zwei Stunden soll dieselbe durch die völlige Auflösung des ungarischen Corps entschieden worden sein. Das Regiment Liechtenstein ging noch vor Beginn der Feindseligkeiten zu den Oesterreichern über. Ein großer Theil der Ungarn wurde in die Donau getrieben. Von da ab verstummte plötzlich der Donner des Geschützes. Ein Offizier, welcher kurz vor Abgang des Zugs nach Floridsdorf gesprengt kam, brachte die Botschaft, daß sich Wien diesmal auf Gnade und Ungnade ergeben habe. (D. A. Z.)

Olmütz, 30. Oct. Heute ist aus Prag eine Deputation, bestehend aus den Deputirten des Stadtverordnetenvollzlums, der Nationalgarde, der akademischen Legion, des Deutschen Vereins und der Slowanska Lipa, mit dem Bürgermeister der Hauptstadt Prag an der Spitze, angekommen, um dem Kaiser zu Gunsten Wiens eine Vermittelungsadresse zu überreichen. — Reisende erzählen von dem Ausscehen der eingenommenen Stadttheile haarsträubende Geschichten. Namentlich wurde die Leopoldstadt von den Truppen durch Plünderung und Zerstörung hart mitgenommen. Ein Conbulteur der Eisenbahn berichtete, daß er bei der Ankunft in seinem Quartiere schrecklich überrascht ward, in einem Zimmer eine geplatzte Granate und in dem andern Kroaten zu finden, welche mit den zertrümmerten Meubles ein Feuer anmachten, um dabei ihr Fleisch zu kochen.

Nach den neuesten Nachrichten aus Wien, welche heute laut telegraphischer Depesche von 11 Uhr 22 Minuten früh, eingelaufen sind, gestern dauerte der Sturm auf die Leopoldstadt von früh 9 Uhr bis Abends 5 Uhr und da waren die Truppen erst in der Jägerzeile bis zum Theater vorgedrungen! Es mußte Haus für Haus erstürmt werden. Das Proletariat zwang die Garden in erster Reihe zu kämpfen und stand mit gespanntem Gewehr hinter ihnen. Leichter war der Kampf auf der Landstraße; das Schwarzenberg'sche Palais soll von der Mobilgarde früher verlassen worden sein. Minister Kraus, welcher gestern Abends um 8 Uhr nach einer fünfstündigen Fahrt in Wien anlangte, hat bereits den Brand der Dampfmühle und der andern Fabriken als unwahr angezeigt. Gestern nach dem Sturme erschien auch ein etwas versöhnlicheres Placat von Windisch-Grätz in Wien. Soeben läuft die Nachricht ein, daß man heute in Brünn den Ausbruch ernsthafter Unruhen befürchtet. — Von Innsbruck ist eine Sozialistendeputation angekommen. — Der Reichstag in Wien soll sich aufgelöst und für den Zusammentritt in Kremsier erklärt haben! Die Deputirten vom Wiener Reichstag mehren sich täglich. Bereits sind hier Repräsentanten aller Nationen gegenwärtig, und auch von der Linken sind viele anwesend. Die Wiener haben ihre Sitzungen aufgegeben, desto fleißiger sitzen die Olmützer in Privatconferenzen, die oft bis in die Nacht dauern. Ueber Kremsier sind die Meinungen getheilt, doch scheint die Ansicht überhand zu nehmen, daß erst von Kremsier aus der volle Reichstag über die Zulässigkeit fernerer Berathungen in dieser Stadt afformativ oder negativ entscheiden soll. (D. A. Z.)

Prag, 31. Oct. Nun durch die Besetzung Wiens durch die kaiserl. Truppen das Schicksal der Stadt entschieden ist, erwartet man in größter Spannung die nähern Nachrichten mittels Post. Die Deputation, die im Namen des Böhmerlandes und Volkes vorgestern zum Kaiser reiste, dürfte nicht viel wirken können. Besonders gespannt ist man auf die jetzige Stellung des Reichstags. Es verlautet, man habe in Olmütz den Plan der Verlegung nach Kremsier bald aufgegeben und es ist wahrscheinlich, daß er in Wien seine Berathungen fortsetzen wird. Für den Fall jedoch, daß er dennoch verlegt würde, sollen in Kremsier blos Organisationsmaßregeln, die Constitution aber auch ferner in Wien festberathen werden, sobald Ruhe und Ordnung hergestellt sind. Vom Hoflager in Olmütz erhalten wir Nachrichten, die wenig geeignet sind, uns über die Zukunft zu trösten. Die drünner Deputation erhielt eine Antwort, die nichtssagender kaum sein konnte. Eine neue Ministerliste, über welche selbst die Schwarzgelblichen lachen, ist uns ebenfalls fort zugekommen. Kraus, Finanzminister, Wessenberg Ministerpräsident ohne Portefeuille, Felix Schwarzenberg Aeußeres, Bach Inneres, Schönhammer (Hofrath) Krieg, Graf Breda Justiz, Mayer öffentliche Arbeiten, Bruck Handel, Heifert Unterricht. (D. A. Z.)

Italien.

Aus der Lombardei schreibt die Baseler Zeitung: Die letzten Briefe aus Mailand melden, daß daselbst immerfort Alles ruhig sey; in Chiavenna dagegen sei ein Versuch gemacht worden, die Republik zu proklamiren. Radetzky hat seine Maßregeln getroffen, um dieser Demonstration baldmöglichst ein Ziel zu setzen.

Auf den König von Neapel haben die Wiener Nachrichten wie niederschlagendes Pulver gewirkt: er will wieder liberal werden; er will die Nationalgarde wieder herstellen, in die italienische Ligue treten u. s. w. (A. K.)

Frankreich.

Paris, 31. October. Die gestrige allgemeine Diskussion des Budgets von 1848 hat außer einer sehr ergötzlichen, excentrischen Rede des starren Republikaners Baron Portalis, der eine Steuer auf die Heirathen vorschlug, nichts Bemerkenswerthes geboten. — Außer den Herrn Barthelemy und Billault sprachen noch Goudchaux, Portalis und Achille Fould und die Fortsetzung der allgemeinen Discussion wurde auf heute vertagt.

Der parlamentarische Klub des Palais National hat in seiner gestrigen Sitzung die Candidatur des Generals Cavaignac für die Präsidentschaft der Republik angenommen. Der parlamentarische Klub der rue Tuitbout (äußerste Linke) hat sich dagegen für Ledru-Rollin erklärt. Die beiden Klubbs der rue Poitiers (Rechte) und des Institut (gemäßigte Linke) haben noch keinen Beschluß gefaßt.

Im hiesigen türkischen Gesandtschafts-Hotel werden bereits alle Anstalten zum Empfange des neuen türkischen Botschafters, Fürsten Callimolli, getroffen. Es ist dies das erste Mal, daß die Pforte einem Christen das wichtige Botschafteramt in Frankreich übertragt. Der Fürst hat übrigens bereits längere Zeit in Paris gelebt und ist hier allgemein geschätzt und geachtet.

Girardins Presse sagt heute: Herr Guizot von seinen Freunden in London über seine Ansicht befragt, habe sich entschieden für die Candidatur Louis Napoleons ausgesprochen.

Das legitimistische Journal l'Opinion publique stellt die Candidatur des Generals Changarnier für die Präsidentschaft auf, während ein anderes legitimistisches Blatt, die Union, für den Marschall Bugeaud ist.

Die Republique versichert, General Changarnier habe die Namen der Nationalgarden, die Louis Philippe in Claremont ihre Aufwartung gemacht haben, zu wissen verlangt, um gegen sie die geeigneten Maßregeln zu ergreifen.

Digitized by Google

Ledru-Rollin ist in diesem Augenblicke in Bordeaux, wo er einem Bankette präsidiren wird, und geht von da in gleicher Absicht nach Marseille. Lamartine ist noch immer in Macon. Die Wähler der Gironde, die den Grafen Molé in die Nationalversammlung geschickt haben, wollen nun ihre Stimmen dem Marschall Bugeaud geben und im Departement des Calvados scheint die Erwählung Guizots zum Vertreter fast gewiß. Die Wahl Emil von Girardins, in der Colonie des Senegal, hat sich nicht bestätigt, dagegen tritt er jetzt als Candidat in Corsica auf und Louis Bonaparte hat versprochen, dort seine Wahl durchzusetzen.

Man versichert, daß ein gestern angekommener russischer Kabinets-Courier dem hier weilenden russischen Obersten Schnedowitz seine Ernennung zum General und seine Beglaubigung als russischer Gesandter bei der französischen Republik überbracht habe. General Leße, der in Petersburg mit größter Auszeichnung behandelt und vom Kaiser zu allen Revuen und Festen eingeladen wird, soll zugleich offiziell als Gesandter in Petersburg empfangen werden.

Großbritannien.

London, 30. Oct. Die Königin und Prinz Albert statteten gestern von Windsor aus der Familie Ludwig Philipp's und der Königin der Belgier zu Claremont einen Besuch ab; letztere kehrt nächstens nach Brüssel zurück. Die Nachricht, daß ein Theil der Familie des Erlönigs erkrankt sey, war unrichtig; bloß seine Gemahlin ist etwas leidend. — In Dublin wurde Duffy, nachdem die Jury die Anklage für begründet erklärt hatte, am Freitage vor die Gerichts-Commission gestellt, auf den Antrag seines Anwaltes wurde jedoch entschieden, daß die Sache bis zur nächsten Commission verschoben werden soll. Das Verfahren gegen O'Dogherty wurde sodann auf den 30. Oct. festgesetzt. In Bezug auf S. O'Brien und seine Mitverurtheilten tritt eine nochmalige gerichtliche Verhandlung in der Appell-Instanz ein. (K. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 24. Oct. Heute hat der Schluß des Reichstags stattgefunden. Der nächste Reichstag ist auf den 15. Nov. 1850 berufen.

Asien.

Die Allg. Ztg. erhält Bombayer Zeitungen vom 3. Oct. mit wichtigen Nachrichten. Das ganze Pendschab mit seinen Grenzlanden — Multan, Hazareh, Kaschmir, Rurpur, Peschawer — war im Aufstand gegen die britische Macht; in Folge des Abfalls von 5000 Mann Asiaten unter Schir Singh, die zum Mutradsch von Multan übergingen, sah das englische Heer unter General Whish sich genöthigt die Belagerung dieser Stadt fürs erste aufzugeben, bis weitere Verstärkungen eingetroffen seyn würden. Es waren mehrere blutige und für die Engländer vortheilhafte Kämpfe vorausgegangen, in denen sich abermals der Major Edwardes auszeichnete; in einem derselben verloren die Engländer 100 Mann Europäer und 180 Sipahi, der Feind über 500 M. an Todten und Verwundeten. Ferner; Gulab Singh, der Maharadscha des gebirgigen Theils von Pendschab und Herr von Kaschmir, hat die Maske abgeworfen und sich als offener Feind erklärt. Drittens: in Folge entdeckter Umtriebe in Lahore selbst waren die Britten genöthigt den dortigen Königspalast zu besetzen und umfassende militärische Maßregeln zu ergreifen. (A. Z.)

Anzeigen.

Nachruf.

Der prakt. Arzt Herr **Dr. Wolf** zu Weißenstadt, welcher sich vom Anfang August bis gegen Ende dieses Monats dahier als Physikats-Verweser befand, erwarb sich während dieses kurzen Zeitraumes durch treue Erfüllung seines Berufes im ganzen Umfange des Wortes und durch liebevolles Benehmen gegen Jedermann die ungetheilteste Anerkennung und Achtung Aller, daher der Verlust dieses unvergeßlichen Ehrenmannes stets tief und schmerzlich gefühlt wird, was hiemit öffentlich auszusprechen sich nicht versagen kann.

Pegnitz, den 31. October 1848.

Im Namen der Gesammt-Einwohnerschaft
Der Stadtmagistrat.
Wiesend.

Hettinger, Stadtschreiber.

Zu dem, vom 13. November d. J. an, privatim ertheilt werdenden Vorbereitungs-Unterrichte für künftigen Besuch der Kgl. Kreis-Gewerbsschule dahier, werden noch einige Knaben angenommen. Nähere Auskunft darüber kann stündlich bei Gewerbsschul-Perell Friedrich ertheilt werden.

Kurhessisches Staats-Anleben von Thlr. 6,725,000.

Siebente Haupt-Prämien-Verlosung.

Ziehung am 1. Dezember in Kassel. Hauptprämien: fl. 63,000, fl. 14,000, fl. 7000, fl. 3500, 2 à fl. 1750 ꝛc. ꝛc. Geringste Prämie fl. 96. Ganze Aktien für diese Verlosung à 2 Preuß. Thlr., halbe à 1 Thlr. sind bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen. Pünktliche Einsendung der amtlichen Ziehungsliste wird zugesichert. Auch habe ich noch eine Anzahl **Badischer** Aktien für die am 30. November stattfindende Ziehung zu den bekannten Preisen abzugeben.

Moritz J. Stiebel, Bankier in Frankfurt am Main.

N. S. Der Verlosungsplan liegt auf dem Comptoir dieser Blätter zur Einsicht auf.

Anna Leß aus Bamberg

empfiehlt zur bevorstehenden Martini-Messe ihr bestens assortirtes

Putzwaaren-Lager

in sehr großer Auswahl der neuesten Herbst- und Winterhüte, Putz- und Negligebändchen aller Art, den feinsten Blumen, Bändern ꝛc. zu den billigsten Preisen und bittet um zahlreichen gefälligen Besuch ergebenst.

Das Verkaufslokal befindet sich im Hause des Herrn Uhrmacher Theodor Wagner am Markt.

Auf vielseitiges Verlangen

ist das Modell von Berlin und Sanssouci nebst neuen interessanten Panoramen im Gasthofe zum Adler, noch über den Martini-Markt zu sehen. Neu aufgestellte Gegenstände: 1) das Riesengebirge in Schlesien, eines der romantischsten Gegenden Deutschlands; 2) Neuhamburg mit der St. Peterskirche; 3) der große Brand von Hamburg; 4) Schießbuden der Tscherkessen; 5) der Koloß zu Rhodus, eines der 7 Wunderwerke der alten Welt u. s. w. — Die neuesten Ereignisse der Berliner und Pariser Revolution; der Weihnachtsmarkt; die Parade mit 2000 Mann zu Berlin, wozu ich das kunstliebende hiesige und auswärtige Publikum zur Fortsetzung eines gütigen Besuches ergebenst einlade. Entrée 6 kr., für Kinder die Hälfte.

Schneggenburger.

Unterzeichnete bringt hiermit zur Kenntniß, daß immerwährend Fahrgelegenheiten mit Chaisen nach Kulmbach zur Eisenbahn à Person 36 kr., desgleichen nach Neuenmarkt à Person 30 kr. zu haben sind.

Johanna Groß, Wittwe,
wohnhaft bei Herrn Tuchmachermeister Unger im Rennweg.

In der Maximiliansstraße Nr. 6 ist während des Martini-Marktes ein geräumiges Zimmer, welches bisher von einer Putzmacherin bewohnt war, zu vermiethen.

E.-Nr. 549 vor dem untern Thor ist ein Quartier, bestehend aus zwei heizbaren Zimmern, Küche, Boden ꝛc. zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

In dem Hause Nr. 27 am Marktplatz dahier ist ein geräumiger Laden während des Martinimarktes zu vermiethen.

Im Rennweg Nr. 293 ist ein Quartier für einen ledigen Herrn zu vermiethen, welches sogleich bezogen werden kann.

Ein eiserner Plättofen ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 309.** **6. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 3. Novbr., 11 Uhr. Der Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten hat in der heutigen 107. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung durch den Abg. Wurmb ey seinen Bericht erstattet. Die Anträge des Ausschusses gehen dahin: „Die hohe Versammlung möge das Reichsministerium auffordern, alle mögliche und nachträgliche Sorge dafür zu tragen: 1) daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Centralgewalt überall kräftigt zur vollen Geltung zu bringen sich angelegen seyn lassen; 2) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen; 3) daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwicklung der österreichischen Völker auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen; 4) daß sie endlich, wie diese Entwicklung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichisch-deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen. — Die Versammlung hat die sofortige Berathung dieses Berichts beschlossen.

Frankfurt, 3. Nov. In der Berathung der verfassunggebenden Reichsversammlung über die österreichischen Verhältnisse sprachen bis jetzt 14 Uhr die Abgg. Eisenmann, Schneer, Löwe von Calbe, Reiner von Prag, Wiesner, Rüder, v. Beckerath, Vogt, Giehne und Bayermann. Zu den Anträgen des Ausschusses liegen mehrere Verbesserungsanträge vor. (Morgen ausführlich.)

Frankfurt, 3. Nov. Man versichert uns so eben, daß Fürst Leiningen von der Centralgewalt als Bevollmächtigter derselben nach Oesterreich abgeordnet werden soll, um die Oberleitung der wichtigen Reichsangelegenheiten daselbst zu übernehmen.

München, 2. November. Ministerialrath Weygand hat nun definitiv das Portefeuille des Finanzministeriums angenommen, und man glaubt, daß bis zum 15. d. die neue Organisation der Ministerien mit Leben treten wird. — Se. Majestät der König hat auf Antrag der hiesigen Polizeidirektion die Wiedereinführung expreuirter Polizei-Inspektoren genehmigt. Es werden demnach acht Polizeidiensteute mit dem Titel „Bezirkskommissäre" unter Beigebung von je einem Polizeidiener aufgestellt. (Augs.-Abdztg.)

Nach einem Ministerialerlasse, welches unterzeichnet von dem Minister des Innern, jüngst an alle Polizeibehörden zur Darnachachtung ergangen ist, sind alle in Bayern sich aufhaltenden Wiener Studenten, von welchen bekannt wird, daß sie sich bei den letzten politischen Bewegungen in Wien betheiligt, ungesäumt von der betreffenden bayerischen Polizeibehörde auszuweisen. Neuankommende haben sich über ihr früheres Verhalten durch ein Zeugniß der Wiener Polizeidirektion zu legitimiren, sowie während der Dauer ihres Aufenthaltes in Bayern Personen ihrer Bekanntschaft als Bürgen für ihre Aufführung zu stellen. (D. k. Z.)

Berlin, 2. November. Der Minister des Innern hat folgende Bekanntmachung erlassen: Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der Nationalversammlung legen der Regierung die unabweisliche Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Exzesse alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und nach §. 78 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Oct. in Thätigkeit treten zu lassen. Berlin, 1. November 1848. Der Minister des Innern: Eichmann.

Berlin, 2. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird ein Schreiben des bisherigen Ministerpräsidenten verlesen, worin derselbe anzeigt, daß er Gesundheitsrücksichten halber seine Entlassung als Kriegsminister und Ministerpräsident genommen habe. Gleichzeitig zeigt ein Schreiben des Generals Grafen Brandenburg an: „Se. Maj. hat geruht, dem General Pfuel seine Entlassung zu ertheilen, und mich mit der dadurch nothwendig gewordenen Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Ich stelle anheim, die Sitzungen auf einige Tage aussetzen zu wollen." Präsident: Ich frage, beschliesst die Versammlung, sich bis morgen zu vertagen? Wir Rein haben 203, mit Ja 147 gestimmt. Präsident: Beschliesst die Versammlung, ihre Sitzung bis 1 Uhr zu vertagen? Die Majorität ethebt sich. Das Amendement der Abgg. Elsner und v. Berg, die Gegenwart der Minister zu verlangen, wird gleichfalls angenommen und die Sitzung um 1 Uhr geschlossen. — Die Sitzung wird um 2 Uhr Nachmittags wieder aufgenommen. Es werden Urlaubsgesuche mitgetheilt; unter andern hat der Abg. v. Pfuel auf vier Wochen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Urlaub erbeten. Hierauf wird ein fernetes Schreiben des Generals Graf Brandenburg nebst der denselben zur Bildung des Cabinets berufenden Cabinetsordre verlesen. Der Präsident theilt mit, daß das Ministerium von den heute Vormittag gefaßten Beschlüssen in Kenntniß gesetzt sey. Die Minister Eichmann, v. Bonin, Graf Dönhoff und Kister setzen am Ministertisch. Der Antrag wird angenommen: Es soll eine aus 25 durch den Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern der Nationalversammlung und den Präsidien zusammenzusetzende Commission sofort den Entwurf einer Adresse an Se. Maj. den König vorzulegen und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidii Sr. Majestät zu überdringen beauftragt werden. (D. A. Z.)

Berlin, 2. Novbr. (Nachmittags halb 5 Uhr.) Die Stimmung ist eine äußerordentlich aufgeregte. Allarmirung der Bürgerwehr in allen Bezirken. Es hatte sich die Nachricht verbreitet, das Militair stehe schon in der Nähe des Brandenburger-Thores. Das Commando der Bürgerwehr ertheilte sofort Befehl zum Sammeln der Mannschaften. Mehre Abtheilungen halten den Gendarmenmarkt besetzt. Das Corps der Maschinenbauer, diesmal bewaffnet, ist dort auf Befehl des Commandeurs gleichfalls aufgestellt. — Die Studenten haben eine akademische Legion constituirt und den Rittmeister a. D. Vorpahl, einen bekannten Republikaner, zum Führer gewählt. (D. A. Z.)

Berlin, 2. November, 7 Uhr Abends. Die Deputation mit der Adresse an den König warb durch den elektrischen Telegraphen in Potsdam angekündigt, wo die Herren Habow und von Pfuel anwesend sind. Darauf soll die Antwort erfolgt seyn, daß sie dort erwartet werde. Ein Extrazug befördert sie herüber; höchstens um 10 Uhr kann sie wieder in Berlin seyn. — Das Schauspielhaus ist von der Bürgerwehr und Maschinenbauern besetzt. Die Stadt ist trotz der höchsten Spannung ruhig. Nur das Gerücht verbreitet sich, daß Haufen von Arbeitern in der Nacht die Thore besetzen und die Schienen der Eisenbahnen aufreißen wollen. — 11 Uhr Nachts. Die Antwort des Königs auf die Adresse ist noch nicht erfolgt. (D. A. Z.)

Hannover, 31. October. Unser General Haltett ist zum Reichsgesandten in Konstantinopel von der Centralgewalt bestimmt.

Hamburg, 1. November. Eben kommt uns aus Kopenhagen die Nachricht, daß die dänische Regierung auf der sofortigen Wiederaufhebung der von den beiden Commissären für die Zeit des Waffenstillstandes eingesetzten Regierungscommission bestehe, weil dieselbe durch ihre am 24. October erlassene Proklamation und durch die Bestätigung der von der constituirenden schleswig-holsteinischen Ständeversammlung nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes beschlossenen Gesetze ihre Competenz überschritten. Sir Henry Wynn, der englische Geschäftsträger in Kopenhagen, an welchen man sich von deutscher und dänischer Seite gewendet, hat erklärt, er sehe in der Verwirrung keinen Ausweg mehr und verspreche nur so viel, daß alle seine Bemühungen in Kopenhagen und Malmoe umsonst gewesen und man wieder da stehe, wo man vor Ausbruch der Feindseligkeiten gestanden. Er hat indessen sofort einen Kurier mit einem Extradampfschiffe nach London gesendet, um sich neue Instructionen von Lord Palmerston einzuholen.

Schleswig, 30. October. Vorgestern ging Hr. Bargum, Präsident der Landesversammlung, als Commissär der Regierung uns nördliche Schleswig, um die durch den Krieg gestörten Verwaltungszustände dieser Gegend zu ordnen. Er war beauftragt, auch Alsen zu besuchen, um die rechtmäßigen Behörden, welche von den Dänen gefangen genommen oder vertagt worden waren,

Digitized by Google

in ihre Aemter wieder einzuführen. Wie man vernimmt, hat die gemäß des Malmöer Waffenstillstandes zur Bewachung der dortigen Hospitäler liegende dänische Militärmacht ihm die Landung auf Alsen versagt. Es ist dies eine neue offenbare Verletzung des Vertrags; wir dürfen hoffen, daß der Reichscommissär nichts versäumen wird. (D. A. Z.)

Der K. u. k. f. D. schreibt: Ein uns gütigst mitgetheiltes Privatschreiben aus Linz, 2. Nov., meldet: „So eben erhalten wir die Nachricht von der gänzlichen Einnahme der Stadt Wien durch das Militär, nach einer mörderischen Schlacht in den Straßen und vorhergegangenem Bombardement.“ — Wir geben diese Nachricht so, wie wir sie erhalten, ohne uns für ihre Verbürgtheit verbürgen zu können; doch wetten auch die Presb. Ztg., daß sich die Stadt zum zweiten Male ergeben habe.

Leipzig, 3. Novbr. Die neuesten Berichte über die Ereignisse vor und in Wien gestalten die den Uebergang der Stadt an den Fürsten Windisch-Grätz begleitenden Ereignisse etwas anders und geben von der Verbreeung der unglücklichen und preisgebenen Stadt eine viel entsetzlichere Anschauung als alle bisherigen Nachrichten. In Berlin ist nämlich beim Ministerium des Auswärtigen gestern, am 2. Nov. Abends 9 Uhr, vom preußischen Gesandten folgende telegraphische Depesche eingegangen:

„Wien, 1. Nov. Die Stadt Wien ist vollständig besetzt, von den k. k. Truppen die Ruhe hergestellt.“ Nach den früheren, anscheinend auch durch die Bekanntmachung des Wiener Gemeinderathes von 29. Oct. bestätigten Nachrichten sollte die Stadt am 30. Oct. Nachmittags capitulirt haben. Aus folgender in Prag eingegangener telegraphischer Depesche erhellt, daß die Capitulation nicht zur Vollziehung gelangt ist:

Prag, 31. Oct. Das Landespräsidium hat folgende Kundmachung veröffentlicht: „Heute 6 Uhr 45 Minuten Abends erhielt ich vom Ministerpräsidenten Baron Wessenberg folgende telegraphische Depesche: Die telegraphischen Nachrichten, die bis 31. Oct. Nachmittag 3 Uhr für Minuten in Olmütz eingelaufen, lauten dahin, daß Wien am 30. Oct. capitulirte; diese Capitulation wurde am 31. Oct. gebrochen, weil an diesem Tage um 9 Uhr früh die Ungarn bis Schechat vordrangen. Sie wurden alsbald bis Schwadorf zurückgeworfen, die Verstadt Wieden mit schwerem Geschütz beschossen und der Feldmarschall meldet, daß er die Stadt noch am 31. d. besetzen werde. Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Prag, 31. Oct. 1848. Meesery, k. k. Gubernial-Vicepräsident.“

Wir reihen daran was Breslauer, Prager und Berliner Blätter über den entsetzlichen Hergang enthalten:

Breslau, 1. Nov. (Abends 10 Uhr.) Der Wiener Postzug ist heute Abend ausgeblieben. Es war uns gestern nicht unbekannt geblieben, daß in Prerau Nachts 1 Uhr eine telegraphische Depesche angekommen sein sollte, wonach sich die Wiener nicht ergeben hätten. Wir meinten jedoch der vom Gubernialpräsidium in Olmütz publicirten Depesche, von der uns ein gedrucktes Exemplar zugekommen, welche die Unterwerfung Wiens verkündete, unbedingten Glauben schenken zu müssen. Hat sich nun Windischgrätz, wie es heißt, von der Brünner Deputation, welche eine Vermittlung für Wien zu bewirken suchte, in der Art täuschen lassen, daß er annahm, dieselbe handle im Auftrage der Wiener? Oder ist die telegraphische Depesche von der Uebergabe Wiens eine absichtliche Täuschung von Seiten des Generals gewesen, um den Zuzug des Landsturms abzuwehren? Oder haben die Wiener deshalb die eingeleiteten Friedensverhandlungen gebrochen, weil sie den Anzug der Ungarn erfuhren? Diese Version hat den meisten Glauben gefunden und es wären dann sowohl die erste als die zweite Depesche auf Thatsachen gegründet. So viel scheint festzustehen, Wien hat sich noch nicht ergeben; die mitgetheilten Nachrichten aus Olmütz bestätigen die Uebergabe nicht, was ohne Zweifel geschehen wäre, wenn die kaiserl. Truppen den Sieg vollendet hätten. (D. A. Z.)

Die böhmische Deputation hat über die Art und Weise ihres Empfanges aus Kaiserl. Hoflager bereits folgenden energischen Protest eingelegt: Herr Minister! Ein Gefühl der gerechtesten Entrüstung durchdringt alle Glieder der Prager Deputation. Sie war berufen gewesen, um 10 Uhr vor Sr. Maj. zu erscheinen, das wußte insbesondere der Generaladjutant Fürst Joseph Lobkowitz. Angelangt in der Residenz, wurde die Deputation von einem Offizier angehalten, der angab, von der Audienz nichts zu wissen. Der Bürgermeister allein wurde vor den Fürsten gelassen, dieser wußte also, daß die Deputation der ihr zugesicherten Audienz harre. Gleichwohl nahm man nicht Anstand, die Deputation von Prag, die Deputation des böhmischen Nation, auf der Treppe, endlich in der Vorzimmerhalle betrube eine halbe Stunde stehen zu lassen, und der Fürst Lobkowitz erkundigte sich, der in dieser Treppenhalle harrenden Deputation vom Corridor hinaus die neue Stunde der Audienz auf 12½ Uhr anzusetzen. Wir Abgeordnete der böhmischen Nation erklären dieses Benehmen des Fürsten Lobkowitz für unwürdig, ihn selbst für verantwortlich, und protestiren hiermit feierlich gegen diese Art, die Deputation einer Nation zu empfangen — zu bescheiden. Wir verwahren es uns, diese Unwürdigkeit Sr. Maj. selbst zur Kenntniß zu bringen und auf Genugthuung zu dringen. Olmütz, 31. Oktober. (D. A. Z.)

Florisdorf, 31. Oct. Die Capitulation Wiens ist nicht erfolgt, vielmehr das Bombardement seit gestern fortgesetzt worden. Heute Abend 6 Uhr wurde es eingestellt. Eine telegraphische Depesche vom 31. Oct. Abend 6 Uhr lautet: „Das Bombardement wurde 6 Uhr Abends eingestellt. Es brennt in der Nähe des Universitätsplatzes und der Augustinerkirche. Ein an mich gesendeter Municipalgardist versichert, die Truppen seyen durch das Burgthor gedrungen und bereits bis an den Stephansplatz gelangt. Der Brand hat die Augustinerkirche und einen Theil der Burg ergriffen. Thurm und Dach der Augustinerkirche sind eingestürzt. Rennberg, General.“

Die Ungarn sind bis eine Meile von Wien, bis Schwechat, vorgedrungen, jedoch zurückgeschlagen worden. Die Kroaten sollen in den Vorstädten Wiens nicht allein geplündert, sondern auch gemordet haben, und dies eine große Erbitterung und einen um so thätigeren Widerstand herbeigeführt haben. Von den Vorstädten haben die Treppen, wie erzählt wird, bis jetzt genommen: die Leopoldstadt, Landstraße, Weißgerber, Erdberg, die Hälfte vom Rennberg, Neßsau, Thury, Althan bis zur Währinger Gasse.

Ratibor, 1. November. Ein Saal, dessen Namen aber verschieden angegeben wird und der zum Hospital benutzt war, ist mit etwa 700 Verwundeten verbrannt. Alle Gebäude der Vorstädte sowie der Nordbahnhof sind zu Hospitälern für die Aufnahme der vielen Verwundeten hergerichtet.

Prerau, 1. Nov. (1 Uhr früh.) Reisende erzählen, daß Windisch-Grätz mit seinen Truppen auf dem Stephansplatze stehe. Oeffnungsgeachtet habe sich Wien noch nicht ergeben und in einzelnen Theilen der Stadt und Vorstädte werde fortgekämpft. Ein Adjutant des Generals Bem soll zum Verräther an der Sache der Wiener geworden seyn und dem Fürsten Windisch-Grätz die Punkte der Stadt verrathen haben, an welchen ein Angriff am leichtesten zu bewerkstelligen war. Einer dieser schwächsten Punkte soll an der Augthorer Linie gewesen und Windisch-Grätz dort zum erst eingedrungen seyn. (3 Uhr.) Eine telegraphische Depesche, die eben hier durch nach Olmütz geht, besagt, daß gestern Abend 6 Uhr 30 Minuten das Bombardement eingestellt ist. Die Universität ist zusammengeschossen und eingestürzt, die Burg steht in Flammen und in vielen Theilen der Stadt wüthen die Flammen, sodaß Windisch-Grätz selbst in die noch im Besitze des Volkes stehenden Stadttheile nach Löschapparaten gesendet hat. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 1. November. Die Nationalversammlung hat gestern die beiden ersten Kapitel des Budgets angenommen und über das dritte: Budget der Justiz, wo die Kommission Reduktionen vorschlug, eine ziemlich lebhafte Debatte begonnen, die auf Morgen vertagt wurde.

Der parlamentarische Club des Instituts wird sich in seiner morgigen Sitzung über die Candidatur der Präsidentschaft entscheiden, man zweifelt nicht, daß er sich für Cavaignac aussprechen wird.

Die Turiner Zeitungen vom 28. Oct. melden einen allgemeinen Aufstand des Valtellins, die Brücke über die Adda war abgebrochen, man höre fortwährend Kanonendonner und Flintenfeuer.

Anzeigen.

Einige in Putzarbeiten bereits geübte Mädchen, sowie einige, die solches erlernen wollen, werden sogleich angenommen gesucht. Näheres in der Expedition d. Bl.

In der Maximiliansstraße Nr. 6 ist während des Maximi-Marktes ein geräumiges Zimmer, welches bisher von einer Putzmacherin bewohnt war, zu vermiethen.

Für den armen Schullehrer sind ferner eingegangen von Hrn. v. M. 2 fl.

Im Verlage der Gebr. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Eiterburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 310.** **7. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 31. Oct. 108. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Für die Anträge des Ausschusses lassen sich 11, gegen dieselben 14 Redner einschreiben. Außer den Ausschußanträgen liegen noch verschiedene Anträge vor, von Bauernschmidt und Genossen: Das Reichsministerium solle schleunigst bewirken 1) die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt von Seite der österreichischen Regierung für sämmtliche deutsch-österreichische Provinzen; 2) sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes der Stadt Wien; 3) schleunige Räumung Wiens und seiner Umgegend von allen Kroaten und sonstigen nichtdeutschen Truppen: 4) unverkümmerte Aufrechthaltung der gesetzlichen Freiheiten und aller wohlerworbenen Volksrechte, wie in ganz Oesterreich, so auch in der Stadt Wien. Die Reichskommissäre seyen mit dem Vollzug dieser Beschlüsse zu beauftragen, und ihnen nöthigenfalls Reichstruppen zu Gebote zu stellen. Wasowicza stellt einen Antrag, der in mehreren Punkten mit dem des Ausschusses übereinstimmt, aber namentlich noch Sicherstellung der freien Berathung des österreichischen Reichstags und Herstellung des Friedens in Oesterreich bezweckt. Wigard beantragt als Zusatz zu dem Antrage Bauernschmidt's: Versetzung des Fürsten Windischgrätz in Anklagestand wegen rechtswidriger und ungesetzlicher Aufhebung der constitutionellen und allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte der Wiener Bevölkerung und Wiederersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Centralgewalt, und die gleiche Maßregel gegen alle Diejenigen, welche ihm zu diesem Verfahren autorisirt haben. Gerstner, Detmold, Lassaulx ꝛc. tragen in Erwägung, daß die Zustände in Wien durch die neuesten Ereignisse ihre Erledigung gefunden haben, daß die der deutsch-österreichischen Bevölkerung im März und Mai zugesicherten Rechte und Freiheiten neuerdings garantirt worden und nicht in der Art gefährdet sind, daß eine Einmischung der Centralgewalt in die innern Angelegenheiten Oesterreichs gerechtfertigt wäre, und daß endlich durch die Absendung von Reichskommissären und die denselben ertheilten Instruktionen die deutschen Interessen hinlänglich gewahrt sind, — auf motivirte Tagesordnung an. Vor Eröffnung der Berathung über die schon mitgetheilten Anträg des Ausschusses fragt Pattai: ob das Ministerium seit dem Bericht der Reichscommissäre vom 24. Oct. neuere Berichte von ihnen empfangen habe? Reichsminister v. Schmerling erwiedert: es seyen seit dem 24. October keine eingegangen, er würde sie sonst mit Vergnügen dem Ausschusse mitgetheilt haben. Zuerst erhält Eisenmann das Wort. In Wien herrscht Ordnung! Diesen Ausspruch, der vor siebenzehn Jahren von einer andern Hauptstadt gethan worden, könne man jetzt auch auf die Hauptstadt Oesterreichs anwenden. Wann die blutige Saat aufgehen werde, die in Wien gesäet worden, wisse er nicht; aber aufgehen werde sie, und der Schutt von Wien werde vielleicht das Mausoleum einer Dynastie seyn. Der Redner beklagt dann, daß die Nationalversammlung trotz aller Mahnungen nicht frühzeitig eingeschritten sey; das deutsche Volk werde ihm und seinen Freunden die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es an ihrem guten Willen nicht gefehlt habe. Weßwegen, fährt er fort, wurden Tausende gemordet, weßwegen Wien, eine der schönsten Städte Europa's verwüstet? Hat es etwa die Republik proklamirt? Was hat Wien gethan, daß die österreichische Regierung selbst auf die Gefahr eines Bruchs mit Deutschland hin ihren Willen durchsetzen mußte? Die Wiener wollten nicht die deutschen Truppen zum Schergendienst gegen die Freiheit eines Brudervolkes gebrauchen lassen. Der verdient nicht ein Deutscher zu sein, der diese Gesinnung nicht theilt. Den Mord Latours kann man nicht der ganzen Bevölkerung Wiens zu Last legen. Der Redner wendet sich zu dem Ausschußbericht, worin aus den Depeschen der Reichskommissäre angeführt wird, Windischgrätz habe sie mit eine gewissen Schroffheit empfangen und nicht einmal ihre Vollmacht einsehen wollen. Das heißt auf gut deutsch, sagt Eisenmann, sie wurden beinahe zur Thüre hinausgeworfen. Eine andere Instruktion wurde nichts heißen; die Bevollmächtigten würden dadurch das Loos erfahren, wie die vielen Deputationen des Reichstags und des Wiener Gemeinderaths an den Kaiser. Es ist uns die größte Beleidigung angethan worden; ich protestire dagegen, daß wir und derselben aufs Neue aussetzen, und sollte ich allein stehen. Der Redner beantragt, daß 1) die Reichskommissäre abberufen. 2) das Benehmen der österreichischen Regierung als Auflehnung gegen die Centralgewalt bezeichnet und solches der österreichischen Regierung eröffnet werde. Löwe von Calbe knüpft an die Mahnung des Präsidenten an die Leidenschaften in dieser Frage nicht noch mehr anzufachen. Wo könnte, fragt er, eine tiefere Leidenschaft aufgeregt werden, als da, wo die größte und blühendste Stadt in Trümmern liegt? Ein zweites Magdeburg soll Wien nicht werden, rief eine andere Hauptstadt, als es vielleicht schon ein zweites Magdeburg war. Aber wie der Protestantismus auf den Trümmern von Magdeburg siegte, so wird die Freiheit siegen auf dieser neuen Freiheitsleiche. In Bezug auf den Ausschußbericht bemerkt der Redner: Was uns seit der März-Revolution ins Unglück gebracht, das ist die Phrase, gegenüber der That. Man ist auch hier zu Nichts gekommen, als zu Phrasen und wieder Phrasen. Die Instructionen der Reichskommissäre sind auch mit den schönsten Phrasen verbrämt, von Freiheit, Schutz gegen Reaktion. Die Reichskommissäre wollten aber Wien erst mürbe werden lassen; um die Freiheit zu sichern, lassen sie sich von Windischgrätz zur Thüre hinauswerfen. Sie haben nichts, in aller Welt gar nichts gethan, diese Reichskommissäre, welche die Würde des deutschen Reichs und der Nationalversammlung mit sich tragen. In solche Hände wollen Sie Instruktionen legen, die so und so gedeutet werden können? Wir müssen retten, was noch zu retten ist. Nachdem Wien einmal besiegt ist, müssen wir die Freiheit sicher stellen, ungesetzliche Akte zur Rechenschaft ziehen oder beseitigen. Es giebt keinen andern Weg, die Interessen Deutschlands sicher zu stellen, als die Freiheit sicher zu stellen. Der Reichstag hat sich um die Vertheidigung der Hauptstadt bekümmert, die Entfernung der Croaten verlangt, die Betretung des deutschen Bodens und die Erlasse von Windischgrätz für ungesetzlich erklärt. Wollen Sie nicht jetzt, nachdem die „gesetzliche Ordnung" hergestellt und die Reichskommissäre vielleicht in Wien angekommen sind, diese Beschlüsse des Reichstags in Ausführung bringen und erklären, daß die Truppen im deutschen Boden räumen müssen und einen aufrührerischen Feldherrn zur Verantwortung ziehen? (Gelächter rechts.) Das mag Ihnen komisch vorkommen; aber dann kommt mit die deutsche Einheit komisch vor (Beifall auf der Linken), ich sage, einen aufrührerischen Feldherrn zur Verantwortung ziehen, der den deutschen Reichskommissären die Thüre gewiesen und den Befehlen des Reichstages, seiner gesetzlichen Obrigkeit nicht gehorcht hat. Indem Sie diesen Gesetzen Anerkennung verschaffen, wahren Sie die Freiheit und mit ihr das Deutschthum in Oesterreich; auf keinem anderen Wege können Sie es thun. (Schluß folgt.) Der Antrag des Ausschusses wurde mit großer Majorität angenommen.

Wie wir vernehmen ist nunmehr endlich auch der letzte Rest der Prügelstrafe in Bayern, die Polizeilihe, durch einen Erlaß des Ministeriums aufgehoben worden. Es hat diese Verfügung lange genug auf sich warten lassen.

(Dienstesnachrichten.) Der Kreis- und Stadtgerichts-Rath Lechner in Regensburg und der Landgerichts-Arzt Sauerheimer in Bayreuth wurden auf den Grund des §. 22, lit. B und C. der IX. Verf.-B. quiescirt. Der Landgerichtskaktuar Z. Fischer erhielt die II. Assessorstelle zu Hilsbohsen.

Bernburg, 2. Novbr. (Abermals eine fürstliche Flucht.) Abermals ist unser früher so ruhiges Städtchen in die größte Aufregung versetzt. Nach Konstituirung des neuen Ministeriums nämlich war der Landtag in seinen Geschäften rasch vorwärts geschritten, und vollendete vorgestern die Verfassung, setzte namentlich die Civilliste des Herzogs fest. Gestern nun wurde das ganze Werk noch einmal redigirt, und nach einigen Abänderungen nahm der Landtag einstimmig das Grundgesetz an. Heute sollten beide Minister nach Ballenstedt reisen, um die Sanktion des Herzogs zu holen. Da kam gestern ein Brief an den Minister-Präsidenten v. Kersten, der da meldete, daß das herzogliche Paar in Begleitung des Erminister's v. Kroszigk, und des Hrn. v. Kutteroff Nachmittags 4 Uhr nach Quedlinburg abgereist sei. Die

Digitized by Google

Wirkung dieser Handlungsweise von Seiten des Hofes ist hier ins gemein. Man verkennt leichen Augenblick, was die Ursache hier von ist: die Civilliste ist es.

Berlin, 3. November. Die Sitzung der gestrigen Nationalversammlung, zu der sich seit 9 Uhr Abends die Abgeordneten wieder eingefunden hatten, ward um 10½ Uhr vom Vicepräsidenten Phillips mit der Mittheilung folgender telegraphischen Depesche des Präsidenten v. Unruh aus Potsdam an die Minister Eichmann und v. Bonin eröffnet: „Zur Ertheilung einer Antwort vom König ist die Anwesenheit wenigstens eines Ministers hier erforderlich. Die Deputation wird bis 11 Uhr die telegraphische Antwort der Minister erwarten.“ Abg. Temme: Wir sind noch vollständig in derselben Lage, und es ist unsere Pflicht, hier zu bleiben. Wenn die Deputation zurückkommt und unbefriedigende Antwort bringt, so ist das Vaterland erst recht in Gefahr. Von der Rechten wird Aufhebung der Sitzung verlangt. Der größere Theil der Mitglieder dieser Seite entfernt sich unter furchtbarem Lärm der Linken. Die Beschlußfähigkeit der Versammlung wird von neuem festgestellt und es ergibt sich eine Zahl der Anwesenden von 211. Es geht nun auch eine Benachrichtigung der Minister Eichmann und v. Bonin ein, dahin lautend: „Die Minister würden sich auf Befehl Sr. Maj. am andern Morgen 7 Uhr nach Sanssouci begeben.“ Ironisches Lachen auf der Linken. Abg. Elsner ruft: Das ist ein Hohn auf die Versammlung. Um die Ruhe des Landes, nicht der Stadt, sey es ihm zu thun gewesen. Man schreitet zur Abstimmung und es wird der Antrag: „die Sitzung nicht eher zu schließen, als bis die Deputation zurückgekehrt und Bericht erstattet hat“, mit 114 gegen 106 Stimmen angenommen. Von der Rechten wird jetzt der Antrag auf Namensaufruf gestellt und unterstützt, es stimmten hierbei 115 mit, 106 gegen mit Rein und die Versammlung ist mithin nicht beschlußfähig, worauf der Präsident die Sitzung bis zum 3. November 9 Uhr vertagt. — Die heutige Sitzung wird vom Präsidenten v. Unruh um 9½ Uhr eröffnet. Der Präsident: Ich halte es für meine Pflicht, der Versammlung Rechenschaft abzulegen über die Resultate der von ihr gesendeten Deputation. Ich hatte, obgleich das Ministerium bei der Fassung des Beschlusses anwesend war, ihm dennoch eine schriftliche Benachrichtigung darüber zukommen lassen und ihm mitgetheilt, daß wir mit dem nächsten Zuge nach Potsdam fahren würden. Die Deputation fuhr um 6 Uhr von hier fort, und im Potsdam angelangt begab sie sich zum Könige nach Sanssouci, fand aber keinen der Herren Minister dort anwesend. Ich war deshalb genöthigt, mich an den dienstthuenden Adjutanten, Major Manteuffel, zu wenden und ihn zu bitten, und beim König anzumelden. Er erwiderte, es sey bereits seit dem März der Befehl, keinerlei Deputation in Abwesenheit der Minister vorzulassen. Hierauf ersuchte ich ihn, mich persönlich beim Könige zu melden. Er erklärte sich bereit, kam aber nach einigen Minuten zurück mit der Nachricht, daß soeben eine Depesche des Ministeriums eingetroffen sey, worin der König geboten werde, die Deputation zu empfangen. Der König hat uns darauf empfangen, die Adresse ist verlesen und dem König übergeben worden. Derselbe hat aber eine Antwort nicht ertheilt. Drei Mitglieder der Deputation, die Herren Kühlwetter, Gierke und Mäke, haben Gelegenheit gehabt, hinterher noch einmal Se. Maj. zu sprechen. S. Maj. hat sich dahin erklärt, daß er es mit der Stellung eines constitutionellen Königs nicht verträglich finde, eine Antwort zu ertheilen, wenn kein verantwortlicher Minister zugegen sey. Se. Maj. hat gegen die Mittheilung dieses nicht öffiziellen Gespräches an die Deputation nichts eingewendet, und ausgesprochen, daß die Minister heute mit dem ersten Zuge in Potsdam ankommen würden, um der Deputation eine Antwort zu ertheilen. Hinzufügen muß ich noch, daß ich mich veranlaßt gesehen habe, den Ministern eine Depesche zu schicken, daß zur Antwort des Königs die Anwesenheit eines Ministers nothwendig sey, und daß die Deputation bis um 11 Uhr warten werde. Ich habe auch um 11½ Uhr eine Antwort bekommen, welche dahin lautet, daß die Minister heute mit dem ersten Zuge nach Potsdam kämen. Hiermit schließe ich mein Referat. Ich frage, ob die Versammlung auf die Tagesordnung übergehen, oder nicht vielmehr sich vertagen will. Es ist der Versammlung amtlich bekannt, daß die Minister heute Vormittag nicht anwesend seyn können. Aus dem Grunde bin ich der Meinung, daß die Versammlung sich vertagt, weil, wenn die Minister auch nicht nothwendig ist, der Regierung doch die Möglichkeit gegeben werden muß, sich zu äußern. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, würde ich die Sitzung bis 5 Uhr vertagen. Die Versamml. beschließt, sich bis 3 Uhr zu vertagen. Abg. Pfeffer: Er müsse der Erzählung des Präsidenten noch Einiges hinzufügen. Als die Adresse übergeben war, wollte sich der König entfernen; der Abg. Jacoby nahm das Wort und sagte: Wir sind nicht blos hierher gesandt, Ew. Majestät die Adresse zu überbringen, sondern auch, Ihnen persönlich über die Lage des Landes Mittheilung zu machen. Während der König im Begriff war, aus dem Zimmer zu gehen, setzte er hinzu: Gestatten Ew. Maj. uns und Gehör! Darauf brehte sich der König um und sagte: Nein! da sagte Jacoby: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Somit entfernte sich der König. In der um 4 Uhr wieder eröffneten Sitzung, bei der die Minister v. Bonin und Graf Dönhoff anwesend sind, wird eine königliche Botschaft verlesen, deren Inhalt etwa folgender ist: Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. haben die am gestrigen Tage uns durch eine Deputation überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und erwidern darauf Folgendes: Fest entschlossen, den in Uebereinstimmung mit den Wünschen unseres Volkes vereinbarten konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben wir den Generallieutenant Grafen v. Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil wir nach seinen uns wohlbekannten Gesinnungen übergeugt sind, daß er sich der festen Begründung der konstitutionellen Freiheiten widmen werde. Wenn ihm dies gelingt, wird er sich, wie wir wir hoffen, das Vertrauen des Landes erwerben. Einem andern Minister als einem solchen, von welchem wir dies erwarten können, werden wir, dazu nun dürfen sich die Vertreter unseres getreuen Volkes übergeugt halten, niemals die Regierung des Landes anvertrauen. Wir können uns daher auf die ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte durchaus nicht einschließen, den dem Grafen Brandenburg gegebenen Auftrag zurückzuziehen. Mit Genugthuung haben wir übrigens die Anerkennung vernommen, daß unser Herz für das Wohl des Volkes stets geschlagen hat, und hoffen wir, daß wir uns in der gewissenhaften Verfolgung dieses Zieles im Einklang mit den Wünschen unseres getreuen Volkes befinden werden und daß die Vertreter desselben und darin unterstützen werden. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Contrasign.) Eichmann. — Nachmittags 4½ Uhr. Die Ruhe hat sich bis jetzt erhalten. Nur die vorwärtrenden Züge der Bürgerwehr von und nach dem Gendarmenmarkte bekunden, daß wir in einer großen Krisis leben, so wichtig, wie wir seit den Märztagen keine gehabt haben. Die Straßen sind wenig belebt, von einer Theilnahme der Massen an Dem, was vorgeht, ist kaum etwas zu erwarten. Ueber die Audienz, der Deputation beim König wird noch erzählt, daß der König bei Verlesung der Adresse, als der an „das Geschick eines Nachbarstaats“ erinnernde Passus verlesen wurde, der Deputation den Rücken zugekehrt, bei dem Schlußsatze hingegen, der des volksfreundlichen Herzens des Königs Erwähnung that, den Abgeordneten wieder das Gesicht zugewendet habe.

Landeshut, 30. October. 200 ungarische Husaren, verfolgt von böhmischen Kürassieren, sind auf diesseitiges Gebiet übergetreten und in Liebau angelangt. Ihr Plan war, in die Reihen ihrer ungarischen Brüder zurückzukehren. Ihre Absicht wurde jedoch vereitelt, und sie sahen sich daher genöthigt, auf preußisches Gebiet überzutreten, was ihnen bei den bestehenden Cartelverhältnissen natürlich nicht viel helfen wird. (D. A. Z.)

Posen, 31. Octbr. Nach gestern Abend hier eingelaufenen Nachrichten war es in Wronke zu bedenklichen Händeln zwischen den beiden Nationalitäten gekommen. Veranlassung soll der bekannte Fahnenraub und die deshalb bei den Deutschen herrschende Erbitterung gewesen seyn. Bei Abfertigung der Depesche war Generalmarsch geschlagen worden, auch fürchtete man Gefahr für die Eisenbahn. Die hiesige Commandantur traf sofort die geeigneten Vorgegeln, um für den Nothfall mit im Laufe der Nacht eine Militärverstärkung mit einem Extrazuge nach Wronke abzusenden. Diese Rothwendigkeit ist jedoch nicht eingetreten, es muß den Wronkern ohne fremde Hülfe gelungen seyn, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. (D. A. Z.)

Aus Glauchau vom 2. November wird dem Dresdner Journal über eine dort ausgebrochene heftige Krankheit berichtet, die allem Anschreine nach die Cholera sey. Seit acht Tagen waren zwei bis drei Todesfälle vorgekommen; am 1. Nov. stieg die Zahl der Todten aber bis auf zehn, und bis Mittag kannte man überhaupt 60 bis 70 Kranke. Der Verlauf der Krankheit ist bei den Meisten sehr schnell. Aber die ersten 24 Stunden übersteht, sey jedoch gewöhnlich außer Gefahr. (D. A. Z.)

Schleswig, 31. October. Es bestätigt sich vollkommen, daß unser Regierungscomissar Bargum von der dänischen Militairbehörde auf Alsen zurückgewiesen worden. Aber nicht allein Bargum, sondern auch Privaten, die hinüber wollten, ist von Militairbehörden, welche diesseits des Sundes stationirt sind, der

Digitized by Google

Uebergang verzagt worden. Unter diesen Privaten war der Hofchef des Herzogs von Augustenburg, welcher mit dem Auftrage des Herzogs dahin gesandt worden seyn soll, um die herzoglichen Besitzungen wieder in Empfang zu nehmen. Meinke hat Alsen schon vor einiger Zeit verlassen und hat das Regiment in den Händen des Johannsen Hansen zurückgelassen. Heute wurde hier folgendes Schreiben bekannt: Nachdem Se. Exc. der gek. Conferenzrath v. Meinke als Präsident der Finanzcommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein abgereten ist, haben der Herr Conferenzrath und Amtmann Johannsen und der Bischof Hansen es auf meinen an dieselben gerichteten dienstlichen Wunsch übernommen, die Administration über die Inseln Alsen und Arrös im Namen Sr. Maj. des Königs fortzusetzen, bis die k. dänische Regierung für den Schutz ihrer Rechte so vollständige Garantie erlangt haben wird, daß die gedachten Inseln auf Zuversicht der neuen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein für die Dauer des Waffenstillstandes constituirten Regierung übergeben werden können. Bis dahin müssen beide Inseln in ihrem bisherigen Verhältnisse verbleiben und werden der Herr constituirende Oberinspektor Hornemann hierdurch dienstlich ersucht, das Ihrige dazu beitragen zu wollen, daß die Ruhe und Ordnung, die bisher auf der Insel Alsen so musterhaft bewahrt sind, daß der gute Geist, der die Bewohner der Insel bisher in so hohem Grade ausgezeichnet, auch fernerhin erhalten bleibe. Es sind bis weiter alle Berichte, Eingaben und Gesuche, welche bisher an die kgl. Immediatcommission zu richten waren, an den Conferenzrath Johannsen und Bischof Hansen nach Sonderburg einzusenden und von diesen allein haben sämmtliche Behörden und Beamten auf der Insel Alsen in so lange bisher dem Wirkungskreise der Immediatcommission gehörigen Sachen Befehle und Anfrage einzuholen und zu befolgen. Schleswigholsteinlauenburgische Kanzlei, 23. Oct. 1848. F. Knuth.

Ein Schreiben aus Wien vom 2. November meldet: „Am 31. October Abends wurde Wien unter Bombardement mit Sturm genommen und von den k. k. Truppen besetzt. Viele Gebäude gerathen in Flammen, auch ein Theil des k. k. Hofburggebäudes am Josephsplatz brannte ab. Die k. k. Fahne weht seit gestern auf dem Stephansthurm. Die Ruhe scheint vollkommen hergestellt. Die Entwaffnung ist bereits allgemein erfolgt. Die Stadt ist heute noch abgesperrt. Der Reichstagsstaat wurde gestern geschlossen, und die Sitzungen werden vom 15. d. M. an in Kremsier abgehalten."

Leipzig, 4. Novbr. Die Nachrichten über die am 1. Nov. erfolgte Wiederbesetzung Wiens durch die Truppen unter dem F.-M. Windischgrätz sind noch zu lückenhaft, um eine zusammenhangende Darstellung zu erlauben. Indessen werden sie heute durch eine Reihe Bekanntmachungen des Commandanten Messenhauser des Gemeinderaths und andere offizielle Aktenstücke in wesentlichen Punkten festgestellt. Am 29. Oct. schon war nach Messenhauser's Versicherung nur Munition für eine vierstündige allgemeine Vertheidigung noch vorhanden; er getraute sich die Stadt nur 3—4 Stunden halten zu können. Es war innerhalb zwei Tagen Mangel an Lebensmitteln zu gewärtigen. Daß kein Entsatz durch die Ungarn mehr zu hoffen, ward wiederholt von den Behörden ausgesprochen. Das folgende sind nun die uns zu Gebote stehenden ausführlichen Mittheilungen.

Am 1. Novbr. gegen 11 Uhr Vormittags ist Wien von den kaiserlichen Truppen vollständig besetzt worden. Am 30. Oct. hatte die Uebergabe der Stadt bereits begonnen, indem einzelnen Corps die Abgabe der Waffen angesagen hatten. Als die Ankunft der Ungarn vom Stephansthurme signalisirt wurde, entbrannte der Kampf von neuem, obschon früher der Gemeindeausschuß unter der Bedingung der Waffenniederlegung der Proletarier die Erhaltung bis nach Herstellung geordneter Zustände versprochen und Messenhauser dem Gemeindeausschusse bereits zuvor erklärt hatte, daß unter solchen Umständen er von Vertheidigung der Stadt abstehen wolle. Die Entwaffnung hatte in der Leopoldstadt begonnen, und weiße Fahnen hingen aus; diese vertauschte man mit den rothen und begann ein heftiges Feuer wiederum in der Wieden, in Mariahilf und dem Schottenfelde. Am Nachmittage dieses Tages sowie am 31. October Morgens blieb es still. Gegen 9 Uhr früh machte Windisch-Grätz mittels Placat bekannt, daß die Ungarn 21,000 M. stark, bei Schwechat geschlagen seyen und daß Fürst Liechtenstein mit 10,500 M. ihnen nachsetze. Um 3 Uhr begann eine furchtbare Kanonade, besonders in Mariahilf und Schottenfeld. Sie hörte auf, da es hieß, die Linie(?) sei genommen. Nunmehr eilten die Garden gegen 4 Uhr auf die Basteien zur Vertheidigung, worauf es bis 6 Uhr still blieb. Da gerieth die kaiserl. Burg in Brand, ohne daß der Entstehungsgrund bisheiden bekannt geworden ist. Eine Bombe war nicht hineingefallen, dagegen war das Kolowrat'sche Haus und die Kapuzinerkirche durch Bomben zerstört. Gegen 1 Uhr Nachts ward das Burgthor mit einigen Schüssen aus 24-Pfündern gesprengt, und die Truppen rückten in die Stadt, ohne daß ein großes Gefecht stattgefunden hätte. Die Kroaten standen auf dem Graben. Da man gestern früh in der Leopoldstadt nichts von dieser Besetzung der Stadt erfahren hatte, erwartete man in der Wieden den Wiedereintritt des Kampfes. Allein zwischen 10 und 11 Uhr rückten die Truppen in großen Massen ein, ohne daß eine weitere Vertheidigung stattgefunden hätte. Das Gerücht, als wolle die Legion mit 10,000 M. die Universität auch noch vertheidigen bestätigt sich nicht. General Bem soll gefangen sein*).

Wien, 1. Nov. Die Flammen haben das Dach der k. k. Bibliothek, das Naturalienkabinet, das Augustinerkloster und dessen Kirche zerstört, mehre Gebäude sind angebrannt aber schnell gelöscht. Gepländert ist nirgends worden, die Burg wenig beschädigt, obgleich sie von den braven Truppen mit dem Bayonet genommen worden. Man zählt schon über 2000 Gefangene, unter ihnen mehre italienische Priester und Zöglinge der orientalischen Akademie. (D. A. Z.)

Heiligenstadt bei Wien, 31. October (Abends 9 Uhr.) Im Laufe des Tages erfuhren wir Abgeschlossen, daß der General Gordon Namens des Fürsten Marschall am 30. Octbr. an den Gemeinderath ein Schreiben gerichtet hatte, worauf dessen er die Bedingung stellte, daß bis Abends 8 Uhr dieses Tages die Waffen sämmtlich abgeliefert sein müßten, die Geschütze links von der matzleinsdorfer Linie in die Artilleriekaserne, rechts derselben in Schönbrunn die Gewehre der fremden zugezogenen Nationalgarden, desonders um später restituirt werden zu können. Nur die Garden, die die Burg, die Gesandtschaften und öffentlichen Gebäude zum Schutz besetzt hätten, durften bewaffnet bis zu ihrer Ablösung durch das Militär bleiben; auf dem Stephansthurm müsse die schwarzgelbe, auf den Linienthoren die weiße Fahne ausgesteckt und sämmtliche gefangen gehaltene Offiziere und Beamten nach Schönbrunn geführt werden. Dinge man diesen Bedingungen, deren letzter Termin 12 Uhr Mittags, am 31. October sei, ein, so wolle der Fürst nicht allein die Stadt schonen, sondern auch die fernere, eingeführte Verpflegung der Arbeiter und Studenten genehmigen, sowie nochmals bestimmt versichert werde, daß an den Errungenschaften des 15. März und 15. Mai nichts geschmälert werden solle; wo nicht würde er die Stadt mit Sturm nehmen. (D. A. Z.)

Wien, 1. Nov. Aus der k. k. Staatsdruckerei wird eine Proklamation ausgegeben, der wir folgendes entnehmen: Indem ich die unter meinem Befehle stehenden k. k. Truppen in die Hauptstadt Wien einrücken lasse, finde ich mich bestimmt, jene Maßregeln allgemein bekannt zu machen, deren Ausführung ich zur Wiederherstellung des auf das Tiefste erschütterten öffentlichen Rechtszustandes für unerläßlich halte. Die Stadt ist bis auf weitere in ihrer Unterwerfung angezeigt, die darüber geschlossenen Bestimmungen wurden jedoch durch den schändlichsten Verrath wieder gebrochen, daher ich ohne Rücksicht auf diese Unterwerfungsakte hiermit folgende Anordnungen treffe: 1) die Stadt Wien, ihre Vorstädte und Umgebungen in einem Umkreise von 2 Meilen werden in Belagerungszustand erklärt, das ist: alle Lokalbehörden sind für die Dauer dieses Zustandes nach der im §. 9. enthaltenen Bestimmung der Militärbehörde unterstellt. 2) Die akademische Legion und Nationalgarde, letztere jedoch mit Vorbehalt ihre Reorganisirung, sind aufgelöst. 3) Die allgemeine Entwaffnung, Falls sie noch nicht vollständig durchgeführt worden wäre, ist durch den Gemeinderath binnen 48 Stunden, von der Kundmachung gegenwärtiger Proklamation an gerechnet, zu beendigen. 4) Alle politischen Vereine werden geschlossen, alle Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen von mehr als 10 Personen sind untersagt, alle Wirths- und Kaffeehäuser sind in der innern Stadt um 11, in den Vorstädten und Umgebungen aber um 10 Uhr Abends zu schließen. 5) Die Presse bleibt vorläufig nach der Bestimmung des Punktes 4 der Proklamation vom 23 Octbr. d. Js. beschränkt und der Druck, Verkauf und die Affigirung von Plakaten, bildlichen Darstellungen und Flugschriften nur insoferne gestattet, als hierzu die vorherige Bewilligung der Militärbehörde eingeholt und ertheilt worden sein wird. 6) Die im §. 5 der Proklamation vom 23. Oct. d. Js. enthaltene Verfügung, wonach die sich in der Re-

*) Nach einem Berichte, der aus Brünn gekommen, soll sich ein Theil der akademischen Legion, der Arbeiter und der übergangenen Soldaten, welche letztere auf keine Amnestie hoffen, in die festen Stellungen des Schwarzenberg'schen Gartens und des Belvedere geworfen haben und zum Todeskampf entschlossen sein.

Digitized by Google

sbenz ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit aufhaltenden Ausländer auszuweisen sind, wird auf alle in gleicher Lage befindlichen nach Wien nicht zuständigen Inländer ausgedehnt. 7) Um den Zweck des Belagerungszustandes zu erreichen, der kein anderer sein kann, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten konstitutionellen Rechtszustande vorzubereiten, wird eine gemischte Central-Kommission unter dem Vorsitze des Hrn. Generalmajors Baron Cordon, welchem ich zum Stadt-Kommandanten ernenne, die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen, und sowohl die niederösterreichische Landesregierung als auch die Stadthauptmannschaft an ihre Anordnungen gewiesen. Hauptquartier Hetzendorf am 1. Novbr. 1848. Fürst zu Windischgrätz, k. k. Feldmarschall. (N. K.)

Olmütz, 1. Nov. Der Kommissär der deutschen Centralgewalt Welker, dessen Friedensmission nicht geglückt ist, hat sich gestern von hier nach Prag begeben. Auch die Abgg. Fischer, Hawliczek, Heslart, Laser und Mayer haben gestern Olmütz verlassen.

Ratibor, 2. Nov. Vorläufig darf Niemand weder nach Wien hinein noch hinaus, außer gegen einen Schein. Mit den Truppen sollen gleichzeitig Polizeibeamte in die Stadt mit eingezogen sein, um bei der Haussuchung thätig zu sein und die Führer zu bezeichnen. In Wien selbst befindet sich nur Artillerie und Infanterie, die Cavalerie ist großentheils noch in der Verfolgung der Ungarn begriffen. Außerhalb der Stadt liegen vier Regimenter Cavalerie. Viele Studenten und Legionäre (Arbeiter) sollen entschlossen sein, sich nach Ungarn durchzuschlagen. (D. A. Z.)

Brünn, 29. Oktober. (Nach 1 Uhr Nachmittags.) Seit einer Viertelstunde dauert hier der Landsturm. Es ist eine furchtbare Melodie. Die Alarmtrommel tönt schauerlich. Noch weiß nicht, wie groß der Haufe ist, der nach Wien eilen will. Dem Volke wird der Zustand in Wien furchtbar geschildert, denn eben ist ein Bericht von der Erstürmung der Leopoldstadt eingelaufen. Man meint, ganz Wien sey in Flammen. (3 Uhr Nachmittags.) Das Sturmgeläute schweig um 2 Uhr. Es soll neuerdings beginnen. Ein Theil der Garde eilt in die Dörfer, um dasselbst den Landsturm aufzubieten. Hier sammelte sich am großen Platze vor der Militärhauptwache ein Haufen Volks und beschimpft das Militär. Ein Gardeevaterist Starka, der es beschwichtigen wollte, ward vom Pferde gerissen und gemißhandelt. Die Generalität mit einer Escadron Cavalerie und einem Bataillon Infanterie stellt sich am großen Platz auf und wird allgemein verhöhnt. Das Militär verhält sich passiv. Die Unmöglichkeit zu reussiren einsehend, zieht es sich in die Kasernen gänzlich zurück, stets einen Anfall von rückwärts befürchtend. Das Volk ruft nach Gewehren. Die Garde ist ohnmächtig, weil in Parteien getheilt, sie selbst in Insulten ausgesetzt und beschränkt, entwaffnet zu werden. Das Volk zieht theils mit Bauernfuhrwerken, theils mit Leiterchen herum.

30. Oct. 7¼ Uhr Morgens. Eine telegraphische Depesche wird aus Olmütz publicirt: „Die Stadt Brünn möge sich ruhig verhalten, weil zwischen Windisch-Grätz und Wien bereits vermittelt wird." (1 Uhr Nachmittag.) Die Garde wird alarmirt. Es wird promulgirt, daß Jedermann binnen einer halben Stunde die Plätze und Gassen zu verlassen habe. Das Militär rückt im Sturmschritt vor. Die Stadt ist plötzlich gesäubert, alle Straßen von Militär gesperrt. Ein Escadron Kürassire rückt in die Vorstädte. Die Aufwiegler werden gänzlich zerstreut. (1 Uhr 10 Minuten.) Das Bataillon Schönhals steht auf dem großen Platze und zwei Züge Cavalerie, wie auch einige Compagnien der Garde. Der Commandirende Reuß tritt vor und spricht, Fürst Windisch-Grätz ließ mir jetzt telegraphiren: „Wien hat sich unbedingt unterworfen. Heute beziehen meine Truppen die Stadt." Ein Hurrah ohne Ende ruft das Militär, die Garde schweigt. (Halb 2 Uhr.) Der Krawall hat ein Ende.

In Brünn erneuerten sich am 31. Oct. die Unruhen. Haufen Menschen hatten die Nacht durch die Straßen der Vorstädte mit Fackeln durchzogen und ein Haus förmlich geplündert. Am Morgen gestaltete sich die Lage der Stadt noch bedenklicher, namentlich durch den Zudrang von Fremden; die Läden wurden gesperrt, die Garde trat unter die Waffen und besetzte die wichtigsten Punkte. Eine Schaar der Tumultuanten, die sich Spieße und Flinten verschafft hatten, zogen vor eine Fabrik, um sich der dort gefertigten Gewehre zu bemächtigen; doch trat ihnen dort die Garde entgegen, die, als sie mit Steinwürfen angegriffen wurde, feuerte. Es gab 2 Todte, 30 Verwundete, der Platz war frei. Um 1 Uhr wurde das Aufruhrgesetz verlesen und der Tumult hatte für diesen Tag ein Ende. (D.-N.-Z.)

Die neueste Pariser Post ist heute nicht eingetroffen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Bayreuth, den 6. October 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgerichte

Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das Haus des Metzgermeisters Tobias Conrad Kögler in der Jägerstraße Nr. 665 mit dazu gehörigem Rekengebäude nebst Stallung, Holzlege, Stadel, Schorgärtlin, ¾ Tagwerk theils in Feld, theils in Pennth bestehenden Gartenlande hiemit öffentlich feilgestellt.

Diese Realitäten sind auf 2385 fl. gerichtlich geschätzt, und die Gebäude sind mit 3200 fl bei der Brandassecuranz eingetragen. Auf ihnen haftet außer den gewöhnlichen Steuern jährlich 6½ kr. für einen Rauchhahn zum hiesigen Rentamte.

Bietungstermin wird auf den

5. December Vormittags 10 Uhr

im Gerichtslokale, Commissionszimmer Nr. 10 anberaumt, und Kauflustige werden unter der Bekanntmachung zu demselben eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden nach den Bestimmungen des Hypothekengesetzes §. 64.—und der Prozeßnovelle vom 17. November 1837, §. 98—101 erfolgt, und daß ihnen die Taxationsverhandlungen auch vor dem Termine in der Registratur zur Einsicht vorgelegt werden können.

Opel.
v. n.

Landgraf.

Bekanntmachung.

Auf creditorischen Antrag werden folgende den Andreas Meyerschen Eheleuten zu Schnabelwaid gehörigen Immobilien dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und Termin auf

den 2. Dezember, Vormittags 10 Uhr

im Bogelschen Wirthshause angesetzt.

Die Grundstücke sind:

a) das Kleinhäusligut, Hs.-Nr. 4, zu Schnabelwaid mit Haus, Scheune, Keller, Backofen und Hofraum;
b) 0,05 Dez. Garten;
c) 7 Tagw. 58 Dez. Aker;
d) 6 Tagw. 22 Dez. Wiesen;
e) 1 Tagw. 43 Dez. Waldungen auf'm Berg;
f) das Gemeinde- und Forstrecht im Küschenrain, bestehend in 1 Klafter Brennholz mit Ast und Gipfelholz, Ast und Reichstreu;
g) 0,79 Dez. Herrenacker.

Der Gesammtwerth ist 1985 fl.

Kaufsliebhaber die ihre Zahlungsfähigkeit und Leumund im Termin nachzuweisen haben, werden eingeladen, und Beschreibung und Schätzung, sowie die Verkaufsbedingungen können täglich in der Registratur eingesehen werden.

Pegnitz, den 25. October 1848.

Königliches Landgericht.
Schober.

Anzeigen.

Zu dem, vom 13. November d. Js. an, privatim ertheilt werdenden Vorbereitungs-Unterricht für künftigen Besuch der Kgl. Kreis-Gewerbsschule dahier, werden noch einige Knaben angenommen. Nähere Auskunft darüber kann sündlich bei Gewerbschul-Pedell Friedrich erholt werden.

Danksagung.

Auf einer Reise in der Nähe von Bayreuth von einer Krankheit plötzlich überfallen, erreichte ich mit Mühe das Schnaufer'sche Gasthaus zum Erlen Hirschen und wurde mir durch die hingebende Pflege und Sorgfalt dieserso edlen Menschenfreunde, sowie durch den Herrn Regimentsarzt Dr. Huber geschickte Behandlung das Leben gerettet. Ich kann nicht umhin, Ihnen dafür meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Bayreuth, 6. November 1848.

Michael Hornak aus Böhmen.

Eine Schmiede mit 6 Klaftern Gerechtheolz, mit oder ohne Grundstücke, wird am 16 d. Mts. in Gefees verkauft.

Bei dem Unterzeichneten ist auf Lichtmeß ein Quartier von 7 Zimmern zu vermiethen.

Louis Kolb.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen, es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 311. | 8. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Nov. 108. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Fortsetzung.) Wiesner: Zum dritten Male hat sich Wien zur Wahrung der Freiheit erhoben. Im 16. und 17. Jahrhundert, als die Türken Wien belagerten, da frömten deutsche Krieger nach Wien und kämpften mit den Oesterreichern für seine Freiheit. Gegenwärtig, wo kroatische Horden und eine Menge anderer slawischer Krieger Wien bedrohen, haben wir keine Sympathien, ja man hat es sogar gewagt, von dieser Tribune herab die Wiener Bewegung zu schmähen. Die Ungaren haben weder Gold noch Silber, und könnten höchstens die Papiergeld, das in Oesterreich keinen Coues hat, ausgeben. Waren etwa die Bewegungen des März und des 15. und 26. Mai auch durch ungarisches Gold bewirkt? Ich weiß alle diese Verdächtigungen der heldenmüthigen Wiener mit Entrüstung zurück. Die Ungarn haben Wien eben so wenig mit Gold als mit Truppen geholfen, die so oft verspochen worden waren. Die Reichscommissäre, die gesendet worden waren, die Croaten wegzuweisen, gründen ihre Friedenspolitik auf die Feetdauer der Einschließung Wiens. Hätten dies nicht Welcker und Mosle geschrieben, so wäre es Landesverrath, so aber ist es wenigstens Mangel an allem Takt und Geschick zu diplomatischen Verhandlungen. Die Reichscommissäre sagen, es bleibe ihnen nur noch übrig, der Mühe zu seyn, einer allzubuligen Entwicklung der Dinge in Wien vorzubeugen. Also eine blutige Entwicklung wollen sie nicht hindern; und eine allzublutige war ihnen doch zu viel! Das Auftreten der Reichskommissäre zeigt, daß die Gerüchte, welche die Gemüthlagewalt denen geöffern Regierungen gegenüber als ohnmächtig schildern, nicht ohne Grund sind. Der Redner stimmt für den Bauernschmidt'schen Antrag. Wenn — sagt er schließlich — die Reaction in Wien siegt, dann sinkt Deutschland in die alte Knechtschaft zurück. Rüder: Der österreichische Reichstag steht auf dem Boden der Vereinbarung mit der Regierung, wie der Berliner. (Widerspruch links.) Die Zurückberufung der Reichscommissäre ein Bruch mit der österreichischen Regierung und Bevölkerung, und der vor acht Tagen hier gefaßte Beschluß könnte nicht zur Ausführung kommen. Das Circular des Ministers von Wessenberg ist beruhigend für alle Freunde der Freiheit und Ordnung. Die Verschärfung eines constitutionellen Ministers, der weiß, daß er dem beschlußfähigen Reichstag verantwortlich ist, sollte doch einiges Gewicht haben. Die Freiheit werde allerdings siegen, aber über die Niederlage der Anarchie. v. Beckerath vermißt in Beziehung auf Eisenmann's Aeußerung auf eine frühere Erklärung Bassermanns zurück, daß das Ministerium mit dem nächsten amtlichen Theile der Oder-Postamts-Zeitung in keiner Verbindung stehe. Er spricht sodann von den verschiedenen Ansichten der Betreff der Wiener Ereignisse. Es gibt — sagt er — eine Ansicht, die in dem stürmenden Eindringen einer Rotte in die Paulskirche nur eine Verwechselung der Thüren, in Barrikaden nur ein Knabenspiel, dem man zur rechten Zeit hätte vorbeugen können (links: Ja! Ja!), in Aufforderungen bei einer Volksversammlung, den Abgeordneten vor die Häuser und Leiber zu rücken, nur eine Erörterung sieht. Die Ansicht betrachtet auch die Wiener Ereignisse im günstigsten Lichte, und nimmt von Mordthaten u. dergl. keine Notiz. Diese Ansicht kann freilich das Verfahren des Ministeriums nicht unbefangen beurtheilen. Den österreichischen Reichstag betreffend, so sagt der Redner, ob es nicht gegen alle konstitutionellen Formen verstoße, daß eine gesetzgebende Gewalt zugleich die vollziehende sey. Der Reichstag hätte eben so gut die Ausschließung der nichtdeutschen Abgeordneten verlangen können. Das sey eben das Schwierige der österreich. Verhältnisse, daß das deutsche Element dort mit anderen Nationalitäten vermischt sei. Darum müsse man mit Besonnenheit den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen, nicht aber mit jugendlichem, ja knabenhaften Ungestüm dieselben bei Seite werfen wollen. Es habe ihn gerührt und gestimmt, daß über die Reichs-Kommissäre, diese wichtigen Männer, von denen erst jüngst Berichte vorlagen, so schonungslos abgesprochen worden. Es sei unerhört, daß man über Gesandte vor Vollendung ihrer Sendung aburtheile. Die Anträge des Ausschusses enthalten nichts, was die Lage noch mehr verwickeln könnte, sie enthalten keinen Tadel, sondern eine Bestätigung der Handlungsweise des Ministeriums, und den Wunsch, mit ihm zusammenzuwirken in der einzigen gedeihlichen Richtung. Die Annahme von Amendements würde den Ruf weiser Mäßigung mit Festigkeit gepaart, welchen die Nationalversammlung sich erworben, nicht entsprechen. Vogt: Es gibt Ansichten von Staatskünstlern, welche Kanonen und Kartätschen als Instrumente der Völkerbeglückung und die Polizei als den Anker des Staats betrachten, die Ordnung in der Ruhe eines Schutthaufens erblicken. Es gibt Staatsmänner, die nicht den Wagen der Zeit lenken, sondern von ihm hintenach geschleift werden. In Bezug auf das Verhältniß zwischen dem Reichsministerium und der Ober-Post-Amts-Zeitung erinnert er an das Sprichwort: Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage Dir wer Du bist. Wer seine amtlichen Erlasse in eine Kloake werfe, dürfte sich nicht wundern, wenn er sie beschmutzt herausziehe. Was die Reichskommissäre betreffe, so wisse er nicht, ob sie Beamte oder Gesandte seien. Wenn man mit dem Urtheil über Beamte warten sollte, bis sie abgetreten, dann wäre die Kritik der Minister nie am Platz; sie könnten dann regieren bis zum jüngsten Tag. Der Redner berührt dann Schneer's Aeußerung, daß die Nationalversammlung sich nur im Fall der höchsten Noth in die Regierung einmischen dürfte, und fragt: Ist denn die höchste Noth sei vierzehn Tagen nicht vorhanden gewesen? (Recht: Nein:) Wenn eine Armee von 100,000 Mann um eine Stadt gezogen wird, bloß um die militärische Ehre zu retten, wenn Croaten und anderes Volk die deutsche Gränze betreten, da soll keine Noth sein? Bewahren Sie diese Ansicht, sagen Sie aber dann nicht, daß sie jemals ein Herz für die Noth des Vaterlandes gehabt haben! Das Ministerium und die Reichscommissäre haben ein Verbrechen an unserer Mission begangen, sie haben ihre Mission nicht verstanden. Es ist unerhört, daß Friedensboten so lange zögern, bis kein Friedenswerk mehr möglich ist. Sie haben in ihrer Person die Würde der Nationalversammlung und der Centralgewalt mit Füßen treten lassen von einem Kaiserl. Commissär. Wenn ihnen sage, sie hätten hier nichts zu thun, und von ihrer Sendung nichts wissen wollte. In Olmütz wurden sie mit einer höflichen Verbeugung von Wessenberg und mit einer Tasel vom Kaiser abgespeist. Das Reichsministerium regiert nicht, sondern die Einzelstaaten regieren nach wie vor, und es ist nichts geändert worden. Das Reichsministerium sagt, es wolle gegen reactionäre Bestrebungen ankämpfen. Wenn die reactionären Bestrebungen sich in diesem Benehmen des Hofs, der Camarilla und der Generale nicht gezeigt haben, dann könnte man wie Diogenes mit der Laterne durch ganz Europa, Rußland und Asien gehen und würde keine Reaction finden. (Lebhafter Beifall links. Zischt.)

München, 5. Novbr. Heute Morgens verschied nach mehrwöchentlichem Krankenlager der k. Reichsarchivsdirektor Staatsrath Hormayr von Hortenburg im 67. Lebensjahre — der Letzte seines alten Stammes, das letzte Blatt aus dem immergrünen Kranze strahlender Namen aus Tyrol's 1809! (Landb.)

Eine kgl. allerhöchste Verordnung vom 30. Octbr im Regierungsblatt Nr. 58 enthält die Verlängerung des gegenwärtigen Vereinszolltarifes. Da nemlich über eine für ganz Deutschland gemeinschaftliche Zolleigesetzgebung gegenwärtig Berathungen zu Frankfurt a. M. stattfinden, so wird der Termin eines neuen beständigen Vereinszolltarifes für alle mit dem Jahr 1849 beginnende neue Tarifsperiode ausgesetzt und bleiben die bisherigen Bestimmungen auch vom Januar 1849 an bis auf Weiteres in Kraft. Die Magistratswahlen in Nürnberg, Ansbach, Erlangen, Fürth und Bamberg haben die allerhöchste Bestätigung erhalten.

München, 4. November. In einer früheren Nummer wurde der schweren Mißhandlung erwähnt, welche der bayerische Konsul zu Messina, Georg Killan, am 7. September dieses Jahres bei der Einnahme der Stadt von den neapolitanischen Truppen erlitten und daß die eigens aufgestellte Konsulatsfahne nicht blos seine Person und sein Eigenthum nicht zu schützen vermochte habe, sondern die Fahne selbst von allen plündernden Soldaten fortgeschleppt worden sey. Die bayerische Re-

Digitized by Google

gierung hat zwar schon im ersten Augenblick nach erhaltener Kunde durch ihren Gesandten in Rom für sich selbst bei dem Gouvernement zu Neapel auf volle Genugthuung für diesen Bruch des Völkerrechts bestimmten Antrag gestellt, nunmehr hat aber auch das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Frankfurt die Vermittlung des daselbst befindlichen außerordentlichen Gesandten Neapels, Baron Antonini, für diesen Fall in Anspruch genommen und im Namen der provisorischen Centralgewalt genaue Untersuchung, Bestrafung der Schuldigen, vollständigen Schadenersatz und persönliche Genugthuung für die verletzte Ehre des genannten bayerischen Konsuls verlangt.

Berlin, 4. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kommt folgender Antrag der Abgeordneten Waldeck, Schulz (Wanzleben), Jacoby, Temme zur Berathung: Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, sofort durch das Plenum eine Commission von 21 Mitgliedern in der bei der Wahl der Vicepräsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen und derselben den Auftrag zu ertheilen, die bedrohliche Lage des Landes in Berathung zu nehmen und darauf bezügliche geeignete Vorschläge innerhalb der Competenz der Nationalversammlung zu machen. Die Lage des Landes rechtfertige diese Maßregel zur Genüge. Der Präsident ertheilt dem Antragsteller das Wort zur Motivirung der Dringlichkeit, und es äußert temnach Abg. Waldeck: Wir haben uns vorgestern der Ansicht, obwohl wir sie nicht für hinreichend hielten, angeschlossen, weil wir ihre Wirkung nicht schwächen wollten. Die gehegten Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die Cabinetsordre geht auf unsere Wünsche nicht ein, es werden darin Grundsätze aufgestellt, die den constitutionellen Principien schnurstracks entgegenlaufen. Denn nicht solche Männer, welche unser Vertrauen erwerben sollen, sondern die es schon besitzen, müssen die Krone vertreten. Fragen Sie sich nun, woher kommt die Aufregung im Lande, woher das Mißtrauen gegen das bisherige Ministerium? Die Beschränkung des Vereinigungs-, Versammlungsrechts, der letzte Erlaß des Ministers Eichmann konnte nicht Vertrauen erwecken. Da es nun nicht anders kommen kann, müssen wir Maßregel treffen, das Land zu beruhigen. Abg. Knuth warnt vor den Consequenzen des Antrags. Diese Versammlung solle der Convent, die Commission der Sicherheitsausschuß werden. Der Abg. v. Berg beantragt den Schluß, indem er meint, die Zeitumstände ließen den Antrag heute noch nicht als dringlich erscheinen. Der Schluß wird genehmigt. In Ansehung der Dringlichkeit wird auf Namensaufruf angetragen. Das Ergebniß ist, daß mit Nein 287, mit Ja 114 stimmen, die Dringlichkeit des Antrags mithin abgelehnt ist.

Berlin, 4. Nov. In Stimmung und der Zustand Berlins sind noch immer die von gestern und vorgestern. Weder gestern Abend, wo Alles auf die Entscheidung über den Waldeck-Jacobyschen Antrag gespannt war, noch heute, wo die Verwerfung dieses Antrags erfolgt ist, hat eine Unterbrechung der Ruhe stattgefunden. — Daß Graf von Brandenburg das ihm ertheilte Mandat in Folge seiner Unterredung mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn v. Unruh, in die Hände des Königs bereits zurückgegeben habe, wird heute vielfach behauptet. Ein etwas abenteuerlicher Gerücht findet Glauben. Es heißt: dem Könige habe ein seiner nächsten Umgebung angehöriger Gelehrter den Vorschlag gemacht, durch die Nationalversammlung selbst drei Männer bezeichnen zu lassen, um einen dieser drei mit der Zusammensetzung des Cabinets zu beauftragen. Nach einem andern Gerücht hätte Graf Brandenburg folgende Personen zum Eintritt in das Cabinet eingeladen: Herrn Trotha für das Kriegsministerium, v. Bonin für die Finanzen, Kühlwetter für das Innere, Mengel (Oberlandsgerichts-Präsident in Ratibor) für die Justiz, Kühne für Handel und Gewerbe. Die auswärtigen Angelegenheiten würde Graf Brandenburg dann selbst leiten. Nach einer weitern Version soll Herr v. Unruh bereits wegen einer Cabinetsbildung Aufforderungen erhalten und in Folge dessen Unterhandlungen mit der Partei Rodbertus und der Fraction Harkort eingeleitet haben. Ziemlich sicher ist, daß Herr Mengel in ein Cabinet unter dem Vorsitz des Grafen Brandenburg nicht treten wird. Herr Mengel ist entweder in diesem Augenblick schon abgereist, oder reist morgen ab. — Die Verwahrung, zu welcher Herr Robbertus sich durch die Jacobysche Ansprache an den König veranlaßt fand, hat fünf Mitglieder seiner Fraction bestimmt, sich der äußersten Linken anzuschließen. Die letztere Fraction wird eine Adresse an Jacoby richten, in welcher sie sich gegen den Vorwurf, als wolle man den Abgeordneten wegen jener Aeußerung desavouiren, entschieden verwahren. (D. A. Z.)

Leipzig, 30. Oct. Zum allgemeinen Erstaunen ist in hiesiger Umgegend ganz plötzlich ein Corps von 5000 Mann concentrirt werden. Nach einer heute erfolgten Bekanntmachung der kgl. Regierung hat dieses Truppenzusammenziehung hier und in der Umgegend blos darum stattgefunden, um die widerspenstigen 400 Landwehrmänner, welche am 18. und 19. Oct. ihren Eintritt verweigerten, zur Einkleidung zu zwingen, die Schuldigen zu bestrafen und etwaige Renitenten sofort festzunehmen. Das Gerücht, als beabsichtige man eine Entwaffnung der Bürgerwehr, wird von der Behörde als ungegründet widerlegt. (W. Z.)

Erfurt, 3. Nov. Ich beeile mich, Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß die hiesige (preuß.) Gränzfestung von königl. sächsischen Truppen besetzt werden ist, während die umsitzen nach Altenburg beordert worden sind. Fürwahr, unsere Regierung kennte ihren aufrichtigen Anschluß an das gemeinsame deutsche Vaterland nicht kräftiger bekunden, als durch jene Verfügung, die darum auch in allen Kreisen den freudigsten Eindruck hervorgebracht hat. (F. J.)

Posen, 2. November. Mehrere aus Kalisch hier eingegangene Briefe bestätigen die Nachricht, daß die russischen Truppen im Königreich zieht großentheils in Eilmärschen an die galizische Grenze rücken. — Die Cholera hat an Heftigkeit hier wieder zugenommen, was die Aerzte auf Rechnung des trockenen Wetters setzen. (F. D.-P.-Z.)

Aus Glauchau wird unterm 2. November über den Gesundheitszustand daselbst geschrieben, daß bis zum Mittag nur zwei Todesfälle und sehr wenige Erkrankungen vorgekommen seyen.

Vom Bodensee, 30. Octbr. Zu Vaduz, im Fürstenthum Lichtenstein, sind (wie in Paris, Wien und Berlin) Volksbewegungen ausgebrochen. Die Beamten und das Militär wurden verjagt, und es sollen sich 8—9000 Mann Freischaaren aus Montafun, Graubündten ꝛc. gesammelt haben, welche einen Einfall nach Vorarlberg beabsichtigen. Die österreichischen Truppen in Bregenz besetzen sogleich die Grenze, wodurch die Freischärler, die vorzugsweise aus einer Schmuggelbande bestehen sollen, von einem Einbruch in das österreichische Zollgebiet abgehalten wurden.

Lemberg, 3. Novbr. Gestern Abend wurde hier auf eine bedauerliche Art die Ruhe gestört, indem Abends nach 8 Uhr sich ein Haufen von Menschen vor dem Hause der Bäckermeisters Ließmann versammelte, unter wüthendem Toben und Drohen demselben die Fenster einwarf und von weitern Unfug nur durch die herbeigeeilte Bürgerwehr abgehalten wurde, der es endlich gelang, die Ruhestörer zu zerstreuen. Die Veranlassung dazu hat das Gerücht gegeben, daß der Bäckermeister seinen Lehrling so gemißhandelt habe, daß er an den Folgen gestorben sey. Auch heute früh fand vor dessen Hause wieder ein bedrohlicher Auflauf statt, wobei sogar mit einer Pistolenschuß der Anfang gemacht wurde, und den abermals die Bürgerwehr zerstreuen mußte. (Am Abend des 3. Nov. hatte sich wieder ein zahlreicher Haufen vor dem Hause des Bäckermeisters versammelt, um gegen dessen Person und Eigenthum abermals Gewaltthätigkeiten zu üben. Dem rechtzeitigen Einschreiten der Bürgerwehr, welche mehrere Verhaftungen vornahm, gelang es jedoch, weitere Excesse zu verhüten.)

Alsen, 30. Oct. Dem außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten Barzum ist zu erkennen gegeben, daß die Alsinger und Arröer mit Dänemark inecorporirt zu werden wünschten und deshalb schon eine Petition abgesandt hätten.

Schleswig, 2. November. Daß die Dänen im klarsten Widerspruche mit den Bedingungen des Waffenstillstands die Verwaltung von Alsen und Arroe an die gemeinsame Regierung abzugeben sich weigern, zeigen auch Thatsachen immer mehr. Die Dänen halten sogar noch diesseits des Alsener Sundes ein Militärdetachement von 30 Mann stationirt, welches den Auftrag hat, blos bekannten Landleuten aus der Umgegend ohne weiteres, allen sonstigen Personen aber erst nachdem die Legitimationspapiere zur Prüfung nach Sonderburg geschickt sind, den Uebergang nach Alsen zu gestatten. Von diesem Detachement ist auch der Regierungscommissär für das Herzogthum Schleswig, Herr Bargum, zurückgewiesen worden, einestheils unter Bezugnahme auf dänische Quarantainevorschriften gegen die Cholera, anderntheils weil man einen solchen Regierungsbevollmächtigten nicht anerkenne.

Das Project eines Canalbaues zwischen Ostsee und Nordsee, welches auch für die Kriegsmarine von Wichtigkeit ist, taucht neuerdings in bestimmter Fassung auf. Die öffentliche Blätter melden, ist im Holsteinischen das Abvellement bereits gemacht, der Kostenanschlag auf circa 11 Millionen berechnet und das Project an den Marineausschuß in Frankfurt gelangt. Der Canal würde eine gehörige Breite und Tiefe für die größten Kriegsschiffe erhalten, von Eckernförde ausgehen, aber nicht, wie früher Plan war, in dem Husumer Hafen münden, sondern am Ausflusse der Eider, auch Rendsburg berühren. (W. Z.)

Digitized by Google

Wien, 2. Novbr. Heute ist die Stadt strenge abgesperrt, und es wird Haussuchung gehalten. Man erfährt, daß die deutsch-österreichischen Truppen hier bleiben und der nicht-deutsche Heerestheil zu Beobachtung und Verfolgung der Ungarn beordert ist. Schütte soll in Kloster Neuburg, Füster in Linz verhaftet seyn; auch ein Adjutant von Behm; dieser selbst aber noch nicht.

Dem Constitutionellen Blatt aus Böhmen zufolge ist, wie die am 2. Novembr aus Olmütz zurückgekehrten Deputirten mittheilten, den Studenten Wiens der freie Abzug gestattet worden; etwa 300 Polen die bei ihnen gewesen, seyen jedoch gressentheils festgenommen worden.

Wien, 2. Nov. Die Beschädigungen in der Stadt scheinen viel geringer zu seyn, als man befürchtet hatte. Ganz unwahr erweisen sich die Berichte, wonach die Arbeiter und Pöbel zuletzt zu Plünderung und Brand gegriffen hätten. Eben so wenig hat den sich die Truppen in der Stadt legend eine Gewalt erlaubt. Als sie eingezogen, wurden sie von vielen Wienern bewillkommt, die ihnen entgegeneliefen: Gott segne euch, Gott segne euch! Schon daraus geht hervor, daß die Bürger längst zur Uebergabe geneigt waren; aber die akademische Legion (die übrigens zu fünf Sechstheilen aus Nichtakademikern besteht) und die bewaffneten Arbeiter verlangten Fortsetzung des Kampfes bis zum Aeußersten. Robert Blum hatte bei den letztern aufgehetzten, scheint aber den Zwiespalt in ihren Reihen getroffen zu haben, indem er in der Aula ein Mißtrauensvotum gegen Messenhauser bewirkte, worauf Fenneberg von Fenneberg von den Studenten zum Oberkommandanten erhoben wurde! Nicht zufrieden damit, erklärte Blum den Studenten: der permanente Reichstagsausschuß (dessen Berichterstatter der ehrliche, wenn auch zum Fanatismus sich neigende Schuselka war, für eine Rotte schwarzgelber Verschwörer, und sie selbst, die Studenten, müßten die Zügel in die Hand nehmen. So berichtet ein Obrenzeuge. (?)

Wien, 2. Nov. Jetzt, nachdem die gute Sache unterlegen ist, wollen gar viele, die sich im glücklichen Falle als Führer und hervorstehende Heroen gepriesen hätten, dem Proletariat alle und jede Schuld in die Schuhe schieben. Indeß ist so viel gewiß, daß dasselbe an Ausdauer und Todesmuth von keinem andern Theile der Bevölkerung übertroffen wurde. Allerdings waren es Proletarier, welche den Kampf immer wieder erneuerten und mit Kartätschen auf die Garden schossen, welche die Friedensflagge auf dem St. Stephansthurme aufsteckt hatten. Der Verlust an Menschen und Geld ist fürchterlich. Die Bank, Sparkasse und Staatsschuldentilgungskasse sind gerettet. Die Barrikaden sind nur mittelst Durchbrechen der zwischen beiden Seiten stehenden Häuser genommen worden. Viele Gebäude geriethen in Flammen und brannten, sowie ein Theil der k. Hofburg am Josephsplatz und die Augustiner Pfarrkirche mehr oder weniger ab. Die k. Fahne weht seit gestern vom Stephansdome. Die Ruhe scheint völlig zurückgekehrt. In den vor Kurzem noch sehr bewegten Straßen hört man kaum ein lautes Wort. Die Entwaffnung ist bereits allgemein erfolgt. Die Presse ist ganz beschränkt. Die Stadt heute noch abgesperrt. Das Militär hat sich im Allgemeinen gut und gemäßigt benommen. Der Reichstagsrath wurde von den Militärbehörden gesperrt und es soll in Kremsier eine Fortsetzung der Reichstags-Fraktionskongreß Statt finden. Gestern und heute wurden hier sehr viele Verhaftungen vorgenommen.

Wien, 3. Novbr. Unser Zustand ist schrecklich, die Leute werden Haufenweise auf den Straßen von herumziehenden Patrouillen eingefangen, wer einen Offizier oder Unteroffizier nicht gefällt, riskirt von demselben sofort niedergeschlagen zu werden. Die Kroaten haben wie die wilden Thiere gewüthet, Frauen, Kinder, Knaben geschändet, und unschuldigen Menschen die Leiber geöffnet. Noch sind die Zugänge zu den Vorstädten mit Soldaten besetzt, und ist den Städtern nicht vergönnt, sich nach ihren Angehörigen umzusehen, während die fürchterlichen Feuerbrände sie zur Verzweiflung bringen. Tausende von Gefangenen sind nach dem Hauptquartiere Hetzendorf gebracht worden und es bedarf nur irgend eines guten Worts beim ersten besten Offizier und mit Leichtigkeit kann man den nächsten Besten abführen lassen. Zwar muß ich aufrichtig gestehen, daß das Treiben und Wirken der Demokraten in den letzten Tagen ein reiner Wahnsinn war und man in einer Art zu Werke ging, die Niemand billigen kann. Jellachich hielt heute seinen Einzug. Die Serezaner Rothhäute sind fürchterlich wilde Kreaturen. Auf ihren Mützen sogar sind mancherlei geschiftene Instrumente angebracht, wemit sie, wie die Stiere, auf Gegner einfallen. Die Stadt bietet einen schrecklichen Anblick. Ueberall Zerstörungen durch Bomben und Kanonen. Das schöne Burgthor ein Schutthaufen, die Augustinerkirche fast ganz abgebrannt. In den Gemächern der Burg dampft es noch immer. — Am Graben, auf dem Stephansthurme und auf anderen Plätzen sind die Lager aufgeschlagen. Die Aula dient als Waffendepot. Vom Stephansthurme weht die schwarzgelbe Fahne, als Triumphzeichen der wieder zusammengeklitten Monarchie. Kein Lied mehr vom deutschen Vaterland; dafür zechische, polnische, kroatische Weisen, Spottlieder auf Deutschland. — Die Verlängerung der Zahlung von Wechseln ist bis 20. Nov. prolongirt. Die Verluste, die Wien treffen, mögen seit 14 Tagen über 60 Mill. betragen. — Kremsier soll an allen Ecken angezündet worden sein. (Z. K.)

Baden bei Wien, 31. Oct., Morgens. Eine furchtbare Macht rückt von allen Seiten gegen Ungarn: aus Siebenbürgen Buchner, aus Galizien Hammerstein, von Simeinik mit den Serben, aus Steyermarkt Augent, aus Mähren Schlick, nächstens von hier Jellachich und Windisch-Grätz! Man schätzt die Truppen aller dieser Generale auf 180,000 Mann.(?) In Wien bleiben 40,000 Mann, der ganze Rest der Armee rückt nach Ungarn. Bei dieser Gelegenheit zeigen sich die ungeheuern Hülfsquellen Oesterreichs in ihrem ganzen Lichte. Nahezu steht mit 110,000 Mann in Italien und noch war es möglich, eine so gewaltige Armee zu bilden ohne außerordentliche Maßregeln von Landsturm ꝛc. ungerechnet der, wenn auch schwachen, zurückbleibenden Besatzungen.

Das Constitutionelle Blatt aus Böhmen bringt aus Prag vom 2. Nov. folgende Mittheilungen über die prager Deputation in Olmütz: Die in den letzten Tagen schwankenden, sich jeden Augenblick widersprechenden Nachrichten aus Wien sollen am Hof eine unbeschreibliche Verwirrung erzeugt haben, und aus dieser allgemeinen Bestürzung soll auch der Mißgriff, der gegenüber unserer Deputation geschehen war, entschuldigt worden seyn. Die verlangte Genugthuung wurde ihr bereitwillig gegeben, und Minister Wessenberg hat Alles aufgeboten, die über ihren ersten Empfang oder eigentlich Nichtempfang empfundenen Deputirten zu beschwichtigen. Es wird als ein „Mißverständniß“ erklärt. Auch war man bei Hofe im Anfang in großer Besorgniß über den Zweck der Gesandtschaft; erst als man vernahm, daß derselbe nur ein vermittelnder sein solle, beruhigte man sich. Die Deputation wurde bei der kaiserl. Audienz auf das zuvorkommendste aufgenommen. Nach dieser Audienz begaben sich noch drei der Abgeordneten in einer besondern Mission zur Kaiserin, um ihr in italienischer Sprache ihr Anliegen vorzutragen. Die Unterredung soll an drei Viertelstunden gedauert haben. Auch bei Erzherzog Franz Karl hatte die Deputation eine Audienz. Bürgermeister Zaha wurde gab hier im Namen seiner Committenten die offene und männliche Erklärung, gegenüber der Bevölkerung Prags die wiener Erhebung mißbillige, obwohl die Mörder Lamarn's der strafenden Gerechtigkeit übergeben werden sollen, so sey es doch das innigste Verlangen der Prager, daß Wien keiner Militairherrschaft anheimfalle. Ihnen sey bekannt, was dies bedeute; Prag habe es erfahren, daß unschuldige Bürger Nachts aus ihren Wohnungen mit Militairgewalt wie Verbrecher abgeführt wurden, um unschuldig wochenlang in Haft und ohne Verhör zu verbleiben. Fürst Windisch-Grätz sey ein ehrenhafter Charakter, ein tüchtiger General, aber er sey kein Mann, der den politischen Forderungen der Zeit entspreche, es mögen ihm Männer beigegeben werden, die die Stadt vor einer Militairdespotie sichern und die Ruhe und Ordnung auf gesetzmäßichen Wege herzustellen im Stande seyn. Die Antwort des Erzherzogs versprach den Wünschen der Deputirten so viel als möglich zu entsprechen; ähnlich lauteten alle andern Bescheide und besonders die Versicherungen Wessenberg's.

Prag, 2. November. Heute Nacht waren die Truppen unserer Garnison plötzlich consignirt worden; die Ursache dieser Maßregel ist uns unbekannt. Nach Dem aber, was wir gestern aus dem Munde eines Offiziers vernahmen, schien man eine Demonstration gegen das Militair oder gar einen Entwaffnungsversuch desselben zu besorgen. (D. A. Z.)

Triest, 31. Oct. Gestern ging das Gerücht, Meßre sey von den Venezianern genommen, da jedoch schon oft von Venedig her falsche Gerüchte kamen, so glaubte ich, es sey eine der gewöhnlichen Lügen und schrieb Ihnen deßhalb nicht. Nun stellt sich heraus, daß doch Wahres an der Sache sey. Ich theile Ihnen mit, was heute erhaltene Briefe aus Treviso melden, indeß will ich für deren Aechtheit nicht einstehen, da officiell nichts bekannt gemacht wurde. Am 27. früh wurde die österreichische Besatzung von Meßre (600 Mann) von einem Corps von 6—8000 Mann Venezianer überfallen, die, durch den starken Nebel begünstigt, bereits in Meßre Fuß gefaßt hatten, ehe unsere Soldaten ihrer gewahr wurden. Nach einer kurzen Gegenwehr zogen sich unsere Truppen, freilich mit Zurücklassung vieler Todten und Gefangenen, und dem Verlust von 3 Kanonen, zurück. Die Venezianer schoben ihre Vorposten bis Mogliano vor. Am Nachmittag desselben Ta-

Digitized by Google

ges begannen unsere Truppen, die in der Umgegend lagen, sich zu sammeln und ein Corps von 1600 Mann Infanterie und 1300 Mann Cavallerie mit einer Batterie rückte den Venezianern entgegen. Kaum wurden die Vorposten ihrer ansichtig, als sie in wilder Flucht nach Mestre flohen, wo die Venezianer nichts eiligeres zu thun hatten, als sich einzuschließen, ohne einen Angriff abzuwarten. Bei dieser Gelegenheit verloren sie viele Gefangene. Mestre war von ihnen geplündert und größtentheils zerstört worden. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 3. November. Herr Ravenux ist noch nicht auf seinen Gesandtschaftsposten zurückgekehrt; statt seiner übergab deßwegen Herr Legationsrath von Neuwall dem Präsidenten des Vororts, Herr Regierungsrath Funk, eine vom 23. October datirte Note der deutschen Centralgewalt, eine Erwiederung der Antwortsnote des Vororts vom 5. Octbr. Der Inhalt der deutschen Note ist noch nicht dem Wortlaute nach bekannt. Nur soviel weiß man, daß die deutsche Reichsgewalt auf den vom Vorort verlangten Nachweis für die Behauptung, als ob schweizerische Kantonaltheamte dem badischen Aufstand Vorschub geleistet hätten, nicht eingehen will, „da es gegen die völkerrechtliche Ehre und Gebrauch sey, ein contradictorisches Verfahren zwischen Regierungen einzuleiten und die Beweißkraft über Thatsachen zu vernehmen, die weltkundig seyen." Auch soll, wie man hört, das Reichsministerium in der Note erklären, hiermit die Unterhandlungen abzubrechen und gegen die Eidgenossenschaft handelnd aufzutreten. Sie werde aber ihre bereits angeordneten Maßregeln außhören lassen, sobald die Eidgenossenschaft eine Sinnesänderung an den Tag lege. (A. P. A. Z.)

Italien.

Aus Oberitalien, 25. Octbr. Wie wir vernehmen, ist der Waffenstillstand zwischen Oesterreich und Piemont auf unbestimmte Zeit in der Weise verlängert worden, daß er, wenn keine Aufkündigung erfolgt, von 8 zu 8 Tagen in Kraft bleibt. (K. u. k. D.)

Rom, 21. Oct. Zu den vielen Sorgen, welche die Politik dermalen dem Papste macht, kommt eine neue, eines geistlichen Herrschers allerdings viel würdigere, die Sorge wegen der Ausbreitung des Protestantismus in Italien, ja in Rom selbst. Wie sehr dieselbe des Papstes Gemüth bewege, sprach derselbe neulich in einer Rede bei Gelegenheit einer Seligsprechung selbst aus. Er äußerte seine Betrübniß darüber, „daß man die Verwegenheit habe, im ganz katholischen Italien, im Centrum der Christenheit, in Rom selbst, den Protestantismus durch einen, durch tausend, durch zehntausend Mißhandige einzuführen"! Nach der Versicherung des Papstes sollen diese Versuche von der Partei ausgehen, welche die italienische Nationalität, also die Einheit Italiens, anstrebt. Er macht dieselbe auf ihre Inkonsequenz aufmerksam, welche sie dadurch dokumentire, daß sie die Italiener durch Glaubenszwiespalt trennen und dennoch vereinigen wolle. Der Papst weiß seine protestantisirenden Italiener auf die Deutschen hin, welche es jetzt bei ihrer confessionellen Vereinigung schmerzlich fühlen, daß die bei ihrer Verschiedenheit der Religion das größte Hinderniß dieses Strebens sey. Selbst die Protestanten, meint er, hätten sich jetzt zur Union entschlossen. Da der unfehlbare Papst sich hierin nicht doch irren mag, müssen die deutschen Protestanten am besten wissen. So viel aber steht wohl fest, daß der Papst den Protestantismus in Italien nicht so sehr zu fürchten hat als die liberalen Ideen überhaupt. (D. A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 2. November. Die Revue de deux Mondes stellt heute als den Candidaten der gemäßigten Partei den Marschall Bugeaud auf, und fordert alle Freunde der Ordnung auf, ihre Namen auf diesen einzigen Namen zu vereinigen. Demungeachtet ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der eigentliche Wahlkampf nur zwischen Louis Bonaparte und General Cavaignac Statt finden wird und nur noch Ledru-Rollins Candidatur eine ernstliche Diversion machen dürfte.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 2. November. Der Text der von der Commission revidirten Constitution ist gedruckt vertheilt worden; — die Aenderungen sind unbedeutend, meist stylistischer Art, nur zwei neue Bestimmungen sind dazugekommen. Ein neuer Artikel 47 schreibt folgende Eidesformel für den Präsidenten der Republik vor: „In Gegenwart Gottes und vor dem, durch die Nationalversammlung vertretenen, französischen Volke schwöre ich, der demokratischen, einen und untheilbaren Republik treu zu seyn und alle Pflichten, die mir die Verfassung auferlegt, zu erfüllen." — Ein Zusatz zu den Art. 68 besagt: „Jede Maßregel, durch welche der Präsident der Republik die Nationalversammlung auflöst oder vertagt, ist ein Verbrechen des Hochverrathes. Durch diese Thatsache allein ist der Präsident seiner Würden verlustig, alle Bürger sind verpflichtet ihm den Gehorsam zu verweigern, die Richter des obersten Gerichtshofes haben sich bei Strafe der Pflichtverletzung sogleich zu versammeln, an dem von ihnen bestimmten Ort die Beschworenen einzuberufen, um den Präsidenten und seine Mitschuldigen zu richten und die gesetzlichen Strafen gegen sie zu erkennen." Sonst ist nichts geändert als Kleinigkeiten. — Tremieux legt als Vorschlag einen Gesetzes-Entwurf über die Verantwortlichkeit des künftigen Präsidenten und seiner Minister vor und verlangt die Dringlichkeit. Diese wird bewilligt und eine Commission zur Berichterstattung wird morgen schon ernannt werden.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

Sibyllinische Weissagungen der Seherin Lenormand über die Zukunft der Jahre 1848 bis 1860.

Preis nur 6 kr.

Diese Schrift der berühmten Lenormand, welche Napoleons Größe und Fall, so wie den Sturz des Julithrons vorhergesagt, erregte in Frankreich das größte Aufsehen; nach allen Ereignissen der Jahres 1848 scheinen obige Weissagungen genau in Erfüllung gehen zu wollen.

Patriotischer Verein.

Mittwoch, den 8. d. Mts. im goldnen Adler.

Der Unterzeichnete ist gesonnen, seine Besitzung Riedelsberg in der Nähe von Bayreuth, worauf zeither eine Traiteurwirthschaft mit Vortheil betrieben wurde, aus freier Hand öffentlich an den Meistbietenden zu verkaufen. — Termin hierzu wird festgesetzt auf

Montag den 20. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr

in loco Riedelsberg, wozu Kaufslustige höflichst eingeladen werden.

Riedelsberg, den 6. November 1848.

Johann Hübner, Traiteur.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich mich einige Zeit hier aufzuhalten und meine Kunst auszuüben gedenke. Ich male Portraits in Oel, Aquarell, Pastell, Miniatur auf Elfenbein, Kreide- und Bleistiftzeichnung in beliebigen Formaten. Ferner fertige ich Daguerreotypen (Lichtbilder) aller Art, führe auch nach denselben Bilder ins Größere aus. Auch male ich Landschaften und andere Gegenstände und übernehme Bilder zum Restauriren. Proben meiner Arbeit sind bei mir zur Ansicht, wozu ich ergebenst einlade. Da mein Aufenthalt von unbestimmter Dauer hier ist, so bitte ich Diejenigen, welche mich mit Aufträgen beehren wollen, sich bald bei mir zu melden.

G. Th. Hase.

Maler aus Erfurt.

Wohnhaft bei Herrn Wilmersdörffer am Markt Nr. 81.

Mein auf das beste assortirte Lager von **Stickwolle, Seide, Perlen, Stramin, angefangenen Arbeiten, Strickschawolle** ꝛc. ꝛc. empfehle ich hiemit, unter Zusicherung billigster Preise, zur geneigten Abnahme.

August Pausch.

Verkauf.

Eine Schmiede mit 6 Klaftern Gerechtholz, mit oder ohne Grundstücke, wird am 16. d. Mts. in Gefees verkauft.

Ein sowohl im Reiten als Fahren völlig vertrautes, gesundes, kräftiges Pferd ist zu verkaufen. Näheres zu erfragen im Hause Nr. 352 auf dem neuen Schloßplatze.

Sonntag den 29. Octbr. wurde ein weiß leinenes Schnupftuch mit weiß gesticktem goldschen Buchstaben **M. B.** verloren; es wird gebeten, dasselbe im Hause Nr. 653 abzugeben.

F. N. 436 in der Friedrichsstraße ist in der mittlern Etage ein Quartier, bestehend aus 2 Zimmern, durch einen Ofen heizbar, 2 Kabinetten, Küche, Keller nebst sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen; dasselbe kann sogleich oder zu Lichtmeß bezogen werden.

Eingegangene fernere Beiträge für den armen Schullehrer: 1 fl. 18 kr. von einer hiesigen Gesellschaft bei dem Herrn Bäckermeister Brey.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 312.** **9. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 3. November. (108. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Schluß.) Abgeordn. Gistra: Hat auch unser Präsident zur Mäßigung der Leidenschaften ermahnt, so möchte ich doch das Freiheits- und Menschlichkeitsgefühl in Ihnen rege machen, im Hinblick auf die Tausende, welche hingeschlachtet wurden um ein Phantom, die militärische Ehre, und um die Ermordung eines verrätherischen Ministers zu rächen. Ich möchte die Leidenschaften als Feuerbrand nach Oesterreich werfen, damit dieselben als Brandbraut das Gezücht zerstörten, welches die Freiheit mit Füßen tritt. Die Reichskommissäre haben die Fürstensouveränetät höher gestellt, als die Souverenetät des Volkes; statt mit den Ministern haben sie mit der Erzherzogin Sophie Verhandlungen gepflogen. Blutströme der Bürger sind nicht der Rede werth, wenn man Throne zusammen leimt. Wie die Drachenzähne gewappnete Männer erzeugten, so wird das zu Wien vergossene Blut Kämpfer für die Freiheit hervorrufen. Bleiben Sie hinter der Berliner Nationalversammlung nicht zurück, und protestiren Sie mit derselben Kraft, wie diese, gegen das willkührliche gegen die Stadt Wien gerichtete Verfahren. So werden Sie sich Anerkennung verschaffen und das Ansehen wieder erlangen, welches Sie bei Ihrem Zusammentritte besessen haben. Lassen Sie sich nicht zu weit hinreißen von dem Fanatismus der Ruhe. Noch habe ich Hoffnung auf die Macht dieser Versammlung: aber erhebt sie sich nicht, so wird ihr Einfluß gebrochen werden durch die Könige, denen der Muth und der Kamm geschwollen ist und die im März im Staube zu unsern Füßen lagen! (Bravo!) Der Redner stellt den Antrag, daß der österreichische Reichstag geschützt werde in seiner konstituionellen Wirksamkeit gegen jede willkührliche Vertagung und Verlegung. Bassermann kommt auf die Zeugenaussagen der Wiener Deputation zurück und hebt daraus hervor, daß zu Wien während 24 Stunden 50 Anmeldungen wegen Plünderungen gemacht worden sind. In mehr die Lösung erhärtet, um so ungeniger wird der gesürchtete Staatsbankerott möglich sein. Es ist ein Zeichen der Phantasie des Herrn Eisenmann, wenn er in Wien bereits die Ruhe eines Kirchhofs erblickt und wenn er Alles für wahr hält, was über die Wiener Verhältnisse in den Zeitungen steht, und hätte dies auch in der „Oberpostamtszeitung“ gestanden. Es wird übrigens der Redaktion dieses Blattes zur hohen Ehre gereichen, wenn man die Tribüne eines Parlaments zur Bekämpfung ihrer Ansichten benutzt. Die Kritiken anlangend, welche eine Seite des Hauses gegen das Reichsministerium richtet, so möchte ich Deutschland zur Probe nur auf acht Tage von jener Parthe regiert sehen. Mag man noch so viel gegen die Reichskommissäre vorbringen: kommen sie zurück, so wird man erfahren, daß ihre Stellung eine schwierigere war, als auf dieser Tribüne zu stehen, und in den Tag hinein zu räsonniren. (Bravo!) Ich möchte doch wissen, ob die Abgeordneten von Würzburg und Gießen dem Fürsten Windischgrätz mehr imponirt hätten, als unsere Reichskommissäre. Die Berliner Versammlung hat der Versammlung in der Paulskirche den Rang nicht abgelaufen. Die Bewegung in Wien ist für mich noch immer dieselbe. Die Stadt hat sich gegen ihre Behörden aufgelehnt, und von ihrer Bevölkerung selbst sind die Gesetzlose auf die Seite der Reichsbehörden gerichtet worden. Männer aus Wien haben dies bezeugt; aber gerade weil es Wiener sind, muß man ihnen trauen. Würden Sie dulden, daß eine Stadt auf diese Weise die oberste Gewalt verletze? Gewiß so wenig, als der Convent in den neunziger Jahren es dulden konnte, daß Lyon den Beschlüssen der Republik sich widersetzte. Und ist es ein Gräuel zu nennen, wenn Windischgrätz die Stadt Wien schonungsvoll umzingelte und ihr unabläßig Frist gewährte? Damit Ungarn vollständig von dem Kaiserstaat und der pragmatischen Sanction sich losreißen könne, müßte ungarisches Gold nach Wien fließen und ein Bataillon den Befehlen der Regierung sich widersetzen. Was würde ein englisches Parlament sagen, wenn eines seiner Mitglieder die Tribüne beträte, um Irland mit Lob zu überschütten, weil es von England sich loszureißen sucht? Wenn der Sieg in Oesterreich ein Sieg der gesetzlichen Gewalt ist, so billige ich diesen Sieg. Ist die Presse in Oesterreich nicht mehr frei, ist der österreichische Reichstag cassirt: dann nur ist Reaktion vorhanden. Ein verantwortlicher Minister war bei dem Kaiser, seine Befehle sind somit konstituionell. Es gibt nur ein konstituionelles System in Oesterreich, nämlich da, wo der Kaiser regiert, umgeben von seinen Ministern, nicht aber wo ein Minister abhängt von der Gnade der Bevölkerung. So verstehen wir die Freiheit! (Beifall.) Der Schluß der Debatte wird angenommen. Das Resultat der Abstimmung haben wir bereits mitgetheilt.

Frankfurt, 6. Nov. 109. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Die heutige Sitzung fand zum Erstenmale in der deutsch-reformirten Kirche statt, weil der Heizapparat in der Paulskirche eingerichtet wird. Zacharia erstattet Bericht für den Ausschuß für Untersuchung; derselbe rathet an, die Bewilligung zu einer Untersuchung gegen Fürsten zu ertheilen. Mohr stellt mehrere Anträge in Betreff der Rheinprovinz, die von Reichstruppen überlastet sey. Ziegert interpellirt wegen Oesterreich, eben so Bauernschmied und Simons; Franke wegen Stedmanns Protest gegen mehrere Maßregeln der Schleswig-Holsteinischen Regierung. Justizminister Mohl macht Mittheilungen aus den sächsischen Kammerprotokollen, die wegen ihrer separatistischen Richtung viel Unwillen erregen. Der Reichsminister wird in seiner Erwiderung auf die Widersprüche eines solchen Verfahrens mit den Beschlüssen der Reichsversammlung hinweisen. Biedermann will gegen die sächsische Regierung vorgeschritten wissen, ehe die Sache an die erste Kammer gelange. — Schwerling gibt bezüglich der Fürsten-Interpellation in Betreff Limburgs eine Darstellung der verwickelten Verhältnisse. „Limburg sey im Vertragswege zum Bunde gekommen, mithin eine Modifikation dieses Verhältnisses nur im Vertragswege geschehen könne. Zu diesem Ende haben wir unserem Reichsgesandten den Auftrag gegeben, die holländische Regierung aufzuforden, mit uns über diesen Gegenstand in Verhandlung zu treten. Wir haben, ungeachtet dieser Beschluß ein zweimal wiederholt wurde, von der holländischen Regierung noch keine Antwort empfangen. Es werden Unterhandlungen eingeleitet werden müssen, weil wir zunächst doch an keine strengen Exekutivmaßregeln gegen einen Nachbarn denken, mit dem wir, besonders was die Handelspolitik betrifft, in freundschaftlichem Verkehr seyn wollen. Auch werden Sie nicht verkennen, daß durch die Theilnahme der europäischen Großmächte, die bei dem Vertrage von 1839 mitwirkten, die Sache verwickelt werden dürfte, wenn wir sie rückschtslos angriffen. An die erste Maßregel hat sich eine zweite gereiht, das Ministerium hat nämlich Kenntniß genommen von dem Verfassungsentwurf, wie er für das Königreich der Niederlande vorbereitet ist. Im §. 1 wird erwähnt, daß wenn auch das Herzogthum Limburg als ein Bestandtheil der Niederlande anerkannt wird, dies dennoch das Verhältniß zum deutschen Bunde unverändert lassen solle. Demungeachtet ist im folgenden §. der gesetzgebenden Gewalt das Recht vorbehalten, in der Folge neue Begrenzungen der einzelnen Gebietstheile vorzunehmen. Diese Bestimmung hat unsere Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil darin die Möglichkeit liegt, daß von Seiten der gesetzgebenden Gewalt der Niederlande auch für Limburg eine neue Begrenzung und Gebietsverletzung zum Nachtheile Deutschlands begründet werden könnte. Wir haben daher nicht nur eine umständliche Erörterung nach Haag geschickt, sondern haben auch, da der Gegenstand offenbar als ein innerer zu betrachten ist, und unmittelbar an die Regierung Limburgs gewendet, und weitere Aufklärungen gefordert. Als Antwort darauf ist nun von Seiten des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, die bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß die niederländische Regierung nicht im entferntesten beabsichtige irgend eine Verletzung des Verhältnisses von Limburg zum deutschen Bunde eintreten zu lassen. Dabei müssen wir noch erwähnen, daß die Limburgischen Abgeordneten in der niederländischen Versammlung erklärt haben eine Trennung von Niederland nicht zu wünschen. — Was die posen'sche Frage anlangt, so war General Schäfer zum Reichskommissär nach Posen bestimmt. In Folge des Beschlusses der Berliner Landesversammlung vom 23. Oct. ist dem Berliner Ministerium eröffnet worden, daß derselbe als gar nicht erlangen betrachtet

Digitized by Google

„worden, vielmehr habe die Demarkation der deutschen und polnischen Bezirke unverzüglich vor sich zu gehen.“ Der Reichsminister erklärt, daß er sich entschieden sey, allen ähnlichen partikularistischen Versuchen, wie der der Berliner Versammlung, mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten. — Im Betreff der Wiener Interpellation bemerkt Schmerling: daß die Reichskommissäre ihren Platz in Olmütz genommen, werde durch die Thatsachen gerechtfertigt. Wessenberg erkläre wiederholt, daß keine andere Beschränkung der Freiheit beabsichtigt werde, als die zur Unterdrückung der Anarchie unerläßlich nothwendigen Maßregeln. Der Beschluß der Versammlung vom 3. sey den Reichskommissären zugesandt worden, außerdem aber werde noch ein Bevollmächtiger der Centralgewalt, ein Mann, der sich des allgemeinen Vertrauens erfreut, (Einringen!) nach Oesterreich abgehen um jener bis zur Beilegung der Sachen zu bleiben. — Bezüglich der Franke'schen Anfrage, so sey der Gegenstand in der Verhandlung mit der dänischen Regierung begriffen. — Handelsminister Duckwitz eröffnet, daß eine Marine-Abtheilung und eine technische Marine-Kommission zu bilden beschlossen worden sey. Der Marine-Abtheilung steht Duckwitz, der technischen Commission Prinz Adalbert von Preußen vor. Jordan von Berlin beantragt, daß die Nationalversammlung jeden entgegenstehenden Beschluß einer Einzelversammlung als null und nichtig betrachten soll und daß derjenthenlich dagegen als wider eine ungesetzliche Auflehnung einzuschreiten sey. — Die Dringlichkeit dieses Antrags wird anerkannt und derselbe auf die morgende Tagesordnung gesetzt. — Es folgen die Anträge von Simon und Bauerschmied, die Gegenstände einer längeren Debatte bezüglich der Vorfrage werden als dringlich aber nicht befunden werden. — Staatssekretär Fallati spricht gegen den Antrag des Ausschusses der Finanzen, wonach im Dezember eine Volkszählung durch ganz Deutschland erfolge. Die Frist sey zu kurz, und die Kosten betragen 500,000 fl. — Stehr spricht für die Volkszählung, die eine Grundlage für das statistische Büreau sey. Sie könne um einige Monate verschoben werden, und sey keineswegs so festsetzig. Der Ausschußantrag, eine Volkszählung in der zweiten Hälfte des Dezembers vorzunehmen, wird zum Beschluß erhoben. Im Betreffe der Handelsflagge wird der Beschluß gefaßt: die prov. Centralgewalt wird ermächtigt, bei Publikation des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge vom 31. Juli 1848 eine weitere Verordnung, wann die Bestimmung über die Handelsflagge in Kraft treten solle, sich vorzubehalten.

Die Oberpostamts-Zeitung meldet in ihrem amtlichen Theil. Um bei der ferneren Entwickelung der Grenzlinie in Oesterreich die mit dem Beschlusse des verfassungsgebenden deutschen Reichstags vom 3. d. M. übereinstimmenden Absichten der prov. Centralgewalt durchzuführen, hat der Reichsverweser nach dem Beschlusse des Ministerraths den Fürsten Karl v. Leiningen zum Reichskommissär für das deutsch-österreichische Gebiet mit umfassenden Vollmachten ernannt. Derselbe wird sich ungesäumt dahin begeben und die zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes dort verweilen.

Frankfurt, 5. Nov. (F. O. P. Z.) Nordische Zeitungen melden von neuen Verwicklungen zwischen Dänemark und der deutschen Centralgewalt in Bezug auf die Ausführung des Waffenstillstandes. Wir können hierüber aus guter Quelle versichern, daß die Nachricht, der Reichskommissär Hr. Stedmann habe die neue schleswig-holsteinische Regierung zum Zurücktritt aufgefordert, unbegründet ist; dagegen bestätigt es sich, daß die dänische Regierung das Widerauftreten einer Reihe von Verordnungen und Gesetzen durch die Regierung der Herzogthümer für unvereinbar erklärte mit den klaren Bestimmungen des Waffenstillstandes, wonach während dessen Dauer die Gesetzgebung ruhen und den Bestimmungen des künftigen Friedens nicht vorgegriffen werden soll. Herr Stedmann soll das Bedenken des dänischen Ministeriums nicht in allen Punkten, wohl aber in einzelnen in der That wirklich begründet befunden und mit dem Entschlusse, den Waffenstillstand endlich zu vollziehen, gegen das Wiederauftreten dieser wenigen Punkte sich gegen die neue Regierung der Herzogthümer erklärt haben. Das Reichsministerium ist bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und es sind heute schon 2 Couriere, der eine nach Schleswig, der andere nach Kopenhagen, abgegangen.

Frankfurt, 5. Nov. Verein zum Schutze deutscher Arbeit und Arbeiter. Diese Bezeichnung haben sich die hier versammelten Industriellen in ihrer Berathung beigelegt. Zum Präsidenten des Vereins ist der junge Fürst von Hohenlohe-Oehringen ernannt und in den Statuten die Aufnahme von Handwerkern und Arbeitern festgesetzt. Sie sollen mit den übrigen Mitgliedern gleichberechtigt seyn, und haben also hier ein neues Organ für ihre Wünsche und Beschwerden gefunden. (F. J.)

München, 4. November. Heute haben die Gesetzgebungsausschüsse in einer letzten gemeinschaftlichen Sitzung ihre Arbeiten vollständig beendigt. Die Schlußfassung und der Abdruck der Gesetzgebungsausschüsse wird am nächsten Mittwoch erfolgen, und die definitive Auflösung der zweiten Kammer sowie die Ausschreibung zu den Wahlen für die neuzubildende Kammer können wir sonach in den nächsten Tagen erwarten. — Die ersten Schwurgerichtssitzungen in München werden wahrscheinlich schon Anfangs des nächsten Monats gehalten werden. — Die bereits mehrfach erwähnten Veränderungen in der Organisation der Ministerien und in der Führung der Portefeuilles sind noch immer nicht vermittelt, daher Gerüchte über besondere Schwierigkeiten, welche dagegen erhoben worden seyen, immer mehr Glauben finden. Man spricht nun sogar von der möglichen Beseitigung Lerchenfelds, ja selbst des Justizministers Heinz. (?) Daß diese Beiden zur Zeit in ihren Geschäftskreisen nicht zu ersetzen sind, gehen wohl alle Parteien zu. Jedenfalls möchten Zweifel auftreten, ob auch von einem neuen Ministerium die Ausführung jener administrativen und legislatorischen Ideen zu erwarten wäre, wie sie Lerchenfeld in einem kürzlich abgehaltenen Ministerrath entwickelte und die dann vom Ministerrath gutgeheißen wurden. Dem Vernehmen nach bezwecken dieselben eine völlig freie Gliederung und Selbstverwaltung der Gemeinden in allen ihre Interessen betreffenden Fragen. Der starren Bureaukratie soll die Art an die Wurzel gelegt werden, indem die intellektuelle Kraft und politische Bildung der Gemeinden durch Anregung ihrer Thätigkeit gehoben würde; dem vielen und theuren Verwalten will Lerchenfeld entgegenarbeiten. (A. Z.)

München, 4. November. Durch allerhöchstes Dekret vom 30. October wurde der Forstmeister und Forstrath August Freiherr von Botzmer in Bayreuth unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistung in den Ruhestand und der Forstmeister vom Forstamte Sebaldi zu Nürnberg, Karl Ferdinand Seippel, an des Ersteren Stelle versetzt; der Zentralstaatskassenzahlmeister in München Joseph Pettenkofer auf Ansuchen unter Zufriedenheitsbezeigung in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle der Kontroleur der Kreiskasse in Speier, Joseph Leonhard Joseph Dreher befördert; an Drehers Stelle der Kreiskassekontroleur in Würzburg Michael Mayerhofer auf Ansuchen versetzt; an Mayerhofer's Stelle der Kreiskassefahlmeister in Augsburg Wilhelm Kester ernannt; Kester's Stelle dem 1. Kreiskassefoffizianten in Augsburg Joseph Einsiedler und dieser Letzern Stelle dem 2. Offizianten Johann Michael Johannes daselbst, dann Johannes Stelle dem vormaligen funktionirenden Rechnungsführer bei der Eisenbahnbauseklion in Kulmbach Friedrich Alt provisorisch verliehen; der Finanzrechnungskommissär in Speier Emil Sattler zum Rentbeamten in Rämershag, als Sattler's Stelle zum Finanzrechnungskommissär in Speier, der Finanzrechnungskommissariatsfunktionär Philipp Wolff daselbst provisorisch ernannt; der Funktionär bei der Staatsschuldentilgungsspezialkasse Nürnberg Sebastian Anton Engelbrecht zum Offizianten bei derselben provisorisch ernannt; der Forstamtsaktuar in Rimpar Christian Hofmann zum Revierförster in Batten provisorisch befördert; der Revisionsbeamte beim Hauptzollamte in Passau Joseph Lobenhofer für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt und der Grenzoberkontroleur Karl Straub in Passau an Lobenhofer's Stelle ernannt. Ferner haben Se. Maj. unterm 1. Nov. die erledigte 11. Landgerichtsassessors-Stelle zu Rothenburg a. T. den Stadtgerichtsaccessisten Heinrich Friedr. Sigm. Kissinger aus Erlangen zu verleihen geruht.

Mannheim, 3. Nov. Gestern ist Karl Hoff von hier von der wegen R. 21 des deutschen Zuschauer, von welchem er eine Zeitlang im Interesse der republikanischen Sache die verantwortliche Redaktion übernommen hatte, gegen ihn gerichteten Hochverrathsklage vom großherzogl. Hofgerichte freigesprochen worden. (F. J.)

Berlin, 5. Novbr. Ueber die Wendung der Ministerkrisis verlautet noch nichts Bestimmtes. Dagegen fehlt es natürlich nicht an Gerüchten des verschiedensten, zum Theil widersprechendsten Inhalts. So viel scheint sicher, daß das gestern verbreitet gewesene Gerücht, wonach Graf Brandenburg den ihm gewordenen Auftrag in die Hände des Königs zurückgegeben habe, bis jetzt noch nicht zur Wahrheit gelangt ist. Am wahrscheinlichsten ist die Person, daß Graf Brandenburg die Bildung des Cabinets versuchen werde, ohne, wenn ihm die Lösung dieser Aufgabe gelingen sollte, in das Ministerium einzutreten. Herr v. Unruh befindet sich heute in Potsdam. — Die Rechte ist eifrig bemüht, die Rückkehr der Herren Hansemann und v. Auerswald (Rosenberg) nach Berlin zu bewirken. Wie wir erfahren, soll der Erstere nicht mehr beabsichtigen, seinen Sitz in der constituirenden Versammlung einzunehmen. Hr. v. Auerswald, der schon seit längerer Zeit der

Digitized by Google

wurdt ist, wird besonders wegen seines persönlichen, zur Beseitigung von Collisionen mit der Majorität der Kammer vorzüglich geeigneten Verhältnisses zum Könige hierher zurückgewünscht. —

Der gestern vorbereitete Fackelzug zu Ehren des Abg. Jacoby wird erst heute stattfinden. Hr. Jacoby erschien gestern Abend in der Zeitungs-Halle, wo er die Unternehmer der ihm zugedachten Huldigung vermuthet, um dieselbe zu hintertreiben. (D. A. Z.)

Wien, 3. Nov. Der Reichstag hat sich vom selbst aufgelöst am 30. Oct. nur noch 80 Mitglieder vorhanden waren. Fürst Windisch-Grätz und Ban Jellachich sind mit ihren Hauptquartieren, Ersterer in Schönbrunn und Letzterer mit dem seinigen in dem Palaste des Erzherzogs Maximilian d'Este. Die innere Stadt sowie ein Theil der Vorstädte bieten an mehren Orten ein Bild der Zerstörung dar. Seit gestern gehen die Posten ab, und man hofft, daß die Oeffnung der Stadtthore bald stattfinden dürfte. Von Verurtheilungen der Schuldigen weiß man bis heute nichts. Die meisten Gefangenen sind in den Kasernen und auch im Hauptquartier. — Ueber die angebliche Plünderung Wiens erfährt man mit Zuverlässigkeit, daß in mehren Häusern, aus welchen auf die Soldaten geschossen wurde, die Plünderung bei der Erstürmung derselben nicht hatte verhindert werden können; einzelne Soldaten aber, welche in andere Häuser eingedrungen, um zu plündern, sind, der im voraus verkündigten Androhung gemäß, mit dem Tode bestraft worden.

Wien, 1. Nov. Der Gemeinderath hat dem General Bem, der von einer Granate am Arme verwundet wurde, nachdem ihm am Tage vorher das Pferd unter dem Leibe erschossen ward, die Mittel geboten, sich ärzten zu können, ebenso den übergetretenen Soldaten. — Auch die Steyrer, Salzburger und Kärnthner sind auf eben diese Art, mittels geheimer Unterstützung fortgegangen. — Die Bibliothek ist durch den glücklichsten Bau — dem zu Liebe Napoleon die Festungswerke auf dieser Seite nur in kleinen Abtheilungen zu sprengen befahl — gerettet worden. Die zündenden Raketen oder Granaten sind in der geraden Linie von der oben bezeichneten Position auf den Saal des Reichstages gefloge, haben aber diesen nicht erreicht, sondern schon früher, in die vorstehende Dachung der Sammlungen eingeschlagen, während die aufgestellten Garben vor dem Reichstage erzählen, es sei der Josefsbrücke mit einem Hagel von Bomben, Granaten und Kugeln überschüttet worden. Soeben wird vom Fürst Felix Schwarzenberg auf Befehl des Fürsten Windisch-Grätz der Reichstag zum 15. Nov. prorogirt, die Sitzungssäle geschlossen und nebst Papieren und Kassen versiegelt! (D. Z.)

Berichte der Allg. Ztg. geben eine traurige Schilderung von der Stimmung gegen die Dynastie, welche in Folge des Bombardements in Wien herrscht. So sagt ein Schreiben vom 26. Oct. von M. Wagner: „Statt des Weiberjammers in den Vorstädten hörten wir auf der Bastei und Brücke nur die einmüthigste Verwünschung wie die Hasper Worte, die das Volk zunächst verbeugsführt und diese Flüche galten nicht blos dem Alba Windisch-Grätz, sie richteten sich höher, sie galten einem Mann, den das Volk einst nur mit dem Gefühl der Liebe, Ehrfurcht und Pietät genannt. Dieses alte, durch Tradition vererbte Gefühl hatten bereits die Ideen der Neuzeit gewaltig erschüttert; aber heute inmitten des Pfeifens der Kartätschen, inmitten der Schauerscenen des Brandes und Todes, heute schien mir im Herzen des Wieners der letzte Funke der Kaiserliebe zu erlöschen. „Lebe wohl Habsburg, schöner Stern!" sagte hinter mir ein Wiener in grauen Haaren auf der Bastei, als vor unsern Augen das letzte Gemäuer des Mac'schen Hauses krachend in den Grund stürzte." In einem andern Schreiben heißt es: „Abends (am 27.) hörten wir in verschiedenen Gegenden der Stadt Flöten- und Klavierspiel aus den Häusern erschallen. So leicht beruhigt sich der Mensch! Nur in einem Punkte beruhigte sich der Wiener nicht: daß der Kaiser ein solches Unglück über seine gute Stadt, zunächst über die Vorstädte verhängen würde, Dessen hätte er ihn nimmer für fähig gehalten, und Personen, welche bei Tag oder Nacht stundenlang auf demselben Wachtposten standen, können ihre Verwunderung nicht genug darüber aussprechen, wie das Gespräch des vorübergehenden Volkes, namentlich der Weiber, immer ein und dasselbe gewesen sey: der Kaiser! Das dem Denkmale des Kaisers Franz der Kopf abgesägt werden solle, wurde öffentlich auf allen Gassen besprochen. Eben so, daß man das Schloß in Brand stecken wolle."

Die A. Z. schreibt, im Laufe des gestrigen Tags gingen uns noch viele Briefe von Wien zu, die — zur Vorsicht! — unter anderer Adresse als der der Redaktion abgeschickt waren. Diese schildern die Stimmung dort düsterer und gedrückter als einige unserer andern Korrespondenten, welche alles über dem Gefühl vergaßen, daß ein Zustand aufgehört hatte, der jeden Augenblick die Existenz der ganzen Stadt in Frage stellte. Wie man auch die derzigen Ereignisse beurtheilen mag, die Bevölkerung Wiens hat einen Muth und eine Todesverachtung bewährt, welche goldne Früchte für die Zukunft des Vaterlandes tragen werden, wenn sie Bürgen sind für ein neu erstehendes deutsches Bürgerthum. Die Stellung, welche sie eingenommen hatte, war unhaltbar, aber die Regierung wirft, trotz ihres Sieges, sich wohl hüten müssen, die Stadt sortan für unwürdig zu erklären, den constituirenden Reichstag und den sich wiederetstehenden Congreß der Völkerstämme der Monarchie in ihrer Mitte zu sehen.

Die Wiener Zeitung enthält noch die energische Protestation, die der Reichstag gegen die Verlegung nach Kremsier und überhaupt gegen die in Widerspruch mit der kaiserlichen Zusage befohlene Vertagung einreichte. Ebenso bringt sie die würdigen Erklärungen, mit denen der permanente Ausschuß durch den Mund Schuselka's die soldatischen Bedingungen des Fürsten Windisch-Grätz von sich wies. Am 30. Oct. fanden sich in der Versammlung noch immer 178 Mitglieder ein, aber es war dieß leider nicht mehr die beschlußfähige Zahl. Der Finanzminister Krauß war von Olmütz gekommen, und hatte vom Kaiser die mündliche Antwort gebracht, er hoffe die Ruhe in der Residenz bald so hergestellt zu sehen, um daselbst den Reichstag auch fernerhin tagen lassen zu können. Der Reichstag konnte dieß weder als eine eigentliche noch als eine entscheidende Entschließung betrachten, und beschloß eine neue Adresse nach Olmütz, mit neuen Verwahrungen gegen die Verlegung, mit neuen Protestationen gegen das Verfahren von Windisch-Grätz

Die Deutsche Zeitung will aus zuverlässiger Quelle in Erfahrung gebracht haben, daß Fürst Windisch-Grätz das Kriegsministerium und das Präsidium Felix Schwarzenberg: das Auswärtige, Kübeck: die Finanzen übernommen habe. (So fehlte nur noch Fürst Metternich, um dies Kabinet zu vervollständigen.)

Krakau, 4. Nov. Soeben geht hier die Nachricht ein, daß Lemberg seit 4 Stunden bombardirt worden ist. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pressburg, 1. Nov. Gestern von 10 Uhr Vormittags an bis in die Nacht hinein kamen flüchtende ungarische Truppen hier an, sodaß diese Nacht gewiß 15,000 M. hierher ihren Weg genommen haben. Kossuth hielt gestern Nachmittag 4 Uhr im grünen Baum eine Conferenz mit mehren Offizieren, unter denen sich besonders Offiziere unserer Nationalgarde befanden. Er erklärte, daß er sich mit dem größten Theile der Armee nach Komorn, Pesth und Ofen zurückziehen werde; die Pressburger möchten sich gegen den wahrscheinlich bald nachrückenden Feind möglichst vertheidigen. Wahrscheinlich werden die hiesigen Behörden im Vereine mit der Nationalgarde seinen großen Widerstand leisten, sobald Windisch-Grätz vor die Stadt kommt. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 3. November. Eine telegraphische Depesche aus Turin vom 30. bringt die Nachricht, daß in Genua eine sehr ernste Insurrektion ausgebrochen ist. Die Truppen und die Nationalgarde wurden mit dem Volke handgemein, es wurde scharf gefeuert und viele Todte und Verwundete blieben auf beiden Seiten.

Die Presse behauptet, es sey eine Art vom 18. Brumaire im Werke, — die Parthei des Nationalwolle eine Emeute hervorrufen, dann schnell wieder den Belagerungszustand dekretiren und eine Anzahl Vertreter und Journalisten, die ihr im Wege seyen, deportiren. Herr Girardin dorfert die Departements auf, bei der geringsten Gewaltthätigkeit dieser Art die Steuern zu verweigern. Die Presse gesteht übrigens heute, daß ihr Schützling Louis Bonaparte sich auch der besondern Protection des Kaisers von Rußland erfreue.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 3. November.) Art. 43 gibt zu keiner besondern Diskussion Anlaß, — bei Art 43 schlägt Authoux Thouret ein Amendement vor, wodurch alle Mitglieder von Familien, die in Frankreich regiert, von der Präsidentschaft ausgeschlossen werden sollen. Dieß gegen Louis Napoleon gerichtete Amendement wird von seinem Urheber entwickelt, der mit größter Aufmerksamkeit angehört wird. Dufaure erklärt im Namen der Regierung, diese trage darauf an, das Amendement zu verwerfen, da die zwei Familien der Bourbons, als aus Frankreich verbannt, nicht wahlbar seyen, und daher das Amendement nur gegen eine einzige Person gerichtet sein würde. Bei Posschluß nimmt Cavaignac das Wort und erklärt ebenfalls, daß er dieses Amendement zurückweise, er habe Vertrauen in die große Stimme des Volkes und wünsche, daß diese sich ohne Hinderniß und Beschränkung aussprechen solle. Es wird demungeachtet über das Amendement abgestimmt und dasselbe verworfen.

Digitized by Google

Paris, 4. November. Der Moniteur du Soir bringt Folgendes: Gestern drangen mehrere Freunde im Conferenzsaale in Herrn Thiers, daß er sich über den Sinn des letzten unten angeführten Satzes eines Artikels im Constitutionnel, bezüglich der Präsidentschafte erkläre: „Herr Thiers hat nicht die Ehre den Prinzen Louis Napoleon zu kennen; er hat keine politische Beziehung zu ihm, und ist nicht gesonnen welche zu haben. Ist dies wahr?“ — Ich erklaren, erwiderte Thiers, daß ich so deutlich ausgedrückter Satz eine Erklärung nöthig haben sollte. — Was will er anders sagen, als: Herr Thiers wird niemals Minister des Hrn. Louis Bonaparte? — Anderseits berichtet der National, soll Odilon Barrot sich gegenüber dem Stecle in einer ähnlichen Lage befinden, nur mit dem Unterschiede, daß Odilon Barrot den Prätendenten begünstigt, und der Stecle ihn bekämpft. —

Großbritannien.

London, 1. Novbr. Die Königin hielt gestern im Minderforschlosse eine Gemeinderathssitzung, welcher Prinz Albert, so wie die meisten Minister beiwohnten und in welcher das Parliament vom 2. November auf den 19. Dezember prorogirt wurde. — Der Antrag auf Cassation des Urtheils gegen S. O'Brien wegen Formfehlers kommt am 13. in dem irischen Gerichtshofe der Queens Bench zur Verhandlung. Den vier Verurtheilten ist schon amtlich angezeigt worden, daß das Todesurtheil gegen sie nicht zum Vollzuge kommen werde. Sie werden im Gefängnisse sehr gut behandelt; S. O'Brien genießt der Pflege seiner Gattin und die drei andern halten sich bei Tage in dem nämlichen Zimmer auf.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York vom 17. Oct. war die jetzt im Gange befindliche Präsidentenwahl fast der ausschließliche Gegenstand der Erörterung. Das Ergebniß derselben in den Staaten Ohio und Pensylvanien soll sich entscheiden zu Gunsten der Whigs heraußtellen und man zweifelte nicht daran, daß General Taylor mit großer Mehrheit als Präsident der Vereinigten Staaten aus der Wahlurne hervorgehen werde. (K. Z.)

Anzeigen.

Meinen aufrichtigen Dank für die vielseitige freundliche Theilnahme, welcherlich bei dem für mich so traurigen Todesfalle meiner geliebten guten Gattin **Natalie**, geb. Ritter, kund gegeben, und mir Linderung in meinem großen Schmerze gewährt hat; — meinen innigen herzlichen Dank Allen, welche der Verlebten die letzte Ehre zu erweisen die Güte hatten.

Bayreuth, am 9. November 1848.

Scharf, Protokollist.

In der Buchhandlung von **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel und der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

Album für die beliebtesten

Kartenspiele,

als Hasard-, Commerce- und Combinationsspiele

der feinern Gesellschaft.

Nebst Anwendung der Wahrscheinlichkeitsberechnung auf dieselben. Nach van Tenac Album des jeux. — Landrait Academie des jeux etc. und andern guten Quellen und Erfahrungen von Gm. Schreiber. Mit 19 erläuternden Figuren.

gr. Duodez. geh. 1 fl. 48 kr.

Wer mit und der Meinung ist, daß das Spiel nach gethaner Arbeit zur erheiternden Erholung dient, den wird gewiß eine so vollständige Anweisung zu so vielen Spielarten willkommen sein. Inhalt: **Hasardspiele:** Rouge et noir, Roulette, Pharao, Trente, Vingtun, Lotterie, Boulotte und Quinzespiel. — **Commercespiele:** Whist, Cayenne, Humbug, Besten, Besten-Whist, Triedsten, Piquet zu 2 und 3 Personen, Piquetvolour et à cheval etc., Bystombre, Kaufmannsdrille, Tarok, Tarokwombre, Deutsch-Solo, Solo-Mediateur, Écarté, Commerce, Mariage, Imperial, Casino, Napoule, Eifern, Bastadowitz. — **Combinationsspiele:** Billard in den 19 beliebtesten Spielarten, Domine, Schach.

Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

gegründet auf ein Actien-Capital von Einer Million Thaler, nimmt unter verschiedenen Modifikationen Versicherungen an auf einzelne und verbundene Leben, auf bestimmte Jahre und auf Lebenszeit, und garantirt den lebenslänglich bei ihr Versicherten zwei Drittel des reinen Gewinns, ohne jemals Nachschüsse von ihnen zu beanspruchen.

Desgleichen versichert sie Renten und Capitalien in mannigfacher Art.

Durch den Militärdienst im Frieden, sowie **durch den Eintritt in die Bürgerwehr oder ein ähnliches Dienstverhältniß**, wird in den allgemeinen Bestimmungen nichts geändert. Bei ausbrechendem Kriege kommen für die verschärften Militär-Personen die besondern Vorschriften bezüglich des Rückkaufs der Versicherungen und der Ausdehnung derselben auf Kriegsgefahr in Anwendung.

Die Gesellschaft nimmt jederzeit Versicherungen an, und setzt auch an solchen Orten, **in denen epidemische Krankheiten, wie z. B. Cholera, herrschen**, ihre Geschäfte unverändert fort.

Geschäfts-Programme werden in unserm Büreau, Spandauerbrücke Nr. 8, sowie bei unsern Agenten unentgeldlich ausgegeben.

Berlin, den 18. October 1848.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Bayreuth, den 6. Nov. 1848.

Fr. Carl Dilchert.

Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Die Unterzeichneten beehren sich, zur allgemeinen Anzeige zu bringen, daß sie am kommenden Martini-Markt

eine Parthie gebleichter und ungebleichter Leinwanden von bester Qualität und zu sehr billigen Preisen,

jedoch nur in ganzen Stücken verkaufen werden.

Ihre Bude befindet sich **vis à vis** vom Rathhaus, wohin sie alle Kaufslustigen und besonders die edlen Frauen und Jungfrauen hiesiger Stadt und Umgegend, welche sich's zur Pflicht gemacht haben, nur inländisches Fabrikat tragen zu wollen, zu geneigtem Besuch höflichst einladen.

Der Ausschuß des Weber-Vereins.

Walter **sen.** Hollfelder. Walter **jun.**

Julie Andreae

aus Hildburghausen

beziehet den vorstehenden Martini-Markt wieder mit ihrem wohlassortirten Lager neuester Hüte, Hauben, Blumen, Bänder, Krägen, Chemisetten ꝛc. und sichert beste Bedienung und billigste Preise zu.

Ihr Verkaufslokal befindet sich in dem Hause des Herrn Uhrmacher **B. Burger, vis à vis** dem königl. Stadtgerichte, eine Treppe hoch.

Das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,

sammt den neu aufgestellten Panoramen im Gasthofe zum Adler ist noch über den bevorstehenden Markt täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr gegen Entrée die Person 6 kr., für Kinder die Hälfte zu sehen.

Ein sowohl im Reiten als Fahren völlig vertrautes, gesundes, kräftiges Pferd ist zu verkaufen. Näheres zu erfragen im Hause Nr. 352 auf dem neuen Schloßplatze.

Zwei ausgezeichnet gute Violine, eine Flöte und zwei Klarinetten sind zu verkaufen im Wirthshause zur Altstadt zwei Treppen hoch.

Zwiebeln und gelbe Rüben, beste Qualität, sind im Hause Nr. 440 nächst der Dammallee zu verkaufen.

Nr. 445 in der Friedrichstraße ist ein Mansarden-Quartier, bestehend in 2 Zimmern, 2 Stubenkammern, Küche, Holzlege, Boden, Keller, Mitgebrauch des Waschhauses, welches auch getheilt werden kann, sogleich, oder auf Lichtmeß zu vermiethen. Das Nähere beim Eigenthümer.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen, es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

In der Jägerstraße Nr. 639 ist am Eingange links die untere Wohnung jetzt oder auf Lichtmeß zu vermiethen.

In der Ziegelgasse Nr. 223 ist ein schönes Quartier stündlich zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Im Verlage der Geh. Kommerzrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 313. 10. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 7. November. (110. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Durch den Reichsminister des Innern wurde der Nationalversammlung heute eröffnet, daß ein Bericht der Reichscommissäre vom 27. Octbr., die gesammte Correspondenz derselben mit dem österreichischen Ministerium enthaltend, nachträglich eingelaufen sey, und dem Ausschuß für die Oder. Verhältnisse mitgetheilt werden würde. Abg. Welcker, (welcher gestern Abend mit seinem Collegen Mohl hier eingetroffen), erbat sich für eine der nächsten Sitzungen das Wort zur Rechtfertigung des Verfahrens der Reichscommissäre. Zuerst wird der Antrag Biedermanns zur Berathung gebracht. Er lautet: Die Nationalversammlung wolle beschließen: „Durch die Centralgewalt die königlich sächsische Regierung aufzufordern, ihr Dekret vom 28. August d. Js., das deutsche Verfassungswerk betreffend, zurückzunehmen, weil die demselben zu Grunde liegende Ansicht von einer Vereinbarung der deutschen Verfassung zwischen der Nationalversammlung und den gesetzgebenden Gewalten der Einzelstaaten mit dem vom Vorparlament ausgesprochenen und von der Nationalversammlung anerkannten Grundsatz: daß die Nationalversammlung einzig und allein die deutsche Verfassung zu begründen hat, im direkten Widerspruch steht.“ Schaffrath beantragt dagegen, daß die sächsische Angelegenheit, zusammengefaßt mit mehreren andern ähnlichen Gegenständen, besonders den österreichischen Renitenzen, an den sogenannten Raveaur'schen Ausschuß überwiesen werden sollen. Der sächsischen Regierung lasse sich nur ein allzu formelles Beharren auf der Grundverfassung des Königreichs zum Vorwurfe machen, nach welcher kein Recht der Krone ohne Zustimmung der sächs. Stände veräußert werden dürfe. Von einer wirklichen Widersetzlichkeit zeige sich keine Spur. Der Zwiespalt könne nur durch ein Reichsgesetz aufgeglichen werden, nicht aber durch einen Beschluß der Reichsversammlung auf die Zurücknahme eines Dekrets. — Biedermann stimmt bei, daß durch ein Reichsgesetz allen partikularistischen Regungen der Boden entzogen werden müße. Allein wie die sächsische Regierung die Anordnungen des Bundestags als rechtsverbindlich erkannt habe, so werde sie jetzt auch die Beschlüße der Reichsversammlung vollstrecken können, ohne ihre verfassungsmäßigen Pflichten zu verletzen. Außerdem stehe ihr ja der Weg einer Verfassungsveränderung durch Vereinbarung mit den Ständen offen. Er beharre übrigens auf der Dringlichkeit seines Antrags. — Die Tagesbestimmung entscheidet sich mit 253 gegen 180 St. für den präjudiciellen Antrag Schaffrath's. — Ein besonderer Ausschuß wird für die Berathung dieses Gegenstands gewählt. Es folgt die Berathung des Antrags von Jordan: Die Nat.-Vers. wolle beschließen: „obgleich es durch den Beschluß über den Raveaur-Wernerschen Antrag bereits feststeht, daß die Beschlüße einzelner Landesversammlungen nur in soweit sie mit denen der Reichsversammlung übereinstimmen, Gültigkeit haben, so findet sich die Reichsversammlung dennoch, im Hinblick auf mehrere Vorgänge der jüngsten Zeit, veranlaßt, nochmals ausdrücklich zu erklären: daß jeder ihrer Beschlüßen entgegenstehender Beschluß einer Versammlung eines Einzelstaates als an und für sich null und nichtig angesehen und erforderlichen Falls als ungesetzliche Auflehnung energisch zurückgewiesen werden wird.“ — Wilhelm Jordan. Er soll die deutsche Bevölkerung in Posen beruhigen, aber er soll auch eine dieser Versammlung feindliche Partei aus der überraschenden Stellung herausschlagen, die sie plötzlich eingenommen hat. Er erinnert darauf an den frühern Antrag der linken Fractionen in der Berliner Landesversammlung auf unbedingte Unterwerfung Preußens unter Frankfurt. Aber seitdem die preußische Regierung der Centralgewalt mit der offensten Hingebung entgegengekommen, ändere sie ernsthafte Partei den Ton und blase auf allen Kräften die entgegengesetzte Melodie. Der Beschluß der Berliner Versammlung vom 23. Octbr. hat die deutsche Bevölkerung in Posen mit Schmerz und Entrüstung erfüllt. Zweimal haben wir unserer Pflicht gehorcht, die Souveränetät dieses Hauses aufrecht zu halten gegen eine Regierung, die wir zur unbedingtesu Unterordnung unter Deutschland nöthigten und gegen einen gewaltigen Volkshaufen, der an die Stelle der Mehrheitsherrschaft der Nationalversammlung ihre Minderheit setzen wollte. Welche Partei dieses Hauses war es, welche die Souveränetät dieses Hauses am weitesten ausgedehnt, die Macht der Centralgewalt am unbeschränktesten gestaltet sehen wollte? Die selbst den Hurrah's der Huldigung am 6. August eine ceremonielle Ordnung vorschrieb? Man könnte an ein Wunder glauben, wenn wir noch in der Zeit der Wunder lebten. Die Partei ist's, die, nachdem es ihr fehlgeschlagen, sich durch eine Reuterei in den Besitz und an das Ruder des Fahrzeuges zu setzen, jetzt alles aufbietet dies Fahrzeug zu wenden, damit es scheitere. Seitdem die Frankfurter Pfingstwoche vergebens versucht hat, ihre Souveränetät in blutiger Fraktursschrift zu dekretiren, seitdem ist Frankfurt ein Dorf und an uns Hopfen und Malz verloren. Dann schildert Jordan die Beleidigungen, Drohungen und Mißhandlungen, denen die Berliner Landesversammlung täglich preisgegeben ist von Seiten des, grad' herausgesagt, „des berliner Gesindels.“ Eine Versammlung so behandelt, eine Versammlung in ihren Beschlüssen so unbestehwankend von einem Extreme zum andern, wie die Berliner, ist nicht frei und die Anarchie steht in Berlin nicht an der Schwelle, nein sie steht mitten in Deutschland und schleudert ihre blutigen Medusenhaupt. „Wir sind das letzte Bollwerk der Freiheit“ schließt er, „der Freiheit sowohl nach unten als nach oben hin. Sehen Sie zu, meine Herren, daß kein Vaterlande dieses Bollwerk erhalten werde.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Rösler von Oels und mehrere Preußen (Ruf: Namen!) wollen nach Analogie des Falles mit Brentano Jordan zur Ordnung gerufen wissen wegen der Beleidigungen, die seine Rede gegen die gesetzlichen Vertreter des preußischen Landes enthalte. Reichsminister v. Beckerath: „Wenn wir dem Beschlusse der Berliner Versammlung entgegentreten, so liegt darin keine Mißachtung preuß. Landesversammlung, sondern wir sorgen nur für Ruhe, daß uns von dem Bundestag beschlossener von dem Ver. bestätigter Vertrag nicht einseitig aufgehoben werde.“ Nachdem Kerst aus Posen namentliche Abstimmung verlangt hat, erhält Jordan als Antragsteller das Schlußwort und erklärt sich mit der motivirten Tagesordnung über seinen Antrag einverstanden. Zur Annahme gelangt sodann unter Verwerfung aller andern Anträge der Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Jordan's nach der Motivirung Kerst's von Posen. Derselbe lautet: „Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung, indem sie, in Anbetracht der unbedingten Unterwerfung des deutschen Theiles der Großherzogthums Posen durch den Beschluß der preußischen Landesversammlung vom 26. Oct. hervorgerufenen Besorgnisse und Aufregung sich veranlaßt findet, zur Beruhigung der deutschen Bewohner jenes Landes darauf hinzuweisen, daß nach dem Beschluß über den Raveaur'schen Antrag und nach Beschluß vom 27. Juni über die Einverleibung des deutschen Theils Posens in das deutsche Reich die Reichsverhältnisse dieses Landes, in Bezug zu dem deutschen Reiche geordnet sind, beschließt: mit Bezug auf die von dem Reichsministerium in der gestrigen Sitzung gegebene Erklärung, welcher sie hiemit ihre Zustimmung gibt, über den Antrag des Abg. Jordan aus Berlin zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

Der Deutschen Reichszeitung wird aus Frankfurt vom 3. November berichtet: Es ist jetzt gewiß, Herr v. Schmerling wird das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten niederlegen. Sein wahrscheinlicher Nachfolger hierfür ist Herr v. Könnerig. Baron v. Arnim hat sich als Candidat gemeldet, hat aber wenig Aussichten. Seit einigen Tagen befindet sich wieder Baron Stockmar hier, aber nur auf der Durchreise nach London. Er geht in öffiziöser Stellung. Die Centralgewalt beabsichtigt nämlich Hrn. Bunsen zum deutschen Gesandten in England zu ernennen, um sich hiemit nachgiebig gegen Preußen zu erweisen. Da aber Herr Bunsen zu gleicher Zeit preußischer Gesandter bleibt, so scheint eine solche Beiordnung einer Persönlichkeit wie der des Barons Stockmar als dringend wünschenswerth.

Das k. k. Justizministerium in Wien hat von dem Reichsministerium der Justiz in Frankfurt folgende Note erhalten: Es geht durch alle öffentlichen Blätter die Erzählung, daß in Folge der jüngsten Ereignisse in Wien ein Arbeiter in einer öffentlichen

Digitized by Google

Versammlung (es wird sogar der Reichstag selbst genannt) erschienen sey, sich seines Antheils an der Ermordung des Generals Latours zu rühmen. Derselbe soll die Versammlung nicht nur ungestochen verlassen, sondern zum Theil sogar Beifall erhalten haben. Ob diese Thatsachen wahr sind, ist natürlich hier in der Entfernung und bei der Verwirrung aller Nachrichten nicht zu ermessen. Wenn dem aber so wäre, so hält sich das Reichsministerium in einer für die Sicherheit und das Wohl ganz Deutschland so verhängnißvollen Sache für eben so berechtigt als verpflichtet, nachstehende Erwägungen dem kaiserl. Justizministerium mitzutheilen. Die prov. Centralgewalt ist natürlich an sich so weit entfernt, sich irgend einen Einfluß auf das Begnadigungs- oder Amnestirungsrecht Sr. M. des Kaisers von Oesterreich anzumassen; allein sie kann doch nicht umhewerkt lassen, daß die Art und Weise der Ausübung dieses Rechts in der vorliegenden Sache einen höchst verderblichen Einfluß auf ganz Deutschland ausüben könnte. In den letzten Wochen sind wiederholt Morde an politisch hervorragenden Personen begangen worden, zum Theil unter Umständen, welche einem Barbarenvolke zur Schmach gereichen würden. Eine Straflosigkeit dieser Verbrechen müßte den verderblichsten Einfluß auf das Rechtgefühl der ganzen Nation ausüben, alle Begriffe von Schuld und Strafbarkeit verwirren. Ueberdies ist es ja bekannt, daß Beispiele von Mordthaten nur allzuleicht Nachahmung finden, namentlich wenn sie gar, wie dies jetzt leider in Deutschland nicht selten geschieht, wo nicht geradezu gelobt, doch wenigstens entschuldigt und als etwas sich von selbst Verstehendes dargestellt werden. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland könnte es daher nur tief beklagen, wenn die verantwortlichen Räthe einer deutschen Regierung politische Begnadigungen und Amnestien auch auf solche schauderhafte, gemeine Verbrechen anbrehnen, anstatt alle Kraft der Gesetze zu deren schleunigster Entdeckung und rechtlicher Bestrafung anwenden würden; davon gar nicht zu reden, daß ein Zusammenwerfen politischer Handlungen und ihrer Begnadigung mit den gräulichsten Missethaten nichts weniger als gerecht gegen die Urheber der erstern ist, welche man doch für entschuldbar hält oder verschonen will. Das Reichsministerium ist überzeugt, daß das kaiserl. Justizministerium diese Ansicht völlig theilt, und es steht daher auch einer Erfüllung des Wunsches mit Vertrauen entgegen, daß das kaiserliche Justizministerium ihm über den Thatbestand, welcher obigen Nachrichten zu Grunde liegt, gefälllig baldige Mittheilung mache, und daß es bei seinen Anträgen auf Begnadigung und Amnestirung diejenigen Grenzen beobachten möge, bei deren Aufrechthaltung allein die Rechtssicherung in Deutschland aufrecht erhalten und das Vaterland vor dem Versinken in ein Meer von Blut und Gräuel bewahrt werden kann. Frankfurt, 14. Oct. 1848. Der Reichsminister der Justiz. R. Mohl. De Mettenius.

München, 6. Nov. Heute Morgens bereits sich der Studentenausschuß über die vom k. Staatsministerium ihm geworfene Entschließung bezüglich der Universitäts-Statuten, wonach es bei diesen sein Verbleiben haben und im Falle der Verweigerung des Immatrikulations-Eides die Schließung der Universität erfolgen solle. Die Studenten scheinen nicht Willens, durch diese Drohung und selbst deren Ausführung sich einschüchtern zu lassen, und bei der noch im Laufe dieser Woche stattfindenden Immatrikulation dürften die Listen leer bleiben. Bei der heutigen Berathung nun kam man zu keinem eigentlichen Beschlusse; man erwartet nämlich eine Proklamation des Königs.

München, 6. November. Wien ist genommen, der Belagerungszustand in Wirksamkeit, und wenn Jemand darauf gewartet hätte, mag er sich nun versucht fühlen, mit der blau-weißen oder schwarzgelben Farbe muthiger hervorzutreten. Die früheren Gerüchte von einer Modifikation des bürgerlichen Ministeriums tauchen wieder auf. Diese soll aber nicht in dem Sinne beabsichtigt seyn, wie es gewünscht würde. Man scheint weiter greifen zu wollen. Wenn nicht alles trügt, so wäre man in einen hohen Regionen geneigt, selbst Lerchenfeld und Heinz fallen zu lassen, um sie durch geschmeidigere Leute klacher oder berechnender Bureaukratie zu ersetzen. Thatsache ist, daß diese beiden, gleich ihren Kollegen, aller Vorstellungen ungeachtet es bis zur Stunde noch nicht dahin haben bringen können, unmittelbar mit den Monarchen zu arbeiten. Wie werden aber dann — so fragen wir — die Anträge der Minister bei dem Könige vermittelt? Sollte etwa der partikularende Landrichter des vormärzlichen Kabinets auch noch in dem errungenschaftlichen sein Wesen treiben? Die allgemeine Meinung nimmt es an; und die Stände werden wohl Veranlassung haben ernstlich zu untersuchen, warum fünf Ministerien die Besoldung eines mitregierenden Kabinetssekretärs zahlen? Wenn, wie es heißt, Graf Armansperg in das Ministerium treten sollte, so wäre zunächst klar, daß man seine frühere Wirksamkeit in Bayern und anderwärts nunmehr ignoriren will, denn unbekannt ist sie ja nicht geblieben, und daß man mit den eintretenden Herbsttagen die Blumenärme des Volkes für abgeblüht genug hält, um jene schon die kalte, berechnende Politik eines Mannes eintreten zu lassen, dessen intermittirende Freiheitsideen immer nur dann zu Tage gekommen sind, wenn man ihn aus der Fieberregion einer erhitzenden Hoflust entfernt hatte. — In der That, es gehört viel Muth und Sicherheitsgefühl dazu, wenige Tage vor Eröberung der Kammern Männer an die Spitze der Verwaltung zu stellen, deren Namen für ehrliche und konsequente Durchführung freisinniger Regierungsgrundsätze so wenig Bürgschaft bieten. Auch von Zu-Rhein spricht man. Soll dieser die staatsmännische Konsequenz und das organisirende Talent Lerchenfeld's ersetzen?

(Schl. konst. Z.)

München, 9. Nov. Den Mitgliedern der Deputation, welche mit Ueberreichung der im Zweidrückensaale beschlossene Adresse an den König beauftragt gewesen war, und welche sehr, nachdem Oberst Hartmann ihre Annahme verweigert, durch die Pest an den König abgejendet hatte, ist heute vom Magistrat folgende Entschließung des Staatsministeriums des Innern zugeschlossen worden: „Se. Maj. der König haben diejenige Adresse, welche den Ueberbringern bereits zurückgeben, und nunmehr durch die Post mit einem besonderen Begleitschreiben Allerhöchst demselben zugesendet worden ist, nicht anzunehmen, sondern dem unterzeichneten Staatsministerium mit dem Auftrage zurückzuschicken gerubt, dem Magistrate der kgl. Haupt- und Residenzstadt München eröffnen zu lassen, wie S. M. der König zwar stets gerne bereit seien, die billigen Wünsche und gegründeten Beschwerden Ihrer getreuen Bürger Münchens entgegen zu nehmen und denselben jede mit den bestehenden Gesetzen vereinbare Berücksichtigung zuzuwenden, daß Se. Maj. jedoch eine Adresse von solcher Fassung, wie die vorliegende nicht annehmen könnte. Uebrigens seien bereits alle Maßregeln getroffen, um die Ruhe und Sicherheit der Hauptstadt zu sichern. Das kgl. Regierungspräsidium hat hienach das Weitere zu verfügen. München, den 1. Nov. 1848. Auf Sr. kgl. Maj. allerhöchsten Befehl. (L. S.) Thon-Dittmer."

Aus dem Voigtländischen, 5. Nov. Nach Berichten aus Gera scheinen die Einwohner des Fürstenthums Reuß jüngerer Linie nach Abdankung ihres seitherigen Fürsten Heinrich 72. freiwegs geneigt, die Herrschaft des Fürsten von Reuß (=Schleiz) älterer Linie anzuerkennen. Man trägt sich nämlich mit dem Plane das Land reichsunmittelbar zu erklären. Der konstituirende Landtag zu Gera hat in diesem Sinne folgende Beschlüsse gefaßt: §. 1. Das Fürstenthum Reuß j. L. bildet einen unmittelbaren, selbstständigen Theil des deutschen Reichsgebietes. §. 2. Die für die Verwaltung des Staates nöthig werdende Organisation wird durch das Gesetz bestimmt. §. 3. Die Grenzen des Staates können nur Kraft eines Gesetzes verändert werden; nur Grenzberichtigungen mit einem Nachbarstaate, durch welche einzelne Stücke zur Herstellung einer geordneten Abgrenzung, nicht aber ein Staatsangehöriger aufgetauscht oder abgelassen werden, können ohne Zustimmung der Landesvertretung geschehen. §. 4. Die Bedingungen für den Erwerb und Verlust des Staatsbürgerrechts werden durch das Gesetz bestimmt. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. §. 6. Alle Staatsbürger sind gleich vor dem Gesetz. Standesprivilegien finden nicht Statt. Der Adel ist abgeschafft. Alle zur Bezeichnung des Reis dienenden Ausdrücke verloren ihre Bedeutung und dürfen offiziell nicht mehr gebraucht werden. (N. K.)

Berlin, 6 Nov. Mit unserer Ministerkrisis ist es noch beim Alten. Nicht einmal die gerüchtweise umlaufenden Combinationen haben sich um eine vermehrt. Die Kammer beschäftigte sich heute in Ermangelung andern Berathungsstoffes ausschließlich mit Anhörung des Petitionsberichts. Die Bänke waren leer. Wenig über die Hälfte der Mitglieder war anwesend, und auch der Physiognomie der Versammlung hätte ein mit den Ereignissen der vorigen Woche Unbekannter schwerlich daraus schließen können, daß dieselbe Versammlung vor wenigen Tagen sich in Permanenz erklärt hat und nahe daran gewesen ist, die Regierung in die Hand zunehmen. Von den Ministern war nur Hr. Kisker anwesend. Neben ihm hatte einer der Unterstaatssekretaire Platz genommen. Von den etwa 10,000 bei der Versammlung eingelaufenen Gesuchen sind bis diesen Augenblick 145 erledigt. — Innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Kammer ist viel von einem Antrage die Rede, der von den Rechten vorbereitet ist und nächstens eingebracht werden soll. Die Kammer soll zu dem Beschluß aufgefordert werden: daß es Ehrenpflicht aller derjenigen Mitglieder, welche adelsaristokratische oder republikanische Tendenzen

Digitized by Google

hegen, sei, aus der Versammlung auszuschreiben. Dem Vernehmen nach ist ein Abgeordneter, Hr. Schmidt, von seiner Partei deßhalb aufgetragt, diesen Antrag als dringend zu stellen, und die äußerste Linke will die Dringlichkeit unterstützen. — Der gestrige Tag hatte zwei Festtage. Am Morgen wurde mit einem großen Gottesdienste von Arbeitern und Bürgerwehr der Maschinenbauer Köppen begraben, das Opfer des Krawalls vom 31. Oct. Deputirte (20 von der Linken) hatten sich dem Zug angeschlossen. Abends fand der Fackelzug zu Ehren des Abg. Jakoby statt. Der Zug bewegte sich vom Alexanderplatz aus durch die Königsstraße am königlichen Schlosse vorüber bis zur Taubenstraße vor Mylius Hotel, wo der Gefeierte sich mit den übrigen Mitgliedern seiner Partei befand. Der Zug war von unabsehbarer Länge, die Zahl der Fackeln deßlief sich auf 2—300. Nach einer Ansprache, die der Schriftsteller May (Mitarbeiter der Reform) vor dem Hotel hielt, sprach Jakoby aus dem Fenster.

Königsberg, 1. Nov. Ministerialrath Rosenkranz gibt seine Stellung in Berlin auf und kehrt in Kurzem in seine Professur zurück; ebenso übernimmt Auerswald wieder das Oberpräsidium unserer Provinz. — Das bekannte Ministerialrescript an die Regierungen in Betreff der schleunigst abzustattenden Berichte über sämmtliche politische Clubs hat hier bereits seine Erledigung gefunden. Das Polizeipräsidium, im Auftrage der Regierung, wandte sich an die hiesigen Vereine und bat um Mittheilung der vom Ministerium gewünschten Notizen. Der constitutionelle Club kam diesem Wunsche, unter der ausdrücklichen Verwahrung, hierzu nicht verpflichtet zu seyn, nach; die drei demokratischen Vereine dagegen erklärten, um das Princip der Association-Freiheit in seinem vollen Umfange zu wahren, diesem Verlangen nicht Folge geben zu können. — Die Cholera scheint dem Erlöschen nahe: in den letzten 24 Stunden sind 15 Erkrankungs-, 5 Todes- und 22 Genesungsfälle angemeldet. Im Ganzen sind bis jetzt 1732 Erkrankungen und 811 Todesfälle vorgekommen. In einzelnen Städten der Provinz dagegen und auf dem platten Lande tritt die Krankheit mit großer Heftigkeit auf. (K. Z.)

Bei Wien, 3. Nov. (Abendbl.) Durch besondere Protection ist es verschiedenen Personen gelungen, in die Stadt zu kommen. Sie war vollkommen ruhig; die Haussuchungen wurden strenge betrieben und viele Personen waren eingezogen, ein Victualienhändler in der Leopoldstadt gehangen worden. Bis 29. Oct. waren Zeitungen erschienen. Vom Barrikadenbau und Waffenbesitze waren nur die Mitglieder des Reichstags und des Gemeinderaths, die Ausländer und die mit Entbehrungskarten versehenen Beamten, sowie die 24 Arbeiter für die Wiener Zeitung ausgenommen gewesen. Fürst Windisch-Grätz hatte nur mit dem Gemeinderath unterhandelt, da er dem Reichstag eine executive Machtvollkommenheit abgesprochen. Es scheint in der That, daß man sich an einem von ihm gesandten Parlamentair vergriff, da eine Kundmachung hierüber Mißbilligung ausspricht. — Das Ministair hat den Laternenpfahl, an welchem des unglücklichen Latour Leiche geschändet worden, bis zum Fuß abgesägt und in kleine Stücke zerschnitten. Weder die Bibliothek noch die Augustinerkirche haben Schaden gelitten (Bedachung und Thurm ausgenommen), nur das Naturalienkabinet hat stark gelitten. Aber in allen Vorstädten war großer Schaden an Häusern, beweglichem Eigenthume und Menschenleben. Ganze Wagen mit Leichen, alle unbekleidet, werden nun zur Beerdigung nach den Friedhöfen geführt. Die herrschende Stimmung kann unter diesen Umständen keine andere als eine düstere sein. Das Militair hatte die Placate, welche die öffentlichen Gebäude als Nationaleigenthum erklärte, abgenommen; auch ein anderes war abgerissen worden, in welchem man Galgen für verschiedene Mitglieder der Linken verlangte. Die Mehrzahl der Abgeordneten hatte sich bereitwillig erklärt nach Kremsier zu gehen. Minister Kraus war in Olmütz zurückgeblieben. Abgang und Empfang von Briefschaften erscheinen noch fortwährend gehemmt. — (4. Nov. Morgens.) Noch immer ist die Communication mit Stadt und Vorstadt streng verwehrt, und man erfährt nur wenig von Dem, was darin vorgeht. Gestern Abend wurden abermals fünf große Wagen mit Todten an einem der nächstgelegenen Friedhöfe abgeladen. Man erfährt auch, daß kurz vor der Besitznahme der innern Stadt Viele, Soldaten, Bürger und Proletarier, fielen, einmal bei Erstürmung der Barrikade vor dem Burgthor und in der Nacht zuvor am Stephansplatz, da ein Theil auf Uebergabe drang, der andere sie verweigerte, wodurch es zu einem blutigen Handgemenge gekommen war. Es läßt sich denken, wie unleidlich dieser fortgesetzte Bann den Vielen wird, die durch so viele Rücksichten und namentlich durch Lebensbernf wieder nach der Stadt gezogen werden.

Wien, 5. Nov. Wien steht in manchen Theilen entsetzlich aus; was den Proletariern entging, verwüsteten in der Jägerzeile und auf der Landstraße die Soldaten. Erst seit gestern, den 4., ist die Paßsage in die innere Stadt geöffnet. Das Elend in Wien ist unbeschreiblich. Glücklich Jener, der die Stadt verlassen kann! Da es allgemein heißt daß alle Briefe geöffnet werden, schwanke ich, dem Papiere die volle Wahrheit anzuvertrauen. Die größere Hälfte der Schriftsteller ist verhaftet. Man spricht von unzähligen standrechtlichen Behandlungen. Friedrich Kaiser, der Poffendichter, Prof. Füster, der Kommandant der akademischen Legion Aigner, Bezirkschef Braun sollen den unseligen Reigen eröffnet haben. Arrestirt sind einige Tausende. Die tauglichen Studenten und Proletarier werden unters Militair gesteckt. Die Folgen der Ereignisse treten erst allmälig klar hervor. Handel und Wandel stockt und bei tausenden von Familien schleicht sich die Armuth in ihrer fürchterlichsten Gestalt ein. Der Rausch ist vorüber, nun herrscht entsetzlicher Katzenjammer! Fürchterlicher, als es in der Jägerzeile geschehen, hat noch nie ein Feind eine Vorstadt zugerichtet; von unten aufgewurden die Häuser angezündet. Auch die kaiserliche Burg sieht an manchen Stellen entsetzlich aus. Allgemein spricht man, nicht die Proletarier, hätten sie in Brand gesteckt, sondern einige von den kaiserlichen Stallungen in Mariahilf her in die Bibliothek geworfene Brandraketen. Die Zahl der seit 6. Octbr. Gefallenen dürfte nahe an 6000 seyn. An der Sternenschanze in der Jägerzeile sollen in Einem Schurmloch 200 Aufständische verscharrt seyn. Die Aristokratie zählte nach authentischen Berichten bis 31. Oct. 3027 Todte. Die Wuth und Erbitterung auf beiden Seiten übertrieg alle menschlichen Begriffe.

Der Augsb. Abdztg. schreibt man aus Wien vom 4. Novbr., an diesem Tage in aller Frühe seyen die Hrn. Robert Blum und Frödel aus Hotel „zur Stadt London" abgeholt und ins Hauptlager nach Schönbrunn gebracht worden. Der akademische Legionskommandant Aigner habe sich erschossen.

Die Schles. Ztg. schreibt aus Wien: Schwere Anklagen werden gegen das Militair erhoben. Es habe seinen Sieg in einer Weise benutzt, die jede menschliche Brust empören müsse. „Anstatt die Bewaffneten, welche nicht mehr im Widerstande betroffen wurden, den Regeln des Standrechts gemäß festzunehmen und dem Kriegsgerichte zu überliefern, hat man jeden Einzelnen erbarmungslos niedergemacht und dies ist nicht etwa von den Gemeinen ohne besonderes Geheiß ihrer Oberen geschehen, nein, selbst Offiziere rühmen sich jetzt öffentlich der Befehle, die sie dazu gegeben haben. Des Abends auf der Straße hat man wehrlose Leute niedergeschossen, welche auf den Ruf „Wer da!" der Schildwache nicht gleich stehen blieben, sondern in Furcht vor Gefahr Flucht ergriffen. Einen Fall dieser Art habe ich selbst angesehen in der Leopoldstadt, wo zwei Menschen, von zwei Kugeln durchbohrt, todt niedersanken. Das kaiserliche Militair hat jedoch nicht allein gemetzelt, es hat auch geraubt und geplündert und zwar, wie es scheint, in ganz legaler Form, ohne daß es von den Vorgesetzten daran gehindert worden wäre." Der Berichterstatter gibt an, er habe gesehen, wie Grenadiere im Hofe seiner Wohnung aus ihren Brodbeuteln Uhren, Lorgnetten, Damenschleier, feine Wäsche rc. hervorlangten. Bei den Kroaten sei schon ihr bloßes Ansehen ihre Fähigkeit zu derartigen Exzessen beweisen.

Olmütz, 3. Nov. (Abendbl.) Die Nachrichten über die Erhebung der Landleute in den deutschen Bezirken Schlesiens nehmen an Gewicht und Schrecdbarkeit immer mehr zu. Es treten ganz dieselben Scenen ein wie bei der galizischen Revolution im Jahre 1846. Die Obrigkeiten und die obrigkeitlichen Aemter sind lebensgefährlich bedroht, und von den kaiserl. Behörden verlangt das Landvolk nur immer Geld! Das Militär, das aus Teschen dem Aufstand entgegenzog, hat bis jetzt die Ruhe nicht herstellen können, die Flamme wächst und breunt immer mehr.

Frankreich.

* **Paris**, 4. November. Nachdem gestern von der Nationalversammlung Anth. Thourets Amendement, das die Napoleoniden von der Präsidentschaft ausschließen sollte, auf Cavaignacs Antrag verworfen worden war, schritt man in der Revision der Constitution weiter und gelangte ohne besondere Zwischenfälle bis zum Art. 91. Der neue Artikel 47 der den vom Präsidenten, bei seinem Amtsantritte, zu schwörenden Eid feststellt, ward angenommen, dagegen Art. 48 über die Verantwortlichkeit des Präsidenten, zu dem eine Menge Amendements vorlagen, an den Ausschuß für die Constitution zurückgewiesen, damit diese die Amendements noch einmal prüfe. Heute wird der Art. 48. diskutirt und die Constitution wahrscheinlich ganz beendigt und votirt werden.

* **Paris**, 5. November. Gestern, am 4. November, um 4 Uhr Nachmittag, also gerade zwei Monate nach dem Anfange der Diskussion der Constitution (4. September) verkündigte der

Digitized by Google

Präsident Armand Marrast unter feierlicher Stille der Versammlung, im Namen des französischen Volkes, daß die Verfassung der Republik angenommen sey. Ein dreimaliger donnernder Jubelruf: Es lebe die Republik! begrüßte diese Ankündigung. Der Minister des Innern, Herr Dufaure, bestieg hierauf die Tribüne und erklärte: die Regierung wünsche, daß die Verkündigung der Verfassung mit besonderer Feierlichkeit geschehe, er hat die Versammlung, sich in ihre Bureaux zurückzuziehen und eine Commission zu ernennen, die sich gemeinschaftlich mit der Regierung mit der Anordnung der entsprechenden Feierlichkeiten beschäftige. Dieser Vorschlag ward sogleich angenommen und die öffentliche Sitzung aufgehoben. Das Programm der Feier wird heute festgestellt werden, — vorläufig sind die auf heute angesetzten Revuen der Garnison und eines Theiles der Nationalgarde abgesagt worden, theils wegen des schlechten Wetters, theils weil obnehin am Tage der Constitutions-Feier eine allgemeine Revue stattfinden dürfte. Um 7 Uhr Abends verkündigten 101 Kanonenschüsse, von der Esplanade der Invaliden, der Hauptstadt dieses wichtige Ereigniß, daß der Telegraph heute in allen Theilen Frankreichs bekannt macht.

Die Madrider Journale vom 30. sind heute eingetroffen, — sie bringen nichts, als daß Cabrera, Catalonien verlassend, sich mit seinen Banden nach Huelva gezogen habe und daß die Post von Barcellona ausgeblieben ist.

Alle Rapporte bestätigen, daß sich in den Departements eine merkliche Reaktion gegen die Candidatur Louis Bonaparte zu bilden beginnt. Selbst in der Nationalversammlung hier gewinnt die republikanische Linke wieder an Terrain über die demokratische Rechte und bei der gestrigen Organisation der Bureaux wurden Martin (de Strasburg), Trélat, Anth. Thouret, Carnot, Steurm, Ducler, Senard, Lanfredat, Lefranc, Dupont (de l'Eure), Fr. Arago mit großen Majoritäten gewählt.

Anzeigen.

In der Buchhandlung von **C. A. Grau** in Hof und Wunsiedel und der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

A. W. Hertel, Bau-Inspector ꝛc. zu Naumburg,

Die moderne Bautischlerei.

Ein Handbuch für Tischler und Zimmerleute; enthaltend alle Arbeiten, welche bei dem innern Ausbau gewöhnlicher Wohnhäuser und in Prachtgebäuden vorkommen können. Nebst Anweisung die Zeichnungen dazu zu entwerfen, sie speciell anzufertigen, die Kosten zu berechnen, so wie die nöthigen Lehren über geometrische Constructionen, Inhaltsbestimmungen und von der schönen Architectur. Mit einem Atlas von 70 Quarttafeln mit vielen hundert Figuren. Preis 3 fl. 36 Kr.

Die vorhandenen Werke über Tischlerei überhaupt helfen dem Bautischler wenig, denn sie enthalten selten mehr als Abbildungen und Beschreibung der neuesten Möbel und Modewaaren, aber nichts von den speciellen Holzconstructionen, was bei großen Bauten Wichtigste ist. — Bestehender wurde Handbuch soll nun dem Mangel an einem solchen instructiven Werke abhelfen und in sich alles verzeichnen und vollständig behandeln, was bei der Bautischlerei, sowohl bei dem gewöhnlichen, als Prachtbau vorkommen kann, namentlich die einzelnen Holzverbindungen, die Kunst des Zurichtens, Austragens, die Verzeichnung der Abwickelungen und Werkzeichnungen bis in die geringste Einzelheit, die Natur und Kennzeichen der Hölzer, Beiebungen über die Grundzüge der schönen Architectur, Inhalts-Berechnung und Voranschlagung. — kurzer Begriffe, von denen die mehresten auch für den Zimmermann von dem größten Interesse sind.

Ein Blick auf die 70 Tafeln des Atlas wird Jeden überzeugen, wie überaus lehrreich der Inhalt dieses Werkes ist, auch daß bis jetzt ein Tischlermerk von diesem Reichthum, Werth und praktischer Anwendbarkeit für einen verhältnißmäßig so überaus billigen Preis noch nicht geboten werden ist.

Das von der Justizräthin Lavrig zu Wunsiedel im Jahre 1771 gestiftete Familien-Stipendium ist erledigt und wird wieder auf 3 Jahre, vom 1. Oct. 1848 an, vergeben.

Studirende aus den Familien: Klinger, von Steinheil, Arzberger und Lavrig, in Ermanglung derselben dürftige Wittwen und ledige Personen aus denselben Familien, welche darauf Anspruch machen wollen, und nachweisen können, daß sie von einer der gedachten Familien abstammen, haben ihre Bewerbung um das Stipendium binnen 6 Wochen frankirt an die Unterzeichnete zu senden. Studirende haben legale Zeugnisse über ihre Studien und sittliche Aufführung beizulegen.

Bayreuth, den 8. Novbr. 1848.

Florentine Klinger.

(Eingesandt.) **Kronach**, 6. Novbr. Seit einiger Zeit wurde von mehreren Mitgliedern der hiesigen Gesellschaft „Harmonie" an dem Instandbringen eines sogenannten Monatsdiners gearbeitet und gestern vereinigten sich die verschiedenartigsten Stände unserer Einwohnerschaft im Gasthofe zum Lamm, indem das erste dieser Diner stattfand. — Herr Gastgeber Helfreich bot Alles auf, seine Gäste in jeder Beziehung zufrieden zu stellen, und Heiterkeit, verbunden mit geselliger Unterhaltung, steigen meinerseits zur Stundung des Ganzen bei; auch an sehr sinnigen Toasten fehlte es nicht; vorzüglich von Seite des königl. Festungskommandanten Herrn Generalmajor Freiherrn von Madroux, Herrn Forstmeister Hetterich und dem Herrn Stadtpfarrer und geistlichen Rathe **Dr. Bauer**. Herr Forstmeister Hetterich gedachte durch einen wirklich sehr schönen Toast, der kürzlich aus unserer Mitte geschiedenen Herren Offiziere des 13. Regiments, an deren Spitze der würdige Herr Major Merkl stand, und vereinigte am Schlusse das Wohl des gesammten Offizierkorps des genannten und bei hiesiger Einwohnerschaft so sehr beliebten Regiments. Mit Vergnügen erlebten die hiesigen Bewohner die Stunden, welche sie mit der kurze Zeit hier detachirt gewesenen Division unter Commando eines so würdigen Chefs verbringen sahen, und für die Wahrheit des eben Gesagten dürfte der eben erwähnte Toast der deutlichste Bürge sein.

Die **neuesten Stoffe** zu **Winterröcke, Beinkleider, Westen** ꝛc. sind eingetroffen bei

Oscar Wagner.

Anna Leß aus Bamberg

empfiehlt zur bevorstehenden Martini-Messe ihr bestens assortirtes

Putzwaaren-Lager

in sehr großer Auswahl der neuesten Herbst- und Winterhüte, Puz- und Negligéhäubchen aller Art, den feinsten Blumen, Bändern ꝛc. zu den billigsten Preisen und bittet um zahlreichen gefälligen Besuch ergebenst.

Das Verkaufslokal befindet sich im Hause des Herrn Uhrmacher Theodor Wagner am Markt.

Das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,

sammt den neu aufgestellten Panoramen im Gasthofe zum Adler ist noch über den bevorstehenden Markt täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr gegen Entrée die Person à 6 kr., für Kinder die Hälfte zu sehen.

Bei **Neustädter** in der Jägerstraße dahier ist die Oekonomie zu verpachten, und kann zu Lichtmeß 1849 bereits angetreten werden.

Dieselbe besteht aus Wohnung, Rindviehstallung, Gemüsegarten und Wiese sammt Oehmd.

Solide Bewerber erhalten Auskunft bei dem Fabrikanten Jacob **Neustädter**, derselbe ertheilt sich auch, einzelne Bestandtheile Pachtweise zu überlassen.

Guts-Verkauf.

Ein halber Hof, ¾ Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schupfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holz- und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

Zwei ausgezeichnet gute Violine, eine Flöte und zwei Klarinetten sind zu verkaufen im Wirthshause zur Altstadt zwei Treppen hoch.

Drei schöne Pferde und ein schöner Jagdhund, sowie ein Flügel sind zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition.

E. N. 34 am untern Markte ist die mittlere Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, Kabinet, Kochstube, grosser Küche, verspertem Hausplatze und Stallung für 4 Pferde zu vermiethen und könnte sogleich bezogen werden.

E. Nr. 235 im Rennwege ein a vis dem Gasthof zur goldenen Sonne sind im ersten und zweiten Stock in jedem ein Zimmer mit Kabinet, ohne Meubels zu vermiethen. — Das Nähere ist in E.N. 34 am untern Markte zu erfahren.

Im Hause Nr. 385 in der Friedrichsstraße sind 2 heizbare Zimmer mit oder ohne Möbel zu vermiethen.

Im Verlage der Sch. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend

Nro. 314.

11. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Nov. (Amtlich.) Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem, von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung hierher abgeordneten Herrn Freiherrn Ulysses von Dirckinck-Holmfeld eine Audienz ertheilt, und auf dessen Händen das kgl. Schreiben entgegengenommen, welches in entsprechender Weise die, durch den Gesandten Herrn Banks nach Kopenhagen beförderte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beantwortet. (D. Z. A.-Z.)

Die D. c. Ztg. schreibt aus München, 7. November. Der Saal des Gasthofes zur goldenen Traube hatte umsonst gestern Abend eine zahlreiche, weit über hundert Köpfe zählende Versammlung. Es war der neugebildete, kaum in der Entstehung begriffene Club für Wahlagitation zum bevorstehenden bayerischen Landtage, welcher zusammengetreten war, und dessen nächstes Wirken wohl eine Verschmelzung sämmtlicher hiesigen politischen Vereine freisinniger Richtung in Ein Ganzes zur segenbringenden Folge haben dürfte. Schon waren der demokratische wie der Bürger-Verein für die Freiheit und Ordnung darin vertreten — das große Ziel, des Vaterlandes Wohl, dessen Befreiung von den Fesseln des Ultramontanismus, der Bureaukratie, und der Willkürherrschaft im Auge, wird man gegenseitig nicht zeigen mit Concessionen, und trotz aller ministeriellen Festigkeit darf bei der so allgemeinen Aufregung erwachten Sinnes für Fortschritt und Freiheit der bayerische Staatsbürger nicht mehr verzweifeln an einer schönern bessern Zukunft seines theuern Vaterlandes. Doppelt erfreulich ist diese Erscheinung in einem Augenblicke, wo es eben einer fluchbeladenen Camarilla gelungen ist, mißbrauchend einen schwachsinnigen Fürsten, Deutschlands erste Residenzstadt mit Feuer und Schwert zu verwüsten, das wackere Volk selbst, die Jugend mit wilder häuptlingen zu entzweien, Deutschlands edle Jugend mit wilder Wordlust hinzuschlachten; — doppelt erfreulich in einem Augenblicke, wo mit dem Falle der Kaiserstadt die schönen Hoffnungen auf Erfüllung aller, zu vereilig mit dem Namen „Errungenschaften" bezeichneten Versprechungen zusammenzustürzen drohten. Zu frühzeitig hat aber auch die Reaktion ihr **Te Windischrätz laudamus** angestimmt! Leben lassen sich nicht wie Barrikaden niederkartätschen! — In der gestrigen Versammlung ward es klar, daß die Morgenröthe einer bessern Zukunft für Bayern aufgehen habe, Ironie zu sein. Mögen die letzten Zuckungen eines engherzigen Polizeiministeriums immerhin deutsche Jünglinge durch Gendarmen von einer deutschen Hochschule verjagen lassen, möge der Großinquisitor Kardinal immerhin bayerische Staatsbürger aus konfessionellen Rücksichten widerwordener Realrechte berauben — es wird anders werden, bei Gott es wird anders werden! — Der Landtag tritt zusammen, die Repräsentanten der höchsten Macht, die Repräsentanten des Volkes werden wieder gut machen, was dreißig Jahre des Mißbrauches, was dreißig Jahre der Angst und der schndbesten Willkür verschuldet haben und ob auch Bann und Interdikt von allen Kanzeln herab donnere und ob auch die Kirche selbst die Leitung der Wahl in ihren heiligen Schooß aufgenommen habe, sie wird unfreiwillig es mit zwei rüstigen Gegnern theilen müssen — mit der erwachten Intelligenz und mit der freigewordenen Presse! — Mit sind gerüstet. Die Namen, welche wie aus Einem Munde die meisten Wahlisten bedecken, haben guten Klang in der öffentlichen Meinung. Nicht ohne innigste Freude bemerken wir die Versammlung zahlreich von jungen Militärs aller Subalterngrade besucht. Auch der Offizier erkennt, daß es ehrenhafter und größer sei, freier Bürger eines freien Staates mit verfassungsmäßigen Rechten zu sein, als blos königlicher Diener. Daß kein einziger der vielen hiesigen Stabsoffiziere zugegen war, wird nicht befremden, wenn man erwägt, daß das Alte eben am Alten hängt, und daß hier wie leider in allen übrigen Zweigen der Verwaltung das größte Unheil durch das après moi le deluge angerichtet wird.

Der von der kürzlich erwählten Versammlung in Würzburg gewählte Ausschuß von 36 Bürgern hat folgende Begehren für den bevorstehenden Landtag aufgestellt: Beseitigung der ersten Kammer, neues Wahlgesetz mit direkten Wahlen ohne Zensus, sofortige neue Wahl der Abgeordneten nach diesem Wahlgesetze, ohne daß jedoch die Landtagsarbeiten unterbrochen werden, nach Beendigung des deutschen Verfassungswerkes eine neue, vollständige Verfassung für Bayern, direkte Gemeinde- und Landrathswahlen, Vereinfachung des Staatshaushaltes, gleichmäßige, gerechte Besteuerung, gänzliche Befreiung von der Abgabenpflicht für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, Verminderung der Civilliste und Apanagen, Verminderung der zu hohen Gehalte und Pensionen, dagegen Gehaltserhöhung für die zu gering besoldeten Beamten, Befreiung der Gemeinden von der Kontrolle der Staatsregierung, gesetzliche Garantirung des Vereinigungs-, Versammlungs- und Petitionsrechts, ein die Anforderungen der Zeit berücksichtigendes Strafgesetzbuch und darin Schutz der freien Presse nach dem Verdikte der Geschworenen, Trennung der Justiz von der Verwaltung, nationaler Schutz der Gewerbe und des Handels, Sorge für die arbeitende Klasse durch Unterstützungs- und Darlehnsanstalten, jährliche Landtage mit zweijähriger Wahlperiode, Verschmelzung des Heeres mit einer wohlorganisirten Volkswehr ꝛc. Die Verfasser dieses Programms erklären, daß sie an der konstitutionell-monarchischen Staatsform festhalten.

Stuttgart, 7. Nov. Wir hören, daß in den letzten Tagen die bayerische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, zu einer Verbindung der bayerischen und württembergischen Eisenbahnen, unter der Bedingung, daß auch Baden endlich zur Verbindung seiner Eisenbahnen mit dem württembergischen sich herbeilasse, so daß Bayern auf die nächste Verbindung seines Hauptlandes mit Rheinbayern das höchste Gewicht lege.

Berlin, 7. Nov. Noch immer laufen Gerüchte über die Bildung des neuen Cabinets um. Mehrere Zeitungen melden vorzugsweise die Nachricht verbreitet und findet vielen Glauben, daß der Graf Brandenburg an der Spitze eines Cabinets (v. Manteuffel, Inneres; Ladenberg Cultus; v. Schleinitz, Aeußeres) morgen in die Kammer erscheinen werde. Man versichert uns, daß das Cabinet erklären werde: Se. Maj. werde die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung (wie die Abschaffung des Adels, der Titel, Orden ꝛc.) als unter dem Terrorismus des berliner Pöbels gefaßt, nicht sanktioniren. Sr. Maj. Regierung finde sich durch die Unfreiheit der Nationalversammlung in Berlin veranlaßt, dieselbe nach Brandenburg zu verlegen, wo bereits Einrichtungen getroffen werden; in 14 Tagen sollten alsdann die Sitzungen eröffnet werden und bis dahin sey die Nationalversammlung zu vertagen. So abenteuerlich dieses Gerücht auch klingen mag, so wird dasselbe doch aus einer beachtenswerthen Quelle uns bestätigt. — Die Stimmung, in der sich die Mehrzahl unserer Abgeordneten in Folge der Gerüchte von einer Verlegung der Kammer befindet, ist die der völligen Rathlosigkeit. Nur die äußerste Linke scheint sich zu einem festen Entschlusse vereinigt zu haben. So viel wir aus Aeußerungen einzelner Mitglieder der verschiedensten Fraktionen bis jetzt zu entnehmen Gelegenheit hatten, würde nur eine sehr geringe Minorität sich in eine Verlegung fügen. In der Bürgerwehr hat das Gerücht eine bedeutende Bewegung hervorgerufen. Die Offiziere sind zu einer Berathung zusammengetreten; es ist jedoch der Beschluß gefaßt worden, sich bis zu einer eventuellen Beschlußnahme der Nationalversammlung jeder Kundgebung zu enthalten. (D. A. Z.).

Berlin, 7. November. An den Abg. Jacoby ist folgende Zuschrift gerichtet worden: Verehrter College! Die Unterzeichneten können sich nicht versagen, Ihnen über Ihr männliches und würdiges Benehmen als Mitglied der an den Königs Majestät entsendeten Deputation ihre vollste Anerkennung auszudrücken, und zwar um so mehr, als man Sie von mehren Seiten in der Nationalversammlung deshalb angegriffen hat. Mit Staunen und Unwillen haben wir von der Tribüne herab Grundsätze gegen Sie geltend machen hören, welche wir seit den Märztagen nicht mehr für möglich hielten. Ihre Haltung, Ihre Worte waren es, welche die Würde der Deputation, die Würde der Versammlung wahrten, welche im ganzen Lande dem Andenken eines großen geschichtlichen Moments eine würdige Aufbewahrung sichern. Nur der Umstand, daß

Digitized by Google

die Beziehungen, welche sich an das Begegnis knüpfen, auf den hiesigen Rückschlag und die Wiederaufnahme der Verhandlungen darüber verbieten, hindert uns, Ihnen diese unsere Anerkennung öffentlich vor der ganzen Versammlung zu erklären, wie wir es von Herzen gewünscht hätten. Berlin, 3. November. Schulze aus Delitzsch, Bergmann, Hildenhagen, Wolff, Witt, Born, Ulrich, Pilet, Ludwig, Albrecht, Ulrich aus Anklam, Bucher, Liesener, Parisius, Piegsa, Jacobs, Kunz, Dramburg, Jenz, Abig, v. Lenzbaum, Dötl, Leske, Tiedemann, Hesting, Müller aus Brieg, Köhler aus Marienwerder, Kampff. (D. A. Z.)

Berlin, 7. Nov. Die in der Stadt circulirenden Ministerlisten haben nicht den geringsten thatsächlichen Werth; nur das Eine ist gewiß, daß Graf Brandenburg sich noch immer dem Hofe gegenüber fest entschlossen äußert, ein Ministerium zu bilden, zu dem auch diesmal wieder keine Mitglieder der Nationalversammlung zugezogen werden sollen. Das neue Cabinet wird wesentlich gegen die Nationalversammlung, gegen das von ihr eingenommene Verhältniß zur Krone und zur Regierung, gegen die Stellung ihrer demokratischen Fractionen, gebildet und gerichtet seyn; und zu dieser Aufgabe, die der Krone und ihren Vertrauten in Sanssouci von Tag zu Tag mehr eine Nothwendigkeit geschienen, schnitzt man nicht die Organe aus dem Holze der Versammlung selbst. (D. A. Z.)

Köln, 4. Novbr. Wie man verschert, will man hier die Bürgerschaft aufwerfen, sich zu bewaffnen, um mit Gewalt alle etwaigen Reactions-Versuche unterdrücken und beseitigen zu können; denn bei der Mehrzahl ist leider auch nicht das geringste Vertrauen vorhanden, daß es die Berliner Hofpartei mit dem Reformen, mit dem Zugeständnissen je ehrlich gemeint habe. (W. Z.)

Schleswig, 4. Nov. Die Erklärung der Commissäre hat unsere Stadt aufgeregt. Kammerherr v. Reedtz ist nicht wieder zurückgekommen. Ein Hr. v. Bülow, Sohn des unter Königin Friedrich viel vermögenden Generalmajors v. Bülow, ist statt dessen hier eingetroffen. Ob derselbe als königl. dänischer Commissär hier verweilen wird, können wir nicht sagen.

Schleswig, 5. Nov. Der hier in weitern Kreisen bekannt gewordene Protest der Herrn Stedmann und v. Reedtz hat große Sensation erregt. Daß der dänische Commissär seinerseits einen solchen Schritt gethan, überrascht eben nicht. Aber daß [illegible] mit dem Letztern von Kopenhagen aus hierher zu senden, erfüllt Alle mit der größten Entrüstung. Eine gestern Abend hier abgehaltene allgemeine Bürgerversammlung beschloß eine Adresse an das Reichsministerium des Innern, welche denn auch sofort unterzeichnet wurde. Diese Adresse erklärt nach Hervorhebung Dessen, was man von Hrn. Stedmann als Reichscommissär erwarten zu dürfen geglaubt habe, daß die Unterzeichner zu Hrn. Stedmann durchaus kein Vertrauen mehr haben könnten und beantragt demzufolge dessen Abberufung. Zugleich beschloß man, Herrn Stedmann eine Abschrift der Adresse zuzustellen. (D. A. Z.)

Wien, 4. November. Das Ministerium ist reconstituirt. Wessenberg als Premier ohne Portefeuille, Bach als für das Innere, Kraus für die Finanzen geblieben, Bucher Krieg, Maier Ackerbau und Industrie, Heifert Unterricht, Fürst Schwarzenberg Auswärtiges, Breda Justiz, Bruck Handel, neu eingetreten. Die öffentlichen Arbeiten sind noch nicht besetzt. Kraus wird sich über die Beibehaltung, wie ihm anheimgestellt worden, noch zu bestimmen haben. Das neue Cabinet hat delicate Bedingungen gestellt. Das Hofpräsidialcabinet muß aufhören, eine Reihe von Personen die Umgebung des Kaisers verlassen, der Einfluß des Erzherzogs Franz Karl ist scharf formulirt worden. Wessenberg hat man jedenfalls nur erhalten, um nicht der Schwäche beschuldigt zu werden. — Von bekannteren Namen werden mit unter den Verhafteten genannt: Robert Blum (auch Fröbel soll verhaftet und mit Blum ins Hauptquartier nach Stöndrum gebracht worden seyn), Prof. Füster, die Schriftsteller Becher, Gritzner, Engländer, Mahler, Kalisch, Frankl, Chasles, Sengschmidt, Falke, Buchheim, Deutsch, Fenneberg. Der ehemalige Oberkommandant Messenhauser soll in Znaim verhaftet worden seyn.

Wien, 6. Nov. Das erste Armeekorps der in Wien lagernden k. k. Truppen ist bereits zum Abmarsche nach Preßburg und Pesth aufgebrochen. Fürst Windisch-Grätz soll dasselbe begleiten. General Cordon soll das Kommando der Stadt Wien übernommen haben. Die Stadt hat im Aeußerlichen bereits ein etwas freundlicheres Aussehens gewonnen. Die Mehrzahl der Gewölbe sind wieder geöffnet; an Wegräumung der Barrikaden wird fleißig gearbeitet, und von Seite des Gemeinderathes ist Alles eingeleitet, daß die Verwüstungen im Innern der Stadt in Kürze spurlos verschwinden können. Der Verkehr steckt noch gänzlich; die ohnehin betrunkene Theurung aller Lebensmittel ist noch immer im Steigen. (K. u. k. s. Z.)

Der Grazer Zeitung berichtet ein glaubwürdiger Zeuge, der von General Mengenmein im Hauptquartier Hetzendorf die Erlaubniß erhalten hatte, bis zum Giegginger Bahnhof vorzugehen, daß mit Ausnahme des Hauptwohngebäudes und der Maschinenfabrik dort alles zerstört und niedergebrannt ist, und der Gesammtschaden nach einer Schätzung des Betriebsdirektors beiläufig 600,000 fl. beträgt. Daß die Zentraladministration der beiden Eisenbahnen in allen ihren Theilen, sowie sämmtliche Staats- und Spekulationskassen, alle Quartiere der Beamten die Kanzleien total ausgeplündert wurden, erklärt der Berichterstatter der Grazer Zeitung durch den Umstand, daß die harmäckige Vertheidigung dieser Gebäude durch die Mobilgarde das angreifende Militär gezwungen hatte, die Gebäude durch Raketen und Granaten zu beschießen und mit Sturm zu nehmen, wo dann „nach Kriegsgebrauch“ diese Gebäude sämmtlich ausgeplündert wurden. (Wir sind begierig, mit welchen Paragraphen des Kriegsrechtes jene Zeitungen, die jetzt nach dem Siege der k. k. Truppen voll des Lobes über deren Mäßigung sind, die schamlosen Raub- und Plünderungsscenen rechtfertigen werden, die sie, ehe der Kampf entschieden war, selbst mitgetheilt hatten? Wir sind vor Allem begierig, wohin Namen wie dem Diebstahl heiligen werden, der an den in Wien gefertigten Briefen fortgesetzt wird? Diebsgesindel und Mäuberhorden aus den slavischen Ländern hat der konstitutionelle Kaiser auf das deutsche Wien losgehetzt: und die deutsche Zentralgewalt!“ (R. K.)

Die Grazer Zeitung meldet über die Bewegung gegen Ungarn: „Das ganze Banat hat sich für die Serben erhoben; das Romanisch-Karasjebeser-Grenzregiment marschirt bereits, um vereint die Städte Versec und Weißkirchen zu unterwerfen und um dann weiter an der Grenze der Wojwodschaft zu operiren. Die Festungen Temesvar und Arad sind in freundschaftliche Verbindung mit den Serben getreten, von wo wir 300 Kanonen, 10,000 Gewehre und die nöthige Munition erhalten werden.

Aus Serbien, 2. Nov. Die jüngste Untersuchung von Haus zu Haus beginnt, nach Waffen und nach Verdächtigen; mehrere hundert wurden gestern ins Hauptquartier gebracht; viele wurden erschossen, auch drei Soldaten wegen Plünderung. Noch acht Tage (?) sollen die Truppen in Wien bleiben, dann bleibt nicht mehr als 40,000 Mann und ein Rest marschirt gegen Ungarn. (K. Z.)

Lemberg, 2. Novbr. Unsere Stadt ist gestern der Schauplatz trauriger Ereignisse geworden. Ein Streit, der zwischen Soldaten und Nationalgardisten entstanden, war die Veranlassung einer großen Aufregung, welche den kommandirenden General zur Konsignirung des Militärs in den Kasernen bewog. Die Nationalgarde griff zu den Waffen, und zwei Kompagnien derselben stellten sich am Artillerieparke auf, der auf diese Weise bedroht war. Es wurde mit drei Kanonenschüssen das Zeichen zum Alarm gegeben, und auf vielen Punkten der Stadt entstanden Barrikaden. Der Platzmajor Hennän Heimwerth wurde angehalten, entwaffnet und mit der Hauptwache der Nationalgarde geführt; auf die sich hinter ihm bereitende Ordonanz wurde geschossen. Auf dem Ringe versammelte sich eine Volksmasse, welche die Hauptwache dermaßen bedrohte, daß sie von einer Division Grenadiere beschützt werden mußte, wobei ebenfalls viele Soldaten überfallen und verwundet wurden. Hierauf erschienen einige Deputationen, welche die Entfernung des Militärs verlangten und für die Ruhe garantirten. Der General verlangte sofort die Wegräumung der Barrikaden. So standen die Sachen bis zum 2. November Morgens 7 Uhr. Endlich schien es, als wolle man in die Bedingungen des kommandirenden Generals annehmen, als durch die Spannungsweise der reitenden Nationalgarde eine neue Reibung hervorgerufen wurde, in Folge deren viele Personen verwundet wurden, worauf man die Barrikaden wieder vollständig herstellte und durch das Anschlagen an die Glocken die Bevölkerung der Stadt zu einem Kampfe aufrief. Einige Schüsse aus den Fenstern, in Folge deren zwei Artilleristen getödtet wurden, gaben das Zeichen zum Angriff von Seiten des Militärs. Das bewaffnete Volk concentrirte sich während des Kampfes in der Universität und pflanzte auf einer Barrikade eine rothe Fahne auf. Nach Verlauf einiger Stunden waren die Barrikaden durch die Artillerie zerstört. Beider geriethen dabei der Stadtrichter um die Universität und besonders die Universität selbst, sowie das prachtvolle Rathhaus mit vielen andern Häusern durch die Raketen in Brand. Gegen Mittag erschien eine Deputation des Sicherheitscomité bei dem kommandirenden General, welche die Unterwerfung der Stadt unter folgenden Bedingungen zusicherte: 1) die Auflösung und Entwaffnung der akademischen Legion; 2) die

Digitized by Google

Reorganisation der Nationalgarde unter dem Einflusse des kaiserl. Generals; 3) das Verbot des Tragens des polnischen Adlers; 4) die Ausweisung aller Fremden. Wenn diese Bedingungen nicht in möglichst kurzer Zeit vollzogen würden, so sollte, wie der kommandirende General Hammerstein erklärte, die Stadt in Belagerungszustand versetzt werden. Bei dem Abgange des Kuriers, der diese Nachricht nach Krakau brachte, war die Ruhe hergestellt. Nach der Zurückgabe dagegen soll das Militär aus der Stadt gedrängt und dieselbe hierauf bombardirt worden seyn. Das Rathhaus und die Akademie seyen bis auf den Grund, der Krakauer Straße ebenfalls abgebrannt. (D. A. Z.)

Frankreich.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 4. November.) Die Commission hat in Berücksichtigung der ihr gemachten Bemerkungen die Fassung des Artikels 68 klarer und bestimmter gemacht. Es heißt somit jetzt: Jede Maßregel, durch die der Präsident die Nationalversammlung auflöst, vertagt oder ihrer Wiksamkeit Hindernisse entgegenstellt, ist ein Verbrechen des Hochverraths. Durch diese Thatsache allein ist der Präsident seiner Würde verlustig, alle Bürger sind verpflichtet, ihm den Gehorsam zu verweigern und die Executiv-Gewalt kehet wieder in die Hände der Nationalversammlung zurück, und der oberste Gerichtshof u. s. w. wie in dem früheren Entwurfe. Der Art. 69 wird in dieser Fassung ohne Diskussion angenommen. Bei Art. 70 wird hinzugesetzt: daß der Vizepräsident dreselben Eid zu leisten hat, wie der Präsident. Nach Erledigung dieser beiden reservirten Artikel fängt man bei Art. 83 an; Valette schlägt vor, daß Preßvergehen, die Diffamationen gegen Privatpersonen betreffen, nicht von der Jury gerichtet, sondern deren Bestrafung durch ein besonderes Gesetz geregelt werden solle. St. Gaudens bekämpft dieses Amendement als einen Eingriff in die Preßfreiheit. Von Favart vertheidigt, von Mathieu bekämpft, fiel dieses Amendement Odillon-Barrot auf die Tribüne, der sich im Namen der Mehrheit der Commission für die spezielle Verfolgung und Bestrafung der Diffamation gegen Privatpersonen aussprach und die Frage auf die organischen Gesetze vertagt wissen will. Die Diskussion wird geschlossen und der Vorschlag der Commission angenommen. Von hier bis Art. 91 geht die Revision ungehindert weiter, auch die Modifikationen bei den nun folgenden Artikeln sind wehrt erheblich, noch rufen sie eine Diskussion hervor. Erst bei den letzten Artikeln kommt es zu einer kleinen Diskussion wegen der Spezialgesetze für Algier und die Colonien. Um 3¼ Uhr wird der letzte Paragraph der Constitution zur Abstimmung gebracht, Art. 91, einer der wenigen Anhänger Louis Bonaparte verlangt noch, daß die Präsidentenwahl beschleunigt werde, (da die neuesten Rapporte aus den Departements melden, daß die Chancen des Prinzen in Abnahme sind) — heftige Reklamationen erheben sich von allen Seiten, Lasabe besteht auf der Wahl am 26. November, aber die besagte Versammlung geht über dieses Amendement zur Tagesordnung über und um 3¼ Uhr wird der letzte Artikel angenommen. Man schreitet nun zur namentlichen Abstimmung über das Ganze der Verfassung, — Diese gibt folgendes Resultat: Anzahl der Votirenden 769, absolute Majorität 385, für die Annahme 739, gegen dieselbe 30. Allgemeiner Ruf: „Es lebe die Republik!“

Lokales und Provinzielles.

y Ereignisse, wie die, welche das Jahr 1848 mit sich brachte, greifen tief in alle staatlichen Verhältnisse, in den ganzen Organismus der bürgerlichen Gesellschaft ein. Mit Gewißheit läßt sich daher auch voraussehen, ja es wird mit beinahe offizieller Bestimmtheit schon versichert, daß eine abermalige Aenderung der Kreiseintheilung erfolgen soll. Eine solche Aenderung ist in vielfacher Beziehung nicht nur wünschenswerth, sondern sie ist auch lange gefühlter, unabweisbares Bedürfniß. Ich will hier nur erinnern an die Mißstände, welche im Landgerichtsbezirke Herzogenaurach dadurch hervorgerufen werden, daß dieser Bezirk bezüglich der Viktualien mit den Nachbarorten Nürnberg und Erlangen zc. deßhalb nicht concurriren kann, weil die Viktualien-Preise fürs Landgericht Herzogenaurach die kgl. Regierung von Oberfranken festgesetzt und diese Preise gewöhnlich so niedrig sind, daß jeder Metzger, jeder Landmann sein vorkäufliches Vieh nicht im Landgerichtsbezirke Herzogenaurach, sondern nach Erlangen, Fürth und Nürnberg verkauft, wo die Fleischpreise viel höher sind. Es läßt sich daher auch mit Gewißheit erwarten, daß die Landgerichtsbezirke Kemnath, Tirschenreuth, Waldsassen, Eschenbach und Neustadt diese Gelegenheit nicht unbenutzt verstreichen lassen, sondern Alles aufbieten werden, um mit dem Kreise Oberfranken wieder vereinigt zu werden. Wie beschwerlich ist für die Bewohner dieser Landgerichtsbezirke die weite Entfernung des Regierungssitzes zu Regensburg, da sie nicht nur in Militär-Angelegenheiten, sondern auch in anderen Verwaltungsgegenständen so oft den Weg dahin zu machen haben? Wie viel näher und daher bequemer ist für diese Bayreuth als der Sitz der Regierung von Oberfranken? — Möchten die Bewohner dieser Landgerichtsbezirke zur rechten und günstigen Zeit bedenken, was ihr wahrer und bleibender Vortheil ist, und die günstige Gelegenheit, die wahrscheinlich für sie so bald nicht wiederkehrt, benützen, um die Wiedervereinigung ihrer Landgerichtsbezirke mit Oberfranken zu bewirken. Wenn einzelne Orte, oder immer der ganze Landgerichtsbezirk ein derartiges Bittgesuch an die allerhöchste Stelle abgehen läßt, so läßt sich ein günstiger Erfolg mit Bestimmtheit erwarten.

Die Frankfurter Abendpost, mit den neuesten Nachrichten aus Frankreich, England und den Verhandlungen der verfassungsgebenden Reichsversammlung in ihrer 111. Sitzung, ist beim Schlusse unsers Blattes noch nicht eingetroffen.

Bekanntmachung.

Bayreuth, den 4. November 1848.

Vom Königlichen Kreis- und Stadtgericht

Bayreuth

wird in der Verlassenschaft des Mostmeisters Lorenz dahier am Freitag den 17. d. Mts. Vormittags 9 Uhr dessen Nachlaß, bestehend in Möbeln, Kleidungsstücken, Büchern, einer Violine und Fagott zc. in dem Brandenburger Hause dahier gegen baare Bezahlung verkauft, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Der Königl. Director.
Freiherr von Waldenfels.

Landgraf.

Es wird hiermit eröffnet, daß, da der heurige Bayreuther Martini-Markt auf einen Sonnabend fällt, der hiesige Markt am Dienstag den 21. November abgehalten wird.

Gefrees, den 9. November 1848.

Der Magistrat.
Herold.

Anzeigen.

Patriotischer Verein.

Sonnabend, den 11. d. Mts., Abends 8 Uhr.

In der Buchhandlung von **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel und der **Grau'schen** Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

H. v. Gerstenbergk Geheimnisse und Winke für

Brauemeister und Brauherren

so wie auch für

Gast- und Schankwirthe

zur gewinnreichen Betreibung ihres Geschäfts, bestehend in einer reichhaltigen Sammlung erprobter und sich stets bewährter Geheimnisse, das Bauer- und Schalwerden des Bieres zu verhüten, schon in Stärke übergegangenes Bier auf Fässern und Flaschen zu versüßen und bereits schal gewordenem Bier seinen ursprünglichen Wohlgeschmack wiederzugeben; nach dem Faße schmeckendes Bier schnell von seinem Faßgeschmacke zu befreien; trübes Bier zu klären; die Halsbräune des Bieres im Sommer zu bemerken; das Mousiren oder Schäumen des auf Flaschen und Krüge gefüllten Bieres zu vermehren und zu beschleunigen; leichtes Bier an Wohlgeschmack und Geist den renommirtesten Lagerbieren täuschend ähnlich zu machen; jedes Bier zu veredeln; verschiedene Sorten köstlicher Brauns- und Tafelbeere zu bereiten; Flaschenbier länger schal zu machen; das Zerspringen der Bouteillen sicher zu verhüten zc. Groß-Duodez. Geheftet 18 kr.

Das von der Justizräthin Layritz zu Wunsiedel im Jahre 1771 gestiftete Familien-Stipendium ist erledigt und wird wieder auf 3 Jahre, vom 1. Oct. 1848 an, vergeben.

Studierende aus den Familien: Klinger, von Steinheil, Arzberger und Layritz, in Ermanglung derselben dürftige Wittwen und ledige Personen aus denselben Familien, welche darauf Anspruch machen wollen, und nachweisen können, daß sie von einer der gedachten Familien abstammen, haben ihre Bewerbung um das Stipendium binnen 6 Wochen frankirt an die Unterzeichnete zu senden. Studirende haben legale Zeugnisse über ihre Studien und sittliche Aufführung beizulegen.

Bayreuth, den 8. Novbr. 1848.

Florentine Klinger.

Digitized by Google

Steinkohlen à 22 kr. per Kübel ab Haus } liefert,
„ „ à 24 kr. „ „ in's Haus }
sowie die kostenfreie Besorgung von gußeisernen Steinkohlenöfen bester Construction — übernimmt

Friedrich Feustel.

Zum gegenwärtigen Martini-Markt empfehle ich mein bekanntes

Putz-, Mode- und Schnittwaarenlager

welches durch **frische** Zusendungen mit den **neuesten**

Kleider- und Mantelstoffen,

glatten und façonirten **Seidenzeugen, Alepines, Foulards, Chales** und **Umschlag-Tücher, Echarpes, Meubles-** und **Vorhangstoffe,** ostind. **Foulards, Cravatten & Shlipse, weiße** und **bunte leinene Taschentücher** etc. auf das reichhaltigste assortirt ist.

Ferner bietet mein Lager eine große Auswahl des

Elegantesten Damenputzes,

bestehend in **Hüten** aus **Sammt** und **Seide, Hauben, Schleier, Bänder, Ballblumen** und mehreren Artikeln.

Um geneigten, recht zahlreichen Besuch bittend, verspricht die **billigsten** Preise

J. Würzburger, jun.
Ecke der Opernstraße.

Mein wieder vollständig assortirtes

Schnitt- und Mode-Waaren-Lager

sowie eine reichhaltige Auswahl des neuesten

Damen-Putzes

empfehle ich, unter Zusicherung der billigsten Preise, zu geneigter Abnahme.

J. Wertheimber,
neben dem Opernhause.

Alle Gattungen Pack-, Schreib-, Konzept-, Brief- und fein verzierte Papiere, Briefstaschen, Stammbücher, Porte-monai (Geldtäschchen), Cigaren-Etuis, Albums und Bilder hiezu, Gebetbücher, Handlungsbücher, beste Stahlfedern ꝛc. ꝛc. empfiehlt

Ludwig Seliger.

Bemerkenswerthe Markt-Anzeige.

(Unterstützung und Erhaltung der Sehkraft durch Augengläser.)

Die Unterzeichneten beehren sich hiemit die hohen Herrschaften und ein verehrungswerthes Publikum mit dem Bemerken auf diese Wohlthat aufmerksam zu machen, daß sie durch die seltene Auswahl der vorzüglichsten Augengläser, von den feinsten Massen geschliffen, in den Stand gesetzt sind, jedem Auge das passendste Glas zu bestimmen, somit die Erhaltung desselben mit Gewißheit bewirkt wird. Nebst vielen in dieses Fach einschlagenden Gegenständen, als: Telescopen, Microscopen, Loupen, Theater-Perspectiven jeder Art u. dgl., besitzen sie eine große Auswahl aller Arten ungefaßter Brillen- und Lorgnettengläser, besonders die neuesten und elegantesten derartigen Einfassungen. Durch das angenehme Bewußtseyn, vielen Schwachsichtigen durch zweckmäßige Anwendung derselben nützlich gewesen zu seyn, schmeicheln dieselben sich, auch hier wieder eines gnädigen Zutrauens sich erfreuen zu dürfen. Auf eine ganz neue Art Feldsicher machen wir besonders aufmerksam.

Unsere Boutique befindet sich in der Hauptreihe Nro. 32.

F. Waldstein und Comp.,
Optiker.

Mühlen- und Maschinenbauwerkstätte

von

Hedrich und Stockhausen in Glauchau in Sachsen.

Mit Gegenwärtigem erlauben wir, Bauunternehmern unser Etablissement zu empfehlen. — Es beschäftigt sich seit einer Reihe von Jahren hauptsächlich mit der Ausführung aller Arten Mühlen, und zumal amerikanischen und Walzen-Mühlen, nach Wiener und andern Systemen, sie mögen durch Wasser-, Dampf-, Wind- oder Muskelkräfte betrieben werden. Wir liefern deßhalb auch alle Arten Triebwerke, Wasserräder (zumal Turbinen), Trempel- und Dampf-Maschinen, alle Arten Pumpenwerke, hydraulische und andere Pressen, Apparaturmaschinen und alle Theile für Papier-, Oel-, Walk-, Knochen-, Cichorien-, Sens-, Schneide-, Graupen- und Hirsenmühlen u. s. w. und sind auch bereit, für alles dieses Genannte die speciellsten Nachweise und Zeichnungen zu liefern.

Garten-Lager

Unterzeichneter hat wieder sein wohlassortirtes Lager von Garten-Gemüse- und Blumen-Samereien, so wie auch Zwiebeln, Knollen und Stöcken in der obern Etage.

K. Conrad und Sohn.

Wer sucht zu Pfingsten ohne zu fehlen?

Der ist am Martini-Markte wie meinem

Garten-Lager

wieder gut bestellt, so wolle ich meinen verehrlichen Gönnern hoch und Honorat und Zierung verbleibt. Mein Stand befindet sich am Markt in der obern Etage.

K. Conrad und Sohn.

Bei Neustädter in der Jägerstraße dahier ist die Oekonomie zu verpachten, und kann zu Lichtmeß 1849 bereits angetreten werden.

Dieselbe besteht aus Wohnung, Rindviehstallung, Gemüsegarten und Wiese sammt Obstertrag.

Solide Bewerber erhalten Auskunft bei dem Fabrikanten Jacob Neustädter, derselbe erbietet sich auch, einzelne Bestandtheile Pachtweise zu überlassen.

Guts-Verkauf.

Ein halber Hof, 1 Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schupfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holz- und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

Verkauf.

Eine Schmiede mit 6 Klaftern Gerechtholz, mit oder ohne Grundstücke, wird am 16 d. Mts. in Gefees verkauft.

Mein auf das beste assortirte Lager von **Stickwolle, Seide, Perlen, Stramin, angefangenen Arbeiten, Strickschafwolle** ꝛc. ꝛc. empfehle ich hiemit, unter Zusicherung billigster Preise, zur geneigten Abnahme.

August Pausch.

Eine doppelte Markt-Boutique im besten Zustande, in der zweiten Hauptreihe vor dem Wachterischen Weinhause ist billig zu verkaufen. Näheres bei

J. M. Händel an der Dammallee.

H. N. 19 ist auf Martini ein Quartier von 2 Zimmern zu vermiethen, und kann sogleich bezogen werden. Auch stehen zwei fertige Omnibus und mehrere andere Wägen zur Ansicht und zum Verkauf bei

Carl Gaab.

Zwei ausgezeichnet gute Violine, eine Flöte und zwei Klarinetten sind zu verkaufen im Wirthshause zur Altstadt zwei Treppen hoch.

E.N. 34 am untern Markte ist die mittlere Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, Kabinet, Kochstube, großer Küche, verspertem Hausplatze und Stallung für 4 Pferde zu vermiethen und könnte sogleich bezogen werden.

Beim Schlosser Händel vor dem Ermitagerthor ist die obere Wohnung auf Lichtmeß 1849 zu vermiethen, auch kann Garten und Stallung nebst Heuboden dazu gegeben werden.

Im Hause Nr. 350 auf dem neuen Schloßplatz ist die mittlere Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, 2 Kabinetten und sonstigen Bequemlichkeiten auf Martini oder Lichtmeß zu vermiethen.

E.N. 483 ist ein aus 5 heizbaren Zimmern ꝛc. bestehendes Quartier auf Lichtmeß zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonntag. Nro. 315. 12. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Nov. (111. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. (Nach eröffneter Berathung sprach zuerst Abg. Dahm: Es sey die heiligste Pflicht der Nationalversammlung, der Centralgewalt eine möglist große Macht zu verleihen, sonst sey das Gebäude der deutschen Einheit ohne Stütze. Der Reichsgewalt müsse jederzeit die unbedingte Verfügung über die bewaffnete Macht zustehen. Tellkamp hält die vollständige Uebertragung der Heeresleitung an die Centralgewalt nur in der annähernden Weise für möglich, wie der Ausschuß sie vorschlägt und stimmt deßhalb für dessen vermittelnde Anträge. v. Rodowitz geht von dem Grundsatze aus, daß die factische und rechtliche Fristung der Eingesstaaten nicht mehr beschränkt werden dürfe, als es der höhere Zweck des Bundesstaates erheische. Die Bundeskriegsverfassung sey noch das Beste an dem deutschen Bund gewesen; was auf dem Gebiete der Rechtssicherheit und der materiellen Interessen gegen einen engherzigen Partikularismus nicht errungen werden konnte, sey auf diesem Gebiete durchgesetzt worden; hier hätten nach dem Jahr 1840 die Regierungen sich unbedingt der Controlle des Bundes unterworfen. Die Kriegsverfassung des Bundes sey gut und die deutsche Armee würde auf den Schlachtfeldern mit ihren bestanden haben. Vieles und Großes sey noch zu thun; aber die theuer erkauften Vorzüge der Einzelstaaten dürften nicht zertrümmert werden, um Experimente zu machen. Die historischen Erinnerungen, von denen das kleinste wie das größte Heer zehre, seyen ein Schatz, der künftige Siege sichere, und daher nicht verzeudet werden dürfe. Im Interesse Deutschlands müsse das preuß. Heer in seiner Eigenthümlichkeit bleiben und an der Spitze der deutschen Krieger stehen. Man werde ihm vorwerfen, daß er als Preuße spreche; aber der fördere das Wohl seines Vaterlandes, der in Berlin sehr deutsch und in Frankfurt sehr preußisch spreche. Der Redner erklärt sich für die Verwerfungsanträge des Wehrausschusses und gegen den §. 14 des Verfassungsausschusses, welcher die Kontingente von weniger als 6,000 Mann unter das unmittelbare Reichscommando stellen will, gegen §. 18, welcher die Wahl der Generäle der Reichsgewalt überträgt, und gegen die Minoritäts-Anträge von Wigard, Blum ꝛc., insofern sie eine das stehende Heer beseitigende Volkswehr bezwecken. Nauwerck: Hr. v. Radowitz habe gesagt, die Kriegsverfassung sey das Beste am deutschen Bunde gewesen. Darauf müsse er bemerken, daß der deutsche Bund überhaupt etwas Schlechtes und nur etwas Grundschlechtes gewesen sey. Es sey fernerhin gesagt worden, man dürfe die historischen Erinnerungen nicht in Trümmer schlagen. Bei solchen Grundsätzen aber hätte man die Vergangenheit gar nicht in Trümmer schlagen dürfen; dann dürften wir nicht hier sitzen, um über die Bedürfnisse der Neuzeit zu berathen. Es solle nur ein Heer geben, das Reichsheer. Wenn einige Fürsten etwa auf Langeweile, weil sie nicht mehr Soldaten spielen könnten, abdankten, dann wäre dieß kein Unglück; denn es giebt deren noch genug. Wigard erklärt sich ebenfalls für allmälige Abschaffung der stehenden Heere. Er weiß u. A. daraus hin, wie man eben jetzt die Freiheit eines Volkes durch einen zweiten Tilly, einen Brennus, unterdrücken lasse. Bis jetzt habe die bewaffnete Macht dem Absolutismus gedient; er hoffe aber, daß das Volk sich dem Mißbrauch dieser bewaffneten Macht mit Gewalt widersetzen werde. Nachdem noch Mittermaier für den Verfassungs- und Stavenhagen für den Wehrausschuß gesprochen, wurde die allgemeine Berathung geschlossen. (F. J.)

Frankfurt, 9. Nov. (112. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.) Gagern zeigt an, daß die Abgeordneten Blum und Fröbel verhaftet worden sind. Wesendonck interpellirt in Folge dieses Falles das Reichsministerium und spricht für die Verhafteten den Schutz des 10. Oct. an. Der später eintretende Reichsminister Mohl erklärt, daß er sich bereits an das österreichische verantwortliche Ministerium der Justiz gewendet und unter Hinweis auf das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung beschleunigte Auskunft über die Verhaftung der Abg. Blum und Fröbel verlangt habe. — Ueber einen Antrag Wiesners, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien betreffend, wird zur Tagesordnung geschritten. — Sodann wird zur Berathung und Beschlußfassung über den §. 12 des Verfassungsentwurfs übergegangen. Art. III. §. 12: „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.“ Wird mit Verwerfung aller Zusätze und Aenderungen angenommen. §. 13. „Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen. Diejenigen Staaten, welche als Kontingent weniger als 6000 Mann stellen, gehen in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung entweder unter sich in größere Gange geschlossen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder insofern diese Verschmelzung nicht für angemessen befunden wird, einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten keine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt oder dem größeren Staate ausdrücklich übertragen wird.“ Die Annahme des §. 13 erfolgt mit überwiegender Majorität, durchaus in der eben angegebenen, von der Mehrheit des Verfassungsausschusses gefaßten, heute modificirten Weise. Desgleichen wird, mit Verzicht auf die Diskussion, ohne Abänderung und Zusatz, zum Beschluß erhoben §. 14: „Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reichs zu. Sie haben die Verfügung über bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reichs in Anspuch genommen wird.“ Ebenso §. 15: „In den Fahneneid ist die Verpflichtung zu Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Verfassung an erster Stelle aufzunehmen.“ Dagegen wird §. 16 zwar ebenfalls ohne Diskussion, aber nach dem Verbesserungsvorschlage des Wehrausschusses beliebt: „Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichs-Zwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgabe für den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem gesammten Reiche zur Last.“ Ingleichen wird anstatt §. 17 des Vers.-Entwurfs der Verbesserungsantrag des Wehrausschusses angenommen: „Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.“ Ueber §. 18 wird die Debatte zwar zugelassen, allein von drei angemeldeten Rednern verzichten bis meisten das Wort. v. Radowitz spricht sich gegen die Annahme des Verfassungsparagraphen aus, indem er einen von ihm gestellten Vorschlag*) in Verbindung mit dem Amendement des Wehrausschusses empfiehlt. Zur Annahme gelangt §. 18 sodann in folgender Gestalt: „Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden selbstständigen Corps, so wie das Personale der Hauptquartiere dieser Armeen und Corps.“ §. 19 wird ohne Diskussion angenommen und wiederum nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses: „Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das übertieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten. — Mit der Annahme des Paragraphen 20 in nachstehender um mehrere Vorschläge des Marine-Ausschusses erweiterten Fassung: §. 20. „Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten, noch Kaperbriefe auszugeben. Die Bemannung der Flotte bildet einen Theil der gesetzlich festgestellten Wehrmacht, sie ist jedoch unabhängig von der Landmacht. Diejenigen Staaten, welche Mannschaft für die Flotte stellen, erfüllen dadurch einen Theil der ihnen obliegen-

*) Die von den Einzel-Regierungen zu ernennenden Generale werden der Reichsgewalt zu gleichzeitiger Ernennung und Patentirung als Reichsgenerale vorgeschlagen.

Digitized by Google

den Bundeswehrpflicht. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reich aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung; Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, für die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegshäfen und See-Arsenale ob. Ueber die, zur Berichtigung von Kriegshäfen und Marineetablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze" — erledigt sich Artikel III von der Reichsgewalt und damit die Tagesordnung, worauf die heutige Sitzung bald nach 2 Uhr geschlossen wird. (D. Z.)

Frankfurt, 8. Nov. Gestern Abend ist Hr. Unterstaatssekretär Bassermann im Auftrage des Reichsministeriums des Innern nach Berlin abgereist. Der Reichskommissarius in vorstehender Angelegenheit, General v. Schäfer, ist ebenfalls seit gestern Abend hier und rüstet sich zur Abreise. — Dem Vernehmen werden die Jordan'sche Rede und die v. Beckerath's in Tausenden von Abdrücken durch die preußischen Abgeordneten in die Provinzen geschickt. (D. Z.)

Frankfurt, 9. Novbr. Der Universitäts-Sekretär, Herr Bassermann, dessen Abreise nach Berlin im Auftrage des Reichsministeriums des Innern Sie gestern meldeten, hat, wie man vernimmt, nur den Auftrag, selbst die Lage der Dinge in Augenschein zu nehmen, und sich mit der preußischen Regierung in Vernehmen zu setzen, darüber, in welcher Weise das Reich dazu beitragen könne, den gesetzlichen Zustand in Berlin vor gewaltsamen Störungen zu sichern. Wie wichtig diese Aufgabe nicht bloß für Preußen, sondern für ganz Deutschland ist, liegt auf der Hand. Zunächst ist sie unbestrittene Sache der preußischen Regierung und das richtigste Vorbeugungsmittel gegen Unruhen besteht offenbar darin, daß sie selbst sich auf's strengste auf dem gesetzlichen Boden erhält. — Herr Moritz Hartmann hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zum deutschen Reichstage an den Präsidenten von Gagern geschrieben und um Schutz gebeten. Der alte Jahn hatte gleich daran gedacht! (D. Z.)

München, 8. Nov. Nachdem nunmehr die Arbeiten der beiden ständischen Ausschüsse beendigt sind, fand heute Nachmittag 3 Uhr im „bayerischen Hofe" ein Abschiedsmahl der Ausschußmitglieder statt, dem auch die Minister und Ministerialsekretäre beiwohnten. Vormittags war Staatsrathssitzung, als deren Folge man die Auflösung der Abelschen Kammer, mithin auch die Ausschüsse bis übermorgen oder bis Samstag erwartet. Der Entwurf der neuen „Zivilprozeßordnung" in 883 Artikeln ist nebst den dazu gehörigen umfassenden Motiven beendet und wird dessen Druck zur Berathung im Staatsrathe vorbereitet. (Z. f. B.)

München, 8. Novbr. Laut Nachrichten aus der Oberpfalz soll die Wahl des Herrn v. Abel in die nächste Kammer an mindestens 3 bis 4 Orten dieses Kreises so viel als sicher sein.

München, 9. November. Se. Maj. der König haben die von der Akademie der Wissenschaften am 29. Juli i. J. vollzogenen Wahlen zu genehmigen und demnach allerhöchst zu bestätigen geruht: I. Als ordentliche Mitglieder der kgl. Akademie der Wissenschaften für die philosophisch-philologische Klasse: 1) Dr. Johann Georg Krabinger, erster Kustos der Hof- und Staatsbibliothek, 2) Dr. Daniel Hanneberg, ordentlicher Universitätsprofessor. II. Als außerordentliche Mitglieder in München für die philosophisch-philologische Klasse: 1) Dr. Georg Thomas, Professor der Philologie und Geschichte im kgl. Kadettenkorps, 2) Dr. Karl Prantl, außerordentl. Professor der Philologie an der Universität München. III. Als außerordentliche auswärtige Mitglieder: A. der philosophisch-philologischen Klasse: 1) Franz Roussonade, Professor der griech. Literatur und Mitglied des französ. Instituts in Paris, 2) Dr. Anselm Feuerbach, Universitätsprofessor zu Freiburg im Breisgau, 3) Heinrich Lebrecht Fleischer, Universitätsprofessor zu Leipzig, 4) Thomas Gaisford, Professor der griech. Literatur in Oxford, 5) Jakob Grimm, Professor und Bibliothekar in Berlin, 6) Christian August Lobeck, Professor der alten Literatur in Königsberg; B. der historischen Klasse: 1) Dr. Heinrich Wilh. Bensen, Studienlehrer zu Rothenburg a. d. T., 2) Dr. Karl Ritter Professor an der Universität Berlin, 3) Dr. Ludwig Häusser, Professor an der Universität Heidelberg, 4) Beda Weber (!) Benediktinerordenspriester und Gymnasialprofessor zu Meran. IV. Als korrespondirende Mitglieder: A. der mathematisch-physikalischen Klasse: 1) Dr. Friedrich Walchner, Bergrath und Professor der Chemie und Mineralogie an der polytechn. Schule zu Karlsruhe, 2) Dr. Franz Hessler, Landgerichtsarzt zu Memming, 3) Dr. Karl Theod. v. Siebold, Professor der Zoologie an der Universität Freiburg, 4) François Louis Pictet, Professor der Zoologie an der Akademie zu Genf, 5) Dr. Ritter v. Zipser, Professor zu Neusohl in Ungarn, 6) Dr. Johann Eduard Heiberger, nun ordentl. Professor an der Universität Würzburg, 7) Elias Wartmann, Professor der Physik an der Akademie zu Genf; B. der historischen Klasse: Albert Jäger, Benediktinerordenspriester des Klosters Marienberg. Allerhöchstdieselben haben ferner zu genehmigen geruht, daß die bisherigen korrespondirenden Mitglieder Dr. Thomas Ruhland, Universitätsprofessor der Geschichte, und Dr. Friedrich Kunstmann, Universitätsprofessor des Kirchenrechts, — beide nunmehr zu München — in die Reihe der außerordentlichen anwesenden Mitglieder treten. (N. M. Z.)

München, 9. Novbr. Se. Maj. der König haben den II. Landgerichtsassessor Schrieker zu Helsbronn die I. Landgerichtsassessorstelle bei dem Landgerichte Pleinfeld zu verleihen; und auf die II. Landgerichtsassessorstelle zu Helsbronn den Rechtspraktikanten Karl Augustin Heim aus Bayreuth zu ernennen; ferner die I. Landgerichtsassessorstelle zu Landshut den II. Assessor Erlich zu verleihen, auf die II. Assessorstelle den II. Landgerichtsassessor Christoph zu Eggenfelden, zu versetzen, und auf die II. Landgerichtsassessorstelle zu Eggenfelden den Rechtspraktikanten Buchner aus Sünching zu ernennen geruht. (N. M. Z.)

Weimar, 7. Nov. Erfurt ist nicht von sächsischen Truppen besetzt, sondern hat noch seine alte preußische Garnison. Das Mißverständniß mag daher entstanden sein, daß das königl. sächsische Leibregiment auf seinem Marsche nach Gotha eine Nacht in Erfurt blieb und in der Stadt (nicht in der Festung) einquartirt wurde. (F. J.)

Berlin, 9. Nov. Der heutige Preußische Staats-Anzeiger enthält Folgendes: Nachdem der bisherige Ministerpräsident und Kriegsminister, General der Infanterie v. Pfuel, sowie die Staatsminister Eichmann und v. Bonin und der wirkliche geheime Rath. Graf v. Dönhoff, von mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen vertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe ich 1) den Generallieutenant Grafen v. Brandenburg zum Ministerpräsidenten; 2) den bisherigen Ministerverweser v. Ladenberg zum Minister der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten; 3) den bisherigen Direktor des Ministeriums des Innern, v. Manteuffel, zum Minister des Innern und 4) den Commandanten von Saarlouis, General v. Strotha, zum Kriegsminister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justizministeriums wird einstweilen der bisherige Justizminister Kisker beibehalten. Zugleich habe ich dem Generallieutenant Grafen v. Brandenburg die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanzministeriums habe ich vorläufig den Generalsteuerdirector Kühne und mit der Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den wirkl. geh. Oberfinanzrath v. Pommer-Esch en beauftragt. Sanssouci, am 8. Nov. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Contr.) Graf v. Brandenburg.

Berlin, 8. Nov. Das Tagesgespräch in allen Kreisen hatte gestern ausschließlich den sehr nahe gelagerten Kampf zwischen den königl. Truppen und der hauptstädtischen Bevölkerung zum Gegenstand. Es war namentlich von Operationsplanen die Rede, die in Potsdam ihre Quelle hätten. Personen, die Kenntniß von der Sache zu haben schienen, unterschieden sehr genau einen auf dem Babersberg entworfenen Aggressivplan und einen zweiten, der die Maßregeln lediglich auf eine Cernirung Berlins zu beschränken bezweckte soll. Wie sind im Stande, hierbei die zuverlässige Angabe zu machen, daß die in diesem Augenblick in der nähern Umgebung Berlins cantonnirenden Truppen wenig über 25,000 Mann stark sind. Die Zahl der Geschütze beläuft sich auf 150 — 160 Stück. Die Consignation der in der Stadt selbst befindlichen Militairmunitionsvorräthe ist aufgehoben. Ueberdem sind indeß scharfe Patronen, auf den Mann gegen 60 Stück, vertheilt worden. Die Schlösser zu allen königl. Gebäuden befinden sich in den Händen des Militairs. Auch für die Gitterthore des Schlosses, obwol das Gebäude ausschließlich durch die Bürgerwehr besetzt wird, haben Offiziere Schlüssel.

Magdeburg, 5. November. Fast jeder Nacht kommen jetzt mit dem von Berlin nach Köln durchgehenden Eilzug Eisenbahnzuge hier bedeutende Summen in Gold und Silber an, die, in Fäßchen verpackt, nach der hiesigen Citadelle und dort in besonders dazu verfertigten Kisten deponirt werden. Dem Vernehmen nach sind es die Baarvorräthe der königl. Banken zu Berlin und Breslau. — Die Cholera scheint uns, Gott sei Dank! gänzlich verlassen zu haben; wenigstens sind seit mehreren Tagen keine neuen Erkrankungsfälle vorgekommen. Uebrigens hat sie hier in der Stadt

Digitized by Google

and noch mehr in einigen Dörfern der Umgegend ziemlich arg gewüthet. Von den 1100 an ihr erkrankten sind 621 Personen gestorben; sie, in einigen nahen Dörfern ist der zehnte Theil der Einwohner der Seuche erlegen. (K. Z.)

Wien, 5. Nov. Die in Wien aufgefundenen Soldaten, welche sich mit der Bitte um Pardon ergaben, wurden im Schwarzenberg'schen Garten füsilirt. (?) Als Revanche dafür, daß die Studenten am 6. Oct. den Fuß einer gefallenen Generals durch die Straßen getragen hatten, steckten die Jäger einen Calabreser-hut auf ihre Bajonnetspitzen und trugen ihn durch die Brigittenau. Als Messenhauser das wiener Volk über die Unmöglichkeit, die Stadt zu behaupten, aufklärte, wendete sich die allgemeine Wuth gegen ihn als einen Verräther und falschen Propheten. Sein Leben war in den letzten Augenblicken in Wien sehr gefährdet. **Dr.** Schütte steht unter dem Schutze des nordamerikanischen Gesandten, der ihm irgend einen fingirten Posten übertragen hat. Die beiden Hauptagitatoren des Studentenexcesses haben den Schutz des französischen Gesandten in Anspruch genommen, der ihnen Kurierstellen übertragen haben soll. Messenhauser ist noch nicht verhaftet. General Bem ist ins ungarische Lager entkommen. Sonach hat Windisch-Grätz bis jetzt noch keine der von ihm verlangten Personen zur Haft gebracht.

Ratibor, 7. Nov. Ein Oberst aus dem Generalstabe des Fürsten Windisch-Grätz reist hier durch, welcher an den Feldmarschallieutenant Schlik in Krakau Depeschen zu überbringen hat. Letztere sollen folgenden Inhalts sein: Oberst Simonich, der etwa 15—20,000 Mann kaiserliche Truppen commandirt und über Gatzligen eingedrungen die Ungarn angegriffen, sey von Letztern von Zsymau bis nach Gbeing, etwa 20 Stunden zurückgedrängt worden. In Folge dessen habe sich derselbe nach Mähren zurückgezogen, und Windisch-Grätz ihm zwei Brigaden, meist Cavallerie, zu Hülfe geschickt. Dieses Militair wurde mit dem heutigen Mittwoch per Zuge nach Lundenburg und Prerau ze. befördert. Von der Operation der kaiserl. Truppen gegen Ungarn ist bis jetzt nichts Sicheres bekannt geworden; dagegen werden uns bereits die Streitkräfte der Ungarn ziemlich genau angegeben. Die Magyaren sollen im Staude seyn, dem Feinde jeden Augenblick 3—400,000 Mann, darunter gegen 50,000 Mann regulärer Militär, entgegenzustellen. Letzteres besteht vorzüglich aus übergetretenen italienischen Regimentern. Bei der Defensive der Ungarn wird Oesterreich sich wohl in Unterhandlungen einlassen müssen; geschieht dies aber nicht, so dürfen wir in Bälde im Südosten einen Vernichtungskampf der Nationalitäten erleben, wie ihn die Geschichte nur selten aufzuweisen hat. (D. A. Z.)

Die akademische Legion von Lemberg hat sich nebst einem Theile der Nationalgarde, 3000 M. stark, mit Gewehren und neun Geschützen nach der ungarischen Grenze gezogen.

Olmütz, 4. Novbr. Die Bewegungen in Schlesien rühren von Hinterlassen her, einer Art Hünker, und haben einen pauperistischen, durchaus aber keinen politischen Charakter. Aus der Aufhebung der Robotb haben sie sich den Gemeinsitz gedeutet, die Robotb müsse auch für die Vergangenheit aufgehoben, d. h. es müsse den Robothern ihre Arbeit seit dem Jahr 1821 nachgezahlt werden. Die Hinterlassen fodern große Summen selbst von ihren Gutsbesitzern bäuerlichen Standes. Manche haben sich zu Terminzahlungen herbeigelassen. Andere haben die Flucht ergriffen, da die Hinterlassen es nicht an thätlichen Drohungen fehlen ließen.

Olmütz, 6. November. Minister Kraus ist am Hofjager eingetroffen. Von der Garnison Olmütz rückte Militär zur Dämpfung eines im treppauer Kreise ausgebrochenen Aufstandes ab.

Die Wiener-Zeit. vom 7. d. M. enthält die Anzeige, daß durch kaiserl. Handschreiben vom 3. d. M. bei dem für Wien ausgesprochenen Belagerungszustande zur Leitung aller für die Stadt und deren Umgebung erforderlichen Maßregeln der Feldmarschallieutenant Frhr. v. Welden mit dem Titel eines Gouverneurs bestimmt worden ist. (K. v. u. f. D.)

Schweiz.

Bern, 6. Nov. Soeben, Mittags halb 11 Uhr, fand die feierliche Eröffnung der eidgenössischen Bundesversammlung (National- und Ständerath) statt. Der pomphafte Zug ging unter dem Geläute aller Glocken und Kanonendonner, durch Spalliere von Studenten, Kadetten und Soldaten vom bekränzten Rathhause weg. Die Volksmenge war ungeheuer. Der Alterspräsident, Herr Landammann Sidler, hielt eine längere Eröffnungsrede. Jetzt werden die Wahlakten verlesen.

Bern, 5. Nov. Heute Mittag hat der Bundespräsident dem Stellvertreter des deutschen Reichsgesandten, Ritter Neuwald die Antwort auf die letzte Note übercicht; sie soll sehr entschieden lauten, eben so entschieden als die deutsche. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Modena. Der Herzog hat sich aus seiner Residenz entfernt, die italienische Fahne ist darin aufgepflanzt.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Novbr. Die Departements Journale und die aus den Provinzen einlaufenden Berichte bestätigen, was wir bereits vor einigen Tagen anzeigten, daß nämlich die Ausbesten Louis Bonapartes zum Präsidenten gewählt zu werden, merklich zu sinken anfangen. Die Städte sind fast durchaus gegen ihn und selbst die Bauern fangen jetzt schon an zu begreifen, daß die Wahl Bonapartes den Bürgerkrieg im Innern, den Eroberungskrieg nach Außen zur Folge haben dürfte. Da nun der Landmann wohl weiß, daß beide Arten von Krieg vorzüglich auf ihm lasten, daß er es ist, der seine Söhne als Kanonenfutter stellen, seine Pferde requiriren, seine Felder verwüsten lassen muß, so erklärt es sich, wie die unbegreiflich schnell entstandenen Sympathien für den Napoleoniden eben so schnell wieder schwinden. — 118 Deputirte der zwölf östlichen Departements haben gestern eine Versammlung gehalten, um sich wegen der Präsidentschaftsfrage zu berathen und 112 von ihnen haben sich entschieden für die Candidatur des Generals Cavaignac erklärt. Ueberall bilden sich bereits Wahl-Comités um die Bevölkerung über ihre wahren Interessen aufzuklären, und nur die Legitimisten und ihre Journale sind es noch, die Louis Bonaparte offen unterstützen, in der Hoffnung, durch ihn eine Parodie des Kaiserreiches und nach dieser eine dritte Revolution herbeizuführen.

Gestern hat das Bankett der Vereinigung aller Völker in der Demokratie in Chateau rouge Statt gefunden. Repräsentanten aller Nationen wohnten demselben bei und Reden und Lieder in allen Sprachen wurden vorgetragen. Große Sensation machte ein Toast eines Enkelneffen von St. Just, der alle Demokraten aller Zelten und Nationen hoch leben ließ, bei C. Gracchus anfing und seine lange Aufzählung mit Barbès schloß. Die größte Ordnung herrschte übrigens und die Behörden fanden keine Ursache einzuschreiten.

Briefe aus London melden, daß die ganze Familie Louis Philipps plötzlich von heftigen Krankheitsanfällen betroffen werden ist, die alle Symptome einer Vergiftung darboten. Schleunige ärztliche Hülfe detektirte bald alle Gefahr und die genauste Untersuchung stellte heraus, daß die Schuld an den stark eroibirten Kupferröhren der Wasserleitung von Claremont lag. Die abenteuerlichsten Gerüchte hatten bereits über diesen Unfall circulirt.

Die Turiner Journale vom 2. Nov. sind heute hier eingetroffen. Aus der Mailänder Zeitung vom 29. Oct. ersahen wir, daß Marschall Radetzky abermals eine Hinrichtung vornehmen ließ und zwar ward der Abbé Attilio Palusella, Kaplan an der Kirche della Grazie, an diesem Tage kriegsrechtlich erschossen, weil er einen Brief bei sich trug.

* **Paris**, 7. Novbr. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung legte Herr Senard, im Namen der Commission das Programm der feierlichen Verkündigung der Constitution vor. Die Feierlichkeit wird einfach, ernst und würdig seyn, auf dem Revolutionsplatze wird die neue Verfassung dem Volke verkündigt werden, die Armee, die Nationalgarde von Paris und den Departements, Deputationen aus allen Provinzen werden anwesend seyn.

Adelelsader ist nun nach Bordeaux abgereiset worden, wo man ihm einen Palast zur Wohnung eingeräumt hat und er alle Freiheiten genießt. Er ward von der Militairmusik mit einem Ständchen empfangen und besuchte Abends die Oper. Diesen Winter wird er mit seiner Familie auf einige Wochen nach Paris kommen.

Man erzählt heute, daß nachdem alle Vermittlungsversuche fruchtlos geblieben sind, ein Duell zwischen Ledru-Rollin und Leon Faucher gestern Statt gefunden habe und Ledru-Rollin tödtlich verwundet worden seyn. Die Journale schweigen und somit bedarf dieses Gerücht der Bestätigung.

Die Turiner Journale vom 3. Nov. melden, daß die Oesterreicher unter General Hagnau wieder in Chiavenna eingerückt sind, daß aber demungeachtet die Insurrektion in der Lombardei rasch um sich greife. General Garibaldi ist von Luvorno nach der Lombardei geeilt, um sich in Bälleilu an die Spitze des Aufstandes zu stellen.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth. Wie wir vernehmen, ist vom Oberstbofmeisterstabe die Weisung hierher gelangt, einen Theil des hiesigen neuen Schlosses für die Sitzungen der hier abzuhaltenden Assisen einzuräumen. Ein Gerücht will wissen, daß auch die Kgl. Regierung

Digitized by Google

in Zukunft ihr Lokal im neuen Schloßgebäude haben werde, während das bisherige Regierungsgebäude zu einer Kaserne für die hier garnisonirenden Chevauxlegers bestimmt seyn soll. Die bisherige Chevauxlegers-Kaserne würde dann dem in seiner Kaserne an Raum sehr beschränkten 13. Infanterie-Regiment zugewiesen.

Ueber das hier im Atelier ausgestellte Modell aus Berlin schreibt Heideloff: Wir glauben das geehrte Publikum auf Herrn Schneggenburgers Modell (farbig plastische Aufstellung) von Berlin, Sanssouci u. s. w. aufmerksam machen zu müssen, da Herr S. nur noch kurze Zeit hier verweilen wird, und es dann Manchen gereuen dürfte, die Reise nach Berlin für 6 Kreuzer nicht gemacht zu haben. Die Treue, mit welcher dieses Werk ausgeführt ist, verdient gewiß Bewunderung, und da die Ausfertigung desselben, außer den nöthigen Kenntnissen und Geschicklichkeit eine wahre Riesengeduld fordert, so verdient der wackere Künstler gewiß noch während der letzten Tage seines Hierseyns einen recht zahlreichen Besuch. Noch bietet das Kabinet des Herrn Schneggenburgers eine würdige Zugabe sehr schöner Panoramen, welche die Zuschauer nicht allein durch die dargestellten Gegenstände selbst, sondern auch durch treffliche Ausführung überraschen und vollkommen befriedigen werden.

Anzeigen.

In der Buchhandlung von **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel und der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

Joh. Königs (Schlossermeister zu Arnsberg bei Iserlohn)

Grundriß der

Schlosserkunst

enthaltend die vorzüglichsten und am häufigsten vorkommenden Schlosserarbeiten im neuesten Geschmacke, namentlich vierfach verzierte Schlüssel, künstliche Besetzungen nebst den dazu erforderlichen Werkzeugen, Haus-, Möbel-, Pasquillen-, Chatoullen-, Schrank- und Kastenschlösser, Maschinen zur schnellen Verfertigung dieser Schlösser und die verschiedenen Bänder. Nebst Anhang mit erprobten Rezepten zur Verschönerung und Verbesserung der Metalle. Mit 36 Quarttaf.-Abbildungen. 8.

2 fl. 14 kr.

Dieses Werk hat zwei Vorzüge, welche es von selbst empfehlen und jede Anpreisung überflüssig machen. — Ersteres ist der Verfasser ein praktischer Meister und zwar aus der Gegend Deutschlands, wo diese Professionen auf der höchsten Stufe steht, wo es jetzt Schlossfeilen giebt, welche von Dachlosdrechslern verfertigen, die nie einen Hammer oder eine Feile in der Hand hatten. — Zweitens will der Verfasser weniger durch ein dickes Buch, als vielmehr durch deutliche und accurate Abbildungen nützen, die alle nur denkbaren Arbeiten dieses Faches umfassen und in natürlicher Größe gezeichnet, keines Maaßstab erfordern, dabei aber mit einer Eleganz und Schönheit lithographirt sind, wie man solche bei nur wenig technischen Werken finden wird.

Das von der Justizräthin Layritz zu Wunsiedel im Jahre 1771 gestiftete Familien-Stipendium ist erledigt und wird wieder auf 3 Jahre, vom 1. Oct. 1848 an, vergeben.

Studirende aus den Familien: Klinger, von Steinheil, Arzberger und Layritz, in Ermanglung derselben dürftige Witwen und ledige Personen aus denselben Familien, welche darauf Anspruch machen wollen, und nachweisen können, daß sie von einer der gedachten Familien abstammen, haben ihre Bewerbung um das Stipendium binnen 6 Wochen frankirt an die Unterzeichnete zu senden. Studirende haben legale Zeugnisse über ihre Studien und sittliche Aufführung beizulegen.

Bayreuth, den 8. Novbr. 1848.

Florentine Klinger.

Flachs- und Werg-Garn billigst zu haben bei
Friedrich Feustel.
Ziegelgasse.

Mein wieder vollständig assortirtes

Schnitt- und Mode-Waaren-Lager

sowie eine reichhaltige Auswahl des neuesten

Damen-Putzes

empfehle ich, unter Zusicherung der billigsten Preise, zu geneigter Abnahme.

J. Wertheimber,
neben dem Opernhause.

Anzeige.

Einem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen Publikum empfehle ich mich mit einer großen Auswahl von Friseur-Artikeln. Neu erfundene **Herren-** und **Damen-Perücken, Touren, Toupets** 2c. ganz neuer Art; **Scheidel, Locken, Flechten** aller Art; ferner **feine Schildkrot-, Frisir-, Aufsteck-** und **Locken-Kämme**, dieselben auch von **Horn**. Feine **Parfümerien, Zahn-** und **Kopfbürsten**.

Auch nehme ich Bestellungen in meinem Geschäfte an und werde sie auf das Billigste und Pünktlichste ausführen.

Das Verkaufs-Lokal befindet sich im Hause des Herrn Buchbinder Kögler parterre, neben dem rothen Roß.

Georg Willacker,
Friseur aus Schweinfurt.

Meß-Anzeige.

Ich erlaube mir die ergebenste Anzeige, daß ich gegenwärtigen Markt wieder bezogen habe. Versehen mit einer **schönen Auswahl** aller Arten **Messerschmiedwaaren eignen Fabrikates**, empfehle ich dieselben zur gefälligen Ansicht und Abnahme. Eine **Partie ächtenglischer Rasirmesser**, zum Selbstrasiren aufs Beste geriehet, dann eine Sorte „ganz doppl ausgeschliffen, welche sich dies für Barbiere eignen, nebst **Streichriemen von vorzüglicher Güte**, erlaube ich mir besonders in empfehlende Erinnerung zu bringen. Meine Bude befindet sich in der Hauptreihe und ist mit meiner Firma versehen.

Jos. Landgraf,
Messerfabrikant aus Bamberg.

Noch über den Markt ist das mit so vielem Beifall aufgenommene Kunstwerk, **das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci**, aus Lindenholz modellirt, worunter die neuesten Ereignisse: die Revolution in Paris — und Erstürmung der großen Barrikaden auf dem Alexanderplatz in Berlin — sowie die neu aufgestellten interessanten Panoramen im Gasthofe zum Adler täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr gegen Entree die Person à 8 kr., für Kinder die Hälfte zu sehen.

Metamorphosen-Theater.

Unterzeichnete laden auf Sonntag den 12. November und die darauf folgenden Tage ein verehrliches Publikum auf einige großartige Vorstellungen hiermit ergebenst ein, und geben sich der Ueberzeugung hin, daß kein Zuschauer den Platz unbefriedigt verlassen wird.

Die erste Vorstellung findet um ½6 Uhr und die zweite um 7 Uhr statt. Der Schauplatz ist in der Bude neben dem Stadtgetränk.

Das Uebrige machen die Anschlaggettel bekannt.

J. Eisen.

Guts-Verkauf.

Ein halber Hof, 3 Stunden von Bayreuth, mit massivem Wohnhause, Stadel und Schwyfen, guten Feldern und Wiesen nebst Holz- und Streu-Gerechtsame, steht aus freier Hand zu verkaufen oder auf 6 bis 12 Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird ertheilt in Nr. 84 am Markt zu ebener Erde.

In dem im Weinwirth Wachter'schen Hause auf dem Markte parterre rechts befindlichen Billard-Lokale wird von nun an Bier verzapft.

Vier noch brauchbare Winter-Fenster, von 4 Fuß 6 Zoll Höhe und 2 Fuß 9 bis 11 Zoll Breite, werden zu kaufen gesucht. Dammallee Nr. 440.

In dem Hause Nr. 339 in der Schrollengasse ist ein Quartier, parterre, bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, Küche, Keller, Boden, Holzlege, einem Garten und Mitgebrauch des Waschhauses auf Martini d. Js. oder Lichtmeß k. Js. zu vermiethen. Das Nähere beim Eigenthümer.

E.Nr. 235 im Rennwege vis a vis dem Gasthof zur goldenen Sonne sind im ersten und zweiten Stock in jedem ein Zimmer mit Kabinet, ohne Meubels zu vermiethen. — Das Nähere ist in E.N. 34 am untern Markte zu erfahren.

E.N. 483 ist ein auf 5 heizbaren Zimmern 2c. bestehendes Quartier auf Lichtmeß zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 316.** **13. November 1848.**

Deutschland.

Die Zusammensetzung des deutschen Staatenhauses.

Der sehr thätige Verfassungs-Ausschuß in Frankfurt hat seine Berathungen über das Capitel der Verfassung vom Staatenhause vollendet und wird seinen Entwurf mit Nächstem der Nationalversammlung vorlegen. Im „Hamb. Corr." finden sich einige von glaubwürdiger Hand herrührende Mittheilungen über die Zusammensetzung und Bildung des Staatenhauses, die wir diesem Blatte entlehnen: Der künftige deutsche Reichstag wird aus zwei Häusern bestehen, dem Staatenhause und dem Volkshause. Die Bildung des Staatenhauses hat der Verfassungsausschuß sich, wie es uns dünkt, ein bischen leicht gemacht. Er hat nämlich den Begriff eines eigentlichen Staatenhauses durchaus aufgegeben und nur eine Art feste Kammer vorgeschlagen, die mit einem eigentlichen Staatenhause lediglich einige Punkte der Entstehung gemeinschaftlich hat. Das Staatenhaus soll die Staaten als Individuen vertreten, jeder bestehende Staat also hätte das Recht auf Vertretung. Von dieser ersten Regel ist der Verfassungsausschuß gleich abgewichen und hat einer Menge von kleineren Staaten die Vertretung ohne Weiteres genommen, sie also als Individuen gestrichen. Die Zahl der Vertreter, die jeder Staat in das Staatenhaus zu schicken hat, mochte allerdings schwer zu bestimmen seyn. Eine gleiche Vertretung aller Staaten, wie in Amerika, mag bei den deutschen Verhältnissen nicht thunlich seyn. Der Entwurf des Ausschusses scheint aber doch einen gar zu willkührlich gewählten Maßstab zu Grunde gelegt zu haben. — Das Staatenhaus (so schlägt der Verfassungsausschuß vor) wird gebildet aus den Vertretern der einzelnen Staaten. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich auf die einzelnen deutschen Staaten nach folgendem Verhältniß:

	Mitgl.		Mitgl.
Preußen	40	Die sächsischen Herzogthümer	6
Oesterreich	36	Nassau	4
Bayern	16	Luxemburg (mit Limburg)	2
Sachsen	10	Oldenburg	2
Hannover	10	Braunschweig	2
Würtemberg	10	Anhaltische Fürstenthümer .	1
Baden	8	Hamburg	1
Holstein(mit Schleswig)	6	Bremen	1
Die beiden Mekienburg	6	Lübeck	1
Großherzogthum Hessen	6	Frankfurt	1
Kurhessen	6		
		in Summa	175

Ganz unverletzen (also in dieser Beziehung auf der Reihe der selbstständigen Staaten gestrichen) sind die beiden Schwarzburg, die beiden Hohenzollern, Waldeck, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmeid, Hessen-Homburg, Liechtenstein. — Was die Ernennung oder Wahl zum Staatenhause betrifft, so sollen die Mitglieder zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten (bei zwei Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit) ernannt werden. In den Staaten, welche nur ein Mitglied zu senden haben, schlägt die Regierung 3 Candidaten vor, aus denen die Volksvertretung wählt. Die Mitglieder des Staatenhauses müssen Staatsbürger derjenigen Staaten seyn, die sie senden, — müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und sich im vollen Genuß der bürgerlichen und Staatsbürgerlichen Rechte befinden. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf 6 Jahre gewählt, sie werden alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert. — Das Staatenhaus hat so ziemlich dieselben Rechte wie das Volkhaus, mit welchem gemeinschaftlich dasselbe den Reichstag bildet.

* **Frankfurt.** In der 110. Sitzung der Nationalversammlung wurde die in Wien erfolgte Zuhaftirung der beiden Abgeordneten Blum und Fröbel öffiziell bekannt gemacht, und von dem Präsidenten eine desfallsige Anzeige des Abgeordneten Hartmann, welcher sich zur Zeit gleichfalls in Wien befindet, verlesen. Der Justizminister Mohl begegnete sofort einer ihm gestellten Interpellation zur großen Befriedigung der Kammer, durch die Erklärung, daß er die österreichische Staatsregierung resp. das einschlägige Ministerium auf den von der Nationalversammlung gefaßten Beschluß hingewiesen habe, wornach zu einer solchen Maßregel die Zustimmung der letztern nothwendig sey. Nachdem hierauf die Berathung über den Gesetzentwurf: „Das Reich und die Reichsgewalt" fortgesetzt wurde, welche schon seit 3 Sitzungen durch verschiedene Zwischenangelegenheiten hingehalten worden war, gelang es der Kammer den ganzen, aus 9 Paragraphen bestehenden, Abschnitt über das Heerwesen zu beendigen. Die Bestimmungen desselben sind zu wichtig und berühren das Interesse der einzelnen Landesregierungen zu tief, als daß sie nicht den Lesern dieses Blattes eine willkommene Gabe seyn sollten. (Die hier bezeichneten §§. der Verfassung, die in dieser Sitzung angenommen wurden, haben wir bereits in Nr. 315 mitgetheilt.) In Folge einer Convention, welche die derzeitigen Vorsteher der einzelnen Fractionen unter einander trafen, hatten die Mitglieder derselben ihre Sitze in scharfer Abgränzung der einzelnen Parteien strahlenweise eingenommen, so daß letztere in paralleler Richtung auf die Tribüne zuliefen. Auf diese Weise war es möglich, einen leichten Ueberblick über die Stimmgebung der einzelnen Fractionen, soweit sie durch Aufstehen und Sitzenbleiben erfolgte, zu gewinnen und zu beurtheilen, wie weit dieselben miteinander gingen. Auf diese Weise gelang es denn auch unter andern eine Parthei zu controlliren, die — ein kleines Schärlein — sich durch ihre stiefmütterliche Gesinnung für die Reichsgewalt, mitunter zu großer Belustigung Anderer auszeichnete. Diese Partei wollte nichts wissen von einer Befugniß der Reichsgewalt, die Contingente der einzelnen deutschen Staaten zu bestimmen, nichts von dem Rechte derselben, die Generale auf Vorschlag der Einzelregierung zu ernennen, nichts von dem Organisations- und Gesetzgebungsrechte derselben im Gebiete des Heerwesens, am allerwenigsten aber davon, daß der Fahneneid an erster Stelle die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt enthalten sollte. Wohl aber wollte diese Fraction die Heere der größeren deutschen Staaten für selbstständige Theile erklärt und den Landesregierungen sogar das Recht zur Anstellung der Marinebeamten vindicirt wissen. Bei solchen Ansichten und Bestrebungen würde man mit der deutschen Einheit weit kommen.

Dresden, 9. November. In der heutigen Sitzung der I. Kammer kam das Schreiben des Reichsministers Mohl an die sächsische Regierung zur Sprache; wegen Unrichtigkeiten des Dekrets vom 28. August. Minister Pfordten erklärte: Die sächsische Regierung halte sich nun für verpflichtet, sogleich ihre Ansicht auszusprechen, die dahin gehe, daß sie ihr Dekret vom 28. Aug. d. J. nicht zurücziehe, es möge beschlossen werden was wolle. Die Regierung werde hierzu durch den Eid, den sie auf die Verfassung geschworen, genöthigt. §. 2 der Verfassungsurkunde spreche deutlich aus, daß ohne Zustimmung der Stände kein Recht der Krone veräußert werden könne. Es seyen überhaupt drei Gegenstände ins Auge zu fassen, die Centralgewalt, das Verfassungswerk und die einzelnen Gesetze, welche die Nationalversammlung erläßt. Was die Centralgewalt betreffe, so sey dieselbe von Sachsen zuerst (am 3. Juli) vollständig anerkannt worden, und die Regierung habe damals bereitwillig die Verpflichtung mit Zustimmung der Stände übernommen, die Verordnungen derselben anzuerkennen. Das deutsche Verfassungswerk wolle sie ebenso befördern, es könne aber ebenfalls nur unter Beistimmung der Regierung und der Stände dasselbe gegründet werden, da es in unsere Verfassungsurkunde eingreife. Was endlich die einzelnen von der Nationalversammlung erlassenen Gesetze betreffe, so sey aber auch hier die ständische Zustimmung in Bezug auf ihre Vollziehung nöthig. Die Gesetzgebung sey auch ein Kronrecht. Dieses zu entäußern, zu beschränken, was durch die Anerkennung jener Gesetze geschehe, sey nach §. 2 der Verfassungsurkunde ohne ständische Genehmigung unmöglich. Würden wohl die sächsischen Gerichte auf solche Gesetze ihn erkennen können, namentlich in einer Zeit, wo die allgemeine deutsche Gesetzgebung noch nicht feststehe? Was also die Regierung gethan, dazu habe sie ihr Eid verpflichtet. Hr. v. Posern fordert die Kammer auf, durch Erhebung von den Sitzen dem Minister ihre Beistimmung zu erklären, was auch von allen Mitgliedern geschieht.

Berlin, 9. Novbr. Die Würfel sind gefallen; die Schritte, welche ich in meinem letzten Schreiben andeutete, sind geschehen,

Digitized by Google

und damit die Bahn der Revolution sowohl von Seiten der Krone wie von Seiten der Nationalversammlung betreten werden? Die königliche Ordre, durch welche die Versammlung vertagt und verlegt worden, traf dieselbe nicht unvorbereitet, und die gestern in einer Vereinigung der Hauptfractionen gefaßten Beschlüsse gingen schon am gestrigen Abende zur Verbreitung in die Provinzen ab. Von diesen Beschlüssen wurden in der heutigen Morgensitzung zwei zu den Schlüssen der jungen Versammlung erhoben, deren wesentlichen Inhalt die Permanenterklärung der Nationalversammlung und eine Anklage der Minister auf „schwere Pflichtverletzung gegen Krone, Land und Versammlung“ ist. Am Ministertisch waren zur Ausführung dieser verhängnißvollen Maßregel Graf v. Brandenburg, v. Ladenberg, v. Manteuffel, v. Strotha erschienen. Nachdem Graf Brandenburg erklärt hatte: „daß die Berathungen sofort abgebrochen werden müßten und er gegen jede Fortsetzung dieser Versammlung als eine ungesetzliche im Namen der Krone feierlich protestiren müsse,“ und die anwesenden Minister darauf sämmtlich den Saal verließen, wurden von den Tribunen aus starke Ausdrungen laut. Auch entfernten sich in demselben Augenblick aus der diplomatischen Tribune die darin befindlichen fremden Gesandten; nur Hrn. Aragon sah man noch längere Zeit nachher auf seinem Platze verweilen. — Bis zu diesem Augenblick ist die Bewegung der Stadt noch eine außerordentlich gemessene und abwartende, obwohl man jeden Augenblick dem Einrücken des Militairs von den umliegenden Dörfern entgegensieht. Die eigentliche Krisis wird sich jedoch erst in dem Moment einstimmen, wo die Nationalversammlung den unmittelbaren Angriffen der Gewalt ausgesetzt seyn wird, wenn es bei ihren folgenden Berathungen, welche die Krone für ungesetzlich erklärt hat und durch die sie in der That bereitt zu einem revolutionären Convent constituirte, ohne Zweifel kommen muß: Die Streitkräfte des Volks, welche für sie ins Feld rücken werden, sind nicht schwer zu überschlagen; die neugebildete „akademische Legion,“ welche aus der Vereinigung der bisherigen fliegenden Corps entstanden, ist, zuverlässigen Nachrichten zufolge, nur auf 2500 Mann zu rechnen, obwohl ihre Kopfzahl gewöhnlich bedeutend höher angegeben wird. Von der Bürgerwehr dürfte sich jetzt nur ein sehr kleiner Theil gegen das Militair wirklich schlagen. Von den Maschinenbauern, welchen heute zur Bewachung der Nationalversammlung verwendet wurde, wird sich unbedingt an dem neuen Revolutionskampf theilnehmen. Wenn die Versammlung sich in ein Privatleal fortsetzen wird, zu dessen Beschaffung sie bereits ihren Präsidenten Vollmacht gegeben, so scheint man in Potsdam gewillt, sie einstweilen unter der Kategorie eines Clubs gewähren zu lassen, und dann erst zu ihrer gewaltsamen Auseinandertreibung zu schreiten, wenn sich öffentliche Bewegungen an diese ihre Fortsetzung knüpfen. Die innere und namentlich die kriegerische Organisation der demokratischen Partei, sowohl es sich um deren speciellen Antheil an der gegenwärtigen Bewegung handelt, als überhaupt sich als Gewalt. Hinsichtlich ihrer Beschußfähigen Anzahl scheint sich die Versammlung sehr gut aufrecht halten zu wollen. Nach dem Austreten derjenigen Elemente der Rechten, welche nicht weiter mitgehen zu können glaubten, zeigte die Versammlung in ihrer Morgensitzung die constatirte Anzahl von 263 Mitgliedern, welche sich in der Mittags- und Abendsitzung noch um einige vermehrt hatten. In der letzteren machte die Versammlung den Versuch, ihre Berathungen über die unentgeltliche Ablösung der bäuerlichen Lasten fortzusetzen, blos um zu zeigen, wie fest entschlossen sie sey, das Recht ihres unverkümmerten Fortbestehens zu wahren. — Die zum Hofe gehörigen Beamten sind heute von Berlin nach Potsdam abberufen worden. Die in den hiesigen Schlössern der Prinzen enthaltenen Kostbarkeiten sollen an mehrere Beamte zur Aufbewahrung in ihren Privathäusern vertheilt worden seyn. — Wie man hört, hat der neue Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, heute Nachmittag an das Commando der Bürgerwehr die Frage gerichtet, ob sich dasselbe stark genug fühle, mit ihren Mitteln und Kräften die Nationalversammlung bei ihrem fortdauernden ungesetzlichen Zusammenbleiben auseinander zu treiben. Die Antwort soll ablehnend für diesen Zweck ausgefallen seyn, doch kennt man noch nicht genau die Form, in welcher sie von Hrn. Rimpler ertheilt wurde.

Berlin, 9. Nov. **Königl. Botschaft:** Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung wegen ihrer Abstimmung thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. Oct. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der Versuch gemacht worden, die Abgeordneten durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche drohungswerthe Ereignisse bewiesen nur zu deutlich, daß sie zur Berathung der Verfassung berufene Versammlung, aus deren Schooße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den zu unserm tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in unserer Haupt- und Residenzstadt ihrer Berathung nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen von dem Scheine der Unfreiheit zu bewahren. Die Erfüllung unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben so bald als möglich die auf Grund unserer Verheißung zu erbauende constitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Umständen nicht erfolgen und darf von den Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen und haben unsere Staatsministerium beauftragt, dazu die nöthigen Verfügungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. Nov. ab in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hiemit vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und Fortsetzung derselben am 27. Nov. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Gegeben Sanssouci, 8. Nov. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Gegengez.) Graf von Brandenburg.

Berlin, 9. Nov. (Mittags 1 Uhr.) Die Bürgerwehr hält den Gendarmenmarkt besetzt und das Schauspielhaus gegen alle Richtungen abgesperrt. Das Commando hat sich unter die Befehle des Präsidenten, der Nationalversammlung gestellt. Kleine Militairpikets von den hier garnisonenden Regimentern ziehen von Zeit zu Zeit durch die Straßen. Das Volk ist durchaus ruhig. Seitdem die sonst so häufigen Attroupements sind nicht statt. Ein kleiner Theil der vor dem Schauspielhaus aufgestellten Bürgerwehr hatte die Absicht, die Minister, als sie das Schauspielhaus verließen, zurückzuhalten. Auf schriftliche Ordre des Präsidenten von Unruh mußte diese eigenmächtige Handlung unterbleiben. Die Bürgerwehr, welche das Schauspielhaus besetzt hält, ist aus den entschieden demokratischen Bezirken. Auch die Maschinenbauer und ein Theil des Handwerkerkorps sind dort. (2 Uhr.) Auf den Straßen stehen überall Menschenhaufen, welche den Bericht über die heutige Morgensitzung und ein Placat lesen. Dasselbe lautet: „Bürger, das Vaterland ist in Gefahr! Das Ministerium der Contrerevolution ist gebildet und hat die Nationalversammlung aufgefordert, sich nach Brandenburg zu begeben. Nur wenige Verräther sind seinem Rathe gefolgt, aber 250 bleiben in unserer Mitte. Auf dem Kreuzberge und vor einen Thoren tagern Truppen, unsere Freiheit ist in Gefahr. Verhaltet euch nicht ängstlich, aber schaart euch dicht um die Nationalversammlung und send gerüstet zum letzten Kampfe für Vaterland, Recht und Freiheit!“ (Nachmittags 4 Uhr.) Soeben wird ein „Protest der constitutionellmonarchisch gesinnten Abgeordneten, die von St. Maj. dem König ausgesprochene Verlegung der Nationalversammlung betreffend,“ publicirt. Die Abgeordneten der Linken haben folgendes Schreiben an ihre Wähler erlassen: Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den am 2. d. M. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Die Versammlung der Volksvertreter soll vertagt werden, um später an einem andern Orte zusammenzutreten. Mitbürger! Die Nationalversammlung, berufen, euren Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt noch aufgelöst werden. Wir sind fest entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen und zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vertraut auf uns, send einig in der Wahrung der errungenen Freiheiten und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet. Berlin, den 9. Novbr. 1848. — An einen Kampf mit den Waffen denkt fast Niemand ernstlich. In der That ist die Stadt auch nicht in der Lage, einem irgend energischen Angriffe zu begegnen. — Dem Vernehmen nach hat der Präsident der Nationalversammlung dem Bürgerwehrcommando die Erklärung zugehen lassen, er sey der Meinung, daß das etwanige Einrücken von Truppen in die Stadt nicht gehindert werden möge. Man glaubt, daß während der Nacht Truppen einrücken werden. Ein Gerücht behauptet: Graf Wesimoreland und Herr Aragon seyen nach Potsdam gefahren, um dort Verwahrung gegen die inconstitutionelle Behandlung der Kammer einzulegen. Auch die Abgg.

Digitized by Google

Harkort, Hartmann und Lüdhaus sollen sich nach Potsdam begeben haben. Abg. Milde, der der heutigen Sitzung von Anfang an nicht beigewohnt hat, soll sich seit gestern in Potsdam befinden, um dem Könige persönlich Vorstellungen zu machen. Schon damals, als von einem Ministerium Brandenburg zuerst die Rede war, erklärte Abg. Milde, er wolle sich Sr. Maj. zu Füßen werfen, um einen so unheilvollen Schritt rückgängig zu machen. (3½ Uhr.) Das Volk verhielt in musterhafter Ruhe. Auf dem Gendarmenmarkt haben sich einzelne Gruppen gebildet, doch ohne eine Spur von gewaltthätigen Absichten. Wie einer Correspondenz, als stehe ein Volksfest bevor, ergeht man sich; der König habe erklärt, falls die Versammlung auch morgen noch zusammentrete, Berlin in Belagerungszustand versetzen zu wollen. Auch aus besserer Quelle hören wir, daß eine solche Botschaft angelangt sey. (D. A. Z.)

Berlin, 9. Novbr. (Abends 10 Uhr.) Es ist Alles ruhig geblieben. Nach der Vertagung der Nationalversammlung, die um 7¼ Uhr Abends beschlossen wurde, zog die Bürgerwehr vom Gendarmenmarkt ab. Ein kleiner Theil ist zum Schutz des im Sitzungssaale zurückgebliebenen Präsidiums und der Mitglieder, die 50—60 an der Zahl, gleichfalls beschlossen haben, die Nacht im Saale zuzubringen, vor dem Eingange aufgestellt, meist Mitglieder der liegenden Corps. Die Versammlung der Majore der Bürgerwehr hat in einem soeben beendeten Conferenz den Beschluß gefaßt: wenn der moralische Einfluß der Bürgerwehr dem sich ihr etwa entgegenstellenden Militär gegenüber nicht ausreichen sollte, sich hinter die Barrikaden zurückzuziehen, die das Volk inzwischen errichtet haben würde.

Berlin, 10. November. Die bis 6 Uhr Abends gestern vertagte Sitzung der Nationalversammlung ward um 4½ Uhr aufgenommen. Präsident v. Unruh läßt die Antwort verlesen, welche er dem Minister des Innern auf dessen Reskript an die Bureauvorsteher geschickt. Er erklärte darin, daß er auf Grund der zusteh enden Polizeigewalt den Beamten Befehl ertheilt habe, dem Reskripte nicht nachzukommen, wenn er ihnen auch augenblicklich gestattet habe, das Lokal zu verlassen, um sich bei ihren Vorgesetzten zu melden. Diese Mittheilung wird mit allgemeinem Bravo begrüßt. Der Präsident ertheilt hierauf den Berichterstatter, in seinem Bericht über das Abgeordnetenhaus fortzufahren, Referent Pistet verliest hierauf die Nr. 12 nebst Motiven, worauf die Abgeordneten v. Berg und Phillips den Antrag stellen, daß die Versammlung sich bis heute 10 Uhr vertage. Berg: Der Präsident unserer Versammlung hat sich heute durch sein energisches Benehmen um das ganze Land so verdient gemacht, daß ich Sie aufforder e, durch Aufstehen ihm Ihren Dank auszusprechen. Die Versammlung erhebt sich einstimmig. Präsident von Unruh: Er habe nichts als seine Pflicht gethan. Die Sitzung wird hierauf bis 9 Uhr heute vertagt. — Die Stadtverordneten haben soeben nachstehende Adresse beschlossen: Majestät! Der Conflikt, in welchen die durch das Vertrauen der Nation gewählte Versammlung mit den Ministern der Krone getreten ist, hat die Vertreter der Hauptstadt mit tiefer Besorgniß erfüllt und drängt dieselben zu der ehrerbietigsten Bitte, es möge Ew. Maj. gefallen, ein mit dem entschiedenen Willen der gesetzlich bestehenden Versammlung in Zwiespruch getretenes Ministerium konstitutionellem Gebrauche gemäß zu entlassen, und der Einsicht der Nation vertrauend, ein neues Ministerium zu ernennen, welches durch seinen politischen Standpunkt die Majorität der Nationalversammlung besitzt. Auch die Ehre und das Recht Ew. Maj. Residenzstadt, welche der neuen Zeit schon so große Opfer gebracht hat, werden gleichzeitig durch die von dem Ministerium des Grafen v. Brandenburg beantragte Verlegung hart betroffen, und legen uns die Pflicht auf, die Gewährung unseres Gesuches und die Zurücknahme jener Maßregeln Ew. Maj. so dringend als ehrerbietigst ans Herz zu legen. — Die Bezirksversammlung von Nr. 36—40 hat in ihrer Sitzung vom 8. Novbr. folgenden Beschluß gefaßt: Sie spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Regierung durch Ernennung eines solchen Ministeriums, welches das Mißtrauen des Volkes besitzt, ihre Mißachtung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung kund giebt. Sie wird sich in ruhiger, aber fester Weise um die Nationalversammlung scharen, da sie nur in deren Beschlüssen den Ausdruck des ganzen Volkes sieht. (D. A. Z.)

Der König hat dem bisherigen Minister des Innern, Eichmann, das Oberpräsidium der Rheinprovinz und dem bisherigen Finanzminister, v. Bonin, das Oberpräsidium der Provinz Sachsen wieder übertragen.

Die in Glauchau ausgebrochene Seuche ist nun als epidemische Cholera constatirt.

Wien, 6. Nov. Das Heer des Feldmarschalls Fürsten v. Windisch-Grätz, welches in drei Armeecorps eingetheilt ist und zusammen 102,000 M. zählt, begibt sich jetzt nach Ungarn. Die Brigade des Generals Frank, bestehend aus dem Regimente Rassau, einigen Grenadierbataillons und Jägern, ist bereits gestern bataillonsweise auf einem Seitenflügel der Nordbahn nach Ungarn abgegangen. Morgen marschirt das Jellachichsche Armeecorps von hier ab. In Wien bleiben vorläufig mit 30,000 Mann, und von diesen sollen die Mitte dieses Monats noch 15,000 Mann abmarschiren, da bis zu dieser Zeit die Nationalgarde, welche schon am 15. Nov. wieder die Wachen bezieht, auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz reorganisirt sein wird. Reisende, welche aus Ungarn kommen, erzählen von den ungeheuren Verschanzungen, die schon von Preßburg aus errichtet worden sind. An der österreichisch-ungarischen Grenze soll ein ungarisches Armeecorps von 80,000 Mann aufgestellt worden und in ganz Ungarn der Landsturm aufgeboten sein.

(7. Nov.) Messenhauser, der mit der Kriegskasse geflüchtet sein soll, hat sich, wie man sagt, in Ofenpest freiwillig gestellt. Von Pesth aus werden nunmehr die ungarischen Kriegsrüstungen auf das eifrigste betrieben, und es heißt, daß Kossuth mit 70,000 Mann wiederum bis Brück an der Leitha vorgedrungen sei. Andere 7 Uhr. Soeben langt hier aus Ungarn die Nachricht an, daß Preßburg von den kaiserl. Truppen ohne Schwertstreich besetzt worden ist. (D. A. Z.)

Wien, 2. Nov. In den Stürmen, die am 26. und 28. auf die Vorstädte Leopoldstadt und Landstrasse von dem Militär gemacht wurden und deren Folge die Einnahme der genannten Vorstädte war, wurde den Szeresschanern (Rothmäntel) und Kaiserjägern erlaubt, auf eine Stunde zu plündern!! Die Häuser in der Jägerzeil sollen am ärgsten durchsucht und zerstört worden seyn. In einem Hofe jener Häuser fand eine eingespannte Kalesche, der Kutscher auf dem Bock, ein Kroate warf den Kutscher herunter, setzte sich darauf und fuhr im Galloppe in's Lager, wo er den ganzen Wagen sammt den Pferden einem Offizier um 46 fl. verkaufte. Ein anderer Rothmantel sieht ein Kind von 9 bis 10 Monaten! Es soll ein wunderschön Knabe seyn, in die feinste Wäsche gekleidet. Ein Offizier bot ihm 10 fl. an — ob man das Kind und andre suchten ihn auf alle Arten zu stehlen, es ihnen zu überlassen, aber er war nicht dazu zu bewegen und erklärte, daß er das Kind lieber „braten“ und „fressen“ würde — als es hergeben!! Das Kind ist noch im Lager im Besitz des Rothmantels auf der Lobau. — Wie fragten einen Szeresschaner Offizier, ob es denn wahr sey, daß die Rothmäntel so viele Verbrechen und Brandlegungen verübt. Der Offizier antwortete, indem eine tiefe Röthe seine Stirne überflog — lassen Sie mich ist! — Die Aussagen der Offiziere vereinigen sich dahin, daß die Armee 80,000 M. stark ist. 6000 M. Rothmäntel, die Banus Jellachich herbrachte, waren noch allgemeiner Aussage der Offiziere nur für die Universität bestimmt. Der Angriff auf das Burgthor am 31. Mittags wurde von Kaisersjägern gemacht — ihr Verlust an Mannschaft soll ungeheuer seyn. Im Durchschnitte rechnen die Offiziere 40 Mann Todte auf jede Kompagnie, also 240 auf ein Bataillon. — Die 15,000 Ungarn, welche Jellachich und Windisch-Grätz am 30. v. M. zurückschlug, sollen aus Freiwilligen bestanden und sehr wenig Geschütz mit sich geführt haben. Viele wurden in die Donau gesprengt, aber die Mehrzahl entkam nach Ungarn: Liechtenstein-Kürassiere verfolgten sie — aber sie hatten ihre Munition verschossen und mußten bald von der Verfolgung abstehen, ohne Gefangene gemacht zu haben. 3. Nov. Die italienischen und andere Regimenter murren schon über die Anwesenheit der Kroaten in der innern Stadt, weil diese letztern bereits überall in den Straßen betteln, einzelne und sogar ganze Haufen dringen in das Innere der Häuser und begehren Geld und Essen. Mein eigner Hausherr mußte gestern seinen Kindern auf diese Art das Mittagessen vom Munde wegnehmen und es ihnen geben.

Die westliche Post ist bis zum Schlusse unseres Blattes nicht eingetroffen.

Anzeigen.

Der unterzeichnete Agent empfiehlt zur Benützung
die Lebens-Versicherungsbank f. D. zu Gotha,
auf dem Prinzipe der Gegenseitigkeit gegründet, gewährt sie neben der größten Sicherheit die größtmöglichste Wohlfeilheit;
die Feuer-Versicherungs-Anstalt der Hypotheken- und Wechselbank in München,
ein Grund-Capital von „drei Millionen Gulden“ sowie die Wohlfeilheit der Prämien haben den Wirkungskreis dieser Anstalt seit

Digitized by Google

ihrem kurzen Bestehen (Juni 1836) so erweitert; daß der von ihr seit jener Zeit gezahlte Brandschaden allein die Summe von

fl. 1,200,000

ausmacht; — außerdem sind noch höchst empfehlenswerth

die Renten-Anstalt,
die Capital-Versicherungs-Gesellschaft für Kinder,
sowie die Leibrenten-Anstalt,

sämmtlich Geschäftszweige der Hypotheken- und Wechselbank in München.

Statuten, Pläne, Antragsformulare ꝛc. unentgeltlich bei

Friedrich Feustel.

Die Unterzeichneten beehren sich, zur allgemeinen Anzeige zu bringen, daß sie am kommenden Martini-Markt

eine Parthie gebleichter und ungebleichter Leinwanden von bester Qualität und zu sehr billigen Preisen,

jedoch nur in ganzen Stücken verkaufen werden.

Ihre Bude befindet sich vis à vis vom Rathhaus, wohin sie alle Kauflustigen und besonders die edlen Frauen und Jungfrauen hiesiger Stadt und Umgegend, welche sich's zur Pflicht gemacht haben, nur inländisches Fabrikat tragen zu wollen, zu geneigtem Besuch höflichst einladen.

Der Ausschuß des Weber-Vereins.

Walter sen. Hollfelder. Walter jun.

Zum gegenwärtigen Martini-Markt empfehle ich mein bekanntes

Putz-, Mode- und Schnittwaarenlager

welches durch **frische** Zusendungen mit den **neuesten**

Kleider- und Mantelstoffen,

glatten und façonirten **Seidenzeugen, Alepines, Foulards, Chales** und **Umschlag-Tücher, Echarpes, Meubles-** und **Vorhangsstoffe,** ostind. **Foulards, Cravatten & Shlipse, weiße** und **bunte leinene Taschentücher** etc. auf das reichhaltigste assortirt ist.

Ferner bietet mein Lager eine große Auswahl des

Elegantesten Damenputzes,

bestehend in **Hüten** aus **Sammt** und **Seide, Hauben, Schleier, Bänder, Ballblumen** und mehreren Artikeln.

Um geneigten, recht zahlreichen Besuch bittend, verspricht die **billigsten** Preise

J. Würzburger, jun.
Ecke der Opernstraße.

Mein wieder vollständig assortirtes

Schnitt- und Mode-Waaren-Lager

sowie eine reichhaltige Auswahl des neuesten

Damen-Putzes

empfehle ich, unter Zusicherung der billigsten Preise, zu geneigter Abnahme.

J. Wertheimber,
neben dem Opernhause.

Julie Andreae
aus Hildburghausen

bezieht den vorstehenden Martini-Markt wieder mit ihrem wohlassortirten Lager neuester Hüte, Hauben, Blumen, Bänder, Krägen, Chemisetten ꝛc. und sichert beste Bedienung und billigste Preise zu.

Ihr Verkaufslokal befindet sich in dem Hause des Herrn Uhrmacher W. Burger, vis à vis dem königl. Stadtgerichte, eine Treppe hoch.

Anzeige.

Einem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen Publikum empfehle ich mich mit einer großen Auswahl von Friseur-Artikeln, neu erfundenen **Herren-** und **Damen-Perücken, Touren, Toupets** ꝛc. ganz neuer Art; **Scheidel, Locken, Flechten** aller Art; ferner **feine Schildkrot-, Frisir-, Aufsteck-** und **Locken-Kämme,** dieselben auch von **Horn.** Feine **Parfümerien, Zahn-** und **Kopfbürsten.**

Auch nehme ich Bestellungen in meinem Geschäfte an und werde sie auf das **Billigste** und **Pünktlichste** ausführen.

Das Verkaufs-Lokal befindet sich im Hause des Herrn Buchbinder **Kögler** parterre, neben dem rothen Roß.

Georg Willacker,
Friseur aus Schweinfurt.

☞ Noch über den Markt ist das mit so vielem Beifall aufgenommene Kunstwerk, **das Modell der ganzen Stadt Berlin und Sanssouci,** aus Lindenholz modellirt, worunter die neuesten Ereignisse: die Revolution in Paris — und Erstürmung der großen Barrikaden auf dem Alexanderplatz in Berlin — sowie die neu aufgestellten interessanten Panoramen im Gasthofe zum Adler täglich von früh 9 bis Abends 8 Uhr gegen Entrée die Person 6 kr., für Kinder die Hälfte zu sehen.

Kurhessisches Staats-Anlehen von Thlr. 6,725,000.

Siebente Haupt-Prämien-Verloosung.

Ziehung am 1. Dezember in Kassel. Hauptprämien: fl. 63,000, fl. 14,000, fl. 7000, fl. 3500, 2 à fl. 1750 ꝛc. ꝛc. Geringste Prämie fl. 96. Ganze Aktien für diese Verloosung à 2 Preuß. Thlr., halbe à 1 Thlr. sind bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen. Pünktliche Einsendung der amtlichen Ziehungsliste wird zugesichert. Auch habe ich noch eine Anzahl **Badischer** Aktien für die am 30. November stattfindende Ziehung zu den bekannten Preisen abzugeben.

Moritz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt am Main.

N. S. Der Verloosungsplan liegt auf dem Comptoir dieser Blätter zur Einsicht auf.

Freitag den 17. d. Mts.

werden von den Unterzeichneten in Neumarkt 6 zum schweren Zuge geeignete Pferde sammt Geschirr, nebst 4 Stück 3jähr und 4jährige Wägen mit Zubehör, sowie zwei einspännige Chaisen, gegen gleich baare Bezahlung zu billigen Preisen verkauft, wozu Kaufsliebhaber hiermit eingeladen werden.

Kulmbach, am 8. Nov. 1848.

Grampp und Cons.
Eisenbahn-Bau-Unternehmer.

Wir verkaufen gegen baare Zahlung aus den von Weiß'schen, Helm'schen und Swaine'schen Steinkohlen-Bergwerken den Kübel beste Schmiedekohlen zu 20 kr., der Kübel wiegt bekanntlich circa 2 Centner, den Kübel Heizkohlen oder Brennerze von circa 80 Pfund zu 6 kr.

Steckheim bei Sonneberg, den 1. Novbr. 1848.

Vereins-Steinkohlen-Verkaufs-Bureau.

Eine doppelte Mark-Boutique im besten Zustande, in der zweiten Hauptreihe vor dem Wachter'schen Weinhause ist billig zu verkaufen. Näheres bei

J. M. Händel an der Dammallee.

Bei Sattler Rogner stehen neue und gebrauchte Chaisen, ein noch wenig gebrauchter Rennschlitten, ein Rollengeläute, ein englisches Geschirr und ein vierspänig gedeckter Schlittenkasten zu verkaufen.

Eine Zwirnmaschine ist zu verkaufen; Näheres am Brandenburger Thor Nr. 683.

In dem im Weinwirth Wachter'schen Hause auf dem Markte parterre rechts befindlichen Billard-Lokale wird von nun an Bier verzapft.

Ein Reitpferd ist zu verkaufen. Friedrichsstraße Nr. 384.

Am Marktplatz Nr. 26 ist auf dem 1. Januar 1849 ein hübsch meublirtes Zimmer und Cabinet, mit oder ohne Bett, billig zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kommerzrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 317.** **14. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 10. November. (113. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nach einer kurzen Debatte über Ruge's lange Abwesenheit von wird der Versammlung der Beschluß gefaßt, daß derselbe als ausgetreten zu betrachten sey. — Hierauf folgt nach einer Interpellation des Abgeordneten Berger bezüglich einer vom österreichischen Cabinete ausgehenden Instruktion zu den Wahlen nach Frankfurt, die wegen Abwesenheit Schmerlings unbeantwortet bleibt, die Berathung des Art. IV. des Verfassungsentwurfs §. 21—24, die von den Schifffahrts-Anstalten handeln. Hildebrand fordert für die zur Meeres- und Fluß-Schifffahrt gehörigen Anstalten nicht blos die Oberaufsicht des Reichs, sondern will geradezu alle diese Anstalten zur Reichssache erhoben wissen. — Wartensleben meint, daß es mehr darauf ankomme, die Centralisation, die durch solche Vorschläge erstrebt werde, zu vernichten. Die Oberaufsicht selbst ist ihm ein Gräuel, er erwartet nichts von der Beamtenhierarchie nach französischer Einheitsmanier, wohl aber das Beste von den einzelnen Ueberstaaten, von den Gemeinden und der freien Concurrenz. Eisenstuck leugnet nicht den Eifer der einzelnen Staaten und die Vortheile der freien Conkurrenz, allein er erblickt Gefahr in ihrer Eifersucht. Als ein Beispiel des Letztern schildert er das Verhältniß Hadburgs zu Hamburg. Würden die §§. nach dem Vorschlage des Verfassungs-Entwurfs angenommen, so erhalte man keinen Bundesstaat, sondern nur einen reformirten Staatenbund. — Merk verspottet die neidische Eifersucht, die Eisenstuck der Stadt Hamburg in Bezug auf Harburg beigemessen. Durch Thatsachen und Zahlen beweist er, daß die deutsche Handelsmarine die zweite in Europa ist immer noch steigendem Fortschritte geworden, ohne irgend welche Centralisation der Verwaltung ihrer Seeanstalten und ohne Begünstigung der einheimischen Abderei vor der fremden. Dagegen sey die französische Handelsflotte, trotz des Genusses aller Vortheile einer einheitlichen und bevorzugenden Gesetzgebung immer tiefer gesunken. Mit dieser und einer Reihe statistischer Angaben tritt Merk zugleich den schutzzöllnerischen Wünschen entgegen, die sich in dem Verlangen nach einem Differentialzolle offenbaren, während alle deutschen Seehandelsplätze, mit Ausnahme Bremen's nichts weiter zu ihrem Gedeihen und nichts für nothwendiger erachten, als die volle Freiheit. — Gumprecht schließt sich Merk an und weist darauf hin, daß die sachkundigen Autoritäten im Betreff dieses Gegenstandes mit ihm in der Minderheit seien. Binde spricht für das Oberaufsichtsrecht der Reichsgewalt, worüber den Einzelstaaten die besondere Verwaltung der Schifffahrtsanstalten unbeschränkt verbleibe, und schließt mit dem Hinweise auf die Staatskorruption, die Frankreich aus seiner Centralisation geschöpft und will, daß nicht blos gehandelt werde für das Volk, sondern auch soviel als möglich durch das Volk. Nach dem Schluß der Debatte spricht M. Mohl für die Mehrheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Er findet einen bedeutenden Unterschied zwischen den heutigen Ansichten des Hauses und jenen im May, wo Niemand zum Beispiel an einem gemeinschaftlichen Zoll- und Postsysteme für Deutschland einen Zweifel gehegt habe. Den Zahlenangaben Merks setzt er andere Zahlenangaben entgegen und spricht Hamburg nicht allein den Sinn für deutsches Interesse ab, sondern giebt auch dem Harburgerhafen den Vorzug vor dem Hamburger. Er sucht auch zu beweisen, daß die Verwaltung der See- und Flußanstalten durch das Reich die Beamtenkategorien nicht vermehren, sondern vereinfachen werde und nachdem er noch auf einige ungünstige Bestimmungen der auswärtigen Gesetzgebung in Bezug auf die deutsche Schifffahrt hingewiesen, schließt er mit einer feierlichen Berufung auf die deutsche Einheit. — Für den Verfassungsausschuß spricht Waitz. Er findet Deutschlands Glück darin, daß wir niemals centralisirt haben. Nur den Nachtheilen dieses Mangels an Centralisation haben wir vorzubeugen. Auf die Schifffahrtsanstalten würde aber eine strenge Centralisation am wenigsten anwendbar seyn. Zur Abstimmung geschritten, werden die §§. 21 bis 24 in folgender Fassung nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen. §. 21. Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. §. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. §. 23. Die Abgaben, in den Seeuferstaaten von den die Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse Die Berathung über Art. V. (§§. 25—28) wurde auf die nächste Sitzung vertagt. (F. J.)

Frankfurt, 9. Novbr. Wie man hört, kamen am letzten Sonntage Landtagsabgeordnete aus beiden Hessen, Nassau und Frankfurt zusammen, um sich zu verständigen, nach welchem Ziele die Mediatisirung für ihre Landestheile zu erstreben sey; namentlich was eine spätere Vereinbarung derselben zu einem Staate betreffe. — Die Nationalversammlung ist in der letzten Zeit mit der Berathung der Reichsverfassung oder vielmehr mit der Abstimmung über dieselbe so rasch vorangeschritten, daß es nicht zu bezweifeln ist, wie dieselbe weit bälder damit zu Ende kommen wird, als man noch vor einigen Monaten ahnete. Es ist wahrscheinlich, daß die Reichsverfassung gegen Ostern hin vollendet und damit die wichtigste Aufgabe der Versammlung gelöst seyn wird. Möchten wir dabei auch nur die Hoffnung hegen können, daß das Werk den billigen Erwartungen des deutschen Volkes entsprechen und daß es seiner innern Güte nach ein dauerndes seyn werde! — Dem Vernehmen nach wird die zweite Lesung der Grundrechte schon in den nächsten Tagen, längstens in einer Woche beginnen. Wir freuen uns sehr, dies anzeigen zu können. Darnach erst wird in den einzelnen Staaten die zeitgemäße und übereinstimmende Abänderung der Verfassungsurkunden vorgenommen werden können. Die nothwendigkeit der Abhaltung constituirender Versammlungen kann nach definitiver Annahme dieser „Grundrechte" wohl kaum mehr bestritten werden. (F. J.)

Der D. Ztg. schreibt man aus Frankfurt, 9. Nov. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Ihren Lesern vielleicht interessante Nachricht mittheilen, daß sich in diesem Augenblicke ein Entwurf Hansemann's über die Form der künftigen Reichsgewalt unter der Presse befindet, welcher zwar an der neulich von Binde angriffsweise berührten „Dreieinheit" festhält, aber eine Menge äußerst praktischer, echt staatsmännischer Winke enthält.

Frankfurt, 10. Nov. (D. J.) Die Frage, wer das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen werde, beschäftigt jetzt die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Sache verdient nicht geringe Schwierigkeiten zu. Gern will man in Frankfurt bei Besetzung dieses Postens gegen Preußen willfährig sein. Von Berlin aus war auch in Ihrem Blatte der frühere Minister-Präsident, Hr. v. Auerswald, in Vorschlag gebracht. Hr. v. Auerswald ist ein geachteter, angenehmer Charakter, eine vermittelnde Persönlichkeit. Aber er besitzt, wie in der Schleswig'schen Angelegenheit sich zeigt, zu wenig Erfahrung. Gern dächte man an einen so tüchtigen Diplomaten, wie Freiherr v. Arnim. Aber der Zweck, der Krone Preußen gefällig zu sein, würde durch diesen Mann, so ausgezeichnet er ist, nicht erreicht werden. Keinenfalls wünscht man das deutsche Reich durch einen Neuling in das europäische Staatensystem eingeführt; wir haben bereits Lehrgeld bezahlt! Herr Banks aus Hamburg hat eine gute Schule durchgemacht, es fehlt ihm weder an Erfahrung, noch an Feinheit und Geschicklichkeit; allein die Eigenschaften, welche dem Ausland gegenüber gegenwärtig noch mehr Noth thun, sind Festigkeit und Entschlossenheit. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist in dieser Verlegenheit bereits mehrfach auf einen Mann gerichtet, welcher, obgleich einem kleinen Staate gehörig, sich in Paris, am Hofe Ludwig Philipps

Digitized by Google

allgemeines Ansehen zu erwerben gewußt, und wo die klägliche Rolle kennt, welche die Vertreter der kleinern Staaten unter den auswärtigen Staatsmännern zu spielen pflegen, wird dies Verdienst um so höher anschlagen. Wie meinen Hrn. v. Könneritz, der nicht zu verwechseln ist mit seinem Bruder, dem sächsischen Minister. Charakter, Erfahrung und Fähigkeiten empfehlen diesen Mann gleich sehr. Er hat Paris verlassen, und wird auf seiner Durchreise nach Dresden heute Abend hier erwartet. Man unterläßt nicht, seine Ankunft in Verbindung zu bringen mit Anträgen, welche ihm zur Uebernahme des so schwer zu besetzenden Reichsministeriums gemacht sein sollen. Die schleunige Besetzung jenes wichtigen Postens ist gewiß dringend zu empfehlen.

Frankfurt, 10. Nov. Heute Morgen langte mit dem ersten Taunus-Eisenbahnzuge eine bedeutende Anzahl von, der Theilnahme am September-Aufstande angeklagten Untersuchungs-Gefangenen unter starker militairischer Escorte von Mainz hier an, um in die zu ihrer Aufnahme im alten Gefängnißgebäude hergerichteten Arrestlokale untergebracht zu werden.

München, 10. Novbr. Die Schließung der Gesetzgebungsausschüsse hatte nicht Mittwoch statt, sondern wird erst Morgen vor sich gehen. (A. Z.)

München. (Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.) Die Vorschriften für die Studirenden der Hochschulen betreffend. Se. Maj. der König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Bestimmungen über Studentenvereine (§. 44 — 59 der Vorschriften für die Studirenden an den Hochschulen des Königreiches vom 13. Februar 1842 und Zifk. I. bis VIII. Seite 9—13 der am 13. Okt. l. J. bekannt gegebenen Veränderungen, so wie die Ministerialentschließungen vom 18. Februar und 8. April l. Jr. Nr. 2992 und 3805) schon jetzt sogleich außer Wirksamkeit gesetzt werden und daß an ihrer Stelle einstweilen und bis zur Verkündung der neuen Statuten, deren Bearbeitung bereits angeordnet ist und unter dem Vorbehalte in den neuen Satzungen zu treffender Abänderungen folgende Normen zu treten haben. 1) den Studirenden, sowohl der allgemeinen, als der Fachstudien, ist festgestattet, unter sich Gesellschaften zu wissenschaftlichen und geselligen Zwecken zu bilden und Anzeichen hiefür nach Belieben sich beizulegen. 2) Die Bildung solcher Studentengesellschaften muß dem Rektor angezeigt, und es müssen demselben die Namen der Vorstände bei jedem Wechsel, auf Verlangen auch die der übrigen Mitglieder, mitgetheilt werden. 3) Gestattet sind fernet allgemeine Versammlungen aller Studirenden der nämlichen Hochschulen in corpore oder durch Vertreter für allgemeine Angelegenheiten des akademischen Lebens. Auch von diesen Versammlungen ist dem Rektor jederzeit Anzeige zu machen. 4) Gesellschaften, welche zu andern als den oben bezeichneten Zwecken gebildet werden, sind nach den deßfallsigen allgemeinen Gesetzen zu beurtheilen und Studirende, welche wegen Uebertretung dieser allgemeinen Gesetze von der zuständigen Gerichtsbehörde mit Strafe belegt werden, unterliegen auch nach ihrer disciplinären Behandlung §. 93 Ziff. 2 der Vorschriften für die Studirenden an den Hochschulen ꝛc. ꝛc. München, den 4. Nov. 1848. Auf Se. königlichen Majestät allerhöchsten Befehl. v. Strauß. Duech den Minister des Generalsekretär Ministerialrath Hänlein. An den Senat der Universität München. (D. konst. J.)

Köln, 8. Nov. Man will hier wissen, daß Appellationsrath v. Ammon zum Reichsstimmführer mit ausgedehnten Vollmachten für Anhalt-Bernburg ernannt worden sei und morgen bereits an den Ort seiner Bestimmung abgehen werde. (D.-U.-L.-Z.)

Wien, 7. November. In unserem Belagerungszustande ist bereits manche Milderung eingetreten, und man sieht noch mehreren in größere Nähe mit Zuversicht entgegen. Heute erscheinen „Presse und Lloyd" zum ersten Male wieder. Nur sind die Nachrichten vom Auslande noch sehr im Rückstand, da viele Packete mit Briefen und Zeitungen, welche liegen geblieben, zu sortiren sind. Die Zusammensetzung des neuen Ministeriums ist wohl mit ziemlicher Bestimmtheit als folgende anzunehmen: Fürst Felix Schwarzenberg Ministerpräsident und Aeußeres, Bach Innres, Buchner Krieg, Krauß Finanzen, Helfert Kultus und Unterricht, Bruck Handel, Berda Justiz. Diese Kombination hat mehr Glaubwürdigkeit, als ebenfalls eine stark besprochene, wonach Wessenberg Ministerpräsident ohne Portefeuille bliebe, Meyer das Innere, Schönlaub den Krieg und Kübek die Finanzen erhielte. Die geflüchteten Familien strömen nun haufenweise nach der Stadt, letztere erscheint sehr belebt; der Verkehr zwischen Stadt und Vorstädten ist noch immer auf die Tagesstunden von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends beschränkt. Viele Personen reisen auch ab, und es wird queue gemacht, um Paßscheine zu erlangen.

Wien, 8. November. Die Abgeordneten der Linken scheinen ihren Vorsatz, gegen Verlegung des Reichstags nach Kremsir noch weiteres zu protestiren, aufgeben zu wollen, da sie sich dadurch unmöglich machen würden. — Man spricht heute vom Eintritt des Grafen Stadion ins Ministerium an Bach's Stelle. — Von heute an ist der Verkehr zwischen den vor den Linien gelegenen Ortschaften und Stadt und Vorstädten frei gegeben. — Gestern sind zahlreiche Raketenparks auf der Nordbahn nach Ungarn transportirt worden, die Truppen konzentrirten sich bei Göding, und es heißt, daß am 12. d. der Angriff beginnen soll. — In Südungarn ist Esseg in die Hände der Magyaren gefallen. — Der neuernannte Gouverneur von Wien, Feldmarschalllieutenant v. Welden, wird zwischen heute und morgen erwartet; man schreibt seine Strenge, die auch den Ereignissen der Taroise und Palma Nuova bekannt ist, lebt aber seinen Gerechtigkeitssinn. — Auch Juwelen-, Gold- und Silberläden sind nun eröffnet; die größten Plätze gleichen aber alle Festungen. Die nächtliche Beleuchtung durch die Bivouakfeuer kömmt bei der mangelnden Gasbeleuchtung sehr zu Statten. — Minister Kraus ist gestern nach Olmütz beeufen worden, ein scheeee Beweis, daß er im Ministerium verbleibt. — Baron Anselm Rothschild weilt fortwährend in dem nahe gelegenen Penzing, wo er sich die ganze Zeit hindurch aufgehalten. Ein neues Anleihen steht wohl in ziemlich naher Aussicht. (K. v. u. f. D.)

Ungarn.

Laut der Ofen-Pesther Ztg. vom 2. Nov. fährt die provisorische Regierung fort Bataillone zu errichten, Staabs- und Oberoffiziere zu ernennen, und alles dieses im Namen oder vielmehr zeigen sie nachträgliche Genehmigung des Königs. Die ungarischen Festungskommandanten, welche die Festungen für den König vertheidigen und an die ungarischen Streitkräfte nicht übergeben wollten, werden als Rebellen bezeichnet. Der ungarische Unterstaatssecretär, Franz Pulszky, zeigt aus Parendorf unterm 27. Okt. der provisorischen Regierung in Pesth an: daß der vom Präsidenten Kossuth in das Hauptquartier des Fürsten Windisch-Grätz abgeschickte Parlamentär, Oberst Ivanka, von Seite des Marschalls mit den Worten: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht," wieder entlassen, und sodann im Hauptquartier des Banus Jellachich, mit dem Bedeuten daß auch der croatische Parlamentär Filgeli im ungarischen Lager als Gefangener behandelt wurde; zurückbehalten worden sey. Die Depesche welche Ivanka dem Maschall überbrachte, ist aus dem Hauptquartier der ungarischen Armee zu Parendorf (an der österreichischen Gränze) vom 25. Okt. und durch Kossuth unterzeichnet. Dieses weitläufige Dokument bezeichnet den Vorgang gegen Ungarn als gesetzwidrig, den Banus Jellachich als einen Verräther und Empörer, den Fürsten Windischgrätz, weil er das Corps des Banus in seine Armee aufgenommen, als Theilnehmer der Empörung, und protestirt sowohl gegen die Ernennung des Marschalls zum Befehlshaber der in Ungarn stehenden Truppen als überhaupt gegen jede feindselige Operation gegen Ungarn, mit der schließlichen Aufforderung an den Feldmarschall die Belagerung Wiens sogleich aufzuheben und die Armee des Banus zu entwaffnen.

Frankreich.

* Paris, 8. Novbr. Wie gehen hiermit die wichtigsten Stellen aus Bastide's gestriger Rede über den Stand der auswärtigen Politik nebelich. Nachdem der Minister daran erinnert hatte, wie im Monate August eine stegreiche österreichische Armee gegen Piemont vorrückte und Frankreich und England ihre Vermittelung eintreten ließen, wie jedoch theils die Gewalt der Ereignisse, theils die große Entfernung der vier Punkte Wien, Turin, Paris und London die gegenseitigen Mittheilungen erschwert und verzögert hatten, wie endlich die Unterhandlungen durch die Wiener Ereignisse unterbrochen wurden, kündigte er an, daß diese Unterhandlungen nun unverweilt wieder aufgenommen werden würden und seiner Ueberzeugung nach zu einem, der von der Nationalversammlung aufgestellten Basis entsprechenden Resultate führen würden, fügte er hinzu: „Nicht nur sie Frankreich, sie ganz Europa ist die Pacifikation Italiens ein Bedürfniß, und ich wiederhole, was ich schon einmal gesagt habe, es kann für Italien keine wahrhafte Pacifikation geben, ohne dessen vollständige Befreiung. Die Welt bietet in diesem Augenblicke ein großartiges Schauspiel dar, wir leben in einer Zeit der Krisen und der Umwandlungen. Das von Frankreich proclamirte Princip der Volkssouverainetät strebt sich in den Verfassungen aller Völker geltend zu machen. Frankreich muß diese Bewegung unterstützen, aber im friedlichen Wege. Dies ist die ruhmvolle Aufgabe unseres Landes und es wird selbe im Vereine mit den andern

Digitized by Google

Völkern lösen. Ungeachtet der Lügen Zurückhaltung, die uns die Ereignisse und die Meinungen Europas seit der Februarrevolution auferlegen, sind unsere diplomatischen Beziehungen zum Auslande ein beständiger gewesen. Auf unsern Rath hat Preußen das Dasyon des Großherzogthums Posen geschont. Eine Zwistigkeit hatte sich über die Nationalität Schleswigs erhoben. Dank sey es unsern guten Rathschlägen, ein Resultat ist zu Stande gekommen, welches für alle in diese Frage verwickelten Völker gleich ehrenvoll ist. Wir sind in Sicilien eingeschritten, die Rechte der Humanität zu vertheidigen und wir haben die Fortschritte eines Brandes gehemmt, der, wenn er sich verlängerte, Keime des Hasses und der Zwietracht erzeugt haben würde, die das Verderben den Siciliens in dem großen italienischen Familienbunde unmöglich gemacht hätten. In Deutschland haben wir nur unsern eigenen Eingebungen zu folgen gebraucht und die brüderlichen Bande mit den Völkern erhalten, die wir wie in dem Wege der Demokratie vorwärts gehen. Unsere diplomatischen Beziehungen mit Deutschland sind noch in einer Ungewißheit, weil Deutschland seine Zentralverwaltung noch nicht bestimmt geregelt hat, aber diese Beziehungen sind durchaus freundschaftlich. In Oberitalien haben wir, wegen der Wiener Ereignisse noch kein Resultat erzielen können. Allein wir haben bei allen bedrängten Mächten die günstigste Stimmung für Erhaltung des Friedens, bei den Bevölkerungen einen bewunderswerthen Patriotismus und einigen richtigen Verstand und von Seite der mit uns gemeinschaftlich vermittelnden Macht einen Beistand gefunden, dessen Festigkeit und Aufrichtigkeit sich nicht einen Augenblick verläugnet haben. Wir haben daher mehr als je die Hoffnung, ja, ich möchte sagen, wir haben die Gewißheit, auf friedlichem Wege in Italien das Ziel zu erreichen, das die Versammlung und vorgezeichnet hat, ohne deshalb Frankreichs Interessen zu beeinträchtigen, vielmehr zur Mehrung seiner Ehre. Wäre es anders, müßten wir in irgend etwas nachgeben, so würden wir nicht aufstehen, vorzuschlagen, meine Herren! die Friedenspolitik aufzugeben, aber wir haben die Ueberzeugung, daß es uns auf friedlichem Wege gelingen wird, die Grundlagen unserer Vermittelung annehmen zu machen. Uebrigens werden die obschwebenden Unterhandlungen bald an das Licht der Oeffentlichkeit treten, alle diplomatischen Aktenstücke werden ihnen vorgelegt werden und Sie werden in letzter Instanz die Menschen und die Sachen beurtheilen. Ich für meinen Theil kann Sie versichern, daß ich diesen Augenblick mit Vertrauen erwarte."

Diese Rede, sey von Beifall unterbrochen, hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Am Schlusse der Sitzung beschäftigte sich die Versammlung mit dem Budget der Justiz.

Der parlamentarische Club des Institutes hat nun gestern auch beschlossen, keinen bestimmten Candidaten für die Präsidentschaft aufzustellen, obwohl die Mehrheit sich offen für General Cavaignac aussprach. Die Präsidentschafts-Frage fährt fort die Gemüther in der größten Aufregung zu erhalten und die Besorgniß, daß Louis Bonaparte doch gewählt werden dürfte und daß seine Wahl grosses Unheil und ernste Krisen nach sich ziehen dürfte, wirkt sehr nachtheilig auf die Börse und alle Geschäfte. Seit acht Tagen fielen die Curse fortwährend und das Gold steht schon wieder auf 30 Franks das 1000.

Die Assemblée nationale zeigt an, daß die Generale Bugeaud, Bedeau und Changarnier, die ihnen von der gemäßigten Partei angetragene Candidatur der Präsidentschaft abgelehnt haben. So mit handelt es sich also nur um 5 Candidaten: Louis Bonaparte, Cavaignac, Lamartine, Ledru-Rollin und Raspail.

Die Zwistigkeit zwischen Ledru-Rollin und Leon Faucher ist gestern Abend, ohne daß es zu dem schon festgesetzten Duelle gekommen wäre, durch die Secundanten beider Theile friedlich beigelegt worden.

Die Turiner Journale vom 4. geben weitere Details über die Ausdehnung der Insurrektion in der Lombardei, vorzüglich in den Thälern von Seriana und Brembana, die von den Oesterreichern geräumt werden mußten und das offizielle Bulletin theilt am 27. Oct. von General Pepe aus Venedig gemachten siegreichen Ausfalls.

Die Madrider Journale vom 2. Nov. bringen die Nachricht aus Catalonien, daß Ameiller mit seiner republikanischen Colonie von dem General Nouvilles angegriffen, geschlagen und mit Hinterlassung von 20 Todten versprengt worden sei.

Cabet geht am 20. d. von hier nach Havre, wo er sich mit dem vierten Transporte seiner Anhänger nach Texas einschifft, um sich in seine communistische Colonie Icarien am Red-River zu begeben. 4000 seiner Anhänger sind bereitd dahin abgegangen und gegen 6000 werden noch nachfolgen.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 8. Novbr. Vorsitzender: Armand Marrast. Bastide legt der Versammlung drei Handels- und Schifffahrtsverträge mit den Staaten Amerikas und einen mit den Sandwichinseln zur Prüfung und Ratifikation vor. Lamericiere legt ein Dekret vor, wodurch die Regierung eine Ausbehung von 80,000 Mann verlangt. Er zeigt ferner an, daß in Folge der friedlichen Verhältnisse, die Altersklasse von 1849, 55,000 Mann stark, jetzo schon wieder auf Urlaub in ihre Heimath entlassen werden wird. Dasselbe liegt ebenfalls einige Gesetzvorschläge der innern Verwaltung vor. Nachdem ein Gesetz von lokalem Interesse nach kurzer Diskussion angenommen wurde, wird das Budget der Justiz fortgesetzt. Um 3¼ Uhr ist dieses beendigt und man geht zum Budget der auswärtigen Angelegenheiten über. Die Diskussion ist ohne alles Interesse und dreht sich um kleinliche Reduktionen, die theils angenommen, theils verworfen werden; — wahre Pfennigs-Oekonomien, während Millionen auf der andern Seite hinausgeworfen werden. Bei Postschluß handelt es sich um einen Antrag Jamberts, den Posten eines Auditors der Rota in Rom zu unterdrücken.

Großbritannien.

Die „Times" theilt eine geheime Depesche des französischen Admirals Baudin an Hrn. Raynneval mit, welche Letzterer an den Prinzen Cariati geschickt hat, und die wichtige Aufklärungen über die Haltung Frankreichs in der sicilischen Frage gibt. Der Admiral erklärt darin der neapolitanischen Regierung, daß es keineswegs seine Absicht sei, der Wiedervereinigung Siciliens mit Neapel ein Hinderniß in den Weg zu legen, sondern nur dahin zu sehen, daß diese Vereinigung nicht durch Verhältnisse und Maßregeln geschehe, welche die Menschlichkeit nicht billigen könne, und die am Ende König Ferdinand selbst zum Nachtheil gereichen müßten. Er rathe von gewaltsamen Maßregeln gegen die Sicilier ab, um bei diesen nicht gegen den König von Neapel eine zu große Erbitterung zu erregen, die eine Aussöhnung unmöglich machen könne. Die Depesche ist vom 10. Sept. (D. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 12. Nov. Das Gesetzblatt N. 24 vom 11. d. bringt den folgenden Abschied für die ständischen Gesetzgebungs-Ausschüsse: „Maximilian II., von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Nachdem die in Folge des Gesetzes vom 12. Mai 1848 (einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreff.) bisher in Thätigkeit gewesenen Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten die Prüfung sämmtlicher ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe nunmehr beendiget und ihre Zustimmung gegeben haben, so haben Wir Uns über die Verhandlungen derselben ausführlichen Vortrag erstatten lassen, und ertheilen hiemit nach Vernehmen Unseres Staatsrathes Unsere Königliche Entschließung, wie folgt: Beschlüsse der Ausschüsse über die Gesetz-Entwürfe. Paragraph 1. Die Einführung der Schwurgerichte betreffend. Wir haben dem Gesetze über die Einführung der Schwurgerichte mit Genehmigung der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Modifikationen unterm 3. August l. Js. Unsere Sanktion ertheilt, und solches durch das Gesetzblatt vom 8. des nämlichen Monats (Stück 22) bekannt machen lassen. §. 2. Die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. Der Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr., ist in der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Fassung vom 29. August l. Js. von Uns zum Gesetze erhoben und dieses im Gesetzblatte vom 1. September d. Js. bekannt geworden. §. 3. Die Abänderungen des 2. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr. Dem Gesetzentwurfe, die Abänderungen des 2. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr., in welchem die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Aug. l. Js. über die Einführung der Schwurgerichte vollständig wieder aufgenommen sind, ertheilen Wir mit den von den Ausschüssen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und lassen das darnach ausgefertigte Gesetz durch das Gesetz-Blatt (Beilage I.) verkünden. — Paragraph 4. Die Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über den Wildbretshabt betreffend. Den Gesetzentwurf, die Abänderung der Verordnung vom 9. Aug. 1806 über den Wildbretshabt betr., erachten Wir in der von den Ausschüssen modifizirten Fassung durch Unsere Sanktion zum Gesetze, und lassen solches unter Ziffer II. hiebei folgen. §. 5. Die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreiten über den Ersatz des Wildschadens betr. Dem Gesetzentwurfe, die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreiten über den Ersatz des

Digitized by Google

Wildschadens betr., ertheilen Wir mit der von den Ausschüssen beantragten Modifikation Unsere Genehmigung, und lassen hiernach das anruhende Gesetz (Ziff. III) durch das Gesetzblatt bekannt machen.

§. 6. Die Untersuchung und Abtheilung der Ausschlagsdefraudationen betreffend. Wir ertheilen dem Gesetzentwurf, die Untersuchungs- und Aburtheilung der Ausschlagsdefraudationen betr., mit Genehmigung der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Modifikt. Unsere Sanktion, und verordnen dessen Verkündung (Ziffer IV.) durch das Gesetzblatt. Indem Wir die Wirksamkeit der Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten für Gesetzgebung hiemit nach Artikel 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1848 (die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend) als aufgehoben erklären, sprechen wir gerne die verdiente Anerkennung und Unser besonderes Wohlgefallen wegen den von ihnen bethätigten regen Eifers, wegen ihrer gründlichen und gewissenhaften Berathungen und ihrer erfolgreichen Wirksamkeit aus. Wir bleiben denselben in Gnaden gewogen. Gegeben Nymphenburg, den 10. November 1848. Maximilian. v. Thon-Dittmar. Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß. Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Sebast. v. Kobell."

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth Programm des patriot. Vereins in Bayreuth für die bevorstehende Wahl der Landtags-Abgeordneten. Die Zeit zur Wahl und Einberufung der Landtagsabgeordneten rückt heran; mit ihr eine sehr wichtige Epoche für unser bayerisches Vaterland. Der bevorstehende Landtag nämlich erhält durch die ihm gestellte Aufgabe eine Bedeutung, wie vordem kein Landtag hatte, und wie wohl nicht bald ein kommender haben wird. Denn die Umgestaltung des politischen Lebens in Deutschland macht für die bayerische Verfassung eine durchgreifende Reform nothwendig. Daß diese Reform in unserem constitutionellen-monarchischen Staate auf Grundlage der Volksinteressen stattfinden müsse, und ungetrübt angefaßt, redlich und kräftig durchgeführt werde, das muß der Wunsch und das Streben jedes Vaterlandsfreundes sein. Der patriotische Verein dahier, der es sich zur Grundlage machte, auf dem Wege der Belehrung, innerhalb seines Kreises, dieses Ziel anzubahnen und zu erstreben, erlaubt sich die Hauptpunkte anzudeuten, welche in dem nächsten Landtage zur Aussührung kommen, für deren Verwirklichung somit der zu wählende Abgeordnete thätig seyn soll. Auf verfassungsmäßigem Wege sey dahin zu wirken und festzustellen: 1) Die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und Unterordnung unter dieselbe Seitens der bayerischen Staatsregierung. 2) In Folge dieser Anerkennung, daß ein für allemal, das Gesetz in unsere Verfassung aufgenommen werde; die Reichsgesetze haben von dem Tage ihrer Publikation im Reichsgesetzblatt vollkommene Gesetzeskraft für das bayerische Land, und daß überhaupt 3) die Beschlüsse der verfassungsgebenden Nationalversammlung ohne Ausnahme oder Vorbehalt und ohne besondere nachträgliche Anerkennung der gesetzgebenden Gewalten unseres Staates gesetzliche Geltung für Bayern haben. 4) Damit die Vermirklichung des constitutionell-monarchischen Prinzips auf demokratischer Basis oder der Grundlage der Volkssouverainetät zur Wahrheit werde und alle Institute des Staates von diesem Geiste durchdrungen werden, soll eine vollkommene Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse Bayerns erzielt werden, namentlich die Revision der Gesetze. a) über eine freiere Zusammensetzung und einen mehr ausgedehnten Wirkungskreis beider Kammern und des Landrathes wobei besonders zu wünschen, daß auch die erste Kammer wie der Landrath, auf der Wahl des Volkes hervorgehe; sodann b) über die Verfassung, Wahlordnung, größere Selbstständigkeit, unabhängigere Verwaltung der Gemeinden. c) Ueber die Trennung der Justiz von der Verwaltung, über Polizeigesetzgebung und Polizeistrafgewalt. 5) Ferner erwartet man eine offene Darlegung und genaue Prüfung des gesammten Finanzzustandes mit besonderer Rücksicht auf den Zustand der öffentlichen Kassen bei Beginn der gegenwärtigen Regierungs-Periode. 6) Endlich weise Vereinfachung des Staatshaushaltes, geleitet von dem Grundsatze, daß Jeder nach seinen Kräften zu dessen Lasten beizutragen habe, wobei auch auf mögliche Minderung der Civillists hinzuwirken ist, zu welchem Behufe auch eine kürzere Periodizität und Einberufung des Landtags und der jedesmaligen Vorlegung des Budget's gewünscht werden muß. Wir begnügen uns mit der allgemeinen Andeutung obengenannter Hauptpunkte, da wir zu den Wählern die Zuversicht haben, sie werden nach Kräften streben, die Wahl zum Abgeordneten auf einen solchen Mann hinzulenken, in dessen Gesinnungstüchtigkeit, Intelligenz und Energie die Bürgschaft liegt daß seine Wirksamkeit dem in ihn gesetzten Vertrauen entsprechen werde.

Die nördliche Post ist ausgeblieben.

Anzeigen.

In der Buchhandlung von **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel und der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist zu haben:

H. v. Gerstendorgk, die Wunder der

Sympathie und des Magnetismus

oder die enthüllten Zauberkräfte u. Geheimnisse der Natur, **enthaltend 700 vielfach bewährte sympathetische und magnetische Mittel, durch welche nicht nur sehr viele Krankheiten, auch Wunden und sonstige leibliche Uebel schnell, wohlfeil und sicher geheilt werden können, sondern die auch der Hauswirthschaft, Viehzucht, dem Acker-, Wiesen-, Obst- und Gartenbau, dem Forst-, Jagd- und Fischereiwesen ungewöhnliche Vortheile erschließen.** Duodez. geh. 36 kr.

Daß solche Mittel mehr als bloser Aberglaube sind, daß sie in Millionen Fällen alle andern an Wirksamkeit und Zuverlässigkeit übertreffen, daß sie gegen gewisse Uebel selbst von den größten Aerzten verordnet werden sind, ist zu sactisch, als daß nicht eine vollständige Zusammenstellung derselben verdienstlich seyn sollte; denn warum wird es nie trügen, daß ein geschärfter Vorstehaufel, gegen die Blähde geschabt, tartrend, — dagegen gegen den Biss geschabt, verstehend wirkt, — daß die grüne Rinde des Hollunders aufwärts geschabt ein vorzügliches Brechmittel abgiebt, dagegen abwärts geschabt, purgirend wirkt, daß der rothe Beisuß auf gewisse Weise abgeschnitten, die Menstruation befördert, in anderer Richtung aber sie stillt, daß eine am Frohnleichnamstage in der Mittagsstunde ausgerissene Kornblumenwurzel alles Bluten sofort stillt, sobald sie, in die Hand genommen erwärmt ist? — alles Thatsachen, die kein grübelnder Rationalismus umstoßen kann.

In der **Baumann**'schen Buchhandlung zu Wunsiedel ist erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Wandkalender für 1849 mit der Ansicht der Main- und Saalquelle und 2 Ansichten der schiefen Ebene.

à 20 kr.

Steinkohlen à 22 fr. per Kübel ab Haus } liefert
„ „ à 24 fr. „ „ in's „ }

sowie die tostenfreie Besorgung von gußeisernen Steinkohlenöfen bester Construction übernimmt

Friedrich Feustel.

Mein wieder vollständig assortirtes

Schnitt- und Mode-Waaren-Lager

sowie eine reichhaltige Auswahl des neuesten

Damen-Putzes

empfehle ich, unter Zusicherung der billigsten Preise, zu geneigter Abnahme.

J. Wertheimber,
neben dem Opernhause.

Einem geehrten Publikum

macht Unterzeichneter hiermit die ergebenste Anzeige, daß die Ausstellung in der großen grünen Bude, welche auf dem untern Marktplatz aufgebaut ist, nur über die Dauer des Marktes hier stehen bleibt, und daß dieselbe, welche mehr als 5000 der schönsten Naturseltenheiten aus allen Welttheilen, nebst verschiedenen seltenen **lebenden Thieren** enthält, nur am Tage zu sehen ist, indem Abends die Witterung für die Thiere zu kalt wird.

Abgesondert von dem Uebrigen ist auch für erwachsene Personen das **anatomische Kabinet** zu sehen. — Eintrittspreis: Erster Rang 12 kr. Zweiter Rang 6 kr.

Jakob Knöllinger aus Oestreich.

Eine Chaise, ein ohar à banc und ein Schlitten sind billig zu kaufen. Näheres in der Expedition.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen; es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

Im Verlage der Geh. Kammerath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 318.** **15. November 1848.**

Deutschland.

München, 11. Nov. Frhr. v. Lerchenfeld hat nach seiner vor 3 Tagen erfolgten Rückkehr von einer kurzen Urlaubsreise das Portefeuille des Ministeriums wieder übernommen. Die mehrfach besprochenen Ministerveränderungen scheinen noch immer nicht definitiv beschlossen zu seyn. (K. v. u. f. D.)

Das „Regierungsblatt“ enthält folgende königl. Verordnung den Getreidehandel betr.: „Maximilian II., von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. Nachdem die ungewöhnliche Theuerung der Brodfrüchte, welche durch die Ereignisse der letzten Jahre herbeigeführt war, wieder aufgehört hat, so haben Wir beschlossen und verordneten daß von nun an wieder jedem anständigen Inländer gestattet seyn soll, das erkaufte sowie das selbst erzeugte Getreide, ohne an eine Schranne gebunden zu seyn, ins Ausland zu verkaufen.“

München, 11. Nov. (Verabschiedung der ständischen Ausschüsse.) Die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern sind diesen Mittag in feierlicher Weise in Gegenwart der sämmtlichen Staatsminister durch den ältesten Minister Frhrn. v. Thon-Dittmer als königlichen Bevollmächtigten verabschiedet worden. Die Ausschußmitglieder trennten sich unter dreimaligen Hoch für den König. (K. v. u. f D.

München, 11. November. Ein Anschlag, der gestern am schwarzen Brett in hiesiger Universität angeschlagen wurde, enthält die Erklärung der hiesigen Studentenschaft, daß sie die Sache ihrer Wiener Commilitonen als die Ihrige ansehen. Sollte ein Wiener Student wegen seiner Aufnahme dahier auf Schwierigkeiten stoßen, so möge er sich an den unterzeichneten Ausschuß wenden. Zugleich wird in dieser Bekanntmachung volle Sympathie für die Sache des Wiener Volks ausgesprochen, und die Schritte unseres Polizeiministeriums hierin entschieden gemißbilligt. Von Seiten des Universitätssenats soll indeß bisher noch keinem Einzigen die Aufnahme versagt worden seyn. (B. Bdv.)

Berlin, 10. November. Berlin ist heute auf die friedlichste Weise von der Welt in eine Art von Belagerungszustand versetzt worden! Die despotische Erklärung des Bürgerwehrkommandos, daß die National-Versammlung nur auf den Schutz der Bürgerwehr zu rechnen haben werde, und daß sie die gegen andern Requisitionen der Staatsbehörden nicht zu stellen entschlossen sey, hatte das Motiv zur Herbeiziehung des Militairs aus den umliegenden Ortschaften abgegeben. Es war anfänglich von Seiten des Staatsministeriums beschlossen, sofort 30,000 Mann in die Stadt rücken zu lassen, doch wurde vorläufig nur die Hälfte davon in die Stadt commandirt, welche ihren Einzug bis um 2 Uhr Mittags auf verschiedenen Wegen vollbrachte. Ein feierlicher Einzug unter klingendem Spiel geschah nur durch das Brandenburger und durch das Hallische Thor; durch letzteres rückte General Wrangel an der Spitze seiner Truppentheile heran, welche er sofort zur Errichtung des Schauspielhauses vom Gendarmenmarkt aus verwendet. Auf demselben versammelte sich bald der ganze Generalstab, und die Truppen stellen sich hier augenscheinlich wie zum Biwouakiren an. Die andern Seiten des Schauspielhauses waren ebenfalls militairisch umzingelt, wozu namentlich mehre Bataillonde des neunten Infanterieregiments, welche sich schon in den hiesigen Kasernen befunden, verwendet wurden. Den engern Kreis um das Schauspielhaus bildet eine Kette der Bürgerwehr, die in erklärter Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung, und dieselben erwartend, schon seit gestern mit fester Ausdauer auf dem Platze verharrte. Einzelne Bataillons konnten hatten durchaus erklärt, sich nicht ablösen lassen zu wollen. Zwischen diesen in der That einzigen und beispiellosen Positionen bewegte sich eine sehr gemischte, aber keineswegs große Volksmenge umher, unter der man sogar viele elegant gekleidete Damen bemerkte. Wie sich die Bevölkerung beim Einzuge der Truppen durchaus schreigend und zurückhaltend benommen, so erwartete sie auch jetzt in einer gänzlich heitern und unbefangenen Stimmung, wie es schien, dem Ausgang der Maßregeln, die nun offendar gegen die im Schauspielhause tagende Nationalversammlung dirigirt wurden.

Berlin, 10. Nov. Um 2 Uhr in der Nacht wurden die Abgeordneten durch die Huissiers der Kammer aus ihren Wohnungen schleunig zusammenberufen. Jeder begibt sich mit der Erwartung außerordentlicher Dinge nach dem Sitzungslokal. Die Schützengilde, das Künstlerkorps und mehrere andere Bataillone der Bürgerwehr umstehen in weitem Umkreise schweigend das Schauspielhaus. Gegen 5 Uhr Morgens ist die beschlußfähige Anzahl Mitglieder im Saale. Der Präsident erklärt die Sitzung für eröffnet, nachdem er nebst seinem Vizepräsidenten noch zuvor zu einer Deputation des Magistrats war hinausberufen worden. Er läßt durch den Schriftführer zunächst ein Schreiben des Minister-Präsidenten, an „den Regierungsrath v. Unruh“ (nicht also an ihn als den Präsidenten der Nationalversammlung) gerichtet verlesen. Hierin wird erklärt, daß Diejenigen, welche trotz des Vertagungsbefehls des Königs weiter berathen, in die Hohelitsrechte der Krone eingreifen, den schuldigen Gehorsam gegen die Befehle des Königs verletzen und sich eines Vergehens gegen die Verfassung schuldig machen. Hierauf gelangt ein Schreiben des Kommandeurs der Bürgerwehr zur Verlesung, worin er mittheilt, daß er von den Polizeipräsidenten von Berlebeben die Anweisung erhalten habe, keinem Abgeordneten den Eintritt in das Sitzungslokal zu gestatten, ihm aber erlaubt werde, die noch im Saale anwesenden Deputirten hinauszulassen; es wird ihm für den Fall, daß er sich zu schwach fühle, die Hülfe der Militärmacht angeboten; er habe sich in seiner Antwort entschieden geweigert, einem solchen gesetzwidrigen Verlangen nachzukommen und sich zum Schutze der Nationalversammlung vollkommen stark genug erklärt. Der Präsident verbreitet sich nun in einen längern Vortrag über die beklagenswerthen Schritte der Krone, theilt mit, daß er und der Vizepräsident Bornemann es für ihre Pflicht gehalten hätten, sich während der Nacht durch den General Willisen noch einmal beim Könige melden zu lassen, sie seien aber nicht angenommen worden; er schlägt vor, den Schritten der Krone einen passiven Widerstand entgegenzustellen, und so lange als möglich das Vergießen von Bürgerblut zu vermeiden. Der hierauf vorgenommene Namensaufruf ergab 225 Anwesende, die Kammer ist also vollständig beschlußfähig. Ein dringender Antrag der Abgg. Wolheim und Schulze (Delitzsch), den Präsidenten aufzufordern, allen denjenigen Abgeordneten, die gegenwärtig nicht im Saale seien, eine Einladung zugehen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Man wollte nunmehr, da weitere dringende Anträge nicht vorlagen, zur gewöhnlichen Tagesordnung übergehen, vertagte jedoch die Sitzung für den Augenblick, nachdem 2 dringende Anträge der Abgg. Waldeck, d'Ester, Jacoby, Phillipps für jetzt noch zurückgezogen waren. Der eine derselben erklärt die Minister für Hochverräther und aller ihrer Aemter, Ehren und Würden verlustig; der andere bezweckt sofortige Steuerverweigerung. Die Sitzung ist in diesem Augenblicke suspendirt, die Abgeordneten haben aber sämmtlich im Lokale zu bleiben versprochen.

Berlin, 10. Novbr. Um 2½ Uhr Wiedereröffnung der Sitzung. Die Prioritätskommission tritt sofort zur Berathung über die Prioritätsfrage des Antrags, eine Proklamation an das Volk zu erlassen. Er lautet: „Hohe Versammlung wolle beschließen: Eine vom Präsidenten zu ernennende Kommission zur Redaktion einer Proklamation an das Volk über die von der Staatsregierung erfolgten Beeinträchtigung der Rechte des preußischen Volkes niederzusetzen.“ Nach kurzer Debatte angenommen. Es werden zu Mitgliedern der Redaktionskommission ernannt die Abgeordneten Wiese, Elsner, Schulz (Wanzleben), Moritz, Zachariä, welche sofort zur Abfassung der Proklamation zusammentreten. Präsident v. Unruh verläßt hierauf den Saal; Bornemann übernimmt den Vorsitz. Namensaufruf zur Konstatirung der Mitgliederzahl. Während desselben steht man Infanterie in starken Sektionen, gefolgt von Artillerie, über den Gendarmenmarkt ziehen. v. Berg: Der Augenblick drängt. Ich habe mir deshalb ohne Autorisation erlaubt, das Siegel der Nationalversammlung aus den Händen der Unterbeamten zu nehmen, ich lege es auf das Bureau nieder. Präsident Bornemann verliest die entworfene Proklamation: „An das preußische Volk! Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der National-

Digitized by Google

versammlung die Leitung des Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einstimmig die Vertagung des Sitzes der Versammlung nach Brandenburg und die Vertagung derselben beschlossen hat. Die Versammlung der preußischen Volksvertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Zu gleicher Zeit hat sie erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider deren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu jener Anordnung gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben sich schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung schuldig gemacht haben. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieses Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und durch Androhung militärischen Zwangs-maßregeln die Fortsetzung der Berathungen zu hindern versucht. Mitbürger! In dem schweren Augenblick, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonnette auseinandergesprengt werden soll, rufen wir euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, für die wir mit unserm Leben und mit unserm Blute einstehen! Aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes! Die ruhige und entschlossene Haltung eines mit Festigkeit und Mäßigung nach Freiheit ringenden Volkes wird der Freiheit mit Gottes Hülfe den Sieg sichern!“ (Donnernder, lang anhaltender Beifall von der Versammlung und den Tribünen.)

Bornemann: Ich brauche wohl kaum die Frage zu stellen, ob die Proklamation angenommen wird. Aber das Geschäftsregelment schreibt es vor. (Alle erheben sich.) Präsident: Sie ist einstimmig angenommen. Wiederholter Beifallssturm. Auf Hildenhagen's Antrag wird der Druck in 40,000 Exemplaren beschlossen. — (4¼ Uhr.) Präsident von Unruh nimmt seinen Sitz wieder ein. v. Unruh: Ich habe der Versammlung zu eröffnen, daß mir von dem Kommandeur der Bürgerwehr mündlich mitgetheilt ist, es hätten sich Truppen in der Umgegend des Sitzungslokales aufgestellt. Auf die Frage: welche Veranlassung dazu vorliege, hat Gouverneur Oberstlieutenant von Thümen der Kommandeur, an den nächst höhern Vorgesetzten, General von Wrangel gewiesen. General von Wrangel erklärte: er wünsche sehnlichst, seine Truppen in ihre Quartiere zurückzubringen. Auf die Erwiederung des Kommandeurs: Dem stünde ja nichts im Wege, fragte Herr v. Wrangel, weshalb die Bürgerwehr hier stünde? Der Kommandeur entgegnete, die Bürgerwehr sei hier, um die Nationalversammlung zu schützen. General Wrangel erklärte: Auch er wolle die Nationalversammlung schützen. Endlich fragte Herr Rimpler: Wie lange er denn hier zu stehen gedenke? Er erwidere, seine Truppen seien gewöhnt, zu biwouakiren, und wenn es acht Tage dauern sollte. Ich habe hiervon sofortigen dem Kommandeur der Bürgerwehr erklärt: daß die Nationalversammlung keinen andern Schutz wünsche als den der Bürgerwehr, namentlich keinen militärischen. Ich erwarte die Antwort. — Neue Pause bis 4¾ Uhr. — Präs. von Unruh: die mündlich ertheilte Antwort lautet dahin: die Truppen würden unter keinen Umständen zurückgezogen werden. Der Austritt aus diesem Lokal sei Jedem gestattet. Dagegen würde der Eintritt der Abgeordneten nicht zugelassen werden, da der General eine Nationalversammlung nicht mehr kenne, sie sei vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung an den Kommandeur der Bürgerwehr könne er nicht entgegennehmen, weil er auch einen Präsidenten der Nationalversammlung nicht kenne. (Unruhe: eine Stimme ruft: Verräther!) Das Haus werde geschlossen werden, sobald die Herren, die sich hier befänden, dasselbe verlassen hätten. Der Kommandeur der Bürgerwehr hat hierauf erklärt: es erfordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die von mir hier ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr diesen Platz nicht verlasse, so ein Abgeordneter sich in diesem Hause befinde. Ich bin nun der Meinung, daß durch diese Erklärungen des Truppenführers der Akt militärischer Gewalt gegen uns vollzogen ist. Wir sind gezwungen. Unter diesen Umständen halte die Versammlung meines Erachtens nun zu erklären: daß sie der militärischen Gewalt gewichen sei; sie hat ferner gegen diese Zwangsmaßregel Protest einzulegen und sich demnächst nach Vertagung der Sitzung mit der Bürgerwehr gemeinschaftlich von hier zu entfernen. v. Berg: Ich würde mich dem Antrage nur unter der Voraussetzung anschließen, daß wir morgen früh unsere Sitzung hier fortzusetzen versuchen. Präsident erklärt sich hiermit vollkommen einverstanden und verliest folgenden Protest: „Die Nat.-Vers. protestirt gegen die wider dieselbe angewendete militärische Gewalt und erklärt, daß sie den Sitzungssaal heute nur in Folge der militärischen Zwangsmaßregeln verlassen hat.“ — Wird einstimmig angenommen.

Berlin, 11. Nov. Heute wurden folgende Aktenstücke auch als Plakate veröffentlicht. Proklamation. Der in meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in Gefahr und im Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat mich genöthigt, auf den Rath meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 26. Nov. zu vertagen. Aus demselben Grunde habe ich die Truppenmacht in dieser meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unterm 17. Oct. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Usurpatorin dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Volksstand der meinem Volke gewährten Freiheit hervorzurufen. Ich bin mir aber eben so klar bewußt, daß Preußen und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von mir und meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende mich deßhalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an euch meine treuen Preußen alle, mit der Zuversicht, daß ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil einer Residenz, unmöglich ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der Nationalversammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die euch glauben machen, ich wolle euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, ich wolle wieder ablenken von dem betretenen constitutionellen Wege! Preußen! Ihr, die ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu mir, ihr, die ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte meines königlichen Hauses und seiner Stellung zum Volke, euch bitte ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! Ihr aber, die ihr schon darin zu wanken beginnt, euch beschwöre ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade und abzuweichen von den Thaten, die da folgen werden! Euch Allen aber gebe ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß noch nichts verkümmert werden soll an euren constitutionellen Freiheiten, daß es mein heiligstes Bestreben sein wird, euch mit Gottes Hülfe ein guter constitutioneller König zu seyn, auf daß wir gemeinsam ein staatliches und halbares Gebäude errichten, unter dessen Dache, zum Frommen unsers preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer ächten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen! Sanssouci, 11. Nov. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Contr.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

Verordnung. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. Nachdem wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. d. H. angeordnet, hat ein Theil der Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Commandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staatsregierung gegen dieses gesetzliche Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der Nationalversammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr wir es nun bedauern, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten zu müssen, so sind wir dennoch verpflichtet, einem solchen, die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag unsers Staatsministeriums und in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oct. d. Js., welcher dahin lautet: „Durch königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Ausstellungsorte anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienstenthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen 3 Monaten erfolgen.“ Was folgt: Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst, und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben Sanssouci, den 11. Nov. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Contr.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

Berlin, 11. Novbr. Von dem Mylius'schen Hotel begab sich heute Morgen bald nach 9 Uhr ein Zug von Abgeordneten zur

Digitized by Google

Nationalversammlung nach dem Schauspielhause. Der Präsident v. Unruh befand sich an der Spitze. An der verschlossenen Thür des Schauspielhauses angekommen, klopfte der Präsident und begehrte Einlaß. Eine Stimme von innen antwortete, das Staatsministerium habe zu öffnen verboten. Der Präsident weigerte sich, durch das Schlüsselloch weiter zu verhandeln. Da man aber dabei verharrte, nicht öffnen zu wollen, protestirte der Präsident feierlich, indem er sagte: „Ich protestire im Namen der Nationalversammlung gegen diesen Akt ungesetzlicher Gewalt, und erkläre, die Nationalversammlung in solcher nur der Gewalt," und der Zug begab sich nach dem Hotel de Russie. Man suchte sich, so gut es ging, einzurichten; die Abgeordneten setzten sich rückten die Tische zusammen und nahmen Platz. — Nach 10 Uhr nahm der Präsident v. Unruh das Wort. Er theilt mit, daß ihm am Schauspielhause noch gesagt worden, das Haus sey militärisch besetzt und der Commandant sey entschlossen, seinen Posten zu halten. Man müsse Akt davon nehmen. Sie hätten sich demnächst nach diesem Lokale begeben, um die nothwendigen nächsten Veradredungen zu treffen. Nur dazu aber sey dieses Lokal von ihm gewählt worden. Die Schützengilde habe offiziell ihr Lokal angeboten, auch andere Lokalitäten seyen angeboten worden. Das der Schützengilde scheine ihm am geeignetsten. — Wir haben gestern Morgen gesagt, daß der Conflict zwischen Krone und Nat.-Verf. ausgeglichen werden kann, wenn das Land sich entschieden aussprich, und seinen Willen auf gesetzlichem Wege kund gibt. Es sind bereits diese Nacht und heute Morgen von bedeutenden Orten Adressen eingegangen; so habe ich eine Adresse der Stadtverordneten Magdeburgs und des dortigen Bürgervereins erhalten. Wir müssen schon um einen Mittelpunkt dieser friedlichen Bestrebungen zu bilden, uns täglich versammeln. Abg. Kirchmann: Ich habe die Aussage des Bürgerwehrführers, welcher in dieser Nacht die Wache im Schauspielhause hatte, zu Protokoll genommen und gebe anheim, dieses Protokoll, um als Vervollständigung des Beweises der gegen uns gebrauchten Gewalt zu dienen, verlesen werden soll. (Es geht darauf hervor, daß die Bürgerwehr um 9 Uhr Morgens wider ihren Willen durch den Hauptmann Brause abgelöst wurde.) Abg. Wachsmuth steht in diesem Akt einen neuen Beweis der rohen Willkühr und fordert dehhalb auf, gegen diesen neuen zu protestiren. Abg. Dane: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Regierung von dem provisorischen Local, das wir wählen, in Kenntniß gesetzt werde. Abg. Kühnemann will die Sitzungen einige Tage ausgesetzt haben. Es sey nöthig, daß die Abgeordneten ihren Willen ihrer Committenten einholten. Abg. v. Berg: Meine Herren! Ich wünschte den Zusatz, daß es dem Präsidenten gefallen möge, dafür zu sorgen, daß auch Plätze für die Minister und Vertreter der Regierung in Bereitschaft gehalten werden. Dem Abg. Kühnemann habe ich zu bemerken, daß wir allerdings den Willen des Volkes zu befragen haben, aber da das Recht auf die Spitze der Bayonette gestellt ist, so ist die Verfassung krank. Damit wir aber den Geist des Rechts äußerlich halten können, ist es nöthig, daß wir fest zusammenhalten, damit wir der organisirten Anarchie von oben das Recht entgegenstellen können und Diejenigen, die wir vertreten, sagen können: Sie verlassen uns nicht! (Beifall.) Abgeordneter Schulze aus Delitzsch: Nur eine kurze Bemerkung. Meine Herren! Begeben wir uns jetzt von unserm Platze, so provociren wir damit den Straßenkampf. Keinen Augenblick dürfen wir unsern Posten verlassen. Wir sind die Führer des Volks. Es wäre schändlich, wollten wir es jetzt im Stiche lassen. Abg. Wachsmuth beantragt: „Die Versammlung beschließt, daß sie gegen die Verdrängung der Bürgerwehr aus dem Locale des Concertsaales hiermit, als einen Akt ungesetzlicher Gewalt, Verwahrung einlegt." Der Antrag wird einstimmig angenommen. Präsident: Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich die Sitzung schließen und die nächste Sitzung heute Nachmittag im Locale der Schützengilde eröffnen. Hiemit schließt die Sitzung.

Berlin, 11. Novbr. Das Volk ist bis jetzt vollkommen ruhig. Allerdings aber lassen manche Aeußerungen die tiefe Erbitterung der Gemüther über den factisch eingetretenen Belagerungszustand, das Ueberschwemmen der Stadt mit Truppen und die schmachvolle Behandlung der Volksvertretung erkennen. Den einzigen Trost findet das Volk darin, daß der Contrerevolution die Hoffnung auf einen Krawall genommen und jeder Schein eines Rechts für den über Berlin verhängten Zustand beseitigt ist. — Der Prinz von Preußen hat in den letzten Tagen wieder an den Berathungen des Staatsministeriums Theil genommen. — Der Abgeordnete Reichensperger geht im Auftrage der Regierung nach Frankfurt a. M., um der Centralgewalt die Beweggründe der Verlegung der preußischen Nationalversammlung auseinanderzusetzen.

Berlin, 11. Novbr., Nachmittag 2 Uhr. Soeben wird von der hiesigen Studentenschaft der Nationalversammlung eine Adresse überreicht. Aus Stettin ist eine Deputation eingetroffen. Die Adressen werden immer zahlreicher und wenn es so fortgeht, dürfte die Nationalversammlung bald ihren passiven Widerstand durch Erfolg gekrönt sehen. Eine so laute Aeußerung des Landes, wie sie zu erwarten steht, wird der Nationalversammlung neben der bedeutenden moralischen Kraft auch eine große materielle Macht zur Seite stellen. Die Adressen deuten bereits auf den Widerstand hin, den die Nationalversammlung und das Land leisten können: zum Steuerverweigerung. Sehr interessant und von sehr bedeutendem Gewichte ist der Inhalt einer Nachricht, die uns soeben aus beachtenswerther Quelle zugeht. Das gedeime Obertribunal hat nämlich auf Antrag eines seiner Präsidenten, des Staatsministers Bornemann, sich über die Frage, ob der Krone das Recht zustehe, die gegenwärtige Nat.-Verf. zu vertagen, zu vertagen oder aufzulösen, dahin ausgesprochen, daß der Krone dieses Recht nicht zustehe. Von einem Gehülfen der Staatsanwaltschaft ist bei dieser der Antrag gestellt worden, die Anklage auf Hochverrath gegen den Minister Grafen v. Brandenburg zu erheben. Der Antrag ist jedoch zurückgewiesen worden. — Man erzählt uns, daß Herr Grabow hier eingetroffen sei und beabsichtige, seine Stelle in der Nationalversammlung wieder einzunehmen. Ein Gerücht sagt, daß verschiedene Mitglieder der Rechten, welche weggeblieben, auch wieder in die Versammlung eingetreten beabsichtigen.

Berlin, 11. Novbr. Abends. In der Sitzung der Nationalversammlung im Schützenhausſaale 44 Uhr waren 247 Mitglieder anwesend. Das große Bewegung in der Versammlung hervorrufende Gerücht von Auflösung der Berliner Bürgerwehr wurde durch Abg. Waldeck bestätigt, welcher die betreffende königl. Cabinetsordre mittheilte und den Antrag stellte: „1) daß die durch das Ministerium Brandenburg verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sey; 2) daß jeder Bürger, Civil- oder Militärbeamte, welche an der Ausführung dieser Maßregel Theil nehmen möchte, sich des Verraths am Vaterland schuldig mache; 3) daß dieser Beschluß sofort durch den Druck bekannt gemacht werde. — Abg. Waldeck führt fort: Das also, meine Herren, sind die Folgen, wohin das Octroyiren, das Sie schon als Hochverrath bezeichnet haben, führt! Wir gern hätten diese Leute gestern einen Erzeß gehabt, um Gewalt zu gebrauchen. Das ist die Absicht dieser Brut! Aber ihre Absicht wird nicht erreicht werden, daß das Leichentuch der Freiheit von Wien bis nach Berlin sich ausdehne. Es ist ein lächerlicher Wahn, durch Alle der Kinder der Landes, die Armee, das Land bekriegen zu wollen. Aber wie soll man es bezeichnen, daß das Ministerium so weit ihr Attentat fortsetzte? Der §. 3 des Bürgerwehrgesetzes ist richtig angeführt, aber sein Zweck ist nicht, der Hochverrather Absicht zur Ausführung zu bringen. Es ist ein Schimpf und ein Hohn, daß das Ministerium in dem Augenblicke das Gesetz citirt, da die Versammlung gemacht hat, wo es damit umgeht, die Versammlung zu stürzen. (Brave.) Abg. Wachsmuth: Die tapfere Bevölkerung von Berlin wird in der Maßregel eine Provokation zum Kampf sehen. (Unterbrechung.) Ich hoffe es nicht, ich fürchte es. Deshalb schlage ich Ihnen den Zusatz vor, zu beschließen: „4) Die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl wegen Auflösung der Bürgerwehr sofort zurückzunehmen, 5) die Bürgerwehr und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, der Zurücknahme des Befehls in ruhiger Haltung entgegenzusehen." Es ist der Bürgerwehr eine Frist gestellt, stellen wir eine Frist zur Besinnung. Abgeordn. Welchsel: Ich sehe in diesem Antrage das einzige Rettungsmittel der Krone, ihre einzige Rettung ist, die Bürgerwehr zu erhalten. Abg. Duncker: Es ist wahr, daß man nach einer Gelegenheit dürstet, einzuschreiten. Lassen Sie es heute Abend nicht zum Kampf kommen. Man würde den Belagerungszustand aussprechen und die Presse und das Assoziationsrecht auch noch aufheben. Ich empfehle Ihnen das Amendement. Abg. Kirchmann: Auch ich empfehle Ihnen das Amendement. Verharren wir in unserm gesetzlichen Widerstand, so wird das Ministerium in sich selbst zusammenstürzen. Abg. Waldeck: Damit die Versammlung in dieser Frage einmüthig handle, schließe ich mich dem Amendement an. Abg. Phillips übernimmt den Vorsitz. Die Abg. Jacoby, Waldeck, Stein u. A. beantragen, zu beschließen, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder noch zur Erhebung der Steuern berechtigt sey. Ehe der Antrag zur Debatte kommt, beantragt Abg. Kühnemann Vertagung. (Die Versammlung wird sehr unruhig.) Präsident v. Unruh: An dem denkwürdigen gestrigen Morgen habe ich Ihnen gesagt, daß das Land in dieser großen Frage entscheiden müßte und es würde entscheiden, wie es einem freien Volke geziemt. Dazu müssen wir dem Lande die Zeit lassen.

Digitized by Google

Stettin und Magdeburg haben bereits ihre Pflicht gethan. Das ganze Land wird seine Stimme so laut erheben, daß das Gequeke der Reaktion nicht gehört wird. Ich bin der Meinung, daß das Land zunächst friedliche Mittel gebrauchen muß, und ich rechne dahin die Steuerverweigerung. Es ist aber das letzte Mittel, und man darf es nicht eher aus der Hand geben, bis alle andern erschöpft sind. Darum stelle ich das Amendement, „eine Commission von acht Mitgliedern zu ernennen, welche den Antrag prüfe.“ (Bravo.) Die Antragsteller schließen sich dem Amendement an. Der Antrag auf Vertagung wird zurückgenommen und ohne weitere Debatte wird der amendirte Antrag einstimmig angenommen. Der Präsident verkündet folgende Mitglieder der Commission zur Entwerfung der Denkschrift: „Waldeck, Rodbertus, Arnz, Jacoby, Plönies, Berg, D'Ester, Phillips, Dähne, Bornemann, Schulz (Minden), Gierke, Kosch, Reuter, Duncker.

Berlin, 11. November. (Abends 10 Uhr.) Die Auflösung ist kaum zu beschwichtigen. Man fürchtet einen furchtbar blutigen Tag, wenn nicht noch irgend woher ein friedlicher Ausweg kommt. Das Ministerium hat die Auflösung der Bürgerwehr angeordnet und mit dem Belagerungszustand gedroht. Magistrat und Bürgerwehr verweigern die Entwaffnung. — Da das Ministerium der Nationalversammlung die Geldmittel entzogen hat, so haben mehre hiesige bedeutende Bankierhäuser derselben sofort einen unbeschränkten Credit eröffnet. — Der Bürgerwehrcommandeur Hr. Rimpler hat am Abend die Niederlegung seines Amtes und den Austritt seines Stabes angezeigt. Der Magistrat hat jedoch diese Entlassung im gegenwärtigen Moment nicht annehmen zu können erklärt und zugleich dem Commando sein Bedauern darüber zu erkennen gegeben, daß dasselbe einen solchen Schritt in diesem Augenblick thun wolle. (D. A. Z.)

In Glauchau kamen am 9. Nov. wieder drei Cholerafodesfälle vor.

Wien, 9. Novbr. Die **Hinrichtung Robert Blum's** hat sich wider alles Erwarten leider bestätigt; sie wird von der Wiener Zeitung offiziell angezeigt. Was man auch über Blum's Theilnahme an der Wiener Insurrektion wie über seine politische Thätigkeit überhaupt denken mag, ein Schrei des Entsetzens wird sich in ganz Deutschland erheben bei der Kunde von diesem Akt der Barbarei, welcher einem deutschen Volksvertreter, einem der hervorragendsten Mitglieder des Parlaments, unbekümmert um die Unverletzlichkeit, die ihm seine Stellung sichern mußte, wie um die Sympathien, die er bei sei einem nicht geringen Theil des Volks besaß, gleich einem gemeinen Verbrecher unter den Kugeln der Soldaten verbluten läßt.

Wien, 10. Novbr. Die **Hinrichtung Robert Blum's** bildete während des gestrigen Tages das Stadtgespräch und beschäftigt noch fortwährend die Gemüther. Die Ausdrucksweise darüber ist entschieden; eine billigende hat sich jedoch selbst nicht bei determinirt Schwarz-gelben als vorwaltend ergeben. Die heutige Wiener Zeitung giebt die offizielle Kunde dieses Ereignisses. — Messenhauser soll heute früh erschossen worden seyn. Man sprach auch von der Hinrichtung Fenneberg's. Dagegen sollen Jrobet und Füstler von dem Kriegsgerichte freigesprochen worden seyn. Weiterhin sollen heute noch 12—15 Hinrichtungen stattgefunden haben. — Nach hat sich entschieden geweigert, das Ministerium wieder zu übernehmen.

Wien, 10. Novbr. (Amtliches.) Mittelst standrechtlichen Urtheils vom 8. d. Mts., ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen, durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischen Reden und bewaffnetem Widerstande gegen die kaiserlichen Truppen in Folge der von Se. Durchlaucht dem k. k. Herrn Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. Octoder erlassenen Proklamationen zum Tode verurtheilt und das Urtheil am 9. November 1848, Morgens um halb 8 Uhr, in der Brigittenau mit Pulver und Blei vollzogen worden.

Prag, 9. Nov. General Khevenhüller hat eine telegeaphische Depesche erhalten, nach welcher General Simonich, vereint mit den Truppen des Generals Reuß, die Ungarn bei Göding angegriffen und dieselben geschlagen haben soll. Die ungarische Armee soll zerstreut und ein großer Theil davon gefangen sein, welchee nach Olmütz abgeführt wird.

Ratibor, 10. Nov. Es bestätigt sich, daß die in Wien übergetretenen Soldaten, deren man bis jetzt habhaft geworden ist, wie man hört bis jetzt 40 an der Zahl, füsilirt worden sind; auch ferdem hat keine(?) weitere Executionen stattgefunden, wenn man 4 Bürger ausnimmt, welche, nachdem schon der Feind in der Stadt festen Fuß gefaßt hatte, noch in den Straßen die Menge zum Kampfe daranguirend und mit den Waffen in die Hand betroffen wurden. Der festgenommene Mörder Latour's (ein Schlosser), ist noch am Leben; wie man sagt, hofft man von ihm noch mehr Mitschuldige zu erfahren. (D. A. Z.)

Ungarn.

Pesth, 2. Nov. Das walachische Lager bei Ragylak wurde am 23. Okt. Nachmittag total auseinandergesprengt, obgleich daselbst an 3000 Walachen, Verstärkung von dem Oberstlieutenant Urban erwartend, concentrirt waren. Unsere Macht bestand aus den Garden von fünf Ortschaften, den Kossuth-Husaren und den Szeklern aus dem aranyoscher Stuhle. Die Cavallerie schwamm nach dem linken Ufer der Maresch, wo Ragylak liegt, während die Infanterie den Fluß weiter unten überschritt. Das Blutbad soll nach dem Bericht eines Augenzeugen grauenhaft gewesen sein, auch wurden drei Dörfer niedergebrannt. Unter den Todten befinden sich viele Geistliche. (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 7. November. Lord Palmerston hat dieser Tage mit dem hier anwesenden Präsidenten von Liberia einen Friedens- und Bündniß-Vertrag abgeschlossen, durch welchen sich beide Staaten die den meistbegünstigten Nationen bewilligten Bedingungen zugestehen. Die Sendung des Präsidenten nach Europa begweckte den Abschluß von Bündnissen mit Großbritannien und Frankreich, so wie die Anerkennung der Unabhängigkeit der neuen afrikanischen Republik Liberia. — Aus Dublin wird unterm 5. Novbr. gemeldet, daß durch Geheimeraths-Beschluß den meisten der noch dort und in den Grafschaften befindlichen Gefangenen, welche wegen hochverrätherischer Umtriebe verhaftet worden sind, gegen Bürgschaftsstellung gestattet worden ist, den Kerker zu verlassen. Nur zwei politische Verbrecher, außer den schon verurtheilten, bleiben den vorläufig im Gefängnisse. Es heißt, daß ein Antrag auf Cassation des Urtheils gegen O'Dogherty wegen Formfehlers erfolgen werde. — In Glasgow wird jetzt ein Musterhaus für Arbeiter erbaut, welches in vier Stockwerken 31 Wohnungen und zugleich für die Bewohner alle Bequemlichkeiten enthält. Der jährliche Miethzins für jede Wohnung, die für eine Familie ausreicht, wird durchschnittlich 6 Pf. St. betragen. (K. Z.)

Anzeigen.

Liederkranz.

Der statutenmäßige

Ball

wird am Samstag den 18. d. Mts. im Saale zur goldenen Sonne dahier abgehalten. — Der Ball beginnt Abends 7 Uhr, der Saal wird um 6 Uhr geöffnet.

Der Eintritt kann nur gegen Vorzeigung der Eintrittskarten Statt finden. Abtretung dieser Karten an Andere, auf welche dieselben nicht lauten, können nach §. 13 der Statuten nicht geehrt werden. Für einzuführende Fremde können Karten an demselben Tage, Nachmittags von 1—4 Uhr, bei dem Mitvorstande, Stadtkantor Buck, in Empfang genommen werden.

Bayreuth, 13. November 1848.

Die Vorsteher.

Flachs- und Werg-Garn billigst zu haben bei

Friedrich Feustel.
Ziegelgasse.

Schluß der Ausstellung des Modells von Berlin und Sanssouci sammt den Panoramen im Gasthofe zum Adler.

Unterzeichneter giebt sich die Ehre, den hiesigen kunstliebenden Bewohnern ergebenst anzuzeigen, daß am Donnerstag, den 16. d. Mts., seine Ausstellung zum Letztenmale zu sehen ist, und verfehlt nicht, sowohl für den bisherigen ausgezeichneten Beifall seiner Ausstellung als auch für die allgemeine, höchst freundliche Aufnahme seinen innigsten Dank auszusprechen, und alle Diejenigen, die ihn mit ihrem geneigten Besuch noch nicht beehrt haben, auf den Inhalt dieser Anzeige aufmerksam zu machen, damit sie die letzten Tage noch benutzen und durch die Anschauung dieser reichhaltigen Kunstausstellung für so geringe Kosten, die Person 6 kr., für Kinder die Hälfte, sich einen angenehmen Genuß bereiten können.

Schneggenburger.

Ein braver Junge, der die Sattler-Profession erlernen will, kann sündlich in die Lehre treten; Näheres in der Expedition d. Bl.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 319.** **16. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 10. Nov. Fürst Leiningen, dessen Abreise einige Zeitungen voreilig meldeten, ist noch hier. Man weiß immer noch nicht, wer als Kommissär nach Oesterreich gehen wird. Von einigen Seiten will man wissen, der ganze Plan sey wieder aufgegeben. (R. K.)

Das Regierungsblatt vom 13. Novbr. enthält folgende „Königlich Allerhöchste Erklärung, die Auflösung der Kammer der Abgeordneten betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. Nachdem Wir Unsere Entschließung über die Verhandlungen der bisher versammelten Gesetzgebungs-Ausschüsse unterm 10. laufenden Mts. durch das Gesetzblatt kundgegeben haben, bleibt aber die Wirksamkeit der Kammern selbst als bedingt sich darstellt, so erklären Wir auf den Grund des Tit. VI. §. 13. und Tit. VII. §. 23. der Verfassungsurkunde im Hinblick auf das unterm 4. Juni 1848 erlassene neue Wahlgesetz für die Kammer der Abgeordneten und in Erwägung daß die dermalige Bildung der Kammer der Abgeordneten mit den zum Staatsgrundgesetze erhobenen neuen Bestimmungen nicht mehr im Einklange steht, dieselbe hiemit für aufgelöst und ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit für beendigt Zugleich verordnen Wir, daß nach dem erwähnten §. 23. des VII. Titels der Verfassungs-Urkunde ohne Verzug eine neue Wahl nach dem Wahlgesetze vom 4. Juni 1848 vorgenommen werde, und werden zu diesem Ende die entsprechende Bekanntmachung demnächst erlassen. Gegeben Nymphenburg, den 12. Novbr. 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath." (K. v. u. f. D.)

Bamberg, 8. Nov. Vorgestern, den 6., erfolgte die Freilassung des Dr. Wirth, Redakteurs „des Wahrheitsfreundes" aus der Untersuchungshaft, welche über drei Monate dauerte, gegen Kaution von 200 fl. (R. K.)

Würtemberg. Die Abgeordnetenkammer hat folgende zwei Beschlüsse — den ersten mit 60 gegen 18, den zweiten mit 73 gegen 5 Stimmen — gefaßt: 1) die k. Staatsregierung zu bitten, das Gesetz vom 20. Juni 1820 zum Zwecke einer bleibenden und wesentlichen Verminderung der Zivilliste einer Revision zu unterwerfen und den Entwurf des neuen Gesetzes in thunlichster Bälde und so zeitig an die Stände zu bringen, daß dasselbe noch auf gegenwärtigem Landtage verabschiedet und bei Bestimmung des Staatsbedarfs zu Grunde gelegt werden kann; 2) die k. Staatsregierung zu bieten, den 7. und 10. Abschnitt des fgl. Hausgesetzes vom Jahre 1828 in Betreff der Apanagen und andern Leistungen an die königliche Familie einer gründlichen Durchsicht zu unterwerfen und den Entwurf einer Abänderung gleichfalls zu dem Zwecke an die versammelten Stände zu bringen, damit noch in gegenwärtigem Finanzjahre eine namhafte Erleichterung der Staatskasse auch in diesen Beziehungen eintreten könne.

Bückeburg, 10. November. In der heutigen Sitzung des Landtags eröffnete der Präsident, es sey ihm durch den Regierungsverstand angezeigt, daß, falls der Landtag den Fürsten auf eine Civilliste beschränken würde, er sowohl wie der Erbprinz unabänderlich beschlossen habe, auf die Regierung des Landes zu verzichten. (D. A. Z.)

Dresden, 12. November. Blum ist erschossen! Diese furchtbare Nachricht ist durch eine offizielle Depesche des sächsischen Gesandten in Wien heute Nachmittag 3 Uhr beim Gesammtministerium angekommen. Ein Schrei des Entsetzens geht durch die ganze Stadt, und die tiefste Entrüstung bemächtigt sich Aller. Sofort beschlossen eine Anzahl Mitglieder der Linken unserer sächsischen Ständeversammlung in Verbindung mit einigen hier anwesenden Deputationen der deutschen Vaterlandsvereine Sachsens folgenden Aufruf: „An das deutsche Volk! Das Unerhörte ist geschehen! Robert Blum, der Führer der entschiedenen Freiheitspartei in der Nationalversammlung zu Frankfurt, der treueste Freund seines Volks, ist wegen seiner hochherzigen Theilnahme an dem Heldenkampfe der edlen Wiener von der Tyrannei kaltblütig gemordet worden. Der Abscheu des gesammten Deutschlands wird die Urheber dieser Schandthat richten, welche selbst das unverletzliche Haupt eines deutschen Volksvertreters nicht geschont hat. Das deutsche Volk wird seine Pflicht erkennen und die Kinder eines der edelsten seiner Freiheitskämpfer für die seinigen erklären." Dieser Aufruf bringt als Plakat an allen Straßen Dresdens dem Volk diese Trauerkunde. Zugleich wird morgen diese Verletzung des gesammten deutschen Volks in den Kammern zur Sprache kommen.

Leipzig, 13. Novbr. Mittags. Folgendes Plakat wird hier soeben veröffentlicht: Mitbürger! Der Nationalvertreter Robert Blum ist in Wien erschossen worden. Das heiligste Recht der Nationalversammlung ist dadurch verletzt. Solcher Verletzung gegenüber schwindet aller Parteiunterschied. Es gilt, mit aller Kraft, in innigster Verbindung mit allen Parteien die Nationalversammlung und die Centralgewalt zu unterstützen, damit dieselben diese schreiende Verletzung ihrer Souveränetät ahnden können. Wir halten es für unsere heiligste Pflicht, alle dahin zielenden Schritte zu thun. Jetzt gilt es, einmüthig zusammen zu stehen, ohne Rücksicht auf bisherige Parteistellung. Wir bieten Allen hierzu die Hand. Steht Alle jetzt fest zusammen, die ihr es aufrichtig meint mit Deutschlands Ehre und Freiheit! Leipzig, 13. Novbr. 1848. Der Ausschuß des Deutschen Vereins. Dr. Göschen, Vorsteher. Wolfmann, Schriftführer.

Berlin, 12. Novbr. Berlin ist, wie es allerdings schon seit einigen Tagen vorauszusehen war, nun in aller Form heute Abend gegen 6 Uhr durch folgende Kundmachung in Belagerungszustand erklärt worden: Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach sortan von dem General der Cavalerie v. Wrangel, welcher diese Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen. Berlin, 12. Novbr. 1848. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

General Wrangel hat sofort nun die Oberleitung der Stadt übernommen, wie er auch schon durch einen Anschlag die ersten nöthigen Anordnungen getroffen hat, welche beweisen, daß wir dem Kriegszustande in aller Form anheimgefallen sind. Dieser Anschlag lautet: Im Verfolg des Erlasses des königl. Staatsministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und ihr zweimeiliger Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiermit: 1) Alle Clubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen; 2) bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden; 3) alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen; 4) Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat; 5) alle Fremde welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen; 6) Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen; 7) die Bürgerwehr ist nach der königl. Bestimmung vom 11. Novbr. vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen; 8) während des Belagerungszustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizeipräsidium ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet; 9) die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausübung der von ihnen zu treffenden Maßregeln, insofern sie den versteheuden Bestimmungen entsprechen, von mir aufs kräftigste unterstützt werden; 10) die Stadt Berlin haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichen oder Privateigenthum verübt wird; 11) der Betrieb der öffentlichen Geschäfte, der königl. und Privatarbeiten, des Handels und der Gewerbe wird durch Erklärung des Belagerungszustandes

Digitized by Google

nicht weiter beschränkt. Berlin, den 12. Nov. 1848. Der Ober-befehlshaber der Truppen in den Marken, General der Cavallerie v. Wrangel.

Schon heute Mittag wurde ein großer Theil der hier befindlichen Truppen mit einer beträchtlichen Anzahl von Geschützen aus der Stadt hinausgeführt und stellte sich in den nächsten Umgebungen von Berlin auf. Als entscheidendes Motiv für die Erklärung des Belagerungszustandes wird die Nichtablieferung der Waffen von Seiten der Bürgerwehr angegeben. Ihre Zurückweisung dieser von dem Staatsministerium kategorisch gestellten Forderung waren bereits in der vorigen Nacht die umfassendsten Verabredungen getroffen worden.

Die Nationalversammlung hielt heute Nachmittag im Schützenhause eine sehr dürftige und eindruckslose Sitzung. Sie beschäftigte sich nämlich fast ausschließlich mit der Neuwahl ihrer Präsidenten und Vicepräsidenten. Die Zahl der anwesenden Abgeordneten betrug heute noch 248, unter denen 245 Stimmen Hrn. v. Unruh wieder zum Präsidenten der Versammlung erwählten. Unter den heute an die Kammern Mecklenburg-Schwerins und Strelitz's gesendeten, einen besonders großen Eindruck; es wird darin nicht nur eine unbedingte Zustimmung zu den Schritten der preußischen Nationalversammlung ausgesprochen, sondern auch jede irgends mögliche Hülfe verheißen. Die Frage von der Steuerverweigerung hat die Versammlung hinausgeschoben, da der dieselbe betreffende Commissionsbericht heute noch nicht eingegangen war. Die Versammlung wird aber morgen, wo sie eine Vormittagssitzung um 11 Uhr anberaumt hat, schwerlich mehr zu einer Berathung gelangen. Um so mehr Zeit sie heute die Zeit benützen sollen, was man ihr in heutiger Nachtsitzung kann. Auf den Antrag des Abg. v. Berg wurde eine feierliche Beanwortung der mecklenburgischen Adresse beschlossen. Abg. Gradow, der ehemalige Präsident der Nationalversammlung, der wieder hier angekommen ist, ohne jedoch an den Sitzungen der Versammlung Theil genommen zu haben, begab sich heute Nachmittag von hier nach Sanssouci, um dem König dringende Vorstellungen wegen der ergriffenen Maßregeln zu machen. Er kehrte jedoch zurück, ohne beim König Zutritt erhalten zu haben. Der König empfängt überhaupt Nah Niemand, doch wurde heute morgen eine Deputation aus Magdeburg bei ihm zugelassen. (N. Z.)

Berlin, 12. Novbr. (Morgens 10 Uhr.) Wir beginnen unsern Bericht möglichst früh, weil wir nicht wissen, ob die Umstände später die Berichterstattung zulassen. Bis 4 Uhr Nachmittags soll die Bürgerwehr die Waffen ablesern. Viele werden dazu bereit seyn, ein Theil wird sich weigern. Der Magistrat will sich mit dem Geschäfte der Bürgerwehrauflösung nicht befassen, die Offiziere haben sämmtlich abdicirt, und es wird den Conflikt, zu dem die bisherigen gemäßigte Haltung des Volkes jeden Vorwand bisher abzuschneiden wußte, endlich herbeiführen. In diesem Augenblicke herrscht auf den Straßen eine unheimliche Stille; es ist nicht die seitliche Stille eines Winter Sonntagsmorgens. Nach Allem, was angeführt wurde und was auch in dem Verfahren gegen eine Hauptstadt, die sich im Zustande der ungestörtesten Ruhe und Gesetzlichkeit befindet, eine mehr als genügende Unterstützung hat, schien es als wolle die Willkühr offen auftreten und sich der heuchlerischen Hülle gesetzlicher Vorwände endlich entkleiden. Eine große Anzahl von Abgeordneten hat deßhalb die Nacht außer ihren Wohnungen zugebracht. Die Gerüchte haben sich bis jetzt nicht bestätigt. Es wird erzählt, das Kriminalgericht sey auf Veranlassung seines Mitgenens, des Abg. Harrassowitz, zusammengetreten und habe beschlossen, seine Funktionen einzustellen, da die autoritative Geltung der Gesetze in diesem Augenblicke aufgehört habe. Unter den Abgeordneten, welche an den Berathungen der Nationalversammlung fortgesetzt Theil nehmen, finden wir mehr als 60 richterliche Beamte, unter ihnen einen Präsident des höchsten Gerichtshofs der Monarchie, ein Mitglied des geheimen Obertribunals, ein Mitglied des rheinischen Revisions- und Cassationshofs und der Immediat-Justiz-Examinationscommission, Präsidenten mehrer Obergerichte, den Direktor des Kriminalgerichts von Berlin, eine große Anzahl Mitglieder der Landes-Justizcollegien und der Staatsanwaltschaft. — Der Prinz von Preußen ist nach einem gestern Abend allgemein verbreitet gewesenen Gerüchte abgereist; die Einen sagen nach Belgien (?), Andere Weimar. Man erinnert sich jetzt früher vielbesprochener dumpfer Gerüchte von einer Verschwörung der Camarilla, deren Ziel keineswegs die Freiheit des Volks allein ist. Ueber ihr nächstes Ziel nach oben hin wird Niemand in Zweifel seyn, der die privaten Aeußerungen der Schildträger der Contrerevolution über den Träger der Krone zu vernehmen Gelegenheit gehabt hat. — Man versichert, es seyen 500 Gewehre von einzelnen Bürgern an ihre Compagnien abgeliefert, sofort aber wieder an die Arbeiter gegeben worden; bei etwa 400 sollen die Pyßens vernagelt gewesen seyn, was jedoch bald beseitigt wurde. Sonst bemerkt man bei keinem Depot, wohin die Waffen geliefert werden sollten, irgend eine Abgabe derselben. — Der demokratische Club und der Demokratenverein der Königsstadt haben zwei Anfprachen an die Soldaten erlassen, um diese über die Zwecke, welche man mit ihnen vor hat, aufzuklären. Ein dritter des Klosterstadt derselben Bezirks erstatt den Generalen für einen Volksverräther, der auf gesetzlichen Schutz seiner Personen keinen Anspruch mehr habe. — Vor wenigen Stunden sollen mehrere Schützengilden benachbarter, durch die Eisenbahnen bald zu erreichender Städte eingetroffen seyn. — (12½ Uhr.) Die Gruppen auf den Plätzen und Hauptstraßen, vor den Schlosthoren rc. werden immer zahlreicher und erregter. Das Militär tritt eben mit vollem Gepäck auf den Appellplätzen an. Viele wohlhabende Familien haben Berlin verlassen.

Die von Seiten des Magistrats an den König abgeordnete Deputation, um gegen die Berlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg Einspruch zu thun, ist nicht angenommen worden. — Der hiesige „constitutionelle" Verein hat als Beweis der verbreiteten demokratisch-constitutionellen Vereine Deutschlands folgendes Placat veröffentlicht: Volk von Berlin! Das Ministerium Brandenburg hat durch einen Staatsstreich die Rechte des Volkes angegriffen. Die Nationalversammlung hat mit männlicher Kraft in den Grenzen ihres Rechtes die Freiheit vertheidigt. Sie hat den Dank und die Bewunderung des Vaterlandes sich erworben; das Volk wird durch einmüthigen Beistand diese That zu würdigen wissen. Dagegen haben die aus der Versammlung ausgeschiedenen Abgeordneten sich einer schweren Verletzung ihrer constitutionellen Pflichten schuldig gemacht, sie haben einer Regierung, die Souverainetät einseitig der Krone zuzusprechen, das ihnen anvertraute Recht des Volkes geopfert. Eine solche Verläugnung wahrhaft constitutioneller Grundsätze, noch dazu begangen unter dem Vorwande, diese Grundsätze zu wahren, hält gerade der constitutionelle Club für eine Ehrensache, mit ihrem rechten Namen zu bezeichnen. Mitbürger! Ihr habt in diesen Tagen euren Willen, unerschüttert sich an der Nationalversammlung fest zu halten, eben so bestimmt als besonnen kund gegeben. Wenn das ganze preußische Volk dem Volke seiner Vertreter so antwortet, wenn es einem solchen Beispiele so folgt, wie Berlin gethan, dann fürchten wir keine Gefahr für die bedrohte Freiheit des Vaterlandes. Berlin, 10. Nov. — Als Parlamentscorrespondenz, Nr. 2 bezeichnet, geht uns aus Berlin eine lithographirte Mittheilung zu, nach welcher die Nachricht, das das hohe Obertribunal gegen das Recht der Krone die Nationalversammlung, zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen, sich ausgesprochen habe, falsch sey.

Köln, 11. Nov. In einer heute Nachmittag stattgefundenen zahlreich besuchten Volksversammlung wurde folgende Adresse an die Nationalversammlung in Berlin beschlossen: Die unterzeichneten Bürger Kölns erklären, das sie sich die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung durch den am 9. d. Monats gefaßten Beschluß: „der Krone nicht das Recht zuzusprechen, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen," den Dank des Volkes verdient habe, das die Unterzeichneten diesen Beschluß ihre volle Zustimmung geben und durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel dahin wirken werden demselben Geltung zu verschaffen. (D. A. Z.)

Breslau, 11. Novbr. Von hier sind folgende Adressen nach Berlin abgegangen: 1) Majestät! Mit dem tiefsten Schmerze über den erfolgten Conflikt zwischen Ew. Maj. Regierung und der Nationalversammlung und in der zuversichtlichen Hoffnung, daß es noch möglich sey, das theure Vaterland vor den drohenden Gefahren zu retten, halten wir, die Vertreter der zweiten Stadt der Monarchie, es für unsere unerläßliche Pflicht, Ew. Maj. Das auszusprechen, was die Einwohnerschaft dieser Stadt in völliger Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung erwartet. Nur ein volksthümliches Ministerium, welches auf eine Mehrheit der Volksvertreter zu rechnen hat, nur die Zurücknahme der die Versammlung vertagenden und ihren Sitz verlegenden Beschluß kann die Gefahr ausheben und das Vaterland vor Ew. Maj. und von dem Volke ersehnten Ziele wahrer Freiheit im Gesetz, dem Glück wahrhaft constitutioneller Verfassung zuführen. Breslau, 11. Nov. 1848. Der Magistrat und die Stadtverordneten. 2) Hohe Nationalversammlung! So schmerzlich und die königl. Botschaft vom 8. d. M. wegen Vertagung der Versammlung und Verlegung der Sitzung aus der Hauptstadt berührt hat, so freudig haben wir die letzten Beschlüsse einer hohen Versammlung begrüßt und die würdige Haltung bewundert.

Digitized by Google

Hohe Versammlung! Wir setzen mit Stolz auf unsere Vertreter, die ihren Beschlüssen die Krone gegenüber das Recht des Volkes gewahrt haben. Wir erkennen in einer hohen Versammlung für die Dauer des Conflikts mit der Krone den einzig beschliessenden und gesetzgebenden Körper, und rufen euch, unsern Vertretern, zu: „Kämpfet muthig für die Freiheit des Volks! Mit Begeisterung werden wir euch schirmen und schützen!“ Breslau, am 11. Nov. 1848. Die Stadtverordneten.

Halle, 11. Novbr. In der heutigen Zusammenkunft der ehemaligen Wahlmänner für die preußische Landesversammlung, die im Locale der Stadtverordnetenversammlung auf Veranlassung des jetzt hier weilenden Abg. Dr. Riemayer stattgefunden hat, haben sich von 58 Anwesenden (64 sind es im Ganzen) nur 6 für ihn bezüglich seines Verlassens der Nationalversammlung erklärt. Es wird derselbe also, einer gegebenen Zusage zufolge, sein Mandat niederzulegen haben. (D. A. Z.)

Wien, 10. Nov. So weit ist noch nicht das Gefühl des Rechts und der Freiheit im Pulverdampf erstickt, als daß sich nicht laut Stimmen, wenn nicht der Entrüstung, doch der offenen Mißbilligung des an Robert Blum vollzogenen Urtels vernehmen ließen. Wenn die Einen es als Attentat betrachten, so finden Diejenigen, welche am entschiedensten sich gegen Blum's Treiben aussprachen, einen bedeutsamen politischen Fehler darin, die Stimmung von ganz Deutschland dadurch aufzustacheln. Nach der Kundgebung in der heutigen Wiener Zeitung hatte Robert Blum nichts Anderes gethan als was Tausende gethan, nämlich ausführliche Reden gehalten und die Waffen gegen kaiserl. Truppen ergriffen. Die Rechtskundigen aber vermissen die hinreichende Begründung des standrechtlichen Verfahrens, weil dasselbe nur durch Ergreifung auf der That begründet wäre. (D. A. Z.)

Wien, 10. Nov. Das Schicksal Wiens findet allenthalben in den Provinzen die lebhafteste Theilnahme, und selbst in Prag steht man nun ein, daß die Niederlage der Freiheit in den Mauern der Hauptstadt einer Niederlage der liberalen Sache in der ganzen Monarchie gleich zu achten sei. — Robert Blum hatte das Kriegsgericht schuldig befunden, nicht blos auf der Aula durch Rede und Rathschlag für den energischen Widerstand gewirkt, sondern auch an der Spitze der Mobilgarde die zum letzten Augenblick gekämpft zu haben. Nach einer Aeußerung des Generals Cordon dürfte schon in den nächsten Tagen das Urtheil über den Zweifelnden jenen auch vier Mitglieder der Frankfurter Parlaments bestehenden Deputirten gefällt werden, denn zwei Mitglieder hatten sich nach Olmütz zu den Reichskommissaren begeben, indeß zwei hier verblieben. Gestern Morgen 6 Uhr wurde Robert Blum im Gefängniß das standrechtliche Todesurtel verkündet. Er erklärte mit heroischer Fassung, die Sentenz käme ihm nicht unerwartet, und bat um die nöthige Zeit, um den Schreibebrief an seine Frau richten zu können. „Faße dich muthig ob meines Schicksals, heißt es darin, und erziehe unsere Kinder, daß sie meinem Namen keine Schande machen. Ich sterbe für die Freiheit.“ Gegen 7 Uhr langte der Trauerzug in der Brigittenau an, Blum in einem mit schwarzen Vorhängen Wagen, ohne einen Augenblick Geistesgegenwart und Seelenstärke zu verlieren. Die Brust entblößend, winkte er mit unverbundenen Augen dem Tode entgegen schauen, schlang aber selbst das Tuch um die Augen, als man ihn bedeutete, daß dies in der Sitte sei, und kniete nieder. Drei Schüsse streckten ihn todt nieder, die drei Jäger hatten wohl gezielt. Zwei Kugeln trafen die Brust, die dritte den Kopf. Am Abend lag der Leichnahm im Militairspitale. — Hr. Bodenstedt ist nach der amtlichen Hinrichtung Blum's heute sofort von der Redaktion des Oesterreichischen Lloyds zurückgetreten. Hr. Kuranda läßt vorläufig die Ost-Deutsche Post nicht erscheinen, ungeachtet man bei der bekannten Mäßigung des Hrn. Kuranda nicht willens war, das Erscheinen zu inhibiren. Ich bin nur dort gemäßigt, soll er gesinnt worden haben, wo ich auch radical sein darf, und verzichte auf die Erlaubniß. Bach, Breda und Helfert sollen es abgelehnt haben, in das Ministerium zu treten. — In Folge einer aus Olmütz eingetroffenen telegraphischen Depesche wurde Professor Füster seiner Haft entlassen. — Heute und gestern sind starke Colonnen nach der ungarischen Grenze aufgebrochen und auch der Banus Jellachich hat sich bereits dahin begeben, um den Feldzug zu eröffnen, den man bis vor dem Eintritt der strengen Jahreszeit beendigen will. Die Einnahme von Pressburg durch die k. k. Truppen scheint sich zu bestätigen, wie denn überhaupt die Städte im Westen eine große Hinneigung zu Oesterreich verrathen und diese kaum ungestalten wären, falls sie unter gewissen Verhältnissen ganz und gar mit dem deutschen Oesterreich vereinigt würden. — Der Kaiser hat mit Cabinetsschreiben vom 27. Oct. den Rath des Kriegsministeriums, Ritter v. Schönlhaimb, zum Unterstaatssecretair dieses Ministeriums ernannt und demselben in dieser Eigenschaft bis zur demnächst nachfolgenden Ernennung eines Kriegsministers die Oberleitung sämmtlicher militairisch-administrativen Geschäfte der Centralkriegsverwaltung übertragen.

Wien, 11. Nov. Die heutige Wiener Zeitung gibt Kunde von der an den Polen Zelowski vollzogenen Hinrichtung, derselbe war Assistent des Generals Bem. Es sind aber aufgefunden gestern und heute morgens wohl mindestens 20—30 Todesurtheile an verschiedenen Orten vollstreckt worden. Die Namen der Verurtheilten sind jedoch bis jetzt noch ein Geheimniß. Man will wissen, daß in den nächsten Tagen der kommenden Woche sämmtliche Protokolle des Kriegsgerichts durch die Wiener Zeitung kundgegeben werden. Messenhausen soll gestern das Todesurtheil verlesen worden sein. — Das Ministerium ist definitiv zusammengetzt und es ist gewiß, daß Graf Stadion zum Minister des Innern ernannt ist und Bach den Eintritt abgelehnt hat. Ob Wessenberg die Präsidentschaft des Conseils behalten oder ganz austreten werde, ist noch zweifelhaft. Sämmtliche Minister sind gestern Abend aus Olmütz hier angelangt. Fürst Felix Schwarzenberg hat sich in der Art ausgesprochen, daß er sich eben so nach Oden, wie nach Unten vorstehen und den Einfluß einer Camarilla nicht zugeben werde. — Es ist aber hohe Zeit, daß derartige Worte der Beruhigung zukommen; denn die Stimmung ist eine ungemein erregte. Zu den schon früher vorhandenen Veranlassungen treten nun die vielen heimlichen Hinrichtungen hinzu und insbesondere hat jene Blums einen tiefen Eindruck gemacht. Weiterhin aber fließen die Besorgnisse aus der vorgefaßten Meinung, welche über die Persönlichkeit verschiedener, nun plötzlich wieder auftauchender Vertrauensmänner hervorgeht. So ist Hurter in Olmütz, der Polizeiministair Bernert, dem man die Schlächtereien in Galizien beigemessen, im Lager und Pipitz, schon früher unpopulär, wird ebenfalls als sehr einflußreich in Olmütz dargestellt. (N. K.)

Olmütz, 10. Nov. Graf Stadion ist vom Kaiser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. — Gestern Nachmittag sind Minister Kraus, Dr. Bach, Dr. Meyer, Dr. Helfert, sowie Fürst Schwarzenberg mit einem Extratrain nach Wien gereist. (D. A. Z.)

Prag, 11. Novbr. In Olmütz soll eine unerträgliche Stimmung herrschen. Residente, die von dort kommen, erzählen, daß ein Theil der Aufenthalt in Olmütz genüge, um die Reaction in ihrer vollen Blüthe zu sehen. Das Militair erlaube sich alle möglichen Uebergriffe, Preßfreiheit existire dort nur dem Namen nach und das Paß- und Spionirwesen sey vollkommen des dort anwesenden Sedinitzky würdig. — Von hier aus geht jetzt täglich Militair und Munition nach Olmütz und von dort weiter, das abgehende Militair wird theilweise durch Truppen aus den Umgebungen ersetzt. (D. A. Z.)

Schweiz.

Bern, 10. November. Gestern Abend wurde mit dem „Verfassungsfreunde“ die Antwort des Vororts auf die letzte Note der deutschen Centralgewalt ausgegeben. Das Publikum ist jetzt zu sehr mit den Bundesbehörden, besonders mit den Wahlen in den Bundesrath, die nächste Woche vorkommen, sowie mit der Frage über den Bundesitz beschäftigt, als daß es dem bedauerlichen Notenwechsel zwischen den beiden so nahe verwandten Nachbarstaaten mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit schenken könnte. Der Vorort hat seine Bereitwilligkeit gezeigt, eine Untersuchung gegen angeblich schuldige Beamten einzuleiten; aber um dies thun zu können, mußte eine klar formulirte mit Thatsachen belegte Anklage vorliegen. Sonst fehlte ihm die Handhabe für amtliche Schritte; auf bloße Gerüchte hin kann der Vorort keine Kantonsregierung oder einzelne Beamte vor Gericht stellen. (F. O.-P.-B.)

Die Antwort des eidgenössischen Vororts auf die deutsche Note vom 5. Octbr. ist erfolgt. „Es sey klar, daß man auf die Auseinandersetzung des Vororts nicht näher eingehen wolle, sondern auf der Anschauungsweise, wie man sich dieselbe von vornherein gebildet habe, ohne weiteres zu beharren gesonnen sey.“ „Der Vorort fühle sich erhaben über den vorherrschend verletzenden Ton in der Note.“ Das ist der Ton, in dem die Antwort beginnt, und in dem sie, wenn auch nachher mit etwas weniger Bitterkeit und schneidender Derbheit fortfährt. „Der eidgenössische Vorort, von jeher der Einschüchterungspolitik fremd, wird auch fernerhin, so lange er noch zur Leitung der schweizerischen Angelegenheiten berufen ist, nur die Gebote der Ehre sich zur Richtschnur dienen und niemals durch andere Rücksichten von dieser seiner politischen Lebensmaxime sich abbringen lassen zc.“ So schließt die Antwort.

Italien.

Aus Mailand gehen die Nachrichten bis zum 8. November.

Digitized by Google

In der ganzen Lombardei wie im Venezianischen hatte die Kunde von der Unterwerfung Wiens einen sehr niederschlagenden Eindruck gemacht. — Feldmarschall Graf Radetzky und seine Armee haben „an den Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz und sein tapferes Heer“ ein Schreiben erlassen, worin er seine „Kommilitonen“ für die Einnahme Wiens beglückwünscht. „Beide Armeen“, heißt es am Schlusse, „reichen sich die Bruderhand. Die Manen Latour's sind befriedigt.“ (K. v. u. D.)

Florenz. Die Florentiner Zeitung vom 2. Nov. enthält in ihrem amtlichen Theil folgenden Ministerialerlaß: „In Betrachtung daß derjenige, der den auswärtigen Feind Italiens repräsentirt, nicht auch zugleich einen italienischen Staat vertreten kann, werden alle toscanischen Consuln und Vicecensuln, welche zugleich Oesterreich und Toscana vertreten, ihres Amtes als unsere Repräsentanten enthoben, und haben unaufgehalten ihr Patent an die großherzogliche Regierung zurückzusenden.

Aus Ferrara meldet die Alba, es sey dort der österreichische Consul am 31. Oktbr. von Triest angekommen und habe seine alte Wohnung bezogen; die Unita sagt: am 3. Nov. versammelte sich ein Volkshaufe vor der Wohnung des deutschen Consuls, riß den Adler herab, stieg die Treppe hinauf, brach in's Zimmer des Consuls, warf die Möbel heraus, verbrannte die Papiere; der Consul selbst soll in die Festung geflüchtet seyn. Ueber die Schritte der Oesterreicher hierauffin verlautet noch nichts.

Turin, 6. Nov. Ich wohnte soeben einer unerhört stürmischen Sitzung der Deputirtenkammer bei. Wie ich berichtete, hatte das Ministerium sich bereit erklärt, einem von dem Präsidenten Gioberti zu wählenden Deputirtenausschuß genauen Aufschluß über die innere Lage des Landes und seine Verhältnisse zum Auslande zu geben, um denselben und durch dessen Aussprauch die ganze Kammer und das ganze Volk von der „inopportunità“ einer sofortigen Kriegserklärung an Oesterreich zu überzeugen. Hr. Buffe, Berichterstatter, bestieg nun heute die Rednerbühne, um folgendes Gutachten des Ausschusses mitzutheilen: die Minderzahl von 6 Stimmen ist mit dem Ministerium einverstanden, daß der passende Augenblick zur Kriegserneuerung nicht gekommen ist; die Mehrzahl von 8 Stimmen erklärt, daß die jetzige Regierung, deren Absichten sie indeß nicht verdächtigen will, ihre hohe Aufgabe nicht löste, von Grund aus reformirt werden muß. (Die 8 Stimmen wogen also nicht geradezu auf Krieg zu bestehen.) Gegen diesen Ausspruch protestirte der Minister des Innern im Namen des Ministeriums mit großer Heftigkeit.

Genua. Oesterreich hat zwei Dampfsregatten von 400 Pferdekraft und je mit 10 Bomben bewaffnet, mit 800 Mann Schiffsbedienung in England angekauft, deren Ankunft im adriatischen Meere zur Verstärkung der österreichischen Flotte jeden Augenblick erwartet wird. (N. Z.)

Frankreich.

*Paris, 9. Novbr. Das Manifest Ledru-Rollins für seine Präsidentschafts-Candidatur wird morgen erscheinen, — am nächsten Sonntage das Manifest Cavaignac. Louis Bonaparte wird der Letzte seyn, um sein Programm aufzustellen und man versichert dieses werde auf ein Testament Napoleons basirt seyn, das bisher geheim geblieben ist, und in welchem der Kaiser auf St. Helena für seinen Sohn oder jedes andere Mitglied seiner Famille, das einst berufen seyn sollte über Frankreich zu herrschen, ein Programm der innern und auswärtigen Politik aufstellte. Wahrscheinlich ist das Dokument **ad usum Delphini** nachträglich aus dem reichlich vorhandenen Material der Diktaten des Kaisers fabrizirt worden, worin Montholon und Alexander Dumas schon ein Mal in „Montholons Memoiren von St. Helena“ eine große Geschicklichkeit gezeigt haben.

Der National zeigt heute in einer Note an, daß Herr Heckscher in Turin keineswegs von der deutschen Centralgewalt die Mission erhalten habe, „in permetenicher Weise die Vermittlung Deutschlands in dem Streite zwischen Oesterreich und Sardinien anzubieten, und durch eine indirekte Drohung die Vermittlung Englands und Frankreichs zu beseitigen.“ Im Gegentheile habe das Turiner Ministerium, nach der Ankunft des Hrn. Heckscher in Turin, laut erklärt: daß es keine andere Vermittelung als die Englands und Frankreichs annehme. Diese bestimmte Erklärung würde daher der Mission des Herrn Heckscher ein Ende gemacht haben, wenn seine Mission eine solche gewesen wäre. Der National weist übrigens auf die in der Ober-Postamts-Zeitung erschienene Ratifikation hin.

Die neueste Würzburger Post ist heute nicht eingetroffen.

Vermischte Nachrichten.

Der „National-Zeitung“ entnehmen wir nachfolgende Biographie und Charakterstrik des zum preußischen Ministerpräsidenten ausersehenen Grafen Brandenburg:

Graf Brandenburg ist geboren im Jahre 1789. Sein Vater war König Friedrich Wilhelm II., seine Mutter die Gräfin Döhnhoff. Der König, schwankend und den Genuß eben so in dem Wechsel der Personen als der Systeme suchend, brach dieses Verhältniß ab, nachdem ihm noch eine Tochter geboren war. Es ist das die Gräfin Julie, welche zuerst zur Gemahlin des älteren Fürsten Lichnowsky bestimmt, später mit dem Prinzen von Pleß, dem nachherigen Herzog von Köthen, vermählt, in derangirten Vermögensverhältnissen nebst ihrem Gemahl durch Adam Müller für die katholische Kirche in Paris gewonnen ward — ein ein gemüthmilches Schicksal — das auch anderen natürlichen Kindern des Königs zu Theil geworden, wie denn namentlich der Geheimrath von Ingenheim, der Sohn des Königs und des Fräulein von Voß, in den dreißiger Jahren in Rom zum Katholizismus übergegangen ist. Graf Brandenburg wurde frühzeitig Soldat. Man glaubte damals noch, daß dem Soldaten eine wissenschaftliche und gründliche Bildung wenig nützen könne. Dies und die bewegten Zeiten, in welche seine Jugend fällt, mögen dazu beigetragen haben, daß seine Erziehung vernachlässigt, daß seine ebnedein nicht eminenten geistigen Kräfte nicht genügend ausgebildet wurden. Vom Lieutenant bei den Gardes du Corps zum Rittmeister avancirt, wurde er später, zugleich mit dem Hrn. v. Schack, dem nachherigen General und Adjutant des Königs, Adjutant des Generals York bei dem ersten Armeecorps. Hier wurde er besonders zum Recognosciren verwendet, ein Dienst, zu dem er, wie durch Muth, Entschlossenheit, Kaltblütigkeit und Umsicht, so durch sein überaus scharfes Auge besonders befähigt schien. Die Beschäftigung im Kriege ist nicht geeignet, um die Lücken einer vernachlässigten Erziehung auszufüllen. Die Waffenübung, das Kommandowort, des Dienstes immer gleichgestellte Uhr, sie lassen den Geist unerquickt. Durch seine Lebenskunst und durch die Manieren des Hofmannes suchte jedoch der Graf zu ersetzen, was ihm an Kenntnissen abging; durch Ehrlichkeit des Charakters bemühte er sich, vergessen zu machen, daß sein Blick nur zu beschränkt sey. Bald nach dem Kriege zum Kommandeur der Gards du Corps ernannt, verheirathete er sich mit einem Fräulein v. Massenbach, Tochter eines alten Dragoner-Generals aus dem Jahre 1806. Auszegezogen als eine Art **Menin** mit der Prinzessin Charlotte, der jetzigen Kaiserin von Rußland, ist sie durch alle Verhältnisse hindurch mit dieser in inniger Verbindung verblieben, wie sie denn auch jetzt noch mit der kaiserlichen Freundin einen lebhaften Briefwechsel unterhalten soll. (F. J.)

Anzeigen.

Während der Wintermenate wird alle Dienstag und Freitag Fleßholz in ganzen, halben und viertels Klaftern, gegen Zahlung von 7 fl. 30 kr. inclus. Fuhrlohn per Klafter, geschrieben und abgegeben; worein die hiesigen Einwohner in Kenntniß gesetzt werden.

Bayreuth, den 15. November 1848.

Die Stadtkämmerei.

Wich.

Lieferungs-Akkord.

Von der Oekonomie-Commission des Kgl. 13. Infanterie-Regiments (Hertling) wird am Mittwoch, als am 29. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr auf der Rechnungs-Kanzlei eine Quantität von hunkelgrauen, kornblauen, schwarzen, scharlachrothen, stahlgrünen Tüchern, Futterboy, dann Bunschzuhen und Sohlen mit Fleck zur Lieferung in Akkord gegeben.

Lieferungsberechtigte werden mit dem Bemerken eingeladen, daß sie sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, den 12. November 1848.

Ausgezeichnet gute Steinkohlen zum Heizen
zu 18 kr. per Kübel
sowie auch demnächst gute Zurwarten habende gußeiserne Steinkohlenöfen, verhältnißmäßig billig wie die Kohlen empfiehlt
H. Ries.

Eine Chaise, ein chur à banc und ein Schlitten sind billig zu kaufen. Näheres in der Expedition.

Im Verlage der Geb. Kammerath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., baldjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 320. | 17. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 13. Novbr. (114. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Eine an das Reichsministerium der Justiz gelangte Zuschrift des Hofgerichts zu Hohenzollern-Sigmaringen wird verlesen, worin diese Behörde die Zustimmung der Nationalversammlung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den des Hochverraths beschuldigten Abg. Advokat Dr. Würth verlangt. Das genannte Schreiben und die auf dessen Inhalt bezüglichen Actenstücke werden dem Ausschusse zur Begutachtung anderweitiger gerichtlicher Requisitionen zur Berichterstattung übergeben. Zu einer Mittheilung an die Nationalversammlung erhält das Wort Reichsminister von Schmerling: Die neuesten Vorgänge in Berlin sind begreiflicherweise geeignet, die Aufmerksamkeit des Hauses und der Centralgewalt in hohem Grade in Anspruch zu nehmen. Kein Deutscher wird verkennen, von welcher Wichtigkeit für das Vaterland Alles ist, was Preußen betrifft. Das Reichsministerium hat solches erkannt, und schon früher Gelegenheit genommen, mit dem preußischen Staate in ein Einvernehmen zu treten, welches für Deutschland von Erfolg seyn mußte. Diese Rücksicht hat denn auch das Reichsministerium bewogen, das Verhältniß der Centralgewalt zur preußischen Regierung nunmehr klar zu stellen, und es hat, um durch persönliche Erörterungen noch Gewißheiteres zu erzielen, den Unterstaatssecretär Herrn Bassermann an die preußische Regierung nach Berlin abgeschickt. Die Maßnahmen, welche die preußische Regierung in jüngster Zeit ergriffen, sind von dem Reichsministerium weder angeraten worden, noch war dasselbe entschlossen, dieselben zu unterstützen. Vergleicht man die Zeit der Absicht der neuen Ernennungen mit der Zeit der neuesten Vorgänge in Berlin, so wird schon daraus klar werden, daß dieser Ereignisse wegen die gedachte Mission nicht beschlossen worden ist. Erst wenige Tage nachher sind dem Reichsministerium, jedoch nicht offiziell, sondern durch die Presse, Mittheilungen zugekommen über das, was von Seiten des Ministeriums in Berlin geschehen und von der dortigen Nationalversammlung beschlossen worden ist. Wenn auch erst gestern Abend eine Depesche des Unterstaatssecretärs Herrn Bassermann vom 10. Nov. als offizielle Mittheilung bei dem Reichsministerium eingetroffen ist, so hat dasselbe diese offizielle Nachricht dennoch nicht abwarten zu müssen geglaubt, sondern schon im Laufe des gestrigen Tages die für nothwendig erachteten Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse, welche noch um 10 Uhr gestern Abend als neue Instruktionen an Herrn Bassermann abgegangen sind, betreffen die Rücksicht, daß sowohl die Rechte der preußischen Krone als die Rechte der Vertreter des preußischen Volks von Seiten der Centralgewalt auf das Entschiedenste in Schutz genommen werden. Das Reichsministerium glaubt, daß eine unverzügliche Vorlage der betreffenden Papiere nicht angemessen sei, und wünscht daß die Mittheilung dieser Depeschen für den Augenblick von der Versammlung nicht gefordert werde. Bei der Wichtigkeit der Sache werden zweifelsohne mehrere Anträge eingebracht werden die an einen Ausschuß zu verweisen sein dürften. Dieser Commission wird das Reichsministerium sämmtliche Actenstücke vorlegen, um dieselben in beliebiger Weise in größerer oder geringerer Ausdehnung dem Hause mitzutheilen. Der Präsident verliest folgende auf die Berliner Vorgänge bezüglichen Anträge. v. Wydenbrugk und Genossen beantragen: Die Nationalversammlung erklärt: die von der preußischen Regierung eingeleitig angeordnete Vertagung und Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung zusammenberufenen Landesversammlung nach Brandenburg für unverträglich und unvereinbarlich mit dem Wesen und den Rechten dieser Versammlung, und fordert die Centralgewalt auf, für die Sicherheit dieser Versammlung und für die Freiheit ihrer Berathungen ungesäumt zu wirken. H. Simon von Breslau: In Erwägung, daß die preußische constituirende Nationalversammlung die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß ein Ministerium Brandenburg das Vertrauen der Versammlung und des Landes nicht habe; in Erwägung, daß die preuß. Krone vorstehender Erklärung ungeachtet dieses Ministerium und zwar mit dem Beifügen ernannt hat, daß Graf Brandenburg das Vertrauen des Landes sich erwerben werde; in Erwägung, daß von der Regierung zu Berlin die Vertagung und Verlegung der Landesversammlung angeordnet worden ist; in Erwägung, daß diese Versammlung hierauf den Beschluß gefaßt, daß sie keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern; in Erwägung, daß es die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung und der Centralgewalt ist, die Einheit und Freiheit in Deutschland zu schirmen, und daß es ihre Pflicht ist, die verletzten Volksrechte herzustellen, wideigenfalls die Centralgewalt zum Vorkande deutscher Kleinstaaten herabsinkt, u. s. w.; beschließt die Nationalversammlung die Centralgewalt aufzufordern, an die preußische Regierung die Erklärung zu richten, daß dieselbe nicht in ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Lande, im Widerspruche mit der constituirenden Versammlung, ein Ministerium aufdränge, und ohne Uebereinstimmung mit der Landesversammlung dieselbe vertage oder deren Sitz verlege; ferner an die preußische Regierung die Weisung ergehen zu lassen, die von ihr ergriffenen, die Volksfreiheit bedrohenden Maßregeln zurückzunehmen. Biedermann und Genossen: Die Nationalversammlung erklärt, daß die Centralgewalt nach §. 2 des Gesetzes vom 28. Juni befugt und verpflichtet sey, bei den zwischen der preußischen Regierung und der Berliner Landesversammlung obwaltenden Conflikten einzuschreiten, und sofort die preußische Regierung dahin zu bestimmen habe, daß dieselbe die von ihr angeordnete Vertagung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, die Freiheit der Berathungen der Landesversammlung sicher stelle und mit einem Ministerium sich umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitze ꝛc. Aehnlichen Inhalts sind zwei weitere Anträge, von Waiz, Mattahn u. A. Berrier stellt folgenden präjudiziellen Antrag: Mit Bezug auf die von dem Reichsminister des Innern in der preußischen Angelegenheit abgegebene Erklärung, beschließt die Nationalversammlung, diese Erklärung nebst sämmtlicher über diesen Gegenstand eingebrachten Anträge dem zur Begutachtung der sächsischen Frage niedergesetzten Ausschusse zur morgigen Berichterstattung zu überweisen und jedann die Berathung über diese Frage unverweilt zu eröffnen. Wydenbrugk: Wer bürgt uns dafür, daß nicht schon jetzt in Preußen der Bürgerkrieg ausgebrochen ist. Die Verweisung an einen Ausschuß wäre nutzlose Formalität und der Niedersetzung einer Commission zu vergleichen, die im Augenblick, wo das Haus brennt, darüber zu berathen hätte, wie gelöscht werden soll. Reiter aus Prag stellt, für den Fall, daß die Debatte verschoben wird, den eventuellen Antrag auf Vertagung der Sitzung bis 2 Uhr Nachmittags, während welcher Zeit die Berichterstattung des Ausschusses zu erfolgen habe. Es wird zur Abstimmung geschritten und nach Beseler's Antrag die Verweisung der Ministerialerklärung und der vorerwähnten Anträge an den Ausschuß für die sächsische Frage mit 255 gegen 187 Stimmen und die morgen zu erfolgende Berichterstattung resp. Berathung mit 236 gegen 196 Stimmen angenommen. Auf den Antrag der Abgeordneten Osterrath und v. Wartensleben wird die heutige Sitzung um 11½ Uhr Vormittags aufgehoben.

Frankfurt, 13. Nov. Die bereits seit einigen Tagen projektirte Verschmelzung aller Fraktionen der linken Seite der Nationalversammlung ist unter dem Eindruck der letzten Berliner Nachricht wirklich zu Stande gekommen. Vorzüglich haben diejenigen Abgeordneten zum Zustandekommen dieser Operation beigetragen, welche in jüngster Zeit Gelegenheit hatten die Verhaltungsweise der parlamentarischen Parteien in Berlin kennen zu lernen. Es wird von der linken Seite nichts mehr in die Nationalversammlung gebracht werden, als was schon vorher zum Beschluß der Partei geworden. Ein vorläufiger Versuchsstermin ist für diese Union festgesetzt.

Das am 13. Nov. erschienene fünfte Stück des Reichsgesetzblattes enthält: 1) das Gesetz vom 12. Nov. d. J., betreffend die Einführung der deutschen Kriegs- und Handelsflagge; 2) die Verordnung vom 12. Nov., wonach das Reichsministerium des Handels mit der Vollziehung des bemerkten Gesetzes beauftragt wird.

Digitized by Google

Bayern. (Die Ministerveränderungen.) Nach der Augsb. Abdz. ist der Gedanke, Thon-Dittmer das Handelsministerium zu übertragen, aufgegeben; er soll zum Staatsrath ernannt und ein Handelsministerium vorläufig nicht errichtet werden. Nach der Allg. Ztg. würde Thon-Dittmer's Portefeuille von Lerchenfeld neben den Finanzen mit übernommen und durch Einführung des Instituts der Unterstaatssekretäre die Geschäftslast der Minister erleichtert werden. Eine andere Mittheilung aus München in demselben Blatt bringt als schwebendes Gerücht folgende nicht sehr wahrscheinliche Kombination: Zu-Rhein Inneres, Strauß Unterstaatssekretär im Innern für Kultus, Lerchenfeld Handel, Weigand Finanzen, Thon-Dittmer Staatsrath an Strauß' Stelle.

In Landau ist an die Stelle des ausgetretenen Dr. Glaß der Anwalt Eulmann aus Zweibrücken mit 65 Stimmen zum Abgeordneten in der Nationalversammlung, Dr. Hepp von Neustadt mit 85 Stimmen zum ersten und Dr. Schupp von Landau mit 63 Stimmen zum zweiten Ersatzmann gewählt worden.

(Hört!) Der Stuttg. Beob. schreibt unterm 13.: Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß der König dem Beschlusse der Kammer in Betreff der Civilliste Folge geben zu lassen nicht entschlossen sey; ja Römer und Duvernoy sollen ihre Entlassung gegeben haben. (N. K.)

Dresden, 13. Novbr. Auf der heutigen Tagesordnung der II. Kammer befand sich unter Anderm die Interpellation des Abg. Tzschirner darüber: ob und welche Schritte die Staatsregierung wegen der in Wien erfolgten Verhaftung Robert Blum's gethan. Unter lautloser Stille beginnt Abg. Tzschirner: Er habe ein schmerzliches, ein trauriges Amt, seine Worte gälten den Manen eines unserer besten Mitbürger. „Unser Robert Blum, dessen Name mit der Freiheit unzertrennlich ist, den das Volk liebte und das auch er liebte, ist nicht mehr. Als er die Freiheit des Volks gefährdet sah, eilte er nach Wien, um dieselbe retten zu helfen. Leider mußte Wien fallen und Robert Blum wurde verhaftet. Auf die Kunde davon eilte man von allen Seiten zur Regierung, daß sie sich für denselben verwende." Und die Regierung habe sich dem Vernehmen nach dem Ansinnen stets freundlich bewiesen. Es sei aber nöthig, öffentlich hier die Sache zur Sprache zu bringen, damit man Kunde zeige, was für ein Robert Blum gestorben. Gegenstand als Reichstagsabgeordneter nach unverletzlich, seine Verhaftung sei ungesetzlich nach mehren Seiten. Man habe dies aber nicht beachtet, man habe ihn nach einem Monate aller Begründung entbehre, erschießen lassen. Er Tzschirner) ersuche den Minister des Auswärtigen, soweit es möglich, offizielle Mittheilung zu gewähren. Staatsminister v. d. Pfordten: Wenn der Interpellant gesagt habe, daß er heute eine schwere und traurige Pflicht zu erfüllen habe, so könne er dasselbe auch von sich behaupten. Es gebe in der Geschichte der Völker tragische Momente, wo jede Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen zum Schweigen gebracht werde. Er wolle einfach erzählen, was ihm bekannt sey. Zunächst erkläre er, daß ihm die offizielle Bestätigung der Thatsache mit vollster Form zugekommen, und zwar zuerst durch ein Exemplar der Wiener Zeitung vom 10. Nov. Der Minister verlas die Stelle und fuhr dann fort: Sobald der Regierung bekannt geworden, daß Wien von den kaiserlichen Truppen besetzt sey, habe sie gleich an ihren Gesandten geschrieben, den sächsischen Unterthanen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Wien anwesend seyen, so viel wie möglich seinen gesandtschaftlichen Schutz zu gewähren. Am 8. Nov. habe sie nun den ersten Bericht in einer Nachschrift zu einer gesandtschaftlichen Depesche, datirt auf Hietzing, erhalten, worin gemeldet worden, daß Robert Blum am 4. Nov. verhaftet seyn solle. Umgehend habe sie an den Gesandten geschrieben und ihn beauftragt, Robert Blum den gesandtschaftlichen Schutz angedeihen zu lassen, und dabei bemerkt, daß einmal auf seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und dann als sächsischer Staatsbürger hinzuweisen sey. Diese Instruktion sey am 8. Nov. von hier abgegangen und natürlich erst nach Wien gekommen, als bereits das Urtel vollstreckt gewesen. Die Regierung habe nun auf die gestern Abend ihr zugegangene Nachricht vom Tode Blum's sogleich ein anderweites Schreiben abgefaßt, worin dem Gesandten Auftrag ertheilt werde, zunächst für die Effekten Robert Blum's und dafür zu sorgen, daß seine Grabstätte bezeichnet werde. Außerdem habe er (der Minister) verlangt, daß sobald als möglich der Regierung die vollständigen Akten über die Verurtheilung Blum's zugesendet würden, und er habe Aussicht, daß dies geschehen werde. Das sey das, was die Regierung getan. Was nun der Gesandte gethan habe, darüber habe er bis jetzt noch keine Mittheilung erhalten. Abg. Tzschirner: Die Trauer für Robert Blum werde Deutschland übernehmen. Robert Blum's Kinder werde Deutschland zu den seinigen machen. Der Gesandte müsse unbedingt einen Rechenschaftsbericht liefern, das verlange ganz Deutschland. Es sey nothwendig, daß derwiesen werde, daß Robert Blum ein Opfer der Barbarei geworden, daß man sein Amt als Reichstagsabgeordneter nicht geachtet. Man müsse darauf bestehen, daß von Frankfurt aus die strengsten Maßregeln ergriffen werden; die Nationalversammlung müsse in die Sache Blum's als Sache Deutschlands ansehen, er beantragt daher: die Staatsregierung zu ersuchen, 1) daß der sächsische Gesandte in Wien aufgefordert werde, unverweilt einen Rechenschaftsbericht über sein Verhalten einzusenden; 2) daß von der Centralgewalt gefordert werde, die energischsten Maßregeln zur Sühnung der durch die Tödtung Robert Blum's in Wien verletzten Ehre Deutschlands zu ergreifen. Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben, worauf der Präsident die Sitzung schließt. die wir dieser traurig wichtigen Gegenstände gewidmet seyn sollte. (D. A. Z.)

Leipzig, 14. Novbr. Die Nachricht von Blum's Tode veranlaßte die vereinigten Ausschüsse des Berting'schen und Jäkel'schen, sowie noch anderer Vereine, gestern eine Volksversammlung zu veranstalten. Eine zahlreiche Menge hatte sich schon im Odeon eingefunden, als der Versammlung angekündigt wurde, der Stadtrath habe einer zu ihm gesendeten Deputation die Thomaskirche eingeräumt. Der Zug, von zwei umflorten rothen Fahnen mit schwarzen Reichsadlern und goldenen Franzen begleitet, begab sich nun nach der erleuchteten Thomaskirche, die sich in allen ihren Räumen füllte. Als die Fahnen in der Kirche erschienen, erschallte Beifallsruf. Das Bildniß Blum's, welches an der Kanzel angebracht war, zeigte der Versammlung, daß dessen Tod Gegenstand der Besprechung werden sollte. Auch der Vorschlag, sie durch einen feierlichen Akt zu eröffnen, sprach dafür, daß man ernst und würdevoll verhandeln wolle. „Eine feste Burg ist unser Gott" ertönte es in tausendfachen Chor, und es war herzergreifend, diese zitternden Stimmen zu hören, die thränenfeuchten Augen zu sehen. Nach Beendigung des Liedes wurde Hr. Albrecht zum Vorsitzenden durch Acclamation erwählt. Er machte die Versammlung auf den großen Verlust aufmerksam, welchen das ganze deutsche Volk durch Blum's Tod erlitten habe, und forderte auf, die geeigneten Anträge zu stellen. Unter den vielen, mehr von [illegible] Anträgen, [illegible] wurden folgende hervor. Es wird eine Leichenfeier veranstaltet. Die Fremde Blum's tragen die Trauerzeichen. Der 25. November wird alljährlich als ein Trauertag in Leipzig gefeiert. Robert Blum's Andenken wird reklamirt. Der sächsische Gesandte in Oesterreich wird in Anklagestand versetzt. Dem österreichischen Gesandten in Dresden werden seine Päße zurückgestellt. Die sächsischen Abgeordneten in Frankfurt werden aufgefordert, aus der Nationalversammlung zu scheiden. Der Staat sorgt für die Familie des Todten. Lobend wurde anerkannt, daß der deutsche Verein die Hand geboten und jeden Parteieinhandpunkt aufgegeben habe. Ein Antrag, das österreichische Wappen in Leipzig zu beschimpfen, wurde vom Vorsitzenden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Zum Schluß wurde ein Comité zur Ausführung der angenommenen Anträge gewählt. — Nach Schluß dieser Versammlung wurde trotz der Ermahnungen der Redner zur Ruhe, das österreichische Consulatswappen angegriffen und zerrümmert, auch wurden noch Einigen Kazenmusiken gebracht, bei welchen es jedoch überall nicht blieb, sondern daneben auch Fenster zerrümmert wurden. Nach 9 Uhr sammelte sich auf Generalmarsch, wie immer sehr zahlreich, die Communalgarde, wo dann kein weiterer Exzeß vorgefallen.

Berlin, 13. Nov. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde im Schützenhause um 12 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Unruh eröffnet. Abgeordneter Waldeck verließ die Denkschrift der Commission zuerst die Anklage, wegen Hochverraths auf §. 92, Tit. 20, Th. II. des allgemeinen Landrechts. Da es an Organen fehlt, um die Minister zu strafen und anzuklagen, so beantragt sie, die Veröffentlichung der Anklage zu beschließen. Abg. Kühnemann will, daß für heute noch nicht auf den Antrag eingegangen werden solle. Das Land habe noch keine Kenntniß von dem Belagerungszustand, der über Berlin verhängt sey. Man möge das Urtheil des Landes abwarten. Abg. v. Berg: Es sey eine Pflicht, die Wahrheit zu veröffentlichen. Abg. Moritz: Es fehle nicht an Organen zur Verfolgung eines hochverrätherischen Ministeriums. Noch ist die Wirksamkeit der Gerichte nicht gehemmt. Man möge sich nicht auf die Veröffentlichung der Anklage beschränken, sie vielmehr dem Staatsanwalt übergeben. (Stürmischer Beifall.) Die Abgeordneten Waldeck und Zachariä sprechen sich in gleicher Weise aus. Es wird hierauf einstimmig beschlossen, den Inhalt der Denkschrift zu genehmigen, dieselbe

Digitized by Google

zu veröffentlichen und dem Staatsanwalt zuzustellen. (Beifallssturm aus der Versammlung und von den Galerien.) Abgeordneter Dr. Stein theilt mit: Der Minister des Innern habe durch seine telegraphische Depeschen den Provinzen angezeigt, die zurückgebliebenen Mitglieder hätten auf wiederholte Aufforderung den Saal verlassen. Mit müssen dem Lande von dieser offenbaren Unrichtigkeit Kenntniß geben. (Furchtbarer Tumult. „Lüge, grobe Lüge, infame Lüge!“) Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich vor dem Verlassen des Saales gegen die Anwendung der Gewalt, der die Versammlung nur gewichen sei, protestirt habe. Abg. Der Müller (aus Brieg) überreicht eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten zu Brieg. Abgeord. Berends theilt mit, die Post sende alle an Abgeordnete anlangende Briefe nach Brandenburg. (Tumult.) Präsident: Er glaube versichern zu können, daß der Generalpostmeister v. Schepper seine Pflichten nicht verletze. Abg. Elsner erstattet über eine große Anzahl neu eingegangener Adressen Bericht. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Glogau theilen ein protestirendes Schreiben, das sie an den König gerichtet haben, mit. Adressen des Magistrats und der Stadtverordneten von Breslau, Liegnitz und Torgau werden nach dem Beschluß der Petitionscommission vollständig vorgelesen. Abg. Köhler überreicht eine Adresse der Stadt Görlitz. — Die Abgg. Jacoby und Philipps stellen den dringenden Antrag: Die Berichte über die eingegangenen Adressen täglich dem Staatsministerium mitzutheilen. Die Proklamation des Königs spreche aus, daß die gegen die Nationalversammlung und die berliner Bürgerwehr ergriffenen Maßregeln vielfachen Mißdeutungen ausgesetzt sein und von einer Umsturzpartei benutzt werden möchten, das Vertrauen des Landes wankend machen. Die Adressen seien die Antwort des Volks. Das Ministerium Brandenburg werde sich gegen die Anklage nicht mit der Unkenntniß des Volkswillens entschuldigen können. Abg. Brett glaubt, daß dem Antrage bei der jetzigen Lage der Dinge nicht stattgegeben werden könne. Nach dem heute gegen das Ministerium gefaßten Beschlusse vom 9. Nov. darf die Nationalversammlung mit einem solchen Ministerium nicht mehr in öffentliche Verhandlung treten. (Vielstellige Zustimmung.) Abg. Temme: Die Thatsachen sind richtig, aber das Ministerium ist noch in voller Wirksamkeit. Wir können Anklage erheben gegen das Ministerium, aber es nicht anerkennen heißt Rechte der Krone antasten. Abg. Behnsch: Das Land ist in einen Sturm der Entrüstung ausbrechen, wird sich das Ministerium schwerlich mit Unkenntniß entschuldigen können. Mit Hochverrätherin darf die Nationalversammlung nicht in Verbindung treten. Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück.

Berlin, 13. Nov. Die Stadt fängt an ein düsteres Ansehn zu gewinnen, welches gegen den heitern Muth der letzten Tage schon bedeutend absticht. Einige gehen sich der Hoffnung hin, daß die Soldaten dießmal nicht als blinde Werkzeuge der Operation gegen die Stadt dienen würden. Wir wagen es noch nicht, über diesen höchst kritischen Punkt zu entscheiden, obwohl wir selbst gesehen, wie heute Morgen mehre die Stadt durchziehende Patrouillen mit den Bürgern freundlich fraternisirten. Zum Mittelpunkte der militairischen Operationen in der Stadt scheint das Schloß des Königs auserseben zu sein. Hinter den verschlossenen Gittern desselben steht man die Soldaten auf den mit Stroh bedeckten Höfen bivouakiren; auch stehen dort mehre Batterien Geschütz aufgefahren. Heute Mittag hat auch in einigen Straßen die Abholung der nicht abgeliefersten Waffen aus den Häusern begonnen. Die Soldaten sind dabei sehr schonend zu Werke gegangen, und hat man bis jetzt noch von keinen Conflikten, aber auch von keinem Widerstande gehört. Berlin gruppirt überhaupt, kann man sagen, eines Belagerungszustandes, wie er bisher noch nicht vorgekommen sein möchte.

Nachschrift. Das Truppendetachement, welches zur Besetzung des Schützenhauses bestimmt war, rückte später noch heran, und nahm das Haus ein. Die darin zurückgebliebenen Sekretäre der Nationalversammlung nahmen Protokoll darüber auf und räumten den Platz. Die Versammlung wird es morgen Vormittag um 11 Uhr versuchen, im Saale der Stadtverordneten eine Sitzung abzuhalten. (D. A. Z.)

Berlin, 13. Novbr. Die Ablieferung der Waffen von Seiten der Bürgerwehr geht langsam vor sich. Es sind bis jetzt gegen 7000 Gewehre abgegeben worden. Die fliegenden Corps und der demokratische Theil der Bürgerwehr sind seit entschlossen, die Waffen nicht gutwillig abzugeben. Am Hamburger Thor stehen die Maschinenbauer bewaffnet, um sich der Wegnahme der Gewehre mit Gewalt zu widersetzen. Alle Wachen sind seit gestern Mittag vom Militär besetzt. An den meisten Punkten geschah dies ohne Widerstand und Einstruch. Nur am Oranienburger Thor mußte die Besetzung der Wache durch das Militär erzwungen werden, indem die Bürgerwehr freiwillig ihren Posten nicht verlassen wollte. Mehren sich die Widersetzlichkeiten gegen die Aufforderungen und Anordnungen der Militärgewalt, so soll dem Vernehmen nach das Kriegsrecht verkündet werden. — Die Stadtverordnetenversammlung hat sich permanent erklärt und hielt den ganzen Tag mit geringen Unterbrechungen Sitzung. — Die Bahnhöfe sind militairisch besetzt, doch ist man in der Prüfung der Ankommenden nicht sehr difficil.

In Potsdam hat es gestern und heute ziemlich ernstliche Conflikte gegeben, gestern sogar unter den Augen des Königs. Aus Potsdam sind heute Garde-du-Corps eingerückt.

Die Potsdamer Eisenbahn ist in der Gegend Nowawes durch Aufhebung der Schienen beschädigt worden, wodurch für heute Verwirrung die Fahrten unterbrochen waren. (D. A. Z.)

Der Commandeur der Bürgerwehr, der Stab, die Majore, viele Hauptleute und Bezirksvorsteher haben am 11. Nov. Morgens ihre Stellen niedergelegt und ihre amtliche Thätigkeit eingestellt, um nicht genöthigt zu sein, bei der Entwaffnung der Bürgerwehr in irgend einer Weise die Hand zu bieten. Durch die Abdankung sämmtlicher Führer und der Bezirksvorsteher fällt nämlich die Möglichkeit fort, die Entwaffnung durchzuführen, da die im Besitze der Behörden befindlichen Listen niemals vollständig waren, die Listen der Hauptleute und Bezirksvorsteher aber gar nicht mehr vorhanden sind und jede Auskunft von Personen, welche als Beamte nicht mehr in Funktion sind, verweigert werden wird. Soweit ist auch dieser Schritt nur ein Glied jener Kette von Maßregeln, welche in den letzten vier Tagen ein großartiges System passiven Widerstandes gegen die Willkür eines freiheitsfeindlichen Ministeriums konstituirt haben. (D. A. Z.)

Herr Bassermann, berichtet die National-Zeitung, der eine Unterredung mit dem Präsidenten v. Unruh gehabt, hat sich dahin über die Haltung der Nationalversammlung geäußert, dann aber vorgeschlagen, daß die Nationalversammlung nun einen Act der Großmuth üben und sich fügen möge. Der Präsident der preußischen Nationalversammlung hat hierauf erklärt, daß er keinen seiner Collegen kenne, dem er einen solchen Vorschlag zu machen wagen möchte.

Die Deutsche Allg. Ztg. schreibt: **Leipzig**, 14. November, Abends 5 Uhr. Von den heute Nachmittag zu erwarten gewesenen Berliner Morgenblättern ist uns nur die kgl. privileg. Berlinische (Vossische) Zeitung zugekommen. Mehre Bekanntmachungen eröffnet dieselbe. Eine derselben vom Generalmajor von Thümen, Commandanten von Berlin: besagt, da trotz des mit dem Belagerungszustand ergangenen Verbots, daß bei Tage nicht mehr als 20, des Nachts nicht mehr als 10 Menschen sich auf den Straßen beisammen befinden sollen, dennoch die Straßenattroupements fortdauern, den Truppen augenblicklich Platz machen und sie nachher neckend und verhöhnend umschwärmen, daß, mit dem Erscheinen dieser letzten Verwarnung den Truppen Befehl ertheilt werden sey, gegen die sie in der angegebenen Weite verhöhnenden Volksmassen die Schußwaffe in ihrem vollen Umfange zu gebrauchen, sobald nach erfolgtem Signal zum Auseinandergehen nicht genügende Folge geleistet wird.“ Eine Bekanntmachung des Generals Wrangel lautet lakonisch: „Nachbenannte Blätter: 1) die Reform, 2) die Zeitungshalle, 3) die Locomotive, 4) die Republik, 5) die Volksblätter, 6) die ewige Lampe, 7) der Krakehler, 8) Kladeradatsch, sind während der Dauer des Belagerungszustandes suspendirt. Berlin, 13. Nov. 1848.

Einer gestern zum zweiten Male nach Potsdam gegangenen Deputation der permanenten Stadtverordnetenversammlung wurde als Entschluß des Ministerpräsidenten mitgetheilt: der Ministerpräsident sey zwar nicht abgeneigt, der Deputation Eingang bei dem König zu vermitteln, wenn der rechte Zeitpunkt dazu gekommen seyn wird. Allein es könne der Ministerpräsident nicht zugeben, daß eine Deputation das Gefühl des Königs trege mache, um Maßregeln zu verhindern, die das verantwortliche Ministerium auszuführen für nöthig erachte. Stadtverordneter Lewald erklärt darauf, daß die Deputation alle Tage anfragen werde, ob der rechte Zeitpunkt jetzt gekommen sey, die Deputation vorzulassen.

In Folge der Bekanntmachung des General Wrangel, daß Blätter, Zeitungen und andere Schriften nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden dürfen, nachdem das hiesige Polizeipräsidium, die Erlaubniß dazu ertheilt hat, erschienen heute Abgeordnete der Zeitungen auf dem Polizeipräsidium, um dort Auskunft über die neue Reorganisation der Censur einzuholen; es wurde ihnen aber vom Polizeipräsidium erklärt: Daselbst halte die betreffende Verordnung des Generals Wrangel für ganz ungefetzlich, das Präsidium werde sich nur auf diese ge-

Digitized by Google

seßlichen Boden bewegen und keine Censur einführen. Es könne gedruckt werden, was da wolle, das Polizeipräsidium werde keinen Censor bestellen.

Ueber die Unruhen in Potsdam wird noch gemeldet: Es ist der elektrische Telegraph, der von Berlin nach Potsdam geht, zerstört worden, das Volk hat mehrere Pulverwagen angehalten, demolirt und ins Wasser gestürzt, auch mehre Brodwagen geplündert. Der König sah sich veranlaßt, sein Schloß mit Soldaten zu umstellen. Der Bürgerwehr ist es zuletzt gelungen, die Ruhe herzustellen. (D. A. Z.)

Halle, 13. Novbr. Das hiesige Militair ward beordert, heute Mittag nach Berlin abzugehen. Auf die Kunde davon, versammelt sich ein großer Theil der Bürgerschaft auf dem Markte, wo die Hrn. Nawald, Pöhle und Erlich passende Anspraken halten; Letzterer setzt sich mit dem Commandeur der Bürgerwehr und dem Magistrat zu gemeinschaftlichem Handeln in Verbindung. Diese senden zusammen eine Deputation an den Obersten des 19. Regiments; dieser bestimmt sich für Aufschiebung des Abmarsches der Garnison bis auf Eintreffen weiterer Befehle vom Obercommando, die er der Deputation mitzutheilen verspricht. Die Bürgerwehr wird alarmirt; zahlreich erscheinen besonders Reiter und Lanziers; eine Compagnie besetzt den Bahnhof, giebt indessen nach eingeholten Nachrichten bald wieder ab; das Lanzierkorps, auf dem Platze vor den Bahnhöfen postirt, löst sich alle 2 Stunden zur Hälfte ab. Deputirte von Bürgerwehren des flachen Landes melden, daß Alles zum Abmarsche bereit sey. Die Bildung eines akademischen Corps ist im Werke. Mehrere soeben eingetroffene Waggons zur Fortschaffung der Soldaten sind, da zur Zeit kein Gebrauch gemacht werden kann, sofort wieder retour (nach Köthen) geschickt. — Die entsetzliche Nachricht von dem Mordе des Reichstagsdeputirten R. Blum hat die Gemüther aufs höchste aufgeregt.

Braunschweig, 12. Nov. In einer heute stattgefundenen Volksversammlung ward folgende Adresse angenommen: An das preußische Volk, durch Vermittelung seiner gesetzlichen Vertreter. Brüder! Was wir längst gefürchtet, was wir befürchtet, ist gefallen und damit das Signal für die im Hintergrunde lauernde Reaction gegeben worden. Preußen und Oesterreichs Regierungen, die auseinander fallen, wenn es Deutschlands Größe gut, sie sind einig, wenn es darauf ankommt, die verkürzten Volksrechte zu unterdrücken. Wir erklären euch, daß wir die Eingriffe in die Freiheit des Volks für Pfeile halten, die sich gegen die Schützen selbst kehren. Wir verzweifeln euch, mit euch zu stehen und zu fallen.

Wien, 12. Novbr. Die Wiener Zeitung meldet die Vertagung des Reichstags in Kremsier bis zum 22. Nov. Der Reichstagsabgeordnete Jul. Fröbel wird standrechtlich zum Strange verurtheilt, ist aber aus Mißverständnissen begnadigt worden.

Frankreich.

* Paris, 11. Nov. General Cavaignac hat sein Programm in Form eines Cirkulars an alle obersten Civil- und Militair-Behörden der Republik veröffentlicht. Dieses Circular hat die Feier der Verkündigung der Constitution zum Gegenstande, deren besondere Wichtigkeit, als Grundgesetz der jungen Republik er hervorhebt. Der General spricht sich bei dieser Gelegenheit entschieden gegen die krassen communistischen Doctrinen aus, die gegen Eigenthum und Familie gerichtet, die Gesellschaft zu untergraben drohen, — er hofft Alles von dem allgemeinen Wahlrechte, welches der Nation endlich erlaube, sich selbst zu leiten. Er fordert zum Frieden und zur Versöhnung auf, — keine Partei solle Siegerin, keine Besiegte seyn, — allen Bürgern ohne Ausnahme solle der Weg zu Allem offen stehen, man solle Niemanden fragen, woher er komme, sondern nur, ob er der Republik ehrlich und treu dienen wolle. Die auswärtigen Verhältnisse Frankreichs betreffend, sagt das Circular: „Unser Land ersteht sich der Ruhe und Ordnung, aber es beunruhigt sich wegen der Erschütterungen und Kämpfe, die die Verfassung der Ideen bei den benachbarten Völkern hervorruft. Sagen Sie Allen, ohne Furcht sie zu täuschen, daß, Dank sey es den edelmüthigen und loyalen Grundzügen der auswärtigen Politik, die die Nationalversammlung aufgestellt hat, die Regierung der Republik das feste Vertrauen hat, daß sie das Ende ihrer provisorischen Gewalt kommen sehen wird, ohne daß die friedlichen Beziehungen, die sie mit allen ihren Kräften zu erhalten und zu befestigen suchte, gestört worden wären und daß sie der definitiven Regierungsgewalt eine Situation übergeben wird, deren Erhaltung weder der Ehre noch den Interessen Frankreichs etwas vergeben wird." — Das ganze, ziemlich lange Manifest ist edel, würdig und einfach, in klarer, faßlicher Sprache geschrieben und wird im Lande den besten Eindruck machen. Das in demselben aufgestellte Programm faßt sich in folgenden Worten zusammen: „Im Innern: Bekämpfung der Anarchie und der bloß auf Zerstörung gerichteten Bestrebungen, politische und soziale Reformen, Fortschritt und Verbesserungen durch die mächtige Waffe des allgemeinen Wahlrechtes, d. h. durch die Majorität des ganzen Volkes selbst, Vergessenheit des Vergangenen, Versöhnung und Verschmelzung aller Parteien, — nach Außen: Erhaltung des Friedens mit Wahrung der Ehre und der Interessen des Landes."

Montag den 13. findet in der Kirche St. Merry ein feierlicher Trauergottesdienst „zur Ehre der edelmüthigen, in der Vertheidigung Wiens gefallenen Kämpfer" statt. Ein deutsches und ein französisches Comite leiten diese Feierlichkeit, zu der alle Deputirte, Schriftsteller und die hier lebenden Deutschen eingeladen sind.

Die Nationalgarde von Brüssel ist zu dem morgigen Constitutionsfeste eingeladen und wird durch ein starkes Detachement repräsentirt erscheinen. Die Nordbahn befördert sie gratis hin und zurück. Uebermorgen am 13. spielen alle Theater von Paris gratis, außerdem werden auf Kosten der Stadt zwei Feuerwerke abgebrannt und andere Belustigungen angestellt; — Sonntag am 19. gibt die Stadt ein glänzendes Ballfest im Hotel de ville. — Odillon Barrot läßt heute in den Journalen erklären, daß er zwar dem General Cavaignac einen Besuch abgestattet und bei ihm gespeist habe, daß dieser Schritt aber ausgelegt worden sey, wenn man darin einen Beitritt zu der Candidatur des Generals sehen wollte. Bekanntlich ist Odillon Barrot der künftige Premierminister Louis Bonapartes.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. November. Gestern war öffentliche Sitzung des Reichstages, in welcher die Frage zur Erörterung kam, ob rücksichtlich der wünschenswerthen sofortigen Aufhebung der Scheidewände zwischen Schleswig und Jütland die sofortige Diskussion des Grundgesetzes vorzunehmen sey. Auf die unerwartete Erklärung des Ministers ohne Portefeuille, Orla Lehmann, daß die Regierung der Versammlung ganz die Entscheidung der Frage anheim gebe und die Bestimmung über die Ausdehnung ihrer Wirksamkeit überlasse, wurde nach langer Debatte und mit namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 47 Stimmen entschieden, sofort an die Diskussion des Konstitutionsentwurfes zu gehen. — Das Budget des Kriegsministeriums für das nächste Jahr wird auf 15 Millionen angeschlagen.

Bayreuth. Die Frankfurter Post vom 14., die Pariser vom 12. d. Mts. sind heute wieder nicht eingetroffen.

Anzeigen.

Aufforderung.

Wer an dem Nachlasse des verlebten Gastwirths Burkhardt Kretschmann dahier eine gegründete Forderung zu machen hat, wolle solche bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung binnen 4 Wochen anmelden; zugleich werden alle diejenigen, welche an denselben noch Zahlungen zu machen haben, ersucht, solche innerhalb der gleichen Frist um so sicherer zu berichtigen, als man sich außerdem genöthigt sehen werde, die Beitreibung derselben mittelst gerichtlicher Hülfe zu veranlassen. Bayreuth, den 15. Nov. 1848.

Die Erbsinteressenten.

In der Flachsspinnerei wird ein Aufseher gesucht; nähere Auskunft ertheilt

Friedrich Feustel.

Logis-Vermiethung.

Im Hause Nr. 109 in der Kanzleistraße ist die Belle-Etage, bestehend aus 9 heizbaren Zimmern, einer Garderobe, zwei Vorplätze und Gang, Stallung für 5 Pferde, geräumige Wagenremise und Holzlege nebst Boden und Keller und mehreren Begnemlichkeiten zu vermiethen und bis Walburgis 1849 zu beziehen. Die näheren Bedingnisse sind parterre zu erfragen.

In demselben Hause ist im Hintergebäude ein Logis von 3 heizbaren Zimmer, 4 Kabinetten, Küche, Keller, Boden ꝛc. ꝛc. auf das Ziel Walburgis zu vermiethen. Beide Logis können vereinigt oder auch jedes einzeln abgegeben werden.

Maximilianstraße Nr. 25, Akleraopotheke, ist die obere Etage mit 4 heizbaren, mehreren unheizbaren Zimmern, Küche, Kochstube und allen andern Bequemlichkeiten, auf Lichtmeß zu vermiethen.

Eingegangene Beiträge für den armen Schullehrer: 12 fr. von J. B.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend — Nro. 321. — 18. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt. Das Gutachten der Majorität des Ausschusses über die preußischen Angelegenheiten (12 St.) beantragt: „die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den vom Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte: 1) die kgl. preuß. Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg aufhebe, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.“ Der Antrag der Minorität (Werner, Kraft und Giskra), entschiedener als der Majoritätsantrag, lautet: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte: 1) die k. preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unvereinbar, aufhebe; 2) daß erforderlichen Falles Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen; 3) daß die Krone Preußen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgniße vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.“

Frankfurt, 15. Novbr. (115. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Feger interpellirt den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die Note vom 23. Oct. an den Schweizer Vorort und über Sinn und Bewandniß der gefaßten Beschlüße und getroffenen Verkehrungen, von denen darin die Rede ist. Nauwerck fragt, welche Schritte das Reichsministerium in Betreff der österreichisch-italienischen Kriegsfrage gethan, um die durch den Beschluß der Nationalversammlung vom 12. Aug. ihm gestellte Aufgabe zu lösen und der Vergeudung deutschen Geistes und Blutes für die gewaltsame Feihaltung eines nichtdeutschen Landes ein Ziel zu setzen. Simon von Trier fragt, was in Beziehung auf die in Bayern gegen Wiener Studenten ergriffenen Maßregeln vom Reichsministerium geschehen sey, um gegen solche polizeiliche Anarchie den Schutz des Rechtszustandes aufrecht zu halten. Giskra interpellirt das Reichsministerium des Innern in Betreff der in Oesterreich stattfindenden gewaltsamen Einreibung der Wiener Studenten und Arbeiter, Verfolgung von Reichstagsmitgliedern und anderen Ungesetzlichkeiten. Simon von Trier fragt, ob dem Ministerium bekannt sey, daß Robert Blum am 9. Novbr. früh 7 Uhr in der Brigittenau erschossen worden und was d. R. Reichsministerium nach dieser feigen Verletzung des Reichsgesetzes zu thun gedenke. Justizminister Mohl erklärt: er habe darüber bis jetzt noch keinen Bericht erhalten, hoffe auch, daß diese Nachricht sich nicht bestätigen werde, sey aber von derselben zu tief ergriffen, um schon jetzt sagen zu können, was er zu thun gedenke, falls sie wahr seyn sollte. Später erklärte Justizminister Mohl: Es werden noch heute zwei Mitglieder aus unserer Mitte nach Wien abgehen, um die noch übrigen Mitglieder der Nationalversammlung — hoffentlich alle — in Schutz zu nehmen. In Betreff der übrigen Interpellationen wurde vom Reichsminister des Innern auf Freitag den 17. d. M. die Beantwortung angekündigt. Nachdem noch Schoder den Verfassungsausschuß wegen der zweiten Lesung der Grundrechte und Jucho den Finanzausschuß wegen der Entschädigung für die Einquartierung interpellirt hatte, erhielt Zacharia das Wort zur Erstattung des Ausschußberichtes über die preußischen Abgeordneten. Herr Simon von Breslau: Es sey sehr schwer, unter dem erschütternden Eindrucke der eben vernommenen Nachricht ruhig zu berathen. Für Wien komme Hülfe zu spät; für Berlin sey sie noch möglich. Die Lage Preußens in diesem Augenblick gleiche jener Frankreichs unter Karl X. Er zitirt absolutistische Aeußerungen von Männern aus der Umgebung des Königs und fährt dann fort: Die Seele des Ministeriums Brandenburg ist Manteuffel; Brandenburg ist blos vorgeschoben. Als hier anwesende Mitglieder des vereinigten Landtags sich auf der Linken befanden, war Manteuffel auf der äußersten Rechten und vertrat die Ansichten Metternichs ohne seinen Geist, er vertrat den reinen Polizeistaat. Wenn seine Ansichten durchgingen, erhielte man im besten Fall eine octroyirte Charte des Junkerthums. Das ist der Dank, daß das Volk im März vor dem Throne stehen blieb! Noch vor der Ernennung des neuen Ministeriums wurde Herr Professer Leo in die Nähe des Thrones berufen, jener Absolutist, der in seinen Schriften u. A. äußert, mit etwas mehr Energie hätte man die französische Revolution wieder rückgängig machen können. Zugleich wurde Berlin mit einer Armee von 50,000 Mann und 100 Feuerschlünden umgeben. Nimmermehr hätte man daran gedacht, wenn nicht die Brandraketen und Kartätschen von Windisch-Grätz in Wien so glücklich gewirkt hätten. Die Verlegung der Nationalversammlung ist ohne alle innere Veranlassung verfügt worden (Unterbrechung rechts). Man stützt sich auf Versuche, die Versammlung einzuschüchtern. Ein dieser Versuch bewesst aber noch nicht, daß die Versammlung wirklich eingeschüchtert worden sey. Man beruft sich besonders auf den 31. Oct. Am 31. Oct. war die Nachricht nach Berlin gelangt, daß Wien bombardirt worden. Das Volk, im Mitgefühl für die Schwesterstadt und wohl wissend, daß nach Wien Berlin, sa ganz Deutschland daran kommen werde, ließ sich zu ungesetzlichen Demonstrationen hinreißen. Während aber draußen die Volkshaufen tobten, wurde von der Versammlung der Antrag der Linken, daß Preußen mit seiner ganzen Macht Wien zu Hülfe kommen solle, abgelehnt und der gemäßigte Antrag des Centrums angenommen, sich an die Krone Versammlung zu wenden. Wie kann man also wagen zu behaupten, daß die Versammlung eingeschüchtert worden sey? Ein Ehrenmann, der als solcher allgemein anerkannt ist, Bornemann, hat sich gegen die Verlegung der Versammlung ausgesprochen, und schreibt die Störungen und Unruhen wesentlich der Ernennung von Ministern zu, welche das ganze Volk für reaktionär hält. Die Verlegung der Versammlung würde nur die Freiheit ihrer Berathungen noch einer andern Seite hin in Frage stellen. Wenn die Versammlung wirklich bedroht ist, dann muß man ihr Schutz gewähren, nicht aber Gewalt von einer andern Seite gegen sie anwenden. Die Verlegung und Vertagung der Versammlung ist ein Staatsstreich; die Versammlung vertritt die Majestät des Volkes: sie steht der Krone als Macht gegenüber. Ihre Berufung nach Berlin ist durch ein Gesetz erfolgt und ein solches kann nur durch ein Gesetz aufgehoben werden. Recht und Gesetz stehen auf Seite der Nationalversammlung, und die würdige Haltung der Versammlung und der Hauptstadt ist nur zu erklären durch das Bewußtsein eines festen Bodens. Von allen Seiten kommen bestimmende Adressen und Deputationen in die Versammlung. Die Stadt Magdeburg fordert sie auf, Steuerverweigerung zu dekretiren. Die Kaufleute bieten ihren Kredit, die 60,000 Mstarke Bürgerwehr ihren Schutz an. Worauf stützt sich denn der Thron? Was ist der Thron ohne das Volk? Es ist unsere unabweisbare Pflicht, dem geteänkten Volksrecht zur Seite zu stehen. Wir sind im Stande, einer zweiten blutigen Revolution vorzubeugen; wenn wir es nicht thun, bleibt uns nur die Alternative der Reaktion oder der Anarchie. Wir sind 500 Männer, hergezehlet, nicht blos um kleine Unruhen im badischen Oberlande oder in Altenburg niederzuhalten; sondern wir müssen den Muth haben, das Geschick Deutschlands in die Hand zu nehmen; wir müssen also nöthigen Falls auch gegen Preußen auftreten, oder wir müssen gestehen, daß nicht in uns der Schwerpunkt Deutschlands liegt. Wir haben der deutschen Sache in Oesterreich einen furchtbaren Schlag versetzt. Berlin steht noch mit Sehnsucht auf unsere Hülfe. Ein Mitglied des Centrums schreibt aus Berlin: Wenn Frankfurt jetzt nicht seinen Beruf erkennt und sich zur kräftigsten That ermannt, dann hat Deutschland seine schlechtesten Söhne nach Frankfurt gesendet. Welcker erklärt sich als Freund der Freiheit für die Ausschuß-Anträge. Er verkichert, daß er selbst die Ordnung nur der Freiheit wegen liebe. Allerdings sei die Freiheit in Gefahr. Es gebe keine größere Feindin der Freiheit, als die Ge-

Digitized by Google

zeptlosigkeit. In Berlin sei der Wohlstand verschwunden; ein Theil der Bürger verwünsche — kurzsichtig genug — die Freiheit wegen des Uebermaßes der Freiheit. Weil die Männer die Hände in den Taschen hätten, regierten die Buben. — Früher habe man überall Verminderung des Militärs verlangt, jetzt schreie man nur nach mehr Militär, ohne Rücksicht auf die Kosten, bloß um einige Ordnung zu haben. Aus diesen Gründen unterstütze er den Ausschußantrag. Er sey fest überzeugt, daß die Krone in ihrem Rechte war, und was die Absichten betreffe, so müsse er, so lang er nichts Schlechtes sehe, Gutes voraussetzen. Nachdem Welcker unter dem Jischen der Linken geendet, wurde nach einer Rede von Löwe zur Abstimmung geschritten und der Antrag der Ausschußmajorität, (siehe oben) mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen. Ein von vielen Mitgliedern unterzeichneter Antrag, das Reichsministerium solle, nachdem die Erschießung Robert Blums nunmehr durch drei Briefe bestätigt werde und sich im Augestiche des Reichsgesetzes vom 10. Octbr. als ein Mord darstelle, mit der Ermittelung der Urheber dieser That beauftragt werden, wurde, nachdem der Reichs-Justiz-Minister erklärt hatte, die nach Wien abgegangenen Mitglieder der Nationalversammlung würden alle zur Erhebung des Thatbestandes über diesen unglücklichen Vorfall nöthigen Erkundigen einziehen, nicht zu sofortiger Berathung zugelassen, vielmehr zur dringlichen Erledigung an den Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten verwiesen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 16. November. Tagesordnung: Fortsetzung der Verfassungsberathung.

Auf die dem Reichsverweser am 14. Novbr. zugekommene telegraphische Nachricht von der standrechtlichen Erschießung Robert Blum's sind die Reichstagsmitglieder Paur (aus Augsburg) und Wagl (aus München) sogleich als Reichskommissäre nach Wien abgesandt worden. (D. Z.)

München. Das Regierungsblatt vom 15. Nov. bringt endlich die langerwartete Veränderung in der Formation und Besetzung der Staatsministerien. Das Kultusministerium als solches wird aufgehoben, und die demselben übertragen gewesenen Gegenstände dem Ministerium des Innern überwiesen. Sodann wird ein Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten gegründet, dessen Wirkungskreis die Beförderung der Interessen der Landwirthschaft, des Handels und der Industrie ist. Die Eisenbahn-, Straßen-, Brücken- und Wasserbauten gehören in seinen Ressort, sowie die Aufsicht über alle technische und landwirthschaftliche Anstalten, die Leitung des Post- und Eisenbahnwesens und das Zollwesen. — Thon-Dittmer wurde seiner Stelle als Minister des Innern enthoben und zum unschädlichen Staatsrath gemacht, Lerchenfeld erhält das Ministerium des Innern, Weigand das der Finanzen, Bevern soll das neue creirte Handelsministerium übernehmen.

München, 15. Novbr. Die bayerische Armee hat abermals einen bedeutenden Verlust erlitten. Gestern starb dahier im 70. Lebensjahre der Generallieutenant und Kommandant des Ingenieurkorps v. Becker, der langjährige Chef der Festungsbaudebörde von Ingolstadt, einer der ausgezeichnetsten Offiziere seines Faches. — Die neue Gerichtsorganisation, beziehungsweise die durch die neue Strafgesetzgebung nöthige Eintheilung von Bezirksgerichten rc. in den sieben Kreisen diesseits des Rheins ist vollendet und sollen die betreffenden Bestimmungen und Ernennungen noch im Laufe dieser Woche bekannt gegeben werden.

Dem ordentlichen Professor der Theologie an der Universität Marburg Dr. H. W. J. Thiersch ist die fünfte ordentliche Professur der Theologie an der Universität Erlangen, nach stattgefundenen Vorrücken der übrigen Professoren, verliehen, und der Gymnasialrektor J. G. Schmidt zu Regensburg in den temporären Ruhestand versetzt worden. — Dr. Blumschli aus Zürich, bekannt als aufgezeichneter (?) Dozent und germanistischer Schriftsteller, ist zum Professor der Rechte an der Münchener Universität ernannt worden. (K. v. u. f. D.)

München, 15. Nov. Se. Maj. der König haben unterm 10. Nov. den zu den erledigten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindegliedern der Stadt Bayreuth: 1) Hofacr Christoph Dorfmüller, 2) Uhrmacher Theodor Wagner, 3) Fabrikant Georg Kraus, 4) Georg Herold, 5) Fabrikant Heinrich Langheinrich die Bestätigung zu ertheilen geruht.

In Nördlingen ist der Rechtspraktikant Bratter, bisher Redakteur der „Augsburger Abendzeitung", einstimmig zum Bürgermeister gewählt worden.

Nürnberg, 16. Novbr. In der gestrigen Sitzung des Volksvereins fand bereits eine Sammlung für die Hinterlassenen Robert Blums statt, welche gegen 60 fl. ertrug. (N. K.)

Dresden, 14. Nov. Nachdem man hier von der ersten Bestürzung über die Nachricht von der Hinrichtung Robert Blums etwas wieder zu sich gekommen ist, bricht der Unwille über die dem deutschen Volke angethane Schmach und Verhöhnung um so lauter hervor. Ich will hierbei Gerüchte nicht berühren, um zu belegen, wie aufgetregt die Stimmung bei uns ist, sondern mich einfach auf Thatsachen beschränken. Die erste Folge dieser Stimmung war, daß die beiden Obmänner des hiesigen republikanischen Vereins mittelst Placats alle demokratisch Gesinnten zu einer öffentlichen Versammlung im Odeon für heute Nachmittag aufforderten, die außerordentlich zahlreich besucht war. Nach einer stürmischen Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „1) Das Ministerium ist zu ersuchen, den Hinterlassenen Robert Blums eine seinen Verdiensten würdige Unterstützung aus Staatsmitteln zu erwirken und deshalb den nach versammelten Ständen eine sofortigen Vorlage zu machen; 2) das Ansuchen zu stellen, den sächsischen Gesandten in Wien, Baron v. Könneritz, sofort abzurufen, in geeigneter Weise zur Rechenschaft zu ziehen, und falls er der Nachlässigkeit überwiesen, nach Befinden entweder vor ein Criminalgericht zu stellen oder ohne Pension aus sächsischen Staatsdienste zu entlassen und ihm das deutsche Staatsbürgerrecht zu entziehen; 3) den österreichischen Gesandten die Pässe einzuhändigen und ihr Auslieferung von Blum's irdischen Ueberresten von der österreichischen Regierung zu verlangen." Das Protokoll mit diesen von Schmerz und Entrüstung dictirten Beschlüssen wurde hierauf von den Anwesenden feierlich im schweigsamen, langen Trauerzuge zu dem Staatsminister v. d. Pfordten gebracht und ihm von einer dazu erwählten Deputation überreicht, während vor dem Ministerhotel die Menge der Antwort harrte. Diese ging dahin, daß der Staatsminister die Versicherung gegeben, wie er diese Angelegenheiten entweder heute Abend noch oder morgen früh im Ministerrathe zur Sprache bringen und einer Zeit Antwort ertheilen werde. Da man sich hierdurch zufrieden gestellt fand, entfernte man sich so ruhig, wie man gekommen war.

Der Vaterlandsverein hatte zu ähnlichen Zwecke für heute Abend eine außerordentliche Versammlung anberaumt, zu der sich so viel Menschen eingefunden hatten, als der Gewandhaussaal zu fassen vermochte. Dr. Hirschel gab eine ergreifende, aus mündlichen Mittheilungen des Reichsdeputirten Julius Fröbel, der diesen Morgen hier angekommen ist, geschöpfte Darstellung der letzten Augenblicke Robert Blum's, welche viele der Anwesenden zu Thränen rührte. Sie hebt darauf hervor, daß der Hingerichtete als ein Opfer des Antagonismus Oesterreichs gegen Deutschland gefallen ist; denn sobald er den verhängnißvollen Protest gegen seine Verhaftung mit Berufung auf seine Mitgliedschaft des deutschen Parlaments schriftlich eingereicht habe, sei die unglückliche Wendung seines Schicksals eingetreten.

Leipzig, 15. Nov. Gestern Abend begingen die hiesigen Vaterlandsvereine in gemeinschaftlicher Versammlung die Todtenfeier ihres Mitgliedes Robert Blum.

Berlin, 14. Novbr. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde im Saale des Königlichen Rathhauses (dem Sitzungslokale der Stadtverordneten) vom Präsidenten v. Unruh um 1¼ Uhr eröffnet. Der Präsident berichtet: Das Militär habe heute dieses dem Gemeindevorstande von Berlin gehörige Lokal besetzt gehalten. Als der Stadtverordnetenvorsteher Seidel gefragt habe, wie man dazu komme, das Sitzungslokal der Stadtverordneten militärisch zu besetzen, erwiderte der kommandirende Offizier, einer Sitzung der Stadtverordneten stehe nichts im Wege. Nachdem hierauf die Stadtverordneten ihre Sitzung abgehalten, habe Herr Seidel auf ausdrückliche Veranlassung des Präsidenten dem Kommandanten v. Jhlmen die Anzeige gemacht, daß die Stadtverordnetenversammlung ihrem frühern Erbieten gemäß der Nationalversammlung ihr Sitzungslokal überlassen habe. Das über das gestrige Eindringen des Militärs ins Schützenhaus aufgenommene Protokoll wird verlesen. Die Abgg. Plönnies und Schneider bemerken: Zur Ehre unserer Söhne und Brüder im Heere dürfe nicht verschwiegen werden, daß die Offiziere und Soldaten, welche zu dem Attentate Befehl hatten, selbst von Scham erfüllt waren. Die vor der Thür aufgestellten Soldaten hätten wie die Kinder geweint. Präsident v. Unruh: Die Versammlung hat beschlossen, sich an jedem Orte zu versammeln, wohin der Präsident sie beruft. Seitdem wir aus unserm ursprünglichen Sitzungslokale vertrieben sind, hat die gesetzlose Willkür zum zweiten Male die brutale Gewalt gegen uns angewendet. Ich betrachte, so lange die Gewalt hier herrscht, die heutige Sitzung als die letzte. Ich bitte Sie, sämmtlich in Berlin zu verbleiben, um sich im geeigneten Augenblicke zu konstituiren. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint es mir der Würde dieser Versammlung und des Landes zuwider, die Sitzung fortzusetzen. Gleichzeitig geht

Digitized by Google

mir die Meldung zu, daß abermals Militär im Anmarsch ist, um uns zu vertreiben. (Allgemeiner Ruf: Wir bleiben hier!) Abg. Waldeck: Der Herr Präsident hat gesagt, wir müssen zusammenhalten; aber wenn wir zusammenhalten sollen, so müssen wir auch zusammenkommen. Es ist unsere Pflicht, nicht vom Platze zu weichen. Täglich müssen wir, trotz aller Gewalt, zusammenzukommen suchen. Präsident v. Unruh erklärt sich mit Allem, was die Versammlung in dieser Beziehung schließen werde, einverstanden. Bei Allem, was heilig ist, verlasse Niemand diese Stadt! Auf Antrag des Abg. Schulz aus Minden erklärt die Versammlung einstimmig ihre Genehmigung zu den in den letzten Tagen gefaßten Beschlüssen. Der Präsident schlägt vor, eine Erklärung an das Land und über die Gründe zu erlassen, aus welchen die Sitzungen abgebrochen werden sollen. Abg. Waldeck: Es bedarf keiner Erklärung. Was wir verhandeln, was hier vorgeht, gesichieht öffentlich; so weit es der Raum gestattet. Alles kommt zur Kenntniß des Landes und die Uebergewungen, daß wir in dieser Krisis die einzige gesetzgebende und beschließende Gewalt sind, hat das Land bereits ausgesprochen. Präsident v. Unruh: Eine dringende Angelegenheit liegt vor. Es wird mir die Anzeige gemacht, daß der Abg. Schramm (für Striegau) gestern Abend verhaftet sey. Es soll dies geschehen seyn, weil er ein Plakat in den Händen hatte, das an die Soldaten gerichtet war. Ein Plakatenträger soll es ihm auf der Straße übergeben haben. Ein Offizier sey herangetreten mit der Frage: Was das sey? Herr Schramm soll dem Offizier das Plakat mit den Worten übergeben haben: Wenn ihn der Inhalt interessire, so möge er es lesen. Der Offizier habe darauf seine Verhaftung bewirkt. Ich habe mich sofort an den General v. Wrangel gewendet und auf den Grund der bestehenden Gesetze die Freilassung des Abgeordneten verlangt. Bis jetzt bin ich indeß noch ohne Antwort. Abg. Zenker: Nach §. 3 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit der Abgeordneten muß die Freilassung eines verhafteten Abgeordneten, wenn die Versammlung es verlangt, sofort erfolgen. Ich beantrage hierüber zu beschließen und die Freilassung zu verfügen. Wird ohne Diskussion beschlossen. Abg. Grabow: Berichte über die neuerdings gegangenen Zusammenstöße. Es sind deren über 100, namentlich auch von den Magistraten und Stadtverordnetenversammlungen vieler Orte. Der Präsident fügt hinzu: Es seyen Deputationen von vielen Orten angelangt, insbesondere von Köln, Rathenow, Stettin und Potsdam. Die Bauerschaft der Gegend von Oschersleben und Neuhaldensleben, einer Gegend, die völlig frei dastehen sey von aller Wühlerei, habe eine Anzahl Landleute hergeschickt, mit dem Auftrage, zweierlei zu erklären: sie wären entschieden keinen Groschen Steuer mehr bezahlen, bevor nicht ein wahres volksthümliches Ministerium vorhanden sey; sodann fordern sie, wie sie sagen ihre Kinder zurück. Sie hätten sie in das Heer treten lassen als Soldaten, nicht als Mörder. (Allgemeiner Beifall.) Abg. Berends beantragt, den Bericht der Commission über die Steuerverweigerung jetzt vorzunehmen. Abg. Reuter: Die Commission habe sich leider mit 5 gegen 3 Stimmen für Ablehnung des Antrags ausgesprochen; er beantragt sofort Diskussion. Abg. Rettig: Die Versammlung sey jetzt zu aufgeregt; man möge sich hüten, die Rechtsordnung zu durchbrechen (Unruhe); man möge die Einigkeit der Versammlung nicht stören. Abg. Waldeck: Wir sind einig und werden immer einiger werden. Sie haben gehört, was einfache Landleute gesagt haben. Es versteht sich ganz von selbst, daß einem hochverrätherischen Ministerium keine Steuern gezahlt werden. Es bedarf keines Beschlusses von uns, nur einer Erklärung für die Schwachen. Es wird beschlossen, die Berathung bis morgen auszusetzen. (Schluß 3¼ Uhr.)

Berlin, 14. Novbr. (Mittags.) Ein großer Theil unserer Bevölkerung glaubt nicht mehr an die Energie der Militärgewalt. Wir haben es gestern mehrfach erlebt, daß Soldaten, zum Fliehen schreiten gegen eine Volksgruppe aufgefordert, Gewehre bei Fuß nahmen und nicht selten lachend, stehen blieben. Gestern Abend hatten sich Hunderte trotz der Wrangel'schen Belagerungsplakate vor dem Schlosse unter den Fenstern des Oberbefehlshabers der Marken gesammelt. Ein Offizier mit einem Schützenpicket rückte an. Das Volk stand. Er kommandirte zum Laden, und die Soldaten standen. Es blieb dem rathlosen Manne nichts übrig, als mit seinen Leuten in das Schloß zurückzukehren, wohin ihnen ein jubelnder Hurrahruf der Menge folgte. Nichtsdestoweniger halten wir eine blutige Lösung für möglich. Bis Nachmittags 5 Uhr sollen die Waffen abgeliefert werden. Niemand denkt daran, diese Nachfrist zu benutzen. Ein Theil läßt es darauf ankommen, daß man die Gewehre eingeln aus den Häusern holt, ein anderer Theil wird sich auch der Abholung widersetzen. Dies wird, wenn die Gewalt bis zum Aeußersten kommt, endlich den passiven Widerstand in einen aktiven verwandeln. Es scheint in der That, als wolle man endlich einen Conflikt herbeiführen. Das Volk ist indeß gewarnt und wird sich durch blinde Schüsse nicht zur Agressive verleiten lassen. — Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Deputation der Stettiner Bürgerschaft hat sich heute nach Potsdam begeben. Sie haben bei der Abreise erklärt, daß sie jedes Mittel versuchen werden, eine Audienz beim Könige zu erlangen. — Eine von dem aus 96 Ortschaften gebildeten Musikalvereine des glogauer Kreises an den König gerichtete Vorstellung sagt mit dürren Worten deutschfädlich Folgendes: Wir sind überzeugt, Majestät, daß Sie im Unrechte sind; lenken Sie nicht ein, so werden wir nach der Pflicht, die uns das Bürgerwehrgesetz auflegt unsere Waffen ergreifen und die Freiheit beschützen. — Der König, der gestern unter Gardekorpsbefehlshaber von Sanskouci nach Schloß zu Potsdam begeben hat, ist heute wieder nach Sanskouci zurückgekehrt. Die potsdamer Bürgerwehr hat Sanskouci schützend umstellt. Die Verhältnisse in Potsdam sind der Art, daß wenigstens an ein Herausziehen der dortigen Truppen gegen Berlin nicht gedacht werden darf. — Noch wird der schwache Schein der Legalität gegen die Nationalversammlung beizubehalten gesucht, wenn man von den offenen Verletzungen des Hausrechts u. s. w. absieht. Man sucht um Verhaftsbefehle bei den Gerichten nach, die natürlich die Ertheilung derselben entschieden ablehnen. Diese Maßregel ist gegen den Präsidenten v. Unruh und noch 16 andere Mitglieder der constituirenden Versammlung im Werke. Nicht einmal die executive Polizei will die Rechtmäßigkeit der Proceduren des Ministeriums Brandenburg anerkennen.

Nachmittag 3¼ Uhr. Als Muster umlaufender Gerüchte diene, daß das Oberlandesgericht zu Halberstadt die Kassen mit Beschlag belegt und erklärt habe, daß es auf Requisition des gegenwärtigen Ministeriums keine Zahlungen werde leisten lassen, die Regierungsbeamten in Magdeburg aber sollen den Oberpräsidenten v. Bonin zu der Erklärung veranlaßt haben, daß er aus dem nach Magdeburg transportirten Staatsschatz ohne Genehmigung der Nationalversammlung und ohne dem Ministerium nichts weiter verabfolgen lassen. — Von dem Stadtrath Sternberg (einem Mitgliede der Stettiner Deputation an das Staatsministerium) erzählt man folgende Aeußerung, die er dem Minister Brandenburg gegenüber gethan haben soll: „Wenn Ew. Exc. der Provinz Pommern die Wahl lassen zwischen der gegenwärtigen Regierung und einer republikanischen Regierungsform, so wird sie sich unstreitig in ihrer großen Majorität für die Republik entscheiden." — Die Unterredung, welche nach der Neuen Preußischen Zeitung (auch nach der Nationalzeitung) zwischen Herrn Hasserman und Herrn v. Unruh stattgefunden haben soll, ist, wie mehrere aus unmittelbarer Quelle verschern können, eine Erfindung jener Zeitung.

Abends 6 Uhr. Der General Wrangel läßt soeben unter Trommelschlag das Martialgesetz gegen verrätherische Unternehmungen zur Verleitung des Militärs publiziren. Die Waffen sind von der Bürgerwehr nicht abgegeben worden. Von einer gewaltsamen Entwaffnung hört man nichts. Das Gerücht ist allgemein verbreitet, es sey in Potsdam bei dem abermaligen Umzug des Königs nach Sanssouci auf ihn geschossen worden. Der König soll nicht getroffen, vielmehr die Kugel in die Wagenlaterne gedrungen seyn. — Nachdem die Ministerien heute das Königliche Rathhaus verlassen hatten, erschien der Major Bielefeld mit Soldaten und forderte den allein zurückgebliebenen Präsidenten v. Unruh auf, den Saal zu verlassen. Hr. v. Unruh erklärte, sein Geschäft als Präsident sey jetzt beendet, er weile nur noch als Privatmann hier; als solcher wolle er ihm und Denen, die ihn gesendet hätten, den Rath ertheilen, daß sie das Hausrecht respektiren und die Habeats-Corpusacte nicht verletzen mögen.

Bestimmten Nachrichten zufolge hat der Prinz von Preußen Potsdam nicht verlassen. — Als sich gestern Abend das Gerücht verbreitete, daß das Ministerium Auerswald-Hansemann den Abgeordneten, welche im Staatsdienste stehen, die Gehalte zu entziehen, wurden sofort aller Orten Sammlungen zum Besten der Bedrohten eröffnet und sind trotz der herrschenden Noth bereits bedeutende Summen zusammengebracht. Selbst arme Arbeiter und Weiber drängen sich hinzu, um ihre Pfennige und Dreierlein nach Kräften zu spenden. — Unter den Mitgliedern des kgl. Criminalgerichts und der Staatsanwaltschaft sollen viele Stimmen dafür laut geworden seyn, die richterlichen Geschäfte sofort einzustellen, wenn unsere politischen Verhältnisse nicht eine andere Wendung nehmen, da in dem gegenwärtigen Zustande von der gesetzlichen Freiheit der Berathungen nicht die Rede seyn könne. — Den Vernehmen nach haben gestern Vormittag sämmtliche hiesige executive Polizeibeamten durch die Polizeiinspektoren Sebald, Hoffichter und Esselius bei dem Polizei-

Digitized by Google

präsidenten v. Bardeleben Protest gegen jede amtliche Mitwirkung bei den gegenwärtigen politischen Maßregeln mit ihrer durch die Gesetze bestimmten Amtsspflicht nicht in Einklang zu bringen seyen. Auch die Staatsanwälte sollen das ihnen vom Ministerium gestellte Ansinnen, gegen die Abgeordneten der Nationalversammlung einzuschreiten, mit der Erklärung zurückgewiesen haben, daß sie, wenn ihnen ein derartiger Auftrag zugienge, sofort ihr Amt niederlegen würden. — Den Deputirten einer Versammlung von etwa 2000 Bürgern Magdeburgs, die dem König in Potsdam eine Adresse überreichen, als er eben auf der Kirche trat, bemerkte derselbe am Schlusse der kurzen Unterredung: „Ich werde nicht wanken noch weichen, sondern fortgehen auf dem betretenen Wege.

Die Staatsministerialkommission zur Begutachtung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen (bestehend aus dem geheimen Oberfinanzrath Costenoble, Geheimrath Macklean, Staatsanwalt Friedberg, Abgg. Geheimrath Seibel, Major v. Woigts-Rhetz und v. Meusebach) hielt heute Morgen in Gegenwart des Reichsministers General Schreiber Sitzung und verständigte sich über eine Linie, welche nur in wenigen durch strategische Rücksichten gebotenen Punkten von der Pfuelschen Demarkationslinie abweicht. General Schreiber reist morgen nach Posen zur definitiven Regulirung an Ort und Stelle. Major v. Voigts begleitet ihn als Commissär des preußischen Staatsministeriums. (D. A. Z.)

Magdeburg, 14. Nov. Die Aufregung hier ist eine tiefe und gewaltige. Von jedem kommenden Augenblicke erwartet man den Belagerungszustand, den der Festungskommandant nur darum wie behauptet wird, noch nicht aussprechen konnte, weil er nur 2000 M. disponibel hatte, die zur Besetzung der Werke nicht ausreichen. Die Brücken der Citadelle und Forts sind aufgezogen. Die Offiziere des 27. Landwehrkorps sind heute zusammengetreten und haben sich für die Nationalversammlung erklärt, dies auch durch Placat mit Unterschrift von Commandeur und Staabsoffizier bei hier angezeigt.

Schleswig, 10. Novbr. Sichern Vernehmen nach hat die dänische Regierung die Bestimmung vom 16. Oct. wegen der Brandmarke „Dansk Eigenthum ꝛc." jetzt ausdrücklich aufgehoben.

Wien, 12. Nov. Achtundzwanzig Hinrichtungen sollen seit vorgestern stattgefunden haben; gestern Abend traf dieses Loos den Bezirkschef Prestler Eden von Sternau, während General Wem doch noch glücklich entkommen ist und dem Fürsten Windischgrätz täglich seinen Besuch aus Preßburg, wo er sich nebst Unity aufhält, entbieten läßt. Man versichert, daß aus Olmütz Befehl eingelangt sei, die Vollstreckung von Messenhauser's Urtel zu suspendiren. Robert Blum hat in seinem Verhöre sein politisches Glaubensbekenntniß ohne alles Hehl dargelegt. Gegen die Incompetenz des über ihn eingesetzten Tribunals legte er Verwahrung ein und theilte, auf diesen Grund gestützt, noch auf dem letzten Wege dem ihn begleitenden Offizier seine Hoffnungen mit. Wozu das Pfeffenspiel, fragte er, als man ihn über die Brücke führte, die diesmal auch wie jene berühmte zu Venedig zur Seufzerbrücke ward. Sie irren, Herr Blum, erwiderte der Offizier, Sie werden erschossen. Hier soll Blum einen Augenblick die Fassung verloren haben, ermannte sich aber sogleich wieder. Zur Blumschen Katastrophe muß ich bemerken, daß Wenige das rechte Einsehen in die Sache haben dürften, und der Leidenschaftlichkeit beimessen werden, was das Resultat berechneter Politik gewesen. Blum's Hinrichtung war ein Staatsstreich, um das frankfurter Parlament zu desavouiren. Es ist kein Schwanken mehr, sondern ein entschiedenes Losreißen von Deutschland und ein eben so entschiedenes Aussprechen für eine slawisch-österreichische Monarchie mit Berücksichtigung der darin aufzunehmenden Nationalitäten. — Ungeachtet es die Absicht zu sein scheint, den Reichstag auf Entwerfung der Grundeinrichtungen zu beschränken, wird doch kaum ein Antrag zu verhindern sein, wodurch Westeuberg in Anklagestand versetzt werden soll.

Von Kossuth ist dem Vernehmen nach gestern Abend eine Beschaft an den Fürsten Windisch-Grätz des Inhalts eingelaufen, daß er die Uebel, welche die Hauptstadt befallen hätten, nicht noch durch Vertheuerung der Lebensmittel, die aus dem versperrten Verkehre erwachse, vermehren wolle, und seinerseits die Zufuhren freigeben würde, wenn man österreichischerseits für deren Empfangnahme sorgen wolle. Fürst Windischgrätz habe ihm darauf bedeuten lassen, daß er nicht mit Rebellen unterhandle. — Messenhauser soll zu 20, Fenneberg zu 15 Jahren Festungsstrafe verurtheilt sein. (D. A. Z.)

Die Nachricht von einer telegraphischen Depesche, die einen Sieg Simonich's über die Ungarn berichtet hätte, erweist sich als unwahr. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

* Paris, 12. November. Indem wir diese Zeilen schreiben (12 Uhr Mittags) hat die erste Hälfte der Feier der Constitutionsverkündigung ihren ruhigen und regelmäßigen Verlauf. Trotz eines heftigen Schneegestöbers, das schon den ganzen Morgen anhält, ist der Andrang ungeheuer, Deputationen der Nationalgarde aus allen Departements, mitunter ganze Bataillone, sind hier eingetroffen und wohnen der Feier bei. Der schöne Concordeplatz, durch Trophäen, Fahnen, Säulen und andere entsprechende Decorationen zu einem ungeheuern Festsaale, oder vielmehr zu einem Turnierplatze umgeschaffen, trägt in seiner Mitte einen hohen Dom mit Altar, rechts und links sind zwei Estraden für die Nationalversammlung, das diplomatische Corps, die Staatskörper und an diese schließen sich gedeckte Tribunen für mit Billeten betheiligte Personen an. Um 9 Uhr verließ die Nationalversammlung ihren Palast und begab sich, während die Kanoniere 101 Schüsse abfeuerten, nach dem Concordeplatze. Der Präsident der Nationalversammlung, Armand Marrast, verlas hier den Text der Verfassung, die mit dem dreimaligen Rufe: „Es lebe die Republik!" und abermals 101 Kanonenschüssen von den Invaliden- und allen Forts um Paris begrüßt wurde. Hierauf begann das Hochamt mit Tedeum durch den Erzbischof von Paris, assistirt von vier Bischöfen und dem Clerus aller Kirchen von Paris abgehalten. Das Amt ist in diesem Augenblicke noch nicht zu Ende, — nach demselben beginnt das Defiliren der Nationalgarden und Truppen, das bis spät in die Nacht hinein dauern dürfte.

Bayreuth. Die Frankfurter Abendpost vom 15., die Pariser vom 13. d. Mts. sind heute wieder nicht eingetroffen.

Anzeigen.

Die für das Monat September 1847 unausgelösten Pfänder von Nr. 6 bis 1006 incl. werden in dem auf Donnerstag den 23. d. Mts. Vormittags angefetzten Strichtermin an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft.

Bayreuth, den 14. November 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.

Stillfraut, Schobert,
Kassier. Kontrolleur.

Lieferungs-Akkord.

Von der Oekonomie-Commission des Kgl. 13. Infanterie-Regiments (Hertling) wird am Mittwoch, als am 29. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr auf der Rechnungs-Kanzlei eine Quantität von dunkelgrauen, kornblauen, schwarzen, scharlachrothen, stahlgrünen Tüchern, Futterboy, dann Bundschuhen und Schien mit Fleck zur Lieferung in Akkord gegeben.

Lieferungsberechtigte werden mit dem Bemerken eingeladen, daß sie sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, den 12. November 1848.

Ich bringe hiermit zu ergebensten Anzeige, daß ich Montag den 27. d. M. im Gasthause zum Anker zu einem 2tägigen Aufenthalte dahier eintreffen werde.

J. Wildberger,
Orthopäd aus Bamberg.

Einem geehrten Publikum

hiemit die ergebenste Anzeige, daß die große Ausstellung von mehr als 5000 der schönsten Kunst- und Naturseltenheiten, mit lebenden Thieren, welche einige Tage auf dem Marktplatz stand, am Sonntag zum ersten Male im Gasthofe zum goldenen Adler zum Besuche eröffnet ist. Das Nähere besagen die Zettel. Die Zimmer werden geheizt.

Jakob Knillinger aus Oesterreich.

Frisches Hasenwild bei

Philipp Staudt, Opernstraße.

Maximilianstraße Nr. 25, Adlerapotheke, ist die obere Etage mit 4 heizbaren, mehreren unheizbaren Zimmern, Küche Kochstube und allen andern Bequemlichkeiten, auf Sichtmeß zu vermiethen.

Es wird ein Quartier mit 3 Zimmern und Stallung gesucht. Nähere Auskunft in der Expedition.

Nr. 375 ist für einen ledigen Herrn ein freundliches Stübchen mit Meubels zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 322. — 19. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Nov. Von den vereinigten Fraktionen der Linken ist gestern folgende Adresse an die preußische Nationalversammlung beschlossen worden: Wir unterzeichneten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung fühlen uns gedrungen, den preußischen Volksvertretern die Gefühle unserer vollen Anerkennung auszudrücken. Die Würde Eures Volkes habt ihr gewahrt durch kräftigen Widerstand gegen ungerechte Willkürmaßregeln der Regierung. Was Ihr gethan, habt ihr nicht nur für das preußische Volk, Ihr habt es für das gesammte deutsche Vaterland gethan. Auf Euch blickt mit Hoffnung und Vertrauen das durch den Fall Wiens tiefgebeugte deutsche Volk. So fahrt denn fort und vollendet mit Kraft, mit Entschiedenheit, mit weiser Mäßigung das große Werk, welches ihr begonnen habt! Seid fest versichert, daß wir, daß das gesammte deutsche Volk mit Herz und Hand durch alle Gefahren zu Euch stehen werden. (N. K.)

München 16. Nov. Entgegen meiner gestrigen Mittheilung bezüglich der Besetzung des neugebildeten Handels- und Ackerbauministeriums vernimmt man heute, daß der betreffende Minister vorerst nicht ernannt, sondern die Oberleitung des Handelsministeriums einem der jetzigen Minister, wahrscheinlich dem Grafen Bray, provisorisch übertragen werden soll. Erst während des Landtages dürfte die definitive Besetzung erfolgen, da man in der Kammer einen praktisch erfahrnen Mann für diesen Posten zu finden hofft. — Se. Maj. der König hat die Aufhebung des königl. Cabinets beschlossen. Die Arbeiten desselben sollen den betreffenden Ministerien zugetheilt, demnach den verantwortlichen Staatsministern unterordnet werden. Hat auch das k. Kabinet in München, namentlich seit König Max Regierung, nie die Aufgabe und Stellung gehabt, wie ähnliche Kabinette in andern Staaten, so muß doch die Aufhebung desselben als ein neuer Fortschritt auf der konstitutionellen Bahn freudigst begrüßt werden.

München, 15. November. Der hiesige Studentenausschuß, welcher auf die in diesem Blatte schon berührten ministeriellen Maßregeln gegen die Wiener Studenten erklärte, daß er Namens aller Studenten gegen diese Schritte protestire und, die Sache der Wiener Studenten zu der seinigen machend, seine volle Mißbilligung über das Verhalten des bayerischen Ministeriums ausspreche, ist deßhalb in Untersuchung gezogen worden. — Erst auf deßhalb eingereichte Eingabe ist den 8 Mitgliedern des demokratischen Vereins die offizielle Kunde vom Stattgericht München gewoden, daß die gegen sie „wegen Verbrechens des Versuchs zum Hochverrath" eingeleitete Generaluntersuchung durch Beschluß des Appellationsgerichts von Oberbayern am 21. v. M. definitiv aufgehoben und die Kosten der Staatskasse überbürdet wurden. Auf welche Thatsachen oder Anzeigen hin die Anschuldigung des obendezeichneten Verbrechens gegen sie erhoben, wurde den Betheiligten noch nicht eröffnet, wird aber deßwegen doch ganz genau bekannt werden.

München, 15. Nov. Die Studenten erhielten von der hiesigen Polizei die beruhigende Aufklärung, daß an den Grenzen kein Unterschied zwischen Studenten und Fremden gemacht werde, daß vielmehr die Studenten, wenn sie nur ein Zeugniß über ihre Persönlichkeit aufweisen können, auf keine Hindernisse stoßen. Hiemit erklärte sich die Studentenschaft einstweilen zufrieden, indem sie kund gab, daß fraglicher Ausspruch der hiesigen Polizei in österreichischen Blättern veröffentlicht weeden soll. (Augsb. Abendztg.)

München, 15. November. Gestern Abends 8 Uhr verschied dahier der berühmte Bildhauer Ludwig v. Schwanthaler. Er ist jahrelangen gichtischen Leiden im schönsten Mannesalter erlegen.

Bayern. (Schwangersang des weiland Ministers des Innern, jetzigen Staatsraths und Freiherrn v. Thon-Dittmer.) Die Deutsche constitutionelle Zeitung gibt in einer ihrer neuesten Nummern einige Variationen zu dem Thema, das Staatsrath und Freiherrn v. Thon-Dittmer kurz vor seinem Austritt aus dem Ministerium in alten Polzeiregistern aufgefunden und neu herausgegeben hat. — Der Vorsitzende des demokratischen Vereins in Linz, Professor Bachhaus, kömmt, weil das Metternich'sche Spionierwesen sich in Oesterreich wieder erneuert, und die Wiener Kerker die Gefangenen des Mörders und Mordbrennerd Windisch-Grätz nicht mehr fassen, nach Regensburg. Bachhaus reist mit einem vollkommen legalen Passe von Linz ab, um einige Zeit in Regensburg zu verweilen. Am 10. d. Abends dort angekommen, erhielt er schon in der Frühe des andern Tages den Besuch der Polizei. Er wurde auf das Polizeibureau gebracht und ihm dort bedeutet, daß er nach einem Ministerialerlaße Seiner obrigkeitlichen Gnaden des Herrn Polizeiministers, v. Thon-Dittmer, Regierung und Bayern sogleich wieder verlassen und nach Oesterreich zurück müsse. Da er sich weigert, dorthin zurückzukehren und nach München wollte, um sich dort zu beschweren, wurde ihm dies auf das Bestimmteste verboten, da in dem Thon-Dittmer'schen Erlasse die Polizeibehörden auf das Bestimmteste angewiesen seyn sollen, jeden politischen Flüchtling aus Oesterreich von München abzuhalten. Hierauf erklärte Bachhaus, da ihm in dem von ihm deutsch und feestinnig geglaubten Bayern sogar ein Aufenthalsort versagt wäre, ihm, der nichts verbrochen, als daß er für die Sache des Rechts und die Freiheit des deutschen Volks jedes Opfer gebracht, so wolle er nach Coburg gehen. Er mußte sich sogleich einen Platz auf dem Eilwagen nach Nürnberg lösen und Mittags abfahren.

München, 15. Novbr. Hr. v. Beisler soll wieder Präsident des obersten Rechnungshofes, Hr. Heres Vorstand der Tilgungscommission weeden. (A. Z.)

Stuttgart, 15. Novbr. Zu Anfang der heutigen Sitzung theilt man sich in der Kammer mit, daß die Ministerkrise zu Ende sey. — Der König soll Willens seyn, 300,000 fl. an der Civilliste nachzulassen, und zwar die bereits zeitweise nachgelassenen 200,000 fl. hinfort ständig für seine Lebenszeit und weiter 100,000 fl. wiederum zeitweise. (N. K.)

Aus guter Quelle, schreibt der Hamb. Korr., wird uns versichert, daß die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und die beiden Hohenzollern bei der Centralgewalt ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben, sich zu Gunsten größerer Nachbarstaaten mediatisiren zu lassen, und daß auch Schwarzburg-Rudolstadt eine Anfrage gestellt habe. (K. v. u. s. D.)

Berlin, 15. Nov. Die Entwickelung unserer Verhältnisse ist seit gestern auch nicht um einen Schritt vorgerückt. Die Frist zur Ablieferung der Waffen ist gestern ziemlich erfolglos verstrichen. Es weeden deshalb seit gestern Abends einzelne Straßen abgesperrt, die Soldaten begeben sich in die Häuser und fordern die Waffen. Einzelne Personen, welche sich auf die Habeascorpusacte beriefen, die ein Eindringen in die Häuser nur auf richterlichen Befehl gestattet, und welche sich der Haussuchung widersetzten, sind zur Haft gebracht, unter Andern die Kammergerichtsassessoren Wolff und Meyer. Thatsächlicher Widerstand hat bis jetzt noch urgends stattgefunden. Bis jetzt (Nachmittag 4 Uhr) sind die Haussuchungen unter den Linden und in der Dorotheenstadt vorgenommen worden. Später soll die Königsstadt an die Reihe kommen. Findet man hier keinen Widerstand, so wird die Sache ruhig verlaufen.

Die Nationalversammlung wollte heute um 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten ihre Berathungen fortsetzen. Es hatten sich etwa 40 Abgeordnete bereits eingefunden, als ein Major mit seinen Mannschaften erschien, das Haus besetzen ließ, in Begleitung einiger Offiziere in den Saal trat und nach einigen Unterhandlungen zufolge schriftlichen Befehls des Generals Wrangel: „nöthigenfalls mit Gewalt, jedoch ohne Anwendung von Waffen den Saal zu räumen," die Herren veranlaßte auseinanderzugehen. Da kein Präsident anwesend war, so protestirte einer der Schriftführer, Hr. Hildenhagen, von neuem, und man verließ den Saal. Gegen Abend soll in irgend einem noch zu beschaffenden andern Locale die Sitzung zu halten versucht werden.

Folgende Aeußerungen mögen die Gewaltshaber Preußens, des Staates der Intelligenz, charakterisiren: Graf Brandenburg erwiderte einer Deputation, welche die Zurücknahme des Belagerungszustandes forderte: Man könne versichert sein, daß er fest entschlossen sei, als ein constitutioneller Minister zu handeln; allein in diesem Falle könne er nicht anders, Seine Majestät habe einmal befohlen. General v. Wrangel, wegen der Censur interpellirt, erklärte, indem er auf ein hier erschienenes Flugblatt hinwies: Er selbst oder der Polizeipräsident müsse die Censur

Digitized by Google

der Blätter in die Hand nehmen, dem offenbar vernachlässigten ordentlichen Censoren ihre Pflicht. Von seiner seit beinahe 8 Monaten gesetzlich bestehenden Verpflichtung wußte der Oberbefehlshaber in den Marken noch kein Wort. Die Nationalzeitung, die von der Suspension unbetroffen blieb, ist der Militär muthig und würdig entgegengetreten. Die Reform ist gestern Abend, obgleich suspendirt, dennoch erschienen und hat reißenden Abgang gefunden. Das für aber hat das Militär von den Pressen der Reform Beschlag genommen und Hrn. Ruge, ohne ihn jedoch zu treffen, während der Nacht zu verhaften versucht. Der Assessor Wache ist gestern an der Börse verhaftet worden, ebenso der Buchdrucker Fähndrich, in dessen Offizin das bekannte Wachersche Plakat gedruckt ist. Der Abg. Schramm befindet sich ebenfalls noch in Haft. Die Versammlung, die gestern Abend im Clubhause stattfand, wurde vom Militär auseinandergetrieben, und der Criminalrathur Stein, der den Vorsitz führte, in das Militärgefängniß abgeführt. Neben allen diesen Vorgängen besteht die Habeascorpusakte, welche Verhaftnahmen und Haussuchungen an richterliche Befehle knüpft, und außerordentliche Gerichte, also auch das Kriegsgericht des Generals v. Wrangel ausdrücklich aufhebt. Der Staatsanwalt, Dr. Sethe, hat wie man sagt, unter solchen Umständen sein Amt niederlegen müssen, und auch der Polizeipräsident soll abgedankt haben. Der Adjutant des Obersten Sommerfeld, welcher das Attentat auf die Nationalversammlung im Schützenhause leitete, ein Hr. v. Wedenbrug, hat erklärt: er fühle sich nach seiner Theilnahme an einer hochverrätherischen Handlung nicht mehr würdig, dem Offizierstande anzugehören. Es ist ihm deßhalb der Degen abgenommen und er selbst nach Spandau abgeführt worden. Die Seele aller dieser Proceduren ist der Minister des Innern v. Manteuffel. Es wird versichert, derselbe habe den Generalpostmeister v. Schaper aufgefordert, die Briefe öffnen zu lassen und die an Abgeordnete gerichteten Schreiben anzuhalten. Hr. v. Schaper hat dies Ansinnen entschieden zurückgewiesen und mit seiner Entlassung gedroht. Wie der General Wrangel das militairische Organ des Hrn. v. Manteuffel ist, so ist der bekannte Hr. v. Florencourt aus Naumburg, der sich seit einigen Tagen hier dem Empfehlungen bei Hrn. Leo und v. Gerlach hier befindet, der literarische Spießträger der Contrerevolution. Aus seiner Feder sind mehrere haltomtliche Artikel der Spenerschen Zeitung geflossen. Sie wurden der Redaktion aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern zugeleitet und werden in besonders Abzügen unentgeldlich vertheilt.

(Nachmittags 3 Uhr.) Die Deutsche Reform, das Organ des Hrn. Milde, soll nunmehr gleichfalls suspendirt seyn. Der Redakteur, Hr. Oldenburg, wurde zu Hrn. v. Wrangel beschieden. Er erhielt von dem Oberbefehlshaber die Weisung, er möge „zum Frieden schreiben", dann könne er drucken lassen was er wolle. Hr. Oldenburg weigerte sich, im Sinne des Hrn. v. Wrangel zum Frieden zu schreiben. — Das gestern Abend von uns gemeldete Gerücht über ein Attentat gegen die Person des Königs hat sich nicht bestätigt. Ueberhaupt überschwemmt man Berlin täglich mit Gerüchten über potsdamer Ereignisse, deren Unrichtigkeit oder Uebertreibenheit sich stets herausstellt. Was an einer viel verbreiteten Mittheilung Wahres seyn mag, wonach der König der Krone unter der Bedingung zu entsagen entschlossen sey, daß nicht der Prinz von Preußen, sondern dessen ältester Sohn unter der Regentschaft der Prinzessin von Preußen den Thron besteigen, müssen wir hahin gestellt seyn lassen. Heute wird der Belagerungszustand auch auf Schöneberg, Tempelhof und Potsdam ausgedehnt. Unter heute Abend Don Carlos aufgeführt werden. Wahrscheinlich auf Befehl General Wrangel's ist dies jedoch abgeändert und es werden zwei Lustspiele gegeben. Es scheint, man fürchtet auch die „Gedankenfreiheit" Posa's.

Berlin, 15. November. Der Minister des Innern hat folgendes Cirkular an sämmtliche königl. Regierungen ergehen lassen: Es ist zu meiner Kenntnißt gekommen, daß in verschiedenen Landestheilen auf dem platten Lande dadurch eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen wird, daß man das Gerücht verbreitet, als gehe die Staatsregierung damit um, die Wohlthaten, welche durch die bereits vorgelegten und vorbereiteten Gesetze der ländlichen Bevölkerung zu Theil werden sollen, nicht in Erfüllung gehen zu lassen. Die Regierung ist jedoch auch in dieser Beziehung fest entschlossen, den betretenen Weg zu verfolgen und den bäuerlichen Eingesessenen jede irgend zulässige Erleichterung zu gewähren. — Die kgl. Regierung verpflichte ich, von dieser Absicht der Staatsregierung der ländlichen Bevölkerung Ihres Bezirks schleunigst auf geeignete Weise Kenntniß zu geben und die Landräthe zu veranlassen, daß in den einzelnen Ortschaften der Kreise das erwähnte Gerücht widerlegt und den Eingesessenen die Ueberzeugung verschafft werde, wie das Staatsministerium entschlossen sey, wie alle die von Sr. Maj. dem Könige ertheilten Zusagen getreu zu erfüllen, so namentlich auch das Wohl der ländlichen Bevölkerung nach Kräften zu fördern. Berlin, den 15. Novbr. 1848.

Mehrere Bataillone der Berliner Bürgerwehr haben eine aus Offizieren und Rechtsgelehrten bestehende Commission niedergesetzt, um die Frage zu erörtern, ob soll die Bürgerwehr in ihrem gegenwärtigen Verhalten auf dem Rechtsboden bestandet, und um einen feierlichen Protest gegen die Entwaffnung der Bürgerwehr auszuarbeiten. Diese Commission hat folgende Erklärung abgegeben, welche fast von der ganzen Bürgerwehr angenommen und sowohl der Nationalversammlung als auch dem Staatsministerium mitgetheilt worden ist: An das Staatsministerium. Durch eine von dem Staatsministerium kontrasignirte königl. Verordnung ist die Berliner Bürgerwehr aufgelöst worden. Als Grund der Auflösung wird der Schutz angegeben, welchen die Bürgerwehr der Nationalversammlung hat angedeihen lassen. Nach §. 8 des Bürgerwehrgesetzes steht der Krone allerdings das Recht der Auflösung der Bürgerwehr zu, es müssen aber wichtige Gründe für eine solche Maßregel vorhanden seyn. Im vorliegenden Falle fehlt es durchaus an jedem Grunde. Die Bürger sind nach §. 1 des Bürgergesetzes berufen: die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen. Die Nationalversammlung ist verfassungsmäßig mit der Krone gleich berechtigt, und die Bürgerwehr ist zu ihrem Schutz eben so verpflichtet als zu dem der Krone, so lange sie ihre Befugnisse nicht überschreitet. Die Nationalversammlung hat ihre Befugnisse nicht überschritten. Die Krone hat kein Recht, das Thätigkeit der constitutionellen Versammlung auch nur einen Tag zu hemmen. Hätte sie das Recht, eine solche Vertagung auf 17 Tage auszusprechen, so könnte sie solche auch auf 17 Jahre, ja auf unbestimmte Zeit aussprechen. Aber noch aus einem andern Grunde durfte die Bürgerwehr die Nationalversammlung in der Freiheit ihrer Berathungen nicht stören, da nach §. 4 des Gesetzes vom 6. April 1848 jener Preuße berechtigt ist, sich in einem geschlossenen Raume zu versammeln. Ueberdies ist der Bürgerwehr eine Requisition zur Auflösung der Versammlung durch ihrer vorgesetzte Dienstbehörde, den Polizeipräsidenten nach gar nicht einmal zugekommen. Polizeipräsident als einzeln stehender Polizeibeamter war zu einer solchen Requisition nicht befugt. Von einem Aufsehnen der Bürgerwehr kann also gar keine Rede seyn. Endlich hat das Staatsministerium keine Macht gehabt, über eine friedliche Stadt, welche trotz allen Bemühungen, sie zu reizen, die heiligste Ruhe bewahrt hat, den Belagerungszustand zu verhängen und in solcher Weise die von der Krone gaeanntten Freiheiten zu beschränken. Die unterzeichnete Bürgerwehr muß daher den Beschluß der Nationalversammlung, daß in folgenden Maßregeln des Staatsministeriums eine Verletzung der verfassungsmäßigen Freiheit enthalten sey: 1) Auflösung der Nationalversammlung, 2) Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, 3) Verhängung des Belagerungszustandes, vollständig anerkennen. Die Bürgerwehr ist berufen, die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen, dieselbe wird, wenn auch Alle ihre Pflicht vergessen sollten, diese ihr duch das Gesetz auferlegte Pflicht zu erfüllen wissen und protestiet daher hiermit feierlichst gegen ihre Entwaffnung. Geschieht dem Vaterland ein Unglück, so wird der Fluch über Diejenigen kommen, welche dasselbe herausbeschworen haben. Berlin, den 14. November 1848. Das 5. und 14. Bataillon der Bürgerwehr.

Daß sämmtliche executive Polizeibeamten, wie die Berlinische Zeitung gestern erklärte, durch die Polizei-Inspektoren Gisellius, Hoffrichter und Schalk dem Polizeipräsidenten v. Bardeleben Protest gegen jede amtliche Mitwirkung bei den gegenwärtigen politischen Maßregeln eingelegt haben, hat sich nicht bestätigt. Richtig ist nur, daß die genannten Beamten bei einer Besprechung der durch den Belagerungszustand etwa nothwendig werdenden Maßregeln gebeten haben, die Ausführung aller militairischerseits getroffenen Anordnungen der Militairbehörde zu überlassen.

Leipzig, 16. Nov. (Nachmittags 5 Uhr.) Von den soeben eingehenden Berliner Morgenblättern vom heutigen Tage macht die Redaktion der Vossischen Zeitung bekannt, daß sie des Belagerungszustandes wegen keine Artikel, keine Inserate, die eine Beurtheilung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse enthalten," aufnehmen könne. Die Nationalzeitung bringt dagegen unerschrocken einen Artikel: „Verrath der Camarilla gegen das preußische Volk," und berichtet über die Nationalversammlung, von der die Vossische Zeitung schweigt. Die Nationalversammlung war nämlich am 15. Nov. Abends 7¼ Uhr im Mielenz'schen Saale versammelt. Anwesend waren 226 Mitglieder. Präsident v. Unruh: Gegenstand der Debatte war die Steuerverweigerung. Der Antrag der Commission lautete: Kein Ministerium ist berechtigt, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder aufgehoben ist. Dagegen ist von

Digitized by Google

den Abgg. Schulz aus Delitzsch, Plönnies und Schornbaum der Antrag gestellt: Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sey, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden, bis die hohe Versammlung wieder in Berlin in Sicherheit ihre Pflichten erfüllen kann, und tritt dieser Beschluß am 17. Nov. in Kraft. Um 8½ Uhr, als mit der Abstimmung begonnen werden sollte, traten einige Offiziere in den Saal, während ein Dutzend Gardegrenadiere die Thür besetzten. Ein allgemeiner Ruf des Unwillens erhob sich. Der Major näherte sich dem Präsidenten, mit dem er eine kurze Unterredung hatte. Worauf der Präsident v. Unruh der Versammlung mittheilte, daß der Major Lehmann (oder Hermann?) Befehl vom General Wrangel erhalten habe; die hohe Versammlung aus dem Saale zu entfernen. (Ruf: Wir gehen nicht!) Präsident: ich muß Sie bitten, mich Ihre Ordre vorzulegen. — Major: Ich besitze keine schriftliche Ordre. Sie werden meinem Worte glauben. — Präsident: Ich messe ihren Worten keinen Unglauben bei, allein ich muß darauf bestehen, daß Sie die schriftliche Ordre einsordern. — Major: Dies kann ich um so weniger, da General Wrangel mit jede schriftliche Ordre verweigert hat. (Heftige Bewegung der Abgeordneten.) — Präsident: Haben Sie den Auftrag Waffengewalt anzuwenden? — Major: Ich erkenne im Zuversicht darauf, daß Sie es nicht dahin kommen lassen werden. — Präsident: Ich muß um bestimmte Antwort bitten: ob Sie einen solchen Auftrag, Waffengewalt anzuwenden, erhalten haben. — Major: Ja, ich habe ihn erhalten. (Tiefe Bewegung.) — Präsident: Und sind Sie entschlossen, diesen Auftrag zu erfüllen? — Major: Ja, das bin ich! (Allgemeines Schwirgen.) — Präsident: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß man abermals Gewalt gegen die hohe Versammlung anwendet, und daß ich gezwungen bin — In diesem Augenblick erhebt sich die ganze Versammlung und mit emporgestreckten Händen rufen die 226 wie mit Einer Stimme: „Wir bleiben nimmermehr!“ Wir gehen nicht von der Stelle, mögen die Bajonnette und durchbohren!“ Ein ungeheures Gewühl der Abgeordneten umringt den Major und seine Begleiter. Viele Abgg. mit erhobenen Gesichtern und erhobenen Händen drängen sich gegen den Präsidententisch. Es ist eine Zeit lang unmöglich, die Ruhe herzustellen. Endlich erhebt sich der Ruf, die Sitzung fortzusetzen, und keine weitere Unterbrechung mehr zu beachten. Der Major nähert sich dem Präsidenten und spricht einige Worte mit ihm, worauf er mit seinen Begleitern und den Grenadieren an der Thür sich entfernt läßt. Abg. Scheibler tritt hierauf den Antrag der Abgg. Schulz (Delitzsch), Plönnies und Schornbaum. Sämmtliche Abgeordnete erheben sich, die Steuerverweigerung ist einstimmig angenommen. Jubel ergreift die ganze Versammlung. Ein dreifaches donnerndes Hoch wird ausgebracht. Der Präsident schließt diese denkwürdige Sitzung um 9 Uhr, benachrichtigt die Versammlung, daß sicher vorbehalte, sie zur nächsten Sitzung zusammenzurufen. — Nach der Vossischen Zeitung hätten die berliner Stadtverordneten den Prinzen von Preußen durch eine Deputation um seine Vermittelung beim Könige gebeten um eine Petition bei der Nationalversammlung gegen eine ausgesprochene Steuerverweigerung einreichen wollen. — Die Einberufung der pommerschen Landwehr, die gegen 22,000 Mann zählt, ist beschlossen worden. (D. A. Z.)

Magdeburg, 13. Novbr. Der Vorstand des Centralkriegervereins der Provinz Sachsen hat an den König eine Petition gerichtet, worin er erklärt, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel nicht blos die Majorität der Nationalversammlung, sondern auch die unermeßliche Majorität der Nation gegen sich habe. Dahlenwarsleben, Osschersleben, Barkersleben haben sich bereits ebenfalls für die Nationalversammlung erklärt. — Magistrat und Stadtverordnete von Naumburg haben an die Nationalversammlung und den König Adressen erlassen, in der ersten der Versammlung Bewunderung und Dank für deren Haltung, in der letztern den Wunsch aussprechend, daß der König das jetzige Ministerium sofort entlassen und der Nationalversammlung keine fernern Hindernisse in den Weg legen lassen möge.

Breslau, 13. Novbr. Durch einen Anschlag am Schwarzen Bret wurden heute die Studirenden hiesiger Universität zu einer Generalversammlung eingeladen. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß der Ausschuß es einem jeden Studenten zur Pflicht mache, in dieser kriegsschweren Zeit unter die Waffen zu treten. Ebenso ist folgende Proklamation berathen und angenommen worden: Väter und Brüder in Schlesien! Wir sind mit Füßen getreten, wird sind entehrt in unsern Abgeordneten! Väter, Brüder! im Augenblicke der höchsten Gefahr wenden wir uns an euch; im Augenblicke roher Gewalt fordern wir euch auf, im Vereine mit und der Freiheit euren Muth zu weihen! Wenn die heiligen Signale den Kampf in Breslau verkünden, dann ergreift die Waffen, der Tag der Entscheidung ist da! Vernichten wir das Verbrechen! Es lebe die Freiheit! Die Studenten von Breslau.

Breslau, 14. Nov. Die Centralkommission beschließt einen Aufruf an das Militär zu erlassen, um dasselbe über die gegenwärtigen Verhältnisse aufzuklären. In später Nacht geht die Nachricht ein, daß der Telegraph zwischen hier und Berlin zerstört sei. Es wird eine Commission ernannt, die für den Fall eines Kampfes für Bandagen, Charpie ꝛc. zu sorgen hat. In jedem Stadttheil werden einzelne Häuser als Lazarethe bestimmt. Die permanente städtische Commission hat Vollmacht, über alle städtischen Angelegenheiten definitiv zu beschließen und die Beschlüsse auszuführen. Die Centralkommission hatte in der Nacht Kunde erhalten, daß auf dem Thurmbese 2040 Gewehre nebst 1 Mill. Zündhütchen sich befinden. Es wird an die städtische Commission der Antrag gestellt, in dieser Angelegenheit schleunigst einen Beschluß zu fassen. Es wurde mit überwiegender Majorität beschlossen, die Beschlagnahme der Gewehre von Seiten des Magistrats zu vollziehen, und um 12 Uhr Mittags waren sämmtliche Waffen in den Räumen des Rathhauses aufbewahrt. (D. A. Z.)

(10 Uhr Abends.) Die Centralcommission hat eine Deputation an den Oberpräsidenten Pinder entsendet, mit der Anfrage, welche Stellung er nunmehr zu dem Ministerium einzunehmen gedenke. Der Oberpräsident erwiderte, daß er sich mit den jüngsten Maßnahmen des Ministeriums nicht einverstanden erklären könne und dieselben mißbillige. (D. A. Z.)

Die Redaction der in Stettin erscheinenden Oder-Zeitung entschuldigt sich, daß sie nur einen halben Bogen erscheinen lassen könne, indem der größte Theil ihrer Setzer nach Berlin abgegangen sei, auch sei sie außer Stande, die im Staatsanzeiger enthaltene vom Staatsministerium unterzeichnete Bekanntmachung zu veröffentlichen, weil sich in ihrer Druckerei kein Setzer finde, der jene Bekanntmachung setzen wolle. (D. A. Z.)

Wien, 13. Novbr. Die verlautet, wird die Aula für alle Zukunft geschlossen, aus dem Gebäude selbst will man eine Kaserne machen. Die philosophischen Hörsäle sollen in das Konviktsgebäude der Piaristen, die medizinische Fakultät in's allgemeine Krankenhaus, die juridische in das k. k. Theresianum und die theologische in das Palais des Erzbischofs verlegt werden. Auch die Technik soll, was aber kaum glaublich, nach — Grätz übersiedeln. — Ein Plakat des neuen k. k. Militärgouverneurs F.-M.-L. Welden kündet alle den Wienern seinen Amtsantritt an; es heißt in hiesigen Lokalen unter Anderm: „Nur ein Bund der Guten rettet den Staat und jeden rechtlich Gesinnten vom Untergang zu retten. Ich biete Euch die Hand, komme Euch mit Vertrauen entgegen, stoßt beide nicht zurück.“ Am Schlusse wird den Uebelgesinnten mit dem Donner des Geschützes gedroht. — Die Basteien werden verpalisadirt; man spricht auch von der Erbauung einer Citadelle am Belvedere, um die Stadt und Vorstädte im Schach zu halten. — Messenhauser ist nicht zum Tode verurtheilt, sondern zu sechs Jahren Festungsarrest, nachdem sich zu seinen Gunsten ergeben, daß die Erlasse über den Gang der Schlacht mit den Magyaren vom Stephansthurm aus, nach geschlossener Kapitulation, nicht von ihm herrührten.

Wien, 13. Novbr. Die Schwierigkeiten, welche sich in der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums gezeigt haben, sind noch nicht beseitigt, da außer dem Grafen Breda noch Hefsert und Mayer den Eintritt bestimmt verweigert haben. — Der Vorsteher der Militär-Central-Kommission, G. M. v. Cordon, gibt kund, daß In- und Ausländer in Gast- und Kaffeehäusern Reden führen, welche geeignet erscheinen, zum Aufruhr aufzureizen. Er ermahnt ernstlichst, sich dergleichen zu enthalten, widrigenfalls nach dem Inhalte früherer Kundmachungen die Schuldtragenden der standrechtlichen Behandlung überliefert werden würden. — Der neue Gouverneur v. Welden hat sogleich die Passage zwischen Stadt und Vorstädten frei gegeben. (K. v. u. f. D.)

Wien, 13. Nov. Auf die glaubwürdigste Weise erfahre ich Näheres über die glücklich gelungene Entweichung des Generals Bem. Nicht mit einer Todtenbahre, wie früher berichtet, sondern als österreichischer General schritt er durch das Jellachsche Lager, ließ sich einige Uhlanen zur Escorte geben und verfolgte, ohne Anstand zu finden seinen Weg.

Wien, 13. Nov. Mit fieberischer Spannung sieht man den Folgen entgegen, welche die schauerliche Hinrichtung Robert Blums in Deutschland hervorbringen wird. Das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ist durch diese politische Unthat auf einmal in die unheilvollste Katastrophe gerathen. Die Hinrichtung Blums ist nicht ein bloßer Justizmord, es ist ein politischer Mord; sie ist ein Fehdehandschuh, den man dem deutschen Parlament von einer Seite her abdrücklich ins Gesicht schleuderte. (D. A. Z.)

Digitized by Google

Wien, 13. Nov. Wie der Tod Blum's alle Gemüther mit Schmerz und Entrüstung erfüllte, so staunte man über die Freiwerdung Fröbel's. Ich theile darüber mit, was ich aus dem Munde mehrer Offiziere gehört habe. Am 4. Nov. wurden Beide verhaftet und in Ein Zimmer gebracht. Der frankfurter Abgeordnete Hartmann hatte beim Gericht Protest gegen die Verhaftung zweier Repräsentanten der deutschen Nation eingelegt. Es wurde ihm bedeutet, er möge froh sein, daß er seine Freiheit nicht einbüße. Die Gefangenen blieben bis zum 8. Nov. beisammen, ohne Verhör. Am 8. Nov. Abends hatte Blum seine Protest schriftlich eingereicht, in welchem er sich auf seine Stellung in Frankfurt und auf die Sitte civilisirter Staaten berief. Kurz nachdem er in Verhör genommen, wo er kühn und muthig seine Ansichten mittheilte und kein Hehl daraus machte, daß Oesterreich deutsch sein und in Deutschland aufgehen müsse, und am 9. Nov. Morgens, zwölf Stunden nach dem Verhör, wurde er hingerichtet! Fröbel hatte in einer Scheift, die er in Wien veröffentlichte, sich für die Integrität Oesterreichs nach seinem combinirten politischen System Europas ausgesprochen. Dieses Zaubermort Integrität, wenn es auch nicht im Sinne der österreichischen Camarilla, deren Schwert Windisch-Grätz ist, gemeint war, soll Fröbel gerettet haben. Blum war hier sehr geliebt und hatte die Herzen aller freien Männer, die deutsch bleiben wollen, für sich gewonnen. — Der Frankfurter Adg. Gritzner aus Wien soll ebenfalls standrechtlich hingerichtet seyn. (D. A. Z.)

Wien, 14. Nov. Fürst Windischgrätz ist gestern nach Ungarn abgereist. — Nach der neuesten Ministerkombination ist Fürst Felix Schwarzenberg Ministerpräsident und behält das Auswärtige, Graf Stadion das Innere, Gen.-M. Baron Cordon (jetzt Vorsitzender der Militärzentralkommission) den Krieg, Baron Kraus die Finanzen, Brud aus Triest Handel und öffentliche Arbeiten, Thienfeld (Deputirter aus Steiermark) Ackerbau, Helfert soll als Unterstaatssekretär für Kultus und Unterricht eintreten, Pratobevera oder Mitis das Justizministerium übernehmen. — Eine Kundmachung setzt den letzten Termin zur Waffenablieferung auf 24 Stunden fest, nach deren Verlauf Hausdurchsuchungen stattfinden sollen. Es werden noch 40,000 Gewehre als rückständig ausgegeben.

Wien, 14. Nov. Die ungarischen Minister Bathiányi und Megaros sind gestern hier eingetroffen, um eine Ausgleichung der blutigen Differenzen zu versuchen. Sie erhielten zur Antwort, daß nach Verlauf von 10 Tagen die Ordnung der Dinge in Ungarn mit den Waffen hergestellt werden würde. Das Abwarten einer günstigeren Witterung und die Vorsorge für hinlängliche Verproviantirung der Truppen scheinen diesen Aufschub des militärischen Operationszs räthlich gemacht zu haben. Sie werden mit drei Armeekorps geschehen, wovon das Zentrum Fürst Windischgrätz und die beiden Flügel der Ban Jellachich und der Feldmarschall-Lieutenant Seeballoni kommandiren werden. Von den kroatischen Offizieren ist einer der tapfersten, Feigelli, als Parlamentär im ungarischen Lager aufgehalten und hingerichtet worden. Hinwieder vernimmt man auch, daß der bekannte Ultraradikale Bebthy von dem Obergespanne Kubinyi vor seinem Schlosse die gleiche Strafe erlitt, welcher kaltblütig dabei seine Zigarre rauchte, während Gattin und Kindee des Unglücklichen um Erbarmen flehten.

Italien.

Die Sizilianer werden, wie es heißt, allmählig unmuthig darüber, daß der Herzog von Genua ihre Krone wedee bestimmt angenommen, noch bestimmt ausgeschlagen hat. Sie sollen beabsichtigen, ihn, wenn er sich nicht bald entschieden erklärt, einfach fallen zu lassen und sich zur Republik zu konstituiren, was freilich wegen der Verhältnisse zu Frankreich einem indirekten Bruch Siciliens mit England gleichkommen würde.

Aus Neapel, wo jüngst alle Toskaner Blätter mit Einschluß der offiziellen verboten wurden, erfährt man, daß ein Theil der Abruzzen und Apullens in permanenter Revolution, die Hauptstadt Neapel aber in Belagerungszustand erklärt ist. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 13. November. Die zweite Hälfte der gestrigen Constitutions-Feier war viel lebhafter und enthusiastischer als die erste. Nach dem Hochamte stellte sich General Cavaignac mit seinem Generalstabe vor den Obelisken auf und das Defilé begann. Die Artillerie-Legion der Nationalgarde vom General Changarnier geführt, eröffnete diesen langen Zug, dessen Defiliren im Geschwindschritte vier Stunden dauerte. Ihr folgten die vier Legionen der Banlieue, die zwölf Legionen von Paeis, die Cavallerie-Legion von Paris und die Lanciers-Legion der Banlieue, dann die 24 Bataillone der Mobilen, die Detachements der Nationalgarden der Departements und endlich die ganze Garnison von Paris und der Umgebung. Die Nationalgarde war ungefähr 50,000 Mann stark, die Truppen bildeten eine Masse von 60000 Mann mit 40 Kanonen. Die Rufe: Vive la Republique! Vive la Constitution! Vive Cavaignac! wueden wäheend des Defilés jubelnd ausgebracht. Einzelne Legionen riefen auch: à bas les Prudentants! — Der Ruf: Vive Napoleon! ließ sich nur höchst selten und vereinzelt hören. Sämmtliche Mitglieder der Familie Bonaparte und die meisten Vertreter der Bergpartei wohnten der Feierlichkeit nicht bei, die bis zum Schlusse von einem staeken Schneegestöber begleitet ward. Um 3 Uhr Nachmittags war die Feiee zu Ende, ohne daß die geringste Störung vorgefallen wäre und Abends waren alle öffentlichen Gebäude glänzend beleuchtet. Auf allen Straßen ertönte der Gesang der Marseillaise von den heimkehrenden Legionen der Nationalgarde im Unions-Chore gesungen. Unter die Armen wurden 200,000 Fr. vertheilt und 400,000 Fr. sind zu gleichen Zwecken für die Departements bestimmt, wo die Constitutions-Feier am nächsten Sonntage den 19. Statt findet. Am frühen Morgen des gestrigen Tages begab sich eine Commission der Regierung in die Gefängnisse und 149 Insurgenten, die der Gnade der Executivgewalt als besonders würdig empfohlen woeden waeen, wueden in Freiheit gesetzt. Das diplomatische Corps wohnte der Feierlichkeit in corpore und in großer Uniform bei, — mit besonderer Aufmerksamkeit war dasselbe auf derselben Tribüne mit der Nationalversammlung placirt und saß zur Rechten der Executivgewalt.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Nov. (Morgens.) Sämmtliche Minister haben, so melden ministerielle Blätter, ihre Entlassung eingegeben. Da der Grund dieses Schrittes nicht in der Ständeversammlung zu finden, so muß er natürlich bei Hofe in dem Willen des Königs liegen. Höchst unwahrscheinlich ist aber bleebei die Voraussetzung der blinden Uiraas der Kriegspartei, welche sich schmeicheln, der König habe seine Minister zu nachgiebig gefunden. Viel wahrscheinlicher ist, daß, wenn, wie behauptet wird, England als Basis der Friedensunterhandlungen das wichtige Ultimatum einer Theilung von Schleswig zwischen Holstein und Dänemark gestellt, das Casinoministerium mit seinem Programm fallen mußte. General Oxholm und Graf Reventlow werden als Diejenigen genannt, welche das neue Ministerium bilden sollen.

Neueste Nachrichten.

Bayreuth, 18. November. Wir erhalten in später Abendstunde noch folgende Nachricht aus Frankfurt vom 16.: In der Sitzung der Nationalversammlung vom 16. d. M. wurde folgende vom Ausschuß einstimmig beschlossener Antrag ohne Diskussion einstimmig angenommen:

„Die National-Versammlung, indem sie vor den Augen von „ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. Sept. l. Js. vollzogene Verhaftung und „Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit „allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung „und Strafe zu ziehen."

Anzeigen.

Vorzüglich gute neue Vollhäringe und Steckfische sind wieder angekommen bei

Wilh. Höflich.

Pferd- und Wagenverkauf in Neuenmarkt.

Grampp.

Vor einiger Zeit hat sich ein weißes schwarzgefecktes Königs-Händchen verloren. Derjenige, dem es zugelaufen, wird ersucht, dasselbe dem Eigenthümer (Haus-Nr. 640) zurückzubringen.

Im Hause No. 160 in der Kanzleistraße ist der zweite Stock auf Lichtmeß 1849, für jährliche 75 fl. ehn. zu vermiethen.

Metamorphosen-Theater.

Heute Sonntag den 19. November, auf allgemeines Verlangen: **Dr. Faust's Wanderung und Höllenfahrt.** Erste Vorstellung 6 Uhr. Zweite Vorstellung 7 Uhr. Dazu ladet höflichst ein

Johann Eisen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 2 fl. 30 kr., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag **Nro. 323.** **20. November 1848.**

Deutschland.

Die F. O.-P.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theil: Der Reichsverweser hat am 15. November d. J. die Errichtung einer provisorischen Centralbehörde, welcher bis zur definitiven Organisation die Leitung des deutschen Marinewesens zustehen wird, in der von dem Reichsministerrathe beantragten Weise genehmigt. Die provisorische Centralbehörde für die deutsche Marine wird aus einer Abtheilung für die Marineverwaltung im Reichsministerium des Handels und aus einer technischen Marinekommission bestehen. Jener Abtheilung ist die Gründung der Marine, die eigentliche Verwaltung, das ganze Rechnungswesen zugewiesen; sie entscheidet nach Anhörung der technischen Commission über den Ankauf von Schiffen, von Schiffsbau- und Ausrüstungsmaterialien, über die Abschließung von Verträgen, welche den Bau von Kriegsschiffen betreffen, und über die Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenälen; sie hat die Anstellung von Beamten und Commissarien zu billigen oder abzuändern, Sendungen und Besichtigungen anzuordnen und die Gehalte, Belohnungen und Kosten, welche hierdurch verursacht werden, zu bestimmen. Der technischen Marinekommission kommt es zu, Gutachten über alle technischen Fragen zu erstatten; Anträge an die Abtheilung für die Marineverwaltung in Beziehung auf die Anschaffung von Schiffen und Gegenständen zu deren Bau und Ausrüstung, sowie hinsichtlich vorzunehmender Besichtigungen und Sendungen zu stellen; die zu Geschäften, welche technische Besähigung erfordern, tauglichen Personen vorzuschlagen; die deutschen Häfen zu untersuchen, in wie fern sie zu Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenälen sich eignen; insbesondere endlich einen Plan für die definitive Einrichtung der deutschen Marine und die künftige Gestaltung der Marinebehörden auszuarbeiten. Der Reichsminister des Handels ist mit der Einrichtung der provisorischen Centralbehörde für die deutsche Marine beauftragt worden, welche unter seiner Verantwortlichkeit thätig seyn wird. Der Vorsitz in der technischen Marinekommission ist dem Prinzen Adalbert von Preußen übertragen.

München, 15. Novbr. Von Seiten der bayer. Regierung soll endlich der Beschluß gefaßt sein, die bisher erlassenen Reichsgesetze demnächst im Regierungsblatte offiziell bekannt zu geben. — Se. k. H. Prinz Albrecht von Preußen ist hier eingetroffen; wie wir hören, werden noch mehrere preußische Prinzen hier erwartet.

Nürnberg, 17. Novbr. Der hiesige Volksverein hat zwei energische Adressen an die Reichsversammlung in Frankfurt angenommen. Die eine betrifft die Ermordung Robert Blum's und ermahnt die Versammlung, die Centralgewalt zu beauftragen, daß sie für Blum's politischen Mord mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der deutschen Nationalversammlung und dem deutschen Volke Genugthuung verschaffe. Die zweite bezieht sich auf Berlin und die „Reaktion". Hohe Volksvertreter, heißt es darin, schützt des deutschen Volkes Freiheit, so lange es noch nicht zu spät ist! Ihr habt das Recht der Fürsten gewahrt: rettet nun auch das der Völker, um dessentwillen man Euch berufen hat.

Erlangen, 17. Novbr. Der außerordentliche Professor in der medizinischen Fakultät, Dr. Will, wurde zum ordentlichen, der Honorarprofessor Dr. Martius zum außerordentlichen Professor ernannt. (N. K.)

Der Kongreß der Bischöfe in Würzburg ist am 15. Nov. geschlossen worden. Die Ergebnisse seiner Berathungen sollen, wie die Würzb. Ztg. meldet, nebst einer Ansprache an das Volk und einer anderen an die Geistlichkeit gedruckt werden. Im nächsten Jahre werden Diözesan-Synoden gehalten werden und im darauf folgenden steht eine eigentliche National-Synode in Aussicht.

In Berlin, von wo uns der Staatsanzeiger vom 17. d. M. zugeht, scheint keine besondere Veränderung vorgegangen zu sein. Das Ministerium veröffentlicht darin die bestimmenden Adressen, die ihm zugekommen sind. Dieselben sind meist aus kleinen westphälischen Orten und stehen in gar keinem Verhältnisse zu der Anzahl von Adressen, die im entgegengesetzten Sinne aus allen Gegenden Preußens einlaufen.

Königsberg, 13. November. (Eindruck der Berliner Ereignisse.) Die letzte Nachricht, die wir aus Berlin empfangen haben, ist der Einzug Wrangels in die schweigende Stadt. Unter diesem Eindrucke schreibe ich zunächst eine wunderbare und erfreuliche Nachricht nieder. Königsberg ist wie umgewandelt; es hat in Königsberg eine allgemeine Erhebung stattgefunden. Es gibt hier in diesem Augenblicke nur noch Eine Partei, nemlich die, welche die Märzerrungenschaften aufrecht erhalten will; der Preußenverein ist verschollen; er hat eine bereits angekündigte Arbeiterbewirthung in drei Lokalen unter dem seine Schwäche schlecht verhüllenden Vorwande, er wolle keinen Anlaß zu Unruhen geben, wieder zurückgenommen. Die Bewegung ist keine oberflächliche; sie hat sämmtliche Behörden mitergriffen. Alles erklärt sich permanent und sendet Vertrauens- und Bewunderungsadressen an die Nationalversammlung. (K. v. u. s. D.)

Trier, 15. Novbr. Soeben ist von unserem Stadtrathe der einstimmige Entschluß gefaßt worden, drei seiner Mitglieder, worunter der kommissarische Bürgermeister, als Deputation an den König nach Berlin zu schicken, um ihn im Sinne des Landes zur Zurücknahme der jüngsten Maßregeln zu bitten. Sollte dieser Versuch fehlschlagen, so hat die Deputation die Weisung, sich unbedingt der Nationalversammlung anzuschließen. (F. J.)

Wien, 14. Nov. General Bem, dessen Auslieferung Mitschdschrás verlangte, und der sich glücklich nach Ungarn geflüchtet, wo er mit hohem Rang in der kleinen Kossuth beliebet wurde, ist heute eingetroffen Privatmittheilung zu Folge, in Pesth meuchlings erstochen worden. Er lebte zwar noch am Abend desselben Tages, doch wird er nicht mehr aufkommen. Des Mörders hat man sich versichert, allein man weiß noch nicht, ob der That politische Motive zu Grunde liegen. — Welche Politik das neue Ministerium einschlagen wird, ist anfangs voraussagen: Erhaltung der Gesammtmonarchie um jeden Preis, mächtige Einflußnahme auf die Constituirung durch den Reichstag, wobei auch die Unterstützung jener slavischen Deputirten zu rechnen, welche dem nationalen Fanatismus bis zum Aufgeben der deutschnationalen Prinzipien huldigen — und endlich entschiedener Bruch mit Frankfurt, der sich gestützt auf den Widerspruch gegen §§. 2 und 3 des Artikels der Reichsverfassung, der zwischen deutschen und nichtdeutschen Ländern die bloße Personal-Union gelten läßt, zuerst durch die Rückberufung der österreichischen Abgeordneten aus der deutschen Nationalversammlung manifestiren dürfte. Ob für diese Politik der gebuldige Boden vorhanden sein wird, hängt zumeist von der Entscheidung der ungarischen Angelegenheiten ab. Kossuth's Plan, die Zügel zu ergreifen in Serbien zu ermuthigen, was ihm bereits gelungen, scheint auf der Voraussicht zu beruhen, daß die Schiffsahrt Oesterreich durch einen europäischen Krieg zur Entscheidung gebracht werden können. Kossuth befestigt sich in Pressburg, General Simonic ist nach Tyrnau vorgerückt.

Gratz, 8. Novbr. Am Schluß der heutigen Sitzung des oberösterreichischen Landtags stellte Abg. Bertitsch noch den Antrag: beim Ministerium gegen die vom Fürsten Windisch-Grätz am 1. Nov. an die Bewohner von Nieder- und Oberösterreich erlassene Proklamation, in welcher er mit Verhängung des Belagerungszustandes droht, Protest einzulegen, da das konstitutionelle Prinzip verletzt ist, wenn ein unverantwortlicher Staatsdiener ohne Kontrasignirung eines Ministers eine solche Maßregel verhängen kann. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen, nur 11 Abgeordnete gaben dagegen ihr Separatvotum zu Protokoll, indem sie „auf das kaiserliche Wort unbedingt vertrauen." (N.K.)

Frankreich.

* **Paris**, 14. November. Trotz der feierlichen Erklärung des Herrn Thiers, daß er unter der Präsidentschaft Louis Bonaparte's kein Portefeuille annehmen werde, spricht sich sein Organ, der Constitutionnel, nun doch entschieden für Louis Bonaparte aus und fordert alle Wähler der gemäßigten Parthei auf, ihre Stimmen auf Louis Bonaparte zu concentriren.

Die Anleihe von 300,000 Fr., die Louis Bonaparte machen wollte, ist nicht zu Stande gekommen, — seine Agenten suchen jetzt wenigstens 50,000 Fr. aufzutreiben, für die sie, falls Louis Bonaparte gewählt wird, ein Agio von 20,000 Fr. bieten. Allein da schon gegen mehrere frühere Billete des Prätendenten, wegen

Digitized by Google

Nichtbezahlung am Verfallstage protestirt werden mußte, so will Niemand sein Geld riskiren.

Der Trauergottesdienst für die Wiener hat gestern in der Kirche St. Merry Statt gefunden. Die meisten Vertreter der äußersten Linken, sehr viele Franzosen, Deutsche, Polen, Ungarn wohnten demselben bei, wir bemerkten auch einige Mitglieder der Wiener akademischen Legion in ihren Uniformen. Nach dem Amte fand eine Versammlung der französischen und deutschen Demokraten unter dem Vorsitze der Herren Mahrt und Hofe Statt und es wurde die Abhaltung eines Fraternisations-Bankettes der deutschen und französischen Demokraten beschlossen, welches am nächsten Sonntage Statt finden wird.

In der Sitzung der franz. Nationalversammlung vom 14. Novbr. wurde Armand Marrast wieder zum Präsidenten gewählt.

Großbritannien.

London, 13. Nov. Lord J. Russell befindet sich krank auf seinem Landsitze. — Die „Times" glaubt, daß Ludwig Philipp und seine Familie längere Zeit in Richmond bleiben werden; sürzlich soll dieselbe eine große Menge werthvoller Juwelen, die ihr persönliches Eigenthum sind und bei Plünderung der Tuilerien gerettet wurden, aus Paris empfangen haben. — Aus sehr sicherer Quelle erfährt man, daß die angeblichen Unterhandlungen zwischen Spanien und der Union über die Abtretung der Insel Cuba eine Erdichtung sind. — Nach den Handelsberichten aus New-York scheinen sich die Amerikaner für ihre Ausfuhren nach Europa mit einem sehr mäßigen Gewinne begnügen zu wollen. — Die Berichte unserer Gesundheits-Behörde geben die bis heute hier und in der Nähe Statt gehabten Erkrankungen an der Cholera auf 303, die Todesfälle auf 157, die Genesungen auf 65 an; in den Provinzen zählt man 70 Erkrankungen und 42 Todesfälle, in Schottland 616 Erkrankungen und 315 Todesfälle, wovon mehr als die Hälfte auf Edinburg kömmt. (K. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Robert Blum.

Leipzig. Ein neues Opfer ist der Bewegung gefallen, welche seit den Märztagen Deutschland erschüttert. Ein hervorragendes Mitglied der deutschen Nationalversammlung ist gefallen, und gefallen diesmal nicht durch einen Pöbelhaufen in der Wuth der aufgeregten Leidenschaften, nein — er ist wie zum Hohn gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, auf deutschem Boden im Namen einer deutschen Regierung kaltblütig getödtet oder — sagen wir lieber — ermordet worden. Mögen wir immerhin nicht alle die Ansichten theilen, deren Vertreter er in der Paulskirche war, so haben wir deßhalb nicht minder diesen tragische Ende zu beklagen und unsere Leser einen Blick auf das Leben dieses Mannes zuwerfen zu lassen, dessen Wiege in den Mauern unserer Stadt gestanden hat. — „Robert Blum, einer der Männer, welche sich aus der ärmlichsten drückendsten Lage durch eigene Kraft und Geist zu Ruhm und Ansehen erhoben, ist am 10. November 1807 zu Köln als Sohn ganz unbemittelter Eltern geboren. Sein Vater nährte sich ganz kümmerlich von Fuhrdienen und fand später in einer Steckndel-Fabrik Beschäftigung; seine Mutter war ein Dienstmädchen vom Lande. Trotz der angestrengtesten Thätigkeit aber mußte die Familie oft Hunger leiden, und der junge Robert empfand somit schon von frühester Jugend an Elend und Noth. Seine Jugend bis zu seinem zehnten Jahre ist ein düsteres Nachtbild, indem alle Arten des menschlichen Elends in den schrecklichsten Schattirungen abwechseln. Nicht genug, daß er bei den niedrigsten häuslichen Arbeiten die härtesten Entbehrungen ertragen mußte, hatte er auch noch von seinem rohen Stiefvater (einem Schifferknecht) die grausamsten Mißhandlungen zu erdulden, und doch bekielt er in solcher Lage Muth und Selbstgefühl genug, um die Zumuthungen seiner Großmutter, die Noth seiner Eltern durch Betteln zu mildern, entschieden zurückzuweisen. In seinem 10. Jahre, nachdem die Hungersnoth von 1817 glücklich überstanden war, erhielt er zum ersten Male in einer Elementarschule Gelegenheit, sich geistig zu beschäftigen; 2 Jahre später, nachdem er zur Communion gegangen, wurde er Messdiener und hatte als solcher reichen Unterricht in der Pfarrschule. In dieser untergeordneten Stellung gerieth der Knabe Blum sehr bald mit der Geistlichkeit in Streit, und wegen seiner Zweifel an der Transsubstantiation wurde er sogar vor eine Art Inquisitions-Tribunal gestellt. Die starke Logik des Knaben verletzte seine geistlichen Richter in großen Zorn, und einer derselben wollte ihn auf der Stelle dafür züchtigen; aber er entfloh den strafbaren Händen und schnitt sich damit die Rückkehr zu seiner kirchlichen Stellung ab. Blum mußte sich nun zu einem Handwerke entschließen; er versuchte es mit der Goldschmiedekunst, zeigte aber dafür so wenig Sinn, daß er sie bald aufgab, zu einem Gärtner in die Lehre trat und es bei diesem, trotz der entsetzlichsten Behandlung ausbhielt. Nach überstandener Lehrzeit, während welcher er wenig gelernt hatte, ging er auf die Wanderschaft, erfuhr aber an verschiedenen Plätzen, wo er in Arbeit trat, auf bittere Weise, daß er, um ein tüchtiger Gärtner zu sein, noch manche Lücke auszufüllen habe. Er kehrte nach Köln zurück und fand endlich hier in der Laternen-Fabrik von F. W. Schmitz eine Stellung, in der er zum ersten Male die ihm verliehenen geistigen Gaben mit Erfolg zur Anwendung bringen konnte. Der Besitzer dieser Fabrik erkannte seht bald Blums Fähigkeiten; er schenkte ihm sein volles Vertrauen und nahm ihn mit auf Reisen durch einzelne Staaten des südlichen Deutschlands. Während dieser Reisen verweilte Blum ein halbes Jahr in München, und zum ersten Male erkannte er, daß das Leben, das für ihn bisher ein Dornenpfad gewesen, auch Freuden biete. Der Fabrikant Schmitz ging nach Berlin, Blum folgte ihm dorthin und war hier bemüht, durch unablässiges Selbststudium den bis dahin noch dürftigen Schatz seines Wissens zu vermehren. Die Erfüllung der Militärpflicht, dann die Reise des Schmitz nach Belgien und Frankreich störten Blums Verhältnisse; er ging im August 1830 mit einem dürftigen Reisegeld nach Köln, und mußte hier, um seine mit dem bittersten Mangel kämpfenden Eltern unterstützen zu können, die untergeordnete Stelle eines Theatrediners bei dem Direcktor Ringelhardt annehmen, der ihn jedoch ein Jahr später, nachdem er die Direction des leipziger Theaters übernommen, dorthin berief und ihn als Theaters-Sekretär, Bibliothekar und Hülfs-Cassirer anstellte. — Hier hatte er Gelegenheit, mit Schriftstellern bekannt zu werden; er wiederholte daher früher begonnene literarische und poetische Versuche und 1833 mit seinem Schauspieldirektor, der das Hoftheater in Leipzig übernommen hatte, in letztere Stadt, woselbst er bald vom Theaterdiener zum Secretär und Bibliothekar avancirte und ihm ein freies Feld zum Wirken auf literarischem Gebiete geboten wurde. Er schrieb mehrere Novellen, eine Komödie und nahm an der Herausgabe des „Theater-Lexikon" von Marggraff und Herlossohn thätigen Antheil. — Vom Jahre 1837 an widmete er sich erst mit besonderem Eifer den politischen Bewegungen der Zeit; 1840 unternahm er mit seinem Freunde Dr. Steger unter dem Titel „Verfassungsfreund" eine periodische Zeitschrift über Politik, Staatswissenschaft u. s. w., welche sich durch seine heftige und offene Sprache der sächsischen Censur fiel. 1843 gab er unter Mitwirkung Dr. Steger's das Taschenbuch „Vorwärts", von dem bis jetzt vier Jahrgänge, 1843, 1844, 1845 und 1847, erschienen sind — ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes —, heraus, und trug durch seine geistvollen, klaren Beiträge nicht wenig zum Aufblühen der sächsischen „Vaterlandsblätter" bei, die trefflliche, gediegene Aufsätze von ihm enthalten. Durch seine Arbeiten, welche alle von kerngesundem Geiste und Herzen zeugen, gewann Blum eine große Anzahl von Freunden und Verehrern: er wurde Vorsitzender des im Jahre 1840 in Leipzig gestifteten Schillervereins und Mitvorstand des im Jahre 1841 begründeten Literaturvereins. Auch war er einer der Ersten, der 1845 dem Deutsch-Katholicismus beitrat und zur Bildung einer Gemeinde in Leipzig das Wesentliche beitrug. — Bei der bekannten unglücklichen Katastrophe des 12. August 1845, wo von dem Militär auf die vor den Fenstern des Hotel de Prusse versammelte unruhige Menge geschossen wurde, zeigte sich Blum plötzlich auch als ein Mann der That; denn ihm allein gelang es, den Ausbruch der allgemeinen Entrüstung des Volkes abzuhalten, die empörten Gemüther zu beruhigen und vielleicht großem Unheile vorzubeugen. Der Dank aller Vaterlandsfreunde lohnte diesen Sieg des Geistes über die aufs heftigste erregten Leidenschaften, und zu Ende des Jahres fand dieser Dank noch seinen besonderen Ausdruck in dem Wahl-Ergebniß der Bürger Leipzigs, welche ihn mit außerordentlicher Stimmenzahl zum Stadtverordneten wählten. — Den Bewegungen der neuesten Zeit, in deren Folge das alte Regierungs-System in Deutschland fiel, schloß sich Blum mit aller Entschiedenheit an, und seine Verdienste um deren Errungenschaften in Sachsen krönte die Stadt Zwickau, die ihn zu ihrem Ehrenbürger machte und ihn in die National-Versammlung zu Frankfurt wählte. — Blum ist ein Mann von mittlerer Größe, starker Figur, blondem gelocktem Haar und ausdrucksvollem Gesicht. Die Gewalt seiner Rede reißt den Zuhörer mit sich fort, der Ernst seiner Worte, deren Klarheit und tiefe Gemüthlichkeit ergreift die Seele und gewinnt für ihn, wenn man selbst seine politischen Ansichten nicht theilt. (K. Z.)

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 324. 21. November 1848.

Eine Mahnung der Gegenwart.

Deutsches Volk, habe Acht auf Dich selbst, auf daß der Donner der Feuersbrünste Dein neues Gebäude der Freiheit nicht niederreiße; denn das Pulver ist der Freiheit so gefährlich, wie das Wehe dem reifen Obste! Vor ohngefähr 26 Jahren erschienen die Karlsbader und Wiener Beschlüße, und siehe! eingehüllt in Trauer gingen die edlen Vaterlandsfreunde einher; denn, ach! die köstlichen Blüthen der Freiheit waren auf einmal vergiftet und — fielen ab. Noch war aber der Kern des Freiheitsbaumes gesund. Letzterer trieb wieder Knospen und jetzt steht er da in seiner vollen Pracht und die Männer, die ihn gepflanzt, die als edle Zeugen der Wahrheit ihr Haupt lange beugen mußten unter die Gewalt des Absolutismus, können sich jetzt die unvergänglichen Garben der Ehre binden. Gleichwohl ist ihr Blick trüb und ihr Glaube an eine glückliche Zukunft erschüttert; denn dem Vaterlande drohen in diesem Augenblicke wieder große Gefahren. Wer daran zweifelt, der darf nur einen sichern Blick in die östlichen und nördlichen Theile Deutschlands werfen. Es werden ihm dann die Schuppen von den Augen fallen. Die Gefahren sind in der Gegenwart um so größer, weil ein Theil des Volkes unwillkürlich, unbewußt im Interesse der hohen Feinde der Freiheit handelt. Unmöglich! — Und doch ist's also. Es gibt sehr viele, welche im Kampf schon müde geworden sind und sich nach Ruhe sehnen. Und diese sind's, welche aus Liebe zur Bequemlichkeit die Bestrebungen der edlen Kämpfer verdammigen, welche mit dem Ausdruck „Wühlerei" fort und fort um sich werfen, welche sich nicht scheuen, zu erklären: Schiecht Staatsbürger sind diejenigen, die nicht ganz und gar bei ihrem Beruf bleiben, sondern sich auch mit Politik beschäftigen. Wir möchten hier nur fragen: Wer sind denn die berufenen Diener der Politik?? — Nur zu; über ein Kleines sind wir vielleicht wieder da, wo wir ausgegangen und die berufenen Diener denken und handeln dann wieder für uns.

O, es ist ein vortrefflich Ding um den Gott,
Besonders wenn er sich hübsch still erweist!!

Wir gehören nicht zu denen, die revoltiren statt reformiren. Wir lassen daher nicht ab, zu mahnen, wach zu seyn, das Eine zu thun, das Andere nicht zu lassen, mit Kraft, Selbstverläugnung, Liebe und Muth das Gute anzustreben. Glücklich ist nur das Volk, dessen Glieder für Gemeindewohl, Glück und Freiheit des theuern Vaterlandes ergühen. Diese heilige Glut soll nicht verlöschen. Angefacht wird sie namentlich durch — Vereine. Es ist recht zu beklagen, daß nicht allenthalben politische Vereine bestehen. — Fragen wir: Woher dies? so müssen wir, leider! bekennen, daß auch daran die Ärgherei und Gleichgültigkeit Vieler schuld ist. Weil man sonst keine derartigen Vereine kannte, so sind sie jetzt auch überflüßig. Das ist das Losungswort. Alles hat seine Zeit, das Schweigen und das Reden, das Stillseyn und das Handeln. Jetzt heißt's: ja thätig, gründet Vereine, — Einigung thut noth: Jeder soll an der Veredlung des deutschen Lebens arbeiten! Die Gegenwart mahnt: Bleibt in dem, was ihr gelernet habt; wer da weiß, Gutes zu thun und thut es nicht, dem ist's Sünde! Ja, gründet Vereine! Das Parlament kann sehr leicht, vielleicht sehr bald sich genöthigt sehen, die Stimme des gesammten Vaterlandes abzuvertagen. Bestehen überall Vereine, so ist dem Volk die Möglichkeit gegeben, sich augenblicklich, wie ein Mann, zu erheben und mit lauter Stimme dem Parlament zuzurufen: Verlaß sie nicht, die heilige Sache des Vaterlandes, das deutsche Element muß gewahrt werden, — Deutschlands Einheit und Kraft über Alles, und sollten dabei auch einige Throne aus den Fugen treten und unter großem Gepraßel zusammenstürzen.

(D. Volksbl.)

Deutschland.

Frankfurt, 17. Nov. (117. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Gagern zeigt an, daß durch eine Deputation der Stadt Leipzig ein Schreiben eingegangen, welches im Wesentlichen das beantrage, was schon gestern in Folge der Hinrichtung Robert Blums von der Versammlung beschlossen worden ist. Das Schreiben wird verlesen. Schmerling beantwortet sodann eine Reihe von Interpellationen, zuerst jene von Raumer, bezüglich der deutsch-italienischen Kriegsfrage. Die Verständigung des Waffenstillstandes auf fernere drei Monate sey bekannt, die Friedensfrage eine europäische gewordene und noch in Unterhandlung begriffen. Das Reichsministerium habe bei dieser Angelegenheit betheiligt und eine spätere Vorlage der Aktenstücke werde beweisen, wie eifrig die Centralgewalt bemüht gewesen ist, Deutschlands Interessen wahr zu nehmen. — Die diplomatischen Verwicklungen in der Schweiz anlangend, so werden die in dieser Richtung getroffenen Maßregeln in den nächsten Tagen schon ins Leben treten. Vorhineln könne man aber diese Schritte nicht kund geben. — Die gewaltsame Einreihung in das österreichische Heer mißbillige der Reichsminister wie jede Willkührmaßregel. Allein es sey zunächst die Aufgabe des österreichen Reichstags, dieser Willkür zu steuern. — Auch mit den Polizeimaßregeln Bayerns gegen die politisch kompromittirten österreich. Studenten ist der Reichsminister nicht einverstanden. Allein in Bayern bestehe Vereinsrecht und Preßfreiheit. Dieser Anstalten möchten sich die Betroffenen bedienen, um die öffentliche Meinung und dadurch die Regierung für die Abänderung jener Anordnung zu bestimmen*). Wahlumtriebe kann Schmerling in dem von Berger mitgetheilten österreichischen Gubernialschreiben nicht finden. Aber man müßte denn wünschen, daß nicht Gesinnungstüchtige nach Frankfurt gewählt würden. Bereits war der Regierung einen Einfluß auf die Wahlen zu äußern, nur so würde vergleichen auch einzelnen Vereinen zu verdienen seyn**). Berger und Raumer erklären sich durch Schmerlings Antwort nicht befriedigt. Hiernuf stellt Glötka den Antrag: Die Centralgewalt solle von der Reichsversammlung zum **unmittelbaren Einschreiten in Oesterreich**, wo thatsächlich kein Reichstag und kein Gesetz mehr gälte, veranlaßt werden. Die Versammlung möge ohne Diskussion beschließen, daß das Reichsministerium beauftragt werde, dem anarchischen Zustande, der in Oesterreich von den herab ausgehe, energisch zu begegnen, damit der Schutz der Gesetze und die persönliche Sicherheit gegen die willkürliche Hausschuung, Verhaftung ꝛc. zur Wahrheit werde. — Venedey sieht es als Hohn der Nationalversammlung an, daß Fürst Leiningen noch in Frankfurt weile. „Wenn ferner die Reichskommissäre auf ihrem Platze geblieben wären, so wäre jenes Blut nicht vergossen worden, das jetzt um Rache schreit. Wenn unsern Beschlüssen vom Ministerium nicht der nöthige Nachdruck gegeben wird, so werde sie zur Phrase. Die Minister sind entweder nicht im Stande ihre Schuldigkeit zu thun, dann sollten sie nicht Minister seyn, oder sie sind's im Stande und wollen nicht — dann sind sie schuldig." Schmerling sieht das Ministerium in Schutz zu nehmen. Man könne aber dafür nicht das Ministerium verantwortlich machen, das von der Reise jener Abgesandt Wien keine offizielle Kenntniß bekommen, und man würde es getadelt haben, wenn es sich erlaubt hätte, irgend eine vollziehliche Aufsicht über einzelne Abgeordnete auszuüben. Sobald die Nachricht der Verhaftung Blum's nach Frankfurt gelangt, habe man sich schriftlich nach Oesterreich gewendet und auf das Gesetz vom 10. Oct. hingewiesen. Es sey nur Schuld der Entfernung, daß dieser Erlaß zu spät nach Wien gelangt sey. Ueber die Reise der Reichskommissäre von Olmütz würde sich Welcker demnächst selbst rechtfertigen. — Heimigen sey, nachdem man ihm umfassendere Instruktionen gegeben, von seiner Mission zurückgetreten. Diese Instruktionen sollen vorgelegt werden, und das Ministerium sey mit einem andern Mann in Unterhand-

*) Anmerkung der Redaktion. Von der Staatsklugheit und dem freisinnigen Charakter des nunmehrigen Minister des Innern, v. Berchenfeld, ist obedem zu erwarten, daß er nicht die engherzige schwarzelbe Politik Thon-Dittmers verfolge, der nur zu sehr in den Hebel gegriffen hat, welcher ihn in den Minister-Fauteuil gehoben hatte.

**) Der Reichsminister scheint hierbei nicht in Anschlag zu bringen, wie verschieden die Gewalten der Regierung und der Vereine sind. Das Verhältniß wäre zu ungleich. Den Vereinen der einen Faktion mag durch jener der andern entgegengearbeitet werden, die Regierung aber als Ausfluß der ganzen Nation, oder mindestens ihrer Mehrheit sollte bei dergleichen Angelegenheiten die Parteien für sich schalten lassen.

Digitized by Google

lung getreten, der der schwierigen Aufgabe gewachsen sey. Schwerlich er angenommen, soll er bekannt gegeben werden. Uebrigens habe man auch ohne Reichskommissär fortwährend mit Oesterreich verkehrt und wiederholt darauf hingewiesen, daß der konstitutionelle Boden nicht verlassen werde. — Nach dem Schlusse der Debatte erhält noch Giskra das Wort und hält eine heftige Philippika gegen den modernen Attila, Windischgrätz. Der Antrag Giskra's ward angenommen. — Rappard, eben von Berlin gekommen, will einen dringlichen Antrag stellen, da aber die Tagesordnung schon beschlossen war, so wurde derselbe auf die Sitzung des folgenden Tages verschoben. Hierauf wurde weiter berathen über Art. V., §. 25 des Verfassungsentwurfs und verlesbe nach den Vorschlage des volkswirthschaftlichen Ausschusses mit 201 gegen 200 Stimmen angenommen: „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüsse und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebengewässer, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Canäle und Seen, den Schiffahrtsbetrieb und die Flößerei auf diesen Wasserstraßen, sowie über alle Verhältnisse und Abgaben, welche darauf von direkten Einfluß sind.“

Die D. Z. schreibt aus Frankfurt, 17. Novbr.: Reichensperger (von der preußischen Regierung an die Centralgewalt gesendet) ist heute hier eingetroffen. Reisende schildern die Aufregung in den preußischen Provinzen bedenklich. Man redet davon, daß eine bedeutende Person von hier nach Potsdam abreisen werde.

Frankfurt, 17. Nov. Es scheint, als wenn das Ministerium die längste Zeit am Ruder gewesen wäre. Unter den preußischen Abgeordneten der Mitte bricht sich der Gedanke immer mehr Bahn, daß es ihnen unmöglich werden würde, länger mit demselben fortzugehen. Vorzüglich hat der heutige Interpellationskampf die ganze Valid des Ministeriums tief erschüttert. — Das Monatskränzchen hat beschlossen, wegen Blums Hinrichtung sechs Wochen lang Trauer zu tragen. Auf dem Hause sollen alle Stiffe schwarz flaggen. Die Subskription für Blums Hinterbliebene beläuft sich schon auf 2000 fl. Man betrachtet allgemein die morgen stattfindende Diskussion in der preußischen Frage als entscheidend für die Zukunft der Einheit Deutschlands. (N. K.)

Das Frkf. J. schreibt: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Reichsgesandte Franz Raveaux seinen Gesandtschaftsposten in der Schweiz niedergelegt, indem er es bei der Haltung, welche das Reichsministerium in der österreichischen und preußischen Angelegenheit angenommen habe, mit seiner Ehre, seiner Pflicht und seinem Gewissen nicht länger vereinbar halte, unter denselben zu bleiben.

Die R. Mch. Ztg. schreibt: In einem Artikel der Allg. Ztg. aus München vom 12. Nov. wird mitgetheilt, der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung“ habe beschlossen, in einer Eingabe an das Ministerium des Innern das Bestreben des Vereins über die noch nicht erfolgte amtliche Verkündigung der Reichsgesetze im Bayern, sowie die Hoffnung auszusprechen, daß dieselbe unverzüglich geschehen werde. Wir glauben darauf aus zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß die bayerische Regierung nicht erst irgend einer besondern äußern Anregung bedurfte, um die fragliche Verkündigung anzuordnen. Der förmliche Beschluß dazu wurde schon eher gefaßt, als die Sache im Bürgerverein für Freiheit und Ordnung zur Sprache gebracht wurde, und das Regierungsblatt wird allernächstens die bereits erlassenen Reichsgesetze bringen.

Speyer, 16. Nov. In der hiesigen Zeitung veröffentlichen „viele Urwähler vom Lande“ ein Wahlmandat, worin u. a. begehrt wird: Revision der Staatsrechnungen der 4 letzten Finanzperioden durch eine ständische Kommission; Zurückerstattung des sich ergebenden Defizits durch die, die es herbeigeführt haben, insbesondere Rückerstattung aller ohne ständische Bewilligung früher verausgabten Erübrigungen.

Berlin, 16. Nov. Die Steuerverweigerung ist decretirt! Dieser Ruf durchhallte gestern Abend die ganze Stadt. Welches auch die Folgen dieses Beschlusses der Nationalversammlung, und welches das Schicksal der 226 Abgeordneten sein möge, die gestern diesen Akt der gesetzlichen Volksvertretung vollzogen, es wird davon jedenfalls ein sittlicher Eindruck durch das ganze Land gehen! Noch herrscht bei uns auf allen Seiten dieser „passive Widerstand,“ den Berlin in einer historisch beispiellosen Lage sich eigens erfunden zu haben scheint, und den gewissermaßen auch das Staatsministerium in seinem Verhältniß zur Nationalversammlung befolgt hat. Bisher hat man dieselbe durch unabläßige Ermittirungen von Local zu Local zu ermüden und in der Volksmeinung zu entkräften gesucht; jetzt wird man die einzelnen Abgeordneten durch die Anordnung Wrangel's über den Aufenthalt der Fremden einzeln aus der Stadt zu treiben suchen. Jeder Fremde muß nämlich jetzt den Zweck seines Hierseins durch Lösung einer Aufenthaltskarte beglaubigen, und dieselbe wird wahrscheinlich den renitenten Abgeordneten nicht ausgestellt werden. Die Bewegung, die sich innerlichst eingeleitet hat, ist eine weitaussehende und wird jedenfalls zu großen Katastrophen führen. Das Volk von Berlin wird jetzt keinen Kampf unternehmen, dies kann man bereits als gewiß betrachten. Aber es scheint zu einer consequenteren Verfolgung der Stellung, in die es durch die Gewalt hineingedrängt worden, entschlossen. (D. A. Z.)

Seit heute Morgen 9 Uhr hat die militärische Abnahme der Waffen ihren Anfang genommen. Unter Trommelschlag ziehen die Soldaten durch die ernsten Straßen und lassen vor jedem Hause den von starker militärischer Bedeckung umgebenen Wagen halt machen. Die Hausbewohner müssen ihre Waffen auf der Hausthür flur hinlegen, von wo sie das Militär abholt, oder, wenn keine Waffen abgeliefert werden, zur Durchsuchung der Wohnung schreitet. In einzelnen Bezirken bleibt die Bürgerwehr fortdauernd entschlossen, die Gewehre nicht abzugeben. 1600 Gewehre sind zu den Kanalarbeitern geschafft worden, welche sich damit bewaffnet haben. An einer kriegerischen Organisation für die Volkssache fehlt es aber gänzlich. (D. A. Z.)

Berlin, 16. Novbr. Morgens. Als die Nationalversammlung den Saal, in welchem sie ihre gestrige tendenzhafte Sitzung gehalten hatte, verließ, fand sie die Brunnner des Saales, die Treppe, den Hausflur und den Platz vor dem Hause mit Soldaten besetzt. Um die Soldaten her war eine große Volksmenge, welche die Abgeordneten mit enthusiem Jubelrufen begrüßte. Die Soldaten bildeten Reihen und stimmten theilweis in das Hurrah ein. — Die Ruhe ist weder gestern Abend noch heute gestört worden. Die Entwaffnung geht langsam vor sich. Die Zahl der bis jetzt abgelangten Gewehre wird auf 3000 angegeben. — Hr. Schramm ist aus der Haft entlassen. — Auf das Schloßdach sogar hat General v. Wrangel Kanonen stellen lassen. Bis jetzt sind deren 14 hinaufgewunden.

Nachmittags. Die Stadt bleibt unverändert ruhig und es ist zu erwarten, daß der Belagerungszustand bald aufhören wird. Eine mächtige Hofpartei, die früher „energischen Maßregeln“ nicht eben abgeneigt war, räth jetzt zum Nachgeben und Einlenken. Im Ministerrathe stehen sich Graf Brandenburg und Hr. v. Manteuffel schroff gegenüber. Professor Leo, General Rauch, Präsident v. Gerlach, wie man allgemein behauptet, im Augenblicke die eigentlichen Lenker des Staats, sollen jedoch noch mit Festigkeit auf dem gegenwärtigen Wege fortfahren und dem gestrigen Beschlusse nicht weichen wollen. Von anderer Seite und von einer Seite, die, obschon sie den Bestrebungen der neuern Zeit nicht eben hold ist, es doch ehrlich meint, räth man dem Könige zu einem Ministerium Grabow oder Beckerath. — Dem Beschlusse der Frankfurter Versammlung, den ein Theil der Volkspartei für höchst unbedeutend hält, scheint die Hofpartei Bedeutung beizulegen. — Die bis jetzt Verbasteten sind mir wieder freigelassen, da sie, vor Civilgerichte gestellt, von diesen natürlich als nicht strafbar angesehen wurden. — Die Nationalversammlung tagt heute nicht. Die Abgeordneten sind in den Parteisitzungen thätig und warten der Dinge, die da kommen sollen; sie hatten von dem gestrigen Beschlusse in Betreff der Steuerverweigerung die ihnen zu Gebote stehenden Mittel für erschöpft und überlassen das Weitere dem Lande. — Wie verlautet, soll die pommersche und sächsische Landwehr eingezogen werden und heute früh bereits die betreffenden Ordres abgegangen seyn.

Die Nachricht von der Absetzung des Polizeipräsidenten v. Bardeleben scheint begründet. Der Obertregierungsrath v. Hinkeldey in Merseburg, ein dem Grafen v. Brandenburg persönlich befreundeter, wie sich denken läßt, durchaus unpopulärer Beamter, ist zum Nachfolger bestimmt. Nach Berichten, die aus Sachsen soeben eingehen, ist an Hrn. v. Hinkeldey auf sehr empfindliche Weise Volksjustiz geübt worden. Die Bewegung scheint dort sehr stürmisch zu seyn. In der Gegend von Halle und Merseburg soll ein Landsturm von 40,000 M. organisirt seyn.

Berlin, 17. Nov. In der gestrigen Sitzung der permanenten Stadtverordnetenversammlung statteten die Stadtverordneten Duncker, Lewald und Schäffel Bericht über den Erfolg der zum Prinzen von Preußen abgesendeten Deputation ab. Der Prinz äußerte sich dahin, daß er mit vielen Rechtsgelehrten sich über die Rechtsfrage des Conflikts in Verbindung gehalten, daß er aber die Krone in vollem Rechte halte und daß an eine Vermittelung mit dieser Nationalversammlung nicht zu denken sey. Darauf hörte der Prinz die Vorlesung der von den Stadtverordneten an die Nationalversammlung gestern gerichteten Petition gegen die Steuerverweigerung und sagte: daß der erste Theil, welcher von dem Mißtrauen gegen das jetzige Ministerium spreche,

Digitized by Google

ihn tief schmerze, dagegen der andere Theil, welcher sich gegen die Steuerverweigerung ausspreche, ihn angenehm berühre. Der Stadtv. Gneist nahm dann das Wort über die Rechtsfrage selber und der Prinz ging auf jeden einzelnen Punkt der Adresse mit großer Genauigkeit ein, die der Stadtv. Gneist auch Punkt für Punkt Paragraph mit wahrhaft glänzendem und anerkennenswerthem freimüthigen Vortrage beantwortete. Er erklärte, daß die Angelegenheit nicht mehr privatrechtlich abzumachen sei, daß sie jetzt auf den Boden des Staatsrechts getreten sei. Als Mitglied des geheimen Obertribunals spreche er hierdurch es unumwunden aus, daß die Nationalversammlung in ihrem vollen Rechte sei, da sie als constituirende, vereinbarende Versammt. eine gleichberechtigte Partei mit der Krone sei. Der Prinz dankte für diese freimüthige Erklärung, hielt sich aber dadurch noch nicht für überzeugt. Stadtv. Schäffer that nun wiederholt um die Vermittelung des Prinzen, da es sich hier nicht allein um die Existenz für das Land, sondern auch für die Krone und Dynastie handle. Der Prinz sagte: Durch die Nachgiebigkeit und die Inconsequenz der Krone am 18. März sei die Dynastie allerdings in eine schiefe Lage gebracht worden, wer nach dem Hause Hohenzollern regieren werde, wisse er nicht, aber wenigstens wolle das Haus Hohenzollern mit Ehren fallen. Der König habe alles Mögliche versucht, er hätte jetzt zu diesen Maßregeln schreiten müssen, um die Anarchie niederzudrücken. Selbst Gradow, der heute erst eine Audienz beim Könige gehabt habe, gebe der Krone Recht. Der König werde nichts von den verheißenen Freiheiten kürzen, dafür bürge sein religiöses Gefühl; er selbst habe erklärt, den konstitutionellen Weg aufrecht zu erhalten, und er habe noch nie sein Wort gebrochen. Er trage Berlin keinen Groll für den 19. März nach, aber tief habe es ihn verschmerzt, daß sich seine Partei für ihn ethoben, da es offen ausgesprochen: der Charakter des Prinzen bürge dafür, daß er sein Wort halten werde, und er versichere jetzt nochmals auf sein Ehrenwort, daß er von dem konstitutionellen Boden nicht weichen werde.

Berlin, 18. Novbr. Der Preußische Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theile Folgendes: Der König hat dem Polizeipräsidenten v. Bardeleben zu Berlin unter Entbindung von seinem bisherigen Amte die commissarische Verwaltung der erledigten Regierungspräsidentenstelle zu Arnsberg übertragen und dagegen den bisherigen Oberregierungsrath v. Hindeleben zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt.

Berlin, 17. Novbr. Außer der Thatsache, daß die Ruhe sich hier ungestört erhalten hat, ist heute nichts von Belang zu melden. Die Entwaffnung der Bürgerwehr geht unter dem Schutze der 250 Stück Kanonen ohne Widerstand vor sich. Ebenso die Verhaftungen, die sich von Tag zu Tage mehren. Alle solche Procedturen gehen vor sich, ohne daß auch nur ein schriftlicher Befehl vorgezeigt wird. Von einer Abwendung des Gerichts oder auch nur der ordentlichen Polizeibehörde ist vollends keine Rede. Trotz alledem besteht noch die Habeascorpus-Akte, und trotz alledem verstehen der König, der Prinz von Preußen und die Minister schriftlich und mündlich, daß keine der gesetzlich bestehenden oder zugesicherten Rechte verkümmert werden soll. Mit welchem Hohne man diese Rechte und Zusicherungen behandelt, möge der Umstand lehren, daß jede dem Minister Manteuffel erhobene Beschwerde durch die Erklärung abgewiesen wird: Das Ministerium sey es nicht, welches die Habeascorpus-Akte verletze, sondern der General Wrangel. — Das Ministerium scheint das Gewicht jenes Beschlusses der Steuerverweigerung keineswegs zu verkennen. Wie verlautet, ist der Major v. Herwarth verhaftet, weil er die Abstimmung nicht verhindert hat. Der Oberst v. Sommerfeld, der die Sitzungen im Schützenhause zu verhindern beautragt war, soll seinen Abschied genommen haben. Das Beispiel des Majors v. Wydenbrugk scheint gewirkt zu haben. — Die Nationalversammlung hat weder heute noch gestern Sitzung gehalten. Die Fraktionen sind gegenwärtig mit Vorberathung über eine an die Armee zu erlassende Proklamation beschäftigt. — Es circulirt hier eine Ansprache der Offiziere des 27. Landwehrregiments an die Soldaten, ihre Waffen nicht gegen das Volk zu gebrauchen. Dem Vernehmen nach weigern diese Offiziere auch, sich zum Marsche nach Brestau in Magdeburg oder Halberstadt, wohin sie zu diesem Zwecke beordert sind, einzustellen. — Von den Plänen des Ministeriums verlautet nichts Neues. Prof. Leo soll gegenwärtig mit der Redaktion der zu octroirenden Verfassung beschäftigt seyn. Daß die belgische Constitution als Grundlage genommen ist, scheint gewiß. Die „National-Zeitung“, welche dem Oberbefehlshaber anfänglich ganz entgangen zu seyn schien, ist seit gestern gleichfalls suspendirt.

Die Berliner Bürgerwehr hat 500 Deputirte der einzelnen Bataillons nach allen Richtungen in die Provinzen gesendet, um mit den verschiedenen politischen Bürgervereinen der Provinzialstädte sich zu verständigen.

Berlin. Die aus der constituirenden Versammlung ausgetretenen Mitglieder der Rechten haben ersucht eine Deputation nach Frankfurt gesandt, ferner ein Schreiben an das preußische Ministerium gerichtet, worin sie anfragen, ob das Ministerium die sofortige Berufung der Nationalversammlung in Folge der für Berlin angeordneten Suspendirung der Habeas-Corpusakte bereits verfügt habe, indem sie die Ansicht haben, daß diese Berufung nach §. 9 des Gesetzes vom 24. Sept. sofort stattfinden müsse, wenn nicht eine Verletzung heiliger und verbriefter Rechte des Volkes eintreten solle. Einen ähnlichen Beschluß soll übrigens das Ministerium schon gefaßt haben, so daß die Versammlung schon vor dem 27. Novbr. nach Brandenburg einberufen würde.

Köln, 18. Novbr. Auf die Nachricht von Robert Blum's schrecklichem Ende, war heute, in der hiesigen Minoriten-Kirche von einer großen Zahl kölner Bürger eine solche Todtenfeier „für die katholischen Verstorbenen der Familie Blum“ veranstaltet. Wir brauchen unsern Lesern wohl nicht zu sagen, daß die zahlreich Versammelten damit das Andenken nicht eines Parteihäuptes, sondern eines unermüdlichen Kämpfers für sein Ideal von Freiheit und eines durch die Contre-Revolution widerrechtlich Gefallenen ehren wollten. Gegen 10 Uhr hatten sich tausende Bürger auf den Appels-Plätze um die dreifärbigen Bürgerwehr-Banner geschaart, in ernster, feierlicher Haltung. Es war keine der gewöhnlichen Ceremonien, keine der gewöhnlichen Demonstrationen. Die Banner und ein Musik-Chor eröffneten den Zug, der sich in die Minoriten-Kirche bewegte. Der Altar und das Chor — der Kirche waren einfach, der Trauerfeier entsprechend, ausgestattet. An den schwarzbehangten Wänden sah man die Marter-Krone und die Palme, von Sternen umgeben. Die schwarzbefleckten Bürgerwehr-Banner und mehre andere Standarten nahmen die ganze Vorderseite des Chors ein. Dichtgefüllt waren das ganze Langhaus und die Nebenschiffe der Kirche von Bürgern aller Classen. In erhebender Weise klang Neukomms Requiem von der Orgelbühne, die Stimmung, die Alle in diesem Momente beseelen mußte, auf das würdigste aussprechend. Schön passend, erhaben war diese einfache Gedächtnißfeier. Dem Gefallenen sei die Erde leicht.

Der Breslauer Magistrat und die dortige ständige Kommission haben beschlossen, den Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung beizutreten.

In der Köln. Z. trägt sich Heinzen als Vertreter für eine der beiden Versammlungen in Frankfurt oder Berlin an.

Der oldenburgische Landtag hat einstimmig eine Dankadresse an die preußische Nationalversammlung erlassen.

Wien, 15. Nov. Morgen werden die drei Mörder Latour's nebst Messenhauser auf dem Glacis gehangen werden. Ob Letzterer unter dem Galgen Pardon erhält, steht noch dahin. Als quittirter Offizier mußte er die eidliche Versicherung abgeben, die Waffen nicht gegen österreichische Truppen zu ergreifen, daher das erschwerte Vergehen die verschärfte Strafe nach sich zog. — Kossuth hat alle Getreide- und sonstigen Viktualienvorräthe aus Wiselburg und Raab — zwei Millionen an Werth — in die Festung Comorn, und seine eigene Familie über Hamburg nach England in Sicherheit bringen lassen. — Ungarn zählt jetzt 220,000 Mann Waffentragende, worunter 100,000 Mann regulaire Truppen; die Festungen Temeswar und Arad befinden sich in österreichischen, dagegen Ofen Presburg, Peterwardein in ungarischen Händen. (Lith. Nachr.)

Wien, 15. Nov. Man hat sich bald und halb der Hoffnung hingegeben, die Machthaber in Wien würden von weitern Bluturtheilen abstehen; es hieß Hr. v. Wessenberg habe Verwahrung eingelegt gehabt gegen die Hinrichtung Blums, er habe darauf gewiesen, daß man vor allem die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt von der Sache in Kenntniß setzen müsse; Windisch-Grätz aber habe sich nicht an diese Bedenken des alten Staatsmannes gekehrt; jetzt sey der Hof in Olmütz erschrocken über des Fürsten blutiges Vergehen, habe ihm Milde empfohlen, fühle sich aber doch durch die ausserordentlichen Vollmachten, die man ihm gegeben und weil er noch den Herzog gegen Ungarn zu unternehmen habe, gebunden. Wie dem sey, das Schaffot hat neue Opfer in Wien gesehen, und noch weitere scheinen ihm bestimmt. (A. Z.)

Wien, 14. Novbr. Wir sind in den Stand gesetzt, Ihnen die authentische Ministerliste mittheilen zu können. Fürst Felix Schwarzenberg Präsident und Aeußeres; Graf Franz Stadion Inneres, Hofrath Ritter Exner Justiz, Helfert Kultus und Unterricht, Bruck Handel, Krauß Finanzen, General Cordon Krieg. (N. M. Z.)

Digitized by Google

Aus guter Hand kann ich die Versicherung geben, daß dem Reichstage die Auflösung nahe bevorsteht. Es ist im Werke, ihm durch Stadion ein Programm zur Genehmigung vorzulegen, im Falle in dem höchst wahrscheinlichen gegenseitigen Fall jenen Schritt zu thun. Aller Augen sind jetzt auf Preußen gerichtet, und man erwartet, daß dieses Land die hier eingeschlagene fehlerhafte Bahn zu meiden wissen wird. (D. A. Z.)

Innsbruck. Aus Kufstein vernimmt man, daß bei der kürzlich versuchten Aushebung die Konskriptionspflichtigen sich widerspenstig gezeigt und namentlich auf Aufklärung darüber gedrungen haben, zu welchem Zwecke sie Soldaten werden sollten. Die Hinweisung auf den Kaiser soll von ihnen in einer Weise beantwortet worden seyn, welche auf die lebhaftesten Sympathien nicht schließen läßt. (D. z. Z.)

Man spricht in Krakau viel davon, daß Krakau zur Hauptstadt des polnischen Theiles Galiziens bestimmt sey, sodaß hier ein polnisches Gubernium und ein polnischer Landtag, in Lemberg aber ein ruthenisches Gubernium und ein ruthenischer Landtag ihren Sitz haben sollen. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 15. November. Die Commission, die das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und seiner Minister entwirft, hat bereits vier Sitzungen gehalten und die Grundzüge festgestellt. Das Gesetz wird im strengsten Sinne gehalten seyn und jede Beeinträchtigung der durch die Nationalversammlung vertretenen Volkssouveränetät von Seite der Exekutivgewalt unmöglich machen.

Der Cassationshof hat sich gestern versammelt und beschlossen, sogleich zur Wahl der sieben Mitglieder zu schreiten, die den obersten Justizhof für Staatsverbrechen bilden sollen. Der Hof hat beschlossen, daß jene Richter, die zugleich Volksvertreter sind, nicht wählbar seyn sollen.

Der Minister des Innern hat auf die erhaltene Anzeige, daß in Metz ein Frei-Corps gebildet werden solle, das die Bestimmung habe in Deutschland Unruhen aufzuwiegeln, und daß bereits nicht nur einzelne Individuen, sondern ganze Detachements fremder Flüchtlinge sich dahin begeben haben, an alle Presekten der Departements ein Cirkular erlassen, worin er ihnen aufträgt, ohne wichtige Beweggründe keine Pässe nach den an Deutschland gränzenden Departements zu ertheilen. Der Minister zeigt zugleich an, daß bis jetzt noch kein Abmarsch von Metz oder den benachbarten Punkten stattgefunden habe.

Paris, 13. Novbr. Bekanntlich ist bis zur Stunde Hr. v. Raumer noch nicht in amtlicher Art als Repräsentant des deutschen Reichsverwesers von unserer Regierung anerkannt worden. Um diesen prekären Stellung in Paris ein Ende zu machen, hat das deutsche Reichsministerium Hrn. v. Raumer beauftragt, beim General Cavaignac und Hrn. Bastide erneuerte Schritte zu thun, um die offizielle Anerkennung der deutschen Reichsgewalt zu erwirken. Dem Vernehmen nach hat Hr. Bastide erklärt, die französische Republik sehe sich, nach reiferer Ueberlegung bewogen, die Anerkennung der deutschen Reichsgewalt aus folgenden drei Gründen vorderhand noch zu vertagen: 1) weil keine andere nichtdeutsche Großmacht den deutschen Reichsverweser bisher offiziell anerkannt hat, indem Hr. v. Andrian ebenfalls nur mit offiziellem Charakter der Königin Victoria am 4. Sept. von Lord Palmerston vorgestellt worden ist; 2) weil, solange die deutsche Reichsverfassung nicht zum Gesetz erhoben, ihre Regierungsform zu unbestimmt bleibt, als daß die auswärtigen Großmächte dieselbe förmlich anerkennen könnten; 3) weil, so lange der Präsident der Republik nicht gewählt ist, das gegenwärtige Ministerium seines Fortbestandes nicht sicher ist, und folglich einen so wichtigen Akt, wie die Anerkennung der deutschen Reichsgewalt verschieben müsse, um seinem eventuellen Nachfolger nicht die Hände zu binden. Auf das gleichzeitig wiederholte Begehren des Hrn. v. Raumer wegen Auslieferung der nach Frankreich geflüchteten Mörder des Fürsten Lichnowsky und General Auerswald hat Hr. Bastide geantwortet, die als Urheber jener Schandthat bezüchtigten Individuen seyen nach Belgien gebracht, um dort unter Aufsicht der Polizei zu bleiben; ihre Auslieferung könne jedoch nur dann erfolgen, wenn die deutsche Reichsgewalt nicht bloße Ansichten, sondern wirkliche Beweise ihres Verbrechens werde vorgelegt haben. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Nov. Palmerston hatte dem dänischen Ministerium als Basis der Friedensunterhandlungen folgendes Ultimatum gestellt: Entweder Theilung Schleswigs nach der Nationalität und dem Willen der Bevölkerung zwischen Dänemark und Holstein (Deutschland), oder nur Personalunion des selbstständigen Schleswig-Holstein mit Dänemark. Die Minister hatten die dem Kasinoprogramm am nächsten stehende Alternative erwählt, da haben aber die auswärtigen Gesandten, die königliche Familie und außer dem Ministerium stehende Staatsmänner es dahin gebracht, daß für das Letztere, als seiner Dynastie vortheilhafter und den status quo besser erhaltend, zu entscheiden. Die Minister mußten nun ihre Entlassung einreichen und der König hat sich in seiner Rathlosigkeit an General Oxholm, Reventlow (dem bisherigen Gesandten in London, ein dänischer Reventlow. Die Minister Reventlow-Criminil sind bekanntlich beide adgetreten, der eine ist Präsident von Altona, der andere lebt in Brüssel) und Tillisch gewandt, da seine Günstlinge Bardenfleth und Berling wohl auch nichts Besseres wußten. Allein, Oxholm und auch Reventlow sind Absolutisten und können nicht die Majorität des Reichstages erhalten. Soll auch hier die Contrerevolution versucht werden? (D. Z.)

Vermischte Nachrichten.

(Bekenntniß und Abbitte.) Bekanntlich hat Laffitte, welcher so viel dazu beigetragen, den Julikönig, Louis Philipp, auf den Thron zu setzen, später in öffentlicher Sitzung Gott und die Menschen um Verzeihung, daß er dazu die Hand geboten. Die ehrlichen Leute gestehen aber, wenn sie sich einmal täuscht sehen, ihre Fehler und dem Unterstaatssekretär, Hrn. Bassermann, ereignet. Auf den Angriff, welchen Letzterer in der Sitzung vom 3. Nov. gegen Ersteren richtet, hat Eisemann in seinem Blatt folgende Abbitte veröffentlicht: „Der Hr. Unterstaatssekretär Bassermann hat sich in der Sitzung vom 3. Nov. über meine lebhafte Phantasie und über meine Leichtgläubigkeit in Bezug auf Zeitungsartikel lustig gemacht. Hr. Bassermann hat das Recht zu solchen Vorwürfen, denn Niemand weiß so gut wie er, wie weit meine Leichtgläubigkeit geht. Ich habe nämlich früher Zeitungsartikeln geglaubt, welche Hrn. Bassermann als entschiedenen Freiheitskämpfer schilderten; in Folge dessen habe ich mich dem bayerischen Wahlbezirk Stadtprozelten als Candidaten empfohlen, und nur auf diese Empfehlung hin wurde er in die deutsche Reichsversammlung gewählt, in welcher er außerdem keinen Platz gefunden hätte. Demgemäß weiß Hr. Bassermann am Besten, daß ich mich durch Zeitungsartikel habe täuschen lassen. Ich muß daher die verehrlichen Wähler des Bezirks Stadtprozelten um Verzeihung bitten, daß ich ihnen einen Mann als Parlamentskandidaten empfohlen, den ich nur aus Zeitungsartikeln gekannt. Ich murre daher auch nicht über die Zurechtweisung des Hrn. Bassermann, denn ich habe eine Strafe verdient, und die verehrlichen Wähler werden mir die Verscherung glauben, daß ich mit selbst schon sehr strenge Vorwürfe gemacht habe. Eisenmann.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 18. Nov. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat Rappard auf Abberufung Bassermanns, weil er sich auf die Seite der Krone gestellt, einen Antrag gestellt. Bassermann ist unterdeß von selbst zurückgekommen. Bierzehntent Simsen und Hergenhahn gehen als Reichskommissäre nach Berlin. Bassermann erklärt, zurückgekommen zu seyn, weil er sich für unfähig gehalten, den Beschluß vom 14. Oct. auszuführen. Auf Bernhers Antrag wird die Angelegenheit an den Biedermann-sächsischen Ausschuß verwiesen. Morgen Näheres.

Anzeigen.

In der Buchner'schen Buchhandlung ist erschienen und zu haben:

Die warnende Stimme des Herrn gegen die Verachtung seines Evangeliums.

Predigt am XX. Sonntage nach Trinitatis 1848 in der Stadtkirche zu Bayreuth

gehalten von

Konsistorialrath Edelmann.

Auf Verlangen gedruckt.

Preis 6 kr.

Jemand wünscht billig Unterricht im Lateinischen und Griechischen zu geben. Auch wäre derselbe nicht abgeneigt, die Correktur größerer und kleinerer Werke zu übernehmen. Wer? sagt die Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch | Nro. 325. | 22. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Nov. (118. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Reichsministerr. Schmerling macht der Versammlung die Mittheilung, daß der Unterstaatssekretär Hr. Bassermann gestern Abend von seiner Mission von Berlin zurückgekehrt sey, und daß derselbe alsbald im Hause erscheinen werde, um über seine Sendung Bericht zu erstatten. Da es aber als dringend nothwendig sich erweise, daß die Centralgewalt in diesem Augenblicke zu Berlin vertreten sey, so würden die Abgg. Bieperzhästent Simson und Heogenhahn noch im Laufe des heutigen Vormittags nach Berlin abgehen, um im Auftrage der Centralgewalt im Sinne des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. d. zu wirken. Der Tagesordnung gemäß wird zur Berathung über den Antrag des Abg. v. Rappard und Genossen geschritten. Der Antrag lautet: „In Erwägung, daß die Versammlung den Beschluß vom 14. November gefaßt hat; in Erwägung, daß Reichskommissär Bassermann nicht nur nicht im Sinne dieser Beschlüsse gehandelt, sondern, wie bereits constatirt ist, der vermittelnden Absicht unseres Beschlusses entgegen, sich auf die Seite der Krone gestellt, und die von der Regierung derselben eingeschlagene Richtung gebilligt hat; in Erwägung, daß inzwischen von dieser Regierung folgende, am 14. d. M. gefaßte Maßregeln getroffen sind: 1) die gewaltsame Auseinandersprengung der preußischen Nationalversammlung, und die Erklärung, daß deren jetzige Beschlüsse ungültig seyen; 2) die Auflösung der Bürgerwehr; 3) der trotz des würdigsten und ruhigsten Verhaltens über die Stadt Berlin verhängte Belagerungszustand und die Besetzung und Verrinrung der Stadt mit Militärmassen; 4) die Unterdrückung der freien Presse und des Associationsrechts; 5) der Beschluß, die Bürgerwehr mit Gewalt zu entwaffnen; in Erwägung, daß andererseits das ganze Land, mit Ausnahme weniger kleinen Städte, durch Adressen und Deputationen seine Uebereinstimmung mit dem Verhalten der preußischen Nationalversammlung erklärt hat, und der Aufstand gegen die Gewaltherrschaft der Regierung in allen Provinzen loszubrechen droht, viele tausend Arbeiter unter den Waffen dem Ausbruch des Kampfes entgegen sehen, daß vielleicht jetzt schon dasselbe Verhängniß Berlin bedroht, welches Wien betroffen hat; in endlicher Erwägung, daß unter diesen Umständen das entscheidende, kräftige Einschreiten der Nationalversammlung und der Centralgewalt eintreten muß, wenn nicht das Land in namenloses Unglück gestürzt und das Ansehen der deutschen National-Versammlung ganz und gar der Vernichtung Preis gegeben werden soll: aus allen diesen Gründen beantrage ich: 1) den Reichskommissär Bassermann sofort abzuberufen; 2) gleichzeitig eine Reichskommission mit dem Auftrage nach Berlin abzusenden: alle Mittel anzuwenden, um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Militärgewalt mit dem Volke zu verhüten; 3) die preußische Regierung zu nöthigen, die von der preußischen Landesversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen zurückzunehmen, namentlich die Vertagung und Verlegung der preußischen Landesversammlung, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, den Belagerungszustand der Stadt Berlin, die Beschränkung der freien Presse und des Associationsrechts." von Rappard: Ich glaube, daß bei der heutigen Berathung alle Parteianschten schwinden werden. Wir alle suchen Rath und Hülfe für das Vaterland. Zur Begründung meines Antrags habe ich nur wenige Worte zu sagen. Die preußische Regierung, welche so lange mit unbeschreiblicher Schwäche gehandelt, hat sich plötzlich gegen die gesetzliche Landesversammlung erklärt. Alle Städte des Landes haben es anerkennen, daß die Nationalversammlung im Recht, die Krone aber im Unrecht sey, und dennoch steht Letzte bewaffnet da. Unsere Aufgabe ist es, Hand in Hand mit jener Versammlung zu gehen. Mögen die Fürsten Hader unter sich erregen, unter uns Vertretern darf keine Entzweiung stattfinden. Seyen wir einig und treten wir vor den wankenden Thron mit dem Rufe: Halt ein, dein Schlag gilt uns, wie die! Erhebt sich die Stimme der Reichsversammlung, so wird Versöhnung zwischen Volk und Krone eintreten. Ich liebe die Republik wie Einer, aber ich weiß, daß das preußische Volk ein erbliches Königthum will, und zwar in den Gliedern des Hauses Hohenzollern. Darum will ich mit meinen Freunden in Berlin die constitutionelle Monarchie. Jede Schranke des Mißtrauens muß fallen. Aus Ueberzeugung und Mitgefühl für die verfolgten Vertreter des Volks, füge ich zu meinen Anträgen das Amendement: die Nationalversammlung wolle ihre Sympathien für die preußischen Volksvertreter aussprechen. Ueber Bassermann habe ich nur wenigen zu sagen. Ehre dem Manne, der früher so kräftig für die Freiheit einstand, aber wir sind der Meinung, daß derselbe hinter der Märzrevolution zurückgeblieben ist. Bassermann: Ich danke dem Vorredner, daß er meinem und meiner Freunde Streben wenigstens doch eine gute Absicht unterlegt. Ob wir hinter der Zeit zurückgeblieben sind, wird die Zeit lehren; sie wird es zeigen, ob sie, oder ob wir die wahre Grenze richtig erfaßt haben. Auf seine Wirksamkeit zu Berlin und auf die Gründe seiner Zurückkunft übergehend, setzt der Redner die gegenwärtigen Berliner Zustände als bekannt voraus, ebenso, wie weit es in der preußischen Hauptstadt mit der Freiheit gekommen und welche Widersprüche zwischen Regierung und der Landesversammlung entstanden seyen. Solle die deutsche Einheit herbeigeführt werden, so müsse die Freiheit der Berathungen geschert seyn. Ich besuchte den Sitzungssaal, in welchem ein Theil der Landesversammlung ihre Berathung fortsetzte. Es wurde mir klar, daß der tiefste Zwiespalt, die größte Gefahr drohen müsste, wenn die Sachlage nicht eine andere Wendung nahm. Ich setzte mich ins Einvernehmen mit mehreren Mitgliedern dieser Versammlung, mit einem Theile der Bürgerschaft und ich empfing die Besuche eines Abgesandten der demokratischen Clubs. So weit es mir möglich, ein richtiges Bild über Berlin zusammenzufassen. Sämmtlich der Stadt spiegelte sich namentlich in den Ereignissen der Presse ab. Dort ist die freie nicht das, was wir darunter zu verstehen gewohnsinnt. Mitglieder der Rechten haben nur dem Zufall ihr Leben zu verdanken. Vor dem Sitzungslokale, dem Schauspielhause, war die rothe Fahne aufgepflanzt. Ein Volksredner forderte die Menge auf, kurze Messer und Beile mitzubringen, weil man damit den Mann besser finden könne und am nächsten Abend waren Beile in vielen Händen zu sehen. Man rief nach den Abgeordneten, wo ist dieser, wo ist dieser? Die Vertreter entgingen oft nur durch List oder durch Geistesgegenwart einer Feindesgefahr, die sich um so größer darstellte, als die größte Straßenpöbel herrschte. Dreimal verlangte die Rechte Schutz gegen solche Bedrohungen und einmal wurde derselbe ihr verweigert. Ich habe sodann die Minister gesprochen, und dieselben in einer Fassung und Ruhe gefunden, die mich erstaunte. Sie erklärten, wie sie zu der Entscheidung gekommen, dem Rufe der Krone zu folgen, um die erforderlichen Maßregeln durchzuführen. Die Beziehungen der Centralgewalt zu den preußischen Regierungen nach ihren einzelnen Punkten zu durchgehen, war unter diesen Umständen unmöglich. Die Zeit der Minister war völlig in Anspruch genommen, jeder Augenblick erforderte Handlungen. Diesen Theil meiner Sendung musste ich also vertagen. Als ich meine Besürchtungen kund gab, ertheilte man mir die Versicherung, daß an das, was Reaktion genannt werde, nicht zu denken sey, und ich füge hinzu, daß ich zur Ausführung eines solchen Planes Niemanden, am allerwenigsten diese Männer für so wahnsinnig halte. Ueber das Mißtrauen gegen das Ministerium konnte ich keine Thatsache erfahren. Niemand konnte mir eine solche nennen und über den ehrenhaften Privatcharakter des Grafen Brandenburg und des Ministers Manteuffel herrscht kein Zweifel; und es ist gewiß, daß sie alles thun, um ihren Worten zu entsprechen. Am nächsten Tage legab ich mich zum König. Ich fand ihn bereits versammelt, als ich geglaubt. Während die preußische Landesversammlung in Bezug auf Posen einen Beschluß gegen und faßte, ist der König entschlossen, den Beschluß der Reichsversammlung auszuführen. Ich fand ihn in einer Ruhe, in welcher er es in seiner Pflicht ansah, nicht blos Preußen, sondern Deutschland und seine Gestaltung von dem Untergange zu retten. Ich fand ihn merkwürdig gefaßt auf Alles und auf das Aeußerste entschlossen. Ich verhehlte ihm meine Besürchtungen vor dem Eintreten der Reaktion in Folge der Durchführungen seiner Anordnung nicht. Allein seine Mittheilungen gaben

Digitized by Google

mir nicht den mindesten Grund dieser so allgemein verbreiteten Besürchtungen noch Neuem zu geben. Ich kehre nach Berlin zurück, wo inzwischen ein Theil der Nationalversammlung ihre Berathung fortsetzte und General Wrangel eingezogen war. Die Stadt hatte ein verändertes Ansehen genommen. Ein lang entbehrtes Gefühl der Sicherheit war bemerkbar. Obwohl ich keinen öffiziellen Auftrag hatte, so hielt ich es doch für meine Pflicht, zur Beilegung des Conflikts einen Versuch zu machen. Ich begab mich zu dem Präsidenten v. Unruh; doch der Versuch mißlang. Er weigerte sich mit der Erklärung, eine solche Vermittlung würde nicht angenommen. Auch mit Hrn. Grabow schlugen solche Unterhandlungen fehl. Aussprechen aber muß ich es, unter welchen Bedingungen der zurückgebliebene Theil der Nationalvers. sich zustehen erklären gewollt hat. Diese Bedingungen, unter welchen man Frieden schließen wollte, und welche ein Licht werfen auf das, was hätte kommen können, sind folgende: Verbannung aller Prinzen des königlichen Hauses aus den Grenzen der Monarchie: Verhaftung Wrangels und der Mitglieder des Ministeriums und Hochverrathsprozeß gegen dieselben; Unterwerfung des Monarchen unter die Beschlüsse der Versammlung; Entfernung alles Militärs aus Berlin. Erfolglos habe ich vorgestellt, daß Preußen keine Republik wolle, daß bei Zurückziehung des Militärs die Drohungen der Nationalversammlung nur von Neuem beginnen würden, und daß alsdann vielleicht dasjenige eintreten möchte, was der Zufall bisher verhütet habe. Zu spät würde man dann wohl das Militär haben einwirken lassen, und vielleicht den Fehler darauf geworfen haben, daß der Anlaß nicht der Rechte gewesen. Wie auch die Lage in Berlin sich gestalten mag, so ist mir doch darüber kein Zweifel, daß keine Vermittlung mehr möglich, daß an eine wohlthätige Fortsetzung der Berathungen nicht zu denken ist. Von der Berliner Versammlung ist für die wahre Freiheit nichts zu hoffen. Wo man seinen Collegen den Schutz entzieht, da sind keine Früchte der Freiheit zu erwarten. Im Interesse der Freiheit und Einheit kann ich darum auch dem Antrage des Herrn von Kappard, der preußischen Versammlung unsere Sympathien auszudrücken, nicht beipflichten. Weil eine Versammlung unmöglich war, kehrte ich hierher zurück, nachdem ich den von der Reichsgewalt mir gewordenen Auftrag vollführt hatte. Den Beschluß der Reichsversammlung vom 14. Nov. hielt ich mich für unfähig auszuführen. Ich kehre zurück, um den Reichsverweser meine Entlassung als Unterstaatssek. anzubieten. Ich schließe, indem ich noch eine Ueberzeugung ausspreche, die auf meiner Reise durch einen beträchtlichen Theil Deutschlands recht lebendig in mir geworden ist: Nehmen Sie die Berathung über die Verfassung rasch, und mehr als rasch vor, ehe es zu spät ist. Dadurch werden Sie dem Vaterland den größten Dienst erweisen. (Beifall rechts und im Centrum.)

(Schluß folgt.)

Frankfurt, 18. Nov. (Hört!) Selbst die reaktionäre deutsche Zeitung schreibt: Der heute erfolgte Rücktritt des Hrn. Bassermann war nach seiner verunglückten Berliner Kommissionsreise wohl vorauszusehen. Wer heute in der reformirten Kirche war, und Bassermann früher in der badischen Kammer gehört hat, der konnte sich gewiß des innigsten Mitleids nicht erwehren; seine Verwirrung war so groß, daß er „den König von Preußen deutlicher kund als er gedacht hatte!“

München, 18. Novbr. Der Rentkreamte Degenhard in Kaiserstadt wurde auf Ansuchen für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle zum Rentkreamten in Koch stadt, der Finanz-Rechnungs-Kommissär von Oberbayern, Sommer ernannt; dann an Sommer's Stelle der Finanz-Rechnungs-Kommissär in Bayreuth, Vogel, auf Ansuchen versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 14. Novbr.: der Revierförster in Rehschale, Sauerbrunn, zum Forstkommissär II. Klasse in Landshut befördert; der sustentirte Oberkontroleur Achilles in München, zum Kontroleur bei dem Hauptzollamte Mittenberg ernannt, der Revierförster zu Neuhaus in Plech, Hefner, auf Ansuchen mit Zufriedenheitsbezeichnung in den Ruhestand versetzt; der Rentkreamte Honig in Sulzbach, auf Ansuchen für die Dauer von 2 Jahren quiescirt; an Honig's Stelle, auf Ansuchen, der Rentkreamte Birzer in Waldmünchen versetzt und an Birzer's Stelle der Expeditor und Zahlkreamte des Kreis- und Stadtgerichtes Regensburg, Bibel, ernannt; dem als Vorstand der Zeitungs-Expedition bei dem Oberpostamte München verwendeten Offizialen I. Klasse, Cramer, in Anerkennung seiner bisherigen Dienstleistungen den Titel und Rang eines Spezial-Kassiers verliehen; der Post-Funktionär Hildmeyer in München, zum Offizialen III. Klasse bei dem Oberpostamte München provisorisch ernannt. Dem bisherigen rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Nördlingen Lieder v. Liederskron wurde die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Bockenheim verliehen. In der bei dem Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg stehenden Rathsstellen wurden die beiden Kreis- und Stadtgerichtsräthe Krieger in Regensburg und Dr. Bregler in München befördert; dann wurden die Kreis- und Stadtgerichtsräthe Krieger in Regensburg, Pflaum in Augsburg, Jann in Bayreuth und Schöller in Passau unter Berücksichtigung ihres bereits vorgerückten Dienst- und Lebensalters mit Beibehaltung ihres Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes, so wie mit Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienstleistung in den Ruhestand versetzt. (R. M. Z.)

Sigmaringen, 13. Nov. Der hier erscheinende „Erzähler“ will aus „guter Quelle“ wissen, daß Fürst Carl Anton die Regierung in die Hände des Reichsverwesers niedergelegt habe.

Berlin, 18. Novbr. Die Nationalversammlung hat ein temporistirendes Leben begonnen, welches einer raschen Entscheidung des qualvollen Momentes, in dem wir uns hinwinden, wenig günstig ist. In derselben Lage wie die Nationalversammlung scheint sich ihrerseits auch die Regierung zu befinden, welche nicht weiß, was sie mit den Abgeordneten eigentlich anfangen soll. Inzwischen rückt der 27. Novbr. heran, und ein Theil der Versammlung wird sich jedenfalls zu diesem Zeitpunkt im Dome zu Brandenburg einfinden und die Regierung beim Worte nehmen, wenn nicht unterdessen eine neue thatsächliche Wendung der Dinge, auf die im Grunde alle Parteien hoffen, eingetreten ist. Die hier noch anwesenden Abgeordneten haben in der Beschlußfähigkeit der Versammlung an sich geheftet; sie werden aber theils von der Regierung als Aufrührer angesehen, mit denen keine Vereinbarung ferner möglich, theils wurden sie durch die Inkonsequenz, jetzt noch in Brandenburg zu tagen, ihre Stellung zum Volk einbüßen. Für die Nationalversammlung ist also gar nicht abzusehen, wie sie ihrerseits aus diesem Dilemma herauskommen will, und sie verharrt deßhalb in diesem Augenblick in einem müßigen Warten auf das Volk und die Provinzen. Die äußerste Linke, wäre sie nicht von den andern Fraktionen in die Mitte genommen, hätte längst auf ihre eigne Hand gehandelt, und würde dann zuerst mit einer Proklamation an das Heer hervorgetreten sein, über die auch in diesen Tagen in den Parteiversammlungen lebhaft verhandelt worden ist. — Das Staatsministerium, welches in dem einer Besitzung gleich eingerichteten Gebäude des Kriegsministeriums permanent zusammen ist, soll gestern und heute ebenfalls sehr entschiedene Berhandlungen gepflogen haben, in denen sich die Meinungen der einzelnen Mitglieder über die Grundbestimmungen der künftigen Verfassung und über die Möglichkeit oder Nichtmöglichkeit, die Versammlung noch in Brandenburg zu empfangen, theilweise gegenüber gestanden haben sollen. Auf eine gewisse Spaltung im Innern des Staatsministeriums deutet auch die Separaterklärung des Justizministeriums Rintelen hin, welche in dem heutigen Staats-Anzeiger abgedruckt steht. Hr. Rintelen findet es plötzlich für angemessen, seine prinzipielle Stellung zu dem Ministerium Brandenburg abzuzeichnen und dieselbe dahin zu begrenzen, daß er bei dem von der Centralkommission der Nationalversammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurfe stehen bleiben will. Es scheint, als wenn diese Erklärung ein Minoritätsgutachten aus dem Schooße des Staatsministeriums wäre. — Die Abnahme der Gewehre ist heute auch an dem Maschinenbauerkorps vollzogen worden, welches hier lange Zeit für die eigentliche Streitmacht der Demokratie gegolten, sich jedoch auch der Tagesparole des passiven Widerstandes gefügt hat. Das Militärkommando glaubte ihrerseits Anzeichen zu haben, daß die Maschinenbauer einen gewaltsamen Widerstand leisten wollten, und es rückte deßhalb heute früh eine sehr bedeutende Truppenmasse in die Stadtitheile vor dem Oranienburger Thore hinaus. Die Soldaten erlangten jedoch auch diese Waffen ohne allen und jeden Widerstand. — Das Ministerium Brandenburg scheint entschlossen, seine lange vorbereitete Aufgabe konsequent durchzuführen, und befindet sich sowohl in seinem Ziel wie in seinen Mitteln im vollkommensten Einverständniß mit dem König und dem Prinzen von Preußen.

Berlin, 18. Novbr. Es ist auch heute etwas von Erheblichkeit nicht zu berichten. Das bedeutendste Ereignis des Tages ist die Entscheidung des Kammergerichts über die Publikation des Martialgesetzes. Obschon es der Reaktion auch bei diesem Gerichtshofe keineswegs an einer Vertretung fehlt, so konnte die völlige Rechtlosigkeit des gegenwärtigen Zustandes Preußens und namentlich der Hauptstadt auf eine Gutheißung in diesem alten Sitze der Rechtspflege dennoch nicht zählen. Auf den Antrag der Assessoren Wilhelmy und Oppenheim traten schon vor mehren Tagen der Instruktions- und der Kriminalsenat zusammen und entschieden sich heute in einer Plenarsitzung dahin, die Publikation des Kriegsgesetzes nach reiflicher Erwägung der thatsächlichen und Rechts-

Digitized by Google

verhältnisse für ungesetzmäßig zu erklären. Der diesen Ausspruch näher begründende Protest wurde dem Justizminister Rintelen zugeleitet. Auch der Oberappellationssenat des Kammergerichts, der sich an dieser Berathung, von welcher ein solches Resultat kaum zu erwarten war, nicht betheiligte, wird die Sache in Erwägung ziehen. In einer bereits stattgefundenen Berberathung haben sich 18 gegen 8 Stimmen für die Ungesetzmäßigkeit der Wrangelschen Publikation entschieden. Dieser Senat genießt noch aus der Zeit, welcher ihm sein Chef v. Grolmann präsidirte, den Ruf unerschütterlicher Unabhängigkeit. Sein gegenwärtiger Chef ist Herr Bonsert. Ein heute eröffnetes Gerücht, wonach das Kammergericht ein Justitium angeordnet habe, scheint uns nicht hinreichend verbürgt. Dagegen haben verschiedene Mitglieder, des sonders jüngere, der hiesigen Gerichte ihre Entlassung nachgesucht.

— Herr Hansemann hat sein Amt als Chef der Landesbank nicht angetreten und durch ein an den Finanzminister gerichtetes Schreiben seine den gegenwärtigen politischen Verhältnissen entnommenen Bedenken geäußert. — Der Ministerialdirektor v. Puttkammer ist von seiner Reise nach Danzig zurückgekehrt. Zweck derselben war, zu prüfen, ob Danzig sich zur Anlegung eines Kriegshafens eigne. Hr. v. Puttkammer hat sich für Swinemünde entschieden.

— Das in einem Artikel der Deutschen Reform erwähnte Memoire des Königs an die übrigen Kabinete (s. unten) erregt großes Aufsehen. Man verschert, daß in Folge desselben ein Traktat mit einer der diesseitigen Regierung befreundeten Macht geschlossen sey, dessen Stipulationen die Verlegenheiten, welche eine Steuerverweigerung nothwendig herbeiführen muß, zu beseitigen geeignet seyn dürften. (D. A. Z.)

Berlin, 18. Nov. Daß das Ministerium Brandenburg lange bleiben wird, glaubt man nicht, da es in sich selbst uneinig geworden sein soll. Auch sollen sämmtliche Oberpräsidenten sehr ungünstig über die Stimmung der Provinzen berichtet haben. Man spricht von der Bildung eines Ministeriums, dessen Vorsitz Hr. Camphausen übernehmen würde. — Vorgestern ist in der Hasenheide ein Soldat kriegsrechtlich erschossen, indeß nicht, wie man Anfangs hörte, wegen Ungehorsams, dem Befehle zum Angriff auf das Volk Folge zu geben. Derselbe hat als Schildwache seinen Posten verlassen, Civilkleider angezogen und einem Club beigewohnt. Auf diesem Vergehen ist er ertappt und zur Haft und Untersuchung gebracht worden. — In Bezug auf obige Mittheilung enthält der Preußische Staats-Anzeiger vom 19. Nov. die bestimmte Erklärung, daß diese Tradition ein leeres Gerücht ist, daß eine solche Staatsschrift weder an die Centralgewalt noch an jene Regierungen gerichtet worden ist, noch überhaupt existirt.

Berlin, 18. Nov. Wir erhalten von Niederschlesisch-märkischen Bahnhofe heuten folgende Mittheilung: Nach den heute früh von Breslau angekommenen Nachrichten ist es gestern dort zu Exzessen gekommen. Das zum Theil schon vorgestern ausgerückte Militär hätte die Stadt gänzlich verlassen und sich vor derselben aufgestellt. Die demokratische Partei soll das Regierungs- und Polizeigebäude besetzt und eine Steuerverweigerung proklamirt haben. (D. A. Z.)

Köln, 15. Novbr. In einer heute abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung von Landwehrmännern und Reservisten wurde folgende Adresse an die Nationalversammlung in Berlin einstimmig angenommen: „Hohe Versammlung! Die unterzeichneten Landwehrmänner und Reservisten Kölns erklären: daß sie den Beschlüssen der hohen Nationalversamlung in Berlin vom 9. d. M. ihre volle Zustimmung geben, daß sie in dem gegenwärtigen Augenblicke und so lange der Conflikt mit der Krone andauert, nur die Beschlüsse der Nationalversammlung als verbindlich für das Land anerkennen und sich demnach der Nationalversammlung zur Verfügung stellen. Ferner bitten wir die Nationalversammlung, daß sie einen Aufruf an die Landwehr erlasse, damit sich die Lande wehr wie im Jahr 1813 erhebe und, sowie sie damals den äußeren Feind, jetzt den inneren Feind des Landes vernichte. Köln, 15. November 1848."

Breslau, 17. Nov. Heute erschien folgende Bekanntmachung; Ich halte mich verpflichtet, der Provinz kund zu thun, welche Stellung ich in dem gegenwärtigen Conflicte der Staatsregierung mit der Nationalversammlung einnehme. Daher bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß ich dem königl. Staatsministerium auf die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 15. Nov. sofort angezeigt habe, daß ich, falls diese Nachricht sich bestätige, nach meinen constitutionellen Ansichten jenen Beschluß der Nationalversammlung als die nothgedrungene Abwehr der gegen dieselbe ergriffenen unkonstitutionellen Maßregeln betrachten müsse, und daher mich außer Stand befinde, diesem Beschlusse entgegenzutreten, falls meine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde. Dringend ermahne ich die Einwohner der Provinz, durch strengste Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zur friedlichen Lösung des traurigen Conflicts beizutragen. Von meinem konstitutionellen Standpunkte aus werde ich jedem wider die konstitutionelle Monarchie und die öffentliche Ordnung gerichteten anarchischen oder republikanischen Streben mit allen gesetzlichen Mitteln auf das entschiedenste entgegentreten. Breslau, 17. Nov. 1848. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien: Pinder.

(10 Uhr Abends.) Die Landwehrmänner rücken in drei starken Colonnen vor das Rathhaus und verlangen Uebertieferung der in Beschlag genommenen Gewehre. Von Seiten des Centralausschusses ist der Antrag eingegangen: sofort eine provisorische Regierung für Breslau zu ernennen. Beides wird in strenge Berathung gezogen. Das Militärkommando fragt an: ob von Seiten der Bürgerwehr diese Nacht etwas geschehen werde; es seien demnthrigende Gerüchte laut geworden. (D. A. Z.)

Wien, 15. Nov. Noch theile ich Ihnen gewerdene Abschrift von dem gegen Robert Blum ergangenen Todesurtheil mit: Urtel, welches in auf Befehl des hohen k. k. Militär-Stadtkommando in Wien zusammengesetzten permanenten Standrechte mit Einheit der Stimmen geschöpft wurde. Hr. Robert Blum, zu Köln in Rheinpreußen gebürtig, 40 Jahre alt, katholisch, verheirathet, Vater von 4 Kindern, Buchhändler zu Leipzig, welcher bei erhobenen Thatbestand durch sein Geständniß und Zeugen überwiesen ist, am 23. Oct. l. J. in der Aula zu Wien durch Reden in einer Versammlung zum Aufruhr aufgerezt, und am 26. Oct. l. J. an dem bewaffneten Aufruhr in Wien als Commandant einer Compagnie des Sittenkorps thätigen Antheil genommen zu haben, soll nach Bestimmung der Privilegien Cr. Durchl des F.-M. Fürsten zu Windisch-Grätz vom 20. und 22. Oct. dann nach §. 4. im 62. Art. der Theres. Gerichtsordnung mit dem Tode durch den Strang bestraft werden. So gesprochen in dem Standrechte, angefangen um 4½ Uhr Abends, am 8. Nov. 1848. Cordier m. p. Major, als Präsed. Wolfersom m. p. Hauptmann, Auditor. Ist kund zu machen und in augenblicklicher Ermangelung eines Freimanns mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen. Wien, 8. Nov. 1848. Im Namen Sr. Durchl. des Herrn Feldmarschalls. Hypsek m. p. Generalmajor. Kund gemacht und mit Pulver und Blei durch Erschießen vollzogen worden. Wien, am 9. Nov. 1848. Im Allg. Morgenzig. Wolfersom m. p. Hauptmann, Auditor. (D. A. Z.)

Wien, 16. Nov. Wie ich es Ihnen vorhersagte, ist für Messenhauser keine Gnade erfolgt, und die einzig eingetretene Milderung war Erschießen anstatt Hängen. Die Hinrichtung fand diesen Morgen im Stadtgraben vor dem Neuthore statt. Der Verurtheilte hatte sich fortwährend gefaßt und heiter gezeigt, und den drei zur Execution ausersehenen Soldaten selbst angebeutet, wohin sie zielen sollen. Er kommandirt selbst — Feuer und fiel augenblicklich todt nieder. Es waren nur wenige Personen anwesend.

Wien, 15. Nov. Heute spricht man an öffentlichen Orten, in Graz habe man die Republik proklamirt. Möglich ist es wohl daß die sogenannten Volksfreunde dort eine Schilderhebung in in diesem Sinne versucht haben, zumal wenn man in Erwägung zieht, daß der Graf Stadion und Redakteur Draxler, beide Abgeordnete des steiermärkischen Landtages, als Abgesandte beim Feldmarschall Audienz nahmen, um ihn wegen Unterdrückung eines drohenden Aufstandes anzugehen. Der Grazer Demokrat Emperger, welcher die hiesige Revolution mitgemacht, befindet sich in Gewahrsam und ein ganzer Stoß Vorerhebungen liegt dem Kriegsgerichte bereits zur Einsicht vor.

Salzburg, 14. Nov. In unsern Gauen und in allen österreichisch-deutschen Provinzen sind seit einigen Tagen Adressen an die Nationalversammlung in Frankfurt im Werke, in welchen die Zustimmung zu den §§. 2 und 3 der Reichsverfassung und die Bitte ausgesprochen ist diese Beschlüsse energisch aufrechthalten zu wollen. Ebenso werden viele Mißtrauensvoten an österreichische Deputirte, die am 27. Oct. gegen die beiden Paragraphen stimmten, nach Frankfurt abgehen. Auch ein Congreß der österreichisch-deutschen Provinzen in Salzburg, von jeder derselben durch zwei Deputirte beschickt, steht in Aussicht, um über ihre Stellung zum Gesammtstaat Oesterreich und zu Deutschland zu berathen und der Regierung darüber ihre Collectiv-Ansichte vorzulegen. (A. Z.)

— Oldenburg, 16. Novbr. An den Landtag ist heute ein Ministerialschreiben ergangen, worin demselben die erfreuliche Erklärung gemacht wird, daß die Civilliste für die Dauer der Regierung des Großherzogs vereinbart, und das gesammte Domainialvermögen für Staatsgut erklärt werden solle. Ueber das Verhältniß des Hausvermögens werden die Bestimmungen vorbehalten.

Digitized by Google

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 6. Nov., geht dem „Mannheimer Journal" folgendes Schreiben zu: In den deutschen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet, daß Rußland mit den kaukasischen Völkern Friede geschlossen und ihnen ihre Freiheit und Unabhängigkeit bewilligt habe. Ich kann sie dagegen versichern, daß dieselbe, wenn nicht gerade nur einer Erfindung, so doch auf einer starken Uebertreibung beruht. Die letzten Briefe aus Tiflis melden wenigstens, daß in der Stellung der feindlichen Parteien durchaus keine Aenderung eingetreten ist. Das obenerwähnte Gerücht mag dadurch entstanden sein, daß einige dagestbanische Stämme, gedrängt durch die russische Uebermacht, den Fürsten Woronzoff Friedensanerbietungen gemacht haben und daß von den im Kaukasus stationirten Truppen ein Corps von 5000 Mann nach Polen beordert worden ist. Wollte Rußland den Kaukasus aufgeben, so hieße das so viel, daß es nicht nur seine ganze bisher befolgte Politik, sondern auch einen Theil seiner asiatischen Provinzen fahren lasse. (F. O. P. A. Z.)

Anzeigen.

Lieferungs-Akkord.

Von der Oekonomie-Commission des Kgl. 13. Infanterie-Regiments (Hertling) wird am Mittwoch, als am 29. dieses Monats-Vormittags 9 Uhr auf der Rechnungs-Kanzlei eine Quantität von dunkelgrauen, korndlauen, schwarzen, scharlachrothen, stahlgrünen Tüchern, Futterdoy, dann Bundschuhen und Sohlen mit Fleck zur Lieferung in Akkord gegeben.

Lieferungsbereichte werden mit dem Bemerken eingeladen, daß sie sich über ihre Vermögens-Verhältnisse durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Bayreuth, den 12. November 1848.

Aufruf.

In der außerordentlichen Sitzung des patriotischen Vereins vom gestrigen wurde beschlossen, sowohl unter den Mitgliedern desselben, als auch in hiesiger Stadt überhaupt, eine Sammlung

für die Hinterlassenen Blum's (Mutter, Frau und vier Kindern) sowie für die Hinterlassenen Auerswald's (sieben Waisen)

zu veranstalten. Beide sind der Unterstützung bedürftig, wie es die Aufrufe aus Frankfurt und Marienwerder beurkunden; beide waren Ehrenmänner, wenn auch von verschiedener Ueberzeugung.

Zur Empfangnahme der Gaben sind sowohl Herr Redakteur Würzburger, als auch Herr Kaufmann Fr. Feustel, gerne bereit.

Möchte dieser Aufruf, ein Ruf an's menschliche Herz, ein Ruf der deutschen Ehre, einen starken Widerhall in Aller Herzen finden!

Bayreuth, 21. November 1848.

Der Vorstand des patriotischen Vereins.

Die Red. d. Bl. eröffnet die Subscription für Blum's Hinterlassene mit 1 fl. 30 kr.

Neuer Atlas zum Schul- und Handgebrauch.

In der Unterzeichneten ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Bayreuth in der Buchner'schen:

Daniel Völters
Schul-Atlas
in 36 Karten.
3. umgearbeitete Auflage.

quer Folio. 1. Lief. (10 Karten). Preis: 1 fl. 48 kr.

Dieser berühmte Atlas findet fortwährend solchen Beifall, daß wir uns dadurch aufgemuntert sahen, einen großen Theil der Karten zeitgemäß erneuern zu lassen. Durch die Herausgabe in Lieferungen können stets die neuesten politischen Veränderungen berücksichtigt werden; und entspricht der Atlas nun in noch vollkommenerem Grade als bisher den wahren Stande der physikalischen und politischen Geographie.

Der ganze Atlas von 36 Karten wird 6 fl. 36 kr. oder 4 Rthlr. kosten und in 3 oder 4 Lieferungen, deren Preis sich nach ihrem Umfange richten, im nächsten Frühjahre vollständig sein. Die deutschen Spezialkarten erscheinen in der letzten Lieferung, falls sich unsere politischen Zustände nicht früher fester gestalten sollten.

Eßlingen, im November 1848.

Dannheimer'sche Buchhandlung.
(C. Weychardt.)

(Unlieb verspätet.) Während in der neuern Zeit die befreite Presse so manche Klage bringt über inhumanes, herrisches Wesen von Seite einzelner Patr.-Beamten, so ist es für den Schreiber dieser Zeilen um so angenehmer, eines Mannes hier rühmend zu gedenken, der seit mehren Jahren dem freih. von Aerchenfeld'schen Amte Heinersreuth in einer Weise vorstand, wodurch er sich die Achtung und Liebe der hohen Guttherrn sowohl, wie auch der Grundholden desselben gewiß dauernd gesichert hat. Ungern sehen wir deshalb Herrn Karmann von hier scheiden, obschon es und eine Beruhigung ist, ihn in einen Wirkungskreis eingeführt zu sehen, wo er sich bald heimisch fühlen muß, da ein schlichter Ton in der bekannten biederen Gesinnung der Bewohner Bayreuths sicher manches Echo findet. — Und dies wünschen wir dem Ehrenmanne, wünschen ihm und seinen Lieben eine frohe glückliche Zukunft!

—r—, im November 1848.

Einer im Namen Vieler.

Einige Worte zur rechten Zeit.

Wir Soldaten der königlich bayerischen Armee haben mit unserem auf die Konstitution des Reiches abgelegten Eid eine große Pflicht zu der schon aufgehabten übenommen und dürfen daher im Hinblick auf dieselbe keinen Augenblick dem Lauf der jetzigen Zeit unsere Aufmerksamkeit und Beachtung entziehen, um als konstitutionelle Bürger zur Aufrechthaltung der Konstition mitzuwirken und, wenn es je nöthig werden könnte, sie mit unserm Blut und Leben zu vertheidigen. Groß sind in der Wirklichkeit die uns auferlegten Pflichten, doppelt groß darum, weil, wie es sich immer klarer herausstellt, seit jenem Tage, wo unsere Beeidigung erfolgte, sich Mitglieder der mit dem Fluche des Verbrechens beladenen Gegenpartei Alles zu versuchen erlauben, uns mit ihren Verderben bringenden Grundsätzen vertraut zu machen, uns, die Stützen des Staaten und der Gesetze, zu ihrem Vortheile heranzubilden, zu ihren Helfershelfern erniedrigen zu wollen, um im schicklichen Momente vereint mit uns, mit einem Schlage, all das Herrliche und Gute, was unser Vaterland bereits genießt und nach gegebenen allerhöchsten Verheißungen fernerhin in weiter ausgedehnten Maße noch genießen wird, in dunkle Todesnacht zu versenken. Um nun diesen Versuchern, welche mit Geld und glatten Zungen jeden ihnen Gehör schenkenden Soldaten eine bessere militärische Zukunft vorspiegeln und zuflüstern, einen festen unübersteigbaren Damm entgegen zu bauen, muß jeder ehrliebende Krieger laub gegen solch' seinen Stand und seiner Person entwürdigendes Ansinnen seyn, muß jeder entschieden sein Glaubensbekenntniß, welches darin besteht, König und Vaterland bis zum letzten Athemzuge furchtlos, ehrlich und treu vertheidigen zu wollen, offen ablegen, und muß dann allenthalben, — wo immer im deutschen Gauen der Geist der Zwietracht und Unordnung seine Fahnen aufstellet und das Eigenthum der Staaten und der darin hausenden ruhigen Bürger bedroht zu werden vermöchte, — durch die That beweisen, daß er im Stande ist, mit kräftiger Faust jedes Deutschen Gut und Habe, gleich so als ob er den Heerd der eigenen Eltern zu vertheidigen hätte, muthig zu schützen, indem im ähnlichen Falle auch seine Heimath, seine Lieben, durch brave Kameraden anderer Regimenter, anderer Heere, gleichartig geschützt, gleichartig vertheidiget werden. Finden diese Worte, welche das Ergebniß gemachter Erfahrungen sind, Eingang in den Gemüthern aller deutschen Mitkrieger und Kameraden, so werden sie veranlassen, daß Erstere mit ruhiger Zuversicht und Vertrauen auf noch kommende glückliche Zeiten die harte Gegenwart standhaft ertragen, und Letztere in Erfüllung ihrer heiligsten Pflichten für König und Vaterland nie wanken, und Alle, sie mögen Glaubens und Standes seyn wie immer sie wollen, werden denken und sprechen: „Gott bewahre uns vor der so oft gebotenen werdenden Bruderhand der Apostel des, alles Bestehende zu zerstören drohenden Dämon's der Zeit."

Einladung zur Betheiligung

an den Churbesslichen und Badischen Prämien-Ziehungen, welche **am 30. November und 1. December 1848** stattfinden. Jede darin erscheinende Nummer erhält unbedingt einen der folgenden Gewinne, nämlich: 36,000 Rthlr., 8000 Rthlr., 4000 Rthlr., 2000 Rthlr., 2mal 1500 Rthlr., 3mal 1000 Rthlr., 5mal 400 Rthlr., 10mal 200 Rthlr., 20mal 120 Rthlr., 31mal 100 Rthlr., 425mal 35 Rthlr., 20mal 1000 fl., 480mal 70 fl., 500mal 42 fl.

Für beide Ziehungen zusammen kostet eine Ktr. 1 fl. 40 kr. oder 1½ Rthlr. Pr. Cour.

Ausführliche Pläne, so wie auch z. B. die Ziehungslisten werden jedem Theilnehmer zugesandt.

Wiederverkäufer, die sich deßfalls an uns wenden wollen, **erhalten angemessenen Rabatt.**

J. Nachmann & Comp.
Banquiers in Mainz am Rhein.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Donnerstag | Nro. 326. | 23. November 1848.

Parlamentarische Rückblicke.

Die am 9. l. Mts. in Wien vollzogene standrechtliche Exekution gegen Robert Blum, eines der hervorragendsten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung hat hier, wie überall, einen Schrei des Entsetzens hervorgerufen. Als Mitglied der deutschen Nationalversammlung stand er unter dem Schutze des Gesetzes vom 30. September d. Js., seine Person war unverletzlich, nur mit Zustimmung des Parlaments konnte er verhaftet, in peinliche Untersuchung gezogen und mit irgend einer Strafe belegt werden, es ist daher dadurch, daß dieses Gesetz unbeachtet blieb, trotzdem sich der Unglückliche darauf stützte, die Würde und Hoheit der deutschen Nation und ihres Repräsentativkörpers auf deutschem Boden mit Füßen getreten worden. Wer daher noch daran hätte zweifeln können, ob die in Oesterreich jetzt herrschende Partei, Sinn und Herz für die Einigung mit dem übrigen Deutschland habe, wer einem solchen Traum sich noch hätte hingeben können, nachdem Fürst Windisch-Grätz den beiden Deputirten der deutschen Centralgewalt, Welcker und Mosle, so zu sagen, die Thüre gewiesen, nachdem er das deutsche Banner von der Kuppel des Stephansthurms hat herabreißen und mit dem schwarzgelben Spreißtuum Oesterreichs hat verlaufchen lassen, dem müßten doch jetzt endlich die Schuppen von den Augen gefallen seyn. Erlassen Sie mir die Schilderung, welche die erste Kunde dieser Gewaltthat — denn eine solche muß ich annehmen, wo die Rechtsform so schreiend verletzt ist — in der ganzen Kammer hervorgerufen hat. Man war sofort von der allgemeinen Ueberzeugung ergriffen, daß die Nationalversammlung alles aufbieten müsse, was in ihren Kräften stehe, um dieser offenen Verhöhnung und der anarchischen Verletzung ihrer gesetzlichen Erlasse mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Von Seite der Centralgewalt wurden sofort zwei weitere Deputirte in der Person des Professors Pözl aus München und A. Baur aus Augsburg abgeordnet, mit dem Befehl abgeordnet, das Faktum legal zu constatiren und sich alle darauf bezügliche Papiere auszuantworten zu lassen, während die Kammer den für die k. k. österreichischen Angelegenheiten bestehenden Ausschuß beauftragte, die Sache in sofortige Berathung zu ziehen und die sachgemäß erscheinende Anträge zu formuliren. Letztere gingen dahin:

„Die Nationalversammlung, indem sie vor ganz Deutschland gegen die, mit Außerachtlassung des Reichs-Gesetzes vom 30. Sept. l. Js. vollzogenen Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten R. Blum feierlich Verwahrung einlege, fordere das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldigen zur Verantwortung und Strafe zu ziehen."

Alle Parteien hatten sich dieser wichtigen Angelegenheit schon Tags vor der auf den 15. curr. anberaumten Sitzung die Berathung gereicht. Allen lag es klar vor, daß es die hohe Wichtigkeit der Sache erheische, wo möglich einen einstimmigen Beschluß zu erzielen, um dadurch die tiefe Entrüstung der Kammer über die Rechtswürdigkeit des ganzen Verfahrens und die Verhöhnung der deutschen Nation an den Tag zu legen, und so vereinigte man sich denn von allen Seiten dahin, daß man sich mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden erklärte. Unter feierlicher Stille wurde der Bericht verlesen, und ebenso wurden alle Fragen des Präsidenten, ob der Bericht für dringlich erachtet, ob auf das Wort verzichtet, ob der Antrag von der Kammer adoptirt werden wolle, von der ganzen Versammlung ohne Ausnahme lautlos durch Erheben vom Sitz angenommen, was einen tiefen Eindruck, zumal für Diejenigen hervorrufen mußte, welche nur zu sehr an die Beleidtheit des Hauses gewöhnt sind. Auch im Volke herrscht nicht unbedeutende Aufregung. Plakate wurden an allen Ecken angeschlagen, mit dem Motto:

Der Schwan ist todt,
Die Adler werden erstehen.

Von einem Theil der Abgeordneten wurde eine Proklamation erlassen, und nach allen Richtungen hin weiter befördert, mit der Ueberschrift:

Robert Blum ist gefallen, ein Opfer feigen Mords.

Subscriptionen zum Besten seiner Reliken wurden eröffnet, rheinische Schiffe zogen die Trauerflagge auf, in Hanau wurde auf den 19. curr. ein großer Trauergottesdienst angeordnet, und Zeitungen, wie die Reichstagszeitung, deren Gründer und Mitredakteur Blum war, so wie die Dresdener Zeitung erscheinen mit schwarzem Rande. Letztere war die erste mit zugekommen, welche etwas Näheres über die letzten Augenblicke Blum's enthielt und zwar auf den Grund von authentischen Mittheilungen, welche von den beiden Mitabgeordneten der Frankfurter Linken Hartmann und Trambusch gemacht wurden.

Sie gehen ungefähr dahin: Am 3. l. Mts. seyen Blum und Fröbel Morgens um 6 Uhr durch 30 Mann Militär gefänglich eingezogen worden. Hartmann und Trampusch hätten wohl vermuthet, daß sich bei dem General Gordon zu verwenden, und auf seine Unverletzlichkeit aufmerksam gemacht. Allein ihre Vorstellungen seyen fruchtlos gewesen, und Gordon habe den beiden Mitarbeitern sogar bemerkt, daß er auch sie hätte verhaften sollen, daß er aber auf eigene Gefahr davon Umgang genommen habe, weil sie Oesterreicher seien (!) Blum selbst habe gegen die Zuständigkeit des Gerichts protestirt; sich jedoch freiwillig erboten, alle ihm zustellenden Fragen zu beantworten.

Am 9. in der Frühstunde sey ihm das Todesurtheil publizirt und sofort zur Vollziehung geschritten worden. Im Wagen, umgeben von der Bedeckung habe er die Hand vor die Augen gehalten, laut geschluchzt, und dann sich ermahnend gesagt: „Ja, Robert Blum hat gewirkt, aber nicht der Abgeordnete Blum, der stirbt für seine Ueberzeugung, sondern der Gatte, der Vater. Ich dachte an mein liebes Weib und meine Kinder."

Auf die Beschlüsse, welche Blums Mitbürger in Leipzig gefaßt haben, will ich nicht weiter zurückkommen, sie sind aus öffentlichen Blättern ohnehin bekannt.

Aber dergen kann ich nicht, daß die neue Abordnung zweier Reichskommissaire bei der Generalvollmacht, welche Windisch-Grätz von seinem Kaiser in Händen hat, von eben so unbedeutendem Erfolg seyn wird, als die frühere, und daß im äußersten Fall es bloß gelingen kann, die bestimmte Erklärung zu erhalten, ob Oesterreich der Sache der deutschen Einheit aufrichtig ergeben sein will oder nicht. Nicht minder mache ich kein Hehl daraus, daß ich mit sehr vielen andern mich mit dem, in der Oesterreichischen Frage eingeschlagenen Verfahren nicht konformiren kann.

Man sandte die beiden ersten Deputirten mit Vollmachten ab, die so allgemein und unbestimmt waren, daß sie ihrem Auftreten offenbar zu wenig Gewicht gaben. Alles Bemühen, die Kammern zu bestimmteren, präciseren Instruktionen zu vermögen, scheiterte bis am Parteistandpunkt. Als Zellachich mit seinen Rothmänteln immer näher auf Wien rückte, und die Gefahr eines Bombardements immer größer zu werden, da erhoben sich verzweifelnd dringende Stimmen, sich vermittelnd zwischen die Streiter zu werfen, und sie vom Blutvergießen abzuhalten. Allein der desfallige Antrag wurde nicht einmal als dringlich erkannt, und daher auch nicht zur Diskussion gebracht, was um so mehr beklagt werden muß, je mehr sich die Hoffnung geltend machte, daß Windischgrätz bei einem energischen Dazwischentreten der ganzen deutschen Nation, die unannehmlichen Bedingungen nicht gestellt haben würde, welche die sofortige Capitulation unmöglich machten.

Ja selbst der Antrag Gistra's den Reichstag in Wien gegen eine ungesetzliche Verlegung nach Kremsier in's Land der Slaven zu schützen, konnte keine Gnade finden. Erst am 3. l. Mts., als die Kanonen bereits getost, als Prachtgebäude niedergeschmettert, als die Kroaten gesengt, geplündert und geschändet hatten, trat das Erwachen ein, jetzt schien es endlich dringlich, sich des armen Wien's anzunehmen, und jetzt faßte man den wichtigen Beschluß: 1) das Reichsministerium habe Sorge dafür zu tragen, daß a) die Reichskommissaire das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Centralgewalt überall kräftigst zur vollen Geltung zu bringen, sich angelegen sein lassen, b) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen, c) daß sie allen Einfluß ausüben, die Entwicklungen der österreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen, und d) daß sie dieselben Errungenschaften der deutschen Völker vom März

Digitized by Google

und Mai h. Js. gegen alle Angriffe in Schutz nehmen. Der Beschluß kam zu spät.

Denn schon einige Tage darauf kehrten die Reichskommissäre, nachdem sie von Pasian aus den Wienern ihre Heiterkeit wiedergebracht, versprochen, nachdem sie unangenehme Redensarten von Windisch-Grätz und nicht viel bessere von Wessenberg vernommen, nachdem sie mit der Erzherzogin Sophie diplomatisch verkehrt und an der kaiserlichen Tafel in Olmütz gespeist hatten, mit heiler Haut von ihrer gefährlichen Mission zurück, nicht ohne heftige Anfechtungen von vielen Seiten, namentlich von Mitgliedern der Linken gesunden zu haben, allein da einerseits für die nächste Zeit ein Rechenschaftsbericht versprochen wurde, — der zur Zeit noch nicht erstattet, und wahrscheinlich noch der Geburtsgnade bedürfen wird, da es ferner Pflicht ist, ein Urtheil in so lange zu suspendiren, bis man sich vollständig informirt und auch die Gegenpartei vernommen hat, so wußte man sich wenigstens vorläufig beruhigt halten, als von Seite des Reichsministeriums die Versicherung abgegeben wurde, daß es den Herrn Fürsten von Leiningen nach Wien entsendet habe, um den Beschlüssen der Nationalversammlung und den Requisitionen der Centralgewalt endliche Geltung zu verschaffen.

Um so größer war daher das Erstaunen, als der Abgeordnete Venedey in einer der neuern Sitzungen, während man Leiningen längst in Wien vermuthete, zur Sprache brachte, daß er sich noch in Frankfurt befinde, und als der Minister v. Schmerling erst auf diese Interpellation hin es für gerathen hielt, der Kammer zu eröffnen, daß Leiningen es verschmäht habe, auf den Grund der ihm gegebenen Instruktionen, die Mission anzunehmen. Darauf stellte Venedey die Alternative: „entweder sey das Ministerium zu schwach, dem Beschluß vom 3. l. Mts. Nachdruck zu geben, oder es sey dazu im Stande und wolle nicht.“ Ein donnernder Beifallssturm, der lange nicht enden wollte, von Seite der entschiedenen Linken folgte diesen Worten, es brach sich darin das viessach genährte Mißtrauen Bahn, daß der genannte Minister sein wahrer Freund der jungen Freiheit sey, und daß es nichts als Redensarten seyen, wenn er einmal um das Andere versichert, daß der Kampf gegen Reaktion, sowie gegen Anarchie, die Richtschnur seines Strebens und Handelns bilden. Und als zuletzt Glotta auf eine frühere, unbefriedigt gebliebene Interpellation, nämlich auf die Maaßregel des Windisch-Grätz zurückkam, Leute, die nach seinem Begriff politisch verdächtig seyen, namentlich Studenten, aufzuwuchen und sie zur Strafe ohne Urtheil und Recht unter das Militair zu reihen, sie im Kampf gegen Ungarn oder Italien zu verwenden und dadurch das Militair zu einer Strafanstalt herabzuwürdigen, als er in seiner kurzigen Rede, wie ein stolzer, edler Roß haberaufend dem Ministerium vorhält: „wie es möglich sey, daß Beschlüsse wie 3. Nov. die Errungenschaften des März festzuhalten, einem Alba überlassen könne, die politisch Verdächtigen aufzusuchen? wie es nichts gethan gegen die Leugnisse der härtesten Barbarei und Grausamkeit, wie es brennen und toben lasse, in seinem Oesterreich und jetzt, nachdem Hunderte als blutige Opfer gefallen, sich blos darauf beschränke, Instruktionen für einen neuen Bevollmächtigten zu verfassen,“ als es gelang, seinem Antrag, dahin gerichtet: „die Nationalversammlung wolle unmittelbar einschreiten, um den verheißenen Schutz zu gewähren und das Ansehen der Gesetze gegenüber den unerlaubten Maßregeln von Seite des Windisch-Grätz, zur Wahrheit zu bringen“ — die Majorität zu erkämpfen, da sich unter benannten Applaus der Linken ein zweiter schwerer Streich in die schon geschlagene klaffende Wunde, woran das Ministerium Schmerling möglicher Weise verbluten kann. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 18. Novbr. Bei der Berathung über den Verfassungsentwurf wurden die §§. 26, 27 und 28, dann der Art. VI in folgender Fassung zum Beschluß erhoben: §. 26. „Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schiffahrt und Flößerei frei von Zöllen. Bei den, mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Ausübung dieser Zollfreiheit eine billige Ausgleichung ein. Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüsse gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.“ §. 27. „Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren in den, an diesen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüsse gelegenen Orten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reiches. Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht stattfinden.“ §. 28. „Flußzölle und Schiffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt werden, jedoch bleiben für dieselben bis zum Erlaß neuer Bestimmungen oder bis zu weiterer Anordnung — die gegenwärtigen fortbestehen.“ Art. VI. §. 29. „Die Reichsgewalt hat über das gesammte Eisenbahnwesen das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht, so weit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für nothwendig und zweckmäßig erachtet. §. 30. Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnen anzulegen oder deren Anlagen zu bewilligen, sowie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Die Benutzung der Eisenbahn steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei. §. 31. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs wahrzunehmen. §. 32. Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über die den allgemeinen deutschen Verkehr vermittelnden oder zum Schutze des Reichs nothwendigen Heer- und Landstraßen, ingleichen über die Erhebung von Chausseе- und Wegegeldern und ähnlichen Abgaben auf solchen Straßen zu. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, zum Schutze des Reichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs, Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern. Sie hat für die Unterhaltung der in gewonnenen Verkehrswege zu sorgen. Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Vorlandungen gehören dem Reich.“

Frankfurt, 18. Nov. (118. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) (Schluß.) Abg. Wernher von Nierstein stellt den präjudiziellen Antrag, die Nationalvers. wolle den Antrag des Abg. v. Rappard und Genossen nebst sämmtlichen darauf Bezug habenden Unteranträgen dem Ausschusse für die Verhältnisse der Einzelstaaten zur Centralgewalt zur schleunigen Begutachtung überweisen. Venedey verlangt, daß der Reichscommissär Bassermann die Autorität nenne, welche als Bedingung des Friedens zwischen der Berliner Landesversammlung und der preuß. Regierung die Aufrechterhaltung der königl. Prinzen auf dem preußischen Staate gestellt habe. Heron hänge die heutige Entscheidung ab. Bassermann erklärt, daß er bereit sey, den Ausschusse jede Antwort zu ertheilen. Raveaux ergreift unter dem Beifalle des Hauses das Wort: Er begreife nicht wie man es wagen könne, in einem so bedeutungsvollen Momente eine Sache verzögern zu wollen, die zur Entscheidung gekommen sey. Thatsachen sprechen laut, Zeugenverhöre seien somit unnöthig. Wo offizielle Thatsachen vorliegen, müsse offiziell gehandelt werden. Berlin stehe auf einem Vulkane, der Beschluß der Versammlung müsse ein energischer seyn, darauf hatte ganz Deutschland. Thatsachen sie nicht mit Ihrem Beschlusse, rufe der Redner, daß die Städte bombardirt, die Reichsstatthaltergesetz. getödtet sind.“ (Bravo!) Es thut Noth, daß Deutschland wisse, in welchem Sinne die Nationalversammlung handelt. Wird die Frage an einen Ausschuß verwiesen, so dürfte leicht die Beschlußfassung zu spät sich erweisen. Die „faits accomplis“ haben in unserer Zeit eine traurige Rolle gespielt. Zögern wir nicht, nach so vielen traurigen Erfahrungen. Schon hat Deutschland Oesterreich verloren. Werden die vorliegenden Anträge einem Ausschuß übergeben, so dürfte uns inzwischen Preußen verloren gehen. Haben Sie Muth, zu beschließen; es wird besser sein, als diese wichtige Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. (Beifall.) Es wird zur Abstimmung geschritten und der Wernhersche Antrag unter Namensaufruf mit 261 gegen 172 Stimmen zum Beschlusse erhoben. Es wird zur Tagesord. geschritten. Die Permanenz. sogt ohne Discussion über Art. VI. des Verfassungsentwurfs, die Bestimmungen über das Eisenbahnwesen, den Straßen und Kanalbau betr. Beschluß. Hiernach erhält Julius Fröbel das Wort zu einem Berichte über seine und Robert Blums standrechtliche Verfolgung. Die Linke begrüßt sein Erscheinen auf der Tribune mit Beifallsklatschen. Er erzählt, er sey mit Robert Blum am 13. Oct. nach Wien abgereist, am 17. dort angekommen, um eine Adresse der Linken an die Bevölkerung Wiens zu überbringen. Nach einigen Tagen sey ihr Auftrag vollzogen gewesen und Robert Blum und er hätten abreisen wollen. Allein dieser Abreise stellten sich unüberwindliche Hindernisse entgegen und sie entschlossen sich daher zum Bleiben. Fröbel ward Hauptmann der 3., Blum der 1. Elitencompagnie, die ursprünglich zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt bestimmt waren. Allein das Corps wurde ganz anders verwendet und an die gefährlichsten Punkte der Vertheidigung gestellt. Dazu seyen beide Abgeordnete bald zu der Ueberzeugung gelangt, die Stadt werde an die Belagerer verrathen! Sie hätten daher am 29. Oct. früh ihre Entlassung von den Befehlshaberstellen gegeben, und auch angenommen worden sey, worauf sie sich ruhig zu Hause verhielten. Nach dem Einrücken des Militärs wendeten sie sich

Digitized by Google

an das Staatskommando, um zur Rückreise nach Frankfurt die Erlaubniß zu fordern, am 3. Nov. eben deßhalb an den General Cordon, — am 4. wurden sie verhaftet. Nachmittags 4 Uhr richteten die Gefangenen ein Schreiben an die Untersuchungsbehörde, in dem sie gegen die Fortdauer ihrer Haft, unter Anführung ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete protestirten. Die Antwort auf diesen Protest sey das Verhör am 8. und die Erschießung Blum's am 9. gewesen. Fröbel schilderte dann, mit welchem Raffinement er (Fröbel selbst) vier Tage lang in einsamer Gefangenschaft und in der Meinung erhalten worden sey, daß er seiner Hinrichtung jeden Augenblick entgegen sehen müsse. Sein Verhör habe sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob er nach der Erklärung des Belagerungs-Zustandes für Wien durch den Fürsten Windischgrätz noch die Waffen geführt habe. Als ein wichtiges Vertheidigungs-Moment habe dagegen eine Broschüre Fröbels gegolten, „Wien, Deutschland und Europa", die ihrer Zeit von der konservativen Presse Oesterreichs einige Anerkenntniß erfahren habe. Erst am 11. Novbr. erfolgte wirklich Fröbel's Verurtheilung zum Strange, zugleich aber auch die Begnadigung durch den Fürsten Windisch-Grätz und die Freigebung des Gefangenen.

Frankfurt, 18. Novbr. Abg. Jordan aus Berlin ist im Ratinemministerium als Marinerath mit 2500 Fl. festen Gehalt angestellt worden. Die Diäten behält er außerdem.

Frankfurt, 19. Novbr. An die Stelle des Abgeordneten Raveaux, der es mit seiner Ehre, seiner Pflicht und seinem Gewissen unvereinbar hielt, dem Reichsministerium ferner zu dienen, ist der Abgeord. Biedermann aus Leipzig zum Gesandten der Centralgewalt in der Schweiz ernannt worden. (F. J.)

München. Die im Expeditionslokale der deutschen constit. Ztg. auflegende Liste zur Einzeichnung von Unterstützungsbeiträgen für die Hinterbliebenen des gemordeten Robert Blum weiset schon eine große Menge von Namen auf. Wie wir hören, werden auch Mitglieder des königlichen Hauses zu dieser Sammlung beisteuern. (Bayer. Landb.)

Nach dem Reg.-Bl. ist der Rathsabzeptirt bei der Regierungsfinanzkammer von Oberfranken C. W. Brater zum Rechnungskommissär daselbst ernannt worden.

Berlin, 19. Novbr. Der heutige Staatsanzeiger enthält folgende vom Staatsministerium unterm 18. Novbr. an sämmtliche königl. Regierungen gerichtete Verfügung: Es wird der königl. Regierung schon bekannt geworden seyn, daß von Seiten desjenigen Theiles der zur Berfassungsberatung einberufenen Versammlung, welcher die Beschlußfähigkeit bei der Verlegung nach Brandenburg unbeachtet lassend, ohne Theilnahme der Vertreter der Krone ihre Zusammenkünfte hier fortgesetzt hat, nächst Anderem auch der Beschluß gefaßt worden ist, daß bis zur Zurücknahme der von der Regierung getroffenen Maßregeln alle und jede Steuerzahlung zu verweigern sey. Wenn auch voraussetzen ist, daß dem gesunden Sinne des Landes die formelle und materielle Unzulässigkeit eines Schrittes wohl einleuchten wird, der in seinen weitern Folgen das ganze Land in einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit und in unabsehbare Verwirrung stürzen würde, so halten wir uns dennoch verpflichtet, die königl. Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn und wo sich wider Verhoffen irgend eine Verwirklichung des vorgedachten Aufrufs kundgeben sollte, hiergegen ohne Verzug und nöthigenfalls, wenn eine vorgängige Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widersetzlichkeit fruchtlos bleibt, mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten ist. Die sämmtlichen Truppenbefehlshaber sind angewiesen, den deßfallsigen Requisitionen der kgl. Regierung und der von ihr für diesen Zweck zu bezeichnenden Commissäre zu genügen. Dabei aber bleibt der königl. Regierung ganz besonders empfohlen, Alles zu thun, daß die wegen eingetretener Widersetzlichkeit anzuordnenden Zwangsmaßregeln nicht auf die Beitreibung solcher Steuerbeiträge ausgedehnt werden, welche nur wegen des Unvermögens der Steuerpflichtigen in Rückstand geblieben sind, indem es, wenn gleich die dermaligen bedeutenden Ausgaben der Staatskasse den pünktlichen und unverkürzten Eingang der Steuern sehr wünschenswerth erscheinen lassen, dennoch ganz außer der Absicht liegt, die Rücksichten der Schonung und Milde gegen bedrängte oder durch Unglücksfälle betroffene Steuerpflichtige außer Augen gesetzt zu sehen. Diesem entsprechend, werden daher auch die durch anzuordnende außergewöhnliche Zwangsmaßregeln verursachten Kosten nur auf diejenigen Steuerpflichtigen zu vertheilen seyn, welche die schuldigen Steuerzahlungen aus Widersetzlichkeit nicht geleistet haben.

Berlin, 19. Novbr. Alles ist noch beim Alten, Entwaffnungen, Verhaftungen, Hausrechts- und Eigenthumsverletzungen finden nach wie vor statt. Man spricht davon, daß drei Soldaten, welche den Kriegsartikeln zuwider gehandelt haben, erschossen seyen. Daß dieses blutige Verfahren noch nicht gegen Civilpersonen zur Anwendung gebracht worden, ist so wenig das Verdienst des Generals v. Wrangel als des Ministers v. Manteuffel. Wir haben schon berichtet, daß das Kammergericht die Wrangel'sche Proklamirung des Kriegszustandes für ungesetzmäßig erklärt, und auch das Auditoriat sich geweigert hat, gegen Civilpersonen kriegsrechtlich zu verfahren. Vorzugsweise hat sich in dieser Beziehung der Vorsitzende des Kriegsgerichts, geh. Rath Saltzach, energisch ausgesprochen. Zur Beseitigung dieser Bedenken hat der General Wrangel eine von sämmtlichen Ministern contrasignirte Cabinetsordre extrahirt, in welcher General Wrangel ermächtigt wird, kriegsgerichtliche Erkenntnisse, selbst wenn sie auf den Tod lauten, statt des Königs zu bestätigen und vollstrecken zu lassen. Die Auditeure haben sich indeß hierdurch nicht bewegen lassen, von ihrer ausgesprochenen Erklärung abzugehen. — Die Unterredung, welche der Abg. v. Kirchmann mit Hrn. Bassermann gehabt haben soll, ist ein neuer Beweis von der List, deren sich die Contrerevolution neben ihrem Terrorismus bedient, um sich zu behaupten. Das Gespräch, welches zwischen den genannten beiden Männern in der That stattgehabt hat, ist mit zahllosen Entstellungen, mit absichtlichen Fälschungen im Sinn und den Worten und gänzlich entlogenen Zusätzen zunächst in die Neu-Preußische Zeitung und in die mit derselben verbundene Parlaments-Correspondenz übergegangen, sodann in lithographirten Abdrücken unter die Soldaten der hiesigen Garnison vertheilt worden. Diese Lithographie, die unmittelbar aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern hervorgegangen ist, hat folgenden, das ganze Verfahren charakterisirenden Zusatz: „Dies zur Kenntniß aller Treuen, damit sie wissen, was sie von den Beschlüssen und von den Zwecken der sogenannten Nationalversammlung (Club Unruh) zu halten haben. Es lebe der König!" — Der Frankfurter Abg. Simon aus Trier befand sich hier, um in die hiesige Nationalversammlung, für die er gleichfalls gewählt ist, einzutreten. Rösler aus Oels ist hier durchgereist. — Während der verflossenen Nacht sind 25 Compagnien der hiesigen Truppen ausgerückt, wie es heißt, um nach Schlesien zu marschiren. Dagegen soll das sechste Regiment hierher verlegt werden. — Mit haben gestern eines Tractats erwähnt, welcher in Verfolg des Memoire vom 7. Sept. von der diesseitigen Regierung abgeschlossen ist. Trotz der Verschärfung des Staats-Anzeigers wiederholen wir, daß jene von der Deutschen Reform ihrem wesentlichen Inhalt nach mitgetheilte Denkschrift allerdings ebenso wie der Tractat existirt. Wir fügen noch als unverkürzter Quelle hinzu, daß die Abberufung des preußischen Generalconsuls für die Donaufürstenthümer Frhrn. v. Richthofen, welche gerade zu einer Zeit erfolgte, wo die Occupation jener Länder durch russische Truppen die Wahrnehmung der diesseitigen Handelsinteressen durch einen energischen Vertreter dringender als je erforderte, mit jenem Vertrage im engsten Zusammenhange steht.

Berlin, 19. Nov. Die Nationalversammlung schleint mit Rücksicht auf die Militärgewalt ihre Sitzungen für die nächste Zeit, wie bereits gestern erwähnt ist, einstellen zu wollen. In einer von etwa 240 Abgeordneten unterschriebenen, an das Land gerichteten Proklamation wird dies ausgesprochen, zugleich aber hinzugefügt, daß sämmtliche unterzeichnete Abgeordnete in Berlin ihren Wohnsitz behalten und in dringenden Fällen sofort bereit sein würden, auf den Ruf ihres Präsidenten zusammenzutreten.

Die Berliner Spenersche Ztg. vom 19. spricht von einem Ministerium Beckerath-Camphausen-Gradow-Simon. Es ging die Rede von schleuniger Mobilmachung der drei Armeekorps in den Provinzen Brandenburg, Sachsen und Schlesien.

Halle, 19. Nov. Heute ist ein Landwehrbataillon eingekleidet worden. Landwehrmann Pösche forderte seine Kameraden auf, sich für die Nationalversammlung zu erklären, was auch geschah, die Offiziere abgerechnet. — Um 1 Uhr eine Volksversammlung auf dem Markte, in welcher Ehrlich und Kaulfuß über unsere gegenwärtigen Zerwürfnisse sprachen; da läßt auf einmal der Oberst der Bürgerwehr, Greusau, mit Stadtrath Wucherer's Zustimmung ein paar der vorher schon aufgestellten Compagnien mit gefälltem Bayonnet die unbewaffnete Menge angreifen und sie zerstreuen. Die Lanciers suchten das freie Versammlungsrecht zu schützen, und es setzte dabei auf beiden Seiten einige leichte Verwundungen. (D. A. Z.)

Halle, 19. Novbr. Die demokratische Partei ist heute im offenen Aufstande der constitutionellen erregen. Gestern und heute Morgen hielt jene Volksversammlungen, in denen sie zum offenen Widerstande gegen alle „hochverrätherischen Behörden" aufforderte und die Einkleidung der Landwehr mit Gewalt hindern wollte. Nach mehrstündigem Drängen, Lärmen und Schimpfen

Digitized by Google

kam es auf dem Markte zum Kampfe. Es fielen einige Schüsse auf die Bürgerwehr von den republikanischen Lanziers, die ein fliegendes Corps derselben bilden. Hierauf machte jene einen Angriff, entwaffnete die Republikaner und nahm ihre Führer gefangen, um sie sofort dem Criminal zu übergeben. Die übrigen Häupter der Republikaner, sind entflohen. Die Steuerverweigerung, welche die Nationalversammlung in Berlin dekretirt hat, ist von den hiesigen Clubs und Behörden abgewiesen, dagegen forderte diese in einer Adresse vom Ministerium schleunige Ausführung der Frankfurter Vermittelungsvorschläge. (D. A. Z.)

Breslau, 16. Nov. Durch Straßenplacat eingeladen, versammelte sich heute die Menge auf dem Neumarkt. Um 4 Uhr sollten die Vorträge beginnen. Da trat ein Sprecher auf und bat die Versammlung, sich noch eine halbe Stunde zu gedulden, bis die Zahl der Anwesenden die heute dringend nöthige Stärke erreicht haben würde. Nach Ablauf der Frist bestieg derselbe Redner die Tribune. Mit erhobener Hand sprach er von der Nähe der Gefahr des Vaterlandes ꝛc. Die Truppen, sagte er, häufen sich in unserer nächsten Umgebung, heute Nacht könnten sie schon einrücken, und dann würde morgen ohne Zweifel der Belagerungszustand über uns verhängt werden. Nochmals erinnerte der Redner daran, daß das Vaterland rufe, und indem er sein Schwert entblößte, fragte er die Versammlung, ob sie entschlossen sei, der Gewalt mit Energie entgegenzutreten. Es wurde mit Ja geantwortet. Hierauf machte derselbe Redner den Vorschlag, die Eingänge der Stadt in Vertheidigungszustand zu versetzen resp. zu verbarrikadiren, um das Eindringen von Soldatenmassen zu verhindern, und fragte, ob man auch hierzu bereit sei. Hr. Schlesshahn hat nun die Versammlung, nach den Ausgängen der Stadt zu eilen, zunächst dem Oderthor. Die Menge zertheilte sich nach verschiedenen Richtungen hin. Ein Placat lud heute die Mitglieder des Landwehrvereins zur Besitznahme der Gewehre vor das Rathhaus. Ein Theil der Landwehrmänner wurde aus dem Wehrkamte mit Musketen versehen. D. A. Z.)

Rendsburg, 14. Novbr. Der ehemalige wackere Präsident unserer provisorischen Regierung, H. W. Beseler, ist in Stadt und Land mit überwiegender Majorität zum Abgeordneten bei der deutschen Reichsversammlung erwählt. Hier erhielt derselbe 913, Th. Olshausen 491 Stimmen. (F. J.)

Wien, 18. Nov. Zwei Mitglieder des Frankfurter Reichstags sind hier angekommen, um vom Fürsten Windischgrätz Erläuterungen über die Hinrichtung Robert Blums zu verlangen, vielleicht auch Protestation dagegen einzulegen. Nachsicht. Soeben verbreitet sich die Kunde, daß Preßburg sich den kaiserlichen Truppen unterworfen hat.

Wien. Ueber die Verhandlungen der Herren Welcker und Mosle mit Windisch-Grätz gebe ich Ihnen folgende Mittheilung aus bester Quelle, wörtlich, wie ich sie gehört habe: Die Herren Mosle und Welcker baten um eine Audienz bei dem Fürsten Windisch-Grätz, welche ihnen auch in Stammersdorf (im Marchfelde) gewährt wurde. Der Fürst empfing sie mit allen Formen der Höflichkeit und des guten Tones und ließ sie, selbst sich beinahe stumm verhaltend, ganz aussprechen. Seine Antwort war ganz kurz folgende: Oesterreich sey noch nicht so weit herabgekommen, daß es badischer oder oldenburger Truppen bedürfe, um im eigenen Hause Ordnung zu machen; übrigens danke er den Herren für den gutmüthigen guten Willen. (D. Z.)

Wien, 16. Novbr. Auch der Türkei lauten Privatbriefe bedenklich, indem man den ernstlichsten Kämpfen entgegen steht, die vielleicht die Existenz der europäischen Türkei in Frage stellen. Die Russen konzentrirten im geheimen mächtiges Kriegsmaterial (Pontons u. dgl.) an den Ufern der Donau. Auch zirkulirten hier vage Gerüchte über einen Krieg Rußlands mit der Türkei.

Frankreich.

* Paris, 17. Novbr. Alle Journale, ohne Ausnahme, erheben sich heute mit Entrüstung gegen die Ermordung Robert Blums in Wien. Selbst das Debats, das bis jetzt immer die Sache des österreichischen Kaiserhauses vertheidigte, selbst die Presse, die jedem Gewaltstreiche der Reaktion Beifall zujubelte, welchen heute der Gewalt der öffentlichen Meinung und ihres Gewissens und finden nicht energische Worte genug um diese dummgrausamen Exekutionen in Wien zu verdammen. Auch das Urtheil über die Ereignisse in Berlin ist in allen Organen der öffentlichen Meinung dasselbe, — selbst die gemäßigtesten und entschieden-monarchischen Journale bedauern den falschen Weg, auf den treulose Rathgeber den König gedrängt haben und prophezeihen ihm das Schicksal Ludwigs XVI.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 20. Novbr. In der 119. Sitzung der constituirenden Reichsversammlung trug der Abgeordnete Jordan für den Ausschuß über den Rappardschen Antrag darauf an: die Generalgewalt aufzufordern, durch die Reichskommissäre hinzuwirken, auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Suspension der Steuererhebung für null und nichtig zu erklären, dem preußischen Volke die errungenen Freiheiten zu garantiren. Der Antrag wurde angenommen.

Bekanntmachung.

Seit kurzer Zeit sind Fälle vorgekommen, daß Leichenfrauen das Trankgeld für die beiden Knechte, welche den Leichenwagen begleiten, doppelt erhoben haben.

Um diesen Uebelstand zu beseitigen, wurde die Anordnung getroffen, daß das Trankgeld, welches ohnevorwahmäßig — 30 kr. für einen Knecht beträgt, mit den Gebühren für den Leichenwagen zugleich erhoben wird.

Für arme Personen wird der Leichenwagen unentgeldlich abgegeben, wesshalb die beiden Knechte auf ein Trankgeld keinen Anspruch zu machen haben; was hiemit öffentlich bekannt gemacht wird.

Bayreuth, den 21. November 1848.

Die Stadtkämmerei.
Wich.

Anzeigen.

Die Unterthorer, die einen Ueberschuß von 8 fl. und einigen Kreuzern aus den Märztagen, von angeschaffter deutscher Fahne, haben, geben denselben zur Unterstützung, so wie dieselben eine Sammlung für die Wittwe und Waisen des unsterblichen Robert Blum, dessen edles Herz blos für die Wohlfahrt Deutschlands schlug, und den ein Scheusal von Menschen, der aus den Höllenpfuhl hervorgegangen ist, morden ließ, veranstalten. Möchten reichlicht Gaben hiezu gespendet werden.

Die Auerswald'sche Wittwe und Kinder, die eine nicht unbedeutende Pension genießt, empfehlen wir besonders den hiesigen Aristokraten und patriotischen Verein bestens, und wünschen von Herzen, daß die veranstaltete Sammlung für dieselben so reichlich ausfallen möge, als Aristokrat Auerswald als Parlaments-Mitglied in Frankfurt Soldaten in's Leben gerufen hat. Beter für Ke!

Ein Unterthorer.

Anfündigung.

So eben ist im Selbstverlage des Verf. erschienen und wird durch die Giegler'sche Buchhandlung in Schweinfurt versendet:

Die Bildung unsrer deutschen Volksschullehrer.

Gutachten von einem Freunde und ehemaligen Genossen derselben,

Fr. C. Thomas, derzeit. Pfarrer in Schwebheim.

Preis 12 kr.

Unterzeichnete empfiehlt ihre selbst verfertigte, sehr schöne einfache und Doppel-Bänder zur gefälligen Abnahme und bemerkt dabei, daß sie auch alle Bänder wieder neu herrichtet.

Sophie Meister,
wohnhaft im Hause der Frau Wittwe Rahm
auf dem Graben Nr. 618.

Unterzeichnete empfiehlt sich in sehr geschmackvoller und billiger Arbeit.

Karolina Löw, Putzarbeiterin,
Nr. 138 in der Ochsengasse über 2 Stiegen.

Jemand wünscht billig Unterricht im Lateinischen und Griechischen zu geben. Auch wäre derselbe nicht abgeneigt, die Correktur größerer und kleinere Werke zu übernehmen. Wer? sagt die Expedition dieses Blattes.

Ein Zimmer mit Meubels ist stündlich zu vermiethen bei
Schobert.

In dem Hause Nr. 83 am Markt ist das Logis über 2 Treppen zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 327. | 24. November 1848.

Parlamentarische Rückblicke.

An die österreichischen Verhältnisse reihen sich ihrer Wichtigkeit nach die Preußischen und wenn ich deren hier ebenfalls näher gedenke, so geschieht es lediglich in der Absicht, noch einige Streiflichter auf die Fraktionen der Versammlung zu werfen und einen weiteren Beitrag zu Charakteristik derselben zu liefern. Schon am 11. d. standen die preußischen Verhältnisse auf der Tagesordnung, veranlaßt durch einen Antrag des durch sein Werk: „Annehmen oder ablehnen?“ in der politischen Welt wohlbekannten Simon, welcher dahin ging: „die Centralgewalt aufzufordern, an die Preußische Regierung die sofortige Erklärung zu richten, daß sie außer ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Lande ein Ministerium gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der Bevölkerung aufdringen, wenn sie ohne Uebereinstimmung mit der constituirenden Versammlung diese vertagen und verlegen wolle ꝛc.

Alle einzelnen Fraktionen machten sofort diesen Antrag zum Gegenstand ihrer ernstlichen Berathung, und die ganze Linke, mit Ausnahme zweier Fraktionen des Centrums, insbesondere diejenigen, welche statutenmäßig dem Prinzip der Ministerialität huldigt, vereinigte sich dahin, daß sie sich primär für den Simon'schen Antrag entschied.

Außer den durch Zeitungsnachrichten bekannt gewordenen Materialien lag ein Schreiben des Abgeordneten Robbertus in Berlin, sowie ein Antrag Bornemanns, den nach seinen Jahren und seiner hohen Stellung gewiß Niemand zu den Radikalen zählen wird, vor, worin die von der Regierung aufgestellte Behauptung, als ob die Berliner Versammlung nicht mehr frei sey, unter Allegirung zahlreicher, das Gegentheil bekundenden Fakta geradezu zurückgewiesen wurde.

In dem Schreiben des Robbertus war aber bemerkt:

noch einmal habe die Nationalversammlung Gelegenheit, den Schwerpunkt in der gegenwärtigen Geschichte Deutschlands zu bilden, lasse sie aber auch diese Gelegenheit vorüber, wie die bei Wien, dann habe Deutschland sich vergriffen, und seine schlechtesten Söhne geschickt.

Ich würde diese Stelle nicht recitiren, wenn sie nicht einen Theil des sonstigen hiesigen Berichte bildete; ich führe sie aber auch nur deßhalb an, um zu bewahrheiten, welche Erwartungen man auswärts von der Wirksamkeit der Nationalversammlung hat.

Obgleich alle Fraktionen sich schon im Voraus genau informirt hatten, und daher vollständig in der Lage waren, ihr Votum sofort abzugeben, und obgleich von Wydenbrugk in seinem klaren Vortrag gegen die vorerst die Verweisung an einen Ausschuß bemerkte:

„Sie komme ihm gerade so vor, als wenn man bei dem Brand eines Hauses, vorerst eine Commission ernennen, und sich über das Löschen berathen wolle,“

so half doch alles Widerstreben nichts, in der Sitzung vom 11. d. M. wurde die Sache zur vorerstigen Berichterstattung an den entsprechenden Ausschuß verwiesen, wobei mehr oder weniger die Nächsicht geleitet haben mag, daß das Ministerium seiner Erklärung zufolge den Unterstaatssekretär Bassermann bereits in der Nacht vom 10. auf den 11. nach Berlin mit Instruktionen abgesendet hatte, um zur Schlichtung der zwischen der Krone und der Nationalversammlung entstandenen Differenz und zur gütlichen Beilegung derselben mitzuwirken.

Der Ausschußantrag ging dahin: „Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maaßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte, die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, sobald Maßregeln getroffen worden, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen.“ Durch diese Fassung war indirekte ein Vertrauensvotum für das Reichsministerium beantragt, letzteres sollte dadurch im Voraus für die Schritte des U.-St.-Secretairs Bassermann Billigung erhalten, dessen Instruktionen der Kammer nicht einmal bekannt gemacht worden waren. Man hatte nichts wie die stereotype Redensart vernommen, er habe die Freiheiten und Errungenschaften des März zu sichern und die Anarchie eben so sehr wie die Reaktion zu bekämpfen.

Herrn Simsons Antrag, sowie der Wydenbrugk'sche (vom Würtenberger Hof ausgegangen) fielen, und der Ausschußantrag ward mit großer Majorität angenommen. Die Minorität, zu der ich gehörte, lehnte dadurch einestheils jede Art von Vertrauensvotum ab, anderntheils ging sie von der Ansicht aus, wo möglich die Verwerfung der Ausschußanträge zu erwirken, und dadurch den Ausschuß zu zwingen, entschiedenere Vorschläge in das Haus zu bringen. Allein schon einige Tage später verbreitete sich die Nachricht, daß Bassermann seine Stellung dazu benütze, die Krone in ihren Ansichten zu befestigen, sie zur Unterdrückung der vermeintlichen Anarchie zu veranlassen und dadurch die Kluft zwischen Fürst und Volk weiter zu reißen. Der Abg. v. Rappard, directe von Berlin kommend, bestätigte dieß.

Er brachte am 16. eine Interpellation an das Ministerium in die Kammer, welche lautete: „In der Erwägung daß der Unterstaatssekretär Bassermann statt als Vermittler aufzutreten, offene Parthei gegen die Nationalversammlung und das Volk ergriffen habe, daß die Regierung Berlin in Belagerungsstand erklärt, die Freiheit der Presse, das Assoziationsrecht, unterdrückt, und die Entwaffnung der Bürgerwehr angeordnet sey, in der Erwägung, daß diese Entwaffnung in Güte nicht durchzuführen, das Volk kampfbereit, daß das ganze Land — einige kleinere Städte ausgenommen — sich für die Sache der Nationalversammlung erhoben habe, und in der Erwägung, daß fündlich der Ausbruch eines blutigen Conflikts wie in Wien (hier rief eine Stimme aus der Rechten: Bravo!) zu befürgen sey, beschließe die Nationalversammlung, den Bassermann zurückzurufen und ihn durch eine andere Commissäre zu ersetzen.“ Es würde zu weit führen, wenn ich referiren wollte, wie auch die Dringlichkeit dieses Antrags verworfen, dem Antragsteller das Wort zur Begründung verweigert, spätethin aber gleichwohl noch durchgesetzt wurde, daß derselbe auf die Tagesordnung der heutigen außerordentlichen Sitzung kam. Allein der Antrag auf Bassermann's Zurückberufung erledigte sich faktisch dadurch, daß der in der Nacht vorher zurückgekehrt war.

Er betrat in der Sitzung zuerst die Rednerbühne, und berichtete ungefähr folgendes: „Er sey erschrocken über die Gestalten, denen er in Berlin begegnet; der tiefste Zwiespalt und die ernsteste Gefahr. Mehrfach hatten die Mitglieder der Rechten nur einem Zufall ihr Leben verdankt. Vor dem Sitzungshaus habe man kurz vorher die rothe Fahne aufgepflanzt, und ein Volksredner die Menge aufgefordert, sich künftig mit kurzen Messern und Beilen zu versehen, um sich leichter ihren Mann aus dem Gewühle herausholen zu können. Die Minister dachten nicht daran die Errungenschaften des März zu verletzen und die Ehrenhaftigkeit ihres Charakter dürge dafür. Den König habe er deutscher gehofft (was auf erfolgtes Gelächter mit „gezlaubt“ verbessert wurde). Er sei entschlossen und auf alles gefaßt.

Der Bericht einer Ausschußsitzung war mißlungen. Ein Mitglied des Centrums habe als Bedingung derselben bezeichnet: „Verbannung aller Prinzen aus den Grenzen der Preuß. Monarchie, des Generals Wrangel und der Minister, Prozessirung derselben wegen Hochverraths, Entfernung des Militärs aus Berlin und unbedingte Unterwerfung des Monarchen unter die Beschlüsse der Nationalversammlung bis zur Vollendung der Verfassung. Eine Ausgleichung sey unmöglich und nur die schnelle Erledigung der deutschen Verfassung könne noch Deutschland retten.

Es kann indessen nicht verhehlt werden, daß Mitglieder der Versammlung, welche gleichfalls erst aus Berlin eingetroffen sind, nicht blos behaupten „da Bassermann sich Entschuldigungen und Unrichtigkeiten habe beikommen lassen“ sondern auch diese Unrichtigkeiten demnächst öffentlich nachweisen wollen; jedem war es bekannt, daß er es verweigere, die Quelle seiner Erfahrung zu bezeichnen, und daß er nur einem Ausschuß seine Geheimnisse zu offenbaren versprach. Wie voraussichtlich, wurde auch in dieser eben so wichtigen als dringenden Angelegenheit der Antrag auf Verweisung an einen Ausschuß gestellt.

Es half Nichts, daß Raveaux, der seinen Gesandtschaftsposten in der Schweiz niedergelegt, weil er es weder mit Ehre noch mit Pflicht und Gewissen vereinbaren könne, in der Stellung weiter

Digitized by Google

zu werten, welche die Centralgewalt der Schweiz gegenüber angenommen, in hinreissender Begeisterung sagte: „in so hohen Momenten, wo vielleicht schon die Würfel fallen, darf man die Entscheidung nicht verzögern, Berlin stehe auf einem Vulkane und Deutschland weiß wissen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt ihre Schuldigkeit thue. Der 50. Ausschuß sei energisch gegen einen renitirenden Monarchen aufgetreten, jetzt lasse man die Städte bombardiren. Durch das Zaudern haben wir bereits Oesterreich verloren, und wenn die Sache an einen Ausschuß verwiesen würde, werde auch noch Preußen verloren," es blieb beim Ausschuß. Der Antrag, letzteren sofort zusammentreten zu lassen und eine Sitzung auf heute Nacht und eventuell wenigstens auf den morgigen Sonntag anzuberaumen, fiel ebenfalls durch, es blieb beim Ausschuß.

Die Rechte mit zwei Fraktionen des linken Centrums waren unbeugsam. Entrüstet über diesen Erfolg, nahm Rappard seinen Antrag zurück, während zugleich ein anderer Theil der Versammlung einen Protest gegen diese Zögerung in den Akten übergab. Nichts desto weniger bleibt Bassermann's Bericht noch Gegenstand der Berathung für den Ausschuß und die Sitzung am 20. wird den weitern Erfolg lehren. Alle Kräfte spannen sich, ein entschiedenes Resultat herbeizuführen und — wenn es nothwendig — Preußen von dem Bürgerkrieg zu retten. Gelingt dieß nicht, dann vermag Niemand die Folgen vorherzusagen. Eine große, vielleicht die größte Schuld fällt aber dann wahrlich auf die welche man als die gefährlichsten Republikaner bezeichnet, nemlich diejenigen, welche kein warmes Herz hatten für den Nothruf eines Brudervolks, und die lieber das alte Prachtschiff Germania von der hochgehenden See erfassen und auf Klippen zutreiben ließen, ehe sie sich dazu entschließen konnten, von der deutschen Gründlichkeit oder von der Vorliebe für das alte gute Mittelalter abzugehen.

Frankfurt a. M., den 18. Novbr. 1848.

Käfferlein, Abgeordneter.

Deutschland.

Frankfurt, 20. Nov. (119 Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nach mehrfachen Interpellationen erstattet Löwe von Posen den Bericht des Ausschusses über die österr. Frage. Die Majorität von 10 Mitgliedern stellt, in Anbetracht, daß die Nationalversammlung durch ihren Beschluß vom 3. d. M. das Reichsministerium aufgefordert hat, die Anerkennung der Centralgewalt zur vollen Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Deutsch-Oesterreich zu wahren und die Rechte und Freiheiten des Volkes daselbst zu schützen, daß aber die bisher ergriffenen Mittel zum Beispiel die Beschießung unzulänglich erscheinen, folgende Anträge: 1) die Centralgewalt solle mit allem Nachdruck die Beschlüsse der Nationalversammlung zum Vollzug bringen und darauf hinwirken, daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ruhe und Ordnung zurückgenommen werden; 2) durch den neuen Reichskommissär die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und die Ausführung der Beschlüsse der Nationalversammlung erwirken. Die Tagesordnung führt zur Berichterstattung des Ausschusses über die preußische Frage. Da der Ausschuß mit seinem Berichte noch nicht fertig war, schlug der Vorsitzende Mieser vor, einstweilen zum 2. Gegenstande der Tagesordnung (Berathung über Art. VII. des Verfassungsentwurfs) überzugehen, was auch angenommen wurde. Noch ehe jedoch die Berathung eröffnet wurde, erstattete Abgeordnete Jordan aus Berlin den Ausschußbericht über die preußische Frage. Der Bericht verbreitet sich über die bereits öfter erwähnten Vorgänge in Berlin vor der Vertagung der Nationalversammlung und stützt sich dabei auf Mittheilungen theils der von Berlin zurückgekehrten Mitglieder der hiesigen, theils mehrerer ausgetretenen Mitglieder der Berliner Versammlung. Als Diejenigen, von welchen die von Bassermann erwähnten Bedingungen der preußischen Versammlung mitgetheilt worden, nennt der Bericht die Abgg. v. Unruh und Kirchmann. Hr. v. Unruh erkläre, es werde kaum etwas Anders übrig bleiben, als daß der König abdanke und der Prinz von Preußen sich verbindlich mache, sich allen Beschlüssen der Versammlung bis nach vollendeter Verfassung zu unterwerfen. Die gestellten Bedingungen, bemerkt der Bericht, würden die schlimmste Art von Republik, eine Republik mit einem zum Schatten herabgewürdigten Königthum, zur Folge haben. Abg. v. Kirchmann gab als Bedingungen an: der König zieht nach Berlin; die Prinzen gehen wenigstens auf einige Zeit außer Landes, Jacoby und Waldeck treten in das Ministerium; alles Militär verläßt Berlin; Wrangel und die Minister werden verhaftet und wegen Hochverrathe vor Gericht gestellt; der König gibt für die neuen Minister carte blanche bis zur Beendigung der Verfassung. Der Ausschuß stellt in seiner Majorität folgende Anträge: „Die Reichsversammlung, in Betreff ihrer Beschlüsse vom 14. d. Mts. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welche das Vertrauen des Landes besitzt; sie erklärt den auf Suspension der Steuerverweigerung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig; sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volk gewährten und verbrieften Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde." Rappard bemerkt: Die Aussagen, auf welche der Bericht sich berufe, seyen die seinigen und die der ausgetretenen Mitglieder der Berliner Rechten, Reichensperger und Ostermann. Von allen den reichhaltigen thatsächlichen Anführungen, die er dem Ausschusse gemacht, sey jedoch kein einziges Wort aufgenommen, und der ganze Eingang des Berichts fast wörtlich den Angaben Reichensperger's entnommen. Er wünsche deßhalb, daß das Protokoll des Ausschusses verlesen werde. Präsident: In der Diskussion können diese Aussagungen nachgeholt werden. Rappard: Aber ich werde das Wort nicht erhalten. Präsident: Ich werde es geben zu verschaffen wissen. Nachdem hierauf die Versammlung beschlossen, sogleich auf die Berathung des Berichtes einzugehen, bemerkt der Berichterstatter Jordan in Bezug auf Rappards Aeußerung: Die von diesem gemachten Aussagen enthielten weniger Thatsachen, als Ansichten; die von ihm angeführte Thatsache, daß man in Berlin nichts von der Centralgewalt, dagegen viel von der Nationalversammlung erwarte, sey nicht erwiesen; es sey vielmehr bekannt, daß der Antrag, sich wegen der Wiener Frage an die hiesige Versammlung zu wenden, in der Berliner Versammlung nicht einmal Unterstützung erhalten, und daß hierüber ein großer Jubel ausgebrochen sey. Rappard äußerte unter Anderm, es sey ihm in Berlin von Mitgliedern der Nationalversammlung fest versichert worden, daß die Reaktion daran arbeitete, Maßregeln zum Schutze der Versammlung zu hintertreiben, und das Odium der vorgefallenen Ereffe auf die erste Vertretung des preußischen Volks zu werfen. Diese Vermuthung scheint ihm auch begründet; denn während man hier ein Gesetz zum Schutze der National-Versammlung gemacht, sey in Berlin kein solches Gesetz eingebracht, sondern ein Tumultgesetz vorgelegt worden, daß selbst die äußerste Rechte nicht annehmbar fand. Man habe ihm fest versichert, daß Maßregeln zum Schutze der Versammlung die Zustimmung dieser und der Mehrheit des Volkes gefunden haben würden, auf die Wort, mit ihrem Willen Terrorismus ausgeübt worden. Dagegen übe die Majorität der hiesigen Versammlung einen in der parlamentarischen Geschichte unerhörten geistigen Terrorismus aus. Deutschland habe geglaubt, Männer hierher zu senden, die, von politischen Bewußtsein durchdrungen, große Fragen rasch und kräftig entscheiden würden; statt dessen verweise man büreaukratisch alle hochwichtigen Fragen an die Ausschüsse, in denen fast nur Mitglieder der Mehrheit säßen. In der viel verkannten berliner Versammlung würden aus allen Fraktionen gleich viele Mitglieder in die Ausschüsse gewählt. Hier sey der Einfluß der Centralgewalt unverkennbar und eine freie Berathung gar nicht vorhanden. Er glaube, wenn Jemand mit einem Feuerbrand an ein offenes Pulverfaß liefe, man würde auch erst einen Ausschuß niedersetzen. v. Winde entwickelt die schon früher von ihm vertretene Ansicht, daß die Berliner Versammlung lediglich auf dem Boden der Vereinbarung stehe und der Krone gegenüber nicht auf Permanenz Anspruch machen könne. Hr. v. Wydenbrugk habe freilich gesagt, wenn der König die Versammlung auf 14 Tagen vertagen dürfte, so dürfte er es auch auf 14 Jahre; allein der Mißbrauch eines Rechts hebe das Recht selbst nicht auf, und im englischen Parlament habe man noch niemals aus einem solchen Grunde das Vertagungsrecht der Krone bestritten. Die Krone habe das Recht, die Minister zu ernennen; die Versammlung könne ihnen ihre Mitwirkung zwar versagen, aber nicht dem König die Wahl der Minister vorschreiben, denn alsdann wäre der König der Sclave der Versammlung, und von einer Vereinbarung keine Rede mehr. (Das Resultat der Abstimmung haben wir bereits mitgetheilt.)

(Schluß folgt.)

Ansprache an das preußische Volk! Die unterzeichneten Mitglieder der deutschen Reichsversammlung haben mit tiefstem Schmerze gesehen, daß die Mehrheit der Versammlung heute eine sofortige Berathung über die Maßregeln abgelehnt hat, welche zur Beseitigung des zwischen der Krone Preußen und der preußischen Nationalvertretung bestehenden Conflictes zu treffen sind. Wir sind innig durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Geschicke Preußens und Deutschlands an dem Wendepunkte angekommen

Digitized by Google

sind, wo es sich entscheidet, ob in Deutschland Freiheit und Einheit in ruhiger verfassungsmäßiger Gestaltung oder nach neuen vielleicht sehr langen und blutigen Umwälzungen gewonnen werden sollen. Wir sind uns bewußt, daß jetzt die Ereignisse eines Tages das Schicksal unseres Volkes für eine lange Zukunft bestimmen können. Darum schwelgen wir nicht; darum rufen wir dem ehrlichen Volke der Preußen zu: Stehe fest wie ein Mann zu Deiner Nationalvertretung! Folge unverzagt ihren Beschlüssen! Opfere für sie Dein Eheverlöbniß, denn es gilt Deinem Ehevertrag, Deiner Freiheit! — Klar wie das Sonnenlicht ist das Recht auf der Seite Deiner Vertreter. Setzt man doch der Nationalversammlung, die in Fragen der Verfassung und ihrer eigenen Existenz gleichberechtigt neben der Krone steht, nur rohe Gewalt entgegen und höhnt also die Würde des Volkes selbst! Weiß man doch zur Entschuldigung hierfür nichts Anderes anzuführen, als einige höchst deklagenswerthe Exzesse, deren Wiederkehr man immerhin durch gesetzliche Sicherheitsmaßregeln, nimmermehr aber durch Auflösung der Volksvertretung entgegen treten mochte. Preußisches Volk! Deine Geschicke und die des übrigen Deutschlands sind ewig unauflöslich verflochten! Harre aus im gerechten Kampfe! Wir stehen treu zu Dir. Die Freiheit, die Einheit werden siegen! Frankfurt a. M., den 18. November 1848. Archer, Bachhaus, Baur, Becker, Baumerschmidt, Berger, Blumröder, Bergel, Böcking, Bogen, Bresgen, Caspers, Christmann, Claussen, Cnyrim, Creppy, Damm, Demel, Dham, v. Dieskau, Diesch, Drechsler, Eckert, Eisenmann, Eisenstuck, Engel, Esperle, Fallmerayer, Federer, Fehrenbach, Feger, Förster, Freese, Freudentheil, Frisch, Fröbel, Geigel, Giskra, v. Gladis, Gottschalk, Gravenhorst, Groß, Grubert, Grumbrecht, Günther, Gulden, Hagen, Haggenmüller, Hallbauer, Hartmann, Hedrich, Hebner, Heisterbergk, Heldmann, Hensel, Hentges, Heubner aus Freiberg, Heubner aus Zwickau, Hildebrand, Hübuinger, Hoffbauer, Hofmann, Johannes, Jopp, v. Ihstein, Jucho, Käßler, Kein, Kierulff, Köhler, Koch, Landein, Laue, Leupsohn, Makowiczka, Mammen, Mandrella, Marcd, Mayer, v. Maydeld, Melly, Meyer, Minkus, Mittermaier, Mohl, Mohr, Müller, Mölling, Müller aus Meiningen, Müller aus Damm, Nägele, Nauwerck, Neugebauer, Nicol, Pattai, Paur, Peter, Pfahler, Pinckert, Plaß, Rank, v. Rappaeb, Raus, Raveaux, v. Reden, Reichard, Reinhard, Reinstein, Reitter, Riehl, Rheinwald, Rödinger, Roßmäßler, Rühl, Scharre, Schenk, v. Scherpenzeel, Schilling, Schlutter, Schmidt, Schmitt, Schneider, Schoder, Schott, Schüler aus Zweibrücken, Schüler aus Jena, Schulz, Semmler, Heinrich von Simon, Max aus Breslau, Simon, Ludwig, aus Trier, Spatz, v. Sternmayer, Tafel aus Stuttgart, Tafel aus Zweibrücken, Titus, Trampusch, v. Trützschler, Uhland, Umscheiden, Venedey, Vischer, Vogel, Vogt, Wagner, v. Watzdorf, Wedekind, Wetzer, Weißenborn, Werthmüller, Wesendonk, Wiesner, Wigard, v. Wydenbruck, Zell, Ziegert, Zimmermann aus Stuttgart, Zimmermann aus Spandow, Zitz aus Mainz.

Frankfurt, 20. Nov. Es ist bereits kein Geheimniß mehr, daß diese Woche auch für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten eine entscheidende sein wird. Fast in der ganzen Opposition der Nationalversammlung werden Stimmen laut, daß es so, wie bisher nicht bleiben könne. Viele wollen die Nationalversammlung verlassen, wenn die Majorität keinen andern Weg einschlägt. Das Ministerium, heißt es dürfe diese Woche nicht überleben; vorzüglich sind es Schmerling und Bassermann, mit denen man durchaus nichts mehr zu thun haben will. Auf der andern Seite der Versammlung dagegen scheint man wirklich noch immer nicht zum Aufgeben des Ministeriums geneigt zu sein, das Wort Konsequenz hat sich in den Gemüthern festgenistet, die Besorgniß vor üblem Empfange in der Heimath, wenn nicht zuvor allen „anarchischen" Regungen gesteuert sei, kommt noch hinzu, und trübe und drohend steht das Gespinnst unlöslicher Dilemma vor den Augen des Vaterlandsfreundes. Die Theilnahme an den Verhandlungen ist größer als je, die Galerien wimmeln von Menschen in schwelgender, banger Erwartung. — In Hanau hat eine großartige Todtenfeier zu Ehren Blums, an der sich Behörden und Volk betheiligten, stattgefunden. (N. K.)

Bayern. Die Neue M. Ztg. meldet, daß die Generalsynode in Ansbach erst Anfangs Januar zusammentreten wird. — Der Patrimonialrichter I. Klasse Esper erhielt die Stelle eines II Assessors im Dikelsbühl, der Landgerichtsassessor Gerber die Landrichterstelle in Markteidenfeld. Der Geheimerath und Generalfiskal im Ministerium d. J. Franz v. Kobell wurde quiescirt.

Berlin, 20. Novbr. Das Staatsministerium hat die Entscheidung über die Lage der Dinge jetzt definitiv in die Hände des Königs gelegt, und von der Krone wird es nun abhängen, auf welchem Wege diese verhängnißvolle Verwickelung gelöst werden wird. Das Zusammentreten der Versammlung in Brandenburg bildet dabei den entscheidenden Knotenpunkt, in welchem alle Fäden unserer verzweifelten Staatslage zusammenlaufen. Wie dieser Knoten durchhauen und daran der Erlaß einer octroirten Verfassung geknüpft werden soll, darüber wird der Modus nun wohl in diesen Tagen zur Feststellung kommen. Die Wirksamkeit des Kommissärs des Reichsministeriums Herrn Bassermann in Berlin hat auf allen Seiten wenig Anklang und Achtung gefunden. Die preußische Regierung hat dagegen protestirt, daß er sich hier mit den Abgeordneten und deren Parteichefs in förmliche Unterhandlungen eingelassen, und die Abgeordneten haben meine Einmischung, die er im Namen des Reichsministeriums geltend machen wollte, abgelehnt. Daß gute Einvernehmen Preußens mit Frankfurt und den dortigen Beschlüssen steht überhaupt in diesem Augenblick auf dem Spiele! Die Harmonie, welche in den letzten Wochen zwischen Preußen und der deutschen Centralgewalt bestanden, war allerdings sehr bedenklicher Natur und nicht im Interesse der Volkssache. Die preußische Regierung soll aber jetzt entschlossen sein, alle Einmischungen bestimmt abzuweisen, welche jetzt von Frankfurt in irgend einer Weise zur Befiegung der hier obschwebenden Differenzen ausgehen könnten. Es ist möglich, daß diese Erklärungen für jetzt noch ohne einen offenen Bruch abgehen. Die deutsche Frage wird aber jedenfalls durch die neuen Staatsereignisse Preußens bedeutend angeregt und gewendet werden.

In Potsdam scheint man sich jetzt ernstlicher mit der Bildung eines neuen Kabinets zu befassen. Außer den HH. Graekow und v. Beckerath sind auch, wie wir erfahren, die HH. Simson und Hergenhan aus Frankfurt dort anwesend. Es ist zu erwarten, daß Hr. Simson, ein ehrlicher und verständiger Mann (so wird er wenigstens von Königsberger geschildert), sich nun dazu zur Möglichkeit eines Kabinets verstehen wird, wenn die vorhandenen Konflikte zwischen Krone und Volk auf andere Weise als durch die Oktroirung einer Verfassung beseitigt werden. Man ist sich selbst in konservativen Kreisen bewußt, daß die Oktroyirung auch der besten Verfassung nie eine andere als die gewaltsam erzwungene Zustimmung des Landes wird erlangen können, und begreift auch hier, daß eine solche Verfassung nicht die gewünschte Ordnung wird herbeiführen können.

Es bestätigt sich, daß die drei Armeekorps, welche in Brandenburg, Schlesien und Sachsen stehen, mobil gemacht werden.

Berlin, 21. Novbr. Der neue Polizeipräsident v. Hinckeldey bewährt bereits seine Geneigtheit, auf die Intentionen des Generals v. Wrangel einzugehen, durch das gestern auf diesen Requisition und deshalb erhaltene Ministerialverfügung erlassene unbedingte Verbot des Verkaufs aller politischen Druckschriften auf Straßen und Plätzen, zu welchem Zwecke auch die dazu ausdrücklich erfolgten Erlaubnißmittheilungen suspendirt worden sind. Wie die Vossische Zeitung mittheilt, haben der Instruktionssowie der Criminal- und Oberappellationssenat des Kammergerichts sich in Betreff des Einflusses des Belagerungszustandes auf die Rechtsverhältnisse gegen denselben ausgesprochen und deshalb Protest beim Justizminister einzulegen beschlossen. Die Kammergerichtsräthe Bethmann-Hollweg und Eichhorn haben gestern ihre dermaligen politischen Verhältnisse wegen ihre Entlassung verlangt. (D. A. Z.)

Breslau, 19. Novbr. Abends 7 Uhr. Der Generalmarsch wirbelt durch die Straßen. Die Hörner und Trommeln rufen die Einwohnerschaft unter die Waffen. Alles rennt durch einander; die Bewegung auf den Straßen nimmt einen stürmischen Charakter an und wird durch das tiefe abendliche Dunkel noch erhöht. Um 2 Uhr erschienen die Führer der Bürgerwehr in der Sitzung des städtischen Sicherheitsausschusses und beantragten: 1) sofort durch Verlauensmänner die königl. Kassen unter Aufsicht zu nehmen, damit die Gelder nicht für das Ministerium Brandenburg verwendet werden; 2) die Vertrauensmänner auch der Provinz zusammenzurufen. Hierauf erklärten Prof. Heidenhain, Hergenbrecht, Rösler, Grund, Ludewig, Fromberg, daß sie ausscheiden und ihre Aemter niederlegen. Während der Debatte trägt Prof. Hergenbrecht darauf an, die Bürgerschaft in den Bezirken über die Anträge zu hören. Der Versammlung verpflichtet sämmtliche Mitglieder des Sicherheitsausschusses, die Sitzung nicht zu verlassen.

Abends 9 Uhr. Der Oberpräsident erklärte der Deputation, daß er heute an sämmtliche Regierungskassen der Provinz den Befehl gegeben, keine Gelder ohne seine Genehmigung auszuliefern. Als dem Volke vor dem Rathhause diese Erklärung des Oberpräsidenten mitgetheilt wurde, brach ein furchtbares Toben aus. Die Menge bestand darauf, daß ein Provinzial-Sicherheitsausschuß proklamirt werde, und die Landwehrmänner riefen zu den Waffen. Dies die Veranlassung zu dem Generalmarsch. Eine Deputation der Landwehrmänner verlangt außerdem vom Magistrat die Auf-

Digitized by Google

lieferung der im Rathhause befindlichen Waffen; man würde sie sonst mit Gewalt nehmen. Das Verlangen wird entschieden zurückgewiesen. Das Rathhaus ist in diesem Augenblicke von allen Seiten stark mit Bürgerwehr besetzt. In den Vorstädten sind zahlreiche Militärpiketts aufgestellt. — (Nachts 12 Uhr.) Die Stadt ist ruhig. (D. A. Z.

Guben, 19. Novbr. Seit dem 17. Nov. werden von einem Theile der hiesigen Einwohner die Steuern verweigert; das Steueramt ist geschlossen, weil die Beamten doch der Gewalt hätten weichen müssen. In der Nacht vom 17. zum 18. Novbr. ist die Kasse des Salzamts gestürmt worden; seitdem hat die Bürgerwehr die Wachen bezogen und die Kassen beschützt.

Schmiedeberg, 18. Novbr. Nachstehender Aufruf wird durch ganz Schlesien verbreitet: „Männer Schlesiens! Der Kampf für die Freiheit hat begonnen, wir sind entschlossen, ihn zu kämpfen bis auf den letzten Mann. Auf unsern Ruf haltet euch bereit. Wohlan! die Zeit ist da! eilet uns zu Hülfe! Nehmet alle Waffen, die euch zu Gebote stehen, zieht in hellen lichten Haufen gegen Breslau, wo eure Brüder für die Freiheit liegen oder unterliegen! Kämpfet mit uns! Greift den Feind an, wo ihr ihn findet, schlaget ihn zu Boden und entsetzt unsere Stadt. Wir kämpfen vereint für die Freiheit und unser Recht. Der Centralausschuß der Bürgerwehr und der vereinigten politischen Vereine in Breslau."

Das ganze Gebiet ist im Aufstande begriffen gegen das als hochverrätherisch proklamirte Ministerium Brandenburg. In allen Ortschaften wird Sturm geläutet. Tausende von Männern greifen zu den Waffen und marschiren nach Breslau. Es ist strenger Befehl, jeden Conflict mit dem Militär, wo irgend möglich zu vermeiden. Wir hoffen, es soll überhaupt zu keinem Blutvergießen kommen. Die Masse Derer, die gegen das Ministerium aufstehen, wird ihn imponiren. In dem bösen Gewissen Derer, welche durch ihre unverantwortlichen Maßregeln die Revolution hervorgerufen haben, werden wir unsere besten Bundesgenossen finden.

In Waldenburg (Schlesien) sind am 17. Nov. die Staatskassen mit Beschlag belegt und das Steueramt mit Bürgerwehr besetzt worden. Kein Pfennig Steuer soll eher nach Berlin wandern, als bis die Nationalversammlung es beschließen wird. Es werden von den Gemeinden Vertrauensmänner gewählt und dem Landamtsverweser zur Seite gestellt. (D. A. Z.)

Oesterreich. Die Nachricht von der Ermordung des General Bem bestätigt sich so wenig als das Gerücht von einer Hinrichtung Frauenbergs. Letzterer ist den mörderischen Händen Windisch-Grätz glücklich entkommen, wird aber, wie er in einem Schreiben an Windisch-Grätz schriftlich erklärt, bereit seyn, Rechenschaft abzulegen, sobald die legalen Gewalten wieder in ihre Rechte eingesetzt seyn werden.

Wien, 18. Nov. Höchst unheimlich wirken die Menschenjagden, die man stündlich in den Straßen anstellen sieht; vier oder fünf Soldaten folgen Einem aus der Sicherheitswache, sie dringen in ein Haus, in welchem sie das Oberste zu unterst umkehren und packen wohl auch Manchen auf der Straße an. Man muß aber gerade nicht schuldig seyn, um hierbei übel wegzukommen. Solche Dinge arbeiten eben so sehr der entgegengesetzten Partei in die Hände, wie es früher die Uebergriffe dieser Letztern umgekehrt gethan. Und dennoch sind Diejenigen glücklich entkommen, auf deren Habhaftwerdung man den größten Werth gelegt: Pulffy, Bem, Schütte, Taufenau. Man hat schon längst die Anweisenheit Bach's in Olmütz mit seinem Wiedereintritt ins Ministerium in Verbindung gebracht, jedoch denselben nicht nahe beverhebend erachtet; allein den neuesten Nachrichten zufolge hat Bach das Justizministerium wieder angenommen. (D. A. Z.)

Wien, 18. Nov. Die Wohnungen werden billiger, denn eine nicht unerhebliche Anzahl von Familien verläßt Wien, weil ihnen bedünkt, daß die jetzt hergestellte Ruhe nur vorübergehend sei und der Sturm ob früher oder später mit erneuter Kraft losbrechen werde. (D. c. Z.)

Die Allg. Z. theilt folgende Erklärung mit: In einem der Wiener Berichte an die Allg. Ztg. wird eine Aeußerung, die Robert Blum am 30. und 31. Oct. am Stephansplatze gemacht haben soll, des Inhalts: „Ihr müßt noch 200 Latournisiren", erwähnt. Robert Blum hat sich nach Beendigung des Kampfes in den Vorstädten, als alles verloren und jede Vertheidigung Wahnwitz war, stets unmittelbar in meiner Nähe oder im Gasthof „zum Jagel" befunden, und in keiner Weise das Volk haranguirt. Jene Anschuldigung ist eine gemeine Verläumdung, die zu entkräften ich der Wahrheit wie dem Andenken eines der edelsten und tapfersten Männer Deutschlands schuldig bin. Ich habe mich dem illegalen Verfahren des Fürsten Windisch-Grätz durch die Flucht entzogen, an denselben jedoch die Erklärung gelangen lassen: wie ich mich nicht verpflichtet halte, mich einem Gericht zu stellen, das Ankläger, Zeugen und Richter in denselben Personen vereine, und dessen einzige Richtschnur die vom österreichischen constituirenden Reichstag als ungesetzlich erklärte Proklamation vom 23. Octbr. bilde; wie ich aber, sobald die legalen Gewalten wieder in Wirksamkeit treten, nicht ermangeln werde auf ergehende Aufforderung vor einer verfassungsmäßigen Jury über meine Handlungen als Chef der Sicherheitsbehörde und als Mitvertheidiger des Wiener Volkswehr (vom 29. bis 31. Oct.) Rechenschaft zu geben. Von der rauhen Alb, 15. Nov. 1848. F. Fenner v. Fennberg.

Frankreich.

* Paris. Mehrere deutsche Journale lassen sich aus Wien vom 9. schreiben: Fürst Windisch-Grätz habe vom General Cavaignac ein Schreiben erhalten, worin dieser ihm zur Einnahme Wiens Glück wünsche und ihm erkläre, durch seinen Sieg habe er nicht nur Oesterreich, sondern ganz Europa gerettet. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß diese Nachricht in allen ihren Punkten eine Lüge ist.

Der „Corsaire" behauptet daß die äußerste Linke zu Anfang der nächsten Woche das Ministerium über die letzten Ereignisse in Wien und besonders über seine unbestimmte und nachgiebige Politik gegenüber den Menschenschlächtereien in Wien interpelliren werde.

Dänemark.

Mittheilungen aus Kopenhagen vom 16. Nov. Mittags zufolge lautet die Liste des neuen Ministeriums folgendermaßen: Graf A. W. Moltke Präsident und Auswärtiges, von Sponneck Finanzen, Marvig Cultus, General Hansen Krieg, Bang Inneres, Clausen vorläufig ohne Portefeuille, v. Jahrtmann Marine, v. Bardenfleth Justiz. Die Liste wird noch nicht als offiziell, aber als sehr wahrscheinlich mitgetheilt. (D. A. Z.)

Anzeigen.

Die große Ausstellung

von vielen Tausenden der schönsten Naturseltenheiten und lebenden Thieren, welche früher in der großen Bude auf dem Markplatze stand, ist nun im goldenen Adler in 4 Zimmern zur Ansicht ausgestellt, und von Morgens 9 bis Abends 8 Uhr zu sehen. Da aber die Zimmer fortwährend geheizt werden müssen und die Kosten nicht gering sind, so ist der Aufenthalt nur von kurzer Dauer und ich erlaube mir das geehrte Publikum hiesiger Stadt und Umgebung auf diese mannigfaltige Sammlung aufmerksam zu machen.

Der Eintrittspreis ist in die drei Zimmer, wo sich die Thiere befinden, à Person 6 Kreuzer, Kinder 3 Kreuzer.

Das 4. Zimmer ist in dem Vordergebäude, und nur auf Verlangen zu sehen. Der Eintrittspreis in dasselbe ist 6 Kreuzer.

Jemand wünscht billig Unterricht im Lateinischen und Griechischen zu geben. Auch wäre derselbe nicht abgeneigt, die Correktur größerer und kleinere Werke zu übernehmen. Wer? sagt die Expedition dieses Blattes.

Logis-Vermethung.

Im Hause Nr. 109 in der Kanzleistraße ist die Belle-Etage, bestehend aus 9 heizbaren Zimmern, einer Garderobe, zwei Vorplätze und Gang, Stallung für 5 Pferde, geräumige Wagen-Remise und Holzlege nebst Boden und Keller und mehreren Bequemlichkeiten zu vermiethen und bis Walpurgis 1849 zu beziehen. Die näheren Bedingnisse sind parterre zu erfragen.

In demselben Hause ist im Hintergebäude ein Logis von 3 heizbaren Zimmern, 4 Kabinetten, Küche, Keller, Boden ꝛc. ꝛc. auf das Ziel Walpurgis zu vermiethen. Beide Logis können vereinigt oder auch jedes einzeln abgegeben werden.

In einem Gasthofe hiesiger Stadt wird ein gewandter Hausknecht gesucht oder sonst ein tüchtiger junger Mann, der sich diesem Dienst widmen will. Näheres sagt die Expedition.

In der Nähe des alten Schlosses wurde ein schwarzer Schleier gefunden. Abzuholen in der Redaktion dieses Blattes.

Ein Kinderstühlchen wird zu kaufen gesucht.

Ein kleines möblirtes Zimmer ist billig zu vermiethen.

Für Robert Blum's Hinterlassene ist ferner eingegangen: von Herrn Koch: 2 fl.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

1 78 7 29 54

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend Nro. 328. 25. November 1848.

Deutschland.

— An das deutsche Volk! Deutsche! In ernster Stunde für unser Vaterland spreche ich zu Euch; hört meine Worte mit Vertrauen! Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das deutsche Volk Parthei genommen in diesem Streite; es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie entzündet neue Leidenschaft. Ein Theil der preußischen Volksvertreter hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sey. Die Bande des Staatslebens sind dadurch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges. Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volks haben in so verhängnißvollem Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichsversammlung hat verlangt, daß Preußens König sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes genießen. Sie hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einstellung der Steuerverweigerung gerichteten Beschluß der preußischen Volksvertreter für nichtig erklärt. Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle! Deutsche! In voller Uebereinstimmung mit der Reichsversammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des preußischen Volks zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen unsern deutschen Brüdern. Ich rechne auf Euch, Preußen; Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit, jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Haltet den Frieden, ich werde ihn wahren. Deutsche! Auf Euch Alle rechne ich. Steht Ihr zu mir, wie ich zu Euch stehe! Das längst ersehnte Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, bald wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig sein! Frankfurt am M., den 21. November 1848.

Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Duckwitz. Beckerath. R. Mohl.

Frankfurt, 20. November. (119. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.) (Schluß.) Abg. Simon von Trier: Man möge die schwankenden Beschlüsse vom 14., die nicht Ja und nicht Nein sagen, endlich aufgeben und sich endlich aussprechen, ob man es mit den Königen oder mit dem Volke halten wolle. Wenn man dem Rechtsboden des Herrn von Wincke folge, so komme man auf den vereinigten Landtag zurück, auf den weißen Saal und auf die Ritterbänke. Wer aber hier in Frankfurt sitze, sitze nicht auf dem Rechtsboden, sondern auf dem Boden des Aufruhrs. Wenn zwei Leute sich vereinbaren wollen und einer dieser vereinbarenden Leute trete zurück, so stehe man wieder auf dem Standpunkte des März, auf dem der Revolution. Die Königsgewalt scheine aber jetzt so viel Macht gesammelt zu haben, um den Revolutionsgang noch einmal versuchen zu können. „Sie sagen: Recht muß Recht bleiben! Ja wohl, die Krone soll immer das Recht verlegen dürfen; aber das Volk?“ Man ist von Regierungswegen gänzlich vom Rechtsboden abgewichen und hat sich auf den Boden der Willkür gestellt. Die Berliner Versammlung war durchaus stets frei; denn Jedermann weiß, daß die Fraktionen Rodbertus und Waldeck, wenn sie zusammentraten, die Majorität hatten. Aber man habe den Augenblick des Falles von Wien für günstig gehalten, um all das Gift des „von Gottes Gnaden“ u. s. w. auszuspeien. Die Versammlung habe nicht nur ein Recht, sondern eine Nothwehr in der Steuerverweigerung geübt. Die Könige von Gottes Gnaden mögen jetzt sehen, wo sie ihre finden! Rieper: Man könne es Deutschland nicht verübeln, wenn es in den Maßregeln der preußischen Regierung etwas seine Freiheiten Bedrohendes erblicke. Die Reichsversammlung würde aber nicht ihren gebührenden Standpunkt einnehmen, wenn sie sich einseitig auf Seite der Krone stellte; eben so wenig, als es ihr rechter Stand wäre, sich auf die Seite der Berliner Versammlung zu stellen. Auch er wolle, wie der vorhergehende Redner, daß das Reichsparlament ein bestimmtes Wort aussprche, das dürfe aber kein Wort der Leidenschaft, sondern der Gerechtigkeit seyn. Aber da stehe gleich das Gespenst der österreichischen Ereignisse drohend vor den Augen. Solle man sich indessen dadurch bestimmen lassen, Partei zu nehmen? Seyen auch gemäßigte Beschlüsse zurückgewiesen worden, habe man denn Brief und Siegel darüber, daß leidenschaftliche Beschlüsse besser würden aufgenommen seyn? Die Macht des Parlaments in Bezug auf die künftige Verfassung halte er für eine gewaltige, wenn das Verfassungswerk mit den Sympathien des Volkes zusammentreffe; auch die Macht, einem auswärtigen Feinde gegenüber, halte er für eine allgewaltige. Aber in den inneren Angelegenheiten bestehe nur eine moralische Macht! Er ist der Ansicht, daß Diejenigen die Freiheit schänden, welche die Waffen der errungenen Preße, des Assoziationsrechtes wegwerfen und nach der materiellen Waffe greifen. Falk hat für den Ausschuß das letzte Wort und sucht die Ehre desselben gegen die Behauptungen Rappard's zu vertheidigen. Heym und Schwarz verzichten darauf, daß ihr Antrag zur Abstimmung komme. Ueber die drei Anträge des Ausschusses wird gesondert durch Namensaufruf abgestimmt, nachdem der Jellinek Antrag mit 273 gegen 184 Stimmen abgelehnt wurde. Der erste Satz des Ausschußantrages wird mit 393 gegen 6 Stimmen angenommen, 24 Stimmen enthielten sich der Abstimmung. Der zweite Satz wird bei Namensaufruf mit 276 gegen 150 Stimmen angenommen. Links erhebt sich der vielfache Ruf: „Pfui! Pfui!“ Die Rufenden werden zur Ordnung verwiesen. Der Berichterstatter verlangt, daß Die, welche das Pfui gerufen haben, Ihr nennen. Links: „Wir Alle haben gerufen.“ Vogt erklärt: Er habe nicht gerufen, nenne sich aber als dem Rufe beistimmend.

Frankfurt, 21. Novbr. 120. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung. Die Plätze auf der äußersten linken Seite des Hauses sind heute größtentheils leer bei Eröffnung der Sitzung. Doch geben die angemeldeten Austrittsanzeigen von Mitgliedern der Versammlung, worunter A. die des Herrn Behr aus Würzburg, keine Aufklärung über jene Lücken. Es kommt zunächst die Aufforderung über die drei Tyroler Ersatzwahlen zur Besprechung, die nach der Meinung des Wiener Ministeriums in Wegfall zu bringen sind, weil Tyrol und Vorarlberg nach der Bundesmatrikel nur 14 Wahlkreise haben sollte, während sich siebzehn Abgeordnete von dort im Hause befunden. Der Ausschußantrag, an die Stelle der drei ausgetretenen tyroler Abgeordneten die Ersatzmänner einzuberufen, wird nach einer unbedeutenden Debatte angenommen. Mayer aus Ottobeyren interpellirt sodann das Kriegsministerium wegen der Truppenaufstellung an der obern Donau. Die Antwort wird für Freitag den 24. d. M. zugesagt. Wie gestern bereits auf die allgemeine Debatte über Art. VII. und dann im Besondern auf die Besprechung des §. 33 des Verfassungsentwurfs verzichtet ward, so spricht das Haus heute auch seinen Verzicht auf die Debatte des §. 34. aus. Das Ergebniß der Abstimmung — bei welcher zugleich die Abänderungen zur Berücksichtigung kommen, die der Verfassungsausschuß selbst in der Folge der durch die Regierungskommissarien für die Zollsachen gemachten Vorschläge nachträglich vorgenommen hat — das Ergebniß der Abstimmung also ist Folgendes: „§. 34. Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnenzölle. Die Ausdehnung einiger Orts- und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen. „§. 34. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftliche seyn sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.“ Auch über §. 35 wird

Digitized by Google

keine Besprechung zugelassen. Die Annahme erfolgt nach der (modificirten) Fassung des Verfassungsausschusses: „Die Erhebung und Verwaltung der Zölle sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweg genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird darüber das Nähere festsetzen. §. 36. „Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.“ Ebenso wird zum Beschluß erhoben §. 37. „Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staats oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.“ Desgleichen §. 38. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze.“ Eine Einschaltung zu §. 38, die der volkswirthschaftliche Ausschuß vorschlägt, erregt die Heiterkeit der Versammlung und unterbricht für einen Augenblick das trockene Einerlei der Abstimmungsformen. Als nämlich der Präsident den Zusatz verkündet: „Die Reichsgewalt hat ein allgemeines Bankerottgesetz für ganz Deutschland zu erlassen“, erfolgt ein Lachen im Hause, welches zum Mindesten zeigt, daß die Abgeordneten bei diesem Bankerottgesetze für Deutschland an kein böses Omen denken. Der Zusatz wird abgelehnt.. Der letzte Paragraph des Artikels VII. endlich lautet: §. 39. „Ertheilungspatente werden ausschließlich von Reichswegen und auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, gegen unbefugte Nachahmung von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.“ Bei Artikel VIII., zu dem sofort vorgeschritten wird, entscheidet sich die Versammlung ebenfalls gegen jede Diskussion. Der Abschnitt umfaßt die §§. 40 bis 43 und handelt über Postanstalten und Telegraphenlinien. Bei dem §. 40 gibt die Versammlung von dem Vorschlage des Verfassungsausschusses ab und nimmt dafür den Antrag Gnyrims (des Rechtsanwaltes der fürstlich Thurn- und Taxischen Postverwaltung) an: „Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reiche zu, namentlich über Organisation, Taxife, Transit, Portothreilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Dieselbe sorgt für eine gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch ferdauernde Controlle.“ Dazu wird jedoch der Zusatz aus dem Minderheitsrachten des Volkswirthschafts-Ausschusses beliebt: „Die Post soll nur im Sinn der Beförderung und Erleichterung des Verkehrs eingerichtet und verwaltet werden.“ §. 41. „Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden. Wo Reichsverträge geschlossen werden, erlöschen die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen.“ §. 42. „Die Reichsgewalt hat die Befugniß, so weit es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung wohlerworbener Privatrechte.“ §. 43. „Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benutzen. Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über die Benutzung der Telegraphen im Privatverkehr, sind einem Reichsgesetze vorbehalten.“ Es erfolgen noch Interpellationen von Schneer wegen des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit und von Berger aus Wien wegen rückständigen Berichts des österreichischen Ausschusses, dann wird die Sitzung gegen 2 Uhr aufgehoben. Nächste Sitzung: Donnerstag den 23., Tagesordnung derselben, fortgesetzte Berathung des Verfassungsentwurfs.

Frankfurt, 21. Novbr. Daß in Potsdam an Octroirung einer Verfassung gedacht worden, kann möglich seyn; doch ist uns versichert worden, daß dem vorgebeugt sey. — Hr. Beseler, dessen Wahl gestichert ist, traf gestern aus Schleswig-Holstein hier ein. Man hofft in ihm einen geeigneten Präsidenten der Reichsversammlung zu finden, da Heinrich v. Gagern als Reichsminister nicht füglich entbehrt werden kann. (D. J.)

Frankfurt, 21. Novbr. Gestern wurden dahier mit Einbruch der Nacht ungewöhnliche militärische Vorsichtsmaßregeln, in verstärkten Wachten, vermehrten Patrouillen und Schließung der Thore bestehend, getroffen, ohne daß über deren Veranlassung etwas Näheres bekannt geworden wäre. (F. J.)

München, 22. Novbr. Formation des Heeres in zwei Armeekorps. Se. Maj. der König haben verfügt, daß das Heer nunmehr aus zwei Armeekorps zu bestehen habe, und zwar in folgender Eintheilung: Erstes Armeekorps (München) Generallieutenant Graf v. Pfenburg. I. Infanteriedivision (München) Generallieutenant v. Lesuire: I. Infanteriebrigade (München) Generalmajor Hartmann, hierzu das Inf.-Leibregiment, das 1. Inf.-Reg. König und das 1. Jägerbataillon; 2. Infanteriebrigade (München) Generalmajor Graf Barrè, hierzu das 2. Inf.-Reg. Prinz Luitpold und das 8. Inf.-Reg. Seckendorff. II. Infanteriedivision (Augsburg) Generallieutenant Frh. v. Gumppenberg: 3. Infanteriebrigade (Augsburg) Generalmajor v. Freisch, hierzu das 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, das 11. Inf.-Reg. Pfenburg und das 4. Jägerbataillon; 4. Infanteriebrigade (Kempten) Generalmajor v. Winther, hierzu das 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim und das 15. Inf.-Reg. Prinz Jos. v. Sachsen. I. Kavalleriedivision (München) Generallieutenant Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg: 1. Kavalleriebrigade (München) Generalmajor v. Parseval, hierzu das 1. Kürassier-Reg. Prinz Karl und das 1. Kürass.-Reg. Prinz Adalbert; 2. Kavalleriebrigade (Augsburg) Generalmajor v. Flotow, hierzu das 3. Chevauleger-Reg. Herzog Maximilian und das 4. Chev.-Reg. König. Zweites Armeekorps (Würzburg) Generallieutenant Fürst v. Thurn- und Taxis. III. Infanteriedivison (Nürnberg) Generallieutenant Frhr. v. Hohenhausen; 5. Infanteriebrigade (Nürnberg) Generalmajor v. Gremer, hierzu das 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, das 5. Inf.-Reg. Gumppenberg das 5. Inf.-Reg. Großherzog v. Hessen und das 2. Jägerbataillon; 6. Infanteriebrigade (Bayreuth) Generalmajor v. Pröll, hierzu das 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim und das 13. Inf.-Reg. Hertling. IV. Infanterie Division (Würzburg) Generalmajor, Edler v. Zoller; 7. Infanteriebrigade (Schaffenburg) Generalmajor Graf Duponteil, hierzu das 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, das 14. Inf.-Reg. Zandt und das 3. Jägerbataillon; 8. Infanteriebrigade (Speier) Generalmajor Pfeufchner, hierzu das 6. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm und das 9. Inf.-Reg. Brede. II. Kavalleriedivision (Ansbach) Generalmajor von der Mark: 3. Kavalleriebrigade (Ansbach) Generalmajor v. Schmalz, hierzu das 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg und das 2. Chev.-Reg. Taxis; 4. Kavalleriebrigade (Bamberg) Generalmajor Frhr. v. Weinbach, hierzu das 5. Chev.-Reg. Leiningen und das 6. Chev.-Reg. Leuchtenberg. Artillerie- und Genietruppen werden bei eintretender Mobilmachung des Heeres den beiden Armeekorps in erforderlicher Zahl zugetheilt. — Se. Maj. der König hat dem hiesigen Stadtkommandanten Obersten Lüder den Charakter eines Generalmajors verliehen. (K. z. u. f. D.)

München, 22. Nov. Der bisherige Verweser der Präsidentenstelle bei der Regierung von Oberbayern, Th. v. Zwehl wurde zum Präsidenten dieser Regierung ernannt, und die durch diese Beförderung erledigte Stelle eines Ministerialrathes dem hiesigen Oberberg- und Salinenrathe Dr. G. Feder verliehen. Zum Präsidenten im General-Auditoriat wurde der bisherige Kommandant des 1. ersten Divisionskommando's, Generallieutenant Wilh. v. Baligand, ernannt; zum Festungskommandanten von Landau der bisherige Generalquartiermeister Generalmajor Frhr. v. Zoeppe dagegen der bisherige Oberst und Adjutant Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl, A. von der Mark, zum Generalmajor befördert und zum Generalquartiermeister ernannt; zum Festungskommandanten von Ulm der bisherige Brigadier der zweiten Armeedivision, Generalmajor H. Bosch. Der Generalmajor und Brigadier A. Zotmann wurde pensionirt.

München, 21. Novbr. Wie man sagt, hat Herr Minister von Berchenfeld die Haltung der halboffiziellen „N. Mchr. Ztg.“ desavouirt. Mit einer solchen Freundin wird Niemanden gedient seyn. (B. Landb.)

Der Allg. Ztg. schreibt man aus München: „Alle Welt weiß, daß eine Kommission zur Berathung der wichtigsten Gesetzentwürfe sich versammelt und schon vor Wochen über die wichtigsten Prinzipienfragen sich geeinigt hat. Neben den Entwürfen über Distrikts-Kreisversammlungen und Landräthe erregten die Berathungen über die Verhältnisse der Israeliten, denen neben gleichen Pflichten auch gleiche politische und bürgerliche Rechte zugedacht seyn sollen, sowie über Versammlungs- und Vereinigungsrecht, Landesbewaffnung, Schadenersatz bei Tumulten und Aufläufen, Erweiterung der Reichsrathskammer, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Polizeistrafgesetzbuch ꝛc. die allgemeine Aufmerksamkeit, und mit Spannung und Ungeduld sieht man den tief in's Mark des Staatslebens eingreifenden förmlichen Gesetzentwürfen entgegen. Statt Dessen soll eine Windstille eingetreten seyn, welche mit der kurzen Zeit, die wir noch bis zum nächsten Landtage haben, in wundersamen Widerspruch steht. Die undegreifliche Ruhe und Thatlosigkeit kann

Digitized by Google

man sich nur unter zwei Voraussetzungen erklären: entweder erkennen unsere Staatsminister nicht die große, wichtige Aufgabe, die beim nächsten Landtage zu lösen ist — kann sammeln sie glühende Kohlen auf ihre Häupter, denn sie haben sich vor der Nation zu verantworten; oder — man muß es offen und ohne Rückhalt aussprechen — die „Korrespondenz der „Deutschen Zeitung“ vom 17. d. Mts., welche von einer Camarilla Armansperg ꝛc. spricht, bewahrheitet sich. Sollte Dieß der Fall seyn, und unwahrscheinlich wäre es nicht, dann kann man nur dringend den konstitutionellen Wunsch aussprechen: Jede Schranke zwischen der Krone und den verantwortlichen Räthen möge zum Besten des Königs wie des Volkes fallen. Das seit dem Schaltage so verhängnißvolle „Zu spät“ leuchtet als ein drohendes Mahnzeichen am politischen Horizont.“

München, 22. Novbr. (Dienstesnachrichten.) Dem vormaligen Patrimonialrichter I. Klasse F. Dürr zum Heiligenkreuz in Donauwörth ist die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Ottobeuren verliehen, der II. Landgerichtsassessor G. Dobmeyer zu Obergünzburg auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt und an seine Stelle der II. Landgerichtsassessor M. Beck zu Sonthofen transferirt, dann der II. Landgerichtsassessorstelle zu Sonthofen dem Appellationsgerichts-Accessisten Fr. Schmidt von Augsburg verliehen worden.

In Stuttgart, Tübingen, Ulm (oder sie in Karlsruhe) haben Todtenfeierlichkeiten für Blum stattgefunden. (K. u. f. D.)

Darmstadt, 21. Novbr. Heute hat der Wiedersammentritt unseres Landtags stattgefunden und es ist sogleich die Vorlage des Wahlgesetzes erfolgt. Das Gesetz proklamirt das allgemeine Stimmrecht, direkte Wahl und setzt an die Stelle der seitherigen ersten Kammer eine Wahlkammer, die ganz in derselben Weise gewählt wird, wie die zweite Kammer. (F. J.)

Berlin, 21. Nov. Die beabsichtigte Abdankung des Erzherzog Johann vom Reichsverweseramte soll bereits gestern auf offiziellem Wege beim preußischen Hofe in Sanssouci bekannt geworden seyn. Es würde dies für Preußen und Deutschland eine Eventualität von den umfassendsten Folgen seyn, welche auch zur Lösung der innern Staatsconflicte Preußens unerwartet und in einem den Volkswünschen günstigen (?) Sinne beitragen müßten. Wenn der Erzherzog Johann die Absicht seiner Abdankung ausführt, so hat ihn dabei wohl vornehmlich seine Eigenschaft als österreichischer Prinz und die ihn in seiner Beziehung zu dem gegenwärtigen Oesterreich belastende Verwicklung bestimmt. (Auch die Neue Münchener Zeitung weiß von diesem Gerüchte.)

Der Beschluß des Disciplinalsenats des Kammergerichts, während des Belagerungszustandes einen Rechtsspruch stand eintreten zu lassen, ist bereits in einer folgenden Sitzung zurückgenommen worden. Der Justizminister Rintelen hatte in einem an den Präsidenten Bonsert gerichteten Schreiben diesen Beschluß sehr angegriffen und ihn den völlig ruhigen Zuständen Berlins gegenüber für ungerechtfertigt und unstatthaft erklärt. Zugleich aber halten sich mehrere Mitglieder des Oberappellationssenats selbst gegen die formelle Gültigkeit jenes Beschlusses gerichtet, weil sie zu der Sitzung nicht rechtzeitig eingeladen worden waren. So wurde der Beschluß, wie eben erst als ein Beweis der Hochherzigkeit und Freisinnigkeit unseres Kammergerichts proklamirt worden war, mit 20 gegen 12 Stimmen wieder zurückgenommen. Die Verhältnisse in Breslau und Schlesien scheinen nicht so entschieden für unsere allgemeine Staatslage zu werden, als man anfangs hier geglaubt hatte und als es selbst das Staatsministerium befürchtet haben soll. Das Ministerium scheint entschlossen, auch gegen die Provinz Schlesien die äußersten Mittel der Gewalt consequent in Anwendung zu bringen. (D. A. Z.)

Berlin, 21. Nov. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde mitgetheilt, daß das Staatsministerium, auf die Beschwerde der Stadtverordneten wegen Verletzung der Habeascorpus-Acte bei der Haussuchung des Stadtverordneten Heyl geantwortet hat, daß es die genannte Beschwerde dem General Wrangel habe zur Begutachtung zugehen lassen, ob bei dieser Haussuchung wirkliche Verletzungen der Habeascorpus-Acte stattgefunden haben. Uebrigens habe das Staatsministerium sowohl den General Wrangel als auch den Polizeipräsidenten auf die Rechtsbeständigkeit der §§. 1 und 6 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. Sept. d. J. hingewiesen. Die Versammlung erachtete aber diese Angelegenheit durch die Antwort des Staatsministeriums keineswegs für erledigt, und übergab dieselbe der bereits bestehenden Deputation zur Beantragung der weitern Schritte.

Von den vielen Personen, welche in den letzten Tagen vom Militär verhaftet worden, sind etwa 24 Personen wieder in Freiheit gesetzt worden. Ein großer Theil dieser Personen hat beim Kammergericht gegen diejenigen Offiziere, von denen sie verhaftet worden sind, bereits eine Civilentschädigungsklage eingereicht, weil die Verhaftungen nicht gerechtfertigt gewesen sein sollen. Die meisten Verhafteten sind auch einem Verhöre gar nicht unterworfen, sondern nach viertägiger Dauer der Haft ohne weiteres entlassen worden. (D. A. Z.)

Berlin, 22. November. Die Reichsgesandten Simson und Hergenhahn, von der Centralgewalt mit ausgedehnten Vollmachten versehen, haben den Auftrag, Berlin nicht eher zu verlassen, als bis sie den Conflikt zwischen der Krone und der Nationalversammlung beigelegt haben. Gestern Abend hatten sie eine offizielle Zusammenkunft mit Depputirten aus den verschiedenen Fraktionen der fortberathenden Mehrheit; man einigte sich in einer an den König zu richtenden Adresse, in der die Majorität versichert, daß sie die Verfassungsdebatte sofort in Angriff nehmen, sie in möglichst kurzer Zeit vollenden, alle unnützen Anträge und Interpellationen ausschließen und auf die Entfernung des Militairs und (wenn wir nicht irren) auf Aufhebung des Belagerungszustandes nicht antragen wolle. Zugleich wird der Wunsch ausgesprochen, daß in Betracht der hergestellten Sicherheit in Berlin die Versammlung nicht nach Brandenburg verlegt werden möge. Die äußerste Linke dagegen, die um jeden Preis ihr Mandat erfüllen will, ist bereit, nach Brandenburg zu gehen. Hr. Grabow wohnte dieser Zusammenkunft nicht bei. — Ueber die Bildung des neuen Ministeriums ist noch nichts bekannt. Auch der Kammer nennt man den einzigen Namen Grabow's, außerdem den Reichskommissar Simson (Professor der Rechte in Königsberg), den Regierungspräsidenten v. Wittgenstein in Köln, v. Moeller, Harkort, und aus dem gegenwärtigen Ministerium den Kriegsminisserium v. Strotha, der allgemein beliebt ist. Hr. v. Kirchmann soll gesonnen seyn, sein Mandat niederzulegen und auf seinen Posten nach Rastibor abzugehen. — Die Regierungskollegien von Königsberg und Düsseldorf sind nach Elbing und Cleve verlegt und werden vorläufig dort bleiben, bis die Ruhe in jenen Städten wieder hergestellt ist. (D. A. Z.)

Erfurt, 19. Nov. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die für Oct. einzuziehenden Steuern bis auf Weiteres zu reserviren. (D. A. Z.)

Breslau, 20. Nov. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Beschluß gefaßt, die 2800 belgischen Gewehre, welche, nach Ungarn bestimmt, hier liegen bleiben mußten, weil der Transport über die Grenze unausführbar, und die um den Stadt willen im Rathhaus unter dem Schutze der Bürgerwehr deponirt waren, heute noch auf den Oberschlesischen Bahnhof zum Weitertransport zu liefern.

(Abends 5 Uhr.) Wiederum ertönt der Generalmarsch. Die Waffen, welche der Magistrat in der vorigen Woche vom Thurmnach dem Rathhause hatte bringen lassen, sollten aus der Stadt geschafft werden. Die Kisten waren bereits aufgeladen, als das Volk die Absahrt verhinderte. Die Kisten wurden wieder abgeladen in die Räume des Rathhauses gebracht. Die Menge hat sich nach dem Abladen der Waffen wieder zerstreut und bis jetzt 7 Uhr stehen die Bürgerwehrbataillone ruhig auf ihren Sammelplätzen. In den Vorstädten sind zahlreiche Militärabtheilungen aufgestellt.

Die Geistlichkeit kommt dem Ministerium Brandenburg zu Hülfe: In einer vom 18. Nov. datirten bischöflichen Ermahnung des Fürstbischofs Fehrn. v. Diepenbrock erklärt derselbe in Betreff des Aufrufs zur Steuerverweigerung „vor Gottes Angesicht und vor aller Welt: Daß Se. Maj. der König nicht aufgehört hat, unser rechtmäßiger König, d. h. unsere von Gott gesetzte Obrigkeit zu sein, die Pflicht des Gehorsams gegen ihn, und insbesondere die Pflicht der Fortentrichtung der gesetzlichen Steuern an die dazu bestellten kgl. Behörden für jeden katholischen Christen eine unzweifelhafte Gewissenspflicht ist ꝛc.

Der bisherige Oberpräsident macht heute folgendes bekannt: In Folge meiner Erklärung vom 17. Nov. hat das k. Staatsministerium mich aufgefordert, meine Amtsthätigkeit einzustellen und die Geschäfte des Oberpräsidiums der Provinz Schlesien dem Regierungspräsidenten v. Schleinitz zu Liegnitz zu übergeben. Ich leiste dieser Aufforderung Folge mit dem Bewußtsein, in allen Beziehungen meines Amtes stets nach Pflicht und Gewissen gehandelt und mit allen Kräften das Wohl der Provinz erstrebt zu haben. Pinder. (D. A. Z.)

Olmütz, 17. Novbr. Aus guter Quelle kann ich mittheilen, daß die österreichische Regierung aus Anlaß der gegen das k. k. Generalconsulat in Leipzig am 13. Novbr. verübten Ex-

Digitized by Google

zesse, welche als die schwersten Verletzungen des Völkerrechts erkannt worden sind, in den Handelsbeziehungen mit Leipzig eine feindselige Stellung einzunehmen beschlossen, den Generalkonsul für das Königreich Sachsen abberufen und die Aechte dieser österreichischen Behörde an das englische Generalkonsulat zu Leipzig zu übergeben verordnet habe.

Grätz, 18. Novbr. Heute um 1 Uhr erfolgte die Waffenabgabe von Seiten der akademischen Legion, welche sich freiwillig, das heißt durch Umstände, nicht durch Personen genöthigt, auflöste. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 19. Novbr. Der Moniteur enthält heute folgende Berichtigung, die nicht sehr schmeichelhaft für den Marschall Windisch-Grätz ist: „Die Augsburger Allgemeine und die Kölnische Zeitung melden, daß der General Cavaignac ein Beglückwünschungs-Schreiben an den General Windisch-Grätz gerichtet habe. Diese Nachricht ist eine der elenden Verläumdungen, die gegen den Conseils-Präsidenten gerichtet werden. So etwas verdient kaum die Ehre der Widerlegung."

Das Debat zeigt heute an, das General Cavaignac auf Andringen mehrerer einflußreichen Mitglieder der Nationalversammlung beschlossen habe, die Angelegenheiten in Plata, unter deren Verwicklung der französische Handel leidet, rasch zu einem Ende zu führen. Da jede neue, durch Englands schwankende Benehmen, herbeigeführte Verzögerung, den Fall Montevideos nach sich ziehen könnte, so hat General Cavaignac durch eine telegraphische Depesche einen ausgezeichneten Admiral nach Paris berufen, der sogleich mit einer starken Escadre nach Plata abgehen und im Vereine mit der vorigen französischen Schiffsstation die Interessen des französischen Handels vertheidigen und den erschütterten Einfluß Frankreichs in jenen Gegenden wiederherstellen soll.

Der Arzt Grandmesnil, Gerant der Reforme, angeklagt, der Chef der Juni-Insurrektion gewesen seyn, ist gestern von dem Kriegsgerichte mit Einstimmigkeit freigesprochen worden. Sein Vertheidiger war Herr Teemieux.

Man meldet aus Bordeaux, daß Admiral Laine durch den Telegraphen nach Paris berufen in aller Eile dahin abgereist ist. Er wird die Expedition am Plata kommandiren. (Siehe oben.)

Großbritannien.

London, 16. November. Nach Berichten aus Noth Foreland sind in der Nacht vom 13. auf den 14. die zwei von Bremen nach New-Orleans und New-York bestimmten Schiffe „Burgundy" und „Atlantic" auf den Long und Godwin Sandbänken gescheitert. Beide Schiffe hatten viele deutsche Auswanderer am Bord, ersteres dem Vernehmen nach gegen 300. Als man an der Küste die Nothschüsse der „Burgundy" hörte, eilten sofort Fahrzeuge zur Hülfe herbei und es gelang, die Mannschaft und Passagiere zu retten; das Schiff konnte aber nicht flott gemacht werden und vom Eigenthum vermochte man nur wenig zu bergen. Der Schiffbruch des „Atlantic" ward erst am Morgen entdeckt. Alle Augenblicke brachen sich die Wogen über dem Schiffe und hatten, als die Boote von Deal anlangten, schon vier Personen, worunter zwei Passagiere, über Bord geschleudert. Nur mit großer Mühe gelang auch hier die Rettung der Mannschaft und der Passagiere; von dem Gepäck ꝛc. aber war nichts zu retten und das Schiff in Kurzem ein vollkommenes Wrack. Die Passagiere beider Schiffe sind somit fast ihrer ganzen Habe beraubt. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Novbr. Die dänische Presse hat wieder viel mit Roten Rußlands und Englands zu thun, in welchen dem Deutschland von beiden Mächten einstilllschl verboten wird, den von Dänemark so gewissenhaft erfüllten (?) Waffenstillstand seinerseits zu erfüllen. In den geheimen Sitzungen des Reichstags sollen die Mitglieder vom Ministerium hinlänglich über diese Unterstützungen und Sympathien der Großmächte für Dänemark enttäuscht seyn. (D. A. Z.)

Anzeigen.

In der **Grau**'schen Buchhandlung ist soeben eingetroffen:

Der unfehlbare Schlüssel zum Sprengen der Lotterie, oder setze, wie ich Dir in diesem Büchlein rathe, und **Du mußt gewinnen** ꝛc. Preis 3 kr.

Bei Aug. Recknagel in Nürnberg erscheint Ende November und ist durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Buchner**'sche zu beziehen:

Thomasius, Dr. G., das Bekenntniß der evangelisch-lutherischen Kirche in der Consequenz seines Princips. gr. 8. Velinp. geh. Preis bis Ende dieses Jahres 1 Rthlr. oder 1 fl. 48 kr., später: Ladenpreis 1 Rthlr. 6 Gr. oder 2 fl. 12 kr.

Dieses Schriftchen ist für alle protestant. Theologen, welcher Richtung sie auch angehören, von gleich hoher Wichtigkeit, da es **viel, sehr viel Neues** liefert.

Fluch den Tyrannen und ihren Henkern!

Robert Blum,

der Wort- und Schwertführer, der Held und Märtyrer **der deutschen Volksfreiheit,**

standrechtlich erschossen zu Wien am 9. November 1848.

Es ist das allerähnlichste Bildniß des Geopferten und trägt obige Unterschrift.

Preis: 14 Kreuzer oder 4 Sgr.

Vereine, die Partien bestellen, erhalten großen Rabatt.

Verlag des Bibliograph. Instituts in Hildburghausen.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim

werden diesen Winter zu folgenden **bedeutend herabgesetzten** Preisen **Steinkohlen** abgegeben; nämlich

Bei **Stockheim** 1) von der Grube **Vereinigter Nachbar, Reinkohle** zu **16 Kreuzer** der **Bergkübel**, oder 24 Kreuzer der Groskübel von 1¼ Bergkübel;
eine Partie **Brennberge** zu **4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben **Michael & Wolfgang** eine Partie **Brennberge** zu **4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;

Bei **Neuhaus** 3) von der Grube **Minna, Reinkohle** zu **15 Kreuzer** der **Bergkübel** oder 27 Kreuzer der Groskübel von 1¼ Bergkübel und eine Partie **Brennberge** zu **3 Kreuzer** der Bergkübel von 75—80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ab Grube **gegen baar** bei Abliefe rung. — Es ist stets **Vorrath** an allen Gruben, so daß jederzeit **ohne Aufenthalt geladen** werden kann. — Nach allen Gruben führen gut chaussirte Wege. ☞ Die **Kohlenkäufer** haben sich an die MEYER'sche **Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus** zu wenden.

Kurhessisches Staats-Anlehen von Thlr. 6,725,000.

Siebente Haupt-Prämien-Verloosung.

Ziehung am 1. Dezember in Kassel. Hauptprämien: fl. 63,000, fl. 14,000, fl. 7000, fl. 3500, 2 à fl. 1750 ꝛc. ꝛc. Geringste Prämie fl. 96. Ganze Aktien für diese Verloosung à 2 Preuß. Thlr., halbe à 1 Thlr. sind bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen. Pünktliche Einsendung der amtlichen Ziehungsliste wird zugesichert. Auch habe ich noch eine Anzahl **Badischer** Aktien für die am 30. November stattfindende Ziehung zu den bekannten Preisen abzugeben.

Moriz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt am Main.

P. S. Der Verloosungsplan liegt auf dem Comptoir dieser Blätter zur Einsicht auf.

Am Marktplatz Nr. 26 ist auf den 1. Januar 1849 ein hübsch meublirtes Zimmer und Cabinet, mit oder ohne Bett, billig zu vermiethen.

Nr. 437 ist im Hintergebäude ein freundliches Quartier für eine ledige Person sogleich zu vermiethen.

Schrollengasse Nr. 338 ist ein großes und ein kleines Quartier zu vermiethen; es kann auch Stallung und Remise dazu gegeben werden. Näheres eine Treppe hoch.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 329.** **26. November 1848.**

Deutschland.

Bestimmungen über das Volks- und Staatenhaus.

Frankfurt, 18. Novbr. Der Theil der Reichsverfassung welcher „der Reichstag" überschrieben ist, liegt gedruckt vor uns, und wird demnächst der Berathung und Beschlußnahme der Nationalversammlung vorgelegt werden. Das Staatenhaus soll nach demselben aus 200 Mitgliedern bestehen, welche auf die einzelnen Staaten nach einem noch nicht fest bestimmten Maßstab vertheilt sind. So ist es noch zweifelhaft ob Oesterreich 36 und Preußen 40, oder ersteres 30 und Preußen 36 Mitglieder ernennen soll, wobei noch der wahrscheinlich gewordene Fall außer Betracht gelassen ist, daß Oesterreich in den Bundesstaat gar nicht treten und nur ein staatenbundliches Verhältniß eingehen wird, das, nach den neuesten Vorgängen, eben auch kein sehr inniges werden möchte. Bayern sind 16, den andern Königreichen 10, Baden 10 oder 8, den andern größern deutschen Staaten (Holstein oder Schleswig-Holstein inbegriffen) 8 oder 6 Stimmen zugedacht. Die Mitglieder sollen entweder zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten ernannt, oder die Ernennungsart derselben auf verfassungsmäßigem Wege von den Einzelstaaten selbst bestimmt werden. Die Mitglieder des Staatenhauses sollen auf acht Jahre gewählt und alle vier Jahre nach der im Wahlgesetz vorgeschriebenen Ordnung zur Hälfte erneuert werden. Das Mandat der Mitglieder des Volkshauses soll auf 4 Jahre gelten, und auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter kommen, wobei jedoch den kleinern Staaten das Recht mindestens einen Deputirten und für einen Ueberschuß von 50,000 Seelen noch einen zu senden gewahrt bleibt. Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, der in dem von dem Gesetz ihm angewiesenen Wahlbezirk seit einem Jahre seinen festen Wohnsitz hat und über 25 Jahre alt ist. Nicht wahlberechtigt, weil nicht selbstständig, sind 1) Dienstboten, Tagelöhner und Gewerbsgehülfen (doch wird zu Gunsten derer eine Ausnahme gemacht, welche an ihrem Wohnsitz das Gemeindebürgerrecht erworben haben); 2) diejenigen, welche aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhalten. Wählbar ist jeder selbstständige Deutsche (hier heißt es nicht: unbescholtene Deutsche) welcher 1) in einem deutschen Staat das Staatsbürgerrecht hat; 3) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat, und 3) im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sich befindet (also nicht Bürgerssöhne, noch solche Beamtete welche sich eben dieser ganz oder zum Theil durch Richterspruch entzogen sind). Zum Staatenhause sind die Bedingungen der Wählbarkeit nur darin verschieden, daß der Ernannte Staatsbürger des Staates seyn muß, welcher ihn sendet und nach dem Vorschlag das 40ste Lebensjahr zurückgelegt haben soll, doch liegt ein Antrag vor das 30. Jahr dafür zu setzen, wie dieß in Nordamerika der Fall ist, wo freilich für die Volkskammer nur 25 Jahre erforderlich sind. Beschlußfähig soll ein jedes Haus schon durch die Gegenwart eines Drittels seiner Mitglieder seyn, wo dann einfache Majorität wie immer entscheidet. Nur wenn es sich um Gesetze handelt, welche (Art. 13. §. 58 von der Reichsgewalt) der Competenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind, muß mindestens die Hälfte der Mitglieder in jedem Hause anwesend seyn und von diesen zwei Drittel für den Gesetzvorschlag gestimmt haben. Bemerkenswerth ist der §. 20, welcher erklärt, nicht nur das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde und der Adresse, sondern auch das der Anklage der Minister stünde jedem Hause für sich zu. Es soll wohl hierdurch den nur im Staatenhause vertretenen Einzelstaaten die Befugniß erhalten werden, Uebergriffen der Executivgewalt in die ihnen grundgesetzlich übertragenen Rechte auf dem Wege der Anklage vor dem obersten Reichsgericht zu entgehen, doch scheint uns diese einzelne Befugniß eines Hauses bedenklich, wo die Klage nicht an das andere kommt. Der folgende Paragraph verfügt mit Recht, daß Reichstagsbeschlüsse nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen können; die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags wird erfordert: 1) wenn es sich um Erlassung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt; 2) wenn der Reichshaushalt festgestellt, oder das Reich Ausgaben übernimmt, oder Steuern ausschreibt, die im Budget nicht vorhergesehen sind; 3) wenn Zeitbanken von Reichswegen angelegt oder bewilligt werden; 4) wenn (nach §. 35, 37) die Steuererhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist; 5) bei Erklärungen von Landes- zu Reichsfestungen; 6) bei Abschluß von Handels-, Schifffahrts- oder Auslieferungsverträgen mit dem Auslande; 7) bei Zollanschluß oder völkerrechtlicher Verbindung nichtdeutscher Länder oder Landestheile mit Deutschland und 8) bei Abtretung, Einverleibung oder Vertauschung von Landestheilen oder Gebieten. §. 24 gibt dem Reichsoberhaupte das Recht, die Volkskammer aufzulösen, §. 26 setzt fest, daß die Präsidenten und Vicepräsidenten von jedem Hause für die Dauer einer ganzen Sitzungsperiode erwählt werden; §§. 30 bis 33 bestimmt die Rechte der Abgeordneten in der Weise des bereits erlassenen Gesetzes.

(A. Z.)

Frankfurt, 21. Novbr. Der Ausschuß für Gesetzgebung, betreffend die Einführung der zu Leipzig in der vom 20. Oct. bis 9. Dec. 1847 abgehaltenen Conferenz berathenen Wechselordnung, dessen Berichterstatter Abg. v. Brenning, stellt den Antrag: „Die hohe Reichsversammlung wolle den Entwurf einer Wechselordnung, so wie derselbe aus den Berathungen der Leipziger Conferenz hervorgegangen, ohne Eingehen in eine Diskussion über dessen Detailbestimmungen, unverändert annehmen und dessen Verkündigung als Reichsgesetz verordnen," und schlägt dann folgendes Publikationsgesetz vor: Art 1. Die nachstehende allgemeine deutsche Wechselordnung tritt mit dem 1. Mai 1849 in dem deutschen Reiche in Gesetzeskraft. Art. 2. Die zur Ausführung dieser Wechselordnung in den Einzelstaaten etwa erforderlichen, von diesen zu erlassenden Bestimmungen dürfen keine Abänderungen derselben enthalten. Mitglieder des Ausschusses für Gesetzgebung sind: die Abgg. Mittermaier, Michelsen, Bissmer, Böcking, v. Brenning, Gravell, Jordan, (aus Gollnow), Kierulff, Langerfeldt, Leue, Baur (aus Augsburg), Wesendonck, Widenmann, v. Würth, Zitz. An den Berathungen nahmen folgende Mitglieder des volkswirthschaftlichen Ausschusses: die Abgg. Dröge, Merk, Eisenstuck, Breusing, Schaufs. Aus dem Handelsstande Frankfurts waren zugegen die Herren de Bary und Pfeffel. (D. A. Z.)

Frankfurt, 22. Novbr. Dem Vernehmen nach, wird sich in diesen Tagen der Fürst v. Hohenlohe im Auftrage des Reichsministeriums nach Rom begeben, um Se. Heiligkeit den rechtlichen Bestand der Centralgewalt zu hinterbringen. — Es der neulich angedeutete Rücktritt des Herrn Bassermann vom Reichsverweser angenommen ist, darüber verlautet nichts. — Gestern Abend waren wieder einmal an den Thoren die Wachen verdoppelt, im Publikum fürchtet man, aus welchem Grunde ist nicht klar, eine Erneuerung der Unruhen. Dr. Rauschenplatt, der jetzt im Ministerium des Innern angestellt ist, weiß in dieser Beziehung dasselbe sehr genau auf dem Laufenden zu erhalten. (D. Z.)

Frankfurt, 22. Novbr. (Gerüchte von einem Komplott und Vorsichtsmaßregeln.) Essenz Abend wurden hier, wie bereits gemeldet, abermals sehr große militärische Sicherheitsmaßregeln getroffen. Schon um 5 Uhr wurden die Thore geschlossen, alle Wachposten ansehnlich verstärkt, sämmtliche Truppen erhielten die Weisung, sich zum Ausmarsche beim ersten Zeichen bereit zu halten, auf den Roßmarkte war eine Anzahl bespannter Geschütze zur Verfügung. Wie man vernimmt, waren auch die in den umliegenden Orten kantonirenden Truppen in Bewegung und mehr in die Nähe unserer Stadt gerückt. Es sind deßerzliche Gerüchte im Umlauf über die Gründe, durch welchen die außerordentlichen Vorkehrungen veranlaßt worden waren. Man versichert, es seyen unzweideutige Spuren eines Komplottes entdeckt worden, welches von geheimen Gesellschaften angezettelt worden sey, um den Eindruck der neuesten Wiener und Berliner Ereignisse auszubeuten zu einem abermaligen Versuche sozialistisch-republikanischen Schilderhebung; das Komplott außerhalb angezettelt, solle in Frankfurt in Ausführung gebracht werden; in einer geheimen Gesellschaft sei eine Anzahl Mitglieder durch das Loos bestimmt worden, mehrere der angesehensten Männer der Nationalversammlung zu ermorden, und dieß soll das Signal zum Losbrucht seyn;

Digitized by Google

das Unternehmen stände im Zusammenhange mit einem neuen Annexionsprojekte der an der französischen Grenze befindlichen deutschen republikanischen Flüchtlinge, gleichzeitig solle die Flamme des Aufruhres auf mehreren Punkten aufodern. So viel ist gewiß, daß mehrere unserer parlamentarischen Notabilitäten in diesen letzten Tagen Drehreise der schändlichsten Art erhalten haben; daß in einer Volksversammlung in einer Nachbarstadt nicht Windischgrätz, nicht die österreichische Regierung, sondern Heinrich von Gagern als Der bezeichnet wurde, welchem Robert Blum's Tödtung zur Last falle; daß in anderen Volksversammlungen, welche Todtenfeiern zu Ehren Robert Blum's seyn sollten, nach dem Zeugnisse der Parteiorgane selbst „starke" Reden gehalten wurden, die zur „That auffordertten. Ende voriger Woche war vom Reichskriegsministerium bereits die Verfügung getroffen, daß mehrere Regimenter der in und um Frankfurt konzentrirten Reichstruppen in dieser Woche noch ihren früheren Standquartieren zurückkehren sollten. Wahrscheinlich hatten die Leiter der Bewegung darauf gerechnet. Das Reichskriegsministerium hat aber vorgestern diese Verfügung wieder zurückgenommen. (K. v. u. f. D.)

München, 23. Nov. Se. Maj. der König hat zufolge Erlasses vom 18. d. den Feldmarschall Prinz Karl von Bayern zum Generalinspektor des Heeres ernannt mit der Befugniß, die einzelnen Abtheilungen und größeren Heereskörper nach den hierüber bestehenden oder später noch erfolgenden allerhöchsten Bestimmungen zu jeder Zeit zu inspiziren.

München, 22. Nov. Ich bereite mich, Ihnen mitzutheilen, daß Kriegsminister Brenner heute seine Entlassung eingereicht und erhalten, und Generallieutenant v. Zeloltze an dessen Stelle zum Kriegsminister ernannt wurde. Sicher wird diese Nachricht allenthalben schmerzlichen Eindruck hervorrufen, da Weitshaupt jedenfalls einer der ausgezeichnetsten und kenntnißreichsten Offiziere des Heeres ist.

München, 23. Nov. Einer vielfachen Klage, die auch auf allen Ständeversammlungen beharrlich zur Sprache kam, wegen des Wegeräumens des Schnees auf den Staatsstraßen durch die Gemeinden, ist durch eine Bekeednung abgeholfen, der zu Folge die für solche Arbeiten erwachsenden Kosten von nun an aus den Staatskassen vergütet werden. Die Ueberwachung und das Akkordiren dieser Schneeräumungsarbeiten hat k. Baupersonale zu übernehmen. Der Taglohn der verwendeten Arbeiter kann jedesmal aus der Gemeindekasse gegen alsbaldige Refundirung durch das k. Rentamt vorschußweise geleistet werden. (N. K.)

München, 23. Nov. (Dienstesnachrichten.) Der k. Landgerichtsassessor A. Wiedemann zu Schrobenhausen ist auf sein Ansuchen auf die erledigte k. Assessorstelle bei dem Landgerichte Oberdorf versetzt, die hiedurch erledigte k. Landgerichtsassessorstelle zu Schrobenhausen dem Landgerichtsaktuar F. K. A. Greger zu Wemding verliehen, und auf die hiedurch eröffnete Landgerichtsaktuarstelle zu Wemding der Rechtspraktikant G. Fuchs dei zu Kitzingen ernannt, ferner die hiedurch erledigte Landgerichtsassessorstelle zu Kitzingen der II. Assessor bei diesem Landgerichte M. v. Plank befördert, die hiedurch eröffnete II. Assessorstelle dem Landgerichtsaktuar J. Zimmermann verliehen, und auf die hiedurch erledigte Aktuarstelle der Rechtspraktikant K. Steger aus Nedwitz ernannt; der II. Landgerichtsassessor K. Schaible zu Donauwörth in den Ruhestand, auf die hiedurch erledigte Stelle der II. Landgerichtsassessor J. Milbauer zu Weiler versetzt, und auf die hiedurch eröffnete Stelle der Rechtspraktikant O. Kempter aus Füssen ernannt; der Landrichter H. E. W. Ritter v. Wächter zu Wunsiedel unter Verzeihung der allerhöchsten Zufriedenheit in den Ruhestand, der Landrichter G. B. Bisani zu Hof auf die erledigte Landrichterstelle Bamberg II. versetzt, die erledigte Physikatsstelle bei dem Landgerichte Bischofsheim dem praktischen Arzte Dr. Vogel zu Bischofsheim, die erledigte Landrichterstelle zu Maekthreidenfeld dem I. Landgerichtsassessor St. Gerber zu Ochsenfurt verliehen worden.

Aus Oberfranken, 21. Nov. (Eisenbahnunfall.) Am 18. d. Mts. ereignete sich auf der schiefen Ebene unserer Süd-Nordbahn bei Neuenmarkt ein Unfall. Als nemlich der Zug nach Hof zwischen 1 und 2 Uhr in Neuenmarkt ankam, erfuhr man, daß der Zug von Hof nach Neuenmarkt auf der Höhe mit Schneeverwehungen zu kämpfen habe; nachdem derselbe endlich in zwei Zügen angelangt war, setzte sich um 4½ Uhr der nördliche Zug, aus 14 bis 16 Wägen bestehend, mit nur einer Lokomotive in Bewegung. Diese hatte natürlich eine schwere Arbeit. Als der Zug eben in die Station Markt Schorgast am oberen Ende der schiefen Ebene einlaufen wollte, gab der Maschinist, welcher vermuthlich den Dampf zu frühe abgestellt hatte, plötzlich nochmals Dampf. Die hiedurch entstandene Prellung war so heftig, daß der Halen an einer Zughange brach, darauf auch die Bothkette, und eine Anzahl Wägen sich rückwärts in Bewegung setzten. Der Wagendremser hatte schnell die Fassung verloren, und es hätte ein großes Unglück entstehen können, wenn nicht der Kondukteur Wagner mit rühmenswerther Geistesgegenwart von Wagen zu Wagen klimmend sich auf den Bremsknaggen begeben und die Bremse angezogen hätte. Wäre die Verbindung der Bremsen an allen Wägen in der gehörigen Ordnung gewesen, so hätte man den Zug früher vielleicht angehalten. Proben der Zug schnell zum Stillstand gebracht werden können. Da Dieses aber nicht der Fall war, so machten die abgetrennten Wägen die Reise von zwei Stunden über die schiefe Ebene wieder nach Neuenmarkt zurück, doch mit so gemäßigter Geschwindigkeit, daß kein Wagen aus dem Geleise kam, und der Zug vor Neuenmarkt noch Stille hielt. Nachdem nun die Nacht und die Passagiere ohnehin durch die Angst sehr angegriffen waren, zogen dieselben es vor, nach Kulmbach zurückgebracht zu werden. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 22. Novbr. Die hier eingetroffenen Reichscommissäre Simson und Hergenhahn haben ihre Wirksamkeit in der That mit Vermittlungsversuchen zwischen der Krone und der Nationalversammlung begonnen. Die preußische Regierung soll auf diese Wirksamkeit bereits einen großen Werth legen, und es ist möglich, daß eine ausgleichende Wendung der Dinge dadurch entsteht. Die genannten Herren begaben sich gestern Abend auch in die Parteiversammlungen der Abgeordneten und versuchten dort eine Transaktion in Bezug auf das Zusammenteten in Brandenburg zu Stande zu bringen. Auf dem Moment, die Versammlung in Brandenburg zu empfangen, würde die Regierung bestehen, jedoch zugleich die Zurückverlegung nach Berlin aussprechen, sobald die Versammlung ein ausreichendes Gesetz zu ihrem Schutze gegen den Terrorismus berathen. Der Eindruck, welchen die Vermittlungsversuche der Reichscommissäre bisher bei den Abgeordneten gemacht, scheint uns nicht von der Art, um darauf eine bestimmte Combination bauen zu können, obwohl man sich in der Stadt fast allgemein mit dem Glauben zu tragen anfängt, daß auch die äußerste Linke jetzt entschlossen sey, den Uebergang zu einer neuen parlamentarischen Session über Brandenburg zu machen. — Der „Spener'schen" hat heute zum ersten Mal wieder seit unserer großen Katastrophe den Ministersaal in Bellevue um sich versammelt und dort mit sämmtlichen Staatsministern Staatsrath gehalten, während er in der letzten Zeit, was als ein Beweis seines ausschließenden Vertrauens zu dem Ministerium Brandenburg angeführt werden kann, sich gänzlich jedes Antheils an den Geschäften enthalten hatte. Die Entschließungen des Königs über den von jetzt ab einzuschlagenden Weg werden heute ohne Zweifel festgestellt worden seyn. Es scheint, daß in diesem Augenblick eine milbere und versöhnlichere Ansicht der Dinge in den höchsten Regionen Platz gegriffen hat. Die jetzt offenbar vorherrschende Neigung zu einer Transaktion will man zum Theil auch der Ankunft und Einwirkung der Reichscommissäre zuschreiben, während die preußische Regierung vor Kurzem noch entschieden schien, jeden vermittelnden Einfluß von Frankfurt her abzuweisen. — Dem von hier aus verbreiteten Gerücht, daß ein großer Theil der Abgeordneten sich am 27. Nov. in Brandenburg einfinden und somit eine beschlußfähige Anzahl (202) dort anwesend seyn werde, können wir widersprechen. Eine bindende Erklärung, den gefaßten Beschlüssen gemäß nicht nach Brandenburg zu gehen, ist bis jetzt von 268 Mitgliedern unterzeichnet. Das sodann ausgegebene amtliche Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche sich an den Berathungen in Berlin betheiligen, enthält 277 Nummern. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium, an die Stelle derjenigen Mitglieder, welche am 27. Nov. in Brandenburg nicht seyn werden, die Stellvertreter einzuberufen. So ist St. Mylius bereits zum Eintritt in die preußische Nationalversammlung berufen, und dadurch dessen Stellvertreter, Hrn. v. Berg, zu beseitigen. — Der Abg. v. Kiechmann erzählt zur Berichtigung der falschen Angaben über sein Gespräch mit Herrn Bassermann: Am 14. Nov. besuchte ich den mir befreundeten und durch Unwohlseyn an sein Zimmer gefesselten Abg. Geadow. Ich kam völlig unerwartet und traf bei demselben den Unterstaatssekretär Bassermann aus Frankfurt und den Abg. Geßler. Die Unterhaltung führte auf den jetzigen Conflict, und Abg. Gradow in seinem regen Eifer für Vermittlung verlangte von mir eine Aeußerung, unter die möglichen Bedingungen einer solchen Vermittlung. Ich erwiderte dagegen, daß ich für meine Person die bloße Bildung eines sogenannten Kammerministeriums für völlig unzureichend hielte. Es käme jetzt wesentlich darauf an, den Scheinconstitutionalismus, der seit sechs Monaten in Preußen geherrscht habe, zu vernichten und die Hindernisse, welche alle Ministerien seit dieser Zeit gelähmt hätten, von Grund aus zu beseitigen. Es müßten beshalb besondere Ga-

Digitized by Google

rantien dafür gegeben werden, daß es mit der constitutionellen Staatsform voller Ernst sey. Als solche Garantien nannte ich insbesondere die Verhaftung der jetzigen Minister und des Generals v. Wrangel und die Unterweisung derselben an die Gerichte zur Criminaluntersuchung; die Auflösung des Gardecorps, die sofortige Entfernung aller seit dem 9. Nov. in Berlin eingerückten Truppen; eine unmittelbare und tägliche Verbindung zwischen den Ministern und der Krone, damit jene die wirklichen und alleinigen Räthe dieser bilden könnten; zu dem Ende die Entfernung der ganzen jetzigen reactionären Umgebung der Krone sowie die Verlegung des Wohnsitzes Sr. Maj. des Königs nach Charlottenburg oder Berlin, damit der König täglich den Berathungen des Staatsministeriums beiwohnen könne. In Bezug auf die Bildung des Ministeriums äußerte ich, daß vor dem 9. Nov. die Bildung eines Ministeriums aus den Centren wahrscheinlich eine compacte Majorität erlangt haben würde; jetzt, nach den unglückseligen Maßregeln der Regierung, seit dem 9. Nov. sey die linke Seite der Versammlung so erstarkt, daß ich glaubte, diese Fraction könne nun bei der Bildung eines Ministeriums nicht mehr ganz übergangen werden. Ich füge hinzu, daß diese meine persönlichen Ansichten wahrscheinlich von vielen meiner politischen Freunde in der Versammlung getheilt würden. — Den Vernehmen nach wird jetzt ad das Militär, um Formfehler zu vermeiden, so wenig als möglich selbstständig auftreten, sondern meist nur auf Requisition und unter Verantwortlichkeit des Polizeipräsidiums agiliren.

In Aachen macht der Oberbürgermeister und die Gemeinde verordneten bekannt, daß sie für ihre Pflicht erachtet, eine, die ungestörte Fortdauer der Ruhe sichernde Vermittelung dadurch zu Stande zu bringen, daß vorläufig Jeder, welcher dem Eindringen mehr- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände Anstand nimmt, die gewöhnlichen Steuern sofort zu bezahlen, befugt seyn soll, deren Entrichtung einstweilen zu verschieben, wogegen aber durch die Steuerbeamten nach vorheriger Revision von den eingebrachten Gegenständen und den Namen der Eigenthümer Notiz genommen wird. Da jedoch hierbei jedenfalls die spätere Nachzahlung vorbehalten bleibt, so werden selbstredend diejenigen Gewerbtreibenden, welche mit derartigen Gegenständen handeln zu Preisverminderungen, die nur bei einem gänzlichen Steuererlasse möglich wären, außer Stande seyn. In Koblenz (wo doch eine bedeutende Besatzung) ist das Nämliche geschehen. In Bonn kam es nach einem Tumulte zu der nämlichen Maßregel. In Wesel hat der Gemeinderath eine Zusammenberufung an die Nationalversammlung zu Berlin an den von hier gebürtigen Vicepräsidenten Bürgers beschlossen, außerdem eine Aufforderung an den Gemeinderath zu Köln, eine Versammlung von Abgeordneten sämmtlicher Stadt- und Landgemeinden der Provinz nach Köln zu berufen, um sich über gemeinschaftliches Handeln zu verständigen. In Düsseldorf verlangen die Demokraten gar eine provisorische Regierung. (D. A.)

Delitsch, 22. Novbr. Das heute hier einberufene Landwehrbataillon weigerte sich einhellig, einem andern Rufe als dem der Nationalversammlung zu folgen, und mußte nach sehr tumultuarischen Scenen wieder entlassen werden. (D. A. Z.)

Breslau, 21. Novbr. Zwischen den städtischen Behörden und dem Obersten der Bürgerwehr hat es gestern noch heftige Auftritte gegeben. Die Veranlassung dazu war das Wegschaffen der im Rathhaus befindlichen Waffen, was von der städtischen Behörde ohne die statutenmäßige Zuziehung des Obersten beschlossen ward. Als die Waffen bereits aufgeladen waren und die Menge die Abfahrt verhinderte, wurde der Oberst gerufen und die Alarmirung der Bürgerwehr und Requisition des Militärs von ihm verlangt. Der Oberst gab dem ersten Verlangen nach, widersetzte sich aufs entschiedenste dem zweiten und erklärte sich ebenso gegen das Fortschaffen der Waffen in diesem Augenblick. Als die Bürgerwehr nach 8 Uhr wieder entlassen wurde, begaben sich sämmtliche Führer aufs Rathhaus und beantragten die Einsetzung eines Sicherheitsausschusses. Der Magistrat verspricht, die Angelegenheit in Berathung zu nehmen. Wie wir nun vernehmen, ist der Beschluß des Magistrats heute abiehnend ausgefallen. In der elften Stunde begaben sich die Führer noch zum Oberpräsidenten Pinder und forderten ihn auf, seine Stelle nicht niederzulegen. Er erklärte jedoch, nicht im Amte bleiben zu können. Ein Führer der Bürgerwehr, der auf Einsetzung einer provisorischen Regierung angetragen hatte, wurde noch gestern auf Requisition der Regierung vom Magistrate vernommen. Das Militär lagerte bis in die späte Nacht in den Vorstädten.

6 Uhr Abends. In der eben stattgehabten ersten Sitzung des Vereins zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung hat es arge Unordnungen gegeben. Es fand sich eine zahlreiche Versammlung ein, und der Vorsitzende legte eine Adresse an den Magistrat zur Unterschrift vor, in der um Requisition des Militärs gebeten wird, da der Oberst der Bürgerwehr sich nicht in allen Dingen dem Willen des Magistrats füge. Da die Mehrzahl der Anwesenden aus Männern bestand, die in der Requisition des Militärs in diesem Augenblicke eine reaktionäre Maßregel erblicken, so brach ein furchtbarer Tumult aus. Die Sitzung blieb ohne Resultat. (D. A. Z.)

Rageburg, 15. Novbr. Heute fand die feierliche Installation der höchsten Landesbehörde durch den Reichscommissarius Stedmann und den länischen Bevollmächtigten, Hrn. C. v. Wiessen, statt. Sie besteht aus dem Grafen v. Kielmannsegge, als Präsidenten und den Justizräthen Walther und Höchstädt. (W. Z.)

Wien, 21. Nov. Endlich ist das Ministerium gebildet, und zwar in folgender Weise: Ministerpräsident Wessenberg und des Aeußern Fürst Felix Schwarzenberg; Minister des Innern Graf Stadion; Minister der Finanzen Baron Krauß; Minister des Kriegs Generalmajor Baron Cordon; Minister der Justiz (prov.) Dr. Bach; Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten v. Bruck; Minister der Agricultur Baron Thienfeld; das Ministerium des Unterrichts wird prov. durch Graf Stadion versehen. Zum Feldmarschalllieutenant Mega ist noch die Frist bis zum 26. Nov. von dem Fürsten Windisch-Grätz eingeräumt worden, Truppen zurückzuberufen, nach deren fruchtlosem Ablauf den mit Behandlung angekündigt wird. — Fürst Windischgrätz erhielt vom Kaiser Nikolaus das Großkreuz des St. Georg-Ordens in Gegenwärtig eines sehr schmeichelhaften Handschreibens, das der k. General-Adjutant Fürst Lieven überbrachte. — Auch Jellachich hat einen russischen Orden, n. z. das Großkreuz des St. Wladimir-Ordens nebst einem Handschreiben des Kaisers erhalten; derselbe begibt sich zu Ende dieser Woche zur Armee. — Mehrere Abtheilungen Husaren sind aus Ungarn zur österr. Armee abgegangen.

(Der soll Minister seinᵗ) Der zum Ministerpräsidenten designirte Fürst Felix von Schwarzenberg — nicht zu verwechseln mit dem Landshuter Schwarzenberg, der im Sonderland die rechte Hand Radetzky's, nachdem Leser wieder siegreich dahin zurückgekehrt. In der K. Z. vom 5. Sept. finden sich in einer Correspondenz von der italienischen Grenze folgende Charakteristik des Mannes, der jetzt die Geschicke Oesterreichs lenken soll: Mailand ist die diplomatische Rechte Radetzky's geworden. Man weiß nicht ob Schwarzenberg unwiderstehlicher im Salon oder auf dem Schlachtfelde ist. In Neapel besiegte er Weiber, Austern, Champagner und Tokaier. Dieser liebenswürdige, steife, jesuitische Diplomat bringt gewiß nichts Gutes zurück. Lord Walpole prügelte ihn tüchtig durch und der Prinzipe di Canino Antimo warf ihn die Treppe hinunter — der Weiber wegen."

(Hört!) Die Wiener Zeitung bringt mehrere kaiserl. Manifeste an die Völker Ungarns, Slawoniens, Kroatiens u. s. w., dieselben sind jedoch sämmtlich von älterem Datum, zum Theil noch vom September. Beachtenswerth erscheint uns zunächst nur ein Passus, worin unter den „Belegen der verderblichen Richtung des ungarischen Reichstags" der Beschluß aufgeführt wird: bei einer feindseligen Verwicklung mit der Centralgewalt des deutschen Reichs in der Vertheidigung des nicht ungarischen Länder der österreichischen Regierung seine Hülfe zu leisten.

Olmütz, 19. Nov. Gestern und zwei Mitglieder des frankfurter Parlaments als diplomatische Abgeordnete hier eingetroffen. Wir hoffen vielleicht im nächsten Blatte näheres über ihre Sendung veröffentlichen zu können.

Grätz soll in Belagerungszustand erklärt worden sein. Es haben sie viele wiener Studenten und Mobilgarden sich in diese Stadt geflüchtet, daß man für die Sicherheit besorgt wurde und den wiener Vorgängen ähnliche Auftritte befürchtete, welchen man durch die Belagerung vorzubeugen hofft.

Ungarn.

Ofen-Pesth, 11. Nov. Der polnische General Bem, Dr. Taufenau, Wisznyowsky und einer Schaar junger Polen, welche an den Freiheitskämpfe der Ungarn sich zu betheiligen wünschen, weilen in Pesth. Gegen General Bem wurde gestern in seiner Wohnung, im Hotel zum Erzherzog Stephan, durch einen jungen Polen ein Attentat versucht. Er feuerte eine Pistole gegen den General ab, die jedoch blos die Wange streifte. Der junge Mann wurde sogleich ergriffen und dem standrechtlichen, bald darauf aber den Zivilgericht übergeben. Er soll dem General Bem für

Digitized by Google

Verräther seines Vaterlandes und für einen panslawistischen Aufwiegler erklärt haben, in Folge dessen des Generals Papiere in Beschlag genommen und seine Person unter Aufsicht gestellt worden sey. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 14. Nov. Sterbini hat ein grauenvolles Präludium der Kammerdisputе abgespielt und den Grafen Rossi in einer Weise mißhandelt, welche für die hiesigen Verhältnisse noch neu ist, und daher große Sensation macht. Er gibt ihm alles mögliche schuld, ja sogar geheimes Einverständniß mit Guizot und Metternich. Geht er doch so weit zu behaupten der Graf v. Lützow habe ihn, als er durch die Volkswuth aus Rom vertrieben worden sey, mit seiner Mission betraut, und diese habe der Denunziatissime Italiens, der französische Doctrinär und schlaue Diplomat heilig gehalten. Was mit solchen Schändreden gemeint sey, wird klar wenn man darauf achtet daß es dem General Zucchi, welcher noch vor kurzem als ein großes Licht der Unabhängigkeitsunternehmung hoch gepriesen wurde, nicht viel besser geht. Er nimmt sich der Ordnung an, und dieß genügt, ihn zu verdächtigen. Denn zum Fischen bedarf man durchaus trüben Wassers. — Gleichzeitig mit diesen Zeitungsartikeln läßt Sterbini patriotische Reden in dem Circolo Popolare ertönen, wo sie mit Jubel empfangen werden. Man ergiebt sich der Hoffnung daß die italienische Constituante sich ohne Hinderniße werde hier aufthun können, und die Theilnehmer scheinen bereits von auswärts eingetroffen zu sein. Selbst die Besitzer von vier Millionen Scudi, welche der Klerus dargeboten hat, findet, da dadurch die mit 2½ Millionen hypothecirten Kirchengüter frei werden, und demnach, einer Hypothek fortan entbehren, heftige Tadler. Fünfzehnjährige Ratenzahlungen, behauptet man, böten einem Mann, der sein Geld lieb habe, keine Garantien dar. (A. Z.)

Rom, 15. Nov. 2 Uhr Nachmittags. (Rossi ermordet.) Soeben ist ein großes Verbrechen verübt worden. Hr. Rossi, der Minister des Innern und der Finanzen, ward in dem Augenblicke wo er sich in die Deputirtenkammer begab, deren Sitzung heute fortgesetzt werden sollte, auf der Treppe der Kanzlei mit zwei Dolchstichen verwundet, und starb wenige Augenblicke darauf. Mir sind nun ohne eine Vollziehungsbehörde. Das Cabinet, an dessen Spitze Rossi stand, hat sich im Schrecken aufgelöst. General Zucchi, der unter den jetzigen Umständen bei seiner Charakterfestigkeit von großem Nutzen für die öffentliche Ruhe wäre, befindet sich in Bologna. Schwerer Verdacht der Genossenschaft an dem Verbrechen lastet auf Pietro Sterbini. (K. v. u. f. D.)

Belgien.

Brüssel, 20. Novbr. Das Erkenntniß des Cassationshofs in der Sache der wegen der Affaire bei Risquons-Tout zum Tode verurtheilten Republikaner lautet auf Verwerfung des Einspruchs. Elf derselben sollen die Verbannung nachgesucht haben, während der General Mellinet, Advokat Tedesco und Delestrée das Gnadengesuch von sich stießen. Spilthorn, de Rudder und Baillin sollen noch unentschieden seyn. (D. A. Z.)

Frankreich.

*Paris, 20. Novbr. Die Delegirten der Arbeiter-Corporationen des Luxembourg haben Louis Blanc die Candidatur zur Präsidentschaft der Republik angeboten. Louis Blanc erklärt nun in einem Schreiben aus London, daß er diese Candidatur in so ferne annehmen, als sie eine Protestation gegen jede Präsidentschaft überhaupt enthalte.

Das demokratische und socialistische Frauen-Baukett hat gestern Statt gefunden. Ungefähr 800 Frauen, 200 Männer und 200 Kinder wohnten demselben bei. Die Damen Moniat, Meismé de Longueville, Vinçy, Bourgeois-Aix und Frangons präsidirten. Man bemerkte eine große Anzahl sehr eleganter Toiletten und eben so viele hübscher Gesichter.

Herr Gustav von Beaumont, französischer Gesandter in London, ist gestern hier eingetroffen und hat sogleich mit den Herren Cavaignac und Bastide eine lange Conferenz gehabt.

Paris, 20. Novbr. Der Gesandte der deutschen Reichsgewalt, Hr. v. Raumer, den General Cavaignac immer noch nicht empfangen hat, ist von der provisorischen Centralgewalt beauftragt, von Hrn. Bastide kategorische Erklärungen über die Gründe dieses Benehmens zu verlangen und im äußersten Fall selbst seine Pässe zu fordern. Der Minister des Auswärtigen hat eine ausweichende Antwort gegeben, Hr. v. Raumer aber seine Abreise provisorisch bis zur Wahl des neuen Präsidenten aufgeschoben. (D. A. Z.)

Die gestrige Feier der Verfassung ist von dem schönsten Wetter begünstigt, ohne alle Störungen vor sich gegangen. Eine ungeheure Menschenmenge wogte den ganzen Tag durch alle Straßen und die prächtige Erleuchtung der Champs elysées, so wie die drei Feuerweile hatten Abends mehrere Hunderttausende von Zuschauern herbeigezogen.

Nachdem der Moniteur den Fürsten Windisch-Grätz in Wien und das angebliche Schreiben des Generals Cavaignac an diesen in sehr energischer Art desavouirt hatte, bringt heute der Moniteur du soir folgende Note: „Es ist unwahr, daß der französische Gesandte in Berlin dem Könige von Preußen seit den letzten Ereignissen einen Besuch abgestattet habe. Die hierüber verbreiteten Journalgerüchte entbehren jeder Begründung.“

Man sagt, daß Herr Ledru-Rollin heute die Regierung wegen der neuesten Vorgänge in Deutschland und den Verhältnissen dieser Macht zu der Schweiz interpelliren werde.

Großbritannien.

London, 20. Novbr. Ein Wallfischfahrer von Hull hat am 2. Oct. an der Südküste der Baffinsbai eine Flasche mit Nachrichten von Sir James Ross im Meere gefunden. Danach befand sich Sir James am 28. Aug. an der Mündung des Lancastersundes unter 73 Grad 50 Min. nördl. Breite und 78 Grad 30 Min. westl. Länge. Von Sir John Franklin war noch keine Spur gefunden. Dieser ist jetzt 3½ Jahre abwesend, ohne daß man authentische Nachricht von ihm erhalten hat. Schon im März 1847 wurde Sir J. Richardson von Canada zu Land und im vorigen Februar zwei Schiffe nach der Beringsstraße zu seiner Aufsuchung abgeschickt. Da Sir J. Franklin für vier Jahre Lebensmittel hat und Schiffe, die besonders für die Fahrt im Eismeere gebaut sind, so zweifelt man nicht an seiner Erhaltung.

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Novbr. Hier kursirte dieser Tage die Abschrift einer an den russischen Gesandten in Frankfurt gegangenen Note, worin der Kaiser erklärt, die Rechte Dänemarks bewahren zu wollen, und müsse er es auch mit Waffenmacht thun. Dabei glaubt man nun, daß das neue Ministerium, in Uebereinstimmung mit dem König, bei den in London bevorstehenden Friedensunterhandlungen sich auf keine Bedingungen einlassen wird, die den auch durch den Reichstag ausgesprochenen Wünschen der Nation zuwider wären. (D. A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt. In der Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurde der Verfassungsentwurf bis §. 56 angenommen. Morgen Näheres.

Nachrichten aus Neuyork melden, daß General Taylor zum Präsidenten von Nordamerika gewählt worden ist.

Anzeigen.

Beste geräucherte Speckaale, frische Leineberger Pricken und beste marinirte Häringe empfiehlt

Adolph Grünewald.

Mühlen- und Maschinenbauwerkstätte

von

Hedrich und Stockhausen

in Glauchau in Sachsen.

Mit Gegenwärtigem erlauben wir, Bauunternehmern unser Etablissement zu empfehlen. Es beschäftigt sich seit einer Reihe von Jahren hauptsächlich mit der Ausführung aller Arten Mühlen, und zumal amerikanischen und Walzen-Mühlen, nach Wiener und andern Systemen, sie mögen durch Wasser-, Dampf-, Wind- oder Muskelkräfte betrieben werden. Wir liefern deßhalb auch alle Arten Triebwerke, Wasserräder (zumal Turbinen), Trempel- und Dampf-Maschinen, alle Arten Pumpenwerke, hydraulische und andere Pressen, Apparaturmaschinen und alle Theile für Papier-, Oel-, Walk-, Kuchen-, Cichorien-, Sens-, Schneide-, Granpen- und Hirsenmühlen u. s. w. und sind auch bereit, für alles dieses Gewünschte die speciellsten Nachweise und Zeichnungen zu liefern.

Bei Büttnermeister Stumpf ist ein mittleres Quartier stündlich zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

Für Robert Blum's Hinterlassene ist ferner eingegangen: von A. A.: 1 fl.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 330.** **27. November 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 23. November. (121. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Der Legitimationsausschuß trägt darauf an, die Abgg. Löw aus Posen noch vier andere als nichtlegitimirt auszuschließen und statt des Ersteren den Generalmajor von Brand einzuberufen. Zacharia erstattet für den internationalen Ausschuß den Bericht über die limburgische Frage. Der Ausschuß beantragt, die Centralgewalt aufzufordern: 1) gegen den Vollzug des neuen Grundgesetzes für das Königreich der Niederlande in Bezug auf Limburg Verwahrung einzulegen, und demselben in jeder sonstigen geeigneten Weise entgegenzutreten, 2) insoweit bei Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 19. Juli d. Js. eine Verständigung oder Vereinbarung mit der limburgischen oder niederländischen Regierung erforderlich seyn sollte, dieselbe schleunigst einzuleiten und zum Abschluß zu bringen. Der Referent bemerkt, die Anträge seyen nicht so scharf, um einen Krieg mit Holland herbeirufen zu lassen, jedenfalls müsse aber der Ausschuß wegen Dringlichkeit der Sache wünschen, daß dieselben auf die morgende Tagesordnung kommen. Raveaux stellt den Antrag, die Nationalversammlung wolle das Andenken Robert Blum's durch eine würdige Todtenfeier ehren, und zu diesem Zweck eine Commission von 5 Mitgliedern ernennen. Raveaux bemerkt, Blum sey sein Landsmann und Freund gewesen. Es sey ihm unmöglich, Gründe zu entwickeln. Die Nationalversammlung sei verpflichtet, die Feier anzuordnen und so würdig als möglich zu begehen. Der Antrag von Raveaux wird fast einstimmig angenommen. Berger stellt folgende Interpellationen: 1. 1) hat das Reichsministerium von der in der letzten Zeit zwischen den Kabinetten von St. Petersburg, Berlin und Wien abgeschlossenen Allianz Kenntniß? 2) Was ist der Zweck der Allianz? 3) Welche Schritte gedenkt das Reichsministerium zu thun, um sich von dieser Allianz offizielle und authentische Kenntniß zu verschaffen? 4) Welche Stellung gedenkt die Centralgewalt dieser Allianz gegenüber einzunehmen? Insbesondere 5) was gedenkt die Centralgewalt zu thun, um die diplomatischen Uebergriffe der deutschen Staaten Preußen und Oesterreich abzuwehren? Reichsminister v. Schmerling wird die Interpellation Berger's morgen beantworten.

(Schluß folgt.)

Frankfurt, 23. Nov. Man spricht viel davon, daß ganz in Kurzem die Festung Posen zur Reichsfestung erklärt werden solle. (K. v. u. f. D.)

München, 24. Novbr. Se. kgl. Hoh. Prinz Luitpold ist zum Divisionsgeneral ernannt. — Der bisherige Kriegsminister, Generalmajor Weishaupt, ist zum Brigadier der Artillerie ernannt worden. Der unvermuthet schnelle Rücktritt desselben vom Kriegsministerium macht einiges Aufsehen, zumal man die Ursache desselben nicht erfährt. (Bvbl.)

München, 24. Novbr. Die Ernennung des Generallieutenant von Lesuire zum Kriegsminister ist nun öffiziell bekannt gegeben und an dessen Stelle der als Infanteriedivisionär nach Nürnberg beordert gewesene Generallieutenant Frhr. v. Hohenhausen zum Kommandanten der ersten Infanteriedivision in München bestimmt worden. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 23. Novbr. Die Herren Robbertus und v. Berg reisen heute Abend im Auftrage der Nationalversammlung nach Frankfurt, um folgende von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die deutsche Reichsversammlung zu überbringen: „Hohe Versammlung! Der Herr Unterstaatssekretär Bassermann hat in der 118. Sitzung der deutschen Reichsversammlung über seine Sendung nach Berlin Bericht erstattet. Wir verschmähen es, mit Herrn Bassermann darüber zu rechten, wie und wo er seine Anschauungen von der Physiognomie der Stadt, von der Haltung der Bevölkerung, gegenüber den Gewaltstreichen der Regierung, gewonnen hat. Der 9. Nov. ist schon der Geschichte anheimgefallen. Der Presse mag es überlassen seyn, nachzuweisen, daß Herrn Bassermann's Schilderung bis in die kleinsten Züge falsch ist. Wenn aber ein Beamter des Reichs über seine amtliche Thätigkeit die hohe Versammlung mit so folgenschweren Unwahrheiten zu hintergehen sucht, so wäre ein Schweigen ein Verrath an der heiligen Sache; für die wir aber nicht meuchlings wollen morden lassen: Wir Unterschriebene erklären daher: daß Herr Bassermann, als Abgesandter der deutschen Centralgewalt, mit der preußischen Nationalversammlung oder mit den zurückgebliebenen Deputirten, wie er sich auszudrücken beliebt, gar nicht unterhandelt, zu unterhandeln nicht einmal versucht hat. Seine ganze Thätigkeit in dieser Richtung hat sich, so viel wir durch die sorgfältigste Nachforschung haben ermitteln können, darauf beschränkt, daß er unter der ausdrücklichen Erklärung, er komme als Privatmann, dem Präsidenten v. Unruh einen Besuch gemacht, einen, nach der Ansicht des Herrn v. Unruh unausführlichen Vorschlag geäußert, und daß er bei Gelegenheit eines Krankenbesuches ein Mitglied des linken Centrums seine persönliche Meinung über die Bedingungen einer Transaktion hat aussprechen hören, ohne dieselben richtig erfaßt zu haben. Daß die preußische Nationalversammlung nur auf die von Hrn. Bassermann angegebenen Bedingungen mit der Krone unterhandeln wolle, ist eine Unwahrheit. Berlin, den 22. November 1848.

Nach Brandenburg werden die hier tagenden Abgeordneten, wie schon gestern erwähnt, nicht gehen. Ein Theil des Centrums, der vor wenigen Tagen dazu geneigt war, hat nach reiflicher Ueberlegung sich der Ansicht der andern Parteien angeschlossen. Vorzüglich hat Hr. Gierke hiezu beigetragen, der wohl den Zweck der Partei erkennen mochte, die bemüht ist, die Versammlung zu Intonsequenzen zu verleiten, um sie dann in den Augen des Landes mit Grund herabsetzen zu können — da wird uns soeben mitgetheilt, daß Hr. v. Berg in Eupen zum Abgeordneten gewählt sei.

Ueber die Thätigkeit der Reichscommissäre Simson und Hergenhahn erfährt man, daß dieselben in einer Conferenz mit Mitgliedern aller Fractionen der Nat.-Vers. zu dem Zwecke die Theilnahme an einer Sitzung in Brandenburg anempfohlen haben, um dort das von dem Abgg. Wachsmuth und Genossen schon vor dem 9. Nov. eingebrachte Gesetz zum Schutze der Versammlung und der einzelnen Mitglieder zu berathen und anzunehmen. Die Abgeordneten lehnten die Zumuthung einstimmig ab, indem sie wiederholt darauf hinwiesen, daß jetzt die Freiheit der Berathungen in Berlin nach unten hin mehr als nöthig geschützt sey. Ueberdies gibt es schon jetzt nicht an Gesetzen, welche jeden Angriff auf die Versammlung mit Strafen bedrohten. Es sey deßhalb jedes von der Regierung vorgeschützte Motiv zur Verlegung der Versammlung beseitigt. Dieser Theil der frankfurter Beschlüsse vom 14. Nov. (mit denen die conservirenden Mitglieder sich überall einverstanden erklärten) sey mithin vollkommen erledigt, und es liege nunmehr lediglich in der Hand der Regierung, den übrigen Theil — die Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums — zu verwirklichen. Die Kommissäre der Centralgewalt, die übrigens erklärten, daß sie ermächtigt seyen, für den Fall jene Vermittelung nicht zu Stande komme, 24. Stunden Zeit zu treffen, stellten nunmehr die Frage, ob die Versammlung sich einer Entscheidung der Centralgewalt und der frankfurter Versammlung fügen werde? Ein Mitglied der Linken verneinte die Frage; die andern Fraktionen beheiten sich ihren Beschluß vor.

Da die Reichscommissäre hier auf beiden Seiten einen viel weniger gelockerten, empfänglichen Boden für ihre Wirksamkeit vorfanden, als man in Frankfurt erwartet haben mochte, so hat Professor Simson für nöthig erachtet, schleunig nach Frankfurt zurückzukehren, um über das eigentliche, bisher, wie es scheint, dort verkannte Wesen der Parteistellung zu berichten und demgemäß neue Instructionen einzuholen. Heute schon wird er wieder zurückerwartet und dann leider wahrnehmen müssen, daß die während seiner Abwesenheit eifrig fortgesetzten Vermittelungsbemühungen seines Collegen Hergenhahn das Versöhnungswerk um keinen Schritt gefördert haben, wenn man nicht die zum Nachgeben schon sehr geneigte Disposition des Centrums als einen solchen bezeichnen will. (D. A. Z.)

Coblenz, 21. Novbr. Die zur Abnahme der im Dombezirke befindlichen Truppen bestimmten Dampfboote sind leer zurückgekommen, da die Truppen einstweilen dort verbleiben sollen. Man bringt die Rückkunft dieses vom Reichs-Minister bestohlenen Ein-

Digitized by Google

rückens der Reichs-Truppen in die Rheinprovinz mit einem Schreiben des Königs an den Reichsverweser in Verbindung, nach welchem der König ein Einrücken von Reichstruppen jetzt deßwegen nicht wünsche, da er die Hoffnung hege, die Ruhe und gesetzliche Ordnung auf andere Weise, als durch Anwendung der Gewalt, herzustellen. (K. Z.)

In Koblenz waren unruhige Bewegungen wegen des Versuchs einer Verweigerung der Mahl- und Schlachtsteuer. Militär rückte aus und stellte die Ruhe wieder her. Auch in Trier kam es zu Conflicten, die durch ein Plakat des Regierungspräsidenten, worin er die Steuerverweigerung für unbrauchbar erklärt, entstanden waren. Es kamen viele Verwundungen vor; unter Andern wurde der Oberbürgermeister Hau gefährlich verwundet.

Sicheren Berichten nach ist die Stadt Düsseldorf heute Morgens in Belagerungs-Zustand erklärt worden. (K. Z.)

Königsberg, 19. Nov., Abends. Die Bewegung der Provinz dauert nicht allein fort, sie schlägt immer höhere Wellen. Bereits ist eine Stadt, der Sitz der westpreußischen Regierung, Marienwerder, in Belagerungszustand erklärt. Es fanden dort bedeutende Attroupements statt; man warf dem Regierungspräsidenten v. Nordenflocht die Fenster ein, weil sich, mit Ausnahme seiner, sämmtliche Mitglieder der dortigen Regierung für die Nationalversammlung erklärt hatten. Der Magistrat von Tilsit berieth schon die Steuerverweigerung, ehe die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung zu ihm gedrungen war; nach dreitägiger Debatte beschloß er, der Regierung in Gumbinnen anzuzeigen, daß er fortan keine Gelder an sie abführen werde. Ganz Litthauen, der am meisten demokratische Theil der Provinz, ist in furchtbarer Aufregung: an vielen Orten regen sich die Bauern, bei denen sich die größten Besorgnisse wegen nunmehriger Gestaltung ihrer materiellen Lage einstellen und welche die Nationalversammlung durch die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts ganz für sich gewonnen hat. (K. v. u. s. D.)

Breslau, 22. Nov. Die Bewegung in unserer Stadt ist jetzt offenbar in eine Richtung hineingerathen, die, wenn sie weiter inne gehalten wird, nur zu größtem Nachtheil sowohl unserer städtischen als der allgemeinen Landesinteressen führen muß. Es ist der Conflict zwischen den städtischen Behörden und der Bürgerwehr, die jetzt die Gemüther beschäftigt. Die heftigen Scenen zwischen den Stadtverordneten und dem Obersten der Bürgerwehr haben zunächst, wie bereits gemeldet, sämmtliche Führer der Bürgerwehr dazu veranlaßt, Satisfaction zu verlangen und gleichzeitig den Antrag auf Bildung eines Sicherheitsausschusses zu stellen, da die städtischen Behörden nicht mehr das Vertrauen der Stadt besitzen. Die Führer rechtfertigen ihr Betreten, da sie in der Beleidigung des Obersten eine Beleidigung des ganzen Institutes der Bürgerwehr und ebenso in der von Regenbrecht gestellten Aufforderung, Militair zu requiriren, eine für die Bürgerwehr beleidigende Maßregel erblicken.

Von einem Reisenden erfahren wir, daß die aus Wien über Ungarn verbreiteten Nachrichten meistens ganz falsch seyen. Die Ungarn denken weder an einen friedlichen Ausgleich mit einem Windisch-Grätz, noch dürfte irgend ein ähnlicher Schritt für die Zukunft zu erwarten seyn. Im Lande selbst herrscht der größte Enthusiasmus für die gemeinschaftliche Sache, und sowohl Deutsche als Slaven reichen den Magyaren brüderlich die Hand.

(D. A. Z.)

Wien, 18. Novbr. Ein Erlaß des Militär-Kommando's, dem zufolge jeder Militär vom Feldwebel abwärts eine Belohnung von 25 fl. C.-M. erhält, für die Denunziation eines Individuums, welches „aufwieglerische Reden" oder Gespräche sich zu Schulden hat kommen lassen, erregt hier bange Besorgniß. Ist ja doch bereits ein Mensch executirt worden, weil er in einer hiesigen Wirthsstube jenes Verbrechen begangen hat. Der französische Gesandte erinnert durch Maueranschlag die hier lebenden Franzosen, sich in die Listen der Gesandtschaft eintragen zu lassen, um nöthigen Falles seine Protection in Anspruch nehmen zu können. (K. Z.)

Wien, 22. Novbr. Das neue Ministerium wird nun endlich durch die Wiener Zeitung kundgegeben und es ist die gestrige Angabe nur dahin zu berichtigen, daß Wessenberg ganz ausgetreten, und von dem Fürsten Schwarzenberg mit dem Aeußern zugleich die Präsidentschaft im Konseil übernommen worden ist. (N. K.)

Wien, 21. Nov. Kaiser Nikolaus hat nun verlangt, daß die ungarischen Regimenter, welche seinen und seines verstorbenen Bruders Konstantin Namen führen, sofort abzulegen hätten; auch wurden den ungarischen Offizieren, die gegen Oesterreich dienten, die russischen Orden abgefordert. — Man zweifelt nicht daran, daß der Hof, von je her zur Milde geneigt, möglichst einzulenken trachten werde, allein die Besorgniß waltet immer mehr vor, daß die „Errungenschaften" zu gnadiglich verliehenen sich gestalten werden. Geht Nehmliches, wie man es befürcht, in Preußen vor, so ist hieran kaum mehr zu zweifeln. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 16. Novbr., 9 Uhr Abends. Ein Auftand fand statt, der nach etwa dreistündigem Kampf 8½ Uhr endete. Das Aeußere des päpstlichen Palastes ist von Kugeln durchlöchert; die Todten scheinen nicht sehr zahlreich zu seyn; der Kampf scheint besonders zwischen den Schweizern und dem Volk, zu welch' letzterem mindestens ein Theil der Linientruppen hielt, stattgefunden zu haben. Zu Ministern sind ernannt: Mamiani für das Aeußere, Galletti Inneres und Polizei, Lunati Finanzen, Sterbini Handel und öffentliche Arbeit, Campello Krieg, Rosmani Präsidentschaft und öffentlichen Unterricht, Serent Gnaden und Gerechtigkeit. Wegen der Berufung der Constituante, Vollziehung der Kammerbeschlüsse über den Unabhängigkeitskrieg und anderer Forderungen des Volks erklärte der Papst: er stelle die Entscheidung hierüber ganz der Deputirtenkammer anheim. Um 6 Uhr war der Quirinal vollkommen belagert; 6000 Civil und Linientruppen standen vor ihm geschaart; die Kanonen waren auf sein Hauptthor gerichtet, das Volk stellte dem Papst ein Ultimatum, das er binnen einer Stunde zu bewilligen habe, sonst werde der Palast genommen und außer seiner Person Alles niedergemacht. (A. Z.)

Aus Modena. Aus Neuestes berichtet die Mailänder Zeitung vom 18., daß ein Mordversuch gegen den Herzog von Modena stattfand. Als er spazieren ging, wurde eine Doppelstinte auf ihn abgefeuert. Ein ihn begleitender Offizier wurde verwundet, der Herzog aber blieb unversehrt. Der Thäter ist gefangen.

Frankreich.

* Paris, 21. Nov. Nachrichten aus Tunis vom 9. d. melden, daß die Differenz zwischen dem Bey und dem französischen General-Konsul, entstanden wegen verzögerter Bezahlung einiger Rückstände, sogleich nach dem Erscheinen des Admirals Baudin vor Tunis beigelegt worden ist. Dämungeachtet hat der Admiral angeordnet, daß die beiden Linienschiffe Jemappes und Friedland diesen Winter im Hafen von Tunis vor Anker bleiben.

Hr. Bernays, Attachs der französischen Gesandtschaft in Wien, ist gestern mit dringenden Depeschen für den General Cavaignac hier angekommen und demselben sogleich durch den Minister Bastide vorgestellt worden.

Man versichert heute, die Regierung habe über Marseille die Nachricht von dem Tode Mehemet Alis und von der schweren Erkrankung seines Sohnes Ibrahim Pascha erhalten.

Lamartine wird am 24. d. hier eintreffen, um mit Ernst für seine Candidatur zu wirken; er versteht es nicht, daß er sich unter Bedingung von Ledru-Rollin trennen werde. Die beiden Pariser Journale, die seine Candidatur unterstützen, sind der Bien public und der Courier Français.

Marschall Soult wird ebenfalls zu Ende dieses Monats in Paris erwartet.

Die Madrider Nachrichten sind vom 16. Die ministeriellen Blätter geben zu verstehen, die Regierung werde in der Thronrede die Anerkennung der Königin Isabella und die Unterwerfung Cabrera's anzeigen. Die offizielle Gazeta bezeichnet die Nachricht englischer und amerikanischer Blätter wegen angeblicher Unterhandlungen über die Abtretung der Insel Cuba an Nord-Amerika für ein albernes Märchen.

Die Turiner Nachrichten vom 17. melden, daß die Oesterreicher wieder die ganze Po-Linie besetzt haben, — dagegen haben sie nach der Schlappe von Mestre die Blokade von Venedig auch von der Landseite aufgehoben. Nachrichten aus Mailand melden, daß die Municipalität gegen die von Radetzky außerlegte Zwangsteuer protestirt und sich auf die erste Proklamation Radetzky's, in der er Schutz des Lebens und des Eigenthums zusicherte und auf das kaiserliche Amnestie-Dekret berust. Die Summe dieser Contribution beträgt 100 Millionen Franks. Graf Casati ist zu 300,000 Frs., Graf Borromeo, Graf Litta und Herzog Visconti jeder zur Zahlung von 800,000 Frs. verurtheilt.

Anzeigen.

Ein Armband wurde gefunden und ist in Empfang zu nehmen Friedrichsstraße Nr. 447 parterre.

(Berichtigung.) In der Anzeige von A. Grünewald in Nr. 329 d. Bl. lese: Lüneburger statt Leipeburger Pricken.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Bätzsburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag Nro. 331. 28. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 23. Nov. (121. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Auf die Besprechung des Art. XI. des Verfassungs-Entwurfs wird verzichtet. Die Annahme der §§. erfolgt in folgender Fassung: §. 44. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. — Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen." Ebenso §. 45. „Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maaß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen." §. 46. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bank-Wesen, sowie über die Ausgaben von Papiergeld in Deutschland. Sie ist befugt, Banken anzulegen und ihre Anlagen zu bewilligen. Andere Zahlungsmittel, als Gold und Silber, können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden." Art. X folgt. §. 47 gibt zu keiner Diskussion Veranlassung und wird sofort nach dem Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses genehmigt: „Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Centralgewalt unmittelbar zu bestreiten." §. 48 wird als überflüssig, weil seinem Inhalte nach selbst verständlich, gestrichen. §. 49. „Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Matrikularbeiträge aufzunehmen." §. 50. „Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anlehen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren." Art. XI. §. 51. „Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgerichte." Auch der Art. XII wird mit Annahme des §. 53 — und hier war es nur in Folge eines nicht recht aufgefaßten Verständnisses der Worte — ohne Diskussion angenommen. Sie heißen: §. 52. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte überaufsichtend zu wahren, so wie die gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen. §. 53. Der Reichsgewalt liegt die Usadrung des Reichsfriedens ob; sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Fall der Reichsgewalt erst dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sey denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfriede bedroht erscheint; 3) wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichts unverzügliche Hilfe nicht zu erwirken ist. §. 54. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind 1) Erlaß; 2) Absendung von Kommissarien; 3) Absendung bewaffneter Macht. §. 55 lautet nach der Fassung des Verfassungsausschusses: „Der Reichsgewalt steht es zu, allgemeine Gesetze über das Assoziationswesen zu erlassen." Detmold, Radowitz und viele Mitglieder der Rechten stellten den Zusatzantrag, daß nach dem Worte „Assoziationswesen" eingeschaltet werde: „und den Gebrauch der Preßfreiheit." (Viele Mitglieder der Linken schreien: Pfui!) Wigard, Blum, Schüler hatten das Minoritätsgutachten gestellt, diesen Paragraphen ganz wegzulassen. Man verlangt namentliche Abstimmung. Bevor man darauf zusammtem, daß bei dem Wort „Assoziationswesen" hier nicht sowohl das politische, als vielmehr das soziale und sonstige Vereinswesen gemeint sey. Die Antragsteller nehmen den Zusatz in Betreff der Presse zurück. Waitz erklärt beschwichtigend bei bedeutender Aufregung der linken Seite des Hauses, daß mit dem Wort „Assoziationswesen" hier Aktiengesellschaften und Dergleichen gemeint seyen. Der Paragraph wird endlich mit einem Zusatzantrag von Schoder folgendermaßen angenommen: „Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte garantirten freien Vereins- und Versammlungsrechts allgemeine Gesetze über das Assoziationswesen zu erlassen." §. 56. „Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen" wird ohne Debatte angenommen. Morgen wird man mit der Berathung der vorliegenden Abschnitte der Verfassung wohl zum Ende gelangen.

Frankfurt, 24. November. (122. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Der Vorsitzende, Vicepräsident Rieser verliest ein Schreiben des Präsidenten v. Gagern, worin derselbe einen achttägigen Urlaub nachsucht, um sich von hier für das Schicksal des Vaterlandes so entscheidenden Zuständen in Berlin durch eigne Wahrnehmung zu unterrichten. Der Urlaub wird von der Versammlung bewilligt. Ferner eröffnet er der Versammlung, daß die Commission für die Trauerfeier zum Andenken Robert Blum's aus den Abgg. Müller v. Würzburg, Kaveaux, Sellmer, Wigard und ihm (Rieser) besteht. Reichsminister v. Schmerling nimmt das Wort zu Beantwortung folgender Interpellationen: des Abg. Grubert wegen des Belagerungszustandes in Berlin. Das Reichsministerium kann vorläufig hierin nicht vorgehen, nachdem die Nationalversammlung alle in diesem Sinne gestellten Anträge verworfen hat; des Abg. Max Simon wegen Aufrechthaltung der Ehre und Unabhängigkeit der deutschen Nation in Oesterreich. Das Reichsministerium hat die angemessensten Erlasse an die österreicher Regierung gerichtet, und behält sich die Vorlage hierüber bei der Berathung über die österreicher Frage vor; des Abgeordneten Berger, den Terrorismus des Fürsten Windischgrätz gegen den constitutionellen Kaiser und das constitutionelle Ministerium betreff. Das Reichsministerium glaubt voraussetzen zu dürfen, daß das constitutionelle österreichische Ministerium, wenn es vollständig seyn werde, selbst seinem Uebergriff in seine Befugnisse zurückweisen werde; desselben Abgeordneten wegen der Allianz zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich betreffend. Dem Reichsministerium ist von einer Allianz nichts bekannt, als was in den Zeitungen steht. Uebrigens ist er (v. Schmerling) der Meinung, daß solche Allianzen, die gegen die Justimmung und die Interessen der Völker abgeschlossen werden, auf die Dauer nicht haltbar seyen; des Abgeordneten Wiesner, die vom Fürsten Windischgrätz den Soldaten aufgezogte Prämie von 25 fl. für Einlieferung von Emissären betreffend. Der Minister findet diese Maßregel verfehlt und billiget sie in jeder Weise, will aber speciell nichts dagegen unternehmen, weil das Ministerium schon im Allgemeinen die entschiedensten Schritte gegen alle Maßregeln gethan habe. Justizminister Mohl beantwortet die Interpellation des Abgeordneten Dietsch in Bezug auf die Maßregeln, welche zum Vollzug des Beschlusses vom 16. d. M. (die Tödtung Robert Blum's betr.) ergriffen worden seyen. Die neuen Reichskommissäre wurden der auftrag, zuerst nach Olmütz zu reisen und sich zu erkundigen, wer an der Spitze des Ministeriums stehe, und sodann einen feierlichen Protest gegen jede weitere Verhaftung und standrechtliche Behandlung irgend eines Mitgliedes der Nationalversammlung einzulegen. Sie sollten sich sodann nach Wien begeben, dort die Akten über Blum und Fröbel zur Einsicht verlangen, und alle nöthigen Erkundigungen einziehen und sodann schleunigst berichten. Der Beschluß vom 16. Nov. wurde ihnen mit der erneuten Instruktion überschickt, denselben zugleich auch in Olmütz zu übergeben und eine der Größe der begangenen Rechtsverletzung entsprechende Sühne zu verlangen. Hierauf ist noch keine Antwort erfolgt. Heute Morgen traf der erste Bericht der Commission aus Olmütz vom 18. d. ein, worin sie über den Vollzug ihrer ersten Instruktionen Nachricht gegeben. Das Ministerium war noch nicht zusammengesetzt und namentlich noch kein Justizminister ernannt; sie wenden sich deßhalb zunächst an den Minister Wessenberg. Dieser empfing sie sehr zuvorkommend, und ging alsbald auf ihr Verlangen ein, jedes weitere Verfahren gegen Mitglieder der Nationalversammlung (z. B. Grietzner) zu sistiren. Er versprach ihnen, binnen einer Viertelstunde den deßfallsigen Befehl nach Wien telegraphiren zu lassen. Der Befehl ging wirklich (um 11 Uhr Vormittags) ab und wurde noch überdieß durch einen Offizier per

Digitized by Google

Eisenbahn an Windisch-Grätz überbracht. Herr v. Wessenberg eröffnete den Commissarien, daß die Akten über Blum und Fröbel in den Händen des deßsittten Justizministers seyen; sie würden ihnen noch heute vorgelegt und Alles zu Gebote gestellt werden, was geeignet sey, sie über den Stand der Dinge zu orientiren. Die Kommissäre behalten sich, nach Einsicht der Akten, näheren Bericht vor. Mittags 2 Uhr traf bereits von Wien die Antwort ein, der Abgeordnete Gritner sey nicht verhaftet, sondern sein Sohn. Die Art. XIII. und XIV. der Verfassungsentwurfs werden hierauf zur Berathung und Abstimmung gebracht, und ohne Debatte angenommen, und zwar §. 56, 59 und 60 nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses, §. 57 nach jenem des volkswirthschaftlichen Ausschusses und §. 58 nach jenem der Abgeordneten Barth, Schierenberg u. s. w. Art. XIII. §. 56. Die Reichsgewalt hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern. §. 57. Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutz vor ihr übertragenen Anstalten erforderlich ist, so wie in allen Fällen, wo sie für das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet. §. 58. Der Reichsgewalt liegt es ob, durch Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu gründen. §. 59. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichswegen verbindliche Kraft. Artikel XIV. §. 60. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus. Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen. Hiemit sind die Abschnitte I und II des Verfassungsentwurfs in erster Berathung erledigt. Rücksichtlich Berathungsgegenstand ist der Abschnitt über das Reichsgericht; jedoch wird auf Höfken's Verlangen zuerst die Limburger Frage angenommen. v. Scherpenzeel schildert die schwierige Doppelstellung Limburg's, welches zu 2 Staaten, Holland und Deutschland, gehöre und von beiden mit Leistungen in Anspruch genommen werde. Beschwerden beim Bundestag habe man unterlassen, weil man voraus gewußt, daß sie zu nichts führen würden; man hätte sich gerade so gut an die Statue Kaiser Karls auf der Mainbrücke wenden können. Limburg wolle um jeden Preis auf diesem Zustande herauskommen; es sey bisher das Schlachtopfer der Diplomatie gewesen. Die Centralgewalt möge sich in diplomatische Verhandlungen einlassen, sondern Holland einen Tag, eine Stunde feststellen, wo getrennte Gesetzgebung und Verwaltung in Limburg eingeführt seyn müsse, und im Weigerungsfalle sie durch Reichskommissäre selbst einführen lassen. Einen Krieg werde man mit einer Nation von 40 Mill., die ihr gutes Recht behaupte, nicht anfangen. Reichsminister v. Schmerling: Das Reichsministerium habe die Limburger Frage in Bezug auf die getrennte Verwaltung und Gesetzgebung stets als eine innere Frage behandelt; es kämen aber allerdings auch völkerrechtliche Fragen dabei in Betracht, wie z. B. die Schuld-, die militärische und Handelsfrage. Sr. M. stehe das nächste Limburg mit Holland in lebhaftem Verkehr, was bei dem Zollanschluß an Deutschland berücksichtigt werden müsse. Gegen die Einführung der holländischen Verfassung in Limburg habe das Reichsministerium wiederholt Verwahrung eingelegt. Ein Verbot der Wahlen zu den holländischen Generalstaaten in Limburg halte man nicht für zweckmäßig, da es den Anschein gewinnen könnte, als würden die Einwohner terrorisirt. Wohl aber könnten sie selbst ihre deutschen Sympathien dadurch beweisen, daß sie gar nicht, oder nur solche Männer wählten, die während der kurzen Zeit, wo sie bis zu Vollendung der deutschen Reichsverfassung noch im Haag zu sitzen hätten, dort für die deutsche Sache wirken. Nachdem hierauf der Berichterstatter Zachariä einige Worte gesprochen und Bernhardi einen Antrag zurückgenommen, wurden die Ausschuß-Anträge: 1) Die Centralgewalt wird aufgefordert, gegen die Vollziehung des neuen niederländischen Grundgesetzes im Herzogthum Limburg Verwahrung einzulegen und dergleichen in jeder andern geeignet erscheinenden Weise entgegen zu treten. 2) Insoweit bei Ausführung der Beschlüsse vom 19. Juli eine Verständigung oder Vereinbarung mit der herzogl. limburgischen oder kgl. niederländischen Regierung erforderlich ist, dieselbe ohne Aufschub einzuleiten und dem erwähnten Beschlusse gemäß möglichst schleunigst zu einem Abschluß zu bringen, angenommen. Die Berathung über das Reichsgericht wurde auf Antrag von Freudentheil und Cons. wegen der Wichtigkeit der Sache auf die nächste Sitzung vertagt. Gegen den Antrag des Gesetzgebungsausschusses, den Entwurf der Wechselordnung, so wie er aus den Leipziger Conferenzen hervorgegangen, ohne Detailberathung anzunehmen und dessen Verkündigung als Reichsgesetz anzuordnen, wurde eine Verwahrung von Grävell verlesen, welche der Nationalversammlung die Competenz zu einem solchen Beschlusse abspricht und denselben sogar als Verbrechen bezeichnet. Breunig bemerkte, die Vorzüge der Wechselordnung seyen allgemein anerkannt und von allen Seiten (mit Ausnahme Augsburgs) die Nationalversammlung um deren rasche Verkündigung angegangen worden. Der Ausschußantrag wurde hierauf nebst dem Publikationsgesetz angenommen, und ein von Berger vorgeschlagener Zusatz abgelehnt. Tagesordnung für Montag den 27. Nov.: Berathung über die österreichische Frage, das Reichsgericht und die Flußzölle.

Frankfurt, 24. Nov. Die Abgeordneten Bredt und Gierke (früherer Minister, jetzt Oberlandesgerichts-Präsident in Bromberg) beide Herren sind aus dem rechten Centrum) sind hier aus Berlin eingetroffen, um Vorstellungen über die Lage der Dinge zu machen. Sie stellen alles Ernstes in Aussicht, wenn das Ministerium geändert und die Versammlung in Berlin gesissen wird. Hr. v. Vincke ist nach Berlin gereist, um seinen Sitz als Abgeordneter einzunehmen. (D. J.)

Aus F. J. schreibt: Frankfurt, 25. Novbr. Wir geben eine wunderliche Nachricht aus Berlin, welche einer der bekanntesten Radicalen des preußischen Reichstages hierher gemeldet haben soll, wie wir sie empfangen haben, ohne sie zu verbürgen: Der König stehe in Unterhandlung mit der in Berlin zurückgebliebenen Majorität des Reichstages, selbe aber u. a. die verhängnißvolle Bedingung: daß sämmtliche preußische Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung alsobald aus dieser abberufen werden sollten! (F. J.)

München, 25. Nov. Bekanntmachung, die Wahl der Landtagsabgeordneten betreff. Rympbendurg, den 23. Nov. 1848. Max II. rc. rc. Wir haben im Verfolge Unserer Erklärung vom 12. des laufenden Monats beschlossen und verordnen, daß die Wahl der Abgeordneten für den nächsten Landtag nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Juni 1848 (Gesetzblatt Nro. 11) unverzüglich eröffnet, die Wahlen selbst nach Art. 15 des Gesetzes: a) Für die Urwahlen am 30. November, b) für die Wahlen am 7. Dezvorgenommen, die Ergebnisse sammt den Wahlverhandlungen aber unfehlbar bis zum 16. Dez. laufenden Jahres Uns vorgelegt werden sollen. Zu diesem Behufe lassen Wir nach Art. 2, 12 und 13 des erwähnten Wahlgesetzes in der Anlage 1 die Zahl der zu wählenden Abgeordneten, deren Vertheilung auf die verschiedenen Regierungsbezirke und unter Anlage 2 die Uebersicht der Wahlbezirke zur öffentlichen Kenntniß bringen, und befehlen Unseren Kreisregierungen sich hienach, so wie nach dem Wahlgesetze überhaupt genau zu achten. Wir erwarten hiebei von allen Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer beschwornen Pflichten, strenge Wahrung der durch die Verfassung und das Wahlgesetz verheißenen, vollen Freiheit und pflichtvolles Fernehalten aller und jeder hiemit unverträglichen Einwirkung auf die Wahlen selbst, — Wir geben Uns aber auch dem Vertrauen hin, daß Unser geliebtes Volk die ihm durch die Gesetzgebung gewährte volle Freiheit der Wahlen wohl erkennen, den hohen Ernst und die Wichtigkeit dieser Handlung gewissenhaft würdigen, und nur solche Männer zu dem hochwichtigen Berufe der Volksvertretung erwählen werde, welche durch treue und hingebende Vaterlandsliebe, durch erprobte Gesinnungstüchtigkeit und ernstes Erfassen und Verstehen der Zeit und ihrer großen Aufgaben durch edlen Freimuth, aber nicht minder regen Sinn für Gesetz und Ordnung berufen erscheinen, Uns in Unseren unablässigen Bestrebungen für das Vaterlandes Wohlfahrt und für Befestigung und Förderung der wahren Freiheit zu unterstützen und mit redlichem Wollen und männlicher Thatkraft zur Seite zu stehen. So wird es dann gelingen, auf der betretenen Bahn der Freiheit und Gesetzmäßigkeit muthig voranzuschreiten, und die einzige Eintracht zwischen Fürst und Volk zu schern und zu erhalten, welche die allein feste Bürgschaft wiederkehrenden Friedens und dauernden Volksglückes ist; — so wird es möglich seyn, der Einigung des Gesammt-Vaterlandes als feste Stütze zu dienen und den Verfassungsbau zu befördern, auf welchen Fürst und Volk mit gleich aufrichtiger Vaterlandsliebe erwartend hinblicken, und der unter Gottes mächtigem Beistande bald vollendet werden möge. (gez.) Max. Heinz. Lerchenfeld. Graf v. Bray. v. Weigand. v. Lesuire.

Die 144 zu wählenden Abgeordneten vertheilen sich auf die acht Regierungsbezirke, einen Abgeordneten auf 41,000 Seelen gerechnet, in folgender Weise: I. Oberbayern mit einer Gesammtbevölkerung von 705,644 Seelen stellt 22 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) München die Hauptstadt 3, 2) Vorstadt Au 3, 3) Schrobenhausen 4, 4) Weilheim 4, 5) Traunstadt 4, 6) Erding 4. II. Niederbayern mit einer Gesammtbevölker-

Digitized by Google

ung von 543,709 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Landshut 4, 4) Straubing 4, 3) Deggendorf 3, 4) Pfarrkirchen 2, 5) Passau 4. III. Schwaben und Neuburg mit einer Gesammtbevölkerung von 458,436 Seelen, 16 Abgg. die Wahlbezirke 1) Kempten 3, 2) Kaufbeuren 2, 3) Memmingen 3, 4) Augsburg 4, 5) Dillingen 3, 6) Nördlingen 3. IV. Oberpfalz und Regensburg mit einer Gesammtbevölkerung von 464,696 Seelen, 15 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Kemmath 3, 2) Neumarkt 2, 3) Regensburg 3, 4) Amberg 3, 5) Neuburg a./D. 2, 6) Cham 2. V. Oberfranken mit einer Gesammtbevölkerung von 501,163 Seelen, 16 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Bayreuth 4, 2) Bamberg 4, 3) Hof 4, 4) Kronach 4. VI. Mittelfranken mit einer Gesammtbevölkerung von 527,866 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Ansbach 3, 2) Nürnberg 3, 3) Fürth 3, 4) Eichstädt 3, 5) Rothenburg 3, Neustadt a./A. 2. VII. Unterfranken und Aschaffenburg mit einer Gesammtbevölkerung von 592,089 Seelen, 19 Abgeordnete und zwar die Wahlbezirke 1) Bischofsheim vor der Rhön 3, 2) Schweinfurt 4, 3) Würzburg 4, 4) Gemünden 4, 5) Aschaffenburg 4. VIII. Pfalz mit einer Gesammtbevölkerung von 608,470 Seelen, 19 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Speyer 3, 2) Landau 4, 3) Germersheim 3, 4) Zweibrücken 3, 5) Homburg 3, 6) Kaiserslautern 3. (N. M. Z.)

Berlin, 24. Nov. Das englische Cabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem diesseitigen eine Note zufertigen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. Hiermit im Zusammenhange steht wahrscheinlich die heute von unsern Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß das englische Cabinet von den Kronsyndikusbeamten ein Gutachten über die zwischen der preußischen Krone und der Nationalversammlung entstandene Rechtsfrage eingefodert habe, und daß die Kronsyndikusbeamten sich zu Gunsten der preußischen Regierung ausgesprochen hätten. (Man verbreitet von Berlin aus derartige Gerüchte, als wenn der Krone ein Gefallen damit geschehe, glauben zu machen, daß heute England, morgen Rußland ihre Rathgeber seien.) — Es wird das Gerücht verbreitet, daß die Krone damit umgehe, den Vereinigten Landtag zu berufen und diesen als den Ueberdes Wahlgesetzes über das Recht oder Unrecht der gegenwärtigen Versammlung entscheiden zu lassen. Gewiß scheint zu sein, daß man dem Gouvernement zu dieser Maßregel gerathen hat. — Wir erfahren, daß Seitens der hier tagenden Abgeordneten dem noch hier anwesenden Reichskommissar, naffauischen Staatsminister Hergenhahn, eine Acte zugefertigt werden wird, in der man offiziell gegen die Berichterstattung des Hrn. Bassermann über die angeblich von der hiesigen Versammlung gestellten Bedingungen protestiren und erklären wird, daß die Versammlung den unglücklichen Conflikt mit der Krone für beseitigt erachtet, wenn die Nationalversammlung in Berlin verbleibt und an die Stelle des gegenwärtigen volksthümlichen Ministerium tritt. Es soll ferner in diesem Proteste erklärt werden, daß die Versammlung Hrn. Bassermann gegenüber gar keine Bedingungen gestellt hat. — An Stelle des Hrn. v. Berg, der unwohl, ist Hr. Schulze (aus Delitzsch) nach Frankfurt abgegangen. Ebenso nächst Hrn. Rodbertus auch Hr. Gierke. Als Vertreter der Fraktion der äußersten Linken wird wahrscheinlich Hr. Behnsch folgen. — Der Nationalversammlung sind bis jetzt über 3000 Zustimmungsadressen zugegangen.

Berlin, 24. Nov. Der Staatsanwalt Sethe hat die von der Nationalversammlung gegen das Staatsministerium wegen Hochverraths erhobene Anklage zurückgewiesen. Gegen diesen Bescheid steht der Nationalversammlung noch die Beschwerde beim Justizminister frei, mit dieser sind die vorgeschriebenen gesetzlichen Instanzen erschöpft.

Breslau, 23. Nov. Der Generallieutenant v. Lindheim ist zum Commandirenden der gesammten Militairmacht Schlesiens, die Truppen des 5. Armeekorps, welche in und um Liegnitz cantonirten, mit eingerechnet, ernannt worden. — Die Stärke der gegenwärtig in und um Breslau concentrirten Truppen ist: 8 Bataillone Infanterie, 7 Schwadronen Cavalerie und 32 Geschütze.

Die neue Preußische Zeitung vom 23. Nov. hat als neueste Nachricht, daß an der Börse zu Berlin die angeblich auf telegraphischem Wege eingegangene Nachricht verbreitet war, daß Breslau am 24. Nov. Morgens um 9 Uhr in Belagerungszustand erklärt worden, nachdem es dort zu einem blutigen Conflicte gekommen war. (D. A. Z.)

In Köln haben am 22. Nov. Abends wieder arge Excesse stattgefunden. In Folge der Erklärung des Magistrats, daß er die von ihm verlangte Abdankung nicht zugestehe, zog ein Haufe zuerst vor das Haus des Oberbürgermeisters, wo Läden und Fenster des Erd- und ersten Geschosses mit Steinen zertrümmert wurden. Von da zog die Menge weiter vor die Expedition der Kölnischen Zeitung, dort den gleichen Unfug ausübend. Bei dem Erscheinen einer Militairpatrouille zog sich der Haufe flüchtend zurück. Auf den 23. Nov. war eine Volksversammlung auf dem Gereonsdriesch angesagt. Die Gerüchten fanden aber den Platz militairisch besetzt und gingen auseinander.

Aus Düsseldorf vernehmen wir, daß es dort am 22. Nov. Nachmittags zu einem Conflicte zwischen Bürger und Militär gekommen, wobei ein Demokrat und ein Husar schwer verletzt worden. Die Gerüchte von Erschießung eines Militär-Commandeurs rc. bestätigen sich nicht. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt, und die Adlierung der Waffen hat begonnen. (K. Z.)

Delitzsch, 24. Novbr. In Folge der hier bei der verweigerten Einstellung der einberufenen Landwehr vorgekommenen Excesse sind aus Halle und Magdeburg drei Compagnien Infanterie sowie eine Abtheilung Husaren hier eingelangt und darauf der Besetzt sich zu stellen von neuem an die Wehrmänner ergangen.

Posen, 20. Novbr. Die Sorge vor einem Einmarsche der Russen fängt immer mehr an sich auch der bis jetzt ruhigen Gemüther zu bemächtigen, die zwar weit entfernt sind, zu glauben, daß man diesleben (gleichviel ob als Freunde oder Feinde) in die Festung Posen einlassen werde, es aber doch nicht für so unmöglich halten, daß die fremden Truppen durch das platte Land marschiren, namentlich sich nach Schiesen wenden könnten. Gewiß ist es, daß zwischen Kalisch und Stupee starke russische Korps in fortwährender Bewegung sind und daß in Wreschner und Jarocziner Gegend die bestimmte Ansicht verbreitet ist, daß die Russen mit Nächsten einrücken werden. Dort vor kurzem anwesend gewesene russische Offiziere sollen diese Nachricht selbst und mit großem Eifer verbreitet haben, so wie, daß die Russen sehnsüchtig des Augenblick harren, wo sie die „feindlichen Grenzen" überschreiten würden. (D. Z.)

Posen, 22. Nov. Unsere Nachrichten aus dem Königreich Polen lauten sehr kriegerisch: in Kalisch und Umgegend häufen sich immer mehr Truppen an, und diesseit der Grenze greift die Furcht vor einer russischen Invasion, von Polen und deutschen gefliſſentlich unterhalten, immer weiter um sich. Jedenfalls scheint so viel wahr zu sein, daß die Russen selbst die Ueberzeugung nähren, ohne ihre Intervention werde es wenig in Oesterreich als in Preußen die gesetzliche Ordnung hergestellt werden können. (D. A. Z.)

Wien, 22. Novbr. Fürst Windisch-Grätz hat gestern Nachmittag seinen bisherigen Wohnsitz in Schönbrunn verlassen und die ehemaligen Gemächer Latour's im Hofkriegsgebäude in der Stadt bezogen. — Die Gerüchte eines Ausgleichs in Ungarn scheinen im Rückschritte zu zerfließen; vielmehr wird auf offizielle Weise verkündigt, daß mit nächster Woche die Operation gegen Ungarn von allen Seiten beginnen sollen. (D. A. Z.)

Kremsier, 22. Novbr. Das österreichische Parlament tagte heute zum ersten Mal im erzbischöflichen Palais. In dem möglichst hergerichteten Saale nahmen die Abgeordneten Platz wie früher in Wien, höchstens daß ein paar Abgeordnete ihre Sitze wechselten; die Polen und die Ultradeutschen sitzen links, die Czechen rechts. Abg. Schmolka nahm den Präsidentensitz ein, verkündete aber sogleich, daß die Zeit um sey, und eine neue Wahl zu veranstalten wäre. Abg. Schmidt begehrte einige Tage Frist, damit man sich orientire, aber dieser Antrag wurde verworfen, von den Czechen in der sichern Voraussicht, ihr Candidat Strobach werde fallen gemacht werden. Allein die Urne täuschte. Smolka erhielt 131, Strobach nur 124 Stimmen von 255 Votanten. Das Resultat überraschte, und mag auch eingeschüchtert haben, denn es zeigt, daß die gemäßigte Linke eine compakte Fraktion bildet, und sonach nicht wie früher sich in Republikaner, Ultradeutsche und Polen zerstäubt gegen die fest und sicher auftretende Rechte unter Portritt der Czechen. Es erhielt Gajetan Mayer, Abg. aus Brünn, 124 Stimmen als erster Vicepräsident, Abg. Löser aus Salzburg 130 Stimmen als zweiter Vicepräsident. Ein Pole, ein Mähre und ein Deutscher bilden somit das Präsidium des österreichischen Reichstags. Die Czechen sind total durchgefallen und mußten auch eine Rede vom Abg. Schuselka anhören, worin er die letzten Vorgänge des Reichstags in Wien erzählte. Die Versammlung, immer vollzählig, habe in der Reitschule gegen die Verlegung des Reichstags protestirt; man würdigte sie keiner Antwort. Am 1. Novbr. noch war wieder eine Versammlung angesagt, um eine erneute Adresse deßhalb zu berathen, allein es fanden sich nur 136 Abgg.

Digitized by Google

ein, da ein österreichischer General, welcher jetzt Minister seyn soll, dem Portier des Hauses verbot, Deputirte einzulassen. Das Präsidium des Reichstags wurde nicht gewürdigt, von diesem Verbote benachrichtigt zu werden, und die Deputirten wurden an den Stadtthoren nicht eingelassen trotz Vorweisen ihrer Legitimation. Wir beschlossen damals, am 15. Novbr. zusammengetreten, allein um keinen Zwiespalt hervorzurufen, fügen wir uns der Majorität der Versammlung, und sind hier eingetroffen. Allein keineswegs wollen wir damit der Krone oder den Ministern das Recht zugestehen, den Reichstag nach Belieben da oder dorthin zu verlegen. Die Regierung hat kein Recht dazu, oder wir wollen die Ereignisse, welche über Oesterreich hereinbrachen, nicht mehr trüben, und das Unglück Wiens, das früher demokratische Ultras und jetzt diplomatische und militärische Ultras herbeiführten, je früher desto lieber enden. Deßhalb stelle ich keinen Antrag, sondern gebe blos diese Erklärung. Hierauf wurde die Sitzung bis auf den 25. Novbr. vertagt. (D. A. Z.)

Jittau, 22. Novbr. (Hört! Deutsch-Böhmen gewindischgrätzt! Kroatische Reichstruppen!) Schrecem Vernehmen nach werden in den nächsten Tagen die der Lausitz benachbarten Grenzorte Böhmens von österreichischen Truppen aller Waffengattungen besetzt werden, um die Rekrutirung, welche in jenen Districten vielfachen Widerstand gefunden hat, ja in manchen völlig vereitelt worden ist, gewaltsam durchtreiben. Bereits vorgestern sind 1000 Mann Infanterie und zwei Batterien Kanonen in Reichenberg eingerückt und größere Truppenmassen, wie es heißt Kroaten, sollen diesen unverweilt folgen und bis zum Städtchen Greßtau, eine halbe Stunde von Zittau entfernt, vorgeschoben worden. Der Kommandant dieses Truppenkorps hat den gemessenen Befehl, die Stadt Reichenberg, sobald sie den geringsten Widerstand versuche, sofort in Belagerungszustand zu erklären und sodann mit unnachsichtlicher Strenge zu verfahren. (N. K.)

Frankreich.

* Paris, 23. Novbr. Die Aufregung in Italien ist, allen hier einlaufenden Berichten zu Folge, täglich im Steigen und droht jeden Tag in einen allgemeinen Aufstand auszubrechen. Besonders der Kirchenstaat und Toskana sind der Sitz einer thätigen, alles aufs Aeußerste treibenden Bewegungs-Partiet und von Rom, Bologna, Florenz und Livorno aus wird gegen Italien agitirt und der große Schlag vorbereitet. Die Ermordung des Ministers Rossi ist nur einer der gewaltsamen Ausbrüche der fürchterlichen Erbitterung, die in Italien in den demokratischen Schichten der Gesellschaft herrscht und wird wahrscheinlich der Vorläufer großer Ereignisse seyn.

Außer dem Duell zwischen dem Obersten Rey und Herrn Edmond Adam hat gestern noch ein zweites Duell zwischen Herrn Goudchaux und dem General Baraguay d'Hilliers Statt gefunden. Der General hat sich eine beleidigende Aeußerung über Hrn. Goudchaux Opposition gegen das letzte Dekret, die Staatsschaftheine betreffend, gethan. — Goudchaux stellte ihn lebhaft zur Rede und es erfolgte ein Wortwechsel, der zu dem Duelle führte. Beide Gegner schossen sich auf 40 Schritte mit Avanciren, ohne sich zu treffen, und als die Sekundanten nun vermittelnd einschritten, nahm General Baraguay seine verletzende Aeußerung gegen Herrn Goudchaux förmlich zurück, womit die Sache beigelegt war.

Die auf übermorgen (25.) angesetzten Erklärungen zwischen dem General Cavaignac und den Mitgliedern der Executiv-Commission regen die öffentliche Meinung im höchsten Grade auf und wirken lähmend auf Handel und Börse. Die Diskussion wird leidenschaftlich und stürmisch werden und wahrscheinlich zu lebhaften Scenen führen. Es ist keine andere Lösung der gestellten Frage möglich, als die: General Cavaignac ist schuldig, indem er die erhaltenen Befehle nicht ausführte, das Blutvergießen der Juni-Insurrektion nicht verhindert zu haben, — oder Herr Garnier Pagès und seine Freunde sind öffentlich als Verläumder gebrandmarkt. Man fürchtet einen nachtheiligen Ausgang der Debatte für Cavaignac und glaubt seine Kandidatur ernstlich gefährdet. Unserer Ansicht nach ist am Tage nach dieser Debatte entweder Cavaignacs Kandidatur ganz unmöglich oder er wird mit einer Million Stimmen mehr als es bis jetzt der Fall gewesen wäre gewählt. Im Falle die Debatte einen für Cavaignac ungünstigen Ausgang nehmen sollte, glaubt man, daß er augenblicklich seine Entlassung geben und so an das Land appelliren werde. Aber welche Zwischenfälle und welche Erschütterungen kann dieses Interregnum nicht in den letzten vierzehn Tagen vor der Wahl herbeiführen.

Bayreuth, 28. Nov. (Berichtigung.) Das gestern zugleich mit der Bayreuther Zeitung wider Wissen und Willen der Redaktion durch Versehen ausgegebene Blatt wurde **nicht** von Hrn. Abg. Käfferlein zur beliebigen Benützung des Hrn. Käffner hierher gesandt.

Die Redaktion d. Bl.

Bekanntmachung.

(Die Wahl der Landtags-Abgeordneten betreffend.)

Da die Urwahlen zu den Wahlen der Landtags-Abgeordneten bereits am nächsten Donnerstag, den 30. d. Mts., beginnen, so wird für diejenigen Staatsangehörigen, welche nach Art. 5 des Wahlgesetzes auf den Grund der Volljährigkeit und der Entrichtung einer direkten Steuer das aktive Wahlrecht ausüben wollen, zur Zeit aber den in Art. 4 des benannten Gesetzes vorgeschriebenen Verfassungseid noch nicht abgeleistet haben, unter Bezugnahme auf die magistratische Veröffentlichung vom 30. vorigen Monats (Kr.-Z.-Bl. 1848 Nr. 131 Seite 1206) hiermit bekannt gemacht, daß zur Ableistung dieses Eides und zur Ausstellung eines Certifikats hierüber wiederholter Termin

auf Mittwoch, den 29. dieses Monats, Vormittags von 8—12 Uhr, im Geschäftszimmer Nr. V.

anberaumt worden ist, zu welchem die Betheiligten in ihrem und der Sache Interesse hierdurch vorgeladen werden.

Hierbei wird bemerkt, daß dieses Certifikat zur Urwahl mitgebracht werden muß und daß von der Beidringung desselben nur diejenigen Staatsangehörigen ausgenommen sind, welche sich als Bürger oder Insassen anjetzig gemacht haben, oder im Staats-, Militair- oder Gemeindedienste stehen, weil das diesen Staatsangehörigen die Notorietät für die bereits erfolgte Ableistung des Verfassungseides spricht.

Bayreuth, am 27. Novbr. 1848.

Der Stadtmagistrat.

Heumann. Haß.

Anzeigen.

In der Stahel'schen Buchhandlung in Würzburg ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Buchner**'sche, zu beziehen:

Gemeinnütziger

Schreib-Kalender auf das Jahr 1849.

Für Kanzleien, Gerichtsstellen und Rentämter, für Haus- und Landwirthschaft, für Katholiken und Protestanten eingerichtet.

15 Bogen. gr. 4., auf schönem Schreibpapier gedruckt und in farbigem Umschlag gebunden. Preis **36 kr.**

Die Vorzüge dieses Kalenders, welcher nun seit 17 Jahren in fast allen Amtsstuben, Comptoirs und Haushaltungen gebraucht wird, sind zu bekannt, als daß es noch einer besonderen Empfehlung desselben bedürfte.

Die große Ausstellung

von vielen Tausenden Naturschönheiten aus fremden Welttheilen, nebst lebenden Thieren ist nur noch 3 Tage hier im Gasthofe zum goldnen Adler zu sehen. Der Eintrittspreis ist um die Hälfte erniedrigt, und zwar für Erwachsene nur 6 kr. für die Ansicht aller Gegenstände. Da diese Ausstellung so viele schöne Sachen auch für die Jugend enthält, und derselben sich die Gelegenheit nicht so leicht wieder darbieten wird, ihre Wißbegierde zu befriedigen, so werden Eltern durch Einführung in diese Sammlung gewiß derselben großes Vergnügen bereiten.

Jakob Knillinger aus Oestreich.

Metamorphosen-Theater.

Zum Letztenmale, nur eine Vorstellung: **Die Einnahme der Festung Constantine.** Anfang 6 Uhr.

Dazu ladet ein verehrliches Publikum um gütigen Besuch ergebenst ein

Johann Eisen.

Ludwigsstraße Nr. 357 in der mittlern Etage vorn heraus ist ein Zimmer mit oder ohne Meublés zu vermiethen.

Für Robert Blum's Hinterlassene ist ferner eingegangen: von N. N. 1 fl. 30 kr., von S. K. 18 kr.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch Nro. 332. 29. November 1848.

Bayreuth, 28. Novbr. Der Tag der Urwahlen steht vor der Thür, und noch ist in hiesiger Stadt so wenig zur Verständigung geschehen, daß, wenn nicht vorgebeugt wird, die Gefahr droht, daß die Wahl des Abgeordneten für den hiesigen Wahlbezirk leicht den Männern entgegen wird, die durch Gesinnungstüchtigkeit und Einsicht das Vertrauen ihrer Mitbürger mit Recht besitzen. Nach dem Wahlgesetze werden bekanntlich in den größeren Städten die Wahlmänner in der Art gewählt, daß die Urwähler nicht gerade Männer aus ihrem Wahldistrikte wählen müssen, sondern ihre Wahl auch auf die dazu Befähigten aus der ganzen Stadt ausdehnen können. Zum Wahlmann ist nach dem Wahlgesetze nur der befähigt, der 25 Jahre alt ist, und entweder durch den Besitz besteuerter Gründe, Renten und Rechte, oder durch die Ausübung besteuerter Gewerbe, oder endlich durch den Eintritt in ein öffentliches Amt im Königreiche ansässig ist. Es liegt daher vor Allem viel daran, nur solche Männer zu ernennen, die diese Befähigung haben, damit nicht, wenn Nichtbefähigte durch das Vertrauen ihrer Mitbürger gewählt würden, diese dem Gesetze gemäß ausgeschlossen werden und dann jene, die nach ihnen die meisten Stimmen, das Vertrauen der Urwähler aber nur in geringem Grade haben, für erstere eintreten können. Denn da absolute Majorität für die Wahl der Wahlmänner gesetzlich nicht verlangt wird, könnte der Umstand eintreten, daß Wahlmänner mit nur 10 oder 20 Stimmen remirt würden. Dasselbe Mißverhältniß würde wahrscheinlich eintreten, wenn die Urwähler außerhalb ihres Distriktes die Wahlmänner wählen würden. Es ist nemlich anzunehmen, daß Einzelne das Vertrauen ihrer Mitbürger in dem Maße besitzen, daß sie meisten Stimmen in allen oder den meisten Distrikten auf sie stelen; da sie aber nur für Einen Bezirk Wahlmänner seyn können, so würden für sie in den andern Distrikten die mit den meisten Stimmen nach ihnen gewählten eingetreten haben; das Ergebniß wäre, daß in den letztern Distrikten wieder nur solche kleine Wahlmänner würden, die nur von wenigen gewählt wären. Nehmen wir z. B. an, um das Gesagte durch Aufführung einiger Namen deutlich zu machen, ein jeder Urwähler wähle aus der ganzen Stadt vier Personen, zu denen er das meiste Vertrauen hat, so bezweifeln wir nicht, daß Männer, die mit Recht das allgemeine Vertrauen genießen wie die Herrn Dorfmüller, Wagner ꝛc. gewiß in allen Distrikten mit namhafter Stimmenmehrheit gewählt würden; da sie sich aber nur für Einen Bezirk entscheiden könnten, so würden an ihre Stelle solche Individuen eintreten, die nur von wenigen gewählt, die Meinung der Urwähler nicht vertreten würden. Diesem Uebelstande ist — wie gesagt — nur dadurch abzuhelfen, daß sich jeder Urwähler so viel wie möglich bei der Wahl auf seinen eigenen Distrikt beschränkt. Nur dadurch, daß innerhalb der Distrikte gewählt wird, ist es möglich, die Meinung der Urwähler in den Wahlmännern zur Geltung zu bringen. — Auf die Bedeutung und Wichtigkeit des kommenden Landtags, der die Aufgabe hat, einen scheinconstitutionellen Staat in einen wirklich constitutionellen umzuwandeln, die theils versprochenen, theils vom Volke erst geforderten Freiheiten und Rechte zu begründen, kommen wir in einem folgenden Berichte zurück.

Deutschland.

Die Frankf. Oberpostamts-Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile: Das Reichsministerium der Justiz hat beschlossen, zum Zweck der Ausarbeitung des „Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland“ eine Commission von Rechtsgelehrten, zu welcher demnächst auch sachverständige Kaufleute zugezogen werden sollen, mit dem Unterstaatssekretair Widenmann hier in Frankfurt zusammenreten zu lassen. Das Secretariat bleibt vor der Hand ausgeschlossen; das Wechselrecht fällt aus, weil die deutsche Reichsversammlung bereits ein allgemeines deutsches Wechselrecht angenommen hat. Zu Mitgliedern der Commission sind bis jetzt ernannt und einberufen die Appellationsgerichtsräthe Brocher und Grimm zu Köln und der Professor Thöl zu Rostock. Die Arbeiten werden schon in den ersten Tagen beginnen. Frankfurt, den 24. November 1848. Das Reichsministerium der Justiz.

München, 25. Nov. Der bisherige Oberst des Jnfanterie-Regiments Kronprinz, Hr. Krazeisen, wurde zum interimistischen Kommandanten der Landwehrbrigade München ernannt, welche Stelle seit Formirung der Brigade vor zwei Monaten der Landwehr-Kreisinspektor Graf Pierregg bekleidete. — Schwanthaler hat seine sehr werthvollen Modelle und Zeichnungen dem Staate vermacht, sammt seinem Atelier-Gebäude, in welchem die Aufstellung der werthvollen Kunstwerke stattfinden wird.

Das Regierungsblatt vom 25. November enthält vier Verordnungen, die Einführung des neuen Gerichtsverfahrens betreffend. Die erste von diesen Verordnungen betrifft die Bestimmung des Strafgerichtssprengels der Kreis- und Stadtgerichte und lautet: „Maximilian II. ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung des Art. 6 und 7 des Gesetzes vom Heutigen, die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend bewegen, bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung zu verordnen, was folgt: Art. I. In Oberbayern werden für die Untersuchung und Aburtheilung von Verbrechen und Vergehen zwei neue Kreis- und Stadtgerichte 2. Klasse errichtet, welche ihren Sitz in Aichach und Wasserburg haben. Art. II. Diese beiden Kreis- und Stadtgerichte treten als Untersuchungsgerichte in die Stelle der beiden Landgerichte gleichen Namens. Die Zuständigkeit der übrigen Untersuchungsgerichte bleibt unverändert. III. Die neu zu errichtenden, sowie die bereits bestehenden Kreis- und Stadtgerichte des Königreichs mit Ausnahme jener von Fürth und Erlangen, bilden innerhalb des ihnen durch Art. V. dieser Verordnung angewiesenen Gerichtssprengels das erste Jnstanzgericht zur Aburtheilung aller Strafsachen, welche nicht vor die Schwurgerichte gehören. Artikel IV. Die neuzuerrichtenden Kreis- und Stadtgerichte werden mit einem Direktor, 4 Räthen, 2 Assessoren und dem nöthigen Kanzleipersonale besetzt. Die übrigen Kreis- und Stadtgerichte erhalten eine Vermehrung nach dem Maßstabe des Bedürfnisses. Art. V. Der Gerichtssprengel der Kreis- und Stadtgerichte wird in folgender Weise festgesetzt: [folgt die Eintheilung der Gerichtssprengel, auf welche wir unten zurückkommen.] Wir behalten Uns übrigens vor, in einzelnen Kreisen nach Maßgabe des Bedürfnisses noch weitere Kreis- und Stadtgerichte zu errichten. Nymphenburg, 10. Nov. 1848. (gez.) Max. Heinz.“ — Die zweite und dritte Verordnung setzen den Zeitpunkt fest, an welchem die Wirksamkeit der Gesetze über Abänderungen einiger Bestimmungen des ersten und zweiten Theils des Strafgesetzbuches zu beginnen hat: es ist der erste Januar 1849. — Die vierte Verordnung betrifft die Bildung der Schwurgerichtshöfe; dieselben sind vorläufig und bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung bei nachstehenden Kreis- und Stadtgerichten zu bilden: für Oberbayern in München, für Niederbayern in Straubing, für die Oberpfalz in Regensburg, für Oberfranken in Bayreuth, für Mittelfranken in Ansbach, für Unterfranken in Würzburg, für Schwaben in Augsburg. (K. v. u. f. D.)

Die Gerichtssprengel der Kreis- und Stadtgerichte in Oberfranken. I. Das Kreis- und Stadtgericht Bayreuth: a) die Stadt Bayreuth; b) die Landgerichte: 1) Bayreuth, 2) Berneck, 3) Gräfenberg, 4) Hof, 5) Kirchenlamitz, 6) Kulmbach, 7) Münchberg, 8) Naila, 9) Pegnitz, 10) Pettenstein, 11) Rehau, 12) Selb, 13) Stadtsteinach, 14) Weidenberg, 15) Wunsiedel; c) die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Guttenberg, 2) Thurnau. II. Das Kreis- und Stadtgericht Bamberg: a) die Stadt Bamberg; b) die Landgerichte: 1) Bamberg I., 2) Bamberg II., 3) Burgebrach, 4) Ebermannstadt, 5) Herzogenaurach, 6) Höchstadt, 7) Hollfeld, 8) Kronach, 9) Lichtenfels, 10) Ludwigsstadt, 11) Nordhalben, 12) Scheßlitz, 13) Seßlach, 14) Vorchheim, 15) Weismain; c) die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Baunz, 2) Mitwitz, 3) Zambach.

München, 22. Nov. Die Veränderung im Ministerium, welche endlich wirklich geworden sind, lassen hoffen, daß in den zwei der Reformen am meisten bedürftigen Spalten des Staatsorganismus, dem Jnnern und Kultus und Unterricht, energisch an Vorbereitungen zur Vorlage an den kommenden Landtag gegangen

Digitized by Google

werde. Ueberhaupt darf man annehmen, daß dann auch in den übrigen Ministerien vielseitige Aeußerungen über Uebelstände zur Durchführung kommen und deßhalb Gesetzentwürfe ausgearbeitet worden seyn werden. Im Allgemeinen sollen keine langen Gesetze vorgelegt werden, sondern diese mehr einzeln in wenigen Paragraphen abgefaßt seyn, was allerdings eine bei weitem schnellere Berathung möglich machen würde. Wenn nur alle diese auch durch dem Finanzetat des Staatsrathes in so einfacher Form wieder herauskommen; das Initiativgesetz, erzählt man, habe auch ursprünglich aus 3 Paragraphen bestanden. Nach den Ansichten der am Ruder unseres Staates stehenden Staatsmänner und vielleicht auch nach der Majorität der zukünftigen Kammer, wird für Beibehaltung des Zweikammersystems entschieden werden; allein ein Gesetzentwurf über Erweiterung der Reichsrathskammer wird eine der ersten Vorlagen seyn. Keinem Zweifel dürfte unterliegen, daß auch noch ehe die Grundrechte publizirt werden, die jüdischen Religionsbekenner vollkommen emancipirt werden. Auch soll, wie wir hören, ein Gesetz vorgelegt werden, welches den bekannten in der Ständeversammlung von 1846 begonnenen Religionswechsels von Minderjährigen vorgebrachten Beschwerden abhilft; wenn dieses nur nicht zu sehr vorsorglich ausfallen möchte! Die Nothwendigkeit des Schutzes des Privateigenthums hat sich merklich in den letzten Jahren fühlbar gemacht. Es soll daher nicht nur ein Gesetz, welches die Gemeinden für den bei Aufläufen verübten Schaden haftbar macht, (wie solches unsers Wissens in Belgien besteht, und neuerdings auch in manchen andern deutschen Staaten eingeführt wurde) vorgelegt werden, sondern auch eine neue Bürgerwehrordnung ausgearbeitet werden seyn, deren Beschaffenheit, nach dem, was verlautet, in den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes bewegen ist, und von der als besondere Klasse unter anderen genannt werden: freie (?) Wahl der Chargen, Ernennung der Chargen nicht auf Lebensdauer, sondern nur immer auf einige Jahre, und einfache Uniform ꝛc. Besonders sichtbar man auf die weniger glänzenden, aber für das Land sehr wichtigen materiellen Zustände Rücksicht nehmen zu wollen; wenigstens hören wir von Gesetzentwürfen über die Flußbauten, Alluvionsrecht, Forstpolizei, Fürsorge für die niedern Staatsdiener besonders der Schullehrer ꝛc. Im Justizministerium sollen die Vorarbeiten für die Trennung der Administration von der Justiz und Einführung der Notariate vollendet seyn, auch auch im Kriegsministerium bedeutende Umgestaltungen beabsichtigt werden; z. B. Trennung von Einführung einer Dienstespragmatik für die Offiziere und Militärbeamten. — Was das Budget betrifft, so möchte so viel gewiß sein, daß es nur für die Dauer von zwei Jahren vorgelegt werden wird, und auch das dürfte feststehen, daß die Eisenbahnbauten mit Energie angegriffen werden sollen. — Die Hauptsache aber wird die Einführung des Repräsentativ-Prinzips sein, welche mit Revision der Gemeinde- und Landrathsordnung und Aufstellung von Bezirksräthen, die den Bezirksverwaltungen zur Seite stehen werden, ins Leben treten soll. Die aus freier Wahl hervorgehenden Bezirksräthe würden unter Vorbehalt des Oberaufsichtsrechtes der Staatsbehörde in die Befugnisse der Polizeibehörden eintreten, soweit diese bisher in den Wirkungskreis der Gemeindebehörden beschlossend oder kontrollirend eingriffen. Ueberdieß werden diese Bezirksräthe ganz unabhängige Stellungen haben, und auch in anderer Beziehung eine das Seitgenvernement im reichsten Maße einführende Gestaltung erhalten. Ueber diesen Versammlungen würde der Landrath, aus ganz veränderter Wahl hervorgehend, stehen. Um die Thätigkeit derselben fruchtbarer zu machen, würde aus demselben von drei zu drei Monaten ein Ausschuß zusammentreten. Daß alle die Oeffentlichkeit ꝛc. beschränkenden Bestimmungen wegfallen würden, versteht sich wohl von selbst. Dieß ist es, was wir von dem bisher in Erfahrung Gebrachten wenigstens als sehr wahrscheinlich bezeichnen können. Weiteres wird vielleicht noch nachfolgen. (N. K.)

Die Wahlbezirke Oberfrankens. Der erste Wahlbezirk Bayreuth umfaßt die Stadt Bayreuth 17,358 Seelen, die Landgerichte Berneck 16,230, Bayreuth 18334, Ebermannstadt 11,629, Gräfenberg 13,571, Hollfeld 13,926, Pegnitz 13,766, Pottenstein 15,025, Weidenberg 5353, zusammen 125,192 S. mit 4 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Bamberg umfaßt die Stadt Bamberg 21,074 S., die Landgerichte Bamberg I. 11,797, Bamberg II. 14,854, Burgebrach 10,863, Forchheim 16,089, Herzogenaurach 13,127, Höchstadt 15,392, Scheßlitz 14,339, Seßlach 3519, Herrschaftsgter. Tambach 3189, zusammen 129,253 S. mit 4 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Hof umfaßt die Stadt Hof 8758 S., die Landgerichte Hof 16,208, Naila 22,253, Kirchenlamitz 11,188, Münchberg 21,995, Rehau 13,559, Selb 12,361, Wunsiedel 22,110 S., zusammen 128,403 S. mit 4 Abgeordneten. — Den vierten Wahlbezirk Kronach bilden die Landgerichte Kronach 24,215 Seelen, Kulmbach 20,655, Lichtenfels 21,966, Weismain 11,769, Ludwigsstadt mit Kauldorf 9991, Nordhalben 3220, Stadtsteinach 15,342, Herrschaftsgericht Thurnau 5977, Mittwitz 1875, Guttenberg 3410, Banz 2695, zusammen 131,253 S. mit 4 Abgeordneten.

München, 25. Novbr. Durch allerhöchstes Dekret vom 15. Nov. wurden der Forstamtsaktuar und Funktionär im Kreis-Forst-Bureau in Speyer Rudolph Geib zum Kommunal-Revierförster in Haßloch provisorisch ernannt; vom 18. Nov. der Revierförster zu Wernech, Anton Baumgärtner, auf Ansuchen unter Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand — und an dessen Stelle der Revierförster zu Römersberg, Johann Schlott, ebenfalls auf Ansuchen versetzt; dann der Forstamtsaktuar zu Lohr, Franz Boy, zum Revierförster in Römersberg provisorisch ernannt; vom 19. Nov. der Zoll-Rechnungs-Kontrols-Assistent, Frhr. v. Köppelle, zum Oberkontrolleur in Tegernsee provisorisch befördert; vom 22. Nov. der Post-Offizial Ernst Sedelmaier in Augsburg in temporäre Quiescirung versetzt.

Leipzig, 26 Novbr. Heute hat die große Todtenfeier zu Ehren des Reichstagsabgeordneten hiesiger Stadt, Robert Blum unter Leitung des dafür zusammengetretenen Festausschusses, sowie unter Theilnahme der hiesigen Behörden und der in vielen Tausenden (auch als Communalgarde freiwillig) vertretenen Bürger- und Einwohnerschaft sowie eines eben so zahlreichen sonstigen Publikums stattgefunden. Von Reisplatze aus bewegte sich der dort geordnete Trauerzug gegen 11 Uhr unter dem Geläute aller Glocken um die Morgenfeier der innern Stadt. Seine Abtheilungen marschirten sich durch die im Zuge getragenen umflorten Fahnen und Panieen der Stadt, Universität, Innungen und Vereine, (auch aus der Umgegend.) Die Prozession nahm durch das Halische Thor die Richtung nach dem Innern der Stadt und dem Markte, wo dieselbe sich theilte und zur Hälfte nach der Thomas-, zur Hälfte nach der Nikolaikirche, den zwei Hauptkirchen abzog. Erst gegen 3 Uhr war diese denkwürdige und bedeutsame Feier beendigt. (D. A. Z.)

Die Leipziger Zeitung erklärt die Nachricht von der Ernennung des Reichstagsabgeordneten Biedermann zum Reichstagsgesandten in der Schweiz für irrig. Es sey dem genannten Abgeordneten speziell Aufträten in der Art gemacht worden. (D. A. Z.)

Preußen. Das Staatsministerium macht unterm 25. Nov. Folgendes bekannt: Da die Einrichtungen und Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Sitzungen der zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung berufenen Versammlung in Brandenburg beendigt sind, so werden mit Bezug auf die Allerhöchste Botschaft vom 8. Nov. d. Js. die Herren Abgeordneten hiervon in Kenntniß gesetzt und zugleich eingeladen, sich in dem dort für die Sitzungen der Versammlung eingerichteten Lokale am 27. Nov. d. Js., um 10 Uhr Vormittags, zur Fortsetzung der Verhandlungen einzufinden.

Berlin, 25. Novbr. Der Entschluß der Regierung, die Eröffnungsceremonie in Brandenburg wirklich vorzunehmen, wird zunächst nur die Folge haben, daß das jetzige Provisorium des Staats dadurch um mehrere Wochen hingehalten wird. Das Staatsministerium wird sich morgen schon nach Brandenburg begeben, und wenn es sich übermorgen, wie nach Allem zu erwarten steht, einer nicht beschlußfähigen Versammlung gegenüber befindet, soll zur Einberufung der Stellvertreter geschritten werden, indem man die Ausbleibenden so ansehen will, als wenn sie ihr Mandat niedergelegt hätten. Man hofft auf diesem Wege zu einer beschlußfähigen Versammlung oder zu einer definitiven Auflösung derselben zu gelangen, indem man sich dann, wenn zu einer oktroyirten Verfassung übergegangen wird, den Lande gegenüber darauf stützen will, daß man vorher kein Mittel zur Fortsetzung der Versammlung unerschöpft gelassen habe. Dies ist der endlich zur Feststellung gekommene Operationsplan des Staatsministeriums, der im Rathe des Königs lange erwogen und für alle Fälle anwendbar eingerichtet wurde. Denn auch für die beschlußfähige Versammlung in Brandenburg würde eine königl. Botschaft bereit seyn, durch welche das Rechtsverhältniß zwischen der Krone und der Verfassungs-Versammlung auf bestimmte Grenzen nach Maßgabe der faktischen Zustände bis 19. März zurückgeführt werden soll. Es ist hat man sich im Rathe des Königs und der Minister über die Grundlinien einer künftigen oktroyirten Verfassung, wenn dazu geschritten werden müßte, geeinigt, und ist dabei das Wesentlichen bei dem frühern Entwurf des Ministeriums Camphausen stehen geblieben. Es gibt im Staatsministerium eine entschiedene Minorität, welche für eine strengere und konsequentere Benutzung des gegenwärtigen Moments wäre; ihr steht eine Majorität gegenüber, welche schonender und vorsichtiger vorgehen will und deren Neigung

Digitized by Google

zum Temporisiren es auch durchgesetzt hat, daß überhaupt das Interimszeug in Brandenburg zur Ausführung kommt. — Gegen diejenigen Abgeordneten, welche nach dem 27. Nov. noch in Berlin zurückkehren, soll das Oberkommando der Marken schon auf unabweisliche Maßregeln bedacht gewesen seyn.

Berlin, 25. Novbr. Hr. Grabow ist nach seiner Angabe, jedoch ohne weitere Vollmacht der Krone, in anerkennenswerther Art eifrig bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Er hat in Konferenzen mit Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen den Vorschlag gemacht, daß die Versammlung, nachdem ein volksthümliches Ministerium an die Stelle des jetzigen getreten sey, und dieses Ministerium an Stelle des jetzigen getreten sey, und dieses in einer weitern Vertagungsfrage die Versammlung zu einem bestimmten Termine zurückverlegt habe, eine Dankadresse an den König erlasse. Es wird über diesen Vorschlag noch unterhandelt.

Die von und gestern erwähnte, von den Mitgliedern der gegenwärtigen Nationalversammlung unterschriebene Erklärung lautet wie folgt: „In Erwägung, daß falschlicherweise Berichte über Bedingungen verbreitet worden sind, welche die preußische Nationalversammlung zur Hebung des zwischen ihr und der Krone entstandenen Conflicts gestellt haben soll, erklären die Unterzeichneten dem Lande gegenüber, 1) daß von der Nationalversammlung die in jenen Berichten erwähnten Bedingungen nicht gestellt worden sind, 2) daß die Unterzeichneten den zwischen der Krone und der Nationalversammlung entstandenen Conflict für beseitigt erachten, wenn das Ministerium Brandenburg zurücktritt und das zu ernennende neue volksthümliche Ministerium der Versammlung kein Hinderniß in den Weg legt, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Berlin, den 23. November 1848. (D. A. Z.)

Berlin, 24. Novbr. Herr v. Rönne, schon im April d. J. von unserer Regierung zum preußischen Gesandten in Washington ernannt, spätere aber von der deutschen Centralgewalt zu dem gleichen Posten ausersehen, ist letzterer von der preußischen Regierung jetzt überlassen worden. (F. O.-P.-Z.)

Erfurt, 25. Novbr. Die vor acht Tagen zur Einkleidung einberufene Landwehr, welche damals wieder entlassen wurde, war gestern zum zweiten Male dazu kommandirt worden. Mit den anlangenden Wehrmännern strömte aber auch bewaffnetes Volk zusammen, und es wurde bald nothwendig, die Bürgerwehr durch Generalmarsch zu versammeln. Die Landwehrmänner gelang es nun zwar auf dem Petersberge zu sfolten, der Tumult tagegen steigerte sich. Auf Kürassiere, die zur Säuberung der Straßen den Anger hergeritten kamen, wurde angeblich aus Häusern und selbst auch von den Reihen der Bürgerwehr geschossen, und 5 Mann sollen dadurch auf der Stelle getödtet worden seyn. Barrikaden wurden dann errichtet und im Fortgange der Sache Gewalt gegen dieselbe gebraucht, mit dessen Hülfe das Militär Herr der Stadt und diese nun in Belagerungszustand erklärt wurde. Ueber die Zahl der Verwundeten und Todten gibt es zur Zeit nur Gerüchte.

Sangershausen, 22. Novbr. Die sämmtlichen versammelten Wehrmänner des Kreises haben die Zusammenberufung der Landwehr für einen ungesetzlichen Schritt des Ministeriums, der durch nichts gerechtfertigt sey, erklärt und werden Adressen in diesem Sinne von sämmtlichen Ortschaften abgehen lassen. Die Ruhe der Stadt ist durch nichts gestört und Conflikte zwischen dem Linienmilitär, der Landwehr und der Bürgerwehr nirgend vorgekommen. Die Stimmung des Volks ist entschieden für die noch versammelten Volksvertreter, sie verlangt die lange versprochene Verfassung durch Vereinbarung zwischen Krone und Volk und im Einklange mit der Bildung und der Aufklärung der Bewohner Thüringens. Von republikanischen Bestrebungen nicht die entfernteste Spur.

Der Polizeidirektor Kuh in **Breslau** ist dem Beispiel des Herrn Pinder gefolgt und hat sich mit den Beschlüssen der fortdauernden Nationalversammlung einverstanden erklärt. Er ist sofort suspendirt und interimistisch durch den Regierungsrath v. Kehler aus Liegnitz ersetzt worden.

Die gestern von der Neuen Preußischen Zeitung als neueste Nachricht gebrachte Mittheilung, daß Breslau in Belagerungszustand erklärt sey, erhält durch die heute aus Breslau eingegangenen Blätter keine Bestätigung.

Kiel, 22. Novbr. Aus sicherer Quelle kann ich mittheilen, daß die Reichsgewalt wirklich an die Erbauung eines Kanals für Kriegsschiffe vom Kieler Hafen nach der Elbe denkt. Es sind nämlich die Behörden von der Schleswig-Holsteinischen Regierung angewiesen, den mit den Nivellementsarbeiten betrauten k. k. Hauptmann und Reichstagsabgeordneten Möring in jeglicher Weise zu unterstützen. (D. A. Z.)

Wien, 23. Novbr. Becher und Jellinek sind heute früh erschossen worden. Die kriegsrechtliche Verhandlung, die erst gestern begann, war schnell geendet. Die Verurtheilten zeigten Entschlossenheit und Muth. Ob Becher's Fall sich auch nicht weiter erstreckte, ist mir nicht bekannt geworden; Aigner, der zuletzt Commandant der akademischen Legion war, ist zur Festungsstrafe begnadigt worden. Doch scheint die Summe der Todesurtel noch nicht voll. Einige Personen, gegen welche die stärksten Indizien des Antheils am Morde Latour's sich ergeben, sind eingezogen worden.

Wien, 24. Novbr. Heute ist ein großer Theil der zu den militärischen Operationen gegen Ungarn bestimmten Truppen von hier und aus der Umgegend abmarschirt, und morgen wird das Gros der Armee folgen. Fürst Windischgrätz wird den Feldzug in Person leiten, der gleichzeitig von fünf verschiedenen Seiten konzentrisch gegen das Herz des Landes, Budapest, eröffnet werden soll. Der Hauptangriff wird, dem Vernehmen nach, am 1. Dez. erfolgen, um vier Tage später, als der ungarischen Armee noch die Frist zur Rückkehr zu den kaiserlichen Fahnen anberaumt worden ist. Wir hören noch fortwährend von Truppendurchgängen ungarischer Seits zu unseren Fahnen. So hat sich neuerlich das Uhlanenregiment „Fürst Schwarzenberg“, welchem so viele Hindernisse in den Weg gelegt worden, glücklich durchgebauen, und vom Infanterieregimente „Prinz Wasa“ sind 35 Offiziere über die Grenze gekommen, so daß an einem Uebertritte der Mannschaft selbst bei einer günstigen Gelegenheit kaum zu zweifeln ist. — Der hingerichtete Dr. Becher war Herausgeber des „Radikalen“, und Dr. Jellinek Hauptmitarbeiter dieses Blattes.

Wir können nicht unterlassen, aus einem der Allgemeinen Zeitung (einem Blatte, dem wohl Niemand Parteilichkeit für das Proletariat zum Vorwurfe machen wird) entnommenen Berichte aus Wien Folgendes mittutheilen: **Wien**, 18. Novbr. An jeden Orten der Stadt brach Feuer aus; das Kolowratsche Haus brannte ganz aus. Durch diese Thatsachen widerlegt sich von selbst die Angabe, daß die Proletarier das Bibliothekgebäude angezündet hätten. Wer kann es glauben, daß während des heftigen Kugelregens Jemand auf das Dach des sehr hohen Gebäudes geklettert, um dort oben Feuer zu legen? Es hätte nur von außen geschehen können, denn im Innern waren Beamte und Diener und auf dem Dachboden schon seit einigen Tagen und Nächten fortwährend die Spritzenleute anwesend. Niemand hat dort einen Brandstifter gesehen, dagegen aber desßtigen tausend Augenzeugen, daß gleich beim Beginn des Bombardements dort oben ein Schuß eingefallen und so gleich Rauch aufgestiegen sey. Freilich sollen auch in diese Gegend gerichtete Schüsse nicht von Geschützen der Randern vom Belagerten gegolten haben. Die Proletarier haben allerdings mehrmal gedroht, die Burg in Brand zu stecken, aber glücklicherweise ist es nicht geschehen, und Proletarier selber haben zwei Nächte hindurch dagegen Wache gehalten. Ein glänzendes Zeugniß für den Edelsinn dieser Proletarier gibt der Umstand daß das in der innern Stadt gelegene Haus des Fürsten Windisch-Grätz gänzlich unversehrt geblieben ist. Gewiß eine Thatsache, würdig von der Geschichte aufbewahrt zu werden. Ueberhaupt haben sich unsere Proletarier auch in diesen schweren Tagen wieder wahrhaft bewundernswürdig benommen. Drei Wochen hindurch waren sie bewaffnet und faktisch die Herren der Stadt mit allen ihren Schätzen; aber außer einzelnen in solchen Verhältnissen völlig unbedeutenden Brod-, Tabak- und Trinkgeldrequisitionen und außer einigen Angriffen auf müßige Spaziergänger sind Sicherheit und Eigenthum durchaus nicht verletzt worden. Große und gräßliche Gewaltthaten haben nur die bewaffneten Proletarier des Banus von Croatien verübt. Daß es in der Nacht nach dem Bombardement in der innern Stadt zu Exzessen hätte kommen können wenn das Militär nicht eingerückt wäre, ist nicht zu läugnen, und insofern kann man die Behauptung gelten lassen, daß die Soldaten Burg und Stadt gerettet haben; das Feuer aber wurde nur von der gewöhnlichen Löschmannschaft bewältigt, das Militär wich die Nacht hindurch den Josephsplatz, und selbst die Wache daselbst war bis gegen Mittag des 1. Nov. noch von den Grenadiren und Reitern der alten Bürgergarde besetzt.

△△ **Wunsiedel**, 26. Novbr. Die Verhandlungen der am 20. d. M. in Eger im Namen deutscher Städte, Gemeinden und Vereine aus allen Theilen Böhmens zusammengekommenen Vertrauensmänner boten den Beweis, daß das deutsche Element in Böhmen trotz der brutalen ja schamlosen Feindseligkeiten der Olmützer Camarilla sich noch frisch und lebenskräftig bewegt. Es waren 68 Abgeordnete dieses erschienen, unter ihnen der deutsche Reichstagsabgeordnete Groß aus Prag von den deutschböhmischen Reichstagsmitgliedern von Frankfurt gesendet und mehrere Mitglieder der österreichischen National-Versammlung. Die Verhandlungen begannen am 20. d. M., wurden von dem deutschen Reichstagsabgeordneten Strache von Rumburg bei Töplitz als Vorsitz-

Digitized by Google

zendem geleitet und am 24. d. M. geschlossen. Auch mehrere außerböhmische Vereine haben ihre Theilnahme an den Verhandlungen durch Adressen, oder Abgeordnete an den Tag gelegt, aus Bayern hat der hiesige deutsche Verein dem Congresse eine mit Beifall aufgenommene Ansprache durch Abgeordnete überreicht, auch der deutschpatriotische Verein zu Rednitz war durch mehrere Abgeordnete vertreten. Unter den Gegenständen der Verhandlungen aus dem Gebiete der inneren Verwaltung und Rechtspflege erschient der Antrag des Prager deutschen Vereins von allgemeinem Interesse, „daß vom Gubernium bei der eben ins Leben tretenden Organisirung der Gerichtsbezirke auf die Gränzen der deutschen und czechischen Sprache genauer Bedacht genommen werde.“ Die in diesem Sinne beschlossene und von Dr. Klier, dem Redakteur der deutschen Zeitung aus Böhmen, dem Organe der deutschen in Böhmen, meisterhaft verfaßte Beschwerde wird nach, daß die Klagen der Deutschen in Böhmen, über Beeinträchtigung ihrer Nationalität, nur zu gegründet sind. Ein fernerer auch für weitere Kreise anziehender Gegenstand wehrfacher Anträge und Beschlüsse war das Vereinswesen, für welches sich in Böhmen bereits viel Sinn gebildet hat. Unter den dortigen Deutschen, deren Anzahl über eine Million beträgt, bestehen zur Zeit, viele sogenannte Bauernvereine nicht eingerechnet, gegen 80 politische Vereine, welche sich den eifersüchtigen Czechen gegenüber scharf ausprägen und in reger Spannung erhalten. Auch in Böhmen gab die Forderung von Seite der Kreisämter und Magistrate an die Vereine, ihre Statuten und Namen der Mitglieder vorzulegen, lebhaften Anstoß und Veranlassung zu entschiedener Verwahrungen. Unter den politischen Vereinsgründen engten Einmes ragten, außer einer von mehren Seiten beantragten, an den Hof zu Olmütz gerichteten energischen Petition um Aufhebung des Ausnahmszustandes Wiens und Zurückberufung des Reichstags nach Wien, besonders die Verhandlungen über die §§. 2 und 3 des Gesetzes über die deutsche Reichsgewalt hervor, in Folge derer eine Petition an die österreichischen Abgeordneten zu Frankfurt um kräftige Unterstützung des ersten Beschlusses bei der zweiten Lesung des Gesetzes und eine Eröffnung an die österreichische Nationalversammlung zur Maßnahme beschlossen worden. Dr. Tedesco von Prag, und die deutschen Reichstagsabgeordneten Groß und Strache legitzten die österreichischen Verhältnisse in gründlicher und übergezeugender Weise für den Nachweis, daß die deutschen Länder Oesterreichs nur durch den innigsten Anschluß an Deutschland, und nur unter einem, durch Personal-Union vermittelten Zusammenhange mit den nichtdeutschen österreichischen Landen zu einer freien Gestaltung gelangen könne. Die würdige Haltung und der warme Eifer der Redner, so wie die feierliche Ausmerksamkeit und der stürmische Jubel, mit welchem die Versammlung und die gefüllten Gallerien jenen folgten, ließen erkennen, daß eine Lebenstrage verhandelt wurde. Die freudige Gewißheit konnte jeder Vaterlandsfreund aus Eger mitnehmen, daß die deutsche Sache in Böhmen noch Begeisterung zu wecken vermag und die Deutschen sich da wenigstens selbst noch nicht verloren geben. Die Zukunft wird zeigen, ob Deutschland solcher Begeisterung werth ist.

Türkei.

Cairo, 5. Novbr. Ein zweigeiliges Schreiben von diesem Datum im pariser „Moniteur du Soir“ meldet, daß das Leben von Ibrahim Pascha in großer Gefahr schwebe. Der „Courrier de Marseille“ enthält dieselbe Nachricht, die der „Osteis“ von Alexandrien mitgebracht haben soll. Dasselbe Schiff soll von Seiten des französischen Consuls daselbst an den Admiral Baudin die Bitte überbracht haben, sogleich französische Schiffe nach Alexandria abzusenden. In der französischen Nationalversammlung war sogar das Gerücht vom Tode Mehemed Ali's in Umlauf.

Amerika.

Berichte aus New-York vom 9. Nov. bestätigen die Nachricht, daß General Taylor zum Präsidenten der vereinigten Staaten ernannt worden ist. Aus 17 Staaten waren die Wahlberichte eingetroffen, und die Majorität, welche er in diesen erlangt hatte, genügte schon, um, auch unabhängig von den andern, seine Wahl zu sichern. Die der Wahl folgende Aufregung war groß: es scheint aber nicht, daß in einem der Staaten, aus denen man den Wahlverkauf schon kennt, irgend einer jener gewaltthätigen Auftritte vorgefallen war, welche die Wahl Polk's charakterisiren. — Die Cholera soll sich in New-York gezeigt haben. — Die Zahl der aus England und Irland zu New-York anlangenden Auswanderer war größer als je zuvor; binnen 48 Stunden waren 6100 Verkaüten-Passagiere im Hafen angekommen. — In Folge der neuesten Nachrichten aus England waren die Baumwollenpreise noch weiter gewichen und auch die Preise der Brodstoffe etwas gefallen. (K. Z.)

Bayreuth. Das Regierungsblatt vom 13. November 1848 enthält unter andern: Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, unterm 21. October l. J. den auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzten l. Rath und Landgerichtsarzt Dr. Sauernheimer zu Bayreuth in Allerhöchster Anerkennung seines über ein halbes Jahrhundert fortgesetzten gemeinnützigen und segensreichen Wirkens das Ritterkreuz des k. Verdienstordens vom heiligen Michael zu verleihen.

Bekanntmachung.

Künftigen Mittwoch den 6. December laufenden Jahres werden von der Oekonomie-Commission des königl. 1. Chevaulegers-Regiments Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg) im Schiefersbau, Vormittags 9 Uhr, mehrere zum Militair-Dienste nicht mehr geeignete Mäntel, Mantelsäcke, wollene Pferddecken, Sattelpelze, so wie noch verschiedene andere Montirungs-, dann Sattel- und Reitzeuge gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Bayreuth, den 28. Novbr. 1848.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 14. December d. Js. Vormittags 9 Uhr werden die für das Monat October 1847 zwischen den Nummern 1011 bis 1993 incl. unausgelöst verbliebenen, — in Gold, Silber, Uhren, Kupfer, Messing, Zinn, Bettwaaren, guten Kleidern und andern Gegenständen — bestehenden Pfänder gegen baare Zahlung verkauft.

Bayreuth, 28. November 1848.

Die Leih- und Pfandhaus-Verwaltung.
Stillkrauth, Kastler. Schobert, Kontrolleur.

Anzeigen.

In der Grau'schen Buchhandlung ist soeben eingetroffen:

Robert Blum, sein Leben, Wirken und Ende. Eine biograph. Skizze nach den besten Quellen zusammengestellt von F. W. Mit dessen Portrait und Facsimile. Zweite Auflage. Preis 6 kr.

Dessen wohlgelungenes Portrait in Stahlstich nebst Biographie. Preis 12 kr.

Katechismus für die Wahl zur Kammer der Abgeordneten des bevorstehenden bayerischen Landtages 1848. Verfaßt von J. B. Leuthenmayr. Preis 6 kr.

Bei Haspel in Schwäbisch Hall erschienen und in der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Wunderbare und merkwürdige Prophezeihungen der Somnambüle Maria Stiefel aus Ebernberg über die Zukunft der Jahre 1848 bis 1856. Preis 6 kr.

Von dieser merkwürdigen Schrift wurden bereits 20,000 Ex. verkauft.

Abschied.

Durch unsere unerwartet schleunige Abreise von hier wurden wir gehindert, von unseren geehrten Verwandten, Freunden und Bekannten Abschied zu nehmen.

Wir sagen daher denselben ein herzliches Lebewohl und empfehlen uns deren freundlichem Andenken.

Bayreuth, den 27. November 1848.

Heinrich Pöhlmann, k. Rentbeamte in Königshofen.
Emilie Pöhlmann, geb. Fikenscher.

Wohnungsveränderung.

Von heute an wohne ich im Hause des Herrn Oberstlieutenant v. Gernler zur ebenen Erde rechts.

Dr. Rabus.

Eine Stube nebst Kammer und Küche ist in dem Hause Nr. 72 auf Lichtmeß zu vermiethen.

Zu Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 333.** **30. November 1848.**

Bayreuth. Wir haben in unserem gestrigen Berichte die Bemerkung einfließen lassen, daß zur Erwählung eines Wahlmannes die absolute Stimmenmehrheit der Urwähler nicht erforderlich sey, sondern daß vielmehr die relative Mehrheit für diese erste Wahl schon genüge. Das gleichlich unklar abgefaßte Wahlgesetz gab zu dieser Meinung Veranlassung, indem dasselbe die beiden Wahlakte, jenen für die Wahlmänner und jenen für den Abgeordneten nicht scharf sondert. Der Art. 20 sagt: Die Wahlen geschehen durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel. Die Gewählten müssen absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Der gleich darauf folgende Artikel handelt aber nur von dem zum Abgeordneten Gewählten und daher erklärt sich das Mißverständniß, daß wir unter den im Art. 20 angeführten „Gewählten" nur die zum Abgeordneten Gewählten begriffen. Da aber das ganze Gesetz keine weitern Artikel über die Wahl der Wahlmänner selbst enthält, so ist nicht zu zweifeln, daß die Wahl der Wahlmänner ebenfalls nach dem Art. 20 zu behandeln und daher auch zu diesem ersten Wahlakte absolute Stimmenmehrheit erforderlich ist. In dieser Auffassung des Gesetzes werden wir noch durch den Gebrauch des Wortes „Wähler" im Art. 20 bestärkt, weil unter diesem Ausdrucke im Gesetze speziell die Urwähler begriffen werden, während die Wähler des Abgeordneten immer, wo von ihnen allein die Rede ist, Wahlmänner genannt werden. Nun würde, wenn von der Wahl des Abgeordneten im Art. 20 allein die Rede wäre, jedenfalls für den Wähler der Ausdruck Wahlmänner gebraucht werden seyn; da das aber nicht geschehen und ein weiterer Artikel über die Wahl des Abgeordneten im Gesetze auch nicht enthalten ist, so ergiebt sich, daß die Bezeichnung Wähler des Artikel 20 sowohl auf die Urwähler als auf die Wahlmänner zu beziehen ist. Durch die verlangte absolute Stimmenmehrheit für die Wahl der Wahlmänner sind nun allerdings die gerüchteten Uebelstände, die wir gestern besprachen, theilweise beseitigt, besonders jener der Minoritätswahlen; trotzdem müssen wir aber auf dem Wunsch beharren, daß wo möglich innerhalb der Distrikte gewählt werden möge, weil, wenn dies nicht geschieht, die Wahl sich leicht auf viele Tage ausdehnen würde, bis die absolute Majorität erlangt wäre. Durch die Wahl innerhalb der Distrikte wird sie unendlich erleichtert und ermöglicht, daß dieselbe schon am ersten Tage zu einer glücklichen Lösung gebracht werde. Auf den Einwand, es möchte der eine Bezirk mehr als der andere die zu Wahlmännern tauglichen und gewünschten Personen stellen können, ist kein großes Gewicht zu legen, da das Geschäft eines Wahlmannes im Allgemeinen keine ausgezeichneten Eigenschaften erfordert. Von ihm wird nichts weiter verlangt, als Einsicht, ein unbestechlicher und unerschütterlicher Charakter und der politische Glaube seiner Urwähler; es ist aber wohl anzunehmen, daß ein jeder Wahlbezirk in seinem Schooße mindestens fünf Männer habe, die diesen Erfordernissen vollkommen genügen.

(Erklärung.) Da die in unserm gestrigen Artikel über die Wahlen aufgeführten Namen von Seiten der beiden Betheiligten zu Protestationen Veranlassung gegeben haben, so erklären wir, daß wir diese Namen lediglich zum Zwecke der Verdeutlichung und Aufklärung, ohne durch irgend einen Einfluß von außen dazu bestimmt zu seyn, genannt haben. Die Redaktion d. Bl.

Deutschland.

Verwahrung der Minorität der deutschen Nationalversammlung gegen den Beschluß der Majorität vom 20. Novbr. Die deutsche Nationalversammlung hat verweigert, den nachstehenden Protest der Minorität gegen den Beschluß vom 20. d. Mts. in der preußischen Angelegenheit zu Protokoll zu nehmen. Man sieht sich daher genöthigt, diesen Protest durch die Presse zu veröffentlichen: Die deutsche Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom 20. Nov. erklärt: daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde. Außer der einseitigen Vertagung und Verlegung der preuß. Nationalversammlung sind bereits gegenwärtig unter Proklamation des Belagerungszustandes folgende Eingriffe in die Rechte und Freiheiten des preußischen Volks unzweifelhaft erfolgt: 1) Den feierlichen Verheißungen entgegen ist ohne Zustimmung der Bürgerwehr und der städtischen Behörden zahlreiches Militär in Berlin eingeschritten und hat sich dasselbe insbesondere entgegen dem §. 46 des Bürgerwehrgesetzes der Wachtposten der Stadt Berlin wider den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt bemächtigt. 2) Die Bürgerwehr von Berlin wurde gelöst, weil sie der durch §. 1 des Bürgerwehrgesetzes ihr auferlegten Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung zu schützen, gemäß die gewaltsame Vertreibung der Volksvertreter abgelehnt hat. 3) Die Bürgerwehr wurde wider den Willen der Gemeinde durch Soldaten entwaffnet, obgleich der §. 1 des transitorischen Gesetzes zum Bürgerwehrgesetz die Zustichtung enthält, daß die Gemeinden jedenfalls bis zur Vollendung der Verfassung und der Gemeindeordnung im Besitz der empfangenen Waffen bleiben sollen. 4) Den bestehenden Gesetzen gemäß kann nur der §. 1 und 6 der Habeas-Korpus-Akte vom 4 Sept. unter bestimmten im §. 8 angeführten Bedingungen suspendirt werden, — die preußische Regierung hat aber mit Außerachtlassung dieser Bedingungen nicht nur die §§. 1 und 6, sondern überdies a) den §. 5 dieser Akte, welcher Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen unbedingt verbietet und wonach keine nicht durch Gesetz angedrohte Strafe verhängt werden darf, b) das Gesetz über das Recht der freien Presse, vom 17. März 1848, und den §. 4 des Gesetzes vom 6. April 1848 über das Vereins- und Versammlungsrecht wirklich suspendirt. Maßregeln, welche bereits höhere königlich preußische Gerichtsbehörden für ungesetzlich erklärt und zu ihrer Ausführung ihre Amtswirksamkeit entschieden versagt haben. Die deutsche Nationalversammlung hat sich nicht bewogen gefunden, diese dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte gegen bereits wirkliche erfolgte Beeinträchtigung zu schützen, dagegen hat sie den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten Beschluß der preußischen Nationalversammlung ohne Weiteres für offenbar rechtswidrig, die Staatsgesellschaft gefährdend und für null und nichtig erklärt, obgleich der Kommissionsbericht der preußischen Nationalversammlung vom 14. November die Zulässigkeit vom Standpunkte des positiven sowohl als des natürlichen Rechts überzeugend nachgewiesen hatte. Die deutsche Nationalversammlung ist also gegen eine angebliche Rechtsverletzung durch die Vertreter des Volkes mit Entschiedenheit eingeschritten, während sie die unzweifelhaften Rechtsverletzungen durch die Regierung ruhig hingehen läßt. Wir halten uns demnach und unser Gewissen für verpflichtet, gegen ein solches Verfahren vor ganz Deutschland feierlich Verwahrung einzulegen. Frankfurt am Main, den 23. Nov. 1848. (Folgen 149 Unterschriften, darunter (Bayern): Bümmler, Eisenmann, Fallmerayer, Geigel, Guiden, Haggenmüller, Käfferlein, Kolb, Mayer, Steinhagel, Schmitt, Schuler, Stöcker, Stockinger, Tafel, Titus.)

Frankfurt a. M., den 22. Novbr. Seitdem ich hierher zurückgekehrt bin, enthalten einige Zeitungen über die Gründe, welche den Feldmarschall Windischgrätz bestimmt haben mögen, unter so vielen andern Opfern mich zu verschonen, die Vermuthung oder das Gerücht, daß ich mein Leben wichtigen Enthüllungen über die Demokratie verdanke. Wer einen Funken von Gefühl hat, wird sich sagen, daß es nach Allem, was ich in den letzten Wochen erlebt, etwas schwer ist, auch noch diese Mißhandlung zu ertragen. Ich kann mich aber durch zweierlei trösten: erstens dadurch, daß es keinen Menschen gibt, der durch die erwähnten verleumderischen Gerüchte in Besorgniß versetzt werden kann, weil es keinen gibt, von dem ich etwas zu verrathen hatte; und zweitens dadurch, daß mir, wenn man durchaus gehängt und erschossen werden muß, um sich vom Verdachte der Verrätherei rein zu halten, unsere noch lange nicht beendigte Revolution muthmaßlich noch Gelegenheit zu dieser Art von Ehrenrettung geben wird. Einjeweilen wird das deutsche Volk sich bald überzeugen, daß mich weder Verurtheilung noch Begnadigung von meinen demokratischen, oder, um bestimmter zu reden, republikanischen Ansichten und Bestrebungen bekehrt hat. Vorläufig berufe ich mich außer-

Digitized by Google

dem auf meinen, der Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 18. d. Mts. erstatteten Bericht und füge hinzu, daß ich eine ausführlichere Darstellung meiner Wiener Erlebnisse unter der Feder habe, von der ich hoffen darf, daß man ihr das Gepräge der unverkürzten Wahrheit zuerkennen wird. Ich fordere alle öffentlichen Blätter, welche es nicht für ihre Aufgabe halten, die Unterlassung eines physischen Mordes durch einen moralischen zu vertheidigen, hiemit auf, diese Erklärung abzudrucken. Julius Fröbel.

Bayern. Auch vom Staats-Ministerium des Innern ist, wie wir hören, dem Dienstpersonale der demselben untergeordneten Branchen Einsicht in seine jeweilige Qualifikationsliste gestattet worden. (M. Ldz.)

Dresden, 26. Novbr. Der durch mehre Zeitungen laufende Nachricht von der Abberufung des österreichischen Consuls in Leipzig können wir aus sicherer Quelle widersprechen. Im Gegentheil hat sich die österreichische Regierung mit den von der unsrigen in Bezug auf den neulichen leipziger Excesse verfügten Maßregeln für vollkommen einverstanden erklärt. Die Kanzleiakten des österreichischen Consulats sind zum englischen Consul geschafft worden, allein es ist dies nicht, wie mehre Zeitungen berichten, auf Befehl der österreichischen Regierung, sondern nach dem eigenen Ermessen des Consuls geschehen, als er unmittelbar nach dem Excesse die Papiere in seiner Wohnung nicht mehr sicher glaubte. (D. A. Z.)

Berlin, 25. Nov. Die Spenersche Zeit. von heute sagt: Das englische Cabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem diesseitigen eine Note zustellen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. Wenn gleich wir nicht zweifeln daß auch fremde Regierungen den zur Wahrung der constitutionellen Freiheiten getroffenen Maßregeln der königl. Regierung und ihren Bewerggründen Gerechtigkeit widerfahren lassen, so müssen wir doch bemerken, daß das obige Factum nicht richtig und eine solche Note nicht überreicht ist.

Berlin, 26. Nov. Wie es scheint, denkt das gegenwärtige Gouvernement noch einige Zeit mit der Aufhebung des Belagerungszustandes zu warten. Es ist durch General v. Wrangel nur in einem Punkte auf vielfache Klagen nachgegeben worden. Seit einigen Tagen ist nämlich den Besitzern von Wein- und Bierlocalen gestattet worden, bis 12 Uhr Gäste aufzunehmen, nur verschiedene Locale, die häufig von Deputirten besucht wurden, wie Hippel, Jeraschowitz müssen (auf ausdrücklichen Befehl des Herrn v. Wrangel) um 10 Uhr geschlossen werden. Die Presse bleibt suspendirt, das freie Vereinigungsrecht aufgehoben. — Morgen wird die silberne Hochzeit des Königs und der Königin gefeiert (sie fällt eigentlich auf den 29. Nov.) Es werden Deputationen von verschiedenen Orten dem königl. Paare Glückwünsche darbringen. Am 29. Nov. wird das Fest im Kreise der königl. Familien begangen werden.

Wie schon gestern erwähnt, ist der Abgeord. Grabow unermüdlich in Versuchen, eine friedliche Ausgleichung zwischen Krone und Nationalversammlung zu bewirken. Er machte gestern allen Fraktionen der berliner Nationalversammlung einen Vorschlag dahin: daß der König das Ministerium Brandenburg entlassen und dies der Versammlung mit dem Hinzufügen bekannt machen solle, daß er bereit sei, ein neues volksthümliches Ministerium zu ernennen, zu dem Behufe aber genöthigt sei, die Versammlung auf 8 Tage zu vertagen. Hr. Grabow stellte die Frage, ob die Fractionen, wenn eine solche königliche Botschaft ergehe, geneigt seien, dem König ihren Dank auszusprechen und diese Vertagung anzunehmen. Dieser Vorschlag ist gestern von allen Fraktionen angenommen worden: einige, Linke und linkes Centrum, wollen anstatt der Vertagung nur eine Aussetzung der Sitzungen und behielten sich die Fassung der Dankadresse vor. Während noch über diesen Vorschlag unterhandelt wurde, erschienen im Hotel de Prusse im Auftrage der aussterirenden Fraktion der Rechten die HH. v. Meusebach und Hesse (Solingen) und erklärten Namens ihrer Partei (gegen 70 Mitglieder), diesen Vorschlag Grabow's nicht annehmen zu wollen. Man sei vielmehr von Seiten ihrer Partei gewillt, nach Brandenburg zu gehen, um so dem Ministerium Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen, und nächstdem weil ihre Fraktion der Ansicht sei, daß man unter den Bayonnetten nicht frei berathen könne. Es ist bis jetzt von den hier zurückgebliebenen Mitgliedern (circa 270) keiner nach Brandenburg abgereist; auch Hr. Grabow hat die bestimmte Erklärung abgegeben, daß wenn es ihm nicht gelinge, eine Vermittelung zu Stande zu bringen, er Dienstag nach Hause reisen und sein Mandat niederlegen, keinesfalls aber nach Brandenburg gehen werde. Jedoch läßt sich bei der gegenwärtigen Sachlage nicht mit Bestimmtheit behaupten, ob nicht der eine oder andere Abgeordnete doch morgen nach Brandenburg geht. Alle Welt ist auf morgen gespannt; es ist nicht unmöglich, daß die zurückgebliebenen Abgeordneten morgen auch eine Sitzung halten. — Das Gerücht von der Octroyirung einer Verfassung erhält sich noch immer, jedoch glaubt man, daß in diesem Falle noch eine neue Vertagung stattfinden werde.

Halle, 22. Novbr. Wir haben, wie Sie bereits berichteten, in dem kleinen Städtchen Bidra und der Umgegend einen völligen Aufstand der Bauern. Aus der heute Morgen eingetroffenen Nachricht geht hervor, daß ein Zug von 20 Husaren mit einem Lieutenant von den Alexandriten vom 12. Regiment geradezu von ihnen gefangen und entwaffnet worden ist. Es sind hierauf heute noch mehr Truppen nach jener Gegend abgegangen, besonders das bis hier hier garnisonirende Bataillon des 19. Regiments. Dafür ist gegen Abend ein Bataillon des 26. Landwehr-Regiments hier eingezogen. (K. Z.)

Aus Erfurt, vom 25. theilt der Preußische Staats-Anzeiger außer den schon Bekannten mit, daß viele Häuser, aus denen auf die Truppen geschossen worden war, gestürmt wurden. Die Truppen seien hierbei ohne Unterschied mit der größten Bravour aufgetreten. Der Verlust der Truppen beträgt: 6 Soldaten todt, 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 7 Soldaten verwundet, darunter ein Unteroffizier und 3 Soldaten gefährlich. Zwei Pferde todt und mehre verwundet. Die Zahl der getödteten und verwundeten Rebellen(!) ist noch nicht ermittelt; 102 derselben, darunter die Führer, befinden sich gefangen auf dem Petersberge. Die Truppen biwakiren auf den Plätzen und werden von den Bürgern auf das zuvorkommendste und freundlichste verpflegt.

Düsseldorf, 24. Novbr., Mittags 1 Uhr. So eben sind sechs der tüchtigsten Mitglieder des hiesigen Regierungs-Collegiums auf Grund höherer Verfügung suspendirt worden; nämlich: die Herren Gebeime Regierungsrath Arndts, Regierungsräthe Lucius, Otto, Mathieu, Siegfried und zum Regierungsassessor Gerhardy. Den Grund dieser Suspension kann ich noch nicht speciell angeben; jedenfalls besteht derselbe jedoch in Conflikten mit dem Regierungspräsidenten Frhrn. v. Spiegel wegen des über die hiesige Stadt, wie man sagt, ohne Wissen und Willen des Collegiums, verhängten Belagerungszustandes. Daß die suspendirten Mitglieder sich hier in jeder Beziehung der allgemeinsten Achtung erfreuen, ist eine unbestrittene Thatsache und darf man fest überzeugt seyn, daß dieselben in dieser Angelegenheit nur sie das vor ihnen als wahr und gut Anerkannte aufgereten sind, ihre Handlungen aber mit Kraft und Energie vertreten haben. (K. Z.)

Düsseldorf, 25. November. In Folge der Suspendirung Seitens des Ober-Präsidenten Eichmann von sechs Mitgliedern des hiesigen Regierungs-Collegiums haben, wie es heißt, zwei andere Regierungs-Räthe ihre freiwillige Entlassung eingereicht. Die bis auf Weiteres ihrer Dienstgeschäfte enthobenen sechs Mitglieder des Regierungs-Collegiums zu Düsseldorf haben bereits geeigneten Orts die nöthigen Schritte gethan, um die sofortige Untersuchung über ihr Verhalten herbeizuführen, und bitten, jetes Urtheil über diese Angelegenheit bis zur Beendigung derselben zurückzuhalten. Der erst seit Kurzem hierher gekommene Polizei-Präsident Zelle ist gleichfalls suspendirt, weil auch er durch Schrift und Wort erklärte, die National-Versammlung als gesetzlich anzuerkennen. (K. Z.)

Wehlen, (an der Mosel), 23. Novbr. Die Landwehrmänner des Kreises Bernkastel hatten sich gestern in festlichen Aufzügen und unter Sang und Klang hier versammelt, um über das Verhalten zu berathen, welches sie während der Dauer des unseligen Zerwürfnisses zwischen Krone und Nationalversammlung zu bewahren gedenken. Einstimmig wurde beschlossen, daß man in allen Vorkommnissen nur den Beschlüssen der Nationalversammlung Folge leisten und deren Ruf zum Handeln in gesetzlicher Ruhe und Ordnung abwarten wolle. (K. Z.)

Altona, 24. Nov. Der erste Kostenanschlag für denjenigen schleswig-holsteinischen Kanal von Kiel nach Brunshüttel ist nun fertig, derselbe nimmt ein Capital von 35 Mill. Thlr. in Anspruch, wenn der Kanal 25 Fuß Tiefe haben soll, wodurch er fähig wird, große Kriegsschiffe aus der Ostsee in die Nordsee zu leiten. Um die Zinsen für dieses Capital zu decken und die nöthigen Reparaturkosten sowie Verwaltungskosten zu beschaffen, würde eine jährliche Einnahme von 2 Mill. Thlr. genügen, so viel also, wie der Stuntzoll aufbringt. Es läßt sich nun annehmen, daß der größte Theil der Schiffahrt sich diesen neuen Verbindungswege zuwenden wird, da er 1) um 180 Meilen näher, und 2) ganz gefahrlos ist, wogegen der Weg durch den Sund und Belt, selbst den alten schleswig-holsteinischen Kanal, sehr gefahrvoll ist, was die Assecuranz bedeutend erhöht.

Digitized by Google

Wien, 25. Novbr. Heute publizirt der Gouverneur von Melden eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz, wonach statt des standrechtlichen das strafrechtliche Verfahren in Bezug auf Zivilpersonen, mit Beiziehung von Beisitzern des Zivilstrafgerichts, eintreten soll. — Nachrichten aus Kremsier melden, daß es dem Ministerium gelungen ist, den Einhalt mit Todesurtheilen zu erwirken. Eben diesen Nachrichten zufolge war keine Rede davon, einen Theil der Linken in Anklagestand zu versetzen, vielmehr schien der neue Minister des Innern nach Popularität zu streben, und die desfinirten Deputirten erschienen sehr unbekümmert. (K. v. u. f. D.)

Wien, 25. Novbr. Bei Vielen, namentlich vom Militärstande waltet die Ansicht vor, daß für den Fall, daß die Streitkräfte Oesterreichs zur Unterdrückung der Ruhe in den deutschen und italienischen Provinzen nun zur Wiederherstellung derselben in Ungarn nicht ausländen sollten, die Russen Oesterreich zu Hülfe kommen würden. (N. K.)

Nachrichten aus Wiener-Neustadt von 22. Nov. zufolge sind die kaiserl. Truppen in Odenburg ohne Widerstand von Seiten der Nationalgarde eingerückt. Einige Fanatiker der Nationalgarde, unter denen sich Juraten als Leiter befanden, hatten aus einem Hause auf die Truppen geschossen. Allein der kaiserl. Commandant drohte mit einem Bombardement, worauf sich eine Deputation der Nationalgarde zu den Truppen begab und um Schonung für die Stadt, die sich sodann ohne Schwertstreich ergab, bat. Von Odenburg wird die Vereinigung der Hauptarmee mit der kroatischen des Feldmarschall-Lieutenants Jablen, der von Warasdin gegen Ungarn heranrückt, dahingst bewerkstelligt sein. — Die Nachricht von der Uebergabe Presburg bestätigt sich nicht; ebenso wenig jene des Belagerungszustandes der Stadt Grätz.

Schweiz.

Bern, 23. Nov. Der Nationalrath hat in seiner heutigen Sitzung folgendes Gesetz über den Bundessitz angenommen: 1) Der Ort, an welchem die Bundesversammlung und der Bundesrath ihre Sitzungen halten, hat dem Bunde die erforderlichen Räumlichkeiten unentgeldlich zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten. Derselbe hat auch die innere Einrichtung und Ausstattung (Möblirung) der für die Versammlung der Räthe bestimmten Räume zu übernehmen. 2) Der Ort, an welchem das Bundesgericht seine Sitzungen hält, hat die Räumlichkeiten für die Versammlung des Bundesgerichts und der Commissionen, für die Kanzlei und das Archiv, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, gehörig einzurichten und zu unterhalten. 3) Die nach Art. 1 und 2 erforderlichen Anordnungen unterliegen der Genehmigung des Bundesrath. 4) Die Bezeichnung des Bundessitzes wird durch offene Abstimmung der getrennten Räthen stattfinden. 5) Die für den Sitz der Bundesbehörden bezeichneten Orte haben binnen Monatsfrist an den Bundesrath die Erklärung abzugeben, ob sie die ihnen durch das Gesetz auferlegten Verbindlichkeiten übernehmen wollen.

Italien.

Rom. Die Sitzung der Deputirten, die am 17. Nov. stattfinden sollte, fand nicht statt, weil zu wenig Deputirte erschienen. Nach der einen Version hätten viele von ihnen sich gescheut zu kommen, nach einer andern wäre vielen von ihnen vorher angezeigt worden, daß wegen der noch nicht beendeten Ministerernennung keine Sitzung stattfinde. Am 17. Morgens wurde vom neuen Ministerium die Schweizergarde des päpstlichen Palastes für aufgelöst erklärt und alsbald entwaffnet. Die Posten, die sie am Quirinal, Vatican und Leibhaus besetzt gehabt hatten, wurden sogleich von Nationalgarden bezogen. Die Stadt war nach den Blättern vom 18. ruhig, aber „in jener erwartenden Ruhe, die sich nicht lang erhalten kann, wenn nicht augenblicklich die Wünsche des Volks, welche die Italiens sind, erfüllt werden", schreibt die Epoca; wahrscheinlich versteht sie unter jenen Wünschen zunächst die augenblickliche Einberufung einer italienischen Constituante.

Rom, 18. Novbr. Mit den Zugeständnissen des Papstes scheint es nach keinesweges so abgemacht zu seyn, wie die liberale Partei ausgebreitet hatte. Es ist sogar von Protesten die Rede, und da die Repräsentanten der Großmächte der Katastrophe beigewohnt haben, während welcher ein Kugelregen in den Zimmern des Quirinal niederfiel, so wird es diesmal wohl nicht so leicht seyn wie früher, die Welt über Pius IV. wahres Verhalten zu täuschen. Man verschert, er habe ruhig und ergeben dagesessen und sich bereit erklärt, als zweites Opfer zu fallen, während der französische Botschafter seiner Entrüstung über die dem Oberhaupt der Kirche angethane Schmach in heftigen Ausdrücken Luft gemacht habe. Zur Nachgiebigkeit soll Martinez de la Rosa, der spanische Botschafter, gerathen haben, als er sich herausgestellt, daß man der materiellen Gewalt keinen Widerstand zu leisten im Stande sey. Eine Kugel war bis in das Vorzimmer des Papstes gedrungen; einem Schweizer, der sich an dem Fenster gezeigt, hatte eine Kugel den Kopf durchbohrt, Mons. Palma, der ebenfalls einem Kreuzfeuer schußgerecht gekommen war, fiel durch eine Kugel, welche beide Arme und die Brust durchdrang. Was nun das Ministerium anlangt, so soll Sterbini ausdrücklich zurückgewiesen seyn. Mamiani liegt in Genua an einer Hirnentzündung schwer krank darnieder und Lunati hat vorderhand noch nicht angenommen. Selbst Rosmini weigert sich, das Präsidium des Ministerraths und das ihm zugewiesene Portefeuille zu übernehmen. — Mons. Muzzarelli ist an Rosmini's Stelle zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Deputirten haben sich bis jetzt nicht vollzählig vereinigen lassen. Der Präsidente Trotz, die Namen Derjenigen, welche nicht erscheinen wollen, bekannt zu machen. Der Kindlist der Stadt ist ruhig. Die Nacht hindurch wurde gejubelt und demonstrirt. (A. Z.)

Die sardinische Regierung erklärt das außerordentlicher Steuerdekret Radetzky's und die damit gegen die Widersetzenden verknüpften Drohungen und Güterssequestration für null und nichtig. Indem die sardinische Regierung den Waffenstillstand angenommen, habe sie ihre Ansprüche auf die Lombardei keineswegs aufgegeben. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

Paris, 23. Novbr. Einer der angesehensten Banquiers von Paris, Herr J. Odier, hat einen sehr bemerkenswerthen Brief an den Minister des Innern, G. Dufaure, geschrieben, in welchem er im Namen der allerheiligsten Interessen des Landes ihn ersucht, ihm über Cavaignac und einige mit diesem zusammenhängende Fragen eine bestimmte, der Oeffentlichkeit übergebende Antwort zu ertheilen. Aus der vom Minister gegebenen Antwort heben wir Folgendes hervor: „Die Politik des Generals Cavaignac, sagen Sie, ist bekannt. Er hat Beweise von seiner Liebe zur Ordnung und Gewährleistungen einer guten und rechtlichen Verwaltung gegeben. Aber über seinen Charakter und seine Pläne herrscht noch einiger Zweifel, und über diese wünschen Sie zu wissen, wie ich denke. Ich will es Ihnen mit wenig Worten und ganz offen sagen..... Seit 14 Jahren habe ich alle unsere jetzigen Staatsmänner in der Nähe gesehen und nach Muße beachtet. Ich habe niemanden gekannt, der eine aufrichtigere Sprache gesprochen, eine rechtlichere Gesinnung und einen geraderen und schärferen Verstand besessen hätte, als der General Cavaignac. Es ist meiner Meinung nach der echte Republikaner unserer Tage, besonnen, fest und überzeugt. Er ist ganz entschieden der Ansicht, daß nur im Schooße des Friedens die Republik in Frankreich gegründet werden könne. Ein Krieg, fürchtet er, würde uns inneren, gewaltsamen Bewegungen oder der Herrschaft eines stegreichen Generals aussetzen. Deßhalb hat er Alles aufgeboten, um den Frieden zu erhalten, und in diesem ehrenwerthen Streben ist er durch das Vertrauen unterstützt, welches er allen europäischen Mächten bereits einzuflößen gewußt hat. Der General Cavaignac weiß eben so gut wie Sie und ich, daß die republikanische so wie eine jede andere Regierungsform in Frankreich unmöglich ist, sobald sie es sich nicht zur strengsten Pflicht macht, alle Rechte aufs gewissenhafteste zu achten, alle Freiheiten zu schützen, die öffentliche Ruhe aufs kräftigste aufrecht zu erhalten. Er hat in keiner Beziehung, in keinem Grade jene despotischen oder anarchischen Ideen, die, auf verschiedenem Wege, das Land gleichmäßig zu Grunde richten würden. Er beklämpft die einen wie die andern mit gleicher Entschlossenheit. Was mich betrifft, ... so würde ich bereit seyn, mit dem General die Stelle eines Ministers anzunehmen, in der Ueberzeugung, daß wir dieselben Ansichten haben, und suchen würden, sie auf demselben Wege ins Leben zu setzen. .... Ich weiß wohl, daß man sagt, er werde, einmal gewählt, andere Minister nehmen als die, deren Mithülfe er am 13. Octbr. verlangt hat. Sie begreifen, daß ich von ihm keine Verpflichtung in dieser Hinsicht verlange; so viel aber kann ich Ihnen versichern, daß mir die hierauf bezüglichen Besorgnisse unvernünftig scheinen, und daß der General Cavaignac sicher, ohne anzustoßen, die Minister annehmen wird, welche ihm die Majorität der Assemblée nationale bezeichnen wird."

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 27. Novbr. In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf über das Reichsgericht vorgelegt und die allgemeine Diskussion darüber gehalten.

Bayreuth. Wir erhalten die Pariser Nachrichten von der denkwürdigen Sitzung der franz. Nationalversammlung vom 25. Novbr. erst mit der Abendpost und können nur noch in Kürze berichten, daß Cavaignac bei Polizeiruf auf Clamier Pages und Barthelemy's Anklage, mit großem Beifalle der Versammlung erwie-

Digitized by Google

dernd, seine Rede noch nicht geschlossen hatte. Es wurde aber nicht bezweifelt, daß er einen glänzenden Sieg erringen würde.

Inserat.

Bayreuth. Eine thätige Partei in Deutschland erklärte Robert Blums standrechtliche Hinrichtung in Wien für einen politischen Mord; eine andere Partei beklagt jenes Ereignis nicht minder, zerfällt aber, in Bezug auf die Beweggründe, in verschiedene Fraktionen. Dem unbefangenen Beobachter bringt sich indessen unwillkürlich die Frage auf, ob alle Parteien nicht besser gethan hätten, ihr Urtheil bis nach der Mittheilung aller Akten in Blums Prozeß zu suspendiren. Die leidenschaftliche Stimmung, in die man das deutsche Volk, von einer Seite her, zu versetzen sucht, droht die klassende Spalte, welche dermalen Oesterreich von der Reichsversammlung in Frankfurt a. M. sfoliet, zur unheilbaren Kluft zu erweitern. Sollte aber zwischen beiden Gewalten ein gänzlicher Bruch herbeigeführt werden, dann dürfte leicht das tiefe Bedauern der gutgesinnten Mehrheit im deutschen Volke ernste Geltung erlangen und verspätete Reue, über so manchen Schritt in der Zeitbewegung, die Folge davon seyn. Man sollte daher nicht vorellig Oel in's Feuer gießen und es erscheint, in diesem Sinn betrachtet, die Verbreitung des, durch Beschluß der Frankfurter Versammlung als „nicht dringlich" beseitigten „dringlichen Antrags" des Abgeordneten Zimmermann aus Spandau, in der von diesem gewählten Form, als eine bedenkliche Zugabe zu dem vorausgegangenen, aufregenden Material. Im Fall die Angaben des Abgeordneten Zimmermann in Wahrheit begründet sind, haben allerdings einzelne Kroaten und andere Soldaten der Wiener Besatzungstruppen, sich eben so arger Ungesetzlichkeit gegen ihre Mitmenschen schuldig gemacht, als ihre Gegner innerhalb der Mauern Wiens. Es haben jene rohen Kriegsleute alldann Gräuelthaten begangen, welche den Schauerscenen der ersten französischen Revolution, den Schandthaten der Tyroler Aufstandes im Jahr 1809 und den scheußlichen Todtschlägen an Lichnowsky, Auerswald, Lamberg und Latour an die Seite zu setzen wären. Daß übrigens die grausamen, vom Abgeordneten Zimmermann geschilderten Vorfälle in Wien, nach dessen Behauptung, „ohne Beispiel in der Geschichte sind", ließe sich aus der Geschichte selbst leicht widerlegen. Die Erstürmung hartnäckig vertheidigter Plätze war zu allen Zeiten von grausamen Handlungen einzelner Kämpfer begleitet, und selbst Cromwells heilige Schaar, die Psalmen singend, das Gewehr in der einen, die Bibel in der andern Hand, zum Sturm ging, war nicht frei von kroatischen Elementen im Sinn des Abgeordneten Zimmermann. Sind aber des Letzteren Schilderungen auch nur zur Hälfte wahr, dann muß erhöhte Wehmuth über die, nach allem Anschein, aus höchst unlautern Beweggründen hervorgegangene, anarchische Bewegung in Wien, die Brust eines jeden ordnungs- und freiheitliebenden Mannes erfüllen. Die dadurch in Deutschland hervorgerufene, im Zunehmen begriffene Aufregung der Gemüther erfordert vor Allem einen festen Standpunkt für die unbefangene Beurtheilung jener Bewegung und ihrer schrecklichen Folgen. Zu einem solchem Standpunkt führen aber nur die freie Diskussion und die schuldige Achtung für die Meinung aller politischen Schattirungen. Nur diese Ueberzeugung veranlaßt zu der Mittheilung nachfolgenden Auszugs aus einem Wiener Briefe, vom 20. d. Mts., der auf sehr einwerther Quelle gefloffen ist. Was immer Kroaten und Soldaten in Wien gethan haben mögen, so scheint soviel faft ausgemacht, daß der österreichischen Regierung kein anderes Mittel, als die Belebung jener rauhen Elemente, blieb, um die vernichtende Anarchie in Wien zu bemeistern. Damit dürfen zwar unmenschliche Handlungen nicht entschuldigt werden, allein die erste Veranlassung zu den Greuelscenen in Wien tritt ans Licht und so manches einseitige Urtheil der extremen Parteien wird, in Folge davon, nach seinem wahren Gehalt gewürdigt werden können.

Carl Deahna.

Auszug des obenerwähnten Briefes. „Sie haben nicht Unrecht, wenn Sie schreiben, Wien sey ganz zum Schreckenswort geworden. Wer, wie Schreiber dieses, den fürchterlichen Monat October hier verlebte, wer zum Theil Augenzeuge der furchtbarsten Greuelscenen gewesen ist, der weiß, was Anarchie, Terrorismus und Pöbelherrschaft zu bedeuten haben, besonders wenn an der Spitze einer Bewegung Aufwiegler aus aller Herren Länder, begnadigte Verbrecher und eine halb ausgewachsene, fystematisch demoralisirte Jugend stehen, wie dies hier der Fall war. Am Schrecklichsten bleiben in meinen Erinnerungen die letzten Tage vor Einnahme der Stadt, wo kein ordentlich gekleideter Mensch mehr wagen durfte, ohne Waffen die Straßen zu betreten, wenn er sich nicht den gröbsten Insulten, ja selbst der Ermordung von Seite des bewaffneten Pöbels aussetzen wollte. Alle Behörden, selbst der Reichstag, wurden vom Pöbel und den Studenten terrorisirt und von Letzteren eine zweimal abgeschlossene Capitulation gebrochen, nachdem schon alle Vorstädte vom Militair besetzt worden waren; ja das Schrecklichste war uns von diesen Musensöhnen noch zugedacht: nämlich eine allgemeine Brandlegung und Plünderung, im Vereine mit der Ermordung aller Besitzenden, gleichbedeutend mit Schwarzgelben. So sehr man daher auch im Ausland Fürst Windischgrätz und seine Truppen schimpfen mag, so wird doch jeder Wohlgesinnte die Meinung aussprechen, daß er nicht nur der Retter Wiens sondern der ganzen Monarchie ist. Der Schaden, welcher insbesondere durch die Brandlegung an große Holzvorräthe mehrer bedeutenden Fabriken und Privathäuser in den Vorstädten, sowie durch das Bombardement entstanden ist, beläuft sich auf viele Millionen; Tausende haben Wohthabenheit mit dem Bettelstabe vertauscht und Wien wird sich von den letzten Schlägen vielleicht in einem Menschenalter nicht erholen, vielleicht nie mehr werden, was es war. Die Jägerzeil ist ganz beschädigt, die Franzensbrückenstraße, das Odeon, Marks und Zinnerls Zucker-Raffinerien, nebst anderen Fabriken, sind total abgebrannt, ebensoviele Häuser in Mariemdorf und der Umgegend, auch die Bahnhöfe der Süd- und Nordbahn sind start beschädigt und da zuletzt eine fluchwürdige Rotte die ganze Burg abzubrennen beabsichtigte, so sind Thurm und Dach der Augustinerkirche, der Hofbibliothek und des Naturaliencabinets ein Raub der Flammen geworden; ebenso war der teuflische Plan fast bis zur Ausführung gediehen, die ganze Vorstadt in Brand zu stecken.

Das sind demnach die Früchte einer mit ungarischem Gold durch größtentheils fremde Emmissäre herbeigeführten und leider nur durch die Beschränktheit und gänzliche politische Unfähigkeit eines großentheils der Wiener Bürger unterstützten Revolution, die für Letztere unter allen Umständen die traurigsten Folgen haben mußte. Möge sie Wien und andern Tummelplätzen der Monarchie als Lehre dienen.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist vorräthig zu haben:

Katechismus für die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten des bevorstehenden wichtigen bayerischen Landtages 1848. Verfaßt von J. B. Leuthenmayr. geh. 6 kr.

Portrait von **Robert Blum** mit Biographie. 12 kr.

Einladung

zu einer Versammlung der Mitglieder des Jean Paul-Vereins auf Freitag den 1. Dezember Vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des Rathhauses zur Wahl eines neuen Ausschusses für die Jahre 1848. Die Namen für neun Mitglieder und etwaige Wünsche und Anträge können auch schriftlich mitgetheilt und verstegelte Wahlzettel auch vorher an den seitherigen Vorstand, Prodekan Vetter, abgegeben werden.

Bayreuth, den 29. November 1848.

Der Verwaltungs-Ausschuß.

Von wem nimmt der Staat Kapitalsteuer? — Von den Kapitalisten oder von den Zinszahlenden?! — Eine Wittwe durfte seit vielen Jahren ihrem Gläubiger nur 4 Prozent zahlen; jetzt wurde sie aber angehalten, entweder 4½ Prozent zu geben oder das Kapital heimzuzahlen! — Dieß ist gewiß nicht der einzige Fall! Wer wird uns schützen vor ihrer Habsucht?!

Mehrere Zinsgebende.

M. L. Harburger,

Optikerin Nr. 164

empfiehlt sein neuerdings bestens assortirtes

Schnitt- und Mode-Waarenlager,

nebst einer reichen Auswahl in **angefangenen Stickereien, Perlen, Seide und Stickwolle** zur geneigten Abnahme.

Im Hause Nr. 385 in der Friedrichstraße sind 2 heizbare Zimmer mit oder ohne Möbel zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Bürgburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag — Nro. 334. — 1. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Novbr. 123. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung. Levysohn interpellirt wegen der preußischen Verhältnisse, worauf Seitens des Reichsministeriums den 1. Dezember geantwortet werden soll. Francke erstattet im Namen des österreichischen Ausschusses Bericht über das von Berger zur Vorlage gebrachte Wahlausschreiben des Landesgubernii's in Mähren. Der Ausschuß beantragt einstimmig: „In Erwägung, daß bei Wahlhandlungen, als nothwendige Bedingung des Vertrauens in die Wahl, die Wahlbehörde eines jeden Einflusses sich zu enthalten hat, der Erlaß des Mährisch-Schlesischen Landesgubernii's zu Brünn vom 20. v. Mts. aber die Wahlbehörde zu einem Einflusse auffordert, erklärt die Nationalversammlung: daß der genannte Erlaß zu mißbilligen ist und fordert das Reichsministerium auf, in diesem Sinne das Erforderliche wahrzunehmen." Das Haus geht jedoch auf die ebenfalls beantragte sofortige Behandlung des Gegenstandes nicht ein. Dahlmann zeigt für den Verfassungsausschuß an, daß der Abschnitt über das Staaten- und Volkshaus im Drucke befindlich und demnächst zur Vertheilung bereit sein werde. (Bravo!) Beseler: Der Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit betrachtet die Mediatisirung nicht als eine Sache der Gesetzgebung, sondern der Vereinbarung. Dazu kommen zwei Minderheitsanträge, worunter einer auf Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden. Der Bericht wird morgen gedruckt sein. Ebenso ist die zweite Lesung der Grundrechte sammt dem Einführungsgesetze so weit vorbereitet, daß die Mehrheit des Verfassungsausschusses morgen in den Händen der Mitglieder sein kann. Schoder verlangt, daß die Grundrechte für nächsten Montag schon auf die Tagesordnung gesetzt werden. v. Lasaulx beantragt, daß das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung ausdrücklich aufgehoben werde für Fälle, wo Abgeordnete ihren Posten verlassen, um durch Wort und That an Meutereien gegen deutsche Regierungen Theil zu nehmen. Der Antrag des Finanzausschusses über Beseler's Antrag bezüglich der Vergütung für die Reichstruppen lautet: „Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium gegen seinerzeitigen, vollständigen Nachweis über den wirklichen Bedarf und die Verwendung einen Kredit bis zu der in dem Budget postulirten Summe von 1,750,000 fl. zu dem Ende bewilligen, damit die unmittelbar zu zahlende baare Vergütung für die tarifmäßigen Naturallieferungen, welche die im Reichsdienste befindlichen Truppen von ihren Wirthen zu fordern haben, sofort geleistet werde." Wogt von Gießen erhält zuerst das Wort. Er ist nicht gegen die Bewilligung. Allein er kann unmöglich dem gegenwärtigen Ministerium auch nur einen Groschen bewilligen. Dies Ministerium zerstöre die Einheit Deutschlands, die es fördern solle. Aendern Sie dies Ministerium und Sie sollen Geld haben. v. Salzwedel beklagt es als ein unheilvolles Mißverständniß, daß die Demokratie mit der Anarchie verwechselt werde. Die Anarchie führe uns unvermeidlich der Reaktion entgegen und wider diese Anarchie seien die militärischen Anordnungen des Ministeriums gerichtet. Rühl aus Hanau will die Reichsversammlung, von der er voraussetzt, sie werde dem Ministerium die geforderte Summe bewilligen, vor einer Ungerechtigkeit bewahren. Die landesübliche Entschädigung, die den Quartierträgern in Kurhessen z. B. gewährt werde, sei: 13 kr. den Tag für einen Mann. Aber die Verpflegung eines Soldaten sei vielmehr auf — einen Gulden anzuschlagen. Wenn nun bei solchen Beschlüssungen das Volk es lieber mit den Einzelstaaten halte, als mit dem Reiche, so sei dies natürlich. Rühl wünscht daher, daß zwar die Bewilligung der Stimme ausgesprochen, zugleich aber auch das bestimmte Verlangen auf das Zurückziehen der Reichstruppen gestellt werde. v. Schmerling. Das Ministerium hat erwartet, seine Maßregeln in viel umfassenderer Weise angegriffen zu sehen. Es verzichtet daher auf eine Schilderung des Zustandes derjenigen Landestheile, in die es Reichstruppen nicht zur Unterdrückung der Freiheit, sondern zum Schutze der gesetzlichen Ordnung und bedrohter deutscher Staatsbürger gelegt. Zahlreiche Dankadressen beweisen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den getroffenen Maßregeln. Der Abgeordnete Rühl habe über Ungerechtigkeiten geklagt, die bei der Vertheilung der Einquartierung Statt fanden. Diese Ungerechtigkeiten fielen aber nicht dem Reichsministerium zur Last, sondern wenn sie wirklich vorkämen, den Lokalbehörden, „die vielleicht ihre wohlhabenden Freunde begünstigten." Um Ungleichheiten zu vermeiden, hat übrigens das Reichsministerium die Verpflegungsvergütung für einen Mann durchweg auf 18 kr. den Tag angesetzt. Nachdem hierauf die Debatte geschlossen ist, erfolgt die Annahme des Ausschußantrags mit großer Mehrheit. Verworfen wird dagegen der ironische Antrag Vogts, daß das Reichsministerium die empfangenen Dankadressen auf die Tafel des Hauses niederlege. Vor der Berathung über das Reichsgericht entscheidet sich das Haus dafür, daß eine zweite Lesung dieses Gesetzgebnisses stattfinden soll. Die meisten der eingezeichneten Redner — fast zwanzig — sind gegen den Entwurf angemeldet. Moritz Mohl, spricht sich gegen solche Bestimmungen aus, wie die, daß das Reichsgericht über Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelnstaaten entscheiden solle. Dafür sei das Parlament vorhanden und dies allein competent. Tellkampf hat mit Ahrens, Schreiner und Wigard ein Minderheitsgerachten zu §. 2. abgegeben, worin als Zusatz beantragt wird, daß das Reichsgericht auch über die Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen entscheiden solle. Dieses Zusatz sucht Tellkampf zu rechtfertigen. v. Breuning hat mehrere Abänderungen zu bevorworten, desgleichen Zacharia und Walther gegen einzelne Puykte Bedenken zu äußern. Nach Paten ergreift Mittermaier das Wort, um den Zusatz zu der Bestimmung h des §. 2 zu begründen, der erwähnte Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällen durch Geschworne ausgeübt werde. Nach Mittermaier wird zwar die allgemeine Diskussion geschlossen, allein auch das Eingehen auf die einzelnen §§. ist nur eine wiederholte allgemeine Debatte des Gegenstands, wie er sich in §. 2. zusammenfaßt. Die Redner sind: Arendts, von dem eine fömliche und sehr beachtungswerthe Umarbeitung des Entwurfs vorliegt und von Linde, welcher dem ursprünglichen Verzichte, das sein Erscheinen auf der Tribüne begrüßt, mit den Worten begegnet, daß er über den zu behandelnden Gegenstand wohl ein eben so zuständiges Urtheil abzugeben habe, als irgend Jemand in der Versammlung. Nach ihnen wird die Vertagung der Debatte auf die morgende Sitzung beliebt und somit die heutige ½ nach 2 Uhr Nachmittags geschlossen. (D. Z.)

Frankfurt, 28. Novbr. 124. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung. Vicepräsident Riesser übernimmt den Vorsitz an Herrn v. Soiron, um im Namen des Ausschusses über die für Robert Blum anzuordnende Todtenfeier zu berichten. Es seyen, sagt er, verschiedene Meinungen darüber im Ausschusse vorhanden, allein nicht auf politischen Anlaß. Daher habe er vor allem eine nähere Entscheidung der Versammlung einzuholen, wie weit sie ihren Auftrag ausgetehnt wissen wolle. Auf das wiederholte Verlangen nach Schluß der Debatte fragt der Vorsitzende sodann; soll der Ausschuß die Todtenfeier ohne weitere Mitwirkung der Versammlung anordnen? Die Abstimmung erfolgt durch Zettel, da der Ausschlag durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft erscheint. Es sind 397 Mitglieder anwesend, von denen 241 die obige Frage verneinen, so daß also das Programm zur Bestätigung vorzulegen ist. Die Mehrheit des Ausschusses (drei Personen), berichtet nun Riesser, schlägt eine kirchliche Feier in der Katharinenkirche vor, zu welcher sich die Nationalversammlung aus ihrem Sitzungslokal in einem Zuge begeben soll, an welchem den städtischen Behörden der Anschluß freigestellen. Lauten Unwillen erregt auf der linken Seite des Hauses ein Antrag auf die Ablehnung jeder Todtenfeier und auf Uebergang zur Tagesordnung sowie ein zweiter Antrag auf Verschiebung der Feier bis zur näheren Aufklärung des Thatbestandes durch die nach Oesterreich gesandten Reichscommissäre. Beide Anträge werden verworfen. Dagegen wird genehmigt: eine kirchliche Todtenfeier. Abgelehnt wird jedoch der Zug der Nationalversammlung in die Katharinenkirche. (Bewegung des Widerwillens auf der Linken.) Raveaux bedauert, mit seiner

Digitized by Google

Meinung weder hier noch in dem Ausschusse durchdringen zu sehen, die keineswegs auf eine blos kirchliche Feier zum Gedächtnisse Blum's gegangen sey, dem dazu würde eine Zeitungsankündigung genügt haben. Da nun der feierliche Aufzug von der Nationalversammlung abgelehnt sey, so scheide er aus dem Ausschusse aus. Dasselbe erklärt auch Wigard. Beide Mitglieder des Ausschusses werden daher durch neue Ernennungen von Seiten des Bureaus ersetzt werden. Endlich wird von Esterle aus Cassel ein folgender dringlicher Antrag gestellt: „Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität, im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation — mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, sich zu verwenden, damit in den lombardisch-venezianischen Provinzen: 1) Die Militärherrschaft durch eine Civilregierung ersetzt werde. 2) Daß die Zusicherungen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässige, auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Kontributionen oder der Güterconfiscation sofort zurückgenommen werde. 3) Daß sobald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde." Da die Dringlichkeit dieses Antrags nicht anerkannt wird, so geht er den Ausschussweg. Die heutige Debatte über das Reichsgericht eröffnet Siemens aus Hannover, von dem eine erweiterte Fassung des ganzen Gesetzenentwurfs beantragt und vorgeschlagen ist. Ihm folgt Eynern auf der Rednerbühne. Schenkt schon das Haus selbst den streng-juristischen Auseinandersetzungen dieser Herren nur eine geringe Aufmerksamkeit, so dürfen wir wohl auch in diesem Blatte darauf verzichten, den Inhalt ihrer Reden näher zu bezeichnen. Nachdem hierauf die Diskussion über §. 2 geschlossen und auf die Besprechung des §. 3 eingetreten ist, vertheidigt v. Soiron den Entwurf des Ausschusses. Wir heben aus diesem Schlussvortrage nur hervor, was v. Soiron über die Geschwornen sagt, die Mittermaier auch für Ministeranklagen fordert. Die Reichsrichter, ist die Meinung des Berichterstatters, vom Volks- und Staatenhause ernannt, unabhängig von politischen Einflüssen und Parteien, und in der Entscheidung der höchsten Fragen geübt, würden das Recht sicherer zu treffen im Stande seyn, als ein Hof von Geschwornen, dessen Zusammensetzung bei einer so tiefen staatlichen Bewegung, als die Anklageversetzung einer Ministeriums bringt, immer auf dem Spiele des Zufalls beruhen und dessen Blick daher leicht von der Leidenschaft getrübt seyn werde. Die Abstimmung ist aller der zahlreichen Verbesserungs- und Unteranträge ungeachtet, die zu dem Entwurfe gestellt worden sind, der Vorlage des Ausschusses so günstig, daß nur wenige und im Ganzen nur untergeordnete Abänderungen die erforderliche Mehrheit für sich erhalten. Nur der Zusatz einer Bestimmung zu Absatz a im 2. §. ist bemerkenswerth, indem dadurch auch Klagen wegen Verletzung der Grundrechte des deutschen Volks als zulässig und vor das Reichsgericht gehörig erklärt werden. Die Beschlussfähigkeit kann sich sowohl gegen eine Eingeklagte gegen die Reichsanklage richten. Ferner der gänzliche Wegfall der Abstimmung K desselben §., die Strafgerichtsbarkeit über Dienstverbrechen der Reichsbeamten betreffend.

Berlin, 27. Novbr. Das Verfahren, welches das Obercommando der Marken gegen die in Berlin zurückbleibenden Abgeordneten zu bethätigen beabsichtigt, hat sich bereits heute Morgen in einer sehr drastischen Probe angekündigt. Die äußerste Linke, von der nur zwei bäuerliche Mitglieder die Expedition nach Brandenburg mitgemacht haben, wollte heute im Mylius'schen Hotel ihre gewöhnliche Fractionsversammlung abhalten, wozu sich ungefähr 150 Mitglieder dieser Partei eingefunden hatten. Bald nach dem Beginn ihrer Verhandlungen erschien aber ein Officier mit 10 Soldaten im Saal, und das Haus zeigte sich draußen von einer noch größern Anzahl umstellt. Der Officier forderte die Abgeordneten „im Namen des Gesetzes" auf, den Saal zu verlassen, wobei der Abgeordnete Jacoby in seiner gewöhnlichen trocknen und stechenden Manier fragte: Im Namen welches Gesetzes? Der Officier gab hierauf eine unbestimmte und ausweichende Antwort, murmelte etwas von den constitutionellen Gesetzen und näherte sich darauf dem Tische, von welchem er die auf demselben befindlichen Papiere und Schriftstücke in Beschlag nahm. Der Abg. Jacoby verlangte ein Protokoll über diese Handlung aufzunehmen zu sehen, da von Denen, die blos im Namen der Gewalt handelten, auch angenommen werden könne, daß sie vielleicht Papiere, die gar nicht vorhanden gewesen, unterschöben. Der Officier, der übrigens erklärte, keine schriftliche Ordre zu besitzen, nahm keine weitere Notiz von diesen Einwendungen, und als die Abgeordneten endlich mit ihrer stereotypen Bemerkung, nur der Gewalt zu weichen, den Saal verließen, äußerten der Officier, daß er diesen Entschluß „loben" müsse. Dieser Vorgang wird nur das Verspiel zu weitern Einschreitungen gegen diese Abgeordneten sein, die durch den heutigen Akt in Brandenburg als definitiv ausgeschlossen aus der preußischen Nationalversammlung betrachtet werden müssen. — In diesem Augenblicke, wo das Verhältniß der preußischen Regierung zur deutschen Reichsgewalt in ein bedenkliches Schwanken und auf einen Punkt kann noch abwendbarer Spaltung gerathen, richten sich hier die Blicke auf einen Staatsmann, der vorzugsweise als Leiter der Frankfurter Versammlung zu einer deutschen politischen Celebrität geworden. Dies ist Heinrich von Gagern, der, wie man hört, der preußischen Regierung neue Vermittelungs- und Einigungsvorschläge des deutschen Reichsministeriums überbringen soll. Es werden aber zugleich an seine Person Combinationen zur Bildung eines neuen Cabinets geknüpft, indem von mehren Seiten her der Wunsch verlegt wird, ihn in den preußischen Staatsdienst eintreten zu sehen und seinem Talent die Lösung unserer gegenwärtigen Conflicte anzuvertrauen.

Berlin, 27. Nov. Wie hier verlautet, ist die brandenburger Versammlung beschlußunfähig; man erzählt, daß nur 127 Abgeordnete gegenwärtig sind. Eine weitere Vertagung wird hier als wahrscheinlich angenommen. Wie wir hören, sind Hr. Müller, v. Besser und allerdings selbstverständlich auch Hr. Parrisius nach Brandenburg abgegangen.

Die Deutsche Reform enthält aus Berlin, 27. November, Folgendes: Am Sonnabend trafen H. v. Gagern, v. Vincke und Simson in Berlin ein; Hr. v. Vincke war durch den Arrestanten des Königs, v. Bodbien, eigens geholt und begab sich noch an demselben Abende an den Hof, wo er den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, erhalten haben soll. Die Nachricht, daß ein solcher Antrag Hrn. von Gagern gemacht sei, war nicht auf der Luft gegriffen, aber es liegt wohl in der Natur der Verhältnisse, daß er bei aller Bereitwilligkeit, nöthigenfalls Preußen seine Dienste zu widmen, gegenwärtig davon absehen muß, so seine Anwesenheit in Frankfurt unentbehrlich ist. In drei Wochen soll die Reichsverfassung vollendet und die definitive Centralgewalt bestimmt sein. Ganz abgesehen von dem vollständigen Bruche Oesterreichs mit der deutschen Sache, der leider das baldige Ausscheiden der österreichischen Abgeordneten und Minister auf dem Parlament und dem Reichsministerium zur Folge haben muß, ist auch bei den Großdeutschen kein Zweifel darüber, daß Preußen berufen sei, an der Spitze von Deutschland zu stehen. Ohne Zweifel wird diese hochwichtige Frage, die in wenigen Tagen gelöst sein muß, zwischen Hrn. v. Gagern und dem Könige verhandelt und zum Abschluß gebracht werden. Bisher hat der König sehr entschieden eine Stellung abgelehnt, welche die übrigen deutschen Regierungen drücken und den Schwerpunkt Preußens irgendwie verrücken könnte, wodurch Deutschland in keinem Fall ein guter Dienst erwiesen würde. Auch glauben wir jetzt noch, daß die Idee eines deutschen Kaisers, der etwa in Frankfurt residirt und keinen reellen Boden unter sich hat, sich nicht verwirklichen wird. Die Deutsche Reform scheint alles Ernstes zu glauben, daß Hr. v. Gagern, dessen wahres Verdienst wir übrigens nicht anfechten, die deutsche Reichsoberwesen- oder sonstige Stelle an der Spitze Deutschlands so ohne Weiteres zu vergeben habe.

Berlin, 28. Nov. Gestern erschien folgende Bekanntmachung: Nachdem die Wiedereröffnung der Nationalversammlung am heutigen Tag in Brandenburg stattgefunden hat, kann der Zusammentritt einzelner Abgeordneter, welche sich jener Versammlung nicht angeschlossen haben, zu Berathungen an hiesige Orte während des Belagerungszustandes ferner nicht geduldet werden. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich zugleich sämmtliche Inhaber öffentlicher Gastlokale innerhalb des dem Belagerungszustande unterworfenen Bezirks hierdurch gemessenst an, solche Zusammenkünfte bei sich auf keine Weise zu dulden, und werde jedes Local, wo dergleichen dennoch vorkommen, sofort und für die Dauer des Belagerungszustandes gänzlich schließen lassen. Angebliche Nichtkenntniß der Eigenschaft der Versammelten als Abgeordneten wird hierbei als Entschuldigung nicht zugelassen werden. Ebenso sollen auch anderweite Privatlokale, welche von Abgeordneten etwa zu ihren Zusammenkünften besonders gemiethet werden möchten, derselben Maßregel unterworfen sein. Berlin, am 27. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in Marken. (Gez.) v. Wrangel. — Der Abgeordnete Grabow hat sein Mandat niedergelegt. (D. A. Z.)

Brandenburg, 27. Novbr. Der Tag der Entscheidung, auf die wir seit lange gespannt waren, ist da, und es scheint, als ob die Verwierung, deren Lösung man heute erwartet, nur noch größer werden wollte. Bis gestern Abend waren 120 Abgeordnete in der Kanzlei angemeldet. Alle, die wir zu sehen Gelegenheit

Digitized by Google

hatten, gehören der am 9. Nov. in Berlin ausgeschiedenen Fraktion an. Von den Mitgliedern des Centrums, die an den Berliner Verhandlungen Theil genommen, war gestern noch Niemand angelangt. Um die Freiheit der Berathungen zu sichern, sind einige Bataillone des 31. Infanterieregiments hierher verlegt, seltsamerweise auch ein Bataillon der havelländischen Landwehr, die sich bei ihrer Einkleidung renitent verhalten hatte. Auch eine Batterie Artillerie befindet sich hier, eine Schwadron Kürassire und endlich eine Abtheilung der Berliner Constabler. Auch die Natur hat die Sicherheit der Berathungen gewährleistet. Der Rhein liegt auf einer von der Havel gebildeten Insel, zu welcher zwei leicht abzusperrende Brücken führen. Es hatte sich um 10½ Uhr erst eine geringe Anzahl von Abgeordneten im Sitzungslokale eingefunden, als die Minister Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, v. Ladenberg und Rintelen in den Saal traten und sich auf ihren Plätzen niederließen. Die Tribunen waren von Zuhörern dicht besetzt, in der Loge des Diplomaten sah man nur den türkischen Gesandten und einige Sekretäre der englischen Gesandtschaft. Im Uebrigen waren dort die Sitze nur von preußischen Offizieren und einigen wenigen Brandenburgischen Damen eingenommen. Auf der Journalistentribune waren die Berichterstatter der Berliner und anderer deutschen Zeitungen. Als die Zahl der Abgeordneten sich einigermaßen geordnet hatte, der Präsidentensitz aber immer noch leer blieb, erhob sich der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg: „Auf Befehl Sr. kgl. Maj. erkläre ich hierdurch die zur Vereinbarung der Verfassung berufene, am 9. d. M. vertagte Versammlung für wiedereröffnet und stelle derselben anheim, sich von neuem zu constituiren. Sobald dies Geschäft beendet sein wird, bitte ich, mich davon zu benachrichtigen, damit ich im Stande bin, unverzüglich eine kgl. Botschaft vorzubringen." Der Namensaufruf erfolgte, Dort dienselben ergiebt sich, daß von den in Berlin anwesenden 9. Nov. zurückgebliebenen Abgeordneten sich folgende hier befinden: Dietz, Zachariä, Freytorf, Rensfiel, Klinkhammer, Schlitte, v. Besser, Fleischer, Schulz aus Minden, Scholz aus Meserig, Dane, Kühnemann, Müde, Schéele, Schimmel, Vogelsang, Keferstein, Seidel, Stalling, Richter aus Ortelsburg, Condit und einige Andere. Es ergibt sich ferner, daß Hr. v. Pfuel sein Mandat niedergelegt hat, ebenso Hr. v. Schön, für den Herr Jachmann wieder gewählt ist. Herr v. Bardeleben ist anwesend, und sein Stellvertreter Hr. Dietz vertritt demnach den Saal. Hr. v. Voigts-Rhetz, der Abgeordnete für Osnabrück, hat sich bei Berufung des Namensaufrufs, während der Zählung, verlieft Abg. Kühlwetter unter lärmendem Wiederspruche ein Schreiben des Abg. Hausemann, nach welchem dieser nur durch die Verordnung des Arztes abgehalten ist, hier zu erscheinen. Abg. Dane (zu einer persönlichen Bemerkung): „Als am 9. November der Ministerpräsident die Verlegung und Vertagung der Versammlung ankündigte, glaubten meine Freunde und ich, diesem Befehle nicht nachkommen zu dürfen. Wir haben unsere Berathungen in Berlin fortgesetzt und der gegen uns angewendeten Waffengewalt passiven Widerstand entgegengestellt. Gegen die Folgerungen, die man hieraus ziehen möchte, glaube ich mich und meine Freunde hier verwahren zu müssen. Nicht um die Rechte der Krone zu verkümmern, um nur Rechte für das Volk zu gewinnen, sind wir geblieben, sondern um die bereits erworbenen zu erhalten. Wir konnten der Krone nicht das Recht zugestehen, eine mit ihr gleichberechtigte Versammlung einseitig zu vertagen und zu verlegen. Wenn wir deßhalb auf unserm Platze geblieben sind, so müssen wir uns heute gegen den Vorwurf vor Inconsequenz verwahren. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, auf friedlichem Wege die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Wollten wir diese Aufgabe lösen, so glaubten wir uns an dieser Sitzung betheiligen zu müssen. Wir sind consequent geblieben, nur die Umstände haben sich geändert. Wir durften um so weniger anstehen, Ihnen hierher zu folgen, nachdem die Centralgewalt nach den Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung die Vermittlung übernommen hat." Der Redner legt hierauf eine Erklärung in demselben Sinn auf dem Bureau nieder. Abg. Reichensperger: Wir haben gehört, daß das Ministerium eine Botschaft mitzutheilen beabsichtigt. Um eine solche in Empfang zu nehmen, bedarf es keiner Beschlußfähigkeit. Wir sind die Nationalversammlung durch die Königl. Erklärung, daß die Versammlung wiedereröffnet sei. Alterspräsident Brünneck erklärt, dem Ministerium Anzeige machen zu wollen, und schlägt vor, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen. Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Alterspräsident läßt ein an ihn gerichtetes Schreiben des Staatsministeriums verlesen, nach welchem das Ministerium den König von der Beschlußunfähigkeit der Versammlung in Kenntniß gesetzt hat und sich vorbehält, der Versammlung die allerhöchste Entschließung in einer besondern Sitzung, die auf morgen 9 Uhr gewünscht wird, mitzutheilen. Auf mehrseitig geäußerten Wunsch wird beschlossen, die Sitzung morgen Vormittag um 11 Uhr wieder zu eröffnen. (Schluß 1¼ Uhr.) Gleich nach der Sitzung berlautete, daß diejenigen Mitglieder, welche die Protesterklärungen unterzeichnet hatten, in Folge der Aeußerungen der Abg. Reichensperger und Riedel entschlossen seien, nach Berlin zurückzukehren. Ihre Zahl beträgt 30 — 40. Dem Vernehmen nach wird auch die Nationalversammlung in Berlin heute noch Sitzung halten. (Abendst 7 Uhr.) Es verlautet, daß eine 17tägige Vertagung in den morgenden Sitzung von den Ministern erklärt werden wird. Anderseits werden Hoffnungen geäußert, daß morgen eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten vorhanden sein werde.

Wien, 25. Novbr. Gestern Abend traf die Nachricht ein, daß **Radetzky** zum zweiten Mal vom Schlage getroffen worden.

Triest, 21. Nov. **Caorle** soll von den **Venetianern** genommen worden sein, was auch sehr wahrscheinlich, da die Eernirung Venedigs nur sehr unvollkommen ist und von den schwachen Kräften, die in den jetzigen Verhältnissen dazu verwendet werden können, auch nicht besser gehandhabt werden kann.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Nov. Paris selbst hat ein lebhaftes, aufgeregtes Aussehen, aber nirgends bemerkt man eine Entwicklung militärischer Streitkräfte oder sonst in die Augen fallende Anstalten. Man versichert im Conferenzsaale, daß alle geheimen Gesellschaften seit gestern Abend in Permauenz sind, um je nach dem Ausgange der Debatte sogleich handelnd auftreten zu können. — Odillon-Barrot hat heute in den Journalen einen Brief veröffentlicht, worin er sich entschieden für die Candidatur Louis Bonaparte's ausspricht. Aus sonst zuverlässigen Tagesneuigkeiten erwähnen wir nur die öffizielle Anzeige von der Genesung der spanischen Gattin des Königs Isabella.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 25. November.) Um 1 Uhr erscheint der Präsident und die Sitzung wird eröffnet. General **Cavaignac** glaubt, daß aus den Aeußerungen Ledru-Rollins und Garnier Pagès hervorgehe, sie wollten eine Debatte zwischen der Executiv-Commission und ihm, — das sei seine Absicht nicht, aber er nehme jede Anklage an, sie er vorfere sie heraus von welcher Seite sie auch kommen möge. Die Debatte sei eine rein persönliche für ihn, er beabsichtige seine vollständige Rechtfertigung der ausgestreuten Verläumdungen gegenüber. Er interpellirt nun direkt die Herren Garnier Pagès, Ducierc, Paguerre und Barthelemy nachzuweisen, was sie zu ihren Aeußerungen berechtigt habe und ihm nachzuweisen, wo er im Juni seine Pflicht nicht erfüllt habe. **Barthelemy St. Hilaire** erklärt zuerst, daß sie in keiner Beziehung zu der Presse ständen und die Journale zu keiner Publikation berechtigt hätten, — die Debatte bewege sich zwischen der Executiv-Commission und dem General Cavaignac und erst nach langem Zögern habe die erste diese Debatte angenommen. Seit 5 Monaten sei die Verläumdung gegen die Executiv-Commission thätig gewesen und General Cavaignac, ihr einstiger Minister, habe sie nie vertheidigt. Aus Patriotismus und um die Regierung nicht zu erschüttern, habe sie geschwiegen. Erst in den Berhören der Untersuchungs-Commission habe sie gesprochen und die Wahrheit gesagt. — Jetzt werde sie herausgefordert und werde wieder nur die Wahrheit sagen. Aber man möge nicht vergessen, daß man sie zum Sprechen gezwungen habe, während sie schweigen wollte. Die Executiv-Commission habe eine Geschichte der Juni-Insurrektion geschrieben und habe Fragmente daraus acht Vertretern mitgetheilt, — es sey dies nur eine historische unparteiische Arbeit gewesen und schon vor 2 Monaten, also nicht in Wahl-Interessen, geschrieben worden. Diese Fragmente liest Herr Barthelemy nun vor, es ist dies eine historische Darstellung der Juni-Ereignisse vom Gesichtspunkte der Executiv-Commission aus, — die jedoch meist nur Bekanntes enthält. Als Hauptursache des Ausbruches wird die falsche Stellung angegeben, in die die Executiv-Commission gerathen sey, als die Nationalversammlung die Zulassung Louis Napoleons aussprach, den die Ex.-Commission verbannen wollte. Ursprünglich sey die Insurrektion auf den 14. Juli festgesetzt gewesen, die Auflösung der Nationalwerkstätten habe sie beschleunigt. Am Vorabende habe General Cavaignac noch seine unbedingte Bestimmung zu allen energischen Maßregeln gegeben und sie übernommen, sie auszuführen. Am 20. Mai wurde bereits dem General Cavaignac der förmliche Befehl ertheilt, bestündig eine Garnison von 45,000 Mann in Paris und 15,000 Mann in der Umgebung zu haben. Anfangs Juni, als die Umtriebe der Bonapartisten immer gefährlicher wurden, befahl

Digitized by Google

die Executiv-Commissionen zwei Divisionen der Alpen-Armee marschfertig zu halten, um sie auf das erste Zeichen nach Paris kommen zu lassen. Mit diesen großen Vorbereitungen wollte die Executiv-Commission das Blutvergießen verhindern. Außerdem habe Lamartine den General Cavaignac beständig bestürmt, nur viele Truppen nach Paris zu ziehen. Allein der General habe diese Besetzte nicht ausgeführt und zwar absichtlich, um sich nicht durch Einrücken von Truppen in Paris unpopulär zu machen. Die Mitglieder der Executiv-Commission haben interessie die größte Thätigkeit entwickelt und mit dem General Bedeau ward ein eigener Operationsplan für einen Auffand ausgearbeitet. Am 21. Juni zeigte sich eine große Gährung in den Nationalwerkstätten, die sich weigerten, Paris zu verlassen und zahlreiche Agenten hetzten sie noch mehr auf. Die nun folgende Audienz einer Arbeiter-Deputation bei Marie, die Züge der Arbeiter durch Paris führten zu einer allgemeinen Zusammenberufung aller Arbeiter für den 22. auf dem Pantheon Platz, von wo der Ausbruch erfolgen sollte. Am 21. Abends schrieb Herr Marie an Cavaignac: zwei Infanterie-Regimenter und ein Cavalerie-Regiment nach dem Luxemburg-Palast zu schicken, um 12 Uhr schrieb Herr Barthelemy, Secretär, an den General, zwei Regimenter auf den Pantheon-Platz zu schicken, um jede Zusammenrottung zu verhindern. Dieses geschah nicht und die Arbeiter versammelten sich um 6 Uhr Morgens ungestört. Um 7½ Uhr waren 2000 Menschen, die nach heftigen Reden und Rufen um 9 Uhr nach dem Faubourg St. Antoine aufbrachen und um 10 Uhr entstanden die ersten Barrikaden. Hätte man die Zusammenrottung der Chefs auf dem Pantheonplatze verhindert, so wäre die Insurrection vereitelt worden, denn ohne ihre Chefs sind die Arbeiter unfähig, keine Truppen erschienen und so habe die Insurrektion, keinen Widerstand findend, sich schnell ausgebreitet. Cavaignac sey von der Executiv-Commission interpellirt worden, warum der Befehl nicht ausgeführt worden sey, er läugnete denselben erhalten zu haben und schob später die Schuld auf den General Fouchs, den er dann in Folge eines Wortwechsels von dem Commando der ersten Militär-Division absetzte. Aber selbst nach dieser Interpellation war es noch möglich Alles zu verhindern, denn noch waren die Insürgenten auf dem Pantheonplatze und die Executiv-Commission wollte nun, daß die Truppen über ganz Paris vertheilt würden um überall die Errichtung von Barrikaden zu verhindern. Der General Cavaignac habe erklärt, man müsse die Truppen nicht versplittern und theilweise schlagen lassen, sondern die Barrikaden lassen und sie dann mit großen Streitkräften angreifen und nehmen. Da die Gefahr noch nicht dringend war, so ließ man den General gewähren und so begab er sich in die Nationalversammlung. In Luxemburg befanden sich statt drei Regimenter nur zwei Bataillone, aber diese schwachen Kräfte wurden von der Executiv-Commission so geschickt benutzt, daß in der ganzen Umgebung keine Barrikaden gebaut werden konnten. Der Redner entwickelt nun unter großer Heiterkeit der Versammlung den strategischen Plan, den die Executiv-Commission dem Plane Cavaignacs vorgezogen hätte. Ganz Paris mit Truppen bedeckt, alle Straßen von Patrouillen durchziehen, alle Häuser von Nationalgarde bewachen zu lassen, nirgends Barrikaden oder Zusammenzurottungen zu dulden, sind die Grundzüge dieses Planes. General Cavaignac that bis 2 Uhr nichts, ja er verlangte von Garnier Pages, er solle die 2 Bataillons, die im Luxemburg waren, sogleich zur Nationalversammlung schicken; ein Befehl, der erst verweigert, dann auf Cavaignacs Drohung erfüllt wurde. So wurden das 11. und 12. Arrondissement der Emeute preisgegeben, da keine Truppen da waren, um die Nationalgarde zu unterstützen. Vergebens schrieb Herr Marrast vom Stadthause um Truppen, General Cavaignac antwortete, er erwarte Regimenter aus der Bammeile, überhaupt habe General Cavaignac an diesem Tage das kalte Blut nicht gezeigt, das man von ihm erwartet habe. (Heftige Unterbrechungen und Reklamationen.) Vergebens habe man von allen Seiten verlangt, der General Cavaignac ist unerschütterlich auf seiner Weigerung geblieben und stets geantwortet, er habe seinen Plan und werde ihn durchführen. (Allgemeiner Ruf: Er hat recht gehabt.) (Schluß folgt.)

Am Schlusse der heutigen Sitzung der Nationalversammlung schlägt Dupont (de l'Eure) folgende motivirte Tagesordnung vor: „Die Nationalversammlung, indem sie auf ihrem Beschlusse vom 29. Juni beharrt, der folgendermaßen lautet: Der General hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht, geht zur Tagesordnung über.“ Der alte Dupont, krank und schwächlich, entwickelt mit herzlichen Worten seine vorgeschlagene Tagesordnung und man geht zur Abstimmung über, die folgendes Resultat gibt: Anzahl der Votirenden 537, absolute Majorität 269, für Duponts Tagesordnung 503, gegen dieselbe 34. Die Tagesordnung ist somit angenommen. Es ist 11½ Uhr. Die Sitzung wird aufgehoben.

* Paris, 26. Brrbr. Die gestrige Sitzung und ihr Resultat sind das Ereigniß des Tages, — sie obserbiren die ganze öffentliche Aufmerksamkeit, sie sind der Gegenstand aller Gespräche, und Cavaignacs Candidatur hat einen großen Schritt vorwärts gemacht. Das Resultat der Abstimmung ward vom Saale und von den Tribünen mit dem donnerndem Jubelrufe: Vive la Republique! begrüßt. Die drei Bonapartes, die vier Verfasser des historischen Fragments, das Herr Barthelemy vorlas, die Reunion Poitiers und die Legitimisten, so wie Cavaignac und seine Minister enthielten sich der Abstimmung, — die Rechte hoffte durch diese Taktik ein gültiges Votum zu verhindern, — gegen die motivirte Tagesordnung votirten Herr Murrat, — Victor Hugo, — General Baraguay d'Hilliers, Chef der Reunion Poitiers, die Socialisten Proudhon, Pierre Leroux, die Legitimisten Benoit, Blie de Beaumont und 27 Mitglieder der Bergpartei. — Thiers, Molé, Odilon Barrot, Berryer, Cremieux, Montalembert, waren unter den nicht Stimmenden. Dagegen bemerkt man unter den für den General Stimmenden: Larochejacquelin, Falleux, Kerdrel, Kerasflech und noch einige Legitimisten. — Die Zusammenrottungen um die Versammlung hatten sich gegen Abend zerstreut, sie waren schließlich von bonapartistischen Agenten geleitet, da man auf eine Niederlage Cavaignacs rechnete. Als aber die Sache eine andere Wendung nahm, boten diese Agenten auf eine von Jerome Bonaparte ihnen zugekommene Weisung Alles auf, um die Gruppen wieder zu zerstreuen, was ihnen jedoch nicht gelang, ohne daß Louis Bonaparte nicht kompromittirt worden wäre.

Anzeigen.

Bei Aug. Cellarius in Colmar ist soeben erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Höchst merkwürdige Weissagungen auf die ewig denkwürdigen Jahre 1848 bis 1854. Von Nostradamus. Preis 6 Kr.

Man stelle diese Prophezeiungen nicht in eine Kategorie mit den schon erschienenen, man lese, prüfe und staune.

Für Schulen!

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schönschreibübungen.

6 Hefte, ermäßigter Preis 1—35 Heft à 4 Kr. und 36 und 66 Heft à 6 Kr., 35 Heft à 8 Kr.

☞ In Folge der günstigen Aufnahme, die diese Schreibhefte allgemein finden, können wir den Preis derselben von heute an niedriger stellen, wodurch deren Einführung in den Schulen noch leichter bewerkstelligt werden kann.

Da vom königl. Ministerium des Esseadrons-Sattlern dahier alle Civil- und Privat-Sattlerarbeiten niedergelegt wurden, so empfehle ich mich in denselben als glatte, wattirte und Ordonanzsättel in netter und prompter Bedienung.

Zugleich empfehle ich mich auch in allen vorkommenden Polster- und Möbelarbeiten in und außer dem Hause mit Stahlfedern nach der neuesten Pariser Methode zu den billigsten Preisen

C. Moll, Sattlermeister
in St. Georgen.

☞ Die Ausstellung von Kunst- und Naturseltenheiten, lebenden Thieren, worunter sich auch der

Blutsauger

befindet, bleibt noch einige Tage eröffnet. Eintrittspreis à Person 6 kr. für Ansicht aller Gegenstände. Daselbst ist auch eine Auswahl wunderschöner Papageien und prachtvoller Kakadu's, welche sehr schön sprechen und zahm sind, vorhanden, und für Herrschaften zu verkaufen. Auch sind noch wunderschöne Schmetterlinge aus Brasilien zu verkaufen.

J. Knillinger aus Oestreich.

Ein blechener Ofen nebst Rohre, dann eine Parthie Bett- und Pflaumfedern sind billig zu verkaufen bei

J. Harburger, bei Bäckermeister Will.

Ein meublirtes Zimmer ist stündlich zu vermiethen bei

J. G. Feldinger.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend | Nro. 335. | 2. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 28. Novbr. Der Abschnitt über das Reichsgericht anlangend, nahm in der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung gefaßten Beschlüssen wie folgt: §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. §. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse; b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewaltsame Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird; c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten; d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung oder wegen Nichtvollziehung ihrer Bestimmungen; e) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierungen desselben, wegen Aufhebung, Verletzung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung; Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, so wie gegen die Reichsregierung wegen erlittener Verletzung eines der den deutschen Volke gewährleisteten Rechte; f) Klagen gegen den Reichsfiskus; g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft; h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, so wie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen; i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung der Reichs- und Landesverfassung; k) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich; l) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind; m) Streitigkeiten zwischen der Reichsversammlung oder den gesetzgebenden Körpern des Reichs unter sich und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsregierung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. §. 3. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sey, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst. §. 4. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. Mit 211 gegen 171 Stimmen wurde beschlossen, die Frage, ob die Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts mit Zuziehung von Geschworenen zu handhaben sey, der Reichsgerichtsordnung zu überlassen.

Frankfurt, 27. November. Das heute ausgegebene sechste Blatt des „Reichsgesetzblattes“ enthält das Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland, in drei Abschnitten und hundert Artikeln. (K. v. u. f. D.)

München, 29. Nov. In München gehen Gerüchte von einem Entlassungsgesuche des Minister Lerchenfeld und Heinz; nach einer Version soll dieser Schritt mit der Abgeneigtheit derselben, in eine beabsichtigte abermalige Vermehrung des Heeres zu willigen, zusammenhängen.

München, 29. Novbr. (Dienstesnachrichten.) Der Generalverwaltungsdirektor und Chef der VI. Sektion des Kriegsministeriumé, v. Sutner, ist zum Vorstande der Staatsschuldentilgungskommission mit dem Titel und Range eines Ministerialraths ernannt. (Als seinen Nachfolger in seiner bisherigen Eigenschaft nennt man den Kriegsministerialrath v. Habel.) Dem Landgerichte Krumbach ist ein Assessor extra statum beigegeben und auf diese Dienstesstelle der vormalige Patrimonialrichter erster Klasse zu Attrang und Schwabbruck, C. Müller ernannt, und der Landgerichtsarzt Dr. Zink zu Nordhalten auf das erledigte Physikat Krumbach versetzt worden.

Der Minister des Innern, Frhr. v. Lerchenfeld, hat bezüglich der Grundsätze, welche ihn in der Verwaltung seines Ministeriums leiten sollen, folgendes Rundschreiben an die Verwaltungsbehörden erlassen: „Indem ich die Leitung des Staatsministeriums des Innern übernehme, wozu das Vertrauen Se. Majestät unseres allergnädigsten Königs mich berufen hat, halte ich mich verpflichtet, offen und wahr die Grundsätze darzulegen, von welchen ich in diesen schwierigen und umfassenden Wirkungskreise ausgehen werde. Ich bin überzeugt, vor Allem ist nothwendige Uebereinstimmung zwischen der obersten Verwaltungsstelle und sämmtlichen zum Bereiche derselben gehörenden Beamten zu sichern. Daß Aufrechthaltung und Befolgung der Verfassung, gewissenhafte Achtung und Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger und pflichtgetreuer Vollzug der Gesetze die Grundlage meiner Handlungsweise bilden werden, bedarf wohl keiner besondern Erwähnung. In dem konstitutionellen Staate kann für die Verwaltenden nur Verfassung und Gesetz maßgebend seyn, und die Achtung vor diesen, welche von dem Bürger gefordert wird, muß sich vorzugsweise in den Handlungen der Staatsgewalt aussprägen. Ich glaube im Vollzuge der Gesetze und Verordnungen ihrem Geiste im Allgemeinen gemäß zu handeln, wenn ich in zweifelhaften Fällen derjenigen Auslegung den Vorzug gebe, welche der freien Bewegung und Selbstständigkeit der einzelnen Staatsbürger sowohl als der Körperschaften aller Art günstig ist. Gleiche Grundsätze werden mir in allen Verwaltungshandlungen zur Richtschnur dienen. Sorgfältige Berücksichtigung und Schonung der Interessen der Staatsbürger, und Vermeidung aller Willkür müssen mit energischer Handhabung der Gesetze und der Ordnung Hand in Hand gehen. Wenn jeder Schritt der Verwaltung Zeugniß gibt, daß die Verwaltungsbeamten offen und redlich innerhalb der Schranken der Gesetze sich zu bewegen, daß sie mit genauer Beobachtung ihrer Zuständigkeit wirksame Pflichterfüllung, unermüdliche Thätigkeit und wohlwollendes Benehmen gegen Jedermann verbinden, so wird das Band des Vertrauens sich fest schlingen und das Wirken der Behörden hierin eine kräftige Stütze finden. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die schönsten Erfolge der amtlichen Wirksamkeit durch dieses Vertrauen bedingt sind, daß aber der Beamte nur dann sich Vertrauen zu erwerben vermöge, wenn ihm hintreichender Spielraum zur freien Thätigkeit gegeben ist, werde ich nicht nur jede Einmischung in die Kompetenz der einzelnen Behörden sorgfältigst vermeiden, sondern auch stets darauf bedacht sein, jeder Behörde und jedem Beamten die möglichst freie Bewegung in seinem Wirkungskr. zu sichern und hierdurch Gelegenheit zu geben, seinem Eifer und seine Geschäftserfahrung zu bethätigen und durch Beispiel, Anregung und Belehrung dem Lande zu nützen und sich selbst die verdiente Anerkennung zu sichern. Bei allen Ernennungen, welche in meine eigene Kompetenz gehören, so wie bei meinen Anträgen an Se. Majestät den König werde ich stets nur die Rücksichten der Befähigung und die Bedürfnisse des Dienstes mit besonderer Beachtung des Dienstalters, in's Auge fassen; dabei aber auch zugleich auf die Gutachten der unmittelbar vorgesetzten Stellen, so wie auf die von denselben vorschriftsmäßig und gewissenhaft angefertigten Qualifikationslisten vorzüglichen Werth legen. Unmittelbar eingereichte Vorstellungen und Bittgesuche werden um so mehr unberücksichtigt bleiben, als ich hierin nur den Mangel an Vertrauen auf gegründete Ansprüche der Gesuchsteller zu erblicken vermag. Je lohnender der Wirkungskreis ist, der sich jedem Beamten durch die bereits eingetretene Beseitigung unzuloser Förmlichkeiten und die Erweiterung seiner Befugnisse eröffnet; je mehr man der Hoffnung Raum geben darf, daß die Behörden der innern Verwaltung in einer freiern Stellung zu leisten vermögen, was ohne diese stets unerreichbar bleiben dürfte, um so zuversichtlicher glaube ich auch voraussetzen zu dürfen, daß alle Beamten eifrigst bemüht sein werden, dem ganzen Umfange der ihnen obliegenden Pflichten zu genügen. In dem vortrefflichen Geiste des bayerischen Beamtenstandes sehe ich die sicherste Bürgschaft, daß er seine Aufgabe richtig erfassen und keinen Augenblick zweifeln werde, daß nur klare Erkenntniß der jedesmaligen An-

Digitized by Google

forderungen des Dienstes und sachgemäßes Handeln hiernach, keineswegs aber die aus zu ängstlicher Besorgniß vor Verantwortlichkeit schützen könne. Die Pflichtversäumniß darf jetzt weniger als je der strengen Ahndung entgehen, allein auch dem regen Pflichteifer soll und wird die gerechte Belohnung werden. Daß diese Jedem nach Verdienst zukomme, wird meine angenehmste Sorge sein, so wie ich andererseits mich dem Vertrauen hingebe, daß die redliche und aufrichtige Unterstützung aller Beamten des hiesigen Distrikts auch mir die Lösung der mir gewordenen umfassenden Aufgabe erleichtern werde. München, 16. November 1848. Lerchenfeld." (K. v. u. f. D.)

Berlin, 28. November. Man hat gestern Abend wiederholt die verschiedenen hier anwesenden Abgeordneten aus ihren Parteiversammlungslokalen vertrieben. Interessant ist es, daß man nur bei Mylius (dem Versammlungsorte der Linken) Militair verwendet hat, während die übrigen Fraktionen durch Polizeicommissarien und Constabler vertrieben wurden. — Heute Morgen sind die Pressen der Druckerei der hier tagenden Nationalversammlung mit Beschlag belegt worden. — Wie wir hören, wird Herr v. Bagern seine Rückreise bald wieder antreten, es soll auch ihm eine Vermittelung nicht gelungen sein. — Hr. Robbertus ist bis zum Augenblick von Frankfurt noch nicht zurückgekehrt, man hofft auf günstige Nachrichten. Mißlingen alle Vermittelungsvorschläge, so wäre es nicht unmöglich, daß sich die hier versammelten Abgeordneten nach einem andern Ort der Monarchie begäben und dort die Nationalversammlung wieder eröffneten. Von Mitgliedern der äußersten Linken soll auch an die Bildung von Provinzialparlamenten gedacht worden sein. Als wahrscheinlicher ist jedoch anzunehmen, daß sich die hiesige Versammlung auflöse, daß ein Theil der Abgeordneten sich in seine Heimat begeben und ein anderer eventuell nach Brandenburg gehen wird, um, falls durch Requisition von Stellvertretern es der Regierung gelingen sollte, eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammenzubringen, einzutreten. — Die Verhaftungen dauern fort, die Verhafteten werden meist ebenso von ungefähr wieder entlassen, wie sie verhaftet wurden; heute ist Hr. Müller, der sogenannte Präsident des Lindenclubs, in die Stadtvoigtei abgeführt worden, Hr. Karbe ist wieder frei.

Brandenburg, 28. Novbr. Allem Anschein nach wird auch heute die durch das Ministerium Brandenburg hierher verlegte Nationalversammlung in ihren Berathungsversuche nicht weiter kommen. Die provisorischen Zuschauer-Billets gestrigen Tages sind zwar nicht, wie anfangs beabsichtigt wurde, nach Berlin zurückgebracht, es sind aber auch neue Mitglieder nicht hinzugetreten. Man erzählte sich gestern Abend, der König habe strengen Befehl ertheilt, die Versammlung müsse vollzählig werden. Ob aber die Mittel, die man anzuwenden im Stande ist, um die zur Beschlußfähigkeit noch fehlende Mitgliederzahl aus der in Berlin zusammenzurückgebliebenen Versammlung zu gewinnen, bis heute oder morgen wirken werden, steht dahin. Inzwischen hat Hr. v. Manteuffel so zu sagen den Belagerungszustand von Berlin auch auf Brandenburg ausgedehnt. Wenigstens ist die Fremdenpolizei, welche er hier eingeführt hat, von der Wrangelschen in keiner Art unterschieden. Er hat die hiesige Polizeidirektion angewiesen, jeden Fremden über den Zweck seines Aufenthalts streng zu befragen und wo derselbe nicht genügend gerechtfertigt erscheine, auszuweisen. Es scheint überhaupt, als solle in polizeilicher Beziehung eine Restauration der vor dem März bestandenen Einrichtungen auf's schleunigste bewirkt werden. Hr. v. Puttkammer, in Folge der Märzereignisse aus seiner Stellung entfernt, hat jetzt wieder die Leitung der II. Abtheilung im Ministerium des Innern übernommen. — In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung im Dome hatte sich die 11½ Uhr eine dem Anschein nach etwas größere Anzahl von Abgeordneten als gestern eingefunden. Die Minister erschienen und machten den Mitgliedern der ihnen am nächsten stehenden Fraktion vertrauliche Mittheilungen. Die Abgg. v. Meusebach, Baumstark, Reichensperger, Küpfer vertheilten das Vernommene im Saale. Sofort bildeten sich dichte, leidenschaftlich gestikulirende Gruppen. Besonders lebhaft sind die Unterhaltungen der Abgg. Reichensperger und Baumstark mit den Ministern. Um 11½ Uhr ruft die Glocke des Hrn. v. Brünneck die Abgeordneten auf ihre Plätze. Der Alterspräsident will das Protokoll nicht genehmigen. „Ich protestire gegen die Verlesung und beantrage, das Protokoll der gestrigen Sitzung, welches keinen Anspruch darauf macht, Beschlüsse der Nationalversammlung zu enthalten, zum Vortrage zu bringen." Nach vertraulicher Rücksprache mit dem Abg. Reichensperger erklärt der Alterspräsident v. Brünneck: Es werde mehrfach gewünscht, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen, da man später „etwas Wichtiges" zu vernehmen haben werde, was eine Vorberathung zu erfordern scheine. Die Sitzung wird 1½ Uhr wieder eröffnet, die Mittheilung ist unbesetzt. Alterspräsident v. Brünneck läßt den Namensaufruf vornehmen. Nach Beendigung des Geschäfts, während der Zählung erklärt Abg. Dane: Es komme ihm soeben ein stenographischer Bericht über die Verhandlung vom 15. Nov. zu, er sey unter Denen genannt, die an jener Sitzung theilgenommen, er erkläre, daß er nicht anwesend gewesen. Eben so wenig sein College Ziegler. Die Abgeordneten v. Meusebach und Baumstark verlangen das Wort. Der Alterspräsident v. Brünneck erklärt: In dieser Versammlung kenne Niemand eine Sitzung vom 15. Nov. Die Abgeordneten v. Meusebach und Baumstark verzichten auf das Wort. Das Resultat der Zählung wird proklamirt: es sind 159 Abgeordnete anwesend. Abg. Simons besteigt die Tribüne: Ich habe den Antrag eingebracht: die Versammlung wolle die Berathung der heutigen Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr beschließen. Es steht zu erwarten, daß die Versammlung sich bis dahin vervollständigen wird. Sollte dies nicht der Fall seyn, so beabsichtige ich zu Donnerstag folgenden Antrag zu stellen: die Versammlung wolle ihren Präsidenten beauftragen, das Staatsministerium zu ersuchen, die nicht anwesenden Stellvertreter derjenigen Abgeordneten, welche sich am Donnerstage beim Namensruf nicht gemeldet haben werden, einzuberufen. Der Alterspräsident, Graf Brandenburg, erhebt sich: „Die soeben verlesenen Anträge stimmen mit den Absichten der Regierung, das Werk der Vereinbarung einer Verfassung baldmöglichst zu beginnen, vollkommen überein. Sofern daher die Versammlung auf diese Anträge einzugehen gesinnt seyn sollte, würde Seitens der Regierung nichts dawider zu erinnern seyn." Der Alterspräsident stellt hierauf den Vertagungsantrag zur Abstimmung, eine große Mehrheit erhebt sich für denselben und die Sitzung ist geschlossen.

Die Deutsche Reform schildert Brandenburg so arm an Comfort, daß auch die widrigenfalls Versammlung sehr bald eine Verfassung vollenden würde: schlechte Gasthöfe, schlechtes Steinpflaster, ein Versammlungslokal, länglich wie ein schmaler Kasten, ohne gesonderten Raum für die Parteien — man kann sich nicht einmal nach seiner politischen Ueberzeugung hinsetzen, sondern muß, wie Piper, Rechts, Links und Centeum sein. — Zu essen gibt es hier wenig und schlecht; ich würde das nicht erwähnen, wenn es nicht einen politischen Grund hätte. Die guten Brandenburger haben nach gestern Abend nicht daran glauben wollen, daß sich eine große Versammlung bei ihnen einfinden werde. An der Ecke eines Hauses klebte noch ein Placat: „Die Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Abendsitzung beschlossen: Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, Steuern zu erheben."

Vom 28. Novbr. ab wird Brandenburg mit Potsdam durch einen unterirdischen Telegraphen verbunden seyn, desgleichen Potsdam mit Berlin vom 10. Dec. ab.

Breslau, 27. Nov. Gestern hatten sich sämmtliche Führer der Bürgerwehr im Fürstensaal versammelt und den Beschluß gefaßt, ihre Stellen niederzulegen, und trotz eine Neuwahl den Beweis zu geben, ob sie, wie die Stadtverordneten und Magistrat in Abrede stellen, mit ihren Compagnien gleiche Gesinnung hegen. (D. A. Z.)

Wien, 27. Nov. Gegen den Gebrauch von Kettenkugeln, welcher sich die Ungarn bedienen, hat Fürst Windischgrätz eine ernstliche Abmahnung an dieselben ergehen lassen (Kettenkugeln sind nämlich zwei durch eine Kette mit einander verbundene Kugeln von schwerem Kaliber, die durch die schwerere Berechnung der Doppelgewichte zwar von einer weniger sicheren, allein auch von einer um so mörderischeren Wirkung sind). Die Antwort war, daß sie zur Vertheidigung solchen erlaubt hielten, sich aber davon enthalten wollten, wenn Fürst Windischgrätz ihnen dafür Congreve'sche Raketen senden wollte. Eine Deputation aus Siebenbürgen hatte in Kremsier beim Grafen Stadion Audienz. Sie verlangten Berathung über die ihr Land bedrohende Gefahr für den Fall, daß eine Paßsistirung Ungarns ohne dessen Einvernehmen statt finden sollte, und weiterhin, an der Repräsentation am allgemeinen Reichstag Theil zu nehmen. Den ersten Theil des Begehrens versprach der Minister in Erwägung zu ziehen; über den zweiten äußerte er sich in einer Weise, die eine demnächstige Umgestaltung der Reichsversammlung in ihren äußern Formen in Aussicht stellt. (N. L.)

Frankreich.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 25. November.) (Fortsetzung.) Um 3 Uhr endlich begab sich der General zu den Barrikaden des Fbg. du Temple und blieb dort bis 8 Uhr. Während dieser Zeit vertheilten sich die Mit-

Digitized by Google

glieder der Executiv-Commission über ganz Paris. Die zwei zurückbleibenden Mitglieder der Executiv-Commission blieben ohne alle Nachricht von General Cavaignac und mußten auf ihre eigene Rechnung handeln. Fortwährend verlangte man von ihnen von allen Seiten Truppen und sie hatten keine, außerdem hatte der General eingeschärft, während seiner Abwesenheit keine Befehle zu geben, die seine Pläne durchkreuzen könnten. Da alle Forderungen von Truppen abgewiesen werden mußten, so verbreitete sich ein allgemeines Mißtrauen in der Stadt und die Nationalgarde wurde gegen Ledru-Rollin, den sie für einen Verräther hielt, wüthend. Die Ruf: Verrath! durchlief ganz Paris, man drohte mit Rache. Die Executiv-Commission berief indessen durch den Telegraphen Truppen und Nationalgarde auf den drei Eisenbahnlinien. Cavaignac beharrte indessen auf seinem Plane, er, der den Straßenkrieg nicht kannte, wollte ihn wie den Bürgerkrieg in den Ebenen Algiers führen. Mit 100 Mann hätte man in jedem Stadtviertel die Insurrection verhindern können. Aber die Barrikaden bauen zu lassen, um sie mit Muth zu nehmen, sey ein ungeheurer Fehler gewesen und habe Ströme von Blut gekostet. — Die Artillerie von Vincennes, am 23. Abends nach Paris berufen, kam erst am 24. Mittags an; eine Verzögerung, die unbegreiflich ist. Es wurde bereits Abend am 24., als der Plan Cavaignacs noch kein Resultat hervorgebracht hatte. Der Redner kömmt nun auf die Umtriebe des parlamentarischen Clubbs des Palais National, um die Executiv-Commission zu stürzen und auf die drhhalb am 18. Juni bei Cavaignac gethanen Schritte, wodurch dieser die Ueberzeugung erhielt, daß er einmal im Besitze der Executivgewalt auf eine Majorität rechnen könne. Am 22. Abend schrieb ein Freund des Generals den Reunior Poitiers den General als Chef der Republik vor und bat, ihn zu unterstützen. Dieser willigte ein und so entstand das parlamentarische Comptoir, das die Executiv-Commission gestürzt habe. (Heftige Reklamationen.) Da die Executiv-Commission nicht mehr wissen konnte, Cavaignacs Freunde immer mehr intriguirten, so mußte sie endlich fallen und zwar durch einen Antrag des Hrn. Pascal Duprat. (Hr. Duprat: Der diesen Verläumdungen antworten wird.) Der General ward mit unbeschränkten Vollmachten bekleidet und von diesem Augenblicke fing er an zu handeln, die Artillerie kam an, und theils durch Kämpfe, theils durch Unterhandlungen, kam der General nach drei langen Tagen mit der Insurrection zu Ende. (Heftige Unterbrechung.) General Cavaignac. (Lautlose Stille.) Ehe ich antworte, wünsche ich, daß die Herren sagen, ob sie außer dieser Geschichte noch Thatsachen gegen mich aufzuführen haben, oder ob Jemand Anderer noch Anklagen gegen mich hat; — in diesem Falle bitte ich Sie Ihre Anklage zu vervollständigen, damit kein Zweifel mehr bleibe und meine Antwort ganz vollständig seyn kann. Ich werde dann eine klare Darstellung dessen mir ich gethan habe, geben. (Sehr gut.) Garnier-Pagès erklärt, jetzt nur auf außer obigen Hauptsachen noch nichts, vielleicht werde aber die Discussion noch andere Punkte zur Sprache bringen. (Gelächter.) General Cavaignac: Ich nehme die Stellung denn an, wie sie mir gemacht wird, — vor Allem: ich bin kein Ankläger der Executiv-Commission und die Mitglieder der Untersuchungs-Commission wissen, daß ich in jeder Hinsicht jede Antwort darüber verweigerte, und nur sage, ich habe ausgeführt, was mir befohlen worden sey. Ich habe also die größte Rücksicht gegen die Executiv-Commission beobachtet, — er fordere alle Anwesende auf zu sagen, ob er sich selbst in vertraulichen Gesprächen je ungünstig über die Executiv-Commission geäußert habe. Die Debatte sey also nicht zwischen ihm und der Executiv-Commission, sondern er habe es nur mit den Herren Garnier-Pagès, Duclerc, Paguerre und Barthelemy zu thun. (Sehr gut.) Er nehme daher aus dem, was Herr Barthelemy Geschichte genannt habe, die ihn betreffenden Thatsachen und widerlege sie. Drei Tage nach seiner Ernennung sey im Regierungsrathe beschlossen worden, die Garnison von Paris auf 20,000 Mann festzusetzen. Er selbst habe einige Tage darauf der Commission angezeigt, daß man in den Casernen noch mehr als 20,000 Mann unterbringen könne. Später wurde gemeinschaftlich beschlossen eine Division der Alpen-Armee an der Eisenbahn von Bourges zu concentriren, von wo man sie in einem Tage in Paris haben könne. Es sey wahr, daß Lamartine ihm beständig drdrängt habe die Ankunft der Truppen zu beschleunigen. Er habe stets geantwortet, alle Befehle seyen gegeben, was auch wahr gewesen sey; — und so habe er 15,000 Mobile, 5000 M. republikanische Garde und 25,000 Mann Linie in und um Paris concentrirt. Er widerlege nun mit Beweisen die Anklage Barthelemys als habe er gerade das Entgegengesetzte der ihm ertheilten Befehle gethan. „In diesem Falle bin ich entweder ein Unfähiger oder ein Verräther gewesen,“ ruft er aus, „und beide Anklagen, deren eine meinen Kopf, die andere meine Ehre in Frage stellt, werde ich widerlegen.“ Er beweist nun, daß er alle Befehle gegeben, alle Casernirungen vorbereitet habe und berauft sich auf General Bedeau, der aufsteht und sagt: „Alles was der General gesagt hat, ist die reine Wahrheit.“ (Ungeheure Sensation.) Cavaignac weist nun aus den öffentlichen Dienst- und Verschlagsistsen nach, daß alle vorgeschriebenen Truppenbewegungen, und zu rechter Zeit, Statt gefunden haben. Seine Erklärungen, technischer und dienstlicher Art, werden von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit angehört und mit lebhafter Bestimmung begleitet. Hr. Odillen Barrot, Präsident der Untersuchungs-Commission bestätigt selbst, daß die Anzahl der Linientruppen in Paris am 22. Juni über 23,000 M. war. — Es kömmt nun die Anklage wegen des nicht befolgten Befehls Marie's, Truppen zum Luxemburg und auf den Pantheonplatz zu schicken; — er liest den Originalbefehl vor, worin nicht nur ein Bataillon und eine Eskadron (nicht zwei Infanterie- und ein Cavalerie-Regiment) verlangt. Er beweist aus den Protokollen der Platz-Commandos, daß dieser Befehl auch durch ihn gegeben und die Truppe expedirt worden sey. Er liest nun Barthelemys Brief vor, der, wie sich ergibt, kein offizieller Befehl, sondern ein Privatbrief ist, und daß Barth. darin räth den Panthéonplatz zu besetzen, falls die Executiv-Commission nicht schon Befehle gegeben habe. Der General hält sich an den offiziellen Befehl Marie's und concentrirte seine Bataillone am Luxemburg. In dieser Art und immer mit den authentischen Documenten in der Hand führt der General nun fort das ganze „düsterische Machwerk“ des Herrn Barthelemy zu widerlegen, so daß dasselbe Stück um Stück fällt. Er ruft das Zeugniß der andern Generäle, seiner Collegen, der Deputirten an, — er fordert jeden Menschen in ganz Frankreich heraus, der ihm ein Wort der Unwahrheit nachweisen könne, aufzutreten und ihn Lügen zu strafen. Fortwährend begleitet seine Rede stets steigender Beifallsjubel der Versammlung und er schließt mit folgenden Worten, an seine Gegner gerichtet: „Ihr habt mir seine Wahl gelassen, — durch eure Anklage habt ihr mich entweder zu einem unfähigen Menschen gemacht, der die erhaltenen Befehle nicht auszuführen verstand, oder zu einem Verräther, der absichtlich nicht ausführte und der Ströme von Blut vergießen ließ, um seinen ehrgeizigen Zwecke zu erreichen. Ich habe alle eure Angaben widerlegt, habe ihr noch andere Klagen, so sprecht sie aus, ich werde antworten, ich werde mit euch die ganze Nacht diskutiren, Morgen den ganzen Tag, übermorgen, — so lange ihr wollt, — aber ich muß ganz rein dastehen, ohne einen Hauch von Verdacht, und wenn das geschehen ist, dann ist euch gegenüber meine Rolle als Advokat zu Ende, — dann beginnt die Rolle des Soldaten und des Mannes von Ehre und dieser werde ich ebenfalls zu genügen wissen.“ Wir haben seit langen Jahren keinen so stürmischen Beifall in der Kammer Frankreichs gehört, als nach des Generals dreistündiger Rede. Lange Zeit verging, ehe die Ruhe wieder hergestellt ward. Garnier Pagès, der sprechen sollte, trug nun selbst auf eine Suspension an, da er sehr weitläufig seyn müsse, und die Sitzung ward bis 8 Uhr Abends suspendirt. Als wir den Palast verließen, fanden wir ein Cavallerie-Regiment und zwei Infanterie-Regimenter vor dem Pallast, da die Zusammenrottungen im Laufe des Nachmittags einen bedrohlichen Charakter angenommen und mehrere Gruppen die Rufe: Vive Napoleon! à bas Cavaignac! ausgestoßen hatten. — Als wir um 8 Uhr in die Sitzung zurückkehrten, war der größte Theil der Truppen wieder eingerückt und die Zusammenrottungen um den Saal sehr unbedeutend. Barthelemy St. Hilaire nimmt statt Garnier Pagès das Wort. Er sey der Urheber der obigen Schrift und müsse daher die Ursache ihres Entstehens erklären. Sie ward geschrieben um die Executiv-Commission zu vertheidigen gegen Verläumdungen, — aber er habe nie sagen wollen, daß der General absichtlich und aus Ehrgeiz so gehandelt habe. (Bei dieser Retractation erhebt sich ein allgemeiner Schrei der Entrüstung in der ganzen Versammlung. „Welche Feigheit!“ ruft der Berg.) Der Bericht, fährt er fort, habe nur einen historischen Charakter (Allgemeines Gelächter.) er beschwert sich über die häufigen Unterbrechungen und fährt fort: Große Fehler seyen im Juni begangen worden, alle seyen auf die Executiv-Commission gewälzt worden, und doch könne jeder ersehen, daß sie nicht allein schuldig gewesen sey. Er schließt damit, daß er sich aller böswilligen Absicht gegen den General verwahrt und nur die Executiv-Commission habe rechtfertigen wollen. Lebhafte Zeichen des Mißfallens begleiten seinen Abgang von der Tribüne. Cavaignac besteigt die Tribüne. (Von allen Seiten: Antworten Sie nicht, es ist nicht mehr der Mühe werth.) Ich habe nur we-

Digitized by Google

nige Worte zu sagen, — es ist vollkommen wahr, daß man am 23. von mit Truppen verlangte, die ich nicht gab. Alle diese Gesuche wurden vorgemerkt und auf der hier liegenden Liste geht hervor, daß die Gesammtsumme dieser Truppenforderungen dreihundert Bataillone betrug, — während ich nur 32 in ganz Paris hatte. Der General widerlegt nun eben so leicht die andern Punkte und erklärt, daß er bei jeder Gelegenheit anerkennender und rücksichtsvoller gegen die Exekutiv-Commission gehandelt habe, als diese gegen ihn. Was die Retractation des Herrn Bastelberg betreffe, so wolle er sie annehmen, aber er müsse bemerken, daß seine Versicherung sich schlecht mit jeder Zeile des historischen Fragments und besonders mit der Stelle von dem „parlamentarischen Complotte" vertrage. (Lebhafte Bestimmung.) Er wolle an die gute Absicht glauben, aber die ganze Welt werde nicht an die Aufrichtigkeit dieser Retractation glauben, und daher verlange er im Interesse seiner Ehre eine vollständigere Erklärung. (Schl. f.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. November. Nach Flygeposten hat Lord Cowley, im Namen Lord Palmerston's, zu Frankfurt gegen die Anwesenheit schleswig'scher Abgeordneter in der Paulskirche protestirt. — Dasselbe Blatt bestätigt mit größter Bestimmtheit seine Meldung von der angeblichen russischen Note an die Centralgewalt, in der es heiße: „Der Kaiser hoffe nicht genöthigt zu werden, die vom Kaiser Paul übernommene Garantie zu erequiren." (D. A. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Novbr. Heute früh traf hier die Nachricht von dem gestern Abend, im Alter von 69 Jahren, erfolgten Tod Lord Melbourne's ein. Seit 1841, wo er seine Stelle als Premierminister niederlegte, hatte er in gänzlicher Zurückgezogenheit von Staatsgeschäften gelebt. Sein Bruder, Lord Beauvale, früher Gesandter in Wien, ist der Erbe seiner Titel und seines Vermögens. Seine einzige Schwester ist die Gattin Lord Palmerston's.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 1. Dezember. In der gestrigen, mit ziemlicher Lauheit vor sich gegangenen Wahl der Wahlmänner für den hiesigen Stadtkreis wurden in wiederholten Skrutinien Folgende gewählt: I. Urwahldistrikt: die Herren Th. Wagner, Dr. Schmidt, F. Künneth, K. Hertel, Magistratsrath Krauß. II. Urwahldistrikt: Seitler, Magistratsrath Herold, Dr. Aub, Karl Schmidt, Schaller. III. Urwahldistrikt: Magistratsrath Dilchert, Magistratsrath Händel, Gastw. Koch, Stahlmann, J. Böhme. IV. Urwahldistrikt: Kaufm. Keim, Weber, Bierbr. Schmidt, Färberm. Schmidt, Kreisr. Ritter. V. Urwahldistrikt: Dorfmüller, K. Reuschel, Weidmann, Rahm, Dörrhöfer. VI. Urwahldistrikt: M. R. Kreischmann, Drechsler Blank, Dietrich, Chr. Schlenk, Masel. VII. Urwahldistrikt: Rose, Schultz, Fleischmann, Götz, Rosenmerkel.

Erklärung.

Die Redaktion fühlt sich verpflichtet, einige in einem gegen sie gerichteten Pamphete, das gestern in hiesiger Stadt verbreitet wurde, enthaltene Unrichtigkeiten zu berichtigen. Die sämmtlichen Betheiligten gestehen in ihrer Erwiderung nun selbst zu, daß das Original des Zimmermann'schen Antrags (der beiläufig bemerkt, mit vielen andern Mittheilungen eingesendet wurde) nicht an sie sondern an uns zur beliebigen Benützung gesandt wurde und überlassen dabei dem Leser, die schlußrichtige Folgerung zu machen, daß sie demnach kein Recht gehabt haben, dasselbe nach Belieben zu benützen. Wenn sie sodann behaupten, daß wir ihnen das Original ohne Verwahrung übenlassen haben, obwohl sie sich über die Verbreitung durch den Druck geäußert hatten, so vergessen sie dabei, daß erstlich dasselbe nicht von uns und direkt an einen von ihnen übergeben wurde, und daß wir es ihnen erst dann, nachdem es ohne unser Wissen in ihre Hände und zu ihrer Kenntniß gekommen war, lediglich aus conventionellen Rücksichten nicht länger vorenthalten zu dürfen glaubten, da es ungefällig gewesen wäre, wenn wir mit der Mittheilung einer Schrift die schon anderwärts durch den Druck verbreitet worden war, gegen Bekannte zurückgehalten hätten. Sie selbst aber werden nicht in Abrede stellen können, daß wir uns auf das Entschiedenste gegen den Abdruck in unserem Blatte ausgesprochen haben, daß wir demnach auch das Plakat nicht zu dem Zwecke eines Abdrucks haben hergeben können. Wir wußten bei der Abgabe nicht anderst, als daß das Plakat einigen Freunden zum Lesen mitgetheilt werden sollte. — Verübt war es aber, dasselbe ohne unser Wissen als Beigabe unserer Zeitung bei unseren Abonnenten einzuschmuggeln und uns für die Verbreitung derselben vor dem Publikum mitverantwortlich zu machen. Dagegen mußten wir uns in Nr. 331 verwahren.

Wenn die Betheiligten ferner behaupten, wir hätten sie eines unlautern Motivs bei der Verbreitung zeihen, so müssen wir dagegen auf das Entschiedenste protestiren, und es wird Niemand dies aus unserer Berichtigung herauslesen können, wer es nicht zuvor hineingelesen hat. — Ferner wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten die Aufnahme der Replik der Betheiligten, welche nicht im Sinne der Redaktion gehalten war, mit dem Bemerken verweigert, daß selber Blatt ein Parteiblatt sey. Diese Replik, die in Gegenwart von mehreren der ehrenwerthesten Männer verlesen wurde, war eine Zusammenstellung von Wahrheitsverdrehungen und Schmähungen; das komische Verlangen, daß wir dieselbe in unser Blatt aufnehmen sollten, erregte natürlicherweise bei den Anwesenden allgemeine Heiterkeit; und kann man auch eine wunderliche Forderung an eine Redaktion stellen, als die, sie solle ihr eigenes Organ dazu hergeben, lügenhafte Schmähungen gegen sich zu verbreiten! — Wir brauchen uns wohl nicht erst darüber zu verantworten, daß wir dieser weisen Zumuthung nicht Folge geleistet haben. — Auch eine früher uns zugekommene Erwiderung, diesmal ohne Verunglimpfung, aber nicht ohne die alte Wahrheitsverdrehung, konnte vernünftiger Weise nicht aufgenommen werden.

Was die Betheiligten endlich von einer von uns gemachten Bemerkung fanden, daß wir ihr Replik deßhalb zurückgewiesen haben, weil unser Blatt ein Parteiblatt sey, so haben sie sich dabei eine Verwechslung auseinander liegender Dinge erlaubt und mit oder ohne Absicht mißverstanden. Ein ähnliches Wort von unserer Seite kam allerdings im Lauf des Gespräches vor, aber ohne allen Bezug auf diesen speziellen Fall. Wir sagten nämlich, daß unser Blatt ein Parteiblatt sei, sowie ein jedes Blatt von Charakter eine sichere Richtung verfolge, daß wir es weder hergeben zu Erörterungen, die von einem uns entgegengesetzten Standpunkte anzusehen, zu Mittheilungen über Thatsachen, die der subjektiven Anschauung einer gegnerischen Partei entsprechen, oder dabei aber gänzlich in Falsum zu verbrämlichen oder gar zu verfälschen, daß wir es aber noch viel weniger zu einer Cloake machen lassen, um irgend Jemandes Aerfälle auszuschütten. Gleichgültig bleibt es uns, ob wir von der einen Partei ultrarakikal, von der andern reaktionär gescholten werden.

Die Redaktion.

Anzeigen.

Liederkranz.

Am Samstag, den 2. Dezember Abends 7 Uhr

Musikalische Unterhaltung

im Gesellschaftslokale zum goldnen Adler dahier. Es wird die hier anwesende Prager Musik spielen.

Bayreuth, 30. November 1848.

Die Vorsteher.

In Nr. 326 der Bayreuther Zeitung hat ein Ungenannter, „als Unterhörer bezeichneter", über einen Fahnenzeltter Reß im Namen der Unterthoren dahin verfügt, daß dieser Reß zur Unterstützung der Hinterbliebenen des Robert Blum bestimmt sei ꝛc. ꝛc.

Zur Berichtigung dieser Behauptung wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Oberwerther des Distrikts am Unterthore den oben aufgeführten zu der angezeigten Verfügung weder beauftragt noch sonst ihre Zustimmung gegeben haben.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim

werden **diesen Winter** zu folgenden **bedeutend herabgesetzten** Preisen **Steinkohlen** abgegeben; nämlich

Bei **Stockheim 1)** von der Grube **Vereinigter Nachbar, Reinkohle** zu **16 Kreuzer** der **Bergkübel**, oder 24 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel;
eine Partie **Brennberge** zu **3 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben **Michael & Wolfgang** eine Partie **Brennberge** zu **4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;

Bei **Neuhaus 3)** von der Grube **Minna, Reinkohle** zu **18 Kreuzer** der **Bergkübel** oder 27 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Berghübel und eine Partie **Brennberge** zu **5 Kreuzer** der Bergkübel von 75 — 80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ob Grube **gegen baar** bei Ablieferung. — Es ist stets **Vorrath** an allen Gruben, so daß jederzeit **ohne Aufenthalt geladen** werden kann. — **Nach allen Gruben** führen gut chaussirte Wege. ☞ Die **Kohlenkäufer** haben sich an die MEYER'sche **Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus** zu wenden.

Im Verlage der Ech. Kammerath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag — Nro. 336. — 3. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Nov. (125. Sitzung der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung.) Der Vicepräsident Riesser eröffnet die Sitzung gegen 9½ Vormittags und zeigt den Austritt des Abg. Gangkofer aus Bayern, aus der Nationalversammlung, an. Ein Schreiben der hier versammelt gewesenen Abgeordneten des deutschen Handelsstandes an die Reichsversammlung wird verlesen, worin dieselbe gebeten wird, bei der Feststellung einer deutschen Zoll- und Handelsverfassung den nach mehrmonatlicher Berathung von obigen Abgeordneten abgefaßten motivirten Entwurf eines Zolltarifs für ganz Deutschland berücksichtigen zu wollen. Abg. Bauer aus Hechingen interpellirt das Reichskriegsministerium in Betreff der militärischen Besetzung von Sigmaringen und dessen Umgebung. Der Interpellant fragt, aus welchen Gründen die Besetzung auf so lange Zeit verfügt worden und ob nicht in Bälde eine gänzliche oder theilweise Zurückziehung dieser Truppen zu erwarten stehe. Abg. Friedrich berichtet Namens des Finanzausschusses über die Reisesosten der seiner Zeit bei Gelegenheit der Erwählung St. k. Hoheit des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser nach Wien gesandten Deputation und der antragt, die zur Deckung erforderliche Summe von 2299 fl. 2 kr. ohne Diskussion zu genehmigen. Der Tagesberedtung gemäß wird zur Berathung über den Bericht des Ausschusses für die österreichische Frage geschritten. Die Reihe der 27 eingeschriebenen Redner eröffnet Gistra: Wenn ich in dieser Sache das Wort ergreife, so geschieht dieß hauptsächlich im Interesse der Frage selbst, die so tief in die wichtigsten Beziehungen des deutschen Vaterlandes, in das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland eingreift. Ein weiterer Beweggrund hierzu, ist das Gefühl des Schmerzes über das namenlose Unglück, welches über meine Vaterstadt hereingebrochen ist. Eine Katastrophe liege vor uns, deren Folgen unberechenbar sind. Der Verlauf derselben ist umsomehr von Wichtigkeit unserer Berathung, als sich hieran die Wirksamkeit der Reichskommissäre knüpft. Der Redner erinnert an das, was er früher in Anführung der Persönlichkeit der Reichskommissäre gesagt und fügt hinzu, daß dasjenige, was er heute bemerken werde, nicht der Personen, sondern lediglich den Handlungen der Reichsministeriums gelte, den Vollziehern der Instruktionen des Reichsministeriums. Der Redner unterwirft das Verhalten der Reichskommissäre einer Kritik, wobei er es tadelt, daß die Abgeordneten der Centralgewalt zuerst an einen deutschen Hof gegangen seyen, um Berathungen zu pflegen und ein ungvertäßliches Bild der Wiener Zustände sich zu verschaffen, statt an den Ort der Gefahr sich zu begeben. Erscheine dieser Umstand auch unbedeutend, so sey derselbe doch um so wichtiger, wenn man die Folgen dieser Verspätung in's Auge faße. Eine wundervolle Epopee werde es in der deutschen Geschichte bilden, daß die Reichskommissäre in Deutschland umhergeirrt, um das entsetzliche Haupt eines Staates aufzusuchen. Aber auch dies hätten sie nicht gethan, sondern an einen Hof sich verfügt, dessen Schilderung der Wiener Zustände hinsichtlich ihrer Wahrhaftigkeit hätte Bedenken erregen müssen. Die Reichskommissäre seyen darum nicht unverweilt nach Wien gegangen, weil sie fürchteten, in den Verdacht zu kommen, als nähmen sie Partei für die Volkssouveränetät, dem Grundgesetze für ganz Deutschland. Auch die Quellen, woraus die Reichskommissäre ihre Nachrichten über den Wiener Terrorismus geschöpft, seyen unlauter und sie selbst bei dem Gedanken während der Reise nach Wien des Spruches eingedenk gewesen, wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Wären die Reichskommissäre dagegen energisch aufgetreten, so würde die blutige Katastrophe zu Wien unterblieben seyn und die österreichische Frage ihre Lösung gefunden haben. Daß dieß nicht geschehen, daraus müsse gefolgert werden, daß sie entweder andere Instruktionen gehabt, oder andere Tendenzen verfolgt hätten, als aus ihrem ersten Schreiben hervorgehe. Dem Banus Jellachich legt der Redner die Aeußerung in den Mund, die Reichskommissäre seyen eher zur Beglückwünschung der Slaven, als zu deren Entfernung von Wien gekommen. Das Verfahren gegen Blum und viele Uebrigen sey eine Verletzung des österreichischen Strafgesetzes selbst. Sey auch das Kriegsgericht gerechtfertigt, so stehe dem Vollmachthaber doch kein weiteres Recht zu, als dem Vollmachtgeber. Das Kriegsgesetz aber dürfe da keine Anwendung mehr finden, wo man mit Hintansetzung aller Humanität dem Feind den Fuß auf den Nacken gesetzt habe und wo jede Gefahr verschwunden sey. In Wien sey es so weit gekommen, daß man Blätter confiszirte, weil darin Reden aus der Paulskirche und Beschlüsse der deutschen Reichs-Versammlung abgedruckt seyen. Schmerzlich sei es zu erfahren, wie die Reichskommissäre angewiesen worden, mit einflußreichen Personen des Hofes zu conferiren, um den deutschen Interessen Geltung zu verschaffen. Das Reichsministerium habe den Sieg über Wien gewünscht und damit dessen Folgen auf sich geladen. Von der Sendung eines neuen Reichskommissärs sei in Oesterreich nichts zu erwarten, nachdem man dort den Namen Welker mißachtet habe. Allein man habe auch Mittel ergriffen, die nichts hätten bewirken sollen und nichts hätten bewirken können. Der Charakter der Politik des Reichsministeriums bestehe in einer Thatlosigkeit in schweren Momenten, in der alten Politik der kalte accomplis. Um sich die Hände nicht zu binden, sei das Ministerium noch bis jetzt Programm schuldig geblieben. Darum würden aber auch die Folgen in Deutschland fürchterlich eintreten, und die Centralgewalt zum Schatten herabsinken. Oesterreichische Abgeordnete verließen die Versammlung, weil sie in der Centralgewalt den Todtengräber der deutschen Einheit erblickten. So weit sei es gekommen, daß Männer die in Frankfurt für die Freiheit gesprochen, erwarten müßten, daß sie beim Betreten des österreichischen Bodens nach dem Spießberg gebracht oder erschossen werden würden. Gehe man auf dem betretenen Wege fort, so werde alle Kraft gebrochen, und die Revolution niedergeworfen werden, während es doch der Reichsgewalt gegeben sei, die aufgepflanzte Lilie zum mächtigen Baume empor zu ziehen. Der Redner wendet sich [illegible] lich der Wiener Ereignisse an das menschliche Gefühl, indem er in den Notyen auterer Meinung. Die Notyen, welche die Verhältnisse auf die äußerste Spitze getrieben habe, sei schuld, daß die Reichskommissäre das redlich Gewünschte nicht hätten vollführen können. Habe das Reichsministerium nicht die gehörige Kraft entwickeln können, so liege der Grund davon in dem Provisorium und in den ewigen Interpellationen einer Fraktion zur Geltendmachung ihrer Regierungsgelüste. Den Tod Robert Blum's beklagt der Redner nicht, weil er glaubt, diesen Mann mehr durch Schweigen, als durch die Erzählung seiner Hinrichtung zu ehren. Giskra habe sich bei seiner Beweisführung auf das Civilgesetz statt auf das Kriegsgesetz bezogen. Für das Gesetz zum Schutze der Reichsversammlung habe er (der Redner) gestimmt, weil der Minister es eingebracht habe. (Ah!) Fröbel verbreitet sich über die Stellung der Parteien zu Wien Fröbel bekennt er, daß der Zweck seines Aufenthalts in dieser Stadt zurück, und kommt dabei auf seinen Aufenthalt in dieser Stadt zurück. Offen bekennt er, daß der Zweck seines Aufenthaltes eine Parteidirect gewesen sei. Seine Verbindung mit sämmtlichen Parteien habe ihm die Ueberzeugung gegeben, die Octoberbewegung sei eine deutsche gewesen, deren Charakter die Reichskommissäre verkannt hätten. Nur die gefährdete deutsche Sache habe in Wien zum Revolutionsstreite geführt. Welcker: Er finde sich veranlaßt, die einige gegen ihn gerichtete Angriffe zurückzuweisen, und selbst die gegen ihn geschleuderten Drohungen des Gemordens mit Verachtung zu beseitigen, da er den Glauben an die Rache des Volkes hege, daß dieses seine wahren Freunde von den Aufwieglern und Verräthern zu trennen, und die wahre von der Afterfreiheit zu unterscheiden wissen werde. Die aus dem von dem Ministerium mit so viel Offenheit niedergelegten Aktenstücke entnommenen Angriffe, seien durchaus unrichtig, da man einzelne Ausdrücke nicht außer Zusammenhang deuten könne; ebenso sei es auch unwahr, daß Fürst Windisch-Grätz die Centralgewalt als auch die Reichscommissäre herabgesetzt oder die letzteren hochmüthig behandelt habe. Zur Schilderung der Ereignisse in Wien und des stattgefundenen Terrorismus wird angeführt, wie Zeitungen gezwungen waren, Artikel aufzunehmen, die im Geiste der terroristischen Partei ge-

Digitized by Google

schrieben waren, von denen es sonst bekannt sei, daß sie nur streng gemäßigte Tendenzen verfolgten; ebenso daß die Proletarier noch vor dem Kaiserthron der Leiche Latours, von dem Kaiser Straflosigkeit für das Verbrechen des Raubes der Waffen aus dem Zeughause forderten. — Ein solcher Zustand sei nur allzufrei und Einige haben zu ihrer Entschuldigung nur anführen können, wir konnten nicht anders, wir mußten Rücksicht nehmen, auf die Stimmung des Volkes. (Gehört! hört!) Unter solchen Umständen war es unmöglich, trotz der mitgenommenen Instruktion, mit dem Reichstage in Wien zu unterhandeln, denn die späteren Instruktionen sind uns erst in Frankfurt zu Händen gekommen. Man helfe also die Revolution und den Aufruhr niederzukämpfen und so werde die Reaktion nicht eintreten, und andererseits werde man dafür sorgen, die Reaktion nicht aufkommen zu lassen. Der Vorwurf der Bequemlichkeit in Bezug auf Schnelligkeit der Reise zum Orte der Bestimmung wird dadurch zu beseitigen gesucht, daß die Erwartung eines dritten Kommissärs einen Aufenthalt gebot, später jedoch die Art der Verhandlungen bewirke, daß man angestrengt thätig war. Daß Wien nicht zum ersten Ort der Vermittlung gewählt wurde, lag in den Verhältnissen, denn die Forderungen des Reichstags konnten nicht gebilligt werden und die Ternirung der Stadt durch das Militär forderte die Anwesenheit im Lager, um dort die Anwendung von Milde zu empfehlen. Für diese letztere und die Wahrung der konstitutionellen Rechte konnte nicht mehr geschehen, als bereitgeführt wurde, da die Zusicherungen des Kaisers in den Proklamationen auch Bürge seien, welche Gesinnungen in den Regionen des Hofes herrschen. — Auf den Alten sei auch zu ersehen, daß im Namen der Reichstagswahl Frieden geboten und Fürst Windischgrätz aufgefordert sei, der Gewalt sich zu enthalten, daher die Anklage des unentschiedenen Auftretens eine Lüge enthalte. — Die Aufgabe bestand aber darin, nicht sächerlich zu werden, und daher mußte nicht vorgegriffen werden, sondern Alles der späteren Entscheidung offen bleiben. Die österreichischen Minister hatten auch selbst ausgesprochen, daß fremde Einmischung nicht nöthig sei, denn sie wären selbst stark genug um Ordnung wieder herzustellen — Daß Fürst Windischgrätz seine Macht habe fühlen lassen, liege in den Vollmachten, die er besessen, da zum Schutze der Krone dieselben nöthig. — Das Erscheinen der Reichskommissäre habe jedoch eine Milderung in der Art herbei geführt, daß nach 48stündigem Waffenstillstand noch 24 Stunden hinzugefügt worden seien, bevor der Fürst sich beschwerte, im Laufe seines Sieges aufgehalten zu sein. (Hört!) Nach gebrochener Kapitulation war aber ein Einschreiten Seiten der Reichskommissäre nicht mehr möglich. Die Beantwortung dieser Frage stehe nicht auf die Minister und die Versammlung für das, was der Redner gethan habe, denn er habe nur nach seiner eigenen Ansicht gehandelt, daher man je eher, je lieber einen neuen Reichskommissär nach Wien senden, um die Oesterreicher mit der Thätigkeit auszurüsten, und dahin zu bringen, daß dieselben in wohlverstandenem Interesse an Deutschland sich anschließen mögen. Die Verbindung der österr. Landestheile durch Personalunion sei jedoch unausführbar, da darin keine Garantie für die verschiedenen Länder bestehe, daß sie so kräftig geschützt wurden; die völkerrechtliche Verbindung gehöre aber ebenfalls in das Reich der Träume, denn nur eine Verbindung der österreichischen Länder mit gleicher Berechtigung der Nationalitäten und somit ein Anschließen an Deutschland sei das einzig Mögliche, damit nicht getrennt werde, was durch Naturgeschichte und Willen zusammen gehöre. (Schluß folgt.)

München, 30. Novbr. Mit vieler Bestimmtheit wird heute behauptet, daß v. Lesuire, der neue Kriegsminister, dieser Stelle wieder enthoben sey und nunmehr Brchenfeld und Heinz wieder im Ministerium blieben. Ueber Lesuire's Nachfolger lauten die Angaben verschieden. Man nennt die Generale Dambork, Bosch und Weishaupt. (Letzterer bekanntlich Lesuire's Vorfahrer im Ministerium.

München, 30. Novbr. Nachdem der Generaladjutant des Königs, Generallieutenant v. Hohenhausen, als Kommandant der 1. Infanteriedivision nach München versetzt wurde, ist nunmehr der Generalmajor v. Fritsch dieser Commandant unter 2. Infanteriedivision (Nürnberg) ernannt worden. An des Letztern Stelle zum Kommandanten der 3. Infanteriebrigade (Augsburg) wurde der Generalmajor Graf Berri, und an dessen Stelle zum Kommandanten der 2. Infanteriebrigade (München) der aus dem Pensionsstande reaktivirte Generalmajor Graf Saporta bestimmt. — Das unter dem Kommando des Divisionärs Generallieutenants Frhrn. v. Gumppenberg in Schwaben gestandene Truppencorps hat nunmehr Ordre zum Rückzuge erhalten. In Folge Dessen kehren die treffenden Regimenter wieder nach ihren Garnisonen zurück, woselbst dann der größere Theil beurlaubt werden wird. — Gemäß der neuen Formation des Heeres ist hinfort der Wirkungskreis der Divisionskommando's, welche nun unter den beiden Armeekorpskommando's stehen, wesentlich modifizirt. Besonders gilt dieses auch bezüglich des Administrationspersonals, welches, und zwar das der bisherigen 1. und 2. Armeedivision zum 1. Armeekorpskommando (München), und das der bisherigen 3. und 4. Armeedivision zum 2. Armeekorpskommando (Würzburg) geführt wird. Das Personal von beiden ist gleich, sondern erst im Laufe des gegenwärtigen Etatsjahres kann diese Stellen abgeben. (K. v. u. f. D.)

Der Landtote enthält folgende Nachrichten, die, wenn begründet, uns um so mehr wünschen lassen, daß der Rückkritt des Hrn. v. Lesuire sich bestätigen möge: „Man spricht von einem bedeutenden Konflikte des neueingetretenen Kriegsministers und seiner Kollegen und zwar in dem Maße, daß von 2 Mitgliedern des „Gesammtministeriums" gegen alle Solidarität feierlich Verwahrung eingelegt worden seyn soll. Man scheint sich zum Eintritte des Hrn. v. Lesuire namentlich jede Regung des konstitutionellen Geistes bei den Offizieren systematisch niederhalten zu wollen. Hat man doch den wenigen Offizieren, die für die bevorstehenden Wahlen von der kompetenten Behörde, dem Staatsministerium des Innern(?), als Wahlkommissäre ernannt worden sind, eröffnet, daß die Theilnahme an den Wahlbewegungen mit den speziellen Standespflichten eines Offiziers nicht verträglich sey."

München, 28. Novbr. Das Gerücht von der Bildung der vierten Bataillone entbehrt zur Zeit noch eines materiellen Grundes, da noch nichts darüber verfügt ist. So viel hört man aber bestimmt versichern, daß in Bälde die noch nicht besetzten Offiziers- und Beamtenstellen in den dritten Bataillonen besetzt werden.

München, 29. Novbr. Der Vaterlandsverein hat den Antrag gegeben zu einer nächsten Sonntag Abends zu haltenden Todtenfeier für Robert Blum; sie wird in einem großen Faktsaal, Gerichtsmiseden, Trauermusik und Gesängen bestehen. Man erwartet, daß Herr Jos. Renge eine Rede halten wird. (A. Z.)

Altenburg, 29. Nov. Gestern Abend um 8 Uhr entschlief nach langen Leiden, an einer schmerzhaften Verzehrung, unsere Herzogin Amalie. (D. Z. A.)

Berlin, 29. Nov. Man spricht bereits in der Stadt davon, daß die hier anwesenden Abgeordneten auf Befehl des Hrn. v. Wrangel würden ausgewiesen werden. Ob das Gerücht glaubwürdig, vermögen wir nicht zu prüfen, so wenig wie die andern, daß das Schauspielhaus in wenigen Tagen von dem darin lagernden Militair verlassen werden würde, was Hr. v. Küstner von Hrn. v. Brangel erhalten haben soll, und daß eventuell der Weiße Saal im königl. Schlosse wieder zum Sitzungslokale eingerichtet werden würde. — In der Versammlung der hier anwesenden Abgeordneten wurde erzählt, daß der Versammlung in Brandenburg, sobald sie beschlußfähig geworden, folgende Gesetzentwürfe und Botschaften vorgelegt werden sollen: 1) ein Preßgesetz mit scharfen Strafbestimmungen und Festsetzung von Cautionen für alle Zeitungen und politischen Blätter; 2) ein Gesetzentwurf über die Brauchtigung der Clubs und politischen Vereine und einstweilige Suspendirung des Versammlungsrechts in Berlin. Wenn diese beiden Gesetzentwürfe angenommen worden, sei die Regierung bereit, den Belagerungszustand von Berlin aufzugeben. Mildann hätte sich die Versammlung aber nur mit der Berathung der Verfassung zu beschäftigen, damit deren endliche Vereinbarung zu Stande käme. — Die hier noch anwesenden Abgeordneten werden keinesfalls nach Brandenburg gehen und gegen eine Einberufung der Stellvertreter protestiren. — Hr. v. Auerswald ist heute von Königsberg angekommen und hatte eine Audienz beim König. Er beschwor denselben, nachzugeben, da sich ganz Ostpreußen für die Nationalversammlung ergeben würde.

Berlin, 29. Nov. Die Abgg. Robbertus und Schulze sind heute noch ihrer Sendung nach Frankfurt a. M. zu ihrer hiesigen Fraktion wieder zurückgekehrt, ohne auch nur die kleinste Resultat von ihren Verhandlungen mit der deutschen Nationalversammlung zu überbringen. Die Robbertus'sche Fraktion scheint aber jetzt um allerwenigsten geneigt, durch ihr Contingent zur Beschlußfähigkeit der Versammlung in Brandenburg beizutragen. Andere der hier gebliebenen Abgeordneten legen jetzt ihr Mandat nieder, was gestern auch der königsberger Arzt Dr. Kosch erklärt hat. — Die Regierung legt plötzlich einen gewissen wohlwollenden Eifer an den Tag, die Versammlung in Brandenburg beschlußfähig werden zu lassen und sich von neuem auf den Vereinbarungsfuß mit ihr zu stellen. Es ist möglich, daß die Vermittelungskraft der deutschen Reichskommissäre darauf einigen Einfluß geübt und daß namentl-

Digitized by Google

lich die Vorstellungen, welche in Frankfurt her gegen octroyirte Verfassung Preußens eingebracht wurden, wenigstens insoweit zur Geltung gekommen sind, daß die preußische Regierung diesen Schritt erst als die letzte Nothwendigkeit nach Erschöpfung aller möglichen Vereinbarungsmittel sich gewissermaßen abringen lassen will. Darauf scheint die unleugbar eingetretene Geschmeidigkeit des Ministeriums Brantenburg hinzudeuten. Ob dem letztern bald ein Ministerium Bincke folgen wird, ist eine nahelegende Frage, zu welcher die äußerordentliche Zuvorkommenheit, mit der diesmal Hr. v. Bincke in Sanssouci aufgenommen wurde, und die intimen politischen Verhandlungen, in welche ihn der König mehrfach hineingezogen, eine natürliche Veranlassung gegeben haben. Wir glauben aber mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß ungeachtet aller Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung im Rathe des Königs von nichts weniger die Rede gewesen ist als von einer Entlassung des Ministeriums Brandenburg. Die preußische Ministerkrisis existirt diesmal nur in den Köpfen der deutschen Reichscommissäre und in den Gerüchten, wie sie bei solcher Gelegenheit immer entstehen. Wenn aber dem Ministerium Brandenburg durch den frankfurter Beschluß altestirt worden, daß es kein Ministerium des Vertrauens sei, so würde ein von Hrn. v. Bincke gebildetes und vielleicht durch die HH. Lee, v. Gerlach, v. Rauch ergänztes Cabinet doch nur dieselbe prinzipielle Stellung fortführen, welche das gegenwärtige Ministerium eingeleitet hat. Denn Hr. v. Bincke hat sich hier mit allen getroffenen Maßnahmen des Ministeriums durchaus einverstanden erklärt, und wir glauben, daß sein innerstes politisches System, nachdem es sich aus dem ritterlichen Liberalismus des vereinigten Landtags entpuppt hat, ihn jetzt noch weiter in den Absolutismus und Scheinconstitutionalismus hineinführen würde, als es selbst in der Absicht des Ministeriums Brandenburg zu liegen scheint!

Brandenburg, 29. Novbr. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten verlas Alterspräsident v. Brünneck die von 22 Abgeordneten eingegangenen Entschuldigungsanzeigen; daß sie der heutigen Sitzung nicht beiwohnen können. Der Namensaufruf ergiebt, daß nur 151 Mitglieder anwesend sind. Am Ministertisch ist nur Hr. v. Manteuffel zu sehen. Nach 12½ Uhr war die Sitzung bis morgen Vormittag 11 Uhr vertagt. -

Wien, 27. Novbr. Zwischen heute und morgen sollen die Hauptangriffe gegen Wien beginnen, nicht weniger als 400 Geschütze, größtentheils vom schwersten Kaliber, rücken gegen dieselben vor. — Es ist kaum zu verkennen, daß die Aristokraten wieder sehr das Haupt erheben, sowie man dann den Gedanken eines Zweikammersystems ernstlich aufzunehmen scheint, dies ging besonders aus einer Aeußerung des Grafen Stadion gegen die siebenbürgischen Deputirten hervor. Sachsen und Romanen wollen nämlich auf keinen Fall wieder zu Ungarn gehören, und hierfür zeitig Sorge tragen, indem sie sich die Voraussetzung erlauben, daß man bei einem Friedensschluß ihrer nicht gedenken, gedenk seyn könnte. Sie werden hierüber vom Minister beruhigt, mit ihrem Begehren, in den allgemeinen Reichstag zu treten, hingegen auf eine spätere Zeit verwiesen, da wohl hier auch ein Senat zu bedenken seyn würde. (D. A. Z.)

Kremsier, 27. Novbr. In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstags brach der Sturm, den die czechischen Abgeordneten längst vorbereitet, los. Nachdem Abg. Paul bemerkt hatte: die stenographischen öffiziellen Berichte der vorigen Sitzung führen dieselbe als 52ste auf, betrachten also die in Wien stattgefundenen Sitzungen nach dem Austritte der Minorität als nicht geschehen und dies werde wohl ein Druckfehler seyn, verschärft der Präsident Smolka: er habe bereits Schritte zur Abstellung dieses Druckfehlers gethan und wollte nun die Protokolle der Wiener Sitzungen vom 27., 29., 30. und 31. Octbr. verlesen lassen. Abgeord. Hellriegel (aus Tirol) erhob sich dagegen, indem diese Sitzungen nach der Kaiserl. Prorogation vom 22. Octbr. gehalten worden, folglich illegal seyen. Abg. Rieger begnügte sich nicht damit, sondern erhob sich, um die in Wien verbliebenen Abgeordneten geradezu als Hochverräther anzuklagen. In einer einsinnigen, überaus boshaften Rede entblödete sich Abg. Rieger nicht, über die in Wien Hingerichteten Witze zu machen und daneben den ritterlichen Helden Jellachich zu preisen. Hierauf nahm Abg. Schuselka das Wort und erklärte, daß er es unter seiner und seiner Partheі Würde halte, auf den Abg. Rieger Denunziantenrede etwas Anderes zu erwidern, als daß die Mitglieder, welche vom 6. Oct. bis 1. Nov. in Wien getagt, Alles, was sie gethan, zu verantworten bereit wären, daß niemlich er (Schuselka) nicht den geringsten Anstand nähme, sich vor das Standrecht des Fürsten Windisch-Grätz zu stellen. Dem Abg. Hellriegel entgegnete er, daß der Kaiser den Reichstag am 22. Oct. nicht sofort vertagt, sondern die alsbaldige Vertagung dem Präsidenten überlassen habe, daß ferner der Reichstag noch am 25. Oct. eine Protestationsadresse beschlossen und durch eine Deputation nach Olmütz gesendet, und daß diese Deputation noch am 26. Oct. vom Kaiser als eine Reichstagsdeputation empfangen worden sey. Abg. Brauner sprach dagegen im Sinne des Abg. Rieger und suchte die Versammlung dadurch einzuschläfern, daß er vorgab, durch Verlesung der genannten Protokolle würde man die Revolution tes 6. Oct. anerkennen. Dies hatte die Wirkung, daß die Lesung mit 143 gegen 124 Stimmen verweigert wurde. Nach dieser Debatte kündigte der Präsident den Eintritt des neuen Ministeriums an, und Fürst Schwarzenberg las von der Tribune das Programm desselben. Gleichberechtigung aller Nationen und Staatsbürger, demokratisch-konstitutionelle Verfassung, ein einiges mächtiges Oesterreich, inniger Verband mit Deutschland, aber erst herzustellen, nachdem Oesterreich und Deutschland für sich die neue Form ihres Staatslebens gefunden haben würden, bis dahin aber würde Oesterreich seine Bundespflichten gewissenhaft erfüllen. Dies die Hauptpunkte des Programms, welches mit tausendnem Beifall der ganzen Versammlung aufgenommen wurde. Hierauf erhielt Abg. Schuselka das Wort zu einer Interpellation an das Ministerium. Er begann damit, im Allgemeinen für das Programm zu danken; dennoch müsse er im Interesse der Monarchie seine Interpellation vorbringen. Er stellte folgende Fragen: 1) Ob das Ministerium die Verantwortlichkeit übernähme für Alles, was jetzt in Wien, Lemberg ꝛc. geschieht und in Ungarn geschehen wird, oder ob Oesterreich noch ferner unter der Soldatendiktatur bleiben solle? Eine solche sey nicht nur dem Begriff einer konstitutionellen Monarchie völlig zuwider, sondern auch der Monarchie überhaupt höchst gefährlich, wie die Geschichte Oesterreichs in einem warnenden Beispiele (Wallenstein) deutlich beweise. 2) Ob das Blutgericht in Wien fortdauern solle? Es sey nicht nur unmenschlich, sondern noch nichts habe eben der Dynastie mehr geschadet als dieses Blutgericht. Abg. Schuselka fragte hier zunächst den Justizminister Bach, ob er nicht für seine Vaterstadt Wien dasselbe thun werde, was er für Prag gethan. 3) Welche Stellung das Ministerium in der traurigen Angelegenheit wegen Robert Blum zum deutschen Parlament und deutschen Volk einzunehmen gedenke. Der Redner ließ die Frage, ob Blum schuldig oder unschuldig gewesen, bei Seite und nahm den Fall, daß Blum politischer Staatsverbrecher sey, welcher hätte gelten müssen, selbst wenn Blum Mitglied einer ganz fremden Nationalversammlung gewesen wäre. Der Ministerpräsident Schwarzenberg bat um schriftliche Mittheilung der Fragen und versprach ausführlich motivirte Antwort.

Innsbruck, 19. Novbr. Schon seit ein paar Tagen geht hier das Gerücht um, daß ein von dem Kaiser und einem Minister unterzeichnetes Dekret, wodurch die alsbaldige Auflösung des Tiroler Landtags anbefohlen wird, an das hiesige Landespräsidium gelangt sey. Gestern Abend hat sich der Tiroler Landtag nun wirklich auf gelöst. (D. A. Z.)

Ungarn.

Aus Ungarn erhielt die Breslauer Zeitung von einem Reisenden folgende Notiz der Pesther Zeitung: „In der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Nov. zeigte Barthyanyi an, daß er die Serbianer bei Essegg in die Flucht getrieben, eine Fahne und eine Kanone erobert, 17 Mann getödtet und viele Gefangene gemacht habe. Die Versammlung beschließt, die Kanone an Barthyanyi zu schenken.“ — Außerdem erzählt der Reisende, daß am 23. Nov. bei Neudorf (an der ungarischen Grenze) das erste Gefecht stattgefunden habe, wobei von beiden Seiten einige Todte geblieben. — General Moga ist aus den ungarischen Diensten entlassen und für die Dauer des Kriegs scharf bewacht. General Bem lebt als Privatmann in Pesth, seine Dienste sind von der Regierung nicht angenommen worden. Auch soll sich daselbst noch die Familie Kossuth's aufhalten, wie der Reisende auf das bestimmteste versichert. — Unverbürgten Nachrichten zufolge sollen die Ungarn das serbische Lager bei St. Thomas erstürmt haben. — Nachrichten aus Siebenbürgen lauten sehr beträubend. Das ganze Land ist in gänzlicher Zerrüttung. Der fürchterliche Racenkampf hat Mord, Brand und Plünderung mit allen seinen Schrecken und Folgen hervorgerufen. (D. A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Novbr. (Abends.) Die angekündigte Interpellation über die jütische Contribution ist heute erfolgt. Mith stellte an das Ministerium die Frage, ob die Einwohner Jütlands, insbesondere im Amte Veile, eine Erstattung der ihnen vom feindlichen Heer auferlegten Contribution erwarten dürften. Der Ministerpräsident entgegnete, nachdem die preußische Re-

Digitized by Google

rung erklärt habe, daß sie eine genaue Aufmachung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 330,000 Rthlr., und die preußische Regierung werde sie, wie zu erwarten sey, jetzt rasch bezahlen. Der Finanzminister fügte noch hinzu, daß, wenn die Contribution Ende dieses Jahres nicht erstattet sey, billige Rücksicht auf die am meisten Betroffenen durch — wie Stockstill versicherte — Erlaß an Steuern genommen werden würde. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Novbr. Der Moniteur zeigt heute an, daß die Angabe der Augsburger Allg. Ztg., als habe die französische Regierung der päpstlichen angezeigt, daß sie ihre Vermittlung in der italienischen Angelegenheit zurückziehe, gänzlich unbegründet sey.

Die demokratische Association der Freunde der Constitution hat beschlossen, die Reden des Generals Cavaignac in der Sitzung des 25. in einer Million Exemplare drucken und in allen Departementis gratis verbreiten zu lassen.

Alle Journale, selbst die legitimistischen und radikalen Blätter, müssen heute den vollständigen Triumph des Generals Cavaignac anerkennen. Der Constitutionel hat ganz den Kopf verloren, in jeder Zeile sieht man es ihm an, wie ihm sein voreiliges Auftreten für Louis Bonaparte reut, — er vergleicht Cavaignac als Redner mit dem unvergeßlichen Casimir Perrier und bedauert nur, daß Cavaignac kein so guter Conservateur sey, wie Hr. Casimir Perrier.

Die legitimistische Union meldet heute einen von Cabrera bei San Fetin in Catalonien erfochtenen glänzenden Sieg über die Truppen der Königin. General Cordova hat sich in aller Eile nach Barcellona zurückgezogen und seinen Generalstabschef nach Madrid um Verstärkungen geschickt.

Gestern ließen die Anhänger Bonapartes plötzlich das Gerücht verbreiten, es sey ein Pistolenschuß auf den Prinzen abgefeuert worden. Zwei Offiziere der Nationalgarde, die gerade zur Revue gingen, begaben sich sogleich in das Hotel du Rhin, wo der Portier ihnen antwortete, die Thatsache sey wahr und sie zum General Montholon führte, der die Angabe ebenfalls bestätigte und die Offiziere dem Prinzen vorstellen wollte. Diese weigerten sich und gingen, — auf der Straße begegneten sie dem General Changarnier, der nach Mittheilung sich sogleich mit ihnen in das Hotel du Rhin begab, um die Sache zu untersuchen. Allein hier änderte sich die Scene, der Portier wußte von nichts, der General Montholon läugnete und Changarnier und die beiden Offiziere entfernten sich lachend.

Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 25. November.) (Schluß.) Garnier Pagès folgt dem General. Wir sind in einer sonderbaren Stellung (Gelächter; — „Ihr seyd ja selbst daran Schuld!) — wir haben der Republik große Dienste geleistet. (Eine Stimme: Die 45 Centimes-Steuer.) Man hat uns zum Sprechen herausgefordert und so wollen wir sprechen; so großen Schmerz es auch uns macht, von den blutigen Juni-Ereignissen sprechen zu müssen. Man wirft uns ehrgeizige Absichten vor, — wir haben Alles, was man uns bot, zurückgewiesen. (Lärm.) Wir haben uns für die Republik im Februar allen Gefahren ausgesetzt, wir haben gekämpft und gehandelt, und nun — (Eine Stimme. Eh bien? und nun?) — Gelächter; — Herr Garnier Pagès wird verwirrt, er spricht von seiner Meinungsverschiedenheit mit Marie, von der dreifarbigen Fahne und beschwert sich, daß der General das Terrain der Frage verändern, — das nehme er nicht an. (Gelächter.) Auch er verwahrt sich gegen jede Verdächtigung des Generals, aber er habe Fehler begangen, so wie das ganze Land, so wie die Nationalversammlung. (Heftiger Ruf: Zur Ordnung.) Er provocirt nun Lamartine und Arago, warum sie denn schwiegen, warum Ledru-Rollin nicht spreche, und so endlich fünfmonatliche Anklagen von der Exekutiv-Commission abweise. Garnier Pagès schließt indem er sich über die Unduldsamkeit des Landes gegen die Gründer der Republik beschwert. General Cavaignac: Ich habe die Rede mit größter Aufmerksamkeit angehört, um mir die Thatsachen zu merken, die ich widerlegen muß. Ledru-Rollin: Ich komme nicht, Reminiscinationen zu machen, die persönliche Frage, die vorliegt, berührt mich nicht. Ich habe nur von der Exekutiv-Commission zu sprechen, Ich war in ihr das Mitglied, das von der Nationalgarde angefeindet wurde, als machte ich Verschwörungen, und vom Volke, als verlasse und verrathe ich es. Alle diese Vorwürfe waren unbegründet, ich habe nur ein Ziel gehabt, die Republik zu befestigen. Der Redner kommt nun nochmals auf Cavaignacs Operationsplan, den er bekämpft habe, und auf die ungeheugende Anzahl der Truppen am ersten Tage, und er fragt den General, um wie viel Uhr er seine 30,000 M. concentrirt gehabt habe. Er beschuldigt den General daß er die Ex.-Commission am 23. ganz im Stiche gelassen und sie dem Verdachte des Verrathes, den schwersten Vorwürfen ausgesetzt habe. Er vertheidigt schließlich die Exekutiv-Commission und die Arbeiter gegen die vielen ihnen nach den Juni-Ereignissen gemachten Vorwürfe und trägt auf eine allgemeine Amnestie an. General Cavaignac: Auch Herr Ledru-Rollin habe keine neue Thatsache angebracht, es sey immer dieselbe Geschichte, daß keine Truppen da gewesen wären. Aber er habe schon ein Mal diese Angabe gründlich widerlegt und berufe sich auf die Untersuchungs-Commission. Er verstehe unter Concentration etwas anders als Herr Ledru-Rollin, und jeder Militär habe ihn begriffen. (Unterbrechungen vom Berge.) Cavaignac sieht gegen den Berg wendend: Ihr unterbrecht, ihr schmäht mich, so oft ich von der Republik spreche. Ihr glaubt der Republik zu dienen, ich auch, und wir wollen sehen, wer ihr besser gedient hat. — Aber das glaubt nie, wollte ich Augen daraus ziehen, so könnte ich es, und eine Schmähungen würden für mich zu Lobsprüchen werden. Ihr zwingt mich selbst so mit euch zu sprechen, — ich hätte gerne zu euern Schmähungen geschwiegen, aber man hätte glauben können, ich fürchte euch, und dies ist nicht der Fall. Herr Ledru-Rollin hat von der Möglichkeit einer Annäherung zwischen uns gesprochen, — ich muß erklären, ich habe nie an eine solche Möglichkeit geglaubt. (Sehr gut, sehr gut.) — Lagrange (vom Berge) will sprechen, er kann lange nicht zu Wort kommen. Er bedauert, daß die Debatte auf ein aufregendes Terrain gezogen worden sey, während das Land des Friedens und der Ruhe bedürfe. Die Versammlung spricht hierauf einstimmig den Schluß der Discussion aus.

Anzeigen.

Nach dem ausgesprochenen Wunsche mehrerer Wahlmänner soll Sonntag, den 3. December Abends 8 Uhr

Versammlung der hiesigen Wahlmänner

im Gasthause zur Sonne seyn, wozu jeder Wahlmann eingeladen ist.

Im Verlage von Serz & Comp. in Nürnberg ist erschienen und durch die **Grau**'sche Buchhandlung in Bayreuth und **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel zu beziehen:

Robert Blum's Portrait. Stahlstich mit Biographie in 4°. Preis 12 kr. Es ist das ähnlichste Portrait, welches von diesem Märtyrer deutscher Freiheit existirt.

Ich empfehle meine ächtfarbigen, feinen, mittelfeinen und ordinären Tücher, **eigenes Fabrikat**, zu den billigsten Preisen.

J. Andreas Unger
im Rennweg.

Zwei kleine Quartiere, wovon das Eine vorne heraus, sind auf Lichtmeß zu vermiethen, bei
Zinner.

Eine Stube nebst Kammer und Küche ist in dem Hause Nr. 72 auf Lichtmeß zu vermiethen.

H.-Nr. 339 im Rennweg ist ein Zimmer für einen ledigen Herrn mit oder ohne Möbeln zu vermiethen und kann gleich oder später bezogen werden.

Ich bin gesonnen, auf unbestimmt das gute Ochsenfleisch zwei Pfennig unter der Taxe an das christliche Publikum abzugeben.
Burkhard Schmidt.

Ein starkes Hetschpferd ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Für Robert Blums Hinterlassene ist ferner eingegangen:
Von F. K. 48 kr.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

2	59	28	68	84

Im Verlage der Geb. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag | Nro. 337. | 4. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 30. Nov. In der heutigen 126. Sitzung der Nationalversammlung wurde die Berathung über die österreichischen Angelegenheiten fortgesetzt. Benedey ergriff das Schlußwort für das Minoritätsgutachten, das dahin lautet „daß die Centralgewalt aufgefordert werden solle, endlich zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse mit dem der Würde und Ehre Deutschlands angemessenen Nachdrucke in Deutsch-Oesterreich in Vollzug gesetzt werden." Dagegen lautet das von Löw in Posen vertheidigte Gutachten der Majorität: das Reichsministerium ist aufzufordern 1) mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß der Beschluß vom 3. November l. J. zum Vollzuge kommen und daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ruhe alsobald wieder aufgehoben werden; 2) durch den mündlich nach Oesterreich bestimmten Reichskommissär ohne fernern Aufschub die offen und unumwundene Anerkennung der deutschen Centralgewalt, wie die Durchführung der Beschlüsse der constituirenden deutschen Reichsversammlung in den deutschen Provinzen Oesterreichs zu erwirken. — Gestern trägt auf einfache, Pfuhls auf motivirte Tagesordnung an. Beide Anträge werden abgelehnt, ebenso der Biedermeyer auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien, Befreiung der österr. Regierung von inconstitutionellen Einflüssen und Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Aufständischen. Das Minderheitsgutachten wird mit 270 Stimmen gegen 185 verworfen; sodann wird ein von Wisher beantragter Zusatz zum Gutachten der Ausschußmehrheit bezüglich der Erwirkung der Verkündigung der Reichsgesetze in Oesterreich ebenfalls verworfen mit 224 gegen 221 Stimmen. Eine Anzahl Abgeordneter giebt die Erklärung zu Protokoll, daß sie nur deßhalb nicht für den Zusatz gestimmt haben, weil sie eine derartige Aufforderung an die Centralgewalt für eingeschlossen erachte in der Bestimmung 2 des Mehrheitsantrags, auf dessen Annahme sie rechne. Bei dem Namensaufruf in der Abstimmung über den Mehrheitsantrag stimmt die äußerste Rechte mit der Linken, und so fallen auch diese Anträge mit 220 gegen 210 Stimmen. Sämmtliche auf Oesterreich bezügliche Anträge gehen nun an den Ausschuß zurück. Nach Ablesung dieser Anträge kam noch der zweite Ausschußbericht über die österreich. Angelegenheiten zur Berathung. Der Ausschuß hatte erachtet, daß jenes währische Gubernialausschreiben, welches die Behörden auffordere, Wahleinsprüche anzuzeigen, zu mißbilligen und das Reichsministerium zur Wahrnehmung solcher Maßregeln aufzufordern. Der Antrag wurde angenommen.

□ **München**, 1. December. Das Resultat der gestrigen Urwahlen fiel ungefähr so aus, wie man in der Beamtenreichen Hauptstadt es erwarten durfte, wo eine so große Zahl von Bureaumännern in den meisten Wahlbezirken mitagirten und einen wesentlichen Einfluß gegenüber den, mit dem constitutionellen Leben noch so wenig vertrauten Bürgern, Insassen und Arbeitern gewinnen mußte. Die hervorgegangenen 180 Wahlmänner bestehen daher einer großen Zahl nach aus Beamten und abhängigen Personen. Unsere constitutionellen Vereine hatten Candidatenlisten aufgegeben, in welchen Namen von besten Klange aufgeführt waren; gleichwohl wurden diesen eine Reihe von Bureaukraten vorgezogen. Es kann unter diesen Umständen kein Zweifel mehr obwalten, von welchem Kaliber die Deputirten ausfallen werden. **Hofrath** Dr. Keller, l. Advokat, **Ministerialrath** Feder, **Hauptmann** Graf v. Bothmer bezeichnet man jetzt schon ziemlich allgemein als die Männer, für welche sich die meisten Stimmen vereinigen werden. Wir haben jetzt schon alle Hoffnung aufgegeben, daß Alt- (Ober- und Nieder-) Bayern ein Contingent freisinniger Männer zum Landtage stellen wird. Da übt der Clerus auf das Landvolk einen unverwüstlichen Einfluß von der Kanzel, vom Beichtstuhl und vom Wirthshause aus; fort hält man den reichen Mann immer noch für den weisen Mann und wieder anderswo greift man aus Unbekanntschaft mit Männern des Vertrauens, zu Beamten, welche das Volk in den Tagen der Knechtschaft am wenigsten tyrannisirten. In dieser Klasse wird immerhin mancher ehrenhafter Mann nicht zu verwerfen seyn; nur ist wohl zu erwägen, ob seine Unabhängigkeit des Charakters und der Ueberzeugung so stark ist, daß sich derselbe über Gunst und Ungunst der Obern auch wirklich zu erheben vermag. Solche Wahlen haben immer etwas Gefährliches; wir wünschen, daß das Volk von Männern des Volkes, und nicht von seinen Geistlichen, Beamten und Adeligen vertreten werde. Dreißig Jahre haben uns hinreichend gelehrt, wie diese Klassen sich eine Bevormundung anmaßen, von welcher uns zu befreien die Pflicht der Volksvertretersache ist. Vertrauensvoll lehren sich unsere Hoffnungen nach der Pfalz und den drei Franken, zum Theil auch nach Schwaben, von dort erwarten wir unsern Landtag — Männer. — Dieser Tage kam es in einem hiesigen Gasthause, zwischen einen seit längerer Zeit sich hier aufhaltenden jungen Russen, einem Kuirassierlieutenant und einem Redakteur zu einem in Thätlichkeiten übergehenden Zwist, dessen Folge ein Duell auf Pistolen war, wobei der Lieutenant tödlich verwundet wurde. Der Russe, nur leicht verwundet, ergriff unter dem Schutze seines Gesandten die Flucht, der Redakteur ist verhaftet. Die drei Duellanten waren sowohl durch ihre demokratische Gesinnung, als durch tägliches Kneipen sich bekannt; der Grund des Zwistes war an sich ein unerheblicher.

München, 1. Decbr. Regierungsdirektor Beyer von Würzburg ist gestern hier eingetroffen. Wie man hört, hat derselbe die Uebernahme des Handelsministeriums entschieden abgelehnt, jedoch sich bereit erklärt, als Unterstaatssekretär in dasselbe einzutreten. Graf Bray wird deßhalb, wie man vernimmt, das Portefeuille des Handelsministeriums übernehmen, da die Geschäfte des Ministeriums des Aeußern doch voraussichtlich sich vertagen werden. Ministerialrath Weber und der Redakteur des Zollvereinsblatts Dr. Zögel werden ebenfalls als Mitglieder des Handels-Ministeriums bezeichnet. (N. K.)

Wie die N. M. Z. meldet, wird in den Staatsministerien an den dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfen mit größter Thätigkeit gearbeitet. Außer den Gesetzentwürfen über Trennung der Justiz von der Verwaltung und dadurch die nothwendig gewordene Einführung der Notariate und Friedensgerichte, Preßpolizei und Preßstrafgesetzbuch, Gesetz über Flußbauten und Alluvionsrecht, und ihrer Hinterlassenen, Dienstespragmatik der Offiziere ꝛc. ꝛc. unterliegen eine Menge andere fortgetretene Berathungen, darunter Gesetze: ein Gesetz über Emanzipation der Israeliten. Nach diesem sollen den israelitischen Staatsangehörigen gleiche politische und bürgerliche Rechte mit den christlichen Einwohnern zugestanden werden; hinsichtlich ihrer Religionsverhältnisse würden die Bestimmungen der zweiten Verfassungsbeilage maßgebend sein. Damit wäre eine vollständige Emanzipation ausgesprochen, während von der kirchlichen noch vorläufig Umgang genommen worden. Gesetz über Versammlungs- und Vereinigungsrecht. Durch dieses soll auf der einen Seite die unbedingte Berechtigung der Staatsbürger sich zu erlaubten Zwecken friedlich und unbewaffnet zu versammeln, anerkannt, auf der andern Seite aber der Regierung die Befugniß eingeräumt werden, einen Beamten deßhalb zu ernennen, der die Auflösung der Versammlung verlangen kann, sobald dieselbe eine gesetzwidrige Handlung beschließt oder begeht, oder wenn dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit aus der längeren Dauer der Versammlung zu entstehen droht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit untersagt werden, ebenso sollen Sturmpetitionen zu Hunderten und Tausenden verboten seyn.(!) Ueber die Verpflichtung zum Ersatz des bei Auflösen verursachten Schadens soll ein Gesetzentwurf, bei welchem das französische und badische Gesetz in gleichem Betreffe als Anhaltspunkt dienen wird, vorgelegt werden. Was die gesetzlichen Bestimmungen über die Landesbewaffnung betrifft, so kann durch die Parlialgesetzgebung nicht früher vorwärts geschritten werden, bis die Berathungen über das allgemeine deutsche Wehrgesetz vollendet sind. Ein Entwurf über Erweiterung der ersten Kammer soll gleichfalls dem Landtage vorgelegt werden. Der

bestallsige Entwurf soll von dem Grundsatze ausgehen, die Grundlagen der ersten Kammer derjenigen zu gestalten und die freie Wahl nicht auszuschließen. (A. z. n. f. D.)

Altenburg, 30. Nov. Heute Morgen ist mit der offiziellen Anzeige des Todes unserer Herzogin (am 28. Abends) den Ständen mitgetheilt worden: daß heute unser Herzog zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen Georg, die Regierung niedergelegt und Letzterer sie angenommen hat. Mit diesem Akt hat sich auch unser Ministerium wieder geändert.. (D. A. Z.).

Berlin, 30. Nov. Hr. v. Gagern hat uns entweder schon verlassen, oder es geschieht dies sehr bald. Auch die Bemühungen des Präsidenten der deutschen Nationalversammlung sind gescheitert, und selbst die dringendsten Vorstellungen, ja die Hinweisung auf Hindernisse, die durch die Conflicte im Lande selbst der Hegemonie Preußens in Deutschland sich entgegenstellen würden, sollen fruchtlos geblieben sein. Man erzählt, daß das Ministerium in Folge der Unterhandlungen mit Hrn. v. Gagern seine Entlassung gegeben habe, daß diese aber vom König nicht angenommen worden sei. (D. A. Z.)

Berlin, 30. Nov. Hr. v. Gagern soll, dem Vernehmen nach, heute seine Rückreise nach Frankfurt angetreten haben. Er hätte seine Mission zwar nicht in der Weise erreicht, wie diese anfangs beabsichtigt war, so daß die frankfurter Beschlüsse unmittelbar maßgebend geworden wären: allein es habe sich dennoch eine solche Verständigung hergestellt, daß eine befriedigende Lösung unserer Verhältnisse im Einvernehmen mit Frankfurt in sicherer Hoffnung steht. Nach näherer Kenntnißnahme von der hiesigen Lage der Dinge soll Hr. v. Gagern selbst der Ansicht gewesen seyn, daß sein Auftrag in der ersten Auffassung nicht mehr mit Erfolg ausführbar sey. — Nach einem allgemein verbreiteten Gerüchte soll die königliche Botschaft, deren Verkündigung am 28. Nov. in der Sitzung der Nationalversammlung zu Brandenburg beabsichtigt wurde, eine neue Vertagung der Versammlung bis zum 11. Dec. enthalten haben. Sobald die in Brandenburg anwesenden Abgeordneten, namentlich Baumstark und Reichensperger, hiervon eine vertrauliche Mittheilung in der Sitzung am 28. Novbr. erhalten hatten, sollen sie bei dem Ministerium entschiedenen Protest eingelegt und eine Auflösung oder mindestens eine Spaltung der brandenburger Versammlung in Aussicht gestellt haben, da die meisten Mitglieder dieser Versammlung in Uebereinstimmung mit der deutschen Nationalversammlung der Krone das Recht der Vertagung nur als eine factische Folge der Verlegung zugestehen, daß aber auch sie eine vollständige Vertagung der constituirenden Versammlung nicht für zulässig halten. Hierdurch soll die einstündige Vertagung jener Sitzung und eine Abänderung des Entschiusses der Minister entstanden seyn. (D. A. Z.)

Brandenburg, 30. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erschienen verschiedene bisher in Berlin zurückgebliebene Abgeordnete, unter ihnen Bornemann, der sein Verfahren vertheidigte. Eine Besprechung mit den Reichskommissären habe ihm die Ueberzeugung gegeben, daß das Wohl des Vaterlandes es erheische, diese Versammlung beschlußfähig zu machen. Auch Dunker giebt in seinem und seiner Freunde Namen eine Erklärung ab, worin sie darauf bestehen, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung zu vertagen, zu vertagen oder aufzulösen. Sie halten es nun aber, da das Ministerium Brandenburg auch nach dem Wegbleiben des größern Theils der Versammlung sich zum Rücktritte habe bewegen lassen, für ihre Pflicht, nicht länger durch Fortbleiben die Beeinträchtigungen der Volksfreiheit zu gestatten und zuzugeben, daß, das Verfassungswerk noch länger verzögert werde.“ Noch heftiger protestirt Parthisius, der gekommen ist, damit die Versammlung das Ministerium überwinde. Der Simon'sche Antrag kam noch nicht zur Berathung und wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Brandenburg, 30. Novbr. Hr. v. Binde, der sich gestern hier befand, will seinen Platz in der Versammlung nicht einnehmen, sondern wahrscheinlich schon heute nach Frankfurt zurückreisen. Außer Hrn. Grabow hat auch sein Stellvertreter, Herr Kalbersberg, das Mandat niedergelegt. Herr Grabow hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Gestalt als bereits aufgelöst zu betrachten ist. Seine individuelle Meinung von den Rechten der Krone war er der politischen Zweckmäßigkeit unterzuordnen bereit. Er glaubte jedoch die Entlassung des Ministeriums Brandenburg als unerlässliche Basis jedes Vergleiches fordern zu müssen. Die Antwort, die ihm in Potsdam wurde, daß sich diese Entlassung mit der persönlichen Ehre des Königs nicht vertrage, bestimmte ihn, gänzlich zurückzutreten. (D. A. Z.)

Schweiz.

Aus Bern erhalten wir soeben die Nachricht, daß der Nationalrath, mit 58 Stimmen von 100, Bern zur Bundesstadt erwählt worden. Auch vom Ständerath ist Bern als Bundesstadt anerkannt worden.

Frankreich.

*Paris, 28. Nov. Instruktion für Herrn Corcelles, außerordentlichen Bevollmächtigten der französ. Republik in Rom. Paris, den 27. Nov. 1848. „Werther Herr und College! Sie kennen die beklagenswerthen Ereignisse in Rom, die Sr. Heiligkeit den Papst in eine Art von Gefangenschaft beschränkt haben. Angesichts dieser Ereignisse hat die Regierung der Republik beschlossen, vier Dampffregatten mit einer Brigade von 3500 Mann Landungstruppen nach Civitavecchia zu schicken. Sie hat beschlossen, daß auch Sie sich als außerordentlicher Bevollmächtigter nach Rom begeben. Ihre Mission besteht darin, im Namen der französ. Republik dahin zu interveniren, daß Sr. Heiligkeit seine persönliche Freiheit wieder gegeben werde, wenn Sie derselben geraubt wären. Sollten Se. Heiligkeit, der gegenwärtigen Verhältnisse halber, sich für einige Zeit aus das Gebiet der Republik begeben wollen, so werden Sie, so viel als es Ihnen möglich ist, die Erfüllung dieses Wunsches sichern und den Papst versichern, daß er im Schooße der französischen Nation einen ihrer selbst würdigen, so wie der Augenzeugen, die der Papst so oft gezeigt hat, entsprechenden Empfang finden wird. Sie sind nicht autorisirt in einer der politischen Fragen zu interveniren, die jetzt Rom bewegen, die Nationalversammlung wird zu entscheiden haben, welchen Antheil die Republik an den Maßregeln nehmen wird, die zur Herstellung eines regelmäßigen Zustandes im Kirchenstaate beitragen werden. In diesem Augenblicke haben Sie im Namen der Regierung, die Sie sandte und die dabei in der Gränze der ihr übertragenen Gewalt bleibt, nur die Freiheit des Papstes und die ihm schuldige Achtung zu sichern. Bei Ihrer Ankunft vor Civitavecchia werden sie allein landen und sich nach Rom zu Herrn von Harcourt begeben, mit dem Sie sich verständigen werden, um dann mit ihm gemeinschaftlich in der Ihnen von der Regierung vorgezeichneten Richtung handeln zu können. Sie werden die zu Ihrer Disposition gestellten Truppen nur dann ausschicken, wenn selbe in Civita-Vecchia oder einem andern ihrer Anzahl angemessenen Raume wirksam zum Erfolge Ihrer Mission beitragen können. Alle Maßregeln sind getroffen, um diese Brigade zu verstärken, wenn dies nöthig werden sollte und Sie werden ohne Zweifel, sobald die Nationalversammlung es für nöthig erachtet, dann weitere und ausführlichere Instruktionen erhalten.

Ich kann nicht genug darauf dringen, Ihnen auf das Schärfste empfrägen, daß Ihre Mission in diesem Augenblicke keinen andern Zweck hat und auch nicht haben kann, als für die persönliche Sicherheit des Papstes zu sorgen und im äußersten Falle ihm behülflich zu seyn, sich auf einige Zeit auf das Gebiet der französischen Republik zurückzuziehen. Sie werden öffentlich bekannt machen, daß Sie in keiner Hinsicht in der Differenz interveniren, die jetzt zwischen dem Papste und dem von ihm regierten Volke herrscht. Die Republik, durch ein Gefühl geleitet, das eine alte Tradition der französischen bildet, eilt der Person des Papstes Hülfe, — etwas Anderes will sie nicht. — Ihre Mission ist eine delicate, sie erheischt richtigen Blick und gründliche Würdigung der Dinge, und die Regierung der Republik hat volles Vertrauen in die Gefühle, die Sie leiten werden. — Sie werden sich ferner, wie die Art und Weise der Verwendung der Truppen aufmerksam machen, die Ihrer obersten Leitung anvertraut sind. Die Ausschiffung derselben muß sich auf den engsten Rayon jener Gegend beschränken, wo es Ihnen möglich ist, zu dem einzigen Ihnen vorgezeichneten Resultate, die Sicherheit des Papstes beizuleegen. Es wäre möglich, daß die Ereignisse Ihnen noch andere Nothwendigkeiten als die hier vorgezeichneten entgegenführen könnten. In diesem Falle haben Sie ohne Zeitverlust die Befehle der Regierung der Republik einzuholen, die je nach den Ereignissen oder nach den Vorschlägen, die Sie ihr machen werden, entweder auf Ihrer Initiative oder nach den Befehlen der National-Versammlung eine Entschließung fassen wird. Gez. J. Bastide.

Rußland und Polen.

Warschau, 20. Nov. Der Kurierwechsel zwischen Petersburg, Potsdam und Olmütz durch unsere Stadt ist in diesen Tagen sehr lebhaft. In diplomatischen Kreisen verbreitet sich das Gerücht, daß der Kaiser Nikolaus die Häuser Hohenzollern und Habsburg dazu bestimmt habe, den frühern Zustand wieder herbeizuführen. (D. A. Z.)

Afrika.

Am 10. Novbr. ist Ibrahim Pascha in Alexandria gestorben.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Wärzburger.

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag

Nro. 338.

5. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Nov. (125. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung. Schluß des Berichtes.) Reichsminister v. Schmerling ergreift das Wort, um zu erklären, daß es unmöglich Beruf noch Pflicht des Reichsministeriums sein könne, die Verantwortlichkeit für alle Schritte zu übernehmen, die von der Regierung eines Einzelstaates getroffen würden. Das Reichsministerium habe nie verkannt, daß die österreichischen Gebietstheile einen Theil des deutschen Bundesstaats ausmachten. Hätten die Ereigse der neuesten Zeit in Oesterreich nicht die unmittelbarste Durchführung gefunden, so dürfte man nicht verkennen, daß dies erst dann vollkommen ermöglicht werde, wenn der Strom, der die Dämme durchbrochen, wieder in das Bett der constitutionellen Freiheit zurückgeleitet sei. Das Reichsministerium bedaure, daß die österreichischen Waffen nicht mit größerer Mäßigung gegen Wien geführt worden, diese Ansicht habe er offen und zu wiederholten Malen ausgesprochen und neuerdings der österreichischen Regierung zu erkennen gegeben. Auf das Nachdrücklichste habe er gefordert, dem österreichischen Volke alle Freiheiten zu sichern und die verhängten Ausnahmsmaßregeln aufzuheben. Schwer ist die Last für ein Ministerium, fährt der Redner fort, Deutschland zu repräsentiren, wenn der Bürgerkrieg wüthet. Und wann das Ministerium zum Gegenstande der giftigsten Ausfälle gemacht wird, da fodern die Sie, daß man zu Paris und London die Anerkennung eines einigen Deutschlands sich erwerbe? Man hat der Reise des Herrn Heckscher gedacht. Für Rom hatte derselbe keine Mission. Er befand sich dort als Gast und Reisender. Man fragt nach diplomatischer Verbindung mit Rußland. Wir wünschen den innigen Verkehr mit allen europäischen Mächten, aber wir richten zuerst unsere Blicke dahin, wo Gleichheit der Gesinnung und Freiheit herrscht. Von dem uns zu Gebot stehenden Heere haben wir Gebrauch gemacht, wo wir es für nöthig fanden; nicht aber da, wo wir uns mit diesem Heere auf die Seite des Aufruhrs gestellt hätten. Um Worte handelte es sich in Wien nicht. Wir haben ausgesprochen, daß ein Weg der Vermittlung eingeschlagen werden müsse. Der Redner bemerkt, mit wie großer Aufmerksamkeit er den Verhandlungen in der Wiener und Berliner Angelegenheit gefolgt sei. Großer Tadel sei bei diesen Fragen gegen das Reichsministerium ausgesprochen worden, vergebens aber habe er nach einem Worte der Billigung gelauscht. Werde dieses gesagt, so wolle er es fleißig befolgen. (Beifall.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt; ebenso ein Antrag auf Vertagung. Vogt knüpft an den Schlußsatz der Rede des Reichsministers die Entgegnung, daß der Opposition in der Versammlung eine ganz andere Stellung angewiesen werde, wenn dieselbe über das belehren solle, worüber das Ministerium Tadel verdiene. Die Opposition werde es schon besser zu machen suchen, wenn sie aus Nöther komme, nicht aber sei verpflichtet, dem Ministerium ihre Regierungsgeheimnisse zu seiner Benutzung zum Besten zu geben. (Heiterkeit.) Der Minister habe vom Gespenste der Anarchie gesprochen, jedoch ein anderes Gespenst, das der Reaction zu erwähnen vergessen. Ein Gespenst, welches die Ehre und Rechte des Volkes durch unbedingte Vollmacht aufreche will. Das Ministerium scheine aber heute auf dem Standpunkte zu stehen, auf welchem Herr Eisenmann früher gestanden: es sehe keine Reaktion. Dem Abgeordneten Welker gegenüber bemerkt der Redner, daß auch er zur Zeit des 18. Sept. Warnungsbriefe erhalten habe; doch habe er es nicht für geeignet gehalten, mit deren Inhalt die Versammlung zu unterhalten. Was aus dem Bericht des Reichsministers hervorgehe, bestehe darin, daß die Wiener 3 Wochen zu lange gewartet hätten, „um der Wirthschaft ein Ende zu machen.“ Von den Wiener Studenten, die nicht die Ferien besucht hatten, habe kein Einziger seine Fahne verlassen. Die Ungarn seien nicht zu Hülfe gerufen worden; sie hätten gewartet, daß man sie rufe. Was immer das Reichsministerium von dem Einflusse der Centralgewalt im In- und Auslande gesagt, stehe in direktem Widerspruche mit dem, was geschehen und was das Ministerium auszuführen sich bemüht gewesen sey. Habe man von einer Seite des Hauses den Einmarsch von Reichstruppen nach Oesterreich verlangt, so sey dies in dem guten Glauben geschehen, die Centralgewalt habe in Oesterreich längst Anerkennung gefunden; und nun sage Hr. Welcker, die Reichsstimmführer hätten kein Heer gehabt. Allenthalben, fährt der Redner fort, sind unsere Gesandten nur offiziös, nicht offiziell empfangen worden. Man duldet sie wohl, aber man schreibt ihnen keine Berechtigung zu. Wäre auch die Bewegung in Wien theilweise eine anarchische gewesen, so hätten die Reichsbevollmächtige dieselbe in die Hand nehmen müssen, um das deutsche von dem anarchischen Element zu scheiden. Hat das Reichsministerium die Publikation der Grundrechte anticipirt, ohne eine zweite Berathung abzuwarten: warum ist nicht ein Gleiches mit §. 2 und 3 der Verfassung geschehen, Regelung der österreichischen Verhältnisse? Aber man hat nichts thun wollen, um die Bevölkerung im Osten über die Thätigkeit der Versammlung in Kenntniß zu setzen. Unbegreiflich findet es der Redner, wie die Majorität ein Ministerium noch behalten könne, welches in dieser Weise ihren Beschlüssen entgegentrete. Wenn die österreichische Regierung nach der nicht zweifelhaften Meinung des Ausschusses, der Centralgewalt gegenüber selbst eine beliebige Stellung sich anweisen soll, so sprechen Sie mit Annahme des Antrags ein Prinzip aus, das Sie in der sächsischen Frage schroff abgelehnt haben. Was Herr Welker von dem kaiserlichen Worte uns gesagt, sind leere Phrasen. Je mehr das Gespenst der Reaction mit Leichen gefüttert und mit Blut getränkt wird, desto mächtiger wird es. Lassen Sie es in Berlin liegen und Sie werden dann sehen, was aus Ihnen werden wird. Gelingen die dortigen Pläne, so können Sie selbst sich sagen, was aus ihrer Wirksamkeit werden wird: sie wird auf 5 Meilen sich beschränken müssen, wie die Volksversammlung gehalten werden kann. Ihr Sitz Zeitpunkt eingetreten, dann werden sie vergebens die Hülfe des Volkes herbeiwünschen. Das einmal verscherzte Vertrauen wird nicht wiederkehren. Der Schluß der Debatte und die Vertagung der Verhandlungen wird angenommen.

Gesetzentwurf. Der Reichstag. Art. 1. §. 1. Der Reichstag besteht aus 2 Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Art. 2. §. 2. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. §. 3. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40, Oesterreich mit Lichtenstein 36, Bayern 16, Sachsen 10, Hannover 10, Württemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sichmaringen 10, Baden 8, Kurhessen 6, Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6, Holstein (Schleswig, siehe Reich. §. 1) und Lauenburg 6, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6, Luxemburg und Limburg 2, Braunschweig 2, Nassau 4, Sachsen Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie 6, Oldenburg 2, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1, Mitzusammen 176. Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch Vertretung der Staaten ernannt. Wo 2 Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit. §. 5. In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied ins Staatenhaus senden, schlägt die Regierung 3 Candidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. §. 6. Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Prinzip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen. §. 7. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. §. 8. Mitglied des Staatenhauses kann nur ein sol-

Digitized by Google

cher werden, welcher 1) Staatsbürger deutschen Staates oder Staatenverbandes (s. §. 4) ist, welcher ihn sendet, 2) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat, und 3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen staatsbürgerlichen Rechte befindet. §. 9. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf 6 Jahre gewählt. Sie werden alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert. Art. 3. §. 10. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Mitglieder des Volkshauses werden auf 4 Jahr gewählt. Die Wahl geschieht nach dem in dem Reichswahlgesetz enthaltenen Vorschriften. (Fortsetzung folgt.)

München, 2. Dez. Schon oft hat man heute vernimmt, wären die Meinungsdifferenzen, die zwischen den Ministern des Innern und der Justiz und dem Kriegsminister obgewalter haben, durch höhere Vermittlung ausgeglichen und würde demnach ein Ministerwechsel vorerst nicht stattfinden. Auch die Ernennung eines Handelsministers soll vorerst unterbleiben, Herr Regierungsdirektor v. Beyer aber, da er das Portefeuille des Handelsministeriums abgelehnt hat, zum Generaldirektor dieses Ministeriums ernannt und ihm die Oberleitung desselben einstweilen übertragen werden.

Berlin, 1. Dez. In vieler Hinsicht dürfte sich Preußen auf demselben Punkt befinden, welchen Oesterreich in seiner neuen Ministerialpolitik so offenherzig bezeichnet. Der reinliniarste Unterschied des Hrn. v. Bagern am Hofe von Sanssouci möchte ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale dieser Vermuthung werfen. Und manche persönliche Aeußerungen des Königs, welche gerade in diesen Tagen gefallen sind, deuten darauf hin, wie lässig sichen dem bloßen Gedanken nach die Verpflichtungen empfunden werden, welche von Frankfurt her der Selbstherrlichkeit unsres Königthums sind unserer Staatenexistenz auferlegt werden könnten. Oesterreich hat sich bereits durch jenes Ministerialprogramm entschieden von den beiden ersten Paragraphen des deutschen Reichsgrundgesetzes losgesagt, wie sie auch nicht anders zu erwarten sind. Preußen wird vor der Hand keine so entschiedene Demonstration gegen die deutsche Centralgewalt unternehmen, aber es befindet sich nach dieser Seite hin auf einem schwebenden Punkt, der nicht minder Besorgniß erregend ist, der aber vielleicht noch durch eine günstige Wendung der Dinge im Interesse der Einheit Deutschlands entschieden werden kann.

Berlin, 1. Dez. Gegen den Präsidenten der Nationalversammlung v. Unruh schwebt in Folge der Denunziation des Kanzleirathe Bleich beim hiesigen Criminalgericht eine Voruntersuchung wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung eines Menschen. Hr. Bleich war bekanntlich Vorsteher des Bureau der Nationalversammlung und will an dem Tage, wo die Nationalversammlung durch das Ministerium Brandenburg vertagt wurde, gegen seinen Willen im Schauspielhause festgehalten worden sein. — Daß der über die Hauptstadt verhängte Belagerungszustand noch nicht so bald aufgehoben wird, wie man im Publikum hofft, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der hiesigen Garnisonverwaltung soeben der Befehl zugegangen ist, den in kgl. Gebäuden einquartirten Soldaten schleunigst Matratzen und Decken verabfolgen zu lassen. Wir können übrigens, den Nachrichten aus zuverlässigen Quellen zufolge, die Mittheilung machen, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes erst dann erfolgen soll, wenn die Verfassung beraten sein wird. Hiernach ist die Zeitdauer desselben gar nicht abzumessen. (D. A. Z.)

Brandenburg, 1. Dez. Um 11 Uhr eröffnet der Alterspräsident v. Brünneck die Sitzung der Nationalversammlung für eröffnet. Der Namensaufruf beginnt. Während desselben treten über hundert Abgeordnete vom Centrum, linken Centrum und der äußersten Linken ein; namentlich: Kirchmann, Kämpf, Bucher, Schneider, Giebel, Dietsche, Dörk, Rosch, Krackrügge, Matthäi, Schaffraneck, Sieberts, Wachsmuth, Weichsel, Borchardt II. als Stellvertreter für Borchardt I. u. A. Alterspräsident v. Brünneck glaubt, daß, da die Versammlung heute beschlußfähig sein wird, man zuerst mit der Constituirung des Bureau vorangehen müsse. Es sei auch ein Antrag auf Vertagung gestellt, und das Resultat der Zählung werde bald proklamirt werden. Ich bin der Meinung, daß dies zuerst geschehe und dann sofort zur Constituirung des Bureaus übergegangen werde, da voraussehen ist, daß wir heute beschlußfähig sein werden. Abg. Parrisius: Ich verlange, daß die Versammlung darüber beschließe, ob das Bureau zu konstituiren oder erst über die Vertagung abgestimmt werde. Alterspräsident v. Brünneck: Ich werde das Resultat der Zählung zunächst mittheilen: „Anwesend sind 260, entschuldigt 11, fehlend 131.“ Die Versammlung ist vollzählig; ich werde jetzt den Beschluß der Versammlung extrahiren. Abg. Schneider: Im Namen mehrerer meiner politischen Freunde, und in meinem eigenen Namen lege ich folgende Erklärung über: „Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschluß der Nationalversammlung vom 9. Nov. fortdauernd der Krone das Recht bestreiten, die Nationalversammlung von Berlin zu verlegen, sie zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der Nationalversammlung in Berlin durch Militärgewalt verhindert, und versucht worden ist, die hiesige Minorität, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, durch Einberufung der Stellvertreter zu vervollständigen, erscheinen wir in Brandenburg, alle andern Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd. Brandenburg, den 1. Dezember 1848.“ (Folgen etwa 40 Unterschriften, die Namen v. Unruh, Philips, Plönnies u. Schneider an der Spitze.) Endlich beginnt der Namensaufruf. Das Resultat ist: 114 für, 145 gegen die Vertagung. Alterspräsident von Brünneck: Wir schreiten also sofort zur Constituirung des Bureau. Abg. Schneider (zur Geschäftsordnung): Ich habe vorher schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Präsidium damit beschäftigt ist . . . . (Larm.) Alterspräsident v. Brünneck: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Abg. Schneider: Diese wird sofort erfolgen, und ich glaube, daß die Redestreiheit auch in Brandenburg bedauert werden wird. Es sind noch mehrere Mitgl. hierher zu berufen. Der Antrag auf Vertagung erscheint deßhalb durchaus nothwendig. Gegenwärtig, da wir jeden, daß Sie auf die Vertagung nicht eingehen wollen, sind wir genöthigt, für heute den Saal zu verlassen. Abg. Baumstark: Es ist hier davon die Rede gewesen, daß ein Präsid. v. Unruh und Vicepräsidenten mit Einberufung von Abgeordneten beschäftigt sind. Wir kennen keinen Präsidenten v. Unruh. Die Wahlen, die am 12. Oct. stattgefunden haben, hatten mit dem 12. Nov. ihre Wirkung verloren. Ein in der Zwischenzeit etwa vorgenommene Wahl können wir nicht anerkennen, weil sie nicht in gesetzlicher Weise, von einer gesetzmäßig verhandelnden Versammlung vorgenommen ist. Abgeordneter Weichsel: Gesetzlich ist, daß die Mitglieder durch das Präsidium eingeladen werden. Es steht keineswegs fest, daß der Staats-Anzeiger von jedem Abgeordneten gehalten oder gelesen werden muß, am wenigsten wegen der Erlasse eines Ministeriums, das wir nicht anerkennen können. (Bravo! und ungeheurer Tumult.) Abgeordneter Parrisius: Ich habe den Antrag auf Vertagung gestellt. Wider meinen Willen ist derselbe ohne Diskussion zur Abstimmung gekommen. (An 90 Mitglieder verlassen den Sitzungssaal.) Alterspräsident v. Brünneck fordert zur Abgabe der Stimmzettel zur Wahl des Präsidenten auf. Von mehren Seiten wird dagegen protestirt. Abg. Giebel verlangt den Namensaufruf, da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig sei. Ein Anderer glaubte, daß die bisherigen Präsidenten noch im Amte seien. Abg. Bornemann erklärt, daß er, obgleich am 12. Nov. zum Vicepräsidenten erwählt, sich dennoch nicht als für diese Versammlung gewählt ansehen könne. Der namentliche Aufruf zur Abgabe der Stimmzettel findet statt. Alterspräsident v. Brünneck erklärt endlich, daß nur 172 Abgeordnete anwesend sind und demnach die Versammlung nicht mehr beschlußfähig ist. Abg. Simons bringt seinen Antrag: „die Stellvertreter für alle bei dem letzten Namensaufruf Abwesenden einzuberufen,“ zur Debatte. Von vielen Seiten wird dagegen protestirt, weil die Versammlung nicht mehr beschlußfähig sei. Nach längerer Debatte kommt man zur Abstimmung. Da verlangen Abg. Wachsmuth u. A. namentliche Abstimmung um dem Lande zu zeigen, wer einen solchen unrechtmäßen Beschluß faßt. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen werden. (Abgang des Dampfwagenzugs.) (D. A. Z.)

Die Neue Preußische Zeitung, welche dem Ministerium Brandenburg und allen seinen Maßregeln aufs entschiedenste zujubelt und darin den Triumph ihrer Partei feiert, meldet, daß Herr Heinr. v. Bagern dem General v. Wrangel einen Besuch gemacht und verwirrenden seine Bestimmung zu den bisher getroffenen Maßregeln zu erkennen gegeben habe. Weniger gleichartig sollen die Ansichten beider Herren in Bezug auf die Anforderungen der Zukunft gewesen sein.

Der Großherzog von Schwerin hat die Auflösung der Gesandtschaft zu Paris verfügt.

Bernburg, 30. Novbr. Abermals befindet sich unser ganzes Ländchen in fieberhafter Spannung. Der seit dem 10. Nov. hier befindliche Reichskommissar Ammon hat bis jetzt noch fast gar nichts gethan, um Dem, was man von ihm gehofft hatte, nachzukommen. Er arbeitet täglich in seinem Zimmer, läßt sich alle Chagrins der Stadt vortellen, den Landtag dagegen besuchte er nicht, erklärte offen, dies nicht thun zu wollen, griff aber in mehre Verwaltungsgegenstände ein. Dabei hatten wir das quelln-

Digitized by Google

burger provisorische Ministerium, das sich jedoch nicht in den Sänden saal wagte, sondern ein paar Vertreter aus dem höhern Beamtenstande hineinsetzte und fortfuhr, die Thätigkeit des Landtags zu paralysiren. Dies hat denn nun endlich die Zustände in eine neue Phase hineingedrängt. Man ist auf die Regierungsunfähigkeit des Herzogs zurückgegangen. Schon dessen Vater hatte sie anerkannt durch Einsetzung eines Regentschaftsrathes, des sogenannten Conferenzrathes. Derselbe hat nun im Verlaufe des Sommers die Unklugheit begangen, aus seiner Stellung herauszugehen und sich zu Ministern, und zwar zu verantwortlichen, zu machen. Diese hielten sich natürlich nicht lange, fanden sielen in Folge der verzweifelten Conferenzrathssünden. Seit der Zeit nun haben wir keinen Regierungsrath, folglich einen durch und durch unhaltbaren Zustand. Seit dies nun kürzlich klar erkannt ist, auch der Reichscommissar selbst sich dahin geäußert hat, daß der Herzog nicht für regierungsfähig zu halten sey, ist eine Adresse an den Reichsverweser entworfen, in welcher um Uebertragung der Regentschaft an den Herzog von Dessau gebeten wird. Diese bedeckt sich gegenwärtig mit zahlreichen Unterschriften im ganzen Lande. Die Beamtenpartei reagirt natürlich aufs entschiedenste dagegen und will, da um die Regentschaft nicht herumzukommen ist, wieder einen Regentschaftsrath oder die Herzogin als Regentin. Indeß ist ihr Plan, die große Volksmasse, für ihre Absichten zu gewinnen, in einer ehegestern abgehaltenen Bürgerversammlung total mißglückt. Auch der Landtag hat sich mit 18 Stimmen gegen 1 für die Regentschaft des Herzogs von Dessau erklärt. (D. A. Z.)

Aus der Gegend von Muskau soll ein Zug von Freischärlern (bis zu 100 Mann) aufgebrochen sein, zu dessen Entwaffnung der General von Stößer Anstalten getroffen hat.

Posen, 25. Novbr. Ein aus Warschau hier eingetroffener Reisender versichert uns, daß die Stärke des russischen Heeres, welches bereits diesseits der Weichsel stehe, gegen 400,000 Mann betrage; bei Krotoschwine (13 Meilen von der preußischen Gränze an der Chaussee von Kalisch nach Warschau, dem Knotenpunkte der Straßen nach Thorn, Posen und Breslau) befindet sich das Hauptlager der Artillerie, die nahe an 300 Geschütze zählt; Warschau und die umliegende Gegend ist gleichfalls vollgevropft mit Truppen, Tagegen waren bis zur Abreise unseres Gewährmannes, also bis vor wenigen Tagen, Garden von Petersburg, wie schon in öffentlichen Blättern gemeldet wurde, in Warschau noch nicht eingetroffen; eben so wenig ist noch ein Oberbefehlshaber des gesammten russischen Heeres ernannt, und man erwartet die Ernennung und Ankunft desselben erst und zugleich mit der Kriegserklärung. (K. Z.)

Ungarn.

Die Agramer Zeitung vom 25. Nov. bringt folgende Nachrichten: Die Stadt Arad ist am 10. Nov. Abends abermals (bereits zum Fünftenmal) von 9 Uhr bis 2 Uhr nach Mitternacht und andern Tags von 10 bis 11 Uhr Mittags bombardirt worden. Auf den Stphanosplatz und den näher liegenden Hauptgassen ist kaum mehr ein Haus, welches nicht beschädigt wäre. Viele Familien sind gänzlich ausgewandert. Die obern Stockwerke der Häuser stehen fast alle leer. (D. c. Z.)

Italien.

Rom, 23. Nov. In Pesaro hat es Unruhen gegeben, und man hat das dortige Polizeiarchiv in Brand gesteckt. Dagegen scheint in der Romagna vollkommene Ruhe zu herrschen, was viele an die Nachricht glauben macht, Durchi sei im Stande mit den dortigen Schweizerregimentern auf Rom loszumarschiren. Ein Brief desselben an Rossi, den man nach dessen Ermordung aufgefangen hatte, läßt dergleichen vermuthen. Auch scheinen seine Aeußerungen über die vortreffliche Haltung der Bolognesser Bürgergarde unzweideutiges Lob zu enthalten. Von den Cardinälen sind selbst diejenigen gestohen welche fest bei sich beschlossen hatten bis auf den letzten Mann auszuhalten, und es scheint daß sie durch den Papst selbst aufgefordert sind für ihre Sicherheit Sorge zu tragen. (A. Z.)

Aus Neapel vom 17. Nov. wird an das „Journal des Debats" der Sieg der liberalen Partei bei den Wahlen gemeldet. Von 15,000 Wahlberechtigten erschienen blos 1500 bei den Wahlen. Wahrscheinlich wird die Meisten wohl wissen, das es nicht in einem Parlamente ist, wo man mit Ferdinand fertig werden kann, und sich folglich nicht einmal die Mühe geben wollen, auf dem Wege der Wahlen ihr gutes Recht geltend zu machen. Sobald der König diese Resultat der Wahlen erfuhr, ließ er sogleich die Fenster seines Palastes verwauern, die Batterien herstellen und sie mit zwei Kanonen versehen, — lauter Kundgebungen eines guten Gewissens. (K. Z.)

Frankreich.

*Paris, 28. Novbr. Der Erzbischof von Paris hat heute einen Hirtenbrief veröffentlicht, worin er Gebete für den bedrängten Vater der Christenheit anordnet und Herr Bixio hat auf heute Interpellationen an den Minister des auswärtigen Angelegenheiten über die neuesten Ereignisse in Italien angekündigt, die Erklärungen vom höchsten Interesse führen dürften. Man glaubt an eine aktive Intervention Frankreichs im Kirchenstaate, soviel ist gewiß, daß im Kriegsministerium die größte Thätigkeit herrscht und der Telegraph den ganzen Tag mit dem General Oudinot correspondirt.

Louis Bonaparte veröffentlicht heute im Constitutionell sein Manifest an die französische Nationalversammlung. Er protestirt darin gegen jeden Gedanken einer Herstellung des Kaiserreiches, oder einer Allianz mit Umsturz-Ideen. Er werde die Religion, die Gesellschaft, die Familie, das Eigenthum beschützen und nur für den wahren Fortschritt sorgen. Als vorzunehmende Reformen verspricht er: Große Ersparungen im Staatshaushalte, Unterstützung und Ermunterung des Ackerbaues, Vereinbarung der Seamtenzahl, Beschränkung der Centralisation und Abschaffung des Staatsmonopols, Schutz der Presse gegen Willkür von Oben und dem Exzesse von Unten, kein Krieg, daher Erleichterungen im Rekrutirungswesen, bessere Beförderung der Unteroffiziere und Soldaten und eine politische Amnestie.

Man sieht, daß der Prinz nicht wenig verspricht, ganz unbekümmert, ob sich auch das Versprochene erfüllen läßt; vor der Hand handelt es sich nur darum, gewählt zu werden. Das Manifest ist übrigens auf Herrn Thiers Feder gestossen und wird seiner geschickten Abfassung und der großen Versprechungen halber großen Eindruck machen.

Der Siecle weist heute nach, daß der Glaube, als sey die ehemalige dynastische Linie mit Herrn Thiers einverstanden, um die Candidatur Louis Bonapartes zu unterstützen, irrig sey. 95 Deputirte dieser Fraktion seyen für General Cavaignac und nur 25 hätten sich Herrn Thiers angeschlossen.

Der Univers zeigt an, daß Herr v. Corcelles, als außerordentlicher Gesandter der französischen Republik, mit ausgedehnten Vollmachten gestern Abend nach Rom abgegangen sey. An der Börse versicherte man, der Telegraph habe bereits die Landung des Papstes in Marseile gemeldet. (?)

Der Credit zeigt an, daß Lamartine auf seine Candidatur zu Gunsten Cavaignacs Verzicht geleistet habe.

*Paris, 29. Nov. Der napoleonische Moniteur, la Liberté zeigt an, daß Herr Louis Bonaparte am Mittwoch Abend nicht mehr empfange, da er alle Abende Paris verlasse und sich auf's Land begebe. Der kaiserliche Candidat hat in der That so große Angst vor einem gegen seine Person gerichteten Handstreich, daß er nicht wagt, die Nacht in seinem Hotel zuzubringen.

Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß die Truppen des Dictators Rosas unter Oribes Befehl bei einem Angriffe auf Montevideo mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Der französische Admiral Le Predour, der die Station am Plata commandirt, hatte französische Truppen ausschiffen lassen, die die Soldaten Rosas im Rücken angriffen und den Sieg herbeiführten. Außerdem ist hier die Anzeige eingelaufen, daß die sardinische Regierung eine Escadre nach dem Plata schickt, um von Rosas Genugthuung für die Ausweisung des sardinischen Consuls zu erzwingen.

Der Direktor der hiesigen italienischen Oper, Herr Dupin, hat gestern Bankerott angesagt, das Theater ist geschlossen und die gerichtlichen Siegel sind angelegt. In der Casse befanden sich 2500 Francs, die Passiva betragen 200,000 Francs.

Großbritannien.

London, 27. Novbr. Die Verhandlungen über das Cassationsgesuch von Meagher, M'Manus und O'Donohoe wurden vorgestern vor dem Gerichtshofe der Queens Bench zu Dublin beendigt, und die drei Gefangenen darauf in den Kerker zurückgebracht. Seine Entscheidung wird der Gerichtshof, da die Michaelis-Session vorgestern zu Ende ging, erst in der Hilary-Session fällen, welche am 11. Jan. ihren Anfang nimmt, und bis dahin werden sowohl S. O'Brien, als die oben genannten drei Verurtheilten, im Dubliner Gefängnisse bleiben. (K. Z.)

Digitized by Google

Amerika.

Mit der Hibernia ist aus Boston vom 15. Nov. die Nachricht eingetroffen, daß General Taylor zum Präsidenten der Republik erwählt ist. Er hatte bereits 173 Stimmen, während blos 146 zur Wahl nöthig sind. (D. A. Z.)

Was zieht dort zur Brigittenau?

Was zieht dort zur Brigittenau
Im blut'gen Morgenroth?
Das sind die kroatischen Jäger,
Sie führen den Todesreigen
Der Freiheit hin zum Tod.

Sie haben ihn gefangen
Trotz Recht und Reichsgesetz,
Es hat ihm das Urtheil gesprochen,
Es hat ihm den Stab gebrochen
Der Mörder Windischgrätz!

Zum Richtplatz sie ihn führen.
Ihn schreckt nicht Tod noch Grab!
Doch als er denket der Lieben,
Die ihm daheim sind geblieben,
Rollt still eine Thräne herab.

„Die Thräne für Weib und Kinder
Entehret keinen Mann!
Lebet wohl! Jetzt gilt es zu sterben!
Für die Freiheit Herzog Latour werben!
Ihr Jäger wohlauf! schlagt an!"

Er schlingt sich selbst die Binde
Wohl um der Augen Licht:
„O Deutschland, für das ich gestritten,
Für das ich im Leben gelitten,
Verlaß die Freiheit nicht!"...

Es krachen die Gewehre,
Im Blute liegt der Held,
Es haben die Büchsen der Jäger
Der Freiheit Fahnenträger,
Den Robert Blum gefällt.

Der Fähndrich ist erschlagen,
Es sei der Robert Blum.
Auf Brüder, die Fahne zu retten,
Die Freiheit aus Banden und Ketten,
Zu Deutschlands Eigenthum!

Ad. Stahr.

Frage an die hiesigen Wahlausschüsse.

Bei der jüngsten Wahl wurde die Erwählung eines hiesigen Stadtoffiziers beanstandet, weil Offiziere kein öffentliches Amt, im Sinne des §. 3. Tit. IV. der Verfassungs-Urkunde, bekleiden. Anderer Seits wurde die Erwählung des hiesigen Rabbiners Hrn. Dr. Aub nicht beanstandet, obgleich derselbe ausschließlich die Stelle eines Rabbiners bekleidet, und auf keinen andern Titel dahier anspäßig geworden ist.

Man erlaubt sich daher die Frage ist die Rabbinerstelle ein öffentliches Amt im Sinne des citirten Tit. IV. §. 3? ist sie mehr für ein öffentliches Amt anzusehen, als die Stelle eines Stadtoffiziers?

Man bittet um staatsrechtliche Aufklärung.

(Bezüglich der passiven Wahlfähigkeit des Herrn Dr. Aub kann bei demjenigen kein Zweifel obwalten, der den §. 30 der II. Verfassungsbeilage kennt. Die betreffende Verfassungs-Beilage handelt bekanntlich von den aufgenommenen und beständigen Religionsgesellschaften und sagt im §. 30: „Die zur Feier ihres Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten Personen genießen die Rechte und Achtung öffentlicher Beamten." Was die passive Wahlfähigkeit eines Offiziers, der nicht auf den Besitz besteuerter Gründe, Renten und Rechte anspäßig ist, betrifft, so ist sie allerdings zweifelhaft, da nicht positiv in der Verfassung ausgesprochen ist, ob der Offizier ein öffentliches Amt bekleidet; unzweifelhaft ist es aber, daß der Stadtoffizier kein politisches Recht vor den übrigen Offizieren voraus hat. Soviel uns übrigens bekannt, fiel in keinem der hiesigen Wahldistrikte eine solche Stimmenzahl auf einen Offizier, daß einer der Ausschüsse zu einer Berathung und Entscheidung darüber bestimmt worden wäre. Uebrigens hat die diesmalige Wahl gezeigt, wie wünschenswerth und nothwendig eine Abänderung des §. 3 Tit. IV der Verfassungs-Urkunde ist.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 2. December. In der 127. Sitzung wurde folgender Beschluß gefaßt. „Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, die zu Aufhebung der Belastung der deutschen Flüsse, so wie zu Sicherung der Erhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen in Deutschland erforderlichen Gesetzentwürfe in möglichst kurzer Zeit vorzulegen."

Die Neue Münchner Zeitung schreibt: München, 2. Dez. Durch mehrere bayerische Blätter geht eine Erzählung von einer angeblichen Differenz, die sich zwischen zweien Mitgliedern des Ministeriums in einem Ministerrathe erhoben hätte, und in Folge welcher sogar eine Ministerkrisis eingetreten wäre. Lediglich um die ganze Sache kurz abzuschneiden, glauben wir aus zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß an der ganzen Erzählung kein wahres Wort ist. Hiemit fällt also auch die angebliche Entdeckung des Generallieutenants v. Lesuire von seinem Posten als Kriegsminister in nichts zusammen. Dasselbe gilt von der angeblichen Anwesenheit des Frhrn. Max v. Gagern dahier und von allen Angaben, die sich daran knüpften.

* Paris, 30. Nov. Das oberste Appellgericht hat gestern den Rapport des Raths Mezinger über die gegen den Minister Louis Bonaparte, wegen des am 23. und 24. Februar gegebenen Befehls eingeleitete Untersuchung gehört. Nach einer langen Berathung hat das Gericht erklärt, daß kein Grund zu gerichtlichen Verfolgungen vorliegt. — Die Schnitzelle von Toulon meldet, daß der Dampfer Solon der französischen Schiffs-Divisson im adriatischen Meere am 5. November den Befehl überbracht habe, daß das Linienschiff Jupiter, die Fregatte Psyche und die Dampffregatte Admodée sich sogleich vor Venedig begeben, die Stadt decken und jede Blokade durch die Oestreicher, selbst mit Anwendung der Gewalt, verhindern sollen. Erst nachdem dieses geschehen, kehrte Admiral Albini mit der sardinischen Flotte nach Ancona zurück.

Anzeigen.

Einladung.

Der **Bauern-Verein** stellt an alle Wahlmänner das freundschaftliche Ersuchen, nächsten Donnerstag den 7. December Vormittags 8 Uhr, als vor und während der Wahl, an dessen Berathungen im kleinen Saale zur Sonne in Bayreuth Theil zu nehmen.

St. Johannis, am 3. December 1848.

Der Vorstand des Bauern-Vereins.

Jemand wünscht ein Kapital von 3500 fl. auf ein Anwesen, im Werthe zu 12 bis 14,000 fl., auf erste Hypothek aufzunehmen. Wer? sagt die Expedition dieses Blattes.

Durch die **Buchner**'sche Buchhandlung in Bayreuth ist zu beziehen:

A. Oberst. Sammlung gerichtlicher Akten aus der pfälzischen Strafrechtspflege.

Neue Beinkleider- und **Westenstoffe** sind eingetroffen bei

Jacob Würzburger, senior
Kanzleistraße Nr 109.

Am vergangenen Sonnabend wurde im Locale des Liederkranzes ein grauer Tuchmantel verwechselt. Man bittet, denselben im Hause des Herrn Kaufmann Benker über 2 Treppen auszutauschen.

Zwei kleine Quartiere, wovon das Eine vorne heraus, sind auf Lichtmeß zu vermiethen, bei

Zinner.

Eine Stube nebst Kammer und Küche ist in dem Hause Nr. 72 auf Lichtmeß zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 339.** 6. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 2. Decbr. (127. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung. (1 Abg. Hildebrand fündigt im Namen des volkswirthschaftlichen Ausschusses an, daß der Entwurf des Heimathsgesetzes noch heute vertheilt werden wird. Sommaruga erstattet Bericht über den Antrag Zimmermanns von Spandow, die angeblich in Wien verübten Greuelthaten betreffend. Der Antrag des Ausschusses lautet: „Die Nationalversammlung wolle in Erwägung der hohen Wichtigkeit, daß das deutsche Volk über die Grundthätigkeit der im Antrage des Herrn Zimmermann von Spandow enthaltenen Angaben, über angeblich bei den letzten Ereignissen in Wien stattgehabten Vorgänge durch eine vollkommen unbefangene Erhebung des wahren Sachverhaltes Aufklärung erlange, das Reichsministerium auffordern, den nach Oesterreich abgesandten Reichscommissären ungesäumt den Auftrag zu ertheilen, an Ort und Stelle den Thatbestand der in Folge der Wiener Ereignisse gemeldeten Gräuelthaten auf das Genaueste zu erheben und darüber zu berichten, in wie weit das Gesetze gehandhabt ist, um die Urheber solcher Handlungen zur Strafe zu ziehen.“ Wiesner stellt folgende Interpellationen: I. 1) welche Vorkehrungen hat das Reichsministerium getroffen, um der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Ungarn den gebührenden Schutz zu sichern? 2) Hat das Reichsministerium etwas jetzt, wo, wie es heißt, Abgesandte der Magyaren am Hof zu Olmütz um friedliche Beilegung des ganzen Zwistes anrufen, die günstige Gelegenheit benützt und mit der ganzen Energie, welche die bedrohten deutschen Interessen gebieterisch verlangen, für Herstellung des Friedens zu intervenieren? II. Windischgrätz hat in seiner an die Bewohner von Nieder- und Oesterreich gerichteten Proklamation vom 1. Nov. beide Provinzen mit Verhängung des Belagerungszustandes zu bedrohen gewagt. Der allg. steiermärk. Landtag hat gegen diese ungesetzliche und ganz muthwillige Verordnung feierlich in Olmütz Protest eingelegt, ein Schritt, der bei der Uebergewalt der Hofcamarilla so wenig Erfolg hatte, daß man seitdem zwei Bürger von Grätz auf Befehl der militärischen Diktatur nach Wien in Gefangenschaft schleppte. Ich stelle nun an das Reichsministerium folgende Fragen: 1) Hat das Reichsministerium etwa das Beispiel des steyermärkischen Landtags nachgeahmt und die von Windischgrätz so wiederrechtlich bedrohten Provinzen von Nieder- und Oesterreich wenigstens durch einen reichsministeriellen Protest gegen so tyrannische Willkür in Schutz genommen? 2) Welche Maßregeln hat das Reichsministerium ergriffen, um die erwähnten widerrechtlich nach Wien abgeführten Bürger von Grätz aus den Händen der Militärgewalt zu befreien? III. Welche Vorsichtsmaßregel hat das Reichsministerium des Kriegs getroffen, damit alsbald die Reichstruppen vor der schmachvollen Gefahr bewahrt werden, mit barbarischen Horden, die ihre Gegenwart durch Raub, Mord, Plünderung und Schändung bezeichnen, auf deutschem Reichsgebiete oder offnivo gemeinschaftlich zu Felde zu ziehen? 2) Haben die neuerdings nach Wien entsendeten Reichscommissäre auch Instruktion erhalten, auf sofortige Reinigung des Reichsgebiets in dem Sinne zu dringen, daß die erwähnten Kriegshorden, wie Kroaten und Serbezaner, die jetzt zum Hohne von ganz Deutschland seine älteste und schönste Stadt besetzt halten, sofort in ihre Heimath zurückgeschickt werden; oder ist der Reichsminister des Kriegs der Ansicht, daß der Truppenaufgebot von 900,000 regulären Streitern, die das deutsche Volk als Gesammtsumme der Reichskontingente mit seinem Schweiß und Blut erhalten muß, noch nicht hinreiche, im Vaterlande die gesetzliche Ordnung selbstständig zu wahren? Reichsminister v. Peucker wird die ihn betreffende Interpellation am nächsten Montag beantworten. Lassalle richtet an den Reichsminister der Justiz die Frage, was er gegen den Verfasser des Aufsatzes, „die Ermordung des Robert Blum und die Mehrheit der Nationalversammlung“ in der sogenannten deutschen Reichstagszeitung vom 24. Novbr. gethan, in Betracht des Gesetzes vom 10. Octbr., wonach eine Schmähung der Versammlung oder eines Theiles derselben mit zwei Jahren Gefängnißstrafe geahndet wird. Lassalle citirt in seiner Interpellation u. A. die Stelle des Artikels der Reichstagszeitung: „Winbischgrätz und die Camarilla in Olmütz würden die Ermordung Blum's nie gewagt haben, wenn nicht die Mehrheit der Nationalversammlung und ihr Geschöpf, die Centralgewalt, eine so jämmerliche Ohnmacht gezeigt hätten.“ (Mehrere Stimmen links: Ja wohl! Der Vorsitzende Rieffer ruft sie zur Ordnung.) Einige Stellen der Interpellation rufen auf der linken Seite Aeußerungen des Unwillens hervor. Der Präsident bemerkt, er könne in diesen Stellen keine Verletzung der Minorität erblicken; denn er sey überzeugt, daß keine Minorität an jenem infamen Artikel Antheil habe. Nachdem Lassalle geendigt, erhebt Rößler von Oels gegen den Präsidenten Beschwerde, weil er einestheils verletzende Ausdrücke (wie knabenhafte Angriffe u. s. w.) ungerügt gelassen, anderntheils selbst einen Zeitungsartikel, über den noch kein gerichtliches Urtheil vorliege, infam genannt habe. Rieffer beantragt, die Beschwerde an den Ausschuß für die Geschäftsordnung zu verweisen; er werde hoffentlich nicht lange mehr den Vorsitz zu führen haben, und fühle, daß ihm die nöthige Kaltblütigkeit fehle. Sodann beantwortet der Reichshandelsminister Duckwitz mehrere Interpellationen v. Reden s und der Reichsminister v. Schmerling die Interpellation Levysohn's in Bezug auf die preuß. Frage. Er weist besonders den Vorwurf zurück, als hätte das Reichsministerium in der Ansprache an das Volk nicht alle Theile des Beschlusses der Nationalversammlung verkündigt. Für den abwesenden Reichsminister erwidert auf die Interpellation Baurk von Oedingen wegen der militärischen Besetzung Sigmaringen: die dort eingerückten Truppen gehörten zu dem bayr. Truppenkorps an der Iller. Die Disloktation der Truppen sei Sache des Oberbefehlshabers; übrigens sey Befehl gegeben, die ärmeren Gemeinden möglichst zu schonen. Zustimmlicher Mohl antwortet auf die Interpellation von Lassaulx: der fragliche Artikel der Reichstagszeitung sey allerdings amtlich der betreffenden Behörde unter Hinweisung auf das Gesetz vom 10 October mitgetheilt worden. Auf die Interpellation Bergers erklärt er wiederholt, daß das Reichsministerium sich an das österreichische Ministerium wegen sofortiger Aufordnung der Bukharbsmaßregeln gewendet habe. Die Interpellation Blumröder's wegen die politischen Vereine in Bayern betreffend, bemerkt der Minister, das Reichsministerium habe von den Einzelregierungen bloß statistische Notizen verlangt und durchaus keine Untersuchungen v. kgl. bezweckt; für Uebergriffe einzelner Beamten könne man es nicht verantwortlich machen. Hiergegen sey zunächst der Rekurs an die betreffenden Behörden zu ergreifen. Die Tagesordnung führte sodann zur Berathung über die Aufhebung der Zitzgölle, an welcher der Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses, Abg. Francke, dann M. Mohl und Handelsminister Duckwitz Theil nahmen. Unter mehreren Anträgen wurde ferner von Fallati und Koch (siehe gestrige Zeitung) angenommen. Ueber die Beschwerden der Segelschiffer auf dem Rhein wurden nach einer Berathung, an welcher Francke, M. Mohl, Kolb, v. Herrmann, Fallati und Raveaux Theil nahmen, folgende Beschlüsse gefaßt: 1) es sey die Centralgewalt zu ersuchen, dem Reichsministerium des Handels aufzugeben, wegen Einwerfung einer neuen Flußschiffahrtsordnung durch die Reichsgesetzgebung, sobald als irgend thunlich, die vorbereitenden Einleitungen zu treffen und hierbei vorliegende Anträge in geeigneter Weise zu berücksichtigen. 2) die Centralgewalt zu ersuchen, nach vorgängiger näherer Prüfung bei den betreffenden Einzelstaaten angelegentlich dahin zu wirken, daß die Verschiedenheiten, welche bei der Zollbehandlung und sonstigen Abfertigung, so wie bei der Besteuerung, zwischen Segelschiffen und Güterdampfschiffen etwa bestehen, bald thunlichst, resp. für beseitigt erklärt und auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Weise abgeändert werden. 3) Die übrigen Beschwerden an die Centralgewalt zur kräftigsten Verwendung bei den Einzelstaaten zu verweisen. Auf der Tagesordnung stand sodann die Berathung über das Kapitel „vom Reichstag.“ Boreck berichtete Dahlmann im Namen des Verfassungs-Ausschusses über einen präjudiellen Antrag von Waxorf, Rühl und Genossen: „diesen Theil des Verfassungsentwurfs nicht eher auf die Tagesordnung zu bringen, bis

Digitized by Google

das Gutachten des Verfassungsausschusses über die Organisation der vollziehenden Gewalt vorliege." Der Ausschuß beantragt Ablehnung des Antrags. Nachdem Frödel, Watz und v. Waydorf gesprochen und Letzterer seinen Antrag dahin modifizirt hatte, daß wenigstens Art. V (welcher das gegenseitige Verhältniß des Reichstags und der Reichsgewalt betrifft) ausgesetzt bleibe, bis ein Beschluß über die Exekutivgewalt vorliege, wurde abgestimmt und der Waydorfsche Antrag abgelehnt. Weiter beantragte Dahlmann Namens des Verfassungsausschusses, daß 1) jede Woche zwei nachtägige Sitzungen zur Berathung über die irrigirten Grundrechte und zwei auseinanderfolgende Sitzungen zur Berathung über den Reichstag und die noch rückständigen Theile der Verfassung bestimmt, auch für das Kapitel vom Reichstag die zweite Lesung angeordnet, und 3) §. 3 desselben (welcher die Zahl der Mitglieder des Staatenhauses für die einzelnen Staaten festsetzt) die Mediatisirungsfrage auf die Tagesordnung gebracht werde. Wigard beantragt dagegen: daß erst die Grundrechte berathen oder doch wenigstens die nächste Woche ihnen ausschließlich gewidmet werde. Nach einigen Bemerkungen Langerfeld's und Partaix's wurden die Aufschußanträge angenommen, der Wigardsche verworfen. Eisenstuck beantragt, eine fünfte Sitzung wöchentlich zur Berathung der vorliegenden Ausschußberichte verwendet werde. Dieß wird angenommen, dagegen ein Antrag Frödel's: die beiden ersten Tage der nächsten Woche den Grundrechten zu widmen, mit 217 gegen 178 Stimmen verworfen. Tagesordnung für nächsten Montag ist demnach die Berathung über den Reichstag, vorher Präsidentenwahl. Ueber einen Antrag von Pickert wegen abgekürzten Wahlverfahrens wird der Geschäftsordnungs-Ausschuß zu berichten haben.

Gesetzentwurf. Der Reichstag. (Fortsetzung und Schluß). §. 12. Die Mitglieder des Reichstages beziehen ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Den Mitgliedern des Staatenhauses werden die Tagegelder und Reisekosten von dem Staate, der sie gesandt hat, den Mitgliedern des Volkshauses aus der Reichskasse gezahlt. §. 13. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instructionen in ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden. §. 14. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein. Art. 5. §. 15. Zu einem Beschl. eines jeden Hauses des Reichst. ist die Theilnahme von wenigstens einem Drittel der gesetzlichen Anzahl seiner Mitg. und die einfache Stimmenmehrheit erfordertlich. Im Falle der Stimmengleichheit gilt die Meinung als abgelehnt betrachtet. §. 16. Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Competenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind (Abschnitt von der Reichsgewalt, Art. XIII. §. 58 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. §. 17. Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung, so wie der Anklage der Minister, steht jedem Hause für sich zu. §. 18. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. §. 19 Bei Ausübung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugnisse ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstages in folgenden Fällen erforderlich: 1) Wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt. 2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuer oder Matricularbeiträge erhebt. 3) Wenn von Reichswegen Banken angelegt oder bewilligt werden. 4) Wenn die Steuererhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist (siehe Reichsgewalt §. 37.) 5) Wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden. 6) Wenn Handels-, Schifffahrtsverträge und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, so wie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten. 7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile den deutschen Zollgebiet angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen. 8) Wenn deutsche Landestheile abgetreten, oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen. Art. VI. §. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angezeigt, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. §. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wiederzuberufen. §. 22 Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. §. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags. Art. VI. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vicepräsidenten für sich, und zwar für die Dauer einer ganzen Sitzungsperiode. §. 25 Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. §. 26 Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. §. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und ausserdem zu erhalten so wahr mir Gott helfe." §. 28 Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses; eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt, und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet. §. 29. Weder Ueberdringer von Bittschriften noch sittenhaft Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. §. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet. Art. VII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. §. 32. In diesem letzteren Fall ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff eine Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. §. 34. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich verfolgt oder außerhalb der Versammlung seiner Amtsthätigkeit gezogen werden. Art. IV. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen, und von denselben gehört zu werden. §. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. §. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses seyn. §. 38 Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Frankfurt, 29. Nov. An die Stelle des in das österreichische Ministerium berufenen Herrn v. Bruck ist der bisherige Ministerpräsident bei der freien Stadt, Frh. v. Menshengen, zum kaiserlich österreichischen Bevollmächtigten ernannt worden. (A. Z.)

München, 2. Dec. Die vier Bataillone der beiden Infanterieregimenter, die heute und morgen von der Grenze hieher zurückkehren, müssen auf Befehl der Reichszentralgewalt ihren bisherigen Präsenzstand vorerst beibehalten, um, wenn nöthig, sofort wieder an die Grenze marschiren zu können, wofelbst auch ein Theil des dort stehenden bayerischen Armeekorps bis auf Weiteres zu verbleiben hat. Die Mannschaft der fünf Infanteriebataillone, die bisher hier waren, wird zum größten Theil in Urlaub entlassen, nur 25 Mann per Kompagnie bleiben im Dienst, so daß durch die Rückkehr der beiden Infanterie Regimenter keine Verstärkung der hiesigen Garnison eintritt, wie vielfach aus leicht zu errathenden Gründen behauptet wurde. (K. v. u. f. D.)

Nürnberg, 4. Dez. (Dienstesnachrichten:) An das neugebildete Kreis- und Stadtgericht Aichach wurden ernannt: Als Direktor: der Appellationsgerichtsassessor Preil von Neuburg als Räthe: 1) Landgerichtsassessor Stöcel von Wertenfels (Gotmisch), 2) Landgerichtsassessor Graßner von Brückenau, 3) Kreisassessor Dr. Zeller von Augsburg, 4) Protokollist Stadtgerichtsassessor Deuringer von Augsburg, 4) Protokollist Wenzelnitter von Augsburg; als Assessoren: der Landgerichtsassessor Sedelmayer von Schrobenhausen und der Appellationsgerichtsaccessist Bachmayer aus Pfaffenhofen; als Protokollist: Rechtspraktikant Adam, und als Schreiber: Diurnist Eg-

Digitized by Google

ner von Neuburg. — An das neue Kreis- u. Stadtgericht Wasserburg als Direktor: der Landrichter Eder von Landau in Niederbayern; als Räthe: 1) der Landgerichtsassessor Michel von Rain, 2) der Landgerichtsassessor Breitenbach von Lohingen, 3) der Kreis- und Stadtgerichtsassessor Musinan von München, 4) der Kreis- und Stadtgerichtsprotokollist Geier von dort; als Assessoren: der Landgerichtsassessor Pfeufer von Freising und der Appellationsgerichtsaccessist Oberst, der Zeit in München; als Protokollist der Rechtspraktikant und Advokatenkonzipient Fleiß a, der Zeit in Wasserburg; als Schreiber: der Kreis- und Stadtgerichtsdiurnist Greif in München. — Zum Kreis- und Stadtgerichtsdirektor in Landshut wurde befördert der Appellationsgerichtsassessor Dr. Barth. Mayer von Freising, zu Räthen: am Kreis- u. Stadtgericht Regensburg der Kreis- u. Stadtgerichtsassessor Hautenthaler daselbst, die Kreis- und Stadtgerichtsräthe Scherr von Schweinfurt, Rumpler von Amberg, und der Landgerichtsassessor Kliy von Stadtamhof; am Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: der Kreis- und Stadtgerichtsrath Frhr. v. Kreß in Aschaffenburg als Rath extra statum, als Assessor: Appellationsaccessist Otto v. Reichert in München, und als Protokollist der Protokollist Hunger von Fürth; am Kreis- u. Stadtgericht München: zum Rath der dortige Assessor Fleißner, als Rath extra statum der Kreis- u. Stadtgerichtsassessor Deutter aus Nürnberg; als Assessoren: der Assessor Kleinschrodt von Augsburg und der Landgerichtsassessor Keller von Oberviehen, als Protokollist der Appellationsgerichtsaccessist Dr. May aus Bamberg; zum Rath am Kreis- und Stadtgericht Fürth der Protokollist Landmann von Nürnberg. (K. v. u. f. D.)

Mannheim, 30. Novbr. Bis den 10. Dec. sollen Struve und Blind vor das Geschwornengericht in Freiburg gestellt werden. Es wird bei diesen nach dem Gesetzentwurf gehandhabt werden, da es erst die März ins Leben treten soll. (D. Z.)

Berlin, 1. Nov. Der gestern früh von der bewaffneten Militärgewalt ausgeführte Ueberfall von Deputirten überrascht alle friedlichen ältlichen Verkommnisse an roher Brutalität und Gesetzwidrigkeit. Man brach hier Thüren auf in eine Privatwohnung ein (es war die des Abg. Hildenhagen), ließ durch den Schlosser alle Spinden und Kasten aufbrechen, nahm alle Papiere, selbst Obligationen und Schuldscheine, mit sich fort. Der anführende Offizier verweigerte wiederholentlich die Nennung seines Namens, man hielt die Abgeordneten Rodbertus, Phillips, Kirchmann, Schneider längere Zeit mit Gewalt gefangen. Die Abgg. Rodbertus und Hildenhagen haben mir mitgetheilt, daß gerichtsherren hiesigen Justizen Rathe gepflogen, was solchen Gewaltthaten gegenüber rechtlich zu thun sei, haben sich aber überzeugen müssen, daß man eben nichts thun könne, da der Staatsanwalt die Klagen, als nicht zu seiner Kompetenz gehörig, zurückweist. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 1. Decbr. Der König und die Königin empfingen vorgestern, am Tage ihrer silbernen Hochzeit, im Stadtschlosse zu Potsdam noch viele Deputationen aus der Provinz Brandenburg und auch aus entfernten Landestheilen. Im Gefolge des Königs befanden sich unter Andern auch die Generale der Cavalerie Graf Brandenburg und v. Wrangel. Im Namen des Berliner Magistrats hielt der Bürgermeister Naunyn bei Ueberreichung des Glückwunschschreibens, eine Ansprache, an deren Schlusse er den Wunsch aussprach, daß, wie über dem Herzensbunde des Königspaars der Gottessegen gewaltet, so auch der Bund zwischen dem Königshause und dem Volke stets in Liebe und Treue von Geschlecht zu Geschlecht dauern möge. Der König erwiderte, hieran knüpfend, daß, da von der Treue gesprochen, er auch von seiner Treue reden wolle. Die Treue nehme aber, unter andern Verhältnissen, auch eine andere Gestalt an. Der Weg, den er jüngst betreten, sey seinem Herzen schwer geworden, aber Pflicht und Gewissen hätten es so geboten, zum eigenen Besten der Stadt, der alten, guten Stadt Berlin, welche der König habe befreien müssen von den Menschen des Bluts, der Tyrannei und der Knechtschaft. Die Stadt Berlin möge und könne jedoch überzeugt seyn, daß er nicht weichen würde von Dem, was zugesagt worden, vielmehr treu daran halten wolle. (Hier reichte der König dem Bürgermeister die Hand.) Die Stadt könne stets auf die kgl. Unterstützung rechnen. Der General Wrangel bemerkte nun, daß die Männer des Magistrats sich in dieser Zeit um Erhaltung der Ruhe sehr verdient gemacht und durch ihre Ansprache an die Mitbürger auch in weitern Kreisen verdienstlich gewirkt haben. Der König entgegnete darauf, daß die Ansprache ein geschichtliches Dokument und das Schönste sey, was er seit längerer Zeit beratungen gelesen habe. Er wisse auch, daß die Herren vom Rathe der Stadt Berlin in dieser Zeit durch Kopf, Herz und Feder Gediegliches wirken können. Auch die Königin wie der Prinz von Preußen unterredeten sich mit den Mitgliedern der Deputation. (D. A. Z.)

Berlin, 2. Decbr. Die hier zurückgebliebene Majorität der Nationalversammlung hat in einer geheimen Sitzung am 27. Nov., dem Tage, wo die Sitzungen in Brandenburg beginnen sollten, eine Proklamation an ihre „Mitbürger“ erlassen, worin sie ihre Handlungsweise rechtfertigt.

Berlin, 2. Dezbr. Den Soldaten der hier zusammengezogenen Truppentheile war bisher außer der Feldzulage von 1 Sgr. 4 Pf. täglich pro Kopf auch noch seit ihrem Einmarsche in Berlin eine außerordentliche Zulage von 1 Sgr. 1 Pf. gezahlt worden. Ebenso wurde ihnen Morgens Kaffee und Abends Suppe verabreicht. Letztere Begünstigungen sind bereits seit einigen Tagen aufgehoben, und die Zahlung der außerordentlichen Zulage von 1 Sgr. 1 Pf. soll mit dem 11. Dec. auch eingestellt werden. — Die Zahl der Denunciationen, unter denen sich viele anonyme befinden, wächst mit jedem Tage mehr. Verschiedenartigkeit der politischen Ansichten ist meist das Motiv der Denuncianten. Es sind natürlich nur politische Verbrechen und unter diesen zumeist Majestätsbeleidigungen, welche zur Anzeige kommen. (D. A. Z.)

Die pommersche Landwehr ist heute hier eingerückt, um einige andere von hier abgegangene Bataillone von der Linie zu ersetzen. Der Prinz von Preußen mit seinem Sohn und seiner ganzen Suite war eigens vom Babelsberg dazu hierher gekommen, um vereint mit dem General Wrangel diese Landwehrregimenter zu empfangen und feierlich einzuholen. Es war seit dem 18. März das erste Mal, daß der Prinz wieder durch die Straßen Berlins ritt.

Brandenburg, 1. Dec. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung noch über den Simons'schen Antrag durch Namensaufruf abgestimmt. Es enthalten sich über 100 Abgeordnete, 73 stimmten für den Antrag, 82 dagegen. Derselbe ist verworfen und der Präsident erklärt, er werde das Staatsministerium von dem Resultat in Kenntniß setzen und demselben die Ergreifung geeigneter Maßregeln überlassen. Abg. Baumstark stellt schließlich den Antrag: Die Versammlung wolle den Präsidenten ersuchen, die nächste Sitzung zum 7. Dec. anzusetzen. Abg. Kuntz will die nächste Sitzung morgen, und verstehet, daß die Versammlung morgen beschlußmäßig seyn werde. Abg. Baumstark's Antrag wird mit 72 gegen 61 Stimmen angenommen.

Der Präsident v. Unruh hat gestern den Brandenburg aus sämmtliche Mitglieder der Nationalversammlung zur heutigen Sitzung einberufen. Die hier anwesenden Mitglieder des linken Centrum und ein Theil der Linken, wie Jung, Grebel, Körgen u. A. sind diesem Rufe heute morgen gefolgt und nach Brandenburg gereist. Da jedoch die gestern im dortigen zurückgebliebene Rechte mit 72 gegen 61 Stimmen beschlossen hat, sich bis Donnerstag zu vertagen, so wird die in Brandenburg versammelte Opposition unter dem Präsidium Unruh's heute nur eine Privatberathung halten und sich wo möglich mit der Rechten dahin verständigen, daß am 6. Decbr. die Sitzungen der Nationalversammlung unter Vorsitz des Herrn v. Unruh beginnen können.

Stettin war am 29. Nov. zur Feier der silbernen Hochzeit des Königs festlich erleuchtet. Die Demokraten, die nicht erleuchtet hatten, überzeugten sich hinter ihren eingeworfenen Scheiben bald, welche Erleuchtung die Stettiner jetzt wünscht, schreibt die Neue Preußische Zeitung.

Der fürstlich wiedische Rendmeister Reinhardt in Dierdorf, welcher mit einer bedeutenden Summa Geldes (Gold und Cassen-Anweisungen) am 28. Nov. nach Neuwied ritt, ist nicht weit von dort im Walde von 3 Räubern überfallen worden, als er zufällig vom Pferde stieg, um den Sattelgurt anzuziehen. Die Räuber haben ihn von hinten gepackt, ins Gebüsch gezogen und ihn dann mit seiner eigenen Pistole, die er bei sich führte, durch 2 Schüsse tödtlich verwundet, worauf sie ihm Geld und Uhr abnahmen und ihn liegen ließen. Bald darauf wurde er von einem vorbeifahrenden Wagen aufgenommen und nach Köln gebracht. Man fürchtet daß die Thäter zu einer förmlich organisirten Räuberbande gehören, von der wir vielleicht noch mehr entsetzliche Thaten zu erwarten haben. (K. Z.)

Wien, 30. Nov. Nächst Ungarn und Kremsier ist es Frankreich, das die Blicke auf sich zieht, und man ist auf die bevorstehende Präsidentenwahl um so mehr gespannt, als sich durchaus noch keine Prognose stellen läßt; sehr glaubwürdig ist jedoch, daß eine Allianz zwischen Rußland, Preußen, Oesterreich und England, über welche bereits eine Interpellation in Frankfurt stattfand, für den eventuellen Fall geschlossen ist, als Ludwig Napoleon's Erwählung zum Präsidenten an die Eroberungsgelüste seines Oheims

Digitized by Google

ernstlich mahnen sollte. — Die hiesigen Frankfurter Wähler haben zwei Recessen, die eine an den Kaiser, die andere an die protestirenden Abgeordneten erlassen. In beiden spricht man sich mit Entschiedenheit für die unverletzte Integrität eines einigen und großen Oesterreichs, für einen Anschluß an Deutschland aber nur unter Bedingungen aus, die demselben nicht nahe treten.

Wien, 26. Nov. Morgen soll wieder eine kriegsrechtliche (nicht standrechtliche) Hinrichtung stattfinden — als Verurtheilter nennt man den Baron Schlechta. Welcher Act der Eintracht ist, welchen die häufigen Hinrichtungen auf das Volk machen, zeigt sich am deutlichsten in einer Art von Kultus, welchen es den Todten stiften weiht. Hunderte von Menschen belagern sie täglich ernst und schweigend. Jeder Blutstropfen wird abgewischt, der vom Blut der Verurtheilten getränkt, und als Reliquie aufbewahrt. Oft sieht man sogar die Erde jener Stellen auftrazen und in Tüchern wegtragen. — Ein Plakat der Stadthauptmannschaft fordert heute auf, Gegenstände, welche durch die „letzten Ereignisse" in andere Hände als die der ursprünglichen Eigenthümer gerathen seien, gegen Zurückstellung des Erstehungspreises dem wahren Eigenthümer zurückzugeben. Diese angeführten „Ereignisse" beziehen sich auf die Plünderungen der Kasernen am 26. und 28. Okt., welche in den folgenden Tagen bis zum 6. Nov. ihren Raub öffentlich in den Wohlfahrten und in der innern Stadt am Peter, auf der Neuanstatt 2c. verkauften. Sie kamen in Wagen und Kisten förmlich zum Markt. Gegenstände von Gold oder Silber nahmen sie jedoch meistens mit. (D. Z.)

Prag, 1. Dec. Mit ungeheuer Spannung sah man hier dem Progamm des Ministeriums entgegen. Die czechische Partei, die nicht immer mit den Ansichten der sie vertretenden Deputirtenkammer übereinstimmt, findet in diesem Programm keineswegs was sie erwartete. Die Stelle bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland ist keiner Partei recht. Die Czechen erwarteten die von ihnen vertretene Idee eines Bündnisses mit Deutschland in dem Programm verwirklicht, sahen aber mit Staunen, „man wolle den Bundespflichten" genügen ohne die Feststellung dieses Verhältnisses. „Welch ein vager Ausdruck!" sagen die Czechen, könnte man nicht daraus die völlige Anerkennung der Centralgewalt folgern? Noch weniger zufrieden sind aber die Deutschen, denn wer den diplomatischen Styl kennt weiß, was man bezüglich des Anschlusses an Deutschland nach dieser Erklärung zu erwarten hat.

Prag, 1. Dec. Die Programme des linken Centrums und das der Linken im österreichischen Reichstage, die gestern und heute hier bekannt wurden, haben sehr großes Aufsehen erregt. Vor Allem fällt es auf, daß die Linke, die bisher die Idee der Centralisation Oesterreichs so mächtig vertrat, nun plötzlich die ursprünglich von der czechischen Partei angetragene Idee der Föderation Oesterreichs in ihr Programm aufgenahm. Allein diese Sinnesänderung hat sehr gewichtige Motiven. Die Linke des Reichstags wollte und will noch heute eine innige und dauernde Verbindung mit Deutschland. Bei dem Widerwillen des größern Theils der slawischen Paetei gegen jede Verbindung mit Deutschland sahen sie die Unmöglichkeit, auf dem Wege der Centralisation ihr Ziel zu erreichen, sehr wohl ein, und kamen daher zur Annahme eines Föderativstaates, wo wenigstens der deutsche Theil Oesterreichs für die innige Verbindung mit Deutschland gerettet werden kann. Alle Parteien sind nun darin einig, daß die Constituirung des neuen Oesterreichs nur durch Gründung eines Föderativstaats möglich sei. Die Linke will eine Eintheilung Oesterreichs als eines Föderativstaats in fünf Nationsstaaten: 1) Polnische, 2) Czechische, 3) Slowenische, 4) Deutsch-, 5) Italienisch Oesterreich, mit möglichst genauer Sonderung der Nationalitäten, an der Spitze eines jeden Nationalstaats ein Staatssecretariat, das dem Parlamente des Staats verantwortlich ist. Der Centralgewalt sind gewisse Gegenstände von allgemeiner Wichtigkeit reservirt. Die gesetzgebende Gewalt übt der Staat aus, der aus einer Kammer besteht, und theils durch directe Wahl aus dem Volke hervorgeht, theils durch Wahl aus einzelnen Parlamenten gebildet wird. Das linke Centrum will zwei Kammern, von denen die erste aus von den Provinziallandtagen gewählten Beetretern, die zweite aus den vom Volke gewählten besteben soll.

Schweiz.

Aarau, 23. Novbr. Es heißt hier beute allgemein, seit gestern Nachmittag sey längs dem Rhein eine Zetalsperre gegen die Schweiz eingetreten. Offizielle Berichte sollen noch keine eingetroffen seyn. Der Erjäbler von St.. Gallen bringt hierüber aus Been unterm 26., 6 Uhr Abends, folgendes: „Die deutschen Maßregeln werden besteben: 1. Stadium: Aufbebung schweizerischer Zollbegünstigung: 2.: höchste Differenzialzölle für Schweizerwaaren; 3.: Fruchtsperre." (D. Z.)

Italien.

Briefe aus Rom vom 25. Nov. Abends melden die in der Nacht vom 24. auf den 25. erfolgte Flucht des Papstes nach Civita vecchia, wo er sich an Bord der französischen Schiffe begeben haben wird. Der französische Gesandte hatte Se. Heil. begleitet. Die römische Kammer bildete permanente Sektionen. Canino, der Napoleonide, der in Italien dasselbe Spiel zu beabsichtigen scheint, wie Ludwig Bonaparte in Frankreich, drang auf augenblickliche Berufung der italienischen Constituante, wurde aber von dem Ministerium, in dem freilich sein Secretär, Sterbini, sitzt, wenigstens zum Schein bekämpft. Diese nach Italien hinüber erstreckende napoleonische Verzweigung dürfte Cavaignac's Interventionsbeschluß bestärkt haben. Der bayerische Gesandte begab sich von Rom nach Neapel. Die Ruhe war bis zum 25. Abends nicht gestört worden. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 30. Novbr. Die Nachrichten aus Rom geben bis zum 23. Das Progamm des neuen Ministeriums ist gemäßigt und ward deßhalb auch bereits von der exaltirten Partei heftig angegriffen. Der Papst war im Quirinal von einer Volksmenge der Nationalgarde erwacht. In Forkana setzte die exaltirte Partei fast alle Wahlen durch und in Pisa und Florenz hatten bei den Wahlen bereits ernste Unordnungen Statt gefunden.

Neueste Nachrichten.

* Paris, 1. Decbr. Der französische Consul an den Ministee des Auswärtigen. „Der Papst hat Rom am 24. um 5 Uhr Abends heimlich verlassen. Rom ist ruhig und gleichgültig. Der Papst begibt sich nach Frankreich. Der Dampfer Leviate hat sich nach Gaeta begeben, um ihn zu empfangen. Das Ministerium Mammiani hat von der Kammee ein Vertrauensvotum erhalten."

Der Papst ist somit in diesem Augenblicke auf französischem Boden und wird, wie es heißt, sich ohne Aufenthalt nach Paris begeben, wo er noch vor dem 10. December, also vor der Präsidentenwahl eintreffen kann. Die Consequenzen dieses Ereignisses sind unberechenbar. Die Expedition von Marseille geht unter diesen Umständen nicht mehr nach Civitavecchia ab und die Frage hat sich sehr vereinfacht.

Anzeigen.

Wahlmännerversammlung.

Sämmtliche, für Donnerstag den 7. d. M. hieher berufene, **Wahlmänner** werden auf

morgen Mittwoch den 6. d. M. Abends 7½ Uhr

zu einer gegenseitigen Besprechung über die bevorstehenden Wahlen in den Saal des Gasthofs zur Sonne eingeladen.

Diese Versammlung soll auch denjenigen Männern, welche als Candidaten für die Wahl aufgetreten sind oder noch aufstreten wollen, Gelegenheit geben, allen Wählern sich bekannt zu machen.

Bayreuth, am 5. Decembre 1848.

Einige Wahlmänner.

Künftigen Freitag den 8. d. M. öffentliche Sitzung des Gremiums der Stadtgemeindebevollmächtigten. Die Tagesordnung ist 24 Stunden zuvor am schwarzen Brett des Rathhauses angeschlagen.

Einladung.

Der **Bauern-Verein** stellt an alle Wahlmänner das freundschaftliche Ersuchen, nächsten Donnerstag den 7. December Vormittags 8 Uhr, als vor und während der Wahl, an dessen Berathungen im kleinen Saale zur Sonne in Bayreuth Theil zu nehmen.

St. Johannis, am 3. Decembre 1848.

Der Vorstand des Bauern-Vereins.

Guten Gänsefett ist zu haben im Hause Nr. 482 parterre in der Judengasse.

Ein moderner Schreibsecretär von Nußbaumholz, und ein Kleiderschrank ist zu verkaufen beim Schreiner Müller.

Auf Verlangen

ist die Ausstellung von Kunst und Naturerscheinungen nebst lebenden Thieren noch bis Sonntag von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends zu sehen. Eintrittspreis für Erwachsene 6 Kreuzer, für Kinder 3 Kreuzer. Das Lokal ist im goldnen Adler und die Zimmer sind geheizt.

J. Knillinge.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag Nro. 340. 7. December 1848.

Deutschland.

München, 3. Dez. Die Personalordnungen für unser neues Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind nunmehr erfolgt, und dadurch das bereits seine Thätigkeit begonnen. Hr. v. Bever hat es mit einer in unserer Zeit seltenen Bescheidenheit abgelehnt die hervorragende Stelle eines Staatsministers einzunehmen, sich dagegen bereit erklärt dem Ministerium in irgend einer untergeordneten Stellung seine Kräfte zu widmen. Se. Maj. der König hat daher dem Minister des Aeußern, Grafen v. Bray, einstweilen die oberste Leitung des Handelsministeriums übertragen, Hrn. v. Bever aber zum ersten Ministerialrathe mit der einer Stellung eines Unterstaatssecretärs gleichkommenden Befugniß ernannt.

München, 4. December. Nachdem an allen Straßenecken angeschlagenen Programm wird die Leichenfeier für Robert Blum, die heute Abend stattfindet, sehr großartig werden. Gegen 1200 Fackelträger werden mit Fahnen, Musik und Gesangkorps den Zug bilden, der sich von der Ludwigstraße durch mehrere Hauptstraßen der Stadt nach dem Dultplatze begibt, wo einige Reden gehalten werden sollen. Am Zuge werden Theil nehmen: Reiter mit weißen Schärpen, dann der demokratische Verein, der Handwerkerverein mit ihren Fahnen, 24 Knaben mit brennenden Kerzen, Studirende der Universität, Polytechniker, Turner, Bürger und Wehrmänner aus verschiedenen Ständen, einige Gesangvereine u. s. w. Die Wehrmänner, welche Theil nehmen, sind eingeladen, in Uniform zu erscheinen.

München, 3. Decbr. Veränderter Bestimmung zufolge hat der Generalmajor Graf Berri wieder als Kommandant der diesigen zweiten Infanteriebrigade zu verbleiben, wogegen der Generalmajor Graf Saporta als Kommandant der dritten Infanteriebrigade nach Augsburg beordert wurde. — Von dem nach Schwaben beförderten Truppenkorps ist nun heute auch das Infanterie-Leibregiment, welches in Stamaringen gestanden, wieder hieher eingezogen. Das Truppenkorps-Commando ist vorerst wieder hier haben, sondern hat noch weiteres (was zwar jetzt an dem Sitze Augsburg) nicht bisher unter dem Generallieutenant Divissonär Frhr. v. Gumppenberg fortzubestehen, um erforderlichen Falls über die in Bereitschaft stehenden Regimenter geeignet verfügen zu können.

München, 4. Decbr. Der bisherige Festungsbaudirektor von Ingelstadt, Ingenieurmajor A. Spieß, wurde zum Referenten im Kriegsministerium, dafür zum Festungsbaudirektor von Ingolstadt der im Kriegsministerium kommandirte Hauptm. Schmauß ernannt. Der Oberst und Flügeladjutant J. Ritter v. Hartmann und der Oberst und Flügeladjutant Frhr. v. La Roche wurden zu Generalmajors befördert.

Nürnberg, 5. Dezbr. In Folge der neuen Organisation der Gerichte und der dadurch bedingten Vermehrung ihres Personals haben ferner folgende Ernennungen stattgehabt: Als Protokollist zum Kreis- und Stadtgerichte München wurde der Protokollist Fuchs von Aschaffenburg versetzt; zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg der Protokollist Kirchbauer von Amberg ernannt; zum Rath extra statum am Kreis- und Stadtgerichte Würzburg der fürstl. löwensteinische Rath Steppes; zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg der Appellationsgerichtsaccessist Geismann in Ansbach; am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg: zu Räthen der Bezirksrichter Heberer in Landau, der Kreis- und Stadtgerichtsrath Böhm in Landshut; zu Assessoren: der Rechtspraktikant Hohenleitner von Landsberg und der Appellationsgerichts-Accessist Dr. Heinzelmann; zum Protokollisten der Accessist Löblein v. Fürth; am Kreis- und Stadtgericht Landshut: zum Direktor der Appellationsgerichtsassessor Prell von Neuburg; zu Räthen der Landgerichtsassessor Gmeiner von Vilsbeck und extra statum der Advokat Thoma von Regensburg; zum Protokollisten der Appellationsgerichtsaccessist Ditz am Stadtgericht Passau: zu Räthen die Landgerichtsassessoren Dr. Krüger in der Au und Schläfer in Passau; zum Assessor der Appellationsgerichtsaccessist Edenhofer, zum Protokollisten der Accessist Dallmayr; am Stadtgericht Straubing: zum Rath der Landgerichtsassessor Waltenberger daselbst, zum Assessor der Protokollist v. Schintling daselbst; am Stadtgericht Amberg: zu Räthen die Landgerichtsassessoren Engel von Amberg und Gerstner von Weilheim; zum Assessor der Landgerichtsassessor Schieder von Nabburg; am Stadtgericht Bayreuth: zum Rath der Stadtgerichtsrath Paschwitz von Fürth, zum Protokollisten der Accessist Röckelein in Bamberg; am Stadtgericht Ansbach: zum Rath extra statum der Landger.-Assessor Arnold in Ebermannstadt, zum Protokollisten der Accessist Hundertspfund in Regensburg; am Stadtgericht Erlangen: zum Rath der Avokat Gref von Nürnberg; am Stadtgericht Aschaffenburg: zum Rath der fürstl. Löwensteinische Justizrath Schmitt, zum Protokollisten der Rechtspraktikant Gerster von Marktsteft; am Stadtgericht Schweinfurt: zu Räthen der Patrimonialrichter Weber von Steinbach und der II. Landgerichtsassessor Eckart von Hofheim, zum Protokollisten der Appell.-Ger.-Accessist Schubert in Schweinfurt; am Stadtgericht Memmingen: zu Räthen der Landgerichts-Assessor Brand von Donauwörth und der Herrschaftsger.-Assessor Goßner von Weißenhorn; zum Assessor der Appell.-Ger.-Accessist Irsgius von Günzburg; am Stadtgericht Kempten: zum Rath der Landgerichts-Assessor Franz von Illertissen; zu Assessoren der Protokollist Hermersheim daselbst und der Rechtspraktikant Wibarth; zum Protok. der Accessist Lämminger von Landshut.

Nürnberg. Verzeichniß der von dem fränkischen konstitutionellen Kreis-Verein empfohlenen Landtagskandidaten: Aub, Dr., Rabbiner in Bayreuth. Bayer, Dr., Gymnasialprofessor in Erlangen. Bensen, Dr., Rektor der latein. Schule in Rothenburg a. d. T. Bever, v., Regierungsdirektor in Würzburg. Bloest, Dr., Arzt in Traunstein. Bothmer, Max Graf, Hauptmann in München. Bunte, Advokat in Bamberg. Closen, v., Gutsbesitzer in Gern. Deininger, Defan in Burgkunstadt. Dreyer, Kreis- und Stadtgerichts-Assessor in Nürnberg. Dyk, Kaufmann in München. Dotterweich, Kaufmann in Bamberg. Eisenbeiß, Rathsaccessist in Bayreuth. Feder, Ministerialrath in München. Feder, Major in Straubing. Fischer sen. Friedr., Fabrikbesitzer in Redwitz. Forster, Karl, Großhändler in Augsburg. Gebhart, Kaufmann in Nürnberg. Ghillany, Dr., Professor und Bibliothekar in Nürnberg. Glaß, Advokat in Landau (Ansbach). Gorup-Besanez, Dr., Privatdozent in Erlangen. Graf, Dr., Medicinalrath in München. Gramm, Appellationsgerichtsrath in Neuburg a. d. D. Griesmayer, Dr., Advokat in Neuburg a. d. D. Grünsfeld, Dr., Advokat in Fürth. Grundner, Bürgermeister in Ingolstadt. Händel, Fabrikant in Hof. Hänle, Leo, Fabrikant in München. Hegnenberg-Dux, Graf, in München. Hering, Staatsminister in München. Herme, Landgerichtsassessor in Kempten. Hering, Buchbinder in Nürnberg. Herrich, Dr., Arzt in Regensburg. Herrling, Seminarlehrer und Magistratsrath in Altdorf. Hofmann, Rathsaccessist in Nürnberg. Hopf, Dr., Oberappellationsgerichtsrath in München. Jaxeis, Fabrikant in Mündberg. Kalb, Dr., Kreis- und Stadtgerichtsassessor in Nürnberg. Karrer, Dr., gewesener Bürgermeister in Kempten. Klaus, Kaufmann in Kempten. Koch, Franz v., Gutsbesitzer auf Rohrbach. Korte, Advokat in Nürnberg. Kraft, Fabrikant in Dinkelsbühl. Kreisinair, Advokat in Bamberg. Lammers, Bürgermeister in Erlangen. Langgut, Bürgermeister in Herbrucck. Lerchenfeld, v., Staatsminister in München. Ley, Kaufmann in Fürth. Lüst, Advokat in Straubing. Lützelberger, Privatier in Nürnberg. Marsching, Pfarrer in Rasch bei Altdorf. Marx, Lippmann, Privatier in München. Meißer, Landgerichtsassessor in Gunzenhausen. Molitor, Justizministerialrath in München. Nägelbach, Dr., Professor in Erlangen. Neuffer, Kaufmann in Regensburg. Oelhafen, v., Hauptmann in Nürnberg. Pemsel, Advokat in Erlangen. Petersen, Oberappellationsgerichtsrath in München. Pfaff Dr., Studienlehrer in Nürnberg. Rauch, Dr., Redakteur der Bamberger Zeitung in Bamberg. Rehm, Landrichter in Herbrucck. Reichert, rechtskundiger Magistratsrath in Bamberg. Riemerschmied, Fabrikant in München. Ritter, Kreis- und Stadtgerichtsrath in Bayreuth. Rohmer, Friedrich, Literat in München. Rudhardt,

Digitized by Google

Advokat in Regensburg. Ruhrandl, Dr., Advokat in München. Schreung, Kaufmann und Magistratsrath in Ansbach. Scheurl, Dr. v. Schober, Prof. in Erlangen. Schmidlein, Dr., Prof. in Schobert, Rathsaccessist in Hof. Schüttinger, Dr., Rathsaccessist in Bamberg. Seidmayer, Gabriel, Bierbrauer in München. Seidelmann, Bierbrauer in Dinkelsbühl. Seuffert, Appellationsgerichtsrath in München. Tucher, v., Kreis- und Stadtgerichtsrath in Nürnberg. Ulherr, Hopfenhändler in Altdorf. Unbekannt bei Herdruck. Vollhart, Buchdrucker in Augsburg. Waldenfels, v., Kriminalassessor in Hof. Willich, Advokat-Anwalt in Frankenthal. Wurm, Dr., Gymnasialprofessor in Hof. Nürnberg, den 28. November 1848. Der Ausschuß des Vororts des fränkischen Konstitutionellen Kreisvereins.

Abdankung des Kaisers.

Leipzig, 4. Dec. Soeben erhalten wir pr. Estafette die Nachricht von Prag vom 2. December. Nachts 12 Uhr, daß der Kaiser an diesem Tage früh in Olmütz in Gunsten des Erzherzogs Franz Joseph abdicirt hat, und 12½ Uhr Nachts in Prag, zu allgemeinem Erstaunen sammt der Kaiserin eingetroffen ist. (D. A. Z.)

Aus Berlin vom 1. December schreibt die Nationalzeitung: Aus Quellen, die man gut unterrichtet nennen könnte, wenn in dieser Uebergangsperiode der Wolken und Geheimnisse es überhaupt noch möglich wäre, gut unterrichtet zu seyn, verbreitet sich das Gerücht, es sey die Schließung aller politischen Vereine für den Umfang des ganzen preußischen Staats im Werk. Ohne Zweifel würde diese Maßregel von vielen sie guthefsenden Stimmen begrüßt werden. Was aber würden dies für Stimmen sein? Außer den Stimmen der Freunde freier Institutionen, denen von Anbeginn das Associationsrecht ein Gräuel war, dürfte hieher nur eine kleine Zahl wahrer Freunde der Freiheit zu rechnen sein. Wir meinen die schwachen und ängstlichen Gemüther; dann jene Beute, die dem Vereinswesen fern standen und es nur aus einseitigen, meist einseitigen Berichten kennen lernten; endlich Solche, deren Geist, ermüdet von dem widerwärtigen Getreide der extremen Parteien, der Spaltte entgegen sehnt, wenn gewünscht werden, an Ende verzweifeln, weil der Anfang nicht ihren schönen Träumen entspricht. — Nach einer Mittheilung des Kriegsministeriums an den Abg. Haekort als Mitglied des Comités des Kreises Hagen [illegible] Jn Berlin verwundeten Soldaten, sowie für die Hinterbliebenen der Gefallenen eingegangenen milden Gaben, im Betrag 23,115 Thl. 17,900 Thl. vertheilt. (D. A. Z.)

Berlin, 3. Dez. Als Beweis des Umschwungs unserer Zustände möge folgendes dienen. Man erzählt hier als sicher, daß eine Criminaluntersuchung gegen Diejenigen, welche am 19. März d. J. das Haus des Majors Preuß, als einen Act der Volksjustiz für den demselben zugeschriebenen Verrath demolirten, eingeleitet worden ist. Wir wollen alle Reflexionen über diesen Schritt der Reaction unterlassen, müssen jedoch bemerken, daß unserer Ansicht nach Niemand über die Vorfälle des 18. und 19. März zur Untersuchung gezogen werden kann, da alle mit dieser Revolution in Verbindung stehenden Vergehen und Gesetzübertretungen durch die allgemeine Amnestie vom 20 März niedergeschlagen sind. Thatsache ist es, daß dieser Grundsatz von hiesigen Gerichten bei einem entgegengesetzten Fall, nämlich bei der Anklage eines Criminalcommissars, welcher am 18. März einen vom Militair gefangenen Barrikadenkämpfer angeblich barbarisch behandelte, geltend gemacht wurde.

Einer Mittheilung aus Brandenburg zufolge, sagt die Berlinische Zeitung, hätten die Mitglieder der rechten Seite, und viele, die sich ihnen angeschlossen, am 1. Decbr. Abends in Folge der Vorgänge in der Sitzung den Beschluß gefaßt, da auf gar keine parlamentarische Verständigung der Fraktionen, die in Berlin für sich getagt hat, mehr zu hoffen sey, auch ihrerseits nicht mehr in der Sitzung zu erscheinen, und die Krone zu bitten, die Versammlung nunmehr aufzulösen und eine Verfassung zu octroyiren, die bis zu einer neuen Berufung der verfassungsmäßigen Kammern in Gültigkeit treten, sodann aber durch einfache Majorität den etwa nothwendigen Abänderungen unterworfen werden solle.

Brandenburg, 2. Dec. Die von der Rechten ausgegebene lithographirte Parlamentskorresp. vom 2. Dez. schreibt nach Mittheilung der Erklärung des Abg. Schneider: Nach dem heutigen Tage kennen wir keine Zurückhaltung mehr. Mit der tiefsten sittlichen Entrüstung, die jeden Ehrenmann heute im Dome der Havelstadt ergriff, sprechen wir es aus: Sie haben mit Füßen getreten die Rechte des Volks, die Ehre der preußischen Nation, als deren Vertreter sie sich anzuerfen wollten, und sie haben mit Füßen getreten ihre eigene Ehre! — Der Verlauf der Sitzung ist bekannt; 145 gegen 113 Stimmen verwarfen den Antrag des linken Centrums auf sofortige Vertagung; 86 Mitglieder dieser Fraktion verließen darauf den Saal. Bei der Präsidentenwahl (welche auf den Abg. Walter aus Bonn gefallen sein würde) waren nur 172 Abwesende. Man beschloß darauf auf der Abg. Simon Antrag die Regierung durch den Präsidenten zu ersuchen, die Niedergetreter aller derer, welche bei dem ersten Namensaufruf unentschuldigt gefehlt, und aller derer, welche jetzt den Saal wieder verlassen, sofort einzuberufen. (D. A. Z.)

Coblenz, 1. Dez. Gestern Abend berichtet die „Rh.- u. M.-Z.“, hatte eine Anzahl Kriegsreservisten und Landwehrmänner mit Beobachtung aller gesetzlichen Vorschriften, in geschlossenen Saale von Colling eine Versammlung ausgeschrieben. Zur Zeit der Eröffnung hatte sich eine große Anzahl Soldaten des 26. u. Inf.-Reg. vor demselben mit Steingeweberen versammelt und ingem an, die Eintretenden ohne Veranlassung mit ihren Waffen zu mißhandeln. Es entspann sich dadurch ein Streit, in welchen mehrere Personen, Soldaten und andere, schwer verwundet oder gar getödtet wurden, in dessen Folge die ganze Stadt in die furchtbarste Aufregung kam, in der Oberpfarr- und in der Jesuitenkirche Sturm geläutet und die Thore geschlossen und militärisch besetzt wurden. Gegen 9 Uhr war wieder alles ruhig. Es ist an der abschlichen Provokat ion dieses Scandals durch die am 26. um so weniger zu zweifeln, als diese schon des Nachmittags allgemein mit Scheln gehen wurden und die zum vorgefertigen Tage noch nicht die mindeste Reibung zwischen Militair und Bürgern der Stadt gehabt hatte, es auch von Seiten der politischen Vereine sowohl als der einzelnen Bürger Grundsatz war, das Militär möglichst freundlich zu behandeln. (K. Z.)

Wien, 2. Dezbr. Unweit Angaen hörte man gestern eine starke Kanonade und Reisende die von dort kamen, erzählen von vielen Verwundeten und von einer rückgängigen Bewegung der k. k. Truppen. Matteo Padrovani aus Triest wurde zum Strange verurtheilt, das Urtheil jedoch duech den Fürsten Windisch Grätz in zweijährigen Festungsarrest gemildert. Zwei andere sind zu vierjährigem Festungsarrest und resp. fünfjähriger Schanzarbeit verurtheilt und das Urtheil bestätigt worden. (K. v. f. D.)

Ueber die obenerwähnte Affaire bei Angarn erfährt man [illegible] Jellachich'schen Truppen. Es scheint wenigstens [illegible] rischen Truppenkorps — man schätzte es auf 10,000 Mann — mache Miene, die gegenüberstehenden k. k. Truppen anzugreifen; worauf unverzüglich telegraphirt ward. Binnen drei Viertelstunden kamen bedeutende Kavalleriemassen herangesprengt. Der Angriff erfolgte nun wirklich von Seite der Ungarn, und ihre Kugeln flogen bis dicht zur Bahn heran, wogegen diesseits aus Feld- und Batteriegeschützen geantwortet wurde. Der kommandirende Stabsoffizier erhielt Befehl nicht über die March zu setzen, bevor Verstärkungen eingetroffen sind. So standen die Sachen um 11 Uhr Vormittags, nachdem das Feuern schon um 8 Uhr begonnen hatte. Nähere Berichte sind bis jetzt nicht eingelaufen; wie denn überhaupt der Nordbahnzug noch nicht angelangt ist. Schon gestern verbreitete Gerücht, daß die k. k. Truppen eine Niederlage erlitten, entbehrt allen Grundes. (K. v. u. f. D.)

Kremsier, 30. Nov. Unangenehm berührte die Anmeldung vom Austritte mehrerer Abgeordneten, welche die sogenannte gemäßigte oder aristokratische Partei unter den Polen vertreten, als Graf Potocki, Fürst Ludomirski, Graf Zamoyski ꝛc. Es sind treffliche Männer und gediegene Charaktere, und Ersterer besonders hat im Monat October allein die verlassene rechte Seite zu vertreten gewagt. Unter den neu eingetretenen Abgeordneten befindet sich kein vorragender Name. Die erwarten Antwort auf die letzte Interpellation des Abg. Schuselka blieb aus, da vom Ministerium Niemand als Kraus zugegen war. Die Militärdiktatur dauert also fort in Wien und trägt bereits ihre goldenen Früchte. Der Gemeinderath, die Handelsgremien, die Bankdirektion, kurz, das besitzende Wiener Bürgerthum begnügt sich nicht mit der Mißbilligung und Verwerfung der Octoberrevolution, sondern katzenbuckelnd kriecht es heran und belorbeert die eiserne Zuchtruthe der Generale, welche nicht blos den Aufstand unterdrückt, sondern leider auch Rache geübt haben, die Wien auch den Handen einer anarchischen Fraktion zuletzt retteten, aber die Regierung in einen Conflict in Deutschland brachten und die Liebe des Volks zur Dynastie duech ein Blutgericht verlöschten. Wieder wimmelt es in den Adressen von: Durchlaucht, Hochdieselben, tief empfundener Dank und ähnliche Rührereir aus der Garküche der Servilität und

Digitized by Google

Reaction. Diese Gemeinderäthe und Vorstände scheinen es nicht zu fühlen, daß sie ganz auf dersselben Stufe stehen mit einem Taufenau und Eckardt ꝛc., welche durch gleiche Reden, nur im entgegengesetzten Sinne, der Souverainetät des Pöbels hofften, wie jetzt der Souverainetät des Säbels hoffet wird. Die Roheit der sogenannten Demokraten steht in Parallele mit dem Egoismus dieser Bürger, die von Milde und Humanität schwärmen, während nutzlos und fruchtlos im Stadtgraben Leichen gemacht werden, und Tausende ihrer Mitbürger, ihrer Erkämpfer der Freiheit, wenigstens ihrer Befreier aus alter Knechtschaft, einem Martiaigerichte anheimgefallen sind. Die Kroaten plündern und brennen, wie eben Kroaten im Kriege plündern und brennen; sie sind dafür nicht anzuklagen, wie es Viele mit Unrecht thun. Aber ihren Dan dafür zu danken, der ohnmächtig ist, dem Plündern und Brennen Einhalt zu thun, ist eine Schmach für die wiener Bürger. Die Erbitterung, die sich darüber in allen Klassen der Vorstädte kund gibt, läßt einen offenen Bruch zwischen diesen und der innern Stadt auf lange Zeit und in gefährlicher Weise prophezeien. Die Revoltanten des 6. Octoder und ihre enttäuschten Theilnehmer setzen schon die Gefahr ein, in die sie eine nichtsnutzige Partei stürzte; aber nun und nimmer werden sie es ihren Mitbürgern verzeihen, daß sie kaum von der Flucht zurückgekehrt, die Besiegten noch durch solche Dankkränzen verhöhnen und sich den Stempel der Knechtschaft aufdrücken. So weit ist die Reaktion gediehen, die sich leider auch bei der Seelsorgsdistuirung der Grundrechte kundgibt. Weder die Presse noch das Volk befindet sich in unmittelbarer Nähe des Reichstags, und diesem mächtigen Einfluß entrückt, treibt der Egoismus der Peovinzen und Bezirke pfauenstolz hervor. Der trefflliche Entwurf wird einen harten Strauß bestehen müssen, und mancher Paragraph wird der Reaktion zum Opfer fallen. Aber gerade hierdurch bereitet sich im Stillen eine neue Revolution vor, nicht durch Emeuten und Worddthaten, sondern durch den unbefangenen Geist der Verständigen, die dem Volke seine Rechte wie der Krone ihre Zuvorkommnisse erstreben werden. Das Ministerium selbst steht durch sein Programm an der Spitze dieser Revolutien, denn „freisinnige und volksthümliche Institutionen“ sind niemals mit willkürlicher und unverantwortlicher Soldatenherrschaft zu vereinen; und wenn man auch schweigt über Das, was geschehen ist, muß man doch reden über Das, was nie mehr geschehen darf. (D. A. Z.)

Moldau und Walachei.

Bucharest, 5. Nov. Unterm 22. Oct. richtete der russische Staatsrath und Generalconsul Hr. v. Kotzebue folgende Note an den Kaimakam der Walachei: Da die in neuester Zeit ausgebrochenen Unruhen eine militärische Besetzung dieser Länder durch kaiserl. Truppen nothwendig gemacht haben, welche berufen wurden, um die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen, so bin ich beauftragt, der walachischen Regierung anzuzeigen, daß die Kosten ihrer Verpflegung den beiden Fürstenthümern zur Last fallen werden nach einer verhältnismäßigen Vertheilung unter ihnen, die ungesäumt gemacht werden wird. Se. Maj. der Kaiser, stets für das Beste jener Länder besorgt, die sich seines hohen Schutzes erfreuen, hat gnädigst zu befehlen geruht, daß, um die Verlegenheiten zu beseitigen, die die Verpflegung der Truppen verursachen könnte, der Walachei ein Darlehen von 300,000 Silberrubeln bewilligt werde, um die Kosten zu decken. Was die Rückzahlung dieser Summe, so wie der bis jetzt gemachten Vorschüsse betrifft, so werden später darüber die nöthigen Verfügungen getroffen werden. Demgemäß ersuche ich euere Excellenz, ersteres den Landesbewohnern diesen neuen Beweis von Sorgfalt (!) bekannt zu machen, durch den Se. Maj. der Kaiser geruht, ihrer gegenwärtigen Lage zu Hülfe zu kommen, zweitens die geeigneten Maßregeln gefälligst zu ergreifen, daß von den Lokalbehörden auf das kräftigste dahin mitgewirkt werde, daß die Verpflegung der Truppen zu den möglichst billigen Preisen geschehe; drittens aber öffentlich bekannt machen zu lassen, daß von jetzt an alle zum Gebrauch der Truppen nöthigen Produkte baar bezahlt werden. Ich habe die Ehre, mit vollkommenster Hochachtung zu sein, Ew. Excellenz ergebenster Diener K. v. Kotzebue. (K. Z.)

Von der russischen Grenze, 28. Nov. Von Brody bis Ostelug — eine Strecke von mehr als 20 Meilen — sind über 60,000 Mann russischer Truppen unter dem Oberkommando des Generallieutenant Saß aufgestellt. Die auf dem Kaukasus gegen die freien Gebirgsvölker erworbenen Lorbeeren soll der russische General nun auch auf Aufforderung Oesterreichs bei der Unterdrückung der von Polen oder Deutschen ausgehenden Aufstände ärnten. Die galizischen Gränzstädte leiden indessen schon jetzt durch die Nähe dieser ungebetenen Gäste. Jedwede Ausfuhr von Lebensmitteln aus Rußland ist streng untersagt, da selbst schon dort ein Mangel sich einstellt. Hier ist aber dadurch eine beispiellose Theuerung eingetreten, die bei der Stockung jedes Verkehres noch um so unheilbringender ist. Reisende ist die Gränze noch hermetisch gesperrt, und es ist selbst den reichsten und loyalsten Kaufleuten nicht möglich, die Erlaubniß zum Besuche des russischen Jellamtes, wenn auch nur auf wenige Stunden, zu erlangen. (K. Z.)

Italien.

Rom. Am 25. Nov. Abends hieß es: das ganze diplomatische Korps sei von Rom abgereist. Das Ministerium erließ alls es von der Flucht des Papstes Kunde erhalten, sogleich folgendes Proklama zur Beruhigung des Volkes: „Römer! Der Papst ist, verderblichen Rathschlägen nachgebend, in der heutigen Nacht von Rom abgereist. In diesen feierlichen Augenblicken wird das Ministerium dem Pflichten nicht entstehen, welche das Heil des Papstes ihm auferlegt hat. Alle Anordnungen sind getroffen, auf daß die Ordnung, das Leben und Eigenthum der Bürger gesichigt seien. Eine Komission soll sogleich ernannt werden, welche in Permanenz sitzen wird, um mit der ganzen Strenge des Gesetzes jeden zu strafen, der ein Attentat gegen die öffentliche Ordnung und das Leben der Bürger wagen würde. Alle Truppen, alle Bürgerwachen seien unter den Waffen in ihren Quartieren, bereit dahin zu eilen, wo man ihrer Hülfe bedürfen möchte. Das Ministerium wird, vereint mit der Repräsentantenkammer und dem Senat, jene weiteren Maßregeln fassen, welche die Umstände gebieterisch erheischen. Römer! vertraut euch würdig des Namens den ihr tragt, und anwortet mit Seelengröße auf die Verleumdungen eurer Feinde. (R. K.)

In Toskana herrscht vollständige Gesetzlosigkeit. Das aus den Tumulten von Livorno entstandene Ministerium Guerazzi-Montanelli, welches sich außer Stand sieht, die von ihm entfesselten Mächte zu zügeln, hat mit seinem Rücktritte gedroht. In Florenz und Pisa wurden die Wahlurnen, da die Abgeordnetenwahlen auf müßiedige Bewerbee stelen, vom Volke zerschtet. Volkshaufen warfen einigen Kandidaten, die Freunde des Ministeriums sind, die Fenster ein und machten Anstalt, den Palast des vorigen Ministers Ridolfi in Brand zu stecken. (K.v.u.f.D.)

Die Alba meldet aus Rom vom 25. Nov.: Vorgestern ist Lord Temple hier angekommen; gestern war er vom Pabre Venturara besucht. Aus seinen Aeußerungen entnahm man, daß er das Ultimatum Englands und Frankreichs in der sizilianischen Frage nach Neapel überbringt. Die Artikel desselben sind nahebei die nämlichen wie die vormals von Lord Minto vorgeschlagenen und vom König in Neapel nicht angenommenen. Die wesentlichen sind folgende: Sizilien erhält eine neue von Neapel getrennte Verwaltung; eine eigene Verfassung, eine einheimische Armee und Flotte. Die Krone von Sizilien bleibt mit der von Neapel vereinigt. Sollte einer von beiden Theilen das Ultimatum verweigern, so wird es zurückgenommen und die Entscheidung zum Schwert überlassen, wobei Frankreich und England strenge Neutralität beobachten werden. Alles Das ist offiziell.“

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 4. Dez. In der heutigen Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung fand die neue Präsidentenwahl statt. Unter 415 Stimmen erhielt Heinrich v. Gagern 313, Heinrich Simon 99 Stimmen. Zum ersten Vicepräsidenten wurde Simson mit 275, zum zweiten Vicepräsidenten Beseler aus Schleswig mit 219 Stimmen ernannt. Sodann würde über die Mediatisirungsfrage debattirt, die Abstimmung auf den nächsten Tage verschoben.

* Paris, 2. Decbr. Die Ankunft des Papstes in Frankreich absorbirt in diesen Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit gänzlich und drängt selbst die Präsidentschaftsfrage für einen Augenblick in den Hintergrund. Am Schlusse der gestrigen Sitzung zeigte der Minister Vivien noch an, daß der Minister des Unterrichts und des Cultus zum Freslon bereits nach Marseille abgereist sei, von dem Papst daselbst zu empfangen. Nach der Sitzung fand Ministerrath unter Cavaignacs Vorsitze Statt, — es ward beschlossen, dem Papst mit allen einem gekrönten Haupte gebührenden Ehren zu empfangen und ihn ohne Zeitverlust direkt nach Paris zu geleiten. Man versichert, daß die Nationalversammlung in der künftigen Woche keine Sitzungen halten wird und die meisten Vertreter dem Papste entgegenreisen werden. Der Papst wird, wenn er nach Paris kömmt, in den Tuilerien wohnen.

Digitized by Google

Erwiederung.

Einsender dieses hat im vorgestrigen Blatte eine Anfrage an die hiesigen Wahlausschüsse gerichtet und hat auch eine sehr prompte Antwort erhalten, freilich nicht von den Wahlausschüssen, welche gefragt warrn, wohl aber von der Redaktion dieser Blätter, obgleich sie nicht gefragt war, vermuthlich aber, weil sie in sich die Identität mit den Wahlausschüssen, oder doch die Repräsentantin derselben erblickt. Einsender verschwärt es indeß nicht, einr Belehrung, wobei sie auch kommen mag, anzunehmen, daß sie in gerade im Vertrauen auf seine nicht erst sei. gestern und heute sich angezeigtete, sondern wohlerworbene Kenntniß der II. Verfassungsbeilage, die gegebene Aufklärung als irrig ansehrtzn zu müssen.

Abgesehen, daß die Rabbinerstellen seit 1818, wie dem Magistrate dahier, und den meisten Mitgliedern der Wahlausschüsse wohlbekannt seyn mußte, thatsächlich in Bayern niemals als öffentliche Aemter angesehen worden sind, indem sie die Prädikate, und den öffentlichen Glauben der Beamten der öffentlichen Kirchengesellschaften nicht hatten, so sind unter den im citirten §. 30 erwähnten Personen, welche die Rechte öffentlicher Beamten genießen sollen, nur solche zu verstehen, welchen der Gottesdienst und der Religionsunterricht bei einer öffentlichen Kirchengesellschaft anvertraut ist, ein Rabbiner kann darunter nicht begriffen werden, weil die Israliten nach §. 25 und 32 seq. sich nicht als öffentliche, sondern als Privat-Kirchengesellschaften zu geriten haben, daher auch ihren Geistlichen gemäß §. 36 die Vorzüge der öffentlichen Beamten nicht zukommen, auch in der That von keiner bayerischen Behörde noch zugestanden worden sind.

Die Redaktion glaubt, daß die Frage, ob dir Offizierswelle ein öffentliches Amt im Sinne drs Tit. IV, §. 3 sey, zweifelhaft sey. Nun dann, unzweifelhaft ist wenigstens, daß die Stelle eines Rabbinrrs kein öffentlicht Amt ist. Wenn demnach einerseits die Wahlausschüsse Grund gehabt hätten, die positive Wahlfähigkeit drs Hrn. Rabbinerr Dr. Aub zu beanstanden, so war es andererseits mindestens voreilig und absprechend, die Erwählung eines Stadtbofsiizers sofort ohne weiters zurückzuweisen, während doch selbst nach der Ansicht der Redaktion die Frage, ob er nicht gewählt werden könne, sehr zweifelhaft schrine, und heutzutage gewiß jeder Unbefangene im Zweifelsfalle zu Gunsten der Wahlfreiheit sich entscheiden wird.

(Anmerkung der Redaktion.) Wir nahmen die obige Erwiderung um so lieber auf, als sie wirklich eine Aufklärung eines in unserem vorgestrigen Blatt enthaltenen Mißverständnisses enthält, indem der citirte §. 30, der von den aufgenommenen Religionsgesellschaften spricht, darunter nur die drei anerkannten Kirchen begreift. Demungeachtet bleiben wir darauf bestehen, und wurde dirselbe Grundsatz bereits auch vom Landgerichte Sulzbach anerkannt, daß ein Rabbiner, der das öffentliche Amt der Führung der Civilregister bekleidet, zur Stelle eines Wahlmanns gesetzlich befugt ist.

Was die wunderliche Bemerkung drs Einsenders betrifft, daß die Redaktion zu erwiedern gewagt, ohne spezielt befragt worden zu seyn, so sind wir so frei, uns die Berechtigung zuzurkennen, in unserem eigenen Blatte wann und wo es uns beliebt, Erläuterungen zu geben, ohne daß wir deßhalb die Anmaßung hätten, uns für den Repräsentanten der Ausschüsse halten, und für dieselben antworten zu wollen. Wir hätten aber wahrscheinlich doch geschwiegen, wenn wir mit dem Einsender seinem Inserate ein solches Gewicht beigelegt hätten, daß wir hätten hoffen dürfen, es würden darauf hin die betreffenden Wahlausschüsse sich sogleich versammeln, um über das von ihm Angerogte zu berathen, zu beschließen und öffentliche Erklärungen abzugeben. Bezüglich der Offiziers wahlen müssen wir auf unsere frühere Erklärung zurückweisen: es hat, so viel uns bekannt, kein Ausschuß Veranlassung gehabt, darüber zu entscheiden, weil kein Offizier in irgend einem Wahldistrikte die Stimmenmehrheit für sich hatte; und gerade in dem Wahlbezirke, der, wir wir wissen, zu diesem Zirrkle veranlaßt hat, hatte ein einziger Offizier eine einzige Stimme rrhalten.

Uebrigens wenn ein Ausschuß für Dr. Aub's Wahlfähigkeit ebenso gerecht als freisinnig sich entschieden hat, so ist damit noch nicht gesagt, daß vorkommenden Falls für die Offiziere weniger günstig entschieden worden wäre. Unter allen Umständen sind aber die Beschlüsse des Ausschusses inappellabel und zu Recht bestehend.

Anzeigen.

Einladung.

Es wird dieses Jahr, wie gewöhnlich die Bescheerung drs heiligen Christes, im Lokale der Kleinkinder-Bewahranstalt, am ersten Weihnachts-Feiertag, Nachmittag 3 Uhr, stattfinden.

Möchten die verehrlichen Mitglieder des Frauen-Vereins diesen Anlaß, sowie in allen früheren Jahren, gütigst wahrnehmen, um ihren erprobten Wohlthätigkeits-Sinn, an der unschuldigen Kinder-Gemeinde, durch milde Spenden und Geschrnke freundlich zu bethätigen. Zur Uebernahme und Sammlung der Letzterrn ist die Vereins-Pflegerin Reuter beauftragt.

Die Freude unter allen Freuden aber würde sowohl drm Vorstand des Vereins, als den Kleinrn sehr bereitet werdrn, wenn recht viele der geehrten Mitglirder sich bewogen fändrn, der bescheidrnrn Feier persönlich beizuwohnen.

Mit dieser herzlichen Einladung erlaubt man sich dir höfliche Bitte zu verbinden: die dir Kirchinder-Bewahranstalt gütigst zugedachten, regelmäßigen Jahres- oder Monats-Beiträge, nur gegen Vorweisung des Perceptions-Buches und nur an Eine der Gebühlrnen der Vereins-Pflegerin Reuter zu leisten, nachdem der bisherige Vereins-Diener Hr. Nitsche aufgehört hat in Beziehungen zur Anstalt zu stehen und somit nicht mehr berufen ist, Gelder für den Frauen-Verein in Empfang zu nehmen.

Bayreuth, den 6. December 1848.

Die Verwaltung bei drm Frauen-Vrrein.

Einladung.

Der **Bauern-Verein** stellt an alle Wahlmänner das freundschaftliche Ersuchen, nächsten Donnrrstag den 7. December Vormittags 8 Uhr, als vor und während der Wahl, an dessen Berathungen im kleinen Saale zur Sonne in Bayrruth Theil zu nehmen.

St. Johannis, am 3. December 1848.

Der Vorstand des Bauern-Vereins.

(Für Gärtner.) In Streitberg, einer, für den Gemüse- und Obstbau sehr günstigen Gegend, kann bis zum Monat Februar 1849 ein 2 Tagwerk großrs, mit Obstbäumen besetztes Stück Land, wovon die Hälfte bisher zum Gemüsebau verwendet wurde, nebst Wohnung an einen soliden Gärtner unter drn vortheilhaftesten Bedingungen auf mehrere Jahre verpachtet werden. Die Lustragenden wollen sich behufs der weitern Verabredung versehen mit einem polizeilichen Leumundszeugnisse im Reitzenstein'schen Hause zu Streitberg einfinden. **Bemerkt** wird hiebei, daß der große Bedarf an Gemüsen in der hiesigen von Fremden sehr stark besuchten Gegend von Bamberg aus bestrdigt werdrn mußte, daher auf einen vortheilhaften Absatz gerechnet werdrn kann.

So rben ist bri Lotzbeck in Nürnberg erschienen und in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Robert Blum,
der Kämpfer für Freiheit und Licht.

Biographischr Skizze von F. Schwed.
Mit Portrait und Facsimile,
klein Format, in Umschlag geheftet. 12 kr.

Fernrr ist einzeln zu haben zum Einrahmen oder Einlegen in Schriften ohne Bildniß:

Robert Blum's Portrait
wohlgetroffen, mit Facsimile.
8°. Velinpapier à 3 kr. = 1 Sgr.

Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat. Predigt am Reformations- und zweiten Seculrrfeste des westphälischen Friedensschlusses, am XIX. Sonntage nach Trinitatis 1848 in der hiesigen Stadtkirche von Dr. Vetter, Prodekan und Senior. Preis 6 kr.

H.-Nr. 373 in der Friedrichsstraße ist das mittlere Quartier zu vermiethen und sogleich zu beziehen.

Nr. 109 sind 80 Stück gute Oelgemälde, Kupferstiche, 1 Lehnsessel von Roßhaaren mit Mohr überzogen, 1 Clavier, 1 großer Speiseschrank sehr billig zu verkaufen.

Eine Geldbörse mit einem kleinen Schlüssel wurde am Postschalter gefunden.

Im Verlage der Geh. Kammerath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Freitag | Nro. 341. | 8. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Decbr. (128. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Die Abgeordneten Langerfeld und Bauer erstatten Berichte des Geschäftsordnungsausschusses, ersterer über einen Antrag von Wesendonck in Betreff des Abstimmungsmodus, dieser über eine Beschwerde von Wegt und Konsorten gegen das Verfahren des Präsidenten in der Sitzung vom 30. Octbr. Der Ausschuß begutachtet hinsichtlich des letzteren Gegenstandes die Tagesordnung. Kriegsminister v. Peucker antwortet auf die Interpellation Wiesner in Betreff der Kroaten ꝛc. Die österreichische Regierung habe Kraft ihrer Souveränetät das Recht, alle ihre Truppen auf beliebige Weise zu verwenden, und solange das bisherige staatsrechtliche Verhältniß fortbestehe, sei die Centralgewalt zu keinem Einspruch berechtigt. Uebrigens müsse er sich gegen die Art, wie die Wiesner'sche Interpellation der Kroaten erwähne, nachdrücklich verwahren. Wenn im Momente der entfesselten Leidenschaften Exzesse von Einzelnen begangen worden, so würden diese gewiß bestraft werden. Die Gesammtheit der kroatischen Armee verdiene aber gewiß nicht den Vorwurf, jener Gesittung und Menschlichkeit zu entbehren, welche der Stolz der Heere der Neuzeit seyen. Die kroatische Armee sey ein Bestandtheil jenes ästerr. Heeres, das seit Jahrhunderten für Deutschlands Freiheit, Ehre und Wohlfahrt gekämpft habe und hoffentlich noch ferner kämpfen werde. Um der Angelegenheit selbst willen ist zuerst die Präsidentenwahl, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben. Sodann folgt die Berathung über den Reichstag. Art. I. §. 1. „Der Reichstag besteht aus 2 Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus." Von Vogt und M. Mohl liegen Verbesserungsanträge vor. Der erste Redner, Rauwerck, behauptet, durch ein Staatenhaus verfalle die Volksvertretung in jenes System der Lüge und Korruption, durch welches Deutschland und die Nachbarstaaten so traurige Erfahrungen gemacht hätten; es sey nur ein erweiterter Bundestag; die Regierung habe die Mehrheit im Staatenhause, also auch im Volke. Man sage zwar, die Mitglieder würden von den verantwortlichen Ministern ernannt; allein man wisse ja was von verantwortlichen Ministerien in dieser Zeit zu halten, und wie sie in manchen Ländern zur Winkel-Regierung herabgesunken seien. Wenn Deutschland einmal eine solche Gestalt gewonnen hat, daß ein Staatenhaus der Freiheit keine Gefahr mehr bringe, dann könne man diese an sich vernünftige Idee einführen. Der Entwurf erweitere den Schlund der Revolut., statt ihn zu schließen; er mache die Revolut. permanent. Er (Rauwerck) protestire gegen diesen revolutionären Entwurf. Teilkampf hält eine Corruption des Staatenhauses für unmöglich, da ja dasselbe beständig vom Volke ergänzt werde, und neben ihm das Volkshaus bestehe, in welchem nach allen Erfahrungen der Schwerpunkt der Vertretung liege, weil es das Volk auf seiner Seite habe. Die vorgeschlagene Einrichtung sey das Mittel, die einzelnen Staaten, und namentlich die kleineren, die dadurch vor Mediatisirung geschützt würden, inniger an das Reich anzuschließen. v. Wagdorff erinnert daran, daß das Zweikammersystem vor 500 Jahren durch Zufall entstanden, indem die englischen Volksvertreter, zu zahlreich, um in Einem Saale Platz zu finden, sich trennten, und die Volksmänner sich im untern, die Vasallen der Krone im obern Stockwerk versammelten. Der vorliegende Entwurf enthalte gar kein System, weder das aristokratische, noch das der gleichen Vertretung aller Staaten; es sey das Verderbid eines Staatenhauses. Das Verhältniß zweier Kammern zu einander bestimmt er also: die eine sagt 2 mal 2 ist 4, die andere 2 mal 2 ist 6, und man vergleicht sich dahin, daß 2 mal 2 5 sey. Die erste Kammer hat in England die Katholiken-Emancipation, die Reform, die Aufhebung der Kornbill verzögert; in Frankreich hat sie den Sturz der Dynastie und der Verfassung zwei Mal binnen 18 Jahren nicht gehindert, bei der ersten Erschütterung wird auch bei uns das Rad, das eine Zeitlang als Hemmschuh diente, zerschmettert werden. Jahn: Es handelt sich nicht von einem einzelnen Staate, sondern von einer Vereinigung mehrerer Staaten, die ihr besonderes Leben vertreten sehen wollen. Ein Staatenhaus wars überall eine Nothwendigkeit, in der Schweiz, in dem ehemaligen deutschen Reich, dem Rheinbund und dem ehemaligen deutschen Bunde. Es muß in jedem Staate zweierlei geben: ein Gehendes und ein Stehendes, ein Ruhendes und ein Thuendes, ein Treibendes und ein Bleibendes. Die allgemeine Berathung wird geschlossen. In der speciellen Debatte spricht zuerst Freudentheil. Unsere Aufgabe, sagt er, kann nicht gelöst werden mit einem Staatenhause. Wir sollen einen freies Deutschland schaffen, aber auch die Scheidewand aufheben zwischen den verschiedenen Staaten, die es bisher verbindert hat, daß Deutschland nach Außen und Innen kräftig auftrat. Etwas Anderes ist es, die Individualität der einzelnen Staaten sich frei entwickeln lassen, etwas Anderes, den Partikularismus hätscheln und absichtlich hervorheben. Das Staatenhaus würde nur die dynastischen Interessen vertreten und die Scheidewand noch schroffer aufstellen. Einheit ist nicht möglich, wenn ein doppeltes Veto in die Maschine kommt. Der Wagen soll vorwärts gehen und wird von hinten zurückgehalten. Dahlmann: Unter den Staatsweisen ist der Vortheil zweier Kammern für die Tiefe und Gründlichkeit der Berathung längst anerkannt. Der Zufall, dem, nach Hrn. v. Wagdorff's Ansicht, das zweikammersystem in England sein Entstehen verdankt, ist ein Zufall, der seit Anfang der Welt besteht, die Steuern. In Amerika nahm man das Zweikammersystem an, weil es die Einheit und die Mannichfaltigkeit zugleich wahrt. Deutschland ist in der selben Lage; die Einheit muß in höheren Grade als bisher gewahrt werden durch das Volkshaus; andererseits muß aber die Mannichfaltigkeit in Ehren gehalten werden durch das Staatenhaus. Nachdem hierauf zur Abstimmung geschritten war, wurde der Vogt'sche Antrag zu Gunsten des Einkammersystems mit 331 gegen 95 Stimmen verworfen und §. 1 angenommen. Art. II. §. 1 lautet: „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten." Bachaus bemerkt, daß bei diesem §. nothwendig die Mediatisirungsfrage berathen werden müsse, was auch von der Versammlung genehmigt wird. Der Verfassungsausschuß (Berichterstatter Beseler) hat einen Majoritäts- und zwei Minoritäts-Anträge gestellt; der erstere lautet: „die Nationalversammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen." Minoritätsrednern. I. Die Nationalversammlung möge die provisorische Centralgewalt beauftragen, die Mediatisirung der kleineren deutschen Staaten, oder wo dies nicht angeht, deren Vereinigung in Staatsverbänden auf dem Wege des Vertrags zu vermitteln und kräftig zu unterstützen. Wigard. Römer. Schreiner. II. Die Unterzeichneten, mit den Motiven des Berichts im Allgemeinen einverstanden, glauben doch zu einem abweichenden Schlußantrag gelangen zu müssen. Sie beantragen: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsgewalt aufzufordern, die Zusammenfügung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden nach Kräften zu befördern, unter Umständen die Vereinigung einzelner derselben mit einem größeren Staate zu vermitteln. Waiz. Ahrens. Somaruga. Mittermaier. Zoll." Außerdem liegen Anträge von Förster, Nieffer, Löw von Magdeburg vor, welche größtentheils auf dem Prinzip der Vereinigung der kleineren Staaten mittelst Uebereinkunft beruhen. Ein Antrag von Schüler von Jena und Consorten lautet: Die deutsche Nationalversammlung möge beschließen: Die Reichs-Regierungsgewalt wird beauftragt, auf dem Wege friedlicher Vermittlung und des Vertrags, allenfalls durch Einberufung oder Zulassung constituirender Landesversammlungen allmählig auf eine gleichmäßigere Größe der deutschen Einzelstaaten hinzuwirken und dabei folgende Grundsätze zur Anwendung zu bringen: 1) Mehrere kleine Länder können, wenn sie hinsichtlich ihrer Lage und ihrer Einwohner zusammenpassen, veranlaßt werden, sich untereinander zu einem Gesammtstaate zu vereinigen, sey es in allen oder nur in einigen Beziehungen des Staatsorganismus. Zu diesem Zwecke kann wieder jedes einzelne der kleinen Länder eine besondere constituirende Versammlung einberufen, welche dann miteinander in Verhandlung treten, oder die zu vereinigenden Länder können gleich eine gemeinschaftliche constituirende Versammlung zusammensetzen:

Digitized by Google

diese hat dann die Verfassung frei zu bestimmen und das Oberhaupt zu wählen, oder auch das Land als unmittelbares Reichsgebiet zu erklären. 2) Kleinere Länder können sich, wenn ihre Lage es erfordert, einem größeren Staate einverleiben; doch hat die Reichsgewalt in diesem Falle darauf zu sehen, daß ein Staat, welcher bereits eine Million oder mehr Einwohner hat sich nicht noch mehr vergrößere, sondern daß er, wenn er kleinere, durch ihre Lage an ihn gewiesene Staaten in sich aufnimmt, dagegen mindestens eben so viel zur Abrundung benachbarter minder großer Staaten ablasse. 3) Eine Provinz eines größeren Staates, welche für sich oder mit einem andern damit zu vereinigenden Lande zusammen mindestens 1 Mill. Einwohner hat, kann sich für einen selbstständigen Staat oder auch für unmittelbares Reichsgebiet erklären, und ihre innere Verfassung frei bestimmen, im ersteren Falle auch mit den übrigen Theilen, mit denen zusammen sie bisher einen Staat bildete, in Personal-Union verbleiben. 4) Die Reichsregierungs-Gewalt hat bei ihrer Vermittelung darauf zu sehen, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes den Fürsten gegenüber, aber auch die Vermögensrechte der Fürsten dem Volke gegenüber geschützt werden. Nach Eröffnung der Berathung über die Mediatisirungsfrage erhielt zuerst Möhling das Wort, welcher in längerem Vortrag seine Ansicht für die Mediatisirung der kleineren Staaten auseinander setzte. M. Mohl führt an, es sey mit der Desorganisation schon so weit gekommen, daß manche Regenten die Centralgewalt hätten, sie von der Last der Regierung zu befreien. Auf dem Wege des Vertrags würden sie den Fürsten so viel als möglich von ihren Domänen und Gnadlisten zu retten suchen. Die Zersplitterung Deutschlands sey von jeher die Ursache alles Unglücks gewesen. Von einem Recht einiger kleinen Dynastien auf die Zersplitterung Deutschlands könne aber nicht die Rede seyn. Die Nation allein habe das Recht, über sich und ihr Gebiet zu bestimmen. Der Redner erkennt der Nationalversammlung das volle Recht zu, auf dem Wege der Gesetzgebung die Mediatisirung anzuordnen. Wenn es nicht auf diesem Wege geschehe, werde die Revolution kommen und weniger sanft verfahren. Uebrigens ist er nicht für Mediatisirung, sondern für Reichsunmittelbarkeit. Auch er als Württemberger möchte nicht Napoleon werden, aber dennoch. Der Redner empfiehlt dann seinen Antrag, wonach die kleineren Staaten entweder durch ein Reichsgesetz aus Gründen des öffentlichen Wohls, sowie wegen nichterfüllter Bundespflichten, oder durch den Ausspruch der absoluten Mehrheit der Volksvertreter für reichsunmittelbar erklärt werden können. Zimmermann von Stuttgart fragt, ob denn der Ausschuß die Stimmen in Deutschland gezählt habe, weil er behaupte, Deutschland wolle keinen Einzelstaat. Einheit und Freiheit seyen auf allen Lippen. Die Mediatisirung möge ein Unrecht gegen die Fürsten seyn, aber dieses kleine Unrecht werde gewogen durch das große Recht, das dem Volke dadurch wiederfahre. Allein nicht blos die Kleinen sollen man mediatisiren, um halte oder Dreiviertelstaaten bestehen zu lassen. Entweder alle, bis etwa auf einen, oder keinen. (Lebhafter Beifall links.) Auf der freien Grundlage des demokratischen Staates möge dieser Eine die goldene Spitze mit einer Krone sein; aber dieser Eine solle nur dem Namen nach, die Nation der That nach regieren. Becker von Gotha: Nicht die kleinen Staaten sind das Hinderniß der Einheit, sondern die großen. Die Nationalversammlung soll nicht den kleinen vorschreiben, was sie den großen nicht vorzuschreiben wagt. Es sind eben so viele Mängel in den großen Staaten vorhanden, wie in den kleinen. So wenig man aus einem Armen ohne seine Zustimmung einen Reichen machen darf, so wenig darf man aus einem Kleinen einen Großen machen. Die zwangsweise Aufhebung der kleinen Staaten wäre ein Unrecht, das sich wie jedes Unrecht rächen würde. Der Redner ist für das Majoritätsgutachten, aber gegen die Minoritätsberachten. Der Schluß der Debatte wird verlangt und ausgesprochen. Schüler von Jena zieht seinen Antrag zurück und vereinigt sich mit dem Antrag von Wesenfonk, also lautend: „Die Nationalversammlung wolle die Centralgewalt beauftragen, eine gleichmäßigere Eintheilung der deutschen Einzelstaaten in der Art zu befördern, daß dabei die Verschiedenheit der deutschen Stämme und der Grundzug der Selbstbestimmung dieser Stämme maßgebend seyn wird." Er verlangt zugleich die namentliche Abstimmung über diesen Antrag, eben so M. Mohl über den seinigen. Der Schlußantrag des Berichterstatters und die Abstimmung werden auf morgen vertagt. (F. J.)

Frankfurt, 3. Dez. Gestern ist die Commission für den Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (Unterstaatssecretär Widenmann, Appellationsgerichtsräthe Grimm und Brocher und Prof. Thöl) zusammengetreten und hat bereits ihre Arbeiten begonnen.

Frankfurt, 4. Dez. Das heute ausgegebene siebente Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält: 1) Verordnung, die baare Vergütung für die Verpflegung der Reichstruppen betreffend, vom 27 Nov. 1848. 2) Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der für die Verpflegung der Reichstruppen umzulegenden 1,750,000 fl. (1 Million Thaler.) auf die einzelnen Staaten vom 27. Nov. 1848.

□ München, 3. December. Die gestern Abend für Robert Blum abgehaltene Todtenfeier war ein Fest, wie unsere Hauptstadt nie ein ähnliches sah. Die Behörden legten ihm kein Hinderniß in den Weg, wohl aber bereiteten sie sich in Folge der Gerüchte von beaftschtigten Demonstrationen gegen den österreichischen Gesandten auf kräftige Entgegnung vor. Ein ganzes Bataillon rückte zur Verstärkung der gewöhnlichen Wachen aus und die ganze Garnison war in die Casernen consignirt. Indessen wurde eine Störung der Ruhe, wie es schien, gar nicht beabsichtigt und der Fackelzug verlief in herrlicher Ordnung. Abends 6 Uhr bewegte sich mitten durch die Tausende von Zuschauern der Zug von mehr als zwei Tausend Fackelträgern vom Hotel des österreichischen Gesandten aus (Ludwigsstraße) an dem Ministerium des Innern, Polizei, Hauptwache vorüber durch das Carlsthor nach dem Dultplatze in folgender Ordnung. Zuerst Fackelträger, dann ein Zug Reiter, hierauf eine große Trauerfahne, voran Trommler und gefolgt von einem Musikkorps, das eine dem Ernste der Feier anpassende Trauermusik spielte. Hierauf reihte sich ein unabsehbarer Zug von Studenten mit deutschen, von Trauerflor umhangenen Fahnen. Die weitere Reihe bildeten: Korps der Sänger, 24 Knaben, brennende Kerzen tragend, Musikkorps, der Vaterlandsverein mit einer großen schwarzbebänderten Fahne, der demokratische Verein mit 2 Fahnen, der Arbeiterverein mit 2 Fahnen, die Politechniker, Turner, Bürgerstöhne, sämmtlich in Uniform mit Fahnen und gefolgt von einem Musikkorps. Nun kamen Wehrmänner der Landwehr, Künstler, des Landwehrfreikorps in Uniform, die Typographia und Personen aus allen Ständen in großer Zahl und endlich ein Zug Reiter. Zwei und zwanzig Zugführer begleiteten diesen imposanten Aufzug, mit großen weißen Bändern in der Hand und weiße Schärpen über ihrer schwarze Kleidung tragend. Am Dultplatz versammelte das Spiel der Musikkorps und ein großer Sängerchor ließ tief ergreifende Trauerweisen vernehmen. Mehrere Redner sprachen herrliche Worte über den Hingemordeten und ein Strom der Begeisterung floß es von der Redner Lippen über in die Herzen der tief erschütterten Menge, aus denen das Andenken seine Gewalt des Despotismus je wird reißen können. Dieser Ovation, welche damit endete, daß man diese Fackelmaße verbrannte und der schwarze Rauch in überschwänglichen Weltenzügen wie ein großes Trauersignal in die weiten Lüfte sich ergoß, folgten, nachdem die Feier geendet und die Fackelträger sich getrennt hatten, bis nach Mitternacht in großen Kreisen auch die Libationen. Man hörte nicht von der kleinsten Störung der Ordnung, obgleich gestern Abend mehr als 50,000 Menschen auf den Beinen waren.

München, 5. Dez. Hr. v. Closen, dessen Rückkehr aus Frankfurt ich gestern meldete, tritt in der Gegend Niederbayerns, wo er begütert ist, als Candidat für die Landtagswahlen auf. — An die Stelle des aufgehobenen Cabinetssekretariats ist ein Hofsekretariat getreten.

München, 4. Dez. Gestern Vormittag ging ein Commando von 400 M. des Regiments König von hier nach Schengau ab, wo bedeutende Unruhen stattgefunden haben, über deren Ursache verschiedene Gerüchte im Umlauf sind.

München, 5. Dez. (Dienstes-Nachrichten.) Der Kreis- und Stadtgerichtsrath J. L. Schmidt in Bayreuth ist zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgericht von Oberbayern und der Kreis- und Stadtgerichtsrath Stadler in Bamberg zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg ernannt; dem Landgerichte Ottobeuren einen dritten Adjunctum als Assessor extra statum beigegeben; verschiedene und auf diese Stelle der vormalige Patrimonialrichter I. Klasse Prementer zu Osterberg ernannt; die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Pfarrkirchen dem II. Landgerichtsassessor F. L. Strehler zu Mitsbiburg verliehen, und auf die hiedurch eröffnete II. Lzg.-Assessorsstelle, zu Mitsbiburg der Actuar bei diesem Landgerichte H. Capeller befördert, u. auf die hiedurch erledigte Lzg.-Actuarsstelle zu Mitsbiburg der Appe.-G.-Accessist G. S. Leutermann ernannt; die Stelle des Generalsekretärs im Staatsministerium des Innern dem Ministerialrathe W. Benning übertragen; der Betriebsingenieur K. Feigele von Bahnamte Bamberg zum Bahnamt Hof versetzt; der

Digitized by Google

Rentkeamte J. A. Ritter in Kronach in den Ruhestand versetzt; der Hauptzollamtsverwalter F. A. Oberst in Rosenheim in gleicher Eigenschaft an das Hauptzollamt Memmingen und der Hauptzollverwalter in Memmingen J. Zeitler in gleicher Eigenschaft nach Rosenheim versetzt; der Binnenkontrollstationsist J. M. Crobs zu Jngolstadt in den erbetenen Ruhestand versetzt worden.

Der Oberst v. Kretschmann, Kommandant des Kadettenkorps, ist zum Generalmajor befördert, der Kriegsministerialrath Habel zum Generalverwaltungsdirektor im Kriegsministerium ernannt, der Artillerie-Oberstlieutenant E. Weishaupt und die Hauptleute Heuß und Werkle vom 14. Jnfanterie-Regiment in den nachgesuchten Ruhestand versetzt worden.

Jn Tölz, Lenggries, Benediktbeuren, Kochel, Sauerlach und Holzkirchen sind die Wahlmänner-Wahlen zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallen. Dr. Sepp mit seiner Partei haben die glänzendste Niederlage erlitten. (Bayr. Lbt.)

Nürnberg, 6. Dez. Laut tgl. Reskripts vom 5. d. Mts. ist der Advokat Dr. jur. Zehler von Fürth nach Nürnberg versetzt und an dessen bisherige Stelle in Fürth dem Dr. jur. Karl Feust vorrsehrift verliehen worden. (K. v. u. f. D.)

Kassel, 1. Dec. Bei der heute stattgehabten 7. Verloosung der kurfürstlich hessischen Thlr. 40 Loose sind nachstehende 20 Serien gezogen worden: 582, 681, 1560, 1600, 1601, 1692, 2120, 2401, 2716, 2826, 3277, 4371, 4527, 4750, 5044, 5272, 5298, 5895, 6363, 6609.

Hechingen, 30. Nov. (Mediatisirung.) Unsere Landesdeputation war bis heute wieder einige Tage dahier versammelt. Besonders Jnteresse gewährte dem Publikum eine Motion des Abg. Justizrath Werner, wegen zweckmäßiger Vorkehrungen hinsichtlich der Stellung unseres Fürstenthums im künftigen deutschen Bundesstaate. Nach einer kommissarischen Vorberathung erstattete gestern in öffentlicher Sitzung der Landtagsdirektor, Pfarrer Blumenstetter, Bericht darüber und zeigte, wie es in so kleinen Ländern ohne die äußersten Opfer unmöglich sei, den gegenwärtigen Staatserfordernissen auch nur halbwegs zu entsprechen. Sämmtliche Abgeordnete pflichteten dieser Ansicht und sofort auch dem übereinstimmenden Vorschlag des Antragstellers und Berichterstatters bei, diese wichtige Angelegenheit der ernstlichen Erwägung fürstlicher Regierung zu unterbreiten und vor allen andern die betreffenden Anund Absichten des Landesherrn kennen zu lernen, welcher dermal noch auf seinen Gütern in polnisch Reitzen abwesend ist. Unter den Einwohnern findet eine solche Mediatisirung des Fürstenthums in dem Maße Anklang, als sie über den wirklichen Sachverhalt aufgeklärt werden. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 4. Dezbr. Die Brandenburger Affaire hat unsere Staatsverwicklung abermals auf den gefährlichsten Punkt zurückgeworfen, auf dem es sich um die Auflösung der Versammlung selbst und um die Octroyirung einer Verfassung für Preußen handelt! Dies ist der Gegenstand der vierstündigen Berathungen gewesen, welche gestern und heute zwischen dem Könige und den Ministern in Sanssouci stattgefunden haben, und deren Resultat am 7. Dezbr., bis wohin die Brandenburger Versammlung sich vertagt hat, bekannt werden dürfte. Man glaubt nicht, daß die Regierung einen nochmaligen Versuch mit Brandenburger Verhandlungen anstellen werde, und die mehr als je in Haß und Entfremdung auseinander getriebenen Elemente der Versammlung dürften sich eben so wenig noch einmal dazu zusammenfinden. Die Frage von der Einberufung der Stellvertreter soll ebenfalls von der Regierung als eine müßliche und im Rechte zweifelhafte, die sie nicht wohl in die Hand nehmen könne, erkannt worden seyn. Die zu octroyirende Verfassungsurkunde dürfte in diesem Augenblicke bereits in Druck vollendet seyn. Die Ansicht einer Ertheilung derselben war nie aufgegeben und auch durch die Einwirkungen des deutschen Reichsministeriums und seiner Abgesandten niemals ins Stocken gerathen; nur über den Moment, in dem dazu geschritten werden sollte, hatten sich Meinungsverschiedenheiten im Jnnern des Kabinets geltdet. Der Werth einer octroyirten Verfassung bleibt derselbe, (!) wie auch ihre innern prinzipiellen Bestimmungen getroffen seyn; von den letztern verlautet, daß sie in Feststellung der Grundrechte des Volkes auf der Höhe der Zeit stehen und die durch die Märzrevolution zur Geltung gekommenen Forderungen sämmtlich befriedigen werden. Das Vertragsverhältniß, in welches die Märzrevolution König und Volk zu einander gestellt hatte, muß zwar durch eine octroyirte Verfassung wesentlich anders bedingt erscheinen, da vielmehr die Uebernerfung dieses Ausgangsverhältnisses eines neuen Staates dadurch erklärt wird. Die Nachberathung der Constitution durch die vereinigtzmäßig zusammenberufenen Kammern soll aber gleichzeitig alle auf der Octroyirung gezogenen Consequenzen wieder aufheben. Die Befugniß dieser Kammern wird aber nur dahin gehen, die Verfassung zu revidiren nicht aber sie abzulehnen.

Berlin, 4. Dezbr. Jn Bezug auf den vor einiger Zeit erwähnten geheimen Staatsvertrag mit Rußland haben wir noch anzuführen, daß die Gemeinität desselben mit der Abberufung des Hrn. v. Richthofen aus den Donaufürstenthümern jetzt vielleicht offen vor den Augen der Welt dargelegt seyn würde, wenn nicht die Ereignisse seit dem 9. Nov. einer Jnterpellation, zu der sich die Herren Harkort und Reichertus vereinigt hatten, vorgebeugt hätten. — Für den allgemein erwarteten Fall einer Auflösung der Kammer wird der Justizminister Rintelen einen neuen Beweis seiner Consequenz zu geben Gelegenheit haben. Hr. Rintelen hat bekanntlich in seiner Rechtfertigung die Verlegung die Vertagung gebilligt, sich jedoch ausdrücklich gegen eine Auflösung erklärt. (D. A. Z.)

Posen, 3. Decbr. Die neusten durchaus verläßlichen Nachrichten aus dem Königreiche Polen sind in der That Besorgniß erregend, da die Anhäufung von russischen Truppen an unserer Grenze von Tage zu Tage größer wird, und es notorisch ist, daß seit der Mitte des vorigen Monats noch über 50,000 Mann darunter sehr viel Cavalerie und Artillerie, die Weichsel passirt haben, und theilweise bereits an unserer Grenze eingetroffen sind. Alle Städte und Dörfer wimmeln von russischen Soldaten, die mit Schnsucht auf den Befehl zum Ueberschreiten der Grenze harren sollen. Man behauptet hier allgemein, daß Kaiser Nikolaus fest entschlossen sey, sogleich zu intervenitren, wenn die Throne in Berlin und Wien in Gefahr kommen sollten; desgleichen wolle er eine neue Jnsurrektion der Polen, sey es hier oder in Galizien, nicht aufkommen lassen, sondern bei dem Anfang einer neuen Schilderhebung sofort einrücken und den Aufruhr mit zermalmender Gewalt niederdrücken. Endlich hat sich das Gerücht verbreitet, daß, falls am 10. Dec. die Wahl Ludwig Bonaparte's in Paris durchgehen sollte, die preußische Armee grenzenlos sofort an den Rhein vorrücken werde, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu seyn; dann würde auch unsere Provinz, mit Ausnahme der Festung Posen, ihre Besatzung verlieren und die Uebermachung derselben den Russen anvertraut werden, die jedoch nicht früher die Grenze überschreiten sollten, als bis unter der polnischen Bevölkerung unruhige Bewegungen sichtbar würden. Die Besorgniß und Entrüstung wegen der Russen ist allgemein und groß, ebenso bei den Deutschen wie bei den Polen. — Der Reichskommissär, General Schefer, hat die neue Reichsgrenze bereist und schickt nunmehr das Demarkationsprojekt zur Bestätigung nach Frankfurt.

Prag, 3. Decbr. Gestern Nacht um 11¼ Uhr kam Kaiser Ferdinand mit seiner Gemahlin und zwei Erzherzogen hier an und stieg im Hradschin ab. Der Landespräsident v. Mecsery und der kommandirende General, Graf Kevenhüller-Mesch, empfingen die Majestäten und geleiteten sie in die Hofburg. Fürst Windisch-Grätz und Ban Jellachich waren am 2. Dec. nach Olmütz berufen worden und am 3. Dec. um 2 Uhr Morgens wieder nach Wien zurückgereist. Niemand wußte hier etwas von der Ankunft des Kaisers und dessen plötzlichen Entschlüssen, als heute Morgen die offizielle Nachricht erschien: Kaiser Ferdinand hat zu Gunsten seines Bruders Franz Karl abgedankt, derselbe aber die Krone abgelehnt und diese seinem Sohne Franz Joseph Karl übertragen. Der junge Kaiser hat bereits ein Pregeamm erlassen, in welchem er ganz in dem Wege fortzugehen gedenkt, welchen ihm sein Onkel vorgezeichnet. Diese bedeutungsvollen Schritte der allerhöchsten Personen sollen hauptsächlich mit Bezug auf die Lösung der ungarischen Wirren herbeigeführt seyn. Kaiser Ferdinand nimmt vor der Hand seinen Wohnsitz in Prag. (D. A. Z.)

Prag, 3. Decbr. Nachmittags 3. Uhr.) Soeben wird die Abdankung des Kaisers bekannt. Der neue Kaiser von Oesterreich Franz Joseph II. hat erklärt, daß er das Programm des Ministeriums zu seinem eigenen mache. Die Proklamation erscheint noch heute im Laufe des Nachmittags. Als Grund der Abdankung wird angegeben, daß der Kaiser Ferdinand in der ungarischen Frage sich in zu viel Widersprüche verwickelt habe.

Wien, 29. Nov. Dem Vernehmen nach sind die Akten über das standrechtliche Verfahren gegen Robert Blum den Kommissären der deutschen Centralgewalt herabgelangt worden; doch ehnte Fürst Windisch-Grätz die Bitte der Kommissäre, sich mit den Richtern in mündliches Einvernehmen setzen zu dürfen, dahin ab, daß er ihnen sagte, er könne sie nicht hindern, mit den Richtern zu sprechen, doch würden sie von ihnen nichts erfahren, da es gegen ihre Amtspflicht sei, mehr zu sagen, als in den Akten stehe — um

Digitized by Google

weitere Mittheilungen von ihnen zu erhalten, dazu bedürfe es eines Machtspruches, den er selbst weder thun könne, noch wolle!

Wien, 2. Dez. Reisende auf der Nordbahn hörten gestern bei der Station Angarn Kanonen donnern und Raketen zischen und schließen auf leddafte Scharmützel mit den Ungarn. In der That sahen solche statt und wollen will heute wissen, die Ungarn wären dabei in Vortheil gewesen. Bei einem jener Scharmützel hätten sich die Ungarn einer furchtbaren List bedient, sie verstecken tiefe Wassergefülle Gräben mit Gras und Heu und lockten die österreichische Kavallerie darüber weg, wodurch 800 stürzten und Roß und Mann umkamen.

Wien, 3. Dez. Zwei Manifeste des Kaisers bilden das Tagesereigniß. Der neue Kaiser hat den Ban Jellachich als Zivil- und Militärgouverneur von Kroatien bestätigt und wird nach glaubwürdiger Nachricht schon Donnerstag hier erwartet. Der alte Hof begibt sich unverzüglich nach Prag. Man hofft auf baldige Verkündigung einer ausgedehnten Amnestie. Erneuerte Vergleichsanträge von Seite Ungarns lassen die Hoffnung erblehen, dem unseligen Kriege ein Ziel gesetzt zu sehen. Die kroatischen Truppen von Wolfsthal in Ungarn sind ohne Widerstand die Nikolsthal vorgerückt und die Bauern ließen sich entwaffnen. Auf die allgemein überraschende Kundmachung obiger Manifeste fielen die Fonds anfänglich um 2 pCt., wohl aus dem Grunde, weil die Weglassung des Beisatzes „konstitutioneller Kaiser" und der Zusatz „von Gottes Gnaden" die Gemüther anfänglich verstimmte; doch erholten sie sich zuletzt auf den ungefähren Standpunkt.

Kremsier, 2. Dez. Um 10. Morgens wurden, mittelst Plakate, die Deputirten ersucht, sich um die Mittagsstunde in den Reichstagslokalitäten zu einer außerordentlichen Sitzung zu versammeln, da das Ministerium eine wichtige Mittheilung zu machen habe. Die Mittagsstunde war längst vorüber, doch die Minister noch immer nicht da. Um 1 Uhr langte eine weitere Depesche ein, des Inhalts: die Lokomotive des Extrazuges, mit welchem die Minister kämen, sei beschädigt und das Ministerium könne erst nach 2 Stunden eintreffen. Endlich um 2½ Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung. Fürst Schwarzenberg, Ministerpräsident, betritt die Tribüne und liest nachstehende Aktenstücke vor: 1. die Abdikation Ferdinands I. zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Joseph, mit Rambaldmachung der Zeugen, die diesem feierlichen Akte anwohnten. (Namentliche Aufzeigung.) 2. Die Großjährigkeitserklärung des legitimen Thronfolgers. 3. Die Verzichtleistungsurkunde des Erzherzogs Franz Karl zu Gunsten seines erstgebornen Sohnes, des Erzherzogs Franz Joseph. 4. Das eigentliche Dokument der Abdankung, laut welchem der Neffe Ferdinands des Gütigen zum Kaiser von Oesterreich proklamirt wird, als Franz Joseph I. (Beifall.) 5. Ein Manifest des Kaisers: an seine Völker zum Abschiede gerichtet. 6. Die feierliche Verkündigung der Thronbesteigung des nunmehrigen Kaisers Franz Joseph I. laut der pragmatischen Sanktion in Folge der Thronentsagung Ferdinands I. und der Verzichtleistung seines Vaters, des Erzherzogs Franz Karl. 7. Die Adresse unserer neuen Kaiser an den konstituirenden Reichstag, worin er demselben seinen kaiserlichen Gruß entbietet und die Hoffnung ausspricht auf baldige Vollendung des Verfassungswerkes. (Beifall.) 8. Das Reskript, durch welches Seine Majestät das Ministerium bestätiget. (Beifall.) Nach Verlesung dieser Aktenstücke brachte der Präsident Smolka dem „konstitutionellen" Kaiser Franz Joseph (die Aktenstücke beginnen Alle mit „Wir von Gottes Gnaden") ein „Lebe hoch" aus, in welches die Versammlung herzlich mit einstimmte. Sodann ward die Absendung einer Deputation an Seine Majestät Franz Joseph I. mit einer Beglückwünschungs- und an Ferdinand den Gütigen mit einer Dankadresse beschlossen und die Sitzung gegen 4 Uhr vertagt. (Post-abgang.)

Dem Journal des Oesterreichischen Lloyd wird aus Pregburg vom 29. Nov. geschrieben, daß Esjanyi, der den Oberbefehl der dasigen ungarischen Armee führt, die Bürger Pregburgs aufforderte, entweder zur Vertheidigung der Schanzen zu schreiten oder falls sie sich lieber neutral verhalten wollten, ihre Waffen abzugeben. Die Bürger hielten eine Berathung und beschlossen, die Waffen abzuliefern, fügten jedoch die Erklärung hinzu, daß sie der Sache Ungarns treu bleiben würden. Esjanyi nahm ihnen die Waffen ab und zog mit mehren Abtheilungen der Armee am 28. Nov. von Pregburg ab.

Frankreich.

*Paris, 2. Decbr. Marschall Bugeaud und General Regnaud St. Angely sind im Departement der Chnrante gewählt worden, dagegen ist im Departement der Thonne, wo Louis Bonaparte früher zwei Mal gewählt wurde, sein thätiger Agent General Piat durchgefallen und sein Mitbewerber Herr Bandot erhielt die Majorität.

Gestern fand endlich das drei Mal verhinderte Duell zwischen Proudhon und Felix Pyat statt. Beide Gegner schossen sich auf 25 Schritte. Keiner von Beiden wurde verwundet.

Bei der gestrigen Bildung der Bureaux der Nationalversammlung für den Monat December hat die republikanische Linke alle Ernennungen davongetragen. Weder Thiers, noch Mole Bertzer, Odillon Barrot, Malleville u. s. w. wurden mehr gewählt. Diese Wahlen, im Augenblicke der Entscheidung sind sehr bezeichnend, sie beweisen, daß die große Majorität der Nationalversammlung entschieden für Cavaignac ist.

Die Assemblee nationale, das Organ der Orleanisten, das bis jetzt die Candidatur Louis Bonapartes auf das Heftigste bekämpfte, stattet heute um und erklärt sich auf das Wärmste für Louis Bonaparte und gegen Cavaignac. Unverschämte Palinodien dieser Art fallen gar nicht mehr auf, machen aber auch gar keine Wirkung.

Das katholische Journal l'Univers zeigt an, daß der päpstliche Nuntius heute nach Marseille abgereist sey und daß die Regierung durch den Telegraphen die Cardinäle Bonald, Dupont und Giraud eingeladen habe, ein Gleiches zu thun. Dasselbe Blatt erklärt, sich für keinen Candidaten aussprechen zu wollen, das Organ der Kirche erklärt, daß es an jedem der Kandidaten etwas auszustellen habe, aber den anerkennen und geherchen werde, der gewählt worden sey.

Die Regierung hat über Malta und Marseille die Nachricht erhalten, daß Ibrahim Pascha gestorben ist und Abbas Pascha, da Mehemed Ali schwer krank ist, die Regierung Egyptens übernommen habe.

Herr Cremieux, der Ex-Justizminister der provisorischen Regierung erklärt heute im Constitutionell, daß er für Louis Bonaparte stimmen werde.

Neueste Nachrichten.

Bayreuth, 7. December. Bei der heute hier vollzogenen Wahl zum Abgeordneten für die bayerische Volkskammer wurden im ersten Scrutinium gewählt: Magistratsrath Theodor Wagner, Uhrmacher von Bayreuth, Hofmann, Oekonom von Misselau. Beim Schlusse des Blattes war das Scrutinium noch nicht völlig zu Ende. Lerchenfeld und Georg Schlenk aus Berneck haben die meisten Stimmen nach den beiden Gewählten.

Frankfurt, 5. Dezbr. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurden die §§. 2 und 3 des Gesetzentwurfs über den Reichstag nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses angenommen.

Anzeigen.

In der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth ist vorräthig zu haben:

Handbuch für Zeitungsleser. Herausgegeben von F. Fenner v. Fenneberg. 32 Bogen stark, geheftet. Herabgesetzter Preis **nur 48 kr.**

Das wohlfeilste Conversations-Fremdwörterbuch.

Am 3. d. ist ein Armband mit einem Miniaturbild eines bejahrten Herrn, von der Harmonie bis an den Schloßplatz verloren gegangen. Der redliche Finder wird ersucht, solches gegen eine Belohnung bei der Redaktion dieses Blattes abzugeben.

Erlen- und Akazienholz in starken gesunden Stämmen kauft die Flachs-Spinnerei.

Siegellack, Federkielen und Oblaten, eigener Fabrikation, dann Stahlfedern, Bleistifte, Briefs, Schreib- und Zeichnungspapiere ꝛc. ꝛc. zu den billigsten Preisen empfiehlt

S. J. Harburger
nächst der Münzmühle.

Für Robert Blum's und Auerswald's Hinterlassene: von mehreren Gemeindegliedern von Bindlach 2 fl. 24 kr.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Jahrgelder durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonnabend — Nro. 342. — 9. December 1848.

Deutschland

Frankfurt, 5. Decbr. (129. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Der Tagesordnung gemäß erhält Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Schlußwort über die Mediatisirungsfrage. Die Mediatisirung sey gegen den Wunsch der Einzelstaaten; als Beleg dafür gälten die zahlreichen Adressen, die man am wenigsten von derjenigen Seite gering schätzen sollte, wo man sonst auf dergleichen Aeußerungen des Volkswillens Gewicht lege. Die Dokumente entgegengesetzter Art, auf welche Hr. M. Mohl sich berufen, beständen aus zwei Briefen, einer mit einer einzigen, der andere mit gar keiner Unterschrift. Auch die Zusammenlegung der kleineren Staaten habe ihre Schwierigkeiten. So z. B. betge Nassau für 40 Millionen fl. Dominalvermögen. Auch in Thüringen habe man sich über den Franzenpunkt noch nicht einigen können, und eben so wenig eine befriedigende Form für die höchste Verwaltung gefunden. Der Ausschuß ist der Meinung, daß man die Entwickelung der Dinge der Zeit überlassen solle, und daß der Augenblick noch nicht gekommen sey, den letzten Wurf zu thun. Die Unthunlichkeit, die jetzt nicht bloß auf den kleineren Staaten, sondern auf ganz Deutschland laste, rühre nur von dem provisorischen Zustande her; bei einem definitiven Rechtszustand und geordneten Staatsverhältnissen werde sich vieles davon verlieren. Nachdem hierauf die einzelnen Anträge nochmals verlesen worden waren, wurde zuerst über den Antrag der Ausschuß-Mehrheit abgestimmt und derselbe mit dem Nieser'schen Antrag angenommen: Die Nationalversammlung beschließt, die Centralgewalt aufzufordern, daß sie die Vereinigung der kleineren Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprachen, auf dem Wege der Vereinbarung mit den betreffenden Regierungen zum Volksvertretungen vermittle." Hierauf wurden Interpellationen verlesen: von Reichwald über das angeblich bevorstehende Verbot der Druckausfuhr nach der Schweiz, von Gold über die Einfälle der Magyaren in Siebenbürgen u. s. w., von Römer über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mit Bezug auf das Programm des neuen österreichischen Ministeriums. Reichsminister von Schmerling wird diese Interpellationen am 9. d. M. beantworten. Die Berathung geht sodann zu Art. II. §. 2 und 3 des Entwurfs vom Reichstage über, welche gemeinsam berathen werden. Sie lauten mit den Minoritätsrechten wie folgt: Art. II. §. 2. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. §. 3. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgenden Verhältniß: Preußen 40 Mitglieder; Oesterreich mit Lichtenstein 36; Bayern 16; Sachsen 10; Hannover 10; Würtemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen 10; Baden 8; Kurhessen 6; Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6; Holstein (Schleswig, siehe Reich §. 1.) und Lauenburg 6: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6; Luxemburg mit Limburg 2; Braunschweig 4; Nassau 4; Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie 6; Oldenburg 2; Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold 1; Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen 1; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1; — zusammen 176 Mitglieder. Minoritätsberathen. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: Jeder einzelne selbstständige deutsche Staat, so wie jeder aus mehreren kleinern deutschen Staaten bestehende Gesammtstaat sendet ohne Rücksicht auf seine Größe vier Abgeordnete in das Staatenhaus. (Wigard Schreiner.) Philipps findet, daß bei der Vertheilung der Mitglieder des Staatenhauses Bayern gegen die kleinen Staaten im Nachtheile, dagegen Nassau zu stark vertreten sei. Buß: es gränze an Unbesch eidenheit, daß er, der heute erst eingetreten, schon die Tribüne bestege. (Links: Sehr richtig! Präsident: Eine solche Unterbrechung ist unschicklich; so bald ein Mitglied hier eingetreten, hat es das Recht zu sprechen) und daß er sich einem Ausschuß entgegenstelle, der so ausgezeichnete Mitglieder in seiner Mitte zähle. Allein es gebe Momente, wo der Mannes erste Pflicht gebiete, zu sprechen. Er fragt, warum Oesterreich den zweiten Platz einnehme. Waitz bemerkt: Oesterreich sey nur zum kleinern Theile deutsch und es sey erst jüngsthin bezweifelt worden, ob dasselbe überhaupt zu Deutschland gehöre. Preußen dagegen habe sich ganz Deutschland hingegeben und von jeher mehr Deutschland gehoben als sich von ihm heben lassen. Es sey nicht möglich, die größeren Staaten eben so stark nach Verhältniß der Volkszahl im Staatenhause vertreten zu lassen, wie im Volkshause; außer der Volkszahl gebe es noch politische, historische, geographische und andere Rücksichten. Hierauf werden die einzelnen Anträge verlesen; jener von Buß (Oesterreich voran zu stellen und die Vertretung Oesterreichs und Preußens gleichmäßig auf 35 Mitglieder fest zu setzen) und der von Gröner und Serp (in ähnlichem Sinne) werden nicht unterstützt, sodann die §§. 2 und 3 nach dem Antrag der Ausschußmehrheit angenommen, wodurch die übrigen Anträge wegfallen. v. Watzdorff interpellirt den Verfassungsausschuß über die Vorlage der Entwürfe in Betreff der vollziehenden Gewalt und des Reichswahlgesetzes. v. Soiron erwidert: Der Ausschuß werde sich in nächster Zeit mit diesen Gegenständen beschäftigen; eine Zusicherung, wann die Vorlage erfolgen werde, vermöge er nicht zu geben.

Frankfurt, 6. December. (130. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Die weite Berathung und Abstimmung der Grundrechte wird von Seiten des Verfassungs-Ausschusses durch Oetters aus Bonn mit einigen Worten eingeleitet, welche zugleich die Ankündigung enthalten, daß neben Oetters den Herren Waitz und Zell die Berichterstattung übertragen ist. Ein präjudizieller Antrag Venedey's verlangt, daß die ganze Vorlage des Ausschusses zurückgewiesen werde. Denn das sey keine Zusammenstellung der beschlossenen Grundrechtsbestimmungen, sondern eine förmliche Junichtemachung derselben, was der Ausschuß „unter dem Vorwande der Redaktion" geliefert. Seinen Antrag suche Venedey durch eine ausführliche Musterung der vorgenommenen Abänderungen zu begründen und er knüpft daran die Forderung, daß ein neuer Ausschuß niedergesetzt und somit dem Verfassungsausschuß die ganze Sache entzogen werde. Das Haus hört den Redner mit großer Unruhe an und dieser selbst hat keine Hoffnung, seinen Antrag angenommen zu sehen. Er hat nur hierhertreten und wenigstens sagen wollen, „daß Sie uns nicht dupiren können." Auf die Zurechtweisung des Vorsitzenden nimmt Herr Venedey das Wort Dupiren zurück und schreitet dann unmittelbar von der Tribüne. Schneider: Allerdings hat der Verfassungsausschuß seine Befugniß überschritten und mehr gethan als wozu er brauftrat und berechtigt gewesen. Dennoch wollen wir uns mit einer Rüge begnügen und die Berathung durch eine abermalige Zurückgabe der Vorlage nicht noch weiter und in's Unberechenbare hinausschieben, sondern für die Freiheit retten, was dem deutschen Volke noch zu retten ist. Waitz: Einzelne Mitglieder haben weder die Befugniß noch die Autorität, um eine Rüge gegen einen Ausschuß auszusprechen. Venedey's Antrag kommt darauf zur Abstimmung und wird mit großer Mehrheit verworfen. Die Berathung über die Vorlage des Verfassungsausschusses beginnt vielmehr sofort und durch wiederholten Bericht auf die Diskussion schreitet die Abstimmung rasch vorwärts. Ihr Ergebniß ist Folgendes: Grundrechte des deutschen Volks. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet seyn. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaats soll dieselben je aufheben oder beschränken können. Art. I. §. 1. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden. §. 2. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in seedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz. §. 3. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu be-

Digitized by Google

treiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. §. 4. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeß-Rechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurücksetzt. §. 5. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits aufgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden. §. 6. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderung eines Angehörigen seiner unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs. Erst Art. II., der von der Aufhebung der Standesunterschiede, den Orden, Titeln und von dem Adel handelt, gibt zu einer, wenn auch nur kurzen, Besprechung Anlaß. Moriz Mohl erhält das Wort: Der mährische Landtag habe auf Abschaffung des Adels angetragen, in der Berliner Landesversammlung sey die Aufhebung desselben mit großer Mehrheit ausgesprochen worden, ohne kleinere Staaten Deutschlands, wie der anhaltischen, zu gedenken. Behaupte man etwa noch, die Aufhebung des Adels habe keine Sympathie im Volke? Und wolle man hier zurückbleiben hinter jenen Skriften? Die Reaktion in Preußen und Oesterreich habe den gewiß weisenlich in den angegriffenen Adelsvorrechten ihre Stütze gefunden, auch im deutschen Staatenbaufe werde sich die Aristokratie niederlassen — dies feindliche Element sey mit der Wurzel aus dem Wege zu räumen. Reichensperger: Daß man im J. 1789 auf Aufhebung des Adels drang, begreife ich. Aber der Kampf des Herrn Moriz Mohl darwider im Jahre 1848, dünkt mir ein Kampf gegen einen wesenlosen Schatten. Als Berichterstatter des Ausschusses tritt Mait; auf: Wir haben die Sätze des §. 7 noch schärfer gefaßt, als es die ersten Beschlüsse gethan, um jede rechtliche Ungleichheit zu verbannen. Allein in sozialer Beziehung läßt sich durch ein Gesetz nicht ertzwingen. Der Adel ist eine historische Erinnerung. Der Antrag von Trüglebers: „Orden dürfen von Staatswegen nicht mehr verliehen werden" wird mit 239 gegen 194 Stimmen abgelehnt; dagegen wird die Bestimmung: „Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen" mit 229 gegen 193 Stimmen angenommen. Nachdem noch mit 263 gegen 167 Stimmen die ausdrückliche Anerkennung des Waffenrechts neben der Waffenpflicht abgelehnt worden, lautet der Paragraph in seiner endgültigen Gestalt: „Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Der Adel als Stand ist abgethan. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in so weit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung findet nicht statt." Die Sitzung wird hierauf 2¼ Uhr geschlossen, die nächste Beratung der Grundrechte findet morgen Statt.

Deutsches Heimathsgesetz.

(Entwurf des Ausschusses.) §. 1. Das Gebiet eines jeden deutschen Staats zerfällt in bestimmt abgegrenzte Gemeindebezirke; diese bilden zugleich Heimathsbezirke. Den einzelnen Staaten bleibt es überlassen, mehrere Gemeindebezirke zu einem Heimathsbezirke zu vereinigen. §. 2. Der Aufenthalt und Wohnsitz in einem Heimathsbezirke, so wie das Recht zum Gewerbebetriebe, so weit dieses nicht durch die deutsche Gewerbeordnung beschränkt wird, darf keinem Deutschen verweigert werden, so lange er nicht daselbst der öffentlichen Armenunterstützung anheimfällt oder wegen eines gemeinen Verbrechens verurtheilt wird. §. 3. Das Heimathsrecht wird erworben: a) Durch Geburt. Eheliche Kinder folgen der Heimath des Vaters, uneheliche der Heimath der Mutter. Findlinge erlangen das Heimathsrecht in dem Heimathsbezirke, in welchem sie gefunden werden, fallen aber der Fürsorge des Staates anheim. b) Durch Verheirathung. Ehefrauen erwerben die Heimath in dem Heimathsbezirke ihres Ehemannes. c) Durch ausdrückliche Aufnahme. Diese darf keinen Deutschen verweigert werden, welcher erwerbsfähig ist und zur Zeit seiner Aufnahme weder öffentliche Armenunterstützung genießt, noch wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft worden ist. d) Durch mehrjährigen Aufenthalt. Wer sich fünf Jahre ununterbrochen durch sein Vermögen oder seine Thätigkeit in einem Gemeindebezirke redlich ernährt hat, erwirbt daselbst das Heimathsrecht, wenn er nicht sein früheres Heimathsrecht sich erhalten hat. e) durch Erwerbung des Gemeindebürgerrechts. Dadselbe schließt das Heimathsrecht stets in sich. §. 4. Wer in einem Gemeindebezirke Heimathsrecht erwirbt, verliert dasselbe in seinem früheren Heimathsbezirke, wenn er nicht deßhalb Gemeindebürger bleibt. §. 5. Das Heimathsrecht kann ohne Besitz des Gemeindebürgerrechts bestehen und begründet noch kein Recht auf die Nutzungen des Gemeindevermögens. §. 6. Das Heimathsrecht gewährt den Anspruch, im Falle der Arbeitsunfähigkeit und Verarmung, von dem Heimathsbezirke nöthigenfalls unterhalten zu werden. Liegt in diesem Falle Dritten die Verpflichtung ob, für den Unterhalt des Heimathsberechtigten zu sorgen, so kann die Gemeindebehörde diese zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anhalten. §. 7. Die weiteren Rechte und die Verpflichtungen der Heimathsberechtigten und Heimathsbezirke, welche ohne heimathsberechtigt zu sein, in einem Gemeindebezirke Wohnsitz haben, gegen die Gemeinde, werden durch die Gemeinde-Verfassung bestimmt. §. 8. Hülfsbedürftige haben in jedem Gemeindebezirke, wo sie sich zur Zeit ihrer Hülfsbedürftigkeit befinden, Anspruch auf nothdürftige Verpflegung. Die betreffende Gemeinde hat dieselbe vorschußweise für Rechnung des verpflichteten Heimathsbezirks zu leisten. Der Anspruch auf Wiedererstattung des geleisteten Vorschusses verjährt drei Monate nach eingetretenem Verpflegungsfalle, beziehungsweise nach Ermittelung des verpflichteten Bezirks. §. 9. Wer fünfzehn Jahre von seinem Heimathsbezirke freiwillig abwesend gewesen und an seinem anderen Orte Heimathsrecht erlangt hat, behält zwar daselbst sein Heimathsrecht, fällt aber im Verarmungsfalle der Versorgung desjenigen Staates anheim, zu welchem der Heimathsbezirk gehört.

Frankfurt, 4. Decbr. Die wallachische Deputation aus Bucharest, welche das Reich um Unterstützung der wallachischen Bewegung anging, und fast schon vier Wochen in vergeblicher Bemühung sich hier aufhielt, ist gestern endlich mit Aufgabe ihrer Hoffnungen nach Paris abgereist. (R. K.)

München, 3. Dec. Hr. v. Beisler tritt in seine frühere Stellung als Präsident des obersten Rechnungshofes zurück, nachdem der bisherige Präsident v. Heres zum Staatsrath im ordentlichen Dienste an die Stelle des bejahrten Hrn. v. Stürmer ernannt worden, welch Letzterer zu wiederholten Malen die Versetzung in den definitiven Ruhestand nachgesucht hat. (A. M. Z.)

München, 6. December. (Das Handelsministerium.) Se. kgl. Majestät hat den bisherigen kgl. Regierungsdirektor von Unterfranken und Aschaffenburg K. F. Beyer zum ersten Ministerialrathe in dem, nach Verordnung vom 41. Nov. zu bildenden Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten ernannt und demselben zugleich die Leitung des inneren Geschäftsganges mit dem Titel eines Ministerialdirektors übertragen; zu dem genannten Ministerium wurden versetzt: der Ministerialrath im Staatsministerium d. F. K. v. Kleinschrod, der Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen L. Frhr. v. Brück, der Ministerialrath im Staatsministerium des Innern B. H. Pfeuffer, der Ministerialrath im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern W. Weber, der Ministerialassessor im Staatsministerium d. J. Eduard Wolfanger, der geheime Sekretär im Staatsministerium d. J. für Kirchen- und Schulangelegenheiten Karl v. Vollmar, die Ministerialsekretäre v. Cetto vom Staatsministerium des kgl. H. und des Aeußern, v. Hermann vom Staatsministerium der Finanzen, Messerschmidt vom Staatsministerium des Innern, die geheimen Registratoren Schamberger vom Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Wild vom Staatsministerium d. F., die Rechnungskommissäre Raab vom Staatsministerium d. J. und Preisler vom Staatsministerium d. J. für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Der App.-Ger.-Ass., Dr. J. Schüttinger in Bamberg ist zum Advokaten daselbst ernannt worden.

Wie die N. M. Ztg. berichtet, hat Se. Maj. der König die Versetzung getroffen, daß in Zukunft zu je zwei von dem bestimmenden Stunden die Minister mit ihm zu arbeiten haben.

Nürnberg, 7. Decbr. Die Wahlen in hiesiger Stadt haben unter der Leitung des kgl. Regierungsassessors Schrag als Wahlkommissärs begonnen. Soeben, Mittags 12 Uhr, wird das Ergebniß des ersten Skrutiniums verkündet. Absolute Majorität der Stimmen 86; erwählt zu Abgeordneten sind: Herr Jakob Schmitt, Kaufmann aus Frankfurt a. M., mit 116 Stimmen; Herr v. Scheurl, Professor zu Erlangen, mit 92 Stimmen. Die nächstfolgenden Kandidaten, Hrn. Lehrer Träger von hier, Pfarrer Wagner von Altdorf ꝛc. erlangten keine Majorität. Der dritte Abgeordnete muß daher in einem eigenen Skrutinium gewählt werden. Die Hrn. Schmitt, Träger und Wagner sind Kandidaten der reinen Demokratie. (Nachschrift, 1¼ Uhr.) Soeben ist auch das zweite Skrutin beendet. In demselben wurde zum Abgeord-

Digitized by Google

neten gewählt: Herr Lehrer Träger mit 99 Stimmen. Minderheitsstimmen erhielten: im ersten Skrutin Pfarrer Wagner 73, Studienlehrer Hofmann 52, Posthalter Stecker 40, Advokat Hilsch 24; im zweiten Skrutin: Posthalter Stecker 61.

Berlin, 6. Dec. (Auflösung der Versammlung.) Der heutige Staatsanzeiger enthält folgende Verordnung: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. haben auf dem beifolgenden Berichte unseres Staatsministeriums über die letzten Sitzungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu unserm tiefen Schmerze die Ueberzeugung gewonnen; daß das große Werk, zu welchen die Versammlung berufen ist mit derselben, ohne Verletzung der Würde unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Wohles des Landes, nicht länger fortgeführt werden kann. Wir verordnen demnach, auf den Antrag unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung wird hierdurch aufgelöst; §. 2. Unser Staatsministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königl. Insiegel. Gegeben Potsdam, 5. Decbr. 1848. Friedrich Wilhelm. Das Staatsministerium: Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. Rintelen. v. d. Heydt. Der oben angezogene Bericht lautet: (folgt der Bericht dem wir folgendes entnehmen, Ew. königl. Maj. haben durch die Botschaft vom 8. d. M., aus den darin angeführten Gründen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und die Versammlung aufgefordert, die zur Fortsetzung ihrer Sitzungen erforderlichen Berathungen vom 27. v. M. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Durch eine Anordnung, welche lediglich den Zweck hatte, die Freiheit der Berathungen der Volksvertreter vor der anarchischen Bewegung in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, glauben Ew. königl. Maj. nicht nur ein unzweifelhaftes Recht der Krone, sondern auch eine durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes dringend gebotene Pflicht ausübten. Leider ist Ew. königl. Maj. wohlmeinende Absicht dabei von einem großen Theile der Versammlung verkannt worden. Unelngedenk ihrer wahren Aufgabe und ihrer Pflichten gegen die Krone und das Land, hat die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Berathungen der von Ew. königl. Maj. angeordneten Vertagung derselben ungeachtet, eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemaßt, als eine souveraine Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden. Sie hat ferner die von Ew. königl. Maj. auf den Grund einer klaren gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die gedachte Bürgerwehr zum Widerstande gegen die Ausführung jener Anordnung aufgereizt. Sie hat endlich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturze preiszugeben. Durch diese eben so rechtswidrigen wie verderblichen Beschlüsse hatte die in Berlin fortgesetzte Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung offen mit der Krone gebrochen und Ew. königl. Maj. gegenüber einen Standpunkt eingenommen bei dessen Feststellung die Möglichkeit einer befriedigenden Vereinbarung des Verfassungswerkes nicht abzusehen war. Hiernach wären Ew. kgl. Maj. schon damals, unmittelbar nach dem Steuerverweigerungsbeschluß, unzweifelhaft berechtigt gewesen, die Vers. aufzulösen. Gleichwohl gaben Ew. kgl. Maj. die Hoffnung noch nicht auf, daß die seitdem laut gewordene Stimme des Landes und die durch eine leidenschaftliche Auffassung vorübergehend zurückgedrängte Vaterlandsliebe viele jener Abgeordneten von dem betretenen Abwege zurückführen, daß unter ihnen Hinzutritt die Versammlung nach Ablauf der Vertagungsfrist in beschlußfähiger Zahl sich neu constituiren, daß sie dann die Ungesetzlichkeit und Ungültigkeit der während der Vertagungsfrist von einem Theil ihrer Mitglieder gefaßten Beschlüsse in einer unzweideutigen Weise anerkennen, und daß es so der Krone werde möglich gemacht werden, die abgebrochenen Vereinbarungsverhandlungen wieder aufzunehmen und bald zu einem gedeihlichen Ziele zu führen. Ew. Maj. Hoffnungen sind indeß leider durch die Ereignisse der letzten Woche zerstört worden. Nachdem die ihrer Pflicht gegen Ew. königl. Maj. und das Vaterland getreuen Abgeordneten vier Tage hinter einander, vom 27. bis zum 30. v. M., zu Brandenburg in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen waren, wurde die Versammlung endlich am 1. d. M. durch den Hinzutritt eines großen Theiles derjenigen Abgeordneten beschlußfähig, welche sich bis dahin der durch die Botschaft vom 8. v. M. angeordneten Vertagung der Versammlung widersetzt hatten. Anstatt aber diesen Widerstand aufzugeben, erklärte der Wortführer der hinzugetretenen Mitglieder, das dieselben, um die beabsichtigte Einberufung ihrer Stellvertreter abzuwenden und nicht in Befestigung der Anordnungen Ew. Maj., sondern lediglich deshalb erschienen seien, weil das während der Vertagungsfrist von den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern gewählte Präsidium die Versammlung nach Brandenburg berufen habe. Zugleich wurde von diesem Theile der Versammlung ein auf Vertagung bis zum 4. d. M. gestellter Antrag in der von ihrem Wortführer ausgesprochenen Absicht unterstützt, um für diejenigen Ausgebliebenen, denen die Berufung des Präsidiums noch nicht zugegangen sei, die Zeit zu gewinnen. Als hierauf der Vertagungsantrag verworfen war, verließen jene neu hinzugetretenen Abgeordneten beinahe sämmtlich die Versammlung, welche dadurch wieder beschlußunfähig und außer Stand gesetzt wurde, sich neu zu constituiren. Dieser Vorgang, welcher auch den letzten Rest der berliner Versammlung wie jederzeit jedem anwesenden Freund des Vaterlandes einen tief verletzenden Eindruck machte, gibt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraktion der Abgeordneten, die nach dem 9. v. M. in Berlin fortgetagt hat, ein größer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Ew. kgl. Maj. in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit der Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jedenfalls von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung, wie es am 1. d. M. geschehen ist, beschlußfähig zu machen, ohne daß es gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungsberathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Ew. kgl. Maj. können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen, und erlauben uns, den Entwurf der hierfälligen Verordnung zu Ew. kgl. Maj. allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen. Ew. kgl. Maj. können wir nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem Vorbehalte zu gewähren, daß dieselbe von den zunächst, und zwar sofort, zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. kgl. Maj. im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der revidirenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahlgesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. kgl. Maj. die Vollziehung derselben ehrfurchtsvoll anheim. Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. kgl. Maj. den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen. Berlin, 5. Dec. 1848. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. Rintelen. v. d. Heydt. An des Königs Majestät.

Der König hat den Handelsgerichtspräsidenten v. d. Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt, den Unterstaatssekretär Grafen v. Schlippenbach die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen, und den wirklichen geheimen Oberfinanzrath von Pommers-Esche zum Unterstaatssekretär beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt.

Berlin, 5. Dec. Die Verhaftungen sind seit einiger Zeit eingestellt. An der Tagesordnung sind jetzt die Ausweisungen. Diese Maßregel wird in solcher Ausdehnung gehandhabt, daß es nöthig geworden ist, Ausweisungsformulare drucken zu lassen. Während selbst vor dem März der Nachweis der erforderlichen Subsistenzmittel zur Begründung des Aufenthalts in Berlin für genügend erachtet wurde, läßt man jetzt dieses Erforderniß, wenn die betreffende Persönlichkeit sonst mißliebig ist, ganz unbeachtet, und ohne alle Rücksicht auf das gesetzlich bestehende Recht der Freizügigkeit wird den Mißliebigen folgende gedruckte Ordre zugefertigt; „Der ——— hat heute die Anweisung erhalten, die hiesige

Digitized by Google

Residenz und deren Umgebung im Umkreise von 2 Meilen binnen 24 Stunden bei Vermeidung der Verhaftung zu verlassen. Dies wird ihm behufs seiner Reise nach — — hierdurch bescheinigt. (Datum. Kgl. Polizeipräsidium. V. Abtheilung.)“ Hr. v. Gagern soll in den drei Tagen, die er in Potsdam zugebracht hat, die Bestimmung des Königs zur Uebernahme der Centralgewalt bewirkt haben; nur soll der König noch die Zustimmung der deutschen Fürsten verlangen; der Majorität des Parlaments in Frankfurt ist man gewiß. Man hatte geglaubt, daß Bayern Einspruch thun würde; allein man versichert, daß der soeben in Potsdam eingetroffene Prinz Karl von Bayern die volle Zustimmung des Hauses Wittelsbach überbringe.(?) (D. A. Z.)

Wien, 4. Decbr. Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie sammt Familie begeben sich morgen nach München, und auch die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sollen sich auf Reisen begeben. Man versichert, daß hierdurch dem bestimmt ausgesprochenen Wunsche des jungen Kaisers willfahren werde, da er frei von allen Einflüssen dem Antritte seiner Regierung erscheinen wolle. — Zu genauem Ermittlung der hierauf bezüglichen Ansichten ist es jedoch nothwendig, die Personen des nun zu bildenden Hofstaates zu kennen. Der junge Kaiser hat eine sehr sorgfältige Erziehung erhalten und viele Zweige des Wissens mit großer Lernbegierde aufgefaßt. Insbesondere hat derselbe ein ausgezeichnetes Sprachtalent und eine vorherrschende Neigung für militärische Gegenstände entwickelt. Auch hat er den Dienst in den verschiedenen Militärbranchen von der Pik auf-praktisch mit gemacht, wie man überhaupt bemüht war, ihn von frühester Jugend das Leben in den verschiedensten Beziehungen kennen zu lernen. Hieraus und dem vermaltenden Einfluß, welchen sowohl seine militärische Umgebung, als seine geistvolle(?) Mutter auf seine Erziehung nahm, läßt sich folgern, daß jener seines gewesenen Ajo Bombelles weder ein sehr bedeutender, noch ein sehr nachhaltiger gewesen. (Hoffentlich bleibt das nicht Hoffnung.) — Eine Amnestie ersteht in gewisser Aussicht. — Man versichert, daß der Reichstag demnächst nach Wien verlegt werden wird. — Die Besatzung Wiens beträgt für jetzt etwa 20,000 Mann mit 36 Geschützen. — Gegen Ungarn ist eine Heeresmacht von 150,000 aufgeboten. — Die Hoffnungen auf eine friedliche Ausgleichung mit diesem Lande sind nach zuverlässigen Nachrichten untergründet. Vielmehr wird der ernstliche Angriff sogleich nach des jungen Kaisers Regierungsantritt beginnen. Diese wird in einigen Tagen erfolgen; die hier konzentrirten Truppen werden den neuen Fahneneid schwören, der Kaiser dieselben in großer Revue passiren lassen und hierauf wieder nach Olmütz zurückkehren. Fürst Windischgrätz aber wird hier verweilen und hat das Kommando bereits dem F.-M.-L. B. Gruber übertragen. (N. K.)

Italien.

Neapel, 26. Nov. Ungeheure Bewegung herrscht heute in der Hauptstadt. Diesen Morgen verkündete ein außerordentliches Bulletin der Staatszeitung mit kurzen, aber triumphirenden Worten, Pius IX. sey in „unserer Mitte“ und habe seinen Wohnsitz in Gaëta (neapolitanische Festung am Mittelmeer, Anfahrt bei von Neapel) aufgeschlagen. — Schon gestern Abend kam die Nachricht ins Schloß; noch in der Nacht wurden einige Bataillone mit Dampfboten hingeschickt. Der König mit seiner ganzen Familie ist ebenfalls in aller Frühe hingegangen, „um Sr. Heiligkeit die Füße zu küssen.“ — (Vom 27. Nov.) Die Flucht des Papstes ist vorerst Tagesgespräch. Wir hören, er sey zu Land durch Vermittlung des kgl. bayerischen Gesandten v. Spaur, in der Livree eines der Gesandtschaftsbedienten, entkommen, nachdem man die Wachen der Nationalgarde in der Nacht vom 24. auf den 25. berauscht oder eingeschläfert hatte (man habe Opium in den Wein gethan). An der äußersten Grenze des Staats habe das Volk den Papst erkannt und angehalten: erst ein herbeigerufenes Bataillon neapolitanische Truppen habe ihn über die Grenze gebracht. (Diese Nachrichten über die Einzelnheiten der Flucht stehen mit den früher mitgetheilten französischen Berichten, nach denen der Papst an Bord eines französischen Dampfschiffes seine Reise fortgesetzt haben sollte, in Widerspruch und scheinen nicht begründet. Auch römische Blätter melden, er sey in Gaëa gelandet; er sey als Kaplan des bayerischen Gesandten verkleidet gewesen, welcher Letztere auch am 25. um Mitternacht mit einem Briefe des Papstes nach Neapel gekommen sey.) (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

*) **Paris**, 4. Dezember. Noch immer keine Nachricht von den fernern Schicksalen des Papstes. Die Marseiller Journale vom 30. bestätigen, daß der Tenare am 29. Abends noch nicht angekommen war. Die Journale der Regierung enthalten keine telegraphische Depesche als eine Meldung des französischen Gesandten in Neapel, welche anzeigt, daß der Papst am 25. in Gaeta angekommen war.

Die römischen Journale sind vom 25. — man kannte daselbst die Flucht des Papstes, die eine große Erbitterung gegen seine Umgebung, namentlich gegen das diplomatische Corps hervorgerufen hatte, dessen Rathschlägen man die Flucht des Papstes zuschrieb. Die Revolution hatte bereits den ganzen Kirchenstaat ergriffen, in Ankona, Bologna, Ferrara, überall siegten die Truppen mit dem Volke. Man sagt, daß auf die abreisenden Gesandten geschossen wurde, und daß zwei Kugeln durch den Wagen des französischen Gesandten gingen. Ein Gerücht, das heute hier cirkulirt und dem zu Folge auch der Großherzog von Toskana auf der Flucht wäre, bedarf noch der Bestätigung.

Lokales und Provinzielles.

Bayreuth, 8. Dec. (Die Abgeordnetenwahl.) Nachträglich bemerken wir, daß beim gestrigen 1. Scrutinium von 249 Stimmen 210 auf Wagner, 203 auf Hoffmann, 97 auf Minister Lerchenfeld, 109 auf Schickel aus Bernecf gefallen waren. Bei dem heutigen II. Scrutinium wurden zu Abgeordneten gewählt: Deinhart aus Neuhaus mit 189 und Minister Lerchenfeld mit 133 Stimmen. Soeben Mittag 2 Uhr beginnt die Wahl der Ersatzmänner.

Anzeigen.

Geschäfts-Anzeige.

Nachdem mir von einer königlichen Regierung von Oberfranken die Conzession zur Antiquariats-Buchhandlung gnädigst ertheilt wurde, erlaube ich mir, dieses mein Etablissement, dem allgemeinen Wohlwollen des resp. Publikums bestens zu empfehlen, indem ich mich der Besorgung, aller in den antiquarischen Buchhandel einschlagenden Gegenstände unterziehe, und zu Herbeischaffung, der gewünschten, wenn auch nicht vorräthigen Artikel, mittelst Verschreibung, gern bereit mich finden lasse.

Dem Buchhandel seit 25 Jahren angehörend, glaube ich um so mehr, mich der angenehmen Hoffnung überlassen zu dürfen, daß allseitiges Vertrauen der verehrlichen Bücherfreunde, welches durch Solidität und gezieme des Entgegenkommen mir zu gewinnen und zu erhalten, mein eifriges Bestreben seyn wird, mir möge zu Theil werden.

In dieser angenehmen Hoffnung verharrend, empfiehlt sich ergebenst

Bayreuth, den 8. December 1848.

Johann Matthäus Spandau.

Liederkranz.

Samstag den 9. Dezbr. findet die erste musikalische Abendunterhaltung statt.

Neuen-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die **VII. Jahresgesellschaft** ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum **23. December**, und bei den Agenten bis zum **18. December** noch Einlagen angenommen werden.

München, den 1. December 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler.
Direktor.

Die große Ausstellung

im goldenen Adler ist nur noch einige Tage hier zu sehen, und Sonntag zum letztenmal eröffnet. Da der Eintrittspreis in diese Ausstellung nur 6 kr. ist, so erlaube ich mir das geehrte Publikum hiesiger Stadt und Umgegend noch einmal aufmerksam zu machen. Von Morgend 9 bis Abends 8 Uhr.

Jakob Knillinger aus Oesterreich.

Ein Mädchen von guter Conduite, welches außer den gewöhnlichen Hausarbeiten vorzüglich im Schreiben und Rechnen sehr gut bewandert seyn muß, kann gegen annehmbare Bedingnisse in Dienst treten. Wo? erfährt man bei der Expedition dieses Blattes.

Im Verlage der Ged. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubestellen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag **Nro. 343.** **10. December 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 7. Decbr. (131. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Den Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein. In Bezug auf die gestrigen Beschlüsse über die Aufhebung der Standesunterschiede, des Adels, fremder Orden ꝛc. sind mehrere protokollarische Erklärungen nachträglich übergeben worden, die der Präsident verliest. Dann läßt er die Wahlzettel zur Ergänzung des Marine-Ausschusses einsordern. Die zweite Berathung der Grundrechte steht am Art. III. §. 6, der von der Sicherung der persönlichen Freiheit handelt. Statt einer nochmalige Debatte des Gegenstandes wird verzichtet und darauf der Paragraph nach der Fassung der Ausschußmehrheit in folgender Gestalt angenommen: §. 8. „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftungen oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gerichte zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen. Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet. Die für das Heer- und Seewesen erforderlichen Modifikationen dieser Bestimmungen werden besonderen Gesetzen vorbehalten.“ Zu §. 9 werden zahlreiche Verbesserungsanträge mitgetheilt. Darunter der Oesterleyh's und Genossen, worauf die Todesstrafe aufrecht erhalten und nur die körperliche Züchtigung, Prangen u. s. w. abgeschafft werden soll. Dennoch erhebt sich für die Besprechung nicht die nöthige Anzahl von Mitgliedern und es wird auch hier sogleich zur Abstimmung geschritten. Unter den Anträgen, die weiter gehen, als selbst die früheren Beschlüsse des Hauses und die darnach geformte Vorschlag des Verfassungsausschusses, heben wir den hervor, welcher sich auch gegen die Strafe „der Arbeit in Eisen“ richtet. Ueber den Satz: „die Todesstrafe ist abgeschafft“ — die Annahme des Kriegerechts vorbehaltlich — wird besonders und durch Zettel abgestimmt. 256 Stimmen gegen 172 bejahen die Abschaffung. Was die Ausnahme des Kriegsrechts in Bezug auf die Todesstrafe anlangt, so will eine Minderheit des Ausschusses nicht das Kriegsrecht im Allgemeinen zum Verhängen der Todesstrafe ermächtigen, sondern nur im Falle eines Kriegs mit auswärtigen Staaten. Diese Minderheit setzt sich aus den Herrten Wigard, Ahrens, Mittermaier, Schreiner Gölich, Welcker zusammen. Ihr Antrag wird von 283 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird dagegen ein Zusatz v. Reden's, die Meuterei auf der See betreffend, wonach der Paragraph schließlich die folgende Fassung erhält: §. 7. „Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meuterei sie zuläßt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.“ Ehe auf §. 10. übergegangen wird verkündet G. Beseler, daß der Verfassungsausschuß mit einem Gesetzentwurfe über die zeitweilige Aufhebung gewisser Grundrechte beschäftigt sei, u. s. w. bezüglichen Anträge zu verschieben bittet. Wigard nahm erhält das Wort, um das Mindererheitsrachten: (Zusatzparagraph) „Kein Ort in Deutschland darf, aufgenommen in Fällen des Kriegs mit auswärtigen Staaten, in Belagerungszustand versetzt werden. Das Standrecht findet nur Anwendung in Zeiten des Kriegs mit auswärtigen Staaten findet nur für die Fälle, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt —“ zu empfehlen. Die Abstimmung erfolgt durch Zettel. 276 Stimmen gegen 138 lehnen diesen Zusatz ab. Eben so wird mit 247 gegen 194 Stimmen der eventuelle Antrag Makowiczka's und Genossen abgelehnt: daß der Belagerungszustand, das Kriegs- und Standrecht nur in den Fällen und Formen, die ein Reichsgesetz regeln werde, verhängt werden dürfe. §. 10, wie er ohne Diskussion zum Beschluß erhoben worden, lautet: „Die Wohnung ist unverletzlich.“ Eine Haussuchung ist nur zulässig: 1) In der Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden den Betheiligten zugestellt werden soll. 2) Im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten. 3) In den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet. Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten. Desgleichen ohne Diskussion und durchaus in der Fassung der Ausschußmehrheit: §. 11. „Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur in Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll.“ §. 12. „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die in strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.“ Der Präsident bringt zur Anzeige, daß bei den vorgenommenen Zettelabstimmungen der Name von Trützschler's dreimal und ebenso der Name Raus aus Wolframig doppelt und mit verschiedener Hand geschrieben in die Urne gekommen sey. (Bewegung des Unwillens). Natürlich, daß die Genannten selbst an diesem Mißbrauche unbetheiligt sind, wie Zimmermann von Stuttgart diese Unsinnigkeit sogar für die ganze Fraktion seiner politischen Freunde von der Rednerbühne herab verbürgen zu müssen glaubt. Der Präsident bemerkt indeß, daß dieser Unfug um wenigsten die Abstimmungsweise durch Zettel als eine sehr unzweckmäßige erscheinen lasse. Ein Antrag von der Linken, der gegen das Bestehen oder Errichten von gehelmer Polizei Abwehr ergreift, wird zurückgewiesen, weil die darunter gesetzten Unterschriften zwar von der austreichenden Anzahl sind, aber dem Anscheine nach meist von stellvertretender Hand herrühren. Der Formfehler wird von Drechsler anerkannt und zugleich hinzugefügt, derselbe Antrag werde an anderer Stelle wiederholt werden und so, daß keine Formaussetzung daran gemacht werden könne. (Heiterkeit.) Im Artikel IV. §. 13 hat die Redaktion des Verfassungsausschusses von den Bestimmungen des früheren Beschlusses die Preßfreiheit diese weder beschränkt, suspendirt noch aufgehoben werden solle „suspendirt“ in Wegfall gebracht. Neu ist dagegen in eben diesem Paragraphen der Zusatz durch „vorbeugende Maßregeln.“ Gegen beide Abänderungen werden mehrseitige Bedenken und darum Schwierigkeiten über die Fragstellung erhoben. Die Versammlung selbst entscheidet endlich über die letztere. Nachdem nämlich der erste Absatz von §. 13: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.“ bereits angenommen ist, wird der folgende Satz: „Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich durch Censur, Konzessionen, Sicherheitsstellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des Vertehrs beschränkt oder aufgehoben werden“ mit dem Vorbehalt zur Abstimmung (durch Zettel) gebracht, daß über das Wort „suspendirt“ noch besonders abgestimmt werde.“ Die Wiederaufnahme des Wortes: „suspendirt“ in den §. 13 die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen — beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden) wird mit 263 gegen 181 Stimmen angenommen, worauf abermals mehrere Erklärungen zu Protokoll, meist gegen die „vorbeugenden Maßregeln“ gerichtet, erfolgen. Angenommen wird sodann zur Ergänzung des Paragraphen: „Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Ein Preßgesetz will vom Reiche erlassen werden.“ Noch kommt von Art. V der §. 14 zur Abstimmung. Er lautet nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Dazu wird

Digitized by Google

aus der ersten Lesung der Grundrechte der Zusatz (mit 226 gegen 210 Stimmen) angenommen: „Jedermann ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.“ In Bezug auf die neuesten Ereignisse in Preußen stellt Wesendonck noch vor der heutigen Sitzung den dringenden Antrag: „die Nationalversammlung möge die unterm 5. d. M. verordnete Auflösung der preußischen Versammlung und die Octroyirung einer Verfassung für Preußen von Seiten der Krone für null und nichtig erklären. Geht an den Vierkommannschen Ausschuß. Nächste Sitzung findet den 9. Dezember Statt.

München, 7. Dez. (Dienstesnachrichten.) Die erledigte Stelle des Vorstandes der Strafanstalt zu St. Georgen ist dem Rechnungsführer bei dem Zentralgefängnisse zu Kaiserslautern J. Herzinger mit dem Range und Titel eines Polizeikommissärs verliehen worden. (K. v. u. s. D.)

München, 7. Dezbr. Bei der heute stattgehabten Wahl der Abgeordneten des I. oberbayerischen Wahlbezirks München wurden gewählt: 1) Ministerialrath Feder mit 119 Stimmen, 2) Maschinenschlosser Widmann mit 116 Stimmen und 3) Oberst Kraßeisen mit 111 Stimmen. Die nächst meisten Stimmen erhielten Minister Freiherr von Lerchenfeld 80, Hauptmann M. Graf von Bothmer 57 und Fabrikant L Hänle 56.

München, 7. Dez. Die hiesige Wahl der drei Ersatzmänner ergab folgendes Resultat: Absolute Majorität 92. Gewählt: zweiter Bürgermeister v. Steindorff von hier mit 115 Stimmen und Generalmajor Kretschmann mit 106 Stimmen. Ferner hatten noch Stimmen erhalten: Traiteur Oettinger 89, Minister Lerchenfeld 87, Graf Bothmer 63, Hänle 63 ꝛc. Da sonach eine weitere absolute Majorität nicht erzielt war, so mußte ein zweites Skrutinium veranstaltet werden. In diesem erhielt von Lerchenfeld 148 Stimmen, welcher sonach Ersatzmann mit den meisten Stimmen ist. (Der zum dritten Abgeordneten gewählte Oberst Kraßeisen ist vom Inf.-Reg. Kronprinz und vermalen interimistischer Kommandant der hiesigen Landwehrbrigade.) Bezüglich der Wahl in der Vorstadt Au, wo ebenfalls drei Abgeordnete zu wählen sind, wird soeben von dort gemeldet, daß im ersten Skrutinium Niemand die absolute Majorität (91 Stimmen: erhielt, daß zweite Skrutinium aber um 1 Uhr noch nicht beendet war. Im ersten Skrutinium hatten am Meisten Stimmen erhalten: Graf Hegnenberg-Dux 83, Kistlermeister Glink 69, Graf Buttler (der frühere Abgeordnete 61, Bauer Rettenhuber 40, pens. Oberappellationsrath Welsch 36 u. s. w.

□ München, 7. Dez. In der Vorstadt Au wurden zu Abgeordneten gewählt: Graf Hegnenberg-Dux, Graf Buttler-Haimhauser (beide Mitglieder früherer Ständeversammlungen) und Pfarrer Dr. Geyer in Ebersberg.

Bayreuth, 9. Decbr. Zu Ersatzmännern wurden gewählt: Joh. Bezold von Gößweinstein, Georg Schlenk von Bernec, Kaufmann Rehm von Neustadt a. B., Lehrer Deuerling von Burggrub Landgericht Ebermannstadt.

* Hof, 8. Dezember. In der gestrigen und heutigen Wahl wurden von dem Wahlbezirk Hof zu Abgeordneten außerhalben: 1) Herr Dr. Rubner aus Kirchenlamitz mit 240 Stimmen von 253 Stimmenden, 2) Herr Fabrikant Fraas aus Oberredwitz mit 226 Stimmen, 3) Herr Bürgermeister Seyferth zu Helmbrechts mit 187 Stimmen, 4) Herr Fabrikant Steinhäuser von Hof mit 168 Stimmen. Als Ersatzmänner: 1) Herr Fabrikant Gottfried Holler von Schwarzenbach a. S. mit 201 Stimmen, 2) Herr Maurermeister Martin Retsch von Selb mit 194 Stimmen, 3) Herr rechtskl. Bürgermeister Schrön von Hof mit 194 Stimmen, beide nach dem Loose, 4) Herr Kaufmann Heinrich Einsiedel von Lichtenberg mit 187 Stimmen.

Nürnberg, 7. Decbr. Im weitern Verlauf der heutigen Landtagswahlen wurden zu Ersatzmännern gewählt: Herr Bierbrauer Eckart von Schwabach (Demokrat), Hr. Poststalter Stökker von Langenseld und Herr Pfarrer Wagner von Altdorf (Demokrat).

Fürth, 7. Decbr. Zu Landtagsabgeordneten wurden gewählt: Kaufmann und Bürgermeister Langguth von Hersbruck, Fabrikwerkmeister Krämer von Doos (Demokrat) und Hopfenhändler Ulhert von Altenstktenbach.

Regensburg, 7. Dez. (Wahlen.) In dem Wahlbezirke Regensburg wurden als Landtagsabgeordnete gewählt: Baumgenieur Baron v. Reichlin-Meldegg von hier mit 113, Stadtpfarrer Wein von hier mit 102, und Forstmeister v. Kobell von Burglengenfeld mit 96 Stimmen von 190 Wähtern. Zu Ersatzmännern wurden gewählt: Bierbrauer Straudigi von Stadtamhof mit 103, Bauer Beck von Taimering mit 102 Stimmen. Der drittgewählte Ersatzmann Großhändler Reuffer nahm die Wahl nicht an, und so war bei Abgang dieser Nachricht die Wahl noch nicht vollendet.

Augsburg, 7. Dez. Die heute hier begonnene Wahl zur Ständeversammlung ergab bis jetzt Abends 4 Uhr folgendes Resultat: Gewählt wurden zu Abgeordneten: der I. Bürgermeister Fondran von Augsburg mit 184 und katholischer Pfarrer Messerschmid von Oettingen mit 141 Stimmen. Unter den Kandidaten, auf welche die noch übrigen Wahlen treffen werden, zählen bis jetzt: Brauer Schaftlitzel von Zusammlthenm 98, Rentbeamter Stengel von Schwabmünchen 91, Graf Hegnenberg-Dux 71, Buchdrucker Volkhard von hier 65, Brauer Dreßl von Schwabmünchen 49, Brauer Beer von hier 24, Regierungsrathsrn Frhr. v. Stengel von hier 22 Stimmen u. s. w. Wie jetzt die Aussichten stehen, dürfte aus dem zweiten Skrutinium zunächst Graf Hegnenberg-Dux hervorgehen.

Würzburg, 7. Dez. Die Wahl der Landtagsdeputirten dahier hat bis jetzt folgendes Resultat ergeben: Im ersten Skrutin (absolute Majorität 112) bekam Appellationsgerichtsdirektor Papius in Aschaffenburg 116 Stimmen, Seifensieder Kohl von hier 106 Stimmen, Gutsbesitzer Lindenborn von hier 73 Stimmen, Dr. Chr. Schmidt von hier 63 Stimmen, Oekonom Grüb von Bütthardt 63 Stimmen, Domkapitular Götz von hier 60 Stimmen, Oekonom Englert von Adolzhausen 53 Stimmen, Dr. Greiner von München 50 Stimmen u. s. w.

Berlin, 6. Dez. Man versichert daß die bayerische Regierung eine Note an die hiesige gesendet hat, in der sie liegen ein etwa drabhchtigtes deutsches Kaiserthum protestirt (D. A. Z.)

Berlin, 6. Dez. Die Aufnahme, die die Bevölkerung Berlins bei dem königlichen Akten in Betreff der Auflösung der Nationalversammlung und der Proklamation der Verfassung schrkte, war gleichgültiger als man hätte erwarten dürfen. Die Octroyirung, das Gesschend des absoluten Königs war es zugläich, was neben dem angenehmen Gefühle, aus einem unsichern Rechtszustande herauszukommen, die Bevölkerung fast mißmuthig stimmte und die Verfassung, die, wäre sie von der Volksvertretung berathen gewesen, von einem großen Theile sicherlich mit Freude begrüßt worden wäre, einer sehr scharfen Kritik unterwarf. Am meisten vergißt man in der Verfassung die Genehmigung einer Civilliste durch die Kammern und steht nun sehr ungern an deren Stelle das Verbieten der Domainenveräußerung in den Händen der Krone. Die Stellung des Heeres bleibt mindestens noch auf Monate die alte exekutive; keine Vereidigung für die nächste Zeit, kein Sichanschließen an die von der neuen Zeit stürmisch geforderten Staatsverhältnisse bringt das preußische Heer in den nothwendigen engen Verband mit dem Volke, aus dem es hervorgegangen. Obschon auch die Mitglieder der Nationalversammlung die Octroyirung einer Verfassung sowie die Auflösung der Kammer erwartet hatten, so hatten sie doch nicht geglaubt, daß die Versammlung vor dem 7. Dez. würde aufgelöst werden; im gegenwärtigen Augenblicke wird ein Protest gegen die Auflösung in den einzelnen Fraktionen berathen. Man erzählt, daß am 10. Dez. der Belagerungszustand aufgehoben und der König seine Residenz wieder nach Berlin verlegen wird. — Die hiesige Garnison ist in neuester Zeit sehr unzufrieden und unmuthig geworden; es gibt vielfache Reibungen unter den einzelnen Regimentern; ernstere Exzesse werden nicht ohne Grund befürchtet. Einer ernsthaften Schlägerei, die vorgestern unter Soldaten verschiedener Regimenter auf der Königsstraße stattfand, konnte durch energisches Einschreiten einer dazu gekommenen Patrouille ein Ende gemacht werden. — Mehre hiesige Buchdruckereibesitzer, welche für den seit dem 27. v. Mtd. hier gelegten Theil der Nationalversammlung verschiedene Proklamationen und Anschreiben an das Land gedruckt haben, sollen wegen interiminirten Inhalts dieser Druckschriften auf Antrag des Staatsanwalts zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Hierdurch erhält ein gewisses Gerücht, was seit mehren Tagen in der Hauptstadt circulirt, Unterstützung. (D. A. Z.)

Der preußische Staatsanzeiger veröffentlicht folgendes Patent, betreffend die Einberufung der Vertreter: Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., haben durch unsere Verordnung vom heutigen Tage die zur Vereinbarung einer Staatsverfassung berufene Versammlung aufgelöst. Zugleich haben Wir, in der Absicht, Unser getreues Volk sogleich der von denselben ersehnten Segnungen der verheißenen constitutionellen Freiheit theilhaftig werden zu lassen, die Regelung der letztern nicht von dem in ferner Aussicht stehenden Ergebniß der Vereinbarung mit einer andererseitigen Volksvertretung abhängig machen wollen, dieselbe jedoch vielmehr durch die heute von uns vollzogene Verfassungs-

Digitized by Google

urkunde dauernd geschieht. Bei der Feststellung dieses Grundsatzes ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf, welcher nach Maßgabe der von der Verfassungskommission der zur Vereinbarung berufenen Versammlung ausgezogenen Vorschläge und der übrigen Vorarbeiten derselben sowie in gebührender Berücksichtigung der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. modifizirt wurde, zu Grunde gelegt worden. Wir glauben uns daher der zuverschlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß jene Verfassung den Wünschen unsers getreuen Volks entsprechen werde. Im Art. 110 ist überdies eine Bestimmung auf dem Wege der Gesetzgebung durch die nächste Volksvertretung vorbehalten. Unmittelbar nach erfolgter Revision werden Wir die von uns vertheilene Berufung des Heeres auf die Verfassung veranlassen. Wir verordnen daher, daß die nach der Verfassungsurkunde ins Leben zu rufenden Kammern vom 26. Feb. 1849 in unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin sich versammeln. Zu diesen Zwecke haben am 22. Jan. l. J. sämmtliche Urwähler im ganzen Staate zur Wahl der Wahlmänner, am 5. Febr. künftigen Jahres die letztern zur Wahl der Mitglieder der 2. Kammer, am 29. Jan. die zur Theilnahme an den Wahlen für die erste Kammer berechtigten Wähler zur Wahl von Wahlmännern, endlich am 12. Feb. l. J. die letztern zur Wahl der Mitglieder der ersten Kammer zusammenzutreten. Die Rücksicht auf die unsern Ministern aufgetragene Vorbereitung der den Kammern vorzulegenden, in der Verfassungsurkunde vorbehaltenen und sonstigen dringlichen Gesetzentwürfe und der Zeitaufwand, welchen die Wahlspeculationen erheischen gestatten nicht, uns früher mit den Vertretern unsers Volks zu umgeben. Wir erwarten übrigens mit Zuversicht, daß bis zum Zeitpunkte der Versammlung der Kammern die Herrschaft des Gesetzes in unserer Haupt- und Residenzstadt durch den guten Sinn der Bürger der letztern völlig wieder hergestellt sein werde. Den freien Berathungen der Volksvertreter daselbst alsdann nichts im Wege stehen werde. Wir wollen jedoch die uns besonders am Herzen liegende Hebung des Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung sowie die, keinen Aufschub duldende Beseitigung mehrerer anderer, die durch ein dringendes Zeitbedürfniß hervorgerufenen Wünsche unserer getreuen Volkes, unter jener nothwendigen Verzögerung nicht leiten lassen, und werden daher mehrere Gesetze unter dem Vorbehalt der Genehmigung der zunächst zusammentretenden Kammern in kürzester Zeit zur Publikation bringen, unter Anderm: 1) eine Verordnung über die interimistische Regulirung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in der Provinz Westfalen; 2) eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschwornen in Untersuchungssachen; 3) eine Verordnung über Aufhebung des bäuerlichen Erbfolgezeges in Westfalen; 4) eine Verordnung über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, sowie über die anderweitige Organisation der Gerichte; 5) eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Circularverfügung vom 26. Febr. 1799 und die Abänderung der Injurientaxen. Der nächsten Volksvertretung werden zur Berathung vorgelegt werden: 1) ein Gesetz, betreffend das Recht der Aeltern zur Bestimmung der Religion ihrer Kinder; 2) ein Gesetz über Regulirung der Mühlenabgaben; 3) ein Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadenersatz bei Tumulten; 4) ein Gesetz über Aufhebung der Gemeinde- und Klassensteuerbefreiungen und wegen Einführung einer allgemeinen Grundsteuer; 5) ein Gesetz über die Einkommensteuer; 6) eine neue Ablösungsordnung und ein Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben; 7) eine Gemeindeordnung; 8) eine Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung; 9) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung einiger Ehehindernisse; 10) eine Verordnung über die Form der Ehe. Da die in der Verfassungsurkunde bestimmte Wahl der ersten Kammer durch die Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung gegenwärtig noch nicht ausführbar ist, so haben wir ein provisorisches Wahlgesetz zur Bildung der ersten Kammer für das erste Jahr der nächsten Legislatur vollzogen. Wir geben uns nunmehr der Hoffnung hin, daß die von Uns verliehene Verfassung unter Gottes Segen zum größern Ruhme des Vaterlandes beitragen und das durch eine Geschichte von Jahrhunderten begründete Band gegenseitiger Anhänglichkeit zwischen Unserm königlichen Hause und Unserm getreuen Volke noch fester knüpfen, sowie die Wohlfahrt und Freiheit des letztern dauerhaft begründen werde. Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Potsdam, den 5. Dec. 1848. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. Rintelen. v. d. Haydt. Patent, betreffend die Zusammenberufung der Vertreter, vom 5. Dec. 1848.

Der „Verfassungsurkunde für den preußischen Staat" entnehmen wir Folgendes: Tit. II. Von den Rechten der Preußen. Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24 September laufenden Jahres bestimmt. Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungsurkunde für zulässig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden. Art. 8. Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens festzustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden. Art. 9. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt. Art. 10. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Art. 13. Die Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ist ungehindert. Art. 15. Daß, dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben. Art. 16. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung von den dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilacts stattfinden. Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, sowie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Concessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsaufsagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postzag oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Art. 27. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln: Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet. Artikel 30. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Artikel 31. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Artikel 32. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer sind finden die in den Paragraphen 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen inseweit Anwendung, als die militärischen Disciplinaevorschriften nicht entgegenstehen. Artikel 33. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere Landwehr, der Bürgerwehr. Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit. Artikel 34. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civilbehörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden. Art. 35. Die Einsichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 36. Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militärcriminalgerichtsbarkeit und unter

Digitized by Google

Beibehaltung der Militärcriminalgerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. (Fortsetzung folgt.)

Wien, 5. Dec. Unser junger Kaiser hat seinen Regierungsantritt bereits auf eine sehr ausdrucksvolle Weise bezeichnet, indem hohe und einflußreiche Hofdiener ihre Entlassung erhielten. Man nennt darunter den Fürsten Lobkowitz und den Grafen Moriz Dietrichstein. Auersperg hatte schon früher seinen Abschied erhalten; seiner kompleten Unfähigkeit sind die Unglücksfage des October's großentheils zuzuschreiben. — Fürst Windisch-Grätz erhielt vom Kaiser Ferdinand, sowie vom jungen Kaiser Franz Joseph höchst anerkennende Handschreiben und von Ersterem das Großkreuz des St. Stephans-Ordens. — Der Kaiser wird übermorgen erwartet. Man versichert, daß er vom neuen Jahre an die hiesige Residenz beziehen und mit diesem Zeitpunkte auch die Wiederverlegung des Reichstags nach Wien eintreten wird. — Kroatien, Slavonien und Dalmatien, so wie Siebenbürgen sollen jedenfalls am diesjigen Reichstage, vielleicht am gegenwärtigen repräsentirt werden. (K. v. u. f. D.)

Olmütz, 3. Decbr. Mit den Ungarn sind Unterhandlungen angeknüpft worden. Der bekannte Bischof Lonovics ist heute Nacht hier angekommen. (K. Bl.)

Cernowic, 27. Novbr. Die Zahl der bombardirten Städte hat sich abermals um eine vermehrt; es ist Klausenburg, die Hauptstadt der Ungarn in Siebenbürgen, welche am 20. d. M. vom General Wardener beschossen und mittelst Kapitulation eingenommen wurde. In der ersten Nacht sollte sie von den Ungarn überrumpelt werden, allein die Besatzung war auf der Hut und schlug den Angriff des Feindes zurück, den sie auch verfolgte und ihm einen bedeutenden Verlust an Todten und Verwundeten beibrachte. Klausenburg hat mitgenommen worden seyn und hat viel durch Feuer und Schwert gelitten. Ein Reisender berichtete, daß es einem Schutthaufen gleiche. (K. Bl. a. B.)

Italien.

Die römischen Zeitungen vom 29. Nov. scheinen die Anwesenheit des Papstes in Gaëta nicht zu bezweifeln. Pius IX. soll daselbst ein Breve erlassen haben, wodurch alles seit dem 16. Nov. in Rom geschehene für null und nichtig erklärt wird. Das römische Ministerium, sagt der Contemporaneo, sei gesonnen ausserordentliche Gesandte an die Regierungen von Frankreich, England und Deutschland zu schicken, um dieselben von dem wahren Stande der Dinge in Rom in Kenntniß zu setzen. Am 28. Nov. ward in der Kirche zu St. Andrea delle Valle ein feierliches Todtenamt für die in Wien gefallenen „Märtyrer der Freiheit" celebrirt, zu welchem der Anlaß, scheint es, von den in Rom wohnenden Künstlern ausgegangen. Die Kirche war gedrängt voll, und der Ministerpräsident Hr. Muzzarelli wohnte der Feier bei. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris 5. December. Die Besatzung der französischen Escadre in der Bucht von Neapel hat bereits ihre Stimmen für die Präsidentschaftsfrage abgegeben, — Cavaignac erhielt 620 Stimmen, Fr. Arago 361, L. Bonaparte 300, Lamartine 52, Ledru-Rollin 13. Es ist dies das Resultat von 5 Schiffen: Friesland, Insterburg, Gameleon, Salamander, Pluton.

Der ganze Handelsstand von Havre hat sich in einer im Debats veröffentlichten Adresse für die Candidatur Cavaignacs erklärt, da seit der Candidatur L. Bonapartes alle Geschäfte stockten, alle Bestellungen vertagt worden wären und sogar die Verhältnisse zum Auslande wieder unsicherer würden.

Zwei bedeutende Männer, der Herzog Carl von Fitz-James und der Graf Calemard von Lafayette fordern heute im Corsaire alle ihre politischen Freunde auf für den General Cavaignac zu votiren, dem Frankreich wahrhaften Dank schuldig sey und zu bedenken, daß die Präsidentschaft L. Bonapartes mit der Coterie Thiers-Barrot an der Spitze der Geschäfte, Frankreich ins Verderben stürzen müsse. Beide Briefe werden einen großen Einfluß auf die legitimistische Parthei ausüben. Marschall Bugeaud wird heute in Paris erwartet und sogleich seinen Sitz in der Nationalversammlung einnehmen. Die Bonapartistische Parthei betrachtet ihn als ihren Degen für alle möglichen Eventualitäten.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 5. December.) General Cavaignac nimmt das Wort, um der Versammlung die in Bezug auf den Papst angekommenen Nachrichten mitzutheilen. Am 24. Abends habe der Papst Rom verlassen und sich nach Gaeta begeben, wo er am 27. ankam. Der König von Neapel begab sich sogleich nach Gaeta, wohin auch der Admiral Baudin ging. Die hier am 27. Nov. gegebenen Befehle wegen der Expedition nach Civitavecchia waren am 29. in Marseille angekommen. Herr von Corcelles, der Paris am 27. verlassen hatte, traf am 30. in Marseille ein. Sobald er von dem französischen Gesandten in Neapel die Nachricht von dem Aufenthalte des Papstes in Gaeta erhielt, schickte er sogleich ein Dampfschiff von Toulouse nach Gaeta, um den Papst abzuholen. Herr von Corcelles selbst schiffte sich am 2. Abends nach Gaeta ein. Den Truppen, die nach Civitavecchia bestimmt waren, ward vorläufig Contreordre gegeben und Herr v. Corcelles erhielt andere Instruktionen. — Weitere Nachrichten über die fernern Entschlüsse des Papstes habe die Regierung noch nicht, werde sie aber, so wie sie solche erhalte, sogleich der Versammlung mittheilen.

Anzeigen.

Eine hübsche Auswahl Zigarrenspitzen von Bernstein und ächtem Meerschaum, fein gemalten Porzellankopfen, Pulverhörnern, sowie auch die beliebten Wiener Kaffeepfeifen und alle in dieses Fach einschlagende Artikel, empfiehlt zur geneigten Abnahme

Leonhardt Daur, Drechslermeister.
Maximiliansstraße Nr. 41.

Als passende Weihnachtsgeschenke erlaube ich mir, mein reichhaltiges Pelzwaaren-Lager in empfehlende Erinnerung zu bringen; dasselbe besteht in einer bedeutenden Auswahl Reise- und Schlafdecke, Burnus, Krägen, Boas, Müffe, Fresen, Manschetten, Pelzstiefel für Herren und Damen, Fußsäcke, gefütterte und ungefütterte Glace-Handschuhe, Leibbinden, Mützen ꝛc.

Unter Zusicherung äußerst billiger Preise und solider Bedienung, ersuche ich mir einer bedeutenden Abnahme.

Auch erlaube ich mir zu bemerken, daß von mir alle Arten Rauhwaaren, Hasenfelle ꝛc. angekauft werden.

Georg Köberer.

Erlen- und Akazienholz in starken gesunden Stämmen kauft die Flach's-Spinnerei.

Siegellack, Federkielen und Oblaten, eigener Fabrikation, dann Stahlfedern, Bleistifte, Briefs, Schreib- und Zeichnungspapiere ꝛc. ꝛc. zu den billigsten Preisen empfiehlt

S. J. Hatzburger
nächst der Münzmühle.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim

werden **diesen Winter** zu folgenden **bedeutend herabgesetzten Preisen Steinkohlen abgegeben**; nämlich

Bei **Stockheim 1)** von der Grube **Vereinigter Nachbar, Reinkohle** zu **16 Kreuzer** der **Bergkübel**, oder 24 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel;
eine Partie **Brennberge** zu **5 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben **Michael & Wolfgang** eine Partie **Brennberge** zu **4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;

Bei **Neuhaus 3)** von der Grube **Minna, Reinkohle** zu **18 Kreuzer** der **Bergkübel** oder 27 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel und eine Partie **Brennberge** zu **5 Kreuzer** der Bergkübel von 75 — 80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ab Grube **gegen baar** bei Ablieferung. — Es ist stets **Vorrath** an allen Gruben, so daß jederzeit **ohne Aufenthalt geladen** werden kann. — Nach allen Gruben führen gut chaussirte Wege. **NB.** Die **Kohlenkäufer** haben sich an die **MEYER'sche Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus** zu wenden.

Heute Sonntag

Den 10. ist die **große Ausstellung** im goldenen Adler zum letztenmal zu sehen. Da der Eintrittspreis nur 6 kr. ist, so erlaube ich mir das geehrte Publikum zum zahlreichen Besuch ergebenst einzuladen.

Jakob Knillinger aus Oesterreich.

Friedrichsstraße Nr. 393 ist die abgeschlossene Wohnung im ersten Stocke bis Walburgi 1849 zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt der Hausbesitzer

Rath.

Im Verlage der Geh. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Anbezichen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 344.** **11. December 1848.**

Deutschland.

München, 8. December. Ueber die Landtagswahl in Weilheim, dem IV. oberbayerischen Wahlbezirk, erhalte ich eben folgende Mittheilung. Als Abgeordnete wurden gewählt: 1) Deisenberger, Pfarrer in Oberammergau; 2) Doppelhammer, Brauer in Tölz; 3) Klob, Bürgermeister in Landsberg; 4) Hopf, Oberappellationsrath in München. Als Ersatzmänner: 1) der Landrichter (?) in Starnberg; 2) Graf Hegnenberg-Dux; 3) Kidl, Posthalter in Sauerlach, Mitglied der letzten Kammer: 4) Liebhart, Bürgermeister in Murnau. (K. v. u. f. D.)

Würzburg, 8. Decbr. Als Abgeordnete sind außer Herrn Appell.-Ger.-Director Bayins gewählt: Seifensieder Köhl von hier mit 116 Stimmen; Oekonom Englert von Aholshausen mit 140 Stimmen; Dr. Rosbach von hier mit 128 St. (K. v. u. f. D.)

Bayreuth, 10. Decbr. Als vierter Ersatzmann wurde im gestrigen Scrutinium nicht Herr Denerling gewählt, wie wir gestern berichteten, sondern Herr Büchner, Kaufmann in Schnabelwaid.

Amberg, 7. Dec. Ich beeile mich, Ihnen das so eben bekannt gewordene Ergebniß des Wahlaktes zu Amberg vom heutigen mitzutheilen: 1) Magistrats-Funktionär Dirrigl in Amberg, 2) Dekan Rast in Sulzbach, 3) Stadtschreiber Herrmann in Weiden. (N. K.)

Bamberg, 8. Dec. Nach dem bei dem gestern stattgefundenen 1. Scrutinium der Landtagswahlen ein gültiges Resultat wegen Zersplitterung der Stimmen nicht erzielt wurde, fiel heute im 2. Scrutinium die Majorität auf die vier Kandidaten der demokratischen Partei. Als Abgeordnete sind demnach gewählt: Hofmann aus Aeufeß, Ulsch aus Bamberg, Amtschter aus Sassendorf und Preil aus Bamberg. Die Kandidaten der konstitutionellen Partei blieben in der Minorität. Den vorhandenen Anzeichen nach wird die Wahl der Ersatzmänner ein ähnliches Resultat liefern. (N. K.)

Kronach, 7. December. In Abgeordneten sind gewählt: 1) Floßhändler Jos. Fillweber von hier, 2) Posthalter Schuster von Steinwiesen. 3) Bäckermeister Gummi von Kulmbach, 4) Fabrikbesitzer Gerber von Schney. Der Erste ist Demokrat, die Uebrigen sind konstitutionell gesinnt. Die Wahl der Ersatzmänner war bei Abgang der Post noch nicht beendigt.

Augsburg, 7. Dec. Im zweiten Skrutin (231 Wähler) wurden zu Abgeordneten gewählt: Graf Hegnenberg-Dux 147 Stimmen, Hr. Schaflitzl, Gutsbesitzer und Bierbrauer von Zusamaltheim, 127 Stimmen. Zu Ersatzmännern wurden von 229 Wählern im ersten Skrutin gewählt: 1) Beer, Bierbrauer, 153 Stimmen. 2) Stengel, Rendeamter, 135 Stimmen. 3) Itzsel, Bierbrauer von Schwabmünchen, 126 Stimmen. Im zweiten Skrutin wurde von 206 Wählern gewählt: Gresser, Badinhaber zu Krumbach, 162 Stimmen.

Ansbach, 7. Dec. Bei der heute stattgehabten Wahl der Landtagsabgeordneten wurden von den 175 anwesenden Wahlmännern gewählt: Hr. Magistratsrath Scheuing von hier mit 110 Stimmen, Hr. Bürgermeister Henfolt von Gunzenhausen mit 103 Stimmen, Hr. Herrlein von Windsbach mit 92 Stimmen als Abgeordnete; sodann Hr. Bürgermeister Mayer von hier mit 148 Stimmen, Hr. Staudiger von Münchenbach mit 103 St., Hr. Dürr in Obermögersheim mit 93 Stimmen als Ersatzmänner. H. Karl Scheuing hat die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt, und es tritt demnach der erste Ersatzmann, Bürgermeister Mayer, an dessen Stelle. Letzterer hat sich zum Eintritt in die Kammer bereit erklärt. (K. v. u. f. D.)

Straubing, 7. December. In Abgeordneten wurden gewählt: Bürgermeister Kolb von Straubing mit 208 Stimmen, Dombechant Jardel von Regensburg mit 204 Stimmen, Franz Kauschinger, Oekonomiebesitzer von Patersdorf, mit 145 Stimmen, Joseph Rabl, Oekonomiebesitzer von Münchshofen, mit 130 Stimmen. Als Ersatzmänner: Stadtpfarrer Burgmaier von Straubing, Bürgermeister Schmaus von Viechtach, Frhr. von Closen von Gern, Jakob Zierer, Oekonomiebesitzer von Oberlihartel.

Neumarkt, 7. December. Im hiesigen Wahlbezirk wurden als Landtagsabgeordnete gewählt: 1) Pfarrer Wolfsteiner von Heidel; 2) Stautner, k. Appellationsgerichtsdirektor in München. Als Ersatzmänner: 1) Joseph Giggenbach, Patrimonialrichter von Dietfurt; 2) Joseph Aufleger, k. Landgerichtsassessor von Hilpoltstein.

Eichstädt, 7. December. Zu Abgeordneten sind gewählt: Bürgermeister Karr von hier, Gutsbesitzer Andree auf der Freihart am Hahnenkamm und Domkapitular Thinnes von hier, (derzeit als Reichstagsabgeordneter in Frankfurt.)

Nördlingen, 7. Dezbr. Zu Abgeordneten sind gewählt: Mühl- und Gutsbes. Hauck von Allerheim, Advokat Dr. Griesmaier von Neuburg a. D., Bierbrauer Fischer von Monheim. Ersatzmänner: Advokat Brann von Oettingen, Landrichter Heiß von Neuburg a. D., Dekan und Stadtpfarrer Seel von Monheim.

Kempten, 7. Dezbr. Zu Abgeordneten wurden gewählt: 1) der gutgesinnte Rechtsrath und Redakteur der Kemptner Zeitung W. Waibel (Demokrat), 2) Fiskonlandter Schlund von Immenstadt, 3) der praktische Arzt Dr. Mayr (Demokrat). Ersatzmänner: Hr. Schweyer, Bürgermeister in Kempten, Hr. Rentbeamter Stuht in Lindau.

Kaufbeuren, 7. December. So eben wurde im ersten Skrutinium mit 64 Stimmen (bei 116 Stimmenden) Klemens Schmid, Gastwirth in Buchloe, zum Abgeordneten gewählt. Im zweiten Skrutin: Hr. Schmid, Landrichter von Türkheim.

Eham, 7. December. Heute wurde dahier durch 124 Wahlmänner aus den Gerichtsbezirken Wörth, Roding, Waldmünchen und Eham die Wahl für zwei Abgeordnete zur II. Kammer vorgenommen. Zum ersten Abgeordneten wurde Herr v. Abel mit 67 Stimmen, zum zweiten Gutsbesitzer Sigmund Radl von Oberbommberg (Bruder des frühern Ständemitglieds) gewählt.

Berlin, 7. Dec. Ein Hochverrathsprozeß und Anklage wegen Aufreizung zum Aufruhr scheint jedenfalls gegen die hervorragensten Mitglieder noch deabsichtigt zu werden, und der Staatsanwalt Sethe ist hierin der Regierung von selbst entgegengekommen, indem er dem Staatsministerium schon früher anzeigte, daß ihn seine Amtspflicht im Interesse der öffentlichen Sicherheit zur Einleitung einer Untersuchung gegen jene Abgeordneten veranlassen müsse. Diese Untersuchung wird jetzt, wo die Unverletzlichkeit des Abgeordnetencharakters keine (?) formellen Schwierigkeiten mehr in den Weg legt, nahe mehr auf sich warten lassen. Es soll zur Fremmittirung der Anklage gegen bestimmte Personen vornehmlich das Ergebniß der Protokolle und Schriftstücke benutzt werden, welche neulich aus dem Bureau des Hrn. v. Unruh in Beschlag genommen wurden, und worunter sich auch einige noch nicht zur Oeffentlichkeit gelangte Proklamationen an das Land befinden.

Brandenburg, 7. Dec. Die Erwartung, daß die Auflösung der Nationalversammlung dieser in einer Sitzung gebührend mitgetheilt werden würde, hatte eine große Anzahl von Abgeordneten, namentlich aus den Centren und von der Linken, bestimmt, sich heute in Brandenburg einzufinden. Heute vor dem Zoom angelangt, fand man die Thüren sämmtlich mit Wachen besetzt, die Fenster des Sitzungssaales waren geschlossen und an dem Haupteingange klebte die Mittheilung, daß in Folge der Auflösung der Nationalversammlung die auf heute angesetzte Sitzung „selbstredend" ausfalle. Unterzeichnet war dieselbe „v. Brünneck, Alterspräsident der aufgelösten Nationalversammlung." Es blieb den Abgeordneten nichts übrig als jeden Versuch zu einer Sitzung zu unterlassen und sich zu entfernen. Ein Theil der Mitglieder des Centrums, vor der Linken die HH. Behrends, Schramm (aus Langensalza), Jung, Oesterr u. m. A. versammelten sich zu einer Besprechung in der Bürgerressource unter dem Vorsitz des Herrn v. Unruh. Von einem weiterhin vorgeschlagenen Protest gegen die Auflösung beschloß man abzustehen, da ein solcher bereits in dem Beschluß vom 9. Novbr. ausgesprochen ist. Die Besprechung erstreckte sich ausschließlich auf die für die nächsten Wahlen zu ergreifenden gemeinsamen Maßnahmen. (D. A. Z.)

Digitized by Google

(Fortsetzung der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat.) Art. 37. Das stehende Heer darf nicht berathschlagen. Eben so wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militairischer Gegen und Anordnungen nicht gestattet. Art. 38. Die Errichtung neuer Lehen und die Stiftung von Familienfideicommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familienfideicommisse sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden. Titel III. Vom Könige. Art. 41. Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 42. Seine Minister sind verantwortlich. — Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Art. 43. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er besteht die Verkündigung der Gesetze und übt unverzüglich die zu diesem Ausführung nöthigen Verordnungen. Art. 44. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. Art. 45. Er besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet. Art. 46. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten, Handelsverträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern. Art. 48. Dem König steht die Vertheilung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Art. 49. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden. Art. 57. Dem Kronfideicommißfonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente. Titel IV. Von den Ministern. Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verraths, angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigen Zwecke zusammen. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaß wurden einem besonderen Gesetze vorbehalten. Titel V. Von den Kammern. Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch 2 Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Art. 61. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Vorschläge welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Art. 62. Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern. Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter erwählt, nach näherer Bestimmung des Wahlgesetzes, die Wahlkörper und wählen die nach der Bevölkerung auf die Wahlbezirke fallende Zahl der Abgeordneten. *) Art. 64. Die Legislaturperiode der ersten Kammer wird auf 6 Jahre festgesetzt. Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen rechtlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 5 Jahre dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 66. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt. Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. **) Art. 69. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Art. 70. Die Legislaturperiode der zweiten Kammer wird auf 3 Jahre festgesetzt. Art. 71. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 74. Stellvertreter für die Mitglieder beiden Kammern werden nicht gewählt. Art. 75. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Nov. jeden Jahres und außerdem so oft es die Umstände erheischen, einberufen. Art. 78. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist. Art. 80. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Personen eine Bittschrift oder Adresse überreichen. Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen. Art. 84. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft. Titel VI. Von der richterlichen Gewalt. Art. 85. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhangige, keiner andern Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt. Art. 86. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebzeit ernannt. Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise enthoben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden. Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Art. 87. Den Richtern können andere besoldete Staatsämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig. Art. 88. Die Organisation der Gerichte wird durch Gesetz bestimmt. Art. 89. Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat. Art. 93. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworne. Die Bildung des Geschwornengerichts wird durch ein Gesetz geregelt. Art. 94. Die Competenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Competenz-Conflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof. Art. 95. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militairbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen. (Schluß folgt.)

Kremsier, 5. December. Franz Joseph I. hat die Deputation der Reichsversammlung, welche ihm die Beglückwünschungsadresse überreichte, ausnehmend gut empfangen; er soll geäußert haben: der Reichstag möge sich mit der Vollendung des Konstitutionswerkes beeilen, damit er (der Kaiser) dasselbe alsbald seiner Prüfung unterziehen könne. (K. v. u. s. D.)

Italien.

In Rom ging, dem Contemporaneo vom 30. Nov. zufolge, das Gerücht: Pius werde sich von Gaëta nach Neapel begeben und dort am 2. Dez. ein Consistorium halten. Rom war fortwährend ruhig, und die Journale ohne alle Nachricht von dem wichtigen Entschluß der französischen Regierung. (A. Z.)

bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämmtliche bisherige Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.

Anzeigen.

Erlen- und Akazienholz in starken gesunden Stämmen kauft die Flachs-Spinnerei.

Ein Mädchen von guter Conduite, welches außer den gewöhnlichen Hausarbeiten vorzüglich im Schreiben und Rechnen sehr gut bewandert seyn muß, kannn gegen annehmbare Bedingnisse in Dienst treten. Wo? erfährt man bei der Expedition dieses Blattes.

*) Bei der Revision der Verfassungsurkunde bleibt zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Konig zu ernennen, und ob den Oberbürgermeistern der großen Städte, sowie den Vertretern der Universitäten und Akademien der Künste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.

**) Bei der Revision der Verfassungsurkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Wärzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag | Nro. 345. | 12. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Dec. In einer der wichtigsten Vorberathungen hatten sich gestern etwa 60 Mitglieder aus verschiedenen Fractionen der Nationalversammlung bei Hrn. v. Beckerath eingefunden. Es handelte sich, wie man vernimmt, um eine Verständigung in Beziehung auf die österreichische Frage. Hr. v. Schmerling soll sein Bedenken ausgesprochen haben, ob man bei der Stellung die Oesterreich nehmen zu wollen scheine, ihn fernet als deutschen Reichsminister werde gelten lassen wollen. Es sei dann von der Möglichkeit eines Ministeriums unter der Leitung Heinrich v. Gagerns die Rede gewesen, für welches Gagern die Bedingung des von ihm verfochtenen staatenbündlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich gefordert habe; Bassermann, in demselben Sinne redend, habe sogar die unverzügliche Absendung von Vertrauensmännern, um Deutschland in Kremsier zu vertreten verlangt. Es soll dabei von einer Seite unverhohlen ausgesprochen sein, daß man nichts mehr wünsche, als den Rücktritt des Ministeriums Schmerling. Dagegen habe man von anderer Seite alles Gewicht auf die Aufrechthaltung des §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung gelegt, wonach man das staatenbündliche Verhältniß zu Oesterreich aufgeben und dem deutschen Theile desselben übertragen wollte, ob es dem Gesammtstaat Oesterreich oder dem deutschen Bundesstaate angehören wolle, da ein doppelts Verhältniß beiden verderblich, und besonders ein so unklares Verhältniß der künftigen politischen Gestaltung von Deutschland hinderlich sein müsse. Wahrscheinlich wird man in nächster Zeit diese wichtige Frage die Nationalversammlung beschäftigen.

München, 9. Dec. (Dienstesnachrichten.) Die bei dem Kreis- und Stadtgericht Bayreuth erledigte Rathsstelle wurde dem I. Landgerichtsassessor J. G. Mayer in Kissingen, und jene bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg dem vormaligen Patrimonialrichter zu Weingartsgereuth und Reichmannsdorf F. Stritzel verliehen, ferner die erledigte Rathsstelle am Wechsel- und Merkantilgerichte I. Instanz in Straubing dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Alba, A. Hero, übertragen worden.

(Weitere Wahlresultate.) In Neuburg a. d. Donau-Wald in der Oberpfalz: Abgeordnete: Jakob Wibling, Handelsmann von Neuburg, und Wilhelm Lorix, Realitätenbesitzer in Rittenau, (Beide wie das Regensb. Tagblatt bemerkt, unabhängige Männer und Freunde des Fortschritts); Ersatzmänner: Michael Bock, Bauer von Schönau, und Mathias Bodensteiner, Bauer von Unterlind. — In Erding: Abgeordnete: Minister Graf v. Bray, Graf E. La-Rosée, der ehemalige Bundestagsgesandte, v. Oberkamp und geistlicher Rath und Lyzealrektor Freudensprung in Freysing. — In Schweinfurt (241 Stimmen): Seilermeister Schad von da mit 235, Gerbermeister Zink aus Hofheim mit 225, Müller Kleindienst aus Baunach mit 222, Kaufmann und Vorsteher Arsch von Hirschfeld. — Ersatzmänner: Vorsteher Weber von Hirschfeld, Bürgermeister Berleng von Königshofen, Gastwirth Prediger von Heiligenstadt und Apotheker und Bürgermeister Erwein von Volkach. — In Aschaffenburg: Dr. Müller von Damm, früherer Landtagsabgeordneter, derzeit beim Reichstag in Frankfurt, Advokat Dr. v. Wächter von Aschaffenburg (Demokrat), Buchbinder und Wirth Domidion von Alzenau, Gemeindevorsteher Kunkel von Jakobsthal. — In Landshut sind zu Abgeordneten gewählt: Gerichtshalter und Oekonom Hirschberger von Kronwinkl, Stadtpfarrer Seelos von Landshut, Tuchmacher Krempelsetzer von Bildsiburg und Bauer Zettel von Altheim. — In Dillingen: Abgeordnete: Guts- und Brauhausbesitzer Deutinger zu Dillingen, rechtskundiger Bürgermeister Förg zu Donauwörth, Gutsbesitzer Wagner von Dattenhausen; Ersatzmänner: praktischer Arzt Dr Hupfauf von Günzburg, Gutsbesitzer Sorer, Demeter von Jggstetterhof, Rentkeramt Weber zu Höchstädt. — In Passau (241 Wahlmänner): Joseph Pröll, Haubelsmann und Oekonom von Freyung, mit 233 Stimmen, Karl Föderer, Gastwirth von Bilshofen, mit 185 Stimmen, Franz Xaver Schmid, Domkapitular und Dompfarrer von Passau, mit 156 Stimmen, Anton Pummerer, Kaufmann von Passau, mit 128 Stimmen.

— In Deggendorf: Dombechant Zarbel von Regensburg, Kaufmann Ott von Osterhofen, Bauer Brändl von Rettenbach. — In Schrobenhausen: Als Abgeordnete: Bräuer Kapfhammer von Aichach, Pfarrer F. L. Kaeser zu Köbching. Bräuer J. Schweyer von Friedberg und Gutsbesitzer Franz v. Koch auf Rohrbach. Als Ersatzmänner: Bürgermeister J. Ebert in Hohenwarth, Bürgermeister J. B. Weindl in Rain, Oekonom L. Heidinger in Ingolstadt und Gastwirth Jos. Deuringer in Greifenfelo. — In Traunstein: Schiffmeister Peter Seucher von Reubrunn, Pfarrer F. Mayer von Prutting, Stadtschreiber Darenberger von Traunstein, Gemeindevorsteher Ulrich Rieder zu Bergen.

Rothenburg a. T., 9. Dec. Bei der ersten Abstimmung der Wahlmänner erhielt keiner von den Bewerbern die absolute Mehrzahl der Stimmen. In der zweiten wurden Gastwirth und Oekonom Kramer von Uttenhofen und Bürgermeister Wächter von Rothenburg zu Abgeordneten mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt; in der am folgenden Tage vorgenommenen dritten Abstimmung fiel die absolute Mehrzahl der Stimmen auf den Stadtgemeindevorstand Schäfer von Feuchtwangen.

Frankenthal, 8. Dec. Gewählt wurden zu Abgeordneten: In Speyer: Kolb von Speyer mit 131, Boye, Bezirksrichter von Frankenthal mit 116, Stockinger mit 86 und Hering, Advokat in Frankenthal mit 43 Stimmen. — In Germersheim: Kolb, welcher im Bezirk Speyer abgelehnt hat, Schüler, Parlamentsmitglied, früher Advokat, Hepp, Dr. med. von Neustadt.

Sigmaringen, 5. Dec. (S. M.) Nach den eingegangenen Nachrichten kommt in diesen Tagen der k. württemb. Oberst v. Hayn, Chef eines in Ulm liegenden Infanterieregiments, hieher und später nach Liechtenstein, um als Reichskommissär sowohl unsere als Liechtensteinischen Truppen neu zu organisiren und sie auf den von der Reichsgewalt anbefohlenen Stand von 2 pCt. der Bevölkerung zu bringen. Unser Militär wurde bis jetzt immer von bayerischen Offizieren organisirt und meistens mit Offizieren, die früher in dortigen Diensten gestanden, besetzt.

Berlin, 6. Decbr. Der Staats-Anzeiger bringt folgenden demerkenswerthen Artikel: Manchen in der Presse laut gewordenen Stimmen gegenüber, welche an die Maßregeln der Regierung Besorgnisse über unsere Stellung zur Centralgewalt knüpfen, können wir nicht umhin, auf das thatsächliche Verhältniß aufmerksam zu machen, welches die preußische Verfassung zur deutschen einnimmt. Selbst wohlmeinende Stimmen haben gefürchtet, schon in dem Verdrießen und in der Ergänzung des Ministeriums die Elemente zu einem Bruche mit der Centralgewalt und der frankfurter Verjammlung zu erkennen, und trösten sich nur mit der Hoffnung, daß die wahrhaft deutschgesinnten Männer in Frankfurt den guten Willen und die Klugheit besitzen würden, keinen Bruch daraus entstehen zu lassen. Wir unsererseits sind ebenfalls überzeugt, daß Alles, was einen Bruch Preußens mit der Centralgewalt veranlassen könne, an den edlen Bestrebungen dieser Männer, Bestrebungen, die wir in ihrem vollen Maße achten und würdigen, gegenseitigen Widerstand finden würde. Im vorliegenden Falle wird es jedoch solcher Anstrengungen nicht bedürfen, denn der Weg, welchen das Ministerium Brandenburg in der deutschen Sache zu gehen gedenkt, ist in dem Berichte desselben an den König vom gestrigen Tage genau bezeichnet. Es heißt nämlich darin von der dem König vorgelegten Verfassung: Wir haben darin auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzunehmenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt." Hieraus folgt, wie jeder Unbefangene begreifen wird, keine Trennung, sondern ein Anschluß. Preußen steht seit gestern eben so fest zur deutschen Sache als vorher.

Berlin, 7. Decbr. Die Ernennung v. d. Heydt's beweist, daß das jetzige Ministerium auf einige Dauer rechnet, obgleich es wohl nicht seine Absicht sein kann, vor den neuen Kammern zu erscheinen. Ladenberg und Manteuffel, die Seele dieses Kabinets, sollen aus ihm herauszutreten wünschen, Hrn. v. Bonin soll das Finanzministerium vergeblich angeboten sein. — Die Reichskommissäre Simson und Hergenhahn sind noch hier und sehr thätig.

Digitized by Google

Der Patriotismus bietet ihnen diese richtige und zweckvolle Handlungsweise. Mögen sie in dieser kritischen Phase ihrer Wirksamkeit glücklich sein; möge das Vertrauen durch ihre Vermittelung uns erspart werden, unsern Landtreiben und unsere Volksfreiheit um einen Preis einer Entfremdung Deutschlands zu erkaufen, wahrlich um einen fast zu theuern Preis!

Die Deutsche Reform schreibt aus Berlin vom 7. Decbr.: Briefischen Mittheilungen zufolge, die uns aus bester Quelle von Frankfurt zugekommen sind, ist man daselbst in einem Grade für Preußen gestimmt, wie dies noch vor wenigen Wochen Niemand geahnt und für möglich gehalten hätte. Selbst die Linke mit Ausnahme der rothen Republikaner, ergiebt sich darein; ebenso die Katholiken, mit Ausnahme der extremen Ultramontanen. Wenn es wahr ist, was vielfach behauptet und geglaubt wird, daß die bayerische Regierung stark gegen eine preußische Hegemonie intriguirt, so kann auf das bestimmteste versichert werden, daß die bayerischen Abgeordneten in Frankfurt ganz anders denken. Frhr. v. Rotenhan soll diese Ansicht brieflich gegen seinen König sehr entschieden ausgesprochen haben. Fast das einzige und offenbar das größte Hemmniß liegt in Oesterreich, da die Erhebung Preußens nie zurwillig zulassen kann. Darüber sind auch die meisten Österreich. Abgeordneten ganz einig. Sie sehen in der Zurückhaltung Friedrich Wilhelm's IV. nur ein geschicktes Spiel; die italienische Schlauheit, die der österreichischen Politik immer zu Grunde lag, kann nicht anders, als eine solche auch bei Preußen voraussetzen. Vor einigen Tagen haben die österreichischen Abgeordneten brantragt, eine Commission nach Wien abzuschicken, um über die Bedingungen Oesterreichs zum Anschluß an Deutschland zu unterhandeln. Aber schon im Casino, wo sich das rechte Centrum, die durch Zahl wie Bedeutung entscheidende Partei versammelt, fließ der Vorschlag auf so heftigen Widerspruch, daß er ganz aufgegeben wurde. Von Schmerling, der es in der österreichischen Sache zu keiner Entscheidung kommen lassen möchte, glaubt man, daß er in Bälde fallen müsse; die Interpellation Römers wegen Oesterreich, die er am 9. Dec. zu beantworten hat, wird dazu noch mehr beitragen. In den nächsten Tagen soll nun ein Ausschuß aus den verschiedenen Fractionen (je einer auf 20) zusammentreten, um die Frage wegen des Oberhaupts unsrer Bundesacte zu abjumachen. Der Ausfall ist nicht zweifelhaft. (D. A. Z.)

(Schluß der preußischen Verfassungsurkunde.) Titel VII. Von den Staatsbeamten. Art. 96. Die besondern Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches der Regierung in Wahl und Ausübung dem Organ zuwiderstig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt. Art. 97. Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungsurkunde etatsmäßig angestellten Staats-Beamten soll im Staats-Diener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden. Titel VIII. Von der Finanzverwaltung. Art. 98. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 100. In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Art. 101. Gebühren können Staats- oder Communal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben. Art. 102. Die Aufnahme von Anleihen für die Staats-Kasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staats. Art. 103. Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Oberrechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird von der Oberrechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer bestimmen. Titel IX. Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden. Art. 104. Das Gebiet des preußischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinen, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird. 1) Ueber die innern und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialvertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staatsregierung unterworfen sind. 2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staatsregierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeindemitgliedern gewählt. Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt. 3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Uebergangens der Polizeiverwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen. Die polizeilichen Funktionen können in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern auf Staatsbeamte übertragen werden. 4) Die Berathungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeindevertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Allgemeine Bestimmungen. Art. 105. Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind sie oder den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. Art. 106. Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügt. Art. 107. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören. Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgabn werden fortentrichtet, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzkräfte, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden. Art. 109. Alle bis jetzt bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit. Art. 110. Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfassungsurkunde zeits und distriktweise außer Kraft gesetzt werden. Die nähreren Bestimmungen darüber bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in Beziehung bestehenden Vorschriften. Uebergangsbestimmungen. Artikel 111. Sollten durch Deutschlands Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben in Vorschlag und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen. Artikel 112. Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 69 und 106) unterworfen werden. Das im Art. 52 erwähnte eidliche Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Beeidigung der beiden Kammern und aller Staatsdiener, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Art. 107). Urkundlich unter unsrer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Potsdam, den 5. December 1848. Friedrich Wilhelm. Graf. v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. Rintelin. von der Heydt.

Breslau, 7. Dec. Heute ist Dr. Borchardt wegen Hochverraths zu 12 Jahren Festungsstrafe mit Verlust der Nationalgarde und Dr. Asch wegen Anregung zum Aufruhr zu 1 Jahr Festungsstrafe verurtheilt worden. (D. A. Z.)

Posen, 4. December. Seit einiger Zeit ist in verschiedenen Organen die dunkle Vermuthung ausgesprochen worden, daß die preußische Regierung geneigt sey, denjenigen Theil des Großherzogthumes Posen, der zur Reorganisation ist polnisch-nationalem Sinne bestimmt ist, an Rußland abzutreten. Die Veranlassung zu diesem Gerüchte wird uns jetzt durch eine Nachricht aus Kalisch erklärt. Es wird uns nämlich mitgetheilt, daß am 20. Novbr. daselbst ein königlich russischer Staatsrath aus St. Petersburg eingetroffen, dem einige Tage darauf eine vollständige Kanzlei gefolgt sey, mit welcher er seitdem in einer geheimen Sendung arbeite, die das Gerücht dort als neue Gränz-Regulirung zwischen Preußen und Rußland bezeichne. Ob dieses Gerücht gegründet ist, lassen wir ganz dahin gestellt seyn; wir führen die Thatsache selbst nur an, um den Ursprung desselben zu erklären. — Man scheint hier wirklich mit einigen, mit der Demarkation in Verbindung stehenden Reorganisations-Maßregeln binnen Kurzem vorschreiten zu wollen, die zunächst das Unterrichtswesen betreffen. Es soll

Digitized by Google

z. B. die Verlegung der beiden Schullehrer-Seminare erfolgen, und zwar soll das Posener nach Schrimm, und das in Trzemczno nach Exin verlegt werden. Hr. v. Schäffer ist bereits nach Berlin abgereist. (C. J.)

Flensburg, 5. Decbr. Man erwartet hier ehestens den Durchmarsch von schleswig-holsteinischen Jägern, die, wie es heißt, hier rasten und dann nach der Grenze zur militairischen Besetzung derselben aufbrechen sollen. Man ist hier mit dieser Maßregel in Kreisen Wohlgesinnter ungemein zufrieden; nur auf solche Weise ist den endlosen Plackereien und Uebergriffen des Feindes und den fanatischen Aufhetzungen namentlich einiger Prediger zu wehren, die immer wieder über die Grenze rücken, um die Stark auf die Probe gestellten Bewohner mit Lügen und Verspiegelungen zur Verweigerung der Kriegssteuer und zu Aehnlichem anzureizen.

Oldenburg, 4. Decbr. In unserer konstituirenden Landtags-Versammlung ist heute ein für das Land wichtiger Beschluß gefaßt worden. Die Versammlung hat mit einer an Einstimmigkeit reichenden Majorität (gegen nur 6 Stimmen) den Antrag des Finanzausschusses in der Sache der zu vereinbarenden Civilliste dahin angenommen, daß dieselbe für den Großherzog selbst auf die Dauer seiner Regierung auf 100,000 Thaler festgestellt, für den Erb-Großherzog dagegen bis auf weitere (aber nicht mindernde) Bestimmung des künftigen Landtages eine Apanage von 15,000 Thaler Cour. bestimmt werden soll. Zugleich wurde die Erklärung hinzugefügt, daß das Land sich fortan nicht mehr verpflichtet achte, an weitere Descendenten und Seitenverwandte des regierenden Hauses Apanagen zu zahlen, dergleichen z. B. an den Prinzen Peter von Oldenburg (welcher zu Petersburg lebt) bisher gezahlt wurde. Diese Entscheidung steht allerdings in grellem Contraste zu der vom Großherzoge gestellten Forderung von 180,000 Thalern, und mehr noch zu dem bisher bezogenen Betrage, welcher sich auf circa 250,000 Thaler belaufen haben soll. Man soll gewillt seyn, es von Seiten der Regierung auf ein Schiedsgericht zu Frankfurt ankommen zu lassen. Allein die Bemerkung eines unserer frankfurter Abgeordneten, des zur rechten Seite gehörenden Hrn. v. Buttel, in einer neulichen Zuschrift an seine Wähler dürfte sehr zu beachten seyn. Derselbe warnt vor hohen Forderungen hinsichtlich der Civilliste, indem er bemerkt, daß dergleichen der republikanischen Partei unfehlbar zu Gute kommen müsse, und daß bei solchen Fragen, wie diese, auch die „künftige, den Glanz verminternde Unordnung unter das Reich berücksichtigt und ein zunächstgelegener Mißverhältniß zwischen Staats-Einnahmen und Hof-Etat um jeden Preis vermieden werden müsse, da sonst Gefahr drohende Stürme unverweilich seyen.“ Gewiß eine sehr zu beachtende Warnungsstimme für alle Klein-Staaten.

Wien, 5. Dec. Wie allgemein versichert wird, soll der junge Kaiser Franz Joseph in den nächsten Tagen nach Wien kommen. In der k. k. Hofburg werden wenigstens die für ihn bestimmten Gemächer hergerichtet. Von dem Dienstpersonale des früheren Kaisers sind diejenigen, welche indessen hier geblieben waren, sowie ein Theil der kaiserlichen Küche von hier nach Prag abgegangen. Wahrscheinlich dürfte der Kaiser Ferdinand seinen Aufenthalt in Prag bleibend nehmen. Der Beginn der Operationen gegen Ungarn ist nun durch die neuesten Ereignisse des Thronwechsels in den Hintergrund getreten, indessen wird an der Ausrüstung der Artillerie thätig gearbeitet, und man sieht täglich einen imposanten Artilleriepark nach dem andern durch die Straßen ziehen, die alle für Ungarn bestimmt seyn sollen.

Wien, 5. Dec. Die Union Siebenbürgens mit Ungarn ist bereits definitiv als aufgehoben zu betrachten. Nachdem Klausenburg, wie ich Ihnen neulich meldete, von den kaiserl. königlichen Truppen besetzt worden ist, wird das siebenbürgische Gubernium, wie es früher bestanden, ehestens reorganisirt werden, wozu man auch hier bereits die nöthigen Einleitungen getroffen hat. Was vor allem aber noththut, ist, daß der bisher geführte Vernichtungskrieg sogleich aufhöre, der, sollte er noch länger währen, dem Sieger — wer es auch immer sey — nur Leichen, Trümmer und Brandstätten zurücklassen würde. Lange hat bis jetzt zwischen den verschiedenen Stämmen, welche das unglückliche Land bewohnen, Nationalhaß, Mord, Brand, Elend und Verzweiflung gewüthet, und es wäre hohe Zeit, daß die Grausamkeit und wilden Greuel zwischen den Walachen, Szeklern, Magyaren, Serben und Sachsen gegenseinander aufhören.

Wien, 6. Dec. Die offiziellen Berichte über die Sitzungen unseres Reichstags übergehen merkwürdigerweise die vorletzte Sitzung mit Stillschweigen; wie man jetzt hört, soll dieses Faktum darin seinen Grund haben, daß der parlamentarische Kampf in dieser Sitzung in einen andern Kampf ausartete, der sich nicht stenographiren läßt. Es war nämlich die von dem Ministerium verlangte Creditbewilligung zur Sprache gekommen; die czechisch. Deputirten hatten das Ministerium zu unterstützen versprochen, falls es sich verpflichte, bekanntlich gegen jeden Anschluß an Deutschland zu wirken; die deutschen Deputirten konnten und wollten es nicht ruhig mit ansehen, daß man ihre heiligsten Interessen auf diese Weise verkaufe, besonders da einige Führer der Czechen sich ihnen gegenüber ganz wie übermüthige Sieger zeigten; das Resultat war, daß es zu höchst tumultuarischen Scenen, wie man sagt zu einem förmlichen Faustkampf kam; Präsident Smolka, der sich vergebens alle Mühe gegeben hatte, die Ruhe herzustellen, soll in Folge der heftigen Aufregung noch seelenkrank geworden sein. Daß hierauf in der Sitzung am 4. Dec. die betreffende Vorlage von dem Reichstage vorläufig an die Finanzcommission verwiesen wurde, ist bekannt. Aus zuverlässiger Quelle kann ich mittheilen, daß den deutschen Reichskommissären, denen früher von dem Ministerium Wessenberg alle Aktenstücke, die sie zu sehen wünschten, offiziell mitgetheilt wurden, von dem neuen Ministerium amtliche Mittheilungen dieser Art verweigert worden sind. — In der Physiognomie der Stadt hat sich in den letzten Tagen nichts geändert.

Wien, 6. Dec. Alle Ereignisse treten in den Hintergrund gegen den Finanzbruch, welchen wir aus der Reichstagssitzung vom 4. Dec. erblicken, denn wiewohl sich Minister Kraus trefflich darauf versteht, Hiobsposten in rubiger beschwichtigender Manier vorzutragen, und wiewohl man seiner Fähigkeit und seinem vielfach bewiesenen Takte vertraut, und wiewohl man endlich hinter Kraus noch einen ausgezeichneten Finanzire, den Unterstaatssekretär Stiffr wahrnimmt, so ist nichtsdestoweniger die Forderung von 80 Mill. in gegenwärtigen Verhältnissen von der Art, um untere entschiedensten Opinionen stutzen zu machen. (D. A. Z.)

Wien, 6. Decbr. Unsere bedenklichen Finanzzustände bestätigen sich durch die Vorlage des Finanzministers. Kommt zu diesem Uebel noch das gesürchtete Fallment der Nationalbank, so sind die lieben Oesterreicher ganz aus Haupt geschlagen. Die von ihr garantirte Staatsschuld von 75 Millionen ist heute kaum die Hälfte werth, und was sie an Staatspapieren im Portefeuille hat, nämlich die 118,105,229 Fr. zu 22 fr. gelten zeit kaum 60 Millionen. Auf dem Geldmarkt lösen sie nicht einmal diese Summe. Ueberhaupt scheint mir, daß eine Bank, die 217,219,604 Gulden in Banknoten emittirt, dem Staate nicht 168 Mill. kreditiren und ausgeben darf.

Wien, 6. Decbr. Fürst Windischgrätz hat heute Morgens in Schönbrunn eine Parade abhalten lassen, um bei derselben an die Soldaten, welche sich bei der Erstürmung Wiens besonders hervorgethan, Ehrenmedaillen zu verschenken. Obwohl Fürst Windischgrätz die Politik verfolgt, militairische Feierlichkeiten, welche mit den Oktobertagen auch nur einige Beziehungen haben, ferne von der Stadt zu legen, so bleibt doch natürlich eine solche Festlichkeit nicht geheim und die mißbilligenden Stimmen darüber fehlen nicht. So auch heute. Man belehnt die Soldaten, sagt man in den Vorstädten, weil sie auf ihre Väter, Brüder und Mütter geschossen. — Fürst Windischgrätz hat gestern in einem Cirkulare, das allen hiesigen Redaktionen zugeschickt wurde, verboten, über die Vorgänge von Ungarn zu schreiben. (D. C. J.)

Krakau, 4. Dec. Im Königreich Polen ist die Ausfuhr der Silbermünze verboten. Die Grenze zwischen Polen und Rußland soll cassirt werden, auch hört man, daß die Grenze nach Krakau eröffnet werden soll.

Italien.

Rom, 30. Novbr. Ueber das Entkommen des Papstes kann ich jetzt folgende mir verbürgte Einzelheiten nachtragen, die ihre Leser zur Berichtigung der andern irrecher ausgeschmückten Schilderungen, welche auch die neapolitanischen Blätter liefern, benutzen mögen. Der bayerische Gesandte, Graf Spaur, den wir bei der drängte Kirchenfrist in den Tagen der Krisis ins Vertrauen gezogen hatte, war bereits am Morgen des 24. von hier abgereist und hielt in Gallera, einem einsamen Jesuitenconvent zwischen Albano und Ariccia, Postpferde zur Weiterreise nach der neapolitischen Gränze bereit. Abends spät hüllte sich der Papst in einen Cardinalmantel ein und setzte sich in einen der bereitstehenden Wagen, welcher ihn nach Giardino Colonna brachte, den wo er nun zu der Wohnung des französischen Beschützers hinabstieg. Nach kurzem Aufenthalte daselbst stieg er in einen Wagen, welcher ihn nach Gallera brachte, wo der bayerische Gesandte seiner harrte, sich selbst in einen Pelz gehüllt auf den Bock setzte und so den Papst in einem Pelz gehüllt auf den Bock setzte und so den Vater wohlbehalten über Terracina nach Gaëta brachte. Die Flucht ist eben vor Thorschluß gelungen. Denn den von Ancona und Fuligen einterfenden Manifesten der demokratischen Clubs zufolge hätte die italienische Constituante ihre Sitzungen auf dem Capitol schon begonnen haben sollen. Solche ausschweifende Ideen

Digitized by Google

hat nun die erfolgte Wendung der Dinge auf einmal beseitigt. Uebrigens denkt das gegenwärtige Ministerium auf dem betretenen Weg fest vorwärtszuschreiten. In Bologna besteht ein Conflikt zwischen den Progressisten, welche durch Zucht in Schach gehalten werden, und den Gemäßigten welche wenn sie bei Kraft bleiben, den Papst bitten wollen das Ministerium zu ändern und die Kammern nach einem Ort zu verlegen, der ihnen Freiheit der Discussion verspricht, was in Rom natürlich nicht der Fall ist.

Frankreich.

* Paris, 6. Decbr. Der National macht heute darauf aufmerksam, daß sich auch der Kaiser von Rußland in seinem Organ: l'Abeille du Nord, von dem berüchtigten Greisch kebigitzt, für die Candidatur Louis Bonapartes ausspreche und den Erfolg derselben wünsche.

Das Journal des Debats hat Briefe aus Neapel erhalten, wonach der Papst Gaëta verlassen und sich nach dem Monte Cassino (im Neapolitanischen) begeben habe, wo sich nun auch alle Cardinäle versammelten. Dieselben Briefe erwähnen als eines Gerüchtes, daß die bayerische Gesandtschaft in Rom vom Volke geplündert und verbrannt worden sey, da der bayerische Gesandte Herr v. Spaur nebst Herrn v. Harecourt der eifrigste Beförderer der Flucht des Papstes war.

Die antievasive Abstimmung von 7 Compagnien Marinesoldaten, die sich von Brest nach den Antillen begeben, hat folgendes Resultat geliefert: Bonaparte 546, Cavaignac 242, Ledru-Rollin 28, Lamartine 11.

Der Constitutionell zeigt an, daß Herr Louis Bonaparte auf die Nachricht, daß der Papst nach Frankreich kommen werde, seinen Cousin Murat beauftragt habe, sich sogleich nach Marseille zu begeben, und den Papst seiner Achtung und Ergebenheit zu versichern. Man sieht, daß Herr Bonaparte schon anfangt, Kaiser zu spielen, übrigens ist das Ganze nur eine leere Demonstration, da Herr Murat gestern noch in der Nationalversammlung war.

Der Corsaire macht darauf aufmerksam, daß auch nicht ein Einziger von sämmtlichen Bischöfen Frankreichs sich offen für die Candidatur Louis Bonapartes ausgesprochen habe.

Die Marseiller Journale vom 2. melden die Ankunft des Herrn von Corcelle daselbst und daß derselbe sich sogleich auf dem Dampfer nach Gaëta eingeschifft habe. Eine telegraphische Depesche des Kriegsministers vom 28. v. M. hatte die Anzeige gebracht, daß die erste Division der Alpenarmee nach Marseile marschire, um im nöthigen Falle sogleich nach der Küste des Kirchenstaates eingeschifft werden zu können. Das Packetschiff Courrier corse, das Neapel am 27. verließ, hat nach Marseille die Nachricht gebracht, daß der Papst in Gaëta war und den Tenare zu seiner Disposition dort behalten hatte. Dasselbe Schiff meldete auch, daß das französische Linienschiff Jemappes in den Gewässern von Civita-Vecchia an die Küste geworfen worden sey, daß man jedoch hoffe, es wieder flott zu machen. Die übrige französische Flotte lag am 27. in der Bucht von Baja, nur drei Dampfer waren im Hafen von Neapel.

Die Madrider Blätter vom 30. enthalten nichts von Bedeutung, als die Nachricht, daß der Brigadegeneral Paredes die Banden Cabreras angegriffen, geschlagen und den von Cabrera gefangenen General Monzano befreit habe.

Der Sturz der Monarchie und die Proklamation sind in Taiti am 24. Juni bekannt geworden. Der Lovaud veröffentlichte, den erhaltenen Befehlen der provisorischen Regierung gemäß, sogleich alle Nachrichten und die Republik ward auch auf den Gesellschafs-Inseln mit großer Feierlichkeit verkündigt.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 6. Decbr.) Eine Menge von Reduktionen in den großen Gehalten der hohen Beamten der verschiedenen Ministerien wird fast ohne Discussion votirt. Das dritte Scrutin der Wahl der 6 Vicepräsidenten hat endlich ein Resultat gegeben und wie vorauszusehen war, eine gänzliche Niederlage der Rechten herbeigeführt. Folgendes ist das Resultat: Anzahl der Stimmenden: 543. Hiervon erhielten General Bedeau 453, Lacrosse 449, Birsi 448 Havin 394, Goudchaux 369, Corbon 358. Der Candidat der Rechten, Malleville, fiel mit 199 Stimmen durch, ebenso die Sekretaire der Rechten, Amable Jullien und Lefraue. Zu Sekretairen wurden gewählt: Herr Emil Lengiet 307, Lauffedat 288 Stimmen.

Paris, 6. Decz. Mehrere Besitzer alter Schafzucht haben sich, wie man hört, dieser Tage gemeldet, um dieselben in Prozente umzusetzen. Sie sind damit abgewiesen worden, ohne daß man ihnen einen Grund dafür angab. Einem Briefe aus Amboise vom 1. d. Mts. zufolge, hat sich Abd-el-Kader in die größte Einsamkeit zurückgezogen und empfängt bereits seit mehreren Wochen Niemand mehr. — Der Unterrichts- und Cultusminister Freslon wird morgen aus Marseille zurückerwartet. Die französischen Cardinäle und Bischöfe, die sich bereits ebenfalls nach Marseille bemühten, haben die Reise vergebens gemacht.

Großbritannien.

London, 5. Dez. Die Admiralität hat zum Zwecke rascherer Beförderung von Nachrichten über den irischen Canal dem Civilingenieur Blunt erlaubt, zwischen Holyhead und Dublin einen unterseeischen electrischen Telegraphen anzulegen; die Drähte desselben werden mit den von Dublin auslaufenden Eisenbahnen, sowie mit dem Endpunkte der Chester-Holyhead-Bahn in Verbindung gebracht. Der zu Holyhead commandirende Captain ist angewiesen, das Unternehmen Blunt's, welches die Beförderung von Nachrichten zwischen London und Dublin innerhalb weniger Minuten möglich machen und auch den Städten Liverpool und Manchester wichtige Mittheilungen um volle 12 Stunden früher, als auf gewöhnlichem Wege, zukommen wird, in jeder Weise zu fördern.

London, 5. Dec. Die schwedische Nachtigall Jenny Lind wird sich dem Vernehmen nach im Kurzem mit einem Künstler des Theaters der Königin Victoria verehelichen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 9. December. In der heutigen 132. öffentlichen Sitzung antwortete Schmerling auf verschiedene Interpellationen. In der ungarischen Sache erklärte er: man habe Sympathien mit dem magyarischen Volke, aber nicht mit dessen gegenwärtiger Regierung. Man werde, nicht berufen dazu, auch keine Vermittelung anbieten. Einen Protest gegen Windischgrätz's Verfahren habe man nicht eingelegt.

Auf der Tagesordnung ist die Berathung über die Berichte des Untersuchungsausschusses, welcher darauf anträgt, man wolle dem Frankfurter Appellationsgericht die Untersuchung gegen den Redakteur der Reichstagszeitung, Günther, gestatten. Der Antrag wird angenommen.

Anzeigen.

In der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth ist so eben erschienen und bei allen übrigen Buchhandlungen zu haben:

Gesetze,

die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. Abgedruckt aus dem königl. bayerischen Gesetzblatt für 1848, Nr. 25. geh. Preis 24 kr.

☞ Diese bequeme Oktav-Ausgabe wird allen Betheiligten sehr willkommen sein.

Unsere heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern entfernten Freunden und Bekannten ergebenst an und bitten um ihre fernere Freundschaft.

Sacharang bei Rosenheim, den 30. Nov. 1848.

Konrad Bauer, k. Zolleinnehmer.
Elisabetha Bauer, geb. Jahn.

Gesang-Verein.

Mittwoch, den 13. d. Mts.

Produktion

im Saale zur goldenen Sonne. Anfang ½7 Uhr.

Einladung an die Forstmänner

von Oberfranken, in specie H.H. Forstmeister und Revierförster, zu einem Zusammentritt in Bayreuth am 26. December 1848, Mittags im Gasthofe zur Sonne zu einer Berathung ihrer Interessen von

Forstmännern.

Ein Mädchen von guter Conduite, welches außer den gewöhnlichen Hausarbeiten vorzüglich im Schreiben und Rechnen sehr gut bewandert seyn muß, kannn gegen annehmbare Bedingnisse in Dienst treten. Wo? erfährt man bei der Expedition dieses Blattes.

Donnerstag Abend wurde ein Päckchen mit bunter Stickwolle und grauen Stramin verloren. Der Finder wird gebeten, solches im Hause Nr. 653 in der Jägerstraße abzugeben.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 346.** **13. December 1848.**

Deutschland

Frankfurt, 9. Decbr. (132. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Namens des Finanzausschusses erstattet Abg. Reh Bericht über das von dem Reichsfinanzministerium der Nationalversammlung vorgelegte Budget vom 1. Sept. bis 31. Dec. n. Js. Der Ausschuß beantragt, die Nationalversammlung wolle 1) das Bureau beauftragen, sofort mit einer Revision des Ausgabe-Budgets für 1849 sich zu beschäftigen; 2) die in der Vorlage bei Nr. 3, §. 18 angeführten 1400 fl. und Nr. 7, §. 10 aufgestellten 10,000 fl. (für Deputationen, Feierlichkeiten ꝛc. und für Untersuchung und Bestrafung der am 16. bis 18. Septbr. in Frankfurt begangenen Verbrechen und Vergehen) nicht zu genehmigen; 3) sämmtliche Ausgabeposten (den Nachweis vorbehalten) zu genehmigen; 4) die Besoldung der Reichsminister auf monatlich 1000 fl. und die der Unterstaatssekretäre auf monatlich 500 fl. zu stellen; 5) die Reisen für die Hofbeamten, welcher die reine Stadt Frankfurt in Folge der Ereignisse vom 16. bis 18. Sept. denselben hat war, auf die Reichskasse zu übernehmen und dem nächsten Budget einzureihen. Aufsatz des Webrausschusses berichtet Abg. Schulz aus Potsdam über mehrere aus der bayerischen Rheinpfalz eingegangene Petitionen, die Vermindernng der siebenten Armee betreffend. Der Ausschuß beantragt, die Nationalversammlung wolle über die gedachten Petitionen ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen. Namens der nämlichen Commission erstattet Abg. Martens Bericht über einen Antrag des Abg. Mohr auf Zurückziehung der in der Umgebung von Mainz einquartierten Truppen, beziehungsweise deren Vertheilung nicht auf einzelne, sondern auf mehrere Gemeinden. Wortentgegnung der Einquartierungslasten ꝛc. Auch in Betreff dieses Antrags beantragt der Vebrausschuß den Uebergang zur Tagesordnung. Ein weiterer Bericht ist der des Abg. Sprengel, Namens des Ausschusses für gerichtliche Requisitionen, hinsichtlich der von den fürstlich hohenzollern-sigmaringen'schen Justizbehörden beantragten gerichtlichen Untersuchung gegen den des Hochverraths angeklagten Abg. Dr. Würth aus Sigmaringen. Zur Beantwortung mehrerer Interpellationen ergreift Reichsminister v. Schmerling das Wort. Auf die Anfrage des Abg. Rheinwald, ob das Reichsministerium aus Anlaß des Zerwürfnisses mit der Schweiz das Früchteausfuhrverbot an der schweizerischen Grenze in Anwendung zu bringen beabsichtige, antwortet der Reichsminister, daß er sich in dieser Angelegenheit auf die Ertheilung einer unterm 7. Nov. gestellten Interpellation ähnlichen Inhalts zu beziehen habe, mit dem Beifügen, daß das Reichsministerium gegenwärtig nicht in der Lage sei, die gegen die Schweiz veranlaßten Maßregeln näher zu bezeichnen, daß es aber bei deren Anwendung wohl berücksichtigen werde, daß deutsche Staatsbürger dadurch nicht benachtheiligt würden. Eine Interpellation des Abg. Wiesner nehme Bezug auf die Seitens der Versammlung dem magyarischen Volke bezeigten Sympathien. Die Sympathien des Hauses für die ungarische Nation, bemerkt der Reichsminister, seyen unbestreitbar, und dieselben würden auch von dem Reichsministerium getheilt. Eine Vermittelung in der ungarischen Frage sey jedoch von dem österreichischen Ministerium nicht angerufen worden; das Reichsministerium sey also auch nicht in der Lage gewesen, eine solche anzubieten. Den Schutz der durch Streifzüge der Ungarn gefährdeten deutschen Interessen in Steiermark ꝛc. betreffend, wovon eine Interpellation des Abg. Gold handle, so wurden die demnächst beginnenden Operationen der österreichischen Heere weiteren Einfällen der gedachten Freibords hoffentlich ein Ende machen. Auf eine andere Interpellation des Abg. Wiesner zurückkommend, so erklärt der Reichsminister, seinen Protest gegen das „tyrannische" Verfahren des Fürsten Windischgrätz eingelegt zu haben, weil sonst von einer Seite des Hauses leicht der Vorwurf erhoben werden könnte, daß das Reichsministerium überhaupt nur durch Phrasen vorzubeugen wisse. Hinsichtlich der von den Interpellanten erwähnten, nach Wien abgeführten beiden Geatzer Bürger habe das Reichsministerium keine Maßregeln ergreifen zu müssen geglaubt, da es in Erfahrung gebracht, daß jene Männer nicht vor ein „tyrannisches Militärgericht" gestellt, sondern nur als Zeugen nach Wien eingeladen worden seien. Abg. Wagner und Genossen stellen den dringlichen Antrag, die Nationalversammlung wolle beschließen, den Ausschüsse für internationale Angelegenheiten den Auftrag zu ertheilen, im Einvernehmen mit dem volkswirthschaftlichen und österreichischen Ausschusse geeignete Vorschläge zum Zwecke eines zwischen Deutschland und den nichtdeutschen Provinzen der österreichischen Gesammtmonarchie zu schließenden Bündnisses zu machen, welches folgende Punkte zu umfassen habe: Erleichterung der Zollfrage und Aufnahme der außerdeutsch-österreichischen Lande in das deutsche Zollgebiet; Regelung des diplomatischen Verkehrs: Schutz und Trutz zur gegenseitigen Verbürgung der Freiheiten u. s. w. Der Antrag wird dem österreichischen Ausschusse zur Begutachtung zugewiesen. Wesendonck interpellirt den sogenannten Biedermannschen Ausschuß wegen Berichterstattung über die von ihm gestellten Anträge, die Ausnahmsmaßregeln in Preußen und die Nichtigkeitserklärung der octroyirten neuen preußischen Verfassung betreffend. v. Saucken erwidert, daß hinsichtlich des ersten Punktes Erkundigungen bei dem Ministerium nothwendig gewesen seien; den zweiten Gegenstand anlangend, so hätten seiner Zeit die Motive des Anteagtelleers auf Zeitungsnachrichten beruht, und der Ausschuß habe sich keine Uebereilung zu Schulden kommen lassen wollen. Wesendonck beantragt, daß die Berichterstattung nächsten Montag erfolge. Die Versammlung entscheidet sich gegen die Feststellung eines Termins, dem Ausschusse den Zeitpunkt zur schleunigen Berichterstattung überlassend. Vorgeschäftliche Erklär

Incensvenienzen nur durch eine Entscheidung der Nation selbst in ihrer Gesammtheit beseitigt werden können; in Erwägung, 4) daß die Nation diese Entscheidung nur durch neue Wahlen geben kann, daß dabei die Thätigkeit der Nationalversammlung inzwischen nicht unterbrochen werden darf; — beschließt die Nationalversammlung: I. Es sind neue Wahlen sofort anzuordnen, welche spätestens am 18. October d. J. beendigt sein müssen; II. diese Wahlen haben in der vom Vorparlament festgesetzten Weise stattzufinden; III. hat eine Wahl stattgefunden, so tritt der Gewählte sofort in die Nationalversammlung, und sein Eintritt schließt einen anderen in demselben Bezirke früher Gewählten von der Nationalversammlung aus." Rühl begründet seinen Antrag, indem er den Termin zur Vornahme neuer Wahlen von zwei spätestens 18. Oct. J. auf den 15. Jan. 1849 verlegt. Der Redner ist des Ansicht, daß vielen Mitgliedern geholfen werden wäre, hätte die Versammlung über seinen Antrag früher Beschluß gefaßt. Dieser Antrag sei nicht gestellt, Scandal zu erregen, sondern um Segen zu bringen. Edel beantragt den Uebergang zur Tagesordnung. Die Versammlung möge ihre Zeit besser benutzen, als mit einem Antrage sich beschäftigen, der zuerst auf der Pfingstweide producirt worden sei. (Lints: Gelegen!) Der Präsident verweist die Rufenden, Rühl u. a. zur Ordnung.) Nach einigen unerquicklichen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. Edel und Rühl wird der Antrag auf Tagesordnung mit 321 gegen 104 Stimmen angenommen. Schluß der Sitzung 3 Uhr Nachmittag. Nächste Sitzung Montag den 11. Dec. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs „der Reichstag."

Frankfuet, 9. Decbr. So eben erfahre ich, daß die Subkommission des Verfassungsausschusses den Vorschlag gemacht habe, an der Spitze des Reichs einen erblichen Kaiser zu stellen, umgeben von einem Reichsrath, aus den Bevollmächtigten der Einzelstaaten zusammengesetzt. Der neue Kaiserstz soll Frankfurt seyn, während ein Ministerialrechten Besetzen Erlaut in Vorschlag bringt.

Frankfuet, 9. Decbr. Es wird erzählt, daß binnen Kurzem der Ministerpräsident v. Schmerling sein Portefeuille abgeben werde, wenigstens daß des Innern, und auch das des Aeußern nicht lange mehr behalten werde. Letzteres soll Heinrich v. Gagern bezeichnet. Die Gerüchte über anderweitige Aenderungen im Ministerium scheinen auf der Luft gegriffen zu seyn. — Wie können es uns nicht verhehlen, wiederholt auf die Wichtigkeit des österreichischen Thronwechsels für die deutsche Frage aufmerksam zu machen. Die Wichtigkeit ist hier an dem Eindruck zu sehen, den dieses Faktum gerade bei den Abgeordneten aus den am meisten in Betracht kommenden deutschen Staaten, nämlich aus Bayern und Hannover, hervorruft. Wir müssen glauben, daß bei manchen gegen Absimmungen die Stimmabgabe eine andere seyn wird, als die es ohne jenes Ereignis geworden seyn würde.

München, 9. Dec. Zur Erinnerung der Staatsanwälte, welche gegebenen Falles die ordentlichen Gerichte zur Verfolgung von Preß-Vergehen und beziehungsweise Verbrechen von Amtswegen aufzufordern haben werden, ist an die Regierungsfiskale der Auftrag, jene Funktion inzwischen zu übernehmen, ergangen. Dieselben haben sofort in der bezeichneten Weise die Presse zu überwachen, und soll diese Maßregel, wie man sagt, auf Anlaß der vom Reichsministerium vor einiger Zeit an die Einzelregierungen ergangenen Aufforderung ergriffen worden sein.

München, 10. Decbr. Bereits ist einer der neugewählten Abgeordneten hier eingetroffen: — Herr v. Abel. Man ist im Publikum nicht wenig gespannt auf die Stellung, welche dieser Staatsmann der Kammer einnehmen wird.

Weitere Wahlresultate. In Gemünden: Abgeordnete: Privatmann Binder von da, Lehrer Weipert von Sennfeldach (Verfasser der unterfränkischen Schullehrervertretung an die Reichsversammlung), Bierbrauer Weis zu Gelterösheim und Wirth Schopp zu Ord. In Memmingen: Abgeordnete: Wirth und Gutsbesitzer Bayer von Obergünzburg, Kunstmühlbesitzer Röck von Memmingen und Gutsbesitzer Wolf in Pfaffendorfen; Ersatzmänner: Handelsmann Ratterer von Ottobeuren, Gerichtsarzt Dr. Jochner zu Mindau und Gutsbesitzer Thopolzer zu Reichelsried.

Bei der Wahl im Wahlbezirk Neustadt a. der Aisch wurden zu Abgeordneten gewählt: Postdalter Stöcker zu Langenzenn, Magistratsrath Ludw. Beer zu Neustadt a. A. zu Ersatzmännern: Physikus Dr. Windsheimer zu Mkt. Einersdorf, Bürgermeister Stöhr zu Zobsessen.

Die in Würzburg versammelt gewesenen Bischöfe haben auch eine Ansprache an den Klerus und eine Denkschrift veröffentlicht. Letztere enthält die Forderungen der katholischen Kirche, welche kurz zusammengefaßt also lauten: 1) Keine Trennung der Kirche vom Staat. 2) Die vollste Freiheit mit Selbstständigkeit der Kirche. Auch da wo Konkordate bestehen, einzelne Bestimmungen derselben oder dem Klerus nicht zusagen, werden die Bischöfe den heiligen Grund um Abwendung dieser Hemmnisse angehen. 3) Keine den Satzungen der Kirche widersprechende communication in sacris. 4) Das freie Recht der Lehre und Erziehung. 5) Dabei die freie Wahl der zum Lehren und Erziehen bestimmten Personen, Korporationen, Lehrbücher ꝛc., freie Heranbildung und Reifeerklärung der Subdoten ihres Erziehungswerkes, freie Ueberwachung Korrektion oder Beseitigung derselben. 6) Erhaltung der den Katholiken gehörenden Schulen als solche, Erhaltung der für katholische Schulen bestimmten Fonds und Zurückgabe der ihnen etwa entzogenen. 7) Freie Ausübung aller Religionslehrbücher. 8) Leitung und Visitation des Religionsunterrichts an allen öffentlichen Lehranstalten, auch der theologischen Vorlesungen auf den Universitäten. 9) Das Recht, Seminarien zu errichten, aufrechtzuhalten zu leiten und das Bevorzugen derselben zu verwalten. 10) Prüfung aller zum geistlichen Stande bestimmten Personen. 11) Keine Mitbetheiligung des Staates an diesen Prüfungen. 12) Das Recht der Kirche und ihrer Institute, Vermögen zu erwerben und frei zu verwalten. 13) Freie Bestimmung ihres Kultus. 14) Kirche Kontrole über den Verkehr der Bischöfe mit dem Papst. 15) Abschaffung jedes Placet. (K. z. u. f. D.)

Berlin, 9. Dec. Die Verfassungsurkunde, sagt die berliniche Zeitung, soll nicht wie man anfangs zeglaubt hat, nur als provisorischen Zugeständniß der Regierung gelten, sondern sie soll sofort praktisch als Gesetz im Wirksamkeit treten. Dies geht aus dem Umstande deutlichst vor, daß dieselbe unmache auch in die Gesetzsammlung aufgenommen werden ist und in solcher Weise in wenigen Tagen bindende Kraft erhält. Dieses Sachverhältniß hat bei mehren unserer Richter und auch in der Presse bereits beachtungswerthe Bedenken erregt. Diese Richter führen für ihre Ansicht an, daß nach §. 6 der Verordnung vom 6. April dieses Jahres über einige Grundlagen der preußischen Verfassung kein Gesetz ohne Zustimmung der Volksvertreter rechtsverbindlich in Kraft treten dürfe, und daß schon nach dem Patent vom 3. Febr. 1847 zu jedem allgemeinen Gesetz die Zustimmung des Vereinigten Landtags erforderlich sei. Zeitenfälle, sagt die Zeitung hinzu, würden sich die Gerichtshöfe schon in wenigen Tagen der Lage sehen, in dieser Streitfrage eine Entscheidung zu fällen.

Die kgl. Sanitätskommission in Berlin macht unterm 9. Dec. Folgendes bekannt: Seit dem 21. Nov. ist kein neuer Cholera-Erkrankungs- oder Todesfall angemeldet worden. Die Genesung des letzten noch in der Behandlung Verbliebenen ist unterm 28. Nov. angezeigt. In Gemäßheit der bestehenden Bestimmungen wird hiermach zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Berlin als von der Cholera gänzlich befreit jetzt zu erachten ist. (D. A. Z.)

Breslau, 8. Dec. Die akademische Legion soll aufgelöst werden. Rektor und Senat haben einen Anschlag am Schwarzen Brett bekannt, daß das Ministerium in Gemäßheit des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Okt. d. J. die unverzügliche Auflösung der an den Universitäten noch bestehenden bewaffneten Studentenkorps beschlossen und verfügt habe. Mit Bezug darauf werden diejenigen Studirenden, welche dem hiesigen Studentenkorps angehören oder angehört haben und im Besitz von gelieferten Waffen sind, aufgefordert, diese binnen 3 Tagen in das Depot der Universität zurückzuliefern. — Ein anderer Anschlag publicirt die Auflösung des Collegienzwanges. (D. A. Z.)

Danzig, 4. Dez. Die Tänische Krone hat vorgestern durch ihren Gesandten Grafen Sponneck die Flagge, zum Schiffbau sich eignende Eichenholz auffinden lassen, dem Verneh men nach für mehr als 30,000 Thl. Wahrscheinlich haben ähnliche Aufkäufe für dänische Rechnung auch in den andern deutschen Häfen stattgehabt und sind eine Folge von dem Beschlusse der Frankfurter, daß in sämmtlichen deutschen Seehäfen die Bestände von zum Schiffbau sich eignendem Eichenholz aufgenommen werden sollten, um darnach über die zu erbauenden deutschen Kriegsschiffe berathen zu können. (D. A. Z.)

Posen, 6. Decbr. Schon früher wurde mehrere Male das Gerücht laut, der Kaiser Nikolaus beabsichtige, unter der Regierung eines Prinzen seines Hauses die Selbstständigkeit Polens herzustellen. Wie haben nie darauf glauben können, und auch heute noch wird es uns schwer, unsern Zweifel aufzugeben; dennoch aber gewinnt dieses Gerücht immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Gestern wurde uns von einem hiesigen hochstehenden Beamten offen und geradezu erklärt, daß man hier bereits folgende sichere Nachricht habe, Preußen habe, unter der Bedingung, daß Rußland die Selbstständigkeit Polens unter dem Herzog von Leuchtenberg als König von Polen wieder herstelle, denjenigen Theil des Großherzogthums Posen, welcher nach der durch den General v. Schäffer-

Digitized by Google

Bernstein gezogenen Demarcationslinie nicht zu Deutschland geschlagen sey, an Rußland abgetreten und die förmliche Uebergabe werde am 1. Januar 1849 bereits erfolgen; die Ankunft des russischen Staatsrathes aus Petersburg in Kalisch habe auf die Ausführung dieses Vertrages Bezug. Gleiche Unterhandlungen seyen mit Oesterreich wegen ähnlicher Abtretung von Krakau und dem rein polnischen Theile von Galizien angekündigt, über deren Resultat man vor jetzt noch in Ungewißheit sey. Für dieses neue Königreich Polen würden eine Constitution ertheilt werden, vorläufig bliebe Lubelle unter dem Schutze und der Obhut der drei Mächte. Das ganze Experiment wäre als ein Versuch zu betrachten, die Polen zu befriedigen und dadurch diesen ewigen Heerd der Revolution für das östliche Europa zu beseitigen. Mißlinge das Experiment, schlagen die Polen in ihrer Freiheit über, so habe das Ganze unter unsichere Herrschaft zurück. (K. Z.)

Posen, 6. Dec. Unsere heutigen Briefe aus Slupce und Kalisch melden, daß immer mehr russische Truppen dort einrreffen, und alle des Glaubens sind daß die Grenze überschreiten zu müssen. Die Nachricht, daß Polnisch-Preußen an Rußland abtreten werden solle, ist zu abgeschmackt, um einer Widerlegung zu bedürfen. Man kennt die Quelle recht gut, aus der sie geflossen ist. (D. A. Z.)

Wien, 8. Dec. Man wollte gestern wissen, zu Preßb sei die Dynastie des ungarischen Thrones verlustig erklärt worden. — Bei Krems sollen nicht unbedeutende Bauernunruhen ausgebrochen sein und die Absendung einer Batterie nebst einem Truppendetachement veranlaßt haben. — Dem Vernehmen nach soll in Preßburg die Cholera auf eine heftige Weise ausgetreten sein.

Reichstagseröffnung am 6 Dec. Smolka berichtet über den Erfolg der Deputation nach Olmütz und Prag. Strobelets Wahl in Neuhitschein wird für ungültig erklärt. Rieffenberg erhält einen sechswöchentlichen Urlaub. Mayfel brach einen Fuß auf der Herreise. Stadion antwortet auf Schuselka's Interpellationen: Es herrscht keine Militärdiktatur. Das Ministerium ist in Gesammtheit für alle Schritte verantwortlich. In Wien werde Gesetz und konstitutionelle Freiheit aufrecht erhalten. Das Standrecht habe aufgehört: Civilrichter sitzen bei der Untersuchung. Zahlreiche Arrestirten beweisen, daß der Zustand in Wien nicht für lästig erachtet wird, daß Handel und Verkehr wieder aufblühen. Die Ernennung Binms geschah nach dem Gesetze. Zwei Reichskommissäre sind deßhalb hieher gekommen, denen alle betreffenden Aktenstücke zur Einsicht vorgelegt wurden. Die Berufung des Robert Blum ein Abgeordneter beim Parlamente in Frankfurt sei, kenne deßhalb nicht maßgebend sein, da kein gültiges Gesetz darüber vorliegt: das in Frankfurt angenommene Gesetz ist des österreichischen Regierung nicht einmal offiziell zugekommen und selbst in diesem Falle hätte es keine Gültigkeit, bis nicht die Zustimmung von Seiten Oesterreichs erfolgt. Auch dies hängt von der Stellung Oesterreichs zur deutschen Centralgewalt und von der Vereinbarung derselben ab. (Letzteres wurde von der Rechten behauptet.) — Die Geschäftsordnung wurde, ohne besonders wesentliche Debatte oder Veränderung, bis zum §. 47 angenommen. — Man glaubt nicht, daß der Reichstag in Kremsier noch lange tagen werde. (N. Z.)

Wien, 8. Dec. Am gestrigen Nachmittag fand wieder eine Hinrichtung statt. Ein Ungar, Horvath, aus Oedenburg, wurde wegen absichtlicher Verheimlichung von Waffen und scharfer Munition im Stadtgraben erschossen.

Wien, 7. Dec. Der neu ernannte Minister, Baron Kulmer ist nicht Kroate, sondern Ungar, was wegen Gegenzeichnung in ungarischen Angelegenheiten mit berücksichtige worden sein soll. Man sieht der Ernennung von noch zwei andern, und zwar slavischen Ministern ohne Portefeuille entgegen.

Kronstadt, 22. Novbr. Soeben erhalten wir aus Kimpina die Nachricht, daß am 18. November Nachmittags eine Abtheilung russischer Sappeure mit einem Hauptmann und einem Lieutenant daselbst eingetrickt sind. Eine größere Abtheilung russischer Truppen soll nachfolgen, um die Grenze gegen Siebenbürgen zu besetzen. (D. A. Z.)

Italien.

Venedig, 4. Dec. Wir hören wieder häufigen Kanonendonner von Malghera, vor dem die Oesterreicher Fortt errichten, an welcher Arbeit die Besatzung deßwegen sich zu hindern versucht. Mittlerweile ist ein neues Anlehen von 12 Millionen Lire Corrent, zu Lasten der Häuserbesitzer gemacht worden, indem solche hypothekarisch pränotirt wurden, wegegen Papiergeld ausgegeben wird! Die Nachrichten aus Rom haben einen sehr widrigen Eindruck gemacht. Die hier liegenden päpstlichen Truppen gehen heute nach ihrer Heimath zurück.

Frankreich.

* Paris, 7. Decbr. Die Nationalversammlung hat gestern das Budget der Ausgaben und Einnahmen beendigt und wird heute das Ganze verwerfen wollen. Hiezauf kömmt sogleich das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten und seiner Minister zur Diskussion und Morgen werden die dreißig Vertreter ernannt werden, die den provisorischen Staatsrath bilden sollen. Die Reunion Pouyers hat eine Liste aufgestellt, Mitglieder der Rechten zusammengestellt, aber die Liste der Linken wird abermals Nachgeben. Die Erbitterung der beiden Parteien in der Nationalversammlung ist auf das Höchste gestiegen und führt täglich zu den heftigsten Scenen. Ueber das Resultat der Präsidentenwahl läßt sich noch immer nicht das Geringste mit Bestimmtheit voraussagen, — das allgemeine Wahlrecht ist noch ein großes Räthsel, dessen Lösung man erst nach mannichfachen Experimenten und Erfahrungen kennen wird. Der gestrige Zwischenfall wegen des zurückgezogenen Defterets über die Nationalbelohnungen hat böses Blut gemacht. In den ersten Tagen des März ward eine Commission niedergesetzt, um den von der Monarchie verfolgten Republikanern Belohnungen und Entschädigungen zuzusprechen. Eine ungeheure Menge von Gesuchen war eingelaufen und nach den Mai- und Juniereignissen hatte sich die betreffende Commission aufgelöst. Herr Senard, der ihren Arbeiten einen Schluß geben wollte, legte am 19. Septbr. das oben erwähnte Defret vor. Eine Commission ward ernannt, um es zu prüfen, — diese ließ sich die Akten der ersten Commission mittheilen und fand die merkwürdigste Liste von Belohnungen, die vielleicht je existirt hat. Neben den Vertretern Baune, Dagoergez, Demeuter, Flocon, Lamarke, Marrast, Trelat, Bignate u. A. figurirten die Schwester des Königsmörders Lecomte, die Kinder Fieschi's, des Gehülfen Fieschi, Bouchers, der auf die Prinzen Nemours und Aumale geschossen hatte, mehrere Galeerensträflinge und gemeine Verbrecher. Die Schuld dieser Liste fällt auf die erste Commission, die aus lauter Montagnards bestand und nicht sehr gewissenhaft in ihrer Wahl war, — aber es bleibt unbegreiflich leichtsinnig von Herrn Senard ein Defret vorgelegt zu haben, ohne die Aktenstücke der Commission früher einer Prüfung zu unterziehen. Die ganze Liste soll nun gedruckt werden. Der Moniteur du soir erklärt in einer berichtigenden Note, daß die jetzige Regierung von der Existenz dieser Aktenstücke auch nicht die leiseste Ahnung gehabt habe. Die bonapartistischen und reaktionären Journale schlagen nun großen Lärm und suchen diesen Zwischenfall bestens auszubeuten, in der Reunionen Pöbel möchte ihn zum Vorwande eines parlamentarischen Skandals gebrauchen, — aber der Rational warnt sie von diesem Versuche und erinnert sie daran, daß der Held, Herr Bonaparte, der die höchste Nationalbelohnung, die Präsidentenstelle in Anspruch nimmt, nun em eben so gemeiner Verbrecher war, da er bei der Landung von Boulogne auf einem Offizier schoß und der Schuß einem Soldaten die Kinnlade zerschmetterte.

Die Kriminalgerichtssäle gerathen, die gestern an der Börse zirkulirten und zum Steigen der Curse plötzlich Einhalt thaten, veranlassten die Regierung die zwei wichtigsten derselben, als habe der Papst die ihm von Frankreich angebotene Gastfreundschaft abgelehnt, — und als habe der Oberkommandeur der Nationalgarde, General Changarnier, seine Entlassung gegeben, heute im Moniteur für unwahr zu erklären. Adrs Jacquemet, Vicar des Erzbischofs von Paris ist vom General Cavaignac zum Bischof von Nantes ernannt worden.

Die Marseiller Journale vom 4. melden, daß die Brigade Mellere auf der Dampfflotille des Admirals Trehouart eingeschifft, am 3. den Hafen verlassen und sich auf die Rhede von Endoume begeben habe, wo sie das Signal zur Abfahrt erwartet. — Vom Papste wußte man in Marseille nichts, als daß er noch in Gaeta weile, aber die Einladung des Königs Ferdinand sich mit ihm nach Neapel zu begeben, abgelehnt habe.

Paris, 7. Decbr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung veranlaßte die Zurücknahme des am 19. Sept., als Senard Minister des Innern war, vorgelegten und von Cavaignac unterzeichneten Defretentwurfs wegen der Nationalbelohnungen, die auf Vorschlag des Comite's für Nationalbelohnungen in lebenslänglichen Pensionen, einmaligen Geldgaben oder ehrenden Auszeichnungen bestehen sollten, weitläufige Erörterungen. Die Bureaux der Nationalversammlung beauftragten nämlich eine Commission mit Prüfung des Defretentwurfs, und diese empfing, nach mehrmaligen vergeblichen Anfragen, endlich vorgestern die Dokumente, auf welche hin den betreffenden Personen Belohnungen verliehen werden sollten, so wie die angeblliche Liste dieser Personen. Hier fand sich nun, daß neben Marrast, Flocon, Baftide, Reuret, Caussidiere, Cabet ꝛc., auch die Verwandten der Mörder Fieschi,

Digitized by Google

Pepin und Morey, sowie die Sobrier, Bergeron und mehrere wegen Mordversuchs, Diebstahls und anderer Verbrechen früher verurtheilte Individuen figurirten. Die Commission beftagte sogleich den jetzigen Minister des Innern und dieser verpflichtet sich sofort, den Deketentwurf zurückzuziehen, was, wie gemeldet, auch gestern geschah. In der heutigen Sitzung rechtfertigte sich Herr Senard bezüglich der fraglichen Liste, die mit Recht die Entrüstung der Commission erregt hatte. Er versicherte, daß das Ministerium bloß dem Grundsatze des von der Commission für Nationalbelohnungen beantragten Entwurfs beigepflichtet und darauf hin das Dekret erlassen habe: die Liste sey erst am 25 Oct., nachdem er Tags vorher schon seine Ministerstelle niedergelegt, entworfen worden und er habe sie gestern zum erstenmale gesehen; auch sey sie überhaupt erst am 24. Nov. an das Ministerium gelangt. Er trage also keine Schuld dabei, wenn man auf derselben unwürdige Personen als zu Nationalbelohnungen berechtigt verzeichnet finde. Mehrere Redner sprachen ihre Entrüstung über die Liste aus. Herr Vignerte erklärte, daß die Listen gar nicht von der Commission für Nationalbelohnungen abgefaßt seyen. Auch Hr. Dufaure gab Erläuterungen, welche darthun, daß die Liste in der Form, wie mehrere Journale sie bereits veröffentlicht hätten, nicht von der Commission für Nationalbelohnungen ausgegangen sey und daß man Abschriften von Gefangenlisten damit vermengt habe. Sowohl er, als Cavaignac, deuteten an, daß man nur, um der Wahl des letzteren Eintrag zu thun, von dieser Angelegenheit, die jedenfalls der Regierung in keiner Art zur Last zu legen sey, möglichst viel Aufhebens zu machen suche. Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, ging man zur einfachen Tagesordnung über und die Sitzung wurde geschlossen. (K. Z.)

Dänemark.

In „Norske Rigstidenden" befindet sich ein Bericht aus Island, der erzählt, wie auch der Drang zu einem freiern Wesenleben, zu einer größern nationalen Selbstständigkeit sich auf der alten nordwegischen Insel geltend gemacht hat. Um diese Forderungen nach nordischer Sitte in ruhiger und klarer Weise durchsetzen zu können, hatten diesen Sommer einige isländische Männer sich in Reikawig, der Hauptstadt des Landes, vereinigt, und nachdem sie über die Stimmung der Inselbewohner genaue Nachrichten eingezogen hatten, dem Könige von Dänemark diese vorgetragen. Sie haben demselben zwar ihren Dank und ihre Anerkennung für die freien politischen Institutionen dargebracht, die er in allen seinem Scepter zugehörigen Ländern einzuführen gedenkt; sie haben aber zu gleicher Zeit, als die einstimmige Forderung aller Isländer, sich bei ihrem König eine besondere, eigne Nationalversammlung erbeten, die im Lande selbst tagen muß, und durch welche sie, unter den Segnungen derselben freien Verfassung wie Dänemark, ihrer besondern nationalen Entwickelung im Geiste der Väter und der neuen Zeit wahrhaft entgegengehen können. Der König von Dänemark, der selbst auf Island gewesen ist, sich überhaupt mit großem Interesse dem nordischen Alterthume zugewendet hat, und alle Island und seine Eigenthümlichkeiten kennt, hat auf jene Adresse erklärt, daß er nichts auf die Rechte der Isländer Bezügliches sanctionirten oder zur Ausführung gebracht wissen wolle, bevor die jetzige isländische Althingversammlung sich darüber ausgesprochen habe, und daß fernerhin das specielle Verhältniß Islands wie die verfassungsmäßige Stellung der Insel durch eine Versammlung im Lande selbst mit der Krone zu vereinbaren sei.

Anzeigen.

Populär! praktisch! wohlfeil!

In der Jos. Lindauer'schen Buchhandlung in München ist erschienen und zu haben in der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth:

Die Köchin ohne Fehl und Tadel,

oder gänzlich zuverlässige Kunst, ohne alle andere Anleitung treffliche, gesunde und schmackhafte Hausmannskost nebst feinen Gerichten und Backwerken bereiten zu lernen.

Das neueste u. unentbehrlichste, auf vieljährige Erfahrungen begründete

Kochbuch,

welches zugleich auf jede Jahreszeit eingerichtete General-Speisezettel für Gesunde und Kranke, dann die Tranchirkunst enthält.

Vorzüglich den Frauen und Töchtern des deutschen Bürgerstandes gewidmet

von

Rosamunda.

6te, sehr vermehrte und verbesserte Auflage. Mit Titelkupfer. Sauber gebunden. Preis nur 15 Fr.

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die **VII. Jahresgesellschaft** ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum **23. December**, und bei den Agenten bis zum **18. December** noch Einlagen angenommen werden.

München, den 1. December 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler.
Director.

Wir haben unser

Papier-, Kunst- und Manufaktur-Waaren-Lager

für herannahende Weihnachten frisch und auf das möglichst vollständigste assortirt, und empfehlen daraus insbesondere:

Alle Sorten weißer und bunter Papiere, Siegellack, Oblaten, Bleistifte, Federposen und Metallfedern, Maierkistchen, Tusche, Pinsel, Schreib- und Reißzeuge, Landkarten, Kalender, Kinderschriften, Zeichnungsvorlagen, Lithographien, Stamm-, Schreib- und Bilderbücher, Neujahrswünsche, Stammbuchverse, Spiel- und Musikkarten.

Aecht kölnisches Wasser, Parfümerien, Seife, Stearin-, Wachs- und Nachtlichter, Briefstaschen, Cigarrenetuis, Portemonnaie (Geldtäschchen), Notizbücher, Messer, Scheren, Brillen, Dosen, Lampen und Leuchter, Goldleisten und Gardinenstangen, gute Guitaren, Violinen, Saiten, Uhrenfurnituren und Kinderspielwaaren aller Art.

Schweiger & Comp.

Zu Festgeschenken

empfehle ich mehrere gut conservirte Ex. des **Conversations-Lexikons** in verschiedenen Ausgaben; das Damen-Conversations-Lexikon; die Gesammtwerke von **Göthe, Hauff, Körner, Wieland, Bulwer, W. Scott,** und einige französ. und engl. Classiker in der Urschrift; **Okens** Naturgeschichte mit Atlas, **Lewald's** Atlas, einige andere Kupferwerke und **Jugendschriften**, die ich zu sehr billigen Preisen sofort liefern und worüber ich ein besonderes Verzeichniß vorlegen kann.

Sonstige gesucht werdende Werke kann ich durch meine auswärtigen Verbindungen stets billigst verschaffen, so wie ich auch fortwährend ganze Bibliotheken und einzelne Werke einkaufe und auch eintausche, weshalb sich die resp. Besitzer nur an mich wenden wollen.

B. Seligsberg, Antiquar.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle ich eine schöne Auswahl aller Gattungen Buchbinder- und Galanterie-Arbeiten, namentlich in Briefstaschen, Stammbücher, Gebetbücher, Bilderbücher, Portemonnaie (Geldtäschchen), Cigarren-Etuis, Albums und dazu passende Bilder-Mappen, mit und ohne Schloß, Briefpapier in allen Formaten, Couleuren und Verzierungen Wünsche, Necessäris, Goldrahmen, Taschen- und Wandkalender, Kästchen ꝛc. so wie alle Arten Schreib- und Zeichenmaterialien, namentlich sehr gute Stahlfedern.

Ludwig Seliger.

Cachemirs und **Tybets** sind so eben eingetroffen bei J. M. Rud, Friedrichsstraße.

Castanien und ächte helländer marinirte Häringe bei

Friedr. Eißenbeiß.

Maximiliansstraße Nr. 25. ist in der mittleren Etage ein großes, hübsch meublirtes Zimmer nebst Alkoven mit oder ohne Bett täglich zu vermiethen.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

61 56 41 51 33

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 Kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 Kr.

Donnerstag | Nro. 347. | 14. December 1848.

Deutschland.

Die Frankf. O.P.Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Frankfurt, 9. Decbr. Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister St. Maj. des Königs beider Sicilien, Herrn Freiherrn v. Antonini, eine Audienz zum Behuf der Ueberreichung des Schreibens des Königs ertheilt, welches in verbindlichster Weise die durch den Gesandten, Hrn. Hedscher an den königlichen Hof nach Neapel verbrachte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung und Uebernahme der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beantwortet.

München, 11. Dec. Gestern sind Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie hier eingetroffen. (N. K.)

Aus München, 10. Dec. schreibt man der Augsb. Abdztg: Gestern Abend traf man wieder großartige Vorbereitungen gegen eine für Schlossermeister Wiedermann besuchtete Katzenmusik, von welcher aber sich kein Symptom zeigte. Der Abgeordnete hatte seine Fenster mit Holz und Eisen von Innen sorgfältig vermachen lassen; der Katzenmusikverein scheint jedoch diesem Manne keineswegs solche Bedrutungen beizulegen, um eine Demonstration gegen ihn kund zu geben. Die Wahlen, wie uns die Resultate aus ganz Altbayern und dem größten Theile Schwabens vorliegen, erregen wohl in jedem Freisinnigen das Gefühl eines ungeheueren Katzenjammers. Wir begegnen immer und immer wieder nur der Scholle, den niedrigen Parteiinteressen. Das Paar Beamten und reblicher Geistlichen — werden sie hineichend die Intelligenz, den geistigen Fortschritt vertreten? So muß sich wohl Jeder fragen, der sein Vaterland liebt und die Unwort kann ihm keine Beruhigung gewähren. Wie kann man von den Männern, deren Sehkraft selten über den engen Gesichtskreis ihres Kirchensprengels hinaustagt, erwarten, daß sie unsere Zeit und ihre großen Aufgaben verstehen, oder bei aller Redlichkeit des Willens die Kraft des Geistes und die Gabe der Rede besitzen, das schwere Rad des Fortschrittes, welchem jetzt schon wieder so viele Hemmschuhe sich entgegensetzen, in Bewegung setzen zu können. Wir wollen sehen, ob unser Landtag die Resultate gibt, die das Volk von dessen Wichtigkeit erwartet. Die Zeit wird lehren, ob Wohl oder Wehe über sie ergeht, welche dupirten und die sich dupiren ließen. (N. K.)

München, 11. Decbr. Man erzählt sich heute, Herr v. Abel habe die Wahl zum Abgeordneten abgelehnt; Bestimmtes hierüber kann ich zur Zeit noch nicht mittheilen. — Die Erwählung Lerchenfeld's in Bayreuth hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht; man freut sich, daß in einer Provinzialstadt wieder gut gemacht worden, was die Majorität der hiesigen Wahlmänner auf so unbegreifliche Weise versäumt hat. Wie es scheint, ersieht indessen über die hiesige Wahl ein kleiner Nachkampf. Eine Vertrauensadresse des „Bürgerwehrvereins für Freiheit und Ordnung" an Herrn v. Lerchenfeld hat viele Wahlmänner der Majorität, gegen die sie ein Mißtrauensvotum ist, sehr unangenehm berührt. Bereits erklären einige Wahlmänner in öffentlichen Blättern, daß sie nicht für die Gewählten, sondern für die Nichtgewählten gestimmt haben, während andererseits Urwähler einiger Wahldistrikte Anfragen an ihre Wahlmänner richten, ob sie, ihren Versprechen getreu, für die freisinnigeren Kandidaten d. h. für die Nichtgewählten, gestimmt haben.

(Wahlresultate.) In Bischofsheim v. d. Rh. zu Abgeordneten: Kaufmann Reinhardt von Neustadt, Bürgermeister Wimmer von Mellrichstadt, Thierarzt Richter von Gersfeld. Ersatzmänner: Kaufmann Gerlach von Brückenau, Advokat Hippel von Münnerstadt und der Ortsvorsteher von Gefäll.

Sämtliche den bayerischen Abgeordnetenkammern sind noch mehrere nicht veröffentlicht. Die 117 zuerst Gewählten gruppiren sich nach Berufsarten, wie folgt: 12 Beamte, 42 Gewerbtreibende, 1 Militär, 2 adelige Grundbesitzer, 14 Geistliche, 12 magistratische Beamte, 2 öffentliche Lehrer, 6 Advokaten, 6 Privatiers, 3 Aerzte, 2 Journalisten und 12 bäuerliche Grundbesitzer. Graf Hegnenberg-Dux erklärt in Augsburger Blättern, daß er die Wahl für die Ku annehme. Es sind Stimmen laut geworden, daß seine Stelle in Augsburg der dasige Bierbrauer Beer. (K. v. u. f. D.)

Die Regensburger Ztg. gibt ein ergötzliches, aber nicht erfreuliches Bild von Kämpfen und Umtrieben, die die dortigen Wahlen begleiteten. Nachdem die verschiedenen Parteien in der Stadt (Absonlaner und Anti-Thonianer) sich gereinigt, getrennt und wieder gereinigt hatten, gaben bei der Wahl die Wahlmänner vom Lande den Ausschlag, welche von einer frommen Gesellschaft, unterstützt vom Acel, bearbeitet worden waren und welche man hatte glauben machen, es werde sich beim nächsten Landtag hauptsächlich um Dreiteilei handrin: um Waldsteu, Christenthum und Wegebauten, weßhalb sie einen Forstmann, einen Baubeamten und einen Pfarrer wählen müßten — wie es denn auch geschah.

Nürnberg, 15. Dec. Zum zweiten Bürgermeister unserer Stadt ist gestern vom Kollegium der Gemeindebevollmächtigten fast einstimmig Hr. Pfarrer Hilpert gewählt worden (!)

Aus der Pfalz, 8. Dez. Zu Abgeordneten wurden ferner gewählt in Kaiserslautern: Eymann, Bürgermeister von Frankenstein; Hoch, Holzhändler von Kaiserslautern; Beckmann, prot. Pfarrer in Einselthum. In Zweibrücken: Müller, Oekonom zu Gerhardsbrunn; Hainz, Arzt in Zweibrücken; Greiner, Rechtspraktikant in München. In Homburg: Eymann, Bürgermeister von Frankenstein; Schaff, Landkommissariatssekretär in Cusel; Schüler Advokat ehemals) in Meg. In Landau: Wilch, Stockinger, Hepp, Arzt in Speier, Ekart, prot. Pfarrer in Gönnheim. (N. K.)

Aus dem Reußischen, 6. Decbr. Dem Vernehmen nach finden zwischen unserem Fürsten und dem Kabinet zu Dresden Verhandlungen wegen der Aufnahme unseres Ländchen in das Königreich Sachsen statt. Jedes, der nicht ein persönliches Interesse an dem Aufrechterhalten der „preußischen Unabhängigkeit" hat, findet ein solches Vorhaben sehr vernünftig. (F. O.Z.)

Erbach im Odenwalde, 8. Dec., Nachts 12 Uhr. Seit heute Mittag 1 Uhr brennt es hier, einige Häuser von der Post entfernt sehr stark; schon sind 3 — 4 Gebäude, 2 — 3 Scheunen und Stallungen abgebrannt, und noch ist man, um Mitternacht, trotz aller Anstrengung des Feuers nicht Herr. (F. Z.)

Berlin, 10. Decbr. Durch Verordnung vom 8. Decbr. ist die Aufhebung des Zeitungsstempels sowohl für inländische als ausländische Zeitungen verfügt worden.

Düsseldorf, 9. Dec. So eben wurde der Chef unserer aufgelösten Bürgerwehr, Hr. Lotenz Cantador, verhaftet. Man bringt diese Arretation mit der Beschlagnahme sämmtlicher Papiere des se. Lassalle, welche man in ein hiesiges Hotel geflüchtet hatte, in Verbindung. — Ueber die Aufhebung unseres Belagerungs-Zustandes hört man noch immer nichts, wiewohl die Stadt vollkommen ruhig und die überwiegende Majorität der Bürgerschaft, wenn auch nicht mit dem Prinzipe der Octroyirung, wohl aber mit der Verfassung selbst vollkommen zufrieden ist. Eine in Umlauf gesetzte Adresse an den König würde deßhalb größeren Anklang finden, wenn die Motive der Octroyirung nicht so schroff hervorgehoben wären. (K. Z.)

Aus Schleswig-Holstein, 6. Dec. Der durch Vermittlung dänischer Regierungsbeamten auf Alsen nach verschiedenen Gegenden Schleswigs gesandte Protest gegen die Verbindung Schleswigs mit Deutschland, soll nicht nach Frankfurt sondern nach London gesandt werden, wo er als Ausdruck der „göttlichen" ein bedeutendes Gewicht in die Wagschaale werfen soll. Auf welche Weise die Unterschriften zusammengebracht werden, oder besser gesagt, erzwungen werden, ist männiglich bekannt, so daß jedes Wort, welches wir hierüber verlieren, überflüssig ist. Dem vorgenannten Protest entgegenzuwirken, zirkulirt in Flensburg eine Reichsverwahrung des Inhalts: „Der unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Flensburg verwahren sich gegen jeden Eingriff in die dem Herzogthum Schleswig nach verbrieften Urkunden zustehende staatsrechtliche Union mit dem Herzogthum Holstein und jede andere Verbindung mit dem Königreich Dänemark, als solche nach unseren Staatsgrundgesetze durch eine reine Personalunion gegeben ist." Auch in andern Städten und Distrikten Schleswigs werden ähnliche Schritte vorbereitet. Es haben demnach die dänischen Umtriebe das Gute, daß sie die Schleswig-Hol-

Digitized by Google

steiner zum Handeln bringen. — Den auf den Flensburger Friedhofe ruhenden deutschen Kriegern wird von den Flensburgern, d. h. den deutschgesinnten, ein würdiges Monument errichtet. (F. J.)

Wien, 8. Decbr. Aus mehr als einem Grunde wird mit den Kriegsoperationen gegen Ungarn gezögert, und man entschließt sich schwer, die Hoffnung einer friedlichen Lösung aufzugeben. Man weiß, daß die ganze Adels- und Bürgeraristokratie Ungarns auf österreichischer Seite ist, und wenn die Dinge sich nur etwas ändern, werden manche vorgeblatene Masken fallen. Uebrigens kommt es immer mehr an den Tag, daß die uneigennützige Gesinnung nur auf Gastrollen engagirt gewesen, und der materielle Vortheil nach wie vor der Gott des Tags geblieben ist. Es ist aber nicht zu vergessen, daß sowohl die früheren ungarischen Reformen als die fast durchgängige schlechte Wirthschaft die Magnaten so herabgebracht haben, daß sie gezwungen sind, die baaren resokos sehr zu Rathe zu ziehen, wie denn z. B. ein Fürst B. auf ein Jahreseinkommen von 5000 fl. reduzirt ist! Diese Herrschaften leiden nun doppelt und dreifach, einmal da ihnen durch den Krieg so viel zu Grunde geht, dann weil sie ihre Frucht, ihre Wolle, ihren Wein nicht verkaufen können, und endlich weil alle unentbehrlichen Entbehrlichkeiten nicht zu erschwingen sind, wie denn z. B. das Pfund Zucker mit einem halben, das Pfund Kaffee mit einem ganzen Thaler, eine Citrone mit einem Silberzwanziger gern bezahlt wird. Die Bürgerschaft hat nun vollends in Ungarn gleichwie anderswo den esprit de corps, der aus dem Magen kommt.

Kuranda hat den ungestümmen Forderungen seiner Freunde endlich nachgegeben und läßt mit dem 1. Januar seine Ostdeutsche Post wieder erscheinen. Man hat jedoch Grund zu glauben, daß er sich zuvor ein freieres und kräftigeres Auftreten trotz des Belagerungszustandes auszuwirken wußte, und daß er ebenso die Reize und Farblosigkeit der heutigen Tagespresse wie die Uebergriffe der früheren zu vermeiden verstehen wird. — Gestern Abend wurde auf zwei Offiziere, die in einem Fiakre fuhren, auf dem Graben geschossen; der Thäter ist auf frischer That ertappt und festgenommen worden. (D. A. Z.)

Wien, 8. Dec. Man unterhält sich lebhaft über einen Brief Kossuth's an den derselbe an den hiesigen nordamerikanischen Minister Stiles geschrieben hat. Er verlangt darin Intervention, sich im Namen der Freiheit bei dem Marschall Fürsten Windisch-Grätz dahin zu verwenden, daß er einwilllige, eine Waffenruhe von drei Monaten für Ungarn eintreten zu lassen. Hr. Stiles hat das Schreiben dem Fürsten Windisch-Grätz zugeschickt. — Aus Ungarn fehlen seit drei Tagen directe Nachrichten über die Zustände in Pesth und Pressburg. Flüchtlinge in Raab sagen aus, die Nachricht von der Abdankung des Kaisers Ferdinand sei dort bekannt gewesen und habe mehr als überrascht. In Pesth hätte die Kossuthsche Repräsentantenkammer den Thron für erledigt und des Haus Habsburg für unwürdig zu regieren erklärt.

Wien, 9. Dec. Windischgrätz hat vom Kaiser Nikolaus den in der Regel nur an Generale, Häupter bisher verliehenen St. Andreasorden, von einen schmeichelhaften Handschreiben begleitet, erhalten. — Die heutige Wiener Ztg. enthält folgende Berichtigung: „Es ist eine alte auf die Rothwendigkeit gegründete Vorschrift, daß bei einer operirenden Armee nebst dem Oberbefehlshaber auch noch ein kommandirender General für den administrativen Theil, das sogenannte Armee-Generalkommando, angestellt werde. Zu diesem Posten hat der Feldmarschall und Armee-Oberkommandant Fürst Windischgrätz den Hrn. Feldmarschallleutenant Grafen Gruber ernannt. Dieß zur Berichtigung des im „Wiener Geschäftsbericht und Neuigkeitsboten" erschienenen Artikel, daß der F. M. Fürst Windischgrätz das Oberkommando niedergelegt habe. (K. v. u. s. D.)

Wien, 7. Decbr. Das kaiserliche Manifest an die Magyaren, worin der junge Monarch denselben zugleich seine Thronbesteigung verkündet, ist bereits erschienen und durch einen höhern Offizier nach Ungarn geschickt worden — für uns aber ist der Inhalt, wir wissen nicht warum, bis jetzt noch ein Geheimniß geblieben. Indessen wurde mir aus guter Quelle versichert, daß das Manifest ganz energisch lauten soll, was übrigens, nachdem die frische Woywodschaft errichtet wurde, gar nicht zu bezweifeln ist. Da von dem Erfolge desselben der Beginn der Operationen gegen Ungarn abhängt, so erwartet man das Ergebnis dieser letzten Mission mit um so größerer Spannung. (A. Z.)

Wien, 9. Dec. (Kundmachung.) Da man neuerdings wahrgenommen hat, daß an öffentlichen Orten, besonders in Wirthshäusern und Kaffeehäusern, von Fremden und Einheimischen Reden geführt werden, welche zum Aufstande und zum Aufruhr aufzureizen geeignet sind, sehe ich mich veranlaßt, an die hiebei betheiligten Bewohner der k. k. Hauptstadt Wien die ernste Warnung zu erlassen sich derlei aufreizender Reden zu enthalten, weil ich mich sonst in die unangenehme Lage gesetzt sehen würde, gegen die Schuldtragenden nach dem 7. Paragraph der Proklamation des Hrn. Feldmarschalls Fürsten Windisch-Grätz, d. d. 1. Nov. 1849 die standrechtliche Behandlung eintreten lassen. Wien am 7. Dez. Von dem Vorstande der k. k. Central-Commission der Stadtkommandantur. Frank, k. k. Generalmajor. (N. K.)

Kremsier, 6. Decbr. Entmuthigung bemächtigt sich hier eines großen Theiles der Reichstagsrepräsentanten. Die Fäden werden sein übereinandergelegt, von rechts zu links, von oben nach unten, um das Netz zu weben und zu vollenden, in dem man Alles einfangen will. Der junge Kaiser spricht fast wie ein alter absoluter Monarch, das Ministerium will (muß wohl?) Schulden machen wie ehedem, die Generale wirthschaften in Wien ad libitum, und die Wiener Bürger zeigen sich würdig des Corporalstocks. Niemand denkt auch an etwas Anderes als an eine militärische Lösung aller Fragen, besonders wenn es in Ungarn glückt, bald Pesth zu besiegen. Die Magyarenen, welchen Namen die Regierungspresse für die terrorisirende magyarische Fraktion erfand, werden auch durch privilegirte Emissäre bekämpft, deren Einer, der exaltirte Hedza, jüngst hier war und von Hullein aus eine Freischaar nach Oberungarn führte. Diese Slowaken beabsichtigen nicht weniger, als einen magyarischen Reichstag nach Kremsier zu berufen, das heißt: Wahlen vornehmen zu lassen, sobald ein Bezirk von 50,000 Seelen durch Militär okkupirt ist, und die Gewählten in Kremsier beraten zu lassen. Das steht in voller Harmonie mit der Absicht der Südslawen, welche bereits durch einen Minister ohne Portefeuille, Baron Kulmer, im Cabinet vertreten sind; ja man spricht schon in ziemlich vertrauten Kreisen, daß auch zwei Slawen ins Ministerium, mit Sitz und Stimme ohne Portefeuille, berufen werden. Nur der eine wunde Fleck liegt dabei offen, daß die Constitution Oesterreichs nicht mehr in zwei Freisinnigkeit vollendet werden wird, wie anfangs zu hoffen war. Um ihre Nationalität obenan zu stellen, opfern die Czechen gern einen Theil und manche Fanantier die ganze Freiheit, und dieses Bewußtseyn entmuthigt die Reichstagsrepräsentanten. Die Linke hat ihren republikanischen und ultrademokratischen Intentionen entsagt, sie wird jetzt für Volksrechte und Volksfreiheit kämpfen, für Gleichberechtigung der Nationen wie der Staatsbürger; aber die Czechen und ein großer Theil der übrigen Slawen werden sie im Stiche lassen, wenn es einen Volkskampf gegen die Krone gilt, z. B. beim Veto, bei der Sanktion, bei der „Prüfung" der Verfassung, wie der junge Monarch sagte, und die Wiener nebst einem großen Theile der halb- und ganzdeutschen Provinzen werden in Bündniß treten mit den Slawen, aus Opposition gegen die Linke wie gegen Frankfurt, zum Theil aus Respekt vor dem Kerporalstock und aus Angst vor einem neuen Octobermonat. — So stehen die Aussichten und die Parteien in einem Momente, wo das Ministerium die Volksarmee mit 80 Mill. Fl. vermehren will. Die Stimmung ist der Art, daß nur von Wenigen an eine Verweigerung gedacht wird. (D. A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 8. Decbr. In Folge eingegangener Berichte ist von deutscher Seite bei Kaiserstuhl gegenüber der Schweiz die längst angedrohte Personensperre nunmehr seit letztem Montag eingetreten und zwar in der Weise, daß von der Schweiz aus Niemanden mehr ohne Bewilligung eines deutschen Beamten der Uebergang über den Rhein gestattet wird. Daß dies auch an anderen deutschschweizerischen Gränzen der Fall sey, ist mir nicht bekannt.

Kassel, 9. Decbr. Hofr. Dr. H. Stelger ist gestern Abends von hier nach Schaffhausen abgereist. So viel wir vernehmen, wird die Säuberung der Gränze und namentlich der Kantone Basel und Schaffhausen, so wie der Amtei Dorneck, von den deutschen Flüchtlingen mit allem Ernst durchgesetzt werden. (F. J.)

Italien.

Eine neue italienische Post hat weder Briefe noch Blätter aus Rom gebracht; die Florentiner Alba vom 5. Dec. aber enthält einige römische Nachrichten vom 3. d. Mts. Der Papst, der sich vormährend in Gesellschaft der neapolitanischen Königsfamilie in Gaëta befand, hat von dort eine energische Protestation gegen alles Geschehen seit dem 16. Nov. in Rom Geschehene erlassen, und alle von ihm gemachten Zugeständnisse als ihm abgedrungen erklärt. Zugleich hat er das ganze diplomatische Korps nach Gaëta berufen und ein neues Ministerium für die Zeit seiner Abwesenheit ernannt. (Indessen sind keine Namen genannt.) Auf diese Kunde hin soll — dieß giebt die Albalgerüchtweise — das römische Volk sich erhoben und den Papst von seiner weltlichen Macht abgesetzt haben. Weitere Details fehlten. In Florenz war die (falsche) Sage verbreitet,

Digitized by Google

daß 7000 Mann Franzosen in Civitavecchia ans Land gestiegen, und daß gleichzeitig eine englische Ausschiffung in Ancona erfolgt. Lord Temple, der brittische Gesandte, war in Neapel angekommen; die Angabe, daß er der Ueberbringer eines englisch-französischen Ultimatums sey, wird im Genueser Corriere Mercantile bezweifelt. Eine Nachschrift dieses Blattes meldet: die königliche Familie sey in der Nacht vom 29. auf den 30. Nov. von Gaeta nach Neapel zurückgekehrt, wollte aber am 5. Dec. wieder dort eintreffen. Der französische und der spanische Gesandte waren um die Person des Papstes. Derselbe soll nun doch entschlossen seyn, sich von Gaeta geraden Wegs nach Frankreich zu begeben. — Das ganze sardinische Ministerium soll, dem genannten Genueser Blatt zufolge, seine Entlassung eingereicht haben. Die Turiner Blätter vom 7. Dec. erwähnen davon nichts. (M. J.)

Frankreich.

* Paris, 8. December. Marschall Bugeaud ist auf seinem Landsitze Durantie bedenklich erkrankt und wird vor der Präsidentenwahl nicht mehr nach Paris kommen können.

Das ministerielle Journal le Credit dringt darauf, daß dem General Changarnier, der sich für Louis Bonaparte erklärt habe, das Oberkommando der Nationalgarde entzogen werde, — denn jeder Mann für Bonaparte sey eine Provokation gegen die Republik.

Die Presse und die Assemblée nationale zeigen an, daß die Malle-Posten mit den Brief-Felleisen gestern, statt um 7 Uhr, erst um Mitternacht abgegangen seyen. Diese Verzögerung durch einen Befehl der Minister Vivien und Trouve-Chauvel angeordnet, soll erfolgt seyn, um die Abend Journale mit dem Resultate der Sitzung und der Rechtfertigung der Regierung noch in die Provinzen gelangen lassen zu können. Die beiden Journale verlangen daß die Minister deßhalb in Anklagezustand versetzt werden sollen.

Der Univers veröffentlicht heute einen Brief Louis Bonapartes an den päpstlichen Nuntius, worin der Prinz jede Gemeinschaft mit dem Prinzen von Canino, Lucians ältestem Sohne in Abrede stellt und erklärt, daß er schon seit langer Zeit mit ihm in keinen Beziehungen stehe.

Die Marseiller Journale vom 5. melden die am 3. erfolgte Ankunft des Cultusministers Fresion. Die Dampfflotille mit der Brigade Molière hat auf einen von Paris gekommenen Befehl am 4. die Rhede von Endoume verlassen und ist in die hohe See ausgelaufen.

Man spricht im Conferenzsaale von einem Duelle das zwischen Victor Hugo und Millard stattfinden soll. Ein von Millard als „infam" bezeichnete Artikel im Evenement ist nämlich trotz alles Läugnens von Victor Hugo geschrieben.

Weder die Adhärenten des Kaisers von Oesterreich, noch der neueste Staatsstreich in Preußen erregen hier große Aufmerksamkeit; — man fühlt, daß dies Alles nur untergeordnete Symptome der großen Revolution sind, an deren Rande wir erst stehen und die ein Mal in Bewegung ganz Europa ergreifen und radikal umgestalten wird. Dieses Anklammern am Constitutionalismus, als einziger Rettungsanker gegen das demokratische Prinzip kommt zu spät, — vor fünfzehn Jahren hätte es helfen können; — jetzt aber gehen wir vor Allem dem großen Zersetzungsprozesse der alten Gesellschaft entgegen und die neue Revolution wird vor Allem tabula rasa machen. — Darum aber greift jetzt die Auswanderung nach Amerika bereits in die höheren Klassen der Gesellschaft und wird alle Jahre zunehmen.

Großbritannien.

London, 6. Decbr. Zu Londonderry langte am 3. das gleichnamige Dampfschiff, welches zwischen Sligo und Liverpool fährt, mit 73 todten Passagieren an. Es war am 1. Abends von Sligo mit etwa 150 Passagieren abgefahren, deren Mehrzahl sich zu Liverpool nach Amerika einschiffen wollte. Der Abend wurde aber so stürmisch, daß außer der Mannschaft Niemand auf dem Verdecke bleiben durfte, und die Passagiere demgemäß in den unteren Raum gewiesen wurden. Man schloß darauf die Lucken, es fehlte aber an hinlänglicher frischer Luft und 73 Personen erstickten, bevor die Mannschaft, durch einen aufs Verdeck getrungenen Passagier aufmerksam gemacht, die Lucken öffnete und die Uebrigen rettete. Bei der Ankunft des Schiffes in Londonderry schritt man sogleich zur Untersuchung und der Kapitän ward nebst der Mannschaft verhaftet. Zu Dublin und Liverpool hatte sich das Gerücht verbreitet, die ärmeren Auswanderer seyen während eines Sturmes über die wohlhabenderen hergefallen, hätten sie geplündert und ermordet. Die zuerst gegebene Version scheint die richtige zu seyn. (F. J.)

Englische Blätter melden von einem Ausbruch des Vulkans Kioet in Borneo, der lange Jahre still gewesen war. Dieser Ausbruch hat Tod und Zerstörung über die ganze Provinz Passarenau, eine der fruchtbarsten und gesundesten Gegenden der Insel gebracht. Häufiges Donnern, welches in einer beträchtlichen Entfernung gehört wurde, ging vorher. Mehre Stunden im Umkreise des Vulkans war der Himmel mit schwarzen Wolken bedeckt, welche dichte Finsterniß zur Mittagszeit verbreiten. Ein starker Aschenregen fiel auf dem Krater empor, breitete eine Stunde weit sich über die umliegende Gegend aus; verbohlte die Pflanzungen und verwandelte die üppigste Ebene der Welt in eine öde Wüste. Zu gleicher Zeit ergossen sich Ströme glühender Lava zu beiden Seiten des Vulkans und überschwemmten die reizenden Gefilde von Kediri mit seinen Höfen und Dörfern, Vieh und Menschen auf der Flucht ergreifend.

Amerika.

Washington, 18. Nov. In den hiesigen diplomatischen Kreisen ist man einigermaßen verwundert darüber, daß Herr v. Gerolt noch immer als preußischer Gesandter hier weilt*) und die mit jedem Steamer erwartete Ernennung eines deutschen Gesandten bei der Washingtoner Centralgewalt bis jetzt noch nicht angelangt ist. Dies Besremden ist natürlich genug, wenn man bedenkt, wie sehr sich die Regierung der Vereinigten Staaten beeilt hat gleich nach eingetroffener Kunde von der innern Umgestaltung des deutschen Bundes ihre lebhaften Sympathien für den neuen Föderativstaat an den Tag zu legen, namentlich auch dadurch daß sie unmittelbar nach der Erwählung des deutschen Reichsverwesers Herrn Donelson als amerikanischen Gesandten bei demselben beglaubigte. Wenn also schon die gewöhnlichen Gesetze der internationalen Höflichkeit zu verlangen scheinen daß Frankfurt einen Vertreter von entsprechendem Range nach Washington absende, so wird diese Forderung von dem Gewichte der allerdringendsten Interessen hinreichend unterstützt, um die Verwunderung darüber, daß wir zur Stunde noch eines deutschen Gesandtschaftspostens entbehren, zu rechtfertigen. Sollte es an der geeigneten Person fehlen, welche im Stande wäre die tausendfachen Beziehungen Deutschlands zu Amerika, wie sie aus dem Handel, der Auswanderung und neuerdings auch dem Marine-Bedürfnisse erstehen, zu vertreten? Dürfen wir wenigstens nicht vorläufig die Ernennung eines deutschen Consuls hier erwarten? Wie sehr nothwendig die Besetzung eines solchen Postens ist, wie die Wirksamkeit desselben für das Wohl von Tausenden förderlich sein kann, mag ein einziges Beispiel lehren. — In dem abgelaufenen merikanischen Kriege hat Deutschland den Vereinigten Staaten starke Subsidien geleistet. Jeder Dritte unter den lebendig heimgekehrten Kriegern, — jeder Dritte unter den Gefallenen in den Schlachten oder unter der malaria der Tierra Caliente ist ein Deutscher. Da manche derselben Armee, welche Benaparte's Heerschaaren bei Leipzig und Waterloo in die Flucht schlugen, stürzten den „Napoleon des Westens" von den Höhen von Cerro Gordo und Charabusco. Die Deutschen haben damit die Schande der „Hessen" getilgt und die Vereinigten Staaten zahlen jetzt in geringem Grade ihre Schuld ab, ihre Schuld für das auf merikanischem Boden vergossene deutsche Blut, für die von deutschen Armen erfochtenen Siege, und für die Millionen, welche von Jahr zu Jahr durch deutsche Einwanderer Amerika zugeflossen sind. Tausende von Angehörigen in Deutschland haben den Nachlaß in Mexico gebliebener Söhne, Brüder, Väter, Männer ererbt, und der Congreß ist ziemlich liberal in Abtragung der Schuld gewesen. Außer den Soldaubständen — oft erhebliche Summen — bekommen die Hinterbliebenen eine Obligation für 160 Acker öffentlichen Landes (Werth an Geld $ 110 — 200), eine Schenkung des Soldbetrages für 3 Monate, und Witwen oder Waisen unter 16 Jahren eine Halbsoldpension auf fünf Jahre. Rechnet man in Ganzen 90,000 Soldaten, die am merikanischen Kriege Theil genommen haben, so zahlt also Onkel Sam für diese seine im merikanischen Kriege gewonnene goldene Glorie mit 14,400,000 Acres der öffentlichen Domänen, oder den Acker zum niedrigsten Congreßpreise mit $ 1. 25 Cts. geschätzt, mit 18,200,000 silbernen Thaler — in diesem Artikel allein. Für die dreimonatliche Soldzulage (21 $ bei Infanterie, 24 $ bei Cavallerie für Gemeine; es sind aber auch alle verabschiedete Offiziere eingeschlossen) hat der Congreß 3 Millionen verwilligt.

*) Herr v. Rönne ist am 18. Nov. als preußischer Gesandter in New-York gelandet.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 11. Decbr. In der 133. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurden die §§. 4—14 des Gesetzentwurfs, über den Reichstag, angenommen.

München, 10. Dec. Se. Maj. der König haben unterm 6. Dec. den Landrichter Johann Adam Streng zu Gemün-

Digitized by Google

auf den Grund seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach §. 22. lit. D. der IX. Verfassungsbeilage in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen geruht. - (R. Z.)

* Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 9. December.) Das Skrutin über die Wahl des provisorischen Staatsrathes hat folgendes Resultat gegeben: 553 Mitglieder haben am Vorum Theil genommen; es erhielten die meisten Stimmen und wurden gewählt: Frau Arago 433, Lacrosse 415, Lamartine 413, Bedeau 389, Beaudoin 338, Dupont de l'Eure 336, Sernard 335, Billault 316, Martin (du Strasburg) 308, Havin 280, Stourm 271, Greppy 264, Chambelle 256, Buchez 246, Boulatignier 234, Parieu 280, Lichtenberger 237, Cormenin 247, Remusat 274, Jules Simon 272, Ferd. Lasteyrie 223, Fallour 219, Marrast 229, Birio 197, Laudrin 225, Boulabelle 214, Baroche 212, Carnot 226, Boudet 259, Tocqeville 297. — Es ist diese Wahl ein vollständiger Sieg der Linken, da ihre Liste ganz durchging, — die Chefs der rue Poitiers: Thiers, Odillen-Barrot, Berryer, Montalembert, Molé erhielten nur 70 bis 80 St.

Bekanntmachung.

Nach einem gefaßten Collegial-Beschluß des Stadt-Magistrats vom heutigen soll die Pfäster-Zoll-Einnahme am Friedrichs-Thor die 1. April 1851 öffentlich an die Meistbietenden verpachtet werden.

Zu diesem Behufe hat man Versteichs-Termin auf

Dienstag den 19. December o. Vormittags 10 Uhr

in dem Stadtkämmerei-Locale anberaumt, wozu kautionsfähige Pachtliebhaber eingeladen werden.

Bayreuth, den 12. December 1848.

Stadtkämmerei.

Wich.

Anzeigen.

Zur Beruhigung

und Berichtigung fühle ich mich aufgefordert, öffentlich zu erklären, daß vor mir und andern Zeugen der That der Veranlasser des anstößigen Vorfalles am Mittwoch den 6. d. Mts. Abends im Saale zur goldenen Sonne alle etwa wider sein Erinnern gemachten persönlich beleidigenden Aeußerungen zurückgenommen hat.

Bayreuth, am 12. December 1848.

Ritter,

K. Kreis- und Stadtgerichts-Rath.

Künftiger Freitag den 15. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten. Die Tagesordnung ist 24 Stunden vorher am schwarzen Brett des Rathhauses angeschlagen.

(Eingesandt.) Um dem ohnehin in diesem Jahre schwer belasteten Staat oder den Gemeinden nicht eine neue Last aufzubürden, wäre es wünschenswerth, wenn die Wahlmänner Nichts liquidiren würden, indem die Unkosten dieses Mal sehr bedeutend sind, und für das ganze Königreich mindestens 64,000 fl. betragen. Ich wünschte demnach, daß wir nicht allein in unserem Wahlbezirke Bayreuth, sondern daß auch meine Herrn Collegen im ganzen Königreiche Bayern auf die Entschädigung für unsere durch die Wahl entstandenen Versäumnisse und Unkosten nichts liquidiren und damit ein gutes Beispiel geben möchten.

F...k..h.g, im December 1848.

Ein Wahlmann.

Vom künftigen Freitag den 15. dieses Monats an geht täglich der Stellwagen Punkt 9 Uhr früh nach Neuenmarkt ab.

Die Stellwagenbesitzer.

Passendstes und nützliches Geschenk
für
Mütter, Töchter und Kindsmädchen!
Die Kinderstube.

Ein Buch für Mütter, Töchter und Kindsmädchen, besonders aber auch für Familienväter, Hofmeister und Erzieherinnen, Kleinkinder-Bewahranstalten rc.

Von **J. G. Wirth,**
Oberlehrer und Lehrer der drei Kinderbewahranstalten in Augsburg.

Zweite Auflage.

Elegant gebunden. Preis 1 fl. 12 kr.

Verlag von Lampert & Comp. in Augsburg und zu erhalten in allen Buchhandlungen, namentlich in Bayreuth in der **Buchner**'schen Buchhandlung.

Einladung zum Abonnement.
Der freie Staatsbürger.
Organ der Demokratie.

Der freie Staatsbürger, Organ der demokratischen Partei in Franken, hat sich, seit seinem täglichen Erscheinen vom 1. Okt. ab, eines mit jedem Tage wachsenden Leserkreises zu erfreuen. Er hat sich dieses Vertrauen durch consequente und unerschütterliche Vertretung der Rechte des Volkes, des demokratischen Prinzips und seiner Folgerungen erworben, er wird dieses Vertrauen sich erhalten und hofft, sein Lesekreis werde sich in dem Maße erweitern, als das Volk seiner Rechte sich bewußt wird. Der freie Staatsbürger erkennt in der vollen Verwirklichung der Idee der Demokratie die einzige Bedingung eines freien und einigen Deutschlands, die einzige Bedingung eines der Bildung unseres Jahrhunderts entsprechenden Staats- und Völkerlebens. Er wird daher die Ereignisse, welche sich im Verlauf unserer europäischen Revolution ergeben, im Lichte jenes Gedankens und als Entwicklungsmomente zur Verwirklichung eines europäischen demokratischen Völkerbundes darstellen. Nächst dem allgemein europäischen und deutschen Gesichtspunkt, stellt der freie Staatsbürger die Forderungen der Demokratie für die Gesetzgebung seiner engeren Heimath Bayern. Er wird insbesondere die Verhandlungen des bevorstehenden bayerischen Landtags kritisch beleuchten, die vorkommenden Fragen in leitenden Artikeln besprechen, das Verhalten der Abgeordneten überwachen und sich bemühen, dem Volk seine wahren Freunde kennen zu lehren. Der freie Staatsbürger erscheint täglich in einem starken halben Bogen, Sonntags nur in einem Viertelsbogen, und seine Verbindungen setzen ihn in den Stand, alle Nachrichten eben so schnell zu liefern, als irgend eine der Nürnberger Zeitungen, während sein Preis der billigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Um diesen Preis wird das Blatt im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter geliefert und wir bemerken ausdrücklich, daß die Post vom 1. Januar 1849 an jederzeit vierteljährige Abonnements annimmt. Der freie Staatsbürger, als das vielgelesene Organ einer in stetem Wachsthum begriffenen Partei eignet sich besonders auch zu Inseraten, und wird die zweispaltige Petitzeile zu 4½ kr. berechnet. Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementspreises Inserate frei. Wir bitten die Bestellungen rechtzeitig bei dem nächstgelegenen Postamte zu machen, damit sämmtliche bestellte Exemplare vollständig geliefert werden können. Nürnberg, im December 1848.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.

Unterzeichneter ist gesonnen, sein reales Bäckerhaus mit allen Geräthschaften zu Ereßen auf Lichtmeß künftigen Jahrs billig zu verpachten. Der Pachtvertrag kann sündlich abgeschlossen werden.

Philipp Mayer, Bäckermeister.

Johann Martin Maisel

empfiehlt zur bevorstehenden Weihnachtszeit alle Sorten Nürnberger braune, weiße und Baslerlebkuchen, Wachsstöcke, Kerzen, Wachslichter, Schnupftabakschoten, feine Cigarren, Varinas-Canaster, Rollenfeine Cigarren, Portorico, Roussillon, Muskat- und Franconwein, Arak, Liqueure, Zitronen, Thee, Chocolade, Kastanien, Citronat, Pomeranzenschalen, schöne große Mandeln, Rosine und Weinbeere, Vollhäringe, Essiggurken u. marinirte Häringe zu billigsten Preisen.

Beim wieder auf das beste assortirtes Lager von Tabakspfeifen, ächte Meerschaum-Cigarrenspitzen mit Bernstein, sowie alle in dieses Fach einschlagende Artikel, empfehle ich zu sehr billigen Preisen

G. N. Zinner, Drechslermeister.

Siegellak, Federkiele und Oblaten, eigner Fabrikation, dann Stahlfedern, Bleistifte, Brief-, Schreib- und Zeichnungspapiere rc. zu den billigsten Preisen empfiehlt

S. J. Harburger,
nächst der Münzmühle.

Castanien und ächte holländer marinirte Häringe bei

Friedr. Eißenbeiß.

Maximilianstraße Nr. 25. ist in der mittleren Etage ein großes, hübsch meublirtes Zimmer nebst Alkoven mit oder ohne Bett täglich zu vermiethen.

Im Verlage der Geb. Kammerath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag Nro. 348. 15. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besondern Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Deutschland.

Frankfurt, 11. Decbr. (133. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Nach einigen hrute nicht zur Beantwortung gekommenen Anfragen verkündet Gagern die Tagesordnung. Abg. Eisenstuck beantragt die §§. 4, 5 und 6 des Abschnittes vom Reichstag zusammen zu verhandeln. Die Versammlung geht auf diesen Vorschlag ein und entschridet sich gleichzeitig für die Zulassung der Discussion über die genannten Paragraphen. Diese lauten: „§. 4: Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung, zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung, nach absoluter Stimmenmehrheit. §. 5.: In denjenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied ins Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. §. 6: Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Prinzip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen." M. Mohl begründet folgenden von ihm gestellten Antrag zu dem Minoritätsrechten I. §. 4: „Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten erwählt. Nur die vom Volke gewählten Abgeordneten haben bei diesen Wahlen Stimmrecht." Der Redner ist der Meinung, daß durch die Annahme des Ausschußantrags der alte Bundestag wieder zum Leben gebracht werde. Ein Forschritt sey unmöglich, wenn bei dem Grundsatze des Selbstgouvernements die Hälfte des Staatenhauses von den Regierungen ernannt werde. Gfrörer aus Freiburg: Werde den Regierungen die Ernennung der einen Hälfte des Staatenhauses zugestellt, so heiße dies nichts anders, als das dynastische Interesse werde die Hälfte des Staatenhauses ernennen. Diese eine Hälfte werde in diesem Falle nur eine verhülte Versammlung von Bureaukraten, Diplomaten und Bundesgesandten sein. Dagegen wünsche der Redner das Staatenhaus zusammengesetzt zu einem Drittheil aus den Provinzialständen der einzelnen Staaten, zu einem Drittheil aus den höchst besteuerten Gewerbsmännern und Industriellen und zum letzten Drittheile aus den höchstbesteuerten Grundbesitzern. Dahlmann als Berichterstatter rügt es, daß einige Redner für die Anträge des Ausschusses sich haben einschreiben lassen, da sie doch gegen diese Anträge gesprochen hätten. Bei einer Kritik der Minoritätsrechten bemerkt der Redner, ob denn der Grundsatz noch gelten solle, daß die aus der Majorität der Kammern hervorgegangenen Ministerien daß Vertrauen verlieren sollten, sobald sie daraus hervorgegangen seyen. Die Abstimmung wird vorgenommen. Der Antrag des Abgeord. Moritz Mohl wird sofort abgelehnt. — Zu Beschlüssen wurden die Paragraphen des Mehrheitsverfassungsentwurfs erhoben. Bei der Verhandlung über die §§. 7, 8 u. 9 schreitet die Versammlung ohne Discussion zur Abstimmung. Das Ergebniß derselben sind folgende Beschlußfassungen über die von der Mehrheit des Ausschusses vorgelegten Anträge: „§. 7. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. §. 8. Mitglied des Staatenhauses kann nur ein solcher werden, welcher 1) Staatsbürger desjenigen Staates oder Staatenverbandes (§. §. 6) ist, welcher ihn sendet, 2) das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und Staatsbürgerlichen Rechte befindet. §. 9. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. Bei außerordentlichen Reichsversammlungen, welche nach Ablauf der für die theilweise Erneuerung bestimmten Periode und bevor noch die neuen Wahlen zur nächsten ordentlichen Reichstagssitzung erfolgt sind, berufen werden, bilden die Mitglieder der letzten ordentlichen Sitzung auch für die außerordentliche Sitzung das Staatenhaus." Nachdem der Berichterstatter Abg. Briegleb kurz das Wort ergriffen, um den Antrag des Ausschusses, „die Mitglieder des Volkshauses werden auf vier Jahre gewählt", zu vertheidigen, wird zur Abstimmung geschritten. Hiernach lautet Art. III: „§. 10: das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volks. §. 11: Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetz enthaltenen Vorschriften." Ueber Art. IV. wird ohne weitere Discussion Beschluß gefaßt. Derselbe lautet in seinen einzelnen Paragraphen: „§. 12. Die Mitglieder des Reichstages beziehen ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Den Mitgliedern des Reichstages werden die Tagegelder und Reisekosten aus der Reichskasse gezahlt. §. 13. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen in ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden. §. 14. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein." Abgelehnt wurde folgendes Minoritätsrechten: Zusatz: Kein Mitglied des Reichstages kann zugleich Mitglied einer Kammer eines einzelnen deutschen Staates sein. (F. O. P. A. Z.)

Frankfurt, 12. Dec. (134. Sitzung der deutschen konstituirenden Reichsversammlung.) Die Versammlung ist nach kaum eröffneter Sitzung schon bei der Tagesordnung und auch heute wieder schlägt die Berathung über den Verfassungsentwurf einen so raschen Gang ein, daß wir, trotz der Bemerkung, womit der Präsident das Abstimmungsgeschäft vor §. 16 unterbricht, „es regne von Verbesserungs-Anträgen", die er erst einzutheilen und zu ordnen habe, doch der Erledigung einer langen Reihe von Paragraphen entgegensehen dürfen. In folgender Gestalt werden die ersten drei Paragraphen des Artikel V. ohne Diskussion zum Beschluß erhoben: Art. V. §. 15. Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses des Reichstags ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet. §. 16. Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind (Abschnitt von der Reichsgewalt, Art. XIII. §. 56 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. §. 17. Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung, sowie der Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu. Erst vor der Abstimmung über §. 18 wird wieder eine

Digitized by Google

Besprechung zugelassen. Moritz Mohl empfiehlt kürzlich den Verbesserungsantrag Rödinger's, nach welchem alle Finanzbewilligungen ausschließlich dem Volkshause zustehen sollen. Ihm folgt Karl Welcker, der den Vorschlag des Ausschusses vertheidigt. Er verfehlt die Freiheit und die Volkssouveränität besser, als daß er die Krawallsouveränität und die Massenfreiheit damit verwechseln könne. Das Volksbaus einseitig zu bevorrechtigen, darin erblickt er Gefahr. Denn dann könne leicht der leidenschaftliche Augenblick der Gebieter des Vaterlands werden. Aus der Geschichte Frankreichs zeigt er, daß gerade die Kammer der Pairs durch ihre Widerspruch wider die Beschlüsse der Abgeordneten dem französischen Volke mehr als einmal die Freiheit gerettet. Vogt: Der einzige Stützpunkt einer Verfassung ist der Geldsack. Und diesen wichtigsten Gegenstand gerade schiebt man zurück? Unser ganzes Werk ist unnütz ohne die Bestimmungen über die Finanzen und ich begreife nicht warum man sie zurückhält. Welcker: Die Verzögerung liegt nur darin, daß der Verfassungsausschuß in seinen Vorberathungen über das Budgetwesen mit der größten Sorgfalt verfahren und das Urtheil Sachverständiger nicht entbehren wollte. Die Vorlage über die Finanzen ist indessen, wovon sich Herr Vogt sehr leicht durch eine Anfrage hätte unterrichten können, so weit gediehen, daß sie für künftige Woche versprochen werden kann. Der Vorschlag des Verfassungsausschusses wird angenommen: §. 18 Ein Reichsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. Die zu §. 19 gestellten Verbesserungsanträge haben hauptsächlich den Zweck, Bestimmungen für den Fall zu treffen, daß die Reichsgewalt einen Reichstagsbeschlusse die Ausführung verweigert. Die Debatte wird zugelassen. Phillips: §. 19. will ihn wie die Verfassungsentwurf vorschlägt, rettet das constitutionelle Veinety durch die Feststellung des absoluten Veto, ohne deshalb die Volksfreiheit zu beeinträchtigen. Man verzehne mir, daß ich auf England komme. Es ist bekannt daß die jungfräuliche Königin (Lachen von der Linken) daß also die die jungfräuliche Königin— ich meine Elisabeth — während ihrer glorreichen Regierung 43 Bills genehmigt, 48 aber verworfen hat. In einem constitutionellen Staat reicht das suspensive Veto nicht aus, es bedarf des absoluten. Vogt von Gießen: das Bewußtsein der Freiheit ist seit der jungfräulichen Königin so tief in Mark und Bein jedes Engländers eingedrungen, daß in England das absolute Veto, zwar ein noch gültiges Kronrecht, im Gebrauch aber vollkommen antiquirt ist. In Deutschland war jedoch der Fürst nicht vor 1848 — daß man der Reichsregierung eine so gefährliche Waffe wider die Freiheit in die Hand geben dürfen. Auch sei es im Interesse des Verfassungswerkes selbst, das absolute Veto wegzulassen und nur das suspensive zu gestatten, sonst werde der nächste revolut. Sturm die ganze Verfassung über den Haufen werfen. Welcker: In der organistrirten Freiheit sei eine feindselige Stellung des Reichsoberhauptes zum Volkswillen durchaus nicht denkbar. Denn selbst, wenn es einmal zu einem Zwiespalt gedeihe, so werde es ein vorübergehender sein, denn kann fehle es dem Volke nicht an Mitteln, seinem Willen Nachdruck zu geben. Schmidt von Berlin: Wir sind es den Einzelstaaten schuldig, die Centralgewalt auf das Mindeste der nöthigen Macht zu beschränken. Dem vereinigten Willen des Staates und des Volkshauses gegenüber kann daher dem Reichsoberhaupte kein unbedingtes Veto eingeräumt werden. v. Vincke bekauert, daß der Verfassungsentwurf noch nicht so weit vorliegt, um zu übersehen, ob er in einem monarch. oder republ. Staate leben werde. Die Versamml. habe sich leider durch persönlichen Ehrgeiz bei ihren Abstimmungen leiten lassen (Unterbrechung, Lärmen auf der Linken. Zimmermann von Stuttgart: Das ist nicht Ritterlich.) Ich bin gewohnt, für meine Aeußerungen auf das Ritterlichste einzustehen. Sollte sich irgend Jemand von der „Berliner" Versammlung durch meine Bemerkung verletzt fühlen, so bin ich bereit, sie vollständig zu vertreten. Das unbedingte Veto ist unerläßlig für das Wesen der konstitutionellen Monarchie. Herr Mittermaier erhält nach ihm noch das Wort für das Minderheitsvrachten des Ausschusses. Er ist gegen das unbedingte Veto im Interesse der Monarchie. Die Ausübung desselben untergrabe die moralische Macht, das Vertrauen zum Regenten. Obwiel der Regierung nöthig sei von Mitteln zur Verhinderung übereilter Beschlüsse, das gewähre ihr der Vorschlag des Minderheits-Erachtens zu §. 19. — Dem Berichterstatter der Mehrheit wird das Wort vorbehalten und die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt. Schoder nimmt aus Bincke's Aeußerungen über die preußische Nationalversammlung Anlaß, den Biedermann-sächsischen Ausschuß zu ringend um Beschleunigung seiner Berichterstattung über die preußischen Angelegenheiten anzurufen. Nachdem Jordan von Maeburg Auskunft im Namen dieses Ausschusses ertheilt, wird die heutige Sitzung gegen 3 Uhr Nachmittags geschlossen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 14. statt. (D. Z.)

Nach dem von der Subkommission des Verfassungsausschusses (Briefter von Greifswald, Dahlmann und Waitz) vorgelegten Entwurf über das Reichsoberhaupt soll dieses erblich seyn und den Titel „Kaiser von Deutschland" führen. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden, hat die Verfügung über die bewaffnete Macht, ernennt die Reichsgesandten und Reichsconsuln und theilt mit den beiden Kammern das Recht der Initiative zur Reichsgesetzgebung; die von ihm ausgehenden Gesetze sind jedoch, ehe sie an die Reichsversammlung gelangen, von einem Reichsrathe binnen 4 Wochen zu begutachten, welches Kollegium aus den Bevollmächtigten der 34 fürstlichen Häuser und einem von den vier freien Städten gemeinschaftlich gewählten Bevollmächtigten zusammengesetzt ist. Dem Reichsoberhaupte wird auf Lebensdauer eine Civilliste ausgesetzt zr.

Frankfurt, 11. Dec. Gestern Abend wurde in dem großen Saale des Weidenbuschhofes eine Art Versöhnungsfest von den verschiedenen Fraktionen der Nationalversammlung begangen. Die Einladung dazu war von den Führern der verschiedenen Partheifraktionen unterzeichnet. Es hatten sich etwa vierhundert Abgeordnete eingefunden; alle Meinungsnüancen waren durch ihre hervorragendsten Mitglieder repräsentirt, am Schwächsten die äußerste linke. Reden wurden nicht gehalten; Zweck der Versammlung war Annäherung der verschiedenen Fraktionen, Anknüpfung näherer persönlicher Bekanntschaft, und demgemäß beschränkte sich die Zusammenkunft auf gesellige Konversation. Um den angegebenen Zweck mehr und mehr zu erreichen und dem des Friedenswerkes bauernden Bestand zu geben, sollen fortan jede Woche an den Abenden von Sonnabend und Sonntag in demselben Lokale solche Zusammenkünfte statt finden.

München, 12. Dec. Einige Blätter lassen die Erzherzogin Sophie mit ihren Söhnen hier eingetroffen seyn; es ist dies aber nicht der Fall, vielmehr hört man, daß eine Reise derselben nach München gar nicht projektirt wäre. — Dem gestern erwähnten Gerüchte, daß Hr. v. Abel die Wahl abgelehnt habe, wird heute von den verschiedenen Seiten widersprochen. Man hatte von Hrn. v. Oberkamp Dasselbe behauptet, aber ebenfalls ohne Grund.

München, 9. Dec. Mehrere Anzeichen lassen darauf schließen, daß in kurzer Zeit wieder umfassende Beförderungen im Heere stattfinden werden, wenigstens hört man von einer jüngst an alle Kommandos des regangenen Verordnung, nach welcher bei den einzelnen Regimentern und Abtheilungen die jene Interessirten, Kadetten und Soldaten, welche als Kompetenten für höhere Chargen auftreten zu können glauben, Prüfungen angeordnet sind.

München, 12. Dec. Gestern Abends fielen im Schleibingerbräuhause Exzesse vor, in deren Folge ein Soldat arretirt werden sollte, welchem Verfahren seine Kameraden sich widersetzten, daß von der nahen Hauptwache Militär requirirt werden mußte. Wie man hört soll dies mit Bajonetten eingeschritten und eine und die andre Verwundung hiebei vorgekommen sein. — Was die Wahl des Abgeordneten Wiedenmann betrifft, so ist dieselbe zunächst von den hiesigen Gewerbsvereinen veranlaßt und vermittelt worden. Der größere Theil der Gewerbtreibenden suchte nämlich einen Mann, der den harten Zunftzwang treuestens ergeben um jeden Preis der vielgerühmten „Gewerbsfreiheit" entgegentritte. Ob der Abgeordnete außerdem auch Einsicht in andere öffentliche Verhältnisse habe, oder ob er sich, wie der Genannte seinen eigenen Worten nach, um die Politik nie viel bekümmert habe, das galt ganz gleich — nur keine Gewerbsfreiheit. Ich weiß zwar nicht, ob seine Wähler sich ebenso wenig um Politik kümmerten, daß ihnen unbekannt ist, daß nach Art. 7. §. 25 der Verfassungsurkunde jedes Mitglied der Ständeversammlung zu schwören hat, es werde vorerst nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen zc. berathen, aber die Vermuthung wenigstens drängt sich mir lebhaft auf. Was das ganze Unternehmen betrifft, so meinte ein Wilgling, die Lohnkutscher hätten ihrerseits einen Mann aus ihrer Mitte zu wählen beabsichtigt, der den Weiterbau von Eisenbahnen verhindere, und ebenso gegründete Hoffnung erhebt den Anforderungen der Neuzeit mit Erfolg entgegenzutreten, wie die Wähler des Hrn. Wiedenmann. (N. K.)

München, 11. Dec. Wie verlautet, soll das hier liegende Infanterieregiment König, bei welchem vor einigen Tagen mehrere Insubordinationen und Exzesse vorgefallen waren und drßhalb auch keine Beurlaubungen stattfanden, demnächst einen andern Standort erhalten, ein weiteres Regiment dagegen hieher verlegt werden. — Die für die Todesfeier für Robert Blum verfügte allgemeine Consignirung des Militäres soll ebenfalls theilweise ihren

Digitized by Google

Grund in der zügellosen Stimmung vieler Soldaten dieses Regiments gehabt haben, welche unverholen ihre Ansicht, die Feier gewaltsam zu stören, äußerten. Zu wundern ist sich übrigens nicht über derlei Erscheinungen, wenn man weiß, wie abstrufes Zeug von gewissen Seiten tagtäglich in die Soldaten hineingepredigt, und so die Kluft zwischen Militär und Civil immer vergrößert wird.

(Wahrschaltate.) Im Wahlbezirke Kemnath wurden gewählt: Abgeordnete: Dr. Mayr, Kreis- und Stadtgerichts-Direktor in Landshut, mit 97 Stimmen, Hammerzugsbesitzer Bauer von Wondreb, Bez. Tirschenreuth, mit 97 St., Christoph Feil, Bäckermeister von Kemnath, mit 90 St. Ersatzmänner: Advokat Wiedenhofer von Neustadt a. W., Gastwirth Schödl von Neubaus, Stadtpfarrer Thaner von Erbendorf. — In Pfarrkirchen: Abgeordnete: Weiß Ant., Lederer von Eggenfelden, Zellhuber Johann, Bauer von Kreuzberg.

Sigmaringen, 9. Dezbr. Der Fürst hat sich von Frankfurt nach Berlin begeben, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dort ernstliche Verhandlungen über unsere künftigen staatlichen Verhältnisse gepflogen werden. Die Ansicht gewinnt die Oberhand und hat bereits in der öffentlichen Meinung Wurzeln geschlagen, daß der König von Preußen in Bälde die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern übernehmen werde.

Berlin, 11. Dez. Die Fortdauer des Belagerungszustandes mit seinen Preßfreiheit und Vereinsrecht fesselnden Wirkungen steht in einem eigenthümlichen Contraste zu den neuen politischen Lebensacten, zu denen die vertiefene Verfassung und die bevorstehenden Wahlen die Bevölkerung herausfordern. Was die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes betrifft, so hatte man sich freilich ohne irgend eine bestimmte Veranlassung der Hoffnung hingegeben, daß eine solche in diesen Tagen erfolgen werde. Es ergibt sich aber vielmehr als gewiß, daß der Belagerungszustand bis zum Beginn der neuen Wahlen und vielleicht noch länger für Berlin andauern wird. Das Vereinsrecht, obwohl es durch die neue Verfassung unbedingt garantirt worden, dürfte doch, sobald es wieder ins Leben treten kann, einigen praktischen Beschränkungen unterliegen, und im Staatsministerium soll in diesem Augenblicke ein die Thätigkeit der Clubs regelndes Gesetz in Erwägung gezogen werden.

Berlin, 11. Dez. In verschiedenen Kreisen haben sich hohe und namhafte Juristen tadelnd darüber ausgesprochen, daß durch die Verfassung das Gesetz vom 24. Sept. (die sogenannte Habrastorpusacte) gewissermaßen auf einem Umwege wieder aufgehoben ist. Auch die sonst erschienenen „Kaltblütigen Glossen zur Verfassung urkunde" von H. B. Oppenheim schließen sich in dieser Ansicht an. Hier wird sehr richtig bemerkt: „Die Verfassung ende, womit sie begonnen — mit dem Belagerungszustand. Alle persönlichen Rechte und Freiheiten, die Presse, kurz, Alles kann von der Regierung nach Belieben zeits und discretionweise suspendirt werden. Und doch waren die hierdurch aufgehobenen Garantien des Gesetzes vom 24. Sept. zwischen Krone und Volk vereinbart."

Hrn. Rodbertus sind aus verschiedenen Städten Offerten zu einer Wahl für die in Frankfurt tagende Versammlung gemacht worden; wie wir hören, unter Andern auch aus dem Königreiche Sachsen, wo einige Mitglieder des deutschen Parlaments ihr Mandat niederzulegen beabsichtigen. Es ist anzunehmen, daß Hr. Rodbertus, der eifrigste Verfechter der Einheitsidee, eine etwaige Wahl annehmen wird.

Einer und zuggegangenen Mittheilung zufolge hat das russische Cabinet dem diesseitigen durch Hrn. v. Meyendorf eine Note überreichen lassen, in welcher es sich dahin ausspricht, daß die Ereignisse der letzten Zeit in Preußen ernstliche Besorgnisse bei dem Nachbar Preußens hervorgerufen hätten, und daß auch die letzten Maßregeln der Regierung nicht von der Art gewesen, die Besorgnisse, die man gehegt, aufhören zu lassen.

Unter den neuerdings Angewiesenen befindet sich auch Mad. Louise Aston. Das von ihrer redigirte Blatt „der Freischärler", das bisher noch nicht suspendirt worden ist, wird übrigens fortterscheinen. (D. A. Z.)

Wien, 10. Dezbr. Es ist so gut als entschieden, daß der Finanzminister, um den dringensten Verlegenheiten abzuhelfen, vorerst wieder seine Zuflucht zur Nationalbank nehmen und die schwebende Schuld um 20 Mill. vermehren wird. Gehen jedoch die ungarischen Angelegenheiten in Ordnung, so zweifelt Niemand an dem Zustandekommen eines neuen Anlehens, da die Börsenkonjukturen sich im Allgemeinen günstiger zu gestalten scheinen.

Kremsier, 8. Dez. So viel ich weiß, hat der Finanzausschuß bereits für sich, um über den Antrag des Finanzministers den gehörig motivirten Bericht vor die Kammer dringen zu können, dem Ministerium die Frage vorgelegt, ob er mit der Krone noch als constituirend anerkannt sei, ob er daher nach den Ansichten der Krone über Sanctionirung auch heute noch deren Ueberzeugung sei. Er habe, sagt man, diese Fragen und die Anhängigmachung des Berichts über den Antrag des Finanzministers von deren Beantwortung dadurch motivirt, daß von der Bewilligung der Anleihe, daher von einem Antrage des Ausschusses für oder gegen dieselbe, nur dann die Rede sein kann, wenn der Reichstag von der Krone als legislative Gewalt und nicht als ein blos berathendes Organ anerkannt ist. Der Ausschuß sei auch der Ueberzeugung, daß, wenn die Krone den Reichstag auflösen wollte — wie man sagt — dieser lieber vor der Entscheidung über die Bewilligung jener 60 Millionen mit dem Bewußtsein, im Interesse des Volks gehandelt, als nach derselben mit dem Bewußtsein, seine Pflicht verletzt zu haben, die Auflösung erwarten will.

Olmütz, 10. Dez. Gestern ist der Prinz von Preußen von Berlin zur Begrüßung des Kaisers hier eingetroffen.

Brody, 4. Dez. Ein Adjutant des Nikolaus war vor einigen Tagen in dem 1 Meile hier entfernten Grenzstädtchen Radziwilow, und beschied den hiesigen Consul sogleich zu sich. Noch ist der Zweck dieser Sendung nicht bekannt. Es zogen sich aber gleichzeitig die bisher hart an der Grenze aufgestellten russischen Truppenmassen von den nächsten Grenzstätten zurück, und es heißt, daß sie sich noch weiter zurückziehen werden.

Vorstehendes bestätigent heißt es in einer Nachricht aus Tilsit vom 6. Dez. in der Leipziger Zeitung: In diesen Tagen ist an die russischen Truppen auf der Grenzlinie plötzlich der Befehl gekommen, schleunigst abzurücken, und zwar nach den südlichen Provinzen. Als Grund für diese überraschende Maßregel werden die dortigen Verwicklungen angegeben; ursprünglich hatten die Truppen die bestimmte Anweisung, bis zum ersten März künftigen Jahres an der Grenze zu bleiben.

In Böhmen werden fortwährend neue Wahlen für Frankfurt ausgeschrieben. So wurde im budweiser Kreise auf Verlangen mehrerer Gemeinden in Krumau eine Wahl ausgeschrieben und dabei Hr. J. Starf gewählt. Auch für Braunau ist eine Wahl nach Frankfurt ausgeschrieben. (D. A. Z.)

Italien.

Florenz, 1. Dez. Von hier aus ist der Ruf zur Constituirung des italienischen Parlaments ergangen und beschlossen worden, daß der Sitz desselben in Rom sein, daß längstens, in drei Wochen die Sitzungen beginnen sollen, damit das Neujahr Italien in einer neuen Lebensphase treffe. Die Worte des Aufrufs sind energisch. Man liest unter anderm: „Der Papst hat den weltlichen Scepter durch seine Flucht weggeworfen; das Volk hat ihn ergriffen und wird ihm mit Ehre zu führen wissen!" Alle italienischen Zeitungen sprechen sich schonungslos über Pius IX. aus, überschütten ihn mit Vorwürfen, und deuten an, daß seine Flucht eine falsche Maßregel war, wenn sie nur ergriffen wurde, um in Volke eine Reaction zu veranlassen. Die Nachrichten aus Neapel lauten beunruhigend. Alle dortigen Bewohner, selbst die friedliebensten, sollen überzeugt sein, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge nicht länger andauern könne.

Frankreich.

Paris, 9. Dezbr. Die Regierung hat durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß das Kabinet von Turin seine Entlassung gegeben hat.

Im 5ten Stadtviertel Meaubert (12. Arrondissement) haben bereits Unordnungen Statt gefunden. Zusammenrottungen, die immer größer und drohender wurden, bildeten sich vor der Kaserne der Mobilgarde, man warf unter dem Rufe: à bas la Mobile! Steine gegen die Fenster und mißhandelte einzelne Soldaten. Die dreifache Macht mußte einschreiten und säuberte den Platz durch einige Cavalleriechargen. Diese Vorfälle fanden vorgestern Abend Statt, gestern waren alle Posten im 11. und 12. Arrondissement verdoppelt und Abends war die Umgegend des Pantheon militärisch besetzt. Gestern blieb Alles ruhig, heute bemerkt man große Truppenbewegungen in Paris und lange Fuhrwerks-Trains führen unter starker Bedeckung, ungeheure Munitions-Vorräthe von Vincennes nach allen Punkten von Paris. Man erwartet in den nächsten acht Tagen fast mit Zuversicht eine Emeute.

Der Moniteur enthält eine telegraphische Depesche des französischen Gesandten in Madrid, welchem, daß seiner der 69 spanischen Deserteurs, die von Bordeaux nach Santander zurückgebracht wurden, zu irgend einer Strafe verurtheilt werden wird.

Die Physiognomie der Nationalversammlung, so wie die von ganz Paris ist traurig und gedrückt man fühlt, daß man am Vorabend einer großen Katastrophe ist und daß die in der Nationalgarde eingetretene Spaltung, die dieses wichtige Corps in zwei

Digitized by Google

Parteien, für Cavaignac und für Bonaparte theilt, ein großes Unglück ist. Entstehen Unruhen, so wird die Entscheidung einzig und allein in den Händen der Armee liegen, die Nationalgarde wird höchst wahrscheinlich nur ihre Häuser und Familien bewahren und beschützen.

* Paris, 10. December. Der große Wahltag hat begonnen, Paris hat ein bewegtes, festtägliches Ansehen, ein ungeheures Leben herrscht auf der Straße, aber nichts läßt schließen, daß der Wahlakt durch ernste Anordnungen gestört werden dürfte. Gestern Abend um 6 Uhr wurde eine Proklamation Cavaignacs an das französische Volk angeschlagen, in der die Exekutiv-Gewalt in würdiger und ernster Sprache die Bürger auffordert, ihr Wahlrecht gewissenhaft, unabhängig, aber auch mit Ruhe auszuüben. Die Regierung habe in Hinsicht der Wahlen die vollkommenste Freiheit gewährt, aber sie sei auch entschlossen, das Resultat der Wahl mit Kraft aufrecht zu erhalten. „Man hat gesagt, daß Unsinnige davon sprächen, erst die Wahl des Volkes zu beurtheilen und darnach ihren Gehorsam zu leisten. Seid ruhig, die Regierung kennt ihre Pflichten und nie war sie kräftiger entschlossen, dieselben zu erfüllen. Eure Bürger sind die, die, nachdem sie frei und gewissenhaft ihre Stimmen abgegeben haben, wissen, daß sie sich kann mit Entrüstung vor der Wahl der Nation zu beugen haben, welches auch der Name sey, den sie ausgesprochen haben wird. Was jene betrifft, die andere Pläne hegten, die sich zu traurigen Unternehmungen vorbereiteten, wenn es deren giebt, so könnten wir, heute noch Regierung, morgen einfache Bürger, in ihnen nichts Anderes sehen, als öffentliche Feinde, die das Gesetz nicht beschützen könnte und dürfte. — Bürger! beweisen wir der Welt, daß wir würdig sind, ein Recht auszuüben, das man uns nicht zu bestreiten wagt, aber das man gerne durch Anordnungen geschändet zu sehen wünschte. — Vergessen wir nicht, daß unsere morgige Haltung die Republik befestigen oder bestrickten kann. Der Chef der Exekutivgewalt: General Cavaignac. Gegengez.: Der Minister des Innern, Dufaure.

Diese Proklamation, vor der sich allenthalben lesende Gruppen sammelten, machte einen sehr günstigen Eindruck. Die verbreiteten Wahlversammlungen auf allen Punkten von Paris waren gedrängt voll, auf allen Straßen und Plätzen hatten sich Klubs in freier Luft gebildet, die bis Mitternacht die Präsidentschaftsfrage diskutirten. An den Thoren St. Denis und St. Martin waren die Zusammenrottungen so bedeutend, daß die Circulation der Wagen gehemmt wurde. Banden von Straßenjungen durchzogen die Boulevards mit dem Rufe: Vive Napoleon! à bas Cavaignac! Im 12. Arrondissement allein fanden einige Unordnungen Statt, die Regierung hatte das Bataillon der Mobilen aus der Kaserne des Platzes Beaubert entfernt, um so jeden Vorwand zu Ruhestörungen zu beseitigen. Die Zusammenrettungen wendeten sich nun gegen die Kasernen der rue du Foui, wurden aber bald zerstreut. Die Regierung ist zwar auf alle Fälle gerüstet, beobachtet aber die größte Mäßigung. Alles läßt hoffen, daß die beiden Wahltage ohne Unordnungen vorübergehen werden.

Wir haben bereits gemeldet, daß sich der Papst erst nach der Präsidentenwahl nach Paris begeben wolle, um nicht abermals in die Hände eines Bonaparte zu fallen. Die Regierung veröffentlicht nun heute folgende telegraphische Depesche: Marseille 10. Dec. 10 Uhr Morgens. Gaeta den 7. — Herr von Corcelles an den Minister des Auswärtigen. — Herr v. Corcellis ist durch Herrn v. Harcourt dem Papste vorgestellt worden. Seine Heiligkeit schien von der edelmüthigen Entschließung der französischen Regierung lebhaft gerührt. Der Papst wünscht Frankreich zu besuchen, und hat den festen Vorsatz ausgesprochen sich gleich dahin zu begeben, sobald die Umstände es erlauben. — Die in Pomegue concentrirten Truppen sind jetzt für die Mission unnöthig.

Die Expedition mit der Brigade Moliere, die nach Civita-Vechia bestimmt war, ist am 5. wieder im Hafen von Marseille eingelaufen und ein Theil der Truppen wurde sogleich ausgeschifft.

Anzeigen.

Die Modenzeitung vom Jahre 1848, im Verlage der Baumgärtner'schen Buchhandlung zu Leipzig, bringt in Nr. 45, 46 und 47 neben dem Bildnisse des gegenwärtigen Präsidenten der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt a. M., Herrn Wilhelm Heinrich August v. Gagern, eine ganz vortreffliche Schilderung der Verhältnisse desselben, insbesondere der Neuzeit; es entdehren ihr aber die authentischen Mittel über den Geburtsort dieses unserer durch und durch deutschen Volksmannes.

Da es für jeden Deutschen interessant seyn wird, die oben erwähnte Beschreibung durch Ergänzung des Geburtsortes des genannten Präsidenten und gefeierten Volksvertreters vervollständiget zu sehen, so bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß der gegenwärtige Präsident der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt a. M., Herr Wilhelm Heinrich August v. Gagern, am 20. August 1799 zu Bayreuth, im sogenannten bayerischen Voigtlande, jetzt Regierungs-Bezirk Oberfranken in Bayern, geboren ist.

Bei J. L. Lotzbeck in Nürnberg ist neu erschienen, und in allen Buchhandlungen, in der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Neuestes Exercierspiel
für
Jung und Alt.
36 kr. = 10 Ngr.

Der Ehrgeiz in der Küche,
oder
was kochen wir heute?
Neuestes Gesellschaftsspiel.
36 kr. = 10 Ngr.

Gleich den beiden im vorigen Jahre zu gleichem Preise erschienenen und beliebt gewordenen Spielen: „Eifele- und Beifelesprünge und Strumwelpeterspiel", werden auch obige zwei neue ihren Zweck, Scherz und Heiterkeit in den langen Winterabenden zu verbreiten, nicht verfehlen.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim
werden diesen Winter zu folgenden bedeutend herabgesetzten Preisen Steinkohlen abgegeben; nämlich
Bei **Stockheim** 1) von der Grube **Vereinigter Nachbar, Reinkohle** zu **16 Kreuzer** der **Bergkübel**, oder 24 Kreuzer der Grosskübel von 1¼ Bergkübel;
eine Partie **Braunberge** zu **3 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben **Michael & Wolfgang** eine Partie **Braunberge** zu **4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
Bei **Neuhaus** 3) von der Grube **Minna, Reinkohle** zu **18 Kreuzer** der **Bergkübel** oder 27 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel und eine Partie **Braunberge** zu **5 Kreuzer** der Bergkübel von 75—80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ab Grube gegen baar bei Ablieferung. — Es ist stets Vorrath an allen Gruben, so daß jederzeit ohne Aufenthalt geladen werden kann. — Nach allen Gruben führen gut chaussirte Wege. ☞ Die Kohlenkäufer haben sich an die MEYER'sche Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus zu wenden.

Mein schon früher empfohlenes Waarenlager in Herrenkleidern, so wie besonders Seidensammt-Westen feinster Art, à 4—5 fl. 30 kr. bringe ich zur jetzigen Saison zur ergebensten Empfehlung.
J. W. Schaffner im Rennweg.

Neue italienische Kastanien und **frische marinirte Häringe** bei
Joh. Georg Vogel.

(Lehrlings-Gesuch.) Ein junger Mensch, der Lust hat, das Zinngießerhandwerk zu erlernen, und welcher im Zeichnen, Graviren und Formenmachen mit gut unterrichtet wird, wird gegen annehmbare Bedingnisse gesucht. Von wem? sagt die Expedition.

(Pferdverkauf.) In Thurnau, Haus-Nr. 2, steht ein Mutterspferd, kräftigen Mittelschlags (Rapp), billig zu verkaufen.

Ein goldner Ring, mit Granaten besetzt, ist verloren worden. Man bittet, denselben gegen Vergütung in der Expedition dieses Blattes abzugeben.

Ein kleines Clavier ist sämtlich im Hause Nr. 617 im 2. Stock aufm Graben zu verkaufen.

1000 oder 1200 Gulden sind Anfang des Monats Januar auf sicherer Hypothek im hiesigen Stadt- oder Landgerichtsbezirk auszuleihen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Maximiliansstraße Nr. 25. ist in der mittleren Etage ein großes, hübsch meublirtes Zimmer nebst Alkoven mit oder ohne Bett täglich zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubezahlen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend | Nro. 349. | 16. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besonders Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Deutschland.

Frankfurt, 13. Dec. Die gestrige Abendversammlung beim Reichsverweser war sehr belebt; nur die entschiedene Linke hatte sich gänzlich ausgeschlossen. Von politischer Bedeutung scheint nichts vorgekommen zu seyn; man war nur etwas beunruhigt durch das umlaufende Gerücht, daß sich in Paris ein neuer Barrikadenkampf erhoben habe. Ueber Oesterreich sprach man wenig. Alles, selbst die hohen Offiziere, war im schlichten Frack ohne Orden erschienen. Jeden Dienstag sollen sich diese Abende wiederholen; vielleicht nehmen sie im Verlauf eine bestimmtere Gestalt an. (D. Z.)

Frankfurt, 12. Decbr. Wir theilten Ihren Lesern bereits mit, daß Herr Walter aus Bonn Aufschlüsse in den Fraktionen geben wollte, welche alle Befürchtungen und Vorurtheile beseitigen sollten, die man hier gegen die deutsche Gesinnung der preußischen Regierung hegen könnte. In dieser guten Absicht hat er denn auch einen Brief mitgetheilt, wornach der König gebroht haben soll, daß Preußen sich zurückziehen müsse, „wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen." Wohl durch ein Mißverständniß hat Herr Weicker dieses Schreiben für den „authentischen" Ausdruck einer „feierlichen Verwahrung" von Seiten der preußischen Krone erklärt. (D. Z.)

Frankfurt, 12. Decbr. Die Volksstimmen aus Deutsch-Oesterreich lauten wieder anders, wieder deutscher, als noch vor Kurzem, wo Viele in der deutschen Partheï zugleich die despotisch-demokratische sahen und fürchteten. Jetzt ruft das ruhigere Nachdenken wieder die alte Besorgniß nach: die Trennung Oesterreichs von dem deutschen Bundesstaate werde seine deutsche Bevölkerung zu schwach lassen, um der Uebermacht der slavischen Elemente den nöthigen Widerstand zu leisten. Auch darf man nur nicht glauben, daß der kaiserliche Familienkreis mit der, vorzugsweise slavischen, Militärdiktatur in völliger **entente cordiale** stehe; aber sie kann diese noch nicht entbehren, und darf aus Gründen der Selbsterhaltung nicht in direkte Opposition gegen die mächtigen Potenzen treten, welchen die schwarz-roth-goldene Farbe ein Gräuel ist. Nun aber nähert sich die Stunde, wo Oesterreichs Stellung zu Deutschland auf underechenbare Zeit hinaus definitiv und unzweideutig festgestellt werden muß. Wir vernehmen neuestens, daß das Haus Habsburg-Lothringen nur mit Schmerzen die deutsche Kaiserkrone auf Nimmerwiedersehen auf Preußen Haupt gelangen lassen, und deßhalb sogar bereit seyn würde, sich in die Bedingung der **Personalunion** zu fügen, wenn es gewiß wäre, für diesen Einsatz das große Loos des **deutschen Kaiserthums** zu ziehen. Aber es würde gleichwohl mit dieser Bereitwilligkeit nicht laut und öffentlich hervorzutreten wagen, weil es eine Verausverbürgung jener Gegenbedingung nicht hoffen, dagegen aber sicher besorgen müsse, durch eine so große Concession an die Frankfurter Beschlüsse sich die mächtigen Gegner der Personalunion zu entfremden, unter diesen die beiden slavischen Hauptpartheien, sowohl die aristokratische, als die demokratisch-nationale. Der mächtige Drang der Gegenwart wird alle diese Bedenken lösen oder vielmehr zum Schweigen bringen. Deutschlands Einheit, die Centralisirung und die von ihr ausschließlich abhängende Befestigung der deutschen Macht nach innen und nach außen können nicht verzögert werden, bis das Herrscherhaus Oesterreichs mit den vielfardigen Elementen seines Reiches einerseits und mit denen Deutschlands anderseits nach Genüge paarseirt und bis Frankreich seinen überschäumenden Kräften einen Abzugskanal eröffnet hat. Der einfachste und kürzeste Weg zur Verwirklichung jener Postulate ist die Vereinigung von Frankfurt und Berlin, und unmittelbar darnach das engste Bündniß des Eins gewordenen Deutschlands mit dem Kaiserstaate Oesterreich. (F. J.)

Frankfurt, 13. Dec. Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß für die in London stattfindenden Friedensunterhandlungen wegen Schleswig-Holstein von Seiten der provisorischen Centralgewalt der Herr Ritter Bunsen ad hoc bevollmächtigt worden ist. (F.-O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 9. Dec. Während in engen und weitern Kreisen von der Ausscheidung Oesterreichs von dem deutschen Bundesstaate die Rede ist, erfahren wir als zuverlässig daß sich dasselbe nicht bloß bereit erklärt hat seinen Beitrag für die deutsche Kriegsmarine zu einrichten, sondern daß auch schon ein nahmhafter Theil der auf Oesterreich fallenden Beitragsquote angewiesen worden ist.

München, 13. Dec. In der Kaserne am Türkengraben kam es gestern Nachmittag zu Szenen arger **Insubordination**. Einer der vor dem Zimmer des Adjutanten zu Expedition stehenden Feldwebel des 1sten Infanterieregiments machte die Bemerkung, daß der Hr. Adjutant sie, die Feldwebel, wieder sehr lange warten lasse. Diese Bemerkung ward dem Adjutanten hinterbracht, der sofort den Fehwebel auf die Stockwache bringen ließ. Die Mannschaft der Kompagnie des Verhafteten, unterstützt von vielen anderen Soldaten desselben Regiments, suchte nun denselben wieder zu befreien und stürmte zu diesem Zwecke die Stockwache. Es entstand hiedurch ein so arger Tumult, daß in der Kaserne Generalmarsch geschlagen werden mußte. Durch einige Abtheilungen des 2ten Infanterieregiments, das in derselben Kaserne liegt, wurde die Ordnung dann wieder hergestellt.

München, 11. Dec. Seit mehreren Tagen weilt der Oberst im Ingenieurkorps, früher Mitglied der Militärkommission beim deutschen Bunde, Ritter v. **Xylander**, in unserer Mitte. Derselbe ist, wie wir so eben vernehmen, zum Bevollmächtigten Bayerns bei der Zentralgewalt unter Vorrückung zum Generalmajor ernannt worden, an die Stelle des, mit einer Mission an das österreichische Hoflager abgesendeten Frhrn. v. Closen. — Die Hauptleute Schmauß und Mager wurden zu Ingenieur-Majoren befördert.

Der bayr. Landb. schreibt: München, 12. December. Die Wähler von Bayreuth haben dem Manne, der, wie selten ein Minister, das Vertrauen des Landes genießt, einen Platz in der Kammer geschenkt, für den Fall, daß er früher oder später aus dem Amte sollte treten müssen. Ich glaube, es wäre wohl der Mühe werth zu überlegen, ob nicht jene Vereine, welche die Candidatur Lerchenfeld's unterstützt haben, so wie die gegen die gewerblichen Sonderbestrebungen unterlegenen liberalen Wahlmänner Münchens den wackeren Wählern von Bayreuth in irgend einer Weise ihre Anerkennung aussprechen sollten für den gesunden politischen Takt, welchen dieselben durch die Wahl Lerchenfeld's an den Tag gelegt haben.

München. Gesetzentwurf. I. Besoldung. Art. 1. Der Rang eines Staatsmtrs hat fortan auf die Größe der Besoldung keinen Einfluß vorbehaltlich deſſen, was Art. 4 bestimmt. **Art. 2.** Die erste Anstellung im Staatsdienste bezieht einen Gehalt von 500 fl. **Art. 3.** Sowie ein Staatsdiener dem Staate drei Jahre gedient, so tritt er in eine 300 fl. höhere Besoldung ein. **Art. 4.**

Digitized by Google

In so ferne mit einer Stelle äußerliche Aufgaben verbunden sind, kann dem jeweiligen Beamten ein sogenannter Repräsentationsgehalt ausgeworfen seyn. Jedoch muß dieser ganz genau den Bedürfnissen angepassend seyn, und ein Gesetz wird diesen Punkt besonders reguliren. Art. 3. Bezüglich der Pensionen behalten sämmtliche Justizbeamten ihre bestehenden Rechte, §. 23 der 9. Verfassungsbeilage, ebenso verbleibt der volle Gehalt allen Staatsdienern, welche dem Staate 40 Jahre gedient haben. Art. 6. Von den übrigen Staatsdienern erhalten die unter 1100 fl. Besoldeten 3 des Gehaltes, die unter 2100 fl. Besoldeten 2 des Gehaltes, die höher Besoldeten 3. Artikel 7. Die Witwen der unter 1100 fl. Gehalt oder Pension bezehenden Staatsdiener erhalten die Hälfte des Gehaltes oder Pension, die Waisen ein Viertheil; die Witwen der unter 2100 fl. Gehalt oder Pension bezehenden Staatsdiener 3, jede Waise 3; die Witwen der höher Besoldeten oder Pensionirten 4, jede Waise 3. Art. 8. Die Bezüge der Waisen dauern bei Mädchen bis zu ihrer Verheirathung oder sonstigen genügenden Versorgung, bei Knaben männlichen Geschlechts bis zurückgelegten fünfundzwanzigsten Jahre, zusammenommen, es würde nachgewiesen, daß eine Arbeitsunfähigkeit obwaltet. In diesem Falle entscheidet über die Pflicht des Fiskus das ordentliche Gericht. II. Anstellung ꝛc. Art. 9. Kein Richter (Justizbeamter) kann wider seinen Willen versetzt oder ohne vorhergegangenen Rechtsspruch von seiner Stelle mit Verlust des damit verbundenen Gehaltes entlassen oder derselben entsetzt werden. Art. 10. Im Uebrigen bleiben die §§. 1, 2, 3 und 4, dann 9 bis 15, 18. 20, 21, 22, A., C. und D., 24, 25 und 26 der 9. Verfassungsbeilage mit den verfassungsmäßigen Erläuterungen und Zusätzen einstweilen in Wirksamkeit. Art. 11. Die Kandidatenlisten werden nach den bisherigen Bestimmungen fortgeführt, jedoch müssen dieselben am Ende des Jahres veröffentlicht werden. Art. 12. Wer sich durch die ihm zugetheilte Qualifikation beeinträchtigt fühlt, kann bei der nächsthöhern Behörde eine Prüfung seiner Kenntnisse und der von ihm geleisteten Arbeiten verlangen; fällt die Entscheidung zu seinem Gunsten aus, so trägt das Aerar die Kosten seiner Probe, im entgegengesetzten Falle dagegen hat er dieselben zu tragen, resp. zu ersetzen. *) Art. 13. Glaubt das Staatsministerium in einer Qualifikation eine widerrechtliche Begünstigung zu erblicken, so kann dasselbe ebenfalls eine Prüfung darüber verlangen; erweist sich wirklich eine derartige Protektion, so muß der Aussteller dieser Note die Kosten tragen. Art. 14. Das Ministerium läßt alle Jahre den Landrathen die auf diese Listen gestützten Vorschläge vorlegen, welche sie in der Provinz definitiven Staatsdiener in Folge ihrer Dienstzeit in die höhern Besoldungsklassen einzurücken haben, und welche etwa nicht. Art. 15. Gegen die Entscheidungen des Landrathes steht den sich verletzt Fühlenden die Beschwerde an die Kammer der Abgeordneten zu, welche als letzte Instanz spricht. Art. 16. Im §. 3 des 8. Titels; §. 5—8 inkl. 16, 17, 19, 20 B. u. 28 der 9. Verfassungsbeilage, sowie alle weiter entgegenstehenden Bestimmungen und Verordnungen, sind aufgehoben ꝛc.

Karlsruhe, 9. Dec. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wurde der Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte mit allen Stimmen gegen drei (Brentano, v. Ihstein und Peter) angenommen.

Konstanz, 9. Dec. (Preßprozeß.) Heute wurde die Anklageschrift gegen Pfarrer Benedikt Früh von Konstanz und Joseph Au von Allmendshofen, wegen Aufreizung gegen die großherzogliche Staatsregierung und Herabwürdigung derselben, durch die Presse verübt, bei dem hiesigen Hofgericht verhandelt. Der Gerichtshof verurtheilte den Pfarrer Früh als früheren verantwortlichen Redakteur der Seeblätter, zu einer vierwöchentlichen, und den Joseph Au, als Verfasser des inkriminirten Artikels, zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe. (K. Z.)

Aus Baden, 10 Dec. Einer aus Wien eingegangenen gesandtschaftlichen Anzeige zufolge wird von Seiten des österreichischen Ministeriums auf mehrfachen Gründen Bedenken getragen, den von den Blum'schen Hinterlassenen gestellten, von dem diesseitigen königl. Gesandten in Wien mündlich und schriftlich unterstützten Verlangen wegen Auskunftertheilung der Leiche ihres Erblassers zu willfahren. Inhalts des dem Gesandten unterm 3. Dec. zugegangenen amtlichen Antwortschreibens glaubt nämlich die k. k. Regierung in politischer Hinsicht Grund zu der Besorgniß zu haben, daß die Auslieferung der auf dem Kirchhofe beerdigten Leiche des Robert Blum nur zu Erregung neuer politischer Gährung werde benutzt werden, und demnächst in sanitätspolizeilicher Hinsicht beachten zu müssen, daß es jedenfalls schon zu spät sein würde, um bei der fraglichen Leiche diejenigen Vorsichten anzuwenden, welche ein längerer Transport in Sanitätshinsichten erfordere.

Berlin, 10. Dec. Nach dem königlichen Patente vom 5. d. werden in kürzester Zeit mehre Gesetze, welche die Beseitigung der durch ein bringendes Zeitbedürfniß hervorgerufenen Forderungen des Volks bezwecken, mit Vorbehalt der Genehmig. der zunächst zusammentretenden Kammern zur Publikation gebracht werden, unter andern eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschwornen in Untersuchungssachen, desgleichen eine Verordnung über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, sowie über die anderweitige Organisation der Gerichte, deren bekannt gewordene Grundzüge von den Bewohnern der altländischen Provinzen überall mit Beifall begrüßt worden sind.

Nach einem der Königsberger Zeitung zugegangenen Privatbrief aus Memel sollen dort vor wenigen Tagen arge Exzesse stattgefunden haben. Nach diesem Berichte hätte ein Pöbelhaufen fünf volle Stunden lang gegen die Personen und das Eigenthum der ruhigen Bürger gewüthet, ohne daß die Polizei oder das Militär auch nur einen Versuch zum Einschreiten gemacht hätte.

Die am 9. Nov. in der Majorität verdächtigen Abgeordneten sangen schon an in ihrer eigenen Person die Folgen ihrer politischen Niederlage zu fühlen. So sind Landrath Reutter und Landrath Bauer von Kreuzschin schon von ihren Aemtern suspendirt worden und werden ähnliche Maßnahmen gegen andere Abgeordnete, welche auch Beamte waren, noch verbreitet. Man verspricht sich davon, daß das geheime Obertribunal gegen den Wiedereintritt Radicke's Bedenklichkeiten erhebt, die zwar sehr unbegründeter Natur sind, aber doch zu Wege bringen, daß Waldeck's Thätigkeit auch im Obertribunal gehemmt wird.

In Halberstadt ist, wie die neue Preußische Zeitung berichtet, Willkennus, der auf die Nachricht, daß er steckbrieflich verfolgt werden solle, aus Hamburg am 9. Dec. dahin zurückkehrte und sich vor dem Criminalgerichte gestellt hatte, sofort verhaftet worden — Am Tage vorher war es dort bei Gelegenheit der Verhinderung eines Ständchens, das die Demokraten mehren Mitgliedern der Landwehr bringen wollten, zu Exzessen gekommen die jedoch keine weitere Folgen hatten.

Aus der Provinz Posen, 10. Dec. Von Seiten einiger politischer Vereine geht man damit um, den König um Abänderung des Verfassungsgesetzes zu bitten; namentlich will man beantragen, daß die Revision der Verfassung nicht in zwei Kammern, sondern in einer angetrennten Versammlung der Volksvertreter vorgenommen werde. (D. A. Z.)

Der Ostsee-Ztg. wird aus Posen vom 7. Dec. geschrieben: Ungeachtet wir erst vor kurzem entschiedenen Zweifel an dem Plane des preußischen Cabinets aussprachen, den durch die Demarcation nicht zu Deutschland geschlagenen Theil des Großherzogthums Posen an Rußland abzutreten, so sind wir heute doch schon in unserer Zuversicht sehr wankend geworden. Nach der Versicherung eines höhern Beamten habe man hier die bestimmte Nachricht, daß der Kaiser von Rußland, um die Polen zu befriedigen und an das Kaiserreich zu fesseln, entschlossen sei, denjenigen Theil des ehemaligen Polen, der jetzt das Königreich Polen bildet, in seiner Unabhängigkeit (vielleicht vom 1. Januar schon) herzustellen, ihm eine besondere Verfassung und in dem Herzoge von Leuchtenberg einen König zu geben. Dieser Plan sei bereits durch den General v. Pfuel dem preußischen Cabinet mit dem Auftrage mitgetheilt worden, an dieses neue Königreich Polen auch die preußisch-polnischen Landestheile abzutreten, welche durch die damals schon projektirte Demarkation für jede Zeit dazu scheint sogar gleichfalls von Rußland aufgegangen zu sein) Deutschland nicht einverleibt werden würden. Auf diesen Antrag wäre nun preußischerseits eingegangen worden, einmal, um das dem Deutschen widerstrebende polnische Element so viel als möglich von sich auszuscheiden, und dann, weil dadurch die mit einer Reorganisation für Preußen verbundenen vielerlei Schwierigkeiten beseitigt würden. Aehnliche Unterhandlungen schwebten auch zwischen dem russischen und österreichischen Cabinet wegen Abtretung des krakauer Gebiets und der rein polnischen Theile von Galizien.

Wien, 10. Dec. Heute endlich ist der Ban Jellacic zur Armee nach Ungarn abgegangen, wodurch die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der ungarischen Wirren wieder gestärkt wird. Einer Privatmittheilung zu Folge soll Kossuth der Nation den Vorschlag gemacht haben, wenn sie sich dem österreichischen Cabinet unbedingt unterwerfen will, ihn selbst als Geißel auszuliefern.

*) (Aus den Motiven.) Würde bestimmt, daß im Falle die Entscheidung der Oberbehörde zu Gunsten des Beschwerdeführers ausfalle, derselbige, welcher die schiefe Qualifikation ausgestellt, die erwachsenen Kosten (Reise, Prüfungsdiäten ꝛc.) ersetzen müsse, so wäre zu befürchten, daß, um dieser Gefahr zu entrinnen, nur gute Noten gegeben würden, wegwegen es vortheilhaft erschien, dem Aerar die Kosten zu überbürden.

Digitized by Google

Natürlich haben die für ihn und von ihm ernannten Magyaren dies edle Opfer nicht angenommen. — Eine Antwort, die Windischgrätz den Reichskommissären gegeben hat, welche ihre Einsicht in die Untersuchungsakten gegen Robert Blum nehmen, geht als verbürgt von Mund zu Mund. Er habe nämlich auf die Klage der Frankfurter Herren erwidert: Geschehenes wäre nicht zu ändern, doch zu ihrer Satisfaktion möchte er ihnen mit Vergnügen gestatten, drei von der österreichischen Linken nach Frankfurt mitzunehmen, um sie dort standrechtlich behandeln zu lassen. — Dieß entspricht vollkommen der politischen Anschauungsweise des Feldmarschalls. — Zwei neue Verurtheilungen zum Strange, im Wege der Gnade zu 12 Jahren Festung gemildert, wurden gestern Abend kundgemacht. Sie betreffen zwei tapfere Männer, Johann Urban, der zur breitenen Sicherheitswache gehörte, sich am 31. Oktober krank meldete und zur Mobilgarde überging, und Alexander Skarbek von Leszkinsky, Chef eines Nationalgarde-Bezirkes und ehemaliger k. k. Lieutenant. Wieder bestraft man an diesen Einzelnen die That von Tausenden.

Wien, 10. Dec. Radetzky hat an Doktor Neumann, den Stifter des Vereines des deutschen Hauses, ein Schreiben erlassen, in welchem er sagt, daß er und seine Armee mit Blut und Leben für Erhaltung eines großen Oesterreichs stehen und stehen werden. — Graf Dietrichstein ist vom Kaiser des Oberkämmereramtes enthoben worden. Man sagt Stadion habe die Amovirung Dietrichsteins verlangt. Der Kaiser hat ihm das Großkreuz des Stephansordens verliehen. Der oberste Hofpostverwalter May Ritter v. Ottenfeld ist in den Ruhestand getreten und hat den Leopoldsorden erhalten.

Wien, 11. Decbr. Der ehemalige Bezirkschef der Nationalgarde in einer Vorstadt, ein reicher, von Geschäften zurückgezogener Privatier, ist von der Gemeinde auf Schadenersatz angeklagt worden, da der von ihm erhaltene Befehl, beim Angriff der Truppen die Fenster offen zu halten, Plünderungen veranlaßt habe. Das Vermögen des Angeklagten soll sich auf eine halbe Million belaufen. — Nach der erschienen Kundmachung verfällt der standrechtlichen Behandlung noch fortwährend: wer Waffen verheimlicht und nicht ablieferte; wer einen Militärisen zum Treubruche zu verleiten sucht; wer zum Aufruhr reizt oder einer solchen Aufforderung werkthätige Hilfe leistet; wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörden sich nicht zurückzieht und wer im letztern Falle mit Waffen in der Hand betreten wird. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Rom, 4. Dec. In der vorgestrigen Nacht überbrachte eine Staffette dem hiesigen russischen Gesandten, Grafen v. Butenieff, eine in Gaëta erlassene und an den Cardinal Castracane gerichtete Depesche St. Heiligkeit vom 27. Nov. Der genannte Diplomat überbrachte die Depesche eigenhändig St. Eminenz. Dieselbe enthielt 1) eine Protestation des Papstes, welche alle Handlungen des Ministeriums Galletti für null und nichtig erklärt und sich bitter über die Undankbarkeit der Römer beklagt; 2) die Bildung eines Regierungsausschusses (Giunta governativa), bestehend aus dem genannten Cardinal Castracane, dem Fürsten v. Roviano, dem Fürsten Barberini, dem General Zucchi, dem Marchese Ricci, vormaligem Deputirten von Macerata, und dem Grafen Bevilacqua aus Bologna. Zucchi, Ricci, Bevilaqua sind von Rom abwesend, die andern drei nehmen nicht an, und können auch nicht annehmen, da sie keine materielle Bürgschaft haben; auch der Fürst v. Roviano, welcher schon das Amt eines Generalcontroleurs niedergelegt, ist gestern nach Toskana abgereist. Dabei geht das Gerücht vom Rücktritt des bestehenden Ministeriums. So würden wir dann gar keine Regierung haben, weder die eines Ministeriums, noch die einer Giunta. Der römische Senat und der Deputirtenrath haben bereits die Manifeste in Bereitschaft zur Verkündigung, daß sie, bis zur Wiederherstellung des Normalzustandes, die Oberleitung der Staats-Angelegenheiten übernehmen. Gestern Abend war Ministerrath, und dann eine außerordentliche Sitzung der Deputirten in geheimem Comité. Rom ist für jetzt ruhig, passiv, verdutzt. (A. Z.)

Rom, 5. Dec. Die Mitglieder der von Pius IX. eingesetzten Gouvernativ-Commission sind abgereist, aber nicht, um sich den allerdings schweren Dienstleistungen, welche ihnen durch das höchste Vertrauen auferlegt werden, zu entziehen, sondern um sich nach Bologna zu begeben, wo sich die Regierung vorerst um General Zucchi concentrirt. (A. Z.)

Nach französischen Blättern fanden bereits Bewegungen der österreichischen Truppen gegen Ferrara statt. Die Kriegssteuer Radetzky's soll (nach Wiener Berichten) zurückgenommen sein. Selbst Graf Montecuculi scheint sich dagegen erklärt zu haben.

Radetzky sammelt bereits in Brescia ein Corps, mit welchem er die Legationen des Kirchenstaates besetzen, und im Einverständnisse mit den Franzosen zur Herstellung der Rechte des Papstes und im Interesse der durch Neudemokratie vernichteten öffentlichen Ordnung handeln wird. Die vom Papste entlassenen Schweizer sind in die Dienste des Königs von Neapel übergegangen. (A. Z.)

(Sardinien.) Schon wieder hat in der Abgeordnetenkammer das gemäßigte Kabinet eine Niederlage gegen die Kriegspartei erlitten, indem sich die Kammer für eine Bittschrift der Turiner Studenten aussprach, welche nach Art der Wiener Aula aufgetreten, von der Regierung aber in die durch die Alter gesetzten Schranken zurückgewiesen worden waren. Der Courier Mercantile erwähnt nun ein Gerücht, daß das Ministerium in Masse seine Entlassung genommen habe.

Neapel, 2. Decbr. Pius IX. weilt fortwährend in Gaëta wohin außer dem Hof auch noch viele Notabilitäten, Gesandten ꝛc. gingen, den geheiligten Fuß zu küssen. Die Beschreibung dieser Ceremonien füllt die ersten Spalten der Staatszeitung; die Anreden des Papstes an Truppen und Soldaten, seine Lobreden auf ihre Treue und Disziplin ꝛc. werden besonders triumphirend hervorgehoben. Von politischen Akten in Betreff Roms verlautet hier noch nichts. Die Einzelnheiten der Flucht selbst bestätigen sich, wie sie schon mitgetheilt sind. Die Reise von Rom nach Gaëta machte Pius IX. als Abbate im Gefolge des bayerischen Gesandten Grafen v. Spaur. Dieser und der französische Gesandte waren die Hauptwerkzeuge der Flucht. (Schw. M.)

Frankreich.

Straßburg, 11. Dec. Die Stimmengahlen für die beiden Präsidentschafts-Kandidaten kommen sich sehr nahe. Von 6 Kantonen der Umgegend der Stadt sind circa 6000 für Cavaignac, circa 4000 für Napoleon. Der Oberrhein ist entschiedener für Ersteren. (D. Z.)

Großbritannien.

London, 9. Decbr. Die neuesten Ereignisse in Preußen und Oesterreich finden in der englischen Presse fast allgemein Anerkennung. Man lobt besonders die von den österreichischen Staatsmännern in Aussicht gestellte Reform ihres Landes und betrachtet dieselbe als das einzige Mittel, aus dem Chaos der Vergangenheit so wie der Gegenwart herauszukommen. Die „Times“ meint jedoch, es genüge nicht, Erklärungen über abstrakte politische Rechte aufzustellen, sondern man müsse die Fragen regeln, welche die gesellschaftliche Lage des Volkes bedingen, und dahin streben, die Lokal-Verwaltung zu vereinfachen. Ueber eine Verwaltung, noch eine Versammlung können sich auf die Dauer das Zutrauen einer Nation fischern, welche nicht im Stande wären, die Geheimnisse der staatswirthschaftlichen Lage des Volkes zu ergründen und deren Lasten zu erleichtern. (K. Z.)

London, 9. Dec. Die Coroners Jury in Londonderry hat, nach Untersuchung des (vorgestern erzählten) gräßlichen Falls an Bord des Dampfboots „Londonderry,“ den Capitain Johnsen und die beiden Mates (Unterschiffer) Hughes und Crawford die Tödtung (manslaughter) schuldig gesprochen. Bei der Untersuchung haben sich noch einige Umstände herausgestellt, welche das Verfahren dieser Leute um so strafbarer erscheinen lassen. Nicht blos 100, sondern 150 Irländer wurden, weil sie auf dem Verdeck dem Matrosen im Wege waren, mit Scheltworten und Schlägen in die Vorderlage, welche kaum für das Drittel dieser Anzahl Raum gewährte, hinabgetrieben, und die einzige Oeffnung derselben, die Luken, hermetisch verschlossen, wofür der Capitain vor Gericht den wiederholten Grund angab, er habe gefürchtet, es möchte Wasser in den Schiffsraum dringen. Erstrunken sind die armen Menschen natürlich nicht, aber elend erstickt. Mittlerweile befanden sich in der geräumigen ersten Cajüte drei Passagiere; aber die leidliche Vornehmthuerei, welche bei keinem Volke der Erde — die Chinesen etwa ausgenommen — so exclusiv und abgeschmackt ist wie bei den freien und christlichen Engländern, erlaubte nicht einem Theil der Verdeckpassagiere während eines Sturmes, der sonst alle Standesunterschiede aufzuheben pflegt, jenen vornehmen Leuten beizugesellen, die ein paar Schilling Ueberfahrtsgeld mehr bezahlten. Die „vornehmen Leute“ aber waren ein Landjunker, ein Leinwandfabrikant aus Belfast, und ein Advokat oder so was. Auf dem Deck ward man angstlich erst inne, als endlich am Morgen einer der Eingepferchten mit verzweifelter Anstrengung die lange erschütterte Thüre und das darauf festgenagelte Thiertuch durchbrach, und wie ein Gespenst unter den Matrosen erschien. Man stieg nun hinab, aber die Luft im Raume war so verdorben, daß 2 Lichter nach einander erloschen. Endlich sah man das gräßliche Schauspiel. Die Times ermahnt die Regierung ernstlich: die Handels- und besonders die Auswanderer-

Digitized by Google

schiffe einer sehr strengen Besichtigung und Controle zu unterwerfen; denn dieß ist seit dem Brande des „Ocean Monarch," der sich ebenfalls im irischen Kanal ereignete, binnen wenigen Monaten das zweite große Unglück mit solchen Schiffen, und einige andere sind in offener See verunglückt. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 7. Dec. Die Truppenbewegungen im Jarenreiche dauern fast ununterbrochen fort, und wir können es als eine ausgemachte Sache darstellen, daß von Osten her immer frische Colonnen gegen die preußisch-polnische Grenze anrücken. An der Grenze nehmen die Märsche eine südliche Richtung. So sind erst in diesen Tagen starke Abtheilungen von Kalisch aus über Wielun längs der schlesischen Grenze nach Krakau zu weiter gerückt.

Bayreuth. Die Pariser Post vom 11. d. M. ist heute nicht eingetroffen.

Lokales und Provinzielles.

Aus dem Fichtelgebirge. Nachdem bereits zwei Landtagsabgeordnete aus dem ersten Skrutinium der Wahlmänner des Wahlbezirks Hof hervorgegangen waren, trat bei einer Berathung dieser Wahlmänner zum Behufe der Vereinigung über die zwei Weiter zu wählenden Abgeordneten der Herr Professor Riedel von Hof als Candidat auf, mit dem Antrage, daß man ihn von der Verpflichtung der Ablegung des Verfassungseides dispensiren möchte. Es vertrage sich nämlich die förmliche Eidesablegung nicht mit seinem Gewissen und stehe demselben schon der bekannte Ausspruch Christi entgegen: „Dein Wort sey ja, ja, nein, nein; was darüber ist, ist vom Uebel." Riedels Antrag auf Eidesdispensirung fand ganz natürlich keinen Anklang, wurde vielmehr als unstatthaft einstimmig verworfen, dagegen dessen Kandidatur an und für sich von vielen Wahlmännern Unterstützung gefunden hätte. Sogleich bestieg nun Herr Wilhelm Fikenscher aus Redwitz die Rednerbühne und erklärte, er habe den Auftrag vom Herrn Wahlkommissär, in dessen Namen zu verkünden, daß Herr Riedel als Abgeordneter nicht gewählt werden dürfe, weil er den Verfassungseid nicht geleistet habe. Abgesehen auch von dem hierauf folgenden Zwischenfalle, scheint mit diese quasi-offizielle oder doch wenigstens von den meisten Wahlmännern als offiziell angesehene Erklärung nicht im Einklange mit dem Wahlgesetze, sondern geradezu in Widerspruch mit demselben zu stehen. Denn der Artikel 4 des Wahlgesetzes macht nur die Zulassung zu den Urwahlen von der vorgängigen Ablegung des Verfassungseides abhängig, aber keineswegs die Wählbarkeit zum Abgeordneten. Die passive Wahlfähigkeit zum Abgeordneten bestimmt wörtlich ganz einfach §. 7 dahin: „Als Abgeordneter ist jeder wählbar, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt und die übrigen im Artikel 5 angegebenen Eigenschaften hat. Artikel 5 fordert aber blos die Eigenschaften, „daß der Wahlfähige Staatsbürger sey, oder volljähriger Staatsangehöriger, welcher dem Staate eine direkte Steuer entrichtet, in so ferne er nicht wegen Verbrechen oder des Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt worden ist," und macht durchaus nicht die Verbindung der Ablegung des Verfassungseides von Seite des zu Wählenden geltend. Dieser Verbindung für die Wahl zum Abgeordneten bedürfte es in der That aus dem Grunde nicht, da ja ohnedieß nach unserer Verfassung jedes Ständekammermitglied nach Tit. 7. §. 25 der Verfassungsurkunde den Verfassungseid gleich bei seinem Eintritte in den Landtag abzuleisten hat. Es muß daher die Frage erhoben werden, ob nicht durch die, wenn auch nicht eigenmündig vom Herrn Wahlkommissär, doch auf dessen Auftrag geschehene, und daher als offiziell von den Wahlmännern angenommene Kundmachung des Herrn Fikenscher, daß Herr Riedel gesetzlich nicht gewählt werden dürfe, eine Beschränkung der Wahlfreiheit herbeigeführt wurde, die Anlaß zu einer Reklamation gegen die Gültigkeit der hierher bezüglichen Wahlhandlung geben könnte.

Ein Wahlmann des Wahlbezirks Hof
im Namen mehrerer.

Bekanntmachung.

Im diesseitigen Depositorio befindet sich ein Testament der Catharina Köhlerin von hier überschrieben:

„Das ist der allhier in Bayreuth sich aufhaltenden Catharina Köhlerin letzter Wille."

Insinuirt auf dem Rathhaus durch Herrn Regierungs-Advokaten Wunderlich.

Bayreuth, den 21. Juli 1757.

Nach Vorschrift des §. 218 Th. I. Tit. XII. des preußischen Landrechts werden die allenfallsigen Interessenten zur Nachfuchung der Publikation dieses Testamentes binnen 6 Monaten aufgefordert, widrigenfalls nach Verlauf dieser Frist nach §. 219 lit. c. weiter verfahren werden würde.

Bayreuth, den 11. Dezember 1848.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.
Der königl. Direktor,
Freiherr von Waldenfels.

Anzeigen.

Man könnte sich zwar bei der in Nr. 347. d. Bl. enthaltenen Erklärung beruhigen, um so mehr, da Herr L.....er schon am 6. d. Mts im Saale zur goldnen Sonne den guten Willen zeigte, einem oder dem andern Herrn etwas Niederschlagendes verabfolgen zu lassen. Nach der Artikel Wehrerer müßte es aber auch für einen Mann, der auf Ehre und Bildung Anspruche macht, sehr beruhigend sein, wenn derselbe, da er öffentlich vielfach und gröblich beleidigt hat, auch entsprechendere Genugthuung gegeben hätte, oder noch gäbe.

Mehrere Betheiligte.

Liederkranz.

Samstag den 16. December: **zweite Musikalische Abendunterhaltung.** Anfang 8 Uhr.

Gesangschule des Liederkranzes.

Um sich der allmähligen Ergänzung und des nachhaltigen Fortbestandes der Gesangskräfte für die Zwecke des Liederkranzes zu versichern, hat der Liederkranz dahier beschlossen, eine Gesangschule zu eröffnen, und hiedurch jedem von der Natur mit einer Singstimme ausgestatteten Manne, ohne Rücksicht auf Alter, Stand und Beruf, eine billige und zweckmäßige Gelegenheit zu gewähren, solche kunstgerecht auszubilden. Die Gesangschule wird von dem Mitvorstande, Stadtsaiter Buck, geleitet, und im Monate Januar 1849 eröffnet.

Der Liederkranz gestattet den unentgeltlichen Gebrauch seines Lokals, seiner Musikalien, seines Pianoforte und bestreitet auf eigenen Mitteln die Beheizung und Beleuchtung der treffenden Lokalitäten.

Nur für die Unterrichtsertheilung selbst haben die Theilnehmer am Unterricht einen Beitrag zu leisten, der jedoch — für 2 Stunden Unterricht wöchentlich — den Betrag von 24 kr. monatlich nicht übersteigen soll und der übrigens je nach der Anzahl der Theilnehmer regulirt wird.

Es ergeht an alle Männer, welche von der dargebotenen Gelegenheit Gebrauch machen wollen, das Ersuchen, sich bei dem Mitvorstande, Stadtsaiter Buck, gefälligst anmelden zu wollen.

Bayreuth, den 12. Decbr. 1848.

Die Vorsteher des Liederkranzes.

Einladung.

Nach hohem königl. Regierungsausschreiben vom 6. Nov. d. J., Int.-Bl. Nr. 136, soll nunmehr zu einer, von mehreren Gemeinden beantragten „Mühlerordnung" geschritten werden.

Da nun zu gleicher Zeit auf die Vernehmung von Sachverständigen hingewiesen wurde, so wird nun zur gemeinschaftlichen Berathung hierüber,

am 27sten d. M. Vormittags 10 Uhr

im Gasthaus zum rothen Roß in Bayreuth eine allgemeine Müllergewerbs-Versammlung für Oberfranken abgehalten, wozu sämmliche Gewerbsgenossen oder wenigstens deren Vereinsvorstände zur größtmöglichsten Theilnahme eingeladen werden.

Mehrere Gewerbsgenossen.

Mein

Rauch- und Pelz-Waaren-Lager

bietet als **passende Festgeschenke** eine reichhaltige Auswahl von Haus- und Reise-Pelzen, Krägen, Boas, Müffen, Halskrausen, Pelzstiefeln, Handschuhen ꝛc. zu den **billigsten** Preisen.

J. Wertheimber,
neben dem Opernhause.

Ein schwarzbrauner Hund mit weißer Brust und zwei weißen Füßen ist entlaufen. Um etwaige Auskunft hierüber bittet

Weidmann, Gerber.

Im Rennweg, Nr. 300, über 2 Stiegen, ist ein großes Wiegenpferd um 8 fl. zu verkaufen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Jahrgang 6 fl. halbjährig 3 fl. — Vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonntag Nro. 350. 17. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besondern Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Formate, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Parlamentarische Notizen des Abgeordneten Käferlein an seine Wähler.

Aus den neuern Kammerverhandlungen möchte Folgendes einer Mittlung werth seyn:

I. Als der Abgeordnete Schober bei der Debatte über die zweite Lesung der Grundrechte bemerkte, die Einheit Deutschlands sey bereits verloren, man solle daher wenigstens von der Freiheit noch zu retten suchen, was gerettet werden könne, da war wohl kein Mitglied der Nationalversammlung, welches im ersten Punkt anderer Meinung gewesen wäre. Oesterreichs Ausscheiden aus dem Verband mit dem alten Mutterlande schien nach allen öffentlichen und Privatmittheilungen eine ausgemachte Thatsache, die Abberufung seiner Deputirten wurde mit jedem Tag erwartet und allgemein hatte man sich bereits an den Gedanken gewöhnt, daß die deutsche Kaiserkrone auf das Haus Hohenzollern übergehen werde. Allein seit dieser kurzen Zeit ist eine neue Phase eingetreten.

Kaiser Ferdinand hat die drückend gewordene Krone Oesterreichs niedergelegt und wenn auch das Motiv dieses Scheittes, von Personen, die als gut unterrichtet gelten dürften, zuerst blos in dem Verhältniß zu Ungarn gesucht wurde, so hat sich doch jetzt überwiegend eine andere Meinung geltend gemacht, nämlich die, daß das Haus Habsburg in dem jugendlichen, aber talentvollen Franz Joseph einen Concurrenten um die deutsche Kaiserkrone habe stellen wollen, und daß es gegen Uebertragung derselben gewille sey, sich in den §§. 2 und 3 des Gesetzentwurfs über das Reich und die Reichsgewalt zu fügen, sein Verhältniß zu seinen nichtdeutschen Staaten nach dem Prinzip der Personalunion zu regulieren und die letzteren durch einen völkerrechtlichen Bund an Deutschland anzuschließen, während es mit seinen deutschen Landen dem deutschen Föderativstaat beitreten wolle. Gewiß ist es, daß die gefürchtete Abberufung der österreichischen Deputirten nicht nur nicht in Aussicht steht, daß vielmehr Maßlen, welche schon längere Zeit rückständig waren, neuerlich vorgenommen wurden und daß daher die Zahl der österreichischen Deputirten demnächst noch Verstärkung erhalten würde; gewiß ferner, daß dieser Umschlag in den österreichischen Ansichten und Bestrebungen bereits Veranlassung zu offiziellen Verhandlungen gegeben hat, welche zwischen dem Reichsminister Beckerath und den Führern der einzelnen Fraktionen der Nationalversammlung gepflogen wurden. So könnte denn der Traum von der Wiederherstellung der deutschen Einheit, Macht und Stärke noch immer zur Wahrheit werden, obschon sich nicht verkennen läßt, daß Oesterreichs unerwartete Mitbewerbung möglicherweise neue Verwicklungen mit einer andern Großmacht hervorrufen könne. Hoffen wir, daß die Liebe zum Vaterlande, von welcher der Mächtigste wie der Aermste seiner Angehörigen gleich getragen werden muß, sie glücklich überwinden werde.

II. Die zweite Lesung der Grundrechte hat begonnen und bis jetzt in Kürze folgendes Resultat erzielt. 1) Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht und in Folge dessen die Befugniß, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften zu erwerben, jeden Nahrungszweig zu betreiben, und das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen, nach Maßgabe des zu erlassenden Heimaths- und Gewerbsgesetzes (§. 2 und 3). 2) Durch §. 4 wurden alle Ausnahmsgesetze, welche in prozessualischer Beziehung in legend einem deutschen Staate gegen Angehörige anderer deutschen Staaten bestanden, aufgehoben. Es wird damit für unser Vaterland Bayern andern deutschen Staaten gegenüber zunächst die Bestimmung über Prozeßkautionen wegfallen, welche auf Verlangen des beklagten Inländers gestellt werden mußte, bevor er für schuldig erachtet werden konnte, die Klage eines in Bayern nicht begüterten Ausländers zu beantworten. 3) Die Strafe des bürgerlichen Todes bleibt durch §. 5 aufgehoben. Vermöge derselben war bisher ein zur Kettenstrafe Verurtheilter in seinen bürgerlichen Verhältnissen einem Gestorbenen gleichgestellt worden, er konnte über sein Vermögen nicht mehr verfügen, es vererbte sich wie im Todesfall auf seine Angehörigen und seine Frau konnte gleich einer Wittwe zur zweiten Ehe schreiten. 4) Durch §. 6 ward die Auswanderungsfreiheit garantirt und das Abzugsgeld, eine bestimmte Vermögensabgabe von dem exportirten Vermögen — das übrigens in Bayern schon längst nicht mehr bestand — aufgehoben. 5) Der §. 7 stellt das Prinzip der Gleichberechtigung aller Stände an die Spitze, alle Stammesvorrechte sind und bleiben abgeschafft. Je mehr das Verhältniß des deutschen Adels in neuester Zeit Gegenstand nicht blos von allgemeinen Controversen, sondern auch von parlamentarischen Debatten und Beschlüssen geworden war, desto mehr erschien es nothwendig, desselben hier speziell zu gedenken. Im Wesentlichen tauchten hier zwei verschiedene Ansichten auf. a) Die eine wollte den Adel überhaupt abgeschafft, alle seine bedfallsigen, mehr oder weniger seit Jahrthunderten unverkümmert gesübten und anerkannten Prädikate vernichtet wissen, und dazu gehörten nicht blos Männer aus der Reihe der Demokratie sondern Männer aus altadeligen hohen Geschlechtern. b) Eine zweite Klasse aber hatte unter dieser Abschaffung blos die Aufhebung des Standes, als einer besonders berechtigten bürgerlichen oder politischen Corporation verstanden und diese ihre Ansicht in einem besondern Amendement ausgesprochen, welches auch von der Kammer später zum Gesetz erhoben wurde. Wenn man hiergegen geltend macht, daß wir an einem neuen Abschnitt unserer Geschichte angelangt sind, daß so Manches hinter uns liegt, das wie ein verdorrtes Reis der neuen Schöpfung, wodurch Deutschlands Macht und Wohl abermals auf Jahrhunderte hinaus befestigt und erhalten werden soll, nicht einverleibt werden kann und daß sich spezielle Interessen aus Rücksichten auf dieses Gesammtwohl vor den erweiterten Angriffen und Anforderungen der Gegenwart beugen müssen, so ist es auf der andern Seite auch klar, daß nur ein Convent mit der Vergangenheit gänzlich brechen, eine Nationalversammlung aber, die, so viel wie möglich, auf dem Boden des Rechts stehen will, nicht weiter gehen kann, als eben absolut nothwendig ist, um den bestehenden Verhältnissen die nöthige Rechnung zu tragen. Durch die Aufhebung des Adels als eines besondern geschlossenen Standes mit besondern Vorrechten, ist dies offenbar zu Genüge geschehen und Ihr Deputirter konnte sich nicht versehen, denjenigen sich anzuschließen, die auch in das Heiligthum seiner Familienrechte eindringen, ihm seinen Namen verstümmeln und seine althergebrachten Prädikate rauben wollten, zumal er von Ueberzeugung ist, daß ihre Namen selbst in der bürgerlichen Form noch in Jahrhunderten den Sprossen adeligen Geschlechts erkennen lassen. — Auf der andern Seite aber enthält die Aufhebung des Adels als Standes nichts, was nicht bereits in der Aufhebung aller Standesprivilegien läge, nichts, was in Bayern nicht schon die jüngsten landständischen Verhandlungen, insbesondere die Abldsbakets des Dominicalbesitzes, die allmählige Reduzirung auf den einfachen Grundbesitz, die Aufstes-

Digitized by Google

hung der Siegelmäßigkeit, des besondern Gerichtsstandes ꝛc. herbeigeführt oder wenigstens angebahnt hätten.

Ein Amendement, durch welches Ordonnanzvertheidigungen aufgehoben werden sollten, und wobei — wenigstens die Mehrheit — zunächst nur an Civilsachen gedacht hatte, wurde verworfen, würde aber höchst wahrscheinlich ein anderes Resultat herbeigeführt haben, wenn man die eigentliche Intention bestimmter hingestellt hätte. Es kann wenigstens versichert werden, daß der Frühjahrsentwurf in der Beziehung vielfach schon in dem Momente gefühlt wurde, als die Druckschrift. Stimmgesetz ausgefüllt wurden. Allein da vorher schon auf die Discussion verzichtet werden war, so war ein Amendement eben so wenig möglich, als man sich vor der Abstimmung näher verständigen konnte. Wer erinnert sich hierbei nicht an das Speichwort von dem Rathschlusse, der sich bestimmte der 29. 7 noch, daß öffentliche Aemter für alle Befähigten gleich zugänglich die Wehrpflicht (das früher ausgesprochene Waffenrecht wurde abgeworfen) für Alle gleich und eine Stellvertretung ausgeschlossen seyn soll. 6) Der §. 7 garantirt die Unverletzlichkeit der Person, und gestattet die Verhaftung, den Fall der Ergreifung auf frischer That ausgenommen, nur in Kraft eines richterlichen, entweder sofort oder binnen 24 Stunden dem Verhafteten zuzustellenden Befehls. Obwohl Ihr Deputirter in den Berathungen darauf gedrungen hatte, daß der Verhaftsbefehl in dem letztern Fall jederzeit sofort vorgezeigt werden müsse, um die Legitimation des Verhaftenden nachzuweisen, die allenfallsigen Zweifel von der Richtigkeit und Deutung des Befehls zu benehmen, und die willigere Befolgung desselben zu sichern und den Unglücklichen im furchtbaren Augenblick wo er auf ungewisse Zeit von den Seinen, die ihn jammernd umgeben, getrennt und in den Kerker abgeführt werden soll, in dem Momente, wo er dem Schmerz und der Verzweiflung unterliegen möchte, von Widersetzlichkeit und neuer Schuld abzuhalten, so war er doch eben so wenig im Stand, die Unterstützung seiner Fraktion zu erhalten, als der an die Kammer gebrachte gleiche Antrag Wesendenks. Die Todesstrafe, ausgenommen, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, blieb aufgehoben, obwohl ihr Fortbestehen von mehreren Seiten beantragt werden war. Der weitere Antrag, nebst der Abschaffung auch den Brand, und alle öffentliche Arbeiten in Eisen oder Fesseln abzuschaffen, als der: durch ein Reichsgesetz bestimmen zu lassen, in welchen Fällen mitten im Frieden eine Stadt in Belagerungsstand erklärt werden kann. 7) Die Unverletzlichkeit der Wohnung wurde durch §. 9 ausgesprochen. Wenn das Gesetz auch hier den richterlichen Befehl binnen 24 Stunden nachbringen läßt, so wird das unter 6 Bemerkte gleichfalls Anwendung finden. 8) Der §. 13, welcher die Preßfreiheit betrifft, enthält in seinem Entwurf mehrere nicht unveränderliche Abweichungen von dem früheren Beschluß der Nationalversammlung, eine Erscheinung, die sich überhaupt in der neuen Redaktion mehrfach darbot, obgleich die Commissien des Verfassungsausschusses blos beauftragt war, sich mit Redaktionsverbesserungen zu beschäftigen und nirgends Fug und Macht erhalten hatte, solche Abänderungen vorzunehmen und sich dadurch gewissermaßen über die Versammlung zu erheben. Dieses Mißverhältniß, welches schon vor Beginn der Berathung von Benedey gerügt worden war, trat hier so grell hervor, daß drei verschiedene, sehr zeitraubende, Abstimmungen nothwendig wurden, um die ursprüngliche Fassung wieder herzustellen und insbesondere die Bestimmung „daß die Preßfreiheit nicht suspendirt werden darf," zu retten, welche auch in der oktroyirten Preußischen Verfassung enthalten ist. 9) Im §. 14, Abs. 1 beliebt es bei der vollen Gewissensfreiheit sein Bewenden. Allein von dem 2. Abs. blieb blos die erste Alternative: „Niemand ist schuldig, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren" stehen, während die zweite Alternative: „oder sich einer religiösen Genossenschaft anzuschließen" auf eine vom Würtembergr Hof gemachte Motion hin kassiet wurde. Beides geschah wohl mit Recht. Zuvörderst ist es klar, daß man die Darlegung der religiösen Ueberzeugung nicht synonym oder gleichbedeutend mit dem Anschluß an eine religiöse Genossenschaft nehmen kann. Wäre dieß der Fall, so würde vom Anfang an die obenerwähnte zweite Alternative eine blose Tautologie und daher überflüssig gewesen seyn, was nicht angenommen werden kann, da in Gesetzen jedes Wort seine eigene Bedeutung haben muß, es würde aber auch auch in diesem Fall aus dem Absatz 2 zugleich auch der Absatz 1 haben wegfallen müssen. Unter Darlegung der religiösen Ueberzeugung kann daher nur die Aussprechung der subjektiven Ansicht über die Lehren der Kirche verstanden werden, und wenn in dieser Beziehung jeder Zwang entfernt wurde, so muß dieß um so vernünftiger erscheinen, je weniger es möglich ist, einen solchen Zwang gegen einen widerstrebenden Willen durchzusetzen und das allenfalls geoffenbarte aus den Probestein der im tiefsten Innern wohnenden Gedanken zu bringen. Dagegen schien es auch Vielen Deputirten dringend erforderlich, die Nothwendigkeit des Anschlusses an religiöse Genossenschaften zu Lehren auszusprechen. Keiner sieht so hoch und so geadelt, daß er nicht in den Lehren der Religion Erbauung, Stärkung, Trost und Beruhigung finden könnte, und wenn nicht durch ihre Lehren die mildere Sitte in unserm Vaterland gebracht würde, so würde umgewandt durch Verdrängung derselben oder durch die Lockerung der sittlichen Bande, der Atheismus befördert, der Immoralität der Mißachtung der Gesetze und der Rechtsunsicherheit zum größten Nachtheil des staatlichen Zusammenlebens Vorschub gethan. Und das kurzte von keinem Reichsgesetz geschehen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 14. Dec. 135. Sitzung der verfassungsgebenden deutschen Reichsversammlung. 1) Schlußvortrag des Berichterstatters und Abstimmung über §. 19 des Entwurfs „der Reichsrath." 2) Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte. Die München-Aachener Feuerversicherungs-Gesellschaft übersendet der Reichskasse 7000 Gulden als Beitrag zur deutschen Kriegsflotte (Allgemeines Beavo). Auch von den Deutschen in Toskana ist eine Flottendepesche einzegangen. Endlich verkündet der Vorsitzende, daß für den seit längerer Zeit abwesenden Schriftführer, Herrn Schaller aus Innsbruck, die Wahl eines Stellvertreters nothwendig werde. Werner v. Riepsein fragt den Reichsministerium, ob es Beschwerungen treffen werde, daß den Dänen das in Deutschland aufgekaufte Holz zum Kriegsschiffbau vorenthalten werde. Zur Tagesordnung übergehend, wird das Wort dem Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Herrn Dahlmann, ertheilt. Nachdem der Redner die Einwendungen und Verbesserungsanträge zu den einzelnen Absätzen des §. 19 kritisiret hat, wendet er sich zu den vorgeschlagenen Einschränkungsparagraphen v. Trützschlers und der Minorität. Nach dem Trützschlerschen Antrage, sagt er, würde die Regierung die beste sein, welche am Zügsamsten zu gebrochen verstünde. „Zu Gunsten des entscheidenden Veto hat man in der vorgestrigen Versammlung einige ergreifende Worte gesprochen, die für jenes Mannes würdig sind, der die Fragen des Staatslebens nicht allein nach einer Theorie aufzufassen, sondern sie wirklich nach ihrer wahren Lebenslage zu behandeln versteht. In Wahrheit, das entscheidende Veto ist das unzertrennlichste Merkmal jeder wahrhaftigen Regierung, und wenn Einer mir einwenden wollte, es sei denn doch dieses entscheidende Veto für die republikanische Regierungsform auf keine Weise geeignet, so würde ich blos auf dieser Einwendung die Behauptung entnehmen: wenn dem so sei, so sei gerade auch darauch der Beweis gesführt, daß die monarchische Regierung weit höher stehe, als die republikanische Regierungsform. „Die ganze Frage zwar, das will ich gern zugestehen, ist in der Regel mehr ideeler als rein praktischer Art. Das Beispiel Englands ist bekannt; bekannt daß seit den Zeiten der Königin Anna, also 1½ Jahrhunderten, das Veto nicht mehr ist angewandt worden, dennoch wage ich zu behaupten, es würde in England Manchen naturgemäßer, menschlich richtiger und auch staatsgemäßer stehen, wenn nicht die praktische Anwendung des Veto dort fast unmöglich geworten wäre." Für diese Meinung führt Dahlmann geschichtliche Beispiele an. Dann fährt er fort: „Als es die Emanzipationsfrage der Katholiken galt und König Georg IV. in seiner Gewissensbeklemmigis hungad, er werde seine Krone niederlegen wenn diese Emanzipation durchgehe, war das nicht auch ein Veto? Es muß aber im Staate ein Recht der rettenden That geben. Eine solche rettende Gewalt, wie neuerdings der König Preußens ausübte, übt kein König aus, der nur das suspensive Veto hat. (Beifall.) Eine Krone niederlegen ist den Umständen nach oft nur eine kleine That. Die größere Aufgabe ist, eine Krone retten! (Langer Beifallsruf.) „Warum, meine Herren, scheuen so viele von Ihnen, aller politischen Erfahrung zum Trotze, das entscheidende Veto? Darum, weil Ihnen die Drangsale des letzten Menschenalters verschweben. Daran hat aber das entscheidende Veto gar keine Schuld. Die Drangsal des letzten Menschenalters wurzelt in der absolutistischen Regierung der beiden Hauptstaaten Deutschlands, in Oesterreich und in Preußen und nichts in Anderem. Hören wir aber doch auf, wie ungeschickte Fechter thun, immer an derselben zu pariren, wo wir den letzten Stoß erhalten haben. (Sehr gut.) Schließlich noch eins. Sie werden gestaucht wenn man Ihnen sagt, dies sei eine Freiheitsfrage oder dies sei wohl gar eine Gongottesgnadenfrage. Keines von Beiden ist der Fall, sie ist wesentlich eine Machtfrage. Wenn sie für Deutschland junge Macht Geltung im Staatenkreise wollen, so treten Sie in die

Digitized by Google

Spuren der klugen Belgier, welche gar wohl wußten, was sie thaten, wenn sie ihren König nicht tiefer stellten im Staatenkreise als sodann der geachtetsten Regierungen unseres Welttheils. Verlassen Sie, meine Herren, Ihren Ausschuß in dieser seinen, aber durchgreifenden Frage nicht. Fassen Sie in ihre eigene Brust, fragen Sie sich, sind Sie lebhaftig hierhergekommen, um die Freiheit von Deutschland zu gründen? Sie sind es nicht. Wohl ist Ihr Absicht die Freiheit von Deutschland zu gründen, aber nicht die Freiheit allein. Sie sind entsendet mit mit eben dem Drange hierher gekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland, das bisher bloß gering geachtete, kaum aufgeführt in der Reihe der Staaten, jetzt eine politische Größe werde. Wenn Sie aber das mit wirklicher Einsicht, mit besonnenem Urtheil wollen, so setzen Sie eine starke, setzen Sie eine im Auslande geachtete Regierung ein, folgen Sie den Wegen, die politische Erfahrungen geöffnet haben". (Von der Rechten und aus der Mitte lebhaftes Brave.) Ueber das Princip des absoluten Veto wird durch Namensaufruf entschieden. Von 474 Abstimmenden bejahen nur 269 die Frage, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in den im Paragraphen aufgezählten Fällen erforderlich sei — von 267 wird sie verneint. Verworfen wird jedoch ebenso eine mehrfierte Fassung des Minderheitsaufsichtsrechtens von Wigard, Jell, Mittermaier ꝛc. mit 274 gegen 196 Stimmen. Desgleichen wird verworfen mit 269 gegen 193 Stimmen der Antrag Heisterbergk's und Genossen, dahin gehend, daß ein von der Reichsregierung zurückgeschobener Beschluß, ohne weiteres die gesetzliche Gültigkeit erlange, wenn er in der nächsten Sitzungsperiode wiederholt gefaßt wird. Endlich wird auch abgelehnt ein von dem vorigen nur wenig abweichender Antrag v. Maltzahn's und Genossen mit 277 gegen 186 Stimmen. Angenommen dagegen wird der folgende Antrag Fallati's, Koch's, Laube's und Genossen (mit 274 gegen 167 Stimmen): „Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhaupts nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstage in drei ordentlichen Sitzungen nacheinander und nach abermaliger Erwägung unverändert gefaßt worden, so wird er zum Gesetze, auch wenn die Sanktion des Reichsoberhaupts nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt." Der Eingang des §. 19: „Bei Ausübung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugnisse ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in folgenden Fällen erforderlich:" ist von dem Verfassungsausschusse in Gemäßheit des zum Beschlusse erhobenen Fallati'schen Antrags abgeändert. Desgleichen gehen an den Ausschuß zurück die Absätze 2—4. Die übrigen Punkte sind angenommen. 1) „Wenn es sich um die Erlassung, Auslegung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt. 2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuern oder Matrikularbeiträge erhebt. 3) Wenn von Reichs wegen Banken angelegt oder bewilligt werden. 4) Wenn die Steuerhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist (siehe Reichsgewalt §. 37.) 5) Wenn Landesbefugnisse zu Reichsfestungen erklärt werden. 6) Wenn Handels-, Schiffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, in soferne sie das Reich belasten. 7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiet angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen. 8) Wenn deutsche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen." Die Versammlung wendet sich hierauf zur zweiten Lesung der Grundrechte. Die Berathung steht bei Art. V., der von Religious- und Gewissensfreiheit handelt. Die §§. 15, 16, 17, 18, 19, 20 werden ohne Discussion angenommen und nur in Bezug auf §. 17. wird eine kleine Abweichung von der modificirten Fassung des Ausschusses beliebt.

Frankfurt, 13. Gestern in der Abendgesellschaft bei dem Reichsverweser wurde in einzelnen Gruppen die zuerst fertig gewordene „Vorarbeit zur Begutachtung der Oberhaupts-Frage" besprochen. Die Fraktionen der Centren haben nämlich, wie schon erwähnt, zu diesem Zwecke Kommissionen niedergesetzt, und die des „Augsburger Hofs" ist zuerst mit ihrer Vorlage hervorgetreten. Die Hauptpunkte sind folgende: „Die Würde des Reichsoberhauptes ist bleibend verbunden mit einer der deutschen Kronen. — Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Deutscher Kaiser. — Der Sitz der kaiserl. Regierung ist zu Erfurt, welches mit seinen Burgfrieden von Preußen an das Reich abgetreten und von diesem unmittelbar regiert wird. — Der Reichsregierung steht ein Reichsrath beratheud zur Seite. — Er besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen derjenigen Einzelstaaten, welche mehr als 250,000 Einwohner haben. Das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staates geführt, mit Ausschluß desjenigen, dessen Oberhaupt zugleich deutscher Kaiser ist. Die Mitglieder des Reichsraths können sich nicht auf den Mangel an Instruktionen berufen, um die Berlagung einer Sache zu erzielen." (D. J.)

Frankfurt, 13. Dec. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß das Marinedepartement im Reichsministerium das Ersuchen an den Präsidenten der vereinigten Staaten von Nordamerika gestellt hat, einen Commendore mit Leitung des Baues und der Ueberführung der deutschen Flotte zu beauftragen, und daß dieser Bitte auf das Bereitwilligste entsprochen worden ist. Das Marinedepartement hat in England Schritte zum Ankaufe von Schiffen gethan. Sie sind aber vergeblich gewesen, weil alle nur einigermaßen brauchbare Fahrzeuge, selbst Ostindienfahrer, die in Kriegsschiffe umgewandelt werden konnten, von den Regierungen von Rußland, Oesterreich und Dänemark bereits weggekauft waren. Darum hat man sich zum Neubau entschließen müssen, und wird in Deutschland und England vorerst Kriegsdampfboote erbauen lassen. Es läßt sich erwarten, daß bis zum Sommer eine ansehnliche Flotille zur Verfügung stehen und im Falle des Wiederbeginnens der Feindseligkeiten mit Dänemark zum Schutze der Küsten und zur Verhinderung der Blokade der Hafenstädte zu benutzen sein wird. (F.-O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 13. Dec. Der Abgeordnete v. Rotenhan giebt im F. J. folgende Erklärung ab: „In einem Artikel der Deutschen Reform aus Berlin vom 7. Dec. wird angeblicher Anschluß der bayerischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Bezug auf die Idee einer preußischen Hegemonie gedacht und hierbei insbesondere bemerkt: „„Freiherr von Rotenhan soll diese Ansicht dreifach sehr entschieden gegen seinen König vertreten haben.““ Diese Mittheilung beruht auf durchaus irrigen Voraussetzungen und Mißdeutungen."

München, 14. Dec. Heute mußten abermals drei Kompagnien vom Infanterie-Leibregiment in's Gebirg abmarschiren, man sagt in die Gegend von Tölz, wo wiederholt bedeutende Jagdfrevel und Dergleichen begangen worden seien. Es ist Dieß im Laufe des Jahres schon das dritte Mal, daß Truppen nach jener Gegend beordert werden. — Die Ernennungen der Staatsanwälte und ihrer Substituten für die verschiedenen Gerichte sind bereits erfolgt und werden diese Tage im Regierungsblatte bekannt gemacht werden. Diese Ernennungen sollen vorläufig keine definitiven sein, sondern einzelne Richter bei jedem Gerichte werden funktionsweise mit diesem in Bayern neuen Amte bekleidet werden. — Unter den in den verschiedenen Ministerien zur Vorlage an den Landtag vorbereiteten Gesetzentwürfen befindet sich auch einer in Betreff der Militärgerichtsbarkeit, die, wie unlängst ein hochgerechter Justizmann vor den versammelten Wahlmännern bemerkte, sehr im Argen liegt. — Aus guter Quelle will der Landbote wissen, daß die Kammern auf den 31. Dec. werden einberufen werden. Die Einberufungsschreiben für die Reichsräthe sollen bereits expedirt worden sein. — Man hört mit Bestimmtheit versichern, daß die Erträgnisse des Jahres 1848 das Budget, das dem Landtage vorgelegt wird, nicht mehr aufzunehmen sind, so daß demnach dieses Verderbliche Spiel mit Ende der laufenden Budgetperiode, Ende September 1849, aufhören würde.

Bamberg, 14. Dec. Gestern ist Hr. Dr. v. Schallern, der wegen einer politischen Anschuldigung eine Zeit lang in Untersuchungshaft saß, wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Berlin, 13. Dec. Unserer Regierung sollen wiederholt telegraphische Depeschen von Paris aus zugegangen sein, welche mittheilen, daß die Wahl Ludwig Napoleon's zum Präsidenten gesichert sei. Man versichert, daß unser Cabinet sowie das österreichische die Wahl des Prinzen gewünscht und dessen Bemühungen so weit als thunlich unterstützt habe. Nichts desto weniger scheint man darauf gefaßt, daß Frankreich auch unter Ludwig Napoleon in der italienischen Frage entschieden Partei ergreifen werde. Briefe aus Paris von Gutunterrichteten lassen einen Aufstand der Socialisten in kurzer Zeit erwarten. Die Wahl Ludwig Bonaparte dürfte vielleicht ein willkommener Anlaß sein.

Wien, 12. Dec. Das Gerücht erhält sich, in Pesth sei die Republik, mit Kossuth an der Spitze, ausgerufen worden; man legt jedoch selbst für den Fall, daß sich Dieß bestätigen sollte, keinen sonderlichen Werth darauf.

Schweiz.

Bern, 8. Dec. Es darf als durchaus sicher gemeldet wer-

Digitized by Google

den, daß die deutsche Reichsgewalt nunmehr von allen feindlichen Maßregeln absteht, die sie sich gegen die Schweiz zu ergreifen vorgesetzt hatte. Die diesfälligen diplomatischen Differenzen dürfen als beendigt angesehen werden.

Italien.

Rom, 6. Dec. Das Ministerium hat zusammen seine Entlassung eingereicht, aber durch das oberste Gebot der Nothwendigkeit ist es von der Deputirtenkammer am Staatsruder festgehalten worden. Gleichwohl haben Minati und Sereni definitiv abgedankt. Mamiani hat das Portefeuille der Finanzen, Mayarelli das der Gnade und Justiz übernommen, und so haben wir in der That fünf Minister anstatt sieben. Für jetzt ist Rom ruhig. 1500 Franzosen laviren in den Gewässern von Civita vecchia. Der Kommissär Latour d'Auvergne stieg an's Land und redete mit dem Konsul Lyßmach Tavernier, dann ereilte er nach Gaëta ab. Es ist außer Zweifel, daß die Franzosen von Gaëta Befehl erwarten. Zudem haben wir sichere Nachrichten, daß 10,000 Mann Neapolitaner schon in Bereitschaft sind, in die römischen Staaten einzurücken. In verflossener Nacht kam eine Deputation aus Civita vecchia in Rom an, um das Ministerium zu fragen, was jene Stadt thun solle, wenn die Franzosen eine Landung versuchten. Nachschrift. Das ganze diplomatische Korps ist nach Gaëta abgereist.

Frankreich.

*Paris, 11. Dec. Der National erklärt heute, daß der Wahlkampf nun zu Ende sei, und daß er und seine Freunde der großen Stimme der Nation gehorchen und dem neuen Präsidenten, wie er auch heißen möge, Achtung und Gehorsam zollen würden, so lange er seinerseits die Constitution achten werde.

Paris, 11. Dec. Die Boulevards bieten in diesem Augenblick einen herrlichen Anblick dar; Tausende von Menschen spazieren auf und ab und besprechen die Präsidentenfrage; heute Morgen hat man am Ecke der Rue Rougemont eine Anzahl Bulletins verbrannt, welche die Inschrift „Cavaignac" trugen. Die Sache Cavaignac's scheint leider verloren. An der Börse ist das Gerücht verbreitet, es seien Nachrichten aus den Provinzen da, welche keinen Zweifel lassen, daß die Majorität gegen Cavaignac ist. Es bleibt noch die einzige Hoffnung, daß Napoleon, wenn auch mehr Stimmen als Cavaignac, nicht die absolute Majorität erhält und daß die Nationalversammlung in diesem Falle Cavaignac ernennt.

Straßburg, 12. Dec. Das Ergebniß der Präsidentenwahl in unserer Stadt lieferte 8302 Stimmen für Cavaignac und 7438 für Ludwig Napoleon. Wie es scheint, hat die Mehrzahl der Besatzung zu Gunsten Bonaparte's gestimmt. Auf Lebru-Rollin fielen ungefähr 1200 Stimmen. Die Nachrichten aus den übrigen Kantonen sind bis jetzt gegen alles Erwarten keine der Kandidatur Cavaignac's günstige. In Schlettstadt erhielt Bonaparte 1891, Cavaignac 1181; in Weißenburg Bonaparte 1683, Cavaignac 680; in Lauterburg Bonaparte 656 und Cavaignac 304 Stimmen. Dagegen erklärten sich in Bar 2260 für Cavaignac und 1085 für Napoleon. Das allgemeine Stimmrecht wird, wie es scheint, gerade das entgegengesetzte Resultat Dessen liefern, was man erwartet hatte. (A. Z.)

Straßburg, 13. Dec. Was bei uns Niemand erwartet hatte und worüber alle Leute in Stunden geratben, ist, daß Louis Bonaparte auch im Elsaß die Mehrzahl der Stimmen für die Präsidentschaft erhält. Bis diesen Morgen hatte Louis Bonaparte in den verschiedenen Kantonen des niederrheinischen Departements etwa 44,000 Stimmen, während Cavaignac blos 34,000 Stimmen zählt. Im oberrheinischen Departement steht es für Cavaignac noch schlimmer. In allen Fabrikbezirken haben die Arbeiter für Louis Napoleon gestimmt und auch die Bauern neigten sich diesem letztern zu. In 10 bis jetzt bekannten Kantonalstimmungen hatte Bonaparte 12,998 Stimmen für sich und Cavaignac nur 4068. Der Einfluß des Clerus zu Gunsten Cavaignac's war von keiner Bedeutung. Aus den meisten benachbarten Departementen lauten die Nachrichten ebenfalls dem General Cavaignac ungünstig. In Lothringen hat sich Alles dem Bonapartismus in die Arme geworfen. Die republikanische Regierung hat das allgemeine Stimmrecht eingeführt und so muß sie sich auch seinen Folgen unterwerfen. (F. Z.)

Anzeigen.

Hoffnung!

Beim Herannahen des lieben Weihnachtsfestes erlaubt sich der Unterzeichnete, seine stille Hoffnung laut werden zu lassen: es werde die christliche Liebe bei Vertheilung ihrer Christgeschenke auch in diesem Jahre der **Kinderrettungsanstalt freundlichst gedenken.** Der Jahresbericht dieser Anstalt wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden.

Bayreuth, den 16. Decbr. 1848.

Der Verwaltungsausschuß des Jean-Paul-Vereins für arme verwahrloste Kinder.

Als passende Weihnachtsgeschenke erlaube ich mir mein reichhaltiges **Pfeifen- und Stocklager** in empfehlende Erinnerung zu bringen. Dasselbe besteht in einer bedeutenden Auswahl ächter Meerschaum- und fein gemahlter Porzellanköpfe, mit Silber beschlagen, Cigarrenspitzen von Bernstein, Schach- und Dominospiele, Wiesel, Nähsteadeln, Horn-, Bein-, Buchs-Löffel und Gabeln, Pulverhörner, Billardballe, Dosen ꝛc. Auch erlaube ich mir zu bemerken, daß ich alle geraubten Meerschaumköpfe, Cigarrenspitzen in Wachs setze, damit sie sich schön ancauchen.

Da ich diesjährigen Weihnachtsmarkt nicht beziehe, bitte ich, mich, mit der Versicherung, die billigsten Preise zu stellen, in meinem Verkaufslokal zu beehren.

J. M. Schmidt, Opernstraße Nr. 164.

Mehl-Niederlage
aus der Kunstmühle zu Schorneck.

Zur Bequemlichkeit meiner zahlreichen und geehrten Abnehmer habe ich unter dem Herrn Joseph Wilhelm Weigel zu Bayreuth eine Niederlage errichtet und lasse daselbst alle Sorten von meinem Kunstmehl, ohne alle Preiserhöhung zu den Fabrikpreisen verkaufen. Schorneck, 15. Decbr. 1848.

Gottlieb Zimmer.

* * *

In Bezug auf die vorstehende Anzeige, mache ich meinen geehrten Abnehmern die ergebene Anzeige, daß ich von Sorten Mehl und Gries fortwährende Lager halte und jeden Auftrag ausführen kann. Um recht zahlreiche Befehle bittet

Joseph Wilhelm Weigel im neuen Weg zu Bayreuth.

Geschäfts-Anzeige.

Nachdem mir von einer hohen Königlichen Regierung von Oberfranken die Conzession als Schieferdecker-Meister ertheilt wurde, erlaube ich mir dieses Etablissement, dem Wohlwollen eines geehrten hiesigen und auswärtigen Publikums bestens zu empfehlen, wobei ich für möglichst billige, solide und schnelle Bedienung garantier.

Bayreuth, am 15. Dec. 1848.

J. G. Schlegel, Schieferdecker-Meister, Opernstraße Neo. 170.

Friedrich Beyer,
Juweller und Goldarbeiter in Bayreuth,

empfiehlt sein mit den allerneuesten Modegegenständen reichhaltiges Gold- und Silberwaarenlager zur gefälligen Abnahme.

Mein schon früher empfohlenes Waarenlager in Herrenkleidern, so wie besonders Seidenstamm-Westen feinster Art, à 4—5 fl. 30 kr. bringe ich zur jetzigen Saison zur ergebensten Empfehlung.

J. W. Schaffner im Rennweg.

Feine französische Liqueure, ächten Arack de Batavia, Punschessenz, Rouffillon, Muskat- und Franken-Weine, neue Rosinen, Weinbeere, große Mandeln, Citronen, Citronat, Pomeranzenschaalen, feine weiße und braune Lebkuchen, Wachsstöcke empfiehlt

Friedreich Eisendeiß.

Außer meinem auf daß schönste sortirte Hutlager, empfehle ich auch zu Weihnachtsgeschenken Sedrucke und gewöhnliche Filzschuhe.

Philipp Staudt, Opernstraße.

Hasenfelle kauft

Philipp Staudt.

(Pferdeverkauf.) In Thurnau, Haus-Nr. 2, steht ein Mutterpferd, kräftigen Mittelschlags (Rapp), billig zu verkaufen.

Für eine hieher ziehende Beamtenfamilie wird eine Wohnung von 4 bis 5 Zimmern nebst Küche und einigen Kammern, möglichst auf der Sonnenseite und mit Garten gesucht. Von wem? sagt die Expedition.

Mitleser zur Augsburger Allgemeinen und Bayreuther Zeitung, dann zum Korrespondenten und Intelligenzblatt werden gesucht Hs.Nr. 178 eine Treppe hoch.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Montag Nro. 351. 18. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besonders Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Parlamentarische Notizen des Abgeordneten Käfferlein an seine Wähler. (Schluß.)

III. Von dem Entwurf des Gesetzes über den Reichstag wurden bisher nur wenige §§. diskutirt. Wie Ihnen bereits bekannt, so hat man sich 1) im Allgemeinen für das Zweikammersystem, für ein Staaten- und Volkshaus entschieden. Das Staatenhaus soll aus 176 Mitgliedern bestehen, wozu unter andern Preußen 40, Oesterreich und Lichtenstein 36, Bayern 16, Sachsen 10, Würtemberg 10, Hannover 10, Baden 8, Kurhessen 6, die sächsischen Herzogthümer 6 stellen. Das Verhältniß der Volkszahl ist hierbei keineswegs als die allemige Basis angenommen worden, wie Sie sich schon daraus überzeugen können, daß auf Bayern, welches sein Drittheil von Preußen ausmacht, 16, auf Preußen aber 40 repartirt wurden, während Baden, welches etwa 1,400,000 Einwohner zählt, also um 1 kleiner wie Bayern ist, 8, also gerade halb so viel Deputirte stellen soll, wie dieses. Warum diese Zusammenwürfelung auf diese Weise erfolgt ist, darüber werden Sie in dem Referat Dahlmanns umsonst nach Aufklärung suchen.

Es kann nicht fehlen, daß auf diesen 8 verschiedene Verbesserungsanträge eingebracht wurden. Zuvörderst war es a) Vogt, welcher das norwegische Zweikammersystem empfahl allein dagegen wurde der oben genannte Dahlmann geltend, nicht blos, daß dieses norwegische System sich in seiner eigenen Heimath bereits als unpraktisch bewährt habe, sondern auch, daß es allen gesunden Begriffen zuwiderlaufe, und der ganzen Masse der Volksvertretung ein gleichartiges Vierthel auszuscheiden, und diesem das Recht einzuräumen, gegen die Vereinigung der übrigen 3 Viertheile Einsprache zu thun. Allein der Antrag fiel, so wie b) ein zweiter, welcher jedem der kleinern Staaten — deren oft mehrere zusammen nur 1 Deputirten zu stellen haben — mindestens einen Abgeordneten zubilligen wollte, durch.

2) Die Mediatisirungsfrage, welche hierbei zur Sprache kam, wurde an den Antrag des Abgeordneten Rießer dahin erledigt: „Die Centralgewalt sey aufzufordern, daß sie die Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größern Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele," wofür denn auch Ihr Abgeordneter sein Votum abgegeben hat. Wenn man von dem Mediatisiren kleinerer Staaten spricht, so kann man dieselben nur entweder a) einem benachbarten größeren anschließen, oder b) sie für reichsunmittelbar erklären wollen. Ersteres ist um so weniger räthlich, als gerade die größern Staaten in Deutschland es wollen, welche selber die meisten Schwierigkeiten boten und weltlicht noch bieten, und es daher gegen die Regeln der Klugheit verstoßen würde, ihre Macht zu vergrößern und eventuelle Schwierigkeiten zu vermehren. Aber auch eine Mediatisirung in zweiter Beziehung durch Reichsunmittelbarkeits-Erklärung war nicht angemessen. Denn abgesehen davon, daß es jedenfalls ein Eingriff in die Volkssouveränetäts-Rechte eines Einzelstaates seyn würde, wenn man ihm gegen seinen Willen eine veränderte Verfassung aufzudringen suchte und daß der kleinste Einzelstaat — die man scherzweise nur die Zaunkönige heißt — dasselbe Recht auf sein selbstständiges, politisches Leben hat, wie der größte, so haben gerade diese kleineren Staaten der Centralgewalt gegenüber sich am willkührlichsten bewiesen, und freilich auch bewiesen müssen, sie haben sich überdiesenthalb die größten Sympathien für ihre angestammten Fürstenhäuser in mehrfachen Petitionen aufgesprochen, sie haben zum Theil wie Schwarzburg-Rudolstadt und Anhalt Dessau sich Verfassungen gegeben, die von einem so liberalen Geiste durchweht sind, daß sie dem größten deutschen Staate zur Ehre gereichen würden, sie haben endlich — was namentlich von den thüringischen Herzogthümern gilt — eine Zusammenlegung und Verschmelzung selbst schon angebahnt, so daß ein gewaltsamer Einschreiten gegen ihre selbstständige Existenz um so weniger veranlaßt war, als einerseits dieselbe als ein Hinderniß der deutschen Einheit und Gründung eines deutschen Föderativ-Staates erscheint, und andernheils in militärischer Hinsicht den Anforderungen der Taktik und Strategie bereits dadurch die gehörige Rechnung getragen ist, daß die Selbstständigkeit kleinerer Staaten, welche nicht wenigstens ein Contingent von 5000 Mann aus allen Waffengattungen stellen, aufgehoben und angeordnet wurde, daß sie entweder unter sich zu Militärverbanden vereinigt, oder wo dieß nicht thunlich einem benachbarten großen Staat angeschlossen werden sollen.

3) Nach dem Gesetzentwurf sollen die Mitglieder des Staatenhauses zur Hälfte von der Regierung, zur Hälfte aber von der Volksvertretung der Staaten gewählt, in denjenigen Staaten aber, welche nur ein Mitglied in das Staatenhaus senden, von der Regierung drei Candidaten vorgeschlagen und von der Volksvertretung Einer ausgewählt werden. Diese Bestimmung ist in den Vorberathungen bereits vielfach bekämpft worden, theils a) weil man das Prinzip bestritt, daß eine konstitutionelle Regierung über das Placet und Veto hinaus eine solche selbstthätige Mitwirkung bei der Deputirtenwahl zustehen könne, theils b) weil dadurch die Regierungen sogar in numerischer Beziehung das Uebergewicht erhalten würden, da an Staaten, deren jeder nur Einen Deputirten in das Staatenhaus stellen sollen, 6 vorhanden und die von den Regierungen zu stellenden 3 Candidaten immer nur nach der ihnen Maßtab ihres Vertrauens gesucht und vorgeschlagen werden würden. Die Zahl der von den Regierungen zu stellenden Abgeordneten zu der übrigen, vom Volke gewählten, würde sich verhalten wie 91 zu 85 und daher der ersteren unter allen Umständen eine Präponderanz sichern. Selbst in der Versammlung fand die Ansicht des Verfassungsausschusses verschiedene Gegner. Oftröer nannte sie die Ausgeburt politischer Quacksalberei, und wollte in den von den Regierungen gestellten Vertretern blos Marionetten sehen, welche in Berlin, Wien, München u. s. w. gezogen würden. Abends schlug den Einwand nieder, daß in dem Staatenhaus auch das moralische Prinzip als solches vertreten werden müsse, indem er dagegen bemerkte: a) daß die beste derartige Repräsentation in dem constitutionellen Sinne sey, welche die Majorität des deutschen Volkes beseelet, b) daß den von der Regierung gewählten Deputirten immerhin das Mißtrauen entgegenstehen werde, daß ihre Handlungsweise nicht von Ueberzeugung und Vaterlandsliebe, sondern blos von Interessen geleitet sey. Wenn dagegen Dahlmann als Berichterstatter sich auf die Annahme faßte, daß fernerhin nur solche Männer als Rathe der Krone denkbar und möglich seyen, welche von der Achtung des Volkes und zu ihrem hohen Posten berufen, auch nur das wahre Volksinteresse im Auge hätten und daß daher von denselben keine, das Volk verletzende Wahl möglich sey, so hieß dies Angesichts der Berliner Ereignisse die Wahrheit ins Gesicht schlagen. Gleichwohl wurde der Verfassungsentwurf auch in diesem Punkte mit überwiegender Majorität angenommen.

Digitized by Google

4) Dasselbe war deutlich der Bestimmung der Fall, daß Mitglieder des Staatenhauses nur diejenigen werden könnten, welche a) Staatsbürger des Staates sind, welcher sie sendet, b) das 30. Lebensjahr zurückgelegt und c) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befinden. 5) Ueber das Volksbaus, über die Zahl und Wählbarkeit der Deputirten ist ein besonderes Wahlgesetz bereits vorbereitet.

IV. Zum Schluß sey es vergönnt, noch andere Bemerkungen beizufügen. 1) Bekanntlich hatte der Abgeordnete Rühl schon in den 18. September d. Jahrs die Erfezung der Kammer durch eine neu zu wählende vorgeschlagen, die längstens bis zum 18. October zusammentreten sollte. Er ging von der Voraussezung aus, daß die Kammer in ihrer Majorität das Vertrauen des Landes nicht genieße, die dann freilich durch die eingelaufenen verhältnißmäßig geringen Adressen nicht als konstatirt gelten könnte. Der Antrag konnte daher wohl nicht anders als abschlägich beschieden, wenn auch die Frist zum neuen Zusammentritt bis zum 11. Januar l. J. verschoben werden sollte, was auch der Herr Antragsteller schon im Voraus selbst gefühlt hatte. Wenn er indessen von der Kraft und der Ausdauer sprach, mit welcher Einzelne das ihnen gewordene Mißtrauensvotum ertrügen, so gebrauchte er ein Wortspiel, das bei den vielen offenen Sentschreiben an einen gewissen Negerentreten, welche jüngst an allen Straßenecken hier zu lesen waren, Jedem sehr leicht verständlich war, und das selbst das ernste Preußenvolk zu Heiterkeit stimmen mußte. 2) Die neuen Verhältnisse Preußens haben schon wieder Veranlassung zu einer Interpellation gegeben, deren Beantwortung auch nicht ohne neue Aufregung hervorzurufen vorübergehen dürfte. Die Nationalversammlung soll entscheiden, ob sie die Octroyirung einer Verfassung für eine Beleegung der Rechte des preußischen Volkes, insbesondere eines Gesezes vom 8. April halte, deren Garantie sie in dem Beschluß vom 20. v. M. ausgesprochen hat. Die äußere Linke geht mit ihrem Interpellationssystem offenbar zu weit; es wird dadurch viel kostbare Zeit vertragen, die zu nüzlicheren Berathungen verwendet werden könnte, und die die Flamme der Aufregung schürt. Was aber die preußischen Verhältnisse insbesondere anbetrifft, so liegt nicht blos keine Beschwerde aus Preußen vor, welche eine Entscheidung über die fragliche Octroyirung imploriet, sondern es kann auch auf den Grund authentischer Mittheilungen preußischer Deputirten, die erst neuerlich aus der Heimath hier eingetroffen sind, versichert werden, daß die dortige Nationalversammlung sich durch ihren Steuerverweigerungs-Beschluß so zu sagen moralisch todt geschlagen, und die octroyirte Verfassung bei der großen Masse des Volks eine freudige Aufnahme gefunden hat. 3) Der Verfassungsausschuß ist endlich mit dem Verfassungs-Entwurf zu Ende. Er soll sich für die Erblichkeit der Kaiserwürde entschieden. Wohl hat das Volk lange — vielleicht länger als es gut war — auf die verheißene Verfassung harren müssen, allein einerseits wird, ich bin es überzeugt, die deutsche Gründlichkeit ein wichtiges Werk zu Tage fördern, andererseits ist noch immer nichts verloren oder versäumt, wenn nur die Berathung so rasch fortgeführt wird, daß wir bis zum kommenden Frühjahrs ein einiges, fest verbundenes Volk seyn können, welches allen Ereignissen die Stirne zu bieten vermag.

Frankfurt, 12. December 1848.

Käfferlein.

Deutschland.

München, 15. Dezbr. Eine Verordnung über die Besezung der Landwehr Ober- und Unteroffiziersstellen lautet: Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. Wir haben, um dem vielfach laut gewordenen Wunsche nach Abänderung der bisherigen Besezungsweise der Landwehr Ober- und Unteroffiziersstellen jezt schon thunlichst zu entsprechen, vorbehaltlich einer gesezlichen Regelung der Landwehrverhältnisse beschlossen und verordnet: §. 1. Die Unteroffiziere der Landwehr mit Ausnahme der Feldwebel werden von sämmtlichen Mitgliedern der betreffenden Kompagnie aus den Unteroffizieren oder Wehrmännern der Kompagnie gewählt. §. 2. Die Mitglieder der treffenden Kompagnie wählen die Unter- und Oberlieutenants aus den Ober-, Unteroffizieren oder Wehrmännern des Regiments, beziehungsweise Bataillons. §. 3. Zur Vornahme dieser in den vorstehenden beiden Paragraphen bezeichneten Wahlen muß wenigstens die Hälfte der Wahlberechtigten gegenwärtig sein. §. 4. Die Hauptleute werden von den Mitgliedern der betreffenden Kompagnie aus den sämmtlichen Ober- und Unteroffizieren des Regiments, beziehungsweise des Bataillons gewählt. Zur Vornahme dieser Wahl müssen wenigstens zwei Drittheile der Wahlberechtigten versammelt seyn. §. 5. Sämmtliche Wahlen werden durch die absolute Stimmenmehrheit entschieden. §. 6. Die Wahl der Unteroffiziere, der Unter- und Oberlieutenants wird von den Kompagniekommandanten, die Wahl der Hauptleute von den Kommandanten der treffenden Bataillons geleitet. §. 7. Bei jedem Wahlakt hat an der Seite des leitenden Offiziers ein Wahlausschuß sich zu befinden, welcher mit dem Offiziere als Vorstand die Wahlkommission bildet. Dieser Wahlausschuß besteht aus sechs Mitgliedern, welche von den zur Wahl Versammelten aus ihrer Mitte nach relativer Stimmenmehrheit zu wählen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das höhere Dienstes-, bei gleichem Dienstesalter das höhere Lebensalter den Eintritt in den Wahlausschuß. Zur Führung des in möglichster Kürze zu fassenden, nur die Hauptergebnisse der Wahlhandlung enthaltenden Protokolls ist ein geeigneter Unteroffizier oder Wehrmann beizuziehen. §. 8. Die Wahlkommission hält bei dem Beginne der Wahl die entsprechende Anzahl Wahlzettel bereit, welche mit fortlaufenden Nummern zu bezeichnen sind. Sobald die erforderliche Anzahl von Wählern versammelt ist, werden die Zettel unter dieselben zum sofortigen Eintrage des zu Wählenden vertheilt. Jeder Wähler hat seinen Wahlzettel mit der Namensunterschrift zu versehen und dem Vorstande der Wahlkommission einzuhändigen. Sind sämmtliche Wahlzettel eingeliefert, so eröffnet der erwähnte Vorstand die Wahlzettel und verkündet den Inhalt derselben mit deren Nummer, ohne die Wähler zu nennen. Die Mitglieder des Wahlausschusses haben von den Stimmzetteln Einsicht zu nehmen. §. 9. Nachdem sämmtliche Stimmzettel abgelesen sind, wird das Ergebniß der Abstimmung hergestellt und bekannt gemacht, das Wahlprotokoll geschlossen, vorgelesen und von den Mitgliedern der Wahlkommission gefertigt. Die Stimmzettel werden von dem Vorstand der Kommission sofort unter Verschluß gelegt und, sobald der Gewählte seine Stelle angetreten hat, in Gegenwart des Wahlausschusses vernichtet. §. 10. Ueber Beanstandungen der Stimmzettel oder sonstiger Förmlichkeiten des Wahlakts, dann über die von einem Gewählten vorgebrachte Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl wird von dem Wahlausschusse auf Vortrag des Vorstandes der Wahlkommission durch absolute Stimmenmehrheit entschieden. Eine Berufung findet nicht statt. §. 11. Das Ergebniß der Wahl eines Unteroffiziers ist von den betreffenden Kompagniekommandanten dem Bataillonskommando anzuzeigen. §. 12. Die Adjutanten und Fähnriche werden von den betreffenden Regiments- oder Bataillonskommandanten aus den Ober- und Unteroffizieren nach freier Auswahl ernannt. Den Feldwebel erwählt jeder Hauptmann aus den Unteroffizieren oder Wehrmännern seiner Kompagnie. §. 13. Die Besezung der Stabsoffizeurs, der Auditors, ärztlichen und der Quartiermeisterstellen hat vorläufig nach in der bisherigen Weise Platz zu finden. §. 14. Alle den vorstehenden Anordnungen entgegenstehenden Bestimmungen treten mit der Verkündung vom 1. März 1825, namentlich die §§. 26 u. 27, sind aufgehoben. Die gegenwärtige Verordnung tritt vom Tage ihrer Bekanntmachung durch das Regierungsblatt in Anwendung. Unser Staatsministerium des Innern ist mit dem Vollzuge derselben beauftragt. Nymphenburg, den 9. Dezember 1848. Max. Lerchenfeld. — Ferner enthält das Regierungsblatt folgende Bekanntmachung, das Verbot des Aneinanderhängens von mehreren Wägen betreffend: „Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten. Seine Majestät der König haben in Berücksichtigung des landwirthschaftlichen Interesse, vorbehaltlich anderweiter Bestimmung, allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die allerhöchste Verordnung vom 2. Dez. 1840, das Verbot des Aneinanderhängens mehrerer Wägen betreffend, Regierungsblatt 1840, S. 977 ꝛc. auf das landwirthschaftliche Fuhrwerk während der Heu- und Getreide-Erntezeit nicht angewendet, sondern während dieser Zeit das Aneinanderhängen zweier leerer Wägen zugelassen werde. Die königlichen Regierungen, Kammern des Innern, haben für den Vollzug Sorge zu tragen.“

München, 15. Dezbr. Der hiesige Vaterlandsverein hat in seiner gestrigen Sitzung nach längerer Debatte beschlossen, unter Aufrechthaltung seines Programms dem Märzverein beizutreten und sich als Centralverein für Oberbayern zu konstituiren. (N. K.)

München, 13. Dezbr. Auf die erledigte Landrichterstelle zu Griesbach ist der bisherige Landrichter J. N. Seiler zu Kronach versezt, und auf die hierdurch zu Kronach erledigte Landrichterstelle der erste Landgerichtsassessor J. F. Schneider zu Lichtenfels befördert worden. (K. v. u. f. D.)

München, 11. Dec. Durch allerhöchstes Dekret vom 3. Dec 1848. wurden der kontrolirende Buchhalter der Staatsschuldentilgungsspezialkasse Würzburg Johann Zwack in den Ruhestand versezt, und an dessen Stelle der Funktionär der Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern Joseph Frank provisorisch ernannt;

Digitized by Google

vom 5. Dec. 1848 der Revierförster Sandmann zu Weingarten auf Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Tiersdorf versetzt; der Forstwart Karl Funk zu Untersteinach zum Revierförster in Bischofsgrün provisorisch ernannt; der Oberbuchhalter und Kontrolleur der Staatsschuldentilgungshauptkasse München, Andreas Stephan Fentsch, auf Ansuchen unter dem Ausdruck Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährig treu geleisteten Diensten in den Ruhestand versetzt; an seiner Stelle der Kassier bei genannter Kasse, Michael Birkmaier, und an Birkmaiers Stelle der Kontrolleur bei eben dieser Kasse, Anton Kaufmann ernannt; der Forstwart zu Hohnbrunn, Jakob Fournier, zum Kommunalforstgehilfen in Enkenbach, und der Forstamtsaktuar in Kaiserslautern, Franz Joseph Becker, zum Kommunalrevierförster in St. Martin befördert. Der Fiskalatsraths-Accessist bei der Finanzkammer von Oberbayern, Dr. Max Manuel, zum Regierungs- und Fiskal-Assessor bei der General-Bergwerks- und Salinen Administration provisorisch ernannt. (R. M. Z.)

München, 13. Dec. (Dienstesnachrichten.) Die bei dem Kreis- und Stadtgericht Fürth in Erledigung gekommene Protokollistenstelle ist dem Appellationsgerichtsaccessisten Karl v. Holzapfel zu Neuburg verliehen worden.

Nürnberg, 16. Decbr. Der hiesige Volksverein hat sich für den Anschluß an den Frankfurter Märzverein ausgesprochen und unter lauter Affklamation seine fernere Fortdauer erklärt. Auch der politische Verein soll sich dem Märzverein angeschlossen haben.

Wien, 13. Dec. Dem Vernehmen nach verehelicht sich Baron Jellachich mit einer Gräfin Auersberg, Nichte des unter dem Dichternamen Anastasius Grün hochgefeierten Grafen Alexander Auersperg. — Das Finanzkomité will in Betreff der vom Finanzministerium geforderten 80 Millionen auf vorherige Bewilligung von 50 Millionen eingehen. (K. v. u. f. D.)

Wien, 15. Dec. Wir sind hier über den Zustand der Dinge in Ungarn so wenig zuverlässig unterrichtet, daß täglich abenteuerliche Gerüchte auftauchen und bei einem Theile des Publikums auch Glauben finden. So hieß es z. B., Kossuth sei zum König ausgerufen und bereits mit den Insignien des heiligen Stephan bekleidet worden. Eine andere Sage ließ in Pesth die Republik ausrufen, nachdem die Thronentsagung Kaiser Ferdinands I. daselbst bekannt worden war. Gestern hieß es allgemein, Preßburg habe sich in Folge einer Beschießung den kaiserlichen Truppen übergeben; Dem ist aber nicht so. (K. v. u. f. D.)

Prag, 13. Dec. Hier trägt man sich mit Gerüchten von im Januar oder Februar in Prag beabsichtigten wichtigen Besprechungen sogar gekrönter Häupter. Ja die Fama läßt für den König von Preußen und dem Kaiser von Rußland bereits Zimmer auf dem Hradschin in Bereitschaft setzen, wie wenig das zur Zeit wahrscheinlich sein möchte.

Kremsier, 14. Dec. Das Ministerium hat dem Finanzausschusse durch den Finanzminister Krauß schriftlich einen Beschluß des Ministerraths (der jedoch von keinem der Minister unterschrieben war) übergeben, in welchem erklärt wird, daß die Zugeständnisse Sr. Majestät Ferdinand's I. als Pflichten der Krone mit dieser allerdings als auf den Thronfolger übergegangen erkannt werden; das Streben der Regierung sei ein freies, einiges, starkes Oesterreich, Gleichberechtigung der Nationalitäten ꝛc. wie im Programm angeführt, hinsichtlich der Stellung aber, welche Ungarn zu den übrigen Kronländern und zu den übrigen Theilen der Monarchie einnehmen solle, lasse sich keine bestimmte Antwort dermalen schon geben. Im Laufe des Gespräches soll der Finanzminister auch erklärt haben, daß das Beispiel Preußens, selbst wenn die Regierung wollte, wegen der ganz besonderen Verhältnisse Oesterreichs schon Klugheits halber nicht nachgeahmt werden könne, daß also eine solche Besorgniß ganz grundlos sei.

Von der mährisch-ungarischen Grenze, 11. Dec. Die Ereignisse in Ungarn verwirren sich immer mehr, statt einer friedlichen, und wenn Dieses nicht, so doch einer endlichen Lösung entgegenzugehen. Während man bei und zögerte, den Feldzug zu beginnen, soll Ungarn den letzten entscheidenden Schritt gethan haben. Nachrichten zufolge, die heute einliefen, ist Kossuth als Ludwig IV. zum König von Ungarn proklamirt worden. (K. v. u. f. D.)

Ungarn.

General Bem ist zum Chef der sämmtlichen ungarischen Artillerie ernannt worden und hat den Oberbefehl über alle Befestigungen am linken Donauufer übernommen. (D. A. Z.)

Frankreich.

Der Telegraph hat die Anzeige gebracht, daß fast auf allen Linien, namentlich in Augustème, Straßburg, Versailles, Melun, Valenciennes, Bordeaux, Metz, Lille u. s. w. der Wahlakt in der größten Ordnung vor sich gegangen ist. Nirgends wurde die Ruhe auch nur im Geringsten gestört und der Andrang zu den Wahlen war ungeheuer. Man nimmt bereits an, daß dieses Mal acht Millionen Wähler abstimmen werden.

Paris, 12. Decbr. Das Wahlresultat ist zwar noch nicht ganz bekannt, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Louis Napoleon Bonaparte die absolute Majorität erhält. In elf Arrondissements (die Stadt zählt deren zwölf) stehen auf Louis Napoleon nahe an 120,000 Stimmen, auf Cavaignac nur 62,000. Von auswärts wurden bis heute Mittag folgende Resultate bekannt: Im Sommedepartement schätzt man auf 80 pCt. die Mehrheit Louis Napoleons Bonapartes. In Hangest an der Somme z. B. erhielt derselbe 986 und Cavaignac 81 Stimmen von 1077 Wählern. Im Oiseledepartement wurde Louis Bonaparte einstimmig gewählt, z. B. in Breteuil, Maigneläy. Im Seine- und Oiseledepartement desgleichen. In Reuil z. B., wo Josephine und Hortense begraben liegen, trug der Gemeindewaibel, beim Zuge zur Urne, eine Fahne voran, auf der geschrieben stand: „Tod Jerem, der gegen Napoleon stimmt.“ In Indre und Loire (Tours) für Cavaignac 1669, für Louis Napoleon 8261; Oiseledepartement (Beauvais) Louis Napoleon 3144; Cavaignac 1535; Nieder-Seine (Jngewille) Cavaignac 995; Louis Napoleon 758; Lebru-Rollin 229; Jnrre (Chateroureux) erste Section, Lebru-Rollin 950, Cavaignac 438, Napoleon 292 (in den übrigen Sectionen etwa dasselbe Verhältniß). In Leveeux erhielt Napoleon 580, Cavaignac 18, Lebru-Rollin 1 St. Die Pariser Bannmeile ist ganz bonapartistisch. Seine-et-Meuthe zu stimmten wie Ein Mann für den Prinzen. Auch Boebes erhielt hier einige Stimmen, die sich neben Bonaparte ganz sonderbar ausnehmen. In Havre scheinen sich Bonaparte und Cavaignac gleich zu theilen. Selbst unter dem Seemilitär ist Bonaparte nicht weniger glücklich. Von 228 Matrosen auf der Fregatte „Darieu“ erhielt er 145 und Cavaignac nur 66 Stimmen. Die übrigen fielen auf Lebru-Rollin und Raspail.

Straßburg, 14. Decbr. Nach dem Ergebniß der Stimmenabgabe in unserm Departement und den diesem zunächst gelegenen des Oberrheins, des Doubs, des Jura, der Vogesen, der Meurthe, der Mosel ꝛc. wie in Paris und den die Hauptstadt umschließenden Departementen unterliegt es kaum noch einem Zweifel, daß Louis Napoleon Bonaparte mit großer Mehrheit zum Präsidenten der französischen Republik gewählt werden wird.

Großbritannien.

Das Morning Chronicle will wissen, daß Sir Th. Napier's Geschwader zu einer Expedition nach Tanger bestimmt sey, um den Kaiser von Marokko über die jetzt so häufigen Seeräubereien in der Nähe von Gibraltar zur Rechenschaft zu ziehen und Genugthuung für die Wegnahme des englischen Kauffahrers Three Sisters zu verlangen. (D. A. Z.)

Die Times enthält folgender offenbar dänische Reclame: Graf Revent low kehrte gestern nach fast zweimonatlicher Abwesenheit aus Kopenhagen zurück. Den Grafen, der mit einem speciellen Auftrag an den König von Belgien über Brüssel gereist ist, begleitet der Conferenzrath Treschow, der an den nächsten in London zu eröffnenden Unterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark Theil nehmen soll. In Folge der Lage der Dinge in Deutschland dürften diese Unterhandlungen leicht eine günstige Wendung für Dänemark nehmen, und wir sind erfreut, zu hören, daß die Centralgewalt neuerdings sich geneigt zeigt hat, auf die Stimme der Mäßigung und der Gerechtigkeit zu hören. Wir hoffen daher, daß Lord Palmerston nicht verfehlen wird, seinen Einfluß zu Gunsten der schwächern und angegriffenen Partei zu verwenden, deren Sache bei allen Klassen in England so warme Theilnahme gefunden hat. (D. A. Z.)

Subhastationspatent.

Vom

Königlich Bayerischen Kreis- und Stadtgericht

Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubiger das in der Culmbacherstraße belegene zweigädige Wohnhaus der Stiftungs-Administrators-Wittwe Juliana Dorothea Dennler von hier, wozu Hofrecht, Hofplege und 3 Tagwerk Garten gehören hiemit öffentlich feilgestellt. Das Haus mit Nro. 598 bezeichnet, ist massiv erbaut und mit Ziegeln gedeckt und enthält im Erdgeschosse: ein großes Waschhaus mit Vorplatz; eine Stiege hoch: eine Stube einen Vorplatz, ein Speisegewölbe und einen Abtritt; zwei Stiegen hoch: 3 Stuben, eine Kammer, 2 Kamine, eine Küche einen

Digitized by Google

Vorplatz und einen Abtritt. Im Hauptgebäude: eine große Erkerstube, 2 Alkoven, einen Kamin, zwei vertäfelte Tachkammern nebst dergleichen Vorplatz. Das an das Wohnhaus angebaute Flügelgebäude, ist 3 Stock hoch, massiv erbaut und mit Ziegeln gedeckt. Enthält im Erdgeschosse: einen gewölbten Eingang zu einem Felsenkeller; eine Stiege hoch: eine Stube, ein Cabinet, eine Küche, einen Speis- und einen Vorplatz; zwei Stiegen hoch: eine Stube, eine Küche, einen Vorplatz. Die dem Wohnhause gegenüberstehende Holzlege ist von Holz erbaut und mit Schindeln bedeckt, und enthält eine Pieçe zur Aufbewahrung des Holzes. Auf dem Hause, welches mit 2500 fl. in der Brandversicherung liegt, haftet außer der gewöhnlichen Steuer 1 fl. 15 kr. Erbzins zum hiesigen Hospitale und ist dieses mit der Holzlege auf

2630 fl.

gerichtlich taxirt

Der an die Gebäude anstoßende Obst-, Gemüse- und Grasgarten hat einen Flächenraum von 1½ Tagwerk, ist mit circa 170 Stück Obstbäumen bepflanzt und auf

600 fl.

gerichtlich gewerthet.

Zur Licitation auf vorbeschriebene Realitäten wird auf

Dienstag den 30. Januar 1849 Vormittags 10 Uhr

im Commissions-Zimmer Nro. 9 Termin anberaumt und Kaufslustige werden unter dem Beifügen zu demselben vorgeladen, daß ihnen die Einsicht des Taxationsprotokolls vorher in der Registratur freisteht und daß wegen des Zuschlags an den Meistbietenden nach Maßgabe des Hypothekengesetzes vom 17. November 1837, §§. 98—101 und des Hypotheken-Gesetzes vom 1. Juni 1822, §. 64 verfahren werden wird.

Bayreuth, am 8. December 1848.

der K. Director,
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Vorbehaltlich der Genehmigung des Stadt-Magistrats und der Stadt-Gemeinde-Bevollmächtigten soll

Freitag, den 22. December c., Nachmittags 2 Uhr

die hölzerne Schießstätte hinter dem Schießhause auf der Dürrschnitz öffentlich und meistbietend verkauft werden, und haben sich zahlungsfähige Kaufsliebhaber dortselbst einzufinden.

Bayreuth, den 15. Decbr. 1848.

Die Stadtkämmerei.
Wich.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 20. dieses Monats Vormittags 10 Uhr wird von der Militärlokal-Baukommission die Eisgrube hinter der Kavallerie-Kaserne auf weitere 6 Jahre in Pacht gegeben.

Bayreuth, 14. December 1848.

Anzeigen.

In wenigen Tagen erscheint bei Georg Franz in München und wird durch alle Buchhandlungen zu beziehen seyn:

Hübsche und billige Taschen-Ausgabe

der neuen Gesetze:

Die Abänderungen einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, vom 29. August 1848.
Die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, vom 10. November 1848,
nebst den Formularien zu dem letztgenannten Gesetze.
Mit Bewilligung der höchsten Staatsministerien der Justiz und des Innern.
16. circa 12 Bogen. Preis 36 kr. circa.

Zu Bestellungen empfehlen sich

Grau'sche Buchhandlung in Bayreuth.
G. A. Grau in Hof und Wunsiedel.

So eben ist erschienen:

Auszüge, entnommen aus den geh. Memoiren des

Fürsten Metternich.

Mitgetheilt von seinem ehemaligen Geheimsekretär E. L. gr. 8. Geheftet. 3½ kr. rhein.

Diese Schrift ist die erste, welche eine klare Einsicht bietet in das verborgene Getriebe der höfischen Hauspolitik, besonders da der gefürzte Meister sein System auf so Manche verredt hat, die beschäftigen sind, das Geschäft fortzusetzen. Mit Hülfe dieser Schrift überschaut man die bisher unsichtbaren Fäden, welche sich unter seinen geschickten Händen allmählich zu einem weiten Netz zusammenzogen, das sich zumeist über ganz Europa ausbreitete. Die am Schluß beigefügten Ausführliche des großen Diplomaten über viele seiner Amts- und Standesgenossen der jüngsten Zeit — besonders aber über hoch- und höchstgestellte Personen, welche zum Theil die Geschicke der Völker noch jetzt in ihren Händen haben, erhöhen das Interesse dieser Broschüre noch ungemein.

Zu haben in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth.

Friedrich Beyer,

Juwelier und Goldarbeiter in Bayreuth,

empfiehlt sein mit den allerneuesten Modegegenständen reichhaltiges Gold- und Silberwaarenlager zur gefälligen Abnahme.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim

werden **diesen Winter** zu folgenden **bedeutend herabgesetzten** Preisen **Steinkohlen** abgegeben; nämlich

Bei **Stockheim 1)** von der Grube **Vereinigter Nachbar, Reinkohle zu 16 Kreuzer** der **Bergkübel**, oder 24 Kreuzer der Grosskübel von 1¼ Bergkübel;
eine Partie **Brennberge zu 3 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben **Michael & Wolfgang** eine Partie **Brennberge zu 4 Kreuzer** der **Bergkübel** von Ca. 80 Pfund;

Bei **Neuhaus 3)** von der Grube **Minna, Reinkohle zu 18 Kreuzer** der **Bergkübel** oder 27 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel und eine Partie **Brennberge zu 5 Kreuzer** der Bergkübel von 75—80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ab Grube **gegen baar** bei Ablieferung. — Es ist stets **Vorrath** an allen Gruben, so daß jederzeit **ohne Aufenthalt geladen** werden kann. — Nach allen Gruben führen gut chaussirte Wege. ☞ Die **Kohlenkäufer** haben sich an die MEYER'sche **Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus** zu wenden.

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die **VII. Jahresgesellschaft** ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum **23. December**, und bei den Agenten bis zum **18. December** noch Einlagen angenommen werden.

München, den 1. December 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler.
Director.

Der Unterzeichnete findet sich veranlaßt, bekannt zu machen, daß er von dem Versicherungs-Verein gegen Schaden an Pferden und Rindern für das Königreich Bayern für eine verunglückte Kuh den versicherten Werth, zahlungsmäßig ohne Anstand sogleich ausbezahlt erhalten hat, und diese so nützliche Anstalt jedem Pferde- und Rinderbesitzer mit Recht zu empfehlen ist.

Martin Angermann.

Feine französische Liqueure, ächten Arack de Batavia, Punsch-Essenz, Roussillon, Muskat- und Frankenweine, neue Rosinen, Weinbeere, große Mandeln, Citronen, Citronat, Pomeranzenschalen, feine weiße und braune Lebkuchen, Wachsstöcke empfiehlt

Friederich Eisenbeiß.

Eine Quantität dürre Fohrenstöcke sind zu verkaufen und das Nähere beim Gutsbesitzer Seeser in den Moritzhöfen zu erfragen.

1000 fl. können auf Lichtmeß gegen ersten Hypothek auf Grundstücke ausgeliehen werden. Von wem? sagt die Expedition d. Bl.

Maximilians-Straße Nr. 48 ist eine kleine Wohnung mit der Aussicht auf die Dammallee auf Lichtmeß, dann in der mittlern Etage, ein geräumiges Quartier vorneheraus auf Walburgi zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Dienstag **Nro. 352.** **19. December 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 15. Decbr. (136. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.) Nach einigen Anfragen und Anträgen trägt Vicepräsident Beseler mehrere Urlaubsgesuche vor, welche die Genehmigung der Versammlung erhalten, und verkündet, nachdem er den Vorsitz übernommen, die heutige Tagesordnung. Die Versammlung leistet Verzicht auf die Discussion über Art. VI. der Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte, §. 22 u. f. Es wird zur Abstimmung geschritten, deren Ergebniß folgende Beschlußfassungen sind: Art. VI. §. 22: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei." §. 23: „Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben." §. 24: Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung" (mit 220 gegen 218 Stimmen, unter Wegfall der nach den Worten, „wenn er seine . . ." einzuschaltenden und von dem Ausschusse vorgeschlagenen Bestimmungen, „sittliche und wissenschaftliche [oder technische]" Befähigung u. s. w.). §. 25: „Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener (mit 281 gegen 147). Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschule an (mit 293 gegen 136). Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die untern Volksschulen vorgeschrieben ist." (Der Zusatz: „Die öffentlichen Unterrichtsanstalten dürfen nicht konfessionell sein", wurde mit 228 gegen 184 Stimmen verworfen). §. 26: „Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden." (Der Antrag: „Besondere Schulen für Kinder von armen Eltern, sog. Armenschulen, dürfen nicht stattfinden", wurde mit 210 gegen 202 Stimmen abgelehnt). §. 27: „Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. Art. VII. §. 28: „Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden." §. 29: „Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden. Die in den §§. 28 und 29 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, in soweit in den Militär- und Disciplinarvorschriften nicht entgegenstehen." (Antrag des Abg. Zachariä aus Göttingen, mit 224 gegen 208 St.) Der Zusatz des Abgeordneten Wuttken, „der Orden der Jesuiten und dessen affiliirter Orden sind für alle Zeiten auf dem Gebiete des deutschen Reichs verbannt," welche Bestimmung schon bei der ersten Lesung der Grundrechte angenommen worden war, wurde mit 262 gegen 140 Stimmen verworfen. Der Verfassungsausschuß, welcher den Wegfall dieses Passus vorgeschlagen, drückt sich in seinen Motiven also aus: Dieser Passus enthält eine Polizeivorschrift, welche sich in den Grundrechten nicht wohl ausnimmt, weil für Deutschland bei der fortgeschrittenen Bildung des deutschen Volks kein Bedürfniß vorliegt, und dieselbe augenscheinlich ihren Zweck dennoch nicht erreicht, da unter jedem andern Namen sich diejenigen bedenklichen Bestrebungen verbergen können, denen man durch die ausgesprochene Verbannung entgegentreten will. Man wird von vorbeugenden Maßregeln auch hier am besten absehen. (F. D. 3.)

Frankfurt, 16. Dec. (137. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Die Herren Kleinschrod aus München, Gritzinger und Franz Werner aus Oesterreich treten in die Nationalversammlung ein, während Hr. v. Wazdorf aus Sachsen aus derselben ausscheidet. Die Urlaubsgesuche, die sich bei der Annäherung des Weihnachtsfestes allerdings wesentlich vermehren, sind im Verhältniß zur Größe der Versammlung dennoch keineswegs von einem solchen Belang, daß eine Störung des Geschäftsgangs zu besorgen wäre. Es wird der Bericht Stahl's über die Vorlage des Handelsministeriums in Berathung genommen. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat sich aber auch in dieser Frage zu einem einstimmigen Erachten nicht vereinigen können, sondern es liegen wiederum Majoritäts- und Minoritätsvorschläge vor. Für die letztere hat Eisenstuck aus Sachsen die Berichterstattung übernommen und sie enthalten nicht nur die Grundzüge einer künftigen Handelspolitik Deutschlands, wie sie von der Minderheit des Ausschusses, den Herren Degenkolb, v. Dieskau, Eisenstuck, Hildebrand, Holland, Makowitza, Moritz Mohl, Müller, v. Reden Schwartzenberg gewünscht wird, sondern zugleich auch den Entwurf zu einem Reichsgesetze zur unmittelbaren Begründung der commerziellen Einheit des deutschen Bundesstaates. Die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses dagegen hat sich über ihre handelspolitischen Grundsätze nicht ausgesprochen, sondern in Folge der Vorlage des Herrn Duckwitz vom 25. Sept. stellt sie die Anträge: 1) „Die Nationalversammlung ermächtiget die Centralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, und ersorderlichen Falles deren Umwandlung in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung." 2) „Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuß der Centralgewalt die zur Bearbeitung von Reichsgesetzen über deutsche Schiffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke überweise, die diese Verhältnisse betreffenden Gesetzentwürfe baldthunlichst der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen." 3) „Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands, soweit solche zum Zwecke der Vereinheitlichung erforderlich sind, zu machen." 4) Die Nationalversammlung beauftragt die Centralgewalt, ein Zollgesetz und einen Zolltarif zu entwerfen und der National-Versammlung vorzulegen." 5) „Die National-Versammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend ertheilten Aufträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gehindert wissen will." Das Wort ergreift zuerst sehr ausführlich und im Sinne der Minderheit des Ausschusses der Freiherr v. Reden. Die Vorschläge der Minorität, die er dringend zur Annahme empfiehlt, seien nichts als eine Wiederholung der Verfassungsbeschlüsse und die Zolleinigung Deutschlands müsse aus allen Kräften beschleunigt werden, wenn sie überhaupt zu Stande kommen solle. Reichsminister Duckwitz: Ich habe mich in der zweiten Hälfte des September über meine handelspolitischen Ansichten ausgesprochen, damit ich eine Aeußerung von Ihnen empfinge, ob ich der Mann Ihres Vertrauens sei oder nicht. Darauf haben Sie jedoch geschwiegen, allein Ihr Auftrag zu mehren höchst wichtigen Gesetzen galt mir als eine solche Vertrauensäußerung. Diese Entwürfe sind so weit gereift, daß sie nur noch der letzten Feile bedürfen, um Ihnen vorgelegt zu werden. Wollten Sie sich nun heute in eine Diskussion über leitende Grundsätze einlassen, so wäre das zu spät, weil jene Entwürfe bereits fertig sind und zu früh, weil sie Ihnen noch nicht übergeben wurden. Die allgemeine Fassung meiner Vorlage entschuldigt sich durch die Kürze, in der ich mitzutheilen hatte. Von den Verträgen der Einzelstaaten, die einer augenblicklichen Zolleinigung entgegenstehen, sind die mit den vereinigten Staaten auf zehn und zweijährenatliche Kündigung abgeschlossen und ist zu berücksichtigen ein Vertrag Mecklenburgs mit Frankreich. Die Besorgniß aber, daß sich irgend ein norddeutscher Staat durch die Uebernahme neuer Verpflichtungen gegen fremde Staaten binden und dadurch das Einigungswerk stören könne, ist ein Verdacht des Verraths, den die norddeutschen Stämme nicht verdienen! Sehr begründet ist jedoch der Einwand, daß die kommerzielle Einheit des Vaterlandes nur auf die politische zu gründen sei. Nur für die letztere wird das Volk finanzielle Opfer zu bringen geneigt sein. Beschleunigen Sie daher die Verfassung und geben Sie den Vorschlägen der Mehrheit des

Digitized by Google

Ausschusses Ihre Zustimmung. Moritz Mohl: Wenn und der Reichsminister des Handels Gesetzentwürfe vorlegen soll, so muß er unterrichtet sein über die handelspolitischen Grundsätze, welche im Hause die herrschenden sind. Das ist der Zweck des Minderheitsercachtens des volkswirthsch. Ausschusses gewesen. Aller Unterschied, um dem es sich handelt, faßt sich in der Frage zusammen, ob das Freiheitsprinzip gelten, oder ob die inländische Arbeit, der deutsche Handel und deutsche Schifffahrt durch einen Differentialzoll geschützt werden sollen. Der Handelsminister Duckwitz will die Differentialzölle nur als Retorsion angewendet wissen. Die Minderheit des Ausschusses hingegen stellt sich als Regel hin. Abgeordn. Eisenstuck: Im Mai gab es keinen Widerstreit der Meinungen darüber, daß wir vor Allem berufen seien, die materielle Einheit Deutschlands herzustellen. Aber die Blüthen des Mai sind verwelkt, der Winterfrost vor der Thüre. 176 Petitionen, bedeckt mit mehr als 39,000 Unterschriften, sind eingegangen. Sie alle forderten die kommerzielle Einheit Deutschlands und fordern sie sofort. Der nächste Weg, der zur Lösung dieser Frage führt, der unsrige, ist der beste. Der Handelsminister faßt das Pferd beim Schwanze wenn er sein Gesetzgebungswerk nicht beginnt mit dem Zollcarif und den Schifffahrtsgesetzen. Den norddeutschen Staaten das Vertrauen schenken, sie würden sich in keine weiteren Verträge einlassen, das kommt uns nicht zu, sondern sie müssen in die gesetzliche Unmöglichkeit dazu gebracht werden. Sagen Sie nicht, daß die Versammlung nicht competent sei zu einer Beschlußfassung, wie wir sie vorschlagen. Haben wir das Geld für die Truppenverlegungen bewilligen und das Wechselgesetz erlassen dürfen, werden wir in künftiger Woche nicht über 30 Mill. des Finanzbudgets zur motivirten Tagesordnung übergehen, so sind wir auch competent zu dem Gesetze über die kommerzielle Einheit Deutschlands. Auf den Antrag Wernher's von Nierstein entscheidet sich die Versammlung mit 262 gegen 175 für den Uebergang zur Tagesordnung über die Vorschläge der Minderheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Zur Annahme gelangen dagegen von den Anträgen der Ausschußmehrheit, ohne Abänderung, die Absätze 1 und 2, wie sie in verschiedenen Berichte enthalten haben. Der Absatz 3 dagegen erhält durch eine kleine Auslassung die folgende Gestalt: „Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands zu machen." Absatz 4 und 5 werden ebenfalls unverändert angenommen und mit der Verwerfung aller Verbesserungs- und Zusatzanträge wird die Angelegenheit vollends beseitigt. Der Vicepräsident theilt ein Schreiben des Reichsverweser mit, nach welchem die Entlassung der Herrn v. Schmerling und v. Würth angenommen worden ist. Inzwischen ist Heinr. v. Gagern eingetreten und ergreift unter allgemeiner Spannung das Wort. Er habe vom Erzherzog Reichsverweser den Ruf, das Reichsministerium zu ergänzen, erhalten, und ist entschlossen, der ihm gewordenen Mission zu genügen, weßhalb er das Präsidium schon heute niedergelegt. Bei den Worten des Vertrauens, die Herr v. Gagern an seine Eröffnung knüpft, sowie am Schluß seiner kurzen Rede, unterbricht anhaltendes Beifallklatschen und Zuruf die feierliche Stille. Die Versammlung vertagt sodann ihre Berathungen auf den 18. Nachdem noch ein Antrag an den österreichischen Ausschuß verwiesen und der Austritt des Herrn Dewes aus der Reichstagsversammlung angezeigt worden, ruft Löwe von Kalbe den volkswirthschaftlichen Ausschuß wegen des verfrorhenen Gewerbeordnungseinwurfs an. Dann wird die Sitzung geschlossen. Die erste Nummer nächster Tagesordnung ist die Wahl eines Präsidenten an Gagern's Stelle.

Die O. P. A. Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theil: Der Reichsverweser hat den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Anton Ritter von Schmerling, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben. Der Reichsverweser hat den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern Joseph v. Würth, seinem Wunsche gemäß von diesem Amte enthoben. Der Reichsverweser hat den Reichsgesandten am königlich großbritannischen Hofe, Victor Frhrn. v. Andrian, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

Frankfurt, 16. Decbr. Einer der beiden Reichskommissäre für Preußen, Herr Hergenhahn, ist aus Berlin zurückgekehrt. Seine Nachrichten lauten sehr zufriedenstellend über die preußischen Verhältnisse. An den andern Commissär, Herrn Ed. Simson, ist die dringende Einladung zur Rückkehr nach Frankfurt ergangen, damit er im Parlamente seinen Vicepräsidentensitz einnehme.

Frankfurt, 15. Dec. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat, wie verlautet, mit 26 Stimmen gegen 4 den Antrag seiner Subkommissien, welche mit der Abfassung eines Entwurfs in Betreff des Reichsoberhaupts beauftragt war, abgelehnt. Es war dieser Antrag der Subkommission auf Ernennung eines Kaisers von Deutschland, mit Vererbung der Würde, nach dem Rechte der Erstgeburt gerichtet. Es liegt jetzt dem Ausschusse ein anderer Antrag auf Ernennung eines Kaisers von Deutschland ohne Vererbung, vor; es soll unter den Kandidaten, welche von den Fürsten verschiedener deutscher Staaten aus ihrer Mitte zu bestimmen seyn würden, durch das Loos (!) entschieden werden. Doch auch dieser Antrag wird, wie man vernimmt, und wie sich von selbst versteht, eine weit überwiegende Majorität im Ausschusse gegen sich haben. Die Majorität des Ausschusses soll überhaupt gegen die Einführung einer Kaiserwürde, in welcher Form auch, seyn. Ihre Meinung würde dann auch in der That mit der Ansicht und den Wünschen gewiß der größten Theile des deutschen Volks übereinstimmen. (K. v. u. F. P.)

Die D. Z. schreibt: Frankfurt, 13. Dez. Wir können aus der sichersten Quelle melden, daß es durchaus nicht die Absicht des sich augenblicklich hier anhaltenden Herrn Professor Walter ist, in den Fraktionen Aufschlüsse über die deutsche Gesinnung der preußischen Regierung zu geben, ebensowenig als bezüglich der österreichischen Frage wirksam zu sein, und daß die ihm zugeschriebene Mittheilung eines Briefes, wonach der König von Preußen gedroht haben soll, sich zurückziehen zu müssen, wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen, auf einem Irrthum beruhe. Er hat nie einen Brief dieser Art erhalten, noch mitgetheilt, noch zu besitzen behauptet. Nur die in diesem Augenblick hier über die österreichische Frage herrschende Aufregung macht es begreiflich, daß allgemeinen, blos gelegentlich Aeußerungen eine sprecielle Färbung und Absicht untergelegt werden konnte.

Frankfurt, 16. Dec. Auf die Nachricht, daß Dänemark die Besatzung der Insel Alsen auf 8000 Mann zu erhöhen beabsichtigt, hat das Reichskriegsministerium, wie wir vernehmen, Befehl gegeben, daß eine entsprechende Anzahl Reichstruppen an der holsteinischen Grenze zusammengezogen werde, um für jeden Fall bereit zu sein. (F. D. Z.)

Frankfurt, 16. Decbr. Herr v. Gagern, in dessen Hand Herr v. Schmerling beide Portefeuilles niedergelegt hat, wird sein Ministerium mit der Einbringung eines Antrags in der österreichischen Frage beginnen. Es versteht sich von selbst, daß er auch die Präsidentur des Conseils übernommen hat. (D. Z.)

† München, 16. Decbr. Von dem mit so vielem Erstaunen aufgenommenen Projekte über die künftige Stellung der bayerischen Staatsdiener, wie es schon als Gesetzentwurf in mehreren Zeitungen figurirte, können wir mit Bestimmtheit versichern, daß das Ganze nur eine leere Erfindung ist, wobei kaum eine andere Absicht zu Grunde lag, als den Gemalen an der Spitze der Verwaltung gehellten gesetzten Minister, um mit einem modernen Ausdrucke zu sprechen, von vornherein unmöglich zu machen.

München, 15. Dec. Ronge ist gestern Nachmittag von hier abgereist; ein kleines Abschiedsfest, welches ihm seine Freunde, da er heute abgehen wollte, auf gestern Abend vorbereitet hatten, mußte unterbleiben, da er, wie die d. k. Z. berichtet, gestern noch auf Befehl der Polizei München zu verlassen genöthigt wurde, indem „an diesem Tage seine Aufenthaltskarte abgelaufen sei."

Am 11. Decbr. hatte in dem Rathhause zu Weissenburg am Sand, unter dem Vorsitze des Buchdruckers Wolfhart von Augsburg, eine Versammlung der bayerischen Buchhändler und Buchdrucker statt, in welcher über die Mittel berathen wurde, mittelst welcher den Gewerbsbeeinträchtigungen durch den k. Schulbücherverlag, wie durch den Verein zur Verbreitung guter katholischer Bücher in München, deren Thätigkeit die Gewerbe der Buchhändler und Buchdrucker auf das Empfindlichste verletzt, mit dauerndem Erfolg ein Ziel gesteckt werden könne. Es waren in der Versammlung die Buchhändler und Buchdrucker fast aller Städte Bayerns vertreten, und die Debatten, in deren Verlauf die eklatantesten Fälle der Beeinträchtigung der oben erwähnten Institute zur Kunde gelangten, dauerten bis Abends 7 Uhr. Nachden mehreren andern hierauf bezüglichen Beschlüssen wurde ein Ausschuß von 7 Mitgliedern gewählt — Himmer, Wolfhart und Kämpfer von Augsburg, Oldenburg, Franz und Weiß aus München, Mainberger aus Nürnberg —, der von der Versammlung einstimmig bevollmächtigt wurde, unverweilt und mit aller Energie die Schließung dieser rechtswidrigen Anstalten zu erwirken.

Aus der Pfalz. (Das Programm der Pfälzer.) Unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Reichard von Speyer wurde in einer Versammlung von Urwählern zu Kaiserslautern folgendes Programm einstimmig zum Beschluß erhoben, welches jedem Pfälzer Abgeordneten die Grundlage seiner Wirk-

Digitized by Google

sonderlich bezeichnet: 1) Der zusammentretende Landtag hat nach Erledigung der allerdringendsten und aufschiebaren Arbeiten ein neues Wahlgesetz, gebaut auf direkte Wahlen und mit Beseitigung eines jeden Census, — sodann seine Auflösung und die sofortige Wahl eines und Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung zu erwirken, welche dem Prinzip der Volkssouveränität gemäß, einzig und allein dazu befähigt ist, die Verfassung zu berathen und festzustellen. 2) In dem Falle der Bewilligung dieser Forderung sollen, zur Sicherung der Ausführung desselben, die Steuern und das — erst am Schluß des Landtages — zu berathende Budget dieß mal nur für ein Jahr votirt werden. 3) Der neue Landtag verpflichtet sich, diesen Zweck durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel, insbesondere Budgetverweigerung und Austritt aus dem Landtag, falls der Mehrheit der Urwähler der Absatz die „Adressrufung ihrer sämmtlichen Abgeordneten" beschließen sollte, zu erreichen. 4) Daß er dahin wirken wolle, daß die Kammer der Reichsräthe beseitigt werde. 5) Daß er dahin wirken wolle, daß ein neues Gemeinde- und Landrathsgesetz, gebaut auf das oben bezeichnete Wahlsystem, mit Ausdehnung der Attributionen der Gemeinde- und Landräthe und folgerechter Verminderung des Beamtenpersonals gegeben werde. 6) Daß der neue Landtag schließlich dahin wirke, daß die Civilliste und Apanagen bedeutend herabgesetzt werden und eben so auch Verminderung der hohen Staatsgehalte eintrete und ein Maximum der Pensionen festgesetzt werde. (Z. K.)

Berlin, 14. Decbr. Heute früh hat der Reichskommissär Hergenhan unsere Stadt verlassen. Doch liegt der Grund seiner Entfernung nicht in dem gegenwärtigen Verhältniß Preußens zu Deutschland, bei dessen Feststellung er so nahe betheiligt ist, sondern lediglich in seiner Stellung als nassauischer Minister. Seine momentane Anwesenheit in Wiesbaden ist dringend nothwendig geworden, und er durfte um so weniger Anstand nehmen, dem Rufe zu folgen, da einerseits die Dispositionen in Potsdam und Frankfurt eine allseitig befriedigende Lösung der großen Fragen in Augenblick in nahe Aussicht stellen, anderseits auch für unerwartete Eventualitäten hier mit den hiesigen Verhältnissen so wohl vertraute und in allen Kreisen so wohl empfangene Tribunalrath Simson hier noch zurückbleibt. Die beiden Commissäre haben sich in ihrer außerordentlich schwierigen Lage die Anerkennung aller Parteien erworben und Deutschlands Würde zu wahren gewußt, ohne die gerechten Ansprüche Preußens zu verletzen. Was über ihre kalte Aufnahme bei Hofe berichtet worden, scheint völlig grundlos zu seyn, vielmehr soll der König sie mit überraschender Herzlichkeit empfangen und wiederholt versichert haben, er werde Alles thun, was in seinen Kräften steht, um ihnen hier „die Wege zu bahnen."

Berlin, 15. Decbr. Die Anklage gegen die Deputirten, welche an dem Steuerverweigerungsbeschluß und an Schritten zu dessen Ausführung Theil genommen haben, ist, wie bestimmt versichert werden kann, bereits ausgearbeitet. Die Einreichung der Anklage an die Justizbehörden dürfte vielleicht noch verschoben werden. Es kommt vorläufig nur darauf an, für alle Eventualitäten gerüstet zu seyn. — Der Geheimrath Waldeck wird seinen Sitz im geheimen Obertribunal noch in diesen Tagen einnehmen. Herr Bornemann hat sich bereits an den Verhandlungen dieses Gerichtshofs als Vicepräsident betheiligt. — Heute endlich ist gegen Dowiat'schen Prozeß das Urtheil gesprochen worden und zwar zum ersten Mal unter der durch die Verfassung festgesetzten Formel: „Im Namen des Königs" ꝛc. Die beiden Hauptangeschuldigten, Dowiat und der Handlungsdiener Müller, sind als des Aufruhrs schuldig beide zu 6 Jahren Festung kondemnirt. Von den übrigen Angeklagten sind als der Theilnahme des Aufruhrs schuldig 4 zu 6 Jahr Strafarbeit, 2 zu 3 Jahr, 2 zu 1 Jahr und 1 zu 6 Monat verurtheilt; 3 sind von der Anklage entbunden und 1 der thätlichen Widersetzlichkeit nicht schuldig erklärt worden. (D. A. Z.)

Hamburg, 12. Dec. Heute hier eingetroffene Privatschreiben aus Kopenhagen melden, daß 8000 Mann nebst Geschütz dahin eingeschifft wurden, die nach Alsen bestimmt sind. Wie mehrere gleichlautende Schreiben besagen, so geschieht dieß im Einverständniß mit den Großmächten (England und Rußland?) Diese Truppen sollen in Schleswig einrücken. Ein Schreiben bemerkt aber über diesen Punkt, daß dieses nur dann geschehen würde, wenn Cavaignac zum Präsidenten Frankreichs proklamirt seyn wird, da derselbe dem dänischen Cabinet die festesten Zusicherungen gegeben habe, daß Schleswig nie und nimmer von Dänemark abgerissen und mit Deutschland vereinigt werden soll. Nun, der Mensch denkt und Gott lenkt! Noch ist Cavaignac nicht Präsident! (F. J.)

Hamburg, 14. Dec. Die konstituirende Versammlung ist heute durch den Alterspräsidenten Oberstlieutenant Metzlerkamp eröffnet worden. Zum Präsidenten ward Dr. Baumeister erwählt. (D. A. Z.)

Rendsburg, 13. Decbr. Außer dem Mitgliede der gemeinsamen Regierung hat sich auch der Departementschef der Justiz, Mommsen, nach Berlin begeben, um die Maßregel des dortigen Cabinetts, welche sämmtliche in preußischen Diensten stehende Offiziere zurückruft, rückgängig zu machen. Der gleichfalls abberufene Oberstlieutenant v. Justorff, bekanntlich einer der tüchtigsten Offiziere unseres Heeres, kam bereits gestern auf der Reise nach Berlin hier durch; doch glaubt man auf seine Rückkehr hoffen zu dürfen. (D. A. Z.)

Wien, 13. Decbr. Das Ministerium ist stark und weiß es. Finanzminister Krauß hat daher trotz seines skrupulösen konstitutionellen Gewissens, ohne den Bericht des Finankomités zu erwarten, sich einstweilen von der Bank 20 Mill. fl. verabfolgen lassen. Es ist dabei nichts gewagt, denn das Finanzkomité hat auch bereits auf 30 Millionen fl. angetragen und wird wegen der verbleibenden 30 Mill. fl. wohl noch im Laufe der Diskussion sich vereinigen. — Die Juden anlangend, macht man am Reichstage fast Miene, sie nicht zu emanzipiren, weil die Abgeordneten aus denjenigen Provinzen, wo die Juden noch zum Kinderschrecken gebraucht werden, besorgen, von ihren Committenten bei ihrer Rückkunft schlimm empfangen zu werden, wenn die Judenemanzipation durchgeht. Nun wäre es doch begreiflicher Weise ein weit geringeres Unglück, wenn die Juden noch einige Zeit unter Ausnahmsgesetzen verbleiben, als wenn die geheiligte Person eines tiroler oder steirischen Deputirten zu leiden hätte. Seitsam genug sprechen sich die galizischen Deputirten durchgehend für Emanzipation aus, während doch gerade in Galizien die Juden am zahlreichsten und am wenigsten kultivirt erscheinen. Ehedem war es Pfaffen- und Bürgerregiment, das der Judenemanzipation im Wege stand. Das erste ist unwiederbringlich verloren, und alle Kanonen der Welt vermögen die canonisi nicht wieder in Respekt zu bringen. Dafür stößt noch der Judenhaß des Krainers Besorgniß ein. — Ueber Ungarn herrscht die größte Spannung; bis jetzt ist aber nicht das Geringste vorgefallen.

Wien, 13. Decbr. Mordthaten häufen sich hier sowohl beim Militär als beim Civil, weniger jedoch aus Raub- als aus Rachsucht. Heute Morgen wurde ein Soldat hingerichtet, welcher seinen Feldwebel erschossen hatte, weil dieser mit der Tapferkeitsmedaille, die Ersterm seiner Meinung nach gebührt hätte, betheilt wurde. Morgen wird der Jäger, welcher seinen Oberjäger gleichfalls erschossen hat, mit dem Strange hingerichtet. (D. A. Z.)

Prag, 14. Decbr. Die czechische Rechte tritt zum Erstaunen der Bevölkerung Prags in Opposition gegen das Ministerium Schwarzenberg! Ein größerer Artikel aus Kremsier in der Narodni Nowiny, dem einflußreichsten Organe der czechischen Partei, der um so bedeutungsvoller ist, als er von dem Redakteur Abg. Havlicek herrührt, hat zuerst hiervon Kunde gebracht. Die Ursache dieser plötzlichen und wichtigen Aenderung der Gesinnung liegt nach diesem Artikel in dem vom Ministerium einigen Mitgliedern vorgelegten Entwurfe der Gemeindeordnung. Der Widerspruch dieses für reaktionär ausgegebenen Gesetzentwurfs mit dem freisinnigen Programme des Ministeriums hat die czechische Partei in Entrüstung erfüllt. Insbesondere mögen zwei Artikel darin vorkommen, welche dieses Aktenstück etwas exklusiver machen. In dem einen kommt die Eintheilung in Gaue, Distrikte, Kreise vor, welche letztere dem Ministerium unmittelbar unterstehen und ihren eigenen Landtag haben. Dadurch zerfällt die Eintheilung in Provinzen und man hat sich dem Programme der Linken bedeutend genähert. Der Ausdruck „Gau" mag ihnen auch etwas zu germanisch geklungen haben. Allein ein noch größeres czechisches Entsetzen rief ein anderer Paragraph hervor. Nach diesem soll in den zum deutschen Bund gehörigen Ländern (also auch der uns, bemerkt Hr. Havlicek) Jeder Bürger werden können, der nach den Gesetzen Bürger des deutschen Reichs ist. Ha! welch unerhörte Bestimmung. „Da wären ja Oesterreich und Deutschland eins!" bemerkt der Berichterstatter. Mit einem solchen Ministerium kann man nicht mehr Hand in Hand gehen. Selbst wenn das Gesetz noch so verändert vorgelegt wird, kann es nicht angenommen werden. — Seit gestern circulirte ferner in der Stadt das Gerücht, daß alle demokratischen Vereine aufgehoben werden und daß die Slowanska Lipa und der Deutsche Verein darunter begriffen seyen. Der Ministerialerlaß, der an den Vicepräsidenten erlassen wurde, lautet seinem wesentlichen Inhalte nach: Da alle unter dem Namen demokratische Vereine bestehenden und die andern, demokratische Tendenzen verfolgende Vereine und Arbeiterklubs sowohl die öffentliche Ruhe, als auch das Leben und

Digitized by Google

Eigenthum Eingelner gefährden, werden Sie ersucht, unter Ihrer Verantwortlichkeit aufgefordert, die in diese Kategorie gehörenden Vereine in Ihrer Provinz unverzüglich auflösen. Diese Nachricht brachte die ganze Stadt in Bewegung. (D. A. Z.)

Ungarn.

Von der ungarischen Grenze, 12. Dec. So ist denn geschehen, woran zwar Viele in Ungarn nicht mehr gezweifelt, was aber doch immer für unwahrscheinlich gehalten wurde. Die Russen sind in Siebenbürgen eingerückt und zwar in Kronstadt, einer für die Behauptung des in die Walachei führenden Passes höchst wichtigen Festung. Zuerst kam ein Hauptmann mit einer Compagnie Sappeurs, und später langten drei Bataillone Infanterie, eine Division Kosacken und 18 Kanonen an. — Die Verrückung der Vorposten des ersten Armeekorps unter Jellachich über die ungarische Grenze ist bereits erfolgt, das zweite Armeekorps unter Wrbna rückt nach, die Reserve, 16,000 M. stark, befehligt der Herzog v. Serbelloni. Die k. k. Truppen haben bereits Neusiedl am See und den Marktflecken Parendorf genommen, Ortschaften, die in der Ebene liegen und nicht wohl zu halten sind; auch die Schanzen von Rittsee haben die k. k. Jäger mit Sturm genommen, allein kaum hatten sie sich darin festgesetzt, so erschienen die Ungarn mit Macht und metzelten Viele nieder, während der Rest gefangen genommen und entwaffnet wurde. Täglich ziehen Reihen von Bauernwagen mit Vieh strotzen zurück in die Feldspitäler, und daß die Angelegenheiten Oesterreichs in Ungarn nicht so gar vortrefflich stehen, beweist die strenge Verfügung, daß die wiener Blätter während des Belagerungszustandes nichts über den Stand der Dinge an der Grenze veröffentlichen dürfen.

Italien.

Nach dem Corriere mercantile vom 9. Dec. werden auf dem Brüsseler Kongreffe folgende vier wesentlich verschiedene Vermittlungsvorschläge zur Berathung kommen: 1) Der von England ausgehende, nach welchem die Lombardei und die Herzogthümer mit Sardinien vereinigt, Venedigs Verhältniß und Verfassung aber seiner Selbstbestimmung überlassen bleiben. 2) Der von Frankreich, welcher die vollständige Befreiung Italiens voraussetzte, jedoch bis jetzt nicht näher erklärt habe, was es „unter dieser Phrase" verstünde, und sich nur mit Bestimmtheit gegen eine Vergrößerung der sardinischen Staaten ausspreche. 3) Der von Frankfurt, nach welchem der lombardisch-venetianische Staat von Oesterreich unabhängig werde, aber unter die Herrschaft eines österreichischen Prinzen gestellt werden und Deutschland durch einen Handels- und Zoll-Verband verbunden werden solle; und endlich 4) der des Ministeriums von Olmütz, das eben auf keines dieser Projekte eingehe und hartnäckig darauf beharre, das lombardisch-venetianische Reich müsse mit Oesterreich verbunden bleiben. Hinter diesen vier Vorschlägen stecke ein fünfter, der noch nicht hervorirete, aber von Rußland gehegt und, wie es scheine, von Radetzky (??) selbst unterstützt werde. (Die Erhebung des Herzogs von Leuchtenberg auf den Thron der Lombardei.)

Frankreich.

Paris, 13. Dec. Obgleich die Regierung, wie sie in einer Bekanntmachung erklärt, in Erwartung offizieller Mittheilungen noch keine authentische Resultate der bis jetzt bekannt gewordenen Wahlen mittheilt, so ist doch der Sieg Louis Napoleon's entschieden, und der National selbst erkennt es heute an. Die Zahl der für ihn lautenden Stimmen verhält sich zu denen für General Cavaignac durchschnittlich wie 3 zu 1. Nach dem Journal des Debats hat Napoleon in unseren 12 Arrondissements 381,746, Cavaignac 136,903 Stimmen erhalten. Wie sich dieselben in den Departementen stellen, darüber mag Folgendes eine Uebersicht geben: Calvados für Napoleon 34,4447, Cavaignac 6941. Eure für N. 47,740, C. 6035. Maine und Loire für N. 26,213, C. 7255. Yonne für N. 22,250, C. 2195. Oberdem (hier hat Ledru Rollin 5874) für N. 23,436, C. 4514. Aisne für N. 22,877, C. 2079. Nievre für N. 12,850, C. 1548. Loiret für N. 49,907, C. 6967. Somme (bis 8 Uhr Abends) für N. 45,710 C. 3540. Ardennes (erst zum Theil bekannt) für N. 4823, C. 1865. Haute Vienne für N. 9,000, C. 700. Eure für N. 30,000, C. 5500. Nord für N. 28,000, C. 47,000. Bemerkenswerth ist, daß in der Vorstadt St. Germain, wo der alte Adel wohnt, das Verhältniß sich folgendergestalt stellte. Louis Napoleon 22,32ü, Cavaignac 11,247, Lamartine 399, Ledru Rollin 1597, Raspail 840 Stimmen. Letztere beiden erhielten hier im Ganzen 25,313 und 15,420 Stimmen. (D. Z.)

Paris, 13. Decbr. Nachschrift. Die neuesten Wahlberichte umfassen die Wahlen in 42 Departements, sind jedoch nicht vollständig. Von 1,850,000 Stimmen sind beinahe 1,000,000 auf Louis Bonaparte, 650,000 auf Cavaignac und 200,000 auf Ledru-Rollin, Raspail und Lamartine gefallen. Die Wahl Louis Napoleons gilt immer mehr für gewiß. (K. Z.)

Lyon, 13. Dec. Bei uns erhielt Louis Bonaparte etwa 37,000, Cavaignac 14,000, Raspail 6000 und Ledru-Rollin 1000 Stimmen. So wie in Paris ließen auch hier die Course aller Staatspapiere.

Straßburg, 15. Dec. Die allgemeine Zählung sämmtlicher im niederrheinischen Departemente abgegebenen Stimmen hat folgendes Ergebniß geboten: Stimmend 113,612; davon für Ludwig Napoleon Bonaparte 60,235, für Cavaignac 46,504, für Ledru-Rollin 4375, für Lamartine 299 und verlorne Stimmen 2178.

Straßburg, 13. Dec. Louis Bonaparte hat in sämmtlichen Departementen Frankreichs eine überwiegende Stimmenmehrheit als Präsident der Republik erlangt und so werden wir in einigen Tagen die offizielle Ernennung desselben durch den Telegraphen erhalten. (F. J.)

Großbritannien.

Die Morning Post erklärt, daß an der gemeldeten Absicht einer Expedition nach Marokko kein wahres Wort sei.

Neueste Nachrichten.

München. (Ernennungen in Oberfranken.) Appellationsgerichte in Bamberg: I. f. Staatsanwalt: Rath v. Sundahl, II. Staatsanwalt: Assessor Lüft. Kreis- u. Stadtgericht Bamberg: I. f. Staatsanwalt: Rath v. Köppel, II. Staatsanwalt: Assessor Frhr. Marr, Untersuchungsrichter: Rath v. Seefried. Kreis- und Stadtgericht Bayreuth: Staatsanwalt: funkt. Rath Ritter, Untersuchungsrichter: Rath Oerthel.

* Paris, 14. Decbr. Paris ist beispiellos ruhig, — nirgends ist die Ordnung auch nur einen Augenblick gestört worden, und da man nun weiß, daß die Wahl Louis Bonaparte's so gut als gesichert ist, da man sieht, daß dieser Regierungswechsel ohne Erschütterungen vor sich gehen wird, so gewinnt die Börse Zutrauen und die Curse steigen. Der Constitutionell bittet sogar die Ueberbleibsel der alten Kaiser-Armee, die sich allsährlich am 15. December (Jahrestag der Ankunft der Kaiserleiche in Paris) zu einem Gottesdienste und zu einem Bankette zu vereinigen pflegten, ihre alten Uniformen nicht anzuziehen und keine äußerlichen Demonstrationen zu machen, da man nicht ermangeln würde, das Ganze sogleich als eine imperialistische Demonstration auszulegen und das Volk zu einer Emeute aufzureizen.

Anzeigen.

Der Präsident Wilhelm Heinrich Anguft von Gagern ist nicht am 20., sondern am 22. August 1799, Nachts 11 Uhr, in Bayreuth geboren und am 29. d. Mts. in der reformirten Kirche dahier getauft worden. Die Taufpathen waren: Georg Wilhelm Heinrich Auguft Belgieus Erbprinz von Nassau-Weilburg und Henriette Herzogin zu Würtemberg, geb. Prinzessin von Nassau-Weilburg Durchlaucht. Die Eltern: Hanns Christoph von Gagern, hochfürstlich Nassau-Weilburgischer Geheime Rath und Frau Charlotte von Gagern, geb. von Gangreben,

Aus dem reformirten Kirchenbuch dahier.

Feine weiße, braune, Basler und Eisenbahn-Lebkuchen, Punschessenz, Vanille- und Gewürz-Chokolade, Konfekturen, nebst übrigen Konditorei-Waaren, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

G. Hermann.

Ich beehre mich, meine feinen braunen und weißen, Basseler, Thorner, Magen- und Makronen-Lebkuchen, feine Liqueure, Punschessenz, Arac und Wachsstöcke zur gefälligen Abnahme zu empfehlen.

Wilh. Friedmann.

Bei gegenwärtiger Weihnachtszeit empfehle ich ein schönes Sortiment **Glacé-Handschuhe** für Herren, Damen und Kinder, zu sehr billigen Preisen.

Joh. Matth. Kolb.

Da ich mein Logis verändert habe, so zeige ich meiner verehrten Kundschaft ergebenst an, daß ich nun im Weißischen Hause neben Herrn Bäckermeister Eichmüller in der Ziegelgasse wohne und bitte mich ferner zu beehren.

Schrödel, Schneidermeister.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl. halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch — Nro. 353. — 20. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Decbr. Hier ist ein Abgeordneter aus Wolgast (in Neupommern) angekommen, ein Schiffsbaumeister, welcher um Unterstützung nachsucht für den Plan seiner Landsleute eine Dampfcorvette zu bauen. Sie soll mit 6 großen Bombenkanonen ausgerüstet werden, die sich nach allen Seiten drehen lassen; die Maschinen sollen in Berlin angefertigt werden, und allein 80,000 Thlr. kosten. Die Kosten für die Corvette sind auf 150 — 160,000 Thaler veranschlagt. Bei dem Wolgaster Vereine sind dazu 10,000 Thaler an freiwilligen Beiträgen zusammengebracht, auch haben sich die dortigen Kaufleute erboten, Hanf, Segelwerk und allen Schiffsbedarf ohne Provision zu liefern. Es ist jetzt Auftrag gegeben, in den Ostseehäfen vierzig Kanonenschaluppen für die deutsche Flotte zu erbauen. Aber wo bleiben die großen Kriegsschiffe? Die Ober-Postamts-Zeitung verschert, sie sollten jetzt, (**Tandem aliquando!**) in England und in Deutschland erbaut werden, unter der Aufsicht eines amerikanischen Commodore. Im preußischen Kriegsministerium wird aber versichert, die deutschen Kriegsschiffe würden ausschließlich in Deutschland erbaut werden. Wenn dem so ist, so würde die Erbauung dieser Flotte ihren nächsten Zweck vollständig verfehlen; denn die Sachverständigen versichern, daß bis zum Wiederbeginne der Schifffahrt es unmöglich sein werde, auf deutschen Werften jetzt noch größere Kriegsschiffe zu erbauen und feuerfertig zu machen.

Das Frankf. Journ. schreibt: **Frankfurt**, 16. Decbr. H. v. Gagern, das neue Haupt des Reichsministeriums, wird seiner Parthei als solcher angehören oder gegenüberstehen, sondern diese Stellung durch die Magnetnadel der deutschen Sache bestimmen lassen. Wir zweifeln nicht, daß auch durch die Parthei ein guter Geist schreiten und die wahren Patrioten unter ihnen zu der überwiegenden Majorität sammeln wird, deren jeder bevorstehende Haupbeschluß bedarf, um seine gesetzliche Geltung in Deutschland auch noch durch einen bedeutenden moralischen Eindruck zu verstärken. Für den Inhalt dieser Hauptbeschlüsse gibt Oesterreich die nächste Prämisse, je nachdem es in dem engeren deutschen Verbande bleibt oder nicht. Die Parthei, welche dies Verbleiben fast unbedingt wünscht, scheint auch immer noch daran zu glauben, täuscht sich aber namentlich über die Wirkung des österreichischen Programms. Wenn wir ihre Voraussetzung theilten, so würden wir auch ihrem Vorschlage einer Pentarchie nicht abgeneigt seyn, nach welchem die deutschen Dynasten Fünfe aus ihrer Mitte zur Verwaltung des deutschen Bundesstaates wählen und der Nationalversammlung zur Bestätigung präsentiren wollen. Durch diese Fünfe sollen, wenn wir recht unterrichtet sind, folgende Hauptstheile Deutschlands repräsentirt werden: 1) Oesterreich, 2) Preußen, 3) Bayern, Würtemberg, Baden, 4) und 5) die übrigen kleineren Staaten unter den Kategorien der rheinischen und der norddeutschen. Wenn durch Oesterreichs Verbleiben im Bundesstaate die Schaarung seiner sämmtlichen Glieder um Preußen unthunlich würde, so würde allerdings jene Vertheilung gerechter und zweckmäßiger seyn, als eine Zweiherrschaft der beiden Großmächte. — Aber die genannte Prämisse hat wiederum eine andere vor sich, nämlich die bekannten beiden Paragraphen und für diese glauben wir die Stimmenmehrheit auch jetzt wieder geschert. Sie wird durch die preußisch-deutsche Parthei (nicht zu verwechseln mit der schwarzweißen, die kein Aufgehen Preußens in Deutschland will) und durch die politisch gebildetsten und wirksamsten Bestandtheile der linken Fraktionen gebildet werden. Diese Koalition wird zugleich für die künftigen prinzipiellen Fragen eine liberale Mehrheit von großem Gewichte begründen. Oesterreich aber wird, trotz §. 1 jenes Programms, dem voraussichtlichen Beschlusse über die Personalunion Anerkennung und Ausführung versagen; und dann wird Deutschland eine Entscheidung, welche ihm Preußens Schwert und sonstige Mitgift zum Eigenthume macht, nicht länger verzögern dürfen. Von Oesterreich indessen würden wir nicht mit höflicher Phrase, sondern mit aufrichtiger und sicherer Hoffnung „auf brüderliches Wiedersehen!“ Abschied nehmen. Die beiden großen Staatenkörper der europäischen Mitte, Deutschland und Oesterreich, werden eine innigere Verbindung, als die des gewöhnlichen Staatenbundes, erst dann recht nachhaltig schließen können, wann jeder zuvörderst für seine eigene feste und gesunde Gliederung gesorgt hat.

Frankfurt, 16. Dec. Nach hier eingetroffenen zuverlässigen Nachrichten aus Schleswig sind 6000 Mann Dänen auf Alsen gelandet. Auch ist wie man vernimmt, an die im Altenburgischen stationirten hannöverschen Truppen bereits der Befehl zum Marsche nach Schleswig abgegangen. Weitere Truppentheile des Reichs werden denselben nachfolgen. (F. J.)

München, 17. Dec. Bekanntmachung, die Ausstellung von funktionirenden Staatsanwälten an den Appellations- und Kreis- und Stadtgerichten, dann von ständigen Untersuchungsrichtern an den Kreis- und Stadtgerichten betreffend. In Vollziehung des Art. 8 des Gesetzes vom 12. Mai dieses Jahres (Gesetzblatt No. 6), dann der Artikel 2 und 28 des Gesetzes vom 10. November dieses Jahres (Gesetzblatt No 25) werden als funktionirende Staatsanwälte an den königl. Appellations- und Kreis- und Stadtgerichten, dann als ständige Untersuchungsrichter an den königl. Kreis- und Stadtgerichten nachstehende Gerichtsmitglieder aufgestellt: I. **Oberbayern.** Appellationsgericht zu Freising: 1. Staatsanwalt Rath Friedr. Grebbeck; 2. Staatsanwalt Assessor Joseph Then. Kreis- und Stadtgericht München: 1. Staatsanwalt Rath Benno Fleißner; 2. Staatsanwalt Rath Viktor Deuter; Untersuchungsrichter Rath Adolph Frhr. v. Lupin. Kreis- und Stadtgericht Aschach: Staatsanwalt Rath Karl August Decregnis; Untersuchungsrichter Rath Maximilian Grabner. Kreis- und Stadtgericht Wasserburg: Staatsanwalt Rath Heinrich Michel; Untersuchungsrichter Assessor Joseph Friedrich Pfeuffer. — II. **Niederbayern.** Appellationsgericht zu Passau: 1. Staatsanwalt Rath Johann Nepomuk Leeb; 2. Staatsanwalt Assessor Gustav Miller. Kreis- und Stadtgericht Landshut: Staatsanwalt Rath Alois Gmeiner; Untersuchungsrichter Assessor Alex. Plöbert. Kreis- und Stadtgericht Passau: Staatsanwalt Rath Dr. Adolph Kräger; Untersuchungsrichter Rath Karl Mathias Schläfer. Kreis- und Stadtgericht Straubing: Staatsanwalt Rath Karl Bacher; Untersuchungsrichter Rath Sebastian Waltenberger. — III. **Oberpfalz und Regensburg.** Appellationsgericht zu Amberg: 1. Staatsanwalt Rath Franz Xaver Bauscht; 2. Staatsanwalt Assessor Ludwig August Steinhäuser. Kreis- und Stadtgericht Regensburg: 1. Staatsanwalt Rath Jakob Halenke; 2. Staatsanwalt Assessor Fedor Lug; Untersuchungsrichter Rath Joseph Klyp. Kreis- und Stadtgericht Amberg: Staatsanwalt Rath Eg. Gerstner; Untersuchungsrichter Rath Michael Engel. — IV. **Oberfranken.** Appellationsgericht zu Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Adolph Friedrich v. Sundahl; 2. Staatsanwalt Assessor Martin Lüst. Kreis- und Stadtgericht Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Friedr. Wilhelm Köppel; 2. Staatsanwalt Assessor Sigmund Marx; Untersuchungsrichter Rath Oskar Frhr. v. Seefried. Kreis- und Stadtgericht Bayreuth: Staatsanwalt Rath Friedrich Ritter; Untersuchungsrichter Rath Friedr. Wilhelm Oertel. — V. **Mittelfranken.** Appellationsgericht zu Eichstätt: 1. Staatsanwalt Rath Franz Anton Nusser; 2. Staatsanwalt Assessor Julius Knappe. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: 1. Staatsanwalt Assessor Dr. Joh. Georg Kalb; 2. Staatsanwalt Assessor Christ. Otto; Untersuchungsrichter Rath Ferd. Karl v. Grundherr. Kreis- und Stadtgericht Ansbach: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Heyde; 2. Staatsanwalt Assessor Dr. Max Theodor Mayer; Untersuchungsrichter Rath Gustav Krohne. — VI. **Unterfranken und Aschaffenburg.** Appellationsgericht zu Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Heinr. Loz; 2. Staatsanwalt Assessor Friedr. Helfreich. Kreis- und Stadtgericht Würzburg: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Steppes; 2. Staatsanwalt Rath Bernhard Wilhelm; Untersuchungsrichter Rath Franz Ludwig Löwenheim. Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Philipp Höfling; 2. Staatsanwalt Rath Friedrich Thelemann; Untersuchungsrichter Rath Karl Frhr. v. Cunibert. Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt: Staatsanwalt Rath Julius Eckardt: Untersuchungsrichter Assessor

Digitized by Google

for Johann Jakob Jäger. — VII. Schwaben und Neuburg. Appellationsgericht zu Neuburg: 1. Staatsanwalt Rath Ludwig Reymayr: 2. Staatsanwalt Assessor Emeran Persch. Kreis- und Stadtgericht Augsburg: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Angust Hederer; 2. Staatsanwalt Assessor Dr. Johann Georg Heinzelmann; Untersuchungsrichter Rath Ferd. Böhm. Kreis- und Stadtgericht Kempten: Staatsanwalt Rath Richard Westermaier; Untersuchungsrichter Rath Joseph Franz. Kreis- und Stadtgericht Memmingen: Staatsanwalt Rath Joseph Hofner; Untersuchungsrichter Rath Joseph Brand. Bezüglich der am obersten Gerichtshofe des Königreichs und den Funktionen der Staatsanwaltschaft zu betrauenden Gerichtsmitglieder wird noch eine besondere Bekanntmachung erfolgen. München, den 13. Dec. 1848. Königliches Staatsministerium der Justiz. (Gez.) Heinz.

† Von der Isar. Die in Nr. 344 Ihres Blattes aus München gegebene Nachricht, daß an die Stelle des aufgehobenen Kabinets ein Hofsekretariat getreten sey, muß dahin berichtigt werden, daß das Hofsekretariat von jeher neben dem Kabinetssekretariate (wenn auch nicht gerade unter diesem Titel) bestanden hat. So unter dem Kabinetssekretär v. Ceeuzer, als eigentlichen Hofsekretär für die Privatangelegenheiten des Königs Ludwig und den äußeinanderfolgenden Kabinetssekretären v. Grandauer und v. Schlicher für die Staatsangelegenheiten. Dieses letztere Staatskabinetssekretariat ist nun vor einiger Zeit, als mit einer konstitutionellen Regierung nicht vereinbar, aufgehoben worden, — besteht aber bis jetzt in voller Wirksamkeit noch fort. Herr v. Schlicher, der gleich seinem Vorfahrer an Herzverengerung leiden soll, scheint nemlich ein zweiter Grandauer werden zu wollen: Gott bewahre uns nur vor einer Wiederholung der noch in sehr üblem Andenken stehenden Grandauer'schen geheimen Kabinetssekretariatsgendarmerie-Polizei. Wien und Berlin scheinen das bereits todtgeglaubte Staatskabinetssekretariat wieder am Leben erhalten zu wollen. Auch gut, — wenn es doch nicht anders seyn kann und die konstitutionellen Minister damit zufrieden sind. Es bleibt übrigens ein wahres Glück, daß der scheinbare Kabinetssekretär nicht ohne Todtenschau begraben worden ist. Der Verlust wäre unersetzlich: namentlich für die Redemptoristen in Altötting.

Es wird ergählt, daß in Altenburg unter dem dort liegenden hannoverschen Bataillon, aus Hannoveranern bestehend, das sich in dem Feldzuge gegen die Dänen so ausgezeichnete, habe die Soldaten des mit ihm in Garnison liegenden Gardebataillons, unter dem viele Oldtiesen, verhöhnt, „sie hätten während des Krieges auf der Bärenhaut gelegen.“ So soll es denn zu Raufereien gekommen sein, ganze Compagnien hätten den Degen in der Hand einander gegenüber gestanden und viele sollen verwundet worden, einige selbst getödtet sein. Nur der Entschlossenheit der Offiziere soll es gelungen sein die Wüthenden aus einander zu bringen.

Bernburg, 15. Decbr. Heute ist der Landtag durch das Ministerium aufgelöst und ein Landesverfassungsgesetz veröffentlicht worden.

Berlin, 16. Dec. Man unterhält sich viel von Andeutungen der Reichsabgeordneten, welche in der letztern Zeit durch Aufträge des Reichsverwesers und des Parlaments an Berlin gesetzt waren. Charakteristisch ist eine Aeußerung, die wir hier mittheilen wollen. Ein hochgestellter preußischer Beamter machte einem der frankfurter Herren bemerklich: Bei dem jetzigen Verhalten des Parlaments in Deutschland nicht viel besser daran als mit dem verstorbenen Bundestage. „Ja wohl, entgegnete der frankfurter. Staatsmann, wir wollen auch nichts Anderes sein als der Bundestag.“ Sich verdrießend setzte er dann lächelnd hinzu: „nur nicht ganz so wie der Bundestag; wir sind die editio emendata.“ Der im Auftrage des Justizministers Bornemann ausgearbeitete „Entwurf einer Civilproceßordnung“ ist jetzt in die Oeffentlichkeit gelangt. Seine Veröffentlichung noch vor der Berathung darüber im Justizministerium ist durch den spätern Minister Hrn. Märker ausdrücklich zu dem Zweck bewilligt worden, „Meinungen, Urtheile und Rathschläge sachverständiger Männer darüber kennen zu lernen und davon Nutzen zu ziehen.“ Sie konnte, wie es in dem Vorbericht heißt, nicht mehr verhindert werden, als mit der abermaligen Personalveränderung auch die Ansicht hierin sich wieder änderte. Das Werk (verfaßt von einem der ausgezeichnetsten Juristen, Fürstenthumsgerichtsdirector Koch in Neiß) kündigt sich selbst als die Ausführung der in dem Programm des Ministeriums Auerswald gegebenen Verheißung an: daß die anerkannten Vorzüge des französischen Rechts im ganzen Lande verallgemeinert werden sollen. (D. A. Z.)

Berlin, 15. Dec. Es scheint jetzt gewiß, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel in seiner Stellung verbleiben wird. Nur eine entscheidende Wendung der allgemein deutschen Verhältnisse wird eine Aenderung in dieser Beziehung herbeiführen können.

Die Deutsche Reform theilt aus Berlin vom 15. Dec. mit: Wie man hört, wird das Gesetz über die Geschwornengerichte in 8—10 Tagen publizirt werden, mit der Bestimmung, es am 1. Mai des folgenden Jahres mit den Modifikationen, welche die Kammern etwa beschließen werden, in die Praxis einzuführen. Die Verwaltungsbehörden sollen aber sofort angewiesen werden, die nöthigen Einrichtungen zu treffen: Geschwornenlisten müssen angefertigt, das Institut der Staatsanwaltschaft überall vorbereitet werden ꝛc. Das Recht, Geschworener zu seyn, ist von keinem Census abhängig gemacht: Jedem steht es zu, mit Ausschluß Derer, die durch ihre amtliche Stellung von seiner Ausübung verhindert sind oder denen die Lust unerträglich ist, worüber es einem Jeden sich zu erklären freisteht. Die betreffenden Reglestonen werden vorgütigt, aber keine Diäten gezahlt. — Bekanntlich bestimmt die preußische Verfassung in §. 16, daß die kirchliche Trauung nur nach der Vollenzung des Civilaktes stattfinden kann. Da wir nun vorläufig noch keine Civilstandsbeamten haben, so würde, bis sie zu Stande kommen, keine kirchliche Trauung einer Ehe Gültigkeit geben. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, soll durch eine besondere Cabinetsordre jene Lücke in den Uebergangsbestimmungen der Verfassungsurkunde nachgeholt und erklärt werden, daß die kirchliche Trauung vorläufig noch für die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ausreicht.

Bielefeld, 14. Dec. In Paderborn wurde der Redakteur der „Westfäl. Ztg.“, Referendar Löher, eingezogen; ein gleiches Schicksal traf den allgemein geachteten Justizrath Gronewog in Gütersloh, einen Mann, der schon seit längerer Zeit sich von politischen Bewegungen ziemlich fern gehalten hat. In Essen arretirte man den Lehrer Mühlfeld. Viele andere Männer haben sich der Haft durch die Flucht entzogen, darunter der Ober-Landesgerichts-Assessor Möllenhof in Münster, der Redakteur des „Volksfreundes“, Kaufmann Kemper aus Bielefeld, der Artillerie-Lieutenant Hengst aus Hamm. (K. Z.)

Merseburg, 11. Dec. Der hiesige Land- und Stadtgerichts-Direktor, Ober-Landesgerichtsrath Weimann, einer der bedeutendsten Mitglieder unseres konstitutionellen Clubs, ist „politischer Vergehen halber“ zur Criminal-Untersuchung gezogen worden. (K. Z.)

Wien, 11. Dec. Die letzte Hinrichtung, welche an einem Schmiedegesellen vollzogen wurde, der einen Karabiner verstecht und aufbewahrt hatte, dessen er sich, wie die Kundmachung lautete, wahrscheinlich! in den Oktobertagen bedient hatte, brachte in Diß mißbeim Ministerium nicht weniger Aufregung hervor, wie in Wien. Man war dort eben so wenig wie hier auf neue Hinrichtungen gefaßt, und der Grund war doch kein so bedeutender, daß man so rasch vorhwendig die kaum getrockete Blutlache des Stadtgrabens hätte restaurieren müssen. Die Minister scheinen endlich etwas betroffen darüber, daß, allen ihren wiederholten Bemühungen zum Trotze, die Exekutionen noch immer nicht aufhören wollen, und Stadion soll seinen Unwillen hierüber unverholen geäußert haben. Doch was nützt es? Das Ministerium hat eben so wenig die Mittel in Händen wie der Reichstag, der Militär-Herrschaft ein Ende zu machen, und nur das Eine ist erreicht: Stadion steht selbst jetzt ein, daß eine Militär-Herrschaft de facto existire, und Rieger könnte den Ministern eben so höhnisch antworten, wie der Linken in der Kammer: „Wenn Windsichrafg ungefestlich handelten, wohl, so ruft ihn ab, stellt ihn vor Gericht und bestraft ihn als Verräther.“ Dieses verantwortliche Ministerium hat einen Herren bekommen, der an der Spitze von 150,000 M. steht und nicht Willens scheint, das Schwert so leicht aus der Hand zu legen. Und was hat das Schlimmste bei der Sache ist, das Ministerium darf gegen den Generalissimus nicht Opposition machen, denn er ist es ja, der das ministerielle Programm verwirklichen, der den Glanz und die Integrität der Monarchie wieder herstellen soll. Dazu gehören Truppen und Geld. Die ersten liefert die allgemeine, sehr streng eingehaltene Rekrutirung, und die Geldmittel soll die Kammer bewilligen. Will sie nicht, so wird man sie ohne Zweifel aus einander jagen, und dann — wer weiß, ob wir und eine solchen liberalen octroyirten Verfassung zu erfreuen haben werden, wie Preußen! (K. Z.)

Wien, 14. Decbr. Glaubwürdigen Vernehmen nach wäre es dem Feldmarschallleutenant Grafen Schlick gelungen, mit seinen 18,000 Mann starken Armeekorps aus Galizien über sehr unwegsame Gebirgspfade bis Eperies vorzudringen und diese Stadt zu besetzen.

Wien, 14. Decbr. Der gestern erwähnte Paragraph des Gemeindegesetzentwurfs, welcher so viel czechische Entrüstung hervorgerufen haben soll, ist §. 6 des I. Abschnitts und lautet wört-

Digitized by Google

lich: „Um Gemeindeglied zu seyn, ist vor Allem die österreichische, oder insofern der Landesstheil zum deutschen Bunde gehört, doch wenigstens die deutsche Staatsbürgerschaft nothwendig."

Nach Briefen aus Wien vom 14. Dec. ist Fürst Windisch-Grätz mit der Reserve nach Ungarn aufgebrochen. Preßburg soll am folgenden Tag angegriffen werden. Es ist wieder von der Berufung des Febru. v. Kübeck ins Finanzministerium die Rede.

Prag, 15. Decbr. Die von der Gazette de France zuerst mitgetheilte Nachricht, daß der Kaiser Franz Joseph sich mit einer Tochter des Großfürsten Michael vermählen werde, findet hier keinen Glauben. — Aus Reichenberg erfahren wir soeben, daß eine bedeutende Abtheilung Militär, 900 Mann stark, eingerückt sey, die zum Zwecke habe, die verweigerte Rekrutenstellung dort zu bewirken.

Kremsier, 11. Decbr. Der Reichstagsabgeordnete Lucian Kodylica, ein ruthenischer Bauer, ist nach seiner Heimath in die Bukowina gereist und dort von den Bauern zum König gemacht und mit einer Leibgarde von 1000 bewaffneten Bauern umgeben worden. In dieser Eigenschaft verjagte er die dortigen Beamten, Kreishauptleute u. s. w., nahm den Grundbesitzern ihre Grundstücke weg und vertheilte sie an die Bauern, alles im Namen des Kaisers. (D. Z.)

Italien.

Nach Briefen aus Rom vom 9. Dec. bereitete sich der Bürgerkrieg vor, zwischen Zucchi in Bologna einer-, und dem römischen Ministerium andererseits. Man wollte aus Rom an alle auswärtigen Höfe neue Gesandte schicken. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, 15. Dec. Man meldet aus Antwerpen die traurige Nachricht, daß Th. van Rysewyck, der genialste der flamändischen Dichter wahnsinnig geworden ist und in ein Irrenhaus gebracht werden mußte. Es ist dies ein empfindlicher Verlust für die flamändische Literatur, welche durch den Tod Ledeganck's bereits so schwer getroffen worden war. (K. Z.)

Frankreich.

* Paris, 15. December. Herr Armand Marrast ist gestern mit 381 Stimmen unter 599 Votirenden abermals zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden. Dieses Resultat ist sehr wichtig, da es zeigt, daß die republikanische Majorität der Versammlung in ihrer bisherigen Haltung verbleibt.

Lagrange's Motion, die allgemeine Amnestirung vor Einsetzung des neuen Präsidenten zu diskutiren, ward im geheimen Scrutin mit 374 gegen 217 Stimmen verworfen.

Briefe aus Madrid versichern, daß Narvaez entschieden in Ungnade ist. Die Königin, die gewöhnlich kleine ungenirte Abendgesellschaften mit Soupers gibt, hatte bei einer derselben den Marquis von Santiago, Obersten der Grenadiere als guten Gesellschafter kennen gelernt und ihn Narvaez zur Beförderung zum Brigadegeneral vorgeschlagen. Narvaez weigerte sich, die Ernennung zu unterzeichnen und ließ den Obersten durch den General Galenge bedeuten, nicht mehr bei den Soupers der Königin zu erscheinen. Die Königin, heftig erzürnt, ließ Narvaez bedeuten, nicht mehr bei den Hofbällen zu erscheinen, die mit der konstitutionellen Regierung in keiner Beziehung ständen. Narvaez, durch diese Ausschließung aufs Tiefste beleidigt, und seinen Sturz vorhersehend, sucht diesen durch einen Staatsstreich zuvorzukommen und arbeitet eben jetzt an einer Coalition seiner Freunde und der Moderados. So erzählt der Nationl nach Briefen aus Madrid.

Das Gesammt-Resultat der bis diesen Morgen bekannten Wahlen gibt umgefähr: Louis Napoleon Benapatte 2,300,000 und General Cavaignac 820,000 Stimmen.

Die Ministerlisten der neuen Regierung circuliren fortwährend und wechseln alle Augenblicke. Heute bezeichnet man Hyp. Passy als Finanzminister, Fallouy als Unterrichtsminister, den Gendarmerieoberst Rebillot als Polizeipräfekten. Eines nur ist klar, die bedeutenden und bekannten Namen ziehen sich immer mehr in den Hintergrund zurück.

Paris erfreut sich fortwährend der größten Ruhe, die von der Regierung angeordneten Vorsichtsmaßregeln dauern fort und es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß General Cavaignac seinem Nachfolger die Gewalt stark und geachtet, das Land ruhig und friedlich übergeben wird.

Proudhon's Peuple meldet, daß das Landvolk in den meisten Departements für Bonaparte mit den Rufen: Vive Napoleon! Vive la Republique! à bas les Riches! votirt habe. „Louis Bonaparte, sagt das Journal, ist durch das allgemeine Stimmrecht verurtheilt, die Revolution von 1848 zu vollenden, sowie der Kaiser durch die Vorsehung dazu bestimmt war, die Revolution von 1792 durchzuführen. Bonaparte wird Republikaner seyn, demokratischer und sozialistischer Republikaner, oder er wird unter der Lächerlichkeit oder der Verachtung fallen," wie Louis Philippe, wie Lamartine, wie Cavaignac. Wir setzen in Cavaignac den Repräsentanten des Capitals, wir nehmen Bonaparte als den Repräsentanten der Arbeiter an. Specialität von Verräthern! es gibt für ihn keinen Mittelweg. Erwarten wir ihn am Werke."

Die Jahresfeier der Ankunft der Leiche des Kaisers in Paris ist heute ruhig und ohne Störung, ja sogar ohne Aenderung des Publikums vorübergegangen. Da die bonapartistischen Journale Unruhen ankündigten, hatte die Regierung nun jeden Vorwurf einer Saumseligkeit abzuwenden, große Truppenmassen in dem Pallaste der Nationalversammlung und in den Invalidenhotel zunächst liegenden Staatsgebäuden concentrirt, eine Vorsicht, die sich jedoch als ganz unnöthig erwies.

Man rechnet, daß Bonaparte 3½ Millionen, Cavaignac 1½ Millionen, Ledru-Rollin 500,000 Stimmen haben und die andern sich zersplittern werden.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 17. December. Im Conferenzsaale circulirte folgende Liste der neuen Ernennungen der bonapartischen Regierung: Präsident der Republik Louis Bonaparte, Vicepräsident Lamartine, Conseilspräsident und Justiz Odillon Barrot, Auswärtiges Drouin de Lhys, Inneres Leon de Malleville, Marine Admiral Leblanc, Krieg General Rulhieres, Staatsbauten Leon Faucher, Finanzen Hyp. Passy, Handel Bineau, Unterricht Fallour. Oberkommandant der Nationalgarde General Changarnier, Gesandter in Petersburg General Oudinot, in London Duvergier de Hauranne, in Berlin Gr. Mortier, Oberkommandant der Alpenarmee General Lamoricière, Generalgouverneur von Algier General Cavaignac, Commandant der 1. Militärdivision General Baraguay, Gouverneur der Invaliden Jerome Bonaparte, Großzanzler der Ehrenlegion General Piat. Außerdem sind noch General Montholon, und die Herrn Girardin, Victor Hugo, Pietri, Jerome Napoleon, Peter und Lucian Bonaparte, Billard, Larabit und eine Unzahl Anderer gut zu plaziren. Von den 85 Präfekten der Departements werden 62 durch Andere ersetzt werden, das diplomatische Corps wird ganz gewechselt, mit einem Worte: wir machen in den nächsten 14 Tagen eine komplette Revolution durch. Die Nationalgarde subscribirt auf einen Ehrensold wegen für ihre innere Ruhe. — Der

Paris, 14. Dec. Heute ist nun das offizielle Resultat der diesigen Abstimmung bekannt. Ludwig Napoleon erhielt 198,484, General Cavaignac 95,567, Ledru-Rollin 26,648, Raspail 15,671, Lamartine 3,638 Stimmen. Die bis gestern Abend bekannten weiteren Ergebnisse aus 24 Departementen, in welchen 979,815 Wähler stimmten, vertheilen sich folgender Maßen: Ludwig Napoleon 662,118, Cavaignac 238,352, Ledru-Rollin 60,600, Raspail 15,038, Lamartine 3,707. Was mittlerweile bekannt wurde, ist für den Napoleoniden noch günstiger. Nach einer neuern Angabe hätte Louis Napoleon bereits 1,192,770 Stimmen. Unsere Stadt bietet ein Bild der vollkommensten Ruhe. — Der Corriere Livornese vom 7. bestätigt, daß Carl Albert, Pius IX. und Ferdinand von Neapel ein eignes Bündniß gegen die römische Revolution geschlossen haben, und daß die Truppen des Letztern im Begriffe sind gegen Rom zu marschiren.

Die Dampf-Corvette „Pluton" ist am 9. in Toulon mit wichtigen Depeschen vom Grafen d'Harcourt und Hrn v. Corcelles angelangt, welche beide in Gaeta beim Papst verweilen. Der „Pluton" soll ein Schreiben vom Papste mitgebracht haben, in welchem Pius IX. der französischen Regierung dankt für ihr Anerbieten einer Dazwischenkunft, und ihr die Absicht kund gibt, nicht eher in seine Staaten zurückzukehren, bis die Bevölkerung ihm den Wunsch äußert, ihn wieder in ihrer Mitte zu sehen. (K. Z.)

Moldau und Walachei.

Bucharest, 5. Novbr. Die lange gefürchteten Verhaftungen von Seite der Russen haben begonnen, mehrere Bojaren und Kaufleute sind bereits gefänglich eingezogen und nach Rhmbulitz abgeführt. Ihr ferneres Schicksal läßt sich ahnen, und diese Ahnung ist hinreichend, kalte Schauer über den Rücken zu treiben. Unter den Verhafteten befinden sich auch Winterhalder, einer der ausgezeichnetsten Deutschen, und Raniger, ein ruhiger, ehrenwerther Handelsmann, beide österreichische Staatsbürger, aus Wien gebürtig. Die Augen sämmtlicher Deutschen in Bucharest sind voll Erwartung auf das K. K. österreich. Konsulat gerichtet. Ungefähr 15 Personen sind bereits in russischer Gefangenschaft, viele sind auf der Flucht, einige versteckt.

Digitized by Google

Anzeigen.

Bei Haspel in Schwäbisch Hall erschien und ist in der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth zu haben:

Merkwürdige Weissagungen des unlängst gestorbenen Cardinals Laroche über die Jahre 1848 bis 1854. 6. Aufl. Preis 6 kr.

Für Damen!

Durch die **Buchner**'sche Buchhandlung in Bayreuth ist zu beziehen:

Allgemeine Musterzeitung,

ein

Album für weibliche Arbeiten und Moden,

monatlich 2 Bogen Text, 1 colorirtes Modebild und 1½ ganze Bogen Musterblätter, ausgegeben je am **1.** und **15.** jeden Monats, Preis vierteljährig 54 kr.,

die erste Nummer für das Jahr **1849** ist erschienen und versendet.

Im Verlag der **Buchner**'schen Buchhandlung in Bayreuth erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gesetz,

die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches

vom Jahre 1813 betreffend.

(Das neue Geschwornengesetz enthaltend.)

Abgedruckt aus dem kgl. bayerischen Gesetzblatt für 1848, Nr. 25. Klein Octav-Format. Preis geh. 24 kr.

☞ Diese brauene handliche Ausgabe wird allen Betheiligten sehr willkommen sein.

In der **Grau**'schen Buchhandlung in Bayreuth und bei **G. A. Grau** in Hof und Wunsiedel ist zu haben:

Deutsches **Mährchenbuch**. Herausgegeben von Ludwig Bechstein mit 1 Kupfer. 8. geh. 36 kr.

Payne's **Miniatur-Almanach** für 1849. Mit 6 brillanten Stahlstichen. 16. geh. 18 kr.

Alte und neue **Wehrmanns-Lieder**. Mit Bildern und Singweisen. geh. 36 kr.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Grau**'sche Buchhandlung, in Hof und Wunsiedel durch **G. A. Grau** zu beziehen:

Ueber

Inspektion der Volksschulen.

Beitrag zur Lösung einer Zeitfrage.

von

Dr. Georg Wilhelm Hopf,

Rektor der Handelsgewerbschule in Nürnberg.

gr. 8. brosch. Preis 12 kr.

Von der Ansicht ausgehend, daß in den bisherigen Schriften über Kirche und Schule die Polemik allzusehr vorherrsche, hat der Verfasser die Sachlage in einer ruhigen Darstellung entwickelt und daran solche Vorschläge angeknüpft, welche sich bei näherer Prüfung jedem Freunde der Wahrheit und Gerechtigkeit empfehlen werden.

Einladung zum Abonnement

auf die

Neue Passauer Zeitung.

Die Neue Passauer Zeitung, als solche, gehört strenge genommen erst mit kommendem Jahresbeginn zu dieses Kategorem.

Waren wir im Laufe des bald verflossenen Quartals bestrebt, unser beim Anfang desselben gebetenes Versprechen nach Kräften zu erfüllen, so veranlassen uns die währenddem stattgehabte unerwartet zahlreiche Zunahme des Leserkreises zu der Annahme, daß die Neue Passauer Zeitung nicht nur in loco, sondern auch vielseitig auswärts, einer ehrenden Anerkennung dieses bisherigen Strebens nach Lösung der gebotenen Aufgabe sich erfreuen dürfte und berechtigt uns um so mehr zur Versicherung, daß durch die mit nächstem Quartals- und Jahres-Beginn gewonnenen neuen und namhaften Kräfte das Blatt künftighin einen noch bedeutenderen Werth und Gehalt erhalten wird. — Unbeirrt von den zu weit rechts oder links abweichenden Ansichten werden wir unsere bereits kund gegebene Richtung und Tendenz: Fortschritt auf gesetzlich-freisinniger — konstitutionell-liberaler Basis streng und un verrückt auch ferner beobachten, dabei namentlich die Zustände Deutschlands und Bayerns insbesondere in leitenden Artikeln beleuchten und uns nur in soweit mit der Politik und den Begebenheiten des Auslands befassen, als solche mehr oder minder unmittelbaren Einfluß auf unser allgemeines und engeres Vaterland anbeuten werden.

Durch verläßige Korrespondenten und in Verbindung mit den vorzüglichsten politischen Organen, durch Benützung der lautersten Quellen und rühmlichsten Journale, sind wir in den Stand gesetzt von allen Hauptplätzen, namentlich von Wien die neuesten und wichtigsten Ereignisse sicher und möglichst schnell zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, und benützen wir diese Gelegenheit unseren verehrten Mitarbeitern hiemit für ihre eifrigen Bemühungen unseren Dank mit dem Ersuchen auszudrücken, uns auch fernerhin mit ihren einflußreichen Referaten zu beehren.

Die Landtagsverhandlungen werden in bereits angekündiger Weise nach der durch den Raum unseres Blattes bedingten Form in Haupt- und Nebensache zur schleunigsten Veröffentlichung gelangen, so daß, um unseren Leserkreis sowohl zu befriedigen als zu vergrößern dem Hauptblatt ein zu diesem Zweck bestimmtes Extrablatt beigegeben werden wird, ohne daß eine Erhöhung des ohnehin geringen Abonnementpreises eintritt, wie solches im Gegensatze bereits mehrere andere Journale angekündigt haben. Dabei werden den neu eintretenden Abonnenten die noch im Laufe dieses Monats von Eröffnung der Kammer an erscheinenden Verhandlungen gratis beigelegt werden.

Ebenso werden wir im gesteigerten Interesse unserer gegenwärtigen und zukünftigen Abonnenten am Schlusse eines jeden Semesters ein Personen- und Sachregister über alle während dieses Zeitraums erwähnten bemerkenswerthen Vorkommnisse nach alphabetischer Ordnung und Nummerangabe denselben ebenfalls gratis beifügen und erklären wir, daß bereits für Ablauf des gegenwärtigen Quartals damit der Anfang gemacht werden wird.

Der Abonnementpreis für die Neue Passauer Zeitung ist jährlich 4 fl. — halbjährlich 2 fl. — vierteljährlich 1 fl. und nehmen alle K. Post-Aemter und Expeditionen zu jeder Zeit Bestellungen an, gleichwie dieselben auch bei der Expedition der Neuen Passauer Zeitung selbst, Rosengasse No. 458, dahier effektuirt werden können, woselbst auch Inserate gegen die billigst festgesetzte Gebühr in Empfang genommen werden.

Die Neue Passauer Zeitung eignet sich bei ihrer in stetem Zunehmen begriffenen Verbreitung am vorzüglichsten zu amtlichen und Privatbekanntmachungen, wozu hiemit die besondere Empfehlung höflichst ausgesprochen wird.

Wir bitten um rechtzeitige Bestellung, damit der Verlag genau bemessen werden kann und allenfalls nachträglich eintretende Abonnenten nicht in die Unannehmlichkeit gerathen, die ersten Exemplare nicht mehr erhalten zu können, und empfehlen uns zu geneigter Betheiligung.

Passau im December.

Die Redaktion der Neuen Passauer Zeitung.

Mehl-Niederlage

aus der Kunstmühle zu Schernecker.

Zur Bequemlichkeit meiner zahlreichen und geehrten Abnehmer habe ich unter dem Herrn Joseph Wilhelm Weigel zu Bayreuth eine Niederlage errichtet und lasse daselbst alle Sorten von meinem Kunstmehl, ohne alle Preiserhöhung zu den Fabrikpreisen verkaufen. Schernec, 15. Decbr. 1848.

Gottlieb Zimmer.

* * *

In Bezug auf die vorstehende Anzeige, mache ich meinen geehrten Abnehmern die ergebene Anzeige, daß ich von Sorten Mehl und Gries vorräthig Lager halte und jeden Auftrag ausführen kann. Um recht zahlreiche Beehrung bittet

Joseph Wilhelm Weigel in neuen Weg zu Bayreuth.

Bei gegenwärtiger Weihnachtszeit empfehle ich ein schönes Sortiment **Glacé-Handschuhe** für Herren, Damen und Kinder, zu sehr billigen Preisen.

Joh. Matth. Kolb.

Dr. Ros.... Anerdieten willkommen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Einrückungsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Donnerstag — Nro. 354. — 21. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 13. Dec. (Da Oberhaupt des deutschen Reichs.) Die Kreirung des Reichsoberhauptes beschäftigt eine Menge von Leuten, — nicht blos des Instituts an sich, sondern ganz besonders der Personen wegen. Schon hat ein Intriguenspiel begonnen, von dem man sich ohne einigermaßen hinter den Vorhang gesehen zu haben, kaum einen Begriff machen kann. Die Parteien sind besonders folgende: 1) Die der linken Seite. Sie besteht aus den entschiedenen Republikanern, der Mehrzahl nach aber aus solgenden Abgeordneten, welche zwar das Fortbestehen der Monarchie in den Einzelstaaten, als durch die Verhältnisse bedingt, anerkennen, dabei aber zu den schon bestehenden 34 Kronen noch nicht eine weitere 35. schaffen wollen. Da die Majorität auf eine „republikanische Spitze der Reichsverfassung auf die Aufstellung eines Präsidenten" voraussichtlich nicht eingeht so wird diese Fraktion, in der Hauptsache übersümmt, später wahrscheinlich dahin gebracht werden, in ihrer Mehrheit für denjenigen „Kaiser" mitzustimmen, von welchen für die liberale Sache die meisten Konzessionen zu erlangen sind. Die ganze Partei besteht etwa aus dem 4. Theile der Nationalversammlung; eine Anzahl der Mitglieder, nemlich ein Drittel derjenigen von der äußersten Linken, dürfte indessen wahrscheinlich durch keine Konzessionen zu bestimmen sein, zur Kaiserwahl irgend mitzuwirken. Die Anhänger des Kaiserthums bestehen außer der Linken, aus allen Fraktionen des Parlaments. Allein sie sind, wie aus dem oben Gesagten bereits hervorgeht, nichts weniger als einig unter sich. So kommen wir 2) auf die Partei des Erbkaisers. Dieselbe besteht zunächst aus Solchen, welche den König von Preußen zu dieser Würde erboben sehen möchten. Diese Partei ist ungemein thätig, und es scheint, daß ihr mancherlei Mittel zu Gebote stehen. 3) Partei des Triumvirats. Diese schlägt einen, etwa alle drei Jahre zu wiederholenden Wechsel der Kaiserwürde vor zwischen den Fürsten von Preußen, Oesterreich und Bayern. Nebst den Oesterreichern gehören in dieser Klasse vorzugsweise die Bayern; auch stimmen die Ultramontanen aus allen Ländern (selbst aus Rheinpreußen) bei, durch die Furcht vor dem protestantischen Preußen geleitet. 4) Partei eines größeren Turnus. Außer Oesterreich und Bayern zeigen auch andere Staaten wenig Neigung, sich dem preußischen Kaiserthume zu unterwerfen; so ganz besonders Hannover, was Norddeutschand betrifft. Die Anhänger dieser Kategorie wollen zwar einen Wechsel in der Kaiserwürde, aber nicht blos unter den Fürsten der drei bedeutendsten deutschen Staaten, sondern unter denen einer größeren Anzahl, damit namentlich auch der König von Hannover die höchste Würde zu bekleiden käme. — 5) Die Partei der blossen Prinzen. Unter den Anhängern des Kaiserthums sind auch Solche, welche die Krone nicht auf das Haupt regierender Fürsten, sondern auf das Haupt neugeborener Prinzen gesetzt wissen wollen. Sie scheiden sich ebenfalls nach Kategorien für das Erbkaiserthum und den Turnus. (N. K.)

Frankfurt, 17. Decbr. Das Gerücht, welches jetzt die Runde durch die Journale macht, daß demnächst in Prag ein Fürstenkongreß zu einer Regelung der europäischen Angelegenheiten gehalten werden solle, wird in zuverlässigen Kreisen für durchaus ungegründet erklärt.

Frankfurt, 16. Dec. Gestern Abend hat eine Separatversammlung bayrischer Abgeordneter stattgefunden, in welcher dieselben über einen, gegen die Inyestitur Preußens mit der Reichsoberhauptschaft in legend welcher Form zu erlassenden Protest Rath gepflogen haben. Ueber welche Form man sich dabei geeinigt hat, ist uns zur Zeit noch unbekannt.

München, 15. Decbr. Ueber Frhrn. v. Closen theilt die A. Z. als sicher mit, daß er dazu bestimmt, die Glückwünsche unseres Hofes zur Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph I. nach Olmütz zu überbringen. Er hat heute das Decret seiner Ernennung zum Staatsrath in außerordentlichen Dienst erhalten. Während seiner Abwesenheit von Frankfurt vertritt Oberst v. Hylander, der jüngst den Caracter eines Generalmajor erhalten, seine Stelle als Bevollmächtigter Bayerns bei der Centralgewalt.

Koburg, 18. Decbr. (Thüringischer Gesammtstaat.) Die Konferenz von Deputirten der verschiedenen thüringischen Staatsministerien, welche auf Einladung des Reichskommissärs von Mühlenfels am 15. und 16. in Gotha stattgefunden hat, hat zu einem Ergebniß geführt, daß hier lebhafte Befriedigung erregt. Man ist über solgende Hauptpunkte übereingekommen. Die thüringischen Staaten treten, unter Beibehaltung ihrer staatlichen Selbstständigkeit, in Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten zu einem Staatenverbande zusammen. Gemeinschaftlich zu behandelnde Angelegenheiten sind: Militär-, Zoll-, Kriminal- und Zivilgesetzgebung, Rechtspflege, Gefängnißwesen rc. sowie die Beziehungen zum Reichstag (Staatenhaus) und zum Reichsministerium. Als Organe der Gemeinschaft dienen ein thüringisches Gesammtstaatsministerium und ein vereinigter Landtag. Mit der Abfassung des Entwurfs dieser wichtigen organischen Einrichtungen ist unser, von allen Parteien hochgeachteter Staatsrath Bröhmer von der Konferenz beauftragt worden. (K. v. u. f. D.)

Berlin, 17. Dec. An der Einleitung eines Processes gegen die unter dem Präsidenten v. Unruh vereinigt gebliebenen Abgeordneten ist nicht mehr zu zweifeln. Die Anklage wird nach gewissen Kategorien vorgenommen werden, und, wie wir hören, handelt es sich jetzt zuerst um das Schicksal derjenigen Mitglieder der Versammlung, welche Justizbeamte und Richter sind und namentlich um den Steuerverweigerungsbeschluß Antheil genommen haben. Im dieser Beziehung ist bereits vor einigen Tagen eine offizielle Anfrage des Justizministers Hintenfeld an Ober-Appellationssenat des Kammergerichts ergangen, worin zugleich auf eine sofortige Suspendirung jener Abgeordneten von ihren Aemtern angetragen wird. Ueber die andern Kategorien der Versammlung, namentlich über die politischen Geistlichen und Lehrer, sowie über verschiedene Verwaltungsbeamte soll von den betreffenden Ministerien noch kein bestimmter Entschluß gefaßt worden sein, obwohl er in derselben Weise in Aussicht steht. — Von Hrn. v. Unruh wird eine Denkschrift über die letzten verhängnißvollen Ereignisse sein dem 9. Nov. erwartet, die zugleich als eine Rechtfertigung der Nationalversammlung vor dem Lande dienen soll. Auch die innere Geschichte der betheiligten Fraktionen wird darin manchen eigenthümlichen Reflex erhalten. Von dem ehrenwerthen Charakter des Hrn. v. Unruh wird man jedenfalls eine wahehafte Entwicklung der Thatsachen erwarten können.

Berlin, 17. Dec. Ueber die Schwierigkeiten, die dem Geheimrath Waldeck in Beziehung auf seinen Wiedereintritt in das Collegium des geheimen Oberribunals nach den Berichten mehrer Zeitungen entgegengestellt sein sollen, können wir folgendes Thatsächliche mittheilen. Als Hr. Waldeck nach der Auflösung der Nationalversammlung in offiziellem Wege zu erkennen gegeben hatte, daß er nunmehr an den Geschäften des Gerichts gleich ihm pflichtmäßig obliegenden Antheil wieder übernehmen werde, wurde ihm von dem Chefpräsidenten Mühler bemerklich gemacht, daß die Stimmung, die im Schooße des Collegiums gegen ihn herrsche, eine Verlängerung des Urlaubs räthlich erscheinen lasse. Hr. Waldeck fühlte keine Veranlassung, einer Rücksicht auf persönliche Antipathien seiner Collegen vor der Erfüllung seiner Amtspflichten den Vorzug zu geben. Er erschien in der Sitzung und wurde von der Mehrzahl seiner Amtsgenossen mit schicklicher Kälte ohne Begrüßung empfangen. Der Chefpräsident erneuerte seine Bemühungen, Hrn. Waldeck zu einem fortgesetzten Gesuche des Urlaubs zu bestimmen. Hr. Waldeck verblieb bei seiner frühern Erklärung, von der ihn auch eine Hinweisung auf die den Abgeordneten, welche die Steuerverweigerung beschlossen haben, drohende Criminalunterjuchung um so weniger abwendig zu machen geeignet war, als eine Anfrage bei dem Justizminister ergeben haben soll, daß der Staatsanwalt der Ausarbeitung der Anklageschrift noch nicht zu Ende sei. Dies ist die thatsächliche Hergang des Conflikts, wie er uns aus guter Quelle ohne direkte Betheiligung der dabei zunächst interessirten Personen bekannt geworden ist. (D. R. Z.)

Lüneburg, 14. Decbr. Zum Abgeordneten für das deutsche Parlament ist heute der Regierungsrath Lodemann mit 37

Digitized by Google

von 62 Stimmen, zu dessen Ersatzmann Gutsbesitzer Lübbecke von Bodenteich erwählt. Herr Ledemann wird mit der Mehrzahl der hannoverischen Abgeordneten, das heißt, mit dem rechten Centrum stimmen. (W.-Z.)

Schleswig, 13. Dec. Eingegangenen Nachrichten zufolge rufen die Dänen ihre Beurlaubten wieder ein, sowie sie ein kleines Heer von 6000 M. zwischen Kolding und Friedericia concentriren sollen, fortwährend Truppen nach Alsen hinziehen und nach Arroe 300 M. zu senden beschlossen haben. Die von dem Syndikus Banks dem dänischen Hof übergebene Note vom 18. Nov. mit dem Verlangen der deutschen Centralmacht, daß Alsen und Arroe, der malmöer Convention zufolge, der gemeinschaftlichen Regierung übergeben würden, hat unterm 25. Nov. eine Antwort zur Folge gehabt, in der man dänischerseits diesen Waffenstillstandsbruch damit zu beschönigen sucht, daß man der Aufrechterhaltung keine neue Waffen in die Hände geben dürfe, wodurch das Verschwörungswerk, welches die Contrahenten ins Auge gefaßt, verzögert werden würde.

Oldenburger Landtag. Sitzung vom 13. December. Nachdem gestern die Majorität sich dafür entschieden hatte, den Fürstenthümern Birkenfeld und Eutin Provinziallandtage zu bewilligen, machten heute die Anhänger der reinen konstitutionellen Staatsform den Versuch, wenigstens von dem Herzogthum Oldenburg diese Entstellung der Verfassung abzuwenden, indem sie den antragten: in Oldenburg solle der Landtag des Herzogthums und der durch Hinzutritt der Abgeordneten von Birkenfeld und Eutin gebildete Generallandtag ungetrennt bleiben. Die Mehrzahl der Versammlung hielt es, nach der nun einmal zugelassenen Trennung der Repräsentation für unzulässig, den Abgeordneten der Fürstenthümer an der Berathung der rein oldenburgischen Angelegenheiten noch Theil einzuräumen (Dannenberg, Closter, Morell, Borgmann) und man zog es vor, alle drei Landestheile gleich zu stellen, mit der allerdings wichtigen Beschränkung jedoch:

daß alle gefaßten Beschlüsse der Provinziallandtage durch einfachen Mehrheitsbeschluß eines künftigen Generallandtags jederzeit wieder aufgehoben und abgeändert werden können.

Unsere Staatsform ist demnach denn nun folgende: für das ganze Großherzogthum ein in einer Kammer vereinigter Landtag; daneben aber für jeden der drei Landestheile ein Provinziallandtag. — Ersterer für die gemeinsamen Angelegenheiten für Gesetzgebung über Verfassungsänderung, Domänenveräußerung, Staatsdienst ꝛc. und mit der Befugniß zur Ministeranklage; die letzteren für die Angelegenheiten und die Gesetzgebung der Provinz. Die Provinziallandtage werden so zeitig zusammenberufen, daß sie ihre Geschäfte vor dem Zusammentritt des Generallandtags beendet haben können, dem die gefaßten Beschlüsse sodann vorgelegt werden und der sie verwerfen kann, wenn sie den Interessen des ganzen Großherzogthums widerstreiten. — Ob, nachdem die Landesvertretung so zersplittert worden ist, der Landtag noch Hoffnung haben kann, seinen Beschluß über das suspensive Veto des Großherzogs durchzusetzen, muß die Zeit lehren. — Einer Rückäußerung der Staatsregierung über den Beschluß wegen der Civilliste wird noch immer vergeblich entgegengesehen, und doch ist der Landtag mit seinen Arbeiten in einigen Tagen zu Ende. (W.-Z.)

Wien, 13. Dec. Dem Vernehmen nach werden im Hofstaat und den Hofämtern bedeutende Reduktionen vorgenommen, und theils die Zahl der bei denselben angestellten Beamten vermindert, theils einige Hofämter ganz aufgehoben werden. So sollen auch die k. k. Hofbühnen, welche früher unter dem Oberstkämmereramt standen, sortan dem Minister des Innern untergeben, die übrigen Funktionen des Oberstkämmereramtes aber dem Minister des kaiserlichen Hauses zugewiesen werden. (A. Z.)

Wien, 14. Dezbr. Während das Ministerium sich alle Mühe giebt, den Konstitutionsentwurf beim Reichstag zu beschleunigen, muß man nun auch der Kammer die Anerkennung zollen, daß sie ihre Aufgabe mit allem Ernst und Eifer erfaßt, um — eine octroyirte Verfassung unnöthig zu machen. Daß aber eine solche nöthigenfalls auch für uns schon in Reserve gehalten ist, das kann ich aus zuverlässiger Quelle versichern. (A. Z.)

Wien, 16. Dec. Das gestern publicirte Urtheil über einen 23jährigen Fleischerknecht hat auf sehr unangenehme Weise berührt Er hatte in einem Gasthause Schmähreden über hohe Personen und Drohungen gegen die Generalität ausgestoßen. Darüber ward er zu achtjährigen Festungsarrest in schwerem Eisen verurtheilt. Im Publikum wußte man hierin im Anhetracht des Vergehens, des Alters und der Bildungsstufe des Bezichtigten eine übertriebene Strenge erblicken. Man versichert auch, der Gouverneur Welden habe sich geäußert, er kenne den Geist der Bevölkerung namentlich in den Vorstädten, nur allzu gut, und sehe es vor daß noch Blut fließen müsse. Man erwartet in wenigen Tagen Preßburg von den Unsrigen besetzt zu sehen, und glaubt auch nicht, daß es im Plane der Magyaren liege, dort ernstlichen Widerstand entgegen zu stellen. Andererseits sollen unsere Truppen weitere Fortschritte gemacht und bereits Marmorosch besetzt haben. — Man erhält heute den Bericht des Finanzausschusses über den geforderten Kredit von 80 Millionen, welcher aber nur mit 50 Millionen unter der Beschränkung eines hiebei abermals zu benügenten Kredits von 30 Millionen bei der Nationalbank entsprochen wird.

Der Oesterreichische Correspondent enthält folgende neueste Nachricht: Privatbriefen aus Triest zu Folge von 11. Dec. sind in eine russische Flotte aus mehr als 20 Schiffen bestehend auf der Triester Rhede vor Anker gegangen (?). Die Operationen gegen Venedig sollen nächstens beginnen. (D. A. Z.)

Schweiz.

Zürich, 14. Dezbr. Herr Dr. Steiger, der als eidgenöss. Commissär die nördliche Grenze der Schweiz bereist hat, ist zurückgekehrt, ohne das Geringste von Flüchtlingsumtrieben bemerkt zu haben; mit den von den Grenzkantonen getroffenen Maßregeln, sowohl zur Aufrechterhaltung der Neutralität wie auch des Asylrechtes, hat er sich überall vollkommen einverstanden erklärt. Eine solche Erklärung, obendrein von einem Schultheißen von Luzern und einem der angesehensten Schweizer offiziell ausgesprochen, sollte doch billig die Centralgewalt in Frankfurt beruhigen. Zugleich ist von einem neuen in Biel unter der Redaktion von Becker erscheinenden Zeitungsblatte, „die Revolution“, die Probenummer sofort mit Beschlag belegt worden. Und während Alles dieses geschieht, ist gerade die Person alsperre an der deutschen Grenze eingetreten; von der Schweiz her darf Keiner ohne Paß oder Wanderbuch die Grenze überschreiten; hat er sich damit legitimirt, so muß er sich von der nächsten Ortsbehörde über den Zweck seiner Reise ausweisen und erhält im Fall der Glaubwürdigkeit eine Reiseroute, darf sich aber in den Grenzbezirken nicht aufhalten. (D. Z.)

Italien.

Lombardei. Nach Berichten aus Mailand vom 9. Dezbr. hatte die Nachricht von der Thronbesteigung des Kaisers Franz Josefh große Sensation und eine gewisse Aufregung hervorgebracht. Es wurden in den letzten Tagen drei Individuen wegen verbrecherischer Umtriebe und Waffenverheimlichungen standrechtlich hingerichtet. Die Vorstehsmaßregeln des Feldmarschalls Grafen Radetzky erhalten jedoch fortwährend wie in der ganzen Lombardei die Ruhe aufrecht. Eine glänzende Rechtfertigung des fortdauernden Belagerungszustandes erhielt der tapfere Marschall dadurch daß aus mehreren Städten, namentlich aus Bologna, dem bisherigen Herd der Revolution, Adressen an den Marschall eingelaufen sind, worin mehrere namhafte Familien bitten um ihre Personen und Familien vor der schrecklichen Anarchie, wie sie jetzt in Toskana und im Römischen herrscht, in Sicherheit zu bringen, denselben ein Asyl in Mailand zu gewähren. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 15. Dec. Das „Siecle“ enthält einen langen Artikel über das Kabinet Ludwig Bonaparte's, dessen Zusammenstellung es sogar angibt; da indessen der „Constitutionell“, der es wohl besser weiß, versichert, er habe keinen Grund, zu glauben, daß bis gestern ein Ministerium zu Stande gekommen sei, so ist anzunehmen, daß noch keine Entscheidung hierüber erfolgt ist. Indessen lautet die Liste des „Siecle“: O. Barrot, Justiz; Drouin de L'Hys, Auswärtiges; Leon de Malleville, Inneres; Hippolite Passy, Finanzen; Leon Faucher, Staatsbauten; Rulhieres, Krieg; Fould, Handel; Falloux, Unterricht; Tracy, Marine. Changarnier würde das Kommando der pariser Nationalgarde behalten, Herr Berger, Präfekt der Seine, und der Oberst Rebillot Polizei-Präfekt werden. — Nach dem „Journal des Debats“ soll Herr Hippolite Passy wirklich das ihm angetragene Portefeuille der Finanzen angenommen haben. Auch Hr. Falloux hat sich bereit erklärt, das Portefeuille des Unterrichts zu übernehmen. Um die Februar-Männer nicht ganz leer ausgehen zu lassen, soll nach einem Morgenblatte der Präsident Bonaparte der Nationalversammlung vorgeschlagen haben, die Herren Dupont de l'Eure Arago und Garnier-Pages zu Vice-Präsidenten derselben zu ernennen.

Die zur Bergpartei gehörenden Mitglieder der Nationalversammlung, Ledru-Rollin Lamennais und Raspail an der Spitze, haben folgende Erklärung veröffentlicht, welche 62 Unterschriften trägt:

Bürger! Wir wollen keine Präsidentschaft, weil wir Einheit der Gewalt wollen. Die entgegengesetzte Ansicht hat vorgewaltet; das Volk hat sich ausgesprochen — wir beugen uns. Und

Digitized by Google

obgleich jetzt die Republik bedroht ist, obgleich die Institutionen, welche deren Grundlage bilden, angegriffen werden können, so wollen wir dies doch nicht glauben. Wenn jedoch die bri der Unordnung interessirten Feinde der Freiheit von unsinnigen Entwürfen träumen sollten, so würde das Volk, wie wir hoffen, den perfiden Anmuthungen widerstehen. Es lebe die demokratische und sociale Republik!

Gemäß dem „Journal des Débats" vom 15. Dec. hatten nach den neuesten Wahl-Berichten: L. Napoleon 2,300,000, General Cavaignac 630,000 Stimmen. Zufolge „Galignani's Messenger", dessen Bericht weiter reichen, hatte L. Napoleon 2,382,000 Cavaignac 683,500 Stimmen. Nach der brüssler „Independance" endlich hatte L. Napoleon 2,788,849, Cavaignac 724,494 Stimmen.

Die eigentlichen Urheber der Wahl Napoleons, Buzaud, Mole und Thiers, sind für den Augenblick noch im Hintergrunde geblieben, und haben dadurch zu erkennen gegeben, daß sie den Grad der Gunst, in welcher sie bei der republikanischen Kammer stehen, richtig zu würdigen wissen. Was die Stimmung der letzteren betrifft, so darf man annehmen, daß rin Ministerium, welches in den Gränzen einer klugen Mäßigung bleiben will, in der Nationalversammlung eine große Majorität finden werde, weil eine solche maßlose Opposition im Lande die allgemeinste Mißbilligung erfahren würde. So lange die neue Verwaltung also mit der Constitution wird gehen wollen — und Odilon-Barrot ist in dieser Hinsicht wohl rine Gewähr, — mag Alles in Ordnung bleiben; abrr wie lange wird Hr. Thiers sich dazu verstehen, seinen ungemessenen Ehrgeiz zu bekämpfen und seiner Intriganten-Natur Gewalt anzuthun? Wie lange wird die immer übermüthiger werdende Legitimität mit ihren Ansprüchen noch zurückzuhalten sein, und ist diesen Herren die Thür erst einmal geöffnet, dann bleibt für die Andrrrn kein Platz mehr und sie können und werden ihren monarchischen Gelüsten freien Lauf lassen. Wir rs alsdann mit der Ruhe und der Ordnung aussehen wird, ist eine andere Frage, welche wir es schrint, von dem Geschichtschreiber der Kaisers, sowie von den Verehrern des „von Gottes Gnaden", unbeeinflichtigt gelassen wird. Sie begnügen sich, zu erklären, „daß das Land die Gelegenheit ergriffen hätte, um die Fraktionen zu verkennen, denen es unterlegen hat", und ein legitimistisches Blatt fügt noch hinzu: „Und wir sind keineswegs gemeint, Louis Napoleon für den letzten Ausbrud der Gesinnung des Landes zu halten."

Paris, 14. Decbr. General Cavaignac benimmt sich außerordentlich gefaßt. Er äußerte gestern einem seiner Freunde daß ein Fehlherr gar oft gezwungen sey, eine Schlacht durch Verfrchung und Verrath zu verlieren. Er sehe sich darnach wieder ins Privatleben zurücktreten zu können. Sobald der Präsident der Republik von der Nationalversammlung verkündet ist, wird die Stadt Paris demselben rin großes Fest veranstalten.

Straßburg, 14. Drcbr. Staunen und Uebrrraschung malt sich auf allen Gesichtern und in allen Kreisen. Das Elsaß, welches sich in der öffentlichen Meinung so sehr gegen Ludwig Bonaparte aussprach, hat demselben etwa ein Drittel Stimmen mehr gegeben, als drm General Cavaignac. Noch einige Tage vor der Wahl wurden die Plakate, die zu Gunsten Napoleons angeschlagen waren, abgerissen und mit Koth gewossen, und heute zeigt sich, daß er es ist, drr eine so überwiegrnde Stimmenmehrheit erlangte. Man lacht nicht mehr über das „Vive Napoleon", das sich auf den Straßen vernehmen läßt; ja, man faust bereits die Büsten desjenigen, drr so traurige Erinnerungen in unserer Stadt zurückgelassen hat. Dir Stadt Straßburg hat Cavaignac dir Mehrzahl ihrer Stimmen gegeben; — auf drm Lande äußerten aber die Bauern, da dir geschickten Leute dis jetzt so schlecht eggiert hätten, so wollten sie es einmal mit einem Dummen versuchen. Die Geistlichkeit hat rin zweideutiges Spiel gespielt: sir hat sich nicht von drm hinterlistigen Gedanken trennen können, daß die napoleonische Brücke zur königlichen Straße führe. (K. Z.)

Marseille, 11. Dezbr. Das Postdampfschiff Bastia ist von Corsika kommend in unsern Hafen eingelaufen; unterwegs traf es das französische Dampfschiff den Pluto, welches von Gaëta kommend nach Toulon fuhr und von welchem der Bastia einen Passagier den Hrn. Meffin aufnahm, welcher eine Mission nach Paris hatte und der sogleich bri Ankunft dahier nach seinem Bestimmungsorte weiter reiste. Alles was man erfahren konnte ist, daß die Sachlage in Gaëta immer dieselbe ist; Pius IX. hofft immer noch baldigst in seine Staaten zurückkehren zu können, ohne die Hülfe fremder Mächte nöthig zu haben. Es ist zu vermuthen, daß wenn die Regierung diese Nachricht krnut, man Befehl geben wird zur Ausschiffung der Brigade Mollèrr, an deren Sendung nach Italien Niemand mehr glaubt. Nachschrift vom 12. Die Ausschiffung hat heute früh stattgefunden. Hr. Gercellet ist, von Gaëta zurück, hier eingetroffen und ohne Aufenthalt nach Paris weiter gerrist. Er ist Ueberbringer, wie es heißt, eines Briefes Sr. Heiligkeit an General Cavaignac. (A. Z.)

Dänemark.

Privatbriefe aus Kopenhagen vom 14. Dec. schreiben von starken Rüstungen und Verbrerrungen zur Einschiffung starker Streitkräfte nach Jütland und Alsen. In Odensee hat das 5. Bataillon Befehl erhalten, seine Winterkleidrrn anzuhrben und sich marschfertig zu machen. Aus Aybrrg hört man, daß dort von Generalkommando der Befehl eingelaufen, daß das 3. Jägerbataillon seine deutschrede Mannschaft einbrrufe. (D. A. Z.)

Aegypten.

Alexandria, 8. Dec. Abbas Pascha ist am 20. Nov. in Kairo angekommen, und hat die Zügel der Regierung ergriffen. Mit einem vorige Woche angekommenen großherrlichen Dampfer von Konstantinopel ist Maslum Bey angelangt; dieser bringt unserm neuen Vizekönig die Bestätigung in seiner Würdr vom Sultan.

Amerika.

Boston, 29. Nov. General Taylor ist sehr populär, und er dürfte am 4. März mit allgemeinerer Billigung den Präsidentenstuhl besteigen als bei irgend einem seiner Amtsvorfahren. Washington ausgenommen, der Fall war. Sein künftiges Ministerium wird in den New-Yorker Blättern also angegeben: John M'Clayton (aus Delaware) Staatssekretär des Auswärtigen; Abbott Lawrencr (aus Massachusetts) Finanzminister; Bailie Peyton (aus Louisiana) Kriegsminister; J. Butler King (aus Georgien), oder Edmund Baitd, Marineminister; Thaddäus Stevens (aus Florida) Generalpostmeister; J. J. Crittenden, Attorney-General. Heer Webster, das scheint ausgemachte Sache, wird als Gesandter nach England gehen Die Session des 13. Congresses wird am 4. Dec. eröffnet. Die wichtigsten Berathungen werden die Feststellung territorialer Jurisdiction über die neuerworbenen Gebiete Neu-Mexico und Californien betreffen. Ein anderer wichtiger Gegenstand ist die neue legislative Anordnung des Postwesens nach innen und nach außen. Daß der neue Postvertrag mit England zu Stande kommen werde, unterliegt keinem Zweifel. Handel und Gewerbe stehen günstig. In den Staaten Georgien und Alabama will man den Versuch machrn Thee zu bauen. Die Berichte aus Mexico lauten friedlich; der neue mexicanische Gesandte ist in Washington angekommen. Aus Hayti die Nachricht, daß der Präsident dieser unruhigen Negerrepublik im Begriff stand den spanischen Theil der Insel zu bekriegen. Am 13. Nov. sollte der Feldzug beginnen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 18. Dec. In der heutigen 138. Sitzung der Reichsversammlung war Präsidentenwahl. Im ersten Scrutin erhielt von 415 Anwesenden Simson 181, Kirchgeßner 128, Schmerling 93 Stimmen, also keiner die absolute Mehrheit. Beim zweiten Scrutin fielen von 443 Stimmen 215 auf Simson, 214 auf Kirchgeßner. Beim dritten Scrutin fielen von 461 Stimmen 233 auf Simson, 223 auf Kirchgeßner. Der neue Ministerpräsident Gagern legte sodann das Programm des Ministeriums vor, im Betreffe Oesterreichs, worauf wir morgen zurückkommen werden.

München, 18. Decbr. (Erinnerungen.) Der Forstschaftsrichter Esenbrck in Thurnau wurde zum Kreis- und Appellgerichts-Rath in Landshut ernannt. Der Oberrechnungsrath Hepp wurde zum Finanzdirektor in Würzburg ernannt, der Ministerialrath Dr. Bucher quiescirt und an seine Stelle Regierungsdirektor Banner berufen. Der als Verwrfer der Direktorstelle ernannte Rath Grünberger wurde zum Direktor der Steuerkatasterkommission bestätigt. — Dir Markt Schauenstein wurde in die Zahl der Städte aufgenommen.

* Paris, 16. Decbr. Die Resultate der Wahlen laufen nach und nach ein, allein sie sind nicht offiziell, — die Kommission der Nationalversammlung hat erst die Wahlakten von 9 Departements erhalten. Auf Privat- und Journalwegen kennt man das Resultat von 78 Departements, aber unter diesen nur von 7 ganz vollständig. Dieses Gesammtresultat giebt für die beiden Haupt-Candidaten angeführ folgendes Verhältniß: Louis Bonaparte 3,708,000, General Cavaignac 853,000 Stimmen. — Der Constitutionell giebt folgendes Gesammtresultat der bis jetzt bekannten Wahlen: Louis Bonaparte 4,012,193, General Cavaignac 996,374, Ledru-Rollin hat dis jetzt ungefähr 200,000, Raspail 25,000 und Lamartine 5000 Stimmen. — Ein Abendblatt meldet, dir Nationalversammlung sey entschlossen, den General Cavaignac zur Würde eines Marschalls von Frankreich zu erheben und ihm das Großkreuz der Ehrenlegion zu geben. Da der General nur als Dekorirter der Nationalversammlung regierte, so wäre es allerdings an ihr ihn zu belohnen.

Digitized by Google

In einem Artikel: F Aus dem Fichtelgebirge, der Nummer 349 dieses Blattes, wird die Frage erhoben, ob nicht durch meine darin gestellte Kundmachung eine Beschränkung der Wahlfreiheit herbeigeführt wurde.

Zur Abwehr dieser Verdächtigung habe ich Folgendes zu erläutern: Jeder der Herren Wahlmänner dürfte wahrgenommen haben, daß ich mich bemühte, noch am Abend des ersten Wahltages eine Berathung zur leichten Vereinbarung der Stimmen herbeizuführen. In Folge dieses Strebens hatte der Herr Wahlkommissär die Güte, mit Gliedern des Wahlausschusses in ein anderes Zimmer zu gehen und bei dieser Gelegenheit wurde mir mitgetheilt, daß der Herr Professor Riedel den Verfassungseid nicht geleistet habe, seine etwaige Wahl deßhalb beanstandet werden dürfte und daß es mir auch überlassen würde, die Versammlung aufmerksam zu machen.

Nachdem Herr Professor Riedel seine Erklärung bezüglich des Eides dargelegt hatte, gab ich der Versammlung den Erwähntes kund. Dabei habe ich allerdings, aber freilich in übergroßer Wärme, ohne meine Worte abzuwägen, den Ausdruck: „im Auftrag", gebraucht, sagte aber sodann ausdrücklich hinzu, daß ich diese Erklärung nicht als Regierungsorgan, sondern ganz und gar nur **im Interesse der Wähler** geben wolle. Sodann ersuchte Herr Riedel die Herren Wahlmänner, im Falle seiner Wahl, zu vermitteln, daß ihm der Verfassungseid erlassen würde, worauf ich gleichfallsals öffentlich aussprach, daß wir (die Wähler) doch nicht so zweifelhaften Erfolg anstreben könnten und nun erklärte Herr Riedel, daß er dann doch den Verfassungseid leisten wolle. Mit dieser Erklärung war auch eine etwa zu fürchtende Wahlbeschränkung beseitiget. Diese letztere Erklärung des Herrn Professor Riedel aber war wahrlich nicht vorauszusehen und beharrte er bei seinem vorhergestellten Grundsätzen, so mußte doch sicherlich angenommen werden, daß Herr Riedel auch bei dem Eintritt in die Kammer als Mitglied derselben, den dabei abzuleistenden Eid, worauf der Herr Einsender selbst in seinem Artikel aufmerksam macht, nicht leisten würde.

Mit dieser meiner offenen Darlegung glaube ich, genugsam den Verdacht einer Wahlbeschränkung von Seite des Herrn Wahlkommissärs abzuwenden, und ich meinerseits habe die Ueberzeugung, (wenigstens nicht mit Willen) zu einer solchen keineswegs die Hand geboten zu haben.

Kehwig, den 17. December 1848.

Wilhelm Fikentscher.

Bekanntmachung.

Da der bei der ersten Versteigerung des Schmiedmeister Goller'schen Anwesens in Hof, bestehend aus

einem Wohnhause in der alten Stadt, Nr. 682, mit realem Schmiedsfeuerrecht,
¼ Jauchert Garten und
¼ Tagwerk Feld am Münster

meistbietend Gebliebene das Meistgebot zu 3650 fl. im festgesetzten Termine nicht erlegt hat, so wird auf dessen Kosten und Gefahr anderweiter Bietungstermin auf den

12. Januar 1849, Vormittags 10—12 Uhr

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich des §. 105 der Prozeß-Novelle vom 17. November 1837 erfolgen wird. Hof, den 14. December 1848.

Königliches Landgericht.

Bisanl.

Anzeigen.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Bayreuth durch die **Grau**'sche Buchhandlung, in Hof und Wunsiedel durch **G. A. Grau** zu beziehen:

Die 3. Auflage von:

Hundert Fragen

zum

Confirmanden-Unterricht

von

Heinrich Bomhard.

3. Aufl. 8. steif brosch. 6 kr. In Partien bezogen nur 4 kr.

Drei, in kurzer Zeit erschienene, Auflagen, mögen wohl beste Empfehlung für dieses praktische und gewiß sehr brauchbare Werkchen seyn.

Einladung.

Sämmtliche Land- und Wundärzte, dann Magister und chirurgische Bader

des Kreises Oberfranken

werden dringend eingeladen, zur Besprechung über die bedrohten Interessen ihres Standes, so wie zur endlichen Constituirung eines Kreisvereins, am

Mittwoch, den 27. December d. Js., Morgens 10 Uhr,

im Gasthause zum goldenen Anker zu Kulmbach sich einzufinden.

Bamberg und Bayreuth, den 14. December 1848.

Der provisorische Ausschuß des Vereins von Land- und Wundärzten in Oberfranken.

Frage.

Wie lange noch wird es dauern, bis es dem k. Landgerichte Kulmbach beliebt, auf die seit 16. Juli 1839 anhängige Prorogationsklage des vormaligen Landgerichts-Oberschreibers Schmidt gegen die Landrichterswittwe Gareis u. s. w. ein Erkenntniß zu erlassen? — da Kläger von dem Erfolge der — auf seine dritte Beschwerde, d. d. 29. August 1848, vom k. Appellationsgerichte von Oberfranken zu Bamberg an das k. Landgericht Kulmbach unterm 1. Sept. d. a. erlassenen Entschließung, welche die Erledigung wiederholt binnen 6 Wochen anordnete, bis heute (10. Decbr. 1848) ohne Nachricht geblieben ist.

Mehl-Niederlage

aus der Kunstmühle zu Scherneck.

Zur Bequemlichkeit meiner zahlreichen und geehrten Abnehmer habe ich unter dem Herrn Joseph Wilhelm Weigel zu Bayreuth eine Niederlage errichtet und lasse daselbst alle Sorten von meinem Kunstmehl, ohne alle Preiserhöhung zu den Fabrikpreisen verkaufen. Scherneck, 15. Decbr. 1848.

Gottlieb Zimmer.

* * *

In Bezug auf die vorstehende Anzeige, mache ich meinen geehrten Abnehmern die ergebene Anzeige, daß ich von allen Sorten Mehl und Grieß fortwährend Lager halte und jeden Auftrag ausführen kann. Um recht zahlreiche Befehle bittet

Joseph Wilhelm Weigel im neuen Weg zu Bayreuth.

Zur bevorstehenden Weihnachten empfehle ich mein Lager von **französischen, spanischen, ungarischen, Rhein- u. Franken-Weinen, ächtem Champagner, mouss. Rheinweine, weißen und gelben Arac, Rum, feinster Düsseldorfer Punschessenz, Bischof, französischen Liqueuren etc.,** ferner empfehle ich **ächte Hamburger, Bremer und Holländer Cigarren,** in sehr großer Auswahl, circa 42 kr. bis 6 fl. per Hundert, **Varinas-Kanaster** in Blättern und Rollen, **schwarzen und grünen Thee., Chocolade, schöne, große Mandeln, Rosinen, Weinbeere, Zitronat, cand. Pommeranzenschalen, braunschweiger Würste, sehr schöne, weiße Milchkerzen** und **beste, neue Vollhärlige.**

Adolph Grünewald.

Rheinweine, Frankenweine, franz. Rothweine, ächten Muskat und Malaga; feinsten Batavia Arac, Punsch-Essenz und Liqueure; frischen Caviar, Brücken und Anchovis empfehle ich in bester Qualität zu billigen Preisen.

Herrmann Bencker.

Ein großes Schaukelpferd ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Friedrichsstraße Nr. 451 ist eine Stube und Stubenkammer für 1 oder 2 Personen sogleich oder auf Lichtmeß zu vermiethen.

Ein freundliches, schönmeublirtes Zimmer ist sündlich billig zu vermiethen. Ziegelgasse Nr. 188, über eine Treppe.

Im Verlage der Geb. Kammerrath **Hagen**'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Würzburger.**

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch die Postämter des In- und Auslands.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Freitag | Nro. 355. | 22. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Decbr. (138. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Nach der Präsidentenwahl zeigt ein Schreiben des Reichsverwesers die Ernennung Heinrichs v. Gagern zum Vorsitzenden des Ministeriums und zum Minister des auswärtigen Angelegenheiten, vorläufig zugleich des Innern, an. (Bravo!) Darauf betritt der Ministerpräsident selbst die Rednerbühne, um das Programm des Reichsministeriums mitzutheilen. Gagern: Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet seyn möge. Die verfassungsgebende Reichsversammlung hat dies Bedürfniß anerkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzudahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu seyn, wo voraussichtlichen Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind; eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Centralgewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichsministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Stellung, welche Oesterreich zur deutschen Nationalversammlung und zu der provisorischen Centralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichsministerium die Pflicht auf, der Nationalversammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtige Frage bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus: 1) daß alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen, 2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt seyen, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden. Diese Auffassung der Stellung Oesterreich zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des österr. Reichstags zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der deutsch-österreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit von österreichischer Seite die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der Nationalversammlung über den Verfassungsentwurf: „Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt" namentlich in den Paragraphen 1 bis 3 enthalten, in Oesterreich gestellt worden ist. Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen. 1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreich zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten. 2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten seyn. 3) Oesterreichs Unions-Verhältniß zu Deutschland mittelst einer besondern Unionsakte zu ordnen und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfniß nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und im gesteigerten Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. 4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundespflichten und Recht auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten. 5) Die Verfassung des deutschen Bundesstaats, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich seyn. Indem ich diese Sätze der Prüfung der Nationalversammlung übergebe, suche ich für das Reichsministerium um die Ermächtigung nach, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Centralgewalt anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge. Sodann erhebt sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Programm des Reichsministeriums an den Biedermann'schen oder an den österreichischen Ausschuß zu überweisen sey. Rösler von Oels behauptet, die Angelegenheit gehöre vor den Verfassungsausschuß. Venedey: Ich schlage vor, das Programm ohne Ausschußbericht zu verwerfen. (Bravo!) Wir sind zusammengetreten, Deutschland zu vereinigen, nicht um es zu zerreißen. (Stürmisches Bravo!) Nicht einen Augenblick länger können wir hier sitzen, wenn wir in eine solche Theilung willigen. (Wiederholter Zuruf und Applaus.) Reiter von Prag stimmt mit Wenedey's Ansichten überein, verlangt aber doch Begutachtung der Sache durch einen Ausschuß. Dann wolle man sehen, ob Deutschland ein zweites Polen und Oesterreich an Rußland ausgeliefert werden solle. Plathner warnt vor einer Entscheidung inmitten solcher Gefühlsaufregungen. Wesendonck kehrt zu der Frage zurück, an welchen Ausschuß das Programm gehöre. Der Biedermann'sche Ausschuß sey seinen Berichte über die preußischen Angelegenheiten noch schuldig und besitze das Vertrauen des Hauses nicht. Dagegen schlägt Wesendonck vor, den kombinirten Verfassungs- und österreichischen Ausschuß über das Programm berathen zu lassen. Rüder aus Oldenburg will die Sache dem Ausschusse für staatsrechtliche und internationale Verhältnisse übergeben sehen. Hartmann aus Leitmeritz: Es wäre ein Verbrechen, auf den Antrag des Minister-Präsidenten einzugehen. Zur Tagesordnung darüber, sogleich und ohne Motivirung! Reichensperger: Vor den österreichischen Ausschuß gehört die Frage. v. Vincke: An mir und meinen politischen Freunden liegt es nicht, daß §. 2 und 3 der Verfassung zu diesem Dilemma Veranlassung gegeben. Wir haben uns nur der Majorität der österreichischen Abgeordneten in diesem Hause unterworfen. Der kompetente Ausschuß ist der Biedermann'sche. Buß will den österreichischen Ausschuß, Löw von Kalbe einen neu zu erwählenden mit der Angelegenheit beauftragen, denn die Stellung der Parteien im Hause sey eine andere geworden. Während Wichmann und G. Beseler (dieser für Ueberweisung an den Biedermann'schen Ausschuß) sprechen, ist Lärm, besonders auf der linken tief aufgeregten Seite des Hauses. Giskra: Noch ist Oesterreich nicht verloren von Deutschland und ich hoffe es soll dabei bleiben! Also wenigstens nicht vor den völkerrechtlichen Ausschuß gehört die Sache. Graf Deym: Was hier vorliegt, sind thatsächliche Verhältnisse. Oesterreich schließt sich nicht aus, hat immer zu Deutschland gehört und soll dabei bleiben. Aber lassen Sie uns die viel verwickelten Verhältnisse mit Ruhe betrachten und einen neuen Ausschuß sich mit ihrer Lösung beschäftigen. Hier endlich wird die unfruchtbare Debatte abgebrochen und zur Abstimmung geschritten. Ihr Ergebniß ist, daß die Vorlage des Ministeriums an keinen der vorgeschlagenen bestehenden Ausschüsse verwiesen, sondern daß ein neuer Ausschuß dafür durch die Abtheilungen gewählt werde. Die morgende Sitzung wird auf Schneider's dringendes Verlangen der zweiten Lesung der Grundrechte gewidmet.

Frankfurt, 19. Decbr. (139. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Vorsitzender Vicepräsident Wilh. Beseler gibt unmittelbar nach dem Verlesen des Protokolls dem Reichsjustizminister Robert v. Mohl das Wort zur Beantwortung mehrerer Interpellationen. Die erste (von Wesendonck) betrifft die gegen Zitz, Schlöffel und Simon von Trier eingeleitete Untersuchung. Herr v. Mohl erklärt, daß sich das Ministerium jeden Einflusses darauf enthalte und auch über den Stand der Sache durchaus ohne Nachricht sey. Was aber namentlich die beantragte Beschleunigung der Untersuchung über die Septembereinzelne anlange, so sey das zuständige Frankfurter Gericht mit seinen Erörterungen darüber so weit gediehen, daß die ganze Un-

Digitized by Google

tersuchung noch vor Ende des Dezembermonats geschlossen sein werde. v. Mayfeld's „Diesseits (und Jenseits) und Schoeselt's Aufregen haben die österreichischen Verhältnisse, die Hinrichtung Robert Blum's und den Belagerungszustand Wiens zum Gegenstande gehabt. Der Minister erwidert darauf: Jedes Stück des Reichsgesetzblattes wird am Tage seiner Ausgabe sogleich mit amtlichen Begleitschreiben allen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zur Mittheilung an ihre Regierungen zugefertigt. Dies ist auch mit Nr. 2, welches das Gesetz vom 29./30. Sept. d. J. enthält, geschehen und daß namentlich der kaiserlich österreichische Bevollmächtigte dasselbe erhielt, beweist die Empfangsbescheinigung desselben, welche folgendermassen lautet: „Der Unterzeichnete beehrt sich in Erwiderung der geehrten Note von gestern den Empfang des Reichsgesetzblattes Nr. 1—3 in dem gewünschten hundert Abdrücken zu bestätigen, welche sogleich nach der jedesmaligen Ausgabe an die Provinzialregierungen durch österreichischen Bundesländer zur schleunigen Vertheilung an die betreffenden Behörden versandt worden sollen." — Ueber den weitern Verlauf der Einsendung an die kaiserlich österreichischen Behörden von Seiten des kaiserlichen Bevollmächtigten kann natürlich das Reichsjustizministerium keine Auskunft geben; doch darf wohl daran erinnert werden, daß durch den am 6. Oct. in Wien ausgebrochenen Aufstand die österreichische Regierung zum Theil ganz beorganisirt, zum Theil auch der regelmäßige Postenlauf unterbrochen wurde, so daß vielleicht aus diesen Umständen das Nichteintreffen und regelmäßig und rechtzeitig Mittheilungen zu erklären ist. Die Anfrage des Herrn Abg. Dietsch und Genossen betrifft den Stand der Blum'schen Angelegenheit. Ich habe darauf Folgendes zu erklären: Laut Berichts der Reichskommissäre Pözl und Paur ist eine Schlußerklärung des kaiserlich österreichischen Gesammtministeriums in der Blum'schen Angelegenheit in den letzten Tagen endlich erfolgt, allein es ist dieselbe noch nicht in die Hände des Reichsministeriums gelangt. Vor ihrem Eintreffen ist eine vollständige Beurtheilung der Sachlage selbstredend nicht möglich. Das Reichsministerium beabsichtigt, sobald es selbst zu einem Schlusse in Folge der bereits erhaltenen und der noch zu erwartenden Mittheilungen gekommen ist, der hohen Reichsversammlung Alles vollständigst vorzulegen. Was endlich den Belagerungszustand von Wien anlangt, so hat die österreichische Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie sich nur mit Widerstreben zur Verhängung von Ausnahmsmaßregeln wider Wien entschlossen habe, und daß sie nicht gemeint sei die Dauer derselben über die Nothwendigkeit hinaus zu verlängern. Lette berichtet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß über die beantragte Aufhebung des Verzehntens. Die Abgaben auf den Bergbau haben wesentlich die Natur einer Besteuerung und es kann daher nicht ohne Weiteres zu deren Aufhebung geratben werden. Dagegen schlägt der volkswirthschaftliche Ausschuß vor, die Lasten des Bergbaus zum Gegenstande einer allgemeinen und gleichmäßigen Reichsgesetzgebung zu machen. Von den übrigen in der Tagesordnung vorangehenden Erörterungen führe keine zu einem beachtenswerthen Ergebniß. Es wird hierauf zur zweiten Lesung der Grundrechte geschritten und ohne Diskussion angenommen: Artikel VIII. §. 30. „Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden." In §. 31 wird nach dem Vorschlage der Minderheit des Verfassungsausschusses (Aigard, Mittermaier, Zell, Somaruga, Schreiner, Gülich, Römer) die Bestimmung von der unbeschränkten Theilbarkeit des Grundeigenthums mit 237 gegen 189 Stimmen durch Namensaufruf angenommen, wonach der Paragraph in folgender Fassung zum Beschusse erhoben wird: „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig." Ohne Besprechung und Abänderung gelangt zur Annahme: Paragraph 32. „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeits-Verband hört für immer auf." — Durch die neuesten Vorgänge haben sich die Parteistellungen des Hauses wesentlich verändert und gerade und dadurch ist das Mißtrauen gegen die Abstimmung durch Zettel so stark geworden, daß die rechte Seite des Hauses, Graf Schwerin und v. Vincke an der Spitze, die Zettelabstimmung überall, wo sie beantragt wird, durch den Namenaufruf zu ersetzen sucht. Dies hat zur Folge, daß auch auf die Zettelabstimmungen in den meisten Fällen zwei- höchst wird, daß die Berathungen der zahlreichen Reden, Unter-, Zusatz- und Verbesserungsanträge einigermaßen erleichtert. §. 33. „Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtions- und Abgaben. 2) Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher berechtigten dafür oblagen." §. 31. „Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen." Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden." Nach der Annahme des obigen Paragraphen wird die heutige Berathung 2½ Uhr Nachmittags vertagt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 20. statt. Gegenstand der Tagesordnung: Zweite Lesung der Grundrechte.

Frankfurt, 18. Dec. Zu einem Reichswahlgesetz für das Volkshaus ist dem Verfassungsausschusse durch sein vorbereathendes Komite bereits ein Entwurf vorgelegt worden. Derselbe lautet wie folgt: Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause. §. 1. Wähler ist jeder selbstständige, unbescholtene Deutsche, welcher 1) das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, 2) in dem vom Gesetz ihm angewiesenen Wahlbezirke zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz hat; er darf jedoch nur an Einem Orte wählen. §. 2. Nicht selbstständig, also von der Ausübung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallit-Verfahrens; 2) Dienstboten; 3) Gewerbegehilfen; 4) diejenigen, welche für Taglohn, Wochenlohn oder Monatslohn arbeiten; (?) 5) diejenigen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 6) diejenigen, welche eine Einkommensteuer, wo eine solche Steuer schon besteht oder noch eingeführt werden wird, zu entrichten nicht verbunden sind, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre nicht bezahlt haben, oder, wo eine solche Steuer noch nicht besteht, ein jährliches Einkommen von 300 Gulden nicht haben. §. 3. Als beschollen, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen erachtet werden: 1) diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntniß wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeits-Strafe oder zum Verlust der bürgerlichen Ehren oder Rechte, oder zur Stellung unter polizeiliche Aufsicht — und zwar während der Dauer der letzteren — verurtheilt worden sind; 2) diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntniß überführt worden sind, bei der Wahl ihre Stimmen verkauft, oder in mehr als einem Wahlverfahrungen, bei der für einen oder den nämlichen Zweck bestimmten Wahl, ihre Stimmen abgegeben zu haben. §. 4. Das Recht zum Wählen ruhet bei den Kriegern, welche in aktivem Dienste stehen, mit Ausnahme der Unteroffiziere und Offiziere. §. 5. Wähler zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige, unbescholtene (§. 2, 3) Deutsche, welcher: 1) in einem deutschen Staate das Staatsbürgerrecht besitzt; 2) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat. §. 6. In jedem Einzelstaate sind Wahlbezirke für 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung zu bilden. Dieselben werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt, in welchen für den ganzen Wahlbezirk ein Abgeordneter zum Volkshause zu wählen ist. §. 7. Ergibt sich bei der Bildung der Wahldistrikte ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist für diese ein besonderer Wahldistrikt zu bilden, welcher einen Abgeordneten zu wählen hat. §. 8. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben einen Abgeordneten zu wählen. — Die Stadt Lübeck soll diesen gleichgestellt werden. §. 9. Die Staaten welche keine Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben, werden zum Zweck der Wahl der Abgeordneten mit anderen kleineren oder größeren Staaten, nach Maßgabe der Reichs-Wahlmatrikel zusammengelegt, und haben in dieser Vereinigung Wahldistrikte zu bilden. §. 10. Die Wahl erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit aller in einem Wahldistrikte abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. §. 11. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen. §. 12. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimmen mündlich zu Protokoll abgegeben werden. §. 13. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten. §. 14. Die Wahldistrikte und

Digitized by Google

Bezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, in so weit dasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten angeordnet.

Frankfurt, 18. Decbr. Gestern hat das Ausschußcentrum nach Nationalitäten wirklich begonnen. Den Anfang scheinen die Oesterreicher des Kasinos gemacht zu haben. Die ganze Nationalversammlung erscheint heute in 2 große Gruppen getheilt, und das Abgeben der Stimmen bei der Präsidentenwahl ist eigentlich nichts als ein Votiren für Preußen oder Oesterreich. Es gibt im Augenblicke schwindsüchtige Nationalität, doch wird sich die Sache sehr bald ändern, da die Opposition (216 Stimmen der linken Gruppen incl. Weitenhyl) mit den etwa 90 Stimmen der tragenden Oesterreichern bei der Wahl Kirchgeßner's im Einverständnisse handelt. Diese Bestandtheile geben aber schon in der österreichischen Frage nicht mehr Hand in Hand und das Ministerium v. Gagern dürfte leicht zu einer bedeutenden Majorität kommen. (D. Z.)

Frankfurt, 18. Decbr. An die Berhandlung von gestern Sonnabend über die Vorlage des Handelsministers, die commerzielle Einigung Deutschlands betreffend, haben sich Verwunderungen geknüpft, als ob Duckwitz sich zu der Freihandelspartei geschlagen habe. Auch hört man da und dort die seltsame Ansicht, als spreche der von Abgeordneten der norddeutschen Handelsstadte herausgegebene Entwurf eines Zolltarifs die Ansichten des Reichshandelsministeriums aus. Die gänzliche Unrichtigkeit dieser Ansichten können wir aus der besten Quelle verschern; das Reichshandelsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkte praktischer Vermittlung der Extreme, den es seitdhalten wird. Wir legen großen Werth auf die Verbreitung dieser Berichtigung, weil jene irrigen Ansichten, wie wir hören, große Beunruhigung in Süddeutschland hervorrufen, deren Anwachsen zu verhindern in der Pflicht eines Jeden liegt, der die Handelseinigung Deutschlands als eine unserer größten Aufgaben erkennt. (D. Z.)

Frankfurt, 18. Dec. Dem Vernehmen nach hätten wir einem baldigen Eintritt des Hrn. v. Andrian in das Ministerium des Auswärtigen entgegen zu sehn. — Gestern hat in Hanau wieder ein Arbeiterbankett stattgefunden, an dem sehr viele Abgeordnete der linken Seite Theil genommen haben. — Die erdichte Kaiserwürde ist im Verfassungsausschuß mit 13 gegen 11 Stimmen verworfen worden. (N. K.)

München, 18. Dec. Man vernimmt, daß König Ludwig befohlen habe, sämmtliche von ihm begonnene Bauten, die bis jetzt ruhten, mit sommendem Frühjahr wieder in Angriff zu nehmen; so viel möglich, soll auch während des Winters an Zurichtung des Materials zur Beendigung des Siegesthoes und der neuen Pinakothek gearbeitet und mit Eintritt der milden Jahreszeit auch an der Befreiungs-Halle bei Kelheim fortgebaut werden.

Bayreuth, 21. Decbr. Wie man vernimmt, ist vom Minister Lerchenfeld die Zusage der Annahme der auf ihn hier gefallenen Wahl zum Abgeordneten hieher gelangt.

Bernburg: 17. Dec. Die Reichsminister des Innern hat an den Vorsitzenden des hiesigen Landtags folgendes Reskript erlassen: Der Reichsminister des Innern an den Vorsitzenden des bernburger Landtags Hen Heimberger. Eine zweite Eingabe der Abgeordneten des Anhalt-Bernburger Landtags an den Erzherzog Reichsverweser vom 29. Nov. hat leider, da dieselbe keine persönliche, sondern eine Regierungsbandlung betreffe, natürlich abermals dem Unterzeichneten zur Beantwortung übergeben. I. Auf die Bitte, daß Se. Hoh. der Herzog von Dessau die Regentschaft im Namen des Herzogs von Bernburg übernehmen möge, habe ich zu erwidern, daß der Uebernahme der Regierung durch den Herzog von Dessau kein Hinderniß im Wege steht, sobald beide Herzoge sich darüber einigen und der Landtag den Ansprüchen des Herzogs von Bernburg auf sein Privatvermögen oder bei dessen Insufficienz auf eine auskömmliche Rente nicht entgegen tritt. II. Die zweite Bitte; daß dem Lande Anhalt-Bernburg seine volle Selbstständigkeit gewahrt bleibe, kann ich nicht zusichern, desürworten zu wollen. Ein Land von nur 50,000 Seelen kann unmöglich aus eigenen Kräften alle die Anstalten in wünschenswerther Vollkommenheit erhalten, welche zu einem geordneten fortschreitenden Staatsleben erforderlich sind, zu welchem der Einfluß der Staatsangehörigen hätten in unsern Tagen, wo der vernünftige Trieb nach Vereinigung des Kleinen zu Großen vorherrscht, eher ein Antrag auf völlige Vereinigung als ein Begehren wie das gestellte erwartet werden sollen. Auch das vereinigte Bernburg-Dessau bleibt noch klein genug, und der Unterzeichnete wird keinen Schritt verfäumen, der eine völlige Verschmelzung der beiden Ländchen herbeizuführen geeignet ist. III. Aus diesem Grunde kann er auch in der gegenwärtigen Sachlage die dritte Bitte auf Sanction der besondern bernburger Verfassung und auf Einsetzung eines besonderen bernburger Ministeriums nicht befürworten. Zweierlei Recht, zweierlei Ständekammern und zweierlei Ministerien auf der kleinen Fläche der vereinigten Herzogthümer Bernburg und Dessau wären in den Augen der Unterzeichneten eine Ironie auf die schönen einheitlichen Bestrebungen unserer neuen Zeit. Wenn der Unterzeichnete die Herstellung eines festgegründeten Zustandes für die vorliegen Verhältnisse ebenso wie der Landtag sie bringend hält, so kann er als sicherste Mittel, zu diesem Ziele zu kommen, nur ein vertrauensvolles Unterstützen aller Maßregeln der dort anwesenden Reichscommissäre empfehlen. Die oben berührten Bitten sind gleichlautend auch von einer Anzahl dortiger Einwohner gestellt worden. Der Unterzeichnete ersucht, dieselben mit dem Inhalt obigen Bescheides bekannt zu machen. Frankfurt a. M., den 12. Dec. 1848. Schmerling.

Berlin, 19. Dec. Der Berlinischen Zeitung zufolge wäre in Berlin am 18. Dec. auf außerordentlichem Wege die Nachricht eingegangen, daß der König von Preußen durch Wahl im Ausschusse mit 19 gegen 1 Stimme in Frankfurt a. M. zum erblichen Oberhaupte des deutschen Reichs gewählt sei. (D. A. Z.)

Berlin, 19. Dec. Zu Ankäufen von Pferden für die Armee soll 1 Mill. Thlr. bestimmt sein. Die Rettlierieschule, die bei Verhängung des Belagerungszustands nach Potsdam verlegt war, ist jetzt wieder zurückverlegt. — Gegen den Direktor des Pädagogiums zu Züllichau, Hrn. Hanow, der als Abgeordneter zwar nach der Vertagung am 8. Novbr. an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht mehr Theil nahm, an seinem Wohlorte jedoch den Beschlüssen der Versammlung entsprechend durch Schrift und Rede wirkte, soll von Seiten des Schulcollegiums der Provinz eine Disciplinaruntersuchung beabsichtigt werden. — Wie erfahren, daß das 10. Infanterieregiment Ordre erhalten habe, sich marschfertig zu halten, um am 1. Jan. in Hamburg sein zu können. — Der Staatsanzeiger vom 19. Dec. enthält ein Schreiben des ersten Senats des geheimen Obertribunals in Berlin an den geheimen Obertribunalsrath Dr. Waldeck, worin er denselben dringend auffordert und ersucht, Schritte zu thun, welche die Auflösung des Verhältnisses, in welchem Dr. Waldeck bisher zu diesem Gerichte gestanden, herbeiführten. In gleicher Weise theilt der Staatsanzeiger Schreiben der Mitglieder dem Oberlandesgerichte zu Ratibor, Bromberg und Münster mit, in welchen dieselben sich an den König und resp. an den Justizminister mit der Bitte wenden, dahin zu wirken, daß die Oberlandesgerichtspräsidenten Reichmann (Ratibor), Gierke (Bromberg) und der Oberlandesgerichtsdirektor Temme (Münster), nicht bei ihnen eintreten, sondern daß denselben wo möglich ein anderer Wirkungskreis angewiesen werde. (D. A. Z.)

Posen, 16. Dec. In der nächsten Woche erwartet man bereits den Reichscommissär, General v. Schefer, von Frankfurt zurück, und dann wird, so hoffen die Deutschen hier zuversichtlich, die Demarcation aller polnischen Reclamationen ungeachtet seiord ausgeführt werden; inzwischen fragt es sich, ob man nicht in Frankfurt den jetzigen Wünschen der Polen nachgeben und das ganze Großherzogthum ungetheilt in den deutschen Reichsverband aufnehmen wird, was die hiesigen Deutschen größtentheils ungern sehen, weil die Provinz dadurch gewissermaßen ganz in den frühern Zustand zurückversetzt würde. Hier ist übrigens Alles conservativ gesinnt und alle Orten beschäftigt man sich mit den Neuwahlen zu den im Februar k. J. zusammentretenden Kammern. Ein hier verbreitetes Gerücht, daß außer Posen noch zwei kleine Städte der Provinz zu Reichsfestungen bestimmt seien, führe ich an, ohne es verbürgen zu können. (D. A. Z.)

Wien, 17. Dec. Man hörte gestern in der Gegend von Presburg fortgesetztes Schießen und vermuthete, daß es zu Etwas gekommen sei; doch verlautet bis jetzt nichts Näheres. — Die Nachricht von der Abreise der Erzherzogin Sophie hat sich nicht bestätigt, vielmehr scheint dieselbe entschlossen, ihren Sohn nicht zu verlassen.

Wien, 17. Dec. Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei geht eben folgender Bericht hervor: So eben ist mir nachstehender von Se. Durchl. dem commandirenden Hrn. Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz an Seine Majestät gerichtete Bericht über die bereits stattgefundenen Operationen gegen Ungarn zugekommen. Wien, am 17. Dec. 1848. Melden, Feldmarschalls-Lieutenant, Zivil- und Militärgouverneur. Euerer Majestät berichte ich in tiefster Ehrfurcht, daß ich heute Vormittags mit dem ersten Armee- und Reservekorps eine allgemeine Rekognoszirung von Beuel an der Laytha und Prellenkirche aus vorgenommen habe, in der Absicht in das Gefecht wirklich überzugehen, wobei ich mich mit Hinblick auf die feindliche Stellung weit ausdehnen mußte. Der

Digitized by Google

Gegener nahm jedoch den Kampf nicht an, sondern leistete geringen Widerstand auf allen Punkten; nur die Ortschaften Baerendorf und Neudorf wurden erst nach einer ziemlich lebhaften Kanonade besetzt. Gegen Baumern ging die Kavallerietriegade Ottinger vor, worauf der Gegner auch dieses Dorf verließ. Er zog sich in der Richtung gegen Ungarisch-Altenburg dermaßen rasch zurück, daß das erste Korpsquartier in Kasmiehof heute Nacht sein wird. Als er gegen 2 Uhr Nachts auch Kutzer räumte, ließ Feldmarschalllieutenant Kempen auch diesen Ort mit einem Bataillon besetzen. Vom Feldmarschalllieutenant Simunich kommt uns die Meldung, daß er bereits die feindliche Paßstellung oberhalb Jadowitz am 14. d. M. angegriffen, den Gegner nach Wegnahme desselben bei Seplig über Radaud und die Lytnau zurückgedrängt habe. Der Obeslieutenant Frischeisen berichtet, daß er am 11. ein glänzendes und siegreiches Gefecht gegen einen weit überlegenen Feind bestand, der sich unweit Bubatin hinter Verhauen sehr vortheilhaft postirt hatte. Unsere Truppen entwickelten dabei ihre gewohnte Tapferkeit und wüeden auch von den slovakischen Freiwilligen aufs Beste unterstützt. Der Feind wurde gegen Sillein zurückgeworfen, wo er die Waagbrücke abbrach, somit die weitere Verfolgung hinderte. Oberstlieutenant Frischeisen kann die Ausdauer und Hingebung seiner Truppen nicht genug loben. Der Feldmarschalllieutenant Graf Schlik zeigt mir an, daß er am 10. d. M. unter dem Jubel des Volkes in Eperies am Vormittag eingezieht sei und auch das Salzwerk und die Stadt Sovar besetzt habe. Auch auf dieser Seite hat der Feind keinen entschiedenen Widerstand geleistet. Hauptquartier Pettronell, am 16. Dec. 1848. Alfred Fürst Windisch-Grätz, Feldmarschall." (K. v. u. f. D.)

Ungarn.

Von der ungarischen Grenze, im Dec. So ist denn geschehen, was man so gerne bezweifeln möchte, wenn nicht schon Wetterleuchtende lange vorher die Dinge so kommen gesehen hätten. Die Russen sind in Siebenbürgen eingerückt! Zuerst erschien in Kronstadt, einer für den nach der Walachei führenden Paß sehr wichtigen Festung mit 30,000 Einwohner, dieß ein Hauptmann mit einer Kompagnie Sappeurs, doch am nächsten Tage trafen drei Bataillons Infanterie, eine Division Kosacken mit 18 Kanonen in Kronstadt ein. Das Verhängniß der österreichischen Monarchie geht rasch seiner Erfüllung entgegen. Arme, verblendete Dynastie, welche das Dauergeschenk russischer Hülfe nicht mit beiden Händen von sich stößt! Der Kaiser von Oesterreich ist zu einem russischen Satrapen herabgesunken. Die österreichischen Vorposten haben die Grenzlinie überschritten, sobald Jellacic im Hauptquartier eintraf, sie besetzen Parendorf und Neusiedl am See nach geringer Gegenwehr; doch als sie die Schanzen bei Kisse stürmten, kamen die k. k. Jäger zwar hinein, doch dann wurden sie mit Macht und Ungestüm angefallen, zum Theil niedergemacht und zum Theil gefangen. Täglich bringen zahlreiche Bauernwägen Verwundete in die Feldspitäler zurück und das an die Wiener Blätter ergangene Verbot, während des Belagerungszustandes keine Nachrichten über die Vorgänge an der Grenze aufzunehmen, scheint darauf hinzudeuten, daß die Sachen nicht eben gar so glänzend stehen können, als die schwarzgelben Optimisten auszuposaunen sich die Mühe geben. (D. r. Z.)

Semlin, 2. Dec., 3 Uhr Abends erfahre ich, daß die Magyaren vorgestern, begünstigt durch den Nebel, auf alle unsere Lager einen kombinirten Angriff gewagt haben. Die Magyaren wurden in 3 Lagern mit großem Verluste zurückgeschlagen, insbesondere bei St. Thomas und Tomasevec.

Italien.

Die in Bologna anwesenden Mitglieder der vom Papst ernannten Regierungskommission, die HH. General Zucchi und Bevilacqua, haben in einer durch den Prelegaten veröffentlichten Erklärung vom 11. Dec. den Willen kund gethan, dem Rufe Sr. Heiligkeit zu folgen und sich zum Papste zu begeben, jedoch allein in der Absicht, zur Versöhnung zwischen Volk und Fürst mitzuwirken. Geringe ihnen dieses nicht, so würden sie wieder in das Privatleben treten. Hr. Ricci von Macerata soll beistimmen. Zucchi und Bevilacqua sind bereits nach Gaeta abgereist. Garibaldi, der in Cesena sich befand, soll dagegen nach Rom verreist seyn, wohin das Ministerium ihn berufen habe. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

Paris, 16. Decbr. Seit gestern ist in der Kammer stael von der Auflösung derselben die Rede, da man voraussetzt, daß Louis Napoleon nicht lange mit ihr im Einklange bleiben könne. Zwei Mittel sind unter der Hand im Vorschlage, um die Nationalversammlung zur Annahme eines solchen Beschlusses zu vermögen. Ein Theil derselben, d. i. der Verein der Rue de Poitiers, will seine Entlassung einreichen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß man für dieses Mittel sich entscheiden wird, da man nicht sicher ist, dadurch den übrigen Theil der Kammer zu einem gleichen Schritte oder zur Auflösung zu bewegen, sondern vielmehr Gefahr läuft, eine noch beschlußfähige, aber fast ganz oppositionelle Kammer zurückzulassen. Ein anderes, wahrscheinlich wirksameres Mittel, welches in Vorschlag kam, ist die Bildung von Comite's in Paris und in den Provinzen, welche Unterschriften für Petitionen sammeln sollen, in denen man die Kammer auffordert, sich aufzulösen. Dieses Mittel hat in der That viele Aussicht, durchzudringen, da man voraussetzen kann, daß die meisten der Wähler, welche für Louis Napoleon gestimmt haben, auch diese Petitionen unterzeichnen würden; einem so allgemein ausgesprochenen Verlangen könnte die Nationalversammlung nicht widerstehen und müßte somit sich auflösen. — Nach der Kammer-Auflösung oder, wie Andere meinen, selbst vor derselben beabsichtigt die künftige Präsidentschaft die Constitution dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Erinnert man sich, daß alle künftigen Minister, so weit sie auf der ziemlich offiziellen Liste bereits erschienen, gegen Eine Kammer und noch andere nicht unwesentliche Grundsätze der neuen Verfassung gestimmt haben, so gewinnt dieses allgemein verbreitete Gerücht einen bedeutenden Grad von Wahrscheinlichkeit.

Paris, 16. Dec. Nachschrift, 4 Uhr Nachmittags. So viel bis jetzt bekannt geworden, stellt sich folgendes Ergebniß der Wahlen heraus: für L. Napoleon etwa 4,400,000, für Cavaignac etwa 1,100,000 Stimmen. — Die heutige Sitzung der National-Versammlung bot kein Interesse dar. (K. Z.)

Anzeigen.

Im Verlag von Setz & Comp. in Nürnberg ist erschienen und durch die Grau'sche Buchhandlung in Bayreuth und bei G. A. Gran in Hof und Wunsiedel zu haben:

Robert Blum's Portrait

in 4to, Stahlstich mit Biographie. Preis 12 kr.

Es ist dies das ähnlichste Portrait, welches von diesem Märtyrer deutscher Freiheit existirt.

Einladung.

Die Christbescherung in der Kinderrettungs-Anstalt des Jean-Paul-Vereins im Schulhause am Brandenburger Thore wird am Weihnachtsheiligenabend Nachmittags 4 Uhr stattfinden. Es werden dazu Diejenigen, welche dieser Anstalt ihre freundliche Theilnahme schenken, hiermit höflich eingeladen. Die Bescherung wird in den nöthigen Kleidungsstücken bestehen. Die Hoffnung, die wir dabei haben, haben wir schon ausgesprochen.

Bayreuth, den 20. Decbr. 1848.

Die Vorsteher der Anstalt.

Danksagung.

Wir finden uns verpflichtet, unsern herzlichsten Dank für die ehrenvolle Begleitung unseres geliebten Gatten, Vaters und Schwiegervaters, des Regierungs-Funktionairs Pallmann, zu seiner Ruhestätte hiermit öffentlich auszusprechen.

Bayreuth, den 20. Dezember 1848.

Die Hinterbliebenen.

Arac de Batavia, Apfelsinen, Punsch-Essenz, feine französische Liqueure, Roussillon, Muscat- und Franken-Weine, Rosinen, Weinbeere, Mandeln, Cigarren und Barinas-Canaster empfiehlt

Hermann Mengert.

Außer meinen bekannten Artikeln empfehle ich verschiedene Weine, Punschessenz, Arac, Cigarren und Tabake in allen Sorten, von anerkannter Güte, zu sehr billigen Preisen

Wilh. Höflich.

Frisches Hafenwild bei Philipp Staudt.

Nr. 26 am Markt sind in der mittlern Etage 1 nöthigenfalls auch 2 ineinandergehende hübsch meublirte Zimmer nebst Alkove mit oder ohne Bett sämmtlich zu vermiethen.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

70 58 8 27 23

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonnabend **Nro. 356.** **23. December 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 20. Dec. 140. Sitzung der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung. Vorsitzender Wilhelm Beseler zeigt den am Ende December erfolgenden Austritt des Abgeordneten Thinnes aus Eichstädt an. Die gestern von den Abtheilungen erwählten Mitglieder des Ausschusses zur Begutachtung der mimisteriellen Vorlage in Bezug auf die österreichischen Verhältnisse sind die Herren v. Linde, Barth, Baur, Somaruga, Cheistmann, Rüder, Giskra, Hildebrand, v. Buttel, M. Simon, Reitter, Venedey, Rheinwald, Kirchgeßner, Makowicka. Aus ihrer Mitte ist Herr Kirchgeßner aus Würzburg zum ersten, Herr Hildebrand aus Marburg zum zweiten Vorsitzenden und Herr Max Simon aus Breslau zum Schriftführer bestimmt worden. Die Berathung wendet sich sodann ohne Aufenthalt der zweiten Lesung der Grundrechte zu. Unter den zu §. 35 gestellten Verbesserungsanträgen ist der Förster's aus Hünfeld: „Aufgehoben ohne Entschädigung ist das Recht der wilden Fischerei in nicht schiffbaren Flüssen zwischen fremdem Grundeigenthum." Der Förstersche Zusatz wird verworfen. Desgleichen unter allgemeiner Heiterkeit ein Antrag v. Lindes darauf, daß ein Reichsgesetz die Ausübung der Jagd im Umfange der Reichsfestungen regele. Hingegen wird unverändert die Fassung der Ausschußmehrheit angenommen, nur mit der Anfügung des Schlußsatzes von Jägern, wodurch die Bestellung des Jagdrechts als eines dinglichen Rechts an fremdem Grund und Boden für immer verwehrt wird. Der Paragraph lautet demnach, sowie er zum endgültigen Beschlusse erhoben ist: §. 35. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eignen Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremden Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Nur abgelöst jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstücks abgeschlossenen Vertrag erworben ist; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen. Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Jagdgerechtigkeit auf fremden Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden. §. 36 behandelt die Fideikommisse und auf die Diskussion darüber wird nicht verzichtet. Dem Bureau ist leider die Liste der für den Paragraphen eingezeichneten Redner für den Augenblick abhanden gekommen, doch ist den Mitgliedern des Präsidiums so viel erinnerlich, daß Herr Moritz Mohl in erster Linie darauf stand. Von der lachenden Bewegung des Hauses unterirrt, die durch diese Mittheilung hervorgerufen wird, spricht Moritz Mohl sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Fideikommisse nach dem Ausschußvorschlage die großen Familien wenigstens erhalten bleiben sollen. v. Binde: Die Grundrechte sollen doch wahrhaftig die individuelle Freiheit erweitern, anstatt sie zu beschränken. Zu dieser Freiheit aber gehört nothwendig das Recht der freien Verfügungen über das Vermögen. Also auch die Errichtung von Fideikommissen müßte jedem Deutschen nachgelassen sein und gerade in dem besonderen Vaterlande, welchem Hr. Mohl angehört — ich glaube er ist ein Schwabe (Gelächter) — spricht sich nicht blos der Adel, sondern sprechen sich auch die Bauern lebhaft für die Erhaltung der fideikommissarischen Rechte aus. „Man hat sie", fährt der Redner fort, „auf die nationalökonomischen Vortheile berufen. Aber die Frage, ob große oder kleine Güter der Nationalökonomie am zuträglichsten sind, wird einfach darauf hinauskommen, daß weder das Eine noch das Andere unbedingt als richtig anzunehmen ist. Nach Binde's Rede wird Schluß der Debatte verlangt und als Berichterstatter des Verfassungsausschusses ergreift Zell aus Trier das Wort. Die Verschiedenheit der Ansichten ist in der Mitte des Ausschusses selbst nicht gering. Am weitesten nach der konservativen Seite geht unter den Verbesserungsanträgen der Ebrer's und Genossen: „Die bestehenden Fideikommisse, Majorate, Minorate bleiben in Kraft." „Die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten ist das Recht vorbehalten, die zu große Anhäufung des Besitzes von Fideikommißgütern in einzelnen Familien durch Festsetzung eines Maximums zu beschränken." Die Abstimmung entschedet sich zuvörderst durch den Antrag Moritz Mohls: „Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Weise der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familie-Fideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten," der nur mit der geringen Majorität von 199 gegen 193 Stimmen abgelehnt wird. Angenommen wird dagegen mit 213 gegen 189 Stimmen das fast gleichlautende Minderheitsverachten des Verfassungsausschusses, so daß der Paragraph mit Ausnahme des auffallenden Zusatzes: „Gleiche Bestimmungen mit für Familienfideikommisse gelten für Stammgüter" — ganz in der Fassung, die ihm die erste Berathung gegeben hatte, auch heute aus der zweiten Lesung hervorgeht. §. 36. Die Familienfideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Ueber alle die folgenden Paragraphen wird keine Debatte beliebt und sie gelangen in nachstehender Form zur Annahme: Paragraph 37. Aller Lehnsverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Aufhebung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen. Paragraph 38. Die Stiftung des Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden. Artikel IX. §. 39. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. §. 40. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. §. 41. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militärdisciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegszustand. §. 42. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden. §. 43. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz. §. 44. In Strafsachen gilt der Anklageproceß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schweren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. §. 45. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt und mitgeübt werden. Paragraph 46. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig seyn. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichts-Behörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof. §. 47. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf. Ueber alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Der Polizei steht keine Strafgerechtsbarkeit zu. §. 48. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar. Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen. Nachdem mit §. 48 die zweite Lesung der Grundrechte vollendet ist, soll sogleich auch das Einführungsgesetz dazu in Berathung gezogen und erledigt werden. Als Berichterstatter des Ausschusses erklärt jedoch Herr Dreiter, daß einige redaktionelle Abänderungen auch diesmal unerläßlich seyen, wie er sogleich und sehr glücklich an dem Beispiele des §. 7, über Abschaffung der Standesunterschiede zeigt. Der Vorschlag, den er zu der redaktionellen Umgestaltung jenes Paragraphen macht, wird sofort zum Beschluß erhoben, und die Berathung über das Einführungsgesetz dem Antrage gemäß bis morgen vertagt. Die anderen Gegenstände der morgenden Tagesordnung sind: Budgetvorlagen und der Verfassungsabschnitt: „der Reichstag." Noch ruft Zimmermann

Digitized by Google

von Stuttgart den Biedermannschen Ausschuß an, ob das Befinden des Berichterstatters eine baldige Begutachtung des Wesendonckschen Antrags in Bezug auf die preußische oktroyirte Verfassung endlich hoffen lasse. Jacharia von Göttingen erwidert darauf, der Bericht sey fertig und er laute, wie er hier gleich mittheilen wolle, auf Uebergang zur Tagesordnung über den Wesendonckschen Antrag. (Unruhen auf der Linken.) Gegen 2 Uhr Nachmittags wird die Sitzung mit der Bewilligung mehrerer Urlaubsgesuche geschlossen.

Frankfurt, 19. Dec. Wir sind im Stande, die vorläufigen Hauptgrundsätze der von der bisherigen Majorität abgezweigten Fraktion mitzutheilen, und lassen sie hier folgen: „1) Wir erachten es als Aufgabe des verfassunggebenden Reichstages — so beginnt das Programm — die Einheit des ganzen Vaterlandes zu begründen und alle seine Bestandtheile auf der Grundlage freisinniger Institutionen im Bundesstaate zu vereinigen. 2) Die Nationalversammlung ist für die Begründung der deutschen Reichsverfassung das legale Organ des deutschen Volkes, sie ist in dieser Beziehung selbstständig. Dies schließt nicht aus, daß mit den Regierungen der Einzelstaaten ein Vernehmen stattfinde, und daß besonders Verhältnisse der letzteren nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Verständigungen, wo sie möglich, muß erfolgen, ehe die Meinungsverschiedenheiten in scharfen Gegensätzen befestigt haben. 3) Wir werden dem Partikularismus entgegentreten, so er die Einheit und Macht des Gesammtstaates gefährdet, dagegen wollen wir das Recht der einzelnen Stämme und Staaten zur Entwicklung ihres besonderen Lebens innerhalb der im Interesse der Einheit nöthigen Schranken gewahrt wissen. 4) Der Verein wird dahin trachten, die Vollendung des Verfassungswerkes möglichst zu fördern, alle Hemmungen des Haarspaltens abzuwehren und durch gleiche Billigkeit gegen alle deutschen Stämme, durch Erstrebung des Erreichbaren und praktisch Brauchbaren der Verfassung die Aufnahme in das Leben der Nation zu sichern. Wir wollen eine lebendige Einigung und Verbrüderung aller Deutschen ohne Rücksicht auf Süd und Nord, auf Stämme, Stand oder Glaubensbekenntniß; darum soll Alles vermieden werden, was Stammesvorurtheile erregen, was die Interessen und Gefühle einzelner Stämme verletzen, was den konfessionellen Frieden stören könnte. Wir wollen Einigung durch Versöhnung aller Gegensätze, Ausgleichen der Interessen und Rechtsgleichheit für Alle." Soweit die politischen Grundsätze der neuen Partei. Wie man sieht, stehen sie nicht in entschiedener Opposition mit der ministeriellen Vorlage, sondern sie enthalten vielmehr eine Verwahrung gegen die daraus befürchteten Schlußfolgerungen.

Die (ministerielle) „Parlamentskorrespondenz" bezeichnet als eine Konsequenz des Programms des neuen Ministeriums: die Ausscheidung der österreichischen Deputirten aus der Nationalversammlung.

München, 20. Dec. Seit gestern Abends sind abermals Gerüchte von einer Ministerkrisis verbreitet. Es heißt nämlich, Freiherr v. Lerchenfeld habe sich veranlaßt gesehen, seine Entlassung einzureichen und Minister Heinz werde wahrscheinlich zu dem gleichen Schritte genöthigt sein. Wer zum Nachfolger Lerchenfeld's bestimmt sei, darüber hört man nichts Bestimmtes; man spricht von Schrenk, Armansperg ꝛc., doch sind dies nur Vermuthungen. Daß diese Ministerkrisis, so kurz vor der Eröffnung des Landtags, nicht geringe Aufregung im Publikum hervorruft, ist natürlich. Leider wird dieselbe noch durch einen andern Umstand vergrößert. Die erhöhte Biersteuer soll heute in Wirksamkeit treten, obwohl die Bräuer in allen öffentlichen Blättern erklären, daß sie sich mit der bisherigen Taxe begnügen wollen. Wie es scheint, will die Behörde das schon so oft verletzte Biergesetz jetzt auf einmal mit allen Mitteln der Gewalt zur Geltung bringen. Da man Ruhestörungen befürchtet, so sind die umfassendsten militärischen Vorkehrungen getroffen, umfassender als je zuvor. Es fand deßhalb gestern im Gebäude der Stadtkommandantschaft eine Konferenz von Offizieren aller Waffengattungen statt, und heute sieht man aus demselben jeden Augenblick Ordonnanzen zu Pferd und zu Fuß gehen und kommen. Die ganze Garnison ist in den Kasernen konsignirt oder in Bereitschaft mit Sack und Pack in einigen Lokalen der Stadt aufgestellt, die Landwehr von Mittags an theilweise kommandirt. Vielleicht werden diese umfassenden Anstalten imponiren und uns vor Ruhestörungen bewahren; vielleicht wird noch gestattet, daß die Bräuer zu geringerem Preiß, wie sie selbst wünschen, ausschenken dürfen; der ganzen Kalamität wäre dadurch am Geeignetsten vorgebeugt. Als gewissenhafter Berichterstatter darf ich nicht unerwähnt lassen, daß in einem Theile des Publikums, wie am 18 Dec., die Meinung verbreitet ist, man wolle Ruhestörungen gerne sehen, um dann, wenn nur immer möglich, den Belagerungszustand erklären zu können. Es gibt mehr Leute, die Dies glauben, aber aus diesem Grunde auch zur Ruhe und Ordnung mahnen. — (Nachschrift.) Bis diesen Augenblick — Nachmittags ½ Uhr — ist, so viel mir bekannt, nirgends eine Unordnung oder Ruhestörung vorgefallen. Die Bräuer geben fortwährend das Bier zu dem bisherigen Preis, und damit wird alles in Ordnung bleiben. Die Mittags aufgebotene Landwehr-Abtheilung wird soeben wieder nach Hause entlassen.

München, 20. Dec. Ich habe Ihnen heute eine Nachricht von der höchsten Wichtigkeit mitzutheilen: Lerchenfeld hat seine Entlassung eingereicht und erhalten. Welches die nächsten Bewegungen zu diesem Schritte gewesen sein mögen, läßt sich wohl kaum jetzt schon bestimmen. Sei es nun, daß der König sich gewiegert, die vom Ministerium des Innern beabsichtigten freisinnigen Gesetzvorlagen an den Landtag bringen zu lassen, oder sei es ein anderer Grund: so viel steht jedenfalls fest, daß Lerchenfeld nicht ohne die gewichtigsten Motive in einem Augenblicke seine Stellung verlassen hätte, wo ein Landtag vor der Thüre ist, der vielleicht auf eine Reihe von Jahren hinaus über das Wohl oder Wehe Bayerns zu entscheiden hat. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß nun auch das übrige Ministerium seine Entlassung nehmen wird. Und wer soll dann nachkommen? Der Regierungspräsident v. Zweifl soll bereits die Uebernahme des Ministeriums des Innern ausgeschlagen haben. Staatsrath Boly, Graf Armansperg und Staatsrath Roth, ja sogar Fürst Wallerstein werden als Minister-Kandidaten genannt. — Welche Besürzung und Aufregung allenthalben hierdurch vermag ich nicht zu schildern. (N. Z.)

München, 20. Dec. Der Staatsminister des Innern, Frhr. v. Lerchenfeld, hat gestern auf sein Ansuchen seine Entlassung erhalten; Justizminister Heinz soll ebenfalls seine Entlassung eingereicht haben. Diese plötzliche Veränderung in unserem Ministerium noch vor Eröffnung resp. vor Einberufung unseres Landtags ruft unter der hiesigen Bevölkerung, sowie wahrscheinlich unter den der ganzen Königreichs längst vermuthete Besürchtungen hervor. Selbst diejenigen, welche bisher keine Reaktion sahen, wissen nun woran sie sind. Als künftigen Minister des Innern bezeichnet man bereits Frhrn. v. Schrenk, den wahrscheinlichen Vorläufer des Herrn von Abel, der gegenwärtig viel am Hoflager zu Nymphenburg verkehrt.

Karlsruhe, 17. Dec. Ich breite mich, Ihnen die verbürgte Nachricht zu geben, daß in Durlach einer von den fanatischsten Mördern Lichnowsky's, Hoffmann aus Bockenheim, erkannt, arretirt und an die Untersuchungsbehörde in Frankfurt abgeliefert worden. Die Identität der Person ist durch die Narbe einer Schußwunde am linken Arm außer Zweifel gesetzt. (F. O.-P.-A.)

Wiesbaden, 16. Decbr. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten ward eine Petition von den Gewerbetreibenden an die Kammer eingereicht, eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt zu richten, daß das Schutzzollsystem, wou allen Parteien unterstützt, auch unserer Industrie zu gute kommen möchte. Der Abg. Leichlhas hob hervor, daß viele Theoretiker im frankfurter Parlament das unsruchbare Freihandelssystem begünstigten und daß, wenn dasselbe durchdränge, die deutsche Industrie ruinirt würde. (D. A. Z.)

Sigmaringen, 17. Dec. Es darf nun als eine ausgemachte Sache betrachtet werden, daß der Fürst bereit ist, die Regierung an den König von Preußen zu übertragen, wenn sich das Land hiemit einverstanden erklärt, man steht daher in Bälde der Einberufung einer allgemeinen Landesversammlung entgegen.

Berlin, 19. Decbr. Durch Verordnung vom 18. Decbr. wird das Gesetz über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen vom 13. Juli 1836 aufgehoben.

In Berlin ist folgende öffentliche Bekanntmachung erschienen: Das Tragen der rothen Cocarde, der rothen Feder, überhaupt eines jeden Sinnbildes der rothen Republik, sowie das Aufstecken oder Tragen der rothen Fahne ꝛc. an öffentlichen Orten während des Belagerungszustandes der Stadt Berlin und des Umkreises von zwei Meilen, wird hierdurch der Vermeidung sofortiger Arrestation verboten. Berlin, 19. Decbr. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel.

Berlin, 19. Decbr. Es wird uns von guter Hand mitgetheilt, daß in einem von dem Könige Würtembergs nach Potsdam gerichteten Briefe die entschiedensten Erklärungen enthalten sind, daß man die Wahl eines Hohenzollern zum deutschen Kaiser mit Freude begrüßen werde. Was so schnell die Politik Würtembergs verändert hat, vermögen wir nicht zu erforschen. Es

Digitized by Google

scheint aber, daß es der preußischen Diplomatie gelungen ist, nicht blos Würtemberg, sondern auch einen großen Theil der kleineren deutschen Staaten für die Hegemonie Preußens günstig zu stimmen, und bald dürfte Bayern in seiner Opposition gegen diese Hegemonie allein dastehen. Nichtsdestoweniger soll der König, wie Gutunterrichtete versichern, gewillt seyn, erst nachdem eine vollkommene Einigung mit allen deutschen Fürsten erfolgt ist, die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen. Er will so gleichsam die Wahl der Reichsversammlung durch die deutschen Fürsten bekräftigen lassen, damit es nicht den Anschein habe, als wolle Preußen die Souverainetät der kleinern Fürsten antasten und diese gewissermassen als unter der Reichsversammlung stehend angesehen wissen. Man wird natürlich nicht ansehen, später die Consequenzen dieser Maßregeln zu ziehen. — Hier macht die einstimmige Erklärung des Obertribunals gegen Hrn. Waldeck viel Aufsehen. Man wundert sich mit Recht, wie der höchste Gerichtshof des Landes zu einem politischen Inquisitionsverhör herabsinken und wie der Ehrenpräsident dieses Gerichtshofes eine solche Macht auf das Collegium ausüben konnte, daß kein einziges Mitglied sich fand, welches den von Hrn. Mühler als Justizminister aufgestellten Grundsätzen, die in den verschiedenen Erlassen von 1844 ihren Ausdruck gefunden hatten, das von unserer neuesten Gesetzgebung aufgestellte Prinzip der politischen Unabhängigkeit des Richterstandes entgegenzusetzen versuchte.

Berlin, 19. Decbr. Die Neue Preußische Zeitung theilt mit, daß der Criminalsenat des Oberlandesgerichts zu Münster seinen Direktor, Herrn Temme, seiner Function suspendirt habe. (D. A. Z.)

Von der Weichsel, 15. Decbr. Die Offiziere und andere Militairpersonen, welche vor einiger Zeit von ihren Funktionen suspendirt wurden, weil sie eine Justimmungsadresse an die Nationalversammlung unterschrieben hatten, werden binnen kurzem vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Auditeur, welcher zuerst nach Pillau geschickt wurde, hatte in dem Akte des Unterschiedenen nichts mehr und nichts weniger als Hochverrath gefunden und auf Verurtheilung zum Tode durch Enthauptung angetragen. Das war doch dem General Dohna zu arg. Es wurde ein anderer Auditeur geschickt, der in jenem Akte zwar keinen Hochverrath fand, aber doch eine Theilnahme an der Reniterei der Nationalversammlung gegen den König, folglich von Seiten des Militärs einen Akt der Insubordination gegen den obersten Chef der Armee. Dem zufolge hat derselbe auf sechs Monate Festungsarrest angetragen.

Stettin, 18. Decbr. Der Bau von 33 Kanonenschaluppen soll sofort in Angriff genommen werden, damit dieselben bis zum 1. April vom Stapel laufen können. Der kgl. Schiffsbaumeister Elvertshagen will jedoch die Garantie nicht übernehmen, bis zum gedachten Termine jene Fahrzeuge abzuliefern und ist deßhalb nach Berlin gereist, um die Marineabtheilung zu einer Verlängerung des besagten Termins zu veranlassen. Würde der Bau an verschiedenen Orten der Küste zugleich begonnen, so scheint es und nicht zweifelhaft, daß die 33 Schaluppen bis zum 1. April hergestellt seyn können. So hat ein hiesiger Schiffbaumeister sich bereit erklärt, außer den bei ihm bestellten Schaluppen noch zwei andere bis Ende März zu bauen. Die Stärke unserer Marinemannschaft soll zugleich im Frühjahr auf 2000 M. gebracht werden.

Kiel, 17. Decbr. Wie erfahren aus ganz sicherer Quelle, daß der König von Preußen durch eine Cabinetsordre vom 7. Dec. denjenigen preußischen Offizieren, welche nur auf unbestimmte Zeit in unsere Armee eingetreten waren (denn nur diese waren zurückberufen worden), erlaubt hat, noch bis zum 1. April n. J. hier zu bleiben; bis zu diesem Termine sollen sie sich aber erklären, ob sie zurückkehren oder sich entschließen wollen, definitiv in schleswig-holsteinische Dienste einzutreten.

Schleswig, 16. Decbr. Während zwei Kompagnien schleswig-holsteinischer Jäger, die bisher in Eckernförde gestanden, heute Mittag hier angekommen sind, um in Haderslehen die Badenser zu ersetzen, sind die hanseatischen Dragoner von da hier ebenfalls angelangt. (D. A. Z.)

Wien, 18. Dec. Heute sind neue Erfolge bekannt geworden, worüber man die Abends ein Bulletin erwartet. Feldmarschall-Lieutenant Simunich ist in Tyrnau eingerückt, woselbst er 700 Mann gefangen nahm. Preßburg ist übergegangen und zwar, wie man hinzusetzt, ohne Schwertschlag. Man erwartet unsere Heeresmacht in 8 bis 14 Tagen in Pesth einrücken zu sehen. — Heute wird stark von Ministerialveränderungen gesprochen. Kraus soll abgedankt haben und Stadion an dessen Stelle das Ministerium der Finanzen übernehmen, wogegen Schmerling das Portefeuille des Innern erhielte.

Das zweite Armeebulletin (vom 18. Dec.) lautet: Nach einer so eben angekommenen telegraph. Depesche aus Tyrnau vom 17. h. haben sich die Rebellen, welche bei dem Anrücken der Kolonne des F. M. L. Simunich die Szered zurückgegangen waren, nachdem sie den 15. von Preßburg her bedeutende Verstärkungen an sich gezogen, bei Tyrnau wieder gestellt. Sie wurden am 16. um 4 Uhr Abends vom F. M. L. Simunich dort angegriffen und nach einem zweistündigen Gefechte vollkommen geschlagen. 5 Kanonen, viele Waffen, eine Fahne, 766 Gefangene blieben in den Händen der Sieger. Der Feind zerstreute sich nach allen Richtungen, ohne mehr eingeholt werden zu können, da die Nacht hereinbrach. Das Armeekorps des F. M. L. Simunich besetzte Tyrnau und die Umgegend. Major Lauingen von Erzherzog Karl Ludwig Chevauxlegers brachte aus Kaschau vom 11., daß diese stark verschanzte Stadt noch am 10. von der Avantgarde des Korps des F. M. L. Grafen Schlick nach einem sehr hartnäckigen Gefechte mit Sturm genommen wurde. Leider hat dieser Sieg den Verlust mehrerer braven Offiziere gekostet, unter den wir ganz vorzüglich jenen der Majore Concercoggio und Scudier, letzterer Korpsadjutant des Grafen Schlick, beklagen. Welden, Feldmarschalllieutenant, Civil- und Militärgouverneur. — Der Feldmarschall Windischgrätz hat gestern auf dem rechten Donauufer die Vorposten bis gegenüber Preßburg vorrücken lassen — auf dem linken hat das zweite Armeekorps Stampfen ohne allen Widerstand besetzt und die Avantgarde bis vor Preßburg aufgestellt.

Ungarn.

Der ungarische Reichstag hat die Thronentsagung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung Franz Josephs für null und nichtig erklärt. Diese wichtige Nachricht kommt aber Kroatien, da die direkte Kommunikation mit Ungarn gesperrt ist. (R. K.)

Italien.

In Turin ist ein neues Ministerium mit Gioberti an der Spitze gebildet worden. Dieß ist als ein Sieg der demokratischen, Einheits- und Kriegspartei zu betrachten. Die übrigen Mitglieder des Kabinets sind: Cavaliere Sonnaz für den Krieg, Marchese Ricci für die Finanzen und fünf Advokaten für die übrigen Portefeuilles. Gioberti hat nebst dem Vorsitz im Kabinet das Aeußere. — Die Oesterreicher sollen auf zwei Punkten über den Po gegangen und zugleich mit Macht gegen Malghera (Venedig) gerückt seyn. (K. v. u. f. D.)

Frankreich.

* **Paris**, 17. Decbr. Der Unterrichtsminister Freslon und Herr von Corcelles sind gestern von Marseille wieder in Paris eingetroffen. Herr von Corcelles hat einen zweiten Brief des Papstes an den General Cavaignac mitgebracht, der den Monsieur heute veröffentlicht, sowie den Brief, den Cavaignac am 4. Dec. an den Papst richtete, um ihn, einzuladen, nach Frankreich zu kommen. Der zweite Brief des Papstes ist vom 10. und Seine Heiligkeit spricht darin abermals die Hoffnung aus, daß eine günstige Gelegenheit sich darbieten wird, um Frankreich persönlich seinen Dank aussprechen zu können.

Man kennt diesen Morgen nun schon die Gesammtresultate von 45 Departements und die partiellen Resultate von 39 andern. Drei Departements und Algier sind noch gänzlich unbekannt. — Das Stimmenverhältniß stellt sich folgendermaßen heraus: Louis Napoleon Bonaparte 4,747,000 und General Cavaignac 1,191,000 Stimmen.

Die Angriffe gegen die Nationalversammlung nehmen immer mehr zu. Die reaktionairen Journale zeigen an, daß in den meisten Departements eine Adresse unterzeichnet werde, in der die Wähler der Nationalversammlung anzeigen daß mit der Installation des Präsidenten ihr Mandat beendigt sey und sie sich auflösen habe. Man hofft, sagen diese Journale, daß die Nationalversammlung im Januar aufgelöst wird, damit die neuen Wahlen im Februar stattfinden können.

Der National hat bereits eine neue stehende Rubrik eingeführt, sie heißt: Hof-Neuigkeiten. Er gibt in derselben alle schmeichelhaften Anzeigen und platten Artigkeiten, womit gewisse Journale jeden Schritt Louis Napoleons oder eines Mitgliedes seiner Familie im pompösen Bulletins zur öffentlichen Kenntniß bringen werden.

Es scheint gewiß, daß der Präsident folgende drei Candidaten für die Stelle eines Vizepräsidenten der Republik vorschlagen wird: Dupont (de l'Eure), Fr. Arago und Garnier Pages. Herr Jules Favre wird Generalprokurator der Republik und Marschall Bugeaud hat sich nach langem Weigern entschlossen, das Ober-Kommando der Alpenarmee anzunehmen.

Digitized by Google

Paris, 17. Dec. Ein Abendblatt meldete gestern, daß das Ministerium abgedankt und Hrn. Odillon-Barrot mit Bildung eines Cabinets beauftragt habe. Beides ist unrichtig. Der dem Cabinet zugeschriebene Rücktrittsgedanke ist, kaum gefaßt, wieder aufgegeben worden. Jedenfalls könnte Cavaignac die ihm anvertrauten Vollmachten einzig an die Nationalversammlung zurückgeben, welche dann einen Nachfolger für ihn zu ernennen hätte. Er selbst kann das ihm ertheilte Mandat an Niemand übertragen. Das Ministerium wird daher, wohl oder übel, noch einige Tage bestehen; es scheint jedoch entschlossen, sich mit seinen bis jetzt verschneten Nachfolgern in so weit zu verständigen, daß die Begreifung der einen oder die Verzweiflung der andern Partei in der Ausübung der Gewalt keine Lücke zu finden vermögen, welche der Unordnung gestatten möchte, einen Losbruch oder Staatsstreich zu versuchen. Für das Handelsministerium hat sich noch Niemand gefunden. Man nannte zwar Duclerc, den aber die Mehrzahl der schon bezeichneten Minister nicht will, weil er auf der Tribune Unglück hat. — Emil de Girardin hat, angeblich mit Aufträgen, eine Reise nach Petersburg angetreten. Es heißt, daß derselbe für den General Girardin das Kriegsministerium und für sich das Finanzministerium beanspruchet habe; er sey mit seinen Forderungen an Odillon-Barrot gemiesen worden, habe aber keine Lust gehabt, sich von diesem eine abschlägige Antwort zu holen. Doch soll er sein Journal dem neuen Präsidenten zur Verfügung gelassen haben. — Seit zwei Tagen werden im Palast Elisee-Bourbon alle nöthigen Einrichtungen getroffen, um ihn zum Wohnsitze des Präsidenten der Republik geeignet zu machen. Eine Inschrift am Hauptthore wird ihn als Palast des Präsidenten bezeichnen. — Hr. Revillot, dem die Polizei-Präfektur zugedacht sein soll, wurde dem künftigen Präsidenten durch Hrn. de Malleville vorgestellt. Louis Napoleon war ziemlich überrascht, in dem jetzigen Gendarmerie-Obersten den Capitän derselben Wache wieder zu erkennen, unter dessen Aufsicht er im Jahre 1840 von Paris nach Ham gebracht wurde. Herr Malleville hatte damals als Unterstaatssekretär die Ordonnanz gegengezeichnet, deren Ausführung Hrn. Revillot übertragen wurde. — Nachschrift, 4 Uhr Nachmittags. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Berichten stehen auf L. Napoleon 5,003,769, Cavaignac 1,246,407 Stimmen. Noch ist das Ergebniß der Wahlen von Corsika und Algerien unbekannt. Vollständig kennt man die Resultate der Wahlen in 45 Departements und nur in einem derselben (Morbihan) hatte Cavaignac die Majorität. Die Commission der Nationalversammlung hat bis jetzt die Protokole von 9 Departements erledigt, in denen Napoleon 799,021 und Cavaignac 250,509 Stimmen erhielt. (K. Z.)

Amerika.

Die fast fabelhaft klingenden Nachrichten von der in Kalifornien aufgefundenen Goldregion sollen sich im vollsten Maße bestätigen. Man findet das Gold sehr reichlich im Saktamentofluß und in den Hochländern, hier in Stücken von 1—5 Unzen. Die Regierung hat über den außerordentlichen Goldreichthum in jenem neu erworbenen Gebiete die interessantesten Mittheilungen erhalten, die demnächst veröffentlicht werden sollen. Die Nachrichten über dieses Goldfabelland klingen, trotz aller Versicherungen von Gewährsmännern, so phantastisch, daß sie immer noch wenigstens für übertrieben zu halten geneigt sind. Täglich wird — laut einer Schiffsnachricht — gegen 60—100,000 Dollars Gold herausgefördert. Das Gold ist gegen 23 karathaltig. Die Mannschaft von Wallfischfahrern und andern Schiffen an der Küste desertirt und eilt nach den Goldminen. Das Schiff Hunters, welches nach Kanton wollte, kann nicht weiter, da alle seine Leute fortgelaufen. Man bietet 90 Dollars monatlich und kann keinen Matrosen mehr bekommen. Gegen 400 Weiße und einige Indianer sind jetzt in den Goldminen am Arbeiten. Durchschnittlich verdient Einer den Tag eine Unze Gold. Matrosen haben in zwei Monaten 2 bis 3000 Dollars zusammen gebracht. Ziemlich übereinstimmend hiermit heißt es im New-York-Herald: Von allen Seiten läuft die Bestätigung der Thatsache ein, daß der Flußsand des Saktamento und seiner Nebenflüsse unvergleichlich goldhaltig sey, und daß das Gold seine Ufer entlang den Boden füllt. Die Stadt St. Franzisko liegt öde, alle Geschäfte ruhen, die Felder werden nicht bestellt, denn Groß und Klein will auf leichte Weise reich werden. Thatsache ist es, daß das Gold in so unermeßlicher Menge dort zu finden ist, daß der Werth des Goldes nothwendig später fallen muß. Die Preise aller Lebensbedürfnisse sind in jenen Gegenden auf das Furchtbarste gestiegen, da sich Niemand mehr mit so etwas abgibt und Goldwaschen und Goldgraben die Beschäftigung Aller geworden ist. Kein Schiff wagt sich mehr in die Nähe von Kalifornien aus Furcht, daß die Mannschaft davon eile. (D. J.)

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Lokales und Provinzielles.

Der Aufsatz in der Bayreuther politischen Zeitung, Nr. 349, „Fr Aus dem Fichtelgebirge" veranlaßt den Schreiber dieses, auch einen Wahlmann des Wahlbezirks Hof, zu folgenden Gegenbemerkungen: Ob der Herr Wahlcommissär dem Herrn Fabrikant Fickenscher zu Redwitz den Auftrag gegeben, den versammelten Wahlmännern zu erklären, daß der Herr Studienlehrer Riedel zu Hof den Verfassungseid nicht geleistet habe, und darum nicht wählbar sey, — war zwar den Wahlmännern nicht bekannt. Bei der anerkannten Ehrenhaftigkeit des Herrn Fickenscher zweifelte aber keiner derselben daran, daß dem wirklich so sey. Durch die fragliche Erklärung des Herrn Fickenscher wurde aber die Wahlfreiheit auch nicht im Mindesten beschränkt. Einfender des Aufsages „aus dem Fichtelgebirge" will dies aus dem Art. 5 und 7 des Wahlgesetzes ableiten, und führt ferner den Art. 7. §. 25 der Verfassungsurkunde für seine Meinung an. Allein der letzterwähnte §. 25 enthält nicht den Verfassungseid, sondern denjenigen Eid, welchen jedes Mitglied der Ständeversammlung zu leisten hat. Den Verfassungseid enthält vielmehr der Tit. 10. §. 3 und besagt ausdrücklich, daß solchen jeder Staatsbürger bei der Anjäßigmachung und bei der allgemeinen Landeshuldigung, so wie jeder Staatsdiener bei seiner Anstellung zu leisten verbunden sey. — Wenn also der §. 5 des Wahlgesetzes fordert, daß der zum Abgeordneten Wahlfähige Staatsbürger sey, so liegt schon hierin die Voraussetzung, daß er den Constitutionseid geleistet haben müsse. Denn ehe und bevor Jemand denselben geschworen, wird er nicht Staatsbürger. Darum war auch keiner der Wahlmänner, wenigstens keiner von denen, welche Schreiber dieses hörte, darüber zweifelhaft, ob der Herr Studienlehrer Riedel, da er den Verfassungseid nicht geleistet hatte, wählbar sey oder nicht und aus dem Grunde war gewiß auch eine Beschränkung der Wahlfreiheit nicht wohl denkbar. So viel zur Rechtfertigung des Herrn Wahlkommissärs und des Herrn Fickenscher, die sicherlich beide keine Beschränkung der Wahlfreiheit beabsichtigten; aus welchen Gründen der Herr Studienlehrer Riedel den Verfassungseid nicht geleistet hat, gehört nicht hieher.

Auch ein Wahlmann des Wahlbezirks Hof.

Anzeigen.

Die Mittelfränkische Zeitung
in Nürnberg

beginnt mit dem 1. Januar 1849 ihren 16ten Jahrgang.

Das Blatt gehört unter die entschieden freisinnigsten, die Rechte des Volkes am unverdrossensten vertretenden Journale in Bayern, und kann sich durch Mittheilung der Neuesten in Originalkorrespondenzen und leitenden Artikeln, sowie durch Auszüge aus andern Blättern des In- und Auslandes in die Reihe der besten deutschen Zeitschriften mit gutem Gewissen stellen. Das Blatt erscheint täglich in gr. Fol. Format und liefert am Sonntage ein belletristisches Beiblatt zu dem gewiß ungemein billigen Abonnementspreis von 7 Fl. rhein. oder 4 Rthlr. sächs. jährlich.

Die bayerischen Postämter nehmen nach den neuesten Bestimmungen vierteljährige Bestellungen an. Bei Inseraten, zu denen sich das Blatt seiner Vielgelesenheit wegen besonders eignet, wird die Spaltzeile mit 3 Kreuzer berechnet.

Wir empfehlen das Blatt dem verehrten Gesammtpublikum zu zahlreichen Abonnementsbestellungen.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

Liederkranz.

Samstag den 23. December

dritte musikalische Abendunterhaltung.

Abends 8 Uhr.

Außer meinen bekannten Weinsorten von **Affenthaler, Roussillon, Muscat, Xeres, Burgunder** etc., empfehle ich noch einige neu hinzugekommene Sorten, nämlich: **Rödelseer 1846er** à 24 kr. per Bout., **Wachenheimer 1846er** à 36 kr. per Bout., **Pfühlen Auslese 1846er** à 48 kr. per Bout.

J. G. Felbinger.

Wem eine schöne, ganz schwarze Katze mit gestutzten Ohren zugelaufen ist, beliebe sie gegen Erkenntlichkeit in Nr. 437 in der Friedrichsstraße über 2 Treppen hoch, abzugeben.

Mitleser zum „Frankfurter Journal" und „fliegende Blätter" werden gesucht, H.-Nro. 22.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Sonntag

Nro. 357.

24. December 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Dec. 141. Sitzung der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung. Vorsitzender Wilhelm Beseler. Reichsminister aus Tharand trägt eine Interpellation vor, die sich über angebliche Verletzungen des Briefgeheimnisses an der Korrespondenz der Abgeordneten beklagt, und an das Reichsministerium die Frage richtet, wie es den §. 12 der Grundrechte zur Wahrheit machen wolle. Die Berathung über das Einführungsgesetz der Grundrechte wird mit einer allgemeinen Debatte eröffnet, bei der Gombart aus München das Wort ergreift. Sein Vortrag wird bald durch unruhige Aeußerungen des Mißfallens unterbrochen, bald durch die gute Laune und den ironischen Applaus der Versammlung. Die Nationalvertretung ist nämlich der Meinung des Redners zur Vereinbarung der Verfassung berufen, keineswegs aber zum einseitigen Erlaß von Gesetzen ermächtigt. Daher beantragt Gombart und seine Genossen von den äußersten Rechten, (Bally, Detmold, Carl ꝛc.), daß anstatt das vorgeschlagene Einführungsgesetz zu genehmigen, welches an vielen Orten ganz wirkungslos sein würde, die Versammlung den Entwurf der Grundrechte den deutschen Regierungen zur allsbaldigen Abgabe ihrer Erklärungen über die Annahme vorlegen solle. Wer seine Vollmacht überschreitet, — so motivirt Gombart den obigen Antrag — hat keine Macht mehr. Unser ganzes Recht beruht auf dem Wahlgesetze, nach welchem wir hierher berufen sind. Das Hoheitsrecht der Legislatur dürfen wir uns daher nicht anmaßen. Jeder konstitutionelle Staatsbürger, der unsere Grundrechte für seinen Einzelstaat gelten ließe, würde gegen Schwur handeln. Denn was heißt es auf deutsch, was wir hier verordnen wollen? Verfassungsbruch. Kein Richter kann nach unsern Grundrechten erkennen, denn sie sind nicht in rechtsverbindlicher Weise zu Stande gekommen. Es gab Zeiten, wo man von oben die Richter versetzte, die sich unabhängig erhielten von politischen Einflüssen, — sollte sich der Fall etwa jetzt umkehren? Nimmermehr. Dieselben Charakterz, welche dem Drucke der Vergangenheit unerschütterlich widerstanden, werden auch stark genug sein, ihr Rechtsgefühl und ihr Gewissen vor den Zumuthungen der Gegenwart unverletzt zu bewahren. Erst wenn das Staatenhaus neben dem Volkshause stehen wird, ist der Augenblick zum Erlaß von allgemein verbindlichen Reichsgesetzen eingetreten. „Ich bitte Sie dringend, von der Jullusion Ihrer Allmacht abzulassen. Bauen Sie Ihr Haus nicht auf die Woike der Einbildung, sondern auf den festen Grund des Rechts." Schoder. Der Streit, den Gombart hier angeregt hat, ist entschieden durch unsern Beschluß über die Veröffentlichung und Gültigkeit der Reichsgesetze. Ich beantrage den Schluß der allgemeinen Debatte. Zell als Berichterstatter: Was uns hierher berufen hat, das war das letzte der Gesetze, die eiserne Nothwendigkeit. Der Bundestag führte nur aus, was ihm das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß vorschrieben. Die Besorgnis des Herrn Gombart kann begründet sein, wir können auf Schwierigkeiten und Weigerungen stoßen nicht blos bei der Annahme der Grundrechte, sondern auch bei dem Ausbau der Spitze der deutschen Verfassung. Allein wenn dies geschieht, was wird die Folge sein? Das Volk wird die unverbesserlichen Gegner seiner Einheit kennen lernen und wird sie bei einer nächsten Revolution, die dann nicht lange ausbleiben dürfte — zu umgehen wissen. (Allgemeines Bravo und Händeklatschen). Da der Antrag Gombart's und Genossen gegen das Einführungsgesetz im Ganzen gerichtet ist, so wird sogleich über denselben abgestimmt und auf Biedermann's zahlreich unterstütztes Verlangen durch Namensaufruf. Die Verwerfung erfolgt mit 334 gegen 69 Stimmen. Ein Gekräusch des Erstaunens geht jedesmal durch das Haus, sobald ein Abgeordneter mit „Ja" und den Gombart'schen Ansichten bemnach beipflichtend antwortet, von dessen Gesinnungen man eine andere Voraussetzung hegte. Am stärksten aber brechen die Ausdrücke vorwurfsvoller Verwunderung hervor, als sich Karl Welcker mit einem deutlichen „Ja" auf die Seite der äußersten Rechten stellt. Auch nach dieser Abstimmung werden von mehreren Abgeordneten Erklärungen zu Protokoll niedergelegt. Die letzteren rühren sämmtlich von Bejahenden her, die sich gegen die Konsequenz verwahren wollen, als seien die Gombart'schen Motive überall auch die ihrigen. Das Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volks gelangt hierauf in folgender Gestalt zur Annahme: „Die Grundrechte des deutschen Volks werden im ganzen Umfange des deutschen Reichs unter nachfolgenden Bestimmungen hiermit eingeführt: Artikel I. Mit diesem Reichsgesetze treten in Kraft die Bestimmungen: 1) der §§. 1 und 2, 2) des §. 3, jedoch in Beziehung auf Aufenthalt, Wohnsitz und Gewerbebetrieb unter Vorbehalt der in Ausübung gestellten Reichsgesetze, 3) der §§. 4, 5 und 6, 4) der §. 7 unter Vorbehalt der in III. und VIII. dieses Gesetzes enthaltenen Beschränkungen, 5) des §. 8, mit Ausnahme zwar rücksichtlich des letzten Heer- und Seewesen betreffenden Absatzes unter Verweisung auf III. dieses Gesetzes, 6) des §. 10) unter Vorbehalt der unter III. und VII. enthaltenen Bestimmungen, 7) der §§. 11 und 12, 8) des §. 13, mit der Maßgabe, daß, wo Schwurgerichte noch nicht eingeführt sind, bis zu deren Einführung über Preßvergehen die bestehenden Gerichte entscheiden, 9) der §§. 14, 15, 16, so wie des zweiten und dritten Absatzes im §. 17, und des §. 18, 10) der §§. 22, 24, 25, und 28, 11) der §§. 29, 30 und 31, 12) des §. 32, des zweiten Absatzes im §. 33, der §§. 34, 35, mit Ausnahme des ersten Absatzes (III. 8), des zweiten Absatzes im §. 36, dann 37 unter Vorbehalt der über die Ablösung der betreffenden Jagdgerechtigkeiten und über die Ausübung des Jagdrechts zu erlassenden Gesetze (IV. 13) des §. 43 und des ersten Absatzes im §. 44. Alle Bestimmungen einzelner Landesrechte, welche hiermit in Widerspruch stehen, treten außer Kraft. Artikel II. In Beziehung auf den im Paragraph 17 ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Prinzips erforderlich sind, in den Einzelnstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden. — Artikel III. Abänderungen oder Ergänzungen der Landesgesetzgebungen, soweit dieselben durch die folgenden Bestimmungen der Grundrechte geboten sind, sollen ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden, und zwar 1) statt der §. 9 und §. 40 angeschafften Strafen des Todes, des Prangers, der Brandmarkung, der körperlichen Züchtigung und der Vermögenseinziehung durch gesetzliche Feststellung einer anderweiten Bestrafung der bestenden Verbrechen; 2) durch Ausfüllung der Lücken, welche in Folge der in §. 7 ausgesprochenen Aufhebung der Standesunterschiede im Privatrechte eintreten; 3) durch Regelung der Wehrpflicht auf Grund der im §. 7 enthaltenen Vorschrift; 4) durch Feststellung der im Heer- und Seewesen vorbehaltenen Modificationen des §. 8; 5) durch Erlassung der Gesetze, welche den dritten im §. 10 erwähnten Fall der Hausfuchung ordnen; 6) durch Erlassung der nach §§. 19, 20 u. 21 erforderlichen Vorschriften über Eid, Ehe und Standesbücher; 7) durch Einrichtung des Schulwesens auf Grund der §§. 23, 26 und 27; 8) durch Aenderungen im Gerichts- und Verwaltungswesen gemäß den Bestimmungen des §. 35 im ersten Absatz, der §§. 41, 43, 44 im zweiten und dritten Absatz, sowie der §§. 45 bis einschließlich 49. Artikel IV. Ebenso ist ungesäumt die weitere Feststellung der in den Paragraphen 33, 36 bis einschließlich 39 geordneten Eigenthums-Verhältnissen in den einzelnen Staaten vorzunehmen. Artikel V. Die Erlassung und Ausführung der vorstehend gedachten neuen Gesetze sollen von Reichswegen überwacht werden. Artikel VI. Bis zur Erlassung der in den §§. 3, 13, 32 und 36 erwähnten Reichsgesetze sind die betreffenden Verhältnisse der Landesgesetzgebung unterworfen. Artikel VII. In den Fällen, in welchen nach den Bestimmungen neuer Gesetze erforderlich oder in Aussicht gestellt sind; bleiben die zur Erlassung derselben für die betreffenden Verhältnisse die bisherigen Gesetze in Kraft. Rücksichtlich der Haussuchung bleibt denjenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz der Abgabenerhebung und des Waldeigenthums zur Haussuchung befugt, vorläufig diese Befugniß." — Erst über Artikel VIII entspinnt sich eine Debatte. Nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses soll er lauten: Artikel VIII. „Abänderungen der Grundverfassung einzelner deutscher

Digitized by Google

Staaten, welche durch die Verfassung der Bundesgerichte nöthig werden, sollen binnen spätestens sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden: 1) die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwerungen der Beschlußnahme finden keine Anwendung, vielmehr ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren; 2) wenn in Staaten wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinigung herbeiführen sollte, so treten diese zusammen, um in einer Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt nach Lage der Sache die Maßregeln zu treffen, welche die Aufführung sichern." Nachdem Detters aus Bonn als Berichterstatter des Ausschusses gesprochen, wird Art. VIII. unter Verwerfung aller Abänderungsanträge bis Absatz 2, diesen einschließlich, nach dem Ausschußvorschlage zum Beschluß erhoben. Angefügt wird hier der Zusatz Schoders: „Uebrigens bleibt es den gegenwärtigen Organen der Landesgesetzgebung unbenommen, sich dergestalt zu constituiren, daß die gedachten Abänderungen durch eine neu zu wählende Landesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaren, für welche Vereinbarung die Bestimmungen unter 1 und 2 gleichfalls maßgebend sind." Endlich wird der Schlußsatz des Mehrheitsvorschlags durch den folgenden Satz der Minderheit des Ausschusses ersetzt: „Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt die Regierung des einzelnen Staates aufzufordern, ungesäumt auf Grund des Reichswahlgesetzes eine aus einer einzigen Kammer bestehende Landesversammlung zur Revision der Landesverfassung und der übrigen Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu berufen." Nachdem das obige Einführungsgesetz auch noch im Ganzen angenommen worden ist, erfolgt 2½ Uhr Nachmittags die Vertagung der heutigen Berathung. Noch zeigt der Präsident den Austritt des Herrn Carl v. Gold aus Adelsberg aus der Nationalversammlung an, so wie einen Flottenbeitrag. Weihnachtsferien finden für die Nationalversammlung nicht Statt.

Frankfurt, 19. Dec. Die O.-P.-Z enthält im amtlichen Theile Folgendes: Das Reichsministerium der Justiz hat sich, zur Befriedigung eines längst von der deutschen Nation gefühlten Bedürfnisses, veranlaßt gesehen, zur Ausarbeitung des Entwurfes eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches für ganz Deutschland eine Kommission von Rechtsgelehrten mit dem Unterstaatssekretär Widenmann hier in Frankfurt zusammenzutreten zu lassen. Zu Mitgliedern dieser Kommission sind ernannt und einberufen: die Appellationsgerichts-Räthe Grimm und Broicher von Köln und der Professor Abdl von Rostock. Die von der Kommission vorzulegende Arbeit soll zunächst die Grundlage für eine, unter Zuziehung noch anderer Rechtsgelehrten und sachverständiger Kaufleute vorzunehmende umfassende Berathung, zum Zweck der Ausarbeitung des definitiven Entwurfs bilden. Eine genaue Kenntniß der in den verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands bestehenden handelsrechtlichen Verordnungen und Observanzen ist zur Erreichung des Zweckes unerläßlich und wesentlich fördernd für denselben würde die Einsicht der, das ganze Handelsrecht oder einzelne Theile desselben betreffenden legislativen Vorarbeiten sein. Das Reichsministerium der Justiz, von der Gemeinheit der deutschen Regierungen zur Förderung eines für das gesammte Deutschland so wichtigen Werkes überzeugt, ersucht daher die Einzelregierungen um gefällige Bezeichnung der Gesetze und Observanzen, welche in Beziehung auf das Handelsrecht in deren Staaten bestehen, um Mittheilung derselben, soweit sie nicht in allgemein zugänglichen öffentlichen Sammlungen enthalten oder durch den Buchhandel zu beschaffen, und um Mittheilung der nicht in den Buchhandel gekommenen legislativen Vorarbeiten, welche das Handelsrecht oder einzelne Theile desselben betreffen. Das Wechselrecht würde, so weit nicht in den einschlägigen Verordnungen zugleich andere handelsrechtliche Materien berührt sind, als durch die allgemeine Wechselordnung erledigt, ausgeschlossen seyn. Das Seerecht bleibt aus anderen Gründen, wenigstens vor der Hand, von den Arbeiten der Kommission ausgeschlossen. Um möglichst Beschleunigung wird der Dringlichkeit des Gegenstandes wegen ersucht. Frankfurt, den 18. Decbr. 1848. Das Reichsministerium der Justiz: R. Mohl.

Frankfurt, 19. Decbr. Der Reichskommissär Herr von Mühlenfels ist aus Thüringen zurück und soll mit dem vorläufigen Ergebniß der Zusammenkunft der Minister aus den acht thüringischen Staaten sich zufrieden äußern. Die Hauptpunkte einer Vereinigung zu einem thüringischen Gesammtstaate sollen unter ihnen feststehen. Am 2. Januar kommen sie wieder zusammen, und es wird sich dann zeigen, ob das schöne Projekt an der Zustimmung der Einzelstaaten oder der Einzelstände scheitern wird.

München, 20. Dec. Der Rürnb. Kurier giebt den Minister-Wechsel in Bayern:

„Die künftigen Zeiten brauchen auch Männer.
„Ja sage die, es wird eine Zeit werden: Fürsten werden ihre Schätze bieten um einen Mann,
„den sie jetzt hassen."

Görres's Geist von Berlichingen.

Wenn heute ein Fremder die Straßen Münchens durchwanderte, und er sähe in allen Gassen, auf allen Plätzen der Stadt Gruppen sich zusammenstinden, und er sähe in dem Angesichte eines Jeden Besürzung und bange Sorge in scharfen Zügen ausgeprägt, so würde der Fremde wohl fühlen, daß etwas Großes vorgegangen, und sich vielleicht fragend an die Umstehenden wenden. Und welche Antwort würde ihm werden? „Der Mann, würde es heißen, der Mann, auf welchen wir Alle vertraut, welcher mehr als irgend ein Anderer die Kraft und den Willen hatte, das Land zu beglücken, der steht nicht mehr an der Spitze des Staates." Und aus dem Munde des schlichtesten Bürgers, wie aus dem des tiefer blickenden Gebildeten hört man es wiederholen: „Ja es ist ein Unglück, daß es so kommen mußte." Dann daran zweifelt wohl Niemand, daß ein Mann, wie Lerchenfeld, nicht aus feiger Unentschlossenheit nicht aus Schwäche das Ruder der Regierung aus der Hand gleiten ließ. Er, der das Steuer getrosten Muthes ergriff, da die Stürme des März das morsch gewordene Staatsschiff umbrausten und die Wogen so mächtig hoch sich aufthürmten, daß das Fahrzeug dem Untergange verfallen schien, — er, der demohngeachtet mit kräftigem Arme das Steuer erfaßte und festen, ungetrübten Blickes, auf den Kompaß seiner Grundsätze schauend, aufs ersehnte Ziel lossteuerte, — er hätte sicher auch ferner noch mit männlichem Muthe seinen Platz behauptet, wenn es irgend möglich, irgend wie mit seinen Grundsätzen vereinbar gewesen wäre. — Für die Rechte und Freiheiten des Volkes hat er gekämpft, seit er in's politische Leben eingetreten ist, und er hat diesen Kampf redlich fortgesetzt auch als Minister. Er hat es eingesehen, daß Niemand der Krone dieser dienen kann, als wer die Völker durch die Bande der Dankbarkeit an die Throne zu knüpfen sucht. Leider scheinen in der letzten Zeit Verhältnisse eingetreten zu sein, die es unmöglich machten, dem Volke jene gesetzlichen Garantien der errungenen Freiheiten zu schaffen, welche es ein Recht hat, zu verlangen. Verhältnisse, wo es gilt, entweder die Grundsätze zu verläugnen, oder seinen Posten zu verlassen. Für einen Lerchenfeld konnte die Wahl nicht zweifelhaft seyn: seine Person durfte er opfern, niemals seine Grundsätze, das war er nicht nur sich, er war es auch dem Vaterlande schuldig. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er auch als Abgeordneter wieder mit gleicher Treue, mit gleicher Hingebung der Sache des Volkes dienen wird, wie er dies immer gethan, daß er aber auch mit gleicher Redlichkeit dem monarchischen Prinzipe ergeben bleibt. Wenn wir uns aber fragen, was die nächsten Folgen dieses Ereignisses sein werden, so sind die Aussichten allerdings sehr umwölkt. Auch die übrigen drei Minister Besitze haben mit natürlich nur eigentlich als Mitglieder des Ministeriums Lerchenfeld-Heinz betrachtet; alle drei Männer des Vertrauens, Männer von bewährtem Karakter werden wohl unter diesen Umständen ihre Plätze verlassen: daß aber nach solchen Vorgängen Keiner, der dem Fortschritte aufrichtig ergeben ist, ein Portefeuille übernehmen kann, das bedarf wohl keines Beweises. Es steht uns also, — sprechen wir es offen aus, — ein bayerisches „Ministerium Brandenburg" in Aussicht, vielleicht mit einem großen Theile jener traurigen Folgen und Verwicklichungen, die es in Preußen zur Folge gehabt.

München, 21. Decbr. Die Minister-Veränderungen bilden natürlich fortwährend den Gegenstand aller Gespräche. Ueber die Gründe, welche dieselben veranlaßt, werden theilweise die albernsten Gerüchte in Umlauf gesetzt. Diejenigen, welche vermöge ihrer Stellung besser unterrichtet seyn können, stimmen jedoch darin überein, daß Lerchenfeld's Stellung schon seit einigen Wochen durch den Mangel an Vertrauen, welcher ihm von Oben herab bewiesen wurde, allmählich unhaltbar geworden, wenn er nicht seine Grundsätze theilweise zum Opfer bringen wollte; daß aber der nächste Grund die Weigerung gewesen, die von Lerchenfeld beabsichtigten Gesetze den Kammern vorlegen zu lassen. — Natürlich hat Lerchenfeld sowohl auf die ihm angebotene Staatsrathsstelle im ordentlichen Dienste, als auf die Pension von 3000 fl. verzichtet. Sicherem Vernehmen nach haben gestern auch Justiz-Minister Heintz, der Minister des Aeußern Graf Brey und der Finanz-Minister Weigand ihre Entlassung eingereicht. Man glaubt, daß der frühere Minister-Verweser v. Schrenk das Innere mit Kultus, Präsident Van der Becke in

Digitized by Google

Preißing die Justiz, Zu-Rhein die Finanzen und Armansperg oder Wallerstein das Aeußere übernehmen werden. Etwas Gewisses läßt sich aber hierüber wohl kaum anführen. (K. Z.)

München. Lerchenfeld's Austritt aus dem Ministerium bestätigt sich vollkommen. Der Allg. Ztg. schreibt man darüber aus München: „Die lange gefürchtete Katastrophe, durch welche die Wahl Lerchenfeld's in die zweite Kammer praktische Bedeutung gewinnen würde, ist sehr eingetreten, als man irgend erwarten konnte. Frhr. v. Lerchenfeld hat seit gestern aufgehört, Minister des Innern zu seyn. Erst nach zweimaligem Anerbieten seiner Entlassung hat Se. Maj. der König dieselbe angenommen. Der König hat sich übrigens, wie mir von verlässiger Seite her mitgetheilt wurde, dahin geäußert, er wünsche, es möge in der Annahme dieser Entlassung Niemand eine Maßregel der Reaktion sehen, er werde durch die Wahl des neuen Ministers sowohl wie durch die von seinem Ministerium ausgehenden Regierungsakte zeigen, daß er unverändert, offen und entschieden auf der Bahn der konstitutionellen Fortschritts, welche er betreten, fortgehen werde wie bisher — er wünsche, daß diese seine Absicht so viel als möglich bekannt werde. Die Gründe, warum v. Lerchenfeld nicht länger im Amt bleiben wollte, werden verschieden angegeben: die Einen sagen, die Berufung des Ministerialraths Wanner, welcher wegen persönlicher Differenzen mit Lerchenfeld von hier wegversetzt wurde, als Letzterer das Finanzministerium übernahm, hätte ihn gekränkt; Andere behaupten, daß sein Entwurf über das neue Gemeindegesetz oben Widerstand gefunden; wieder Andere, und wohl mit dem meisten Rechte, sehen seinen Austritt als das Resultat unablässiger systematischer Verdächtigung seiner politischen Richtung an, durch welche es allmählig gelang, das Vertrauen des Monarchen wankend zu machen. Daß alle Freunde der wahren konstitutionellen Freiheit diesen Ausgang, und zumal jetzt, wo die Eröffnung des Landtags vor der Thür steht, für eine Kalamität halten, wird Jeder gerne glauben, der den Mann und sein Streben, sowie die Bedürfnisse dieser Zeit kennt und würdigt; ein Glück nur, daß dem Lande seine Thätigkeit in der Kammer gerettet bleibt."

München, 21. Dec. Als Grund des Rücktritts Lerchenfeld's wird namentlich die Zurückweisung seiner Entwürfe über Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretung bezeichnet, denen das volksthümliche Element in voller Ausdehnung zu Grunde gelegt war.

München, 20. Dec. Dem Vernehmen nach soll die Marschbereitschaft zweier hiesigen Regimenter allerdings mit der Aufstellung deutscher Reichstruppen an der schleswig-holsteinischen Grenze zusammenhängen. Auch will man der letzten Ministerkonferenz nicht bloß die Bedeutung beilegen, sondern auch Gegenstände anderer Natur — die Kaiserfrage und entschiedene Ablehnung der preußischen Hegemonie — unterliegen. — Der Verleger des „Gradmus" und mehrerer anderer Lokalblätter, Buchdrucker Descheler, ist seiner Haft entlassen worden. — Dem Vernehmen nach wird im nächsten Monat ein Armeedefehl erscheinen.

Kassel, 19. December. Heute ist das Urtel in der Untersuchung gegen die ehemalige Garde-du-Corps von dem Kriegsgericht in öffentlicher Sitzung verkündet worden. Lieutenant v. Berschuer I. ist zu einem Monat Festung, Rittmeister v. Baumbach zu drei Wochen, Lieutenant v. Berschuer II. zu 14 Tagen, die Wachtmeister Stiegel zu Heben und Gärtner zu drei Wochen Arrest verurtheilt, Rittmeister v. Schenk ist aus der Untersuchung entlassen worden. Die Urtel gegen die Gemeinen lauten ebenfalls theils auf Arrest theils freisprechend.

Berlin, 20. Dec. Die verbrüderten Wahlversammlungen haben zum Theil wieder eingestellt werden müssen. Es scheint nicht in der Absicht der Regierung zu liegen, den Wahlberechtigten durch Gestattung freier Zusammenkünfte die unerläßliche Vorbereitung auf den Wahlact möglich zu machen. Der General v. Wrangel besteht unerschütterlich darauf, daß in den Versammlungen politische Gegenstände nicht verhandelt würden. Ein Polizeibeamter soll zur Controle der Versammlung stets beiwohnen. Solche Bedingungen haben denn allerdings die Veranstalter der Versammlung nöthigen müssen, diese ganz einzustellen. — Der Oberpräsident v. Bonin hat in Betreff der Verhandlungen wegen Uebernahme des Finanzportofreuille jetzt definitiv abgebrochen, da auf die von ihm gestellte Bedingung: des Minister Graf Brandenburg und v. Manteuffel wegen ihrer Unpopularität zurücktreten mögen, wie unter den jetzigen Umständen leicht begreiflich nicht eingegangen werden konnte. (D. A. Z.)

Der Preußische Staatsanzeiger erklärt die Mittheilung, „daß sie sich jetzt bei der Anklage gegen die unter dem Präsidenten v. Unruh vereinigt gebliebenen Abgeordneten zuerst um das Schicksal derjenigen Mitglieder der Versammlung handle, welche Justizbeamte und Richter sind, und namentlich an dem Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen haben" für unbegründet.

(D. A. Z.)

Berlin, 19. Dec. Die sämmtlichen Minister hielten gestern eine lange Konferenz, in welcher man die Aussichten der nächsten Zukunft einer allseitigen Beleuchtung unterzog. Das Resultat dieser Konferenz ist von der größten Wichtigkeit: es ward nämlich der bestimmte Entschluß gefaßt, daß das ganze Ministerium noch vor den Wahlen zurücktreten solle, und man beschloß, von diesem Entschlusse seiner Majestät sogleich Anzeige zu machen. Wir dürfen es jedoch bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß mit ganz bestimmte Anhaltspunkte für die Annahme haben, daß der König dagegen, so unglaublich es auch für jetzt noch klingen mag, für den Fall des Rücktritts des Ministeriums allen Ernstes daran denkt, den Hrn. v. Bodelschwingh wieder in den obersten Rath der Krone zu berufen, um ihn mit der Bildung des neuen Kabinets zu beauftragen.

Schleswig, 13. Dec. Man erzählt bei der dänische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Baron Dirckinck-Holmfeld, das bekannte Schreiben der schleswig-holsteinischen Kanzlei vom 15. N. durch welches die Nordschleswiger Namens der dänischen Regierung aufgesordert werden, die gemeinsame Regierung nicht anzuerkennen und an dieselbe keine Steuern zu bezahlen, desavouirt und für verläßlich erklärt habe. Sollte sich dieses bestätigen, so würde es ein neuer Beweis der Perfidie der dänischen Regierung sein, denn während der dänische Bevollmächtigte in Frankfurt jenes Schreiben für verfälscht ausgiebt, erklärt in der Reichsversammlung Graf Knuth, der bisherige Chef der schleswig-holsteinischen Regierung, dasselbe für echt und führt zugleich die Gründe an, durch welche die dänische Regierung sich bewogen fand, dieses Schreiben zu erlassen. — Nachrichten zufolge von Alsen wird daselbst eifrig an neuen Verschanzungen gearbeitet, auch werden dort noch mehr Truppen erwartet. Zwei Dampfschiffe sind in diesen Tagen, mit mehren Transportschiffen am Schlepptau, von Sonderburg nach Kopenhagen gegangen, um von dort neue Truppen zu holen. Es heißt auf der Insel, daß die dortige Garnison auf 7000 Mann gebracht worden soll. Reisende, die in diesen Tagen Alsen verließen erzählen, daß den dortigen Soldaten ein Parolebefehl vorgelesen sein soll, in welchem demselben bekannt gemacht wurde, der Waffenstillstand sey zu Ende und in kurzer Zeit werde der Krieg wieder beginnen. (D. A. Z.)

Nach einer Mittheilung von Flensburg in den Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten werden die von Preußen gestellten und von England unterstützten Friedensbedingungen folgendermaßen angegeben: Das Herzogthum Schleswig werde in den deutschen Staatenverbande aufgenommen, constitutionell-staatliche Regierung mit Holstein, enge Personalunion beider Herzogthümer mit Dänemark, Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Erbprätendenten (D. A. Z.)

Luxemburg, 15. Dec. Unsere Festung rüstet sich. Die Bäume auf dem Glacis und den Wällen sind ihrer Aeste beraubt worden, um in Zeit von 3 Stunden die Stämme selbst alle abhauen und in die Werke bringen zu können. (D. A. Z.)

Wien, 18. Dec. Wie es von uns längst vorhergesagt ward, geht das ungarische Drama einer raschen Entwickelung entgegen, wozu freilich auch die außerordentlich günstige Witterung das Ihrige thut. Nebst den schon gestern berührten gewordenen ersten Fortschritten erfährt man heute bereits die Uebergabe von Pressburg und Tyrnau. Die allgemeine Meinung ist nun, daß wir in wenig Wochen in Pesth, d. h. in Ofen sein werden, denn nur wer Ofen die Festung) inne hat, ist auch Meister von Pesth. Die Punkte von man einigen Aufenthalt und Widerstand erwartet, sind: Raab, das unter Wasser gesetzt werden, Miskolcz, wo sich ein Hauptheil der ungarischen Macht concentrirt hat Komorn, das am stärksten befestigt ist, und Temesvar, woselbst sogar unsere Exaltisten durch Uebermacht hart bedrängt erscheinen.

Drittes Armeebülletin, am 19. Decbr. An Se. Exz. Hrn. F.-M.-L. und Gouverneur von Wien, Frhrn. v. Welden. Presburg, am 18. Decbr. 1848. Ich beeile mich, Euer Exzellenz bekannt zu geben, daß ich so eben, Nachmittags 3 Uhr, mit dem 2ten Armeekorps über Stampfen in Presburg eingerückt bin, nachdem diese Stadt gestern vollständig vom Feinde geräumt und die Schiffbrücke abgescharen worden war. Nähere Details behalte ich mir vor. Mein Hauptquartier übertrage ich heute nach Carlburg. Alfred Fürst Windischgrätz. — Eben so wurde gestern am 18. d. Wieselburg nach einem heftigen mehrstündigen Gefechte vom 1. Armeekorps unter Befehl des Banus genommen und besetzt. (K. v. u. f. D.)

Digitized by Google

Prag, 19. Dec. Der Staud der Dinge in Frankfurt und der Gang der Unterhandlungen mit Oesterreich bezüglich des Anschlusses an Deutschland erregen in deutschen und czechischen Kreisen ungemeines Erstaunen. Die Deutschen freuen sich von ganzen Herzen und schöpfen neue Hoffnungen, daß sie von dem großen deutschen Vaterlande nicht gewaltsam losgerissen werden; die Ultraczechen toben über das Ministerium, das sich auch nur in Unterhandlungen bezüglich eines Ausschlusses einläßt; die vermittelnden und gemäßigten Czechen fangen zu überlegen an, ob es denn ein gar zu fürchterliches Unglück wäre, wenn man sich entschließen könnte, mit Deutschland weiter Hand in Hand zu gehen. Schon hört man von einzelnen die Frage, welche Garantien man den Czechen für die Erhaltung ihrer Nationalität geben könne.

Sehr unangenehm berührt uns ein Ministerialerlaß, der den Beamten die Theilnahme an allen politischen Vereinen verbietet. Associationsrecht soll ja allen Staatsbürgern gewahrt werden; soll den Beamten allein dieses Recht entzogen werden? Wie wir hören, beabsichtigen einige Beamte dagegen energisch zu protestiren.

Italien.

Ein Schreiben aus Genua vom 17. Decbr. meldet, daß man daselbst die Nachricht von der Abdankung Karl Alberts zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen, erhalten habe. In Genua selbst stieg die Gährung immer höher.

Frankreich.

*Paris, 18. Decbr. Die Presse giebt folgende nicht offizielle Angabe des bis heute bekannten Gesammtresultats: Louis Napoleon 5,300,000, General Cavaignac 1,320,000 St. In dieser Uebersicht der Presse fehlen nur noch Algerien und Corsika, also eiren 200,000 Stimmen. Man kann also bereits entnehmen, daß die Gesammtzahl der Wähler 7,500,000 war, daß Louis Napoleon davon 5,500,000 Stimmen erhalten hat, und daß 1,500,000 auf Cavaignac und 500,000 auf Ledru-Rollin, Raspail und Lamartine fallen.

Im bonapartistischen Lager herrscht schon Unzufriedenheit und Zwiespalt, Herr Victor Hugo geräth, weil er kein Portefeuille bekommt, die Liberte greift Herrn Thiers als „retrograde" an, und der Constitutionell nimmt eine ernste, fast drohende Haltung an, während die legitimistischen Journale schon anfangen, die neue Gewalt zu untergraben. General Dutinot zeigt bereits in einer Note im National an, daß er weder das Kriegsministerium, noch die Gesandtschaft nach Rußland angenommen habe, und daß, wenn gewisse Combinationen ihm das Commando der Alpen-Armee nehmen würden, er sich einzig und allein der Erfüllung seiner Pflichten als Vertreter widmen würde.

Paris, 18. Dec. Wir können mit Bestimmtheit anzeigen, daß in Folge einer Verständigung zwischen dem neuen Präsidenten und der republikanischen Majorität der Nationalversammlung Franz Arago (vom National) Vizepräsident wird und Herr Bixis (ebenfalls vom National) das Portefeuille der Staatsbauten übernommen hat. Es scheint, daß Herr Bonaparte bereits einzusehen anfängt, wohin ihn der monarchische Eifer der Rechten und der Reunion Poitiers führen will, und er sucht die republikanische Partei sich nicht ganz zu entfremden. Wir werden bald ganz neue Kombinationen entstehen sehen. So rechnet die Legitimisten merkwürdiger Weise darauf, Cavaignac zu gewinnen, und überhäufen ihn mit Schmeicheleien. Paris erfreut sich übrigens fortwährend der größten Ruhe und Ordnung, und der Detailhandel, der eine unangenehme Störung der zu Neujahr sehr lebhaften Geschäfte fürchtete, lebt wieder auf. Die Haltung der abtretenden Regierung findet allgemeine Anerkennung.

Paris, 18. Decbr. L. Napoleon soll einen tiefen Widerwillen gegen den Palast des Elysee-National (Bourbon) bekunden, welchen die Nationalversammlung dem künftigen Präsidenten der Republik zur Residenz angewiesen hat. Es sind jetzt Maßregeln ergriffen, um für L. Napoleon eine Begleitung zu bilden, welche ihn für etwaige Fälle schützen soll, wenn er sich nach der Nationalversammlung begibt, um den Eid auf die Verfassung zu leisten. Da er keinen Grad in der Armee begleitet, so wird er in schwarzem Frack kommen und seinen Wagen werden eine Eskadron Reiterei und mehrere Ordonanzoffiziere escortiren. In gleicher Weise wird man ihn nach dem Präsidentschafts-Palaste zurückgeleiten. Bei der Ankunft in der Versammlung wird den Präsidenten eine Deputation, an der Spitze die Quästoren und den Präsidenten, empfangen; im Saale aber wird es keine Estrade geben, die an den Thron erinnern könnte, auf welchem Ludwig Philipp seine so genannten Throneden verlas. Der Präsident wird einfach die Tribüne besteigen, doet wahrscheinlich eine kurze Rede halten und den Eid ablegen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 18. Decbr. In der vorgestern zu Osborne abgehaltenen Geheimrathssitzung, welcher nur drei Minister beiwohnten, wurde entschieden, daß das Parlament, welches durch den letzten Geheimrathsbeschluß auf den 19. Decbr. prorogirt ward, auf Donnerstag, den 1. Februar 1849, zur Erledigung wichtiger öffentlicher Geschäfte zusammen zu treten aufgefordert werden soll. In der Londoner Zeitung steht bereits die betreffende königl. Proklamation. Die Frage über die Zeit des Beginnens der nächstjährigen Parlamentssession wäre somit entschieden. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Decbr. Die hiesigen Zeitungen bringen die amtliche Nachricht von der Confiskation der Güter des bekannten Generals Bem.

Bekanntmachung.

In neuerer Zeit ist der Fall vorgekommen, daß die treffenden Werkmeister an den Commune- und Stiftungs-Gebäuden Reparaturen vorgenommen haben, ohne daß der Verwalter hievon in Kenntniß gesetzt oder die Nothwendigkeit der Arbeit nachgewiesen war.

Um dergleichen Unregelmäßigkeiten zu begegnen, wird hiermit zur Kenntniß gebracht, daß nur jene Contes als gültig betrachtet werden können, welche vor der technischen Prüfung und Feststellung mit der Contrafignation der einschlägigen Verwalter versehen sind.

Bayreuth, den 12. December 1848.

Der Stadtmagistrat.

Heumann. Haß.

Mittwoch den 27. d. M. Vormittags 11 Uhr wird im Schiefergebäude der Dünger von den Ehevaulegers-Pferden für die Monate Januar, Februar, März versteigert.

Bayreuth, den 22. Dec. 1848.

Anzeigen.

Einladung zum Abonnement

auf die Zeitung

„Vorwärts!"

Seit dem Bestande unseres Journals verfolgten wir ein Ziel: „das Volk zum Bewußtsein zu erheben." Ist die Mehrheit der Deutschen sich der Fortdauer der Zeit klar bewußt, dann hat die Märzrevolution gesiegt, das Vaterland seine Neugestaltung vollendet. Ehevor ist alles schwankend und unverläßig, weil das unselbstständige Volk heute dem Rufe des Fortschrittes, morgen den Lenkungen des Despotismus folgt. Nur das Bewußtsein gibt Reife, die Reife Selbstbestimmung und letztere ist Ausübung der Souverenität. Das ist das Streben der Demokratie, für deren Sieg wir das Wort führen.

Unsere Zeitung erscheint wöchentlich 6 mal in groß Folio und bringt außer Originalkorrespondenzen aller größeren Städte Deutschlands, die Verhandlungen unseres hervorstehenden Landtages noch am selben Abend. Preis halbjährig 3 fl. ehn. in ganz Bayern, ausweis geringen Postaufschlag. Inserate bei großer Auflage und weiter Verbreitung die beeitpaltige Petitzeile 2 kr. Wir ersuchen, die Bestellungen rechtzeitig bei den zunächstliegenden Posten zu machen.

München, im December 1848.

Die Redaktion.

Harmonie.

Dienstag, den 26. December:

Musikalische Unterhaltung.

Anfang 7 Uhr.

Die Vorsteher.

Unterzeichneter sucht zum Nürnberger Korrespondenten noch einige Mitleser.

Buchner'sche Buchhandlung.

Für Robert Blum's Hinterlassene eingegangen von Weidenberg, vom obern Markt 3 fl. 1 kr., vom untern Markt (von der Linde) 5 fl.; Summa aller bis heute eingegangenen Beträge: 16 fl. 19 kr.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Montag **Nro. 358.** **25. December 1848.**

Wegen des hohen Weihnachtsfestes erscheint morgen kein Blatt.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Decbr. (142. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Die Berathung über das Budget wird eingeleitet mit dem Verlesen eines präjudiziellen Antrags von Wiesner, daß die Erledigung der finanziellen Frage aufgesetzt werden möge, bis über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland entschieden sey. Ein ferneter von mehreren Mitgliedern der Linken gestellter Antrag fordert die Ernennung einer Reihe von einzelnen aufzuführenden Gehaltsansätzen. Schuly aus Darmstadt will namentlich die Gehalte der Reichsminister und Unterstaatssekretaire gekürzt sehen. v. Saltzwedell erklärt als Berichterstatter der Majorität des Finanzausschusses: Das Budget umfaßt 10,483,766 Gulden bis 1. Januar 1849, die eigentlich von Ihnen zu bewilligende Summe beträgt aber nur 217,000 Gulden, wovon überdieß ungefähr 117,000 Gulden auf den Aufwand kommen, den die Nationalversammlung verursacht. Denn die Kosten für Reichstruppenverlegungen, sowie den Anlag für die Kriegsflotte haben Sie bereits früher genehmigt und was die Gelder für die Reichsfestungen anlangt, so sind dieselben durch die dazu vorhandenen Fonds der Bundesstaate gedeckt. v. Saltzwedell hofft daher, daß die Versammlung dem Mehrheitserachten des Ausschusses beipflichten werde, nach welchem die Erhebung von 217,000 Gulden 32 Kreuzer durch Matrikularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten zu genehmigen ist. Die Minderheit des Finanzausschusses weicht von dem Vorschlage der Mehrheit nur insofern ab, als sie die 25,000 fl. gänzlich streicht, die für die Unterstuchung und Bestrafung der am 16. bis 18. Sept. in Frankfurt begangenen Verbrechen angesetzt sind, während auch die Mehrheit nur einen Theil derselben zu übernehmen anräth. Eisenstuck: Wir befinden uns, was die Form der gegenwärtigen provisorischen Regierung anlangt, in einer konstitutionellen Monarchie. Mit ihr ist ein „geheimes Kabinet" unverträglich. Daher beantrage ich zunächst, den Aufwand für das Kabinet des Reichsverwesers zu streichen, die dafür angesetzten 700 Gulden monatlich aber dem Reichsverweser hinwiederum zur Verfügung zu stellen, um Privatsekretäre, Kanzisten u. s. w. damit zu bestreiten. Sodann das Institut der Reichskommissäre anlangend, so möchte ich am liebsten zur allereinfachsten Tagesordnung darüber gehen. Für Frankfurt bringt die Anwesenheit der National-Versammlung so enorme materielle Vortheile mit sich, daß 25,000 Gulden Prozessosten daneben nicht in Betracht kommen. Der Redner verbreitet sich darauf über Einzelheiten und findet besonders die Ansätze für das Handelsministerium, wo drei Kollegialräthe erster, und sechs zweiter Klasse, ein jeder mit 1500 Gulden jährlich zu besolden sein sollten, unbegreiflich und für jetzt gar nicht zu rechtfertigen. Reichsminister der Finanzen v. Beckerath zeigt aus dem Vergleiche mit andern Staaten, daß sowohl die Ansätze für auswärtige Angelegenheiten, als für das Handelsministerium eher durch ihre Niedrigkeit überrascher sollten, als daß sie hoch genannt werden könnten. Endlich tritt auch noch der Präsident des Reichsministeriums von Gagern auf: „Es ist ein großes Mißverständniß, wenn man annehmen will, nach dem Worte Kabinet, daß in der Ausstellung des Budgets gedruckt ist und welches der Ausschuß allerdings Recht hatte, in seinem Berichte zu vermeiden, daß ein gegliedertes Kabinet des Reichsverwesers bestehe, welches in die Staatsgeschäfte eingreife. Dies ist mit nichten der Fall. Ich brauche nichts hinzuzufügen, um dem Schrecken vorzubeugen vor dem Begriffe eines besonderen Kabinets, als den Umfand, daß die Person desjenigen, der dieses Kabinet bisher geführt hat, nämlich das Sekretariat des Reichsverwesers, seit der kurzen Zeit seines Hierseyns bereits zweimal gewechselt hat, und dasselbe gegenwärtig gar nicht besetzt ist. Von einem geschlichten Einfluße eines solchen Kabinets auf die Verwaltung der Reichsgeschäfte kann also nicht die Rede seyn und ich bitte Sie, meine Herren, die Ansicht so zu bewilligen, wie sie vom Ausschusse gestellt ist, denn es möchte nicht angemessen sein, Sr. kaiserlichen Hoheit dem Reichsverweser eine Summe in der Weise zu verwilligen wie es Herr Eisenstuck vorgeschlagen hat." Es wird Schluß der Debatte beantragt. Allein der Schriftführer Jucho will auch das Bureau nicht unvertheidigt lassen, worauf er die Aufsätze für die Stenographen der Nationalversammlung (8 Gulden 45 Kreuz. für jeden täglich), für den Kanzleidirektor (eben so viel), für die Hilfssekretäre u. s. w. in Anschlag nimmt. Von der Linken verwahren sich Hr. Rosmäßler und Genossen, dem geheterisschen Willen der Mehrheit gegenüber, durch eine protokollarische Erklärung von ihren Wählern wider jede Theilnahme am folgenden Beschlusse. (Unwillige Bewegung im Hause.) Schoder beantragt Herabsetzung der Ministergehalte auf jährlich 10,000 Gulden, die der Staatssekretäre auf 5000 Gulden. Der präjudicielle Antrag Wiesner's auf Vertagung bis nach der Entscheidung der österreichischen Angelegenheit wird verworfen. Bewilligt werden hierauf dem Ausschußerachten der Mehrheit gemäß die sämmtlichen nachfolgenden Positionen: A. Besoldungen der Minister und Unterstaatssekretäre 46255 fl. 33. kr.; B. Voranschlagung für das Kabinet und die Wohnung des Reichsverwesers 23680 fl.; C. Voranschlagung für die Nationalversammlung und den Fünfziger-Ausschuß 116,600 fl.; D. Voranschlag für das Präsidium des Reichsministeriums und das Gesammtministerium 11,119 fl. 50 kr.; E. Voranschlag für das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten 117,640 fl.; F. Voranschlag für das Reichsministerium des Innern 21,293 fl. 20 kr.; G. Voranschlag für das Reichsministerium der Justiz 13,206 fl. 40 kr.; H. Voranschlag für das Reichsministerium des Handels 21,606 fl. 40 kr.; I. Voranschlag für das Reichsministerium des Kriegs 4,818,010 fl. 29 kr. K. Voranschlag für das Marinedepartement 5,323,000. fl.; L. Voranschlag für das Minist. der Finanzen 6210 fl.; im Ganzen 10,548,6222 Gulden 32 Kreuzer. Zugleich spricht die Versammlung der Mehrheit des Ausschusses in folgenden Anträgen bei: Das Büreau des Hauses zu beaufstragen, sich sofort mit einer umfassenden Revision des Ausgabenbudgets für die Nationalversammlung zu beschäftigen und jede irgend thunliche Ersparniß vorzusehen. Die Besoldungen der Reichsminister für die Periode bis zum 31. Dec. l. J. auf monatlich 1000 fl., die der Unterstaatssekretäre für dieselbe Periode auf monatlich 500 fl. und das Fouragegeld des Reichskriegsministeriums auf monatlich 83 fl. 20 kr. festzusetzen. Diejenigen Kosten, welche der Stadt Frankfurt durch die von dem Reichsminister der Justiz veranlaßte Zuziehung von Hilfsbeamten bei der Verbrechen und Vergehen vom 16. und 18. Sept. l. J. betreffenden Untersuchung entstanden sind, auf die Reichskasse zu übernehmen und das Reichsjustizministerium zu ermächtigen, den Betrag dieser Kosten in dem nächsten Budget in Einnahme und Ausgabe vorzusehen. Zum Beschluß erhoben werden die folgenden Paragraphen: §. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupte einberufen werden. §. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen 3 Monaten wieder zu berufen. §. 22. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiedereinberufung des Reichstages zu Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. §. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages.

Frankfurt, 22. Dec. Herr v. Schmerling ist gestern Abend nach Olmütz abgereist.

München, 21. Dec. Unsere Ministerkrisis soll sich auf die übrigen Minister — mit Ausnahme des Kriegsministers v. Zenker — ausgedehnt haben. Wie man vernimmt, sollen Herr Heinz, Graf Bray und Herr Weigand mit Bestimmtheit dem König erklärt haben, nur mit Fehrn. v. Lerchenfeld im Ministerium bleiben zu können; falls dessen Wiedereintritt nicht erfolgen sollte, müßten sie gleichfalls um ihre Entlassung bitten. Es war

Digitized by Google

Dieß von den ehrenhaften Gesinnungsgenossen Lerchenfeld's vorauszusehen. Die Sache bekömmt dadurch einen bestimmten Charakter, nemlich den eines Tendenzconflikts, welcher durch die gerüchtweise hier zirkulirende neue Ministerliste nähere Erklärung findet. Lese man die Ministerliste vom Jahr 1846 und 1847, und man wird dieselben Namen finden, nemlich die eines Schrenk, Zu-Rhein, Polz, von der Becke und Waldkirch. Ein Kommentar ist kaum nöthig. Sollen wir mit den „Errungenschaften" der Jahre 1846 und 1847 im Jahre 1849 aufwachen! Oder sollten diese Namen blos die Stelle bilden für Staatsmänner von schärferem Gepräge?

München, 20. Dec. In Folge eines Ausschreibens des Handelsministeriums ist den Offizieren und Soldaten der Reichstruppen bei Geld- und Briefsendungen — erstere bis zu einem gewissen Betrage — aktive und passive Portofreiheit auf so lange gewährt worden, als sie außerhalb ihrer gewöhnlichen Garnisonen zu Reichszwecken verwendet werden.

München, 20. Dec. Se. Maj. der König haben Sich in Anbetracht der eingetretenen Vergrößerung der Bevölkerung Münchens bewogen gefunden, 8 exponirte Polizeibeamte mit dem Range und der Uniform von Polizeikommissären und mit dem Titel Begleitkommissäre in der Person nachstehender Individuen vom 16. Dec. an zu ernennen: 1) den Funktionär und Kanzleivorstand bei der Polizeidirektion München Gust. v. Reinhardstöttner aus München, 2) den pensionirten Gendarmerie-Feldwebel, Fr. X. Gerstinger aus Passau, 3) den Auflagskontrolleur Jos. Hofmann zu Haidhausen, 4) den Funktionär bei der Polizeidirektion München Simon Göringer aus Weilheim, 5) den Funktionär bei der Polizeidirektion München Friedrich Wiellenbacher aus München, 6) den Funktionär bei dem Kreis- und Stadtgerichte München Zacharias Posset aus München, 7) den bei dem Fürstlich v. Oettingen-Wallerstein'schen Vermunschafts-Bureau verwendeten Hermann Schneider zu München, und 8) den Funktionär bei dem Staatsministerium des Innern Rudolph Hutter aus München. — Se. M. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, den Stadtkommissär M. U. Wöhrnitz zu Erlangen in den nachgesuchten wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen, und den Regierungsassessor Math. Schrag zu Ansbach an dessen Stelle zu ernennen; den Landgerichtsassessor Georg Greiner zu Hellbrunn auf die erledigte Assessorsstelle nach Oberndorf zu versetzen, den II. Landgerichtsassessor Molitor zu Ord in die daselbst erledigte I. Assessorsstelle vorrücken zu lassen, und die hiedurch erledigte II. Assessorstelle dem Rechtspraktikanten Anton Schultheis aus Aschaffenburg zu verleihen; endlich den Direktor des Studienseminars zu Neuburg Priester Joseph Strobl in den nachgesuchten temporären Ruhestand zu versetzen. (R.M.Z.)

Bayreuth, 24. Decbr. Der Abgeordnete beim Reichsparlament, Herr Käfferlein, ist gestern hier angekommen, um seinen mehrwöchentlichen Urlaub im Kreise der Seinen hier zuzubringen.

Berlin, 21. Dec. Hr. v. Kirchmann hat eine Erklärung an seine Wähler im niederungen Kreis ergehen lassen, in welcher er nach einer Rechtfertigung seiner Abstimmung an der Wirksamkeit der Nationalversammlung in der Zeit vom 9. bis 15. Nov. sich auch über die gegenwärtige Lage des Parteienkampfes in Preußen ganz unzweideutig äußert. Hr. v. Kirchmann ist der Meinung, daß es sich in dem Zwiespalte zwischen der Versammlung und der Regierung lediglich um die Frage handelte, ob Preußen im Wahrheit ein konstitutionelles Königthum besitzen oder ob es unter dem bloßen Schein einer Constitution beim absoluten Königthume nach wie vor verbleiben solle. Daß dieser Letztere durch die neuern Vorgänge wieder vollständig zurückgeführt worden ist, glaubt er durch die Auflösung und durch die Verfassung selbst bestätigt. Er erklärt es übrigens für das Richtigste, wenn die Wahlen von der Bevölkerung nach der neuen Verfassung vorgenommen werden, ohne dadurch eine Rechtsgültigkeit derselben anzuerkennen. — In gut unterrichteten Kreisen unterhält man sich viel über die von Seiten unserer Regierung getroffenen und noch zu treffenden Vorbereitungen zur Aufstellung eines Observationskorps an den Rheingrenzen. Die Stärke derselben gibt man auf 100—150,000 M. an. Mit diesem Gerüchte bringt man eine Rede des Königs an eine ihm über die Verfassung dankende Deputation in Zusammenhang. Der König soll nämlich, auf die Wahl L. Bonapartes hinweisend, geäußert haben: Sie sehen an der Rheingrenze, nach der Wahl in Frankreich ist kein Zweifel mehr daran, das deutsche Land bedroht. Ich hoffe, daß, wenn ich mein Volk zu den Waffen rufen werde, es sich seiner Väter würdig zeigen und gierreich wie 1813 Deutschlands Grenzen vertheidigen wird; denn allen feindlichen Bestrebungen ist es nicht gelungen, die Einigkeit zwischen Fürst und Volk zu stören und den alten preußischen Waffengeist erbleichen zu machen. (D. A. Z.)

Hannover, 20. Dec. Dem Vernehmen nach sind 8000 M. Hannoveraner bestimmt, nach Norden gegen die Grenze unsers Vaterlandes zu ziehen. (D. A. Z.)

Altona, 20. Dec. Gestern Abend wurde Bradlow, als er sich in die Versammlung des vaterländischen Vereins begeben wollte, dessen Vorstand er ist, verhaftet. Das Volk machte den Versuch, ihn zu befreien; aber Linie und Bürgermilitär verhinderten es. Vor Mitternacht schon herrschte wieder Ruhe. (D. A. Z.)

Schleswig, 18. Dec. Hr. v. Moltke, Mitglied der gemeinsamen Regierung, und der Oberstlieutenant v. Zostrow sind Beide gestern aus Berlin nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt. Sichern Vernehmen nach sind die Erstere die berufsgemäßen Nachrichten über die Stellung Preußens zu unserer Angelegenheit mitgebracht. Namentlich scheint es ihm gelungen zu seyn, auf das vollständigste die Besorgniß zu verscheuchen, als ob in einzelnen, Preußen feindseligen Zeitungsartikeln, dafür aus hiesigen Landen, die Stimme des schleswig-holsteinischen Volks zu erkennen seyn möchte. — General Bonin wird jetzt durch Adressen und Deputationen von nah und fern förmlich bestürmt. Dem Vernehmen nach hat der General erwidert, daß die Entscheidung über sein Verbleiben in der bisherigen Stellung von der Centralgewalt in Frankfurt abhänge, an welche er sich mit einem Entlassungsgesuche gewendet habe, daß die Centralgewalt indessen wohl nicht auf sein Ansuchen eintreten würde, da die gemeinsame Regierung bei derselben sein Verbleiben beantragt habe. (D. A. Z.)

Wien, 10. Dec. Fürst Windischgrätz hat vom jungen Kaiser Franz Joseph eine unbedingte Vollmacht zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Ungarn erhalten. Wenn es gelingt, sie so herzustellen wie in Wien, so werden die Ungarn den Flor anlegen dürfen. (M. Z.)

Wien, 20. Decbr. Glaubwürdigem Vernehmen nach ist Raab ohne Schwertstreich in die Hände der k. k. Truppen gefallen. (K. v. u. f. D.)

Italien.

Die von der Allg. Ztg. gerüchtweise gegebene Nachricht: daß der König Karl Albert von Sardinien zu Gunsten seines ältesten Sohnes abgedankt habe, war ungegründet.

Frankreich.

Straßburg, 21. Dec., 11 Uhr Mittags. Telegraph. Depesche. Paris, 21. Dec. 1848, 7¼ Uhr Morgens. Der Minister des Innern an den Präfekten des Niederrheins. Ludwig Napoleon Bonaparte, durch absolute Stimmenmehrheit erwählter Präsident der französischen Republik, ist in der gestrigen Sitzung durch die Nationalversammlung proklamirt worden. Die Feierlichkeit seiner Einsetzung ist in Mitte der vollkommensten Ruhe vor sich gegangen. (D. Z.

Anzeigen.

Auf den Meyer'schen Kohlenwerken bei Neuhaus & Stockheim

werden diesen Winter zu folgenden bedeutend herabgesetzten Preisen Steinkohlen abgegeben; nemlich:

Bei Stockheim 1) von der Grube Vereinigter Nachbar, Steinkohle zu 16 Kreuzer der Bergkübel, oder 24 Kreuzer der Grosskübel von 1¼ Bergkübel;
eine Partie Bremsberge zu 5 Kreuzer der Bergkübel von Ca. 80 Pfund;
2) Von den Gruben Michael & Wolfgang eine Partie Bremsberge zu 4 Kreuzer der Bergkübel von Ca. 80 Pfund;

Bei Neuhaus a) von der Grube Minna, Steinkohle zu 18 Kreuzer der Bergkübel oder 27 Kreuzer der Grosskübel von 1½ Bergkübel und eine Partie Bremsberge zu 5 Kreuzer der Bergkübel von 75—80 Pfund.

Die Preise verstehen sich ab Grube gegen baar bei Abliefrung. — Es ist stets Vorrath an allen Gruben, so daß jederzeit ohne Aufenthalt geladen werden kann. — Nach allen Gruben führen gut chaussirte Wege. ☞ Die Kohlenkäufer haben sich an die MEYER'sche Grubenverwaltung auf Minna bei Neuhaus zu wenden.

Im Verlage der Geb. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Eberburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spaltzeile 4 kr.

Mittwoch **Nro. 359.** **27. December 1848.**

Deutschland.

Frankfurt, 23. Decbr. 143. Sitzung der deutschen konstituirenden National-Versammlung. Vorsitzender: Präsident Ed. Simson. Nach Bekanntmachung mehrerer Anzeigen und nach Stellung mehrerer Anfragen wird die fortgesetzte Berathung über den Abschnitt: „der Reichstag" des Verfassungs-Entwurfs eröffnet. Unter Verzicht auf die Diskussion werden angenommen: Art. VII. §. 24. Jeder der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vicepräsidenten für sich, ebenso die Schriftführer. §. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. §. 26: Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. Zu dem folgenden Paragraphen bemerkt der Berichterstatter des Ausschusses, Briegleb, vor der Abstimmung, daß die nachfolgende Eidesablegung nicht unerläßlich, sondern bei Mitgliedern einer Religionspartei, denen ihr Bekenntniß eine Eidesleistung verbiete, durch ein einfaches Handgelöbniß ersetzt werden könne. §. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe!" §. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet. §. 29. Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. §. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet. Art. VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. §. 32. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. §. 34. Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Art. IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstags beizuwohnen und von denselben gehört zu werden. §. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jeden der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. §. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses seyn. §. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienste ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat. Da somit der ganze Abschnitt des Verfassungsentwurfs über den Reichstag erledigt ist, so vertagt auf G. Beseler's Antrag die Versammlung ihre Berathung über die Nummern 3—7 der heutigen Tagesordnung auf nächsten Donnerstag den 28. Dec. (D. Z.)

Frankfurt, 22. Dec. Das im Badischen als des an Lichnowsky und Auerswald verübten Mordes verdächtige und verfolgte Individuum hat in Bockenheim, als die Nichtidentität constatirt war, seine Freiheit wiedererhalten. (D. A. Z.)

München, 22. December. Se. Majestät der König haben unter dem 27. Nov. gerubt, dem ordentlichen Professor der Pharmazie an hiesiger Hochschule Dr. Andreas Buchner wegen seiner Verdienste das Ritterkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael allergnädigst zu verleihen. — Se. Maj. der König haben sich unterm 22. Dec. d. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Appellationsgerichts-Sekretär Joseph Lipfle in Passau wegen nachgewiesener temporärer Dienstesunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen, die hierdurch in Erledigung kommende Sekretärstelle bei dem Appellationsgerichte von Niederbayern dem zum Assessor des Kreis und Stadtgerichts Regensburg ernannten Stadtgerichtsprotokollisten Heinrich v. Kirchbauer in Amberg unter Enthebung von dem Amtnitte der gedachten Assessorstelle, auf sein Ansuchen zu verleihen, sofort zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg den Appellationsgerichts-Accessisten Johann Wolfgang Kaes in Amberg zu ernennen. Se. Maj. der König haben Sich unterm 21. Dec. allergnädigst bewogen gefunden, dem k. Appellationsger.-Director Dr. A. Riedl in Amberg auf sein allerunterthänigstes Ansuchen unter Belassung seines vollen Gehalts, seines Titels und Funktionszeichens und mit Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienstleistung nach §. 22 tit. II. der Beilage IX zur Verfassungsurkunde den definitiven Ruhestand zu gewähren; dann unterm gleichem Tage die in Erledigung gekommene Stelle eines Vorstandes des Handelsgerichts Nürnberg dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg, zugleich Handels-Appellationsgerichtsrathe Wilhelm v. Landgraf zu übertragen, in die hierdurch erledigte zweite Handelsappellationsgerichts-Rathsstelle den bisherigen dritten Rath Freiherrn v. Tucher vorrücken zu lassen, und die hierdurch eröffnete dritte Handelsappellationsgerichtsrathsstelle den bisherigen Handelsgerichtsassessor, zugleich Kreis- und Stadtgerichtsrathe Eduard v. Eckartshausen in Nürnberg zu übertragen; in die hiedurch erledigte erste Handelsgerichts-Assessorstelle den bisherigen zweiten Handelsgerichts-Assessor Freiherrn v. Welzer vorrücken zu lassen, und die dadurch eröffnete Stelle eines zweiten rechtskundigen Handelsgerichts-Assessors dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg Dr. Joseph Bauer zu übertragen. (R. M. Z.)

Bayreuth. Nachrichten aus München zufolge bestätiget sich der Rücktritt der übrigen Minister keineswegs, vielmehr soll, wie man der Allg. Z. schreibt, der König fest entschlossen sein, namentlich den Justizminister Heintz die Entlassung, falls er sie verlangen sollte, nicht zu gewähren. — Die Fr. D. P. B. enthielt, die fast kurios lautende Nachricht, daß der König als Minister des Innern einen Mann erwählt habe, der, wenn er das Portefeuille annehme, alle Partheien befriedigen würde. Eines steht fest, wenn auch Lerchenfeld nicht allen Partheien recht war, — wir halten das für eine reine Unmöglichkeit — so befriedigte er doch diejenige Parthei, welche die demokratisch-konstitutionelle Monarchie zur Wahrheit gemacht haben will, und diese Parthei, bei weitem die Mehrheit des bayerischen Volkes, diese Mehrheit steht mit Mißtrauen die Handlungsweise der Krone in dieser Angelegenheit an, ein Trost ist es ihr, daß Lerchenfelds Wirksamkeit als Abgeordneter dem Lande nicht verloren ist, und in dieser Beziehung stimmen wir aus vollem Herzen in die Anerkennung ein, welche die meisten Journale den Bayreuther Wählern für den durch diese Wahl bekundeten politischen Takt zollen.

△△ Wunsiedel, 24. Decbr. Der hiesige deutsche Verein hat gestern an den vormaligen kgl. Staatsminister des Innern, Freih. v. Lerchenfeld, folgende Ansprache gerichtet: Geehrtester Herr! Die Kunde, daß Sie am 19. d. M. aus dem Ministerrathe Bayern ausscheiden, berührte uns so schmerzlich, daß wir nicht umhin können, Ihnen die dankenden Gesinnungen darzulegen, mit welchen wir Ihrer fruchtgewohnten Thätigkeit auch in Ihrem letzten Amte entgegensahen. In der gegenwärtigen Zeit, wo die Einheit Deutschlands, wo der Fortschritt und die Sache des Volkes mit alten und neuen Hindernissen einen schweren Kampf ringen, wo es gilt, mit sicherer Hand unter den Stürmen der Leidenschaften die neuen Schöpfungen für der Zukunft Geeignen aufzubauen, bieten wir Sie, den bewährten Volksvertreter, den edlen Verfechter der constitutionellen Freiheit, den thatkräftigen und umsichtigen Lootsen am

Digitized by Google

Staatsruder für den Mann, der bei der bevorstehenden Verjüngung der Verwaltung vor Allen berufen war, jenes Leben durch die ganze Staatsgliederung hervorzurufen, welches der Geist der deutschen Grundrechte erst zur Wahrheit, zur Wirklichkeit machen kann. Nach diesen die Worte, welche Sie jüngst beim Antritte Ihres bisherigen Amtes in Ihren Amtsunterzeichnen sprachen, als lebendige Bürgen für unser wohlbegründetes Vertrauen vor uns, denn wir wußten, daß Ihre Worte Thaten sind; die schöne Morgenröthe aber, die Ihre Ansprache über unsere Hoffnungen warf, ist dahin, trübe Wetterwolken lagern sich um den verkündeten neuen Tag. Wir begrüßen Sie nun um so willkommener in den Reihen der jüngst gewählten Abgeordneten zum Landtage von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß die Ihrem unermüdlichen Wirken für Licht und gesetzliche Freiheit nur einen Zweck kennen: das Glück des Vaterlandes!

Darmstadt, 18. Dec. In der ersten Kammer hat Frhr. v. Gagern angetragen, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, „daß Pius IX. und den Kardinälen ein einstweiliges Asyl, eine verlängerte Residenz in Deutschland angeboten werde, und in nationalem Sinne von den geeigneten Behörden also an sie ergehe." (D. Z.)

Berlin, 21. Dec. Die beiden Hauptparteien der Nationalclubs, die Schutzzöllner und die Freihändler, sind gewillt, ihre Prinzipien durch ihre Führer in den künftigen Kammern vertreten zu lassen. Die ersteren scheinen sich für Herrn Dr. Glaser und die letztern für Herrn Peiner Schmidt, der seit einigen Tagen aus Frankfurt zurückgekehrt ist, entschieden zu haben. Man irrt demnach sehr, wenn man als ausgemacht ansieht, daß mit Preußens Gegenwoche auch die Grundsätze des freien Handels in der deutschen Zollgesetzgebung zur Herrschaft kommen müßten. Ueberdies wird die Handelspolitik eines einigen Deutschlands ja von der Mehrheit des Parlaments bestimmt werden, nicht von der Ansicht einer einzelnen Regierung. Weder die unbedingten Freihändler, noch die maßlosen Schutzzöllner werden, wie wir hoffen, im deutschen Parlamente die Herrschaft erlangen. (D. Z.)

Frankreich.

* Paris, 20. December, Mittags 2 Uhr. Eine außergewöhnliche Truppenbewegung findet in dieser Nacht statt, alle Posten werden verdoppelt, die Tuilerien sind mit 3 Bataillons Mobilgarde besetzt, Adjutanten und Ordonanzen sprengen nach allen Richtungen, es liegt etwas ungewöhnliches in der Luft. Wahrscheinlich wird heute Louis Napoleon Bonaparte l'improviste zum Präsidenten proklamirt werden, um so durch diesen unvorgesehenen Akt jede Demonstration der Imperialisten, wie der Ultra-Republikaner unmöglich zu machen. Vor der Nationalversammlung sind zwei Generale mit ihrem Staabe und das Dragonerregiment der Caserne d'Orsay stellt sich auf dem Quai auf. Bis die Nachricht dieser im Stillen angeordneten Maßregeln in Paris bekannt wird, wird der neue Präsident proklamirt seyn.

Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 20. December. Vorsitzender: Armand Marrast. Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Die Vertreter sind sehr zahlreich, die Mitglieder der bonapartistischen Familie bezeichnet. Cavaignac und seine Minister sind auf ihren Plätzen. Nach Verlesung des Verbalprozesses nimmt Mortimer Ternaux das Wort, um eine Rektifikation im Verbalprozeß der gestrigen Sitzung zu verlangen. Während dieses Zwischenfalles wird der Pallast der Nationalversammlung von allen Seiten dicht von Linienruppen umgeben. Um 4 Uhr tritt die Commission der Wahlprüfung in den Saal, — allgemeine Bewegung. General Lebreton tritt in großer Uniform ein. — Der Präsident unterbricht die Diskussion, um dem Berichterstatter der Commission das Wort zu geben, — Todtenstille. Der Berichterstatter Waldeck-Rousseau liest seinen Rapport vor. Nach einer Einleitung über die wichtige Bedeutung des Präsidentenamtes und des großen Wahlakts kömmt er zum Resultate der Wahl. Während dieser Verlesung tritt Louis Bonaparte in schwarzem Frack, weißen Hanschuhen und einem großen Ordensstern auf der Brust ein und setzt sich auf die erste Bank, gegenüber der Ministerbank, neben Odilon-Barrot. Die Anzahl der Wähler war 7,326,345, davon erhielten: L. Napoleon Bonaparte 5,434,226, General Cavaignac 1,448,107, Ledru-Rollin 375,119, Raspail 36,924, Lamartine 17,900, General Changarnier 4286. Verschiedene Protestationen sind eingelaufen, namentlich eine, die behaupte, L. Bonaparte habe sein französisches Bürgerrecht verloren. Die Commission ist über diese Protestationen zur Tagesordnung übergegangen und indem sie die wärmste Anerkennung für das schöne Betragen der abtretenden Regierung ausspricht, schlägt sie die Proklamation Louis Bonaparte zum Präsidenten der Republik vor; General Cavaignac zeigt an, daß alle Minister soeben ihre Entlassung gegeben haben, und daß auch er, von Dank erfüllt für das ihm bewiesene Vertrauen seine Gewalt in die Hände der Nationalversammlung niederlege. Ein Sturm von Beifall bricht bei diesen kurzen Worten los. Die Beschlüsse der Commission werden mit Einstimmigkeit angenommen. Der Präsident proklamirt Louis Bonaparte als Präsidenten der Republik und ruft ihn auf die Tribüne, um den Eid der Treue der Republik und der Constitution abzulegen. Der Präsident ließt ihm den Eid vor und L. Bonaparte antwortet: Ich schwöre: Er ließt nun eine kurze Rede, in der er den eben abgelegten Eid für die Rechtschnur seines künftigen Benehmens erklärt, er werde nichts Illegales thun, aber auch nichts Illegales dulden, sein Hauptbestreben werde die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen sein. Er spricht zugleich seine wärmste Anerkennung für das loyale Benehmen des Generals Cavaignac aus und bittet die Versammlung ihn zu unterstützen. Der dreimalige Ruf: es lebe die Republik! schloß die Sitzung, L. Bonaparte geht auf Cavaignac zu und drückt ihm die Hand. Allgemeiner Beifall.

* Paris, 21. Dec. Ein noch gestern Abend ausgegebenes Supplement des Moniteurs brachte das neue Ministerium, dasselbe ist, wie wir es bereits vorher angaben, folgendermaßen zusammengesetzt: Conseilspräsident und Justizminister: Odilon-Barrot; Auswärtige Angelegenheiten: Drouin de Lhys; Inneres: Leon v. Malleville; Krieg: General Rulhieres; Marine: Tracy; Unterricht: Fallour; Staatsbauten: Leon Faucher; Handel und Ackerbau: Bixio. Finanzen: Hyp. Passy. Außerdem sind folgende Ernennungen bekannt gemacht: Oberkommando der Alpen-Armee: Marschall Bugeaud; Oberkommando der 1. Militär-Division, der Nationalgarde und der Mobilen: General Changarnier; Polizei-Präfect: der Gendarmerie-Oberst: Rebillot.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Decbr., Morgens. Der König hat von Fredericksborg aus eine Proklamation erlassen, in welcher, nach Anführung, wie die gemeinsame Regierung die Voraussetzungen, unter denen sie eingetreten, nicht erfüllt und trotz der Proteste der beiden Kommissarien Dänemarks und der deutschen Centralmacht, in öffentlichen Bruch der wesentlichen Bestimmungen des Waffenstillstands fortfahre, der König sich gegen den Mißbrauch seines königlichen Namens durch diese Regierung feierlich verwahrt. Es heißt ferner in diesem Aktenstücke: „Wir können im gegenwärtigen Augenblick, vornehmlich in Rücksicht auf das eigene Wohl der Herzogthümer, uns nicht dazu entschließen, anders als auf dem Wege der Unterhandlungen diesen Mißbrauch der Macht hindern und den gesetzlichen Zustand der Dinge wieder herzustellen." Bis dahin, was, wie die Proklamation hofft, nicht lange dauern wird, gibt der König jedem seiner treuen Unterthanen in Schleswig, der aus zwingender Nothwendigkeit der sich den Augenblick herrschenden Macht nachgibt, die Zusage, daß solches nothgedrungene Nachgehen in keiner Weise als eine ihrerseitige Anerkennung der Rechtsmäßigkeit der Gewaltmaßregeln und als ein Abfall von ihrer Pflicht und Eid betrachtet werden soll. (D. Z.)

Bekanntmachung.

In der Concurssache über das Vermögen der Veit und Anna Elisabetha Vogel'schen Eheleute zu Kotzmannsreuth werden die in der Bayreuther Zeitung Nr. 290 näher beschriebenen und gerichtlich abgeschätzten, zur Gantmasse gehörigen Realitäten und Gerechtigkeiten, weil im Termine vom 27. Novbr. c. ein Angebot nicht gelegt wurde, auf Antrag der Gläubiger, nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. November 1837 und §. 64 des Hypothekengesetzes hiemit anderweit zum öffentlichen Verkaufe ausgeboten, und ist zur Abgabe der Angebote Termin auf

Dienstag den 9. Januar l. J. Vormittags 11 Uhr

im Funk'schen Wirthshause zu Mühlhaidhof bestellt, was hiemit zur öffentlichen Kenntniß der Kaufsliebhaber unter dem Anfügen gebracht wird, daß nunmehr im Hinblick auf §§. 98—101 obigen Prozeßgesetzes der Zuschlag ohne Rücksicht auf die Taxe ertheilen wird.

Pegnitz, den 13. December 1848.

Königliches Landgericht.
Schober.

Am 1. Feiertage wurde auf dem Wege vom neuen Schloßplatz zur Stadtkirche ein kleines Schwanenpelzchen verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Erkenntlichkeit in H.-Nr. 309 abzugeben.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben. Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährig 3 fl. 30 kr., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalte-Zeile 4 kr.

Donnerstag **Nro. 360.** 28. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Bayreuth, 26. Decbr. Der Rücktritt Lerchenfeld's aus dem Ministerium hat wie ein Blitz jedes patriotische Herz durchzuckt. Betrübt und bestürzt fragt Einer den Andern, was war die traurige Veranlassung, daß der Mann, welcher, wie kein Anderer, in Bayern das Vertrauen der Bürger besaß und verdiente, sein Portefeuille in die Hände des Königs niederlegte? Daß ein anderes Motiv als die wieder erwachende Reaktion dieses beklagenswerthe Ereignis hervorgerufen, erscheint nicht denkbar. Schon daß die ultramontane Presse ihre heuchlerische Maske abgelegt und laut ob dieses Rücktrittes des gefeierten Ministers ihr Te deum laudamus anstimmt, berechtigt zu dem Schlusse, daß das Beispiel Oesterreichs nicht ohne Rückschlag auf Bayern blieb, daß die Stimme in Olmütz ihr Echo in München gefunden. Es liegt jetzt an der zusammentretenden Kammer, die Stimmung des Vaterlandes in ihrer Adresse auszusprechen; es ist eine Pflicht der ganzen Staatsbürgerschaft, in Adressen an die Kammer dieser Stimmung Aus- und Nachdruck zu leihen. Der einzige Trost bei dem Rücktritte Lerchenfeld's besteht darin, daß er in der Kammer wie im Jahre 1844 den Vorkämpfer für die wahre, ungetrübte konstitutionelle Freiheit machen werde. Diesen Trost verdankt man den Wählern des hiesigen Wahlbezirks und dieß wieder dem patriotischen Verein dahin. Durch diesen Verein ward Lerchenfeld's Name auf die Kandidatenliste gesetzt; die Wahlmänner, welche auch Mitglieder des patriotischen Vereines dahier sind, waren es auch, welche mit aller Energie den Gegnern, deren es sowohl unter den Bürgern, als auch unter den Landleuten Viele gaben, entgegenstraten, um die Wahl Lerchenfeld's durchzusetzen. Es gelang und freudig danken jetzt alle Vaterlandsfreunde, daß es gelungen.

Wir theilen in Nachstehendem eine Ansprache an die Betheiligten bei der deutschen Baumwoll-, Woll-, Leinen- und Seiden-Industrie mit; sie zeigt welche Gefahr unserem Handels- und Gewerbsstand von Seiten der Freihandels-Partei droht; behält sie in Frankfurt jetzt die Oberhand, dann sind unsere durch die politischen Ereignisse ohnehin schon gestörten Verkehrs-Verhältnisse total zu Grunde gerichtet. — Die deutsche Nation wird in ihrer Versammlung reifende Fortschritte machen und wird Erscheinungen enthüllen, vor denen uns die Haare zu Berge stehen werden — dann ist es zu spät zum Helfen. — Schlesien ist das traurige Beispiel im Kleinen — früher die blühendste Provinz in Preußen — ist es jetzt der Herd des fürchterlichsten Elendes, und es steht sehr in Frage, ob ihm nur jemals wieder geholfen werden kann. —

Die Ansprache lautet:

„Ein in den letzten Tagen der deutschen Nationalversammlung vorgelegter Entwurf zu einem deutschen Zolltarif, angeblich von Abgeordneten einer Anzahl norddeutscher Handelsstädte verfaßt, verlegt auch die eigenthümlichen Interessen aller Zweige der spinnenden und webenden Industrie in so empfindlicher Weise, daß sich der unterzeichnete Ausschuß veranlaßt sieht, die Betheiligten aller deutschen Länder hiegegen in die Schranken zu rufen. Statt dem gerechtesten Verlangen nach Erhebung und Verwerbung der inländischen Erwerbs- und Arbeitsquellen Rechnung tragen, statt auf zweckmäßigere Organisation der gewerblichen Kräfte, in so weit sie durch die Beschränkung der erdrückenden Einfuhrgegen ausländischen Konkurrenz, erreicht werden muß, hinzuwirken, will die Vorlage auch den schwachen Damm, der in dem bisherigen Zollvereinstarif der Ueberfluth mit Fremdwaaren entgegenstand, niederreißen und die nothwendigen Schutzmethoden deutscher Arbeit in dieser Periode ihrer Entwicklung faß ganz sich gestatten. Die Antragsteller scheinen nicht davor zurück, das ohnehin schon an den Krisen der bewegten Zeit schwer darniederliegende deutsche Gewerbe vollends dem Verfall entgegen zu führen, sie opfern daselbe vielmehr mit vollem Bewußtsein der eigensüchtigen Spekulation auf die wüteste Erhöhung des Einfuhrhandels mit Fremdwaaren. Sollte die so lang ersehnte Nationaleinheit nun solchen Preis erkauft werden, so müßten wir den Art statt für das größte Nationalglück, für das größte Nationalunglück erklären.

Zur Charakteristik des ganzen Machwerks heben wir im Allgemeinen nur hervor, daß an der Spitze der sogenannten Vertreter des norddeutschen Handelsstandes Männer standen, die entweder selbst an englischen Etablissements betheiligt sind oder aus dem Verschleiß der Erzeugnisse derselben ein Geschäft machen. Aus gewerblichen Gegnern bethätigte sich unseres Wissens Niemand an jener Versage, und es muß deshalb schon unerhört erscheinen, daß Angestellte und Agenten aus Interesse der Industrie das Gesetz geben wollen.

Von den Gespinnsten wird angestrebtes ein- und zweidrähtiges auch zu Zetteln angelegtes geschlichtetes Baumwollengarn in dem Tarifentwurfe per Zollzentner bis Nro. 20 incl. zu 15 Sgr., über Nro. 20 zu 1 Thaler angelegt, Leinenmaschinengarn zu 15 Sgr., ebenso einfaches und doubliertes rohes Wollengarn, ein einigermaßen zu verdecken, daß nur der schmachvolle Privatvortheil der Händler mit englischem Garn bei Feststellung solcher Positionen leitete, suchen sie zuerst einen Kampf der Interessen zwischen Spinnern und Webern anzuschüren, dann die Landwirthschaft gegen Gewerbsversammlung und die aus allen Spinnereis und Webereis-Bezirken täglich einlaufenden Zustimmungen zu den Beschlüssen derselben das beste Zeugniß abgelegt. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Strebens nach bemessener Zeit ist bei den Spinnern und Webern in solcher Lebendigkeit gewonnen, daß hiernach jeder von beiden Theilen ist übergeugt, daß, indem er den andern gerecht wird, er sich selbst am meisten dient. Von der gegnerischen Seite sucht man diese Einigkeit dadurch zu stören, daß man den Webern zuerst vorspiegelt, bei Erhöhung der Garnzölle und Verbilligung des Fabrikats in Folge derselben würden ihr Erwerb und Absatz im höchsten Grade geschmälert werden. Angesehen aber von dem Allgemeinen der dabei zu Grunde liegenden Voraussetzung, daß die inländischen Garne stets um den Zollbetrag theurer sein müßten, hat man aber auch offenbar absichtlich ignorirt, daß die Schwankungen im Preise der Garne und des Rohstoffs weit größere Differenzen ergeben haben, als eine Preisherdhung um den Zoll ergeben würde, ohne daß dessenungeachtet der Handel und Gewerbe in irgend erhebliche Stockung geriethen ist. Wenn selbst die Elle Zeug in Folge des Garnzolls um einen Kreuzer im Preise stiege, so wäre damit das Interesse der Weber noch nicht gefährdet, denn der Verbrauch gemäß bleibt der Absatz, der auf den Bedarf sich gründet, davon unberührt. Auf der andern Seite wird aber die Weberei durch eine feststellständige Spinnerei den Schwankungen des britischen Garnmarkts entzogen, und indem in größerer Regelmäßigkeit der Garnpreise einen Vortheil bieten Mangel sie mit großen periodischen Verlusten erkaufen mußte. Die deutschen Weber erkennen dies recht gut und haben darin offenbar ein Hauptmoment gefunden, sich mit den Spinnern zu einigen.

Aller dings ist dabei ein Rückfall im Interesse des Exports von Geweben die Voraussetzung gewesen, gegen dessen Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit unsere Gegner weiter protestiren. Wie wenig in der That die Erfahrung eines Rückfalls trotz des großen Aufwands von scheinbaren Gegenargumenten erschüttert, läßt sich unschwer nachweisen. Ungerecht soll ein Rückfall sein, weil nicht die Gesammtheit der Spinner und Zwirner Fabrikanten zahle. — Die offentliche Verdrehung des Thatbestandes ist da. Der Weber entweder nur, was er an Zoll ausgelegt, beim Export seiner Waare rückvergütet erhält, oder bei den inländischen Garnen gezahlterneu Stoffen für den anfänglich höheren Preis unserer einheimische Gespinnste entschädigt wird. In keinem Fall bringt die Gesammtheit ein Opfer, da Spinner sowohl als Weber immer dazu ausgegangen, daß der Rückzoll nur so lange zu bestehen habe, als der Import von Garnen höher ist als der Export von Waaren, sobald die Zollsätze höchstens nur um den Betrag der Einnahmen, die sie im Garnzoll von Webern erhoben hat, zurückgezahlt werden kann. In der That ist aber eine Verkürzung gegen bisher ganz imaginär, weil die Zollsätze in den ersten Jahren nach Erhöhung des

Digitized by Google

Garnzolls weit größere Annahmen haben muß, als bisher und als die Ausgaben für Rückzoll betragen, und muß, mit dem Sinken der Garneinfuhr das Hinaufsteigen ganz aufhört.

Was von diesem der Zweckmäßigkeit gegen den Rückzoll eingewandt wird, sich ebenso leicht. Allerdings erscheint es nothwendig, daß derselbe auch auf gemischte Baumwollen-, dann Kammgarn- und Leinengewebe ausgedehnt werde, nicht sowohl der Schwierigkeit der Ausscheidung derselben wegen, sondern weil für die Ausbildung einer großen einheimischen Leinen- und Kammwollgarnspinnerei dieselben Rücksichten walten als bei der Baumwollspinnerei. Es wird dadurch aber weder ein System von Ausnahmsmaßregeln hervorgerufen, noch eine Begünstigung der Reichen und den gröberen Stoffen dem Export ein Vorzug vor den feineren gegeben, wie die Gegner behaupten. Eine Ausnahmsrate wäre der Rückzoll nur dann, wenn er den Eingangszoll auf Garne ebenso überstiege, wie die Denification dem Export von Wollenwaaren in Frankreich den Eingangszoll auf Wolle übersteigt. Von seiner Seite in Deutschland ist aber solche Dauer beantragt. — Was die Belastung der Zollstätte betrifft, so würde sie gegen die Durchschnittsmenge der Jahre nach Rückzoll erheben wird, allerdings unzweifelhaft, da die Belastung des Garns ohne Ersatz am meisten verbindert, daß die deutsche Handweberei ihre Vorzüge auf den fremden Märkten entfaltet. Einstweilen ist es aber nicht nöthig, darum die Einführung feinerer Garne für den Export darunter leiden sollte, anderntheils kommt die Denification für gewöhnliche gerade dem dürftigsten Theile deutscher Arbeiter, dem armen Weber zu gute, und eine Begünstigung des Erwerbs nach dieser Seite hin, wäre selbst, wenn sie den Charakter der Ausfuhrprämie trüge, vollkommen gerechtertigt.

Daß in den Motiven des fraglichen Tarifentwurfs endlich auch die Vorzüge der englischen Spinnerei in großherzen und vollendetem Capital, billigeren Maschinen und niedrigeren Arbeitslöhnen, die Unmöglichkeit, mit der Nähe des Baumwollenmarkts u. s. w. gelängnet werden, kann uns eben so wenig befremden, als daß die Vortheile solchen Umstandes bei zweckmäßigerer Geschäftsbehandlung, der ganzen Manierer der britischen Spinnereien und der Gewerbsverhältnisse überhaupt, die Garne mit diesen Umständen, daß der britische Garnhändler um die Lager zu räumen auch sich auf dem eigenen Markt den Preis nicht zu verderben, in Perioden der Stockung selbst unter den Herstellungspreis nach Deutschland verkauft in gleicher Weise nicht gedacht wird. — Derartige Verzerrungen und Verderbungen des Thatbestandes finden vorweg in der Absicht der Gegner ihre Erklärung.

In derselben Weise wie bei den Garnen wird aber auch bei den Geweben aller Art dem Interesse der einheimischen Arbeit zu dem Freihändler-Tarif wahrhaft Hohn gesprochen. Von Baumwollenwaaren sind ungebleichte auf gebleichte, ungedruckte und gefärbte Kattune, Barchente, Moles- und Hosenzeuge mit Ausnahme der 4/4 breiten Kattune, mit 5 Thaler per Centner. (Diese Zollsätze würden unsere gewerbreiche Provinz vollends zu Grunde richten. Die Fabrikanten würden banquerot werden, oder sich der Zeiten zuwichen, ihre armen Weber aber würden bei den Webstühlen, wie den Hund danger leid er, hunger sterben, unser Vaterland würde ein Bild des schrecklichsten Jammers werden. Anm. d. R.) bedruckte Stoffe und Sammete zu 10 Thaler, Mousseline, Battiste, Jaconets und Piquet zu 30, Tülle und Spitzen zu 40 Thaler, Mousselinenkleider, reife, gleiche und gefeperte Mousseliens de Laine, englischen Fenfe, Crantagne zu 10, Merinos, Thibets Stremzeugwaaren u. s. w. zu 15, Tuche und Tuchstoffe als bedruckte Stoffe auch bedruckte Shwals und Tücher zu 20, gewirkte Shawls mit 30 Thaler ausgehen. Leinenwaaren sind mit Ausnahme ungebleichter Leinwand 2, auf gebleichte, gefärbte, bedruckte, wie auf Drelle, Damaste, leinene Stremzwaaren, Bänder, sowie auch halbleinene Waaren 11, auf leinene Batiste, Kammertuch, Battiste und Franzen 20, auf Linon

Wachen der hiesige Bürgerverein für Freiheit und Ordnung wegen Verkündung der Reichsgesetze eine Eingabe an das Ministerium des Innern richtete die halboffizielle N. M. Ztg. aus „zuverlässiger Quelle die Bemerkung brachte, daß die Regierung die Verkündigung der Reichsgesetze schon vor dieser Eingabe beschlossen hatte und „allerdings" das Regierungsblatt die bereits verkündeten Reichsgesetze bringen werde. Da nicht anzunehmen ist, daß das halboffizielle Blatt diese Mittheilung nicht wirklich aus zuverlässiger Quelle erhalten habe, demungeachtet aber die seit jetzt fein einziges Reichsgesetz in Bayern amtlich publizirt worden ist, so geht hieraus hervor, daß die Verkündigung dieser Gesetze auf Hinterreisse geschossen seyn, die außerhalb des Ministeriums liegen. Die bisherige Nichtanerkennung der Reichsgesetze in Bayern liegt indessen ganz im Sinne der Politik, die man hier der Zentralgewalt und der Reichsversammlung gegenüber eingeschlagen zu haben scheint.

Mannheim, 22. Dec. Die „Rhein. Blätter" veröffentlichen von Zeit zu Zeit Briefe, die Hecker aus Amerika schreibt. Ihnen nach zu urtheilen, ist er mit seiner Aufnahme wie mit seinem Aufenthalt jenseits des Meeres sehr wohl zufrieden. Der neueste Brief ist von St. Louis, vom 9. November datirt. Man entnimmt daraus, daß er sich dort noch einem Landgut umsieht, wobei Staatsländereí liegt, so daß sich, wie er sagt, seine Freunde bei ihm niederlassen können. „Sieht die Monarchie in Deutschland," fährt dann Hecker fort, „so haben wir schöne Fürsten (Landgüter) und wir können eine Stadt gründen; siegt die Republik und man ruft mich, nun so haben wir ein schönes Besitzthum, was alle Tage mehr Werth erhält, verpachtet werden kann und den Kindern eine sichere Existenz gewährt. So wie die Dinge jetzt stehen, glaube ich an keine Rückkehr!"

Altenburg, 23. Dec. Gestern wurde der seit dem 21. Nov. hier versammelt gewesene Landtag abermals vertagt, nachdem er in seiner vorletzten Sitzung noch über einen für das ganze Land höchst wichtigen Gegenstand, die Vereinigung des Kammer- und Steuervermögens und die Aussetzung einer Civilliste, Beschlüsse gefaßt hatte, welche gestern die landesherrlichen Sanctien erhielten. Danach ist die Civilliste für alle Zeiten auf 100,000 Thlr. (inclusive 13,000 Thlr. zu bestimmten, mehr im allgemeinen Interesse liegenden als der eigentlichen Hofhaltung angehörenden Zwecken) festgesetzt, und nur vorläufig noch auf die Lebenstauer des jüngst abgetretenen Herzogs Joseph ein Beitrag von jährlich 15,000 Thlr. zu dessen Apanage verwilligt worden. Aus dem Berichte der landschaftlichen Commission, welche diesen Gegenstand zur Vorberathung erhalten hatte, geht hervor, daß bisher zu Zwecken der Civilliste im Durchschnitt die Summe von 140 — 150,000 Thlr. jährlich verwendet worden ist.

Berlin, 24. Dec. Es circulirt eine Adresse an den Geheimrath Waldeck, die bereits zahlreiche Unterschriften in allen Kreisen erhalten hat. Nachdem Hrn. Waldeck für seine Haltung als Volksvertreter die vollste Anerkennung ausgesprochen ist, heißt es in der Adresse: „Ueberall, wo es galt, die gleiche Berechtigung des Einzelnen gegenüber den Eingriffen von Beamten, Hoheit der Volksvertreter gegenüber der Willkür von Ministern sicherzustellen, da waren Sie der Vorkämpfer des Rechts, der Schirmer der Freiheit. Keinen Augenblick waren Sie schwankend, keinen Augenblick Ihrer Vergangenheit untreu; wo Sie standen, da war das volle Recht, die volle Freiheit." Bei Erwähnung der Anfeindungen heißt es in der Adresse: „Der höchste Gerichtshof des Staats hat sich endlich Ihrem Wirken anerkennend angeschlossen. Er hat sich zu öffentlichen Demonstrationen hinreißen lassen, welche außerhalb seines Wirkungskreises liegen; er hat gesprochen, wo Niemand seine Entscheidung gefordert hatte; er hat die Waagschale der Gerechtigkeit in die Hand der Partei gelegt." „Wir sind stolz darauf," lautet der Schluß, „Ihnen unsere Bewunderung, unsern Dank aussprechen zu dürfen" — Die Veruntersuchung gegen den Regierungsrath v. Unruh wegen widerrechtlicher Beraubung der persönlichen Freiheit, deren er sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Nationalversammlung an dem Bureauvorsteher Derselben, Kanzleirath Bleich aus dem Ministerium des Innern, schuldig gemacht haben soll, ist gegenwärtig beendet. Es soll sich bei derselben nicht so viel herausgestellt haben, was den Staatsanwalt veranlassen könnte, eine Anklage gegen Hrn. v. Unruh zu erheben, so daß diese Angelegenheit nunmehr für definitiv zu erachten sein dürfte.

Braunschweig, 23. Dec. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde von dem Abg. Dr. Schmidt folgender selbstständige Antrag, über welchen bereits verschiedene Vorberathungen unter den verschiedener Mitgliedern außerhalb der Versammlung stattgefunden hatte, ohne weitere Discussion fast einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Frage nach dem Reichsoberhaupt von der höchsten Bedeutung für das gemeinsame wie für unser engeres Vaterland ist; ferner in Erwägung, daß die Erreichung des höchsten Zieles jedes Vaterlandsfreundes: Deutschland einig, groß und mächtig zu sehen, von der Wahl des rechten Oberhauptes abhängt; endlich in Erwägung, daß wir, als Organ des Landes, und verpflichtet achten müssen, der Entscheidung der Reichsversammlung unvorgreiflich, die Wünsche des Landes in dieser Beziehung auszusprechen: so erklären wir, die Abgeordneten des Herzogthums Braunschweig, daß unserer Ansicht nach die erforderliche Würde und Macht der Reichsgewalt und die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt und geschützt werden kann, als wenn 1) Ein Haupt und 2) ein erbliches Haupt an Deutschlands Spitze tritt und 3) die preußische Krone, als die mächtigste Deutschlands, zur deutschen Krone erweitert wird. Wir hegen die feste Zuversicht, daß die hohe Landesregierung diese unsere Wünsche theilen und nach Kräften fördern werde.

Hadersleben, 21. Dec. Es dürfte interessant sein, die Meinung zu erfahren, die in diesem Augenblicke unter den Dänen über die Absichten der Regierung von Mund zu Mund geht und, wie fabelhaft sie auch klingt, unter der dänische Bevölkerung vielfachen Glauben findet. An der Südgrenze von Jütland werden 8000 Man zusammengezogen, um gleichzeitig mit dem nach Fünen übergeschifften 8000 Mann über Schleswig herzufallen, sodaß in Deutschland, wo man stündlich erwartet, Unstände eintreten, die den Waffenstillstandsbruch begünstigen. Die Einnahme Schleswigs, meinen die Dänen, würde trotz eines Winterfeldzugs ein Leichtes sein, und wäre sie erst zum Fait accompli geworden, wie die letzten wiener und berliner Ereignisse, so würden die spätern Verhandlungen auf diplomatischen Wege zu einem so erwünschten Ziele führen, als Rußland dieses angeblichen Plane ein williges Ohr geliehen haben soll; auch soll mit dieser Absicht die im nächsten Monat zu erwartende Ankunft des Königs Oskar in Malmoe in Verbindung stehen.

Wien, 23. Dec. Nach einem durch 3 Tage fortgesetzten sehr blutigen Straßenkampf entschied sich heute Vormittag der Sieg für den Reichsminister v. Schmerling. Er erhielt 54, sein Mitbewerber v. Pillersdorf 32 Stimmen. Durch Erlaß des 2. Armeekorps-Kommandos wurden in Folge der gestrigen Vermögens-Konfiskationen an folgenden bekannten Personen vorgenommen, welche sich der „Rebellion gegen ihren gesetzmäßigen König" theils schuldig, theils verdächtig gemacht haben: Baron Bayer, unter dem Schriftsteller-Namen „Rupertus" bekannt; Filialkasse-Beamter Klemm; der Präses des demekratischen Klubs Rit. Jerdabelz; Zeitungsredakteur Roiser; Buchhändler Reisbach; evangelisch Prediger Kayga. Dagegen wurden von der (ungarischen) Landesregierung angeordnete „Beschlagnahmen" wie der Güter des Grafen Palffy, aufgehoben. — Es ist heute nun schon der vierte Tag, an welchem nun alle Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatz fehlen. — Preßburg und das gleichnamige Komitat sind in Belagerungszustand erklärt. (R. L.)

Wien, 22. Decbr. Vorgestern wurden hier drei deutsche Zeitungen mit Beschlag belegt: die Weser-, Deutsche Zeitung und der Deutsche Beobachter. — Eine Deputation der conservativen ungarischen Partei hat sich nach Olmüz begeben, um bei dem Kaiser Audienz nehmen. Letztere wurde jedoch nur unter der Bedingung zugestanden, daß weder von Ungarn noch von Politik hierbei die Rede seyn dürfe.

Wien, 21. Dec. Aus Pesth erfährt man, daß fewohl die dortige als auch die ofener Nationalgarde die Waffen gestreckt haben und zur Uebergabe der Stadt geneigt sind. Die Waffen wurden an die Mobilgarden vertheilt.

Kremsier, 21. Decbr. Heute war eine interessante Reichstagssitzung. Die Grundrechte wurden zum ersten Mal in der Kammer verlesen. Das öffentliche Urtheil muß sagen, ob sie freisinnig abgefaßt sind. §. 1 bestimmt: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Constitution festgesetzte Weise geübt." Wir fürchten, man wird viel davon abzuwaschen. Der Antrag des Finanzausschusses, dem Ministerium 50 Mill Fl. zu creditiren, erregte eine dreartige Debatte, daß erst gegen 8½ Uhr Abends, nach nur einstündiger Mittagsrast, die Sitzung zum Schlusse kam. Endlich wurden, statt des Antrags von 50 Mill. Fl. auf Antrag des Abg. Wieser die verlangten vollen 80 Mill. Fl. bewilligt. Die andern Punkte wurden unverändert nach dem Antrag des Finanzausschusses angenommen. Dann vertagte sich die Versammlung bis zum 3. Januar. (D. A. Z.)

Prag, 22. Dec. In der Sitzung des Reichstags vom 20. Dec. wurde die neue Präsidentenwahl vorgenommen. Die Parteien wendeten alle möglichen Mittel an, um jede ihren Kandidaten durchzusetzen; die Rechte Strobach, die Linke Smolka,

Digitized by Google

das Zentrum den ehemaligen Unterstaatssekretär Kajetan Majer. Im ersten Skrutinium erhielt (von 332) Smolka 143, Strobach 139, Majer 58; im zweiten Strobach 161, Smolka 160, Majer 5. Endlich im dritten wurde die absolute Mehrheit erzielt, indem Strobach 166 (Smolka 157) Stimmen erhielt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Doblhoff mit 213, zum zweiten Hasiwander aus Tyrol mit 226 Stimmen gewählt. (K. v. u. f. D.)

Ungarn.

Die Pesther Zeitung vom 8. Dec. giebt die volle Bestätigung des Gerüchte, daß der ungarische Reichstag die Thronentsagung des Kaisers Ferdinand, die Verzichtleistung des Erzherzogs Franz Karl und die Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph, Ungarn gegenüber für null und nichtig erklärt hat, da nach den ungarischen Gesetzen der Thron nur durch den Tod des gekrönten Königs erledigt werden könne. Diesen einzigen Fall des Ablebens des Königs ausgenommen, dürfte ein Thronwechsel nur mit dem Willen der Nation und unter Zustimmung des Reichstages stattfinden. Da nun der letzte Wechsel ohne Befragung und Einwilligung der Nation stattgefunden habe, so werden sämmtliche Behörden, Truppen und Bewohner Ungarns ermahnt, keine Gesetze und keine Gebote anzuerkennen, die mit der Verfassung des Landes im Widerspruche stehen, sondern jede Usurpation zurückzuweisen ꝛc. (R. M. J.)

Frankreich.

* Paris, 22. Decbr. Die National-Versammlung hat durch die gestrige, ganz inhaltslose und zwecklose Sitzung die Ueberzeugung erlangt, daß eine kurze Suspension ihrer Sitzungen unumgänglich nothwendig sey und so ward der Vorschlag des Präsidenten, die öffentlichen Sitzungen bis zum 26. Dec. aussetzen und nur in den Bureaus zu arbeiten, mit Acclamation angenommen.

General Oudinot hat in einem würdigen und herzlichen Tagsbefehl von der Alpenarmee Abschied genommen und das Kommando derselben dem Marschall Bugeaud übergeben.

Es ist bemerkenswerth, welche große Rolle der Monat Decembr in der Geschichte der Bonaparte's spielt: Am 19. Dec. 1793: Einnahme von Toulon, wo der Name Bonaparte zum ersten Male mit Glanz auftritt, am 29. Dec. 1799: Ernennung Bonaparte's zum ersten Consul, am 24. Dec. 1800: entgeht Bonaparte durch ein Wunder dem Attentate der Höllenmaschine, am 2. Dec. 1804 setzt Napoleon die Kaiserkrone auf, am 2. Decbr. 1805 erringt er den großen Sieg bei Austerlitz, am 16. Dec. läßt er sich von Josephinen scheiden, im Dec. 1812 geht seine Armee in den Eissteppen Rußlands zu Grunde, im Dec. 1813 stürzt seine Macht zusammen und 27 Jahre später am 15. Dec. 1840 kehrt seine Leiche von St. Helena nach Paris zurück, wo am 20. Dec. 1848 seine Neffe Präsident der Republik wird.

Man versichert heute im Conferenzsaale, daß der Präsident schon in Mißhelligkeit mit seinem Ministerium sey, da er auf eine allgemeine Amnestie dringe und die Mehrzahl der Minister nur beschränkte Gnadenbewilligungen ertheilen wollten.

Erwiderung.

F Aus dem Fichtelgebirge. Herr Wilhelm Fikenscher aus Rehwig beliebte die Darstellung eines bei der Landtagsabgeordneten-Wahl zu Hof in Nr. 349 dieses Blatted erzählten Vorfalls und die darauf begründete Fragestellung einer dadurch geschehenen Beschränkung der Wahlfreiheit in einer Erklärung in Nr. 354 dieses Blattes eine Verdächtigung zu nennen, und zur Abwehr dieser Verdächtigung eine Erläuterung zu geben. Ob nun Herr Fikenscher eine Verdächtigung nachgewiesen, oder selber eine, und zwar eine sich selbst widersprechende, verspürt habe, wird jeder Unbefangene, der beide Artikel gelesen und mit einander verglichen wird, finden, indem Herr F. nur mit Beifügung einiger unerheblicher Nebenumstände den Verfall im Wesentlichen eben so erzählt, wie er in Nr. 349 d. Bl. angegeben ist. Denn was Herr F. von seinen Bemühungen zur Vereinbarung der Wahlstimmen u. dgl. m. sagt, gehört nicht zur Sache. Wenn er aber auch zuerst blos sagt, daß ihm (undestimmt von wem) mitgetheilt wurde, daß Herr Prof. Riedel den Verfassungseid nicht geleistet habe, seine Wahl deßhalb beanstandet werden dürfte, und daß es ihm überlassen wurde, die Versammlung aufmerksam zu machen; dann aber doch anderseits zugesteht, daß er bei der fraglichen Kundmachung in übergroßer Bärme (?) den Ausdruck gebraucht habe „im Auftrage," jedoch ausdrücklich hinzusetze, daß er diese Erklärung nicht als Regierungsorgan, sondern ganz und gar im Interesse der Wähler geben wolle: so sind offenbar durch des Herrn F. eigenes Geständniß die zwei Punkte als Fakta erwiesen, in Folge deren man mit Recht die Frage über Beschränkung der Wahlfreiheit erheben zu müssen glaubte. Diese 2 Punkte sind aber: 1) daß Herr F. seine Kundmachung als im Auftrag des Herrn Regierungskommissärs gegeben hat. Denn welchen Sinn sollte anders die hinzugefügte Bemerkung haben, „daß er diese Erklärung nicht als Regierungsorgan geben wolle," als den, daß man nicht glauben solle, er spreche, indem er den Auftrag des Herrn Wahlkommissärs ausrichte, als kein Werkzeug (Organ) der Regierung im Interesse derselben, sondern er habe diesen Auftrag nur im Interesse der Wähler übernommen, um ihnen durch die gewiß glaubwürdige Erklärung des Herrn Regierungskommissärs die unnöthige Mühe der Wiederholung der Wahl nach der etwa erfolgenden des Herrn Riedel zu ersparen; 2) daß er die Wahl des Herrn Riedel deßwegen als unstatthaft im Auftrage des Herrn Regierungskommissärs erkläre, weil Herr R. den Verfassungseid als Urwähler nicht geleistet habe, indem die Nichtwahlbarkeit des Herrn R. von Herrn Fikenscher mit den von ihm selbst angeführten Worten kundgegeben wurde, daß Herr R. den Verfassungseid nicht geleistet habe, was sich offenbar auf die frühere Verweigerung des Urwählereides von Seite Riedels beziehen muß, und nicht auf den erst in Zukunft zu leistenden Abgeordneten-Eid beziehen kann.

Wenn aber Herr F. behauptet, durch die weitere Erklärung des Herrn Riedel, daß er im Falle seiner Wahl denn doch den Verfassungseid leisten wolle, ware eine etwa zu fürchtende Wahlbeschränkung beseitigt, so ist das nach dem bisher Gesagten nicht abzusehen, indem ja des Herrn Riedels Candidatur schon von Borne herein als unstatthaft deßwegen im Auftrag des Herrn Wahlkommissärs beseitiget wurde; weil er den Verfassungseid als Urwähler nicht schon geleistet habe. In im Gegentheil ist durch den Umstand, daß R. erkläre, im Falle seiner Wahl zu der später zu leistenden Eidesablegung als Abgeordneter sich zu verstehen und dessen ungeachtet die quasi-offizielle Kundgebung von Seite des Hrn. F., als sey R. nicht wahlbar, weil er den Verfassungseid nicht bereits abgelegt habe, nicht zurückgenommen und berichtiget wurde, die erhobene Frage wegen Beeinträchtigung der Wahlfreiheit noch mehr und selbst erheblicher begründet.

Warum aber Herr Professor Riedel eines Theils den gemachten Einwand gegen seine Wählbarkeit nicht selber entkräftete und andern Theils zur Rechtfertigung der von ihm scheinbar begangenen Inkonsequenz, erklärte ich mir noch zu bemerken, daß die von Herrn R. beabsichtigte Motivirung seiner allerdings später gegebenen, scheinbar mit seiner zuerst ausgesprochenen heiligen Scheu vor dem Eide in Widerspruch stehenden Erklärung durch die von mehreren Gegnern Riedels herbeigeführte stürmische Unterbrechung und Verhinderung seiner weitern Rede unmöglich gemacht, und Riedel selbst von der Rednerbühne förmlich verdrängt wurde. Hätte man Hrn. Riedel weiter sprechen lassen, so hätte er, wie ernstlicher dieses ganz zuverlässig weiß: 1) darauf aufmerksam gemacht, daß die Nichtablestung des Urwählereides seinerseits an und für sich kein gesetzliches Hinderniß seiner Kandidatur sey, und 2) erklärt: daß er vermöge der hohen Wichtigkeit und Heiligkeit, die er nach seinem Gewissen in die Eidesablegung setze, zwar es wegen der Unerheblichkeit der Sache nicht angemessen gefunden zum Behufe der Zulassung zur Urwahl einen Eid abzulegen, sondern lieber auf das für ihn unbedenklame Recht als Urwähler verzichtet hätte; daß er aber, nachdem er alle Mittel zur möglichen Umgehung, resp. gesetzlichen Dispensation des auch dem Abgeordneten bei seinem Eintritte in die Kammer vorgeschriebenen Verfassungseides erschöpft habe, im Falle er mit dem Amte eines Abgeordneten betraut würde, in Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit und Heiligkeit dieses Berufes, sich zur Ablegung des diesem vorgeschriebenen Eides dennoch herbeilassen würde.

Anzeigen.

Freitag den 29. d. M. Nachmittag 3 Uhr Sitzung der Gemeindebevollmächtigten.

Freunden und Bekannten widme ich die traurige Anzeige von dem Ableben meiner Schwester **Wilhelmine Koch**, in einem Alter von nicht ganz vollendeten 65 Jahren, nach einem mehrwöchentlichen Krankenlager am 23. d. Mts. früh 6 Uhr. Dank denjenigen, welche ihr während ihrem Krankenlager eine ungeheuchelte Theilnahme schenkten und meinen innigsten Dank heuen, welche sie zur Ruhestätte begleiteten.

Bayreuth, den 26. Decbr. 1848.

Koch.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Freitag **Nro. 361.** 29. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besondern Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Die Frage vom Reichsoberhaupt.

Der Vorschlag, welcher im Verfassungsausschusse der Nationalversammlung von dessen Subcommission gemacht worden war, zur Erledigung der Frage vom Reichsoberhaupt die Errichtung eines erblichen Kaiserthrones zu beantragen, hat die Zustimmung des Ausschusses nicht erhalten. Die Entscheidung dieser Lebensfrage drängt; sie drängt in diesem Augenblicke mehr, als je; das Wohl des Vaterlandes verlangt gebieterisch, daß sie in der nächsten Zeit, ohne allen Aufschub gegeben werde. Ein neuer Plan für rasche Förderung und Vollendung des wichtigen Werkes, mit Beachtung des Einheitsprincips und der verschiedenen Stammesinteressen, die sich unverkennbar in gleicher Kraft geltend machen, (wie dieses), und wie dieses ohne Gefährdung einer glücklichen Vollendung der Neugestaltung nicht verletzt werden dürften, ist in nachstehenden Entwurfe enthalten, der in einer Hauptsection der Centren aufgestellt worden:

Artikel I. § 1. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem deutschen Fürsten auf vier Jahre übertragen, durch die Wahl der regierenden Fürsten des deutschen Reichs. §. 2. Der Gewählte führt den Titel „deutscher Reichsverweser." §. 3. Die Wahl geschieht durch ein Collegium von Wahlfürsten alle vier Jahre am 1. October zu Frankfurt am Main, zum ersten Male aber am 15. Februar 1849. §. 4. Deutschland wird zu diesem Zwecke in 7 Wahlkreise eingetheilt, welche, jeder durch einen Wahlfürsten bei der Wahl vertreten sind: 1) Oesterreich mit 2 Stimmen, 2) Preußen mit 2, 3) Bayern mit 1, 4) Sachsen und die thüringischen Staaten mit 1, 5) Hannover und die norddeutschen Staaten mit 1, 6) Würtemberg und Baden mit 1, 7) beide Hessen, Luxemburg, Nassau und die 4 freien Städte mit 1 Stimme, zusammen Neun Stimmen. §. 5. Für jeden der vier letzten Kreise wird die Uebertragung der Wahlstimme auf den angesehensten Fürsten durch einen besondern Staatsvertrag geregelt. §. 6. Mit der vollzogenen Wahl sind die Verrichtungen des Wahlfürstencollegiums beendigt. §. 7. Die erste Wahl des deutschen Reichsverwesers am 15. Februar 1849 wird durch die verfassunggebende Reichsversammlung bestätigt. §. 8. Der Reichsverweser bezieht eine Civilliste, welche der erste ordentliche Reichstag auf die ersten 4 Jahre bis 31. Dec. 1852 festsetzt.

Artikel II. Der Reichsverweser ist unverletzlich und unverantwortlich (u. s. w. nach dem Vorschlag der Subcommission des Verfassungsausschusses). (F. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 24. Dec. Die deutsche Nationalversammlung hat in ihren letzten Sitzungen die Grundrechte und das Einführungsgesetz dazu berathen, und zu guter Letzt noch durch den Beschluß, das die Grundrechte enthaltende Reichsgesetzblatt in 100,000 Exemplaren in das Volk zu bringen, die moralische Macht einer Appellation an das Volk gegen einen etwanigen Widerstand der Regierungen versucht. Die hannoversche Regierung hat sich bereits in einer Zuschrift an den Reichsminister des Innern auf dessen Circular wegen Einführung der Grundrechte förmlich verwahrt und erklärt, daß sie, zumal viele Bestimmungen sehr bedenklich und den Wünschen des Volks gar nicht entsprechend wären, man auch die Landesverfassung nicht zu verletzen beabsichtige, ohne Consens der im Februar zusammenkommenden Stände nicht thun könne. Aehnlich soll man andern Orten auch denken und meinen, man könnne den Regierungen doch keine Staatsstreiche gegen die Landesverfassungen zumuthen. Gestern Abend hat daher Hr. v. Gagern, jetzt Präsident des Reichsministeriums, mit den Regierungsbevollmächtigten eine Conferenz gehabt. So viel man hört, hat er positive Zusicherungen, da alle Instruktionen, solche zu geben, fehlten, nicht erhalten können, wohl aber Klagen über manchen Inhalt der Grundrechte, über die Verwirrungen, die dadurch angerichtet würden, außerdem Verstärkungen, daß man der guten Sache jedes mögliche Opfer gern bringen werde, erhalten. An den Kammern in den Territorien scheint es jetzt also zu sein, zu bestimmen, ob die Grundrechte in der frankfurter Fassung zur Geltung kommen sollen. Von Reaktionsgedanken ist dabei wohl nirgend die Rede(?) will man sie sich, ohne daß die besondern Bedürfnisse der Staaten dabei gehört oder eewogen wären, gefallen lassen, so mag man später die Folgen tragen. Ein schweres Bedenken entsteht nur dabei aus der kritischen Lage der ganzen Verfassungsarbeit. Einen Bundesstaat schafft man nicht ohne Vertrag der Staaten unter einander; eine den Staaten vorgeschriebene Macht kann nur einen Einheitsstaat schaffen. (D. A. Z.)

Frankfurt, 24. Dec. Herr v. Andrian, gewesener Gesandter der deutschen Centralgewalt am k. großbritannischen Hofe, ist heute nach London abgereist, um sein Abberufungsschreiben von seinem bisherigen Posten persönlich zu überreichen, und sodann hierher wieder zurückzukehren.

Frankfurt, 24. Dec. Der Reichskommissär Herr General v. Schäfer-Bernstein, ist in Begleitung des Major v. Vogts-Retz aus Posen hier angekommen und hat wie wir hören, die von ihm gezogene Abgrenzlinie dem Reichsministerium des Innern zur Genehmigung vorgelegt.

Aus **Frankfurt** schreibt ein gewöhnlich gut unterrichteter Korresp. der D. A. Z.: Von Seiten der bayerischen Regierung ist, wie man vernimmt, der Zentralgewalt die Mittheilung zugekommen, daß sie die von der Nationalversammlung angenommene deutsche Wechselordnung alsbald den bayerischen Kammeen vorlegen werde.

München, 26. Dec. Nach einem seit gestern vielfach verbreiteten Gerüchte wäre eine Estaffette an Freiherrn von Leechenfeld gesendet worden, um ihn hierher zurückzuberufen. Nach einem andern Gerüchte soll auch Freiherr v. Closen, der vor wenigen Wochen in außerordentlicher Sendung nach Olmütz ging, schleunig hierher berufen seyn. Mehr als diese beiden Gerüchte erfährt man heute über den Stand der Ministerkrisis, die nun schon seit acht Tagen dauert und allem Anscheine nach kaum vor Ende der Woche ihre Lösung finden wird.

Die Dorfzeitung meint, Se. Majestät der König haben die hundertdukatige Frage, „wie ist der Noth des Volkes abzuhelfen," umgewendet gelöst, da es mit der Entlassung Lerchenfeld's dem Wohle seines Landes die tiefste Wunde geschlagen hat.

Nürnberg, 27. Decbr. Gestern fand der erste Gottesdienst der hier sich bildenden freien Gemeinde nebst Abendmahlsfeier statt. Hatte schon Ronges erste Ansprache die Aufmerksamkeit des Publikums erregt, so steigerte sich diese noch mehr, da er in seiner gestrigen Predigt die Grundzüge des dogmatischen Theiles des Deutsch-Katholizismus daetegte. (N. K.)

Die Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Donauwörth bis Oettingen soll der D. d. Ztg. zufolge erst im Mai künftigen Jahres stattfinden können, eine Verzögerung, welcher an dem Einstürzen einer Böschung bei Wernitz-Ostheim viele Schuld beigeschrieben wird. Die Schienen liegen bereits seit ein paar Mona-

Digitized by Google

ten auf dieser Strecke, auch sind die meisten Bahngebäude ihrer Vollendung nahe, daher man, wäre obiges Hinderniß durch technische Aushülfsmittel vor der Hand beseitigt worden, wohl schon in diesem Jahre der gegebenen Ansicht zufolge die Bahn dem Verkehr hätte übergeben können, aber in Bayern heißt es bei den Eisenbahnbauten festina lente.

Erlangen, 25. Dec. Die Annahme des Entlassungsgesuches des Ministers v. Lerchenfeld hat in allen Klassen der hiesigen Einwohnerschaft nicht blos eine schmerzliche Sensation, sondern wahre Bestürzung hervorgerufen. Man betrachtet dieselbe allgemein als einen Schritt der Reaktion, und die Regierung hat sich dadurch so sehr im Vertrauen des Volkes geschadet, daß selbst die ruhigsten Konservativen den Entschluß gefaßt haben, in Gemeinschaft mit den demokratisch-konstitutionellen Vereinen gegen jenen Rückschritt der Regierung kräftig in die Schranken zu treten. Die Ernennung etwa eines Abel oder eines seiner Gesinnungsverwandten zum Minister würde das ganze Land in Aufregung versetzen und die Regierung um alles Vertrauen und Liebe bringen. Das Volk erwartet die ungeschmälerte Erfüllung alles Dessen, was der Monat Merz in Aussicht gestellt hat, und ist nicht gesonnen, daran markten zu lassen. (K. v. u. f. D.)

Kassel, 23. Dec. In der gestrigen Sitzung der Stände verlündigte der Präsident folgende Interpellation des Abg. v. Sydel: Die frankfurter Oberpostamts-Zeitung enthalte folgenden anscheinend amtlichen Artikel: „Die von Heuser in der badischen Kammer zur Sprache gebrachte baierische Sonderbündelei beruhe nicht auf leeren Gerüchten. Von dem württembergischen Cabinet sollen die Anträge jedoch zurückgewiesen worden sein, und an das badische glaubte man sie gar nicht stellen zu dürfen.“ Er wolle deshalb die Anfrage an das Ministerium richten, ob an die kurhessische Regierung ähnliche Anträge gerichtet worden seien. Die Beantwortung der Interpellation wird erst in der nächsten Sitzung (am 5. Jan.) stattfinden.

Bingen, 23. Dec. Jakob Friedrich Schütz, Peäsident des demokratischen Vereins in Mainz, wurde hier an die Stelle des verstorbenen Brunck zum Abgeordneten in die Nationalversammlung zu Frankfurt mit 131 gegen 100 Stimmen gewählt.

Wiesbaden, 23. Dec. In der gestrigen, vor der Vertagung bis zum 8. Januar, letzten Sitzung der Deputirtenkammer begann die Vorberathung über ein neues Gewerbegesetz, dessen erster Paragraph die Bestimmung enthält, daß jeder Gewerbetreibende, Bürger einer bestimmten Gemeinde seyn und zuvor eine Prüfung bestanden haben muß. Eben so hat jeder Geselle wenigstens eine praktische Prüfung zu bestehen.

Sigmaringen, 21. Dec. Es ist nun gewiß, daß wir nächstens eine Proclamation über die Abtretung der Regierung an die Krone Preußen erwarten dürfen. Der Fürst hat sich heute Nacht über München nach Berlin begeben, ohne Zweifel in die Regierung dem Könige zu übergeben. Ob sich die Uebergabe auch auf das Fürstenthum Hechingen beziehe, kann ich nicht bestimmt sagen; der Fürst befindet sich schon seit Mitte des Sommers auf seinen Gütern in Schlesien und dürfte wenigstens für seine Person kein Hinderniß in den Weg legen, überdieß ist der Fürst unvermählt und unbeerbt. In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo es sich um die Hegemonie Preußens in Deutschland und um den Fortbestand oder die Mediatisirung der kleinern Souveraine handelt, hat das von dem Fürsten von Sigmaringen gegebene Beispiel ein mehr als blos örtliches Interesse; auch hier die Rücksicht der königlichen Linie des Hauses Hohenzollern zu den Stammlanden seiner Uesitern Gelegenheit zu ernsthaften Betrachtungen dar. (D. A. Z.)

Berlin, 18. Dec. In Folge der Proclamation unserer octroyirten Verfassung soll eine mehr als gewöhnliche Spannung zwischen dem Petersburger und dem hiesigen Kabinete eingetreten und als Ausdruck dieser Stimmung der russische Gesandte mit Uebergabe einer Note beauftragt sein, in der die Gefahren, welcher der König von Preußen sich und seine Dynastie durch die gegenwärtige Verfassung ausgesetzt habe, in greller Farbe geschildert und ziemlich unumwunden erklärt wird, daß man sich schwerlich in der Lage befinden werde, in späterer Zeit der Regierung Sr. Majestät zur Unterdrückung revolutionärer Uebergriffe Hülfe angedeihen zu lassen, nachdem der Begründung derselben Seitens der Regierung selbst so großer Vorschub geleistet werde.

Berlin, 23. Dec. Man spricht viel von der baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes; etwas Gewisses ist indeß noch nicht bestimmt. Jedoch deuten manche Zeichen darauf hin, daß die Verwirklichung jenes Gedankens nicht mehr allzulange hinausgeschoben werden dürfte. Gestern ist z. B. das ganze pommersche Landwehrbataillon in die Heimath entlassen worden, während man vor wenigen Tagen bedeutsigt hatte, nur 250 Mann, die zu Hause am Nothwendigsten sind, zu entlassen. Auch haben sämmtliche Wachtparagimenter ihre Kriegsreserven nach Hause geschickt. Doch darf dabei nicht vergessen werden, daß die Garnison von Berlin noch dieselbe Stärke behält, die sie am 11. Nov. hatte.

Berlin, 23. Dec. Die Angabe, daß General v. Wrangel Berlin demnächst verlassen werde, gewinnt von Tag zu Tag mehr Bestand und bestimmtere Form. Der seitherige Oberbefehlshaber der Marken ist zum commandirenden General der Rheinprovinz und zum Befehlshaber der dort aufzustellenden Armee ernannt. Zum Nachfolger Wrangels ist General v. Colomb, jetzt commandirender General in Königsberg ernannt.

Berlin, 24. Dec. Der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten hat eine Verfügung an sämmtliche Provinzial-Schulcollegien und Regierungen erlassen, worin denselben aufgegeben wird, über die Schullehrer zu wachen, daß sie diese alle Meinungsäußerungen, während der Verwaltung ihres Amtes enthalten, welche der bestehenden Verfassung des Landes entgegen seyn möchten. Gegen einen Mißbrauch des Lehramts soll mit unnachsichtlicher Strenge auf dem Wege der Dienst-Disciplin eingeschritten werden. Was dagegen der Lehrer sich außerhalb seines Amtes in politischer Beziehung zu Schulden kommen lassen wird, verfällt den Gerichten.

Berlin, 25. Dec. Auch das Weihnachtsfest ist herangekommen, ohne uns das ersehnte Geschenk, die Aufhebung des Belagerungszustandes, zu bringen. Doch scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Zwangsmaßregeln bald ihrer Ende erreichen müssen. Die Truppen werden fast täglich vermindert, und das Gerücht, daß General Wrangel an den Rhein marschiren werde, gewinnt immer mehr an Gewißheit. Den zurückgebliebenen Mannschaften soll von der Königin eine außerordentliche Weihnachtsgabe beschieden seyn. Der Mann soll einen Thaler, eine Flasche Punsch und eine Metze Aepfel erhalten. Man schreibt diese Gabe der freudigen Empfindung der Königin darüber zu, daß die über Berlin verhängten Maßregeln zum Theil durch die Mäßigung des Militärs ohne Blutvergießen ausgeführt worden sind.

Preußen. Kreuzer Nationalzeitung vom 25. Dec. sagt: Dem Inquisitoriatsdirektor Leonhard gegenwärtig beim Kriminalsenat des königl. Kammergerichts beschäftigt, ist die Führung der Untersuchung gegen diejenigen Abgeordneten der Nationalversammlung, welche außer der Beschlußfassung über die Steuerverweigerung sich noch besonders thätig bei der Vertretung und Ausführung dieses Beschlusses gezeigt haben, durch Ministerialbestimmung übertragen worden. Es hat dies deshalb geschehen müssen, weil sich unter den Abgeordneten dieser Kategorie sehr viele Richter befinden, die auch jetzt noch ein eximirtes Forum haben. Von den nichtrichterlichen Abgeordneten glauben wir nicht, daß sie nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen über den Gerichtsstand der Staatsbeamten vor ein Ausnahmsgericht werden gestellt werden können, sondern jede gerichtliche Prozedur gegen sie wird nur von ihrem persönlichen Richter ausgehen dürfen. So viel steht übrigens fest: der Staatsanwalt gedenkt keineswegs gegen alle Mitglieder der Nationalversammlung, welche überhaupt für die Steuerverweigerung gestimmt haben, einzuschreiten, sondern wird lediglich nur diejenigen verfolgen, welche diesen Beschluß durch Proclamationen und Ansprachen an das Volk, Reisen in die Provinzen zu diesem Zwecke ꝛc. in Kraft zu setzen sich bemüht, und überhaupt eine Thätigkeit für die Verlebendigung des Beschlusses entwickelt haben.

Die Berliner Zeitungen beingen ein vermuthlich Mordtat einer Zeitschrift durch den General v. Wrangel. Es betrifft die Zeitschrift „Der blaue Montag“ (Verlag von Hoffmann und Comp.), für die Dauer des Belagerungszustandes in Berlin und dessen Umkreis von zwei Meilen.

Köln, 23. Decbr., 2 Uhr Nachmittags. So eben ist nach dreitägigen Beehandlungen der (Zendenz)-Prozeß gegen die 3 Angeklagten Dr. A. Gottschalk, F. Anneke und Chr. J. Esser beendet. Den Geschworenen waren folgende Fragen vorgelegt: 1) Ist der Angeklagte A. Gottschalk schuldig im Laufe des Jahres 1848 durch Reden in öffentlichen Versammlungen, so wie durch Druckschriften seine Mitbürger zu gewaltsamer Aenderung der Staatsverfassung, zu bewaffneter Auflehnung gegen die königliche Macht, zur Bewaffnung eines Theiles der Bürger gegen den andern geradezu gereizt zu haben, ohne daß jedoch jene Anreizungen einen Erfolg gehabt haben. Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. — 2) Ist der Angeklagte F. Anneke schuldig ꝛc. Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. — 3) Ist der Angeklagte Chr. J. Esser schuldig ꝛc. Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. Unter großer Aufregung und Theilnahme des im ganzen Saale dicht gedrängten Publikums werden die Angeklagten sofort in Freiheit gesetzt. (K. Z.)

Digitized by Google

Stettin, 23. Dec. Gestern traf unser ehemaliger Abgeordneter, der Oberlandesgerichtspräsident Gierke, hier ein und ward auf dem Bahnhofe von einer zahlreichen Menschenmasse freudig begrüßt. „Was wir alle erstreben, sagte Hr. Gierke, das ist die Freiheit auf dem Boden des Gesetzes; daran lassen Sie uns festhalten!“ Abends ward ihm ein Doppelständchen gebracht. Auf ein dem Gefeierten gebrachtes lebehaftes Hoch gab dieser die einfach bürgerliche Antwort: „Die Rechte des Volks, die ewigen Rechte, sie leben hoch!“ Heute früh begab sich eine Anzahl Kaufleute und Bürger in die Wohnung des Hrn. Gierke, um ihm für sein Wirken in der Nationalversammlung ihren Dank auszusprechen.

Hannover, 19. Dec. In Folge eines durch den Kittmeister v. Boddien von der Centralgewalt an den König gestellten Ersuchens hat unsere Truppendivisionsbeilung in Altenburg — 6000 Mann — den Befehl erhalten, sofort an die Elbe zu rücken. Andere Mannschaften werden gleichfalls dahin dirigirt werden, so daß ein Beobachtungskorps von 10,000 Mann an der Elbe aufgestellt sein wird. (D. Z.)

Lübeck, 21. Dec. Nach zuverschtlichen Mittheilungen von Reisenden die mit den letzten Dampfschiffen hier von Kopenhagen ankamen, werden noch fortwährend Truppen sowohl nach Jütland als Alsen hinübergebracht, und ist dies auch der Grund, daß die dänische Regierung nur wöchentlich ein Dampfschiff zur Postbeförderung hierher gesandt hat, da alle anderen mit Truppentransporten beschäftigt waren. Man rechnet, daß 14,000 M. hinübergesetzt sind. (F. D. Z.)

Die Weser Zeitung berichtet, daß in England für alle Geschäfte nach Berichten aus den Fabrikbezirken eine bedeutende Thätigkeit erwartet wird. Die Course stiegen fortwährend (3 Proz. Consols 88¾ Proz.); die Eisenbahn-Aktien gehen ebenfalls höher; Geld ist zu niedrigem Zinsfuße in Masse zu haben und noch immer strömen Gelder vom Festlande nach England, bei denen blos die sichere Unterbringung bezweckt wird. Man setzt seine Hoffnung darauf, daß der Handel das überflüssige Geld in Umlauf setzen werde. (Hier tritt der Unterschied zwischen Deutschland und England grell hervor, bei uns legt man sein Geld überall an, nur nicht in industriellen Unternehmungen, in England betrachtet man es als der öffentlichen Wohlfahrt zuträglich, wenn das Geld durch Industrie und Handel in Cirkulation gesetzt wird. — Die nächste Zukunft wird's entscheiden, ob es auch bei uns der Fall seyn kann und seyn wird, oder ob noch ferner deutsches Geld mit nach England auswandern muß, um die deutsche Arbeit gar zu Grunde zu richten.) (Anm. d. R.)

Wien, 24. Decbr. Mit den Siegesfortschritten der österreichischen Armee in Ungarn scheint es doch nicht so überraschend und befriedigend zu gehen, als die ersten Bulletins ausposaunten, denn in einer Bekanntmachung der Wiener Stadtkommandanschaft wird darauf hingewiesen, daß die Heeresbewegungen in der gegenwärtigen Jahreszeit eine längere Zeitfrist bedürfen, um Resultate zu gewähren und daß man daher nicht alle Tage Siegesbulletins aufgegeben könne, zumal es nicht im Interesse des Dienstes liege, „den Gang der Operationen, welche die Absichten des Feldherrn enthüllen könnten, sogleich an die große Glocke zu hängen.“ — Da nun in Kaffeehäusern und an öffentlichen Orten von bödwilligen Agitatoren Nachrichten „ihrer Art dem immer neugierigen Publikum preisgegeben würden,“ so sey gegen die „Verfasser“ solcher lügenhafte Gerüchte, die nur in der schlechtesten Absicht verbreitet würden, die gerichtliche Verfolgung angeordnet worden. (Nach dem C. Bl. a. B. hätten die Ungarn einen Einfall in Mähren gemacht.) (R. K.)

Die Wiener Zeitung vom 23. Decbr. veröffentlicht wieder ein am 22. Dec. vollzogenes Kriegsurtel. Franz Stockhammer aus Botzen, Feldwebel bei dem Grenaderbataillon Richter, das sich am 6. Oct. weigerte nach Presburg zu marschiren, dann Mitglied der Wiener Mobilgarde, bei der er zum Leutenant und bald auch zum Hauptmann ernannt wurde, in welcher Eigenschaft er bis zum 30. Oct. ununterbrochen am Kampfe gegen die Truppen des Fürsten Windischgrätz Theil nahm, ward, zum Tode durch den Strang verurtheilt, am 22. Dec. erschossen.

Olmütz, 22. Decbr. Die Prager Deputation wurde vom Kaiser sehr freundlich empfangen, er erwähnte ausdrücklich, daß die Prager versichert seyn können, daß er die Freiheit schirmen und entwickeln werde.

Ungarn.

Presburg, 21. Decbr. Arad wird taglaglich mit Zwölf- und Achtzehnpfündern bombardirt und hat sich noch nicht ergeben. Mit den Serben bei St. Thomas soll Friede geschlossen werden. Dem ist Kommandant der Armee bei Siebenbürgen. Nach dem Kossuth Hirlapja ist Temesvar bereits in seinen Händen. Freilich sagt dies Kossuth's Organ. — Tausenau, Hrizka und Haug sind in Pesth. Die Generale welche die ungarische Armee kommandiren, sind: Görgey Gjiou, Ernst, Aiß, Perczel, Mariassy, Katona, Szegedy, Vetter, Bem ꝛc. Aber Pest-Presburg konzentrirte ungarische Armee besteht aus 50,000 Mann und 40 Kanonen, worunter 2000 Husaren. (D. A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 23. Dec. Der Moniteur enthält heute eine einzige Ernennung, die des Cassationsrathes Troplong zum Präsidenten der Seine. Man bemerkt, daß die Ueberschrift der offiziellen Akten: Liberté, Egalité, Fraternité, die zwei Tage lang verschwunden war, in den obenerwähnten Dekrete erschienen ist.

Zwei Thatsachen sind es, die bereits von den Journalen lebhaft gerügt werden und zwar die Ernennung des Marschalls Bugeaud zum Oberkommandanten der Alpenarmee und die ungehörte, unkonstitutionelle Gewalt, die dem General Changarnier übertragen ist. Der General kommandirt nämlich in diesem Augenblicke 80,000 M. Truppen, 14,000 M. Mobilgarde und 140,000 M. Nationalgarde, also eine Armee von 234,000 M. und ist dabei vom Kriegsministerium unabhängig. General Oudinet soll auch deßhalb das Kriegsministerium abgelehnt haben; da er eine solche abnorme Stellung eines Untergebenen nicht zugeben wollte. Wahrscheinlich wird dieser Punkt auch zu Interpellationen in der Nationalversammlung führen.

Der Constitutionell, jetzt das halboffizielle Blatt der neuen Regierung, erklärt die Journalnachricht, als werde Hr. Thiers Frankreich bei den Conferenzen in Brüssel repräsentiren, für unwahr.

Ueber die drei Candidaten für die Vicepräsidentschaft scheint noch nichts entschieden zu seyn, man nennt alle möglichen Namen von Cavaignac bis auf Barrot und von Thiers bis Lamartine, doch dürfte die Wahl des Präsidenten und der Versammlung zuletzt doch wohl auf Franz Arago fallen.

Die Sorge für die Bewachung des Palastes des Präsidenten Bonaparte ist dem Obersten Laborde übergeben worden. Der erste Hof ist mit Infanterie und Kavallerie fast angefüllt, man hat für die Mannschaft provisorisch Zelte aufgeschlagen, und arbeitet jetzt in größter Eile an der Errichtung von Lagerbaracken; es wimmelt von Schildwachen und Polizeigenten um die Behausung des neuen Präsidenten. Herr Rabon-Devaux, Kabinetschef des Exvolziehrers Herrn Dufaure, der nach der Februar-Revolution seine Entlassung genommen hatte, ist zum General-Sekretär der Polizeipräfektur ernannt worden; der Gehalt der Stadtwächter von Paris soll von Neujahr an von 1200 auf 1400 Fr. vermehrt werden.

Louis Bonaparte hat am Tage seines Einzuges im Elisée-National den Soldaten der Palastwache (4000 Mann) eine Gratifikation von 10 Fr. per Kopf geben lassen.

General Cavaignac hat seine bescheidene Wohnung am Boulevard de Capucines, gegenüber dem Ministerium des Auswärtigen bezogen. Die Besuche seiner Freunde dauerten den ganzen Tag fort, im Vorzimmer lag ein Register, wo man sich einschrieb. Um 5 Uhr Nachmittags war der Andrang so groß, daß man Queue machen mußte.

Man kündigt ferner die Ernennung des Exsönigs Jerome zum Gouverneur der Invaliden und des Marschalls Molitor zum Großkanzler der Ehrenlegion an.

Die Livree zeigt an, daß der Präsident bei der morgigen Revue die Uniform der Nationalgarde tragen werde und daß er seine Cousins Jerome und Pierre zu Obersten des Generalstabs der Nationalgarde ernannt habe.

Das Linienschiff Jena ist am 19. von Toulon abgegangen, um sich der Skalare des Mittelmeers in den Bai von Neapel anzuschließen. Die nach Civitavecchia bestimmte Expedition ist nun ganz aufgelöst, die Truppen der Brigade Molière sind in ihre Kasernirungen zurückgekehrt, die 1. Division der Alpenarmee hat wieder den Rückmarsch angetreten und die 4 Dampffregatten sind von Marseille nach Toulon abgegangen, wo sie weitere Befehle erwarten.

Die italienischen Journale bringen nichts von Bedeutung, der neue sardinische Handelsminister war am 17. in Genua angekommen, und hat eine Proklamation erlassen, worin er den Truppen bestellt, die Stadt zu räumen, und der Nationalgarde die Bewachung der Forts zu übergeben. Die Nachrichten über eine Kabinetsveränderung in Neapel dauern fort, doch lauten sie unbestimmt und widersprechend. Folgendes ist die wahrscheinlichste Liste: Conseilspräsident und Krieg: Filangieri; Inneres: Cianciulli; Staatsbauten: Ciardalli; Auswärtiges: Spinelli; Justiz: Falconi; Finanzen: Fortunato. — Der französische Admiral Ricaudy war am 11. auf der Dampffregatte Asmodée vor Ancona angekommen. — Man meldet aus Gaeta vom 13., daß der Papst auf die Nachricht von der Einsetzung einer provisorischen Regierung in Rom einen ener-

Digitized by Google

gischen Protest abgefaßt und demselben dem diplomatischen Corps mitgetheilt habe.

Der Moniteur enthält folgende Ernennungen der neuen Verwaltung: Generalprocurator der Republik: Herr Baroche; Generaldirektor der Posten: Herr Ed. Thayer; Generalinspektor der Finanzen: Herr Chappuis; Präfekt der Seine: Herr Berger.

Amerika.

Das Paketschiff United States hat heute amerikanische Journale vom 6. Dec. mit der Botschaft des Präsidenten Polk nach Havre gebracht. Dies ungewöhnlich fette ausführliche Dokument enthält im Wesentlichen Folgendes: Lobeserhebungen über die friedlichen Beziehungen mit allen Völkern, Anfündigung des Abschlusses von Handelsverbindungen mit Neu-Granada, Peru, Sizilien, Belgien, Hannover, Oldenburg und Mekkenburg-Schwerin, die Einführung der Republik in Frankreich und die Bemühungen Deutschlands zu größerer politischer Einheit werden als willkommene Ereignisse begrüßt. Der finanzielle Stand des Staates wird als sehr günstig geschildert. Die Einfuhr für das Fiskal-Jahr mit Ende Juni betrug 150,977,876 Dollars, wovon für 21,128,010 wieder ausgeführt wurde. Die Ausfuhr verschiedener Produkte betrug 154,032,131 Dollard worunter 132,904,121 Dollars inländische Produkte. Die Finanzen des Staatsschatzes betragen für dieselbe Periode 35,436,750 Dollaes worunter für 31,759,070 Dollar Zolleinnahmen und 3,328,642 Dollar sind Ländervertauf. Die Goldminen in Kalifornien betreffend empfiehlt der Präsident die Errichtung eines neuen Münzamtes daselbst. Der Tarif-Akt vom J. 1846 hat den Erwartungen dieses neuen Zollsystems vollkommen entsprochen. Die Posteinnahmen haben sich in Folge des Gesetzes vom 3. März 1845 vermehrt, und übersteigen die mittlere Einnahme der letzten 9 Jahre um 6,400 Dollaes. Endlich vertheidigt die Botschaft noch das Recht des Veto, was gewiß vom Präsidenten nie mißbraucht werden würde.

Der außerordentliche mexikanische Gesandte Louis de la Rosa wurde am 2. Dec. von Hrn. Buchanan dem Präsidenten vorgestellt, und sagte in seiner Rede, daß der Präsident aus seinem Beglaubigungsschreiben die freundlichen Gesinnungen Mexiko's erkennen werde; derselbe wolle über die Kriegsereignisse einen Schleier decken, wenn nur die vereinigten Staaten, was seine Regierung nicht bezweifle, den abgeschlossenen Frieden gewissenhaft beobachten wollen. Der Präsident versicherte in seiner Antwort, daß das amerikanische Volk keinen andern Wunsch habe, als Mexiko gegenüber kräftig zu sehen, und mit demselben stets auf freundschaftlichem Fuße zu leben.

*Nachrichten von Tampico verschern, daß die Einwohner dieser Gegend sich unter dem Titel der Republik von Sierra Madre zu einem unabhängigen Staate erklären wollen. — In Mexiko erwartet man einen Aufstand für den kommenden Neujahrstag, der von den Agenten Santa Annas im Vereine mit dem Priesterstande angezettelt seyn soll. — Die Goldminen von Californien werden als so reichhaltig geschildert, daß sie bald alle andern die jetzt bestehenden, sogar die von Mexiko und Rußland, an Reichthum übertreffen werdrn.

Neueste Nachrichten.

Briefe aus München, deren Inhalt wir morgen genauer mittheilen werden, besagen, daß in der Ministerkrisis noch nichts entschieden sey und daß der Rücktritt von Lerchenfeld lediglich in dem persönlichen Widerwillen des Monarchen gegen die eiserne Konsequenz desselben zu suchen sey.

So eben empfangenen Briefen aus Paris zufolge ist die vom Präsidenten Louis Napoleon abgehaltene Revue am 24. v. M., für welche man allerdings Besorgniß hegte, daß sie einzelnen Unbesonnenen Anlaß zu Demonstrationen geben würde, ganz ruhig abgelaufen.

Lokales und Provinzielles.

Die Verhandlung der gestrigen Versammlung des patriotischen Vereins war solcher Natur und von so allgemeinem Interesse, daß wir es für Pflicht halten, die Hauptmomente daraus mitzutheilen. Nachdem über eine Mittheilung des Vereins zu Nürnberg bezüglich des Anschlusses an den Kasseler nationalen Verein, der Verhelligung, an den sich in Leipzig bildenden konstitutionellen Verein, ein schon früher in dieser Angelegenheit gefaßter Beschluß wiederholt und bestätigt wurde, ergriff Dr. Aub das Wort und sprach sich kurz dahin aus: wie noth es, gegenüber den reaktionären Gelüsten einer Partei, den bedrohlichen Zeichen der Zeit, thue, offen und männlich von den gesetzlichen Waffen des Wortes und der Schrift Gebrauch zu machen; namentlich sey dies nothwendig im Bezug auf die jüngste Ministerkrisis in unserem Vaterlande. Dem Manne, der, wie vielleicht kein zweiter, das Vertrauen des Volkes besitze, und dessen Entlassung die größten Besorgnisse für die Entwicklung der konstitutionellen Freiheit rege mache, wären wir verpflichtet unsere Sympathien auszudrücken. Er beantragte dem Abgeordneten von Lerchenfeld diese Gesinnungen in einer so schnell als möglich zu veranstaltenden, Adresse darzulegen. — Dr. Arnheim, der sich mit verstehenden zwar einverstanden erklärt, wünscht noch, daß Bayreuth, als der Wahlort des gegenwärtigen Abgeordneten v. Lerchenfeld, den Anstoß gebe, daß vom ganzen bayrischen Volke durch großartige, aber gesetzliche Agitation, das Unrichtige abgewendet werde, daß wir wieder in die alte ultramontane Richtung hinein geschoben werden. Er weißt nach, daß die gegenwärtige Zeit geschaffen für die Freiheit sei, als irgend eine, er glaubt daher, daß die äußersten Mittel angewendet werden müssen, um das Unheil auf friedlichem Wege abzuwenden, namentlich verstehe sich dies für die Ergänzung des Ministeriums in Bayern, man müsse der Krone deutlich machen, daß die Entlassung Lerchenfeld's eine Maaßregel sei, die das Volk nicht billige, und darauf hinwirken, daß derselbe wieder in den Rath der Krone berufen werde. Zu diesem Behufe schlägt er, außer der Adresse an Lerchenfeld, auch noch eine Bürger-Versammlung vor, der dann überlassen bleiben soll, Schritte in diesem Sinne zu thun. Aehnliche Versammlungen soll man in den größern Städten Bayerns zu veranlassen suchen, damit der Wille des Volkes Gelegenheit erhalte, sich in dieser Angelegenheit unzweifelhaft kund zu thun, um so sicherer einen moralischen Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der Dinge auszuüben. Er beantragt hiezu die Niederlegung einer Commission. Diese wurde aus den Vorstehern des Vereins und den beiden Antragstellern gebildet. Es ward beschlossen, Sonnabend den 30. ds., im kleinen Sonnensaale eine außerordentliche Sitzung abzuhalten, in der die Adresse an den Abgeordneten v. Lerchenfeld zur Kenntniß gebracht, und über die andern Punkte des Antrags des Dr. Arnheim, Vortrag erhalten werden soll. Dr. Arnheim ergriff nochmals das Wort, um im Namen der Vorsteher des Liedertranzes folgenden Vorschlag zu machen. Auf die sich hier verbreitete Kunde, daß wir in einigen Tagen das Glück haben würden, v. Lerchenfeld in unserem Mauern zu sehen, hätte der Liedertranz beschlossen, demselben eine Serenade zu bringen. Da damit zugleich ein politischer Gesinnungs-Ausdruck verbunden werden könnte, so wolle man sich behufs eines solchen mit dem patriotischen Verein ins Benehmen setzen, die nähere Ausführung der Idee ihm überlassend. v. Regemann erwiderte darauf, daß er nicht glaube, daß v. Lerchenfeld eine derartige Manifestation angenehm, noch daß sie der Sache überhaupt von Nutzen sey. Er wisse noch nicht ob v. Lerchenfeld überhaupt nach hier komme, was er sich jedoch durch sofortigen persönlichen Besuch in Heinersreuth vergewissern wolle, er werde dann dem Verein die nöthige Mittheilung machen. Alle diese Anträge und Mittheilungen wurden mit den größten Enthusiasmus aufgenommen. Schließlich ergriff Aceßsi Eisenbeiß das Wort, um den Wahlmännern aus den hiesigen patriot. Verein den Dank für ihre kräftige und mühevolle Thätigkeit, die sie um die Candidatur Lerchenfeld's durchzusetzen, an den Tag gelegt haben, auszusprechen. Dr. Aub dankte im Namen und im Auftrage der oben erwähnten Wahlmänner für diese Anerkennung und erklärte, daß, das Verdienst um die Wahl Lerchenfeld's dem patriotischen Verein, von welchem die Idee zu dieser Wahl ausging, zindizirt werden müsse.

Endlich verdient noch hervorgehoben zu werden, daß unser Abgeordneten Käfferlein, dessen Anwesenheit in der gestrigen Versammlung von den sämmtlichen Mitgliedern auf den Antrag des Vorsitzenden Kreisrath Ritter, freudig begrüßt wurde, den Wunsch aussprach, es möchte der patriotische Verein in einer der nächsten Zusammenkünfte seine Ansichten über die wichtige Lebensfrage des deutschen Vaterlandes, über die Wahl eines Reichsoberhauptes, aussprechen, da es dem Abgeordneten nur angenehm sein könne, in dieser hochwichtigen Angelegenheit die Stimmung seiner Wahlstadt kennen zu lernen, zumal dieser Wunsch, daß das deutsche Volk über diese Frage sich aussprechr, von der National-Versammlung getheilt werde. Dr. Landgraf sagte einen darauf bezüglichen Vortrag für die nächste ordentliche Sitzung zu. — *cos.

Anzeigen.

E. Nr. 487 in der Judengasse ist ein freundliches Zimmer über zwei Treppen billig sündlich zu vermiethen.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Samstag **Nro. 362.** **30. December 1848.**

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besondern Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschwornengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

Deutschland.

Frankfurt, 26. Dec. Aus Olmütz sind dem Vernehmen nach Meldungen eingetroffen, welche eine günstige Lösung der deutsch-österreichischen Frage in nächste Aussicht stellen. Man ist daselbst nicht wenig erstaunt darüber, daß es Leute gibt, welche dem österreichischen Kabinete die Ansicht unterstellen, als wolle es sich von dem übrigen Deutschland trennen, um einen isolirten österreichisch-slavischen Staat zu bilden. Es sollen demnächst aufklärende Mittheilungen aus Olmütz erlassen werden, welche in dieser Beziehung die vollste Beruhigung gewähren würden.

Im Betreff der von uns gestern mitgetheilten Nachricht der Conferenz des Reichsministerß v. Gagern mit den Regierungsbevollmächtigten, die Einführung der Grundrechte betreffend, so soll Preußen dabei die entschiedene Bereitwilligkeit gezeigt haben. Auf das Bedenken, die Grundrechte als einen Theil der Verfassung zu publiciren, ehe diese selbst definitiv angenommen sei — soll es erklärt haben „damit das Volk von seinem Zweifel über das Zustandekommen der Verfassung befreit würde, müßte man schon an diesem Theile die Einigkeit bewähren." —

München, 27. Dec. Se. kgl. Hoh. Prinz Carl wird, wie wir hören, mit nächstem an das kaiserl. Hoflager nach Olmütz sich begeben. — Dem nächsten Landtage soll unter anderm auch ein Gesetzentwurf über Bildung der 1. Kammer vorgelegt werden, nach welchem statt der erblichen Reichsräthe in Zukunft von 160 Wahlmännern 32 Höchstbesteuerte gewählt werden, aus denen dann vom Könige 16 in diese Kammer ernannt werden. (B. Z.)

München, 27. Decbr. Bis zu dieser Stunde ist die Ministerkrisis noch nicht entschieden, wenigstens noch keine Entscheidung in den Kreisen bekannt, die zu den wohlunterrichteten gehören. Wenn Optimisten glauben, daß Schrenk's Anwesenheit in keiner Beziehung zu dem erledigten Portefeuille stehe, wenn sie noch dazu in diesem Glauben durch das Gerücht unterstützt werden, daß die bisherigen Minister mit Ausnahme des Inhabers des Kriegsportefeuilles nicht mit Schrenk vereinigt den Staatswagen leiten wollen, ein Rücktritt des Gesammtministeriums aber unmittelbar vor Eröffnung des Landtags sehr unwahrscheinlich ist, so weisen andere wieder auf den fleißigen Besuch der Herren Armannsperg, Abel und Freunde in Nymphenburg hin, und darauf, daß Beein und Wien, besonders aber das Resultat der Mehrzahl der Landtagswahlen, dieses Ergebniß beschränkten Kastengeistes und ultramontaner Wühlerei, dazu auffordern, die wenigen Procente verlorener Macht wieder zu erringen. Ohnedem gehört Schrenk in Frankfurt zu den Vereinsbrüdern, ein gewichtiger Grund, ihn der bayerischen Krone angenehm zu machen. Vage Gerüchte sprechen von einer Einladung an Rotenhan, andere von einer Aufforderung an seinen Gegenfüßler Kirchgeßner, das Portefeuille zu übernehmen; auch Scheuerl's Name ward genannt, zwar ein ehrenwerther Mann, auch ein tüchtiger Abgeordneter, aber noch lange kein Minister. — Ueber Lerchenfeld's Rücktritt erfahren wir aus sicherer Quelle, daß die Ursache davon lediglich in dem persönlichen Widerwillen des Königs gegenüber der eisernen Consequenz des Exministers zu suchen ist. Was die neuesten Nachrichten darüber bringen, daß er nämlich an der Opposition des Ministerrathß gefallen sey, ist völlig aus der Luft gegriffen.

München, 27. Decbr. Von den in den jüngsten Tagen mehrfach erwähnten Ministerkandidaten wird heute insbesondere Prof. Edel sehr häufig in Publikum genannt. In der That soll derselbe hierher berufen und schon Aussicht vorhanden seyn, daß er annehmen werde. Wird derselbe Minister des Innern, so erscheint, abgesehen von seiner parlamentarischen Thätigkeit auf unseren letzten Landtagen, besonders sein Wirken in der Nationalversammlung in Frankfurt von großer Wichtigkeit für uns. Ich möchte in dieser Beziehung für heute nur anführen, daß Prof. Edel zur Partei des Kasino gehört, dessen Programm „Feststalten an dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai" (Naweaux'scher Antrag) aufstellt. Diesem treu, hat daher auch Edel vorige Woche bei der Berathung über das Einführungsgesetz für die Grundrechte gegen den Antrag Gombarts und für das Gesetz gestimmt. Da von einem so ehrenhaften Charakter, wie Edel, nicht anzunehmen ist, er werde als Minister anders handeln, als er als Abgeordneter gestimmt hat, so erscheine seine Ernennung zum Minister als ein Aufgeben der Richtung, die man hier der Nationalversammlung gegenüber eingeschlagen hat, ein Umstand, der mit vorerst nicht sehr wahrscheinlich erscheint.

So eben erfahren wir, daß an **Edel** ein Kurier nach Frankfurt gesendet wurde; dem Vernehmen nach ist er Willens, das Portefeuille anzunehmen.

(Zur Ministerkrisis.) Die Augsb. Allg. Zeitung bringt heute vier Artikel über die Entlassung Lerchenfeld's. Die Gründe, die denselben bewogen haben, seine Dimission einzureichen, sind nach diesem anscheinend gutunterrichteten Correspondenten ungefähr folgende: das Resultat der Wahl in München, namentlich der Umstand, daß hauptsächlich Beamte es waren, die die Candidatur des Ministers hintertrieben; ferner die Zurückweisung eines Gemeindegesetz-Entwurfes, der auf das Princip der Gemeinde- und Bezirks-Vertretung gegründet, in den höhern Regionen als zu weit gehend bezeichnet worden seyn soll, (ein Korrespondent der Allg. Zeitung meint was recht Kluges zu sagen, wenn er die in dem Entwurfe vorgesehenen permanenten Ausschüsse bei den Kreisregierungen eine neue Art Wohlfahrts-Ausschüsse nennt), ferner die verschiedene principielle Auffassung der Stellung der Nationalversammlung und der Centralgewalt zu den Einzelregierungen; man betrachtet die Nationalversammlung auf der einen Seite als vereinbarend, während man sie auf der andern für konstituirend hält. Dazu soll noch eine persönliche Gereiztheit kommen, die noch so verschiedenst Auffassung der Dinge leicht begreiflich ist. Ueberdenkt man das Vorstehende genauer, so kommt man zu dem Resultate, daß der Minister das höchst vernünftige und nach dem Bildungsstande des Volkes wohl auch staatsmännisch richtigste Prinzip: die Selbst-Verwaltung des Volkes praktisch ins Leben zu führen, daß sein geniales Geist, so wie sein höchst rechtlicher Charakter die Verhältnisse auf einen Fürst und Volk sichernden Boden basiren wollte. Bureaukratie und Kriststokratie stemmten sich ihm mächtig entgegen, er sah sich in seiner Wirksamkeit gehemmt und trat zurück. Ist unter solchen Verhältnissen der Glaube an eine Reaktion wohl ungegründet?

München, 26. Dec. Der zur Budgetvorlage von der Verfassung anberaumte Termin geht in wenigen Tagen zu Ende, so daß die Constituirung der Kammer vor seinem Abflusse nicht mehr möglich ist. Wir begrüßen es, daß man, ermuthigt durch die Vorgänge in den Nachbarländern, nun kein Bedenken mehr trägt, die unwillkommene Maske fallen zu lassen, und — wie bei früheren Anlässen den Geist — nun auch die Formen des konstitutionellen Staatslebens bei Seite setzt. Wer aber in Erwägung zieht, daß außer dem moralischen Einflusse der steggekrönten Gewaltmaßregeln in Wien und Berlin hauptsächlich die verdreifachte Angst der Bajonette zu solchem Beginnen ermuthigt, den muß befremden.

Digitized by Google

daß nicht die Nachricht auf eben diesen letztern Umstand zu einer endlichen Einbernfung des Landtags drängt. Nicht in selbem Maße, wie die Ausgaben, sind die ordentlichen Einnahmen gestiegen und die „Einbringungen" auch von der Vorjahren „treffsatlichen" Haushaltes hat unserer Wissens noch keine Wahrscheinlichkeit zu Tage gefördert. Die Ablösungen — einmal bezahlte Kapitalien für nicht mehr wiederkehrende Einnahmsbeträge — sind verzehrt; verzehrt ist die freiwillige Anleihe, und schon zu wiederholtenmalen haben in einer nahen Stadt Bankiersklassen klingenden Regen auf die dürstende Staatskasse niederträufeln müssen!

München, 26. Dec. Ueber die Geschäfte der Gewerbs- und Kaufleute dahier während der Weihnachtswoche hört man sehr Erfreuliches: sie lieferten ein über Erwarten gutes Resultat und viele Kleinbürger sehen in Folge des endlich einmal seit 9 Wochen wieder stattgehabten bedeutenderen Geldumsatzes der nächsten Zukunft weniger sorgenvoll entgegen als noch vor einigen Tagen. — Dem Märzverein haben sich hier außer dem Vaterlandsverein angeschlossen; kommenden Donnerstag findet bereits die erste Generalversammlung des Filial-Märzvereines statt; ob sich der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung anschließen wird, ist zweifelhaft. (D. r. Z.)

München, 27. Decbr. Der Forstmeister P. J. Scheppler zu Dürkheim wurde in temporäre Quieszenz versetzt und an dessen Stelle der Professor der Forstwissenschaft an der Forstschule in Aschaffenburg, H. Kaufhinger, ernannt; der Regierungs- und Kreisforstrath in Ansbach, Dr. Ehr. Meyer, wurde in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Forstmeister des Forstamts Laurenzi zu Nürnberg, Fr. Winkler, ernannt; der Rentbeamte Fr. Luchesi zu Frankenthal für immer des Dienstes entlassen und an dessen Stelle der Rentbeamte Ch. Braun zu Obermoschel versetzt. (R. M. Z.)

Stuttgart, 25. Dec. Seit einigen Tagen wird in politischen Cirkeln viel davon gesprochen, daß dem Austritte des Abgeordneten Strauß und des Abgeordneten Sick (letzterer ist Krankheitshalber erfolgt) noch mehrere aus den Reihen der Mitstreiter folgen dürften, während andererseits die letzte Erklärung des Staatsraths Römer gegen die Angriffe auf Justizministerium wegen der Untersuchung und Behandlung der politischen Gefangenen selbst unter solchen höfes Blut gemacht hat, die bis jetzt zu entschiedenen Anhängern des Märzministeriums gehört hatten. Wegen einer neuen Wahl für Ludwigsburg an die Stelle des Dr. Strauß sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen. Strauß soll im Sinne haben, Würtemberg ganz zu verlassen und nach München übersiedeln, so berichtet wenigstens ein hiesiges Blatt. Seit mehreren Tagen geht eine Bittschrift zur Unterschrift unter den Pietisten und den Anhängern des alten Systems um, worin der König gebeten wird, auf den Titel „von Gottes Gnaden" doch ja nicht zu verzichten. (F. Z.)

Mainz, 25. Dec. Der hiesige Bürgerverein hat an die deutsche verfassunggebende Versammlung eine Adresse gerichtet, in welcher vorzüglich nachstehende Stelle hervorgehoben zu werden verdient: „Die Verfassung! die Verfassung! so tönt es aus allen Gauen des Vaterlandes Ihnen entgegen. Die Verfassung! so rufen auch wir Ihnen zu, die Verfassung, d. i. nicht sowohl ein noch so gründlich und in vollendetster Technik ausgearbeitetes Gesetz über die disparatesten Dinge, Institute und organischen Einrichtungen, sondern die Niederlegung einer der Nation kennt lichen und erkennbaren definitiven obersten Reichsgewalt, die leistet, was jetzt erreichbar ist. Rechnuld desschworen wir Sie, bringen Sie dem Wohl des gesammten Vaterlandes das Opfer Ihrer provinziellen Vorliebe, Ihrer persönlichen Sympathien, hören Sie auf die Stimme, die Ihnen zuruft: „Oesterreich kann vereft nur durch Staatsverträge an das übrige Deutschland gebunden werden; Oesterreich wird auch in dieser Stellung ein treuer Bundesgenosse für Deutschlands Ehre, Glück und Wohlfahrt; Preußen, durch Intelligenz und Macht, Deutschlands kräftiges und redliches Oberhaupt sein." (D. B. Z.)

Berlin, 26. Dec. Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes mit ziemlicher Sicherheit auf den 5. Januar zu erwarten steht. Man versichert, daß gegen die längere Dauer eines durch die dermalige Lage der Hauptstadt keineswegs gerechtfertigten Zwangszustandes sich Stimmen bei dem Ministerium und selbst immediat bei der Person des Königs ausgesprochen hätten, von welchen ein Theil des mit Maßregeln des Gouvernements nicht zu erwarten war. Namentlich sollen achtbare Mitglieder, der unbedingt ministeriellen Fraction der aufgelösten Nationalversammlung ernstlich Verwahrung eingelegt haben. Von derselben Seite her soll eine entschiedene Mißbilligung gegen die jüngsten politischen Kundgebungen hoher Gerichtshöfe eingelaufen seyn, die sich gleichzeitig gegen den vom Justizminister an die Justizbehörden gerichteten Erlaß richtet. — Die bekannte Schriftstellerin, Frau Louise Aston, welche bis jetzt der polizeilichen Ausweisung aus Berlin Widerstand entgegengesetzt hatte, ist endlich genöthigt worden, Berlin zu verlassen. Sie hat sich zunächst nach Hamburg gewendet. — Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands, bestehend aus den HH. Dr. Heramer, Dr. D'Ester und Graf Reichenbach, hat gegenwärtig in Halle seinen Sitz genommen. Ein zwanglos erscheinende Zeitschrift: „Der Urwähler," ist dort als Organ des Ausschusses begründet. Auch Hr. Jung hat sich nach Halle begeben. — Die Herausgeber des eben verbotenen Blauen Montag wollen versuchen, wie weit sie es mit der auch dem Witz übrigegenen Waffengewalt des Hrn. v. Wrangel aufzunehmen vermögen, sie wollen ein neues Blatt als „Gelben Dienstag" erscheinen lassen. (D. R. Z.)

Posen, 25. Dec. Es heißt, daß unsere Bevölkerung einer neuen, weit verzweigten Conspiration unter den Polen auf die Spur gekommen seien. Aus unsern kleinen Städten, namentlich aus Jarotzin, wird darüber schon ganz offen in unserer Zeitung gesprochen, und zugleich hinzugefügt, daß dort bereits alle erforderlichen militairischen Vorkehrungen getroffen worden. So viel ist jedenfalls gewiß, daß die Besatzung des Herzogthums aufs neue in Bewegung gekommen ist und Truppenmärsche nach den verschiedensten Richtungen hin wieder an der Tagesordnung sind. Nach Berichten nach sollen die Polen den Plan haben, unmittelbar nachdem z. B. Bonaparte in Frankreich zum Präsidenten proklamirt worden, sich gleichzeitig in allen polnischen Provinzen zu erheben, um so einen allgemeinen Krieg zu provociren, der denn eine bewaffnete Intervention der Franzosen und voraussichtlich die Wiedergeburt Polens zur Folge haben müßte. (D. A. Z.)

Wien, 14. Dec. In der Nacht vom 22. bis 23. d. M. ereignete sich auf der Oberderger Zweigbahn ein beklagenswerther Unglücksfall, wobei zwei Passagiere das Leben verloren. Der Postzug ging zur gewöhnlichen Zeit von der Station Schönbrunn ab, worauf ihm der Lastzug gleichfalls zur bestimmten Stunde folgte, erstern jedoch, trotz seiner geringeren Geschwindigkeit einholte und durch den heftigen Zusammenstoß oben erwähnten Unglücksfall herbeiführte.

Wien, 24. Decbr. Zufolge Dekrets des Ministeriums des Ackerbaues und Handels vom 21. Der. hat der Civil- und Militairgouverneur Feldmarschallieutenant Baron Welden seine Justimung zur Abhaltung eines allgemeinen Erfagmarktes in Wien anstatt des heuer unterbliebenen Allerheiligen-Marktes für die Dauer vom 29. Jan. bis inel. 10. Febr. 1849 erthalt.

Das Programm des Hrn. v. Gagern — heißt es in einem Artikel der „Deutschen Zeit —, worauf sich das Ansehen gründet, der österreichischen Regierung einen Gefallen zu thun, leistet ihr den schlechtesten Dienst für alle Zukunft. Die offiziellen Agenten des österreichischen Ministeriums dürfen dies freilich nicht zugestehen, aber wir, die wir unabhängig sind, wir dürfen es behaupten. Auch glauben wir nicht, daß Hr. v. Gagern dies nicht selbst einsieht; es scheint uns aber, der Herr Reichsminister will es nicht sehen; unter der diplomatischen Maske, Oesterreich seinen vollen Willen zu lassen, verfolgt man die langgehegte Lieblingsidee, Preußen an die Spitze zu stellen. Geht hin, realisirt eure Idee! Sie finden von Millionen in Oesterreich Unterstützung — von den Siswen! Ein geistreicher Chef der czechischen Partei sagte uns vor wenigen Tagen: Mit wirklichen nichts sehnlicher als die Ernennung des preußischen Monarchen zum Kaiser von Deutschland. „Oesterreich, fuhr er fort, muß gezwungen werden, die verresteten hegemonischen Gedanken in Bezug auf Deutschland aufzugeben, damit es endlich ganz dahin sich wende, wohin es gehört, zu den Slawen."

Ueber die nach Olmütz gekommene ungarische Deputation berichtet der Oesterreichische Correspondent aus Olmütz vom 23. December: Einige in Wien sich aufhaltende Ungarn und Siebenbürgen haben sich hieher begeben, um dem Kaiser ihre Ehrfurcht zu bezeigen. Sie richteten an denselben folgende Worte: Ew. Majestät! Wir in Wien anwesende Ungarn und Siebenbürgen haben es für eine Pflicht der Loyalität erachtet, vor Ew. Maj. ehrfurchtsvoll zu erscheinen, um unsere unerschütterliche Treue und Ergebenheit für das regierende Haus und Ew. Maj. als unsern rechtmäßigen König und Herrn auszudrücken.

Der Kaiser entgegnete: Mit lebhafter Befriedigung empfange ich den Ausdruck dieser loyalen Gesinnungen. Ich hoffe mit Zuversicht, daß es der Tapferkeit meiner Armee und der Umsicht ihres Führers bald gelungen sein wird, das Feld, auf welchem

Digitized by Google

meine gutgesinnten Unterthanen in Ungarn und Siebenbürgen ihre Ergebenheit für ihren König und sein Haus werthätig werden bewiesen können, von allen Hindernissen zu befreien. Ich zähle auf den regen Eifer und die Mitwirkung der Redlichdenkenden bei dem großen Werke, welches mir die Vorsehung beschieden, bei einem Werke, welches für alle Nationalitäten in meinem Reiche gleiche Rechte und wahre Freiheit begründen, zugleich das ganze Reich mit einem festen Bande der Einigkeit und Kraft umgeben soll.

Bei dem letzten Anrücken der Nationalgarde ereignete sich eine Scene, die ich lieber verschweigen würde, wenn es nicht Pflicht eines Referenten wäre, Alles zu berichten. Von den sechs Bataillonen Nationalgarde haben fünf das czechische, ein einziges das deutsche Commando gewählt. Der Major dieses Bataillons commandirte nur beim letzten Ausrücken in deutscher Sprache, da verlangten 2 Compagnieen dieses Bataillons auf eine empörend rohe Weise, czechisch kommandirt zu werden. Der Major mußte nachgeben, um keine scandalöse Scene herbeizuführen. Nach der Parade legten der Major und die meisten Offiziere ihre Stellen nieder, das Bataillon ist ganz aufgelöst und wieder ein neuer Grund der Erbitterung zwischen der Bevölkerung vorhanden. Zur Ehre der czechischen Bevölkerung muß ich ermähnen, daß dieses rohe Benehmen von der Mehrzahl entschieden gemißbilligt wurde. — Wie ich höre, soll ein Ministererlaß das deutsche Commando in der Nationalgarde als integrirenden Bestandtheils der Armee angeordnet haben, doch kann ich Letzteres nicht verbürgen

Frankreich.

* Paris, 24. Decbr. Der Moniteur enthält heute den Auszug aus dem Verbalprozesse der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. mit dem abgelegten Eide und der Antrittsrede des Präsidenten der Republik. — Eine Ordonanz des Präsidenten, gegengezeichnet von Odillon Barrot, ernennt den Division-General Jerome Bonaparte, ehemaligen König von Westphalen, zum Gouverneur der Invaliden und den Marschall Melitor zum Großkanzler der Ehrenlegion.

Herr von Andre, unter Guizot Gesandtschafts-Sekretär in Petersburg, ist zum Kabinetschef des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Herr Hetzel hatte bereits am 14. seine Entlassung gegeben.

Der Fürst Gallinak, türkischer Gesandter bei der französischen Republik ist hier angekommen.

Herr Havin, Eigenthümer der ehemaligen Civilliste und Herr Dupin, Verwalter der Privat-Domänen der Familie Orleans zeigen in den Journalen an, daß die Liquidation bald beendigt seyn wird, und daß alle Gläubiger komplet bezahlt werden.

Ein Schneider hatte gestern in der rue Vivienne ein Schild ausgehängt, auf dem man mit großen Buchstaben las: „Schneider Seiner kaiserlichen Hoheit des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte.“ Es bildeten sich sogleich zahlreiche Zusammenrottungen, aber die Polizei schritt rasch ein und ließ das Schild wegnehmen.

Man erwartet täglich die Ernennungen des Grafen Wallewski zum Gesandten in Turin, und Jerome Napoleon zum Botschafter in London an.

Die Assemblée nationale zeigt an, daß gestern ein Ministerrath über die italienische Frage gehalten worden sey. Die Regierung soll beschlossen haben, diplomatisch zur Wiederherstellung der zeitlichen Gewalt des Papstes zu intervenitren, und diese gemeinschaftliche Intervention soll mit den andern Mächten bei den Conferenzen in Brüssel geregelt werden.

Die Journale sprechen manchfache Befürchtungen für die heutige Revue aus, die die Assemblée nationale geht so weit, ein Attentat gegen den Präsidenten in Aussicht zu stellen. Im 15. Bureau der Nationalversammlung interpellirte gestern Herr Alexis Rousseau den Präsidenten des Bureaus über die deßhalb in Paris zirkulirenden Gerüchte und fragte, ob es wahr sey, daß General Changarnier in dieser Hinsicht eine Unterredung mit dem Präsidenten Marrast gehabt und unter andern gesagt habe: „Es wäre mir so leicht, Morgen einen Kaiser zu machen, als eine Schachtel Bonbons zu kaufen.“ Herr Matin (de Strasburg) entgegnete, die Unterredung habe wirklich stattgefunden, der General habe sich ungefähr einer ähnlichen Phrase bedient, aber auch zugleich versichert, daß er der Republik aufrichtig ergeben sey und jeden ungesetzlichen Akt mit Energie unterdrücken werde.

Der Credit zeigt an, daß Herr Franz Arago Frankreich bei den Conferenzen in Brüssel vertreten werde.

Uebermorgen wird das neue Kabinet sein Programm vorlegen.

— Herr Odillon Barrot soll bereits erklärt haben, daß er entschlossen sey, streng auf der republikanischen Bahn zu bleiben und besonders auf soziale Verbesserungen und administrative Reformen hinzuwirken.

— Die Generale Bedeau, Lamoricière und der Vice-Präsident Lacrosse, alle drei persönliche Freunde des Generals Cavaignac, haben sich gestern zu dem Präsidenten der Republik begeben, um ihm im Namen des Generals zu erklären, daß derselbe durchaus keine feindlichen Absichten habe und die neue Regierung auf das Kräftigste unterstützen werde, so lange sie auf der Bahn der Constitution bleibe.

Herr Guizot hat seinen Freunden angezeigt, daß er nun nach Frankreich zurückkehren und seinen Lehrstuhl der Geschichte an der Sorbonne wieder einnehmen werde. Bei den nächsten Deputirtenwahlen will er als Candidat auftreten.

Die Revolution bemerkt, daß der Präsident seine Cousins Jerome und Pierre zu Generalstabs-Obersten ernannt habe, um den General Changarnier zu überwachen. Changarnier ist als Orleanist bekannt und hat in diesem Augenblicke eine so ungeheure Gewalt in den Händen, daß, wer seinen außerordentlichen Ehrgeiz kennt, leicht mißtrauisch werden kann. Louis Lucian Bonaparte, der neu gewählte Vertreter von Corsica ist gestern hier angekommen. Herr von Persigny, bekannt durch seine Theilnahme an den Unternehmungen von Straßburg und Bologne, ist zum Privatsekretair ernannt worden.

Die Madrider Nachrichten vom 18. sind ohne alles Interesse. Herr Seisso Lozano ist in der ersten Sitzung der Cortes zum Präsidenten gewählt worden. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten günstig, der Bürgerkrieg in Catalonien neigt sich seinem Ende zu.

Die Turiner Jornale melden, daß die sard. Deputirtenkammer für die Stadt Venedig monatliche Subsidien von 600,000 Frs., so lange die Feindseligkeiten fortdauern, votirt habe. Man meldet aus Rom, daß der Cardinal Corretocone sein Ultimatum geschickt habe. Er verlangt darin, 1) Aufhebung der Nationalgarde, 2) Suspension der Preßfreiheit, 3) Schließung aller Klubbs und 4) Prorogation der Kammern. Nach der Sprache der Journale vom 15. scheint man in Rom durchaus nicht gesonnen, auf diese Bedingungen einzugehen. Rom ist übrigens vollkommen ruhig und sicher.

(Heerschau des Präsidenten.) Die Franzosen beginnen sich republikanisch zu disciplinieren. Die anständige Ruhe, mit welcher vor einigen Tagen die Präsidentenwahl, und heute die Heerschau des Präsidenten über die Truppen, für welche man nicht diese Besorgniß war, vorüberging, geben einen schlagenden Beweis hievon. Freilich dürfte eine Heerschau als erster öffentlicher Akt des Präsidenten, eben so wenig als dessen Erscheinen in Generalsuniform der Nationalgarde als Beweis sehr republikanischer Sitten ausgelegt werden; aber man muß eben die Franzosen, und besonders die Pariser, nehmen wie sie sind, nämlich als eine vor allen Dingen schaulustige und eminent militärische Nation. Die Truppen, circa 55000 M. Linien, und beiläufig 60000 M. Nationalgarde, waren in 2 Linien auf beiden Seiten der Straßen des Boulevard des Italiens über den Vendome-Platz, Rue de Rivoli, Champs Elisée bis an die Barriere de l'école aufgestellt, die Nationalgarde und Mobile Garde auf der einen, die Linie auf der andern Seite. — Um 10 Uhr verließ L. Napoleon sein Palais und wurde von der daselbst dicht angehäuften Menschenmasse mit lebhaftem Lebehoch empfangen; die Damen machten die Bemerkung, daß er gut aussehe, und schön zu Pferde sitze, und in der That nahm er sich in der enganliegenden Uniform, geschmückt mit dem Großkreuz der Ehrenlegion, sehr gut aus. Seine ganze Haltung war eben so würdig als bescheiden, und kontrastirte sehr mit der obsequiösen Freundlichkeit, mit der man Louis Philipp bei seiner ersten Revue rechts und links die Hände drücken sah. Auffallend war die Abwesenheit aller bedeutenden Generale, wie Bugeaud, Lammoricière, Cavaignac, in dem Gefolge des Präsidenten, wo wir nur die Generale Changarnier und Lebreton und den Kriegsminister Rulliere wahrnahmen. Beim Durchreiten durch die Reihen empfing ihn der Ruf: Vive Napoléon; Vive la république! erster besonders lebhaft auf dem Platze Vendome, sonst aber nirgends eine Spur von reaktionären Manifestationen. Hierauf nahm er auf dem Concordeplatz Stellung und das Defilee begann. Die ultra-imperialistische so wie die reaktionäre monarchische Partei haben sich heute überzeugen können, daß sie auf die Nationalgarde zu Ausführung ihrer Plane nicht zählen dürfen, und die beim Defilee ausgestoßenen Rufe liefern den besten Barometer hiefür. Ausgenommen die Garde der zu allen Zeiten napoleonistischen Banlieue so wie die 3 ersten Legionen von Paris, die sich in dem Viertel der Kaiser- und Bank-Aristokratie rekrutiren, und welche mit großer Lebhaftigkeit „Es lebe Napoleon!“ schrieen, ihre Tschakos auf den Bajonneten in der Luft schwenkten, ja sich zu ihm hindrängten, um ihm Blumensträuße und Bittschriften zu

Digitized by Google

überreichen, oder ihm die Hand zu drücken, stellen uns die andern Legionen nur durch ihr Stillschweigen auf, daß blos in der 12ten (dem Pantheonsviertel) durch den Ruf „Mörder!“ unterbrochen wurde. Die Mobilgarde sogar, welche doch größtentheils für ihn gestimmt hatte, ließ nur die Republik leben. Interessant anzusehen war das Defilee der alten Invaliden mit General Petit an der Spitze; daß diese silberhaarigen Trümmer der großen Armee sich mit wirklicher Rührung um den Neffen ihres Idols enthusiastisch drängten, anstatt weiter zu marschiren, darüber wird sich wohl Niemand verwundern. Beim Defilee des Linienmilitärs, was mit kriegerischer Disciplin in Stille vor sich ging, verließen wir den Platz. Im Rückwege begegneten wir einigen mit uns befreundeten Repräsentanten, welche sich sehr mißliebig über das Militärschauspiel und das Ordensband des Präsidenten aussließen, und es sollte uns nicht wundern, daß dieser Punkt nächsten Dienstag in der Kammer berührt würde, um so mehr, als die Aeußerung Cavaignacs, ein Kaiserreich sey nicht schwieriger als ein Sack Bonbons zu machen, bereits zu sehr lebhaften Debatten in den Bureau's Veranlassung gegeben hat. Großes Aufsehen erregte die Gegenwart Napoleon Bonaparte's, Sohn Jerome's, als einfacher Soldat in den Reihen der Nationalgarde mit dem großen Sterne der Ehrenlegion auf der Brust. Wahrscheinlich geschah es, um gegen das Gerücht seiner Ernennung zum Obersten im Generalstabe der Nationalgarde zu protestiren.

Italien.

Rom, 18. Decbr. Gestern Abends zog ein Haufe von Proletariern, Handwerkern und Müssiggängern, ungefähr 500, aber allmählich durch das Zuströmen von Neugierigen vergrößert, vor den Quirinal, wo die Minister im Rath versammelt waren, um die Einsetzung der provisorischen Regierung und die Verkündigung der „Constituente“ zu verlangen. Cicercacchio trug die Fahne des Circolo Popolare, Caldesi die Fahne von Faënza, Cattabeni die von Sinigaglia, und ein junger Pole, deren auch hier viele von der Agitation leben und in allen Ruhestörungen theilnehmen, stand an der Spitze der Bewegung. Von den Ministern ließ sich keiner sehen. Ein gewisser Polidori, Vorsteher des Circolo Popolare, kündigte im Namen des Ministeriums, ob nun wahr oder unwahr, an: daßselbe entspreche den Forderungen des Volks, und lade es ein, sich andern Tags nach dem Deputirtenpalast zu verfügen, um durch seine Gegenwart die Beschlüsse der Kammer zu bekräftigen. Der Volkshaufe zog dann vor die Wohnungen des General Garibaldi und de Boni's, auf welche die Augen der demokratischen Faktion gerichtet sind, um ihnen Lebehochrufe zu bringen; dann lief er auseinander. Nachts gelangte an den General der Bürgerwache, Galliera, eine Depesche des Ministeriums, worin dieses erklärte: es setze volles Vertrauen in die Bürgermiliz, und übertrage dieser den Schutz der öffentlichen Ordnung und der freien Wirksamkeit der Kammer gegenüber den Anschlägen der Ruhestörer. Die Depesche war unterzeichnet von Mamiani, Galletti und Mazzarelli, aber nicht von Sterbini und Campello. Dieß könnte auf die Vermuthung führen, daß ein Meinungszwiespalt im Ministerium obwalte. Alsbald fertigte das Generalcommando den Obersten den Befehl zu, die Bürgerwehr unter die Waffen zu rufen. Es ist jetzt 11 Uhr Vormittags, und schon viermal hat die Trommel Generalmarsch geschlagen. Die Guardia ist entschlossen, auf die Ruhestörer zu feuern. Die Obersten ihrerseits wollen das Ministerium, ernstlich die Entfernung Garibaldi's, de Boni's, Caldesi's und anderer Wühler aus Rom verlangen. Ich sehe einen stürmischen Tag voraus. Aus Gaeta und vom Papst nichts neues. Die Angabe, daß der Papst an den Cardinal Castracane ein Memorandum übermacht, bestätigt sich nicht. Man sagt: Se. Heiligkeit beabsichtige seine Residenz zeitweilig in Civita vecchia aufzuschlagen, wo von der Anwesenheit des englisch-französischen Geschwaders seine Personen geschützt und seine Befehle unterstützt seyn würden. (A. Z.)

Subhastationspatent.

Vom

Königlich Bayerischen Kreis- und Stadtgericht

Bayreuth

wird auf den Antrag eines Hypothekengläubigers das in der Culmbacherstraße belegene zweigädige Wohnhaus der Stiftungs-Administrators-Wittwe Juliana Dorothea Dennler von hier, wozu Hofrecht, Holzlege und ¾ Tagwerk Garten gehören hiemit öffentlich feilgestellt. Das Haus mit Nro. 598 bezeichnet, ist massiv erbaut und mit Ziegeln gedeckt und enthält im Erdgeschosse: ein großes Waschhaus mit Vorplatz; eine Stiege hoch: eine Stube einen Vorplatz, ein Speisegewölbe und einen Abtritt; zwei Stiegen hoch: 3 Stuben, eine Kammer, 2 Kamine, eine Küche einen Vorplatz und einen Abtritt. Im Hauptgebäude: eine große Erkerstube, 2 Alkoven, einen Kamin, zwei vertäfelte Dachkammern nebst dergleichen Vorplatz. Das an das Wohnhaus angebaute Flügelgebäude, ist 3 Stock hoch, massiv erbaut und mit Ziegeln gedeckt. Enthält im Erdgeschosse: einen gewölbten Eingang zu einem Felsenkeller; eine Stiege hoch: eine Stube, ein Cabinet, eine Küche, einen Speis- und einen Vorplatz; zwei Stiegen hoch: eine Stube, eine Küche, einen Vorplatz. Die dem Wohnhause gegenüberstehende Holzlege ist von Holz erbaut und mit Schindeln bedeckt, und enthält eine Lieger zur Aufbewahrung des Holzes. Auf dem Hause, welches mit 2500 fl. in der Brandversicherung liegt, haftet außer der gewöhnlichen Steuer 1 fl. 15 kr. Erkgins zum hiesigen Hospitale und ist dieses mit der Holzlege auf

2630 fl.

gerichtlich taxirt

Der an die Gebäude anstoßende Obst-, Gemüse- und Grasgarten hat einen Flächeninhalt von 1½ Tagwerk, ist mit circa 170 Stück Obstbäumen bepflanzt und auf

600 fl.

gerichtlich gewerthet.

Zur Licitation auf vorbeschriebene Realitäten wird auf Dienstag den 30. Januar 1849 Vormittags 10 Uhr im Commissions-Zimmer Nro. 9 Termin anberaumt und Kauflustige werden unter dem Beifügen zu demselben vorgeladen, daß ihnen die Einsicht des Taxationsprotokolls vorher in der Registratur freisteht und daß wegen des Zuschlags an den Meistbietenden nach Maßgabe des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, §§. 98—101 und des Hypotheken-Gesetzes vom 1. Juni 1822, §. 64 verfahren werden wird.

Bayreuth, am 8. December 1848.

Der K. Director,
Freiherr v. Waldenfels.

Scharf.

Bekanntmachung.

Samstag den 30. d. Mts. Vormittags 11 Uhr wird im Schießerbau der von den Ehevaulegers-Pferden erzeugt werdende Dünger wegen nicht erhaltener Genehmigung Versuchsweise in zwei Dunggruben-Abtheilungen für den Monat Januar neuerdings versteigert werden.

Bayreuth, den 28. December 1848.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Aus dem Nachlaß des verlebten Gastwirths Burkard Kretschmann dahier werden folgende Gegenstände verkauft: Zwei im besten Zustande erhaltene gedeckte Chaisen mit Chaloupen, mehrere Schlitten, worunter ein ganz gedeckter Reiseschlitten, Rollengeläute, Decken, Oekonomie-Wägen, ein Frachtwagen mit breiten Felgen und eisernen Axen, neuem Deckstock, großen Kettenwinden, zwei Frachtschlitten mit Eisen beschlt. ꝛc. ferner ein Paar zum schweren Zug sehr gute Pferde, und zweihundert Eimer-Fässer theils in Eisen, theils in Holz gebunden, Kufen, Faßgeschirr und Abzugfäßlein. Kauflustige können zu jeder Zeit Einsicht davon nehmen.

Bayreuth, den 28. Dec. 1848.

Die Erbinteressenten.

Harmonie.
Sylvester-Ball.

Anfang 7½ Uhr.

Bayreuth, den 29. December 1848.

Die Vorsteher.

Liederkranz.

Samstag den 30. d. Mts.: Vierte **Musikalische Abendunterhaltung.** Anfang 8 Uhr. Für die Mitglieder liegt die Subscriptionsliste für die noch abzuhaltenden 3 Unterhaltungen (Subscriptionspreis 24 kr.) im Lokale (Ablesaal) auf.

Haus-Nr. 458 ist ein kleines Quartier eine Treppe hoch um 24 fl. sogleich oder auf Lichtmeß zu vermiethen. Es kann auch Bett und Meubles dazu gegeben werden.

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zubeziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Bayreuther Zeitung.

Preis für den Jahrgang 5 fl., halbjährlich 2 fl. 30 kr., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Insertionsgebühr für den Raum einer Spalt-Zeile 4 kr.

Sonntag Nro. 363. 31. December 1848.

Einladung.

Bei dem bevorstehenden Jahreswechsel ersuchen wir das verehrliche Publikum seine Bestellungen auf die

Bayreuther Zeitung

baldmöglichst zu machen, damit keine Unterbrechungen in der Ablieferung der Blätter eintreten. — Ueber die Sitzungen des bevorstehenden Landtags werden wir erschöpfende Berichte schleunigst zur Mittheilung bringen, und nach wie vor bemüht seyn, alle neuesten Begebenheiten so schnell als möglich mitzutheilen. Besondern Eifer werden wir von nun an auch der Besprechung des neu erwachten Gemeindelebens, sowie den Berichten über die hier abzuhaltenden Geschworenengerichte widmen. — Die Bayreuther Zeitung erscheint täglich, am Sonntag in halbem Format, und kostet durch ganz Bayern halbjährig 3 fl.

* Das Ende des vielbewegten Jahres 1848 ist da und steht so gewitterschwanger aus, als wie dessen Anfang. Wohin man schaut eine Unzufriedenheit mit der langsamen Gestaltung der Dinge, ein immer größeres Hervortreten partikularistischer Interessen von Seiten der Fürsten, und Stammesfeindschaften von Seiten der Völker, und gerade jetzt, wo an dem Dome der deutschen Freiheit und Einheit der Schlußstein eingefügt werden soll, gerade jetzt fehlt die Einheit von oben und von unten.

Wenn wir auch nicht zu denen gehören, welche in der Furcht leben, daß die alten Zustände, wie vordem, wieder eintreten können, denn die uns gewährten Rechte und Freiheiten sind theilweise schon durch Gesetze verkörpert, so gehören wir doch zu denen, die, die Einheit Deutschlands, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, auf sehr schwachen Füßen glauben. Das Maaß der deutschen Einheit, das praktisch jetzt zu erreichen möglich ist, halten wir für ein sehr geringes, im Vergleich zu den hohen Erwartungen, zu denen uns die Märzbewegung berechtigte. Der Grund unseres Glaubens liegt, wie schon erwähnt, einestheils in der Haltung des Volkes, anderntheils in dem Benehmen der Fürsten.

Das Volk, das nach der glorreichen Märzerhebung, im Gefühle der errungenen Freiheit weit, manchmal zu weit ausgriff, wie paßt seine jetzige Haltung, sein Benehmen, zu damals? Wir würden es tief beklagen, wenn ein Volk sich fortwährend im Revolutionszustande befände, denn die materiellen Interessen, die je weiter wir nach unten kommen, ein desto größeres Gewicht gewinnen, würden fürchterlich nothleiden, und jeder Bewegung eine theilungslustige Bedeutung geben; aber ebenso tief beklagen wir es wenn ein Volk, nach einer Erhebung wie im März, in eine Abspannung verfällt, wie es die ist, die wir jetzt gewahren. Ist es etwa keine Abspannung, oder noch richtiger gesagt, kein Nichterkennen der Zeit und ihrer hohen Forderungen, wenn wir das Ergebniß der freien Wahlen für die verschiedenen Landtage überschauen? — Die Nationalversammlung, die Centralgewalt, wie wird sie denn unterstützt vom preußischen Volke, im Betreff des Beschlusses, wonach das Ministerium Brandenburg entfernt werden soll? Das preußische Volk hat die gesetzlichen Waffen des Worts und der Schrift, und sie werden so viel wie nicht gebraucht. Im März fand man das Bestehen der Duodezstaaten mit der Einheit unverträglich, jetzt wo es ans Mediatisiren gehen soll, schreien die Duodez-Nationchen, Kraft der Volkssouveränetät, Mordjo und haben es selbst so weit gebracht, daß die großartigen Mediatisirungspläne in der Mappe blieben.

Ein Volk aber, das nicht ohne Revolutionen Reformen herbei und durchführen kann, ist noch nicht reif für die Freiheit in ihrem ganzen Umfange. Was es auf dem Wege aufsteigender Begeisterung errungen, läßt es sich in der darauf folgenden Abspannung wieder entgleiten, und das deutsche hat jetzt nach vielen Anzeigen jene männliche Haltung verloren, die im Stande wäre, die Fürsten mit ihren Sonder-Gelüsten im Schach zu halten, und da wir einer neuen Revolution das Wort nicht reden können, noch reden wollen, von unten eine für deutsche Einheit männiglich einspältende Haltung vermissen, von oben die Anerkennung der Beschlüsse der Nationals-Versammlung mehr und mehr mit Pochen auf Gewalt verweigert sehen, so ist unsere Ueberzeugung wohl nicht auf Sand gebaut.

Inmitten dieser trüben Aussicht ins neue Jahr, sehen wir doch einen freundlichen Stern, und dieser freundliche Stern ist die Weiterbildung des Volkes auf Grund der bereits erlangten Rechte und Freiheiten. Wenn dieselben gehörig erfaßt werden, wenn sie in Fleisch und Blut übergegangen seyn werden, wenn sich seiner unverfälschterliche Sinn für Recht und Wahrheit, verbunden mit jener klugen Einsicht in das Getriebe der gegenseitigen Interessen, von der die materielle Wohlfahrt des Volkes so sehr abhängt, wenn das Alles Wurzel gefaßt hat, dann wird die deutsche Einheit in Wahrheit zu Stande kommen, dann wird kein Sondergelüste sie verhindern. Bis dahin glauben wir nur an ein Provisorium, und halten es für politisch klug, demselben eine bildungsfähige Form zu geben. Das ist die Hoffnung, die uns einen freudigen Blick vorwärts thun läßt, das ist der Standpunkt, von dem aus wir weiter gehende Bestrebungen, als sie uns den Zustand des Volkes gemäß gegründet erscheinen, beurtheilen; das ist aber auch der Standpunkt, von dem aus wir es als eine traurige Verblendung, als einen, nach höherer Deutung, schwer zu büßenden Frevel bezeichnen, dem Volke die Mittel zu seiner unaufhaltlich fortdauernden Ausbildung zu rauben, ihm seine Rechte und Freiheiten, deren Ertheilung niemals Gnadensache sein kann, zu beeinträchtigen, sich dem reformmäßigen Ausbau derselben, fast mit Gewalt, entgegen zu stemmen.

Mit diesen Gefühlen nehmen wir Abschied von einem Jahre das die Weltgeschichte als einen Gerichtstag Gottes bezeichnen wird.

Deutschland.

Frankfurt, 28. Decbr. (144. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Der Präsident zeigt an den Austritt der Abgg. Oppermünchner aus Grieskach, Oberpeschnigg aus Gratz, Ungerbühler aus Mehrungen und Graf Matthias Stolberg aus Pommern an. Der Reichskriegsminister v. Peucker beantwortet die Interpellationen der Abgg. Hönniger und Würth in Betreff der Besetzung der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Hohenzollern-Sigmaringen durch Reichstruppen. In Rudolstadt sey die Besendung eines Reichskommissärs mit Reichstruppen von der dortigen Regierung in Folge von Störungen der gesetzlichen Ordnung verlangt worden; die dort befindliche Besatzung beschränke sich aber nur noch auf drei Compagnien (Gelächter). Im Fürstenthum Sigmaringen sey ein anarchischer Zustand eingetreten, der Fürst und die Regierung zur Flucht gezwungen worden. Dazu komme, daß die dortigen Landestruppen sich in völliger Auflösung befunden und das Land in Erfüllung seiner Bundespflichten so saumselig gewesen sey, daß noch nicht einmal die Ersatzmannschaften für 1846 und 1847 einberufen wurden. Die Reichsbesatzung daselbst sey übrigens bis auf zwei Kompagnien bereits zurückgezogen worden (Gelächter), welche bis zu erfolgter Reorganisation der Landestruppen dort bleiben würden. Hönniger erklärt, daß die Auskunft des Ministers ihn nicht befriedige, und behält sich einen Antrag an das gesammte Reichsministerium bevor, glaubt aber schon jetzt das Verfahren des Reichskommissärs mißbilligen zu müssen. Würth äußert, daß in Sigmaringen Anarchie überhaupt nicht habe. Der Fürst und seine Regierung seyen ohne allen Grund aus dem Lande gegangen. Der Redner behält sich ebenfalls weitere Anträge vor. Der Reichsminister des Innern zeigt an, daß er alle an ihn gerichteten Interpellationen, mit Ausnahme der die österreichische Frage betreffenden, in der ersten Sitzung nach den Feiertagen beantworten werde. Der mit den Baulichkeiten in der Paulskirche beauftragte Architekt zeigt an, daß dieselben wohl am 4. Januar beendigt sein würden, wegen der nöthigen Austrocknung

Digitized by Google

u. s. w. aber die Kirche nicht vor dem 12. Januar an die Nationalversammlung übergeben werden könne. Auf der Tagesordnung steht zuerst Berathung über 3 Berichte des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses, verschiedene Petitionen und Eingaben an die Nationalversammlung betreffend. Der Antrag des Ausschusses auf Tagesordnung wird ohne Debatte angenommen. In gleicher Weise beschließt die Versammlung 2) auf das Gutachten des volkswirthschaftlichen Ausschusses, über mehrere Anträge auf Beschränkung des Eisenbahnbetriebs zu Gunsten der Frachtfuhrleute und anderer Gewerbe zur Tagesordnung überzugehen, und einige andere, das Eisenbahnwesen betreffenden Eingaben dem Reichsministerium zur Erwägung mitzutheilen. Ferner wird 3) über zwei, die Wehrangelegenheiten betreffende Anträge des Abgeordneten Heisterbergk, dann über die Petitionen der Schützengilde in Follenberg, des Anhalt'schen Schützenvereins in Dessau u. gleichen Betreffs, vorbehaltlich der Berathung über die Wehrverfassung, nach dem Antrag des Wehrausschusses die Tagesordnung beschlossen. Gleiche Entscheidung fand 4) dem Gutachten des Ausschusses für Geschäftsordnung gemäß, der Anträg des Abgeordneten Pinckert, die Präsidentenwahlen betreffend. Endlich wurde das Gesuch des Pfarrers F. W. Schellenberg zu Cleeberg, Seelsorgeverkäuferei betreffend, nach Antrag des völkerrechtlichen Ausschusses dem Reichsministerium zu Ergreifung geeigneter Maßregeln überwiesen. Nach erschöpfter Tagesordnung interpellirt v. Maltzahn den Verfassungsausschuß wegen Vorlage der Gewerbeordnung, worauf Oesterrath erwidert: der Ausschuß könne hierfür keinen bestimmten Zeitpunkt festsetzen, werde aber die Vorlage möglichst beschleunigen. Der Präsident schließt hierauf die Sitzung um 1 Uhr, und beraumt mit Zustimmung der Versammlung die nächste auf Mittwoch den 3. Jan. an. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten, Ergänzung des Ausschusses für die Wahlen von Thiengen und Konstanz, dann Berathung der Ausschußberichte über die Ausweisung des Literaten Diegel in Nürnberg, die Gefangenen in Bruchsal, den Antrag Wiesners wegen Abschaffung der körperlichen Züchtigung bei den Reichstruppen, die Eingaben der homöopathischen Aerzte, die Kosten der Deputation nach Wien u. s. w.

Frankfurt, 27. Dec. Soeben erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß Herr v. Schmerling auf seiner Reise nach Dresden in Leipzig durch einen nach Frankfurt gehenden Courier der österreichischen Regierung eine Zuschrift des österreichischen Ministeriums erhielt, wodurch er zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt wurde. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir hierin einen Beweis erblicken, wie sehr die österreichische Regierung von der deutschen Frage durchdrungen ist, und wenn wir darin einen Fingerzeig über die Ansicht zu erkennen glauben, welche das österreichische Ministerium von dem Gagernsche Programme hegt. (F. O. Z.)

Frankfurt, 27. Dec. Der allgemeine deutsche Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit belebt den gesunkenen Muth der Gewerbetreibenden. Er tritt hervor in der guten Sache und Wahrheit einen siegreichen Durchbruch zu sichern, und die von dem Abgeordneten Eisenstuck bezeichnete Aufgabe helfend zu vollführen: die Rettung der materiellen Einheit aus der politischen Zerfahrenheit! Männer aus den verschiedensten Ständen und Kreisen, von den verschiedensten politischen Ansichten bieten sich hier zu einem Werk die Hand, an dem die Intriguen und Machinationen Derjenigen zu Grunde gehen werden, welche auf unser Kämpfen und Ringen mit Neid und vornehmen Lächeln herabblicken. Es giebt ein Mittel, die Wunden zu heilen, an denen Deutschland blutet, ein Heilmittel, das bessere Wirkung verheißt als die Künste gelehrter politischer Heilkünstler: es liegt in der materiellen Einigung. In ihr kann und wird Deutschland genesen und zu einer künftigen neuen politischen Entwickelung erstarken. Der erwähnte Verein hat dies erkannt, und in dem wachsenden Umfange und der Anerkennung seines Wirkens spricht sich die Hoffnung aus, welche nah und fern an das Gelingen seines schönen Strebens geknüpft. Es vergeht fast kein Tag, ohne daß ihm nicht unzweideutige Beweise des Vertrauens und der Anerkennung von Seiten der großen und kleinen Producenten eingereicht werden. Im Sinne des Systems wirksamer Zölle sind dem Verein in diesen Tagen auch der Rhein-, Main- und Lahngegend, dem Dillthal und andern Gegenden Adressen mit Tausenden von Unterschriften zugeschickt; unter Andern eine vom Stadtmagistrate zu Würzburg. (F. J.)

München, 27. Dec. Die heute erschienene Nummer 69 des Regierungsblattes enthält eine Verordnung über die Entschädigung der Geschworenen, Sachverständigen und Zeugen in Strafsachen. Hiernach erhalten die Ersteren, wenn die Entfernung ihres Wohnsitzes vom Gerichtsorte mehr als 2 Stunden beträgt, für jede geometrische Stunde, sowohl der Hin- als Zurückreise eine Entschädigung von 30 kr., welche auf 15 kr. per Stunde ermäßigt wird, wenn die Reise mit Benutzung von Eisenbahn, Eisenbahn oder Dampfschiff gemacht werden kann. Dieselben Bestimmungen gelten für Aerzte, Wundärzte, Chemiker, Dollmetscher und andere Sachverständige, die in dieser Sachen vernommen werden, während die Entschädigung für Zeugen auf 12 kr. per Stunde festgesetzt ist. Außer diesen Reisekosten können Sachverständige und Zeugen, wenn sie nicht wegen eines Staatsamtes oder öffentlichen Dienstes einen Gehalt beziehen, eine Entschädigung für Zeitversäumniß beanspruchen, welche bei den Ersteren, wenn die Vernehmung an ihren Wohnorte geschieht, auf 36 kr., außerhalb ihres Wohnortes auf täglich 1 fl.; bei Zeugen für den ganzen Tag auf 36 kr., für den halben Tag oder weniger Zeit auf 18 kr. festgesetzt ist, welche für den Fall, daß sie zu übernachten genöthigt sind, um ein Drittheil erhöht werden. In diesen letzteren Falle haben auch die im Genusse eines Gehaltes stehenden Zeugen Anspruch auf die gesetzmäßige Entschädigung. Besondere Kosten müssen von dem einschlägigen Gerichte genehmigt werden. Diese Beträge alle sind durch den Untersuchungs- oder jenen Richter, welche die öffentliche Verhandlung geleitet hat, zur Zahlung durch die Rentämter anzuweisen, welche auch den dürftigen Zeugen gegen Vorweisung des Ladungszettels einen Vorschuß zu ertheilen haben. — Inhaltlich einer anderen Bekanntmachung ist, „Gräuserten Wünschen entsprechend," der Termin zur Einzahlung der für das freiwillige Anlehen gezeichneten Beträge, zur weiteren Einzahlung auf Nominalobligationen, so wie zur Abnahme von Obligationen außer dem Wege der Subscription für den noch verbrendenden Rest der Anleihe auf weitere 3 Monate, sohin bis zum 31. März 1849 verlängert worden.

München, 27. Dec. Von einem Abgang der Einberufungsschreiben an die Landtagsabgeordneten verlautet noch immer nichts; dagegen sollen die bisher von dem deutschen Centralgesetzblatt ausgeschriebenen Reichsgesetze demnächst auch in Bayern verkündet werden. (D. k. Z.)

München, 28. Dec. Eine Zusammenkunft bayer. Volksschullehrer, zu welcher kürzlich mehrfach eingeladen wurde, ist denn auch wirklich zu Stande gekommen, und es haben sich bereits gegen 200 Schullehrer aus den nächstgelegenen Kreisen hier in München. Gestern ward nun im Zweibrückensaale die erste Sitzung derselben abgehalten, welche von dem Vorstande des Wittwen- und Waisen-Vereins der Lehrer von Oberbayern, Hrn. Göbel von Hadach, mit einer über den vorhandenen wichtigen Zweck sich verbreitenden Anrede eröffnet wurde, nach deren Beendigung man zur Wahl eines Ausschusses überging. Die Versammlungen werden öffentlich gehalten. (Dienstesnachrichten.) Die bei dem Bezirks- und Merkantilgericht I. Instanz in München erledigte Stelle eines rechtskundigen Assessors ist dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe K. F. F. v. Krafft übertragen, bei dem Kassationshofe der Pfalz ein eigener Anwalt aufgestellt und hiezu der geprüfte Rechtspraktikant und Konzipient J. Schimmerl in München ernannt; der k. Kreis- und Stadtgerichtsassessor Chr. Otto zu Nürnberg seiner Bitte ansprechend von den Funktionen eines zweiten Staatsanwaltes am Kreis- und Stadtgerichte daselbst enthoben und statt dessen der k. Kreis- und Stadtgerichtsassessor Julius Schumann als zweiter Staatsanwalt aufgestellt worden.

Berlin, 28. Dec. Sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses haben von heute ab ihren dauernden Wohnsitz wieder in Berlin genommen. Der König und die Königin werden dagegen erst zu Neujahr Potsdam verlassen, um dann, wie alljährlich, auf einige Zeit in Charlottenburg zu residiren.

Berlin, 27. Decbr. Obwohl das durch mehrere Zeitungen verbreitete Gerücht, daß die gegenwärtigen Mitglieder unserer Regierung nach vor dem Wahltermin zurücktreten beabsichtigen, und Herr v. Bodelschwingh mit Unterstützung des Hrn. v. Bincke ein neues Cabinet zu bilden denken sei, hier immer mehr Glauben findet, so sind wir doch noch einer uns als sehr guter Hand zugehenden Mittheilung zu versichern im Stande, daß bis jetzt wenigstens an eine Rekabilitation des Herrn v. Bodelschwingh im Sinne jenes Gerüchts noch nicht gedacht worden ist. Zu Betreff des Rücktritts der Minister und einer Betheiligung des Herrn v. Bincke an einer neuen Cabinetsbildung dagegen enthebt jenes Gerücht nicht ganz der Begründung. Auch der Gedanke an eine Berufung des zum Generaladjutanten des Königs ernannten Generallieutenants Frhrn. v. Canitz ist höhern Orts angeregt worden und seine Verwirklichung nicht ganz unwahrscheinlich. — Nicht

Digitized by Google

wenig Aufsehen macht ein Vorfall, welcher gestern den Geheimrath Waldeck betroffen hat. Derselbe wurde auf der Straße von einem jungen Kammergerichtsassessor mit Schmähungen angegriffen, welchen der Beleidigte nur Ruhe entgegensetzte. Die Geschichte macht mit vielen Uebertreibungen die Runde durch die Stadt, und noch gestern Abend wurde in einem Vereine beschlossen, den Staatsanwalt um Verfolgung des Beleidigers anzugehen.

Der gelehrte Gräzist Professor Krüger, welcher in Gemeinschaft mit dem Professor Gneist und dem Justizkommissär Lewald bei Gelegenheit der Adreßdebatte aus der Stadtverordnetenversammlung geschieden war, hat jetzt die Motive seines Austritts in einer Schrift „Ueber unsere Zustände“ näher entwickelt. Der Verfasser macht gelegentlich auf die Consequenz in dem Verhalten des Magistrats aufmerksam. Als die Demeskraten im März gegen die Berufung des Vereinigten Landtags demonstrirten, erklärte der Magistrat: „Nur ein dieser großen Lage unwürdiger Alleinmuth kann dieß besorgen und sich hinreißen lassen, von unserm constitutionellen Könige eine Rechtsverletzung, die Octroyirung des Wahlgesetzes, zu verlangen.“ — In dem brandenburger Dom ist noch nach dem 7. Dec. an den unvollendet gebliebenen Einrichtungen bis zu deren gänzlicher Herstellung weiter gebaut worden, und noch denkt man nicht daran, die Kirche ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß umzugestalten. (D. A. Z.)

Aus Stettin vom 22. Dec. meldet die Ostsee-Zeitung, daß, nachdem mit dem Baue von 35 Schaluppen aufs eifrigste vorgegangen worden, der Ankunft von Holz für die Marine bis auf weitere Ordre des Reichsministeriums eingestellt worden sei.

Wien, 25. Dec. Es ist gestern Nachmittag noch das nachstehende vierte Armeebulletin erschienen: Nach den soeben auf dem Hauptquartier Ungarisch-Altenburg eingelaufenen Nachrichten des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz ist das erste und zweite Armeekorps zwischen Hochstraß und Raab schlagfertig aufgestellt, und die Avantgarde die über Raabnitz vorgerückt, ohne auf einen Feind zu stoßen. Vor Leopoldstadt ist die Division des Feldmarschallieutenants Simunich, um Presburg jene des F.-Z.-M. Kempten aufgestellt. Von Odenburg ist das Corps des Obersten Horvath gegen Güns vorgerückt, um einer feindlichen Kolonne unter dem Rebellen Perczel, die sich gedrängt von der untern Mur über Körmend, Steinamanger und Pakak mit den Insurgenten bei Raab zu vereinigen suchte, in die Flanke zu fallen. Während den Bewerkstelligungen der Armee in ihrer jetzigen Stellung ist auf jener ganzen Strecke, welche die Truppen auf beiden Ufern der Donau besetzten, das heißt im presburger, ödenburger und wieselburger Comitate, die Entwaffnung des Landvolks beendet, die gesetzliche Ordnung hergestellt und die Einsetzung der kgl. Regierungskommission geschehen. Wien, 24 Dec. 1848. Vom Civil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschallieutenant. — Privatnachrichten ergänzen diesen Bericht in folgender Weise. Unsere Truppen finden nirgends Widerstand; regulaire Truppen und um so mehr der Landsturm ergreifen das Hasenpanier bei ihrem bloßen Anblick, und geht das fort, so können sie Ofen-Kaschau noch in dieser Woche ihren Ofen einräuchern. In Wieselburg haben sich noch ansehnliche Getreidevorräthe vorgefunden, und diesen Morgen sind 6 Wagen mit erbeuteten ungarischen Waffen angekommen. Presburg würde auch schneller besetzt worden sein, wenn sich nicht Treibeis eingestellt hätte, das die schon geschlagene Schiffbrücke wieder zerstörte. Es bewährt sich übrigens an der sodald erfolgten Uebergabe Presburgs, wie die Demoralisation im ungarischen Heer um sich greifen, denn diese Stadt wäre noch mehrere Tage zu halten gewesen, und nicht weniger als 20,000 Mann lagen in und um Presburg. (D. A. Z.)

Wien, 24. Dec. Der Feldmarschall-Lieutenant v. Puchner hat durch eine Proklamation vom 18. Dec. ganz Siebenbürgen unter das Kriegsgesetz gestellt. Die Einwohner von Hermannstadt haben am folgenden Tage durch einen dem F.-M.-L. Puchner dargebrachten Fackelzug ihren Dank für diese Maßregel zu erkennen gegeben. (N. M. Z.)

Schweiz.

Bern, 21. Decbr. Es bereitet sich ein ernster Kampf zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche vor. Die in der letzten Zeit der Hierarchie immer mehr drohende Gefahr hat der ultramontanen Partei neues Leben gegeben. Zunächst zeigt sich dies in der Gründung mehrerer neuer Zeitungen, welche dem römischen Interesse dienen sollen und von Neujahr an erscheinen. Von der Entscheidung des Kampfes in Italien wird es abhängen, in wie weit durch die wiedererwachte Regsamkeit der hierarchischen Partei der Friede der jungen Eidgenossenschaft bedroht ist — Der Zwiespalt zwischen Deutschland und der Schweiz kann als beendigt angesehen werden. Von einer weiteren Beschränkung des Personenverkehrs an der Gränze verlautet nichts.

Frankreich.

*Französische National-Versammlung. (Sitzung vom 26. December.) Vorsitzender: Armand Marrast. Die Sitzung wird um 2 Uhr eröffnet. Die Vertreter sind sehr zahlreich, die Tribünen übervoll; man erwartet die Vorlage des Programms des neuen Kabinets und Interpellationen von Seite des Bergs. An der Tagesordnung ist das Dekret über die Salzsteuer. Die Commission schlägt in ihrem Berichte vor, daß die Salzsteuer mit 1. Juli 1849 auf 10 Centimes per Kilogramm herabgesetzt werden soll, daß dagegen alle fremden Salze einem Einfuhrzoll von 2 Fr. per Kilogr. für aus Belgien kommendes, 50 Cent. per 100 Kilogr. für aus dem Mittelmeere kommendes und 3 Fr. für aus dem Kanal und dem Ocean unter fremder Flagge kommendes Salz unterworfen werden sollen. Avond spricht über die Frage, findet aber für seine historischen Auseinandersetzungen wenig Gehör. Plötzlich verlangt Odillon-Barrot das Wort, — allgemeine Stille. Er beruft sich vor Allem auf die Rede des neuen Präsidenten, die schon ein Programm der Regierung sey. Von verschiedenen politischen Ursprunge bilde das Ministerium eine Vereinigung aller Meinungen und habe nur einen Zweck: dem Lande zu dienen. Es wolle vor Allem die materielle, aber auch die moralische Ordnung, die Ordnung auf den Straßen, aber auch in der Verwaltung. Um die materielle Ordnung zu erhalten, habe die Regierung große Werke wollen in einer Hand vereinigt und hoffe durch sie dem Handel zu Unternehmungen vorzuhelfen. Sie werde Ruhe, aus dieser Vertrauen und aus diesem Wiederaufleben des Handels, des Credites, der Arbeit seyn. Vor Allem aber müsse die revolutionäre Epoche unwiderruflich geschlossen seyn. Das Ministerium könne nicht Alles auf ein Mal thun, doch werde es stets auf soziale Verbesserungen hinarbeiten, und der gouvernementalen Verschwendung, der Corruption entgegenwirken. Die Beziehungen der Republik zu dem Auslande betreffend, müsse die Regierung die größte Discretion beobachten, doch werde sie nie mehr versprechen, als sie halten könne und stets die Nationalehre über Alles stellen. Der Minister geht nun in eine lange Auseinandersetzung der Vortheile ein, die Frankreich aus den Friedens- und Ordnung erwachsen müsse und schließt mit der Bemerkung, die Majorität in der letzten Wahl sey eine sogebrave Kraft für die Regierung, diese werde nun Alles aufbieten, damit diese Majorität sich nicht verirren oder verleiten lasse. (Das Programm mit O. Barrot's gewöhnlichen Pathos vorgelesen, macht einen nur mittelmäßigen Eindruck, und wird nur von der Rechten mit: Sehr gut! begrüßt.) Ledru-Rollin nimmt das Wort, um die Regierung wegen der außerordentlichen Gewalten, die sie dem General Changarnier übertragen habe, zu interpelliren. Der Redner findet in diesem Akte eine Verletzung der neuen Constitution und setzt dieses mit großer Beredsamkeit auseinander. Er verwahrt sich noch einmal, daß sein Angriff kein persönlicher gegen Changarnier sey, sondern daß es sich um eine Rechtsfrage handle. Ein Commandant, der zu gleicher Zeit Commandant der Armee und der Nationalgarde sey, alle Truppen in den 10 Departements der 1. Militär-Division befehlige, der also über 300,000 Mann verfügen könne, der alle Bewegungen, alle Mannöver anordnen, über alle Munitionen und Provisante disponiren können und bei allem dem unabhängig vom Kriegsminister sey, dem er erst nach 24 Stunden Bericht abzustatten habe, das Alles sey nicht nur inconstitutionell, das sey mehr als die Monarchie je zu thun gewagt habe. Wenn die Versammlung, wenn das Land so etwas duldeten, so werde man selbst die Bahn zu Staatsstreichen brechen und der Freiheit ein Grab bereiten. (Sehr gut! von allen Seiten.) Ledru-Rollin kommt nun hervor, wie lächerlich es sey, neben Changarnierist außerordentlicher Gewalt noch einen Kriegsminister und einen Commandanten der 1. Militärdivision zu ernennen. Kann ein ernstes Ministerium so etwas wirklich unterzeichnen? frogt er — und ein Sturm von Beifall bricht los. Aber der Redner geht weiter und citirt nun den Art. 69 des Nationalgarden-Gesetzes von 1831, wodurch auf das Schärfste verboten wird, daß ein in Aktivität dienstlicher Offizier der Armee einen Befehlshaberposten der Nationalgarde bekleiden dürfe. Und doch sey gerade dies bei dem General Changarnier der Fall, — dessen Vorgesetzter der Kriegsminister sey, während die Nationalgarde nur unter dem Minister des Innern stehen könne. Ledru-Rollin verlangt, daß eine solche Verletzung der Constitution, die der Staatschef eben erst beschworen habe, nicht geduldet und allen Bürgern ein böses Beispiel gegeben werde. (Tiefe Sensation.) Die Regierung spreche in ihrem Programm so viel von Ordnung, die Ordnung aber fange mit der Beobachtung der Gesetze an. Eure ersten Maßregeln, sagt er, eure Ernennungen, namentlich die

Digitized by Google

des Obergenerals der Alpen-Armee erregen Terrain allgemeines Mißtrauen. Und das nicht ohne Grund. Odillon-Barrot entgegnet, daß er die Debatte auf dem constitutionellen Terrain bereitwillig annehme. Er verwahrt sich vor Allem gegen den Vorwurf, die Verfassung verletzt und so Anlaß zu Mißtrauen gegeben zu haben. — Wie gewöhnlich wirft sich Herr Odillon-Barrot auf die Ausrede der ministeriellen Verantwortlichkeit und will damit seine Maßregeln geeechtfertigt wissen, — wogegen heftige Reklamationen von der Linken und dem Centrum laut werden. Er wiederholt, daß er und das Kabinet alle Verantwortlichkeit für die Consequenzen dieser Ernennung auf sich nähmen. (Oh! Oh!) Uebrigens sucht er die Befürchtungen zu beschwichtigen und sagt, daß diese nur das Werk einer verschiedenen Anschauungsweise seyen. (Gelächter.) Die Regierung sey übrigens auch die zu Zweckmäßigkeit und den Nutzen ihrer Handlungen verantwortlich und von diesem Gesichtspunkte aus habe sie die Ernennung des Generals Changarnier als eine Vorsichts-Maßregel genommen. Als solche müsse sie hier diktirirt werden. — (Heftige Unterbrechungen. Und das Gesetz von 1831?) — Dieses sey allerdings in gewöhnlichen Lagen und Verhältnissen gut, aber in außerordentlichen sey es wohl erlaubt, (heftige Unterbrechung) — er wolle übrigens den Text des Gesetzes nicht diskutiren. — (Höhnisches Gelächter) — derselbe passe nur für gewöhnliche Fälle (neue Unterbrechung) — Odillon Barrot erhebt sich mit Lebhaftigkeit gegen diese feindliche Manifestationen und behauptet, daß das öffentliche Wohl oft Ausnahms-Maßregeln und somit auch die Conzentration der Gewalten nöthig mache. Um so mehr als erst 6 Monate seit der Junischlacht verflossen seyen. Der Minister malt nun mit den schwärzesten Farben die Gefahren des Socialismus und des Radikalismus aus, deren Anhänger sich zu einer neuen Schlacht rüsteten und sagt, daß die Ernennung Changarniers und Bugeaud's in Bezug auf diese Gefahr gemacht worden seyen. Uebrigens sey das Gesetz nicht einmal verletzt worden, denn nicht dem Oberkommandanten der Armee habe man das Commando der Nationalgarde gegeben, sondern dem Obercommandanten der Nationalgarde sey das Commando der Truppen übergeben worden. (Gelächter.) Auch werde die Regierung, sobald die Sicherheit verbürgt sey, die Erste seyn, die Ausnahmsmaßregeln aufzuheben und Alles wieder in den gesetzlichen Gang treten zu lassen. Es handle sich jetzt darum, die nächste Periode bis zur Beendigung der organischen Gesetze und dem Zusammentritt einer neuen Versammlung mit Ruhe und Ordnung zu exrechen und dies wolle vor Allem die Regierung im Interesse der Verfassung und der Republik. (Odillon-Barrot's Rede hat nur einen negativen Erfolg, wie glauben nach dieser Debüt nicht, daß er nur 4 Wochen am Ruder bleibt.) Ledru-Rollin bemerkt, auf eine konstitutionelle und Rechtsfrage habe der Minister, da er nicht antworten konnte, mit oratorischen Entwicklungen und Redensarten entgegnet. Diese Taktik kenne man, er werde daher die Frage auf ihre wahre Gestalt zurückführen. Verfassung und Gesetz seyen verletzt worden, es handle sich nur darum, zu beurtheilen, ob die Lage des Landes eine solche Verletzung wenigstens entschuldige. Was die Verantwortlichkeit für die Ernennung, sowie für die Handlungen des Generals Changarnier betreffen, so sey diese rein illusorisch, denn, wenn es dem General z. B. einfallen sollte, die Nationalversammlung mit Bajonetten auseinander zu treiben, so brauche er ja erst 24 Stunden nachher dem Kriegsminister und somit der Regierung die Anzeige darüber zu machen. Ledru-Rollin bekämpft nun mit unerbittlicher Logik alle andern Ausreden des Ministers und sagt: Wenn Gefahr da ist, so erklärt den Belagerungszustand und concentrirt dann alle Gewalt in einer Hand, wenn das aber nicht nöthig ist, so bleibt im gesetzlichen Wege und erschreckt nicht den Handel, die Industrie, die Börse durch Ausnahms-Maßregeln, die nichts rechtfertigt. Wir haben gestwiegen und in euch nicht die Personen angegriffen, aber wir treten gegen euch auf, so wie ihr die Verfassung verletzt, denn wie ihr einmal damit anfangt, weiß man nicht, womit ihr enden werdet. (Stürmischer Beifall.) Der Minister des Innern, Leon von Malleville: Er freue sich, einen der Männer der provisorischen Regierung von Legalität sprechen zu hören, demselben, der seinen Kommissarien unbeschränkte Gewalten gab, es sey dies ein persönlicher Fortschritt. (Gelächter, Reklamationen.) Er wolle nicht wiederholen, was bereits der Justizminister gesagt habe, aber er sey vorzüglich für die Aufrechthaltung der Ordnung verantwortlich, und er müsse auf diese Conzentration drängen, da sie allein Sicherheit gebe — Uebrigens sey der Kriegsminister stets für Changarniers Handlungen verantwortlich und 24 Stunden seyen der Termin der ihm übertragenen Gewalten. Die Einheit des Commandos sey nöthig, und Gleiches sey auch in der Polizei und in der Verwaltung geschehen. Das Ministerium achte die Verfassung und er selbst werde den Anklagezustand gegen jeden verlangen, der Hand an die Verfassung legen wolle. Aber man müsse sich nicht gegenseitig chikaniren, denn das führe zu nichts und schwäche die Regierung. (Mäßige Beistimmung.) Charles Dain wundert sich über die ersten Worte Malleville's gegen die provisorische Regierung, da diese Versammlung es sey, die einstimmig erklärt habe, die provisorische Regierung habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht, und da die Handlungen der provisorischen Regierung nur nach dem Maßstabe einer Revolution gemessen werden könnten. Die provisorische Regierung war eine nothwendige Dictatur und handelte als solche. — Niemand aber habe hier das Recht, sie anzugreifen, denn sie habe die Republik gegründet und durch das allgemeine Wahlrecht der Nation Gelegenheit gegeben, seinen Willen auszusprechen und durchzuführen. Der Redner kommt nun auf die schon besprochene Verletzung der Verfassung und der Gesetze durch die Ernennung Changarniers, deren Gefahren und Consequenzen er weitläufig auseinandersetzte. — Bei Postschluß ist der Redner noch auf der Tribüne.

Nachdem die Herren Durour und Lagrange folgende motivirte Tagesordnung vorgeschlagen hatten: „Die Nationalversammlung, nachdem sie durch die Erklärungen der Minister erfahren hat, daß die dem General Changarnier übertragenen Gewalten nur gesetzlich und vorübergehend sind, geht zur Tagesordnung über" — wird von der Rechten die einfache Tagesordnung verlangt, und von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter gegen ein Drittel votirt. Das Kabinet entgeht somit einer Niederlage, da die Frage nicht entschieden worden ist, aber General Changarnier kann nicht lange im Besitze der ihm übertragenen Commando's bleiben. Daß das Kabinet in seinem Programme von der Amnestie kein Wort sagte, macht einen sehr ungünstigen Eindruck. — Bei Postschluß kündigt Herr Baune für Freiberg Interpellationen über die neuesten Vorgänge in Deutschland an und die Sitzung wird aufgehoben.

Anzeigen.

(Noch nicht da gewesen.) Im Höfer Wochenblatt Nr. 88 wird eine öffentliche Plenar-Sitzung des Stadtmagistrats erster Klasse angekündigt, was sehr noth thut, da seit 3 Monaten keine einzige Sitzung gehalten wurde, und mit Recht vielen Unwillen erregte. Wird dieses die königliche Regierung auch belohen, da sie davon Notiz nehmen muß? —

Mehr Klage ist noch zu führen über die ganz schlechte Victualien-Polizei, indem Fleisch, Brod und namentlich Bier ganz geringhaltig verabreicht wird und die vielen darüber gemachten bittern Bemerkungen im Wochenblatt nicht berücksichtigt wurden. Dem Stadtkommissariat sind diese Beschwerden genau bekannt, thut aber auch gar nichts, daher wird die königliche Regierung recht dringend gebeten, kräftig einzuschreiten. —

Mehreren Nachfragen zu begegnen, erlaube ich mir nochmals ergebenst anzuzeigen, daß ich alle Arten Portraits male, in Oel Aquarell, Miniatur u. s. w. Ferner fertige ich Daguerreotypen (Lichtbilder) aller Art, zu verschiedenen Preisen, von 3, 4 Gulden bis zu einen Louisd'or, je nach der Größe und Personenzahl. Wer mich noch mit Aufträgen beehren will, beliebe sich bald zu melden, da mein Aufenthalt nur von kurzer Dauer ist. Proben meiner Arbeit liegen zu Ansicht bereit.

G. Th. Hace,
Maler und Photograph aus Erfurt.
Am Markt bei Herrn Wilmerdörffer Nr. 81.

Beste neue Anchols, neue Bricken, schöne, neue Isländische Flachsfische und beste Braunschweiger Würste empfiehlt
Adolph Grünewald.

Jener Herr, welcher am vorigen Freitage im Kolbschen Schenklokale eine fremde grüne Mütze mit sich fortgenommen, wird ersucht, endlich einmal dieselbe gegen die seinige doch auszutauschen.

Am Neujahrsabend ist Tanzmusik bei Unterzeichnetem, wozu ergebenst einladet. Anfang 4 Uhr.
Domeier, Gastwirth zur Fantaste.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

36 3 1 80 66

Im Verlage der Geh. Kammerrath Hagen'schen Erben.

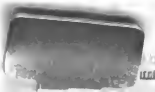
Verantwortlicher Redakteur: Julius Würzburger.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google